Digitized by Google

Eph. Pol. 75.

4°

Digitized by Google

Digitized by Google

Bayer. Staats-
Bibliothek
München

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 1 | den 1. Januar 1852.

Deutschland.

***Speyer.** Es wäre ungereimt, bestreiten zu wollen, daß die Sache der Freiheit in der jüngsten Epoche neuerdings von den entschiedensten Schlägen betroffen, und daß sie seit langer Zeit nie so allgemein niedergeschmettert ward, wie eben jetzt.

Die Dinge erscheinen übrigens nach allen Richtungen hin so durchaus unentwirrt, daß es eine Unmöglichkeit ist, auch nur mit der geringsten Wahrscheinlichkeit deren weiteren Verlauf vorherzusagen. Bis jetzt kann man überall nur neue Wirren, nirgends auch nur eine, Dauer verheisende Schöpfung erblicken, — weder ein neues Gebäude, noch auch nur eine wirkliche Wiederherstellung des Alten, die wir überhaupt auch am wenigsten möglich erachten.

Wir blicken zuerst auf Frankreich, das in allen politischen Fragen, im Schlimmen wie im Guten, noch immer so mächtig auf ganz Mitteleuropa wirkt.

Ueber den s. g. „Staatsstreich," — diesen unerhörten Ueberfall, zum Gelingen gebracht durch jene schmachvollen nächtlichen Einbrüche in die Wohnungen der Volksvertreter, — kein Wort weiter. —

Die Democratie ist auch dort besiegt. Allein welche Partei hat Grund, sich dieses Sieges zu freuen? Die Legitimität? Die Hoffnungen der Bourbonen und der Orleanisten sind auf länger hinaus vereitelt, als es ihnen zuvor schien. Sehr bezeichnend für die Zukunft des alten Legitimitätsprincips ist es dabei, daß sogar die österreichische Regierung, unter augenscheinlichem Aufgeben jenes ihres früheren Fundamentalgrundsatzes, nemlich des „Legitimismus," sich Bonaparte entschieden zugeneigt zeigt!

Oder können die Constitutionellen sich freuen über den Gewaltstreich vom 2. December? Wahrlich, sie am allerwenigsten! Der ganze Schlag trifft mit voller Stärke gerade den Constitutionalismus; diese Form ist durch denselben in Frankreich vernichtet. — Die Mittelclaße, die Bourgeoisie, seit Jahrzehnten der erste, gebietende Stand, wird in seiner ganzen Stellung, in allen seinen Verhältnißen verletzt. Er verliert nicht nur die politische Bedeutung, welche er besonders unter Ludwig Philipp, dann aber ebenso, nach den Junitagen, unter der Republik besaß, — auch in seinen unmittelbaren materiellen Interessen wird er tief angegriffen.

Es wird dies der Fall sein, wenn sich der neue Gebieter ausschließlich auf die Armee, — es wird nicht minder der Fall sein, wenn er sich, neben dem Heere, auch auf die „untere Classe" — dem Namen nach! — stützt. — Die Gründe sind naheliegend!

Die Frage: wie vermag Bonaparte den Anforderungen des Heeres zu genügen? ward schon so oft hervorgehoben, daß wir heute auf deren Erörterung nicht zurückkommen wollen. Nur auf die neuere Nachricht sei hingewiesen, daß der jetzige Gebieter in Frankreich bereits alte Entschädigungsforderungen an Belgien hervorgesucht hat, die ihm nach Umständen eine erwünschte Gelegenheit zum Kriege geben können. Und dürfte man sich wundern, wenn Solche, die die Verfassungsvernichtung gepriesen, — ihm auch zustimmen würden, falls er die alten Napoleonischen Traditionen in Betreff des linken Rheinufers wieder aufleben machte?!

Eine große Vermehrung der Staatsausgaben steht in Aussicht. Die Spielhöllen und das Lotto sollen wieder eingeführt werden; ebenso die Auflage auf das Salz; nicht nur die eigentlichen Luxusgegenstände, sondern beinahe alle Erzeugniße der Industrie sollen starken Steuern unterliegen. Notariate, Advocaturen u. s. w. sollen bezahlte Staatsmänner werden, um, wie man wähnt, durch Einziehen der Gebühren der betr. Angestellten dem Staatsschatze aufzuhelfen! Die Octrois, heißt es, seien abzuschaffen. Ob man aber nicht nach einiger Zeit vernehmen wird, es sei nicht möglich, deren Ertrag zu entbehren, ist eine andere Frage. —

Unter diesen Verhältnißen kann Niemand, weder in Frankreich noch im übrigen Mitteleuropa, in den neuern Vorgängen einen Grund zu ernstlicher Beruhigung finden. Das Gaukelspiel an der Pariser Börse wird schwerlich Viele täuschen. Das Gefühl der Unbehaglichkeit läßt sich nicht verbergen, und überall vernimmt man den Ausruf: „So kann es nicht bleiben," und: „Was wird werden!?"

Von dem Unglücke Deutschlands zu reden, unterlassen wir heute. Die Spannungen und Zerwürfniße zwischen Oesterreich und Preußen sind bereits offenkundig. Ob auch nur der Zollverein fortdauern wird, steht in Frage!

In England ist Palmerston gefallen. —

Nach allen Richtungen hin könnten die Verhältniße kaum trauriger sein.

Und dennoch zweifeln wir nicht, daß — allerdings leider erst nach zahllosen Uebeln — aus diesem Chaos ein besserer Zustand sich entwickeln wird. Gerade die Ausdehnung des begonnenen Vernichtungskampfes auf alle Classen und Schattirungen der Freisinnigen und in allen Ländern, wird diese nöthigen, jenen steten Kampf unter sich selbst aufzugeben, der die Grundursache ihrer Niederlagen bildete. Man wird nicht mehr Haß anzufachen vermögen zwischen den Bourgeoie und den Arbeitern; jene unglücklichen Phantastereien des Communismus und Socialismus werden nicht mehr die Einen mit übertriebenen Befürchtungen, die Andern mit übertriebenen Hoffnungen erfüllen; — Alle, die etwas Anderes, als schrankenlosen Despotismus wollen, der in seinen Grundprincipien jedes Recht und jede Sicherheit ausschließt, — werden durch die gemeinsame Noth, durch das gemeinsame Unglück genöthigt werden, auch gemeinsam auf die Erlangung eines besseren Zustandes hinzuwirken.

Und es wird gelingen. Die ganze Cultur der sämmtlichen mitteleuropäischen Völker, die sich nun durch das gleiche Elend zu einer wirklichen Solidarität gebracht sehen, gewährt die Bürgschaft für den glücklichen Erfolg!

Lasse man sich nicht durch die Erniedrigung erschrecken, welche die französische Nation — des Treibens einer elenden Scheinvertretung müde, — sich selbst auferlegte.

Die ganze Geschichte beweist, daß die Völker, insbesondere die so leicht erregbaren, aber eben darum auch am meisten erschlaffenden, wie die französische Nation, zuweilen das Unglaubliche über sich ergehen lassen; — sie beweist aber eben so sehr, daß ein solcher Zustand nicht von Dauer sein kann, und daß oft gleichsam ein bloser Nadelstich ihr plötzlich jene Thatkraft wieder verleiht, die man bei, in das Angesicht gerichteten Faustschlägen, völlig vermißte. —

München. Verhandlung der Abgeordnetenkammer über die Amnestiefrage. (Fortsetzung.) *)

Meuth: M. Hrn., nur Ein Wort. Es ist schon

*) Wir hatten beabsichtigt, den Bericht über die Verhandlung wegen der Amnestie noch vollständig in den Decembernummern unseres Blattes zu liefern. Die maßlose Ausdehnung einer sogenannten „amtlichen Berichtigung" machte dies

Digitized by Google

mehrmals heute von den Militärsträflingen oder den verurtheilten Soldaten gesprochen worden. In dieser Beziehung, meine Herren, sind meine zuversichtlichen Hoffnungen jenem Orte zugewendet, wo die Macht besteht, das was der todte Buchstabe, das strenge Gesetz getödtet, wieder zum frischen, warmen Leben zu erwecken.

Diese Bemerkung wollte ich nur deßhalb machen, weil ich in meinem Antrage die Soldaten nicht erwähnt habe.

Dr. Jäger: M. Hrn! Ich werde Ihre Geduld nicht lange in Anspruch nehmen und mich um so kürzer fassen, als ich nicht verschiedenartige Citate mit hereingebracht habe, obwohl ich auch für die Ansicht, die ich vertrete, mehrere hätte beibringen können.

Ich will nur auf einige Bemerkungen der Gegenseite antworten, die indessen zum Theil schon durch Herrn Lang eine Entgegnung gefunden haben.

Man hat auch heute wieder, ich weiß nicht zum wievielsten Male die Reichsverfassung auf das Tapet gebracht. Auch ich bin der Ansicht, daß die Meisten, die sich an dem pfälzischen Aufstande betheiligten, es in dem guten Glaube thaten, daß es sich um Durchführung der Reichsverfassung handle, und für diese möchte ich allerdings die Amnestie wünschen. Allein die Ausscheidung ist so schwierig, daß ich nichts anders rathen kann, als zurückzukehren und sich vertrauensvoll zur Aburtheilung vor unseren Gerichten zu stellen.

Wenn man uns sagte, daß die Führer des Aufstandes nichts Anderes im Auge hatten, als die Durchführung der Reichsverfassung, so behauptet man etwas, was in der Pfalz kein Mensch glaubt. Ich will Sie nur auf eine Thatsache aufmerksam machen:

Als es sich um Einsetzung einer provisorischen Regierung handelte, kam auch die Durchführung der Reichsverfassung zur Sprache. Damals sagte eines der Mitglieder der späteren provisorischen Regierung: diese Frage sei eine ganz müssige, denn es sei für die bayerische Regierung eine absolute Unmöglichkeit, die Reichsverfassung anzunehmen. Es handelte sich also bei den Führern, die man ebenfalls amnestirt wissen will, nicht um die Reichsverfassung, sondern um die Republik.

Auch war damals öfter von der Reichsunmittelbarerklärung der Pfalz und von andern ähnlichen Dingen die Rede, und das ganze Gebahren war überhaupt rein republikanisch. Man hat von der parteiischen Bildung der Schwurgerichte gesprochen. Herr Lang hat bereits darauf erwidert. Jeder Unbefangene muß anerkennen, meine Herren, daß bei Bildung der Geschwornenliste mit der größten Loyalität zu Werke gegangen wurde; dem Regierungspräsidenten wäre das Recht zugestanden, Beamte in Masse auf dieselbe zu setzen; er hat aber nur ganz wenige genommen, und die Mehrzahl der Geschwornen bestand aus vollkommen unabhängig gestellten Männern. Was die Verdikte derselben betrifft, so achte ich sie zu sehr, als daß ich mir hier ein Urtheil darüber erlauben wollte. Bekannt ist, daß die hohen Strafen, welche auf die von ihnen abzuurtheilenden Verbrechen gesetzt waren, manche wackere Männer abgehalten haben, ein „Schuldig" zu sprechen.

Bekannt sind aber auch die verschiedenartigen Einwirkungen aller Art, welche auf die Geschwornen stattgefunden haben. Mir selbst wurde von einem solchen ein Brief gezeigt, worin man ihm zumuthete, seines Eides zu vergessen, gegen seine Ueberzeugung ein Verdict abzugeben, und seine Collegen auch dazu zu veranlassen. Die Drohungen gegen die Zeugen sind ebenfalls bekannt; es sind in den öffentlichen Sitzungen des Assisengerichtes Fälle vorgekommen, welche solche Drohungen außer Zweifel setzen. Was die Entsetzung einiger Gemeindebediensteten betrifft, die, wie man gesagt hat, in den öffentlichen Verhandlungen ein milderes Zeugniß ablegten, als in der Voruntersuchung, so wurde ebenfalls von Hrn. Lang hierauf geantwortet. Soviel ich weiß, ist der Antrag auf Entlassung dieser Leute von der Generalprokuratur der Pfalz gestellt worden, und zwar aus dem Grunde, weil ihre Protokolle eine erhöhte Glaubwürdigkeit haben, dadurch, daß sie beeidigte Bedienstete waren. Man ist ganz einfach von dem Satze ausgegangen: sie wurden in der Voruntersuchung und in der öffentlichen Verhandlung beeidigt; wenn also die beiden Zeugenaussagen sich so direct entgegen standen, so müssen sie das Einemal falsch geschworen haben. Ein Drittes ist nicht denkbar. Ihre Absetzung rechtfertigt sich also vollkommen. Auch ich, m. Hrn., will einen Punkt berühren, welcher schon einigemale angeregt wurde, nemlich die Verurtheilung von Soldaten. Man hat allerlei Gründe vorgebracht, die sie zu ihrem Schritte veranlaßt haben könnten: ich glaube aber, die eigentlichen Gründe hat man verschwiegen; ich kenne dieselben und fühle deßhalb das innigste Mitleid mit denselben. Ich weiß, wie eine gewissenlose Presse die zuerst abgefallenen Soldaten mit Schmeichelworten aller Art überhäufte, wie verschwenderisch sie ihnen das Beiwort „brav" beilegte, mit welchem Triumpfe sie die Mißhandlung eines wackeren Bürgermeisters verkündete, weil er solche abgefallenen Soldaten, wie man sich ausdrückte, „zum Gehorsam gegen den König verleiten wollte." Ich weiß ferner, wie eifrig dieselbe Presse den Beschluß einer Volksversammlung verbreitete, wonach alle jene Soldaten, die gegen die „Volkssache" kämpfen würden, mit einer Verbannung von ihrer heimathlichen Gemeinde bedroht wurde. Als auf diese Weise die Begriffe der Soldaten verwirrt waren, suchte man durch geistige Getränke auch ihre Sinne zu verwirren und trieb endlich die in ihrer Pflicht wankend gewordenen durch lockende Versprechungen auf Avancement vollends in die Arme des Aufstandes hinüber. Ich glaube also, daß unter diesen Umständen allerdings ein Act der Gnade gegen dieselben sehr gerechtfertigt wäre, und er würde, wie ich überzeugt bin, in der Pfalz mit vollem Jubel aufgenommen werden. Er würde auf einen um so dankbareren Boden fallen, als die Meisten dieser verurtheilten Soldaten Bauernfamilien angehören, die mit aller Treue an dem königl. Hause hängen.

Dieses das Wenige, was ich über die Sache bemerken wollte.

Ich bin natürlich gegen eine allgemeine Amnestie. Die Gründe sind in den früheren Verhandlungen ausführlich entwickelt worden. Sie sind nicht nur dieselben geblieben, sondern gegenwärtig in noch viel höherem Grade vorhanden, als damals. Ich weise nur hin auf die jetzigen politischen Constellationen und auf die eigenthümliche Lage der Pfalz, hart an der Grenze eines Landes, welches in seinen staatlichen und socialen Grundlagen auf das Tiefste erschüttert ist.

Im gegenwärtigen Momente, m. Hrn., wo man uns immer mit Eventualitäten droht, über welche wir, wie ich glaube, auch noch nicht hinaus sind, Leuten die Rückkehr zu gestatten, die durch ihre ganze Lage auf neue Umsturzpläne angewiesen sind, halte ich für sehr bedenklich.

Daß viele von denen, die in der Verbannung leben, einer solchen Amnestie auch keineswegs würdig sind, beweisen die Drohbriefe, welche vor nicht geraumer Zeit aus verschiedenen Städten Frankreichs an mehrere conservative Männer in der Pfalz gerichtet wurden.

Jetzt ist also der Augenblick für eine allgemeine Amnestie nicht gekommen, obwol wie ich am Eingang andeutete, sehr viele unter denjenigen sind, welche in cont. zum Tode verurtheilt wurden, die ich der Amnestie würdig halte.

Was den Antrag des Herrn Lang betrifft, so trete ich demselben vollkommen bei. (Fortsetzung folgt.)

•† Zweibrücken, den 29. Dec. (Assisenverhandlungen.) Heute erscheint Karl Friedrich Wild, Kaufmann und Wirth von Hornbach, auf der Anklagebank. Derselbe ist angeklagt, daß er sich der Theilnahme an den 3 hochverrätherischen Attentaten dadurch schuldig ge-

---

zu unserm Bedauern unmöglich. Wir glauben indessen, daß die Frage an sich für die Pfalz von zu großer Bedeutung ist, als daß der Bericht durch eine Verzögerung von ein paar Tagen seinen Werth verlieren sollte. D. Red.

Digitized by Google

macht habe: „daß er Mitglied des Kantonalausschusses „in Hornbach gewesen, als solches die Privatwaffen ge„waltsam wegnehmen geholfen und an die ausziehende „Mobilgarde vertheilt, diese dann nach Zweibrücken ge„führt, am 11. Juni unter Sturmläuten das 1. Aufge„bot zum Ausrücken bestimmt und am 13. Juni den fran„zösischen Commandanten aufgefordert habe, Hornbach „für die französische Republik in Besitz zu nehmen."

Advocat Glasser ist der Vertheidiger des Angeklagten; die Staatsbehörde wird durch den kgl. Staatsprocurator Hoffmann vertreten.

Als Urtheilsgeschworne sitzen: Bug, Keßler, Riff, Omlor, Scheuermann, Imo, Kempter, Erbacher, Adam, Ehresmann, Pfeiffer, Röhm. — Recusirt wurden von der Staatsbehörde: Priester; von der Vertheidigung: Prager und Huber.

Im Ganzen sind einige 20 Zeugen, worunter 6 Entlastungszeugen, geladen. Bis zum Schluße der heutigen Sitzung, um 3 Uhr Nachmittags, war schon ein großer Theil der Zeugen abgehört. Morgen wird diese Sache zu Ende gehen.

Nürnberg, den 28. Dec. Gestern wurden von der hiesigen k. Policeibehörde abermals Haussuchungen und zwar bei drei Schreinergesellen vorgenommen. Von einem Resultat derselben wurde nichts bekannt. (Fr. K.)

Dillingen, den 23. Dec. Zu dem Literaten Bauer hier wurde heute ein Gerichtsdiener vom Landgerichte geschickt, um nachzusehen, ob solcher noch hier sei und womit er sich beschäftige. Der Gerichtsdiener wollte sogar die schriftlichen Arbeiten mit fortnehmen, mußte sich jedoch damit begnügen, die Aufschriften blos dem Landgerichte zu überbringen. (Fr. K.)

In **Baireuth** ist vor einigen Tagen der Austrägler Joh. Georg Horcher von Rattelsdorf vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt worden. Schon vor 20 Jahren hatte er einen ledigen Mann, Namens Jäger, ermordet, mit dem er wegen einer Schuld Prozeß hatte. Da Jäger verschwunden und ein Leichnam von ihm nicht aufgefunden ward, so hatte damals keine weitere Untersuchung statt. Horcher lebte bis zum März heurigen Jahres unangefochten von dem weltlichen Gericht, nur seinen Gewissensbissen überlassen, die seinen Geist so zerrütteten, daß er vor 4 Jahren in's Irrenhaus nach Erlangen gebracht wurde, von wo er aber nach einem Jahre wieder heimkam, in sein voriges Jammerleben. Am 19. März d. Js. gestand er endlich seiner Frau und seinem Stiefsohn die That. Er habe, erzählte er ihnen, den Jäger mit einem in ein Sacktuch gebundenen Stein auf den Kopf geschlagen und ihn so mit Einem Schlag getödtet; dann habe er den Leichnam in die Itz geworfen, später ihn wieder aus dem Wasser gezogen und in seinem Felde vergraben. Seine Angehörigen zeigten die Sache an und er wurde verhaftet. Die Verhandlung gab ein gräßliches Bild von dem Leben dieses Menschen während der 20 Jahre. Seit dieser Zeit war er in kein Bett gekommen, sondern ruhte nur wenige Stunden auf einem Stuhl sitzend aus; dann raffte er sich auf und durchrannte Nachts die Fluren, riß die Marksteine heraus, verfolgte die Wächter mit Mistgabeln und raste gleich einem gehetzten Wild herum. Bei seinem Eintritt in den Gerichtssaal begrüßte er die Anklagebank als sein „liebes Armesünderbänklein." Sein Aussehen ist fürchterlich. Seine Kleider hat er in tobsüchtigen Anfällen zerfetzt; in seinen schwarzen Haaren stecken Strohhalme, ein wilder schwarzer Bart bedeckt sein erdfahles Gesicht, aus dem ein Paar wirr umherirrende Augen blitzen. — In seinen Antworten mischt sich scharfer Verstand mit unverstellter Verrücktheit. Die Beweisstücke, welche über die That vorlagen, waren äußerst gering, dagegen waren die übereinstimmenden Aussagen seines Stiefsohnes, seiner Frau und seiner Schwester von entscheidender Wirkung. Als seine Schwester das Leben ihres unglücklichen Bruders vor und nach der That schilderte, weinte er laut und rief: „Das ist Alles wahr." Als aber der Präsident in ihn drang, zu sagen, ob er den Jäger getödtet habe, sagte er: „Zwischen Ja und Nein steht das Kopfabhauen; ich kann mich nicht selbst verurtheilen." — Wie Horcher den Leichnam verschleppt hatte, blieb unaufgeklärt. — Die Geschwornen sprachen ihn schuldig des überlegten Mordes.

Berlin, den 27. Dec. Die „National-Ztg." behauptet, daß Preußen, gedrängt durch die „österreichischen Machinationen," den hierher zu berufenden Zollkongreß schon am 27. Januar eröffnen werde.

Der zweiten Kammer liegen jetzt ähnliche Anträge wie der ersten vor. Abg. v. Vincke beantragt mit 80 Genossen: „Die Kammer wolle beschließen, zu erklären: Die durch die k. Staatsregierung bewirkte Wiedereinberufung der vormaligen Provinziallandtage enthält eine Verletzung der Verfassung und der Bestimmungen der Kreis-, Bezirks- und Provinzalordnung vom 11. März 1850." Ein zweiter Antrag derselben Antragsteller lautet: „Die Kammer wolle beschließen, zu erklären, daß die durch Circularverfügung des Minister des Innern vom 15. Mai 1851 angeordnete Uebertragung der einstweiligen Kreisvertretung, unter Ausübung der Befugnisse der Kreisversammlungen, an die früheren Kreistage, die Verfassung verletze und mit den bestehenden Gesetzen in Widerspruch stehe." Aus den Unterschriften ersehen wir, daß zwei oppositionelle Fractionen zusammen gehen.

Wien, den 25. Dec. Das Budget der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1852 ist entworfen, und stellt, wie man vernimmt, ungeachtet der eingeführten so bedeutenden Ersparnisse im Staatshaushalte, noch etwa fünfzig Millionen Deficit heraus.

Frankreich.

Paris, den 24. Dec. Im auswärtigen Ministerium ist eine nicht unwichtige Veränderung eingetreten. Hr. v. Viel-Castel, Director der politischen Division in diesem Departement, hat seine Entlassung genommen, und seit dem 2. December keinen Fuß mehr in sein Cabinet gesetzt. Dieser Posten ist nicht leicht zu besetzen, denn der neue Director muß die alten Traditionen besitzen, die Lage Europa's genau kennen und zumal Diplomat und Mann des Cabinets sein. (A. Z.)

Die Bekanntmachung des Plebiscit wird zu prunkenden Festlichkeiten Gelegenheit geben. Vielleicht, daß der Tag noch durch das Erscheinen der Verfassung und die Aufhebung der Octrois verherrlicht wird. Der Prinz-Präsident soll wirklich gesonnen sein, die indirecte Besteuerung der Lebensmittel durch eine Auflage auf alle, selbst die gemeinsten Erzeugnisse der Industrie zu ersetzen. Kleid, Hut, Stock, noch in höherem Grad was sich dem Comfort und Luxus nähert, eingelegte Möbel, Kleinode, Papier, Pferde, Hunde, Wagen, Flitter, artistische Liebhabereien u. s. f. sollen mit einer besondern Abgabe belegt werden, von der man sich in Betracht der außerordentlichen Mannichfaltigkeit der Gegenstände den zehnfachen Ertrag des Octrois verspricht. Freilich wäre der Versuch neu und gewagt, er würde auf Kosten der Manufacturen den Ackerbau erleichtern, (?) er würde ein ganzes Heer von Zöllnern erfordern, und was man auf der einen Seite an Popularität gewänne, liefe man Gefahr auf der andern Seite zu verlieren. Doch die siegreiche Partei hält jetzt nichts für unmöglich. (A. Z.)

Die Regierung soll die Nachricht aus Algier erhalten haben, daß von den dortigen Militärs nur 2 Procent Ja gesagt, die übrigen 98 Procent dagegen ein verneinendes Votum abgegeben haben.

Spanien.

Madrid, den 22. Dec. Aus Anlaß der Niederkunft der Königin wurde eine theilweise Amnestie ertheilt — zunächst zu Gunsten der Carlisten.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 13. Dec. Die Rede, welche Kossuth bei dem großen Bankette hielt, das die Stadt New-York ihm zu Ehren gab, währte über 3 Stunden; Kos-

Digitized by Google

suth beansprucht von den Vereinigten Staaten directes Einschreiten zu Gunsten Ungarns und der übrigen nach Selbstständigkeit strebenden europäischen Nationen in der Art, daß Rußland nicht mehr würde interveniren können. Kossuths Gesundheit soll in Folge der Anstrengungen, welchen er sich unterzieht, einigermaßen erschüttert sein; er hatte seit seiner Ankunft zu New-York nicht weniger als 26 Reden von bedeutendem Umfange gehalten.

Neueste Nachrichten.

München, den 28. Decbr. Heute wurden in der St. Bonifaziuskirche drei Novizen des Benedictinerordens eingekleidet, worunter ein Sohn des Herrn v. Zenetti.

Ministerialrath v. Hermann reist heute nach Wien zur Zollconferenz.

Wiesbaden, den 29. Dec. Der 1848 von der Regierung entfernte Director Faber ist zum Minister ernannt.

Paris, den 28. Dec. Ein Decret Napoleons, vom 26. ds., verfügt die Abschaffung des Decrets vom 3. Mai 1848, welches die Zahl der Militärdivisionen und das Cadre der Generaloffiziere beschränkt hatte. Das Decret vom 26. Dec. theilt das französische Gebiet in 21 Militärdivisionen ein und trifft Bestimmungen wegen der Besetzung derselben.

Neapel. Lord Palmerston scheint seine Amtsführung noch mit einem energischen Schritte gegen Neapel bezeichnet zu haben. Eine Commission hatte auf eine Forderung wegen Beschädigung englischer Staatsangehörigen erkannt, die neapolitanische Regierung habe an England eine bestimmte Summe in Schatzscheinen ohne Zinsen zu bezahlen. Palmerston, hiemit unzufrieden, forderte die Entrichtung einer weit beträchtlicheren Summe in Silber, mit Berechnung der Zinsen, und zwar unter Drohung. Die neapolitanische Regierung hat nachgegeben.

Miscellen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Kossuth muß, ehe er in Amerika an's Land trit, Quarantaine halten. — Lächerliche Vorsichtigkeit! die Amerikaner wünschen es ja, daß er ihnen die Leiden Europa's und die Krankheit seiner Völker mittheile.

Schultze. Wat hast Du'n Deiner Frau zu Weihnachten geschenkt?
Müller. Ick habe ihr sehr überrascht!
Schultze. So? Wol wat, was se sich gewunschen hat?
Müller. O ne, ick habe ihr sehr überrascht!
Schultze. Du hast ihr wol neie Möbel jekooft?
Müller. O ne, ick habe ihr sehr überrascht?
Schultze. Na wat hast de ihr denn nu jeschonken?
Müller. Nu jar nischt: — die Ueberraschung hätt'st de sehn sollen!

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

---

[761] **Harmonie in Speyer.**

Mittwoch, den 31. Dec. 1851, Abends 8 Uhr:

Sylvester-Ball.

Der Vorstand.

[760a] **Wirthshausversteigerung.**

Montag, den 19. Januar 1852, Nachmittags 3 Uhr zu Speyer im Wirthshause zur Blume, läßt Friedrich Müller, Etuisfabrikant, in New-York wohnhaft, sein in hiesiger Stadt in der Korngasse gelegenes Wohnhaus, das Wirthshaus zur Blume, nebst Waschküche, Werkstätte, Nebenbauten, Hof und allen andern Zubehörungen auf einer Fläche von 19 Ruthen, neben Weinhändler J. Völcker und Erben Burschell, jetzt Schuhmacher Gulden, gelegen, zu Eigenthum öffentlich versteigern.

Das Haus ist dreistöckig, solid gebaut und gut eingerichtet. — Es wurde seither in demselben mit gutem Erfolge Wirthschaft betrieben, eignet sich aber auch seiner vortheilhaften Lage wegen zum Betriebe eines jeden andern öffentlichen Geschäftes.

Speyer, den 29. December 1851.

Kissel, Notär.

[752a] **Licitation.**

In Vollziehung eines durch das kgl. Bezirksgericht zu Frankenthal am 6. November 1851 erlassenen registrirten Urtheils, werden durch den hierzu committirten, zu Speyer residirenden k. Notär Georg Kissel, die nachbeschriebenen Liegenschaften, der erkannten Untheilbarkeit wegen, öffentlich auf Eigenthum versteigert, und zwar:

A. Montag, den 5. Januar 1852, Nachmittags 2 Uhr, zu Speyer in der Bierbrauerei zur alten Pfalz, folgende Liegenschaften, als:

a) Zur Errungenschaftsmasse des zu Speyer wohnhaft gewesenen und verlebten Holzhändlers und Ziegeleibesitzers Friedrich Wilhelm Billmann und seiner hinterlassenen Wittwe Eva Katharina Minck gehörig:

1) Ein zu Speyer an der breiten Straße im gelben Viertel gelegenes mit Nro. 160 bezeichnetes Wohnhaus sammt Stallung, Anbau mit Waschküche, Scheuer mit Kelterhaus, großem Holzmagazin mit Wagenremise, Schweinställen, Hof, Brunen, Pflanz- und Wingertsgarten, nebst allen sonstigen Zugehörden, 1 Tagwerk 6 Dec. Fläche;
2) zwei Scheuern sammt Schoppen, Hofraum und sonstigen Zugehörden; 30 Decimalen Fläche, die sogenannte Spitalscheuer, auf dem Fischmarkte im grünen Viertel zu Speyer gelegen;
3) eine Ziegelhütte mit Wohnung und Brennofen, Hofraum, 2 Brunnen, Trockenplatz, Garten und Gartenhaus nebst sonstigen Zugehörden, 51 Decimalen Fläche, zu Speyer vor dem Marrthore bei den Marrweiden gelegen;
4) eine Ziegelhütte mit Wohnung und Brennofen, Stall, Scheuer, zwei Brunnen, Hof, Ziegelplatz, Acker, Garten und Weinberg auf dem Roßsprung und im Katzenloch bei der Stadt Speyer gelegen, 2 Tagwerke 75 Dec. Fläche;
5) 13 Decimalen Fläche mit daraufstehender Scheuer, wovon ein Theil zur Wohnung hergerichtet ist, Stall, Dunggrube, Schweinställe, Brunnen, Hof, Gärtchen, und sonstigen Zugehörden, zu Speyer an der Wormser Straße gelegen.

b) Der besagten Billmann'schen Errungenschaftsmasse und dem zu Speyer wohnenden Holzhändler Franz Philipp Hänlein und der daselbst ohne besonderes Gewerbe wohnhaften Fried. Catharina Billmann, Wittwe des allda verlebten Geometers Heinrich Carl Joseph Dupré gehörig:

6) 12 Decimalen Fläche mit daraufstehendem Wohnhause sammt Schweinställen, Hofraum nebst Eingang und sonstigen Zugehörden, zu Speyer an der Mönchgasse gelegen.

B. Dienstag, den 6. Januar 1852, Nachmittags 2 Uhr, zu Speyer im Gasthause zum Rheinischen Hofe nachbezeichnete Feldgüter, als:

a) Zur besagten Billmann'schen Errungenschaft gehörig:
41 Tagwerke 19 Decimalen Ackerfeld in 35 Parcellen;
90 Decimalen Wingert in 1 Parcelle;
40 Decimalen Acker und Baumstück in 1 Parcelle;
4 Tagwerke 27 Decimalen Acker und Wiese in 5 Parzellen, und
9 Tagwerke 39 Decimalen Wiese in 3 Parcellen.

b) Zum Einbringen des genannten Erblassers Friedrich Wilhelm Billmann gehörend:
6 Tagwerke 70 Decimalen Ackerfeld in 8 Parcellen;
3 Tagwerke 67 Decimalen Wiese in 1 Parcelle,
und 3 Tagwerke 74 Decimalen Acker und Wiese in 1 Parcelle.

Alle Güterstücke Speyerer Bannes.

Speyer, den 15. December 1851.

Kissel, Notär.

Digitized by Google

Neue

Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 2 | den 2. Januar 1852.

Deutschland.

°† Zweibrücken, den 30. Dec. (Assisenverhandlungen.) Das Zeugenverhör in der Sache gegen Wild ging schon Vormittags zu Ende. Die Debatten und das Resumé waren von keiner langen Dauer, der Art, daß schon vor ½3 Uhr, nach einer kurzen Berathung, der Ausspruch der Geschwornen erfolgte. Dieselben erklärten den Angeklagten für **nichtschuldig,** worauf dieser von der Anklage losgesprochen und sofort in Freiheit gesetzt wurde.

Morgen beginnt die Sache gegen Ludwig Moses, Maler von Speyer. Dieser wurde bekanntlich bei der 2. Assisensession im Mai dieses Jahres schon abgeurtheilt. Das gegen ihn ergangene Urtheil des Assisenhofes, welchem eine Schuldigerklärung der Geschwornen mit 7 gegen 5 Stimmen zu Grunde lag, ist aber von dem Cassationshofe zu Gunsten von Moses cassirt und deßhalb derselbe aufs Neue vor die Assisen verwiesen worden.

• Speyer. Reactionäre Blätter legen ihre tugendsamen Gesichter in Falten, um den Freisinnigen vorzuwerfen, sie hätten kein Recht, den Verfassungsumsturz durch Bonaparte zu tadeln, weil — sie die frühern Revolutionen gutgeheißen hätten.

Wer war es denn, der in diesen frühern Fällen die Verfassung umstürzte? Wir sehen ab davon, wie die Charte der Bourbonen von 1814 entstand. Allein war es nicht Karl der X., der durch seine Ordonnanzen diese Charte vernichtete? Und stand es mit der „charte verité“ Ludwig Philipps besser? Wurde diese nicht, allen anfänglichen Verheißungen zum Trotze, Tag für Tag durch Corruptionen und verhöhnende Verletzung ihres Wesens, mit Füßen getreten? Und nun sollte man Diejenigen als „Eidbrüchige“ verdammen, welche sich solches nicht gefallen ließen, welche — nicht aus niedriger Selbstsucht (etwa um sich auf den Thron zu schwingen), und nicht vermittelst nächtlicher Hauseinbrüche die dem Gesetze vertrauenden Volksvertreter knebelnd, — sondern in offenem Kampfe für das Wohl des Vaterlandes, für das verhöhnte Recht ihr Leben einsetzten!

Wahrlich, es beweist sehr wenig Verstand oder sehr wenig Ehrlichkeit, wenn man den Eidbruch Bonaparte's den Kämpfen vom Juli 1830 und Februar 1848 gleichstellen will!

= Aus der Pfalz. Man ist geneigt, die Staatsstreiche Ludwig Napoleons mit jenen seines Oheims am 18. Brumaire zu vergleichen, und sich gleiche Erfolge, eine zweite ruhmreiche Consularregierung davon zu versprechen. Aber Personen und Verhältniße sind durchaus verschieden. Als Napoleon Bonaparte am 18. Brumaire seinen Staatsstreich unternahm, hatte er vorher die Welt durch Großthaten in Erstaunen gesetzt; sein Name war bereits eingezeichnet in das Pantheon der Geschichte; sein genialer Geist, der überall hervorleuchtete, hatte bei der Nation Vertrauen erweckt. Durch die schmähliche Directorial-Wirthschaft war Frankreich von innern und äußern Feinden hart bedroht, die gewaltige feindliche Coalition stand bereits auf dem Boden der Republik; Frankreich drohte von dem Gipfel des Ruhmes, auf den es sich so eben erst emporgehoben, in den Abgrund hinabzustürzen; da erschien Napoleon Bonaparte aus Aegypten, und ward fast allenthalben als Retter begrüßt. Mit kräftiger Hand ergriff er persönlich die Zügel der Regierung, zerschmetterte in gewaltigen Schlägen die auswärtigen Feinde, gab dem Lande den innern Frieden, und traf Maßregeln zum Wohle des Volkes, welche bei dem größten Theile der Nation zu solchen Hoffnungen berechtigten. Das Heer, das er zum großen Theile selbst geschaffen, und persönlich zu Ruhm und Sieg geführt, hatte er durch beide an sich gefesselt. Fast alle berühmten Namen des neuen Frankreichs standen gleich beim Beginne seines Regiments ihm zur Seite, und selbst alte Namen, welche weit hinaus in die Geschichte Frankreichs ragen, drängten sich herbei, ihm zu dienen. Mit einem Worte: er hatte bei seinen Unternehmungen ein nationales Fundament. Dennoch würde es ihm nicht gelungen sein, seine Gewaltherrschaft zu begründen, oder sich so lange in derselben zu halten, — vierzehn Jahre lang seine Frevel an dem Zeitgeiste und an den Nationen fortzusetzen, — hätte er nicht durch unaufhörliche erfolgreiche Kriege die ganze Nation in beständigem Ruhm- und Siegesrausche erhalten. Der Zeitgeist war aber doch noch gewaltiger, als der Gewaltige, und stürzte ihn endlich und plötzlich vom höchsten Gipfel der Macht in die schrecklichste Tiefe.

Von alle dem ist bei dem Helden der heutigen Geschichte rein gar nichts, vielmehr meistens das gerade Gegentheil zu finden. Die Geschichte seiner Vergangenheit kennt nichts weiter, als die Bajazzo-Farcen von Straßburg und Boulogne, wo er glaubte, es genüge, sich in den Rock und das Hütchen des Oheims zu hüllen, und Frankreich werde ihm sogleich zufallen. Seine geistigen Eigenschaften haben kein Vertrauen erweckt, seine moralischen noch weniger. Nicht die geringste Sympathie für seine Person zeigt sich in der Nation, einige Abenteurer ausgenommen. Sein dreijähriges Regiment als Präsident hat weder Großes geschaffen, noch Großes gewollt. Fast alle berühmten Namen des alten und neuen Frankreichs hat er mehr oder minder schwer beleidigt, dieselben, in so weit sie es noch nicht waren, zu seinen Gegnern gemacht. Ihm mangelt jedes weitere nationale Fundament als der blose Name eines Schatten (und wie schwach ist dieser!) um sich darauf stützen zu können. — Aber, sagt man, er hat die Armee für sich. Im Augenblicke allerdings; aber sie ist nicht durch persönliches Genie, durch Großthaten, an ihn gefesselt; durch Ränke nur momentan ihm zugethan; er hat sie berauscht mit — Branntwein; ein solcher Rausch verfliegt gar bald. Er sucht das Heer durch Schmeicheleien, durch Belohnungen, Ordensverleihungen und Beförderungen dauernd für sich zu gewinnen. Die scheffelweise ausgestreuten Decorationen verlieren dadurch bald allen Werth. Die Beförderungen müssen endlich aufhören; denn Jeder, der ihm dient, will befördert sein, und er kann doch unmöglich die ganze Armee zu Generalen machen. Was nun mit den vermeintlich oder wirklich Zurückgesetzten? Zudem läßt sich ein Heer, zumal das französische, nicht auf die Dauer zu blosen Polizeischergen gebrauchen. Um das für jetzt gewonnene Heer für die Zukunft zu befriedigen, bliebe ihm nichts übrig, als Krieg mit dem Auslande. Ob dieser zu seinem persönlichen Vortheil ausschlagen wird? Wir glauben es nicht. —

Uebrigens scheint Louis Bonaparte da anfangen zu wollen, wo Napoleon Bonaparte geendet; er decretirt bereits gleich einem absoluten Fürsten von Gottes Gnaden mit hundert Ahnen. Der kleine Neffe scheint aber dabei nicht zu wissen, daß gerade dieses absolute Decretiren den Sturz seines gewaltigen Oheims hervorgerufen hat. Kurz: ohne persönlichen Namen, ohne Fähigkeiten solchen zu erwerben, nur von Ehrgeiz und

Digitized by Google

Herrschergelüsten getrieben, steht Louis Bonaparte der beweglichen französischen Nation gegenüber. Welcher Vernünftige wird behaupten wollen, daß diese Nation sich lange den Diktaten eines solchen Mannes fügen werde?

München. Verhandlung der Abgeordnetenkammer über die Amnestiefrage. (Fortsetzung.)

Fürst v. Oettingen-Wallerstein: M. Hrn.! mir liegt in doppelter Beziehung ob, das Wort zu ergreifen, einmal als Mitunterzeichner des Antrages, und dann, weil ich meine, daß es gewisse Dinge gibt, welche ein Bewohner des dießrheinischen Baierns leichter sagen kann, als ein der Pfalz und ihren Bewegungen mehr oder minder Nahestehender.

M. Hrn.! man hat Ihnen vor Allem die Kompetenz zu dem gestellten Antrage negirt.

Herr Lang hat behauptet, im Ernste könne wol Niemand diese Kompetenz behaupten, ich muß aber sagen, selbst nach vormärzlichen Begriffen hätte Niemand im Ernste geglaubt, daß diese Competenz irgend negirt werden könne.

Hier steht Ansicht gegen Ansicht, aber auch die Herrn Lang entgegengesetzte Ansicht kann im Ernste glauben, was sie glaubt. Die Verfassung zählt dem Wirkungskreise der Kammern alle jene Gesetze bei, welche die Freiheit der Person und das Eigenthum betreffen. Niemand wird läugnen, daß ein Amnestiegesetz die Freiheit der Person betrifft. Das Initiativgesetz beschränkt die Initiative der Kammer nur in Beziehung auf Verfassungsfragen. In Bezug auf Gesetze, welche die Freiheit der Person betreffen, und nicht dem Verfassungsbereiche anheimfallen, ist unsere Kompetenz zur vollen Initiative also unzweifelhaft, und aus diesem Gesichtspuncte wurde die beschränkte Initiative der Kammer sogar in vormärzlichen Zeiten stets aufgegriffen. Ich entsinne mich wol, wie zwischen der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten von 1819 an bis 1848 eine Controverse darüber obwaltete, ob den Kammern das Bitten zukomme um Gesetzentwürfe über Verfassungszusätze und Abänderungen. Die Kammer der Abgeordneten erachtete sich berechtigt zu bitten ohne Grenze, die Kammer der Reichsräthe meinte, daß zu jener Zeit die Kammern über Verfassungsveränderungen oder Interpretationen nur berathen dürften in Folge königlicher Initiative, und da auch das Berathen einer Bitte ein Berathen sei, so komme dem Landtage nicht zu, constitutionelle Gesetze selbst bittweise zu initiiren; in Absicht auf einfache Gesetze bestand kein Zweifel, namentlich über die Frage, ob ein Antrag auf Amnestie gestellt werden sollte, öfter in den Kammern angeregt, und wahrlich nicht an der Frage der Kompetenz scheiterte seine Formulirung.

Ich läugne ihnen nicht, meine Herren, daß mir im stets wachsendem Maaße schmerzlich fällt, zu sehen, wie wir ein Stück unserer Befugnisse nach dem andern uns selbst hinweg demonstriren. Die große Macht der Regierung ist ihr Veto, die Regierung hat das Recht, den Wünschen und Anträgen, wie der Initiative beider Kammern, ein unmotivirtes einfaches Nein entgegenzusetzen, und dieses Nein ist bei uns kein suspensives, sondern ein decisives, es kann sich 30 Mal mit gleich peremptorischer Wirkung wiederholen, wenn 30 Mal dieselben Anträge kommen. Hier, ich wiederhole es, ist die eigentliche Macht der Regierung, und hier ist die ächte, die praktisch bedeutsame Grenze der ständischen Initiative. Um so mehr glauben Sie mir, meine Herren, sollten wir uns vor dem Ersinnen illustrischer Grenze hüten. Eine Kammer, wenn sie sich selbst versagt, sie sei nicht einmal befugt, in jeder Beziehung zu bitten und zu beantragen, eine Kammer, welche sich selbst mundtodt erklärt für wichtige Fragen, sie verliert ihre Autorität im Lande, und der Verlust dieser Autorität wirkt nachtheiliger, als man glaubt, auch auf das Ansehen der Krone zurück. Denn der Glaube an die Bedeutsamkeit der Kammer ist für die Regierung unter allen Umständen eine hochwichtige, unter gewissen Umständen vielleicht sogar die einzige Schutzwehr. Dieses über die Kompetenz.

M. H.! man hat uns gesagt, der Antrag sei gegenstandslos geworden; wäre er gegenstandslos geworden, so würde ich die Personen und Umstände beklagen, welche sich beizumessen haben, daß 2 Jahre hindurch warm gehegte Hoffnungen nicht mehr in Erfüllung gehen könnten, daß Diejenigen, welche die ganze Zeit hindurch der Erlösung aus schwerem Unglück harrten, nur vergebens gewartet hätten. Aber ich sage Ihnen, der Antrag ist nicht gegenstandslos.

Hr. Lang hat das Glück oder Unglück, aus juridischen Gründen immer das zurückweisen zu müßen, was sein Herz bewilligen möchte; er hat uns erzählt, er habe aus juridischen Gründen zurückweisen müßen den Antrag des Hrn. Boye. Heute muß er aus gleichen Gründen, eine ganze sowol, als erweiterte Amnestie zurückweisen, während Hr. Prinz, von dem ich glaube, daß er mit Hrn. Lang übereinstimmt, uns selbst sagt, die Amnestie sei nicht hinreichend weit gegriffen, sie hätte weiter gehen können. Wir haben dieses aus seinem eigenen Munde gehört.

Hr. Lang hält sich juristisch überzeugt, daß der Antrag gegenstandlos sei, weil ein Contumacialurtheil ein Urtheil sei. Ich antworte dem Hrn. Lang praktisch, daß der Antrag einen sehr reellen Gegenstand hat. Es ist schon erwähnt worden, wie wenn einer der 213 unglücklichen Contumacirten sich stellt oder habhaft gemacht wird, er von Neuem vor den Richter gelangt, und wie dieses vor den Richter gelangen, Nichts geringeres ist, als das Würfeln um die Todesstrafe. Und m. Hrn, um das sich Stellen und Gestelltwerden ist es wahrlich zur Stunde keine Kleinigkeit. Wir kennen das furchtbare Elend, dem die Flüchtlinge preisgegeben sind, wir haben noch jüngst einen Soldaten gesehen, sich überliefern und transportiren lassen dorthin, wo seiner unfehlbar das Erschießen harrt, weil ihm der Tod durch Pulver und Blei lieber ist, als der Hungertod. — Wir haben uns ferner überzeugt, wie auch das Ausliefern kein leerer Schall mehr ist. Es ist bereits viel ausgeliefert worden. Allerdings gibt es noch ein Land auf dem Continent, welches grundsätzlich, politische Flüchtlinge nicht ausantwortete. Engte aber die Regierung dieses Landes schon unter dem republikanischen Banner das Princip in die engste Grenze ein, ließ sie die Leute dergestalt darben, daß sie am Ende selbst dem Kerker zueilten, so fragt sich sehr, ob in Folge der neuesten Veränderung, welche sich dort zutrugen, nicht auch die positive Auslieferung zu erwarten steht.

Gegenstandslos ist eine Frage wahrlich nicht, wobei es sich und zwar unter solchen Umständen, um das Leben von 213 Personen handelt. (Fortsetzung folgt.)

München, den 27. Dec. Die hiesige Policei hat in jüngster Zeit einige Mal Bürger darüber zur Verantwortung gezogen, warum sie sich an öffentlichen Orten über den Staatsstreich Louis Napoleons mißliebig geäußert. Natürlich bekam sie hierauf nicht immer die erwünschte Antwort. (Regsb. Z.)

— den 29. Dec. Folgende Schriften wurden in den hiesigen Buchhandlungen confiscirt: 2 Bände der Memoiren der Lola Montez (Berlin bei Schulze); „die Insel Marzipan," Kindermährchen von Glasbrenner (Hamburg), und die in London erschienene Broschüre: „Christus und die Erlösung."

Nach der Augsb. Postztg. wäre die „Allgemeine Zeitung" in Frankreich verboten worden!

In **Nördlingen** wurden bekanntlich die jüngsten (freisinnigen) Gemeindeersatzwahlen für nichtig erklärt und neue angeordnet, welche nun dasselbe Ergebniß lieferten, nur wurden die früheren Candidaten diesmal mit noch größerer Mehrheit gewählt.

In **Ebersberg** wollten am ersten Weihnachtsfeiertage drei 7—8 Jahre alte Knaben über einen zugefrornen Fischteich gehen; das Eis brach und alle 3 ertranken.

Wiesbaden, den 30. Dec. Zwei provisorische Gesetze, welche später dem Landtage zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden sollen, beschränken das Ver-

Digitized by Google

einsrecht und entziehen den Geschwornen die Entscheidung in allen politischen und Preßprozeßen!

Backnang (Württemberg). In Folge der Verbreitung einer Druckschrift, welche gegen Kirche und Monarchie gerichtet ist, wurden hier viele Verhaftungen vorgenommen.

Gotha, den 24. Dec. Aufs Höchste ist die hiesige Bevölkerung von der gestern bestätigten Nachricht überrascht worden, daß der Hof und das Hoftheater zum neuen Jahr für die Dauer des Winters von Koburg nicht hieher übersiedeln werden. Man hält dieß für eine unmittelbare Folge des im hiesigen Lande offen hervortretenden Widerwillens gegen die Annahme des neuen Verfassungsentwurfs und der dadurch zu vermittelnden Vereinigung beider Landestheile. Zwischen dem Ministerium und dem Landtage ist eine bedeutende Spannung eingetreten, und man glaubt nach der neulichen Aeußerung des Staatsministers, „daß sich mit der jetzt gültigen Verfassung nicht regieren lasse," eine baldige, alle Differenzen nivellirende Einmischung von Frankfurt aus als ziemlich sicher annehmen zu können. (Nürnb. C.)

Berlin, den 27. Dec. Die innerhalb der Bundesversammlung herrschende Zwietracht findet mehr und mehr den Weg in die Oeffentlichkeit, und selbst die „Preußische Ztg." macht kein Hehl aus dem Uebergewicht, das Oesterreich jetzt erlangt hat. Sie sagt u. a.: „Der Ausschuß, welcher die Marineangelegenheiten leitet, besteht aus Preußen, Württemberg, Hannover, Darmstadt, welche bei Anschaffung der Flotte mitgewirkt, und aus Oesterreich, Baiern und Sachsen, welche bisher nichts für die Flotte bezahlt haben. Nimmt man nun als wahrscheinlich an, daß die württembergische Abstimmung unter den obwaltenden Umständen jederzeit von der des österreichischen Gesandten bedingt sein wird, so ergibt sich der eigenthümliche Umstand, daß gerade diejenigen Staaten, deren erste Martikularbeiträge noch heute in der Flottencasse vermißt werden, nämlich Oesterreich, Baiern und Sachsen, über Administration und Leitung der Flotte durch Majorität entscheiden können. ... Das, was wir über den augenblicklichen Zustand der Casse der Bundesflotte hören, ist allerdings traurig; aber noch trauriger ist das Prognostikon, welches wir dem Bunde und seinen Einrichtungen stellen müssen, wenn derselbe nicht mehr die Kraft oder den Willen hat, rückständige Matricularbeiträge zu erheben, sobald Oesterreich sich unter den Säumigen befindet."

Wien, den 24. Dec. Die Cuirasse der österreichischen Regimenter werden eine Umgestaltung erhalten. Der Zweck ist, eine im Gewichte leichtere Schutzwaffe zu bekommen, deren Form zugleich dem Reiter größere Handbewegung gestattet.

Belgien.

Brüssel, den 27. Dec. Hr. Carnot, französischer Minister im J. 1849, ist heute hier angekommen; er geht nach England.

Aus Brüssel berichtet die Neue Preuß. Ztg., daß die belgische Regierung ein Promemoria, betreffend die Forderung Frankreichs wegen Erstattung der Kriegskosten vom Jahre 1832, hat abfassen lassen, das sämmtlichen Regierungen überreicht werden, und in welchem das Unbegründete der französischen Forderung nachgewiesen werden soll. Der Kern des Promemoria's ist die Behauptung, daß die ganze Expedition nicht zu Gunsten Belgiens, sondern um des europäischen Friedens willen von Frankreich unternommen worden wäre.

Frankreich.

Paris, den 25. Dec. Die Legitimisten haben jetzt mit Montalembert offen gebrochen.

Ueber den St. Bonaparte's Tag — wie der Examiner den 2. Dec. tauft — sollen täglich noch auffallende Details an den Tag kommen. Ein Oberst versicherte dem Times-Correspondenten, daß er am Morgen des 5. Dec. 15,000 Francs zur Vertheilung unter sein Regiment erhielt, welches außerdem Kriegszulage bezog. Dieses Regiment hatte sich auf den Boulevards ausgezeichnet.

In der Pariser Correspondenz des M. Chronicle liest man: „Eine Partei gibt's, deren Benehmen Verwunderung erregen könnte, wenn man sich in diesen sonderbaren Zeiten überhaupt noch über etwas wundern dürfte. Die alten Conservativen, die Freunde und Unterstützer des letzten Cabinets der Monarchie, die ergebenen Anhänger Ludwig Philipps solange er auf dem Throne saß, aber die, sobald Ludwig Philipp gefallen war, seine Familie verließen und, unter dem Namen von Fusionisten, Legitimisten wurden — kurz, die Guizots, Salvandy's, Duchâtels et hoc genus omne, haben abermals eine Schwenkung gemacht. Sie haben die Fusion und die Sache der Legitimität verlassen. Dermalen sind sie höchst feurige Bonapartisten. Hr. Guizot selbst spricht nicht nur seinen vollen Beifall zu dem Staatsstreich aus, sondern ist auch einer von den eifrigsten Beförderern der Militärregierung. Er hat nicht bloß allen seinen Freunden empfohlen, für L. Bonaparte zu stimmen, sondern macht auch höchst rührige Propaganda zu seinen Gunsten."

— den 26. Dec. Die Zahlen, welche über die Abstimmung die ministeriellen Blätter bis jetzt mitgetheilt, sind höchst unzuverlässig. Hr. Lebon, der Secretär in dem Ministerium, hat nämlich die Unvorsichtigkeit begangen, alle Zahlen ohne Unterschied, so wie sie ein Präfect durch den Telegraphen ihm von Stunde zu Stunde übermachte, ohne alle weitere Prüfung zusammenzuzählen. Nun haben die Präfecten anfangs die theilweisen, dann die mehr oder minder vollständigen Gesammtergebniße der Abstimmung, sowie dieselben ihnen von den Unterpräfecten zugekommen waren, dem Ministerium übermacht, ohne die theilweisen von dem Gesammtergebniße abzuziehen. Man kann daher voraussehen, daß das definitive amtliche Ergebniß lange die sechs Millionen nicht erreichen wird. Merkwürdig ist es, daß das Verhältniß der Ja und Nein in der Armee bei weitem nicht so günstig ist als im Civil. In der Armee kamen nur fünf Ja und ein Nein, im Civil hingegen ist das Verhältniß wie zehn zu eins. — Im Kriegsministerium ist eine Untersuchung angeordnet worden über eine Thatsache, welche die Regierung sehr beunruhigt. Es wurden nämlich 500,000 Patronen in den Decembertagen ausgetheilt, wovon nach einer Wahrscheinlichkeitsberechnung höchstens 70,000 verschossen worden, es hätten also über 400,000 in den Casernen abgeliefert werden sollen, während nur 12,000! abgeliefert wurden. (A. Z.)

— den 27. Dec. Die Auflösung der ganzen pariser Nationalgarde, von welcher übrigens die meisten Legionen nur noch im Gedächtniße der Pariser vorhanden sind, ist von der Regierung beschlossen und soll im Laufe des künftigen Monats nach vorgenommen werden. Aus den Legionen 1, 2 und 10 werden jedoch einige Bataillone als Ehren- oder Leibwache des Präsidenten gebildet werden.

Vorgestern hat der Erzbischof von Paris in der Magdalenenkirche das Ehebündniß des Generals Cavaignac mit Fräulein Odier eingesegnet. Dieselbe Ceremonie hatte vorher durch den Pastor Cuvier in der Oratorienkirche statt, da Fräulein Odier protestantisch ist. Nach der bekannten Weigerung jenes Prälaten, seine Zustimmung zur neuen Ordnung der Dinge zu geben, wird die an sich sonst harmlose Handlung als eine Demonstration gegen das Elysee angesehen, wo man sie in der That ebenfalls sehr übel aufgenommen hat, so daß man jetzt wirklich dort darüber nachsinnt, unter welchem Vorwande und in welcher Form man Monseigneur Sibour in Ruhestand setzen könnte. Der ehrenwerthe Prälat hat im Bischofe von Frejus einen Gesinnungsgenossen; nicht daß derselbe gleich ihm dem republikanischen Principe huldige, sondern daß er für Staatsstreiche überhaupt und ein militärisches Regime insbesondere keinen Geschmack hat. In seinem Hirtenbriefe (Mandement) an die Geistlichkeit seiner Diöcese heißt es: „Das Schwert, welches vertheidigt und stützt, hat keine Sendung, etwas zu gründen."

Den in Ham befindlichen Generalen soll mit Ausnahme Changarnier's, der noch länger in Haft bleiben würde, die Verbannung zugedacht sein. Baze, den man ebenfalls verbannen wollte, soll die Erlaubniß erwirkt

haben, in seiner Geburtsstadt Agen zu leben, dieselbe jedoch nicht verlassen dürfen.

Strasburg, Ende Decembers. Ziehen Sie keine voreiligen Schlüsse aus dem glänzenden Resultate der Abstimmung. Den Soldaten und dem, durch die jetzt allmächtige Jesuitenpartei geleiteten Clerus verdankt der Präsident seinen Sieg. Auch dem letztern Bundesgenossen genügende Belohnung zukommen zu lassen, möchte dem Erwählten auf die Dauer sehr schwer werden. Katholisirung des großentheils protestantischen Elsasses ist bei uns das Ziel. Dabei steht die protestantisch-theologische Fakultät Strasburgs im Wege. Ihre schon früher beabsichtigte Verlegung nach Paris wird jetzt, wo die kaiserlichen Centralisationspläne wieder geltend werden, von Neuem in Anregung gebracht, vielleicht selbst durchgeführt werden. Das Verlangen nach einer Staatskirche, die Hervorrufung des, unter der Restauration bestehenden Sacrilegiengesetzes werden, in nächster Zeit lautbar, nur andere Forderungen als Vorläufer dienen. Der Protestantismus hat im Innern Frankreichs letzter Zeit bedeutende Fortschritte gemacht. Im Westen wie im Süden standen, vor Ausbruch der Jacquerie, wenigstens 10 Dörfer im Begriff, zum Protestantismus überzutreten. Es fehlt nur an jungen Geistlichen, um sogleich die Stellen besetzen zu können. (F. J.)

— den 27. Dec. Eine sehr durchgreifende Umgestaltung werden die Gemeindeverwaltungen erleiden, ihre Befugnisse dürften auf jene Beschränkungen zurückgeführt werden, welche aus dem Kaiserreich oder wenigstens aus der Zeit, welche dem Juliuskönigthum vorangegangen, datiren. Das mißliebige Oppositionselement, welches sich seit 20 Jahren in den meisten Communalverwaltungen eingeschlichen, wird dadurch beseitigt und die Regierung ausschließliche und unumschränkte Gebieterin werden. (!)

Italien.

Mailand. Zu Seppina im Antronathale (Schweizergränze) sind mehr als 30 Personen von einer Krankheit befallen, welche die beunruhigendsten contagiösen Symptome an sich trägt.

Turin, den 24. Dec. Aus Savoyen sind mehrere französische Flüchtlinge theils ausgewiesen, theils internirt worden. — Der Kriegsminister läßt die Befestigungs-Arbeiten von Casale beschleunigen.

Sicilien. Man schreibt aus Palermo, daß das Klima dem Herzog von Leuchtenberg nicht behage, und daß er daran denke, sich nach Aegypten zu begeben.

Jonische Inseln.

Korfu, den 22. Dec. Heute ist das jonische Parlament plötzlich aufgelöst worden.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 13. Decbr. Zu Washington hat gestern im Senat eine Debatte über Kossuth stattgefunden. Es ward mit 33 gegen 6 Stimmen beschlossen, ihn öffentlich zu bewillkommen. Die Gallerien begrüßten diesen Beschluß mit lautem Beifalle.

China.

Die Rebellenarmee ist vor Peking erschienen; der Kaiser ist geflohen und soll abgedankt haben. Der Insurgentenhäuptling hat den Thron bestiegen. Diese Nachrichten bedürfen jedoch der Bestätigung.

Miscellen.

• **Speyer.** Hr. Dr. Lucas Jäger hat, wie neulich erwähnt, in seiner „Pfälzer Zeitung" die Behauptung aufgestellt: die in der Abgeordnetenkammer bereits widerlegte Angabe sei dennoch wahr, „daß gerade die Mehrzahl der auf dem ersten Landtage von 1849 zu München versammelten Pfälzischen Abgeordneten die Regierung von Absendung der Truppen in die Pfalz förmlich abgemahnt habe." Wir erklärten diese Angabe, von deren Inhalt, so weit ermittelt werden konnte, Niemand aus der Zahl der damaligen Abgeordneten irgend etwas weiß, welche ihnen aber Hr. Jäger, (der damalige Nichtabgeordnete!) mit aller Hartnäckigkeit unterstellen will, für eine Lüge, indem wir forderten, daß Hr. Jäger seine Behauptung eben auch beweise, was, wie wir vorhersahen, ihm freilich unmöglich sein mußte.

Statt nun die Unwahrheit offen und ehrlich zu bekennen und zurücknehmen, versucht es jetzt Herr Jäger, einige aus den stenographischen Berichten von damals entnommene Aeußerungen zusammenzustellen, woraus sich ergibt — nicht was bewiesen werden soll, sondern — daß die Pfälzischen Deputirten die Reichsverfassung als zu Recht bestehend ansahen (was keiner der damaligen Redner heute noch im Entferntesten in Abrede stellen wird), woraus aber gefolgert werden will, daß diese Deputirten — die in ihrer „Majorität" und in ihrer Gesammtheit mit dem Ministerium gar nicht verkehrten! — die ihnen unterschobene Handlung eben doch begangen haben **könnten**; — ja daß sie dieselbe begangen haben können, auch wenn sich die Betheiligten der Sache nicht mehr erinnerten!

Wir beschränken uns bei einem solchen Auftreten darauf, die erwähnte Angabe wiederholt als **Lüge** zu erklären. Will Hr. Jäger solche Dinge behaupten, so möge er dieselben auch beweisen.

Es bleibt sonach die ausgesprochene Ansicht unwiderlegt, daß, wenn das Ministerium die (nach unserer Ansicht rechtsgültig erlassene) Reichsverfassung nicht anerkennen, und wenn es überhaupt den Standpunct einnehmen wollte, den es jetzt behauptet, es auch früher Truppen in die Pfalz hätte senden, und dadurch die volle Entwicklung des unglücklichen Dramas, das heute noch die Criminalgerichte fort und fort in Anspruch nimmt, hätte verhindern sollen, — daß aber, da dies eben nicht geschah, eine Amnestie dringend geboten und ein Niederschlagen jener Processe wahrlich am Platze wäre.*)

*) Die Pfälzer Ztg. hält sich in ihrer gewöhnlichen schmähsüchtigen Weise darüber auf, daß wir ihre Berichte über die Kammerverhandlungen als skandalöse Entstellungen bezeichneten. Da wir eine vollständige Mittheilung über die Amnestiedebatte geben, und zwar nach den stenographischen Berichten, so darf man beispielsweise nur dieselbe mit dem Berichte der Pfälzer Ztg. vergleichen, um sich zu überzeugen, ob jene Bezeichnung nicht noch eine sehr milde war.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[762] **Holzversteigerung.**

In dem Domainenwald Haardt des Forstbezirks Schwetzingen werden der Versteigerung ausgesetzt:

1) Schlag Pferdsbrunnen.

Montag, den 5. Januar:
34 Stamm forlen Bauholz,
286¼ Klafter „ Prügelholz,
18475 Stück „ Wellen.

Mittwoch, den 7. Januar:
206 Klafter 5' und 6' langes forlen Scheitholz,
678¼ „ 4' „ „ „

2) Schlag Saupferchbuckel.

Donnerstag, den 8. Januar:
152¼ Klafter forlen 5' und 6' langes Scheitholz,
1195 Stamm „ Bauholz,
440 Stück „ Teichel,
213 „ „ Tabakstangen,
47550 „ „ Wellen.

Freitag und Samstag, den 9. und 10. Januar:
1738¼ Klafter forlen Scheit- und Prügelholz.

Man versammelt sich auf den genannten Schlägen jedesmal früh 9 Uhr.

Schwetzingen, den 29. December 1851.

Großh. Badische Bezirksforstei:
Gmelin.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 3 | den 3. Januar 1852.

Deutschland.

*** Speyer,** den 1. Jan. Die Reactionäre aller Länder jubeln über Palmerstons Sturz. Und nicht ohne Grund. Er erwies sich meistens als Freund der Volkssache. Insbesondere haben die Rückschrittsdiener in Italien alle Ursache, sich über seine Entfernung aus dem Amte zu freuen.

Alle aber könnten sich getäuscht haben in ihrer Freude. Palmerstons Sturz hat bei fast sämmtlichen Parteien in Großbritanien eine wahre Erbitterung erregt. Selbst die Tories sind unzufrieden darüber — sie freilich nicht aus Sympathie für die Sache der Völker, wol aber, weil sie in dem neulichen Ereigniße den Sturz eines ungewöhnlich befähigten und rein als Brite denkenden und handelnden Ministers erblicken, der als Opfer des Auslandes gefallen sei. — Gerade daß der Hof thätig war, ihn zu entfernen, hat ebenfalls die Unzufriedenheit vermehrt, und man vernimmt in dieser Beziehung Bemerkungen, welche dem s. g. „deutschen" Einfluße (dem Einfluße des Prinzen Albert ꝛc.) nichts weniger als schmeichelhaft sind. —

Wie nun, wenn nach dem Zusammentritte des Parlaments das jetzige Ministerium seiner Seits gestürzt würde? Wie, wenn Palmerston auf diese Weise mit vergrößerter moralischer Macht auf seinen Posten zurückkehrte? — Und das ist wenigstens gar nicht unwahrscheinlich!

*** Zweibrücken.** Ludw. Mosec ist freigesprochen.

*** München,** den 29. Dec. Vor längerer Zeit hat Hr. v. Closen ein Schriftchen veröffentlicht: „Die Armee als militärische Bildungsanstalt der Nation," zu welchem er vor einigen Monaten „Zusätze mit Rücksicht auf die neuesten Erfahrungen über das preuß. Landwehrsystem" und Aeußerungen über die Kritiken seiner ersten Broschüre herausgab. Hr. v. Closen machte Vorschläge zu einer neuen Organisation, wobei ungefähr mit den bisher aufgewendeten Summen die Wehrkraft des Volkes bedeutend vergrößert werden soll. Der Verfasser nähert sich einigermaßen dem Systeme der Volksbewaffnung, obwol er dieselbe als Grundlage verwirft.

Seitdem erschien eine weitere Broschüre: „Die Organisation und Formation der baierischen Armee und das Militär-Budget," deren Verfasser sich zwar auf dem Titelblatte nicht genannt hat, dessen Name aber ein „öffentliches Geheimniß" ist. In dieser Schrift bringt Hr. v. Lerchenfeld, der Verfasser, eine Reihe von Vorschlägen, durch welche, auf der bisherigen Grundlage, und mit den bisherigen Mitteln, ebenfalls eine größere Leistungsfähigkeit erzielt werden soll.

Ueber diese Schrift brachte die Allgemeine Zeitung eine Reihe von Aufsätzen, theils von dem Verfasser (als dessen Organ das genannte Blatt bekanntlich dient), theils von seinen Gegnern (da die Allg. Ztg. ihr Unterthänigkeitsverhältniß ja doch nicht ablegen kann). Außerdem wurde eben ein eigenes, wie es scheint halbamtliches Heftchen über den Gegenstand publicirt, unter dem Titel: „Organisation, Formation und Budget der bair. Armee."

Aus der ganzen Polemik hat sich im Wesentlichen ergeben: daß Hr. v. Lerchenfeld nicht einmal eine Verminderung des bisherigen Militäretats vorschlägt, daß er aber da, wo er eine neue Organisation verlangt, unzweckmäßige und unhaltbare Pläne aufstellt, gerade wenn man von seinem Standpuncte aus die Sache beurtheilt, nemlich unter Zugrundelegen des Systems der großen stehenden Heere; — daß er dagegen in untergeordneten Puncten allerdings einige zweckmäßige Ersparungen andeutet, die berücksichtigt werden sollten, durch welche aber freilich im Großen und Ganzen beinahe nichts erzielt wird, und zwar um so weniger, als verschiedene seiner übrigen Projecte (z. B. die Errichtung auch noch von vier Dragonerregimentern) nur neue Kosten verursachen würden. Der wirkliche Werth jener Vorschläge reducirt sich daher jedenfalls auf gar wenig.

Eine Stelle in der letzterwähnten officiösen Schrift brachte uns übrigens geradezu zum Lachen. Seite 38 heißt es nemlich: „Wir ... haben die (Lerchenfeld'sche) Schrift ... nicht mit stolzem Schweigen zu den Acten gelegt, und dies zwar um so weniger, als wir darin kein „anspruchloses Schriftchen" erkennen konnten, sondern eine jener **Wühlereien,** welche seit dem Jahre 1848 die offene Tendenz an der Stirne trugen, die stehenden Heere abzuschaffen und damit die Grundfesten der Throne zu erschüttern." — Es ist doch ein eigenes Verhängniß, daß Hr. v. Lerchenfeld nun gerade jene Schlagwörter gegen sich selbst in Anwendung gebracht sehen muß, die er so oft gegen Andere gebrauchte! —

München. Verhandlung der Abgeordnetenkammer über die Amnestiefrage. (Fortsetzung.)

Fürst v. Oettingen-Wallerstein, fortfahrend: Man hat uns die Geschichte der Ereigniße in der Pfalz vorgeführt. Erlauben Sie mir einen kurzen Rückblick auf das Amnestiegesetz selbst. Als das Amnestiegesetz hier berathen wurde, lagen uns zwei Kategorien von Fällen vor. Wir hatten es zu thun mit dem dießrheinischen Baiern, in dessen Schooße kein wirklicher Aufstand ausgebrochen war, — wir hatten es zu thun mit der Pfalz, welcher der Aufstand so bittere Früchte getragen.

M. Hrn.! ich erkenne gern an, und weil ich es anerkenne, spreche ich es hier auch aus, daß die baierische Regierung eine der wenigen, vielleicht die einzige Regierung Deutschlands ist, die ein Amnestiegesetz initiirt, und vor die Kammern gebracht hat. Obwol in der Opposition stehend, rühme ich dies, weil es mir eine rühmliche Thatsache däucht, und nie werde ich den Werth dieses Schrittes der Regierung mißkennen.

Noch mehr, m. Hrn.! erkenne ich an, daß die Regierung auch jene großartige Erweiterung sanctionirte, durch welche im dießrheinischen Baiern beinahe jeder Angeschuldigte nach 10 Tagen seine volle Freiheit erhielt.

Schlimmer aber, als der Dießrhein, kam bei dem Amnestiegesetz die Pfalz hinweg. Man war streng gegen sie, und gerade jene Männer aus dieser Provinz, welche die dortigen Bewegungen in ungünstigem Lichte betrachteten, hielten sich berufen, theils als Referenten, theils als Votanten, zur Strenge zu mahnen. Ich mache dies Niemanden zum Vorwurf. Jeder Ueberzeugung gebührt ihr Recht. Aber die Amnestie der Pfalz ward eine kümmerliche. Bald darauf erfolgten Anträge auf Erweiterung, und diese Anträge hatten das Unglück, zwei volle Jahre nicht vor das Plenum der Kammer zu kommen. Man erzählt uns, Hr. v. Breitenbach sei krank geworden, Hr. Prinz habe zuerst für die Ehre des Referats sich bedankt, dann sich entschlossen, dieselbe Ehre anzunehmen, sofort seien wir nach Hause geschickt worden. Hr. Prinz habe bei unserer Wiederkehr noch eine Zeit lang in der Pfalz verweilt, und dann nur noch 4 Wochen gebraucht, um den Gegenstand an uns zu bringen. Das ist Alles schön und gut; aber dieselben Herren, die durch eine Fatalität von Umständen sich gezwun-

gen sahen, zwei Jahre dasjenige zurückzuhalten, woran die Erfüllung so vieler Hoffnungen hing, sie sind sehr schnell an uns gekommen mit allen Gesetzentwürfen, welche der gesetzlichen Freiheit ungünstig und dieser Seite des Hauses unwillkommen waren. Sie waren auch fertig mit dem Associationsrechte, mit der Presse, mit der vermeintlichen Verleitung des Militärs, mit der Anwendung von Waffengewalt und zahllosen ähnlichen Gesetzen. Diese Gesetze waren so glücklich, keinem der aufgezählten Hindernisse zu begegnen; es war Niemand krank, Niemand abwesend. Wir haben, ich wiederhole es, — die Gesetze weit schneller bekommen, als wir sie wünschten, wohl schneller, als es im Interesse der Sache gelegen war. Ich kann also die angeführten Thatsachen als begründet annehmen und doch nicht aussprechen, daß ich mich dadurch zu Dank gegen jene Herren verpflichtet fühle.

Es ist uns weiter angeführt worden, der gegenwärtige Zeitpunkt sei nicht, ja weniger als je einer, zu Ertheilung der beantragten Amnestie geeignet. Ich werde nicht in das Land reisen, wohin wir nach dem eben Gehörten, nicht reisen dürfen. Ich gebe es zu. Ich werde von den dortigen Zuständen nur anführen, was auf den Gegenstand directe Bezug hat. Denn das werden wir nicht läugnen, daß, wenn die gegenwärtigen Zustände angerufen werden, man sie nicht scheiden kann von dem großen Ereigniße, das jetzt das präponderirende in Europa, das präponderirende in der ganzen Welt ist. Was sich in jenem Lande zutrug, ist so außerordentlich, daß man in Deutschland nur selten darüber ein richtiges Urtheil fällt.

Die Gewalten, welche sich an der Seine gegenüberstanden, waren beide gleich revolutionären Ursprungs. Beide conspirirten im gleichen Grade. Die Majorität der Assemblée wollte die Monarchie, und das war Conspiration nach angenommenem Mandate auf die republicanische Verfassung; der Präsident conspirirte für jene Verlängerung seiner Gewalt, welche die Verfassung ihm versagte. In jenem Lande standen sich, offen gesagt, Conspiration und Conspiration gegenüber, und jeder ruhige und besonnene Mann mußte ahnen, diese Lage vermöge nur mit einem vehementen Akt der einen oder andern Seite zu enden. Daß der Akt, wie er stattfand, ein über alle Begriffe unmoralischer ist, daß der siegende Theil in Verwirklichung dessen, was er als Nothwendigkeit ansah, jedes denkbare Maß überschritt, darüber, glaube ich, sind bereits Viele einig, und in Kurzem wird bei Niemanden mehr ein Zweifel bestehen. Daß ferner das, was geschehen ist, mit Unrecht von der conservativen Presse, und mit noch größerem Unrechte von vielen Regierungen mit Jubel begrüßt wird, auch darüber constatire ich heute meine Ueberzeugung. Das republicanische Frankreich mit jenen endlosen Convulsionen, wozu eine allzustarre, allzuunbeugsame, also bei dem ersten Zusammenstoße mit den Ereignißen nothwendig zerbrechende Verfassung es verurtheilte, dieses Frankreich bedrohte jenes conservative Europa nicht, welches von der Gegenseite dieses Hauses, welches von den Regierungen vertreten wird. Aber das Frankreich, das jetzt geboren wird, in welcher Form es sich auch gestalten möge, ist für Jahre, und ich sage wenig, wenn ich nur von Jahren spreche, ein Zündstoff für unsern Welttheil. Bekennt sich der Präsident zur Republik, hält er sie, was ich bezweifle, formell aufrecht, wenn auch mit geringerem Freiheitszumaaße, so ist der Kampf des republicanischen Princips mit dem monarchischen perpetuirt und in kräftige Hände concentrirt. Stellt der Präsident das Kaiserreich mit Hilfe des Prätorianismus wieder her, dann braucht das Kaiserreich seine alten Grenzen, dann braucht das prätorianische Heer Kriege, die Ruhe ist abermal für lange Zeit dahin. Aber finden Sie darin einen Grund, die Amnestie zu verweigern? Ich meine gerade das Gegentheil. Gerade die Flüchtlinge, die im Jahre 1848 auf Frankreich bauten, glauben Sie mir, der Aufenthalt in Frankreich hat sie gelehrt, was ich schon in einer Schrift vom April 1848 ausgesprochen habe: Frankreich hat entschiedenen Sinn für individuelle Freiheit, wenigen Sinn für politische und gar keinen für corporative Freiheit, am allerwenigsten Sinn für die Freiheit anderer Völker. Wo der Franzose zur Gewalt gelangt, wo die Franzosen in Masse hinkommen, nistet sich mehr oder minder unter freisinnigen Formen der Despotismus ein. Glauben Sie mir, diese Männer kommen nach Deutschland zurück mit einer andern Ansicht, als sie gehabt haben; und wir finden vielleicht in ihnen die festesten Stützen dessen, was Deutschland heute vor Allem braucht, der nationalen Ueberzeugung. Uebrigens ganz abgesehen davon, frage ich Sie, mahnt nicht eben der gegenwärtige Moment, wie kein früherer, zur Versöhnung; ist es nicht ein Moment, in dem alle Kräfte sich vereinigen sollten? in dem großen deutschen Interesse. Glauben Sie mir, wir erleben vielleicht eine kurze Windstille, aber eben diese Windstille ist bedenklich, namentlich für die Mittelstaaten; ob sie kurz, ob sie lang dauere, — auf sie folgt ein neuer europäischer Sturm, und wie schon früher von mir erwähnt, ich erwarte ihn nicht von Westen, sondern von Osten, durch diesen Sturm sind unter allen Voraussetzungen die Mittelstaaten am meisten bedroht; ihnen thut also am meisten Noth, durch Entwicklung der Freiheit im Innern, durch Versöhnung aller widerstreitenden Elemente sich zu stärken, damit sie eine ohne natürliche Größe überragende Bedeutsamkeit erlangen, die Lösung dieser Aufgabe finde ich in dem großen Worte Amnestie, und ich würde sie begrüßen aus vollem Herzen, und wenn die Regierung sich in diesem welthistorischen Momente auf einen so großartigen Standpunkt stellen wollte, sie würde es wahrlich nicht zu bereuen haben.

Man sagt: die noch nicht Amnestirten haben ihren Eid gebrochen. Gestern bin ich sogar von einer Stimme gegenüber mittelst Protestation zurecht gewiesen worden, weil ich von einem Könige gesprochen, den Rom seines Eides entbunden habe. Die geehrte Stimme belehrte mich, der Eid jenes Königs sei entweder ein obligatorischer gewesen, dann habe Rom nicht dispensiren können; oder er sei kein obligatorischer, dann habe es sich nicht um Dispensation gehandelt. Ich will nicht näher eingehen auf den Begriff des obligatorischen, d. h., des bindenden Eides. Ebenso wenig will ich eingehen auf die Definitionen von Escobar, Sanchez und andern über die reservatio mentalis, wornach der laut geleistete Eid nicht bindend ist, wenn man etwas leise hinzugefügt hat, was den Eid alterirt. Aber ich frage Sie, hatte in Frankreich nicht die ganze Welt geschworen, „vor Gott „und dem französischen Volke?“

Meine Herren! Wer sind die Verhafteten, die gebunden durch die Reihen des Militärs geführt werden? Sind es nicht gerade die Conservativen? Ist darunter nicht ein Molé, der Mann der Nichtinterventionspolitik seit dem Jahre 1830, der Mann der deutschen Kabinete; ist darunter nicht eine Masse von Legitimisten, also von Leuten tief religiöser Ueberzeugung. Gelten diese nicht und werden sie nicht behandelt als Empörer, als Verbrecher. Die neueste Staatsgewalt nennt die Volksvertreter Exrepräsentanten, und wirft sie in das Gefängniß; sie tödtet strafweise, ehe noch das in den Comitien berufene Volk sich ausgesprochen hat, ob es den Staatsstreich billige, ob es die Mandate seiner Vertreter erloschen erkläre. Wo ist hier noch ein Rechtsbegriff? Was muß, was kann man in Frankreich thun, um nicht in einem oder dem anderen Falle als Staatsverbrecher zu gelten? Das ist überhaupt der politische Character der Gegenwart. In Deutschland lebte 1849 allenthalben die feste Ueberzeugung von der Giltigkeit der Reichsverfassung; 30 deutsche Regierungen hatten sie als bindend anerkannt und ich frage Sie Angesichts einer solchen Thatsache, kann man jenen Männern verargen, sich fest an diese Verfassung gehalten und für sie das höchste eingesetzt zu haben. Erwiedernd füge ich noch bei, kein Mensch hat das Recht, in die Ueberzeugung Anderer herabzusteigen. M. H.! Ich habe schon früher gelegentlich der ersten Amnestiedebatte ausgesprochen und wiederhole es heute,

wer für die Republik damals sich erhob, den will ich von der Amnestie ausgeschlossen wissen, denn er hat gegen den Willen der Nation, gegen das erste Princip der Volkssouveränität gehandelt. Aber ein Anderes ist es, solchen Zweck zu beweisen, ein Anderes, ihn zu vermuthen. M. H.! Wenn Sie mir Schwarz auf Weiß nachweisen, daß Einer oder Einige der in Frage Stehenden etwas anderes gewollt haben, als das deutsche Volk wollte, dann gebe ich Ihnen denselben anheim, wenn Sie es aber nicht beweisen können, so erachte ich Niemand competent, in fremde Seelen, in fremde Ueberzeugungen hinein zu vermuthen. (Fortsetzung folgt.)

München, den 29. Dec. Der bisherige Commandant der Bundesfestung Ulm, Generalmajor Jakob Ermarth, wurde zum Brigadier der Infanterie in Ingolstadt, und der Oberst im Generalquartiermeisterstab, Joseph Naus, unter gleichzeitiger Beförderung zum Generalmajor, zum Commandanten der erwähnten Bundesfestung ernannt.

Das Regierungsblatt publicirt die Uebereinkunft von 25 deutschen Regierungen wegen Uebernahme von Ausgewiesenen, nachdem diese am 15. Juli d. J. in Gotha abgeschlossene Uebereinkunft nunmehr von sämmtlichen Regierungen ratificirt worden ist.

München, den 30. Dec. Vorgestern wurde der Advocatenconzipient Mayerhofer (ehemaliger Vorstand des Arbeitervereins) und gestern der Commis Bogner verhaftet. — Im Laufe des heutigen Nachmittags wurden dahier mehrere Hausuchungen vorgenommen. (Bbtin.)

Frankfurt a. M., den 28. Dec. Die Entscheidung in der Flottenfrage bildete den Gegenstand der gestrigen Bundestagesitzung. Leider verlautet als Resultat derselben ein gleiches, einigungsloses, wie das der Sizzung vom 20. d. M. (A. Z.)

Berlin, den 29. Dec. Der mit Belgien und Preußen im Namen des Zollvereins vereinbarte Handelsvertrag ist heute von den beiden Bevollmächtigten unterzeichnet worden, nachdem das belgische Cabinet die preußischen Vorschläge angenommen hat. Der Vertrag ist, wie der holländische, auf zwei Jahre abgeschlossen und enthält außer dem erhöhten Eisenzolle noch veränderte Bestimmungen über den Transitzoll.

Posen, den 27. Dec. Die polnische Zeitung „Goniec Polsky" ist in der Art unterdrückt worden, daß man den Druckern verboten hat, dieselbe zu drucken.

Wien, den 24. Dec. Mehrere ungarische Verhaftete sind hier in Untersuchung.

— den 24. Decbr. Die Valutaverhältniße und der Geschäftsverkehr haben sich seit den Ereignissen in Frankreich günstiger gestaltet. Die Theuerung ist nicht so groß geworden, wie man vor Kurzem befürchtete. Doch erschallen aus einzelnen Kronländern, z. B. aus dem tief verstimmten Croatien, laute Klagen. Die Croaten fürchten jetzt sogar, nächstens zu Steyermark geschlagen zu werden, und selbst die wiener Blätter sprechen von dem Umsichgreifen einer magyarischen Propaganda.

In Wien erregt das Schicksal eines ungarischen Offiziers, Namens Mai, allgemeine Theilnahme. Derselbe war früher Oberlieutenant in der kais. Armee und trat 1848 in die Reihen der Insurgenten, flüchtete sich mit Kossuth in die Türkei und kehrte vor kurzer Zeit insgeheim nach Wien zurück, wo er bald erkannt und verhaftet wurde. Der Unglückliche fürchtete ein strenges Urtheil und faßte deshalb den Entschluß, sich zu verbrennen. Der Versuch mißlang und man hat ihn mit gänzlich verbrannten Füßen in seinem Kerker gefunden, wo er nach 5tägigen furchtbaren Martern verschied.

Belgien.

Brüssel, den 29. Dec. Die Zeitungen melden, daß Hr. Felix Pyat, Mitglied der gesprengten französischen Legislativen, heute durch die Policei von Brüssel aus nach Ostende zum Zwecke seiner Einschiffung gebracht worden sei.

Frankreich.

Paris, den 27. Dec. Wie ich Ihnen bereits gemeldet, hat die Mehrheit der Prälaten die neue Ordnung der Dinge, wiewol sie mit einem Bruch beschworner Zusagen erkauft wurde, nicht nur angenommen, sondern auch Anstalt getroffen die Vortheile, welche der Klerus daraus ziehen könnte, wahrzunehmen. Der Erzbischof von Paris hat sich von dieser Bewegung von Anfang bis zu Ende fern gehalten, und entschieden sich geweigert, der vollbrachten Thatsache beizutreten.

Paris, den 28. Dec. Durch ein Decret wird die noch von Cavaignac herrührende Municipalcommission von Paris aufgelöst und in einem, der neuen Regierung mehr ergebenen Sinne zusammengesetzt. — Durch eine Verfügung des Unterrichtsministers Giraud ist der philosophische Unterricht in den Lyceen abgeschafft worden. Diejenigen Zöglinge der Normalschule, die sich denselben zum Beruf gewählt hatten, sind angewiesen worden, sich entweder für den Unterricht in den alten Sprachen oder für den in der Geschichte und Literatur vorzubereiten.

Mehrere Wirthshäuser im Weichbilde sind policeilich geschlossen worden, weil sich verdächtige Personen dort zu versammeln pflegten. — Der Erzbischof Bonnet von Bordeaux ist zur Cardinalswürde erhoben worden.

Der Policeipräfect ist zum Commandeur der Ehrenlegion ernannt worden.

Alle Büsten, Bildsäulen und Gemälde des früheren conservativen Senats sind im Luxemburg wieder an ihren ehemaligen Plätzen aufgestellt worden.

Ein präsidentschaftliches Decret spricht die Auflösung der Handelskammer zu Havre aus, weil sie durch Berathung einer politischen Frage ihr Mandat überschritten habe.

— den 29. Dec. Die Kinder der bei den Unruhen gefallenen Gensd'armen werden auf Staatskosten erzogen.

Großbritanien.

London, den 27. Dec. Ueber Bedeutung und Folgen des Palmerston'schen Rücktritts bringt das Organ des Whig-Ministeriums, der „Globe," heute folgenden kurzen Leitartikel: „Es würde ein großer Irrthum sein, wollte man glauben, daß der im auswärtigen Amte stattgehabte Wechsel einen Wechsel in der englischen auswärtigen Politik herbeiführen werde. Ein noch größerer Irrthum würde es sein, wollte man glauben, der Einfluß fremder Mächte habe auf den Statt gehabten Personenwechsel eingewirkt, oder werde, wie man vielfach vermuthet, gewisse neue Maßregeln verursachen. Am ausschweifendsten von allen Annahmen ist aber die, als wolle England die Ansprüche der älteren oder jüngeren Linie des Hauses Bourbon gegen die von der großen Masse der französischen Nation anerkannte bestehende Regierung von Frankreich unterstützen. Die Politik der Regierung ist eine englische gewesen; sie wird auch in Zukunft eine solche bleiben. Sie ist auf die Erhaltung des Friedens gerichtet gewesen; sie wird auch in Zukunft dasselbe Ziel verfolgen. Wo fremde Länder mit Erfolg eine constitutionelle Regierung gegründet haben, hat England ihnen seine moralische Unterstützung zu Theil werden lassen. Sie werden in Zukunft die gleiche Sympathie und die gleiche moralische Unterstützung erhalten. Ziehen es aber andere Nationen vor, unter einer anderen Regierungsform zu leben, wollen sie der Executive größere Gewalt beilegen, oder die Executive mehr der Controle des Volkes unterordnen, so wird England stets nationale Einrichtungen achten. Eine so einfache und so gerechte Politik sollte billiger Weise eben so wenig Feindschaft erregen, wie sie der Geheimhaltung bedarf. Sie steht in Einklang mit der Achtung vor den Rechten und dem Streben nach dem Wohle aller Nationen."

Die, sonst gegen Hof und Adel äußerst rücksichtsvolle, „Morning Post" bezeichnet Palmerstons Fall geradezu als einen „Staatsstreich," der aber nicht aus dem Schooß des Cabinets, namentlich nicht von den drei

Greys, sondern unmittelbar vom Hof von St. James ausgegangen sei, der seinerseits sich durch festländische Diplomaten habe bestimmen lassen.

Türkei.

Konstantinopel, den 19. Dec. Der Dardanellen-Gouverneur ward wegen der bekannten Mißhandlung des österreichischen Consulats-Dragomans abgesetzt und vor Gericht gezogen.

Pera, den 10. Dec. Im Norden der Provinz Janina herrscht in Folge der letzten Erdbeben großes Elend, besonders zu Berat und Avlona. Tausende von Häusern sind eingestürzt, Tausende von Menschen und Hausthieren getödtet oder verwundet.

Smyrna. Die Internirten aus dem ungarischen Insurrectionskriege, welche den Islam angenommen haben, erhielten die Erlaubniß, das türkische Reich zu verlassen. Sie gehen nach Alexandrette, von wo aus sie sich auf einem englischen Schiffe nach America einschiffen.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 12. Decbr. Im Congresse ist der Antrag gestellt, mit dem Präsidenten der französischen Republik in Unterhandlung zu treten wegen Freilassung des Abdel Kader. — In den Vereinigten Staaten erscheinen jetzt hundert deutsche Zeitungen.

— den 17. Decbr. Die Resolution Seward's, laut welcher die Bewillkommung Kossuth's beschlossen wird, ist nun auch in dem Repräsentantenhause durchgegangen, und zwar mit 181 gegen 16 Stimmen. Gestern ist im Senate ein aus drei Personen bestehender Ausschuß beauftragt worden, Kossuth bei seiner Ankunft in Washington einzuladen, den Senat zu besuchen. Auch hat der Präsident einen Boten an den ungarischen Gast abgesandt, um ihn der besagten Resolution gemäß nach Washington einzuladen.

Neueste Nachrichten.

*† **Zweibrücken,** den 1. Jan. So eben 11 Uhr wird der früher zum Tode verurtheilte Moses, Maler aus Speyer, von den Geschwornen für nichtschuldig erklärte, und sofort auf freien Fuß gesetzt.

Mainz, den 20. Dec. Heute ist die „Mainzer Abendpost" in Folge Ministerialverfügung für immer unterdrückt, und, wie wir weiter für bestimmt versichern hören, dem Herausgeber die Concession zur Herausgabe eines politischen Blattes entzogen worden.

Leipzig, den 30. Dec. Der wegen der Maiereignisse zu lebenslänglichem Zuchthause verurtheilt gewesene Fabrikant Schwedler aus Lindenau ist gestern vom hiesigen Stadthause entwichen.

Berlin, den 27. Dec. Nach der „Augsb. Postztg." soll zwischen dem Könige und dem Minister Manteuffel Zwiespalt herrschen; der König soll entschieden gegen den Staatsstreich Napoleons sein, Manteuffel für denselben.

Wien. Ein wohlmeinender Wiener Correspondent der Freimüthigen Sachsenzeitung meint, weil Preußen sich weigere, die Wiener Zollconferenz zu beschicken, könne es wol kommen, „daß Preußen in Bezug auf die Zoll- und Handelsinteressen noch in dieselbe Isolirung geräth, in welcher es sich vor nicht langer Zeit in politischer Hinsicht befunden hat." (!)

Der Infant, welcher mit einer jungen Engländerin entfloh, ist der zweite Sohn des Don Carlos.

— den 28. Dec. Als unmittelbare Veranlassung des Rücktritts des Finanzministers wird die Nothwendigkeit eines neuen Anlehens bezeichnet. Hr. v. Krauß ist zu sehr Gegner der großen Bankiers gewesen, um mit Vortheil unterhandeln zu können. (Allg. Z.)

Paris, den 29. Dec. Man liest in der „Patrie": Hr. Victor Hugo ist von der belgischen Polizei in Brüssel verhaftet worden, wo er sich unter dem Namen Jacques Laurin aufhielt; er wurde zur Verfügung des Staatsprocurators gestellt, weil er einen andern Namen, als seinen wirklichen, geführt.

Italien. An mehreren Puncten im Kirchenstaat, im Piemontesischen und im Lombardischen tauchen wiederum Räuberbanden auf.

Turin, den 25. Dec. Zwei arme Flüchtlinge, Cargati und Besuzzi, erstickten durch Kohlendampf in einer feuchten, neugemauerten Wohnung.

Miscellen.

Moriz Wagner sagt in einem, in der Allg. Ztg. veröffentlichten Aufsatze über die Jesiden oder Teufelanbeter, sehr wahr:

„Das ist ein alter, löblicher und großartiger Zug im russischen Regierungsprincip, den wir nicht rühmend genug hervorheben können: daß man dort all die Hunderte von Völkern und Stämmen, jeden in seiner Formel, zu dem unbekannten Wesen reden läßt, Jedem, wie der alte Fritz sich ausdrückte: „nach seiner Façon" selig zu werden vergönnt. . . . Gueber und Hindus dürfen nach Baku zu den ewigen Feuern wallen, die Jesiden ihrem geflügelten Melek Tauß opfern — ob die Völker dem Ormusd oder Ahriman, dem Licht oder der Nacht mehr Ehre gönnen, das kümmert den russischen Statthalter nicht, wenn sie nur sonst nichts Ukaswidriges begehen, und dem Kaiser geben was des Kaisers ist. Nie hat man von diesen Secten geschriebene Dogmen oder kirchliche Statuten gefordert. Nie ist man im autokratischen Rußland gegen Heiden, Islamiten oder Teufelanbeter durch Religionsverbote eingeschritten; nie hat man ihnen das Recht gemeinschaftlicher Andacht verwehrt, wie den Deutschkatholiken im constitutionellen Deutschland!"

Köln, den 25. Dec. Am letzten Dienstag, Abends gegen 11 Uhr, bemerkten drei hiesige Bürger zufällig in einer Straße, wie am Giebel eines nicht sehr hohen Hauses ein menschliches Wesen sich anklammerte, das jeden Augenblick herabzustürzen drohte. Eiligst stellten sie sich so, um für den Fall eines Herabstürzens das schlimmste Unglück möglichst zu verhüten, und wirklich fing wenige Augenblicke später einer der Männer glücklich und unverletzt ein etwa eilfjähriges Mädchen auf, das in der Fieberhitze das Krankenlager verlassen und die gefährliche Wanderung zum Speicherfenster hinaus gemacht hatte.

Auf dem Berliner Weihnachtsmarkte machte eine alte Frau, die dort einen ärmlichen Kram von blechernen Löffeln zum Verkauf ausbot, einen guten Witz. Ein Vorübergehender fragte gutmüthig die Alte: „Nun Mütterchen, wie geht's?" — „Wie wird's gehen?" entgegnete die Gefragte, „jrade wie den kranken Leuten: alle zwei Stunden eenen Löffel!"

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 30. Decbr. Weizen 6 fl. 11 kr., Korn 5 fl. 11 kr., Gerst 4 fl. 50 kr., Spelz 4 fl. 20 kr., Hafer 3 fl. 44 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 27. Decbr. Weizen 6 fl. 20 kr., Korn 5 fl. 20 kr., Spelz 4 fl. 46 kr., Gerst 4 fl. 49 kr., Hafer 3 fl. 27 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 30. Decbr. Weizen 6 fl. 4 kr., Korn 5 fl. 4 kr., Spelz 4 fl. 10 kr., Gerst 4 fl. 44 kr., Hafer 3 fl. 4 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 31. Decbr. Weizen 6 fl. 24 kr., Korn 5 fl. 8 kr., Spelz 4 fl. — kr., Gerst, zweireihige 5 fl. 12 kr., vierreihige — fl. — kr., Hafer 3 fl. — kr., Kartoffeln 1 fl. 24 kr., per Centner.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 4 | den 4. Januar 1852.

Deutschland.

Zweibrücken, den 31. Dec. (Assisenverhandlungen.) Auf der Anklagebank erscheint Ludwig Moses genannt Wolf, Maler aus Speyer. Dieser Angeklagte war in der 3. Assisensession wegen Führung bewaffneter Banden (mit 7 gegen 5 Stimmen) zum Tode verurtheilt worden. Der Cassationshof in München cassirte das verurtheilende Erkenntniß aus formellen Gründen und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor ein neues Assisengericht. Moses wird vertheidigt durch Anwalt Golsen. Die Ziehung der Geschwornen ergibt folgende Urtheilsgeschworne: 1) Knöpple, 2) Adam, 3) Omlor, 4) Schuler, 5) Kempter, 6) Bettinger, 7) Rickert, 8) Pfeiffer, 9) Riff, 10) Bug, 11) Imo, 12) Scheuermann.

Die Anklage ist gerichtet auf Theilnahme am Hochverrath und Führung bewaffneter Banden, dadurch, „daß er nach dem Ausbruche der Empörung in die Pfalz, die er, wegen Diebstahl bestraft, flüchtend verlassen hatte, zurückkam, sich um eine Verwendung bei der provisorischen Regierung beworben, durch sie zum Oberlieutenant ernannt wurde, als solcher nicht zur Volkswehr, sondern zu Freicorps gehörend, fungirte, den Zug nach Baden mitmachte und in Rastatt als Artillerieoberlieutenant mehrmals Befehl zum Feuern gab; ferner dadurch, daß er das Dorf Niederbühl bei Rastatt in Brand schießen ließ."

Es werden 5 Belastungszeugen und 1 Entlastungszeuge vernommen.

Die beiden ersten Zeugen, Friedensrichter Kreuzer von Germersheim, früher Polizeicommissär in Speyer, und David, Lederhändler in Speyer, sprechen von den allgemeinen Verhältnißen des Angeklagten und seiner Familie, sowie daß er unter der prov. Regierung die Charge eines Oberlieutenants bei der Artillerie annahm, sich nach Kaiserslautern begab und von da aus den Zug nach Baden mitmachte.

Der Angeklagte gibt zu, von Neustadt aus über Karlsruhe nach Rastatt bei der Munitionskolonne in seiner angegebenen Charge ein Commando geführt zu haben.

Die weiteren Zeugen deponirten im Wesentlichen:

3. Zeuge. J. M. Schmeißer aus Stauffenberg, früher Kanonier in Rastatt, jetzt in Garnison zu Karlsruhe. In Rastatt war Angeklagter Oberlieutenant bei der Artillerie und gab Befehl zu schießen in der Richtung nach Waldeck, Niederbühl, Langenthalerwald rc. rc., wo sich Preußen zeigten. — Major Jacoby war Commandant und gab Befehl zum Feuern, richtete auch selbst die Kanonen. Meistens commandirte Jacoby. In Niederbühl wurden Häuser mittelst Haubitzen in Brand geschossen, jedoch nicht von uns, weil wir keine hatten.

4. Z. Siegm. Riedinger, früher Kanonier in Rastatt, jetzt in Rothenfels wohnhaft. Angeklagter wurde uns in Rastatt von Major Heilig als Oberlieutenant vorgestellt; er kam in das Fort A unter Major Jacoby und hat uns zum Feuern commandirt auf ein Bahnwärterhäuschen, in welchem sich Preußen befanden. Wie er sagte, war er beim Ausfall nach Niederbühl und hätte Feuer in etliche Häuser gelegt. Er hat nicht immer in dem Fort geschlafen. — Angeklagter: Ich war nicht beim Ausfall nach Niederbühl und konnte auch nicht dahin kommen, um Feuer anzulegen, weil die Preußen diesen Ort besetzt hatten, es muß dies von Seiten der Zeugen eine Verwechslung sein.

5. Z. G. Hohn, Zimmermann von Elsenz, früher Kanonier in Rastatt. Moses war Officier bei uns im Fort A, Caponaire Nro. 1. Er sagte, er hätte einen Ausfall nach Niederbühl mitgemacht; mehrere Officiere commandirten damals zum Feuern und standen unter Befehl von Major Jacoby und Heilig. Wir schossen nicht nach den Preußen, denn sie waren zu weit von uns weg.

6. Z. Wilhelm Bauer, Gastwirth zu den drei Königen in Rastatt, Entlastungszeuge, deponirt über das Schreckenssystem das während der Belagerung in Rastatt herrschte, in Folge dessen jeder Einzelne mit Lebensgefahr bedroht war, der versucht, sich dagegen aufzulehnen, oder verweigert hätte, einen ihm gewordenen Befehl zu vollziehen. Zeuge war während des Ausfalls als Zuschauer auf den Wällen, und sah, daß Niederbühl mit Granaten in Brand geschossen wurde, und Moses dabei weder commandirte noch anwesend war.

Nach einer Pause begannen die Debatten. Staatsprocurator Hoffmann suchte die Anklage in allen Theilen aufrecht zu erhalten; er fand die Theilnahme am Hochverrath dadurch begründet, daß Moses das Patent als Oberlieutenant von der prov. Regierung annahm, die Munitionscolonne nach Baden führte, und hiedurch die hochverrätherische Regierung unterstützte; darin, sowie ferner in seinem Commando in Rastatt bestehe das zweite Verbrechen, — Führung bewaffneter Banden; es sei erwiesen, daß Moses auf den Wällen in Rastatt zum Feuern commandirt habe, mehr bedürfe es nicht, und er könne sich nicht darauf berufen, daß er seinerseits dem Befehle von Major Jacobi und Heilig (beide standrechtlich erschossen) habe Folge leisten müssen, weil er sich freiwillig der Bewegung angeschlossen, also seine Lage in Rastatt selbst herbeigeführt habe. (Schluß folgt.)

München. Verhandlung der Abgeordnetenkammer über die Amnestiefrage. (Fortsetzung.)

Westermayer: Meine Herren! Ich werde keine Rede halten, sondern nur ein paar Worte sagen, weil der Herr Abgeordnete Kolb in der heutigen Debatte auf eine Aeußerung von mir Rücksicht genommen hat, die ich in der Amnestiedebatte gebraucht habe. Herr Kolb hat gesagt, ich hätte geäußert, es sei damals mein Wunsch gewesen, daß nur die am schwersten Gravirten aus der Amnestie herausfallen sollen. Diesen Wunsch habe ich damals allerdings geäußert und das ist heute noch meine Ueberzeugung und mein Wunsch.

Daß dieser Wunsch in Erfüllung nicht ist, kann ich nur bedauern. Mein Maßstab hiebei sind die Pfälzergeschwornen. Denn von allen Parteien ist es anerkannt, daß die Pfälzergeschwornen auf die schonendste Weise die politisch Angeklagten behandelt haben. Alle, die sie abzuurtheilen hatten, wurden freigesprochen, und alle jene, welche nicht vor die Geschwornen kamen, wurden in contumaciam zum Tode verurtheilt. Wenn daher die Zahl derer, welche zu den meist Gravirten gerechnet werden, größer ist, als ich wünsche, so kann ich das nur bedauern.

Was den Antrag selber anlangt, so muß ich mich wundern, daß Herr Kolb denselben in Folge der Aeußerungen, die in seiner Rede vorgekommen sind, gestellt hat.

Der Herr Abgeordnete Kolb ist nämlich der Ueberzeugung, daß diese Schwergravirten, wenn sie heute vor die Geschwornen treten, freigesprochen werden würden. Nun da dürfen sie ja nur kommen und sie erhalten voll-

kommene Amnestie von den Geschwornen. Ich will von den Aeußerungen des Herrn Abg. Tafel Umgang nehmen, theilen kann ich sie nicht; in seinem Munde jedoch finde ich sie vollkommen richtig. Nur eine Aeußerung des Abgeordneten Tafel muß ich besonders hervorheben, er hat uns ermahnt und ermuntert, wir sollen diesem Antrage beistimmen, dadurch werden wir die Regierung stützen, denn die Regierung braucht jetzt mehr als je Stütze und Vertrauen. Es ist mir diese Zumuthung, weil sie uns dem Munde eines Mannes kommt, der einer Seite des Hauses angehört, welcher ich gewiß nicht Unrecht thue, da sie dies ja selbst öfters erklärt hat, daß dem gegenwärtigen Ministerium und der gegenwärtigen Regierung kein Vertrauen geben könne, unbegreiflich; denn wenn uns von dieser Seite zugemuthet wird, wir sollen diesem Antrage heute unsere Zustimmung geben, damit wir auf diese Weise die Regierung stützen, so begreife ich wirklich nicht, was eine solche Zumuthung aus einem solchen Munde bedeuten soll.

Tafel: Ich habe gesagt, daß einer Regierung zu ihrer Stütze und Kräftigung daran gelegen sein müße, das Vertrauen des Volkes zu besitzen, und darum zur Versöhnung beizutragen. Ich glaube nicht, daß in dem, was ich gesagt habe, nach irgend einer Seite hin etwas Verletzendes liegt.

Lang: Nur zwei Bemerkungen. Von Seite des geehrten Hrn. Vorredners wurde gesagt, daß ich immer das Glück oder Unglück habe, das nicht zu bewilligen, wozu mich mein Herz drängt. M. H., in der Regel stütze ich mich bei dem, was ich bewillige, auf juridische Gründe, wie ich dies auch heute gethan habe. Ich theile aber dasselbe Geschick, wie der Hr. Vorredner selbst, von dem Sie schon in mancher Sitzung gehört haben, er bewillige außerordentlich gern, er werde es mit größtem Vergnügen thun, mit Vergnügen zustimmen, wenn nur das oder jenes nicht wäre, so insbesondere sagte er neulich, er würde gerne die 38 Millionen bewilligen, und am Ende hat er sie doch nicht bewilligt. Was die juridischen Gründe betrifft, so läßt sich nicht mit Redensarten streiten, es gelten in der Beziehung die positiven Gesetze, deßhalb habe ich gesagt und behaupte es noch, daß die Kammer über den heutigen Antrag zu berathen und entscheiden nicht competent ist. Denn es gibt hier der Tit. 8 §. 4 der Verfassung und das Gesetz vom 4. Juni 1848 §. 2 und 3, welches ausdrücklich besagt, daß bei den Abänderungen, die in Tit. 8 §. 4 stehen, eine gesonderte solenne Vorberathung statt habe, und besondere Formen vorschreibt, welche in dem vorligenden Falle nicht stattgefunden hat und nicht stattfinden konnte.

Was nun die Aeußerung betrifft, welche von mir früher ausgesprochen wurde, so berufe ich mich auf die stenographischen Berichte, nämlich auf eine Aeußerung, welche der Hr. Justizminister v. Kleinschrod vom Ministertische aus gemacht hat, und die, wie ich ausdrücklich bemerke, nicht widersprochen wurde. Er sagte: „Man hat wiederholt angeführt, die Regierung habe die rechtlich gesinnten Einwohner der Pfalz schutzlos gelassen und deßhalb unterliege die dortige Bewegung einer mildern Beurtheilung. Es ist heute schon vom Ministertische aus darüber eine Erwiederung erfolgt, und ich hätte denken sollen, daß dadurch der Einwand genügend widerlegt sei. Nachdem jedoch dieselbe Behauptung zum zweiten Male aufgestellt wurde, muß ich doch in das Gedächtniß zurückrufen, wie zur Zeit des vorigen Landtages, welcher bei dem Ausbruche des pfälzischen Aufruhrs versammelt war, alle Mittel aufgeboten wurden, um die Absendung der Truppen nach der Pfalz zu beseitigen."

Frhr. v. Lerchenfeld: Nur wenige Bemerkungen über den vorliegenden Gegenstand. Man hat vorher davon gesprochen, daß diese Amnestie oder der Antrag auf Amnestie 2 Jahre in der Kammer sei, hat aber dabei zu übersehen für gut befunden, daß in der Zwischenzeit das Amnestiegesetz selbst berathen und erledigt worden ist, wobei natürlich die gestellten und hierauf bezüglichen Anträge als erledigt betrachtet werden müßen. Ich will übrigens dem Hrn. Vorredner nicht auf die betretene Bahn folgen. Allein wenn man davon gesprochen, daß alle Welt in Frankreich ihre Eide gebrochen habe, so muß ich ihn im letzten Puncte daran erinnern, daß im Jahre 1848 in Frankreich alle politischen Eide abgeschafft wurden und Niemand als der Präsident zu schwören hatte.

Wenn man davon gesprochen hat, m. H., daß die Zurückkehrenden nun die größten Stützen des conservativen Elements werden würden, so muß ich von meinem individuellen Standpuncte aus mir erlauben, daran in vielen einzelnen Fällen ein sehr großes Bedenken zu knüpfen. Ich glaube, daß man für Niemand in der Welt so ganz unbedingt gut stehen kann, und dies namentlich im vorliegenden Falle manches Bedenken haben könnte. Es sind nun zwei Anträge gestellt: Der eine will eine allgemeine Amnestie, der andere eine mehr beschränkte.

Was die allgemeine Amnestie betrifft, so glaube ich nicht viel Worte darüber verlieren zu sollen; die Kammer hat sich schon bei wiederholter Gelegenheit dafür ausgesprochen, daß eine allgemeine Amnestie unter den jetzigen Verhältnißen, unter welchen die Ruhestörungen in der Pfalz stattgefunden haben, nicht angemessen sein würde.

Man sagt, daß man Niemand eine Absicht imputiren dürfe, daß man diese Absicht erst beweisen müße, und Niemanden die republikanische Absicht beweisen könne, daß sonach diese Leute nicht von der Amnestie ausgeschlossen werden sollten.

M. H.! ich will es dahin gestellt sein lassen, ob nicht in sehr vielen einzelnen Fällen die republikanische Absicht so ziemlich leicht sich beweisen ließe ex . . . narratis; denn es hatte eine Zeit gegeben, wo die Herren, welche damals an der Spitze der Bewegung stunden, sich ihrer republikanischen Ansichten sehr gerne gerühmt haben; seitdem ist das ganz anders geworden. Aber abgesehen davon, glaube ich, daß eine Amnestie, welche sich auf den Beweis einer Absicht gründen würde, jedenfalls einen so verwickelten, so schwierigen Beweis, ein so verwickeltes, endloses Verfahren zur Folge haben müßte, daß sie von gar keinem Erfolg sein könnte.

Bekanntlich ist der Beweis einer Absicht etwas sehr Schwieriges; er kann in der Regel nur da geführt werden, wo das ganze Factum klar und offen vorliegt. Er setzt also in jedem Falle ein ganz durchgeführtes Untersuchungsverfahren voraus, während der Zweck einer Amnestie gerade der ist, das Voruntersuchungsverfahren in den Fällen, wo Amnestie einzutreten hat, zu beseitigen, und dadurch den Leuten, bei welchen die Untersuchungshaft großen Nachtheil für das Familienleben und die pekuniären Verhältniße zur Folge haben muß, diesen Nachtheil zu vermeiden.

Also, m. Hrn., schon in dieser Beziehung scheint mir der Antrag, sowol der allgemeine als der specielle nicht geeignet. Die Verhältniße sind so unendlich verschieden bei den einzelnen Angeklagten, daß offenbar nur das Recht der Begnadigung, nur das Erlassen der Strafe je nach den Verhältnißen des einzelnen individuellen Falles hier mit Gerechtigkeit und ohne Gefährdung der Interessen des Staats und der öffentlichen Ordnung einen günstigen Erfolg haben kann.

Dieses Begnadigungsrecht, m. Hrn., ist meines Wissens bisher schon in ziemlich weitem Umfange geübt worden, und wenn es in manchen Fällen bisher noch mit Schmerzen vermißt wird, so ist vielleicht zum Theil daran Schuld, daß das betreffende Individuum selbst den geeigneten Weg nicht eingeschlagen hat. Jedenfalls glaube ich, daß wir von der Gesinnung Desjenigen, von welchem die Begnadigung auszugeben hat, mit Recht erwarten und hoffen dürfen, daß in dem geeigneten Falle die Begnadigung nicht vergebens in Anspruch genommen werde. Deßhalb kann ich Ihnen nur empfehlen, dem Antrage des Hrn. Abg. Lang Ihre Zustimmung zu ertheilen, indem er jedenfalls dasjenige ausspricht, was die Kammer mit Recht zu erwarten befugt ist, dasjenige, was in keine Kompetenz, in keine Gesetzgebung störend eingreift.

1. Präsident: Die Discussion ist geschlossen, und es hat noch das Wort die Hrn. Antragsteller und der Hr. Referent.

Kolb: Ich werde sehr kurz sein; nur auf einige Puncte, welche im Laufe der Discussion hervorgehoben wurden, will ich antworten.

Ich habe nicht gesagt, wie Hr. Lang behauptete, daß „die Kontumazialurtheile keine Urtheile seien," aber sie sind keine „kontradiktorischen" und keine „definitiven;" wenn sie vollzogen werden sollen, muß ein anderes Verfahren eingeleitet werden.

Es wurde weiter gesagt, „man habe den Aberglauben soutenirt, daß politische Verbrechen keine Verbrechen seien." Ich beziehe mich hier auf das, was von mir und verschiedenen andern Rednern nach mir hervorgehoben wurde. Ich mache Sie aber noch darauf aufmerksam: wenn eine ganze Provinz sich an einer Bewegung betheiliget, — und ich bin ehrlich genug zu gestehen, daß es in der Pfalz der Fall war, — wer soll dann Ankläger, wer Richter, wer Zeuge sein? Etwa diejenigen, welche solche Subscriptionslisten unterzeichnet haben, wie ich Ihnen eine — Eine aus Vielen! — theilweise vorlas? Wohin führt ein solches Verfahren?

Wenn die französische Verfassung nichts taugte, wie man behauptet, so folgt daraus nicht, daß man sie gewaltsam umstürzen durfte.

Es wurde bemerkt, „die Freiwilligkeit" in Beziehung auf die Theilnahme Vieler an der Bewegung sei in Wirklichkeit nicht vorhanden gewesen. Wenn das der Fall ist, dann ist gewiß mit Nothwendigkeit darauf hingewiesen, daß eine Amnestie am Platze ist. Allein die „Freiwilligkeit" in den Fällen, die ich berührte, bestand wirklich.

Was den Schritt betrifft, den „die Mehrzahl der Abgeordneten der Pfalz" 1849 gethan haben soll, um das Ministerium zu hindern, Truppen nach der Pfalz zu senden, so muß ich auf meine frühere Erklärung zurückkommen. Ich weiß nichts und meine Freunde wissen auch nichts davon, und wenn ich die Aeußerung in dem stenographischen Berichte richtig verstanden habe, so ist gar nicht von „Abgeordneten" die Rede; ich habe den Ausdruck „Abgeordnete" durchaus nicht gehört.

Hinsichtlich des Anklageacts müßen in der Pfalz die Staatsbehörden die günstigen und die nachtheiligen Momente aufstellen. Das bestreite ich nicht. Es ist hier auf eine etwas einseitige Weise geschehen, aber auch darüber habe ich mich nicht aufgehalten; ich habe mich nur aufgehalten über die Veröffentlichung des Anklageacts, welche Veröffentlichung der Cassationshof selbst getadelt hat, und von welcher er erklärte, daß der Fall einer Disciplinareinschreitung gegeben sei, welche aber nicht erfolgt ist.

Dadurch wurden die Angeklagten in eine nachtheilige Lage gebracht. Man schleuderte diese Anklagen als erwiesen hinaus; sie, die Angeklagten, waren unter Schloß und Riegel; es war ihnen unmöglich gemacht, auf gleiche Weise entgegenzuwirken.

Was die Geschworenen betrifft, so wird mir und der ganzen Pfalz Niemand glauben machen wollen, daß die Auswahl der Geschworenen unbefangen gewesen sei. Das ist nicht der Fall. Aber ich will hiemit die Geschworenen nicht angreifen, sondern ich kann Ihnen nur wiederholen, daß diese Geschwornen ausgewählt wurden vom Regierungspräsidenten, — von der einen Partei in einem politischen Proceße. Ich habe weiter gesagt, wie diese Leute vielfach durch die Bewegung benachtheiliget waren, ich habe dafür Beispiele angeführt. Ich kann Sie weiter darauf hinweisen, weil dieser Punct als „nicht geschehen" erwähnt wurde, daß ein Mann als Geschworener aufgerufen ward, der zuvor als Zeuge gegen den Angeklagten verhört worden war, ein Factum, welches den Cassationshof bestimmte, das Urtheil zu cassieren. — Aber selbst die so gebildeten Geschwornen haben meistens freigesprochen.

Was das non bis in idem betrifft, so habe ich mir darüber eine bestimmende Aeußerung nicht erlaubt, sondern Ihnen nur einige Andeutungen gegeben, die der Art sind, daß Sie sehr wohl ohne weitere Erörterung beurtheilen können, ob meine Ansicht begründet ist.

Wenn man von Autoritäten gesprochen hat, so kann ich Ihnen sagen, daß sich der Cassationshof in Brüssel und beinahe sämmtliche Appellhöfe in Frankreich ebenfalls gegen die von mir mißbilligte Maxime ausgesprochen haben. Uebrigens möchte es sich damit verhalten, wie es will, — das Factum will ich Ihnen nur vor Augen führen, daß nun und nimmermehr das Volksbewußtsein im Einklange stehen wird mit solchen Verfolgungen.

Man sagt: Niemand würde in den Fall kommen, welchen der Abg. Meuth im Auge hat. Es thut mir leid, nicht Beweise von verschiedenen Verhandlungen vor den Assisen zu Handen zu haben, Sie würden sich überzeugen, daß solche Fälle allerdings vorgekommen sind. Ich kann Ihnen im Augenblicke nur dies anführen:

Der sehr conservative Correspondent der höchst conservativen Allg. Zeitung hat in Nro. 149 gesagt:

„Wie man so viele Angeklagte, darunter Männer „wie Louis oder den ehrenwerthen Sauerbeck hat als „Hochverräther verweisen mögen, das ist für alle „Welt ein Räthsel."

Es wurde auch angeführt: jedenfalls sei ein solcher Antrag verfrüht. Ich kann mich davon nicht überzeugen, m. Hrn., ich fürchte im Gegentheil, daß wenn man ihn weiter hinausschiebt, das „verspätet" eintreten mag. Die Verhältniße, auf die man hinwies, sind der Art, daß Explosionen jedenfalls eintreten werden, dann wird es „zu spät" sein, — und dem möchte ich entgegentreten.

Der Hr. Abg. Westermaier hat selbst die von ihm gemachte Aeußerung zurückgenommen, daß die „Geschwornen" es seien, welche alle Contumacirten zum Tode verurtheilt hätten. Aber er fragt: wozu bedürfen wir einer Amnestie, wenn die Angeklagten doch freigesprochen werden? — Ist es gleichgültig, wenn man das ganze Land fort und fort in Spannung hält, wenn man die Gerichte Jahr ein Jahr aus Sitzungen halten läßt mit der Aussicht, daß freigesprochen werden wird? Und kaum wird Jemand etwas anderes erwarten.

Hr. v. Lerchenfeld hat behauptet, meine Angabe, daß ich meinen Antrag vor zwei Jahren in die Kammer gebracht habe, sei irrthümlich, weil seitdem das Amnestiegesetz gekommen sei. Ich muß diese Berichtigung berichten. Mein Antrag wurde eingebracht, nachdem das s. g. Amnestiegesetz erlassen war, und dessen Erfolglosigkeit sich gezeigt hatte. Er wurde eingebracht, ich glaube im Februar 1850.

Was die „Gefahren" betrifft, so werden sie auf diese Weise nicht beseitigt. Ferdinand VII. hat keine Amnestie erlassen. Hat er damit die Gefahren abgewendet? Gewiß nicht! — Dazu kommt, daß die Lösung der großen politischen Frage, welche eintreten muß, ganz gewiß nicht in und durch Baiern erfolgt.

Es wurde auch geäußert: Das Begnadigungsrecht sei „in ziemlich weitem Umfange geübt worden." Es wäre mir sehr lieb gewesen, wenn man Erhebungen gemacht hätte; man würde sich von dem Gegentheile überzeugt haben.

Was gegen unsere Befugniß angeführt ward, einen solchen Antrag einzubringen, so erwiedere ich wiederholt: wenn man einen weiter gehenden Antrag haben will, wodurch eine vollständige Restitution herbeigeführt werden soll, so bin ich dazu bereit, aber ich habe keine Stimme dafür gehört. So gebe man denn, was man geben kann. Glaubt man aber, daß mein Antrag zu weit geht, — warum bringt man keinen ein, der weniger weit geht? Von allen Seiten wird gesagt, daß das vorige Amnestiegesetz den billigen Erwartungen durchaus nicht entsprochen habe; aber Niemanden von der Gegenseite habe ich gehört, der einen entsprechenden Antrag eingebracht hätte. Was den Antrag des Hrn. Lang betrifft, so versteht es sich von

selbst, daß ich dagegen bin, denn ich kenne in dieser Sache nichts Schlimmeres als eine solche „Tagesordnung." (Fortsetzung folgt.)

München. Dem Vernehmen nach ist Appellationsgerichtsdirector Böcking in Zweibrücken quiescirt worden.

München, den 31. Dec. Gestern wurde der Privatier Julius Knorr auf die Polizei zitirt, und daselbst angekommen, sogleich in Verhaft genommen. Seine Betheiligung am ehemaligen Wanderunterstützungsverein soll die Ursache der Maaßregel sein. Gleichzeitig wurde gestern Nachmittags bei einem renommirten Kunstmaler und ebenso beim Literaten J. Gotthelf Haussuchung gehalten, jedoch ohne erreichten Zweck. Da der aufgelöste Wanderunterstützungsverein ein Vermögen von 1500 fl. haben soll, so mochten die Nachforschungen hauptsächlich der Auffindung dieses Kapitals gelten. Für den Fall, daß sich ein erhebliches Dokument vorfinde, waren die haussuchenden Commissäre auch mit Verhaftsbefehlen ausgerüstet. (Volksb.)

Kassel, den 29. Dec. Der Gesammtbetrag der Kosten für die vom 16. September 1850 bis zum August 1851 in Kurhessen verwendeten bayrischen Truppen beläuft sich auf 1,752,828 fl. Die bayrische Regierung hat sich, wie verlautet, gegen Ende vorigen Monates mit dem Antrage an die Bundesversammlung gewendet, im Hinblicke auf den Art. XIV. der Bundesexecutionsordnung die kurhessische Regierung nunmehr zum baldigsten Ersatze der Kosten veranlassen zu wollen, und es ist von Seiten der Bundesversammlung die kurhessische Regierung von diesem Antrage in Kenntniß gesetzt worden. Der Schluß des Art. XIV. der Bundesexecutionsordnung lautet: „Der Landesregierung bleibt es in den im Art. 26 der Schlußakte bezeichneten Fällen überlassen, die Schuldigen zur Bezahlung der durch ihre Vergehungen veranlaßten Kosten im gesetzlichen Wege anzuhalten." (N. C.)

Wien, den 29. Dec. In nächster Zeit soll eine Proklamation veröffentlicht werden, durch welche wegen der ungemein überhandnehmenden Räubereien das Standrecht in ganz Ungarn eingeführt werden soll.

Belgien.

Brüssel, den 29. Dec. Daß man trotz oder vielleicht eben wegen der immensen Majorität, die Ludwig Napoleon erhalten, hier wegen der nächsten Zukunft nicht ganz außer Sorgen ist, zeigt u. a. die vom Ministerium an die Communalbehörden ergangene Aufforderung: ihm eine detaillirte Uebersicht der Kräfte einzureichen, welche im Nothfalle die Mobilmachung eines Theils der Civilgarde bieten könnte. Die Garde soll dann in drei Aufgebote getheilt, zum ersten alle Männer von 21—25 Jahren, außerdem alle Unverheiratheten und kinderlosen Wittwer, zum zweiten die von 25—30, zum dritten endlich die von 30 bis 50 Jahren gezählt werden.

Frankreich.

Paris, den 30. Dec. Der „Moniteur" veröffentlicht heute ein vom 29. ds. datirtes Decret des Präsidenten der Republik, welches verfügt: „Das Ergebniß der 20. und 21. Dec. 1851 in Folge der Appellation an das Volk abgegebenen Stimmen soll in sämmtlichen Gemeinden der Republik proclamirt, veröffentlicht und angeschlagen werden. Ein Nationalfest soll am 1. Januar 1852 an sämmtlichen Hauptorten der Departemente und am 11. Januar in sämmtlichen Gemeinden Frankreichs gefeiert, ein Tedeum in allen Kirchen gesungen werden."

Ein Decret des Präsidenten der Republik, vom Datum des 29. Dec., verfügt in Betreff der öffentlichen Wirthschaften: Da die fortwährende Vermehrung der Kaffeehäuser, Wirthschaften und Schenken eine Ursache von Unordnung und Demoralisation sei und besonders auf dem Lande diese Anstalten großentheils Zusammenkunftsorte für die geheimen Gesellschaften geworden seien und in bedauerlicher Weise die Verbreitung schlechter Leidenschaften begünstigt hätten; da es die Pflicht der Regierung sei, durch wirksame Maßnahmen die öffentlichen Sitten und die allgemeine Sicherheit zu schützen, so werde decretirt: fortan solle kein Kaffeehaus, keine Wirthschaft oder Schenke ohne vorherige Erlaubniß der Verwaltungsbehörde errichtet werden können; die Schließung der bereits bestehenden oder künftigen derartigen Anstalten solle durch Erlaß des Präfecten entweder nach einer Verurtheilung wegen gesetzwidrigen Betriebs oder im Interesse der öffentlichen Sicherheit angeordnet werden können; jedes Individuum, welches ohne vorherige Erlaubniß eine solche Anstalt errichte oder einen deren Schließung anordnenden Erlaß unbeachtet ließe, solle vor Gericht gestellt und mit einer Geldbuße von 25 bis 500 Fres. und mit einer Gefängnißstrafe von 6 Tagen bis zu 6 Monaten belegt werden.

Bis gestern Abend waren die definitiven Ergebniße der Volksabstimmung aus 83 Departementen bekannt; die Zahl der bejahenden Stimmen betrug 6'994,257, die der verneinenden nicht 700,000. Es mangeln die offiziellen Angaben nur noch über die Abstimmung dreier Departemente und Algeriens und über die der Land- und Seetruppen.

Gestern Abend waren in der Opera Gerüchte von einem Mordversuche gegen den Prinz-Präsidenten im Umlauf; sie sind durchaus ohne Grund. Es werden jeden Tag die umfassendsten Sicherheitsmaßregeln zum Schutze der Person Louis Napoleon's getroffen; sie werden am nächsten Donnerstage bei der Feierlichkeit in der Kirche Notre Dame de Paris noch vermehrt werden.

Neueste Nachrichten.

Wien, den 1. Jan. Durch ein heute erschienenes kaiserliches Patent sind die Märzverfassung und die damals verkündeten Grundrechte für aufgehoben erklärt. Als Grundzüge für den künftigen Staatsorganismus werden in dem kaiserl. Patente festgestellt: Reform der Gemeindeverfassung in conservativem Sinne, mit Beachtung aller vorwiegenden Interessen; — Beseitigung der Schwurgerichte, mit Beibehaltung des Anklage-Processes und der Mündlichkeit vor den Gerichtsverhandlungen; — allmälige Einführung eines allgemeinen bürgerlichen Strafgesetzbuchs in sämmtlichen Kronländern; — Erleichterung der Errichtung von Majoraten und Fideicommissen; — der große, ehemals herrschaftliche Grundbesitz kann vom Gemeindeverbande ausgeschieden werden; — den Kreisbehörden und Statthaltereien werden berathende Ausschüsse aus dem besitzenden Erbadel, dem großen und kleinen Grundbesitze und der Industrie beigegeben.

Paris, den 1. Jan. Der Minister Baroche hielt am heutigen Neujahrstage die Glückwunschrede an den Präsidenten L. Napoleon. Nach derselben ist der Präsident durch die immense Mehrheit von 7,400,640 Stimmen wieder erwählt und damit der gewaltsame Rettungsact als legitimirt erklärt. — Durch Decret vom heutigen Tage ist der „Moniteur" wiederhergestellt. Seit heute steht der Adler wieder auf den Fahnen der Armee.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[763] Die **Goldberger**'schen galvano-electrischen **Rheumatismus-Ketten**, die sich noch immer als das bestvorhandene Mittel zur gründlichen Abhülfe und Beseitigung rheumatischer, gichtischer und nervöser Leiden, als: Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Herzklopfen, Schlaflosigkeit rc. rc. beweisen und ihr Erfolg durch tausendfache Atteste berühmter Aerzte und hochachtbarer Privatpersonen festgestellt ist, sind ächt und unverfälscht in Original-Verpackung zu haben bei J. Bürckel am Speisemarkt in Mannheim.

Neue

Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 3 | den 6. Januar 1852.

Deutschland.

*† **Zweibrucken,** den 2. Jan. (Assisenverhandlungen.) Heute begann die Verhandlung in der 6. Sache gegen Conrad Kötz, Oeconom von Limbach, welcher von dem Advocaten Gulden vertheidigt wird. Die Staatsbehörde wird durch den functionirenden k. Staatsprocurator Föll vertreten.

Es wird von dem Assisengerichte beschlossen, einen 13. Geschwornen als Ergänzungsgeschwornen zu ziehen, weil für die Verhandlung dieser Sache 4 Tage anberaumt sind und möglicher Weise einer der Geschwornen erkranken könnte. Bei Ziehung der Geschwornen werden recusirt von der Staatsbehörde: 1) Bug, 2) Ehresmann, 3) Riff, 4) Kempter, 5) Keßler; von der Vertheidigung: 1) Priester, 2) Kuhn, 3) Rohm, 4) Knöpple, 5) Wack, 6) Prager.

Es ergeben sich hienach folgende Urtheilsgeschworne: 1) Rickert, 2) Imo, 3) Roland, 4) Bettinger, 5) Scheuermann, 6) Omior, 7) Schuler, 8) Häußler, 9) Erbacher, 10) Pfeiffer, 11) Bruch, 12) Adam; endlich als Ergänzungsgeschworner 13) Dr. Huber.

Die Anklage geht auch in dieser Sache auf Mitwirkung und Theilnahme an den 3 Attentaten des Hochverraths, welcher sich der Angeklagte dadurch schuldig gemacht haben soll, „daß er als s. g. Volksvertreter zur „Bestellung und zur Wahl der provisorischen Regierung „mitgewirkt habe; daß er als Mitglied des Kantonal„ausschusses zu Waldmohr Beeidigungen, die Eintreibung „des Zwangsanlehens, der 25 Procent Steuern, die Or„ganisation der Volkswehr betrieben, Executionszüge in „die Gemeinden veranlaßt, Requisitionen aller Art er„lassen, die Einsetzung der provisorischen Regierung zu „feiern befohlen, den Pfarrer von Kubelberg wegen Re„nitenz bedroht, die Salzkasse in Waldmohr weggenom„men, dem kgl. Steuereinnehmer Rechnung zu stellen be„fohlen, die Grubenkasse in Mittelberbach mit Beschlag „belegt und die Steuerkasse allda wegzunehmen versucht „habe.“

Es werden von der Staatsbehörde 17 Belastungs- und von dem Angeklagten 2 Entlastungszeugen producirt. Von den Belastungszeugen wurden Nachmittags zuerst die Hrn. Löw von Landstuhl und Ansmann von Homburg, 2 frühere Vertrauensmänner, welche am 17. Mai 1849 mit der Minorität gegen die sofortige Einsetzung der prov. Regierung gestimmt hatten, abgehört. Diese Zeugen schilderten im Allgemeinen die Verhältniße, wie sie bei jener Verhandlung und Abstimmung obgewaltet haben. Sie erwähnen die Stimmung der Vertrauensmänner in der Vorberathung, wonach die große Mehrheit damals noch gegen die sofortige Einsetzung der prov. Regierung gestimmt war und wie später Viele, theils durch die gehaltenen Reden der Mitglieder des Landesausschusses, welche die Einsetzung der prov. Regierung zur Abhaltung der Anarchie und zur Durchführung der Reichsverfassung als unumgänglich nothwendig darstellten, theils aber auch durch den geübten Terrorismus zu einer andern Abstimmung, als sie vorhatten, bewogen worden seien.

Kötz habe mit der Majorität gestimmt, gesprochen habe er nicht, noch auch sonst versucht, Jemanden zu gleichem Votum zu bestimmen.

Ansmann sagte: „Damals waren die Ansichten über das, was Recht sei, sehr verschieden.“

Der Präsident verliest ein dem Angeklagten von dem Gemeinderathe in Limbach ausgestelltes, sehr günstiges Leumundszeugniß.

Der 3. Zeuge, Friedrich Emich, Bürgermeister und Salzfactor in Waldmohr sagt: daß Kötz die am 12. Mai auf ihn gefallene Wahl als Vertrauensmann nicht habe annehmen wollen und nur auf vieles Zureden sich dazu verstanden habe; daß er zwar am 25. Mai mit Zöller und Pfeiffer zu ihm gekommen und bei der Beschlagnahme seiner Kasse zugegen gewesen sei, daß aber Zöller ihm von dem Amtsblatte der prov. Regierung, welches den Kantonalausschüssen aufgetragen hat, die öffentlichen Kassen abzuschließen, zu erheben und nach Kaiserslautern zu senden, die Mittheilung gemacht und von ihm die Ablieferung seines Geldvorrathes verlangt und überhaupt das Wort geführt, wogegen Kötz sich einigemale seiner angenommen habe, so als Zöller 42 fl. 44 kr. Privatgelder ebenfalls mitnehmen, ferner als Zöller auch das Magazin noch verificiren wollte, wogegen sich Kötz erklärt habe, mit dem Bemerken: hiezu haben wir keinen Auftrag von der prov. Regierung; wir wollen nichts thun, als wozu wir beauftragt sind. Kötz und Pfeiffer seien nun mit den von ihm abgelieferten 689 fl. 56 kr. weggegangen, dagegen habe Zöller noch das Magazin verificirt und hiebei gefunden, daß 60 Säcke Salz, die er zur Sicherstellung seiner Caution absichtlich nicht gebucht, fehlten, — worauf Zöller mit triumphirender Miene weggegangen sei. In der Besorgniß, daß man ihn deshalb einer Unterschlagung beschuldigen möchte, habe er den Geldbetrag für diese Säcke mit 612 fl. später in das Lokal des Kantonalausschusses getragen und verlangt, daß man ihn hievon wenigstens seine Remisen mit 112 fl. abziehen lasse. Zöller sei dagegen gewesen, Kötz habe aber auch hier wieder erklärt, dieses Verlangen sei recht und billig. Er habe dann weitere 500 fl. abgeliefert und hiefür Quittung von Zöller, Kötz und Pfeiffer erhalten. Schluß der Sitzung um 3 Uhr.

München. Verhandlung der Abgeordnetenkammer über die Amnestiefrage. (Fortsetzung.)

Meuth: M. Hrn.! Ich habe nur noch eine Bemerkung zu machen, und sie besteht darin, daß meinem Antrage hauptsächlich nur die Unausführbarkeit entgegengesetzt wird.

Ich habe in Art. 5 meines Entwurfes den Weg der Ausführbarkeit gezeigt.

Aber, m. Hrn., ich erinnere Sie daran, daß ja das frühere Amnestiegesetz in einer Zeit, wo die Untersuchung noch gar nicht vollkommen geschlossen war, in Ausführung gebracht worden ist und zwar in fast gleicher Weise. Ich habe aber meinen Antrag in einer Zeit eingebracht, wo die Untersuchungen vollständig geschlossen waren, also ein vollständiges Material zur Beurtheilung vorlag.

Dieses die Bemerkung, welche ich noch beizufügen habe.

Prinz, Referent. M. Hrn., es wird Ihnen wohl aus der Discussion klar geworden sein, daß wir über den formellen Punct, nämlich über die Competenzfrage nicht hinaus können, da aus dem hier in Betracht kommenden Gesichtspuncte aufgefaßt, zwischen contradictorischen und Contumazialurtheilen, kein Unterschied besteht. Es ist wol richtig, daß wenn ein abwesend Verurtheilter sich stellt, das Urtheil cessirt und der Proceß aufs neue verhandelt wird; aber so lange er sich nicht stellt, ist der Proceß erledigt und besteht ein Urtheil und ist folglich der Fall der Begnadigung gegeben.

Schließen Sie aus unserm Gutachten nicht auf Man-

gel an Mitgefühl für die beiden der Verbannten, die Ihnen Herr Tafel so treffend geschildert hat. Derjenige, welcher an die unvergängliche Persönlichkeit glaubt, welcher das Individuum hoch stellt, seine freie Entwickelung will und die Bewegung des Individuums in den heiligen Beziehungen zur Familie und im Berufskreise hoch achtet, im Familienkreise und im Geschäfte, hat gewiß Mitgefühl, und — es wird dies nicht bestritten werden können — mehr Mitgefühl als die, welche den Einzelnen nur als ein Partikelchen der großen Massen in Anschlag bringen, ihn nur als Nulle betrachten, welche bloß dann gelten, wenn sie hinter wirkliche oder eingebildete Größen zu stehen kommen.

Ich füge dem bei, daß ich das festeste Vertrauen hege, daß, sobald die Zeit gekommen sein wird, hoffentlich in nächster Bälde, denjenigen, welche Berücksichtigung verdienen, Gnade zu Theil werden wird, Gnade in weitestem Umfange. Denn darüber mache ich kein Hehl, daß die Meisten der Verurtheilten, namentlich die Contumacialverurtheilten, von viel zu harten Strafen getroffen sind, ganz abgesehen von den mildernden, in den Zeitverhältnissen gelegenen Umständen.

Ich will diese Worte nicht dadurch schwächen, daß ich auf die Schilderung dessen, was wir in der Pfalz erlebt haben, übergehe, aber einiges muß ich eben doch berühren. In der Debatte vom Jahre 1849 war viel davon die Rede, ob jene Bewegung eigentlich eine republicanische gewesen sei, oder ob sie der Reichsverfassung gegolten habe.

Ich habe damals behauptet, es sei eine republicanische gewesen, und diese Meinung theile ich noch. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß nicht die große Menge der Meinung gewesen sei, sie habe wirklich die Durchführung der Reichsverfassung zum Ziele gehabt. Es wäre ja auch thöricht, von den Häuptern und Leitern anzunehmen, sie hätten um ihren Zweck, nämlich die Einheit Deutschlands zu erreichen, bloß die Reichsverfassung in Vollzug setzen wollen. Sie wären damit nicht zum Ziele gekommen, da ja die Reichsverfassung die verschiedenen Dynastieen bestehen ließ. M. Hrn.! Heute ist eine ähnliche Frage zum Vorschein gekommen, die Giltigkeit der Reichsverfassung. Es ist früher mit Recht behauptet worden, Diejenigen, welche die Giltigkeit der Reichsverfassung behaupten, werden nie Jene überzeugen, die sich auf das Vereinbarungsprincip stellen und umgekehrt. Allein zugegeben, die Reichsverfassung sei gültig gewesen, so können Sie doch gewiß eine Berechtigung zum Aufstand in der Pfalz daraus nicht ableiten. Die Nationalversammlung hat den Beschluß gefaßt, es seien die Regierungen aufzufordern, die Reichsverfassung durchzuführen, aber hieraus kann man nicht schließen, daß wenn die Regierungen sich weigerten, jenem Beschlusse nachzukommen, das Volk berechtigt gewesen sei, die Durchführung in die Hand zu nehmen und mit den Waffen gegen die Regierungen aufzutreten.

Ich habe dieses Argument niemals begreifen können. Auch war es in der Pfalz eine sonderbare Erscheinung, daß an verschiedenen Orten die Volksmenge alle Embleme der Regierung, als Wappen, Schilder, blau und weiß angestrichene Grenzstöcke, und dergleichen zerstörte, was gewiß mit der Reichsverfassung nicht im Einklange steht. Jedoch, schweigen wir von solchen Verirrungen der Massen.

Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Heine hat gesagt, es sei unwahr, daß die Revolution von einigen Fremden in der Pfalz importirt worden sei. Wenn ich ihn recht verstanden habe, hat er auch noch beigefügt: der Ausschuß habe solches 1849 behauptet.

Ich habe gerade die entgegengesetzte Meinung damals geäußert, die nemliche Ansicht, die Hr. Heine heute ausgesprochen hat und die auch allein die richtige ist.

Schließlich erlauben Sie mir noch auf einen Punct zurückzukommen. Es ist behauptet worden, in der Pfalz habe sich gar Niemand befunden, der nicht von der Gültigkeit der Reichsverfassung überzeugt gewesen wäre; es ist ausgesprochen worden, alle Beamte hätten diese Ueberzeugung getheilt. Dies mag der großen Mehrzahl nach der Fall gewesen sein; aber erlauben Sie mir, Ihnen zu versichern, daß es auch Beamte von entgegengesetzter Ansicht gegeben habe. Es gab Leute, und ich kenne solche, welche schon im Mai 1848, am Pfingstsonntage, öffentlich und unter dem Risiko ihrer Popularität behauptet haben, daß nur das Vereinbarungsprincip Geltung habe, und daß wenn die Nationalversammlung dieses Princip nicht anerkenne, sie nothwendigerweise früher oder später mit den Bajonetten gesprengt werde. Die, welche damals dies gesagt haben, m. H., sind gewiß nicht Schuld daran, daß, was sie voraus sahen, eingetreten ist.

Ich will ferner die Thatsache constatiren, daß die nemlichen Personen diese Ueberzeugung nachher noch unzählige Male vertraten, leider oft mit allzugroßer Leidenschaftlichkeit, wie dieß bei inniger Ueberzeugung vorzukommen pflegt.

M. H.! Denken Sie von solchen Ansichten, was Sie wollen. Wir gehen nicht so weit, von Ihnen zu verlangen, was Sie in Anspruch nehmen, und was wir Ihnen auch zu Theil werden lassen, nemlich Achtung der Ueberzeugung. Wir sind aber jedenfalls berechtigt, zu fordern, daß man solchen Männern gegenüber nicht von Apostasie spreche; wir fordern, daß man solchen Männern nicht nachrede, sie hätten sich ihrer Partei nur angeschlossen, um Vortheile zu erlangen, da sie sich doch bewußt sind, von Niemanden jemals etwas verlangt, oder auch nur, sei es direct oder indirect, gewünscht zu haben.

Was den Antrag des Hrn. Abg. Lang betrifft, so können wir recht wohl mit ihm gehen; er ist in so fern etwas milder gefaßt, als der Antrag des Ausschusses, als er in den Motiven der Begnadigung erwähnt; ich empfehle also denselben.

Staatsminister Dr. v. Ringelmann: M. H., wenn ich am Schluße einer langen und weitgreifenden Debatte ebenfalls das Wort nehme, so geschieht es nicht deßhalb, um mich in historische und politische Betrachtungen zu verlieren, was heute von vielen Seiten geschehen ist. Was die Gegenwart betrifft, so ist sie in der Entwicklung begriffen, und auswärtige Zustände quadriren ohnedem nicht auf unsere Frage. Was dagegen die Ereignisse in den Jahren 1848 betrifft, so gehören sie der Vergangenheit an, die Vergangenheit steht stille; es wird daran nichts geändert und die gegenseitigen Recriminationen helfen zu nichts. Das Einzige glaube ich nur bemerken zu müssen, die Regierung würde nicht in Verlegenheit sein, die Kehrseite der Medaille hervorzuwenden, um zu zeigen, daß nicht sie daran Schuld ist, wenn die Zustände in der Pfalz so geworden sind, wie sie wirklich waren.

Ich nehme vielmehr nur das Wort, um die Sachlage zu beleuchten, so wie sie sich gegenwärtig in der vorliegenden Frage darstellt, und die Intentionen der Staatsregierung darzulegen. Es sind nunmehr 2 Jahre, daß die Staatsregierung einen Gesetzentwurf über Amnestirung eingebracht hat; durch Amendements der hohen Kammern wurde der Entwurf erweitert und in dieser Weise erhielt er die Sanction der Krone. Man verlangt nun gegenwärtig einen neuen Gesetzentwurf über Amnestie, und die Meinungen theilen sich blos darin, daß Hr. Kolb und Cons. eine allgemeine Amnestie vorschlagen, der Antrag des Hrn. Abg. Meuth aber blos auf eine erweiterte Amnestie gerichtet ist. Die Staatsregierung kann sich weder für die eine, noch für die andere erklären; ihre Gründe sind folgende:

Die Standpuncte, auf die man sich bei dieser Frage möglicherweise stellen kann, sind entweder das Princip der Humanität, oder das Princip der Politik, oder das Princip des Rechtes.

Was den ersten Punct betrifft, nemlich die Humanität, so gebe ich gerne zu, daß nach so großen politischen Bewegungen, wie jene von 1849, wo eine solche Masse von Individuen und Familien mehr oder minder compromittirt war, der Wunsch sich allgemein geltend macht, aus dem Zustande von Beunruhigung und Besorg-

niß wieder herauszukommen, und die gestörten Familienverhältniße wieder herzustellen. Die Humanität fordert, jenen Zuständen baldmöglichst ein Ende zu machen, Ruhe und Friede den Familien zurückzugeben. M. H., das hat die Regierung, wie ich glaube, im vollsten Maße gethan. Es sind, wie aus der heutigen Darstellung des Herrn Referenten und aus einer früheren Erörterung des Justizministeriums hervorgeht, bei 8—9000 Personen außer der Verfolgung gestellt worden, und da sollte man doch meinen, daß dies von einer Provinz von 600,000 Seelen keine Kleinigkeit mehr genannt werden kann. Es ist die Beruhigung in die große Mehrzahl der Familien zurückgekehrt, und somit der Humanität volle Rechnung getragen. (Schluß folgt.)

München, den 1. Jan. Unsere Regierung soll die bestimmte Erklärung abgegeben haben: mit vollem Vertrauen zu Preußen beim Zollverein bleiben zu wollen. (Das will ja der ganze Stand der Industriellen.) (Volksb.)

Die heutige Neujahrscour am hiesigen Hofe hat mit der herkömmlichen Feierlichkeit stattgefunden. Die Kammern, Adel, Geistlichkeit, Linie und Landwehr, und die Beamtenclassen waren sehr zahlreich vertreten. Der König hat persönlich eine namhafte Anzahl von Ordensauszeichnungen verliehen.

In der Wallfahrtskirche am Berg und in der Pfarrkirche zu Schwarzenfeld sind die Opferstöcke erbrochen und sonstiges Kirchengeräthe entwendet worden.

Die **Frankfurter** deutsch-katholische Gemeinde ist aufgehoben, ihr wenigstens polizeilich nicht gestattet worden, an den Christtagen in ihrer kleinen Kirche, der früheren Spitalkirche, Gottesdienst zu halten.

Karlsruhe. Vogts „Thierstaaten," Dulons „Wekker" und Falkes „Ungarheld" sind für die Dauer des Belagerungszustandes im Großherzogthum Baden verboten worden.

Rastatt, den 30. Dec. Heute haben die außerordentlichen Maßregeln in Bewachung der hiesigen Festung aufgehört.

Dresden, den 31. Dec. Der ehemalige Abgeordnete Dammann in Lengefeld, wegen der Maierreigniße zu 10 Jahren Zuchthaus ersten Grades verurtheilt, ist von der Amtsfrohnveste des Justizamts Lauterstein entsprungen.

Berlin, den 1. Jan. Die „Neue Preuß. Z." meldet als Facta aus Paris, daß Louis Bonaparte nicht blos die Expeditionskosten von der Belagerung Antwerpens, sondern zugleich die Rasirung einiger belgischen Festungen von der Brüsseler Regierung verlange. Zugleich wird derselben Zeitung gemeldet, daß Louis Napoleon für die Unterstützung der Jesuiten „den katholischen Cultus in seiner ganzen alten Pracht und Herrlichkeit herstellen werde; bald werde Paris, zum ersten Male seit dem Fall des legitimen Königthums feierliche Prozessionen durch seine Straßen wallen sehen; auch „die Bank der Bischöfe" sei keine müssige Erfindung, wie man denke; auch stehe die Schließung aller Logen und das Verbot gegen alle Maurerei zu gewärtigen."

Hamburg, den 30. Dec. Es geht das Gerücht, daß der unglückliche Schneider Ruschack zu 10jähriger Kettenstrafe verurtheilt sei, die er in Oesterreich abzubüßen habe und daher auch baldigst dahin abgeführt werden solle. Gleichzeitig wird hier auch erzählt, daß der unglückliche Potocky Pieringer bereits sein Urtheil empfangen und am 19. d. M. mit Pulver und Blei zum Tode begnadigt worden sein soll. (F. J.)

Wien, den 28. Dec. Die L. Z. meldet: Ein Missionär der schottischen Gesellschaft zur Verbreitung des Christenthums, welcher im Lande umherzog, ist vor einigen Tagen von Lemberg ausgewiesen worden, weil er in seiner Wohnung vor einer oft zahlreichen Versammlung presbyterianischen Gottesdienst hielt.

Oesterreich soll sich bemühen, die Hansestädte für seine Zollpläne zu gewinnen, indem es ihnen eine Stellung als Freihäfen zu garantiren verspricht.

Tarnow, den 25. Dec. Vor einigen Tagen wurde ein Magistratsbeamter wegen Verdacht socialistischer Umtriebe verhaftet und bereits nach Wien zur weitern Untersuchung abgeführt.

Frankreich.

Paris. Ungefähr 1200 Wahlzettel in Paris wurden vernichtet, weil sie tadelnde oder lobende Aeußerungen über den Präsidenten enthielten. Einige dieser Anmerkungen waren drohender Art. Auf einem Zettel im sechsten Arrondissement z. B. stand: „Nein! aus Haß gegen den Despotismus, aus Achtung für die Gesetzlichkeit, aus Verachtung gegen Ludwig Bonaparte, den Ex-Präsidenten der Republik." Ein anderer: „Ja! d. h. unter dem Drange des Belagerungsstands, aus Furcht vor den Bajonnetten, und in Trauer um den Tod der französischen Ehre." Im siebenten Arrondissement fand man Zettel folgenden Inhalts: „Nein! weil die Verfassung frevelhaft verletzt worden ist von einem General" ꝛc. Als unlängst der Präsident der Republik die Werkstätten der Arbeiter besuchte, versprach er denen, die an der Bewegung vom 4. Dec. nicht theilgenommen hätten, eine doppelte Tagelöhnung. Am 22. wurde diese Summe, wenigstens in einem Atelier bezahlt, und vermuthlich auch in andern. Woher dieses Geld gekommen, ist ungewiß; von den Arbeitgebern schwerlich, so daß man muthmaßt: entweder von der Regierung, oder von der Municipalität. Unter anderm heißt es auch: während der Stimmzettelabgabe am Sonnabend und Sonntag sei in einer Fabrik, wo 400 Arbeiter beschäftigt sind, durch einen Regierungsboten eine große Bestellung gemacht worden.

Nicht nur die Lebenden, auch die Todten werden deportirt. Die unter der Julinssäule ruhenden Kämpfer des Jahres 1830 sollen ausgehoben und auf einen Kirchhof geschafft, deßgleichen ihre Namen aus der Säulen ausgemerzt werden.

— den 29. Dec. Die Regierung ist im Begriff, bei der Bank eine Anleihe von 100 Millionen zu machen, und hat zu diesem Zweck bereits eine Anfrage an die Bank gerichtet. Dieselbe soll von vornherein nicht sehr geneigt gewesen sein, die Rücksicht jedoch, daß ein Decret ihren Widerstand hätte brechen können, hat sie veranlaßt, dem Finanzminister zu erklären, daß sie über seine Vorschläge in Unterhandlung zu treten geneigt sei. (A. Z.)

Paris, den 31. Dec. Marschall Jerome Bonaparte, der bekanntlich nicht unbedingt für den „Rettungsact" ist, soll auf sechs Monate „Urlaub zu Reisen im Auslande" von seinem Neffen erhalten haben.

— den 1. Jan. Der „Moniteur" verkündet: „Im Namen des französischen Volks. Der Präsident der Republik, in Betracht des Art. 7 des Decretes vom 2. December 1851 und des Art. 1 des Decretes vom 18. desselben Monats; auf den Bericht der consultativen Commission vom heutigen Tage, proclamirt das Ergebniß der Abstimmungen, welche die französischen Bürger für die Annahme oder Verwerfung des nachstehenden Plebiscitums abgegeben haben: Das französische Volk will die Beibehaltung (maintien) Louis Napoleon Bonaparte's und überträgt ihm die erforderlichen Vollmachten für die Errichtung einer Verfassung auf den in der Proclamation vom 2. Dec. 1851 aufgestellten Grundlagen. Die Zahl der Abstimmenden war 8,116,773; mit Ja haben gestimmt 7,439,216; mit Nein haben gestimmt 640,737; als unregelmäßige Abstimmungen wurden 36,820 Stimmzettel vernichtet. Das gegenwärtige Decret soll in allen Gemeinden der Republik veröffentlicht und angeschlagen werden. Geschehen im Palais des Elysee, am 31. Dec. 1851. Louis Napoleon Bonaparte. Gegengezeichnet: der Siegelbewahrer und Justizminister, Rouher."

Der Moniteur veröffentlicht nachstehendes Decret: „Im Namen des französischen Volkes. Der Präsident der Republik, auf den Bericht des Siegelbewahrers und Justizministers, decretirt: Art. 1. Die Aburtheilung über alle in den Gesetzen über die Presse vorgesehenen und vermittels des Worts verübten Vergehen ist den

Zuchtpolizeigerichten übertragen. Art. 2. Diese Gerichte haben auch über diejenigen dieser Vergehen zu erkennen, welche vor dem Erscheinen gegenwärtigen Decrets verübt und noch nicht contradictorisch abgeurtheilt worden sind. Art. 3. Die gerichtliche Verfolgung wird geleitet nach den im Criminalgesetzbuch für die Zuchtpolizeijurisdiction vorgeschriebenen Formen und Regeln. Geschehen im Palaste des Elysee, am 31. Dec. 1851. L. N. Bonaparte. Gegengezeichnet: der Justizminister, Rouher."

Um 10 Uhr wurden vor dem Hotel der Invaliden 70 Kanonenschüsse (10 Schüsse für jede Million bejahender Stimmen) abgefeuert.

Auch der Präfect des Lot-Departements hat jetzt die Ausmerzung der republikanischen Inschriften auf den öffentlichen Gebäuden und die Wegschaffung der Freiheitsbäume anbefohlen. — Im Departement Gers ist die Zahl der Verhafteten sehr beträchtlich; zu Lodeve allein wurden achtzig Personen eingekerkert.

In der Provinz sind ebenfalls viele (entlassene) Sträflinge verhaftet worden, dieselben werden sofort nach Brest geschafft und von dort nach Cayenne geschafft werden.

Spanien.

Madrid, den 22. Dec. Der König-Gemahl war bei Geburt der Prinzessin v. Asturien, seiner Tochter, außer sich vor Freude, so daß er bei jedem Schritte staunend ausrief: „Wie sieht doch das Kind mir ähnlich!" (!!) Der 89jährige Castanos, Herzog von Baylen, spielte dabei die Rolle des alten Simeon, ausrufend: „Jetzt will ich gerne sterben, denn ich erblicke in diesem Kinde eine glückliche Zukunft für Spanien." Die Königin Isabella war bei der Geburt mit allerlei Reliquien umgeben, die sie aus verschiedenen Gegenden des Landes hatte bringen lassen, um bei ihren Wehen Trost und Muth zu suchen. (Möchte man da nicht vor Lachen selbst in's Kindbett kommen.?!) (Fr. K.)

Italien.

Ein Decret des Großherzogs von Toscana verbietet auch für den diesjährigen Carneval alle Maskenaufzüge, so wie jede einfache Verkleidung an jedem Orte bei Tag und Nacht.

Neueste Nachrichten.

München, den 2. Jan. Die Kaufleute J. Sattler und G. Kirchner in Schweinfurt haben Namens der aufgelösten freien Kirchengemeinde dortselbst eine Beschwerde wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte an die Kammer der Abgeordneten eingereicht, und ebenso die HH. J. Neubauer und C. C. Braun Namens der aufgelösten freien christlichen Gemeinde zu Erlangen wegen Verweigerung der Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Aus Schwaben. Ein in politischer Beziehung „übel beleumundeter" (wie sich die Polizeisprache ausdrückt) Schweizer, Namens Knecht, welcher sich zu Oberstdorf in Schwaben ansiedeln und ein Fabrik-Unternehmen begründen wollte, ist aus Baiern ausgewiesen worden. — (Fränk. Kur.)

Paris, den 2. Jan. Der Palast der Tuilerien ist officiell zur Wohnung des Präsidenten Louis Napoleon erklärt.

Chambery, den 26. Decbr. Mehrere französische Flüchtlinge sind hier verhaftet worden.

Miscellen.

* **München,** Ende Decbr. Vor Kurzem erschien hier ein Heftchen im Druck, betitelt: „Die Gliederung der Schulen. Ein Entwurf des Vereines für Unterricht und Erziehung in München." Es ist eine blose Skizze. Dessenungeachtet scheint uns dieselbe beachtenswerth, und wir wollen deßhalb nicht ermangeln, die Aufmerksamkeit der Männer, welche sich um das Schulwesen interessiren, darauf hinzulenken. Sie werden manchen Stoff zum nähern Nachdenken in dieser kleinen Broschüre finden.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[767²] ☞ Zwanzig geübte **Cigarrenmacher** finden dauernde Beschäftigung bei G. A. Schmitgen in Speyer.

---

[764] Königl. Sächs. confirmirte
Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig.
Bei der fortschreitenden Erkenntniß, wie wohlthätig Lebensversicherungen auf die mannichfachsten Verhältnisse einwirken und in Folge der daraus hervorgehenden häufigern Benützung derselben, erklärt die unterzeichnete Agentschaft ihre Bereitwilligkeit, zu wünschende Erläuterungen zu geben, um Versicherungsanträge anzunehmen.
Neustadt, im December 1851.
Carl Jacob Fischer, Agent.

[758⁴] **Bierbrauerei zu vermiethen.**
Die in der Stadt Landau an der Hauptstraße gelegene, unter dem Namen „neue Brasserie" bekannte Bierbrauerei, ist mit der ganzen Einrichtung, Wirthschaftslocal, geräumiger Wohnung rc. auf längere Zeit zu vermiethen. Das Nähere hierüber ist im Hause selbst zu erfragen, oder unter der Adresse Friedrich Schneider in Landau.

---

[655] **Medicament.**
Der gegen **Flechten und syphilitische** Uebel aller Art so sehr bewährte **Boiveau-Laffecteur'sche Rob** ist in Deutschland acht zu haben bei Dr. Galette in Mainz, Insel D 150. Werk und Gebrauchsanweisung gratis.

[766³] **Stelle-Gesuch.**
Ein junger Mann von 22 Jahren, der das Gymnasium absolvirt, längere Jahre bei einem Gerichtsboten als erster Clerc und mehrere Jahre ebenfalls als erster Clerc bei einem Advocaten gearbeitet hat, wünscht bei einem Gerichtsboten Beschäftigung zu erhalten. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[765ª] **Hessische Ludwigs-Eisenbahn.**
Bekanntmachung.
Lieferung von eichen Holz.

Zur Herstellung des Bahngeleises auf der Strecke zwischen Mainz und der Oppenheimer-Dienheimer Gemarkungsgränze wird die Lieferung von circa
4000 Stück Stoßschwellen,
27,700 „ Zwischenschwellen und
10,500 laufende Fuß Unterlaghölzer in verschiedenen Längen und Stärken zu den Wegübergängen, Ausweichen und Kreuzungen
erforderlich, welche, in verschiedene Loose eingetheilt, im Wege der Submission vergeben werden sollen.
Die Lieferungsbedingungen und nähere Beschreibung der anzuliefernden Hölzer sind im Büreau der unterzeichneten Direction zur Einsicht der Uebernahmslustigen aufgelegt.
Die Offerten sind mit der Aufschrift:
„Submission zur Lieferung von Schwellen und sonstigem Holzwerk für die hessische Ludwigsbahn"
zu versehen, und versiegelt und portofrei bis zum 31. Jänner 1852, Nachmittags 4 Uhr, an das Secretariat des Verwaltungsraths einzusenden, wobei bemerkt wird, daß später als zur angegebenen Zeit eingehende Offerten keine Berücksichtigung finden.
Mainz, den 31. December 1851.
Die Baudirection der hessischen Ludwigsbahn:
Opfermann.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch **Nro. 6** **den 7. Januar 1852.**

Deutschland.

°† Zweibrücken. (Fortsetzung der Assisenverhandlung gegen Ludwig Moses.) Auf den Vortrag der Staatsbehörde entgegnete Advocat Golsen: Die Zurückkunft des Moses von Straßburg nach Speyer sei zunächst veranlaßt worden, durch die Absicht desselben, von seinen Verwandten allda Mittel zu einer Reise nach Amerika zu erhalten; in Speyer sei er aber durch die provis. Regierung in Gemäßheit deren Decrets vom 19. Mäi 1849 nach Kaiserslautern dirigirt worden, da er als Artillerist bei der Straßburger Nationalgarde deren Uniform trug. In Kaiserslautern sei Moses zum Oberlieutenant der Artillerie gewählt und in dieser Function durch ein Patent der prov. Regierung bestätigt worden, und habe auch die mit jener Charge verknüpften Handlungen auf dem Rückzug nach Baden und in Rastatt vorgenommen. Es frage sich somit:

1) Liegt in der Annahme dieser Function Theilnahme am Hochverrath und die hiemit zusammenhängende Führung bewaffneter Banden? wenn nicht —

2) Hat sich Moses etwa anderer Verbrechen in Ausübung seiner Function schuldig gemacht?

Ad 1. Bei Annahme der Oberlieutenantsstelle sei Moses in gutem Glauben gewesen, er sei von dem Gedanken geleitet worden, für eine gerechte Sache zu fechten, für die Vertheidigung des höchsten Nationalgesetzes der Deutschen.

Als Moses sich der Bewegung anschloß, hatten bereits sämmtliche Bürgerwehren der Pfalz sich zur Verfügung des Landesausschusses und der provisor. Regierung gestellt, Städte, Dörfer und eine Masse der reichsten und notabelsten Bürger der Pfalz Geldbeiträge für die Anschaffung von Waffen gezeichnet; eine Menge junger Männer aus guten Familien der Pfalz hatten Freicorps gebildet oder waren in solche eingetreten; warum sollte Moses allein Anstand nehmen, die Officiersstelle anzunehmen? Wie konnte er die Verfechtung der deutschen Nationalsache für verbrecherisch halten?

Der Einwand, die prov. Regierung habe den Kreis als Republik erklärt und Jeder, ohne Ausnahme, hätte dieselbe als hochverrätherisch erkennen müßen, verschwindet, wenn man beachtet:

a) daß die prov. Regierung inhaltlich des Wahlprotokolles von den Vertrauensmännern nur zum Zwecke der Durchführung der deutschen Reichsverfassung eingesetzt worden sei;

b) daß die prov. Regierung selbst die Verfassung zur Darnachachtung im Kreise publicirt und die Beeidigung der Militär- und Civilbeamten auf jene Verfassung angeordnet habe.

Diese allein officiellen Acten zeigten klar, daß die Erhebung der Pfalz nur der Vertheidigung der Reichsverfassung und sonst nichts gegolten habe. Moses habe sich daher auch durch die Annahme der Oberlieutenantsstelle keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht.

Ad 2. Was nun dessen Benehmen in Rastatt angeht, so seie nicht erwiesen, daß Moses sich an der Anzündung des Dorfes Niederbühl weder durch Abfeuern von Kanonenschüßen, noch durch Anlegung des Feuers betheiligt habe.

Der Vertheidiger weist dies mit Hinblick auf die Verhandlung und die Acten näher nach. Die ganze Thätigkeit von Moses habe sonach nur darin bestanden, daß er die als Zeugen vernommenen Kanoniere zum Feuern commandirt habe, wozu er seinerseits wiederum den Befehl von seinem Chef, dem Major Jacoby (standrechtlich erschossen) erhalten habe.

Dieser Befehl des Moses an die Kanoniere wurde aber durch moralischen Zwang entschuldigt. Wenn die Staatsbehörde diesen bestreite, so stelle sich einen der revolutionärsten Grundsätze auf, sie leugne den militärischen unbedingten Gehorsam. Moses, der von Jacoby den Befehl zum Feuern erhielt, konnte denselben nicht zurückweisen, er hätte dadurch sein Leben verwirkt, er mußte daher den Befehl vollziehen, eben so gut wie die Kanoniere, die heute als Zeugen erscheinen und mit welchen der Angeklagte rechtlich auf gleicher Linie steht. In Folge dieses Verhältnißes wurden die Kanoniere vom Standgericht freigegeben und Moses in Baden standrechtlich nicht verfolgt; wie ist es möglich, heute Moses deßhalb zur Todesstrafe zu verurtheilen? Der allein Verantwortliche, der Major Jacoby, hat bereits mit seinem Leben für das Feuern aus den Rastatter Kanonen gebüßt.

Der Vertheidiger geht nun näher auf das Schreckensystem ein, das während der Belagerung in Rastatt herrschte, wonach der für Moses bestandene moralische Zwang außer allen Zweifel gesetzt werde.

Um 4 Uhr wurde der Vortrag beendigt und die Sizzung geschlossen.

Sitzung vom 1. Januar. Der Präsident resumirt die Sache bis 10 Uhr und stellt 4 Fragen — 3 wegen Hochverraths und 1 wegen Führung bewaffneter Banden. Nach einer Berathung von 13 Minuten kehren die Geschwornen aus ihrem Berathungszimmer zurück und erklären den Angeklagten bezüglich aller Fragen für nicht schuldig.

°† Zweibrücken, den 3. Jan. (Assisenverhandlungen.) Das Verhör wird mit dem Zeugen Emich fortgesetzt. Derselbe sagt noch wiederholt und bestimmt: Kötz hat mich nicht bedroht; vielmehr muß ich das Gegentheil sagen, er hat mich unterstützt. Kötz hat keinen Terrorismus geübt. Wenn das Gegentheil, als Aussage von mir, in den Acten steht, so muß ich es zurücknehmen und erklären, daß sich Kötz im Allgemeinen stets gut benommen und auch während der Bewegungszeit sich human und anständig gegen alle Bürger bewiesen hat, was ihm jeder Zeuge bestätigen wird. Die 1189 fl. 56 kr. haben Kötz und Pfeiffer dem Aerare mit Zinsen vollständig ersetzt.

Durch die 2 folgenden Zeugen, Gerichtsbote Dümmler und Notär Guttenberger von Waldmohr wird der Charakter des Angeklagten eben so wie von Emich geschildert. Spezielle Handlungen des Angeklagten, außer dem Factum der Kassenbeschlagnahme, wissen sie keine. Als constantes Factum ergibt sich aus den 3 Zeugenaussagen, übereinstimmend mit den Acten der Voruntersuchung und in directem Widerspruche mit der Aufstellung des Anklageactes: 1) daß im Kantone Waldmohr gar keine Beeidigung stattgefunden hat, sondern diese nur am 12. Juni, dem Tage vor dem Einmarsche der Preußen, durch Hertle verlangt wurde; 2) daß damals von den Mitgliedern des Kantonalausschusses nur Zöller, Holzbacher, Niergard, nicht aber Kötz, anwesend waren; 3) daß kein Zwangsanlehen im Kanton Waldmohr erhoben, die Erhebung erst von Hertle am 12. Juni angeordnet und daß die betreffenden Schreiben, am nemlichen Tage ausgefertigt, nur von Zöller, Holzbacher und Niergard unterschrieben sind.

Diese Schreiben befinden sich in Original bei den Acten und werden von dem Präsidenten verlesen.

4) Daß die 25 Proc. Steuern in dem Kantone Waldmohr nirgends erhoben wurden.

Bezüglich der dem Angeklagten zu Last gelegten Bedrohung des Pfarrers Ebert, erklärt dieser, als 6. Zeuge, daß das Schreiben das Datum vom 17. Mai, Tag wo Kötz als Vertrauensmann in Kaiserslautern sich befand, getragen habe und blos von Zöller, Holzbacher und Zimmermann unterzeichnet gewesen sei, wie dies auch durch das in Original bei den Acten befindliche Schreiben bestätigt ist, so wie daß er keine Kenntniß davon habe, daß die Executionszüge nach Kübelberg und andern Orten durch den Angeklagten provocirt worden seien.

Eben so steht durch die bisherigen Zeugenaussagen, in Uebereinstimmung mit den Acten, fest, daß der Angeklagte nicht Mitglied der Recrutirungscommission war.

Der Präsident verliest die Actenstücke des Kantonalausschusses, die nur zum Theil von dem Angeklagten unterschrieben sind.

Durch den Grubeneinnehmer Bartels von Mittelberbach wird erklärt, daß am 26. Mai Zöller, Pfeiffer und Kötz zu ihm kamen, um seine Casse auf den Grund des Decretes der prov. Regierung zu erheben, daß sie aber auf seine Erklärung, daß die vorhandenen 4000 fl. zur Löhnung der Bergleute nöthig seien, die Antwort ertheilten, daß sie dieses Geld nicht wollten und unverrichteter Sache sich entfernt haben. Zöller habe allein das Wort geführt.

Einnehmer Euler, früher in Waldmohr, sagt, daß am 25. Mai Zöller, Pfeiffer und Kötz wegen seiner Kasse auch zu ihm gekommen seien, sich aber, ohne Etwas mitzunehmen, wieder entfernt hätten, weil er ihnen erklärt habe, daß der Abschluß seiner Bücher einige Zeit erfordere. Einige Tage nachher sei Zöller allein gekommen und habe den Kassenvorrath mit 64 fl. 44 kr. in Empfang genommen. Dieser Betrag sei später wieder von Kötz und Pfeiffer dem Aerare ersetzt worden.

Die Zeugen Laval, früher Gendarm, und Schullehrer Glaßer von Waldmohr bestätigen ebenfalls, daß Kötz die Wahl als Vertrauensmann nicht annehmen wollte, und schildern ihn als einen der Gemäßigtsten im Kantonalausschusse.

Bürgermeister Omlor von Mittelberbach gibt an, daß einmal Kötz in seine Gemeinde wegen der Erhebung der 25 Proc. Steuern gekommen sei, daß aber keine Erhebung stattgefunden habe, weil Niemand erschienen sei.

Schullehrer Kiefer von Kübelberg spricht von dem Executionszug der Homburger Bürgerwehr nach Kübelberg, wobei grobe Excesse stattgefunden, weiß nur von Hörensagen, daß eine Denunciation durch Kübelberger Leute in Homburg bei Eblert und Helwig stattgefunden haben solle, und hat den Angeklagten nur als einen ruhigen, ordentlichen Mann kennen gelernt.

Mit dessen Abhör wird die heutige Sitzung geschlossen.

München. Verhandlung der Abgeordnetenkammer über die Amnestiefrage. (Schluß.)

Staatsminister Dr. v. Ringelmann, fortfahrend: Der zweite Punkt ist die Politik. Diese ruft der Regierung zu: einmal, daß sie keine monströse Processe anstellen soll, die sie nicht durchführen kann, wobei ihr am Ende die nöthigen Organe, Richter, Staatsanwälte, Geschworne, Zeugen, u. s. w. fehlen; auf der andern Seite soll die Regierung vom politischen Standpunkte aus nicht der Befürchtung Raum geben, als benütze sie die Strafgewalt als Racheschwert, mit dem sie durch das Land hinfährt, um sich ihrer Gegner zu entledigen. Meine Herren, auch dieser Gesichtspunkt ist von Seite der Regierung fest gehalten worden; ich glaube, man müßte den Maßstab eines Monstreprozesses sehr gering nehmen, wenn man behaupten wollte, daß das Strafverfahren, welches die Regierung nach dem Amnestiegesetz eingeleitet hat, ein Monstreproceß gewesen sei. Man war daher auch nicht in irgend einer Verlegenheit, wie Sie gesehen haben, das Verfahren durchführen zu können; es ist vielmehr Alles in bester Form Rechtens zum Schlusse gebracht worden, und daß das Verfahren nicht das Gepräge der Leidenschaft und Rachelust an sich trug, davon gibt die Art und Weise, wie wir verfahren und die Ruhe, mit der die Sache behandelt wurde, genügendes Zeugniß.

Ich komme nun auf den dritten und wichtigsten Standpunkt, der bei dieser Frage ins Auge zu fassen ist; das ist jener des Rechts, und von diesem Standpunkte aus, glaube ich, darf die Staatsregierung mit den Amnestirungen doch nicht allzu freigebig sein. Der letzte Zweck des Staates ist die Herstellung eines geordneten Rechtszustandes. Mögen Sie auch noch andere Zwecke herausphilosophiren, als da sind: die allseitige Entwicklung der menschlichen Anlagen, die möglichste Vervollkommnung aller socialen Zustände u. s. w. — immerhin ist das Recht die Grundlage des Staates, und wo dieß in unsicheren Schwankungen begriffen ist, kann von einer gedeihlichen Entwicklung der übrigen Verhältniße niemals die Rede sein. Geht man aber von diesem Standpunkte aus, daß das Recht und die Gerechtigkeit die Grundidee, und daß es die Aufgabe der Regierung sei, den Rechtszustand möglichst aufrecht zu halten, und, wenn er gestört wurde, ihn wieder herzustellen; so darf durchaus nicht der Gedanke aufkommen, daß man namentlich schwere Verbrecher so ohneweiters durch eine allgemeine Amnestie straflos lasse, gleichsam als ob es der Staatsregierung gleichgiltig wäre, ob dergleichen schwere Verbrechen untersucht und bestraft werden oder nicht. Hier, m. Hrn., kann ich nicht über eine Erscheinung hinweggehen, die in der neuesten Zeit, und zwar, wie ich glaube, auf eine verderbliche Weise in einer ganzen Reihe von Schichten der Gesellschaft sich bemerklich macht, nämlich die Erscheinung, daß man der Idee huldigt, als ob es mit den politischen Verbrechen nicht soviel auf sich habe, und wenn es selbst solche wären, welche in den Strafgesetzbüchern mit den schwersten Strafen, ja selbst mit der Todesstrafe bedroht werden. Ich halte es aber für höchst gefährlich, wenn man gegen den kleinsten Diebstahl mit allem Nachdruck einschreitet und so viele Hilfemittel in Bewegung setzt, um den Dieb zur verdienten Strafe zu ziehen, wenn man die Räuber unerbittlich verfolgt, und den Mörder mit dem Tode bestraft; von dem Hochverräther aber, der das Schicksal des ganzen Staates in Frage stellt, der Unordnungen herbeiführt, in Folge deren gar kein Recht mehr im Staate besteht, leichthin sagt: „Alles hänge da nur vom Erfolge ab, wenn seine Sache siegt, so verdiene er Bewunderung, wenn er verliert, Verzeihung!!" M. Hrn., wenn diese Erscheinung besteht, — und sie besteht, man kann es nicht läugnen, — so darf die Staatsregierung von ihrer Seite nicht auch noch dazu beitragen, daß diese Ansicht gleichsam eine Sanction erhalte, indem sie auch die schwersten Verbrecher in Masse in die Amnestie miteinbegreift, und solchen Männern geradezu Straflosigkeit zusichert. Das, m. Hrn., ist auch der entscheidende Grund, warum die Staatsregierung auf eine Ausdehnung der Amnestie nicht eingehen kann. Sie ist sich bewußt, daß es sich noch vorzugsweise um schwere Verbrechen handelt, und diese müssen so weit möglich zur Untersuchung und Bestrafung gezogen werden. Im Interesse der Gerechtigkeit darf die Staatsregierung die Idee nicht aufkommen lassen, als ob sie es mit diesem Verbrechen leicht zu nehmen gedenke. In dieser Beziehung sind uns einige Puncte entgegengehalten worden, woraus gerade hervorgehen soll, als sei es der Staatsregierung mit der Verwirklichung der Gerechtigkeitsidee und mit einer gerechten Prozeßführung nicht Ernst; namentlich machte man hiebei aufmerksam auf die Zusammensetzung der Jury durch den Präsidenten.

M. Hrn.! vor Allem muß ich bemerken, daß die Citation des Grundlagengesetzes hier, wie ich glaube, verfehlt ist. Das Grundlagengesetz war nicht für die Pfalz berechnet, sondern nur für die Landestheile diesseits des Rheines; nicht umsonst heißt es deßhalb in einigen Artikeln: es sollen bei Ausführung des Systems die Institutionen, die auf dem linken Rheinufer bestehen, zu Grunde

gelegt werden. Für die diesseitigen Provinzen wurden die rheinischen Institutionen versprochen, denn die Pfalz hatte ja das schon, was, wie behauptet wurde, so lange im diesseitigen Baiern herbeigewünscht worden war. Auf das Grundlagengesetz kann man sich daher nicht beziehen, und es ist auch, wenn ich mich nicht täusche, ein Ausspruch des Kassationshofes da, wornach diese Citation als eine verfehlte erscheint. Hievon abgesehen hat der Regierungspräsident nur nach dem Gesetz gehandelt. Das Gesetz räumt ihm in der Pfalz das Recht ein, die Geschwornenliste zu bilden. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an die Zeit, als man meinte, die Staatsregierung stemme sich diesseits gegen die Einführung der Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und der Geschwornengerichte. Damals wurden die Institutionen der Pfalz als das Palladium der bürgerlichen Freiheit gepriesen; jetzt, wo eine neue Einrichtung da ist, greift man so heftig das so lange Bestehende, sonst von dem Volke hoch Geachtete an!? Ueberdies kann mit Grund nicht behauptet werden, daß von dem Regierungspräsidenten mit irgend einer vorgefaßten Meinung oder mit Parteilichkeit das ihm vom Gesetze eingeräumte Recht gehandhabt worden sei, und was diesen Punct betrifft, glaube ich, wird man der Regierung sicher keinen Vorwurf machen können.

Ein anderer Punct ist die mehrmals berührte Frage des „Non bis in idem.“ Man hat bei der Freisprechung durch die Geschwornengerichte unstatthaft gefunden, daß die Zuchtpolizeigerichte die Freigesprochenen einer neuen Judikatur unterworfen, und eine Strafe verhängt haben. Allein es ist dies eine Praxis, welche sanctionirt ist durch den Cassationshof von Paris und durch den hiesigen. Es ist gewiß denkbar, daß eine und dieselbe Handlung von dem einen Standpuncte aus als *crime*, von dem andern als *délit* aufgefaßt werden kann, und daher vollkommen gerechtfertigt, daß, wenn die Anklage vor dem Schwurgerichte speciell auf das Verbrechen gerichtet ist und nun eine Freisprechung erfolgt, dieselbe Handlung sofort als Vergehen aufgegriffen wird. Also auch in dieser Frage ist das Verfahren der Staatsgewalt ganz dem Gesetze entsprechend.

Sehe ich aber auch davon ab, m. Hrn., so kann ich mich nicht davon überzeugen, daß eine Erweiterung oder gar eine Verallgemeinerung der Amnestie auch nur irgend wie nothwendig sei. Eine große Masse von Angeklagten ist abgeurtheilt; auf das freisprechende Verdict der Geschwornen hin hat sich noch eine Reihe von Angeklagten gestellt, diese werden, wie ich glaube, in der nächsten Schwurgerichtssitzung abgeurtheilt werden. Es sind wohl solche, welche nach den bisherigen Präcedentien glaubten, auf ein freisprechendes Erkenntniß rechnen zu können. Wer sich nicht stellt, gehört entweder zu den Ausländern, für die eine besondere Sympathie zu äußern wir keinen Grund haben, oder es sind höchst schwergravirte Individuen, und auch diesen durch eine neue Amnestie Straflosigkeit zu gewähren, dazu findet die Regierung keine Veranlassung.

Endlich glaube ich aber auch, daß der gegenwärtige Zeitpunkt durchaus nicht geeignet wäre, eine weitere Amnestie zu ertheilen. Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, wo die Wellen der Bewegung noch keineswegs geglättet erscheinen. In diesem Momente eine Amnestie zu ertheilen, müßte nach der gewöhnlichsten Politik als bedenklich sich darstellen, und ich glaube deshalb kaum, daß der Hr. Abgeordnete, der den ersten Antrag formulirte, auf das Durchgehen dieses Antrages im Ernste gerechnet hat. Möge daher dem Gesetze sein Lauf gelassen werden! Es hat zwar eine von mir sehr verehrte, seit einem Menschenalter mir befreundete Stimme die Monarchie gewarnt, sich noch einmal einer Niederlage auszusetzen. M. Hrn., ich muß den Warnungsruf ablehnen. Ich glaube nicht, daß die Monarchie eine Niederlage von dem neuen Strafverfahren zu erwarten habe. — Justitia fundamentum regnorum! Die Monarchie besteht nur mit der Gerechtigkeit; wenn sie für die Aufrechthaltung der Gerechtigkeit wirkt, so kann sie keine Niederlage erleiden, und wenn es sich von einer Niederlage handelt, fürchte ich, würde die Niederlage eher einem Institute drohen, welches sich bei dem bisherigen Verfahren, nach den Aeußerungen mehrerer sehr geehrten Stimmen, bereits compromittirt hat. Wenn es wahr ist, was bemerkt wurde, daß freisprechende Urtheile erfolgt seien, blos weil man die Strafe für zu hart gehalten habe, dann, m. Hrn., hat die Jury gezeigt, daß sie sich über das Gesetz stellt; das darf sie aber nicht, sie steht unter dem Gesetze. Die Jury hat zu richten und darf nicht das Gesetz für den individuellen Fall machen. Wenn es daher, ich wiederhole es, richtig sein sollte, daß trotz der Ueberzeugung, der Angeklagte sei schuldig, die Jury freigesprochen hätte, weil sie die Schwere der Strafen befürchtete, so hätte sie ihre Befähigung, Recht zu sprechen, einigermaßen in Frage gestellt.

Aus allen diesen Gründen, m. Hrn., glaube ich, daß nur der Vorschlag Ihres sehr verehrten Ausschusses von der hohen Kammer zum Beschluße erhoben werden kann. Es hat die bisherige Erfahrung gelehrt, daß die Krone von ihrem Rechte der Begnadigung einen sehr umfassenden Gebrauch gemacht hat; es besteht gewiß kein Grund anzunehmen, daß dieser Born der Gnade für die Zukunft sich verschließen oder weniger reichhaltig fließen werde. Deßwegen, wie gesagt, empfehle ich Ihnen den Antrag des Ausschusses, finde übrigens gegen das Amendement des Hrn. Abg. Lang Nichts zu erinnern.

Kolb: Ich bitte um das Wort zu einer factischen Berichtigung.

1. Präsident: Ich ersuche Hrn. Kolb, diese Thatsache zu bezeichnen.

Kolb: Der Hr. Minister hat behauptet, das Grundlagengesetz sei nicht auf die Pfalz berechnet gewesen, und hat deshalb Bezug genommen auf ein Urtheil des Kassationshofes. Zufälliger Weise habe ich die betreffende Stelle jener Entscheidung zur Hand, aus deren Verlesung Sie das Gegentheil dessen ersehen werden, was der Hr. Minister gesagt hat. Das Urtheil des pfälzischen Kassationshofs ist vom 2. November 1850 und lautet hierüber:

„Allerdings ist in dem für das ganze Königreich „erlassenen Gesetze, „„die Grundlagen der Gesetzgebung „über die Gerichtsorganisation, über das Verfahren in „Civil- und Strafsachen und über das Strafrecht betr.,““, „im Art. 10 Nr. 4 als Verfassungsgrundsatz aus„gesprochen worden, daß die Geschwornen nicht ursprüng„lich von der Regierung ernannt werden dürfen, son„dern aus Volkswahl hervorgehen sollen.

„Allein es ist bis jetzt ein Gesetz zur Ausführung „dieses Grundsatzes in dem pfälzischen Kreise nicht „erschienen.“

Sie ersehen daraus, daß dieses Gesetz für „das ganze Königreich“ nach einer Entscheidung des Kassationshofes, welche das Ministerium wol wird anerkennen müssen, erlassen wurde.

Auf Anderes, was der Herr Minister gesagt hat, darf ich zu meinem Bedauern in dem jetzigen Stadium der Berathung nicht antworten.

Staatsminister Dr. v. Ringelmann: Ich muß es dem Urtheile der hohen Kammer überlassen, ob das, was ich in jener Beziehung ausführte, durch das von dem Herrn Abgeordneten Kolb Vorgelesene widerlegt sei.

Hierauf Abstimmung, und Annahme des Lang'schen Antrags mit 70 Stimmen (gegen 60.)

München, den 2. Jan. Es haben einige Ausweisungen von Arbeitern stattgefunden. (N. K.)

Leipzig, den 2. Jan. Hr. Balde, der Nachfolger in der Buchhandlung von Arnold Ruge, ist ausgewiesen worden.

Rudolstadt, den 31. Dec. Die Schwarzburg-Rudolstädtischen Kassenanweisungen und die 20 Thaler-Noten der Leipziger Bank, welche noch nicht mit guillochirten Vignetten auf der Rückseite versehen sind, sind eingerufen und verlieren Ende Februar 1852 ihre Gültigkeit.

Breslau, den 31. Dec. Unsere Kindergärten sind nun von der Regierung definitiv geschlossen worden. Nicht einmal ein beantragtes Bestehen derselben bis nächste Ostern wurde bewilligt.

Altona, den 28. Dec. Auch in Schweden werden aus Schleswig vertriebene Geistliche angestellt.

Frankreich.

Paris, den 30. Decbr. Ein Vaudeville von dem Verfasser der Foires aux Idées, in welches ein enthusiastisches Lob des Kaiserthums und des Königthums Ludwigs XIV. eingeflochten war, wurde an einem der letzten Abende so ausgezischt, daß der Vorhang vor dem Ende des ersten Acts niedergelassen werden mußte. — Von den noch verhafteten Exrepräsentanten sind die HH. Miot und E. Péan bis jetzt die Einzigen, die an die Gerichte, jener an das Kriegsgericht des Nièvre-, dieser an den Appellhof des Loiredepartements, ausgefolgt wurden.

Hr. v. Persigny hat die Sendung erhalten, von der Regierung Belgiens die Entfernung des Hrn. Thiers und anderer Volksvertreter, ferner die Zahlung der 70 Millionen Kriegskosten zu verlangen, welche der französische Feldzug von 1830 verursacht hat. (A. Z.)

— den 31. Dec. Aus Algerien macht die Regierung noch immer nichts Näheres bekannt über den dort herrschenden Oppositionsgeist, nur verlautet, daß die Entwaffnung der Milizen am 26. Dec. beginnen sollte.

— den 1. Jan. Der General Castellane, Obercommandant der 6. Militärdivision, hat alle brüderlichen Arbeiterassociationen von Lyon aufgelöst. Dieselben müssen ihre Geschäfte unter dem Beisein eines Policeicommissärs liquidiren. Der Präfect des Rhonedepartements hat zugleich ein Rundschreiben erlassen, durch welches alle Mitglieder der Arbeiterassociationen, die nicht die gesetzlichen Formen erfüllt haben, unter die Kategorie der Mitglieder geheimer Gesellschaften gestellt und verhaftet werden sollen.

Hr. v. Persigny ist bereits gestern von seiner Sendung nach Brüssel hier angekommen. Dieselbe hat nicht lange gedauert und war überhaupt eine ziemlich überflüssige; denn die Berichte, welche man über die Intriguen des Hrn. Thiers mit dem Könige Leopold und den belgischen Ministern hiehersandte, waren nichts als Conjecturen. Hr. v. Persigny erhielt die Versicherung, daß Hr. Thiers weder vom Könige noch von den Ministern eine Audienz verlangt, mit ihnen also auch in gar keine Berührung getreten sei. Ueber die 70 Millionen, welche Belgien von 1832 her an Frankreich schulde, bemerkte der Minister, die französische Revolution von 1848 habe die Fortschritte des Wohlstandes in Belgien so sehr gehemmt, daß er jetzt auf die Nachsicht ein Recht habe, welche früher aus freien Stücken die Julíregierung zu üben für billig befunden. Hr. v. Persigny erklärte hierauf, sein Auftrag beschränke sich vorläufig darauf, die belgische Regierung an diese Schuld zu erinnern. Einen ähnlichen Auftrag, und zwar zu demselben Zwecke, hat der Gesandte in Spanien erhalten, wo an die 80 Millionen erinnert worden, welche Spanien für die französischen Feldzüge jenseits der Pyrenäen im Jahre 1823 schuldet. (K. Z.)

Die „Gazette de France“ gibt folgende Notizen über die heutige Feierlichkeit: „Trotz des sehr dichten Nebels, welcher die Seineufer einhüllte, bewegte sich schon von 9 Uhr an eine ziemlich zahlreiche Menschenmenge gegen Notre Dame hin, schaarte sich auf den Brücken und stellte sich auf den Quais gruppenweise zusammen. Gegen 11 Uhr rasselten die Wagen der hohen Beamten und die Equipagen der Mitglieder des diplomatischen Corps in scharfem Trabe durch das lange Soldatenspalier dem Dome zu. Um Mittag erschien der Präsident der Republik in einem zweispännigen Wagen, dem ein glänzender Stab voranritt. Die Beifallsrufe, welche ihn an mehreren Puncten begrüßten, gingen theils von den Truppen, theils vom Volke aus, das sich längs des Weges drängte. Im Dome selbst ging die Feierlichkeit ganz nach dem Programme vor sich, mit Ausnahme der Anfangszeit, die verzögert werden mußte, weil um 11 Uhr die Arbeiter noch in der Kirche beschäftigt waren. Das Schiff und das Chor, wo die Behörden, die Abgeordneten der Departements sich befanden, waren gut besetzt; die Seitengänge aber und die oberen Galerien zeigten viele leere Stellen und namentlich waren nur sehr wenige Damen anwesend. Auch war bei der Rückfahrt aus der Kirche die Menschenmenge auf den Straßen sehr geschmolzen. Wenige Augenblicke vor dem Schluße der Ceremonie wurde noch der Carrousselplatz militärisch besetzt.“ — Der „Moniteur“ enthält eine Anzahl Ernennungen in der Ehrenlegion, welche Militärs und Militärärzte betreffen.

Die öffentlichen Gebäude sind heute beleuchtet, machen aber wegen des starken Nebels keinen sonderlichen Effect; was die Privathäuser betrifft, so sieht man deren nur einzelne illuminirt. L. Napoleon ward heute auf der Hin- und Herfahrt mit zahlreichen „es lebe Napoleon!“ und daneben auch mit einigen, aber seltenen „es lebe der Kaiser!“ begrüßt.

— den 2. Jan. In den Vorstädten sollen verschiedene Verhaftungen stattgefunden haben. — Gestern soll vielen der seit den Decembertagen Verhafteten die Freiheit wiedergegeben worden sein; einigen derselben aber mit der Bedingung, sich nur außerhalb des Rayons von Paris aufhalten zu dürfen oder Frankreich ganz zu verlassen.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 20. Decbr. Die Kossuthbegeisterung ist bis jetzt noch nicht im Abnehmen begriffen. Das von den Advocaten dem ungarischen Collegen zu Ehren gegebene Festmahl hat gestern stattgefunden. Am 22. d. M. gedenkt Kossuth nach Washington abzureisen.

Neueste Nachrichten.

Bern, den 3. Jan. Alle französischen Flüchtlinge werden von Genf in das Innere der Schweiz gewiesen.

Paris, den 3. Jan. Der Präsident der Republik wird am nächsten Montag mit sämmtlichen Beamten seines Hauses seine Residenz definitiv in den Tuilerien nehmen.

Es ist die Rede davon, daß die Zahl der Bataillone der Jäger von Vincennes um zwei neue vermehrt werden soll.

Marseille, den 29. Dec. Eine große Anzahl politischer Gefangenen ist nach dem Chateau d'If geführt worden.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[768²] **Holzversteigerung.**

Plankstadt, Amts Schwetzingen.

Im hiesigen Gemeindewalde werden

Mittwoch, den 7. Januar l. Js.:
70 Klftr. buchen Scheit
57 „ „ Prügel
42 „ eichen Scheit
6 „ „ Prügelholz.

Donnerstag, den 8. Januar l. Js.:
206 Stamm eichen
268 „ buchen zu Holländer Bau- und Nutzholz geeignet.
100 buchene Hopfenstangen.

Freitag, den 9. Januar l. Js.:
29,400 Stück buchene und gemischte Wellen, jedesmal Vormittags 9 Uhr auf dem Platze.

Samstag, den 10. Januar l. Js. auf hiesigem Rathhause früh 9 Uhr:
5600 Gebund eichene 1851r dürre Rinden, zu Brandholz und für Gerber geeignet, öffentlich versteigert.

Plankstadt, den 2. Januar 1852.

Seßler, Bürgermeister.
vdt. Mackle, Rathschbr.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag **Nro. 7** **den 8. Januar 1852.**

Deutschland.

× **Aus der Pfalz.** Neujahrsbetrachtungen. (Verspätet.) Traurig und trübe ist unsere Gegenwart; trost- und hoffnungslos blicken Viele in die Zukunft; mit bangen Ahnungen für dieselbe sind nicht Wenige erfüllt. Doch nicht so Derjenige, welcher die Geschichte der Menschheit kennt, und die ewig unwandelbaren Naturgesetze begreift, welche auch im Leben der Menschheit so unverkennbar vorwalten. Er blickt zwar mit bitterer Wehmuth auf die traurige Gegenwart, und auch er ist allerdings, besonders in der jüngsten Zeit, „um manche Täuschung reicher, um manchen Wahn ärmer geworden;" doch er verzweifelt nicht an der Zukunft des Menschengeschlechtes; denn er weiß: es gab noch viel traurigere, viel trostlosere Zeiten, als die unsrigen, und — die Menschheit hat sie siegreich überwunden! — „Es gab — wie schon vor mehr als zehn Jahren eine gediegene Zeitschrift sagte — Zeiten, wo der Glaube aus Priestern Heilige machte, und aus den Königen Götter; es gab Zeiten, wo die Menschheit mit verbundenen Augen geführt wurde von einem Gefängniß in das andere; es gab Zeiten, wo Aberglaube und Vorurtheil, als Gespenster-Geschwister die ganze Nacht hindurch schreckten, polterten, umstürzten, zerschmetterten: und als der Morgen graute, war doch nichts zerstört, nichts verrückt; *) es gab andere Zeiten, jüngere Zeiten, wo, nachdem die eine Hälfte der Menschheit die andere durch Arglist und Faustgewalt um ihr Gleichheitsrecht betrogen, sie der unterdrückten sogar den Menschennamen abstritt; Zeiten, in denen man Seeraub ehrte, den Segen des Standrechts ins Kirchengebet einschloß, den Negerhandel als einen Act der Humanität pries und den Unterthanenverkauf als ein Recht der Fürsten." — Diese Zeiten sind bereits vorüber; sie kehren nimmer wieder. — „Und zwischen dieser Nacht und den lichten Sabbathstagen liegt unsere und unserer Kinder dämmernde Gegenwart!"

Ja wohl, eine Dämmerung ist unsere Gegenwart, in welcher die beiden feindlichen Urprincipien: Licht und Finsterniß — um die Herrschaft streiten; aber nicht eine Abenddämmerung, wie der Zaghafte etwa glauben mag, und wie man die Zeiten unmittelbar vor dem Untergange der alten Cultur und Civilisation nennen kann, — dort ging dem Entscheidungskampfe ein lichter Tag zuvor — unserer Gegenwart aber ging eine vielhundertjährige Nacht voraus. Nacht war es, wenn auch mancher helle Stern aufblitzte, wenn auch mancher Komet mit feuriger Ruthe umherschweifte, wenn sie auch von manchem Vollmondschein unterbrochen wurde. Unsere Gegenwart ist die Morgendämmerung einer bessern Zukunft; wenn auch das anbrechende lichte Morgenroth wieder von trüben Wolken verschleiert wurde: das Licht zerstäubt die Wolken, bricht sich endlich siegreich Bahn und verscheucht alle finstern Schatten und Gestalten, dauert auch der Kampf des Lichtes mit der Finsterniß schon lange Zeit, mag auch noch manches Menschenalter vergehen, bis der lichte Tag erscheint. Mehr als fünfhundert Jahre dauerte vordem der Kampf der Finsterniß mit dem Lichte (die Abenddämmerung) bis die Entscheidung und dieser eine tausendjährige Nacht folgte. Und kaum drei hundert Jahre sind verflossen, seit der erste Lichtstrahl nachhaltig in diese Finsterniß gefallen. Was will aber eine solche Spanne Zeit im Leben der Menschheit — nicht einmal eine Secunde im Leben des einzelnen Individuums — heißen? Die Finsterniß der Nacht ist durchbrochen; die Dämmerung kann nicht immer bleiben, sie muß, wie in der physischen Natur so auch hier, endlich weichen, und uns und unsern Kindern gehört diese Zeit der Entscheidung: wir stehen am Vorabende großer, weltverändernder Begebenheiten! —

Allen derartigen Ereignissen gingen in ihren Folgen großartige Entdeckungen und Erfindungen voraus, die scheinbar weder unter sich, noch viel weniger mit jenen Weltbegebenheiten im Zusammenhange standen. Und doch waren alle unmittelbarer Wechselwirkung zu einander: die einen ohne die andern nicht möglich oder von nur untergeordneter Bedeutung; jene boten die nothwendigen Mittel zur Ausführung dieser. So z. B. mußte der Entdeckung Amerikas die Erfindung des Kompasses und des Schießpulvers vorausgehen. Ohne den ersteren mochte Kolumbus wohl noch so lange auf dem Weltmeere umhersteuern, er konnte den geraden Weg nach Westen nicht inne halten, das gesuchte Land nicht finden; und ohne das letztere war die Eroberung und Besitznahme des neu entdeckten Welttheils den Europäern zur Unmöglichkeit geworden. Der Erfindung der Buchdruckerkunst mußte jene des Papieres vorausgehen, und diese der Reformation; ohne dieses konnten beide nicht sofort jene Bedeutung auf die Cultur und die Geschichte ausüben, welche sie in Wirklichkeit hervorgebracht haben. Beide Begebenheiten (die Entdeckung Amerikas und die Reformation) bilden einen Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit; es begann nunmehr der Kampf zwischen Licht und Finsterniß, ernsthafter, allgemeiner, nachhaltiger zu werden: die Morgendämmerung nahm ihren Anfang. Aber gleichsam als habe sich der menschliche Geist durch die gewaltigen Anstrengungen, welche ihn die Erfindungen und Entdeckungen jener Zeit gekostet, erschöpft, trat eine mehrhundertjährige Ruhe im Gebiete großartiger Erfindungen ein, bis in unserm Zeitalter der durch diese Ruhe gestärkte menschliche Geist gewaltiger als je zuvor sich Geltung verschaffte.

Keine Epoche in der vieltausendjährigen Geschichte der Menschheit kann auch, nicht einmal annähernd, in dieser Beziehung einen Vergleich mit unserer Zeit aushalten: diese Massenhaftigkeit, diese Großartigkeit, diese Raschheit der auf einander folgenden wichtigen Entdeckungen und Erfindungen, deren praktische Anwendung und ihre Folgen finden sich nirgends in der Geschichte der Vergangenheit. Betrachten wir z. B. nur die Erfindungen in der Benützung des Dampfes und des Electromagnetismus, mit ihren Folgen. Erst im Jahre 1829 ließ Stephenson seine erste Locomotive auf einer Eisenbahn laufen, und heute, nach kaum zwei Jahrzehnten, ist nicht nur Großbritanien mit einem nach allen Richtungen auslaufenden Eisenbahnnetze bedeckt, sondern auch die Hauptendpuncte des europäischen Kontinents, von Krakau bis Havre; Ost- und Nordsee stehen durch Eisenbahnen bereits mit einander in Verbindung; und binnen wenig Jahren wird ein Eisenbahnnetz alle Hauptstädte des europäischen Festlandes verbinden; der unermeßlichen Strecken, welche die Eisenbahnen auf dem nordamerikanischen Continente durchlaufen, wollen wir nur kurz gedenken. Welche erstaunliche Wirkungen die Benützung des Dampfes in dieser und in vie-

*) Sollte es mit den uns so oft als Schreckbilder vorgehaltenen „rothen Gespenstern" nicht gleiche Bewandniß haben, wie mit den weißen, grauen ꝛc. der vorigen Jahrhunderte?

len andern Beziehungen schon binnen wenig Jahren hervorgebracht, bedarf keiner Auseinandersetzung mehr. Vor wenig Jahren noch belachte man die Anwendung des Electro-Galvanismus zum Communicationsmittel, als leere Spielerei, und heute ist man damit beschäftigt, alle Hauptstädte Europas durch den electrischen Telegraphen in beständiger Communication mit einander zu erhalten. Die Ausführung des Plans einer ununterbrochenen electrischen Linie von dem fernen Indien durch Asien, Europa, den atlantischen Ocean und den nordamerikanischen Continent bis ans stille Weltmeer herzustellen, und so in wenig Minuten eine Mittheilung um den Erdball zu verbreiten, wird wol Jedermann für sehr schwierig, aber Niemand mehr als blose Chimäre ansehen. Unsere Zeit ist bereits dahin gekommen, über keine Entdeckung und Erfindung mehr zu staunen, und man dürfte überhaupt die Frage aufstellen: was ist in diesem Gebiete heute noch chimärisch?

Sollten aber alle diese großartigen Erfindungen und Entdeckungen unserer Zeit nur den materiellen Interessen dienen, auf das geistige Leben der Völker keine Einflüsse äußern? Sollte in einer Zeit, wo der menschliche Geist in der Materie unaufhaltsam rastlos vorwärts dringt, es möglich sein, diesem Geiste in seinen Einwirkungen auf das gesellschaftliche und staatliche Leben auf die Dauer Fesseln anzulegen, ihm vorzuschreiben, daß er hierin stille stehen oder gar rückwärts schreiten müsse? Kein Vernünftiger wird dieses behaupten wollen; ein Jeder das Unnütze eines solchen Beginnens leicht erkennen. Nun, warum wollt Ihr dennoch zagen, an der Zukunft eures Geschlechtes verzweifeln? Hat der menschliche Geist seit kurzer Zeit und vor euren Augen nicht Großartiges in Masse hervorgebracht, vor Kurzem noch für unmöglich Gehaltenes siegreich geleistet, vollbringt er nicht noch täglich neue Wunder? Und dieser Geist sollte nicht für die gesammte Menschheit gewirkt, nur für Wenige, für seine erbittertsten Feinde, die ihn Jahrhunderte lang in Fesseln hielten, so Großes vollbracht haben?

Wie Kompaß und Schießpulver der Entdeckung Amerikas vorausgingen, dieselbe ermöglicht und der Menschheit ein weites Gebiet verschafft haben, auf welchem der Genius der Freiheit bereits sein strahlendes Banner siegreich aufgepflanzt; wie nur durch die Erfindung des Papiers jene der Buchdruckerkunst von so großartigen Folgen sein, und nur durch letztere die Reformation im 16. Jahrhunderte durchgeführt werden konnte, d. h. wie die Erfindungen jener Zeit bei ihrer Entstehung ungeahnte segensreiche Folgen für die gesammte Menschheit hervorgebracht — so werden auch die Entdeckungen und Erfindungen unserer Zeit von gleich wohlthätigen, aber ihrer Massenhaftigkeit und Großartigkeit im Vergleiche zu jenen nach, von ungleich großartigern und wichtigeren Folgen für die gesammte Menschheit werden, und diese mit und durch dieselben alle entgegengestellten Hindernisse, seien sie scheinbar auch noch so gewaltig, siegreich überwinden. Zwar wird es noch manchen Kampf kosten, noch mancher Wahn wird schwinden, noch manches Vorurtheil ausgerottet, noch mancher Aberglaube beseitigt werden müssen, bevor die Bahn durchbrochen und alle Kräfte nachhaltig wirken können.

***† Zweibrücken,** den 5. Jan. (Assisenverhandlungen.) Schon in der vorgestrigen Sitzung trat der als Ergänzungsgeschworner gezogene Dr. Huber als 12. Urtheilsgeschworner ein, weil der Geschworne Scheuermann erkrankt war. Letzterer wurde wegen andauernden Unwohlseins in der gestrigen Sitzung definitiv für den Rest der Session dispensirt und an seine Stelle aus der Liste der Zweibrücker Ergänzungsgeschwornen Franz Lang, Tuchfabrikant daselbst, gezogen.

Die in der gestrigen Sitzung abgehörten weitern Zeugen deponirten nur über die von der Homburger Bürgerwehr in verschiedene Gemeinden des Kantons Waldmohr gemachten Execetionszüge und die hiebei verübten Excesse. Kötz war hiebei nicht zugegen, und keiner der Zeugen konnte sagen, daß er oder der Cantonalausschuß in Waldmohr diese Züge veranlaßt haben. Nach 10 Uhr endigte das Zeugenverhör, worauf die Staatsbehörde bis gegen 12 Uhr ihren Hauptvortrag hielt, worin sie die Anklage in allen Theilen aufrecht zu erhalten suchte und insbesondere auch den Grundsatz aufstellte, daß der Angeklagte auch für diejenigen Handlungen der andern Cantonalausschußmitglieder, bei welchen er nicht mitgewirkt, blos um deßwillen einzustehen habe, weil er Mitglied des Cantonalausschusses gewesen und censirt werden müße, Alles, was von diesem Ausschuße oder einzelnen Mitgliedern desselben ausgegangen sei, gebilligt und gewollt zu haben. Nach Beendigung dieses Vortrags wurde die Sitzung geschlossen.

In der heutigen Sitzung hielt der Vertheidiger seinen Hauptvortrag und beendigte denselben um halb 12 Uhr. In demselben erörterte er zuerst die allgemeinen politischen Fragen in ihren Hauptumrissen und gelangte hiebei zu dem Resultate, daß die Bewegung, an welcher Kötz sich betheiligt habe, nur die Durchführung der Reichsverfassung, an deren Rechtsgültigkeit damals Niemand in der Pfalz gezweifelt habe, keineswegs aber den Umsturz der Landesverfassung zum Gegenstande gehabt habe, sowie daß der gute Glaube und der Mangel jeder verbrecherischen Absicht bei jedem der Angeklagten und insbesondere bei dem heutigen so lange angenommen werden müße, als die Anklage nicht das Gegentheil nachzuweisen im Stande sei. Auf das Specielle übergehend, suchte der Vertheidiger nachzuweisen, daß das von der Staatsbehörde aufgestellte Solidaritätsprincip allen Grundsätzen des Strafrechts schnurstracks zuwiderlaufe, auch von der Staatsbehörde selbst weder in dem Anklageacte, noch in den Vorträgen bei den früheren Assisensessionen jemals geltend gemacht und überdies durch das Verweisungsurtheil und das Amnestiegesetz ausgeschlossen sei. Hierauf beleuchtete derselbe im Einzelnen alle Belastungsmomente, von denen die meisten schon jeder factischen Begründung ermangelten, die übrigen aber das Verbrechen des Hochverraths nicht constituiren könnten.

Die Staatsbehörde replicirte etwa ¾ Stunden, der Vertheidiger etwas über eine halbe Stunde. Das Resume dauerte bis halb 4 Uhr. Um 4 Uhr kehrten die Geschwornen in den Saal zurück. Ihr Ausspruch lautete auf Nichtschuldig, worauf der Angeklagte sofort losgesprochen und in Freiheit gesetzt wurde.

Morgen beginnt die Sache gegen Georg Fuhrmann, Seifensieder in Pirmasens, wofür ebenfalls 4 Tage anberaumt sind.

München, den 2. Jan. Es sind außer den schon bemeldeten Verhaftungen keine weiteren mehr von der Polizei vorgenommen. Die Frau des Hrn. Julius Knorr hat heute eine Beschwerdeschrift beim Ministerium des Innern übergeben, worin sie die Polizei der Gewaltthat beschuldigt, weil es sich bestätigt, daß dieselbe Zwangmittel (Haft) anwendet, um die Verhafteten zum Geständnisse über das Vermögen des Wanderunterstützungsvereins zu bringen. Bisher hat keiner ein Geständniß hierüber abgelegt. (N. K.)

— den 3. Jan. Der Schluß des Landtags ist, wie von entscheidender Seite versichert wird, kaum vor Ostern zu erwarten, da einige wichtige Gesetzesvorlagen jedenfalls noch berathen werden sollen. Darunter rechnet man auch einige in naher Aussicht stehende Abänderungen unserer Preßgesetzgebung. Nach dem, was in gutunterrichteten Kreisen verlautet, soll — wahrscheinlich in Uebereinstimmung mit den in Frankfurt zu entwerfenden Beschlüßen — ein Zeitungsstempel oder Cautionen eingeführt werden. (A. Z.)

Privatier Riese und Landschaftsmaler Fries sind polizeilich ausgewiesen worden. (N. K.)

Frankfurt, den 6. Jan. Das heutige Amtsblatt enthält folgende policeiamtliche Bekanntmachung: „Durch Beschluß des Policeiamts sind folgende Vereine wegen gefährlicher politischer Tendenzen aufgelöst und verboten worden: 1) der Arbeiterverein, 2) der Arbeiterleseverein, 3) das Montagskränzchen, 4) der Volksverein, 5) der

Guttenberg-Verein, 6) die Association der Cigarrenarbeiter, 7) die Turngemeinden. Jede Theilnahme an diesen Vereinen ist bei Strafe, den Fremden überdies bei Ausweisung aus Stadt und Gebiet untersagt. Die Wirthe und Hauseigenthümer, welche ferner Versammlungen und Zusammenkünfte dieser Vereine in ihren Localitäten dulden, haben in jedem einzelnen Falle eine Strafe von 50 fl. zu gewärtigen. Frankfurt a. M., den 5. Januar 1852. Policeiamt."

Berlin, den 30. Dec. Die geistlichen Herren wollen jetzt wieder die Leute durch Anwendung von allerlei Mittelchen fromm machen, welche zusammen sie Kirchenzucht nennen. In dem „evangelischen kirchlichen Anzeiger" werden diese Mittelchen nach ihrer Stufenleiter folgender Weise aufgeführt: das „stille Meiden", Ermahnen unter vier Augen, Ermahnen vor einem oder zwei Zeugen, das „Ansagen vor der Gemeinde", also Rüge von der Kanzel herab, endlich der sogenannte „kleine Bann", d. h. Ausschluß von der öffentlichen Theilnahme am Abendmahl, von der ehelichen Einsegnung, vom Trau- und Taufzeugenamte und vom kirchlichen Begräbniß. Die Consequenzen, heißt es schlüßlich dort, „dürfen nicht gescheut und auf die schwachen Nerven der Zeit keine Rücksichten genommen werden." (Sie haben ganz recht, diese schwarzen Herren, sofern das Volk so unselbstständig und beschränkt ist, ein Stück Mittelalter nochmals an sich appliciren zu lassen und ein halbes Jahrtausend zurückzuschreiten!)

Berlin, den 1. Jan. Der Ausfall der französischen Wahlen *hat in höhern Kreisen, trotzdem daß man eine große Majorität erwartet, überrascht, ja unangenehm überrascht. Man hätte vielleicht dem Präsidenten ein Ergebniß* gewünscht, das ihn bei der Herrschaft erhält, aber nicht übermüthig und zugleich unabhängiger von der Theilnahme des Auslandes macht. Auch kann man nicht leicht die Betrachtung umgehen, daß entweder die Rothen gar nicht so gefährlich sein konnten, da sie so wenig Stimmen in die Urne geliefert, der Staatsstreich also nicht begründet war, oder die Rothen sind wirklich da, durch geschickte Handthierungen aber in den Wahlen nicht zur Geltung gekommen. Ein Gelehrter, der sich mit der mittelalterlichen Geschichte Frankreichs befaßt, sagte scherzend: der Präsident, so fruchtbar an Decreten, wird nun Frankreich seiner frühern Benennung und Eintheilung zurückgeben, wonach die Südhälfte Langued'oc und die Nordhälfte Langued'oui (d'oil) geheißen. (A. Z.)

Wien, den 31. Decbr. Unter den aus Paris hier einlangenden Privatnachrichten wird u. a. erwähnt, daß Ludwig Bonaparte bei unserem Kaiser das Ansuchen stellen wolle, die irdischen Ueberreste des Herzogs von Reichstadt, der hier in der kais. Familiengruft bei den Capucinern ruht, nach Paris bringen zu dürfen.

Es ist wieder ein Journal unterdrückt worden, und zwar die „Wiener Blätter."

Frankreich.

Paris, den 1. Jan. Das Fest ist ohne Störung vorbeigegangen, obgleich ganz Paris auf den Beinen war. Der heutige Tag gleicht der jetzigen Zeit. Ein undurchdringlicher Nebel hüllt ganz Paris ein, und die eisige Kälte, die seit zwei Tagen nur zu sehr an Rußland erinnert, ist in alle Gemüther eingedrungen. Die Generale und die Geistlichkeit bildeten den Glanzpunct der heutigen Ceremonie. Selbst Louis Bonaparte, dessen am 2. Dec. militärisch erlassene Decrete heute durch den Segen der Kirche geweiht wurden, hatte sich mit der Uniform eines Divisionsgenerals bekleiden lassen. Heute hatte aber die Uniform eines Generallieutenants der Nationalgarde der eines Generallieutenants der Armee Platz gemacht. Dieser Umstand hat Veranlassung gegeben zu einer wichtigen Verhandlung, bei der sich sogar der Ministerrath betheiligte. Man weiß, daß Louis Bonaparte während seiner constitutionellen Präsidentschaft nicht weiter zu gehen wagte, als bis zur Uniform eines Nationalgardengenerals. In dem Ministerrathe gaben sich verschiedene Ansichten kund. Die Einen behaupteten, das Staatsoberhaupt sei zugleich Chef der Armee; wie jeder andere Herrscher Europa's, so müsse auch Louis Napoleon, das Staatsoberhaupt Frankreichs, bei öffentlichen Gelegenheiten die Uniform der Armee tragen. Andere stimmten für die bisherige Tracht; sie wurden aber durch die Bemerkung geschlagen, daß Louis Bonaparte nicht die Uniform eines Corps tragen könne, das so zu sagen aufgehört habe, zu bestehen. Auch der Generalstab der Armee von Paris war der letzteren Ansicht und hatte eine Deputation nach dem Elysee geschickt, um Louis Bonaparte aufzufordern, der Armee die Ehre zu erweisen, ihre Uniform zu tragen. Obgleich L. Bonaparte nicht gern zu viel mit der Armee, die ihm früher oder später gefährlich werden kann, fraternisirt, so konnte er doch so vielen Bitten, die seinen geheimen Wünschen nicht sehr fremd sein mochten, widerstehen, und er trat bei der heutigen Festlichkeit zugleich als Staatsoberhaupt und als erster Chef der Armee auf. (Köln. Z.)

In der Gemeinde Larmont, einem Dorfe bei Bordeaux, am rechten Ufer der Garonne, behaupten 100 Wähler, daß sie mit Nein stimmten, während das publizirte Resultat nur von 30 Nein weiß. In der Kommune Lussac versichern fünf oder sechs Einwohner laut, daß sie verneinend votirten, und doch meldet der offizielle Bericht, daß die Vota einstimmig bejahend lauteten. Der Maire von Cestas machte öffentlich bekannt, daß er zum Voraus Alle kenne, die geneigt wären, gegen L. Napoleon zu stimmen, und daß er sie arretiren würde, wenn sie sich in dem Abstimmungsbureau zeigen würden. Die letztere Angabe zu glauben, trage ich um so weniger Bedenken, als ich aus anderen Quellen weiß, daß in vielen Theilen Frankreichs ähnliche Drohungen ausgesprochen wurden.

Die Gefängnisse von Bordeaux sind so vollgepfropft, daß man die Verhafteten in den Kasernen unterbringen muß. In mehren Dörfern der Departements Lot et Garonne und Gers ist die ganze männliche Bevölkerung gefangen fortgeschleppt worden, so daß nur Weiber und Kinder zurückgeblieben sind.

— den 2. Jan. In gewissen Kreisen wird Nachstehendes über ein Attentat berichtet, das gestern gegen L. Napoleon verübt worden sein soll. Als gestern der Präsident nach dem Empfange in den Tuilerieen nach dem Elysee zurückkehrte, feuerte ein Sergeant des dort liegenden Bataillons eine Pistole auf den Präsidenten ab, ohne ihn jedoch zu treffen. Die in der Nähe sich befindenden Soldaten griffen den Sergeanten sofort mit den Bayonetten an und brachten ihm mehrere Wunden bei. Hierauf ergriffen sie ihn und erschossen ihn, ohne erst weitere Befehle abzuwarten. Ob an dieser Nachricht etwas Wahres ist, muß sich bald herausstellen. — Auf den von jetzt an geprägten Geldstücken wird sich das Bildniß L. Napoleon's mit seinem Namen als Umschrift befinden.

Die künftige Constitution, deren Veröffentlichung mit Nächstem erwartet wird, überläßt dem Staatsoberhaupte den Befehl über die ganze Land- und Seemacht; sie ertheilt demselben überhaupt eine fast unumschränkte Gewalt, da bei etwaigem beharrlichem Zwiespalte zwischen ihm und den gesetzgebenden Körpern das Volk durch die Beantwortung eines Plebiscito den Zwist entscheidet. Der Senat besteht aus achtzig Mitgliedern, welche das Staatsoberhaupt auf Lebenszeit ernennt. Die Volkskammer besteht aus eben so vielen Mitgliedern als Wahlbezirken (etwa 570), die durch das allgemeine und geheime Stimmrecht direct gewählt werden. Keine der beiden Kammern hat eine legislative Initiative; ihre Debatten sind zwar öffentlich, allein nur die Reden der Regierungscommissare werden im „Moniteur" vollständig abgedruckt, die Auszüge der übrigen Vorträge besorgt das Bureau der Kammern. Die anderen Blätter dürfen nur nach dem „Moniteur" die Verhandlungen abdrucken. Die Mitglieder dieser Körper erhalten weder eine Dotation noch Diäten. Die zehn Artikel der Constitution be-

fassen sich ausschließlich mit der Constituirung der ausübenden Gewalt des Staatsrathes und der erwähnten gesetzgebenden Körper; alle andere politische Fragen werden besonderen Gesetzen vorbehalten. — Daß die durch das Wort und Schrift begangenen Vergehen dem Ausspruche der Geschwornen entzogen worden sind, ist ein Neujahrsgeschenk, das Niemanden überrascht hat; daß aber dieses Decret, allen Rechtsgrundsätzen entgegen, die Retro-Activität aufstellt und Preßvergehen, welche vor dem 1. Januar begangen wurden, ebenfalls den Policeigerichten zuweis't, ist eine Neuerung in der Rechtspflege, die selbst in einer Zeit, wo nichts mehr überrascht, dennoch überrascht hat. (K. Z.)

— den 3. Jan. Der „Gazette des Tribunaux" wird aus Lyon mitgetheilt, daß das dort niedergesetzte Kriegsgericht am 30. Dec. fünf Personen als Hauptmitschuldige bei den aufrührerischen Bewegungen im Dromedepartement zum Tode verurtheilt hat. — In den Departementen finden noch immer Verhaftungen von Theilnehmern des Aufstandes statt.

Spanien.

Madrid, den 28. Dec. Vorgestern ist der „Clamor Publico" und heute die „Epoca" von den Behörden mit Beschlag belegt worden. Das erstere Blatt war im Laufe des Jahres bereits 36 Male confiscirt und vier Male mit einer Geldstrafe belegt worden.

Neueste Nachrichten.

München, den 4. Jan. Privatier Knorr und Rechtsconcipent Mayerhofer, die, wie mitgetheilt wurde, vor einigen Tagen von der Polizei verhaftet wurden, sind gestern der Haft wieder entlassen worden, ohne daß eine strafrechtliche Untersuchung gegen sie eingeleitet worden ist.

Paris, den 4. Jan. Der „Moniteur" meldet eine Anzahl Ernennungen in der Marine.

General d'Hautpoul ist mit einer außerordentlichen diplomatischen Mission beauftragt worden. Er ist in verwichener Nacht von Paris abgereist.

Turin, den 30. Decbr. Seit 3 Tagen haben wir Morgens 6 bis 8 ° Kälte.

Rom, den 24. Dec. Die Kälte ist bei uns so arg, daß sich den Leuten beim Wasserziehen gleichzeitig das Eimerseil übereist.

Miscellen.

Reeles Heirathsgesuch. Ein Mensch ohne Vermögen, der mit Gewalt heirathen will, sucht auf eine nicht mehr ungewöhnliche Weise eine Frau. Da derselbe schon zweimal durch- und gänzlich abgebrannt ist, so sieht er weniger auf das Aeußere, als vielmehr auf eine gemüthliche Mitgift, und ist ihm gleichgültig, ob dieselbe aus Moos, Kies, Knöpfen oder Schweden besteht. Geheime Agenten sind erwünscht. Väter und Vormünder der Völker wollen vertrauensvoll ihre Adresse abgeben und der strengsten Discretion versichert sein unter der Chiffre L. N. in der Kaiserstraße. (Kladd.)

Vor den Assisen zu Rennes wurde vom 6. bis 13. Dec. über eine Giftmischerin verhandelt, die eine seltene Virtuosität des Verbrechens erreicht hatte. Es ist eine Dienstmagd, Namens Helene Jegado. Ihr letzter Platz war zu Rennes, und hier wurde sie, nachdem sie seit Jahren ungestraft mörderische Thaten vollbracht, entlarvt. Es war gewöhnlich, daß sie sich mit anderen Dienstboten nicht vertrug, und diese dann schnell wegstarben. Schon am 7. November war ihre Nebenmagd unter Krämpfen und Erbrechungen verschieden, später deren Nachfolgerin. Die Aerzte erkannten eine Vergiftung durch einen arsenikhaltigen Stoff, und Helene wurde verhaftet. Die Untersuchung ging bis 1833 zurück. Damals diente sie bei einem Geistlichen in Gueru, und vom 28. Juni bis 20. October waren in diesem Hause nicht weniger als sieben Personen, worunter die eigene Schwester der Beklagten, unter verdächtigen Symptomen gestorben. Alle waren von Helene verpflegt worden, und sie allein war gesund geblieben. Man zählt nicht weniger als 43 solcher Todesfälle. Vor Gericht läugnete sie Alles. Bei Verkündigung des Todesurtheils behauptete sie, daß sie das Opfer böser Zungen sei.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 3. Januar. Weizen 21 fl. 41 kr., Korn 17 fl. 18 kr., Gerste 14 fl. 59 kr., Haser 6 fl. 5 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[769⁴] **Zu verkaufen.**

Eine wohlerhaltene, mit einem Pianoforte verbundene und durch einen Registerzug davon zu trennende **Zimmerorgel** mit 3 Registern, ist für 80 fl. zu verkaufen. Näheres in Mannheim Lit. D 5 Nro. 13.

[770³] **Gutgeübte Cigarrenmacher**
finden dauernd gute Beschäftigung. Wo? sagt die Expedition.

[771] **Holzversteigerung im Forstbezirk St. Leon.**

Aus diesseitigen großherzoglichen Domainenwaldungen werden in Loosabtheilungen öffentlich versteigert:

In den Districten Grunweileracker und Hünerlöchle, zunächst dem Ort Kirrlach,
Donnerstag, den 15. Januar l. Js.:
479 Klafter buchen Scheitholz,
9¼ „ eichen „
1 „ linden und erlen Scheitholz,
¼ „ birkene Rollen zu Nutzholz.
Freitag, den 16. Januar l. J.:
56 Klafter buchen Prügelholz,
12¼ „ eichene Rollen u. Prügelholz zu Stückholz u. Stiefelholz,
12,825 Stück buchene und
350 „ eichene Wellen.

Die Zusammenkunft ist jeden Tag auf dem Holzmüller Richtweg am Frohnschlag, bei ungünstiger Witterung im Lammwirthshause zu Kirrlach, früh präcis 9 Uhr.

St. Leon, den 5. Januar 1852.
Großh. Badische Bezirksforstei:
C. Cron.

[768²] **Holzversteigerung.**

Plankstadt, Amts Schwetzingen.
Im hiesigen Gemeindewalde werden
Mittwoch, den 7. Januar l. Js.:
70 Klftr. buchen Scheit
57 „ „ Prügel
42 „ eichen Scheit
6 „ „ Prügelholz.
Donnerstag, den 8. Januar l. Js.:
206 Stamm eichen
268 „ buchen zu Holländer Bau- und Nutzholz geeignet.
100 buchene Hopfenstangen.
Freitag, den 9. Januar l. Js.:
29,400 Stück buchene und gemischte Wellen, jedesmal Vormittags 9 Uhr auf dem Platze.
Samstag, den 10. Januar l. Js. auf hiesigem Rathhause früh 9 Uhr:
5600 Gebund eichene 1851r dürre Rinden, zu Brandholz und für Gerber geeignet, öffentlich versteigert.

Plankstadt, den 2. Januar 1852.
Seßler, Bürgermeister.
vdt. Mackle, Rathschbr.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 8 | den 9. Januar 1852.

Deutschland.

° **Bemerkungen.** Die Augsburger Allgem. Ztg., welche ihre früher so gerne gerühmte Objectivität längst abgelegt hat, bringt in ihren letzten Nummern einige gehässige und unwürdige Bemerkungen über die jüngsten Freisprechungen in dem großen Pfälzischen Hochverrathsproceße.

Einem von Zweibrücken datirten Artikel über die Nichtschuldigerklärung des Angeklagten Wildt sind in jenem Blatte die Worte beigefügt: „Hat man wol die unheilvolle Tragweite solcher Freisprechungen ermessen?“ Der Nachricht über die Nichtschuldigerklärung von Ludw. Moses aber ist, nachdem zuerst erwähnt worden, daß früher ein verurtheilendes Erkenntniß gegen ihn ergangen, welches aber der Cassationshof wegen eines formellen Umstandes vernichtet habe, — folgende Randglosse in Parenthesen angehängt: „Der Angeklagte mag sein Geschick preisen. Die Geschwornen aber haben wol nicht bedacht, daß ihr in einem solchen Falle gesprochenes Nichtschuldig von nur zu Vielen zu einem Schuldig gegen das Geschwornengericht umgewandelt werden wird. Und die so urtheilen, kennen keine mildernden Umstände.“

Es gibt Leute, die so gern jede auch noch so unpasfende Gelegenheit ergreifen, um von „Einwirkungen auf die Geschwornen“ zu reden, wenn nur eine Aeußerung fällt im Sinne einer mildern Anschauungsweise bezüglich der Angeklagten. Solche Leute sind es aber selbst, welche durch schlecht verhüllte Drohungen, wie die obigen, die verächtlichste Einwirkung auf die Schwurmänner versuchen, um dieselben zu verurtheilenden Erkenntnißen — wo sie glauben freisprechen zu müssen — zu verleiten. Was wird den Geschworenen hier zugemuthet? Der niederträchtigste Eidbruch! Sie, vor deren Augen sich die ganze Assisenverhandlung entwickelte; sie, die zuvor geschworen, nur diejenigen Momente für Schuld und Nichtschuld zu erwägen, welche ihnen in der öffentlichen Verhandlung vorgeführt werden würden, sie bekommen die in ihrem Gewissen gefundene Freisprechung förmlich zum Vorwurfe gemacht, — zum Vorwurfe unter dem zum elenden Deckmantel benützten Vorwande, daß sie nicht bedacht hätten, wie die Feinde des Instituts der Jury solche Freisprechungen benützen könnten! — Es liegt also hierin klar die Zumuthung an die Geschworenen, aus äußeren Rücksichten da ein Schuldig auszusprechen, wo sie ihr Eid und ihr Gewissen zur Erklärung des Nichtschuldig drängt! Damit das, an sich so edle Institut der Jury erhalten werde, sollen die Geschworenen dasselbe durch Condemnationen, wie sie eine Partei wünscht, selbst entehren! Das wäre ein schöner Gewinn! Wir sind nicht im Falle, prüfen zu können, was von den vorgewendeten Gefahren für das Institut in Wirklichkeit vorhanden ist. Lägen sie aber aufs Unzweifelhafteste vor, diese Gefahren, so müßte jeder Mann, in dessen Brust auch nur noch ein Funke von Gerechtigkeits- und Ehrgefühl glüht, ohne Bedenken erklären: lieber möge man das Institut gewaltsam vernichten, als es dadurch zu erhalten suchen, daß man, aus dem Grunde, damit die **Form** der Einrichtung beibehalten werde, deren **Wesen** in entehrender Weise selbst vernichte, indem Bürger eidbrüchig „Nichtschuldige“ schuldig erklären! —

Was den Fall des freigesprochenen L. Moses betrifft, so sei nur noch dieses bemerkt. Die frühere Schuldigerklärung desselben war mit 7 gegen 5 Stimmen erfolgt (was in den 7 ältern Kreisen Baierns ohnehin eine Freisprechung gewesen wäre, da hier wenigstens 8 gegen 4 Stimmen zur Condemnation erforderlich sind.) Das Gericht hatte nachzustimmen. Man will im Publicum wissen, die Majorität der Richter sei für eine Nichtschuldigerklärung, nur die Minorität für eine Schuldigerklärung gewesen. (Es besteht nemlich in der Pfalz die entsetzliche Einrichtung, daß, wenn in einem solchen Falle nicht wenigstens vier Fünftheile der Richter sich für Freisprechung erklären, die Condemnation erfolgt.) Wie es sich mit diesem Gerüchte verhalten mag, — gewiß ist, daß bei Verkündigung der Entscheidung die in den andern Fallen gemachte Anzeige: das Gericht trete einstimmig der Mehrheit der Geschworenen bei, — unterblieb. Der Cassationshof, an welchen die Sache gelangte, erkannte — wie er der ganz klaren Bestimmung des Gesetzes gemäß thun mußte, — die rechtliche Nichtigkeit des Urtheils, da einer der Geschworenen in dem nemlichen Hochverrathsproceße, (der rechtlich ein Ganzes bildet), zuvor als Zeuge vernommen worden war. Bei der neuen Verhandlung kamen natürlich die den ganzen Hochverrathsproceß durchziehenden Principienfragen in Betracht; es ward aber überdies durch die Depositionen des hiebei vernommenen Entlastungszeugen Gastwirths Bauer von Rastatt dargethan, daß Moses gar nicht an Ort und Stelle war, als der Ort Niederbühl (mit Granaten) in Brand geschossen wurde, wonach derselbe auch nicht, wie ihm zu Last gelegt ward, dabei commandirt haben konnte.

Nach dem Verlangen des Zweibrücker Correspondenten der Allgemeinen Ztg. hätten aber die Geschworenen trotz alle dem ein Schuldig aussprechen sollen! So etwas kann freilich nur fordern, wer dem Grundsatze huldigt, der Zweck heilige die Mittel!

°† **Zweibrücken,** den 6. Jan. (Assisenverhandlungen.) Heute erscheint Georg Fuhrmann, Seifensieder in Pirmasens, als Angeklagter. Derselbe wird von dem Advocaten Gulden vertheidigt und die Staatsbehörde durch den functionirenden Staatsprocurator Föll vertreten.

Es wird von dem Assisengerichte beschlossen, auch in dieser Sache einen 13. Geschworenen als Ergänzungsgeschwornen zu ziehen. Recusirt werden von der Staatsbehörde: Pfeifer, Bruch, Adam, Hänßler; von der Vertheidigung: Priester, Röhm, Prager, Kuhn, Dr. Huber, Wack. — Es ergeben sich hienach folgende Urtheilsgeschworene: Imo, Omlor, Rickert, Lang, Kempter, Schuler, Bettinger, Keßler, Knöpple, Riff, Erbacher, Ehresmann; endlich als Ergänzungsgeschworener: Bug.

Fuhrmann ist gleichfalls der Theilnahme an den 3 hochverrätherischen Attentaten angeklagt. Er soll sich derselben dadurch schuldig gemacht haben, „daß er Militärcommissär, Major und Kommandant der Mobilgarde in Pirmasens war, der Bürgerwehr die Waffen abnahm und sie der Mobilgarde zustellte, dem kgl. Postmeister in Pirmasens und Andern gewaltsam ihre Privatwaffen wegnahm, Pferde, Waffen und Gelder zur Löhnung seiner Mannschaft requirirte, selbst Lohn bezog, Executionszüge nach Zeiselberg und Weiselberg vornahm, dort mehrere Personen verhaftete und Gelder von den Gemeinden erpreßte, ebenso einen Executionszug in den Kanton Dahn vornahm und auch dort Gelder, namentlich von der Gemeinde Schönau, erpreßte, davon täglich 5 fl. als Lohn für sich verrechnete, gegen die Bundestruppen ausmarschirte, das Gefecht bei Rinnthal und den Fluchtzug mit-

machte, in Erlenbach auf der Flucht übernachtete und den dortigen Bürgermeister, unter Drohungen, gezwungen hat, Wachen aus der Gemeinde auszustellen, weil seine Leute, die er am folgenden Tage über den Rhein führte, zu sehr ermüdet seien."

Von der Staatsbehörde werden 25 Belastungs- und von dem Angeklagten 2 Entlastungszeugen producirt.

1. Zeuge. Policeicommissär Gilardone von Pirmasens. Sagt nach Schilderung der allgemeinen Verhältniße in Pirmasens, wornach der Civilcommissär Diehl großen Terrorismus geübt, der erste Cantonalausschuß nur aus gemäßigten Männern bestanden, für die innere Sicherheit der Stadt gewirkt und sich auf dem Boden des Gesetzes gehalten, der zweite Cantonalausschuß dagegen sehr eifrig die Befehle der prov. Regierung vollzogen habe, daß der Angekl. Fuhrmann nach Bildung der Bürgerwehr Adjutant des Zeugen Carl Ludwig Schneider, welcher Major gewesen sei, geworden und sich in dieser Eigenschaft so thätig und brav benommen habe, daß die Bürgerwehrofficiere in einem besondern Gesuche an den König darum gebeten hätten, daß dem Fuhrmann, der vermögenslos sei, eine Anstellung zu Theil werden möge. Nach dem Rücktritte Schneiders sei Fuhrmann als Major von der provis. Regierung ernannt worden und habe in dieser Eigenschaft deren Befehle mit Energie vollzogen, insbesondere die Ablieferung der Privatwaffen, sowie auch der Bürgerwehr an die Mobilgarde angeordnet; verschiedene Executionszüge und den Zug nach Baden mitgemacht, ohne daß ihm specielle Excesse desselben bekannt seien.

Auf Befragen des Vertheidigers erklärt der Zeuge, daß allerdings schon von dem ersten Cantonalausschuß die fragliche Waffenablieferung angeordnet, aber nach seiner Meinung nicht vollzogen worden sei, daß ebenso dieser Ausschuß zur Leistung freiwilliger Beiträge und zur Bewilligung von Geldern aus Gemeindemitteln behufs der Volksbewaffnung aufgefordert und die Formirung der Volkswehr nach den 3 Aufgeboten angeordnet habe, daß er aber nicht wisse, ob dieser Ausschuß auch zur Erhebung und Ablieferung der 25 Proc. Steuern an die prov. Regierung aufgefordert habe.

Der Vertheidiger erklärt, daß über alles dies die urkundlichen Belege vorlägen. —

2. Z. Forstmeister Martin von Pirmasens schildert die Thätigkeit der beiden Cantonalausschüsse und des Civilkommissärs Diehl in gleicher Weise wie der vorige Zeuge. Der 2. Cantonalausschuß wurde nach den Akten erst am 28. Mai gewählt. Er übergibt einen Schein, wornach er am 18. Mai verschiedene Waffen an mehrere Personen, worunter auch der Angeklagte Fuhrmann gewesen sei, abgeliefert habe. Fuhrmann sei nicht grob und nicht anmaßend gegen ihn aufgetreten, vielmehr habe er sich immer artig gegen ihn und bereit gezeigt, in seiner Eigenschaft als Militärcommandant zum Schutze der Waldungen gegen die überhandnehmenden Forstfrevel beizutragen.

3. Z. Joh. Pfeiffer von Pirmasens sagt: daß eine große Anzahl von Personen, Lippack an der Spitze, von ihm die Ablieferung der Waffen verlangt habe, daß er glaube, der Angeklagte sei dabei gewesen, es aber nicht mit völliger Bestimmtheit heute behaupten könne. Zwei Flinten habe er abgeliefert.

4. Z. Friedr. Faul von da, spricht davon, daß sein Pferd zu einem Ritt nach Dahn requirirt und übel zugerichtet worden sei, nennt aber hiebei Fuhrmann nicht. Von diesem sagt er: Er hat Ruhe und Ordnung gestiftet, so lange er in der Mobilgarde war. Er ist ein ehrlicher Mann.

5. Z. K. Ludw. Schneider, Kaufmann von da: Ich war früher Major der Bürgerwehr und der Angeklagte mein Adjutant. Als ich zurücktrat, habe ich ihn selbst dem nach Pirmasens gekommenen Militärcommissär, einem Polen, als meinen Nachfolger vorgeschlagen, der er auch wurde. Ich wollte ihm dadurch einen Dienst erzeigen, weil er verdienstlos war. Wenn ich es gewußt, daß dieses zu seinem Unglück gereiche, so würde ich ihm von Annahme dieser Stelle abgerathen haben. Ich kenne ihn ganz genau. Er hat der Umsturzpartei nicht angehört, vielmehr sehr viel zur Aufrechterhaltung der Ordnung beigetragen, für die er immer gewirkt hat. Er scheint nicht sehr eifrig in der Vollziehung der Befehle der provisorischen Regierung gewesen zu sein, denn bald nachher, als er an meine Stelle trat, sagte er mir einmal, daß er schon einen Verweis von der provisorischen Regierung erhalten habe. Wegen seines früheren guten Betragens haben sämmtliche Offiziere der Bürgerwehr in einer Bittschrift an den König sich für Fuhrmann verwendet, um ihm eine Anstellung zu verschaffen und haben ihn als Polizeicommissär vorgeschlagen. Auf specielle Frage des Vertheidigers: Ich war mit Fuhrmann im ersten Cantonalausschuß. Wir haben Alles angeordnet, was der Landesausschuß befohlen hat, aber nichts vollzogen. Ich kann mit Bestimmtheit sagen, daß Fuhrmann mehr für die Ordnung als die Bewegung war.

Das von dem Bürgermeister und dem ganzen Stadtrathe ausgestellte Zeugniß lautet günstig für den Angeklagten. — Schluß der Sitzung nach 3 Uhr.

* **München**, den 5. Januar. Wegen in der letzten Zeit von der Policei vorgenommener Verhaftungen, — wie behauptet wird, um die Festgenommenen zu zwingen, Auskunft über das Vermögen eines früher bestandenen Vereins zu geben — hat der Abg. Prell eine Interpellation an das Ministerium gerichtet, welche in der auf den 7. Jan. bestimmten nächsten Abgeordnetensitzung zur Verlesung kommen wird. — Neuerdings haben hier Ausweisungen stattgehabt, — von baierischen Staatsangehörigen, über deren Subsistenzmittel kein Zweifel obwalten kann. — Die Angabe der Allgem. Ztg., daß eine Regierungsvorlage auf weitere Erschwerung der Zeitungsherausgabe durch Einführung eines, das Abonnement vertheuernden, und damit das Lesen der Blätter erschwerenden Stempels, oder durch Forderung einer Caution von den Herausgebern, in Aussicht stehe, — gründet sich dem Vernehmen nach auf Aeußerungen des Ministers v. d. Pfordten. Eine Gesetzvorlage soll erfolgen, so bald man sich zu Frankfurt über die eine oder die andere der beiden bezeichneten Maßregeln geeinigt habe. —

München, den 4. Jan. Wie verlautet wird eine Verordnung gegen den lauen Kirchenbesuch von Seiten der Beamten erscheinen. (N. K.)

Das kgl. Kreis- und Stadtgericht München hat auf Grund des Art. 20 des Preßgesetzes, die Unterdrückung von Heines Romanzero verfügt.

Frankfurt, den 6. Jan. Im Verlaufe des gestrigen Nachmittags fanden sich in fast sämmtlichen Localen der durch Polizeibeschluß aufgelösten sieben Vereine Polizeicommissäre in Begleitung von Gendarmen ein, hielten dort Haussuchung und nahmen die vorgefundenen Bücher, Acten ꝛc. in Beschlag.

Ulm, den 2. Jan. Am Sonntag, den 28. Decbr., machten die Bücklianer (eine religiöse Secte in unserem Oberamtsbezirk, nach ihrem Obermessias Bückle so genannt) einen Himmelfahrtsversuch. Die Sache verhielt sich so: Bückle zog Nachmittags 2 Uhr mit seiner Schaar nach der Sandgrube bei Haltshausen. Sie bildeten einen Kreis, in dessen Mitte ein Frauenzimmer von einigen 20 Jahren (sie ist aus Ennabeuren) sich stellte und sich (unglaublich, aber doch buchstäblich wahr) bei hellem Tageslicht und einer Kälte von 5 Grad vor den Augen der sie umgebenden Heiligen nach und nach bis aufs Hemd auszog. Bückle, der in einen warmen Mantel gehüllt (vielleicht wars sein Messiaskleid mit dem goldenen Kruzifix und dem goldenen Stern, vielleicht hatte er auch seine Wasserstiefeln für 11 fl. an) gemächlich zusah, hatte ihr weiß gemacht, sie werde gen Himmel fahren. Nun stimmten Alle den Lobgesang an und sangen dreiviertelstundenlang in eins fort nichts anderes als: „Hallelujah." Nun ergreift die Neubäurin das Wort und spricht mit erhobenem Blick und Finger: Der Herr hat ge-

sagt: „Ich bin aufgefahren gen Himmel und sitze auf dem Throne Gottes zur rechten Hand. So wirst auch du, mein Töchterlein, sitzen und singen ein ewiges Hallelujah!" Kaum gesagt, ging wieder das Hallelujah dreiviertelstundenlang los. Die Neubäurin spricht weiter: „Herr, du hast mich jederzeit erhört." Man singt wieder. Das arme Frauenzimmer, beinahe nackt im Schnee stehend, vergeht beinahe vor Frost, sie klappert mit den Zähnen, jedoch Büdle feuert sie an und ermuthigt sie, auszuhalten, bis endlich — Gott sei Lob und Dank — der Polizeidiener erscheint und dem Spectakel ein Ende macht. Die geduldige Fromme zieht unter den Worten: „Herr, es ist hart, aber aushalten will ich," sich wieder an. Die Schaar begibt sich nach Hause. Heut, als sie zur Reise nach Ulm sich anschickte, wohin sie vom Oberamt beschieden war, versammelten sie sich im Bahngebäude, baten um die Erlaubniß, ein Lied zu singen und sangen mit einer unaussprechlichen Inbrunst zu Gott, während das gottlose Volk draußen zuhörte und lachte. Es geht schnurrig in der Welt zu.

Leipzig, den 2. Jan. Schwedler ist aus Leipzig spurlos verschwunden. Seine Frau ist noch fortwährend verhaftet; sein Wohnort Lindenau wird streng bewacht. Am 31. December wäre es dem gefänglich eingezogenen Sprachlehrer Albrecht beinahe geglückt, ebenfalls auszureißen. Er wurde jedoch zu bald eingeholt.

Breslau, den 1. Jan. Vor einigen Tagen hat hier auf Requisition der österreichischen Regierung und auf unmittelbaren Befehl von Berlin eine Haussuchung bei mehreren polnischen Studenten, wie es heißt, in Folge von Correspondenzen nach Galizien, stattgefunden. Das Ergebniß ist nicht bekannt geworden.

Frankreich.

Paris. Der D. A. Z. schreibt man: Folgendes Faktum, das, wie es scheint, durchaus nicht vereinzelt dasteht, wird Ihnen beweisen, wie es in der Armee am 2. Dec. ausgesehen hat und wie es jetzt noch aussieht. General Canrobert, welcher die Division nächst der Madeleine befehligte, war entschieden gegen den 2. Dec. und wollte auch seine Entlassung geben, allein die falschverstandene Soldatenehre verhinderte ihn, sowie viele seiner Kameraden, seine wirkliche Pflicht zu erfüllen. Er begab sich jedoch zur Frau des Generals Leslo (Quästor der Nationalversammlung) und erklärte ihr, daß er nur aus Rücksichten der militärischen Disziplin sein Amt behalte, daß er keine Gewalt gegenüber der Exekutivgewalt sehe, da die Nationalversammlung nicht mehr bestehe. Er wolle aber sein Andenken bewahren und käme daher, Madame Leslo zu seiner Testamentsvollstreckerin zu ernennen für den Fall, daß er in der Schlacht getödtet werden würde. Sie solle ihm bezeugen, daß er den festen Vorsatz hatte, gleich nach der Schlacht durch seine Entlassung zu protestiren. In der That hat General Canrobert sich seither zum Präsidenten begeben, um ihm seine Entlassung einzureichen. Dieser wollte von nichts wissen, und als General Canrobert sagte: „Aber ich kann Ihre That nicht billigen," antwortete Ludwig Bonaparte: „Es ist mir genug, wenn Sie Ihre Schuldigkeit thun." „Ich habe Nein gestimmt." „Das Suffrage ist frei und Sie bleiben mein General." Canrobert begab sich hierauf zum Kriegsminister St.-Arnaud und dieser empfing ihn auf dieselbe Weise. Es ist parti pris, im Elysee sich vorderhand mit den zweideutigsten Ergebenheiten zufrieden zu geben und keine Entlassung eines irgend bedeutenden Mannes anzunehmen. Man wird sich erst konsolidiren und dann später an Purifikation der eigenen Reihen denken. Ein anderer General, der auf irgend einem Punkte des französischen Gebiets befehligte, dessen Namen ich nicht nennen darf, schickte am 3. Dec. an einige nicht verhaftete Mitglieder der Nationalversammlung, um ihnen zu wissen zu machen, daß er bereit sei, mit seinen Truppen sich zu ihrer Verfügung zu stellen, falls einer der Orleanistischen Prinzen sich an die Spitze der Armee stellen wollte. Diesem Beispiele wären aber, wie man selbst unter den Militärs gesteht, viele Generale und Truppenabtheilungen gefolgt. Es war der gute Stern L. Bonapartes, der Prinz Joinville abhielt, sich nach Frankreich zu begeben. Wie sich nemlich jetzt herausstellt, war der Prinz nicht in Dover, noch viel weniger in Calais, wie die Policei nach Paris meldete. Prinz Joinville hatte am 1. Dec. einen Spazierritt gemacht und verletzte sich einen empfindlichen Theil seines Körpers so bedeutend, daß er sogleich in das Bett gebracht werden mußte. Die Londoner Spione der französischen Policei berichteten hieher, daß sie dem Prinzen Joinville bis zum 1. Dec. Abends auf jedem Schritte gefolgt seien, daß man am 2. Dec. ihn für krank ausgebe und behaupte, er wäre auf seiner Stube eingesperrt; daß sich aber die Agenten der französischen Policei durch diese List nicht haben täuschen lassen und vielmehr überzeugt seien, der Prinz Joinville sei nach Frankreich abgereist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Erscheinen des Prinzen Joinville der Sache eine ganz andere Wendung gegeben hätte.

Interessant ist, was man von dem Erzbischof von Paris, Hrn. Sibour, erzählt. Er wollte nemlich der Nationalversammlung die Kathedrale von Notre Dame als Sitzungsasyl öffnen und sagte zu Hrn. Dupin: „Versammelt Euch unter dem Schutze des Kruzifixes; ich und mein Klerus werden an der Thüre Wache halten, und um bis zu Euch ins Allerheiligste zu dringen, müßten die Truppen über unsere Leichen gehen." Das Anerbieten wurde abgelehnt, obgleich die Annahme das Gelingen des Staatsstreiches zweifelhaft gemacht hätte.

Aus **Paris,** 31. Dec., wird der „Kreuzzeitung" geschrieben: Im Elysee scheint die Stimmung gegen das Ausland sehr umgeschlagen. Vor acht Tagen hörte man nur Liebes und Gutes dort über die nordischen Mächte, seit gestern höre ich ganz andere Dinge; da spricht man von „plötzlichem Kaltsinn," von „Undankbarkeit" und von dem „lächerlichen Wahn der Cabinette, daß L. N. Bonaparte *sie* nöthiger habe als sie *ihn*." Eine Mittheilung des kais. russischen Cabinets soll diese Stimmung hervorgebracht haben. — Durch all das Triumphgeschrei über die achthalb Millionen Stimmen klingt doch auch mancher Mißton. So votirte die gesammte Mannschaft der Fregatte „Nereide" gegen Bonaparte, und versah alle Bulletins mit sehr unangenehmen Inscriptionen. Dafür geht der hohe und niedere Clerus immer auffallender zu Gunsten Bonaparte's vor, es regnet Hirtenbriefe und Rescripte, nur Cardinal de Bonald, der Graf-Erzbischof von Lyon, schweigt noch immer.

— den 1. Jan. Die Zahl derjenigen, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbar hielten, nach dem 2. Dec. im Amt zu bleiben, ist sehr gering, besonders wenn man sie im Verhältniß zu denjenigen betrachtet, welche die erledigten Stellen annehmen wollen, deren Zahl im buchstäblichsten Sinn des Worts Legion ist. Und es sind das nicht Leute, die wie sonst um Stellen bitten, weil sie dem Staat Dienste leisten wollen, sondern Leute, die Stellen verlangen für die im Augenblick der Krise geleisteten Dienste, mit einem Worte Leute, die einen Antheil an der Rettung Frankreichs und des Präsidenten haben, oder wenigstens zu haben glauben. Man kann im Durchschnitt annehmen, daß jetzt schon gegen 10,000 mit der Zuversicht eines Gläubigers an den Präsidenten oder die Minister gestellte schriftliche Gesuche aus den Provinzen wie in Paris eingegangen sind. Um den Eintritt in den Senat haben allein 6000, um den Eintritt in den Staatsrath 1200 Bewerber angehalten. Nebst den schriftlichen Forderungen haben die mündlichen so stark zugenommen, daß der Präsident in den letzten Tagen nur für seine Minister zu sprechen war. (A. Z.)

— den 3. Jan. In der neuen Verfassung soll die Bestimmung enthalten sein, daß im Falle einer Veruneinigung zwischen dem Präsidenten der Republik und dem gesetzgebenden Körper ersterer befugt ist, letzteren für ein Jahr aufzulösen. Der Senat würde alsdann das Budget votiren, wenn dies durch den gesetzgebenden Körper

etwa noch nicht geschehen wäre. Wenn der neue gesetzgebende Körper sich ebenfalls dem Präsidenten feindlich zeigt, so soll eine Berufung an das Volk erfolgen. — Man spricht davon, daß das unter Napoleon vom Herzoge von Bassano bekleidete Ministerium ohne Portefeuille, das sogenannte Staatssecretariat, hergestellt werden und seinen Sitz in demjenigen Theile der Tuilerieen haben soll, den unter der Restauration und unter Ludwig Philipp der Kronschatz inne hatte.

Die Regierung hat die Absicht, alle Arbeiterassociationen und derartigen Verbindungen aufzulösen. In der Provinz hat man schon den Anfang mit dieser Maßregel gemacht, die auf ganz Frankreich ausgedehnt werden soll. Wie man ferner versichert, wird die Regierung später einen Theil derselben sich wieder organisiren lassen, jedoch mit neuen Statuten. — Im Elysee fängt man an, ernstliche Besorgnisse für L. Bonaparte's Leben zu hegen. Es scheint, daß derselbe sich deßhalb am 1. Januar nicht zu Pferde, sondern in einem Wagen nach Notre Dame begeben hat. Seit einigen Tagen trifft man außerdem große Vorsichtsmaßregeln, um das Leben des Staatsoberhauptes gegen jede Gefahr zu schützen. So hat man unter Anderem einen mit Eisenblech ausgeschlagenen Wagen für die Summe von 100,000 Franken bestellt. Louis Philipp bediente sich ebenfalls derartiger Wagen. — Die Nachrichten aus Algerien sind nicht gut. An der Börse versicherte man heute auf das bestimmteste, Persigny und Baraguay d'Hilliers seien nach Algier abgereist. (Köln. Z.)

Eine Anzahl Galeerensträflinge, welche wegen Bannbruchs dahier verhaftet wurden, sind nach Rochefort unterwegs, um von dort nach Cayenne eingeschifft zu werden.

Der den Belagerungszustand des Departements der unteren Seine commandirende General hat eine Verordnung erlassen, der zufolge alle Nationalgarden dieses Departements, mit Ausnahme derer von Rouen, Elbeuf, Havre, Neufchatel und Yvetot, ihre Waffen abliefern müssen. — Von Draguignan und anderen Orten hat man starke Transporte gefangener Insurgenten nach Toulon gebracht. — Der im Allierdepartement commandirende Brigadegeneral Eynard hat auf höhere Weisung das auf das Eigenthum mehrerer Insurgenten gelegte Sequester aufgehoben. — Der Commandant der Nationalgarde von Briare, Dupin, Vetter des Exräsidenten, ist verhaftet worden. — Eine zu Lüneville seit 1848 bestandene gegenseitige Unterstützungsgesellschaft ist vom Präfecten aufgelös't worden. — Zu Troyes ward ein Mann verhaftet, der vom künftigen Siege der Socialisten gesprochen hatte.

— den 4. Jan. Der „Moniteur" verkündet heute nachstehendes Decret: „Im Namen des französischen Volks. Der Präsident der Republik decretirt: Art. 1. Die Gold-, Silber- und Bronzemünzen sollen fortan auf der Vorderseite das Bild des Präsidenten der Republik mit der Umschrift Louis Napoleon Bonaparte tragen. Auf der Kehrseite sollen die Worte „französische Republik" inmitten eines Lorbeerkranzes, die Werthangabe des Stükkes und das Jahr der Prägung stehen. Art. 2. Auf dem Rande der 20- und der 5Fres.-Stücke sollen in Relief die Worte stehen: „Gott schütze Frankreich."" Der Art. 3 bestimmt, daß die Bestimmungen des Decrets vom 3. Mai 1848 über die Größe und den Gehalt der Münzen beibehalten werden sollen.

Türkei.

Konstantinopel. Aufsehen unter den Muselmanen macht, daß der Sultan auf einer Hochzeit des Hrn. Photia mit einer Tochter des Fürsten Vogorides erschien. Die Türken erkennen darin geradezu eine Herabwürdigung der großherrlichen Würde, und prophezeien, daß aus dem allem nichts Gutes werden könne. Fethi Achmet Pascha, ein Freund des Fürsten und Günstling des Sultans, hatte diesen zu dem Schritte bewogen. Der Sultan wurde im Landhause des Vogorides sehr pompös empfangen, es war ein Thron für ihn bereitet, und die griechische Geistlichkeit empfing ihn mit Absingen einer Hymne. — Aus Aleppo hat sich der letzte Rest der ungarischen Flüchtlinge entfernt, und in Beyruth auf den Dampfbooten der französischen Messagerie nach England und Amerika eingeschifft. Es sind meist solche, welche, um der Auslieferung zu entgehen, den Islam angenommen hatten. Die türkische Regierung war tolerant genug, dieses erzwungene Bekenntniß als kein ernstes zu nehmen.

Persien.

Zu Teheran scheinen die Russen aus dem Felde geschlagen zu sein. Mirza Taghi Chan, der allmächtige persische Minister und Schwager Nussar-eddin Schahs, wurde entsetzt und verbannt, und nur der Fürsprache der Ulemas verdankt er sein Leben. Der Pöbel plünderte und zerstörte seine Wohnung. Dem Gestürzten gibt man Verrätherei Schuld, und legt ihm geradezu zur Last, er habe eine Provinz abreißen wollen. Der russische Minister schützte sein Haus.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 17. Decbr. Die Kossuth-Fonds-Sammlung ist für New-York vollständig und aus den ersten Männern der Stadt organisirt, und wenn sie so fortschreitet wie sie angefangen, so wird der Fonds wol eine Million betragen; Kossuths Reden werden deutsch, englisch und französisch gedruckt und zum Besten des Fonds verkauft.

In Washington ist eine heftige Feuersbrunst ausgebrochen: Das Capitol steht in Flammen, das Gebäude der Congreßbibliothek ist zerstört; die Feuerspritzen waren in Folge des Frostes nicht anzuwenden.

Neueste Nachrichten.

München, den 5. Jan. Die gestern gemeldete Freilassung Mayerhofers bestätigt sich nicht, wol aber jene des Privatiers Knorr, dagegen ist auch der gleichzeitig verhaftete Commis Bogner noch in Haft. (A. Z.)

Paris, den 5. Jan. Gestern hatte im Stadthause das große Diner statt, welches der Präfect des Seinedepartements den Delegirten der Departemente gab. Auch die Minister, mehrere Marschälle, eine große Anzahl von Generalen und höheren Staatsbeamten, der Erzbischof von Paris u. s. w. waren zugegen. Der Präsident der Republik war durch ein leichtes Unwohlsein verhindert, der Einladung zu diesem Feste Folge zu leisten.

Gestern wurden von den Ex-Abgeordneten, welche sich in dem Gefängnisse St. Pelagie befinden, wieder vier, worunter auch Hr. Durien, auf freien Fuß gesetzt. Es befinden sich noch 25 Ex-Abgeordnete dort in Haft.

Miscellen.

München, den 5. Jan. Gestern Abends 10 Uhr war das Schenkzimmer der Schober'schen Bierwirthschaft in der Au noch ziemlich mit Gästen gefüllt, als plötzlich von einem Tische aus ein Pistolenschuß fiel. Die Anwesenden, dadurch natürlich erschreckt, glaubten im Augenblicke, es sei dies nur ein übel angebrachter Scherz, wurden aber auf das Aeußerste bestürzt, als sie bemerkten, daß ein Frauenzimmer, die Tochter des Zimmermanns Reichelmeier von der Au, welche sich ebenfalls als Gast im Zimmer befand, und deren Geliebter eben hinausgegangen war, todt niedergesunken war; die Kugel war ihr dicht über dem rechten Auge in den Kopf gedrungen. Da man in der ersten Bestürzung nicht alsogleich die Thüren geschlossen, war es dem Mörder möglich geworden, zu entkommen.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[771] **Zu verkaufen**

ist ein zu Frankweiler an der Hauptstraße neu gebautes Haus mit drei Zimmern, einem gewölbten Keller für 24 Fuder Wein, zwei Gärtchen und Stallung für 2 Pferde.

Dasselbe liegt ganz nahe beim Bade Gleisweiler, hat eine sehr angenehme Lage und gewährt die Aussicht auf den Trifels, Eichbacherschloß, Landau bis Carlsruhe; auch eignet es sich seiner gesunden Lage wegen für einen Sommeraufenthalt. Näheres ertheilt auf frankirte Briefe der Eigenthümer Friedrich Hoffmann daselbst.

Neue

Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 9 | den 10. Januar 1852.

Deutschland.

= Pfalz. Man ist sehr bemüht, den neulichen Gewaltstreich in Frankreich und die vermeinten Zustände dieses Landes für eine Folge der Staatsform auszugeben, die Ursache derselben in den freiheitlichen Bestrebungen unserer Zeit überhaupt zu suchen, und man benützt jene empörenden Vorgänge bereits als Vogelscheuche für Gimpel; während die Ursachen, welche das Geschehene möglich machten, in ganz anderer Richtung zu finden sind.

Das von Ludwig dem XIV. begründete und von den meisten nachfolgenden Regierungen befolgte Regierungssystem, die offen zur Schau getragene Verschwendungssucht, Liederlichkeit und Frivolität, führten eine Verdorbenheit in allen Verhältnißen und nach jeder Richtung herbei, die bis in das innerste Mark der Nation drang, so daß die Revolution mit all ihren Großthaten und Schrecken nicht im Stande war, diese Verdorbenheit auszurotten. Nachdem die Factionen aufgelöst, die gährenden Leidenschaften ausgetobt und die Wogen der Revolution geebnet waren, wäre es verhältnißmäßig ein Leichtes gewesen, dieser Verdorbenheit zu steuern, wenn mit Weisheit auf dem von der Revolution gebahnten Wege zur festen Begründung wahrhaft volksthümlicher Zustände fortgeschritten worden wäre. Statt dessen beutete Napoleon alle Früchte der Revolution nur für sich aus, und gab dadurch der noch von dem frühern Regimente übrig gebliebenen Verderbniß neue Nahrung. Er berauschte zwar bis zur Uebersättigung die Nation mit Ruhm, aber das von ihm ausgebildete Centralisationssystem vernichtete vollends alle Selbstständigkeit der Individuen und Korporationen, jede freie Regung ward unterdrückt; das Polizeiwesen spähte auf jeden Schritt und Tritt, ermunterte zur Spionage und Angeberei; die gänzliche Abhängigkeit der Beamten von der Regierung würdigte die Behörden, welche Diener des Volkes sein sollen, zu Knechten der Gewalt herab, führte aber auch zu jenem berüchtigten Bestechungs- und Diebssystem, das heute noch in Frankreich nichts weniger als verschwunden ist.

Die Restauration, indem sie das ganze Verwaltungssystem Napoleons mit allen seinen verderblichen Folgen beibehielt, fügte durch ihr Hinneigen an alte, durch die Revolution vertilgte und der Nation verhaßte Zustände, nur noch neue Uebel hinzu. — Die Regierung des „Bürgerkönigs" Louis Philipp änderte an allen diesen verderbenschwangern Zuständen nicht nur nichts, sondern brachte das Bestechungs- und Corruptionssystem auf die höchste Stufe, so daß Alles, was dem wahren Patrioten, was dem rechtschaffenen Manne heilig und theuer ist, für Geld feil war.

Auf diese Weise bildete sich jener grenzenlose Egoismus der Individuen und Parteien heran, der stets und vor Allem nur an sich selbst denkt, mit Ehre und Pflicht, mit der Heiligkeit der Eide nur ein frevelhaftes Spiel treibt. Doch nicht allein diese verdorbenen politischen und moralischen Zustände sind eine Folge des seit länger als zwei Jahrhunderten, mit geringen Unterbrechungen, befolgten Regierungssystems, sondern auch jene heillos verwirrten socialen Zustände, welche Frankreich einem gähnenden Abgrunde zugeführt, sind ebenfalls zumeist eine Frucht jenes Systems.

So nach jeder Richtung hin von oben herab durch und durch verdorben, wurde Frankreich 1848 von einer neuen Revolution überrascht, und diese Verdorbenheit trat mit einem Schlage o f f e n zu Tage. Was Wunder, daß derselbe binnen wenig Jahren nicht Einhalt geschehen, daß d r e i J a h r e nicht gut machen konnten, was z w e i J a h r h u n d e r t e verschuldet. Was Wunder, wenn man dabei insbesondere noch die unausgesetzten bourbonischen und orleanistischen Machinationen ins Auge faßt. Statt durch redliches Zusammenwirken Aller die alten blutenden oder schlecht vernarbten Wunden des Landes zu heilen, riß man alle Wunden immer wieder von Neuem auf, bis man endlich das Land zerrüttet, in allen Verhältnißen zerrissen, aus Parteiabsichten zum großen Theile wehrlos gemacht, Demjenigen überlieferte, der am Meisten zu wagen geneigt war und dabei die beste Gelegenheit zum Verfassungsumsturze geboten fand!

Allein wie lange wird und kann der heutige Zustand dauern?!

***† Zweibrücken,** den 7. Jan. (Assisenverhandlungen.) Es werden in heutiger Sitzung von dem Präsidenten eine Reihe von Belegen, die sich auf die Wirksamkeit der beiden Cantonalausschüße und des Angeklagten beziehen, verlesen, und hierauf wird mit dem Zeugenverhör fortgefahren.

6. Zeuge. Gastwirth G r e i n e r von Pirmasens: War im 1. Cantonalausschuß mit Fuhrmann und sagt, daß von diesem Ausschuße zwar Alles, was der Cantonalausschuß verlangt, beschlossen, aber wenig ausgeführt worden sei; daß er den Fuhrmann früher mit Unrecht wegen des Druckes und der Verbreitung einzelner Beschlüße in Verdacht gehabt habe. Er modificirt sein früher über ihn ausgesprochenes Urtheil dahin, daß er glaube, daß Fuhrmann die Stelle des Majors nur, um sich bei seiner Vermögenslosigkeit eine Subsistenz zu verschaffen, und auf specielles Zurathen acceptirt und lieber einen Dienst von der legalen Regierung angenommen haben würde; sagt weiter: Fuhrmann ist solid und brav und nicht böswillig, hat erst dann die Befehle der prov. Regierung vollzogen, als er zum Major ernannt war. Er mußte sie natürlich vollziehen. Derselbe hat auch auf Requisition des k. Friedensrichters Leute verhaften und nach Zweibrücken führen lassen.

7. Bürgerm. Gust. D i e h l von da: war ebenfalls im 1. Cantonalausschuß und gibt dem Angeklagten ein gutes Zeugniß, ähnlich wie Zeuge Schneider.

8. C. S c h n e i d e r, Sattler v. Pirmasens: war selbst bei der Mobilgarde unter Fuhrmann, zog mit über den Rhein spricht von Zwang, der hier durch Sensenmänner geübt worden, ohne jedoch bestimmt sagen zu können, ob und in wie weit Fuhrmann den Befehl hiezu gegeben. Im Gefecht war er nicht und weiß auch nicht, daß Fuhrmann darin war.

Aus der Deposition des 9. und 10. Zeugen: des Bürgermeisters Briegel von Zeselberg und des Adjuncten M a y e r von Weselberg, in Verbindung mit einem Berichte des k. Friedensrichters Dup in Waldfischbach, ergibt sich, daß wegen einer im Martin'schen Wirthshause in Zeselberg zwischen Zeselberger und Weselberger jungen Burschen stattgefundenen Schlägerei und der hiebei gegen den Wirth verübten und später zuchtpoliceilich bestraften groben Excesse in beide Gemeinden Executionstruppen von Pirmasens, auf Befehl des Civilcommissärs Diehl kamen, einige Bursche des andern Morgens in der Frühe verhafteten und nach Waldfischbach transportirten, woselbst dieselben noch am selben Tage durch den k. Friedensrichter wieder in Freiheit gesetzt wurden; daß die Gemeinde Zeselberg für Löhnung dieser Truppen 31 fl. 10 kr., Weselberg 43 fl. 39 kr. zu zahlen hatten, daß der

Angeklagte erst des andern Morgens, als bereits die Verhaftungen stattgefunden hatten, nach Iselberg kam und bald nachher wieder nach Waldfischbach zurückkehrte.

Die Zeugen: 11. Bürgermeister Mischler, 12. Christian Helbling, 13. Pfarrer Kittler, 14. Kaufmann Guillemin, Alle von Schönau, deponiren, daß am 5. Juni circa 60 Mann Executionstruppen in die Gemeinde gekommen und sich bis zum andern Tag daselbst aufgehalten hätten. Das Verhalten des Bürgermeisters, der sich gegen die prov. Regierung erklärt, und den von dem Civilcommissär Diehl geforderten Eid auf die Reichsverfassung nicht geleistet habe, sei die Veranlassung gewesen. Georg Schneider, der Delegirte Diehls, sei bei dieser Mannschaft gewesen, habe einen andern Bürgermeister eingesetzt und die Beamten beeidigt. Fuhrmann und sein Bruder seien die Anführer der Mannschaft gewesen. An Ersteren habe die Gemeinde für Löhnung der Mannschaft 65 fl. zahlen müssen.

Der Angeklagte gibt zu, daß er auf Befehl von Diehl den Zug nach Schönau gemacht und die erwähnte Summe bezogen habe.

Die Aussage vom 15. Z. Ferd. Mischler und 16. Z. Adjunct Wolf von Petersbächel bezieht sich auf die von Louis Fuhrmann, dem Bruder des Angeklagten, am 7. Juni angeordnete und versuchte Verhaftung des Ersteren und gravirt den Angeklagten nicht.

17. Z. Adjunct Joh. Georg Schlick von Fischbach spricht davon, daß in seiner Gemeinde solche Exzesse und Drohungen vorgefallen seien, daß er nach vorheriger Verständigung mit dem Gemeinderathe, selbst zu dem Angeklagten nach Schönau gegangen und diesen um Executionsmannschaft angegangen habe, mit dem Anerbieten, dieselbe zu bezahlen. Diesem Begehren habe der Angeklagte durch Absendung von 17 bis 18 Mann entsprochen und bei seiner Durchreise durch Fischbach von ihm für Löhnung 9 fl. 30 kr. erhalten. Auf specielles Ersuchen des Gemeinderathes und des katholischen Pfarrers Ackermann sei Louis Fuhrmann mit seiner Mannschaft noch bis nach abgehaltener Frohnleichnamsprocession geblieben und habe die weiteren Löhnungskosten erhalten.

Die Zeugen 18 bis 22 inclusive deponiren über die Entwaffnung der Grenzaufseher in Bobenthal und auf dem St. Germanshofe, welche unter der Anführung des Louis Fuhrmann stattgefunden hat, und zwar unter Berufung auf einen schriftlichen Befehl des Civilcommissärs Diehl sowie des Dr. Weigel, als Vorstand des Cantonalausschusses in Dahn. Keiner dieser Zeugen gravirt den Angeklagten.

23. Z. Adjunct Keßler in Erlenbach: Bei dem Fluchtzug am 17. Juni habe Fuhrmann mit seiner Mannschaft in Erlenbach übernachtet und ihm befohlen, weil seine Leute ganz erschöpft waren, Wachen auszustellen, um einen Ueberfall zu verhüten, sowie sein Pferd zu bewachen, das in Ingenheim mitgenommen worden sei. Von Hörensagen wisse er, daß dieses Pferd wirklich, wie der Angeklagte behauptet, dem Eigenthümer später wieder zurückgegeben worden sei. Beim Abmarsch habe der Angeklagte ihm die Hand gereicht, für jeden erwiesenen Dienst gedankt und ihn um einen Boten als Wegweiser gebeten.

Fuhrmann hatte schon in der gestrigen Sitzung bei seiner Vernehmung erklärt, daß er das erwähnte Pferd nicht selbst weggenommen, sondern solches von Major Weidig zum Gebrauch erhalten, und es dem Eigenthümer, nachdem er dessen Namen erfahren, später zurückgegeben habe.

24) Joseph Schlick, der frühere Bürgermeister und 25) Friedr. Keller, Ackersmann von Bundenbach, sagen, daß ihre Gemeinde gleichfalls von Dahn aus Executionsmannschaft erhalten und hiefür 33 fl. habe zahlen müssen. Dieses Geld sei an Lieutenant Weinstetter bezahlt worden. —

Mit der Abhör dieses letzten Belastungszeugen wurde die heutige Sitzung geschlossen. —

* **München,** den 6. Januar. Es tritt mehrfach die Ansicht hervor, daß man den Betrag des Deficits, welches Ergebniß der Budgetaufstellung sein wird, durch Ausgabe von Papiergeld decken solle, um unter den jetzigen Verhältnißen eine Steuererhöhung zu vermeiden.

* Die Ausweisung der HH. Riese (aus Forst in der Pfalz) und Fries (Maler, aus Heidelberg), ist nicht, wie Manche erwarteten, zurückgenommen, sondern beide müssen die hiesige Stadt verlassen. Dem Erstgenannten soll als Grund sein Verhalten im Jahre **1848**, dem Letztgenannten sein Verkehr mit Democraten bezeichnet worden sein; gelegentlich einer Haussuchung bei Fries soll man entdeckt haben, daß derselbe mit Professor Vischer in Tübingen in Correspondenz stehe (der im Frankfurter Parlamente bekanntlich zum Centrum gehörte!)

* Die Angabe öffentlicher Blätter, daß Hr. Gotthelf von der Redaction des „bayer. Eilboten" zurücktrete, ist vorerst unbegründet.

* In der letzten Nacht kamen hier 3 Personen in einem Stübchen des Bahnhofs durch Kohlendampf oder Gas um das Leben. Gleichzeitig werden einige Morde oder Mordversuche erzählt.

* **München,** den 6. Jan. Der Abg. Kolb hat folgende Interpellation an den Hrn. Staatsminister des Innern gerichtet:

„Als im vorigen Spätsommer große Landesstriche, insbesondere in der Pfalz, von verheerenden Ueberschwemmungen heimgesucht wurden, und die Privaten sich vielfach anschickten, die Beschädigten durch Darreichen freiwilliger Gaben zu unterstützen, beschloß die Regierung, die Sache in die Hand zu nehmen. Auch ordnete dieselbe alsbald Unterzeichnungen zu diesem Behufe an, deren Beträge, so viel der Unterzeichnete selbst wahrnehmen konnte, bereits im Monate October v. J. erhoben wurden.

„Mittlerweile ist eine bedeutende Zeitfrist vergangen. Zu den Entbehrungen der Erndte gesellen sich für die Beschädigten noch die — trotz aller beruhigenden Versicherungen — bisher sehr hoch gebliebenen Preise der Lebensmittel, und überdies die Härte des früh eingetretenen Winters.

„Dessen ungeachtet hat eine Vertheilung der erhobenen Gelder zur Unterstützung der Beschädigten noch nicht stattgefunden; ja es sollen, wie dem Unterzeichneten aus verschiedenen hauptsächlich betheiligten Orten mit Bestimmtheit versichert wird, noch nicht einmal theilweise, vorläufige Zahlungen erfolgt, sondern blos die (verhältnißmäßig wenigen) Naturalgaben vertheilt sein.

„Offenbar entspricht dies weder dem Zwecke der Sammlung, noch der Absicht der Geber, welche jedenfalls größtentheils von dem Grundsatze geleitet wurden: bis dat qui cito dat.

„Unter diesen Verhältnißen erlaubt sich der Unterzeichnete die Anfrage an den kgl. Herrn Staatsminister des Innern:

„ob derselbe die geeigneten Anordnungen getroffen habe oder zu treffen gedenke, damit die Unterstützungsgelder den Beschädigten wenigstens ohne allen weitern Verzug zugetheilt werden.

„München, den 5. Jan. 1852. G. F. Kolb."

München, den 6. Jan. Ein Kriegsministerialrescript verfügt, daß vom 1. Jänner d. J. an bei allen Truppenmärschen die Kosten für Einquartierungs-, Verpflegs- und Vorspannleistungen der Gemeinden und Quartierträger, ebenso die Transportkosten auf Eisenbahnen 2c., wieder sogleich baar bezahlt werden sollen.

Wie die „Augsb. Postztg." meldet, ist den Gewerbtreibenden in München bei Strafe von 25 Thlrn. verboten worden, an Sonn- und Feiertagen arbeiten zu lassen.

Nürnberg, den 6. Jan. Vergangenen Sonnabend kam der frühere Prediger der aufgelösten freien Gemeinde in München, Bachmann, auf seiner Reise nach Ansbach hier an und übernachtete in einem Gasthofe. Während seiner Abwesenheit am folgenden Tage wurden seine Effekten von der Polizei abgeholt, er selbst aber später auf das Stadtkommissariat berufen, wo er nach genauer Durchsuchung seines Gepäckes protokollarisch über den

Zweck seiner Reise befragt wurde, ob er hier eine Zusammenkunft mit irgend Jemand gehabt, ob er von hier Unterstützung erhalte ꝛc. (N. K.)

Bamberg, den 5. Jan. Das Tagbl. schreibt: Die Errichtung eines Franziskaner-Hospitiums in hiesiger Stadt steht in naher Aussicht. Die hiezu nöthigen Baulichkeiten sind bereits käuflich erworben.

Kassel, den 3. Jan. Heute ist der Bürgerausschuß aufgelös't worden. Einer Reihe von Mitgliedern ist die Wiederwählbarkeit auf neun Jahre entzogen; als Grund ist der Widerstand gegen die Ausführung der gesetz- und verfassungswidrigen Verordnung vom 7. Juli 1851, die Umbildung der inneren Landesvertretung betreffend, vorzüglich in Betreff der Bezirksrathswahl, angeführt. Man betrachtet den gegenwärtigen Bürgerausschuß als der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gefährlich. Auch gegen eine Reihe von Mitgliedern des Stadtrathes, der in keinem Falle aufgelös't werden kann, soll disciplinarisch nach Maßgabe des — natürlich ebenfalls gesetz- und verfassungswidrigen — provisorischen Gesetzes vom 14. Juli 1851, Abänderungen des Staatsdienstgesetzes betreffend, vorgeschritten werden. Da gegen die Gewalt natürlich nichts auszurichten ist, so wird wol eine Neuwahl des Bürgerausschusses Statt finden müssen; allein dafür, daß der neue Ausschuß ganz dieselben Gesinnungen hegen und dieselben Grundsätze befolgen wird, wie der aufgelös'te, will ich wol bürgen. (K. Z.)

Berlin, den 2. Jan. Die Antipathien gegen Ludwig Bonaparte und den Bonapartismus sind hier im Wachsen, nicht im Abnehmen begriffen, was man darüber auch von anderer Seite verbreiten mag. So ist es in den Volksschichten, so in militärischen Kreisen und — darüber kann kaum ein Zweifel obwalten — selbst an höchster Stelle. . . . Auffallend ist die Thatsache, daß die französischen Geschäftsträger an einigen norddeutschen Höfen, wegen der kalten Haltung derselben, den Handlungen Ludwig Napoleons gegenüber, in ziemlich impertinenter Weise sich benommen haben sollen. (A. Z.)

— den 5. Jan. Am 2. Jan. ist von Seiten der preußischen Regierung eine Circulardepesche an alle Regierungen des Zollvereins abgesendet worden, des Inhalts, daß Preußen es als eine Austrittserklärung aus dem Zollverein betrachten müsse, wenn eine der in diesem stehenden Regierungen in Wien einem Beschlusse der dortigen Zollconferenz beitreten würde.

Wien, 2. Jan. Der Papiergeldumlauf mit Zwangscours betrug mit Ende November 1851, 368'369,045 Gulden, und jener des Papiergeldes ohne Zwangscours 18'192,812 Gulden C.-M.

Der österr. Feldzeugmeister, Baron Haynau, den die Journale bereits als vollkommen genesen schilderten, ist gestern aus Gräfenberg hier angelangt. Sein Aussehen ist sehr leidend, und man findet keine Spur mehr von jener Lebhaftigkeit und Frische, die dem General früher in so hohem Grade eigen war.

Frankreich.

Napoleonische Möglichkeiten. Folgender Brief eines sachkundigen und patriotischen Deutschen macht auf die Möglichkeit kriegerischer Gelüste aufmerksam: „Louis Napoleon sieht sich nach Bundesgenossen um und macht sich auch welche. Man muß gestehen, er weiß zu wählen, er geht klug zu Werke, nur nicht so consequent, wie er möchte. Daran sind höhere Mächte Schuld. Das Pantheon war die Friedenspfeife, die er mit der klerikalen Partei rauchte, und die Erneuerung des Dekrets über die Sonntagsfeier war die erste Rauchwolke, die aufstieg; die Aufforderung Montalemberts, mit Ja für Louis Napoleon zu stimmen, war die zweite. Die klerikale Partei, sonst so gottesgnadenthümlich und legitimistisch gestimmt, war also die erste, die ihn acceptirte, denn ihr ist jede Regierungsform recht, wenn sie sich ihrer zu bedienen kann. — Mit der Arbeiterpartei ist es dem Präsidenten bis jetzt noch nicht so sehr geglückt. Drei Tage vor dem Staatsstreiche hielt er vor den Vertretern mehrer Associationen eine Rede, in welcher die beliebte Köderphrase von Befreiung vom Salair gar lockend figurirte. Auch soll es dem Präsidenten bitterer Ernst gewesen sein, mit den Arbeitern Hand in Hand zu gehen und so sein börsengenährtes Jahrhundert in die Schranken zu fordern — aber der Mensch denkt und sein Gott, das Geld, lenkt. — Vom Salair befreien, heißt das nicht so viel als das Kapital tödten? — und das Kapital tödten, heißt das nicht den Herren Fould, Rothschild und Consorten den Todesstoß geben? Diese aber werden sich hüten, sich von ihrem Schuldner den Todesstoß geben zu lassen und haben ihm vorsorglich die Hände gebunden. Er kann sich nicht rühren. Einen Kerker, aus Schuldverschreibungen gebaut, haben sie bereits um ihn aufgeführt und ihm eine Menge von Bedürfnissen zur Nothwendigkeit gemacht, deren Befriedigung allein in ihrer Macht, in der Macht ihrer Börsen und der Börse überhaupt steht. Selbst wenn der Präsident schuldenfrei wäre, wie ein Fuchs am ersten Tage des Semesters — die ihn umgeben und leiten, sind alte, bemooste Häupter, die mit Haut und Haaren den Manichäern verfallen sind. Daher kommt es, daß in der Rue Lafitte heut zu Tage eben so viel und vielleicht mit größerem Nachdruck regiert wird, als im Elysée — daher die vielen Inconsequenzen, die man sich sonst nicht erklären könnte. Glauben Sie z. B., daß Cavaignac, der gefürchtete Cavaignac, „der Retter der Gesellschaft," sich heute auf freien Füßen und in den Armen seiner achtzehnjährigen Braut befände, wenn sein Herr Schwiegervater, der reiche Odier, nicht ein gewisses großes Buch besäße, in welchem der Name Morny, begleitet von einem himmelschreienden Soll, zu lesen ist? — Sehen Sie, so beschaffen ist die tragische Schuld, an welcher jener wiedergekehrte Polyneikes, jener Held vom 10. December und vom Boulevard du Temple zu Grunde gehen wird — erschlagen vielleicht von der Hand des eigenen Bruders Eteokles Morny. Dieser darf und will auch aus Princip von den Arbeitern nichts wissen, und wenn Louis von Befreiung vom Salair spricht, ruft er ihm zu: „Du hülle Dich in dieses Wort!" ich aber gehe in die Rue Lafitte, um zu fragen, was den Göttern des Hades, den Plutokraten genehm sei. So werden wir in Kurzem das Schauspiel erleben, wie Louis Napoleon plötzlich den „Nationalen" auf die Schulter springt. Der Gedanke, das zu thun, verfolgt ihn, den Sohn und Histrio der kaiserlichen Traditionen, schon lange — aber bisher war es vorzugsweise die Finanznoth, dann die flüchtige Hoffnung, mit den Arbeitern einen Bund zu schließen, welche ihn hinderten, den Gedanken am Zipfel zu fassen. Auch hängt es noch von politischen Conjuncturen ab, ob er Savoyen oder die französische Schweiz oder Belgien oder den Rhein unter das Wörtchen Gloire, diese alte und einzige Grundidee des ehemaligen Kaiserreichs, auf seine Fahne schreibt. So viel kann ich Ihnen nach guten Quellen versichern, daß schon für den Fall einer günstigeren Aufnahme des Staatsstreiches ein Placat vorbereitet war, dessen erster Paragraph so(?) lautete: Die Grenzen Frankreichs sind bis an den Rhein ausgedehnt! — Es gibt heute noch ein Stück Frankreich, dem sich beim Wörtchen Gloire, besonders beim Wörtchen Rhein, der Kopf vor Schwindel dreht, — bei einer großen Majorität aber verblassen diese ehemals so glänzenden Losungsworte vor den gemeinen Ausdrücken: Boutique, Rente, Bestellungen, Handel und Gewerbe, Geld, Geld, Geld! Und während jenes Stück Frankreich an den Rhein rückt, kann sich diese triviale Majorität mit dem Zetergeschrei erheben, daß man den „Bestellungen" den Weg versperre; und kann der brodlose Arbeiter, zur Eroberungsarmee stoßend, diese in eine Propagandaarmee von (socialistischen) „Aposteln" umwandeln. Was dann?"

Paris, den 4. Jan. Die Gerüchte über auf den Präsidenten der Republik gemachte Attentate erhalten sich noch immer. Bestimmtes hierüber erfährt man natürlich nicht. Außer einem Soldaten soll auch ein anderes In-

dividuum einen Versuch gemacht haben, den Präsidenten zu ermorden. Der Mann hatte eine Audienz verlangt, die ihm auch gewährt worden war. Bei seinem Eintritt in das Vorzimmer bemerkte der dienstthuende Offizier unter dem Rocke ein Pistol versteckt. Der Mann wurde sofort ergriffen, entwaffnet und nach der Polizeipräfectur gebracht. (K. Z.)

Die Constitution werden Sie in einigen Tagen schon im „Moniteur" lesen. Die Wahlen für den gesetzgebenden Körper sind auf den 25. d. Mts. festgesetzt; derselbe wird aber erst im Monat Mai einberufen werden. Die Zwischenzeit will der Präsident zur Ausarbeitung der organischen Gesetze benutzen und bis dahin alle erlassen. Ungefähr zugleich mit der Constitution wird auch ein Decret erscheinen, welches die Gefangenen von Ham ihrer Haft entläßt, denselben aber den Aufenthalt in Frankreich und Belgien bis auf weitere Anordnung untersagt. Mit der Regierung des letztgenannten Landes ward zur Ausführung dieses Decretes die nöthige Uebereinkunft getroffen.

Heute gibt Louis Napoleon in den Tuilerien den Delegirten der Departemente ein großes Bankett.

Die große Statue der Freiheitsgöttin, die im Jahre 1848 auf dem Platze des Palais Bourbon aufgestellt wurde, ist gestern fortgeschafft worden.

Die politischen Notabilitäten und sonstige Personen von Rang zeigen sich der neuen Regierung gerade nicht sehr geneigt. Bis jetzt haben noch wenige Personen der alten Aristokratie sich dem neuen Regime angeschlossen. Man hatte gehofft, den Senat mit einigen Notabilitäten des Faubourg St. Germain ausschmücken zu können; außer dem Grafen de Montalembert, seinem Schwager de Mérode und dem Fürsten de Beauveau (Schönfalb) hat sich noch Niemand bereit erklärt, eine Senatorenstelle anzunehmen. Viele minder bedeutende Personen haben sich jedoch in Masse gemeldet, um ihre politische Bedeutungslosigkeit unter einem Senatorenmantel zu verbergen.

— den 5. Jan. Der Minister der Culten hat an die Bischöfe von Frankreich ein vom 29. Decbr. datirtes Circular erlassen, welches verfügt, daß das Gebet, welches gewöhnlich am Schluß des Gottesdienstes gehalten wird, fortan folgendermaßen zu beginnen habe: Domine, salvum fac Rempublicam; Domine, salvum fac Ludovicum Napoleonem etc. (Herr, erhalte die Republik; Herr, erhalte Louis Napoleon.)

Das Pantheon soll, bevor es die kirchliche Weihe empfängt, auf Staatskosten prachtvoll hergerichtet werden.

Der Gemeinderath zu Puy ist abgesetzt worden, weil er keinen Abgeordneten zu den hiesigen Festlichkeiten abschicken wollte. Der Stellvertreter eines Friedensrichters ward verhaftet und eingekerkert, weil er zur Abstimmung gegen L. Napoleon aufforderte.

Italien.

Venedig, den 2. Jan. Paul Flora, Doctor der Arzneikunde, gebürtig aus Treviso, ist wegen seiner Verbindung mit der revolutionären Propaganda und als thätiges Mitglied derselben, von dem k. k. Kriegsgerichte wegen Hochverrathes zum Tode durch den Strang verurtheilt worden. F.-M. Radetzky hat die zuerkannte Strafe im Gnadenwege in achtjährige Kerkerhaft verwandelt.

Rom, den 25. Dec. Die Kälte dauert hier in ihrer Strenge fort. In den Gebirgen hat hoher Schneefall den Verkehr mit der Hauptstadt nach verschiedenen Richtungen hin unterbrochen.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 8. Jan. Sämmtliche Vorsteher der vorgestern durch Polizeibeschluß aufgelösten Vereine, sowie viele Mitglieder derselben, sofern dieselben nicht von hier sind, sind von hier ausgewiesen worden und müßen meist bis heute Mittag Frankfurt verlassen haben. (F. J.)

Wien, den 4. Jan. Heute fand in einem der Säle des Landhauses die Eröffnung der Zollconferenzen durch den Fürsten v. Schwarzenberg statt.

Tarnow, den 1. Jan. Nachrichten aus Krakau zufolge soll Adam Graf Potocki bereits in Freiheit gesetzt worden sein.

Paris, den 6. Jan. Es wird versichert, in den Einrichtungen der Universität und dem Unterrichtsplane der Lyceen würden belangreiche Aenderungen eingeführt werden.

Man spricht von einer Vermehrung des Cadres der Marine-Infanterie-Regimenter.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 6. Jan. Weizen 6 fl. 13 kr., Korn 5 fl. 11 kr., Gerst 4 fl. 41 kr., Spelz 4 fl. 20 kr., Hafer 3 fl. 29 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 3. Jan. Weizen 6 fl. 17 kr., Korn 5 fl. 13 kr., Spelz 4 fl. 27 kr., Gerst 4 fl. 47 kr., Hafer 3 fl. 20 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 6. Jan. Weizen 6 fl. 4 kr., Korn 5 fl. 9 kr., Spelz 4 fl. 11 kr., Gerst 4 fl. 40 kr., Hafer 3 fl. 1 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[767²] ☞ Zwanzig geübte **Cigarrenmacher** finden dauernde Beschäftigung bei G. A. Schmitgen in Speyer.

[760³] **Wirthshausversteigerung.**

Montag, den 19. Januar 1852, Nachmittags 3 Uhr zu Speyer im Wirthshause zur Blume, läßt Friedrich Müller, Etuisfabrikant, in New-York wohnhaft, sein in hiesiger Stadt in der Korngasse gelegenes Wohnhaus, das Wirthshaus zur Blume, nebst Waschküche, Werkstätte, Nebenbauten, Hof und allen andern Zubehörungen auf einer Fläche von 19 Ruthen, neben Weinhändler J. Völcker und Erben Burschell, jetzt Schuhmacher Gulden, gelegen, zu Eigenthum öffentlich versteigern.

Das Haus ist dreistöckig, solid gebaut und gut eingerichtet. — Es wurde seither in demselben mit gutem Erfolge Wirthschaft betrieben, eignet sich aber auch seiner vortheilhaften Lage wegen zum Betriebe eines jeden andern öffentlichen Geschäftes.

Speyer, den 29. December 1851.

Kissel, Notär.

[772] **Immobilienversteigerung.**

Montag, den 26. Januar 1852, Nachmittags 2 Uhr, zu Germersheim im Wirthshause zum Salmen, lassen die Eheleute Johann Baptist Platz, Gürtler, und Catharina Bergmüller, ihre sämmtlichen Güterstücke, sowie ihr zu Germersheim im neuen Stadttheile, in der Nähe des Weißenburger Thores gelegenes zweistöckiges Wohnhaus mit daran liegendem Gärtchen, öffentlich auf Eigenthum versteigern.

Bis zum Tage der Versteigerung kann das Wohnhaus sammt Zugehör, aus freier Hand gekauft werden.

Germersheim, den 5. Januar 1852.

[773] **Immobilienversteigerung.**

Montag, den 26. Januar 1852, Nachmittags 4 Uhr, zu Germersheim im Wirthshaus zum Salmen, lassen die Eheleute Georg Mayer, Ackersmann und Margaretha Kerner, in Germersheim wohnhaft, ihre sämmtlichen Immobilien, worunter ein zu Germersheim im neuen Stadttheile liegendes, zweistöckiges, in Stein erbautes Wohnhaus, das sich seiner günstigen Lage wegen zum Betriebe eines jeden Gewerbes eignet, öffentlich auf Eigenthum versteigern.

Germersheim, den 6. Januar 1852.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag · Nro. 10 den 11. Januar 1852.

Deutschland.

• **München,** den 7. Jan. (63. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Nach Erledigung der Formalien verliest Prell eine Interpellation an den k. Staatsminister des Innern folgenden wesentlichen Inhalts:

In München habe früher kurze Zeit ein s. g. „Wanderunterstützungsverein" bestanden, welcher im Juli 1849 aufgelöst worden, nachdem er zuvor über sein etwa 1000 Gulden betragendes Vermögen verfügt, welches er nemlich dem Rechtsconcipienten Mayerhofer zum beliebigen Gebrauch überlassen habe. Dessenungeachtet mache die Policei in neuerer Zeit dieses Vermögen zum Gegenstande von Nachforschungen. Die Policei habe mit Beiseitsetzung der gesetzlichen Förmlichkeiten, bei Mayerhofer eine Haussuchung vorgenommen, und eine demselben eigenthümlich gehörende Obligation von 500 fl. weggenommen; sie habe Mayerhofer verhaftet, unter dem Bedeuten, er werde so lange in policeilicher Haft gehalten werden, bis er sich zur Herausgabe des Vermögens jenes Vereines verstehe. In ähnlicher Weise sei gegen den bei der erwähnten Vermögensfrage ganz unbetheiligten Privatier Julius Knorr verfahren worden. Es liege klar am Tage, daß solches gegen alle gesetzlichen Bestimmungen verstoße; insbesondere sei die Hinwegnahme der Obligation nach Theil 1 Art. 438 des diesseitigen Strafgesetzbuchs strafbar; die Verhaftung aber erscheine als eine Art Tortur, zur Erzwingung eines Geständnißes, — strafbar, weil eine widerrechtliche Gefangenhaltung bildend. — Interpellant „könne nicht annehmen, daß das k. Staatsministerium ein solches alle Rechtssicherheit gefährdendes Verfahren gutheißen, sondern er dürfe voraussetzen, daß dasselbe dem gekränkten Rechte Genugthuung verschaffen und die Wiederkehr solcher Dinge verhindern werde." — Fragt sonach, ob dasselbe vom Vorfalle Kenntniß habe und gesonnen sei, schleunigst Anordnung zu treffen, daß Mayerhofer und Knorr ihrer Haft entlassen würden. *)

Minister Zwehl erwiedert: Er werde aus 3 Gründen nicht antworten: 1) weil die Interpellation so abgefaßt sei, daß er nicht antworten könne bei dem Schutze des Abgeordneten für seine in der Kammer gemachten Aeußerungen, 2) weil Interpellant nicht berechtigt sei, Aufschlüße über die Anordnungen der Policei zu fordern, und 3) weil er eine Einwirkung auf seine Amtswirksamkeit nicht gestatte.

Prell bemerkt kurz, die auf Mayerhofers Veranlassen eingeleitete gerichtliche Untersuchung werde die Richtigkeit seiner Angaben beweisen.

Hierauf Anzeige des Referenten über die Gesetzentwürfe in Betreff der Districts- und der Landräthe, dann über die Eingabe israelitischer Religionslehrer, Verbesserung ihrer bedrängten Lage betr. (Der Ausschuß beantragt Ablehnung des Antrags, unter Anerkennung der bedrängten Lage; allein die Gewährung von Unterstützungen gehöre nicht zu den Aufgaben der Kammer.)

Scharpff, Referent des 4. Ausschußes, erstattet Bericht über eine Beschwerde des Bierbräuers Bray von München, Verletzung verfassungsmäßiger Rechte betreffend. Der Beschwerdeführer ward gezwungen, beim Neubau eines um 60,000 fl. erkauften Hauses, dermaßen in eine Baulinie zurück zu rücken, daß er über 400 Quadratfuß, jedenfalls mehrere tausend Gulden werth, einbüßte; dennoch verweigere man ihm alle Entschädigung. — Die Majorität der Ausschußmitglieder hat, wie bei der Pöhlmann'schen Beschwerde, auch diese zur Verhandlung nicht geeignet erklärt (mit 5 gegen 3 Stimmen.) Referent, zur Minderheit gehörend, entwickelt deren Gründe, wie namentlich das Eigenthum gesichert sein müße, und Niemanden dasselbe ohne Entschädigung genommen werden dürfe.

Präs. Hegnenberg wirft die Frage auf, ob auch ein Mitglied der Majorität des Ausschußes deren Motive angeben wolle.

Lang. Im Ausschuße sei diese Frage angeregt, aber beschlossen worden, nur durch den Referenten Anzeige zu erstatten.

v. d. Pfordten. Es müße der Regierung daran liegen, daß die Kammer nicht blos die Minoritäts-, sondern auch die Majoritätsgutachten höre; man möge für künftige Fälle Vorsorge zur Beseitigung des Mißstandes treffen.

Scharpff. Andere Gründe, als die von ihm angeführten wegen des Baureglements, (welche er bekämpfte), habe er nicht vernommen.

Lasaulx. Die Gründe der Majorität seien gewesen: Bray habe die Baulinie gekannt; auch sei ihm sein Eigenthum nicht genommen, sondern ihm nur nicht erlaubt, dasselbe zu überbauen. (Lachen.)

Scharpff will hierauf antworten, der Präsident erklärt jedoch, daß er eine Discussion nach der Geschäftsordnung nicht zulassen dürfe.

Hierauf Anzeige, daß einige weitere Beschwerden vom Ausschuße nicht geeignet zur Vorlage erklärt worden, darunter eine der Schenkwirthe von Germersheim, welche sich darüber beschweren, daß Militärpersonen Wirthschaft treiben. — Diese Beschwerde sei durchaus nicht belegt.

Berichterstattung des 5. Ausschußes über eingekommene Anträge. Unter den zur nähern Prüfung zugelassenen einer, auf Errichtung eines homöopathischen Spitals auf Staatskosten. —

Bierbrauer Pöhlmann von Münchberg stellte das Ersuchen: den König zu bitten, den bekannten Ministerialbeschluß wegen seines Brauhauses aufzuheben, und auszusprechen, daß die Bürger von Münchberg in seinem Brauhause wieder Bier brauen dürften.

Reinhart, welcher sich diese Vorstellung angeeignet, befürwortet dieselbe, gegen den Vorschlag des Ausschußes, sie ad acta zu legen. Einem Bürger sei sein Eigenthum um 6 bis 7000 fl. entwerthet worden; der ganze Beschwerdeausschuß habe anerkannt, daß, wenn es sich auch nicht um eine Verfassungs-, so doch um eine Rechtsverletzung handle. Wenn die Kammer sich nicht mehr competent halte zu bitten, dann möge man den Saal schließen und nach Hause gehen.

Mit Majorität erklärt sich die Kammer nach dem Ausschußantrage **nicht** competent.

Hebberling interpellirt: Vor dritthalb Monaten habe der Abg. Reinhart behauptet, bei den Abgeordnetenwahlen in Schwaben seien Wählern Bajonette auf die Brust gesetzt worden; noch habe derselbe den ihm auferlegten Beweis nicht geliefert.

Reinhart. Auch ohne diese Mahnung hätte er denselben gebracht; erbittet sich nur noch Zeit bis zur nächsten Woche.

Dr. Schmidt. Greift das Verfahren des Präsidenten an, welcher eine von ihm gestellte Beschwerde über

---

*) L. Letzte ward mittlerweile in Freiheit gesetzt.

die Hinwegnahme von Blättern des Fränkischen Kuriers, welche Beschwerde nur theilweise früher erledigt worden, als abgethane Sache bei Seite gelegt habe. — Es erfolgen Bemerkungen von Hegnenberg, Weis und Thinnes, und Entgegnungen von Schmidt. — Der Antrag desselben, die Kammer möge seine Beschwerde an einen Ausschuß verweisen, wird mit Majorität verworfen.

Morgen: Beginn der Berathung des Districts- und Landrathsgesetzes.

*** München,** den 7. Jan. Nach einer amtlichen Zusammenstellung schloßen im J. 18½ die Rechnungen der Cultusstiftungen in der Stadt München mit einem Activstande von 2'170,000 fl., in Augsburg mit 984,000, in Nürnberg mit 970,000, in Würzburg, Dinkelsbühl und Bamberg mit mehr als je 600,000 fl. — Die Unterrichtsstiftungen in Augsburg besitzen 1'028,000 fl., in Nürnberg 944,000, in Straubing 169,000, in München blos 154,000 fl. —

* Von den am Neujahrstage verliehenen Orden kommen, so viel bekannt, folgende nach der Pfalz: Verdienstorden vom hl. Michael erhielten: Appellationsgerichtsrath Popp in Zweibrücken, Bezirksgerichtspräsident Möhl in Frankenthal, Bezirksgerichtspräsident Hilgard in Zweibrücken, und Kreisbaurath May in Speyer.

München, den 5. Jan. In allen Kreisen des Königreichs werden durch dazu bestimmte Commissionen Pferde aufgekauft und dieselben sodann an die Militär-Fohlenhofsverwaltungen abgeliefert.

Das „Baier. Volksblatt" berichtet, daß der Entschluß der schottischen Bischöfe, aus dem Kloster St. Jakob zu Regensburg ein Seminarium für Jünglinge aus Schottland, sowie ein Noviziat des Benediktinerordens zu errichten, wodurch St. Jakob ein Mutterkloster für künftige Klöster in Schottland werden dürfte, nunmehr die königl. Genehmigung erhalten hat.

Augsburg, den 7. Jan. Die Allg. Ztg. berichtet: Wir erhalten heute aus Wien ein merkwürdiges Actenstück, den Entwurf zu einer Zolleinigung zwischen Oesterreich und dem Zollverein wie er dem jetzt versammelten Zollcongreß vorgelegt worden. Die Vorschläge werden ganz in dem großartigen Style gemacht, wie Oesterreich bisher diese Angelegenheit betrieben. Oesterreich fügt sich mit unerheblichen Modificationen allen bestehenden Einrichtungen des Zollvereins. Es schlägt eine gemeinschaftliche consularische Vertretung des Vereins vor, im Orient durch Oesterreich, in Amerika durch Preußen und die Hansestädte. Einen gemeinsamen Münzfuß, dessen Einheit auf unsern Gulden- und Thalerfuß und den 5-Frankenthaler sich reduciren ließe. Das Wichtigste aber ist die Grundlage einer neuen Vereinsverfassung, wo die Staaten nach Stimmenmehrheit sich entscheiden würden, und bloß bei einigen allerwichtigsten Entschlüßen noch außerdem die Ratification Oesterreichs und Preußens nöthig wäre. Die Einnahmevertheilung soll auf Grundlage der statistischen Nachweise Ende des Jahres 1858 berechnet werden.

Vor dem Kreis- und Stadtgericht Augsburg stand am 5. d. Ernst Freiherr v. Zündt, 32 J. alt, Familienvater und gewesener Postassistent zu Nördlingen, wegen Verbrechens der Amtsuntreue II. Grades. Er erbrach mehrere Postpackete und nahm daraus das Geld. Im Ganzen beläuft sich die unterschlagene Summe auf 479 fl. Das Urtheil lautet auf 2 Jahre Festungsstrafe, Entsetzung des Dienstes und „Verlust des Adels;" auch wurde er unfähig erklärt zu weiterem Staatsdienst, Würden und Ehrenämtern.

Frankfurt, den 5. Jan. Dem Vernehmen nach hat der Senat dem Ansuchen mehrerer hiesigen Bürger, sich um Zurücknahme der gegen sie und mehrere Andere von Seiten der badischen Regierung verhängten Ausweisung zu verwenden, keine Folge gegeben. (K. Z.)

Berlin, den 5. Jan. Der Abg. Harkort hat mit 50 Mitgliedern der Fraction, der er angehört, einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Grundsteuer-Freiheiten eingebracht, „da von Seiten des Ministeriums dem Vernehmen nach keine Vorlage zu erwarten ist." Der Entwurf ist derjenige, welcher unter dem Vorsitze des Obertribunalrathes Waldeck von dem Centralausschusse der Nationalversammlung 1848 berathen und redigirt wurde.

— den 7. Jan. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer, in welcher das Disciplinargesetz für die nichtrichterlichen Beamten auf der Tagesordnung stand, ward ein Antrag Hansemann's: „Die Vertagung des Gesetzes bis dahin auszusetzen, daß das in der Verfassung verheissene Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister erlassen sei," nach längerer Discussion darüber mit 87 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

Die „Spen. Ztg." erklärt heute selbst die von ihr gestern gebrachte Notiz, nach welcher die hiesige Regierung unterm 2. Jan. eine Circulardepesche an alle Regierungen des Zollvereins abgesendet habe, des Inhalts, daß Preußen es als eine Austrittserklärung aus dem Zollverein betrachten müsse, wenn eine der in diesem stehenden Regierungen in Wien einem Beschlusse der dortigen Zollconferenz beitreten werde, sei, wie ihr mit Bestimmtheit versichert werde, in aller und jeder Beziehung unbegründet.

Gleich nach dem Rücktritte Lord Palmerstons hat Preußen seine Note in der Flüchtlingsfrage zurückgezogen oder doch wesentlich modificirt, indem es erklärte, daß es zu dem gegenwärtigen Ministerium volles Vertrauen habe und specielle Anforderungen in Bezug auf die Flüchtlinge nicht mehr für nothwendig erachte.

Bremen, den 5. Jan. In unserer Presse ist eine große Thätigkeit. Die Democratie hat sich ein neues Organ in der wiedererweckten, jetzt drei Mal wöchentlich erscheinenden „Tages-Chronik" geschaffen, die Dulon wol wieder zu seinem Organ machen wird.

Wien, den 6. Jan. Dem Vernehmen nach hat die österreichische Regierung die Errichtung von Strafcolonien bereits beschlossen, und es wird auch schon an dem bezüglichen Gesetzentwurfe gearbeitet.

Frankreich.

Pariser Enthüllungen. Die Wahrheit kommt nie zu spät. Man schreibt von der Seinestadt: Weihnachten und Neujahr, die Zeit der étrennes, jene wichtige Epoche, welcher zwei Drittheile der Pariser Boutiquiers mit Sehnsucht entgegenharren und für die sie durch eilf Monate den enormen Luxus ihrer Auslegekasten unterhalten — diese wichtige Epoche ist gekommen, und siehe da, Bazars, Passagen und Magazine sind leer, öde, furchtbar öde. Der Boutiquier läßt die Arme sinken und schüttelt den Kopf — er, der aus seinem sicheren Verstecke den Füsiladen vom 3., 4. und 5. December zugejauchzt hat. Sie sollten ja den Handel und die Gewerbe wieder blühen machen. Er schüttelt den Kopf und fragt sich, ob es nicht dumm sei, ein Bonapartist zu sein? Der Staatsstreich und die Füsiladen sollten den ewigen Frieden herstellen und heute, vierzehn Tage nachher, glaubt man weniger als je an den ewigen Frieden, und der Handel, der unter der Furcht vor 52, wie die statistischen Tabellen ausweisen, geblüht hat gleich einer Blume trotz überhängendem Gewitter, der Handel läßt sein Haupt sinken und droht zu verdorren von der Krone bis zur Wurzel. Nach und nach erfährt man verschiedene Dinge, die die Zuversicht in Louis Napoleon und seinen Sieg unheimlich erschüttern. So weiß man jetzt, daß der Held von Straßburg, der Adlerjüngling von Boulogne, schon am 3. December gewaltig die Flügel hängen ließ und mit nichts weniger Aehnlichkeit hatte, als mit einem kaiserlichen Aar; man weiß, daß er an's Einpacken dachte und daß es manche Generale gegeben, die es ihm ernstlich anriethen, und daß St. Arnaud und Hr. v. Morny, zwei Leute, die beim Spiel gar Nichts zu verlieren und Alles zu gewinnen haben, die Einzigen waren, die den Muth des Croupiers bis zum letzten Momente behiel-

len. Ferner weiß man heute, daß sich während der bewegten Tage die geheimen Gesellschaften nicht gerührt, daß die Fourbourgs St. Antoine, Marceau und St. Denis, also das eigentliche Volk, nicht den geringsten Theil am Kampfe genommen, und man fragt sich: was ist ein Sieg ohne besiegten Gegner? — was wäre aus dem Siege geworden, wenn sich der hochmüthige, so sichere Gegner gezeigt hätte? und was wird noch daraus, wenn es den Herren von den geheimen Gesellschaften und aus den Faubourgs eines Tages belieben sollte, sich in Bewegung zu setzen? — Ferner fragt man sich: War denn das eine Revolution? — Ha, so! wir, die wir Paris kennen, wir wissen, daß es eine erbärmliche Emeute gewesen und daß die Soldaten gezwungen waren, auf friedliche Spaziergänger und friedliche, elegante Häuser zu schießen, nur um etwas Lärm und an einen Feind und an eine Revolution glauben zu machen. Dazu transpiriren so kleine Polizeigeschichtchen von Provocationen, und man bezeichnet genau die Barrikaden, die von der hohen Polizei selbst gefertigt waren. Ich selbst kenne einen armen Kerl von Portier, der gegenwärtig an drei mißverstandenen Bajonettstichen darniederliegt. Nachdem er auf die Polizei gerufen, dort en bourgeois angekleidet, mit einem rothen Bändchen geschmückt und fortgeschickt worden, um vive la republique zu rufen, kamen die Soldaten, griffen den Haufen an, und der arme Provocateur, wie die meisten Portiers im Dienste der Polizei, war gerade derjenige vom ganzen Haufen, der die schwersten Wunden davon getragen. — Solche Geschichtchen (dieses eine verbürge ich) erzählt man sich hunderte, und der arme Boutiquier, der dort so müßig steht, seufzt: die auf den Staatsstreich gehörige Revolution ist also noch nicht gemacht und noch nicht geschlagen?

Paris, den 5. Jan. Mehrere Notabilitäten der Nationalversammlung haben den Entschluß geäußert, sich ganz von der politischen Schaubühne zurückzuziehen. Das Benehmen Fallour's ist bekannt. Andere Legitimisten, worunter Kerdrel genannt wird, sind in ihre Heimath zurückgekehrt. Von den Orleanisten und constitutionellen Republikanern der Nationalversammlung hört man fast gar nicht reden. Dr. Veron fordert deßhalb im heutigen „Constitutionnel" die Trümmer der alten Parteien nochmals auf, sich anzuschließen, da vor einer, durch 7 Mill. Stimmen eingesetzten und die Gesellschaft schützenden Gewalt das Schmollen keinen politischen Muth, sondern nur Aerger und Verdruß verrathen würde.

Louis Bonaparte hatte beschlossen, die neue Verfassung in dem heutigen „Moniteur" erscheinen zu lassen. Zu gleicher Zeit sollte die Liste der Mitglieder des Senates erscheinen. Auf derselben befanden sich die bedeutendsten Namen der französischen Aristokratie. Die Träger derselben wollten aber ihre Zustimmung nicht ertheilen, in der präsidentschaftlichen Liste zu figuriren. Man hat daher die Proclamirung der Verfassung auf einige Tage hinausgeschoben, da man sie ohne die Senatorenliste nicht veröffentlichen will. (K. Z.)

Nach der „Patrie" soll auf Befehl der Regierung eine Art von beständigem Register über die Arbeiterbevölkerung des Seinedepartements angelegt werden, welches alle Werkstätten und industriellen Etablissements, so wie die Zahl der Personen, welche darin beschäftigt sind, und das jährliche Verhältniß der Zahl der beschäftigten Arbeiter zur Zahl der unbeschäftigten angeben soll. Auch werden jene Arbeiter aufgeführt werden, die nur einen Theil des Jahres hindurch beschäftigt sind. Die Regierung hofft auf diese Weise eine genaue Uebersicht über die Hülfsquellen und Bedürfnisse der arbeitenden Classen zu erlangen, an deren Wohlfahrt, wie die „Patrie" sagt, L. Napoleon so warmen und lebhaften Antheil nimmt.

Die Abwesenheit L. Napoleon's bei den vorgestrigen und gestrigen Festen auf dem Stadthause ist aufgefallen; man folgert, daß Berger nicht mehr in Gunst stehe, und [illegible] als je wird Arrighi als der neue Seinepräfect genannt.

— den 6. Jan. Der „Moniteur" veröffentlicht heute wieder eine Reihe präsidentieller Decrete in Verwaltungsangelegenheiten und für Ordensverleihungen. Er enthält auch ein Decret, welches dem Minister der öffentlichen Arbeiten die Ermächtigung ertheilt, eine directe Concession für die Paris-Lyoner Eisenbahnlinie an eine Privatgesellschaft zu ertheilen, und zwar unter folgenden Bedingungen: an den Staat für die bereits ausgeführten Bauten eine Summe von 114 Millionen Frcs. binnen vier Jahren zu entrichten, die Section von Chalon nach Macon in zwei Jahren, die Section von Macon nach Vaise in drei Jahren zur Benützung des Publikums herzustellen, und die Verbindung mit der Lyon-Avignoner Eisenbahnlinie in spätestens vier Jahren zu bewerkstelligen, so daß die ganze große Eisenbahnverbindung bis Marseille in vier Jahren vom Tage der Concessionsertheilung an vollendet sein würde. Diesem Decrete ist ein anderes beigefügt, durch welches eine Banquiersgesellschaft für die Paris-Lyoner Eisenbahnlinie concessionirt wird.

Die Abtragung des provisorischen Sitzungssaals, in welchem die Constituante und die Nationalversammlung ihre Sitzungen gehalten hatten, ist bald vollendet. Dem gesetzgebenden Körper wird der ehemalige Saal der Deputirtenkammer überwiesen werden. Die Sitzungen des Senats werden wahrscheinlich im Luxembourgpalaste im ehemaligen Saale der Pairskammer gehalten werden.

Heute Abend wird L. Napoleon nebst sämmtlichen Delegirten der Departemente der Vorstellung in der großen Oper beiwohnen. Es sind im Theater große Vorbereitungen zum Empfange des Präsidenten getroffen. Ueber der für ihn bestimmten Loge ist ein prachtvoller Baldachin errichtet und auf dessen Spitze ein Adler mit ausgebreiteten Flügeln angebracht worden.

Es soll sich bestätigen, daß keines der Individuen, welche in dem Seinedepartement in Folge der Ereigniße des 2. December verhaftet wurden, vor die Kriegsgerichte gestellt werden soll. Man würde gegen sie auf dem Verwaltungswege verfahren; die Zahl Derer von ihnen, welche ohne richterliches Urtheil nach Cayenne transportirt werden sollen, wird auf 2500 angegeben.

Für die Errichtung von wohlfeilen öffentlichen Bad- und Waschanstalten in den Hauptorten der Departemente hat der Präsident auf Antrag des Handelsministers einen Credit von 590,984 Frcs. eröffnet, da der durch das Gesetz vom 3. Februar 1851 bewilligte Credit von 600,000 Frs. sich als unzulänglich erwiesen.

Italien.

Rom. Die Policei stellt das theaterbesuchende Publicum unter strenge policeiliche Controle. Jeder Zischlaut ist bei Arrest- und Prügelstrafe verpönt, ja das Publicum darf nicht einmal die Wiederholung einer Partie wünschen, wenn nicht zuvor bei der im Theater anwesenden Polizeicommission die Erlaubniß ausgewirkt wurde. — Der öffentliche Carneval mit Masken soll auch diesmal unterbleiben. Nur eine Maske ist erlaubt, die der Zufriedenheit und guten Gesinnung.

Großbritanien.

London, den 5. Jan. Wie der pariser Correspondent des „Morning Chronicle" berichtet, näherte sich bei dem officiellen Empfange am Neujahrstage Louis Napoleon dem Marquis von Normanby und sprach die Hoffnung aus, die Ereignisse in Frankreich würden in den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern keine Veränderung hervorbringen. Der edle Marquis, dessen Gewohnheit es eben nicht ist, mit Worten zu geizen, begnügte sich, mit einer tiefen, aber stummen Verbeugung zu antworten. Man schließt daraus, daß Lord Normanby, dessen „außerofficielle Vertrautheit mit dem Elysee," wie der „Spectator" sagt, „schon öfters in London Aergerniß gab," sehr strenge Instructionen erhalten haben muß.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 23. Dec. Für Kossuth sind hier

außer beträchtlichen Summen, mit welchen er bei verschiedenen Banken accreditirt ist, 25,000 Dollars subscribirt worden.

Die New-Yorker Journale berichten über eine Festlichkeit, welche die newyorker Stadtmiliz zu Ehren Kossuth's veranstaltete; Kossuth erschien dabei in einer schwarzsammtnen Phantasieuniform mit einem prachtvoll ausgeschmückten Säbel; im Verlauf der Rede, welche er an die Miliz richtete, zog er dies Schwert und hob es mit den Worten über sein Haupt: „Ich schwöre, daß dies americanische Schwert stets der Sache der Freiheit treu und stets das Erste in der Schlacht sein soll.“ Die newyorker Miliz stimmte bei diesen Worten zu Wiederholtenmalen einen enthusiastischen Hurrahruf an, und es faßte die Versammlung nach Kossuth's Rede eine Reihe von Beschlüssen, des Inhalts, daß die Intervention Rußlands in Ungarn eine Verletzung des Völkerrechts gewesen, daß ein Comite ernannt werden solle, um Subscriptionen zu Gunsten der Ungarn zu eröffnen u. s. w. Für das Kossuth-Anlehen sollen Bons auf die (künftige) Bank von Ungarn ausgestellt werden. Das „Journal de Newyork“ veröffentlicht ein Abbild dieser Assignaten, die zahlbar sein sollen an dem Tage, an welchem Ungarn sich zur Republik constituirt haben würde.

Neueste Nachrichten.

München, den 7. Jan. Am Appellationsgerichte für die Pfalz haben bedeutende Personalveränderungen stattgefunden. Der Präsident v. Schnellenbühel wurde quiescirt und an dessen Stelle der dortige Generalstaatsprocurator v. Korbach ernannt; Director wurde der Appellationsrath Kärner und Generalprocurator der erste Staatsprocurator an dem nämlichen Gerichtshof, Ludwig Schmitt.

Gestern und heute haben hier abermals Haussuchungen stattgefunden, die sich gleich den frühern sämmtlich auf das noch vorhandene Vermögen des aufgelösten Wanderunterstützungsvereins zu beziehen scheinen. (A. Z.)

Wien, den 5. Jan. Bei der Eröffnung des Zollcongresses waren mit Ausnahme Preußens, der beiden Mecklenburg, der thüringischen Staaten und Waldecks, welche ablehnend geantwortet haben, und der noch erwarteten Abgeordneten von Luxemburg, Holstein und Detmold, sämmtliche andere deutsche Regierungen repräsentirt.

Paris, den 7. Jan. Der Präsident der Republik hat durch Decret vom 6. ds. Amnestie verliehen für alle vor Erlaß dieses Decretes verübten Vergehen und Contraventionen gegen die Wege- und Fahrvorschriften. Diese Amnestie kömmt vornehmlich den Landbevölkerungen zu gut.

General v. Castellane, der Oberbefehlshaber der zu dem Districte von Lyon gehörigen Militärdivisionen, hat das in dem Rhonedepartement bereits jüngst verkündete Decret für die Auflösung der „brüderlichen Associationen“ auch auf das Ain- und das Iseredepartement ausgedehnt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 8. Jan. Weizen 6 fl. 28 kr., Korn 5 fl. 10 kr., Spelz 4 fl. 1 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige 5 fl. — kr., Hafer 3 fl. — kr., Kartoffeln 1 fl. 30 kr., per Centner.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[774] In Nro. 51 der Beilage zum „christlichen Pilger“, wurde die Beschreibung von der Bauart des in Harthausen errichteten Trockenschoppens für Tabak gegeben und dabei unter Belobung der zweckmäßigen Einrichtung desselben von dem Verfasser jenes Aufsatzes der gute Rath ertheilt, „daß jeder Pfuscher im Zimmermannswerke erst in die Fremde ziehen und etwas lernen solle.“

Abgesehen von den Gründen, aus welchen ein Ausländer herbeigezogen wurde, dieses Kunststück zu vollenden, abgesehen von der zweckmäßigen Bauart dieses Schoppens und der Kunstfertigkeit dessen Erbauers, so ist es gewiß sehr unzart von dem Verfasser jenes Aufsatzes, quasi die Behauptung aufzustellen, als könne nur derjenige Zimmermann ein solches Meisterstück aufführen, der sich in der Fremde gebildet hat. — Obschon sich nicht läugnen läßt, daß nach dem Sprichworte „die Fremde Leute macht,“ so irrt sich der Verfasser doch gewaltig, wenn er glaubt, daß es gerade nöthig sei, in der Fremde gewesen sein zu müssen, um ein so gewaltiges Meisterwerk wie diesen Schoppen errichten zu können, dagegen scheint es viel gewisser zu sein, daß gerade er selbst von der Fremde wenig gesehen und das Sprichwort nicht gelernt hat, „hinter dem Berge wohnen auch Leute.“ R.

[775a] In einem Barbiergeschäft der vordern Pfalz wird ein junger Mensch als Lehrling angenommen. Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Blattes.

[758c] **Bierbrauerei zu vermiethen.**
Die in der Stadt Landau an der Hauptstraße gelegene, unter dem Namen „neue Brasserie“ bekannte Bierbrauerei, ist mit der ganzen Einrichtung, Wirthschaftslocal, geräumiger Wohnung ꝛc. auf längere Zeit zu vermiethen. Das Nähere hierüber ist im Hause selbst zu erfragen, oder unter der Adresse Friedrich Schneider in Landau.

[763] Die **Goldberger**'schen galvano-electrischen **Rheumatismus-Ketten**, die sich noch immer als das bestvorhandene Mittel zur gründlichen Abhülfe und Beseitigung rheumatischer, gichtischer und nervöser Leiden, als: Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Herzklopfen, Schlaflosigkeit ꝛc. ꝛc. beweisen und ihr Erfolg durch tausendfache Atteste berühmter Aerzte und hochachtbarer Privatpersonen festgestellt ist, sind ächt und unverfälscht in Original-Verpackung zu haben bei J. Bürckel am Speisemarkt in Mannheim.

[770a] **Gutgeübte Cigarrenmacher**
finden dauernd gute Beschäftigung. Wo? sagt die Expedition.

[766a] **Stelle-Gesuch.**
Ein junger Mann von 22 Jahren, der das Gymnasium absolvirt, längere Jahre bei einem Gerichtsboten als erster Clerc und mehrere Jahre ebenfalls als erster Clerc bei einem Advocaten gearbeitet hat, wünscht bei einem Gerichtsboten Beschäftigung zu erhalten. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[757a] **Für Tabaksfabrikanten.**
Eine neue, noch wenig bekannte, jedoch in verschiedenen Fabriken des In- und Auslandes mit sehr gutem Erfolge verwendete Schnupftabaksbeize, welche dem Tabak eine gegen Kopf- und Brustbeschwerde wirkende Kraft und zugleich eine schwarze Farbe mittheilt, ist billig zu haben bei: Haffner u. Tisch
zu Neuleiningen in der kgl. bayer. Pfalz.

[769a] **Zu verkaufen.**
Eine wohlerhaltene, mit einem Pianoforte verbundene und durch einen Registerzug davon zu trennende **Zimmerorgel** mit 3 Registern, ist für 80 fl. zu verkaufen. Näheres in Mannheim Lit. D 5 Nro. 13.

[747a] **Anzeige.**
Ein neuer Leichenwagen und eine neue Stadtdroschke oder s. g. Vigilante sind zu einem annehmbaren Preise zu verkaufen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 10) den 11. Januar 1852.

Deutschland.

Preußen. Die Luxemburg-Trier-Saarbrücker Bahn wird von Bedeutung werden. Die Linie ist nämlich in der Art projectirt, daß eine directe Verbindung der belgischen Seehäfen, Ostende und Antwerpen, mit dem Oberrhein, namentlich Mannheim, resp. der Schweiz und Italien hergestellt wird. Der belgischen Regierung sind die nöthigen Geldmittel zur Verfügung gestellt; sie will ihren Bahnantheil bis 1855 fertig haben. In Luxemburg ist die Fortsetzung der Bahn an der belgischen bis zur preußischen Gränze durch Uebernahme der Zinsgarantie gesichert; in Preußen sind die Vorarbeiten zur Fortsetzung der Linie bis Saarbrücken vollendet, wo sie die Paris-Mannheimer Bahn erreicht. Belgien sucht seine Häfen auf jene Weise mit dem deutschen Binnenlande in Verbindung zu bringen und den deutschen Nordseehäfen Concurrenz zu machen.

Schweiz.

Bern, den 2. Jan. Schon seit längerer Zeit haben wir auffallende Witterung. In Bern und der Umgegend herrscht eine bedeutende Kälte von 14° und mehr, während in den höheren Gegenden des Gebirges der Thermometer kaum 3 bis 4° hat, und das Wetter so gelind ist, daß bei fortwährend heiterem Himmel die Schafe auf die Weide getrieben werden. Heute Morgen hat es gegen Sonnenaufgang ziemlich stark geblitzt; man schließt hieraus auf zunehmende Kälte.

— den 3. Jan. Täglich langen im Wallis unglückliche Colonisten aus Afrika an, welche sich wieder in ihre Heimathgemeinde begeben; sie sind blaß, elend und können sich kaum noch aufrechterhalten. Alle machen eine klägliche Schilderung von dem Eldorado, welches sie in Afrika zu finden hofften, und ihrer Aussage nach haben alle diejenigen, welche dem Hunger und den Fiebern nicht unterlagen, jedoch mit ihnen noch nicht die Reise antreten konnten, nur den einen Gedanken: ihnen in ihre Heimath nachzufolgen.

Frankreich.

Paris. Die belgischen Correspondenzen liefern einige nicht uninteressante Nachträge zu der Neujahrshuldigung. In der Kirche war es Hr. Baroche, der beim Ausbruch der Consulta das Signal zu dem Ruf: Vive Napoleon! gab. Die Armee stimmte jubelnd ein, während das Civil meist stumm blieb. Die Beleuchtung der Kirche war glänzend, aber sie hatte den Fehler, daß die Wachskerzen auf die schwarzen Fräcke und die gestickten Uniformen herabtropften. Die Damengallerie war, mit Ausnahme derjenigen, auf welcher sich die Prinzessin Mathilde befand, schwach und nichts weniger als von glänzenden Toiletten besetzt. Die Richtung des Wegs auf dem sich der Präsident nach Notre-Dame begeben sollte, war geheim gehalten und noch am Dienstag Abend in einem Ministerrath unter L. N. Bonaparte's Vorsitz anders bestimmt worden. Der Präsident hatte zuerst zu Pferd, inmitten eines glänzenden Generalstabs, seinen Einzug halten wollen, die HH. v. Morny und v. Maupas bestanden darauf, daß er sich eines bedeckten Wagens bediente. Die Polizei hatte verboten, auf die Dächer zu steigen, um den Festzug zu sehen, Blumentöpfe vor die Fenster zu stellen ꝛc. — Die Maires und ihre Delegirten machen sich ihre Anwesenheit in Paris zu Nutzen. In den ministeriellen Vorzimmern wimmelt es von ihnen. Gesuche um Stellen, Absetzungen, Ehrenkreuze kommen in Masse.

Aus Paris vom 31. Dec. wird der „Kreuzzeitung" u. a. geschrieben: Sie sollten die Bilderläden ansehen, die würden Ihnen einen Begriff von der schmachvollen Heuchelei geben, die hier herrscht. Seit man den Bonaparte den „allerchristlichsten Präsidenten" nennt, sind alle Nuditäten von den Schaufenstern verschwunden und sie starren von Heiligenbildern. Die Lehrstühle des „constitutionellen Rechtes" sind an allen Universitäten aufgehoben; die Abtheilung der politischen und moralischen Wissenschaften an der Akademie soll ganz eingehen.

Paris, den 3. Jan. Man erwartete allgemein, eine der ersten Maßregeln nach der amtlichen Veröffentlichung der Abstimmung über das Plebiscit, werde die Freilassung der noch in Ham verhafteten Generale und des Herrn Baze sein. Der Aufschub dieser Maßregel wird, mit Recht oder Unrecht, gleichviel, dahin gedeutet, der Präsident halte die neue Ordnung der Dinge noch nicht gesichert genug, um diese Maßregel sofort treffen zu können. Ich meinerseits glaube, die Regierung hätte schon vor 14 Tagen alle Verhafteten in Ham, ohne Gefahr für die neue Ordnung der Dinge, in Freiheit setzen können; allein Thatsache ist es, daß man in derlei Fällen mit einer Vorsicht zu Werke geht, die mit der Kühnheit des „großen Acts" selber gar zu auffallend absticht. (A. Z.)

— den 5. Jan. Wie verlautet, soll für die Armee eine neue Uniform eingeführt werden.

Spanien.

Madrid, den 27. Dec. Der Gesundheitszustand unserer Stadt ist kein erfreulicher. Es sind in den letzten 2 Monaten hier mehr Menschen gestorben, als in den übrigen 10 des verflossenen Jahres. In Anbetracht der lange anhaltenden Dürre und der jetzt herrschenden Kälte und eisigen Winde, ist dies auch leicht zu erklären. Das Nervenfieber und die Lungenentzündung wüthen förmlich in unserer Bevölkerung, und decimiren sie.

Italien.

Die Tr. Z. schreibt sehr spaßhaft: In **Padua** ging das beendete Schuljahr in der besten Ordnung vorüber. Als Vorsichtsmaßregel wurde den Studierenden jede auffallende Kleidung untersagt und ihnen als Kopfbedeckung blos der runde Hut gestattet.

Rom, den 31. Dec. Am 26. d. M. hat der Papst an die Officiere der römischen Armee eine Anrede gehalten und ihnen das Benehmen der französischen Armee, durch welche die Gesellschaft gerettet und die Zukunft von den sie bedrohenden Stürmen befreit worden sei, als Muster hingestellt.

Dänemark.

Kopenhagen, den 2. Jan. In der letzten Zeit ist es hier, theils auf der Straße und theils in einem öffentlichen Wirthshause, zu heftigen Schlägereien zwischen Leuten von den hier garnisonirenden Gardehusaren und Soldaten aus Südschleswig gekommen. Der Streit wurde einige Male stundenlang fortgesetzt, und mehrere von den Betheiligten sind dabei bedeutend verwundet worden.

Großbritanien.

Welche confessionelle Unduldsamkeit leider in Irland wieder erwacht ist, erhellt daraus, daß am Sonntag den

28. Dec. in allen katholischen Kirchen der Insel ein Edict gegen gemischte Ehen verkündigt wurde. Jeder Katholik oder jede Katholikin, der oder die künftig einen protestantischen Gegenpart ehelichen werde, soll — excommunicirt werden; wer aber in einer solchen Ehe schon lebt, wird ermahnt, Alles aufzubieten, um sein Gemahl zur katholischen Kirche herüber zu bringen; jedenfalls müßen die Kinder im römischen Glauben erzogen werden.

Türkei.

Die Zahl der durch das Erdbeben in Albanien verunglückten Personen ist erst jetzt offiziell bekannt geworden; sie beträgt 975, größtentheils Frauen und Kinder.

Vereinigte Staaten.

Nach den neuesten Mittheilungen aus **Washington** haben die bei der Regierung der Union beglaubigten Gesandten Oesterreichs und Rußlands erklärt, sie würden ihre Päße fordern, wenn Kossuth von den offiziellen Behörden der Union öffentlich empfangen werden würde.

New-York, den 23. Dec. Kossuth ist am 22. Dec. nach Philadelphia abgereis't. — Die Nachricht von dem pariser Staatsstreiche hat große Sensation erregt. — Nachrichten aus Mexico vom 19. Nov. zufolge war vor Vera-Cruz ein Geschwader von 5 englischen Kriegsschiffen erschienen; der Zweck ihres Besuches jedoch war unbekannt.

Auf der Landenge von Panama hatte am 5. Dec. ein furchtbarer Sturm gewüthet und mehr als die Hälfte der Stadt Cruces zerstört.

Nach den letzten Berichten aus Californien, die, was die Ergiebigkeit der Minen und der Handelsthätigkeit im Allgemeinen angeht, sehr erfreulich lauten, hat die von San Francisco ausgegangene Expedition nach den Sandwich-Inseln die Absicht, dort eine Republik zu gründen. Auf den Inseln selbst hofft man das Unternehmen unterstützt zu sehen, fürchtet jedoch, mit der bei Hawan stationirenden französischen Escadre in ernsten Conflict zu gerathen. In Maryville und Sonora haben sich in der letzten Zeit Mordthaten und gewaltsame Räubereien auf eine sehr beunruhigende Weise vermehrt. Das Lynchgesetz wird indeß vom Sicherheitsausschusse dort mit der unerbittlichsten Strenge gehandhabt.

Miscellen.

* Ein Mitarbeiter der Pfälzer Zeitung, der sich als Feind der Gewerbsfreiheit, so wie als Feind der Befugniß erklärt, die Grundstücke (durch Theilung unter alle Kinder ꝛc.) zu verkleinern, hat die neue Entdeckung zu Tage gefördert, die Gewerbfreiheit sei auch Schuld daran, daß die Pfälzer im Schulunterrichte so vernachläßigt seien, und den Bewohnern der ältern Kreise darin so weit nachstünden!! —

Dem Landb. schreibt man: Ein k. b. Pfarrer in der Diözese Augsburg war mit Ludwig Napoleon, dem Präsidenten der Republik Frankreich, zugleich in einem Institute in der Schweiz, wo sie sich einander genau kennen lernten und gute Freunde wurden, so daß Ludwig Napoleon einstmals sagte: „Wenn ich einmal Kaiser von Frankreich werde, dann sollen Sie mein Hofkaplan mit gutem Gehalte werden." Vor kurzer Zeit wurde gedachter Pfarrer von seinen Bekannten und Freunden aufgefordert, an Ludwig Napoleon zu schreiben, ob er sich noch an seinen ehemaligen Institutsfreund erinnere, und noch wisse, was er einst versprochen habe. Hierauf erhielt der Pfarrer ein schmeichelhaftes Schreiben von einem Adjutanten des Präsidenten, mit dem Beifügen, daß er (Präsident) sich noch sehr gut seines Freundes erinnere, und auch gewiß halten werde, was er versprochen habe, wenn er das erlangt haben würde, wovon er sprach.

Bei einem Festmahl, welches die Stadt New-York ihrem Gaste Kossuth in Irving-House gab, stellte einer der Tafelaufsätze die Brauerei von Barclay und Komp. in London vor, mit einer Scene des Empfanges Haynau's. Ein zweiter Tafelaufsatz zeigte eine allegorische Darstellung der Hölle, in welcher Görgey und Arnold, der amerikanische Verräther, von Teufeln gepeinigt werden. Kossuth wurde von dem Mayor der Stadt unter dem Titel: „Gouverneur von Ungarn", eingeführt, welchen ihm auch seine ganze Umgebung gibt.

Das am 24. Dec. v. J. vielleicht in einen Schutthaufen verwandelte Capitol in Washington wurde vor etwa 30 Jahren für die Versammlungen des Congresses der Vereinigten Staaten von Nordamerica auf einem Hügel neu erbaut. Die Länge desselben betrug 350 Fuß, die Tiefe 121 Fuß, die Höhe mit der Kuppel 120 Fuß. Ein Porticus von korinthischer Ordnung umgab das die Rotunda enthaltende mittlere Gebäude, dessen Kuppel 26 Säulen von amerikanischem Marmor trugen.

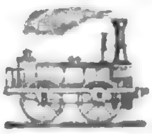
Die Kunst der Einbalsamirung der alten Aegyptier wird wahrscheinlich wieder entdeckt. Oberst Holt hat in der Umgegend von Mokka eine Art vegetabilischen Theers gefunden, welchen man von den Zweigen eines Strauches gewinnt und der von den Beduinen Katren genannt wird. Mehrere Versuche einzubalsamiren, welche damit im heißesten Sommer gemacht wurden, sind vollkommen gelungen, und den Eingebornen war die Eigenschaft dieses Theers längst bekannt. Der asiatischen Gesellschaft in London wurde kürzlich von Oberst Holt eine auf diese Weise einbalsamirte Hand gesandt, welche sich im besten Zustande befindet. Die Unterrichteteren von den eingeborenen Arabern glauben, die Mumien seien mit demselben Theer und einem Zusatze von Kampher, Aloe und Myrrhen präparirt worden. Alles dieses ist aber gar nicht nöthig, da der erwähnte Theer allein schon vollkommen die Knochen durchdringt und entfärbt. Der Strauch wächst über dem größten Theil Syriens und des glücklichen Arabiens und gibt den Theer, wenn man ihn einem großen Grade von Hitze aussetzt.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[765a] **Hessische Ludwigs-Eisenbahn.**

Bekanntmachung.

Lieferung von eichen Holz.



Zur Herstellung des Bahngeleises auf der Strecke zwischen Mainz und der Oppenheimer-Dinnheimer Gemarkungsgränze wird die Lieferung von circa

4000 Stück Stoßschwellen,
27,700 „ Zwischenschwellen und
10,500 laufende Fuß Unterlaghölzer in verschiedenen Längen und Stärken zu den Wegübergängen, Ausweichen und Kreuzungen

erforderlich, welche, in verschiedene Loose eingetheilt, im Wege der Submission vergeben werden sollen.

Die Lieferungsbedingungen und nähere Beschreibung der anzuliefernden Hölzer sind im Büreau der unterzeichneten Direction zur Einsicht der Uebernahmslustigen aufgelegt.

Die Offerten sind mit der Aufschrift:

„Submission zur Lieferung von Schwellen und sonstigem Holzwerk für die hessische Ludwigsbahn"

zu versehen, und versiegelt und portofrei bis zum 31. Jänner 1852, Nachmittags 4 Uhr, an das Secretariat des Verwaltungsraths einzusenden, wobei bemerkt wird, daß später als zur angegebenen Zeit eingehende Offerten keine Berücksichtigung finden.

Mainz, den 31. December 1851.

Die Baudirection der hessischen Ludwigsbahn:
Opfermann.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 11 | den 13. Januar 1852.

Deutschland.

***/ Zweibrücken**, den 8. Jan. (Assisenverhandlungen.) In der gestrigen Sitzung wurden noch 2 Entlastungszeugen abgehört: 1) Daniel Gäckler, Gerichtsbotengehilfe in Edenkoben, früher in Pirmasens, bezeugt bezüglich des Zuges nach Jesel- und Weselberg, daß der Angeklagte beim Ausmarsche der Mobilgarde und den an diesen Orten vorgenommenen Verhaftungen nicht zugegen war, daß er erst des andern Tages mit ihm nach Jeselberg ging, mit der Erklärung, nachzusehen, daß keine Excesse von seinen Leuten begangen würden, und daß er und der Angeklagte nach kurzem Aufenthalt in Jeselberg wieder nach Fischbach zurückgekehrt sind.

2) Eduard Dahm, Kaufmann von Dahn, sagt: Dr. Weigel hat die Mobilgarde von Pirmasens in den Kanton Dahn kommen lassen, ohne daß er darüber den Kantonalausschuß befragt hat. Die 61 fl. 50 kr., welche für Löhnung von Mobilgardisten aus der Gemeindekasse in Dahn bezahlt wurden, waren nur für solche Leute, welche auf Verlangen von Dr. Weigel am 4., 5., 6. und 7. Juni in Dahn selbst geblieben waren.

Der Präsident verliest hierauf noch einige urkundliche Belege. Um halb 10 Uhr erhält die Staatsbehörde das Wort und beendigt ihren Hauptvortrag um halb 11 Uhr. Nach einer Pause von einer halben Stunde beginnt der Vertheidiger um 11 Uhr seinen Hauptvortrag und schließt denselben um halb 3 Uhr, wobei jedoch auf eine halbe Stunde die Sitzung unterbrochen worden war. Nach Beendigung des Hauptvortrags der Vertheidigung wurde die Sitzung geschlossen.

In heutiger Sitzung replizirte die Staatsbehörde ½ Stunde; der Vertheidiger eine Stunde. Das Resume des Präsidenten dauerte von 11 Uhr bis halb 1 Uhr. Noch vor 1 Uhr kehrten die Geschwornen in den Saal zurück. Ihr Ausspruch lautete, daß der Angeklagte nicht schuldig sei, worauf derselbe von der Anklage losgesprochen und sofort in Freiheit gesetzt wurde.

Morgen beginnt die letzte Sache dieser Session gegen Carl Schmidt, Pharmaceut von Germersheim, welcher von dem Advocaten Petri vertheidigt wird.

• München, den 8. Jan. Der Finanzausschuß hat auf das Referat des Hrn. Thinnes hin mit 6 Stimmen gegen 1 beschlossen, „es sei auf den Antrag des Abg. Doppelhammer, daß für die nächste Finanzperiode, also vom 1. October 1851 anfangend, auch in der Pfalz der Malzaufschlag gerade so, wie im diesseitigen Baiern eingeführt werden möge, für jetzt nicht einzugehen.“

• München, den 8. Jan. (64. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Berathung der Gesetzentwürfe über Districts- und Landräthe. — Referent v. Steinsdorf bezieht sich kurz auf den Ausschußbericht. Die Gemeindeordnung müsse die Grundlage auch der vorliegenden Gesetze sein, weil die Districts- und die Kreisverbindung auf der Basis der Gemeinde beruhe. Die Districts- und Kreisräthe sollen keine politische Wirksamkeit haben. Entsprächen die vorliegenden Gesetze auch nicht allen Wünschen, so bildeten sie doch einen wesentlichen Fortschritt.

Bayer. Ist für die Gesetzentwürfe. Spricht sich gegen die in manchen Staaten vorgekommene Doctrin der Octroyirungen aus, welche bei uns nicht vorgekommen. Er werde (bei der speciellen Discussion) eine Modification der Bestimmungen des Wahlrechtes vorschlagen. Er will — nicht für die Districts-, wol aber für die Landrathswahl — das für die Kammer bestehende Wahlgesetz. Gegen die besondere Vertretung der großen Grundbesitzer, und gegen die ständische Vertretung.

Römich. Das Bedürfniß eines solchen Gesetzes bestehe in der Pfalz in noch weit höherem Maße, als diesseits. Der Landrath erhalte weit größere Befugniße, als nach der französischen (Napoleonischen) Gesetzgebung. Vertheidigt die (besondere) Theilnahme des größeren Grundbesitzes, weil derselbe höhere Beiträge zu leisten hätte; dagegen sei er gegen besondere Vertretung der Geistlichkeit und der Universitäten beim Landrathe, obwol er das Gewicht der Gründe dafür nicht verkenne. Bei den vielen Vorzügen des Gesetzes möge man dasselbe nicht durch viele Veränderungen in Frage stellen.

Heine. Er werde gegen das Gesetz sein. Geht von dem Satz aus: Erkenne dich selbst, erkenne dein Volk. Wenn man betrachte, wie Staatsmänner octroyirten und dann selbst das Octroyirte zurück nähmen, müße man an jener Erkenntniß zweifeln. Die Gesetze würden heute mehr nach Art der „Orgelpfeiffen“ gemacht, statt nach den natürlichen Verhältnißen, und man rühme sich sogar „wie viel Orgelpfeiffen man gemacht habe.“ Hebt die Wichtigkeit der Aufgabe des Gesetzes hervor. Vergebens sage man, (der Referent) es sei kein politisches Gesetz. — Unser ganzes Gemeindeleben ist erst zu wecken, nicht aber als fertig anzuerkennen. Ist für Vertretung des größeren Grundbesitzes, mit dem man aber hier große Schwächung verbinden wolle. Vermißt, daß dem geistlichen Stande nicht auch im Districtsrathe eine eigene Vertretung gewährt werde, welche der leeren Bureaucratie durch Intelligenz eine Schranke setze. Statt dessen habe man nichts besseres zu thun gewußt, als daß man den Beamten auf dieses Nest setze, zum Ausbrüten. (Heiterkeit, Zustimmung links.) Man schaffe einen Körper „ohne eigenes Gehirn, mit einem angenäheten Beamtenherzen,“ das durch eine fremde (höhere bureaucratische) galvanische Säule zum Pulsiren werde gebracht werden, aber zum Pulsiren „wie ein Froschherz,“ (Beifall links) und da fühle man und sage, der Körper lebe. Man solle nicht kokettiren. Man habe den Muth, dem Volke zu sagen: Du darfst nicht darein reden, statt der constitutionellen Scheinheiligkeit, neben den Policeimaßregeln. So werde die Einrichtung nichts weiter sein, als ein Mittel der Wühlerei besonders für die schlechte Winkelpresse; man werde die Beamtenmißgriffe aufdecken, ohne ihnen abhelfen zu können.

v. Crämer. Er sei auch ein Gegner der Gesetzentwürfe, wie sie vorlägen, aber aus entgegengesetzten Gründen als der Vorredner. Die Gesetze entsprächen nicht den Erwartungen. Ein fester Grund fehle. Am Gemeindewesen hätte man anfangen sollen. Ist gegen die Art der Zusammensetzung. Es sei hier ein Gemeng von Erweiterung und Beschränkung, welches seinen Untergang in sich selbst trage. Der Ausschuß sogar habe anerkannt, daß die Grenzen der Befugniße zu eng gezogen, daß die Wahl zu beschränkt, daß das Gesetz unbillig und hart sei, dennoch schlage der Ausschuß keine Verbesserungen vor! Für solche Gesetze, die man als unbillig und hart anerkenne, könne eine Achtung im Volke nicht geschaffen werden; sie trügen den Keim des Untergangs in sich. — Gegen besondere Vertretung des großen Grundbesitzes, den Aermeren gegenüber. Es sei dies unpolitisch. Man

solle diejenigen, denen die Tragung der Lasten am schwersten ankomme, nicht zurücksetzen. Die Erfahrung beweise auch, daß Intelligenz nicht nothwendig mit großem Grundbesitze verbunden sein müße. Die geringe Aussicht, Abänderungsvorschläge durchzubringen, könne ihn nicht abhalten, solche doch einzureichen. Römichs Ansicht, nicht viel zu ändern, um das Gesetz nicht zu gefährden, würde dahin führen, daß man die Kammer ganz entbehren könnte. Er nehme das Gute, wenn er das Bessere nicht erlangen könne, allein dann müße das Schlimme nicht vorwiegend sein.

Ruland. Für Vertretung des großen Grundbesitzes. Der Grundbesitz sei auch so noch nicht genügend vertreten. Wünscht dagegen nicht, daß die Geistlichkeit als Stand im Districtsrathe vertreten werde, sondern nur als großer Grundbesitzer. Ist für das Landrathsgesetz, mit der Standesvertretung, namentlich auch für die Vertretung der Pfarrer im Landrathe; ebenso der Universitäten. Wenn die ständische Gliederung nicht angenommen würde, wäre ihm das alte Landrathsgesetz lieber. —

Wallerstein. Die Regierung habe die frühere Vorlage eines Gemeindegesetzes diesmal zurück gehalten; und doch sollte die Grundlage bilden — eine bessere Gemeindeordnung. Gegen besondere Vertretung des großen Gutsbesitzes und Clerus. Hält gerade solche Bestimmungen als das Unconservativste, was sich denken lasse. Wünscht Verbesserung des Wahlgesetzes und Erweiterung der Befugniße, und behält sich nach Maßgabe des Ergebnißes seine Abstimmung vor.

Kolb. Das Bedürfniß einer neuen Gesetzgebung über die vorliegende Materie sei außer Zweifel; allein die gegenwärtigen Gesetze würden das Bedürfniß nicht befriedigen. Aeußert zunächst Bedenken darüber, daß die Districte unbedingt nach Landgerichtsbezirken und Kantonen abgegrenzt werden. Diese Bezirke seien aus Verwaltungs- und policeilichen Rücksichten in ihrem jetzigen Umfange gebildet; die Interessen seien aber in den Gemeinden eines solchen Bezirkes keineswegs immer die gleichen, insbesondere im practisch wichtigsten Momente nicht, den Districtsstraßen. Es solle nun dennoch eine gewisse Solidarität unter ihnen hergestellt werden. Hieraus würden Unbilligkeiten folgen. — Der Wirkungskreis der Districts- und Kreisräthe sei zu beengt. — Ist gegen die ständigen Ausschüße, zumal der Districtsrath ja sehr leicht zu versammeln, und dazu nicht die Zeit- und Geldopfer wie beim Landtage nöthig wären. Auf den Bureaux der Landrichter und Landcommissäre fänden alle Vorarbeiten statt, dann berufe man die wenigen Mitglieder des Ausschußes, die der Superiorität des Beamten gegenüber oft nicht kräftig genug sein würden, zu widersprechen; dadurch werde selbst der Districtsrath gehindert, der ohnehin häufig gar nicht in volle Sachkenntniß kommen werde, nachdem man ihm die Sachen so ausgearbeitet und vorberathen vorlege. — Greift insbesondere die Bestimmung an, daß der Districtsbeamte dem Districtsrath und Ausschuße präsidire. Das Gesetz selbst stehe in principiellem Widerspruche damit, indem es die Wahl eines solchen Beamten verbiete. Es sei auch gegen alle bisherige Gesetzgebung; in höhern wie in niedern Sphären. In der Gemeinde ebenso, wie im Landrath und in der Kammer erkenne man die Nothwendigkeit, daß das Collegium sich selbst seinen Präsidenten wähle. — Greift sodann ganz besonders die Art der Vertretung an. Will freie Wahl. Keine Wahl durch die Gemeinderäthe, am allerwenigsten, nachdem die Regierung, wie in der Pfalz in neuerer Zeit geschehen, eigenmächtig Mitglieder derselben ausgeschlossen, und deren Stellen durch Ersatzmänner besetzt habe, durch Candidaten der Minorität, bei der Wahl durchgefallene Candidaten. Da sei nicht einmal die Gemeindevertretung eine wahre, noch weniger könne man auf solchem Grunde einen weitern Bau aufführen. Ist auch dagegen, daß man 2) den Eigenthümern größerer Waldungen, Seen und Freigebirge, die keiner Gemeindemarkung angehören, eine eigene Stimme und sogar das Recht, sich durch Bevollmächtigte vertreten zu lassen, zugestehe, dem Einzelnen also dasselbe Recht einräume, wie einer Gemeinde von 2000 Seelen! Ferner habe 3) das Staatsärar eine besondere Vertretung nicht zu fordern; auch die Stiftungen, die Wittwen, die Minderjährigen haben keine besondere Vertretung. Der Fiscus dürfe eine solche am wenigsten fordern, wenn man einen Beamten zum Präsidenten der Versammlung mache und jede Umlage überdies der Regierungsgenehmigung bedürfe. Wirkten hier auch keine Finanzbeamte, so würden sie doch sicherlich dem Aerar kein Unrecht geschehen lassen. Dies sei um so weniger möglich, als der Maßstab der Umlagen gesetzlich bestimmt sei. Ueberdies liege ein schreckliches Armuthszeugniß in der Befürchtung, daß solches Unrecht unter derartiger Gesetzgebung und Controle geschehen könne. Am meisten müße sich Redner aussprechen 4) gegen besondere Vertretung des „großen Grundbesitzes" mit ¼ der Stimmen. Man sage, die großen Grundbesitzer seien am meisten betheiligt bei den Umlagen. Nichts unrichtiger als dies! Die kleinen Grundbesitzer, die Industriellen (Gewerbtreibenden, Fabrikanten), und Handelsleute müßen weit mehr an Steuern und Umlagen bezahlen. Die großen Grundbesitzer wählen mit den Gemeinderath, sind also dort vertreten. Im Districtsrathe will man ihnen außer dieser, noch eine eigene, sonach doppelte Vertretung geben; im Landrathe sogar wieder eine weitere besondere Vertretung, sonach eine dreifache, indeß man die der Masse des Volkes immer indirecter mache und mehr beschränke. — Es komme darauf an, daß die Repräsentation eine Wahrheit sei. Man könne durch Wahlgesetze und auf andere Weise künstliche Majoritäten schaffen, damit lasse sich aber nichts Gutes, nichts Dauerndes erzielen.

Römich. Sucht kurz nachzuweisen, daß, wenn auch die Kantone ꝛc. blos aus administrativen Gründen ihre Gestalt erhalten hätten, doch dadurch keine Nachtheile entstünden, besonders bei den „beruhigenden Versicherungen," welche das Ministerium im Ausschuße gegeben, und hier wohl wiederholen werde. Vertheidigt auch die besondere Vertretung des Fiscus.

Forndran. Beklagt, daß die Gesetze allerdings nicht alles das gäben, was zu wünschen sei, allein der Zustand werde doch ein besserer werden, als der gegenwärtige. Ist für den Districtsausschuß. Findet eine Inconsequenz darin, daß man nicht außer dem großen Grundbesitz auch noch den Stiftungen ꝛc. eine besondere Vertretung bewilligt habe. Was den Präsidenten der Districtsräthe und Ausschüße betreffe, so werde sich eben außer dem Beamten kein geeignetes Mitglied finden.

Referent Steinsdorf. Gesteht die Mängel des Gesetzes zu, allein dennoch bringe es Verbesserungen; deßhalb dasselbe wiederholt empfehlend.

Ministerialcommissär Schubert sucht die Einwendungen zu widerlegen, den Entwurf zu vertheidigen. Hält sich besonders über Heine auf, der, während er von der schlechten Presse gesprochen, dennoch die Beamten, denen so schwere Pflichten auferlägen, unter das verächtliche Sinnbild eines „galvanisirten Frosches" gebracht habe. (Heiterkeit.)

Heine. Vertheidigt seine Ansicht. Wiederholt seine Ausdrücke, zum Beweise, daß ihn der Vorredner nicht ganz richtig aufgefaßt, aber insbesondere auch nicht widerlegt habe. Endet damit, entweder möge man nichts, oder etwas Lebensfähiges geben.

Morgen beginnt die Berathung der einzelnen Artikel des Gesetzes, welches voraussichtlich ohne wesentliche Modificationen angenommen werden wird.

Braunschweig, den 5. Jan. Gestern wurde hier eine natürliche Tochter des Herzogs Karl von Braunschweig, die Gräfin W., nebst ihrem Gemahl von der Polizei aus der Stadt geschafft, ungeachtet der Gasthofbesitzer, bei welchem sie logirten, einen gerichtlichen Arrest auf ihre Personen wegen einer Schuldforderung von einigen Hundert Thlrn. erbracht hatte.

Berlin, den 5. Jan. Die „N. Preuß. Ztg." klagt

sich aus **Paris** schreiben: „Man versichert so eben, daß Belgien eingewilligt, die geforderten 70 Mill. Fr. Entschädigung für die französische Intervention von 1832 zu bezahlen. England hat versprochen, sie zu liefern, um Bonaparte jede Ausrede zum Krieg zu nehmen. Diese Nachricht wird verbürgt."

Wien, den 4. Jan. Die Morgenpost berichtet, daß nach einer Anordnung des Directors des allgemeinen Krankenhauses, Dr. Haindel, sämmtliche im Spitaldienste verwendete Aerzte, welche die sogenannten Hecker- oder Kossuth-Kinnbärte trugen, dieselben wegnehmen lassen mußten.

— den 6. Jan. Die „Wiener Ztg." bringt heute eine Bekanntmachung, nach welcher die für den Monat Januar 1852 in Wien und Krems angeordneten Schwurgerichte „in Folge höherer Weisung" vertagt sind, also Stillstand der Rechtspflege.

Niederlande.

Zu **Zurikzee** fand am Neujahrstage ein schrecklicher Unfall statt. Vor dem Hause eines Hrn. Paulessen belustigten sich mehrere junge Leute damit, Petarden loszulassen, und einer derselben war verwegen genug, dieselben in das Innere der Häuser zu werfen. In dem Laden des Hrn. Paulessen stand ein Pulverfaß; eine Petarde fiel in dasselbe, und das ganze Haus flog in die Luft. Fast alle Bewohner desselben fanden ihren Tod dabei. Frau Paulessen und ihre neun Kinder wurden verbrannt als Leichen aufgefunden. Paulessen selbst und mehrere andere Personen liegen schwer verwundet darnieder. Mehrere Nachbarhäuser drohen einzustürzen.

Frankreich.

Paris, den 3. Jan. Im Innern währt die Polizeiwirthschaft fort. Wie weit die Unterdrückung geht, davon kann man sich keine Vorstellung machen. Es ist schlechterdings unmöglich, daß man in Rußland eine solche Scheu vor der Regierung hat, wie es jetzt in Frankreich der Fall ist. Als ein kleines Zeichen der Stimmung führe ich an, daß viele Personen sich die Bärte abnehmen lassen, um nicht durch dieselben die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich zu ziehen. Auch von der Ausübung der Censur ist es schwer, sich einen Begriff zu machen, sogar halboffizielle lithographirte Korrespondenzen, welche wie alles Uebrige zensurirt werden, müssen oft ganze Spalten weglassen. Dabei ist jede Andeutung, daß eine Lücke durch die Censur entstanden sei, untersagt. Selbst die entferntesten Anspielungen werden von den Censoren, Beamten des Ministeriums des Innern, aufgesucht. So mußten schon einige Journale die Aufeinanderfolge ihrer Artikel ändern, weil man in derselben einen politischen Witz entdecken wollte. Die Buchdrucker sind wegen der ungewohnten Neckereien in Verzweiflung. Mitunter werden die Bürstenabzüge mehr als die Hälfte des Tages zurückgehalten, bis sie das Visum erhalten. Gewisse Dinge, die in den Departements gedruckt werden dürfen, können in den hiesigen Blättern nicht erscheinen. So wurde dem „Moniteur parisien," der einige Nachrichten aus dem lithographirten „Bulletin de Paris" nachgedruckt hatte, jede fernere Reproduktion von Pariser Neuigkeiten aus dieser Korrespondenz untersagt. Die Polizei mengt sich in Alles, wie noch nie zuvor. Unzählige kleine Beispiele könnten Ihnen dies beweisen; ich will Ihnen nur ein einziges derselben anführen, das ich Ihnen verbürgen kann, so unglaublich es auch klingen mag. Die Boulevards sind jetzt von unzähligen kleinen Boutiquen besetzt, in welchen die sogenannten Pariserartikel verkauft werden. In einigen dieser Boutiquen wurden Brieftaschen und Geldbörsen mit verschiedenen Porträts von politischen Persönlichkeiten (wie Cavaignac, Joinville, Chambord, L. Philippe u. s. w.) verkauft. Die Behörde hat allenthalben alle Stücke, welche nicht das Portrait L. Napoleons trugen, in Beschlag belegen und die Verkäufer vor die Polizei laden lassen. Ich habe diesen kleinen Zug aus dem Munde eines solchen Verkäufers, welcher leichter den Staatsstreich, als die Konfiskation seiner Brieftaschen begreifen konnte.

Aus **Paris**, den 3. Jan., wird der Kreuzzeitung geschrieben: „Die neue Regierung fängt an, höhere Politik zu treiben; der ehemalige Pair von Frankreich und Ambassadeur in Madrid, Baron Paul v. Bourgoing, ein unzweifelhaft feiner Kopf, entwickelt in einer Reihe von Artikeln im „Bulletin de Paris" den Satz: daß Frankreich seit 1848 nicht aufgehört habe, den großen Mächten Beweise seiner Friedensliebe zu geben und seine Uneigennützigkeit zu bewähren. Diese Artikel triefen von Friedfertigkeit, und heute versichert mich ein Mann, der dem Elysée ziemlich nahe steht, daß der Präsident einen europäischen Congreß provociren wolle, um durch denselben die Verträge von 1815 auf friedliche Weise revidiren zu lassen. Die Falle ist äußerst geschickt gelegt, so zahm, so friedlich sieht das alles aus — wie aber, wenn sich die Verträge nicht friedlich revidiren lassen? Je mehr in Frankreich von Frieden gesprochen wird, destoweniger ist man zum Frieden geneigt, das ist ein alter Satz, der sich schon oft genug bewährt hat. Es gibt hier wirklich noch einige naive Personen, die sich darüber gewundert haben, daß der Präsident das Decret, die Wiederherstellung der kaiserlichen Adler auf den Fahnen betreffend, in den Moniteur geschickt hat, ohne das Ministerconseil zu fragen. Wie komisch!"

Der „Abendmoniteur" kündigt die Ernennung von 19 Obersten zu Brigadegeneralen an. — Unter den heutigen Ernennungen in der Ehrenlegion befinden sich die von 9 hiesigen Polizeicommissären und 55 Bürgermeistern und Beigeordneten der Hauptstadt und der Departements. — Aus den Departements werden fortwährend zahlreiche Verhaftungen, Absetzungen und Suspensionen gemeldet.

Das eigenhändige Schreiben des Kaisers Nicolaus an den Präsidenten, welches Hr. Belanne neulich überbracht hat, enthält am Schlusse die ausdrückliche Verwahrung gegen jede Modification der Verträge von 1815. Diese Verträge erkennen aber nur die Familie Bourbon auf dem französischen Throne an; jene Verwahrung schließt also abermals eine Verwahrung gegen eine Restauration des Kaiserreichs ein. (K. Z.)

— den 7. Jan. Ein Decret verfügt die Beseitigung der Worte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit von allen öffentlichen Gebäuden. Ein anderes Decret bewilligt eine Summe von 4,800,000 Fr. zur unverzüglichen Fortführung des großen Netzes der electrischen Communicationen. Gestern ist Hr. St. Ferreol, Ex-Abgeordneter des Loiredepartements, Mitglied der Bergpartei, verhaftet worden.

— den 8. Jan. Das Journal „l'Opinion publique" ist unterdrückt worden.

Es ist, wie verlautet, die Absicht der Regierung, alle Monumente, welche an die Siege des Aufstandes erinnern, entfernen zu lassen. Unter diesen Monumenten befindet sich auch die Julisäule; doch soll dieselbe nicht abgetragen werden, sondern eine andere Bestimmung erhalten; die Freiheitsstatue, welche auf ihrer Spitze thront, soll durch eine Statue Karls des Großen ersetzt werden.

Großbritanien.

London, den 6. Jan. Gestern starb hier Baron Kemeny, aus dem ungarisch-siebenbürgischen Kriege als Sieger bei Pisky bekannt. Er war von Kossuth zu seinem Stellvertreter in London ernannt worden und hatte die Vertheilung der Hülfsgelder an die ungarischen Flüchtlinge zu besorgen. — Die Befestigungen in Sheerneß (Themsemündung) werden in Vertheidigungszustand gesetzt. Alle Geschütze der Strandbatterien, der inneren Arsenal- und Citadellenwerke werden armirt und alle Munitionskammern gefüllt. Nächsten Montag soll mit der Errichtung einer Batterie von 80 Kanonen vom schwersten Caliber begonnen werden; diese Geschütze sind Dreh-

bassen (auf beweglichen Gestellen) und können im Nothfalle seewärts gerichtet und alle auf einen Punct concentrirt werden.

— den 7. Jan. Das neue k. Postdampfboot „Amazon", welches am vorigen Freitag von Southampton nach Westindien abgegangen war, gerieth, als es sich 110 (englische) Meilen west-süd-westlich von Scilly befand, in Brand. Alle Anstrengungen, das Feuer zu löschen, waren vergeblich; das Dampfboot wurde gänzlich zerstört, und von 153 Personen, die an Bord desselben gewesen, gelang es nur 21, sich mittelst eines der Rettungsboote zu flüchten; die übrigen kamen theils in den Flammen, theils im Meere um.

Türkei.

Konstantinopel, den 29. Dec. Der neu ernannte Dardanellen-Gouverneur hat dem österreichischen Consulate wegen Mißhandlung eines Dragomans Abbitte geleistet.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 23. Dec. Der Winter ist in allen Staaten so streng, wie er seit Jahren nicht gewesen. Die Prairieen des Westens sind mit Schnee bedeckt, so daß man traurige Nachrichten über das Schicksal der Auswanderer nach Utah, Deseret und dem Oregon erwartet.

Neueste Nachrichten.

München, den 9. Jan. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer wurde die Interpellation des Abgeordneten Kolb wegen noch nicht erfolgter Vertheilung der gesammelten Gelder zur Unterstützung der Verunglückten durch die letzten Ueberschwemmungen vom Hrn. Staatsminister des Innern dahin beschieden, daß die Vertheilungen im ganzen Königreiche erst dann erfolgen können, nachdem die Erhebungen gemacht sind, die bis jetzt noch nicht zu Ende gediehen.

Nürnberg, den 8. Jan. Heute Morgen wurde bei sieben Mitgliedern hiesiger Buchdruckereien, worunter der ehemalige Vorstand des aufgelösten Gutenberg-Hauptvereins Mittel- und Oberfrankens, durch 4 Polizeioffizianten und drei Untergebene hausgesucht. Der vorgebliche Zweck derselben war Forschung nach einer geheimen Verbindung. (F. K.)

Das Ordinariat in Augsburg hat den Pfarrer B. von Pforzen, der im Wirthshause zu Rieden dem Müller J. Vogel nach kurzem Wortwechsel mit einer Degenstockklinge 3 Stiche versetzte, in Folge der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung bis auf Weiteres von seinem Amte suspendirt und auf seine Pfarrei einen Vicar berufen.

Sondershausen, den 5. Jan. Hier hat der letzte der noch regierenden Märzminister Deutschlands, Geheimrath Chop, seinen Abschied erhalten.

Hamburg, den 7. Jan. Unser Niedergericht hat den Staatsanwalt mit seiner Klage gegen die „Reform" wegen Beleidigung des Neffen des Kaisers zurückgewiesen und in die Kosten verurtheilt.

Wien, den 7. Jan. Der Siebenb. Bote bringt wieder eine Reihe von sechs Todesurtheilen, die gegen ehemalige kaiserliche Offiziere wegen Theilnahme an der ungarischen Revolution ausgesprochen, aber bei 4 von ihnen in 3—12jährige Festungsstrafe verwandelt, bei 2 ganz nachgesehen wurden. — Die „Neue Zeit" widerruft die von ihrem Tarnower Correspondenten gemeldete Freilassung des Grafen Potocki.

Der Zollcongreß hat heute unter dem Vorsitze des Ministerialraths Dr. Hock seine ordentlichen Sitzungen begonnen. — Die neuerrichtete Telegraphenlinie zwischen hier und Nürnberg-Ansbach in Baiern ist bereits sowol für Staats- als Privatdepeschen eröffnet.

Paris, den 8. Jan. Der Erlaß des Ministers des Innern für die Entfernung der Devise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" von den öffentlichen Monumenten, Gebäuden und von den Privathäusern hat bei einem Theile der Bevölkerung eine gewisse Sensation hervorgerufen.

Soeben vernehmen wir, daß General Changarnier, Obrist Charras und der Ex-Quästor Baze aus ihrer Haft in der Citadelle Ham entlassen worden und unter Begleitung dreier Polizeibeamten ganz incognito nach der belgischen Grenze hin abgereist sind. Die Herren Changarnier, Charras und Baze waren die drei Gefangenen, gegen welche die Regierung sich am strengsten gezeigt hatte. Die Generale Lamoriciere, Bedeau und Leflo werden nun wol bald ebenfalls auf freien Fuß gesetzt werden. General Cavaignac befindet sich noch in Paris. Er hat, wie man vernimmt, die Erlaubniß, hier seinen Aufenthalt zu nehmen, anstatt sich mit seiner jungen Gemahlin nach Holland zu begeben. (F. J.)

Vor den 5 Militärcommissionen, welche niedergesetzt sind, um über die Strafbarkeit der Verhafteten aus den Departements, Niederalpen, Var und Vaucluse abzuurtheilen, werden etwa 2500 Angeklagte erscheinen.

Es soll bereits feststehen, daß in der neuen Verfassung der Titel „Präsident" nicht figuriren wird, und daß L. Napoleon in den amtlichen Erlassen 2c. als „Prinz" oder „Staatsoberhaupt" bezeichnet werden soll. Sein Name und sein Bild werden fortan nicht blos auf den Münzen, sondern auch auf den Aufmunterungsmedaillen, auf den Patenten und den Poststempeln prangen; seine Büste wird man in den Gerichts- und Bürgermeisterei-Sälen aufstellen. Schon sieht man über dem Thore des Museums die bronzene Büste des Kaisers.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

---

[779] **Zahnärztliche Anzeige.**

Ich werde den 13. d. Mts. Mannheim verlassen, und bis den 19. ds. in Heidelberg verweilen. Vom 20. dieses bin ich wieder täglich in meiner Wohnung Lit. P 5, Nro 1 am Strohmarkt zu sprechen.

Mannheim, den 10. Januar 1852.

J. Böhling, Zahnarzt.

---

[776] **Literarische Anzeige.**

Bei Chr. Riedel in Grünstadt ist so eben erschienen: Versuch über den Geist der Gesetze von Rauh, k. b. Beamte in der Pfalz. Preis: broschirt 1 fl. 24 kr.

[777²] **Anzeige.**

Englische runde Abziehsteine für Lederbereitungen sind zu haben in der Lederhandlung von J. B. Sammet in Mannheim.

[778²] **Stammholz-Versteigerung.**

In dem hiesigen städtischen Molzau-Wald-District II, Abtheilung 13, werden:

Donnerstag, den 22. Januar d. J.,
Morgens 9 Uhr,
281 Stämme Eichen und
2 „ Forlen, zu Bau- und Nutzholz geeignet,

öffentlich versteigert.

Die Zusammenkunft ist in der Abtheilung 13.

Philippsburg, den 9. Januar 1852.

Bürgermeisteramt:
Heinz.
vdt. Ropp, Rathschrbr.

---

[42] **Lotto.**

Zu München kamen den 8. Januar heraus:

3. 90. 84. 77. 72.

Die nächste Ziehung ist den 17. Jan. zu Regensburg.

81

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 12 | den 14. Januar 1852.

Deutschland.

(:) Aus Altbayern, den 8. Jan. Es ist etwas faul im Staate Danemark; die schwarzen Vögel deuten auf nahen Winterfrost, und die Auguren verkünden Unheil. Im Heerlager der subventionirten und ultramontanen Presse kann man es nun einmal nicht verdauen, daß die Geschwornen in der Pfalz zu gewissenhaft sind, um da einen Hochverrath zu erkennen, wo sie nur ein Streben zur Durchführung der als Gesetz anerkannten Reichsverfassung zu erblicken vermögen; es ist ihnen fürchterlich, daß selbst die von einer Regierung ausgewählten Männer aus dem Volke es nicht über das Herz bringen können, Leute schuldig zu finden, die nichts Anderes thaten, als was das ganze Land von den Conservativsten bis hinauf zu den Radicalsten principiell anerkannte. Es ist eine alte Geschichte, daß nicht leicht Jemand in sich selbst die Ursache dessen sucht, was ihm unangenehm fällt; die subventionirte und ultramontane Presse denkt nicht daran, oder wenigstens gesteht sie es nicht, daß auch sie, besäße sie einige Klugheit, für allgemeine Amnestie in der Pfalz hätte eintreten sollen; sie denkt nicht daran oder wenigstens gesteht sie es nicht, daß im Volke Gefühle und Bestrebungen rege sind, die darum nicht erlöschen, daß man sie mißbilligt oder unterdrücken will. Sie richten ihre Pfeile gegen das Institut der Geschwornen selbst, hier gibt ihnen weder der Art. 26 des Preßgesetzes, welcher die Schwurgerichte vor Beleidigungen schützt, noch der Art. 16 dieses Gesetzes, welcher Aufforderungen zu Gesetzwidrigkeiten mit Strafe bedroht, Bestimmungen, die gegen die democratischen Blätter schon in so staunenswerther Ausdehnung benützt wurden, sie werden nicht beachtet von einer „Neuen Münchener Zeitung,“ sie sind nicht da für einen „Volksboten.“ — Die N. Münchener Ztg. leitet einen Bericht über die jüngsten Schwurgerichtsurtheile in der Pfalz mit folgenden Worten ein: „(Geschworenenurtheile in politischen Dingen.) Die Geschwornen zu Zweibrücken haben am 30. den des Vaterlandsverraths überwiesenen u. selbstgeständigen Karl Wild von Hornbach nichtschuldig gefunden; ebenso haben sie am 1. Jan. den Ludwig Moses, den andere Geschworene und das Assisengericht im Juni vorigen Jahres wegen seiner hervorragenden Betheiligung am Pfalzer Aufstande 1849 und der dabei von ihm begangenen Gewaltthaten schuldig gesprochen und der darauf hin zum Tode verurtheilt gewesen war, dann aber die Cassation dieses Urtheils blos dem formellen Umstande resp. Fehler zu danken hatte, daß einer der Geschworenen in der Voruntersuchung als Zeuge gegen einen andern Angeklagten vernommen worden war, jetzt auch nichtschuldig gefunden. Solche Thatsachen sprechen für sich selbst.“ Der „Volksbote“ ergänzt diese Andeutungen durch folgende Bemerkungen: „Welche Lehre gibt's aber für die Verläßigkeit der politischen Schwurgerichte, wenn heute die Geschworenen das nämliche Individuum freisprechen, das von andern Geschwornen vor einem halben Jahr in derselben Sach' eines todeswürdigen Verbrechens für schuldig erkannt wär?! Unter solchen Umständen kann's unmöglich ausbleiben, daß über kurz oder lang ein Spruch über die Schwurgerichte selber gefällt wird.“ Das ist deutlich gesprochen. Wir wollen nicht darauf eingehen, daß in dem einen Blatte den Geschorenen offenbare Verbrechen angedichtet, daß in dem andern Gesezesverlegungen gefordert werden; wir erachten es nicht für nothwendig, darauf hinzuweisen, daß auch bei rechtsgelehrten Richtern, je nachdem die Senate so oder anders zusammengesetzt sind, auch so oder anders geurtheilt wird, und daß wir tausend Fälle anführen könnten, wo das eine Gericht ein Todesurtheil, das andere, z. B. das höhere, eine Freisprechung erkannt hat, ja daß sogar schon mancher Beschluß einer unfehlbaren Policei von einer Regierung oder einem Ministerium umgestoßen wurde; wir halten es für unnütz, uns des weiteren darüber auszulassen, daß in England seit langer Zeit Geschworene über politische Verbrechen und Vergehen urtheilen, bekanntlich ohne den Staat und die Gesellschaft zu erschüttern. Auf einen Umstand aber müßen wir aufmerksam machen. Die subventionirte und die ultramontane Presse hat ein doppeltes Gewissen, hat zweierlei Maße und Gewichte für ihre Gerechtigkeit. Daß bei ihr „von jenem Rechte, das mit uns geboren ist,“ nicht die Rede sein kann, versteht sich von selbst; allein auch in Bezug auf die wirklich bestehenden Gesetze ist ihr Januskopf anders nach rechts, anders nach links; anders nach Oben, anders nach Unten. Mag der Buchstabe, mag der Geist des Gesetzes lauten, wie er wolle, mögen die edelsten Motive, mag die gerechteste Absicht obwalten, gleichviel! Ueberall ist Schuld, überall muß gestraft werden, wo der Geist des Volkes thätig war; wo es Morgenluft wittert, flieht das subventionirte und ultramontane Heerlager gleich dem Gespenste des alten Hamlet; hier besteht die Gerechtigkeit nicht in unparteiischer Würdigung aller Momente, wer „schuldig“ spricht, ist gerecht, alles Andere ist vom Bösen. Selbst die fromme Presse, sie, welche die Bibel stets im Munde führt, würde weder Sodom noch Gomorrha wegen eines Dutzend gerechter Leute schonen; sie würde eher Schwefel und Pech auf tausend Unschuldige regnen lassen, wenn in ihrer Mitte auch nur ein Schuldiger sich vermuthen ließe. Wie ganz anders, wenn von einer anderen Seite die Rede ist, wenn es sich da um wirklichen Bruch von Treu und Glaube, wenn es sich um wirklichen Verfassungsbruch, wenn es sich um Meineid handelt; mag hier das Gesetz lauten, wie es nur immer wolle, mag der niedrigste Egoismus, mag Menschenhaß die Triebfeder sein: hier werden alle Rüstkammern der Sophistik erschöpft, hier wird die Intrigue als himmlische Weisheit, der Verrath als Staatsnothrecht hingestellt und als „Herrscher von Natur“ wird der gepriesen, der durch Waffenmacht das Gesetz über den Haufen wirft. Man greift die Geschworenengerichte an, weil sie, ihrer Ueberzeugung folgend, da kein „Schuldig“ sprechen, wo sie die gesetzlichen Voraussetzungen eines Verbrechens nicht zu erkennen vermögen, mit einem Worte, weil sie gerecht gehandelt; vergebens aber sehen wir uns in der subventionirten und ultramontanen Presse nach einem Angriff auf die Blutsenate und Sternkammern um; vergebens bemühen wir uns, ihre Entrüstung über die verfassungswidrigen Kriegsgerichte und Verurtheilungen in Hessen aufzufinden, die Handlungen Louis Napoleons sind ihnen ganz in der Ordnung, ja die N. Münchener Ztg. hat sogar nachgewiesen, daß Louis Napoleon nicht einmal seinen Eid gebrochen. Und eine solche Presse hat die Schamlosigkeit, die Loyalität der Geschworenenurtheile in der Pfalz anzutasten? sie entblödet sich gar, das Geschworeneninstitut in politischen Fragen für unhaltbar zu erklären? Besäße jene Presse soviel Verstand als sie Niederträchtigkeit besitzt, sie würde ganz andere Folgerungen aus den Urtheilen in der Pfalz ziehen, als sie wirklich

zieht; sie würde erkennen, daß nicht in dem Geschworeneninstitut, sondern auf einer ganz andern Seite die Ursache der Niederlage zu finden ist; sie würde einsehen, daß mit etwaiger Beseitigung des Geschworeneninstituts nur eine Erkennungsform nicht mehr vorhanden wäre, daß aber die politischen Uebel darum nicht weniger da sind. Der Vogel Strauß steckt den Kopf in den Sand und glaubt dann, man sehe ihn nicht; die subventionirte und ultramontane Presse möchte dem Staat anrathen, eine gleiche Rolle mit diesem bekanntlich nicht gar weisen Vogel zu spielen. „Zurück!" rufen sie, wie die Aegypter im Meere; aber die Aegypter, die so gerufen haben, sind, wie man weiß, ersoffen. Uebrigens bleibt es wahr: „Es ist etwas faul im Staate Dänemark."

*† **Zweibrücken**, den 11. Jan. (Assisenverhandlungen.) In gestriger Sitzung begann die letzte Sache gegen Carl Schmitt, Pharmaceut von Germersheim, welcher von dem Advocaten Petri vertheidigt wurde.

Derselbe war ebenfalls der Theilnahme an den drei hochverrätherischen Attentaten angeklagt, welcher er sich dadurch schuldig gemacht haben soll, „daß er als Legionär im Dienste der revolutionären Gewalt stand, mit einer Compagnie Freischaaren in Neuburg einrückte, um die Beeidigung der öffentlichen Bediensteten erzwingen zu helfen, die Rhein-Octroikasse mit 173 fl. 59 kr. daselbst, unter Zuziehung einer Abtheilung der badischen Robert Blum's-Colonne, berauben, die Bücher und Belege des Octroieinnehmers wegnehmen half, die Brückengeldkasse an der Wörth-Knielinger Rheinbrücke mit 115 fl. 21 kr. gewaltsam wegnahm, sich an der gewaltsamen Zerstörung des dem Holzhändler Gehrlein gehörigen, an derselben Rheinbrücke gelagerten Holzvorrathes im Interesse der Insurgenten betheiligte und bei diesem Gehrlein sich dreizehn Tage lang ohne Entschädigung einquartiert hatte."

Schon gestern begannen die Debatten. Heute erfolgten die beiderseitigen Repliken und um 10 Uhr der Ausspruch der Geschwornen, der auf Nichtschuldig lautete, worauf der Angeklagte in Freiheit gesetzt wurde.

* **München**, den 9. Jan. (65. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Anzeige, daß zum Referenten über die Beschwerden der Deutschkatholiken Hr. Jäger ernannt sei.

Verlesen der Interpellation des Abg. Kolb, ob das Ministerium nicht Anordnungen treffen wolle, daß die gesammelten Gelder zur Unterstützung der Wasserbeschädigten wenigstens ohne weitern Verzug vertheilt würden.

Minister Zwehl antwortet: Die Ueberschwemmungen seien in allen Kreisen vorgekommen; die Vertheilung der Gelder könne daher erst stattfinden, wenn die Aufnahme in allen Theilen des Königreichs vollendet sei, also nach Maßgabe derselben; die Behörden treffe kein Vorwurf, auch sei ihm auf dem geraden Weg der Beschwerde keine Anzeige zugekommen, und nur von solcher könne er Notiz nehmen. *)

Hierauf specielle Berathung des Districtsrathsgesetzes. Wir werden, nach dem Schluße der Verhandlungen, den Wortlaut des Gesetzes wie es sich gestaltet, mittheilen (den Entwurf haben wir früher schon abgedruckt.) Wir geben nur die Hauptmomente der Discussion.

Bei Art. 1 erhebt Kolb wiederholt Bedenken dagegen, daß eine Solidarität unbedingt für alle Gemeinden eines Bezirkes geschaffen werden wolle, während diese Gemeinden nicht immer nach Maßgabe der Gemeinsamkeit der Interessen, sondern aus administrativen Gründen so oder anders zu einem Policeidistricte (Kantone rc.) verbunden seien; er sehe vorher, daß sich alsbald gerechte Klagen erheben würden. — Diese Ansicht wird wesentlich von Römich bekämpft; man habe den Gegenstand im Ausschuße erwogen, aber kein geeignetes Auskunftsmittel finden können; es sei übrigens für Verbindungen zu speciellen Zwecken genügend gesorgt. — Der Art. 1 wird unabgeändert angenommen. —

Dem Art. 2 des Entwurfes, das Recht der Vertretung betref., stellt Prell einen Antrag entgegen, auf Beseitigung der Sondervertretungen der Eigenthümer großer Waldungen, Seen rc. — Ebenso stellt zu Art. 3 (Wahlart) Crämer einen Antrag, das Wahlgesetz zum Landtage auch bei den Districtsräthen anzunehmen. Beide motiviren ihre Vorschläge umfassend. Crämer vergleicht die nach dem Entwurfe sich ergebende Vertretung mit dem letzten Tropfen einer ausgedrückten Zitrone.

Bei der Discussion vertheidigt Heine seine Ansicht, daß auch die Geistlichkeit im Districtsrathe repräsentirt sein solle, um ein Gegenwicht gegen das Beamtenthum zu bilden (eine Aeußerung über „Beamtengeschwätz" veranlaßt einiges Murren auf der rechten Seite.) — Fink (Landrichter) antwortet auf den Ausdruck „Beamtengeschwätz," auch auf den gestern vom Vorredner gebrauchten Vergleich der Beamten mit „Bruthennen," indem er die ersten vertheidigt.

Wiedenhofer stimmt dem Regierungsentwurfe bei. Ruland ebenso, namentlich gegen Heine's Verlangen, die Geistlichen in den Districtsrath zu ziehen. — Heine spricht wiederholt gegen das Beamtenthum. „Meine Herren! Sie bezahlen die Beamten, und die Beamten sind der pars minor! Es müße den 15,000 Bewohnern eines Bezirks erlaubt sein, auch andere Gedanken zu haben, als die Beamten; zeigt, wie weit man noch entfernt sei auch von der Idee eines freien Gemeindewesens. Der Baum des Constitutionalismus sei nahe am Verdorren; verweist auf Frankreich, das „irgend wem" — irgend wem! — die Zügel der Gewalt gab, um dieses Constitutionalismus ledig zu werden. Wer Einfluß im Leben erringen wolle, müsse dem Leben auch dienen, und Dienen ist nicht bequem, besonders wenn man nicht auf die Zukunft sieht. — Allioli gegen Heine. — Forndran gegen Crämers Antrag. — Boos, gegen den Ausschluß der Geistlichen. — Wallerstein, für die Anträge von Crämer und Prell, als sehr conservativ. Bezieht sich auf den Wortlaut der Versprechungen, welche die Regierung im Landtagsabschiede von 1848 gegeben hat. Erinnert daran, daß der Absolutismus (in Frankreich) sich gerade mit den Besitzlosen verbinde; darum Nothwendigkeit, eine wahre Vertretung zu schaffen. — Reinhart, für die allgemeine Wahl. Die Gemeindeordnung tauge nichts, und dennoch wolle man sie zur Grundlage machen.

Crämer beleuchtet die vorgekommenen Einwendungen gegen seinen Antrag. Will freie Wahl, keine so beschränkte, wie der Entwurf fordert. Nach diesem Entwurfe werde man zunächst blos Gemeindebeamte in den Districtsrath bekommen. Er gebe zu, was behauptet worden, daß eine Gleichgültigkeit gegen die Repräsentation stattfinde. Es sei eine eigenthümliche Erscheinung, daß stets in Zeiten, in denen sich eine neue große Umgestaltung vorbereite, eine Gleichgültigkeit gegen die Vertretung sich kund gebe. Erinnert noch an die Absetzung von Gemeindebeamten aus politischen Rücksichten. — Prell, dessen Antrag blos von Wiedenhofer ausdrücklich bekämpft worden, widerlegt diesen. — Schnitzlein, gegen Vertretung der Geistlichkeit in den Districtsräthen.

Die Kammer verfügt den Schluß der Discussion (es sind noch mehre Redner vorgemerkt). Referent Steinsdorf vertheidigt den Entwurf und bekämpft die Verbesserungsanträge. Ebenso Ministerialcommissär Schubert.

Bei der Abstimmung werden die Modificationen von Prell und Crämer verworfen, die Ausschußanträge (geringe Abänderungen des Regierungsentwurfs enthaltend) angenommen. Ebenso die übrigen Artikel bis einschließlich 6.

---

*) Wir fragen ganz einfach, ob die Geber in der Pfalz ihre Beiträge gegeben hätten, wenn sie geahnet, daß die Sache in dieser Weise behandelt werde? Die natürliche Folge wird wahrscheinlich sein, daß die Privaten in künftigen Fällen sich hüten werden, sich an Subscriptionen zu betheiligen, wenn sie nicht selbst für die Vertheilung sorgen können!

• **München,** den 10. Jan. (66. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Anzeige, daß Neuffer vom Ausschuße zum Referenten über den Arnheim'schen Antrag wegen Einführung von Papiergeld erwählt ist.

Fortsetzung der Berathung des Districtsrathsgesetzes. Zu Art. 7 (Competenz betr.) stellt v. Koch Anträge auf Erweiterung. Das alte Gesetz, obwol sehr schlecht, sei dennoch viel besser, als der vorliegende Entwurf. Der Art. 7 beschränke die Befugniße maßlos, und das Wenige, was hier bewilligt werde, sei wieder geradezu aufgehoben durch Art. 19, indem alle Beschlüße nur Geltung erlangten, wenn die Kreisregierung dieselben genehmige. Das Ganze sollte nicht Gesetz über die Districtsräthe, sondern über Districtsumlagen heißen, denn blos darauf scheine es anzukommen. Entwickelt klar und bestimmt seine Verbesserungsanträge, und beweist gründlich seinen Tadel des vorliegenden Entwurfes. Erwähnt, *wie so oft das* materielle Recht unter den Formen *untergeht.*

Der Finanzminister bringt Gesetzvorlagen ein: 1) Nachweisung und Realisirung des zweiten und dritten Sieben-Millionen-Subscriptionsanlehens betr.; 2) die Deckung des ersten Subscriptionsanlehens betr.; 3) Taxregulativ in Beziehung auf die freiwillige Gerichtsbarkeit diesseits betr.

Referent Steinsdorf bekämpft nun die Koch'schen Modificationen. Anerkennt, daß der Gesetzentwurf den Distrikten keineswegs eine Autonomie gewähre. Allein der Ausschuß habe geglaubt, an den Principien des Entwurfes festhalten zu sollen.

Wallerstein *spricht sich* für Erweiterung der *Autonomie aus. Erwähnt das* Verfahren der Regierung, den *gewählten* Gemeindebehörden die Bestätigung zu versagen; *beruft sich* dagegen auf eine Aeußerung des verstorbenen Rudhart. Stimmt im Allgemeinen den Vorschlägen Kochs bei, einigen aber nicht. Fragt das Ministerium, ob, wenn gewisse Abänderungen beschlossen würden, das Gesetz gefährdet sei. — Ministerialcommissär Schubert bejaht dies. — Wallerstein: Dann setze er sich nieder. (Lachen.)

Römich. Gegen Kochs Modificationen; dieselben erinnerten an die Kantonalverwaltung nach den ersten französischen Verfassungen, welche Kantonalverwaltungen in der Pfalz in sehr übelm Andenken stünden, und über die man lächle. Greift den hessischen Districtsrath an, welcher nicht nach dem Interesse der Gemeinden, sondern nach der politischen Meinung gefragt habe.

Forndran, gegen Koch, obwol er mancherlei zu wünschen habe; ist mit Wallerstein einverstanden, daß man heut zu Tage nehmen muße, was man eben bekommen könne.

Koch weist die Angriffe auf seine Vorschläge entschieden zurück. Entwickelt seine Ueberzeugung, daß das Gesetz dem Lande geradezu zum Nachtheil gereichen werde. Antwortet auf Bemerkungen Römichs: Er kenne die Verhältniße der Pfalz nicht genug, allein nach Römichs Entwicklung scheine es, als ob die Landcommissäre in der Pfalz nichts Anderes zu thun hätten, als die Hebammen zu untersuchen und die Feuerspritzen zu untersuchen (lebhaftes Lachen); diesseits hätten die Beamten andere Dinge zu thun, als sich mit solchen Hebammengeschichten zu befassen. Wenn man davon rede, die Districtsräthe würden die Gelder verschleudern, so frage er, ob man glaube, daß dieselben nicht von ihren Comittenden zur Rechenschaft gezogen werden würden. Weist, unter großer Heiterkeit, die Widersprüche nach, in welche Römich und Forndran selbst gegenseitig gekommen. — Dieser letzte entgegnet, ebenso Römich. Die Hebammen und Feuerspritzen seien sehr nothwendig, die Untersuchung der ersten oft angenehm; er überlasse dieselbe dem Hrn. v. Koch (ironisches Lachen.)

Referent Steinsdorf bekämpft wiederholt Kochs Anträge. Ebenso der Ministerialcommissär. Der Letzte lobt die Bestimmungen des Gesetzentwurfes, und erklärt, das Gesetz werde, wenn man die Koch'schen Anträge annähme, von der Regierung nicht genehmigt werden. — Bei der Abstimmung werden die sämmtlichen Koch'schen Anträge verworfen, und der Regierungsentwurf mit den unwesentlichen Modificationen des Ausschusses angenommen.

Bei Art. 8, welcher u. a. bestimmt, daß der Landcommissär oder Landrichter Vorsitzender des Districtsraths sei, beantragt Heine Ernennung eines eigenen „Districtsschöffen" (Vorsitzenden) durch den König, auf den Vorschlag von Candidaten durch die Reichsrathskammer und den Landrath, — in der Pfalz durch den letzten und die Kreisregierung. — Bekämpft den Ausschuß, welcher seine sehr umfassenden Vorschläge sämmtlich kurzweg verworfen hat. — Erklärt schließlich, daß er seine Anträge, weil sie keine Aussicht auf Erfolg hätten, zurücknehme.

Wallerstein beantragt, daß die Versammlung ihren Vorstand selbst wähle. — Referent Steinsdorf dagegen, ebenso Wiedenhofer, Forndran und Ministerialcommissär Schubert.

Der Wallerstein'sche Antrag wird verworfen, der Regierungsantrag angenommen, ebenso bis einschließlich Art. 10.

Am nächsten Montage Fortsetzung der Berathung.

• **München,** den 9. Jan. Die neue Münchener Ztg. enthält wieder einen Artikel über die „protestantisch-kirchlichen Zustände in der Pfalz," worin zum gewaltsamen Umsturze des in der Pfalz bestehenden Wahlgesetzes für die Generalsynode aufgefordert wird, weil — das Ergebniß der Wahlen von 1849 den Wünschen des Verfassers nicht entspricht! „Es gilt hier eine rettende That zu vollziehen von Seiten des Kirchenregiments," sagt derselbe ganz unumwunden! Das ist wieder ein Beweis des Gesetzlichkeitssinnes der Partei, welche sich in der subventionirten Presse breit macht. — Man kann nur wiederholen, was früher schon in der Speyerer Ztg. bemerkt wurde: Die Protestanten der Pfalz mögen sich auf eine Gestaltung ihrer kirchlichen Verhältniße gefaßt halten, gegen welche die vormärzliche noch eine glückliche war!

• **München,** den 10. Jan. Die Ausweisungen aus hiesiger Stadt haben noch nicht ihr Ende erreicht. Es ist nunmehr auch Rechtsconcipient Hagen davon betroffen worden, obwohl derselbe, (ebenso wie Riese) seit Jahr und Tag ganz zurückgezogen lebt, und notorisch auch nicht für irgend ein öffentliches Blatt arbeitet, sondern seine Zeit ausschließlich der Justiz widmet. Auch bei ihm soll das Verhalten im Jahre 1848 der Grund der Ausweisung sein, namentlich die Theilnahme an damals bestandenen, nun längst erloschenen Vereinen, die Jedermann kannte. Fast scheint es, als ob man alle Vorgänge jenes Jahres nochmals, allein in ganz anderm Sinne als früher, untersuchte. Würde aber ein Jeder, der sich damals betheiligte, in gleicher Weise ohne alle Schonung behandelt, so würde man freilich manche Wunderdinge zu sehen bekommen, denn auch hier war in jener Zeit gar Mancher „röther als Ochsenblut," der heute „blauer ist als eine Kornblume." In allen Classen der Gesellschaft, in allen, auch ziemlich hohen Stellungen, könnte man seltsame Entdeckungen machen, wenn man nach den freiheitlichen Gesinnungen und Manifestationen von damals forschte, und besonders wenn man diese Forschungen nicht auf die Vorgänge in der Stadt München beschränkte, sondern z. B. auf Dresden und andere Orte ausdehnte. Welchen Eindruck muß es aber hervorbringen, wenn man nach Jahren Dinge hervorsucht, um dieselben zu verfolgen, welche man so lange Zeit gar nicht erwähnte?!

• Gestern Abend ist hier die Allgemeine Ztg. confiscirt worden, wegen Abdrucks des von Hrn. Dr. Jäger an dieselbe erstatteten Berichtes über die Kammersitzung, weil darin die Prell'sche Interpellation in Betreff der Verhaftung Mayerhofers vorkommt!

• In der letzten Zeit sind bekanntlich alle Staatspapiere erstaunlich in die Höhe gegangen, weil man an-

nimmt, durch Ludwig Bonapartes Staatsstreich seien die Drohgestalten des Jahres 1852 verscheucht. Wenn je etwas, so sind diese Verhältniße geeignet, es der österreichischen Regierung zu ermöglichen, sich aus ihren Finanzverlegenheiten heraus zu arbeiten. In Wirklichkeit besserte sich auch die Valuta, und der Preis der Staatsobligationen ging in die Höhe; — beides aber durchaus nicht in dem Maße, in welchem man erwarten mußte. Zum großen Erstaunen nimmt man aber gewahr, daß sich der Curs des österr. Papiergeldes in den letzten Tagen wieder entschieden verschlechterte, — in der nemlichen Zeit, in welcher der Stand der Papiere aller andern Staaten sich fortwährend verbessert. Ist es Oesterreich nicht möglich, unter den jetzigen Verhältnißen sein ganzes Finanzwesen vollkommen zu ordnen, so wird es dies wol gar nicht mehr zu erzielen im Stande sein.

München, den 8. Jan. Bei dem Candidaten der Medicin Hrn. Pospischill, wurde gestern polizeiliche Haussuchung vorgenommen, ohne daß dieselbe zu einem Resultate führte.

Nürnberg, den 9. Jan. Den Bilderhändlern auf der gegenwärtigen Dreikönigmesse ist policeilich bedeutet worden, gewisse Porträts, wie Kossuth, Hecker ꝛc. nicht zur Schau auszuhängen. — Dem früheren Vorstand des aufgelösten „politischen Vereins" wurde auf dem Stadtcommissariate eröffnet, daß der Recurs des genannten Vereins gegen seine Schließung durch das Stadtcommissariat Nürnberg abschlägig beschieden worden sei, indem aus den Erhebungen der letzteren Behörde zu entnehmen sei, daß in den Versammlungen des politischen Vereins besonders Zeitungsartikel von regierungsfeindlicher Stimmung vorgelesen worden und solche auch nichts weniger als geeignet seien, die Volksbildung zu fördern ꝛc. (N. K.)

Frankfurt, den 5. Jan. Der Senat hat die Polizei beauftragt, die Presse und das Theater schärfstens zu überwachen. In Folge dieses Decrets wahrscheinlich wurde der Director des Theaters bedeutet, das Stück „Keine Jesuiten mehr" nicht mehr zur Aufführung zu bringen.

Wien, den 7. Jan. Die „Pesth. Ztg." veröffentlicht eine Proclamation des Militär- und Civilgouvernements in Ungarn, wodurch das Standrecht verkündigt wird, um den in den beiden Comitaten Pesth-Pilis und Pesth-Solt, dem Szolnoker, Csongrader und Csanader Comitate und den von denselben eingeschlossenen Gebietstheilen des Districtes von Jazygien und Kumanien überhand nehmenden Räubereien ein Ziel zu setzen.

Belgien.

Brüssel, den 10. Jan. General Changarnier, Oberst Charras und der Exquästor der französischen Nationalversammlung, welche vorgestern ihrer Haft in der Citadelle von Ham entlassen worden waren, sind gestern in Brüssel eingetroffen.

Frankreich.

Paris, den 8. Jan. Die Verfassung ist bis heute immer noch nicht erschienen. Wie verlautet, ist man nicht ganz einig über den Titel, den das Staatsoberhaupt annehmen soll. — Was das neue Preßgesetz betrifft, so will man absolute Preßfreiheit einführen, sie aber in Anbetracht der gefährlichen Lage Frankreichs vorläufig suspendiren. (K. Z.)

— den 9. Januar, Abends 8 Uhr. Sämmtliche politische Gefangene, die sich noch in Ham befunden hatten, sind, wie wir von zuverläßiger Seite vernehmen, nunmehr auf freien Fuß gesetzt. Es geschah dies gestern Vormittag in frühester Stunde. Während General Changarnier, Oberst Charras und Hr. Baze in Begleitung dreier Policeibeamten nach der belgischen Grenze abreisten, schlugen die Generale Lamoriciere, Bedeau und Leflo in gleicher Begleitung eine andere Richtung ein.

Ein Decret des Präsidenten der Republik verfügt auf Bericht des Kriegsministers eine neue Organisation der Centralverwaltung des Kriegsdepartements, zu dem Zwecke, den Dienst zu vereinfachen und die Erledigung der Geschäfte zu beschleunigen. Die Zahl der Beamten (im Ganzen noch 482) ist verringert.

— den 10. Jan. Wie heute bekannt wurde, werden die Repräsentanten Dufraisse, Greppo, Mathe und Richardet deportirt; 67, darunter Victor Hugo, Valentin, Perdiguier, Lagrange, Nadaud, Schölcher, Deflotte, Madier de Monjau, Bac, Raspail, Dupont, Bussac, Charras und Mathieu, verbannt mit Androhung der Deportation; 18, worunter Thiers, Duvergier, de Hauranne, Creton, Baze, Lamoriciere, Changarnier, Leflo, Bedeau, Remusat, Emil de Girardin und Duprat, wurde das Gebiet der französischen Republik untersagt.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 8. Jan. Das Schicksal der deutschen Flotte ist entschieden. In der gestrigen Bundestagssitzung wurde deren Auflösung beschlossen. Der Militärausschuß ist mit der Berichterstattung über die Ausführung des Beschlusses beauftragt. (A. Z.)

Aachen, den 10. Jan. Von den aus Ham entlassenen Gefangenen ist heute Nacht Hr. Baze in Begleitung eines französischen Polizeiagenten hier eingetroffen, da derselbe vorher das Versprechen geben mußte, nach Aachen gehen zu wollen. Doch wird Hr. Baze noch heute Nachmittag nach Brüssel zurückkehren. General Lamoriciere begibt sich, seinem Versprechen gemäß, nach Köln. General Changarnier und Charras sind vorläufig in Brüssel geblieben; ersterer wird sein Domizil in Mecheln nehmen; Charras ist Löwen als Aufenthaltsort angewiesen. (F. J.)

Paris, den 10. Jan. Die aus Frankreich ausgewiesenen Erabgeordneten gehörten sämmtlich zur Bergpartei. Unter den bis auf Weiteres aus Frankreich Entfernten befinden sich 5, die mehr oder weniger zur radicalen Partei zählten, die übrigen sind Orleanisten.

Nach dem „Courrier de Lyon" wird in dieser Stadt und deren Vorstädten in Folge der wegen der socialistischen Schilderhebung eingeleiteten Untersuchung täglich eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen. — In Montpellier haben, wie der „Messager du Midi" berichtet, in diesen letzten Tagen zahlreiche Verhaftungen stattgefunden.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München, Markt vom 10. Jan. Weizen 21 fl. 29 kr., Korn 17 fl. 19 kr., Gerste 15 fl. 6 kr., Hafer 6 fl. 6 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[780²] **Empfehlung.**

Der Unterzeichnete hält nebst seinen Messerwaaren stets auf Lager: ächte Thurnauer Schleifsteine, gelbe und blaue Abziehsteine und elastische Polster-Streichriemen. Auch empfiehlt sich derselbe im Halb- und Ganzhohlschleifen und Abziehen der Rasiermesser.

Louis Conrad, Messerschmied und Schleifer in Landau in der Kirchgasse.

[781] **Haus- und Güterversteigerung.**

Montag, den 26. Januar 1852, Nachmittags vier Uhr, zu Germersheim im Wirthshaus zum Salmen, lassen die Ehe- und Ackersleute Georg Mayer und Margaretha Kerner, in Germersheim wohnhaft, ihre sämmtlichen auf Germersheimer Bann liegenden Güter, sowie ihr in der kleinen Kasernenstraße, nächst dem Paradeplatze liegendes zweistöckiges Wohnhaus, mit Einfahrt, Scheuer, zwei Ställen, allein stehender Waschküche, Schweinställen, großem Hofraum, einem unter dem Hause befindlichen großen gewölbten Keller, — öffentlich auf Eigenthum versteigern.

Das vorbeschriebene Wohnhaus eignet sich, seiner günstigen Lage wegen, zum Betriebe eines jeden großen Geschäftes.

Germersheim, den 10. Januar 1852.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 13 | den 15. Januar 1852.

Deutschland.

** **Auch aus der Pfalz.** Vor einiger Zeit stellte die „Pfälzer Ztg." die Behauptung auf: die bei uns gesetzlich bestehende Gewerbefreiheit und Güterzertheilung sei eine Hauptursache der vielen Auswanderungen aus der Pfalz nach den nordamerikanischen Freistaaten, und sie versprach, diese Angelegenheit in einigen Artikeln näher zu besprechen. Daß die aufgestellte Behauptung eine grundfalsche ist, muß Jeder auf den ersten Blick erkennen, denn wir halten keinen Auswanderer, der wegen der bei uns bestehenden Gewerbefreiheit und Theilbarkeit des Bodens seine Heimath verlassen wollte, für so beschränkt, um nicht zu wissen, daß er bei seiner Ansiedlung in Nordamerika aus dem Regen in die Traufe käme, da dort von dieser Freiheit fortwährend ein noch viel häufigerer Gebrauch gemacht wird, als bei uns. Ein um dieser Ursache willen Auswandernder müßte seine Schritte anderswo hinwenden, etwa nach dem „Krystallisationskerne" Deutschlands, wozu aber bis jetzt gar wenige Pfälzer, selbst bei der conservativsten Gesinnung, Lust bezeugen. Wir glaubten aus dem eingetretenen Stillschweigen der Pfälz. Ztg. über diesen Gegenstand schließen zu dürfen, sie habe die Sache fallen lassen, wie es mit ihrer „famos grandiosen" Idee von der Gründung eines Pfälzischen „gläubigen Treubundes" der Fall zu sein scheint. Doch in Nro. 292 und 293 kömmt ein Correspondent dieses Blattes auf denselben Gegenstand zu sprechen, und zwar in einer Art und Weise, die uns veranlaßt, in eine Erörterung der Frage einzugehen, wozu wir uns bei vielen andern Gelegenheiten, genanntem Blatte gegenüber, nicht sehr geneigt fühlen.

Der Ansicht des Verfassers: daß die Gewerbefreiheit, wie sie in der Pfalz besteht, auch ihre Nachtheile habe, stimmen wir vollkommen bei; allein ein jedes Ding in der Welt hat seine zwei Seiten: eine gute und eine schlimme; ist aber die gute Seite weit überwiegend, so nimmt man gern die schlimme mit in den Kauf, wenn sich diese von jener nicht leicht trennen läßt. So scheint es uns auch mit der Gewerbefreiheit der Fall zu sein. Daß, wie bei allen Freiheiten, so auch hier, Mißbräuche geschehen, die nicht stattfinden sollten, wird Niemand in Abrede stellen. Die Nachtheile auf das Gewerbewesen und den Gewerbestand überhaupt, welche der Verfasser lediglich der Gewerbefreiheit zuschreibt, fallen nach unserer Ansicht zum großen Theile einem andern Umstande zu Last, den wir unten weiter erörtern wollen. Auch anderwärts, wo keine Gewerbefreiheit besteht, wird über den Verfall des Gewerbewesens nicht viel weniger geklagt, als bei uns in der Pfalz. Diese mehr oder minder gerechten Klagen finden ihren Grund zu nicht geringem Theile in den Zeitverhältnißen, namentlich auch in der Ausdehnung des Fabrikwesens mit seinen Maschinen. Sollen wir aber darum dieselben, die Mechanik überhaupt, mit ihren erstaunenswerthen Leistungen und Erfolgen, verdammen und verbannen? — Gewiß nicht!

Als ein Hauptübel scheint der Correspondent der „Pfälz. Ztg." den mit der Gewerbefreiheit unzertrennlichen freien Wechsel der Gewerbe, das unbeschränkte Ergreifen eines andern Gewerbes, zu betrachten. Wir sind hierin ganz gegentheiliger Ansicht, und begründen diese unsere Ansicht mit Folgendem: Es ist noch allgemein bekannt, daß zur Zeit der Herrschaft Napoleons die Gewerbe der Seiden- und besonders der Wollenwebereien auch bei uns sehr einträglich waren, und sehr viele junge Leute sich deßhalb diesen Gewerben widmeten. Mit dem Sturze Napoleons und der Wiedervereinigung des linken Rheinufers mit Deutschland, stockten plötzlich diese Gewerbe, zumal da an die Stelle der seitherigen Continentalsperre die gänzlich freie Concurrenz des Auslandes trat, und eine Menge von Familien wurde mit einem Schlage erwerbs-, also auch nahrungslos. Wer von diesen Gewerben sich zu etwas Besserem als zum blosen Taglöhner berufen fühlte, benutzte das ihm gesetzlich zustehende Recht, ein anderes Gewerbe ergreifen zu dürfen, und sehr viele Familienväter, die ohne dieses Recht gänzlich zu Grunde gegangen wären, ernährten auf diese Weise ihre Familien redlich. Und wenn heute dieser Gewerbs- und Industriezweig auch in der Pfalz wieder in einigen Aufschwung gekommen ist, so hat er dieses nicht sowol dem seitdem eingeführten Schutzzollsystem zu verdanken, als auch einem andern Rechte, dem die „Pfälz. Ztg." in anderer Beziehung nicht gar hold ist, nämlich dem Rechte der Association.

Zweitens erinnern wir uns noch ganz gut, daß alle Häupter nur mit Filz bedeckt sein wollten; aber plötzlich gebrauchte man den Filz nur bei festlichen Gelegenheiten, und alle Welt trug Tuchkappen. Viele Hutmacher würden durch diesen Wechsel der Mode in die peinlichste Lage versetzt worden sein, wäre es ihnen nicht gestattet gewesen, irgend ein anderes Gewerbe zu ergreifen. (Aehnlich daran sind die Schlosser in Folge der Fabrikerzeugniße.)

Drittens. Wie mancher junge Mensch wird durch Familien- und andere Verhältniße für ein Gewerbe bestimmt, zu welchem er keine Neigung hat; je älter er wird, desto größer wird die Abneigung gegen das aufgedrungene Gewerbe und artet endlich in Widerwillen aus, der ihn unfähig machte, ein fleißiger Familienvater zu sein, wäre es ihm nicht erlaubt, ein anderes, ihm besser zusagendes Gewerbe zu ergreifen.

Man halte diese Einzelheiten, die wir nicht weiter ausdehnen wollen, obschon Stoff hiezu noch in Masse vorhanden ist, nicht für kleinlich. Viele Hunderte von Familien in der Pfalz haben dadurch, daß es ihrem Ernährer gestattet war, nach Belieben ein anderes als das erlernte Gewerbe zu wählen, wenn Umstände eintraten, die es ihm erschwerten oder gar zur Unmöglichkeit machten, mit dem ersteren ihre Familien hinreichend zu ernähren, eine sorgenfreie Existenz erhalten. Und da es sich nach dem Verfasser lediglich um die Verhältniße unserer Provinz handelt, so dürfte dieser Umstand nicht zu gering anzuschlagen sein.

Der Correspondent der „Pfälz. Ztg." erwähnt mit Recht eines weitern Umstandes, der jedoch mehr für als gegen uns spricht; nämlich, daß wir in einer Zeit leben, „wo der Fortschritt in dem Fabrikwesen einen Umschwung und eine Krise in den Gewerben hervorgebracht, manche völlig lebensunfähig gemacht, oder auf die Anforderung der äußersten Nothdurft beschränkt hat." Diese Wechselfälle in den Gewerben sind zum Theil schon eingetreten und werden mit jedem Tage noch mehr hervortreten. Was sollte aber aus einer gewiß nicht geringen Zahl von Handwerkern und deren Familien werden, wenn man die Gewerbefreiheit beschränken, jene an der sofortigen Wahl und Ausübung eines andern, ihnen zusagenden Gewerbes verhindern wollte? Zumal, da solche Familienväter nicht mehr in der Lage und in dem Alter sind, sich einer mehrjährigen Lehr- und Wanderzeit zu unterwerfen (was auch für die bereits angegebenen Fälle

gilt). Es gibt aber viele Gewerbe, die für den gewöhnlichen Bedarf nur wenig Kunstfertigkeit verlangen, demnach in ganz kurzer Zeit so weit erlernt werden können, daß sie einen Familienvater in den Stand setzen, ohne gerade Künstler in dem Fache zu sein, die Seinigen hinreichend zu ernähren.

Wir haben weiter oben eines Umstandes erwähnt, der nach unserer Ansicht einen sehr verderblichen Einfluß auf das Gewerbewesen ausübt, namentlich auf die Ausbildung tüchtiger Meister, also auf die Hebung des Gewerbestandes sehr nachtheilig einwirkt. Dieser Umstand ist zwar schon mehrfach besprochen und öffentlich erörtert worden, jedoch unsers Wissens in Bezug auf vorliegende Frage noch nicht in der Weise, wie er es verdient, — wir meinen das Conscriptionswesen, wie es in vielen Staaten, namentlich auch in Baiern besteht. Der Jüngling beendet im 17. oder 18. Lebensjahre seine Lehrzeit; er ist aber dann gewöhnlich sowol körperlich als in seinem Gewerbe noch zu schwach, um hinaus in die weite Welt gelassen zu werden, er bleibt noch ein Jahr bei seinem Lehr-, oder sonst einem Meister (in der Nachlehre) in der unmittelbaren Nähe und Aufsicht seiner Familie. Körperlich und geschäftlich stärker geworden, will und soll er nun „in die Fremde." Aber die Zeit ist nahe, wo der Jüngling conscriptionspflichtig wird; er bekommt keinen Paß ins Ausland, d. h. er darf die Grenzen der Pfalz nicht überschreiten, wenn nicht Bürgschaft geleistet wird, daß er sich zur Conscription stelle; kann dieses nicht geschehen, so ist er gezwungen, zu Hause zu bleiben. Ein Anderer ist in günstigeren Umständen; er muß aber nach kurzer Zeit nach Hause zurück, um der Conscription Genüge zu leisten. Von einer eigentlichen Wanderschaft und Ausbildung im Geschäfte kann auch bei ihm keine Sprache sein. Ist der Jüngling körperlich gesund und stark, also zu einem künftigen tüchtigen Handwerksmeister besonders geeignet, so ist er auch tauglich zum Soldaten: er muß loosen. Zieht er eine niedere oder höhere Nummer, beides ist so ziemlich gleich. Im ersten Falle muß er sogleich „marschiren" und bringt (wenn auch mit Unterbrechung) sechs Jahre in der Kaserne und auf dem Exercierplatze zu. Hat er diese, seine schönste Lebenszeit, die beste Zeit zur weiteren Entwicklung und Ausbildung in der bunten Jacke, wir wollen sagen „im Dienste des Vaterlandes" zugebracht, so hat er inzwischen meistens auch ganz andere Dinge gesehen, gehört und gelernt, als Vervollkommnung in seinem Gewerbe; ja er wird gar oft nicht einmal mehr noch so viel davon wissen, als er bei Meister Knieriemen, Bügeleisen, Hobelbank, Ambos oder Pfriemen gelernt hat. Die Jahre der Wanderlust sind auch vorüber (überdies nimmt kein Meister gern einen alten Gesellen, von dem er nicht im Voraus weiß, daß er ein tüchtiger und geschickter Arbeiter ist, beides ist aber hier nicht der Fall). Mancher hat ein Verhältniß angeknüpft, das ihm Pflichten auferlegt; ist er ein ehrlicher Bursche, so sehnt er sich nach der Zeit, die es ihm möglich macht, diese Pflichten zu erfüllen, und sobald er den Soldatenrock abgelegt, ist er beeilt, sich häuslich niederzulassen — wird aber in sehr vielen Fällen ein schlechter Meister in seinem Gewerbe sein und bleiben, da ihm Zeit und Gelegenheit, sich auszubilden, durch das Gesetz verkümmert wurde.

Ein Anderer ist nicht so unglücklich oder so glücklich, „zur Ehre der Waffen berufen zu werden," (in dieser Beziehung sind die Ansichten der Betheiligten sehr verschieden,) aber auch er kann nicht auf die Wanderschaft, denn er ist unter der Ergänzungsmannschaft, bekömmt deßhalb keinen Paß ins „Ausland," treibt sich daher Jahre lang zu Hause herum, oder will und muß er arbeiten, um etwas zu verdienen, so nimmt er sich ein Patent und pfuscht, wir sagen nicht, einem Andern ins Handwerk, aber er im pfuscht im Handwerk; daran gewöhnt, ist und bleibt er sein Leben lang ein „Pfuscher." Gleiches ist häufig der Fall bei Solchen, die auf längere Zeit in Urlaub geschickt werden. — Auch die Verbote des Wanderns in jene Länder, wo gerade die Gewerbe auf einer höhern Stufe stehen, tragen nicht wenig dazu bei, die Heranbildung tüchtiger Gewerbsmeister zu verhindern. — Wenn der Correspondent der Pfälzer Ztg. anführt, daß zwar in England auch unbedingte Gewerbfreiheit bestehe, aber die dort allmächtige Sitte bestimme, daß jeder Handwerker eine siebenjährige Lehr- und Wanderzeit zurücklegen müße, bevor er Meister werde, so haben wir gezeigt, daß der größte unserer jungen Handwerker, die hiezu günstigste Zeit in der Kaserne und auf dem Exercierplatze zubringen muß; abgesehen von andern dortigen Verhältnißen, mit denen die unsrigen keinen Vergleich aushalten können.

Aehnlich verhält es sich mit den großen Nachtheilen, welche die Gewerbefreiheit auf die socialen Zustände Frankreichs hervorgebracht haben soll. Wenn wir den Verfasser recht verstanden haben, so gibt er selbst zu und führt den Beweis, daß weniger in der Gewerbefreiheit, als vielmehr in der staatlichen Organisation Frankreichs der Hauptgrund dieser verwirrten, gefahrdrohenden socialen Zustände zu finden sei. —

Unter allen Nationen hat gerade der Deutsche den meisten Trieb zum Wandern, und der deutsche Handwerksbursche dehnt seine Wanderschaft am weitesten aus, sobald er im Falle ist, es thun zu dürfen. Wenn aber staatliche Einrichtungen die Heranbildung tüchtiger Gewerbsmeister erschweren, sehr oft beinahe zur Unmöglichkeit machen, so darf man nicht die Gewerbefreiheit anklagen, daß sie allein das Nachtheilige verschulde, dessen Ursache auch in staatlichen Einrichtungen und Zeitverhältnißen liegt. —

Gleiches ist der Fall mit der von dem Correspondenten der Pfälzer Ztg. in seinem zweiten Artikel berührten Theilbarkeit des Bodens. Wir sagen in dieser Beziehung für heute nur Folgendes: ohne diese Theilbarkeit des Bodens wäre dessen Ertragsfähigkeit nicht in dem Maße erzielt worden, wie sie heute besteht, und die Pfalz in den Stand setzt, nicht allein die Menge ihrer Bewohner zu ernähren, sondern auch nicht unbedeutende Ausfuhren zu machen, und dasjenige zu leisten, was unsere Provinz seit Jahrzehnten wirklich geleistet hat. —

** **Zweibrücken,** den 12. Jan. Die Verhandlungen über die Cassationsgesuche von Grill, Bolza aus Rockenhausen, Mattil und Meergott aus Neustadt, werden am Cassationshof in München am 19. Januar nächsthin und den folgenden Tagen stattfinden. Die wichtigen Fragen über die Zuläßigkeit neuer Correctionellverfolgungen gegen die von den Geschwornen freigesprochenen politischen Angeklagten wegen derselben Thatsachen, auf welche die Beschuldigung des Hochverraths gestützt war, sowie über die Anwendbarkeit des Art. 258 auf jene Thatsachen, werden dabei zur Entscheidung kommen. Es wird von der Entscheidung des obersten Gerichtshofes abhängen, ob in den vielen betheiligten Familien der Pfalz endlich Ruhe, Friede und Versöhnung einkehren kann, oder ob von Neuem das Schauspiel der politischen Proceße, das ein ganzes Jahr lang die Gemüther aufregte und beschäftigte, und das man mit dem Ausspruch der Geschwornen für beendigt hielt, vor den Zuchtpolizeigerichten wieder aufgeführt wird.

Dem Vernehmen nach werden die Cassationskläger durch die Advocaten Golsen aus Zweibrücken und Riedl aus München vertreten werden.

München, den 10. Jan. Mehrere Arbeiter wurden dieser Tage wieder auf die Policei citirt, dort wegen ihres Verhaltens verwarnt und mit Ausweisung bedroht. Indessen erhält sich das Gerücht, der k. Policeidirector Graf Reigersberg werde als Regierungsdirector nach Würzburg und Landrichter Mangstl in Schongau (ehemaliger Policeicommissär) an seine dermalige Stelle hierher versetzt werden. Ueber die Motive dieses Wechsels circuliren verschiedene Gerüchte. (N. K.)

Kassel, den 10. Jan. Auch die Stadträthe und Bürgerausschüsse zu Hofgeismar und Bockenheim soll das Schicksal der Auflösung getroffen haben.

Wien, den 8. Jan. Vor einigen Tagen ist eine Note Lord **Granville's** hier angelangt. Der neue Minister der **auswärtigen** Angelegenheiten gibt die freundschaftlichsten **Versicherungen** und spricht, insofern die Gesetze und die Sitten Englands es gestatten, den gerechten Beschwerden **der** Großmächte Abhülfe. Man wird aber jedenfalls die **Thatsachen** abwarten, ehe man die angedrohten Repressalien aufgibt. (Allg. Ztg.)

Eine kaiserliche Verordnung befiehlt den Ministerien sich Eingangs der Allerhöchsten Entschließungen wieder der Formel: Se. k. k. „apostolische" Majestät zu bedienen.

Frankreich.

Paris, den 5. Jan. (Auch eine Enthüllung.) Der N. Z. schreibt man: Es ist allgemein aufgefallen, daß Louis Bonaparte den vorgestrigen Ball im Hotel de ville nicht mit seiner Gegenwart beehrte. Die Prinzessin *Maria* von Baden, so wie die unter dem Namen „princesse Mathilde" figurirende Gräfin Demidoff glänzten *ebenfalls* durch ihre Abwesenheit. Die guten Pariser Bourgeois, für welche die Bälle im Hotel de ville das Höchste sind, wonach ihr Ehrgeiz strebt, zerbrachen sich in den prächtigen Salons des wohlbeleibten Hrn. Berger den Kopf, um die geheimen Gründe zu erforschen, die das Staatsoberhaupt fern halten konnten von seinen „guten Einwohnern von Paris." Tausend Gerüchte zirkulirten. Die wahren Gründe der Abwesenheit L. Bonaparte's erfuhr aber Niemand. Die Vertrauten des Elysee oder vielmehr der Tuilerien, wie man jetzt sagen muß, sprengten das Gerücht aus, der Prinz sei durch seine *letzten anstrengenden Arbeiten* zu ermüdet gewesen, *um dem Feste beiwohnen* zu können. Sie schützten das *gestrige Bankett und eine heutige* Abendgesellschaft bei *dem Minister* Turgot vor, wo der Präsident zu erscheinen *versprochen*. Niemand wollte aber an diese Entschuldigungen glauben, und man hatte auch Recht, denn es lagen ganz andere Gründe vor, die Bonaparte an dem Besuche des Balles verhinderten. Wie man weiß, hat Louis Bonaparte seit dem Tage des Staatsstreiches seinen Jugendthorheiten entsagt und will in Zukunft ein „ernsthafter Mensch", wenn auch nicht werden, doch dafür gehalten sein. Die englische Dame, die so treu seinem Schicksal gefolgt, hat man über den Kanal geschickt und um die Hand einer nordischen Prinzessin geworben. Man ist des Junggesellenlebens müde, und als Vertheidiger der Familie hat man daran gedacht, sich selbst eine Familie zu schaffen. Zwar kann man nicht sagen, daß Louis Bonaparte bis jetzt familienlos gewesen, aber es war nicht die rechte Familie, wie es sich ziemt und schickt für einen Prinzen von kaiserlichem Geblüt. Miß — aber, die zwar, als in Paris der mörderische Straßenkampf wüthete, sich gutwillig nach England gerettet, konnte die Abwesenheit nicht ertragen. Vorgestern um 6 Uhr kam sie plötzlich von London herüber. Sie ließ L. Bonaparte zu sich bitten, der, erschreckt über diese zu große Anhänglichkeit, sofort zu ihr eilte. Welche Szene stattfand, kann man sich denken. Thränen, Bitten, Händeringen, Wehklagen, nichts wurde vergessen, man hatte sogar den Stammhalter mitgebracht, um auf die väterlichen Gefühle einzuwirken. Alles war vergebens. Die Szene scheiterte an dem festen Willen L. Napoleons, in Zukunft ein moralischer Mensch zu werden. Nach einem fürchterlichen Kampf, der 5 Stunden dauerte, wurde die arme, wehklagende Miß mit Gewalt nach der Eisenbahn gebracht und dort nach London eingeschifft. Louis Bonaparte aber besuchte den Ball nicht, denn er war zu ergriffen nach der düstern Szene mit der englischen Dame. Die Prinzessin Mathilde, hauptsächlich an der Trennung Englands und Korsika's Schuld, hatte Wind von der Ankunft der Miß erhalten und sich nicht eher beruhigt, als bis der Dampf dieselbe wieder fortgeschafft. Die Nebenbuhlerin mußte verschwinden, und selbst ein Ball wurde geopfert. Prinzessin Marie — die ging nicht, weil Prinzessin Mathilde nicht wollte.

— den 9. Jan. Die Bischöfe von Gap, Quimper und la Rochelle haben ihren Clerus in Hirtenbriefen aufgefordert, für die neue Regierung Gebete zu veranstalten, deren Formel gleichzeitig vorgeschrieben wird. — In den Departements werden fortwährend Verhaftungen, Absetzungen von Bürgermeistern und Auflösungen von Gemeinderäthen und Nationalgarden vorgenommen. — In Boulogne (bei Paris) wurden mehrere Personen wegen Schmähreden gegen L. Napoleon festgenommen. — Die auf Verlangen unserer Regierung aus der Schweiz ausgewiesenen französischen Flüchtlinge haben Pässe für Amerika erhalten.

Das „Univers" enthält heute eine Ansprache an die Legitimisten, um sie aufzufordern, sich im Interesse der Religion der neuen Regierung anzuschließen.

Die Nachrichten aus Algerien, die nur sehr spärlich hier ankommen, lauten fortwährend beunruhigend.

Die Freunde des Elysee wissen seit einigen Tagen sehr viel von den Verlegenheiten zu erzählen, in welchen sich Lord John Russell befinde, seinem Cabinette parlamentarische Bundesgenossen einzuverleiben, ja, man behauptet sogar mit einer gewissen Bestimmtheit und sichtbarer Genugthuung, Lord Palmerston werde bald nach Eröffnung des Parlaments wieder an die Spitze der Geschäfte treten. Der ehemalige Minister im Foreign-Office zählte bekanntlich ehemals seine wärmsten Freunde nicht im Elysee; nie hat irgend eines der bonapartistischen Organe für ihn Begeisterung oder auch nur Beifall gehabt. Die Wünsche und Erwartungen seiner Rückkehr ins Foreign-Office müssen also tiefer liegende und positivere Gründe, als etwa die Dankbarkeit, dafür haben, daß der edle Viscount ohne Zustimmung seiner Collegen, ja, wie es heißt, sogar der Königin, gleich beim Empfange der Nachricht vom Staatsstreiche Louis Napoleon's denselben gebilligt hat. Bin ich gut unterrichtet, und ich habe alle Ursache, es zu glauben, so will Louis Napoleon, wie im Inneren, so auch nach außen, eine thätige Politik an die Stelle der bis jetzt befolgten bloß „negativen" treten lassen. Für eine solche „thätige und kühne" Politik, meint Louis Napoleon, wäre Lord Palmerston allein ein bereitwilliger Bundesgenosse. Der Präsident will nämlich zur Lösung der orientalischen Frage drängen, dabei auf Englands Seite stehen, sodann dessen Beistand in Italien, wo er im Bunde mit Piemont gegen Oesterreich einschreiten will, in Anspruch nehmen. Die Republik soll durch Savoyen und Nizza vergrößert, Sardinien dafür durch Parma, Piacenza, Guastalla, Modena und Lucca entschädigt und zur Ausführung dieses Planes gegen Oesterreichs Einsprache kein Krieg gescheut werden, England aber dafür sorgen, daß der italienische nicht in einen europäischen ausarte. (Köln. Ztg.)

Auch die „Allg. Ztg." enthält einen ähnlichen Artikel aus Paris vom 8. Jan., wie der vorstehende, an dessen Schluß es heißt: Ludwig Bonaparte verdankt seine Macht der Armee, denn die 7. Millionen Stimmen haben nur gestimmt wie und weil die Armee es so gewünscht. Nun ist es aber gegen alle Wahrscheinlichkeit, daß eine Armee, welche die Schöpferin und Erhalterin der gegenwärtigen Staatseinrichtung ist, sich ewig damit begnüge, zu Hause die Polizeiaufsicht zu führen. Die abgeschmackten Ideen der „natürlichen Gränzen" leben indeß nirgends so lebhaft als in der Armee fort. Ueber kurz oder lang wird also L. Bonaparte seinen Freunden in Uniform Beschäftigung auf dem Schlachtfelde verschaffen müssen.

— den 10. Jan. Heute Vormittag wurden in sämmtlichen Quartieren von Paris die Freiheitsbäume gefällt. Es fand dabei nicht die geringste Unordnung statt; die Bevölkerung verhielt sich ganz passiv. Auf Anordnung des Policeipräfecten wird das Holz dieser Bäume den Wohlthätigkeitsbureaux zur Vertheilung an die Armen zur Verfügung gestellt. Auch die Entfernung der Devise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" von den öffentlichen Gebäuden und Monumenten ist heute in Angriff genommen worden.

Die Decrete des Präsidenten der Republik sind nun

aus dem Palaste der Tuilerien datirt und unterzeichnet: Louis Napoleon. Seither war der Unterschrift Louis Napoleons die Bezeichnung: Der Präsident der Republik beigefügt.

Strasburg, den 11. Jan. Die neuesten Nachrichten aus dem benachbarten Meurthedepartement melden abermals neue Verhaftungen. In Lothringen ist die Zahl derselben weit größer, als im Elsaß.

Neueste Nachrichten.

Paris, den 11. Jan. General Oudinot ist wieder unter die Zahl der activen Generale aufgenommen worden. — Auch das Oberalpendepartement ist in Belagerungszustand erklärt worden.

Venedig, den 3. Jan. Laut kriegsrechtlichem Spruche, d. d. Venedig, 31. Dec., sind die beiden Priester G. Campion und A. Lunardi wegen Verheimlichung revolutionärer Schriften, ersterer zu 2 Jahren Festungsarrest, letzterer zu 4 Monaten Profoßenarrest verurtheilt worden.

Miscellen.

*** Speyer**. Wir haben vor einigen Monaten auf das Kunstwerk aufmerksam gemacht, welches in der englischen Kunstanstalt von A. H. Payne in Leipzig und Dresden unter dem Titel erscheint: „Die Gallerien von München; eine Stahlstichsammlung der vorzüglichsten Gemälde der Pinakothek, der Leuchtenbergischen und Schleißheimer Gallerien; nebst Text von D. A. Band." Als unsere damalige Anzeige erschien, lag erst ein Heft vor uns. Nunmehr sind 6 Hefte ausgegeben. Wir finden die Leistungen, was die Stahlstiche und was den beigegebenen Text betrifft, im Ganzen so vorzüglich bei einem so äußerst geringen Preise (das Heft 27 Kreuzer), daß wir mit Vergnügen wiederholt auf dieses schöne Unternehmen aufmerksam machen. In den veröffentlichten Heften finden wir bereits die Abbildungen von 18 Gemälden, von Carlo Dolce (zwei), Schleißner, Mayr, Dow, Adam, Murillo (zwei), Bräckeler, Bürkel (dem Pfälzer), Rembrandt (zwei), Simonsen, Wouvermann, Riedel, Teniers, Rubens und Pet. Heß. Wir behalten uns vor, bei dem weitern Voranschreiten dieses Werkes auf dessen Leistungen zurückzukommen.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[784] **Verkaufs-Anzeige.**

Im „Badener Hofe" in Mannheim sind in Folge von Gas-Einrichtung aus freier Hand und sogleich zu verkaufen: 4 Stück Glas-Kronleuchter, (6-armig,)
bronzirte Wandleuchter, (1-, 2- u. 3-armig,)
verschiedene blechene und messingene Lampen,
eine große Anzahl messingene Leuchter, einfach und doppelarmig;
sämmtliche Gegenstände sind in ganz gutem Zustande.

[785a] **Zu verkaufen.**

Georg Jacob Keller, Färber in Billigheim, ist wegen Wohnungs- und Geschäftsveränderung gesonnen, sein dahier stehendes zweistöckiges Wohnhaus, Scheuer, Stallung und Färbhaus mit einer vollständig eingerichteten Färberei mit geschlossenem Hofraum, Brunnen und Pflanzgarten unter beliebigen Terminen aus freier Hand auf Eigenthum zu verkaufen. Bemerkt wird, daß im fraglichen Hause schon seit mehr als 40 Jahren die Färberei mit bestem Erfolg betrieben wurde.

Sollten sich zu diesem Anwesen keine Kauflustigen einfinden, so wird dasselbe bis den 1. März d. J., des Nachmittags um 2 Uhr, dahier im Gasthaus zum Lamm öffentlich versteigert. Kauf- oder Steiglustige wollen sich deßhalb innerhalb dieser Frist an den Eigenthümer selbst wenden.

Billigheim, den 12. Januar 1852.

Georg Jacob Keller.

[782] **Bekanntmachung.**

Abschrift. N. praes. 13335. N. exped. 10697. — Würzburg, den 30. December 1851.

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Nach höchster Entschließung des kgl. Staatsministeriums des Innern vom 25. d. Mts. wurde in Erwägung der vorwaltenden Verhältniße der Termin für die Ziehung oder der Erklärung des Rückganges das Verloosungsunternehmen des Gastwirths Gg. Himmelstein zu Würzburg nach dessen gestellter Bitte auf den 1. December 1852 unabänderlich festgesetzt.

Der Stadtmagistrat hat hiervon den genannten Gg. Himmelstein unverzüglich in Kenntniß zu setzen, und denselben zur Erfüllung der ihm demgemäß obliegenden Verpflichtung ohne alle Berücksichtigung irgend eines auf eine abermalige Verlängerung des Termines bezielenden Vorbringens rechtzeitig und allen Ernstes anzuhalten.

Der Vollzug vorstehender Eröffnung ist anzuzeigen.

Königl. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg,
Kammer des Innern:
v. Zu Rhein. König.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom November v. Js. bringen wir in Vorstehendem für die Loosebesitzer die allerhöchste Ministerialentschließung zur öffentlichen Kenntniß und laden zu weiterer Betheiligung an dem Unternehmen mit dem Bemerken ein, daß Pläne und Loose fortwährend bei G. Himmelstein in Würzburg, sowie bei den Agenten

Herrn F. Deidesheimer in Neustadt a. d. H.,
„ J. Kayser in Kaiserslautern

zu haben sind.

Würzburg, im Januar 1852.

Zorn, k. Advocat. Gg. Himmelstein.

[783] **Licitation.**

Montag, den 16. Februar 1852, Morgens 10 Uhr, zu Thalsimten, im Hause der Betheiligten, wird auf Anstehen von:

1) Heinrich Herrmann, Fabrikant, in Pirmasens wohnhaft,
2) Ludwig Herrmann, Tuchfabrikant, in Thalsimten wohnhaft,

in eigenem Namen und als Vormund seines mit seiner verlebten Ehefrau Elisabetha Heintz erzeugten noch minderjährigen Kindes, Magdalena Herrmann und 3) Valentin Heintz, Ackersmann zu Mittelbrunn wohnhaft, als Nebenvormund dieser Minderjährigen, — durch den hiezu committirten kgl. Notär Karl Gerlach zu Pirmasens, der Untheilbarkeit wegen auf Termine öffentlich versteigert:

Ein Wohnhaus mit Stallung, Fabrikgebäude, Färberei, Hof, 92 Decimalen Wiese und 17 Decimalen Bach, alles beisammen gelegen im Orte Thalsimten, sammt den zur Tuchfabrikation gehörigen Maschinen und Geräthschaften, als:

1 vollständige Wechselmaschine, 2 Schlumphmaschinen, 1 Streichmaschine nebst Vorrichtung mit abwechselndem Peigneur, 1 Maschinen-Wolf, 1 Vorspinnstuhl, 2 Feinspinnstühle, 1 Tondeur mit Lineal von Stahl, 1 Bürstmaschine, 1 Rauhmaschine, 1 Walzen-Walkmaschine, 1 Tuchpresse mit eisernen Spindeln und Platten, Preßspähne, 1 großer Decatir-Kessel von starkem Eisenblech mit kupfernen Röhren, 5 Webstühle, 1 Buchskingstuhl mit zehnschäftigem Geschirr, 4 gußeiserne Kessel, 1 Farbbütte, Farbständer, Farbhölzer, Maschine mit Walzen zum Aufrollen des Tuchs, 3 Waagen, 2 neue Tuchscheeren, 2 Sternräder und sonstige Gegenstände.

Die Immobilien, eine halbe Stunde von Pirmasens gelegen, sind zur vollständigen Tuchfabrik eingerichtet, lassen sich aber auch leicht zur Mahl- und Oelmühle herrichten und werden daher mit den vorbeschriebenen Utensilien zuerst im Einzelnen und dann im Ganzen zur Versteigerung gebracht.

Pirmasens, den 9. Januar 1852.

Gerlach, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag **Nro. 14** **den 16. Januar 1852.**

Deutschland.

• **Speyer.** Ein uns seit einiger Zeit vorliegender Aufsatz bespricht den Gewaltstreich Ludw. Bonaparte's. Zu unserm Bedauern fehlte es der Speyerer Ztg. an *Raum*, denselben sogleich aufzunehmen. Dermalen, wo *die weitere* Entwicklung des „Staatsstreichs" mehr in den Vordergrund tritt, glauben wir uns darauf be*schränken* zu sollen, blos einzelne Bruchstücke aus dem bezeichneten Artikel auszuheben.

... Wir haben gesagt: so, in allen Beziehungen durch und durch verdorben, wurde Frankreich im Jahre 1848 von einer neuen Revolution überrascht. Diese Revolution selbst war aber lediglich eine Folge der maßlosen Verdorbenheit der öffentlichen Zustände, und es verräth, glimpflich gesagt, wenig Einsicht, wenn man dieselbe und ihre Ausdehnung auf Deutschland, Italien ꝛc. heute als das Product einer Verschwörung und als das Werk einiger propagandistischen Emissäre ausgeben will. Ebenso verhält es *sich mit der weitern* Behauptung: die Republik sei den *Franzosen wider* ihren Willen von *„einer Handvoll ehrgeiziger Unruhestifter"* aufgedrungen worden. *Frankreich verdankt der Republik* seine glorreichste Ge*schichtsepoche, so* wie die Begründung und Befestigung *seiner freiheitlichen* Institutionen. ... Es ist daher na*türlich*, daß die republikanisch gesinnte Partei keine kleine sein, nicht blos aus „einer Handvoll ehrgeiziger Unruhestifter" bestehen kann. — Zudem hatte Frankreich nach der Februarrevolution Zeit und vor Allem volle Freiheit, sich auszusprechen: Damals bestand nicht, wie heute, Belagerungszustand über mehr als ein Drittheil des Landes, Entwaffnung allenthalben, militärischer Zwang mit den im Hintergrunde drohenden Kriegsgerichten, sondern eine allgemeine Bewaffnung trat ein, und es stand dem freien Willen der Nation gegenüber nur eine aus wenigen Männern bestehende provisorische Regierung ohne alle materielle Gewalt. Dennoch hat sich in ganz Frankreich nicht ein einziger Arm gegen die Republik erhoben. Und selbst Louis Bonaparte findet für nothwendig, seine Staatsstreiche unter dem Vorwande zu decretiren, „die Republik zu retten."

• **München,** den 12. Jan. (67. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Fortsetzung der Berathung des Districtsrathsgesetzes. — Zu Art. 11 beantragt v. Koch die Abänderung, daß der Districtsausschuß sich seinen Vorstand selbst erwähle, statt daß nach dem Entwurfe auch hier der Districtsbeamte präsidire. Entwickelt in kräftigen Worten das Unnatürliche und Verwerfliche des Vorsitzes des Districtsbeamten. Zeigt wiederholt, daß das Gesetz nicht Nutzen, sondern Schaden bringen werde. „Es ist ein Wechselbalg, nicht was wir wollen." (Heiterkeit und Beifall links.) Hebt hervor: Man solle darnach sein eigenes Geld zusammenlegen, und nicht darüber verfügen dürfen, bis es die Regierung wieder zutheile! *)

Zu Art. 12 beantragt Wallerstein Aufnahme der Bestimmung, daß der Districtsausschuß dem Districtsrathe Rechenschaft abzulegen habe.

Nar, gegen die fortwährenden Angriffe auf die Beamten.

Heine. Die Beamten beschwerten sich. Sie sollten ihre Beschwerden geradezu an den Ministertisch richten. Denn wenn man so zufrieden sei mit der bisherigen Einrichtung, so hätte das Ministerium groß Unrecht gehabt, den Gesetzentwurf vorzulegen. Aber überall erkennt man endlich die Nothwendigkeit, die Betheiligten, das Volk, die arbeitenden Classen selbst zu hören. Das Gesetz sei durch gute Absichten herbeigeführt, es sei aber in der Ausführung vergriffen. „Mit diesen constitutionellen Stelzfüßen ist nicht weiter zu kommen." (Lachen.) Erwähnt: im Pfälzischen Landrathe hätten sich Männer in rein finanziellen Fragen — des Kreises angenommen, die Bureaucratie aber habe sie politisch als Wühler zu verdächtigen gesucht. Das Gesetz werde nichts werden. Ist aber gegen den Koch'schen Antrag, indem er auf seinen Vorschlag wegen der Schöffen zurückkömmt.

Wiedenhofer gegen den Koch'schen Antrag, für die Vorstandschaft des Beamten.

Schmidt. Man wolle die Omnipotenz der Bureaucratie hinter die Districtsräthe stecken. Man möge das ganze Gesetz verwerfen. Greift die „Scheingründe" an, welche man zur Empfehlung des Gesetzes vorgebracht habe. — Der Präsident tadelt den Ausdruck des Redners, welcher den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf ein „Machwerk" genannt. Mahnt übrigens, nicht fortwährend auf die allgemeine Discussion zurück zu kommen.

Römich. Vertheidigt den Gesetzentwurf. Ebenso Forndran. — Wallerstein. Kann nach den einmal gefaßten Beschlüßen dem Koch'schen Antrage nicht zustimmen. — v. Hafenbrädl. Die Hoffnung, das Gesetz werde den Gemeinden eine freie Bewegung schaffen, sei vernichtet. Wünscht, daß sowol der Ausschuß als der Beamte seinen Bericht an die Regierung erstatten dürfe. Alle Versprechungen, die man früher wegen freier Bewegung gemacht, wolle man heute beseitigen. — v. Koch vertheidigt seinen Antrag; bekämpft Römich. Schildert wiederholt die Wirksamkeit der Bureaucratie, wie sie sich practisch zeige. Er habe keine Aussicht auf Erfolg für seinen Antrag, allein er wolle seine Ueberzeugung aussprechen. (Beim Schluße mehrfache Beifallsäußerungen links.)

Referent Steinsdorf bekämpft nochmals die Anträge von Koch und Wallerstein. — Ebenso Ministerialcommissär Schubert, der beklagt, wie wenig der Beamtenstand für seine vielen Bemühungen auf Dank rechnen könne.

Der Koch'sche Antrag wird mit 71 gegen 53 Stimmen verworfen. Der Wallerstein'sche Antrag, daß der Ausschuß dem Verwaltungsrath Rechenschaft zu erstatten habe, wird angenommen. — Die Art. 11 und folgende werden im Uebrigen nach dem Entwurfe, mit den geringen Modificationen des Ausschusses, angenommen.

Zu Art. 21 beantragt Wallerstein, daß der Districtsausschuß, wenn er in dringenden Fällen unmittelbar Anordnungen treffe, dem Districtsrathe verantwortlich sei, sowol wegen der wirklichen Dringlichkeit, als auch dafür, daß die Grenze der Nothwendigkeit nicht überschritten werde. — Steinsdorf dagegen; ebenso Forndran, Römich und Gäßler. Wallerstein vertheidigt seinen Vorschlag; die Verantwortlichkeit müsse bestehen und dürfe auch kein Popanz sein. — Wiedenhofer gleichfalls gegen den Vorschlag. Nicht minder der Ministerialcommissär. — Der Vorschlag wird verworfen.

---

*) Unserer Ansicht nach dürfte das Beispiel der Sammlung für die durch Ueberschwemmung Beschädigten prinzipiell sehr für den Koch'schen Grundgedanken sprechen.

* **München**, den 11. Jan. Die Allg. Ztg. lamentirt über die durch das Referat des Hrn. Dr. Jäger in Betreff einer Kammerverhandlung veranlaßte Beschlagnahme ihres Blattes in der k. Haupt- und Residenzstadt München. Seit 25 Jahren — d. h. wol seit dem Bestehen der jetzigen Redaction — sagt sie, sei ihr so Etwas noch nicht begegnet. Eine naive Erklärung! Seit 25 Jahren! Wie oft haben sich da die Dinge geändert, wie oft hat der politische Wind gewechselt und geradezu umgeschlagen! Dennoch wußte es die Allgemeine, wie sie sich rühmt, stets so einzurichten, daß sie es der jeweiligen Gewalt jederzeit recht machte. Da war zuerst die liberale Periode des Königs Ludwig; dann kam die Zeit der Julitage und ihre Rückwirkung auf Deutschland; hierauf das Schenk'sche Reactionsministerium; die freisinnige Kammer von 1831; die Wallerstein'sche, dann die Abel'sche Verwaltung; es stellten sich die Lolazeiten ein; die Märztage, das Märzministerium, und endlich die dermalige Reaction; — wie stark aber auch der Wechsel der Dinge, wie heftig jeweils der Umschlag, — immer hatte die Allgemeine des unschätzbaren Glückes sich zu erfreuen, daß ihre Ueberzeugung gerade die nemliche war, wie die Derjenigen, welche eben die Macht besaßen. Und wie schmerzlich ist sie berührt, daß all' ihr Bemühen, all' ihre Fürsicht, diesmal gescheitert! Ist doch unser Berichterstatter über die Kammerverhandlungen — ruft sie, um den ungnädigen Blick von oben durch ein demüthiges reue- und leidvolles Flehen zu mildern — ist doch unser Berichterstatter ein so braver Mann, der seine conservative Gesinnung so treffend erprobt hat, als seine Landsleute sich beinahe ohne Ausnahme in den Rachen der Revolution stürzten, und auf den, wie auf den heiligen Sebastian, die Pfeile der Linken in der Kammer ununterbrochen gerichtet sind! Die Allgemeine scheint nun freilich nicht zu wissen, welche seltsame Erinnerungen sie da weckt. Wenn man auch gar nicht (etwa mit Hrn. Sepp und dem Volksboten) fragen will, ob die frühern Angriffe auf Cölibat und Mönchthum wirklich so ganz conservativ gewesen seien, so wird doch auch selbst die Laterne eines Diogenes nicht ausreichen, die conservativen Heldenthaten des gepriesenen Heros zur Zeit der pfälzischen „Rebellion" zu entdecken, da in jener Epoche der weise Satz: „der Tapferkeit bester Theil ist die Fürsicht," maßgebend bestimmen mußte, ja kein Wörtlein laut werden zu lassen für die „legitime" Regierung; sowie auch in der Folge das Preußische Erbkaiserthum just doch nicht so ganz auf blau-weiß-conservativem Grunde aufgebaut werden sollte. In der Kammer haben wir von Angriffen auf die feile subventionirte Presse gehört, den Helden der Allgemeinen zu bekämpfen, ist dagegen gerade noch Niemanden von der Linken eingefallen. Das Erbaulichste bei der Geschichte ist, daß der Satz: der Wiederabdruck von Kammerverhandlungen schützt nicht gegen Verfolgung wegen des Inhalts derselben, ein Grundsatz, den bis heute keine andere Kammer aufkommen ließ, — eben auch einmal gegen Diejenigen zur Anwendung gebracht wird, welche ihn — freilich, wie sie wähnten, nur zum Nachtheile der Linken! — aufstellten und vertheidigten! Vorläufig wenigstens ein klein Bischen Nemesis!

München. Die Festung Landau soll nach den durch den Bund im Jahre 1823 festgestellten Normen munirt werden. Auch für Germersheim ist eine beträchtliche Munitionszufuhr bestimmt, so daß nach beiden genannten Festungen von Würzburg aus über 4000 Centner Munition werden gebracht werden. (A. P.-Z.)

Frankfurt, den 9. Jan. Die Stadtpolizei scheint einen Impuls vom Bundestage erhalten zu haben. Das ergibt nicht allein die Schließung der politischen Vereine, sondern auch die Handhabung der Aufsicht auf Fremde überhaupt und auf den Arbeiterstand insbesondere. Seit einigen Tagen haben massenhafte Ausweisungen stattgefunden.

— den 14. Jan. Heute und gestern sind abermals eine große Anzahl Handwerksgesellen, welche den aufgelösten Vereinen angehörten, aus Stadt und Gebiet ausgewiesen worden. Die Zahl der Ausgewiesenen beläuft sich jetzt auf 40. Ein gleiches Schicksal traf den Literaten German Mäurer, welcher vor mehreren Monaten hier verhaftet wurde. Derselbe ist, äußerem Vernehmen nach, ab instantia freigesprochen. Er war im Gefängnisse in der letzten Zeit erkrankt. (F. J.)

Sachsen. Durch Generalverordnung des Ministeriums des Innern ist die Druckschrift: „Der wahrhaftige feurige Drache" ꝛc. Ilmenau, Trommsdorf, wegen ihres die christliche Religion herabwürdigenden und den Aberglauben befördernden Inhaltes für das Königreich Sachsen verboten worden. Ferner wurde auf Grund richterlichen Beschlusses die Confiscation und Vernichtung der Druckschrift: „Die neue Sittenverbesserung durch die ikarische Gesellschaft. Kiel 1850", verfügt.

Köln, den 12. Jan. General Lamoriciere traf vorgestern Abends hier ein, stieg im Hotel Disch ab, in dessen Fremdenbuch er sich als „Proscrit" eintrug, und wird wahrscheinlich noch einige Tage hier verweilen.

Berlin, den 9. Jan. Die Regierung trifft in geräuschloser Thätigkeit Vorkehrungen, der steigenden Theuerung der Lebensmittel neben steigender Arbeitslosigkeit Gränzen zu setzen. Der Mangel an Arbeit ist aber zunehmender und beunruhigender, als die hohen Preise der nothwendigsten Bedürfnisse. Nicht blos Schneider und Schuhmacher feiern unfreiwillig, sondern alle Fabriken (?) machen mehr oder weniger Pausen von unzubestimmender Dauer, und die zahlreiche Weberbevölkerung ist am schlimmsten daran. In dem Frankfurter Quartier, wo sonst die Webstühle von so geschäftigen, betriebsamen Händen bewegt wurden, ist die Industrie wie verschwunden; Meister, die acht Stühle mit Arbeitern besetzt hatten, haben jetzt noch einen, und manche auch diesen nicht. (A. Z.)

Königsberg, den 7. Jan. In einer gestern abgehaltenen geheimen Sitzung der Stadtverordneten kam die Vorlage des Magistrats zur Berathung, nach welcher etwa 661 Thaler an Kosten für den letzten Provinciallandtag von der Stadt zu zahlen sind. Es wurde beschlossen, dem Magistrat die Vorlage mit dem Bemerken zurückzustellen, daß sie das Geld nicht bewilligen und es gutwillig nicht hergeben würden.

Frankreich.

Paris, den 8. Jan. Nach dem „Univers" hat der Papst über den 2. Dec. sich wie folgt geäußert: „Der Himmel hat die Schuld der Kirche an Frankreich abgetragen."

Die vier großen Missionen, welche den europäischen Mächten den Wechsel der Regierungsform ankündigen sollten, werden unterbleiben, und zwar in Folge der Vorstellungen, welche einige der dazu bezeichneten Botschafter gemacht haben.

An allen öffentlichen Orten in Paris soll von nichts als Kriegsgerüchten die Rede sein — vielleicht weil man von nichts Anderm reden darf.

Nach den von der Policeipräfectur aufgenommenen Uebersichten wurden vom 3. bis 6. Dec. 216 Personen getödtet, wovon 137 auf den Barricaden und 88 in Folge ihrer Wunden gestorben sind; man kannte 115 Verwundete. Viele wurden nicht bekannt, da sie entflohen oder sich bemühten, nicht entdeckt zu werden. Zugleich ist der Tod von 10 harmlosen Personen zu beklagen.

Paris, den 9. Jan. Einem Gerüchte zufolge läßt die Regierung auf eine Flugschrift über die letzten Ereignisse, die in Belgien erschienen und Hrn. Thiers zum Verfasser haben soll, Jagd machen und hat die strengsten Maßregeln zur Verhinderung der Einfuhr dieser Schrift getroffen.

Sichtbarer und auffallender als in den Staatsformen sind die Veränderungen in der Etikette, die in der kurzen Zeit seit der Decemberrevolution eingetreten sind. Die Restauration des Kaiserthums wird in dieser Beziehung bald vollständig sein. Bereits haben die Huissiers der Minister die langen Hosen abgelegt und tragen kurze Hosen mit seidenen Strümpfen, Schuhe mit breiten sil-

benen Schnallen, Busenstreifen mit Spitzen, weiße Halsbinden und sorgfältige Frisur. Man glaubt, daß auch die Beamten, wenn sie einem Minister aufwarten, und noch mehr bei den prinzlichen Audienzen, an den Gebrauch der kurzen Hosen gebunden werden, und man sich in den Abendgesellschaften der officiellen Welt nicht anders wird zeigen dürfen.

— den 10. Jan. Der „Moniteur" meldet zahlreiche Ernennungen und Beförderungen in der Ehrenlegion, sämmtlich Militärs betreffend; der Divisionsgeneral Prevost ist zum Großoffizier befördert worden. — Auf höhere Verfügung findet morgen in allen Kirchen der Republik ein Tedeum statt, um Gott, dessen Hand sich sichtbarlich über Frankreich ausgestreckt, Dank zu sagen. — Nach der „Patrie" ging heute ein erster Transport von den zur Deportation bestimmten Individuen, aus etwa 500 bestehend, auf der Eisenbahn nach Havre ab. Eine Dampffregatte schafft sie von dort nach Brest, wo man sie an Bord des Linienschiffs „Duguesclin" von 90 Kanonen einschiffen wird, das sie an ihren Bestimmungsort bringen soll. Der Ex-Hauptredacteur der „Opinion Publique" zeigt öffentlich an, die Pressen dieses Journals seien mit Beschlag belegt worden; deßhalb habe es zu erscheinen aufhören müssen. — Gestern wurden hier wieder sechs beim Decemberaufstande betheiligte Personen verhaftet. Das Zuchtpolizeigericht verurtheilte drei Personen, welche in den Decembertagen verhaftet wurden, weil man Waffen bei ihnen fand, zu Gefängnißstrafen. — Die gerichtlichen Untersuchungen in den Provinzen sind an mehreren Orten bereits beendigt. Im Nievredepartement ist schon eine Commission ernannt, die über das Schicksal der Mitglieder der geheimen Gesellschaften aburtheilen soll. Die einfachen Mitglieder sollen in Freiheit gesetzt, die Führer aber nach Cayenne, den Marquiseninseln und Algerien deportirt werden. Im Departement Niederalpen sind etwa 100 Chefs geheimer (?) Gesellschaften, worunter 5 Bürgermeister, in den Händen der Justiz.

Der „Independance Belge" wird unterm 10. Jan. aus Paris über die oben gemeldete Abführung von zur Deportation Bestimmten Folgendes berichtet: Etwa 5- bis 600 Gefangene, welche wegen Betheiligung am Aufstande im Fort Ivry saßen, sind durch die Kriegsgerichte, welche bei geschlossenen Thüren und nach den Acten aburtheilten, ohne daß man die Angeklagten vorführte, zur Deportation verurtheilt worden. Verwichene Nacht wurden sie, zwei und zwei gefesselt, unter Bedeckung der mobilen Gendarmerie, eines Bataillons Jäger von Vincennes, das vor ihren Augen geladen hatte, und einer Schwadron Lanciers über die Boulevards nach dem Bahnhofe geführt. Fünfzig Polizeiagenten werden diese Unglücklichen, unter denen sich zwei Weiber befinden sollen, nach Cayenne begleiten, wo man sie im Lande vertheilen und bei öffentlichen Arbeiten verwenden wird. Demselben Blatte wird ferner aus Paris geschrieben: Die Regierung beschäftigt sich fortwährend mit Ausarbeitung des Preßgesetzes, dessen bis jetzt aufrecht erhaltenen Bestimmungen äußerst streng sind. Der Stempel soll 10 Centimes für die Nummer der hiesigen Journale betragen: 6 Centimes fester Stempel und 4 Centimes für Porto. Der Stempel für die Provinzblätter soll verhältnißmäßig erhöht werden, dagegen der Feuilletonstempel und die Verbindlichkeit zur Unterzeichnung der Artikel wegfallen. Fast alle kleinen und mehrere große Journale werden eingehen müssen und die übrigbleibenden ihren Abonnementspreis erhöhen. — Es geht das Gerücht, daß ein nächstens zu erwartendes Decret die Deportation von 100 bis 130 Zeitungsredacteuren, Literaten und Clubbisten verfügen werde. Die Gesammtzahl der Personen, denen die Deportation nach Cayenne zugedacht ist, wird auf 4000 angegeben.

Zum bessern Verständniß der heute erschienenen Verbannungsdecrete wird der Köln. Ztg. Folgendes geschrieben: Nach Cayenne werden deportirt 5 Montagnards, worunter Marc Dufraisse, der einst die Hinrichtung Ludwig XVI auf der Tribune vertheidigte und die berühmte Antwort Berryer's hervorrief, Greppo, ein Lyoner Arbeiter, dessen Frau in den drei Decembertagen auf einer Barricade in der Nähe der Straße St. Denis gefallen ist, und Miot, ein Apotheker aus dem Nievredepartement, der als ein erbitterter Feind des dort ebenfalls gewählten Dupin bekannt war. Die permanente Verbannung ist verhängt über 66 Mitglieder der äußersten Linken. Die zeitweise Verbannung trifft 18 Repräsentanten, worunter auch, was einiges Aufsehen erregt, Emil de Girardin. Von diesen 18 gehören 10 der Linken und äußersten Linken an. Die übrigen 8 sind die bedeutendsten Führer der orleanistisch-parlamentarischen Partei. Ueberhaupt also sind es 89 ehemalige Mitglieder der Nationalversammlung, die von den Decreten getroffen werden und wovon nur 8 der Majorität, die übrigen 81 der Linken angehören. Unter den Verbannten befindet sich kein einziger Legitimist, und von den constitutionellen oder Cavaignac'schen Republicanern nur Lamoriciere und allenfalls Oberst Charras und Pascal Duprat, obschon dieselben es häufig mit dem eigentlichen Berge hielten. Von dem wenig zahlreichen Tiers-Parti ist ebenfalls Niemand darunter. Es fällt übrigens allgemein auf, daß mehrere namhafte Montagnards und vor allem deren politischer Chef Michel (de Bourges), sowie der General Rey, Eugen Sue, Pierre Leroux, Carnot, Morellet, Dain und General Cavaignac nicht auf der Liste stehen.

Die heutigen Verbannungsdecrete bilden natürlich das Tagesgespräch. Außer dem Verbannungsgesetze wird auch das Deportationsgesetz viel in Anspruch genommen werden. Bereits sind 1200 Personen in Paris angekommen, die binnen Kurzem nach Cayenne geschafft werden sollen. — Obgleich das alle Nationalgarden Frankreichs auflösende Decret noch nicht erschienen ist, so hat man doch schon angefangen, die Entwaffnung in Paris vorzunehmen. Man entwaffnet jedoch nicht auf die gewöhnliche Art, sondern läßt durch Agenten bei jedem einzelnen Individuum die Waffen abholen.

Die Gefangenen in Ham sind vorgestern schon ihrer Haft entlassen worden. Der Secretär im Ministerium des Innern, Hr. Lehon, war mit der Ausführung der Maßregel beauftragt, und von den Gefangenen, denen er dieselbe ankündigte, mit Kälte und Würde empfangen worden. Er stellte an jeden derselben die Frage, ob er nach der belgischen oder der englischen Grenze begleitet zu werden wünsche. General Changarnier antwortete ihm: „Ich bin zu arm, um in England leben zu können, und zu viel Patriot, um ein freies Land in einem Augenblicke zu bereisen, wo ich mich meines eigenen Landes schämen müßte." General Bedeau bleibt noch einige Tage bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in Ham. — Die Herren Chambolle, Remusat, Duvergier (de Hauranne) und Jules de Lasteyrie sind nicht bloß, wie Hr. Creton, als entschiedene Orleanisten, sondern als Redacteure des „Ordre" ausgewiesen worden. (K. Z.)

— den 11. Jan. Der „Moniteur" veröffentlicht heute ein Decret des Präsidenten der Republik, durch welches dem Marineminister ein weiterer außerordentlicher Credit von 3,587,000 Frcs. eröffnet wird, welcher dazu verwendet werden soll, in den Häfen und der franz. Guyana den Vollzug der auf die Deportationen bezüglichen Maßnahmen zu sichern. In Guyana sollen Ansiedlungsorte zur Unterbringung der Deportirten eingerichtet werden.

In den verschiedenen Mairien hat man mit einer neuen Zählung der Wähler begonnen. Es heißt, die Namen der Wähler, welche bei der letzten Volksabstimmung ihre Karten nicht abgeholt, und die weder durch Krankheit noch durch Abwesenheit daran verhindert waren, würden von den Wahllisten gestrichen werden.

Man spricht von einem Schreiben, welches Abdel Kader an den Präsidenten der Republik gerichtet, um ihn wegen des Actes vom 2. Decbr. zu beglückwünschen, und um sein Gesuch zu wiederholen, daß ihn die französische Regierung endlich in Freiheit setze.

— den 12. Januar. Der „Moniteur" verkündet das Decret des Präsidenten Louis Napoleon, durch welches die Nationalgarden, die neu organisirt werden sollen, aufgelöst werden. Das Gouvernement wird effective Cadres einrichten und der Präsident die Officiere ernennen.

Italien.

Venedig, den 7. Jan. Die „Gazz. di Venezia" berichtet: Von 13 des Raubes mit bewaffneter Hand überwiesenen und vom k. k. Militärstandgerichte zu Granze (District Este) zum Tode verurtheilten Individuen wurden 4 mittelst Pulver und Blei hingerichtet, die übrigen zu 18—20jährigem Kerker begnadigt.

Rom, den 3. Jan. In den letzten Tagen fanden sich an mehreren Dicasterien, auch innerhalb des Cortile der Jesuiten des Collegio Romano, Anschläge verschiedener Fassung mit der Mahnung ans Volk, seine Sache doch ja nicht wegen des von L. Bonaparte an der Seine improvisirten Schlags aufzugeben; eine anderseits vorbereitete Schlacht werde die Sache der Freiheit für augenblickliche Verluste völlig entschädigen. Außerdem wurden am Neujahrsabend so viele rothe Mützen den Corso entlang herumgestreut, daß sie die Carabinieri mit Körben fortzuschaffen genöthigt waren.

Großbritannien.

London, den 10. Jan. An der Börse ist eine Subscription zu Gunsten der Opfer des Brandes der „Amazone" eröffnet worden und wird, wie der Anfang verspricht, eine bedeutende Summe erreichen.

Es sind Befehle ertheilt zur Anlegung einer Batterie von hundert Kanonen zu Nob Light, bei Spithead, sowie einer provisorischen Batterie von ebenfalls hundert Kanonen zu Lunps, gleichfalls in der Nähe von Spithaed, an der Küste von Portsmouth; diese Befehle sind in kürzester Frist auszuführen. Ein neues Fort ist im Bau zu Browdwon gegenüber von Rydes (Insel Wight) an der Küste von Gosport; es sind bei diesem Baue 2 Compagnien königlicher Mineure beschäftigt, und die Arbeiten werden so beschleunigt, daß sie vor Ablauf zweier Monate beendigt sein werden.

Der Lordbischof von Ardagh (Irland) hat an sämmtliche Katholiken Irlands eine Aufforderung erlassen, eine Dankadresse an den Prinzen Louis Napoleon dafür, daß er den Papst unterstützte, zu richten.

Die Eröffnung des Parlaments ist auf den 3. Febr. festgesetzt.

Die holländische Galliote „Geertrunda" soll so glücklich gewesen sein, noch zwei Fahrzeuge mit Schiffbrüchigen der „Amazone" zu finden und aufzunehmen. Sie hat dieselben nach Brest gebracht.

Rußland.

Stockholm, den 2. Jan. Es ist aufgefallen, schreibt „Aftonbladet," daß die Briefe, die in letzter Zeit von Finnland hieher gekommen sind, mit ungewöhnlicher Vorsicht, um nicht zu sagen: mystisch, abgefaßt gewesen. Befürchtungen neuer Gewaltmaßregeln des russischen Selbstherrschers gegen die wenigen Freiheiten, die unseren unglücklichen Brüdern auf jener Seite noch übrig geblieben, haben sich in Folge dessen verbreitet, und diese Besorgnisse sind in den letzten Tagen in Gerüchte der bedauerlichsten Art übergegangen. Ein einzelner Brief, dem die geheime Anstalt der Post zu umgehen gelungen ist, enthält die Angabe, daß durch einen kaiserlichen Ukas die Gouverneure für unabhängig von dem finnischen Senat und von nun an allein dem in Petersburg residirenden Generalgouverneur verantwortlich erklärt worden seien. Ein anderes Gerücht besagt sogar, daß der Senat aufgelöst worden.

Ostindien.

Calcutta, den 6. Dec. Die britische Expedition ist vor dem Hafen von Rangun erschienen, und hat der birmanischen Regierung eine 35tägige Bedenkfrist gegeben.

China.

Honkong, den 28. Nov. Der chinesische Dynastienwechsel hat sich nicht bestätigt; der Aufstand in Kwangsi und Kwangtung aber dauert fort.

Neueste Nachrichten.

Kassel, den 12. Jan. Heute ist dem hiesigen Stadtrath ein Rescript des Ministeriums des Innern zugegangen, in welchem der ständige und der unständige Bürgerausschuß für aufgelöst erklärt werden. Von den 48 Mitgliedern sind 16 auf die Dauer von 9 Jahren für unfähig zur Bekleidung der städtischen Magistratur erklärt worden. (F. J.)

Paris, den 12. Jan. Der Präsident der Republik hat den Divisionsgeneral v. Lawöstine zum Obercommandanten der Nationalgarden des Seinedepartements und Hrn. Vieyra zum Chef des Generalstabes der Nationalgarden dieses Departements ernannt.

Einem ersten Convoi von etwa 500 Deportirten, welcher vor einigen Tagen nach Havre abgeführt worden, um dort eingeschifft zu werden, ist gestern ein zweiter nach Brest gefolgt, der aus 614 Personen bestand, unter welchen sich auch Hr. Xavier Durrieu, ehemaliger Oberredacteur des Journals „la Revolution," und Hr. Lachambeaudie, Verfasser der „Volksfabeln," befanden. Beide Züge werden nach Cayenne eingeschifft.

Mathé, einer der für die Deportation bestimmten Repräsentanten, hat sich vorgestern aus dem Fort Bicêtre gerettet.

Goldcourse.

Frankfurt, den 14. Jan. Pistolen 9 fl. 38½ — 39½ kr., Ducaten 5 37 — 38, 20-Franken-Stücke 9 29 — 30, Holländische 10fl.-Stücke 9 fl. 50 — 51 kr.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Gewerbsverein zu Speyer.

Freitag, den 16. Januar, Abends 6 Uhr, **Generalversammlung.** Gegenstände: Wahl des Ausschusses. Gewerbliche Mittheilungen. Bericht über London.

Der Vorstand: Dr. Walz.

[760[a]] **Wirthshausversteigerung.**

Montag, den 19. Januar 1852, Nachmittags 3 Uhr zu Speyer im Wirthshause zur Blume, läßt Friedrich Müller, Etuiefabrikant, in New-York wohnhaft, sein in hiesiger Stadt in der Korngasse gelegenes Wohnhaus, das Wirthshaus zur Blume, nebst Waschküche, Werkstätte, Nebenbauten, Hof und allen andern Zugehörungen auf einer Fläche von 19 Ruthen, neben Weinhändler J. Völcker und Erben Burschell, jetzt Schuhmacher Gulden, gelegen, zu Eigenthum öffentlich versteigern.

Das Haus ist dreistöckig, solid gebaut und gut eingerichtet. — Es wurde seither in demselben mit gutem Erfolge Wirthschaft betrieben, eignet sich aber auch seiner vortheilhaften Lage wegen zum Betriebe eines jeden andern öffentlichen Geschäftes.

Speyer, den 29. December 1851.

Kissel, Notär.

[786] **Versteigerung eichener Rinden in Schwetzingen.**

Das Ergebniß von eichenen Rinden im hiesigen Gemeindewald, aus einer Fläche von ungefähr 7 Morgen, wird Dienstag den 20. d. Mts., früh 10 Uhr, im hiesigen Rathhause versteigert.

Schwetzingen, den 13. Januar 1852.

Bürgermeister:

Vetter.

Neue

Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 15 | den 17. Januar 1852.

Deutschland.

× **Aus der Pfalz.** Oesterreich hat abermals einen „Riesenschritt in seiner staatlichen Entwicklung" und in der „Uebergangsperiode zum Constitutionalismus" gemacht: es hat die Märzverfassung und die damals verkündeten Grundrechte für gänzlich aufgehoben und abgeschafft *erklärt*, sich dadurch auch formell dem Absolutismus *wieder* angeschlossen, und zwar einem schrankenloseren Absolutismus als je zuvor, da die zum Theil sehr alten Verfassungen der deutschen Provinzen, Böhmens, Ungarns und der Lombardei durch die Reichsverfassung aufgehoben wurden, und nunmehr auch, nach Beseitigung dieser Verfassung, aufgehoben bleiben. — Auch die Geschworenengerichte, welche bereits in den deutsch-österreichischen Provinzen heimisch geworden, sind wieder gänzlich beseitigt, obschon dieselben nicht durch die Staatsform bedingt, und, wie die Zeiten des Napoleonischen Kaiserreichs beweisen, auch in einem absolut regierten Staate recht gut bestehen können. Selbst die Oeffentlichkeit in der Rechtspflege ist aufgehoben und Mündlichkeit nur bei den unteren Gerichten beibehalten. Die „gute Presse," welche sonst begierig jede Gelegenheit ergreift, ihre „sittliche Entrüstung" auszusprechen, sei es auch nur wegen eines isolirt vorkommenden Ausbruches von Rohheit oder Büberei eines einzelnen Individuums, und die den andern Parteien, namentlich der Democratie, das Recht abspricht, sich über die Staatsstreiche Ludwig Napoleons tadelnd zu äußern, also das Recht, eine „sittliche Entrüstung" auszusprechen, für sich allein in Anspruch nimmt, — hat über das Verfahren des Wiener Cabinets zwar einiges „Bedauern," aber keinen Tadel auszusprechen; obschon es hier nicht galt, blos der Democratie „eins zu versetzen," sondern allem „Constitutionalismus" in ganz Deutschland einen merklichen Wink über seine nächste Zukunft zu geben.

Daß bei der heutigen Sachlage diese Vorgänge in [illegible] sowol mittelbar als unmittelbar von großem Einflusse auf die nächste Gestaltung der innern Angelegenheiten in den übrigen deutschen Staaten, ganz besonders aber auf jene der Mittel- und Kleinstaaten, sein müßen, wird wol ohne besondern Scharfblick erkannt werden; selbst die „gute Presse" sieht dieses ein. So werden Maßnahmen bevorstehen, deren Vorläufer wir bereits in einigen Staaten erblickt, die nichts weniger als geeignet sind, einen Fortschritt im „constitutionellen" Staatsleben zu beurkunden. — Der neue Beherrscher Frankreichs hat seit den wenigen Tagen seines Herrscherthums mehr als zur Genüge bewiesen, daß er in dieser Beziehung nicht zurückbleiben wird. Auch andere Staaten, namentlich Sardinien, werden bald die Rückwirkung verspüren, Belgien nicht unangefochten bleiben, und in der Schweiz die retrograde Partei mehr als moralische Unterstützung erhalten. — So werden bald alle Märzerrungenschaften und Versprochenschaften verschwunden, auf dem europäischen Festlande von einem freien, einem wirklich constitutionellen Staatsleben keine Sprache mehr sein können, und allüberall die wieder aufgerichtete absolute Gewalt ihr Regiment führen. Selbst nicht einmal ein „erleuchteter" Absolutismus, wie man z. B. vordem das Regiment in Preußen nannte, wird das Scepter führen, wie gar viele Vorkommniße unserer Tage zur Genüge darthun. — Ob aber dadurch, wie man in unbegreiflicher Verblendung wähnt, das „Ding" haltbarer wird, ist eine andere Frage.

Vor wenig Tagen erst jubelte man den gelungenen Staatsstreichen Ludwig Napoleons Beifall zu; gar manche Regierung sah den Act des 2. Dec. nicht etwa blos als ein fait accompli an, sondern gab — leider ein trauriges Zeichen der politischen Moral und der Verdorbenheit öffentlicher Zustände — öffentlich ihre Sympathie mit der Niedertretung alles positiven und geschriebenen Rechtes zu erkennen, und heute schon, also nach wenigen Tagen, schüttelt mancher „Conservative" bedenklich den Kopf. Das Symbol des eroberungssüchtigen Imperialismus, der kaiserliche Adler, prangt als Neujahrsgabe auf den Standarten der französischen Armee, und späht begierig nach Beute über die Grenzen Frankreichs hinaus, da er im Innern nichts mehr zu erobern hat. Man würde sehr irren, wollte man die Aufpflanzung dieses Symbols als ein bedeutungsloses Zeichen ansehen: der Napoleonische Adler, um mit den Anhängern desselben zu sprechen, hat eine alte Schmach zu tilgen; er kann den Löwen von Waterloo nicht gleichgültig ansehen; die andern Symbole diesseits des Rheins, die fremden Adler, Löwen rc., werden ihm bald beschwerlich fallen, und die halbe Million kriegslustiger Soldaten des zweiten Napoleon werden, wie in diesen Blättern schon mehrmals bemerkt, Beschäftigung haben, die alten Niederlagen rächen, neuen Ruhm und neue Lorbeeren erringen wollen. — Dies sind unwiderlegbare An- und Aussichten, die nichts weniger als geeignet sind, den gerade von der „conservativen" Partei in vollem Chorus angestimmten Jubel zu rechtfertigen.

Wie steht nun, namentlich Deutschland, diesen, wir wollen nur sagen „Möglichkeiten" gegenüber da? In politischer und materieller Beziehung zerrissen, gegenseitig empfindlich verletzt, alle Staatskassen erschöpft, von Schulden niedergedrückt, dabei dynastische Gelüste immer noch vorwaltend — ist man fort und fort bestrebt, jede freie Regung niederzuhalten, jede freie Institution zu vernichten, und selbst die gemäßigtsten Wünsche und Hoffnungen der ganzen Nation zu nichte zu machen. Fürwahr eine sonderbare Art der Kräftigung, um einem kampflustigen, mächtigen Gegner entschieden widerstehen zu können. Blicken wir gar nach Italien; wir wollen das dortige Gemälde nicht einmal skizziren, sondern nur das blose Wort „Italien" aussprechen. Wer vermag zu ermessen, welche furchtbaren Folgen es haben kann, wenn ein den jetzigen Machthabern feindliches Embleme, und sei es selbst der französische Kaiseradler, sich auf den Alpen zeigt? Und wegen der Herrschaft in Italien haben Oesterreich und Frankreich seit Jahrhunderten Ströme Blutes vergossen. — Unzufriedenheit, gewaltsam niedergedrückter Groll überall, statt Besänftigung derselben, täglich neue Maßregeln zu deren Vermehrung, dadurch immer mehr die Sympathien in den Völkern schwächend, jubelt man einem kampflustigen Feinde zu, oder glaubt demselben im Falle der Noth entschieden entgegen treten zu können. — Unbegreifliche Verblendung! — Dabei tauchen bereits in österreichischen und preußischen Blättern Conjuncturen auf, die weder für die Integrität Deutschlands überhaupt, noch für jene und selbst für den Bestand manchen deutschen Staates nicht viel Gutes verheißen. Jedenfalls möchte bald mehr als eine Regierung die Verscherzung der Volkssympathie bitter zu bereuen haben.

* **München,** den 13. Jan. (68. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Jordan aus Deidesheim erhält den verlangten 4wöchentlichen Urlaub.

Es wird Anzeige erstattet, daß der Finanzausschuß seine Arbeiten über das Budget beendigt hat.

Fortsetzung der Berathung des Districtsrathsgesetzes, beginnend mit Art. 23. — Wallerstein beantragt, daß den Districtsräthen die Befugniß zustehen soll, bestehende Districtsanstalten mit einer Majorität von ⅔ der Stimmen (ohne Curatelgenehmigung) aufzuheben. — Eine weitere Modification desselben bezweckt Offenhalten der Frage, welche Straßen als Districtsstraßen zu betrachten seien. v. Koch beantragt die Bestimmung, daß die Regierung nicht berechtigt sei, andere als gesetzlich begründete Lasten gegen den Willen der Majorität des Districtsrathes aufzulegen. — Die Modificationen von Koch und die obigen von Wallerstein werden verworfen; blos einige mehr formelle Abänderungsvorschläge Wallersteins erlangen die Majorität.

Die Discussion über die verschiedenen heute angenommenen Artikel bietet kaum ein allgemeines Interesse dar, und wir nehmen um so mehr davon Umgang, als wir den Wortlaut des Gesetzes selbst mittheilen werden.

Bei der Abstimmung über das ganze Gesetz wird dasselbe mit 98 gegen 35 Stimmen angenommen. Von Pfälzern stimmten dafür: Benzino, Jäger, Lang, Meuth, Prinz, Rebenack, Römich, Roos und Weis; gegen dasselbe Aufschnaiter, Boye, Brunk, Heine, Kolb, Müller, Scharpff, Tafel und Tillmann. (Unter den Verneinenden befanden sich einige von der entschiedenen Rechten.)

Berathung des Landrathsgesetzes. Auf eine Frage Wallersteins erklärt Minister Zwehl, die Regierung betrachte das alte Landrathsgesetz als fortbestehend, bis ein neues zu Stande komme.

Bei Art. 2 (Zusammensetzung der Mitglieder des Landrathes,) beantragt Bayer eine Wahl auf je 15,000 Seelen, ausgeübt durch die Wahlmänner zum Landtage. Ist gegen jede Ständevertretung. — Thinnes beantragt einen Wahlmodus für den Fall, daß der Regierungsvorschlag nicht angenommen werde, wonach die Ordinariate und Consistorien die Pfarrer ernenne, welche Mitglieder des Landraths sein sollen. — Referent Steinsdorf gegen beide Amendements. — Schätzlein für besondere Vertretung der Geistlichkeit. — Wallerstein und Arnheim für Bayers Antrag. — Wiedenhofer, Ruland und Forndran dagegen. (Alle verwahren sich gegen die Andeutung Arnheims, daß mit Annahme des Regierungsvorschlags zugleich die Aufhebung des Landtagswahlgesetzes indicirt sei.) Auch Ministeriacommissär Schubert gegen Bayers Antrag.

Bei der Abstimmung wird Bayers Antrag verworfen, der Regierungsentwurf mit einigen Modificationen des Ausschusses und dem Thinnes'schen Antrag angenommen.

* **München,** den 13. Jan: Mayerhofer ist noch keineswegs, wie früher voraus verkündet werden wollte, in Freiheit gesetzt, sondern befindet sich nach wie vor in Haft.

** **München,** den 14. Jan. Die Cassationssachen von Grill, Bolza aus Rockenhausen und Cons., welche am 19. d. M. vor dem Cassationshof zur Verhandlung kommen sollten, sind auf den 3. Februar vertagt worden.

München, den 12. Jan. Die kgl. Regierung von Oberbayern hat dem von der k. Policeidirection ausgewiesenen Landschaftsmaler Fries den Aufenthalt in hiesiger Stadt vorläufig für so lange bewilligt, bis von der höchsten Stelle über den gegen den policeilichen Ausweisungsbeschluß ergriffenen Recurs entschieden ist. Dem gleichfalls ausgewiesenen Privatier Riese hat die k. Policeidirection den Aufenthaltstermin verlängert. (B. E.)

An der Münchener Universität befinden sich in diesem Wintersemester 323 Theologen, 784 Juristen, 237 Mediciner, 369 Philosophen, 76 Philologen, 54 Pharmaceuten, 15 Cameralisten und 11 Candidaten der Forstwissenschaft. Im Ganzen sind 1906 inscribirt.

Frankfurt, den 9. Jan. Ueber die deutsche Flotte ist so ziemlich sicher das Todesloos geworfen. Indessen hat der Vollzug des Urtheils bis zum 1. Febr. einen neuen Aufschub erlangt, und es soll von dem Bundes-Militär-Ausschuß ein allerletzter Versuch gemacht werden, die Regierungen (außer Oesterreich und Preußen) zu einer besonderen Convention über die Erhaltung eines Nordsee-Flottencontingents zu vermögen. Glückt der Abschluß einer solchen Uebereinkunft (es ist wenig Aussicht vorhanden) nicht, so geht mit dem nächsten 1. Febr. die gesammte deutsche Marine auseinander; einzelne Staaten werden einzelne Schiffe übernehmen, anderes Flottenmaterial wird versteigert werden. An Hannover ist, wie Sie bereits wissen, die Anmuthung gestellt worden, Vorschüsse zu leisten, sowie man denn Hannover immer noch als den Staat anzusehen beliebte, der äußersten Falls einstehen würde, um die Auflösung der Flotte im Zwangeweg zu verhindern. Hannover hat entschieden in den letzten Tagen abgelehnt. Der finanzielle Nothstand in der deutschen Marine ist aber derart, daß der laufende Dienst nicht mehr gedeckt ist, und wahrscheinlich wieder im Drang der Noth Vorlehen gegen Rückerstattung bei den Bundes-Festungs-Etats gemacht werden. Nach glaubwürdigen Vernehmungen wäre übrigens ein neues, möglich kurzes Provisorium noch gelungen, wenn Preußen nicht kategorisch gegen jede weitere interimistische Fürsorge Protest eingelegt hätte. Es hat sogar an der letzten Matricularumlage seinen Antheil nicht mehr einbezahlt. Man spricht davon, daß eben die letzten Verhandlungen über die deutsche Flotte in der Bundesversammlung sehr lebhaft und gereizt gewesen seien, und einen tiefen Blick in die Zerrissenheit der Ansichten und Bestrebungen der einzelnen deutschen Staaten gewährt hätten. (Allg. Ztg.)

Leipzig, den 10. Jan. Neuerdings haben wieder verschiedene Confiscationen und Verbote von Druckschriften, so wie Verwarnungen von Zeitungsredactionen stattgefunden. Der „Sächs. Const. Ztg." ward bedeutet: wenn sie nicht von ihrer feindlichen Haltung gegen Oesterreich ablasse, so werde man ihr (in Sachsen) den Postdebit entziehen. (K. Z.)

Gotha, den 9. Jan. Im Jahre 1849 erklärten unsere Abgeordneten sämmtliches Kammer- und Domänenvermögen zu Staatsgut. Dagegen erhoben die herzogl. Agnaten Protest. Ein Vermittlungsvorschlag auf eine Theilung, wornach die Hälfte des Betrags dem Lande und die andere Hälfte der herzoglichen Familie zu gute kommen soll, der Herzog aber auf seine Civilliste zu verzichten hätte, wurde heute abgelehnt.

Köln, den 9. Jan. Dr. Becker und Genossen sind nunmehr 9 Monate verhaftet. Zuerst glaubte man sie wegen Complotts zum bewaffneten Umsturze anklagen zu können, fand jedoch keine Anhaltspuncte. Ebenso hat man nunmehr die Beschuldigung des Complotts zur Erregung von Mißvergnügen unhaltbar gefunden und die Sache zur abermaligen Untersuchung an den ersten Richter zurückgewiesen. Das ist die deutsche Reactions-Justiz! (Fr. K.)

Belgien.

Brüssel, den 8. Jan. Der Rückschlag des französischen Staatsstreiches auf unsere Preßzustände zeigt sich deutlich. Die klerikale Partei tritt geradezu unverschämt regierungsfeindlich und antibelgisch hervor, und es bedarf keines Scharfsinnes, um in diesen Geberdungen eine Aufforderung zu einem „heiligen Kreuzzuge" gegen Belgiens freie Institutionen zu sehen.

— den 12. Jan. Heute kam auch der Nestor des französischen Republicanismus, Herr Michel de Bourges, in Brüssel an. Nach seinem spaßhaften Ausdrucke benutzte er, um sich zu exiliren, den Augenblick, wo man vergessen hatte, ihn zu verbannen.

Niederlande.

Amsterdam, den 11. Jan. Durch königlichen Beschluß vom 27. Dec. ist die bisher von dem Militärstrafgesetze für das Landheer vorgeschriebene Strafe der Stockschläge für das gesammte niederländische Indien und für alle Militärs ohne Unterschied der Nation (also auch für die Eingeborenen) abgeschafft worden.

Frankreich.

Paris, den 8. Jan. Die Prinzessin Mathilde ist die Cousine des Präsidenten, die Tochter Jerome Bonaparte's, und lebt von ihrem Manne Demidoff, seitdem derselbe sie mit echt russischer Galanterie handgreiflich gezüchtigt hatte, getrennt. Vor dem Staatsstreich hatte sie nur eine einzige politische Bedeutung, sie mußte bei jeder Gelegenheit sich mit ihrem Brillantschmucke, der mehrere Millionen werth ist, öffentlich zeigen, um den Credit des bonapartistischen Hauses so viel als möglich zu erhalten. Jetzt soll sie in einer andern Weise unterstützen, sie soll einen neuen politischen Salon, welcher die royalistischen Salons der Fürstin Lieven u. s. w. zu sprengen hat, eröffnen und ein nothwendiges Supplement zum jungen Hofleben abgeben. Die „Adjutanten" haben sich dieses Terrains bemächtigt, und es läßt sich nicht verhehlen, daß dieselben bereits an Macht zugenommen haben. Persigny will Hrn. v. Morny, so wie das ganze jetzige Cabinet beseitigen, und deßwegen Paris nicht verlassen, obschon man ihm jeden Augenblick diplomatische Missionen anvertrauen will. Was L. Napoleon betrifft, so ist er namentlich seinen Adjutanten weit mehr zugethan, als den Ministern. Namentlich ist ihm Hr. Morny, sein natürlicher Bruder, der ihn stets an die Schwäche seiner Mutter erinnert, seit einiger Zeit im höchsten Grade zuwider. Hr. v. Morny begeht nämlich den Fehler, zu sehr den Bruder zu spielen und als Minister zu sehr befehlen zu wollen. L. Napoleon, der aber autokratisch regiert und oft gerade das, was seine Minister entschieden, im entgegengesetzten Sinne ausführt, kann in der Eitelkeit und dem Eigensinn eines Retters der Gesellschaft diesen brüderlichen Ton nicht dulden und wird von den Adjutanten in diesem Gefühle aufgehetzt. Dieselben machen ihn auch bei jeder Gelegenheit darauf aufmerksam, daß seine jetzigen Minister nicht gänzlich mit den Bourbons und Orleans brechen und sich noch eine Reserve für die Eventualität eines Sieges derselben vorbehalten. Gegen Fould ist L. Napoleon ohnehin schon seit einiger Zeit erkaltet. Am Schwersten kann er sich von der schweren Reactionsmaschine Baroche, der ihm so viele gute Dienste geleistet hat, trennen. Dieser Conflict zwischen beiden Fractionen der Bonapartistischen muß durch die Erledigung der ministeriellen Krise, in der wir uns fortwährend befinden, endlich gelöst werden. Die sämmerliche Wirthschaft der Willkür soll so lange als möglich fortgesetzt werden, man fürchtet selbst die illusorische Constitution, die man selbst geben will, man erschrickt vor dem Scheine einer Gesetzlichkeit. Die Minister, welche gern einen halbwegs geregelten Zustand herbeiführen wollen, lassen in der That diesen Grund gelten. Es wird ihnen vorgestellt, daß eine Constitution die Dictatorialherrschaft aufheben würde, man dann nicht nach Belieben decretiren und Geld ausgeben könnte, weil man doch die constitutionelle Comödie mitmachen müßte. Dies allein ist der wahre Grund, weßhalb Frankreich noch keine neue Constitution hat. (Fr. K.)

Paris, den 10. Jan. General Cavaignac ist Gegenstand einer besondern Wachsamkeit der hohen Polizei, und hat hievon seine Freunde in Kenntniß gesetzt, damit sie ihn nicht besuchen und der Polizei eine überflüssige Mühe ersparen. — Gegen die belgische Gränze zu sollen Truppenbewegungen stattfinden, und bonapartistische Agenten Sympathie unter den belgischen Bauern hervorrufen. (Allg. Z.)

— den 11. Jan. Wie verlautet, sind die meisten der verbannten Ex-Repräsentanten schon in Begleitung von Polizeiagenten nach der Gränze abgeführt worden. — Der Kriegsminister hat eine aus fünf Oberbeamten des Kriegsministeriums zusammengesetzte Commission beauftragt, die Geldgeschenke für die bei den letzten Ereignissen verwendeten Soldaten zu vertheilen. — Der Vicepräsident der Republik, Boulay (de la Meurthe), hat seine Stelle niedergelegt. — Ein ehemaliger Präfect, der zehn Monate lang unter Louis Bonaparte das Departement des Loiret verwaltete, befindet sich unter den Deportirten. Am 2. Dec. hatte derselbe sich an die Spitze der Bewegung von Orleans gestellt.

Die Maßregel, mit welcher die Elyseer schon vor einigen Monaten im Ausbruche ihres Unmuthes die Familie Orleans bedrohten (nämlich deren Güter zu sequestriren), ist jetzt förmlich beschlossen und soll nächstens, durch dieselben Rücksichten wie die Proscriptionslisten vom 9. motivirt, in einem besonderen Decret angeordnet werden.

Die Deportation soll auch Charras zugedacht gewesen sein, die Verwendung mehrerer Generale aber ihm die bloße Verbannung ausgewirkt haben. — Die Errichtung eines Policeiministeriums gilt für entschieden; unter dem Minister werden vier Policeigenerallieutenants stehen, die sich in die Geschäfte zu theilen und dem Minister Bericht zu erstatten haben. — Drei Oberbeamten der königl. Bibliothek steht die Verabschiedung bevor; einer derselben, Naudet, soll durch Granier de Cassagnac, Redacteur des „Constitutionnel," ersetzt werden.

Der „Courrier de Havre" meldet schon die gestern erfolgte Ankunft der 468 von hier dahin abgeführten Deportirten, worunter sich nach seiner Angabe zwei Ex-Repräsentanten des Departements Loiret, Martin und Michot-Boutet, und der Ex-General-Commissar der provisorischen Regierung, Pereira, befinden sollen. Sie wurden sofort nach dem Hafen gebracht und dort auf der bereit liegenden Fregatte „Canada" eingeschifft; bloß einer, der Advocat Riviere, wurde in Folge telegraphischen Befehles wieder nach Paris transportirt.

— den 12. Jan. Das Decret, welches die Aufhebung sämmtlicher Nationalgarden Frankreichs verfügt, wird dadurch motivirt, daß die Nationalgarde nicht eine Garantie gegen die Gewalt, sondern eine Garantie gegen die Unordnung, den Aufstand sein muß, und daß man, indem man alle Bürger ohne Unterschied bewaffnete, den Bürgerkrieg vorbereitet hat. Die Nationalgarden sind aufgelöst; man wird sie auf neuen Grundlagen organisiren. Die Regierung setzt die Stämme und den Effectivstand in jeder Localität fest. Der Präsident ernennt den Oberbefehlshaber und die Officiere aller Grade.

In den Manufacturdistrikten entfaltet sich gegenwärtig eine Regsamkeit, welche nur im höchsten Grade befriedigend wäre, wenn sie auf zuverlässigen Berechnungen beruhen würde. Man besorgt indeß, daß die Fabrikanten, welche vor dem December ihre Thätigkeit über alles Maß beschränkt hatten, nun in das entgegengesetzte Extrem verfallen dürften, und daß der Markt für die Frühjahrssaison über allen Bedarf werde überladen werden.

Lyon, den 8. Jan. Der Winter zeigt sich im mittäglichen Frankreich nicht sehr gelinde. In vielen Gegenden haben die Schneefälle die Landstraßen beinahe unwegsam gemacht. Der Wasserstand der Flüsse ist da, wo sie nicht mit Eis bedeckt, so niedrig, daß die Schifffahrt überall ihren Dienst einstellen mußte.

Italien.

Venedig, den 7. Jan. Die plötzliche Einziehung der Sechskreuzerstücke hat unter dem armen Volke empfindliche Verluste verursacht. Die Regierung hatte sie seither ungehindert zugelassen und weder Warnung noch Verbot deßhalb veröffentlicht. Jetzt mit einem Male erklärt sie dieselben außer Cours und hat dabei nicht für eine andere Scheidemünze, welche sie ersetzen soll, Sorge getragen. Man berechnet den Gewinn, welchen die kaiserliche Casse durch dieses Manöver macht, auf nicht weniger, als eine halbe Million Gulden. (K. Z.)

Rom, den 3. Jan. Seit drei Tagen finden wieder ungewöhnlich viele Verhaftungen und Ausweisungen statt. Veranlaßt wurden sie durch mehrere Demonstrationen und Eckenanschläge, welche den Haß des Volkes namentlich gegen das Policeiregiment aufs Neue zu entzünden trachteten. Einige Verfasser solcher revolutionären Actenstücke wurden indessen entdeckt und zur Rechen-

schaft gezogen. Auch in den Provinzen spukt im neuen Jahre der alte Geist der Unruhe, trotz aller Barschheit und maßlosen Strenge der dort waltenden österreichischen Militärherrschaft, wieder. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

Bern, den 12. Jan. Weil mehrere in der Schweiz sich aufhaltende französische Flüchtlinge einen Aufruf an das französische Volk erlassen haben, worin sie zu einer bewaffneten Erhebung auffordern, so hat der Bundesrath die Unterzeichner des Aufrufs: Rolland, Boichot, Avril, Pflieger, Thoré und Kopp, aus der Schweiz ausgewiesen.

Paris, den 13. Jan. Der „Constitutionnel" theilt mit, daß ganz in Kurzem eine Amnestie-Ordonnanz für alle Disciplinarstrafen werde verkündet werden, welche gegen Nationalgardisten wegen solcher Vergehen, die vor dem Erlasse des Decretes für die Reorganisation der Nationalgarden stattgefunden, ausgesprochen worden.

London, den 12. Jan. Hr. Thiers ist heute Vormittag von Brüssel hier eingetroffen. — Privatbriefe aus Paris behaupten, Louis Napoleon werde sich in Kurzem zum Kaiser der Franzosen erklären.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 13. Jan. Weizen 6 fl. 6 kr., Korn 5 fl. 5 kr., Gerst 4 fl. 42 kr., Spelz 4 fl. 20 kr., Hafer 3 fl. 24 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 10. Jan. Weizen 6 fl. 13 kr., Korn 5 fl. 14 kr., Spelz 4 fl. 36 kr., Gerst 4 fl. 46 kr., Hafer 3 fl. 33 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 13. Jan. Weizen 6 fl. 6 kr., Korn 5 fl. 15 kr., Spelz 4 fl. 17 kr., Gerst 4 fl. 41 kr., Hafer 3 fl. 8 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 9. Januar. Weizen 11 fl. 42 kr., Korn 9 fl. 11 kr., Gerste 7 fl. 13 kr., Hafer 3 fl. 55 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Speyer. Auszug aus dem Schreiben einer der ersten Großhandlungen von **Straßburg**, vom 12. Jan.

Der Schreiber dieses glaubte bei einer Anwesenheit in Mannheim das Vergnügen haben zu können, sich mündlich über die angeregte Eisenbahnfrage mit Ihnen zu unterhalten, aber zu seinem Bedauern erlaubte es ihm die Zeit nicht, sich nach dorten (Speyer) zu begeben.

Wir theilen Ihre Ansicht, daß der Kohlentransport an und für sich nicht über die Rentabilität der projectirten Ludwigshafen-Straßburger Bahn entscheiden kann, sondern, daß hiebei mehr der Local- und Transitverkehr von Personen und Gütern im Vergleich zu dem Anlagekapital für die eine oder die andere Linie den Ausschlag geben muß, daß fernerhin sehr zu berücksichtigen ist, welchen Abbruch solche schon in einer nahen Zukunft durch Concurrenzstraßen erleiden kann.

Darunter gehört nun der l. J. zu eröffnende sogenannte „Canal des houillères de la Sarre" von Saarbrücken nach Saarburg respective Straßburg.

Was die Transportkosten auf diesem Wege betragen werden, läßt sich gegenwärtig noch nicht bestimmen und scheinen die Ihnen mitgetheilten Sätze auf Hypothesen zu beruhen, da noch gar nicht festgesetzt ist, nach welcher Norm die Canalgebühren rc. zur Erhebung kommen werden; in der nächsten Zeit dürften übrigens sowol im Canal- als im Eisenbahnwesen größere Maßregeln zu erwarten sein, wenn, wie es den Anschein gewinnt, der Staat die Administration derselben mehr als seither in die Hände nimmt.

Obgleich also der Vergleich sich noch nicht durch effective Zahlen herstellen läßt, so steht unzweifelhaft so viel fest, daß die Eisenbahn via Pfalz-Weissenburg rc. für den Kohlentransport mit dem Saar-Kanal nicht wird concurriren können, wenn im Geringsten eine Rentabilität erzielt werden soll.

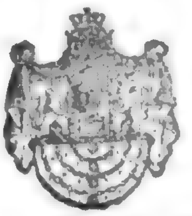
Die Eröffnung der Saarbrücken-Metz-Nancy-Saarburg-Straßburger Bahn in ihrer ganzen Ausdehnung steht, wie bekannt, in naher Aussicht, und auch hier scheint man es stark auf den Kohlenverkehr abzusehen: da nun die Strecke von Saarbrücken über Metz nach Straßburg jener von Saarbrücken über Kaiserslautern und Weissenburg dahin, so ziemlich gleich kömmt, so wird erstere Linie für diesen Transport wol ebenfalls concurriren, wenigstens bis zur Ausführung des Saar-Canals.

Gegenwärtig ist der Betrieb der Saarburg-Straßburger Strecke noch transitorisch der Straßburg-Baseler Eisenbahnverwaltung überlassen; mit der Eröffnung der ganzen Pariser Linie hört aber dieses Verhältniß auf; die Bahn von Paris bis Straßburg wird getrennt für sich exploitirt werden und dann erst ein definitives Transport-Regulativ in Kraft treten.

Wir wünschen sehr, daß unsere Mittheilungen einiges Interesse für Sie haben mögen und sind auch fernerhin mit Vergnügen Ihnen zu dienen bereit.

[787] Kgl. Bayer. privilegirter

Hoffmann'scher Zahnbalsam.



Durch viele Studien und Versuche ist es mir gelungen, einen Zahnbalsam zu erfinden, welcher die heftigsten Zahnschmerzen in einer Minute stillt. Der Verkauf desselben ist mir durch Allerhöchstes königl. Privilegium, nach vorausgegangener Prüfung, durch die einschlägigen kgl. Stellen bewilligt worden.

Indem ich dieß hiemit zum Wohle der Leidenden bekannt mache, zeige ich zugleich an, daß ich die Hauptniederlage für die Pfalz bei Hrn. Carl Helfferich in Neustadt a. d. H. errichtet habe und mein Zahnbalsam nur da zu haben und zu beziehen ist.

Preis des Glases 36 kr.

München, im Juni 1851.

Joseph Hoffmann,
königl. bayer. Hofmaler und Chemiker.

In Bezug auf obige Annonce empfehle ich hiemit obigen Zahnbalsam, über dessen heilsame Wirkung die besten Zeugniße vorliegen, und bemerke nur noch, daß ich bei den HH. J. Klebich und Manz in Speyer, C. Heusser in Kaiserslautern, L. Mayersohn in Landau und C. L. Wend in Zweibrücken Niederlagen errichtet, wo solcher stets zu obigem Preis vorräthig sein wird.

Carl Helfferich.

[788a] **Weinversteigerung zu Dackenheim in der Pfalz am Haardtgebirge.**

Montag, den 16. Februar d. Js., des Morgens 10 Uhr anfangend, lassen die Erben von dem in Dackenheim ledigen Standes verlebten Gutsbesitzer Johannes Cloos, in der Wohnung des Miterben Hrn. Caspar Cloos in Dackenheim, die nachbezeichneten selbstgezogenen und rein gehaltenen Weine, der Theilung wegen, freiwillig versteigern, nämlich:

12,400	Liter	1842er	Aus den Gemarkungen von Herxheim a. B., Freinsheim und Dackenheim.
9,100	„	1843er	
5,000	„	1844er	
15,800	„	1846er	
11,000	„	1848er	
12,200	„	1849er	
16,700	„	1850er	
12,500	„	1851er	
93,700	Liter.		

Die Proben können vor den Fässern am 14. und 15. genommen werden.

Dürkheim, den 15. Januar 1852.

Schuler, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 16 | den 18. Januar 1852.

Deutschland.

• **Vom Gebirge,** den 13. Jan. Wir waren nicht wenig erstaunt, aus der Interpellation des Abg. Kolb und besonders aus der seltsam gehaltenen Antwort des Hrn. Ministers Zwehl zu erfahren, daß das Geld, welches die Einwohner schon vor so langer Zeit freiwillig *zusammengelegt* zur Hülfe der Wasserbeschädigten, noch immer *nicht* an diese abgegeben worden ist. Bei uns hat *kein* Mensch daran gezweifelt, daß die Vertheilung augenblicklich erfolgen werde. Nur in dieser Voraussetzung hat man die Beiträge den Behörden eingehändigt. Hätte man ahnen können, daß die Sache so behandelt, und die Vertheilung so in die Länge gezogen *würde*, so hätten wenigstens alle diejenigen Geber, deren Gesinnung ich kenne, ihre Unterstützungsbeiträge eben nach den beschädigten Orten selbst gesendet, indem sie eine Ungleichheit in den Zuflüßen nach den verschiedenen Gemeinden weit geringer angeschlagen hätten, als eine solche Verzögerung. — Nicht wenig ist man auch darüber *erstaunt, daß nun die gesammelten* Beiträge an die *Wasserbeschädigten* im *ganzen Königreiche* vertheilt *werden sollen, indem* der Hr. Minister sich darauf *beruft, daß in allen Kreisen*, mit einziger Ausnahme *von Unterfranken*, Ueberschwemmungen vorgekommen seien. Es *will* nicht bestritten werden, daß der ersten amtlichen Veröffentlichung solches entspricht. Allein überall im Lande hieß es, und überall glaubte man gerne, das in der Pfalz Gesammelte werde sofort auch in der Pfalz vertheilt werden. Insbesondere hielt man alle Bedenken darüber beseitigt, nachdem in der amtlich empfohlenen „Pfälzer Ztg." beruhigende Erklärungen gegeben waren. — Wenn der Hr. Minister sich darauf beruft, daß noch *nicht förmliche* Beschwerden eingereicht worden seien, so weiß das Publikum so gut als Er, daß unter den jetzigen Verhältnißen mit allen Beschwerden nichts auszurichten ist. Dagegen läßt es sich vorhersehen, daß in künftigen derartigen Fällen das Publikum seine Gaben den Behörden nicht mehr hinreichen, sondern dieselben so gut als möglich selbst vertheilen wird. — Die Aeußerung des Hrn. Ministers, daß er nur auf förmliche Beschwerden Rücksicht zu nehmen habe, ist übrigens neu im s. g. constitutionellen Leben!

• **München,** den 14. Jan. (69. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Fortsetzung der Berathung des Landrathsgesetzes. Die Art. 3 bis 14 werden ohne wesentliche Discussion angenommen. — Gegen Art. 15, welcher die Eidesformel der Landrathsmitglieder einfach so bestimmt: „Ich schwöre Treue rc.," erhebt sich Wolfsteiner, weil darin nicht ausdrücklich eine Berufung auf Gott und das Evangelium vorkomme. Nach längerer Verhandlung wird beschlossen, beizufügen: „so wahr mir Gott helfe und sein heil. Evangelium," mit dem Zusatze, daß bei Angehörigen nichtchristlicher Confessionen der Beisatz „und sein heil. Evangelium" hinweggelassen werde. Ein Antrag von Weis, diese vier letzten Worte unbedingt hinwegzulassen wird verworfen.

Art. 23 gestattet dem Landrathe das Einvernehmen von Sachverständigen, so weit dieses „ohne Kosten" geschehen könne. Wallerstein beantragt den Abstrich dieser Worte, da die Kosten nicht übermäßig sein würden. Nach längerer Verhandlung wird Nars Modification angenommen, wonach der Landrath mit ⅔ der Stimmen auch Gutachten mit Kostenaufwand (auf den Regiefond des Landraths) erheben kann.

Schließlich wird das ganze Landrathsgesetz mit 100 gegen 32 Stimmen angenommen. Von Pfälzern stimmten für das Gesetz: Benzino, Heine, Jäger, Lang, Meuth, Prinz, Rebenack, Römich, Roos und Weis, gegen dasselbe: Aufschnaiter, Bope, Brunck, Kolb, Müller, Scharpff, Tafel und Tillmann.

Anzeige des Präsidenten, wonach der Abg. Scharpff seinen Austritt aus dem 4. Ausschuße erklärt hat, weil der Ausschuß solche Grundsätze angenommen habe, wonach jede Beschwerdeführung unmöglich ist, wonach also gar keine Beschwerde auch nur in die Kammer gebracht werden könne, sonach die Berathung im Ausschuße eine reine Formalität sei. — Es wird nun die Frage erhoben, ob ein Mitglied beliebig aus einem Ausschuße austreten könne oder nicht. Nach einer längern, mitunter heftigen Verhandlung, wird mit 76 gegen 50 Stimmen beschlossen, dem Abg. Scharpff den Austritt aus dem Ausschuße nicht zu gestatten.

München. Sehr treffend äußerte der „Eilbote" dieser Tage: Restauration ist Verneinung; wer das und blos das wieder zu bringen weiß, was schon einmal dagewesen und vor dem Sturm der Zeit nicht bestehen konnte, der schafft nicht, der verneint. Die democratische Opposition negirt bloß, so lange ihr die physische Macht fehlt, ihre positiven Anschauungen ins Leben zu führen; sie hat geschaffen und schafft, sobald sie das Ruder in der Hand hat. Nicht so die Restauration, sie schafft nicht, obwol ihr die physischen Mittel zur Durchführung ihrer Ansichten zu Gebote stehen, man kann sich von ihrer Unfähigkeit nicht besser überzeugen, als dadurch, daß man ihr das Ruder in die Hand gibt, sie opponirt blos gegen das, was der Zeitgeist schuf, was der Zeitgeist fordert. — Beim Restauriren gingen Schwarzenberg und Manteuffel Hand in Hand. Von der Sprengung der Parlamente in Kremsier und Berlin bis herab zum Beschlusse über Aufhebung der Grundrechte. Es gilt jetzt, über die materiellen Fragen (Zollwesen) ein einheitliches Werk zu schaffen: jetzt liegen Oesterreichs und Preußens Regierungen sich in den Haaren. . . . Der Riß ist da und wird bei jeder Frage nach positiver Schöpfung sich von neuem aufthun. Schwarzenberg und Manteuffel konnten im Freundschaftsbunde zerstören, gemeinsam zu bauen sind sie nicht im Stande und hierin liegt eine Gewähr für eine bessere Zukunft.

München, den 14. Jan. Der „baier. Eilbote" bespricht in seiner heutigen Nummer „die Zustände Frankreichs." Louis Napoleon, sagt er, hat den Boden glatt gemacht; es war dies die eine leichtere Hälfte der Arbeit, an welcher der Meister sich erproben kann?

Vergebens wartete man nach der Wahl von 7 Millionen, vergebens am neuen Jahre, vergebens bis zur Stunde auf die Organisationen Louis Napoleons: wir sahen den Belagerungezustand verkünden, wir sahen dem Geschworneninstitut den Lebensmark abschneiden, wir sahen unverwilligte Anleihe um Anleihe erheben. Von einer Schöpfung, die geeignet ist, Frankreich vor Zerrüttung und Erschütterung zu bewahren, Frankreichs Wohl zu sichern, haben wir noch keine Spur gewahr werden können.

Der Eilbote bemerkt u. a. namentlich noch dies: Die zahlreichen Deportationen und Ausweisungen haben aber auch noch von einem anderen Gesichtspuncte aus ihre große Bedeutung. Sie zeigen, daß Louis Napoleon sich in seiner neuen Lage unheimlich fühlt, sie zeigen,

daß er in sich nicht die Kraft verspürt, ein Werk durchzuführen, das Frankreich befriedigt und ihn selbst stützt. Die frappirende Tollkühnheit eines Abentheurers und das feste Selbstvertrauen eines wirklichen Staatsmannes sind himmelweit verschieden. Louis Napoleon besitzt die erstere, das letzte geht ihm vollständig ab. Würde er sich fest auf seinen Füßen fühlen, es könnte ihm ziemlich gleichgültig sein, ob Victor Hugo und Baze und selbst Lamoriciere in Frankreich leben oder nicht. Louis Napoleon hat, wie die officiellen französischen Blätter melden, 7 Millionen Stimmen erhalten, kaum 1 Million soll gegen ihn sich erklärt, fast die ganze Armee soll auf seine Frage mit „Ja" geantwortet haben; wenn man auf eine so ungeheure Majorität sich stützt, wenn man in sich die Kraft fühlt, die Erwartungen dieser Majorität auch nur einigermaßen zu befriedigen: ist es dann nothwendig, zu solchen Mitteln seine Zuflucht zu nehmen?

Napoleon fühlt selbst keine Gewähr der Dauer in sich und schon fangen auch einige Ordnungsorgane, die früher entschieden für ihn aufgetreten, zu laviren an. Louis Napoleon hat die Republik gestürzt, der Mohr hat seinen Dienst gethan, der Mohr kann gehen.

München, den 12. Jan. In den hiesigen Buchhandlungen wurde heute eine in letzter Zeit häufig in den Zeitungen annoncirte Schrift mit Beschlag belegt: „Maria Monk, die schwarze Nonne, Enthüllung der Sittenlosigkeiten, Ausschweifungen, Verbrechen und Abwege des Klosterlebens, nach dem Englischen von L. v. Alvensleben."

Immenstadt, den 8. Jan. Heute früh wurde der kgl. Advocat Dr. Mayerhofer mit einer landgerichtlichen Haussuchung überrascht. Mehrere Schriften politischen Inhalts, worunter auch sein Manuscript über die königl. Preisfrage, waren die Ausbeute. Uebrigens kann er der baldigen Zurückstellung seines Eigenthums getrost entgegensehen. (A. Abdz.)

Karlsruhe, den 14. Jan. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer legte Staatsrath Frhr. v. Marschall einen Gesetzentwurf vor, wonach die Zustimmung der Stände der Kriegszustand nach Maßgabe des Gesetzes vom Februar 1851 fortzudauern habe.

Leipzig, den 13. Jan. Dr. E. Burkhard, der früher von hier aus für die National-Zeitung in Berlin correspondirte und wegen einer seiner Correspondenzen diesseits in Untersuchung gerieth, ist soeben zu dreiwöchentlicher Gefängnißstrafe verurtheilt worden.

Hannover, den 15. Jan. Die gemischte ständische Commission dahier hat sich mit 12 gegen 2 Stimmen für Genehmigung des mit Preußen abgeschlossenen Septembervertrages ausgesprochen.

Wien, den 12. Jan. Einem Schreiben aus Paris entnimmt die „L. Z.-C.," daß von Seite der Bischöfe bei dem Präsidenten die Bitte gestellt worden ist, zu genehmigen, daß die Reste Voltaire's und Rousseau's aus dem Pantheon in die gewöhnlichen Begräbnißplätze übertragen werden dürfen. Man zweifelt nach diesem Schreiben nicht, daß der Präsident dem bischöflichen Ansuchen willfahren werde.

Gratz, den 2. Jan. In den Grenzgebirgen Steiermarks nach Kärnten und Krain zu äußert sich unter dem Landvolk bei Gelegenheit der Steuererhebung ein Geist von Widersetzlichkeit. Besonders ist derselbe gegen die Gendarmerie gerichtet, ein in Oesterreich ganz neues Institut. Auffallend macht sich seit einiger Zeit die Uebersiedelung des ungarischen Adels zumal in die hiesige Gegend bemerkbar.

Belgien.

Brüssel, den 13. Jan. Es heißt, daß einer der zur Deportation bestimmten Ex-Repräsentanten, Mathe, durch Belgien gekommen und somit in Sicherheit sei.

Frankreich.

Paris, den 10. Jan. Wenn in öffentlichen Blättern von ablehnenden Antworten die Rede ist, welche gewissen Anträgen des Präsidenten von Seite der Cabinette in St. Petersburg und Wien gegeben worden seien, so beruhen diese Angaben auf falschen Voraussetzungen. Ich glaube gut unterrichtet zu sein, wenn ich behaupte, daß auch nicht eine Großmacht Einwendungen dagegen machen wird, wenn die französische Nation etwaigen Vorschlägen L. Bonaparte's nachkömmt und sich für Abschaffung des Worts „Republik", das doch keine eigentliche Bedeutung mehr hat, erklärt. Auch werden die Cabinette in Wien, St. Petersburg und Berlin nichts dagegen einwenden, wenn sich Louis Bonaparte zum Kaiser erklären läßt. Anders aber würde es sich verhalten, wenn es sich darum handeln sollte, eine neue Dynastie zu gründen, wenn von Uebertragung des Titels und Thrones auf einen Bonaparte'schen Erben die Rede wäre. Bis jetzt ist aber ein derartiger Vorschlag oder auch nur eine Andeutung auf einen solchen nicht gemacht worden. Auf das Ansinnen, die Asche des Herzogs von Reichstadt an Frankreich auszuliefern, ist bis jetzt keine Antwort erfolgt. Von wohlunterrichteter Seite kömmt mir hierüber die Notiz zu, daß das Wiener Cabinet sich eine Bedenkzeit von einem Monat erbeten habe. (A. Z.)

Paris, den 12. Jan. Der Marineminister hat an den Gouverneur von Martinique den Befehl abgeschickt, eine benachbarte Insel zur einstweiligen Aufnahme der Deportirten in Bereitschaft zu setzen. — Die diesseitige Polizei überwacht die belgische Gränze auf das strengste. Sie läßt keine Reisenden durch, die nicht vom französischen Gesandten in Brüssel visirte Pässe haben; mehrere derselben waren genöthigt, wegen Mangel eines derartigen Visa's nach Brüssel umzukehren.

Bevor die parlamentarischen Generale aus Frankreich ausgewiesen worden waren, hatte man ihnen Anträge für ihr Verbleiben in Frankreich gemacht. Falls sie ihr Ehrenwort geben wollten, sich der Politik ganz fern zu halten, hätten sie in Frankreich bleiben können. Lamoriciere antwortete hierauf sofort mit „Nein;" die übrigen Generale gaben nach kürzerem Ueberlegen die nämliche Antwort. Cavaignac, der in Paris wieder zurück ist, hat an Bedeau geschrieben, er werde ihm bald nachfolgen, da ihm der Aufenthalt in Frankreich unerträglich sei. Dieses Schreiben ist höchsten Orts bekannt und mit großem Mißfallen aufgenommen worden. Unter den Generalen, die sich der neuen Regierung angeschlossen, hat die Ausweisung der Generale keinen großen Beifall gefunden. Ein Theil derselben hat sich nach dem Elysee begeben, um die Zurücknahme der gegen ihre Waffenbrüder erlassene Maßregel zu verlangen, ohne jedoch bis jetzt Erfolg gehabt zu haben. Girardin, der bekanntlich ebenfalls ausgewiesen worden, ist immer noch in Paris. — Pierre Dupont, der bekannte Volksliederdichter, hat ebenfalls deportirt werden sollen; diese Maßregel scheint jedoch zurückgenommen worden zu sein, da eine hochgestellte Person sich für ihn verwendete. — Das „Univers" verlangte vor 8 bis 10 Tagen die Abschaffung der Nationalgarde. Das heutige Decret im „Moniteur" gleicht so ziemlich dem, was das „Univers" verlangt. Heute nun verlangt das Organ Montalembert's die Entfernung der alten Classiker aus den Gymnasien. Man muß abwarten, welche Decrete der „Moniteur" in acht Tagen bringen wird. — Einem Gerüchte zufolge soll de Maupas in Ungnade gefallen sein und nach Versailles versetzt werden. (R. Z.)

Der „Constitutionnel" gibt die Gesammtzahl der im Departement der Nieder-Alpen Verhafteten auf 992 an, wovon 600 auf den einzigen Bezirk von Forcalquier kommen. — Heute Abends hatten die auf den Verbannungslisten stehenden und nicht bereits verhafteten Ex-Repräsentanten noch keine Anzeige von der über sie verhängten Maßregel und keinen Befehl empfangen, Frankreich zu verlassen. Einem derselben wurde auf seine Anfrage im Ministerium des Innern geantwortet, das betreffende Decret werde den Verbannten in gehöriger Weise und unter Angabe der ihnen zur Abreise gewährten Frist

und gemacht werden. Roger, Piscatory und Bac, die schon auf der Verbannungsliste standen, sind auf einflußreiche Verwendung ausgestrichen worden. Man versichert, daß die Regierung denjenigen der verbannten Ex-Repräsentanten, welche kein Vermögen haben, Unterstützungen gewähren werde. — Seit heute Morgens 10 Uhr liefern die Nationalgardisten ihre Waffen und Equipirungsstücke in den verschiedenen Mairiebureaux ab, von wo sie in Handwagen nach den Tuilerien gebracht und dort im Schauspielsaale niedergelegt werden. Von da schaffen Trainsoldaten sie in ihren Fuhrwerken nach Vincennes. General Cavaignac soll nach der Schweiz abgereist sein. — Das Gerücht von der bevorstehenden Erweiterung der Octroilinie bis zu den Festungswerken hat unter der Arbeiterbevölkerung keineswegs Freude, sondern große Bestürzung erregt, weil sie aus einer Menge von Gründen durch diese Maßregel, welche anscheinend ihren Vortheil bezweckt, weit mehr einbüßen als gewinnen würde. — Alle bisher von der Nationalgarde versehene Posten sind heute Morgens durch Linientruppen und Jäger von Vincennes besetzt worden. — Etwa 200 Araber, die seit lange auf der Insel St. Marguerite saßen, sind am 8. Januar zu Marseille angelangt. Die Mehrzahl derselben hat die ihnen zuerkannte Haft abgesessen und sie kehren frei nach Algerien zurück; die übrigen werden ebenfalls dahin gebracht, um die nur noch kurze Zeit ihrer Gefangenschaft in den Forts der Colonie zuzubringen.

— den 13. Jan. Die Unzufriedenheit unter den höheren Classen der Gesellschaft dauert fort. Die Decrete, besonders die Verbannungs- und Deportationsmaßregeln, haben viel böses Blut gemacht. Nicht allein die Generale der Armee von Paris, sondern sogar die consultative Commission hat Schritte gethan, um L. Bonaparte zu vermögen, diese Decrete zurückzunehmen. Bis jetzt hat man es aber noch nicht gethan und wird es, wenn ich recht unterrichtet bin, auch nicht thun. Die Arbeiter fangen auch an, die Lage der Dinge keineswegs mit sehr günstigen Augen anzusehen. „On aurait dû nous laisser au moins nos illusions!" — sagten sie, als die republikanische Formel auf den öffentlichen Gebäuden ausgelöscht und die Freiheitsbäume umgehauen wurden. Louis Bonaparte hätte sich vielleicht einige Sympathien bei der Bevölkerung durch den Sturz der alten Parteien verschafft. Seine kaiserlichen Absichten haben diese Sympathien wieder vernichtet. Der 2. Decbr. hat die alten Parteien zu seinen Todfeinden, dessen Bund mit der clericalen Partei die liberale Bourgeoisie unzufrieden gemacht und die Ersetzung der republikanischen Abzeichen durch die kaiserlichen Insignien die Faubourgs mit Wuth erfüllt. L. Bonaparte hat in der letzten Zeit zu sehr seinen eigenen Gefühlen Raum gegeben und die der Anderen zu schonen vergessen. (K. Z.)

Heute Vormittag hatte in der Kirche des Invalidenhotels ein Trauergottesdienst zu Ehren des Marschalls Soult statt.

— den 14. Jan. Der „Moniteur" enthält eine Menge Ernennungen in Betreff der Nationalgarde. — Der „Constitutionnel" meldet, die Constitution werde morgen erscheinen.

Italien.

In Mantua wurde dieser Tage ein Geistlicher und Professor am dortigen bischöflichen Seminar wegen begründeten Verdachts revolutionären Verkehr gefänglich eingezogen.

Genua, den 9. Jan. Ein Duell zwischen zwei Officieren der Nationalgarde, wobei der eine geblieben, hat noch weitere Folgen gehabt. Die Compagnie des Gefallenen, begrub ihn auf dem gewöhnlichen Kirchhof gegen den Willen der Geistlichkeit, welche den Kirchhof hatte verschließen lassen. Als ein paar Tage vorüber waren, ließ die Geistlichkeit den Leichnam ausgraben und an dem Ort verscharren, wo die Selbstmörder begraben werden. (Allg. Z.)

Großbritanien.

London, den 13. Jan. In den letzten acht Tagen haben bedeutende Stürme gewüthet, welche belangreichen Schaden anrichteten.

Türkei.

Konstantinopel, den 3. Jan. Hr. v. Lavalette, der französische Gesandte, hat ein Ultimatum (wegen des Streites über die Gerechtsame der griechischen und der katholischen Kirche an den heiligen Orten in Palästina) übergeben und conferirt seitdem nicht mehr mit den Ministern.

Nach einer amtlichen Erhebung des in den Bezirken von Avlona und Berat in Albanien durch das Erdbeben verursachten Schadens sind in den beiden Bezirken außer mehreren öffentlichen Gebäuden 5189 Häuser, 13 Chans 70 Moscheen, 15 türkische Klöster, 96 Magazine, 6 Kirchen und 4 Brücken eingestürzt; 649 Häuser, 8 Chans, 9 Moscheen, 166 Magazine und 7 Kirchen theilweise zerstört, 1205 Menschen zu Grunde gegangen und 1580 Individuen stark verletzt. Den Verlust an Hornvieh jeder Gattung schätzt man auf 11,572 Stück.

Aegypten.

Alexandria, den 24. Dec. Es haben hier seit dem 1. Dec. furchtbare Regengüsse und in Folge davon Ueberschwemmungen, durch welche die ärmeren Volksclassen sehr leiden, stattgefunden.

Neueste Nachrichten.

Köln, den 14. Jan. General Lamoriciere, der noch immer in unsern Mauern weilt und von der Polizei eine Aufenthaltskarte auf unbestimmte Zeit erhalten hat, muß seit den letzten Tagen das Bett hüten wegen eines heftigen Gichtanfalles, an dem er auch schon in Ham gelitten hat.

Paris, den 13. Jan. Im „Moniteur" wird ein Decret des Präsidenten der Republik verkündet, welches vollständige Amnestie für alle im Dienst der Nationalgarde vor Erlaß dieses Decretes verübten Disciplinarvergehen ertheilt. — General Cavaignac ist bei dem Kriegministerium um seine Pensionirung eingekommen. Es ist diesem Gesuche, wie man vernimmt, noch nicht willfahrt worden.

Frau v. Goumont, eine Legitimistin, die in den Salons die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich gezogen, hat Frankreich zu verlassen Befehl erhalten. Von den fünf Volksvertretern, welche nach Cayenne verbannt waren, ist Theodor Bac auf Verwendung des Prinzen von der Moscowa von dieser Liste auf eine andere versetzt, Miot nach Algerien begnadigt worden, und Greppo erwartet ebenfalls eine Milderung der Strafe. (K. Z.)

Turin, den 11. Jan. Der österreichisch-sardinische Handelsvertrag wurde mit 90 gegen 38 Stimmen in der Deputirtenkammer angenommen.

Miscellen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Wozu schon wieder ein fremländisch, der deutschen Zunge widerstehend Wort für ein heimisch Gesetz? Warum heißt es: Disciplinar-Gesetz? Warum nicht lieber ebenso einfach als trefflich bezeichnend: Gesetz über die Beamtenzucht?

Die Kölnische Zeitung, die eifrige Vertheidigerin des Staatsstreichs, scheint die Versprechungen Napoleons alle für baare Münze zu nehmen. Uebelwollende behaupten, daß sie sogar baare Münze für Alles nimmt.

Haynau ist so krank, daß er sich nur mit Hülfe zweier Führer bewegen kann. Das Blut, sagen die Ungarn, soll an seinen Leiden Schuld sein.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 15. Jan. Weizen 6 fl. 22 kr., Korn 5 fl. 18 kr., Spelz 4 fl. 6 kr., Gerst, zweireihige 5 fl. 10 kr., vierreihige 4 fl. 12 kr., Hafer 3 fl. 2 kr., Kartoffeln 1 fl. 30 kr., per Centner.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

* Optische Nebelbilder.

Die Vorstellungen von optischen Kunst- und Nebelbildern (dissolving-views à la Dœbler), welche der in öffentlichen Blättern auf seiner Rundreise durch Deutschland oft und rühmlichst genannte Dr. Schober aus Wien im hiesigen Theater Sonntag und Montag zeigt, verdienen die Aufmerksamkeit des Publikums. Diese Bilder gehören nach den Kritiken öffentlicher Blätter zu dem Besten, was in diesem Fache geleistet wird, und da Hr. Dr. Schober dieselben in jüngster Zeit in Frankfurt, Mainz, Darmstadt ꝛc. mit großem Erfolge zur Vorstellung brachte, so sind wir nach dem Urtheile sachverständiger Augenzeugen im Stande, das Verdienstvolle seiner Leistungen zu empfehlen. Sein Programm ist reich und abwechselnd, nicht nur auf Landschaftliches und Architektonisches beschränkt, sondern bietet auch Metamorphosen, optisch-komische Belustigungen, Karrikaturscenen, Zeitbilder und ein interessantes Chromaescop (Farben- und Linienspiel). Den Schluß der Vorstellungen bildet das ungemein überraschende Kunststück: die frei in der Luft schlafende Griechin.

[770a] **Gutgeübte Cigarrenmacher** finden dauernd gute Beschäftigung. Wo? sagt die Expedition.

[775a] In einem Barbiergeschäft der vordern Pfalz wird ein junger Mensch als Lehrling angenommen. Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Blattes.

[769a] **Zu verkaufen.**

Eine wohlerhaltene, mit einem Pianoforte verbundene und durch einen Registerzug davon zu trennende **Zimmerorgel** mit 3 Registern, ist für 80 fl. zu verkaufen. Näheres in Mannheim Lit. D 5 Nro. 13.

[766a] **Stelle-Gesuch.**

Ein junger Mann von 22 Jahren, der das Gymnasium absolvirt, längere Jahre bei einem Gerichtsboten als erster Clerc und mehrere Jahre ebenfalls als erster Clerc bei einem Advocaten gearbeitet hat, wünscht bei einem Gerichtsboten Beschäftigung zu erhalten. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

---

[790] **Lehrlingsgesuch.**

In einem Manufactur-Waarengeschäft in einer der größern Städte der Pfalz wird ein junger Mensch (israelitischer Confession) mit den erforderlichen Vorkenntnißen in die Lehre gesucht.

Hierauf Reflectirende belieben ihre Offerten franco unter der Chiffre Z R an die Expedition dieses Blattes zu richten.

[758a] **Bierbrauerei zu vermiethen.**

Die in der Stadt Landau an der Hauptstraße gelegene, unter dem Namen „neue Brasserie" bekannte Bierbrauerei, ist mit der ganzen Einrichtung, Wirthschaftslocal, geräumiger Wohnung ꝛc. auf längere Zeit zu vermiethen. Das Nähere hierüber ist im Hause selbst zu erfragen, oder unter der Adresse Friedrich Schneider in Landau.

---

[655] **Medicament.**

Der gegen **Flechten und syphilitische** Uebel aller Art so sehr bewährte **Boiveau-Laffecteur'sche Rob** ist in Deutschland ächt zu haben bei Dr. Galette in Mainz, Insel D 150. Werk und Gebrauchsanweisung gratis.

[785a] **Zu verkaufen.**

Georg Jacob Keller, Färber in Billigheim, ist wegen Wohnungs- und Geschäftsveränderung gesonnen, sein dahier stehendes zweistöckiges Wohnhaus, Scheuer, Stallung und Färbhaus mit einer vollständig eingerichteten Färberei mit geschlossenem Hofraum, Brunnen und Pflanzgarten unter beliebigen Terminen aus freier Hand auf Eigenthum zu verkaufen. Bemerkt wird, daß im fraglichen Hause schon seit mehr als 40 Jahren die Färberei mit bestem Erfolg betrieben wurde.

Sollten sich zu diesem Anwesen keine Kauflustigen einfinden, so wird dasselbe bis den 1. März d. J., des Nachmittags um 2 Uhr, dahier im Gasthaus zum Lamm öffentlich versteigert. Kauf- oder Steiglustige wollen sich deßhalb innerhalb dieser Frist an den Eigenthümer selbst wenden.

Billigheim, den 12. Januar 1852.

Georg Jacob Keller.

---

[763] Die **Goldberger**'schen galvano-electrischen **Rheumatismus-Ketten**, die sich noch immer als das bestvorhandene Mittel zur gründlichen Abhülfe und Beseitigung rheumatischer, gichtischer und nervöser Leiden, als: Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Herzklopfen, Schlaflosigkeit ꝛc. ꝛc. beweisen und ihr Erfolg durch tausendfache Atteste berühmter Aerzte und hochachtbarer Privatpersonen festgestellt ist, sind ächt und unverfälscht in Original-Verpackung zu haben bei J. Bürckel am Speisemarkt in Mannheim.

[780a] **Empfehlung.**

Der Unterzeichnete hält nebst seinen Messerwaaren stets auf Lager: ächte Thurnauer Schleifsteine, gelbe und blaue Abziehsteine und elastische Polsier-Streichriemen. Auch empfiehlt sich derselbe im Halb- und Ganzhohlschleifen und Abziehen der Rassiermesser.

Louis Conrad, Messerschmied und Schleifer in Landau in der Kirchgasse.

[757a] **Für Tabaksfabrikanten.**

Eine neue, noch wenig bekannte, jedoch in verschiedenen Fabriken des In- und Auslandes mit sehr gutem Erfolge verwendete Schnupftabaksbeitze, welche dem Tabak eine gegen Kopf- und Brustbeschwerde wirkende Kraft und zugleich eine schwarze Farbe mittheilt, ist billig zu haben bei: Haffner u. Tisch zu Neuleiningen in der kgl. bayer. Pfalz.

---

[789] **Holzversteigerung im Forstbezirk St. Leon.**

Aus großherzoglichen Domainenwaldungen wird in Loosabtheilungen öffentlich versteigert:

Im District Kuppel (zunächst des Dorfes Reilingen),
Montag und Dienstag, den 26. u. 27. Januar:
551 Klafter roth- und weißbuchen Scheitholz,
55 „ eichen Scheitholz, dabei zu Nutzholz geeignet,
2¼ „ linden Scheitholz,
100 „ buchen Stockholz.
Mittwoch, den 28. Januar:
16¼ Klafter buchen Prügelholz,
45 „ buchen Stockholz,
10,000 Stück buchene Wellen.
Donnerstag, den 29. Januar:
7 Stück eichene Nutz- und Bauholzklötze,
4 „ rothbuchene Stämme von je 52 und 32 Fuß Länge, 487 Cubikfuße messend, zu Nutzholz u. zum Schiffbau geeignet.

Die Zusammenkunft ist täglich im Holzschlag selbst, auf der Bierallee am Speyerer Weg, je früh präcis 9 Uhr.

St. Leon, den 14. Januar 1852.

Großh. Badische Bezirksforstei:
C. Cron.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 16) den 18. Januar 1852.

Deutschland.

Berlin, den 13. Jan. Der heutige „Staatsanzeiger" publicirt den königl. Erlaß in Betreff der Reactivirung des Staatsraths. Dem Präsidenten des Staatsministeriums, Frhrn. v. Manteuffel, ist auch die Stelle des Präsidenten des Staatsraths für jetzt übertragen.

In Stremboczin, einem Lustorte bei Graudenz hat sich in der Nacht vom 2. zum 3. Januar ein Berghügel dicht an der Weichsel abgelööt, auf dem ein großes Wohnhaus stand, und ist mit diesem in den Strom gestürzt. Die Bewohner des Hauses hörten in der Nacht ein Knistern und waren der Meinung, daß Diebe einbrächen, standen auf, fanden aber nichts und legten sich ruhig nieder. Bald darauf stürzte aber die Wand nach der Weichsel zu ein; die Bewohner hatten kaum Zeit, nackt aus dem Bette zu springen und ihr Leben zu retten; denn gleich darauf rollte das ganze Haus mit allem Hab und Gut in die Fluthen der Weichsel hinab und war verloren.

Oesterreichische Staaten.

Aus dem babiarer Comitat wird dem „Magyar Hirlap" geschrieben, daß der griechisch nicht unirte Geistliche in Petegd von der Kanzel herab seine Zuhörer zur Widersetzlichkeit gegen die Besteuerung der Branntweinkessel aufgefordert habe. Die Gendarmerie sah sich dadurch veranlaßt, ihn zu verhaften.

Schweiz.

Tessin. Der Erzbischof von Mailand hat auch ein Rundschreiben an die tessinischen Pfarrer seines Sprengels erlassen, in einem der Regierung feindseligen Geiste. Die Regierung hat die Veröffentlichung dieses Schreibens bei 50 — 200 Fr. Strafe verboten.

Frankreich.

Paris, den 12. Jan. Man glaube ja nicht, daß die Regierung von keiner anderen Seite über den argen Eindruck, welchen die Verbannungsdecrete hervorgebracht haben, Kenntniß und Warnungen erhalten habe. Mehrere Mitglieder der Consulta, die stets mit unverkennbarer Geduld und Hingebung auf Seiten des Elysee gestanden, haben bei dem Minister Schritte gethan, die, wenn sie auch die erlassenen Decrete nicht rückgängig machen werden, doch andere Decrete desselben Inhalts, vorläufig wenigstens, verhindert haben. Es sollte in der That heute eine neue Verbannungsliste erscheinen, auf welcher die Namen Daru, Leon Faucher, Graf Haussonville, Schwiegersohn des Herzogs v. Broglie, von der legitimistischen Partei die Volksvertreter Laboulie, Leon de Laborde, Nettement, dann die Journalisten Focarde und Salor, Redacteure des „Messager," und Victor Couvier, Redacteur des „Courrier de la Somme," ferner auch eine neue Anzahl Montagnards sich befunden hätten. Man glaubt nicht, bei der Stimmung, welche in den Regionen der Gewalt herrscht, daß diese Liste ein- für allemal aufgegeben, wol aber vertagt sei, bis die Aufregung der Gemüther „der ruhigen Ueberlegung gewichen sein wird. (K. Z.)

Zu den Personen, welche der 2. December aus Frankreich verjagt hat, gehört auch der Herzog Karl von Braunschweig. Uebereinstimmung der Charaktere und der Schicksale hatten ihn längst mit Herrn Bonaparte verknüpft und gelegentliche Geschäfte hatten das Band enger gezogen. Der Herzog war daher nicht wenig überrascht, als am 4. Dezember gegen das Hotel Tortoni, wo er sein Hoflager aufgeschlagen hatte, ein mörderisches Artilleriefeuer eröffnet wurde. Er schöpfte den Verdacht, daß es nicht blos auf sein Leben, sondern auch auf seine Diamanten und gewisse Papiere abgesehen sei, in denen ihm die Aussicht auf ein Rheinbunde-Fürstenthum eröffnet sein soll. Die Vermuthung wurde schnell zur Ueberzeugung, und er machte sich daher mit „Höchstseinem" ganzen Gefolge auf den Weg nach Antwerpen, wo er vor einigen Tagen in „erwünschtem Wohlsein" eingetroffen ist.

Charakteristisch für die jetzigen Zustände ist folgende telegraphische Depesche des Kriegsministers an die commandirenden Generale: „Paris, 2. Jan. Die Feierlichkeit am 1. Jan. war prächtig. Alles ist in der größten Ordnung zugegangen. Die Zahl der Ja wird 8 Millionen übersteigen. Die Regierung gewinnt täglich neue Kraft. Die Geschäfte und die Vergnügungen erlangen eine große Thätigkeit."

Spanien.

Madrid, den 8. Jan. Das Kriegsministerium hat die wegen der Geburt der Princessin von der Königin gewünschten Gnadenverleihungen endlich veröffentlicht. Lersundy hat sich sehr klug bei dieser Sache benommen und die Avancements so einzutheilen gewußt, daß das Kriegsbudget mit keinem Maravedis (Pfennig) dadurch beschwert wird. Zweiundzwanzig Obersten sind zu Brigadiers befördert worden und verhältnißmäßig eben so viele Obristlieutenants zu Obersten. Das Avancement erstreckt sich bis zum Unteroffizier herab; Generalsernennungen haben keine stattgefunden. Das ganze Avancement ist jedoch kein etatsmäßiges, und erhalten die Begnadigten nicht mehr Gage, als vorher.

In einer bei Bravo Murillo gestern gehaltenen Conferenz mit den Abgeordneten Estramadura's, die hierher gekommen sind, um mit der Regierung wegen einer Eisenbahnlinie nach Badajoz zu unterhandeln, soll der Ministerpräsident, als die Rede auf den augenblicklichen politischen Zustand des Landes fiel, den besagten Herren folgenden Aufschluß gegeben haben. Die Cortes seien darum aufgelöst worden, weil zu befürchten gewesen, daß sie die Regierung über wichtige Ereignisse interpellirt haben würden, dem die Regierung sich nicht hätte aussetzen dürfen. Daß, wenn auch dem Scheine nach diese Gründe augenblicklich nicht beständen, die politische Lage Europa's doch immer noch eine sehr bedenkliche sei, und daß eben diese Bedenklichkeit der Regierung große Vorsicht auferlege. Die Cortes werden vorerst nicht einberufen werden, setzte Bravo Murillo hinzu: wir wollen streben, in diesem Jahre ohne sie fertig zu werden. (K. Z.)

Italien.

Englische Blätter berichten über ein unangenehmes Begegniß, welches am 20. Dec. in **Florenz** einem Engländer zugestoßen ist und vielleicht nicht ohne ernste Folgen bleiben wird. Ein Correspondenz des „Globe" erzählt den Vorfall in folgender Weise: „Am Morgen des 26. Dec. durchzog das Musikcorps eines österreichischen Regiments die Stadt. Wie gewöhnlich, folgte ihm eine Abtheilung des Regiments und ein durch die Musik

herbei gelockter Menschenhaufe. Alles ging gut, bis das Musikcorps in die Via de' Martelli kam, eine enge Straße, welche die Via Larga mit der Piazza del Duomo verbindet. Hier versperrte ein Karren an einer Seite den Weg, so daß, da die Oesterreicher in Sectionen von acht Mann durchmarschirten, die Fußgänger nicht umhin konnten, etwas gegen ihre Reihen anzudrängen. Unter ihnen befand sich ein Engländer Namens Mather, der um seiner Gesundheit willen reis'te und vor Kurzem in Florenz angekommen war. An nichts Arges denkend, erhielt er plötzlich von hinten einen Degenhieb mit der flachen Klinge, indem der die Truppen befehligende Offizier sich dieses summarischen Verfahrens bediente, um ihn zum schnelleren Gehen zu veranlassen. Als er sich umwandte, um nach dem Grunde dieser Beleidigung zu fragen, kam ein anderer Offizier auf ihn los und versetzte ihm als praktischen Wink, daß er seine Gegenvorstellungen für impertinent halte, mit der Hand einen Schlag ins Gesicht. Dies rief natürlich einige heftige Worte von Seiten Herrn Mather's hervor, welchen augenblicklich dadurch ein Ende gemacht wurde, daß man ihn niederhieb. Ein Degenhieb des commandirenden Officiers, der diesmal die scharfe Klinge brauchte und den Schlag nach dem Kopfe führte — was stets die Absicht, zu tödten voraussetzt —, machte, daß Mather zu Boden stürzte. Der Hieb ging durch den Hut und verursachte eine tiefe, stark blutende Wunde von ungefähr zwei Zoll Länge oben an der Stirn. Ich kam einige Minuten nach diesem Vorfalle an die Stelle, wo er sich zugetragen hatte, fand mehrere der breiten Quadern des Pflasters mit Blut bedeckt. Wie ich erfuhr, war Mather sogleich nach dem Spital Santa Maria Novella gebracht worden, wo ich ihn besuchte. Der Schädel war ihm glücklicher Weise nicht gespalten, und man hegt jetzt keine ernstlichen Befürchtungen mehr. Während der ersten drei Tage jedoch hielt man es nicht für rathsam, ihn in seine Wohnung zurück zu bringen. Natürlich zog der Fall gleich die Aufmerksamkeit der britischen Gesandtschaft auf sich. Hr. Scarlett nahm daher sofort die eidliche Aussage von Augenzeugen entgegen und verlangte schriftlich von dem Fürsten Lichtenstein Aufklärung und Genugthuung. Die amtliche Antwort auf dieses Gesuch, statt befriedigend zu sein, wie man erwartet hatte, ist eher geeignet, die gereizte Stimmung des Publicums zu erhöhen, als zu beschwichtigen. Fürst Lichtenstein rügt das Benehmen des Offiziers, welcher Hrn. Mather mit der Hand ins Gesicht schlug (dieser Offizier war zur Zeit des Vorfalles nicht im Dienste), rechtfertigt aber, daß der commandirende Offizier von seinem Degen Gebrauch machte. Ja, er schlägt sogar gewisser Maßen die Mäßigung desselben hoch an, in so fern er seine Leute davon abgehalten habe, Hrn. Mather mit dem Bayonnet den Garaus zu machen, wozu sie Lust bezeigten. Die amtliche Antwort behauptet ferner, Hr. Mather habe sich in Positur zum Boxen gesetzt, was dieser aufs entschiedenste in Abrede stellt. Doch ist es wahrscheinlich genug, daß er, nachdem er den Schlag ins Gesicht empfangen hatte, eine drohende Stellung angenommen haben mag, vielleicht, ohne es selbst zu wissen. Er ist durchaus nicht der Mann, welcher sich unnöthig in Händel begibt. Fürst Lichtenstein jedoch sagt, unglücklicher Weise habe Mather einen der hier zu Lande gebräuchlichen breitränderigen Hüte getragen, welche vielfach als Symbol der demokratischen Opposition gelten (alle Quäker, welche eine italienische Reise machen, mögen sich das merken), und das ist das wahre Geheimniß der Sache. Man hielt Hrn. Mather für einen italienischen Liberalen, für ein Mitglied jener Menschenclasse, die man ungestraft beleidigen darf. Denn in ganz Toscana sind gegenwärtig alle constitutionellen Rechte aufgehoben. Livorno steht unter dem Kriegsrecht, und in Florenz vertritt eine außerordentliche, mit absoluter Machtvollkommenheit bekleidete Polizeicommission die Stelle des Gesetzes. Bisher sind die Engländer in Italien von den Behörden geachtet worden; doch jetzt wird auch an uns die Reihe kommen, und zwar sehr bald, wenn Lord Granville sich des vorliegenden Falles weniger nachdrücklich annimmt, als Lord Palmerston gethan haben würde. Bekanntlich sind die britischen Sympathieen im Allgemeinen nicht auf Seiten der österreichischen Occupation, und die Engländer werden das Geschick der Italiener theilen müssen. ... Die Truppen in Italien sind förmlich instruirt, sich Achtung zu verschaffen und zu diesem Zwecke bei allen Gelegenheiten, wo es nöthig sein mag, Furcht zu erregen und von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Ich hörte heute von einem gemeinen Soldaten, der vierzig Hiebe erhielt, weil er bei einer unbedeutenden Provocation nicht von seinem Bayonnette Gebrauch gemacht hatte. Jeden Tag erzählt man mir von Stockhieben oder Säbelhieben, die irgend ein unglücklicher Italiener auf Grund eines Wortes oder Blickes erhalten hat."

Miscellen.

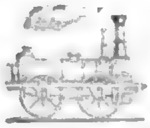
Die neugeborne Thronerbin von Spanien hat 37 Namen, wie die officielle Bekanntmachung darthut, und am Schluß dieses Namensregisters heißt sie noch Todos Santos, zu deutsch: „Allerheiligen!" Aber auch mit allen Heiligen miteinander hat sie nicht genug, sondern sie zählt auch noch ungefähr 10 Beinamen, wie: Dulcinea, Süßchen, palomina, Täubchen u. s. f.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[765a] **Hessische Ludwigs-Eisenbahn.**

Bekanntmachung.

Lieferung von eichen Holz.



Zur Herstellung des Bahngeleises auf der Strecke zwischen Mainz und der Oppenheimer-Dinnheimer Gemarkungsgränze wird die Lieferung von circa

4000 Stück Stoßschwellen,
27,700 „ Zwischenschwellen und
10,500 laufende Fuß Unterlaghölzer in verschiedenen Längen und Stärken zu den Wegübergängen, Ausweichen und Kreuzungen

erforderlich, welche, in verschiedene Loose eingetheilt, im Wege der Submission vergeben werden sollen.

Die Lieferungsbedingungen und nähere Beschreibung der anzuliefernden Hölzer sind im Büreau der unterzeichneten Direction zur Einsicht der Uebernahmslustigen aufgelegt.

Die Offerten sind mit der Aufschrift:
„Submission zur Lieferung von Schwellen und sonstigem Holzwerk für die hessische Ludwigsbahn"
zu versehen, und versiegelt und portofrei bis zum 31. Jänner 1852, Nachmittags 4 Uhr, an das Secretariat des Verwaltungsraths einzusenden, wobei bemerkt wird, daß später als zur angegebenen Zeit eingehende Offerten keine Berücksichtigung finden.

Mainz, den 31. December 1851.

Die Baudirection der hessischen Ludwigsbahn:
Opfermann.

[778a] **Stammholz-Versteigerung.**

In dem hiesigen städtischen Molzau-Wald-District II, Abtheilung 13, werden:

Donnerstag, den 22. Januar d. J.,
Morgens 9 Uhr,
281 Stämme Eichen und
2 „ Forlen, zu Bau- und Nutzholz geeignet,

öffentlich versteigert.

Die Zusammenkunft ist in der Abtheilung 13.

Philippsburg, den 9. Januar 1852.

Bürgermeisteramt:
Heintz.
vdt. Kopp, Rathschrbr.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 17 | den 20. Januar 1852.

Deutschland.

* **München,** den 14. Jan. Nach langen, — sechs Sitzungen vollständig ausfüllenden — Verhandlungen, hat endlich heute die Abgeordnetenkammer die beiden, innerlich mit einander verbundenen Gesetze über Districts- und über Landräthe angenommen. Wer hätte wol damals, als eine neue Gesetzgebung hierüber zum ersten Male verlangt und zugesichert ward, — wer hätte im Jahre 1848, ja wer hätte noch vor 12 Monaten geglaubt, daß eine neue Legislation in dieser Weise zu Stande kommen werde? Wir wollen hier nicht weiter reden von der beschränkten Competenz, nicht von den Ausschüßen, durch welche voraussichtlich nach einiger Zeit die Districts- und die Landräthe selbst in den Hintergrund werden gedrängt und ihre Wirksamkeit wesentlich auf die gedachten Ausschüsse hinübergeleitet werden wird. Wie man dazu kommen konnte, Districtsräthe und Ausschüsse zu bilden, mit den Districtspolizeibeamten als Vorsitzenden, ist uns rein unbegreiflich; allein auch darüber unterlassen wir nähere Erörterungen; so wie nicht minder über den weiter sich fast mit Nothwendigkeit aufdrängenden Gesichtspunkt, daß nach der ganzen Organisation, so wie dieselbe nun beschloßen ist, das Institut wol zumeist dahin führen wird, nur die Pläne jenes, die Vorarbeiten liefernden und die Verhandlungen leitenden Beamten, durchzuführen. — Was uns noch mehr, als alles dieses in Erstaunen setzt, ist der angenommene Wahlmodus. Wir vermissen den nach unserer Ueberzeugung überall festzuhaltenden Grundsatz, daß alle Bürger gleichmäßig zu vertreten seien, und daß die zu Vertretenden ihre Repräsentanten auch selbst wählen. Wir wissen nun zwar sehr wol, daß heute die Zeit nicht ist, solche Principien zu verwirklichen. Wir könnten das völlig Ungefährliche der directen Wahl unschwer beweisen, indem wir auf die, in den aufgeregtesten Epochen stattgehabten Wahlen zur deutschen constituirenden Nationalversammlung, zur preußischen, zur französischen Nationalversammlung hinwiesen. Wir halten uns damit nicht auf; ebenso wenig, als wir die nach unserer Ueberzeugung gleichfalls viel zu „conservative" Richtung der wenigstens nach einem relativ freien Wahlgesetze gebildeten baierischen Abgeordnetenkammer hervorheben. Allein von jedem, dem unsrigen noch so sehr entgegengesetzten Standpuncte aus, wird man schwerlich mit Gründen bestreiten können, daß der angenommene Wahlmodus in sich selbst voll von Widersprüchen ist, und jeder Consequenz ermangelt. Man will indirecte Wahlen, darum darf nicht das ganze Volk, sondern es dürfen nur die Gemeindevertreter und beziehungsweise die Districtsräthe für dasselbe wählen; gleichzeitig aber postulirt man doch wieder eine directe Wahl, aber nur für die großen Grundbesitzer, die Geistlichen und so fort. Man will keine besondere Vertretung Derjenigen, welche zu den Gemeindewahlen nicht mitwirken dürfen, darum keine besondere Repräsentation der Corporationen, der Wittwen, der Minderjährigen rc., allein — der Fiscus erhält eine eigene Vertretung, eine eigene Stimme, und dies selbst wenn er nur mit ein Paar Kreuzer Umlagen in einem Districte betroffen würde, indem nicht einmal irgend eine Grenze, irgend eine, wenn auch noch so geringe, Steuersumme als Bedingung einer eigenen Stimme festgesetzt ist. Man räumt den höchstbesteuerten Grundbesitzern eigene Stimmen ein, und zwar ein volles Viertheil der ganzen Repräsentation; den höchstbesteuerten Gewerb- und Handeltreibenden hingegen, den Fabrikanten und allen andern Industriellen, wird solches unbedingt versagt, selbst wenn sie dreimal mehr Steuern als jene großen Grundbesitzer entrichten müssen. Wir wollen diese Bemerkungen, die sich noch weit fortführen ließen, mit den gegebenen Andeutungen schließen. Sie werden darzuthun genügen, daß den beiden neuen Gesetzen die logische Consequenz selbst von dem uns entgegengesetzten Standpunkt aus betrachtet, durchaus abgeht.

Was die Verhandlung betrifft, so war eine solche ziemlich überflüssig, da die Majorität in allen principiellen Puncten unbedingt den Anträgen der Regierung und ihres Ausschusses zustimmte. Auch hielten es ihre Hauptsprecher gar nicht nöthig, sich bei der Discussion zu betheiligen. Am Treffendsten gegen sie sprach von Koch, der Rechten angehörend, aber ein Gegner der Bureaucratie; sehr viel einschneidend Wahres sagte auch Heine, obwol wir uns mit seiner Anschauungsweise principiell nicht befreunden können. Der entschiedenere Theil der Linken entwickelte in der allgemeinen Berathung und bei den Verhandlungen über die ersten Artikel des Districtsrathsgesetzes seine Grundsätze. Nachdem dieselben principiell verworfen waren, enthielt er sich aller weitern Anträge und Reden, sich darauf beschränkend, gegen die Vorschläge zu stimmen. Nur der kleinere Theil der Linken, Fürst Wallerstein an der Spitze, suchte auch jetzt noch Abänderungen zu erzielen, was aber, mit Ausnahme bloser Nebenpunkte, völlig mißlang. Blos diese Minorität der Linken war es, welche mit für die Gesetze stimmte.

* **München,** den 15. Jan. (70. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Anzeige der Erledigung von Ausschußarbeiten, darunter der über den Kolb'schen Antrag wegen Haftung des Staats bei Soldatenaufläufen, dem zuzustimmen beantragt wird.

Berathung über die Uebereinkunft der deutschen Rheinuferstaaten, bezüglich der Ermäßigung der Rheinzölle. — Der Außschuß beantragt Zustimmung zur Convention. —

Kolb bemerkt: Er stimme dem Ausschußantrage bei; habe aber eine Bemerkung beizufügen, nemlich die: die Staatsregierung möge bei dem erlangten Ergebniße nicht stehen bleiben, sondern auf gänzliche Befreiung der Rheinschifffahrt vom Flußzolle hinwirken. Die Schwierigkeiten, welche Nassau und Hessen gegen eine weitere Herabsetzung des Octroi erhoben haben, träfen insbesondere Baiern, und namentlich Ludwigshafen, dessen Verkehr dadurch erschwert werde. Es sei überhaupt eine Anomalie, wenn man in einer Zeit, in welcher man fort und fort Millionen aufwende zur künstlichen Herstellung von Straßen — Kanälen und Eisenbahnen, — gleichzeitig die Benützung der von der Natur selbst gebotenen Straßen durch Auflagen erschwere. Schon vor mehr als einem halben Jahrhunderte, zur Zeit des Rastatter Congresses, habe ein ausgezeichneter, leider ausländischer Staatsmann die Nothwendigkeit der vollständigen Aufhebung des Rheinoctroi anerkannt. Je mehr die Verkehrsmittel erleichtert würden, um so dringender trete jene Nothwendigkeit hervor.

Wallerstein. Drückt sein Bedauern aus über das Schicksal der deutschen Flotte, dem die baier. Regierung nicht entgegen-, zu dem sie wol sogar mitgewirkt habe.

Kirchgeßner. Er stimme Kolb bei, dehne aber dessen Wunsch auch auf Befreiung der Mainschifffahrt aus.

Referent Neuffer. Stimmt diesen sämmtlichen Wünschen bei.

Vom Regierungstische erhebt sich Niemand. Dem Vertrage wird von 120 Anwesenden einstimmig die Zustimmung ertheilt.

Berathung über den Gesetzentwurf: „die §§. 4 und 117 des Grundsteuergesetzes betr." Dieser Gesetzentwurf ist veranlaßt durch die Ablösung der Grundlasten im diesseitigen Baiern, und bezweckt eine Erleichterung der Katasterarbeiten.

An der Discussion betheiligen sich Ruland, Finanzminister Aschenbrenner, Wallerstein, Paur, Reinhart, Römmich, Referent Weeber, Forndran, Steinsdorf, Morgenstern, Boye, Rudhart, Roos, Breitenbach u. Kirchgeßner.

Der Gesetzentwurf wird schließlich von 130 Anwesenden einstimmig angenommen.

Berathung über den Antrag des Abg. Doppelhammer, „die Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz betr." (Wir werden darüber einen umfassenden Bericht geben; für heute vorläufig nur dieses:) Der Ausschuß (Referent Thinnes) beantragt, auf den Antrag für jetzt nicht einzugehen. — Doppelhammer beruft sich auf den Ausfall im Budget; dann auf die Gleichheit vor dem Gesetze. Eine so kostspielige Erhebung werde sich nicht ergeben, wie der Referent behaupte. Die Angabe, daß der Malzaufschlag in der Pfalz nur 100,000 fl. ertragen werde, sei unrichtig; der Ertrag werde wol noch einmal so hoch sein. Um gutes Bier in der Pfalz zu bekommen, wolle Redner den Abgeordneten der Pfalz rathen, selbst für den Antrag zu stimmen, damit den Bräuern vorgeschrieben werde, wie viel Bier sie aus einer Quantität Malz brauen dürften. Nur dem Defraudanten sei die strenge Controle lästig, nicht dem ehrlichen Manne.

Roos. Wenn man die Taxen in der Pfalz auf das diesseitige Maß herabsetze, gehe Jedermann auf die Einführung des Malzaufschlags ein. Die Erhebungen über das Bierquantum beruheten nicht blos auf Angabe der Betheiligten, sondern zumeist auf den Erträgnißen der Octrois in den wichtigsten Orten. Gerade die ärmeren, keinen Wein consumirenden Gegenden, würde der Aufschlag vorzugsweise treffen. Die Durchführung sei fast unmöglich.

v. Koch. Er sei das unglückliche Ausschußmitglied, welches in diesem Ausschuße allein für Doppelhammers Antrag gestimmt habe. Bekämpft Roos. Der Aufschlag werde, selbst nach den Angaben der Regierung, wenigstens 130,000 fl. ertragen. Behauptet, nach den früheren Aeußerungen des Präsidenten Weis selbst würde sich ein Ertrag von 250 bis 300,000 fl. herausstellen. Widerspricht den vorjährigen Bemerkungen Nebenacks, daß die Pfalz mit Steuern überbürdet sei; im Gegentheile ziehe die Pfalz jährlich 700,000 fl. von „unserm Tische." Will allerdings Gleichstellung in den Taxen (Enregistrement), aber jetzt handle es sich blos vom Malzaufschlage. Aeußert: Außerhalb heiße es: „die Herren aus der Pfalz führten in der Kammer das große Wort." — Der vorsitzende 2. Präsident mahnt den Redner, sich der Persönlichkeiten zu enthalten. — Dieser erwiedert, er greife Niemanden an. — Auch würden die 100,000 fl. von Andern als denen entrichtet, welche den Malzaufschlag bezahlen sollten.

Ruland. Für den Doppelhammer'schen Antrag mit ziemlichem Eifer.

Westermayer. Er sei durch Kochs Rede etwas in Zweifel gekommen. Wenn die Einführung einen höhern Ertrag in Aussicht stelle, so sei er dafür. (Murren erregt die Aeußerung, daß die Capital- und Einkommensteuer nur die Beamten und Geistlichen treffe.) Redet (zur großen Heiterkeit) von einem Bienenkorbe (der Pfalz), vor dem 17 Bienen mit Stacheln Wache hielten (die Pfälzer Abgeordneten) und einige Bienen seien sogar noch herübergeschwärmt; obwol er eine dicke Haut habe, wolle er doch nicht der Bär sein, der den Honig holen wolle.

Arnheim stellt den präjudiciellen Antrag, die Berathung auszusetzen, bis zur Berathung über ein gemeinsames Taxgesetz.

Minister Aschenbrenner. Das vorgelegte Taxgesetz dehne sich nur über die freiwillige Gerichtsbarkeit aus, und könne jetzt nicht in der Pfalz eingeführt werden.

Arnheim. Dies hindere nicht, daß der Ausschuß das Taxgesetz so abändere, daß es auf die Pfalz Anwendung finden könne.

Lang. Der Ausschuß schlage eigentlich nichts Anderes vor, als was Arnheim wolle; daher gegen dessen präjudiciellen Antrag. Die Discussion würde daher später doch wieder kommen.

Referent Thinnes in gleicher Richtung.

Nachdem Arnheim nochmals für, Doppelhammer gegen den Präjudicialantrag gesprochen, wird derselbe verworfen.

Nebenack. Nach Kochs Rede sei er für den Hauptantrag unter der Voraussetzung vollkommen gleichzeitiger Verminderung der Taxen; zeigt die Höhe des Enregistrements. Für einen Kauf, für welchen diesseits 41 fl. 20 kr. bezahlt werden müßen, sind in der Pfalz die Notariatsgebühren und außerdem 220 fl. Enregistrement zu entrichten. Weist Kochs Behauptungen zurück. — Wenn die Pfalz ebenso behandelt worden wäre, wie das diesseitige Land, so hätte es jedenfalls 8 Millionen weniger zu bezahlen gehabt.

Lang. Gegen Westermayer. Die Verhältniße seien noch die nemlichen, wie beim vorigen Beschluße von 1850. Das Finanzministerium würde ohne Zweifel nicht gegen den Antrag sein, wenn es nicht die Ueberzeugung hätte, daß der Ertrag keine Vermehrung lieferte. Man rede gar nicht davon, das Enregistrement herüber zu verpflanzen, um die Gleichheit herzustellen, wenn es so schwer wäre, der Pfalz die diesseitige Taxe einzuführen.

Boye. Auch er sei für Einführung des Malzaufschlags, unter der Bedingung gleichzeitiger Gleichstellung im Enregistrement. Der Ausschuß solle die Frage aufgreifen: wie das Enregistrement diesseits eingeführt werde. Wolle man nicht diesseits Unzufriedenheit erregen, so möge man solche in der Pfalz auch nicht hervorrufen.

v. Koch vertheidigt umständlich, mitunter in etwas trivialer Weise, seine früheren Aufstellungen.

Vorst für den Ausschußantrag.

Kolb. Er sei betheiligt, aber in entgegengesetzter Richtung, wie man glaube; die sämmtlichen directen Steuern träfen ihn, welche die Pfalz als Aequivalent für den Malzaufschlag entrichten müße, aber durch Besteuerung des Bieres würde er gerade nicht betroffen. Er könnte an die Verminderung der Bierconsumtion erinnern, wenn dieselbe besteuert würde, an die besondern Lasten der Pfalz (z. B. Kantonsgefängnißkosten), an die Lasten wegen der Betheiligung an der Staatsschuld, diesseitigen Ablösung, u. s. f. Allein er sei gegen den Antrag, weil er nie und nirgends für eine solche hemmende, vexatorische Steuer wäre, und weil er dieselbe in der Pfalz für ungerecht halte, — ungerecht ohne gleichzeitige Verminderung des Enregistrements, ungerecht, weil die alte baier. Staatsschuld die Pfalz nicht angehe, wie auch durch das Staatsschuldentilgungsgesetz von 1819 ausdrücklich anerkannt sei, — weil dieser Kreis im Kriege, in Ermanglung einer Regierung die Lasten durch Gemeindeschulden habe aufbringen müßen. Führt dies näher aus.

Nachdem noch Referent Thinnes, Antragsteller Doppelhammer und ihnen entgegen Kolb, gesprochen, erklärt sich auch der Finanzminister für den Ausschußantrag.

Derselbe wird schließlich angenommen (dafür stimmten 58 Abgeordnete.)

München, den 15. Jan. Der Abgeordnete Hirschberger hat nachträglich den Michaels-Orden erhalten.

Freiburg, den 15. Jan. Der früher provisorische, seit Neujahr aber definitiv als Vorstand der gestern hier polizeilich aufgelösten Lesegesellschaft gewählte Advocat Fehrenbach wurde verhaftet. Die Ursache seiner Verhaftung ist bis jetzt noch ein Räthsel, nur Vermuthungen circuliren; eine derselben, welche sich auf die eifrig angestellten Nachsuchungen im Locale stützt, ist: Es habe vielleicht die Gesellschaft Schriften rc. angeschafft, welche jetzt bei uns verboten sind.

Wien, den 12. Jan. Unsere Börse war heute sehr gedrückt, und zunächst hat sich die Valuta fühlbarer verschlimmert.

Wien, den 13. Jan. Aus Pesth vom 11. Januar schreibt man dem Correspondenzblatt aus Böhmen, daß von dort die englischen Missionäre plötzlich ausgewiesen worden seien. Die Gesellschaft, die unter den Juden Proselyten machte, ließ sich dort im Jahre 1842 nieder.

Frankreich.

Paris, den 15. Jan. Die Verfassung ist veröffentlicht worden. Nachstehend deren Wortlaut: „Verfassung, gegeben in Kraft der durch das französische Volk an Louis Napoleon Bonaparte durch das Votum vom 20. und 21. December übertragenen Vollmachten.

Der Präsident der Republik, in Erwägung, daß das französische Volk berufen worden ist, sich über den folgenden Beschluß auszusprechen: „Das Volk will die Aufrechthaltung der Autorität Louis Napoleons Bonaparte's, und ertheilt ihm die nöthigen Vollmachten, nach den in seiner Proclamation vom 2. Dec. festgestellten Grundlagen eine Verfassung zu entwerfen;" In Erwägung, daß die der Genehmigung des Volkes vorgeschlagenen Grundlagen waren: 1) ein für zehn Jahre ernanntes verantwortliches Oberhaupt; 2) Minister, die allein von der vollziehenden Gewalt abhängig; 3) ein aus den ausgezeichnetsten Männern gebildeter Staatsrath, welcher die Gesetze vorbereitet und bei deren Discussion vor dem gesetzgebenden Körper aufrecht hält; 4) ein die Gesetze discutirender und votirender gesetzgebender Körper, ernannt durch das allgemeine Stimmrecht, ohne Listenscrutinium, welches die Wahl fälscht; 5) eine zweite aus allen Berühmtheiten des Landes gebildete Versammlung, eine das Gleichgewicht erhaltende Gewalt, Wächter des Fundamentalvertrages und der öffentlichen Freiheiten. In Erwägung, daß das Volk durch 7 Millionen 500,000 Stimmen bejahend geantwortet hat, veröffentlicht die Verfassung, deren Wortlaut folgt:

Tit. I. Art. 1. Die Verfassung erkennt an, bestätigt und gewährleistet die im Jahre 1789 proclamirten großen Grundsätze, welche die Grundlage des öffentlichen Rechts der Franzosen sind.

Tit. II. Form der Regierung der Republik. Art. 2. Die Regierung der französischen Republik ist für zehn Jahre dem gegenwärtigen Präsidenten der Republik anvertraut. Art. 3. Der Präsident der Republik regiert durch Minister, einen Staatsrath, einen Senat und einen gesetzgebenden Körper. Art. 4. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich (collectivement) durch den Präsidenten der Republik, den Senat und den gesetzgebenden Körper ausgeübt.

Tit. III. Vom Präsidenten der Republik. Art. 5. Der Präsident der Republik ist dem französischen Volke verantwortlich, an das zu appelliren er immer das Recht hat. Art. 6. Der Präsident der Republik ist der Chef des Staates; er ist oberster Befehlshaber der Land- und Seemacht, erklärt Krieg, schließt Friedensverträge, Bündnisse und Handelstractate ab, ernennt sämmtliche Beamte, erläßt alle Reglements und zur Ausführung der Gesetze nöthigen Decrete. Art. 7. Die Justiz wird in seinem Namen ausgeübt. Art. 8. Er allein hat die Initiative zu den Gesetzen. Art. 9. Er sanctionirt und promulgirt die Gesetze und die Senatsbeschlüße. Art. 11. Er legt alle Jahre dem Senate und dem gesetzgebenden Körper in einer Botschaft den Stand der Affairen der Republik vor. Art. 12. Er hat das Recht, den Belagerungzustand in einem oder mehreren Departements zu erklären, jedoch mit dem Vorbehalte, darüber dem Senate in kürzester Frist zu referiren. Die Consequenzen des Belagerungszustandes sind durch das Gesetz geregelt. Art. 13. Die Minister hangen nur vom Chef des Staates ab; jeder Minister ist nur für diejenige Note der Regierung verantworlich, die in seinen Bereich fallen; es existirt durchaus keine Solidarität unter ihnen; sie können nur durch den Senat in Anklagezustand versetzt werden. Art. 14. Die Minister, die Mitglieder des Senates, des gesetzgebenden Körpers und des Staatsrathes, die Land- und Seeofficiere, die Richter und öffentlichen Beamten schwören den folgenden Eid: „Ich schwöre Gehorsam der Constitution und Treue dem Präsidenten." Art. 15. Ein Senatsbeschluß (sénatus-consulte) setzt die jährlich dem Präsidenten der Republik für die ganze Dauer seines Amtes bewilligte Summe fest. Art. 16. Stirbt der Präsident der Republik, ehe sein Mandat erloschen ist, so beruft der Senat die Nation, um eine Neuwahl vorzunehmen. Art. 17. Das Staatsoberhaupt hat das Recht, durch einen geheimen und in den Senatsarchiven niedergelegten Act dem Volke den Namen des Bürgers zu bezeichnen, welchen er im Interesse Frankreichs dem Vertrauen und der Wahl des Volkes empfiehlt. Art. 18. Bis zur Wahl des neuen Präsidenten der Republik regiert der Senatspräsident im Verein mit den sich im Amte befindenden Ministern, die sich als Regierungsconseil constituiren und mit Stimmenmehrheit Beschlüsse fassen.

Tit. IV. Vom Senate. Art. 19. Die Zahl der Senatoren kann nicht mehr als 150 betragen: für das erste Jahr ist sie auf 80 festgesetzt. Art. 20. Der Senat besteht: 1) Aus den Cardinälen, den Marschällen, den Admiralen; 2) aus den Bürgern, welche der Präsident zu der Senatorenwürde zu ernennen für angemessen hält. Art. 21. Die Senatoren sind unabsetzbar und werden auf Lebzeit ernannt. Art. 22. Die Functionen des Senates sind unentgeldlich: nichts desto weniger wird der Präsident der Republik an Senatoren, wegen geleisteter Dienste und wegen ihrer Vermögenslage, eine persönliche Dotation bewilligen können, welche 30,000 Fr. jährlich nicht wird übersteigen können. Art. 23. Der Präsident und die Vicepräsidenten des Senats werden durch den Präsidenten der Republik ernannt und unter den Senatoren gewählt. Sie werden für ein Jahr ernannt. Der Gehalt des Präsidenten der Republik wird durch ein Decret festgesetzt. Art. 24. Der Präsident der Republik beruft und prorogirt den Senat. Er setzt die Dauer seiner Sessionen durch ein Decret fest. Art. 25. Der Senat ist der Wächter des Fundamentalvertrages und der öffentlichen Freiheiten. Kein Gesetz kann bekannt gemacht werden, bevor es ihm vorgelegt worden ist. Art. 26. Der Senat widersetzt sich der Bekanntmachung: 1) Von Gesetzen, welche gegen die Verfaßung, die Religion, die Moral, die Freiheit der Culte, der persönlichen Freiheit, die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetze, die Unverletzlichkeit des Eigenthums und den Grundsatz der Nichtabsetzbarkeit der Magistratur verstoßen oder dieselben angreifen würden; 2) von solchen, welche die Vertheidigung des Gebiets gefährden könnten. Art. 27. Der Senat regelt durch ein Senatusconsult: 1) Die Verfassung der Colonien und Algeriens; 2) alles das, was nicht durch die Verfassung vorgesehen und was zu ihrem Gange nöthig ist; 3) den Sinn der Artikel der Verfassung, welche zu verschiedenen Auslegungen Anlaß gegeben. Art. 28. Die Senatsbeschlüsse werden dem Präsidenten der Republik zur Genehmigung vorgelegt und werden von ihm promulgirt. Art. 29. Der Senat bekräftigt oder erklärt für nichtig alle ihm von der Regierung als verfassungswidrig überwiesenen, oder aus demselben Grunde durch Petitionen der Bürger vor ihn gebrachten Handlungen. Art. 30. Der Senat kann, in einem an den Präsidenten der Republik gerichteten Berichte, Grundlagen zu Gesetzenwürfen von großem National-Interesse in Vorschlag bringen. Art. 31. Er kann gleicher Maßen Abänderungen der Verfassung vorschlagen. Wenn der Vorschlag von der executiven Gewalt angenommen wird, wird derselbe durch ein Senatusconsult beschlossen. Art. 32. Dennoch aber soll jede Abänderung der wesentlichen Grundbestimmungen der Verfassung — jene, welche in der Proclamation vom 2. Dec. sind vorgeschlagen und vom französischen Volke angenommen worden — der allgemeinen Abstimmung unterworfen werden. Art. 33. Im Falle einer Auflösung des gesetzgebenden Körpers und bis zu einer

neuen Einberufung desselben, trifft der Senat, auf den Antrag des Präsidenten der Republik, durch dringliche Maßnahmen Vorsorge für Alles, was für den Gang der Regierung erforderlich ist. (Beschluß folgt.)

Der Präsident der Republik hat auf den Antrag des Kriegsministers genehmigt, daß wegen der besonderen Lage der momentan vom französischen Gebiet entfernten Generale Changarnier, Lamoriciere, Bedeau und Leflo denselben ausnahmsweise, vom 2. December ab, die Disponibilitätsbesoldung ihres Grades in den Ländern, die ihnen angewiesen sind, oder die sie zum Aufenthalte wählen, ausgezahlt werden soll.

In den meisten Salons bemerkt man eine sehr zurückhaltende Sprache, denn die letzten Decrete haben vielen sonst redseligen ehemaligen Diplomaten und Staatsmännern die Zunge gelähmt. (A. Z.)

In Ollioules fanden neue zahlreiche Verhaftungen statt. In Marseille wurden wieder 23 Cafés und Gasthäuser geschlossen. Auch wurden am 6. Jan. in zahlreichen Häusern in und außerhalb der Stadt Untersuchungen gehalten. 34 Verhaftungen fanden dabei statt.

Belgien.

Brüssel, den 15. Jan. Heute Abends 4 Uhr sind die französischen Ex-Repräsentanten Creton, Duvergier de Hauranne, Chambolle, de Remusat und Lasteyrie angekommen.

Italien.

Mailand, den 8. Jan. Von 25 theils des Raubes mit bewaffneter Hand, theils des Todtschlages, theils endlich der Mitschuld an diesen Verbrechen und der Hehlerei überwiesenen, theils volljährigen, theils minderjährigen vom k. k. Militärstandgerichte zu Piazzola zum Tode verurtheilten Individuen beiderlei Geschlechts wurden 17 Männer mittelst Pulver und Blei hingerichtet, die übrigen Verurtheilten zu je ein-, acht-, zehn-, fünfzehn-, zwanzigjährigem schwerem Kerker begnadigt.

Rom, den 5. Jan. Die Abstimmung im Occupationscorps für oder wider das Plebiscit ist hier wie anderswo mit großer Majorität für L. Bonaparte ausgefallen, jedoch ist das Verhältniß der Nein gegen die Ja hier weniger günstig als in den meisten Regimentern in Frankreich. In der Artillerie, im Genie und unter den Stabsoffizieren, auch in den militärischen Administrationen und dem Sanitätscorps wurde fast ohne Ausnahme gegen das Plebiscit gestimmt. Der Oberstlieutenant Graf v. Montesquion-Fezensac, Chef des Generalstabs, und ein Hauptmann desselben Corps, die sich öffentlich sehr feindlich geäußert hatten, sind bereits vom Kriegsminister in den Ruhestand versetzt worden. (A. Z.)

— den 7. Jan. Mehrere politische Verhaftungen sind hier und in der Provinz vorgenommen worden; darunter befand sich ein Ungar und ein gewisser Mazzoni, der sich für einen Agenten des englischen Ministeriums des Auswärtigen ausgab.

Vereinigte Staaten.

New-York den 1. Jan. Mehrere heftige Brände haben in Newyork, Philadelphia, Baltimore und Washington stattgehabt. Bei dem Brande der Bibliothek des Capitols wurden die Flammen auf diesen Theil des Gebäudes beschränkt; etwa 35,000 Bände wurden durch das Feuer zerstört, nebst einer großen Anzahl von Manuscripten, Zeichnungen und Gemälden; die Originalurkunde der Unabhängigkeitserklärung wurde gerettet; über die Entstehung des Brandes konnte nichts Verlässiges ermittelt werden. — Kossuth befand sich in Washington; zuvor hatte er Philadelphia und Baltimore besucht. Am 31. Dec. wurde Kossuth dem Präsidenten der Union vorgestellt.

Neueste Nachrichten.

Augsburg, den 15. Jan. Bei dem Graveur Herrn Drentwett dahier wurde gestern auf Anordnung des k. Stadtkommissariates Haussuchung nach Stempeln zu Kossuthmünzen gehalten. Da dieselben jedoch schon verkauft waren, fand und konfiszirte man nur 7 Stück Robertblummünzen.

Bückeburg hat nun auch den Bundesbeschluß gegen die Grundrechte zur öffentlichen Kenntniß gebracht. (Auch Bückeburg! Armes Deutschland!)

Berlin, den 16. Jan. Die zweite Kammer hielt in ihrer heutigen Sitzung über den Antrag des Grafen v. Saurma auf Revision der Verfassung Berathung; 147 Stimmen gegen 123 stimmten aber für die einfache Tagesordnung.

Der „Staatsanzeiger" bringt die Ernennung des Generals v. Bonin zum Kriegsminister.

Paris, den 15. Jan. Der „Moniteur" veröffentlicht eine der Verfassung vorhergehende Proclamation des Präsidenten der Republik.

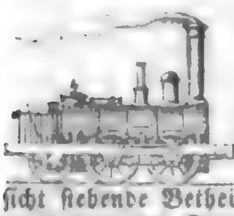
Die Auflösung der Nationalgarde hat zu ärgerlichen Scenen auf mehreren Mairieen, namentlich der dritten, Anlaß gegeben. Die Nationalgarde ward, wie gewöhnlich, zum täglichen Dienste aufgeboten und hatte sich in den Mairieen versammelt. Hier erschien nun gegen 10 Uhr ein Bataillon Truppen, an der Spitze ein Colonel, welcher die Nationalgarde in Reih und Glied commandirte, und ohne alle Vorbereitung verlangte, daß sie sofort die Waffen abliefere, da es keine Nationalgarde mehr gebe. Letztere, eben so überrascht durch die Nachricht als erzürnt über das ungeeignete Verfahren, warf ihre Waffen zu Boden, daß sie in Stücken aus einander flogen.

— den 16. Jan. Das Decret der provisorischen Regierung, wodurch die Zahl der Mitglieder der Rechnungskammer reducirt wurde, ist aufgehoben worden. — Zu Wasserbauten an der Seine und der Rhone ist eine Summe von vier Millionen Frcs. angewiesen worden.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. Fr. Kolb.

[791a]

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.



Der unterzeichnete Verwaltungsrath beehrt sich die Inhaber der Actien-Certificate, auf welche 45 % eingezahlt sind, zu einer

außerordentlichen Generalversammlung

auf

Montag, den 16. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr,

hiermit einzuladen.

Außer den Berathungen, welche sich aus dem Stande der Verhandlungen über die in Aussicht stehende Betheiligung des Staates ergeben werden, sollen die Berichterstattung, sowie Abänderungen einiger Paragraphen der Statuten, insbesondere des §. 13 zur Berathung kommen.

Die Präsentation und Anmeldung der Actien-Certificate findet am 29., 30. und 31. Januar, die Empfangnahme der Eintrittskarten am 12., 13. und 14. Februar im Bureaulocale der Verwaltung statt.

Auf den Eintrittskarten wird sowohl die den Anmeldenden nach §. 11 der Statuten zukommende Stimmenzahl, als auch das Local der Versammlung bezeichnet sein.

Mainz, den 14. Januar 1852.

Der Verwaltungsrath.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 18 | den 21. Januar 1852.

Deutschland.

* **München**, den 17. Jan. (71. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Urlaubsbewilligungen an von Hermann und Wisling.

Weippert interpellirt das Staatsministerium des Innern, wegen eines Deficits, resp. Angriffs des Capitalvermögens des Spitals zu Rothenfels in Unterfranken. — Minister Zwehl antwortet, im Wesentlichen dahin, daß er keine Kenntniß von der Sachlage besitze.

Anzeige des Präsidenten, daß am nächsten Montage die Budgetberathung beginnen werde.

Berathung des Gesetzentwurfs, „die Aufbringung des Bedarfs für Erwerbung des Donau-Mainkanals betr." — Der Ausschuß (Referent v. Lerchenfeld) beantragt im Wesentlichen Zustimmung, und Deckung aus den Realitäten-Kaufschillingsgeldern. Die geforderte Summe beträgt 1,657,200 fl.

Fillweber. Ist gegen den Ankauf; schon seien 16 Millionen für *diesen Kanal* aus der Staatscasse *verausgabt und verloren*; der Staat möge, statt neuer Ankäufe, seine *eigenen Actien* um jeden Preis verkaufen, nöthigenfalls verschenken. Der bauliche Zustand des Kanals, zumal an den Schleußen, erheische neuen großen Aufwand. Die Actien seien darum nicht nur nichts werth, sondern es würden für dieselben sogar noch große Summen als Zubuße in den künftigen Budgets gefordert werden. Die Kammer habe die verunglückte Donau-Dampfschifffahrt an sich gekauft; geschehe das Nemliche mit dem Kanale, dann müße man auch, nach Erbauung der Mainbahn, die Dampf- und andern Schiffer auf diesem Strom entschädigen, die Kaulsdorfer Brückenactien übernehmen u. s. w. Der Redner sei Katholik, und müße als solcher viel glauben, allein so weit sei er noch nicht gekommen, um an die Voraussetzung des Ausschusses an eine Rentabilität zu glauben. Die Schuldenmasse sei seit 3 Jahren so sehr vermehrt worden, es sei Zeit, Einhalt zu thun.

Wagner. Beantragt, daß die Zinsvergütung an die Actiengesellschaft vom Tage der Uebergabe des Kanals an den Staat beginne, statt vom 1. Jan. 1852 an.

v. Koch. Gegen den Gesetzvorschlag.

Roos. Für denselben; es sprächen finanzielle, nationalökonomische und Billigkeitsrücksichten dafür; bisher seien der Regierung bei diesem Unternehmen überall die Hände gebunden gewesen; wenn sie freie Hand habe, dann würden auch entsprechende Erträgniße erzielt werden.

Thinnes, für den Vorschlag, gegen Koch; viele Actionäre seien zur Betheiligung veranlaßt worden; es sei billig, sie keinen größeren Verlust erleiden zu lassen, als 20 Proc., (da sie nur 80 Proc. ihres eingezahlten Betrags vom Staate als Kaufpreis bekommen sollten,) zumal sie seit 6 Jahren keine Zinsen bezogen hätten.

Crämer. Will, daß eine Vereinfachung in der Kanalverwaltung stattfinde, und man, wenn dies geschehen, mit einem neuen Vorschlage vor die Kammer trete; — für heute jedenfalls gegen den Actienkauf. Weist nach, wie fehlerhaft die Verwaltung ist. Wegen eines auf 18 Kreuzer taxirten Schadens, kostete die deßfalls abgesendete Schaden-Aufnahme-Commission über 16 fl. Führt noch mehrere solcher Beispiele an.

Ruland. Gegen die Uebernahme — Neuffer für dieselbe.

Ministerialcommissär Brück. Er anerkenne, daß in den Bemerkungen gegen die bisherige Verwaltung viel Wahres liege, allein die Regierung suche die Mißstände zu beseitigen.

Reinhart. Gegen den Entwurf.

Heine. Für denselben; die Geschichte des Kanals bestimme ihn dazu. Karl dem Großen nachreiten, ist theuer, und wir bezahlen die Zeche.

Kolb. Hr. Neuffer habe die großen Opfer beklagt, welche der Kanal dem Staate gekostet; er habe aber, und mit ihm Hr. Roos, bemerkt, daß an geschehenen Dingen eben nichts zu ändern sei. Diesem Grundsatze müße er entschieden entgegen treten. Hätte die Kammer seiner Zeit gegen den von Hrn. Thinnes und Heine erwähnten Vertrag des Staats mit dem Hause Rothschild ihre Stimme erhoben; hätte sie sodann später den nachträglichen Actienankäufen ihre Zustimmung versagt; hätte sie sich nicht durch den Grundsatz leiten lassen, „daß man der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten dürfe," — dann würden die beklagten Opfer bei weitem nicht so groß sein. Man empfehle den Ankauf 1) aus „finanziellen" Gründen; zeigt, daß der Ertrag in den Händen des Staats ein guter nie werde; daß es im Gegentheile nothwendig sei, die ganze Leitung merkantilisch, statt bureaucratisch zu führen, und daß die Actionäre ganz gewiß einer Ersparung nicht entgegentreten würden, wie Ministerialcommissär v. Brück angedeutet. 2) Aus nationalöconomischen Gründen: diese kämen aber hier gar nicht Betracht, da der Kanal bestehe, und es ganz gleich sei, ob sich derselbe in den Händen der Actionäre oder des Staats befinde. 3) Aus Billigkeitsgründen: die Actionäre hätten sich in eine gewagte Speculation eingelassen, und müßten nun die Folgen hinnehmen; „Zwang" habe keiner ausgeübt werden können; wenn Jemand unterzeichnet habe, um sich der Regierung gefällig zu zeigen, so habe er sich das Ergebniß selbst beizumessen. — Ziemlich allgemein sage man, man dürfe die Staatsschuld nicht vermehren; allein die vorgeschlagene Verwendung der Staatsrealitätenablösungsgelder sei der Wirkung nach genau das Nemliche, wie eine Schuldvermehrung, indem es sehr gleichgültig, ob man neue Schulden mache, oder das Staatsvermögen vermindere. Er bestreite der Kammer das Recht, die bezeichneten Gelder so zu verwenden, als im Widerspruche mit Tit. III §. 7 der Verfassungsurkunde, welche die Grundbestimmung enthalte, daß der Ertrag des Staatsvermögens nicht vermindert werden dürfe.

Ministerialcommissär Wanner widerspricht Kolb, indem die bisherigen Kammern stets eine derartige Verwendung der Kaufschillinge (zu diesen Actienankäufen) gebilligt hätten.

Morgenstern. Alle industriellen Unternehmungen, welche der Staat betreibe, gewährten den Ertrag nicht, wie in den Händen der Privatpersonen. Man solle den Kanal verpachten, selbst mit Opfern.

Kolb (gegen Wanner): nicht auf die frühern Kammerbeschlüße, sondern auf die Verfassung sei man beeidigt.

Wanner bezieht sich nochmals darauf, daß die Kammer von 1834 ¼ der Actien auf die Kaufschillinge zu übernehmen beschlossen.

Da der Ruf nach „Schluß" laut wird, redet Seuffert dagegen. Im ganzen Lande nehme man keine Notiz von den Verhandlungen in diesem Saale, ausgenommen, wenn es sich um Finanzfragen handle; da frage man, ob ein „Millionen-Landtag" beisammen sei.

Wallerstein. Spricht im Allgemeinen über das Kanalunternehmen. Alles habe seine Zeit; nicht damals, sondern jetzt erst seien die Kanäle durch Eisenbahnen überholt worden.

Köhl. Tadelt, daß die Regierung noch nicht mehr erwirkt zur Aufhebung der Mainzölle.

Lerchenfeld, Referent, bekämpft die Einwendungen; man habe nur das kleinere Uebel zu wählen, dies sei der Ankauf; die Actionäre hinderten Beseitigung der Mißstände, um den Staat zum Kaufe zu zwingen.

v. d. Pfordten. In gleichem Sinne. Die Regierung wirke auf Beseitigung der Flußzölle, dies werde ein mit Oesterreich wahrscheinlich bald zu Stande kommender Vertrag beweisen. Es sei gesagt worden: wenn man alle Steuerpflichtigen abstimmen lasse, würden fast Alle dagegen stimmen. Dies beweise nur, daß die Kopfzahl-Abstimmung in solchen Dingen nichts tauge, denn gegen alle derartigen Unternehmen würde die Menge sein. Gerade dies sei der hohe Beruf der Kammer, sich von der Kopfzahlmajorität, als Majorität der Intelligenz, zu unterscheiden, unbekümmert um jene Stimmzahl. Man möge diese Aufgabe der Regierung nicht allein aufbürden, sondern sie mit derselben theilen.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf mit 67 gegen 64 Stimmen angenommen. Von Pfälzern stimmten dafür: Heine, Jäger, Lang, Prinz, Rebenack, Römmich, Roos und Weis; — dagegen: Aufschnaiter, Benzino, Boye, Brunk, Kolb, Meuth, Müller, Scharpff, Tafel und Tillmann.

Hierauf Erledigung zweier Anträge: die Beitragspflicht der Geistlichen zur Einquartierung, und die Verbesserung der Lage der israelitischen Lehrer betreffend. — Beide werden verworfen.

• **Speyer.** Es ist uns der nachstehende merkwürdige Artikel der Londoner Times mitgetheilt worden. Obwol derselbe nicht mehr ganz neu ist, so scheint er uns doch an Wichtigkeit noch nichts verloren zu haben. Wie versichert wird, entfloß der Aufsatz einer bedeutenden englischen Feder. Seine Aufnahme in die conservative Times schon erscheint auffallend. Gerade die neuesten Rüstungen Englands gewähren ihm selbst ein erhöhtes Interesse, indem damit dargethan ist, daß die hier ausgesprochenen Ansichten die in Großbritanien vorwaltenden sind. Der Artikel ist sonach gleichsam ein Actenstück, — ein Beitrag zur Zeitgeschichte. Wir ändern darum nichts weiter an demselben, als daß wir die stärksten Ausdrücke mildern oder auslassen.

Brief eines Engländers an die Redaction der Times. 12. December 1851. Schon seit langer Zeit beschäftige ich mich mit den politischen Parteien in Frankreich. Vor dem Falle Louis Philipp's sah und sagte ich denselben voraus, und auch der Staatsstreich Napoleon's hatte mich nicht überrascht. Ich bin der Ansicht, daß das englische Volk in der Beurtheilung der politischen Faktas der letzten drei Jahre sich auf ganz eigenthümliche Weise täuschte, und daß die daraus gezogenen Schlüsse für die Zukunft falsch sind. Im Allgemeinen herrschte im (englischen) Volke und in der Presse Widerwille gegen die Republik, Furcht und Schrecken vor den Sozialisten, erst Sympathie, dann Ungerechtigkeit gegenüber der Majorität der gesetzgebenden Versammlung und blinder Glaube in den Charakter, die Absichten und Machinationen L. Napoleons. Der Meineid liegt zu sehr am Tage, um verneint zu werden, obwol es Parteien gibt, deren Unwissenheit oder Egoismus öffentlich und in Privatzirkeln ihn läugnen. Selbst für unsere materiellen Interessen halte ich es von höchster Wichtigkeit, die wahre Natur der gegenwärtigen Krisis zu würdigen, um sich jenes moralischen Hebels der öffentlichen Meinung zu bedienen, welcher, richtig angewandt, auch gegen eine halbe Million Bajonette sich nicht machtlos erweisen dürfte.

Wenn jemals eine Partei von Schriftstellern aller Klassen hart mitgenommen wurde, so war es die der modernen Republikaner Frankreichs, und doch ist sie es, die nicht nur den politischen Muth repräsentirt, sondern auch das Glaubensbekenntniß der Mehrzahl der Bevölkerung. Komme was da will — sie wird fortleben! Welche Dynastie, welcher Despotismus auch immer dazu bestimmt sein möge, Frankreichs Angelegenheiten in die Hand zu nehmen — man wird immer mit ihr abzurechnen haben. Schmutz über Schmutz ist auf diese Partei gehäuft worden, und welches Verbrechen fiele ihr zur Last? Kann man sagen, daß die Revolution von 1848 friedliche Bürger hingewürgt, daß sie die friedlichen Wohnungen der Boulevards mit mörderischen Musketen- und Kartätschenhageln überschüttet und zertrümmert, daß sie ihre wehrlosen Gefangenen kaltblütig niedergeschossen, daß sie eine Schreckensherrschaft organisirt? Von Alle dem that sie Nichts; wol aber ließ sie Louis Philipp entwischen, ihren schlimmsten Feind Thiers unangefochten, schaffte die Todesstrafe für politische Vergehen ab und streckte ihre Freundschaftshand herzlicher England entgegen, als es je vorher geschehen war oder je in Zukunft geschehen wird. Glaubt man etwa, daß es unter dem jetzigen Regiment den Nationalgarden als solchen freistehen wird, Vergnügungsfahrten nach London zu machen, oder daß ein anderer Lordmayor mit seinem Rath der Aldermen sich dem „Säbel und Votum," welche jetzt über dem Hotel de Ville schweben, anvertrauen dürften? Die Republik vollzog aber noch einen anderen Act der Hochherzigkeit: sie hob den Bann von den Bonapartisten. — Jetzt wird ihr der Lohn dafür. Ich will nicht die Ueberspanntheiten des Socialismus in Schutz nehmen; zwischen Socialisten und Republikanern ist überdem ein Unterschied, und mögen die Ersteren sein, wie sie wollen, auch ihre Irrthümer sind nur die Folgen menschlicher Unvollkommenheit und deßhalb durch Zeit und wirkliche Ausübung politischer Rechte, durch Erfahrung und die Vernunft selbst der Verbesserung fähig. Man darf nicht vergessen, daß man in Frankreich wegen seiner Angst, und in England wegen seiner Unwissenheit einen passenden Markt fand, um mit den Anschwärzungen gegen die Sozialisten schlauberechneten und frechen Schacher zu treiben. Sollten Consumtionssteuern verringert, der Stand der Armee herabgesetzt, irgend eine Eigenthumssteuer eingeführt, die Gesetze über den Bankerut abgeändert, ein Armengesetz versucht, kurz Maßregeln zur Ausführung gebracht werden, welche hier zu Lande die Billigung aller Parteien haben, so waren die unglücklichen Republikaner gewiß, durch den Schreckensruf: „Socialismus" verdächtigt zu werden. Hätte Robert Peel seine Reformen als Mitglied einer französischen gesetzgebenden Versammlung vorgeschlagen, er wäre als der ärgste Socialist zerzaust worden. In der That war und ist der Socialismus bis jetzt Nichts, als die gespenstige Vogelscheuche (raw head and bloody bones), stets benutzt von jenen, welche am Ruder sind, um die Furchtsamen und Unwissenden durch Einschüchterung zu bewegen, ihre eigenen Freiheiten hinwegzuvotiren. Ich kann und darf die Majorität der Nationalversammlung nicht vertheidigen, ihre Sympathieen waren immer gegen die Republik; ihre Politik: die Republik zu untergraben und zu stürzen. L. Napoleon und sie waren einig. Von dem Augenblicke seiner Wahl an gingen sie darauf aus, jedes republikanische Bewußtsein zu ersticken, die Republikaner zu erbittern und zu unterdrücken, sie durch alle Kunstgriffe, Verläumdung und Gewaltthätigkeiten, verübt im Namen der Republik, als verächtlich und hassenswerth hinzustellen. Sie waren es, die zusammen den Plan der römischen Expedition ausgebrütet und ausgeführt, sie waren es, die zusammen die Volkslehrer zum Bettelstabe und zum Untergange verurtheilt und die Erziehung in die Hände der Jesuiten gelegt; sie waren es, die zusammen die Würde der Universität angetastet und dieselbe ebenfalls diesen Jesuiten anheimgegeben. Zusammen haben sie das allgemeine Stimmrecht geschändet, welches ihrer Beider Erzeuger gewesen, weil die Wähler von Paris, angeekelt von dem reactionären Treiben jener, ihre Stimmen gegen sie in die Urne gelegt; zusammen haben sie die Gesetzentwürfe zur Gemeindeordnung, wie auch die Organisation der Nationalgarde hinausgeschoben, und in ihnen das Princip der Wahl verfälscht; zusammen haben sie sich jede Art von Ungesetzlichkeit zu Schulden kommen lassen, durch Sanctionirung des abscheulichsten Mißbrauches der Privatver-

lassungen, der eigenmächtigen Einkerkerungen, der Scheincomplotte und Polizeiverschwörungen; zusammen haben sie das Unterzeichnen von Journalartikeln zum Gesetz erhoben, die Presse knebelnd und vernichtend; zusammen haben sie endlich ganze Departements auf die nichtigsten Gründe hin fast drei Jahre lang im Belagerungszustande gehalten! Möge diese Majorität zurückblicken und sich die Frage beantworten, zu wessen Vortheil sie ihre Pflichten vergaß, die Gerechtigkeit verletzte, und die Constitution antastete, welche sie nun vergebens anruft.

Ich wende mich zu L. Napoleon. In seiner Jugend im Exil socialistischer Schriftsteller, Freiwilliger in der Patriotenarmee Italiens, Genosse der leichtsinnigsten Classe der englischen Aristokratie, Held in den Verschwörungen von Straßburg und Boulogne, wortbrüchig gegen Louis Philipp, geächtet von der Monarchie, zurückgerufen von der Republik, gab er in der That seinem Vaterlande wenig Garantie für Ordnung und Ehre, als er dessen Bürger wurde. Das republikanische Verfassungswerk war vollendet, die Macht der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt durch dasselbe ganz bestimmt und sorgfältig abgegrenzt. Ebenso bestimmt war die Unterordnung des Präsidenten und die Dauer seiner Regierung ausgesprochen — und mit vollem Bewußtsein seiner Pflichten trat L. Napoleon als Kandidat auf, wurde gewählt und schwur feierlich vor Gott und Menschen, sie zu erfüllen. Bei zwei andern Gelegenheiten wagte er es, dies heilige Versprechen zu erneuern, bei einer dritten erklärte er, in einer Botschaft ans Volk, daß er seine Ehre darein setze, dasselbe zu *halten*. *Worte*, Schwüre und Ehre, — was ist *aus Allem geworden?*

Kaum hatte er die Schwelle des Elysee überschritten, *als er sein falsches* Spiel begann. Dies Spiel war *berechnet*, die Republikaner durch Hohn zur Verzweiflung zu *treiben* und aus ihren wirklichen oder vorgeblichen Erzessen Schreckbilder für die Furchtsamen und Servilen zu schnitzen, den zu Gewaltthätigkeiten getriebenen Sozialismus aber als Damoklesschwert über den Häuptern der Majorität zu halten und diese somit für immer in das Lager der Reaktion einzupferchen, diese Majorität sowie Frankreich glauben zu machen: er, Louis Napoleon, sei für beide gleich unentbehrlich! Seinem Plan zufolge sollte trotz der von ihm beschworenen Constitution, die Majorität der Versammlung seine Wiederwahl ermöglichen.

Und doch war niemals die Wiederwahl das Ziel seines Ehrgeizes. Gleich seinem Onkel hatte auch Er seinen Stern, der auf das Kaiserreich deutete. Während er die Leichtgläubigkeit und Furcht der Majorität bearbeitete, untergrub er die Achtung vor parlamentarischen Institutionen durch die Entlassung des Ministeriums Barrot, durch seine wegwerfenden Botschaften, durch seine Verkündigung, daß Frankreich seine kräftige Regierungshand zu fühlen wünsche, und durch die Hetzjagd der von ihm besoldeten Journale gegen jede andere Partei als die seinige. Seine Rundreisen in den Provinzen, seine Geberden, seine Ansprachen, waren die eines Prätendenten auf den kaiserlichen Thron — seine Gesellschaft des *10.* December, eine organisirte Bande . . . . ., hatte die Weisung, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit: Vive l'Empereur! zu schreien; und seine Wühlereien in der Armee nahmen eine entschiedene Gestalt an. Männer aller Parteien in der Versammlung fingen an, ernstlich besorgt zu werden, konnten aber, gelähmt durch gegenseitiges Mißtrauen, ihm nicht wirksam entgegentreten. Sie bildeten sich ein, daß Gesetzlichkeit ein stärkerer Schild sei, als es sich in der That gezeigt hat.

Die Bankette der Subalternofficiere, der Champagner, die Toaste und die Revuen hatten den Zweck, die Soldaten zu demoralisiren, allen müßten die Augen geöffnet werden. Trotzdem wollte Niemand an die Möglichkeit eines Meineides und Verrathes glauben, Niemand sich vorstellen, daß die ritterlichen Franzosen käuflich seien um den Preis von Cigarren und Knoblauchwürsten. Die Ehrenhaftigkeit des Generals Neumayer war es allein, welche ihn verhinderte, als Kaiser von der Satory-Ebene nach Paris zurückzukehren.

Changarnier und sein Gesinnungsgenosse wurden entlassen und hiermit ein harter Schlag gegen die Versammlung geführt. Die Republikaner fürchteten die Majorität und deren General fast eben so sehr als Bonaparte selbst. Durch die Entlassung Changarnier's war dem Parlamente die militärische Stütze geraubt.

Die ungesetzliche Revision der Constitution würde in den Plan L. Napoleons gepaßt haben, weil er durch die Verlängerung der Präsidentschaft Zeit gewonnen, geeignete Momente für die Erreichung seiner Zwecke abzuwarten. Die Präfecte thaten Alles, was Gewalt und Betrug vermag, um die Petitionseinreichungen zu betreiben, und die Masse der Majorität betheiligte sich an dieser Bewegung. Wir kennen ihre Furcht vor Napoleons Absichten und müssen an der Aufrichtigkeit dieser ihrer Mitwirkung zweifeln, wenn wir sie nicht für hirnverbrannt halten sollen. Entweder glaubte sie, daß die Revision zu Gunsten der Monarchie benutzt werden könnte, oder wissend, daß die Minorität gesetzlich entgegen zu wirken die Mittel besitze, hoffte sie eine Versöhnung mit dem Präsidenten herbeizuführen. Wie dem auch sein mag: es ist schamlos zu behaupten, daß der große Haufe der Unterzeichner der Petitionen aus Bonapartisten bestanden habe. Nur der Unwissende kann das glauben. Die Bewegung war wesentlich eine monarchische.

Die Revision schlug fehl, und von diesem Augenblicke an stand Napoleons Entschluß fest. Es ist unmöglich mit Uebertreibung von der Vorsicht und der List zu sprechen, welche jeden seiner Schritte begleiteten. Ministerielle Krisen mußten die Versammlung beschäftigen und sie von den wichtigsten Berathungen fern halten; sie so als untauglich hinstellen. Die Regierungsorgane strotzten von drohenden Herausforderungen; Gerüchte von beabsichtigten Staatsstreichen wurden ausgesprengt, um die Bevölkerung in trügerische Sicherheit zu lullen und die wirklichen desto unerwarteter zu führen, „wohlgesinnte" Regimenter blieben in Paris oder wurden herangezogen, während man die unzuverläßigen in die Provinzen oder nach Algier schickte. Bonapartistische Generale und Oberste hielten ihren Soldaten die aufreizendsten Reden gegen das Volk. Wechsel auf Wechsel sowol in dem Kriegsministerium als in dem Obercommando der Garnison von Paris führte zuletzt zu brauchbaren Werkzeugen, bestehend aus verzweifelten Abenteurern, deren Vermögensverhältniße ebenso zerrüttet, als die des Elysee selbst waren. Und als Alles vorbereitet, kam auch der langerwartete Köder für die Democratie in Form eines Projectes zu Tage, das die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechtes beabsichtigte. Trotz aller Warnungen und trotz aller Unterhandlungen gelang es der unheilvollen Leitung von Thiers und Berryer, eine wenn auch sehr geringfügige Majorität (2 zweifelhafte Stimmen) für die Verwerfung des Antrages zu gewinnen. Dieser Beschluß konnte leicht umgestaltet werden, wenn Napoleon es ehrlich mit dem Antrage gemeint, aber gerade die Versammlung sollte ihm zur Popularität verhelfen, und er benützte sie so gut er konnte.

Die letzte der Versammlung angethane Demüthigung und tödtliche Beleidigung war, daß man in den Kasernen die Placate herunterriß, welche die Veröffentlichung der Rechte erklärten, die ihr der Constitution zufolge behufs directer Requisition von Truppen zu ihrer Vertheidigung zustanden. Der Antrag der Quästoren, diese ihre Rechte näher bestimmend, wurde von den Republicanern verworfen, die, zwischen 2 Feuer gestellt, Changarnier und die Majorität für den Augenblick am meisten fürchten zu müssen glaubten. Sogar jetzt noch ist es schwer, zu sagen, welchen Weg diese einzuschlagen gehabt, denn, den Antrag als durchgegangen angenommen, wäre zwar der Kampf beschleunigt und jede Ueberraschung unmöglich geworden, andererseits aber auch mehr Grund zu Gewaltthätigkeiten vorhanden gewesen.

Das Verantwortlichkeitsgesetz (ein ebenso gemachtes

als nothwendiges) wurde vom Staatsrathe vorgelegt. Es war zu spät. Napoleon sah den entscheidenden Augenblick gekommen. Er mußte befürchten, daß im Falle der Annahme des Gesetzes seine Werkzeuge vor der Anklage auf Hochverrath zurückschrecken, die Truppen von ihren Pflichten wohl unterrichtet, Anstand nehmen würden, sie zu verletzen, und daß die Versammlung auf jeden Staatsstreich vorbereitet sein möchte. Sein Plan war das Erzeugniß außerordentlicher List. Paris wurde von falschen Gerüchten von Staatsstreichen überschüttet, bis man kaum wußte, ob man sie fürchten oder verlachen sollte; die Ausfälle der Regierungsorgane wurden immer gröber; endlich war der Tag für die Wahl eines Repräsentanten bestimmt. Schon vor diesem Tage wurden nach allen Richtungen Depeschen an die Präfecten abgesandt: sie möchten sich auf einen socialistischen Aufstand vorbereiten, der bei Gelegenheit der Bekanntmachung des Wahlresultates losbrechen würde. Unter demselben Vorwande zog man frische Regimenter nach Paris und der Umgegend. Die Garnison blieb unter Waffen, und die Rührigkeit der Truppen war so bedeutend, daß an dem Morgen des 1. December der „National" fragte: „welche schwarze Pläne lauern dahinter?"

Kein Socialist erschien oder wurde erwartet; der Tag ging durchaus ruhig vorüber, die Majorität wünschte sich selbst Glück zu dem Sieg, welchen die Partei der Ordnung durch die Wahl des Herrn Devrink davon getragen; die Nacht kam, Paris schlief — und bevor es wieder erwachte, war der Staatsstreich des 2. December vollbracht. (Beschluß folgt.)

Karlsruhe, den 17. Jan. So eben hat die zweite Kammer dem Vorschlage ihrer Commission gemäß dem Gesetzentwurf über Ablegung des Fahneneides, resp. Aufhebung der Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, nach dem Vorgange der ersten Kammer, mit großer Stimmenmehrheit ihre Zustimmung ertheilt. Der Abg. Weller war der Einzige, der sich mit Lebhaftigkeit gegen diese Maßregel aussprach. (Fr. J.)

Stuttgart, den 12. Jan. Sämmtliche Beamten im Reiche haben den strengsten Befehl erhalten, die amtlichen Anzeigen hinfüro nur dem Organe der jeweiligen Regierung und höchstens außer diesem, wenn sie es für nothwendig erachten, noch einem Lokalblatt, natürlich nur von ganz solider Aufführung, zuzuwenden.

Köln, den 17. Jan. Heute stand der hiesige Gemeindeverordnete, Kaufmann Joh. Schemmer, vor dem Geschwornengerichte, beschuldigt, durch Aeußerungen in der Sitzung des Gemeinderathes vom 26. August v. J. die Ehrfurcht gegen den König verletzt zu haben. Nach längerer Verhandlung erkannten die Geschwornen auf „Nichtschuldig." (K. Z.)

Wien, den 14. Jan. Es geht das Gerücht, der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg sei heute Morgen von einem Schlaganfalle betroffen worden.

Die Londoner Zeitung „Daily News" ist durch einen Erlaß des Ministers des Innern für den Umfang des Kaiserstaates verboten worden.

Frankreich.

Paris, den 15. Jan. Die „Republique de 1848" von Bourges ist eingegangen; es gibt gegenwärtig im Lande fast gar keine republikanische Journale mehr.

Die „Debats" erinnern daran, daß das Civilgesetzbuch heute vor 48 Jahren durch den damaligen ersten Consul veröffentlicht wurde, und daß Frankreich, die jetzige eingerechnet, binnen 48 Jahren fünf Verfassungen gehabt habe. — Die neuen Bataillone der Nationalgarde sollen höchstens 1200 Mann zählen. Die Uniform wird, wie verlautet, ganz verändert und jener der republicanischen Garde sehr ähnlich, der Dienst sehr streng sein.

Paris, den 16. Jan. Ein Decret des Präsidenten der Republik (vom 15. d.) ertheilt, „In Betracht, daß die Unordnungen, welche in den Waldungen in Zeiten politischer Erschütterungen verübt zu werden pflegen, sich bei den jüngsten Ereignissen nicht zugetragen haben," vollständige Amnestie für alle vor dem Erlasse dieses Decretes stattgefundenen Wald- und Fischereifreveln.

— den 17. Jan. Der heutige „Moniteur" enthält die Verordnung wegen Reorganisation der Generaldirection, der Unterdirectionen und der Commandements der Artillerie.

Aus dem Elsaß berichtet der (sehr behutsame) Schw. Merk.: Die Stimmung des Volkes war hier unmittelbar nach dem Staatsstreich Ludwig Napoleons eine düstere und beklommene; sie ist es noch unter den höheren Ständen. Unter den untern Volksklassen regt sich dagegen da und dort ein oppositioneller, wilder Geist. So wurden in Straßburg schon zu wiederholten Malen Kuirassiere, die öffentliche Bälle besucht hatten, von den Volksmassen durchgeprügelt. Den Gendarmen geschieht da und dort dasselbe. Sie sollen nun statt ihrer bisherigen Kopfbedeckung Helme erhalten, damit sie vor den Steinwürfen, denen sie oft ausgesetzt sind, geschützt werden. — Die Munizipalräthe von Zabern und Drulingen, die das Gegentheil einer Ergebenheitsadresse beschlossen hatten, sind aufgelöst worden. Früher war Zabern nichts weniger als republikanisch gestimmt.

Spanien.

Madrid, den 9. Jan. Unter den in Vigo angekommenen 115 cubanischen Kriegsgefangenen befanden sich 12 Ungarn und 8 Deutsche.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

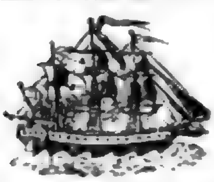
[793²] **Versteigerung.**

Mittwoch, den 4. Februar 1852, Nachmittags drei Uhr, zu Speyer im nachbezeichneten Lokale selbst, lassen die Erben des zu Speyer verlebten Wirthes Georg Ludwig Müller das zu dessen Nachlaß gehörige, dahier in der Landauer Vorstadt an der Landauer Straße gelegene zweistöckige Wohnhaus mit Oeconomiegebäuden und Garten, das Gasthaus zur goldenen Rose, 31 Decimalen Grundfläche begreifend, öffentlich zu Eigenthum versteigern.

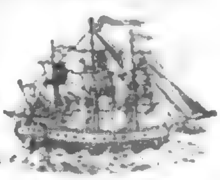
An einer sehr frequenten Straße gelegen, eignet sich dieses Besitzthum auch noch zum Betriebe anderer Geschäfte, und es wird insbesondere bemerkt, daß in früheren Jahren darin eine Bäckerei mit dem besten Erfolge betrieben worden ist.

Speyer, den 19. Januar 1852.

Hoseus, Notär.



Regelmäßige Beförderung



von Auswanderern nach allen Seehäfen von **Amerika**
zu den **niedrigsten** Preisen,
und mit Uebernahme unter Garantie bis an die Landungsplätze in Amerika
durch den Unterzeichneten, welcher auch schnellste Expedition des Gepäcks und aller Waaren besorgt, und Zahlungsanweisungen in jedem Betrag, auf jeden beliebigen Seeplatz der Union verschafft, was besonders für solche Auswanderer angenehm ist, die größere Summen mit sich nehmen.

Auf Anfragen weitern Bescheid und feste Abschlüße von der Special-Agentur in **Speyer** bei
[792¹⁰] **Julius Helff,** breite Straße Nro. 14.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Mittwoch (Zu Nro. 18) den 21. Januar 1852.

Deutschland.

** **Speyer,** den 20. Jan. Verflossene Nacht wurden unsere Einwohner durch Feuerlärm erschreckt. Ein kleiner Nebenbau der Garancinefabrik des Hrn. Casimir Lichtenberger mit etwas darin befindlichem Krapp gerieth in Brand, welcher jedoch binnen ¼ Stunde gelöscht worden; ein Theil ist assecurirt. Die größeren Fabrikgebäulichkeiten nebst Mühle haben keinen Schaden gelitten, wie denn überhaupt der Verlust gering ist. Die Garancinefabrikation erlitt keine Störung und geht fortwährend ihren Gang.

München, den 16. Jan. Die Kammer der Reichsräthe hat heute den Antrag der Abgeordnetenkammer über Paternitäts-, Alimentations- und Defloratonsklagen dahin modifizirt, daß die Staatsregierung um Revision der darüber bestehenden Gesetze und was damit aus dem Zivilrechte, der Prozeßordnung und den Bestimmungen der Administration über das Armenwesen und Ansässigmachung im Zusammenhang steht, ersucht werde. Vom Reichsrath von Arnold hörten wir bei der Debatte, daß im diesseitigen Bayern alljährlich nicht weniger als 29,000 uneheliche Geburten vorkommen. Der Antrag über Aufhebung der Injurienklagen wurde nach dem Beschlusse der 2. Kammer angenommen.

München. Am 5. Januar spielte das allein im Zimmer sich befindende 3jährige Söhnchen des Schmiedes in Königsbrunn mit Schwefelhölzchen, und da es öfters gesehen, wie der Vater durch Reiben am Aermel seines Kleides die Hölzchen anzündete, so machte es dies ihm nach, wodurch sein Kleidchen Feuer fing und der arme Kleine so arge Brandwunden erhielt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Landshut, den 12. Jan. Ein Vorfall, welcher sich dieser Tage hier ereignete, wird vielfach besprochen und verdient der Oeffentlichkeit übergeben zu werden. Ein Schüler der k. Studienanstalt fand auf einem der Blätter eines Buches, welches derselbe aus der Bibliothek der Anstalt geliehen hatte, die Worte geschrieben: „vive la république!" Zum Tod erschrocken über diese entsetzliche Ruchlosigkeit und von Angst gequält, daß der Verdacht, diese schrecklichen Worte geschrieben zu haben, auf ihn fallen könnte, machte er, oder ließ vielmehr durch seinen Vater die Anzeige seiner Entdeckung beim Rektorate machen. Eine sogleich angestellte Untersuchung lieferte das Resultat, daß der „Verbrecher" in einem Schüler der zweiten Gymnasialklasse entdeckt wurde, der durchaus keinen Anstand nahm, zuzugestehen, die verpönten Worte geschrieben zu haben. Ein aus sämmtlichen Lehrern der Anstalt gebildetes Gericht untersuchte hierauf die Sache, fand den 14jährigen Studirenden des nächsten Versuchs zur Verbreitung demokratischer (!) Ideen schuldig und verurtheilte ihn zur — Exclusion — d. h. zur Ausschließung aus der Anstalt, demzufolge er nun an keiner höheren Unterrichtsanstalt Baierns mehr seine Studien fortsetzen kann. (Bair. Bltr.)

Freiburg, den 15. Jan. Dieser Tage wurde Advocat Dr. Nopper aus Waldkirch, auf Veranlassung einer Fahndung des dortigen Bezirksamtes wegen Treulosigkeit, dahier verhaftet und nach Waldkirch transportirt.

Wien, den 14. Jan. Heute Morgen ist Feldmarschalllieutenant Baron Ceschi di Santa Croce, 90 Jahre alt, gestorben. — Am 7. ist auch in Szegedin ein Pferdedieb, den die Gendarmerie im Besitz von Waffen ergriff, kriegsrechtlich mit Pulver und Blei hingerichtet worden.

Frankreich.

Paris, den 15. Jan. Die neue Verfassung. (Schluß.)

Tit. V. Vom gesetzgebenden Körper. Art. 34. Die Wahl hat zur Grundlage die Bevölkerung (la population). Art. 35. Auf 35,000 Wähler wird ein Deputirter zum gesetzgebenden Körper kommen. Art. 36. Die Deputirten werden gewählt durch das allgemeine Stimmrecht, ohne Listenscrutinium. Art. 37. Sie empfangen keine Besoldung. Art. 38. Sie sind ernannt für zehn Jahre. Art. 39. Der gesetzgebende Körper discutirt und votirt die Gesetzes- und Steuervorschläge. Art. 40. Jedes Amendement, welches durch die mit der Prüfung eines Gesetzesvorschlages beauftragte Commission adoptirt ist, wird durch den Präsidenten des gesetzgebenden Körpers ohne Discussion an den Staatsrath gesandt. Wenn das Amendement durch den Staatsrath nicht adoptirt wird, kann es der Berathung des gesetzgebenden Körpers nicht unterworfen werden. Art. 41. Die gewöhnlichen Sessionen des gesetzgebenden Körpers dauern drei Monate; die Sitzungen sind öffentlich, aber das Verlangen von fünf Mitgliedern reicht hin, daß sich die Versammlung zum geheimen Comite bildet. Art. 42. Der Sitzungsbericht des gesetzgebenden Körpers durch die Journale oder durch jedes andere Mittel der Veröffentlichung wird nur in der Wiedergebung des am Schlusse jeder Sitzung durch die Fürsorge des Präsidenten des gesetzgebenden Körpers abgefaßten Protokolls bestehen. Art. 43. Der Präsident und die Vicepräsidenten des gesetzgebenden Körpers werden durch den Präsidenten der Republik ernannt; sie werden unter den Deputirten gewählt. Der Gehalt des Präsidenten des gesetzgebenden Körpers wird durch ein Decret festgesetzt. Art. 44. Die Minister können nicht Mitglieder des gesetzgebenden Körpers sein. Art. 45. Das Petitionsrecht übt sich beim Senate aus. Keine Petition kann an den gesetzgebenden Körper gerichtet werden. Art. 46. Der Präsident der Republik beruft, vertagt, verlängert den gesetzgebenden Körper und lös't ihn auf. Im Falle der Auflösung muß der Präsident einen neuen in der Frist von sechs Monaten zusammenberufen.

Titel. VI. Vom Staatsrath. Art. 47. Die Zahl der Staatsräthe im gewöhnlichen Dienste beträgt vierzig bis fünfzig. Art. 48. Die Staatsräthe werden vom Präsidenten der Republik ernannt, der dieselben auch von ihrem Posten abberufen kann. Art. 49. Dem Staatsrath präsidirt der Präsident der Republik und in seiner Abwesenheit die Person, welche er als Vicepräsidenten des Staatsrathes bezeichnet. Art. 50. Der Staatsrath hat den Beruf, unter Leitung des Präsidenten der Republik die Gesetzesentwürfe, so wie die auf die Staatsverwaltung bezuglichen Verordnungen zu redigiren und die bei Verwaltungsangelegenheiten aufstoßenden Schwierigkeiten zu lösen. Art. 51. Er unterstützt im Namen der Regierung die Discussion der Gesetzvorlagen vor dem Senate und dem gesetzgebenden Körper. Die Staatsräthe, welche im Namen der Regierung das Wort zu führen haben, werden vom Präsidenten der Republik bezeichnet. Art. 52. Der Gehalt eines jeden Staatsrathes beträgt 25,000 Fr. Art. 53. Die Minister haben Rang Sitz und deliberative Stimme im Staatsrathe.

Tit. VII. Von dem hohen Justizhofe. Art.

54. Der hohe Justizhof (haute cour de justice) wird, ohne Appel und Recours, richten über alle Personen, die vor ihn werden verwiesen werden als angeklagt wegen Verbrechen, Angriffen oder Verschwörungen wider den Präsidenten der Republik und wider die innere oder äußere Sicherheit des Staates. Er kann nur in Kraft einer Verordnung des Präsidenten der Republik mit einer Sache befaßt werden. Art. 55. Ein Senatusconsult wird die Organisation dieses hohen Hofes feststellen.

Tit. VIII. Allgemeine und transitorische Bestimmungen. Art. 56. Die Bestimmungen der vorhandenen Gesetzbücher einzelner Gesetze und Reglements, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht widersprechen, bleiben in Kraft, bis sie auf gesetzmäßigem Wege aufgehoben werden. Art. 57. Ein Gesetz wird die Organisation der Gemeinden feststellen. Die Maires werden von der Exekutivgewalt ernannt werden; sie können auch außerhalb des Gemeinderaths genommen werden. Art. 58. Die gegenwärtige Verfassung wird in Kraft sein von dem Tage an, an welchem die großen Staatskörper, die sie organisirt, constituirt sein werden. Die durch den Präsidenten der Republik vom 2. Dec. ab bis zu dem besagten Zeitpunct erlassenen Verordnungen werden Gesetzeskraft besitzen. Louis Napoleon.

Gesehen und untersiegelt mit dem großen Staatsinsiegel. Der Siegelbewahrer, Minister der Justiz. E. Rouher.

Paris, den 17. Jan. Ein Decret des Präsidenten der Republik verfügt, daß in Folge der Vermehrung der Militärdivisionen die Zahl der Artilleriecommandos in den Divisionen auf 11, 10 in Frankreich, eins in Algerien, vermehrt werden und in jedem dieser 11 Commandos sich eine Artillerieschule befinden solle. Der diesem Decret vorausgegangene Bericht des Kriegsministers ist an den „Prinz-Präsidenten" gerichtet, welcher darin „Monseigneur" angeredet wird.

Hr. Eugen Sue ist vorgestern nach Genf abgereist, um dort seinen Aufenthalt zu nehmen und seine literarischen Arbeiten fortzusetzen.

Englische Korrespondenten aus **Paris** schildern den durch die willkürliche Massendeportation hervorgebrachten Eindruck als einen des Entsetzens und des Abscheues, da Niemand wissen kann, ob nicht morgen die Reihe an ihn kommt, und das gewisse Schicksal der Deportirten ein langsamer Tod ist. Cayenne liegt zwischen dem 1. und 5. Grad nördlich vom Aequator und ist ein Sumpfland, dessen Ausdünstungen Fieber und Pest erzeugen. Daß Schriftsteller, Redner, Advokaten und Studenten, welche nie einen Tag lang die Schaufel oder den Pflug führten, in Gemeinschaft mit Bagnosträflingen unter der tropischen Sonne Sümpfe urbar machen sollen, ist eine Idee von diabolischer Naivetät. Zum Ueberfluß werden die Unglücklichen in der gefährlichsten Jahreszeit landen. Die englischen Strafkolonien sind Paradiese, und selbst Nordsibirien ist erträglich im Vergleich mit Cayenne. „Ich brauche kaum zu erwähnen," sagt der Korresp. von Morning Chronicle, „daß kein einziger dieser Unglücklichen vor Gericht — nicht einmal vor ein Kriegsgericht kam." Ihre Zahl beläuft sich auf über 4000 Personen.

Spanien.

Madrid, den 10. Jan. Zwei Soldaten, welche als Leiter der vor einigen Tagen in zwei Kasernen stattgehabten Meuterei vor ein Kriegsgericht gestellt wurden, sind von diesem zum Tode verurtheilt worden; sie wurden gestern in Anwesenheit von Abtheilungen aller Truppencorps erschossen; es waren dies ein Fähndrich und ein Gefreiter. Die Behörden sollen ein Comite der spanisch-französisch-italienischen Propaganda entdeckt und damit auch den Urhebern der letzten Wühlereien, die zweien der Verführten das Leben gekostet, auf die Spur gekommen sein. Man hat sich, dem Vernehmen nach, veranlaßt gesehen, gegen mehrere militärische Notabilitäten, welche man in Verdacht hat, sie wären nicht abgeneigt, im Falle einer unruhigen Bewegung diese zu ihren Gunsten auszubeuten, besondere Maßnahmen zu ergreifen. Mehrere Generale sollen den Befehl erhalten haben, sich aus Madrid zu entfernen; man nennt die Generale Ortega, Prim, Nogueras und Rotalde. General Prim, Graf von Reuß, soll die Erlaubniß erhalten haben, sich nach Deutschland zu begeben. Dem General Ortega soll eine Reise nach Belgien gestattet worden sein. (F. J.)

— den 12. Jan. Die Madrider Zeitung veröffentlicht ein königliches Decret, wonach die Strafen, welche das Gesetz über Beleidigungen durch die Presse verhängt, auch auf die Journale angewendet werden sollen, welche falsche Nachrichten veröffentlichen oder sich unziemlicher Ausdrücke, wenn sie von öffentlichen Behörden sprechen, bedienen; Journale, welche sich Angriffe gegen die Religion oder die Moral erlauben, sollen sofort mit Beschlag belegt werden; die Suspendirung eines Journals soll nach dreimaliger Verurtheilung erfolgen.

Großbritanien.

London, den 12. Jan. Die Vermehrung der Artillerie um 24 Compagnien, oder 2400 Mann, ist beschlossen.

In Southampton ist dermalen die Untersuchung über den Brand der „Amazon" im Gange. Die Aussagen der geretteten Schiffsbeamten und Matrosen stimmen überein in der Vermuthung, daß der Brand durch Selbsterhitzung der Maschinen entstanden — eine Erscheinung, die bei neuen Maschinen, ehe sie recht in Gang kommen, häufig ist. Sie waren deßhalb zweimal gestellt worden, ehe das Unglück sich ereignete. Nachdem nun das Feuer ausgebrochen, war Löschung um so weniger möglich, als ein Sturmwind blies und man sich dem flammenden Maschinenraum zur Einhaltung des Schiffes nicht nähern konnte.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 1. Jan. Im Jahre 1851 sind in New-York 289,600 Einwanderer angekommen, darunter 163,256 aus Irland, 28,553 aus England und 69,883 aus Deutschland. — In Mariposa hat man Goldminen entdeckt, welche weit reichhaltiger sind, als alle früher aufgefundenen.

In einer am 26. Dec. zu Philadelphia gehaltenen Rede hat Kossuth seine Ansichten über den französischen Staatsstreich ausgesprochen. Er behauptete, die neue Revolution in Frankreich sei der Sache der Freiheit sehr günstig, indem sie nur die Vorläuferin eines allgemeinen Ausbruches sei. Die frevelhafte Handlung L. Napoleon's sei gerade das Ereigniß, welches nöthig gewesen sei, um die Erhebung der niedergetretenen Volksmassen in der alten Welt zu bewirken. Bei derselben Gelegenheit stellte Kossuth jede Genossenschaft mit Socialisten und Abolitionisten in Abrede. (K. Z.)

Ostindien.

In Bombay hatte ein erneuter Ausbruch der Religionsfehde zwischen den Mohamedanern und Parsis stattgefunden. Ernste Ruhestörungen fielen am 22. und 23. Nov. vor und das Militär mußte wieder einschreiten. Ein Parsi ward im Krawall erschlagen. 100 Mann Soldaten sind seitdem in dem Bethause des reichen Parsi-Kaufmanns Sir Jamsetjee Jejeboy einquartirt, um es vor dem mohamedanischen zu schützen. Eine Anzahl europäischer Gentlemen suchte zwischen den Notabeln der Parsi- und der mohamedanischen Gemeinde, die sich an Zahl ungefähr die Wage halten, zu vermitteln, und endlich verstand der Herausgeber der Parsi-Zeitung in Gutscheratti (d. h. der Mundart von Gutscherat, in welchem Lande die Feueranbeter besonders zahlreich sind) sich dazu, wegen seines Caricaturbildes des Propheten Mohamed, welches die Moslem so gereizt hatte, öffentliche Abbitte zu leisten. Hierauf verpflichtete der Hohepriester der Parsi seine Glaubensgenossen, mit den Mohamedanern Frieden zu halten.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag — Nro. 19 — den 22. Januar 1852.

Deutschland.

(:) **Aus Altbayern**, Mitte Januar. Die Zukunft der Parlamente. „Dreimal hat Frankreich zur parlamentarischen Form seine Zuflucht genommen, dreimal scheiterte der Staat daran; die Zeit der parlamentarischen Form ist aus;" so ungefähr äußerte sich jüngst ein bonapartistisches Blatt. Auch von Seite des Ultramontanismus stimmt man seit längerer Zeit dieses Thema an; man zieht das parlamentarische Wesen in einer Weise herab, die den Zweck klar an der Stirne trägt, den Zweck, das finstere Mittelalter und noch etwas mehr heraufzuführen. In der That hat die neuere Zeit dem parlamentarischen Wesen tiefe Wunden geschlagen; die Parlamente redeten, als es Zeit zum Handeln war, sie beugten sich fast überall vor der bestehenden Macht, als diese wieder sich erholt hatte, oder man wandte wenigstens die Blicke von den öffentlichen Bedürfnißen ab und zog ein kleinliches Parteigeplänkel einem männlichen Kampf für das Vaterland und die Menschheit vor. Auch Freunde der Freiheit und Civilisation wurden dadurch stutzig gemacht, auch bei ihnen hört man häufig den düsteren Resignationsruf: „das parlamentarische Wesen hat keine Zukunft; besser den Absolutismus als solche Halbheit." Der Gegenstand ist zu ernst, als daß es mit einer momentanen Gefühlsäußerung abgethan wäre; die Zeit des Handelns ist vorbei, es ist die Zeit des Nachdenkens gekommen; fassen wir in diesem Augenblick den Gegenstand fest ins Auge und fragen wir uns: „ist denn wirklich die Zeit des parlamentarischen Wesens aus?" Wir müßen uns diese Frage stellen, das dumpfe Hinbrüten in der Politik taugt nichts, wir müßen uns klar machen, was wir wollen, was wir können, und fällt die Antwort auf die gestellte Frage bejahend aus, so wäre es Pflichtvergessenheit, ferner auch nur ein Wort für das parlamentarische Wesen einzusetzen, nur einen Schritt für eine Wahl zu thun, nur eine Stunde in einer Landtagskammer zu verweilen.

So oft irgend eine Institution durch Mißbrauch ihrer Gewalt oder durch Unthätigkeit sich selbst zu Grunde gerichtet, so oft ist man auch geneigt, gleiche Institutionen in jeder anderen Form, zu jeder anderen Zeit, unter allen anderen Verhältnißen für unmöglich zu erklären. Man verallgemeinert gar zu gern die Abneigung gegen den Mißbrauch einer Gewalt in eine Abneigung gegen die Gewalt selber, und die in einem Fall getäuschte Hoffnung verwandelt sich leicht in eine allgemeine Hoffnungslosigkeit. Selten geht man so weit, darüber nachzudenken, ob denn einer solchen Institution nicht eine tiefere Bedeutung zu Grunde liege, eine Bedeutung, die trotz aller Mißbräuche und trotz wiederholten Sturzes dieselbe immer wieder von Neuem an die Oberfläche treibt. Man läßt sich von dem oft edlen Mißmuth hinreißen, das für vollkommen untauglich zu erklären, was nur durch besondere Umstände seine moralische Niederlage erlitten, und schüttet so zu sagen das Kind mit dem Bade aus. Es ist dies aber ein Weg, auf welchem jede Institution für haltlos hingestellt werden kann, ein Weg, der uns nichts übrig ließe, als uns in Alles zu fügen oder Alles zu bekämpfen; es ist dies der Weg der Verzweiflung. Es gibt keine staatliche, es gibt keine gesellschaftliche Einrichtung, die auf diese Weise nicht als unhaltbar, als unmöglich sich erklären ließe, und wir wären ohne Anker, ohne Ruder dem wilden Sturme preisgegeben. Die Democratie in Athen, das beschränkte Königthum in Sparta und Macedonien, der Absolutismus und die Theocratie in den Staaten des Orients: sie alle haben sich als fruchtlos erwiesen; Athen, Sparta, Macedonien und die Staaten des Orients sind zerstört. Weder das Königthum, noch das Patriziat, noch die Democratie, noch der Absolutismus im Bunde mit der renovirten Lieblingsidee moderner Staatsmänner, dem Prätorianerthum, konnten Rom vom Untergange retten. Das Mittelalter hatte ständische Einrichtungen, der Landesherr war nicht im Stande, ohne Bewilligung der Stände Steuern zu erheben; bei seinem Regierungsantritt wurde ihm nur unter der Bedingung Gehorsam versprochen, daß er Freiheitsrechte garantire und das Recht des bewaffneten Widerstandes war als unzweifelhaft anerkannt und ausgeübt; auch diese Einrichtungen sind in Trümmer gegangen und die ständischen Ausschüße hatten kein besseres Schicksal. Weder das „l'état c'est moi" Ludwig XIV., noch die Schwäche Ludwig des XVI vermochten die Monarchie in Frankreich aufrechtzuerhalten; selbst dem Genie Napoleons gelang es nicht, eine neue Dynastie zu gründen, und weder die bornirte Hartnäckigkeit der Bourbons, noch die corrupte geschmeidige Pfiffigkeit Louis Philipps konnten den Thron stützen. Die Constitution des Abbé Sieyes' fiel, die Organisationen Robespierre's stürzten zusammen, Directorium, Consulat, Kaiserreich, Charte und die Verfassung Marrat's sind in den Staub gesunken. Karl I. fiel, die Roundheads fielen, Cromwell's Plane im Innern starben mit seiner Person, Elliot starb durch das Schwert wie Strafford und Cranmer, ehrenwerthe Parlamente und von Walpole corrumpirte hatten ein gleich trauriges Geschick. In Oesterreich tobte die Revolution trotz der absoluten Gewalt des Staatsoberhauptes, trotz der Postulatlandtage und später trotz des allgemeinen Stimmrechts. Die Versuche Owens in New-Harmony, die Organisationen Fourier's, Cabet's, Icarien und die Arbeiterwerkstätten Louis Blanc's haben in gleicher Weise als undauerhaft sich erwiesen. Wenn man nun hieraus Schlußfolgerungen ziehen wollte, wie die, welche man über die Zukunft der Parlamente aus der jetzigen Niederlage derselben zieht: wo fänden wir noch einen Haltpunct? So viele Formen noch im Laufe der Geschichte aufgetaucht sind, so viele wurden zerstört; was bliebe uns noch bei dieser Logik der Verzweiflung?

Es gibt allerdings Zeiten und Verhältniße, in denen parlamentarische Formen zu keinem glücklichen Resultate führen; es sind dies die Zeiten, welche rasches Handeln, geheime Entwürfe fordern, die Zeiten des Kriegs. „Opposition, Oeffentlichkeit, lange Berathung, häufige Vergleichung, dies ist die Handlungsweise, welche große Versammlungen characterisirt. Einheit, Geheimniß, Bestimmtheit sind die Eigenschaften, welche militärische Anordnungen fordern," so äußert sich treffend Macaulay in einem seiner „Versuche." Aber der Krieg ist ein Ausnahmezustand, und wehe dem Lande, das seine Einrichtungen blos auf Ausnahmezustände stützt. In einem solchen Zustande mag ein Land alle seine Rechte in die Hände eines Dictators geben, nun und nimmer aber kann es von dauerndem Vortheil sein, wenn man derartige Verhältniße zur Regel macht. Als Frau von Staël einmal zu Kaiser Alexander sagte: „Ew. Majestät sind die beste Constitution für Ihr Land," gab dieser ihr die kostbare Antwort: „um so schlimmer; dann bin ich nur ein glücklicher Zufall für mein Land." „Les bons rois meurent, les bonnes lois restent," sagte Friedrich der Große; — auf glück-

liche Zufälle darf kein Staat sich stützen. So oft noch eine glückliche Revolution die neue europäische Welt aus dem Schlafe geweckt, so oft schloß dieselbe mit einem Parlamente ab. Es ist dies auch in der Natur der Sache begründet und hierin liegt die eine bedeutende Gewähr für eine Zukunft des parlamentarischen Lebens. Unsere Staaten sind so geartet, daß nirgends das ganze Volk seine Rechte für die Dauer selbst vertreten kann; eine Repräsentation ist absolut nothwendig; ist es nun nicht natürlich, daß man dieses Recht der Vertretung lieber einer größeren Anzahl von Männern des Vertrauens überträgt, die offen im Angesicht des ganzen Landes berathen und entscheiden, als einer einzelnen Person, die Berathung und Entschluß der öffentlichen Controle entzieht? Soll aber eine Vertretung irgend eine Bürgschaft der Gewähr geben, so muß sie nothwendig aus der Gesammtheit des Volkes hervorgehen. Man führe nicht England gegen uns an; auch in England hat man bereits dem eben angeführten Principe bedeutende Concessionen gemacht und man wird demselben immer größere machen; England unterscheidet sich von den Staaten des Continents besonders dadurch, daß man dort im Allgemeinen die Forderungen der Zeit wenigstens theilweise befriedigt, bevor sie durch Stürme sich geltend machen, während auf dem Continent jeder Schritt vorwärts nur durch große Kämpfe errungen werden kann. England steuert langsam aber sicher demselben Ziele einer allgemeinen Vertretung zu. Ein Parlament, das wirklich von Dauer sein soll, muß aber auch den Schwerpunct der staatlichen Berechtigung in sich haben; alle Parlamente sind entweder nutzlos oder sie werden verjagt, wenn nicht die eigentliche Macht in ihnen ruht. Man wendet oft ein, die staatliche Gewalt müße in der Executive vereinigt sein, sonst sei die Executivgewalt für nichts da und der Staat kraftlos. Es ist dies eine vollkommen irrige Ansicht. Ist eine Executivgewalt auf das Wohl des Volkes bedacht, so wird nichts im Wege stehen, ihren Anschauungen Geltung zu verschaffen, sie wird in der Volksvertretung kein Hinderniß, sondern nur eine Stütze finden; hegt aber die Executivgewalt selbstsüchtige, den Wünschen und Bedürfnißen des Volkes feindliche Absichten, dann sollen ihr Schranken gesetzt sein und diese Schranken können dann kaum fest genug gezogen werden. Jedes Parlament schwebt aber in der Luft und wird zur blosen Form, wenn nicht die Grundlage desselben, der Geist des Volkes, die gesellschaftlichen Verhältniße ihm stützend und helfend zur Seite stehen. Ohne freie Presse, ohne freies Versammlungsrecht, ohne gesunde Gesellschaftszustände hat kein Parlament eine Gewähr der Dauer. Die Parlamente machen den öffentlichen Geist nicht, der öffentliche Geist muß die Parlamente auf seinen Schultern tragen, muß sie überwachen, muß bei ihren Berathungen und Entscheidungen mit thätig sein. Wie aber auch die Wahlformen sein mögen, welche Rechte auch dem Volke garantirt sind: die Form erwartet von der Art ihrer Handhabung erst ihren Inhalt. Die Parlamente müßen auch thatsächlich das öffentliche Vertrauen zu rechtfertigen suchen, sie müssen sich offen dem öffentlichen Wohle hingeben, sie müßen schaffen. Nur wenn diese Rechte gewährt, wenn jene Grundlagen gelegt, wenn die Befugniße in solcher Weise gehandhabt werden, haben die Parlamente eine Zukunft. Jene Versammlungen werden fallen, welche diesen Weg nicht einschlagen, um nach vielleicht heftigen Kämpfen endlich doch solchen Versammlungen Platz zu machen, die auf der rechten Bahn sich bewegen.

Bemerkung der Redaction. Unserer Ansicht nach läßt sich die Hauptfrage auf Folgendes zurückführen: Wer nicht den Absolutismus, wer nicht das Volk völlig mundtodt gemacht wissen will, muß zu der parlamentarischen Vertretung kommen, als dem einzigen Mittel, die Selbstbestimmung des Volkes zu verwirklichen, da allgemeine, die ganze Nation umfassende Volksversammlungen, in der ältesten Bedeutung des Wortes, unmöglich sind, seit es zahlreiche, große Nationen gibt. — Für wirklich zu Grunde gerichtet erachten wir aber das, was man das „constitutionelle" System, in der engeren Bedeutung des Wortes, genannt hat, — mit einem andern Ausdrucke: den Scheinconstitutionalismus, diesen Gegensatz gegen das wahre Repräsentativsystem. Jenem Scheinconstitutionalismus genügt es, daß nur überhaupt eine sogenannte „Vertretung" in einem Lande bestehe; es kommt ihm nicht darauf an, wie sie gebildet ist, und welche Befugniße sie besitzt; auch genügt es ihm, daß die Regierung überhaupt eine Majorität in einer solchen Versammlung erlangt, gleichviel, ob dieselbe den Ansichten der Mehrheit des Volkes entspricht, oder ob sie künstlich geschaffen worden, und wäre es durch die ärgsten Corruptionsmittel. Es genügen Einrichtungen, welche einst Armand Carrel, unter Hinblick auf die Majoritäten Ludwig Philipps, mit der Aeußerung bezeichnete, solche Repräsentationen seien nur vorhanden, um zu verhindern, daß das Volk wirklich repräsentirt werde. — Dieses System der Unwahrheit und der Täuschung ist es, dem nach unserer Ansicht gerade die neueste Zeit den moralischen Todesstoß versetzt hat. Dagegen wird und muß man naturgemäß immer wieder zum wahren Repräsentativ-, zum wahren parlamentarischen Systeme zurückkommen, und wir betrachten es als Ungereimtheit, wenn Jemand dieses bestreiten will. —

Speyer. (Beschluß des Artikels der Times.) Ich will über die Einzelheiten und die Schrecken, welche folgten, schweigen. Mit Blut sind sie in das Gedächtniß Frankreichs eingeschrieben. Aber kann Jemand zweifeln, der die Geschichte der drei letzten Jahre kennt, daß Louis Napoleon von dem Tage an, wo ihn die Republik zum Bürger machte, keinen Augenblick aufgehört hat, gegen dieselbe zu conspiriren, — daß er mit der Majorität ging, so lange er sie als Werkzeug benutzen zu können glaubte, daß er mit ihr brach, sobald sie seine Absichten zu durchschauen anfing und dann wieder heuchlerisch das von ihm selbst verstümmelte allgemeine Stimmrecht anrief, daß seine Regierung ein fortwährendes Spiel mit der Furcht der einen und der Verzweiflung der andern Klasse war; daß er systematisch Ausschweifungen in der Armee litt und eine treulose und blutige Revolution durch bezahlte Prätorianer bewerkstelligte, daß er die feierlichsten, oft wiederholten, freiwillig vor Gott und den Menschen abgelegten Eide brach, und einen Militärdespotismus errichtete, niedrig und erniedrigend, in jeden Winkel dringend und ruchlos, wie Frankreich unter keinem gleichen je geseufzt!

Kann das von Dauer sein? Ich bin kein Atheist, und antworte: Nein! Zwar bläst der Zorn des Himmels in unseren Tagen nicht mehr über Ananias mit der Lüge auf den Lippen, zwar vergöttert die Christenwelt keine Nemesis; aber doch gibt es eine, die da kommt, wenn auch spät. Die Vergeltung lauert dem Verbrechen auf. Der . . . . ., der jetzt Frankreich regiert, regiert es einzig durch Schrecken; die Heiligung dieses Verrathes durch das allgemeine Stimmrecht ist eine zu grobe Schamlosigkeit, als daß sie noch an den Schandpfahl gestellt zu werden brauchte, eine zu bittere Verhöhnung aller Wahrheit, um darüber spötteln zu können. Er herrscht durch und für die Soldateska; und die Gewalt, welche ihn hält, kann ihn auch mit einem Schlage zermalmen. Mit schwerem Golde hat er sich Bajonette und Stimmen erkauft — er kann und darf nicht aufhören zu kaufen. Die Schenkungen aus der Zeit des Kaiserreichs haben bereits begonnen. Gleich als ob im Feindeslande, wird den Schlächtern der Bourgeoisie freie Hand gelassen; die Offiziere sind mit Avancements belohnt, mit wer weiß wie großen Geldsummen! Marschälle von Frankreich sind geschaffen, und ein Rath der Fünfe schwebt in der Luft. Aber dieser militärische Tyrann ist selbst kein Soldat. Niemals führte er eine Schwadron ins Feld, noch kennt er von der Ordnung der Schlachten mehr, denn ein Mädchen.

Cromwell und der erste Napoleon waren die großen Feldherren ihrer Zeit; ihre Offiziere hatten gedient, ihre Armeen waren unter ihren Augen aufgewachsen, und an ihre Führer gefesselt durch gemeinsamen Ruhm, nicht durch gemeinsame Verbrechen. Louis Napoleon hängt von sei-

en Generalen ab; der Belagerungszustand fordert die Concentration ungeheuerer Streitkräfte in den verschiedenen Militärdistricten unter dem Commando eines halben Dutzends von Befehlshabern. Wer mag für ihre Treue und ihre Einigkeit einstehen? Wenn Eifersucht sich ihrer bemächtigt — und sie wird es — ist der Popanz im Elysee im Stande, sie zu beschwichtigen?! Geld, Geld! wird das Verlangen sein; und wehe ihm, wenn er nicht mehr zahlen kann! Vermag der zerrüttete Finanzzustand Frankreichs die unvermeidliche Verschwendung auf die Dauer zu ertragen? Woher soll das Geld kommen? Vom Volke? Laßt es ihn wagen die Taxen zu erhöhen! Sozialist, der er war. . . . . ., sprach er nicht immer von Erleichterung und Herabsetzung der Steuern? Die Abschaffung der Octroi's und der Weintaxen ist nur durch ein Mittel möglich — durch die Verringerung der Armee. Die Republik könnte das thun — er kann es nicht. Wird er Anleihen machen wollen? Kapitalisten Englands, werdet Ihr leihen? Sind die Erfahrungen, die Ihr mit Spanien, Portugal und Oesterreich machtet, für Euch verloren gegangen? Ihr könnt nicht solche Idioten sein, um Eure Ersparnisse in den nimmersatten Schlund der Bedürfnisse dieses Gewaltherrschers zu schütten, in der Gewißheit, von dem Frankreich der Zukunft mit Euren Ansprüchen zurückgewiesen zu werden. Wollt Ihr Krieg entzünden? Wozu? Sicherlich — der leiseste Anstoß ist dem, dem Wahrheit und Eid nur leere Worte sind, genug, um ihn zu beginnen. Doch er darf die absolutistischen Militärmächte des Continents nicht angreifen; sie sind *seine natürlichen Verbündeten*, und ihre schrankenlose *Herrschaft ist der Schutz* der seinigen. Die alte *Republik machte Eroberungen* unter der Fahne der Freiheit, und *Napoleon vollendete* unter der Fahne des Despotismus, was unter der ersteren begonnen war. Hätte die moderne Republik ihre Bataillone nach Deutschland geführt, und auf ihre Banner „Befreiung der Völker" geschrieben, — der Ausgang konnte für die Häuser Hohenzollern und Habsburg schrecklich werden. Aber die Janitscharen des Tyrannen können nicht mit dem Rufe: „Freiheit!" ins Feld rücken, ihnen wird nicht nur der Haß der deutschen Bevölkerung, sondern auch die Disciplin der deutschen Soldaten gegenüberstehen!

England ist es, das er fürchtet und mit England muß er Krieg beginnen, wenn er überhaupt Krieg führen will. Aber der Krieg hat seine besonderen Gefahren für ihn. Wenn er mißglückt, so ist L. Napoleon ohne Rettung verloren, und nur die Hülfe Anderer kann ihn glücken machen. Wird irgend ein neuer „Held in Hundert Schlachten" damit zufrieden sein, für ihn zu arbeiten? Warum sollte er es auch? Die Usurpation Napoleons ist eine Schule gründlicher Belehrung für Usurpatoren. Der Krieg mit England zeigt eigenthümliche Klippen. Wenn der Dampf viel für Frankreich gethan hat, — so noch mehr für uns. Amerika wird uns immer näher und näher gerückt, und so traurig es ist, an einen solchen Kampf zu denken, vor dem Verlauf weniger Feldzüge würden die Häfen unserer Feinde blokirt, ihre Handelsmarine heruntergekommen, oder als Prise in britischen Häfen, ihre Flotte versenkt, verbrannt oder gekapert, ihre Seemacht überhaupt nur noch eine Fabel, und ihr Handel vernichtet sein! Und doch ist ein Zusammenstoß wahrscheinlich, vielleicht drohend nahe. Laßt uns auf Gott und unser Recht vertrauen; laßt uns aber nicht unthätig sein! Wir haben es zu thun mit Doppelzüngigkeit, Untreue und Wagbalsigkeit; mit abentheuerlichem Unternehmungsgeist, geheimen Vorbereitungen und einem plötzlichen Schlage. Wer den Frieden liebt, muß auf den Krieg vorbereitet sein, und Hr. Cobden kann uns jetzt nicht die Entwaffnung anempfehlen wollen. Unsere häuslichen Angelegenheiten muß der Kampf in Ordnung finden, daher keine Zänkereien mehr mit unseren Colonien! Ein schnelles Ende den Feldzügen gegen die Kaffern! Concentriren wir die disponiblen Truppen in der Heimath, eine zahlreiche Marine in dem Canal, und in den Häfen, welche den Franzosen am Leichtesten zugänglich sind; weise möge man der öffentlichen Meinung Rechnung tragen, und ein durchgreifendes Zusammenwirken aller Classen erzielen!

Die Menschen sind zu geneigt, die Vergangenheit zu vergessen, und sich von ihren Leidenschaften rathen zu lassen. Karl X fiel, weil er sich in despotischer Regierung versuchte; Louis Philipp, weil er Reformen verweigerte; die gesetzgebende Versammlung, weil sie reactionär war; und L. Napoleon hat seinen Triumph dem von ihm geschwungenen Banner des allgemeinen Stimmrechtes zu verdanken. Wenn dieser Köder selbst hier demokratische Journalisten fangen konnte, dürfen wir dann erstaunt sein, daß französische Arbeiter und Soldaten, angebissen haben? Die Zeit wird sie enttäuschen und die Moral folgen.

Wenn ein Mann existirt, der nicht zu beneiden ist — dieser Mann ist L. Napoleon. Ein sich seiner Missethat bewußter, ein durch die gemeinsten Kunstgriffe glücklicher Verschwörer, muß er, wenn seiner Laufbahn nicht ein schnelles Ende bereitet wird, alle Stadien eines tyrannischen Regenten durchlaufen. Für ihn gibt es keinen Halt, in seinem Systeme kein Element von Beständigkeit oder Fortschritt. Er ist ein hoffnungsloser, entschiedener Anachronismus. Der Präsidentenstuhl oder Kaiserthron steht über einem Krater — der Boden ist vulkanisch unterminirt und bebend — die Stufen sind schlüpferig von Blut — und der dunkle Qualm des giftigen Hasses, der Verschwörung und der Rache zischt rings um ihn her. Jede Partei wird ihr Contingent von Tyrannenmördern stellen: der Mörder lauert ihm in der Straße auf; bei elyseeischen Bällen und Banketten kann ihn das Schicksal des schwedischen Gustav ereilen. Er, der Alle betrogen, muß überall Falschheit zu erblicken wähnen, und ist verurtheilt, Tag und Nacht in Furcht zu leben vor Meutereien, Aufständen und Rachethaten. Das Gewissen kann nicht ganz und gar erstickt sein, und wird ihm zu manchen Zeiten, in schrecklicher Phantasmagorie, die bleichen Leiber der auf den Boulevards Gemordeten vorführen.

Aber wo bleibt dann seine nationale Partei, von der wir so viel hören mußten? Ich sehe keine Spur von ihr; Die Armee ist bestochen, ihre niedrigsten und blutigsten Instinkte sind aufgestachelt. — Die Jesuiten sind durch Handgelder angeworben worden, und dadurch, daß man ihnen Hoffnung gemacht auf den Erwerb geistiger Macht und irdischer Güter. Die Furchtsamen sind eingeschüchtert durch die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft — die Servilen à la Baroche kriechen den Bauch im Staube zu Aemtern und Pensionen — und der verworfene Haufe der Speichellecker und Schmarotzer, welcher die Kraft und das Blut Frankreichs aufsaugt, die Roués, die Spieler und die verzweifelten Abenteurer, jeden Characters und Vermögens baar, drängen sich in den Korridors des Elysee, wenn Napoleon eine Partei im Lande hat, so ist sie unter den socialistischen Arbeitern zu suchen, deren Hoffnungen er rege gemacht und die er begonnen hat, durch Freigebigkeit zu locken. Der Landmann könnte auf seiner Seite sein, wenn nicht eine dreijährige Erfahrung seinen Enthusiasmus abgekühlt, oder ganz verwischt hätte, seine Usurpation mußte gerade auf dem Lande den heftigsten Widerstand erfahren. Er spielt sein altes Spiel, die Legitimisten, wie einige Chefs der Orleanisten, täuschend. Wahrhaftig! Sie müssen närrisch sein, wenn sie seine Tyrannei befestigen helfen.

Wenn dieses Menschen Herrschaft bestimmt ist, auch nur kurze Zeit zu dauern, so wird die Welt Zeuge sein einer so verschiedenartigen Mischung von Despotismus und Demagogie, von Socialismus und Bestechung, daß die Geschichte Aehnliches zu buchen noch niemals gezwungen ward. Die Wahlbestechungen Walpoles, die Theorien der Arbeit von Louis Blanc, der Börsenschwindel während der verderblichsten Tage unter Louis Philipp, die Deportationen des Czaren, die Razzias in Algier — Alles dies wird sich zu einem wunderbar schrecklichen System von Anarchie zusammenballen, welches man nennen wird: „Kaiserliche Regierung!" Sein großes Ziel ist:

das Land zu knebeln und den Handel zu beherrschen, und unter diesem Patent von Ruhe und Ordnung wird Frankreich eine öde militärische Spielhöhle werden, deren „Croupier" Louis Napoleon! Ein Engländer.

München, den 17. Jan. Heute wurde in allen Buchhandlungen zugleich die Fortsetzung der Druckschrift von Eugen Sue: Die Geheimnisse von Paris confiscirt.

Arolsen, den 15. Jan. Die verwittwete Fürstin-Regentin erläßt eine Proclamation, worin sie die Fortdauer der von ihr auszuübenden Regentschaft auf Grund eines von ihrem Sohn ergangenen Schreibens ankündigt. In dem letzteren heißt es: „Ich kann die Verfassung vom 23. Mai 1849 weder anerkennen, noch weniger deren Aufrechterhaltung eidlich angeloben. Ich habe aber den dringenden Wunsch und die beste Hoffnung, die nöthigen Verfassungsänderungen auf einem Wege herbeiführen zu können, der auch die Gewissen derjenigen meiner Unterthanen nicht beschwert, die sich an das Staatsgrundgesetz gebunden halten. Von diesem Wunsche geleitet, habe ich beschlossen, vorerst und bis zu anderer, mir jederzeit frei stehender Entschließung, die Selbstregierung meines Landes noch nicht anzutreten, sondern die zeitige Regentschaft zu dem Zwecke, daß durch sie die nöthige Umgestaltung des Staatsgrundgesetzes herbeigeführt werde, auf unbestimmte Zeit fortbestehen zu lassen." Die Umwandelung der Verfassung wird nunmehr erfolgen.

Frankreich.

Paris, den 16. Jan. Der Chef des Generalstabs der Nationalgarde, Vieyra, hat sich mit dem Ex-Capitän der Nationalgarde, Laury, der ihn durch Zeitungsartikel beleidigt hatte, trotz eines ausdrücklichen ministeriellen Befehles, duellirt und eine nicht ungefährliche Brustwunde davon getragen. — Die Berichte aus den Departements melden fortwährend neue Verhaftungen. In Dijon wurden in der Nacht vom 10. auf den 11. wieder 23 Personen eingezogen. Die Gefängniße in den Provinzialstädten sind überfüllt. In der kleinen Stadt Lodève sitzen allein 100 Personen.

Spanien.

Madrid, den 12. Jan. Der Telegraph bringt die Nachricht, daß in Valencia ein republikanischer Club aufgehoben worden sei. Man hat dort über 100 Personen verhaftet.

Großbritanien.

London, den 16. Jan. Eilf in einem Boote der verbrannten „Amazone" befindliche Personen sind in der Bai von Biscaya von einer holländischen Galeone an Bord genommen worden und gestern in Plymouth gelandet.

Amerika.

Neu-Orleans, den 25. Dec. In der merikanischen Deputirtenkammer ist die Summe von 700,000 Dollars zur Bestreitung der Kriegskosten dem Ministerium mit 71 gegen 6 Stimmen verweigert worden. — In Mazatlan, wo die Cholera heftig wüthete, haus'te vom 27. auf den 28. Oktober ein furchtbarer Sturm, der viele Häuser umwehte, wobei dreiundzwanzig Menschen das Leben verloren, die meisten Schiffe im Hafen beschädigte und das französische Kriegsschiff „Triton" nebst zwei merikanischen Fahrzeugen ganz auf den Strand trieb, welche drei Matrosen verloren. Die ganze Stadt war überflutet. — An den merikanischen Gränzen nehmen die Mordthaten der Indianer in schauderhafter Weise zu, besonders in Durango und Chihuahua. Diese Striche sind völlig unsicher. Allenthalben stößt man auf Leichen von Ermordeten; so fand man noch jüngst in der Ebene zu los Sepulturas, zehn Leguas von Parras, eine Menge scheußlich verstümmelter Leichen.

Neueste Nachrichten.

Freiburg, den 17. Jan. Es ist nun so gut wie abgemacht, die Büste Rotteck's kommt nicht mehr an den Platz, von welchem sie nächtlicher Weile entfernt wurde. Nach dem „Schwäb. Merk." soll die Büste in dem Universitätsgarten aufgestellt werden.

Paris, den 18. Jan. Der schweizerische General Dufour, welcher das eidgenössische Heer gegen den Sonderbund befehligte, hat das Großkreuz der Ehrenlegion erhalten. General Dufour hatte bekanntlich für den Prinzen Louis Napoleon, als dieser seinen Aufenthalt in der Schweiz hatte, eine lebhafte Sympathie bethätigt.

Louis Napoleon wird mit Bitt- und Stellengesuchen wahrhaft bestürmt. Tag für Tag kommen dem Präsidenten der Republik nicht weniger als 8- bis 900 Petitionen zu.

Mehreren der aus Frankreich verbannten Ex-Abgeordneten ist ein Aufschub bewilligt worden, um ihre Angelegenheiten zu ordnen.

Rom, den 10. Jan. Ein gestern vom Minister des Innern und der Polizei an die Delegaten der Provinzen erlassenes Rundschreiben gibt jede Art Faschingsmummerei frei, Gesichtsmasken wie geistliche und militärische Travestirungen ausgenommen.

Miscellen.

* Vor hundert Jahren meinten deutsche Regierungen ohne alles Bedenken, den Leuten auch vorschreiben zu können, was sie, nicht blos in den Kirchen, sondern selbst in ihrem Kämmerlein von Gott erflehen müßten. Hier ein Beispiel. Der Herzog Karl Alexander von Würtemberg, der so viel Unheil über das Land gebracht, war gestorben. Seine vertrautesten Diener wurden nun auf's Grausamste und Schimpflichste verfolgt, (so insbesondere der Jude Süß.) Daneben aber ward durch förmliche Verordnung ein respectuöses Andenken „an des in Gott ruhenden Herrn Vetters Liebden" geboten, und ebenso jede noch so wahre tadelnde Rede gegen die verwittwete Herzogin untersagt. In der Kabinetsordre vom 28. März 1737 heißt es: „Als verordnen Wir hiemit gnädigst, ihr sollet sämmtliche euch untergebene, sowohl geist- als weltlichen Standes ernstlich erinnern, daß sie deßhalb in gebührenden Schranken verbleiben, und von allen widrigen Nachreden und ungleichen Urtheilen, sowohl von weiland des hochseel. Herrn, als auch dero zurückgelassenen Frau Gemahlin, wie nicht weniger dem gesammten Fürstl. Haus gänzlich und bei sonsten zu befahren habender scharpfer Straff und Ahndung sich enthalten, vielmehr aber gegen unsers in Gott ruhenden Herrn Vetters Liebden ein schuldiges respectuöses Andenken erhalten, auch der hinterbliebenen Wittib Liebden und übrige Anverwandtschaft vor Gott segnen über höchst Dieselbige alles Hochfürstliche Wohlergehen in ihrem Gebette eyfrig erbitten" u. s. w.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 17. Jan. Weizen 21 fl. 44 kr., Korn 17 fl. 35 kr., Gerste 15 fl. 11 kr., Haser 6 fl. 2 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[777²] **Anzeige.**

Englische runde Abziehsteine für Lederbereitungen sind zu haben in der Lederhandlung von J. B. Sammet in Mannheim.

[42] **Lotto.**

Zu Regensburg kamen den 17. Januar heraus:

20. 17. 43. 84. 2.

Die nächste Ziehung ist den 27. Jan. zu Nürnberg.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 20 | den 23. Januar 1852.

Deutschland.

*** München,** den 18. Jan. Bei der gestrigen Abstimmung über den Ankauf des Donau-Mainkanals, war die Opposition in der Abgeordnetenkammer weit zahlreicher, als seit langer Zeit: 64 Stimmen gegen 67. Sie würde sogar Majorität gewesen, und der Ankauf verworfen worden sein, wenn nicht drei Mitglieder der „Linken" mit der Regierung gestimmt hätten; nemlich Fürst Wallerstein (der sich allerdings in einer besonderen Lage befand, da unter seinem Ministerium der Kanalbau begonnen ward), Prof. Bayer und Schullehrer Christoph. Diese beiden letzten allein schon hätten einen entgegengesetzten Beschluß herbeiführen können, indem alsdann 66 verwerfende und nur 65 zustimmende vorhanden gewesen wären. Uebrigens muß bemerkt werden, daß die eben genannten Abgeordneten in neuerer Zeit bereits zu wiederholten Malen nicht mit der Opposition votirten, ebenso wie einige andere Mitglieder dieser Fraction. Die übrigen gestern für Verwerfung der Regierungsvorlage stimmenden Abgeordneten bestanden aus einem Theile des kleinen „linken Centrums" (Kirchgeßner, Arnheim, Meuth ꝛc.), der Mehrzahl der Mitglieder des s. g. „Quercentrums" (v. Koch'sche Fraction), und einer Anzahl Angehöriger der entschiedenen Rechten (Ruland, Lasaulx, Sepp ꝛc.) Für das Ministerium stimmte keine Fraction ausnahmslos außer das s. g. „Centrum," (dem die Mehrzahl der Beamten angehört,) welchem sich dann Theile der übrigen Parteien im eben angedeuteten Verhältniße anschloßen.

Morgen beginnt in der Abgeordnetenkammer die Budgetberathung. Vermuthlich wird dieselbe sehr schnell zu Ende gelangen, jedenfalls ehe 14 Tage vergehen, — vielleicht schon in 8 Tagen. Die Reichsräthe werden diesen Gegenstand ebenfalls durchaus nicht aufhalten, und es steht somit zu hoffen, daß der Landtag nicht mehr sehr lange dauern wird. — Bezeichnend ist es, daß kürzlich der Kammerpräsident drohen mußte, denjenigen Mitgliedern, welche so oft ohne Entschuldigung in den Sitzungen fehlten, die Diäten zu sperren. Es könnte für die Freunde des Constitutionalismus gewiß nicht erfreulich sein, wenn der Gedanke weitere Nahrung fände, daß solche Mittel auch nur entfernt nöthig werden könnten, die Versammlung zusammen zu halten. — Mittlerweile empfiehlt die halboffizielle Neue Münchener Ztg. Abschaffung aller Diäten, in der offen ausgesprochenen Absicht, damit zunächst nur Reiche die Stellen als Abgeordnete annehmen könnten. Wir bemerken dabei: die im Jahre 1848 zu Mitgliedern des Fünfzigerausschusses gewählten Männer begaben sich nach Frankfurt ohne die Aussicht auf irgend eine Vergütung; ebenso die Reste der Mitglieder der deutschen constituirenden Nationalversammlung nach Stuttgart. Ob sich aber geeignete Männer finden würden, bereit und im Falle ausschließlich auf ihre Kosten den von vorn herein völlig erfolglosen deutschen Einzelnlandtagen beizuwohnen, möchten wir um so mehr bezweifeln, als ohnedem bei manchen Mitgliedern solcher Landtage in mehr als einem deutschen Lande der Gedanke Raum gewonnen hat, die ganze Opposition solle aus diesen Versammlungen austreten; die Ergebniße würden dann das Volk am besten überzeugen, wie dann sein Wohl gefördert werde. Wir können uns vorerst dieser Ansicht keineswegs anschließen, wol aber scheint sie uns als Zeichen der Zeit bemerkenswerth.

Trotz der nun schon seit einer Reihe von Jahren wiederhergestellten „Ruhe und Ordnung" vernimmt man doch aus allen Theilen Deutschlands fort und fort, und gerade jetzt in gesteigertem Maße, Klagen über Stocken der Geschäfte. Ein Gefühl der Unsicherheit geht durch Alles. Der Schwindel, den man in Frankreich künstlich erregte, und welcher selbst dort bereits sich zu dämpfen begonnen hat, vermochte, mit momentaner Ausnahme der Papierspeculation, eine Wirkung auf Deutschland nicht zu äußern. Die Verhältniße in Frankreich selbst gestalten sich immer düsterer; nicht nur für diesen Staat, sondern auch für unser Nachbarland. Daß Eroberungsgelüste vorhanden sind, kann wol kaum mehr bezweifelt werden. Die amtliche Erklärung des Kriegsministers St. Arnaud, daß die Militärdivision des Elsaßes so bleibe wie bisher, solange die Gränzen nicht eine Aenderung erlitten, — zeigt Deutschland, und zeigt insbesondere unserm Pfälzischen Grenzlande, daß dermalen einflußreiche Personen zu Paris gar nicht anstehen würden, unsere Provinz wieder zum Schauplatz eines Krieges zu machen, um sie nebst andern Gauen von Deutschland nochmals loszureißen. Die Zustände Frankreichs deuten darauf, daß sie kaum von Dauer sein können. Hoffen wir, daß dadurch schon ein verheerender Eroberungskrieg abgewendet werde, der jedenfalls unsägliches Unglück über beide Länder brächte, bei welchem sich übrigens der französische Prätendent in seinen Planen bedeutend verrechnen dürfte.

*** München,** den 19. Jan. (72. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Budgetberathung. Die allgemeine Berathung wird erst am Schluße der ganzen Budgetdiscussion stattfinden. Die Position I., Staatsschuld, kommt ebenfalls erst später zur Verhandlung.

Referent Lerchenfeld. Man müße die nothwendigen Ausgaben bewilligen, ohne sich durch das Resultat, ob neue Steuern erforderlich seien, bestimmen zu lassen.

Wallerstein. Seit einigen Jahren seien die Abgaben um 1½ Millionen erhöht worden, während man dieselben in früherer Zeit um 1,700,000 fl. vermindert hatte.

Kolb. Allerdings sollten die nothwendigen Ausgaben beschlossen werden, allein der Begriff des „Nothwendigen" sei sehr relativ. Thatsache sei, daß man einem Deficit von Millionen gegenüber stehe, zu dessen Deckung sowol der Fortbestand des Lotto, als eine Steuererhöhung in Aussicht gestellt werde. Man habe also allen Grund, jede Ausgabe sehr sorgsam zu prüfen, um wo möglich wenigstens eine Vermehrung der Volkslasten zu verhindern. Bedauert, daß die Rathgeber der Krone nicht den schon früher laut gewordenen Wünschen nachgekommen, um eine Verminderung der Civilliste zu erwirken. Die Kammermajorität gestehe dem Landtage das Recht der Initiative hierin nicht zu; obwol er diese Ansicht nicht theile, wolle er doch die Zeit der Kammer nicht nutzlos in Anspruch nehmen. Beschränkt sich daher, den Abstrich der Position von 80,000 fl. Apanage des Königs Otto zu beantragen. Begründet seinen Antrag unter Bezugnahme auf das „Familienstatut" von 1819, wonach jeder Prinz der „Hoheit" und „Gerichtsbarkeit," sowie der „Aufsicht" des Staatsoberhauptes unterworfen sein müße, was beim Könige Otto nicht möglich, weil er selbst Souverän sei. Sodann könnten, nach dem klaren Wortlaute des Gesetzes über die permanente Civilliste, §. 7, nur die Apanagen für „noch nicht etablirten kgl. Prinzen" von der Staatskasse gefordert werden. Bei der vorigen Verhandlung über diesen Gegenstand habe

der Hr. Ministerpräsident zuletzt das Wort genommen, so daß eine Discussion seiner Gegenbemerkungen nicht möglich gewesen. Diese Einwendungen seien nicht entfernt stichhaltig: 1) die frühern Kammern hätten die Summe bewilligt — dies hindere nicht, heute abzustreichen, da die frühern Genehmigungen nur für abgelaufene Finanzperioden lauteten; 2) nach dem Staatsvertrage Baierns mit den Großmächten von 1832 habe Baiern die Apanage fortzuentrichten; — allein dieser ganze Vertrag sei den Kammern nie zur Genehmigung vorgelegt worden; es verstoße gegen alle constitutionellen Grundsätze, daß die Regierung solche Verträge abschließe, ohne Zustimmung der Repräsentation.

Nach einer Debatte, an welcher sich nur Staatsminister v. d. Pfordten, (der sich wesentlich auf das „deutsche Fürstenrecht" beruft) und Kolb (der dieser Theorie das „positive Staatsrecht" entgegenstellt), betheiligten, wird der Regierungsansatz angenommen, der Kolb'sche Antrag ist somit verworfen, und das Capitel II, Civilliste und Apanagen, mit 2,950,408 fl. genehmigt.

III. Staatsrath. Postulat 93,246 fl. — Crämer beantragt Abstrich, so weit es sich nicht um Pensionen handle; will das Institut des Staatsraths abgeschafft wissen. — Verworfen.

IV. Landtag. Position 60,000 fl. Genehmigt.

V. Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern. Postulat der Regierung 470,001 fl., Vorschlag des Ausschusses 435,321 fl. — Kolb beantragt folgende Abstriche: 1) die Tafelgelder des Ministers mit 9000 fl.; 2) Verminderung der Ausgaben für Gesandtschaften von 303,000 auf 150,000 fl., durch Abschaffung der eigentlichen Gesandten und Ersetzung derselben, wo nöthig, durch blose Geschäftsträger; 3) Abstrich der Ausgabe für den Bundestag (zu dem man nicht selbst das Geld geben müße, nachdem früher Mitglieder der Kammer, die in der Mitte und auf der Rechten säßen, erklärt hätten, man dürfe nicht gleichgültig bleiben bei dessen Wiedererstehen); 4) Abstrich der Ausgabe für Orden, mit 5140 fl.

Arnheim beantragt für Gesandtschaften 167,314 fl. (statt der 150,000 von Kolb).

Wallerstein, in allgemeinen Bemerkungen für eine Verminderung der Gesandtschaftskosten, weil er eine siegreiche Vertretung des Constitutionalismus von der Diplomatie nicht erwarte.

v. d. Pfordten. Die Anträge von Kolb und Arnheim seien mit dem monarchischen Principe durchaus nicht vereinbar. Er unterstelle den Antragstellern nicht eine deßfallsige Absicht, allein wo die Revolution aufgetaucht, habe sie die beiden Säulen des monarchischen Princips: Diplomatie und Armee, angegriffen. Die Beispiele für blose Geschäftsträger habe man auch aus republikanischen Staaten hergeholt. Die Regierung würde solchen Beschränkungen nie und nimmer mehr ihre Zustimmung geben. Lieber möge man gar nichts für Gesandtschaften bewilligen. Die Kammer möge diese Position vom politischen Standpunkt aus betrachten.

Crämer. Beleuchtet in schneidender Weise die Aeußerungen des Ministerpräsidenten. (Wir werden auf diesen Vortrag zurückkommen.)

Kolb. Er nehme gerade noch den Standpunkt ein, welchen der Hr. Ministerpräsident vor 3 Jahren selbst eingenommen habe, indem er gesagt, man müsse vom aristokratischen zum demokratischen Systeme übergehen. Er habe wegen der Geschäftsträger allerdings Beispiele von Republiken (Schweiz) angeführt, außerdem aber auch von Friedrich II. von Toskana und von England. Wenn der Hr. Ministerpräsident lieber gar keine Bewilligung wolle, so sei Redner um so mehr damit einverstanden, als er überzeugt sei, es werde wirklich auch dahin kommen, daß man selbst die „Geschäftsträger" abschaffe, und es werde sich zeigen, ob auf diesem oder jenem Wege mehr Stürme vermieden würden. Der Grundsatz: die Regierung werde einer Verminderung nie und nimmer ihre Zustimmung geben, dürfe, als das Bewilligungsrecht der Kammer antastend, nicht geduldet werden. Wenn man aber an den „politischen Standpunkt" erinnere, so sage er, die Kammer habe sich so sorgsam gehütet, das Roß der hohen Politik zu besteigen, sie möge dem Volke nur beweisen, daß sie wenigstens seine materiellen Lasten nicht leichthin vermehren wolle.

Pfordten. Beruft sich darauf, daß er den Standpunkt des Abg. Kolb nie eingenommen habe. Die betr. Aeußerung habe er in der 1. sächsischen Kammer mit einem Beisatze gemacht, dahin gehend, wenn die Democratie ihre Aufgabe löse. — Gegen Wallerstein. Was Baiern für sich allein thun könne, geschehe in constitutioneller Richtung; die allgemeinen Verhältniße könnte jezt auch der größte Staat nicht ändern. Jeder, der sein Vaterland liebe, müße dermalen am Bundestage festhalten.

Lerchenfeld (Referent). Vertheidigt den Ausschußantrag gegen die ministeriellen Ausstellungen (nach denen gar keine Reduction stattfinden solle). Er könne nicht beistimmen, daß die Diplomatie und Armee in dieser Weise die einzigen Säulen der Monarchie seien; beide erschienen als ein Bedürfniß der Civilisation, in der Republik ebenso wie in der Monarchie; die Diplomatie sei sogar republikanischen (venezianischen) Ursprungs. Gegen den diplomatischen Luxus, der den Leuten Sand in die Augen streue. —

Es entsteht nun nochmals eine Verhandlung zwischen von der Pfordten und Lerchenfeld.

Das Resultat ist Annahme des Ausschußantrags, sonach Verwerfung der Vorschläge von Kolb und Arnheim.

VI. Justiz. Das Regierungspostulat ist 1,499,784 fl., der Ausschußantrag 1,474,596 fl. — Es entsteht eine längere Berathung, theils Vermehrungen, theils Verminderungen beim Oberappellhofe und der Staatsanwaltschaft bezielend. Weis namentlich unterstüzt einen Theil der Regierungsforderung, Vermehrung des Oberappellationsgerichtspersonals, besonders aus dem Grunde, daß nicht blos, wie jezt, nur ein pfälzischer Richter an diesem Cassationshofe vorhanden sei. Das Ergebniß ist Verwerfung des Regierungs- und jedes andern Antrags mit einer Ausnahme, — Annahme des Ausschußvorschlags unter weiterer Verminderung von 2500 fl.

Beim Schlusse der Discussion wird noch von Seiten Wallersteins gegen eine Aeußerung vom Ministertische Verwahrung eingelegt, nemlich gegen die Aufstellung, daß das „Grundlagengesetz" noch nicht zur gesetzlichen Geltung gelangt sei. Minister Ringelmann erhebt gegen diese Verwahrung seinerseits Verwahrung.

*** München.** Wir haben seiner Zeit über die Verhandlungen in der Abgeordnetenkammer in Betreff des Districts- und des Landrathsgesetzes im Allgemeinen berichtet. Bei der bedeutenden Einwirkung, welche diese Gesetze auf manche Verhältniße des Landes hervorbringen werden, halten wir es geeignet, einige der darüber gehaltenen Vorträge vollständig mitzutheilen. Einen wörtlichen Abdruck der Gesetze werden wir gleichfalls liefern, wenn dieselben auch von der Reichsrathskammer angenommen sein und somit ihre definitive Fassung erhalten haben werden.

Die Rede des Hrn. Heine lautete: Meine Herren! ich werde gegen dieses Gesetz sein und zwar aus Gründen, welche ich Ihnen in einer gedrängten Uebersicht vorzutragen die Ehre habe.

„Erkenne dich selbst," heißt jene schwere Aufgabe an den einzelnen Menschen, mit welcher dieser sein Leben lang sehr gewöhnlich nicht fertig zu werden pflegt. Eine Erkenntniß seiner selbst kann nicht gedacht werden ohne Erkenntniß seiner Umgebung, und an einen Gesetzgeber darf man also wol die Anforderungen stellen: erkenne dein Volk, deine Umgebung, erkenne dich im Verhältniß zu dieser deiner Umgebung. In diesem Erkenntniße liegt aber schon dem logischen Begriffe nach die Voraussicht des Eindruckes und der Wirkungsreihe seiner Gesetze mit eingeschlossen. Wenn man auf Deutschland blickt, was es

seit 1 oder 2 Jahren zu erleben hatte, wenn man sieht, wie Staatsmänner, wo sie Verfassungen zu octroyiren hatten, und die völlige äußere Macht dazu besaßen und übten, und diese ihre octroyirten Verfassungen selbst wieder nach Zwischenräumen von Monaten theilweise entweder völlig zurücknahmen, oder wenigstens wesentliche Bestandtheile herausnehmen mußten, meine Herren, dann hat man eine Ursache an jener Fülle von politischer Erkenntniß in ihnen zu zweifeln, welche ich für das positivste Bedürfniß eines Gesetzgebers halte. Gesetze sind etwas Organisches, sie sind eine organisch-sittliche und geistige Nahrung für das Volk, nicht blos ein todtes Material, und wenn sie Nahrung sind, so ist nothwendiger Weise auch ihr Verhältniß zu der Kreatur, für welche sie passen sollen, und nach Zeit und Oertlichkeit hinsichtlich der vorgefundenen Assimilationskraft und der Nachweisung ein verschiedenes. Dieses Bewußtsein zu der Gesetzgebung scheint in dem jetzigen Gesetzeszeitalter, Epoche der Gesetzgebung wollen wir es nicht nennen, denn diesen Namen verdient es im Entferntesten nicht, gänzlich in Vergessenheit gekommen zu sein.

Die Gesetze werden heute mehr nach Art der Orgelpfeifen gemacht, Pfeifen und Register herausgenommen und verändert, neue von irgend woher und aus allerlei Stoffen eingesetzt über Nacht, und man rühmt sich sogar, wie viele solche Orgelpfeifen man gemacht habe. Die Orgelpfeifen haben aber selbst für den Nichtkenner bei ihrer verfehlten Composition vor dem Gesetze voraus, daß ihr Mangel an Concordanz, sobald sie nur angespielt werden, Jedem alsbald kreischend auffällt; bei den Gesetzen dagegen rächt sich ihr Mangel an Concordanz erst in späterer Zeit, aber unausbleiblich.

Diese Wahrnehmungen bestimmen mich, gegen jedes neue organisch-politische Gesetz mit der strengsten Critik auf der Hut zu sein, und ein solches ist das Districtsrathsgesetz in specie von so weitgreifendem Einfluße, daß bei seiner Prüfung alle Vorsicht, alle geistigen Kräfte des Volkes und seiner Rathgeber verwendet werden sollen; es ist bei weitem wichtiger als alle neuen Rechtsgesetze; es ist auf die unmittelbare Theilnahme aller Einzelnen im ganzen Lande berechnet, es soll das Gemeindeleben in einen neuen zweckmäßigen Brennpunkt sammeln, und einem solch concentrirenden Institute gegenüber hat man mit dem Hrn. Referenten gut sagen: es sei kein politisches Gesetz, es sei nur ein administratives. Sonderbare Trennung in dieser Fiction! als wenn eine verschrobene Administration nicht auch eine verschrobene Politik machen müßte. Gestatten Sie mir, Ihnen kurz und summarisch zu sagen, was ich an dem Regierungsentwurf und an dem begleitenden Ausschußgutachten, welches nur in Wenigem von dem Regierungsentwurfe abweicht, Nützliches, Anerkennungswerthes finde, was ich daran vermisse und besonders was ich daran geradezu verwerfe.

Meiner Ansicht nach kann man bei einem Gesetze zu einer collectiven Gemeindeorganisation das bereits wirklich vorhandene Gemeindeleben in seinem Geiste und seiner jetzigen Thätigkeit äußerst wenig mit in Rechnung bringen, unser Gemeindeleben ist erst zu wecken, und nicht von vorneherein als frisch und fertig anzuerkennen, was, wie alle Voraussetzung ganz leicht ist, aber durch die täglichen Erfahrungen, namentlich auf dem Lande Lügen gestraft wird. Die Regierung bewegt sich diesen Umständen gemäß vollkommen in den Schranken der Mäßigkeit; ich glaube aus den bezüglichen Sätzen mit ihr zu fühlen, daß es auch ihr vorerst mehr auf das Wecken, als auf die Anerkennung eines Vollen und Fertigen ankommt. Ich erkenne ferner das Streben der Regierung an, indem sie den größeren Grundbesitz bei der Vertretung besonders hervorhob, demselben hinsichtlich der Steuerlast und seiner politischen Bedeutung gerecht zu sein. Doch hat man factisch diesen Gerechtigkeitsact wieder dadurch geschwächt, daß man den größten oder bedeutendsten Grundbesitz durch sein Zusammenwerfen mit den übrigen 50 Höchstbesteuerten, also mit einer schon der Quantität des Besitzes nach höchst ungleichen Scala, von der Wahl abhängig und so häufig ausfallen machte.

Ich vermisse in dem Entwurfe, daß die Regierung nicht unbefangen herausgetreten ist, den geistlichen Stand auch in dem Districtsrathe sinnlich zu repräsentiren.

Der geistliche Stand ist nicht blos für Kirchen- und Schulwesen, er ist auch für Armen- und Stiftungswesen kompetent und entscheidend. Es handelt sich in dem Districtsrath überdies darum, soviel wie möglich Intelligenz und Umsicht zu sammeln, und daran ist wahrlich in dem Umkreise und in den Bewohnern unserer bäuerlichen Gemeinden kein Ueberfluß. Oder handelt es sich überhaupt hier nicht im Wesentlichsten darum, der leeren oder rohen Bureaucratie, von welcher so vielfach in diesem Saale die Sprache war und ist, wo sie sich in der äußern Verwaltung vorfindet, eine Schranke entgegen zu setzen, eine würdige Controle zu geben, und zwar aus den Kräften und Stoffen des Volkes selbst, ohne die Centralisation zu lähmen, welcher die heutigen Staaten so wesentlich bedürfen? Was hat man aber dazu gethan? Man konnte keinen besseren Ausweg finden, als daß man den örtlichen Beamten, ich möchte sagen, über das neue Gemeindenest setzte, um seine Jungen auszubrüten.

M. H.! Als Arzt weiß ich, daß jede Entwickelung des Keims des Eies des Säuglings einer höheren Wärme bedarf, und Sie legen zur Beförderung der Brutwärme einen kalten Körper über ein so schwaches, der Mutterwärme und Mutternahrung so sehr bedürftiges Geschöpf. Ich weiß, daß ich um diesen Ausspruch verdammt werde, ich habe mir schon so oft das Mißfallen dieser Kammer dadurch zugezogen. Aber wenn Sie alle ihre Klagen vergleichen, von denen die Blätter der Presse wiedertönen, so bin ich am Ende doch nur ein Recapitulant dieser Klagen, aber ich denke, einer von denen, welche die Gebrechen, dieser beamtlichen Einseitigkeit ohne Anregung von außen klar und tief erkennen. Was haben Sie also geschaffen? Eine Körperschaft, wie es der Ausschuß nennt, eine Körperschaft ohne eigenes Gehirn, eine Körperschaft ohne eigenes Herz mit einem angenähten fremden Herzen, welches durch eine höhere galvanische Beamtensäule electrisirt werden soll, und dann rufen Sie: das Wunder, es pulsirt! lassen Sie es nur eine Weile pulsiren, wie ein ausgerissenes Froschherz in den ärztlichen Experimenten, es wird bald auspulsirt haben.

M. H.! Wenn Sie Gesetze in dieser gesetzfertigen Zeit geben, geben Sie volle Gesetze, geben Sie Gesetze, welche, wenn sie nicht volle Freiheit gewähren — denn diese glaube ich nicht, daß man den Gemeinden im jetzigen Zustand gewähren kann — wenigstens Entwickelungsfähigkeit in sich haben, den Gemeinden eine Entwickelungskraft für die Zukunft sichern.

Nur Entwickelungsfähigkeit verlange ich in meinen bescheidenen Wünschen für neue Institute in unserer kranken Zeit; aber mit solchen, ich möchte sagen, mit solchen koquettirenden Gesetzen, weg von hier! Seien Sie offen und redlich, sagen Sie: Volk, du darfst nicht hineinreden! das ist ein Gedanke, und ist ein männlicher Ausspruch, aber Melange, auf constitutioneller Scheinheiligkeit neben policeilichen Dingen, welche man dann wieder nicht entbehren kann, dieses bekommt meine Zustimmung nie und nimmermehr.

Ich betrachte dieses Gesetz, oder vielmehr was es hätte bieten können, noch unter einem höhern politischen Gesichtspunkte. Es könnte in dem Gesetze, wenn man den Muth gehabt hätte, auf das ständische Wesen, auf das ächt ständische Wesen zurückzukommen, den verschiedenen Klassen ihren örtlichen und politischen Einfluß zu belassen, welchen sie der Natur der Sache nach, und historisch haben, oder wenn geschwächt, leicht wieder gewinnen können, statt daß man sie um denselben kleinlich beneidet, der Popularität zu Liebe die Augen zudrückt und sagt, er besteht nicht, weil man ihn nicht sehen und nicht schützen mag, ich sage es könnte darin ein würdiges, großartiges Versöhnungsmittel der Volksklassen liegen; so aber gibt es weiter nichts, als eine Vermehrung

politischer Wühlereien, und dient nur zum Aufdecken beamtlicher Unzulänglichkeiten, zu einem unversiegbaren Stoffe für unsere chikanöse, denunziationssüchtige, bösartige Winkelpresse. Diese Wirkung wird ihm nicht fehlen, so wenig als im Allgemeinen die unselige, daß ein neues Mittel zur Erkenntniß aller ärztlichen Gebrechen zur Einsicht in neue Bedürfnisse gegeben wird, ohne die Mittel gleichzeitig und gleichmäßig zu eröffnen, solche zu heilen oder zu befriedigen.

Sie werden die noch schlummernden Augen erwecken, indem sie ihnen die Augenlieder aufreißen, um sie eine neue staatliche Verwirrung sehen zu lassen.

In einem spätern Vortrage bemerkt Hr. Heine weiter: Wir berathen hier eine neue Collektivvertretung des Gemeindelebens. Ich sage, eines Gemeindekörpers für sich, welcher, obwohl im ununterbrochenen Zusammenhang, mit der Staats- und Ortsregierung, also mit der Centralisation, dennoch ein eigenes Leben in Berathen und Wollen führen soll. Wofür diese lange Reihe von Gesetzartikeln, wenn nicht zur Weckung und Regulirung eines regeren und kräftigeren Gemeindegeistes, welcher sich von der ländlichen Einzelgemeinde nimmermehr in dieser Fülle erwarten läßt, aber als ein neues Bedürfniß bei uns erachtet, und dessen gesetzliche Garantie von den freiesten Völkern als die Perle ihrer Institution betrachtet wird. Wenn man von einem individuellen Körper spricht, so ist nothwendig, daß man ihn unterschiedlich von einem zweiten Körper grenzt. Letzterer ist im Verhältnisse zu dem Gemeindekörper die staatliche Beamtenwelt, heiße sie, wie sie will. So viel wird dann noch erlaubt sein, zu sagen, daß der Beamte oft unter andern Gesichtskreisen handelt und handeln muß, als es oft die Gemeinde wünscht und ihren lokalen Interessen dienlich oder zuträglich erachtet. Gibt es nicht verschiedene Ansichten in einem Volke und einer Gesellschaft? Ist es ein Verdammungsurtheil, wenn 15,000 Seelen, mit ihren Oertlichkeiten vollkommen vertraut, in manchen Verwaltungsangelegenheiten etwa anders denken und fühlen, als zufällig ihr Beamter? Meine Herren! sie bezahlen nicht allein ihre Beamten, sondern überdieß ihre Verwaltungsfeder, und die Beamten sind jedenfalls die *pars minor*, wenn von der gemeinschaftlichen Behandlung von Gemeindedingen die Rede ist.

Die Frage ist einfach; fühlt man das Bedürfniß eines Gemeindelebens und die Wichtigkeit seiner freiwilligen Beiträge zur Administration oder nicht? Erstern Falls werden auch andere Gedanken und Kenntnisse in dieser Gemeinde erlaubt sein, als der gegenwärtige Beamte gerade besitzt. Das, meine ich, sei so natürlich, als daß zwei Individuen miteinander leben, und demselben großen und würdigen Ziele auf verschiedenen Wegen zustreben.

München, den 17. Jan. Der Rekurs der Herren Riese und Fries wurde von der Regierung von Oberbayern abweisend beschieden. Die Betheiligten haben sich nunmehr an die letzte Instanz gewendet. Concipient Mayerhofer ist auf freien Fuß gesetzt. (B. E.)

— den 19. Jan. Rechtsconcipient Mayerhofer ist der polizeilichen Haft gestern Mittag entlassen worden; allein schon am Abend wurde er neuerdings verhaftet, und zwar diesmal auf Befehl des hiesigen königl. Kreis- und Stadtgerichts, das gegen Mayerhofer eine Untersuchung wegen Versuchs zum Hochverrath eingeleitet hat. Gegen den seit einiger Zeit verhafteten Commis Bogner von hier soll eine Untersuchung gleichen Betreffs eingeleitet worden sein. (Allgem. Ztg.)

Würzburg, den 16. Jan. Bürgermeister Schultes von Schweinfurt, der als früherer Rechtsrath in dieser Stadt auf dem Markte Viktualienvisitation hielt und dem bei dieser Gelegenheit ein geladenes Pistol aus der innern Rocktasche fiel, durch dessen Entladung ein Knabe getödtet wurde, ist gestern vom hiesigen Kreis- und Stadtgerichte in öffentlicher Verhandlung von der Anschuldigung fahrlässiger Tödtung freigesprochen worden.

Wien, den 16. Jan. Zahlreiche Beförderungen sind im Stabe der hohen Generalität erfolgt.

Belgien.

Brüssel, den 18. Jan. Die Exrepräsentanten E. de Girardin, P. Duprat, A. Thouret, Esquiros, Noel Parfait, Charrassin &c. sind hier eingetroffen. Baze soll unsere Regierung ersucht haben, ihn in die Liste der Advocaten zu Lüttich eintragen zu lassen.

Frankreich.

Paris, den 16. Jan. Die Constitution hat weder in den höhern noch in den Volksclassen Beifall gefunden, geschweige Begeisterung erregt.

Die befremdende Abwesenheit der Vertreter aller großen Mächte bei der Gedächtnißfeier zu Ehren des Marschalls Soult, die L. N. Bonaparte mit einer gewissen Ostentation angeordnet hatte, ist im Elysée nicht unbemerkt geblieben, und dort sehr übel aufgenommen worden.

Hr. Turgot hatte in den jüngsten Tagen mit den meisten Gesandten der auswärtigen Mächte Conferenzen. Das beste Einverständniß scheint zwischen unserer Regierung und den Cabinetten sämmtlicher Großmächte zu herrschen. Ueber die italienischen Angelegenheiten und namentlich die Besatzungsverhältniße im Kirchenstaat finden ein lebhafter Notenwechsel zwischen hier, Wien und Rom statt. Die Forderungen für die spanische Kriegsschuld haben von Madrid eine Antwort bewirkt. Das spanische Cabinet erbietet sich dieselben in jährlichen Raten von je 3 Mill. abtragen zu wollen, verlangt aber, daß man ihm die Zinsen erlasse. Es ist wahrscheinlich, daß unsere Regierung ein neues Anlehen von 200 Mill. abschließt, und zwar auf Grundlage eines Zinses von 4 Proc. (Allg. Ztg.)

— den 18. Jan. Bekanntlich verweist ein Decret vom 31. Dec. 1851 diejenigen, welche den Präsidenten der Republik beleidigen, vor das Zuchtpolizeigericht. Gestern hat dasselbe 2 Personen, die eine zu 3 Monaten Gefängniß und 100 Franken Geldstrafe, die zweite zu 8 Monaten Gefängniß und der nemlichen Geldstrafe, wegen Beleidigung des Präsidenten durch Schimpfworte, verurtheilt.

Die Journale, die gewöhnlich von der Regierung ihre Eingebungen zu empfangen pflegen, sind voll von Friedensmanifesten, um die Besorgniß der Engländer vor einer Fasion von Frankreich aus nach Möglichkeit zu beruhigen.

— den 20. Jan. Der „Moniteur" veröffentlicht ein auf die Wahlen bezügliches Circular des Ministers des Innern; es wird darin auseinandergesetzt, daß die Bestimmung der Verfassung, welche den Journalen die Veröffentlichung eigener Berichte über die Kammersitzungen verbiete, zum Zwecke habe, theatralische Schilderungen zu beseitigen und eine mehr ernste, praktischen Nutzen gewährende Kenntnißnahme von den Verhandlungen der gesetzgebenden Versammlung zu bewirken; das Circular erklärt die Beamten für nicht wählbar und verbietet die Bildung von Wahlcomites; die Präfecte sollen Männer, welche des Vertrauens der Wähler würdig seien, bezeichnen; die Regierung werde nicht anstehen, solche dem Lande offen anzuempfehlen. (!)

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[794] **Literarische Anzeige.**

Soeben wurde ausgegeben, die erste Nummer vom
Protestantischen Kirchenblatte
für die Pfalz für 1852.

Dasselbe erscheint alle 14 Tage; als Beilage dazu das **„Sonntagsblatt für Beförderung vernünftigen Glaubens und Lebens"** alle 8 Tage. Das **Sonntagsblatt**, von welchem der heutigen Zeitung die erste Nummer als Probeblatt beiliegt, kann auch allein zu nur 48 kr. jährlich bezogen werden. — Bestellungen darauf übernehmen alle Buchhandlungen und Postämter.

Landau, den 18. Januar 1852.

Ed. Kaußler's Buchhandlung.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 21 | den 24. Januar 1852.

Deutschland.

* **München**, den 20. Jan. (73. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Ehe wir zur Mittheilung des Berichtes über diese Verhandlung übergehen, haben wir Nachstehendes vorauszusenden. Nach den Anträgen des Finanzausschußes stellt sich das Budget folgendermaßen:

Ausgaben . . . . 37'180,629 fl.
Einnahmen . . . 34'751,815 „
Deficit . . . . . 2'428,814 „

Nach den Erklärungen des Referenten ist in den letzten Tagen noch ein Nachtrag zum Ausgabebudget vom Ministerium vorgelegt worden, eine weitere Ausgabenvermehrung von ungefähr 150,000 fl. jährlich für Bauten bezweckend. — Ministerpräsident v. d. Pfordten bemerkte, dieser Nachtrag sei zunächst durch die Verheerungen der Ueberschwemmungen veranlaßt worden, worauf Referent v. Lerchenfeld jedoch entgegnet, daß die Ausgaben im Gegentheile meistens Hochbauten beträfen.

In der heutigen Sitzung Fortsetzung der Berathung. Position Staatsministerium des Innern. Regierung und Ausschuß verlangen 1'021,228 fl. Kolb beantragt Abstrich von 8000 fl., Repräsentationsgelder der Regierungspräsidenten. Er bemerkt: die gestrigen Abstimmungen hätten ihm gezeigt, daß die Majorität in das System der Ersparungen nicht eingehen wolle, dessen Annahme er zur Vermeidung weiterer Lasten des Volks nothwendig erachte. Er werde deßhalb nur wo besondere Umstände obwalteten, Anträge stellen. Hier thue er es, weil die Kammer bei der vorigen Berathung beschlossen habe: „Die Auszahlung s. g. Repräsentationsgelder an Regierungspräsidenten ist inskünftige einzustellen.“ Er wolle veranlassen, daß die Kammer sich ausspreche, ob sie ihrem frühern Beschluße Folge geben wolle oder nicht.

Wallerstein hebt hervor, daß, was früher ein Ministerium (das des Innern) besorgt, nun durch nicht weniger als 3 Ministerien vertreten werde. Es sei nothwendig, zum Systeme des Selfgovernements überzugehen, sonst werde man nicht Beamte genug anstellen können. — Greift die Policeidirection München an, und die Ausgabe für dieselbe.

Referent Lerchenfeld. Ist ebenfalls gegen die Repräsentationsgelder, allein jetzt sehe er keine Möglichkeit ein, den Abstrich durchzuführen, ohne eine Unbilligkeit zu begehen, obschon eine gesetzliche Verpflichtung streng genommen nicht vorliege. Wünscht dagegen ein neues Besoldungsregulativ mit 6000 fl. als höchster Besoldung.

Minister Zwehl. Er weise den Angriff Wallersteins auf die Policeidirection München zurück.

Der Regierungsansatz wird (mit geringer Majorität) angenommen, der Kolb'sche Antrag ist sonach verworfen.

Landgerichte. Regierung und Ausschuß verlangen 1,550,554 fl. Ohne Anträge zu stellen, sprechen über den kläglichen Zustand der jetzigen Einrichtung Wallerstein, Hirschberger und Lerchenfeld (der Letzte nachträglich die Rechnungskommissäre der Kammer des Innern dem Ministerium empfehlend.) — Minister Zwehl: Der Zustand des Landgerichtswesens müsse allerdings geändert werden, auf welche Weise, lasse sich aber nur nach Erledigung der betr. Gesetze bestimmen. Für die Rechnungscommissäre soll nach Abschluß des Budgets gesorgt werden. — Die Position wird genehmigt. — Ebenso die weitere, für Gesundheit, 210,144 fl.

Position Wohlthätigkeit. 202,271 fl. Der Ausschuß beantragt nachträglich 2000 fl. jährlich für den ärztlichen Pensionsverein. Es sprechen Hopf (für einen Beitrag von 10,000 fl. in 4 Jahren zu jenem Pensionsverein), und Voos (für einen Beitrag von 2000 fl. zur Kreisirrenanstalt in Irrse in Schwaben). Das letzte Beispiel findet Nachahmung: auch für die Irrenhäuser in der Oberpfalz und in Mittelfranken rc. werden nun ähnliche Anträge gestellt. Kolb erklärt, er stelle einen Antrag für die Pfalz nur aus dem Grunde nicht, weil er hoffe, daß alle diese Anträge verworfen würden. (Heiterkeit.) — Thinnes in ähnlichem Sinne. Ebenso Lang.

Heine, über die ärztlichen Verhältniße. Es sei eine Uebervölkerung des Landes an Aerzten vorhanden; es existirten deren bereits 1350, und 400 seien noch auf den Universitäten. Tadelt die Steuer von 300 fl., die jeder für den Doctortitel entrichten müße, für den Lorbeerkranz, der weniger werth sei als ein Kranz von Wachholderblättern (Heiterkeit). Hebt die Superiorität der Naturforschung hervor.

Es sprechen für den Ausschußvorschlag (2000 fl.) Steinsdorf, Wolfsteiner und Ruland, letzterer auch gegen Heines Angriffe auf die Universitäten resp. die Promotionen; dem Unfuge sei, wenn er nicht irre, durch Aufhebung des gezwungenen Doctorats bereits abgeholfen. — Heine vertheidigt seine Behauptungen, unter vieler Heiterkeit; wenn man beim Doctorexamen nicht zu streng sei, bekomme man Geld, bei Strenge dagegen wenig Geld. Da kämen die Viehärzte und man werde sogar noch „College“ genannt. — Minister Ringelmann. Ueberfüllung komme auch in andern Ständen vor; im letzten Jahre hätten zu München 400 Juristen ihr Schlußexamen gemacht. Die meisten Gutachten fielen gegen Aufhebung des ärztlichen Doctorats aus. — Rubner ist für Hopfs Vorschlag. Wallerstein wünscht Zuweisen der Doctoratskosten an den ärztlichen Verein.

Referent Lerchenfeld gegen den Antrag v. Voos wegen Unterstützung der Irrenanstalt in Schwaben. Die Staatsneubauten, welche dabei so viel gekostet, hätten meistens das Loos, daß mit den größtmöglichsten Mitteln der kleinstmögliche Nutzen erzielt werde. — Ministerialcommissär Schubert. Für Unterstützung des ärztlichen Vereins, aber gegen die der Schwäbischen Irrenanstalt.

Bei der Abstimmung wird das Postulat angenommen; ebenso der Ausschußantrag (2000 fl.) für den ärztlichen Verein, wogegen die übrigen Anträge verworfen werden.

Position Sicherheit, 797,531 fl. Genehmigt.

Position Regierungspresse. Postulat der Regierung 20,000 fl. Der Ausschuß beantragt Abstrich; die Regierung könnte nöthigenfalls eine kleinere Summe aus dem Reichsreservefond verwenden.

Rubner. Er müße dieser letzten Aeußerung entgegentreten. Die Regierung habe allerdings eine Presse nothwendiger als jedermann, allein wer dieselbe lese, solle sie auch bezahlen.

Da gleichzeitig die Position: „Besondere Leistungen des Aerars an die Gemeinden“ zur Berathung ausgesetzt ist, wofür die Regierung 118,847 fl. postulirt, bekämpft Ministerialcommissär Wanner den vom Ausschuß beantragten Abstrich von 20,000 fl. für „Verpflegung und Transport verbündeter Truppen in Friedenszeit;“ die Ausgabe rühre zunächst von dem Wechsel der österreich. Garnison in Mainz her.

Wallerstein. Berührt die noch ausstehenden Einquartierungsgelder. — Ministerialcommissär Wanner

erklärt, daß Anordnungen getroffen seien, alle Kosten ins künftige stets sogleich zu bezahlen. — Römmich. Bedauert, daß in der Pfalz noch keine Vergütungen geleistet seien. — Kolb. Es seien sogar vom Jahre 1848 noch Einquartierungsentschädigungen rückständig. — Arnheim erwähnt das Verhältniß von Oberfranken; schließt sich zugleich Rubners Bemerkungen über die Regierungspresse an, um so mehr, als die Presse überhaupt nicht frei sei. — Wanner. Er habe nicht die Einquartierung inländischer, sondern nur die österreichischer Truppen gemeint. — Binder. Das wohlthätige Einquartierungsgesetz sei, wie so manches andere Gesetz, durch den Vollzug verdorben; auch in Unterfranken seien Einquartierungsgelder noch ausstehend. — Gschwender. In Schwaben seien dieselben bezahlt. — Referent Lerchenfeld vertheidigt den Ausschußantrag (Abstrich von 20,000 fl.) — Wanner dagegen. —

v. d. Pfordten. Die Regierung müße das Recht haben, gewisse Summen auf die Regierungspresse zu verwenden; auch der Ausschuß habe dies anerkannt, sei somit im Princip einverstanden und weiche nur in der Form ab. Man sage freilich, die Conservativen sollten ihre Blätter selbst erhalten. Es sei aber bekannt, daß das Publicum den Scandal, das Pikante lieber lese. In jeder Lesegesellschaft könne man sich überzeugen, daß selbst conservative Leute nach der Presse der andern Richtung weit mehr griffen (ironisches Lachen), man höre da: was in den conservativen Blättern stehe, wüßten sie schon. *) In den verschiedenen Zeiten Versuche gemacht worden, immer mit dem gleichen Erfolge; so lange die Regierung einen Geldzuschuß gegeben, habe die conservative Presse bestanden, so bald dieser aufgehört, nicht mehr. (Heiterkeit links.) Jedenfalls werde die Regierung die Ausgabe machen, auf diese oder jene Position.

Nach den Ausschußanträgen werden die Summen für die Regierungspresse und 20,000 fl. für österr. Truppenverpflegung verworfen, das Postulat im Uebrigen angenommen.

*** München.** Rede des Abg. Kolb über das Districtsrathegesetz.

Das Bedürfniß einer neuen Gesetzgebung in der vorliegenden Materie ist von allen Seiten anerkannt worden; auch ich theile die Ueberzeugung von diesem Bedürfniße. Die Frage ist nur, ob diesem Bedürfniße Genüge geschieht durch die vorliegenden Gesetze.

So gerne ich einer Gesetzgebung zustimmen würde, welche die vorliegende Materie regelte, so kann ich es doch nicht, wenn die Gesetze in der Weise angenommen werden, wie sie vorliegen, auch mit den Anträgen des Ausschusses. Ich schließe mich in dieser Beziehung im Wesentlichen dem an, was Hr. Abg. Crämer bemerkt hat, und habe nur noch einige Puncte zu berühren, welche bisher noch nicht zur Rede gebracht wurden.

Vor Allem aber erlaube ich mir ein Bedenken zu äußern über die Begränzung der Districtsbezirke an sich. Die Districtsbezirke (diesseits Landgerichtsbezirke, in der Pfalz Kantone), haben sich nach meiner Wahrnehmung nicht naturgemäß aus sich selbst herausgebildet, durch Gemeinsamkeit der Interessen der betreffenden Gemeinden, sondern sie wurden gebildet aus administrativen Rücksichten, aus Rücksichten darauf, in welcher Weise die Policei ihre Aufträge am leichtesten zu vollziehen habe.

Nun, m. H., fassen Sie den Umstand ins Auge; er führt zu einem, wie mir scheint, nicht unwesentlichen Resultate. Die Gemeinsamkeit der Interessen in diesen Gemeinden fehlt; dessenungeachtet soll eine Solidarität geschaffen werden. Fragen Sie sich, was wird das wesentlichste Moment in diesem Districtswesen sein? Unzweifelhaft die Aufbringung der Mittel für die Unterhaltung der Straßen. Nun aber werden Sie Districte haben, in denen viele Gemeinden sein werden, die diesen Districten eigentlich naturgemäß nicht angehören, wol aber anderen Districten. Man kann dagegen einwenden: In solchen Fällen handelt es sich nicht um Districtsstraßen, überhaupt nicht um Districtsanstalten. Es wird aber doch der Fall sein; der Unterschied liegt nur darin, daß solche einzelne Gemeinden eben naturgemäße in diese Districte nicht gehören. Der Hr. Referent hat dieß selbst, wie mir scheint, gefühlt. Er hat auf Seite 4 seines Referates gesagt: „Nach dem Geiste des Gesetzes, durch welches ein auf Gegenseitigkeit beruhender Verband der Ortsgemeinden gegründet werden will, wird die Regel sein sollen, daß alle jene Concurrenzdistricte, welche nicht schon aus dem Bezirke der neu zu bildenden Districtsgemeinde bestehen, aufzulösen und ihre Zwecke denen der Districtsgemeinde anzureihen seien. Andere Genossenschaften oder Verbindungen der Gemeinde sollen als Ausnahme nur nach Maßgabe des spätern Artikels 33 stattfinden."

Sie werden also beinahe in die Nothwendigkeit kommen, Verbindungen, die sich naturgemäß gebildet haben, aufzulösen, um an deren Stelle andere zu setzen, die naturgemäß nicht bestehen.

Der Art. 28 des Gesetzentwurfs beruhigt mich in dieser Beziehung keineswegs. Er gibt zwar dem Districtsrathe die Befugniß, wenn er es für geeignet hält, wenn er will, die Beitragsquoten der einzelnen Gemeinden verschieden abzustufen, aber beitragspflichtig bleiben diese Gemeinden, und selbst eine Minderung des Beitrags kann nur eintreten, wenn der Districtsrath solches geeignet erklärt, und vergessen Sie nicht, m. H., daß in dem Districtsrathe gerade die Majorität betheiligt sein kann. In dem erwähnten Falle kann er also eine Abstufung eintreten lassen, soferne die Regierung ihre Zustimmung ertheilt.

Was den Wirkungskreis der Districts- und Landräthe betrifft, so ist dieser, nach meiner Ansicht, viel zu eng gezogen.

Der Districtsrath insbesondere wird auch vielfach einen vollen Ueberblick über die Verhältniße kaum erhalten können, insbesondere dann nicht, wenn der Districtsausschuß bestehen bleibt. Gegen den Districtsausschuß muß ich mich in jeder Beziehung entschieden erklären.

Die Gründe, welche früher in diesem Hause geltend gemacht wurden gegen die Ausschüße bei der Kammer, greifen auch hier vollkommen Platz. Dagegen kann nicht einmal das angeführt werden, was man anführt für das Bestehen von ständischen Ausschüssen des Landtags, nemlich die Ersparung von Zeit und Kosten. Die Districte sind so klein, daß sehr leicht der ganze Districtsrath berufen werden kann.

Lassen Sie den Ausschuß bestehen, so wird sich folgendes Verhältniß ergeben: Auf dem Bureau des Landrichters oder Landcommissärs wird Alles ausgearbeitet. Wenn die Ausarbeitung vollendet ist, beruft man einzelne wenige Mitglieder, genannt Districtsausschuß. Diese werden sehr leicht dahin kommen, oder durch die Superiorität des Landrichters oder Landcommissärs dahin gebracht werden, daß sie zu widersprechen nicht im Stande sind. Hier haben Sie einen ersten Beschluß; in vielen Fällen einen definitiven Beschluß. In den ersten Fällen, wo es sich um eine Vorarbeit handelt, wird dadurch das Votum Derjenigen gebunden, welche in dem Districtsrathe nachher mitzustimmen haben. Der Districtsrath aber, dem die Vorarbeit bereits fertig vorgelegt wird, wird meistens gar nicht in den Fall kommen, alle Einzelnheiten zu prüfen.

Ich bin ferner ganz entschieden dagegen, daß der Districtspoliceibeamte auch Vorsitzender bei der Versammlung ist. Das verstößt gegen alle Principien der Repräsentation. M. H., der zu Controlirende soll hier das Oberhaupt der Controle sein. Wohin führt das!? — Es verstößt auch gegen alle unsere Einrichtungen, gegen die Einrichtungen im Kleinern wie im Größern: In den Gemeinden ist nicht der Districtspoliceibeamte Vorsitzender, sondern der, der von der Gemeinde selbst gewählt wird, oder wenigstens gewählt

*) Ein naives Zugeständniß! Also gibt man das Geld aus, damit Maculatur gedruckt werde!

werden sollte. — Beim Landrathe ist das Nämliche der Fall, in der Kammer ebenfalls. Warum also hier ein ganz neues Institut schaffen?

Es ist das principiell sogar in directem Widerspruche mit einer Bestimmung, welche der Gesetzentwurf aufzunehmen für nothwendig fand. Im Art. 3, vorletzter Absatz, heißt es: „Die Beamten der vorgesetzten Districtsverwaltungsbehörde können nicht als Mitglieder des Districtsrathes gewählt werden;“ dessenungeachtet soll der zu controlirende Districtsbeamte der Vorsitzende sein und sogar eine entscheidende Stimme haben! Darin kann ich keine Consequenz finden.

Was den Hauptpunct für mich bildet, ist die Art der Vertretung. Auf die Weise, wie sie hier vorgeschlagen wird, bekommen Sie eine wahre Vertretung nun und nimmermehr. Es soll die Vertretung bestehen aus den Vertretern der Gemeinde, aus den Gemeinderäthen. Die Gemeindevertretung soll den Districtsrath wählen. Die Motive des Gesetzentwurfes besagen in dieser Beziehung: „in Baiern erfreue man sich einer vollständigen, auf repräsentativen und freisinnigen Grundlagen gebauten Gemeindeordnung.“ Ich bin nun nicht in dem Falle, genau erwägen zu können, wie die Verhältniße diesseits des Rheines sind; nur daran will ich erinnern, daß wir sämmtlich schon viele Klagen darüber gehört haben; ich will Sie ferner besonders daran erinnern, daß in der Pfalz in neuerer Zeit ein ganz eigenes Verhältniß gebildet worden ist, indem man von Seite der Administration Gemeinderäthe ausstößt und dadurch bewirkt, daß andere, durchgefallene Candidaten der Minorität, in das Gemeindecollegium kommen. — Das ist nicht einmal eine wahre Gemeindevertretung, noch viel weniger aber können Sie eine weitere Vertretung darauf bauen. (Schluß folgt.)

München, den 19. Jan. Nächstens werden der Kammer zwei Gesetzentwürfe vorgelegt werden, wodurch den Geschworenen die Aburtheilung der politischen Verbrechen und der Preßvergehen entzogen werden soll. (A. Z.)

Bei der Gendarmerie werden künftig Helme nach Art jener der Bürgerkavallerie eingeführt, als Auszeichnung erhält jeder Gendarm Brigadiersauszeichnung, jeder Brigadier wie ein Sergeant der Linie am Kragen 2 Striche mit Borte, der Oberbrigadier die Auszeichnung des Feldwebel und der Feldwebel Junkersauszeichnung.

Wiesbaden, den 20. Jan. Fürst Wittchenstein — der gewesene Reichsminister — ist zum Ministerpräsidenten an die Stelle des Hrn. v. Wintzingerode ernannt worden.

Weimar, den 20. Jan. Heute fand die Eröffnung des Landtages statt. Das betreffende höchste Decret bezeichnete als den nächsten Anlaß zur Einberufung dieses außerordentlichen Landtags diejenige Correktur der neuen Gesetzgebung, namentlich des Wahlgesetzes und der Gemeindeordnung, welche sich durch das Bundesrecht, zu welchem auch die Regierung des Großherzogthums zurückgekehrt, nothwendig mache.

Berlin, den 19. Jan. Dem hiesigen Verlagshändler Simion ist gestern in Folge der hier erfolgten Ausgabe des in einem Hamburger Verlage erschienenen Glaßbrenner'schen Volkskalenders das Geschäft geschlossen worden.

Königsberg, den 17. Jan. Aus Tilsit wird gemeldet, daß die dortige freie Gemeinde, welche polizeilich geschlossen und unter Anklage gestellt war als politischer Verein, Frauen und Lehrlinge in den Versammlungen geduldet zu haben, durch das Kreisgericht von der Anklage entbunden und ihre Schließung aufgehoben ist; dieselbe hat bereits zum 18. d. M. ihren ersten Gottesdienst wieder angesetzt.

Wien, den 26. Jan. Aus Spalato wird vom 5. d. ein schmerzliches Unglück berichtet. Ein wie es scheint plötzlich ausgebrochener Sturm warf eine Barke auf offener See um. Von den 26 Personen die sich darin befanden wurden nur zwei gerettet, unter den Ertrunkenen befand sich ein Brautpaar.

— den 18. Jan. Das Reichsgesetzblatt bringt eine Verordnung des Ministers des Innern, Bach, vom 15. Jan., dem zufolge in allen Kronländern die Oeffentlichkeit der Gemeindeverhandlungen in Stadt und Land einzustellen ist. Nur bei feierlichen Acten kann davon eine Ausnahme gemacht werden.

Frankreich.

Paris, den 17. Jan. Wieder haben mehrere legitimistische Damen vom Minister des Innern die „Einladung“ erhalten, aufs Land sich zurückzuziehen. (A. Z.)

— den 18. Jan. Der „Moniteur“ enthält eine Liste von Marinesoldaten und Angestellten der Marine, denen wegen muthigen Benehmens Medaillen verliehen worden sind. — Man versichert, daß die Schriftstellerin G. Sand im Departement Indre-et-Loire, wo sie ihren Wohnsitz hatte, verhaftet worden sei. — Die Militärkommission zu Lons-le-Saulnier hat am 14. und 15. vier der Betheiligung am Decemberaufstande Angeklagten zur Deportation auf 5, 6 und 10 Jahre nach Cayenne, 13 zur Deportation nach Lambessa (Algerien) auf 5, 7 und 10 Jahre verurtheilt und 10 freigesprochen. — Zu Draguignan ist die Voruntersuchung wegen der Unruhen des Vardepartements fast beendigt; 1239 der 1262 dort eingekerkerten Personen hatte man bereits verhört, 245 freigelassen und 599 nach Toulon abgeführt; der Rest, worunter 23 Frauen, saß noch zu Draguignan, sollte aber ebenfalls nächstens nach Toulon gebracht werden. — Man vernimmt aus Bordeaux, daß der ehemalige Bataillonschef und Militärcommandant der Aufständischen, Peyronni, vom Kriegsgerichte des Departements Lot-et-Garonne zu lebenslänglicher Deportation nach Nukahiva verurtheilt worden ist.

Die Schonung, mit welcher bei den Proscriptionsdecreten die legitimistische Partei behandelt worden, hat zu verschiedenen Commentaren Veranlassung gegeben. Man glaubte darin die Absicht der Regierung zu erkennen, die Anhänger der legitimen in Anhänger der bonapartistischen Monarchie umzuschaffen, zu welcher Aussicht der Anschluß der katholischen Partei, mit Hrn. v. Montalembert an der Spitze, allerdings berechtigte. Bis jetzt sind jedoch diese Bestrebungen fruchtlos geblieben. Die aus der Presse vertriebene Opposition gegen den Präsidenten hat sich jetzt in die aristokratischen Salons des Faubourg St. Germain geflüchtet, in denen alle Abend die im „Moniteur“ veröffentlichten Decrete einer bitteren Kritik unterworfen werden. Alle Personen, welche mit Louis Napoleon oder dessen Regierung in Berührung treten, werden systematisch aus den hochadeligen Cirkeln entfernt. Hr. Berryer, welcher mit Hrn v. Broglie den noblen Faubourg commandirt, hat in der letzten Soirée beim Herzoge v. Rochefoucoult-Doudeauville geäußert: „Man muß um Hrn. Louis Napoleon einen leeren Kreis ziehen.“ Dieser Taktik wird, wie man versichert, der Präsident die Taktik des Kaisers Napoleon entgegensetzen und einen neuen Adel schaffen. (K. Z.)

— den 19. Jan. Der Finanzminister hat Hrn. Goudchaux von dem Posten eines Directors der Nationaldiscontobank in Strasburg enthoben.

Der Commandant zu Marmande hat eine Verordnung erlassen, nach welcher Abends nach 9 Uhr Niemand, ohne besondere Erlaubniß, bei Strafe, verhaftet zu werden, sich auf die Straße begeben darf; alle Kaffeehäuser, Weinwirthschaften und sonstige Belustigungsorte müssen um 8 Uhr geschlossen werden; als Grund für diese Maßnahme wird in dem betreffenden Erlasse angeführt, daß zu wiederholten Malen Schildwachen auf ihren Posten angegriffen worden seien.

Die Polizei hat sowohl hier als zu Meaux noch mehrere den Decemberaufstand angehende Verhaftungen vorgenommen, und einige hiesige Salons, wo politische Versammlungen Statt fanden, schließen lassen. — Zu Passy

und in der Umgegend sind eine Anzahl Schenken auf Befehl der Behörde geschlossen worden.

Der Director des Theatre-français, Hr. Houssaye, hat im Foyer des Schauspielhauses ein Placat anschlagen lassen, welches jede politische Debatte in diesem Raum untersagt.

Spanien.

Madrid, den 14. Jan. Mehrere Civilgouverneurstellen sind eingegangen und, ganz gegen die Constitution den Militärgouverneurs, wenn auch nur provisorisch, mit übertragen worden. Die vorzüglichsten dieser Stellen sind die von Madrid, Saragossa, und Valenzia. Auch in Valenzia hat ein Soldatenaufstand stattgefunden, der aber anderer Art als der von Madrid war. Der Wein hatte die Köpfe der Vaterlandsvertheidiger ergriffen, und diese zankten sich dann über den Vorzug der verschiedenen Waffengattungen. Mord und Todschlag fiel bei dem Zanke vor, der aber durch kräftiges Einschreiten der Vorgesetzten bald unterdrückt wurde. Zwölf Soldaten und zwei Unterofficiere erhielten so tiefe Messerwunden, daß sie augenblicklich ihren Geist aufgaben, und eine gleiche Anzahl Verwundeter liegt im Hospitale. Die strengste Untersuchung ist gegen die Urheber dieses Streites eingeleitet. (K. Z.)

Die Generale Prim und Ortega sind auf Befehl der Regierung von hier nach Paris abgereist. — Der hiesige Gouverneur hat den Journalen kund gethan, daß das heute erschienene neue k. Preßdecret strengen Vollzug finden werde; er hat daher den Redacteuren empfohlen, bei der Auswahl ihrer Nachrichten sehr umsichtig zu verfahren. Der „Clamor Publico" ist heute vor lauter Umsicht gar nicht erschienen.

Italien.

Turin, den 19. Jan. Die Bischöfe Piemont's und Savoyen's erklären ein Buch, ein Journal nach dem andern in die Acht, damit es so schnell als möglich wieder Nacht werde. Dennoch hält sich ein kleines protestantisches Journal, die „Buona Novella", bis jetzt aufrecht.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 7. Jan. Aus Washington wird mitgetheilt, daß im Senate eine Petition, worin verlangt wird, daß alle Beziehungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der gegenwärtigen französischen Regierung eingestellt werden möchten, auf den Tisch des Hauses niedergelegt worden; es wurde dies durch ein Votum von 21 Stimmen gegen 14 gestattet. Kossuth war im Sitzungssaale des Senates empfangen worden; es wurde hier eine an ihn gerichtete Adresse verlesen, auf welche zu antworten ihm jedoch nicht gestattet wurde. Im Repräsentantenhause war ein Antrag durchgegangen, ein Deputation zum Empfange Kossuth's zu ernennen. In einer Unterredung mit dem Staatssecretär des Innern äußerte der Exdictator Kossuth, seine Mission nach den Vereinigten Staaten sei völlig mißglückt und er sei in hohem Grade enttäuscht. (Fr. J.)

Neueste Nachrichten.

Preußen. Ein großer Theil der Stadt Labischin bei Bromberg ist am 11. Jan. durch eine Feuersbrunst in Asche gelegt worden. An sechzig arme Familien sind obdachlos.

Wien, den 17. Jan. Es ist der Befehl ertheilt worden die Armirung unserer Basteien, welche seit den verhängnißvollen Tagen des Jahres 1848 bestanden hat, wieder zu entfernen, woraus man auf ein nahes Ende unseres Belagerungszustandes schließen will. (A. Z.)

Brüssel, den 20. Jan. Wie verlautet, wären die Unterhandlungen eines Anleihens von 26 Mill. Fr. ihrem Abschluße nahe.

Paris, den 20. Jan. Ein Decret des Präsidenten der Republik eröffnet dem Minister der öffentlichen Arbeiten einen außerordentlichen Credit von 2 Millionen für Wegebauten.

Miscellen.

* **Speyer.** Hr. Dr. Jäger — statt seine hartnäckig behauptete, von uns als Lüge erklärte, verdächtigende Angabe in Betreff der Mehrheit der Mitglieder des ersten Landtags von 1849 zu beweisen, — ferner statt auf das zu antworten, was ihm auf seine nichtswürdigen Ausfälle gegen den Abg. Rubner erwiedert wurde (einer ganzen Reihe ähnlicher Dinge für diesmal nicht weiter zu erwähnen), — sucht durch vermehrte pöbelhafte Gemeinheiten die ihm unbequemen Gegenstände in Vergessenheit zu bringen. Muster solcher Gemeinheiten findet man insbesondere in Nro. 1 und 11 der Jäger'schen Zeitung. Man geräth in Zweifel, ob man mehr über die Bosheit oder über die Dummheit und Verrücktheit staunen soll, welche sich in dem subventionirten Blatte documentirt. In Nro. 8 hatte die Speyerer Ztg. einen niederträchtigen (allem Anscheine nach aus der nemlichen Feder, wie die erwähnten Artikel der Pflzr. Ztg. geflossenen) Angriff auf die Pfälzischen Geschworenen wegen ihrer freisprechenden Erkenntniße in dem Hochverrathsprozeße — zurückgewiesen, und dabei die factischen Umstände erwähnt, welche bezüglich des hier als Grundlage zu den Ausfällen auf die Geschwornen mißbrauchten früheren, allein cassirten, Urtheils gegen Lud. Moses obwalteten. Nebenbei war auch des in Zweibrücken verbreiteten Gerüchtes gedacht, welche Stimmenzahl sich bei dem Assisenhof in diesem Falle ergeben haben soll. Unter einem Schwall der gemeinsten Schimpfereien qualificirt dies die ehrenwerthe Pflzr. Ztg. als — „eine grobe Beleidigung und Verläumdung des Gerichtshofes," und fügt — vielleicht um von den Ausfällen auf die Geschworenen abzulenken?! — eine Denunciation, gerichtliche Verfolgung der Speyerer Ztg. bezweckend, hinzu. — Wir erwähnen dieses Curiosums mit dem Beifügen, daß uns die Herstellung des projectirten neuen Irrenhauses nachgerade wirklich sehr dringend zu werden scheint.

---

* In der Reichsrathssitzung vom 18. Jan. führte v. Arnold folgende Thatsache an, welche einen nicht uninteressanten Beitrag zur Bezeichnung bestehender Verhältniße bildet. Vor zwei Jahren starb eine Weibsperson, welche 5 uneheliche Kinder hatte. Diese hatten wieder uneheliche Kinder erzeugt, so daß jene Person Mutter, Großmutter und Urgroßmutter von **65** unehelichen Kindern war! Spricht dieses Beispiel nicht dringend für die Nothwendigkeit einer Erleichterung der Ansäßigmachung und Verehelichung?!

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 20. Jan. Weizen 6 fl. 9 kr., Korn 5 fl. 10 kr., Gerst 4 fl. 42 kr., Spelz 4 fl. 25 kr., Hafer 3 fl. 31 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 17. Jan. Weizen 6 fl. 14 kr., Korn 5 fl. 12 kr., Spelz 4 fl. 22 kr., Gerst 4 fl. 43 kr., Hafer 3 fl. 36 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 16. Januar. Weizen 12 fl. 7 kr., Korn 9 fl. 35 kr., Gerste 7 fl. 20 kr, Hafer 4 fl. 11 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Gewerbsverein zu Speyer.

Freitag, den 23. Januar, Abends 6 Uhr, **Generalversammlung.** Gegenstände: Berathung des Budgets. Londoner Industrieausstellung. Gewerbliche Mittheilungen. Ertheilung der Preise für Lehrlinge.

Der Vorstand: **Dr. Walz.**

[795*] Ein Biber'scher **Flügel** von vorzüglicher Güte steht in Speyer zu verkaufen bei Wittwe **Hoffmann.**

Neue
Speyerer Zeitung.

Sonntag **Nro. 22** **den 25. Januar 1832.**

Deutschland.

• **München,** den 21. Jan. (74. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Fortsetzung der Budgetberathung. — Die Position „Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten," mit 70,809 fl., wird ohne Discussion angenommen.

Position „Erziehung und Bildung," mit 792,867 fl. — Bayer will einige Aenderungen in den Studienplänen, namentlich Unterricht in der Logik an den Oberclassen der Gymnasien, oder Verpflichtung zum Besuche der betr. Collegien an den Universitäten. Ruland und Minister Ringelmann sprechen für Erhöhung der Etats der Universitäten.

Crämer beantragt den Abstrich der folgenden Position: für das Erziehungsinstitut in München 1712 fl., für das Erz.-Instit. für Tochter höherer Stände in München 19,743, für das weibl. Erz.-Instit. in Nymphenburg 2926 fl., und für das in Dietramszell 1000 fl. — Diese Anstalten würden auch ohne Zuschuß fortbestehen können, nemlich durch eigene Zuschüße der höhern Stände für ihre ärmeren Angehörigen. — Ruland ist dagegen; der Staat sei förmlich zu den Leistungen verpflichtet. — Kolb widerlegt dies. — Thinnes. Es sei wenigstens billig, auch für die weibliche Erziehung zu sorgen. — Seraphim Mayr. In Dietramszell würden viele arme Mädchen aufgenommen. — Kirchgeßner. Zwar gegen Crämers Antrag, möchte aber, daß mehr auf die wirkliche Dürftigkeit bei Ertheilung von Freiplätzen Rucksicht genommen werde. — Wallerstein. Die heutige Debatte zeige, welche trübe Stimmung auf uns laste. Fordert Selfgovernment. — Heine. Gegen das Zuvielstudiren, des Brodes wegen. Allein das Selfgovernment sei nur möglich in ganz armen und in ganz reichen Landern. Gegen Crämers Anträge. — Lasaulx. Gegen Bayers Antrag. Das Studium der Philosophie solle mit der Logik schließen, nicht beginnen. Spricht treffend über das Zuvielstudiren; $\frac{99}{100}$ der Studirenden verlangten nachher Anstellung vom Staate; ganz anders sei es in England. Die meisten jener Studirenden wären weit glücklicher, wenn sie Gewerbe gelernt hätten. In England könnten $\frac{2}{3}$ der Bewohner nicht lesen und schreiben, dennoch seien uns die Briten practisch so weit überlegen. — Hamm, für Crämers Anträge; wer sich über die Volksschule erheben wolle, möge auch die Kosten bestreiten; gegen die Resultate der so genannten „höhern Erziehung," bei der gerade das Nöthigste versäumt werde, indeß Verbildung stattfinde. — Steinsdorf für die Institute. — Westermayer, gegen Bayers und Crämers Anträge. — Kolb. Lasaulx habe treffend gesprochen über das Zuvielstudiren; aber woher rühre dasselbe? großentheils daher, daß wir das Selfgovernment nicht besitzen, welches, im Gegensatze zu der Ansicht Heines, sehr wohl auch in andern als ganz reichen und ganz armen Staaten möglich sei, wie die Schweiz und die frühern freien Städte bewiesen. Das Zuvielstudiren hänge auch mit den diesseitigen wunden Zuständen zusammen; durch die Untheilbarkeit des Grundeigenthums und die Realrechte im Gewerbswesen werde eine Masse zum Studium künstlich hingetrieben; so entstehe ein Mißstand aus dem andern. Gerade, daß in England ein so großer Theil des Volkes weder lesen noch schreiben könne, und uns doch überlegen sei, beweise, wie sehr man bei uns unrecht habe, im Lesen- und Schreibenlernen das Höchste zu erblicken; es dürfe dies nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zwecke sein. — Wallerstein ist dagegen, daß man an den Staatsanstalten studirt haben müße, um zu einer Staatsprüfung und Anstellung zugelassen zu werden. — Crämer. Wenn die 4 Institute gute Resultate lieferten, so würden sie sich unschwer selbst erhalten können. Man solle die Leute nicht an Bedürfniße gewöhnen, welche sie später nicht zu befriedigen im Stande seien, was die schlimmsten Folgen habe. — Heine, gegen Kolbs Behauptung; in der Schweiz und den freien Städten seien es die Aristocraten, die reichen Geschlechter gewesen, welche regierten. — Kolb. Der Vorredner habe die Frage jetzt anders aufgefaßt; von Selfgovernment habe er früher geredet, nicht von Aristocratie, derselbe verwechsle aber auch Ursache und Wirkung; die freien Städte seien gerade reich geworden in Folge ihrer freien Verfassung; so auch die Schweiz (Zustimmung). — Fruth, für die 4 Institute.

Referent Lerchenfeld. Vertheidigt die Ausschußanträge. Will Maßregeln der Regierung gegen das Zuvielstudiren; damit sei es nicht gethan, daß man die jungen Leute bei der Schlußprüfung zurückweise; diese gäben das allergefährlichste Proletariat; es wäre oft wahre Barmherzigkeit, sie bei dem Ergebniße der Schlußprüfung gleich todt zu schießen. Unsere Stipendien seien meistens wahre „Bettelbriefe;" es seien zu viel, und ihr Betrag viel zu unbedeutend. Tadelt scharf, wie Reiche und solche, die ein sehr ansehnliches Einkommen vom Staate bezögen, solche Stipendien „erschlichen," namentlich auch um die Professoren um ihre Collegiengelder „zu betrügen." (Beifall links.) — Gegen Crämers Antrag; die Anstalt sei unrichtig genannt „für höhere Stände;" alle Beamtentöchter könnten Aufnahme finden. Der Zustand der Volksschulen sei keineswegs genügend; schon deßwegen, weil die Lehrer eben nicht mehr lehren könnten, als sie selbst wüßten (Unruhe). Tadelt die Lehrer, welche als Halbwisser, sich nicht in ihre Verhältniße zu schicken wüßten.

Minister Ringelmann. Gegen Wallersteins Aeußerung, daß man mit trüben Empfindungen das Budget berathe. Das Unterrichtswesen sei allerdings Verbesserungen fähig, allein es sei keineswegs so übel, wie man behaupte. Fordert Erleichterung der Universitäten von der Last der Pensionen. Wenn man auch dem Andrang zum Studiren entgegentrete, so folge daraus keineswegs, daß man die Universitäten nicht auf der Höhe der Wissenschaft erhalten müße. — Gegen Abstrich der Summen für die 4 Institute, dabei besonders scharf tadelnd, daß ein Lehrer (Hamm) sich dem Antrage angeschlossen habe.

Bei der Abstimmung wird das Postulat genehmigt, Crämers Antrag ist somit verworfen. Bayers Antrag wegen des Studiums der Logik wird blos von ganz Wenigen unterstützt.

Position: „Zuschüße an die Kreisfonds," 471,941 fl. Angenommen. Bei der Debatte greift Referent Lerchenfeld die abstruse Methode der Schullehrerseminare an, und verlangt deren Umgestaltung, um die Lehrer in eine practischere Richtung zu bringen. — Wallerstein bedauert, hierauf nicht mehr antworten zu können, weil die Debatte geschlossen sei. — Minister Ringelmann. Es seien Anordnungen im Sinne des Referenten eingeleitet. — Ein Antrag der Studienlehrer von Memmingen in Betreff „Ausscheidung der isolirten Lateinschulen," wird, nach dem Ausschußantrage, verworfen.

Position Cultus. Für den katholischen sind 1,197,556 fl. gefordert, vom Ausschuße 1,189,889 fl. begutachtet; für den protestantischen 369,606 fl.; für einen gemeinschaftlichen Reservefond 2421 fl. — Der Ausschußantrag wird genehmigt.

Position: „Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten;" Postulat 131,050. Ausschußantrag 125,377 fl., letzter genehmigt.

Für „Industrie und Cultur" 297,699 fl. — Referent Lerchenfeld verliest eine nachträgliche Forderung der Regierung von 1000 fl.; spricht dagegen. — Hirschberger tadelt die traurigen finanziellen Ergebniße der Verwaltung des Gutes und der Landwirthschaftsschule von Schleisheim. — Wallerstein über den nemlichen Gegenstand, doch den Tadel mildernd. — v. d. Pfordten: die Regierung könne den Betrag der nachträglichen Forderung allerdings sehr wol nach dem Ausschußantrage aus den übrigen verfügbaren Mitteln decken. Wegen der Landwirthschaftsschule seien bereits Anträge an den König gestellt. — Das Postulat wird angenommen.

„Telegraphische Anstalt." Postulat 78,160 fl. Ausschußantrag 40,000 fl., letzter wird angenommen.

*** München.** Rede des Abg. Kolb über das Districtsrathsgesetz. (Beschluß.)

Die Districtsräthe sollen ferner bestehen: „aus den Eigenthümern jener größern Waldungen, See'n und Freigebirge, welche keiner Gemeindemarkung zugetheilt sind, oder aus den Bevollmächtigten dieser Eigenthümer." M. H., was entsteht daraus? Ein einzelner Grundbesitzer soll die nemlichen Rechte haben, wie eine ganze Gemeinde; ein Einziger so viel Recht als 2000 Seelen, — ist das billig? Ich glaube, es liegt auf flacher Hand, daß dieß aller Billigkeit widerspricht. Dieser Eigenthümer soll weiter das Recht haben, einen Bevollmächtigten zu senden, — wo liegt die Consequenz in dieser Bestimmung? Drittens soll der Ausschuß bestehen: aus einem Vertreter des Staatsärars, wo dieses bei Districtsumlagen mitbetheiligt erscheint. — Warum denn dieß? Man sagt: „weil das Aerar bei der Wahl der Gemeindevertretung nicht betheiligt ist." Allein in dem nemlichen Falle sind alle Corporationen, Witwen und Minderjährige; — alle diese konnten nicht mitwirken bei der Wahl der Gemeindevertretung, deßungeachtet fällt es Niemanden ein, zu beantragen, daß man ihnen eine besondere Vertretung geben soll. Wenn Jemand eine solche Vertretung entbehren kann, so ist es gerade der Fiscus. Die Behörden leiten das Ganze nach diesem Plane. Der Districtspoliceibeamte soll sogar der Vorsitzende sein. Die Kreisregierung hat zu genehmigen, ohne Genehmigung der Kreisregierung darf keine Umlage ausgeschrieben werden. Auch der Maßstab ist fixirt; es kann sich also nicht davon handeln, daß ein Theil mehr belastet wird, als der andere. Ich weiß sehr wol, daß man sagen kann, die äußern Policeibehörden und die Kreisregierung haben das Interesse des Fiscus nicht zu vertreten. Sie sollen aber jedes Interesse so vertreten, daß eine Ungerechtigkeit nicht stattfindet. Welches Armuthszeugniß liegt darin, wenn man für die Regierung einen besondern Schutz herstellen muß, weil Ungerechtigkeiten, welche alle im gleichen Maße träfen, stattfinden könnten; — es läge darin, ich wiederhole es, ein ganz eminentes Armuthszeugniß.

Ferner soll der Districtsrath bestehen aus den Vertretern des großen Grundbesitzes mit einem Viertel der Zahl der Vertreter der Gemeinden. In den Motiven ist angeführt, daß diese Classe am meisten betheiligt sei. Wenn eine Behauptung unrichtig ist, so ist es diese. Ich sage, die großen Grundbesitzer sind am allerwenigsten betheiligt; weit mehr betheiligt sind die kleinen Grundbesitzer, die kleinen Gewerb- und Handeltreibenden. Berechnen Sie die Steuern, auf deren Betrag es am Ende ankommt, so werden Sie finden, daß die großen Grundbesitzer zusammen am allerwenigsten bezahlen. Diese großen Grundbesitzer wirken aber schon mit zur Wahl der Gemeindevertretung, die Sie vorangestellt haben, — warum sollen dieselben doppelte Vertretung haben? Ich habe keine Gründe gehört, die in dieser Beziehung maßgebend sein könnten. Das Recht, nach freier Wahl vertreten zu werden, steht entweder Jedermann zu oder Niemanden; ich kann mir keine Rechtsquelle denken, aus welcher eine einzelne Classe das Recht der Vertretung hat! Und welches ist diese Vertretung? Zur Gesammtmasse des Volkes sagt man: „du darfst nicht direct vertreten werden," die großen Grundbesitzer wirken mit zur indirecten Repräsentation, dessenungeachtet haben sie auch noch eine directe Vertretung von einem Viertel der Gesammtrepräsentation!

Noch greller stellt sich das Verhältniß bei dem Landrathsgesetz. Dort finden Sie die großen Grundbesitzer so vertreten: 1) in den Gemeinden, aus denen die Urwahl zu den Districtsräthen hervorgeht; Sie finden sie 2) zu einem Viertheil vertreten in den Districtsräthen, welche wieder mitwirken zur Wahl des Landrathes, dessenungeachtet kommen sie noch einmal 3) in dem Landrathsgesetze wieder mit einem Viertheile! Während Sie die Vertretung der ganzen Masse des Volkes in jedem Stadium vermindern, vermehren Sie in jedem Stadium die Vertretung des großen Grundbesitzes! — Ist das billig, — billig in einer Frage, die wesentlich finanzieller Natur ist: wie werden die Gelder zur Deckung des Bedürfnißes aufgebracht?

M. H.! Es genügt nicht, daß man repräsentative Formen schafft; das wird auf diese Weise bewirkt. — Es kommt darauf an, daß die Repräsentation eine Wahrheit ist. Man kann durch künstliche Wahlgesetze und auf mancherlei andere Weise eine künstliche Majorität schaffen, aber die Werke einer solchen künstlich geschaffenen Repräsentation sind von keiner Dauer und von sehr übler Wirkung. — Wenn diese Principien beibehalten werden, werde ich unbedingt gegen das Gesetz stimmen.

*** München,** den 20. Januar. Die Rede des Abg. Crämer in der gestrigen Kammersitzung (über Gesandtschaften, Orden, Bundestag ꝛc.) lautet:

Meine Herren! Das Terrain für uns, die wir den Antrag des Hrn. Kolb unterstützen und Ihrer Annahme empfehlen, wurde durch die so eben vernommene Rede des Hrn. Ministerpräsidenten sehr schwierig. Einzelnes ist mir doch aufgefallen. Der Hr. Ministerpräsident sagen uns, daß sie gar nicht glauben, daß die Majorität von den Grundsätzen ausgehe, welche die Antragsteller, wenn auch unbewußt, geleitet haben mochten. Allein man scheint denn doch über diese Position nicht so ganz sicher zu sein, weil man in eine rein finanzielle Frage die politische hereingezogen hat, weil man den Standpunct der Antragsteller als einen, wenn auch unbewußt revolutionären, bezeichnen mußte, um dadurch jeden abzuschrecken, diesem Vorschlag beizupflichten, weil, wenn er beipflichtet, er in die Reihen der Revolutionäre eintritt, und dann nicht mehr mit dem Beisatze „unbewußt," denn er weiß es jetzt und thut es doch.

M. H.! Es ist eine eigenthümliche Sache mit diesen Vorschlägen: Diejenigen, die viel abstreichen wollen, stehen nach der Ansicht des Hrn. Ministers auf dem Boden der Revolution. Der Hr. Referent ist ziemlich weit drüben auf diesem Boden. Der Ausschuß ist auch noch etwas abschüssig, und es fordert alle Kraft der Regierung, den Referenten sowohl als den Ausschuß festzuhalten, sonst könnte es zum Bruch kommen. Ich glaube das nun nicht, die Verhältniße sind nicht der Art, daß durch diese Anträge das Staatsgebäude über den Haufen geworfen würde; es wäre doch gar zu morsch, wenn es durch den Abstrich von 200,000 fl. zusammenstürzte; ich glaube das nicht, es steht zu fest gegründet.

Es hat „zwei Säulen," das Heer und die Diplomatie, wie der Hr. Minister selbst angegeben hat. Ich wünschte freilich, ihm noch andere Säulen, namentlich diejenige, daß man sagen könnte: „des Volkes Liebe ist mein Glück." Wenn man die Verdienste der Diplomatie so sehr herausstreicht, habe ich nichts dagegen. Ich, für meinen Theil, kann diese Verdienste, trotz dieser

Versicherungen, doch nicht in dem Maße erkennen. Gerade die Geschichte der letzten Jahre, die man selbst zum Beweise angeführt hat, liefern den thatsächlichen Beweis, wohin es mit einem Volke kommen kann, das der Diplomatie in die Hände gefallen ist. Es sei mir erlaubt, auf eine Aeußerung des Prinzen Eugen zurückzukommen, die ihm wenigstens in den Mund gelegt wird, und welche beweist, daß damals kein einiges Zusammenwirken dieser „beiden Säulen" stattgefunden hat; denn man sagt, daß Prinz Eugen einmal im Unmuthe über die Rescripte der Minister ausrief: „was unsere Dintenklekser verderben, sollen wir mit dem Schwerte auswetzen."

Wenn die Sache so steht, soll man wirklich für solche Anstalten nicht so viel Geld bewilligen; denn damit etwas verdorben wird, das Volk aufzufordern, dafür zu bezahlen, halte ich nicht für gerechtfertigt. Ich unterstütze mit voller Ueberzeugung die Anträge des Hrn. Kolb. Ich würde, wenn sie abgelehnt würden, auch die des Hrn. Arnheim unterstützen, weil ich, wenn nur etwas erspart wird, immer mit gehe, so weit es möglich ist. So weit als der Ausschuß zu gehen, ist mir nicht möglich. Ich gebe darin auch dem Hrn. Ministerpräsidenten recht; wenn Sie die ganze Gewalt und Macht der Diplomatie anerkennen, helfen Ihnen die 20,000 fl. Abstrich auch nichts. Dann geben Sie die ganze Summe. Wenn Sie aber überzeugt sind, daß die Geschäftsträger in dem Sinne, wie sie vorgeschlagen sind, denselben Zweck erfüllen, so stimmen Sie für die Anträge des Hrn. Kolb.

Was die andern Positionen betrifft, die Hr. Kolb abgestrichen wissen will, so bin ich mit ihm vollkommen einverstanden, namentlich bezüglich der Position über die Orden. Es ist mit diesen Orden eine eigene Sache. Der Staat will damit Verdienste belohnen. Es ist eine Anerkennung von Seite des Staates für geleistete Verdienste. Ich glaube, daß, wenn diese Orden überhaupt gar nicht beständen, der Verdienste nicht weniger wären. Ich glaube, daß Niemand deßhalb etwas thut, um einen Orden zu bekommen. Ich glaube ferner, daß die Regierung auch immer nur das wahre Verdienst belohnt; daß sie darin gar nie einen Mißgriff macht; allein eben, weil ich das glaube, und weil ein wahres Verdienst so edel ist, daß die That geschieht, ob sie eine Anerkennung findet oder nicht, halte ich diese Orden für überflüssig.

Was die Position der „Bundes-Matrikular-Beiträge" betrifft, so wäre es doch wahrlich zu viel, wenn man auch uns zumuthen wollte, für diese Posten zu stimmen. Wir bekämpfen den rechtlichen Bestand des Bundestages, wir haben dies offen ausgesprochen, und sprechen dies heute noch aus. Unsere Ueberzeugung wird auch nicht geleitet durch Dinge, die außer unserm Lande geschehen, ob es dort gut oder schlecht steht; wir bleiben unter allen Umständen dieselben, und was wir für das Volk als schädlich anerkannt haben, werden wir auch in der schlimmsten Lage bekämpfen, selbst wenn man uns vorwerfen würde: ihr stellt euch auf den Boden der Revolution. — Revolutionen, die etwas beseitigen, was einem ganzen Volke schädlich ist und es dem Untergange entgegenführt, haben ein edles Motiv, und einer solchen Gesinnung braucht man sich, auch in der traurigsten Zeit, nicht zu schämen; ich wenigstens schäme mich deren nicht. Wenn Sie freilich von Revolutionen reden, die zu jeder Zeit auf der Straße Spectakel machen, und eine Masse Leute ins Unglück stürzen, um Ideen einzuführen, die nichts nützen, dann bin ich auch nicht revolutionär. Aber für dieses Postulat der Regierung zu stimmen, wird dieselbe von uns selbst nicht verlangen. Sie glaubt es allerdings nothwendig zu haben. Aber zwischen dem, was die Regierung für nothwendig hält, und was wir für nützlich erachten, bestehen immer Differenzen, und wir sind gedrungen, unsere Ueberzeugung auszusprechen. Daß die Diplomatie im Ganzen in den letzten Jahren viel gelernt hat, mag sein, obgleich dieses Lernen noch nicht ins Wesen übergegangen ist, und es noch nicht gelungen ist, etwas Haltbares für die Zukunft zu schaffen, und Deutschland in irgend einer Weise aus diesem Staube, in den es getreten ist, hervorzuheben. Im Gegentheil, wir sind heute noch wie vor 10 Jahren dem Auslande gegenüber eine verachtete Nation, und es wird uns nichts helfen, wenn Sie an jedem Hof einen Gesandten mit 50,000 fl. hinsetzen, der den größten Aufwand macht, man wird im Gegentheil sagen, dieser Staat hat es auch nicht nothwendig, einen solchen Aufwand zu machen, es hilft ihm doch nichts.

Ich will mich nicht weiter über diesen Gegenstand verbreiten; unser Standpunct ist vollkommen fixirt, fixiren Sie auch den Ihrigen. Ich bitte Sie sehr, lassen Sie sich nicht von der Aeußerung des Ministertisches zurückschrecken, daß durch diesen Abstrich der Revolution in die Hände gearbeitet wird. Wenn es so steht, dann dürfen Sie noch 100,000 fl. hinzusetzen, und sie werden diese Quelle nicht verstopfen. Suchen Sie diese Quelle auf andere Weise zu schließen. Hier durch Diplomatie helfen zu wollen, das ist wirklich lächerlich. —

* **München**, den 21. Jan. Die Budgetberathung schreitet in der Abgeordnetenkammer in dem Maße voran, daß dieselbe voraussichtlich sehr bald zu Ende gebracht sein wird. Von Seiten der Reichsrathskammer ist alsdann ohnehin schleunigste Erledigung zu erwarten. Im Widerspruche mit frühern Annahmen bezweifle ich nicht einen baldigen Schluß des Landtags, wahrscheinlich Mitte oder Ende Februars. — Mittlerweile sind wieder neue Gerüchte über Ministerwechsel aufgetaucht. Es steht zu bezweifeln, ob dieselben sich vor dem Schluße des Landtags verwirklichen werden. — Es geht auch die Sage, die Kammer solle noch drei Gesetze erledigen: 1) das Beamten-Disciplinargesetz; 2) eines wegen Aenderung im Preß- und 3) wegen Aenderungen im Schwurgerichtsgesetze. Es wird die etwas gewagte Behauptung beigefügt, wenn die Kammer nicht darauf eingehe, würde eine Auflösung erfolgen, — ein Gerücht, wie man es noch zur Zeit jedes Landtages hören konnte.

* Der ausgewiesene Maler Fries ist bereits von hier abgereist. Hagen und Riese ist Suspension bis zur Entscheidung über ihren Recurs bewilligt worden.

Königsberg, den 16. Jan. In der heutigen Mittagsstunde gegen 1 Uhr wurde ein Raubmord an dem Banquier S., welcher sich um diese Zeit allein in seinem auf dem Schloßberg gelegenen Geschäftslokale befand, versucht, aber glücklich vereitelt. Die „K. H. Z." theilt Näheres mit: danach war die That von einem ehemaligen Kaufmann, jetzigen Gutsbesitzer K. und dem Kaufmann H. verabredet worden. Der mit ins Geheimniß gezogene Restaurateur G. zeigte das Komplott der Policei an. Die beiden Erstgenannten begaben sich bereits ins Local und machten schon den Versuch, den Banquier zu erwürgen, als G. dazu sprang und bald darauf mit Hülfe der Policei die Thäter verhaftet wurden.

Frankreich.

Paris, den 20. Jan. Heute ist wieder vielfach die Rede von dem bevorstehenden Erscheinen eines Decrets, durch welches die Beschlagnahme auf die Güter der Familie Orleans gelegt werden soll. Die Prinzen von Orleans haben durch die Drohung einer Landung in Frankreich (?) die Veröffentlichung dieses Decrets verhindert. Es scheint jedoch, daß man sich darüber hinaussetzen und es darauf ankommen lassen will, ob die Prinzen ihre Drohung in Ausführung bringen werden. Dieses Decret, so wie die Gerüchte über den Eintritt Persigny's in das Ministerium, der als der unversöhnlichste Feind der Orleans bekannt ist, übten einen sehr nachtheiligen Einfluß auf die heutigen Course aus, die sich überhaupt auf ihrer bisherigen Höhe nicht mehr recht halten können, da man selbst an der Börse anfängt, die Lage der Dinge für gerade nicht sehr beruhigend zu halten. Was die Gemüther der Börse besonders in fortwährender Aufregung erhält, sind die wiederholten Mordversuche auf den Präsidenten der Republik. Am letzten Samstage hat man wieder einen Angriff auf L. Bonaparte gemacht. Ein Jäger von Vincennes griff ihn mit dem Bayonnette an;

Digitized by Google

L. Bonaparte parirte den Stich; ehe der Soldat seinen Angriff erneuern konnte, war er von seinen Cameraden entwaffnet worden. L. Bonaparte hat ihn nicht vor ein Kriegsgericht stellen lassen. Derselbe ist entweder ohne Urtheil erschossen worden, oder wird nach Cayenne deportirt werden. Diese Attentate, die man natürlich zu vertuschen sucht, üben einen sehr nachtheiligen Einfluß auf die öffentliche Meinung aus. — Wie man heute versichert, ist die Regierung durch den schlechten Eindruck, den die Deportationsdecrete hervorgerufen haben, bestimmt worden, einen großen Theil der zur Deportation bestimmten Personen zu begnadigen und nur einen kleinen Theil nach Cayenne zu senden. Man hofft, dadurch einen guten Eindruck bei den Massen zu machen. Aus diesem Grunde werden auch nur wenige öffentliche Hinrichtungen stattfinden; man wird nur solche erschießen, bei welchen man die Hinrichtung durch Mord motiviren kann. — Nachschrift. So eben verbreitet sich die Nachricht, man habe heute wieder auf L. Bonaparte geschossen. Es verlautet nichts Näheres hierüber. Das Factum selbst scheint aber wahr zu sein. Die Waffe, der man sich heute bediente, war eine Pistole. (Köln. Z.)

Der „Moniteur" meldet heute 104 Ernennungen und Beförderungen in der Ehrenlegion, deren Gegenstand ausschließlich die Gendarmerie ist. Außerdem enthält der „Moniteur" mehrere Decrete, welche innere Angelegenheiten betreffen, wie z. B. Verbesserung der Heerstraßen, öffentliche Bauten in Marseille ꝛc. — Antoine Bonaparte soll mit einer besonderen Mission in Neapel beauftragt sein. — Diejenigen der bisher verhafteten Ex-Repräsentanten, welche nicht auf der Verbanntenliste stehen, sind ermächtigt worden, in ihre Heimath zurück zu kehren. — Die Verkäufer von Druckerpressen, lithographischen und autographischen Pressen, so wie Copirmaschinen sind von der Polizeipräfectur aufgefordert worden, nichts zu verkaufen, ohne die Adresse des Käufers zu nehmen.

Gestern hatte die Schlußsitzung des Sanitätscongresses statt, der seit 6 Monaten in Paris versammelt war. Der Präsident der Republik ertheilte jedem Mitgliede des Congresses den Orden der Ehrenlegion.

Es befinden sich gegenwärtig mehr als 400 französische Flüchtlinge in Belgien.

— den 21. Jan. Der heutige „Moniteur" enthält eine Verordnung wodurch das Decret der provisorischen Regierung, welches den freiwilligen Eintritt in die Armee auf 2 Jahre gestattete, aufgehoben wird. Das frühere, nur eine 7jährige Dienstzeit gestattende Recrutirungsgesetz wird wieder in Kraft gesetzt. — Oberst Charras und die Artilleriehauptleute Cholat und Milliot sind als verbannte Repräsentanten von der Armeeliste gestrichen worden.

Türkei.

Konstantinopel, den 11. Jan. Gestern erschien ein Decret des Finanzministers, wodurch auf höchste Genehmigung von den Besoldungen sämmtlicher Staatsbeamten vom 13. Jan. bis 13. Juli ein 20procentiger Abzug verordnet wird.

Neueste Nachrichten.

München, den 21. Jan. Der Hr. Justizminister Dr. v. Kleinschrod ist von seiner Krankheit vollkommen hergestellt und hat gestern die Leitung der Geschäfte im Justizministerium wieder übernommen.

Wien, den 18. Jan. Eine allerhöchste Entschließung vom gestrigen Tage (17.) verordnet, daß die Generalprocuratur mit den Generaladvocaten am obersten Gerichts- und Cassationshof aufzuhören habe.

Paris, den 21. Jan. In diesen letzten Tagen ist in verschiedenen Departementen eine große Anzahl Personen verhaftet worden, welche an dem letzten Aufstande Theil genommen hatten, denen es aber bisher gelungen war, den Nachforschungen der Policei zu entgehen. Es befinden sich darunter viele Männer, die eine angesehene bürgerliche Stellung haben.

Der Kriegsminister hat das Gesuch des Generals Cavaignac, in Pensionsstand versetzt zu werden, genehmigt.

Der „Moniteur" wird dem Vernehmen nach in zwei oder drei Tagen die Liste der Senatoren und der Mitglieder des Staatsraths veröffentlichen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 22. Jan. Weizen 6 fl. 30 kr., Korn 5 fl. 34 kr., Spelz 4 fl. 14 kr., Gerst, zweireihige 5 fl. 12 kr., vierreihige — fl. — kr., Hafer 3 fl. 7 kr., Kartoffeln 1 fl. 30 kr., per Centner.

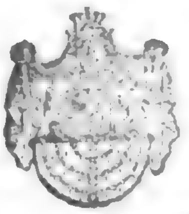
Hiezu eine Beilage

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[775a] In einem Barbiergeschäft der vordern Pfalz wird ein junger Mensch als Lehrling angenommen. Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Blattes.

[797] Kgl. Bayer. privilegirter

Hoffmann'scher Zahnbalsam,



welcher die heftigsten Zahnschmerzen in einer Minute stillt, ist zu haben in Neustadt a. d. H. bei Hrn. Carl Helfferich; Hrn. J. Klebsch und Manz in Speyer; Hrn. C. Heusser in Kaiserslautern; Hrn. L. Mayer Sohn in Landau und Hrn. E. L. Wend in Zweibrücken.

Preis des Glases 36 fr.

[758c] **Bierbrauerei zu vermiethen.**

Die in der Stadt Landau an der Hauptstraße gelegene, unter dem Namen „neue Brasserie" bekannte Bierbrauerei, ist mit der ganzen Einrichtung, Wirthschaftslocal, geräumiger Wohnung ꝛc. auf längere Zeit zu vermiethen. Das Nähere hierüber ist im Hause selbst zu erfragen, oder unter der Adresse Friedrich Schneider in Landau.

[73] Die **Goldberger**'schen galvano-electrischen **Rheumatismus-Ketten,** die sich noch immer als das bestvorhandene Mittel zur gründlichen Abhülfe und Beseitigung rheumatischer, gichtischer und nervöser Leiden, als: Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Herzklopfen, Schlaflosigkeit ꝛc. ꝛc. beweisen und ihr Erfolg durch tausendfache Atteste berühmter Aerzte und hochachtbarer Privatpersonen festgestellt ist, sind ächt und unverfälscht in Original-Verpackung zu haben bei J. Bürckel am Speisemarkt in Mannheim.

[798] **Auszug aus einer Gütertrennungsklage.**

Maria Elisabetha Freundlich, Ehefrau von Nicolaus Diehl, Ackersmann, sie ohne Gewerbe, beide in Otterstadt wohnhaft und zum Armenrechte sub Nro. 2947 zugelassen, hat mittelst registrirter Ladung des Gerichtsboten Dohr zu Speyer vom 22. Januar 1852 gegen ihren genannten Ehemann vor dem kgl. Bezirksgerichte zu Frankenthal Klage auf Gütertrennung erhoben und den unterschriebenen zu Frankenthal wohnhaften Advocaten Georg Jacob Stockinger zu ihrem Anwalte bestellt.

Frankenthal, den 23. Januar 1852.

Für richtigen Auszug:
G. Stockinger.

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 22) den 25. Januar 1852.

Deutschland.

Frankfurt, den 17. Jan. Die von Polizeiwegen verfügten Ausweisungen haben neuerdings mehrere den höheren und reicheren Classen der Gesellschaft angehörende Personen betroffen, so namentlich den Dr. Löwenthal, einen Mann, dem man ein Vermögen von einigen hunderttausend Gulden beilegt, und der, von Mannheim gebürtig, vor längeren Jahren das Bürgerrecht im Großherzogthum Hessen erwarb, auch dort in der ersten Kammer des Jahres 1849 seinen Sitz hatte. Zu Frankfurt gründete er einige Jahre vor 1848 eine großartige Verlagsbuchhandlung, die unter dem Namen literarische Anstalt, Firma Rütten, noch besteht, und deren Geschäfte er leitete. Da in dieser Anstalt schon vor dem März 1848 Werke erschienen, die in gewissen Bereichen mißliebig waren, so wurde schon damals dem Dr. Löwenthal der verlängerte Aufenthalt in unserer Stadt durch Verweigerung des sogenannten Permissionsscheines untersagt. Die Märzereignisse brachten die Sache wieder in Vergessenheit. Nunmehr aber ist ihm geboten worden, innerhalb 14 Tagen nebst Familie Frankfurt zu verlassen. Gleiches Geschick hat auch einen gewissen Dr. Lunkenbein betroffen, der mit einer vermöglichen hiesigen Bürgerstochter seit einigen Jahren verheirathet ist. (Schw. Merk.)

Wiesbaden, den 19. Jan. Sämmtlichen bei Hofe Angestellten ist die Weisung zugegangen, dem sonn- und festtäglichen Gottesdienste beizuwohnen; eine ähnliche Weisung soll demnächst auch allen Staatsbeamten zugehen.

Berlin, den 19. Jan. Das Verzeichniß der am gestrigen Krönungs- und Ordensfest verliehenen Orden und Ehrenmedaillen nimmt in den Berliner Blättern vier enggedruckte große Spalten ein.

Wien, den 18. Jan. Vor einigen Tagen wurden Depeschen an den österreichischen Gesandten in Paris befördert, welche Antwort auf die Bitte des Präsidenten enthalten, die Reste des Herzogs von Reichstadt nach Paris bringen zu dürfen. Die Antwort soll ablehnend sein.

Frankreich.

Paris, den 17. Jan. Unter den vielen boshaften Erfindungen, womit sich der muntere Pariser Volksgeist für die unterdrückte Preß- und Redefreiheit entschädigt, macht insbesondere das Gerücht Furore, daß die Regierung die in unserm wenig martialischen Zeitalter so sehr beliebten Schnauzbärte für das Publicum hinwegdecretiren und dem Militär allein vorbehalten wolle. Das Gerücht machte die Pariser tüchtig lachen, obschon jeder sich eingestand, daß der Präsident der Republik sich noch ganz andere Phantasien erlauben könnte, ohne das leiseste Hinderniß von den sonst so oppositionslustigen Franzosen zu erfahren. Etwas Wahres war aber denn doch an der Sache: es ist den Beamten in den verschiedenen Civilverwaltungen, unter denen die Schnurrbärte, die Henri quatre u. s. w. nicht minder leidenschaftlich cultivirt worden waren, als unter den Epiciers, Ellenwaarenhändlern, Schneidern, Schuhmachern u. s. f., auf einmal auf Grund alter Vorschriften neuerdings wieder eingeschärft worden, sich dieser Verzierungen des Angesichts streng zu enthalten. (A. Z.)

(Kurzes Gedächtniß.) Der A. Z. schreibt man: H. Chambolle, der einstige Redakteur des Siecle, später Hauptredakteur des Ordre und Mitglied der Nationalversammlung, ist bekanntlich auch unter den aus Frankreich Verwiesenen. Derselbe gab am 13. Januar ein Abschiedsmahl, und als seine Freunde ihr Bedauern aussprachen, sich von ihm trennen zu müssen, zeigte er einen Ring und meinte, daß dieser Talisman ihn jeden Augenblick vom Exil zu befreien im Stande wäre. Man wußte nicht, was das zu bedeuten habe, und Hr. Chambolle erzählte nun Folgendes. Als L. Bonaparte seine unglückselige Abenteurerfahrt gegen Boulogne versucht hatte, zogen die meisten Organe der damaligen Presse gegen den Napoleoniden los. Hr. Chambolle war der Einzige, welcher zu Schonung ermahnte, und auf die Nachsicht aufmerksam machte, welche der Name des Verurtheilten verdiene. L. Bonaparte war so gerührt durch diese Haltung des Journalisten, daß er ihm einen Ring, der seine Anfangsbuchstaben L. N. trug, zum Andenken schenkte und er begleitete das Geschenk mit einem Brief, den Hr. Chambolle bei Tisch die Runde machen ließ. Das eigenhändige Schreiben lautet: „Ich bin sehr gerührt durch Ihr rücksichtsvolles Benehmen gegen mich, und erlaube mir, Ihnen zum Zeichen meiner Dankbarkeit das beiliegende Andenken zu übersenden. Sollte ich je an die Spitze der Geschäfte unseres gemeinsamen Vaterlandes gelangen, so werde ich Ihres Dienstes eingedenk sein. Sie dürfen mir dann nur dieses Angedenken zeigen, um gewiß zu sein, daß ich Ihnen keine Bitte abschlagen werde." Hr. Chambolle erklärte jedoch, keinen Gebrauch von seinem Talisman machen zu wollen.

Die N. Preuß. Ztg. theilt einige Beispiele von dem in Paris herrschenden Polizeiregime mit. Die Gräfin d'Ormand hatte vor einigen Tagen einige zwanzig Personen zum Diner bei sich. Beim Nachtisch und als die Bedienten abgetreten waren, sagte die etwas lebhafte Gräfin: J'ai une vraie démangeaison de vous parler de Soulouque etc. (Ich möchte gar so gerne von Soulouque mit Ihnen sprechen.) (Soulouque ist der Spitzname, mit dem man in legitimistischen Kreisen eine hohe Persönlichkeit bezeichnet.) Am nächsten Tage erhielt die Gräfin folgende Zuschrift von Hrn. v. Maupas: „Le ministre de l'intérieur a l'honneur d'autoriser Madame la Comtesse d'Ormand de passer six mois dans une de ses terres." (Der Minister des Innern hat die Ehre, die Frau Gräfin zu ermächtigen, ein halbes Jahr auf einem ihrer Güter zuzubringen.) Ein vornehmer Legitimist, Hr. v. Gontaut-Biron, zeigte seinen Bekannten an, daß er seinen Salon wieder eröffne. Auch dem Grafen Montalembert sandte er eine Karte, jedoch mit dem Vermerk, daß derselbe sich in seinem Salon in der Minorität befinden werde. Am andern Tage durchsuchte die Polizei das Hotel Biron von der obersten Mansarde herab bis in den Keller.

Sogar Hr. Baron v. Rothschild ist verwarnt worden, sich in Gesellschaft mit seinen Redensarten in Acht zu nehmen, worauf der große Banknotenfürst geäußert haben soll: „Was thut mir's? Wenn ich gehen muß, nehm' ich meine Kasse mit!" —

Paris, den 19. Jan. Der „Moniteur de l'Armée" meldet die Ernennungen von 33 Brigadegeneralen zum Commando von Untermilitärdivisionen. Er meldet ferner die Ernennungen von 20 Obersten und 25 Oberstlieutenants. — Das zweite Kriegsgericht zu Lyon hat zwei Sergeanten, welche sich den Insurgenten im Dromedepartement feig erwiesen haben, zum Tode verurtheilt, jedoch zugleich ein Gesuch um Abänderung der Strafe eingereicht.

Obgleich das Pantheon noch nicht für den Gebrauch des Cultus vollständig eingerichtet ist, so hat doch schon gestern bei improvisirten Altären daselbst ein feierlicher Gottesdienst unter der Leitung der Jesuiten aus dem Etablissement Rue des Postes stattgefunden. Die berühmte Façade des Pantheons soll abgenommen und in das Museum nach Versailles gebracht werden.

Heute sind hier mehrere spanische Oberofficiere, welche der letzte kleine Staatsstreich der Königin Isabella aus Spanien verbannte, in Paris angekommen. Der Polizeipräfect wollte ihnen keinen Aufenthalt in der Hauptstadt gestatten, mehrere von ihnen haben jedoch auf Verwendung bei dem Präsidenten die Erlaubniß zu einem längeren Aufenthalte erlangt.

Das Kriegsgericht von Nièvres hat wegen der Affaire von La Palisse 30 Personen zum Tode verurtheilt; man glaubt, daß sie heute schon hingerichtet worden sind.

Viele unserer Arbeiter feiern nothgedrungen, da es in manchen Fabrikzweigen sehr an Bestellungen fehlt. Auch der Kleinhandel siecht seit Neujahr in bedauerlicher Weise. (Köln. Z.)

Spanien.

Madrid, den 16. Jan. Man spricht wieder stark von einer Vermählung Ludwig Napoleons mit der zweiten Tochter des Herzogs v. Rianzares.

Gestern wurden der „Heraldo," die „Esperanza," „El Catolico" und „El Orden" auf Befehl des Gouverneurs der Stadt Madrid abermals confiscirt. Seit dem Erscheinen des Preßgesetzes ist dies bereits das zweite Mal, daß die drei ersteren Journale dieser Unfall trifft.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 6. Jan. Kossuth wird in Washington von Deputationen bestürmt, denn alle Welt will ihn sehen.

Miscellen.

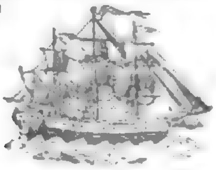
München. Der kgl. Advocat Dr. Sieger zu Neustadt a. d. A. ist zufolge einer Bekanntmachung des Appellationsgerichts von Mittelfranken „wegen fortgesetzter gerichtszuchtwidriger Schreibart" in einer Vertheidigungssache auf die Dauer eines halben Jahres von der Praxis im Justizfache suspendirt worden. Den dagegen erhobenen Rekurs hat der oberste Gerichtshof abgewiesen.

Jetzt wird das Silberagio in Oesterreich bald fallen, es ist nämlich durch einen unerwarteten Zufall ein sicheres Mittel zur Verminderung des Papiergeldes gefunden. Dem Bürgermeister in einem Landstädtchen, welcher die eingenommenen Steuergelder von 500 fl. Konv. Münze bis zu deren Abführung an die Steuerkasse in einem Kasten aufbewahrt hatte, wurden 200 fl. davon durch die Mäuse aufgefressen.

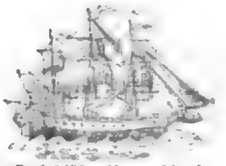
Der Oberst eines französischen Regiments erfand eine sehr sinnreiche Abstimmungsweise über die Präsidentschaft Louis Napoleons. Er ließ das Regiment in Schlachtordnung aufstellen, und hielt dann folgende Anrede: „Kameraden, die Sache ist sehr einfach, es handelt sich darum, für oder gegen Napoleon zu stimmen; wer für ihn stimmen will, nimmt das Gewehr auf; wer gegen ihn ist, behält das Gewehr am Fuß." Darauf kommandirte er: „Gewehr auf!" und natürlich nahm das ganze Regiment das Gewehr auf. Der Mann berichtete demnächst, daß das Regiment Mann für Mann mit ungeheurem Enthusiasmus für Napoleon gestimmt habe.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[796]



Regelmäßige Postschifffahrt



zwischen Antwerpen und New-York.

Abfahrten wie folgt:

Am 15. Februar „Atlantic," Capitän Lamb,
„ 5. März „Richard Alsop" (ein ganz neues, ausgezeichnetes, schönes Schiff), Cap. Post,
„ 15. „ „Edwina," Capitän Parmelee,
„ 1. April „Peter Hattrick," Capitän Rockwell.

Ferner expediren wir nach **New-Orleans:**
Am 5. Februar „Uncas," Capitän Loones.

Die Schiffe dieser Linie sind alle als vorzügliche schnellsegelnde amerikanische Dreimaster bekannt.

Die Reise von Ludwigshafen bis nach Antwerpen geschieht unter Begleitung eines eigens dazu angestellten gewandten und zuverlässigen Conducteurs.

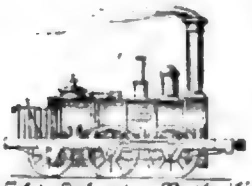
Nähere Auskunft über Preise und Bedingungen ertheilen:

Dr. G. Strecker in Mainz, **Ant. Joseph Klein** in Bingen, **Joseph Stoeck** in Creuznach,
Strecker, Klein & Stoeck in Antwerpen,

sowie deren Agenten:
Pfaff & Lederle in Ludwigshafen a. Rh. **Louis Merckle** in Speyer. **Joseph Schuler** in Zweibrücken. **C. J. Fischer** in Neustadt a. d. Hdt. **Etienne & Holzbacher** in Kaiserslautern.

[791a]

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.



Der unterzeichnete Verwaltungsrath beehrt sich die Inhaber der Actien-Certificate, auf welche 45 % eingezahlt sind, zu einer

außerordentlichen Generalversammlung
auf
Montag, den 16. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr,

hiermit einzuladen.

Außer den Berathungen, welche sich aus dem Stande der Verhandlungen über die in Aussicht stehende Betheiligung des Staates ergeben werden, sollen die Berichterstattung, sowie Abänderungen einiger Paragraphen der Statuten, insbesondere des §. 13 zur Berathung kommen.

Die Präsentation und Anmeldung der Actien-Certificate findet am 29., 30. und 31. Januar, die Empfangnahme der Eintrittskarten am 12., 13. und 14. Februar im Bureaulocale der Verwaltung statt.

Auf den Eintrittskarten wird sowohl die den Anmeldenden nach §. 11 der Statuten zukommende Stimmenzahl, als auch das Local der Versammlung bezeichnet sein.

Mainz, den 14. Januar 1852.

Der Verwaltungsrath.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 23 | den 27. Januar 1852.

Deutschland.

* **München.** Aus der Rede des Abg. v. Koch (von der Rechten, oder dem früher so genannten Quercentrum) dessen Vortrag bedeutendes Interesse erregte, entnehmen wir Folgendes:

„Wenn Sie, meine Herren, diesen Artikel ins Auge fassen, so werden Sie finden, daß die Competenz, welche dem Districtsrath zugewiesen ist, außerordentlich geringfügig ist. Wenn Sie dann erst noch den Art. 19 hiemit vergleichen, so werden Sie finden, daß er gar keine Competenz mehr hat, indem alles das, was ihm im Art. 7 erlaubt wurde, im Art. 19 abhängig gemacht wird von der Beschlußfassung der Regierung; mag er beschließen, was ihm *gefällig* ist, m. H., wenn die Regierung nicht für gut hält, den Beschluß zu genehmigen, dann gilt es eben nichts. Ich halte dafür, daß ein solches Gesetz keineswegs vom Guten ist. Ich glaube, daß unser altes Gesetz über Districtsumlagen ein viel besseres ist, obwol es von sehr schlechter *Beschaffenheit* ist, als das neue; daß das *neue nur Districtsrathgesetz* heißt, in der Wirklichkeit aber „*revidirtes Districtsumlagengesetz*“ heißen sollte. Es wird durch dieses neue Gesetz eine Menge von Auswegen und Exceptionen beseitigt, mit welchen früher unter dem alten Gesetze man noch einiger Maßen sich zu schüzzen im Stande war. Wie hier die Sache liegt, m. H., gibt es keinen Schutz mehr, man wird der Regierung ohne weiters überantwortet, welche mittelst des Districtsrathes berechtigt wird zu angeblichen Districtsanstalten uns das Geld abzunehmen. Aus diesem Grunde, m. H., habe ich es für nöthig erachtet, darauf anzutragen, daß die Competenz des Districtsrathes erweitert werde. Ich erkläre im Voraus, daß ich gegen ein solches Gesetz, welches der Regierung so ein unbedingtes Recht gibt, uns zu besteuern, stets stimmen werde, daß ich demselben durchaus meinen Beifall nicht zu schenken vermag, daß mir die alten Gesetze, die uns einigermaßen schützen, doch lieber sind, als das neue Gesetz. Nur dann, wenn Sie wirklich dem Districtsrathe eine neue Competenz einräumen, wenn die Regierung sich herbeiläßt, auf die Einräumung dieser Competenz einzugehen, dann können wir dem Gesetze beistimmen, und werden uns den Dank unserer Wähler und Gemeindeangehörigen erwerben. Von dieser Ansicht ausgehend, habe ich im Betreff der Competenz, wie sie der Art. 7 des Gesetzes aufstellt, eine Prüfung vorgenommen und einige Aenderungen beantragt.

... Bei lit b heißt es: „Die Beantragung und Vertheilung der nöthigen Districtsumlagen gehört in die „Competenz des Districtsrathes.“

M. H.! Hier sehen Sie bereits das Wort „Beantragung“ d. h. der Districtsrath ist nicht mehr berechtigt, wirklich die Districtsumlage anzuordnen, die er für nöthig hält, sondern es beginnt bereits das Stadium des Bittens, des Unterbreitens, des sich Wendens an die Regierung; die Regierung soll gebeten werden, das, was beantragt wird, zu genehmigen, im Art. 19 ist das Nähere darüber enthalten.

In dieser Beziehung habe ich geglaubt, statt des Wortes „Beantragung“ das Wort „Feststellung“ substituiren zu sollen. Dieses scheint mir das passende Wort zu sein, welches die Competenz des Districtsrathes bezeichnet, die ihm gebührt.

In lit. f ist gesagt: „Der Districtsrath sei berechtigt, „die Beantragung von Einrichtungen, welche nicht schon „gesetzlich erforderlich sind, aus Districtsmitteln zu machen.“

M. H.! Hier ist wieder von „Beantragung“ die Rede, von der Beantragung von Einrichtungen und Anstalten, die nicht gesetzlich schon nothwendig sind. M. H.! daß auch hier der Districtsrath berechtigt sein muß, Beschlüße zu fassen, wenn er anerkennt, daß eine Anstalt zum Wohle des Districtes nothwendig ist, ist klar, denn er muß berechtigt sein, diese Anstalten ins Leben zu rufen, und nicht erst mit Vorstellungen und Bitten zu kommen, ob man nicht gesonnen sei, solche Anstalt ihm um sein eigenes Geld zu gewähren, ich habe daher statt des Wortes „Beantragung“ das Wort „Einführung“ zu sezzen vorgeschlagen.

... Hier habe ich beantragt, daß das Gesetz in folgender Weise gefaßt werden möge: „Der Districtsrath sei be„rechtigt, die Rechnungen aller Districtsanstalten und al„ler der Verwaltung einer Religionsgesellschaft nicht un„terliegenden Districtsstiftungen zu verbescheiden, und hie„bei die das Interesse des Districtes wahrenden Anord„nungen zu treffen.“

M. Hrn.! Sie sehen wol, daß in den Worten „Verbescheidung“ und „Anordnungen zu treffen“ der Schwerpunkt dieser Modification liegt, indem das Gesetz sagt, daß der Distriktsrath von diesen Rechnungen nur Einsicht zu nehmen hat, mithin sie nicht verbescheiden darf. Einsicht darf der Districtsrath also nur nehmen nach dem Gesetzentwurfe und in Beziehung auf die, das Interesse des Districts betreffenden Anstalten darf er nur das Interesse derselben wahrende Anträge anbringen, er darf also keine wirklichen Anordnungen treffen, nicht das einführen, was ihm zum Gedeihen dieser Anstalten, die er aus seinen eigenen Mitteln erhält, als nothwendig scheint. Hierin finde ich eine Anomalie, ich habe demnach dem Distriktsrathe das Recht reklamirt, daß er die Rechnungen bescheiden und daß er bezüglich der Anstalten des Districts Anordnungen treffen darf, die er für das Interesse seiner Anstalten als nothwendig erachtet.

... Hiemit schließen sich die großen, umfangreichen Kompetenzbestimmungen des Regierungsentwurfes und nun habe ich mir, weil sie mir denn doch nicht umfangreich genug erscheinen, erlaubt, noch einige andere Bestimmungen anzureihen, die mit dem Interesse der Distrikte so verwachsen sind, daß, wenn die Districtsräthe nicht durch das Gesetz ermächtiget werden, dieselben selbst in die Hand zu nehmen, nimmermehr das Gedeihen von unseren Distriktseinrichtungen zu erwarten sein wird.

Die erste dieser Bestimmungen ist die, daß der Districtsrath berechtigt sein soll, dem Districtsausschusse seine Geschäftsinstructionen zu geben und ihn mit eigener Vollmacht zu versehen.

Ich halte die Sache für sehr einfach. Der Distriktsrath ist der Herr der Sache, der Ausschuß ist sein Anwalt, sein Vollzugsbeamter, und so wie der Anwalt oder Vollzugsbeamte von dem Vollmachtgeber seine Instruction zu erholen hat, ebenso muß der Districtsausschuß vom Districtsrath sein Mandat erholen.

Dieser Bestimmung habe ich mir eine weitere anzureihen erlaubt, die Bestimmung nämlich, daß der Districtsrath berechtigt ist, für die Herbeischaffung der nöthigen Löschrequisiten zu sorgen, die Löschmannschaft zu organisiren u. s. f. Gegen diese Bestimmung wird eingewendet werden, daß was in dieser Zusage enthalten ist, sich von selbst verstehe. M. Hrn.! Ich fasse die Sache etwas anders auf. Allerdings ist in dem Gesetze von Löschrequisiten die Rede, aber nur da, wo es sich um's Zahlen handelt, nur da, wo die Anschaffung der Lösch-

requisiten als eine nothwendige Districtslast erklärt wird. Wer sie anzuschaffen hat, wer über die Frage, ob sie zweckmäßig angeschafft werden, das Recht der Competenz hat, davon finden Sie kein Wort im Artikel 7 des Gesetzes.

Ferner habe ich mir einen Beisatz zu machen erlaubt, welcher dem Districtsrath das Recht in die Hand gibt, Districts-Armen- und Distrikts-Kranken-Anstalten zu gründen und zu überwachen. ... Ich habe weiter den Beisatz gemacht und schlage Ihnen vor, daß der Districtsrath ermächtigt sein soll, den Concurrenzmaßstab für den Bau und die Unterhaltung der Districtsstraßen zu normiren, und mäßige, von der Verwaltung zu genehmigende Straßen- und Brückengelder zu erheben.

M. Hrn.! Ich habe die Ueberzeugung, daß wir in unser Districtsstraßenwesen nicht eher Ordnung bringen, daß wir die Klagen wegen Ueberbürdung nicht eher beseitigen, als bis wir Districtsweggelder einführen. Bis jetzt suchte jede Gemeinde und jeder Distrikt die Straße von sich abzuwälzen, denn er fand, daß es ungerecht sei, für Dritte die Straße zu unterhalten, die sie benützten, wozu sie aber nichts beitrugen. Es liegt darin eine Ungerechtigkeit, die beseitigt werden muß.

... Ich habe mir einen weitern Vorschlag zu machen erlaubt, dahin zielend, daß der Districtsrath berechtiget sein soll, den Konkurrenzmaßstab der an den Flüssen und Bächen gelegenen Adjacenten, nach welchem sie zu den gemeinschaftlichen Uferschutzbauten beizutragen haben, zu reguliren. Der vorliegende Gesetzentwurf geht im Allgemeinen von der Tendenz aus, die Districtslast zu einem gemeinsamen Uebel zu machen; die Districtsstraßen, den Brückenbau ꝛc. allen Bewohnern des Districtes gleichmäßig als Last aufzulegen, alle Districtsangehörigen in die nämliche Kalamität zu bringen, in welcher sich bisher nur einzelne derselben befanden. Unsere bisherige Gesetzgebung ging dagegen von dem Grundsatze aus, daß nur der beitragspflichtig sei zur Unterhaltung einer Anstalt oder eines Baues, welcher von diesen Anstalten oder Bauten den besonderen Nutzen zieht. Die östlichen Bewohner des Districtes waren häufig frei von den Lasten des westlichen Distriktes u. s. f. Eine ganz andere Tendenz hat das neue Gesetz. Im neuen Gesetze wird das partielle Elend, wenn ich mich so ausdrücken darf, zum allgemeinen zu machen gesucht. M. Hrn.! Ich glaube, daß dieses der unglückselige Grundsatz ist, der erdacht werden kann, daß er zu allgemeiner Unzufriedenheit führen muß, und daß er den Keim der Zerstörung und der Auflösung in sich trägt. Wer die Wohlthaten einer Anstalt bezieht, ist offenbar verpflichtet, zu deren Unterhalt mehr beizutragen, als der, welcher wenigeren Nutzen hieraus genießt. Damit nun jener Tendenz entgegengetreten, der Districtsrath hingewiesen werde, an welche Grundidee bei der Lastenauflegung er sich zu halten habe — habe ich diesen Beisatz Ihnen, m. Hrn., mir zu machen erlaubt."

Gegen verschiedene erhobene Einwendungen erwiederte Hr. v. Koch in der weitern Discussion Folgendes:

„... Nun, m. H., komme ich auf das alte Gesetz. Dieß hat unterschieden zwischen nothwendigen und nützlichen Auslagen. Gegen die nothwendigen solle kein Widerspruch stattfinden, bei den nützlichen hingegen war der Majorität ein Spielraum gegeben. M. H.! öfter wurde schon von Seite der Regierung behauptet, eine Districtslast sei eine nothwendige, während die Betheiligten diese Nothwendigkeit nicht anerkannten. Sie ergriffen den Beschwerdeweg und mit dem besten Erfolge. In einem Falle, den ich selbst kenne, wurde bei unseren Districten die Zahlung von 6000 fl. als eine nothwendige Districtslast erklärt, es wurde an uns einfach die Frage gebracht: nicht „ob", sondern „wie" wir bezahlen wollen, wir sollten nur darüber gefragt werden, ob wir Lust haben, durch freiwillige Beiträge, ob durch Umlage nach dem Steuerfuße, oder ob durch Sammlung. Es sollte uns nicht das Wort gestattet werden, und gestattet sein zu untersuchen und zu erörtern, ob die Umlage gerechtfertigt sei — man wollte uns mit unserer Behauptung — daß die uns zugemuthete Zahlung eine Last der Centralfonds, gar nicht hören, allein mit dem alten Gesetze in der Hand — konnten wir uns Gehör erzwingen, und wir siegten.

... Durch das alte Gesetz, m. H., konnte man sich schützen, und wir thaten es auch. Mit dem neuen in der Hand, m. H., heißt es zahlen. Sie sagen zwar, wenn wir einmal das Districtsrathgesetz haben, so wird sich die Sache verbessern. Ja, m. H., ich würde dies auch zugeben, wenn wir nicht alle unsere Rechte mit einem Male der Regierung hinwerfen würden, wir machen die Regierung durch dieses Gesetz allmächtig in unsern Districtsangelegenheiten, uns aber zu Bettlern. Glauben Sie, daß die Regierung von dem Rechte, das Sie ihr so freigebig hingaben, etwas zurückgeben werde? Wir bewirken durch dieses Gesetz geradezu, daß die Regierung unter dem Titel der Districtslasten oder der Districtswohlfahrt uns in infinitum zu besteuern berechtigt ist. M. H.! Ich habe die innige Ueberzeugung, daß dieses Gesetz uns zum Nachtheil gereichen wird, und aus diesem Grunde muß ich Sie bitten, mit aller Vorsicht das Gesetz zu behandeln und insbesondere dahin zu trachten, daß die Competenz des Districtsrathes erweitert werde. Thun Sie das, m. H., so setzen Sie ein Kind auf die Welt, das entwicklungsfähig ist, thun Sie es nicht, so ist es ein todtgebornes Kind. Es wäre ein Geschenk an die Regierung, das sie zu unserm Nachtheil gebrauchen könnte. So viel glaubte ich bemerken zu müßen, in Bezug auf die Behauptung, daß das neue Gesetz besser sei, als das alte.

Es wurde weiter bemerkt, daß, wenn Sie auf meine Modificationen eingehen würden, dann die Verwaltungsbehörden nichts mehr zu thun hätten, der Districtsrath nehme die ganze Leitung der Administration in die Hand. M. H.! es wurde diese Bemerkung vom Hrn. Abgeordn. Römmich gemacht. Ich bin mit den Verwaltungsverhältnißen in der Pfalz nicht gehörig vertraut, aber wenn die Sache wirklich in der Pfalz so steht, wie Hr. Römmich uns sagt, so haben die Verwaltungsbehörden in der Pfalz gar nichts zu thun, als die Hebammen aufzunehmen, Stege zu bauen, Feuerlöschrequisiten zu untersuchen, Feuerspritzen zu probiren und derlei Dinge, denn, m. H., er behauptet, wenn man diese Geschäfte den Districtsräthen überließe, die Verwaltung nichts mehr zu thun hätte. Dies scheinen die Verwaltungsgegenstände der Pfalz zu sein, wo, wenn sie den Behörden der Pfalz genommen würden, diese dann keine Beschäftigung mehr hätten, ganz überflüßig würden. Ich wußte das nicht, sonst würde ich den Verwaltungsbehörden der Pfalz diese Competenz nicht beanstandet haben. Bei uns ist dies ganz anders und hier habe ich allerdings diese Competenz für unsern Districtsrath gefordert, allein ich behaupte, daß diese Gegenstände mit der Verwaltung nicht das Mindeste zu thun haben. Wenn wir einen Armen kleiden und pflegen, wenn wir ihn beschäftigen, wenn wir ein Krankenhaus bauen, um die Pflege unserer Angehörigen besser und wohlfeiler zu machen, wenn wir unsere Wege auf gemeinschaftliche Kosten unterhalten und uns wechselseitig dabei unterstützen, meine Herren! hat das irgend etwas mit der Verwaltung zu thun? Bei uns im diesseitigen Bayern besteht die Verwaltung in etwas ganz anderm. Sehen Sie, meine Herren! unsere Verwaltungsbeamten haben das Conskriptions- und Gewerbewesen, die Ansäßigmachungen, die Forstpolizei, die Feldpolizei, das Unterricht- und Stiftungswesen u. s. f. Allein, meine Herren! mit diesen Hebammengeschichten und so weiter haben unsere Beamten sich durchaus nicht zu beschäftigen und dessen ungeachtet hören Sie dieselben immer klagen, daß sie, ohne diese Geschäfte zu haben, nicht die nöthige Zeit gewinnen, um die Menge der Geschäfte zu bewältigen, die ihnen obliegen. Meine Herren! durch das neue Gesetz machen Sie die Geschäftslast noch zu einer größern als bisher. Der Beamte muß jeder Anstalt nachlaufen, jede Anstalt überwachen, überall sich hineinmischen; in Folge dessen, nachdem er in der Gegenwart seinen Arbeiten zu genügen nicht im Stande ist, müssen Sie eben

das Personal verdoppeln, um ihn nicht banquerot werden zu lassen. Das ist ganz einfach; wir brauchen mehr Beamte als bisher, ebenso wird es mit den Regierungskollegien sein, nachdem die Herren bei der Regierung gegenwärtig schon zur Erledigung ihrer Arbeiten und der Appellationen, die an sie kommen, wie jeder aus Erfahrung weiß, häufig sechs Monate und noch länger brauchen, so frage ich Sie, wie lange werden sie brauchen, wenn Sie nicht dem Personal eine Vermehrung geben, ihnen aber doch die neuen Zuweisungen von Geschäften machen. Ich habe die Ansicht, daß derjenige, welcher zu einem wohlthätigen Zweck Geld hergibt, auch berechtigt ist, darüber zu wachen, wie das Geld verwendet wird, und ob diese Verwendung dem Zwecke entspreche, den er im Auge gehabt. Dieses, m. Hrn.! ist dasselbe, was ich für den Distriktsrath in Anspruch nehme. Ob das Geld herbeigeschafft wurde durch Vorsorge der Vorfahren, ob durch wohlthätige Gesinnung tüchtiger Bürger das Geld herbeigeschafft wird, das ist gleich. Wenn man deßhalb sagt, ich sei gemeint, den Distriktsrath zum Austheilen von Gnaden zu machen, so sage ich „nein", das habe ich nicht von Ferne gesagt, das habe ich nicht von Ferne gedacht. Der Distriktsrath ist seinen Districtsangehörigen in Folge civilrechtlicher Grundsätze haftbar. Wenn der Districtsrath das Mandat, das man ihm gibt, auf eine so schändliche Weise mißbrauchen würde, daß er Gelder der Stiftungen und anderer Anstalten, die wir gegründet haben, für sich zu seinen Vergnügen und Behufs der Austheilung von Gnaden verschleudern würde, so gibt es bei uns noch Gerichte, welche den treulosen Districtsrath zur Rechenschaft ziehen würden. Hiervon bin ich wol überzeugt. M. Hrn.! es hat meine Modification eine sonderbare Confusion unter den Mitgliedern des Ausschusses hervorgerufen; die Einen nahmen sie in Schutz, Andere griffen sie an, wieder ein anderes Mitglied hat die Angreifenden in Schutz genommen. Im Ganzen genommen, habe ich daraus entnommen, daß alle vorhergegangenen reiflichen Berathungen, früher wenigstens, diese Fragen im Ausschusse nicht zur Berathung gekommen sein können, weil sich gegenwärtig so differente Meinungen zeigten."

München, den 21. Jan. In der heutigen (27.) Sitzung der Kammer der Reichsräthe kam der Gesetzentwurf „das Disciplinargesetz bezüglich der Staatsdiener betr." zur Berathung, und wurde nach vierstündiger Sitzung gegen 6 Stimmen angenommen. Die hohe Kammer adoptirte im Wesentlichen die aus den Ausschußberathungen hervorgegangene Fassung des Entwurfs. Die bedeutendste Abänderung erlitt der Regierungsentwurf dadurch, daß auf Antrag des Reichsraths v. Niethammer die ganze zweite Abtheilung (Art. 6 bis 9), die von der Versetzung der Richter handelt, gestrichen, und im Art. 62 beigesetzt wurde, daß der Art. 22 des Grundlagengesetzes vom 4. Jun. 1848, der die Unversetzbarkeit der Richter ausspricht, aufgehoben sei. Genannter Hr. Reichsrath fügte zur Motivirung bei, daß die Versetzung der Richter ein nothwendiges Recht der Regierung und im Interesse der Justiz sei, der Richterstand aber schon durch das neunte Edict so vollkommen gesichert sei, daß ihm ein pecuniärer Schaden nicht zugehen könne. Der Hr. Ministerpräsident Dr. v. d. Pfordten erklärte sich mit diesem Antrag einverstanden. Neben dem Hrn. Ministerpräsidenten vertrat auch Hr. Justizminister v. Kleinschrod den Entwurf. (A. Z.)

— den 22. Jan. Gestern Abend starb dahier nach kurzem Krankenlager der Staatsrath und vormalige Präsident des protestantischen Oberconsistoriums, Friedrich v. Roth.

Von der Donau, den 17. Jan. Wie ich höre, wäre an die großen Höfe eine Depesche Ludwig Bonaparte's abgegangen, in welcher die Motive des Sequesters, der über die Güter des Hauses Orleans verhängt werden soll, erörtert sind. Die Orleans werden in dieser Depesche als Conspiratoren bezeichnet, welche seit sechzig Jahren durch ihre Intriguen jede Regierung in Frankreich untergraben haben. Auf Philipp Egalité wird hingewiesen, Ludwig Philipps Benehmen gegen Karl X. in ein gehässiges Licht gestellt, und zuletzt die Behauptung ausgesprochen, daß zwischen Claremont und der orleanistischen Partei in Frankreich fortwährend gefährliche Verbindungen stattgefunden hätten. Boulogne und Straßburg! — quis tulerit Gracchos de seditione querentes? (A. Z.)

Wien, den 30. Jan. Die „Oesterr. Corr." meldet: Mittels kriegsrechtlichen Urtels ist der Doctorand der Rechte, Theodor Mannheimer, wegen Verfassung aufreizender und die christliche Religion herabsetzender Aufsätze zu 2monatlichem Profoßenarrest verurtheilt worden.

Belgien.

Brüssel, den 21. Jan. Abermals sind mehrere verbannte französische Exrepräsentanten, worunter Gambon und Valentin, hier eingetroffen. — Nach dem „Organe des Flandres" ist Carnot, französischer Unterrichtsminister unter der provisorischen Regierung, welcher zu Saffelaere (Bezirk von Gent) ein Landhaus bewohnte, durch die Gendarmerie an die Gränze geführt worden.

Frankreich.

Paris, den 19. Jan. Ganze Arbeiter-Associationen rüsten sich, vom Recht der Freizügigkeit Gebrauch zu machen, solange nicht auch dieses aufgehoben ist. Eine Association der Blechschmiede und ein Theil der Association der Kunstschreiner sollen mit americanischen Capitalisten Verträge abgeschlossen haben, um ihre Industrie unter den Schutz einer andern Republik zu verpflanzen. Es ist Zeit, daß die Reaction sich selbst Maß und Ziel setze, oder man bekommt Erscheinungen wie in den Tagen der Aufhebung des Edicts von Nantes. (A. Z.)

Paris, den 21. Jan. Heute, als am Jahrestag der Hinrichtung Ludwig's XVI., wurden in der Sühncapelle vier Trauermessen gelesen. — Bei Courthison (Vauclusedepartement) hat eine Abtheilung Soldaten, 150 Mann stark, von Gened'armen unterstützt, Jagd auf die in den Wäldern versteckten Insurgenten gemacht; 35 bis 40 derselben sind in die Hände der Truppen gefallen. Einer derselben, Sanvan, bekannt wegen seiner socialistischen Gesinnungen, hat eine Kugel durch den Leib erhalten, als er sich retten wollte. Einem großen Theile der Insurgenten ist es gelungen, zu entkommen. Die Unglücklichen wurden des Morgens um 2 Uhr in ihrer Zufluchtsstätte überrascht und ergriffen, meistens ohne Kleidung, die Flucht, indem sie sich in einen Fluß stürzten und an das andere Ufer schwammen.

In mehreren Weinhandlungen und Wirthshäusern in Paris haben deren Eigenthümer Placate angeschlagen, worin sie erklären, daß sie politische Debatten in ihren Localen nicht dulden, sondern Gäste, welche solche Erörterungen würden halten wollen, hinausweisen würden.

— den 23. Jan. Der heutige „Moniteur" verkündet folgende Cabinetsänderung: Das Portefeuille des Innern erhielt Persigny, das der Polizei Maupas, das der Justiz Abbatucci und das der Finanzen Bineau. Zum Staatsminister (ohne Portefeuille) ist ernannt: Casabianca. — Ein von dem Präsidenten Louis Napoleon erlassenes Decret verordnet den Verkauf der Güter der Familie Orleans binnen Jahresfrist für Rechnung ihrer Besitzer. Die Schenkungen, welche Louis Philipp an seine Familienglieder gemacht, sind annullirt und den Domainen zugewiesen. Das Witthum der Herzogin von Orleans bleibt aufrecht erhalten; der Ueberrest wird den wohlthätigen Anstalten und Ehrenlegionsdotationen zugewendet.

Spanien.

Madrid, den 16. Jan. Unser Kriegsminister hat heute sein Portefeuille niedergelegt. Es war kein übereilter Schritt von ihm, sondern schon seit einiger Zeit eine fixe Idee bei ihm gewesen. Lersundy ist mit ganzem Herzen ein Anhänger des constitutionellen Princips und kann den eigenmächtigen Handlungen seiner Collegen nicht beipflichten. Das Preßgesetz und die beabsichtigte

Eingehung des literarischen Eigenthumsverkehrs mit Frankreich haben den Minister zu dem Schritt veranlaßt.

— den 17. Jan. Die Madrider Ztg. meldet heute die Annahme der Demission des Kriegsministers Generals Lersundi und dessen Ersetzung an der Spitze des Kriegsdepartements durch den General Grafen d'Espeleta, Mitglied des Senats. Es heißt, diese Wahl dürfte den freiwilligen Austritt mehrerer Oberofficiere zur Folge haben.

Italien.

Aus **Florenz** wird den Daily News geschrieben: Ein junger Mann, der eine Putzmacherin in Florenz geheirathet, hatte den Tag mit der Neuvermählten in einer der Vorstädte verbracht. Als sie Abends zurückkehrten, begegneten dem Paar drei österreichische Soldaten, welche erklärten, daß, da sie (die Oesterreicher) Herren im Lande seien, sie mit den Frauen machen könnten, was ihnen beliebe. Sie fielen demnach über den Gatten her, prügelten ihn so lange, bis er sinnlos niederfiel, und schleppten dann die Frau in ein Feld, wo sie am folgenden Morgen todt gefunden wurde. — Außer der liberalen Partei werden die des Protestantismus Verdächtigen am strengsten verfolgt, und es liegen gegenwärtig mehrere hundert Personen wegen „ketzerischer Meinungen" im Gefängniß.

Neueste Nachrichten.

München, den 22. Jan. *) In ihrer heutigen 75. Sitzung nahm die Kammer der Abgeordneten den Etat des Finanzministeriums mit 775,178 fl. ohne Discussion, dann die Exigenz für das Steuerkataster, von der Regierung zu ½ Million vom Ausschuß zu 481,250 fl. angesetzt, in letzterem Betrag an und genehmigte sodann die Position für die Münzanstalt mit 10,350 fl., für die Glasmalerei-Anstalt 4000 fl. und die Pensionen der Wittwen und Waisen der Staatsdiener mit 558,200 fl. Hierauf ging sie zur Berathung des Militärbudget über. Die Regierung hatte bekanntlich für die active Armee 8¾ Millionen verlangt, der Ausschuß jedoch nur 8½ Millionen begutachtet. Der Berichterstatter Langguth wiederholte seinen schon im Ausschuß gestellten aber verworfenen Antrag, jene Summe auf 8 Millionen herabzusetzen, während Hr. Kolb 6 Millionen für genügend hielt und einen dahin gehenden Antrag stellte. Nach einer langen Discussion, in welcher der Minister v. d. Pfordten dreimal das Wort zur Vertheidigung des Regierungspostulats ergriff, wird dieses mit 69 gegen 61 Stimmen abgelehnt, der Ausschußvorschlag dagegen mit 79 gegen 51 Stimmen angenommen. Damit waren zugleich die beiden anderen Anträge auf Minderung verworfen. Die Positionen für die Gendarmerie 800,000 fl.; für das topographische Büreau 50,000 fl.; Zuschuß an den Militär-Invaliden- und Waisenfond 92,000 fl., Militärpensionen und Medaillenzulagen erhalten die unveränderte Zustimmung. (Allg. Z.)

Nürnberg, den 23. Jan. Dr. E. Feust hat gestern die verantwortliche Redaction des „Nürnb. Kur." wieder angetreten.

Bruchsal, den 22. Jan. Heute marschirte eine Abtheilung des hiesigen Reiterregiments als Executionsmannschaft nach Obergrombach, wo bei der letzten Bürgermeisterwahl wieder einige Sympathien für Hecker sich geregt haben. (Bad. Ldz.)

Schwerin, den 21. Jan. Durch Ministerialrescript wurde das zu Rostock bisher erschienene „Rostocker Wochenblatt" unterdrückt.

Berlin, den 23. Jan. Es steht nunmehr fest (berichtet die „Neue Pr. Ztg."), daß die Staatsregierung einen Gesetzesvorschlag, betreffend die künftige Gestalt der ersten Kammer, in die Kammern einbringen wird, der, wie wir hören, jede Wahl zu dieser Kammer ausschließen wird.

*) Der Bericht über die Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 22. Jan. ist uns nicht zugekommen. D. Red.

Hannover, den 23. Jan. Der Handelsvertrag vom 7. Sept. v. J. ist in beiden Kammern mit bedeutender Mehrheit genehmigt.

Paris, den 22. Jan. Wie ich aus guter Quelle erfahre, ist Carlier mit der Regierung gänzlich entzweit. Mehrere Beamten der Polizeipräfektur sind abgesetzt worden, weil man entdeckt hat, daß sie noch in genauen Beziehungen zu Carlier stehen. Wichtig ist es, daß Carlier sich nicht mehr in Paris befindet, sondern nach London gereis't ist um sich mit Thiers zu benehmen, was unter den gegenwärtigen Umständen zu thun sei. — Rothschild ist mit der neuen Lage der Dinge keineswegs zufrieden. Man versichert, daß er in einer Unterredung mit Morny diesen Minister daran erinnert habe, daß er österreichischer Generalconsul sei. (K. Z.)

— den 23. Jan. Der „Moniteur" enthält einen Artikel, welcher das Verfahren des Präsidenten in Betreff der Güter der Familie Orleans durch Anführung eines Beispiels rechtfertigt, wie Ludwig XVIII. gegen die Güter des Kaisers Napoleon nach der Restauration der Bourbons verfuhr.

New-York, den 10. Jan. Kossuth ist dem Repräsentantenhause vorgestellt worden und hat eine kurze Anrede an dasselbe gehalten.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[801¹] Von einem jungen ledigen Manne wird in einer Stadt der Pfalz ein Barbiergeschäft zu übernehmen oder zu kaufen gesucht. Offerten hierüber unter genauer Angabe der Bedingungen beliebe man an die Expedition dieses Blattes unter Nro. 801 franco zu senden.

[799] **Gütertrennung betreffend.**

Es wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das hiesige kgl. Bezirksgericht in seiner öffentlichen Sitzung vom 21. Jenner abhin, auf Anstehen der Maria Josephina Tillmann, ohne Gewerbe in Freinsheim wohnhaft, Ehefrau des daselbst wohnhaften Oeconomen Johann Peter Bechaud, die Gütertrennung zwischen ihr und ihrem genannten Ehemann ausgesprochen hat.

Frankenthal, den 24. Jenner 1852.

Michel, Anwalt.

[800] **Holzversteigerung.**

Donnerstag, den 29. Jenner 1852, werden im hiesigen Gemeindewald District I Abth. 1 und 2 im sogenannten Unternbanwald die nachverzeichneten Holzsortimente öffentlich an die Meistbietenden versteigert:

63 Stamm eichen Bau- und Nutzholz, worunter 25 bis 30 Stämme zu Holländerholz sich eignen,
¼ Klafter buchen Scheitholz,
17½ „ eichen,
3¾ „ aspen,
½ „ forlen,
3¼ „ eichen Prügelholz,
¾ „ eichen,
37 „ Stockholz,
1075 Stück Wellen.

Ferner Freitag, den 30. ds. Mts., werden im District 2 Abth. 1 Jägeracker zunächst der Neudörfermühle:

87 Stamm forlen Bau- und Nutzholz,
16 Klafter forlen Scheitholz,
27¼ „ Prügelholz,
¼ „ Klotzholz.

Die Zusammenkunft ist jeden Tag auf der Hiebstelle, früh 9 Uhr, wozu man die Liebhaber einladet.

Wiesenthal, den 22. Jenner 1852.

Das Bürgermeisteramt:
Fürst.

vdt. Bauhans.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch **Nro. 24** **den 28. Januar 1832.**

Deutschland.

• **München.** Rede des Abg. Kolb über das Militärbudget.

Nur mit großem innern Widerstreben, meine Herren, reiche ich bei dieser Budgetposition einen Antrag ein. Nur die Erwägung, daß von der Position, um welche es sich jezt handelt, die wichtige Frage abhängt, in wie ferne das Volk mit neuen Lasten heimgesucht werden muß, kann mich bestimmen, diesen Antrag einzureichen.

Ich habe Ihnen proponirt, diejenige Summe wieder aufzunehmen, welche während drei Budgetperioden von Seite der Regierung selbst genügend befunden wurde. Im Jahre 1831, bei den damaligen kriegerischen Aussichten, verlangte die Regierung nicht mehr, als ich beantrage in das Budget einzusezen; sie verlangte nur 6 Mill. für die gesammte active Armee, oder 7'451,500 fl. für das gesammte Heerwesen, während ich gegenwärtig eine etwas höhere Summe einsezen will, nemlich 7'592,000 fl.

Ich will Ihnen die Gründe, welche ich bei der vorigen Budgetberathung vorgebracht habe, nicht wiederholen; ich beschränke mich auf einige andere Bemerkungen.

Man sagt: die Formation sei eine andere als damals, und auf diesen Punct gründet sich alles Raisonnement, welches bis jezt vorgebracht wurde, und darauf basirt sich auch das Ministerium. So lange, sagte der Hr. Präsident Weis, man mir nicht nachweist, daß diese Formation mit einer kleineren Summe erhalten werden kann, werde ich für die Position der Regierung stimmen. Für mich handelt es sich im Gegentheile davon, daß man zuerst zu beweisen hat, daß diese Formation in der gegenwärtigen Größe nothwendig ist, und davon, daß der bayerische Staat ohne diese Formation nicht existiren kann; und das ist es, was ich bestreite.

Zur Zeit der Napoleonischen Kriege, welche bekanntlich nicht enden zu wollen schienen, in welchen der ganze Staat nur des Krieges wegen vorhanden zu sein schien, hatte Bayern eine Formation von 46,000 Mann, und heute, in Mitte des Friedens, haben wir eine Formation, die um mehr als die Hälfte größer ist, nemlich 74,373 Mann!

Man hat, seitdem die Landtage wieder aufgelebt sind in Deutschland, fortwährend in allen Kammern angekämpft und sich beschwert über die Größe der Bundesmatrikel in Betreff des Heerwesens. Die Bundesmatrikel verpflichtet aber Bayern in erster Linie nur zu 35,600 Mann. Dazu kommen die Bestimmungen über die Reserve. Da aber die Anwendung derselben bedeutenden Controversen unterliegt, so nehmen Sie selbst die ungünstige Auslegung und Sie kommen nur zu einer Formation von 59,000. Nach den höchsten Anforderungen des Bundes haben wir über 15,000 Mann zu viel in unserer Formation!

Vor Kurzem wurde in einer andern deutschen Kammer, in der Württembergischen, ebenfalls das Militärbudget berathen. Es ist relativ viel geringer, als das unsrige. Dessenungeachtet fand das Kriegsministerium bedeutenden Widerspruch. Der württembergische Kriegsminister, General Miller, wußte nichts Besseres zu thun, um seine Forderung zu begründen, als anzuführen: In Bayern wird bei weitem noch mehr ausgegeben; man hat dort über 300 Officiere mehr, als man nach der Bundesmatrikel brauchte. — Soll dieser Zustand fortdauern? Ist er unbedingt nothwendig? Dafür habe ich noch keine Gründe gehört!

Vergleichen wir das württembergische Militärbudget mit dem unsrigen. Von zwei Finanzperioden sind mir die Postulate bekannt. In einer Finanzperiode fordert der württembergische Kriegsminister 2,310,000 fl., in der andern 2,269,700 fl. Württemberg hat bekanntlich eine Bevölkerung von 1,745,000 Seelen. Das Verhältniß der Bevölkerung dort zu dem in Bayern ist ziemlich genau 1 zu $2\frac{1}{4}$. In diesem Verhältniße würde unser Militärbudget — nicht für die Activarmee allein, sondern für das ganze Heerwesen, im einen Falle 5,775,000 fl., und in dem anderen 5,674,000 fl. betragen.

Ich schlage Ihnen vor, mehr als anderthalb Millionen, fast zwei Millionen mehr, als in diesem Verhältniße nothwendig ist, zu bewilligen.

Man beruft sich immer wieder auf die Formation. Mit dieser veränderten Formation ist es eine eigene Sache. Wie entstand sie? Zuerst sagt man: die Artillerie ist zu schwach im Verhältniß zur ganzen Militärmacht. Sie ward also vermehrt um ein neues Regiment. Dann fand man die Geniecompagnien zu schwach; man vermehrte nun diese Compagnien zu einem Regimente. Dann war die Cavallerie zu schwach, und man verstärkte jedes Regiment um eine siebente Escadron. Endlich aber fand man die Infanterie viel zu schwach zu den anderen Theilen. Man vermehrte also auch diese, und so entstanden die dritten Linienbataillone und zwei neue Jägerbataillone. Und so stehen wir jezt wieder an dem nemlichen Puncte, von wo man ausgegangen ist, und man könnte gerade wieder von vorn anfangen. —

Ich bestreite der Regierung sogar die Berechtigung, eine solche Formationsvermehrung ohne Bewilligung der Kammer vorzunehmen. Gesezlich kenne ich nur eine Formation; die vom Jahre 1828. Das Heeresergänzungsgesez vom Jahre 1828 gründet sich ausdrücklich auf die damalige Formation. Es bestimmt: in jedem Jahre soll so viel Mannschaft, als $\frac{1}{6}$ der Formation ausmacht, ausgehoben werden. Eine Ausnahme ist gestattet, wenn in noch fortdauernder Folge der früheren Kriegsereigniße, welche ungewöhnliche Aushebungen bedingten, eine stärkere Entlassung als gewöhnlich stattfindet. Die ganze Bestimmung des Heeresergänzungsgesezes wäre illusorisch, wenn diese Formation beliebig verändert, beliebig vergrößert werden könnte.

Aber ein anderer Grund waltet noch ob. Es ist selbst in denjenigen Zweigen, in welchen der Regierung unbedingt die Befugniß zusteht, eine Formation zu ändern, dieselbe nach allen Grundsätzen des Constitutionalismus wenigstens mittelbar an die Bewilligung des Landtags gebunden, nemlich bezüglich der Bewilligung der Geldmittel.

Die jezige „Formation“ kann uns also nicht entgegengehalten werden; es hängt die Geldbewilligung für dieselbe von uns ab, und zu diesem Behufe wäre sogar, glaube ich, eine specielle Vorlage nothwendig.

Man hat bei einer neulichen Berathung gesagt: der Staat habe „zwei Säulen,“ die Diplomatie und das Heer, und diese zwei Säulen würden fortwährend von der revolutionären Partei angegriffen.

Was die Diplomatie betrifft, der wir vorzugsweise den jämmerlichen Zustand zu verdanken haben, in welchem wir Deutschland erblicken, so hoffe ich, daß diese durch und durch morsche Säule beim ersten Windhauch zusammenstürzen werde.

Was das Heer anbelangt, so habe ich ebenfalls kei-

nen Grund, Ihnen meine Ansichten zu verbergen. Diese Ansichten sind folgende: „Das demokratische Princip wird siegen, trotz seiner momentanen Niederlage in Folge eines zu großen Vertrauens und des Ueberlaufens mancher vermeintlichen Democraten in das feindliche Heerlager. In dem Momente aber, wo die Democratie gesiegt hat, und durch sie ein einiges, kräftiges Deutschland hergestellt wird, haben wir einen Kampf mit Rußland zu bestehen. Ich bin aus diesem Grunde schon keineswegs der Ansicht, wir müßten die Armee auflösen; ich fordere nichts weiter, als daß die Armee einen Kern bilde, tüchtig, kräftig, selbst wohl besoldet, aber nicht zu zahlreich, — im richtigen Verhältnisse zu den Mitteln des Landes. Diese Armee wird nothwendig sein im Kampfe, den ich mit Bestimmtheit vorhersehe.

Aber dieser Kern allein wird nicht diesen Kampf entscheiden. Man wird in diesem Kampfe, wie überhaupt in jedem, der sich in Zukunft erheben wird, noch einer andern Kraft bedürfen, — der moralischen Kraft des Volkes. Es wird nothwendig sein, den Massenkampf zu beginnen, — die Bewaffnung des ganzen Volkes muß dazu kommen.

Man wird da wol wieder von „unorganisirten Haufen" und dergleichen reden; ich verlange aber nicht, daß man unorganisirte Haufen in den Kampf führe. Ich verlange eine gute Organisation der Volksbewaffnung. Diese wird eintreten, weil sie ein Bedürfniß sein wird.

Der Enthusiasmus, sagt man, vermag nicht allein Alles. Aber mit dem Enthusiasmus wird ein anderer Faktor wirken, — diese organisirte Volksbewaffnung. Als in den neunziger Jahren die verbündeten Heere von den französischen Republikanern zurückgeschlagen wurden, war es nicht die Marseillaise allein, welche den Franzosen den Sieg verschaffte; es war das allgemeine Aufgebot des Convents, und die treffliche Organisation des Generals Carnot, der 14 Armeen zum Kampf ausrüstete, mit 15 bis 16 mal hunderttausend freiheitbegeisterten Kämpfern; durch die Masse ward der Feind erdrückt.

Napoleon führte das andere System wieder ein; er stellte den stehenden Heeren wieder stehende Heere entgegen. So lange er keinen andern Feind zu bekämpfen hatte, war er immer Sieger, den Kampf mit den Elementen natürlich abgerechnet. Aber zweimal kam er in den Fall, mit einer andern Macht, nemlich mit der von mir angedeuteten des Volksthums zu kämpfen, und diese zwei Mal ist er erlegen. Auf den Feldern Spaniens, m. H., bleichen die Gebeine von mehr Franzosen und deren Verbündeten, als auf den Eisfeldern Rußlands. Obwol das Land sehr wenig bevölkert ist, so vermochte Bonaparte dennoch nicht, mit seiner ganzen Heeresmacht es zu unterwerfen. Und dasselbe war der Fall im Jahre 1813. Lesen Sie die militärischen Schriftsteller — gleichviel ob französische oder deutsche, — Sie kommen immer in dem gleichen Resultate überein, daß in der Entscheidungsschlacht bei Leipzig Napoleon erdrückt wurde, durch die Menge seiner Gegner. Die Masse des Volkes war organisirt gegen ihn, und dieser erlag er. Aehnlich war es im Jahre 1815.

Auch die Schweiz mit ihrem Sonderbundskrieg kann als Beispiel angeführt werden. Vergeblich wird man einwenden: es sind dort keine Schlachten geschlagen worden! Gerade der Umstand, den ich angedeutet habe, ermöglichte dem General Dufour, blos durch strategische Anordnungen den Feldzug zu entscheiden. Dieser Fall in der Schweiz aber beweist, was eine gut organisirte Volkswehr ist. In Zeit von 3 Wochen nach dem Aufgebot hatten die eidgenössischen Kantone 99,000 Mann in den ersten Linien, und die Sonderbundskantone 34,000. Außerdem waren noch mindestens 80,000 Mann in den einzelnen Kantonen jeden Augenblick parat auszurücken. Die ganze Schweiz hatte also eine organisirte Macht von weit mehr als 200,000 Mann.

Fragen Sie aber den Hrn. Kriegsminister, wie viel Er, trotz unsers hohen Militäretats, in 3 Wochen organisirt aufstellen kann in dem mehr als noch einmal so bevölkerten Bayern! Nicht die Hälfte dieser Anzahl! Ein ausgezeichneter militärischer Schriftsteller hat berechnet, daß die Kosten des ganzen Heerwesens incl. der Kosten der Privaten in der Schweiz 1,200,000 Thaler jährlich betragen, also etwas Weniges über zwei Millionen Gulden, und damit erhält man eine Wehrkraft von 250,000 Mann geübter, organisirter Truppen. Das Nähere darüber finden Sie in der Beilage zur Allg. Ztg. Nro. 292 vom vorigen Jahre. Ich gebe unbedingt zu, daß diese 250,000 Mann nicht gleich zu achten sind einer verhältnißmäßig gleichen Anzahl unseres Heeres. Allein in einem Kampfe, in welchem ein guter Kern des Heeres vorhanden ist, wird man, wenn man mit einer solchen Masse operirend, auch die beste Heeresmacht erdrücken können. Die ganze Geschichte beweist, daß die bestorganisirten Truppen nicht im Stande sind, allen Massen zu widerstehen; auch sie erliegen einer gut organisirten Ueberzahl.

M. H.! Man darf nicht immer darauf ausgehen, zu erklären: dieß brauchen wir zur Erreichung dieses oder jenes Zweckes, sondern man muß auch fragen, was vermag das Land zu leisten? Und jetzt stehen wir an dem Puncte, daß es sich nach meiner Ueberzeugung darum handelt, ob das Land in Mitte des Friedens so erschöpft werden soll, daß man im Falle eines außerordentlichen Bedürfnißes eine außerordentliche Anstrengung nicht mehr machen kann.

* **München**, den 24. Jan. Dem Vernehmen nach erhielt der 2. Präsident des Oberappellationsgerichts, Hr. Heinz, den Vorsitz im Cassationshofe übertragen; Hr. Oberappellationsrath Ruppenthal trit, unter Fortbezug seines bisherigen Gehaltes, in die Reihe der Räthe am Cassationshofe zurück.

* Die Ausweisung Hägens ist zurückgenommen, und Riese hat Suspension bis zur definitiven Entscheidung über seinen Recurs zugestanden erhalten.

* **München**, den 24. Jan. (76. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Minister v. d. Pfordten nimmt das Wort, um zu erklären, in der vorigen Sitzung habe der Abg. Lasaulx einen Ausdruck gebraucht, den er damals überhört habe, welcher verletzend „gegen den Präsidenten der franz. Republik" sei. Hätte er den Ausdruck sogleich verstanden, so würde er augenblicklich den Präsidenten der Kammer ersucht haben, den Redner zur Ordnung zu verweisen, da er nicht schweigen gekonnt zu einem solchen Angriff auf das Oberhaupt eines Staates, „mit welchem wir in freundschaftlichen Verhältnißen" stehen. — Präsident Hegnenberg bedauert ebenfalls, den Ausdruck überhört zu haben.

Berathung über den Gesetzentwurf: „einige Bestimmungen über die Gerichtsverfassung in den Landestheilen diesseits des Rheines." Nach diesem Entwurfe werden an den Landgerichten eigene Beamte für Besorgung der Notariatsgeschäfte angestellt. — Boye erklärt, daß er im Ausschuße gegen den Gesetzentwurf gestimmt habe, weil derselbe keine Erfüllung der Verheißungen des Grundlagengesetzes sei. Weist dies treffend nach. — Wallerstein. Er werde für das Gesetz stimmen, um wenigstens das hier Erreichbare zu retten, denn es sei doch eine Trennung der Administration von der Justiz; daher gegen Boye. — Gäßler und Rudhart sprechen ebenfalls für den Entwurf, unter ausdrücklicher Anerkennung, daß den Erwartungen bei weitem nicht vollständig entsprochen sei. Lerchenfeld stimmt gegen das Gesetz; er sei kein Pessimist, selbst der Mangel des Notariats bestimme ihn nicht, er habe aber die Ueberzeugung, daß ohne eine neue Gerichtsordnung nichts erzielt werde. — v. d. Pfordten, den leider wieder etwas mehr erkrankten Hrn. Justizminister vertretend: Die Regierung habe eine Opposition gegen dieses Gesetz gerade in diesem Hause nicht erwartet. Die Regierung habe hierin nicht mehr thun können, nach dem bekannten Schicksal des

Notarialsgesetzes. Die Hauptaufgabe, Trennung der Justiz von der Administration, könne auch ohne Notariat gelöst werden. Erwähnt u. a., daß zur Vorberathung der projectirten Gesetzbücher, darunter der Gerichtsorganisation, der betr. Ausschuß auch nach dem Schluße des gegenwärtigen Landtags versammelt bleiben soll. Fiele das Gesetz, so seien die gewünschten Verbesserungen auf unbestimmte Zeit vertagt. — An der allgemeinen Discussion betheiligten sich noch Nar, Lang, Paur, Wiedenhofer, Hirschberger, der Referent Breitenbach und der Ministerialcommissär Neumayer, indem sie für, und Hegnenberg, indem er gegen den Entwurf sprach. Es herrschte, ausgenommen bezüglich der Vota von Paur, Hegnenberg und Neumayer, nur sehr geringe Aufmerksamkeit. — Schließlich wird das Gesetz mit 123 gegen 9 Stimmen angenommen (verneinend: Allioli, Boye, Hegnenberg, Kolb, Lerchenfeld, Pröll, Ruland, Tafel und Weis.)

Heine beantragt Beifügen zweier Wünsche: 1) die Aspiranten zum Staatsdienste seien zu verpflichten, einen halbjährigen Cursus an einer polytechnischen Schule zu besuchen, und 2) wer ein einschlägiges Geschäft zu besorgen habe, solle eine Anzeige bei der Ortsbehörde machen, um durch Schein und Gegenschein eine Controlle gegen Verzögerung zu besitzen. — Die Beamten hätten so oft zu entscheiden über technische und landwirthschaftliche Fragen; sie sollten auch die nöthigen Vorkenntniße sich erwerben. Verzögerung in Erledigung der Geschäfte sei am meisten zu befürchten. — Wallerstein, v. d. Pfordten, Neumayer und Referent Breitenbach erheben Bedenken, über die Zweckmäßigkeit bei der gegenwärtigen Gelegenheit. — Beide Anträge werden verworfen.

Berathung über den Gesetzentwurf „die Aufhebung der Siegelmäßigkeit betr." — Boye hebt hervor: Die Reichsrathskammer habe den ganzen Gesetzentwurf in Wesen umgestaltet; der Ausschuß der Abgeordneten habe den Regierungsentwurf größtentheils wieder hergestellt, er stimme dem Regierungsentwurf vollständig bei. — Wallerstein in gleicher Richtung. — v. Pfordten empfiehlt dagegen Annahme der Modification der Reichsräthe, im Gegensatze zum Regierungsentwurfe (darnach würde die Siegelmäßigkeit fortbestehen, und der Adel nur die gewöhnlichen Gebühren zu entrichten haben.) — Hegnenberg bedauert, daß die Regierung nun gegen ihren eigenen Entwurf auftrete. An der ferneren Verhandlung betheiligen sich noch Rudhart, Ruland, Referent Breitenbach und noch zweimal Pfordten, der geltend macht, ein Ministerium dürfe nicht mit eiserner Consequenz verfahren, sonst bestünde es keine 14 Tage; und wenn man dem jetzigen Ministerium auch nicht sehr zuzurathen brauchte, um zurückzutreten, so würde doch für die Sache nichts gewonnen.

Bei der Abstimmung wird der Art. 1 in der Fassung der Reichsräthe, mit einer kleinen Redactionsänderung Pfordtens, angenommen. — Bei Art. 2, den die Reichsräthe gestrichen, wünscht Wallerstein Beharren, damit Jedermann das Recht habe, seine Sache vor Gericht selbst zu vertreten. Lang ist entschieden dagegen; ebenso Breitenbach und (gegen den ursprünglichen Gesetzentwurf), auch Pfordten. Der Art. 2 wird mit 66 gegen 62 Stimmen angenommen. — Art. 3 wird im Wesentlichen nach dem Ausschußantrage angenommen.

Da es sich um ein Verfassungsgesetz handelt, so sind ⅔ der Stimmen erforderlich. Es stimmen 103 dafür, 26 dagegen; von Pfälzern dafür: Benzino, Heine, Jäger, Lang, Meuth, Prinz, Rebenack, Römmich, Roos und Weis; — dagegen: Aufschnaiter, Boye, Brunk, Kolb, Müller, Scharpff, Tafel und Tillmann. Das Gesetz ist somit angenommen, soferne die Reichsräthe in die Modification des Art. 2 stimmen.

Schließlich wird ein Rescript verlesen, wonach der Landtag bis Ende März verlängert ist.

Karlsruhe, den 24. Jan. Die zweite Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung mit 47 gegen 13 Stimmen die Fortdauer des Kriegszustandes nach dem Antrag der Regierung beschlossen und sogar den Vermittlungsvorschlag des Abg. Prestinari, welcher mit der Zustimmung den Wunsch verbunden wissen wollte, die großh. Regierung möge nach Ablauf der nächsten zwei Monate von einer ferneren Verlängerung des Kriegszustandes Umgang nehmen, wenn nicht inzwischen Ereignisse eintreten, welche die Sicherheit des Staates von Neuem gefährden, mit bedeutender Majorität verworfen. Gegen die Fortdauer des Kriegszustandes erklärten sich: die Abgeordneten Blankenhorn, Dennig, Eisenlohr, Hildebrand, Lamey, Malsch, Mathy, Reiß, Schey, Schmidt, Sutter und Weller. (F. J.)

Freiburg, den 19. Jan. Rechtsanwalt Fehrenbach wurde gestern Abends durch Beschluß der Ausscheidungscommission wieder auf freien Fuß gesetzt, wie wir hören, mit Rücksicht auf häusliche Verhältniße. Indessen ergab die Haussuchung gegen ihn so wenig, als gegen die anderen Vorstandsmitglieder ein Resultat, man müßte denn darin ein Vergehen finden, daß Fehrenbach als ehemaliges Parlamentsmitglied die Parlamentsverhandlungen und die den Mitgliedern des Parlaments vertheilten Druckschriften gesammelt und bewahrt hatte. (Sch.M.)

Berlin, den 24. Jan. Der Abg. Dr. Klee hat einen Antrag auf Verfassungsänderung in der ersten Kammer eingebracht. Es sollen nämlich alle politischen Verbrechen den Schwurgerichten entzogen und Art. 94 der Verfassung demgemäß abgeändert werden.

Brandenburg, den 24. Jan. Auch der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde ist die Erlaubniß zur Benützung der St. Nicolaikirche zu ihren Versammlungen entzogen worden und versammelt sich dieselbe nun in dem Hause eines ihrer Mitglieder.

Königsberg, den 20. Jan. In Tilsit ist der auf gestern angezeigte Gottesdienst der freien Gemeinde polizeilich inhibirt worden, da der Staatsanwalt gegen die vom dortigen Kreisgericht erfolgte Freisprechung der Gemeinde Appel eingelegt hat.

Wien, den 19. Jan. In den letzten Tagen haben häufige Arrestationen unter den Besuchern des polytechnischen Institutes stattgehabt. Unter den Verhafteten befinden sich auch die zwei Assistenten des ehemaligen Directors, Regierungsrathes Adam Burg. Dieselben sollen mit jenem Artillerieofficier May, welcher vor wenigen Wochen seinem Leben in dem hiesigen Untersuchungsarreste ein Ende machte, in Verbindung gestanden haben.

— den 21. Jan. Der Justizminister Karl Frhr. v. Krauß hat gestern seine Demission eingereicht. Als Grund des Rücktritts werden Differenzen über die Ausführung des zu den kaiserlichen Patenten vom 31. Dec. erlassenen (Salvotti'schen) Programms bezeichnet.

Oesterreichische Staaten.

Pesth, den 20. Jan. Nachdem die Ausweisung der engl. Missionäre sich als fait accompli zeigt, hat nun auch der Leiter der von der Gesellschaft gegründeten Kinderschule, Hr. Israel Saphir, von Seite der Behörde die nachdrückliche Weisung erhalten, die Anstalt ohne Verzug zu schließen. Die fernere Einführung von Bibeln aus England und deren Verkauf ist aufs strengste verboten worden.

Agram, den 17. Jan. Von der Stadthauptmannschaft ist eine Maskenordnung für die Redouten rc. ausgegangen. Das Tragen „von das Geschlecht verleugnenden Masken, so wie von Thierköpfen darstellenden und furchterregenden Larven" ist nicht gestattet.

Frankreich.

Paris, den 20. Jan. Man hatte im heutigen Moniteur gehofft, die Liste der Senatoren veröffentlicht zu sehen; aber der Moniteur schweigt, und außer ein paar Namen, die seit lange circuliren, außer Jerome Bonaparte, der als Präsident bezeichnet wird, ist gar nichts bekannt. Doch glaube ich Ihnen berichten zu können, daß die Hauptschwierigkeiten in dem von der Constitution geforderten persönlichen Eide liegen, und es wäre gar nicht unmöglich, daß sich die Regierung herbeiließe, diesen Pa-

ragraphen der Verfassung umzuändern, noch ehe die Verfassung selbst in Wirksamkeit getreten. In allen Kreisen der Beamtenwelt und selbst im Soldatenthume zeigt sich wenig Neigung, dem Prinzen Ludwig Bonaparte persönliche Treue zu geloben. Durch diese so unerwartet kundgewordene Opposition scheint der Prinzpräsident den Rathschlägen Persigny's näher gebracht zu sein. (A. Z.)

Paris, den 22. Jan. Das Kriegsgericht hat vorgestern bei Verurtheilung eines Soldaten wegen Disciplinarvergehens sich folgender Formel bedient: „Im Namen des Prinzen Louis Napoleon, Präsidenten der französischen Republik, erklärt der Rath einstimmig den N. N. des Ungehorsams der Befehle seines Oberen für schuldig und verurtheilt ihn zu einem Jahre Gefängniß ꝛc." Es ist dies das erste Mal, daß bei einer gerichtlichen Verurtheilung die Gerechtigkeit im Namen des Präsidenten der Republik ausgeübt wird.

In dem vorgestrigen Ministerrathe wurde das Eingehen dreier Ministerien, des Unterrichts nämlich, des Handels und Ackerbaues, und der öffentlichen Bauten, so wie die Errichtung eines Policeiministeriums beschlossen. L. Napoleon bezeichnete für letzteres den bisherigen Polizeipräfecten de Maupas. Der Minister des Innern erklärte, daß er diese Ernennung nicht gutheißen könne und abtreten werde, falls sie erfolge. Man erörterte und stritt hin und her; es blieb aber bei der Ernennung des Hrn. de Maupas, und der Minister des Innern nahm seine Entlassung, die ihm sofort gewährt wurde.

Die Opposition der Salons scheint in den höheren Regionen vielen Mißmuth zu erregen, da die „Patrie" heute abermals gegen diese „unverbesserlichen" Menschen, welche die ihnen durch L. Napoleon's Staatsstreich gebrachte Rettung nicht als solche anerkennen wollen, in einem übrigens nichts Neues von Bedeutung enthaltenden Artikel loszieht.

In den Forts Vanves, Ivry und Bicetre sitzen im Ganzen noch 507 politische Gefangene.

Wie verlautet, haben fast alle ausländischen Flüchtlinge den Befehl erhalten, Frankreich in kurzer Frist zu verlassen.

Der französische General Schneider kam vor einigen Tagen mit einem Freunde in Paris aus dem Cafe Anglais, wo sie gefrühstückt hatten, und setzten ihre Unterhaltung bis aufs Boulevard fort. Der General wurde von seinem Gegenstande, der Politik betraf, hingerissen und sprach etwas laut, als sich ihm ein Herr näherte und ihn höflich ersuchte, nicht so laut zu sprechen. Ehe der General dem Andern antworten konnte, war dieser verschwunden. Am Abende erhielt General Schneider von dem Kriegsminister Saint-Arnaud ein Schreiben, worin dieser ihn ersuchte, Paris in 24 Stunden zu verlassen, weil er indiscret in seinen Ausdrücken gewesen.

Ein Deutscher, Namens Heinrich Jahres, genannt Mayence, aus Kleingereis in Hessen, ist aus Frankreich wegen seiner sozialistischen „Gesinnungen" ausgewiesen worden.

In Bordeaux ist ein Geistlicher verhaftet worden; derselbe ist angeklagt, Mitglied einer geheimen Gesellschaft gewesen zu sein.

— den 23. Jan. Der „Moniteur" veröffentlicht heute Morgens Decrete von Wichtigkeit, die man zum Theil jedoch seit gestern vorhergesehen hatte. Casabianca ist zum Staatsminister ernannt. Zu seinen Amtsobliegenheiten gehören die Beziehungen zum Senate, gesetzgebenden Körper und Staatsrathe, so wie die Contrasignatur. Es ist ein Polizeiministerium errichtet und Hr. de Maupas für diesen Posten ernannt worden. Zu dem Bereiche seiner Amtsbefugniße gehören die allgemeine Policei und alles, was die öffentliche Sicherheit angeht: der Dienst der Nationalgarde, die Gendarmerie, die Ueberwachung der Journale, die Theater (die Prüfung der dramatischen Stücke einbegriffen) und alle Veröffentlichungen; ferner die Gefängnißpolizei, die commercielle Polizei und die Unterdrückung der Bettelei. Hr. Abatucci ist an Rouher's Stelle zum Justizminister, de Persigny an de Morny's Stelle zum Minister des Innern, und Bineau an Fould's Stelle zum Finanzminister ernannt. Der „Moniteur" veröffentlicht ferner ein Decret, welches, sich auf die unter Ludwig dem Achtzehnten bezüglich der Güter der Familie des Kaisers geschaffenen Präcedentien stützend, den Verkauf aller der Familie Orleans zugehörigen Güter binnen Jahresfrist anordnet. Dieser Verkauf wird zum Besten der Besitzer stattfinden für alle diejenigen Güter, welche nicht zu denen gehören, die Ludwig Philipp bei seiner Thronbesteigung als Schenkungen an seine Kinder vertheilte. Was diese letzteren Güter anbelangt, so verfügt ein anderes Decret, daß sie der Staatsdomäne wieder zurückgegeben und für deren Rechnung verkauft werden sollen. Aus dem Ertrage des Verkaufs wird in erster Linie das Witthum der Herzogin von Orleans aufrecht erhalten und garantirt; der Rest des Verkaufsertrages wird für Unterstützungsgesellschaften, Arbeiterwohnungen, Dotation der Ehrenlegion und Errichtung von Erziehungshäusern für Waisen verwendet werden.

Der „Moniteur" verkündet ein Decret des Präsidenten der Republik, durch welches die Bataillonschefs von 16 Bataillonen der Nationalgarde von Paris, eine gleich große Zahl von Adjutanten und die Capitäne der respectiven Compagnien ernannt werden.

— den 24. Jan. Der Kriegsminister St. Arnaud und der Marineminister Ducos haben ihre Entlassung angeboten, die Gesuche jedoch auf Ansteben des Präsidenten L. Napoleon wieder zurückgezogen.

Man liest im „Univers": „Die Herren v. Montalembert, v. Merode und v. Mortemart haben ihre Demission als Mitglieder der consultativen Commission gegeben." Es heißt, daß sie zu diesem Schritte durch die Confiscationsdecrete vom 22. ds. bewogen worden seien.

Strasburg, den 20. Jan. Dr. Dick, praktischer Arzt in Hagenau, welcher wegen „Politik" im dortigen Gefängniß festgehalten ward, hat zu entweichen Gelegenheit gefunden. Dick ist ein geborner Rheinbayer.

Großbritanien.

London, den 23. Jan. General Leslo hat seinen Aufenthalt auf der Insel zu Jersey genommen. Die Generale Changarnier, Lamoriciere und Bedeau werden sich ebenfalls dahin begeben.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 24. Jan. Weizen 21 fl. 45 kr., Korn 17 fl. 44 kr., Gerste 15 fl. 14 kr., Haber 5 fl. 59 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[803a] **Anzeige.**

Bei E. Kaußler in Landau ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Resultate der Wasserheilanstalt Gleisweiler. Dargestellt durch eine Anzahl daselbst behandelter Krankheitsfälle, von Dr. L. Schneider. 1852. Preis: 16 kr.

[802] **Der Kunstverein in Mannheim.**

Die Mitglieder des Kunstvereins werden höflichst ersucht, sich in der Generalversammlung einzufinden, welche am 31. Januar 1852, Nachmittags 2 Uhr, stattfinden soll, um, in Gemäßheit der §§. 19, 22 und 52 der Statuten

1) die Wahl des Vorstandes vorzunehmen,
2) bei der Verloosung der Gemälde und Kunstgegenstände für 1851 zugegen zu sein.

Nach §. 17 der Statuten fallen die etwaigen Gewinne derjenigen Mitglieder, die mit der Bezahlung des Jahresbeitrags im Rückstande sind, dem Verein anheim, dagegen können nach §. 8 der Statuten Diejenigen, die jetzt noch als Mitglieder eintreten, an der Verloosung Theil nehmen, und das Blatt „Columbus" zum kostenden Preis erhalten.

Mannheim, den 23. Januar 1852.

Im Namen des Vorstandes.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 25 | den 29. Januar 1852.

Deutschland.

.//. **Pfalz.** Ein Gegenstand von besonderer Wichtigkeit beschäftigt in diesem Augenblicke die öffentliche Aufmerksamkeit der Pfalz; nämlich die Frage: welche Richtung soll der projectirten Verbindungsbahn zwischen der Pfälzischen Ludwigsbahn und der französischen Rheinbahn gegeben werden? Zwei in dieser Beziehung rivalisirende Ansichten sind aufgetaucht und suchen sich möglichste Geltung zu verschaffen: 1) die ältere Ansicht von der Richtung längs des Rheines, über Speyer, Germersheim rc., und 2) die jüngere Ansicht von der Richtung über Neustadt, Landau rc. Von beiden Seiten sind, außer einigen Zeitungsartikeln, besondere Druckschriften veröffentlicht worden, worin die gegenseitigen Ansichten vertheidigt und als die richtigsten zu begründen versucht wurde. Die Sache ist allerdings von besonderer Wichtigkeit, und verdient eine nähere Erörterung in öffentlichen Blättern; sei es auch nur, um für einen Augenblick das jetzige eckelhafte Getriebe der Politik bei Seite zu setzen und rein materiellen Fragen unterzuordnen. Versuchen daher auch wir unsere Ansichten hier darzulegen, wobei wir, im Voraus sei es bemerkt, mit aller Unpartheilichkeit und Leidenschaftslosigkeit zu Werke gehen werden, da wir weder von der einen noch von der andern Richtung berührt, also irgend kein persönliches Interesse dabei haben.

Zur leichteren und besseren Erörterung der Sache dürfte dieselbe hauptsächlich in folgende Theile zerfallen:

1) Zweck und Bedeutung der projectirten Bahnstrecke;
2) Nöthiger Kostenaufwand zu deren Erbauung;
3) Muthmaßliche Frequenz und deren Erträgniße (Rentabilität), und
4) Hauptresultat.

1) Die Frage über den Hauptzweck und die Bedeutung der projectirten Bahnstrecke scheint uns keine der unwichtigsten zu sein; nämlich die Frage: soll diese Bahnlinie ein Glied in der großen Eisenbahnkette werden, welche die bedeutendsten Handels- und Hafenplätze der Niederlande (Rotterdam, Antwerpen, Amsterdam), so wie jene Englands, und mittelst derselben die überseeischen Länder, auf dem kürzesten Wege mit der Schweiz und Italien in directe Verbindung bringt; dann eines Theils durch die Bahnen Südfrankreichs mit Marseille und dem Mittelmeere, andern Theils mittelst der unausbleiblichen Verbindungsbahn zwischen der Schweiz und Italien, mit den lombardischen rc. rc. Bahnen, und durch dieselben mit Livorno und Triest, also mit dem adriatischen Meere und dem Orient? Oder soll der Hauptzweck darin bestehen, den Westen des linken Rheinufers, die Steinkohlengruben der Saar auf dem nächsten Wege mit dem Elsaß zu verbinden? Oder soll die Bahn hauptsächlich für den innern Verkehr berechnet sein? — Keine Partei wird diesen letzten Punkt als Hauptzweck im Auge haben; wohl aber eine jede die Vereinigung der angegebenen drei Zwecke; jedoch immerhin muß, nach unserer Ansicht, eine der beiden erstern vorwalten. Im erstern Falle gebührt der Richtung über Speyer-Germersheim, im zweiten Falle jener über Neustadt-Landau der Vorzug. Erst nach Erörterung der dritten Hauptfrage können wir uns darüber aussprechen, welche Richtung, unserer Meinung nach, im wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit der Vorzug gebühre.

2) Nöthiger Kostenaufwand. Ueber beide Richtungen haben bereits technische Aufnahmen und Kostenanschläge stattgefunden. Dieselben schlagen jene über Speyer-Germersheim um 180,000 fl. geringer an, als die über Neustadt-Landau. Wenn aber das Gutachten des Verwaltungsrathes der Pfälzer Ludwigsbahn anführt, daß nach dem Ausspruche des Technikers bei dem Voranschlag der Linie Speyer-Germersheim manche Positionen zu knapp gegriffen scheinen, es deßhalb rathsam erscheine, den Reservefond um 80,000 fl. zu erhöhen, so will es uns ganz sonderbar bedünken, daß derselbe Techniker, der doch der Autor beider Aufnahmen und Kostenanschläge ist, hier zu knapp und dort vollkommen richtig gegriffen habe; einen Grund hievon können wir wenigstens uns gar nicht denken. Wie dem aber auch sei, so viel wenigstens ist gewiß, daß die Kosten bei einer Richtung über Neustadt-Landau mehr betragen, als bei jener über Speyer-Germersheim; und wer die Geschichte der Eisenbahnbauten einigermaßen kennt, wer namentlich weiß, welche Forderungen gerade die Bewohner des Gebirges für Abtretung des benöthigten Grund und Bodens bei Erbauung der Pfälz. Ludwigsbahn stellten, Forderungen, welche die Voranschläge weit überstiegen, aber dennoch zum größten Theile befriedigt werden mußten, und die hier in noch weit größerem Maße vorkommen dürften, — wird mit uns zu der Ansicht gelangen, daß schon aus dieser Ursache allein (Ankauf des Grund und Bodens) eher bei der Linie Neustadt-Landau eine Ueberschreitung der Kostenanschläge in Aussicht steht, als bei jener über Speyer-Germersheim; abgesehen von andern Verhältnißen, die einen sicheren Voranschlag mehr garantiren, und bei der letztern Richtung mehr vorwalten, als bei der erstern.

3) Muthmaßliche Frequenz und der Erträgniße (Rentabilität). Das Gutachten des Verwaltungsrathes der Pfälz. Ludwigsbahn bewegt sich hauptsächlich auf Grundlage des Kohlentransports von der Grube der Saar nach dem Elsaß. Wenn in dieser Beziehung alle aufgestellten Voraussichten und Vorausberechnungen vollkommen gesichert wären, würde allerdings die Richtung über Neustadt-Landau den Vorzug verdienen. Aber eines Theils steht nicht fest, daß die Consumtion von Saarkohlen im untern Elsaß wirklich 3 Millionen Centner jährlich beträgt; am Oberrhein können dieselben ohnedem nicht concurriren. Andern Theils ist es nichts weniger als gewiß, daß in der Folge nicht noch andere Transportwege eröffnet werden, sei es durch Verlängerung des Marne-Canals, sei es mittelst einer Eisenbahn auf französischem Gebiete, welche den Transport der Kohlen auf den Pfälzischen Bahnen in Frage stellen. Jedenfalls wird man französischer Seits alles Mögliche aufbieten, um einen so bedeutenden Transport auf dem kürzesten Wege (von Saarbrücken nach der nahen französischen Grenze) den französischen Bahnen zuzuführen, und die Erträgnisse desselben auf eine so große Strecke als möglich den letztern zuzuwenden, was sich nach Vollendung der Bahn über Metz, Nancy nach Straßburg bald zeigen dürfte, selbst bei einer Wahl des kürzeren Weges über Neustadt-Landau. Der Transport der Steinkohlen nach dem Elsaß lediglich auf den pfälzischen Bahnen ist demnach für die Folge nichts weniger als vollkommen sicher gestellt. Werden aber für die Folge keine neuern Wege für diesen Transport eröffnet, so ist es nicht Nothwendigkeit, die Linie Neustadt-Landau zu wählen, da auch bei der Richtung über Speyer-Germersheim die Kohlen zu einem solchen Preise nach Straßburg ge-

liefert werden können, daß die heutigen Wege dabei nicht concurriren können. Es kann daher unter keinen Umständen der Kohlentransport allein den Ausschlag geben. Dagegen ist der Gütertransport aus den Seehäfen und Handelsplätzen der Niederlande 2c., auch der Schweiz und Italien, so wie die Communication mit dem Mittelmeere über Marseille und jene mit dem adriatischen Meere und dem Oriente über Triest 2c. der kürzesten Linie auf dem natürlichen Wege längs des Rheinthales für alle Zeiten gesichert, d. h. in so lange, als die Lage der europäischen und amerikanischen Continente sich nicht verändert. Und für diesen Gütertransport, der mehr als der Kohlentransport im Auge behalten werden muß, muß der kürzeste Weg gewählt werden, da in der badischen Bahn bereits ein Concurrent besteht.

Selbst der Lokalverkehr spricht zu Gunsten der Rheinbahn. Ist auch die Gebirgsgegend bevölkerter, so würde die dortige Bahn so weit von den bedeutenderen Orten entfernt sein, daß es auf die Personenfrequenz bedeutend einwirken müßte, und dieselbe keinen Falls größer würde, als auf der Linie über Speyer-Germersheim, da diese die größeren Gemeinden ganz nahe berührt. Der lokale Güterverkehr ist aber unleugbar am Rheine weit größer als am Gebirge, da die Ausfuhrproducte des letztern (Wein) sich zum Transporte auf einer Eisenbahn nicht eignen, während für jene des Rheinthales, Getreide, Oel 2c. selbst auf einer kurzen Strecke der Eisenbahntransport vorgezogen wird.

Einen anderen Punkt, der strategische, der für den Entschluß der Staatsregierung von bedeutendem Einflusse sein wird, wollen wir nur kurz berühren; derselbe spricht, nach dem Ausspruche aller Sachkenner, entschieden für die Richtung über Speyer-Germersheim.

Nach alle dem kommen wir 4) zu dem Hauptresultate:

1) Die Richtung über Speyer-Germersheim macht die projectirte Bahnstrecke zum Gliede einer Weltbahn, während die Linie über Neustadt-Landau derselben nur den Rang einer Verbindungsbahn zwischen den Kohlengruben der Saar und dem Elsasse verleiht.

2) Die Baukosten der erstern Linie sind um ein Erkleckliches geringer, als jene der letztern.

3) Nach der heutigen Sachlage ist der Kohlentransport für beide Richtungen fast gleichmäßig gestellt, ebenso der lokale Verkehr; dagegen kann der Gütertransport, welcher bei dem täglich zunehmenden Verkehre zwischen Europa, Amerika und andern überseeischen Ländern, immer mehr bedeutender wird, nur der kürzeren Rheinlinie gesichert sein.

Will man aber dennoch der Richtung über Neustadt-Landau den Vorzug geben, weil bei derselben der Kohlentransport eine kürzere Wegstrecke zu durchlaufen hat, so sehen wir nicht ab, warum man consequenter Weise nicht in gleichem Maße auf den Welthandel bedacht ist, und bei der Verbindung mit Mainz statt des Umweges über Ludwigshafen nicht den geraden, weit kürzeren Weg von Worms direct nach Neustadt wählt. Freilich wäre dann Ludwigshafen und die Pfälz. Ludwigsbahn vom Weltverkehre gänzlich ausgeschlossen; ersteres statt eines weiteren Aufblühens wieder zurücksinken, und letzteres, falls ein anderer Weg für den Kohlentransport nach dem Elsaße eröffnet würde, was wie gezeigt, keine Unmöglichkeit ist, nicht den geringsten Vortheil von der Anlage der neuen Bahn habe. Aber, wie gesagt, consequenter Weise muß man so verfahren, will man allen Wechselfällen vorbeugen, und der projectirten Bahn eine sichere Rentabilität verschaffen. Dagegen ist bei einer Richtung über Speyer-Germersheim in allen Fällen das Aufblühen Ludwigshafens nicht nur, sondern auch der Pfälz. Ludwigsbahn ein bedeutender Ertrag gesichert.

Allseitig ist anerkannt, daß mit Anlage des Knotenpunktes bei Schifferstadt ein Mißgriff geschehen ist; sehe man sich vor, daß man mit Anlage eines weitern Knotenpunktes nicht einen noch viel größern Mißgriff begeht!

* **München.** Rede des Abg. Crämer, bei Berathung des Militäretats.

„Meine Herren! Wir erkennen Alle die hohe Bedeutung und den Ernst des Gegenstandes mit dem wir uns beschäftigen. Es ist nicht nur die einfache Bewilligung von Geldmitteln zu irgend einem Zweck, es ist, wie von Seite des Hrn. Lasaulx sowohl als des Hrn. Ministerpräsidenten vorzugsweise hervorgehoben wurde, ein viel höherer Gesichtspunct, der uns bei der Abstimmung über diese Position des Budgets leitet. Ich werde mich nicht in eine Rederei verlieren, sondern die Sache fest ins Auge fassen und bei ihr stehen bleiben. Ich bin mit Hrn. Lasaulx vollkommen einverstanden, daß jetzt eine Zeit gekommen ist, wo es sich bald entscheiden muß, ob ein Volk noch eine innere Kraft hat, und ob es in Folge dieser innern Kraft das Recht hat zu existiren.

M. H.! Dieser höhere Gesichtspunct leitet mich zu einem entgegengesetzten Resultate als zu dem Hrn. von Lasaulx gekommen ist. Ich bin allerdings der Ueberzeugung, daß unsere Civilisation jetzt auf einen Punct gekommen ist, wo es wieder abwärts gehen kann; ich habe die Ansicht, daß, so lange die Welt steht, ein Zug der Civilisation und überhaupt der Völker von Osten nach Westen stattgefunden hat. Ich will nicht entscheiden, ob wir auf dem Wege der Abnahme stehen.

Doch die Möglichkeit wurde von anderer Seite zugegeben, und weil sie zugestanden wurde, ist es auch unsere Pflicht, Alles aufzubieten, um dieses Unglück abzuwenden.

Es ist unsere Pflicht, Alles aufzubieten, um unser Vaterland groß und geachtet zu sehen, und hier sind nur die Mittel und Wege verschieden, zum gleichen Zweck zu gelangen. Man stützt sich auf der einen Seite vorzugsweise auf das Heer und sagt, jetzt sei die Zeit, wo nur durch das Heer die Civilisation erhalten werden kann. M. H., ist das wahr? ist das wirklich so? Wenn wir hier Ja sagen müßen, dann wollen wir es ganz leise sagen, in einer Sitzung, wo kein Mensch auf der Tribüne ist; dann wollen wir es nicht in die Berichte setzen, damit es kein Mensch erfährt. Es ist zu fürchterlich, zu erfahren, daß ein ganzes Volk so weit gebracht wurde, daß nur noch Säbel und Bajonette die Civilisation erhalten; zu fürchterlich, zu erfahren, daß alle Bestrebungen, weiter zu kommen, sich als nutzlos erwiesen haben, und daß alles Geld, welches aufgewendet wurde, um das Volk zu bilden, es dahin zu führen, daß es seine Kraft erkenne, vergeudet ist, und mit Schrecken stehen wir an dem Abgrund, und nur das Heer ist es, welches uns aufrecht erhält, damit wir nicht in den Abgrund hinabstürzen. Wenn das wirklich so ist, so glaube ich, es ist besser, wir stürzen gleich hinein, als daß wir die letzten Kreuzer für eine Sache verwenden, die nicht im Entferntesten durchführbar erscheint. Nach dem Zeugniße des Hrn. v. Lasaulx war für alle Völker — vor ihrem Untergang — ihre letzte Stütze das Heer! Jetzt sollen wir bewilligen, daß der uns drohende Untergang verschoben werde. Ob derselbe durch diese Mittel verschoben wird, ist eine andere Frage, und namentlich, ob nicht andere Kräfte herbeizuziehen sind, die diesem Unheile vorbeugen. — Wenn es so steht, dann genügen die in Frage stehenden 250,000 fl. nicht mehr. Dann sind sie zu gering, um auf der einen Seite diesen hohen Gesichtspunct festzuhalten und auf der andern Seite kleine Politik zu treiben, um das Rheinufer gegen mögliche Angriffe zu schützen. Ich glaube vielmehr, es wird sich fragen, ist das Heer in seiner jetzt von der Regierung vorgeschlagenen Formation im Stande, das Unglück von unserm Vaterlande abzuwenden. Kein Mensch wird behaupten können, daß dieß der Fall ist. Eine weitere Frage ist die, wird unser Heer im Stande sein, einem auswärtigen Feind zu begegnen? M. H., ich denke nicht so klein von dem bayerischen Heer, ich glaube, wenn wir nur 6 Millionen bewilligen, so wird es so hergestellt werden können, nach Maßgabe der Kräfte Widerstand zu leisten. Hier appellire ich an den Patriotismus, der in dem

Heer leben soll und leben muß. Hier appellire ich an die ganze Kraft des Volkes, das die Gefahr des Vaterlandes einsehe, und wie ein Mann, wenn es gilt, aufstehe, dieselbe abzuwenden; — das sich aber nie mehr erheben wird, wenn es nur gilt, dynastische Interessen zu verfolgen. Wenn Sie 6 Millionen bewilligen, wird es genug sein, um die Formation des Heeres, wie es in Friedenszeiten nothwendig ist, zu bewerkstelligen; für einen Krieg wird es nicht ausreichen, wie schon zu verschiedenen Malen angedeutet wurde; aber auch die Formation, wie sie jetzt besteht, wird für einen Krieg nicht ausreichen. Warum wollen Sie ihre wenigen Kräfte vergeuden und jetzt schon Alles daran setzen, um, wenn es zum Krieg kommt, sagen zu müßen: jetzt ist unser Geld ausgegeben, der Krieg ist ausgebrochen, und wir können uns nicht mehr helfen! Allein ist nicht auch die Lage der Finanzen unseres Staates zu berücksichtigen? ist die Lage des Landes so, daß wir, ohne weitere Umfrage zu halten, dies Geld bewilligen können? Ich sage Nein! Blicken wir hinaus in das Volk in dieser so theuern Zeit; sehen Sie, wie die vielen Anlehen, die gemacht wurden, den Zinsfuß in eine Höhe hinauf treiben, so daß alle Kapitalien in Staatspapieren angelegt werden; wie dieser Zinsfuß den Einzelnen so drückt, daß er täglich in Gefahr ist, Haus und Hof zu verlieren; betrachten Sie die vielen Kräfte, welche den Gewerben und dem Landbau entzogen werden, um als Soldaten zu dienen; sehen Sie hinaus auf das Land, wie der Landmann im Schweiß des Angesichts sich plagen muß, um die Steuern aufzubringen, die jetzt schon der Staatshaushalt bedarf. Es kann gar keine Aufgabe geben als die, zu sparen, wo es sein kann, um der Finanznoth einigermaßen abzuhelfen. M. H., wenn Sie dies zusammenfassen, so müßen wir zu dem Resultat kommen, daß entweder 8½ Millionen hinreichen, das Heer so zu stellen, daß es morgen dem Feind entgegenrücken kann, der noch nicht da ist, oder daß 6 Millionen hinreichen, um es so zu halten, daß wenn der Feind kommt, es gebührend vermehrt und kräftig organisirt werden kann. Ich bin letzterer Ansicht, und unterstütze daher aufs Lebhafteste den Antrag des Hrn. Kolb.

Ich verkenne keineswegs die Gründe, welche gegen uns geltend gemacht werden; ich ehre sie, insoferne sie nicht unserer Persönlichkeit zu nahe treten, wie vorhin von Hrn. v. Harold geschehen ist; ich muß seinen Bemerkungen widersprechen, es ist Niemand berechtigt, von uns einen geringeren Patriotismus vorauszusetzen. Sind auch die Wege, welche wir einschlagen, um Deutschland groß, einig und frei zu machen, andere, als die anderer Herren, so ist das ein Unterschied in der Meinung, aber das kann ich für uns Alle in Anspruch nehmen, daß es unser Streben ist, dieses unser Vaterland, dieses, ich wiederhole es, in den Staub getretene Land, hervorzuheben und groß zu machen. M. H., der Standpunct, auf dem wir in dieser wichtigen Frage stehen, ist sehr schwierig. Es wurde von dem Herrn Ministerpräsidenten wiederholt darauf hingewiesen, und er hat in vielen Beziehungen recht; wir nehmen aber diese Schwierigkeiten und all das Lästige und Gehäßige auf uns, weil wir, trotz allem Gehäßigen, unsere Ansicht aussprechen und nach unserer Ueberzeugung handeln müßen. Aber das verargen Sie uns nicht, daß, wenn es zum Einnahmebudget kommt und diese Steuererhöhung unabweislich vor Ihre Augen tritt, wir Ihnen sagen können: „das ist Ihr Werk! Wir haben Ihnen die Mittel an die Hand gegeben, diese Steuererhöhung zu beseitigen. Sie glaubten es nicht mit Ihrer Ueberzeugung vereinigen zu können, dieselbe zu beseitigen." Ihnen wird dann der Ruhm gehören, die Steuern erhöht zu haben, uns das Gehässige, daß wir das Heer nicht in dieser Größe belassen wissen wollten.

* **München,** den 25. Jan. Man vernahm gestern mit einiger Verwunderung die jetzt schon erfolgte Verkündigung der Landtagsverlängerung und zwar auf volle zwei Monate. Bisher wurden die deßfallsigen Rescripte immer erst bei oder nach Ablauf der gesetzten Frist kund gegeben. Man weiß sich nicht den Grund zu erklären, aus welchem Grunde es diesmal eine ganze Woche zuvor geschah. — Zwischen Hrn. v. Lerchenfeld und einem Vertreter des Finanzministeriums soll in Betreff einer Position der Staatsschuld, oder vielmehr der Art der Deckung des Bedarfs für dieselbe, im 2. Ausschuße eine Meinungsverschiedenheit ganz besonders heftig vertheidigt worden sein. — Wenn man kürzlich bemerkte, daß bei dem Gesetzentwurfe wegen Ankaufs des Restes der Kanalactien nur zwei Mitglieder von der Linken mit dem Fürsten Wallerstein stimmten, so ergab sich gestern beim Centrum die nemliche Erscheinung, indem ebenfalls nur zwei Mitglieder dieser Fraction (Heguenberg und Weis) mit Lerchenfeld gegen das Gesetz über die Gerichtsorganisation votirten. Indessen sagt der Volksbote, da beim Budget alle Positionen (mit einer ganz unbedeutenden Ausnahme) nur nach dem Lerchenfeld'schen Antrage angenommen worden seien so hätte man der ganzen Kammer entbehren können, und es zeige sich, daß es unnöthig gewesen, mehr als den Ausschuß hier zu belassen. Eine Ansicht, die wir dennoch keineswegs theilen. — Der 1. Ausschuß hat auf Boyes Bericht einstimmig beschlossen, daß auf den Lang'schen Antrag wegen Erlassung eines neuen Gesetzes zur Bestrafung der Fischereifrevel, dermalen nicht einzugehen sei.

München, den 24. Jan. Die Kammer der Reichsräthe hat heute den Entwurf eines Forstgesetzes mit Stimmeneinhelligkeit angenommen. Gemäß eines früher von der Kammer ausgesprochenen Wunsches bringt heute Minister v. d. Pfordten einen Gesetzentwurf ein, wonach das Gesetz über den Geschäftsgang des Landtages dahin abgeändert werden soll, daß der Krone wieder das Recht der Ernennung des 1. Präsidenten der Reichsrathskammer zurückgegeben werde.

Karlsruhe, den 23. Jan. Bekanntlich haben die Reformirten und Lutheraner unseres Großherzogthums im Jahre 1821 eine Union geschlossen. In neuester Zeit haben sich nun verschiedene, dem Pietismus zugeneigte Geistliche bemüht, das alte Lutherthum wieder herzustellen, wie solches in verschiedenen Gegenden Norddeutschlands ebenfalls wieder auflebt. Ein Pfarrer, Eichhorn, Verwandter des ehemaligen preußischen Ministers, ist aus der unirten Kirche ausgetreten und hat in zwei Gemeinden eine Anzahl Proselyten gewonnen. Allein ihrem Antrage um Duldung als Religionsgesellschaft ist von Seiten der Staatsregierung nicht entsprochen worden. Nun liegt der Gegenstand im Petitionswege an der Ständeversammlung, und man ist auf deren Entscheidung sehr gespannt. Es scheint, daß Pfarrer Eichhorn mit vieler Hartnäckigkeit zu Werke geht; denn nachdem ihm die Functionen eines Seelsorgers wiederholt untersagt worden, hat er sich gleichwohl hiervon nicht abhalten lassen und ist deßhalb, in Folge des Kriegszustandes, als Kriegsgefangener erklärt. (K. Z.)

Kassel, den 21. Jan. (Hassenpflug verliert sein Wahlrecht.) Wahrscheinlich wird Herr Hassenpflug von der städtischen Wählerliste gestrichen werden, da jeder das Wahlrecht verliert, der wegen Entwendung, Veruntreuung und Betrugs zu mehr als 13 Tagen Gefängniß oder 20 Thaler Buße verurtheilt worden ist. Was wird die Regierung thun, wenn ihr Chef auf solche Weise an den Pranger gestellt wird? (N. O.-Z.)

Weimar, den 25. Jan. Unter den Interpellationen, welche in dem gegenwärtigen Landtage an das Staatsministerium gerichtet wurden, dürfte die folgende des Abgeordneten Choinamus um so mehr Erwähnung verdienen, als derselbe nicht der Linken angehört; sie lautet wörtlich: 1) Ist es, namentlich seit dem Jahre 1848 durch Beschlüsse des deutschen Bundestages näher angegeben und festgestellt, was man unter dem in der Bundesacte und der Wiener Schlußacte ausgesprochenen Bundeszwecke der inneren Sicherheit, Ruhe und Ordnung der deutschen Staaten verstehe? 2) Welches sind die Mittel, deren Anwendung der deutsche Bundestag, namentlich hinsichtlich der Verfassungsformen von den

Einzelregierungen zur Erreichung dieses Zweckes verlangt? 3) Sind den Einzelregierungen, und namentlich der unsrigen, besondere Instructionen über Anwendung solcher Mittel, sowie überhaupt Instructionen über ihr Verhalten in Verfassungsfragen zugegangen? — Der anwesende Regierungscommissär erwiederte hierauf, daß die Beantwortung dieser Fragen am passendsten in der Verhandlung über das Wahlgesetz stattfinden würde. Man ist nun auf die in Aussicht gestellte Erwiederung um so gespannter, als das Ministerium selbst in der Propositionsschrift jenes Gesetz als ein solches dargestellt hat, welches durch die Rückkehr zum Bundesrechte veranlaßt worden. (F. J.)

Arolsen, den 18. Jan. Die beabsichtigten Aenderungen der organischen Gesetze und Verfassung, die unser junge Fürst verlangt hat, dürften sich in Folgendem zusammen fassen lassen: 1) Die Rückgabe der Domänen ans Fürstenhaus und deren selbstständige Verwaltung. 2) Eine Erweiterung des monarchischen Princips im Allgemeinen. 3) Die Staatsregierung beschäftigt sich schon mit einer Abänderung des Wahlgesetzes, worin die Hauptgrundzüge die sein werden, daß das directe Wahlrecht aufhört, statt dessen die Gemeinderäthe zwei Drittel der Volksvertreter und ein Drittel von den Höchstbesteuerten, den oberen Behörden und Kapazitäten gewählt werden soll.

Altona, den 22. Jan. In den Kirchen werden Gendarmen als Schildwachen verwendet, um das spärlich versammelte Publikum und die Prediger zu überwachen. Ein Prediger, der diese „Spionerie" zu abscheulich fand und deshalb öffentlich in seiner Predigt protestirte, ist gleich daraufhin entlassen worden. (F. K.)

Wien, den 21. Jan. Der Kaiser hat dem Grafen Augustin Guerrieri und dem Cavaliere Wittekind Lutti, beide aus Verona, der eine zu 5, der andere zu 2 Jahren Festungshaft, endlich dem Hrn. Angelo Giacomelli aus Treviso, gleichfalls zu 5 Jahren Kerker verurtheilt, den Rest ihrer Strafzeit in Gnaden erlassen. Wenn ich nicht irre, sind diese 3 Herren dieselben, bei denen im vorigen Herbst staatsgefährliche Schriften und ein Briefwechsel entdeckt wurden, der ein hochverrätherisches Complott enthüllte. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, den 24. Jan. Der große Rath in der Waadt hat zwei liberale Beschlüsse gefaßt. Die für Cultusfreiheit petitionirenden Katholiken von Nyon erhielten Genugthuung, insoferne ihr Gesuch mit Empfehlung an den Staatsrath gewiesen wurde. Ferner wurde den politisch Verurtheilten vom Sonderbund Amnestie ertheilt, falls sie eine solche nachsuchen. Die Minderheit wollte sie selbst ohne diese Bedingung ertheilen.

Frankreich.

Paris, den 21. Jan. Die Verhaftungen in den Provinzen dauern fort, sie treffen vorzugsweise Advokaten, Aerzte, frühere Präfekten und Unterpräfekten, Mitglieder der Generalräthe, Kaufleute und andere Bürger, so in Bagnères, in Nancy, in Bar-sur-Aube, in Bedarrides u. s. w. In Cuers sind jetzt 370 Personen, ein Viertel der ganzen männlichen Einwohnerschaft des Ortes verhaftet.

Wenn auf das Steigen der Fonds als eines der glücklichen Zeichen für die neue Ordnung hingewiesen werden konnte, so sieht sich der Optimismus bereits auf ein bescheidenes Maß zurückgeführt. Geht es in dieser herabgleitenden Scala fort, und wenn die gewaltsamen Maßregeln nicht aufhören, wenn nicht wieder ein geordneter Gang innerhalb der noch bestehenden Gesetze streng eingehalten wird, so wird man bald an der Grenze der Cursschwankungen des republikanischen Trienniums angelangt sein. Aber auch mit der Industrie, die einen neuen Aufschwung zu nehmen schien, wie die elyseeischen Blätter gern rühmten, scheint es nicht zum besten zu stehen. Die Handels- und Gewerbsleute der Hauptstadt (schreibt man der Independance Belge unterm 20. Jan., also vor dem verhängnißvollen Ministerwechsel) sind lang nicht so befriedigt als die reichen Speculanten. Die Börse ist nicht mehr der Schauplatz, wo man sich über die Lage der Arbeit ein Urtheil bilden kann. Alle vor dem Staatsstreich gemachten Bestellungen wurden geliefert, aber seitdem bieten sich keine neuen dar und eine große Zahl Arbeiter ist unbeschäftigt. Aus diesem Stillstand entspringt eine sehr ausgesprochene Unbehaglichkeit für den Kleinhandel. Sowie die Arbeiter feiern, legen sie sich jede Entbehrung auf, kaum essen sie, und die unzähligen Werkstätten die von ihnen leben vegetiren nur noch. Dieser Rückschlag der Industrie auf den Handel ist besonders beklagenswerth im Foubourg Saint-Antoine. Die Kunstschreinerei und die Fabrikation farbiger Papiere, die gewöhnlich um diese Zeit blühen, gehen völlig müßig.

In mehreren Hotels des Faubourg St. Germain sind der Sage nach den Pförtnern förmliche Aechtungslisten gegen die Anhänger der Decemberregierung übergeben worden, mit der strengen Weisung die daraufstehenden Personen nicht vorzulassen. Das Proscriptionswesen hat also Nachahmung gefunden, freilich in einer ziemlich unschuldigen Gestalt. (A. Z.)

— den 23. Jan. Die im heutigen „Moniteur" erschienenen Decrete haben im Volke ein tiefes Gefühl der Entrüstung hervorgerufen und werden wol dieselbe Stimmung im Auslande hervorrufen. (K. Z.)

Zu Rhodez ist der Präsident des dortigen Gerichtshofes aus politischen Ursachen verhaftet worden. Ueberhaupt dauern die Verhaftungen in den Departements noch fort. Im Cherdepartement hat man wieder viele Personen festgenommen und nach Bourges gebracht; sie sind der Mitgliedschaft von geheimen Gesellschaften angeklagt.

— den 24. Jan. Man versichert, demnächst werde ein Decret erscheinen, welches verfüge, daß Bettler und Vagabunden nach dreimaliger Verurtheilung nach der Strafcolonie von Lambessa deportirt werden sollen.

Italien

Parma, den 17. Jan. Die hier bestandene Sicherheitsdirection ist aufgelöst worden; der Gendarmerieinspector übernimmt die Leitung der Polizeigeschäfte, die Polizeiämter werden überall den Militärcommandanturen unterstellt.

Neueste Nachrichten.

München, den 25. Jan. Aus dem vor einem halben Jahr mit Brand verheerten Städtchen Traunstein ist die Kunde eines neuen Unglücks eingetroffen. Es sind daselbst vor einigen Tagen zwei der neugebauten Häuser eingestürzt, wobei leider auch zwei Menschen das Leben verloren. Zwei andere Häuser drohen den Einsturz. Die schlechten Baumaterialien, in schlechter Witterung und zu großer Hast, wie es scheint, ohne die vorschriftsmäßige Controle von Seite der Baubeamten verwendet, sind daran Ursache. (A. Z.)

Paris, den 26. Jan. Der „Moniteur" verkündet heute die Organisation des Staatsrathes. Vicepräsident ist Hr. Baroche. Der Staatsrath ist in 6 Sectionen getheilt. Präsident der Gesetzgebungssection ist Hr. Rouher; Präsident der Section für die streitigen Angelegenheiten Hr. Maillard; Präsident der Finanzsection Hr. Parieu; Präsident der Section für das Innere Hr. Delangle; Präsident der Section für die öffentlichen Arbeiten und den Handel Hr. Magne; Präsident der Marinesection Hr. Leblanc. Es sind 34 Mitglieder des Staatsrathes ernannt. — Das Handelsministerium ist mit dem Ministerium des Innern vereinigt worden.

Goldcourse.

Frankfurt, den 27. Jan. Pistolen 9 fl. 39 — 40 kr., Ducaten 5 37 — 38, 20-Franken-Stücke 9 29½ — 30½ Holländische 10fl.-Stücke 9 fl. 50½ — 51½ kr.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 26 | den 30. Januar 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Ein ungewöhnlich starker Andrang von Material hat es uns bis heute unmöglich gemacht, einen umfassenden Bericht über die Verhandlung in der Abgeordnetenkammer in Betreff der vom Abg. Doppelhammer beantragten Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz, mitzutheilen. Wir beabsichtigten anfangs einen vollständigen Abdruck der stenographischen Aufzeichnungen. Indessen dürfte ein solcher doch für die Mehrzahl der Leser unseres Blattes ein genügendes Interessen nicht darbieten. Wir ziehen daher vor, einen abgekürzten Bericht, wobei wir die Hauptgründe, welche die Vertheidiger des Antrages angaben, dann aber besonders die Vota der Abgeordneten aus der Pfalz, und zwar die letzten möglichst vollständig mittheilen.

Doppelhammer begründete ausführlich seinen Antrag, und suchte die im Thinnes'schen Referate angegebenen Motive für Belassung des jetzigen Verhältnißes zu widerlegen. Er stützte sich wesentlich auf folgende Momente: Gleichheit in Tragung der Lasten; auch bei den Taxgefällen (dem Enregistrement) solle diese Gleichheit hergestellt werden; Enregistrement und Malzaufschlag seien aber Dinge so heterogener Art, daß eine gegenseitige Abrechnung nicht stattfinden könne. Die Einführung des Aufschlags in der Pfalz sei um so leichter ausführbar, als Pensionisten sehr gerne das Geschäft gegen die diesseitigen Prozente übernehmen würden. Der Staatshaushalt erfordere neue Zuflüße; wie auch Lerchenfeld früher gesagt, könne man keinen Grund finden, warum die Pfalz von dieser Steuer ausgenommen sein solle. Er hoffe auf einen Ertrag von 200,000 fl. Die Aufnahmen der Regierung beruheten nur auf den viel zu geringen Selbstfatirungen der Bräuer. Ganz außer Acht sei gelassen, daß auch die Branntweinbrenner der Steuer unterlägen. Der 2. Präs. Weis habe in seiner frühern Rede selbst erklärt, daß man der Pfalz eine Last auferlegen wolle, wahrscheinlich so groß wie in Unterfranken, nemlich von 325,000, jedenfalls aber von mehr als 250,000 fl. Hr. Weis sage so etwas nicht, wenn es nicht vollkommen begründet sei. Die Einführung des Malzaufschlags und das Verbot, mehr als so viel Bier von der bestimmten Quantität Malz zu brauen, würde auch der Pfalz ein besseres Bier verschaffen. Eine strenge Controle sei allerdings nothwendig; diese sei aber nur dem Defraudanten gehäßig, und den werde man nicht unterstützen wollen.

Da der Referent Thinnes, der die entgegengesetzte Ansicht zu vertheidigen hatte, jedenfalls das Wort ergreifen mußte, und auch eine Erklärung im gleichen Sinne vom Ministertische zu gewärtigen stand, so schien Niemand von den Abgeordneten weiter in eine Discussion eintreten zu wollen. Als der Präsident indessen bereits im Begriffe stand, die Verhandlung geschlossen zu erklären, erbat sich Roos, das Wort, und sprach im Wesentlichen Folgendes:

„Meine Herren! wenn davon gesprochen wurde, und wenn es wirklich die Absicht des Herrn Antragstellers ist, daß dem Grundsatze der Gleichheit in Tragung der Lasten Geltung verschafft werden solle, dann muß man auch der Verschiedenheit der Taxnormen dießseits und jenseits Erwähnung thun, — dann darf man nicht die in dieser Hinsicht offenbar zum Nachtheile der Pfalz bestehende Ungleichheit außer Ansatz lassen, wie dies der Herr Antragsteller gethan hat. — Führen Sie die Taxen in der Pfalz auf das diesseitige Maaß zurück, dann gehen wir auf den Antrag gerne ein, dann nehmen wir die diesseitigen Steuergesetze an, mit allem Lästigen was daran hängt. Aber es ist doch gewiß auffallend, daß der Herr Antragsteller nur das Eine aufgreift, bei welchem man glaubt, im Nachtheile gegenüber der Pfalz zu sein, während man das Andere weit Auffallendere, bei welchem man diesseits offenbar im Vortheile der Pfalz gegenüber ist, nicht in Anschlag bringt. In dieser Weise bahnt man keine Gleichheit der Belastung an, sondern man vergrößert nur die bereits bestehende Ungleichheit; Sie haben, m. H., sowie die Dinge liegen, kein Interesse an der Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz und zwar aus dem Grunde, weil durch die verläßigen Erhebungen nachgewiesen ist, daß der Malzaufschlag keine größere Rente abwerfen wird, als 100,000 fl. welche Summe die Pfalz dermalen als Aequivalent für den Malzaufschlag an die Staatskassa einschießt. Wenn man geglaubt hat, einen Zweifel setzen zu dürfen in die Richtigkeit dieser Erhebungen, so bitte ich nicht zu übersehen, daß diese Erhebungen von der k. Kreisregierung der Pfalz ausgegangen sind, und daß diese dabei gewiß mit größter Umsicht und Gewissenhaftigkeit zu Werke gegangen ist. Es ist unrichtig, wenn der Hr. Antragsteller behauptet, daß die Erhebungen lediglich auf den freiwilligen Angaben der Bräuer beruhen, worauf diese Erhebungen beruhen, ist in dem Referate klar ausgesprochen. „Das meiste Bier wird in Städten mit Garnisonen gebraut und in diesen besteht auch das s. g. Stadtoctroi, also es besteht dort schon eine Controle, daß wenigstens die Eimerzahl leicht erhoben werden kann." — Sie haben also auf der einen Seite die auf bestimmte Daten gestützte Erhebung der Kreisregierung und auf der andern Seite die von dem Hrn. Antragsteller ausgegangene rein willkürliche Berechnung, für deren Richtigkeit er die Beweise freilich schuldig geblieben ist. ... Sie können also kein Interesse an der Einführung des Malzaufschlags haben, so wenig als die Staatsregierung, die auch nicht auf dieser Einführung besteht. Daß übrigens die Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz mit den mannigfaltigsten Nachtheilen verknüpft und den Verhältnißen der Pfalz durchaus unangemessen sei, ist in dem Referate so schlagend nachgewiesen, daß ich hierüber in keine weitern Erörterungen eingehen will. Ich erlaube mir nur noch beizufügen, daß nach meiner Ueberzeugung die Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz bei den besondern Verhältnißen daselbst, und der dortigen Gewerbfreiheit durchaus unausführbar ist, ohne enorme wahrhaft unverhältnißmäßige Kosten der Erhebung und Beaufsichtigung und ohne die lästigsten Vexationen. Warum will man nun ohne alle Veranlassung, ohne alles Interesse, welches Sie bei der Sache haben können, uns dieser Vexationen aussetzen. M. H., ich muß noch einen weitern nicht unerheblichen Punct berühren, welcher im Referate nicht hervorgehoben ist. Bekanntlich ist die Hauptbierconsumtion in der Pfalz in dem westlichen, dem ärmeren Theile derselben, während der östliche Theil, die reichen Weingegenden weniger Bier consumiren. Die Folge der Einführung des Malzaufschlags wäre daher, daß gerade der ärmere Theil der Pfalz mit einer neuen Steuer belegt würde, während der reichere Theil nahezu frei ausging, und während die heutige Aversalsumme gleichmäßig unter Alle nach der Gesammtsteuer vertheilt ist. Deßhalb hat die k. Kreisregierung der Pfalz auch mit Recht und mit Nachdruck her-

vorgehoben, daß der Malzaufschlag vorzugsweise die ärmeren Klassen treffen würde, und daß diese ärmeren Classen durch die Vertheuerung des Biers dem so schädlichen Branntweintrinken zugewendet würden. Ich will, m. H., obgleich vielleicht Veranlassung dazu gegeben wäre, die Frage nicht berühren, ob die Pfalz den diesseitigen Kreisen gegenüber an Steuern überbürdet sei oder nicht. Wir würden ohnedem heute darüber nicht einig werden. Ich meinerseits wünsche aufrichtig, daß die Steuergesetze im ganzen Königreiche möglichst bald gleichförmig werden, damit würde jeder Grund zum Streite wegfallen; deßhalb wünsche ich auch, daß das neue Gewerbsteuergesetz, welches in Aussicht steht, auch auf die Pfalz ausgedehnt werde; darum aber beklage ich auch tief, daß die Taxordnung, welche vor wenigen Tagen vorgelegt wurde, nicht auch für die Pfalz gelten soll. Ich kann Sie, m. H., nur dringend bitten, der Pfalz nicht ohne alle Veranlassung ein Institut aufzunöthigen, welches wirklich nur mit Unwillen aufgenommen würde und zwar mit dem gerechtesten Unwillen, wenn nicht gleichzeitig den Forderungen der Pfälzer bezüglich des Taxwesens Rechnung getragen würde. Nachdem nun aber jetzt feststeht, daß die Pfalz der Wohlthat der neuen Taxordnung nicht theilhaftig werden soll, kann gerechterweise auch nicht weiter von Einführung des Malzaufschlages daselbst die Rede sein."

Hierauf hielt v. Koch, zur Unterstützung des Doppelhammer'schen Antrags, einen längern Vortrag. Die von ihm hervorgehobenen Gründe lassen sich so zusammenfassen: Nach den eigenen Angaben der Bräuer würden in der Pfalz 147,000 Eimer Bier fabricirt, diese ergäben, nach Abzug der Kosten, einen Ertrag von 110,000 fl. Nach den neuern actenmäßigen Erhebungen stelle sich aber seit 10 Monaten eine Vermehrung von 26,000 Eimern heraus, und so bekomme man schon 130,000 fl. rein. Bei gehöriger Controle werde die Summe aber weit steigen, bis auf die von Hrn. Weis selbst früher angedeutete Summe von 300,000 fl. Der Redner fuhr fort: „Der Haupteinwand ist wol der, wegen des Enregistrements. Der Hr. Referent räth uns, an dieser Frage nicht zu rütteln, und ich rathe Ihnen, diese Frage einmal zum Abschluß zu bringen und sie nicht immer im Fleisch stecken zu lassen, wie einen Dorn. Diese Frage ist ein Grund von Zerwürfnißen und Mißstimmungen, die mehr oder minder bei verschiedenen Gelegenheiten in dieser Kammer hervortreten. Die Mitglieder der Pfalz behaupten, sie seien überbürdet, sie zahlten wenigstens um 3 oder 400,000 fl. mehr an Taxen in unsere Staatskasse, als die dießrheinischen Kreise, wir ließen es uns an ihrem Tische behagen. Im vorigen Jahre bei der Berathung über diesen Gegenstand, der vor uns liegt, wurde uns eine Rechnung gemacht von Hrn. Rebenack, welche auf 10—12 Millionen sich hinaufstellte, die wir den Pfälzern nach und nach schuldig geworden sein sollen. Ich, und ich glaube noch viele Mitglieder dieser hohen Kammer, haben eine entgegengesetzte Ansicht. Wir glauben, daß wir alle Jahre wenigstens 700,000 fl. den Pfälzern zum Besten geben, daß sie von unserm Tische alle Jahre 700,000 fl. geschenkt bekommen, so daß wir von den Pfälzern noch mehr Millionen gut haben, als sie beanspruchen; wir glauben, daß, wenn es einmal ans Conferiren und Abrechnen kommt, unser Rechnungsergebniß für uns sehr günstig sein wird. Diese Frage bedarf der Erledigung, wir müßen uns darüber klar machen und einmal wissen, woran wir denn eigentlich sind. Ich erkläre hiemit auf das Feierlichste und habe es schon im Ausschuße gethan, ich werde nicht blos dafür stimmen, daß das neue Taxgesetz auch der Pfalz zu Theil werde, ich bin sogar bereit, hierauf einen Antrag zu stellen, ich halte es für nothwendig, daß die Besteuerung eine gleichmäßige werde im Lande, in allen Kreisen des Landes. Allein eben weil ich von diesem Grundsatz ausgehe behaupte ich, es muß der Malzaufschlag auch dort eingeführt werden. Sie müßen dieselbe Last wie wir übernehmen, und nachdem gegenwärtig von dem Malzaufschlage die Rede ist, so ist der Zeitpunct gegeben, wo wir diese Last dem Pfalzkreis auflegen müßen. Es wird gesagt werden: Ja, man muß zuwarten, eine Bedingung daran knüpfen, der Malzaufschlag könne eingeführt werden, wenn — conditionale — wenn die Taxordnung auch auf die Pfalz ausgedehnt werde. — Nein, m. H., keine Condition, wir haben jetzt diese Malzaufschlagsfrage vor uns und erledigen sie, wobei ich überzeugt bin, daß alle Mitglieder dieses hohen Hauses damit einverstanden sind, daß eine ungerechte Besteuerung eines einzelnen Kreises nicht ferner stattfinden soll. Ich vertraue zum hohen Hause, daß es der Pfalz die Wohlthat des neuen Taxgesetzes zuwenden werde, und daß Sie, meine Herren, nicht gemeint sein werden, eine Abgabe in der Pfalz fortbestehen zu lassen, die uns immer zum Vorwurfe gemacht wird und die Veranlassung ist, daß zwischen der Pfalz einerseits und den diesseitigen Kreisen anderseits kein dauernder aufrichtiger Friede besteht." — Der Redner erklärt weiter, die Privilegien (der Pfälzer Brauer) müßten aufhören; auf dem Lande urtheile man ohnehin so: „Die Herren Abgeordneten der Pfalz in der Kammer, sie führen das große Wort. . . ." Hierauf Unterbrechung des Redners durch den vorsitzenden zweiten Präsidenten. Koch erklärt, daß nicht Er, sondern Andere so sprächen, und hebt schließlich noch den Punct hervor, daß gegenwärtig die 100,000 fl. da erhoben würden, „wo der Steuergesetzgeber dieselben nicht erhoben wissen will."

Ruland spricht gleichfalls für Einführung des Malzaufschlags. Er bezieht sich auf die finanziellen Bedürfniße und die Zunahme der Bierconsumtion in der Pfalz. Die hohen Taxen daselbst seien die Folge der Entlastung des Grund und Bodens; diesseits habe man die Ablösung noch zu tragen. Schließlich bekämpft er die von Roos gemachten Aeußerungen, als nichts beweisend.

Westermayer erklärt, er habe beabsichtigt, für das Referat zu stimmen, sei aber durch Kochs Gründe wankend geworden. Die Gründe des Referats schienen ihm nicht so recht stichhaltig. Bald heiße es darin, das Bier sei in der Pfalz ein Luxusgegenstand, bald es sei Lebensbedürfniß der arbeitenden Classe. — Referent Thinnes. Wo steht das im Referate? — Es zeigt sich, daß dieser Widerspruch in demselben nicht vorkommt. „Auch das, was Hr. Roos in Schutz genommen hat, daß die Pfalz eine große Abneigung gegen dieses Institut habe, und daß eine große Anzahl Bräuer zu Grunde gehen müßte," könne kein genügender Grund sein; . . . „es gibt keine gehässigere Steuer, als die Einkommen- und Capitalrentensteuer, denn durch diese werden nur die Beamten und die Geistlichkeit getroffen." (Unruhe.) Der Redner spricht dann noch von den 17 Bienen (Pfälzischen Abgeordneten), welche mit respectabeln Stacheln ausgerüstet, vor ihrem Bienenkorbe Wache hielten; ein Paar Weiseln seien von dort herüber geflogen rc.

Hierauf reichte Arnheim einen präjudiciellen Antrag ein, die Entscheidung bis zur Berathung des Taxgesetzes zu verschieben. Dieser Antrag wurde jedoch verworfen besonders auf die Erklärung des Finanzministers hin, daß diese Gesetzvorlage nur die Taxen der s. g. „freiwilligen Gerichtsbarkeit" festsetze.

Sonach Fortsetzung der Discussion.

Rebenack sprach: „Ich habe im Ausschusse gegen den Antrag des Hrn. Doppelhammer gestimmt. Seit ich aber die Erklärung gehört, welche der Herr Antragsteller sowol als auch Hr. v. Koch abgegeben, bin ich sehr geneigt, für diesen Antrag zu stimmen. — Unter der Voraussetzung, daß wirklich eine Gleichstellung stattfinde, daß man nicht den Malzaufschlag in der Pfalz einführe, ohne ganz gleichzeitig die dortigen Taxen auf das diesseitige Maß zu reduciren, bin ich vollständig für den Antrag, und alles Lästige oder Gehässige, was daraus für die Bräuer entstehen möchte, würde mich wenig bekümmern. — Wie nothwendig es aber ist, eine Gleichstellung in den Taxen in demselben Augenblicke eintreten zu lassen, wo sie die Malzsteuer für die Pfalz schaffen wollen, will ich in einem Beispiele zeigen: In den diesseitigen Kreisen werden bei dem Verkaufe von Immo-

bilien im Werthe von 4000 fl. an Taxen erhoben 33 fl. 20 kr. und 8 fl. für den Stempel, zusammen 41 fl. 20 kr. Was aber dagegen in der Pfalz? — Diese 41 fl. 20 kr., welche diesseits in die Staatskasse fließen, zahlt bei uns die Partei geradezu an den Notar für die Besorgung des Geschäftes; außerdem werden aber von den 4000 fl. 4 pCt., macht 160 fl., als Enregistrirungsgebühr und 1½ pCt. als Transcriptionsgebühr, das ist 60 fl., im Ganzen 220 fl. an die Staatskasse entrichtet; — 220 fl., welchen diesseits — nichts gegenübersteht. — Ich könnte noch mehr Beispiele anführen: 2 pCt. für die Uebertragung von Mobilien, 1 pCt. für die Schuldverschreibung, dann die Gerichtstaxen u. s. w. — Hr. Abg. Ruland hat bemerkt, diese Taxen seien gewissermaßen ein Ersatz oder Aequivalent für die diesseitigen Grundrenten. — M. H., wir haben solche Lasten auch gehabt, wir haben sie abgelöst, und wenn Sie in der Pfalz fragen, so werden ihnen die Hypothekenbücher Aufschluß geben, wie man die Grundrenten in Hypothekenkapitalien verwandelt. — Wie Hr. v. Koch sagt, hätte ich eine Rechnung gemacht, wornach die Pfalz 10—12 Millionen zu viel bezahlt habe. Ich habe nur von 8 Millionen gesprochen, welche die Pfalz zu viel bezahlt habe, und das ist heute noch richtig, hängt aber weder mit dem Malzaufschlage noch mit den Taxen zusammen. — Wir haben 30 Jahre hindurch den Kostenaufwand für Gerichte, Administrativbehörden, Studienanstalten u. s. w. aus Kreismitteln bestritten, während diese Ausgaben diesseits keine Kreis-, sondern eine Staatslast waren. — Hätte Gleichstellung hierin bestanden, so würde der Pfalzkreis allerdings 7—8 Millionen weniger zu bezahlen gehabt haben. — Nun, m. H., um der Sache einen kurzen Schluß zu geben: nehmen Sie den Antrag des Hrn. Doppelhammer an, unter der Bedingung, daß mit Einführung des Malzaufschlags zugleich auch die diesseitige Taxordnung auf den Pfalzkreis übertragen werde, oder verwerfen Sie den Antrag, um darauf zurückzukommen, wenn die gleichmäßige Taxordnung eintritt.

Lang: M. H.! Ich habe schon vorhin, als ich mich gegen den präjudiciellen Antrag äußerte, die Bemerkung gemacht, daß die Verhandlung, wie sie heute gepflogen wird, auf mich einen peinlichen Eindruck macht. — Ich glaube nicht zu irren, wenn ich voraussetze, daß es denselben auf viele der Anwesenden macht. Wir streiten uns herum, machen uns Inkriminationen, wer zu viel und zu wenig zahlt, am Ende behauptet jede der streitenden Parteien, die andere sei den Beweis darüber schuldig geblieben, und wir sind am Ende so klug wie zuvor. — Ueber die Taxenüberbürdung in der Pfalz sind Schriften erschienen, worin sehr viele Zahlen stehen, und es verlangt Geduld, die Gründe gegeneinander abzuwägen. Ein Redner hat gesagt, daß die Pfalz ein Bienenkorb sei, daß Bienen schwärmen, hie und da stechen, dafür werden sie auch wieder geschlagen, und am Ende reicht der Honig nicht hin, um die Wunden zu heilen. — Ich frage, ob seit dem letzten Antrage der Gegenstand so geändert ist, daß wir von dem frühern Antrage abgehen können. Jener Beschluß war vom 19. Juni 1850 gefaßt, und was den Malzaufschlag belangt, so ist die Welt so ziemlich in demselben Geleise geblieben. Mag sein, daß ein paar tausend Eimer mehr gebraut worden sind, weil die Garnisonen vermehrt worden sind, und Zeiten waren, welche auf die Konsumtion von Bier Einfluß hatten. — Daraus zu schließen, daß die Konsumtion von Bier fortwährend steige, wäre unrecht. Die Bierconsumtion in der Pfalz regelt sich im Allgemeinen nach der Weinproduction, wenn es viel und geringen Wein gibt, daß auch die ärmere Klasse Wein billiger als Bier haben kann, so geht die Bierconsumtion unendlich herunter. Anders ist es der Fall, wenn der Wein nicht geräth, dann ist er theuer, dann wird das Bier Nahrungsmittel, wie hier zu Lande. Ich glaube, daß wir von Anfang herein keinen Grund haben, die Frage, welche damals weitläufig verhandelt worden ist, heute noch einmal zu untersuchen, da alle Verhältniße gleich geblieben sind. — Ich bin ganz für den Grundsatz, daß Gleichheit der Besteuerung überall sein soll, und habe so viel Vertrauen zum königlichen Staatsministerium der Finanzen, daß es wahrlich eine Finanzquelle nicht unbenützt lassen werde, wenn der Ertrag dieser Steuer nach den gemachten Erhebungen mit den Nachtheilen in Verhältniß stünde, welche die Erhebung der Steuern veranlaßt. — M. H., in der Finanzwirthschaft und bei Erhebung der Steuern kömmt es bekanntlich nicht darauf an, wie viel Geld eingeht, sondern wie, auf welche Weise und von wem die Steuer eingeht. Das fällt nationalökonomisch sehr in die Wagschale. Nun haben Sie gehört, daß nach den gemachten Erhebungen, deren Authenticität man angegriffen hat, der Ertrag der Steuern mit den Nachtheilen in keinem Verhältniße steht. Es ist das Nöthige schon darüber gesagt, und ich will nur nachtragen, was mir anzugeben vergessen worden scheint. — Man hat gesagt, die Erhebungen werden keine so große Lasten machen. Pensionäre werden sich damit beschäftigen. Ja, m. H., wie viel zu erheben ist, allerdings; anders aber in der Pfalz, wo das Bierzeugniß von 160 Quadratmeilen*) 200 Brauer in Städten, Orten, und Dörfern nachweisen, da wird die Erhebung sehr schwierig und der einzelne Erhebungsbeamte wird von dem, was er erhebt, nicht leben können. Sie müssen überdieß noch ein Oberaufschlagamt aufstellen, was ohne einige tausend Gulden nicht zu bestreiten ist. — . . . Man hat von der Taxordnung gesprochen, die nicht auf die Pfalz ausgedehnt werden soll, aus selbst verständlichen Gründen, aber man hat nun das Beispiel umgekehrt, daß man das Einregistrement in die diesseitigen Provinzen einführe, und dann der Malzaufschlag überall aufhöre, und es wäre eine kleinere Aufgabe, das Einregistrement herüber zu verpflanzen, man dürfte nur sagen: von den verkauften Mobilien müssen so und so viel Procent bezahlt werden. Uebrigens ist dem Antragsteller hiemit durchaus nichts präjudizirt; sobald die erwähnten Vorbedingungen eintreten, bleibt es jedem Mitglied der Kammer überlassen, den Antrag und die Gründe dafür zu reproduciren. — Es ist gesagt worden, daß die 100,000 fl., die nach Streichung von 103,000 fl. die Pfalz als Ausgleichungssumme zahle, nicht diejenigen treffen, welche eigentlich die Steuern zu zahlen haben. — Meine Herren, diese 100,000 fl. treffen meistens die reicheren und wohlhabenderen Grundbesitzer, während die Biersteuer, die allerdings — um das aufzuklären — in der Vorderpfalz mehr Luxus ist als in der hintern Pfalz, von den ärmeren Bewohnern des westlichen Theils getragen werden wird, wobei allerdings sehr zu bedenken ist, daß die Verbreitung des Bieres, wie sie zur Zeit stattfindet, schon jetzt dem Genusse des Branntweins einen mächtigen Damm entgegensetzt, was in sittlicher und moralischer Beziehung wol in Betracht zu ziehen sein dürfte. M. Hrn. . . . ich will noch bemerken, daß dasjenige, was Hr. v. Koch anführte, gerade nicht zur Versöhnung beiträgt; was er gesagt hat, lesen wir fast täglich in einem gewissen Blatte und es wird uns dies zur Genüge vorgeworfen, daß es der Erwähnung in der Kammer nicht bedurft hätte. Ich ersuche Sie, m. Hrn., seien Sie nicht finanzieller als der Ausschuß, nicht finanzieller als die Regierung. Ueberlassen Sie es vielmehr der Regierung, die Gleichheit der Belastung aller Landestheile durch entsprechende Gesetze einzuführen." (Fortsetzung folgt.)

München, den 25. Jan. Der König hat vorgestern Nachmittags in besonderer Audienz aus der Hand des hiesigen französischen Geschäftsträgers Grafen Ségur das Notificationsschreiben über die Anhandnahme der neuen Gewalt von Seite des Präsidenten der französischen Republik empfangen. In demselben soll der Präsident auf die Erhaltung des Weltfriedens vorzüglichen Nachdruck legen.

Von Samstag auf Sontag Nachts wurde in der Pfarrkirche zu Haidhausen das dort aufgestellte Christuskind seines Schmuckes beraubt.

*) Ist allerdings bedeutend zu viel, und soll wol 105 heißen. D. Red.

Digitized by Google

Professor Liebig hat die Uebernahme eines Lehrstuhles an hiesiger Universität abgelehnt. (N. K.)

Neckargemünd, den 23. Jan. Früher wurde berichtet, wie man auf die Angaben des Soldaten beim 8. Infanteriebataillon, Heinrich Wolf, von hier, weil man ihn zum Bruche des Fahneneides habe verleiten wollen, fünf hiesige Einwohner nach Rastatt in die Casematten gebracht, die Stadt selbst aber mit Executionsmannschaft belegt habe. Dieser Angeber hat nun unerlaubter Weise sich entfernt und wird von der Behörde öffentlich aufgefordert, sich bei seinem vorgesetzten Commando zu stellen, widrigenfalls er als Deserteur behandelt werde. Von der Executionsmannschaft wurde die Stadt nach kurzer Zeit befreit; von den fünf verhafteten hiesigen Einwohnern befinden sich aber noch drei in Rastatt.

Gera, den 20. Jan. Der Redacteur der officiellen „Geraischen Ztg." ist von hier ausgewiesen worden, weil er in etwas starken Ausdrücken über den Napoleon'nischen Staatsstreich gesprochen hatte.

Wien, den 24. Jan. In sonst gut unterrichteten Kreisen spricht man, der „L. Z.-C." zufolge, jetzt allgemein, der Präsident der französischen Republik habe die Einberufung eines europäischen Congresses beantragt, um durch denselben die Verträge vom Jahre 1815 einer Revision zu unterziehen.

Belgien.

Brüssel, den 24. Jan. Verschiedene Gerüchte, welche einen gewissen Grad von Begründung haben, circuliren in Brüssel. Man beschäftigt sich viel mit einer Note der französischen Regierung, welche Anfragen über den Aufenthalt mehrerer politischen Flüchtlinge enthält; besonders aber — wenn man diesen Gerüchten weiter Glauben schenken will — hätte die Regierung Louis Napoleon's in ziemlich dringenden Ausdrücken die Ausweisung Victor Hugo's mit einem Passe nach England oder irgend einem anderen Staate verlangt; wir fragen uns vergebend, was eine solche Handlungsweise Seitens der französischen Regierung veranlassen konnte, da Victor Hugo hier auf eine mehr als bescheidene Weise sehr zurückgezogen lebt. Jedenfalls machen diese Gerüchte einen tiefen Eindruck in unserer politischen Welt. Das Ministerium scheint ziemlich verlegen zu sein über die in dieser Angelegenheit zu behauptende Stellung; die Hrn. Rogier, Frere und Tesch seien, sagt man, der Meinung, eine Antwort zu geben, die ein für alle Mal die Handlungsweise bezeichnet, welche die belgische Regierung in Sachen der französischen Flüchtlinge beobachten wird. Die anderen Minister waren nicht Willens, einer so kühnen Antwort beizupflichten. Es würden sich daher die Hrn. Rogier, Frere und Tesch zurückziehen, die anderen Minister würden sich mit mehreren einflußreichen Mitgliedern der Rechten vereinigen, um so ein Vermittlungsministerium zu bilden. Für heute wollen wir die mehr oder mindere Begründung dieser Gerüchte nicht untersuchen, glauben aber nicht zu weit zu gehen, wenn wir gestehen, daß unser politischer Horizont mit gewitterschwangeren Wolken bedeckt ist, welche sich schwerlich bald zerstreuen werden. Mehrere Gesetzvorschläge sind, wie man uns versichert, für den nächsten Zusammentritt der Kammern vorbereitet, die nicht verfehlen dürften, stürmische Debatten hervorzurufen, da sie wichtige Puncte in unserer Constitution berühren werden. (Köln. Z.)

Frankreich.

Paris, den 24. Jan. Die Maßregel, in Folge deren die Hrn. Charras, Cholat, Millote und Valentin aus der Armeeliste gestrichen wurden, hat bei dem Officiercorps Mißfallen erregt, weil dasselbe seine Stellung nicht von dem Belieben der executiven Gewalt, sondern nach dem bisherigen Gebrauche nur von dem Ausspruche der Kriegsgerichte abhängig sehen will.

Die gestrigen Decrete haben bei der Bourgeoisie wenig Sympathie gefunden; die, welche man binnen einigen Tagen, vielleicht morgen, erwartet, werden übrigens noch weniger Beifall finden. Diese Decrete ordnen die Abschaffung der Getränkesteuer und Octroi's (man wird nur die Hälfte der bisherigen Octroi's erheben) und die Errichtung einer Einkommensteuer an. — Der heutige Ball in den Tuilerien soll sehr glänzend werden. Es scheint jedoch, daß viele der eingeladenen Personen ihre Einladungskarten zurückgeschickt haben, da man in den Salons sich noch lange nicht mit dem neuen Stande der Dinge ausgesöhnt hat. Man schätzt die Zahl der zurückgeschickten Karten auf 2000. Unter den eingeladenen Personen befinden sich viele, die beauftragt sind, über die Physiognomie des Balles zu wachen, welchem der Präsident beiwohnen wird. — Nachschrift. Außer den obengenannten Decreten sollen auch noch Decrete erscheinen, durch welche die Steuern, welche die Aerzte und ministeriellen Officianten bezahlen müssen, erhöht werden sollen. Ueberhaupt scheint man die Absicht zu haben, die Gewerbesteuer zu erhöhen. (Köln. Z.)

— den 25. Jan. Es haben sich heute Gerüchte von neuen Ausweisungslisten verbreitet.

Bei Abgang des letzten Paketbootes, welches von Algier nach Marseille gekommen, waren daselbst Gerüchte von einem neuen und sehr ernsten Aufstande der Kabylen verbreitet, welcher einen abermaligen Feldzug nach Kabylien nothwendig machen würde. Der Algierer „Akhbar" vom 20. Jan., welcher mit demselben Paketboote nach Marseille gelangte, spricht blos von einiger Aufregung und von der Anwesenheit des angeblichen Scherifs Bu-Baghla (welcher auch die zwei vorigen Aufstände angestiftet haben soll) an den Grenzen des Districtes Bugia. Man behauptete jedoch in Algier, daß dieses halboffizielle Blatt einen Theil der eingetroffenen Nachrichten, welche weit wichtiger seien, verhehle.

Italien.

Nach Briefen aus **Turin** in österreichischen Blättern hat die sardinische Regierung in Betreff der in ihrem Gebiete weilenden Flüchtlinge beschlossen, die schwer gravirten des Landes zu verweisen und die minder compromittirten in kleineren Städten zu interniren. Ein solches Zugeständniß an Oesterreich würde nicht wol in Einklang zu bringen sein mit Versicherungen, welche noch vor Kurzem halbamtliche piemontesische Blätter brachten. Uebrigens soll die österreichische Regierung erklärt haben, den nach Oesterreich Rückkehrenden keine wesentlichen Hindernisse in den Weg legen zu wollen.

Großbritanien.

London, den 24. Jan. Heute ist eine Dampfgeolette mit Depeschen für das brittische Geschwader im Tajo befehligenden Commodore Martin abgegangen. Man behauptet, daß diese Depeschen die Weisung für den Commodore enthalten, sofort mit seiner Flotte nach der britischen Küste zurückzukehren.

Neueste Nachrichten.

Fulda, den 27. Jan. Gestern wurde der frühere kurhessische Lieutenant v. Loßberg, welcher jedoch bereits über zwanzig Jahre den Dienst quittirt hatte, unter Gensd'armeriebedeckung von Hamburg hier eingebracht, wo er sich seit langer Zeit unerkannt aufgehalten, angeschuldigt, in Baden im Jahre 1849 am dortigen Aufstand betheiligt gewesen zu sein. (Fr. J.)

Brüssel, den 26. Jan. Die ministeriellen Organe erklären, die belgische Regierung werde allen politischen Flüchtlingen Asyl gewähren, so lange kein Mißbrauch damit getrieben würde; sie würde nicht zugeben, daß von Flüchtlingen periodische oder andere Schriften, welche der französischen oder einer anderen befreundeten Regierung feindselig wären, herausgegeben würden; so viel man indeß wisse, sei nichts der Art von einem der Flüchtlinge, die sich in Belgien aufhalten, beabsichtigt.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Beilage zur Neuen

Speyerer Zeitung.

Freitag (Zu Nro. 26) den 30. Januar 1852.

Frankreich.

Nach der Korrespondenz der belgischen Independance vom 20. Jan. war das Gerücht von der Konfiskation der Güter der Familie von Orleans schon seit einiger Zeit in Paris verbreitet. Ein ehemaliger Minister, dessen Ruf als Rechtsgelehrter sein staatsmännisches Ansehen überlebt hat, der in den letzten Jahren der Julius-regierung wegen Bestechung verurtheilte Hr. Teste, war um ein Gutachten angegangen worden über die Frage, ob der König Ludwig Philipp das Recht gehabt habe, seine Güter vor dem 30. Aug. in Form einer Schenkung seinen Kindern zu überlassen, und ob die Privatdomäne damals nicht von Rechtswegen bei seiner Thronbesteigung hätte dem Dominialvermögen zufallen sollen. Hr. Teste war weit entfernt, den gefälligen Rabulisten zu machen, sondern sein juristisches Urtheil ging dahin, daß der König diese Schenkung machen konnte, und daß durch Bestimmungen weder des öffentlichen noch des Privatrechts dieses Aufgeben des Orleans'schen Privatvermögens im Staatsvermögen sich rechtfertigen würde. Wenn nun der Telegraph meldet, diese Schenkungen seien für null und nichtig erklärt und den Domänen zugewiesen, so ist damit die Konfiskation des Orleans'schen Hauptvermögens ausgesprochen und es fragt sich nur, wie es mit der 5proz. Schuld von 20 Mill. gehalten werden wird, die vor zwei Jahren unter Verpfändung dieses Vermögens zur Abzahlung der Schulden der Zivilliste aufgenommen wurde, worauf die Assemblee das Aufhören des Sequesters auf die Orleans'schen Güter verfügt hat. Die Konfiskation ist daher eine eben so ungerechte Maßregel gegen die Gläubiger, denn wenn von einem Decret die Rede ist, welches den Verkauf der Güter für Rechnung der Besitzer befiehlt, so kann darunter blos gemeint sein, was die Prinzen von Orleans nicht von ihrem Vater hatten, d. h. was sie aus der Erbschaft ihrer Muhme der Prinzessin Adelheid, aus dem Nachlaß des Herzogs von Bourbon bekommen oder was sie erheirathet haben. Dieß ist jedenfalls der weit kleinere Theil des Orleans'schen Vermögens, und der größere soll jetzt der Konfiskation anheimfallen, mit welcher doch die Februarrevolution die Orleans verschont hatte. Wenn der Ultra-Bonapartismus sich gegen die vertriebene Königs-Familie so benimmt, so darf man noch auf stärkere Dinge gefaßt sein. Die neuen Minister repräsentiren kein milderndes Element mehr, sie sind der rein persönliche Gedanke des neuen Imperialismus. Der neue Minister des Auswärtigen, der Korse Casabianca, ist der Advocat der Familie Bonaparte und betried schon früher die Forderungen der Familie Bonaparte an den Staat, die nun nicht lange auf sich warten lassen werden. Wie beträchtlich sie sein müssen, erhellt daraus, daß der Kaiser Napoleon in seinem Testament die Ersparniße seiner Civilliste zu 200 Millionen berechnet, daß die Murats besondere Forderungen machen u. s. f. Ein anderer Korse hat die Justiz erhalten. Der Finanzminister ist jener Herr Bineau, der nach dem Sturz des parlamentarischen Ministeriums (30. Oktober 1849) als Minister der öffentlichen Arbeiten eintrat — damals oft im Charivari als ein Indianerhäuptling mit einer Keule abgebildet — le farouche Bineau (der wilde Bineau). Hr. v. Persigny, der treue Achates von Straßburg und Boulogne, als Minister des Innern ist in diesem Kabinet das Faktotum, der neue Polizeiminister v. Maupas und seine Kollegen haben wenig Bedeutung für sich. (N. K.)

Paris, den 25. Jan. Außer den Hrn. v. Montalembert, v. Merode und v. Mortemart hat, in Folge der Confiscationsdecrete, auch Hr. v. Moustier seine Demission als Mitglied der Consultativcommission gegeben; sie haben dies in einem Schreiben gethan, dessen Einrückung in den „Moniteur" sie forderten; der „Moniteur" veröffentlicht jedoch dasselbe nicht. Das „Univers" hat nur die Erlaubniß erhalten, die Demission der drei erstgenannten zu veröffentlichen, nicht aber auch die Erlaubniß, ihr Demissionsschreiben mitzutheilen. Bereits hat aus demselben Grunde, wie jene vier Mitglieder der Consultativcommission, eine Anzahl Beamte ihre Demission eingereicht, unter Anderen Hr. Dupin, welcher endlich eingesehen, daß er seine Stelle als Generalprocurator am Cassationshofe nicht länger mehr bekleiden könne.

Der „Moniteur" verkündet nachstehendes Decret für die Wiederherstellung der Adelstitel: „Louis Napoleon, Präsident der Republik, auf den Bericht des Siegelbewahrers, Ministers der Justiz, decretirt: Art. 1. Das Decret der provisorischen Regierung, vom Datum des 29. Febr. 1848, die ehemaligen Adelstitel betreffend, ist aufgehoben. Art. 2. Der Siegelbewahrer, Minister der Justiz, ist mit dem Vollzuge des gegenwärtigen Decretes beauftragt. Louis Napoleon. Gegengezeichnet. Der Siegelbewahrer, Minister der Justiz, Abbatucci." — Der „Moniteur" veröffentlicht ferner mehrere Decrete des Präsidenten der Republik, durch welche dem Minister der öffentlichen Arbeiten supplementarische Credite für Eisenbahnbauten (u. a. 1,320,000 Frs. für die Eisenbahn um Paris zur Verbindung der verschiedenen Bahnhöfe, 3 Millionen Frcs. für den Mans-Laval-Tract der Westbahn), Decrete für die Einführung von Messen in einer großen Anzahl von Ortschaften u. s. w.

Bereits gestern hat man in Kraft des betreffenden Decretes des Präsidenten der Republik mit der Aufstellung eines officiellen Inventars der Güter der Familie Orleans begonnen. Es wird nach Erfüllung der vom Gesetze vorgeschriebenen Förmlichkeiten zur Versteigerung dieser Güter auf dem Civiltribunal des Seinedepartements geschritten werden.

Von der französischen Grenze, den 24. Jan. Alle Personen, welche die Grenze überschreiten, werden von den französischen Zollbeamten aufs Strengste nach verbotenen Zeitungen durchsucht. Unter denjenigen Blättern, auf welche gefahndet wird, um sie im Betretungsfalle in Beschlag zu nehmen, steht auch die „Pfälzer Zeitung." In Weißenburg, einem Städtchen von 4000 Einwohnern, wurden auf Befehl der Verwaltung mehrere Wirthshäuser geschlossen. Der Grund ist die verdächtige, d. h. antibonapartistische Gesinnung der Eigenthümer. Daß solche Gewaltmaßregeln viel böses Blut machen, läßt sich denken. (Pf. Z.)

Spanien.

Madrid, den 18. Jan. Allmählich zieht sich gegen die bestehende Verfassung ein Unwetter zusammen, das binnen kurzer Zeit losbrechen wird. Durch die Ernennung des Generals Espeleta zum Kriegsminister sind die Verehrer und Anhänger der Constitution nicht wenig erschreckt; denn jetzt sitzt Keiner mehr im Ministerrathe, der ihren politischen Glauben theilt und vertheidigt. Der thatkräftige Lersundy, der während seiner einjährigen Verwaltung der Kriegsangelegenheiten so viel Nützliches ein-

geführt und große Reformen durchgesetzt hat, ist als treuer und offener Bekenner des constitutionellen Princips durch seine Collegen von seinem Posten verdrängt worden. Was lange schon Gerücht, wird nunmehr bald eine Wirklichkeit werden. Die Constitution, die von den Machthabern als verbraucht und dem spanischen Character als nicht zusagend betrachtet wird, soll dem Estatuto Real, der von der Königin Christine während ihrer Regentschaft gegebenen Verfassung — das Kind der Laune eines Zea-Bermudez — Platz machen. (K. Z.)

— den 20. Jan. Die zur progressistischen Partei gehörigen Mitglieder der Abgeordnetenkammer werden dem Vernehmen nach sämmtlich ihre Demission einreichen. Hr. Pascual Madoz, Abgeordneter von Tremp, hat das Signal dazu gegeben; in seinem Schreiben an den Präsidenten der Abgeordnetenkammer erklärt er, daß ihm die Art und Weise, wie die Regierung das Repräsentativsystem auffasse, nicht gestatte, sein Mandat länger zu behalten, und daß er ein neues Mandat nur dann annehmen werde, wenn die Regierung sich mehr in Harmonie mit den Institutionen setzen werde, die in Spanien noch in Kraft seien. Dem Beispiele des Hrn. Pascual Madoz folgten sofort die progressistischen Abgeordneten von Seyorbia, Barcelona und Seu d'Urgel nach.

Großbritanien.

London, den 23. Jan. In einzelnen Gegenden Irlands ist die persönliche Sicherheit der Grundeigenthümer noch immer aufs Aeußerste bedroht, und selbst Gutsbesitzer, welche sich durch die äußerste Humanität und Liberalität ausgezeichnet haben, schweben in beständiger Gefahr, ermordet zu werden.

— den 24. Jan. Die Londoner Journale fällen die strengsten Urtheile über die Decrete, welche Louis Napoleon in Betreff der Güter der Familie Orleans erlassen.

Miscellen.

In Freiburg läßt der Gemeinderath dem daselbst im 13. Jahrhundert gebornen Berthold Schwarz, Franziskanermönch und Erfinder des Schießpulvers, ein Denkmal setzen. Das Modell ist von dem Bildhauer Knittel, einem Schüler Schwanthalers. Auf einem Piedestal von 15. Fuß Höhe, welches zugleich eine Brunnenschale ist, steht die Statue des Berthold Schwarz in seiner Ordenstracht als Mönch; indem er mit der Linken sinnend das Haupt unterstützt, hält er in seiner Rechten ein Buch. Die Statue ist 8 Fuß hoch. In dem Piedestal sind 2 Reliefs, von welchen das eine den Mönch in seinem Laboratorium, das andere vor der Explosion des Pulvers ihn erschreckend darstellt.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[788ᵃ] **Weinversteigerung zu Dackenheim in der Pfalz am Haardtgebirge.**

Montag, den 16. Februar d. Js., des Morgens 10 Uhr anfangend, lassen die Erben von dem in Dackenheim ledigen Standes verlebten Gutsbesitzer Johannes Cloos, in der Wohnung des Miterben Hrn. Caspar Cloos in Dackenheim, die nachbezeichneten selbstgezogenen und rein gehaltenen Weine, der Theilung wegen, freiwillig versteigern, nämlich:

12,400	Liter	1842er	Aus den Gemarkungen von Herrheim a. B., Freinsheim und Dackenheim.
9,100	„	1845er	
5,000	„	1844er	
15,800	„	1846er	
11,000	„	1848er	
12,200	„	1849er	
16,700	„	1850er	
12,500	„	1851er	
93,700	Liter.		

Die Proben können vor den Fässern am 14. und 15. genommen werden.

Dürkheim, den 15. Januar 1852.

Schuler, Notar.

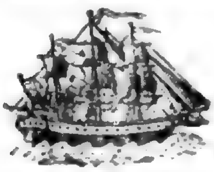
[793ᵃ] **Versteigerung.**

Mittwoch, den 4. Februar 1852, Nachmittags drei Uhr, zu Speyer im nachbezeichneten Lokale selbst, lassen die Erben des zu Speyer verlebten Wirthes Georg Ludwig Müller das zu dessen Nachlaß gehörige, dabier in der Landauer Vorstadt an der Landauer Straße gelegene zweistöckige Wohnhaus mit Deconomiegebäuden und Garten, das Gasthaus zur goldenen Rose, 31 Decimalen Grundfläche begreifend, öffentlich zu Eigenthum versteigern.

An einer sehr frequenten Straße gelegen, eignet sich dieses Besitzthum auch noch zum Betriebe anderer Geschäfte, und es wird insbesondere bemerkt, daß in früheren Jahren darin eine Bäckerei mit dem besten Erfolge betrieben worden ist.

Speyer, den 19. Januar 1852.

Hoseus, Notär.

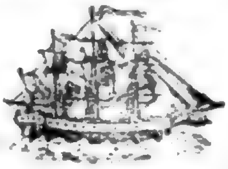


Regelmäßige Beförderung

von Auswanderern nach allen Seehäfen von **Amerika**

zu den **niedrigsten** Preisen,

und mit Uebernahme unter Garantie bis an die Landungsplätze in Amerika



durch den Unterzeichneten, welcher auch schnellste Expedition des Gepäcks und aller Waaren besorgt, und Zahlungsanweisungen in jedem Betrag, auf jeden beliebigen Seeplatz der Union verschafft, was besonders für solche Auswanderer angenehm ist, die größere Summen mit sich nehmen.

Auf Anfragen weitern Bescheid und feste Abschlüße von der Special-Agentur in **Speyer** bei

[792¹⁰] **Julius Helff**, breite Straße Nro. 14.

[804] **Niederländische**

Dampfschifffahrts- **Gesellschaft.**

Fahrten von Ludwigshafen am Rhein vom 25. Januar an:

Nach Köln—Rotterdam, jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag 4 Uhr Morgens.

Das Dampfboot „Tyenoord" fährt jeden Dienstag von Rotterdam nach London.

Nähere Auskunft bei dem Agenten:

C. Aug. Exter in Ludwigshafen a. Rh.

Neue

Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 27 | den 31. Januar 1852.

Deutschland.

• Betrachtungen. Viele deutsche Zeitungen, insbesondere freisinnige Blätter, überfließen von Tadel gegen die französische Nation aus Veranlassung ihres Verhaltens in der jüngsten Zeit, insbesondere bei der Abstimmung bezüglich des sogenannten Plebiscits. Es wird uns nicht einfallen, dieses Verhalten irgendwie lobenswerth zu finden. Allein wir glauben, daß man nicht gerecht ist in rücksichtsloser Verdammung des französischen Volkes. Wir müßen immer wieder auf jene geschichtlichen Momente zurückweisen, die wir schon vor der Zeit des Staatsstreichs oft wiederholt hervorhoben: man vergegenwärtige sich, wie die franz. Nation Jahrhunderte lang unausgesetzt von oben herab systematisch corrumpirt ward, — durch den Hof, den Adel, die Geistlichkeit; man lese (wer dessen in diesem Puncte überhaupt irgend noch bedarf) die treffenden Schilderungen Schlossers in seiner Geschichte des 18ten Jahrhunderts; man vergegenwärtige sich sodann das pfäffische Treiben unter den ältern Bourbonen während der Restaurationsperiode, endlich die durch und durch auf Corruption basirte ganze Politik Ludwig Philipps, — und man beantworte sich dann die Frage: kann es jetzt anders sein, — wie wäre solches nur möglich?! Aber bei allen den argen Fehlern, welche der franz. Nation heute ankleben, wollen wir auch anderer Seits ihre, trotz alle dem unzweifelhaft bewahrten Vorzüge und ihre hohen Verdienste um die Entwicklung der Menschheit, nicht verkennen. Was wäre Europa heute noch, ohne diese Nation?! War sie es nicht, welche den mittelalterlichen Feudalismus zuerst brach? Und hat das Jahr 1848 nicht gezeigt, daß wir in Deutschland jetzt noch in dieser Beziehung nichts Besseres thun können, als Dasjenige nachahmen, was die Franzosen schon 60 Jahre früher für Befreiung von Grund und Boden und zur Herstellung der Schwurgerichte, wie zur Herstellung des öffentlich-mündlichen Gerichtsverfahrens überhaupt — wenn auch das Letzte nach unserer Ansicht in ungenügender Weise — gethan haben? Wenn wir die Hochthaten der Franzosen und hinwieder die Schmach betrachten, welche sie zeitweise auf sich laden, so kommen sie uns vor, wie der äußerste Theil eines Rades, der abwechselnd bald am tiefsten unten, bald am höchsten oben sich befindet. Was der Achse näher, — es sinkt allerdings nicht so tief, — es kommt aber auch nicht so sehr empor. So war es bis jetzt immer. Wir tragen zwar die Ueberzeugung in uns, daß die deutsche Nation, trotz ihres bejammernswerthen Zustandes, die Keime zu einer Entwicklung in sich trägt, in welcher sie die französische Nation am Ende ganz entschieden überholen wird. Darum glauben wir aber noch keineswegs, daß die Franzosen aus dem Schlamme, in den sie gebracht wurden, sich nie mehr sollten emporarbeiten können; wir sehen vielmehr vorher, daß sie, ebenso wie so oft schon, gerade wenn man es am wenigsten erwartet oder vorhersieht, sich wieder in gleicher Weise, leider allerdings mehr meteorartig als nachhaltig, auch schwiegen werden, die ganze Welt mit Bewunderung erfüllend. —

• Seit beinahe zwei Monaten gebietet Ludwig Bonaparte unbeschränkt über Frankreich, — eine kurze und doch eine lange Zeit. Den äußerlichen Widerstand, der sich ihm entgegensetzte, — es gelang ihm, denselben in wenigen Momenten zu vernichten. Allein hat sich seine Herrschaft nun innerlich zu consolidiren begonnen? sehen wir irgend, daß sie auf ein festes Fundament zu bringen auch nur versucht ward? Wir vermögen davon nicht die geringste Spur zu entdecken!

Wir wollen in unsern Betrachtungen nicht bei einer grell hervortretenden, wahrhaft seltsamen Anomalie verweilen: aber was kann Ludwig Bonaparte auf Eide halten, nach seinen eigenen Handlungen seit dem 2. December? — und dennoch läßt er alle Welt auf seine octroyirte sogenannte Verfassung schwören, und — stellt so vielfach das kirchliche Element voran!

Welche Dauer kann es verheisen, wenn Er sich auf die Armee stützt, — Er, der kein Soldat ist?

Welche sittliche Bedeutung hat es, wenn ein Theil der französischen Geistlichen, (nicht Alle, wie das Beispiel des ehrwürdigen Erzbischofs von Paris glänzend beweist), sich für den Umsturz der beschworenen Verfassung aussprach? Wenn Priester jetzt Gefangene bekehren sollen, weil diese gegen den Gewaltstreich vom 2. Decbr. und den Umsturz der Verfassung sich erhoben?

Der Adel hat eine entschiedene feindliche Haltung gegen den neuen Gewalthaber angenommen; er wird ihm nicht dienen.

Der mittlere Bürgerstand aber, die Bourgeoisie, sieht sich verhöhnt, bei Seite geworfen und in allen Interessen aufs Tiefste verletzt.

Die Arbeiter endlich und die Bauern, denen man goldene Berge in Aussicht stellte, — was erlangen sie, was kann ihnen die jetzige Herrschaft bieten? Die Gewerbe stocken mehr als je, die Noth steigt, das Elend hat in manchen Bezirken eine unerhörte Ausdehnung erlangt.

Gänzliche Rechtsunsicherheit überall! Scenen, die an die Zeiten der empörendsten Gewaltthaten früheren Jahrhunderten erinnern!

Dabei maßlose Vermehrung der Staatsausgaben, zur Belohnung der Getreuen im Heere und im Civil; Vermehrung der Zahl der Hochbesoldeten und Vermehrung ihrer Bezüge. Gleichzeitig Verminderung der Ertragsfähigkeit des Landes, und der Leistungsfähigkeit des Volkes in Folge aller dieser Zustände. Sonach neue Lasten nothwendig, — unabwendbar, — neue Lasten bei dem ohnehin längst schon so maßlos überbürdeten französischen Volke.

Wohin muß alles dieses führen?

• München. Verhandlung der Abgeordnetenkammer über den Antrag des Abg. Doppelhammer, die Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz betr. (Fortsetzung.)

Mit besonderer Wärme sprach Boye. Meine Herren, auch ich bin für die Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz unter der Bedingung, daß eine allgemeine Gleichheit der indirecten Besteuerung durch sämmtliche Provinzen des Reiches erfolge. — Man hat bisher immer davon gesprochen, durch Herabsetzung der Taxen in dem pfälzischen Kreise, und Herbeiführung der Gleichmäßigkeit mit den Taxen in den diesseitigen Kreisen, eine Uebereinstimmung zu erreichen, beziehungsweise den Weg dazu anzubahnen. Hr. Abg. Lang hat Sie aber, m. Hrn., bereits aufmerksam darauf gemacht, daß man einen Gegenvorschlag machen könne, um die diesseitigen Provinzen mit der pfälzischen in Beziehung auf die indirecten Abgaben gleichzustellen. Bei der Leere der Staatskassen und bei dem zunehmenden Deficit glaube ich, daß der Ausschuß diesen Gegenstand aufgreifen und die Einnahmensätze der pfälzischen Taxen in die diesseitige neue Taxordnung einstellen soll. Dann

wollen wir recht gerne auch den Malzaufschlag auf uns nehmen, und Sie, m. Hrn., werden dann sehen, welche Zufriedenheit in den diesseitigen Kreisen Sie geschaffen haben? Wollen Sie aber eine solche Zufriedenheit nicht für sich, so muthen Sie uns auch nicht zu, neben der jetzt schon bestehenden Ungleichheit auch noch den Malzaufschlag zu übernehmen. Ich vertraue übrigens der Staatsregierung, daß wenn Sie auch den Antrag des Hrn. Doppelhammer annehmen würden, die Staatsregierung ihre Zustimmung doch versagen werde, wenigstens so lange, als das Correktiv der Gleichheit bezüglich aller indirekter Steuern mit den diesseitigen Kreisen nicht gewährt sein wird. — In diesem Vertrauen sehe ich ganz gleichgültig der Abstimmung entgegen."

v. Koch sprach nun nochmals sehr ausführlich. Nehme die Kammer den Doppelhammer'schen Antrag an, so werde er selbst einen weitern Antrag einbringen, auf Gleichstellung der Pfalz in den Taxen gerichtet. Bei der Höhe des Enregistrements sei „der geringfügige Ertrag" auffallend. Er belaufe sich auf 700,000 fl., indeß Oberbaiern bei den mäßigen Taxen 400,000 fl. ertrage, und dabei möge man die niedrigen Güterpreise diesseits berücksichtigen und die Siegelmäßigkeit. Rebenack habe gesagt: die Gülten in der Pfalz seien abgelöst; „aber was geht denn das uns an?" Die Pfälzer verlangten doch Antheil an den diesseitigen Grundablösungscapitalien, während sie nichts Gleiches in die Gemeinschaft gebracht hätten; „sie glauben, weil wir sie in das Haus aufnahmen, hätten sie auch Theil an unsern Reichthümern; wir dürften mit ihnen unsere Activcapitalien theilen, von unsern Schulden wollen sie dagegen nichts wissen," — Lang habe gefragt, ob seit dem vorigen Jahre eine Aenderung eingetreten sei? Ja, die Vermehrung der Bierproduction; und da dürfe man der Staatskasse nichts verschenken.

Rebenack antwortete treffend: „Meine Herren! Weil der Hr. Abg. v. Koch die Sache gründlich erörtert wissen will, so erlauben Sie mir auf einen noch nicht berührten Umstand aufmerksam zu machen. Der Malzaufschlag ist bekanntlich ausschließend zur Verzinsung und Tilgung der ältern Staatsschuld bestimmt. Ich könnte nun sagen, die Pfalz hat keinen Antheil an dieser Schuld, folglich kann man ihr auch keine Betheiligung an dem Malzaufschlage, in welcher Form und in welchem Betrage es auch sei, zumuthen. Ich gehe aber von dieser Frage ab, weil ich sie als müßig betrachte, nachdem die Pfalz bisher schon den Malzaufschlag getragen hat und ihn noch trägt, ohne daß, unter diesem Namen, die Auflage erst eingeführt zu werden braucht: ich habe Ihnen nämlich früher schon — im Jahre 1830, dargethan, daß die Pfalz an Taxen und Stempel wenigstens so viel leistet, als von den diesseitigen Kreisen an Taxen, Stempel und Malzaufschlag geleistet wird. Hr. v. Koch sagt ferner, die Bierconsumtion in der Pfalz sei um ein Bedeutendes gestiegen. Ich könnte Ihnen eine Gegenrechnung aufstellen, wodurch die Eimerzahl, welche die Regierung in Berechnung genommen hat, reducirt werden würde. Bedenken Sie, m. Hrn., daß ein großer Theil des Bieres, welches in der Pfalz erzeugt wird, nach Außen (nach Hessen, Preußen 2c.) geht, daß davon der Malzaufschlag rückvergütet werden müßte und daß dann für die Staatskassa weniger als 100,000 fl. übrig bleiben würden. Hr. v. Koch weist ferner auf die diesseitigen Grundrenten hin, wozu die Pfalz nichts beitrage, und auf meine Bemerkung, daß die Grundrenten in der Pfalz abgelöst seien, antwortete Hr. v. Koch, daß dieses die diesseitigen Kreise nichts angehe. M. Hrn., dürfen wir da nicht auch sagen, uns geht es nichts an, daß diesseits die Grundrenten noch nicht abgelöst sind? Die Grundrenten sind übrigens ein Theil des Staatsgutes, und ich habe bei einer früheren Gelegenheit nachgewiesen, daß das Staatsgut in der Pfalz, wie sehr es auch geschmälert worden ist, immer noch wenigstens eben so viel, wenn nicht mehr einträgt, als das Staatsgut diesseits. Ich habe überhaupt bewiesen, durch alle Kapitel der Staatseinnahmen hindurch, daß die Pfalz in keiner Leistung gegen die diesseitigen Kreise zurücksteht, daß sie vielmehr in mancher Beziehung mehr leistet, als die diesseitigen Kreise. So lange nicht das Gegentheil bewiesen wird, so lange hat man kein Recht, der Pfalz noch eine neue Last aufbürden zu wollen."

Vorst (aus Unterfranken) spricht ebenfalls gegen Einführung des Malzaufschlags. Die Staatskasse würde weniger als 100,000 fl. ziehen, und es würde die Zahl der unglücklichen, nicht stabilen Halbbeamten, der Malzaufschläger, vermehrt werden. Wenn der Malzaufschlag, wie Doppelhammer geäußert, das Bier verbesserte, so würde er dafür stimmen, daß derselbe diesseits verdoppelt würde. Gedenkt noch der besondern Brandassekuranzanstalt Unterfrankens, die man unbilliger Weise aufgehoben oder mit der großen diesseitigen Anstalt vereinigt habe.

Kolb sprach Folgendes: M. Hrn.! Ich hatte beabsichtigt, bei der gegenwärtigen Discussion nicht das Wort zu nehmen; aber der Gang der Verhandlung bestimmt mich dazu.

Es wurde von vornherein angedeutet, daß die pfälzischen Abgeordneten in dieser Sache Partei seien.

M. Hrn.! das ist richtig; in welcher Weise aber der Einzelne Partei ist, möge daraus hervorgehen, wenn ich Ihnen sage: Gegenwärtig wird als Aequivalent für den Malzaufschlag bekanntlich die Summe von 100,000 fl. als Beischlag zu den directen Steuern erhoben. Durch alle Gattungen von directen Steuern, die bei uns in der Pfalz eingeführt sind, bin ich persönlich betroffen, und ich muß also auch verhältnißmäßig einen Antheil zur Deckung dieser 100,000 fl. beitragen. Dagegen bemerke ich, daß in meinem Hause gar kein Bier getrunken wird. Wenn ich also betheiligt bin bei der Sache, so bin ich es gerade in der, der angenommenen entgegengesetzten Richtung. Dies vorausgesetzt, komme ich zur Sache.

Ich könnte gegen das, was von der entgegengesetzten Seite geäußert wurde, anführen, daß, wenn man von einer Zunahme der Bierconsumtion redet, man von vorneher darauf rechnen darf, daß statt dieser Zunahme eine Verminderung eintreten würde, sobald die Bierproduction so, wie proponirt ist, belästigt wird. Ich könnte Ihnen anführen, daß die Pfalz eine Masse von Lasten zu tragen hat, die die Kreise diesseits nicht zu tragen haben, z. B. den Unterhalt der Kantonsgefängniße, diesseits Landgerichtsgefängniße; diese kosten jenseits den Gemeinden und nicht dem Staate, so vieles.

Ich könnte Ihnen auch anführen, daß die Pfalz gegenwärtig Antheil nehmen muß an den Lasten, die jetzt dem Staate durch die Ablösung erwachsen. Ich sehe aber ab von allem diesem; ich werde gegen den Antrag aus andern Gründen stimmen.

Ich würde unter allen Verhältnißen, es möchte einen Landestheil treffen, welchen es wollte, mich gegen die Einführung jeder derartigen indirecten Steuer erklären, die so lästig wirkt, und die mit solchen hemmenden Formalitäten verbunden ist, wie der Malzaufschlag. Ich bin gar nicht der Meinung, die der Hr. Antragsteller geäußert hat, daß solche Formalitäten nur den Defraudanten hemmen, sie hemmen Jedermann.

Ich will, daß jeder sich frei bewegen könne in seiner Industrie; das Princip ist aber hier vernichtet.

Ich bin ferner um so mehr gegen den Antrag darum, weil ich in jeder Beziehung es für ein Unrecht halte, und als eine große Ungerechtigkeit ansehe, wenn man diese Last einführt, ohne eine gleichzeitige Verminderung des Einregistrements, also ohne eine wirkliche Gleichstellung; das ist auch von anderer Seite schon erwähnt worden. Ich bin endlich hauptsächlich darum dagegen, weil der Malzaufschlag eingeführt ist zur Deckung der Staatsschuld, welche die Pfalz nicht berührt. M. Hrn.! die Pfalz kam ohne Schulden an Baiern, und zwar deßhalb, weil dort, da keine Regierung mehr vorhanden war, Alles, was diesseits zur Staatsschuld gemacht wurde, auf die Gemeinden ge-

zählt ward, wodurch eine Masse von Gemeindeschulden entstanden, die noch im Jahre 1819 bis 15 Millionen betrugen. Die Gemeinden mußten alles dies tragen, was diesseits den Staat traf.

Im Jahre 1819 wurde bei Abfassung des Gesetzes über das Staatsschuldentilgungswesen, eines, — wenn auch nicht mit der hochconstitutionellen Formel versehenen, doch seinem ganzen Inhalt und Wesen nach organischen Gesetzes, — die Frage angeregt, mit wie viel die Pfalz zu betheiligen sei bei Tragung der Staatsschuld. Es fanden hierüber interessante Verhandlungen statt. Ich könnte Ihnen insbesondere die Vota eines Bähr, v. Hornthal und Hecker vorlesen, um zu beweisen, wie diese Männer mit aller Entschiedenheit sich dafür aussprachen, daß die Staatsschulden nichts anderes sind, als Privatschulden Einzelner, in der Weise: Unter den gewöhnlichen Verhältnissen müßen die Bedürfnisse des Staates durch Steuern gedeckt werden, die von den Staatsangehörigen erhoben werden. Wenn man aber die Staatsangehörigen in einer Zeit schonen zu müssen glaubt, so nimmt der Staat Gelder auf, er contrahirt Anlehen.

Die Erleichterung geht hier nur denen zu, welche zu dieser Zeit Angehörige des Staates sind. Diejenigen aber, welche einem andern Staate angehören — und das war damals bei der Pfalz der Fall — haben dort ihre Last zu tragen, und ich meine, die Pfalz hat diese Lasten im vollen Maaße zu tragen gehabt.

Das Resultat der langen Verhandlung von 1819, aus der es interessant wäre, die Hauptvota zu verlesen, wenn es nicht zu weit führte, war die Annahme folgender Bestimmungen in dem Staatsschuldentilgungsgesetze.

„Artikel 3: „Die Staatsschuld, ihre Verzinsung und Tilgung wird a) für die ältern 6 Kreise von der im Jahre 1811 angeordneten Hauptschuldentilgungsanstalt, und b) für den Untermainkreis von der Tilgungsanstalt in Würzburg besorgt; in Ansehung c) des Rheinkreises, in Bezug auf dessen Antheil an neuen Staatsschulden nach Art. VI wird in der Folge das Nöthige angeordnet werden." — Art. 6 bestimmt: „Alle ferner für die Zukunft zur Bestreitung außerordentlicher, allgemeiner Staatsbedürfnisse verfassungsmäßig anzunehmenden Schulden werden a) auf die Hauptschuldentilgungsanstalt, b) auf die Schuldentilgungsanstalt des Untermainkreises, und c) auf den Rheinkreis — nach dem allgemeinen Grundsatze der gleichen Haftung verhältnißmäßig vertheilt, und in den treffenden Antheilen überwiesen werden."

Nun geht es nicht an, daß man nebenbei das Grundgesetz über das Staatsschuldentilgungswesen bei Seite wirft.

Es verstößt der Antrag gegen alle Principien des Rechts. Ich kann nicht einverstanden sein, daß die Forderung von 100,000 fl., welche gegenwärtig die Pfalz tragen muß, gerechtfertigt wäre; aber lieber soll diese Last fortgetragen werden, wie bisher, als daß ich die Zustimmung der Kammer zu einer so lästigen, vexatorischen und bedrückenden Steuer wünschte."

Die Kammer verfügte nun den Schluß der Discussion. (Schluß folgt.)

* **München,** den 26. Januar. Nachdem der Abg. Reinhart in der Sitzung vom 24. Oct. v. J. die Behauptung ausgesprochen: daß die Landtagswahlen, außer dem Belagerungszustande der Pfalz, in einem diesseitigen Kreise „unter der Säbelherrschaft und dem Druck der Bajonette" vorgenommen, und daß Wählern „Bajonette auf die Brust gesetzt" worden seien, um sie zu hindern, s. g. „Rothe" zu wählen, — auferlegte der Kammerpräsident bekanntlich dem Sprecher die Verpflichtung, diese Behauptungen zu beweisen. — Reinhart hat nun diesen Beweis vermittelst einer umfassenden Eingabe angetreten, unter Angabe einer Menge der grellsten Thatsachen und unter Benennung vieler Zeugen. Wie die Dinge liegen, glauben wir, daß eine umfassende gerichtliche Untersuchung unvermeidlich sein dürfte.

* **München,** den 27. Jan. (77. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Stöcker erhält wegen fortdauernder Krankheit einen weitern 6wöchentlichen Urlaub; ebenso Forndran, wegen städtischer Geschäfte, einen 14tägigen.

Anzeige des 1. und 2. Ausschußes über Erledigung von Vorarbeiten.

Budgetberathung. Etat des Staatsbauwesens. Für Straßen-, Brücken- und Wasserbauten postulirte die Regierung, mit den Nachträgen 2'245,247½ fl. Der Ausschuß schlägt eine Erhöhung vor auf 2'323,717½ fl. Referent Roos vertheidigt diese Erhöhung. — Wallerstein tadelt die Art der Verwendung; mit den Summen, welche seit 30 Jahren für Unterhaltung aufgewendet worden, hätte man, wenn man die Summen auf einmal aufgewendet, die Flußcorrectionen vollständig ausführen können. — Weippert redet weitläufig über die Fehler, die bei einer Reihe einzelner Bauten in Unterfranken vorgekommen. — v. d. Pfordten antwortet ironisch: Es freue ihn, bei dem geehrten Abgeordneten so viele Detailkenntniße zu entdecken, Er selbst besitze dieselben nicht, und könne darum auf das Einzelne nicht antworten.

v. Koch beantragt, auf das erste Postulat zurückzugehen, und demzufolge die Summe auf 2'024,459 fl. abzuändern. — Ministerialcommissär Hummel bekämpft die Argumentation des Vorredners. Die anfangs verlangte Summe sei nur deßhalb so widrig, weil die Techniker die Aufgabe gestellt bekamen, gegen ihre Ansicht, den Betrag zu mindern.

Es sprechen nun noch über den Gegenstand: Weeber, Förg, Lerchenfeld, Neuffer, Wallerstein, Hummel, v. Koch, Neuffer, Sepp, Hirschberger, Kirchgeßner, Referent Roos und v. d. Pfordten, theils für den Ausschuß-, theils für den Koch'schen Antrag. Bei der Abstimmung werden die Ausschußanträge (die größte Summe) angenommen.

Landbautenetat. Die Regierung postulirt 672,200 fl., der Ausschuß schlägt Abminderung auf 616,665 fl. vor. — Arnheim beantragt Abstrich von 50,000 fl. für die Gewächshäuser im botanischen Garten, dagegen Bewilligung von 12,000 fl. für das Bad Steeben. Es sprachen: Minister Ringelmann, Arnheim, Heine, Steinsdorf, Wallerstein, Lerchenfeld, Westermayer, Jäger, Sepp, v. d. Pfordten (scharf gegen die Anspielungen des Vorredners auf den „Wintergarten" des Königs und Hrn. v. Dönniges, dabei Tadel derjenigen Partei, welche sich immer rühme, die Stütze der Monarchie zu sein), Referent Roos und Minister Ringelmann.

Bei der Abstimmung werden die Ausschußanträge angenommen.

Darmstadt, den 27. Jan. Von dem Präsidenten der zweiten Kammer ist vor einiger Zeit ein persönliches Verhältniß des Abg. Schmitz von Mainz angeregt worden, welchen der rheinbayerische Gerichtshof in Zweibrücken, wegen angeblicher Betheiligung an dem Aufstand in der Rheinpfalz, in contumaciam zum Tode verurtheilt hatte. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erstattete hierüber der Abg. Hofgerichtsdirector Klipstein Bericht. Der Ausschuß ist einstimmig der Ansicht, daß die Qualifikation des Hrn. Schmitz als Abgeordneten durch das rheinbayerische Urtheil nicht angetastet werde. (F. J.)

Leipzig, den 27. Jan. Erst heute wurde Frau Schwedler, die, wie schon früher gemeldet, infolge der Flucht ihres Mannes gefänglich eingezogen worden war, ihrer Haft gegen Caution entlassen.

Wien, den 25. Jan. Die in München erscheinende Zeitschrift: „der baierische Eilbote" ist für den ganzen Umfang der österreichischen Monarchie verboten worden.

Belgien.

Brüssel, den 25. Jan. Die 60 bis 80 hieher gekommenen französischen Flüchtlinge sind auf die verschiedenen Städte des Königreichs vertheilt worden.

Frankreich.

In den Münchener „Neuesten Nachrichten" findet sich

ein Aufsatz über die „französischen Zustände," der viel unwesentliche Dinge enthält, zum Theil auch auf unrichtiger Anschauungsweise beruht, in dem wir aber auch einige beachtenswerthe Stellen finden, die wir nachstehend folgen lassen: L. Napoleon hat zwei große Aufgaben zu lösen, eine negative und eine positive. Die erste ist die: den corrumpirten Theil des 3. Standes außer Beziehung zum Staat zu setzen, die zweite: die Emancipation des 4. Standes durch energische Vorbereitungen für die Zukunft zu sichern, oder selbst wenn die Umstände für die augenblickliche Möglichkeit sich vereinigen, sie sofort zu realisiren. Untersuchen wir seine Schritte für die erste Aufgabe, so finden wir, daß L. Napoleon gerade den bessern und geistigern Theil des 3. Standes außer Beziehung zum Staat gesetzt hat; und auf eine Weise, welche aufrichtige Versöhnung nach dem Aufhören des Ausnahmszustandes für Männer von Ehre unmöglich macht. Er hat damit die Gesellschaft vernichtet, welche stets der Geist des französ. Lebens gewesen ist und eine moralische Schranke gegen ungesittete Willkür, wie sie kein anderes Volk besitzt.... Der Krebs, an welchem Frankreich leidet, die Herrschaft der großen Speculanten, ist dagegen geblieben. Die Staatsmänner des 3. Standes von Guizot an sind so tief gefallen, weil sie nicht die Kraft hatten gegen die Corruption aufzutreten, und durch die Folgen der geduldeten Anbetung des goldenen Kalbes ist die Gesellschaft mit in's Sinken gerathen — aber was hilft die Ausrottung oder Verbannung der Opfer, wenn die Macht unangetastet bleibt, der sie unterlegen sind?... Das große Spiel der Börse verträgt die Helle nicht; diese erlaubt nur bescheidene Geschäfte. Das Wasser muß trüb bleiben und wenn es sich abklärt, getrübt werden — so oder so: durch Bestechungen aller Art oder durch offenen und geheimen Widerstand gegen eine Kosolidation, die dem Staat die Disposition über seine Gelder frei in die Hand gibt. Der französische Staat befindet sich der Pariser Börse gegenüber genau in der Lage jener reichen Bauern, von denen man sich bei uns so viel erzählt. Einmal in den Händen des Wucherers, verläßt sie dieser nicht mehr; sie bilden seine Domaine — und nur der Unterschied besteht, daß Frankreich nicht, wie jene, wenn sie ausgesaugt sind, weggeworfen wird, da seine Production unerschöpflich ist. Auf diese Weise ist unter Louis Philipp operirt worden, der seinen Thron darüber verloren hat; und bald genug nach der Revolution hatte die Börse durch kluge Opfer ihre alte Stellung errungen.... Jener verderbteste Theil des 3. Standes, welcher die Börse bildet, ist der Feind des Staates, ihm gleich geworden an Macht, und nur der wird Frankreich beruhigen, der diese Macht besiegt. Aber sie ist nicht nur von L. Napoleon nicht angegriffen worden, sondern L. Napoleon ist mit ihnen verbündet. — (Die positive Aufgabe, Hebung des 4. Standes, ist nach der Ansicht des Verfassers gleich wenig gelungen.)

(Wie man Minister wird.) Der eben beseitigte Minister des Innern, de Morny, machte in den dreißiger Jahren die Feldzüge von Maskara und Konstantine mit, wo er verwundet wurde. Erhielt das Kreuz der Ehrenlegion, blieb bis zum Jahre 1838 im Militärdienst und ließ sich in große Spekulationen in der Rübenzuckerfabrikation ein. Die Gesellschaft der Rübenzuckerfabrikanten machte ihn zum Sekretär und bald darauf zum Präsidenten. 1842 wurde er Mitglied der 2. Kammer, in welcher er oft mit einer ruhigen Kälte und nicht ohne Geschick sprach. Niemand würde jedoch in ihm ein hervorragendes Kammertalent oder einen Minister gesucht haben. Im Gegentheil war er in der Pariser Gesellschaft von 1843—1848 wegen seiner Liebhaberei für Pferderennen in Jockey-Klubs, in den Spielhäusern und Foyers der Oper außerordentlich bekannt. Er war ein ausgezeichneter Kenner von Pferdefleisch, verstand écarté sehr gut und konnte eine Oper oder ein Ballet mit vollendeter Sachkenntniß prüfen; aber Niemand hätte in ihm einen Staatsmann gesucht. Dies war erst Napoleons Adlerblick beschieden, welcher sich ebenfalls auf Pferdefleisch, écarté und Ballet, wie die Londoner zu erzählen wissen, trefflich versteht. (Da heißt es also: wie gewonnen, so zerronnen.) (N. K.)

Paris, den 26. Jan. Auch die Hrn. André, Augustin Giraud, Mathie Bodet, Desjobert und Hallez-Claparede sind aus der consultativen Commission ausgetreten.

Vom Zuchtpoliceigerichte wurden gestern fünf Personen wegen Schmähreden gegen L. Napoleon zu Gefängniß von 1 bis 6 Monaten verurtheilt.

Directe Mittheilungen aus Algier bestätigen die Nachricht von einem neuen Aufstande der Kabylen.

— den 27. Jan. Der „Moniteur" enthält die Ernennung des Hrn. Pietri zum Policeipräfecten, sodann die Namen von 75 Personen, welche zu Senatoren ernannt worden sind; darunter die Herren d'Argout, Beaumont (Somme), Boulay (Meurthe), Drouin de l'Huys, Charles Dupin, Fould, Lacrosse, Prinz de la Moscowa, Murat, Portalis, Segur d'Aguesseau, Troplong, Vieillard, die Generale Achard, Bar, Baraguay d'Hilliers, Castellane, d'Hautpoul, Husson, Lafitte, Lawoestine, Saint Arnaud, Magnan, Ordener, Ornano, Arrighi, Pelet, Preval, St. Jean d'Angely, Schramm und drei Admirale.

Der heutige „Moniteur" veröffentlicht den mit Großbritannien zum Schutze des literarischen Eigenthums abgeschlossenen Vertrag.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 14. Jan. Der österreichische Gesandte hat Hrn. Webster, dem Staatssecretär des Auswärtigen, wegen einer Rede, die derselbe an Kossuth bei dem von dem Congreß zu dessen Ehren gegebenen Bankette gehalten, eine Beschwerdeschrift zugestellt. Es war das Gerücht im Umlauf, der österreichische Gesandte werde seine Pässe erhalten, und in den Arsenalen der Vereinigten-Staaten herrschte eine große Thätigkeit, um die Flotte im Mittelmeer zu verstärken.

Neueste Nachrichten.

Bern, den 27. Jan. Die 8000 Stimmen für Abberufung des großen Rathes sollen bereits unterzeichnet sein.

London, den 28. Jan. Lord Normanby hat seine Demission als Botschafter in Paris gegeben, und es ist dieser Posten dem Lord Cowley übertragen worden. Das britische Geschwader im Tajo ist zurückberufen. Eine Anwerbung von 10,000 Mann Truppen ist verfügt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Kaiserslautern. Markt vom 27. Jan. Weizen 6 fl. 31 kr., Korn 5 fl. 36 kr., Spelz 4 fl. 30 kr., Gerst 4 fl. 52 kr., Hafer 3 fl. 4 kr., Kartoffeln 1 fl. 24 kr., per Centner.

Speyer. Markt vom 27. Jan. Weizen 6 fl. 20 kr., Korn 5 fl. 16 kr., Gerst 4 fl. 46 kr., Spelz 4 fl. 25 kr., Hafer 3 fl. 35 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 26. Jan. Weizen 6 fl. 21 kr., Korn 5 fl. 18 kr., Spelz 4 fl. 32 kr., Gerst 4 fl. 41 kr., Hafer 3 fl. 36 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 23. Januar. Weizen 13 fl. 10 kr., Korn 10 fl. 6 kr., Gerste 7 fl. 43 kr., Hafer 4 fl. 20 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Gewerbsverein zu Speyer.

Freitag, den 30. Januar, Abends 6 Uhr, **Generalversammlung**. Bericht über London. — Vortrag über Mineralien und Felsarten. Der Vorstand.

[42] **Lotto.**

Zu Nürnberg kamen den 27. Januar heraus:

50. 71. 54. 82. 30.

Die nächste Ziehung ist den 5. Februar zu München.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 28 | den 1. Februar 1852.

Deutschland.

*** München.** Verhandlung der Abgeordnetenkammer über den Antrag des Abg. Doppelhammer, die Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz betr. Schluß.) Referent Thinnes bekämpft nochmals die vorgebrachten Einwendungen. Der Aufschlag würde nicht mehr ertragen als 100,000 fl., sonst wäre er, Referent, für verhältnißmäßig stärkere Belastung der Pfalz. „Allein ich muß doch bemerken, selbst wenn eine Gleichheit der Besteuerung überall eingeführt wird, selbst wenn der Malzaufschlag 500,000 fl. beträgt, werde ich solange gegen die wirkliche Einführung stimmen, als der Landrath erklärt, diese äquivalente Summe aus andern Fonds in die Staatskasse fließen zu lassen, und ich bin der Ansicht, daß, wenn heute der Antrag vom Landrath von Unterfranken gestellt wird, man solle den Malzaufschlag aufheben, und es ihm überlassen, die Summe, die bisher aus dem Malzaufschlag in die Staatskasse geflossen ist, anderweitig zu decken, wir zustimmen sollen, denn die Erhebung dieser indirecten Steuer ist allerdings mit so vielem Unangenehmen verbunden, daß ich mich zu ihrer Einführung nicht gerne hergebe. — Hr. v. Koch sagt, ich hätte geäußert, auf die Frage gegen das Enregistrement dürfe man nicht eingehen, — ich habe nichts derartiges in dem Referate gefunden, ich habe blos geäußert, ich will nicht eingehen in die Frage, welche Hr. Kolb angeregt hat, ob die Pfalz zur alten Schuld etwas beizutragen hat — ein Gegenstand, der im Jahre 1819 festgesetzt, aber in den Jahren 1825 und 1828 schon wieder bedeutend reactirt worden ist und jetzt ganz bei Seite gelassen werden kann, weil er keinen practischen Werth hat; wir haben so viel neue Schulden, daß wir den Malzaufschlag der Pfalz dafür brauchen können." — Die stärkere Bierconsumtion in Folge der Vermehrung der Garnisonen werde nicht immer dauern.

Der Antragsteller Doppelhammer nimmt nochmals das Wort. Lerchenfeld habe früher geäußert: „Wäre ich ein reicher Mann, ich würde diese Targefälle „pachten, sie auf die Hälfte, vielleicht ein Viertheil redu„ziren, und ich trage die Ueberzeugung in mir, daß meine „Einnahme nicht geringer, ja sogar größer wäre." — Welche Schlußfolgerungen können Sie daraus ziehen? keine andere, als daß man in der Pfalz sehr gut versteht, die Taxen zu umgehen, zu defraudiren; und wenn das der Fall ist, so will ich nur eine gerechte Taxordnung einführen, und ich bin überzeugt, daß unser Finanzhaushalt nichts verlieren wird, weil die Taxen regelmäßiger bezahlt werden; ich habe aber ferner auch die Ansicht, daß die Targefälle in der Pfalz höher sein werden, weil Grund und Boden viel mehr zerstückt ist, und Kauf und Verkauf öfter vorkommen, als im diesseitigen Baiern. Das kann aber kein Grund sein, die Malzsteuer dort nicht einzuführen, weil nicht zugleich ein Antrag auf Ausgleichung der Taxen gestellt ist." — Wenn die Pfalz bei der alten Staatsschuld nicht betheiligt sei, so frage er, ob wir nicht auch eine neue Schuld haben, „wobei die Pfalz denn doch gewiß auch ihr Scherflein beigetragen hat, daß wir sie machen mußten. ... Wir müssen eine Steuer nach der andern ausgleichen, außerdem kommen wir nicht zu Ende. Auch Unterfranken sei ohne Schulden an Baiern gekommen*) und müße doch den Malzaufschlag tragen. „Wenn Sie streng gerecht sein wollen, so müßen Sie auch den Wein besteuern."

Kolb. „Zur Berichtigung einer Thatsache. — Es wurde von dem Herrn Vorredner bemerkt, daß die Pfalz theilzunehmen habe an der Tilgung der neuen Staatsschuld. In dieser Beziehung erinnere ich daran, daß die Pfalz nicht nur theilzunehmen hat, sondern auch ihren Theil wirklich trägt. Ein Theil der Stempelgefälle wird verwendet speciell zur Deckung des Bedarfs der Schuld. Uebrigens ist nachgewiesen, daß die Pfalz sogar so viel an indirecten Steuern in toto entrichtet, als sie treffen würde, wenn sie vollständig Antheil zu nehmen hätte an der ganzen alten Schuld!"

Nun äußerte noch Finanzminister v. Aschenbrennner insbesondere nachstehendes: „... Seien Sie überzeugt, m. H., ich würde es, offen gesagt, für eine große Art von Leichtsinn halten, wenn die Staatsregierung im gegenwärtigen Augenblicke, wo es gewiß ihre einzige und heiligste Pflicht sein muß, Quellen zu eröffnen, die nur möglich sind, Einnahmen zu schaffen, wo sie nur stattfinden können, wenn sie diesen Punct so ganz rein quasi, ich möchte beinahe sagen, übersehen hätten können. Sie dürfen überzeugt sein, daß schon im vorigen und heurigen Jahre es die Aufgabe der Staatsregierung war, genau für sich zu erwägen, welche Vortheile wol die Einführung des Malzaufschlages z. B. in der Pfalz der Staatsregierung bringen würde. Ich muß da freilich gestehen, daß ich auf andere Ansichten gekommen bin, als die theilweise hier aufgestellten. Wenn man sagt, die Erhebungen, welche die Staatsregierung hat machen lassen, seien nicht so ganz außerordentlich genau, so kann ich darauf freilich nichts Anderes erwiedern, als sie sind so genau, als sie für die Umstände nur möglich waren; denn sie sind von zwei Seiten gemacht, von der finanziellen durch die Rentämter und von einer andern, da namentlich eine Art von Octroi bereits in mehreren Gemeinden besteht, durch die Landcommissariate. Die zweite Erhebung war die günstigere; diese hat herausgestellt, daß in der Pfalz circa 170,000 Eimer Bier gegenwärtig erzeugt werden. Wenn man das Verhaltniß, wie man beabsichtiget, annehmen will, nämlich Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz wie in Bayern, so würden, ohngefähr sechs Eimer auf das Schäffel im Durchschnitte gerechnet, was gewiß, und wie ich die Qualität des Bieres kennen gelernt habe, sehr wenig ist, der obigen Eimer-Anzahl eine Summe von 28,000 Schäffel Malz entsprechen, und es würden diese 28,000 Schäffel nach unserer Berechnung 140,000 fl. Aufschlag geben. Dies wäre dasjenige, was zu erreichen wäre; nun erlaube ich mir aber vor Allem zu bemerken, daß einmal das Bierwesen in der Pfalz, so weit ich die Sache aufgreife, nicht so wie bei uns in Altbaiern ist. Wenn dort der geringere Wein sehr geräth, so wird es mit der Bierfabrication gleich wieder etwas ins Abnehmen kommen; es wird diese Fabrication nur steigen, wenn der Wein, namentlich für die geringere Bevölkerung, schwerer zu erkaufen wird. Aber auch abgesehen davon, müssen Sie annehmen, daß diese 140,000 fl. Aufschlag, welche wir in der Stadt München beinahe von einigen Großbräuern erhalten, im ganzen Kreise weit verbreitet erhoben werden müßten. Ich rechne also nach meiner Berechnung, und in Berücksichtigung, daß ich diese Gefälle neu einführen, neue Stellen dafür creiren, neue

*) Ist nicht vollkommen richtig; würde aber noch gar nicht die Rechtmäßigkeit des beantragten Verfahrens beweisen.

Beamte dafür aufstellen muß ꝛc. ꝛc., diese Gefälle in den ersten Jahren nicht unter einer Auslage von 25 bis 30 Procent erheben kann. — Wenn Sie dieses berechnen, so werden Sie aus dem gegenwärtigen Rohertage eine Einnahme von nicht einmal 100,000 fl. rein haben. So habe ich die Sache berechnet, und ich glaube, dieses so ziemlich aus den Akten nachweisen zu können. Wenn ich die gegenwärtige Einnahme von 100,000 fl., welche die hohe Kammer genehmigt, und die Staatsregierung sanctionirt hat, dagegenstelle, so sehe ich nicht ein, was im Augenblicke — selbst financiell, alle anderen Verhältniße nicht berührt — für die Staatskasse damit gewonnen sein soll, abgesehen davon, daß, was eigentlich nicht in meinem Geschäftsressort, aber namentlich von dem Herrn Staatsminister des Innern, kräftigst vertreten werden würde, es allerdings eine sehr bedeutende Schwierigkeit haben wird bei der dortigen Gewerbsfreiheit, bei den dortigen Verhältnißen überhaupt, im Augenblicke, und so zu sagen im Nu, wenn ich mich so ausdrücken darf, unser ganzes Malzaufschlagsgesetz in die Pfalz zu transferiren. Ich bin daher finanziell zu keinem glänzenden Resultate gekommen. — Das andere Verhältniß war das, daß man immer sagt, die Pfalz zahle an Taxen außerordentlich viel gegen die übrigen Kreise, daß man daher glaubt, es müsse einmal der Sach auf den Grund gesehen werden, und wenn einmal eine Ausgleichung gemacht würde, sollten durchgehends gleiche Lasten für alle Kreise sein. M. H.! Ich habe mich hierüber schon ausgesprochen, es ist dies die Aufgabe, der Staatsregierung. Allein diese Aufgabe läßt sich nicht so leicht lösen. Im Augenblicke ist man daran, einen Schritt hiezu zu machen mit der demnächst vorgelegt werdenden Gewerbsteuer. Hier ist angebahnt, die Gewerbsteuer auch für die Pfalz einzuführen. Die Einführung der Taxordnung für die Pfalz, m. Hrn., unterliegt einer Menge von Schwierigkeiten. Ich erlaube mir, abgesehen davon, daß gegenwärtig nur von einer Taxordnung für die sogenannte volontäre Gerichtsbarkeit die Rede ist, nur darauf aufmerksam zu machen, was eigentlich zuletzt das Resultat wäre, wenn man mir nichts dir nichts diese Taxordnung allgemein machen wollte. Ich kenne nur zwei Fälle. Entweder nehmen wir das Einregistrement in unsere Kreise herüber; dagegen hätte ich als Finanzminister in der Hauptsache wenigstens nicht viel einzuwenden, es würde wenigstens eine Einnahme von mehreren 100,000 fl. in die Staatskasse bringen; — ich glaube aber nicht, daß ein solcher Vorschlag so günstig von den übrigen Kreisen aufgenommen würde, — oder ich stelle die Pfalz gleich in Bezug auf die Taxen für die volontäre Gerichtsbarkeit, mit unseren Taxen, und wir bekommen dann einen Ausfall von einigen 100,000 fl. Wie soll nun dieser Ausfall gedeckt werden? Dieser Ausfall würde durch die Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz zur Zeit nicht gedeckt werden. Seien Sie daher überzeugt, daß der Staatsregierung keinen Augenblick aus dem Gesichte kommen werde, den Malzaufschlag, wenn es anders nothwendig und thunlich sein sollte, in dem Augenblicke zur Einführung in der Pfalz zu proponiren, wenn sie findet, daß er der Staatskasse eine Rente gibt, und wenn die Verhältniße in der Pfalz in Bezug auf die übrigen Besteuerungen jenen der anderen Kreise angeglichen werden können. — Bei dieser Ueberzeugung, m. Hrn., muß ich Sie dringend bitten, dem Ausschußantrage in Bezug auf den Antrag des Hrn. Doppelhammer beizustimmen."

Hierauf Annahme des Ausschußantrages, also lautend: „Es sei auf den Antrag des Hrn. Abg. Doppelhammer, daß für die nächste Finanzperiode, also vom 1. October 1851 angefangen, auch in der Pfalz der Malzaufschlag gerade so, wie im diesseitigen Baiern, eingeführt werden möge, für jetzt nicht einzugehen."

* **München,** den 28. Jan. Gestern fand bei dem Abgeordneten Reinhart eine policeiliche Hausuchung statt, und zwar nach Exemplaren eines auf seine Veranlassung gedruckten Flugblattes: „Beweisantritt über die „durch militärische Gewalt vernichtete Wahlfreiheit in „Schwaben und Neuburg." Reinhart selbst lieferte, auf die Erklärung der Policeiofficianten, daß sie darnach zu suchen hätten, denselben den Rest der noch in seinen Händen befindlichen Abdrücke, etwa 1100, augenblicklich aus, mit dem Beifügen, daß er bereits 12,000 andere Abdrücke in das Publicum gebracht habe. — Wir haben vorhergesagt, daß eine Untersuchung der von Reinhart hervorgehobenen Thatsachen, nach einer oder der andern Richtung, unumgänglich sei.

Frankfurt, den 24. Jan. Unsere Polizei nimmt es außerordentlich streng mit der Ausführung der von ihr ausgehenden Ausweisungsdecrete. Dr. German Mäurer, der gegen das ihm zugekommene Gebot, innerhalb 14 Tagen die Stadt zu verlassen, Rekurs ergriffen hatte, ist der Befehl zugegangen, in 24 Stunden abzureisen, widrigenfalls er mittelst Schub über die Grenze gebracht werden würde; doch sind Frau und Kinder noch zeitweilig hier geblieben. Dr. Löwenthal hat sich entschlossen, nach Offenbach überzusiedeln und von dort aus die literarische Anstalt zu leiten, sollten ihm aber deßhalb von der Polizei wegen Hindernisse in den Weg gelegt werden, so wird er mit jener Anstalt nach Brüssel überziehen.

Rudolstadt. In der landesherrlichen Verordnung, wodurch bei uns die deutschen Grundrechte außer Geltung gesetzt werden, hat der Fürst das Prädikat „von Gottes Gnaden" wieder angenommen.

Berlin, den 26. Jan. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer legte der Finanzminister einen Gesetzentwurf, die Wiedereinführung der Zeitungssteuer betr., vor.

— den 27. Jan. Die Verfassungsrevision hat heute in der ersten Kammer ihren Anfang genommen, von 141 Abgeordneten erklärten sich nur 46 der Revision durch ihr Votum abgeneigt.

Wien, den 24. Jan. Die französische Depesche in Bezug auf die Beschlagnahme der orleanistischen Güter hat hier unangenehm berührt; es sollen Gegenvorstellungen gemacht worden sein. Doch hat der Telegraph bereits gemeldet, daß diese Gegenvorstellungen fruchtlos waren. (K. Z.)

— den 27. Jan. Die heutige „Wiener Ztg." erklärt, daß die Besitzer von Mailänder Eisenbahnactien unberechtigt seien, rückständige zuständige Zinsen anzusprechen; nur ein Umtausch gegen zukünftige 4procentige Metalliques wird in Aussicht gestellt. In Folge dessen sind Mailänder-Actien um 7 pCt. gefallen.

— den 28. Jan. Die Mailänder Bahnactien werden in 4pCt. Staatsobligationen verwandelt, rückständige Zinsen jedoch nicht bezahlt, da die Staatsverwaltung rechtskräftig 20 Mill. Lire von der Gesellschaft zu fordern hätte.

Belgien.

Brüssel, den 26. Jan. Mehrere in den französischen Angelegenheiten compromittirte politische Flüchtlinge welche sich seit 14 Tagen ohne Vorwissen der Polizei in Brüssel aufhielten, haben freiwillig Belgien verlassen, um sich nach England, Holland und Deutschland zu begeben.

Frankreich.

Paris, den 27. Jan. Heute Morgens bringt der „Moniteur" endlich die Namen der Senatoren. Außer 3 oder 4 Namen gehören dieselben fast alle der Armee und der kaiserlichen Aristocratie an. Die heutige Liste im „Moniteur," die übrigens keine besondere Sensation erregt hat, beweist deutlich, daß die alte Aristocratie trotz der Restauration ihrer Titel von dem neuen Regime nichts wissen will und fortwährt, zu grollen. Einiges Aufsehen erregt es, daß Karl Dupin, vom Institut, Bruder des Präsidenten der Nationalversammlung, eine Senatorenstelle angenommen hat.

Die Nachricht, daß L. Napoleon die Absicht habe, eine Untersuchung über den Tod des Prinzen Condé anzuord-

ren, beschäftigte heute die Börse, die Salons und vor Allem den Justizpalast. Man versicherte, daß die Familie der Rohans, von den Dispositionen des Präsidenten unterrichtet, alle Mittel in Bewegung setze, um wirklich das Decret zu erhalten, welches die Revision des Processes wegen des Testamentes des Prinzen Condé anordnet. Jedermann versteht das enorme Interesse, welches die Revision dieses berüchtigten Processes hervorrufen würde. Man wird sich auch noch in Deutschland des ungeheuern Aufsehens erinnern, das 1832 der Proceß der Rohans gegen den Herzog von Aumale und die berüchtigte Baronin von Feucheres hervorrief. Sie haben seitdem eine Menge neues Material gesammelt und sind überzeugt, daß bei einer Revision die gesetzliche Nichtigkeit des Testamentes zu Gunsten des Herzogs von Aumale und vielleicht noch Schlimmeres sich herausstellen würde. — Die Dampffregatte „Mogador" ist am 21. mit 418 Deportirten von Rochefort nach Cayenne unter Segel gegangen. — Wenn Hr. Carlier als mit dem Elysee verfeindet geschildert wird, so ist das eben so falsch, als die Nachricht von dem Aufenthalt des Expoliceipräfecten in London. Carlier ist seit dem 2. Dec. fortwährend in gutem Einverständniße mit L. Napoleon geblieben, wie auch seine Ernennung zum Staatsrathe beweist, und hat Paris keinen Augenblick verlassen. (K. Z.)

Herr Pepin-Leballeur hat nun ebenfalls seine Demission als Mitglied der Consultativcommission eingereicht.

Der Präsident hat bekanntlich großmüthig versichert, von den Namensabstimmungen der Armee nichts wissen zu wollen und hat *wenigstens* zum Scheine die Verfügung *erlassen*, *daß die betreffenden Abstimmungsregister verbrannt werden sollen*, damit die Namen derjenigen, die gegen *ihn gestimmt hatten*, unbekannt blieben. (Die Armee stimmte nemlich auf Namenslisten, ehe das Stimmzettelhineinwerfungsdecret erschien.) Mit diesem gelobten Abstimmungsgeheimniß scheints aber nicht weit her zu sein. Nachdem erst vor Kurzem zwei junge und verdienstvolle Stabsofficiere in den Ruhestand versetzt wurden, weil sie gegen L. Napoleon gestimmt hatten, ist aus demselben Grund der Zahlmeister des franz. Occupationscorps in Rom nach einer kleinen Provincialstadt versetzt worden. Dagegen sind die beiden Obersten, in deren Regimentern sich die meisten Jasager befanden, zu Brigadegeneralen befördert worden.

Aus dem Elsaß, den 28. Jan. Mehrere sogenannte brüderliche Handwerkervereine sind in den beiden rheinischen Departementen aufgelöst worden. Dasselbe geschah auch in Lothringen und in der Franche comté.

Spanien.

Madrid, den 22. Januar. In Catalonien hat der dortige Generalcapitän den Proceß wieder aufnehmen lassen, den s. Z. Cabrera gegen die Mörder des Grafen Espanna anzufangen angeordnet hat. Cabrera mußte damals mit seiner Armee den spanischen Boden verlassen, der Proceß blieb liegen und die Mörder erlangten ihre Freiheit wieder. Es sollen einige Grafen und Barone, die früher der carlistischen Regierungs-Junta von Catalonien angehörten, stark bei der Sache verwickelt sein. — In Malaga hat die lange Dürre dermaßen die Anzahl der Bettler vermehrt, daß ganze Dorfschaften nach der Stadt ziehen und familienweise von Thür zu Thür um milde Gaben ansprechen.

Italien.

Turin, den 21. Jan. Die Brüderschaft des heil. Paulus, seit dem Jahre 1565 bestehend und unermeßlich reich, wird endlich in Folge ihrer hartnäckigen Widersetzlichkeit gegen ein k. Decret, welches eine mit der Municipalität getheilte Verwaltung des Vermögens anordnete, aufgelöst. Die Sache macht großes Aufsehen. Die provisorische Verwaltung ist dem Marchese Montezemolo und dem Grafen Siccardi übertragen. Die Brüderschaft schäumt vor Wuth und die „Armonia" redet von „Straßenraub;" ihre gestrige Beilage ward sequestrirt.

Rom. In jüngster Zeit haben wieder mehrere Verbannungen stattgefunden. Zu den Ausgewiesenen gehört der ehemalige Redacteur des Blattes „Saggiatore," welches zu den Zeiten der Mazzini'schen Republik in Rom erschien.

Großbritanien.

London, den 26. Jan. Das vor einigen Tagen von der afrikanischen Küste nach Spithead zurückgekehrte Kriegsdampfboot war, während es dort kreuzte, sehr glücklich in der Aufbringung von Schiffen, welche Sclavenhandel trieben; es fing 10 Schiffe mit 613 Sclaven auf.

In einigen nördlichen Districten Irlands sind Unruhen unter den Landleuten ausgebrochen, welche sich über ihre Gutsherren beschweren. Es sind nach jenen Districten mehrere Truppenabtheilungen zur Herstellung der Ordnung geschickt worden.

Im Canal hat in der Nacht vom vorigen Sonnabend ein furchtbarer Sturm gewüthet. Man fürchtet, von vielen Unglücksfällen zu hören.

Aus Portsmouth wird berichtet, daß der Befehl ertheilt sei, das Linienschiff „St. Vincent" von 100 Kanonen eiligst in Bereitschaft zu setzen; es soll auf diesem Schiffe die Flagge eines Admirals aufgezogen werden, welcher das Commando über eine sogenannte Canalflotte haben würde.

Türkei.

In der Sulinamündung sind abermals die englische Brigantine „Peace," das türkische Schiff „Gangali," das griechische „Marigo" und zwei anderr Fahrzeuge gescheitert. Ein Lichterschiff ist durch den Zusammenstoß mit einem englischen Kauffahrer in die Tiefe versunken.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 14. Jan. Kossuth hat Washington verlassen und bereist jetzt die westlichen Staaten der Union. — In einem Auswanderer Wirthshause zu New-York hat ein falscher Feuerlärm traurige Folgen gehabt; 6 Personen kamen um und mehrere wurden verletzt. — In der Nähe der Landenge von Darien sind durch eine Explosion des Dampfers „Magnolia" 13 Personen getödtet worden. — In Louisiana haben heftige Stürme großen Schaden angerichtet. — Nach Berichten aus allen Theilen der Union ist das Wetter auffallend kalt und die Ströme sind mit Eis bedeckt.

Der Congreß wird noch öfters mit der ungarischen Frage beschäftigt werden. Seward legte am 12. d. M. wieder eine Denkschrift von 500 angesehenen Bürgern New-Yorks im Senate auf, welche Aufmerksamkeit des Congresses auf die russische Intervention in der ungarischen Sache verlangt. Im Senate steht Kossuths Sache besser als im Repräsentantenhause. Letzteres weigerte sich, um eines dringenden Antrages in Betreff der Unterstützung einer Anzahl hülfloser Ungarn willen die Geschäftsordnung zu unterbrechen. Das Repräsentantenhaus des kleinen Staates Maine ist in dieser Hinsicht ein Gegensatz des Repräsentantenhauses zu Washington; denn es beschloß am letzten Samstag mit 83 gegen 34 Stimmen: es verlange ernstlich, daß das Generalgouvernement der Vereinigten Staaten in irgend einer Weise und zweckmäßigen Art gegen alle fernere russische Intervention in ungarischen Angelegenheiten wirke. (K. Z.)

Mexico.

Aus Mexico erfährt man, daß der von Rom aus dahin geschickte päpstliche Nuntius Clementi bei seinem Eintreffen in der Hauptstadt Mexico keine glänzende Aufnahme erfuhr. Der Erzbischof von Mexico hat besonders Journalisten und andere Personen excommuniciren müßen, weil sie gegen diesen „entbehrlichen" Heiligen agirten.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 29. Jan. Eine Antwort des englischen Cabinets auf die Note, welche der Bund in der Flüchtlingsangelegenheit an dasselbe bekanntlich hat abgehen lassen, wurde vor mehreren Tagen dem Bundes-

präsidialgesandten durch den Stellvertreter des abwesenden englischen Gesandten übermacht. Die Note wird als eine sehr persönlich gehaltene bezeichnet. (A. Z.)

Breslau, den 26. Jan. Gestern legten nach dem Nachmittagsgottesdienste in der Kirche zu St. Michael 18 Protestanten das katholische Glaubensbekenntniß ab.

Freiburg. Der große Rath hat am 24. dem Begnadigungsgesuch des bekannten Carrard entsprochen.

London, den 27. Jan. Der „Morning Advertiser" berichtet von Paris, daß die zu Paris wohnenden englischen Correspondenten jener Blätter, die gegen Louis Napoleon sich erklären, Sonnabend die förmliche Anzeige erhalten, daß alle jene Blätter in Frankreich verboten werden würden, falls sie in ihrer bisherigen Haltung verharrten. Unsere Presse wird sich nicht daran kehren.

Kalisch, den 24. Jan. Der wegen seines Projectes zur Aufsuchung des Nordpolfahrers Franklin bekannte englische Marine-Lieutenant P. Pim ist eben in Warschau angekommen. In St. Petersburg hielt man seine Projecte für unausführbar, und derselbe ist nun auf der Rückreise nach England begriffen.

Miscellen.

* In der Mitte des vorigen Jahrhunderts hatte der deutsche Doctor den Rang des Hofkutschers. Der Geschichtschreiber Schlosser führt dies als Seltsamkeit an. Indessen findet man doch heut zu Tage noch hie und da in Deutschland einen Doctor der stolz darauf ist, den Hofkutscher der Reaction zu machen. Der Geschmack hat sich also doch nicht so gar sehr geändert. —

Bei dem letzten großen Ordensfest in Berlin sind 15 zur königlichen Silberkammer gehörige Löffel gestohlen worden. Es scheinen also bei diesem Ordensfest auch Industrieritter gewesen zu sein.

Am 1. Mai v. J. wurde in Son-Tai, der Hauptstadt von Cochin-China, der katholische Missionär Schäffler in einem Alter von 29 Jahren enthauptet. Er war mit acht andern Priestern in eine sehr bevölkerte Gegend des Landes gesendet worden. An seinem Bestimmungsorte angekommen, wurde er von den Mandarinen verrathen und verhaftet, darauf nach der Hauptstadt gebracht und auch sofort hingerichtet. Da man einen Aufstand der Christen befürchtete, waren alle Soldaten unter den Waffen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 29. Jan. Weizen 7 fl. 1 kr., Korn 6 fl. 6 kr., Spelz 4 fl. 35 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige 4 fl. 7 kr., Hafer 3 fl. 16 kr., Kartoffeln 1 fl. 30 kr., per Centner.

Hiezu eine Beilage

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[810²] Ein **Eisendreher** findet dauernde Beschäftigung bei G. B. Speyerer, Mechaniker in Neustadt a. d. H.

[809³] **Offene Lehrlingsstelle.**
In einer Stadt der vordern Pfalz wird zu Anfang des Monats März in ein Eisen- und Kurzwaarengeschäft ein Lehrling mit den nöthigen Kenntnißen gesucht. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[808³] **Anzeige.**
Die Unterzeichneten sind durch directe Verbindungen mit den königl. baierischen Consulaten und mehreren achtbaren Häusern in den Stand gesetzt, Wechsel auf
Newyork, Cincinnati,
Philadelphia, Louisville,
Baltimore, St. Louis,
New-Orleans, Boston rc. rc.
zu den **billigsten Coursen** abzugeben, so wie Zahlungen nach allen Plätzen der vereinigten Staaten Nordamerika's auf das prompteste zu besorgen. Unter Zusicherung reellster Bedienung empfehlen sich zu geneigten Aufträgen
Landau, den 28. Januar 1852.
Müller u. Weyland.

[795²] Ein Biber'scher Flügel von vorzüglicher Güte steht in Speyer zu verkaufen bei Wittwe Hoffmann.

[801²] Von einem jungen ledigen Manne wird in einer Stadt der Pfalz ein Barbiergeschäft zu übernehmen oder zu kaufen gesucht. Offerten hierüber unter genauer Angabe der Bedingungen beliebe man an die Expedition dieses Blattes unter Nro. 801 franco zu senden.

[805] **Nicht zu übersehen.**
Die sogenannten Sparleuchter nach englischer Art haben folgende Vortheile gegen den gewöhnlichen Leuchtern:
1) Während ein Talglicht auf gewöhnlichem Leuchter 7 bis 8 Stunden brennt, brennt dasselbe auf einem Sparleuchter 10 Stunden.
2) Gibt es auf einem Sparleuchter keine Reste, es lauft nichts ab, das Licht brennt so trocken aus, daß zuletzt nur noch die Asche des letzten Putzens auf dem Leuchter zu sehen ist.
3) Es kann kein Licht vom Leuchter herunterfallen und zerbrechen.
4) Können diese Leuchter mit Schirm und mit Glasglocken versehen werden, sie werden auf Bestellungen nach jeder beliebigen Façon gefertigt und sind der Sparsamkeit und Reinlichkeit wegen bestens zu empfehlen.
5) Eignen sich besonders für Kellerleuchter indem ein halbes Licht so lang brennt als ein ganzes auf einem offenen Leuchter.
Diese Leuchter sind käuflich zu haben bei L. Kerlinger und Heußer, Zug und Druckfederfabricant in Dürkheim a. d. H., auch werden Muster abgegeben um sich genau überzeugen zu können.

[806³] **Gastwirthschafts-Empfehlung.**
Da der Unterzeichnete die seither durch Frau Wittwe Hammann zu Meckenheim geführte Gastwirthschaft zum „Schaafe" eigenthümlich an sich gebracht und die Wirthschaft selbst am ersten Februar ds. Js. übernimmt, so empfiehlt er sich allen Reisenden unter Zusicherung guter und billiger Bedienung.
Meckenheim, den 28. Januar 1852.
Jakob Bried.

[763] Die **Goldberger**'schen galvano-electrischen **Rheumatismus-Ketten,** die sich noch immer als das bestvorhandene Mittel zur gründlichen Abhülfe und Beseitigung rheumatischer, gichtischer und nervöser Leiden, als: Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Herzklopfen, Schlaflosigkeit rc. rc. beweisen und ihr Erfolg durch tausendfache Atteste berühmter Aerzte und hochachtbarer Privatpersonen festgestellt ist, sind ächt und unverfälscht in Original-Verpackung zu haben bei J. Bürckel am Speisemarkt in Mannheim.

[758⁶] **Bierbrauerei zu vermiethen.**
Die in der Stadt Landau an der Hauptstraße gelegene, unter dem Namen „neue Brasserie" bekannte Bierbrauerei, ist mit der ganzen Einrichtung, Wirthschaftslocal, geräumiger Wohnung rc. auf längere Zeit zu vermiethen. Das Nähere hierüber ist im Hause selbst zu erfragen, oder unter der Adresse Friedrich Schneider in Landau.

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 28) den 1. Februar 1852.

Deutschland.

Schwerin, den 21. Jan. Hier ist eine alte Verordnung wieder publicirt worden, welche den Predigern vorschreibt, „die halsstarrigen Verächter des göttlichen Wortes und der heiligen Sacramente gehörigen Ortes zu berichtigen."

Köln, den 27. Jan. Heute stand der Conditor Carl Emil Löwenheim aus Luxemburg vor den Geschwornen, beschuldigt, in einem Gedichte, das man bei ihm fand, die dem Könige gebührende Ehrfurcht verletzt zu haben. Beim Beginne der Verhandlungen trug der Vertreter des Ministeriums, der Oberprocurator v. Seckendorf, darauf an, daß die Oeffentlichkeit bei diesem Prozesse ausgeschlossen werde, womit sich der Gerichtshof, da der Vertheidiger Fay keine Einwendung machte, einverstanden erklärte. Gegen 2 Uhr erfolgte ein freisprechendes Urtheil.

Wien. Am 12. Jan. sind an die Präsidenten sämmtlicher Gerichte die nähern Weisungen in Betreff der nach Maßgabe der organisatorischen Grundsätze einzuschränkenden Oeffentlichkeit ergangen. Der Angeklagte darf 5 Personen berufen, wofern es der Präsident gestattet; darunter allenfalls auch Frauen. Der Präsident darf nebst höheren Gerichts- und Polizeibeamten, die überhaupt freien Zutritt haben, noch 20 und in der Hauptstadt 30 Personen männlichen Geschlechts berufen, wobei er auf Advocaten, Richteramtscandidaten, Doctoren der Rechte u. s. w. vorzugsweise Rücksicht zu nehmen hat.

Frankreich.

Paris, den 24. Jan. Der „Moniteur" verkündet heute ein Decret des Präsidenten der Republik, durch welches 72 Mitglieder des Senates ernannt werden. Es befinden sich unter denselben (außer den in der vorigen Nr. schon angeführten Namen) die HH: Fürst v. Beauveau (Ex-Pair), Berthier, Fürst v. Wagram, Graf Breteuil (Ex-Pair), v. Cambaceres (Ex-Pair), Admiral Cajo, Marquis v. Croi, Dumas (ehemaliger Minister), Gautier (ehemaliger Minister), Admiral Hugon, Graf Lemercier (Ex-Pair), Herzog v. Padoue, Herzog v. Plaisance (Ex-Pair), Marquis v. Pontis (Ex-Pair), Graf v. Preval, Herzog v. St. Simon (Ex-Pair), Graf Simeon (Ex-Mitglied der gesetzgebenden Versammlung), Herzog v. Vicence.

Durch Decret des Präsidenten der Republik sind 11 weitere Mitglieder des Staatsrathes im ordentlichen Dienste, ohne Zutheilung zu einer der sechs Sectionen derselben ernannt.

Ein Unteroffizier eines in Rouen liegenden Regiments der vor dem 2. Dez. eigenmächtig seinen Urlaub verlängert, deshalb verhaftet wurde und auf die Wände seines Gefängnisses für den Präsidenten der Republik beleidigende Ausdrücke geschrieben, ist zu 5 Jahren Gefängniß, 300 Franken Geldstrafe und den Kosten verurtheilt worden.

— **den 26. Jan.** Die Verhaftungen und Haussuchungen in und um Paris dauern fort.

Italien.

Lombardei. Das „Foglio die Verona" veröffentlicht die im verflossenen Monat December über 12 Angeklagte ausgesprochenen Strafen, bestehend in Festungsarrest in Eisen mit Fasten bei Wasser und Brod und in 20—40 Stockprügel. Unter diesen neu Beglückten bemerken wir eine Gräfin Maria Balbi-Vilier aus Venedig, wohnhaft in Padua, die den Besitz aufrührerischer Gedichte und einige in freundschaftlichen Briefen gebrauchte, die Regierung beleidigende Ausdrücke, mit vier Monaten Arrest abbüßen soll.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 10. Jan. Die amerikanischen Blätter und Briefe sind alle mit Kossuth-Berichten ausgefüllt. Das sogenannte Congreßbankett, ihm zu Ehren, hat am 7. stattgefunden. Seinen Namen hat es daher, weil die meisten Anwesenden Kongreßmitglieder waren. Die Zahl der Gäste belief sich auf 300. Mr. King, mit Kossuth zur Rechten und Daniel Webster zur Linken, präsidirte. Der erste Toast galt dem Präsidenten und wurde von Webster erwiedert, der zweite der Armee und Flotte, der dritte war für Ungarn. Der Reden gab es viele und lange. Die Tendenz der Kossuth'schen (er hielt zwei an diesem Abend) läßt sich denken. Webster sprach mit großer Wärme von seinen und des Präsidenten Sympathien für Kossuth, Ungarn und die Zukunft Europas, jedoch gemessen genug, um nach keiner Seite hin anzustoßen. Der alte Caß dagegen (er ist an die 70 Jahre alt) erklärte sich offen für die Kossuth'schen Theorien der intervenirenden Nichtintervention. Am folgenden Tage gab ihm die demokratische Partei ein Bankett von 50 Gedecken, wo es an glänzenden Versprechungen nicht fehlte, wie denn überhaupt die Demokraten — General Caß, der die meiste Aussicht hat ihr Präsidentschaftskandidat zu werden, an der Spitze — Kossuths Theorie mit großer Ostentation als einen Hauptpunkt ihres Programmes aufstellen werden. — Von Washington aus begibt sich Kossuth nach Anapolis, Baltimore, Cincinnati, St. Louis, New-Orleans, Charlestown, u. s. w., wird dann Albany, Buffalo, die Niagarafälle und zuletzt Boston besuchen. An Anekdoten aller Art fehlt es nicht. So erzählte man, die Generale Scott und Caß hätten sich bei Kossuth am Neujahrstage getroffen. „Nun, General, sagte Letzterer in seiner gewöhnlichen aufgeblasenen Manier, sind Sie bereit, 100,000 brave, tapfere Amerikaner nach Ungarn zu führen, um unsern Freund, den Gouverneur zu unterstützen?" — „Ich führe meine Landsleute, wohin der Kongreß befiehlt," antwortete General Scott mit ruhiger Würde. (N. K.)

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[807] **Erwiederung.**

In einer der letzten Nummern der „Pfälzer Zeitung" und in andern Blättern findet der durch die k. Untersuchungscommission zu Frankenthal stattgehabten Beschlagnahme unserer Papiere und Geschäftsbücher, Erwähnung, nicht aber in der Weise, wie man Tagesneuigkeiten und seltene Erscheinungen zur Kenntniß des Publicums bringt, sondern böswillig und gehässig, wie dies aus dem Inhalte und der Form des fraglichen Artikels augenscheinlich hervorgeht. Schon die Anonimität desselben drückt ihm den Stempel der Lüge auf. Die Wahrheit tritt frei und unverschleiert auf, erwartet ihren Gegner und seine Anschuldigung; wer aber seine Streiche aus einem Hinterhalte führt, mit herabgelassenem Visir, mit maskirtem Gesichte, der ist der Ritter von der traurigen Gestalt, ein

Maulwurf, der das Sonnenlicht scheut und nur im Dunkeln wühlt.

Es ist wahrlich zum Lachen, wie die Bosheit dieses Maulwurfshystoriographs sich zur Dummheit gesellt hat. Er erzählt, daß 5 Maltersäcke mit Papieren, deren Werth jedenfalls 250,000 fl. betragen, in Beschlag genommen worden seien, als wenn die Quantität des Papiers und die Größe der darin enthaltenen Summen, mit der sich allenfalls darin vorfindenden Verwerflichkeit, in unzertrennlicher Wahlverwandtschaft stehen müßte, als wenn in einem Bogen Papier nicht soviel Betrug enthalten sein könnte, als in einer ganzen Papiermühle; als könnte in einer Zehnguldenrolle nicht soviel falsches Geld sein, wie sonst in der Kasse von einer Million.

Ueberhaupt taugen Sie nicht zum Geschichtschreiber. Abgesehen von allem Andern, ist so etwas Ungelenkiges in ihrer Schreibart, wahrscheinlich eine Folge der, durch die vor Kurzem noch erhaltenen Linealschläge des Schulmeisters, steifen Finger. Sie scheinen Angänger in diesem Fache zu sein und meine wohlgemeinte Bemerkung kann Ihnen in der Folge vielleicht von Nutzen sein. Uebrigens ist es zum Bewundern, wie Sie, der Sie doch mit einem solchen Scharfblick begabt sind, durch fünf Maltersäcke hindurch die in den darin enthaltenen Papieren sich befindlichen Zahlen deutlich ersehen zu können, anderseits einen ganzen Sack und einen ganzen Mann übersehen konnten, daß nebst den Papieren der von Ihnen bemeldeten auch die meinigen, des Alexanders Wolf, confiscirt worden. Und wüßten Sie, wen Sie verschwiegen, gerade den Erzschelm haben Sie durchschlüpfen lassen, gerade den, der schon so Viele bis auf die Knochen geschnitten, der schon so Vielen das Blut abgezapft, wie Sie dies in den Spitälern zu Heidelberg, Würzburg, Paris und London genau erfahren können.

Wir würden dem Berichterstatter nicht zürnen, wenn er blos gesagt hätte: „Die Inculpaten, welche ihre Geschäfte auf Darleben, Uebernahme von Forderungen, „Kauf und Verkauf von Immobilien, Viehverstellungen „ausdehnen," obschon die Viehverstellungen des Verfassers eine gröbliche Lüge ist, wenn ihm nur das „und dergleichen" nicht als ein Fuchsschwanz nachschweifte. Wars ihm nicht genug, uns alle diese verbotenen Geschäfte, wie Darleben, Uebernahme von Forderungen, Kauf und Verkauf von Immobilien, mit denen sich doch gewiß kein ehrlicher Mann befaßt, zur Last zu legen; sind dies nicht schon zerschmetternde Keulenschläge genug, warum noch die herzlose Grausamkeit, warum noch das Verhängnißvolle, der Phantasie so weiten Spielraum lassende „und dergleichen!"

Endlich noch der Schluß des ominösen Satzes „sind als harte, verfolgungssüchtige Gläubiger bekannt." Wir wissen zwar nicht, ob Sie dies etwa aus eigener Erfahrung wissen, ob wir schon die Ehre hatten, durch „Viehverstellung" oder „Darlehen" mit Ihnen in Berührung gewesen zu sein; stellen aber andernfalls in allem Ernste die Frage an Sie, welche Beweise haben Sie für Ihre lügenhafte verläumderische Behauptung? Nennen Sie uns Fälle, Thatsachen, wo wir einen Bauern oder sonst irgend Jemanden aus den fünf Maltersäcken, wenn es nicht hie und da zur Sicherung unserer Forderungen unumgänglich gewesen ist, durch Verfolgungen gedrängt, durch Kosten gedrückt, durch Zwangsveräußerungen zu Grunde gerichtet hätten! Wir aber sind erbötig, Jedem und Allen zu zeigen, daß wir häufig 6- und 8jährige Zinsen, 10- und 12jährige Capitalien nicht blos, sondern auch 20- und 30jährige stehen haben, ohne daß unsern Schuldnern hiedurch Kosten der Verfolgungen entstanden wären.

Hat sich auch die königl. Staatsbehörde durch irgend welche Denunciation veranlaßt gefunden, unsere Geschäftspapiere in Beschlag zu nehmen; so wird dies der Billigdenkende, der Vernünftige noch keineswegs als einen schon erwiesenen Betrug characterisiren wollen. Die Untersuchung wird es zeigen, welcher Art diese Denunciationen sind und aus welcher Quelle sie geflossen. Wir sehen vorwurfsfrei und furchtlos dem Resultate derselben entgegen. Wir haben gethan, was nicht blos jeder Geschäftsmann, sondern auch jeder Capitalist thut, wir haben unsere Capitalien so vortheilhaft wie möglich placirt, ohne je zu verwerflichen Mitteln unsere Zuflucht genommen zu haben.

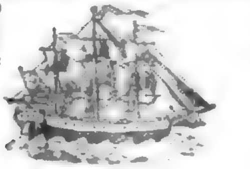
Zum bewundern wäre es, wenn unser freundlicher Gönner das alte Kunststückchen, den Juden vergessen hätte. Nach alter Herkömmlichkeit muß derselbe ja bei jeder Mißgeburt zu Gevatter stehen. Der Berichterstatter scheint indessen schon etwas in der Bildung vorwärts gekommen zu sein; denn er braucht das Wort „Israelitische Handelsleute."

Zum Abschiede schöne Maske danken wir Ihnen vielmal, daß Sie das Wort Wucher, wenn wir anders richtig gezählt haben, nur viermal, das Wort Schacher aber auch nicht ein einziges Mal gebraucht haben; zum Abschiede bitten wir Sie aber auch, da uns aus unserer Jugendzeit noch bekannt ist, daß alle Masken sich um Mitternacht demaskiren, das nächtliche Dunkel Ihrer Gehässigkeit sicher schon über diese Stunde hinweg ist, sofern Sie Ihren innern Augias-Stall noch einmal zu leeren gedenken, Ihre häßliche Maske abzunehmen, uns zu vergönnen, Ihr hoffentlich schöneres Gesicht in Augenschein nehmen zu können; ansonsten wir nie und nimmermehr auf alle spätere Ausfälle, mögen dieselben noch so beleidigend sein, auch das Geringste erwiedern werden.

Dürkheim, den 25. Januar 1852.

Dr. Alexander Wolf.

[796]



Regelmäßige Postschifffahrt

zwischen Antwerpen und New-York.

Abfahrten wie folgt:

Am 15. Februar „Atlantic," Capitän Lamb,
„ 5. März „Richard Alsop" (ein ganz neues, ausgezeichnetes, schönes Schiff), Cap. Post,
„ 15. „ „Edwina," Capitän Parmelee,
„ 1. April „Peter Hattrick," Capitän Rockwell.

Ferner expediren wir nach **New-Orleans:**

Am 5. Februar „Uncas," Capitän Loones.

Die Schiffe dieser Linie sind alle als vorzügliche schnellsegelnde amerikanische Dreimaster bekannt.

Die Reise von Ludwigshafen bis nach Antwerpen geschieht unter Begleitung eines eigens dazu angestellten gewandten und zuverlässigen Conducteurs.

Nähere Auskunft über Preise und Bedingungen ertheilen:

Dr. G. Strecker in Mainz, **Ant. Joseph Klein** in Bingen, **Joseph Stoeck** in Creuznach,

Strecker, Klein & Stoeck in Antwerpen,

sowie deren Agenten:

Pfaff & Lederle in Ludwigshafen a. Rh. **Louis Merckle** in Speyer. **Joseph Schuler** in Zweibrücken. **C. J. Fischer** in Neustadt a. d. Hdt. **Etienne & Holzbacher** in Kaiserslautern.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 29 | den 3. Februar 1852.

Deutschland.

• **Speyer.** In Beziehung auf die Zustände Frankreichs verdient die englische Presse entschieden die größte Beachtung, — einmal, weil sie leider heute zu Tage wieder die einzige vollkommen freie, und an freie Bewegung gewöhnte Presse ist, — zum andern, weil die Anschauungsweise, welche sich in der britischen Nation immer einhelliger kundgibt, die bedeutendsten, wenn auch vorerst nur mittelbaren, Ergebniße herbeiführen kann. Wir haben kürzlich ein bemerkenswerthes Schreiben eines einflußreichen Engländers an den Herausgeber der Times, in Betreff des Pariser Staatsstreiches, mitgetheilt. Derselbe hat einen weitern Brief an dasselbe Blatt gerichtet. Wir geben auch diesen Aufsatz im Auszuge, wobei wir, außer demjenigen, was uns minder bedeutend scheint, unter den obwaltenden Verhältnißen auch eine Reihe scharfer Angriffe Ludwig Napoleon persönlich hinweglassen, und uns auf Mittheilung dessen, was dem in Frankreich herrschenden Systeme gilt, beschränken.

„Die Ereigniße in Frankreich drängen sich mit der Geschwindigkeit melodramatischer Entwickelung und kein Tag vergeht, ohne daß ein neues „Tableau" in plastischer Nacktheit über die Bühne des politischen Lebens geführt wird. Die Geschichte keucht gleichsam athemlos hinter den Ereignißen her. Europa starrt erstaunt auf eine Regierung hin, welche zu seiner Belehrung vermoderte und verdrehte Principien in trügerischen unstäten Nebelbildern zur Schau stellt. Zuvörderst gewahrt es einen Nichtmilitär an der Spitze einer Armee, welche bestimmt ist, dasselbe Volk niederzudrücken, durch dessen Votum er seine Stellung erworben. Es sieht ferner die Retter der „Ordnung", wie sie Gottes und der Menschen Gesetze verhöhnen, — die sogenannten Retter der Gesellschaft, wie sie alle Diejenigen, die sie für verdächtig zu halten belieben, einkerkern, niederschießen und transportiren. Es sieht die gerühmten Beschützer des Eigenthums, wie sie nach Willkür confisciren und ganze Classen der Gesellschaft an den Bettelstab bringen. ... Die glückliche Aera der „starken" Regierung hat in Frankreich begonnen; ein tausendjähriges Reich für die Börsenmänner, welche von einer Stunde zur andern von der Ausbeutung des in Schach gehaltenen Volkes leben. Auf die Bühne der Gegenwart steigen die Zerrbilder, der Wahnsinn und die Verbrechen des vorigen Jahrhunderts. Europa sieht eine Race von Charlatans aus den Gräbern steigen, welche schuldbeladen die Welt mit ihren niedrigen Leidenschaften verpesten und ein Blatt der Geschichte füllen, welches selbst der ärgste Fatalist als ein schmutziges anerkennen muß. Die „Elite" einer tapfern Nation liegt niedergestreckt im Staube, aus unzähligen Wunden blutend; ihr fehlt es an Kraft zur Rache; sie hat noch Leben, um Schaam zu fühlen und verbirgt den Schmerz; ihr Unglück ist ein namenloses, sich vor derselben Soldateska demüthigen zu müßen, von der sie zertreten wurde. Eidbruch, Mord und Verrath werden durch die Klänge eines Te Deum geheiligt und um das Maß der Frechheit und Blasphemie voll zu machen, verkündigt ein jesuitischer Bischof, daß ihr „Triumph" der „Gnade" Gottes zu verdanken sei.

In der französischen Armee ist jeder Freund der Wahrheit, jeder Mann von wohlverdienter Berühmtheit, jeder ehrliche und wackere Soldat ein Feind dieser widrigen Tyrannei. Aber wie groß auch unsere (der Briten) Theilnahme sein mag, wir dürfen und können uns nicht einmischen. Wir können unsere Sympathie nur ausdrücken, indem wir die Freiheit unserer englischen Presse benuzzen; ihr ist noch kein Maulkorb angelegt, noch sind Gedanken und Rede ungefesselt! Die wichtige Frage ist eine rein französische, und die Franzosen müßen sie selbst entscheiden.

Unsere Ehre und unser Interesse verlangen es, daß England an dem Princip der Nichtintervention eisern festhalte. England ist der letzte Bürge der europäischen Freiheit, und wehe der Freiheit, wehe England, wenn es ein leichtsinniges Spiel wagt. Niemand kann die Stunde des neuen Kampfes vorherbestimmen, Niemand kann den Fleck Erde bezeichnen, auf dem er zuerst losbrechen, Niemand die Form errathen, die er annehmen wird, doch komme er, wo, wann und wie er wolle, es wird immer der Despotismus gegen die Freiheit, der Rückschritt gegen den Fortschritt, die brutale Gewalt gegen die Macht der Idee, die Vergangenheit gegen die Zukunft und soldatische Tyrannei gegen England in die Schranken treten.

Wir müßen entweder die Ehrlichkeit oder den Verstand derer bezweifeln, die in bescheidener Mäßigung vorgeben, zufrieden gestellt zu sein und von uns ein Vertrauensvotum erwarten. Der zweite Napoleon ist ein zu treuer Nachäffer seines Onkels. Kann der „Neffe seines Onkels" die Erzählungen vom „perfiden Albion" vergessen haben? Können Waterloo und St. Helena aus seinem Gedächtniße gestrichen sein? Waterloo!!! Vielleicht hat man die feurigen Worte seiner Proclamation an die Truppen überhört, als er ihre Bajonette gegen die Nationalversammlung und ihre Kanonen gegen die Bürger von Paris richtete. „Uns hat gemeinsames Unglück und gemeinsamer Ruhm vereint." — Der „Ruhm", glaube ich, bezieht sich auf Wagram, Austerlitz und Marengo, obschon wir nicht ahnten, in wie weit dieser Napoleon sich an ihn geknüpft wähnt. Mit dem „Unglück" kann nur Waterloo gemeint sein, wo seines Onkels Feinde sich zusammenthaten, um die napoleonische Dynastie zu vernichten. Waterloo! Wer kann glauben, daß eine mit diesem Schlagwort begonnene Revolution nicht gegen uns gerichtet werde!

Die Klatschweiber beiderlei Geschlechts sind in- und außerhalb der Presse verschwenderisch mit dem Anpreisen unserer Unantastbarkeit. Aber der Ritter des Eglintoun-Turniers, der Theilnehmer an den Lustpartieen nach Belgram, der außerordentliche Constabler des Maimonats, wird nie die süßen Verbindungen vergessen können, die solchen Lebensverhältnißen entspringen! Die Naivität mancher Leute ist wol lieblich, aber ihr unbedingtes Vertrauen ist vorschnell. Wird jetzt etwa kein Complott gesponnen? Persigny, der böse Geist, ist überall! Welchen Köder hat man dem Czaren hingeworfen, welchen Blutlohn Oesterreich? Was bedeuten jene unheimlichen Gerüchte, welche die Bewohner der Rheinufer beunruhigen? Bald werden sie verbreitet, bald widerrufen um wiederholt zu werden, gleich denen, welche die Vorläufer des Staatsstreiches waren. Woher die gewichtigen Winke nach Belgien, nach der Schweiz und nach Piemont? Warum die Drohungen gegen England für das Beherbergen der Flüchtlinge? Beabsichtigt man auf dem Continent ein Gesetz, betreffend das Asylrecht, zu erlassen, und von England dessen Anerkennung zu erzwingen? Das wäre wahrlich zu undankbar! Wessen Schutz genoß Louis Napoleon und von welcher Küste stieß er ab, als er den Boulogner Handstreich versuchte? Wo durfte Metternich

endlich ruhen, als er von Wien geflohen war? Welches Volk nahm den flüchtigen Prinzen von Preußen gastlich auf? Hatte der Sultan allein es vermocht, Kossuth vor dem Beile Oesterreichs und den frechen Drohungen Rußlands zu schützen? Und England, die alte herkömmliche Zufluchtsstätte des Besiegten, sollte die Flüchtigen auf das gebieterische Verlangen von Gewaltherrschern aus ihrer letzten, einzigen Heimath in der alten Welt verstoßen, um sie auf die Humanität der neuen Welt zu verweisen und so den gerechten Hohn seiner jungen Staaten zu verdienen? Sollen wir die Spione und Policisten Europas werden, Proscriptionslisten einrichten und die Namen aller Verdächtigen eintragen? Soll der Geist Castlereaghs im Ministerium des Innern regieren und soll Canning uns umsonst von dem Joche der heiligen Allianz befreit haben? Wer die Vergangenheit vergißt, hat nicht gelernt in die Zukunft zu schauen. Die Unterdrückung spielt kein so sicheres Spiel, um die Democratie für immer unmöglich zu machen, und wenn sich das Blatt einst wendet, möchte es den heutigen Gewalthabern wohl nicht unangenehm sein, den gastlichen Hafen Englands zu erreichen. Würden wir aber ihren augenblicklichen Forderungen willfahren, wie könnten wir Aehnliches ihren democratischen Nachfolgern verweigern? Es muß im Interesse aller Herrscher und Regierungen in Europa sein, für alle Fälle einen sichern Ort des Rückzuges zu haben, welcher ohne Rücksicht auf Glaube oder Parteiansichten Diejenigen als Flüchtlinge aufnimmt, als Gäste vertheidigt, und unter den Schutz der Landesgesetze stellt, welche vor der politischen Rache fliehen müßen.

Die Wahl L. Napoleons ist unzweifelhaft ein wichtiges Ereigniß, welches nicht ohne Einfluß auf die Geschicke Europas und gewiß auch die der andern Hemisphäre bleiben kann. Wollte man nur die Stimmenzahl welche entschied in Betracht ziehen, so würde man ein falsches Bild davon erhalten. Deßwegen müssen wir genauer untersuchen, nach seiner wahren Bedeutung forschen und dann die Sachlage beurtheilen. Sind die Zahlen richtig, die man angegeben? Welche Garantie haben wir dafür? Wer bürgt für eine gewissenhafte Zählung? Welche Männer waren die Stimmzähler? Die Prüfungscommission zog sich, an der Lösung ihrer Aufgabe verzweifelnd, zurück. Oeffentlichkeit war nicht vorhanden. Wer buchte die abgegebenen Stimmen? Nur die Kreaturen der Regierung waren bei der Zählung zugegen, nur ihre Werkzeuge kennen die Wahrheit, und wollten sie verkünden, was sie wissen — von der Mairie zur Conciergerie ist es nicht weiter, als von der Conciergerie nach Cayenne. Die Regierung mußte Paris gegenuber den Schein äußerer Anständigkeit beobachten und durfte bezüglich ihrer nächsten Umgebung nicht jeder Wahrscheinlichkeitsrechnung ins Gesicht schlagen; deßwegen mag das Stimmenverhältniß in der Hauptstadt annähernd richtig sein; für die Provinzen blieben aber derlei Rücksichten weg. Der Telegraph drückte den Departements die Erwartungen und Wünsche der Regierung aus, und verkündigte ihnen bereits errungene fabelhafte Erfolge. Konnte ein Maire oder ein Präfect hinter seinen Collegen zurückbleiben wollen? Durfte er in unbefriedigender Weise antworten? Sollte er sich dem aussetzen, seine Gemeinde, seine Stadt oder seinen District eine traurige Rolle spielen zu sehen, während Alles in eine nationale Vergötterung des aufgehenden Sterns der Tuilerien versunken ist? Wer französischen Maires und Präfecten einen Gedanken zutraut, unwürdig dessen, was sie Patriotismus und Verständigkeit nennen, der kennt sie wenig! In dieser niedrigen, falschen, speichelleckenden Reye beneidet ein Beamter den andern. Unter ihnen wohnt die Lüge; ihre Lügenhaftigkeit hört erst da auf, wo sie glauben, der französischen Leichtgläubigkeit das Aeußerste zugemuthet zu haben.

Hatte jemand die Absicht die Stimmen zu fälschen, so wählte er, wie sich von selbst versteht, die entferntesten Districte für seine kühnsten Mannöver. Sonderbarer Weise sprechen die Resultate der letzten Wahl entschieden für eine solche Annahme. Während in Paris und Lyon die Majorität nicht so groß war, um für unwahrscheinlich gehalten zu werden, gränzt sie in den Provinzen an das Unmögliche und spricht jeder Berechnung Hohn. Die Geschichte wird es niemals erfahren, und die Regierung, selbst wenn sie wollte, würde nicht im Stande sein, die wirkliche Majorität anzugeben. Wie viel Stimmen wir auch auf Rechnung von Fälschung und Betrug setzen mögen, — sie bleibt immer riesenhaft. Sie ist in kolossalem Maßstabe gefertigt, aber sie erinnert an das Bild Nebukadnezars, dessen Füße halb Eisen halb Thon sind. Eine Majorität, welche die Stütze einer Regierungsgewalt bilden soll, muß eine fest verbundene, aus möglichst homogenen Bestandtheilen zusammengesetzte sein. Wenn aber ihre einzelnen Theile aus innerer Nothwendigkeit sich fremd bleiben müssen, wenn sie sich gar feindlich gegenüberstehen, so ist die Stunde einer Prüfung die des Zerfalls und sie wird sich, wie jeder zerfressene Organismus, in ihre einzelnen Elemente auflösen. Eine so unverläßliche und unhaltbare Majorität war die große Partei der „Ordnung," welche während der letzten drei Jahre die politische Schaubühne in Frankreich belebt hat, und wir haben gesehen, wie der entschlossene Wille eines Einzelnen sie zu einem Phantome machte. Die heutige Majorität ist eine noch viel unnatürlichere. Sie ist der Tempel, in welchem alle Meinungen und alle Leidenschaften, Hoffnungen und Befürchtungen, Erinnerung an verblichene Größe, Jesuitismus und Unwissenheit, Wuth und Verzweiflung, ihre Opfer geschleppt! (Schluß folgt.)

München, den 28. Jan. Die Kammer der Reichsräthe hat heute den Gesetzentwurf bezüglich der Ernennung ihres ersten Präsidenten durch den König einstimmig ohne Discussion angenommen. Ferner hat diese Kammer den Nachweisungen über den Stand der Staatsschuldentilgungskasse pro 18½ ihre Zustimmung ertheilt.

München, den 29. Jan. Hr. J. Gotthelf, der seit dem November 1848 die verantwortliche Redaction des „bayerischen Eilboten" führte, hat dieselbe unterm Heutigen niedergelegt, und hat der Eigenthümer die Redaction wieder selbst übernommen. Das Verbot des Eilboten in Oesterreich scheint wegen dessen jüngsten Besprechungen über die kaiserlichen Patente erfolgt zu sein.

Aus dem Amte Nassau, den 27. Jan. Gestern Abends ist die Pulvermühle bei Weinähr mit einigen Centnern Pulver aufgeflogen. Glücklicherweise ist Niemand dabei beschädigt worden.

Wiesbaden, den 30. Jan. Ein an Somnambulismus leidender Knabe von 12 Jahren aus Mittelfischbach, Amts Nastätten, der auf kreisamtliche Verfügung ins hiesige Hospital gebracht wurde und daselbst so strenge bewacht wird, daß nur der behandelnde Arzt ihn besucht, erregt hier und in der benachbarten Gegend großes Aufsehen. Von Natur nur mit sehr dürftigen Anlagen begabt, soll er in schlafendem Zustande in einem wahrhaft fließenden Pathos die Zukunft enthüllen und die Ereignisse mittheilen, die eintreten werden. Er spricht, wie die Leute sagen, von der Verderbtheit des Volkes, der Geistlichkeit und der Staatslenker und droht mit einer gewaltigen Umwälzung, die alle Heuchler und Betrüger entlarven würde, von verheerendem Kriege und dann erfolgender guter Zeit. (F. J.)

Kassel, den 26. Jan. Auf Anordnung des Oberbefehlshabers ist nun auch die „Hannover'sche Presse" im Kurfürstenthum verboten worden.

Gotha, den 29. Jan. Der Landtag hat gestern mit einer unerwarteten Majorität (13—11 Stimmen) die Enblocannahme der Verfassungsvorlagen abgelehnt. Vor der Abstimmung verwahrte sich der Staatsminister im Namen der Staatsregierung vor Uebernahme jeder Verantwortlichkeit und löste nach derselben den Landtag im Namen des Herzogs auf.

Berlin, den 29. Jan. Die Abgeordneten Beseler und Genossen hatten durch einen Antrag vom 12. Dec.

v. J. die Kammer aufgefordert, zu erklären: „daß durch die Theilnahme der preuß. Regierung an der zu Frankfurt a. M. zusammengetretenen Bundesversammlung die Souveränität der Krone Preußen und die Wirksamkeit der preußischen Verfassung in keiner Weise haben beschränkt werden können; daß insbesondere die Beschlüsse derer Bundesversammlung in so weit sie eine Abänderung der Verfassung oder der Gesetze Preußens enthalten oder dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegen sollen, ohne die Zustimmung der Kammern für Preußen unwirksam sind." Die betreffende Kommission beantragt, wie 11 gegen 3 Stimmen, eine motivirte Tagesordnung. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kam dieser Gegenstand zur Berathung, und es traten zuerst als Redner auf: Graf Dyhrn, v. Vincke und v. Bodelschwingh.

Wien, den 24. Jan. Der Herzog von Capua hat die Erlaubniß erhalten, sammt seiner Frau nach Neapel zurückzukehren, und es wurden ihm seine sequestrirten Güter zurückgestellt.

Belgien.

Brüssel, den 28. Jan. Der hiesige französische Gesandte Quinette ist in Disponibilität versetzt und der Herzog v. Bassano, bisher erster Gesandtschaftssecretär, zu seinem Nachfolger ernannt worden.

Brüssel, den 29. Jan. Die belgische Regierung beschäftigt sich sehr, und das mit vielem Recht, mit dem Decret in Betreff der Güter Ludwig Philipp's. Man schätzt die Summe, deren die Kinder des Königs Leopold durch diese höchst ungerechte Maßregel beraubt werden, auf 14 Millionen Francs, ein Betrag, der den größten Theil ihres Vermögens ausmachte. Mehrere Minister-Conseils haben seit dem 23. d. stattgehabt, und man glaubt allgemein, daß die darin beschlossenen Instructionen unmittelbar unserem bevollmächtigten Gesandten in Paris überschickt worden sind; wenn auch nicht, um gegen das Decret zu protestiren, doch wenigstens zu versuchen, den Prinz-Präsidenten über die traurigen Folgen einer solchen Handlung aufzuklären. Es ist voraus zu sehen, daß die Höfe von Spanien, Neapel, Würtemberg und Sachsen-Coburg ähnliche Vorstellungen machen werden, da sie alle dieselben Interessen wie unser König zu vertheidigen haben. — Der Ball, der gestern bei Hofe stattfand, war sehr glänzend; die Gesandten aller fremden Mächte waren anwesend, nur fiel allgemein die Abwesenheit des französischen Gesandten, Hrn. Quinette, auf. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, den 27. Jan. Die neue Administration hat ein abtretender Minister, Hr. v. Morny, mit den Worten charakterisirt: „Ich habe mehr Böses verhütet als Gutes gethan." Viele Ueberraschungen stehen uns also wol noch bevor. (K. Z.)

Der N. Preuß. Ztg. schreibt man: Haben die Confiscationsdecrete einen bösen Eindruck gemacht, so ist das noch weit mehr der Fall mit einer anderen Maßregel, die scheinbar ganz unbedeutend ist: ich meine das Decret, durch welches Charras, Valentin und Andere von der Liste der Armee gestrichen werden. Ich habe Militärs gesprochen, die sich heute ein Gewissen aus ihrem Zu machen, nicht etwa aus Theilnahme für die Personen, die es betroffen, sondern weil die Epaulette ein Eigenthum ist, das nur der Richterspruch nehmen kann. Man hat die Verbannung der Offiziere gut geheißen, aber die Absetzung ist eine Verkehrtheit, über die selbst ein Theil der Umgebungen des Präsidenten klagt.

— den 27. Jan. So eben erfahre ich eine Neuigkeit die von außerordentlicher Wichtigkeit für die Erklärung unserer Zustände ist. Der Kassationshof hat das auf Deportation lautende Urtheil des Lyoner Kriegsgerichts gegen die HH. Gent, Longomazino und Ode aufgehoben. (Es war das erste Deportationsurtheil.) Die Unglücklichen sind aber bereits auf dem Wege nach Cayenne, und es wurde den Journalen verboten dieses Urtheil mitzutheilen. (Allgm. Ztg.)

— den 28. Jan. Das „Univers" tadelt die strengen Einschreitungen gegen das Betteln und die Bettler, denen noch weitere Maßregeln der nämlichen Art folgen sollen. Es müsse Bettler geben, damit die christliche Barmherzigkeit geübt werden könne, und der Verwaltung stehe es nicht zu, hier beschränkend dazwischen zu treten. — Gestern wurden wieder drei Personen wegen Schmähung des Präsidenten der Republik zu Gefängniß von 2 bis 6 Monaten verurtheilt. — In den Provinzen sollen noch immer viele Verhaftungen vor.

Die unter den höheren Classen der Gesellschaft herrschende Stimmung hat sich in der letzten Zeit eher verschlimmert, als gebessert. Mehrere der jüngst ernannten Senatoren haben gleich nach dem Bekanntwerden der Liste Briefe erhalten, in welchen sie aufgefordert werden, sich nicht mehr in den orleanistischen und legitimistischen Salons zu präsentiren. Die Salons der Minister sind sehr wenig besucht. An Besuchern fehlt es eigentlich nicht, wol aber an solchen, mit denen man früher gewohnt war, Umgang zu pflegen. (K. Z.)

Wie man versichert, sind die Herren Batimesnil, Berryer und Dupin (Expräsident der Nationalversammlung) beauftragt, die Decrete über die Beschlagnahme der Güter der Familie Orleans gerichtlich anzugreifen. Die Mitglieder der Familie Orleans selbst haben die Decrete Louis Napoleon's mit großer Entrüstung aufgenommen. Die Herzogin von Orleans hat sofort an den Präsidenten geschrieben, daß sie auf ihre Pension verzichte. Sie hätte dieselbe wol von der würdigen und loyalen Nationalversammlung annehmen können, könne sie aber keineswegs von dem „bon plaisir" Louis Napoleon's abhängig machen. (K. Z.)

Mehrere Straßenausrufer wurden gestern verhaftet, weil ihnen die polizeiliche Ermächtigung fehlte. Künftig soll jeder Ausrufer eine Medaille tragen.

Paris, den 29. Jan. Der „Moniteur" enthält ein Decret des Präsidenten der Republik, wodurch Hieronymus Napoleon zum Präsidenten, Mesnard, Senator, zum ersten Vicepräsidenten und die Senatoren Drouyn de Lhuys, Troplong und General Baraguay d'Hilliers zu Vicepräsidenten des Senats ernannt werden. Der Senator General d'Hautpoul ist zum Großreferendar und der Senator Lacrosse zum Secretär des Senates ernannt.

General Castellane, der Oberbefehlshaber der 7. und 8. Militärdivision hat für den ganzen Umfang der in diese Divisionen eindegriffenen neun Departemente die Veröffentlichung, den Verkauf und das Singen der politischen Lieder eines gewissen Pierre Dupont verboten.
Hr. Carl Abbatucci ist zum Cabinetschef des Justizministeriums ernannt.

Straßburg, den 26. Jan. Der Eintritt einzelner deutscher und Schweizer Blätter ist seit etwa acht Tagen außerordentlich erschwert. Mehrere werden gar nicht mehr ausgegeben. (Nach einer Pariser Correspondenz eines Berliner Blattes wurden die Deutsche Allg. Ztg. und die Zeitung für Norddeutschland verboten.)

Großbritanien.

London, den 26. Jan. Die gesammte Wochenpresse ist mit Artikeln über Louis Napoleon und Vorschlägen zu Rüstungen gegen französische Invasionsmöglichkeiten voll. Was letztere betrifft, ist Alles einig, daß man sich aufs Schlimmste gefaßt machen müsse, so lange Frankreich von der Laune und dem Eigensinn eines Einzigen, „dem jede That zuzutrauen ist," regiert wird. In Betreff der neuesten Confiscationsdecrete gegen das Haus Orleans zeigt sich der strengste Sinn des Eigenthumsrechtes, der in der engl. Nation wurzelt am deutlichsten dadurch, daß kaum die Füsiliaden auf den Boulevards, die Verbannung so vieler berühmter Häupter mehr Unwillen erregte, als diese Confiscationen. Die gesammte Wo-

Digitized by Google

chenpresse weiß darüber nicht starke Ausdrücke genug zu finden. Es genüge zur Characteristik derselben in dieser Frage die Bemerkung, daß L. Napoleon vom Tagblatt „Standard," seinem bisherigen Verehrer, blos ein „Straßenräuber" genannt wird, und das ist einer der gelindesten Ausdrücke. (N. K.)

London, den 28. Jan. 60 französische Flüchtlinge (Künstler, Handwerker ꝛc.) haben an die englische Regierung das Gesuch gerichtet, dieselbe möge ihnen die Mittel zur Ueberfahrt nach America gewähren. Die Regierung hat diese Bitte günstig aufgenommen. In der vorigen Woche haben zwölf Flüchtlinge London verlassen, um sich nach New-York zu begeben, und in dieser Woche wird ihnen eine zweite Abtheilung folgen. Der englische Consul in New-York hat die Weisung erhalten, den dringendsten Bedürfnissen der Ankömmlinge bei ihrer Landung abzuhelfen.

Es verbreitet sich das Gerücht, die Regierung beabsichtige, die verschiedenen Polizeicorps auf dem Lande mit Flinten zu bewaffnen, wie die Constabler in Irland.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 14. Jan. In Annopolis und in Baltimore ist Kossuth mit Auszeichnung empfangen worden.

Kinkel war am 10. Januar in Illinois; er berief hier wie in Belleville, Philadelphia ꝛc. deutsche und gemischte Meetings, aus denen Comité's zur Sammlung von Geldern für die Sache der deutschen Flüchtlinge hervorgingen. Die eingegangenen Summen sollen dem Centralcomité in London zugemittelt werden.

In Philadelphia ermordete kürzlich ein 13jähriges Mädchen ein Kind dadurch, daß es dasselbe Nadeln verschlucken ließ.

Brasilien.

Aus **Rio Janeiro** wird berichtet, daß der Kaiser alle, die wegen des Aufstandes in Pernambuco zum Tode oder zu lebenswieriger Gefangenschaft verurtheilt waren, unter dem 17. Oct. amnestirt hat.

Neueste Nachrichten.

* **München,** den 30. Jan. (78. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Lasaulx erstattet den Commissionsbericht über Prells Beschwerde wegen Verfassungsverletzung; der Ausschuß habe dieselbe nicht genügend begründet erklärt. (In einer der nächsten Sitzungen soll die Berathung erfolgen.)

Berathung über den Etat der Staatsschuldentilgungsanstalt. Nach den Ausschußanträgen stellt sich der Bedarf folgendermaßen: Zinskasse 6'590,000 fl., Tilgungskasse 90,000, Pensionsamortisationskasse 1'200,000 fl., Eisenbahndotationskasse 1'130,000, Ablösungskasse 800,000, — zusammen 9'810,000 fl.

Referent Lerchenfeld erwähnt eines von ihm im Ausschusse vorgelegten, dort aber verworfenen Planes, in Betreff der Pensionskasse, deren Dotation er beschränkt sehen möchte. — Ministerialcommissär Wanner sehr ausführlich gegen Lerchenfelds Theorie, verlangt für die Pensionsamortisationskasse, nach dem Regierungsantrage, 300,000 fl. mehr, als der Ausschuß begutachtet, im Ganzen also 1,500,000 fl. — Thinnes, vertheidigt den Ausschußvorschlag, ohne aber den (im Ausschuße verworfenen) Propositionen Lerchenfelds sich anzuschließen. — Minister Aschenbrenner erklärt, daß, wenn die Kammer dem Ausschußantrage zustimmen sollte, die Regierung nicht entgegentreten werde. — Bayer kommt auf die neuliche Aeußerung des Ministers, das Grundübel der Zeit rühre von der „rationalistischen Philosophie" her. Der Präsident erinnert ihn, beim Gegenstande der Tagesordnung zu bleiben. — Steinsdorf, für den Ausschußantrag. — Wallerstein für Lerchenfelds Vorschlag. — Wanner widerspricht dessen Behauptungen. Nachdem noch einige Abgeordnete gesprochen, vertheidigt Lerchenfeld nochmals seine Vorschläge, gegen welche Minister Aschenbrenner seine Einwendungen erhebt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Regierung verworfen, und jener des Ausschusses mit 68 gegen 54 Stimmen angenommen.

Berathung des Antrags von Heine, eine Abänderung des Capital- und Einkommensteuergesetzes betr. Der Ausschuß beantragt, dem Vorschlage vorerst zwar keine Folge zu geben, dem Ministerium aber den Wunsch auszudrücken, dem nächsten Landtage ein revidirtes Gesetz vorzulegen. — Referent Weeber trägt die Einwendungen gegen Heines specielle Vorschläge vor.

v. Koch beantragt, daß die Ermittlung des reinen Einkommens, so weit thunlich, nach Maßgabe des Catasters festzusetzen sei. — Der Präsident erinnert, daß es sich zunächst nun um die Frage handle, ob man auf den Heine'schen Antrag eingehen wolle. — Lerchenfeld für Koch's Vorschlag; man möge die Sache an den Ausschuß verweisen. — Finanzminister Aschenbrenner. Die Sache möge mit dem Einnahmebudget berathen werden. — Rebenack. Koch möge den Antrag an den Ausschuß bringen. — Prüft die Einzelnheiten des Heine'schen Antrags. Ein gerechteres Verhältniß, als das jetzige, werde man allmählig erreichen können, obwol es mit Schwierigkeiten verbunden sei.

Heine. Beschwert sich über die späte Erledigung; er habe seinen Antrag schon am 30. April v. J. eingebracht. Jetzt handle es sich um ein „standrechtliches Verfahren" gegen denselben. Vertheidigt seine Ansichten. Will nichts von freiwilligen Fassionen, überhaupt nichts von Freiwilligkeit in solchen Dingen bei den Deutschen wissen. Eifert gegen die gegenwärtige „Steuercarricatur." — Wallerstein, stimmt gegen Ueberweisung des Antrags an das Ministerium, nachdem Heine die Selbstfassirung angegriffen. Man greife das Gesetz, das man principiell nicht wolle, auf Umwegen an. — Ministerialcommissär Pfretschner bekämpft Heines Vorschläge; die Mißstände seien bei weitem nicht so groß, wie man sie schildere; es handle sich um ein neues Gesetz, das erst allmählig in Mark und Blut übergehe. Die Regierung werde vermittelst Instruction richtigere Fassionen zu erzielen suchen. — Heine bekämpft den Vorredner. — Referent Weeber weist den Vorwurf der verspäteten Erledigung zurück. — Endlich wird der Ausschußantrag mit geringer Mehrheit angenommen.

München, den 30. Jan. Kapellmeister Fr. Lachner ist zum General-Musikdirector ernannt worden.

Hannover, den 29. Jan. Die Kammern sind heute vertagt worden.

Hamburg, den 28. Januar. Heute hat eines der größten hiesigen Tabaksgeschäfte, die Firma de Semmos, mit einer Passivsumme von 1 Mill. Mark sich fallit erklärt. Die Verluste betreffen meist den hiesigen Platz.

Berlin, den 30. Jan. Die zweite Kammer hat heute in Betreff des Beseler'schen Antrages den Commissionsantrag (auf motivirte Tagesordnung) mit 139 gegen 133 Stimmen angenommen.

Paris, den 29. Jan. Ein präsidentliches Decret spricht die Auflösung der in Folge der Ereignisse des 2. Dec. ernannten consultativen Commission aus.

Im Ministerium des Auswärtigen ist durch den Telegraphen die Nachricht eingetroffen, daß Lord Normanby nicht wieder auf seinen hiesigen Posten zurückkehren und durch Lord Cowley ersetzt würde. Lord Cowley ist aber Neffe Lord Wellington's. Eine unter den gegenwärtigen Verhältnissen bezeichnende Wahl. (Köln. Ztg.)

Die Vollzieher des Testaments von Ludwig Philipp haben wegen der Beschlagnahme der Güter der Familie Orleans eine Protestation an den Präsidenten der Republik gerichtet.

— den 30. Jan. Der heutige „Moniteur" enthält ein Decret, wodurch die sofortige Freilassung der bloß irregeführten Verhafteten angeordnet wird.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 30 | den 4. Februar 1852.

Deutschland.

• Betrachtungen. Montalemberts Rücktritt von der Consulta, die Entfernung verschiedener seiner Genossen aus der bei Ludwig Bonaparte eingenommenen Stellung, endlich der feindliche Ton, den verschiedene Jesuitenblätter, welche bisher die Gewaltherrschaft vertheidigt, in der jüngsten Zeit angestimmt haben, sind Merkzeichen, nicht ohne höhere Bedeutung. Als Grund dieses Umschlages will man die Confiscation der Orleans'schen Güter ausgeben. Ein lächerlicher Vorwand! Wer die Gewaltstreiche, den Eid- und Verfassungsbruch vom 2. Dec., wer die furchtbaren Niedermetzelungen in den Straßen von Paris, wer endlich die Deportationen schuldloser Männer, die zur „trockenen Guillotine" — durch die Willkür bestimmt sind, — wer alles Dieses, und was sonst noch damit zusammenhängt, billigte, wer sich herbeidrängte, einem solchen Regime zu dienen, — der wird vergeblich glauben machen wollen, daß die Confiscation einer Anzahl Grundstücke auf einmal sein Rechtlichkeitsgefühl so ganz besonders rege gemacht und seine sittliche Entrüstung geweckt habe. Nein, der Grund ist ein anderer: er liegt in der Erkenntniß, daß ein Regime wie das jetzige nicht von Dauer sein könne; — die Ratten verlassen das Schiff, eh' es sinkt! Und in dieser Beziehung ist die Erscheinung von Bedeutung, als Merkzeichen, wie die Dinge stehen!

• München, den 31. Jan. (79. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Anzeige, daß der 1. Ausschuß Hrn. Boye zum Referenten über den Entwurf des Beamten-Disciplinargesetzes ernannt hat.

Berathung des Einnahmebudgets. Zollerträgnisse. Die Position ist mit einem Reinertrage von 5,364,000 fl. eingesetzt. — Referent Neuffer zeigt an, er werde innerhalb 14 Tagen einen Bericht über die Zollverhältnisse überhaupt (Vertrag vom 7. Sept. 2c.) vorlegen, man möge die Discussion über die einschlägigen Verhältnisse bis dahin verschieben. — Schmidt tadelt scharf gewisse Differenzen in dem Ausschußreferate, in Betreff der Ausgabepositionen. Er wird wegen eines Ausdrucks gegen den Referenten vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. — Neuffer sucht die Differenzen zu entschuldigen. — Schmidt antwortet: bei der Art der Kammer, die Vorschläge ihres Ausschusses unbedingt anzunehmen, werde er keine Anträge stellen. — Lerchenfeld spricht mit Heftigkeit gegen Schmidt, dem er Unwissenheit und Unschicklichkeit vorwirft. — Die Position wird angenommen.

Eisenbahnrente. Der Ausschuß schlägt vor, dieselbe von dem ursprünglichen Regierungspostulate zu 714,685 fl. auf 1'130,000 fl. zu erhöhen. — Lerchenfeld, gegen die bureaucratische Verwaltung der Eisenbahn; tadelt besonders die fehlerhafte Einrichtung bei der Güterexpedition; dermalen ließen die Kaufleute ihre auf der sächsischen Bahn zu Hof ankommenden Waaren von dort auf gewöhnliche Fuhren verbringen, um den Formalitäten sich zu entziehen; man solle den Beamten einen Antheil am Ertrage geben. — Wallerstein regt, sich stützend auf Lerchenfelds Bemerkungen, die Frage an, ob die Einnahmeposition nicht noch weiter erhöht werden könne? — Minister Ringelmann: es werde diese Frage später noch zu erörtern sein. — Morgenstern, glaubt gleichfalls, daß der Ertrag, bei zweckmäßiger Einrichtung höher gestellt werden könne, und erwähnt verschiedene Einzelnheiten. — Minist.-Commis. Brück: der Gütertransport habe außerordentlich zugenommen; zur bessern Regulirung der Tarifsätze 2c. sei Vorsorge getroffen. Ist gegen Erhöhung der Einnahmeposition, weil der Fall eintreten könnte, daß neue Schienen gelegt werden müßten; ohne dieses dürfte allerdings ein höherer Ertrag erzielt werden. — Nach einer ähnlichen Aeußerung des Finanzministers wird der Ausschußantrag angenommen.

Post. Der Ausschuß beantragt, die Position der Regierung von 257,000 fl., erhöhend, auf 300,000 fl. netto anzusetzen. — Arnheim rügt eine Reihe von Mißständen im Fahrposttarife. — Minist.-Commis. v. Brück. Seit 2 Jahren habe sich die Zahl der spedirten Briefe um 2 bis 3 Millionen vermehrt, die Fahrpoststücke hätten sich verdoppelt; im Ertrage sei aber noch eine Differenz von etwa 60,000 fl. vorhanden; bei der Zeitungsspedition sei der Ausfall am größten. — Der Ausschußvorschlag wird angenommen.

Donau-Dampfschifffahrt; 31,453 fl. Angenommen.

Salinen. Referent v. Koch beantragt, die Bruttoeinnahme auf 4'831,700, die Nettoeinnahme auf 2,671,000 fl., festzusetzen; der Ausschuß minderte die letzte Summe auf 2,450,000 fl., was blos um 115,000 fl. höher ist, als der Regierungsansatz. — Referent rügt eine Reihe von Mißständen, durch deren Beseitigung ein höherer Ertrag zu erzielen wäre. — Minister Aschenbrenner, gegen Kochs Erhöhungsvorschlag, stimmt aber dem Ausschußantrage bei. — Wallerstein wünscht Freigeben des Salzhandels. — v. Koch bekämpft die Einwendungen des Ministers; dieser widerspricht. — Der Koch'sche Ansatz wird verworfen, der Ausschußantrag angenommen.

Bergwerke in den 7 diesseigen Kreisen. Die Regierung stellt gar keinen Reinertrag in Aussicht; v. Koch beantragt 32,837 fl., der Ausschuß 13,850 fl. — Die letzte Position Bergwerke in der Pfalz. Die Regierung postulirt eine reine Einnahme von 410,000, der Ausschuß von 43,000, v. Koch 117,360 fl. Der Ausschußantrag wird angenommen.

Speyer. (Beschluß des Artikels der Times.) Der Verf. zählt nun auf, wie ein Theil der stets gespaltenen Legitimisten für Ludw. Napoleon votirte; wie die Bauern durch ihre Geistlichen bestimmt wurden, das Gleiche zu thun; wie die Orleanisten für ihn stimmten, sie, die immer Ruhe um jeden Preis wollen, und nun von den Siegern am meisten verachtet und in allen ihren Interessen verletzt werden. Er fährt fort: Die Jesuiten zogen, Montalembert an ihrer Spitze, die Kapuzen zurückgeworfen, mit entfalteten Bannern zur Wahlurne, und ihren dunkeln Talaren folgen eine Million Gläubiger. Sie sprechen die größten Verbrechen heilig — erklärte nicht ihr Chef auf der Rednerbühne, mit dem schmutzigsten Cynismus der Unsittlichkeit, daß alles Mögliche das Rechte sei? In ihren Augen ist jetzt der Augenblick zum Beginn der „römischen Expedition im Innern" gekommen. Die Elementarschulen waren sehr schnell in ihren Händen, das Pantheon ist ihnen zurückgegeben; die philosophischen Lehrstühle, die noch nicht ihre Opfer, werden einer nach dem andern eingehen; die Thore der Universität öffnen sich auf ihr Klopfen; ihre Schriftsteller hörten nicht auf, sich darüber zu beklagen, daß das Schlachten der Bartholomäusnacht ein unvollständiges gewesen, daß Luther dem Scheiterhaufen entgangen, daß die Inquisition aufgehoben, und sie hoffen mit Zuversicht, daß ein neues „heili-

ges Offiz" erstehen werde. Ihre Bischöfe wollen frech den Himmel zu sich herniederziehen und Paul Kullen versichert sie der Gunst des heiligen Patrik. Reichen alle diese Beweise hin, um der erstaunten Welt darzuthun, daß die Heuchelei und Blasphemie der Jesuiten der Schrekken der Welt sind?

Die neuen Führer des Socialismus wußten sich, wie es in Bezug auf Paris klar am Tage liegt, eine beträchtliche Anzahl socialistischer Stimmen zu erschleichen. Betreffs der Departements Cher, Nievre, Saone und Loire ist dies mit der allergrößten Sicherheit anzunehmen. Sie wurden in Kriegszustand erklärt, weil der Socialismus sich zu tief eingefressen habe, und die eröffneten Stimmzettel ergaben, daß fast die ganze erwachsene Bevölkerung für Louis Napoleon gestimmt hatte! Welch eine olla potrida von Lügen enthält dieses räthselhafte Resultat! Aber man erinnert sich, daß die Proclamationen an das Volk die Monarchie herabwürdigten, die Vertheidigung der Republik heuchelten und der Democratie geheimnißvolle Versprechungen machten. Emissäre krochen in jeden Winkel des Landes und das Knebeln der Presse verbirgt ein System von Schlichen, wie es in ähnlichen Fällen nie so verwegen-unmoralisch benutzt wurde.

Schrecken sollte herrschen; er herrschte — man spielte mit ausgesuchter Grausamkeit die Rolle des Bären in der Fabel. Wer will behaupten, daß eine solche Revolution den Bewohnern der Departements den geringsten Schimmer der Freiheit bei der Wahl lassen konnte? Aengstlich wachten über sie die Augen der Präfecten oder seiner Myrmidonen; es wimmelte von kratzfüßelnden Hinterbringern. — Säbel waren über ihren Häuptern gezückt, — Proscription und Deportation drohte ihnen, und das Verlangen war deutlich und klar: „Eure Stimme oder Euer Geld, — Eure Stimme oder Euer Leben!"

In jedem Lande sind die Leute von selbstständigem Urtheil eine kleine Minorität. Bis vor 3 Jahren hatte das französische Volk gar kein Wahlrecht, und der Aberglaube, die Centralisation, das Vorherrschen des Ackerbauelements, das Conscriptions- und Ersatzsystem trugen dazu bei, die Masse desselben in einem Zustande politischer Kindheit und Unwissenheit zu erhalten, den Engländer schwerlich begreifen dürften. Die Franzosen lassen sich von der plumpesten Vogelscheuche düpiren, keine Finte ist zu verbraucht, keine Lockung zu unverschämt, keine Betrügerei zu klar, um nicht Opfer unter ihnen zu finden. Frankreich ist mit all seiner Geschicklichkeit das Land der lächerlichsten Sterngucker. Ihre Novellisten lachen über sie, ihre Journalisten leben auf ihre Kosten und ihre Tyrannen haben stets durch sie selbst Despotismus üben können. Kein anderes Volk hätte den Namen Napoleon Bonaparte so vergöttert wie sie es gethan. Manche glaubten wirklich, der Neffe sei der Onkel — die Mehrzahl verschlang gierig die abenteuerlichsten Gerüchte von seinen Reichthümern und konnte wähnen, daß er aus seiner Tasche die Steuern erleichtern würde — sie waren überzeugt, daß er nur allein sie vor dem Untergange durch den Socialismus erretten könne, — sie waren der festen Ansicht, daß die Nationalversammlung ihm bei seiner Absicht, das Land mit Wohlthaten zu überschütten, im Wege stände. Unersättlich, ließen sie sich vollfüttern mit Mährchen von rothen Gespenstern, „Widerstandscomite's", Verschwörungen und Complotten, — sie haßten die Presse, weil man sie versicherte, sie sei das Werkzeug der Anarchie; und die Tribüne, weil nichts als leeres Geschwätz von ihr herabtöne, — sie ließen sich einreden, daß eine „starke Regierung" ihren Bedürfnissen entspreche und stimmten für eine solche, — des Hinz waren sie überdrüssig geworden und wollten es mit Kunz versuchen. Aber die Millionen leichtsinniger Tölpel werden bald inne werden, daß sie gleich den Schafen des Panurgus jedem Leithammel nachliefen, oder gleich jenem schlauen Manne sich in den Fluß stürzten, um einem Regenschauer zu entgehen. Solche, die nicht ein einziges Wort davon glaubten, sagten ihnen, ihres Zweckes sich wohl bewußt, daß das Jahr 1852 dem Socialismus, der Plünderung und dem Mord angehöre, und anstatt mit dem geringsten moralischen Muth nach ihrem Gutdünken zu wählen, stürzten sie sich kopfüber in die Arme des Despotismus und verkauften sich, ohne die geringste Verwirklichung des Versprochenen zu sehen, ohne alles Handgeld. Die orleanistischen und legitimistischen Journale, welche es überhaupt noch wagten zu schreiben, sagten ihnen, daß die gefährliche Krisis von 1852 abgewandt sei, und die Angesprochenen waren so vollkommene Narren, der sonnenhellsten Charlatanerie Glauben zu schenken.

Was auch Europa über das Votum denken mag, das Vertrauen L. Napoleons selbst zu demselben ist einfach zu würdigen. Wenn die Stimmen der Franzosen in der That mit Wahrheit und Aufrichtigkeit für ihn abgegeben sind, so bedarf er weiter nichts mehr. Möge er sich frei vor die Nation hinstellen, den Kriegszustand aufheben, welcher die Hauptstadt zu einer Casematte und halb Frankreich zu einem Feldlager macht; möge er die Armee reduciren, der Nationalgarde die Gewehre zurückgeben, der Presse den Maulkorb abnehmen, die Schwurgerichte herstellen, den Denunciationen, gerichtlichen Verfolgungen und Deportationen ein Halt! zurufen. Der Mann des Volkes darf das Volk nicht fürchten. Aber er thut nichts von dem. Ich durchschaue ihn. Er paradirt mit der Stimmenmenge, dem Säbel scheint er aber mehr zu trauen. Er hat Recht, denn er kennt den Werth der Stimmen; und nur der Säbel ist reell. Diejenigen, welche glauben, er werde die Presse frei machen, täuschen sich. Er kann nicht! Die Art, wie er die Gewalt an sich gerissen und sich in derselben behauptet, bedingt es, daß die Presse, auch noch so schwach, dieselbe zuletzt unterwühlen und stürmen muß.

... Warum sollte L. Napoleon nicht die Rolle des „Bürgerkönigs" spielen und wie dieser nach den einst glorreichen Julitagen den weißen Hut aufsetzen, den baumwollenen Regenschirm ergreifen und die Boulevards hinwandeln, wo er seine Sporen gewonnen? Warum aber bei der wiederholt ausposaunten Stimmeneinhelligkeit des großen französischen Wahlkörpers ist das Elysee von 1200 Leibgarden bewacht? Warum diese hahngespannten Pistolen bei seinen Spazierfahrten? Warum der geschlossene Wagen mit den kugelfesten Wänden? Die Regierung erklärt, daß sie von dem Enthusiasmus der Nation überwältigt werde und sich der größten Popularität erfreue und doch fürchtet man die Meuchelmörder! Ist das nicht eine sonderbare, ganz eigenthümliche Randglosse zu dem schmeichelhaften Text? Und wann werden diese Vorsichtsmaßregeln aufhören? Das Volk ist von den Soldaten zu Paaren getrieben, aber ist man der Soldaten immer versichert? Von den Gerüchten, welche schon heute das Gegentheil behaupten, sagt man, daß sie böswillige, lügenhafte seien. Kann sich nicht ein verzweifelter Fanatiker unter den 16,000 Mann finden, welche feindlich gestimmt haben, der bei einem Lustmanöver oder einer Revue die Brust des Usurpators zur Zielscheibe nimmt? Vor dem Staatsstreich war die Parole: „Folget mir!" Es ist aber schwer und gefahrvoll dem Erwählten von sieben Millionen zu folgen, wenn man ihn hinter Janitscharen und Wachen in einem versteckten Winkel suchen muß, wo er sich wie Cromwell kurz vor seinem Ende verbirgt, den Meuchler stets in der Nähe wähnend und allnächtlich in ein anderes Schlafgemach schleichend. Frankreich geht jetzt auf seine eigenen Unkosten der übrigen Welt zur Warnung durch eine entsetzliche Stellung. Es versucht, das Rad der Zeit zurückzuziehen und die Gesetze der Natur umzustoßen. Wie die Siebenschläfer, fiel es 1804 in tiefen Schlummer, und 1852 erwacht es auf demselben Flecke. Vor 60 Jahren haschte Frankreich nach jeder Gelegenheit, allen andern Völkern sagen zu können, daß es in der Kunst, Civilisation und Intelligenz den ersten Rang behaupte und jetzt zeigt es uns den traurigsten Abklatsch der Republik von Hayti. Der Charivari wünschte sich vor mehreren Monaten dazu Glück, daß Soulouque für alle Zukunft die Kaiser unmöglich gemacht habe — und Soulouque II lebt und re-

girt. Das Christenthum verkündet, der nothwendige Fortschritt der Menschheit sichere den Sieg der Vernunft über die Gewalt, der Aufklärung über den Aberglauben, der Moralität über das gemeine Laster, der Gerechtigkeit über das Verbrechen. Der Erfolg des Staatsstreichs könnte uns in dieser Ueberzeugung fast irre machen.

Mögen, die da wollen, versichern, daß diese schrecklichste Handlung der Ausfluß tiefen Rechtsgefühls sei, mögen, die da können, sich auf einen triumphirenden Erfolg vertrösten — ich könnte nur mit ihnen einstimmen, wenn ich die Ueberzeugung gewonnen, daß von jetzt ab brutale Gewalt auf Erden herrschen müsse, daß die höllischen Mächte den Sieg über die Gottheit davongetragen. Wenn die Stunde kommen wird — und sie wird kommen — wo Frankreich aufhört, sich unter den Tritten einer grotesken Tyrannei zu krümmen, und sich eine Regierung wählt, die weder ein unheimlicher Alp, noch eine Mißgeburt ist, so möge es sich erinnern, daß die Stimme, welche sich als die herzlichste und kühnste gegen seine Unterdrückung hören ließ, vom „perfiden Albion" herüberschallte. Ein Engländer."

München. Der Pfarrer Kirchner von Simmershausen, Ldg. Hilders, gab der 13 Jahre alten Tochter der Kathar. Henkel von da gelegentlich eines Leichenbegängnisses, bei welchem dieselbe unartig war, mit der Hand zwei Hiebe auf den Kopf, in Folge deren das Mädchen erkrankte und in etlichen Tagen darauf starb. Gegen den Pfarrer ist*) Untersuchung eingeleitet. (Vlksb.)

— den 31. Jan. *Heute* Mittag ist der k. Polizeidirector *Graf Reigersberg von* hier nach Berlin abgereist, wo *eine abermalige Zusammenkunft von* Polizeibeamten verschiedener deutscher Staaten stattfinden soll. — Gestern wurde dahier wieder eine Haussuchung gehalten, und zwar bei einem „Literaten" Danzer, der an verschiedene Blätter correspondiren soll. (Volksb.)

Das k. Kreis- und Stadtgericht **Bamberg** hat gegen die Druckschrift: „Itzig Feitel Stern's Schriften, VII. Theil", in Erwägung, daß „in dieser Schrift vielfach Nachrichten ausgestreut sind, welche zur Erregung von Gehässigkeiten geeignet sind, daß ferner in dieser Schrift die jüdische Religion und Sittenlehre durch Ausdrücke der Verachtung angegriffen ist", die Unterdrückung verfügt.

In **Ludwigsburg** haben sich bei dem Becher'schen Hochverrathsprozeß die Geschwornen am 27. d. Abends zur Berathung der ihnen vorgelegten 406 Fragen zurückgezogen und sind zufolge den neuesten Berichten vom 30. d. Mittags 1 Uhr noch nicht zurückgekehrt. (In ihrem Berathungssaale sind zugleich Betten hergerichtet und ist für Speise und Trank gesorgt.)

Karlsruhe, den 28. Jan. Das Ministerium des Innern hat für die Dauer des Kriegszustandes die „Sonette für das deutsche Volk," von Pfau, und das in Stuttgart erscheinende Sonntagsblatt „der Hochwächter" verboten.

Obergrambach, den 23. Jan. Gestern ist das von Bruchsal aus hierher bestimmte Exekutionskommando von 35 Mann vom 2. Reiterregiment unter dem Kommando eines Oberlieutenants hier eingetroffen und nach Anordnung des Assessors v. Stetten einquartiert worden. Bei dem Kronenwirth, in dessen Gasthaus Toaste auf die Freischaarenzeit ausgebracht worden waren, wurde ein Offizier und ein Reiter einquartirt und ihm das Wirthsschild auf unbestimmte Zeit entzogen. Schneidermeister Baumann, Mitglied des großen Ausschußes, ist als Kriegsgefangener verhaftet und in das Bruchsaler Amtsgefängniß eingeliefert worden.

Aus **Altona** vom 27. Jan. berichten die dortigen Nachrichten, daß der Schneidermeister Ruschak (ein Hamburger Bürger) und einer seiner Mitgefangenen, ein Schuhmacher, zu zehnjährigem Festungsarreste auf dem Kalkberge verurtheilt sei.

*) Wie nicht mehr als billig!

Wien, den 27. Jan. Das Verbot der Ausfuhr von Waffen und Munitionsgegenständen aus den österreichischen Staaten ist aufgehoben worden.

Der Eigenthümer und Redacteur der „Lith. Zeitungscorrespondenz" Rudolph Weinberger ist wegen Besitzes verbotener aufreizender Schriften und Bilder zu 6monatlichem Profosenarrest verurtheilt worden.

Oesterreichische Staaten.

Aus **Arad** wird der „Triester Ztg." geschrieben: Wegen einer in Brescia aufgefundenen Correspondenz mit einem der Staatsgefangenen dieser Festung wurden letztere mancherlei Beschränkungen unterworfen; so z. B. wurden ihnen die Schreibrequisiten abgenommen. Aus Siebenbürgen kommt ein neuer Zuwachs von 38 solcher politischen Gefangenen.

Belgien.

Brüssel, den 31. Jan. Das „Bülletin Français," angeblich von französischen Flüchtlingen redigirt, eine Wochenschrift, welche seit Ende December hier erschien, ist gestern mit Beschlag belegt worden. Der „Independance" zufolge wäre diese Maßregel auf eine Beschwerde gefaßt worden, welche das französische Gouvernement an das unsere gerichtet und welches sich auf die heftigen Angriffe stützte, welche dieses Blatt gegen Louis Napoleon richte. Die gerichtliche Verfolgung stützt sich auf das Gesetz vom 28. Sept. 1816, welches Beleidigungen fremder Mächte verpönt.

Frankreich.

Paris, den 27. Jan. Die Nachrichten aus den Provinzen lauten sehr betrübend, die Verhaftungen dauern fort, und nach einer Aeußerung eines hochgestellten Magistrats sind in dem Augenblick über 30,000 Personen politischer Ansichten oder Vergehen halber in Haft. (A. Z.)

Die Polizei hat mehrere Personen verhaftet, die das Decret in Bezug auf die Beschlagnahme der Güter der Familie Orleans „auf beleidigende Weise zum Verkaufe ausriefen."

Am Tage der Confiskationsdecrete versammelte ein Diner in Paris mehrere Notabilitäten der Presse bei dem Director einer großen Druckerei. Die Einladungskarten sind bezeichnend für die politische Stimmung in der Stadt. Man liest darauf: „Da dies Banquet weder democratisch noch social ist, so ist ausdrücklich verboten, während desselben über Politik zu sprechen. Weiße Mehlspeise, blauer Wein und die rothen Toaste sind streng untersagt. Die Guten (Weine) mögen zittern, sie werden absorbirt werden, die Schlechten (Schüsseln) mögen ruhig sein, man wird sie nicht anrühren."

Der kürzlich in Bordeaux verhaftete Geistliche ist nach dreitägiger Haft wieder in Freiheit gesetzt worden.

Paris, den 29. Jan. Nach einem heute im „Moniteur" veröffentlichten Berichte des Exfinanzministers Fould über die Lage des öffentlichen Schatzes beträgt das Deficit 630 Millionen, wovon 292 noch eine Erbschaft der Julimonarchie sind. Im Jahre 1848, wo die Zusatzsteuer von 45 Centimes aushalf, belief sich das Deficit nur auf 3, dagegen 1849 auf 214, 1850 auf 36, und 1851 auf 86 Millionen. Die Decemberereignisse haben den Schatz nur für 500,000 Fr. (?) belastet. — Viele hiesige Arbeiter, namentlich für Luxusartikel, sind für Nordamerica angeworben worden und schon dahin abgereis't.

Hr. Aug. Lireux, Schriftsteller, ist gestern in Kraft eines Haftsbefehls der Militärcommission gefänglich eingezogen worden.

Wie versichert wird, sind die Gehalte der Minister wieder auf den Betrag vor 1830, nemlich auf 100,000 Fr., erhöht worden; Casabianca als Staatsminister soll sogar 150,000 Fr. beziehen. Unter Ludwig Philipp hatten die Minister einen Gehalt von 80,000 Fr., welches die provisorische Regierung auf 40,000 Fr. herabsetzte, wobei es seitdem geblieben war.

Zu Bourges sind 51 wegen der Decemberunruhen verhaftete Personen freigelassen worden. — Zu Bedarieux dauern die Verhaftungen noch fort; ihre Zahl hatte am 24. Jan. bereits 2000 überstiegen.

— den 30. Januar. Der „Moniteur" enthält eine Reihe von Ordensverleihungen an Beamte, sowie mehrere Absetzungen von Friedensrichtern. — Die militärische Commission im Kriegsministerium hat schon eine Anzahl Personen freigelassen, gegen welche keine genügenden Beweise vorlagen. — Dieser Tage wurden hier und in der Umgegend viele Personen verhaftet, die für Errichtung von geheimen Gesellschaften thätig waren.

— den 31. Jan. Der „Moniteur" enthält ein Schreiben des Prinzpräsidenten an den Policeiminister, in welchem er sich über die Bedeutung dieses neuen Ministeriums ausspricht, das wesentlich schützend und wohlwollend sein und nur die Feinde der Gesellschaft einschüchtern solle.

Lyon, den 28. Jan. In Marseille steigen die Preise aller Getreidearten noch immer, wiewohl die Vorräthe nicht unbeträchtlich sind.

Straßburg, den 28. Jan. Mehrere Personen, welche in Folge der Decemberereignisse gefänglich eingezogen wurden, haben ihre Freiheit wieder erlangt.

Spanien.

Madrid, den 25. Jan. Es sind bereits 12 republikanische Clubs aufgehoben worden, die in verschiedenen Städten des Litorals bestanden haben. Ungefähr 150 Personen, die Mitglieder derselben waren, sind verhaftet worden.

Italien.

Rom, den 22. Jan. Der Papst hat eine Staats-Oeconomie-Kommission zur Ermöglichung von Ersparnisse ernannt.

Zu **Neapel** fand ein Ministerwechsel statt. Fortunato ward entlassen und durch Ferd. Troya ersetzt; Luigi Caraffa erhielt vorläufig das Ministerium des Aeußern, Pasquale Governa die Polizei.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 17. Jan. Kossuth ist in der Hauptstadt Pennsylvaniens eingetroffen und dort mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Der Gouverneur von Massachusetts spricht sich offen dafür aus, daß die Union die ungarische Sache mit den Waffen in der Hand unterstützen möge. — Durch eine telegraphische Depesche aus Washington erfahren wir, daß der österreichische Gesandte, Hr. Hülsemann, in seinem Briefe an den Präsidenten Fillmore an diesen die Frage gestellt hat, ob seine Ansichten in Betreff der aufständischen österreichischen Provinzen mit den von dem Staatssekretär Webster bei Gelegenheit eines Kossuthdiners ausgesprochenen Ansichten in Einklang seien. Wenn der Präsident diesen Ansichten nicht seine Zustimmung gebe, schreibt Hr. Hülsemann, so seien die Aeußerungen Webster's nicht als Ausdruck der americanischen Regierung zu betrachten, und in den Beziehungen zwischen Oesterreich und den Vereinigten Staaten trete dann keine Aenderung ein. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

München, den 31. Jan. Wie gestern und vorgestern in Landshut und Erding, so sind heute auch hier die Getreidepreise etwas gefallen. Nach Aussage vieler Oeconomen, die wir heute auf der Schranne sprachen, ist der Stand der Wintersaat zur Zeit allenthalben ein sehr befriedigender. (A. Z.)

Paris, den 31. Jan. Durch Decret des Präsidenten der Republik ist Hr. Delangle, ehemaliger Generalprocurator am Appellationshofe von Paris, zum Generalprocurator am Cassationshofe ernannt, an die Stelle des Hrn Dupin, dessen Demission angenommen worden.

Turin, den 27. Jan. Der Senat hat gestern mit 40 gegen 7 Stimmen den österreichischen Handelsvertrag genehmigt.

Miscellen.

In London hat sich das große Publikum mehrere Tage hintereinander sehr lebhaft interessirt durch eine ungemein verwickelte Gerichtsverhandlung gegen eine Mad. Cumming, deren Wahnsinn offiziell bewiesen werden mußte. Mad. Cumming, welche ihre Tochter enterbt hatte, war die allerzärtlichste Mutter von acht Katzen, für welche sie sich eine Gouvernante hielt. Sie waren alle heimlich getauft worden bis auf eine, für welche sie große Besorgniß hegte, als sie eines Tages krank war und keinen Wein trinken wollte, daß sie vielleicht ohne Taufe sterben und dann nicht selig werden könne.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[813] **Anzeige.**

Um irrigen, zum Nachtheile des Unterzeichneten verbreiteten Gerüchten zu begegnen, bringt derselbe hiemit zur Kenntniß eines viehbesitzenden Publikums, daß er seine thierärztliche Praxis auch fernerhin jederzeit wie bisher ausüben wird, und empfiehlt sich daher derselbe zugleich allen Viehbesitzern sowol hier als der umliegenden Ortsgemeinden bei vorkommenden Fällen hiemit bestens. Eine 30jährige ununterbrochene Praxis setzt den Unterzeichneten in den Stand, allen billigen Anforderungen auf das Befriedigste zu entsprechen.

Haßloch, den 1. Februar 1852.

Joh. Schmitt, Thierarzt.

[814] **Auszug.**

Durch Ladung vom ein und dreißigsten Januar 1852 hat Margaretha geborne Rieth, Ehefrau von Carl Schumann, Deconom, beide in Oggersheim wohnhaft, die Klage auf Gütertrennung gegen ihren genannten Ehemann angestellt und den Advocaten Ludwig Willich in Frankenthal als ihren Anwalt constituirt.

Frankenthal, den 31. Januar 1852.

L. Willich.

[811] **Stammholzversteigerung zu Gommersheim.**

Auf Mittwoch, den 18. Februar l. Js., des Morgens um ½10 Uhr anfangend, werden im Gommersheimer Gemeinde-Wald, Schlag Ueberzwerchbusch und Eichig, 136 eichene Baustämme, wovon mehrere zu Schiffsbauholz geeignet sind, zahlbar auf 1. October l. Js. versteigert, als:

23	eichene Baustämme	I. Klasse,
33	„ „	II. „
43	„ „	III. „
29	„ „	IV. „
4	„ Schmiedeklötze,	
4	„ Wagnerstangen.	

Der Anfang wird bei Nro. 120 im Ueberzwerchbusch gemacht.

Gommersheim, den 28. Januar 1852.

Das Bürgermeisteramt:
Krebs.

Fahrten der Local-Dampfboote Delphin I und II

vom 1. Februar.

Abfahrt von **Ludwigshafen a. Rh.** nach Mainz in Verbindung mit der Frankfurt-Mainz-Binger Localfahrt: **alle grade Tage,** 2., 4., 6. rc., Vormittags 11 Uhr, nach Ankunft des Eisenbahnzuges.

Nähere Auskunft ertheilt der Agent: **C. Aug. Exter.**

Ludwigshafen a. Rhein, den 1. Februar 1852. [812]

Neue
Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 31 | den 5. Februar 1852.

Deutschland.

• **München,** den 30. Jan. Mit Verwunderung habe ich aus der Speyerer Ztg. Nro. 23 ersehen, daß mein Bericht über die Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 22. d. in Speyer nicht eingetroffen ist. Ich habe das fragliche Schreiben selbst auf der Post abgegeben. Es ist sehr unangenehm, wenn zu der ohnehin übermäßig späten Ankunft der Correspondenz aus München, auch noch der Verlust von Briefen kommt.

Obwol der Bericht nunmehr das Interesse der Neuheit verloren hat, so wollen wir wenigstens, zur Ergänzung unserer übrigen Mittheilungen über die Landtagsverhandlungen, wenigstens die Hauptmomente der Debatten vom 22. nachtragen.

Es ward in der Budgetberathung fortgefahren. Ohne besondere Discussion erlangten folgende Ausgabensätze Zustimmung: Finanzministerium 775,178 fl.; Steuerkataster 481,250; Münzanstalt 10,350, Pensionen der Wittwen und Waisen der Staatsdiener 558,200 fl. Der Antrag von Kochs ward gleichfalls angenommen, daß der Kreis Oberbaiern nicht neu vermessen, sondern blos neu bonitirt und classificirt werde. — Roos äußerte den Wunsch, daß in der Pfalz die Fortführung der Cataster den Bürgermeistern übertragen werden möchte. Minister Aschenbrenner äußert Bedenken dagegen, will jedoch neue Erhebungen veranlassen.

Militäretat. Die Regierung postulirt 10,042,000, der Ausschuß begutachtet 9,792,000, der Referent Langguth 9,542,000 fl. Diese Verminderung soll an der activen Armee stattfinden, für welche die Regierung 8½ Millionen in Anspruch nimmt; (ferner 800,000 fl. die Gendarmerie, 50,000 fl. für das topographische Büreau, 92,000 fl. für den Invaliden-, Wittwen- und Waisenfonds, endlich 600,000 fl. für Militärpensionen.)

Präsident Weis spricht sich für die volle Regierungsforderung aus, in so lange, als man nicht nachweise, daß die Armee in ihrer jetzigen Formation mit weniger erhalten werden könne.

Kolb beantragt, für die Active Armee blos 6 Millionen, im Ganzen also 7'542,000 fl. zu bewilligen. (Die [unter der größten Aufmerksamkeit aller Parteien des Hauses entwickelte] Begründung dieses Antrags ist bereits in Nro. 24 der Speyr. Ztg. abgedruckt.)

v. Koch erklärt, für den Ausschußantrag zu stimmen. — Thinnes dagegen äußert, er habe im Ausschusse gleichfalls mit der Majorität gestimmt, nach der Erklärung des franz. Kriegsministers aber, wegen Aenderung der Grenzen des Elsaßes, votire er für den Regierungsvorschlag. — v. Lerchenfeld. Die Kammer habe zwar nicht das Recht die Formation zu bestimmen, wol aber die Geldmittel. Die Heeresformation in Baiern sei verhältnißmäßig größer als in Oesterreich, Preußen und Frankreich; behalte man dieselbe bei, so werde man selbst mit der geforderten Summe nicht ausreichen, sondern noch zwei Millionen mehr brauchen. Ein Krieg sei ihm nicht wahrscheinlich; trete ein solcher ein, so werde ohnehin die jetzige Festsetzung nicht eingehalten. Stimmt mit Langguth. — Förg, für den Regierungsvorschlag; man möge nicht an einigen 100,000 fl. sparen.

Nun nimmt der Ministerpräsident das Wort, jedoch ohne besondern Eindruck hervorzubringen. Er stützt sich darauf, der Bund könne sehr wol die Matrikel ändern und größere Contingente fordern. Baiern könne nicht nach dem (verhältnißmäßigen) Maßstabe von Württemberg beurtheilt werden. Belgien und Sardinien verwendeten weit mehr als Baiern auf das Heer.

Hierauf sprach Lasaulx, (unter großer Aufmerksamkeit). Ein Staat sei gerade so viel werth, als seine Militärkraft. Das Volksleben halte nur noch so lange, „als die Militärkraft aufrecht erhalten werden kann. ... Der gegenwärtige Zustand von Europa wird durch nichts Anderes aufrecht erhalten, als durch die Armeen; nur so lange sich die Soldaten dafür schlagen, so lange besteht er, keine Stunde länger! Spricht von Frankreich, wo ein „Flibustier" die Gewalt an sich gerissen habe, durch „eine geschickte Escamotage." Entweder werde Napoleon zum Kriege getrieben werden, oder eine andere Katastrophe eintreten. Eine Erhöhung der Steuern gehe nicht über die Kräfte des Landes; Redner wisse dies aus dem Munde von Bauern selbst.

von Harold (unter großer Unaufmerksamkeit) ärgert sich über den „exorbitanten Abstrich," den Kolb vorschlug, und dem er entgegen trete; das Volk bringe lieber Opfer für das Heer, als daß es von „revolutionären Banden gebrandschatzt werde."

Wallerstein. Weist auf das Eigenthümliche hin, daß die Minister der Einzelstaaten nicht selten zuerst selbst am Bunde zu einem Beschlusse (der in Aussicht gestellten Vergrößerung der Contingente) mitwirkten, und dann im eigenen Lande diesen Beschluß anriefen; das sei unvereinbar mit dem Constitutionalismus. Die Berufung auf Sardinien und Belgien passe nicht, wol aber gerade die auf Württemberg, dessen König selbst Feldherr sei. Als nach den Napoleonischen Kriegen der Feldherr Wrede an der Spitze des baierischen Heerwesens gestanden, habe er nicht mehr für die Armee verlangt, als heute von Kolb beantragt werde. Glaubt nicht an Krieg. Es ist ihm nicht unwahrscheinlich, daß sich Bonaparte, zwar nicht auf die Dauer, wol aber auf einige Zeit, behaupte. Komme es anders, so werde doch mehr, als selbst die Regierung fordere, ausgegeben.

v. d. Pfordten nimmt nochmals das Wort. Nur 6 Millionen verwilligen, wäre so gut, als die ganze Ausgabe verweigern. Hofft, daß die Majorität darüber nicht im Zweifel sein werde. Die Frage der Armee „ist jetzt eine Lebensfrage für uns geworden. ... Unsere Civilisation beruht jetzt wesentlich auf unserer Armee." Bezieht sich lobend auf die Rede von Lasaulx.*) Ernstlich könne es sich wol nur darum handeln, ob 250,000 fl. (nach dem Ausschußantrage) erspart werden sollten, und es werde doch Niemand behaupten können, daß Baiern außer Stande sei, diese aufzubringen. „Mir erscheint die ganze Frage wesentlich unter dem Standpuncte des Gefühls — und des patriotischen Gefühls.." Baierns Bedeutung dürfe nicht geschwächt werden. Ob unter dem Ringen Oesterreichs und Preußens — „Deutschlands politische Existenz im Ganzen untergehen soll, das wird wesentlich mit durch die Kraft und Selbständigkeit Baierns entschieden werden. Kein anderer Staat, ... wir allein sind im Stande, ein Bindemittel zu bilden zwischen jenen zwei ringenden Elementen. Wir haben es im J. 1849 bewiesen. ... Wir gehen in der nächsten Zeit einer ähnlichen Krise entgegen." Hebt schließlich wiederholt nach-

*) In der folgenden Sitzung erklärte der Ministerpräsident bekanntlich, daß er den Ausfall Lasaulx's auf Napoleon überhört habe, indem er sonst einen Ordnungsruf hätte provociren müssen,

drücklich hervor, daß die Abstimmung über keine andere Position „eine tiefere Bedeutung und einen höhern Werth“ habe, als diese.

Nun sprach Crämer unter gespanntem Aufmerksamkeit. (Wir haben dessen Rede in Nro. 25 vollständig mitgetheilt.)

Heine. Nicht die Armee allein, sondern neben ihr die Kirche, sei Stütze der Civilisation. Eine Verminderung auf 6 Millionen sei ernstlich nicht denkbar. Wenn es sich aber blos um 250,000 fl. handle, da „werden Sie unserm Kriegsminister, welcher ein strenger aber gerechter Papa seines Heeres genannt zu werden verdient, die Schlüßel zu den 250,000 fl. nicht verweigern wollen.“ Erinnert daran, daß unter dem jetzigen Kriegsminister die frühern Soldatenexcessen aufgehört hätten. Er habe keinen Zweifel, daß das Land diese Last werde tragen können, dagegen werde es nicht aushalten können, „jene geldverschlingende Art von Napoleonischen Plänen zu den vielen Eisenbahnen.“

Unter geringer Aufmerksamkeit sprechen nun noch: Roos und Lang, beide um die ganze Regierungsforderung zu vertheidigen (der letzte erhebt auch solche Einwendungen gegen Kolbs Entwicklung, welche dieser zum Voraus schon widerlegt hatte, z. B. daß es im Sonderbundskriege so wenig Tode gegeben, daß die (unorganisirten) Volkswehren in Baden sich schlecht geschlagen hätten u. s. f.). — Rebenack erklärt, daß er jetzt ebenso, wie im Ausschuße, für die in dem letzten festgesetzte Summe votiren werde.

Ruland, mit Wärme für die Regierungsforderung. Es handle sich um einen Principienkampf. Gerade was Kolb ehrlich ausgesprochen, daß die Democratie siegen werde, müßte ihn gegen die Verminderung der Armee stimmen machen. Die Mehrheit des Volkes wolle diesen Sieg nicht. Gibt sein Entsetzen vor der Democratie, wie er dieselbe gesehen habe, kund.

Nachdem der Präsident die Debatten geschlossen erklärt, spricht noch in Kürze Kriegsminister v. Lüder. Er habe ein „weit höheres Budget entworfen.“ Höhere Rücksichten hätten ihn, „als gehorsamen Soldaten,“ vermocht, es so weit abzuändern. Mit Erstaunen habe er von weitern Abstrichen gehört.

v. d. Pfordten spricht zum dritten Male. Er bedauert, daß Wallerstein die Frage der Rheingränze als eine „kleinliche“ bezeichnet habe (Wallerstein widerspricht). Eines der gefährlichsten Schlagwörter sei „dynastische Interessen“ jenen des Volkes entgegen stellen zu wollen; daher rühre das ganze Unglück Frankreichs seit mehr als 60 Jahren. Das „zerfressende Gift“ unserer Zeit sei „die rationalistische Richtung unserer Philosophie, welche das Individuum zum Mittelpuncte der Weltgeschichte macht.“ Vertheidigt nochmals die Regierungsforderung.

Hierauf Abstimmung über das Regierungspostulat. — Der Präsident erklärt dasselbe verworfen. (Sensation.) — v. d. Pfordten: Mit wie viel Stimmen? — Präs.: Mit 67 gegen 61 oder 62. — v. d. Pfordten fordert den Namensaufruf. Es ergibt sich nun die Verwerfung mit 69 gegen 61. Von Pfälzern stimmten dafür: Heine, Jäger, Lang, Meuth, Prinz, Römmich, Roos und Weis; — dagegen: Aufschnaiter, Benzino, Boye, Brunk, Kolb, Müller, Rebenack, Scharpff, Tafel und Tillmann.

Abstimmung über den Ausschußantrag (Verminderung um blos 250,000 fl.) Derselbe wird mit 79 gegen 51 angenommen. Die Abgeordneten aus der Pfalz stimmten in gleicher Weise, nur daß Benzino und Rebenack den Bejahenden beitraten.

Nürnberg, den 31. Jan. Der größte Theil der Bücher, welche die kleine Bibliothek der aufgelösten „freien Gemeinde“ bildeten, ist wieder zurückgegeben worden; einige wurden jedoch in polizeilichem Gewahrsam zurückbehalten, weil sie verboten sind, und ist deshalb auch von Seiten der kgl. Staatsanwaltschaft dahier auf eine strafrechtliche Untersuchung beantragt worden. Die fraglichen Bücher waren früher angekauft und im Besitz der Gemeinde, als das Verbot derselben erfolgte. (N. K.)

Fulda, den 1. Febr. So weit ist es gekommen, daß das zarte Frauengeschlecht sich zur Befriedigung weiblicher Rache des Mittels der politischen Verdächtigung bedient. Eine etwas von den Herren vernachläßigte Schöne, Theilnehmerin eines hiesigen aus Herren und Damen bestehenden Gesangvereines, denuncirte diesen Verein in einer anonymen Eingabe als politisch-verbrecherisch. Die Untersuchung ergab augenblicklich völlige Verdachtlosigkeit. (Fr. J.)

Berlin, den 29. Jan. Von dem mit einer Schaar der aufgelösten schleswig-holsteinischen Armee in brasilianische Militärdienste getretenen Herrn v. d. Heyde, der längere Zeit auch hier lebte, sind jüngst Nachrichten aus Brasilien hergelangt, welche die Lage dieser Truppen sehr ungünstig schildern und deren Rückkehr nach Deutschland in gar nicht ferne (?) Aussicht stellen.

— den 30. Januar. Die in Frankfurt erschienene Auflage von Gutzkow's „Wally“ ist mit Beschlag belegt worden.

Breslau, den 28. Jan. Ein Ukas hat die Getraideausfuhr aus dem gesammten russischen Reiche verboten.

Man schreibt der Schlesischen Ztg. aus **Liegnitz** vom 26. Jan.: „Von bedauernswerther Art ist ein Auftritt, welcher gestern Abend im Sale des „Deutschen Kaisers“ stattgefunden hat, und worüber uns folgende Mittheilung geworden. Nach 10 Uhr, als das allgemeine Tanzvergnügen, an dem sich Soldaten und Civilisten betheiligten, der polizeilichen Vorschrift aufgehört hatte, vernahm man ein Pfeifen, und alsbald stürzten eine Menge Soldaten mit blank gezogenen Säbeln in den Saal. Sie fingen auch sofort an auf die noch vorhandenen Civilisten einzuhauen, und das Handgemenge wurde von so erheblicher Natur, daß eine große Zahl bedeutender Verwundungen vorkam. Ganz besonders sind die Civilisten übel zugerichtet worden. Acht von ihnen sollen schwere Verletzungen erhalten haben. Der eine welcher einen schweren Hieb über den Kopf erhielt, wird kaum mit dem Leben davonkommen. Welche Ursache dieser Schlägerei zu Grunde liegt, wissen wir nicht. Politische Motive sollen sie nicht hervorgerufen haben.“

Hannover, den 29. Jan. Nach der „H. P.“ ist der zum Deputirten erwählte Kanzleiassessor Planck gleich nach seiner Wahl nach Aurich versetzt. So beginnt, bemerkt jenes Blatt, denn auch hier zu Lande die Maßregelung mißliebiger Beamten.

Rostock, den 30. Jan. Das allgemeine Stadtgespräch bildet eine jüngst von Schwerin hierher gelangte Verfügung, welche die Schließung des hiesigen Stadttheaters innerhalb 14 Tagen befiehlt. Soweit man erfährt, hängt die Sache folgendermaßen zusammen: Vor fast 3 Wochen wurde an einem Sonntag der Griepenkerl'sche „Robespierre“ gegeben und dabei vorschriftsmäßig zwischen dem zweiten und dritten Act die Marseillaise gespielt. Auf stürmischen Dacapo-Ruf mußte dieselbe wiederholt werden, und soll, wie es heißt, ein Theil des Publicums mit eingestimmt haben. Natürlich wurde von Policeiwegen schon am nächsten Morgen die Wiederholung des Stücks verboten, und glaubte man die Sache damit abgemacht. Bei einer jüngsten Veranlassung soll indeß in höheren Regionen die Aufmerksamkeit von Neuem auf diesen Vorfall gelenkt worden sein und die Veranlassung zum genannten Verbot gegeben haben, bei welchem man nur in Betracht der Verpflichtungen des Theaterdirectors noch eine 14tägige Frist gewährte. Viele wollen bezweifeln, ob der Regierung in unserer Stadt das Recht zustehe, eine solche Maßregel zu treffen. (Z. Z.)

Luxemburg, den 26. Jan. Nach einer Mittheilung im „Lux. Wort“ hat der von der niederländischen mit der päpstlichen Regierung abgeschlossene Handels- und Schiffahrtsvertrag zur weiteren Folge eine Uebereinkunft mit der päpstlichen Kurie gehabt, nach welcher

die katholische Hierarchie in den Niederlanden wieder hergestellt und eine Anzahl bischöflicher Sitze errichtet werden soll.

Wien, den 27. Jan. Das Bulletin der vorwöchentlichen kriegsgerichtlichen Verurtheilungen ist diesmal wieder ziemlich reichhaltig. Ein „Hörer der Rechte" wurde wegen „Aufreizung zum Aufruhr" zu sechsmonatlichem schweren Kerker, ein Kolorist wegen Abfassung und Verbreitung aufreizender Schriften zu drei Monaten Stockhausarrest in Eisen verurtheilt. Einen Handlungs-Commis trafen wegen aufreizender Demonstration an einem öffentlichen Orte zwanzig Ruthenstreiche und achttägiger Stockhausarrest. Wegen öffentlicher Ruhestörung durch Zusammenrottung und Verabredung zur Arbeitsverweigerung, wurden 24 Fabrikarbeiter meist zu 15 bis 25 Stockstreichen verurtheilt. Allem Anschein nach soll die Prügelstrafe in größerem Umfange gehandhabt werden.

(Kuriosum.) Die Staatsdruckerei soll demnächst unter die Leitung eines höheren Militärs gestellt werden; auch von der hiesigen Universität erzählt man ein Gleiches und bezeichnet als künftigen Kurator derselben den Feldmarschall Hauslab.

Oesterreichische Staaten.

Von der galizischen Gränze, den 27. Jan. Ein christliches Mädchen, Seaczinsky mit Namen, welches von früher Jugend an in Judenhäusern gedient hat, meldete sich zum Uebertritt zum Mosaismus, wurde jedoch rasch in ein Kloster gesteckt, wo es auf andere Gedanken gebracht werden sollte. Plötzlich verschwand jedoch das Mädchen, ohne daß weiter eine Spur von ihm entdeckt werden konnte, und kann dieser Vorfall als ein sprechender Beleg der in der Praxis bestehenden Religionsfreiheit dienen.

Frankreich.

Paris. Wie gut die französische Policei, besonders in den höhern Regionen der Gesellschaft, bedient ist, beweist deutlich die folgende Erzählung: Eine der reichsten Damen im Faubourg St. Germain, Madame de Pommereau, die viele Abendgesellschaften und Bälle gibt, hatte vor einigen Tagen ihre Einladungen zu einem kleinen Feste erlassen. An dem Tage, an dem das Fest stattfinden sollte, meldete sich ein feingekleideter Mann bei ihr und bat sie um eine Einladungskarte zu ihrem Balle. Madame de Pommereau war gern bereit, ihm dieselbe zu gewähren, frug ihn aber vorher, welche Empfehlungen er habe. „Je suis de la police" — sagte der junge Mann — „et j'agis d'après les ordres de Mr. de Maupas." (Ich bin von der Policei und handle nach den Befehlen des Hrn. v. Maupas.) Madame de Pommereau fand diese Empfehlung sehr schlecht und schlug das Gesuch ab. Der junge Mann bestand aber auf seinem Verlangen und bat endlich die Dame, ihm die Einladungsliste zu zeigen, da er strengen Befehl habe, nicht wegzugehen, ohne dieselbe wenigstens gesehen zu haben. Um ihn los zu werden, willfahrte Madame de Pommereau der Bitte oder vielmehr dem Befehle des jungen Mannes. Dieser warf einen Blick auf die Liste und gab sie der Hausfrau mit den Worten zurück: „Après avoir pris connaissance des noms de votre liste, ma présence à votre bal est inutile." (Nachdem ich von den Namen Ihrer Liste Kenntniß genommen, finde ich meine Gegenwart auf Ihrem Balle unnöthig.)

Paris, den 30. Jan. Bekanntlich ist der Bruder des Exrepräsentanten Goudchaux, der Director des Nationalcomptoirs von Strasburg war, seiner Stelle entsetzt worden. In Strasburg wurde sofort eine Subscription zu Gunsten desselben eröffnet, um 500,000 Fr. zur Gründung eines Hauses zusammenzubringen. Das Unternehmen ist jedoch an der Drohung des Präfecten von Strasburg gescheitert, der Goudchaux mit Ausweisung bedroht, wenn er nicht sofort Anstalten treffe, daß die Subscription eingestellt werde. (Köln. Ztg.)

— **den 31. Jan.** Es ist die Rede von einer Erhöhung der Gehalte der diplomatischen und consularischen Agenten Frankreichs, um diese in den Stand zu setzen, überall in einer ihrem Range entsprechenden Weise aufzutreten.

Obrist Laborde, ehemaliger Obrist der alten Garde des Kaisers auf der Insel Elba, ist von dem Prinz-Präsidenten der Republik zum Gouverneur des Palastes des Senats ernannt worden.

Der „Moniteur" enthält folgendes „Mitgetheilt": „Einige Personen waren der Meinung, daß die Kapelle und die Grabgewölbe von Dreux in die Decrete vom 22. Januar (in Betreff der Güter der Familie Orleans) mit einbegriffen seien. Es war niemals die Absicht der Regierung, der Familie Orleans diesen ihrer Pietät werthen Besitz zu entziehen.

Aus dem Elsaß, den 1. Jan. In den meisten Bezirken des Elsaßes übt die Policei eine außerordentliche Strenge aus gegen Bierbrauereien, Schenken und Wirthschaften, welche im Verdachte stehen, daß politische Gespräche und Vereinigungen in denselben stattfinden. Die Schließung dieser Häuser erfolgt in der Regel, sobald nur das geringste Anzeichen von Verdacht vorhanden. — An der Schweizer Gränze ist die Beaufsichtigung der ein- und ausgehenden Fremden außerordentlich verschärft worden; ebenso im Unterelsaß, wo man zugleich ein scharfes Augenmerk auf alle Drucksachen richtet, welche von der dortigen Gränze nach Frankreich gebracht werden sollen. Eine Menge deutscher Blätter sind bei uns verboten.

Portugal.

Lissabon, den 24. Jan. Die Regierung hat den Kammern den Gesetzentwurf für die Reform der Charte vorgelegt. Dieser Entwurf geht im Wesentlichen dahin, das britische System der directen Wahlen einzuführen, den Kammern das Untersuchungsrecht einzuräumen und einen Rechnungshof einzusetzen.

Großbritanien.

London, den 28. Jan. In allen Häfen hat die Regierung die Zollbehörden aufgefordert, eine Liste der zum Hafen gehörigen Dampfer von über 50 Pferdekraft anzufertigen und vorzulegen. Die Dampfschiffeigenthümer haben, wie man versichert, überall sogleich die verlangte Auskunft gegeben und ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, dem Staat im Nothfall ihre ganze Dampfkraft zur Verfügung zu stellen.

Rußland.

Nach einer Warschauer Correspondenz der Hamburger Nachrichten vom 24. Jan. ist das Decret des Kaisers erschienen, welches den Bau einer Eisenbahn zwischen Petersburg und Warschau anordnet, und zwar sollen die Arbeiten sofort an beiden Endpuncten aus gleichzeitig in Angriff genommen werden. Die in commercieller Beziehung wichtige Richtung des neuen Schienenweges wird durch folgende Punkte bestimmt. Von Petersburg geht die Linie über Luga, Pskow, Ostrow, Rzezyka, Dünaburg, Wilna, Grodno, Bialystock nach Warschau. Die Gesammtlänge dieses Weges beträgt 1011 Werst, gleich 144¼ deutsche Meilen.

Miscellen.

***München.** Es ist beinahe unglaublich, welche falschen Gerüchte mitunter verbreitet werden. So sagt man eben, indem man sich auf den Inhalt einer der letzten Nummern der Pfälzer Ztg. und die darin geführte so anstandsvolle Polemik bezieht, Hr. Dr. Jäger sei mit der sorgsamen Bearbeitung eines in der deutschen Literatur eine längst gefühlte Lücke ausfüllenden Werkes beschäftigt, welches den Titel führen soll: „Der Mann von Anstand, feiner Bildung, nobler Erziehung und gutem Tone; nebst einer Beigabe „über die sittliche Entrüstung," und einem weitern Anhange, die vorzüglichsten Musterstücke einer schicklichen Polemik aus der Pfälzer Ztg. enthaltend; zugleich als Lesebuch in den Schulen der Pfalz bestimmt; — auf Kosten der Gemeinden." — Wenn aber auch dieses Gerücht zu den Erdich-

tungen des Tages gehört so hat es dagegen mit einer andern Angabe volle Richtigkeit, nemlich mit der: daß Hr. Jäger und seine Genossen wirklich nicht die geringste Schuld davon tragen, daß der vorigen Civilliste das grandiose Unrecht zugefügt wurde, das s. g. „griechische Anlehen" flüssig machen zu müßen. — Einige andere Gerüchte brauchen, um nicht unnöthig unangenehme Erinnerungen zu wecken, wol erst dann widerlegt zu werden, wenn etwa die „Preußische Union" wider Vermuthen doch nochmals aufleben, oder wenn einmal wieder die wichtige Nachricht zu vermelden sein sollte, daß drei Mann Preußischer Truppen von der „preußischen" Gränze „bei Kirchheimbolanden" aus (nach der neuen Geographie des halbamtlichen Blattes), ihre schreckenerregende Invasion wiederholt hätten.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, den 3. Febr. Nach einer heute im „Staatsanzeiger" erschienenen kgl. Verordnung sind die in Stuttgart, Hall, Gmünd, Göppingen, Reutlingen, Oeringen, Eßlingen, Ellwangen unter dem Namen von Volksvereinen, in Heilbronn unter dem Namen „der (democratische) Verein zur freien Bürgerschaft," in Geislingen unter dem Namen „der Democraten-Clubb" gebildeten Vereine und ihre Verzweigungen aufgelöst. Ihre Fortdauer wird als staatsgefährlich hiermit verboten. Jede fernere Theilnahme an diesen Vereinen und ihren Verzweigungen ist an den Stiftern und Vorstehern mit Kreisgefängniß bis zu Einem Jahre, an den übrigen Genossen mit Gefängniß bis zu vier Wochen oder mit Geldbuße von 50 bis 200 fl. zu bestrafen rc. (F. J.)

Konstantinopel, den 24. Jan. Die strittige Angelegenheit des heiligen Grabes ist auf Grundlage des Tractats von 1760 zur Zufriedenheit Lavalette's und der türkischen Regierung geschlichtet.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Resultate der Kaltwasserheilanstalt Gleisweiler rc. von Dr. med. L. Schneider. Landau 1852, bei Ed. Kaußler.

Thatsachen sprechen und überzeugen. Hievon ausgehend führt uns vorliegendes Heft eine Reihe von Krankengeschichten vor, welche die glücklichen Erfolge der Kaltwasserkur und zunächst deren Anwendungsweise im Bade Gleisweiler in einfacher, allgemein verständlicher Darstellung kundgeben. Es ist bekanntlich eine schwere Aufgabe, zugleich für Fachmänner und für Laien zu schreiben; der Erfolg befriedigt gewöhnlich beide Theile gleich wenig. Wir setzen nun voraus, daß der geehrte Verfasser zunächst das große Publicum im Auge hatte und sind weit entfernt ihm daraus einen Vorwurf zu machen, sondern bemerken blos, daß vom wissenschaftlichen Standpuncte aus natürlich höhere Forderungen auf Vollständigkeit der Symptomenreihe, sowie auf Klarheit und Schärfe der Begriffe gestellt werden müßten. Wer aber für die Laienwelt schreibt, der darf und muß sogar, um verständlich zu werden, sich in der ältern theilweise so vagen Terminologie bewegen, welche auf dem gegenwärtigen Standpuncte der Wissenschaften ärztlichen Lesern nicht mehr genügen kann. Doch werden auch diese die Krankheitsgeschichten mit Vergnügen und Nutzen verfolgen, denn, abgesehen von practischem Werthe bieten nicht wenige neuen Stoff zur Erklärung räthselhafter Erscheinungen im Gebiete der Physiologie und besonders der Nervenpathologie. — Wer bedenkt, wie schwierig es ist, von manchen Kranken eine genügende Auskunft über frühere Leiden zu erhalten; wer weiß, inmitten welcher Fluth von Geschäften der verschiedensten Art der Vorstand einer Heilanstalt seine Notizen aufzuzeichnen gezwungen ist, der wird einzelne Lücken und Mängel zu entschuldigen wissen.

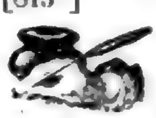
Wenn die Zahl der vom Jahr 1844—1851 in Gleisweiler behandelten Kranken die Summe von **1820** erreicht, trotz der von Jahr zu Jahr sich mehrenden Concurrenz ähnlicher Anstalten in nicht sehr großer Entfernung, so darf neben den Vorzügen in Lage und Ausstattung der Anstalt ein bedeutender Antheil an dieser Frequenz dem modificirten Heilverfahren des Vorstandes zugeschrieben werden. Als durchgebildeter Arzt hütet sich nemlich Dr. Schneider, wie uns die Krankheitsgeschichten beweisen, neben der neuen Methode alle bisherigen Leistungen der Heilkunde zu verläugnen oder gegebenen Falles deren Hülfe zu verschmähen, und nur auf solchem Wege kann es gelingen, der Anstalt auf die Dauer das Zutrauen der Aerzte sowie des Publicums zu erhalten. Fügen wir bei, daß auch der biedre, jeder badärztlichen Charlatanerie fremde Character sowie die Menschenfreundlichkeit des Vorstandes Allen in wohlthuender Erinnerung geblieben, welche die Anstalt näher, als durch einen flüchtigen Besuch kennen gelernt.

Möchten die mitgetheilten Resultate, welche in jedem unbefangenen Leser den Eindruck wahrheitsgetreuer, redlicher Angaben zurücklassen werden, dazu beitragen, so manche noch bestehende Vorurtheile gegen die Wasserheilkunde zu zerstreuen und zugleich die Bedenklichkeiten ängstlicher Gemüther vor den Schrecknißen jener Curen zu mindern. Leser, welche selbst als Curgäste in Gleisweiler verweilt, mögen in der vorliegenden Sammlung von Krankheitsbildern zum Theil ihr eigenes gelungenes Conterfei von damals oder doch die kenntliche Zeichnung manches Badgenossen auffinden und sich daran ergötzen.

Ein Arzt und Wasserfreund.

[810²] Ein **Eisendreher** findet dauernde Beschäftigung bei G. B. Speyerer,
Mechaniker in Neustadt a. d. H.

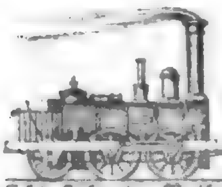
[815²] **Stellegesuch.**



Ein im Gerichtsbotenfache geübter und geprüfter Gehülfe wünscht entweder bei einem Gerichtsboten, in einer Advocatur, oder Gerichtsschreiberei eine Stelle zu erhalten. Frankirte Briefe befördert die Expedition ds. Blts.

[791³]

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.



Der unterzeichnete Verwaltungsrath beehrt sich die Inhaber der Actien-Certificate, auf welche 45 ꝟ eingezahlt sind, zu einer

außerordentlichen Generalversammlung

auf

Montag, den 16. Februar d. J., **Vormittags 10 Uhr,**

hiermit einzuladen.

Außer den Berathungen, welche sich aus dem Stande der Verhandlungen über die in Aussicht stehende Betheiligung des Staates ergeben werden, sollen die Berichterstattung, sowie Abänderungen einiger Paragraphen der Statuten, insbesondere des §. 13 zur Berathung kommen.

Die Präsentation und Anmeldung der Actien-Certificate findet am 29., 30. und 31. Januar, die Empfangnahme der Eintrittskarten am 12., 13. und 14. Februar im Bureaulocale der Verwaltung statt.

Auf den Eintrittskarten wird sowohl die den Anmeldenden nach §. 11 der Statuten zukommende Stimmenzahl, als auch das Local der Versammlung bezeichnet sein.

Mainz, den 14. Januar 1852.

Der Verwaltungsrath.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 32 | den 6. Februar 1852.

Deutschland.

* **Betrachtungen.** Als Ludwig Bonaparte seinen „Staatsstreich“ ausführte, jubelten die s. g. „Conservativen,“ mit wenigen Ausnahmen, darüber, daß nun die Republik in Frankreich vernichtet sei. Von Tag zu Tag öffneten sich indessen einer größeren Anzahl die Augen. Alsbald erschienen, in den sich dafür ausgebenden conservativen Blättern, hart neben den die Gewaltstreiche lobhudelnden Artikeln, auch tadelnde. Allmählig wurden die ersten völlig durch die letzten verdrängt. Das Lob ist nachgerade überall verstummt!

Und warum dies? Die Gefahren des Jahres 1852 sollen ja vorüber sein? Warum also dennoch Verstummen des Napoleonischen Lobes?

Weil die „Conservativen“ nun statt einer Gefahr, zwei Gefahren erblicken; nemlich neben der alten mit dem Haße und der Furcht vor der Democratie zusammenhängenden, die neue, jeden Augenblick mehr in den Vordergrund tretende, vor einem europäischen Kriege, einem Eroberungskriege, der, zumal vor einem nicht „legitimen“ Staatsoberhaupte begonnen, kaum ohne unberechenbare Umwälzungen, und zwar namentlich kaum ohne Umwälzungen der gefürchteten socialen Art, zu überstehen sein dürfte.

Man kann verschiedener Ansicht sein, ob Ludwig Bonaparte unbedingt den Krieg will oder nicht. Es kommt auf einen persönlichen Wunsch nicht viel an. Die Macht der Verhältniße wird wol den Gebieter an der Seine drängen. Im Innern ermangelt er jedes sichern Haltes: die Capacitäten aller Parteien haben sich von ihm losgesagt, die mächtige Bourgeoisie sieht sich in ihren sämmtlichen Interessen verletzt, die in Aussicht gestellten Verbesserungen der Lage der Proletarier werden sich immer mehr in das Gegentheil verwandeln, die vielen Geldbedürfniße werden nicht zu befriedigen sein. Wird Bonaparte unter diesen Verhältnißen seine auf die Dauer innerlich unhaltbare Stellung nicht zu retten versuchen durch das Wagniß eines Krieges, um wo möglich Ruhm und Eroberung mit seiner Herrschaft zu verbinden? Kann er ohne solches die Armee befriedigen? Drängt ihn nicht die ganze Art seines bisherigen Auftretens dahin? In allem, sehen wir, sucht er seinen Oheim nachzuahmen. Seine Herrschaft selbst muß er wesentlich darauf gründen, daß er sich als legitimen Nachfolger Napoleons betrachtet. Als solcher wird er die Rheingränze, Belgien, Piemont, fordern. Man erinnere sich, wie der Kaiser Napoleon, als im Jahre 1814 seine Feinde bereits im Herzen von Frankreich standen, alle Friedensunterhandlungen abbrach, weil er sich verpflichtet erklärte, die „Integrität des Reiches“ wenigstens in den Gränzen zu wahren, in welchen er dasselbe von der Republik überkommen hatte, was ein Aufgeben des linken Rheinufers ausschließe. Die Haltung Lud. Bonapartes gegen Belgien, Spanien, Sardinien, England und nun sogar Oesterreich, — wer kann sie für bedeutungslos halten?

In welchen Verhältnißen aber befindet sich Deutschland, indeß uns diese Entwicklung der Dinge in Aussicht steht? Wird man das Maßlose des Fehlers nirgends erkennen, den man beging, als man die Einigung eines freien Deutschlands vereitelte?!

* **München,** den 1. Febr. Seit dem vor einigen Tagen wirklich erfolgten Rücktritte des kenntnißvollen Gotthelf von der Redaction des „Bayerischen Eilboten“ gibt es sowol hier — in einer deutschen Stadt von 100,000 Einwohnern! — als im ganzen übrigen eigentlichen Altbaiern, — auch nicht mehr ein einziges freisinniges Blatt! Es ist hier der Ort nicht, zu untersuchen, durch welche materielle Rücksichten die Verlegerin des Eilboten dazu gebracht ward, den Redacteur zum Niederlegen seiner Stelle zu veranlassen. Täuschen wird sie sich freilich, wenn sie für die Zukunft einen höhern Ertrag von ihrem Blatte erwartet, da vielmehr der Austritt vieler Leser aus dem Abonnement vorherzusehen ist. Der Eilbote begibt sich unverkennbar in die Reihe der kleinen Neuigkeitsblätter, die eine Tendenz nicht verfolgen. An solchen ist ohnehin Ueberfluß. In diese Kategorie gehören namentlich vor Allen der „Landbote,“ dann, namentlich seit der jüngsten Zeit, die „Volksbötin,“ welche letzte früher ebenfalls ein Tendenzblatt werden wollte, — damals, als die Verhältniße für die freisinnige Partei günstig schienen, weßwegen das Unternehmen bei seinem Beginne von den Trägern dieser Richtung besonders unterstützt ward, während es jetzt von ihnen verlassen wird. Diese und andere Blätter wurden weitaus von den „Neuesten Nachrichten“ überflügelt, welche hier entschieden das größte Publicum erlangt haben. Dieselben sind, soferne überhaupt eine Parteifarbe hervortreten muß, durchaus „conservativ.“ Dessenungeachtet bekämpfen sie eben die seltsamen Lobeserhebungen Ludwig Bonaparte's und seines „Staatsstreichs,“ welche Bluntschi in der „Neuen Münchener Ztg.“ — also dem subventionirten Regierungsorgane! — zum Besten gab.“ —

Auch in Franken hat die freisinnige Presse schwer zu leiden. Der „Fränkische Kurier“ bringt seit längerer Zeit kaum mehr einen Tendenzartikel, — das Ergebniß der vielfachen Verfolgungen dieses Blattes. Sein Redacteur Jegel beabsichtigt, wie man vernimmt, nach Amerika auszuwandern. Es haben einige einleitende Schritte stattgefunden, ihn durch einen andern tüchtigen Redacteur zu ersetzen. Unter den obwaltenden Verhältnißen verdient die feste, consequente, in jeder Beziehung tüchtige Haltung des von Dr. Feist mit Kenntniß und Talent geleiteten „Nürnberger Kuriers“ doppelt ehrende Anerkennung. Wir halten uns verpflichtet, das Publikum auch im Leserkreise der Speyerer Zeitung ganz besonders hierauf aufmerksam zu machen. Der „Nürnberger Kurier“ gehört unstreitig zu den bestredigirten deutschen Zeitungen.

* **München,** den 2. Febr. Oeffentliche Blätter legen der etwas markirter gewordenen Parteistellung der beiden Fractionen der Linken eine größere Bedeutung bei, als wir anfangs vermutheten. Wir ermangeln deßhalb nicht, darüber einige Notizen mitzutheilen.

Die Entwicklung der Verhältniße bringt es mit sich, daß neue oder schärfere Nüancirungen sich bilden müßen. Es gilt dies von einer, wie von der andern Partei. Bedürfte es eines besonderen Beweises, so brauchte man nur einfach auf die kürzlich in einem Zeitraume von wenigen Tagen vorgekommene Doppelerscheinung hinweisen, daß der s. g. „Führer“ der Linken, Fürst Wallerstein, bei einer Abstimmung mit der Majorität votirte, wobei ihm nicht mehr als zwei Mitglieder der Linken zur Seite standen, indeß alle andern gegen ihn stimmten; während hinwieder der s. g. „Führer“ des „Centrums,“ v. Lerchenfeld, alsbald in einer ganz kleinen Minorität erschien, wobei ihn seine Parteigenossen gleichfalls bis auf zwei verlassen hatten.

Von der Wallerstein'schen Fraction haben sich nun allerdings immer mehr Mitglieder der Linken getrennt. Ab-

gesehen von Dr. Schmitt und Reinhart, welche überhaupt einen besondern Weg gehen, sagten sich längst schon von derselben los: Crämer, Köhl, Prell und Thom. Mayer. Ihnen folgte vor einiger Zeit Morgenstern; kürzlich Scharpff, und in den letzten Tagen Binder, Kolb und Tafel. Von Andern weiß man, daß sie, ohne formell aus dem Clubb auszutreten, denselben wenig mehr besuchen. Indeß unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß, ungeachtet dieser Austritte, zwar nicht die Gesammtheit, wol aber die Mehrzahl der im Clubb verbliebenen Mitglieder den Grundsätzen der Linken auch ferner unbedingt treu bleiben, und dem in einem hiesigen Blatte angedeuteten Einschlagen einer anderen Richtung, nicht folgen wird. Daß die ausgetretenen Mitglieder ihre Principien nicht geändert haben, bedarf ohnehin wohl keiner Versicherung. —

München, den 2. Febr. Die Artillerie soll nächstens kleine Gewehre, ähnlich den der Gendarmen, erhalten und die schwarzen Lederriemen um den Leib tragen, wie die Sanitätskompagnie. (Volksbtin.)

Darmstadt, den 29. Jan. Gegen den Physikatsarzt Dr. Weber von Gernsheim findet vor den Assisen Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung statt. Er hat am 9. Juni 1850 (am Geburtstage des Großherzogs) bei einem Festessen denselben einen „Strohmann" genannt. Der Ausspruch lautete auf: Nichtschuldig. (F. K.)

Kassel, den 2. Febr. Vorgestern wurde bei dem Amtsadvocaten Alsberg zu Carlshafen durch den Landrath Auffarth von Hofgeismar in Begleitung von Gensdarmerie Haussuchung gehalten, derselbe sodann verhaftet und in's Amtsgefängniß abgeführt. Wie verlautet, hat die Haussuchung nur nach verbotenen Zeitungen stattgefunden; man soll nun zwar nicht diese, wohl aber andere Papiere und Briefschaften gefunden haben, welche den Verhafteten und noch andere Personen compromittiren.

Gmünd. Einem großen hier herrschenden Uebel wurde dieser Tage dadurch ein Ende gemacht, daß es der Polizei gelang, eine Anzahl Collecteure für die bairische Zahlenlotterie zu erwischen. Dieses Geschäft wird schon seit Jahren so umfangreich betrieben, daß die hiedurch verschwendete Summe jährlich auf 12 bis 15,000 fl. geschätzt wird, welche größtentheils aus dem Beutel armer Betrogener floßen, obwohl auch vermögendere, sogar hier für reich geschätzte Leute nicht unbedeutende Summen geopfert haben sollen. Unser hiesiger Banquier Jori ist seit einigen Tagen deshalb in gerichtliche Haft genommen; er soll dieses Geschäft in der Art betrieben haben, daß er die Einlagen in Empfang nahm und die Gewinnste nach den bairischen Ziehungen aus eigenem Beutel bezahlte, ohne der baierischen Regierung den Nuzzen davon zukommen zu lassen. Da sich sämmtliche Papiere in den Händen des Gerichtes befinden, so werden wol Hunderte von hiesigen und benachbarten Einwohnern zur Strafe gezogen werden. Betrübend ist es freilich, daß ein solches Spiel, das mehr auf die ärmere Klasse wirkt, von einer deutschen Regierung noch betrieben wird. (Stuttg. Beob.)

Leipzig, den 30. Jan. Unter den hiesigen Studentenverbindungen scheint man von Seite der obersten Behörden eine Sichtung eintreten lassen zu wollen. Gegen diejenigen der genannten Verbindungen, deren Statuten oder sonstiges Benehmen der Vermuthung Raum geben, daß sie burschenschaftliche Tendenzen verfolgen, ist bereits Untersuchung eingeleitet. Eine Verbindung welcher man nachzuweisen vermochte, daß sie, den gesetzlichen Bestimmungen zuwider, Nichtstudenten (nämlich frühere Verbindungsmitglieder) zu Ehrenmitgliedern habe, ist bereits aufgelöst worden. (Allgm. Ztg.)

Schwerin, den 31. Jan. Eine so eben erschienene Verordnung stellt die körperliche Züchtigung als Strafmittel wieder her. Im Eingange ist zwar nur von einer theilweisen Wiederherstellung die Rede; die Fälle aber, welche für die Zulässigkeit der Prügelstrafe angeführt werden, sind sehr zahlreich. Unter andern sollen auch „Lügen und Aufzüglichkeiten" bei gerichtlichen und polizeilichen Untersuchungen, Betteln, Beleidigung der Obrigkeit und ihrer Diener, rückfälliger Forstfrevel rc. durch Hiebe geahndet werden.

Berlin, den 30. Jan. Der preußischen Regierung stehen noch Ansprüche gegen einzelne deutsche Regierungen aus der Bezahlung von Schulden zu, welche mediatisirte und resp. säcularisirte Gebiete zur Zeit des deutschen Reichs contrahirt hatten. Preußen hatte seiner Zeit namentlich zur Tilgung der Schulden der kur- und oberrheinischen Kreise sowie mehrerer Johanniter-Ordenscommenden Vorschüsse im Betrag von etwa 200,000 Thalern gemacht, deren Regulirung mit den betheiligten Regierungen durch das Jahr 1848 unterbrochen wurde. Von hiesiger Seite sind die Verhandlungen wieder aufgenommen und wird auf Abwickelung der Angelegenheit gedrungen. (Allgem. Ztg.)

Liegnitz, den 27. Jan. Der Schles. Ztg. schreibt man ferner: Der blutige Act von Sonntag Abend bildet z. Z. die Hauptunterhaltung in unserer Stadt. Wie sich die Sache nunmehr herausstellt, ist das anwesende Militär durch die Civilisten beleidigt und mittelst mancherlei Aeußerungen provocirt worden. Die auf einmal herbeiströmende militärische Hülfe (gegen Aeußerungen!!) ist in der nahe am deutschen Kaiser gelegenen Schloßkaserne requirirt worden. Die Soldaten stürzten mit blanker Waffe in den Saal und hieben sofort auf die Civilisten ein. Die Verwundungen der letzteren sind daher sehr erheblich. Der schwer am Kopfe Verletzte ist ein Gerbergeselle. Man zweifelt noch an seinem Aufkommen. Von Seiten der beiderseitigen Behörden ist bereits Untersuchung eingeleitet.

Hamburg, den 31. Jan. Sicherem Vernehmen nach meldet eine, Wien, 30. Jan. datirte, telegraphische Depesche, daß der Befehl zum Abmarsch der österreichischen Truppen aus Holstein, Lauenburg und Hamburg bereits ertheilt ist. Frühern Bestimmungen zufolge sollte der wirkliche Abmarsch erst vier Wochen nach Ertheilung des betreffenden Befehles erfolgen. Aeußerlichem Vernehmen nach hätte das kaiserl. Cabinet diese Bestimmungen indessen wieder aufgehoben. Auch bemerkt man heute bereits eine besondere Bewegung unter den hier einquartierten Truppen. (K. Z.)

Wien, den 29. Jan. Dieser Tage ist der Befehl zur Errichtung von 6 Infanterie-Lehrbataillons, einer Jäger-Lehrdivision und einer Cavallerie-Lehrabtheilung ergangen.

Wien, den 30. Jan. Der neueste Bankausweis ist nicht ungünstig ausgefallen. Der Baarschatz hat sich nur um 100,000 fl. vermindert, während der Notenumlauf von 215⅞ Mill. auf 212 Mill. und genau gerechnet über 3¼ Mill. reducirt wurde.

Schweiz.

Tessin. Ein gewisser Erzpriester im Mendrisotto, dem die Regierung trotz wiederholter Empfehlungen des Bischofs von Como aus verschiedentlichen plausibeln Gründen das Plazet nicht ertheilen will, trat vor einigen Tagen in einen Laden von Lugano, um Einkäufe zu machen. Während der Ladendiener seine Augen auf den verlangten Gegenstand richtete, erlaubte sich der Erzpriester die Freiheit, ein vor ihm auf dem Ladentisch liegendes wollenes Unterleibchen unter seinem Mantel zu verstecken. Der Kaufmann, der es bemerkte, hatte die Delicatesse, ihn zu fragen, ob er das Leibchen auch behalten wolle, worauf ihm der Priester die Frage beschämt verneinte, dasselbe wieder hervor nahm und auf den Ladentisch legte. Mit zitternden Händen bezahlte er seine Rechnung und ging von dannen. Dieser Mensch ist ein eifriger Agitator der Reaction und wird von der ultramontanen Partei als Candidat für den gr. Rath vorgeschlagen! (Bund.)

Tessin. In Coldrerio wurde am 28. Jan. ein reactionäres Bankett abgehalten, wobei den Theilnehmern

der Kamm so sehr schwoll, daß sie unter dem Geschrei: „Tod den Liberalen!" die Straßen durchzogen und sich Beleidigungen gegen friedliche Bürger erlaubten. Als der Tumult immer größer wurde und sogar Flintenschüße auf die Patrioten abgefeuert wurden, schickte auf das Hülfebegehren der Bürger von Coldrerio der Bezirkscommissär von Mendrisio eine Milizpatrouille hinüber, der es auch gelang, 10 der Ruhestörer zu packen und ins Gefängniß zu bringen. Die Namen der Uebrigen wurden aufgezeichnet. Bei den ersten wurden mehrere bis an die Mündung geladene Pistolen und viele Dolchmesser gefunden; ebenso in ihrem Versammlungsorte eine Masse von Schmähschriften gegen die Regierung und die Freisinnigen. Der Proceß ist eingeleitet und wird nähere Aufschlüße verschaffen. (Schw. N.-Z.)

Frankreich.

Aus **Paris** schreibt ein Correspondent der Allg. Ztg. die zuverlässige Nachricht, daß die Umgebung des Präsidenten seit einigen Tagen aus ihrer Ueberzeugung kein Geheimniß mehr mache, daß eine kriegerische Wendung der Dinge unausbleiblich sei. Aber sie schiebt die Schuld den fremden Mächten zu, „die bereits den Dienst vergessen haben, welchen der Präsident ihnen geleistet hat."

Paris, den 28. Jan. Wenn das Ministerium des öffentlichen Unterrichts, das, wie Sie wissen, gleich dem Departement des Handels und Ackerbaues mit dem des Innern verschmolzen werden sollte, diesem Schicksal entgangen ist, so ist, wie versichert wird, der Grund davon im Austritt der 9 Mitglieder aus der Consulta, von denen mehrere zur specifisch-katholischen Partei gehören, zu suchen. Dieser Partei zu gefallen, sollte die Verschmelzung, durch welche die Unabhängigkeit der Universität wieder um ein Bedeutendes geschmälert worden wäre, stattfinden. Da aber die HH. v. Montalembert, v. Merode u. s. w. mit dem Elysee nicht durch dick und dünn zu gehen gesonnen sind, glaubt auch dieses die ihnen zugesagten Reformen wenigstens vertagen zu müßen. Auf diese Weise hat man sozusagen Revanche an der störrigen Partei genommen und überdieß die versprochene Verschmelzung als einen Köder sich aufbewahrt. — Die Testamentsvollstrecker des Königs Ludwig Philipps, Montalivet, O. Barrot, Dupin u. s. w., haben gestern beim Staatsminister, Hrn. Casabianca, ein Gutachten eingereicht, das von den berühmtesten Rechtsgelehrten und Mitgliedern des Pariser Barreau unterzeichnet war, und unwiderleglich die Rechts- und Gesetzwidrigkeit des Confiscationsdecrets nachwies. Diesem Gutachten fügten die Testamentsvollstrecker die Erklärung hinzu, sie werden, falls dasselbe unberücksichtigt bliebe, bei den competenten Behörden gegen die Ausführung des Decrets einschreiten. In dieser Erklärung soll es u. a. heißen: da es vor 1789 in Berlin ein Tribunal gab gegen die ausübende Gewalt der preußischen Monarchie, so werde es wohl nach drei Revolutionen ein Tribunal in Paris gegen die ausübende Gewalt der französischen Republik geben. (A. Z.)

— den 31. Jan. Ein Decret im heutigen „Moniteur" hat die innere Geschäftsordnung des Staatsraths zum Gegenstande, wobei verfügt wird, daß bei den Plenarsitzungen jedes Mitglied des Staatsraths im Costüm erscheinen muß. — Ein anderes Decret dehnt die Pensionen für decorirte Militärs, wozu die Fonds bekanntlich aus einem Theile der Orleans'schen Familiengüter gebildet werden, auch auf Officiere der Land- und Seearmee aus, denen fortan der Abschied bewilligt wird. — Eine Reihe von Aerzten, Fabrikanten und Landwirthe haben Orden erhalten. — Der Ex-Generalprocurator Dupin hat sich in die Liste der Advocaten am Appellhofe eintragen lassen. Die erste Sache, die er vertheidigen wird, ist ein Prozeß der Familie Orleans. — Der auf der Verbannungsliste stehende Advocat Chavoir darf in Frankreich bleiben; der Ex-Repräsentant Bac, ebenfalls verbannt, braucht vorläufig Paris nicht zu verlassen. — Ein Beamter der Goldbarrenlotterie ist wegen Unterschlagung von 40,000 Frcs. verhaftet worden; man fand bei ihm 30,000 Fr. in Werthpapieren.

Eine gewisse Anzahl der neu ernannten Nationalgardenofficiere hat, wie man versichert, ihre Entlassung eingereicht. Es scheint, daß die Unzufriedenheit, die fast in allen Kreisen herrscht, diese Herren bewogen hat, sich der ihnen vor Kurzem anvertrauten Stellen zu begeben. — Der Präfect des Norddepartements ist seiner Stelle entsetzt worden wegen einer heftigen Diskussion, die er mit Persigny gehabt. Der genannte Präfect war hierher gekommen, um dem Minister des Innern Vorstellungen über die Ernennung der Herren Mimerel und Marchand zu Senatoren und Lestiboudois zum Assessor bei dem Staatsrathe zu machen. In seiner Unterredung sagte er dem Minister, daß in seinem Departement die größte Aufregung herrsche, weil man die wenigst achtbaren Männer des Departements mit so hohen Stellen bekleidet habe, obgleich es nicht arm an achtbaren Männern sei. Persigny fertigte den Präfecten sehr kurz ab und entsetzte ihn sofort seiner Stelle. — Die Journale von Rouen werden wegen ihres guten Auftretens seit dem 2. Dec. nicht mehr censirt; ein Befehl des dort commandirenden Generals hat ihnen dies angezeigt; die dortigen Journalisten sind jedoch damit keineswegs zufrieden, da man ihnen zugleich gesagt hat, sie möchten sich übrigens doch in Acht nehmen, da sie sonst suspendirt werden würden.

Vor einigen Tagen ist ein neuer Band der Geschichte der Restauration von Lamartine bei Paquerre, dem Verleger des Schriftstellers, erschienen. Wie alles, was jetzt in Frankreich erscheint, die Censur passiren muß, so hat Lamartine's neuestes Buch sich dieselbe auch gefallen lassen müssen. Sein Buchhändler war genöthigt, die Druckbogen nach dem Ministerium des Innern zu senden. Da die dort angestellten Censoren wahrscheinlich nicht den Muth hatten, Hand an das Werk des großen Meisters zu legen, so schickte der Minister die Probebogen an de la Gueronnière, dessen diplomatische Kunst, viel zu schreiben, ohne etwas zu sagen, der Minister aus dem „Pays" längst erkannt haben muß. Hr. de la Gueronnière schrack vor der schweren Aufgabe nicht zurück, und mit unbarmherziger Hand strich er alle Stellen aus dem Werke seines Meisters und Freundes, die nur irgend Anstößiges enthielten. Eine neue Ausgabe dieses von dem zum Censor herabgesunkenen ehemaligen Mitarbeiters Lamartine's und Girardin's verstümmelten Buches wird binnen Kurzem in Brüssel erscheinen. (Köln. Z.)

Paris, den 1. Febr. L. Napoleon hat durch Decret vom 30. Jan. vollständige Amnestie ertheilt für alle vor Verkündigung dieses Decretes verübten Vergehen und Zuwiderhandlungen gegen die Schifffahrts- und Seefischerei-Polizei.

Durch Decret vom 31. Jan. ist der Obrist Baudrey, Adjutant des Prinz-Präsidenten der Republik, zum Gouverneur der Tuilerien mit dem Rang und dem Titel eines Brigadegenerals ernannt worden.

Durch Decret vom 31. Jan. ist die Form der Decoration der Mitglieder der Ehrenlegion, „so, wie sie von dem Kaiser bestimmt worden war," wieder hergestellt.

Der spanische General Juan de Zavala ist in Paris eingetroffen. Er ist mit einer Specialmission beauftragt.

Italien.

Turin, den 29. Jan. Aus Frankreich werden sehr viele italienische, piemontesische und savoyardische Arbeiter ausgewiesen.

Rom, den 24. Jan. Zwei außerordentliche Cardinalcongregationen sind in dieser Woche vom Papste gehalten worden, um die vom Grafen Sambuy eingereichten letzten Turiner Ausgleichungsvorschläge zu begutachten. Ueber das Ergebniß ihrer dießfallsigen Berathungen kann ich Ihnen als verläßig mittheilen, daß man im Vatican bereit ist, die Entfernung der Erzbischöfe von Turin und Cagliari als ein fatto compiuto anzuerkennen, und des Friedens halber so wie aus höhern Rücksichten in die Wahl zweier Coadjutoren für Monsignor Franzoni und Marongiu Nurra durch ihre respectiven Capitel zu wil-

ligen. Dafür aber verlangt die römische Curie vom Turiner Cabinet eine durchgreifende Modification der Siccardi'schen Gesetze in ihrem Sinne, und besonders ein gubernatives Veto gegen die Erbauung noch anderer protestantischen Kirchen außer Turin und Genua. (A. Z.)

Neapel, den 22. Jan. Man glaubt vielfach, daß dem im Ministerium stattgehabten Personenwechsel ein Systemwechsel folgen werde, und hält es nicht für unwahrscheinlich, daß die bis jetzt noch immer nicht verkündigte Aufhebung der alten Constitution und die Octroyirung einer neuen bevorstehe.

Portugal.

Lissabon, den 24. Jan. Die Königin hat ein Decret unterzeichnet, welches Amnestie für alle bisher verübten politischen Vergehen ertheilt.

Großbritanien.

London, den 31. Jan. Die Rüstungsvorbereitungen werden in den Militärhäfen Großbritaniens fortgesetzt. Es ist der Befehl ertheilt worden, die Dampfboote, welche die See zu halten im Stande sind, so rasch wie möglich zu bewaffnen.

Wir haben Nachrichten vom Cap bis zum 28. Dec. Am Kriegsschauplatze hatte sich die Lage der Dinge nicht wesentlich verändert. Verschiedene Gefechte hatten stattgefunden, in deren einem angeblich 49 Kaffern, darunter zwei Neffen eines Häuptlings, getödtet wurden. Der Heerdenraub von Seiten der Kaffern dauert in großartigem Maßstabe fort. So wurden allein von einem Gehöfte 1900 Schafe und 250 Rinder fortgetrieben.

Dänemark.

Kopenhagen, den 28. Jan. Heute erschienen in Folkething die Herren Bluhme, General Hansen und Bang in Gala, während die Herren Sponneck, Scheel und Steen Bille im Landsthing sich einfanden. Im Folkething verlas Bluhme, im Landsthing Sponneck die neue Ministerliste nebst einem Programm. Die Aenderung im schleswig'schen Ministerium wurde nicht mitgetheilt, und erst aus der Contrasignatur des Programmes erfuhr man die Ernennung des Grafen Karl Moltke zum schleswig'schen und des Grafen Criminil zum holsteinischen Minister. Eine „Gesammtstaatsverfassung" wurde angekündigt, die Finanzen, die Marine, die Armee und die Diplomatie wurden gleich als gemeinsame Angelegenheiten der Monarchie bezeichnet und eben damit die constitutionelle Verantwortlichkeit der betreffenden Minister auf die speciel das Königreich angehenden Angelegenheiten ihrer respectiven Departements beschränkt. Die Zusammenberufung der Provincialstände in den Herzogthümern — mit Ausschluß der herzoglichen Virilstimme —, die Aufhebung des Belagerungszustandes in Schleswig, die Revision des Amnestiedecretes wurden in nahe Aussicht gestellt. Die Aufrechthaltung des Grundgesetzes ward feierlich garantirt, Bluhme zum Premierminister des engeren Staatsrathes für das Königreich ernannt, während der König sich selbst und dem Erbprinzen den Vorsitz im Gesammtstaatsrathe vorbehielt.

Vereinigte Staaten.

Ein Brief in „Times" aus **New-York** vom 10. schildert die Erfolge Kossuths in America als theilweise sehr glänzend, und die Macht der, offen zu seinen Gunsten agitirenden demokratischen Partei als sehr gewaltig. Der Ruf nach thätiger Intervention in Europa sei vielverbreitet, aber — im besten, oder wenn man wolle, im schlimmsten Falle wolle sich Amerika doch zu keinem aktiven Schritt bequemen, wofern nicht England mit von der Partie ist.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, den 3. Febr. In Ludwigsburg ist heute Becher, der Erabgeordnete Schnitzer, Buchhändler Griesinger und Graf Uexküll von den Geschwornen nicht schuldig erklärt worden. Hausmann ist der Aufforderung zum Hochverrath und Aufruhr, Freiesleben, Rösler und Frasch der Aufforderung zur Unterstützung des badischen Aufstandes für schuldig erklärt. Die meisten Andern sind freigesprochen. (F. Z.)

Paris, den 3. Febr. Der „Moniteur" publicirt heute das neue Wahlgesetz. Zum gesetzgebenden Körper sind 262 Deputirte zu erwählen. Algier und die Colonien bleiben unvertreten. Das allgemeine Wahlrecht bleibt ein directes; die Abstimmung aber geschieht geheim. Die Deputirten sind wegen Dessen, was sie in den Sitzungen aussprechen, keinen Verfolgungen ausgesetzt. Ebenso können sie wegen Schulden sowol während der Sitzungen, als auch sechs Wochen vor dem Beginn und sechs Wochen nach Beendigung derselben nicht verhaftet werden. Wählbar ist Jeder, der das 25. Jahr, und Wähler Jeder der das 21. Jahr erreicht hat. Unwählbar sind nur die honorirten Beamten. Der gesetzgebende Körper wird Ende Februar zusammenberufen.

Miscellen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Lieber Herr College! Ich bin in großer Verlegenheit, weil ich das siebente Gebot vergessen habe. Kannst du mir nicht sagen, wie es lautet? Dein treuer D. v. H.

Mon cher ami! Je ne sais pas. L. N.

In Kassel sind sämmtliche Gesangvereine verboten worden. Dieses Verbot sollte von allen väterlich gesinnten Regierungen ihren Unterthanen als eine Warnung, nach Kassel auszuwandern, mitgetheilt werden; denn nur

„Wo man singt, da laß dich ruhig nieder;
Böse Menschen haben keine Lieder."

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 31. Jan. Weizen 21 fl. 28 kr., Korn 17 fl. 27 kr., Gerste 14 fl. 56 kr., Hafer 6 fl. 4 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[816²] **Gewerbshalle zu Speyer.**

Diese Anstalt ist fortwährend aufs Reichhaltigste mit den verschiedenartigsten Möbeln u. s. w. ausgestattet und wird dem verehrlichen Publicum bestens empfohlen.

Speyer, den 1. Februar 1852.

Für den Verwaltungsrath: Dr. Walz.

[655] **Medicament.**

Der gegen **Flechten und syphilitische** Uebel aller Art so sehr bewährte **Boiveau-Laffecteur'sche Rob** ist in Deutschland ächt zu haben bei Dr. Galette in Mainz, Insel D 150. Werk und Gebrauchsanweisung gratis.

Fahrten der Local-Dampfboote Delphin I und II

vom 1. Februar.

Abfahrt von **Ludwigshafen a. Rh.** nach Mainz in Verbindung mit der Frankfurt-Mainz-Binger Localfahrt: **alle grade Tage,** 2., 4., 6. ꝛc., Vormittags 11 Uhr, nach Ankunft des Eisenbahnzuges.

Nähere Auskunft ertheilt der Agent: **C. Aug. Exter.**

Ludwigshafen a. Rhein, den 1. Februar 1852. [812]

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 33 | den 7. Februar 1852.

Deutschland.

⁂ **Pfalz.** (Napoleonische Paralellen.) Die Klippe, woran so oft alle menschliche Tugend scheitert, welche durch Genie verherrlicht, den Gegenstand aller Hoffnungen bildet und ein sicherer Hort der Zukunft zu werden verspricht, ist die Unfähigkeit der Menschen der Macht sich wieder entschlagen zu können, welche eigenes Verdienst sich anmaßte oder durch die Menge übertragen ward. Die Geschichte der Republiken überweist uns hiezu das reichhaltigste Gebiet dieser Erscheinungen und anknüpfend an die neuere und neueste Geschichte Frankreichs ergeben sich die genügendsten Belege. In den italienischen Feldzügen von Siegen zu Siegen eilend, die unter ihren raschen und erschütternden Schlägen die Welt betäubten, hatte der General Bonaparte seinen republikanischen Charakter aufs vollendeteste ausgeprägt. Der erbittertste und mächtigste Feind der französischen Republik war in 18 Schlachten geschlagen, seine besten Armeen vernichtet, seine ältesten und erfahrensten Feldherrn gedemüthigt und *entmuthigt*, Piemont besiegt, das damals *noch mächtige Venedig gestürzt*, seine Staaten getheilt, drei *neue Republiken in* Italien gebildet und mächtige *Bundesgenossen geschaffen*. In wunderbarer Weise *Alles dies in kürzerer Zeit*, als man St. Jean d'Acre belagerte oder Saragossa erobert hatte. So war auf die *Höhe ihres Ruhmes* und ihrer Macht die franz. Republik durch das militärische Genie eines ihrer Feldherrn und einer begeisterten Armee angelangt. Aber auch der Staatsmann war, während den Verträgen, welche die Entfernung von Frankreich mit den verschiedensten Mächten ohne die legale Autorisation des Directoriums ihn abzuschließen zwang, in ebenso trefflichem Grade aus ihm hervorgetreten als der unüberwindliche Strategiker. Frankreich nach Außen groß und gefürchtet, litt dagegen im Innern an heftigen Zuckungen der alten Factionen. Die Jacobiner hatten sich in dem Glauben an die Fortdauer gewaltsamer, revolutionärer Maßregeln festgerannt, und jeder Schritt zur Milde und zur Versöhnung, jede Abspannung des straffen Bogens schien ihnen Schwäche und Verrath an der mit so vieler Erschütterung und blutigen und gefahrvollen Kämpfen gegründeten Republik. Die royalistische Partei hatte seit dem 9. Thermidor und dem Sturze des mit dämonischer Gewalt schaffenden und zerstörenden Wohlfahrtsausschusses, heftige Strömungen der Reaction erregt, welche sich im Süden jeden Gräuel, jede Schandthat erlaubten; Himmel und Hölle in Bewegung setzten um mit ihren Anhängern die Bänke des Raths der Fünfhundert zu füllen, die noch mit Conventsmännern besetzt waren. Im Bunde mit dem verrätherischen Pichegru beabsichtigten sie Frankreich, das durch das schlechteste Steuersystem, die Werthlosigkeit der Assignaten, den Wucher, die Seltenheit des baaren Geldes und die außerordentliche Theuerung der ersten Lebensbedürfnisse am äußersten Rande des Elends angekommen war, aufs Neue in den Abgrund der Contrerevolution und des Bürgerkrieges zu stürzen. In solch' trauriger Lage befangen, vom Glanze eines mit blutigen Lorbeeren geschmückten Ruhmes berauscht, aber im Elende und der Unsicherheit, weil überall in der nächsten Zukunft von mächtigen Feinden bedroht, hatte das ermattete Frankreich der Ruhe nöthig und sehnte sich danach. Bonaparte, der schon zur Zeit des in der Ausführung von seinem Neffen getreu kopirten Staatsstreiches vom 11. Fructidor die Schwäche der Regierung vollkommen durchschaute und nur, weil seine Zeit noch nicht gekommen schien, die Rolle des Beobachters spielte, verwirklichte seine Pläne, die Herrschaft an sich zu reißen, erst nach seiner Rückkehr aus Egypten, nachdem das Directorium noch mehr an Ansehen gesunken, die Unfähigkeit der Feldherrn der Republik, die weiter gediehenen Verschwörungen der Faktionen Alles wieder zu Grunde gerichtet hatten, was durch Tapferkeit und Genie errungen war. Aus dem Gestrüppe der Masse von Mittelmäßigkeiten groß durch seine Thaten in Italien, heroenhaft hervorragend durch die am Nil und den Pyramiden warf sich ihm ganz Frankreich in die Arme, drückte ihm das Steuer des Staates um den Preis einer weisen, maaßvollen Constitution, um der Sicherheit und Ruhe willen in die gierige Hand. Es war das Vertrauen einer Nation in den Geist und die Thaten eines Sohnes der Republik, es war die in gutem Glauben geschehende Abdikation der Autonomie zu Gunsten der Wohlfahrt und Größe des Vaterlandes, welche den 18. Brumaire 1799 herbeiführten und nothwendig machten.

Aber es bleibt eine nicht zu verkennende Wahrheit, daß nicht allein sein außerordentlicher Ruhm und die Ueberwältigungen seines Genies ihm den Weg zur Herrschaft gebahnt, sondern auch die äußern Umstände und die Stimmung des franz. Volkes jener Zeit allmählig die Keime der spätern Tyrannei entwickelten. Die Revolution hatte, damals wie heute, ihren natürlichen Kreislauf zu vollenden, der nur durch Weisheit und Mäßigung aufgehalten werden konnte. Nachdem sie 1789 monarchisch begonnen, wie 1830, ward sie republikanisch um sich endlich, nach ochlokratischen und monarchischen Gräueln, in den heillosesten Zustand des Militärdespotismus zu verlaufen. Ueber dem Wahne Alles zu revolutioniren, hatte man den wahren Zweck einer großen Volksbewegung, die Freiheit zu Hause zu begründen, aus den Augen gesetzt, man hatte Revolution und Freiheit mit einander völlig verwechselt; immer zerstört, statt feste, neue Säulen zu gründen, welche das Staatsgebäude sichern und tragen konnten. Revolution ist nur Kampf gegen unrechtmäßige Gewalt und tyrannische Bevormundung wie vor 1789 — unter dem Convente ward sie ein Kampf gegen alles Bestehende in- und außerhalb Frankreichs. Die Freiheit lag damals nur in den Inschriften, den Liedern und den Phrasen; nirgends mehr waren wie unter der großen Constituante und der geistreichen Gironde die Formen und der Geist der Freiheit sichtbar, sondern allein nur die Leidenschaften und den Heroismus zeigend, glich Frankreich einem Athleten, der Alles, was ihm entgegentritt, mit mächtigen Kolbenschlägen niederschmettert. Nach der nothwendig unausbleiblichen Ermattung durch ungeheure Anstrengung in socialen mit den größten Opfern vollbrachten Kämpfen gedachte man endlich die Früchte zu ernten, die Ideen der Freiheit und Gleichheit emporwachsen zu sehen und im Hafen der Sicherheit und Ruhe zu genießen. Kurzsichtiges Geschlecht, das kaum die Keime dem blutgetränkten Boden anvertraute, dem nur wenige dürftige Strahlen eines sturmentblößten Himmels zu Theil geworden waren, und schon ernten und sich sättigen wollte; das in dem schmalen Schatten eines Degens sich niederkauernd in den Schatten eines Baumes der Freiheit zu legen sich wähnte und darüber zu Grunde ging. Von den Furien der Revolution sich losreißend, übergab sie sich darauf mit gebundenen Händen denen des Ehrgeizes und der Tyrannei.

So ward durch den Wahn, Revolution sei Freiheit

und die Zeit der Saat schon die Zeit der Ernte, der 18. Brumaire möglich gemacht und zur Nothwendigkeit geworden, wie die Curatel dem, der Zweck und Mittel nicht mehr zu unterscheiden mächtig, für ein Nebelbild alles opfert und dann Gefahr läuft, vielleicht von der Hand eines habsüchtigen, gewissenlosen Arztes die Herstellung seiner geistigen und leiblichen Wohlfahrt vergebens zu erwarten. (Schluß folgt.)

Wie man dem „K. Bl. a. B." von **Frankfurt** meldet, sind die deutschen Universitätsverhältnisse Gegenstand einer vertraulichen Besprechung am Bundestage gewesen, wobei man im Hinblick auf die letztverflossene Periode zu dem Resultate gekommen, daß zwar dem wissenschaftlichen Geiste ein ungehemmter Wirkungskreis einzuräumen, dagegen aber dem Uebergreifen auf das politische Gebiet ein fester Damm entgegenzusetzen sei. (Also eine zweite Auflage des bekannten Karlsbader Beschlusses.) Es liegt nun in der Absicht, eine Sachverständigencommission zu berufen, welche diese Frage in Vorberathung nehmen und Anträge darüber an den Bundestag stellen soll.

Frankfurt, den 5. Februar. Wir haben abermals einen Doppelselbstmord in unserer Stadt zu beklagen. Gestern Nachmittag nämlich fand man die Leichen des Eisenbahnbediensteten Schmidt und dessen Frau im Blute in ihrer Wohnung liegen. Nach der gerichtlichen Leichenbeschauung soll der Mann zuerst seiner Frau und dann sich selber die Pulsadern aufgeschnitten haben. Die Ursache zu diesem gräßlichen Selbstmorde sucht man in dem Umstande, daß Schmidt wegen eines Vergehens seines Dienstes entlassen werden sollte.

Karlsruhe, den 31. Jan. Die neueste Maßregel des Präsidenten der französischen Republik gegen das Haus Orleans findet hier einstimmig den bittersten Tadel. Die lautesten Anhänger des Präsidenten sind plötzlich in die schärfsten Gegner verwandelt worden. (K. Z.)

Leipzig, den 31. Jan. Ueber die wegen Fluchtversuchs von Maigefangenen in Waldheim als Complicen in Untersuchung genommenen Soldaten ist das Urtheil gefällt, und sind dieselben, wie man hört, zur Abbüßung von 1- bis 3jährigen Freiheitsstrafen abgeführt worden.

Köln, den 3. Febr. General Lamoricière hat heute unsere Stadt verlassen und sich nach Belgien begeben.

Düsseldorf, den 28. Jan. Die Polizei fängt an, auch hier von der Ausweisung Gebrauch zu machen. Nachdem vor einiger Zeit 11 Sattlergesellen, worunter 2 Polen, denen man Verfolgung communistischer Zwecke zur Last legte, die Stadt plötzlich verlassen mußten, traf gestern den Schauspieler Kalinke von der hiesigen Bühne dasselbe Schicksal. Er hatte sich in einem Vortrage vor einer Carnevalsgesellschaft politische Anspielungen erlaubt. Gleichzeitig wurde die Gesellschaft mit Schliessung des Lokals bedroht, wenn sich Aehnliches noch einmal ereignen sollte.

Elbing, den 29. Jan. Die hiesige freie evangelische Gemeinde hat gestern folgende Verfügung erhalten: „Die heutigen Lokalblätter enthalten die Anzeige, daß Dr. Rupp aus Königsberg am nächsten Sonntag, den 1. Febr. c., in der Versammlung der freien Gemeinde einen Vortrag halten wird. Die Anwesenheit des Dr. Rupp, als eines gemeingefährlichen Menschen, am hiesigen Orte zu dem angegebenen Zwecke kann unter keinen Umständen geduldet werden, und würde der Dr. Rupp, falls er hier eintreffen sollte, veranlaßt werden müssen, mit der nächsten Gelegenheit seine Rückreise anzutreten. - Elbing, den 28. Januar 1852. Königl. Policeidirection." (N.-Z.)

Hamburg, den 28. Jan. Das Institut der Kindergärten wird hier eben sowohl, wie in Preußen, von polizeilichen Maßregeln betroffen. Der Gründer und vornehmste Leiter derselben, Hr. Hoffmann, hat, obgleich er sich stets von allem politischen Treiben ferngehalten, von der Polizei den Befehl erhalten, binnen 3 Monaten das Hamburger Gebiet zu räumen, wenn er nicht anders seine bisherige Wirksamkeit aufgeben wolle.

Luxemburg, den 29. Jan. Vor einigen Tagen wurden in Metz 85 Arbeiter arretirt, und darunter 20 Luxemburger. Sie wurden gegen Abend fast gleichzeitig aus ihren verschiedenen Ateliers von der Arbeit weg direct ins Gefängniß geführt, wo alle 85, auf Stroh gebettet, übernachteten. Am andern Morgen wurden sie, je zwei und zwei aneinander gebunden, unter starker Bedeckung nach Thionville gebracht. Dort theilte sich der Zug nach verschiedenen Richtungen, und die 20 luxemburgischen Arbeiter wurden bis zu unserer Gränze escortirt, und dort mit dem Bedeuten in Freiheit gesetzt, das französische Gebiet nicht wieder zu betreten. Ueberhaupt wird in Metz und Thionville die Fremdenpolizei äußerst streng gehandhabt. Selbst den Inländern der Provinzen werden keine Reisepässe nach Paris ertheilt.

Schweiz.

Neuenburg. Die Civilehe ist vom 1. Februar an definitiv eingeführt.

Frankreich.

(Neu-Napoleonisches.) Der D. A. Z. schreibt man: Nichts hat einen so tiefen Eindruck auf den Präsidenten gemacht, als der Schritt des Hrn. Dupin, die Verzichtung des siebzigjährigen Mannes, der unter so vielen Regierungen ausgehalten, auf seinen hohen und einträglichen Posten als Staatsanwalt; sodaß man selbst auf dem Balle in den Tuilerien eine düstere Wolke auf dem sonst die Heiterkeit zur Schau tragenden Gesichte Ludwig Bonaparte's bemerkte. Eine Anekdote, deren Authentizität ich verbürgen kann, erzählt: Der Prinzessin von Baden, welche seit den Verbannungsdecreten im Elysee nicht erschienen war, machte Ludwig Bonaparte, als sie am 24. Jan. in die Tuilerien kam, zarte Vorwürfe darüber. „Ihre Akte erschrecken uns", antwortete die Fürstin. „Das wäre gerade ein Grund mehr, durch Ihren Rath auf meine Entschlüsse einzuwirken", sagt der Prinz mit ironischem Lächeln. „Der geringe Erfolg, welchen die Rathschläge ihrer Kousinen, der Marquise Douglas und der Fürstin Demidoff, bei Ihnen gehabt, reizte mich nicht, Ihnen meinen Rath anzubieten." „Ach", antwortete der Prinz, um das Gespräch abzubrechen, darum aber nicht minder seine wahre Stimmung verrathend, „wie ist dieser Tuilerienpalast so traurig." — Der Austritt des Kriegeministers würde den Präsidenten in der Armee sehr compromittirt haben, daher Ludwig Bonaparte es an Bitten nicht fehlen ließ, ihn und den Marineminister zum Bleiben zu vermögen. Eigentlich hatten alle Minister in Folge des Konfiskationsdecrets ihre Entlassung gegeben, allein die HH. Magne und Fortoul deren Departements ohnehin mit dem des Hrn. de Persigny vereinigt werden, haben nur bis zur Organisation dieser Vereinigung im Amte zu verbleiben. Die drei entlassenen Minister, die einen so großen Antheil am Staatsstreiche hatten und, wie gesagt, am 2. Dez. ihren Kopf aufs Spiel setzten, wurden nicht besser behandelt als einst (am 31. Okt. 1849) Odilon-Barrot und seine Kollegen. Zuerst erklärte der Präsident, die streitigen Decrete vertagen zu wollen, und alle Minister nahmen ihre eingereichte Entlassung zurück; drei Stunden später ließ er ihnen sagen, daß ihre Entlassung angenommen sei!

Paris, den 30. Jan. Als Beitrag zur Opposition gegen die Confiskation der Familiengüter der Orleans theile ich Ihnen die Protestation des Cardinals Mathieu mit, welcher die Dotation ebenso zurückwies wie der Cardinal-Erzbischof von Reims. Noch wichtiger ist die ehegestern hier angelangte Weigerung der Herzogin v. Orleans ihren Wittwengehalt von jährlichen 300,000 Fr. weiter zu beziehen. Die Confiscationsdecrete können im Innern sowol als im Ausland durch Hinzutreten leicht möglicher Umstände zu unberechenbaren Schwierigkeiten führen, um so mehr, als der Präsident, der Hauptsache

sich, nicht nachgeben wird, und hierüber kann nun nicht mehr der Schatten eines Zweifels obwalten, da der Staat die confiscirten Güter bereits als gültige Hypothek anerkannt hat. Das betreffende Decret ist vom Präsidenten unterfertigt, und es ist also an eine Rücknahme dieser Maßregel nicht mehr zu denken.

Das Rundschreiben des Hrn. v. Persigny an die Präfecten war, wie man versichert, eine administrative Nothwendigkeit geworden, da die Gefängniße in den Departements überfüllt sind, und selbst die Hotels, welche man vor Kurzem, um sie in Gefängniße zu verwandeln, in mehreren großen Städten gemiethet hat, auch nicht mehr ausreichten. Man mußte also, da die Verhaftungen noch immer fortdauern, Diejenigen in Freiheit setzen lassen, die ohne Verdachtsgründe aufgegriffen worden.

Die Officiere des auf dem Kai d'Orsay casernirten Reiterregiments hielten dieser Tage ein Festessen, wobei, trotz der Verabredung, die Politik links liegen zu lassen, die neuesten Ereigniße alsbald lebhaft besprochen wurden. Die Ausmerzung des Obersten Charras aus der Armee ohne alle weiteren Förmlichkeiten fand wenig Beifall und Vertheidigung. In der Hitze des Gesprächs sollen sogar die inhaltsschweren Worte: Ce qu'on a fait, on peut le défaire gehört worden sein, und die Gemüther überhaupt eine solche Richtung genommen haben, daß einer der Gäste es für gerathen hielt, den Obersten herbeizuholen, um die Leidenschaften zu beruhigen. Die Moral davon ist, daß die Regierung die Armee beschäftigen muß, wenn die Armee, was Gott und Louis Napoleons guter Stern verhüten wollen, sich nicht selbst beschäftigen soll. (A. Z.)

— den 31. Jan. Bei aller Vorsicht, mit welcher die Organisation des Policeisystems vom Präsidenten selber (eine ganz eigenthümliche Erneuerung) eingeleitet wurde, hat sie dennoch die Erinnerungen an diese Anstalt, wie sie unter Napoleon gehandhabt wurde, und die daran sich knüpfenden Besorgniße wieder erweckt, daher ein Fallen der Fonds hervorgebracht. Die policeiliche Aufsicht, die nun das ganze gesellschaftliche Leben zu umfassen bestimmt ist, und durch ihre Centralisation eine um so größere Kraft erhält, hat bereits bis auf die Kirche sich ausgedehnt. Denn vor einigen Tagen erst hat Abbé Lacordaire die Weisung erhalten, daß er nicht länger in Paris predigen dürfe, und daß ihm auch in den Departementen die Ermächtigung entzogen werde, falls er seine Predigten nicht den neuen Zuständen anpassen wolle. Diese Weisung hat den Abbé bestimmt, Frankreich zu verlassen. (A. Z.)

— den 1. Febr. Mad. G. Sand hat sowohl bei L. Napoleon, als bei Persigny Audienzen gehabt und die beste Aufnahme gefunden. Sie darf ihre literarischen Arbeiten sicher und ungestört fortsetzen. Der Minister versprach ihr die Aufhebung des Verbots der Aufführung ihrer dramatischen Stücke, welches an ein hiesiges Theater ergangen sein soll.

Hier sind, namentlich im Faubourg St. Antoine, mehrere neue Verhaftungen erfolgt, u. a. die eines Ex-Oberlieutenants der Nationalgarde. — Etwa 1800 Galeerensträflinge zu Toulon sollen nach Cayenne deportirt werden. Im dortigen Bagno befinden sich ungefähr 3600 Sträflinge; man hat jeden gefragt, ob er deportirt sein wolle, und die Hälfte hat ihre Zustimmung gegeben. Wegen Ueberfüllung des Forts Lamalgue mit Gefangenen hat man 200 derselben an Bord eines dazu eingerichteten Linienschiffes gebracht; 200 andere sollten folgen.

— den 2. Febr. Durch präsidentielles Decret ist eine Reihe von Ernennungen und Aenderungen unter den Präfecten getroffen. — In dem Mayennedepartement haben neuerdings Verhaftungen von Personen stattgefunden, welche Mitglieder geheimer politischer Gesellschaften waren. — Seit einiger Zeit bemerkt man in den Straßen von Paris eine große Anzahl Dominikanermönche in ihrer Ordenstracht.

Cavaignac soll seine Denkwürdigkeiten schreiben wollen und das Verlagsrecht angeblich einem deutschen Buchhändler verkauft haben. — Man versichert, daß Proudhon noch vor dem ohnehin nahen Ablaufe seiner dreijährigen Strafzeit freigelassen werden solle. Erst kürzlich gestattete man ihm, das Gefängniß auf einige Tage zum Besuche seiner kranken Frau zu verlassen.

Der „Messager" von Brüssel, der sich in den letzten Tagen durch die Heftigkeit seiner Artikel auszeichnete, ist in Frankreich verboten worden. — Man spricht heute ziemlich ernsthaft von einer Forderung von 36 Mill., welche die Regierung L. Bonaparte's Namens des Prinzen Lucien Murat an die neapolitanische Regierung gestellt. Diese 36 Mill. gehörten dem ehemaligen Könige von Neapel, Joachim Murat, und wurden im Jahre 1816 confiscirt. (Köln. Ztg.)

Die Revisionscommission, welche im Auftrage des Präsidenten der Republik von dem Kriegsminister niedergesetzt worden, um die von den Militärgerichten über die Theilnehmer des Dezemberaufstandes gefällten Urtheile zu prüfen, hat ihre Arbeiten begonnen und bereits eine große Anzahl von Freilassungen zu Gunsten der Individuen, welche als Verführte erscheinen, verfügt.

Brest. Von den Personen, welche bereits auf dem „Duguesclin" eingeschifft waren, um nach Cayenne transportirt zu werden, sind zweiundvierzig in Freiheit gesetzt und ihren Familien wiedergegeben worden. Zugleich hat das Schiff Ordre erhalten, seine Abreise aufzuschieben, da noch mehr Begnadigungen folgen würden.

Straßburg, den 31. Jan. In den Fabriken herrscht große Thätigkeit, dagegen vernimmt man im Kleinhandel wieder viele Klagen. Die Lebensmittel sind seit einigen Wochen wieder außerordentlich im Preise gestiegen. Diese plötzliche Erhöhung beginnt bereits sehr fühlbar zu werden. In den Gebirgsgegenden herrscht Noth und Elend.

Spanien.

Madrid, den 36. Jan. Die Decrete des Präsidenten der französischen Republik, betreffend die Güter der Familie Orleans, haben unsere Minister wieder in große Verlegenheit gesetzt. Sie wollen in keiner Beziehung mit Frankreich brechen, und haben endlich nach langem Hin- und Herrathen den Ausweg gefunden, die Sache als eine nicht das Land angehende zu betrachten. Sie sehen sie als eine innere Familienangelegenheit an, und haben dem Minister des kgl. Hauses es anheimgestellt, dagegen zu protestiren. Der Herzog v. Montpensier soll über den sein Haus treffenden Verlust natürlich höchst entrüstet gegen den Prinz-Präsidenten sein und die Königin zu protestiren veranlassen. Allein Christine meint es wäre doch vergebens. (A. Z.)

— den 28. Jan. Um die Beamten der Hauptstadt zufrieden zu stellen, damit sie an den Festlichkeiten Theil nehmen können, welche die Stadt Madrid in den ersten Tagen des Februar der Königin zu geben gedenkt, hat diese die Besoldungsgelder pro Januar aus eigenen Mitteln vorgeschossen, und ist heute den betreffenden Zahlmeistern die Weisung zugegangen, sich morgen bei der Casse des Patrimonio Real einzufinden, um die Gelder in Empfang zu nehmen. Niemand wird froher sein, als die Beamten, die weiter nichts besitzen, als den ihnen kärglich zugemessenen Sold. Am wohlsten dabei ist jedoch dem Finanzminister, den die Königin einer großen Sorge enthoben hat. (K. Z.)

Italien.

Livorno, den 26. Jan. Anton Bonaparte ist heute hier eingetroffen, er reist nach Pisa und Florenz.

Turin, den 31. Jan. Die bonapartistischen Maßregeln gegen die orleanistischen Güter werden hier allgemein mißbilligt. Die „Armonia" nannte diese Sequestrirung kürzlich: Hand der Vorsehung, tadelt jetzt aber die Maßregel und macht also als streng kirchliches Organ der Vorsehung ein schlechtes Compliment.

Rom, den 23. Jan. An den ersten Abenden dieser Woche haben blutige Schlägereien zwischen römischen und französischen Soldaten stattgefunden, namentlich in der Gegend des venetianischen Palastes.

Großbritanien.

London, den 3. Febr. Die Königin hat heute Nachmittags die diesjährige Session des Parlaments eröffnet. Nachstehend die Hauptstellen der Thronrede. Die freundschaftlichen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten bestehen fortwährend. Die Freiheit des Verkehrs bringt dem Volke Vortheil, ohne den Staatsschatz zu benachtheiligen. Eine Erhöhung des Budgets soll nur in Uebereinstimmung mit der zu befolgenden friedlichen Richtung der Politik stattfinden. Der Ministerrath ist bedacht auf die geeigneten Maßregeln zur Fortentwickelung der Grundsätze der Reformbill. Es wird die Hoffnung gehegt, daß die Regelung der dänischen Frage durch Ausführung des zu Berlin geschlossenen Vertrages gelingen werde.

Auf der Insel Wight, im Norden und Süden der Insel, sind Batterien aufgeführt worden, und Inspecteure sind nach Jersey und Guernesey beordert, um den Stand der Vertheidigungsmittel zu prüfen. In London und den Provinzen organisiren sich freiwillige Schützencorps.

Der Londoner Tower wird ebenfalls stark befestigt. Kanonen von starkem Kaliber werden jetzt an Stelle der bisherigen Geschütze dort aufgestellt und neue Kasematten gebaut.

Rußland.

Von der polnischen Gränze, den 30. Jan. Nachdem die russische Regierung sich die Ueberzeugung verschafft hat, daß die im Lande vorhandenen Getraidevorräthe für den Bedarf ausreichend sind, ist vorerst, um diese Vorräthe dem Lande zu sichern, die Ausfuhr des Getraides nach dem Auslande verboten worden. Da aber dadurch allein dem Schwindel der Speculation noch nicht hinlänglich Einhalt gethan wurde, so ist durch eine zweite, noch schärfere Maßregel in den Geschäfts-Verkehr noch ein tieferer Einschnitt gemacht worden. Diese Maßregel besteht darin, daß man Normalpreise festsetzte, über welche nicht hinausgegangen werden darf. In diesem Monate wurde in allen polnischen Städten unter Trommelschlag bekannt gemacht, daß der Korsetz (9 Viertel groß) Roggen nicht theurer als mit 2¼ Thlr. verkauft werden darf, und wer im öffentlichen Geschäftsverkehre einen höhern Preis beanspruchen sollte, dem würde sein Getraide sofort confiscirt werden. Dadurch glaubt man nun jeden Wucher und die daraus hervorgehende künstliche Theuerung beseitigt zu haben.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 17. Jan. Wieder gingen auf dem Mississippi 2 Dampfer durch Explosion zu Grunde, wobei 21 Personen ums Leben kamen. — Lola Montez hat eine Schrift „zur würdigenden Erläuterung" ihres Lebens und Karakters veröffentlicht.

Neueste Nachrichten.

München, den 3. Febr. Heute haben die Verhandlungen gegen Grill, Bolza ꝛc. vor dem Cassationshofe begonnen. Dieselben werden wahrscheinlich drei Tage in Anspruch nehmen und geben Gelegenheit zur Erörterung der interessantesten Rechtsfragen in Bezug auf das französische Strafverfahren. Den Vorsitz im Cassationshof führte heute zum erstenmal Hr. Heintz, der 2. Präsident des obersten Gerichtshofs, die Staatsbehörde vertritt Hr. Oberappelrath Bettinger, und für die Cassationskläger plaidiren die Anwälte Golsen aus der Pfalz und Riedl von hier.

Bern, den 1. Febr. Gestern war der Termin zur Einschreibung wegen Abberufung des großen Raths zu Ende. Die „Berner Ztg." gibt die Gesammtzahl derer, welche die Abberufung verlangt, auf 13,760 an.

Paris, den 3. Febr. Hr. Cabet, Chef der Secte der Icarier, ist nach England abgereist. Er wurde von Polizeiagenten bis Calais, wo er sich einschiffte, begleitet.

Goldcourse.

Frankfurt, den 5. Febr. Pistolen 9 fl. 39½ — 40½ kr., Ducaten 5 37 — 38, 20-Franken-Stücke 9 30 — 31 Holländische 10fl.-Stücke 9 fl. 51 — 52 kr.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 3. Febr. Weizen 6 fl. 30 kr., Korn 5 fl. 38 kr., Gerst 4 fl. 55 kr., Spelz 4 fl. 38 kr., Hafer 3 fl. 42 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

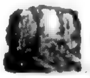
Neustadt. Markt vom 31. Jan. Weizen 6 fl. 44 kr., Korn 5 fl. 35 kr., Spelz 4 fl. 50 kr., Gerst 4 fl. 51 kr., Hafer 3 fl. 34 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 3. Febr. Weizen 6 fl. 56 kr., Korn 6 fl. 4 kr., Spelz 4 fl. 52 kr., Gerst 5 fl. 14 kr., Hafer 3 fl. 16 kr., Kartoffeln 1 fl. 40 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 30. Januar. Weizen 13 fl. 26 kr., Korn 10 fl. 34 kr., Gerste 7 fl. 57 kr., Hafer 4 fl. 22 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[817³] **Weinversteigerung.**



Montag, den 22. März nächsthin, des Nachmittags 10 Uhr, lassen die Geschwister und Erben der zu Haardt verlebten ledigen Rentnerin Anna Maria Weegmüller, in dem Sterbehause allda, die zu deren Verlassenschaft gehörigen, in den Gemarkungen von Neustadt, Mußbach und Haardt gelegenen Weinbergen, gezogenen, rein gehaltenen Weine, der Abtheilung halber versteigern, und zwar:

22700	Liter	1846er	Traminer und gemischter,
2000	„	„	rother,
13700	„	1847er	Traminer und gemischter,
18700	„	1848er	„
12600	„	1849er	gemischter,
3000	„	„	rother,
16600	„	1850er	gemischter,
8400	„	1851er	„

Die Proben werden den Tag vor der Versteigerung und am Versteigerungstage an den Fässern verabreicht.

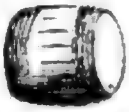
Neustadt, den 4. Februar 1852.

Werner, Notär.

[809²] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einer Stadt der vordern Pfalz wird zu Anfang des Monats März in ein Eisen- und Kurzwaarengeschäft ein Lehrling mit den nöthigen Kenntnißen gesucht. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[818²] **Weinversteigerung.**



Montag, den 16. Februar nächsthin, des Vormittags 10 Uhr, lassen die Kinder und Erben des zu Hambach verlebten Gutsbesitzers Bernhard Seitz d. J., im Sterbhause allda, die zu dessen Verlassenschaft gehörigen, in seinen eigenen auf der Gemarkung von Hambach gelegenen Weinbergen gezogenen, rein gehaltenen Weine, der Abtheilung halber versteigern und zwar:

9500	Liter	1848er,
4000	„	1849er,
5500	„	1850er,
4000	„	1851er.

Die Proben können den Tag vor der Versteigerung und am Tage der Versteigerung an den Fässern im Sterbhause genommen werden.

Mutterstadt, den 4. Februar 1852.

Werner, Notär.

Neue
Speyerer Zeitung.

Sonntag Nro. 34 den 8. Februar 1852.

Deutschland.

>> **Pfalz.** (Napoleonische Parallelen. — Schluß.) Es bleibt immer eine harte Ungerechtigkeit der Geschichte, ihre Anklage ausschließlich gegen die Usurpatoren zu erheben; Wahn und Leidenschaft, Wankelmüthigkeit und Starrsinn des Volkes verdienen ebenso strenge Richter.

Als Napoleon auf St. Helena von seinen Feinden gequält und von dem Bewußtsein gemartert, daß Europa ohne ihn besser den ruhigen Gang der Wohlfahrt und der Civilisation wandeln könne, welche die Herrschaft des Säbels vollständig in den Hintergrund gedrängt hatte, kehrte er eines Tages auf den republikanischen Standpunkt zurück, von dem er einst ausgegangen war, und sprach die prophetischen Worte: „In fünfzig Jahren wird Europa republikanisch oder kosackisch sein.“ Und siehe! Für Frankreich hat sein Wort sich erfüllet in vollster Wahrheit, erfüllet durch einen seiner Abkömmlinge — das Kosackenthum ist dort in seiner ganzen Schöne und Machtfülle über Nacht wie eine Giftpflanze aufgeschossen in betäubender Ueppigkeit. Ein meisterhafter Verschwörer hat den Staatsstreich des Oheims nach der Gunst des Augenblicks, mit den Mitteln und Werkzeugen des 18. Fructidor, nach Treu und Glauben eines Cäsar Borgia und eines Gustav III von Schweden mit Sicherheit bemessen und getroffen. Das franz. Volk übertrug gleich dem dänischen vor 2 Jahrhunderten alle seine Errungenschaften auf Einen Mann über, der nicht wie Friedrich III oder Gustav legitimen Ursprungs und Rechts, sondern auf einen Mann, der, durch die wichtigsten Verträge ausgeschlossen nebst allen seinen Angehörigen als der Ruhe und Sicherheit Europas gefährlichen Menschen, durch eine aufgestachelte, trunkene und bestochene Soldateska mit nächtlicher Gewalt und überflüssigem Blutvergießen allen Gesetzen und Verträgen Hohn spricht und die Ruhe der Welt bedroht. Am 18. Brumaire überließ sich die franz. Nation à discretion dem General Bonaparte, das ganze gährende Chaos widerstrebender Elemente dem organisirenden Genie des neuen Consuls. Dort entschied die Gewalt der geistigen Attraktionskraft des großen Mannes; am 2. Dec. die Tradition und die Furcht vor den neuen Armagnaken. Damals war Frankreich auf stürmischem gefahrvollem Meere nahe daran an der ersten Klippe zu scheitern und nur eine kühne, kraftvolle Hand konnte es retten. Im Jahre 1852 drohte wohl ein Orkan, dessen Gewalt verwirrende Furcht und Hinterlist ins Unendliche vergrößert und gleich einer bethörenden Seuche verbreitet hatte. Aber gerade dieselben schlimmen Wetter hatte man unter bewährten Männern mit alter Tapferkeit schon einmal siegreich bestanden; die bürgerliche Gesellschaft und ihre bewaffnete Elite, das stehende Heer und die wahren Freunde der Freiheit und des Vaterlandes waren auch diesmal bereit den Handschuh aufzunehmen und Alles noch einmal zu retten um den Preis der Ehre, der Rechte und Freiheit einer ehemals großen Nation, wenn der durch allgemeines Stimmrecht, das immer nur zu revolutionären Zeiten und Zwecken etwas taugt, kundgegebene Wille der Nation von den rothen Armagnaken in Frage gestellt worden wäre. Oder zweifelt man wirklich in übergroßer Siegesfreude, daß die Nationalgarde und das stehende Heer diese wenigen Haufen mit weniger Muth und Hingebung auf dem Lande als 1848 in Paris auch in diesem Jahr bekämpft hätten? Fast scheint es so, weil die Menschen das gerne zu glauben immer geneigt sind, was ihren Zwecken dient; oder ihnen Gewalt über Recht geht, wenn es sich um die Vernichtung selbst eines edlern Gegners handelt.

Der Preis, um welchen die franz. Nation zu diesen jetzigen Zuständen einer vermeintlich dauerhaften staatlichen Ordnung gelangte, ist zu hoch, als daß nicht Schaam und Täuschung einen neuen Um- und Aufschwung in nächster Zukunft erfolgen müßte, es sei denn, daß das französische Volk bis zum Aeußersten geblendet, von den alten Leidenschaften des Ruhms und der Eroberungssucht verführt, aufs neue in die gefährlichen Bahnen, die es schon einmal unter den Adlern gewandelt, sich stürzen ließe. Der Imperativ zu solcher Tabula rasa für das Bonapartische bon plaisir war denn doch diesmal nicht kategorisch genug, hat Ehre, Rechtsgefühl und die Hoffnungen auf solide, schwankenlose Zukunft zu tief verletzt, als daß nicht Frankreich und Europa neuen, gefährlichen Stürmen sich zu versehen hätten.

Was darauf kommen wird, können wir weder mit Befürchtungen noch Hoffnungen sicher ermessen; nur eines ist für jetzt gewiß und die Geschichte der beiden franz. Revolutionen hat die große Wahrheit der Antwort Machiavelli's bewährt auf die Behauptung des Cardinals Rohan: die Welschen verstünden sich nicht auf den Krieg — „daß die Franzosen sich nicht auf den Staat verstehen.“

* **München**, den 4. Febr. (80. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Pfr. Franz Xav. Schmid erhält den erbetenen Urlaub.

Budgetberathung. Einnahmen. (Referent Rebenack.) I. Directe Steuern (vorbehaltlich der Steuererhöhung zur Deckung des Deficits.) Die Grundsteuer ist angesetzt zu 4'641,168 fl., die Haussteuer zu 606,028, Dominicalsteuer 146,562, Gewerbsteuer 844,298 (25,000 fl. mehr als bisher), Capitalrentensteuer 507,292, Einkommensteuer 730,657, Wittwen- und Waisenfondsbeiträge 56,705; zusammen 7'532,710 fl.

Köhl beantragt den Abstrich der 25,000 fl., um welche die Gewerbsteuer mehr ertragen soll; schildert die große Belastung des Gewerbwesens. — Finanzminister Aschenbrenner. Das neue Gewerbsteuergesetz werde demnächst vorgelegt werden, und eine Ausgleichung in der Belastung der Gewerbtreibenden bewirken. — Der Antrag wird verworfen, das Regierungspostulat angenommen.

II. Indirecte Auflagen. Taxen, nach dem Regierungsentwurfe 2'831,328, Stempel 1'020,622, Aufschlagsgefälle 5'500,000; dazu Zoll 5'364,4000 fl. — Der Ausschuß beantragt Erhöhung der beiden ersten Positionen auf 2'950,000 und 1'050,000 fl., wonach sich eine Gesammtsumme ergibt von 14'864,400 fl.

Wallerstein hält den Ansatz des Ertrages der Taxgefälle viel zu gering. — Die Ministerialcommissäre Wanner und Lobkowitz bekämpfen eine weiter erhöhte Einsetzung der Position. — Rebenack vertheidigt den Ausschußansatz. Ebenso Lerchenfeld; der letzte tadelt auch die allzufreigebige Verleihung des Armenrechts, was ganz besonders in der Pfalz zu enormen Mißständen führe. Lang entgegnet, in der Pfalz fänden deßfalls keine Mißbräuche statt. Weis erinnert aber gegen Lang, daß allerdings in der Pfalz bezüglich der Zulassung zum Armenrechte sehr bedeutende Mißstände vorkämen; wünscht namentlich, daß das Armenrecht nicht gleich für alle Instanzen und für jede Execution ertheilt werde. — Wallerstein und Reinhart sprechen sodann für

Aufhebung der Biertaxe. Der Erste kommt auf den Ertrag der Taxen zurück; Wanner bekämpft ihn wiederholt. — Kolb entwickelt, daß der Ertrag der Taxen wirklich, und zwar mindestens um 600,000 fl. zu gering angesetzt sei, was nicht gleichgültig erscheine, da dies auf die Steuererhöhung einwirke. — Die Ausschußanträge werden angenommen.

III. Staatsanstalten. Salinen und Bergwerke 2'493,000, Eisenbahnen 1'130,000, Post 300,000 Donaudampfschiffahrt 31,453, Gesetzblatt 16,000, übrige Regalien 20,181; zusammen 3,990,634 fl. Angenommen (in dem Regierungsansatze erschienen nur 3'414,486 fl.)

IV. Domänen. Forsten rc. nach dem Ausschußantrage 2'900,000, Oeconomien 261,559, Lehen- und Zehntgefälle 4'412,165, Zinsen von Staatscapitalien 98,542, — zusammen 7'672.266 fl. (nach dem Regierungspostulate 7'445,171 fl.) Wallerstein tadelt, daß die Forsterträgniße über 50 Proc. Verwaltungskosten erheischten. — Ministerialcommissär Waldmann: Wenn man die Betriebskosten abrechne, bleiben nur 30 Proc. Verwaltungskosten. Lerchenfeld, gegen billigere Holzabgabe für den Localbedarf. — Minister Aschenbrenner erhebt Bedenken gegen die vom Ausschuß vorgeschlagene Erhöhung des Anschlags. Rebenack rechtfertigt dieselbe. Angenommen.

V. Besondere Abgaben 36,989 fl.

VI. Uebrige Einnahmen: Rente der Bank in Nürnberg 50,000, Entschädigung von Oesterreich 100,000, Steuerbeischläge der Pfalz 100,000, Erlös aus Mobiliarschaften 869, zufällige Einnahmen 3,957; zusammen 254,816 fl. — Rebenack beantragt Abstrich der 100,000 fl. Steuerbeischläge in der Pfalz; neulich sei anerkannt worden, daß dieser Kreis mit seinen Taxen so überbürdet sei, daß der Malzaufschlag dadurch mehr als ausgeglichen werde. — Thinnes dagegen. Die Position wird angenommen.

Die Totalsumme der laufenden Einnahmen berechnet sich sonach auf 34,151,815 fl. Hiezu kommen 400,000 fl. Einnahmen aus dem Bestande der Vorjahre, — sonach Gesammtsumme 34'751,851 fl.

Hierauf Berathung der vom Ausschuße gestellten Anträge: 1) Die Regierung möge diejenigen Hüttenwerke und Gewerbe veräußern, welche beständig ein Deficit ergeben. — 2) Bezüglich der Steuernachläße in der Pfalz möge die gleiche Behandlung wie in den übrigen Regierungsbezirken eintreten. Wanner ist dagegen. Rebenack widerlegt ihn kurz und bündig. Der Antrag wird mit 68 gegen 48 Stimmen angenommen. — 3) Die Perlenfischerei auf Staatskosten in Altbaiern möge aufgegeben werden. — 4) Die Jagdregie möge überall aufgehoben werden. — 5) Ebenso der königl. Wildpark im Spessart. — Die Anträge wurden sämmtlich angenommen.

• München, den 3. Febr. Heute begannen vor dem Cassationshofe, unter dem Vorsitze des Vicepräsidenten Hrn. Heintz, die Verhandlungen in Sachen Grills und Bolzas von Rockenhausen. Dieselben waren bekanntlich in dem großen politischen Prozesse von den Geschworenen bezüglich der Anklage auf Hochverrath nichtschuldig, dagegen einer Cassenbeschlagnahme in einer Weise schuldig erklärt worden, daß das Assisengericht sie zu dreijährigem correctionellen Gefängniße verurtheilte, der Cassationshof aber dieses Erkenntniß vernichtete, und dabei u. a. entschied, daß nach dem Wortlaute der Erklärung der Geschworenen der Art. 258 des Strafgesetzbuches nicht anwendbar gewesen sei. Nachdem die beiden Betheiligten in Folge der Entscheidung des Cassationshofes in Freiheit gesetzt worden waren, erfolgte eine neue gerichtliche Verfolgung derselben vor dem Zuchtpolizeigerichte, wegen der nemlichen Thatsachen, wie vor den Assisen. Das Zuchtpolizeigericht zu Kaiserslautern erkannte die Verfolgung nur in so weit zuläßig, als die Geschwornen nicht ein Schuldig ausgesprochen hatten, und verhängten über beide Beschuldigte eine correctionelle Gefängnißstrafe von einem Jahre. Der Appellhof bestätigte zwar die Strafe, änderte aber die Motive dahin ab, daß eine zuchtpolizeiliche Verfolgung bezüglich aller Handlungen zuläßig sei, über welche die Geschworenen erkannt hatten.

In der heutigen Sitzung des Cassationshofes begann nun Anwalt Golsen von Zweibrücken seinen Vortrag. Derselbe entwickelte in scharfsinniger Weise die beiden ersten Cassationsmittel: 1) daß der Art. 360 des Procedurgesetzes jede weitere Verfolgung wegen einer Handlung absolut verbiete, bezüglich deren ein Angeklagter von den Geschworenen freigesprochen worden ist; 2) daß der Wahrspruch der Geschworenen einer unbedingten Freisprechung gleichstehe, nachdem durch das vorige Erkenntniß des Cassationshofes entschieden ist, daß das Assisengericht mit Unrecht den Art. 258 des Strafgesetzbuchs anwendbar erklärte, und daß das sonach freisprechende Erkenntniß — selbst des incompetenten Richters, — da dasselbe von der Staatsbehörde nicht angefochten ward, ihr gegenüber in Rechtskraft übergegangen sei.

Der Vortrag, dessen Entwicklung der weiteren Cassationsmittel morgen stattfindet, hat unverkennbar tiefen Eindruck hervorgebracht, und wir hegen alle Hoffnung, daß das angegriffene Urtheil cassirt werden wird.

— den 4. Febr. In der heutigen Sitzung vollendete Anwalt Golsen seinen Vortrag. Oberstaatsanwalt Bettinger entgegnete, indem er das ergangene Erkenntniß unbedingt aufrecht zu erhalten suchte. Golsen antwortete, die vorgebrachten Momente nach allen Richtungen widerlegend.

Morgen beginnt Anwalt Riedl seinen Vortrag in Sachen Mattils und Meergotts. Die Urtheilsverkündigung wird voraussichtlich nicht sogleich, sondern erst in einer späteren Sitzung erfolgen.

Kassel, den 1. Febr. Mehreren Wirthen in benachbarten Ortschaften, welche in den Jahren 18$\frac{48}{49}$ democratische Versammlungen in ihren Localen gestattet oder auch wol aus Privatinteresse befördert haben, ist die Wirthschaftsconzession entzogen worden.

Berlin, den 3. Febr. Gestern Vormittag verschied zu Potsdam der erste Bischof der evangelischen Landeskirche, Dr. Eylert im 82. Lebensjahre.

Wien, den 30. Jan. Jetzt werden sogar altbaierische Blätter verfolgt und verboten! Der in München erscheinende „Eilbote," welcher nach Tyrol und Salzburg einigen Absatz hatte, ist mit dem Bann belegt worden, und zwar für den ganzen Umfang der Monarchie. Zu den schlimmsten Zeiten Metternichs ist der Gewissenszwang nicht so groß gewesen, als gegenwärtig. Auch gab es damals viele Mittel und Wege, um ohne Schwierigkeit zu den verbotenen Früchten zu gelangen. Man drückte auch von oben ein Auge zu, und jedem irgend anständigen und gebildeten Manne wurden „erga schedam" die verbotenen Bücher und Zeitungen verabfolgt. Jetzt ist daran nicht mehr zu denken. Bei den Buchhändlern wird alle Augenblicke Durchsuchung gehalten, und, was die Hauptsache, die literarische Policei Oesterreichs ist nicht mehr in Wien, sondern vielmehr in Leipzig zu suchen, und ihre Ausübung ist das vornehmlichste Geschäft des dortigen k. k. Consuls. Daher werden jetzt Bücher oft früher verboten, als sie der hiesige Buchhändler beziehen kann. Ueberhaupt droht unser geistiger Verkehr mit Deutschland fast vollständig aufzuhören, indem sich viele Buchhändler die allgemein übliche Sendung der Novitäten aus dem Grunde verbitten, einmal weil sie oft ohne alles Wissen compromittirt werden, sodann aber auch, weil sie materielle Verluste erleiden; denn unsere Policei gibt von ihrer Beute nichts heraus, ja, sie erlaubt nicht einmal die Zurücksendungen nach Leipzig. Eben so wenig ist von einer Entschädigung die Rede, und der hiesige Buchhändler muß also neben dem Eintrag seines Geschäftes auch noch den ganzen Verlust tragen, da er gegen den Verleger die Confiscation nicht als Grund der Zahlungsverweigerung geltend machen kann. Bis vor

kurzem war es den hiesigen Redactionen vergönnt, verbotene Zeitungen zu ihrem Gebrauche zu beziehen. Neuerdings ist aber auch diese Vergünstigung zurückgenommen worden. Nur die Ministerien und die „Wiener Zeitung" erhalten sie. Es läßt sich denken, daß bei solchen Verhältnissen von einer Bewilligung für Private nicht die Rede ist. Der „Juristen-Verein," der wissenschaftlich gebildetste Clubb der Hauptstadt, hatte mit Berufung auf die vormärzliche Zeit, wo ihm die damals so verpönten „Grenzboten" bewilligt waren, um Befreiung von dem allgemeinen Zwange nachgesucht, war aber sehr kurz abgewiesen worden. (Köln. Ztg.)

— den 2. Febr. Das hier erscheinende „Fremdenblatt" ward wegen Aufnahme „unsittlicher, vorlauter und unzukömmlicher" Artikel bis 15. Febr. suspendirt.

Frankreich.

Paris, den 2. Febr. Die Fonds sind heute etwas gewichen. Abermals heißt es an der Börse, daß in Kurzem wichtige Finanzmaßregeln, namentlich eine Einkommensteuer, zu gewärtigen seien. Letztere würde etwa 80 Millionen Fr. aufzubringen haben, um, im Vereine mit der 1831 aufgehobenen und wieder einzuführenden Besteuerung des Detailverkaufs von Wein, welche 35—40 Mill. einbringen dürfte, den Ausfall der 120 Mill. zu decken, welche die abzuschaffende Getränkesteuer jetzt abwirft. Auch die zahlreichen Inhaber von Actien der Feuerversicherungsgesellschaften sind in Besorgniß. Es verlautet nemlich, daß der Staat künftig alle Versicherungen von Immobilien gegen Feuersgefahr übernehmen werde, die Versicherungsgesellschaften also auf Mobilar- und Waarenversicherungen beschränkt sein würden. Wie viel Wahres an allen diesen Gerüchten ist, welche die besitzenden Classen beunruhigen, steht dahin; ganz unbegründet sind sie schwerlich. (K. Z.)

— den 3. Febr. Bekanntlich bestimmt das Decret des Präsidenten, daß ein Theil der den Orleans genommenen Güter zu Gunsten des Clerus verwendet werde. Man versichert nun, daß der Erzbischof von Paris und die Bischöfe von Rennes und Orleans im Namen der Geistlichen ihrer Diöcesen die Annahme des ihnen zufallenden Theiles verweigern wollen.

Es scheint, daß Persigny seinem Vorgänger, de Morny, nicht sehr gewogen ist. Die durch gestriges Decret im „Moniteur" abgesetzten Präfecten haben nur ihre Stellen verloren, weil sie für die Creaturen de Morny's gelten, dessen Einfluß man gänzlich ruiniren will. Mit dem neuen Polizeiminister soll Persigny ebenfalls auf etwas gespanntem Fuße stehen, da Beide sich über die Attributionen ihrer respectiven Ministerien nicht einigen können. Persigny scheint überhaupt Alles an sich reißen zu wollen. So spricht man wieder mehr, denn je, von der Unterdrückung des Unterrichtsministeriums, das ebenfalls zu dem Ministerium des Innern geschlagen werden soll. Die Universität soll, wie sie es unter der Kaiserzeit war, als unabhängiger Körper constituirt und unter die Leitung eines Großmeisters gestellt werden. Man soll Villemain diese Stelle angeboten, aber eine abschlägige Antwort erhalten haben, und wird deßhalb wahrscheinlich der Unterrichtsminister Fortoul zu dieser hohen Würde erhoben werden. — Montalembert hat vollständig mit der Regierung gebrochen. Er hat an die französischen Erzbischöfe und Bischöfe ein Circularschreiben gerichtet, in welchem er ihnen dieses anzeigt und zugleich sagt, daß er für die zukünftigen Handlungen der Regierung nicht verantwortlich sei. Im Elysee selbst soll man über das neueste Auftreten des Chefs der clericalen Partei äußerst unzufrieden sein und ihm durch einen Vertrauten bedeutet haben, er möchte zwischen einer Senatorenstelle und einem Passe ins Ausland wählen. — Unter den Personen, die den Protest des gerichtlichen Rathes der Familie Orleans unterzeichnet haben, befindet sich auch Laplagne-Barris, Mitglied des Cassationshofes. Louis Bonaparte ist sehr wüthend, daß sich diese Magistratsperson an dem Proteste betheiligt hat. Er hat Laplagne-Barris auffordern lassen, seine Entlassung einzureichen, da er wol als Mitglied des Familienrathes den Protest hätte unterzeichnen können, es aber in seiner Eigenschaft eines Präsidenten der Appellationsgesucheabtheilung an dem Cassationshofe nicht hätte thun dürfen, indem er dadurch auf die Meinung dieses Gerichtshofes einen Einfluß ausübe, welcher nicht stattbaft sei. Wie es heißt, hat Laplagne-Barris aber gar keine Lust, seine Demission zu geben, indem er sich auf die Unverletzbarkeit der Magistratepersonen stützt. Da jedoch die Unabsetzbarkeit der Richter ꝛc. in der neuen Verfassung nicht, und nur in der abgeschafften, sichergestellt ist, so weiß man nicht, ob die Regierung durchgreifen und die Absetzung Laplagne-Barri's decretiren wird. Ein derartiger Schritt würde, wie man denken kann, große Unzufriedenheit erregen, da der Cassationshof in Frankreich in sehr hohem Ansehen steht. (Köln. Z.)

Durch präsidentielles Decret wird die Errichtung von religiösen Frauenstiftern, welche Erziehung der Jugend oder Armen- und Krankenpflege zum Zwecke haben, gestattet. Das Decret stellt die Bedingungen auf, unter welchem die Erlaubniß für Errichtung derartiger Stifter zu ertheilen ist.

Zu Cette hat der Militärcommandant 18 Kaffeehäuser geschlossen.

— den 4. Febr. Der heutige „Moniteur" enthält ein Decret, wodurch die Wahlbezirke zum gesetzgebenden Körper festgestellt werden, sowie verschiedene Ernennungen in der Marine.

Spanien.

Madrid, den 29. Jan. Die „Nacion" versichert, daß in einem vorgestern Nachts abgehaltenen Ministerrathe beschlossen worden sei, eine nachdrückliche Note gegen das Decret bezüglich der Güter der Familie Orleans, so weit dasselbe die der Herzogin v. Montpensier angehörigen Güter betrifft, an Louis Napoleon zu richten. Der Privatsecretär des Herzogs von Montpensier ist, wie die „Nacion" weiter mittheilt, als Ueberbringer dieser Protestation unseres Cabinettes unverzüglich nach Paris abgereist. Die hiesigen Blätter sprechen sich sehr kräftig gegen jenes Decret aus, und darunter auch der „Orden," das Organ des Ministeriums.

Italien.

Genua, den 28. Jan. Der Redacteur des Journals „Italia e popolo" ward verhaftet und das Blatt wegen eines die Religion verhöhnenden Artikels sequestrirt.

Großbritanien.

London, den 4. Febr. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses gab Lord John Russel die Erklärung ab, er habe der Königin die Entlassung Lord Palmerstons angerathen, weil dieser gegenüber dem französischen Gesandten Walewski eine vollständige Billigung des Staatsstreiches vom 2. Dec. v. Js. ausgesprochen habe, ohne vorher die Krone über diesen Schritt zu consultiren. Lord J. Russel bemerkt hiebei indeß weiterhin, L. Napoleon scheine auch ihm durch den Staatsstreich im Interesse Frankreichs gehandelt zu haben, und mißbilligt deßhalb das feindselige Auftreten der englischen Presse. — Lord Palmerston gibt seine Unterredung mit Hrn. Walewski zu, bestreitet aber, daß dieselbe einen officiellen Character gehabt habe. — Ferner wurde der Adressentwurf auf die Thronrede angenommen.

Schweden.

Stockholm. Am 24. Jan. Mittags 12 Uhr ist das am Meeresstrande von Loudden, in der Nähe von Lidingöbro, belegene Pulvermagazin Nro. 3 in die Luft geflogen. Durch diese Explosion wurden hier mehrere Tausend Fensterscheiben (mehrere Hundert allein im kgl. Schlosse und in den Hofstallgebäuden) zertrümmert, Thüren flogen auf u. s. w. Das Pulvermagazin selbst, welches 2804 Centner Pulver enthielt, ist völlig in einen Schutthaufen verwandelt. Der Verlust, den der Staat dabei erleidet, wird auf 115,000 Rthlr. Bco. geschätzt. Unter den Trümmern sind bis jetzt 2 Leichen gefunden worden.

Neueste Nachrichten.

Ludwigsburg, den 5. Febr., Nachmittags 4½ Uhr. Soeben wird folgender Spruch des Hofes verkündigt. Es sind verurtheilt zu Kreisgefängnißstrafe (theilweise auf der Festung zu erstehen): Hausmann 30 Monate Kreisgefängniß. Freiesleben 8 M. Kreisgef. Frasch 12 M. Arbeitshaus. Rößler 8 M. Kreisgef. Herter 6 M. Arbeitshaus. Dr. Mayer 15 M. Kreisgef. Schweickhardt 18 M. Wucherer 21 M. Wiedersheim freigesprochen. Wagner 6 M. Kreisgef. Elsenhauns 8 Monat. Schömperle 10 M. Kaufm. Gaiser 8 M. Haisch 8 M. Haug 12 M. Kreisgef. Bäcker Gaiser 6 M. Vischer 15 M. Eßlin 8 M. Letzer 8 M. Rudy 7 M. Loß 7 M. Essig 7 M.

Von den prozessirten Angeklagten sind 28 freigesprochen und 21 verurtheilt. Morgen findet das Contumacialverfahren gegen die 32 flüchtigen Angeklagten dieses Prozesses statt, als Mayer von Eßlingen, Ex-Reichstagsabgeordneter, Dr. A. Weisser, früherer Redacteur des Beobachters, L. Pfau, früherer Redacteur des Eulenspiegel, Groß, Topograph 2c., womit die Sache endlich beendigt sein wird, wenn keine Nichtigkeitsklagen vorkommen.

Paris, den 4. Febr. Durch präsidentielles Decret sind die Contre-Admirale Bruat, Le Predour und Dubourdieu zu Vice-Admiralen an die Stelle der Vice-Admirale Le Blanc, Casy und Parseval Deschenes, welche in den Staatsrath und den Senat berufen sind und deßhalb aus dem activen Dienste treten, ernannt. Dasselbe Decret befördert die Linienschiffscapitäne Jacquinot, Charner und Le Barbier de Tinan zu Contreadmiralen. Ein anderes Decret ernennt sechs Fregattencapitäne zu Linienschiffscapitänen, acht Lieutenants zu Fregattencapitänen u. s. w.

Paris, den 5. Febr. Der heutige „Constitutionnel" enthält folgende telegraph. Depesche aus Madrid vom letzten Montag den 2. ds.: „Ein Attentat hat heute auf die Königin stattgehabt, bei welchem dieselbe jedoch glücklicherweise nur leicht verwundet wurde; die öffentliche Stimmung ist deßhalb wieder beruhigt."

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kelb.

[797] Kgl. Bayer. privilegirter

Hoffmann'scher Zahnbalsam,

welcher die heftigsten Zahnschmerzen in einer Minute stillt, ist zu haben in Neustadt a. d. H. bei Hrn. Carl Helferich; Hrn. J. Klebsch und Manz in Speyer; Hrn. C. Heusser in Kaiserslautern; Hrn. L. Mayer Sohn in Landau und Hrn. E. L. Wend in Zweibrücken.

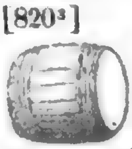
Preis des Glases 36 kr.

[795²] Ein Biber'scher Flügel von vorzüglicher Güte steht in Speyer zu verkaufen bei Wittwe Hoffmann.

[815²] **Stellegesuch.**

Ein im Gerichtsbotenfache geübter und geprüfter Gehülfe wünscht entweder bei einem Gerichtsboten, in einer Advocatur, oder Gerichtsschreiberei eine Stelle zu erhalten. Frankirte Briefe befördert die Expedition ds. Blts.

[820³] **Weinversteigerung.**



Dienstag, den 2. März 1852, Nachmittags 1 Uhr, zu Speyer im Wirthshause zur Blume bei Johannes Fehn, lassen die Wittwe und Erben des zu Speyer verlebten Weinwirthes Johannes Fehn, der Abtheilung wegen, nachbezeichnete Masse Weine versteigern:

1846er	1500	Liter	Birkweiler,
„	4000	„	Hambacher,
1848er	2500	„	Birkweiler,
„	3000	„	Herrheimer,
„	200	„	rothen Deidesheimer,
1849er	1100	„	Hambacher,
„	2000	„	Königsbacher,
1850er	1200	„	Herrheimer,
1851er	1500	„	Birkweiler.

Unmittelbar nach dieser Versteigerung läßt Ludwig Franz Rothermel, Kaufmann in Speyer wohnhaft, seine nachbezeichnete Weine versteigern:

1846er	1500	Liter	Freinsheimer,
„	800	„	Deidesheimer,
„	1500	„	Deidesheimer Auslese,
1848er	3400	„	Herrheimer,
1850er	1000	„	Speyerer,
„	1000	„	Mußbacher.

Die Weine lagern alle zu Speyer, jene der Wittwe und Erben Fehn im Heppenheimer'schen Keller, jene des Hrn. Rothermel in dessen eigenem Keller.

Bis zur Versteigerung können jederzeit Proben an den Fässern selbst genommen werden.

Speyer, am 5. Februar 1852.

Hoseus, Notär.

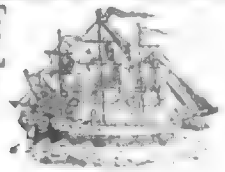
[806²] **Gastwirthschafts-Empfehlung.**

Da der Unterzeichnete die seither durch Frau Wittwe Hammann zu Meckenheim geführte Gastwirthschaft zum „Schaafe" eigenthümlich an sich gebracht und die Wirthschaft selbst am ersten Februar ds. Js. übernimmt, so empfiehlt er sich allen Reisenden unter Zusicherung guter und billiger Bedienung.

Meckenheim, den 28. Januar 1852.

Jakob Bried.

[796]



Regelmäßige Postschifffahrt

zwischen Antwerpen und New-York.

Abfahrten wie folgt:

Am 15. Februar „Atlantic," Capitän Lamb,
„ 5. März „Richard Alsop" (ein ganz neues, ausgezeichnetes, schönes Schiff), Cap. Post,
„ 15. „ „Edwina," Capitän Parmelee,
„ 1. April „Peter Hattrick," Capitän Rockwell.

Ferner expediren wir nach **New-Orleans:**

Am 5. Februar „Uncas," Capitän Loones.

Die Schiffe dieser Linie sind alle als vorzügliche schnellsegelnde amerikanische Dreimaster bekannt.

Die Reise von Ludwigshafen bis nach Antwerpen geschieht unter Begleitung eines eigens dazu angestellten gewandten und zuverlässigen Conducteurs.

Nähere Auskunft über Preise und Bedingungen ertheilen:

Dr. G. Strecker in Mainz, **Ant. Joseph Klein** in Bingen, **Joseph Stoeck** in Creuznach,

Strecker, Klein & Stoeck in Antwerpen,

sowie deren Agenten:

Pfaff & Lederle in Ludwigshafen a. Rh. **Louis Merckle** in Speyer. **Joseph Schuler** in Zweibrücken. **C. J. Fischer** in Neustadt a. d. Hdt. **Etienne & Holzbacher** in Kaiserslautern.

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 34) den 8. Februar 1852.

Deutschland.

Würzburg, den 3. Febr. Schon seit einiger Zeit circulirten hier unheimliche Gerüchte, daß in einigen ärmeren Bezirken Unterfrankens in Folge der totalen Mißerndte der Kartoffeln und des hohen Getreidepreises eine furchtbare Noth ausgebrochen sei, die Krankheiten im Gefolge habe und sich zu einem förmlichen Hungertyphus zu steigern drohe. So hat u. a. der Förster von Rothenbach dem Regierungspräsidenten hier die Anzeige gemacht, daß man in seinem Bezirke die befohlene Anzahl von Baustämmen nicht fällen könne, weil die Leute in Folge der Noth ganz entkräftet seien. Man hielt diese Gerüchte für unwahr oder übertrieben. Jetzt aber läßt es sich nicht länger verheimlichen und mit furchtbarer Wahrheit erzählen die hiesigen Blätter, daß in einigen Orten des Kahlgrundes, des Spessarts und der Rhön bereits Scenen sich ereignet hätten, die an die schlesische Hungerpest erinnerten. Die k. Regierung hat demnach auch die Bildung eines Comite's hier erlaubt, das Beiträge an Geld oder Naturalien entgegen nimmt, um dem Umsichgreifen dieses Uebels entgegenzutreten. Das Comite, an dessen Spitze die Hrn. J. Bolongaro-Crevenna und Dr. Fabri stehen, hat sich bereits gebildet um die Beiträge entgegenzunehmen. (Auch die Redaction des „Frankfurter Jour." erklärt sich zur Annahme von Beiträgen bereit.)

Darmstadt, den 29. Jan. (Schnurrbärte) Dem Sch. M. schreibt man: Vorgestern wurde in einer Assisensitzung dahier dem advokatischen Schnurrbart die erste siegreiche Schlacht geliefert. Advokat K. nämlich, der schon seit 8 Jahren einen Schnurrbart trägt und mit demselben unbeanstandet bei allen Gerichten zugelassen worden, wurde vorgestern, wo er in einer ihm vom Assisenpräsidenten übertragenen Assisensache plädiren wollte, durch die ihm von einem Gerichtssecretär amtlich mitgetheilte Erklärung überrascht, daß er mit dem Schnurrbart nicht plädiren dürfe. Gleiches erklärte ihm hierauf der Assisenpräsident selbst. Hr. K. trat in Folge dessen zurück und ein neuer Anwalt, Hr. D., wurde beschieden, der, unbekannt mit den Verhältnissen, sich rasch einschoß und das Erforderliche vornahm.

Wiesbaden, den 4. Febr. Wie in letzterer Zeit den Sitzungen des Vereins zur Wahrung der Volksrechte ein Polizeibeamter beiwohnte, um die Versammlung zu überwachen, so geschieht dieß auch jetzt bei den jedesmaligen Versammlungen der hiesigen Carnevalsgesellschaft, die doch eigentlich nicht unter die Kategorie der politischen Vereine gehört. — Es sind wohl noch in keinem Jahre so viele Auswanderungen nach Nordamerika in unserem Ländchen beschlossen worden, als in diesem. In jeder Nummer des Intelligenzblattes findet man eine Masse von Auswanderungsanzeigen; auch ein schlimmes Zeichen der Zeit! (Fr. J.)

Leipzig, den 30. Jan. Die Dresdener Polizei hat den Inhabern von Leihbibliotheken und Leseinstituten aufgegeben, binnen acht Tagen sich auf dem dortigen Polizeihause zu melden, und zugleich die Kataloge ihrer Bücher und Zeitschriften einzureichen. Man darf diese Verfügung als den Anfang weiterer Maßregeln gegen die Leihbibliotheken betrachten.

Erfurt, den 28. Jan. Eine betrübende Erscheinung des Handels und gewerblichen Lebens hat sich auch hier eingefunden und wird mit Theilnahme besprochen, nämlich Arbeitseinstellungen großer Fabriken wegen mangelnden Absatzes. Besonders sind dadurch die Weberfamilien betroffen, deren eine Anzahl für den Augenblick hülflos ist, und deren Väter ihrer Erwerbspflicht mit dem besten Willen nicht nachkommen können, da sie zufolge ihres Handwerks schwerere Arbeit nicht leisten können und auch solche nicht finden. Man hört daher auch beständig von neuen Auswanderungen nach Amerika, auch aus benachbarten Dörfern im Gothaischen, wo manche Weber für die hiesigen Handelshäuser beschäftigt waren.

Magdeburg, den 3. Febr. Vor einigen Tagen wurde ein hiesiger Kaufmann Namens Hartung gefänglich eingezogen, weil er seine beiden ersten Frauen und ganz kürzlich auch seine Tante vergiftet haben solle, und hat bereits das letzte Verbrechen (die Vergiftung seiner Tante) eingestanden. Man zweifelt hier keineswegs, daß er auch seine beiden Frauen durch Gift aus der Welt geschafft habe, um in den Genuß der Rente zu gelangen, welche ihm die Lebensversicherungsgesellschaft, bei der er das Leben seiner Frauen versichert hatte, zahlen mußte. Damit aber ist es noch nicht genug; es läuft heute das Gerücht in der Stadt um, Hartung habe noch mehre andere Giftmorde begangen und bezeichnet nicht weniger als sieben Opfer, die, wie auch höchst wahrscheinlich ist, von ihm durch Gift getödtet wurden. Die Bestürzung, die allgemeine Aufregung in der Stadt über diese scheußlichen Mordthaten ist um so größer, als die Gemordeten, wie auch der Mörder selber, sehr bekannte hiesige Persönlichkeiten sind. (F. J.)

Frankreich.

Paris. Zu den „politisch Anrüchigen" gehört, wie bereits berichtet, jetzt auch der Dominakaner Lacordaire, der berühmte Prediger. Da er auf der Kanzel eine Art Opposition machte, so war beim heiligen Stuhl ausgewirkt worden, der ihm eine Visitation der Klöster seines Ordens außer Frankreich auftrug, doch hatte die Regierung vorläufig davon keinen Gebrauch gemacht. Letzten Sonntag, schreibt man der Independance vom 29. Jan., wollte man aber in seiner Predigt neue Anspielungen entdecken. Man führt folgende Stellen an: „Les tyrans ne sont point à faire, ils son faits;" (die Tyrannen sind nicht zu machen, sie sind gemacht); und, indem er von den Kapuzinern sprach, eux aussi ont les honneurs de la persécution (auch sie haben die Ehre der Verfolgung). Der Reisebefehl wurde nun dem Pater Lacordaire zugeschickt.

Großbritanien.

London, den 31. Januar. Aus Irland lauten die Nachrichten wenig erfreulich. Der Lordstatthalter hat sich vermüßigt gesehen, nacheinander 3 Proclamationen wegen agrarischer Mordthaten und Zusammenrottungen zu erlassen. Auffallend ist die Betheiligung an diesen Freveln in dem sonst vergleichsweise ruhigen Nord-Irland. Der „katholische Vertheidigungsverein" setzt in Dublin und anderwärts seine Versammlungen fort, ohne daß seine Thätigkeit erhebliche Resultate zu liefern scheint. In seinem letzten Meeting ward über die fortdauernden Uebertritte zum Protestantismus in West-Irland geklagt.

Rußland.

Von der polnischen Grenze, den 30. Jan. Im

Königreich Polen ist nachgerade alles russisch geworden, da jetzt auch sogar der julianische Kalender wieder officielle Geltung gewonnen hat, und der neue Styl nur in Parenthesen daneben steht; bisher war wenigstens noch das Umgekehrte der Fall.

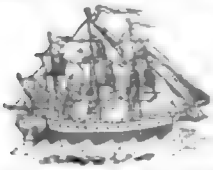
Aus dem Postamte zu Szczucyn (im Königreich Polen) ist am 10. Januar ein Faß, worin 40,000 Silberrubel, meistens in Goldmünzen enthalten waren, gestohlen worden.

Miscellen.

Den aus Frankfurt verwiesenen Gesellen wird im Passe vermerkt, daß sie vom Gebiete der freien Reichsstadt ausgewiesen seien „auf 101 Jahre." Da schwerlich Einer der Ausgewiesenen ein so hohes Alter erreichen dürfte, so läßt sich die lächerliche Formel nur dadurch erklären, daß sich die Frankfurter auch vor den Geistern der Gesellen fürchten und sie verkennen. Es ist diese Erklärung schon darum motivirt, weil es Niemand besser weiß als die Frankfurter, daß die Todten auferstehen. (Kladd.)

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. Fr. Kolb.

[763] Die **Goldberger**'schen galvano-electrischen **Rheumatismus-Ketten**, die sich noch immer als das bestvorhandene Mittel zur gründlichen Abhülfe und Beseitigung rheumatischer, gichtischer und nervöser Leiden, als: Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Herzklopfen, Schlaflosigkeit rc. rc. beweisen und ihr Erfolg durch tausendfache Atteste berühmter Aerzte und hochachtbarer Privatpersonen festgestellt ist, sind ächt und unverfälscht in Original-Verpackung zu haben bei J. **Bürckel** am Speisemarkt in **Mannheim**.



Regelmäßige Beförderung

von Auswanderern nach allen Seehäfen von **Amerika**
zu den **niedrigsten** Preisen,
und mit Uebernahme unter Garantie bis an die Landungsplätze in Amerika

durch den Unterzeichneten, welcher auch schnellste Expedition des Gepäcks und aller Waaren besorgt, und Zahlungsanweisungen in jedem Betrag, auf jeden beliebigen Seeplatz der Union verschafft, was besonders für solche Auswanderer angenehm ist, die größere Summen mit sich nehmen.

Auf Anfragen weitern Bescheid und feste Abschlüße von der Special-Agentur in **Speyer** bei
Julius Helff, breite Straße Nro. 14.

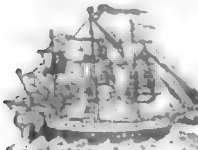
[792[10]]

[804]

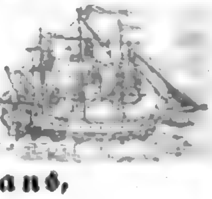
Niederländische

Dampfschifffahrts- Gesellschaft.

Fahrten von Ludwigshafen am Rhein vom 25. Januar an:
Nach Köln—Rotterdam, jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag 4 Uhr Morgens.
Das Dampfboot „Tyenoord" fährt jeden Dienstag von Rotterdam nach London.
Nähere Auskunft bei dem Agenten:
C. Aug. Exter in Ludwigshafen a. Rh.



„Die Fürsorge."



Concessionirtes Hauptunternehmen für Auswanderung.
Bestimmte Abfahrten pro Monat Februar 1852.

Ab Havre,

New-York, 9., 19. u. 29. — New-Orleans, 19. u. 29.

Ab Bremen,

15. Februar und 1. März — 1. und 15. März.

Ab Antwerpen,

20. Februar und 5. März — 15. Februar.

Außerdem expediren wir regelmäßig Schiffe, ab Bremen, nach Baltimore, Galveston in Texas und Porte-Adelaide in Australien.

Wegen Abschluß von Schiffsverträgen oder sonst zu wünschende Auskunft beliebe man sich an uns und unsere bekannten Herren Agenten zu wenden.

Neufreystädt.
Die Unternehmer:
Huth u. Cie.

Mannheim.
Das Central-Bureau:
Wm. Bissinger, General-Agent.

[819]

Fahrten der Local-Dampfboote Delphin I und II

vom 1. Februar.

Abfahrt von **Ludwigshafen a. Rh.** nach Mainz in Verbindung mit der Frankfurt-Mainz-Binger Localfahrt: **alle grade Tage**, 2., 4., 6. rc., Vormittags 11 Uhr, nach Ankunft des Eisenbahnzuges.

Nähere Auskunft ertheilt der Agent:
C. Aug. Exter.

Ludwigshafen a. Rhein, den 1. Februar 1852.

[812]

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 35 | den 10. Februar 1852.

Deutschland.

*** Betrachtungen.** Ueberall sucht man die Maxime dem Volke einzuimpfen: „wir wollen nichts als Ruhe haben; was liegt uns daran, wer regiert und unter welchen Formen regiert wird; was kümmert es uns, welche Verfassung besteht!" Es wird dann gewöhnlich beigefügt: „Die Regierung muß stark sein, dann kann sie Ruhe und Ordnung erhalten, — Ruhe um jeden Preis!"

Nirgends ward diese Maxime so lange Zeit gelehrt, nirgends fand sie so vielfache Zustimmung, als in Frankreich. Wohin ist man nun mit dieser Maxime gekommen?

Ludwig Philipp gründete sein ganzes Regierungssystem darauf. Er versprach der Bourgeoisie Erhaltung der Ruhe und Ordnung, und diese ließ ihn hiefür in allen Dingen gewähren. Wie endete Ludwig Philipps Herrschaft? Wäre es nicht weit mehr im Interesse der ruheliebenden Bürger gewesen, dem Mark und Bein des ganzen Staatskörpers durchfressenden, in diesem ganzen Körper nur Fäulniß verbreitenden Systeme von Anfang an in jedem Stadium entgegenzutreten, und jenen Regenten durch eine wahre, nicht gefälschte, Repräsentation, auf parlamentarischem Wege zu nöthigen, ein anderes, besseres, innerlich haltbares System anzunehmen? Es geschah nicht! Ward ein politisches Recht verletzt, wurden zehn Freiheitsrechte verhöhnt und mit Füßen getreten, da blieb man gleichgültig, man zuckte die Achseln: „was liegt uns an solchen politischen Dingen, wir wollen Ruhe haben!" Man hatte Ruhe — für den Augenblick, — die Aussaat aber war Sturm, — Sturm, der alsbald das ganze Gebäude des Königthums niederstürzte! Alle Wirren in Frankreich seit 4 Jahren, — es sind die Früchte davon, daß man alles Unrecht, jede Verletzung — freilich nicht eigentlich des Buchstabens, wohl aber — des Geistes der Verfassung gleichgültig hinnahm, daß man die Corruption, die Scheinheiligkeit überall walten ließ, — es sind die Früchte jener Maxime: „Ruhe um jeden Preis!"

Die Republik ward proclamirt. Sie trat mit einer Mäßigung auf, die man hoffentlich heute allgemein anerkennen wird. Nirgends die leiseste Verletzung der Personen, nirgends die geringste Verletzung des Eigenthums. Sollte aber irgend eine jener socialen — nicht socialistischen oder communistischen — Verbesserungen durchgeführt werden, welche die Verhältniße wirklich bedingen, — irgend eine Verbesserung jener Zustände, welche in Frankreich die Revolution erzeugt, welche sie zur sittlichen Nothwendigkeit gemacht hatten, da trieben die Betrüger Phantasmagorie mit dem „rothen Gespenste," und die Mehrzahl der Besitzenden ließ sich immer wieder schrecken und einschüchtern, — sie wollte gar nichts verbessert haben am alten Gebäude. Weil die Aenderung zu weit führen könnte, darum ja gar keine Aenderung. „Wir wollen Ruhe, Erhaltung unserer Zustände!" Um nicht der kleinen momentanen Unbequemlichkeit ausgesetzt zu sein, welche mit einer Ausbesserung verbunden ist, ließ man es lieber darauf ankommen, das ganze Haus einstürzen zu sehen! Und es stürzte ein! Dies wieder die Frucht der „Ruhe um jeden Preis!"

Die Aussaat ist nun aufgegangen. Sie wuchert in üppigster Fülle! „Es ist uns gleichgültig, wer herrscht und wie regiert wird; es ist uns gleichgültig, welche Verfassung wir haben und wie man sie vollzieht!" Mit dieser Maxime — wohin ist man gekommen? Haben nun nicht Diejenigen am meisten unter den Folgen dieses Grundsatzes zu leiden, die ihm am entschiedensten huldigten? Gerade die Classe der „besitzenden" Bürger — leidet sie nun nicht am schwersten? Gerade Diejenigen, welche um jeden Preis die Früchte ihres oder ihrer Eltern Fleißes in Ruhe genießen wollten, — welche Sicherheit für ihre Personen, für ihr Eigenthum haben sie nun? Sind sie einen Tag, eine Stunde sicher vor willkürlicher Verhaftung, vor Deportation, vor Confiscation ihres Vermögens, nach dem man greifen wird, wenn die andern Mittel zur Fortführung des jetzigen geldfressenden Systems erschöpft sein werden, — nach dem man greifen wird, wie man im alten Rom that, zur Zeit der verschiedenen Gewaltherrschaften. Je größer das Vermögen, je mehr also die Mittel gegeben, das Leben angenehm zu machen, desto größer die Gefahr für den Besitzer, denn desto lockender der Köder, der die Habgier dieses oder jenes Gewaltigen reizt! Und je verbreiteter die Maxime: „Ruhe um jeden Preis!" bei einer Classe der Bevölkerung ist, desto gefahrloser erscheint es, gerade diese Classe zum Opfer zu machen, und durch ihr Preisgeben andern, thatkräftigern, darum gefürchtetern Classen, zu gewinnen oder zu beschwichtigen!

Werden jene Classen des französischen Volkes, welche bisher theilnahmlos jede höhere politische Frage von sich wiesen, endlich erkennen, daß dies gerade vor allem zu ihrem Verderben führt?! Werden sie einsehen, daß jede Gewalt, welche auftaucht, einen solchen theilnahmlosen oder vielmehr hintendrein Alles gutheißenden Theil des Volkes, nicht achtet und am allerwenigsten fürchtet. Werden sie zu einem Selbstbewußtsein sich erheben, und zu der Erkenntniß gelangen, daß ein solcher „theilnahmloser Theil" des Volkes wirklich auch vernunftrechtlich nicht zählen kann, weil in einem Staate, d. h. in einer Association aller Glieder des Volkes, nur Derjenige als Theil des Gesammtwillens erscheint, welcher fähig und bereit ist, seinen Willen auszudrücken und jedenfalls in legaler Weise geltend zu machen, d. h. Partei zu nehmen. —

Es liegt ein tiefer Sinn in jenem leichten Spiel der Worte Goethe's:

> Was macht gewinnen?
> Nicht lang besinnen!
> Was bringt zu Ehren?
> Sich wehren!

Ludwig Napoleons Verfahren hat neuerdings den ersten Theil dieses Satzes bewiesen. Das Unglück der Bourgeoisie in Frankreich bewahrheitet ebenso neuerdings wieder, wenn auch in negativer Richtung, den zweiten Theil des Verses! —

*** München,** den 5. Febr. Heute wurde vor dem Cassationshofe die Sache von Mergott und Mattil verhandelt. Anwalt Riedl entwickelte in klarer Weise die Cassationsgründe. Es sind zunächst die nemlichen Fragen, welche in der Sache von Grill und Bolza vorliegen. Generalprocurator Bettinger sprach für Aufrechthaltung der ergangenen Verurtheilungen. Da wir einen umfassenderen Bericht über die Verhandlungen in den nächsten Tagen liefern zu können hoffen, so bemerken wir für heute blos, daß die Verkündigung des Urtheils an einem noch zu bestimmenden Tage der nächsten Woche erfolgen wird.

* Der Bericht des Grafen Arco-Valley, als Referenten in der Reichsrathskammer, über den Ankauf der Donau-Mainkanalactien lautet keineswegs unbedingt zustim-

mend. Man ist auf den Beschluß der Kammer sehr gespannt.

München, den 4. Febr. Den Militärstellen ist die Anzeige zugekommen, daß mehrere Unterofficiere und Soldaten im Besitze der confiscirten Schrift: „Verwidantritt etc. des Abg. Reinhart" seien, weßhalb gestern die Effecten namhaft gemachter Militärindividuen durchsucht wurden. Ob von dem Gesuchten etwas gefunden wurde, ist mir noch nicht bekannt geworden. (N. K.)

— den 6. Febr. Eine allerhöchste Verordnung verkündet, daß der Zinsfuß für alle ferneren Staats- und Eisenbahnanlehen bis auf Weiteres auf 4½ Procent festgesetzt sei.

Nürnberg, den 4. Febr. Vor einigen Tagen erhängte sich in seiner Schlafkammer im Nüll'schen Wirthshause am Neuenthore ein Schneidergeselle aus Furcht, ausgewiesen zu werden. Der Arme hieß Mayer. (F. K.)

Im Augsburger Tagblatt ist Folgendes zu lesen: „Am 26. Jan. in der Nacht ließ sich der Kapuzinerbruder Elearzar Mair in Türkheim aus dem Fenster seiner Zelle zwei Stockwerk hoch an einem Stricke herunter, der jedoch brach, wodurch der Flüchtige eine bedeutende Verletzung erhielt; er überstieg indeß auch noch die Gartenmauer und suchte Schutz bei der königl. Gerichtsbehörde des Orts wegen angeblicher „Mißhandlung von Seite seiner Obern." Jetzt ist der arme Bruder wieder im Kloster und soll in einer vergitterten Zelle hinter Schloß und Riegel verwahrt werden. Da der Vorfall in der ganzen Gegend viel Aufsehen und Theilnahme erregt, so wäre das Publikum sehr begierig zu wissen, ob E. Mair nur als Geisteskranker oder als Verbrecher behandelt wird. Im letzten Falle dürfte das Volk auch ein Recht haben zu fragen, welche Gesetze hat der Gefangene verletzt und welche Strafe steht ihm bevor. Alle Achtung vor den Regeln des hl. Franziskus; aber geheime Inquisition und geheime Execution halten wir für unverträglich mit den Rechtsbegriffen unserer Zeit, wo selbst dem Raubmörder und Mordbrenner die Wohlthat der Oeffentlichkeit und dem Publikum die Möglichkeit der Ueberzeugung von der Gerechtigkeit des gefällten Urtheiles gegeben ist. Wir bitten im wohlverstandenen Interesse jenes Institutes, dem E. Mair angehört, daß eine amtliche Aufklärung jenes Vorfalles, was ihm vorausging und nachfolgte, nicht zu lange auf sich warten lasse. Ein Freund der Humanität."

Frankfurt, den 3. Febr. Gestern fanden wieder polizeiliche Ausweisungen fremder Handwerksgesellen statt.

Frankfurt, den 6. Febr., Nachts 12 Uhr. Während der Main noch heute Vormittag beinahe zwei Schuh unter dem Ufer stand, wuchs derselbe im Verlaufe des Tages so sehr, daß heute Nachmittag 4 Uhr derselbe die Ufer überschritt und bis so eben mehre der zunächst gelegenen Straßen in Wasser setzte. Der Main wächst so zu sagen zusehends. Sämmtliche in der Nähe des Stromes gelegene Keller und Läden mußten auf das schleunigste geräumt werden.

— den 5. Febr. Der Main ist immer noch im Wachsen begriffen und hat bis heute Mittag 12 Uhr die Höhe von 15 Fuß rh. erreicht.

Stuttgart, den 4. Febr. Die geschichtlichen Vorlesungen des Abgeordneten Dr. Zimmermann sind von der Regierung des Neckarkreises für deren Bezirk verboten worden.

Wiesbaden, den 5. Febr. Nachdem der somnambule 12jährige Knabe Johann Friedrich Lind von Mittelfischbach ins hiesige Hospital gebracht worden ist, hat sich ein anderer, Namens Mayer, in der Nachbarschaft von Fischbach, zu Catzenelnbogen, aufgethan, und die gestörte Theilnahme des abergläubischen Volkssinnes sich nun in diesen Ort gewendet.

Dresden, den 31. Jan. Die Nummer der Sächs. Constitutionellen Zeitung vom 31. Jan. ist, wie das Blatt selbst berichtet, confiscirt worden, weil sich über dem Kammerberichte durch ein Versehen in der Druckerei die Worte „Königliches Hoftheater" befanden.

Hamburg, den 4. Jan. Gestern Morgen wurden mit dem Personenzuge der Berlin-Hamburger Eisenbahn mehrere Arrestanten unter einer circa 40 Mann starken Bedeckung abgeführt. Unter denselben befanden sich die beiden hiesigen Bürger, Ruschack und Fischer, beide gefesselt und aneinander geschlossen. Ebenso waren auch von den Militär-Gefangenen 10 bis 12 paarweise zusammengeschlossen. Außerdem befanden sich auch noch einige Kranke und Entlassene bei dem Transporte, welcher dem Vernehmen nach direkt bis Prag geht, von wo aus die einzelnen Personen ihren Bestimmungsorten zugeführt werden sollen.

Schweiz.

Bern, den 5. Febr. Heute wurde hier mit aller Bestimmtheit behauptet, der Bundesrath habe in seiner Morgensitzung beschlossen, den ersten Bundesauszug auf's Piket zu stellen, da abermals eine französische Note in der Flüchtlingsangelegenheit abgegeben worden sei, die einer Kriegserklärung gleichkomme. Die Piketstellung wird vom „Bund" als grundlos bezeichnet, das Vorhandensein einer Note aber ziemlich deutlich zugegeben. (F.J.)

Niederlande.

Haag, den 2. Febr. Der Ministerrath hat sich in dieser Woche mehrmals versammelt, angeblich um sich über die Vorstellungen zu berathen, welche der französische Gesandte wegen der feindseligen Haltung der niederländischen Presse gemacht hat. Es ist schwerlich zu glauben, daß sich unser Cabinet so nachgiebig zeigen wird, wie das belgische gewesen.

Frankreich.

Paris, den 2. Febr. Der Feuilletonist des Constitutionnel, Hr. Lireux, war von einer der im Justizpalast sitzenden Militärcommissionen zu acht Jahren Deportation (nicht nach Cayenne, sondern nach Lambessa) verurtheilt. Auf Fürbitte der HH. Ponsard, Augier, J. Sandeau, A. Maquet, Ernst Legouvé bei dem Kriegsminister, hat die Sache, vor eine Revisionscommission gebracht, deren Präsident General v. Saint-Arnaud ist, eine günstigere Wendung genommen. Hr. Lireux kommt mit einigen Monaten Landesverweisung weg, und es wird bereits seine Ankunft in Brüssel gemeldet.

Die Erhebung des Obristen Vaudrey zum General scheint auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein. Derselbe war in Folge des Straßburger Hochverraths aus den Armeelisten gestrichen worden, und keiner der Kriegsminister L. Bonaparte's, so gefällig sie auch sein mochten, wollte doch seine Unterschrift hergeben um diesen Ausgestoßenen in seine Offiziersrechte wieder einzusetzen. Indem der Exoberst zum Gouverneur der Tuilerien mit dem bloßen Titel und Rang eines Generals ernannt wurde, scheint man die Schwierigkeit glücklich umgangen zu haben. Die neue Anstellung hindert ihn nicht einer der Adjutanten zu bleiben, die in dem Hofstaat des Prinzen, der auf ganz militärischen Fuß eingerichtet wird, zahlreich sein sollen. Der Gehalt eines Ordonnanzoffiziers wird in der Correspondenz der Indépendance vom 1. Febr. zu 10,000 Fr. angegeben.

Es ist nicht bloß Hr. Vineau der in die napoleonischen Ideen nicht einzugehen geschaffen scheint, selbst der General St. Arnaud, der kräftige Arm des Staatsstreichs, soll bereits im Elysée als ziemlich abgenutzt betrachtet werden, und eine rein bonapartistische Verwaltung vom Caliber des Hrn. v. Persigny in Aussicht stehen. — Auf der Börse war heute ein Individuum, welches gegen den Präsidenten sich ausgesprochen, aufgegriffen und verhaftet worden. Während man ihn wegführte, zeigte er eine Karte vor, welche ihn als einen Agenten der Polizei legitimirte. Allein dieser Umstand vermehrte zwar die Aufregung auf der Börse, verhinderte aber die Verhaftung des Agenten nicht, den übrigens, wie es heißt,

der Polizeicommissär des Viertels wieder in Freiheit setzte. (Allg. Z.)

Der interimistische Policeipräfect Sylvain Blot hat folgende Bestimmungen wegen der Faschingsvergnügungen festgesetzt: Niemand darf sich maskirt oder travestirt auf der Gasse zeigen; Niemand darf sich von 10 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends maskirt zeigen; Niemand darf eine aufrührerische und indecente Maske tragen; Niemand darf eine geistliche oder Amtstracht als Maske benützen; es ist jede beleidigende Ansprache verboten und Niemand darf auf der Straße anhalten, um unsittliche Reden zu führen, oder die Vorübergehenden durch indecente Geberden ärgern; Niemand darf beschmutzende oder beschädigende Gegenstände in die Häuser oder in die Wagen, oder gar auf die Leute werfen. Alle öffentlichen Aufzüge, Verbrennungen von Puppen auf Straßen und Plätzen sind verboten. Die am Faschingsonntag und Mardi gras circulirenden Wagen werden alle eine Reihe bilden. Am Aschermittwoch darf sich keine maskirte oder travestirte Person auf der Straße zeigen. Jede Maske muß die Fragen der Policeibeamten, wenn solche an sie gerichtet werden, willig und artig beantworten, widrigenfalls sie verhaftet wird.

— den 4. Febr. Die Opposition der arristocratischen Salons dauert fort und wird jeden Tag heftiger. Umsonst bemüht sich die Policei, dieselben einzuschüchtern; je größere Anstrengungen sie macht, desto kecker tritt man dort auf. So gut wie die Policei, haben auch die Salons ihre Spione, und nichts entgeht den giftigen Bemerkungen der feinen Damen und Herren des Faubourg St. Germain und der übrigen aristocratischen Quartiere. Der letzte Ball in den Tuilerien, den der Prinz-Präsident seinen Getreuen gab, diente acht Tage als Stoff zu den Witzen und Calembourgs. Man spottete über den mehr als freien Ton, der dort geherrscht, und wenn man auch nicht sagen kann, daß das Faubourg St. Germain die Freiheit, die politische vielleicht ausgenommen, nicht ebenfalls liebt und sie reichlich gebraucht, so sinkt dessen Freiheit doch nie zur Gemeinheit herab. Was den freien Ton auf dem prinzpräsidentlichen Balle beförderte, war das große Gedränge.

Italien.

Nizza, den 28. Jan. In den angränzenden französischen Departements du Var, des Basses Alpes und Bouches du Rhone scheint sich eine wahre Schreckensherrschaft zu bilden, so daß jeder den andern auf die geringsten Indicien hin verhaften lassen kann. Beweis davon ist, daß täglich mehr Einwohner der erwähnten Departements sich hier einfinden. Es sind Leute jeden Standes und Alters, meistens Vermögende. Daher soll auch in unserer Stadt ein ganzes französisches Spionirsystem seit einigen Tagen organisirt sein (welchem jedoch die sardinische Regierung ganz fremd ist) um die sehr zahlreich hier wohnenden, sowie diejenigen Franzosen die sich an der letzten Insurrection betheiligten genau zu überwachen. So kam es, daß ein französischer Herr, welcher sich in einer Gesellschaft etwas zu lebhaft gegen die jetzigen politischen Verhältniße Frankreichs aussprach, sogleich bei seinem nächsten Betreten der Republik abgefaßt wurde. — Jeden Tag kommen aus Frankreich verwiesene italienische Arbeiter, Orgelspieler u. s. w. hier an. Am 22. trafen 10 auf einmal, und am 24. wiederum 18 Individuen ein. Auf hiesiger Intendanz gab man ihnen Pässe für das Innere. — Den Jesuiten des Sonderbundes, welchen bis jetzt von der sardinischen Regierung einige Unterstützung gereicht wurde, ist dasselbe nunmehr verweigert worden. (A. Z.)

— den 29. Jan. Gestern und heute erfuhr ich aus guter Quelle (und die hiesigen Localblätter erwähnen es ebenfalls), daß in diesen Tagen ein englisches Geschwader, bestehend aus 3 Linienschiffen und 4 andern Kriegsschiffen, im Hafen von Villa Franca eintreffen soll. Man bringt dies in Verbindung mit dem Auslaufen der französischen Flotte aus Toulon nach Hyères.

Rom, den 28. Jan. Von der Congregation der kirchlichen Riten ward heute ein Decret kundgegeben, welches die Seligsprechung von abermals drei Glaubenshelden in nahe Aussicht stellt. Unter ihnen befindet sich der Tridentiner Stephan Bellesini aus dem Eremiten-Orden des hl. Augustinus.

Spanien.

Madrid, den 1. Febr. Wurde gestern die Königin-Mutter verhöhnt, so widerfuhr heute ein Gleiches dem Kriegsminister Espeleta, als er mit seinem zum Generallieutenant beförderten Bruder über die Puerta del Sol nach dem Schlosse fuhr. „Pastelero!" schrie das Volk, „Ministro de m.... y no de guerra!" (Sch..., aber nicht Kriegsminister.) Beide Generale wurden todtenblaß, gelangten aber ohne weitere Unfälle durch die jauchzende Menge nach dem Schlosse. — Seit einigen Tagen ist die Polizei vielfach mit Haussuchungen beschäftigt gewesen, die aber zu keinem Resultate geführt haben. (Köln. Z.)

Großbritanien.

Auf die Nachricht hin, daß General Leflo und andere von den „berühmten französischen Generalen" ein Asyl auf der Insel Jersey suchen wollen, ist das daselbst erscheinende Wochenblatt sofort in Frankreich verboten worden.

Rußland.

Kalisch, den 30. Jan. Die Zeitungen haben schon seit Wochen des in Polen verbreiteten Gerüchtes Erwähnung gethan, daß die Getraideausfuhr aus Polen und Rußland verboten werden würde. Aus diesem Gerüchte ist nun wahrscheinlich die neuere Nachricht deutscher Blätter, daß ein solches Verbot wirklich erfolgt sei, entstanden. Es ist aber bis zur Stunde in Polen kein kaiserlicher Ukas bekannt gemacht worden, welcher die vielen hiesigen Consumenten allerdings unerwünschte Getraideausfuhr verbietet. (C.-B. a. B.)

Türkei.

Konstantinopel, den 26. Jan. Reschid Pascha, der reformenfreundliche Großwessier, ein Anhänger Englands, abgesetzt. Rauf Pascha sein Nachfolger.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 20. Jan. Man glaubt, der österreichische Geschäftsträger Hülsemann werde seine Pässe fordern, da er bis heute auf seine Briefe an den Präsidenten wegen Webster's Rede noch keine Antwort erhalten hat.

— den 24. Jan. Hr. v. Hülsemann, der öster. Geschäftsträger in Washington, hat in Folge des Kossuthempfanges jeden diplomatischen Verkehr mit der Regierung der Union abgebrochen und Depeschen nach Wien abgeschickt, worin er die Gründe darlegt, die ihn zu diesem Schritte genöthigt. Eine Deputation in der Union ansässiger Irländer hat sich an den Präsidenten Fillmore mit dem Gesuche gewendet, daß er bei der britischen Regierung Schritte thun möge, um die Freigebung O'Brien's und der übrigen wegen politischer Dinge verurtheilten Irländer zu erwirken.

Neueste Nachrichten.

Darmstadt, 7. Febr. In der 120. Sitzung der 2. Kammer am 6. Febr. wurde der Gesetzesentwurf über Abänderungen an dem rheinischen Assisengesetze unter sehr lebhaften Debatten berathen. Das Resultat dieser Berathung war, daß in Bezug auf Rheinhessen die von der Regierung und der Mehrheit des Ausschusses proponirte Competenzbeschränkung mit 25 gegen 23 Stimmen verworfen wurde. Ein Amendement des Hrn. Reh, wonach einige wenige nicht politische Vergehen der Competenz der Geschworenen entzogen werden sollen, ward bei der Gelegenheit mit 27 gegen 21 Stimmen angenommen. Dagegen wurde die zweite Hälfte des Gesetzentwurfes, daß nicht mehr der Bezirksrath, sondern die Regierungscommission die Geschworenen zu bezeichnen hat, mit 25 gegen 23 Stimmen angenommen.

Ulm, den 6. Febr. Nach Privatnachrichten sollen gestern um die Mittagszeit auf dem Bodensee zwei Segelschiffe untergegangen und fünf Menschenleben zu beklagen sein.

Elbing, den 2. Febr. Die gestrige Versammlung der freien Gemeinde, in welcher Dr. Rupp einen Vortrag halten wollte, ist polizeilich aufgelöst worden. Die Mitglieder leisteten „passiven Widerstand" und ließen sich einzeln aus dem Saal führen.

Paris, den 5. Febr. Heute ging die Aufnahme Montalembert's in die französische Akademie in dem dicht gefüllten Saale vor sich. Seine gewaltig lange Antrittsrede wurde von der zahlreichen Versammlung in lautloser Stille angehört, und sodann von Guizot in einer Rede beantwortet, der dieselbe Aufmerksamkeit zu Theil wurde. Die Schilderung des Lebens seines Vorgängers in der Akademie, des berühmten Droz, gab Montalembert Veranlassung zu den heftigsten Ausfällen gegen Republik und Socialismus. — Das hiesige Zuchtpolicei gericht hat einen Schreiner wegen Schmähreden gegen L. Napoleon zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Eine Menge Strafen sind seit einiger Zeit aus dem nemlichen Grunde zuerkannt worden.

Der Minister des Aeußern hat heute eine Note nach Brüssel gesandt, um gegen das Erscheinen des „Vrai Constitutionnel" zu protestiren.

Wie der „Moniteur du Loiret" mittheilt, ist die von dem Kriegsgerichte gegen Mallet ausgesprochene Todesstrafe auf Verwendung des Abbé Lejeune von dem Präsidenten der Republik in lebenslängliche Deportation umgewandelt worden.

— den 6. Febr. Nach heute hier eingetroffenen näheren Nachrichten aus Madrid über das Attentat auf die Königin Isabella erhielt dieselbe Montag den 2. Februar, bei ihrem ersten Ausgange nach dem Wochenbette, indem sie sich, vom Hofe umgeben, aus dem Palaste zur weit entlegenen Kirche Atocha begab, einen Dolchstich in die Seite. Der Thäter ist ein Priester und wurde augenblicklich verhaftet. Die Wunde scheint nicht gefährlich zu sein. Die Königin blieb muthig und gefaßt. Die Besorgniß und die Theilnahme des Volkes ist allgemein. Die Königin hatte von Montag auf den Dienstag eine ruhige Nacht; obgleich sich Wundfieber einstellten, so war doch die Entzündung in der Gegend der verwundeten Stelle nur mäßig. (Köln. Z.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 5. Febr. Weizen 7 fl. 44 kr., Korn 6 fl. 27 kr., Spelz — fl. — kr., Gerst, zweireihige 5 fl. 14 kr., vierreihige — fl. — kr., Hafer 3 fl. 16 kr., Kartoffeln 1 fl. 40 kr., per Centner.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[822²] **Bekanntmachung.**

Großh. Hessisches Staatsanleben von zwei Million 375,000 Gulden mit Haupttreffern von 40,000, 30,000 25,000, 20,000, 15,000, 10,000 fl.

zur nächsten Ziehung am 15. Februar 1852, in welcher 1500 Gewinne zu erlangen sind, empfiehlt Actien einzeln à 3 fl., 6 Stück 15 fl. das Banquierhaus Julius Stiebel jun. u. Comp. in Frankfurt.

[42] **Lotto.**

Zu München kamen den 5. Februar heraus:

27. 11. 19. 14. 72.

Die nächste Ziehung ist den 17. Febr. zu Regensburg.

[821¹] **Renten-Anstalt, Lebens- und Leibrenten-Versicherungen**

der

Bayerischen Hypotheken und Wechsel-Bank.

Die VIII. **Jahresgesellschaft der Renten-Anstalt** hat zwar bis zum Schlusse von 1851 die zur Constituirung erforderliche Größe nicht erreicht, die Zahl der Theilnehmer, wie die Summe des Einlagecapitals ist jedoch soweit angewachsen, daß mit Zuhülfenahme des dritten Sammeljahres der Abschluß sicher wird erfolgen können. Es werden daher die Einzahlungen für diese Gesellschaft noch das ganze Jahr 1852 hindurch fortgesetzt und es erhalten die im ersten Semester Eintretenden wie in den früheren Jahren eine kleine Zinsvergütung, nämlich bei Einlagen die im Februar gemacht werden 2 fl. 30 kr., im März 2 fl., im April 1 fl. 30 kr., im Mai 1 fl. und im Juni 30 kr. für das Hundert, welche an der Einlagssumme gleich in Abzug gebracht werden dürfen. Auf die Nachzahlungen in die sieben ältern Gesellschaften, welche erst nach Beendigung der neuen Abrechnung wieder vorgenommen werden können, hat dies jedoch keinen Bezug.

Um recht bald zum Abschluß der Rechnung schreiten zu können, werden die Erben der im Jahr 1851 verstorbenen Mitglieder ersucht, die Anzeige ungesäumt entweder bei der Bank selbst oder dem ihnen zunächst wohnenden Agenten zu machen und dabei den pfarramtlichen Todtenschein zur Vorlage zu bringen.

Die **Lebensversicherungen** der Bank, welche sich einer stets zunehmenden Theilnahme erfreuen, können mit Recht allen denen zur Benutzung empfohlen werden, welche entweder ihrer Familie, oder einer andern ihnen werthen Person oder auch einer wohlthätigen Stiftung eine nach ihrem Tode zahlbare Kapitalsumme hinterlassen wollen. Durch Versicherung des Lebens kann dieser Zweck auf eine leichte und sichere Art erreicht werden, indem man sich zur Entrichtung eines dem Alter entsprechenden jährlichen Beitrages, **Prämie** genannt, verpflichtet, wogegen die Bank nach eingetretenem Todesfall die bedungene Summe baar an die Erben oder denjenigen an welchen der Versicherungsschein cedirt ist, auszahlt.

Wer von seinem Vermögen eine möglichst hohe Rente ziehen und zugleich der Sorge der eigenen Verwaltung überhoben sein will, dem bieten die **Leibrentenversicherungen** eine vortreffliche Gelegenheit zur Erreichung seines Zweckes, denn die Leibrenten der Bank übersteigen, namentlich bei schon etwas vorgerückten Jahren um ein Bedeutendes die gewöhnliche Zinsrente und betragen z. B. bei einem 56jährigen 8 fl. 30 kr., bei einem 63jährigen 10 fl. von Hundert der Versicherungssumme. Letztere muß natürlich vom Augenblick des Abschlusses des Vertrages an der Bank eigenthümlich überlassen werden. Für Herrschaften, welche alten Dienern lebenslängliche Pensionen sichern wollen, dürfte es sehr zweckdienlich sein, zu dem Ende Leibrentenverträge mit der Bank abzuschließen.

Die Grundbestimmungen der drei genannten Anstalten werden von den an allen bedeutenderen Orten in Baiern befindlichen Agenten unentgeltlich verabfolgt.

München, den 26. Januar 1852.

Die Administration der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.

Ed. Brattler, Dirigent.

Die Hauptagentur für die Pfalz in Speyer:

Gerard.

Neue
Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 36 | den 11. Februar 1832.

Deutschland.

• **München,** den 6. Febr. (81. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Domidion verliest eine Interpellation, wegen nicht erfolgter Zahlung von Einquartierungsgeldern zu Alzenau und Umgegend (Unterfranken.) — Der Kriegsminister erklärt, in einer der nächsten Sitzungen hierauf zu antworten. — Kirchgeßner interpellirt den 4. Ausschuß, wie es mit einer Beschwerde aus Würzburg stehe, gegen Uebergriffe der Militärbehörden, welche die Einwohner in Bauten so hinderten, daß das Privateigenthum verletzt sei. — v. Link antwortet, der Ausschuß habe vor langer Zeit die Sache an das Ministerium gegeben, um Aufschlüße zu erhalten; der Ausschuß werde den Gegenstand demnächst erledigen.

Berathung des Antrags von Lang, „die Bestrafung der Fischereifrevel in der Pfalz betr." — Referent Boye rechtfertigt den Ausschußvorschlag, auf den Antrag zur Zeit nicht einzugehen. — Lang begründet seinen Antrag. Für denselben sprechen noch Römmich und v. Koch. Wallerstein erinnert daran, daß, so oft von der Linken Anträge auf Einzelnverbesserungen gekommen seien, man immer von der andern Seite gegen partielle Veränderungen in der Gesetzgebung aufgetreten sei, und Lang insbesondere geltend gemacht habe, man dürfe nur in ganz wichtigen Fällen die Initiative ergreifen. Er ruft auch den Fall ins Gedächtniß zurück, daß man einem Gewerbe, für das man sich von der Rechten verwendet, eine Begünstigung zugewendet, einem andern, von der Linken empfohlenen Gewerbe aber, dieselbe Begünstigung verweigert habe. — Referent Boye widerlegt die Einwendungen gegen den Ausschußantrag. Hebt hervor, daß der Staat ein großes Unrecht beging, als derselbe früher die Fischereien gleichsam in allen Bächen verpachtet habe, zum Nachtheile der Eigenthümer. Zeigt, daß die Materie nicht so einfach ist, wie der Antragsteller behauptet. Wünscht, daß die Regierung die Sache vollständig in die Hand nehmen möge. — Lang vertheidigt (unter großer Unaufmerksamkeit) nochmals seine Ansicht von der Nothwendigkeit einer gesetzlichen Bestimmung zur Lösung einer Controverse. — Boye entgegnet nochmals; Controversen werde es immer geben, wie die Verhandlungen vor dem Cassationshofe eben wider bewiesen. — Ministerialcommissär Molitor ist gleichfalls für den Ausschußantrag. — Bei der Abstimmung wird der Ausschußantrag, auf den Vorschlag nicht einzugehen, angenommen.

Boye interpellirt nun den betr. Ausschuß, warum seine schon vor einem Jahre wieder eingebrachten Anträge wegen Verbesserungen in der Pfälzischen Strafgesetzgebung, wegen deren die Kammer eben einen eigenen Ausschuß gewählt, nicht zur Verhandlung gebracht würden. — Prinz, als gewählter Referent, erklärt, er sei bereit, seinen Vortrag im Ausschuße zu erstatten. Es zeigt sich nun aber zur großen Verwunderung der Kammer, daß der Vorstand dieses Ausschußes, Hr. Breitenbach, sich nicht einmal dieser seiner Vorstandtschaft erinnert.

Berathung des Antrags v. Hafenbrädl, Verbesserungen im diesseitigen Jagdgesetze betr. Der Ausschuß, (Referent Hirschberger), beantragt, auf den Vorschlag nicht einzugehen. An der Discussion betheiligen sich: Wallerstein, v. Hafenbrädl, v. Koch, Wiedenhofer, Wagner, Boye, v. Lerchenfeld, Referent Hirschberger und Ministerialcommissär Epplen. — Der Ausschußantrag (auf die Vorschläge nicht einzugehen) wird bei namentlicher Abstimmung mit 64 gegen 60 Stimmen verworfen.

Hierauf Berathung der einzelnen Vorschläge. Da der Gegenstand auf die Pfalz keine Anwendung findet, und auch eines allgemeinern Interesse entbehrt, so gehen wir nicht auf die Einzelnheiten ein. Wir bemerken blos, daß die ganze Verhandlung einen sehr eigenthümlichen Eindruck hervorgebracht. — Nachdem der erste der Vorschläge angenommen war, wurden alle weitern Anträge verworfen, und schließlich hatte sogar das Ganze, also somit gerade der bereits angenommene Theil, das nemliche Schicksal, da sich bei der Schlußabstimmung 73 Stimmen dagegen, und nur 49 dafür erklärten! (Verhandlungen wie diese müßen dem Ansehen der Kammer sehr schaden.)

Auf der Tagesordnung steht nun die Berathung des Prell'schen Antrags wegen Verfassungsverletzung, durch die gegen den Redacteur und den Verleger des Fränk. Kuriers angeordneten policeilichen Verfolgungen. Da die Zeit indessen schon zu weit vorangeschritten ist, so wird die Berathung bis zur morgigen Sitzung vertagt.

• — den 7. Febr. (82. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Berathung des Prell'schen Antrags auf Erhebung einer Beschwerde wegen Verfassungsverletzung, aus Veranlassung der Maßregeln gegen den Fränkischen Kurier. Lasaulx, Berichterstatter, vertheidigt den Ausschußantrag, dem Vorschlage, als nicht hinlänglich begründet, keine Folge zu geben, zunächst wegen nicht nachgewiesenen Thatbestandes, ferner weil ein Instanzenzug nicht eingehalten worden, und endlich, weil der Stadtcommissär von Nürnberg nicht den „höhern Beamten" beizuzählen sei.

Prell. Bekämpft die Motive des Ausschusses. Beschwerden, welche von Kammermitgliedern eingebracht werden, seien durch die Verfassung nicht an diejenigen Formalitäten gebunden, wie die Beschwerden von Privatpersonen. Warum hat der Ausschuß die Organe der Regierung nicht befragt um den Thatbestand? Mit den Formalitäten, welche der Ausschuß fordere, könne jede Verfassungsbeschwerde unmöglich gemacht werden. (Aus dem Centrum wird, während dieses Vortrags, einmal Lachen laut. Der Redner mahnt die Lachenden, nicht zu vergessen, um welche wichtige Frage es sich handle.)

Arnheim (Mitglied des Ausschusses). Es sei bekannt, daß gegen die freisinnige Presse systematische Angriffe stattfänden. Erwähnt der erzwungenen Redactionswechsel, der Beschlagnahmen, der Ausweisungen, (selbst auf die Bestimmnng wegen der Vagabunden hin!) rc. Er habe gefordert, daß der Ausschluß die Regierung zu Aufschlüßen auffordere. Dies sei nicht geschehen. Nur weil die Sache nicht gehörig aufgeklärt, stimme er nicht für die Beschwerde.

Ein Ministerialcommissär erklärt, die Maßregeln des Stadtcommissärs seien nach dessen Protokoll nicht ausschließlich auf die im Antrage bezeichneten Motive angeordnet.

Morgenstern. Tadelt, daß der Ausschuß den Thatbestand nicht erheben ließ. Zählt eine Reihe von Maßregeln gegen die freisinnige Presse auf, namentlich gegen den Nürnberger Kurier. Wenn man zu kleinen Gesetzverletzungen schweige, besonders wenn sie Gegner träfen, dann werde man am Ende auch nichts thun können, wenn es sich um große Verletzungen gegen die eigene Partei handle. Es sei Pflicht der Kammer, gegen

die Eingriffe in die Preßfreiheit einzuschreiten. Redner hat eine Arbeit begonnen, worin diese Eingriffe einzeln aufgezählt werden; er werde diese Arbeit demnächst beendigen. Zeigt vorläufig eine Masse von Material.

Reinhart. Wenn Lasaulx gesagt, die Linke werde mit ihrem „groben Geschütz" kommen, so meine er, das Geschütz des Hrn. Lasaulx sei auch nicht fein.

Wallerstein. Gegen Lasaulx's elastische Theorie, welche die wichtigste Principienfrage in sich schließe. Es sei nicht zu unterscheiden, ob eine Verfassungsverletzung als bedeutend oder unbedeutend qualificirt werde; wenn es sich um Verfassungsverletzung handle, so sei nicht weiter zu distinguiren. Stellt einen Präjudicialantrag, der Ausschuß möge sich mit der Regierung über die Richtigkeit der Thatsache benehmen.

Kirchgeßner. Jede gesetzlich nicht begründete Beschränkung der Presse sei Verfassungsverletzung. Stellt ebenfalls den Antrag, zur Rückverweisung an den Ausschuß.

v. d. Pfordten. Die Thatsachen möchten richtig sein oder nicht, so eigne sich der Fall doch nicht zur Beschwerdeführung der Kammer, sondern blos zur Beschwerdeführung des Einzelnen. Nur wenn die Verfassungsnorm im Allgemeinen angegriffen werde, trete der erste Fall ein. Die Betheiligten hätten sich nicht einmal bei der vorgesetzten Behörde beschwert. Darum bedürfe es gar keiner weitern Untersuchung, ob die Thatsachen richtig seien oder nicht.

Rudhart. Er mißbillige so sehr als Jemand das Verfahren der Polizei, weil es einen Mißbrauch bilde. Bittet die Regierung dringend um Abstellung, in ihrem eigenen Interesse. Stimmt aber für den Ausschußantrag.

Weis. Die heutige Theorie des Hrn. Ministerpräsidenten sei genau die nemliche, welche er früher entwickelt habe und welche damals das Ministerium so lebhaft bekämpfte. Es sei hier eigentlich der Fall nicht gegeben, die Sache näher zu untersuchen. Allein jetzt sei der Gegenstand in ein anderes Stadium getreten. Nachdem die Kammer den Antrag einmal an einen Ausschuß gewiesen, könne sie auch, in Folge ihres früheren Beschlusses, denselben zur nähern Erörterung an den Ausschuß zurückgeben.

v. d. Pfordten. In der Hauptsache sei er mit dem Vorredner einverstanden. Wenn aber der frühere Beschluß nicht richtig sei, so brauche ihm die Kammer auch keine weitere Folge zu geben.

Weis. Recurrirt auf den von ihm angezogenen frühern Vorgang. Führt aus, daß, wenn man einmal erklärt, auf eine Sache einzugehen, man sie auch bis zu Ende prüfen müße.

Minister Ringelmann. Bespricht ebenfalls den frühern Vorgang in formeller Beziehung.

Wallerstein. Mit Schmerz und Schrecken habe er die Theorie des Ministerpräsidenten vernommen. Zeigt, daß dieselbe dahin führt, daß die Kammern schweigen müßten, wenn die Verfassung Stück für Stück gegen jeden Einzelnen vernichtet würde. So habe keine vormärzliche Kammer die Verfassung verstanden. Wenn die Kammer die ministerielle Theorie annehme, so sei das Beschwerderecht derselben vernichtet. Solche Beschlüsse bereue man in der Folge oft tiefer, als man anfangs geahnet. Oft seien Beschwerden auf Diejenigen zurückgefallen, welche sie geschaffen hätten.

v. d. Pfordten. Es scheine, daß der Ministerialcommissär mißverstanden worden sei; er habe nichts weiter sagen wollen, als daß der Maßregel auch andere Motive hätten zu Grunde liegen können, nicht daß die Thatsache unrichtig sei. (Staunen.) Er habe vollkommene Beruhigung bei seiner Theorie, um so mehr, als ein Mann, der eben seine Unabhängigkeit bewiesen (Weis), dieselbe theile. Man möge die Waffe der Beschwerdeführung nicht abnützen.

Prell. Wenn er sich selbst auf den Standpunct des Vorredners stelle, komme er zur Sache, daß die Beschwerde begründet sei. Führt dies aus.

Lang. Gegen Rückverweisung an den Ausschuß. Es handle sich um einen einzelnen Fall, und diesen Fall werde der Ausschuß nie anders entscheiden.

Lerchenfeld. Die Verletzung eines einzelnen Individuums berechtige die Kammer nur dann einzuschreiten, wenn der Verletzte zuvor vergeblich alle Instanzen beschritten habe. Anders sei es, wenn es sich um die Frage handle, ob das Ministerium in seiner Tendenz die Verfassung verletzt habe. Diese Tendenz könne nicht aus einer einzelnen Thatsache, sondern nur aus einer Reihe von Thatsachen gefolgert werden. Darum sei er im Grund von der Haltlosigkeit der Beschwerde überzeugt. Heute aber sei die Sachlage eine andere, weil die Regierung keine Erklärungen gegeben habe, nachdem die Kammer einmal eingegangen. Darum sei es nothwendig, den Gegenstand an den Ausschuß zurück zu weisen, um dem Ministerium Gelegenheit zu geben, sich über die Thatsachen zu erklären.

v. d. Pfordten. Wenn der Fall durch Beschwerde der Betheiligten an das Ministerium gelangt wäre, dann hätte es entschieden, so oder so. Die Regierung sei zu Ausweisungen an den Heimathort berechtigt. Auch die Thätigkeit der Leute in Beziehung auf die Presse komme hiebei allerdings in Betracht, und auf diesen Grund hin nähme er keinen Anstand zu erklären, einen In- oder Ausländer auszuweisen. (Staunen.) Die vorhandenen Preßgesetze reichten nicht aus, den Staat zu sichern, darum rathe er indeß keinen Verfassungsbruch, sondern eine Aenderung der Preßgesetze. (Staunen.) Er habe offen gesprochen, die Kammer möge entscheiden.

Heine. Tadelt das Ministerium. Dasselbe hätte sich früher gegen die Niedersetzung eines besondern Ausschusses erklären sollen. Der Antrag sei ganz und gar nicht zuläßig. Warum sahen die Minister früher, als er bei Abfassung des Preßgesetzes vor der „Bauernjury" warnte, ihm widersprechend, der Gestaltung des Gesetzes ruhig zu? Glaubt nicht, daß man mit der Presse leichtsinnig à la Louis Napoleon umgehen dürfe, wie die, „denen der Kamm wieder gewaltig gestiegen ist," während sie in der Zeit der Bewegung schwiegen, und die sich für gewaltige Staatsmänner halten. —

v. d. Pfordten, widerspricht der Heine'schen Ansicht. Er habe auf seinem Platze viel mehr Dornen als Rosen gepflückt. In der Zeit, als das Preßgesetz vorgelegt worden, habe man nicht mehr fordern dürfen, weil es unmöglich gewesen, damals mehr zugestanden zu erhalten.

von Link. Auch eine einzelne Verfassungsverletzung könne die Kammer zum Einschreiten veranlassen. Allein dann müßte es sich um ein wichtiges Recht handeln, das klar verletzt sei. Gegen Tendenzprozesse, sowol gegen die Presse, als gegen das Ministerium.

Wallerstein. Führt die Verhandlung auf den Gegenstand zurück. Die Instruction der Polizei könne nicht, im Gegensatze zu dem Preßedicte, zu Ausweisungen berechtigen, wenn gar keine gerichtliche Verfolgung stattfinde. Verwahrt sich auch gegen den Angriff Heines auf die „Bauernjury."

Crämer. Niemand konnte behaupten, der Stadtcommissär von Nürnberg habe die Verfassung nicht verletzt, wenn die Thatsachen richtig seien. Darum seien diese Thatsachen zu untersuchen. Der Ministerpräsident habe gesagt: „Nützen Sie das Beschwerderecht nicht ab!" Er sage: Lassen Sie es nicht so verrosten, daß Sie später das Schwert nicht mehr aus der Scheide bringen. Wenn der Ministerpräsident nicht ausreiche mit dem Gesetze, so hätte er eine Vorlage bringen sollen, allein jetzt sei die Regierung verpflichtet, sich innerhalb der Schranken des Gesetzes zu halten. Noch sei also das Ministerium nicht am Ziele angelangt; es kündige weitere Preßbeschränkungen an. Wohin dies führe, zeige das Beispiel von Frankreich seit der Bourbonenzeit. „Ludwig Napoleon kann nicht regieren mit der freien Presse; die baier. Regierung kann auch nicht regieren mit derselben." Spricht unter der gespanntesten Aufmerksamkeit der ganzen Versammlung. (Wir behalten uns vor, auf diese treffliche Rede zurückzukommen. — Beim Schluße vielfacher Beifall.)

v. Koch. Beweist, daß die polizeiliche Ausweisung nicht beliebig angewendet werden könne; die Polizeiinstruction von 1808 über Ausweisungen dürfe nicht im Widerspruche mit der Verfassung stehen. Das Heimathrecht sei ein Recht, kein Gnade. Die Polizei dürfe nicht im Widerspruche zur Justiz Jemanden verdächtig erklären; das hieße die Willkür an die Stelle des Gesetzes bringen. Würde die Regierung einen andern Weg einschlagen, so würde die Presse eine Stütze der Regierung werden. Die Presse habe 1848 sehr wohlthätig gewirkt, indem sie gerade dazu gedient habe, das Volk über die Verwerflichkeit des Communismus aufzuklären. Nur die Angriffe auf Privatpersonen in der Presse sollten beschränkt werden. Wenn wir einmal der Regierung das Recht einräumen, das Denken zu verbieten, dann werde ich auch für die angekündigten weitern Gesetze stimmen, bis dahin aber nicht. Ist übrigens für den Ausschußantrag, weil die Betheiligten selbst sich zuerst beschweren sollten.

Weiß. Es handle sich nicht um Entscheidung eines großen Prinzips, sondern bloß um den einzelnen Antrag. Er stimme für den Ausschußantrag. Gegen Heine's Vorwürfe über die Geschäftsbehandlung. Er halte es (im Gegensatze zur früheren eigenen Aeußerung?) nun durchaus nicht nöthig, näher zu prüfen, ob die Thatsachen wahr seien, denn nur die einzelnen könnten, wie die Dinge lägen, sich beschweren. Das Ministerium ist noch gar nicht betheiligt, weil es noch gar nicht entschieden habe.

Thinnes. Gegen Rückverweisung an den Ausschuß.

Die Kammer verfügt den Schluß der Berathung.

Lasaulx, als Referent, sucht den Ausschußantrag weitläufig zu vertheidigen. Der Antragsteller hätte sich nach Beweisen zuvor umsehen sollen; der Ausschuß könne nicht den Thatbestand ermitteln. Die Preßzustände in Baiern, wie in Deutschland überhaupt, seien nicht wie man sie wünsche. Er sei gegen Tendenzverfolgungen. Allein wenn ein Theil der Presse ganz schlecht sei, so heiße es eben natürlich: „Wurst wider Wurst!" Er lese keine Zeitung, habe aber neulich gefunden, daß jener „Fränkische Kurier" ein Blatt von ganz schlechter Tendenz sei, und er wünsche, daß derselbe, nicht durch polizeiliche Maßregeln, sondern auf natürlichem Wege „eines krepirlichen Todes" verstürbe. Fährt in diesem Tone fort. Der Grundsatz: „fiat jus, pereat mundus!" sei ein schlechter juristischer, aber kein politischer Satz. Spricht wiederholt von „Unsinn" u. dgl. Der Wallerstein'sche präjudicielle Antrag sei ohne allen Zweck. Er wolle offen sein: Er glaube, daß der Nürnberger Stadtcommissär eine Ungeschicklichkeit begangen habe; er hätte sein Ziel auf eine andere Weise erreichen können, wie Redner es gethan haben würde. Allein was gewinne man da durch eine weitere Untersuchung? — Wenn 10,000 Verfassungsbestimmungen entgegenständen, so sei es naturnothwendig, einer solchen schlechten Presse entgegen zu treten. Karl der X. hätte Frankreich nicht zu verlassen brauchen, wenn er den Muth gehabt hätte, die Opposition niederzuschmettern. Redet wieder von dem Auflösungsprozesse wenn ein Volk am Ende seiner Entwicklungsperiode stehe. Es sei wieder dahin gekommen, daß wir, wie der Römer sage, weder unsere Uebel noch deren Heilmittel ertragen könnten. Man habe den Glauben an die Kraft der Religion verloren. Ist gegen die Preßfreiheit.

v. d. Pfordten, erklärt aus Veranlassung einer Aeußerung Wallersteins, daß es seine Absicht nicht sei, die Kammer zu bewegen, über Principien abzustimmen. Es handle sich bloß vom einzelnen Falle.

Prell (als Antragsteller). Er wolle über den humoristischen Theil der Lasaulx'schen Bemerkungen hinweggehen.

Der Wallerstein'sche Präjudicialantrag wird verworfen; ebenso der Prell'sche Antrag. Der Ausschußvorschlag ist somit angenommen.

*München. Hr. Dr. Jäger bespricht in seiner Zeitung wiederholt „die Trennung der Hrn. Kolb, Scharpff, „Tafel u. A. von der Linken, und deren Uebertritt zu „der äußersten Linken, also zur Genossenschaft der „Hrn. Reinhart und Dr. Schmidt." In einer „Genossenschaft" mit Hrn. Reinhart und Dr. Schmidt würden wir namentlich schon darum nicht das geringste Unehrenhafte erblicken, weil Beide notorisch selbstständige, unbestechliche Männer sind, — Männer, die auch niemals zu jenen Wetterfahnen gehörten, welche, je nachdem es gerade vortheilhaft erscheinen mochte, bald dem Ultramontanismus, bald dem Preußischen Erbkaiserthum, bald dem Pfordten'schen Systeme (auch nach Empfang von — jedenfalls wohlverdienten — Zuschriften,) sich anschließen. Die Wahrheit ist aber, daß die Angabe, als seien die genannten Pfälzischen Abgeordneten zu der, (jedenfalls durchaus ehrenhafte Männer in sich begreifenden) „äußersten Linken" übergetreten, — eben wieder — eine Lüge ist; mag sie wo immer hergeholt sein! —

München, den 6. Febr. Das Regierungsblatt enthält eine Bekanntmachung des Handelsministeriums „die Circulation österreich. Sechskreuzerstücke betreffend" die also lautet: „Vorliegenden Anzeigen zufolge wird von verschiedenen Individuen versucht österreichische Sechskreuzerstücke mit dem Gepräg von 1849, bezüglich deren innern Gehalts in der Bekanntmachung vom 23. Nov. 1849 Regierungsblatt S. 1249 das Nähere angeführt ist, in den diesseitigen Landestheilen in Circulation zu bringen. Es wird daher zur Vermeidung von Nachtheilen für das betheiligte Publikum wiederholt bemerkt, daß diese Münzen in Bayern keinen gesetzlichen Cours haben, daß dieselben sonach bei allen öffentlichen Cassen als Zahlungsmittel nicht zulässig sind und Private deren Annahme verweigern können."

Nürnberg, den 5. Febr. Durch das Appellgericht für Mittelfranken in Eichstädt ist die Unterdrückung der Druckschrift: „Beiträge zur Geschichte der französischen Revolution von 1789 — Robespierre's gesammelte Schriften. Erster Band. Kassel, Ernst Balde 1852" ausgesprochen, weil in der genannten Schrift der Grundzug der Unverletzlichkeit des Königs angegriffen ist.

Kassel, den 5. Febr. Die gegen die HH. Aldberg, Wilkeldisch und Walloch eingeleitete Untersuchung scheint eine ungemeine Ausdehnung zu gewinnen. Gestern und heute sind auf Verfügung des Criminalgerichts bei mehr als 20 hiesigen Bürgern polizeiliche Haussuchungen gehalten worden die bis jetzt ihr Ende noch nicht erreicht haben. (Fr. J.)

Stuttgart, den 7. Febr. Der Schwurgerichtshof in Ludwigsburg fällte heute Mittag nach 12 Uhr das Contumazialerkenntniß gegen die flüchtig abwesenden Angeklagten im Prozeß von Becher und Genossen, womit derselbe nun gänzlich erledigt ist. Es wurden von 32 Angeklagten verurtheilt: 7 zu lebenslänglichem Zuchthaus, nämlich Apotheker A. Mayer von Steinenfeld, die Soldaten Kraiher und Grele, L. Rueff und Kümmerle, Kreuzwirth Mayer von Rottweil (schon im Prozeß von Rau und Genossen in contumaciam verurtheilt) und der vormalige Lieutenant Oswald, der im badischen Revolutionskriege die Stelle eines Obersten bekleidete; zu 25 Jahren Zuchthaus: A. Becher, Bruder des Ex-Reichsregenten, früher (1832) in die Koseritz'sche Militärverschwörung verwickelt, später Buchhändler; zu 22 Jahren Zuchthaus: A. v. Oelhafen, Kanonier und an der Spitze der empörungslustigen Soldaten in Württemberg; zu je 21 Jahren: Ludw. Pfau, früher Redacteur des „Eulenspiegels," und Bruckmann von Heilbronn; zu 20 Jahren: Karl Mayer von Eßlingen, Abgeordneter beim Rumpfparlament und Mitglied des Landesausschusses, Wallraff von Freudenstadt; zu je 18 Jahren: Dr. A. Frech, vom Hohenasperg entflohen, Adolph Weisser, früherer Redacteur des „Beobachters," die Rechtsconsulenten Klumpp von Freudenstadt und Zeller von Calw; zu 16 Jahren: der frühere Abgeordnete und Literat Johannes Scherr; zu 15 Jahren: Kaufmann A. Becher von Stuttgart, Topograph Rud. Groß von da und Schulgehülfe

Digitized by Google

Winkle; zu 14 Jahren: Kraft von Heilbronn; zu 12 J.: Unterlehrer Kuch; zu je 8 Jahren: Apotheker Fr. Mayer von Heilbronn und Literat Schifterling; zu 6 Jahren: Actuar Gerber von Horb; zu je 5 Jahren: Rottenmeister Ruoff, Soldat Kühneisen, Obermann G. Mayer von Eßlingen, Landjäger Buck von Rüth und Gärtner Wich von Ulm. Diese Alle zu Zuchthausstrafe. Sodann zu einer Kreisgefängnißstrafe von 6 Jahren Kaufmann Fickler von Konstanz.

Danzig. Die hiesige Regierung hat dem zum Lehrer an der höhern Bürgerschule in Elbing definitiv gewählten Herrn Ohlert „wegen seiner demokratischen Gesinnung, die sich auch in seinen Abstimmungen bei den (Gemeinde-) Wahlen dargelegt hat", die Bestätigung versagt.

Wien, den 5. Febr. Man wird sich der beiden Unglücklichen erinnern, welche vor einiger Zeit in Rendsburg verhaftet und nach Oesterreich transportirt wurden. Beide wurden heute in Folge eines kriegsrechtlichen Erkenntnißes durch den Strang hingerichtet. Der Eine war M. Piringer, auch Patacky genannt, welcher kaiserliche Soldaten in Altona zur Untreue zu verleiten suchte. Der zweite Hingerichtete war der galizische Schullehrer Goßlar, welcher sich in hochverrätherische Umtriebe eingelassen, nachdem er bereits zweimal wegen solcher Verbrechen zum Kerker verurtheilt und amnestirt worden war.

Belgien.

Brüssel, den 7. Febr. Die Eisenbahnverbindung zwischen Brüssel und der französischen Gränze ist durch die Ueberschwemmung unterbrochen.

Frankreich.

Paris, den 3. Febr. Die Herzoge v. Nemours und Joinville haben ein Schreiben an die Testamentsvollstrecker ihres Vaters gerichtet, um ihnen ihren Dank für ihre Rechtsverwahrungen gegen die Spoliationsdecrete auszudrücken, in welchem sie beifügen, daß sie die Beleidigungen und Verläumdungen von Seite dessen, der ihrem Vater sein Leben verdanke, zu beantworten unter ihrer Würde halten.

Ein herumziehender Kaufmann ist von dem Zuchtpolizeigericht zu 8 Tagen Gefängniß verurtheilt worden, weil er Geldtaschen mit den Bildnissen Kossuth's und Ledru-Rollin's zum Verkauf ausgeboten hat.

Paris, den 5. Febr. Das Rundschreiben des Ministers des Innern hat in den Departements bereits eine Menge Freilassungen zur Folge gehabt. Noch immer finden jedoch wegen der Entdeckungen, zu denen die gerichtlichen Untersuchungen führen, frische Verhaftungen statt, so daß an manchen Orten die Gefängniße noch immer überfüllt sind.

Wie heute versichert wird, hat man die Absicht, eine Consulargarde für den Prinz-Präsidenten zu errichten. Sie soll aus 20,000 Mann bestehen, von einem Marschalle befehligt werden und dazu dienen, die Person des Präsidenten der Republik zu bewachen.

— den 6. Febr. Gestern hat man im Ministerrathe darüber berathen, ob man die in Folge der Decemberereignisse genommenen Maßregeln gänzlich durchführen solle. Wie man versichert, hat sich keine einzige Stimme im Ministerrathe gefunden, die sich gegen versöhnliche Maßregeln auszusprechen gewagt hätte. Man soll sogar beschlossen haben, eine Art Amnestie bei Gelegenheit der großen Feste zu erlassen, die an dem Tage des Zusammentritts der großen Staatsgewalten Statt finden werden. Man wird jedoch dabei das bisher befolgte System beibehalten und die Insurgenten des Decembers in Kategorieen eintheilen. Man wird die zum Tode Verurtheilten, von welchen man übrigens einige hinrichten wird, nach Cayenne deportiren, die nach Cayenne Bestimmten nach Algier schicken und die Uebrigen mit Gefängnißstrafe belegen, interniren und des Landes verbannen. Ein Theil wird natürlich ohne Strafe in Freiheit gesetzt werden. (Köln. Ztg.)

Spanien.

Madrid, den 5. Febr. Die Königin ist ruhig und sie hat einen großen Theil der verflossenen Nacht geschlafen; ihr Zustand ist überhaupt befriedigend.

Italien.

Venedig, den 29. Jan. Heute Abend ist eine polizeiliche Bekanntmachung erschienen, nach welcher von dem Gouverneur, „in Ansehung des vorzüglich guten Geistes der Bevölkerung Venedigs, ihres an den Tag gelegten verständigen Verhaltens, sowie anderseits in Absehen der in diesem Jahre von den Venezianern kundgegebenen Neigung zu erlaubten Vergnügungen, die nach altem Herkommen besonders beliebten Masken" vom 10. bis 24. Febr., also während der letzten 14 Tage des Carnevals, öffentlich gestattet werden.

Rom, den 30. Jan. In fast allen Stadtheilen hört man seit einer Woche über gewaltsame Einbrüche, Straßenanfälle und Beraubungen laut klagen. Vor fünf Abenden wurden sogar zwei schwache Patrouillen der Carabinieri auf Piazza Barberini und nahe bei der portugiesischen Nationalkirche Sant' Antonio angegriffen und von den nächtlichen Unholden verjagt.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 20. Jan. Hier und im ganzen Nordwesten dauert der Winter mit gleicher Strenge fort; alle Verbindungen mit dem Südwesten sind unterbrochen. Von allen Enden treffen Nachrichten von heftigen Schneestürmen ein, die mancherlei Unglück anrichten und die Eisenbahnverbindungen hemmen. Wir haben fortwährend mehr als einen Fuß Schnee, die schönsten Schlittenbahnen. — Lola Montez hat ihre Gastrolle im Broadway-Theater unter dem größten Zulauf und Beifall geschlossen.

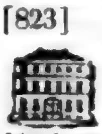
Im Repräsentantenhause hat der von mehreren richterlichen Beamten der Vereinigten Staaten abgestattete Bericht über das Treiben der Mormonen großes Interesse erregt. Was für Maßregeln der Congreß ergreifen wird, steht noch nicht fest; doch glaubt man, er werde eine hinreichende Truppenmacht nach Utah schicken, um die Gesetze der Vereinigten Staaten dort zur Geltung zu bringen. Sollten die Mormonen Widerstand versuchen, so werden sie wol den Kürzeren ziehen. — Kossuth ist am 22. Jan. in Pittsburg angekommen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München; Markt vom 7. Febr. Weizen 22 fl. 6 kr., Korn 17 fl. 47 kr., Gerste 15 fl. 3 kr., Hafer 6 fl. 12 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[823] **Verpachtungsanzeige.**



Der Unterzeichnete beabsichtigt sein zu Kaiserslautern, in der Mitte der Stadt, bei der Fruchthalle und dem Lauterbache, gelegenes schwiegerelterliches, ehemals Ph. Jacob Hassieur'sche Wohnhaus sammt Fabrikgebäuden und den vorhandenen Fabrikgeräthschaften auf längere Jahre aus der Hand zu verpachten.

In diesem Anwesen wurde seit vielen Jahren „die Kattun- und Baumwollenstuhlwaaren-Fabrik" unter der letzten Firma „Ritter-Hassieur" mit bestem Erfolge betrieben, und eignet sich zu diesem und zum Betriebe eines andern größern Geschäftes durch seine Räumlichkeiten und vortheilhaften Lage wegen ganz vorzüglich.

Lusttragende wollen sich an Hrn. Ritter-Hassieur in Kaiserslautern, oder an den Unterzeichneten wenden.

Sembach, im Februar 1852.

Daniel Ritter jun.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 37 | den 12. Februar 1852.

Deutschland.

*** Betrachtungen.** Von vielen Seiten wird seit Kurzem gleichzeitig über die herrschende große Noth geklagt. Wir sahen das Unglück längst sich entwickeln, allein man widersprach jeder deßfallsigen Andeutung, und erklärte jede geäußerte Befürchtung als grundlos, wo nicht als böswillige Alarmirung.

In ganz Deutschland ist die Selbstthätigkeit des Volkes aufgehoben. Allenthalben waltet längst wieder der Grundsatz vor: nur die Behörden sind befähigt, die allgemeinen Fragen richtig zu beurtheilen. Höchstens versteht man sich dazu, Solche nebenbei auch zu vernehmen, zu denen die Beamten gerade Vertrauen haben. — Wir fürchten, die Bodenlosigkeit dieses Verfahrens werde überall in Deutschland sich wieder auf recht traurige Weise erproben. — Wenigstens haben wir nirgendwo von Maßregeln gehört, welche wirklich geeignet wären, der Noth wirksam zu begegnen.

Als besonders *verfehlt betrachten* wir es, daß man vor einigen *Monaten vielfach* durch die Versicherungen „*zu beruhigen*" *suchte*, es seien solche Vorräthe von Lebensmitteln *vorhanden*, daß eine Noth in keiner Weise zu *befürchten stehe*; ja es zeige sich solcher Ueberfluß, daß sogar noch eine Ausfuhr stattfinden könne.

Wir wollen die gute Absicht dabei gar nicht verkennen. Allein unbestreitbar ist es, daß auf solche Weise nicht ein Körnchen Frucht mehr in das Land kömmt, daß nicht eine Kartoffel mehr von der Krankheit gerettet wird, — indeß, wenn solche, doch nichts ändernden, „beruhigenden" Versicherungen nicht verbreitet worden wären, vielleicht manche Speculanten Lebensmittel, (Mehl, Getreide u. s. w.) im Auslande angekauft und nach Deutschland gebracht hätten.

Jetzt ist sogar die Getreideausfuhr aus Rußland verboten, und wir sind im Bezuge auf Amerika allein beschränkt.

Es ist wahr: noch hat die Theuerung bei weitem die Höhe nicht erreicht, wie öfters schon in frühern Jahren. Wir hoffen auch, daß sie bis zu diesem Grade nicht steigen werde. Außer dem Nominalpreise der Lebensmittel ist aber noch ein anderer Moment ins Auge zu fassen: die Masse der Bevölkerung kann — besonders seit der Theuerung von 1847 — die Mittel nicht mehr aufbringen wie früher. Bei gleichen Preisen würde die Noth ungleich verderblicher werden als damals. —

Unterdessen dauern die Auswanderungen aus allen Theilen Deutschlands fort. Sie hindern oder nur erschweren wollen, — es wäre Wahnsinn! Aus Mannheim las man kürzlich in öffentlichen Blättern, daß „aus unserm Lande," wie es dort hieß, seit einem Jahre 80,000 Menschen ausgewandert seien. Wir wollen annehmen, daß in dieser Zahl nicht blos die Badener, sondern auch die durch Baden gekommenen Württemberger einbegriffen seien. Aber welche enorme Anzahl! Auch die Menge der Pfälzer, welche jenseits des Oceans sich eine glücklichere Heimath suchen, ist erschreckend groß. Dieser Tage wurde uns eine Gemeinde am obern Haardtgebirge genannt, von deren drittbalb tausend Einwohnern gegen 150 nach Amerika überzusiedeln beabsichtigen. Welche Arbeitskräfte gehen auf diese Weise Deutschland verloren, und nebstdem welche Capitalien! Der großen Mehrzahl nach stehen die Auswandernden in den besten Lebensjahren, in der Blüthe ihrer Arbeitskraft. Wie groß dieser Verlust, vermag nur der Nationalökonom vollkommen zu würdigen. —

Möchten doch endlich glücklichere Zeiten unserm deutschen Vaterlande erblühen!

*** München,** den 8. Febr. Die gestrige Abgeordnetensitzung brachte einen etwas ungewöhnten Eindruck hervor. Wer auch sonst nichts beobachtete, konnte es aus der im Tone wesentlich wechselnden Sprache des Ministerpräsidenten v. d. Pfordten erkennen. Daß der Prell'sche Antrag werde verworfen werden, darüber konnte, bei der so oft erprobten Stimmung der Majorität, von vorn herein nicht der entfernteste Zweifel bestehen. Allein von Seiten des Ministeriums scheint man sich darauf verlassen zu haben, daß die Regierung von allen Seiten, mit Ausnahme der Linken, unbedingte Zustimmung ertheilt erhalte; von einigen Plätzen im tiefsten Theile des Centrums her, vermeinte man sogar schon die Begründung des Antrags mit lautem Gelächter abfertigen zu können. Dies ging aber eben doch nicht. Außer den Hrn. Lang und Lassaulx, hatten die übrigen Redner sämmtlich theils in formeller, theils in materieller Hinsicht Ausstellungen am Verfahren der Regierung zu machen. Selbst Weis deutete anfangs wenigstens das an: die Beschwerde sei nur in Folge des frühern Auftretens des Ministeriums über die Frage der Geschäftsbehandung in ihr jetziges Stadium gekommen; nun aber müsse die Kammer den Grund der Sache untersuchen; — eine Ansicht, von der wir freilich in dem letzten Votum des nemlichen Redners keine Spur mehr finden konnten, indem er alsdann zur sofortigen unbedingten Verwerfung der Beschwerde rieth. Auch Lerchenfeld, auch Rudhart, auch Heine, sogar Link, waren nicht ganz zufrieden. Der Erstgenannte äußerte, nach der zweifelhaften Erklärung vom Ministertisch über den Thatbestand, sei die Sache näher zu untersuchen; eine Ansicht, die freilich bei dem Redner während der Debatte ebenfalls eine Aenderung erlitten zu haben scheint, indem er schließlich gegen den Wallerstein'schen Präjudicialantrag auf Zurückverweisung an den Ausschuß und für die Ausschußvorschläge stimmte. Rudhart meinte die Regierung in ihrem eigenen Interesse dringend ersuchen zu müßen, den Vexationen gegen die Presse Einhalt zu gebieten. Heine seinerseits führte (abgesehen von den Ausfällen auf die „Bauernjury,") einige scharfe Hiebe gegen die vermeintliche „staatsmännische" Weisheit. Arnheim und Kirchgeßner sprachen gleichfalls ihre Mißbilligung gegen die systematischen Verfolgungen der Presse aus. v. Koch gab die Andeutung, daß er zu weitern Beschränkungen der Presse in Besprechung öffentlicher (im Gegensatze zu Privat-) Angelegenheiten, die Hand nicht bieten werde, wobei er das policeiliche Verfahren, die Verwandlung des Heimathsrechtes in eine Last, wirklich treffend tadelte. Von den verschiedenen Schattirungen der Linken sprachen außer dem Antragsteller: Wallerstein, Morgenstern und Crämer, sämmtlich den Gegenstand und die Einwendungen scharf beleuchtend, ganz besonders Crämer in schneidend eindringender Weise dem Ministerpräsidenten antwortend.

Abgesehen davon, daß der Minister des Innern, Hr. v. Zwehl, um dessen Departement es sich doch zunächst handelte, (den man aber allerdings noch nie an einer Debatte sich betheiligen sah,) in der Sitzung nicht anwesend war, fiel die wechselnde Haltung am Ministertische auf. Nachdem die Verhandlungen begonnen hatten,

gab Ministerialcommissär Bezold eine Erklärung, die allgemein dahin verstanden ward, die Androhungen gegen den Redacteur und den Verleger des Fränk. Kuriers hätten einen andern Grund, als deren Thätigkeit vermittelst der Presse. Später erklärte der Ministerpräsident, die vernommene Aeußerung sei nicht so zu verstehen. Hr. v. d. Pfordten fand es nöthig, öfter als noch je in einer Sitzung das Wort zu ergreifen, — 5 bis 6 Mal. Im Inhalt dessen was er sagte, und im Tone wie er es sagte, war ein großer Unterschied unverkennbar.

Wäre nach dem Vortrage des Berichterstatters nicht eine weitere Discussion unzulässig, so würden die Aeußerungen des Hrn. v. Lasaulx scharfe Entgegnungen nach sich gezogen haben. Er stellte Grundsätze auf, die mit jedem Constitutionalismus unvereinbar sind. Gelangten Principien zur Anerkennung wie die: Wenn auch 10,000 Verfassungsbestimmungen verletzt werden u. s. f. — alsdann wäre jeder Despotismus gerechtfertigt, aber gewiß nicht blos der des Absolutismus, sondern auch der eines Robespierre. Will man etwa dies?

* **München.** (Sitzungen des Cassationshofes vom 3. und 4. Februar.) Der Gerichtshof ist folgendermaßen gebildet: Heintz, Präsident, Ruppenthal, Dettenhofer, Rinecker, Schmelger, Schraut und Metz, Räthe, Bettinger, Generalprocurator. Die Sitzung beginnt um ½9 Uhr mit Aufruf der Sache von Grill und Bolza aus Rockenhausen, vertreten durch Advocat Golsen von Zweibrücken.

Nachdem gegen 10 Uhr Metz das Referat beendigt hatte, nahm der Vertheidiger den Antrag, das Urtheil des Appellationsgerichts der Pfalz vom 17. October 1851, durch welches Grill und Bolza zu einjährigem Gefängniß wegen des Vergehens der illegalen Einmischung in amtliche Functionen condemnirt wurden, zu cassiren und die Cassationskläger von Strafe und Kosten loszusprechen. Zur Rechtfertigung dieses Antrags entwickelte der Vertheidiger fünf Cassationsmittel:

1. Verletzung des Art. 360 des Code d'inst. crim. Grill und Bolza hatten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Cantonalausschusses eine Vollmacht an das Cantonalausschußmitglied Helm zum Beschlag der Steuercasse in Bisterschied ausgestellt. Helm hatte den Beschlag vollzogen und die Gelder an die provisorische Regierung abgeliefert. Diese Thatsache, früher Gegenstand der Anklage auf Hochverrath, bildete den Gegenstand der nachgängigen correctionellen Verfolgung und Verurtheilung. Diese wird nun als unzulässig auf den Grund des Art. 360 bestritten, da der citirte Art. verbietet, gegen einen Freigesprochenen à raison du même fait, ein neues Strafverfahren einzuleiten. Welche Bedeutung hat das Wort fait? Hierüber besteht eine lebhafte Controverse. Nach dem Urtheil des Appellhofs ist fait gleichbedeutend accussation crime, nach der entgegenstehenden Ansicht gleichbedeutend mit fait materiel. Für die letztere Auslegung führt der Vertheidiger an:

1) den Strafgebrauch, wonach fait Thatsache und nicht accussation crime, — Anklage, Verbrechen, bedeute; wo die Worte klar seien, da dürfe von vornherein keine andere Bedeutung denselben beigelegt werden;

2) die Absicht des Gesetzgebers. Das Interesse des Staats erfordere allerdings, daß Derjenige, der die öffentliche Ordnung störe, die Strafe erleide, die das Gesetz seiner Handlung auferlegt; allein dieses Staatsinteresse habe auch seine Grenzen, es dürfe nicht getrennt werden von anderen Interessen, die eben so wichtig und heilig seien; es seien dies die Interessen der Freiheit und Sicherheit der Staatsbürger, die nicht fortwährend, mit dem Schwerte des Damokles bedroht, unter neuen Vorwänden Gegenstand neuer Verfolgungen werden dürften; es müße endlich einmal Ruhe und Sicherheit für die Personen der Bürger eintreten, den Verfolgungen der Strafjustiz ein Ziel gesteckt werden und dieses Ziel fänden die Gesetzgebungen aller Zeiten in der großen Maxime: „non bis in idem.“ Derjenige, der wegen einer strafbaren That einmal vor Gericht stand, freigesprochen oder verurtheilt wurde, dürfe wegen derselben That niemals mehr verfolgt werden. Dieser natürliche, durch die Vernunft gebotene große Grundsatz habe in dem französischen Rechte unter der Herrschaft der Intermediärgesetzgebung, und auch nach der des Cod. d'instr. crim., seine volle, unbedingte, ungeschmälerte Anwendung gefunden. Erst in neuerer Zeit sei man davon abgewichen. Hauptsächlich aus Veranlassung der häufigen Freisprechungen. Bei Anklagen auf Kindsmord sei die Entdekkung gemacht worden, daß fait, nicht mehr fait, Thathandlung, sondern accussation crime, fait qualifié bedeute, und daß also der Art. 360 nur einer neuen Anklage aus Veranlassung von la même accussation, nicht aber dann im Wege stehe, wenn das fait anders als in der ersten Anklage qualificirt werde, mit andern Worten, wenn die Handlung unter einen anderen Strafartikel subsumirt werde, denn es bestehe dann nicht mehr le même crime, la même accussation. Diese gesuchte, unnatürliche, sprachwidrige Auslegung des Artikels 360 habe vorzugsweise Eingang beim Pariser Cassationshofe und einigen Schriftstellern gefunden, darunter Legraverend; dagegen hätten die natürliche Auslegung beibehalten: die große Mehrheit der Appellhöfe in Frankreich, ungeachtet der cassirenden Urtheile, der Cassationshof in Brüssel, Merlin, Dupin, Carnot ꝛc. Der Appellhof und Cassationshof der Pfalz hätten sich in den Motiven zur Sache, Keim gleichfalls in diesem Sinne ausgesprochen, ohne die Frage jedoch direkt zu entscheiden. Die Geschwornen hätten in jener Sache die Freisprechung Keims motivirt, und nur mit Rücksicht auf jene Motive sei die Correctionellverfolgung für zuläßig erklärt worden. Die größten juristischen Autoritäten stünden sich in der Frage also entgegen, und nur das Gewicht der Gründe könne entscheiden. Die sprachwidrige Auslegung des Wortes fait wolle im Wesentlichen gerechtfertigt werden,

a. durch die Modificationen, welche der Code vom Brumaire IV, durch den Code d'instr. cr. im Organism des Strafprocesses erlitt, und

b. durch den Grundsatz: tantum judicatum, quantum accusatum, die Freisprechung gehe nicht weiter als die Anklage.

Ad a. Dieses Argument verliert alles Gewicht, wenn man jene Modificationen ins Auge faßt; sie bestehen in Aufhebung der Anklagejury und Vereinfachung der Fragestellung an die Geschwornen. Nach Art. 374 des Brumairegesetzes waren die Geschworenen zu befragen: 1) über die materielle Existenz des fait und die Theilnahme des Angeklagten daran, 2) über die verbrecherische Absicht, und 3) über die größere oder geringere Gravität der That nach dem Anklageact, der Vertheidigung und den Debatten. Der Gesetzgeber wollte, daß in einem Strafverfahren die strafbare Handlung nach allen Richtungen abgeurtheilt werde, — ein Princip, das allein dem Interesse des Staats, der Oeconomie, der Procedur und der Vernunft entspreche. Erlitt dieses Princip eine Abänderung durch den Code d'instr. cr.? Nein, nicht im Mindesten. Dieß die einzige entscheidende Frage. Die strafbare That sei heute wie früher nach allen Richtungen zu prüfen und nach Maßgabe der verschiedenen Strafbestimmungen zu qualificiren; unter dem Brumairegesetz mußte dies durch die Urtheilsjury selbst geschehen, weil die Anklagejury keine Befugniß dazu hatte, heute sei die desfallsige Attribution der Anklagekammer hingewiesen; diese habe die gesetzliche Verpflichtung, eine strafbare Handlung vornherein unter alle Strafartikel zu subsumiren, welche auf jene Handlung etwa anwendbar sein könnten, und dieselbe zu qualificiren, sei es als Contravention, Delict oder Verbrechen; sie habe die connexen Delicte sogar mit vor die Assisen zu verweisen (Code d'instr. cr. Art. 226, 229, 230, 231, 232); mit Rücksicht auf diese gesetzlichen Obliegenheiten der Anklagekammer, bestimmten nun allerdings die Art. 337—340, daß die Fragen nur dem Verweisungsurtheil und resp. Resumé des Anklageactes conform zu stellen seien. Folgt aber hieraus eine Abänderung des bisherigen Systems, wonach die That in

einem Strafverfahren abgeurtheilt werden soll und muß? Keineswegs. Der Begriff fait, der unter dem Brumärgesetz unbestritten die materielle That bezeichnete, ging unverändert, ohne Bemerkungen, in den cod. d'inst. c. über. Die Gesetzessprache blieb dieselbe, das System dasselbe, und es sei daher ebenso unstatthaft, unter dem heutigen Rechte wegen einer strafbaren That ebenso viele getrennte Strafprozeduren einzuleiten, als verschiedene Gesetzesartikel durch dieselbe übertreten seien, als dies unter dem Brumärgesetze unzuläßig gewesen. Die sprachwidrige Interpellation des Art. 360 habe folglich nur dann Sinn und Gegenstand, wenn die anklagenden Behörden unterlassen hätten, den gesetzlichen Vorschriften gemäß die strafbare That vor der öffentlichen Verhandlung unter die verschiedenen Strafartikel zu subsumiren. Sei dies geschehen, sei die materielle That nach allen Richtungen qualificirt, so werde die That in einem Strafverfahren abgeurtheilt, vollständig purgirt; und der Art. 360 schütze in seiner natürlichen Bedeutung gegen jede weitere Verfolgung. Der Angeklagte dürfe aber nicht das Opfer der Nichtbefolgung von Gesetzen werden, es sei unstatthaft, dem Art. 360 eine geschraubte Interpretation zu geben um als Lückenbisser und Aushelfer für Unterlassung und Nichtbefolgung von Gesetzen zu dienen. Die Entscheidung der Anklagekammer über die Qualification der That sei eine definitive, die in Ermanglung eines dagegen ergriffenen Rechtsmittels, in Rechtskraft übergeht, und also eine neue andere Qualification der einmal abgeurtheilten That ausschließe. Wir machen damit der Anklagekammer in Zweibrücken keinen Vorwurf, bemerkte der Vertheidiger, sondern behaupten vielmehr, daß sie in ihrem Verweisungsurtheil die den Angeklagten zu Last gelegten Thatsachen sehr richtig qualificirt hat, wenn sie dieselben auf die Theilnahme am Hochverrath beschränkte, und keine andere als die in dem Urtheile bezeichneten Gesetzesstellen darauf anwendbar erklärte; sie fand eben außer dem Hochverrath nichts weiter zu qualificiren, keine weitere Gesetzesübertretungen, in specie nicht eine Uebertretung des Art. 258. Man darf nicht unterstellen, daß die Anklagekammer die Gesetze nicht gekannt, ihre Pflichten nicht erfüllt habe. Die neue Anklage der Staatsbehörde enthält indirect diesen Vorwurf; die Vertheidigung refutirt ihn.

So wenig aus dem Brumärgesetz für die Bedeutung des Wortes fait in dem sprachwidrigen Sinne also argumentirt werden könne ebenso unhaltbar sei

ad b); der weitere gegnerische Hauptgrund, gestützt auf die Maxime tantum judicatum, quantum accusatum. Kein Satz ist richtiger als dieser. Die Freisprechung geht natürlich nicht weiter, als die Anklage bestand. Allein die Frage ist die: wie weit ging die Anklage? was war Gegenstand derselben? die Gesetze bezeichnen klar den Gegenstand jeder Anklage. Schon die Leibverhaftsordonnanz trennt die Anklage in 2 Theile: in die materielle That, repose du fait und die Subsumtion dieser That unter das Strafgesetz, nature du delit. (C. d'i c. Art. 134.) Diese Scheidung der beiden Bestandtheile der Anklage finden wir in den weiteren Bestimmungen über die mise en accusation und die Errichtung des Anklageactes (Art. 231 u. folg., Art. 241). Ueber den ersten Bestandtheil der Anklage, die objective Existenz der materiellen That, und dem im Wort schuldig liegenden verbrecherischen Willen des Thäters, hat ausschließlich die Jury zu erkennen. Die erste Frage, welche sich die Geschwornen daher zu stellen haben, besteht darin: ist die That (fait principal) constant? Im verneinenden Fall hat alles Weitere und natürlich auch das Qualificirte ein Ende. (Art. 344, 345.) Zuerst muß die That objectiv feststehen, und erst wenn dies der Fall ist, dann kann man qualificiren; das Gegentheil behaupten, wäre logischer Unsinn. Die Geschwornen verneinen durch ihr nicht motivirtes unbedingtes Nichtschuldig die Totalität der gestellten Frage, also den ersten und Haupttheil der Anklage. Wir, nicht die Gegner, sind folglich berechtigt, den Satz tantum judicatum, quantum accusatum anzurufen. Ueber den ersten Bestandtheil der Anklage, das materielle Factum, ist judicirt, und dieses kann folglich nicht mehr zum Gegenstande einer neuen Strafinstanz gemacht werden. Ueber die neue Anklage kann nicht geurtheilt werden, ohne von Neuem auf die Frage der Existenz der That, und der Moralität der Handlung zurückzukommen, die zuvörderst untersucht und bejaht werden muß, ehe man zur neuen Qualification gelangen kann; über die Grundlagen der neuen Qualification ist aber bereits souverainement durch die Geschwornen erkannt, und der neuen Anklage steht also das judicatum derselben entgegen. Dieses zweite Argument rechtfertigt also ebensowenig die gegnerische Theorie, wie das erste.

3) Dazu komme, daß mit der natürlichen Interpretation des Wortes fait im Art. 360 auch die Gesetzessprache übereinstimme. Es wird verwiesen auf Art. 246, 361 u. s. w., wo der Gesetzgeber unter fait nur eine materielle That verstanden haben könne. Wie kann man demselben zutrauen, demselben Worte im Art. 360 eine andere Bedeutung unterschoben, sich in dem Wort vergriffen, und statt crime, fait gesetzt zu haben? Dies glauben machen zu wollen, sei eine starke Zumuthung.

Die gegnerische Auslegung stehe also im Widerspruch mit dem Sprachgebrauch, mit der Absicht des Gesetzes, mit der Logik, mit dem Geiste der ganzen Gesetzgebung, die nicht zulasse, daß wegen ein und derselben That, der Thäter mehrfachen Strafinstanzen, je nach dem Belieben der anklagenden Behörden, unter dem Präterte neuer Qualificationen der That unterworfen werde, sie vernichte den Schutz des Gesetzes für die Freigesprochenen, streiche den Art. 360 aus dem Gesetzbuch und setze an dessen Stelle die richterliche Willkür. Ein solches System werde der Cassationshof nicht sanctioniren. (Fortsetzung folgt.)

Pfalz. Der in Landau erscheinende „Eilbote" enthält in seiner jüngsten Nummer folgendes: Die Armuth in vielen Gebirgs-Waldorten muß mehr und mehr die Aufmerksamkeit der königl. Regierung und der ganzen Pfalz in Anspruch nehmen. Das Elend zeigt sich jetzt schon in seiner schrecklichsten Gestalt. Die vorhandenen bemittelten Bewohner dieser Orten werden durch so zahlreiche Anforderungen in Anspruch genommen, daß ihre Vorräthe zum eigenen Bedarf nicht mehr auslangen. Der Verzweiflung ist nichts mehr heilig, Entfremdungen von Lebensmitteln werden nicht mehr als Diebstahl angesehen, sogar solche auf offener Straße, wie es dieser Tage bei einem Brodhändler von Albersweiler vorkam, dem sein Vorrath auf dem Wege nach Eußersthal durch Hungernde weggenommen wurde. Almosen geben ist das rechte Wort nicht mehr, sondern Hilfe in gräßlicher Noth, und diese muß erfolgen, wenn nicht Außerordentliches, von jetzt bis wieder Tage des Verdienstes kommen, im Gebirge vorgehen soll, was wir näher nicht anzudeuten wagen. In mehreren Gemeinden sind bereits Suppenanstalten errichtet worden, um die Ausgehungerten zu speisen. In Albersweiler im Hause des Herrn Regula erhalten dieselben zur Suppe noch ein Stück Brod. Möge sich in allen Orten, wo es nur thunlich ist, reger Eifer für dieses gräßliche Unglück einstellen, damit diesen sonst so thätigen Menschen aus so unverschuldeter Hungersnoth geholfen werde. Von Kleidern, Strümpfen und Schuhen ist dort keine Rede mehr, Hunderte laufen halbnackt baarfuß — aber der Hunger muß gestillt, es muß geholfen werden!!

Frankfurt, den 10. Febr. Während der Main gestern Mittag 1 Uhr bis auf 12 Schuh rh. gefallen war, stieg derselbe im Verlaufe des Nachmittags und Abends abermals und erreichte um 11 Uhr des Nachts die Höhe von 14 Schuh rh.

Stuttgart, den 6. Febr. Heftige Stürme toben bei uns seit einigen Tagen, und furchtbare Regengüsse der vorigen Nacht haben im Remsthal ein Austreten des Flusses zur Folge gehabt, so daß die Postverbindungen unterbrochen waren.

Coburg, den 6. Febr. Letzte Nacht ist eine so große Ueberschwemmung in hiesiger Gegend eingetreten, wie man sich einer solchen seit vielen Jahren nicht erinnern kann. Trotzdem ist das Wasser noch im Steigen begriffen.

Köln, den 7. Febr. Heute unterhält man sich hier in allen Kreisen über eine Falschmünzerbande, die gestern durch den Polizeirath Dunker von Berlin in Mülheim am Rhein entdeckt wurde. Sechs Personen sollen bereits verhaftet worden sein; Köln und das nahe gelegene Brühl soll auch mit in diese Angelegenheit verwickelt sein. Die Münzgesellschaft hatte sich auf die practische Seite der Alchymie verlegt; sie fertigte falsche Goldstücke an. Ob auch von ihr oder von anderen Falschmünzern die unächten Drittel-Thalerstücke, welche hier circuliren, ausgehen, wird sich später herausstellen.

Erfurt, den 4. Febr. Durch Tagesbefehl ist den Soldaten unserer Garnison das Tabakrauchen auf der Straße verboten und die sofortige Beseitigung der Kinnbärte bei Militärpersonen durch die Commandantur angeordnet worden.

Berlin, den 6. Febr. Die „N. Pr. Z." meldet: Der französische Minister und Gesandte in außerordentlicher Mission, David, ist aus Paris hier eingetroffen.

Belgien.

Brüssel, den 3. Febr. In gut unterrichteten Kreisen erzählt man seit gestern: die englische Regierung habe der französischen notificirt, daß sie, sobald Napoleon einen Fuß auf belgischen Boden setze, sofort alle französischen Häfen blockiren werde. Die Nachricht ist nicht unwahrscheinlich, da eine französische Besitzergreifung Belgiens ein Todesstoß für den englischen Handel wäre; und es ist daher begreiflich, daß sie allgemeinen Glauben findet und viel zur Verscheuchung gewisser Befürchtungen beiträgt.

Frankreich.

Paris, den 2. Febr. (Eine „Kreatur".) Welches die Menschen sind, welche heute in Frankreich „die Gesellschaft, die Moral und das Eigenthum retten," dazu scheint folgendes ein interessanter Beitrag. Bekanntlich ist es sogar dem geduldigen Hrn. Dupin zu arg geworden und dieser hat seine Stelle als Generalprokurator niedergelegt. Ein gewisser Delangle wurde sofort zu dieser einträglichen Stelle ernannt und nahm dieselbe an. Ueber diesen Delangle nun muß selbst die Napoleonfreundliche Köln. Ztg. berichten: Der neue Generalprokurator am Kassationshofe von Paris, Delangle, ist ein Landsmann und Zögling Dupins. Beide sind aus Clamecy, der Stadt des Nievredepartements, die bei den letzten Unruhen so stark mitgenommen worden ist. Delangle ist bedeutend jünger als Dupin; Letzterer war schon Advokat, als Delangle nach Paris kam, um die Rechte zu studiren. Er war an Dupin empfohlen, der ihn auf alle mögliche Weise begünstigte. Delangle's erstes Auftreten als Advokat war unglücklich. Er machte gänzlich Fiasko und entschloß sich, nach Clamecy zurück zu kehren, um dort Anwalt zu werden. Dupin, dem er seinen Entschluß mittheilte, rieth ihm davon ab, ließ ihn in seinem Kabinet arbeiten und machte einen ausgezeichneten Advokaten aus dem jetzigen Generalprokurator. Diesen Umständen ist es zuzuschreiben, daß Dupin nicht schon vor längerer Zeit durch Delangle ersetzt worden ist. Letzterer wollte nicht den abgesetzten Dupin ersetzen, dem er seine ganze Karriere verdankt. Er zögerte jedoch keinen Augenblick, als es sich darum handelte, an die Stelle Dupin's zu treten, nachdem dieser seine Entlassung selbst gegeben. Delangle war Mitglied des gerichtlichen Rathes der Familie Orleans. Er hat an demselben Tage seine Entlassung gegeben, als er seine Ernennung zum Staatsrath im Moniteur sah. Gleich nach Beschlagnahme der Güter hatte der Rath zwei Sitzungen gehalten, welchen Delangle, ohne eine Entschuldigung zu geben, nicht beigewohnt hatte. Er wollte wahrscheinlich erst abwarten, was man „höchsten Ortes" über ihn entscheide.

— den 4. Febr. Ein abermaliges Decret, betreffend die zahllosen Verhafteten, schlägt die Untersuchungen der Kriegsgerichte wie ihre Urtheile mit derselben Willkür nieder, mit welcher diese Gerichte entstanden sind, und überläßt die vorläufige Behandlung der Verhafteten dem Commandanten, Präfecten und Generalprocurator des Departements. Abgesehen von den bereits gemeldeten Verlegenheiten, worein die Regierung die große Anzahl der Verhafteten setzt, haben noch neue ärgerliche Scenen die heutigen Decrete hervorgerufen. In mehreren Gefängnissen haben nemlich die Verhafteten sich erhoben, und es kam zu blutigem Handgemenge. Aehnliche Scenen fielen bei Aburtheilung der Verhafteten vor dem Kriegsgericht vor. Diesen und ähnlichen „Mißständen" soll nun das neue Decret abhelfen, durch welches der Präsident sich eigentlich die letzte Entscheidung über das Schicksal der Unglücklichen vorbehält. (A. Z.)

— den 7. Febr. Der Präsident des Appellationshofes hat, wie die „Gazette des Tribunaux" berichtet, an das Barreau der Advokaten ein Schreiben gerichtet, wonach die Advokaten fortan vor den Gerichtshöfen nur in dem von den Gesetzen vom Nivose des J. XII. und vom 30. März 1808 bestimmten Costüme erscheinen sollen.

Prinz Napoleon Bonaparte, Vetter des Präsidenten der Republik, ist am 5. d. von Paris zu Calais eingetroffen; er schiffte sich noch an demselben Tage nach Dover ein. Dem Vernehmen nach ist er mit einer Specialmission nach London beauftragt.

— den 7. Febr. Nach neueren Mittheilungen, die aus Madrid hergelangt sind, gehört wirklich oder gehörte wenigstens früher der Verbrecher, welcher den Mordversuch gegen die Königin gemacht, dem geistlichen Stande an; sein Namen ist Martin Merino; nach den Einen soll er ein demagogischer Priester, nach Anderen ein fanatischer Carlist sein. Nach einer von den ersten Angaben abweichenden Version soll die Königin nicht, wie man wol anfänglich zur Beruhigung des Publicums erzählte, leicht an der Hand, sondern in der Seite verwundet sein; diese Notiz scheint, nach der Fassung der ärztlichen Bülletins zu ertheilen, mehr Glauben zu verdienen. Nach Allem ist übrigens die Wunde nicht gefährlich.

Italien.

Mailand, den 4. Febr. Der Feldmarschall Graf Radetzky hat den hier ansässigen Protestanten, bis zur definitiven Entscheidung des hohen Ministeriums des Cultus, einstweilen provisorisch gestattet, ihre Religionsübungen wieder abhalten zu dürfen.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[824] Die hier anwesende Kurhessische Musikgesellschaft, wird heute Abend Mittwoch, den 11. ds., eine Production in neueren Musik- und Gesangstücken, im Saale des rheinischen Hofes zu geben sich beehren, und laden zu dieser Unterhaltung ergebenst ein, alle Freunde der Musik. — Anfang halb neun Uhr Abends. Im Namen der Gesellschaft: Linck.

Fahrten der Local-Dampfboote Delphin I und II

vom 1. Februar.

Abfahrt von **Ludwigshafen a. Rh.** nach Mainz in Verbindung mit der Frankfurt-Mainz-Binger Localfahrt: **alle grade Tage,** 2., 4., 6. rc., Vormittags 11 Uhr, nach Ankunft des Eisenbahnzuges.

Nähere Auskunft ertheilt der Agent: **C. Aug. Exter.**

Ludwigshafen a. Rhein, den 1. Februar 1852. [812]

Neue
Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 38 | den 13. Februar 1832.

Deutschland.

• München. Verhandlungen vor dem Cassationshofe. (Schluß.)

II. Cassationsmittel, Verletzung der Art. 350, 409, 408, Code d'instr. in Verbindung mit Art. 360 Code d'instr. — Der Vertheidiger führt dasselbe in folgender Weise aus: Es ist ein in jure ausgemachter Satz, der sowol im Civilrecht als im Criminalrechte gilt, daß auch die von einem incompetenten Richter erlassenen Urtheile, wenn sie nicht rechtzeitig angegriffen werden, in Rechtskraft erwachsen. — Der Art. 360 findet ebensowol seine Anwendung auf Freisprechungsurtheile, die von dem incompetenten wie von dem competenten Strafgerichte erlassen worden sind; insbesondere steht dieser Satz für die Geschwornengerichte fest durch die Art. 350 und 409 C. d'instr., wonach die freisprechende Declaration der Jury nur im Interesse des Gesetzes einem Recurs unterworfen werden kann. — Der unmittelbar vorhergehende Art. 408 bestimmt die Fälle des Cassationsrecurses, und zählt darunter die Fälle der Incompetenz auf. — Daraus folgt, daß wenn auch die Geschwornen über eine in den gestellten Fragen enthaltene Thatsache, nicht allein unter der Qualification des Verweisungsurtheils, sondern auch noch unter dem Gesichtspunct anderer strafrechtlicher Qualificationen, also incompetenter Weise, ein freisprechendes Verdict erlassen haben, es bezüglich des Angeklagten ein für allemal dabei sein Bewenden hat. — Ein Gleiches gilt von dem Falle, wenn z. B. die Staatsbehörde eine Thatsache von criminellem Character vor das Correctionellgericht zur Aburtheilung bringt, dieses sich nicht incompetent erklären, sondern eine freisprechende Sentenz erlassen würde. — Erwüchse ein solches Urtheil in Rechtskraft, so wäre die Staatsbehörde durchaus unzuläßig, jene Thatsache unter der Qualification eines Verbrechens von Neuem aufzugreifen. — Ueber die Richtigkeit dieser Sätze besteht in der französischen Rechtslehre und Jurisprudenz kein Zweifel. Man sehe herüber: Bourguignon, Code d'instr., Art 360 Nro. II u. VIII, Merlin, rep., non bis in idem, Nro. IV, Carnot, ad Art 360, Nro. IX, Arr. de Cass, vom 2. April 1813, in Sir. 13, 1, 311, idem vom 20. Juli 1832, das. 33, 1, 60, Selleyer, Band IV, Nr. 1377, Dalloz, Art. 446.

Der Rapporteur im Corps legislatif spricht sich in den Motiven zum Art. 409 dahin aus, daß sich der Angeklagte gegen einen Recurs der Staatsbehörde nicht zu vertheidigen habe, selbst wenn seine Freisprechung auf eine vicieuse Instruction hin erfolgt sei, denn eine solche Disposition sei der Billigkeit conform; es wäre eine Strenge an Ungerechtigkeit grenzend, wollte man einen Angeklagten zum zweiten Mal vor Gericht stellen, wegen Irrthümer, Fehler oder Pflichtverletzungen der Magistratspersonen.

Nach Art. 418 muß die Staatsbehörde in der peremptorischen Frist von drei Tagen den Cassationsrecurs ergreifen.

Wenden wir diese Rechtsgrundsätze auf unseren Fall an. Durch das ergangene Urtheil des Cassationshofes steht zwar fest, daß die Geschwornen in ihrer Antwort sich auf die gestellten Hochverrathsfragen hätten beschränken sollen, allein es steht eben so fest, daß, der Aufforderung des Assisenpräsidenten entsprechend, die Geschwornen die einzelnen Thatsachen, amplificirt mit den Criterien selbstständiger Strafbarkeit zum Gegenstande ihrer Berathung und ihres Ausspruches gemacht haben.

Durch die Verneinung des Hochverraths und Bejahung der Thatsache des Bisterschieder Cassenbeschlags als selbstständigem Delict, wurde jene Thatsache ihres criminellen Characters entkleidet, und das Assisengericht urtheilte daher als Correctionellgericht gemäß der Art. 364 und 365 C. d'instr. über das durch den Ausspruch der Geschwornen festgestellte Vergehen; es fand darin den strafrechtlichen, zur Anwendung des Art. 258 Code pén. erforderlichen Thatbestand, und sprach eine Vergehensstrafe von 3 Jahren Gefängniß aus.

Dieses Urtheil wurde durch die Staatsbehörde wegen Incompetenz der Geschwornen oder des Assisengerichts oder aus einem anderen Grunde nicht angefochten, es ging daher der anklagenden Behörde gegenüber in unwiderrufliche Rechtskraft über; diese Behörde ist folglich heute absolut unzuläßig, eine neue Correctionellklage wegen derselben Thatsache zu erheben.

Auf den Recurs der Verurtheilten erfolgte die Cassation und deren Freisprechung, weil das von den Geschwornen bejahte Reat nicht die Anwendung des Art. 258 C. pén. begründete. Es ist also in allen Instanzen richterlich erkannt über die Betheiligung der Cassationskläger am Cassenbeschlag in Bisterschied. Die gleichzeitige Cassation des Wahrspruchs der Geschwornen rechtfertigt in keiner Weise die neue Correctionellklage, weil diese Cassation nicht auf den Antrag der heutigen Cassationskläger erfolgte, ebensowenig auf den Antrag der Staatsbehörde, die unterlassen hatte, rechtzeitig den Cassationsrecurs zu ergreifen, — die Cassation sonach nur im Interesse des Gesetzes stattgefunden haben kann, und ohne Präjudiz für die Cassationskläger. Die Antwort der Geschworenen bezüglich der Bisterschieder Casse, und die Bejahung dieser Thatsache, steht aber auf gleicher Linie mit einer Nichtschuldigerklärung, da diese Thatsache nicht mit den Erfordernissen des Thatbestands des Art. 258 C. p. angenommen ward.

Im Falle der Nichtschuldigerklärung ist der Wahrspruch der Jury bezüglich des Angeklagten definitiv unangreifbar. Eine Cassation desselben kann nur im Interesse des Gesetzes erfolgen. (Sellyer, l. c Art. 1361). Wäre den Geschwornen eine subsidarische Frage wegen der Bisterschieder Casse gestellt, und diese Frage verneint worden, wer würde da an eine weitere Correctionellverfolgung denken? Gewiß Niemand. Worin besteht nun der Unterschied zwischen diesem und unserem Falle? Lediglich darin, daß die Geschwornen in diesem Falle competenterweise, in unserem Falle dagegen incompetenterweise freigesprochen hätten. In einem wie dem anderen Falle besteht aber res judicata für die Cassationskläger, und demzufolge in jedem dieser Fälle Unzuläßigkeit der neuen Correctionellklage.

Verläßt man diese allein natürlichen und gesunden Rechtsbegriffe, wohin kömmt man? Das Urtheil des Assisengerichts bleibt in seiner Rechtskraft stehen gegen Helm, weil es weder von diesem noch der Staatsbehörde angefochten wurde — Helm büßt in Folge der Rechtskraft die Gefängnißstrafe ab. Und wie? Zu Gunsten der beiden Cassationskläger sollte diese Rechtskraft nicht bestehen? Der Cassationshof hat an der Stelle des Assisengerichts geurtheilt und freigesprochen. Diesem freisprechenden Erkenntniß sollte keine Rechtskraft zur Seite stehen?? Ein schreiender Widerspruch! Hätte das Assisengericht freigesprochen, das Urtheil wäre in Rechtskraft erwachsen, wenn die Staatsbehörde nicht rechtzeitig den

Cassationsrecurs ergriffen hätte. Darüber kein Zweifel. Warum soll das Rechtsverhältniß ein Anderes sein, wenn der Cassationshof an der Stelle des Assisengerichts urtheilte? Ein stichhaltiger Grund dagegen ist nicht denkbar.

Eine neue Verfolgung war daher nur dann rechtlich möglich, wenn der Cassationshof nur auf das III. Cassationsmittel eingegangen, und dem Antrage des Generalprocurators am Cassationshofe entsprechend, die Correctionellklage vorbehalten hätte. Der Cassationshof ging aber weiter; er ging auf den Fond der Sache ein, auf das vierte Cassationsmittel, und sprach au fond frei, — diese Entscheidung ist eine untheilbare; die Cassationskläger sind berechtigt, deren Totalität anzurufen, und man kann daher nicht die Entscheidung über das dritte Cassationsmittel allein anrufen, ohne zugleich auch diejenige über das vierte Mittel gelten zu lassen. — Diese Erörterungen mögen genügen, um die Verletzung obiger Gesetzesstellen aufs vollständigste darzuthun.

III. Cassationsmittel, Verletzung des Art. 258 C. p. — Zur Begründung dieses Cassationsmittels beziehen sich die Cassationskläger auf die Erörterung des vierten Cassationsmittels in der früheren Denkschrift und das Urtheil des Cassationshofes, welches dieses Cassationsmittel für begründet erklärte. — Der factische Thatbestand hat in der heutigen Correctionellinstanz nicht die mindeste Veränderung erfahren. Die Betheiligung der Cassationskläger am Cassenbeschlag in Bisterschied besteht nach dem Factum des angefochtenen Urtheils lediglich und allein in Ausstellung der Vollmacht an Helm in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Cantonalausschusses zu Rockenhausen. Diese Thatsache steht urkundlich fest. Es erblickte darin das Verweisungsurtheil und Anklageact eine Complicitätshandlung am Hochverrath, die Geschwornen und das Assisengericht Coautorschaft am Delicte des Art. 258 cod. pén.; der Cassationshof, daß die Thatsache, so wie sie von den Geschwornen angenommen, die Merkmale des Art. 258 c. p. nicht enthalte. Das Appellationsgericht im angefochtenen Urtheil modificirte den Thatbestand nicht, was auch nicht möglich ist, da derselbe urkundlich feststeht; dasselbe nimmt aber an, daß der Art. 258 dennoch anwendbar sei, und die Handlung der Cassationskläger eine Theilnahme am Delicte begründe. — Bei dieser Sachlage kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Cassationshof auf seiner früheren Entscheidung beharren und auch aus diesem Grunde das condemnatorische Urtheil cassiren wird, welches re vera, das Urtheil des Cassationshofs cassirt hat.

IV. Cassationsmittel, Verletzung der Art. 59 und 60 cod. pén. — Nach dem Systeme des code pénal begründet die blose Vollmachtgebung zur Begehung eines Delicts an und für sich keine strafbare Complicität. Diese kann nur eintreten, wenn einer der in den Art. 59 und 60 vorgesehenen Fällen vorliegt. Es muß daher thatsächlich feststehen, daß die Ausstellung der Vollmacht an Helm begleitet war mit dons, promesses, menaces, abus d'autorité ou de pouvoir, mit machinations ou artifices coupables. Das angefochtene Urtheil führt diese Merkmahle einer strafbaren Complicität in Facto nicht an, und diese Merkmale finden sich auch nicht auf sonstige Weise dargethan, daher muß auch aus diesem Grunde das angefochtene Urtheil cassirt werden. (vide Dalloz, complicité, ad VI, Art. 100.

V. Cassationsmittel, Verletzung der Art. 1 und 2 des Amnestiegesetzes. — Grill und Bolza besäßen in hohem Grade das Vertrauen ihrer Mitbürger, seien durch diese in den Cantonalausschuß berufen worden, und hätten dem Drange der Umstände nachgebend, allerdings verschiedene Verrichtungen vorgenommen; sie seien aber stets Männer der gesetzlichen Ordnung gewesen, hätten in der stürmischen Zeit nach Kräften dafür gewirkt, sich keine Verletzung von Personen und Eigenthum zu Schulden kommen lassen, indem die bloße Ausstellung der Vollmacht an Helm eine solche nicht begründe, und das Amnestiegesetz sei auf die Cassationskläger folglich in Anwendung zu bringen.

Nach Beendigung des Vortrags des Vertheidigers ergriff der Generalprocurator in der Sitzung vom 4., um 10 Uhr das Wort, trug auf Abweisung des Cassationsrecurses an, im Wesentlichen erwiedernd:

ad I. Die Auslegung des Art. 360 sei von großer practischer Wichtigkeit und präjudiciell, theils für anhängige Fälle, theils für noch nachfolgende. Die Interpretation des Appellationsgerichts sei die richtige; eine strafbare Handlung werde nur in Beziehung auf das Strafrecht betrachtet, fait habe nur für den Strafrichter so weit Bedeutung, als es ein crime oder delit bilde, daher bedeute das Wort fait im Art. 360 nicht fait materiel, sondern fait qualifié, synonym mit crime accusation. Diese Interpretation wird nun gerechtfertigt, unter Hinweisung auf die Jurisprudenz des französischen Cassationshofes, verschiedene Artikel des c. d'instr. cr., 221, 241, 271, 337, und die Maxime tantum judicatum quantum accusatum!

ad. II. Der Beisatz der Geschwornen bei ihrer Beantwortung hinsichtlich der Bisterschieder Casse sei cassirt worden, weil dieselben sich selbst keine Frage stellen konnten, und die Rechtskraft bestehe daher nur für den Gegenstand der Verhandlung, also nur für den Hochverrath. Die Verneinung desselben könne daher die Correctionellverfolgung nicht hindern, umsoweniger, als die Geschwornen bezüglich des Cassenbeschlags nicht freisprechen wollten.

ad. III. Der Art. 258 komme auf die Vollmacht in Anwendung, weil eine Vollmacht zum Cassenabschluß und Beschlag in die Functionen der Kreisregierung und der Cassenbeamten einschlage, und die Cassationskläger keine Berechtigung hiefür gehabt hätten.

ad IV. und V. Die Vollmacht sei für Helm das determinirende Motiv zur Wegnahme der Casse gewesen, und die Cassationskläger daher als intellectuelle Urheber, als Coautoren gleich strafbar wie Helm. Da hierin eine Verletzung des Eigenthums des Staats liege, so sei das Amnestiegesetz ausgeschlossen.

Der Vertheidiger antwortete auf die Gründe, die Staatsbehörde entgegnete. Um 1 Uhr Schluß der Sitzung, und Vertagung des Urtheilsspruchs auf die nächste Woche.

Wiesbaden, den 10. Febr. Bei der gestern dahier stattgehabten Wahl der Wahlmänner zum neuen Landtag hat sich die democratische Partei so gut wie nicht betheiligt. Es sind in der ersten Abtheilung ¼ (24 von 94), in der 2. Abth. ⅙ (94 von 540) und in der 3. Abtheilung 200 von 1800 Wahlberechtigten erschienen. Auch in Eltville hat sich nur ein Sechstel für das Wählen ausgesprochen.

Aus Thüringen, den 7. Febr. In dem zum Herzogthume Gotha gehörigen Theile des Thüringer Waldes ist durch die in Folge des anhaltenden Regens angeschwollenen Bergwasser ungeheurer Schaden angerichtet worden, indem eine Masse Bäume entwurzelt, mehrere der stärksten steinernen Brücken zerstört und sogar Häuser und Ställe weggerissen wurden.

Berlin, den 9. Febr. Die erste Kammer hat den Antrag des Abg. Klee auf Wiederherstellung der Steuerfreiheiten der evangelischen und katholischen Geistlichen, sowie der Schullehrer, mit 73 gegen 63 Stimmen abgelehnt. In Betreff zweier Petitionen in Bezug auf die Obligationen des ehemaligen Königreichs Westphalen, wird zur Tagesordnung übergegangen.

Aus der preuß. Provinz Sachsen, den 8. Febr. Seit einiger Zeit nehmen die Diebereien sehr überhand, die meist auf Geld und Lebensmittel abgesehen sind und ihren Grund in der anhaltenden Theuerung zu haben scheinen.

Rostock, den 5. Febr. Dem Vernehmen nach ist ein 22jähriges Mädchen, die Tochter eines hiesigen Bürgers, welche in einem Putzgeschäfte zu Teterow conditionirte, am Donnerstag vor 14 Tagen wegen Majestätsbeleidigung in das Criminalgefängniß zu Bützow abgeführt worden.

Wien, den 6. Februar. Die gestern Morgen in der Brigittenau durch den Strang hingerichteten politischen Verurtheilten, Michael Piringer und Julian Goslar wurden mittels zwei Fiakerwägen aus dem Staatsstockhause unter starker Militäreskorte nach der Richtstätte geführt, wo sich trotz dem in Strömen fallenden Regen und obgleich noch gestern Abends nicht das Geringste von dem zu erwartenden Acte bekannt war, mehrere Tausend Menschen eingefunden hatten. Die Verurtheilten waren beide in elegantem schwarzen Anzuge und schienen sehr gefaßt. Piringer lebte bis zum letzten Augenblicke der Ueberzeugung, Begnadigung zu erhalten, und erst, nachdem er auf die Frage: ob Pardon möglich sei, unter dem Galgen dreimal nach der üblichen Formel eine verneinende Antwort erhalten hatte, brach sein Muth sichtlich, so daß er sich kaum aufrecht zu erhalten vermochte. Der Pole J. Goslar zeigte dagegen eine eiserne Standhaftigkeit bis zum letzten Augenblicke. Die Leichname blieben bis zum Sonnenuntergang an dem Galgen. (N. C.)

Oskar v. Redwitz ist unterm 2. d. M. zum außerordentlichen Professor der Literaturgeschichte und Aesthetik an unsere Universität ernannt worden.

Schweiz.

Bern, den 8. Febr. Der Bundesrath hat ein Kreisschreiben an sämmtliche eidgenössische Stände gerichtet, in welchem er ihnen anzeigt, daß „in der schon längst über der Schweiz schwebenden Flüchtlingsfrage neue Verfügungen nothwendig" geworden seien. Um wegen der politischen Flüchtlinge, die aus Frankreich auf schweizerisches Gebiet gekommen seien und noch kommen werden, versichert zu sein, daß die Maßregeln des Bundesraths gehörig vollzogen würden, habe er eidgenössische Commissäre aufgestellt.

Belgien.

Brüssel, den 7. Febr. Die Umgegend von Mons steht wieder ganz unter Wasser. Auch das Sambre- und Maasthal ist weithin überfluthet. Bei Namür und Lüttich hat die Maas Alles unter Wasser gesetzt. An mehreren Puncten haben die Ueberfluthungen die Höhe erreicht, die sie im Jahr 1850 hatten. Wenn das Regenwetter anhält, wird man viele Unglücksfälle zu beklagen haben.

Frankreich.

Paris, den 7. Febr. Man spricht noch immer von dem baldigen Rücktritt des Kriegsministers oder vielmehr dessen Ernennung zum Generalgouverneur von Algerien. Der General St. Arnaud hat sich sehr bei dem Präsidenten der Republik durch sein Auftreten bei der Beschlagnahme der Güter der Familie Orleans geschadet. Die Feinde St. Arnaud's haben dieses benutzt, und der General steht jetzt auf schwachen Füßen. Persigny soll, wie es ferner heißt, nicht lange mit der Leitung des Ministeriums des Innern beauftragt bleiben. Er ist kein rechter Geschäftsmann; die unter ihm stehenden Beamten klagen darüber, da sie gewohnt sind, daß Alles in größter Ordnung vor sich geht, während Persigny, der immer noch nicht ganz sein soldatisches Wesen hat ablegen können, überall mit Gewalt durchdringen will. — Die pariser Advocaten und sonstigen Gerichtspersonen sind bekanntlich dem neuen Stande der Dinge in Frankreich nicht sehr hold. In dem Palais de Justice haben die Advocaten eine Art Audienzsaal, wo sie zusammen kommen. Dort hecheln sie die Regierung nach Herzenslust durch. Vor einigen Tagen wurde nun der Batonnier des Advocatenstandes zu dem Minister des Innern berufen, der ihm mittheilte, daß, wenn man fortfahre, sich so feindseligen Redensarten hinzugeben, man einschreiten würde. Aehnliches geschah mit den Mitgliedern des Cassationshofes; dort versah der Justizminister das Amt des Warners. Die Verräther kennt man; nennen darf man sie wol nicht; aber Advocaten und Cassationsräthe schweigen jetzt wenn sie da sind. (K. Z.)

Dem Kriegsminister ist ein neuer Credit von 1½ Mill. zur Deportation von Insurgenten nach Algerien und zur Unterbringung derselben bewilligt worden. — Der Director der Nationaldruckerei ist wegen seines guten Verhaltens in den Decembertagen zum Commandeur der Ehrenlegion ernannt worden. — Aus den Departements, namentlich aus Toulon und St. Quentin, werden zahlreiche Freilassungen gemeldet.

Paris, den 8. Febr. Die legitimistischen Journale „l'Univers Religieux" und „l'Union" fordern ihre Partei auf, an den bevorstehenden Wahlen zu dem gesetzgebenden Körper mit aller Kraft Theil zu nehmen und Candidaten aus ihrer eigenen Mitte aufzustellen. Louis Napoleon scheint trotz der Zugeständnisse, die er seither der katholischen Partei gemacht, welche in der Nationalversammlung durch die HH. Montalembert, Parisi, Riancey u. s. w. vertreten war, die Gunst dieser Partei nicht erlangt zu haben. Das „Univers Religieux" sagt geradezu, daß die bonapartischen Wahlcandidaten keine zureichende Garantie für die Interessen der Kirche darbieten. Und doch hat Louis Napoleon den Cardinälen Sitze de jure im Senate angewiesen!

Spanien.

Madrid, den 3. Febr. Die öffentlichen Festlichkeiten, welche aus Anlaß der Geburt der Kronprinzessin stattfinden sollten, sind suspendirt. — Die gegen den Königsmörder eingeleitete Untersuchung ist bereits geschlossen. Der Staatsanwalt hat den Anklageact abgefaßt und wahrscheinlich wird der Mörder, welchem die Königin Gnade angedeihen lassen wollte, wogegen jedoch der Ministerrath sich aufs Entschiedenste erklärte, noch vor Ablauf der nächsten zwei Tage sein Verbrechen mit dem Leben büßen. Der Mörder beobachtet, wie verlautet, vollständiges Schweigen; nur, als er verhaftet wurde, sprach er einige Worte, sich seiner That zu rühmen; er antwortet auf keine Frage, an Niemanden richtet er auch nur ein Wort; seine Haltung indeß zeigt die empörendste Rohheit. Er ist ein aus dem Kloster ausgestoßener Mönch, Namens Martio Merino. Er ist etwa 60 Jahre alt.

(Anderer Bericht.) Heute bin ich im Stande, Ihnen bestimmtere Nachricht über das Attentat gegen die Königin mitzutheilen. Der Mörder heißt José Marnio, ist einige fünfzig Jahre alt und war im Heere des Don Carlos Feldcaplan, er wurde aber, seiner ausschweifenden Lebensweise wegen, damals schon entlassen und saß längere Zeit in der Festung Gebara gefangen. Der Bischof von Leon entzog ihm schon vor länger als sechszehn Jahren die Vollmacht, geistliche Dienste zu verrichten, und dieses Individuum trieb sich seit dem Sturze des Don Carlos in Madrid herum, wo es öfters aus der Casse des Patrimonio Real auf Befehl der Königin Almosen erhielt. Der Mordversuch geschah, als die Königin bereits das Schloß verlassen hatte und gerade den Platz de la Armeria betrat. Der Mörder hat eingestanden, nicht die Königin, sondern die kleine Prinzessin, welche sie in ihren Armen trug, haben tödten zu wollen. Die Königin ist am rechten Oberarme verwundet. Die Wunde ist nur einen Zoll tief ins Fleisch gedrungen. Der Mantel mit den goldgestickten Wappenbildern hat sie vor großem Unglücke bewahrt. Anfangs glaubte man, der Dolch, womit der Mörder gestoßen, sei vergiftet gewesen; nach genauer Untersuchung aber hat man gefunden, daß dem nicht so sei. Die Wunde ist weiter von keiner Bedeutung, und die Königin braucht nicht einmal das Bett zu hüten. (K. Z.)

— den 7. Febr. Da die Wunde der Königin geschlossen ist, so hat der Verband abgenommen werden können; auch das Fieber ist verschwunden. Die Königin befindet sich wohl. — Heute Nachmittags um 1 Uhr wird der Verbrecher hingerichtet werden.

Italien.

Turin, den 4. Febr. Die barmherzigen Schwestern sind in der Administrirung der Gefängnisse durch anderes Wärterpersonal ersetzt worden.

Kirchenstaat. In Ascoli wurden mehrere Personen verhaftet, welche den Präsidenten der französischen Republik im Bildniß verbrannt haben.

Ancona, den 29. Jan. Die Criminalcongregation der bischöflichen Curie dieser Stadt hat mittelst einstimmigen Beschlußes einen Brauer aus Falconara wegen Gotteslästerung unter erschwerenden Umständen zu einem Jahr öffentlicher Arbeit verurtheilt. Der Generalvicar hat dieser Strafe, um ein öffentliches Beispiel zu statuiren, noch hinzugefügt, daß der Verurtheilte an Sonn- und Feiertagen während der heiligen Messe vor der Kirchthürschwelle, mit einer brennenden Kerze in der Hand knieen soll, während ein Zettel auf seinem Rücken prangt mit der Aufschrift „Oeffentlicher Gotteslästerer."

Neapel. Der Kaiser von Rußland hat dem ehemaligen neapolitanischen Ministerpräsidenten Fortunato, so wie dem neapolitanischen Kriegs- und Marineminister, Fürsten Ischitella, den St. Alexander-Newsky-Orden verliehen.

Großbritanien.

London, den 7. Febr. Dem Unterhause, wie dem Hause der Lords, sind die sehr huldvollen Erwiederungen der Königin auf die Antwortsadressen mitgetheilt worden. Lord John Russell legte gestern auf dem Tische des Unterhauses statistische Notizen in Bezug auf die in England befindlichen fremden politischen Flüchtlinge nieder.

Türkei.

Konstantinopel. Student W. v. Camerlober, 1844 bis 1849 auf den Universitäten Würzburg, Erlangen und München studirend und zuletzt durch seine politische Thätigkeit auf letzterer und seinen Antheil an der badischen und pfälzischen Erhebung bekannt, befindet sich hier als Rechtsconsulent in guten Verhältnißen.

Smyrna, den 26. Jan. Die Finanznoth der türkischen Regierung hat bereits dahin geführt, daß für sämmtliche Beamte des Reiches ein Gehaltsabzug von 20 Proc. angeordnet worden ist. Die Einziehung der Nischanorden und der Amtsdecorationen hat nach deren Verwerthung kein so günstiges Resultat geliefert, wie erwartet wurde. Es soll sich vielmehr herausgestellt haben, daß ein großer Theil der Diamanten und Brillanten unecht geliefert worden sind.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 24. Jan. Ueber die Beziehungen des österreichischen Geschäftsträgers zu der Regierung von Washington wird (im Widerspruche mit der jüngst nach dem „Globe" gegebenen Nachricht, daß der österr. Geschäftsträger allen Verkehr mit der amerikanischen Regierung abgebrochen) Folgendes berichtet: Hr. Hülsemann hat einen zweiten Brief in Bezug auf die von dem Staatssecretär Webster hinsichtlich Kossuth's ausgesprochenen Ansichten an den Präsidenten gerichtet. In diesem Brief erklärt er, wenn der Präsident sich gleichfalls zu diesen Ansichten bekenne, d. h., wenn er, wie Hr. Webster, einen Theil der österreichischen Monarchie zum Aufstande ermuntere, so bleibe ihm (Hülsemann) nichts Anderes übrig, als die Vereinigten Staaten zu verlassen. Der Präsident lud den österreichischen Geschäftsträger hierauf zu einer vertrauten Unterredung ein, welche dieser annahm und durch deren Ergebniß er sich befriedigt erklärte. Der Präsident äußerte nämlich bei jener Gelegenheit, daß er die Ansichten Webster's nicht zu den seinigen mache, und daß Webster bei dem betreffenden Kossuthbankette nicht in seiner amtlichen Eigenschaft, sondern nur als Privatmann gesprochen habe.

Neueste Nachrichten.

München, den 9. Febr. Heute ist bei der Kammer der Abgeordneten die Austrittserklärung des Hrn. Bürgermeisters Forndran von Augsburg eingelaufen. Er gehörte dem Centrum an. — Der Polizeidirector Graf Reigersberg ist von der Reise nach Berlin bereits wieder hier eingetroffen.

Darmstadt, den 10. Febr. Die zweite Kammer der Landstände hat in ihrer heutigen Sitzung, nach sechsstündiger Verhandlung, mit 23 gegen 21 Stimmen dem Gesetzesentwurf der Regierung, die Wiederherstellung der Todesstrafe betr., ihre Zustimmung gegeben.

Madrid, den 7. Febr. Der Verbrecher, welcher den Mordversuch gegen die Königin machte, ist diesen Mittag um 1¼ Uhr hingerichtet worden.

London, den 10. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde vom Ministerium die Reformbill für die Wahlen zum Unterhaus vorgelegt. Die Hauptbestimmungen der Bill sind: Der seitherige Census für die Wahlberechtigung soll um die Hälfte herabgesetzt werden, die Abstimmung bei den Wahlen geheim sein. Die Dauer des Parlaments soll verringert werden. Eine Verringerung der Zahl der Burgflecken ist nicht vorgeschlagen, ebenso wenig eine Vermehrung der Zahl der Städte.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[827¹] **Zu verkaufen.**

Ein neuer Drehstuhl für Eisen zu drehen, mit Supor Fichs, ist jeden Tag aus der Hand zu verkaufen bei

F. Thyson in Bergzabern.

Weinversteigerung zu Hainfeld bei Rhodt.

Dienstag, den 9. März l. J., Vormittags 9 Uhr, zu Hainfeld in der Friedrich Weisbrod'schen Behausung laßen a. Friedrich Weisbrod, Küfer in Hainfeld, als Vormund über Josephina Stöckel, minderjährige Tochter von der verlebten Eva Barbara Weisbrod, gewesene Ehefrau von dem zu Wiesenthal verlebten Wirth Anton Stöckel, sodann b. die Vormünder der Johannes Spies'schen Kinder von Hainfeld, nachverzeichnete, den genannten Mündeln angehörende, zu Hainfeld lagernde Weine öffentlich versteigern, als:

11,400	Liter	1846er,
3,500	„	1847er,
9,500	„	1848er,
9,500	„	1849er,
10,000	„	1850er,
3,000	„	1851er.

Unmittelbar nach der Weinversteigerung werden auch die Fässer, worin diese Weine lagern, zur öffentlichen Versteigerung gebracht.

Edenkoben, den 10. Februar 1852.

[825²] Keller, Notar.

[826³] **Versteigerung von 200 Fuder Pfälzer Wein.**

Mittwoch, den 10. März l. J., Morgens 9 Uhr, läßt Herr Georg Theobald, Gutsbesitzer zu Rhodt, in seinem Wohnhause allda, öffentlich versteigern:

64 Fuder 1848r und 1849r gemeiner und gemischter,
134 „ 1846r gemeiner, gemischter, Riesling und Traminer, Hambacher, Rhodter, Gimmeldinger, Musbacher und Deidesheimer,
2 „ 1846r rother Gräfenhauser und Kallstadter.

Edenkoben, den 10. Februar 1852.

Keller, Notar.

[822²] **Bekanntmachung.**

Großh. Hessisches Staatsanlehen von zwei Million 375,000 Gulden mit Haupttreffern von 40,000, 30,000 25,000, 20,000, 15,000, 10,000 fl.

zur nächsten Ziehung am 15. Februar 1852, in welcher 1500 Gewinne zu erlangen sind, empfiehlt Actien einzeln à 3 fl., 6 Stück 15 fl. das Banquierhaus

Julius Stiebel jun. u. Comp. in Frankfurt.

Beilage zur Neuen

Speyerer Zeitung.

Freitag (Zu Nro. 38) den 13. Februar 1852.

Deutschland.

*. **Pfalz.** (Landung der Franzosen in Irland.) Der Prinz-Präsident der französischen Republik, bald absoluter Kaiser von Frankreich, hat das stolze Albion in Angst und Schrecken versetzt; es ruft zu den Waffen.

Unter diesen Verhältnißen wird es nicht uninteressant sein, die Geschichte der französischen Landungen in den neunziger Jahren in Erinnerung zu bringen.

Von der übermüthigen englischen Aristokratie ward Irland als eroberte Provinz noch immer mißhandelt; zwei Drittel der Bevölkerung, aus Katholiken bestehend, waren aller Rechte beraubt — eine hellote Heerde. Die Katholiken konnten nicht ins Parlament (damals noch in Irland) gewählt werden, waren von allen Staatsämtern ausgeschlossen, mußten den Zehnten an die reiche anglikanische Kirche entrichten, und aus eigenen Mitteln ihre armen Geistlichen erhalten 2c.

Daher große Unzufriedenheit in ganz Irland. Allgemein erscholl der Ruf nach Emancipation und Reform; Alt-England antwortete mit Feuer und Schwert. Mit Sehnsucht blickte das gedrückte, mißhandelte Volk nach dem freien Gallien, hoffte von dorther auf Befreiung!

Der tapfere Hoche, der eben die Vendee beruhigt, legte dem Directorium einen Plan zur Invasion in Irland vor — kühn und würdig des großen Feldherrn, der sein Vaterland für Toulon und Quiberon zu rächen hatte.

Im December 1797 war eine große Armee an den Meeresgestaden versammelt. Das zur Expedition bestimmte Geschwader, bestehend aus 17 Linienschiffen, 20 Fregatten, 6 Corvetten und 50 Transportschiffen, 25,000 Mann fassend, lief am 17. December, bei dichtem Nebel, von Brest aus; in der folgenden Nacht trennte ein heftiger Sturm die Schiffe, das Linienschiff „Fraternite,“ mit dem Oberadmiral Morard de Galles und Hoche, wurde ganz von der Flotte getrennt. Sie fuhr gegen das Cap Clear, manövrirte dort mehrere Tage, um die „Fraternite“ abzuwarten, und lief am 24. December unter dem Contreadmiral Bouvet in die Bucht von Bantry ein. General Grouchy verlangte, auf eigene Gefahr, mit seinen 6000 Mann Truppen zu landen, was Bouvet im Augenblick für zu gefährlich hielt. Ein neuer Sturm machte dem Streit ein Ende; Bouvet lichtete die Anker und bringt am 1. Januar 1798 seine Schiffe wieder nach Brest. Später kommt de Galles und Hoche ebenfalls in der Bucht von Bantry an, trifft aber dort die Flotte nicht mehr. Unter den größten Gefahren kommt die „Fraternite“ am 13. Januar nach Rochefort zurück.

Im August 1798 bedrohte das Directorium Irland mit neuer Invasion. Die zur Expedition bestimmte Flotte sollte zugleich von Brest und Rochefort auslaufen und an verschiedenen Punkten landen. Man hat damals behauptet, daß nur die verspätete Geldsendung nach Brest, das gleichzeitige Auslaufen der Schiffe verhindert habe. Am 4. August liefen drei Fregatten und zwei Corvetten von Rochefort unter Savarys Commando aus. Sie hatten 1060 Mann Landungstruppen an Bord. Am 22. August landet das Geschwader in der Bay von Killala; Humbert commandirt die kleine Heldenschaar, unter ihm Sarrazin. Letzterer wartet die gänzliche Landung der Truppen nicht ab, stürmt an der Spitze seiner Grenadire die Stadt Killala und macht einige hundert Engländer zu Gefangenen; am 24. August erobert das kleine Heer die Stadt Ballyna, während Savary seine Schiffe nach Frankreich zurückführt. Durch einen Haufen Irländer verstärkt, zieht Humbert gegen die Stadt Castlebar, etwa 15 Stunden von Ballyna, wo der englische General Lake mit 6000 Milizen eine feste Position inne hat. Sarrazin greift ihn wieder zuerst mit seinen Grenadiren an, Humbert kommt ihm zu Hülfe, schlägt die Engländer zurück, verfolgt sie, durch die Stadt Castlebar, einige Stunden weit, nimmt ihnen 10 Kanonen, 5 Fahnen, 1200 Gefangene und fast alles Gepäck. In 5 Tagen ist die muthige Schaar über zehn Meilen ins Innere der Provinz Connaaght gedrungen, mehre glänzende Siege gegen einen vielfach überlegenen Feind erkämpfend.

Der Obergeneral Lord Cornwallis zieht dem General Lake zu Hülfe; bald ist ein Heer von 25,000 Mann versammelt. Humbert, nach tapferer Gegenwehr, gegen Ballyna zurückgekehrt, muß am 8. September der Uebermacht ergeben. Das ganze Invasionsheer bestand noch aus 90 Officieren und 746 Gemeinen.

Am 16. Sept. landete die französische Brigg Anakreon an der kleinen Insel und Stadt Rutland, — kehrt aber auf die Nachricht von Humberts Niederlage — wieder um, und kommt am 9. Oct. in Diukirchen an.

Am 16. Septbr. läuft ein Geschwader von einem Linienschiff und 8 Fregatten unter dem Sectionschef Bompard, mit 3200 Landungstruppen, von Brest aus. General Hardy commandirt die Truppen.

Am 12. Octbr. gelangt es an die kleine Insel Tory an der nordwestlichen Küste Irlands. Dort von der englischen Flotte erreicht und verfolgt, geht der größte Theil der Schiffe, nach tapferer Gegenwehr zu Grunde. Nur 3 Schiffe erreichen Frankreich wieder.

Am 12. Oct. lief Savary zum zweitenmal von Rochefort mit drei Fregatten und einer Corvette aus, und gelangt am 27. Oct. in die Bey von Killala, — findet die Ufer jetzt stark besetzt und kommt am 8. Nov. glücklich nach Rochefort zurück.

Die erste Expedition scheiterte an einem Windstoß, die zweite an einer verspäteten Geldsendung! Was wäre heute England, was Europa, wenn eine oder die andere Landung geglückt!

Die obige Darstellung zeigt klar, daß eine Landung in Irland möglich ist — möglich mit alten Segelschiffen — leichter mit den neuen Kriegsdampfschiffen.

Heute ist Irland fast noch eben so gedrückt von Altengland wie damals, — man hört von Aufregung der Bevölkerung in den nördlichen Theilen; heute, wie damals, hofft der katholische Theil der Bevölkerung auf Befreiung von Frankreich. Wird die katholische Geistlichkeit nicht versuchen, die günstige Zeit zu benützen? Ist aber der Prinz-Präsident, der baldige Kaiser von Frankreich, der Mann zu solchem Wagniße? In seinen Adern fließt corsisch napoleonisches Blut, — er ist verpflichtet Blutrache zu nehmen an den Feinden seines Stammes, — er darf Waterloo und Helena nicht vergessen.

Fehlt es ihm etwa an Mittel? Er gebietet unbeschränkt über Land und Volk. Seine Generale werden sich um Ehre streiten, theilzunehmen an kühner That. Wahrlich Albion ruft nicht umsonst zu den Waffen!

Fulda, den 3. Febr. Auf der hohen und niedern Rhön herrscht große Noth an Lebensmitteln. Um Brod zu kaufen kommen die Leute oft 10 bis 15 Stunden Wegs hieher.

Magdeburg, den 7. Febr. In Bezug auf die

neulich Ihnen gemeldete Vergiftungsgeschichte kann ich Ihnen heute mittheilen, daß die Leiche der vergifteten Musiklehrerin Schröder wieder ausgegraben und in Gegenwart des Mörders obducirt wurde, wobei sich denn die Richtigkeit des Geständnisses desselben vollständig ergab. Es wurde im Magen der Verstorbenen eine bedeutende Quantität Arsenik vorgefunden. Die Frage, ob die eingeleitete Untersuchung auch auf die übrigen Vergiftungsfälle, deren der Hartung in hohem Grade verdächtig ist, ausgedehnt werden solle, dürfte erst von der Entscheidung des Ministeriums abhängen. (F. J.)

Schweiz.

Bern, den 7. Febr. Der Bundesrath hat die Hrn. Dr. Kern und Trog als eidg. Commissäre ernannt, den ersteren für die westliche Schweiz mit dem Sitz in Genf, den letztern für die nördliche mit dem Sitz in Basel, um die sich wieder mehr verwickelnde Flüchtlingsangelegenheit ins Reine zu bringen. Aus Savoyen sollen nämlich viele französische Flüchtlinge eintreffen; eine Anzahl ist auch in Bern angelangt.

Frankreich.

Paris, den 6. Febr. Die belgischen Blätter, besonders das Journal d'Anvers, sind heute verstümmelt und zerfetzt ihren Abonnenten zugekommen, ein Schicksal, welches sie dem Brief der Prinzen Orleans an die Testamentsvollstrecker Ludwig Philipps zu danken haben.

Aus dem Elsaß, den 6. Febr. Während der letzten Tage hausten bei uns sehr heftige Stürme, die an vielen Orten großen Schaden angerichtet haben.

Italien.

Daily News bringt in einer Correspondenz aus **Neapel,** den 24. Jan., über den Fortgang des Processes vom 15. Mai einen Bericht, der wenig geeignet ist, den Eindruck der Gladstone'schen Briefe an Lord Aberdeen zu schwächen. Ein Angeklagter, der Erdeputirte Silvo Spavento, verlangt die Vorlage eines ihm zugeschriebenen revolutionären Briefes, den er für eine Fälschung hält. Sie wird verweigert. Aehnlich ist das Verfahren gegen die andern angeklagten Erdeputirten. Die Erminister Leopardi und Scialoja sind wegen Handlungen angeklagt, die mit dem 15. Mai nichts zu schaffen haben, oder wegen solcher Acte, die sie in ihrer officiellen Eigenschaft als constitutionelle Minister und mit der Zustimmung des Königs begingen; Leopardi z. B. wegen seiner Anwesenheit beim Congreß in Turin u. s. w. u. s. w.

Miscellen.

Aus Norwegen wird berichtet, daß dort ein mildes Thauwetter herrsche, wie es die ältesten Leute im Lande um diese Zeit noch nicht erlebt haben. Aus verschiedenen Orten schreibt man von 7 Grad Wärme.

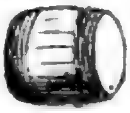
In den Vereinigten Staaten gibt es jetzt auch weibliche Aerzte. Ein oder zwei Aesculap-Priesterinnen machen in Philadelphia und Boston großes Aufsehen durch ihre Curen, und die in Philadelphia für das „schöne Geschlecht" gegründete medicinische Facultät zählt schon eine Menge Studenten, von denen jüngst einige rite zu Doctorinnen der Medicin promovirt wurden.

Im englischen Familienleben der niedern Klassen sind die Beweise ehelicher Zärtlichkeit nichts Seltenes, wie die Polizei- und Kriminal-Courts alle Tage beweisen, aber so schlagende Beweise von Liebe, wie neulich eine Frau in Newhampshire ihrem Gatten gab, sind doch etwas außergewöhnlich. Der Hr. Gemahl hatte sie übel traktirt und sich dann ins Bett gelegt, um sich von seinen Strapazen zu erholen. Während er nun mit dem Gefühle eines guten Gewissens tief schlief, nähte ihn die Gemahlin leise und zärtlich fest in die wollene Bettdecke ein und drosch ihn dann fürchterlich durch.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Bekanntmachungen.

[818a] **Weinversteigerung.**



Montag, den 16. Februar nächsthin, des Vormittags 10 Uhr, lassen die Kinder und Erben des zu Hambach verlebten Gutsbesitzers Bernhard Seitz d. J., im Sterbhause allda, die zu dessen Verlassenschaft gehörigen, in seinen eigenen auf der Gemarkung von Hambach gelegenen Weinbergen gezogenen, rein gehaltenen Weine, der Abtheilung halber versteigern und zwar:

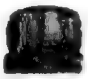
9500	Liter	1848er,
4000	„	1849er,
5500	„	1850er,
4000	„	1851er.

Die Proben können den Tag vor der Versteigerung und am Tage der Versteigerung an den Fässern im Sterbhause genommen werden.

Neustadt, den 4. Februar 1852.

Werner, Notär.

[788a] **Weinversteigerung zu Dackenheim in der Pfalz am Haardtgebirge.**



Montag, den 16. Februar d. Js., des Morgens 10 Uhr anfangend, lassen die Erben von dem in Dackenheim ledigen Standes verlebten Gutsbesitzer Johannes Cloos, in der Wohnung des Miterben Hrn. Caspar Cloos in Dackenheim, die nachbezeichneten selbstgezogenen und rein gehaltenen Weine, der Theilung wegen, freiwillig versteigern, nämlich:

12,400	Liter	1842er	Aus den Gemarkungen von Herrheim a. B., Freinsheim und Dackenheim.
9,100	„	1845er	
5,000	„	1844er	
15,800	„	1846er	
11,000	„	1848er	
12,200	„	1849er	
16,700	„	1850er	
12,500	„	1851er	
93,700	Liter.		

Die Proben können vor den Fässern am 14. und 15. genommen werden.

Dürkheim, den 15. Januar 1852.

Schuler, Notar.

[804] **Niederländische Dampfschifffahrts-**

Gesellschaft.

Fahrten von Ludwigshafen am Rhein vom 25. Januar an:
Nach Köln—Rotterdam, jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag 4 Uhr Morgens.
Das Dampfboot „Tyenoord" fährt jeden Dienstag von Rotterdam nach London.
Nähere Auskunft bei dem Agenten:

C. Aug. Exter in Ludwigshafen a. Rh.

Neue

Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 39 | den 14. Februar 1852.

Deutschland.

• Betrachtungen. Es sind treffende Worte, welche in dem durch die Speyr. Ztg. auch deutschen Lesern mitgetheilten Schreiben eines Engländers an die Times vorkommen: „Was bedeuten jene unheimlichen (kriegerischen) Gerüchte, welche die Bewohner der Rheinufer beunruhigen? Bald werden sie verbreitet, bald widerrufen, um wiederholt zu werden, gleich denen, welche die Vorläufer des Staatsstreichs waren!"

Oft schon ward darauf hingewiesen, wie Ludwig Napoleon durch die selbstbereitete Lage zum Kriege hingetrieben werden kann. Vergessen darf dabei nicht werden, daß sein ganzes bisheriges Auftreten das sorgsame Bemühen eines möglichst vollständigen Nachahmers seines Oheims unzweifelhaft kund gibt.

Nun vergegenwärtige man sich die Haltung, welche Napoleon annahm, nachdem er durch den „Staatsstreich" vom 18. Brumaire die Gewalt in Händen bekommen hatte. Voll von Kriegslust, voll von Eroberungsplänen, gab er sich das Ansehen, als suche er sehnlich den Frieden. Kaum im Besitze der Gewalt, trug er eine scheinbare Friedensliebe zur Schau, von welcher sich die Mehrzahl der Franzosen — und auch der Nichtfranzosen! — täuschen ließ. Er schrieb Briefe an den König von England persönlich und an den Kaiser von Oesterreich, worin er dieselben in pathetischen Worten aufforderte, ihm die Hand zu bieten, daß das Blutvergießen, das Länderverwüsten ein Ende nehme. Ein Erfolg war nicht möglich, zumal ein König von England bekanntlich nicht nach seinen persönlichen Wünschen, und gegen den Willen der Minister und des Parlaments, über Krieg oder Frieden bestimmen kann: und auch bei Oesterreich war an ein friedliches Resultat um so weniger zu denken, als von diesem Staate solche Opfer gefordert wurden, wie man sie nur nach erlittener Niederlage begehren konnte. Trotz der scheinbaren Friedensliebe, war also Alles auf den Krieg berechnet! Könnte es nicht wieder so sein, — wenn anders in Frankreich nicht ein Umschlag entsteht?

• München. (Verhandlungen vor dem Pfälzischen Cassationshofe. — Schluß.)

In der Cassationssache des Materialienhändlers Karl Meergott zu Neustadt a. d. H. und des Bleichbesitzers Saladin Matill daselbst, wurde in der öffentlichen Sitzung des Cassationshofes vom 5. Febr. von Seite der Cassationskläger zur Begründung der Klage im Wesentlichen Folgendes vorgetragen:

Die beiden Cassationskläger, durch die bekannten Verweisungsurtheile des kgl. Appellationsgerichts in Zweibrücken und des obersten Gerichtshofes vor die Assisen der Pfalz verwiesen, kamen im Monate Mai des vorigen Jahres zur Aburtheilung vor dem Assisengerichte der Pfalz, und zwar wegen Anklage auf Hochverrath. Nach geschlossenen Verhandlungen wurden den Geschwornen u. a. folgende Fragen durch den Assisenpräsidenten gestellt:

A. Gegen Carl Meergott. 2) Ist der Angeklagte schuldig, zu dem Verbrechen des Hochverraths dadurch mitgewirkt zu haben, daß er am 16. Mai 1849, ohne Befehl der gesetzlichen Behörden und außer den vom Gesetz bestimmten Fällen, die Verhaftung und Transportirung des Hauptmanns v. Kageneck von Neustadt nach Ludwigshafen vorgenommen hat? — 2) daß er am 23. Mai desselben Jahres die Steuerkasse zu Neustadt gewaltsam weggenommen hat? — 3) Daß er am 8. Mai zum Nachtheile des Zeugen Gienandt von Neustadt ein Pferd erpreßte? und 4) den Zeugen Travers widerrechtlich verhaftete?

B. Gegen Saladin Matill. Ist der Angeklagte der Mitwirkung zu obigem Verbrechen schuldig, dadurch, daß er mit Bewaffneten die Steuerkasse in Lamprecht wegnahm?

Die Geschwornen verneinten diese Fragen bezüglich des Hochverraths, erklärten jedoch, daß die Angeklagten schuldig seien, die eben speciell aufgeführten Handlungen begangen zu haben, worauf der Gerichtshof unter Anwendung der Art. 341 und 343, dann 258 des Code pénal, die Angeklagten zu correctioneller Gefängnißstrafe verurtheilte. — Hiegegen ergriffen die Angeklagten den Cassationsrecurs, und der Cassationshof erkannte, daß das Urtheil des Assisengerichts, wegen excès de pouvoir der Geschwornen und Verletzung der Art. 345, 346 und 358 der Strafprozeßordnung, zu cassiren und die Angeklagten in Freiheit zu setzen seien.

Nun trat eine neue Verfolgung wegen derselben Thatsachen ein, und war wegen Uebertretung der Art. 341 und 343 des Code pénal durch Carl Meergott und 258 des Code pénal durch Saladin Matill, worauf vor dem Zuchtpolizeigerichte zu Frankenthal und der Zuchtpolizeikammer des Appellationsgerichts zu Zweibrücken gegen die Angeklagten verfahren, und dieselben neuerdings zu einer correctionellen Gefängnißstrafe verurtheilt wurden.

Hiegegen wurde Cassationsrecurs ergriffen und es wurden folgende Cassationsmittel geltend gemacht: 1) Verletzung des Art. 360 code d'instr. crim. und des Grundsatzes non bis in idem; — 2) Verletzung der Art. 350, 408 und 409 code d'instr. crim.; — 3) unrichtige Anwendung der Art. 341, 343 und 258 des Code pénal, bezüglich des Cassationsklägers Carl Meergott, und unrichtige Anwendung des Art. 258 C. p. bezüglich des Cassationsklägers Matill.

Zur rechtlichen Begründung dieser verschiedenen Cassationsmittel wurde von Seite der Vertretung der Cassationskläger im Wesentlichen Folgendes vorgetragen.

Zum ersten Cassationsmittel. Unter fortwährender Bezugnahme auf die in der Cassationsschrift für Grill und Bolza enthaltenen Rechtsbetrachtungen, wurde durch Vergleichung der Brumairegesetzgebung mit der jetzigen nachgewiesen, daß letztere in der zur Entscheidung vorliegenden Frage durchaus keine Abänderung der Ersteren vorgenommen habe, daß vielmehr der Grundsatz non bis in idem nach dem Wortlaute und Geiste beider Gesetzgebungen fortwährend aufrecht erhalten worden ist. Insbesondere wurde geltend gemacht, daß die Aufhebung der Anklagejury und die Erweiterung der Befugniße des Assisenpräsidenten bei der Fragestellung unmöglich eine Abänderung des obengenannten großen Grundsatzes zur Folge haben konnten, und dieses durch genaue Exposition der Art. 67, 255, 373 folg. und 426 der alten Gesetzgebung, und Art. 246, 247, 248 und 360, sodann 134, 231, 241 und 361 der neuern Gesetzgebung nachgewiesen. Der Ansicht Legraverends in seinem Traité de la Legislation criminelle wurde die Autorität von Carnot in seinem Commentar über den Code pénal entgegengehalten, und hiernächst auf eine specielle Vergleichung der französischen Jurisprudenz eingegangen; sodann wurden die Grundsätze einzeln erörtert, welche das berühmte Urtheil des Cassationshofes in Brüssel vom 23. December 1831 aufgestellt hat, und bewiesen, daß durch das angefochtene Urtheil der Zuchtpoliceikam-

mer in Zweibrücken nicht blos über eine andere Qualification der angeschuldigten Thatsache, fait principal, materiel, sondern auch über die Frage, ob die That selbst erwiesen sei, geurtheilt wurde, und daß also diese letztere Frage jedenfalls zweimal abgeurtheilt ward, worin eben hierin die evidenteste Verletzung des Grundsatzes non bis in idem liegt.

Endlich aber wurde von der Vertretung der Cassationskläger darauf hingewiesen, daß, wenn man auch die Sache als controvers unter den französischen Gerichtshöfen und Gelehrten ansehen wolle, mithin der Cassationshof in der Lage sei, eine der bisher geltend gemachten Ansichten zu adoptiren, die nächste und beste Entscheidungsquelle in der diesseitigen Strafproceßgebung gefunden werden müße.

Es wurde gezeigt, daß nach dem Grundlagengesetze vom 4. Juni 1848 die neue Strafproceßordnung in Baiern dem Wesen nach auf die in der baier. Pfalz bestehende Gesetzgebung gebaut wurde, und hierauf durch Exposition der Art. 32, 49, 50, 51, 52, 65, 66, 171 bis 176, 191, 202 und 263 nachgewiesen, daß das Proceßgesetz vom 10. November 1848 unsere Frage ganz im Interesse der Cassationskläger entschieden hat.

Wenn nun, fuhr die Vertretung der Cassationskläger fort, eine Fundamentalfrage der Gesetzgebung entschieden werden soll, und hierüber die Ansichten auswärtiger Gerichte und Gelehrten verschieden sind, so verdient doch gewiß die von dem vaterländischen Gesetzgeber sanctionirte Ansicht als Entscheidungsnorm den Vorzug.

Hierauf wurde noch durch Beispiele erläutert, daß nach der Gesetzgebung vom 10. Novbr. 1848 eine solche zweitmalige Verfolgung, wie sie in der Pfalz versucht wurde, eine absolute Unmöglichkeit sei.

Zum zweiten Cassationsmittel wurde sich einzig und allein auf den Vortrag in Sachen Grill und Bolza bezogen.

Zum dritten Cassationsmittel: In Beziehung auf die Anklage wegen Meergott wegen widerrechtlicher Gefangenhaltung des Hauptmanns Kagenecks und des Zeugen Travers wurde die unrichtige Anwendung der Art. 341 und 343 entwickelt; es wurde darauf hingewiesen, daß bei jeder strafbaren Handlung die Absicht des Thäters auf die Begehung dieser That gerichtet sein müße, dies aber in concreto nicht der Fall sein könne, weil Meergott nicht das allermindeste persönliche Interesse an der Gefangenhaltung der ebengenannten Personen gehabt, sondern einzig und allein als Agent der revolutionären Gewalt gehandelt habe, daß mithin die That, wegen deren die Anklage erhoben wurde, entweder als das Verbrechen des Hochverrathes, oder als eine ganz straflose Handlung angesehen werden müße.

Wegen der weitern Anklagepuncte, welche sich auf den Art. 258 C. p. stützen, und die Beschlagnahme der Casse zu Neustadt und eines Pferdes bei Friedrich Gienand durch Meergott und der Casse zu Lamprecht durch Mattil zum Gegenstande haben, wurde darauf hingewiesen, daß der Cassationshof in seinem Urtheile vom 14. Juli 1851 bereits die Unanwendbarkeit des Art. 258 auf die Kassenbeschlagnahme zu Bisterschied durch Grill und Bolza ausgesprochen habe, mithin auch dieser Artikel auf die ganz identische Handlung der Cassationskläger Meergott und Mattil nicht angewendet werden könne. Es verstehe sich auch um so mehr von selbst, daß von einer Einmischung in eine öffentliche Function, durch eine bestimmte Handlung, keine Rede sein könne, weil es im ganzen Staatsorganismus keine Function gebe, zu deren Wirkungskreis die angeschuldete Handlung gehörte. Nun verstehe sich aber weiter von selbst, daß es keine Beamten gebe, zu deren legitimen Wirkungskreis die Hinwegnahme von Steuerkassen zu zählen sei, mithin könne auch der Art. 258 auf die Cassationskläger nicht angewendet werden.

° **München,** den 9. Febr. Der zweite Ausschuß der Kammer der Reichsräthe hat beschlossen, dem Gesetzentwurfe wegen des Ankaufs der Donau-Mainkanal-Actien, zuzustimmen, da es nothwendig sei, daß der Staat in den vollständigen Besitz dieses Kanals komme, und keine andern Mittel zum Ankaufe verfügbar seien, als die vorgeschlagenen. Auch der Referent, Graf Arco-Valley, trat schließlich dieser Ansicht bei. In dem, jedenfalls mit Gründlichkeit gearbeiteten Referate, wird namentlich folgende Thatsache angegeben. Da ein besonderes Gewicht darauf gelegt ward, es sei ein Act der Pietät gegen die Actienbesitzer zu erfüllen, welche — im Gegensatze zu den Speculanten — um ein patriotisches Werk zu fördern, auf die Aufmunterungen der Regierung hin, sich an dem Unternehmen betheiligt hätten, — so verlangte der Berichterstatter vom Staatsministerium Aufschlüße darüber, wie groß die Betheiligung von Gemeinden und Stiftungen dermalen sei. Das Ergebniß war die Mittheilung, daß von den anzukaufenden Actien im Gesammtnominalbetrage von 2,071,500 fl., sich nicht mehr als 13,500 fl. auf den Namen von Gemeinden und Stiftungen, und 56,000 fl. bei den Cautionen der Militärpersonen befinden. — Uebrigens unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß die Reichsrathskammer in ihrer morgigen Sitzung dem Gesetzentwurfe, nach dem Ausschußantrage, ihre Zustimmung ertheilen wird.

Ein neues Referat des Grafen Arco-Valley „über die Realisirung und Verwendung des ersten Subscriptionsanlehens von 7 Millionen," ist geeignet, bedeutendes Aufsehen zu erregen. Gegen das Geschäftsverfahren des damaligen Finanzministers (v. Lerchenfeld) in dieser Sache wird eine ganze Masse von Bedenken und Einwendungen erhoben. Der Referent hat sowol gegen die Verwendung in ihren einzelnen Theilen sehr wesentliche Erinnerungen zu machen, als er auch zu erweisen sucht, daß man sich insbesondere von Banquiers Vorschüße auf das Anlehen habe geben lassen, wobei der Staat factisch, sammt der Provision, beinahe acht Procent Zinsen habe bezahlen müßen, und dieß in einer Zeit, in welcher, nach der Berechnung des Berichterstatters, zur Deckung der benöthigten Bedürfniße nahezu drei Millionen über diesen Bedarf vorhanden und „unfructificirlich, oder im besten Falle zu 3½ Proc. bei der Staatsschulden-Tilgungscaße liegen gelassen" worden seien. Der Referent schließt indessen: „In der Erwartung, daß die vorhandenen Bedenken durch ministerielle Erläuterungen gehoben, und in der Hoffnung, daß in der Zukunft fernere Unregelmäßigkeiten vermieden werden," möge der Nachweisung die Anerkennung ertheilt werden. —

— den 10. Febr. In der heutigen Sitzung der Reichsrathskammer wurde die Uebernahme des Ludwigscanals durch den Staat einstimmig angenommen.

° **München,** den 10. Febr. (83. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Der Abg. Forndran erklärt seinen Austritt aus der Kammer, da die Stadt Augsburg seine fortwährende Abwesenheit unvereinbar hält mit der Besorgung der Gemeindeangelegenheiten. — Die Kammer genehmigt den Austritt und beschließt die Einberufung des Ersatzmannes.

Berathung des Gesetzentwurfs, „den Vollzug des Art. 4 des Gesetzes über das erste Subscriptions-Anlehen von 1848 betr." — Die Staatsgefällablösung geht lange nicht so rasch voran, als man erwartete. Da mit deren Ertrage das ganze Subscriptionsanlehen von 7 Millionen bis spätestens Ende Septbr. d. J. abgetragen werden sollte, so ist, zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtung, die Aufnahme eines neuen Anlehens (etwa von 3 Millionen) unvermeidlich. Der Ausschuß beantragt daher Zustimmung zu dem vorgelegten Gesetzentwurfe, im Wesentlichen mit der Abänderung, daß der Zinsfuß im Gesetze nicht festgesetzt werde, indem der Staat offenbar zu geringeren als den vorgeschlagenen 5procentigen Zinsen, die Capitalien erhalten werde. (Referent Schelhorn.) — Minister Aschenbrenner stimmt der Abänderung bei.

Wallerstein glaubt nicht, daß die Ablösungen rasch stattfinden werden. Hinderniße seien: 1) die Höhe des Ablösungspreises, 2) die Aufnahme der vielen Staatsanlehen im Inlande, was das Aufbringen von Geldern für die Betheiligten enorm erschwere, und 3) der üble

Zustand der Justizeinrichtungen der eine schnelle Execution unmöglich mache. Bedauert auch, daß in den Referaten dieser Kammer die Aufschlüsse nicht zu finden seien, welche in jenen der Reichsräthe vorkämen.

Lerchenfeld. Die Ablösungspreise seien nicht zu hoch; man greife da den Landmann an seiner empfindlichen Seite an, und hetze denselben auf, indem man durch eigene Agenten sagen lasse, man solle nicht ablösen, weil ohne alle Entschädigung die Lasten verschwinden müßten. Eifert gegen das angerufene Referat der Reichsräthe, das er übrigens noch nicht gelesen, da er andere Dinge zu thun habe.

Ruland. Bedauert, daß die Ablösungscapitalien, wie sie in den Staatssäckel fließen, verbraucht werden, und deren Ertrag daher in der Folge durch Steuern gedeckt werden müße. Die Ablösungsbedingungen seien wahrlich nicht zu hart. Allein nicht blos in Aufwiegelungen sei der Grund der langsamen Ablösung zu suchen, sondern auch in den Landes- und Zeitverhältnißen.

Kohl. Gegen Lerchenfeld, über die Verwendung des Subscriptionsanlehens, wobei namentlich die kleinen Gewerbe nicht gehörig beachtet worden seien.

Lerchenfeld entgegnet nochmals. Hintennach sei es leicht zu tadeln. Wenn nach ganzen Kreisen gar keine Unterstützungen gekommen, so sei die Ursache einzig und allein, weil von der Niemand solche beansprucht habe.

Wallerstein antwortet ebenfalls nochmals, und wünscht nähere Aufschlüße über den Stand des Ablösungsgeschäfts.

Der Referent gibt Aufschlüße hierüber.

Kolb. *Man rede wiederholt*, mit Seitenblicken auf eine *politische Richtung*, von Aufhetzereien wegen der Ablösung. *Man solle* statt solcher Aeußerungen die Schuldigen, wenn deren vorhanden wären, festhalten. Der Grund der geringen Ablösungen sei in Wirklichkeit, daß das Ablösungsgesetz allerdings drückende und unbillige Bestimmungen enthalte; es würden die Leute ablösen; wenn sie wirklich ihren Vortheil dabei fänden. — Was die Referate in einer andern Kammer betreffe, so bedauere auch Er recht sehr, daß die darin vorkommenden Aufschlüße nicht diesseits schon gegeben worden seien. Wäre dies geschehen, dann würde wahrscheinlich ein Beschluß dieser Kammer (über den Kanalactienkauf) anders ausgefallen sein. Was die Verwendung der für Industrie bestimmten Gelder betreffe, so sei es nicht ganz an dem, daß nur darum keine Gelder nach ganzen Kreisen gelangt seien, weil dort Niemand solche Unterstützungen gewünscht habe. Sei er nicht ganz unrichtig berichtet, so habe man z. B. in der Pfalz allerdings eine Unterstützung für einen Gewerbsverein gefordert, allein auf dem langsamen bureaucratischen Wege sei die Sache nicht erledigt worden.

Nachdem noch Ministerialcommissär Wanner gesprochen, und bei der Berathung der einzelnen Artikel noch Lerchenfeld, Wallerstein und Kolb auf die vorhin angeregten Fragen zurückgekommen, wird das Gesetz einstimmig (von 123 Anwesenden) angenommen.

Berathung des Berichts über die Geschäftsführung des Landtagscommissärs bei der Staatsschuldentilgungsanstalt. — Beschluß: dem Landtagscommissär v. Steinsdorf den Dank der Kammer auszudrücken.

Berichterstattung über die vom 5. Ausschuße geprüften Anträge. Darunter einer von Weigandt und Knobloch in Landau, Namens der Gerber in der Pfalz, angeeignet von Kolb, bezweckend, daß den Gerbern das zu ihrem Geschäftsbetriebe nöthige Salz, ebenso wie in den Nachbarländern, zu einem ermäßigten Preise abgelassen werden möge. —

Ein weiteres Gesuch, angeeignet von Fraas, bezweckt das Zustandebringen von Arbeiter-Unterstützungscassen, nach dem Vorgange von Belgien.

Ein Antrag von Koch bezielt Abänderung des Einkommensteuergesetzes, dahin, daß das Einkommen von Grundstücken und Häusern nach den Catastersätzen eingeschätzt werde.

Diese Anträge werden sämmtlich in Erwägung gezogen und an die betr. Ausschüße verwiesen. Einigen anderen Anträgen wird dies verweigert. Darunter einen von Hensolt, Bitte von 13 Bäckern zu Gunzenhausen um Rückersatz von 4228 fl. aus Staatsmitteln. Die Bäcker wurden damals durch den Landrichter „bewogen," das Brod bei der Theuerung von 1847 an die Eisenbahnarbeiter wohlfeiler zu verkaufen. Sie behaupten, sie hätten dies thun müßen, seien „im Interesse der Erhaltung der Ruhe und Ordnung" dazu gezwungen worden, und fordern nun Entschädigung, welche ihnen von der Regierung verweigert wird. — Hensolt befürwortet das Gesuch; der Staat müße dem Bürger doch sein Eigenthum sichern. Er erörtert das Sachverhältniß, wonach die Bäcker wirklich genöthigt waren, das Brod wohlfeiler zu geben; die Rentämter hatten ihnen das Getreide geliefert, und hintenher kam die Rechnung, wonach sich, obwol die Bäcker auf jeden Gewinn, auf die ganze „Mannsnahrung" verzichteten, ein reiner Verlust im obigen Betrage herausstellt. Dessenungeachtet werden nun die Bäcker zwangsweise zur Zahlung des vollen Getreidepreises an den Staat angehalten. — Referent Fruth macht geltend, die Kammer sei nicht competent, und der Rechtsweg stehe den Betheiligten noch offen. — Der Antrag wird ad acta gelegt.

Berathung der Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über den Antrag wegen Abstellung der Deflorations- und Alimentationsklagen. Die Reichsräthe verlangen auch die Erlassung eines Gesetzes, ohne aber, wie die Abgeordneten, zu bezeichnen, in welcher Richtung das Gesetz abgefaßt werden soll; insbesondere ohne sich für Erleichterung der Ansäßigmachung und Verehelichung auszusprechen. — Der Ausschuß beantragt Zustimmung zum Beschluße der Reichsräthe. An der Debatte betheiligen sich Wallerstein, Morgenstern und Antragsteller Schnizlein. — Dem Reichsrathsantrage wird schließlich zugestimmt.

* **München**, den 10. Febr. Die Mitglieder des Finanzausschusses der Abgeordnetenkammer beabsichtigen, vorzuschlagen, das vorhandene Deficit durch Erhaltung des Lotto und Ausgabe von Papiergeld zu decken. Von dem letzten sollen während der 4 Jahre der jetzigen Finanzperiode alljährlich für 1'200,000 fl. ausgegeben werden, zusammen also für etwa 5 Millionen.

* Morgen erfolgt die Veröffentlichung des Urtheils in der Cassationssache von Grill ꝛc.

* Heute, am hellen Tage, des Morgens gegen 10 Uhr, fand in einem Tabakoladen auf dem sehr belebten Karlsplatze ein furchtbarer Raubmord statt. Der 19jährige Sohn der Besitzerin scheint überfallen, in eine an den Laden anstoßende Kammer geschleppt, und ihm dort die Kehle durchschnitten worden zu sein. Ein später gekommener Käufer fand ihn todt in seinem Blute liegend, seiner Uhr und des vorhanden gewesenen Geldes beraubt. Gerade heute vor einem Jahre soll der Vater des als sehr brav geschilderten jungen Menschen gestorben sein. — Im Uebrigen kommen hier auch ungemein viele Selbstmorde vor, — 5 innerhalb der jüngsten Tage.

München, den 9. Febr. Das Militär wurde vor Annahme verführerischer Schriften gewarnt und bei desfallsigen Versuchen zur Anzeige ermahnt. — Heute in aller Frühe fand eine Haussuchung bei den hervorragendsten Mitgliedern der aufgelösten deutschkatholischen Gemeinde statt. Diese Maßregel blieb jedoch, wie ich höre, ohne Erfolg. (N. K.)

Oberschwaben. Andauernde äußerst heftige Sturmwinde haben an Häusern, Bäumen und in Wäldern bedeutenden Schaden angerichtet.

Karlsruhe, den 8. Febr. Der Staatsaufwand für die Unterstützung armer Auswanderer wird wol im Laufe dieses Jahres sich bedeutend vermehren, wenn den großen Anforderungen vieler Gemeinden Rechnung getragen wird. Bis jetzt haben sich schon 18,000 Staatsangehörige gemeldet, welche bereit sind, nach Amerika auszuwandern, wenn ihnen eine Unterstützung zu Theil würde.

Der Drang zum Fortziehen wird besonders durch die guten Nachrichten der Ausgewanderten hervorgerufen, und namentlich sind es die ledigen Frauenspersonen, welche die Sehnsucht, bald unter die Haube zu kommen, von der Heimath wegtreibt. In letzterer Beziehung sind wirklich sehr gute Geschäfte zu machen. (K. Z.)

Hannover, den 9. Febr. Die Herren Kipp und Schrader, welche auf Verdacht eines politischen Verbrechens gefänglich eingezogen worden, sind gestern Nachmittag ihrer Haft wieder entlassen. — Bei dem Vorsitzenden und einem Mitgliede des Gutenbergbundes sind heute Haussuchungen gehalten worden.

Wien, den 6. Febr. Die Unterhandlungen Oesterreichs mit der Pforte haben zum Abschluß eines neuen, unsern Interessen günstigen Handelsvertrags geführt.

Belgien.

Brüssel, den 9. Febr. In unseren Provinzen und auf dem Lande ist Alles überschwemmt, das Wetter ist wieder sehr schlecht. Man organisirt zahlreiche Hülfsanstalten und fürchtet hier in Brüssel eine Ueberschwemmung.

Frankreich.

Paris, den 8. Febr. Durch präsidentliches Decret sind drei Departements ermächtigt worden, Anlehen von verschiedenen Beträgen zu machen und zur Tilgung derselben eine Zusatzsteuer zu erheben. — Ein Rundschreiben des Präsidenten des Cassationshofes hat bezüglich der Advokaten die alte, vor 1830 übliche Tracht wieder hergestellt; sie müssen fortan weiße Halsbinden und schwarze Beinkleider tragen; auch der seit 1848 gestattete Schnurrbart fällt weg.

Der Erzbischof von Paris macht noch immer gegen die Regierung eine, wenn auch passive, doch immer lästige und einflußreiche Opposition. Man geht deßhalb mit der Absicht um, ihm einen Coadjutor beizugeben, um auf solche Weise den Einfluß des Erzbischofes zu paralysiren. (Köln. Ztg.)

Der Faubourg St. Germain und die Orleanisten setzen ihre passive Feindseligkeit gegen die Regierung fort, indem sie weder an den öffentlichen Functionen, noch an den officiellen Festen, noch selbst an den üblichen Privatfestlichkeiten der Wintersaison Theil nehmen. Viele haben sogar Paris verlassen und sich auf ihre Landsitze begeben; die anderen, die hier geblieben sind, untersagen sich jede Luxusausgabe. Eine Menge Industrieen leiden darunter, und es gibt keine Gewerbtreibende, die man versichern hört, daß sie in diesem Jahre kaum ein Viertel so viel als sonst verdienen.

Ein römischer Oberofficier, Polomba, ist jetzt hier, um die Organisation der Jäger von Vincennes zu studieren, da er nach diesem Vorbilde zwei Jägerregimenter in der päpstlichen Armee errichten soll. — Zu Beziers rotteten sich neulich die Verwandten der Verhafteten vor dem Gefängniß zusammen und verlangten lärmend deren Freilassung, weil das irrige Gerücht von einer allgemeinen Amnestie dort verbreitet war. Die Behörden konnten ohne Zuziehung von Militär die Ordnung herstellen. — Das Kriegsgericht zu Clamecy hat wieder mehrere Strafurtheile gefällt und darunter ein Todesurtheil.

— den 9. Febr. Der „Patrie" zufolge ist die über die zwei Ex-Montagnards Dufraisse und Greppo verhängte Deportationsstrafe in lebenslängliche Verbannung umgewandelt worden.

Lyon, den 6. Febr. Die Stimmung im südlichen Frankreich ist jetzt weniger düster, als vor etwa acht Tagen. Die Geistlichkeit hat zwar das neueste Geschenk des Präsidenten in Bezug auf die Frauencongregationen mit Dank entgegengenommen, allein sie will nichts von den fünf Millionen wissen, welche von der Einziehung der Orleans'schen Güter zu Gunsten der Pfarrverweser verwendet werden sollen. Der Cardinalerzbischof de Bonald hat sich offen gegen das Decret vom 22. Januar ausgesprochen. (Köln. Ztg.)

Straßburg, den 10. Febr. In den benachbarten Departementen sind wieder viele Schullehrer ihres Amtes entsetzt worden. Die Regierung hält darauf, daß sich dieselben durchaus nicht in die Politik mischen sollen. Auch sind den Geistlichen von ihren Oberbehörden strenge Befehle gegeben worden, in ihren Predigten alle politische Anspielungen zu vermeiden. — Die Getraidepreise steigen fortwährend. Die Lebensmittel fangen an, theuer zu werden und man ist in dieser Beziehung nicht ganz ohne Besorgniß für die nächste Zukunft. Der Hektoliter Waizen wird jetzt zu 25—26 Franken verkauft, eine Notirung, welche das Getraide seit dem Jahr 1847 nicht mehr erreicht hatte. Glücklicherweise fehlt es nicht an Vorräthen, so daß ein eigentlicher Mangel nicht zu befürchten steht. (F. J.)

Großbritanien.

London, den 6. Febr. Ein großes Unglück hat am 5. Febr. das große und gewerbreiche Dorf Holmfirth, das in einiger Entfernung von Huddersfield gelegen ist, betroffen. Mehrere Fabriken dieses Dorfes beziehen ihr Wasser aus den hoch über die Lokalität gelegenen Behältern, welche durch die anhaltenden Regengüsse angeschwellt, sich auf einmal mitten in der Nacht über das unglückliche Dorf entluden, und die ruhig schlafenden Einwohner in den Fluthen begruben. Früh Morgens sah man nichts mehr als Trümmer der durchbrochenen Dämme, Felsenstücke und — verstümmelte Leichen; bis 7 Uhr Morgens hatte man deren schon 60 zusammengebracht; über 50 müssen noch unter dem Schutte eines Dorftheiles liegen, dessen Häuser dem Wasserdrange nachgebend, zusammengestürzt sind. Das Entsetzen, welches diese schauderhafte Katastrophe überall in der Umgebung verbreitet, geht über alle Beschreibung! Man denke sich einen 90 Fuß tiefen und 100 Yard langen Bassin, der, plötzlich durchbrochen, all sein Wasser durch eine enge Bergschlucht über ein ruhiges, im Schlafe versunkenes Dorf hinschleudert! Eine große aus Stein gebaute Mühle, sowie die kolossalen Dampfmaschinen, die sie in Bewegung setzen, sind mit fortgerissen worden. Man fand Leichen in einer Entfernung von 15 Meilen. Der Verlust ist unschätzbar, mehrere 100,000 Pfd. sind unwiederbringlich verloren.

— den 9. Febr. Auch auf anderen Punkten des Landes, namentlich bei Manchester, haben die in den letzten Tagen stattgehabten Stürme durch Ueberschwemmungen großen Schaden angerichtet; doch hat man dort zum wenigsten glücklicher Weise nicht den Verlust von Menschenleben zu beklagen.

Neueste Nachrichten.

Neapel. In der Nacht vom 15. Jan. vernahmen die Bewohner von Reggio einen starken Knall in der Luft, worauf ein 10 Secunden dauerndes Erdbeben erfolgte, das nach 3 Stunden sich wiederholte und 4 Secunden dauerte. Von da an bis zum 21. Jan. hat die Erdbewegung gar nicht mehr aufgehört und war bei Tag und bei Nacht schwächer oder stärker fühlbar. Der Schrecken war bis dahin größer als der Schaden.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 10. Febr. Weizen 6 fl. 54 kr., Korn 5 fl. 55 kr., Gerst 4 fl. 56 kr., Spelz 4 fl. 50 kr., Haser 3 fl. 54 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 7. Febr. Weizen 6 fl. 50 kr., Korn 5 fl. 57 kr., Spelz 5 fl. 3 kr., Gerst 5 fl. 7 kr., Haser — fl. — kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 10. Febr. Weizen 7 fl. 20 kr., Korn 6 fl. 32 kr., Spelz 5 fl. 23 kr., Gerst 5 fl. 29 kr., Haser 3 fl. 32 kr., Kartoffeln 1 fl. 56 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 6. Februar. Weizen 13 fl. 41 kr., Korn 11 fl. 13 kr., Gerste 8 fl. 34 kr., Haser 4 fl. 24 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 40 | den 15. Februar 1852.

Deutschland.

• **München,** den 11. Febr. So eben wurden die Cassationsgerichts-Urtheile in Sachen von Grill, Bolza, Mattil und Meergott verkündet. Die Cassationsgesuche sind sämmtlich in allen Theilen verworfen, sonach die ergangenen Verurtheilungen in allen Beziehungen aufrecht erhalten. Indem ich mir vorbehalte, den Inhalt der eben verkündeten Erkenntniße demnächst näher zu berichten, bemerke ich vorläufig nur, daß bezüglich des Art. 360 der Gerichtshof annahm, es liege der Fall gar nicht vor, daß die von den Geschworenen erlassenen Nichtschuldigerklärungen sich auch auf die Handlungen ausgedehnt habe, wegen welcher später eine zuchtpolizeiliche Verurtheilung erfolgte; es komme daher die Frage des non bis in idem hier gar nicht in Betracht, abgesehen von der Frage wegen des fait, weßhalb denn auch eine Erörterung darüber im Urtheile nicht vorkommt; hinsichtlich des Art. 258 aber habe das letzte Erkenntniß diejenigen Merkmale festgestellt, welche gemangelt hätten, als der Cassationshof bei der frühern Verhandlung die Anwendbarkeit jenes Artikels unzuläßig erklärte.

× **Aus der Pfalz.** Allseitig ertönen Klagen über täglich zunehmende Stockung in allen Geschäften, über steigende Verarmung und Ueberhandnahme des Bettels mit seinen demoralisirenden Folgen. Hört man aber gewisse Leute, so sollte man glauben, diese Uebel bestünden und vermehrten sich blos in unserer Pfalz, während in den Ländern jenseits des Rheins das goldene Zeitalter herrsche, überall Milch und Honig fließe, allenthalben rege Geschäftsthätigkeit walte, dadurch allgemeiner Wohlstand sich in steigendem Maße verbreite und die Bewohner jener Länder im Ueberflusse schwelgten. Denn als Grundursache der angedeuteten bedauerlichen Uebelstände bezeichnen diese Leute: die bei uns bestehende Gewerbsfreiheit, Theilbarkeit des Bodens, Erleichterung der Verehelichung und Ansäßigmachung u. dgl., so wie anderseits den Mangel an „Glauben.“ Doch wer sich die Mühe geben will, sich ein wenig umzusehen, wird finden, daß auch jenseits des Rheines ganz dieselben Klagen ertönen, also auch aus Ländern, wo keine Gewerbsfreiheit besteht, wo die Theilbarkeit des Bodens, sowie Verehelichung und Ansäßigmachung erschwert sind, aus Ländern, wo der „alte Glauben“ noch nicht erschüttert wurde. *)

Ueber die Gewerbsfreiheit wurde sich vor Kurzem in der Speyr. Ztg. ausführlich ausgesprochen; wir bemerken daher heute nur: Bestünde diese Gewerbsfreiheit nicht, einige hunderte von Familien in der Pfalz mehr wären an den Bettelstab gebracht; da sie nur durch dieselbe Mittel und Wege finden, sich, wenn auch kümmerlich doch ohne ihren Mitbürgern zur Last zu fallen, zu ernähren. Ohne Theilbarkeit des Grund und Bodens hätten wir in der Pfalz zwar einige große Grundbesitzer, aber jedenfalls auch einige tausend Besitzlose mehr, welch' letztere bei Mißjahren, wie das verflossene, die Zahl der Bettler ungemein vermehren müßten. Diese Theilbarkeit des Bodens aber macht es dem fleißigen, sparsamen Taglöhner möglich, sich ein Stückchen Land anzukaufen, worauf er für den meist verdienstlosen Winter seine Kartoffeln pflanzen kann, so daß er nicht genöthigt ist, in der harten Jahreszeit die Mildthätigkeit seiner wohlhabenden Mitbürger in Anspruch zu nehmen, oder auf den künftigen Verdienst hin Schulden zu machen, wonach er gewöhnlich sein ganzes Leben lang nicht aus den Schulden kömmt und seinen Kindern nichts weiter hinterlassen kann, als eben solche Schulden. Diese Theilbarkeit des Bodens befördert dessen besseren Anbau, vermehrt seinen Ertrag; macht aber auch die Leute fleißiger und sparsamer. In dieser Beziehung finden wir in unserer Pfalz das sprechendste Beispiel: es wird wohl wenig Länder geben, wo aller nur einigermaßen culturfähige Boden so sehr angebaut und benützt wird, als bei uns, und wo im Allgemeinen die Landleute thätiger sind, als hier.

Erschwerung der Verehelichung und Ansäßigmachung beschränkt zwar die Zahl der ehelichen Familien, vermehrt aber jene der unehelich Zusammenlebenden, was weder den Wohlstand eines Landes noch die Sittlichkeit zu befördern geeignet ist. *) — Was den „Glauben“ als Universalmittel gegen Verarmung und Demoralisation betrifft, bemerken wir nur: wir kennen einzelne Gemeinden und Bezirke, deren Bewohner sich durch das, was gewisse Leute „Glauben“ nennen, wirklich auszeichnen, aber ebenso durch Armuth, Gewohnheitsbettelei und Sittenlosigkeit.

Andere aufgestellte Behauptungen, als da sind: die Gewerbefreiheit, Theilbarkeit des Bodens u. s. w. zwinge die Leute zur Auswanderung nach Amerika, oder gar, wie neulich sehr scharfsinnig räsonirt wurde, sie sei ein Hinderniß der Schulbildung 2c., sind zu absurd, als daß wir hierüber nur ein weiteres Wort verlieren sollten.

Seit Jahren wurde von derselben Seite gepredigt: so lange die „gesetzliche Ruhe und Ordnung“ nicht wieder hergestellt, sei an einen Aufschwung der Geschäfte, an Wiederbelebung des Verkehrs und an eine Verbesserung der materiellen Verhältniße der Völker nicht zu denken. Nun ist aber seit fast drei Jahren die „gesetzliche Ruhe und Ordnung“ wieder hergestellt und wird durch hunderttausende von Bejonetten gestützt und aufrecht erhalten: dennoch stocken die Geschäfte, der Verkehr beschränkt sich blos auf das Nothwendigste, der Wohlstand schwindet immer mehr, die Verarmung nimmt täglich zu. Keinem der erwähnten Weltverbesserer und Sittenprediger fällt es ein, die wirkliche Ursache dieser traurigen Erscheinungen erforschen zu wollen; ja kaum ein Einziger kömmt auf den ganz nahe liegenden Gedanken, daß die Mißernte des vorigen Jahres schon an und für sich, noch weit mehr aber unter den jetzt obwaltenden Verhältnißen, den Nothstand vergrößern und als dessen nächste Folge den Bettel vermehren mußte. *)

Speyer. Die Times enthält in Betreff der Hal-

---

*) Man lese nur z. B. die Berichte von der Rhön und aus dem Spessart. D. Red.

*) Auch zeigt eine Vergleichung der Zahlen der unehelichen Geburten in der Pfalz und in den jenseitigen Kreisen, daß die erste weit weniger Vorwürfe treffen können. — Die Criminalstatistik gewährt ähnliche Resultate. D. Red.

*) Nur zu unwiderlegbar ist es im Uebrigen allerdings, daß die Einrichtungen eines Landes wie Deutschland dringend einer durchgreifenden Umgestaltung und Verbesserung bedürfen, wenn, nach einem äußeren Frieden von 36 Jahren, jedes Mißjahr solche Jammerbilder zu Tage treten macht, wie wir dieselben fast allenthalben sehen! D. Red.

tung der Englischen Presse gegenüber den Vorgängen in Frankreich u. a. folgende treffende, auch auf anderweitige Vorkommniße passende Bemerkung: „Ein mißlungenes Verbrechen ist seine eigene Strafe; aber keine Aufgabe ist des Publicisten so würdig, als die Bloßstellung gelungenen Verraths!"

Aus Unterfranken. Der Main hat allenthalben sein Bett überschritten. Die Passagen längs des Mains waren gehemmt. Brücken und Stege wurden fortgerissen, Bäume entwurzelt, Wasserleitungen zerstört u. s. w. Der Schaden ist ungeheuer groß. Eben so ist die Saale aus ihren Ufern herausgetreten. Am 6. wollten der Dienstknecht Mich. Roth und die Bauernsöhne Adam Heck und Valentin Dietz von Mellrichstadt drei Fuhren Gerste nach Königshofen fahren. Roth wurde von der überschwemmten Straße ab und von der Fluth mit Wagen und Pferden fortgerissen. Nur äußerste Anstrengung konnte ihn retten; doch war eines seiner Pferde verloren.

Aus der Gegend von Preßeck, Ldg. Stadtsteinach (Oberfranken) wird ein schauderhaftes Verbrechen gemeldet. Eine Wittwe gebar — und warf das Kind den Schweinen zum Fraße vor! Die Unthat dieser entmenschten Mutter wurde dadurch entdeckt, daß die Magd des Hauses bei Reinigung des Futtertroges der Schweine die Finger und die Füßchen des Kindes fand. (Blsbtn.)

Leipzig, den 11. Febr. Die „Leipziger Ztg." berichtet von hier: In der bei dem Kriegsgericht der leichten Infanteriebrigade wider die an der versuchten Befreiung politischer Verbrecher mit dem Dr. med. Schulze zu Dresden und Genossen betheiligten Militärs anhängigen Untersuchung, ist vom königlichen Oberkriegsgericht das erste Urtel gesprochen, und sind darin der Schütze Fleischer zu Arbeitshausstrafe auf die Dauer von vier Jahren sechs Monaten, die Schützen Seifert, Flemming und Peterhansel zu Militärarbeitsstrafe zweiten Grades auf die Zeit von drei Jahren und zwei Monaten, der Schütze Heber zu derselben Strafe auf zwei Jahre und der Schütze Müller wegen Mitwissenschaft zu drei Wochen mittlern Arrest verurtheilt worden. Die zuerst genannten fünf Schützen sind bereits in die betreffenden Strafanstalten abgeliefert worden.

Berlin, den 10. Febr. Unsere frühere Mittheilung, daß die Prinzen des Hauses Orleans, nachdem sie durch ihre Bevollmächtigten bei den französischen Gerichten eine Rechtsverwahrung gegen die Confiscationsdecrete haben niederlegen lassen, auch eine Darstellung der orleanistischen Besitzverhältniße und des napoleonischen Actes an sämmtliche Höfe zu erlassen beabsichtigen, wird nun auch von anderer Seite bestätigt. (K. Z.)

— den 11. Febr. Die Mission des Hrn. David habe neben ihrem bestimmten Charakter hauptsächlich den Zweck, die Stimmung der Höfe in Hinsicht auf das Kaiserthum zu sondiren und die vielfach gegebenen Versicherungen einer friedlichen Politik von Paris aus, in vertraulicher Weise zu wiederholen. Hr. David soll gewissermaßen Sympathien für die Regierung Louis Napoleons an den Höfen fördern oder erwecken. In dieser Beziehung ist seine Aufgabe weniger auf den Verkehr mit den Ministern, als vielmehr auf einen solchen mit einflußreichen Personen der Höfe, an welche er sich begibt, gerichtet.

Frankreich.

Paris. Der Correspondent der „Daily News" erzählt folgende Wahlanekdote, deren Wahrheit er verbürgt: Ein ehemaliger Repräsentant erklärte vor einigen Tagen gegen Garnier de Cassagnac, daß er als Candidat für die „Ober-Garonne" auftreten würde. Garnier, der von Toulouse kam, wo er selbst für seine Erwählung gewirkt hatte, fragte Ersteren, ob er für die Regierung als Candidat aufzutreten gedenke. Auf dessen Verneinung erwiederte der Redacteur des Constitutionnel, dann werde er nicht die geringste Aussicht haben — Warum nicht? — Wie wollen Sie für sich werben? — Ich werde meine politischen Grundsätze niederschreiben und sie drucken lassen. — Sie werden aber keinen Drucker finden. — Nun dann werde ich sie als Manuscript circuliren lassen. — Aber wie dies ins Werk setzen? — Durch die Post natürlich. — Meinen Sie denn, daß die Postbeamten ihre Pflichten nicht besser verstehen, als das Circular eines Oppositionscandidaten zu verbreiten? — Nun so werde ich es durch Boten versenden lassen. — Die werden arretirt werden. — So werde ich es denn selbst austragen und vertheilen. — In dem Falle wird man Sie, wenn nicht einstecken, doch wenigstens aus dem Departement ausweisen. — So gedenkt also die Regierung jede Spur von Opposition zu vereiteln.

— den 4. Februar. Mehrere Verhaftungen in den Departements waren von traurigen Ereignissen begleitet. Astoir, der ehemalige Unterpräfect von Barcellonette, wurde verrückt, Advocat Frison erhängte sich mit seiner Cravatte; der Ex-Constitutiant Dénoize ging, als er die Verhaftung seines Vetters vernahm, in den Keller, setzte sich auf ein Pulverfaß und zündete es an. — Im Departement Herault allein gibt es jetzt 60,000 Gefangene, und der Präfect dieser Provinz erklärt der Regierung in seinen Berichten, daß alle diese Personen Mitglieder geheimer Gesellschaften waren und nicht weniger als 15,000 höchst gefährliche Individuen seien. Von einer gleichen Energie sind alle übrigen Präfecten beseelt.

Paris, den 9. Febr. Seit heute ist die Liste der Oppositionscandidaten für Paris bekannt; es sind folgende: 1. Wahlbezirk: Dufaure; 2. Vivien, früher Staatsrath, gemäßigter Republikaner; 3. Cavaignac (General); 4. Goudchaux, Banquier und Finanzminister der provisorischen Regierung; 5. Charras, Oberst und aus Frankreich verbannt; 6. Carnot, Unterrichtsminister der provisorischen Regierung, verbannt und einer der drei Repräsentanten, nach deren Wahl das Gesetz vom 31. Mai erlassen wurde; 7. Virio oder Bethmont, beide gemäßigte Republicaner; letzterer sollte kurz vor dem 2. Decbr. in ein republicanisches Ministerium treten; 8. F. de Lasteyrie, gemäßigter Republicaner; 9. Garnon, deßgleichen. Alle waren früher Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung und sind zum größten Theile Republikaner von der Farbe Cavaignac's. Charras gehörte der Montagne an; man hat ihn auf die Liste gesetzt, um der äußersten Partei eine Genugthuung zu geben, obgleich er eigentlich nicht zu derselben gehört.

Der bisher zu Bourges gefangen sitzende Exrepräsentant Viguier ist freigelassen und angewiesen worden, sich nach Belgien zu begeben. — Man versichert, der Justizminister habe neulich den Kammerpräsidenten am Cassationshofe, Laplagne-Barris, der einer der Testamentsvollzieher Ludwig Philipp's ist, zu sich rufen lassen und geäußert, daß ihm zwischen diesen zwei Functionen eine Art von Unvereinbarkeit zu bestehen scheine. Laplagne-Barris stellte dieses in Abrede, versprach aber, seine Collegen am Cassationshofe zu befragen. Tags darauf erklärte er dem Minister, der gesammte Cassationshof erachte beide Functionen für in keiner Weise unerträglich; er werde sie also beibehalten. — Auf die ihm gemachten Vorstellungen soll L. Napoleon darauf verzichtet haben, die Krone auf dem Kreuze der Ehrenlegion wieder herzustellen; was an ihre Stelle treten soll, ist noch ungewiß.

Paris, den 10. Febr. Durch ein Decret im „Moniteur" werden die Gebäulichkeiten der Sorbonne definitiv an die Stadt Paris, die schon lange Ansprüche darauf erhob, als Eigenthum übertragen, wogegen sie aber die Verpflichtung übernimmt, auf ewige Zeiten die Akademie des Seinedepartements, sowie die theologische, wissenschaftliche und philologische Facultät darin zu belassen und für die Unterhaltung der Gebäulichkeiten zu sorgen. — Ein anderes Decret nimmt sämmtliche Freistellen in Staatsgymnasien oder Lyceen, etwas über 1000 an der Zahl, die durch ein Decret der Constituirenden zur Hälfte für die Söhne unbemittelter Privatpersonen geöffnet wor-

den waren, während indessen eine Maßregel Napoleon's 700 solcher Freistellen ausschließlich zur Belohnung der dem Staate geleisteten Dienste bestimmt hatte, wieder ausschließlich für die Söhne verdienter Militär- und Civilbeamten in Beschlag und setzt außerdem anstatt der bisherigen öffentlichen Bewerbung um die Staats-, Departemental- oder Communal-Freistellen ein Prüfungsverfahren zur Feststellung der nöthigen Vorkenntnisse und Anlagen ein. Der Präsident der Republik ernennt alsdann auf den Vorschlag des Unterrichtsministers zu den ganzen, dreiviertels- oder halben Freistellen. — Auf Veranlassung L. Napoleons sind die Tarife der Leichenfeierlichkeiten, wobei bisher viele dem Publikum sehr nachtheilige Mißbräuche geherrscht haben, für die ärmeren Classen der pariser Bevölkerung bedeutend abgeändert, resp. herabgesetzt worden.

Die Vorarbeiten zur Unterdrückung der Galeeren sind fast beendet; 700 Sträflinge sollen nach Cayenne übergesiedelt werden, um dort in militärisch-organisirten Colonien ein nützlicheres Dasein zu führen. Eine Anzahl der aus politischen Gründen zur Deportation bestimmten und nach Cayenne schon eingeschifften Personen sind wieder ausgeschifft und nach Paris zurückgebracht worden. Es stellt sich also jetzt heraus, daß die Deportationsanstalten nur darauf berechnet waren, die Insurgenten zu schrecken. Die Anlegung von Strafcolonien zum Unterbringen der Galeerensträflinge war übrigens ein altes Project des Präsidenten der Republik.

Die Absicht der Regierung, den Text des Code civile in der Ehescheidung, wie solcher unter dem Kaisergeschke zur Ausführung kam, wieder zur Geltung zu bringen, hat in der religiösen Welt eine bedeutende Agitation hervorgerufen. Man spricht von einem Besuche, den mehrere hochgestellte Prälaten, welche seit dem 2. Dec. dem Prinz-Präsidenten ihre Ergebenheit bewiesen haben, in den Tuilerien machen wollen, nicht allein, um L. Napoleon von seiner Absicht zurückzubringen, sondern sogar um zu verlangen, daß die Civil-Ehe abgeschafft werde, und der Kirche allein das Recht verbleibe, legitime Ehen abzuschließen. — Die Polizei ist seit gestern einer weitverbreiteten weit verzweigten legitimistischen Verbindung unter dem Titel: „Société de St. Hubert" auf die Spur gekommen, und werden in den nächsten Tagen wohl zahlreiche Verhaftungen der Mitglieder stattfinden. Diese Verbindung wird geleitet von so genannten „Brüdern" (Frères des écoles de la doctrine chrétienne), welche unter dem Vorwande, die Arbeiter zu unterrichten, dieselben in ihre Verbindung aufnahmen. (K. Z.)

Spanien.

Die Nachrichten aus **Madrid** auf gewöhnlichem Wege reichen bis zum 5. Febr. Isabella soll wiederholt den Wunsch ausgesprochen haben, Merino zu begnadigen; sie gab jedoch den Vorstellungen des Justizministers nach, der besonders hervorhob, daß im Falle der Begnadigung das Volk ihn umbringen werde. Der erste Theil des gegen Merino gefällten Urtheils, die Ausstoßung aus dem geistlichen Stande, wurde am 5. an ihm auf einem Balcon des Gefängnisses Angesichts einer zahllosen Volksmenge durch den Bischof von Majer vollzogen. Die Ceremonie besteht darin, daß dem Schuldigen die geistlichen Kleider ausgezogen werden und daß man die Tonsur verschwinden läßt. Der anwesende Richter erklärte sodann dem Verurtheilten, daß er sich sofort zum Tode vorzubereiten habe. Merino, bisher keck und zuversichtlich, wurde durch diese Worte des Richters sichtlich niedergeschlagen.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 24. Jan. Der Correspondent der Times schreibt: **Kossuth** ist auf dem Wege nach Cincinnati, der Hauptstadt des **Westens**. Seine Reise gleicht mehr dem Triumphzuge eines siegreichen Kaisers, als der Wanderung eines armen **Verbannten**. Der Enthusiasmus für ihn steigt, je weiter **er gegen** Westen kömmt. Die Thäler am Ohio und **Mississippi** werden zum Schauplatz seiner mächtigsten Einflüsse werden. Denn der Westen ist voll von Europäern, von Hunderttausenden, die in gleicher Gesinnung mit ihm das Andenken an Europa in ihr Herz geschlossen haben. Dort wird er mit mehr Offenheit für materiellen Beistand agitiren, dort wird der Samen auf fruchtbareren Boden fallen. Schon haben sich an tausend Zeitungen für seine Politik ausgesprochen. Alle Congreßmitglieder des Westens, mit wenigen Ausnahmen, stehen für seine Sache ein, und sogar Caß und Douglaß haben offen erklärt, für die „Intervention zu Gunsten der Nichtintervention" kämpfen zu wollen. Was Webster betrifft, wirft man ihm hie und da vor, er sei mit seinen Ausdrücken beim Congreßbankett zu weit gegangen. Aber man irrt sich in ihm. Er spricht immer, wie er denkt, ist nie aufgeregt, und hat auch 1849 gerade so gesprochen, wo er öffentlich erklärte, „Rußland dürfe das Neutralitätsrecht nicht ungestraft verletzen und die civilisirte Welt könne es zwingen, jenes Recht zu achten."

New-York, den 28. Jan. Der Winter soll in den Vereinigten Staaten seit 18 Jahren nicht so streng gewesen sein, wie der diesjährige. Kossuth reiste in der Nacht vom 19. auf den 20. Januar zu Schlitten durch Berge Pensylvaniens; Branntwein fror in Flaschen auf dem Boden des Schlittens; das Thermometer stand auf — 22° F. (gleich — 24° R.). Zwischen New-York und Brooklyn (Long-Island) bildete das Eis zweimal einen festen Uebergang. Die Häfen von Boston, Philadelphia und Baltimore waren ganz unzugänglich. Derjenige von New-York hat in dieser Hinsicht eine begünstigtere Lage; die Dampfer schleppten bald mit mehr, bald mit weniger Mühe die Schiffe durch das Eis. Indessen strandeten auch Schiffe, die in unseren Meeres-Canal einlaufen wollten, andere froren ein. — Kossuth ist nach dem Westen und hat bereits Pittsburg am Ohio erreicht. Die Legislaturen der Einzelstaaten fassen, eine um die andere, Beschlüsse zu Gunsten seiner Sache, so jüngst wieder New-Jersey. — Colonel Perzenary, einer von Kossuth's Freunden, macht eine Reise ins Innere von Asien, um die Völkerschaft dort zu entdecken, von welcher die Ungarn abstammen. Er hat dieses Project schon lange mit sich herumgetragen. Die Post-Dampfschiff-Compagnie im stillen Meere gibt ihm freie Passage.

Neueste Nachrichten.

Aus Thüringen, den 10. Febr. Ueber die traurige Lage der Bewohner des thüringer Waldes schreibt das Arnstädter Regierungsblatt: die Noth im Bezirke Gehren ist groß, weil die Kartoffeln immer mehr abnehmen, das Korn theuer und der Preis dafür für viele arbeitslose arme Waldbewohner nicht zu erschwingen ist. Mit Hunger und Kummer auf den Gesichtern schleichen Kinder und altersschwache Leute umher, Bilder des Jammers und des Elendes. (Fr. J.)

Paris, den 11. Febr. Durch präsidentielle Decrete sind ernannt: zum Generalsecretär des Ministeriums der allgemeinen Polizei, Hr. Cambaceres, ehemaliger Präfect; zu Generaldirectoren in diesem Ministerium, die HH. Ballaus und Tonnet; zu Generalinspectoren in demselben Ministerium, Hr. v. Ranet, in Paris; Hr. Cazelles, in Lille, Hr. Baylin de Mondhel, in Metz, Hr. Barard, in Lyon, Hr. Sylvain Blot, in Marseille, Hr. Chepin d'Arnouville, in Toulouse, Baron Bressard, in Bordeaux, Hr. Poinquet, in Nantes, Hr. Delevaux, in Bourges. Dem Generalinspector in Lyon ist der Titel Generaldirector ertheilt.

Rom, den 4. Febr. Vorgestern ist ein neues Schlachtopfer der politischen Rache verfallen. Cerchi, ein sehr rühriger Agent der geheimen Polizei, wurde bei eingetretener Abenddämmerung in dem engen Vicolo della Lucerna di Borghese angefallen und erhielt einen tiefen Stich in die Seite. Der Sicarier ließ den Stahl in der Wunde zurück, und war, als von dem ganz nahen französischen Wachquartier Hülfe herbeieilte, spurlos verschwunden. Cerchi's Wunde ist lebensgefährlich. (A. Z.)

Digitized by Google

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

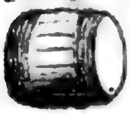
Zweibrücken. Markt vom 12. Febr. Weizen 7 fl. 47 kr., Korn 6 fl. 34 kr., Spelz 5 fl. — kr., Gerst, zweireihige 5 fl. 33 kr., vierreihige 4 fl. 50 kr., Hafer 3 fl. 30 kr., Kartoffeln 1 fl. 45 kr., per Centner.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[828] **Anzeige.**
Bei K. Merz, Gastwirth in Mutterstadt, kann ein jeder Tabakskäufer seinen Tabak unentgeldlich gewogen bekommen. Ebenso Früchte und Kartoffel.

[831a] **Weinversteigerung.**



Montag, den 8. März nächsthin, des Vormittags 10 Uhr zu Neustadt im Gasthause zur Krone (Post), lassen die Wittwe und Erben des dahier verlebten Gutsbesitzers Johannes Kölsch, nachverzeichnete, aus den, zu dem Nachlasse des Letztern gehörigen, in hiesiger Gemarkung gelegenen Weinbergen gezogene, rein gehaltenen Weine, an den Meistbietenden versteigern, als:

7400	Liter	1846er	Traminer,
4200	„	„	gemischter,
1100	„	1848er	„
6000	„	1850er	gemischter und Auslese,
7000	„	1851er	„
25700.			

Neustadt, den 12. Februar 1852.
Werner, Notär.

[808a] **Anzeige.**
Die Unterzeichneten sind durch directe Verbindungen mit den königl. baierischen Consulaten und mehreren achtbaren Häusern in den Stand gesetzt, Wechsel auf
Newyork, Cincinnati,
Philadelphia, Louisville,
Baltimore, St. Louis,
New-Orleans, Boston ꝛc. ꝛc.
zu den billigsten Coursen abzugeben, so wie Zahlungen nach allen Plätzen der vereinigten Staaten Nordamerika's auf das prompteste zu besorgen. Unter Zusicherung reellster Bedienung empfehlen sich zu geneigten Aufträgen
Landau, den 28. Januar 1852.
Müller u. Weyland.

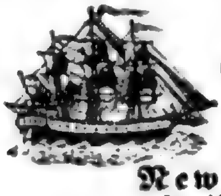
[829] **Hausversteigerung.**
Montag, den 1. März nächsthin, Morgens 9 Uhr, zu Reichenbach im Gasthause bei Carl Wolf, Wittwe, läßt Conrad Wolf, Küfer von da, sein zu Reichenbach an der Hauptstraße gelegenes, massiv aus Steinen erbautes zweistöckiges Wohnhaus sammt Hof, Stallung, Scheuer, Küferwerkstätte und Garten, welches sich wegen seiner günstigen Lage in der Mitte des Ortes, wegen seiner soliden Bauart und Räumlichkeit zum Betriebe eines jeden Geschäftes eignet, auf längere Zahlungstermine eigenthümlich versteigern.
Landstuhl, den 12. Februar 1852.
Biechy, Notär.

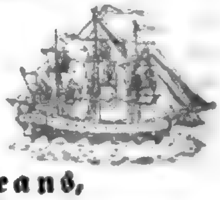
[763] Die **Goldberger**'schen galvano-electrischen **Rheumatismus-Ketten**, die sich noch immer als das bestvorhandene Mittel zur gründlichen Abhülfe und Beseitigung rheumatischer, gichtischer und nervöser Leiden, als: Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Herzklopfen, Schlaflosigkeit ꝛc. ꝛc. beweisen und ihr Erfolg durch tausendfache Atteste berühmter Aerzte und hochachtbarer Privatpersonen festgestellt ist, sind ächt und unverfälscht in Original-Verpackung zu haben bei J. Bürckel am Speisemarkt in Mannheim.

[809a] **Offene Lehrlingsstelle.**
In einer Stadt der vordern Pfalz wird zu Anfang des Monats März in ein Eisen- und Kurzwaarengeschäft ein Lehrling mit den nöthigen Kenntnißen gesucht. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[830] **Anzeige.** In unserem Verlage ist erschienen und durch **G. L. Lang's Buchhandlung in Speyer** zu beziehen:
Hammer's Karte von Bayern in 2 Blatt, neue revidirte Auflage mit genauester Angabe der Landgerichtsgrenzen,
Preis ohne color. Landgerichtsgrenzen 2 fl.
„ mit „ 2 „ 42 kr.
„ aufgezogen in eleg. Futteral 4 „ 24 „
Die Karte ist bei möglichst vollständiger Angabe der Ortspositionen so klar, daß sie selbst für schwache Augen leicht leserlich bleibt. Dadurch, daß neben der Bezeichnung aller Eisenbahnstationen, auch die Landgerichtsgrenzen aufs Genaueste angegeben sind, dürfte einem längst gefühlten Bedürfniß abgeholfen sein und erlauben wir uns deßhalb die königl. Behörden und Herren Beamten hierauf insbesondere aufmerksam zu machen.
München, im Januar 1852.
Mey und Widmayer.

„Die Fürsorge."





Concessionirtes Hauptunternehmen für Auswanderung.
Bestimmte Abfahrten pro Monat Februar 1852.

Ab Havre,
New-York, 9., 19. u. 29. — New-Orleans, 19. u. 29.

Ab Bremen,
15. Februar und 1. März — 1. und 15. März.

Ab Antwerpen,
20. Februar und 5. März — 15. Februar.

Außerdem expediren wir regelmäßig Schiffe, ab Bremen, nach Baltimore, Galveston in Texas und Porte-Adelaide in Australien.
Wegen Abschluß von Schiffsverträgen oder sonst zu wünschende Auskunft beliebe man sich an uns und unsere bekannten Herren Agenten zu wenden.

Neufreystädt.
Die Unternehmer:
[891] **Huth u. Cie.**

Mannheim.
Das Central-Bureau:
Wm. Bissinger, General-Agent.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 40) den 15. Februar 1852.

Deutschland.

Würzburg, den 11. Febr. König Ludwig hat an den Vorstand des Comite's zur Unterstützung für den Spessart und die Rhön, Grafen Bentheim, 500 fl. eingesandt. Heute gingen bereits 16 Centner verschiedene Lebensmittel ꝛc. mit dem Dampfboot nach Lohr ab, um von dort aus weiter in die bedrängten Gegenden des Spessart ꝛc. befördert zu werden. Die bekannte Bereitwilligkeit der Dampfschifffahrtsdirection hat auch diesmal den Transport unentgeldlich übernommen; eben so ist die Vorsorge getroffen, daß der Weitertransport von Lohr ab ohne Kosten geschieht.

Bruchsal. Zwei standrechtlich zu mehrjähriger Einzelhaft im hiesigen Zellengefängniße Verurtheilte sind wahnsinnig geworden. Einer davon, Carl Zöller von Mannheim, wurde in Folge dessen bis zu seiner Heilung nach Hause entlassen.

Kassel, den 1. Febr. (Ein Auskunftsmittel.) Als Hr. Hassenpflug hier den „alten Rechtszustand“ wiederherstellte, stießen natürlich auch die früher privilegirten Jäger ins Horn und verlangten auch für sich eine „rettende That“, nämlich die Aufhebung des Jagdgesetzes vom Jahre 1848. Wie man der D. R. Ztg. mittheilt, hat Hr. Hassenpflug diesen Wünschen zu entsprechen gewußt, ohne eine Octroyirung zu bedürfen. Nach dem erwähnten Jagdgesetz kann nämlich allerdings auch ein Bauer Jagd pachten und auf eigenem Grund und Boden ausüben, nur ist darin nicht ausgesprochen, daß er sich zu der Jagd auch der Waffen bedienen darf. Die Aufsichtsbehörde ließ also den gesetzlich Jagdberechtigten einfach die Waffen abnehmen und versagte jedem Gesuch um Ertheilung von Waffenscheinen beharrlich die Genehmigung.

In **Sondershausen** hat jetzt der Landtag den Geistlichen und Schullehrern die persönlichen Gemeindelasten wieder abgenommen. Ein Leitartikel in der offiziellen Geraer Zeitung deutet darauf hin, daß die Regierung bei der neuen Organisation der Rechtspflege Oeffentlichkeit und Mündlichkeit einführen, von dem Institut der Geschworenen aber absehen werde.

Aus Thüringen, den 5. Febr. (Etwas Neues.) Der Literat Friedemann aus Berlin, der während des Berliner Steuerverweigerungsprozesses an Krackrügge's Stelle die Redaction der „Neuen Erfurter Zeitung“ besorgte und wegen einiger Artikel zur Zeit des Erfurter Parlaments zu sechsmonatlichem Gefängniße und zum Verluste der preußischen Kokarde verurtheilt wurde, ist jetzt, obwol kränklich, zum Militärdienste gezogen und in Folge des Kokardenverlustes in eine Militärstrafabtheilung nach Torgau geschickt worden.

Rostock, den 5. Febr. Wie bereits erwähnt, wurde ein 22jähriges Mädchen, die Tochter eines hiesigen Bürgers, welche in einem Putzgeschäfte zu Teterow conditionirte, am Donnerstage vor 14 Tagen wegen Majestätsbeleidigung in das Criminalgefängniß zu Bützow abgeführt. Ihr Vater, welcher erst in diesen Tagen im Privatwege Nachricht von der Verhaftung seiner Tochter erhalten, ist nach Bützow gereist, um die Freilassung derselben aus der Untersuchungshaft zu erwirken. Nach einer spätern Nachricht der Rost. Ztg. hat der Vater nicht nur nicht seinen Zweck erreicht, sondern es ist ihm auch nicht einmal der erbetene Zutritt zu seiner Tochter gestattet worden.

Schweiz.

Bern, den 10. Febr. Die Gerüchte von einer betreffenden Besetzung der Schweiz, wie sie zwischen Frankreich und Oesterreich verabredet worden sei, scheinen dießmal wirklich nicht bloße Zeitungsenten zu sein; auch der Bundesrath soll aus Paris beunruhigende Mittheilungen erhalten haben. Zu der außergewöhnlichen Aufstellung eines eidgenössischen Commissariats in den Personen der HH. Trog und Kern kommt nun noch eine weitere Maßregel, von der man hier seit einigen Tagen spricht. Der Bundesrath soll nemlich beschlossen haben, eine Militärcommission, bestehend aus den angesehensten Officieren der eidgenössischen Armee, nach Bern zu berufen, um sie in wichtigen Fragen zu consultiren. (Fr. J.)

Frankreich.

Paris. Der Allg. Ztg. schreibt man: Zwei aus dem Leben gegriffene Anekdoten schildern vielleicht besser als allgemeine Raisonnements den auch in der Armee zu bemerkenden Unterschied zwischen der Stimmung der Masse und des gebildeteren Theils der Nation. Ich hatte mich vor einigen Tagen bei einer Promenade über die Boulevards in einem Kaffeehause niedergelassen, als ich auf einmal zwei baumstarke Militärs (ich erkannte sie bald für Kuirassiere der Versailler Garnison, die vermuthlich einen Sonntagsurlaub feierten) hereinstolziren sah. Sie setzten sich neben mich und ließen sich weidlich auftischen. Einer der beiden Gäste hing seinen massiven Schleppsäbel etwas unvorsichtig über einem der großen Spiegel auf, die in Paris die Wände der Kaffeehäuser zieren, so daß sein Kamerad ihm zurief: „Nimm dich in Acht, du wirst den Spiegel zerbrechen!“ J m'en f..., war die Antwort, c'est le président qui paye! (Ich scheere mich den T... darum, der Präsident hat zu bezahlen.) Ein hiesiger Oberst dagegen, der sich in einem Salon zur Soiree einfand, schien viel weniger von der Allmacht des Präsidenten zu halten. Die Dame des Hauses meinte im Laufe des Gesprächs: Aujourd'hui le président peut tout. (Dermalen vermag der Präsident Alles.) Vous vous trompez, Madame, unterbrach sie der Oberst mit einem flüchtigen Lächeln, c'est nous qui pouvons tout pour lui. (Sie irren Madam, wir vermögen Alles für ihn.) Dem Soldaten war also der Prinz der Mann, der den Geldbeutel hält, der alles kann und alles thut. Dem Offizier war er ein bloßer Vollmachtträger der Armee.

— den 7. Febr. Gestern ist Hr. v. Laferte, Schwiegersohn des Grafen Molé, aus Wien mit Instructionen des Hrn. v. Bordeaux hier angekommen. Dieselben stimmen vollkommen mit den Ansichten des Anführers der Fusionisten (Molé) überein, die man in dem bekannten Worte: „man muß um den Despotismus einen leeren Kreis ziehen“ (il faut faire vide autour du Despotisme), zusammenfassen kann. Die Legitimisten erhalten somit die Weisung, an den Wahlen keinen Antheil zu nehmen. Allein diese Weisung kommt zu spät, denn in der Partei hat man sich bereits für die Theilnahme an den Wahlen entschlossen. Nichtsdestoweniger werden heute Abend die Parteihäupter sich hier versammeln, um über die angekommenen Instructionen wie über die übrigen in die Wahlangelegenheit einschlagenden Fragen zu berathen.

In den Salons macht folgender Dialog zwischen Jerome und Ludwig Napoleon die Runde: „Unmittelbar nach dem 2. Dec. würde die Confiscation der orleanischen Güter als eine Maßregel, welche die Nothwendigkeit des Augenblicks erheischt, betrachtet worden sein, heute aber, 2 Monate nach dem vollbrachten und gelungenen Staatsstreich, kann man sie nur als eine Maßregel der Rache betrachten.“ „Sie haben, lieber Oheim, wie ich merke, ein gutes Gedächtniß für die Pension, die Ihnen Ludwig Philipp zugedacht.“ „Ich habe allerdings des Königs wohlwollende Absichten und Gesinnungen für mich nicht vergessen, aber auch Sie, lieber Neffe, hätten nicht vergessen sollen, daß er Ihnen zweimal das Leben geschenkt hat.“ Natürlich kann man nicht entscheiden, ob dieser Dialog wirklich stattgefunden. Zwischen dem Minister des Innern und der Policei soll es oft schon zu Zwistigkeiten über gegenseitige Uebergriffe in die aneinander grenzenden Prärogativen gekommen sein, und der Präsident hat oft nicht wenig Mühe, diese beiden Instrumente seiner Staatsweisheit in Einklang zu bringen. (A. Z.)

Italien.

Mailand, den 4. Febr. Vor einiger Zeit erfolgte bekanntlich in Verona wegen „politischer Umtriebe“ die Verhaftung der Frau Fava, geb. Gräfin Balbi-Valier. Ihr Prozeß war mit Ende vergangenen Jahres durch ein kriegsrechtliches Urtheil beendigt, kraft dessen ihr wegen staatsgefährlicher Verbindungen vier Monate Arrest zuerkannt wurden. Der Feldmarschall Graf Radetzky hat sich jedoch veranlaßt gefunden, diese Strafzeit auf einen Monat herabzusetzen.

Venedig, den 2. Febr. Auf höheren Befehl wurde die weitere Vorstellung der neuen Oper Verdi's: „Sifelio,“ untersagt.

Florenz, den 4. Febr. Eine Truppenaushebung von 1400 Mann ist angeordnet worden.

Rom. Das Giornale di Roma brachte nacheinander drei Decrete, betreffend Seligsprechung und Canonisirung dreier Todten, eines Stephan Bellesini, Gerard Majella und einer Maria Crocifissa. Unter den Lebenden geht die Demoralisation ihren alten Gang.

Mehrere römische Unterthanen, die sich bei der letzten Revolution betheiligt, aber die Erlaubniß erhalten hatten, in Rom zu bleiben, sind ausgewiesen worden. Mehrere Personen haben Befehl erhalten, des Nachts nicht mehr auszugehen, sie müssen von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang in ihrer Wohnung bleiben.

Schweden.

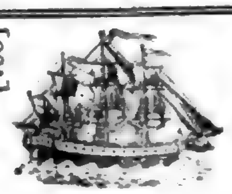
Stockholm, den 30. Jan. Von Tromsö in Norwegen sind die niederschlagendsten Nachrichten von dem Ausbruche der Mania religiosa gekommen, welche durch schwedische Priester dahingebracht ist. Ein Geistlicher schildert den Fanatismus in einem Briefe auf eine schaudererregende Weise. Als er dahin kam, sah er die jammervollsten Gesichter; man hatte, biblich gesprochen, sich in Sack und Asche gekleidet, und Alles zeugte von Verzweiflung. Unsinniges, unarticulirtes Geheul, mit den gräßlichsten Flüchen vermischt, trafen seine Ohren in weiter Entfernung. Als er ankam, hatte man so geschrieen daß man kaum noch sprechen konnte. Einige waren ganz und gar verrückt; Andere lagen in Betten, um welche noch Andere sich drängten, oder an der Erde heulend und stöhnend, mit ausgestreckten Händen und krampfhaft verzerrten Gesichtszügen, mit den Augen wie auf Geistererscheinungen stierend. Bald darauf sprangen sie auf, hüpften und lästerten Gott. Andere, wie Macbeth's Hexen gekleidet, führten Reigentänze unter dem scheußlichsten Geheul auf; sogar Kinder von 9 Jahren waren hineingerissen und von diesem besinnungslosen Wirbel angesteckt. Die Lehren der Bibel waren ihnen durchaus zu milde für so große Sünder, wie die Menschen der jetzigen Zeit. Es sollte nicht heißen, „Vater unser im Himmel“, sondern „Vater unser in der Hölle!“ Die rechte Liebe wäre die, welche dem sechsten Gebote trotzte ... — eine Theorie, welche viele Adepten gewonnen hat. Daß von diesen unglücklichen Wahnsinnigen Gewaltthätigkeiten begangen werden, kann nicht Wunder nehmen, selbst nicht, daß die Weiber dabei durchaus nicht milder sind, als die Männer. (K. Z.)

Miscellen.

Eine nordamerikanische Anschauung von Deutschland. Peter Parley's „Geographie für Anfänger“ ist ein Lehrbuch der Geographie, welches in den Schulen der nordamerikanischen Freistaaten gegenwärtig vielfach gebraucht wird. In dieser, 160 Seiten umfassenden, mit zahlreichen Holzschnitten versehenen Geographie wird Europa auf 24 Seiten abgehandelt; auf drei seiten werden Deutschland, Holland und die Schweiz abgefertigt, wovon zwölf Zeilen auf Deutschland kommen! Der Abschnitt beginnt mit den Worten: „Deutschland liegt nördlich von der Türkei.“ Darauf folgt eine Charakterschilderung der Deutschen: „Die Deutschen sind sehr erfindsam in Manufakturen; sie sind große Musiker und Viele von ihnen sind gelernte Schüler. Das Land ist sehr bevölkert und reich an glänzenden Städten. In vielen Theilen desselben sind tiefe, düstere Wälder, wo eine große Menge Pech verfertigt wird.“ Darauf bezieht sich nun der einzige zu Deutschland gehörige Holzschnitt, welcher vorstellt, wie zwei seltsam gekleidete Personen Pech fabriciren. Das ist also das Hauptsächlichste, was die nordamerikanischen Schüler über unser Vaterland erfahren, daß die Deutschen — viel Pech haben.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[796]



Regelmäßige Postschifffahrt

zwischen Antwerpen und New-York.

Abfahrten wie folgt:

Am 15. Februar „Atlantic,“ Capitän Lamb,
„ 5. März „Richard Alsop“ (ein ganz neues, ausgezeichnetes, schönes Schiff), Cap. Post,
„ 15. „ „Edwina,“ Capitän Parmelee,
„ 1. April „Peter Hattrick,“ Capitän Rockwell.

Ferner expediren wir nach **New-Orleans:**

Am 5. Februar „Uncas,“ Capitän Loones.

Die Schiffe dieser Linie sind alle als vorzügliche schnellsegelnde amerikanische Dreimaster bekannt.

Die Reise von Ludwigshafen bis nach Antwerpen geschieht unter Begleitung eines eigens dazu angestellten gewandten und zuverläßigen Conducteurs.

Nähere Auskunft über Preise und Bedingungen ertheilen:

Dr. G. Strecker in Mainz, **Ant. Joseph Klein** in Bingen, **Joseph Stoeck** in Creuznach,

Strecker, Klein & Stoeck in Antwerpen,

sowie deren Agenten:

Pfaff & Lederle in Ludwigshafen a. Rh. **Louis Merckle** in Speyer. **Joseph Schuler** in Zweibrücken. **C. J. Fischer** in Neustadt a. d. Hdt. **Etienne & Holzbacher** in Kaiserslautern.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 41 | den 17. Februar 1852.

Deutschland.

*** Betrachtungen.** Bei manchen der neuzeitlichen Preßverfolgungen wird man an das erinnert, was Rousseau mit bitterer Persiflage darstellt, indem er zeigt, daß man durch Herausreißung und willkürliche Zusammenstellung und Auslegung einzelner Stellen selbst die hl. Schrift zu einem Buche der Gottlosigkeit und Unsittlichkeit stempeln kann. „Wir rufen," läßt er seinen Generalfiscal sagen, „die Strenge des Gerichts gegen ein ärgerliches, ein gottloses, frevelndes Buch an, dessen Moral darin besteht, den Armen zu berauben, um den Reichen reicher zu machen (Matth. 13 v. 12. Luc. XX v. 26), den Kindern zu lehren, Mutter und Brüder zu verläugnen (Math. 12, v. 48. Marc. 3 v. 33), sich ohne Bedenken fremdes Gut zuzueignen (Luc. 19. 30), den Bösen keine guten Lehren zu geben, weil sie sich sonst bekehren und Vergebung erlangen möchten (Marc. 4 v. 12 Joh. 12 v. 40), Vater, Mutter, Weib, Kinder und alle seine Blutsverwandten zu hassen (Luc. 14 v. 26). Ich klage gegen ein Buch, in dem überall das Feuer der Zwietracht geschürt wird (Matth. 10 v. 34. Luc. 12, v. 51, 52), worin man sich rühmt, den Sohn gegen den Vater zu bewaffnen (Matth. 10, v. 35. Luc. 10 v. 53), die Verwandten gegen einander, das Gesinde gegen die Herrschaft (Matth. 10, v. 36); ein Buch, in welchem man Uebertretung des Gesetzes predigt (Matth. 12 v. 2 u. folg.), wo man Verfolgung für Pflicht ausgibt (Luc. 14 v. 23); wo man, um das Volk zu Raubvolk zu machen, die ewige Seligkeit zum Raub der Gewalt und zur Beute der Gewaltthätigen macht (Matth. 11 v. 12)."

„Was würdet Ihr Leute sagen," fährt Rousseau fort, „wenn irgend eine Teufelsseele die Stelle des Evangeliums erst auf die angeführte Weise aus dem Zusammenhang risse, hernach aber aus den herausgerissenen Stücken wieder ein Ganzes machte, und dieser seiner die Evangelisten schändlich verläumdenden Schrift den Titel Evangelisches Glaubensbekenntniß gäbe? Was sollte man denken, wenn sodann diese schauderhafte Schandschrift von gottseligen Pharisäern mit triumphirender Miene als Inbegriff der Lehre Christi ausposaunt würde? Dahin führt gleichwol diese unwürdige Art zu verfahren." —

München, den 12. Febr. Am Hofe des Königs Max wurde eine neue Stelle geschaffen, nämlich die eines Ordonnanzofficiers und als solcher Baron v. Gumppenberg (Sohn des Generals und ehemaligen Kriegeministers) ernannt. — Der komische Almanach von Brennglas wurde in den hiesigen Buchhandlungen confiscirt.

Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten hat sich heute einstimmig gegen den Antrag des Hrn. Arnheim erklärt, zur Deckung des Deficits 5 Millionen unverzinsliches Papiergeld auszugeben. (A. Z.)

Ein Beschluß des hiesigen Kreis- und Stadtgerichts, gestützt auf das Gesetz vom 29. Juni 1851, die Gleichstellung der Israeliten mit andern Glaubensgenossen in Privatrechten betr., hebt eine bisher hier noch immer als in Kraft bestehend betrachtete Verordnung auf, wonach der Kauf von Häusern in hiesiger Stadt durch Israeliten die königliche Genehmigung bedurfte.

Nürnberg, den 11. Febr. Heute Vormittag wurde der in der Klett'schen Maschinenfabrik beschäftigte Arbeiter Ziesel verhaftet. Zu gleicher Zeit war bei ihm Haussuchung gehalten und, wie man hört, einige harmlose Schriften mitgenommen worden. — Auch wurde bei einem Schneidergesellen hausgesucht und derselbe verhaftet.

Vor dem Stadtgericht **Straubing** stand dieser Tage der Frhr. Ignaz v. Hafenbrädl mit 22 Mitangeklagten wegen Verbrechens des Landfriedensbruches und Störung des häuslichen Friedens. Hafenbrädl, welcher in Baierisch-Eisenstein an der baierisch-böhmischen Gränze begütert ist, hat mit Hilfe mehrerer seiner Arbeiter drei Familien aus ihren Wohnungen hinausbringen und theilweise auch mißhandeln lassen; mit einem Fabricanten (Gebhart) aus Hamburg einen Contract wegen Ueberlassung einer Schneidsäge abgeschlossen, diese aber später mit Hilfe seiner Jäger, die mit gespanntem Hahne ihrer Gewehre eintraten, wieder versiegeln lassen. Der Gerichtshof erkannte Hafenbrädl der angeschuldigten Verbrechens für schuldig und verurtheilte ihn zu 2 Jahren Festungsstrafe III. Grades. Außerdem wurde er auch des Adels für verlustig erklärt. — Die übrigen Mitangeschuldigten wurden theils zu 6 und zu 3 Monaten, theils zu 7, 6 und 3 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Bezüglich der durch Collectivbeschluß des Lehrerraths verfügten und vom k. Studiencommissär von Landshut bestätigten Exclusion eines dortigen Studirenden veröffentlicht nun das Studienrectorat daselbst eine amtliche Berichtigung. Jener Artikel, aus dem „Niederbaierischen Kurier" entlehnt, sei die reinste Entstellung der Sachlage; denn erstens ist das physische Alter des fraglichen Gymnasialschülers nicht 14, sondern bereits über 17 Jahre. Zweitens ist in dem aus der Studienbibliothek entlehnten Lesebuch nicht nur auf einem Blatt die eine Bezeichnung „vive la république!", sondern es finden sich auf zehn fast ununterbrochen fortlaufenden Seiten jenes Buches am oberen für die Paginirung der Blätter bestimmten Rande folgende Rufe verzeichnet: „vive la république! liberté et égalité! Es lebe die Republik! Es lebe die Freiheit und Gleichheit! Nieder mit der Monarchie, vivat Republik! Es leben die Demokraten, Nieder mit den Constitutionellen! Es lebe die demokratische Herrschaft! Es lebe Hecker! Es lebe die Revolution! Vivat Blum!" Auf diese thatsächlichen Momente hin ward jener Strafbeschluß gefaßt, welcher auf Berufung des Betheiligten von der k. Regierung von Niederbaiern mittels Rescript vom 24. Jan. bestätigt wurde.

Wiesbaden, den 13. Febr. Nach allen Berichten, die aus dem Lande über die Urwahlen zur Ständeversammlung hier einlaufen, sind diese überall mit einer solchen Minorität zu Stande gekommen, daß es wol Niemand einfallen dürfte, die Behauptung aufstellen zu wollen, daß die zukünftige zweite Kammer der Ausdruck des Volkswillens sei. — Der Turnverein zu Limburg ist vor einigen Tagen durch kreisamtliche Verfügung aufgelöst worden.—Schon seit mehreren Jahren hat sich hier ein kleines Häuflein frommer Juden von der Hauptgemeinde getrennt, da sie mit dem Wirken des reformfreundlichen Rabbiners Dr. Süskind nicht zufrieden waren. Sie sind bisher immer in einem besondern Locale zusammengekommen, wo ihnen der Rabbiner Ickstädter in altjüdischer Weise den Gottesdienst leitete. Ihre Versammlungen sind nun polizeilich verboten worden. (F. J.)

Weimar, den 8. Febr. Ein Pietisten-Conventikel und die Berufung des hyperothodoxen Oberpfarrers Kohlschütter aus Glaucha an die Stelle Röhrs haben hier

einen Auflauf hervorgerufen, der zum gewaltsamen Auseinandertreiben der versammelten Menge führte.

Leipzig, den 12. Febr. Von den letzten sieben Maiinculpaten in Voigtsberg wurden sechs, die wegen Landfriedensbruchs zu resp. drei und zwei Jahren Zuchthausstrafe zweiten Grades verurtheilt waren, durch die königliche Gnade von der Strafe entbunden. Der siebente erhielt eine Abminderung von fünf Jahren auf anderthalb Jahre Zuchthaus zweiten Grades.

Oldenburg. Vor etwa 14 Tagen wurde in dem Kirchdorfe H u d e die Leiche eines Mannes ausgegraben, der seit etwa sieben Wochen beerdigt war. Das Gerücht gab als Veranlassung des Todes dieses Mannes Vergiftung an und bezeichnete die Schwester des Verstorbenen als Thäterin. Die gerichtliche Untersuchung hat so viel herausgestellt, daß die angebliche Thäterin, ein junges, blühendes Weib von 20 und einigen Jahren, dort gefänglich eingebracht ist. Jetzt bezeichnet die Fama auch noch die Eltern und die Schwester dieser Frau als unter den bedenklichsten Symptomen gestorben. Die Ausgrabung der Leichen dieser Personen wird schon in den nächsten Tagen stattfinden.

Berlin, den 11. Febr. Die erste Kammer hat heute den Bericht der Commission zur Erwägung des Antrags der Abg. Dr. Klee und Graf v. Itzenplitz auf Abänderung der Art. 94 und 95 der Verfassungsurkunde (Aufhebung des Geschwornengerichts bei politischen Verbrechen und auf Bildung eines besondern Gerichtshofes für Verbrechen des Hochverraths) berathen und den Antrag der Commission mit 92 gegen 50 Stimmen angenommen, wonach „bei Verbrechen und bei Preßvergehen die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene, insoweit das Gesetz nicht Ausnahmen bestimmt, erfolgen soll. Politische Verbrechen und Vergehen gehören nicht vor die Geschworenen. Die Bildung des Geschworenengerichts regelt das Gesetz. Mit vorheriger Zustimmung der Kammern kann ein Gesetz zur Errichtung eines besondern Gerichtshofs erlassen werden, dessen Zuständigkeit die Verbrechen des Hochverraths und diejenigen Verbrechen gegen innere und äußere Sicherheit des Staats begreift, welche ihm durch das Gesetz überwiesen werden."

Glogau, den 9. Febr. Der Gemeinderath hatte der hiesigen freien christlichen Gemeinde widerum einen Zuschuß von 100 Thlr. für das laufende Jahr bewilligt. Die k. Regierung hat die Auszahlung dieser Summe und überhaupt jede Unterstützung aus Communalmitteln untersagt.

Hamburg, den 9. Febr. Nach Altona werden vorläufig einige Compagnieen holsteinischen Militärs kommen. Seit der Anwesenheit der österreichischen Truppen in Holstein hat die Unsittlichkeit in diesem Lande dermaßen zugenommen, daß erst neulich der Fall vorgekommen ist, daß in dem Dorfe Bellingen, in der Herrschaft Pinneberg, 9 blutjunge Mädchen, größtentheils angesehener Landleute Töchter, von denen das jüngste erst 14 Jahre zählt, eiligst confirmirt werden mußten. — Bei Wandsbeck hat in den letzten Tagen ein blutiger Zusammenstoß zwischen österreichischen Soldaten und den Grenzgendarmen stattgefunden, wobei beide Theile von ihrer Schußwaffe Gebrauch machten. Es versuchten nemlich die österreichischen Soldaten, verschiedene zollpflichtige Gegenstände ins Holsteinische hinein zu schmuggeln, und da sie sich von den holsteinischen Gendarmen verfolgt sahen, schossen sie auf diese scharf, ohne aber einen derselben zu treffen. Bei dem Gegenangriff der Gendarmen sollen nun einige Oesterreicher verwundet worden sein. Die Scene endigte mit der Verhaftung der Soldaten. (M. Z.)

Hamburg, den 11. Febr. Ein Theil des Trains des österreichischen Armeecorps (etwa 60 Wagen), der bisher auf dem Schulterblatt rc. einquartirt war, ist heute Morgen von hier abgegangen und wird vorläufig in Schwarzenbeck (auf dem Wege nach Lauenburg) und Umgegend einquartiert.

Wien, den 10. Febr. Die heutige „W. Z." bringt wieder ein Register kriegsrechtlicher Verurtheilungen; unter andern erfolgte die Verurtheilung eines Sattlermeisters zu fünfjähriger Schanzarbeit in leichtem Eisen „wegen Majestätsbeleidigung im 2. Grade, erschwert durch Gotteslästerung, Beschimpfung des k. k. Militärs, Störung der innern Ruhe des Staates, Aufreizung zum Widerstande gegen die k. k. Regierung und Verbreitung beunruhigender falscher Gerüchte."

Von dem k. k. serbisch banater Kriegsgerichte wurden vom 22. bis 30. Jan. d. J. 8 Individuen zum Theil wegen Waffenverheimlichung, wegen aufreizender Reden und wegen Verheimlichung von Kossuthnoten zu Geld-, Arrest- oder Prügelstrafen verurtheilt.

F r a n k r e i ch.

Paris, den 9. Febr. Sämmtliche Sectionspräsidenten des Staatsraths haben dieser Tage Protest beim Präsidenten gegen die seidene Stickerei der Zipfel und Krägen ihrer Uniform eingelegt, sie glauben der Staatsrath habe historische und sonstige Ansprüche auf in Gold gestickte Zipfel und Krägen. — Hr. Pierre Bonaparte ist dieser Tage mit der Tochter des Baumeisters Bazeloche verlobt worden; dieselbe bekommt eine sehr bescheidene Mitgift. (A. Z.)

Paris, den 10. Februar. Vorgestern und gestern Abends wurde auf Schildwachen beim Fort Ivry geschossen, ohne daß jedoch eine derselben verwundet wurde. Dagegen brachte eine Kugel der das Feuer erwiedernden Schildwachen einem Manne, von dem es noch sehr zweifelhaft ist, ob er geschossen hat, eine gefährliche Wunde bei, und 10 Personen wurden von den sofort herumstreifenden Soldaten verhaftet. Die Behörde hat zur Verhütung der öfteren Angriffe auf einzeln stehende Schildwachen die strengsten Maßregeln angeordnet.

Es heißt, daß dem Exminister de Morny, den man diese Nacht auch auf dem Balle im Elysee sah, die Präsidentschaft des gesetzgebenden Körpers mit 100,000 Fr. Gehalt angeboten sei, und daß er im Annahmefalle als Regierungscandidat für den ersten Bezirk von Paris auftreten werde.

Am Sonntage hielt L. Napoleon zu Versailles Musterung über 4 Regimenter, aus deren Reihen beim Vorübermarschiren zahlreiche Rufe: „Es lebe der Kaiser!" erschollen, in welche auch Umstehende einstimmten. — Wie verlautet, will L. Napoleon Hrn. Fleury als ersten Stallmeister mit 60,000 Fr., Hrn. E. Ney als Großjägermeister mit gleichem Gehalt, sowie einen zweiten Stallmeister und einen zweiten Jägermeister mit je 25,000 Fr. Gehalt anstellen. (K. Z.)

Der Bonapartismus hat gestern eine auffallende Niederlage erlitten. Der Prinz von Canino und François Delessert warben um einen Platz in der Akademie der Wissenschaften. Karl Bonaparte (Canino) trat natürlich unter dem Patronat des Präsidenten der Republik auf, fiel aber dennoch gegen den genannten Mitbewerber, einen Orleanisten in der Politik, einen sehr geschätzten Entomologisten in der Wissenschaft, durch. Als der Präsident das Ergebniß der letzten Abstimmung mittheilte und hinzufügte, dasselbe werde dem Präsidenten der Republik zur Genehmigung vorgelegt werden, brach ein allgemeines Gelächter aus, und einige Mitglieder meinten: die eben vollbrachte Wahl könnte als ein Act der Opposition durch ein Decret cassirt werden. (A. Z.)

— den 11. Febr. Die officielle Liste der Regierungscandidaten für den gesetzgebenden Körper ist, wie man vernimmt, endlich aufgestellt; jedem der Erkornen ist von der Regierung direct Anzeige davon gemacht, daß seine Candidatur unter dem Patronate der Regierung stehen werde. Auf diese Liste sind auch einige Candidaten gestellt, welche der Regierung Louis Napoleon's nur in sehr mittlerem Grade günstig sind, deren Wahl aber in ihren respectiven Departementen nicht verhindern zu können die Präfecte erklärt hatten; das Ministerium zog es deß-

setzt, um auch in diesen Distrikten nicht das Ansehen einer Niederlage zu haben, vor, diese Candidaten ebenfalls auf die Regierungsliste zu setzen, oder sie zu folgen.

Ungeachtet der strengen Ueberwachung der Polizei finden fortwährend geheime Wählerversammlungen statt, worin man die bevorstehenden Wahlen zum gesetzgebenden Körper sehr eifrig bespricht. Männer aller Parteien nehmen an denselben Theil. Uebrigens hat die Oppositionspartei, dem Beispiel L. Bonaparte's folgend sich ebenfalls eine geheime Polizei und sogar eine Art Polizeiministerium errichtet, an dessen Spitze ein gerade nicht zur avancirten Partei gehöriger Republikaner steht, der sich im Jahre 1848 einen gewissen Ruf erworben hat. Die Oppositionspartei ist sehr gut organisirt und fehlt es ihr gerade nicht an Geldmitteln. Um die geheimen Pläne zu erforschen, bedient man sich besonders weiblicher Spione zweideutigen Rufes. Wie man versichert, gibt es fast keinen Senator und sonst hochgestellten Staatsmann der Regierung des zweiten Decembers, der nicht von den Netzen eines solchen Spions umschlungen wäre. Die französische Polizei ist bekanntlich gut bedient; die der Opposition scheint jedoch noch besser bedient zu sein, da sie einen Theil der amtlichen Spione gewonnen hat, die für den Fall eines Umsturzes sich sicher stellen wollen, um ihren Broderwerb nicht zu verlieren. Die ultra-radicale Partei verhält sich in der neuesten Zeit sehr ruhig; desto eifriger bemühen sich aber die Männer, die zur legitimistischen, orleanistischen und gemäßigt demokratischen Opposition gehört haben. Die Regierung wagt nicht, zu barbarisch gegen dieselben aufzutreten, und läßt ihnen einen gewissen Spielraum. Mit den Ultra-Demokraten macht sie jedoch sehr wenig Umstände, wodurch dieselben genöthigt werden, den übrigen Parteien das Oppositionmachen zu überlassen. (Köln. Ztg.)

— den 12. Febr. Der „Moniteur" veröffentlicht eine neue Liste von Ernennungen zu Bataillonschefs, Majoren und Capitänen in der Nationalgarde von Paris.

Belgien, Würtemberg und das Haus Coburg haben an den Präsidenten der Republik Noten in Betreff der auf die Güter der Familie Orleans bezüglichen Decrete gerichtet. Der Präsident hat eine aus den Herren Turgot und Baré d'Essange und mehreren anderen Rechtsgelehrten zusammengesetzte Commission ernannt, welche die Frage prüfen und eine auf die Decrete und die Auslegung diplomatischen Verträge basirte Erwiederung vorbereiten soll.

Der „Courier de Marseille" berichtet: „Ein Aufstandsversuch hat in dem Gard-, dem Herault- und dem Ardechedepartement stattgefunden. Einige Bevölkerungen rotteten sich vor den Gefängnissen zusammen, um die Verhafteten zu befreien, und die Truppen waren genöthigt, auf die Haufen zu feuern. Nähere Details fehlen noch."

Strasburg, den 13. Febr. Die Theurung der Lebensmittel erzeugt in einigen Theilen unserer Provinz, namentlich in den Gebirgsgegenden, große Noth, so daß man wieder mehr als je von Diebstählen vernimmt. Selbst Kirchen werden nimmer mehr verschont. Die Wohlthätigkeitsvereine leisten Außerordentliches, allein ihre Mittel reichen nicht hin, den Bedürfnissen des so sehr überhand nehmenden Proletariats zu steuern. Man denkt nun wieder an Gesellschaften, welche zur Aufmunterung der Auswanderung nach Algerien und America organisirt werden sollen. (Fr. J.)

Italien.

Aus **Turin** vom 4. Febr. läßt sich das „Journal de Genève" erzählen, daß der neapolitanische Ministerwechsel in der Furcht vor französischen Planen seinen Grund habe. Im December v. Js. seien in Paris bei einem Bankett Lucian Murats, dem auch neapolitanische Flüchtlinge angewohnt, Toaste auf die Wiederherstellung des Murat'schen Thrones in Neapel ꝛc. ausgebracht worden. Aus Furcht vor einem etwaigen Handstreich in dieser Richtung habe sich der neapolitanische Hof England mehr nähern wollen, und der Ministerwechsel sei eine Concession an England; vielleicht folge auch eine Amnestie. Aehnliches wurde auch vor einigen Tagen aus Turin und Genua berichtet.

Spanien.

In **Saragossa** hat ein Doctor der Medicin, Namens Felix Soler, der im Entresol des städtischen Leihhauses wohnte, seit 2 Jahren seine 3 Töchter in einem Zimmer seiner Wohnung eingesperrt gehalten und allen dreien für monatlich 20 Realen oder 40 Sgr. Nahrung zukommen lassen. Durch einen Zufall ist die Sache entdeckt und der unbarmherzige Vater auch gleich ins Gefängniß abgeführt worden. Die armen Schlachtopfer, die nur noch vegetirten, wurden in das Hospital getragen, wo sie alle 3 in wenigen Stunden den Geist aufgaben. Die ganze Stadt ist wegen dieses Vorfalles in Aufregung. Die Frau des Doctors starb vor 4 Jahren eines plötzlichen Todes. Nach der Entdeckung dieses Verbrechens wurde die Frau ausgegraben und man fand noch Spuren des Giftes in ihr. Der Doctor läugnete jedoch, seine Frau vergiftet zu haben.

Großbritanien.

London. Die Untersuchung über den Brand des großen und schönen Dampfboots „Amazon" ist jetzt geschlossen, scheint aber kein bestimmtes Resultat geliefert zu haben. Man schwankt in der Ansicht ob die Feuersbrunst durch die Reibung der neuen Dampfmaschinen oder durch Selbstentzündung der Kohlen entstanden. Letzteres Phänomen ist in neuerer Zeit mehrmals in England vorgekommen.

Der Globe sagt: „Um das schreckliche Unglück das den Fabrikort Holmfirth in Yorkshire, in der Nähe von Huddersfield, betroffen, richtig zu begreifen, muß sich der Leser eine ungeheure Wassermasse vorstellen, welche meilenweit durch ein, dicht mit Mühlen (Fabriken), Landhäusern, volkreichen Orten und Dörfern besetztes, enges und tiefes Thal dahinstürzt. Das Städtchen Holmfirth enthält eine Bevölkerung von 6000 Menschen, die zu beiden Seiten des Flusses Holme wohnen. Die große Mehrzahl der Einwohner war zu Bett, denn es war in tiefer Nacht; und die einzige Warnung die sie erhalten ging von einigen Wächtern aus, welche, als sie bemerkten daß das Reservoir seine Einfassung zu durchbrechen drohte, längs dem Fluß herabrannten, schrieen und Steine in die Fenster warfen, um die Leute zu wecken. Aber auch das vermochten sie nur an dem Eingange des Orts, denn hier wurden sie selbst von der hereinbrechenden Fluth eingeholt. Das Wasser strömte 7 bis 9 Ellen tief durch Holmfirth, und ganze Spalten wären nöthig um alle die Wohnhäuser, Mühlen, Fabriken, Läden und Waarenmagazine aufzuzählen welche die Ueberschwemmung mit fortriß. Die erste Fabrik die das zerstörende Element erfaßte war die Wollenmanufaktur „Bilbury Mill", am Fuße des Wasserbehälters gelegen, ein Gebäude von drei Stockwerken. Es wurde größtentheils eingestürzt, und all sein schweres eisernes Maschinenwerk wie leichtes hölzernes Gebälk mit fortgespült. Zahllose Geräthschaften aller Art, Vieh u. s. w. trieben in den Wogen, und leider vermißt man über 100 Menschen. Aufgefunden aber sind bis jetzt nur 68 Leichen, von denen vier in dem 70 engl. Meilen entfernten Hull, am Humber, aufgefischt wurden. Brücken und Straßen sind in allen Richtungen zerstört.

Rußland.

Von der preußisch-polnischen Gränze, den 4. Febr. Neuerdings wurde in der polnischen Gouvernementsstadt Suwalki eine bedeutende Quantität Thee, welche aus Preußen nach Polen eingeschmuggelt war, öffentlich verbrannt. Thee ist die einzige Waare, die russischerseits als Confiscat nicht verkauft, sondern vernichtet wird, und die einzige Waare, für welche Seitens der Krone dem beschlagmachenden Beamten eine Belohnung von 15 Sgr. per Pfund gezahlt wird. Durch diese ge-

Digitized by Google

schärften Maßregeln soll dem russischen Karawanen-Thee-handel in Polen, woselbst bekanntlich mehr Thee als in jedem anderen Lande verbraucht wird, aufgeholfen werden. In der That aber haben die russischen Grenzbeamten, wenn nicht allein, so doch hauptsächlich, den Vortheil davon. Dieselben kaufen nemlich durch polnische Juden auf Auctionen in Preußen havarirten oder sonst verdorbenen Thee. Diesen müßen die Juden dann an einem bestimmten Orte und zur bestimmten Stunde über die Grenze bringen, bei Ankunft des Grenzbeamten aber, der einen Zeugen zur Seite hat, mit Hinterlassung der Waare das Weite suchen. Der Grenzbeamte verfolgt nun zwar die flüchtigen Juden, holt sie indessen nicht ein, begnügt sich daher mit Beschlagnahme der Waare und der dafür bestimmten Prämie. Diese bekommt er unverkürzt, zahlt den Juden einen kleinen Verdienst, wenn er sonst nicht mit ihnen in Abrechnung steht, und hat dann sein Schäfchen geschoren. Sehr oft soll nun zwar auch bei den öffentlichen Theebränden allerlei Unkraut mit in die Flamme gewogen werden, dann aber ist die Rechnung schon etwas complicirt und der Gewinn sehr getheilt. Dies ist die einfache Lösung des Räthsels, daß in Polen alle Augenblicke 1000 und wieder 1000 Pfd. Thee confiscirt und verbrannt werden, während der Confiscation minder werthvoller Waaren regel- und ordnungsmäßig durch Bestechung der Grenzbeamten vorgebeugt ist.

Türkei.

Konstantinopel, den 31. Jan. Bereits früher war die Vermuthung aufgetaucht, die Beilegung des Streites über die heil. Orte werde mit einem Ministerwechsel endigen. Reschid Pascha ist gefallen, es war dieses die Concession, unter welcher Frankreich und Rußland sich verständigten; der englische Wessier, so wurde er in St. Petersburg benannt, sollte entfernt werden. Um auch England zu versöhnen und zu beweisen, daß vom Princip der Reform nicht abgegangen werde, hat der Sultan Reschid Pascha zum Vorsitzenden im Divan erhoben. Vor seiner Ernennung war er mehrere Stunden mit dem Sultan allein im vertraulichen Gespräch begriffen, so daß die feierliche Proclamirung um einige Stunden verzögert wurde. Der Sultan hängt an diesem Mann mit besonderer Vorliebe; er betrachtet ihn als seinen Schutzgeist, als den Einzigen, der im Stande sei, die begonnenen Organisationen seines Vaters zu vollenden. Reschid wird also weiter regieren, obwol Rauf Pascha Großwessier ist. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

* **München,** den 12. Febr. Die heutige 84. Sitzung der Abgeordnetenkammer dauerte kaum eine Viertelstunde: auf der Tagesordnung stand nur die Erledigung einiger formellen Geschäfte; Verlesen von Actenstücken und Anzeige der Erledigung von zwei Ausschußarbeiten. Der Abg. Fillweber erhielt einen Urlaub von 14 Tage.

* Wie man vernimmt, hat sich das Ministerium so entschieden gegen die Einführung von Papiergeld erklärt, daß der Ausschuß einen dahin zielenden Antrag nicht stellen wird. Bleibt es sonach, wie kaum zu bezweifeln, bei den, vorerst blos provisorisch angenommenen Budgetpositionen, so wird das Deficit gedeckt werden: 1) durch Beibehaltung des Lotto, und 2) durch Erhöhung der Steuer, und zwar der Grundsteuer.

* Das Schleimfieber hat sich wieder mehrfach hier eingestellt.

* — den 13. Febr. Die Ermordung des erst 17jährigen Cigarrenhändlers L. Reeb beschäftigt begreiflicher Weise noch immer gleichsam die ganze Bevölkerung. Die That übertrifft an Frechheit wol Alles, was bis jetzt vorgekommen. Sie ward verübt in einem offenen Laden, am hellen Tage, in einem Locale, gelegen zwischen einem andern offenen Laden, und einem Lotteriebureau, an einem der belebtesten Plätze, über den der Weg nach dem Eisenbahnhofe führt, blos 20 oder 30 Schritte von einer gewöhnlich mit vielen Chaisen bestellten Fiakerstation, und 30 bis 40 Schritte von der ziemlich zahlreichen Thorwache. Es ist eine Missethat, wie sie allerdings fast nur [illegible] einer großen Stadt in solcher Weise ausgeführt werden kann, allein sie zeigt auch neuerdings, welche furchtbare Rohheit in einem Theile des s. g. „Crystallisationskerns" herrscht. Es ist ein Preis von 100 fl. auf Entdeckung des Thäters oder der Thäter ausgesetzt. Wir können kaum glauben, daß nicht eine Entdeckung erfolgen sollte.

Kassel, den 14. Febr. Heute Nacht gelang es dem im hiesigen Castel in Verhaft gehaltenen Dr. Kellner zu entweichen. Er scheint sich an einem Seile über eine Zwischenmauer herabgelassen zu haben, um an die Fulda zu kommen. Ein Soldat, Namens Zinn, der von 10 bis 12 Uhr im Castel auf Posten stand, soll mit durchgegangen sein. Seine Uniform fand man, wie erzählt wird, am diesseitigen Ufer beim Packhofe.

Paris, den 12. Feb. Ich habe ein gedrucktes Exemplar einer Petition an den Senat vor mir liegen, die bei den bevorstehenden Wahlen in allen Sectionen zum Unterzeichnen aufliegen wird. In dieser Petition wird energisch und entschieden verlangt, daß der Senat das Kaiserthum wieder herstelle und Louis Napoleon zum erblichen Kaiser der Franzosen erkläre. (Köln. Ztg.)

— den 13. Feb. Der heutige „Moniteur" enthält außer einem Finanzdecret noch deren zwei in Betreff öffentlicher Arbeiten. — Aus Madrid ist die telegraphische Nachricht hier eingetroffen, daß die Königin vollkommen wieder hergestellt ist.

Aus **Verona** vom 10. Febr. wird die vollständige Begnadigung der Grafen Guerrieri und Lutti gemeldet.

London, den 13. Febr. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Lord Granville erklärte heute im Hause der Lords: es müßten die Nationen so handeln, wie sie selbst behandelt zu werden wünschten; sie dürften deßhalb keinen Anstand nehmen, begangenes Unrecht als solches anzuerkennen; er (Granville) habe, als er von der Gewaltthat Kenntniß erhalten, welche der Commandant des „Expreß" gegen ein amerikanisches Schiff verübt habe, der Vereinigten-Staaten-Regierung sein Bedauern hierüber ausgedrückt und hoffe, daß Oesterreich ebenso handeln werde in Bezug auf eine gewaltthätige Behandlung, die ein britischer Unterthan von einem österreichischen Officier in Florenz erduldet hätte.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[832²] **Gerichtliche Versteigerung.**

Feitag, den 12. März nächsthin, Nachmittags um 1 Uhr, zu Kirrweiler, im Wirthshause zur Krone, werden auf Anstehen der Wittwe und Erben des daselbst verlebten Müllers Johannes Mechtersheimer, die nachbeschriebenen zur Gütergemeinschaft zweiter Ehe des Erblassers gehörenden Immobilien in gerichtlicher Form öffentlich auf Eigenthum versteigert, nemlich:

1) Ein Wohnhaus mit Mahlmühle mit zwei Gängen, Schälmühle und Schwingmühle, Scheuer, Stallung, Kelterhaus, Hofraum und sonstigen Zubehörden, die Fleckenmühle genannt, und zu Kirrweiler am Sankt Martinerbach auf 19 Decimalen Grundfläche gelegen.

Die Gebäulichkeiten, sowie die innere Einrichtung der Mühle befinden sich in dem besten Zustande, und es wurden bisher darin mit dem günstigsten Erfolge nebst der Müllerei, die Bäckerei, deren sämmtliche Zubehörden ebenfalls mitversteigert werden, — und der Mehlhandel betrieben — und ist daher das Ganze in jeder Beziehung ein ergiebiger Nahrungsplatz.

2) 50 Decimalen Acker auf der Platte, Bann von Kirrweiler.

Venningen, den 14. Februar 1852.

Aus Auftrag:

Schauberg, Notar.

Neue
Speyerer Zeitung.

Mittwoch Nro. 42 den 18. Februar 1852.

Deutschland.

(:) **Aus Altbayern,** den 12. Febr. Die Kammersitzung vom 7. Februar bot so viele interessante Seiten, daß Sie mir wol gestatten werden, einige derselben speciell hervorzuheben. Der Antrag Prell's ward verworfen; wer die Geschichte unseres gegenwärtigen Landtages kennt, wer ins Auge gefaßt, daß gerade Herr v. Lasaulx vom Ausschuße zum Referenten in einer Preßsache gewählt wurde, Hr. v. Lasaulx, der nach seiner eigenen Aussage nie eine Zeitung liest: der konnte über ein solches Ergebniß keinen Augenblick im Zweifel sein. Und doch deutet Alles darauf hin, daß die Regierung ihres scheinbaren Sieges sich nicht zu freuen vermöge; ein unheimliches Gefühl offenbarte sich während der ganzen Sitzung am Ministertische; der Ministerpräsident sah sich in der Lage, den Ministerialcommissär wiederholt desavoniren zu müßen, unruhige Bewegungen, erblaßte Gesichter waren die Antwort auf die einschneidende Rede Crämer's, und die policeilichen Beschlagnahmen, die man fast *allerwärts gegen umfassende Berichte der betreffenden Sitzung verfügte**), deuten darauf hin, daß eine höchst verwundbare Stelle berührt wurde. Wir wollen die Wunde nicht noch einmal aufreißen; aber das können wir uns nicht versagen, gegen die vom Ministerpräsidenten und von Hrn. Prof. Lasaulx in dieser Sitzung aufgestellten Theorieen eine Lanze einzulegen. Die von beiden Herren aufgestellten Sätze sind von solcher Tragweite, daß mit ihnen jeder verfassungsmäßige Schutz in Frage gestellt würde. Wir wollen uns für dieses Mal blos mit Hrn. v. d. Pfordten befassen.

Ausdrücklich bestimmt das Preßedict, welches ein integrirender Bestandtheil unserer Verfassung ist, daß Niemand wegen seiner Thätigkeit in der Presse zur Verantwortung gezogen werden dürfe, außer in den Fällen, welche als Policeiübertretungen, Vergehen oder Verbrechen gesetzlich mit Strafe bedroht sind; dasselbe Verfassungsgesetz verbietet jede Beschränkung der freien Presse im Verwaltungswege, und entzieht der Policei jede Cognition in Preßsachen. Und dennoch nahm Hr. von der Pfordten keinen Anstand, der Policei das Recht zuzuschreiben, gegen Inländer Ausweisungen lediglich wegen ihrer Thätigkeit in der Presse zu verfügen? Ist eine policeiliche Ausweisung, die lediglich auf die Thätigkeit in der Presse sich stützt, etwas anderes als eine Cognition der Policei in Preßsachen, etwas anderes als eine Strafe von Seiten eines unzuständigen Richters? Man beruft sich auf das Heimathsgesetz und die Verordnung von 1808, wornach „die ganze Verantwortlichkeit für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit bei den Directionen der Policei liegt und diese deßhalb alle Veranlassungen zu entfernen haben, welche sie stören könnten." Hat man denn aber jenen Fundamentalsatz unseres Staatsrechts ganz vergessen, daß überall da, wo ein Verfassungsgesetz oder überhaupt ein Gesetz mit einer Verordnung nicht in Einklang steht, letztere als ungültig zu betrachten sei, und daß unser Preßedict die angeführte Stelle jener Verordnung in so bestimmter Weise aufhebt, daß ein Zweifel gar nicht Platz greifen kann? Wäre es anders, so kämen wir in der That auf Consequenzen, die vielleicht am Ende selbst dem Hrn. Ministerpräsidenten ... Stände dieser §. 37 der Policeiinstruction zu stark würden.

tion von 1808 über der Verfassung, warum sollte nicht auch Jemand aus seiner Heimath verwiesen, warum sollte er nicht von der Policei Jahre lang ad libitum eingesperrt, warum sollte nicht sogar ein höherer Staatsbeamter von ihr beseitigt werden dürfen, wenn diese Personen „Veranlassung sein sollten, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu stören?" Man lache nicht über die Consequenz, wenn man nicht auch über die Prämisse lachen will, unsere Folgerungen beweisen nur, wohin es kommen müßte, wenn man eine einfache, vage Instruction einer Verfassungsbestimmung vorzöge, und das wollten wir beweisen. Mit Sätzen, wie „die Freiheit der Presse, welche die Verfassung garantirt, kann unmöglich das Privilegium erhalten, die Grundlage der Gesellschaft anzugreifen; die Freiheit der Presse muß der öffentlichen Ordnung unterthan sein," mit solchen Sätzen beweist man gar nichts. Wir leben in einem Staate, der sein positives Recht hat; man unterlasse es, da mit allgemeinen Sätzen zu kämpfen, wo es sich um Anwendung bestimmter Gesetze handelt. Man hat es oft der democratischen Partei zum Vorwurf gemacht, daß sie auf einen idealen Boden sich stelle; die Democratie schlägt diesen Weg aber nur da ein, wo es sich darum handelt, Neues zu erringen; allgemeine Grundsätze sind da am Platze, wo es gilt, zu *schaffen*; wenn es sich aber um Anwendung positiver Gesetzesbestimmungen handelt, muß jeder locus communis verstummen. — Mit Recht wurde daher der Regierung von mehreren Seiten zugerufen, wenn die gegenwärtige Preßgesetzgebung ihr nicht zusage, so möge sie Abänderungen vorschlagen, und in der That, der Hr. Ministerpräsident hat in dieser Beziehung mit einer Offenheit sich geäußert, der wir unsere Anerkennung nicht versagen können. „Mit *unserem Preßgesetze*," sagte derselbe, „kann der *Staat* und die *gesellschaftlichen Grundlagen nicht erhalten werden*, deßwegen werde ich aber zu keiner Verfassungsverletzung rathen, wol aber zu einer Aenderung der Preßgesetzgebung und sie ist notbwendig nach meiner festen Ueberzeugung."

Also auch bei jenem Stäubchen von Preßfreiheit, das uns geblieben, soll der Staat, sollen die gesellschaftlichen Grundlagen nicht bestehen können! Wohin wir blicken, fast überall ist jeder Rest einer freien Meinungsäußerung bis auf die letzte Spur verwischt. Als das Preßgesetz gegeben wurde, da fürwahr gab es im ganzen Lande auch nicht einen Einzigen, der dasselbe für zu mild hielt, selbst die, welche für dasselbe stimmten, erklärten es als zu scharf, und dieses Preßgesetz soll bereits nicht mehr ausreichen? Der Staat selbst, alle Organe der Staatsgewalt im Ganzen und im Einzelnen, die Religion und Sittlichkeit, Ehe, Eigenthum und Familie, alle Elemente des Staates und der Gesellschaft, sind in übermäßiger Weise geschützt. Kaum daß die Möglichkeit einer ruhigen Kritik uns noch geblieben, und selbst dieses Minimum noch soll den Staat, soll die gesellschaftlichen Grundlagen gefährden? Es zeigt in der That nicht von dem Selbstgefühle staatsmännischer Kraft, wenn dieser letzte Zweig des mächtigen Baumes noch Angst und Schrecken einzuflößen vermag. Wer die Ueberzeugung in der Brust trägt, daß sein Handeln dem Wohle des Vaterlandes entsprochen, wer das Bewußtsein in sich hegt, sein politisches Ziel richtig erkannt und dasselbe mit edlem Sinn, mit Consequenz und Energie verfolgt zu haben, mit einem Worte, wer weiß, was er will und thut, und daß er das Rechte will und thut — der kann nicht nur bei un-

*) Wie wir vernehmen, haben aber die Gerichte nirgendwo eine Untersuchung deßhalb auch nur eingeleitet.

serem Körnchen von Preßfreiheit, der kann bei einem noch höheren Maß desselben recht wohl bestehen. Louis Napoleon erträgt freilich die freie Presse nicht, auch der Kurfürst von Hessen und der Kaiser von Oesterreich ertragen sie nicht; aber nicht die Presse würde dort den Staat und die gesellschaftlichen Grundlagen gefährden, diese Grundlagen sind vielmehr dort bereits in einer Weise untergraben, daß sie mit und ohne Presse zusammenstürzen. Wer entschlossen ist, für das öffentliche Wohl in die Schranken zu treten, der muß auch auf die Stimme hören, welche großentheils als Ausdruck der allgemeinen Ueberzeugung gelten kann; wer die Wahrheit ertragen kann, der muß sich freuen, wenn diese öffentliche Stimme sich frei äußert, und selbst der Mißbrauch wird zu Boden geschlagen durch die natürliche Gewalt, welche die Wahrheit namentlich dann hat, wenn sie im Bunde mit der Macht steht. Wer aber die Wahrheit, wer die Macht der öffentlichen Meinung nicht ertragen kann, der suche die Gefahr nicht in der Presse; die Presse ist wesentlich secundärer Natur und jede Gefahr von ihrer Seite schwindet, wenn man es von vornherein vermeidet, Ursache zur Unzufriedenheit zu geben. Nicht nur wir hegen diese Ansicht, wir führen eine Autorität für uns an, die man gewiß gelten lassen wird. „In Zeiten wirklicher politischer Freiheit," sagt jene Autorität, „wie sie jetzt dem deutschen Volke gegeben worden ist, kann eine Regierung nicht anders bestehen, als in einer lebendigen Wechselwirkung mit dem politischen Gefühle und der politischen Ueberzeugung des Volkes. Um sich in dieser Wechselwirkung zu erhalten, muß sie bestimmte Nährorgane haben, und diese sind die Presse und die Aeußerung des politischen Bewußtseins des Volkes in Vereinen und Versammlungen. Ich glaube, die Mißachtung dieser Aeußerung ... würde die Auflösung der Regierung zur Folge haben." So sprach am 6. October 1848 der damals sächsische Minister, nunmehr baierische Ministerpräsident, Dr. Ludwig Carl Heinrich von der Pfordten.

* Bemerkung der Redaction. Wir wollen bei dieser Gelegenheit einige Stellen aus der Rede des Abg. von Koch (von der Rechten, oder vielmehr dem s. g. Quercentrum) nach dem mittlerweile veröffentlichten stenographischen Berichte, mittheilen. Der genannte Abg. sagte namentlich Folgendes: „Es wird von den Policeistellen behauptet, daß sie (von Ausländern will ich hier nicht einmal reden), berechtigt seien, einen Inländer von einem Orte, den er sich zum Aufenthalte gewählt hat, wegzuweisen, wenn er nicht daselbst sein Domicil hat, und seine Tendenzen keine regierungsfreundlichen sind. M. H.! für diese Behauptung wird die Instruction für die Policeidirection vom J. 1808 citirt. Diese Instruction ist in Betreff des citirten Paragraphen gewiß durch die Constitution aufgehoben, welche bestimmt, daß jeder Baier im ganzen Lande wohnen kann, wo es ihm beliebt. Nur derjenige Baier, welcher dem Vagantengesetze verfällt, welcher nicht im Stande ist, seine Lebsucht zu decken, nur dieser kann an seinen Wohnort gewiesen und dort festgehalten werden. M. H.! das Domicil ist ein Beneficium, eine Wohlthat, welche Demjenigen, der verarmt, die gemeindliche Hülfe zusichert; es ist aber kein Onus, keine Last, und wenn die Policeigewalt sich herbeiläßt, dieses Beneficium zum Onus gestalten zu wollen, so glaube ich, steht derselben nicht von Ferne das Gesetz zur Seite. Es wird behauptet, Personen, die der öffentlichen Sicherheit oder Ruhe gefährlich sind, seien nach jener Instruction von 1808 von der Policei auszuweisen. M. H.! Ich kann nicht begreifen, wie die Policei sich herauszunehmen erlauben kann, Jemanden als der öffentlichen Ruhe verdächtig zu erklären, von welchem die Justizstellen, die Ausleger der Gesetze, auf der andern Seite bereits erklärt haben, daß er keineswegs der öffentlichen Ruhe gefährlich sei, daß keineswegs ein Mann sei, von dem man sich versehen könne, daß er die öffentliche Sicherheit zu gefährden gemeint sei. Es scheint mir von Seite des Ministeriums der Polizei das Recht reclamirt zu werden, andere Grundsätze aufstellen zu dürfen, als welche die Gesetze aufgestellt haben. Es wird hiedurch ein Zwiespalt herbeigeführt zwischen der polizeilichen Gewalt einerseits und zwischen der Justizgewalt anderseits, ein Zwiespalt zwischen dem Gesetze und zwischen der Willkür. M. H. ich glaube, daß ein solcher Zustand nur zum Uebel führen kann."

Ueber die angekündigten neuen Maßregeln gegen die Presse äußerte der nemliche Redner besonders Nachstehendes: „Weiter zu gehen, den Bogen straffer zu spannen als er schon gespannt ist, hiezu möchte ich keineswegs beizustimmen für räthlich halten. Wir leben in keinem Lande, wo das Denken und Sprechen verboten ist. Wenn einmal ein solches Gesetz existirt, wenn geboten ist, daß man nicht mehr denken, daß man nicht mehr sprechen darf, dann, m. H., werde ich den angekündigten Maßregeln zustimmen. Vor der Hand ist aber der Regierung das Recht, alle Gedanken zu überwachen und alle Reden zu überwachen, noch nicht eingeräumt; sie befindet sich uns gegenüber noch nicht in der Lage eines Hausvaters zu seinen Kindern. Ich bin nicht gemeint, unser Vaterland der Polizei zu überantworten. Ich halte mich und dessen Bewohner für seinen Eigenthümer, und werde mein Eigenthum, das Recht zu denken und zu reden, nach all meiner Kraft schützen. Dies, m. H., ist meine Ansicht über die angekündigten Maßregeln."

* **Speyer.** Nach dem Gelingen des Staatsstreichs in Frankreich hörte man überallher von dem wiederbelebten Vertrauen, dem Aufschwunge des Verkehrs, dem Blühen der Geschäfte. Nach neueren Briefen aus Paris hat sich ein schlimmer Umschlag eingestellt. Das Vertrauen fehlt in der Geschäftswelt, der Verkehr stockt, und den Gewerbtreibenden, welche voll Hoffnung ihre Industrieanstalten wieder in Schwung gesetzt, mangelt nun der Absatz. Da sie mit größter Anstrengung alle Mittel aufgeboten hatten, ist ihre Lage jetzt doppelt traurig. Die Ungewißheit der Zukunft, oder vielmehr die Gefahr, welche dieselbe in dieser oder jener Weise in Aussicht stellt, wirkt überall lähmend und verderblich.

München, den 11. Febr. Advocat Sch. von Oettingen schon früher einmal hier verhaftet und gegen Kaution entlassen, ist abermals auf Haftbefehl des hiesigen Kreis- und Stadtgerichts gefänglich eingezogen worden. (F. K.)

Aus Oberbaiern, den 7. Febr. Ein Umlaufschreiben unserer Regierung an die Baubehörden befiehlt die Aufzeichnung aller mittelalterlichen, zu Klöster tauglichen Gebäude, die sich in den betreffenden Bezirken befinden, da die Regierung gesonnen ist, die Erziehung, namentlich der weiblichen Jugend, so weit es in ihrer Macht liegt, dem Orden der Schulschwestern anzuvertrauen. (D. Bb.)

Nürnberg, den 13. Febr. Im Laufe des gestrigen Tages ist auch die Frau des Maschinenarbeiters Tiefel in policeilichen Gewahrsam genommen worden; es wurde ihr gestattet, ihre beiden kleinen Kinder mitzunehmen. Der längere Zeit schon verhaftete Arbeiter Haasen ist aus dem Policeigefängniß in das Kriminalgefängniß gebracht und ein kürzlich verhafteter Schneidergeselle wieder entlassen worden. (N. K.)

Aus **Frankfurt,** vom 11. Febr., wird der „Allg. Ztg." berichtet: Die Flottenfrage ist noch in der elften Stunde in einer dem Ehrgefühl der Nation entsprechenden Weise entschieden. Sämmtliche Bundesstaaten haben, dem Vernehmen nach, ihre Bereitwilligkeit zur Zahlung der Matricularbeiträge erklärt. Die noch fehlende preußische Erklärung kann um so weniger bezweifelt werden, als von vornherein dieser Staat die Anerkennung des Bundeseigenthums an der Flotte gefordert hatte, woraus die Zahlung der Matricularbeiträge von selbst floß.

* In Folge des gestiegenen Getreidepreises haben die Eisenbahnverwaltungen im Norden Deutschlands, namentlich in Preußen, ausnahmsweise billige Frachtsätze für dasselbe eintreten lassen.

Mainz, den 14. Febr. Wie wir vernehmen, ist der Ausbau der französischen Eisenbahnlinie von Straßburg nach Weißenburg jetzt entschieden und es hat der Prinz-Präsident zu diesem Zwecke bereits vier Millionen Francs angewiesen. Das betreffende Decret wird nächster Tage im „Moniteur" erscheinen. (M. J.)

Vom Odenwalde, den 1. Febr. Das Frkf. J. schreibt: Ein Katholik, „der sein langes Leben im Dienste der katholischen Kirche, wie er desselben, zum Segen der Wahrheit und heiligen Religion hingebracht hat," berichtet uns, daß ein unterdessen erlassener bischöflicher Hirtenbrief das Leben der Diözesangeistlichkeit einer Revision unterzieht. Einige Beispiele mögen zeigen, welch' umfassende Sorge der hochw. Bischof um das innere und äußere Leben seiner Diözesanen trägt. Er erklärt u. a. das Heizen der Küche und des Zimmers des Pfarrers mit einem Ofen als unzulässig. Er wünscht im Allgemeinen: der Neugierige möge in dem Pfarrhause das Bild des priesterlichen Lebens verwirklicht sehen, wie er es im Seminar aufgefaßt habe. Mit Schrecken werden die mit gesundem und vollem Antlitz gesegneten Geistlichen die Worte lesen: „Es ist eine Schmach, wenn Kleriker den Tröster der Armen und Hungernden mit feistem Wanst verkündigen, ein Hohn, wenn rothe, schmelzende Pausbacken das Fasten predigen." Der fromme Origenes ging freilich noch weiter. Der Hirtenbrief verwarnt ferner vor der Sünde, die Tonsur zu vernachlässigen, und gebietet, täglich Talar, Schuhe und Strümpfe zu tragen. Vor Allem wird das tägliche Breviergebet anbefohlen, dessen Unterlassung als **Todsünde** gebrandmarkt und die — wie eine nicht bloß den Priestern, sondern auch dem Altardienste selbst gegebene Vorschrift lautende — Behauptung aufgestellt: Gott könne den Priester nur dann erhören, wenn er bete, wie er (der Diocesan nämlich) lehrt. Unsere Leser mögen sich selbst die Fragen beantworten: welches neue Geschlecht des Volkes durch so erzogene Priester erzogen werden soll, und ob irgend eine Staatsform mit dieser Hierarchie neueren Styls bestehen kann.

Dresden. Durch Generalverordnung des Ministeriums des Innern vom 10. Jan. ist die Verbreitung der Druckschrift: „Der Tag ist angebrochen. Ein zweckdienliches Wort von Rudolf Dulon, Pastor zu U. L. Frauen in Bremen, Verlag von A. D. Geisler, 1852" wegen ihres „aufreizenden Inhalts" für den Bereich des sächsischen Landes untersagt worden. — In Berlin ist diese Schrift mit Beschlag belegt worden.

Hannover. Die Zeitung für Norddeutschland berichtet aus Hannover vom 10. Febr.: Die beiden Mitglieder des Gutenbergbundes, bei denen gestern, wie wir gemeldet, Haussuchungen stattgefunden, sind sogleich in Haft genommen worden. Die Veranlassung dazu hat, wie man hört, eine Sammlung gegeben, welche die beiden Verhafteten für einen am badischen Aufstande betheiligten und seine Strafe verbüßenden Collegen veranstaltet hatten. (!)

Breslau, den 11. Febr. Wie in München, so fanden in Folge eines Beschlusses der Versammlung deutscher Polizeimeister in Berlin, Haussuchungen bei Mitgliedern des Vorstandes und Secretariats der hiesigen christkatholischen Gemeinde, bei Prof. Nees v. Esenbeck, Dr. Bednisch, Prediger Hofferichter statt. Es wurden dabei von den Polizeibeamten Druckschriften aus vergangenen Jahren und Papiere, welche auf den kirchlichen Verband Bezug hatten, mitgenommen. In Folge obigen Beschlusses in Berlin werden in ganz Deutschland bei Mitgliedern der freien christlichen Gemeinden Haussuchungen gehalten werden. (A. Z.)

Luxemburg, den 7. Febr. Die Jesuitenmissionäre treiben noch immer ihr Wesen bei uns. Jetzt wird aber wohl unsere Regierung gezwungen sein, einzuschreiten. Unweit der Stadt liegt nämlich die Fayencerie des Hrn. Boch, der die ganze Pfarrgemeinde in Nahrung setzt, der aber kein Freund der Missionäre ist. Bischof Laurent hat ihn sogar excommunicirt. Die Abwesenheit des Hrn. Boch benutzten nun die Redemtoristen, in der Fayencerie-gemeinde eine achtwöchentliche Mission vorzunehmen, die wirklich zahlreich besucht wurde. Da kam plötzlich Hr. Boch zurück und schloß sofort die Fabrik, indem er den 200 Arbeitern erklärte, so lange die Mission dauere, ließ er nicht arbeiten. (F. J.)

Wien, den 10. Febr. Ein großartiger Lotteriebetrug ist hier versucht und, wie es scheint, auch theilweise ausgeführt worden. Unter der Firma J. Rothschild Sohn wurden Lotterie-Promessen, d. d. Offenbach den 1. Juli 1851, à 15 fl. auf ein angebliches Lotterieanlehen süddeutscher Staaten per 100 Mill. 576,037½ fl. in großer Anzahl nach Oesterreich, und besonders nach Ungarn versendet. Die Promessen haben das Ansehen gewöhnlicher Partialloose.

— den 12. Febr. Den jüngsten kriegsgerichtlichen Hinrichtungen sollen noch sechs folgen. Man braucht noch mehr Blut, um sich eines Theils ein schreckliches Aussehen zu geben, andern Theils aber um dem mächtigen Bewußtsein Nahrung zu verschaffen, daß man seine Feinde unter den Galgenstrick der „Civilisation" gebracht hat. Damit das ganze Reich die Glückseligkeit zu fühlen bekommt, werden zwei der Erhenkungen in Wien, zwei in Olmütz und zwei in Pesth vorgehen.

Dem 1849 zu vierjährigem Festungsarrest verurtheilten katholischen Priester und Domherrn Joseph Mihalevics wurde der Rest seiner Strafzeit vom Kaiser nachgesehen.

Prag, den 9. Febr. Zu den 36 Personen, die sich noch bei dem Hradschiner Kriegsgericht in Untersuchung befinden, sind dieser Tage zwei in Hamburg Verhaftete hinzugekommen.

Frankreich.

Paris, den 10. Febr. In diesem Augenblick wird auf den Erfinder einer angeblich in England verfertigten Höllenmaschine gefahndet, von deren Anwesenheit in Paris die Polizei genaue und detaillirte Kenntniß erlangt haben soll. Da aber der Angegebene seit drei Tagen nicht entdeckt werden kann, wird auch der Angeber unter strenger Aufsicht gehalten.

— den 11. Febr. Die Entdeckung des Erfinders und Besitzers der Höllenmaschine beschäftigt die Polizei fortwährend. Sie scheint aber bis jetzt in ihren Forschungen keineswegs glücklich gewesen zu sein. Der Denunciant ist ein Homonym sowol dem Vor- als Zunamen nach eines sehr berühmten Sängers. Der Denunciant wäre, nach den Mittheilungen die ich erhalten, nicht vom Complott gewesen und will seine Enthüllungen von einer Frau wissen, in deren Gunst er sich mit dem angeblichen und angegebenen Erfinder der Höllenmaschine theilt. (A. Z.)

— den 12. Febr. Der schon unter der vorigen Regierung mehrere Jahre lang wegen politischer Vergehen eingekerkerte Huber war bekanntlich in Folge der Ereignisse des 15. Mai vom hohen Gerichtshofe zu Bourges verurtheilt worden, und saß auf Belle-Ile-en-mer gefangen. Gegen Ende Januars bat er Louis Napoleon schriftlich, seine Strafe in die der Verbannung umzuwandeln, indem er beifügte, daß er der Politik für immer entsagt habe. Der Präsident hat ihm jetzt völlige und unbedingte Begnadigung gewährt. — Ein junges Mädchen, das unlängst auf den Boulevards die ärgsten Schimpfreden und Drohungen gegen L. Napoleon ausstieß, ward gestern vom Zuchtpolizeigerichte zu 4 Monaten Gefängniß und 16 Fr. Geldstrafe verurtheilt. — Die Staatsforsten von St. Germain und Marly waren bisher an Jägergesellschaften verpachtet; der nächstens ablaufende Pacht soll nicht erneuert werden, da fortan der Präsident allein für sich und die von ihm mit Jagdscheinen begnadigten Freunde dort die Jagd ausüben wird.

In Folge der letzten Angriffe auf Militärs ist das Gesetz über Verheimlichung von Waffen und Munition in den Straßen von Paris angeschlagen worden. Des Nachts durchziehen starke Patrouillen mit Spitze und Nachhut die Straßen; überall sind die strengsten Verhaltungsbefehle ertheilt worden. — Der Herzog von Rohan hat, wie man versichert, ein Gesuch bei dem Justizminister eingereicht, um die Rehabilitation des Prinzen

Digitized by Google

von Condé zu verlangen und um zu beweisen, daß er sich nicht selbst hat entleiben können. Das Gesuch stützt sich auf den Umstand, daß der Proceß zu einer Zeit Statt gehabt hat, wo man die Wahrheit nicht habe erfahren können.—Der „Moniteur“ veröffentlicht präsidentielle Decrete, durch welche Actiengesellschaften für eine Eisenbahn von Dijon nach Besançon (welche die erste Section der Linie von Dijon nach Mühlhausen bilden wird) und für eine Eisenbahn von Dôle nach Salins (welche die bedeutenden Salzwerke im Osten mit der Dijon-Besançoner Bahn in Verbindung bringen wird) concessionirt werden.

— den 13. Febr. Wie in Paris, so werden auch in den Departementen Unterschriften für eine Petition gesammelt, worin die Wiederherstellung des erblichen Kaiserthums verlangt wird.

Der Präsident war bei dem letzten Balle des Kriegsministers nicht zugegen. Es wurde heute behauptet, er habe sich deßhalb nicht eingefunden, weil Polizeiberichte auf die Möglichkeit eines Attentates gegen das Leben L. Napoleons auf dem Balle hingewiesen hätten.

Belgien.

Brüssel. In Sachen des „Bulletin français“ hat das Tribunal erster Instanz am 10. Febr. eine Vorfrage erledigt. Die Beschwerde des Buchdruckers gegen die Beschlagnahme der Exemplare wurde, in Betracht daß diese Maßregel zur Einleitung der Untersuchung nothwendig sei, abgewiesen, und der Kläger in die Kosten verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte noch auf eine Geldbuße von 300 Fr. angetragen. Trotz des anhängigen Processes war eine sechste Nummer des Bulletin français in Brüssel ausgegeben worden.

Italien.

Rom, den 6. Febr. Es geht das Gerücht, es sei nach langem Berathen, Beschließen und Gegenbeschließen im Cardinalcollegium endlich der Vorschlag durchgegangen und solle im nächsten Consistorium als Gesetz veröffentlicht werden, daß nun auch die Ministerien der Justiz, der öffentlichen Arbeiten, der Finanzen und des Militärwesens geistliche Würdenträger zu ihren Chefs erhalten sollen.

Am Abende des 3. Febr. ist der Polizeiinspector Tabla, während er im Gespräch mit einigen Freunden begriffen war, von hinten durch einen Dolchstoß verwundet worden. Dem Thäter gelang es, zu entfliehen.

Nachrichten aus **Neapel** vom 28. Jan. im „Giornale di Roma“ zufolge hat der König beider Sicilien die über 4 Verbrecher verhängten Strafen gemildert, das Verfahren gegen 50 Personen, die politischer Vergehen angeklagt waren, sistirt und 23 derselben, die sich im Gefängniß befanden, in Freiheit gesetzt. 21 Personen, die zu Gefängnißstrafen von verschiedener Dauer verurtheilt waren, sind begnadigt worden, und 80 Gefangenen ist ihre Strafzeit bis auf ein Jahr ermäßigt worden.

Australien.

Privatbriefe aus **Sidney** vom 8. Nov. sprechen von neuaufgefundenen, ergiebigen Goldlagern in Australien. In Victoria, 40 Meilen westwärts von Melbourne, war bis zu obigem Datum für 220,000 Pf. St. Gold ausgegraben worden. Gegen 15,000 Menschen haben sich bereits auf diesem Fleck zusammengefunden, und wöchentlich werden an 5500 Unzen weggeführt. Auf dem Ballaratfelde arbeiten gegen 5000 Menschen und der wöchentliche Ertrag beläuft sich auf 1500 bis 2000 Unzen.

Neueste Nachrichten.

München, den 14. Febr. Die Kammer der Reichsräthe setzte in ihrer heutigen (30sten) Sitzung die Berathung über den Gesetzentwurf „die Landräthe betreffend,“ fort, und nahm ihn mit wenigen Modificationen, nach den Beschlüssen der zweiten Kammer an. Bei der namentlichen Abstimmung wurde das Gesetz mit allen gegen fünf Stimmen angenommen.

Turin, den 11. Febr. Der Preßgesetzentwurf (welcher fremden Regierungen Schutz gegen muthwillige Angriffe sichern soll) wurde nach langer Discussion mit 100 gegen 44 Stimmen von der Abgeordnetenkammer angenommen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 14. Febr. Weizen 22 fl. 5 kr., Korn 17 fl. 51 kr., Gerste 15 fl. 8 kr., Hafer 5 fl. 57 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Berichtigung.

In dem Berichte über die Verhandlungen vor dem Cassationshofe zu München in Nro. 37 der Speyr. Ztg., sind — abgesehen von minder bedeutenden, folgende sinnstörende Druckfehler zu berichtigen. Seite 160 Spalte 1 Zeile 20 von unten lies Sprachgebrauch, statt Strafgebrauch; Seite 161, Spalte 1 Zeile 14 v. unten l. den im statt dem im; daselbst, Zeile 8 v. u. l. das Qualificiren, statt das Qualificirte.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[833a] **Ein Billard**

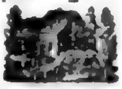
von dem berühmten Fabrikanten Schleiffer in Straßburg, vor einigen Jahren gefertigt, ist wegen Eingebung der Caffeewirthschaft bei Wittwe Rousselot in Landau zu kaufen.

[835a] **Das Großherzogl. Badische Eisenbahnanlehen von 14 Millionen Gulden,**

vom Staat errichtet und von den Landständen garantirt, ist rückzahlbar durch Gewinne von 14mal 50,000, 54mal 40,000, 12mal 35,000, 23mal 15,000, 55mal 10,000 fl. rc. Die geringste Prämie ist 42 fl. Die nächste Verloosung findet am 28. Februar 1852 statt, und empfiehlt hiezu unterzeichnetes Handlungshaus Actien à 1 fl. 30 kr. unter Zusicherung prompter Einsendung der Ziehungsliste. Wir können dieses Anlehen Jedem empfehlen, der Fortuna auf solide Art versuchen will.

Julius Stiebel jun. u. Com.,
Banquiers.
Büreau: Wollgraben in Frankfurt a. M.

[834a] **Mühlenversteigerung.**



Freitag, den 27. Februar 1852, Vormittags 9 Uhr, auf der zu versteigernden Mühle, lassen die Wittwe und Kinder des dort verlebten Müllermeisters Theobald Kaiser, abtheilungshalber, unter vortheilhaften Bedingungen zu Eigenthum versteigern:

Eine zur Gemeinde Kleinbundenbach gehörende Mahl- und Oelmühle, die Kleinbundenbacher Oelmühle genannt, mit einem Mahl- und einem Schälgange, Wohnhause, Oeconomiegebäuden, Keller, Backhause, Garten, Hofraum und übrigem Zubehör, sammt dem um die Mühle gelegenen Acker- und Wiesenland von 20 Tagwerken 9 Decimalen.

Diese Mühle, welche sich in einem sehr guten baulichen Zustande befindet, auch nie Wassermangel hat, liegt zwei Stunden von Zweibrücken, ebensoweit von Homburg, 5 Minuten von der Chaussée bei Niederhausen und ist von vielen wohlhabenden Ortschaften umgeben.

Schuler, Notär.

Fahrten der Local-Dampfboote Delphin I und II

vom 1. Februar.

Abfahrt von **Ludwigshafen a. Rh.** nach Mainz in Verbindung mit der Frankfurt-Mainz-Binger Localfahrt: **alle grade Tage,** 2., 4., 6. rc., Vormittags 11 Uhr, nach Ankunft des Eisenbahnzuges.

Nähere Auskunft ertheilt der Agent:

C. Aug. Exter.

Ludwigshafen a. Rhein, den 1. Februar 1852.

[812]

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 43 | den 19. Februar 1852.

Deutschland.

(:) **Aus Altbayern,** den 14. Febr. Jedes Land hat seine Originale. Hr. v. Lasaulx hat sich seiner Zeit in Frankfurt, er hat sich in München als ein solches bewährt. Wir fühlen uns nicht berufen, gegen seine naturwüchsigen Anschauungen in die Schranken zu treten, so lange derselbe als einzelner Abgeordneter auftritt; wenn er aber in seiner Eigenschaft als Referent des gerade am meisten berechtigten Ausschußes sich gerirt, dann gewinnen seine Ansichten eine andere Bedeutung und eine öffentliche Entgegnung findet von diesem Gesichtspuncte aus wol gewiß ihre Entschuldigung. „Wurst wieder Wurst," „einer solchen Presse muß via facti, energisch, und wenn tausend Verfassungsbestimmungen entgegenständen, entgegen getreten werden." Dies sind die wesentlichen Grundsätze, mittelst welcher Hr. v. Lasaulx das Verfahren des Stadtcommissariats Nürnberg gegen den Fränkischen Kurier zu rechtfertigen sucht. Man fragt sich erstaunt, ist es möglich, daß in einem Verfassungsstaate eine solche Aeußerung gemacht werden kann? Sind es nicht gerade solche Grundsätze, welche mehr als die radicalste Presse, die Grundlagen des Staates, die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens bis ins innerste Mark erschüttern? Gerade dadurch unterscheidet sich der staatliche Zustand, der Zustand des civilisirten Gesellschaftslebens von der Barbarei des Faustrechts, daß in ersterem das Gesetz entscheidet, während in letzterem die Willkür, die via facti herrscht; das Gesetz, „die tausend Verfassungsbestimmungen," sind gerade das Band, welches den Staat, welches die gesellschaftlichen Grundlagen zusammenhält; löst dieses Band, und der Staat und die Gesellschaft ist gelöst. Man klammert mit der minutiösesten Aengstlichkeit an die Paragraphen einer längst begrabenen Verordnung sich an, um den Kreis der Berechtigung für die Regierungsorgane zu erweitern; wo ist das Maß? Wenn auf der einen Seite tausend Verfassungsbestimmungen sammt dem Eid auf diese tausend Verfassungsbestimmungen keinen Schutz gewähren sollen, wie will man auf der anderen selbst das wankende Rohr verrosteter Instructionen zu seiner Stütze machen? Es ist eine eigenthümliche Anschauung vieler Anhänger der bestehenden Gewalt, die Regierung dürfe, wo ihr nur immer ein Gesetz nicht behagt, unbedingt darüber hinweggehen. Die Leute, welche diese Ansicht hegen, mögen aber auch offen genug sein, dies zu sagen; sie mögen sagen, daß die Gesetze blos nach der einen Seite hin bindend sein sollen, sie mögen sagen, daß Verfassungen blos gegen „den beschränkten Unterthanenverstand" eingesetzt seien, daß sie aber für denselben nicht angeführt werden dürfen; sie mögen sagen, Preßedict und Preßgesetze seien blos da, damit concessirt, untersucht und beziehungsweise verurtheilt werden könne, nicht aber auch dazu, den Schriftsteller in seinen Rechten zu schützen. Man sage dies ganz offen — dann wüßten die Andern wenigstens woran sie sind. Man bedenke aber auch, daß Niemand sich den Consequenzen entziehen kann, die aus seinen eigenen Handlungen und Grundsätzen hervorgehen. Hören einmal Gesetz und Verfassung auf, nach der einen Seite hin bindend zu sein, dann hört überhaupt ihre bindende Kraft auf, und es ist auch für die andere Seite kein Grund vorhanden, sich ihnen zu unterwerfen; Verfassung und Gesetz müßen allein wirken oder sie wirken gar nicht; hängt es von dem bloßen Ermessen ab, ob etwas so, oder nicht geschehen solle, dann ist eben der Weg der Thatsachen nach allen Richtungen geöffnet und wie Sie richtig bemerkten, auch der radicale Absolutismus eines Robespierre ist vollständig gerechtfertigt. Sind die „tausend Verfassungsbestimmungen" nimmer maßgebend, dann wäre auch die Quelle versiegt, aus welcher die Regierung selber ihre Berechtigung schöpft, dann ist überhaupt eine Regierung nicht mehr denkbar. Wir überlassen es denen, als deren Organ Hr. v. Lasaulx Principien von dieser Tragweite aufgestellt, ob solche nothwendige Folgerungen ihnen lieb sind oder nicht. Hr. v. Lasaulx hat sich auch auf das unvermeidliche England berufen; in England, meint derselbe, könne die Preßfreiheit bestehen, weil das Volk aristocratisch sei, weil zwei Drittheile der Bevölkerung nicht lesen können und weil man dort die freie Presse mit Blut errungen. Wir haben uns viele Mühe gegeben, hier den Ideenzusammenhang herauszufinden, wir glaubten, wie eine Person im Faust, „es müße sich dabei auch etwas denken lassen;" wir gestehen zu unserer Schande, daß es uns nicht gelungen, wir begreifen noch zur Stunde nicht, wie die Aristocratie, wie die gänzliche Unwissenheit der Majorität, wie die Bluttaufe — die übrigens nicht einmal wahr ist und bei uns wol in höherem Maße angeführt werden könnte — mit der erhöhten Sicherheit der freien Presse zusammenhängt. Hr. v. Lasaulx hat es aber auch fur kindisch erklärt, von dem Ministerium zu verlangen, daß es unrechte Handlungen eines Beamten eingestehe; daß ein solcher Grundsatz in England nicht gilt, das wissen wir gewiß; nicht nur Handlungen eines Beamten, die gegen das Gesetz verstoßen, auch bloße Verstöße gegen die Zweckmäßigkeit werden dort eingestanden, und man findet keine besondere politische Größe darin, lieber sich für eine anstößige Handlung mit verantwortlich zu machen, als einen untergeordneten Beamten zu desavouiren. Wir können uns überhaupt nicht recht denken, wie man zu gleicher Zeit in den Siebenmeilenstiefeln der hohen Politik und in den engen Glacehandschuhen der gewöhnlichsten Salonetiquette einhergehen mag.

• **Pfalz.** Wie wir vernehmen, sind von verschiedenen Orten Deutschlands aus, wieder Agenten thätig, um zur Auswanderung nach Brasilien zu verlocken. Wir hatten kürzlich Gelegenheit, einen Deutschen, der mehre Gegenden jenes Landes im vorigen Jahre besuchte, über das Loos der Ausgewanderten zu sprechen. Er schildert dasselbe als höchst unglücklich. Zu Petropolis traf er namentlich Pfälzer aus der Gegend von Kirchheimbolanden. Unsere Getreidearten und die Kartoffeln gedeihen dort entweder gar nicht oder höchst kümmerlich. Ein ordentlicher Viehstand ist durchaus nicht zu erhalten, weil es an Futter fehlt. Metallgeld ist fast gar nicht vorhanden, nur brasilianisches Papier, das außer Landes keinen Curs hat. Diejenigen, welche die Kosten ihrer Ueberfahrt und ersten Niederlassung von der Regierung vorgestreckt bekamen, müßen nach 10 und 15 Jahren noch daran zurückzahlen. Wenn sie an den Bauten und Anlagen, welche der Kaiser in jener Gegend ausführen läßt, arbeiten, so bekommen sie Abzüge auf ihren deßfallsigen Conto. Sie sind in Folge jener Vorschüße wie leibeigen. In andern deutschen Colonien, mehr im Süden, soll es besser aussehen; der Reisende hatte sie jedoch nicht selbst besucht, konnte daher aus eigener Wahrnehmung nicht berichten. Jedenfalls steht fest, daß, wer auswandern will, in Nordamerika weit mehr Wahrschein-

lichkeit für ein glückliches Fortkommen hat, als in Brasilien.

*** Vom Rheine.** In Mecklenburg-Schwerin ist die officielle Frömmigkeit in der jüngsten Zeit sehr ausgebildet worden. Außer andern Vorgängen erzählt man, daß kürzlich ein höherer Staatsbeamte, weil er an einem Sonntage während der Kirche Audienz gegeben und Geschäfte besorgt, um — 25 Thaler disciplinarisch gestraft wurde. Die Stimmung in jenem Lande, und selbst in der Residenzstadt, soll weit radicaler sein als im Jahre 1848.

*** München,** den 16. Febr. In ihrer heutigen 85. Sitzung wird die Abgeordnetenkammer über die Abänderungen berathen, welche die Reichsräthe im Entwurfe des Forstgesetzes vorgenommen haben. Da der Gegenstand die Pfalz nicht berührt, und auch ein allgemeines Interesse an sich nicht darbietet, so halten wir einen nähern Bericht für überflüssig. — Aus den Beschlüßen der Reichsräthe über das Landrathsgesetz heben wir den hervor, daß die Einkommensteuer zu den Kreisumlagen nicht soll beigezogen werden können, — eine Modification, welcher die Abgeordneten schwerlich zustimmen werden.

München, den 14. Febr. Die Münchener Volksbötin ist, wie kürzlich der „Eilbote", in Oesterreich verboten worden.

Frankfurt, den 11. Febr. Der Aufbewahrer „der Reichs-Kleinodien," Dr. Jucho, ist nun wegen fortwährenden Verweigerns der Herausgabe der „Reichsverfassung" zu 50 Thlrn. Strafe verurtheilt worden.

Aus dem Großherzogthum Baden, den 15. Febr. Der Staatsaufwand für die Unterstützung armer Auswanderer wird in diesem Jahre stärker werden, als er bisher gewesen. Die Zahl Derer, welche nach Amerika auszuwandern wünschen, wenn ihnen die nöthige Unterstützung geboten wird, beläuft sich, wie von wohlunterrichteter Seite versichert wird, auf etwa 20,000 Köpfe. (Fr. J.)

Mainz, den 15. Febr. Außer dem von Louis Napoleon zum Bau der Eisenbahn von Strasburg nach Weisenburg bis an die baierische Gränze bewilligten baaren Zuschuß von 4 Millionen Franken hat derselbe auch noch für die übrigen, zu diesem Bau erforderlichen 8 Mill. eine Zinsengarantie von 4 pCt. decretirt.

Aus dem Herzogthum Nassau, den 12. Febr. Noch nie sind in unserem Lande Wahlen mit so geringer Theilnahme vorgenommen worden, als die am 9. d. M. erfolgten Urwahlen zu der zweiten Kammer, welche nach Vorschriften der octroyirten Verfassungsordonnanz statt hatten. Mit Ausnahme nur weniger Orte hat sich kaum 1/10 der Wähler betheiligt, und die sich Betheiligenden waren fast nur Beamte bis auf die Gerichtsvollzieher, Landjäger und Amtsdiener herab. (F. J.)

Fulda, den 12. Febr. Die Noth in unserer Stadt und Umgegend gestaltet sich immer drohender und, was das Schlimmste ist, in Folge der durch die Bundesexecution erlittenen Verluste vermögen die Gemeinden nichts für ihre Armen zu thun. Die Regierung hat sich bereits offiziell außer Stand erklärt, mit Geldmitteln Hülfe zu schaffen und von der Civiliste ist gar nichts zu erwarten. Unsere bayerischen Nachbarn an der Rhön bedienen sich bereits zur Stillung des Hungers der Getraidabfälle und der Pflanzenstrünke, so daß auch Krankheiten ausbrechen, welche von diesen Nahrungsmitteln unzertrennlich sind. Nicht besser ist es im anstoßenden kurhessischen Amt Schwarzenfels. Unter diesen Verhältnißen vermehren sich selbst in hiesiger Stadt freche Einbrüche und Diebstähle, obgleich schon ganze hier eingenistete Diebsvereine ausgehoben worden sind. Dabei hat die Liederlichkeit unter der weiblichen Bevölkerung seit der Bundesexecution ungemein zugenommen, so daß die Verhältniße unserer Stadt sich dermalen als sehr gedrückt und schlecht darstellen. (F. J.)

Luxemburg, den 10. Febr. Die Redemptoristen-missionäre haben das Fayencerietbal geräumt und die Mission eingestellt; sie sind sogar abgereist, aber nur auf einige Zeit, wahrscheinlich, um das Gerede dieser Niederlage um so eher vorübergehen zu lassen. — Der Fabrikbesitzer, Hr. Boch hat seine Arbeiter wieder beschäftigt, und so ist der Friede wieder hergestellt.

Frankreich.

Paris, den 11. Febr. Die Legitimisten welche sich des Abstimmens am 29. Februar enthalten wollten, sind nun übereingekommen an der Wahl für den gesetzgebenden Körper theilzunehmen.

Eine an sich humane Maßregel, die massenweise Freilassung der politischen Gefangenen, hat gleichwohl eine gewisse Kategorie von Personen in die mißlichste Lage versetzt. Ich meine die Präfecten, Unterpräfecten und Beamten aller Art, die zu den zahlreichen Verhaftungen während der Decemberunruhen nach Kräften beigetragen haben, in der Meinung dem Willen der Regierung und dem eigentlichen Zweck des Staatsstreichs darin zu entsprechen. Augenzeugen versichern daß es in den Departements nicht anders herging als sollte eine wahre Bartholomäusnacht, das Blut und die Gräuel abgerechnet, gegen die Jünger der socialen Irrlehren vollstreckt werden. Jeder Hitzkopf, jedes mauvais sujet, jeder Clubist von einigem Ruf wurde eingesteckt, weil die Beamten die Deportation nach Cayenne oder Afrika, die Ausweisung aus Frankreich und die angekündigten kriegsgerichtlichen Strafen für Ernst hielten. Jetzt finden sie sich den auf freien Fuß gesetzten Republikanern und Socialisten gegenüber, und gelten in den Augen der Bevölkerung, die sich fragt, warum erst so viele Leute verhaftet worden sind, wenn sie so schnell ohne Gefahr wieder freigelassen werden konnten, für Unmenschen. Die Präfecten sollen über die falsche Stellung, in die sie gerathen außer sich sein; es werden mehrere genannt die ihre Entlassung fordern wollen. Den Departemental-Comités, die eingesetzt worden sind um die nicht freigegebenen Decembergefangenen in Strafclassen zu vertheilen, ist es bei ihrem Amte ebenfalls nicht wohl, da ihre Arbeit keinen andern Zweck hat als einem großen Gnadenact des Präsidenten der Republik zum Ausgangspunkt und gewissermaßen zum Steigbügel zu dienen. Es sollen bereits von mehreren derselben unter der Form von Instructionsverlangen sehr widerstrebende Vorstellungen gegen den ihnen gewordenen Auftrag eingegangen sein. (A. Z.)

— den 12. Febr. Ich kann Ihnen noch eine Thatsache mittheilen, die sehr geheim gehalten und wol schwerlich in Paris von den Journalen veröffentlicht werden wird. Es war der Regierung schon vor etwa 14 Tagen die Anzeige zugegangen, daß sich unter dem Officiercorps eines Genieregiments eine Verschwörung gegen das Leben des Prinzen vorbereite, an deren Spitze ein Commandant stehe. Man überwachte genau alle Brüder dieser Verschwörung, und erfuhr gestern Morgens mit Bestimmtheit, daß die Ausführung des Planes für gestern Abends, wo L. Napoleon in den Salons des Kriegsministers erwartet wurde, verabredet sei. In aller Stille traf die Policei und der Kriegsminister ihre Maßregeln. L. Napoleon verließ die Tuilerieen, um die Verschwörer zu täuschen, fuhr aber nicht zum Kriegsminister, sondern in die komische Oper, und die Verschwörer, sieben an der Zahl, wurden in den Vorzimmern des Kriegsministers ohne alles Aufsehen verhaftet. Die ganze Affaire ist von der Policei auf eine wahrhaft erstaunliche Weise ausgeführt worden, so daß in den Salons des Kriegsministers von den Verhaftungen auch nicht das Geringste laut wurde, und scheint man überhaupt entschlossen zu sein, die Betheiligten nicht vor ein Gericht zu stellen, sondern in aller Stille nach Cayenne zu transportiren. (Köln. Z.)

— den 13. Febr. Unsere Regierung hat an die schweizer Regierung ein Note geschickt, worin ziemlich energisch die Internirung der französischen Flüchtlinge in einer Stadt verlangt wird, die zu bezeichnen sich unsere Regie-

rung vorbehält. — Aus dem Süden werden zahlreiche Freilassungen gemeldet. — Zu Toulouse sind einige spanische Flüchtlinge auf Befehl der Regierung ausgewiesen worden.

General Castellane, der in Lyon commandirende Ober-General, hat dem letzten Feste des Kriegsministers beigewohnt. Der Minister hatte dem General die Ehre einer besonderen Einladung zukommen lassen, der nachzukommen Castellane trotz gewisser Umstände keinen Augenblick gezögert hatte. Die Anwesenheit des Generals in Paris war jedoch nur von kurzer Dauer. Aus Lyon angekommene Depeschen nöthigten denselben, noch vor Ende des Balles Paris zu verlassen. Derselbe fuhr in der gestrigen Nacht mit einem Extrazuge von Paris ab, um sich auf seinen Posten zu begeben. Die Nachrichten, die Castellane zu dieser schnellen Abreise veranlaßten, sind sehr ernster Natur gewesen. Man ist nämlich in Lyon und den angränzenden Departements einer großartigen Verschwörung auf die Spur gekommen, die zum Zwecke hatte, im Süden Frankreichs und besonders in Lyon, überall zugleich loszuschlagen. Der Augenblick des Losschlagens soll sehr nahe bevorstehend gewesen sein. In Lyon selbst wollte man den großen Aufstand des Jahres 1832 wiederholen; ein Theil der Bewohner der lyoner Vorstädte, besonders die unter dem Namen „Canuts" bekannten Arbeiter, die ärmsten von ganz Lyon, waren gewonnen, um die Vorstädte zu verbarricadiren. Man hoffte, den Sieg über die Garnison zu erlangen und dann Lyon so lange zu halten, bis Paris eine Antwort gegeben haben würde. Die Weber der Gebirge des Forez waren ebenfalls gewonnen und wollten zur Unterstützung der Insurgenten nach Lyon marschiren. An der Spitze der Bewegung sollen mehrere französische Flüchtlinge stehen, die sich heimlich in jenen Gegenden aufhalten sollten. Um die Bewegung in Lyon zu unterstützen und die übrigen Truppen des Südens zu paralysiren, hatte man die Absicht, in den südlichen Departements, die sich bei den letzten Unruhen nicht zu sehr betheiligt hatten, loszuschlagen. Bis jetzt weiß man noch nicht, ob der Aufstand zum Ausbruche kommen wird oder die Maßregeln, die man ohne Zweifel ergriffen hat, dessen Ausbruch verhindern werde. [Letzteres ist wol recht sehr wahrscheinlich. Die Nachricht scheint ein wenig übertrieben.] Diese Nachrichten sowol, als auch der Umstand, daß die letzten Begnadigungen der Regierung bei dem bonapartistischgesinnten Theile der Bevölkerung keine rechte Sympathie gefunden, hat den Ministerrath bewogen, vor der Hand keine allgemeine Amnestie zu erlassen. In einem gestern stattgefundenen Ministerrathe hat man beschlossen, erst nach dem Zusammentritt der drei höchsten Staatsgewalten allgemeine Begnadigungsmaßregeln zu erlassen. Bis dahin hofft man die Furchtsamen zu überzeugen, daß ein mildes Auftreten der Regierung nur nutzen kann. (K. Z.)

— den 14. Febr. Der „Moniteur" enthält einen langen Bericht des Kriegsministers, worin die Errichtung specieller Corps in Algerien vorgeschlagen wird, die beständig daselbst bleiben und aus Leuten, die an das Klima gewöhnt wären, zusammengesetzt werden sollen. Diese Corps sollen in gleicher Weise, wie die Zouaven und Chasseurs d'Afrique organisirt werden. Durch die Ausführung dieses Planes würden große Ersparnisse an Mannschaften und Geld erzielt werden.

Ein Correspondent des „Frkftr. J." erklärt sowol die Gerüchte von einem Complotte gegen das Leben L. Napoleons als auch die Nachricht von der Entdeckung einer weitverzweigten Verschwörung in Lyon als ungegründet.

Man versichert, der Herzog von Bassano, der neue Botschafter Frankreichs in Belgien, habe den Auftrag erhalten, an die belgische Regierung das Begehren zu richten, daß das Denkmal auf dem Schlachtfelde von Waterloo (ein Löwe auf einem pyramidalen Mauerwerke) abgebrochen und entfernt werde.

Die Petitionen für Wiederherstellung der erblichen Kaiserwürde zu Gunsten L. Napoleons sollen sehr zahlreiche Unterschriften erhalten, namentlich auch in den Arbeitervorstädten von Paris.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, a. M., den 14. Febr. In der gestrigen Sitzung der Bundesversammlung, welche von 12 Uhr bis 5 Uhr gedauert hat, ist ein Beschluß nicht erzielt worden. Es wurden nur Ansichten ausgetauscht. Die Flottenfrage bleibt daher noch unerledigt. Doch glaubt man, daß eine Einigung noch erfolgen könne, und rechnet darauf in einer nächsten Sitzung. (A. Z.)

Mainz, den 16. Febr. In der heutigen Generalversammlung der Actionäre unserer Ludwigseisenbahn erklärte sich dieselbe, auf den Vorschlag des Verwaltungsrathes, damit einverstanden, daß sich der großherzoglich hessische Staat an dem Bauunternehmen mit 1,200,000 fl. in der Weise betheilige, daß er den gegenwärtigen Actionären an dem Gewinne aus dem Unternehmen ein Vorzugsrecht von 4 Procent bis 1862 einschließlich einräume. In so weit gehen nämlich, wie bekannt, sowohl die beiden Kammern der Landstände als auch die Staatsregierung einig. Auf den weiteren Vorschlag des Verwaltungsrathes beschloß die Versammlung ferner, daß zwei Einzahlungen ausgeschrieben werden sollen, die erste von 10 Procent auf den 31. März dieses Jahres — wobei jedoch die verfallenen Zinsen der eingezahlten Beträge mit beiläufig 2½ Procent in Abzug kommen, — die zweite von 5 Procent auf den 30. April dieses Jahres.

China. In Hongkong verursachte ein großes Feuer großen Schaden: 450 Häuser sind niedergebrannt, 6000 Menschen sind ohne Obdach.

Miscellen.

†† **Pfalz**. Wer ist die Mutter des **politischen** Radikalismus? — Auf die gründliche Lösung dieser Frage haben gewiß die „conservativen Parteien und Gewalten" schon lange gewartet, weil ihr Messias erst geboren werden kann, wenn der „politische Radikalismus" gekreuzigt sein wird, — mit Schmerzen darauf gewartet, weil man, wenn einmal die „Mutter des politischen Radicalismus" wirklich entdeckt ist, Nichts dazu braucht als eben nur die Gewalt, um ihn mit seiner Mutter zu vertilgen, vorausgesetzt, daß sie mit ihm noch nicht in die Wochen gekommen ist, — vergebens darauf gewartet, weil bis jetzt der Mann noch nicht geboren schien, der hier den rechten Bescheid wußte, der sagen konnte, wo der Haas eigentlich im Pfeffer liegt. Diese Frage — man höre und staune — ist nun plötzlich gelöst, gelöst von einem Mann, dem man zwar sehr viel, ja fast Alles zutrauen kann, dem man aber dies nicht zugetraut hätte, — gelöst ohne mühevolle, tiefsinnige Auseinandersetzungen, ja man kann sagen, wie von einem Zauberer straks aus dem Aermel geschüttelt. Dieser Entdecker des bisher Unentdeckten, dieser tiefhineinblickende Seher, dem allein Dinge sich offen legen, die den Augen gewöhnlicher Menschen billig verhüllt bleiben, ist kein anderer als Hr. Dr. J. L. Jäger. Hören wir seine Enthüllung, die er wie unabsichtlich und mit anspruchsloser Bescheidenheit in der Beilage zu Nr. 33 der „Pfälzer Zeitung" mittelst einer „Erklärung" uns zu Theil werden läßt:

„Nach Briefen aus der Pfalz wurde kürzlich mit einem Theil der Pfälzer Zeit. die Probenummer eines „neuen rationalistischen Kirchenblattes von Hrn. Pfarrer „Frantz versendet. Ich muß aufs lebhafteste bedauern, „daß hiedurch nicht nur die von meinem Blatte beobachtete Neutralität in kirchlichen Fragen verletzt, sondern „auch einer Richtung Vorschub geleistet wurde, die, meiner persönlichen Ueberzeugung schnurstracks entgegen, „nach Erfahrung und logischer Schlußfolgerung als die „Mutter des politischen Radikalismus betrachtet werden kann. Ich habe übrigens Anordnungen getroffen, „daß dergleichen Dinge bei der Expedition meines Blattes nicht mehr vorkommen."

Also „nach Erfahrung und Schlußfolgerung" ist die „rationalistische Richtung" die „Mutter des **politischen** Radicalismus," — und diese „Erfahrung und Schlußfolgerung" hat Hr. Dr. Jäger gemacht. Wer sollte da noch zweifeln, wo die Quelle des Uebels unserer Zeit zu suchen, und was zu thun sei, um sie zu verstopfen? Die unirte evangelisch-protestantische Kirche der Pfalz ist es, die ihrer Verfassung gemäß die „rationalistische Richtung" in sich trägt, da sie auf keine symbolische Bücher verpflichtet, sondern nur die hl. Schrift nach den Regeln der Auslegungskunst und nach persönlicher Einsicht und Ueberzeugung zur Quelle der Erkenntniß christlicher Wahrheit macht. Alle Diejenigen, welche dieser Kirche angehören, mithin die „rationalistische Richtung" als berechtigt anerkennen und derselben folgen, sind die Taufpathen des „**politischen** Radicalismus." Die ganze Organisation dieser Kirche ist das Treibhaus **politischer** Radicalität. Hr. Pfarrer **Frantz** mit seinem Kirchenblatt ist der in beständiger Thätigkeit polarisch leitende Conductor des **politisch-radicalen** Geistes, seiner Lebensäußerungen und Entfaltungen. Wollen wir daher vom „**politischen** Radicalismus" in der Pfalz geheilt und vor ihm bewahrt werden: so gibt es kein anderes Mittel, als die Kirchenunionsurkunde zu beseitigen, den Glauben an die symbolischen Bücher wieder zu befehlen, die vereinigte evang.-prot. Kirche in eine reformirte und lutherische zu trennen, den Heidelberger Katechismus wieder einzuführen,*) alle die verfallenen Bollwerke reformirter und lutherischer Orthodoxie wieder herzustellen, den Pfarrer **Frantz**, nachdem sein Kirchenblatt auf öffentlichem Markte verbrannt sein wird, mit seinem Anhange zu kreuzigen, und die Wächter Zions auf die Warte zu stellen. Das ist der Weg, auf dem das Heil kommt, und einzelne auserwählte Rüstzeuge haben bereits umfangreiche Versuche deßfalls unternommen, dabei auch namentlich an Pfarrer Frantz in bekannter geistlicher Liebe ihre christliche Schuldigkeit gethan. Jedermann wird die Nothwendigkeit und Heilsamkeit einer solchen Procedur anerkennen, und zur Gedenktafel der Unsterblichkeit, die dem Redacteur der Pfälzer Ztg. auf dem Platze, wo das Frantzische Kirchenblatt verbrannt worden, verdienter Maßen zu errichten sein wird, nach Kräften sein Schärflein beitragen. Hr. Jäger darf daher nun auch ganz unbesorgt sein wegen allenfallsiger politischer oder kirchlicher Anrüchigkeit, die sein keusches Blatt durch das unliebsame Zusammenkommen mit dem Frantz'schen Kirchenblatte im Botensacke des Zeitungsträgers sich zugezogen haben könnte. Dieses Zusammenkommen hat der Versucher veranlaßt, der arglistige Feind, der in der Nacht Unkraut unter den Weizen säet; und wenn noch irgend ein Zweifel darüber bestanden hätte, ob „sein Blatt die **Neutralität** in kirchlichen Fragen beobachte" und ob er persönlich der politischen und kirchlichen Nationalität Vorschub leiste, jeder Zweifel darüber, sagen wir, wäre von jetzt an durch seine „Erklärung" beseitigt, zumal diese mit dem frommen Vorsatze geistlicher Fürsichtigkeit schließt, daß die politisch orthodoxe und kirchlich neutrale, unbefleckte „Pfälzer Zeitung" vor jeder Berührung des kirchlich und politisch nach Ketzerei riechenden Kirchenblattes in irgend einem Zeitungsbotensacke künftighin bewahrt werden soll, damit nicht der mindeste, wenn auch ungegründete Verdacht irgend einer Billigung oder Förderung politischer Radikalität auftauchen könne.

Die Jesuiten bekennen sich in den staatsrechtlichen Theorien ihrer Moraldoctoren zwar auch zu einem politischen Radicalismus. Aber dieser ist freilich nicht der verwegene und gefährliche, der aus der rationalistischen Richtung der protest. Kirche hervorgeht. Die jesuitischen Doctoren sagen, das Volk stehe über der regierenden Gewalt, könne die Träger dieser Gewalt und die Form ihrer Ausübung nach Gutdünken ändern, ja sogar die gegen das Wohl der Kirche und des Staates Regierenden (die Tyrannen) durch öffentliches Urtheil oder auch durch geheime Vehme mittelst Gift und Dolch bei Seite schaffen. Aber sie sorgen zugleich, daß keine Gefahr daraus entstehe, denn sie lehren dabei, daß die Kirche Herr sei über den Staat, über alles Weltliche, also auch über das Volk und seine Regenten. Hr. **Jäger** wird ohne Zweifel den „**politischen** Radikalismus" von diesem Standpunct aus ganz anders ansehen. Man darf nur den frommen Vätern folgen, so folgt man der Kirche, und wenn man der Kirche folgt, so thut man recht = alqui, ergo. Die Hauptsache dabei ist, daß man von der „rationalistischen" Richtung ferne bleibt, gegen welche Hr. Dr. Jäger durch seine „Erklärung" sich verwahrt hat.

Uebrigens werden alle Protestanten der unirten Kirche in der Pfalz aus jener „Erklärung" nunmehr vollends ersehen, wo es ihnen fehlt, und sowol aus Dankbarkeit für die empfangene Belehrung, als auch, um künftig die rechte Leuchte auf dem rechten Wege nicht zu verlieren, einstweilen die „**Pfälzer Zeitung**" auf Kosten ihrer Kirchenkasse anschaffen.

*) Auch mit der bekannten Frage, was der Katholicismus sei?

„Man meldet aus **Litthauen** vom 8. Febr.: Vor einigen Tagen traten 17 Kinder, welche die Schule im Dorfe Warnen, bei Kraupischken, besucht hatten, gegen Abend ihren Weg nach Hause an und wählten denselben über die zugefrorene Inster. Die Eisdecke war jedoch so schwach, daß sie brach: sämmtliche 17 Kinder stürzten ins Wasser, und auch nicht eines ist gerettet worden.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[836]. **Weinversteigerung.**

Da die auf Anstehen der Wittwe und Erben von Johannes **Kölsch** stattfindende Weinversteigerung eingetretener Hinderniße wegen am 8. März nächsthin, wie dies früher bestimmt war, nicht stattfinden kann, so wird dieselbe nun am **23.** März, Vormittags 10 Uhr, im Gasthause zur Krone dahier abgehalten.

Neustadt, den 16. Februar 1852.

Werner, Notär.

[820a] **Weinversteigerung.**

Dienstag, den 2. März 1852, Nachmittags 1 Uhr, zu Speyer im Wirthshause zur Blume bei Johannes Fehn, lassen die Wittwe und Erben des zu Speyer verlebten Weinwirthes Johannes **Fehn**, der Abtheilung wegen, nachbezeichnete Masse Weine versteigern:

1846er	1500	Liter	Birkweiler,
„	4000	„	Hambacher,
1848er	2500	„	Birkweiler,
„	3000	„	Herrheimer,
„	200	„	rothen Deidesheimer,
1849er	1100	„	Hambacher,
„	2000	„	Königsbacher,
1850er	1200	„	Herrheimer,
1851er	1500	„	Birkweiler.

Unmittelbar nach dieser Versteigerung läßt Ludwig Franz **Rothermel**, Kaufmann in Speyer wohnhaft, seine nachbezeichnete Weine versteigern:

1846er	1500	Liter	Freinsheimer,
„	800	„	Deidesheimer,
„	1500	„	Deidesheimer Auslese,
1848er	3400	„	Herrheimer,
1850er	1000	„	Speyerer,
„	1000	„	Mußbacher.

Die Weine lagern alle zu Speyer, jene der Wittwe und Erben Fehn im Heppenheimer'schen Keller, jene des Hrn. Rothermel in dessen eigenem Keller.

Bis zur Versteigerung können jederzeit Proben an den Fässern selbst genommen werden.

Speyer, am 5. Februar 1852.

Hoseus, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag — Nro. 44 — den 20. Februar 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Es läßt sich in keiner Beziehung bezweifeln, daß die Verhältniße Englands eine mächtige Wechselwirkung auf den Continent äußern werden. Wir glauben daher, daß man die folgenden Ansichten, welche der deutsche Flüchtling H. B. Oppenheim in London veröffentlichte, auch bei uns mit um so mehr Interesse lesen werde, als dieselben von den am meisten verbreiteten Ansichten mehrfach stark abweichen:

England und die Reaction. Wir haben absichtlich vermieden, uns zu frühe über Lord Palmerstons Sturz auszusprechen, um nicht dem Scheine ausgesetzt zu sein, als ob die Emigration dieses kleine Nachspiel des großen Europäischen Reactions-Dramas mit persönlicher Präoccupation auffasse. Das Flüchtlingsinteresse ist natürlich ein sehr untergeordnetes dabei, wenn auch die Großmächte der heiligen Allianz in ihrem Feldzuge gegen den verhaßten Minister diese Frage in den Vordergrund geschoben haben. Wir müssen ferner vorausschicken, daß wir niemals zu den besondern Bewundrern des berühmten Lord Feuerbrand gehört haben.

Eine Politik, die den Gegner mehr reizte als schwächte, die mehr mit Sympathieen prahlte, als mit Thatsachen durchsetzte, mehr Englands Schwäche verrieth, als seine Macht zur Geltung brachte, mußte ebenso sicher zur schließlichen Befestigung der russischen Suprematie beitragen, als die phrasenreiche Muthlosigkeit der Halb-Revolutionärs des Jahres 48 den deutschen Regierungen zum definitiven Siege verhelfen mußte. Palmerstons guter Wille, seine Kenntniße, seine Beredsamkeit dürfen nicht verkannt werden. Popularitätssucht neben der den Whigs eigenen Zähigkeit im Amte ließen ihn zwischen der gemeinen Praxis und einer edleren Theorie hin und herschwanken. Somit beschränkten sich die guten Seiten seiner Wirksamkeit fast blos auf moralische Einflüsse; er hat insurgirte Völker, wenn auch nur mit trügerischen Hoffnungen, ermuthigt, er hat den Ton der Wahrheit in die diplomatische Verhandlung eingeführt, die Allianz der liberalen Staaten vorbereitet, und auf diese Weise, vielleicht gegen seinen Willen, der Theilnahme der Nordamerikanischen Diplomatie an den Europäischen Verwickelungen Vorschub geleistet. Nicht an seinen Fehlern, sondern an seinen Vorzügen ist er gefallen. „Minister wie Butterbrode fallen immer auf die gute Seite.“ (Börne.) Der Hof, an welchem ein Koburger Prinz (Albert) die Allianz mit den Großmächten vertritt; das Cabinet, in welchem die bei Hofe wohlgelittenen Greys schon seit Jahren gegen Palmerston intriguirten; Lord John Russell selbst, dessen Aengstlichkeit und zähe Stellenliebe, sowie sein Nepotismus, mit jedem Tage zunehmen, warteten nur auf eine günstige Gelegenheit. Es wird mit Zuversicht aus bester Quelle behauptet, daß hinter dem Rücken des Ministers des Auswärtigen eine diplomatische Correspondenz mit Wien und St. Petersburg geführt wurde, deren Resultat z. B. Lord Westmorelands Annahme beim Hofe von Schönbrunn war. Palmerston fühlte den Boden unter seinen Füßen wanken, und seiner unsichern Politik gemäß, klammerte er sich um so fester an den letzten, ihm bleibenden Alliirten, an Frankreich, an. Daher seine rasche, ihm theilweise durch Ueberrumpelung abgewonnene Anerkennung der neuen Regierungsform in Frankreich, die übrigens, soweit sie formell constatirt ist, noch nichts definitiv Bindendes enthielt. Jedenfalls spricht es für den democratischen Geist des britischen Volkes, daß die Organe der reactionären Intrigue gegen Palmerston, eine seiner illiberalen Konzessionen zum Vorwande seines Sturzes benutzen mußten. Nichtsdestoweniger sollen sich schon einige ehrlichere Mitglieder des Cabinets, Landsdowne, Carlisle u. A. m., ausdrücklich von der Verantwortlichkeit dieses Schrittes losgesagt haben; und Alles harrt gespannt der späteren Eröffnungen beim Parlamente. Die öffentliche Meinung, anfänglich verwirrt, ergreift jetzt lebhafter Partei für den ohnehin populären alten Staatsmann, der bei allen seinen Schwächen und Unbesonnenheiten, stets Sympathie für die Unterdrückten bewies.

Für das englische Volk sind die Lehren seiner Geschichte nicht verloren; es kennt aus den Zeiten der Stuarts und George die Gefahren einer unterminirenden Hofdiplomatie, welche sich der parlamentarischen Controle entzieht. Die constitutionelle Praxis lehrt den Engländer, vorsichtig sein, und dem ersten und leisesten Uebergriff energisch begegnen.

Lord Granville, Palmerstons jugendlicher und unerprobter Nachfolger, ist L. Napoleons persönlicher Freund und hat schon Zeichen der Gunst von ihm empfangen. Er hat kürzlich den Großmächten in Bezug auf eine dem Parlament vorzulegende Fremdenbill beruhigende Versicherungen gegeben; er ist sogar mit der katholischen Partei liirt.

Nichtsdestoweniger versucht man von jener Seite der innern Krisis oppositioneller Erbitterung durch Vorspiegelung drohender Kriegsgefahren zu begegnen. Die „Times,“ Palmerstons alter Gegner, steht hierbei im Vordergrund. Eine Verstärkung der Landarmee würde zu einer geheimen Hofdiplomatie und zu der neuerlichen Annäherung an Rußland und Oesterreich vortrefflich passen. Ein Ministerium Pitt würde naturgemäß auch wieder zu einem Ministerium Castlereagh führen.

Die stolze Einbildung der Engländer, daß ihre Freiheit unantastbar sei, stützt sich höchstens auf die Erfahrungen eines friedlichen Menschenalters. Die Völker sind so sehr geneigt, ihr Glück für ihr Verdienst, das Product ihrer Situation für das ihrer Weisheit zu halten! Es ist wahr: die Briten sind reich an practischen constitutionellen Erfahrungen; alle möglichen und denkbaren Bewegungen innerhalb ihrer constitutionellen Maschinerie werden sie stets mit Leichtigkeit und Sicherheit ausführen. Aber darüber hinaus, wo die Radical-Reformen beginnen, wird es ihnen vielleicht mehr an Erfahrung und Sicherheit fehlen, als irgend einem andern Volke. Und dieser Moment wird doch nicht immer zu vermeiden sein. — Bis jetzt ist in England die Monarchie verhüllt durch die Aristokratie; beide theilen mit einander die Privilegien, und sind wechselseitige Blitzableiter. Dies ist das ganze Geheimniß jener vielgerühmten Theilung und Ausgleichung der Gewalten. Laßt die Krone einmal, — und sie wird es naturgemäß an einem gewissen Zeitpuncte thun, *) ihre Neutralität aufgeben, oder vielmehr den falschen Schein dieser Neutralität abwerfen; laßt die Privilegien der Hochkirche oder des Oberhauses einmal ernst, d. h. principiell

*) Ohne im Entferntesten zu verkennen, daß in den englischen Verfassungsverhältnißen große Umgestaltungen eintreten werden, glauben wir doch, daß speciell der hier bezeichnete Moment in England wirklich überstanden und dessen Wiederkehr unmöglich ist. D. Red.

angegriffen werden, und das stolze Gebäude der brittischen Erbweisheit wird einen gewaltigen Stoß erleiden. Dann werden wir hier, wie überall, erleben, daß die privilegirten Gewalten im Staate die Volksfreiheiten (freie Presse, Versammlungsrecht u. s. w.) nur so lange achten, als dieselben ihnen nicht zu Leibe gehen. Dann wird es sich auch zeigen, ob die Hochkirche, welche ebensoviel kostet als eine große stehende Armee, nicht auch ebenso gefährlich ist. Auch an Frankreichs bewaffneten und wählenden Bauernsöhnen war das Schlimmste, daß sie von dem Clerus in Unwissenheit und Wahn eingewiegt worden. Die englische Hochkirche, dieses stehende Heer Englands, hat weniger klerikalen, aber desto mehr politischen Fanatismus, — eine Aristokratie, welche sich auf den Besitz und die Ignoranz stützt!

Wir glauben nicht gerade, daß dieser Moment nahe bevorsteht. Die englische Aristokratie ist zu klug, zu furchtsam, zu vorsichtig, und vor allen Dingen zu wenig von blindem Volkshasse erfüllt, um das Herannahen der Krisis zu beschleunigen. Aber die Entwicklung geht ihren Weg und die continentalen Intriguen thun das Ihrige. Man wird so lange parlamentarische Zerwürfnisse säen, bis die nackten Principien mit gezücktem Schwerte einander gegenüberstehen. Möglich, ja wahrscheinlich, daß Lord Johns neue Reform-Bill erneutes Vertrauen und erhöhte Eintracht wecken wird. Der Mann, den das Volk „finality John“ genannt, weil er die erste Reformacte für das Aeußerste und Letzte erklärt hat, bequemt sich jetzt, wie damals Wellington, „der Eiserne,“ zu neuen Conzessionen. So gar vieler wird es nicht bedürfen, um noch diesmal, vorläufig, zu befriedigen. Aber einem neuen Wahlgesetz muß nothwendig eine Neuwahl folgen. Und wie das neue Parlament auch ausfallen möge — die alten Parteien sind hier zu Lande, wie überall, vollständig aufgelöst — so werden sich neue Parteien auf der Grundlage principieller Gegensätze bilden; und England mit etwas weniger künstlichem Gleichgewicht und mehr demokratischer Kraft, wird in die allgemeine europäische Bewegung hineingezogen werden, an der es durch den Kossuth-Enthusiasmus und jetzt durch Palmerstons Sturz schon seinen nachträglichen Antheil nahm. Wir werden in dem wackern britischen Volke einen prächtigen Bundesgenossen gewinnen, und einen, welcher namentlich auch Nordamerikas unmittelbare Theilnahme ermöglichen wird!

• **München,** den 16. Febr. (85. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Langguth erhält den nachgesuchten 5wöchentlichen Urlaub. — Anzeige, daß v. Koch zum Referenten über das Gesuch der Gerber in der Pfalz um Ermäßigung der Salzpreise ernannt sei.

Heine verliest eine Interpellation an das Staatsministerium des Innern in Betreff der Noth im Spessart u. s. f. Diese Noth dehne sich über einen Bezirk von 100,000 Menschen aus; nach verbreiteten Nachrichten soll sogar nicht mehr durch Arbeitsertheilung zu helfen sein, indem der Hungertyphus herrsche. Fragt: 1) Ist die Noth wirklich so weit gediehen, wie behauptet wird, namentlich was Intensität und Hungertyphus betrifft? eventuell: 2) findet es das Ministerium nicht angemessen, sich einen besondern Credit eröffnen zu lassen? und 3) eine außerordentliche ärztliche Regierungscommission mit den nöthigen Vollmachten an Ort und Stelle zu senden?

Der Staatsminister des Innern, v. Zwehl, verliest eine Antwort, im Wesentlichen des Inhalts: Schon im Spätjahre seien vorläufige Ermittlungen angeordnet worden. Darnach sei die Ernte zwar nur unter der Mittelmäßigkeit gewesen, was um so weniger eine ausgedehnte Noth in Aussicht stellen konnte, als noch bedeutende ältere Vorräthe vorhanden seien. Dessenungeachtet seien damals schon alle geeigneten Maßregeln getroffen worden, unter Scheidung des wirklich Nothigen von übermäßigen Anforderungen, und unter Zurückweisung derselben. Man sei von dem Grundsatz ausgegangen, daß unmittelbare Staatsbeiträge nicht an Einzelne, sondern nur an Districte und Gemeinden zu geben seien. Die ersten Nachrichten hätten daher die Regierung nicht unerwartet getroffen; sie seien am 21. vorigen Monats angelangt. Darnach herrsche kein absoluter Mangel; um dem relativen zu begegnen, sei aber sogleich Getreide zur Verfügung gestellt worden. Der Bericht über die nähern Erhebungen sei vorgestern angelangt. Darnach ist in den meisten Landgerichten der Mangel kein so enormer, wie geschildert worden, und in den Gegenden, in welchen die meiste Noth herrsche, wie Rothenbuch, Königshofen und auf der Rhön, seien sogleich Hülfsmittel aufgeboten worden. Es werde sich die Calamität ohne außerordentliche Anstrengungen bewältigen lassen. Von Seiten des Königs seien 1500 fl., der Königin 300 fl. aus deren Privatcassen abgesendet. Auf telegraphische Anfrage bei dem Regierungspräsidium von Unterfranken sei die Antwort erfolgt, daß der Typhus nirgends bemerkbar. Die deßfallsigen Angaben in der Presse seien daher unwahr, und der Minister habe Anordnung getroffen zu gerichtlicher Einschreitung wegen (wissentlicher) Verbreitung beunruhigender Gerüchte.

Hierauf Anzeige von Ausschußberichten, und dann Berathung des Forstgesetzes, mit welchem die Kammer in dieser Sitzung nicht zu Ende gelangte.

München. Zu Wolfratshausen ist in der Nacht vom 13. auf den 14. ds. ein scheußlicher Raubmord vorgefallen. Außerhalb des Marktes, gegen Beuerberg zu, hat der 60jährige Wittwer Jos. Steigenberger sein Haus stehen, welches nur noch von zwei alten Weibern bewohnt ist. Steigenberger soll in letzter Zeit öfters vom Erlös seines Hausverkaufs gesprochen und Geld hergezeigt haben, was auch 3 Personen zur Kenntniß gekommen sein mag, die in obiger Nacht zwischen 10 und 11 Uhr in seine Wohnung einbrachen, ihn, im Bette liegend, mit einer Mistgabel auf eine kanibalische Weise schlachteten und seiner Baarschaft von 1500—2000 fl. beraubten. Steigenberger hat im Ganzen 8 Stiche, wovon einer in die linke Wange eindrang und am obern Theile der rechten Wange herausging, so daß sein Gesicht ganz zerfleischt ist. Der Unglückliche hatte noch bis am Morgen gelebt, war aber nur mehr im Stande zu röcheln, so daß er der Gerichtscommission nichts mehr andeuten konnte. Die Thäter sind noch nicht entdeckt.

Nürnberg, den 16. Febr. Dem verantwortlichen Redacteur des Nürnberger Kuriers wurde heute eine Entschließung der k. Regierung von Mittelfranken vom 12. d. M. publizirt, durch welche die Ausweisung desselben aus hiesiger Stadt bestätigt wird. Als Motive sind angeführt die zahlreichen „preßpolizeilichen Einschreitungen,“ zu welchen der genannte Redacteur Veranlassung gegeben habe, so wie „andere“ nicht näher bezeichnete Erwägungsgründe, welche mit dem Heimathsgesetz, sowie der mehrerwähnten Verordnung von 1808 u. s. w. zusammenhängen. (N. K.)

Würzburg, den 13. Febr. Der Stand der Wintersaat ist ausgezeichnet schön zu nennen. Die bisherige milde Witterung hat sehr vortheilhaft auf denselben gewirkt. Die Getreidespeculation, welche aufs Gegentheil wartete, hat sich bedeutend verrechnet und wird zu büßen haben. (F. K.)

Regensburg, den 14. Febr. In dem Gastwirthshause „zum goldnen Roß“ dahier wurde eine förmliche Diebshöhle entdeckt. Die Gastwirthsfrau Magd. Bezold war die Leiterin und Beschützerin dieser. Sie bediente sich zu den Diebstählen 6 bis 7 größtentheils unzurechnungsfähiger Knaben. Seit zwei Tagen dauert die Haussuchung und befördert eine Menge gestohlener Gegenstände zu Tage.

— den 15. Febr. Starke Zufuhren zum gestrigen Getraidemarkte haben in allen Fruchtgattungen ein Sinken der Preise veranlaßt.

Marburg. Es wurde dem 80jährigen Vater des flüchtigen Professors Bayrhoffer der Druck des „Provin-

cal-Wochenblatts," welchen er 50 Jahre zur Zufriedenheit lieferte, abgenommen und dem Verleger des Hassenpflug'schen Organs, des Wilmar'schen „Volksfreundes" übertragen.

Dresden. Durch Generalverordnung des Ministeriums des Innern vom 5. Febr. ist die Verbreitung der Druckschrift: „Der fertige Roulettspieler oder: Kurz gefaßte Anleitung, das Roulett ohne Risico und mit sicherm Gewinn zu spielen. Preis 4 Ld'or. Kiel. In Commission bei J. G. Naeck. 1846" für den Bereich des Königreichs Sachsen untersagt worden.

Leipzig, den 15. Febr. Ueber einen Unglücksfall, der gestern auf der sächsisch-bayerischen Staatseisenbahn vorkam, theile ich Ihnen das mir bekannt Gewordene nachstehend mit: Der um 6¼ Uhr früh aus Hof abgehende Güterzug ist an den um 6 Uhr früh abgegangenen Personenzug, der in Mehltheuer (zwischen Reichenbach und Plauen,) stillstand, dermaßen angefahren, daß der größere Theil der Wagen des Personenzuges mehr oder weniger beschädigt worden ist, während ungefähr 12 Reisende verwundet worden sind. Der Postwagen ist förmlich zertrümmert und ist der das fahrende Postamt begleitende Beamte am Kopfe erheblich verwundet worden.

Berlin, den 12. Febr. Der Redacteur der Nationalzeitung, Dr. Zabel, wurde, weil er Haß und Verachtung gegen den Magistrat erregt haben sollte, zu 2 Monat Gefängniß verurtheilt. — Der Verleger der „Constitutionellen Zeitung" war der Beleidigung des Bundestagsgesandten von Bismark-Schönhausen angeklagt, jedoch für diesen Fall freigesprochen. Aber in Folge einer zweiten Anklage auf gesuchte Friedensstörung wurde er zu 10 Thlr. Geld- oder 10 Tage Gefängnißstrafe verurtheilt und die Vernichtung der Nummer 486 ausgesprochen.

— den 16. Febr. Der in einzelnen Gegenden bereits ausgebrochene, in anderen drohende außerordentliche Nothstand hat die Veranlassung gegeben, daß die Regierung sich mit den übrigen Zollvereinsregierungen darüber in Einvernehmen gesetzt hat, inwiefern unter diesen Umständen die völlig freie Einfuhr des Getreides und anderer Nahrungsmittel zu gestatten sei. Nach den bis jetzt noch gültigen Zollvereinsverträgen darf die einzelne Zollvereinsregierung nur für sich besonders derartige Maßregeln treffen, wenn der Preis des Roggens eine bestimmte, genauer normirte Höhe erreicht hat. Dem Vernehmen nach soll von den anderen betreffenden Regierungen die Nothwendigkeit bestimmter Schritte nach dieser Seite hin gleichfalls völlig anerkannt werden, und dürften daher binnen Kurzem die betreffenden Maßnahmen zu erwarten stehen.

Man schreibt aus **Liegnitz** vom 13. Febr.: „Wir leben in einer Art Belagerungszustand. Wer nach dem Beginn des Abenddunkels durch unsere Vorstädte geht, wird häufig angehalten und um Namen und Stand befragt. Das hiesige landräthliche Amt hat nämlich angeordnet, daß in allen Ortschaften des Kreises der Bewohner, namentlich in den Stunden von sechs bis zehn Uhr Abends, Patrouillen umhersenden, um die Entstehung von Feuersbrünsten möglichst zu verhindern, und die Bewohner einiger in der nächsten Nähe der Stadt liegenden Gemeinden vollführen diesen Befehl mit dem lebhaftesten Eifer, weil sie vorzugsweise von Feuersbrünsten heimgesucht worden sind. Die Besorgniß ist unter diesen Leuten so groß, daß viele von ihnen ihre Häuser vollständig ausgeräumt, namentlich ihre Vorräthe an Heu und Stroh nach entfernten Orten geschafft haben, weil sie fest überzeugt sind, daß die in Rede stehende Häusergruppe, welche allerdings in den letzten acht Tagen schon dreimal vom Feuer heimgesucht worden ist, vollständig dem Untergange geweiht sei. Die Bestürzung, welche die gesammte Bevölkerung unserer Stadt und der Umgegend ergriffen hat, ist gerade jetzt wieder sehr vermehrt worden, da in der letztvergangenen Nacht wieder drei Feuersbrünste von hier aus zu sehen waren, und da heute Vormittags in der Stadt selbst Feuer ausgekommen ist."

Magdeburg, den 15. Febr. Das Wasser in der Elbe ist in den letzten Tagen gleichfalls bedeutend gestiegen und hat sogar einige Straßen des niederen Stadttheiles überschwemmt. Namentlich ist der Platz vor dem Gebäude der magdeburg-leipziger Eisenbahn dergestalt unter Wasser gesetzt, daß die Communication nur durch kleine Nothbrücken und Stege hergestellt werden konnte.

Königsberg, den 12. Febr. In der letzten Sitzung des Criminalgerichtes wurde der Postsecretär H., ein eifriges Mitglied des Preußen-Vereins und von der Regierung mehrmals zum Geschwornen bestellt, wegen Unterschlagung von Geldbriefen zu sechs Monaten Gefängniß, Verlust des Amtes und der bürgerlichen Rechte verurtheilt. Der Fall erregt hier um so mehr Aufsehen, als man erfahren haben will, daß hochgestellte Personen unter Hinweis auf die Loyalität des nunmehr Verurtheilten den Oberpostdirector zur Nichteinleitung der Untersuchung bestimmen wollten. (K. Z.)

Rostock, den 12. Febr. Den diplomatischen Talenten des Bürgermeisters Bencard ist es gelungen, unsere Theaterangelegenheit zu applaniren und das ergangene Verbot rückgängig zu machen.

Hamburg, den 12. Febr. Aus dem hannoverischen Dorfe Ladekop im Altenlande wird Nachstehendes berichtet: Im Hause eines dortigen Bauern wurde von einem Landgendarmen der seit 14 Jahren todtgeglaubte erstgeborne Sohn im Keller eingesperrt entdeckt. Der Unglückliche, jetzt 42 Jahre alt, war seit 1838 von seinen Anverwandten dem langsamen Hungertode preisgegeben. Man fand ihn nun in jammervollem Zustande, seiner Sinne nicht mehr mächtig, unbekleidet in einem engen verpesteten Loche eingepfercht. Das Motiv dieses Verbrechens soll in dem Bauernstolz des Vaters liegen, der die ziemlich bedeutende Käthnerstelle nicht dem Erstgeborner überlassen wollte, nachdem sich dieser mit einer armen Dirne verlobt hatte. Das Merkwürdige bei der Sache ist, daß die Dorfbewohner von der scheußlichen Behandlung des Unglücklichen wußten, aber keiner es seines Amtes hielt, sich in diese Familienangelegenheit irgendwie einzumischen.

Es ist hier die betrübende Nachricht eingegangen, daß das Hamburger Schiff „Maria" auf der Reise nach Australien untergegangen ist. Außer dem Capitän, dessen Familie und der Mannschaft haben sich auch einige Passagiere, darunter der belgische Gesandte nebst Familie, an Bord befunden. Ob jemand gerettet wurde, ist bis jetzt nicht bekannt.

Wien, den 13. Febr. Einiges Aufsehen erregt die Verhaftung des Sparcassenbeamten Erler hier, welcher sich politischer Umtriebe schuldig gemacht hat. Gestern hat ebenfalls das Loos der Verhaftung einen angehenden jungen Beamten im Kriegsministerium getroffen, welcher sich aufreizende, regierungsfeindliche Aeußerungen erlaubt haben soll.

— den 17. Febr. Die „Wiener Ztg." veröffentlicht heute zwei Noten in Bezug auf die Flüchtlingsangelegenheit. In der ersten, deutscher Seits an das britische Cabinet gerichtet, wurde es dem damaligen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Lord Palmerston, in Aussicht gestellt, daß, wenn den Umtrieben der politischen Flüchtlinge in England die Regierung dieses Landes keinen Einhalt thue, Vorsichtsmaßregeln gegen die aus England kommenden Reisenden ergriffen werden dürften; es wurde darauf hingewiesen, daß Lord Palmerston dasselbe Verfahren aus denselben Gründen im J. 1848 gegen die aus den Vereinigten-Staaten kommenden Reisenden beobachtet habe. Die zweite Note ist Lord Granville's Erwiederung auf die erstere. Sie ist durch Lord Westmoreland, den britischen Gesandten, dem Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg zur Kenntnißnahme der österr. Regierung gebracht worden. Jetzt schon ist die Handhabung strengerer Preßvorschriften gegen die aus England nach Oesterreich kommenden Reisenden angeordnet. Die Ergreifung weiterer Maßregeln ist für den Fall, daß sie erforderlich werden sollten, vorbehalten.

Frankreich.

Paris, den 13. Febr. Aus den Departements werden zahlreiche Freilassungen gemeldet, welche in Folge der ministeriellen Rundschreiben stattgefunden haben. So in den Niederalpen über 60, in Marseille 65, in Beauvais 16, in den Hochalpen ungefähr die Hälfte der Decembergefangenen, eine große Zahl in Alais, Agen, Marmande, Villeneuve, Clamecy u. s. f. Auch der Montagnard Michot ist wieder frei, da er versprochen hat, sich nicht mehr mit der Politik zu befassen. Aber nicht überall hat diese Rückkehr zur Milde die erwartete Wirkung hervorgebracht. An manchen Orten entstand große Aufregung, die Marseillaise wurde gesungen, Drohungen ausgestoßen, und es mußte zu neuen Verhaftungen geschritten werden. In Montpellier und Nimes sind neuerdings mobile Colonnen organisirt, die das Land durchziehen und die Verdächtigen festnehmen. (A. Z.)

Pauline Rolland, bekannt durch ihre sozialistischen Ansichten, ist dieser Tage verhaftet worden.

— den 14. Februar. Die zwei Bataillone mobiler Gendarmerie sollen zu einem „Garde-Grenadier-Regiment" vereinigt werden. — Statt der Worte „Republique française" wird man künftig auf den Fahnen unserer Regimenter bloß die Buchstaben R. F. erblicken; außerdem wird man darauf die Namen der etwaigen Schlachten lesen, denen das betreffende Regiment beigewohnt hat. — Aus den Departements werden neben vielen Freilassungen auch zahlreiche neue Verhaftungen und Ausweisungen gemeldet. — Napoleon Bonaparte, Sohn Jerome's, erklärt in den corsicanischen Blättern, daß er keine Candidatur zum gesetzgebenden Körper annehmen werde.

Der Präsident der Republik hat für die Kosten des neu errichteten allgemeinen Policeiministeriums im laufenden Jahre durch ein Decret die Summe von 2'955,400 Franken ausgesetzt, wovon indessen nur 643,400 Franken neue Ausgaben sind und das Uebrige von den früheren Fonds des Ministeriums des Innern herrührt. In obiger Summe befinden sich unter Anderem 1'000,000 Franken zur Unterstützung der auswärtigen Flüchtlinge, 300,000 Fr. für Unterstützungen verschiedener Art, 632,000 Fr. geheime Sicherheitsausgaben und 296,000 Fr. Inspectionskosten für die Departements. Das Staatsministerium wird ebenfalls sein besonderes Budget erhalten, und einstweilen sind ihm 80,000 Fr. als außerordentlicher Credit ausgesetzt.

Die Entdeckung einer Verschwörung im südlichen Frankreich scheint sich zu bestätigen. Das Nievredepartement soll ebenfalls dabei betheiligt sein; in Nevres, dem Hauptorte dieses Departements, haben gestern zahlreiche Verhaftungen stattgehabt. Nähere Einzelheiten erfährt man noch nicht, da die Behörden diese Geschichte sehr geheim halten. (Köln. Z.)

Das Kriegsgericht in Clamecy hat gestern drei Angeklagte zur Deportation, vier zu 20 Jahren und 5 zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt.

— den 15. Febr. Der „Moniteur" veröffentlicht eine mitgetheilte Note, welche alle während der letzten Tage verbreiteten Gerüchte über einen Ministerwechsel für unbegründet erklärt.

In dem Lyceum Louis-le-Grand, einem der bedeutendsten Gymnasien von Paris, sind unter den Schülern ernste Unordnungen vorgekommen. Es ist diese Anstalt einstweilen geschlossen worden; etwa 150 Schüler sollen aus derselben förmlich ausgestoßen werden.

Spanien.

Madrid, den 10. Febr. Das Attentat tritt allmählich in den Hintergrund, um einem anderen, dem Volke nicht gleichgültigen Ereigniße Platz zu machen. Es ist dieses die seit dem 1. Febr. eingeführte Gemüsesteuer. Aus allen Gegenden des Landes laufen hierüber die traurigsten Nachrichten ein, fast in jedem Orte hat es dieser Steuer wegen Conflicte mit den Beamten gegeben. Alle Vorstellungen der Provincialcivilgouverneure helfen nichts, Bravo Murillo will seinen Plan durchgeführt wissen. Er hat aber seine Rechnung ohne den Wirth gemacht; die meisten Gemüsebauern bringen nichts auf den Markt, und das Volk, d. h. die Mittelclasse, das ohne Gemüse nicht leben kann, schickte sich gestern an, die Gärten um Madrid zu plündern. Die Gärtner ließen dies geschehen und wollen die verschiedenen Gemüsearten lieber Preis geben, als sie so hoch versteuern. Der Finanzminister weiß freilich nicht, wie er Geld machen will, um das ungeheure Deficit zu decken. Seine Zuflucht zur Lotterie ist erschöpft; denn es ist fast jede Woche eine, und die Theilnahme des Volkes bei den letzten war sehr lau. Murillo wird daher gezwungen sein, die Quecksilberminen zu Almaden neuerdings dem Hause Rothschild zu verpachten, und soll er mit dem Agenten desselben, Hrn. Weisweiler, bereits in Unterhandlung getreten sein.

Italien.

Turin, den 11. Febr. Gestern Abends war im kgl. Theater großer öffentlicher Ball zu Gunsten der Emigration und der Stadtarmen, an welchem auch der Hof Theil nahm und dessen Billeterlös (à 10 Lire) über 30,000 Lire eingebracht haben soll.

Neueste Nachrichten.

Triest, den 15. Febr. Aus Athen vom 8. Febr. wird ein Ministerwechsel berichtet. Danopulos, Privilegios, Stavros, Vlachos sind für Inneres, Justiz, Cultus und Unterricht ernannt.

Verona, den 13. Febr. In der Nacht von gestern auf heute fanden zwei Verhaftungen hier statt, ohne daß über den Grund bis jetzt bestimmtes ins Publicum kam, es ist indessen außer Zweifel, daß sie politischen Character tragen. Der eine der Verhafteten, Dr. Geyder, ist bereits wieder auf freien Fuß gesetzt, während der andere, Conte Mortanari, in Gewahrsam verblieb.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[837] **Großherzogl. Hof- und Nationaltheater in Mannheim.**

Montag, den 23. Februar 1852.
Bei aufgehobenem Abonnement.
Vormittags ½ 11 Uhr:
Der Weltumsegler wider Willen, oder:
G' gibt halt nor e Mannem!
Abenteuerliche Posse mit Gesängen in vier Bildern von G. W. Emdenn. Localisirt von S. Ellem. Musik von mehreren Componisten.

Dienstag, den 24. Februar
Großer Maskenball
in den vereinigten Localen der Bühne und des Theater- und Concertsaales. NB. Mit jeder Eintrittskarte in die vereinigten Ballsäle wird an der Casse ein Loos gratis abgegeben. Die Ziehung findet um ½ 1 Uhr Nachts statt, die zu gewinnenden Preise werden auf dem Zettel genannt.

[838] **Reisegelegenheit nach Amerika.**

Für diesen Monat nehme ich und meine Herren Agenten noch Auswanderer, welche sich bis zum 25. Februar Vormittags bei mir einfinden, nach New-York an.
Die erwachsene Person zu 52 fl.
Kinder unter 12 Jahren zu 39 fl.
Für den folgenden Monat ist der Preis einige Gulden höher.
Mannheim, den 17. Februar 1852.
L. W. Renner.

[839a] **Zu verkaufen.**

Wegen Wohnungsveränderung wird das Haus der Einnehmer Braun Wtb. in Germersheim in der Mitte der Hauptstraße des alten Stadttheils neben Kaufmann Jos. Heß gelegen, und zu einem Ladengeschäfte jeder Art sehr geeignet, unter guten Bedingungen verkauft und kann sogleich angetreten werden.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag Nro. 45 den 21. Februar 1852.

Deutschland.

• **Betrachtungen.** Gefährlich für die Freiheit der Völker ist allerdings die rohe, brutale Gewalt; weit gefährlicher ist aber in den meisten Fällen jenes hinterlistige, tückische Treiben, das sich in den Mantel der Gesetzlichkeit hüllt, um das Recht mit Füßen zu treten. Rousseau hat darüber scharfe, aber wahre Worte gesprochen. „Der wahre Weg zur Tyrannei," sagt er, „ist, daß man sich sorgsam hütet, das allgemeine Wohl offen zu verletzen; dadurch würde man jeden Bürger zur Vertheidigung desselben aufregen. Nein, man muß die Vertheidiger des Gemeinwohls vielmehr Einzeln, Einen nach dem Andern angreifen, und dadurch einem Jeden, der etwa noch Lust hätte, Vertheidiger der Volksrechte zu werden, Schrecken einjagen. Man muß allen Leuten einreden, daß die Sache aller Bürger eigentlich die keines Menschen sei: und schon dadurch allein kann man das Sclaventhum Aller begründen; denn wenn jeder Einzelne unter dem Joche ist, wo bleibt dann die allgemeine Freiheit? *Wenn Jeder, der es wagt, den Mund zu öffnen, in demselben Augenblicke erdrückt wird, als das Wort aus seinem Munde geht, wo findet man dann noch Jemanden, der es ihm nachthun möchte? Wo kann die Gesammtheit einen Sprecher finden, wenn jeder Einzelne stumm bleibt?!* Die kluge Regierung wird also nur gegen solche wüthen, die einen Eifer zeigen; sie wird gegen die Andern so lange gerecht sein, bis sie ungestraft ungerecht sein darf. Von dem Augenblick an, da sie dieses darf, wird sie es mit der Gerechtigkeit halten, wie ein guter Hausvater mit seinem Gute, das er so weit zu erhalten sucht, als es thöricht sein würde, es zu verschwenden."

Der nemliche Verfasser (Rousseau) sagt ferner an einer andern Stelle: „Die Regierungen fordern Gesetze, aber nicht, um ihnen zu gehorchen, sondern um sie nach Belieben anwenden zu können."

Welche gewaltige Veränderungen sind in der Welt eingetreten, seit Rousseau schrieb, wie Vieles aber von dem, was er sagte, hat sich gerade seitdem so gewaltig bewahrheitet!

München, den 16. Febr. Nach der „Augsb. Postztg." haben die Eisenbahnbediensteten die Weisung erhalten, ihre Dienstfreiheit während der Kirchenzeit zum Besuche des Gottesdienstes zu benützen und zur Controlle dessen an Feiertagen in Dienstkleidung zu verbleiben. Alles schon einmmal dagewesen.

Frankfurt, den 14. Febr. Wie sich schon jetzt beurtheilen läßt, wird in diesem Jahre die Auswanderung Süddeutschlands, Kurhessen eingeschlossen, noch stärker sein, als dies seitber in irgend einem Jahre der Fall gewesen. In Kurhessen allein sollen über 20,000 Personen zur Auswanderung bereits gerüstet sein. Man glaubt die Ursauche der Auswanderung in politischen Gründen zu erblicken; sie wird aber auch hauptsächlich in oeconomischen Bedrängnißen zu suchen sein.

Wiesbaden, den 17. Febr. Einem gewissen Hrn. v. Glümer aus Wolfenbüttel ist von dem hiesigen Staatsministerium die Weisung zugegangen, die hiesige Stadt und das Gebiet des Herzogthums innerhalb 3 Tagen zu verlassen; aus welchen Gründen, weiß man nicht. (F. J.)

Schwerin, den 14. Febr. Es heißt hier allgemein, daß der frühere Postrevisor Wöhler zu Klein-Warin gestern auf Requisition des Criminalcollegiums zu Bützow verhaftet und in Gendarmen-Begleitung dahin abgeführt worden ist. Der Grund dieser Maßregel soll Hochverrath und zwar Wöhler's Betheiligung am sogenannten Märzvereine und dem damals erlassenen Aufruf „an das Heer" sein. (Wöhler war Mitglied des deutschen Parlaments und mit dem ebenfalls seines Amtes entsetzten früheren Schullehrer Reinhard in Boitzenburg auch von Frankfurt nach Stuttgart übergesiedelt.)

Berlin, den 17. Febr. Der von hier nach Wien abgegangene Prinz de Ligie ist auch für den dortigen Hof mit einer Botschaft betraut, welche denselben Gegenstand betrifft, als die an den hiesigen Hof gerichtete. Darstellungen in Betreff der Güterconfiscation der Orleans und in Bezug auf die einigermaßen drohende Haltung Frankreichs, Belgien gegenüber, sind die Aufgabe des Gesandten. Die von Frankreich an Belgien gerichtete Geldforderung wird mit einer Entschiedenheit aufrecht erhalten und bestimmt geltend gemacht, daß die Furcht vor einer Occupation Belgiens aus diesem Anlaß in der That nicht eine so fern liegende ist. (F.-J.)

Der kurhessische Prämierminister Hassenpflug hat gegen das ihn verurtheilende Erkenntniß der zweiten Instanz das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde ergriffen und soll diese so viel besprochene Angelegenheit daher, wie wir hören, schon binnen Kurzem nochmals vor dem hiesigen Obertribunal zur Verhandlung kommen. (N.-Z.)

Wien, den 13. Febr. Der „Presse" wird geschrieben, daß mehrere der ersten lombardischen Familien, welche sich im Jahr 1848 compromittirt und darum ins Ausland geflüchtet hatten, um die Erlaubniß zur Rückkehr nachgesucht haben und der Erfüllung ihres Gesuches durch die Fürsprache des Marschalls Radetzky entgegen sehen.

Der österreichisch-russische Vertrag wegen Ersatzleistung aus Anlaß der im Jahre 1849 von Rußland in Ungarn geleisteten militärischen Hülfe ist nun definitiv abgeschlossen. Nach demselben liefert Oesterreich an Rußland für 1'051,133 Fl. Salz und bezahlt 4'615,384 Fl. baar in drei Jahresraten. Die erste Rate ist bereits bezahlt. — Der österreichisch-römische Vertrag wegen Vergütung der Kosten für die Besatzung einiger Legationen durch k. k. Truppen ist nun auch bestimmt geregelt. Die päpstliche Regierung hat sich verpflichtet, für jedes Jahr die Summe von 1¼ Mill. österr. Lire an die kaiserl. Kriegscasse zu entrichten.

Belgien.

Brüssel, den 11. Febr. (Immer besser.) Ein vor wenigen Tagen erlassenes Zirkular des Landespolizeichefs weist die Provinzial- und Gemeindebehörden an, daß sie künftighin, wenn ihnen Individuen in die Hände gerathen, denen wegen Mangels vollgütiger Legitimationspapiere der Aufenthalt in Belgien nicht gestattet werden kann, nicht wie bisher darüber vorgängig hierher zu referiren haben, sondern daß sie die betreffenden Individuen sofort über die Grenze bringen und nur hinterher darüber an die Landespolizeidirection berichten mögen. Die Weisung wird damit motivirt, daß durch das bisherige Verfahren jene Individuen oft mehrere Tage lang unnützerweise aufgehalten wurden. Man braucht nicht erst auf die Sonderbarkeit dieser neuen Humanität aufmerksam zu machen, welche den Fremden

der Willkür der Provinzial- und Kommunalbehörden überliefert und ihm gegen die Expulsion nicht einmal einen Appell an die Regierung erlaubt. Aber die Regierung will eben dadurch die Verantwortlichkeit gewisser unliebsamer Maßregeln von den eigenen Schultern abwälzen und sich die Möglichkeit bewahren, dieselben vorkommendenfalls der Uebereifrigkeit subalterner Beamten zuzuschreiben.

— den 16. Febr. Die siebente Nummer des „Bulletin Français" ist von Neuem mit Beschlag belegt, auf Requisition des Inquisitionsrichters. — Der Hr. Feldmarschall Graf v. Nugent, im Dienste des Kaisers von Oesterreich, ist in einer besondern Audienz im Schlosse zu Laeken empfangen worden.

Schweiz.

Bern, den 16. Febr. Der Inhalt der vielbesprochenen französischen Note ist nun kein Geheimniß mehr. Aus dem Erlacher Hof vernimmt man, daß Frankreich zwei Forderungen in Bezug auf das Asylrecht stellt. Vor Allem verlangt es, daß jetzt und in Zukunft der Bundesrath diejenigen französischen Flüchtlinge ausweise, welche ihm von der französischen Regierung namentlich bezeichnet würden. Für die übrigen Flüchtlinge behält sich Frankreich das Recht vor, diejenigen Orte in der Schweiz zu bestimmen, wo sie internirt werden sollen. Daß der Bundesrath in diese Begehren nicht einwilligen konnte, ohne die Selbstständigkeit der Schweiz preiszugeben, versteht sich von selbst. (F. J.)

Frankreich.

Paris, den 11. Febr. (Kuriosum.) Heute zirkulirte eine sehr merkwürdige Nachricht an der Börse. Man erzählte denn, daß Hr. A. Fould (der in Wirklichkeit noch immer des Präsidenten intimstes Vertrauen genießt) gestern dem Baron v. Rothschild einen Besuch abgestattet habe, um im Namen des Präsidenten mit dem berühmten Banquier Unterhandlungen wegen eines Anlehens von 20 Millionen anzuknüpfen. Hr. v. Rothschild habe auf diese Eröffnungen geantwortet: Mein Hotel, mein Meublement, meine Person stehn dem Hrn. Präsidenten der Republik zu Diensten. Er kann darüber verfügen, wie er will. Ich bin auf Alles gefaßt. Aber was die Fonds der Bank betrifft, welche meinen Namen trägt und von der ich ein Aktionär bin, so ist das etwas Anderes. Ich habe nach dem 2. December meine Vorsichtsmaßregeln getroffen. Alle meine Werthgegenstände, Geld und Wechsel, sind im Ausland und ich kann nicht einmal über eine Viertel Million verfügen.

— den 13. Febr. In der letzten Zeit sind viele Personen, besonders Arbeiter und Künstler, nach Spanien ausgewandert, woselbst man sie sehr gut aufgenommen hat. — In Folge kurzlich getroffener Anordnungen finden zwei Gottesdienste jede Woche in den Forts von Jury, Bicetre und Vannes statt. Die dort gefangen gehaltenen Insurgenten müssen diesen Gottesdiensten beiwohnen.

— den 14. Febr. Die Polizeiberichte welche der Regierung aus allen Theilen des Landes zukommen, sind in Bezug auf die materielle Ruhe welche überall herrscht sehr günstig; allein sie melden auch, daß die Stimmung für die Vollzugsgewalt außerordentlich lau geworden, und man sich mit der Dictatur ein für allemal nicht befreunden könne. Man schließt daraus daß die Wahlen nicht so günstig ausfallen werden als man anfangs zu hoffen sich berechtigt glaubte. Der Präsident der Republik selbst soll geäußert haben, „nous avons attendu trop long-temps", denn seine Idee war die Wahlen früher vorzunehmen. Das Schicksal Persigny's hängt jedenfalls von dem Ergebniß ab welches, der 29. Febr. bringen wird. Und wie viele Präfekten laufen Gefahr ihre Stellen zu verlieren wenn in ihren Departementen irgendein Oppositionsmann siegt! Sehr befürchtet wird auch daß sich sehr viele Wähler des Abstimmens enthalten. Sollte die Masse derselben, welche von ihrem „Souveränitätsrecht" keinen Gebrauch machen will, zu groß werden, so beabsichtigt man ein Gesetz zu erlassen welches die Abstimmung für die Folge obligatorisch macht. Man denkt alsdann die Strafbestimmungen welche bei der Jury in Anwendung kommen, auf die Wähler auszudehnen. — Die Confiscationsverordnungen in Betreff der Orleans'schen Güter kommen nicht zur Ausführung — davon ist man allgemein überzeugt. Sie wissen, daß bereits eine Commission für Begutachtung und Prüfung des Protestes der Testamentsvollstrecker von dem Präsidenten eingesetzt wurde. Die Sache wird in ihrer Entscheidung so lange hinausgezögert werden, bis man mildernd einzuschreiten vermag. Auch wird der Präsident einzelnen Anträgen des Senats, welche in dieser Beziehung gestellt werden, nicht aus dem Weg gehen, „insofern die Ranke und Intriguen der Orleanisten ruhen." So äußerte sich ein sonst gutunterrichteter Bonapartist, welcher sehr häufig in Beziehungen zu dem Hrn. v. Morny steht. (Allg. Z.)

— den 15. Febr. Der „Constitutionnel" gibt heute schon die Hauptpuncte des neuen Preßgesetzes. Jeder, der ein Journal oder eine periodische Schrift veröffentlichen will, muß Franzose sein und eine vorgängige Autorisation erlangen. Das Zuchtpolizeigericht tritt an die Stelle des Geschwornengerichts, um die durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen zu richten. Bei Anklagen auf Verleumdung wird der Zeugenbeweis vor dem Zuchtpolizeigericht nicht gestattet. Das Maximum der Caution für die täglich erscheinenden Journale beträgt 50,000 Frcs. Der Stempel wird um 2 Cent. erhöht, d. h. auf 6 Cent für Journale ohne Roman-Feuilleton, und auf 7 Cent. für Journale mit einem solchen gebracht. Auswärtige Journale können in Frankreich eingebracht werden, nachdem sie durch die Regierung dazu autorisirt worden sind; aber aus dem Gesichtspuncte der Billigkeit wird denselben die gleiche Stempelgebühr, wie den in Frankreich erscheinenden Journalen, auferlegt. Das Gesetz bestimmt ferner die Höhe der Geldbußen, denen die Journale wegen Veröffentlichung falscher Nachrichten oder ungenauer Berichterstattung über die Sitzungen des gesetzgebenden Körpers und der Gerichte unterliegen. Diese Geldbußen müssen binnen drei Tagen entrichtet werden. Eine Verurtheilung wegen Preßverbrechen oder zwei Verurtheilungen wegen Preßvergehen oder Preßcontraventionen führen die Suspension des Journals mit sich. Die Unterzeichnung der Artikel hört auf eine Verpflichtung zu sein. Ferner werden auch die Buchhändler, wie schon jetzt die Buchdrucker, genöthigt, ein Patent zu nehmen, eine Bestimmung, die früheren Gesetzgebungen entnommen ist.

Der Assisenhof hat drei Mitglieder des früheren Widerstandsausschusses zu je 5 Jahren Gefängniß und 1000 Frcs. Geldstrafe verurtheilt. — Durch ein Decret des Präsidenten der Republik, das auf die allgemeine Auflösung sämmtlicher Nationalgarden im Gebiete der Republik Bezug nimmt, wird die militärische Organisation der Seehafen- und Arsenalarbeiter in Bataillons und Compagnien aufgehoben erklärt.

Ein fatales Ereigniß hat gestern Unruhe in eine Menge Familien geworfen. In dem bedeutendsten College von Paris, „Le Collége Louis le Grand," haben sich beinahe die sämmtlichen Pensionäre in offene Revolte gegen ihre Professoren gesetzt; die bewaffnete Macht mußte einschreiten, und etwa 150 der Eleven sind aus dem College expulsirt worden. Diese Revolte hat einen politischen Grund. Es findet nämlich jährlich am Tage Karl's des Großen ein Bankett der vereinigten Schulen Statt. Bei dem diesjährigen Bankette nun, am 28. Jan., widersetzte sich die Deputation des Collegs Louis le Grand, daß ein Toast auf Louis Napoleon ausgebracht wurde. Für diesen Vorfall waren die betreffenden Eleven gestern von dem Schulrathe bestraft worden, und in Folge dieser Maßregel brach gestern Abends ein offener Widerstand aus. Unter den am meisten compromittirten Eleven sind zwei Söhne von Senatoren. (K. Z.)

— den 16. Febr. Ueber die schon erwähnte Meuterei im Collegium Louis le Grand wird noch Folgendes berichtet: „Die Schüler verließen ihren Studiersaal unter dem Geschrei: „„Nieder mit den Jesuiten! Nieder mit der Messe!““ Der Director ließ Stadtsergeanten kommen; es gelang jedoch nicht, die Revoltirten zur Ruhe zu bringen, und man war genöthigt, eine Compagnie Linientruppen zur Hülfe zu rufen. Diese Schüler-Revolution sollte zu gleicher Zeit in allen Collegien losbrechen; in dem Collegium Charlemagne hatte man mit 4 Stimmen Majorität sich für die Nichttheilnahme erklärt. Eine Untersuchung ist angestellt worden; man behauptet, die Schüler seien von einigen Professoren der Universität (?) zu dieser Manifestation aufgefordert worden.“

Dem in das Verbannungsdecret einbegriffenen Exrepräsentanten Bandsept ist auf sein von dem Versprechen, fortan mit politischen Angelegenheiten sich gar nicht zu befassen, begleitetes Gesuch an L. Napoleon von diesem die Erlaubniß ertheilt worden, in Frankreich bleiben zu dürfen. — Die Nachricht von dem angeblichen Officiercomplott gegen L. Napoleon soll auf einer Mystification beruhen, die ein Unbekannter vermittels eines anonymen Schreibens versuchte, welches er der Policeibehörde zuschickte.

Es scheint, daß die etwas drohende Stellung der französischen Regierung und die kaiserlichen Reminiscenzen, die seit dem 2. December aufgetaucht sind, die neapolitanische Regierung, die der Sturz Palmerston's etwas versichert haben mag, bestimmt haben, sich England zu nähern. Wenn man den hier verbreiteten Nachrichten Glauben schenken darf, so hat die englische Regierung mit der neapolitanischen einen Defensiv- und Offensiv-Vertrag abgeschlossen. Neapel verpflichtet sich außerdem, eine Constitution zu erlassen und mit England einen Handelsvertrag abzuschließen, von dessen Vortheilen alle anderen Nationen ausgeschlossen sein werden. (?) Diese Nachrichten haben hier in Paris große Sensation gemacht. — Eine andere wichtige Nachricht wird eben bekannt. Die Abgeordneten der Nordbahngesellschaft haben heute eine Versammlung abgehalten, um sich über die Concession der Nordbahn auf 99 Jahre zu verständigen. Bekanntlich hatte die Regierung Ludwig Philipp's die Concession nur auf 38 Jahre bewilligt. Die Regierung L. Bonaparte's hat diesen Zeitraum um 61 Jahre verlängert, so daß die Nordbahngesellschaft ihre Eisenbahn noch 93 Jahre statt 32 Jahre besitzen wird. Die amtliche Verpflichtung, welche die Nordbahngesellschaft übernommen, ist, die Eisenbahn nach Charleroi zu bauen, deren Exploitation sie ebenfalls 99 Jahre lang behalten wird. Die Eisenbahnstrecke wird ungefähr 20 Millionen kosten. Man findet diesen Vertrag äußerst nachtheilig für den Staat. Rothschild hat die Unterhandlungen geleitet. Von den geheimen Bedingungen vernimmt man natürlich nichts. (Köln. Ztg.)

— den 17. Febr. Der heutige „Moniteur“ enthält ein Decret, wodurch des Kaisers Napoleon Geburtstag für das einzige Nationalfest erklärt wird.

Straßburg, den 14. Febr. Seit einigen Tagen zeigt sich glücklicher Weise ein nicht unbeträchtlicher Abschlag in den Getreidepreisen. Die Zufuhren sind weit stärker, und der Stand der Saaten ist nach officiellen Mittheilungen ein sehr günstiger. Auch in Lothringen und Burgund sind die neuesten Marktnotirungen den Consumenten günstig.

Spanien.

Madrid. Obgleich Martin Merino erklärt hat, keine Mitschuldigen zu haben, hat die spanische Regierung doch ungefähr 100 der äußersten Fortschrittpartei angehörige Personen aus Madrid verwiesen.

Italien.

Verona, den 13. Febr. Die im Jahr 1848 nach Vertreibung der Jesuiten zu Militärspitälern eingerichteten Klostergebäude sollen diesen, nach ihrer in letzter Zeit erfolgten Rückkehr, wieder eingeräumt werden und die Vorbereitungen dazu bereits im Werke sein.

Rom, den 9. Febr. Die Polizei hatte Wind erhalten, daß eine namhafte Zahl Unzufriedener zur Erinnerung an die Proclamation der römischen Republik (9. Febr. 1849) in verschiedenen Rioni Demonstrationen vorbereitete. Schlag 6 Uhr hörten wir denn auch heute in der Frühe wirklich auf mehreren Punkten der Stadt wiederholte starke Salven aus Jagdflinten mit zwei Böllerschüssen, wozu ich selbst noch um 9 Uhr auf Piazza Barberini ein Corollarium von knatternden Springfröschen und Raketen durch Gassenbuben, denen sie zu dem Zweck geschenkt waren, mit seltener Keckheit hinzufügen sah. Aber fast alle Anstifter des Lärms wurden in flagranti ergriffen, wobei ein Gendarm einem der fliehenden ein Pistol nachfeuerte und ihn leicht verwundete. Jene Maler, welche dem heutigen Tag zu Ehren vor einem Jahr von einem Balcon herab dem vorübergehenden Publikum die nationale Tricolore in bengalischen Flammen gezeigt hatten, sind deßhalb zu **20jährigem Gefängniß** verurtheilt — schlimmer noch dürften die heutigen Demonstranten dabei fahren. (A. Z.)

— den 10. Febr. Der gestern wiedergekehrte Jahrestag der Verkündigung von Mazzini's Republik (9. Febr. 1849) war von widerwärtigen Vorfällen begleitet. Die Republikaner scheuten die augenfällige Gefahr nicht, die große Treppe des Capitols bereits am Vorabende mit Blumen und Laubgewinden zu schmücken und fulminante Texte auf Flugblättern hier und dort in der Stadt herumzustreuen. Ja, sie gingen so weit, den anbrechenden 9. Februar gestern in aller Frühe in verschiedenen einsamen Stadttheilen durch Böllerschüsse und vollständige Flintensalven den Einwohnern Roms als Feiertag zu verkündigen und ihrerseits zu bewillkommen. Allein die Policei, der die ganze Demonstration noch vor ihrem Beginne verrathen war, hatte geeignete Maßregeln zum Einschreiten getroffen, — freilich zu spät, denn sie konnte nur an Einer Stelle noch verhindern. Hingegen konnte sie fast alle Theilnehmer an dem Excesse gleichzeitig verhaften. Dabei aber kam es zu Widersetzlichkeiten, welche verschiedene Carabinieri sogar zum Feuern nöthigten. Drei der Freunde der Republik wurden leicht, einer schwer von Pistolenkugeln verwundet. Außer den gestern gefänglich eingezogenen sind in letzter Nacht noch über 80 der indirecten Betheiligung an dem Vorfalle angeschuldigte Personen, worunter auch Frauen, verhaftet worden. (Köln. Ztg.)

Portugal.

Lissabon, den 9. Febr. Das britische Geschwader unter Befehl des Commodore Martin hat den Tajo verlassen, um sich, dem von der englischen Regierung erhaltenen Befehle gemäß, an die englische Küste zu begeben.

Großbritanien.

London, den 17. Febr. Im Unterhause brachte heute Lord J. Russell die angekündigte Bill in Betreff der Milizen ein; er erklärte bei diesem Anlasse, daß mehrere Gründe einen Angriffskrieg gegen England herbeiführen könnten; die Regierung macht, in Berücksichtigung bestehender Defensivallianzen, den Vorschlag, in diesem Jahre 8000 junge Leute bei der Reorganisation der Localmilizen in die Listen einzutragen. Hr. Cobden erklärte sich gegen die Einbringung der Bill, Lord Palmerston für dieselbe. Das Haus ertheilte seine Zustimmung; es fand hierauf die erste Lesung der Bill statt. Es wurde ein Antrag auf Vermehrung der regulären Armee um 5000 Mann angekündigt.

Nachrichten von der Westküste Afrika's zufolge ist die Stadt Lagos am 26. und 27. Dec. von den Engländern fast gänzlich zerstört worden. Vier Boote des britischen in jener Gegend stationirten Geschwaders waren bei dem Unternehmen betheiligt. Die Engländer hatten 30 Todte und 71 Verwundete. Dieser große Verlust ward dadurch verursacht, daß das englische Schiff „Bloodhound“ auf eine im Bereiche einer Batterie von 13 Kanonen gelegene Sandbank auflief. Der Verlust der Eingebornen wird

als sehr bedeutend geschildert. Der König von Lagos ist entthront und ein anderer an seiner Stelle eingesetzt worden.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 3. Febr. Im Senate zu Washington hat Caß eine lange Rede gehalten, um gewisse Resolutionen einer großer Anzahl von Bürgern aus Detroit in Michigan zu unterstützen, welche von der americanischen Regierung verlangten, sie solle die englische Regierung zur „Freilassung der irischen Patrioten bewegen." Caß selbst beantragte eine dies Gesuch unterstützende Resolution. Das Schicksal des Antrags ist noch nicht entschieden.

— den 4. Febr. Der Congreß hat 6000 Dollars votirt, um die von der Königin von Spanien amnestirten amerikanischen Gefangenen zu unterstützen und aus Spanien zurückzuholen. Kossuth war in Cleveland.

Neueste Nachrichten.

* **München,** den 17. Febr. Der Volksbote und das Publicum erzählen von einer stattgehabten aber überstandenen Ministerkrise. Die Anforderungen des Ultramontanismus und die Zollverhältniße sollen die Veranlassung gewesen sein. — Die Zollverhandlungen in Wien sollen übrigens wenig Aussicht auf den gewünschten Erfolg gewähren.

Die vom „Volksboten" aufgebrachte Nachricht, die „Volksbötin" sei in Oesterreich verboten worden, ist eine reine Erfindung.

Rom, den 10. Febr. Unter den wegen der gestrigen Demonstration Verhafteten befindet sich auch das Mitglied einer höchst achtbaren fürstlichen Familie, ein junger Mann von vielleicht 22 Jahren.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 17. Febr. Weizen 7 fl. 16 kr., Korn 6 fl. 28 kr., Gerst 5 fl. 19 kr., Spelz 5 fl. 16 kr., Hafer 4 fl. 8 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

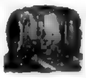
Neustadt. Markt vom 14. Febr. Weizen 7 fl. 13 kr., Korn 6 fl. 18 kr., Spelz 5 fl. 14 kr., Gerst 5 fl. 19 kr., Hafer 3 fl. 48 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 17. Febr. Weizen 7 fl. 12 kr., Korn 6 fl. 14 kr., Spelz 5 fl. 14 kr., Gerst 5 fl. 19 kr., Hafer 3 fl. 35 kr., Kartoffeln 1 fl. 52 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 13. Februar. Weizen 13 fl. 42 kr., Korn 11 fl. 12 kr., Gerste 8 fl. 31 kr., Hafer 4 fl. 22 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[841²] **Weinversteigerung.**



Montag, den 8. März nächsthin, des Vormittags um 9 Uhr, zu Edenkoben, in der Behausung des verlebten Gutsbesitzers Johann Clemens Grohé, lassen die Wittwe und Erben desselben circa 150 Stück Wein aus den Jahrgängen 1842, 1844, 1845, 1846, 1848, 1849, 1850 und 1851, der Erbvertheilung wegen, öffentlich versteigern.

Edenkoben, den 19. Februar 1852.

Keller, Notar.

[827¹] **Zu verkaufen.**

Ein neuer Drehstuhl für Eisen zu drehen, mit Super Fichs, ist jeden Tag aus der Hand zu verkaufen bei

F. Thyson in Bergzabern.

[840³]

Mobiliar-Feuerversicherungsanstalt
der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München.
Geschäftsabschluß pro 1851.

	fl.	kr.
Das **Versicherungs-Kapital** der Anstalt laut Ausweis des vorjährigen Rechenschaftsberichts am Schlusse des Jahres 1850 im Belaufe von . . .	171,372,060	—
erhielt in dem Jahre 1851 einen reinen Zugang von . . .	3,311,995	—
und betrug demnach am 30. December 1851 . . .	174,684,055	—
An Brandentschädigungen wurden an 333 Betheiligte verausgabt . . .	177,585	46
und seit dem Bestehen der Anstalt . . .	1,983,564	48
Von dem Gewinne konnte dem Reservefond der Anstalt (bei Beginn des Jahres 408,725) — die Summe von 48,775 fl. zugewiesen werden, wonach sich der Reservefond nunmehr auf . . stellt.	457,500	—
In diesem, dann dem Prämienübertrag von . . .	181,035	12
endlich dem ursprünglichen Garantie-Kapital von . . .	3,000,000	—
	3,638,535	12

bestehen die **Deckungsmittel,** welche die Anstalt ihren Versicherten gibt.

Diese Garantien werden dem versicherungssuchenden Publikum um so mehr Beruhigung gewähren, als die Anstalt auch bei außergewöhnlichen Unglücken, zu welchen wohl der Brand von Traunstein gerechnet werden kann, nicht bloß von der Beihülfe ihres Reservefonds Umgang nehmen, sondern auch beim Jahresschluß demselben einen bedeutenden Zuwachs geben konnte. Man erlaubt sich daher die Versicherungen der Mobilien jedem für Sicherung seines Besitzes einigermaßen besorgten Hausvater dringend anzuempfehlen, indem schleunigste und ungeschmälerte Entschädigung der Assekuranz entsprechend zugesichert wird.

Die Versicherungsanträge werden durch nachstehende Herren Agenten in der Pfalz entgegengenommen:

Bähr, F. A., k. Polizeicommissär in Ludwigshafen.
Bonafegla, B., Geschäftsmann in Dürkheim.
Binger, C., Einnehmer in Cusel.
Bickner, H., Kaufmann in Landstuhl.
Bolza, M., Posthalter in Rockenhausen.
Deidesheimer, F., Kaufmann in Neustadt.
Durlacher, L., Geschäftsmann in Grünstadt.
Ehrhard, F., Kaufmann in Frankenthal.
Fischer, E., Geschäftsmann in Candel.
Gentes, J., Kaufmann in Zweibrücken.
Hafen, M., Kaufmann in Winnweiler.
Hellmann, A., in Annweiler.
Jäger, F., Kaufmann in Bergzabern.
Lippert, C., Geschäftsmann in Kaiserslautern.
Lehné, F., Bürgermeister in Lauterecken.
Märdian, T. Dr., in Germersheim.
Müller, G. P., Bürgermeister in Alsenz.
Schneider, J. Th., Kaufmann in Landau.
Schneider, L., Verificator in Pirmasenz.
Sauerbrey, C., Kaufmann in Homburg.
Saarbach, E., Geschäftsmann in Kirchheimbolanden.
Schlick, J. P., Kaufmann in Edenkoben.
Wolfer, A., Posterpeditor in Mutterstadt.

Man wird bemüht sein, die Anträge unter den möglichst vortheilhaften Bedingungen zu besorgen.

Speyer, den 18. Februar 1852.

Die Hauptagentur für die Pfalz:
Gérard.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 46 | den 22. Februar 1852.

Deutschland.

*Speyer. Es ist uns ein Aufsatz über die politische Gestaltung der Dinge, insbesondere über die Zukunft der democratischen Strebungen in Folge des Staatsstreichs in Frankreich mitgetheilt worden. Wir können uns zwar keineswegs allen Ansichten anschließen, welche in diesem Aufsatze entwickelt sind, derselbe enthält aber jedenfalls so vielen Stoff zum Nachdenken, daß wir ihn wenigstens im Auszuge nachstehend abdrucken lassen:

„Das Erstaunen über den Sieg L. Napoleons, die Betroffenheit der Gemüther beginnt zu verschwinden. In der That, wer die continentalen Verhältniße Europas, den Gang der Contrerevolution im Allgemeinen und den eigenthümlichen Verlauf derselben in Frankreich einigermaßen unbefangen betrachtete, der konnte nicht einen Augenblick bezweifeln, daß Napoleon sein Mandat vom 10. Dec. 1848 auch eines Tages zu erfüllen haben würde. Dieser eine Tag ist der 2. Dec. 1851 geworden. Das Mandat, welches dem Prinz-Präsidenten vor 3 Jahren gegeben wurde, ging von 5½ Millionen unglücklicher Menschen aus, *die nichts vom großen Frankreich und seiner großen Politik wußten, nur daß die Nation einer andern Erlösung bedürfe, als der von Hrn. v. Lamartine in Vorschlag gebrachten und der von Hrn. Cavaignac für probat gehaltenen.* 5½ Millionen gaben einem Glücksritter *carte blanche*, um ein neues Universalmittel zur Beglückung Frankreichs zu finden. Man muß gestehen, der Mann hat gethan, was zunächst seines Amtes war. Dieses Amt war die Vernichtung jener Bastard-Verfassung, in deren Fuchsgängen die verrotteten Parteien Frankreichs zur Bartholomäusnacht der Freiheit bereit lagen, die Vernichtung der eidbrüchigen Nationalversammlung, die Demüthigung jener Rasenden, die in den Junitagen 1848 dem hungernden Volke die warmen Kugeln vorgeworfen hatten.

„Napoleon hat freilich sein nächstes Ziel in ganz eigener Weise und auf ganz sonderbaren Umwegen erreicht. Um die Buschklepper der Assemblee über die Klinge springen zu lassen, hat er ihnen zuvor Beifall gelächelt zur weiteren Knechtung und Knebelung des Volke, zur weiteren Verhöhnung aller Principien der Freiheit, aller Menschen- und Völkerrechte. Aber was kümmerte sich das Volk um die Methode? Um alles zu gewinnen, mußte alles gewagt werden, — es schwieg. Es redete kaum, als Napoleon unter dem Donner der Kanonen und dem Angstschrei der gemeuchelmordeten Schwester-Republik das Gespinnst, worin einst die Nationalversammlung gefangen werden sollte, mit Hülfe der Jesuiten zu Rom, anknüpfte. Napoleon verbarg in seinem Hazard weder Endspiel noch Mittel. Tausendmal langte er bei (Anderer) Verrath, bei Lüge und offener Gewaltthat an, — Frankreich schwieg. Napoleon hatte seine eigentliche Mission noch zu erfüllen, sein Stern war eben erst aufgegangen.

„Wie nun? Sollte Frankreich jetzt, wo seine Verfassung, nicht zerrissen, — das war sie schon längst! — sondern nur zu den andern Verfassungen gelegt, — wo die Nationalversammlung nicht gemordet, nein, nur verscharrt worden ist, sollte Frankreich jetzt, wo sein Auserwählter nach 3jähriger Mühe am Ende seines Anfangs zu stehen behauptet, ihm mit Säbel und Bajonett den Anfang des Endes verwehren? Jetzt, wo das Schlimmste, was kommen konnte, überstanden ist, wo man Standrecht und Deportationen verwunden hat, und nach den Gesetzen der Natur eine aufsteigende Bewegung nothwendig ist, — jetzt auf einmal sollte man alles, was man gutgeheisen hatte, desavouiren, die Schuld Napoleons dankbar quittiren, sollte die Democratie, die verfolgte mißhandelte, dezimirte Democratie für ihre ewigen Feinde in die Schranken treten, um vielleicht, ja sogar wahrscheinlich, ihre zukünftigen Bundesgenossen aus den 5 Millionen des Jahres 1848 auf ewig zu verlieren? Die 5 Millionen verlangten die Probe auf ihr Rechenexempel, sie mußten sie haben.

„Die Geschichte läßt Niemanden frei, ehe er sein Werk vollendet hat. Es gibt nur einen Mann, der die Erbschaft, welche am 2. Dec. in Frankreich anzutreten war, nicht ausschlagen konnte, der Mann ist L. Napoleon. Es gilt, auf bereits vorhandenen Mord und Todtschlag, auf Meineid und Perfidie, auf Sünden und Laster, auf einem corrumpirten Heere und einer heillosen Bedientenschaar — das Glück des französischen Volkes zu gründen. —

„Das Jahr 1852 hat seinen zweiten Sonntag im Mai, seine Signatur und seinen Namen verloren — — — jetzt erst ist es in der That ein Jahr mit 7 Segeln, ein düsteres, unheimliches Jahr geworden.

„Denn Ihr meint doch nicht etwa gar, daß Frankreich seinem Napoleoniden den besseren Theil seiner Mission erlassen werde, daß er ihm umsonst den ungeheuren Credit an Blut und Thränen gegeben haben wolle? Ihr meint doch nicht etwa gar, daß ein Volk aus Absicht oder Instinct nichts und weiter durchaus nichts begehre, als Hunger und Kummer, gemordete Söhne und zerstörtes Familienglück? Ein Volk kann Jahre lang Credit geben, aber es schließt endlich mit den Worten der Bibel: Wem viel gegeben ist, von dem wird man viel fordern.

„Was bedeuten die 7'500,000 Votanten? Was bedeutet es, daß Napoleon selbst über die Masse und Zähigkeit seiner Gläubiger verwundert ist? Seit 3 Jahren sind also 2 Millionen Menschen mehr in Frankreich, die von der bisherigen Volksbeglückung nichts wissen wollen, die ebenfalls auf jenen Mann pointiren, bei dessen Anblick man Alles ahnen kann, nur nicht das, was eben gewesen ist.

„Allzuviel Freude kann tödten. Kein Zweifel, daß Napoleon und vor allen Dingen die großen Reactionäre im übrigen Europa es lieber gesehen hätten, wenn sich Frankreich schlafen gelegt und weder auf die eine noch auf die andere Weise gezeigt hätte, daß es sich noch nicht mit seinem Schicksale abgefunden habe, noch nicht aller Hoffnungen baar und aller Forderungen quitt sei. Aber Frankreich lebt. Mehr als 7 Millionen hängen sich an den Leib L. Napoleons und reclamiren das verheisene Glück, die große Zukunft der Nation, fordern Brod und Wein, um 3 bittere Jahre vergessen zu können, Ruhe und Ehre, um Frankreichs Namen wieder rein zu waschen. 2 Millionen mehr als vor 3 Jahren drängen sich zu dem verschleierten Bilde und protestiren somit gegen das bisherige Wissen und den bisherigen politischen Glauben der großen Nation. Ist das Jahr 1852 dadurch weniger düster geworden?

„Ihr wendet ein, daß weitaus die Mehrzahl der Votanten nicht wisse, wohin es gehe, und der größte Theil von Standrecht und Policei und Jesuiten gepreßt worden sei. Es blieb dem Volke nichts übrig, sagt Ihr, als Napoleon oder die Anarchie, und mit der Anarchie, wie die Jesuiten hinzufügten, die Hölle. Aber wie waren Standrecht und Policei und Jesuiten in solcher Ausdehnung möglich, wie war es möglich, daß die Aventuren eines

Glücksritters Fuß und Faust auf das Herz des Volkes setzten, daß Frankreich in Ketten und Banden lag, ohne daß man es gefragt hätte, ob Ketten und Bande nothwendige Requisite zum Mandat vom 10. Dec. wären?

„Es ist nicht zu leugnen: Mehr als 7 (?) Millionen Franzosen haben sich, wenn auch vielleicht mit blutendem Herzen und zögernder Stimme, für Standrecht und Polizei und Jesuiten erklärt, sie haben den Weg zum napoleonischen Ziel gut geheißen. Das letzte, was zu opfern war, die guten Gewissen, sind geopfert, — die Reihe des Gebens ist nunmehr aber auch an Napoleon und das Jahr 1852 ist der große Verfalltag. Wehe Napoleon, wehe dem Clerus, wehe dem ganzen Apparat des alten Zwangsstaats, wenn der kühne Glücksritter den Wechsel nicht einlöst. Gleichgültig, ob jene 7 Millionen wissen, wohin es geht, gleichgültig ob sie den Aufriß zur Gesellschaft der Zukunft kennen oder nicht, sie fordern die Erlösung von dorther, woher alles Elend gekommen ist, wo alle Macht und Gewalt concentrirt ist, woher die Kanonen und Bajonette ihre Ordres erhalten, wo die Kirche ihre Adhäsionsadressen niedergelegt, der Papst seinen Segen gespendet hat.

„Was aber, wenn die Künste jenes Mannes nicht gelingen? Das Volk hat Brod gefordert und Priester haben gerufen: „Der Verfassungsbruch in Paris wird es geben." Geistliche sind für Lug und Trug eingestanden, für alle Mittel, die göttliches und menschliches Recht bisher gebrandmarkt haben, — der große Zweck ist der Friede und die Erlösung des armen Volkes. Nichtswürdige Jesuiten! Wenn aber Frieden und Erlösung nicht kommt, wenn die Kornkammern des Präsidenten leer befunden werden? Man hat dem französischen Volke vorgeworfen, daß es über alle Vorstellung gläubig sei. Nun wohl, das Jahr 52 wird zeigen, ob es auch dann noch glauben wird, wenn es in seinem verzweifeltsten Vertrauen betrogen und verhöhnt ist.

„Und der Neffe! Seine Lobredner erklären, und das Volk gibt es zu, daß es vor allen Dingen für ihn nothwendig gewesen sei, Hand und Fuß frei zu bekommen. Der Himmel weiß, das Ziel ist erreicht. Die Säbelvirtuosen der alten Parteien liegen mit den Socialisten im Gefängniß oder sind verbannt, es gibt kein anderes Recht, als den Degen in der Faust Napoleons; 7'000,000 Franzosen erklären sich für die Prätorianerverfassung, die Legitimisten jeder Sorte werfen ihre Principien ins Feuer, um die Glorie des 2. Dec. heller leuchten zu machen, — alles, alles, worin Krone und Tiara, Säbel und Börse, bisher ihr Evangelium fanden, ist zu Ehren der Machtvollkommenheit L. Napoleons in die Luft verpufft, der Held von Straßburg und Boulogne mag das Spiel nun beginnen, die Lichter sind angezündet und die Zuschauer bereit. Wehe, wenn ihm das Spiel mißlingt.

„Und dann? Es wird zugegeben, daß das Jahr 52 heute ist, was es vor 3 Monaten war, mehr noch, daß die Constallation eine unendlich finstere, bedeutendere geworden ist. Es wäre auch Wahnsinn, das zu leugnen. Aber geleugnet wird, daß das Fiasko Napoleons der Democratie zu gute komme. Mit himmelschreiender Volksverachtung wird dem französischen Volk der Wille, ja der Instinct sogar abgesprochen, schließlich das Rechte zu treffen. Man gibt das „Wehe Napoleon" zu, falls die Hoffnungen und Wünsche der 7 Millionen nicht erfüllt würden, man wirft aber derselben Nation, die man eben noch vergötterte und für den Vorkämpfer der ganzen Welt hielt, ohne Erröthen die Schmach ins Gesicht, daß auf Napoleon ein Heinrich V oder Gott weiß was folgen werde. Die große Nation werde es bis zu ihrer gänzlichen Auflösung immer nur mit Personen und wieder mit Personen, aber niemals mit Principien, niemals mit der irdischen Dreieinigkeit der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, niemals mit Wahrheit und Recht, mit der Ehre und Tugend der gekreuzigten und auferstandenen Menschheit versuchen. Man gibt Prätorianeraufstände und die Möglichkeit eines Krieges gegen England zu, aber die Erreichung des Zieles des erlösten Menschengeistes wird dem christlichen Frankreich hochfahrend abgestritten.

„Es ist nicht unsere Sache, das sinnlose Anathema gegen unsere Brüder zurückzuweisen. Nur eins sei gesagt: das „Wehe Napoleon, wehe dem Jesuitismus und dem alten Staat!" wird nicht geschenkt, es wird auch nicht durch einen Krieg nach Außen abgewandt werden. Die 7 Millionen werden ihre Arme in die Höhe recken und dem Selbstherrscher entgegendonnern: „bis hierher und nicht weiter!" und die getreuen Prätorianer werden nicht zögern, ihm dann den imperialen Schmuck vom Leibe zu reißen. Wenn das geschieht, freilich in diesem Augenblick, der in Petersburg vorausgesehen ist, wird Napoleon vernehmlicher als bisher Kriegsgeschrei und Eroberungsgelüste vernehmen lassen — aber was dann? Die große Bluthochzeit gegen die Menschenrechte ist noch nicht gehalten."

— Der Verfasser des vorstehenden Aufsatzes entwickelt nun weiter seine Ideen dahin, daß in diesem Kampfe, zu dem Napoleon sich, um seine Herrschaft zu behaupten, gedrängt sehen werde, — Nordamerika sein Sternenbanner in Europa entfalten, und einen glücklichen Ausschlag für die Sache der Freiheit geben werde. Der Verfasser führt dies in umfassender Darstellung aus.

Wir unserseits sind der Ansicht, daß sich die künftige Gestaltung der Dinge in solcher Weise nach den Einzelnheiten durchaus nicht berechnen lassen. Die Erfahrung spottet in solchen Fragen jedesmal aller derartigen Voraussagen. Die Entwicklung erfolgt, aber immer in ganz anderer Weise, als auch die Klügsten geahnet hatten. Die vielgefürchtete „Präsidentenwahl" in Frankreich selbst gab zuletzt noch einen neuen Beweis. Fest steht uns nur dieses, daß die Sache der Freiheit endlich doch zum Siege gelangt; fest steht es uns, weil wir dieses Resultat als durch den ganzen Entwicklungsgang der Menschheit bedingt finden, und weil die Grundprincipien, um die es sich handelt, bereits alle Völker Mitteleuropas, ja alle Lebensverhältniße so vollständig erfaßt haben, daß alle und jede Vorgänge, mögen sie Namen und Gestalt führen wie sie wollen, am Ende zur Förderung jener Entwicklung beitragen müßen, und wenn sie zur Erzielung des gegentheiligen Erfolges eigens bestimmt waren, und anfangs durchaus dazu geeignet scheinen mochten.

Daß der jetzige Zustand der Dinge in Frankreich nicht bleiben könne, scheint uns darum unzweifelhaft, weil ein durch und durch naturwidriger Zustand eben nicht länger erhalten werden kann, als ganz abnorme Mittel zu solcher Erhaltung angeordnet werden, was nicht für lange Zeit möglich ist. Ob nun aber ein Umschlag im Innern, oder ein Krieg nach Außen früher erfolgt, — es läßt sich nicht vorher bestimmen, obschon das Letzte im Augenblicke mehr Wahrscheinlichkeit als das Erste für sich hat. Wie alsdann aber, im Falle eines Krieges, die Dinge sich verwickeln und wieder entwirren, welche neue Gestaltungen und in welcher Art dieselben hervortreten werden, — dies liegt gewiß außer der Möglichkeit irgend einer Berechnung!

* **München**, den 17. Febr. (86. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Fortsetzung der Berathung des Forstgesetzes nach den Aenderungen der Reichsräthe.

Nach Erledigung dieses Gegenstandes: Berathung über die Anträge auf Hebung des Nothstandes der landwirthschaftlichen Branntweinbrennereien. Der Gegenstand betrifft nur die diesseitigen Verhältniße, und es wird bezielt: Aufhebung des Verbots des Kartoffelaufkaufes für Brennereien, die Ausgleichungsabgabe beim Branntweinverkaufe aus Baiern nach Preußen rc., und Revision der einschlägigen Bestimmungen des Malzaufschlaggesetzes. Der Ausschuß beantragt, verschiedenen der Anträge keine Folge zu geben, andere an das Ministerium zur geeigneten Erwägung zu übergeben. (Referent Sedlmayr.) Nach einigen Erörterungen werden die Ausschußanträge angenommen, deren wesentlichster der ist; die Staatsregierung zu ersuchen, „den Ankauf der Kartoffeln für land-

wirthschaftliche Brennereien ohne Gewerbsberechtigung in der Regel zu gestatten."

Schließlich Berathung des Ausschußberichtes über die unter den Zollvereinsregierungen vereinbarten Abänderungen von Zolltarifsätzen. Der Ausschuß beantragt Zustimmung zu diesen Sätzen, welche bereits seit dem 1. Oct. 1851 ins Leben getreten sind. Referent Neuffer beklagt tief, daß Preußen, ohne sich mit seinen Verbündeten zu benehmen, ein Vertrag mit Hannover abschloß, und dann den bisherigen Zollverein kündigte. Tadelt insbesondere auch die Bestimmungen wegen des Präcipuums und der Erlassung einer Nachsteuer in Hannover; dann die Nachtheile für die Rübenzuckerfabrikanten. Für Süddeutschland stelle der Vertrag nur Nachtheile in Aussicht. *) Freilich, etwas Großes erheische Opfer; die Verwirklichung der österreichischen Zollideen stelle aber noch etwas Größeres in Aussicht. Um so mehr sei es zu bedauern, daß Preußen sich bei den deßfallsigen Verhandlungen nicht betheiligt habe. Ohne Preußen kein Deutschland, ohne Oesterreich kein großer und mächtiger Verein. — Ministerialcommissär v. Kleinschrod vertheidigt besonders die getroffenen Abänderungen in Betreff der Durchgangszölle, mittelst deren allein die Herabsetzung des Rheinoctroi zu erzielen gewesen sei. — Wallerstein bespricht im Allgemeinen die Zollverhältniße, besonders in politischer Beziehung. Wenn der Bundestag fortbestehe, die innere Lage Deutschlands eine so trostlose bleibe, wie jetzt, wo in andern Ländern solche Verfassungsverletzungen vorkämen, erwarte er keine Einigung, auch keine commercielle, jedenfalls keinen Segen selbst einer solchen. — Heine. Fürchtet die Zweitheilung Deutschlands, indem Preußen sich nicht dazu verstehen werde, unter Oesterreich die zweite Stelle in Deutschland einzunehmen. Kommt unter dieser Voraussetzung auf seine frühere Idee einer Trennung Deutschlands in Nord und Süd zurück. Der Bundestag sei eines der größten Meisterwerke der Diplomatie, aber höchstens zur Vertheidigung nach Außen, nie zur Vereinigung zu großen innern Schöpfungen geeignet. Nennt Metternich einen Großen, ein Meteor, der den Bundestag auf die Kenntniß der „deutschen Kleinlichkeit" gebaut habe. Das Ausland habe ein Interesse daran, daß der Bundestag in seiner Kleinlichkeit bestehen bleibe, denn sonst träte ein neuer Regulator in die mitteleuropäischen Verhältniße ein. — Neuffer erklärt sich für Forterhaltung des Zollvereins. — Schließlich wird der Ausschußantrag angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag den 19., Berathung des Finanzgesetzes und der darin beantragten und vom Ausschuße begutachteten Erhöhung der Grund- und der mit derselben verbundenen Dominicalsteuer.

Mainz, den 19. Febr. Gestern früh fand hier eine Zusammenkunft hiesiger und auswärtiger Deutschkatholiken statt, um, wie wir hören, über die Haltung der deutschkatholischen Gemeinden den schwierigen Verhältnißen der Gegenwart und nächsten Zukunft gegenüber sich zu berathen.

Außer den bereits mitgetheilten Beschlüssen hat die Generalversammlung der Actionäre der Ludwigseisenbahn noch folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Abänderung des §. 13 der Statuten dahin, daß die in Zukunft ausgeschriebenen Einzahlungen noch während 2 Monaten nach dem festgesetzten Termin geschehen können, jedoch unter Vergütung der Verzugszinsen und einer Conventionalstrafe von 5 pCt. der zu leistenden Zahlungen; 2) sollen zur Ersparung von Kosten in Zukunft die Bekanntmachungen des Verwaltungsrathes nur in einer zu Mainz, Darmstadt und Worms erscheinenden Zeitung, ferner im Frankfurter Journal, in der Kölner und der Speyerer Zeitung veröffentlicht werden.

Wiesbaden, den 18. Febr. Dem Vernehmen nach haben die Herren Prof. Fresenius und Teyberth von Esch die auf sie gefallene Wahl zur ersten Kammer abgelehnt.

Friedrichshafen, den 13. Febr. Mehrmals in der Woche passiren seit einiger Zeit Transporte junger Leute nach Bregenz auf Wagen hier durch, welche im Badischen für die römische Armee angeworben worden sind.

Aus Thüringen, den 16. Febr. Die „Gothaische Zeitung" schildert nach einem Briefe die Bedrängniß der Armen auf dem Thüringer Walde. „Die wenigen Kartoffeln, welche die Armen geerndtet, sind schon vor Weihnachten aufgezehrt; an Verdienst fehlt es gänzlich, nicht einmal um das Brod gibt es Arbeit. Von der Noth gedrückt, verkaufen die bedrängten Menschen ihr Hausgeräthe, selbst ihre Ziegen, die ihnen das Schmalz für ihre Suppe geben müßen." — Die Auswanderung nach Amerika nimmt in Thüringen überhand; bereits haben mehrere Hundert Familienväter ihren nahe bevorstehenden Austritt aus dem Vaterlande erklärt und jedes Lokalblatt bringt eine Menge neuer Anzeigen. Die Landesregierung in Coburg hat bekannt gemacht, daß es zur Auswanderung einer besondern Erlaubniß nicht bedürfe, den Auswandernden aber eine Unterstützung aus Staatsmitteln nicht gegeben werde. (F. J.)

Hannover, den 17. Febr. Die beiden kürzlich inhafturten Buchdruckergehülfen sind ihrer Haft wieder entlassen.

Breslau, den 17. Febr. Durch eine heute erfolgte polizeiliche Verfügung ist die hiesige christkatholische Gemeinde geschlossen worden.

Wien, den 15. Febr. Die allgemein verbreitete Meinung, daß die durch Pieringer geleitete Militärverschwörung in Norddeutschland bloß Soldaten und Unterofficiere verwickelt gewesen, wird durch die Ankunft einiger Officiere in Ketten auf der Eisenbahn aus Holstein widerlegt; allerdings hat Lieutenant von Schönborn den Emissär Kossuths in Rendsburg verhaften lassen, allein die Fäden der Verschwörung müssen dennoch bereits in der höheren Region der Truppen Wurzel gefaßt haben, indem sonst die erwähnten Verhaftungen nicht hätten stattfinden können. Man spricht hier von neuen Hinrichtungen, welche demnächst stattfinden sollen, und wie das Gerücht erzählt, finden fortwährend viele Verhaftungen statt, was mit den Angebereien in Verbindung stehen soll, welche von Pieringer in der kriegsgerichtlichen Untersuchung gemacht worden sind. (Bresl. Z.)

Frankreich.

Paris, den 17. Febr. Der „Moniteur" veröffentlicht ein Decret, welches die Auswanderung von Arbeitern nach den Colonieen aufzumuntern bezweckt; es stellt daher Regeln fest für die Sicherheit und Garantie der Engagements, sowie für die Beziehungen zwischen den Arbeitern und Grundbesitzern.

In dem nahen Gentilly hat die Entdeckung einer geheimen Gesellschaft zu vielen Haussuchungen, zur Wegnahme von Papieren und Waffen und zu Verhaftungen geführt.

Der Ex-Abgeordnete Michot, welcher zur Deportation nach Cayenne verurtheilt war, jedoch unter der Bedingung begnadigt und in Freiheit gesetzt wurde, daß er das französische Gebiet verlasse, ist am vorigen Samstag in Batignolles abermals verhaftet worden, deßwegen, wie man sagt, weil er gegen sein Versprechen in Frankreich geblieben.

— den 18. Febr. Der „Moniteur" enthält das neue Preßgesetz. Danach ist eine Autorisation der Regierung nöthig zur Herausgabe von Journalen und periodischen Schriften und Aenderungen der Eigenthümer, Redacteurs oder Gerants. Die Caution beträgt 50,000 Fr. für Paris, Lyon und die größeren Städte, die Hälfte für die kleineren Städte. Der Stempel auf fremde Zeitungen beträgt für Paris und Versailles 6 Centimes, anderswo 3 Centimes. Eine Menge Strafbestimmungen umfassen Gefängniß- und Geldbußen. Zwei Verurtheilungen bin-

*) Sonach sind die lächerlichen Lobreden des Vertrags in einem subventionirten Blatte nun selbst von dieser Seite desavouirt!

Digitized by Google

nen zwei Jahren haben die Unterdrückung des Journals zur Folge.

Straßburg, den 18. Febr. Eine an allen Straßenecken angeschlagene Proclamation des Präfecten des Niederrheins empfiehlt den Bewohnern desselben die Hrn. Alfred Renouard v. Bussierre, Halley-Claporede, Becquet und Coulaux zur Wahl in den gesetzgebenden Körper.

Italien.

Turin, den 14. Febr. Aus Florenz kommen uns, wie neulich aus Neapel, überraschende Nachrichten zu. Der Großherzog, heißt es, will die Constitution (wohl stark modificirt) wieder herstellen. Bekanntlich war die Verfassung in Toscana bisher nur suspendirt, nie ganz aufgehoben. Die Gesinnungsänderung des Großherzogs wird dem Aufenthalte und Einfluße Lord Abercromby's in Florenz beigemessen, der überdies den Großherzog auf die Gefahr der österreichischen Occupation aufmerksam gemacht haben soll. (N. Z.)

Großbritanien.

London, den 16. Febr. Die Nachrichten aus den australischen Goldregionen reichen bis Anfang Novembers. Die in Melbourne bei Port Phillip entdeckten Minen sollen die von Sydney an Reichthum unendlich hinter sich lassen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 19. Febr. Weizen 7 fl. 42 kr., Korn 6 fl. 23 kr., Spelz 4 fl. 57 kr., Gerst, zweireihige 6 fl. — kr., vierreihige — fl. — kr., Hafer 3 fl. 27 kr., Kartoffeln 1 fl. 45 kr., per Centner.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[844] **Theater in Speyer.**

Sonntag, den 22. Februar: Eröffnung der hiesigen Bühne mit der beliebten Posse:

Einen Jux will er sich machen.

Tagesvorstellung, am Dienstag den 24. Febr., Nachmittags 4 Uhr:

Der Bajazzo und seine Familie.

Characterbild aus dem Französischen in 5 Acten.

Da ich das hiesige Theater neu restauriren werde, hoffe ich einem lange gefühlten Bedürfniß abzuhelfen, und sehe daher um so mehr einer regen Theilnahme entgegen.

Hochachtungsvoll empfiehlt sich Auth.

[843] Bei meiner Abreise nach America, sage ich allen meinen Freunden und Bekannten ein nochmaliges herzliches Lebewohl.

Philipp Lehn,
aus Edenkoben.

[816²] **Gewerbshalle zu Speyer.**

Diese Anstalt ist fortwährend aufs Reichhaltigste mit den verschiedenartigsten Möbeln u. s. w. ausgestattet und wird dem verehrlichen Publicum bestens empfohlen.

Speyer, den 1. Februar 1852.

Für den Verwaltungsrath: Dr. Walz.

[806³] **Gastwirthschafts-Empfehlung.**

Da der Unterzeichnete die seither durch Frau Wittwe Hammann zu Meckenheim geführte Gastwirthschaft zum „Schaaf" eigenthümlich an sich gebracht und die Wirthschaft selbst am ersten Februar ds. Js. übernimmt, so empfiehlt er sich allen Reisenden unter Zusicherung guter und billiger Bedienung.

Meckenheim, den 28. Januar 1852.

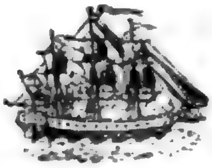
Jakob Bried.

[42] **Lotto.**

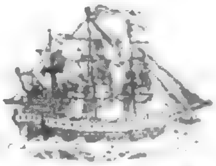
Zu Regensburg kamen den 17. Februar heraus:

21. 57. 19. 80 61.

Die nächste Ziehung ist den 26. Febr. zu Nürnberg.



Regelmäßige Beförderung

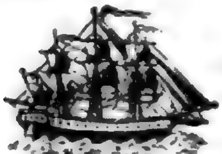


von Auswanderern nach allen Seehäfen von **Amerika**
zu den **niedrigsten** Preisen,
und mit Uebernahme unter Garantie bis an die Landungsplätze in Amerika

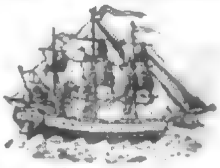
durch den Unterzeichneten, welcher auch schnellste Expedition des Gepäcks und aller Waaren besorgt, und Zahlungsanweisungen in jedem Betrag, auf jeden beliebigen Seeplatz der Union verschafft, was besonders für solche Auswanderer angenehm ist, die größere Summen mit sich nehmen.

Auf Anfragen weitern Bescheid und feste Abschlüße von der Special-Agentur in **Speyer** bei

[792¹⁰] **Julius Helff,** breite Straße Nro. 14.



„Die Fürsorge."



Concessionirtes Hauptunternehmen für Auswanderung.
Bestimmte Abfahrten für die Monate Februar und März.

In Havre:

New-York,
29. Febr., 8., 12., 18. und 28. März.

New-Orleans,
28. Febr., 3., 8., 12., 18. und 28. März.

In Bremen:

New-York,
1. und 15. März.
Baltimore,
1. und 15. März.

New-Orleans,
15. März.
Galveston,
15. März.

Von Antwerpen nach New-York:
25. Februar, 5. und 20. März.
Von Rotterdam nach New-York:
1., 15. und 25. März.

Bei dem außerordentlichen Andrange von Auswanderern sind frühzeitige Anmeldungen im Interesse derselben anzuempfehlen.

Wegen Abschluß von Schiffsverträgen oder sonst zu wünschende Auskunft beliebe man sich an uns und unsere bekannten Herren Agenten zu wenden.

Neufreystädt.
Die Unternehmer:
[842] **Huth u. Cie.**

Mannheim.
Das Central-Bureau:
Wm. Bissinger, General-Agent.

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 46) den 22. Februar 1852.

Deutschland.

• **München,** den 17. Febr. Aus den, den Pfälzern mit so scharfer Betonung entgegengestellten Bezirken der „Naturwüchsigkeit" werden fortwährend empörende Verbrechen gemeldet. Noch sind die Mörder des jungen Reeb nicht entdeckt, und schon erfährt man neue Raubmorde. So ward namentlich (wie bereits berichtet) bei Wolfrathshausen ein 60jähriger Mann, Namens Steigenberger in seinem Bette überfallen, mit einer Mistgabel auf kanibalische Art getödtet und dann seiner Baarschaft beraubt. — Zu Regensburg ward eine Wursthändlersfrau in ihrem Laden angefallen, indem ihr ein Räuber mit einem Hammer auf den Kopf schlug. Da sie noch schreien konnte, entfloh der Thäter. — Anderwärts kommen die frechsten Diebstähle vor.

Kassel, den 15. Febr. Durch die Flucht des Dr. Kellner ist die kriegsrechtliche Aburtheilung des bleibenden landständischen Ausschusses, welche bereits volle fünf Tage gedauert hatte, unterbrochen worden, da auch Dr. Kellner Mitglied des Ausschusses ist. Die Illusionen, welche sich gutmüthige Seelen gemacht haben, indem sie annahmen, die Anklage gegen den Ständeausschuß werde fallen gelassen werden oder doch zu einem freisprechenden Urtheile führen, sind jetzt vollständig verschwunden, und man kann leider mit Bestimmtheit annehmen, daß sehr harte Strafen werden erkannt werden. Die Behandlung der Angeklagten durch den Vorsitzenden des Kriegsgerichts, Obersten v. Loßberg, soll eine empörende sein. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, den 12. Febr. Der Nat.-Ztg. schreibt man: Die ultramontane Partei steht im Begriffe, sich von Louis Napoleon abzuwenden, und da er fühlt, daß seine ganze Macht nur von der Hülfe der Jesuiten abhängt, so wäre dieser Widerstand vielleicht der einzige, welcher ihn zum Nachdenken bringen könnte. Die Entrüstung aller ehrlichen Leute hatte er nicht im Mindesten beachtet, aber nun, da die jesuitische Verdummungspartei Demonstrationen gegen ihn macht, bemerkt L. Napoleon, daß der Boden unter ihm schlüpfrig sei und er keinen dauernden Haltpunkt im Lande habe. Man darf sich aber über diesen Widerstand der Partei nicht täuschen und die Deutung, die ihm bisher zu Theil geworden, war, obschon das Zusammentreffen der Umstände ihr Wahrscheinlichkeit gab, dennoch falsch. In den meisten Pariser Berichten war bisher gesagt worden, daß die fragliche Partei L. Napoleon wegen des Konfiskationsdecrets der Orleans zürne, ja man kann noch jetzt jeden Tag in den auswärtigen Blättern von Geistlichen lesen, welche in edler Resignation auf den Theil der orleanistischen Beute, welche L. Napoleon dem Klerus bestimmte, Verzicht leisten und gegen die Maßregel selbst protestiren. Aus vollkommen verläßlicher Quelle geht mir jedoch eine Mittheilung zu, welche das Schmollen der Geistlichkeit in einem ganz andern Licht erscheinen läßt; auch wird dadurch die Opposition des Herrn von Montalembert verständlich. Montalembert ist ein so entschiedener Feind der Orleans und bekümmert sich überhaupt so wenig um weltliche Vorgänge, daß man gleich hätte annehmen können, daß seine Opposition höchstens die Konfiskation der Güter zum Vorwand nehme und auf eine andere Weise begründet sein müsse. In der That vernehme ich, daß der Präsident Hrn. v. Montalembert unmittelbar vor dem Erscheinen des Konfiskationsdecrets angezeigt habe, daß er die kirchlichen Zustände von Frankreich neu regeln und zwar dieselben auf Grundlage des Konkordats vom 15ten Juli 1801 feststellen wolle. Dieses Konkordat, das zwischen Pius dem VII. und Napoleon abgeschlossen wurde, und das durch das zweite Konkordat vom 25. Januar 1813 erweitert worden war, hatte die geistliche Macht in Frankreich ganz dem Staate untergeordnet. Die Zivilehe, die Einrichtung, daß ein Geistlicher keine Beerdigung verweigern kann, wenn der Maire dieselbe angeordnet, und viele andere Bestimmungen, welche die Anfeindungen der Restauration nicht abschaffen konnten, werden noch jetzt vom Volke als ein Schatz betrachtet. Die Auflösbarkeit der Ehe, welche Napoleon einführte, hatte dem Kaiser die größten Freunde verschafft. Da sich Pius den 11. Juni 1817 von dem Konkordat von Fontainebleau lossagte, so will L. Napoleon jetzt erst die beiden Konkordate wiederherstellen, und damit die geistliche Macht gänzlich der Zivilherrschaft unterordnen. Die ultramontane Partei wollte dagegen, daß L. Napoleon das Konkordat, welches Ludwig XVIII. in Rom abschloß, um dadurch das Konkordat von 1816 wieder in Kraft zu setzen, und das durch den Widerstand der Kammern nicht zu Stande kam, zum Gesetz erhebe. Durch diese Uneinigkeit ist ein Schmollen der Jesuiten eingetreten, das wahrscheinlich den Präsidenten bestimmen wird, nun doch nachzugeben. Hat er doch schon einmal einen Anlauf gegen die geistliche Herrschaft, die ihn am Gängelbande führt, gemacht (in dem Brief an Ney), und beim ersten unzufriedenen Blick Montalemberts den Versuch, sich von dieser Herrschaft zu befreien, aufgegeben. Es liegt im Interesse der Geistlichkeit, den wahren Grund ihrer Spannung mit dem Präsidenten zu verbergen. Allein ich kann Ihnen verbürgen, daß nicht die Konfiskation der orleanistischen Güter das wahre Motiv bildet, und daß die Agitation dieser Maßregel nur vorgeschoben wurde, um dem Präsidenten zu zeigen, daß er ohne Unterstützung des Clerus verloren sei.

— den 16. Febr. Der Präfect von Saone-et-Loire hat in einem einzigen Bezirke 19 Gemeinderäthe aufgelöst, so wie mehrere Mitglieder anderer Gemeinderäthe abgesetzt. — Die Untersuchung über die Unruhen von Beziers ist beendigt; 500 der 1300 Verhafteten sind freigelassen worden; die übrigen 800 hat man vor die Gerichte gestellt.

— den 17. Februar. Durch ein Decret im heutigen „Moniteur" wird die Feier aller politischen Jahrestage, als die Erinnerungen an bürgerliche Zwietracht zurückrufend, aufgehoben. Blos der 15. August (der Geburtstag des Kaisers Napoleon) soll als Nationalfest anerkannt und gefeiert werden. — Einem Decret zufolge, soll ein besonderes Museum zur Aufnahme derjenigen Gegenstände errichtet werden, welche authentisch das Eigenthum französischer Souveraine waren.

Großbritanien.

London. In der fashionablen Welt macht eine Entführungsgeschichte Aufsehen: Lady Adelaide Vare, die jüngste Tochter des Marquis v. Londonderry, ist mit dem Hofmeister in der Familie, dem Geistlichen S. H. Law, durchgegangen. Das Paar hat sich jedoch hier in der St. Georgekirche ohne Zustimmung der markgräflichen Eltern trauen lassen.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Bekanntmachungen.

[833a] **Ein Billard**
von dem berühmten Fabrikanten Schleiffer in Straßburg, vor einigen Jahren gefertigt, ist wegen Eingehung der Caffeewirthschaft bei Wittwe Rousselot in Landau zu kaufen.

[655] **Medicament.**

Der gegen **Flechten und syphilitische** Uebel aller Art so sehr bewährte **Boiveau = Laffecteur'sche Rob** ist in Deutschland ächt zu haben bei Dr. Galette in Mainz, Insel D 150. Werk und Gebrauchsanweisung gratis.

[797] Kgl. Bayer. privilegirter
Hoffmann'scher Zahnbalsam,

welcher die heftigsten Zahnschmerzen in einer Minute stillt, ist zu haben in Neustadt a. d. H. bei Hrn. Carl Helfferich; Hrn. J. Klebsch und Manz in Speyer; Hrn. C. Heusser in Kaiserslautern; Hrn. L. Mayer Sohn in Landau und Hrn. C. L. Wend in Zweibrücken.
Preis des Glases 36 kr.

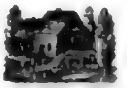
[763] Die **Goldberger**'schen galvano-electrischen **Rheumatismus-Ketten**, die sich noch immer als das bestvorhandene Mittel zur gründlichen Abhülfe und Beseitigung rheumatischer, gichtischer und nervöser Leiden, als: Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Herzklopfen, Schlaflosigkeit rc. rc. beweisen und ihr Erfolg durch tausendfache Atteste berühmter Aerzte und hochachtbarer Privatpersonen festgestellt ist, sind ächt und unverfälscht in Original-Verpackung zu haben bei J. Bürckel am Speisemarkt in Mannheim.

[835a] **Das Großherzogl. Badische Eisenbahnanlehen von 14 Millionen Gulden,**

vom Staat errichtet und von den Landständen garantirt, ist rückzahlbar durch Gewinne von 14mal 50,000, 54mal 40,000, 12mal 35,000, 23mal 15,000, 55mal 10,000 fl. rc. Die geringste Prämie ist 42 fl. Die nächste Verloosung findet am 28. Februar 1852 statt, und empfiehlt hiezu unterzeichnetes Handlungshaus Actien à 1 fl. 30 kr. unter Zusicherung prompter Einsendung der Ziehungsliste. Wir können dieses Anlehen Jedem empfehlen, der Fortuna auf solide Art versuchen will.

Julius Stiebel jun. u. Com.,
Banquiers.
Büreau: Wollgraben in Frankfurt a. M.

[834a] **Mühlenversteigerung.**



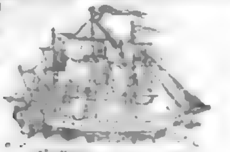
Freitag, den 27. Februar 1852, Vormittags 9 Uhr, auf der zu versteigernden Mühle, lassen die Wittwe und Kinder des dort verlebten Müllermeisters Theobald Kaiser, abtheilungshalber, unter vortheilhaften Bedingungen zu Eigenthum versteigern:

Eine zur Gemeinde Kleinbundenbach gehörende Mahl- und Oelmühle, die Kleinbundenbacher Oelmühle genannt, mit einem Mahl- und einem Schälgange, Wohnhause, Oeconomiegebäuden, Keller, Backhause, Garten, Hofraum und übrigem Zubehör, sammt dem um die Mühle gelegenen Acker- und Wiesenland von 20 Tagwerken 9 Decimalen.

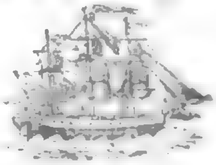
Diese Mühle, welche sich in einem sehr guten baulichen Zustande befindet, auch nie Wassermangel hat, liegt zwei Stunden von Zweibrücken, ebensoweit von Homburg, 5 Minuten von der Chaussée bei Niederhausen und ist von vielen wohlhabenden Ortschaften umgeben.

Schuler, Notär.

[796]



Regelmäßige Postschifffahrt



zwischen Antwerpen und New-York.
Abfahrten wie folgt:
Am 5. März „Richard Alsop" (ein ganz neues, ausgezeichnetes, schönes Schiff), Cap. Post,
„ 15. „ „Edwina," Capitän Parmelee,
„ 1. April „Peter Hattrick," Capitän Rockwell.
Ferner expediren wir nach **New-Orleans:**
Am 5. Februar „Uncas," Capitän Loones.
Die Schiffe dieser Linie sind alle als vorzügliche schnellsegelnde amerikanische Dreimaster bekannt.
Die Reise von Ludwigshafen bis nach Antwerpen geschieht unter Begleitung eines eigens dazu angestellten gewandten und zuverlässigen Conducteurs.
Nähere Auskunft über Preise und Bedingungen ertheilen:
Dr. G. Strecker in Mainz, **Ant. Joseph Klein** in Bingen, **Joseph Stoeck** in Creuznach,
Strecker, Klein & Stoeck in Antwerpen,
sowie deren Agenten:
Pfaff & Lederle in Ludwigshafen a. Rh. **Louis Merckle** in Speyer. **Joseph Schuler** in Zweibrücken. **C. J. Fischer** in Neustadt a. d. Hdt. **Etienne & Holzbacher** in Kaiserslautern.

[804]

Niederländische Dampfschifffahrts- Gesellschaft.

Fahrten von Ludwigshafen am Rhein vom 25. Januar an:
Nach Köln—Rotterdam, jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag 4 Uhr Morgens.
Das Dampfboot „Tyenoord" fährt jeden Dienstag von Rotterdam nach London.
Nähere Auskunft bei dem Agenten:

C. Aug. Exter in Ludwigshafen a. Rh.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag Nro. 47 den 24. Februar 1852.

Deutschland.

* **Betrachtungen.** Lange vor den Märztagen des Jahres 1848 drängten sich dem trefflichen Schlosser (Geschichte des 18. und des Anfangs des 19. Jahrhunderts), bei Darstellung der Napoleonischen Zeiten, u. a. folgende Bemerkungen auf:

„Wenn einem solchen Manne, wie Napoleon Bonaparte war, nicht gelungen ist, zwei unverträgliche Dinge, das Bedürfniß freier Bewegung, welches unserer Zeit eigen ist, mit starrem Hof-, Kasten- und Priesterwesen und absoluter Regierung der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu verbinden, wie sollte das, was ein Riese nicht bewirken konnte, ohne neuen Samen furchtbarer Zwietracht auszusäen, den Pygmäen gelingen, die es jetzt überall versuchen?"

Wir wollen nicht bei einer Erörterung verweilen, daß der „neue Same furchtbarer Zwietracht" unbedenklich ausgesäet ward, daß aber der beabsichtigte Zweck dennoch verfehlt ist. Wir wollen heute nur zu erwägen geben: wird jetzt, bei der so ungemein fortgeschrittenen Entwicklung, dem Helden von Straßburg und Boulogne gelingen, was selbst in früherer Zeit dem Helden von Marengo, Austerlitz und Jena mißlang?!

Welches sind heute die innern Zustände Frankreichs? Reisende sowol als Briefe, die durch Privatgelegenheit nach Deutschland kamen, entwerfen ein furchtbares Bild. „Wir leben wie in einem Pennsylvanischen Gefängniße," schreibt man aus Paris; „Niemand wagt es, mit dem Andern ein Wort über Politik zu reden; selbst dem Freunde, selbst dem Verwandten traut man nicht; allenthalben lauert der Verrath; Cayenne — die „trockene Guillotine" — schreckt alle Welt." Mißtrauen überall. Auch der Verkehr stockt beinahe gänzlich; die industrielle Thätigkeit ist gelähmt, Gewerbe, Fabrication und Handel liegen wieder fast vollständig darnieder. —

Man hat von Attentaten gesprochen. Die Einsichtsvollsten in Paris glauben nicht daran. Man bedarf der Attentate, darum redet man davon, als seien sie vorgekommen. Wäre Wahrheit an jenen Gerüchten, — kein Zweifel, man hätte die Thäter öffentlich, mit dem größtmöglichen Pompe der Militärjustiz gerichtet; man hätte die größte Ostentation mit ihnen getrieben. Jede Verschwörung war dem ersten Napoleon eine Stufe zu weiterm Emporsteigen. Der Conspiration Arrighi's, Ceracchi's und Todino Lebrun's folgte das zehnjährige Consulat, — der Conspiration Pichegrü's und Cadoudal's, und der Höllenmaschine, folgte das Kaiserthum. — Die jetzige Geschichte sucht man in allen Einzelnheiten zu einer Wiederholung der frühern zu machen. Freilich ein seltsames Beginnen!

Krieg oder Friede? Die erstrebte Nachahmung der Geschichte des Onkels, das Festhalten an den „Napoleonischen Ideen," drängt zum Kriege. Die Nothwendigkeit, das Heer zu beschäftigen und zu befriedigen, wird ebenfalls immer mehr dahin drängen. So schien uns der Krieg seit dem „Staatsstreiche" in hohem Grade wahrscheinlich. Das, was wir aus Frankreich selbst vernehmen, läßt uns nun aber ein mächtiges Hinderniß erkennen. Es herrscht Stille, Grabesstille im ganzen Lande. Allein wodurch wird sie erhalten? In Paris liegen 100,000 Mann, in Lyon 40,000, in Straßburg 18,000; im Verhältniß in allen größeren Städten. Wären sie nicht vorhanden, nicht einen Tag ließe sich der jetzige Zustand aufrecht erhalten. Dazu rechne man noch die in Algier nothwendige Armee, wir wollen nur annehmen mit 50,000 Mann, obwol man sie öfters schon auf 100,000 bringen mußte, — diese Armee mit ihren republikanischen Gesinnungen. Und nun drängt sich die Frage auf: Kann Bonaparte das Innere Frankreichs von Truppen entblößen, um einen auswärtigen Krieg zu beginnen? Er wird es versuchen, aber wol erst dann, wenn er durch die innern Verhältniße dazu gedrängt wird, sein Glück auch in dieser Beziehung zu wagen. Es wird der letzte Wurf sein, wenn die innern Verhältniße nicht durch plötzlichen Umschlag diesem letzten Wurfe zuvorkommen und selbst seinen Versuch unmöglich machen. —

* **München,** den 19. Febr. (87. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Der Ersatzmann des ausgetretenen Abg. Forndran, Schmidt, wird beeidigt.

Budgetberathung. Für den Reichsreservefonds werden 700,000 fl. bewilligt. — Der Ausschuß beantragt Verwahrung einzulegen gegen Verwendung von Summen für die Porcelanmanufactur in Nymphenburg; nöthigenfalls möge diese Anstalt verpachtet oder verkauft werden. — Wallerstein spricht sich zwar nicht gegen diese Anträge des Ausschusses, wol aber gegen die Motive aus, als ungerecht gegen die Porcelanmahler gerichtet. Heine erhebt sich gegen den Antrag selbst, als eine Kunstanstalt vernichtend. Minister Aschenbrenner: Es würden nur 10,000 fl. Zuschuß für diese Anstalt gefordert. — Der Ausschußantrag wird angenommen.

Allgemeine Discussion über das Budget. Reinhart. Gibt eine Zusammenstellung aller Einnahmen- und Ausgabenpositionen seit 1819; das Entrollen seiner sehr langen Liste erregt Heiterkeit. Der Redner legt dieselbe auf den Tisch des Hauses nieder, und führt nur die Hauptziffern an. Es würden heute 8 Millionen mehr gefordert, als in den frühern Perioden. Der Wohlstand aber habe sich nicht in diesem Maße vermehrt. Sparen sei unumgänglich nothwendig; neue Lasten solle man dem Volke nicht auflegen. Beantragt Abstriche im Budget im Gesammtbetrage von 3'470,000 fl., wonach das Deficit verschwinde und sogar ein Ueberschuß von 800,000 fl. bleibe.

Zwischen Reinhart und dem Präsidenten entsteht ein Zwist, indem der letzte verweigert, die große Tabelle in die Kammerberichte aufnehmen zu lassen.

Domidion, spricht in schlichter Weise. Er werde nicht für Steuerverweigerung, könne aber unmöglich für eine Steuererhöhung stimmen. Schildert die Noth, insbesondere in der Rhön. Die Last der Bauern seien: Beamte, Advocaten, Juden, dann die Feudallasten und die Brandassecuranz. Wenn so fortgehaust werde, breche Alles zusammen in einen Bettelstand. Man möge, statt Steuerhöhung, nach irgend einem andern Mittel greifen, Papier oder was immer, nur möge man machen, daß man nach Hause kommen könne, ohne tod geschlagen zu werden. (Heiterkeit.)

Wallerstein beantragt eine Reihe von Abstrichen im Budget, im Wesentlichsten diejenigen Anträge wieder annehmend, welche bei der vorläufigen Berathung von Kolb gestellt, damals aber verworfen wurden; ferner eine Erhöhung verschiedener Einnahmeziffern, da ein größerer Ertrag zu erwarten sei. — Entwickelt seine Ansichten. Berührt die Preßverhältniße, bei denen selbst was hier gesprochen werde, nicht ungehindert in das Publicum dringen dürfe. Für die materiellen Interessen geschehe so wenig. Der Wohlstand des Landes sei eher im Sinken,

als im Steigen. Besonders groß sei die Noth der Landwirthe. Unter Napoleon habe die Säbelherrschaft bestanden; seitdem habe neben dieser die Bureaucratie Platz genommen; daher Verdopplung der Kosten. Er wolle lieber die Säbel- als die Bureaucratenherrschaft. Die Länder könnten beide mit einander unmöglich erhalten. Baiern, wenn es etwas gelten wolle, müße etwas Anderes repräsentiren, als die beiden Großmächte, sonst zeige es bei allen Anstrengungen nur, daß es der kleinere Staat sei. Baiern müße sich auf den Constitutionalismus stützen, da habe es Bedeutung. Jetzt handle es sich nicht davon, die Steuern zu verweigern, sondern nur davon, nicht neue Steuern zu bewilligen.

v. Koch beantragt Erhöhung der Position Salinen, welche 100,000 fl. mehr ertragen würden, als veranschlagt seien.

Ruland. Es frage sich, ob die Positionen gemindert werden können oder nicht? Alles bisher Gesagte beweise nichts; es sei nicht gezeigt, daß das Land die neuen Lasten nicht erschwingen könne. Gegen Reinhart, (unter Ausfällen, die Widerspruch erregen.)

Kolb, in umfassendem Vortrage. Bekämpft Rulands Aeußerungen. Zeigt, daß die schwierige Aufgabe der Budgetaufstellung bei uns künstlich noch erschwert sei. Beleuchtet die Hauptbudgetpositionen im Einzelnen. Die Staatsschuld, die Civilliste, das Militär, die Beamten, und die Pensionen, dann der Cultus, erheischten über 35 Millionen; für Deckung aller andern Ausgaben blieben blos noch 6¼ Mill. übrig; für unmittelbare Förderung des materiellen Volkswohles würden davon nur wenig über 3 Mill. verwendet. Das Mittel zum Zweck verschlinge hier offenbar beinahe Alles, was zur Erreichung des Zweckes selbst bestimmt sei. Erörtert umfassend, unter fortwährender Berufung auf Thatsachen, die einzelnen Hauptausgabepositionen. Ist für Ersparung, und gegen das Lotto und jede Steuererhöhung.*)

Lang. Das Land sei noch nicht ruinirt; es schlummerten noch bedeutende Steuerkräfte in demselben; Baiern werde durch die neuen Steuern nicht erdrückt werden. Bringt dann eine Anzahl Ausfälle auf „das feindliche Lager;" wie man sich auch „verhüllen wolle", der Kern sei doch dieser und jener. Nachdem der Redner öfter, bald durch Murren, bald durch Lachen unterbrochen worden, und der Präsident ihm zuletzt die Abschweifungen verwiesen, erklärt er, seine Rede abzubrechen, indem er jedoch schließlich bemerkt, er werde ein andermal, „vielleicht noch mehr Gegenstand zum Lachen" liefern.

Thinnes. Er stimme gegen das Lotto.

Wallerstein, erhebt sich mit Nachdruck gegen die Ausfälle von Lang.

v. d. Pfordten. Die Discussion habe eine Wendung genommen, die ihn bestimme, das Wort jetzt schon zu ergreifen. Er könne nicht in den Ton einstimmen, der zuletzt angestimmt worden. Nimmt Lang in Schutz. Keine Anträge seien „regierungsfeindlicher," als die von Wallerstein gestellten (auf Verminderung). Wenn die Kammer darauf einginge, so wäre es das unheilvollste Votum. Er müsse Wallersteins eigene Verwaltung hereinziehen. Dieser habe für das diplomatische Corps mehr verbraucht, als das Ministerium heute fordere. Ruft die Majorität auf, festzuhalten im letzten entscheidenden Momente, sonst gingen die Früchte der Bemühungen der letzten drei Jahre verloren.

Kolb bekämpft Pfordten und weist Langs Aeußerung vom Verbergen der wahren Meinung zurück; zu solchen Unterstellungen sei derselbe nicht berechtigt.

Morgenstern erörtert die Hauptfragen. Es sei an dem, daß man neue Steuern brauche, um die Mißstände fortzuerhalten. Bewillige man immer Geld, wenn die Regierung sage sie brauche es, so werde man nie eine Besserung erzielen.

Lang spricht noch Einiges zur Vertheidigung seiner Aeußerung.

Wallerstein entgegnet ihm, indem er ihn persiflirt. Antwortet auf Pfordtens Angriff gegen Wallersteins frühere Verwaltung. Beruft sich darauf: unter ihm habe Baiern die Intervention in der Schweiz verhindert und beim Bundestage Preßfreiheit beantragt. Wenn man auf Antecedentien zurückkomme, so wolle er erinnern, daß der Hr. Ministerpräsident selbst 1848 gezwungen gewesen sei, einer gewissen Todtenfeier beizuwohnen (von Rob. Blum).

Pfordten. Er habe keine persönliche Vorwürfe machen, sondern nur zeigen wollen, daß die Anschauung eine andere sei, wenn man selbst verwalten müße.

Nach einigen weitern Zwischenverhandlungen: Schluß der Discussion, unter Vorbehalt des Wortes für den Referenten. (Wir werden einen nähern Bericht über diese in ihrer zweiten Hälfte sehr lebhafte Verhandlung nachtragen.)

Nürnberg, 19. Febr. Wie man vernimmt, ist die Frau des Modellschreiners Tiefel, welche gleichfalls in das Kriminalgefängniß gebracht worden war, vorgestern nachdem ersten Verhör wieder entlassen worden. Die Anklage soll auf Hochverrath gelautet haben. (N. K.)

Weimar, den 15. Febr. Unser Landtag hat den Beschluß gefaßt, die Diäten seiner Mitglieder von 3 Thlr. auf 2 Thlr. herabzusetzen, obgleich die Opposition vorstellte, daß dann leicht die Volksvertretung ausschließlich in die Hände der Begüterten kommen möchte.

Berlin, den 18. Febr. Die erste Kammer ist heute über den Antrag der Abg. v. Brünneck und v. Vincke, daß die Reactivirung der Kreis- und Provinzialstände im Widerspruch mit den Gesetzen stehe, mit 91 gegen 63 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen.

Görlitz, den 17. Febr. Heut gegen Morgen wurde der Buchhändler Bucher aus Frankfurt a. M., der sich seit dem 7. December v. J. hier in Voruntersuchungshaft befand, von der Rathskammer des hiesigen königl. Kreisgerichts wegen Mangel eines objectiven Thatbestandes Behufs einer Untersuchung, aus dem hiesigen k. Kreisgerichtsgefängniß entlassen.

Köln, den 19. Febr. Heute wurde von der Correctionellappellkammer des hiesigen k. Landgerichts das am 12. d. M. vorbehaltene Erkenntniß in der Sache der „Kölnischen Zeitung" verkündigt. Die Verurtheilung erster Instanz wegen des Artikels „Ein Olivenblatt für das Volk" ist durch daselbe, mit Freigebung der in Beschlag genommenen Exemplare, aufgehoben, und dagegen die Verurtheilung wegen des Artikels „Berlin, 8. October" (als Schmähung der Policei) aufrecht erhalten, die Strafe, unter Annahme mildernder Umstände, auf 30 Thaler oder im Nichtzahlungsfalle 14 Tage Gefängniß festgestellt und die Vernichtung der in Beschlag genommenen Exemplare ausgesprochen. (K. Z.)

Hamburg, den 18. Febr. Heute hat der Abzug der österreichischen und preußischen Truppen von hier begonnen.

Belgien.

Brüssel, den 18. Februar. Ein ministerielles Blatt meldet, daß neue diplomatische Beziehungen zwischen Belgien und Rußland angeknüpft werden sollen; es nennt bereits Hrn. A. Strogonoff als den für hier bestimmten russischen Diplomaten. Auch das „Journal de Bruxelles" äußert heute: „Beide Höfe scheinen einander näher zu stehen, als je zuvor, und man spricht schon von der nahen Absendung eines unserer hervorragenden Landsleute nach Petersburg. Die nordischen Mächte sind fest entschlossen, die belgische Nationalität auf den Grundlagen, welche sie 1831 und 1839 garantirt haben, aufrecht zu erhalten." — Die „Independance" will wissen, daß die vermeinten Verfasser der Artikel des „Bulletin Français", Graf d'Haussonville und Alex. Thomas, die man

*) Da sich Auszüge aus dieser Rede, ihres unbedingten Zusammenhangs wegen, nicht wol geben lassen, so werden wir dieselbe demnächst vollständig mittheilen, so wie wir auch über einige andere Vorträge näher berichten werden.

seit mehreren Wochen in Holland glaubte, gestern Abends in einem hiesigen Hause entdeckt und verhaftet worden seien.

Ein Circular vom 9. d. vermehrt jedes Linienbataillon um 100 Mann, die bereits für den 18. gestellt werden müssen. Aus Antwerpen verlautet, daß von der Kammer ein Creditbegehren von 6 Mill. verlangt werden soll zur Bildung eines verschanzten Lagers in der Nähe von Antwerpen, und zur Instandsetzung des Brückenkopfes Tete de Frandre auf dem linken Scheldeufer. (A. Z.)

Die belgische Regierung hat eine Beschlußnahme gefaßt, der zufolge alle polnischen Offiziere, die sich im belgischen Heere befinden, aus dessen Reihen entfernt werden sollen. Man hat bereits damit begonnen, diesen Beschluß in Vollzug zu setzen. Der Brigadegeneral Krzyzewski hat einen Urlaub auf unbestimmte Zeit erhalten. Man erwartet eine innigere Annäherung zwischen Rußland und Belgien. Wie es heißt, wird die russische Regierung einen bevollmächtigten Gesandten in Brüssel beglaubigen und einen Handelsvertrag mit Belgien abschließen. (F. Z.)

Frankreich.

Paris, den 16. Febr. Der von der Familie Orleans auf vorgestern anberaumte Verkauf einiger ihrer Güter fand wirklich statt. Man war auf das Benehmen der Regierung für diesen Fall sehr gespannt. Niemand wagte es ernstlich, an dem Kaufe theilzunehmen. Man ist in Frankreich den Wechsel zu sehr gewohnt; man setzt selbst in die von Bajonetten getragene Macht Ludwig Bonapartes kein rechtes Vertrauen. Wie leicht könnte ein plötzlicher Wechsel den Käufer wieder den Verfolgungen der Orleans preisgeben? Wie leicht könnte nicht die Familie es versuchen, ihre Rechtsansprüche geltend zu machen — den Proceß gewinnen, wodurch für den Käufer nichts bei dem Handel erwüchse, als ein bestimmter Verlust? Bei all dem fand der Verkauf, wenn auch nicht factisch, doch immerhin fingirt statt. Und darf man den Gerüchten über den Kauf Glauben schenken, so gingen die Güter abermals auf die Familie Orleans über. Bemerkenswerth hiebei ist, daß die Regierung eine vollständige Passivität beobachtete. Sie ließ den Verkaufsact ungehindert vor sich gehen, und bestätigte mithin durch ihr Verfahren, daß sie von der Confiscationsidee, wie selbe schroff und unbeugsam in ihrer ersten Fassung hingestellt wurde, um ein Beträchtliches abkam. (A. Z.)

Außer dem Preßgesetz wurde gestern Morgens im Moniteur auch ein Decret über Errichtung einer Art Leibwache für den Präsidenten der Republik erwartet. Die sogenannten Guides, ein hauptsächlich zum Staffettendienst bestimmt gewesenes Corps, das bald aus der Februarrevolution aus gedienten Militärs der Cavallerieregimenter errichtet worden war, sollen bedeutend vermehrt und genanntem Zweck entsprechend umgeformt werden. Der Sache nach ist dieß die Wiederherstellung der Kaisergarde, wie überhaupt das Napoleonische Staatsgebäude in allen seinen Theilen so vollständig reconstruirt ist, daß nur noch der Name auf den Giebel gesetzt zu werden braucht. Daß dieses aber vorderhand nicht beabsichtigt ist, geht aus der Gleichgültigkeit hervor, womit höhern Orts der naive Einfall eines kleinen Bürmeisters, petitionsweise den Senat zur sofortigen Restauration des Kaiserthums aufzufordern, behandelt wird, indem keines der beglaubigten amtlichen Organe den Text oder nur das Factum der erwähnten Petition hat aufnehmen dürfen. Es geschieht dies aus Rücksicht gegen die auswärtigen Mächte, für die es freilich bei näherer Betrachtung eine sehr unschuldige Genugthuung ist. (A. Z.)

Um dem Clerus zu schmeicheln, werden mehrere alte Kirchen wieder hergestellt — unter andern die des St. Eustache, in der man unter einer dicken Kalklage wunderbar schöne Fresken aus dem 12. Jahrhundert entdeckte. — Die Verbannung Lacordaire's aus Frankreich ist auf drei Monate festgesetzt.

— den 17. Febr. Erst gestern Nachmittags hat Lord Normanby dem Präsidenten seine Abberufungsschreiben überreicht. Sein Nachfolger, Lord Cowley, wird nächster Tage erwartet. — Zu Mans wurden neulich sechs politische Gefangene auf Befehl der Untersuchungscommission frei gelassen, jedoch gleich wieder verhaftet, weil sie die heftigsten Schmähungen und Drohungen gegen die Regierung ausgestoßen hatten.

Die Beziehungen Frankreichs zu Belgien gestalten sich keineswegs freundlicher. Belgien rüstet, und England soll ihm Hülfe zugesagt haben. Letztere Macht hat in Berlin ebenfalls Unterhandlungen angeknüpft, um vereint den Eroberungsgelüsten des neuen Bonaparte zu widerstehen. In Berlin soll man nicht abgeneigt sein, auf die Anerbietung der englischen Regierung einzugehen. Hier in Paris glaubt man fast allgemein an den Krieg. Der Handel leidet sehr stark darunter. (K. Z.)

Die Verbindung des Prinzen Peter Bonaparte mit Fräulein Bachelot ist wieder rückgängig geworden. Der Prinzpräsident hatte ihm schon eine jährliche Pension (Apanage) von 25,000 Fr. zugesichert.

Italien.

Rom, den 11. Febr. Die Zahl der wegen der vorgestrigen Demonstration Verhafteten soll sich auf mehr als hundert belaufen; jedenfalls ist sie größer als zu wünschen wäre. Die Policei wird natürlich wieder ausgedehntere Vollmachten auf solche Veranlassung hin erhalten, und das Publikum nicht von neuen Plackereien verschont bleiben. Der Papst soll durch die Demonstration persönlich sehr unangenehm berührt worden sein.

Türkei.

Konstantinopel, den 7. Febr. Die Regierung hat eine Steuer für alle Unterthanen, ohne Unterschied der Religion, eingeführt. Da das Minimum derselben jährlich 20 Piaster beträgt, so wird eine Einnahme von mehr als 100 Millionen Piaster erwartet.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 3. Febr. In Folge des Eisganges, der auf allen Strömen plötzlich eingetreten, sind eine Menge Unglücksfälle vorgekommen, bei denen leider außer dem Verluste mancher Schiffe auch manche Menschenleben zu beklagen sind. Mit Angst erwartet man die näheren Berichte. Am 1. d. M., Nachmittags gegen 2 Uhr, stürzte auch der größte Theil des Hufeisens am Niagarafall nach der americanischen Seite, zwischen Goat Island und dem Thurme, ein. — Der Staatsschatz soll durch einen Beamteten, der sich durch die Flucht der Verfolgung entzogen, um bedeutende Summen beeinträchtigt worden sein. — Die Stationsescadern im mittelländischen Meere und in Ostindien werden eine ungewöhnliche Verstärkung erhalten, und der Commodore Pery wird ehestens mit einem zahlreichen Geschwader nach Japan absegeln, um die Japanesen wegen Amerikanern zugefügter Beleidigungen zu strafen und der amerikanischen Flagge in jenen Gewässern Achtung zu verschaffen.

Neueste Nachrichten.

Würzburg, den 19. Febr. Bei mehreren hiesigen Gymnasiasten wurde von Seite des hiesigen Stadtkommissariats Haussuchung gehalten, deren Zweck darin bestand, auf Verbindungswesen Bezügliches aufzufinden. (W. A.)

Kassel, den 19. Febr. Nachdem gestern die Verlesung der kriegsgerichtlichen Acten gegen den permanenten Ausschuß beendet worden war, wurde die Publication des Erkenntnißes auf heute ausgesetzt. Von den Angeklagten erschienen heute jedoch nur die Hrn. Schwarzenberg und Gräfe; Hr. Henkel war nicht aufzufinden. Das Urtheil gegen Schwarzenberg lautete auf zweijährige, das gegen Gräfe auf dreijährige Festungsstrafe; beide wurden zugleich des Rechtes, die kurhessische Nationalcocarde zu tragen, für verlustig erklärt und alsbald in Haft behalten, weil, wie es in dem Beschluß heißt, die gestellte Caution nicht mehr genügend erscheine. — Hr. Henkel scheint flüchtig geworden zu sein. (F. Z.)

Berlin, den 19. Febr. Nach heute Abend einge-

gangener Depesche ist Oldenburg nunmehr dem preußisch-hannoverischen Vertrage definitiv beigetreten.

— den 21. Febr. Der bekannte Preßprozeß gegen den Grafen v. Arnim hat heute stattgefunden. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde bei den Verhandlungen die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Graf v. Arnim ist zu 200 Thaler Geldbuße oder 4 Monate Gefängnißstrafe verurtheilt.

Paris, den 19. Febr. Der „Moniteur" enthält ein Decret, wodurch 19 Generale und Officiere aller Waffengattungen der Person L. Napoleon's theils als Flügel-Adjutanten, theils als Ordonnanzofficiere beigegeben werden. — Der bisher noch in der Conciergerie sitzende Exrepräsentant Lafon ist freigelassen worden, wird jedoch außerhalb des französischen Gebiets wohnen. Ferner ist der zur Deportation verurtheilte Montagnard Olivier gänzlich begnadigt worden.

— den 20. Febr. Der heutige „Moniteur" enthält das Decret, wodurch die Concession der Nordeisenbahn auf 99 Jahre festgesetzt wird.

London, den 20. Febr. Das Unterhaus hat einen Antrag auf Wiederherstellung der Würde eines Vicekönigs von Irland mit 229 Stimmen gegen 137 verworfen. Der Antrag war von dem Ministerium bekämpft worden. Ministerielle Majorität 92.

New-York, den 7. Febr. Kossuth hat in Pittsburg und der Umgegend 6000 Dollars gesammelt. Am meisten zu dieser Summe hat die Arbeiterklasse beigetragen, mit der Kossuth durch die Besuche, welche er in Gießereien, Fabriken 2c. abgestattet, mehrfach persönlich in Berührung gekommen ist. Jeder der Senatoren des Staates Ohio hat 5 L. für den Kossuthfonds gezeichnet, und man glaubt, daß die Mitglieder des Repräsentantenhauses ein Gleiches thun werden. In Bezug auf seine Gesundheit ist Kossuth in letzter Zeit wieder sehr leidend gewesen.

Miscellen.

Nürnberg, den 18. Febr. Folgendes tragische Ereigniß verdient zur Warnung bekannt zu werden: Am 11. Februar dingte der Rossolibrenner Neuschütz zu Neustadt a. A. einen Taglöhner, um ein Fäßchen mit Branntwein auf das sogenannte Chausseehaus mittelst seines Schubkarrens mitzunehmen. Der Gedingte wurde mit einigen Gläsern dieses Getränkes vor seiner Abreise bewirthet. Wie er denn ziemlich betrunken auf dem Wege war, kam ihm sein Sohn mit zwei anderen Knaben, welche von der Schule heimkehrten, nach und halfen ihm den Schubkarren ziehen. Zum Danke öffnete der Bote unter Weges den Spund des Fäßchens, steckte sein Pfeifenrohr hinein und ließ die Knaben trinken. Dieß hatte die Folge, daß sämmtliche Knaben bald in eine Betäubung verfielen und sammt dem Boten auf der Chaussee liegen blieben. Vorübergehende veranlaßten, daß die Trunkenen in benachbarte Wohnungen gebracht und Rettungsversuche angestellt wurden, welche bei zweien der Knaben gelangen; der Eine aber, ein Knabe von 13 Jahren, aus Egelsee, gab unter entsetzlichen Qualen seinen Geist am folgenden Tage auf. Es scheint, daß der mit dem Branntwein in Berührung gekommene Tabaksaft aus dem Pfeifenrohr besonders giftige Wirkung that.

Der Stadtmagistrat von Würzburg erließ unterm 5. d. M. Nachstehendes: „Die Erfahrung hat bewiesen, daß der in der Neuzeit als Beleuchtungsmaterial ausgebotene Camphin ohne aufmerksame Behandlung sehr feuergefährlich werden kann, indem der Camphin auch ohne Docht, ja leichter wie der Weingeist brennt, daß daher, wenn durch unvorsichtige Behandlung der Lampe Camphin ausgeschüttet wird, bei zufälliger Annäherung eines Lichtes an den Camphin Gefahr für Menschen und Habe drohe. Die Einwohner werden daher zur möglichsten Vorsicht ermahnt."

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[845] **Großherzogl. Hof- und Nationaltheater in Mannheim.**

Dienstag, den 24. Februar

Großer Maskenball

in den vereinigten Localen der Bühne und des Theater- und Concertsaales. NB. Mit jeder Eintrittskarte in die vereinigten Ballsäle wird an der Casse ein Loos gratis abgegeben. Die Ziehung findet um ¼ 1 Uhr Nachts statt, die zu gewinnenden Preise werden auf dem Zettel genannt.

[847] **Zahnärztliche Anzeige.**

Ich werde den 24. d. Mts. Mannheim verlassen, und bis den 1. März in Carlsruhe verweilen. Vom 2. März bin ich wieder täglich in meiner Wohnung Lit. P. 5, Nro 1 am Strohmarkt zu sprechen.

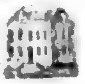
Mannheim, den 21. Februar 1852.

J. Böhling, Zahnarzt.

[848] **Zu verkaufen.**

Bei Schwerdt, Schlosser in Dürkheim, ist eine kleine Drehbank für Eisen, Messing und Holz geeignet, sowie auch ein Ambos mit abgebrochenem Horn aber guten Bahnen, billig zu verkaufen.

[846²] **Lachen. Verkauf eines Landsitzes.**



Das in einer der fruchtbarsten, angenehmsten Gegenden der Pfalz an der Straße von Neustadt und Speyer, unweit der Eisenbahn gelegene herrschaftliche Hofhaus, zum ehemaligen Freiherrn von Perglas'schen Gute in Lachen gehörig, soll unter annehmbaren Bedingungen aus freier Hand verkauft werden. Es gehört dazu:

1) Ein großes zweistöckiges Wohnhaus mit Mansardenstocke, vielen Zimmern, einigen Salons, schöner Küche, sehr großen Kellern, worunter ein gewölbter Weinkeller zu mindestens 80 Fuder, gedieltem Speicher zur Aufbewahrung von über 1000 Malter Frucht, Obstkammern und andern Räumlichkeiten.
2) Ein besonderes Hauptwohnhaus für den Verwalter, mit hübschen Zimmern, Küchen, Kellern, Backofen, Obstdörren u. a. m.
3) Die Oeconomiegebäude den obigen Gebäuden sich anschließend und mit diesen einen großen schönen Hof umfassend, enthalten außer den Bedienten- und Geschirrzimmern, sehr geräumige Pferdeställe, Schwein- und Federviehställe, Stallungen für 50 Stück Rindvieh, Remisen, Schoppen, Fruchtscheuern und andere Räume.

Hinter dem Hof und anstoßend befindet sich:

4) Ein wohlunterhaltener Blumen-, Gemüse-, Baum- und Wingertsgarten von 2 Morgen mit freundlichem Garten-Salon, schönen Laubgängen und Anlagen.

Daran stößt:

5) Ein Pflanz- und Obstgarten von 5¼ Morgen in bestem Zustande.

Die Gärten sind von einer hohen Steinmauer umgeben, enthalten die edelsten Obst- und Rebensorten, sowie eine Vorrichtung zum Bewässern.

Dieses Hofhaus, welches mit allen Bequemlichkeiten versehen und im Innern wie im Aeußern sorgfältig unterhalten ist, eignet sich sowohl zu einer ausgedehnten Oeconomie, als auch seiner passenden Lage und seinen sehr geräumigen, aller etwa erforderlichen Vergrößerung der Localitäten halber, vorzüglich zu jeglicher Fabrikanlage, sowie überhaupt zu jedem andern geschäftlichen und öconomischen Betriebe.

Hofverwalter Böhm in Lachen wird den Kaufliebhabern die nähere Einsicht der Localitäten gestatten, und bei dem Bankhause H. L. Hohenemser und Söhne in Mannheim, sind die Verkaufsbedingungen zu erfahren.

Neustadt, den 21. Februar 1852.

Aus Auftrag:

M. Müller, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 48 | den 25. Februar 1852.

Deutschland.

***Speyer.** Karl Schurz (der Befreier Kinkel's) hat in London seine Ansichten über die Kriegsfrage veröffentlicht. Er glaubt unbedingt an die Unvermeidlichkeit des Krieges und erwartet, daß Amerika in demselben erscheinen, und den Eroberungskampf in einen Principienkampf umwandeln werde. Wir lassen die Erörterung dieser letzten Ansicht bei Seite liegen, theilen dagegen, bei der eminenten Wichtigkeit der Frage an sich, die erste Hälfte seiner Entwicklungen mit, obwol wir, wie aus unserm gestrigen Aufsatze hervorgeht, nicht alle vorgetragenen Ansichten theilen.

„Die Frage des Krieges knüpft sich an Frankreich, und die äußere Politik Frankreichs ist in diesem Augenblicke: das persönliche Interesse L. Napoleons. Die Politik seiner Vergangenheit wird ihrer Tendenz nach auch die Politik seiner Zukunft sein. In den Mitteln wird er wechseln, sein Zweck wird derselbe bleiben. Sein Zweck ist seine Person. Es gibt für ihn zwei Wege der Selbsterhaltung: den der öconomischen Veränderungen, und den des äußern Krieges. Durch die öconomische Reform würde er suchen, sich in den dabei interessirten Volksklassen einen breiten Boden der Popularität zu schaffen, durch den äußern Krieg würde er die leicht entzündliche Einbildungskraft des französischen Volkes in die alte Bahn der Gloire hineindrängen und im Innern den Ausnahmezustand für die Dauer organisiren. Der Krieg ist im Innern Prätext genug für Alles. Was die socialen Maßregeln betrifft, so ist es für einen solchen Autokraten nur in zwei Fällen möglich, sich durch sie aufrecht zu halten. Der eine Fall ist, daß derselbe in socialer Beziehung wirklich radical ist und die Consequenzen erschöpft, und diese Voraussetzung ist auf L. Napoleon nicht anzuwenden. Der andere Fall ist: daß das Volk zu einer Demoralisation gesunken ist, welche der der letzten Zeit des römischen Reichs gleich ist, und wo sich jede revolutionäre Bewegung durch ein hingeworfenes Stück Brod ersticken läßt. Und diese Voraussetzung ist auf das französische Volk nicht anzuwenden.

Sollte sich nun L. Napoleon auf die Bahn der halben Maßregeln begeben; so wird es ihm eben gehen, wie Jedem, der das sociale Uebel verkleiden, aber nicht verbessern will. Sobald das eine Bedürfniß befriedigt ist, tritt das andere eben so gebieterisch hervor, und so gehts fort in unabsehbarer Reihe. Der Weg der friedlichen, schrittweisen Reform ist nur da möglich, wo die Reform früh genug begonnen worden. Aber es ist nicht einmal wahrscheinlich, daß L. Napoleon sich die Mühe geben werde, solche Dinge zu versuchen. Er wird die Linie nicht verlassen, welche er bisher verfolgt hat, die Linie der „Napoleonischen Ideen." Das Geheimniß der ganzen persönlichen Kraft L. Napoleons liegt in seiner fixen Idee, in seinem fatalistischen Glauben an die Zukunft. „Ich werde Kaiser sein! Ich bin unter einem Stern geboren!" hat er gesagt, und wieder gesagt, im Gefängniß und Exil, wie auf dem Präsidentenstuhl. Er besitzt nicht die gebietende Kraft eines schöpferischen Genies, aber er ist ein Mensch, der an sein Glück glaubt. Und er sollte nicht an den Krieg denken? Gewohnt, seinem gewaltigen Onkel nachzumachen, sollte er nicht die Idee der „natürlichen Grenzen Frankreichs" und die inhaltschwerere einer Vernichtung Englands in sich herumtragen? „Straßburg soll Hauptort einer Militärdivision sein," heißt es in einem seiner Decrete, „tant que les frontières ne changeront pas" (so lange die Grenzen nicht geändert werden). Was heißt das? Man sage nicht, daß es die Tactik L. Napoleons sei: das Eine zu sagen und das Andere zu thun. Wie machte er es vor seinem Staatsstreich? Mehr als zehnmal ließ er vorher das Gerücht ausstreuen, daß der Staatsstreich bevorstehe. Paris wartete, und der Staatsstreich kam nicht. Endlich traf er wirklich seine Vorbereitungen. Die Stunde nahte. „Habt Acht!" riefen die Scharfsichtigen in Paris, „der Staatsstreich ist vor der Thüre!" „„Das habt Ihr uns zehnmal gesagt,"" antwortete ihnen die Menge, „„und zehnmal habt Ihr uns getäuscht!"" Nun kam jene furchtbare Nacht, und der Schlag fiel. Er kam unerwartet, und gewann's. So hatte der Präsident monatelang durch künstliche Ab- und Anspannung die öffentliche Meinung gehänselt, bis sie endlich, ohne Glauben an sich selbst, zu matt war, um seinem geheimen Thun gefährlich zu sein. Das ist die Taktik L. Napoleons. Und ist es möglich, die Thatsache für nichts bedeutend zu halten, daß in Frankreich bereits die ganze Verwaltung auf die militärischen Zwecke berechnet und mit militärischen Beamten besetzt wird? Und wollte man, was mir unmöglich scheint, auf diese Zeichen Nichts geben, Nichts auf die fixen Ideen eines Starrkopfes, der eben daran ist, vom Taumel des Erfolges berauscht, den Gipfel seiner Wünsche zu ersteigen, und der die Kraft einer großen Nation in seinen Händen führt — man frage sich: muß L. Napoleon nicht Krieg führen, selbst wenn er ihn nicht wünschte? Er stützt seine Macht auf den Ausnahmezustand im Lande, er muß diesen Ausnahmezustand organisiren, um sich zu erhalten.

Es gibt nur ein Mittel, um im Innern eines Landes und eines regsamen Volkes den Ausnahmezustand auf Jahre hin zu organisiren — und dieses Mittel ist der Krieg. L. Napoleon's Regierung muß der Gegensatz einer parlamentarischen Regierung sein, um zu existiren. Und in Frankreich, bei einem solchen Volke, bei solchen Finanzen gibt es nur ein Mittel, das parlamentarische Element zu vermeiden — dieses Mittel ist der Krieg. L. Napoleon, er mag sich wenden, wie er will, wird sich der Consequenz der Thatsachen nicht entziehen können, und die einfache Consequenz der Thatsachen ist der Krieg.

Freilich will England den Frieden, und manch andere Macht mit England. Aber was heißt das, den Frieden wollen? Den Krieg kann eine einzige Macht durchsetzen, indem sie ihn eben will und beginnt. Und eben deßhalb kann nur der den Frieden garantiren, der allein in der Lage ist, den Krieg wollen zu können. Eine friedfertige Macht kann zum Kriege gezwungen werden, eben durch den einfachen Bruch des Friedens von Seiten einer andern Macht. Aber kann nicht diese kriegslustige Macht zum Frieden gezwungen werden? O ja, eben durch den Krieg.

So steht es zwischen England und Frankreich. Freilich könnte es scheinen, als ob der Frieden garantirt werden könnte durch umfassende Schutz- und Trutzbündnisse, durch die friedliche Organisation einer imposanten Uebermacht dem kriegslustigen Staat gegenüber. Aber werden sich in Europa Oesterreich und Rußland etwa mit England verbinden, um Belgien und Piemont ihre selbstständige constitutionelle Existenz zu bewahren und um durch Aufrechthaltung des Friedens die Autorität im Innern von Frankreich zu gefährden? In Europa ist die Trennung der Interessen so, daß eine kriegslustige Macht,

wenn sie die Principien des Absolutismus vertritt, nie ohne Alliirte sein wird, so lange Rußland besteht. Und L. Napoleon vertritt den Absolutismus.

In der That, Europa befindet sich in der interessanten Lage, daß der Krieg unvermeidlich ist, ohne daß doch bestimmte aus den Verhältnißen ungezwungen hervorgegangene Zerwürfnisse zwischen den Mächten vorhanden wären.

Der Krieg als solcher ist unvermeidlich. Er ist es, weil ein unbeschränkter Gewalthaber ihn braucht und eine Armee hat, um ihn zu führen. Um so weniger läßt sich sagen, unter welchen Vorwänden und nach welcher Richtung hin der erste Angriff wird unternommen werden, ob L. Napoleon sich direct gegen England wenden oder die alte Territorialpolitik hervorsuchen wird, oder beides zugleich. Im Grunde darf diese Frage uns gleichgültig sein, denn die Parteien in der Diplomatie sind bestimmt genug geschieden, und es ist wahrscheinlich, daß keine Principienfrage es sein wird, die in erster Linie den Vorwand zum Beginne des Krieges abgeben soll. Hätte man vor drei Jahren geglaubt, daß so kurze Zeit nach der Revolution ein Krieg aus reinem Cabinetinteresse begonnen werden könne? Daß so bald wieder ein Mensch so kühn sein dürfe, die Völker gegen einander zu wälzen, nicht damit sie, in bewußte principielle Parteien geschieden, die großen Fragen des Jahrhunderts ausfechten, sondern damit sie durch die Verschwendung ihres Schweißes und Blutes solche Interessen befestigen sollten, die ihnen fremd und feindlich sind?"

** **Pfalz.** Aus dem innern Deutschland wird berichtet, daß die römische Proselytenmacherei stark im Gange sei, namentlich durch das Mittel der Almosen. Es werden arme kranke Leute besucht und mit Almosen bedacht, und die monatliche Wiederkehr der Unterstützung wird verheißen. Nachdem einige Monate vergangen sind, und die Empfänger sich gewöhnt haben darauf zu rechnen, bleibt sie aus. Man bittet nun darum. Und die Antwort lautet — man müsse doch zunächst an die eignen Glaubensgenossen denken; in deren Mitte habe sich ein anderer Empfänger gefunden. Wolle freilich der bisherige sich zu ihrer Gemeinde wenden, so würde auch für ihn noch Rath werden, und man würde wohl noch mehr thun und aller Noth abhelfen. Dann müssen Convertiten zu diesen Leuten gehen, und ihnen ihre Befriedigung in der römischen Kirche schildern. An andern Orten wie bei uns.

München, den 20. Febr.*) In der Kammer der Abgeordneten wurde heute die allgemeine Discussion über das Einnahme- und Ausgabebudget vollends beendigt und bei der Abstimmung sämmtliche Ausgaben in den früher von den Kammern angenommenen Ansätzen definitiv festgestellt und damit alle Minderungsanträge verworfen. Bei den Einnahmen wurde der Ertrag der Salinen auf den Antrag des Hrn. v. Koch mit 68 gegen 67 Stimmen um 100,000 fl. erhöht. Hierauf wird die allgemeine Erörterung des Finanzgesetzes begonnen und in einer Abendsitzung fortgesetzt. Es liegen außer dem Antrage des Hrn. Arnheim auf Emission von Papiergeld, gegen welchen sich jedoch der Finanzminister entschieden erklärte, noch zwei andere vor, der eine von Hrn. v. Koch auf Erhöhung sämmtlicher directen Steuern mit Ausnahme der Capitalsteuer; der andere von Hrn. Hirschberger, welcher außer der Capital- auch die Einkommensteuer von der Erhöhung ausgenommen wissen will. Es ließen sich so viele Redner vernehmen, daß die allgemeine Discussion bis nach 9 Uhr dauerte und doch nicht zu Ende ging. (A. Z.)

— den 21. Febr. Die Kammer der Abgeordneten hat zur Deckung des Deficits den Fortbestand des Lotto und die Erhöhung sämmtlicher directer Steuern mit Ausschluß der Capitalrentensteuer (also Grund-, Dominikal-, Häuser-, Einkommen- und Gewerbsteuer) beschlossen. Das Finanzgesetz ist gegen 37 Stimmen angenommen.

München, den 21. Febr. Die Reichsräthe hatten heute eine kurze Sitzung, in welcher sie den Beschlüssen der zweiten Kammer bezüglich des Forstgesetzes beitraten.

Stuttgart, den 19. Febr. Der „Schwäbische Merkur" für Freitag, den 20. Febr. bringt einhundert und fünfundsiebenzig Gantausschreibungen. — Unsere Kammer bewilligte heute 50,000 fl. für Auswanderung und beschloß, die Regierung anzugehen, weitere Maßregeln für Auswanderung z. B. Begleitung der Auswandererzüge anzuordnen.

Ulm, den 18. Febr. Herr Prof. Kapff, vor Kurzem durch seine Versetzung von Reutlingen nach Ulm gemaßregelt, ist jetzt auf ein halbes Jahr suspendirt und muß auch die Amtsverweſereikosten zahlen.

Dresden, den 16. Febr. In einer außerordentlichen Beilage der „freim. Sachsen-Ztg." theilt dieselbe mit: „Heute überreichte der Redacteur unserer Ztg., Advocat Eckert, auch der Ständeversammlung und zunächst der ersten Kammer, die von ihm bereits bei den Staatsbehörden eingebrachten schriftlichen Gesuche „um Aufhebung des Ordens der Freimaurer, als nach Organismus und nach Wirksamkeit unverträglich mit dem Staatswohle", nebst einer sehr umfangreichen Beweisschrift dafür, und verband damit das Gesuch an die Ständeversammlung: „Dieselbe wolle sich bei der Staatsregierung dahin verwenden, daß letztere den Orden in Sachsen aufhebe und beim deutschen Bunde dahin wirke, daß die Aufhebung des Ordens in ganz Deutschland verfügt werde."

Berlin, den 19. Febr. Die französische Regierung hat Veranlassung genommen, sich über die Regulirung der Rheinzölle unter den deutschen Rheinuferstaaten ohne Zuziehung Frankreichs zu beschweren. Unsere Regierung mußte natürlich bemerken, daß es Frankreichs Sache sei, sich bei dergleichen Verhandlungen zu betheiligen, und daß keine Verträge existirten, welche Frankreich Grund zu einer Einmischung in deutsche Handelsangelegenheiten lieferten. (K. Z.)

Wien, den 19. Febr. Gestern Morgen brauste ein Orkan durch die Residenz, wie sich dergleichen die ältesten Leute nicht erinnern, und der besonders um die Mittagszeit die Passage fast unmöglich machte. Mehrere Straßen und Plätze mußten abgesperrt werden, da der Sturm Theile der Dächer herabschleuderte; der gegen den Stock am Eisen gelegene Theil des Stephansplatzes ward abgesperrt, da ein Theil des Mauerwerks an der Spitze der Kirche Miene machte, herabzustürzen. An der Augustinerkirche ward das Gerüst vom Sturme zertrümmert. Im Prater hob der Sturm Bäume aus, und die Züge der Nord- und Südbahn kamen um mehrere Stunden verspätet an. Einige Straßen waren buchstäblich mit Glasscherben bedeckt.

Belgien.

Brüssel, den 17. Febr. Es cirkulirt in der Stadt das Gerücht, daß General Chazal, gestern zum Souschef des Generalstabes ernannt, heute Nachmittag verhaftet worden ist. Die Antezedentien des Generals sind allerdings nicht geeignet, großes Vertrauen bei einem etwa bevorstehenden Kampfe in ihn zu setzen, und dringt deßhalb die democratische Presse schon seit zwei bis drei Wochen auf seine Entfernung. (Derselbe soll auf Andringen des Königs, gegen den Willen des Ministeriums zu jenem Posten ernannt worden sein.)

Frankreich.

Paris, den 17. Februar. Die Kriegsgerüchte, so unbegründet sie auch vorderhand noch sein mögen, äußern doch die nachtheiligste Wirkung auf die hiesige Geschäftswelt. Seit zehn bis vierzehn Tagen ist der Verkehr in mehreren großen Industriezweigen, in denen nach dem 2. Dec. Bestellungen von fabelhafter Höhe gemacht worden waren, gänzlich gelähmt, und zwar, wie Männer vom Fach versichern, lediglich in Folge ernster Nachrichten über Verwicklungen mit dem Ausland,

*) Die Berichte über die Sitzungen der Abgeordnetenkammer vom 20. und 21. Februar sind uns nicht zugekommen. D. Red.

wie sich um so geheimnißvoller und folglich um so beunruhigender verbreiten, je weniger es den Journalen gestattet ist über politische Angelegenheiten den Mund zu öffnen. Bald heißt es, die Einverleibung Belgiens in Frankreich sei schon decretirt; oder zum mindesten das Abtragen des Waterloo-Denkmals vom König Leopold gefordert, und die Weigerung als casus belli hingestellt; bald soll der König von Neapel, aus Furcht vor Errichtung einer italienischen Republik unter der Präsidentschaft des Prinzen Murat, mit England unter Verheißung einer Constitution für sein Königreich ein Schutz- und Trutzbündniß abgeschlossen haben, und dergl. Niemand scheint dabei an gewisse innere Unwahrscheinlichkeiten einer Kriegserklärung von Seite Frankreichs zu denken, und dennoch liegt es auf der Hand, daß L. Napoleon, der selbst kein Militär ist, sich nicht leichtfertiger Weise in die Hände siegreicher Generale begeben wird, und daß er noch viel weniger auf den Einfall gerathen kann, sein daheim eingerichtetes System werde die fremden Nationen ihm als Bundesgenossen gegen ihre Herrscher zuführen. Er liest die Hauptzeitungen des Auslandes, oder läßt sich darüber berichten, und weiß so gut als Einer, daß er bei der Revolutionspartei auf keine Sympathien zu rechnen hat. Welchen Freiheitsschwärmer könnte die hiesige autorisirte Freiheit verführen? (A. Z.)

— den 18. Febr. Der „Moniteur" enthält heute unter „Mitgetheilt" eine halbofficielle Note, welche jeden Kriegsgedanken desavouirt.

Paris, den 19. Febr. Ein unglücklicher Vorfall von heute Morgens hat ein großes Aufsehen erregt. Drei junge Elegants kamen um 4 Uhr Morgens von einem Balle zurück. In der Rue Richelieu an der National-Bibliothek angekommen, wurden sie von der dort stationirten Schildwache angerufen, die ihnen bedeutete, das Trottoir zu verlassen. Sie folgten, wiewohl murrend, dieser Weisung, kehrten aber bald darauf auf demselben Wege zurück. Die Schildwache rief sie diesmal, wie es scheint, auf eine heftige Weise an und legte das Gewehr an. Der vorderste junge Mann, offenbar exaltirt durch den Genuß geistiger Getränke, fing an laut zu lachen und erwiderte die Drohung mit einigen herausfordernden Redensarten. Der Soldat drückte los und der junge Mann stürzte wenige Schritte weiter todt zu Boden. Er war sehr elegant gekleidet; man fand eine goldene Uhr und viel Geld bei ihm, aber keine Papiere, weßhalb er nach der Morgue gebracht wurde. Er ist bereits erkannt und von der Morgue fortgeschafft; allein man scheint in Absicht des Namens große Heimlichkeit beobachten zu wollen, was darauf hindeutet, daß der unglückliche junge Mann von einer bedeutenden Familie ist. (K. Z.)

Der Proceß gegen die bei dem im militärischen Gefängniß von St. Germain angezettelten Complot betheiligten Personen ist gestern beendet worden. Das Kriegsgericht hat die beiden Nationalgardisten, welche die Gefangenen bei ihrer Flucht, der Anklage gemäß, unterstützen wollten, freigesprochen; neun der Angeklagten sind wegen Anzettelung einer Verschwörung gegen die Obern des militärischen Gefängnisses zum Tode, drei zu 5 Jahren Gefängniß und 6000 Franken Strafe, und einer zu 1 Jahr Gefängniß und 50 Franken Geldstrafe verurtheilt worden.

Der Exrepräsentant Michot Boutet hat den Befehl erhalten, Frankreich zu verlassen; er geht nach Belgien. — Lord Cowley ist vorgestern Abends hier eingetroffen und sein Vorgänger, Normanby, gestern nach London abgereist. — Graf Montholon hat dem Staatsrathe ein Gesuch übergeben, worin er die Nachzahlung seines Generalssoldes seit 1815 verlangt, was etwa 2 Mill. Fr. betragen würde. Hr. Villemain ist mit der Berichterstattung über diese Angelegenheit beauftragt.

Der „Köln. Ztg." schreibt man unterm 19. Febr. aus **Paris**: Die auswärtigen Angelegenheiten beschäftigen fortwährend die öffentliche Meinung im höchsten Grade. Die gestrige Note im „Moniteur" hat die Befürchtungen über den Ausbruch eines Krieges eher vermehrt, als verringert. Am Ende dieser Note heißt es, daß man in Zukunft nur mit verachtendem Stillschweigen antworten werde, d. h. man wird künftig nicht die mehr oder weniger begründeten Kriegsgerüchte widerlegen, um nicht in Verlegenheit zu kommen, da dieselben nur zu begründet sind, wie auch deutlich das heutige Decret des „Moniteur" beweist, das die Bildung eines Armeecorps an der Schweizergränze anordnet. Die Beziehungen Frankreichs zum Auslande sind übrigens keineswegs besonders zärtlicher Natur. Man kann zwar nicht sagen, daß die in der letzten Zeit in Paris eingetroffenen Noten in feindlichen Ausdrücken abgefaßt sind; sie sind aber auch gerade nicht in dem Tone gehalten, der auf sehr freundschaftliche Beziehungen schließen lassen kann. Die Antwortschreiben der verschiedenen Mächte auf die Ankündigung des Fait accompli des 2. December sind sehr kurz und in einem kalten Tone gehalten. Im Jahre 1848 empfing Lamartine viel schmeichelhafter abgefaßte Briefe, obgleich er der Präsident einer republikanischen Regierung war. Dieses wenig zuvorkommende Auftreten der fremden Mächte scheint übrigens viel zu den kriegerischen Absichten der Regierung des 2. December beigetragen zu haben, da man es mit deren Würde nicht vereinbarlich hält, sich kalt von dem Auslande behandeln zu lassen. Der isolirten Lage Frankreichs scheint man durch Befolgung der alten französischen Politik abhelfen zu wollen, indem man die kleineren deutschen Staaten für Frankreich zu gewinnen sucht. An die französischen Diplomaten in Deutschland sind Instructionen in dieser Beziehung abgesandt worden. Auch wird man die seit 1848 aufgehobenen Gesandtschaften an den kleinen deutschen Höfen wieder herstellen, um mehr Einfluß auf dieselben zu erhalten. So soll die Legation in Weimar wieder hergestellt und de Talleyrand, früher Minister in Spanien, an die Spitze derselben gestellt werden. In Darmstadt, wo vor 1848 ebenfalls ein französischer Repräsentant war, wird man wieder einen Minister ernennen. Auf diese Art hofft man den Einfluß wieder zu gewinnen, den Frankreich früher auf die deutschen Kleinstaaten ausübte, und den rheinischen Bund der kaiserlichen Zeit wieder ins Leben zu rufen. Ueber die Beziehungen Frankreichs zu Oesterreich vernimmt man immer noch nichts Bestimmtes. Es scheint jedoch, daß Unterhandlungen wegen eines Bündnisses eingeleitet worden sind. Vielleicht erleben wir noch, daß sich das Schauspiel des siebenjährigen Krieges wieder erneuert, wo Oesterreich auch Hand in Hand mit Frankreich ging, um Preußen zu vernichten. Was dem Glauben an einen nahen Krieg mehr Gewicht gibt, sind die fortwährenden Rüstungen in den französischen Arsenalen und die vielen Munitionstransporte, die nach den Gränzfestungen abgehen. (?)

— den 20. Febr. Die Censur hat seit gestern für diejenigen Pariser Blätter, welche ihr seit dem 2. Dec. unterworfen waren, aufgehört.

Italien.

Mailand, den 12. Febr. Seit einigen Tagen ist eine neue strenge Maßregel hinsichtlich der Zeitungen eingetreten. Diese müssen nämlich, bevor sie das Postamt den Parteien ausfolgt, dem hiesigen Censuramte übergeben werden und erst, wenn nichts Anstößiges darin gefunden wird, werden sie wieder an die Post zur Vertheilung an die Parteien überschickt. Dieser Maßregel sind alle in- oder ausländischen Zeitungsblätter unterworfen.

Großbritanien.

London, den 18. Febr. In der gestrigen Unterhaussitzung kündigte Lord Palmerston an, daß er, wenn die Milizbill wieder vor das Haus komme, ein Amendement beantragen werde, kraft dessen im Falle eines Krieges die Bill nicht nur für die Vertheidigung Englands, sondern für die des gesammten vereinigten Königreichs Sorge tragen werde. (Lauter und allgemeiner Beifall.)

— den 21. Febr. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde das Amendement Lord Palmerstons zur Milizbill mit einer Majorität von 11 Stimmen angenom-

men. — Lord J. Russel hat unmittelbar darauf seine Entlassung eingereicht.

Rußland.

Von der polnischen Grenze, den 16. Febr. Unsern letzten Nachrichten aus Kalisch und andern Theilen des Königreichs Polen zufolge, scheint die russische Regierung entweder zu der Stabilität der dermaligen französischen Zustände oder zu der Aufrichtigkeit der Friedensversicherungen des Präsidenten Ludwig Napoleon kein rechtes Vertrauen zu haben, da seit einiger Zeit alle Militärvorbereitungen wieder in verstärktem Maße betrieben werden. Die Märsche nach dem Westen haben bereits wieder begonnen, und überall gewahrt man in der Beschaffung der Armeebedürfnisse und der Anfüllung der Magazine eine außerordentliche Thätigkeit; die Militärs selbst sind entschieden der Ansicht, daß es im bevorstehenden Sommer zu einer Campagne kommen werde. Daß die zur Zeit in Polen concentrirte ungeheure Militärmasse nichts sehnlicher wünscht als einen neuen Feldzug, ist nach den glänzenden Erfolgen der ungarischen Campagne sehr erklärlich. Jeder Russe, selbst der gemeine Soldat, glaubt unerschütterlich, daß sein Czar allein in der Welt zu gebieten habe und daher auch bereit sei, seine Regimenter überall hinzuschicken, wo man nicht gehorchen wolle. Grund zu diesem Glauben hat er allerdings. (Allg. Z.)

Miscellen.

Ein Amerikaner Namens Jones hat eine Büchse erfunden, die 25 Schüsse mit einer einzigen Ladung abfeuert. Sie hat 2 über einander liegende Läufe, deren unterer etwas kürzer ist und 25 einen Zoll lange Spitzkugeln hält, welche durch einen leisen Federdruck eine nach dem Abfeuern der anderen in den oberen pulvergefüllten Lauf spazieren. In derselben Weise fallen aus einer Höhlung im Kolben 25 Knallpillen, welche statt der Kupferkapseln dienen, unter dem Hammer des Drückers. Mit dieser Büchse, welche dem Kriegszeugamte zu London zur Prüfung vorliegt, wurden am 9. Februar Experimente angestellt. Mr. Jones feuerte seine Kugeln binnen einer Minute ab und versicherte, daß er eben so bequem 125 Mal binnen weniger als 5 Minuten laden und abfeuern könne.

Neueste Nachrichten.

• **München,** den 21. Febr. Heute Nacht starb der Abgeordnete Fraas, Fabrikbesitzer von Oberredwitz (Oberfranken), nach einer mehr als 4wöchentlichen Erkrankung, am Schleimfieber. Derselbe gehörte der Linken an. Er war ein durchaus ehrenhafter, biederer und verständiger Mann, dessen Verlust von Allen, die ihn kannten, tief beklagt wird.

• Heute erhielt der Abg. Pfarrer Tafel das Erkenntniß des erzbischöflichen Ordinariats Bamberg. Es ist durch dasselbe dessen Appellation verworfen, somit das Urtheil des Speyerer Kapitels bestätigt. —

• Wir sind wieder mitten in den Winter versetzt. Nachdem wir bereits verschiedene sehr schöne Tage gehabt, die wahrhaft an den Frühling erinnerten, stellten sich ganz außerordentlich heftige Stürme ein, mitunter unterbrochen von Regen. Dann erfolgte am Mittwoch Nachmittag 2 Uhr, bei stürmischem Wetter, unter Regen, Schloßen und Schnee, — Blitz und Donner. Seit gestern liegt hoher Schnee, so daß man bereits wieder mit Schlitten fährt. Es schneit fast ununterbrochen.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[803a] **Anzeige.**

Bei E. Kaußler in Landau ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Resultate der Wasserheilanstalt Gleisweiler. Dargestellt durch eine Anzahl daselbst behandelter Krankheitsfälle, von Dr. L. Schneider. 1852. Preis: 16 kr.

[835a] **Das Großherzogl. Badische Eisenbahnanlehen von 14 Millionen Gulden,**

vom Staat errichtet und von den Landständen garantirt, ist rückzahlbar durch Gewinne von 14mal 50,000, 54mal 40,000, 12mal 35,000, 23mal 15,000, 55mal 10,000 fl. rc. Die geringste Prämie ist 42 fl. Die nächste Verloosung findet am 28. Februar 1852 statt, und empfiehlt hiezu unterzeichnetes Handlungshaus Actien à 1 fl. 30 kr. unter Zusicherung prompter Einsendung der Ziehungsliste. Wir können dieses Anlehen Jedem empfehlen, der Fortuna auf solide Art versuchen will.

Julius Stiebel jun. u. Com.,
Banquiers.
Büreau: Wollgraben in Frankfurt a. M.

[850a] **Weinversteigerung zu Mußbach in der baierischen Pfalz.**

Montag, den 15. März nächsthin, des Vormittags 9 Uhr lassen die Krätzer'schen Erben, ferner auch Herr Dr. Krätzer, Gutsbesitzer in Mußbach, im Gasthause zum Löwen allda nachverzeichnete Weine versteigern, nämlich:

1) Weine, welche den Krätzer'schen Erben angehören, die in dem Keller des Herrn Ferdinand Hensay in Deidesheim lagern, aber in Mußbach versteigert werden:

60,000	Liter	1845r Mußbacher,
10,000	„	1845r Mußbacher Traminer,
4,000	„	1846r Mußbacher.

2) Weine, welche dem Herrn Dr. Krätzer angehören, die in dessen Kellern in Mußbach lagern:

15,000	Liter	1846r Mußbacher Traminer,
18,500	„	1847r Mußbacher,
7,200	„	1849r Mußbacher,
14,500	„	1849r Mußbacher Traminer,
15,000	„	1850r Mußbacher,
30,000	„	1850r Mußbacher Traminer,
30,000	„	1850r Deidesheimer mit Traminer,
11,000	„	1850r Ruppertsberger mit Traminer.

Die Proben der in Deidesheim lagernden Weine von der Krätzer'schen Erbmasse können an den Fässern genommen werden am Samstage, den 13., und am Sonntage, den 14. März, ferner werden solche auch am Versteigerungstage in Mußbach verabreicht.

Die Proben der in Mußbach lagernden Weine des Hrn. Dr. Krätzer werden den Tag vor der Versteigerung und am Versteigerungstage an den Fässern abgegeben.

Sollte die Versteigerung an einem Tage nicht beendigt werden können, so wird solche den folgenden Tag, nämlich Dienstag, den 16. März, fortgesetzt.

Neustadt a. d. H., den 12. Februar 1852.

Werner, Notär.

[849a] **Weberdisteln- und Tabaksversteigerung.**

Montag, den 8. März nächsthin, des Morgens um 10 Uhr, zu Schifferstadt, in der Rheinpfalz, bei Schlosser, läßt Hr. Johann Friedrich Trauth, Tabaksfabrikant in Landau wegen Wohnsitzveränderung circa 300,000 Stück Weberdisteln (Tuchnadeln) — und am nemlichen Tage, Nachmittags um 4 Uhr, zu Ludwigshafen im deutschen Hause bei Görg, 9 Ballen feinen Blättertabak (Portorico) und ein Faß Richmond-Stengel — die Tuchnadeln zu Schifferstadt bei Schlosser, der Tabak in Ludwigshafen im Freihafen lagernd — durch Notär Moré in Mutterstadt gegen Baarzahlung öffentlich versteigern. **Die Herren Spediteure Huß und Erter in Ludwigshafen werden bis zum Versteigerungstage die Gefälligkeit haben, den Steigliebhabern die Tabake vorzuzeigen.**

Mutterstadt, den 21. Februar 1852.

C. Moré, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | **Nro. 49** | **den 26. Februar 1852.**

Deutschland.

• **München,** den 20. Febr. (88. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Kirchgeß..er mahnt den Beschwerdeausschuß an Erledigung der von ihm eingereichten Beschwerde von Bewohnern Würzburgs, die Erschwerung der Bauten betr. — Brunk erhält einen 4wöchentlichen Urlaub.

Fortsetzung der allgemeinen Berathung über das Budget. Referent Lerchenfeld. Läßt sich auf die sehr guten und zweckmäßigen Vorschläge nicht ein, welche gestern gemacht worden seien, weil sich die Verhältniße nicht plötzlich umgestalten ließen. Es sei mit großer Uebertreibung von der herrschenden Noth geredet worden, dies gehöre nicht hieher. Reinharts Tabelle über die Einnahmen und Ausgaben seit 30 Jahren sei in manchen Einzelnheiten unrichtig. Ist gegen die von Wallerstein beantragten Abstriche. Ebenso gegen Kochs Vorschlag auf Einsetzung einer erhöhten Ertragssumme von den Salinen. Die Ausgaben seien im Wesentlichen nicht zu hoch, die Einnahmen nicht zu gering angesetzt. Was die Pensionen betreffe, so lasse sich nicht in Abrede stellen, daß Mißstände vorhanden seien, allein es könne nur durch Abänderung des Gesetzes geholfen werden. Wenn man beklage, daß nur so geringe Summen, nur 3 Millionen für unmittelbare Förderung der materiellen Verhältniße ausgegeben würden, so vergesse man, daß die Erhaltung des Staats auch zur Förderung der materiellen Interessen diene. Bei uns sei die Opferbereitwilligkeit und seien die Kenntniße und der Wohlstand im Volke nicht vorhanden, welche erfordert wurden, um das Selfgovernment durchzuführen. Beklagt übrigens selbst die Mißstände bezüglich des Beamtenthums. Aeußert seine Bedenken über die (von Morgenstern angeregten) Verhältniße der Nürnberger Bank, durch dieselben könnte das finanzielle Interesse des Staats stark gefährdet werden. Fordert die Kammer auf, an den angenommenen Sätzen festzuhalten.

Kriegsminister Lüder. Die Armee habe zur Napoleonischen Zeit 53,000 Mann betragen; 1811/12 über 57,000, 1814 und 15 über 75,000. Die Kosten hätten 1809 gegen 14 Mill., 1812 11 Mill., 1815 15 Millionen betragen. Die Armee sei nicht zu zahlreich, sondern im Gegentheile noch viel zu gering, wenn man den Anforderungen des Bundes den Bedarf der Festungen und Garnisonsorte beirechne. Auch sei die Bewilligung nicht hinreichend.

Kolb. Er erbitte sich zur Berichtigung neu vorgebrachter Thatsachen das Wort. Wenn er gesagt, die baier. Armee habe zur Napoleonischen Zeit blos 46,000 Mann betragen, so komme diese Ziffer aus dem Munde des Hrn. Kriegsministers selbst. Verweist deßfalls auf die frühern Verhandlungen. (Der Kriegsminister gibt zu, daß er die Ziffer früher ausgesprochen; die jetzt angegebene sei aber die richtige.) Wenn man die Kosten in den Jahren 1809, 12, 13, 14 und 15 anführe, so seien dies Kriegsjahre gewesen; in solchen würde man bei der jetzigen Formation noch mehr brauchen. Als der Redner auf eine Widerlegung der behaupteten größern Bundespflicht kam, erfolgt von Hrn. Jäger und einigen Genossen ein Lärm. Der Präsident äußert: es scheine ihm, man komme in die Discussion zurück, indem die Thatsache nun berichtigt sei. Kolb. Auch die Berufung auf die Bundespflicht sei eine neue Thatsache. Allein es genüge ihm vollkommen, gezeigt zu haben, daß die neuen Behauptungen nicht unwiderlegbar seien.

Finanzminister Aschenbrenner. Stellt die Erhöhung der Ansätze, welche bereits vorgenommen wurden, zusammen. Bekämpft die gestellten Anträge. Eine Minderung der Civilliste sei durchaus unzulässig. Erörtert die übrigen in der Discussion vorgekommenen Fragen von seinem Standpunct aus. Mit einer geringern Summe, als nach der provisorischen Festsetzung sich ergebe, könnte Er das Finanzministerium nicht fortführen. Das Nothwendige müße gewährt werden. Deutet an, daß nach dem v. Wallerstein angerufenen „Verfassungsverständniße" die Regierung berechtigt wäre, bei nicht ausreichenden Mitteln, vielleicht gerade diejenigen Ausgaben zu unterlassen, welche die materiellen Interessen des Volkes beträfen.

Bei der Abstimmung werden die Abänderungsanträge sämmtlich der Reihe nach verworfen; blos bei dem Koch'schen Vorschlag, den Ertrag der Salinen um 100,000 fl. höher zu setzen, ist die Abstimmung zweifelhaft; bei namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 68 gegen 67 Stimmen angenommen.

Berathung des Finanzgesetzes. Die Einnahmen sind angeschlagen zu 34'685,685 fl., die Ausgaben festgesetzt zu 37'325,516 fl. Das Deficit soll gedeckt werden durch das Lotto mit 1'200,000 fl., und durch Erhöhung der Grundsteuer um 1,239,831 fl. — v. Koch beantragt, daß auch die Haus-, Gewerb- und Einkommen-, (mit Ausnahme der Capital-) Steuer, zur Aufbringung der noch geforderten 1'239,831 fl. beigezogen werden sollen. Entwickelt diesen Antrag. Der Gewerbtreibende sei weniger belastet als der Landmann. Eigentlich sollte man das ganze Deficit blos durch Erhöhung der Einkommensteuer decken.

Arnheim beantragt die Ausgabe von 8,400,000 fl. Papiergeld; bekämpft die vom Ausschuße vorgebrachten Gegengründe. Schildert die Noth, und das Ueble einer Steuererhöhung, die hiedurch vermieden werde.

Finanzminister v. Aschenbrenner. Trit diesem Vorschlage ganz entschieden entgegen. Die Staatsregierung halte an der verfassungsmäßigen Bestimmung fest, wonach das nun anerkannte Deficit durch Steuern gedeckt werden müsse, also nicht durch Papier. Warnt übrigens vor der Papiergeldemission, — warnt, damit „eine Thüre zu öffnen, die man wahrscheinlich nicht mehr zubringen könnte."

Hirschberger will Deckung des Deficits, außer dem Lotto, durch Erhöhung der ältern directen Steuern (also mit Ausnahme, nicht nur der Capital-, sondern auch der Einkommensteuer).

Heine. Gegen die Lügenhaftigkeit der Capitalrenten- und Einkommensteuer. Die Frage der Steuer sei weit mehr eine politische, als jedes Gesetzesschnitzel, das hier vorkomme. Die Regierung soll die bezeichneten Steuern in ihrer gegenwärtigen Gestalt aufgeben, und ein besseres Steuersystem anbahnen. Mahnt die Majorität, sich nicht beirren zu lassen; man werde nicht (nach dem gestrigen Ausdrucke Domidions) „todtgeschlagen" werden bei der Nachhausekunft, — und wenn auch, so werde man nicht eines sanften Todes im Bette sterben, aber man habe das Bewußtsein der Pflichterfüllung. (Heiterkeit.)

Um ½1 Uhr wird die Sitzung unterbrochen, und um 4 Uhr Nachmittags fortgesetzt.

Westermayer. Jetzt, nachdem die Ausgaben genehmigt worden, handle es sich nur um Steuerverweigerung oder Tragen der Last. Der Redner erregt mehr-

fach Heiterkeit auf der Linken, durch seine Bemerkungen gegen diejenigen Mitglieder, welche es sich leicht machten, indem sie das Gehäßige der Sache durch ihr verneinendes Votum auf die Zustimmenden wälzten. Will alle Steuern in Mitleidenschaft gezogen wissen, stellt aber keinen Antrag.

Lanzer. Auch in der Oberpfalz und im Fichtelgebirge drohe die nemliche Noth auszubrechen, wie in der Rhön. Heute eingetroffene Nachrichten schildern das Unglück als außerordentlich groß. Bei der neuen Last würden vielleicht 100,000 Menschen aus Baiern zur Auswanderung gezwungen. Er komme bei der Abstimmung mit sich selbst in Conflict, ergebe sich aber in sein Schicksal, indem er eine Steuerverweigerung in keinem Falle wolle.

Gschwendner, ist für den Koch'schen, eventuell für den Hirschberger'schen Antrag.

Ruland. Die neue Besteuerung sei eine Nothwendigkeit. Die Gewerbsleute befänden sich aber in solcher drückenden Lage, daß man sie nicht neu belasten dürfe. Ebenso sei es mit den Häuserbesitzern. Ist nicht minder gegen Ausdehnung der Last auf die Einkommensteuerpflichtigen. Gegen Papiergeld. Der Grund und Boden habe den Vortheil der Aufhebung der Feudallasten, es sei billig, daß derselbe auch die nun nothwendigen neuen Lasten trage; sonach für den Ausschußantrag.

Wallerstein. Gestern habe es sich um Festsetzung der Positionen gehandelt, heute handle es sich davon, wie das Deficit auf die mindest drückende Weise gedeckt werde. Ist für Kochs Vorschlag, alle Steuern beizuziehen, mit Ausnahme der Capitalsteuer, vorbehaltlich bei der Abstimmung über das ganze Gesetz dennoch gegen dieses zu stimmen. Der Grundbesitz könne die Last nicht allein tragen. Gegen Rulands Ansicht, daß die Grundbesitzer diese Last allein auf sich nehmen müßten, weil sie durch die Ablösung gewonnen hätten. Die Pfalz habe durch dieselbe nichts gewonnen. Ist gegen Hirschbergers Vorschlag, die Einkommensteuer anzunehmen; nur die Capitalsteuer soll ausgenommen werden, weil das Gegentheil unbillig und schädlich wäre. Diejenigen, welche blos der Einkommensteuer unterliegen (die Beamten), sprechen immer ein großes Wort; wenn sie mit belastet werden, ist es am wahrscheinlichsten, daß wir in spätern Jahren von der Last wieder befreit werden. Gegen das Lotto. Der Kriegsminister habe heute früh erklärt, der Armeeetat sollte noch vergrößert werden. Was die „hochwürdigen Herren" sprächen, sei heute gewichtig; was der Hr. Kriegsminister spreche, sei heute fast eben so gewichtig. (Heiterkeit.)

v. d. Pfordten. Der Gegenstand sei ihm zu ernst, als daß er, wie der Vorredner, sich auf Scherze einlasse. — Wallerstein weist dies zurück. — Pfordten beruft sich auf den entstandenen Eindruck.

Nar. Gegen Wallerstein, der sich für einen Deckungsmodus ausspreche, und doch gegen das Gesetz selbst stimmen zu wollen scheine. Gegen Papiergeld, dann gegen Kochs Antrag. Führt die Größe der Erleichterung der Landleute in Folge der Ablösung an, indem er seinen Bezirk citirt. Ist für Hirschbergers Antrag.

Neuffer. Gegen Arnheims Vorschlag wegen des Papiergeldes. An den Steuern sei in Baiern noch Niemand zu Grunde gegangen. Für den Ausschuß-, eventuell für Hirschbergers Antrag.

Crämer. Noch nie habe er mit so drückendem Gefühle gesprochen, wie heute. Durch die heute früh erfolgte Abstimmung habe man einen neuen Weg betreten, aber keinen angenehmen. Auf dieser Seite habe man längst Vorschläge gemacht und gewarnt, dennoch seien diese Vorschläge sehr übel aufgenommen worden. Man sage: unsere Stellung sei sehr angenehm, indem wir nur Nein sagten. Was hindert Sie (auf der Rechten), es sich eben so bequem zu machen, und zu uns herüber zu kommen? (Heiterkeit.) Es müssen also andere Gründe obwalten. — Erklärt: wir sind nicht gewillt, auf einen der gemachten Vorschläge einzugehen. Darin unterscheiden wir uns vom Hrn. Fürsten Wallerstein; dessen Aeußerungen, für die einzelnen Vorschläge und dann schließlich gegen das Ganze zu stimmen, erinnern an die vormärzliche Opposition, wo man ebenfalls Reden hielt und nichts that. Sie werden unsere Offenheit anerkennen (einige Zustimmung rechts). Aber, sagt man, was geschähe, wenn diese Ansicht die Majorität gewänne? Wäre es ein so großes Unglück, wenn das Ministerium wechseln müßte? oder wenn wir aufgelöst würden, nachdem wir wol alle des Hierseins so sehr müde sind? oder wenn ein neues Budget vorgelegt werden müßte? Man soll sich nicht schrecken lassen durch den Vorwurf, Steuerverweigerer genannt zu werden, und deßhalb lieber gegen die innere Ueberzeugung zu stimmen. Man sage, man solle den Constitutionalismus nicht zu Grunde richten. Diesem schade die Steuererhöhung am allermeisten. Verliest eine Stelle aus einem Geschichtswerke, eine Ansicht vom Jahre 1525 enthaltend; damals schon habe man die Landtage als verderblich gehalten, weil sie nur neue Steuern brächten. Das Deficit möge man decken, wie man wolle; er und seine Freunde würden gegen jeden Steuerantrag stimmen; nur dagegen müsse er sich noch aufs Entschiedenste erklären, daß man gerade die Classe der Einkommensteuerpflichtigen ausnehme. — Die Hinweisung auf eine Erleichterung in spätern Jahren sei eine Täuschung. Führt dies näher aus, unter Bezugnahme auf die neuen Anforderungen des Kriegsministers, wonach im Gegentheile noch weitere Anforderungen in Aussicht ständen. — Man stehe weit hinter den vormärzlichen Kammern zurück, die sich stets gegen das Lotto erhoben. Man spreche immer von Religiosität, und suche sie polizeilich einzuführen, und doch decretire man das Lotto wieder! — Wir haben uns redlich bemüht, durch Eingehen in alle Einzelnheiten, das Deficit verschwinden zu machen, aber jetzt muthen Sie uns nicht zu, für das Gesetz zu stimmen, wir machen kein Hehl daraus, daß wir das jetzige System in keiner Hinsicht stützen wollen. Lassen Sie uns, die Verlassenen, Unterdrückten und Verfolgten, wenigstens unsere Ueberzeugung auch jetzt ohne Rücksicht und Scheu aussprechen, indem wir mit Nein stimmen. —

v. Steinsdorf. Man sollte die Grundsteuer so weit erhöhen, als sie früher stand, so daß sie zur Häusersteuer sich wieder wie ursprünglich, nemlich wie 5 zu 3 verhalte; den Ueberrest sollte man auf alle Steuern vertheilen. Stimmt übrigens, da kein eigener Antrag vorliegt, für Hirschbergers Vorschlag.

v. Koch. Nach seinem Vorschlage käme auf jeden Steuergulden blos eine Erhöhung von 11 Krzr. Warnt vor Hirschbergers Vorschlag. Bekämpft die ihm gemachten Einwendungen, besonders die Hirschberger'schen. Fordert, daß Jeder, auch der Beamte, der Minister an der Spitze, Theil nehme an der Last, dann könne man getrost vor das Volk hintreten und ihm sagen, Jeder trage daran.

Weis. Gegen Wallersteins Rede, der für die einzelnen Vorschläge, und dann gegen das Ganze stimme; er habe anfangs seinen Ohren nicht getraut, bis er vernommen, daß auch Crämer die Aeußerungen so verstanden habe. Spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen ein solches Verfahren aus. Bekämpft dann auch Crämers System. Jeder müße die Beschlüße, die gefaßt worden seien, anerkennen, und müße nun Deckungsmittel votiren; Jeder sei dies schuldig. Er halte es für seine Pflicht, für das Finanzgesetz unter allen Verhältnißen zu stimmen.

Wallerstein. Gegen die Angriffe von Crämer und Weis, in einigen kurzen Bemerkungen.

Wolfsteiner, für Erhöhung aller Steuern, und gegen das Lotto.

Kleindienst, für Kochs Antrag. Der Hr. Ministerpräsident habe zwar gesagt, für die Oppositionsanträge zu stimmen, sei „regierungsfeindlich." Er sei nicht regierungsfeindlich, und stehe auf demselben Standpunct, den der Hr. Minister allerdings nicht jetzt mehr einnehme, aber den er 1848 eingenommen habe.

Thinnes. Gegen Lotto aber gegen Verweigerung des Budgets. Vertheidigt die übrigen Ausschußanträge.

Es wird der Schluß verlangt. Kolb dagegen. Es handle sich um die practisch wichtigste Frage des ganzen Landtags; wenn in irgend einem Falle, so habe man hier die Debatte zum natürlichen Ende gelangen zu lassen, zumal vorhin auch Theorieen aufgestellt worden, die eine Entgegnung nöthig machten (die von Weis.) — Der Schluß wird verworfen. Weippert, für Kochs Antrag.

Domidion. Auch in vielen andern Bezirken, als den in den Zeitungen genannten, herrsche die ärgste Noth, und wenn noch ein Mißjahr komme, so bekommen wir Schlesische Zustände.

Lasaulx. Das baierische Volk verspiele jährlich 4 Millionen in der Lotterie, und daneben stritten sich dessen Repräsentanten seit einem ganzen Tage über die Dekkung von blos 1¼ Millionen! Das sei eine traurige Erscheinung. Nach 4 Jahren werde und müße das Deficit noch viel größer sein als jetzt, darum wäre es eine üble Haushaltung, dasselbe durch Papiergeld zu decken. Erhebt sich gleichfalls gegen Wallersteins Verfahren, mitzustimmen für das Einzelne und dann zu stimmen gegen das Ganze. Die Steuerlast sei nicht so groß. Als das Steuersimplum 1831 erlassen worden, hätten die Bauern selbst gelacht darüber. Gegen Crämer, insofern er gesagt, dem Volke sei ein Groschen in der Tasche lieber, als alle Reden in diesem Saale. Wenn das Volk so denke, so sei es aufs Tiefste herabgekommen und im äußersten Verfalle. Die Steuer werde unter denen, welche dieselbe bezahlen müßen, gar keine Mißstimmung erzeugen. Er müße sich gegen die Theorie von Weis erklären und glaube, daß Crämer und dessen Freunde in ihrem vollen Rechte seien, wenn sie dem Gesetz ihre Zustimmung verweigerten.

Schnitzlein, gegen Lotto, und für Ausdehnung auf alle Steuern.

Morgenstern. Gegen die Theorie von Weis, daß man nicht gegen das Finanzgesetz stimmen dürfe. Diese Theorie habe ihn überrascht. Wozu alsdann eine Schlußabstimmung? Rügt auch das ungerechte Steuersystem, welches bestehe.

Weis. Er habe gar keine Theorie aufgestellt, sondern habe nur gesagt, was er in der Verfassungsurkunde begründet glaube. Vertheidigt seine Behauptungen.

Morgenstern entgegnet ihm. Weis antwortet nochmals. Kolb. Die Ansichten von Weis führten dahin, das Steuerbewilligungsrecht zu einer vollständigen Illusion zu machen, indem man bewilligen aber nicht verweigern dürfte.

Schluß der allgemeinen Verhandlung um 10 Uhr Abends.

* **München,** den 21. Febr. (89. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Referent Lerchenfeld vertheidigt den Ausschußantrag; bekampft Koch; der Landmann sei bei uns nicht so unglücklich, die Grundsteuer sei entschieden die geringste. Wenn man den Ausschußantrag nicht sollte annehmen wollen, so empfehle sich der Hirschberger'sche Vorschlag am meisten. Ist gegen Arnheims Antrag auf Einführung von Papiergeld. Spricht sich gegen Wallersteins Verhalten und gegen Crämers Ansicht aus.

Finanzminister von Aschenbrenner. Vertheidigt nochmals die Regierungs- und Ausschußvorschläge, die entgegenstehenden Vorschläge bekämpfend. Der Wohlstand sei in vielen Gegenden seit 10 Jahren sehr bedeutend gestiegen. Wenn die Kammer weitere Steuern mit beiziehen wolle, so möge sie nicht weiter gehen als Hirschberger. Wenn man den Regierungsantrag annehme, würde die Grundsteuer vom Gulden um 16 Krzr. erhöht; nach Hirschbergers Antrag betrage die Erhöhung auf jede der von ihm angezogenen Steuern 12 Krzr., nach Koch 11 Krzr.

v. d. Pfordten. Man schildere, wenn auch in bester Absicht, die Noth viel größer, als sie in Wirklichkeit sei. Die Gerüchte über eine Art Hungerpest seien, nach einer eben von Würzburg eingetroffenen telegraph. Depesche grundlos.

Es erfolgt nun die Behandlung der einzelnen Paragraphen des Finanzgesetzes und die Abstimmung darüber.

Für den §. 3, durch welchen die Staatsausgaben auf 37'325,516 fl. festgesetzt werden, stimmten höchsten ⅘ der Mitglieder.

Bei §. 7, Einkünfte, kommen die verschiedenen Modifikationen zur Abstimmung. Es finden Erklärungen statt, an denen sich betheiligen Wallerstein, Weis, Koch, Hamm, Hirschberger, Thinnes, Wagner, Amschler, Heine, Demel, v. d. Pfordten und Referent Lerchenfeld. Der Letzte greift das Wallerstein'sche Verfahren an; den Standpunkt derjenigen bekämpfe er nicht, welche principiell gegen jede Steuererhöhung stimmten, wol aber dagegen, daß man für die der Majorität unangenehmste Deckungsweise stimme, und dann, wenn dieselbe angenommen worden, dennoch gegen das Ganze votire. Wallerstein verwahrt sich wiederholt gegen diesen Angriff, und entwickelt näher seine Ansicht. Thinnes schlägt vor, statt des Lotto den Ertrag desselben durch weitere Steuern zu decken. Pfordten bemerkt noch, daß der kleine Gewerbstand in der übelsten Lage sich befinde, indeß der Wohlstand aller übrigen Classen steige. — Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Abschaffung des Lotto mit bedeutender Majorität verworfen, der Fortbestand des Lotto „bis zum 1. Oct. 1855" somit genehmigt. Der Arnheim'sche Antrag wegen Einführung des Papiergeldes wird nur von Wenigen unterstützt. Ueber den Koch'schen Antrag muß namentlich abgestimmt werden; derselbe wird mit 70 gegen 66 Stimmen angenommen, wonach also der Ausfall von 1'239,831 fl. als Zuschlagsteuer zur Grund-, Haus-, Gewerb- und Einkommensteuer (mit Ausnahme der Capitalsteuer) erhoben wird.

Bei der Schlußabstimmung wird das Finanzgesetz mit 99 gegen 37 Stimmen angenommen. Von Pfälzern stimmten dafür: Benzino, Boye, Heine, Jäger, Jordan, Lang, Meuth, Prinz, Rebenack, Römmich, Roos und Weis; dagegen: Aufschnaiter, Kolb, Müller, Scharpff, Tafel und Tillmann.

* **München,** den 21. Febr. Heute verbreitet sich das Gerücht, der Abg. Hr. Lang sei zum 1. Staatsprocurator am Appellhofe zu Zweibrücken befördert. Als weitere Ernennungen bezeichnet man: die des 2. Staatsprocurators Hrn. Hoffmann zum Appellrathe, des Bezirksrichters Hrn. Kiefer zum 2. Staatsprocurator am Appell-Gerichte, und des Untersuchungsrichters Hrn. Bühler von Zweibrücken zum Staatsprocurator in Kaiserslautern. —

Hannover, den 16. Febr. Eine großartige Gaunerei im benachbarten Hildesheim bildet hier das Tagsgespräch. Dort hatte ein Kaufmann und Baumwollwaarenfabrikant Peters, der eines unbescholtenen Rufes genoß und für wohlhabend und reich galt, 15 in seiner Fabrik arbeitende Weber veranlaßt, ihr Leben im Globe zu je 1000 Pf. St. zu versichern. Es waren sämmtlich Todescandidaten, und die ihnen ausgestellten Zeugniße waren gefälscht. Später hatte man das Geschäft noch weiter ausgedehnt und auch bei andern Gesellschaften, namentlich dem Janus, solche Personen versichert, deren baldiger Tod in Aussicht stand. Zwei kurz auf einander folgende Sterbefälle machten die Hauptagentur in Hamburg aufmerksam, angestellte Untersuchungen führten in voriger Woche zur Verhaftung des Arztes der einen Gesellschaft und des Agenten; heute spricht man von der Verhaftung mehrerer angesehenen Personen, eines Sanitätsraths, eines Notars, ja man will einem förmlichen Complott auf die Spur gekommen sein. Peters selbst ist entflohen und wird steckbrieflich verfolgt.

— den 21. Febr. Das „Prophetenwort" von Pastor Dulon ist durch Ministerialverfügung in unserem Lande verboten worden.

Kiel, den 18. Febr. Heute um 2 Uhr trafen die Commissäre Oesterreichs und Preußens mit dem landes-

herrlichen Commissär Grafen Criminil auf dem hiesigen Schlosse zusammen und legten die Regierung des Herzogthums Holstein in die alleinigen Hände des Letzteren nieder.

Wien, den 17. Febr. Die Absichten der österreichischen Regierung, für ihre an Mannschaft eben so Mangel als an Officieren Ueberfluß leidende Flotte Matrosen in der Nord- und Ostsee zu werben, sind vollkommen gescheitert. Einige Wenige, die sich von den eiteln Versprechungen bestechen ließen, bereuen es jetzt bitter genug, und sechs auf der Fregatte „Venus" dienende Holsteiner sind jetzt bei Gelegenheit des im adriatischen Meere vorgenommenen Uebungsmanövers glücklich desertirt. Man soll höchsten Orts über den Geist der mit Nächstem aus dem Norden zurückkehrenden Regimenter ernste Bedenken hegen und deren Auflösung und Neubildung im Plane haben. Man erzählt auch, daß General Legeditsch um seinen Abschied nachgesucht habe, jedoch in Folge eines eigenen Schreibens Radetzky's wieder davon abgestanden sei. — Als eine der mit Nächstem zu erwartenden Finanzmaßregeln wird die Erhöhung der Einkommensteuer von 6 auf 10 Procent bezeichnet. Dies mag allenfalls für die Hauptstadt und einige reiche Handels- und Fabrikstädte, wie Prag, Mailand, Triest, Brünn und Pesth, gelten; aber wie man aus den anderen ausgesogenen Provinzen noch mehr pressen will, ist in der That nicht abzusehen. Hier heißt es buchstäblich: Wo nichts ist, hat auch der Kaiser sein Recht verloren! (K. Z.)

Frankreich.

Die bereits gemeldete Verhaftung des belgischen Generals Chazal zu Brüssel erhält durch folgende Notiz der A. Z. eine erhöhte Bedeutung: „Paris, den 16. Febr. Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß von hier Agenten nach Belgien abgegangen, um unter dem Landvolk und in der Armee Anhänger für die Verschmelzung Belgiens mit Frankreich zu werben. Diese Agenten haben seitdem wahrscheinlich sehr übertriebene Berichte von dem Erfolg ihrer Sendung hierher geschickt. Dieselbe Partei, welche 1830 die Trennung von Holland herbeigeführt, und ein Theil des Klerus sollen dem Plan ein sehr geneigtes Ohr schenken, und der belgische General Ch...... an der Spitze einer bereits gebildeten Partei für die Verschmelzung stehen. England überwacht diese Umtriebe, und die jenseits des Kanals gemachten Vorbereitungen zum Krieg dürften mit denselben im Kausalnexus stehen."

Paris, den 18. Febr. Die Flitterwochen des Absolutismus scheinen in Frankreich ihrem Ende nahe zu sein. L. Napoleon hat sich seine Gewalten im Staat selbst gewählt, und will nun auch selbst sie handhaben. Die Gewalten fangen aber an etwas störrisch zu werden und möchten auch so ihre Meinungen haben. So wurden im Staatsrath bereits fünf Projecte der Regierung mit großer Stimmenmehrheit verworfen. Unter diesen auch ein Eisenbahnproject. Ludwig Bonaparte, der nicht sehr gewillt ist unter den jetzigen Verhältnissen irgendeinen Widerspruch zu ertragen, erklärte einfach: er werde den Staatsrath von seinen widerwärtigen Oppositionsmännern bald gesäubert haben. Man ist ungemein erfinderisch in Prophezeiungen von stattzuhabenden Staatsstreichen. Nun will man wissen daß das Kaiserreich am 24. März werde hergestellt werden. So viel ist gewiß, daß an den kaiserlichen Fahnen bereits mit Emsigkeit gestickt wird. Das geheime Wahlcomité der Opposition wirkt mit großem Eifer, doch kann es weder seine Listen noch sein Glaubensbekenntniß zur Oeffentlichkeit bringen (A. Z.)

— den 20. Febr. Sechs Räthe des Appellationsgerichts von Algier sind, wie der heutige „Moniteur" zeigt, auf einmal ihres Amtes entsetzt worden. — Der preußische Flüchtling von Mirbach, schon vor einigen Monaten mit Ausweisung bedroht, hat jetzt Paris verlassen müssen. Er begibt sich auf Kosten des Ertrags der Goldbarrenlotterie nach Californien. — In dem Bezirk Nerac (Lot und Garonnedepartement) haben Unruhen Statt gefunden; man hat siebenzig Mann Soldaten abgesandt, um gegen die Unruhestifter einzuschreiten.

Die vielen Gerüchte über den bevorstehenden Ausbruch eines Krieges scheinen der russischen Regierung einige Besorgnisse eingeflößt zu haben. Zum wenigsten hat der russische Fürst Balabine kürzlich eine längere Conferenz mit dem Minister des Aeußern, Turgot, gehabt, in welcher er demselben weitläufig die Absichten der russischen Regierung mittheilte. Balabine soll sich dahin geäußert haben, daß, falls ein Krieg ausbrechen sollte, Rußland wahrscheinlich keinen thätigen Antheil daran nehmen würde, wenn es nicht vielleicht deßhalb geschehe, um im entscheidenden Augenblick den Ausschlag zu geben. Zugleich soll Balabine dem französischen Minister zu verstehen gegeben haben, daß Rußland unter keinen Umständen dulden werde, daß die jetzigen deutschen Gränzen verändert würden. Die Verträge von 1815 müßten vollständig aufrecht erhalten werden, und Rußland könne unter keinen Umständen zugeben, daß das europäische Gleichgewicht gestört werde. Louis Bonaparte soll diese mündliche Note des russischen Abgesandten sehr übel aufgenommen haben. Im ersten Augenblick, heißt es, sei viel von dem Degen des Onkels die Rede gewesen. (K. Z.)

Großbritanien.

London, den 19. Febr. Sechs zum Geschwader des Commodore Martin gehörige Kriegsschiffe sind am Montag Nachmittags vom Tajo aus im Hafen von Queestown (bei Dublin) angekommen.

Neueste Nachrichten.

Kassel, den 22. Febr. Gestern hat das Kriegsgericht wieder 3 Urtheile gegen den Oberstlieutenant von Marschall, Hauptmann v. Wangenheim und Premierlieutenant Bauer gefällt, gegen welche auf den Grund der Thatsache, daß sie im October 1850 um ihren Urlaub eingekommen waren, diesem Schritt aber eine vorgängige Verabredung, im militärischen Sinn ein Complott vorhergehen ließen, eine dreimonatliche Festungsstrafe erkannt wurde. (Fr. J.)

Paris, den 21. Februar. Hr. v. Flahaut ist von einer Versöhnungsmission, die er dem Vernehmen nach von der französischen Regierung an die britische erhalten hatte, in Paris wieder eingetroffen. Hr. v. Flahaut soll mit dem Ergebnisse seiner Mission nur halb zufrieden sein.

Strasburg, den 22. Febr. Man kennt zwar das Gesammtresultat der über die Decembergefangenen verfügten Urtheile und Strafen noch nicht, jedoch ist bereits sicherem Vernehmen zufolge, über das Schicksal der Hauptangeklagten entschieden. Wie wir hören, hat die gemischte Commission über die Angeklagten Beyer, Advocat (Bruder des im Exil lebenden Exrepräsentanten), Böse, Schullehrer und ehemaliger Redacteur des „rheinischen Democraten," Mutz, Architekt, Zabern und Keller die Strafe der Transportation nach Algerien ausgesprochen. Die Angeklagten Blondin und Catoire müssen unsere Stadt verlassen und ihren Wohnsitz in einem, ihnen von der Regierung anzuweisenden Ort nehmen. Apotheker Heck wurde freigesprochen. (F. J.)

Berichtigung.

In dem Citat einer Stelle aus einer Rede des Hrn. v. d. Pfordten in Nro. 42 der Speyr. Ztg., Seite 184 Zeile 30 lies Tastorgane, statt Rastorgane.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[839²] **Zu verkaufen.**

Wegen Wohnungsveränderung wird das Haus der Einnehmer Braun Wtb. in Germersheim in der Mitte der Hauptstraße des alten Stadttheils neben Kaufmann Jos. Heß gelegen, und zu einem Ladengeschäfte jeder Art sehr geeignet, unter guten Bedingungen verkauft und kann sogleich angetreten werden.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag Nro. 50 den 27. Februar 1852.

Deutschland.

= **Aus der Pfalz.** Man faselt gegenwärtig ungemein viel von einer „Umsturz-Partei," welche bemüht sein soll, alles rechtlich und gesetzlich Bestehende umzustürzen, überhaupt alles Vorhandene uber den Haufen zu werfen, und zwar meistens aus egoistischen Absichten, „um dann besser im Trüben fischen zu können." *) Unter diese „Umsturzpartei" wirft man, in Bausch und Bogen, alle Diejenigen, welche mit den heutigen Verhältnißen nicht zufrieden, bessere staatliche und sociale Zustände herbeizuführen wünschen. Es dürfte daher nicht ungeeignet erscheinen, ein wenig zu untersuchen, auf welcher Seite eigentlich mehr von einer „Umsturz-Partei" gesprochen werden kann; und wenn wir bei dieser Untersuchung auch nichts Neues, sondern nur solches anführen, was einem Jeden bekannt ist, der nur einigermaßen in der Geschichte sich umgesehen hat, so gibt es eben Dinge in der Welt, die nicht oft genug gesagt, nicht oft genug wiederholt werden können.

Noch *viele Tausende* erinnern sich, denn es ist noch kein *halbes Jahrhundert*, daß die innern Verhältniße Deutschlands *ganz* anders gestaltet waren, als heute. Damals gab es zwar in unserem Vaterlande eine noch größere Menge Churfürstenthümer, Herzogthumer, Fürstenthümer, Grafschaften, Freiherrschaften, Reichsstädte, Reichsdörfer, sowie Erzbisthümer, Bisthümer und Abteien mit weltlichen Besitzungen u. s. w., aber nicht ein einziges Oberhaupt aller dieser verschiedenen Staaten und Städtchen war souverän in der heutigen Bedeutung des Wortes. Alle ohne Ausnahme waren dem Kaiser und Reiche unterthan, Alle demselben verantwortlich; die Wurde des Reichsoberhauptes ging nicht vermöge Erbrechts, sondern durch freie Wahl der dazu gesetzlich bestellten Reichsstände auf die Nachfolger über; und dieses Reichsoberhaupt selbst (der Kaiser) war nichts weniger als unverantwortlich, sondern konnte von dem Reiche seiner Regierungshandlungen wegen, zur Verantwortung gezogen werden.

So war es noch vor fünfzig Jahren; und gehen wir noch weiter zurück, so bietet sich auch ein noch ganz anderes von den heutigen Verhältnißen durchaus verschiedenes Bild dar. Alle Reichsfürsten wurden vom Kaiser mit ihren landesherrlichen Würden belehnt; sie hatten dieselben daher gesetzlich nicht vermöge Erbrechts, und konnten geeigneten Falles derselben wieder entsetzt werden. So wurde z. B. noch im Jahre 1704 der Churfürst Maximilian II von Baiern und sein Bruder, der Churfürst von Köln, weil sie im spanischen Erbfolgekriege sich mit Frankreich verbanden und deutsche Landestheile feindselig überzogen, wegen Reichsfriedensbruchs und Reichsverraths, mit der Reichsacht belegt, ihrer Ehren, Würden, Länder und Leute für verlustig erklärt, aus Deutschland verbannt und mußten zehn Jahre lang im Exil umherwandern, bis der Frieden von Aachen die Reichsacht wieder aufhob. — Alle deutschen Länder hatten Landstände, ohne deren vorherige Zustimmung der Fürst nur wenige Regierungshandlungen vornehmen konnte; besonders hatten diese Landstände das unbeschränkte Recht, Steuern zu bewilligen oder zu verweigern; ja die meisten derselben hatten sogar das Recht nicht blos des passiven sondern des activen Widerstandes gegen verfassungswidrige Regierungshandlungen; und es wurde keinem Fürsten eher gehuldigt, d. h. derselbe nicht eher als Regent anerkannt, bis er die Rechte und Freiheiten des Landes beschworen hatte. Dabei konnte von einem Jeden gegen Regierungs-Unbilden beim Kaiser und Reichstage Beschwerden eingelegt, oder beim Reichskammergericht Klage erhoben werden. Gar manchem Fürsten wurde wegen übler Wirthschaft die Regierung entzogen, und das Land oder Ländchen unter Administration des Reiches gestellt.

Dabei gab es eine Menge freier Gemeinwesen: Reichsstädte, Reichsdörfer. Die meisten alten Städte waren reichsunmittelbar und brachten einen freien Bürgerstand hervor, der alle seine Angelegenheiten selbst ordnete. Sogar die meisten fürstlichen Städte hatten Rechte und Privilegien, von denen man heute kaum eine Spur mehr findet; besonders stand ihnen das Recht der selbstständigen Verwaltung, der Policei und der untern Gerichtsbarkeit zu. Diesen Reichsständen hauptsächlich ist es zu verdanken, daß in Deutschland die fürstliche Gewalt (der Absolutismus und Despotismus) sich über das ganze Land nicht in dem Maße verbreitete, wie dies z. B. in Spanien und Frankreich der Fall war. Mehr als ein Mal gewährten sie den Kaisern wirksamen Schutz und Hülfe gegen rebellische fürstliche Vasallen und verhinderte dadurch einen früheren Umsturz der Reichsverfassung und gänzliche Zersplitterung Deutschlands. Auch bewahrten sie Jahrhunderte hindurch einen Sinn für Freiheit und Selbstständigkeit, der, hätte nicht die Uebermacht der fürstlichen Gewalt auch hier eine Verkümmerung in zu beschränkten Verhältnißen zur Folge gehabt, für das Gesammtvaterland von den wohlthätigsten Folgen hätte werden können.

Der Raum eines Zeitungsblattes erlaubt uns nicht auf alle jene Bestimmungen der Reichsverfassung und der Verfassungen der Einzelstaaten einzugehen, welche die fürstliche Gewalt beschränkten, die Rechte und Freiheiten des Volkes sicher zu stellen suchten, und die zum größten Theile bis zum Anfange unseres Jahrhunderts grundgesetzlich bestanden. — Wohin sind sie gekommen? Was ist aus der Menge freier Gemeinwesen geworden? — Wurden sie durch gegenseitigen Vertrag also auf gesetzlichem Wege aufgehoben? — Nein! — Systematisch fortgesetzte Uebergriffe der fürstlichen Gewalt, zum Theil Rebellion und gewaltsamer Umsturz, haben sie vernichtet. Und wie durch Bündniß einiger Reichsfürsten mit einem fremdländischen Gewaltherrscher der letzte Streich geführt wurde und man sich von demselben zum Lohne, den Staatsangehörigen gegenüber, unter dem Namen der „Souveränität" die fürstliche Allgewalt beilegen ließ, ist noch in ganz frischem Andenken. — Die Reichsverfassung wurde umgestürzt, die Einzelverfassungen wurden vernichtet, ebenbürtige Mittelstände zu Unterthanen gemacht und die absolute Gewalt, als erbliches Gut proclamirt. — Und das Streben, dieser gewaltsam herbeigeführten Zustände abzuändern, sie zu mildern, nennt man hochverrätherisches beginnen; Jene, welche für dieses Streben beseelt sind und sich demselben anschließen, bezeichnet man als „Umsturz-Partei."

*) Es gehört denn doch eine seltene Schamlosigkeit dazu, wenn Diejenigen so reden, welche eben dafür, daß sie dieses thun, auf die schmutzigste Weise Lohn ziehen!

† **Aus der hintern Pfalz.** Ein Correspondent des „christlichen Pilgers sagt in Nro. 4 unter: „*†* aus dem Westrich," wo er eine Streitigkeit zwischen den Protestanten und Katholiken des Dorfes Dellfeld erzählt, am

Schlusse des Artikels: „und so ist es nicht blos in Dellfeld, so ist es in allen nabeliegenden protestantischen Dörfern." — Ohne uns auf das Gehässige dabei einzulassen, bitten wir den Correspondenten, den wir glauben greifen zu können, uns die Beweise zu liefern. Vielleicht — wir machen darauf aufmerksam — bringt der nemliche tolerante Correspondent im „christlichen Pilger" bald auch eine andere Erzählung, den Uebertritt eines protestantischen Mädchens zur katholischen Kirche betreffend, aus einem benachbarten Dorfe. Er wird aber sicher die Art und Weise verschweigen, wie man durch Verführungen, Geldunterstützungen u. s. w. das Mädchen verlockte, das elterliche Haus zu verlassen, alle Kindespflichten zu vergessen, und seine arme, kranke und gelähmte alte Mutter sich selbst zu überlassen, da sie doch der Pflege und Wartung der Tochter noch so sehr bedurfte.

Baiern. Auf der eine Stunde von Kempten entfernten Au wurde die Müllersfrau Albrecht in Abwesenheit ihres Mannes, mit ihrem eigenen Hemde erdrosselt und sodann aus dem erbrochenen Schranke die Summe von 200 fl. und einiges Silbergeschirr mit fortgenommen. — In Preißenberg war dieser Tage eine Hochzeit, wobei es lustig herging. Als die Brautleute nach Hause kamen, fanden sie, zu ihrem großen Entsetzen, das Brautbett nicht mehr vorhanden, welches, wie die nähere Untersuchung ergab, gestohlen und von den Dieben zum Kellerloch hinausgezogen worden war.

Passau, den 18. Febr. Heute Nachmittag hatten wir ein starkes Gewitter. Der Blitz schlug in der Nähe des Hackelberger Brauhauses in die Donau. Auch in Nördlingen schlug der Blitz in den Kirchthurm und zündete.

Karlsruhe, den 20. Febr. Von neuerdings verbotenen Druckschriften sind vorzugsweise der „Kalender des katholischen Volksfreundes für 1852", und „die Rechte des Menschen von Thomas Payne, mit einer Vorrede von Dr. Friedrich Hecker", zu erwähnen.

— den 23. Febr. Nach einem heute ausgegebenen Regierungsblatt ist der Prinz Friedrich für die Dauer des Unwohlseins des Großherzogs zu dessen Stellvertreter in der Art ernannt, daß derselbe die Vorträge der Minister anzuhören, die Willensmeinung des Großherzogs einzuholen und erforderlichen Falls kund zu geben, und die Gesetze und sonstigen Erlasse, welche zu ihrer Gültigkeit die Unterschrift des Staatsoberhauptes bedürfen, zu unterzeichnen hat, wodurch denselben die gleiche verbindende Kraft zu Theil werden solle.

Wiesbaden, den 24. Febr. Gestern ist der hiesige Turnverein polizeilich aufgelöst worden.

Leipzig, den 20. Febr. Man schreibt der Wes. Ztg.: Der Herausgeber der „Europa", Gustav Kühne, ist wegen einer Besprechung des bekannten Gladstone'schen Briefes über Neapel zu drei Wochen Gefängniß (wegen Beleidigung einer befreundeten Regierung) verurtheilt worden.

Bonn, den 20. Febr. Heute wurde endlich in der schon lange schwebenden Untersuchungssache gegen den hiesigen „Turnverein" das Urtheil gesprochen. Die Beschuldigung lautete auf politische Tendenz und Verbindung mit anderen Vereinen zu gemeinsamen Zwecken. Der Antrag des Staatsanwalts war auf 20 und 10 Thlr., resp. 14 und 8 Tage Gefängniß, so wie Schließung des Vereins gerichtet. Die Correctionellkammer sprach indeß die angeklagten Vorstandsmitglieder des Vereins vollständig frei.

Berlin, den 23. Febr. Nach einer glaubhaften Privatnachricht kaufen französische Agenten in Holstein und Hannover sehr viele Pferde auf und schicken sie schleunig per Eisenbahn nach Frankreich.

Tilsit, den 16. Febr. In unserer Gegend steigert die fortdauernde Theurung den Notbstand auf bedrohliche Weise. Auf dem platten Lande, namentlich in der Niederung, durchziehen Schaaren von Bettlern die Gegend in allen Richtungen und fordern Unterstützung öfter im gebietenden Ton. Am letzten Markttage wurde in der Niederung ein Verkäufer gewaltsam gezwungen, seinen Roggen weit unter dem Marktpreise zu verkaufen; die andringenden Käufer bemächtigten sich, selbst in der Nähe eines Polizeibeamten, der gefüllten Säcke und zahlten dem widerstrebenden Besitzer 2 Thlr. pro Scheffel Roggen, während der gewöhnliche Preis 3 Thlr. betrug. Einbrüche und Diebstähle ereignen sich häufig.

Wien, den 18. Febr. Der kaiserliche Geschäftsträger bei den Vereinigten Staaten, Georg Hülsemann, ist für sein entschiedenes Auftreten gegen das Cabinet von Washington mit dem Orden der eisernen Krone belohnt worden.

Durch allerhöchsten Armeebefehl wird angeordnet, daß der Paragraph der Kriegsartikel, nach welchem jede thätliche Widersetzlichkeit der Untergebenen gegen den Vorgesetzten im Kriege mit dem Tode bestraft wird, in Zukunft auf dieselbe Weise auch im Frieden in Anwendung zu bringen sei, selbst wenn eine besondere Verletzung des Vorgesetzten nicht stattgefunden habe.

— den 19. Februar. Fürst Ligne ist mit besonderen Aufträgen des Königs der Belgier in Wien angekommen. Seine Anwesenheit wird mit der Confiscation der orleans'schen Güter in Verbindung gesetzt und gibt zu vielen Gerüchten Veranlassung. Bekanntlich sind die Beziehungen des hiesigen Cabinets zum Elysee bisher sehr freundschaftlich gewesen. (K. Z.)

Prag, den 18. Febr. Die Gewölbe der jüdischen Kaufleute im Rayon der Hauptgemeinde sind geschlossen worden. Die bedrückten Juden wollen sich an den Kaiser wenden.

Schweiz.

Tessin. Der Erzbischof von Mailand verhängt Suspension über jeden Priester seiner Diöcese, der ohne seine Genehmigung eine Stellung in dem Pollegio-Seminar übernehme. Solche Priester dürfen nicht mehr Messe lesen und überhaupt keine geistlichen Functionen in sämmtlichen 3 Thälern ausüben.

Frankreich.

Paris. Daß die Herzogin von Orleans auf ihr Witthum verzichtete, ist bereits bekannt, doch die Form, in welcher die Herzogin dies thut, dürfte sicherlich auch interessiren. Der Brief lautet: Mein Herr! Da ich Ihnen das Recht nicht zuerkenne, meine Familie auszuplündern (dépouiller), so erkenne ich Ihnen auch das Recht nicht zu, mich im Namen Frankreichs zu dotiren. Ich weise den Wittwengehalt zurück. Herzogin v. Orleans, Prinzessin v. Mecklenburg.

Der Prinz-Präsident hat den Befehl ertheilt, daß die Gräben vor den Tuillerien auf dem Concordeplatz ausgefüllt werden sollen, was bereis sein großer Oheim thun lassen wollte. Als der Präfect diesem Befehl den bescheidenen Einwurf entgegensetzte: „zwei der Gräben gehörten der Stadt Paris, und da müßte man doch erst den Magistrat zu Rathe ziehen," soll der Prinz geantwortet haben: „La ville de Paris c'est moi — (die Stadt Paris bin ich)! Ich wünsche die Gräben nächstens nicht mehr zu sehen." —

— den 20. Febr. Gestern wurde Hr. Bocher, Bevollmächtigter der Prinzen Orleans, ehemaliger Präfect im Calvados und Volksvertreter, in dem Augenblick verhaftet als er mit seiner Frau und Kindern an dem industriellen Postbureau, ein Paket Flugblätter in der Hand, ausstieg. Einige dieser Flugblätter waren an Offiziere adressirt. Schon seit mehreren Wochen circuliren diese Blätter, auf welchen ein Auszug aus dem Bericht des Hrn. Berryer über die Einziehung der Orleans'schen Güter, der Brief des Hrn. Dupin an den Präsidenten, die Protestation der Testamentsvollstrecker Ludwig Philipps gegen die Decrete vom 22. Jan. und der Brief der Prinzen Orleans an die letzteren abgedruckt sind.

Die Polizei hat Hrn. Bocher als den Hauptagenten bei Verbreitung dieser Blätter in Verdacht und ihn streng beaufsichtigt. Man besorgt nun derselbe werde unter der Anklage, er habe Militärs zum Ungehorsam verleiten wollen, vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Diese Verhaftung erregt großes Aufsehen. (A. Z.)

Ein dunkles Gerücht geht hier herum von der Errichtung eines geheimen Correspondenzbureaus für auswärtige Journale im Ministerium des Innern. Die neue Einrichtung soll vor allem mit der Ausweisung mißliebiger Correspondenten, namentlich englischer Blätter beginnen. Dann sollen die halbmißliebigen Journalisten aufgefordert werden, ob sie im Interesse der Regierung schreiben wollten, und im Falle einer Bejahung ein reichliches Honorar aus der Staatscasse beziehen, im Verweigerungsfalle werden sie das Loos der unbeugsamen englischen Tadler theilen müssen. Endlich will man nur solchen Blättern den Eingang in Frankreich gestatten die nichts gegen die jetzige Ordnung der Dinge enthalten.

— den 21. Febr. Der „Moniteur" enthält heute ein Decret, welches die Presse der Colonieen regelt, die von dem letzten Preßgesetz ausgeschlossen wurde. Das Decret der provisorischen Regierung vom 2. Mai 1848 und das Gesetz vom 7. August 1850 werden außer Kraft gesetzt und die Presse der Colonieen bis zur Erlassung einer neuen Constitution für die Colonieen unter die Leitung des Gouverneurs gestellt, der mit ihrer Ueberwachung, dem Ertheilen von Buchdruckerpatenten und Journalconcessionen beauftragt wird. — Der „Moniteur" enthält ferner einen von L. Napoleon gebilligten Bericht, durch welchen die Bagnos in Frankreich theilweise aufgehoben und nach Cayenne verlegt werden. In dem Berichte werden auch die Bestimmungen angegeben, wie die deportirten Galeerensträflinge behandelt werden sollen. Der Gebrauch der Ketten wird nicht mehr unumgänglich nothwendig sein. Die Deportirten werden in 3 Classen getheilt. Die gefährlichen Subjecte sollen an Bord eines Schiffes untergebracht werden. Diejenigen, welche durch bessere Aufführung eine mildere Behandlung verdient haben, werden sich mit Ackerbau und Viehzucht beschäftigen, wenn die erste Einrichtung der Strafcolonie beendigt ist. Diejenigen endlich, die ernstliche Beweise ihrer Besserung geben, werden auf Verlangen bei den Colonisten untergebracht oder erhalten eigene Grundstücke zum Bebauen, die ihnen nach ihrer Befreiung überlassen werden können. Wie aus dem Berichte hervorgeht, werden nur diejenigen Sträflinge nach Cayenne deportirt, die freiwillig dorthin gehen wollen. Der Bagno von Rochefort wird alsbald aufgehoben; die von Toulon und Brest sollen vorläufig fortbestehen; die Bewohner derselben können jedoch nur so lange vermehrt werden, bis ein Decret erlassen ist, das die Strafe der Zwangsarbeit in Deportation umwandeln wird. Eine gemischte Commission zur Untersuchung dieser Frage ist bereits ernannt, und das Gesetz wird erlassen werden, sobald es der Staatsrath ausgearbeitet hat. Der erste Transport der Sträflinge, meistens Maurer, Schreiner, Zimmerleute, Schlosser ꝛc. 300 Mann stark, wird dieser Tage von Brest abgehen. Dieselben werden die ersten Arbeiten in der Strafcolonie vornehmen. Ein anderer Transport von 700 Mann wird etwas später nach Cayenne abgehen. Die Strafcolonieе werden nicht auf Cayenne selbst, sondern auf einem anderen Theile des französischen Guyana errichtet werden, da man dieselben an einem etwas isolirten Orte, der zugleich Sicherheit gegen das Entweichen der Sträflinge darbietet, unterbringen will. — Die heute angelangte Nachricht von dem Rücktritte Lord J. Russel's hat großes Aufsehen gemacht und die Fonds gedrückt. — Wie verlautet soll das neue Preßgesetz bedeutend umgeändert, d. h. gemildert werden. — Unter den Freunden des Elysee soll eine entschiedene Spaltung eingetreten sein. — Zu Calais hat man einen von London angelangten englischen Architekten, Renou, verhaftet, bei dem man in Koffern mit Doppelböden 4000 Exemplare einer gegen die Orleansdecrete gerichteten Schrift vorfand. Letztere wurden mit Beschlag belegt und Renou ins Gefängniß gebracht.

— den 22. Febr. Mehrere Bischöfe haben verfügt, daß in den Kirchen ihrer Diöcesen Gebete gehalten würden, um Gott zu bitten, daß er die Wähler bei den Wahlen, welche sie zu dem gesetzgebenden Körper vornehmen werde, leiten möge.

Italien.

Rom, den 12. Febr. Vorgestern ward eine Erhöhung des Salzpreises zur öffentlichen Kunde gebracht, zugleich mit allerlei anderen Steuererhöhungen, die nicht eben dazu beitragen dürften, die Carnevalsheiterkeit zu vermehren, welche ohnehin durch die Umstände und die policeilichen Maßregeln ziemlich eingeschränkt sein wird. Ein Decret des Cardinalstaatssecretärs verkündet, daß trotz aller Sparsamkeit im öffentlichen Dienste das vorjährige Deficit auch im diesjährigen Budget fortdauern werde, und daß daher nach Anhörung des Ministerrathes Se. Heiligkeit verordne, es solle auch im laufenden Jahre die Grundsteuer (die schon von jeher sehr bedeutend war) um den Betrag von 2 Monaten erhöht bleiben, der Salzpreis auf den Stand vom 31. Juli 1847 zurückgebracht (d. h. für das Pfund um einen halben Bajocco erhöht werden) und außerdem eine außerordentliche Steuer im Belaufe von 250,000 Scudi auf alle Gemeinden des Staates umgelegt werden. Dazu kommt ein nicht unansehnlicher Aufschlag auf alle Zölle von Colonialwaaren. (K. Z.)

Zu Rimini wurden am 8. am Vorabende der Proclamirung der römischen Exrepublik zwei dreifarbige Fahnen öffentlich aufgepflanzt, und derartige Cocarden ausgetheilt. Auch zu San Marino und in Spoleto fanden ähnliche Demonstrationen statt.

Nach Briefen aus **Neapel** fährt man dort fort, sich günstigen Conjecturen und Hoffnungen hinzugeben. Dem Exminister Poerio ist die Erleichterung geworden, ohne Kettenbelastung, mehrere Stunden täglich spazieren gehen zu dürfen. Mehreren anderen politischen Verurtheilten hat der König die Strafe nachgesehen oder gemildert, und der neue Policeiminister soll dem Könige die Infreiheitsetzung von 300 Gefangenen, unter welchen Poerio, warm anempfohlen haben. (K. Z.)

Spanien.

Madrid, den 17. Febr. Die Gemüsebauern machen den Zollbeamten alle mögliche Chicane und hoffen, der Regierung das Eintreiben der Gemüsesteuer widrig zu machen. Da die Producte nur nach Gewicht versteuert werden, so kommen diese jetzt entblättert und gereinigt auf den Markt. Sie verlieren nach dieser Procedur bedeutend an Gewicht, und den Küchenkünstlern gewährt das Verfahren ein wahres Vergnügen.

Eine telegraphische Depesche aus Madrid vom 18. d. meldet, daß an diesem Tage die Königin Isabella, in Begleitung ihres Gemahls, die Prozession nach der Atochakirche inmitten des größten Enthusiasmus und der freudigsten Stimmung des Volks unternommen hatte.

Großbritanien.

London, den 23. Febr. Der Earl v. Derby, welchem die Bildung des neuen Ministeriums von der Königin übertragen worden ist, hat das Cabinet u. a. aus folgenden Personen gebildet: Lord Malmesbury (Auswärtiges), Walpole, Disraeli, Sugden, Lord Harwick und dem Herzoge v. Northumberland.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 7. Febr. Der österreichische Geschäftsträger Herr v. Hülsemann hat Washington verlassen, und ist, wie es heißt, nach Havana gereist, um dort die weitern Instruktionen seiner Regierung abzuwarten. Das Zerwürfniß scheint somit doch ernster Natur zu sein.

Neueste Nachrichten.

• **München,** den 23. Febr. Hr. Pfr. Tafel wird gegen das von der geistlichen Behörde wider ihn er-

Digitized by Google

lassene Erkenntniß den Rekurs an die weltliche Behörde ergreifen.

Amsterdam, den 20. Febr. Pater Lacordaire ist gestern hier angekommen.

Miscellen.

In Debreczin ist ein schönes Mädchen in dem Augenblicke, als sie mit ihrem Bräutigam getraut werden sollte, wahnsinnig geworden. Liebe zu einem andern Jünglinge soll die Ursache dazu abgegeben haben.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 21. Febr. Weizen 22 fl. 41 kr., Korn 18 fl. — kr., Gerste 15 fl. 4 kr., Hafer 5 fl. 54 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[852] **Kunstverein in Mannheim.**

In Gemäßheit des §. 17 der Statuten werden hierdurch diejenigen Mitglieder des Kunstvereins, welche mit ihrem Beitrage zur Vereinskasse für das letzte oder für die frühern Jahre, ungeachtet der ergangenen Mahnungen, in Rückstand geblieben sind, als aus dem Verein ausgetreten angesehen.

Mannheim, den 23. Februar 1852.

Im Namen des Vorstandes.

[853] **Erklärung.**

Ich erkläre hiermit, daß das von mir verbreitete Gerücht, als sei die Familie Neuner von hier in Mannheim durch den Agenten Herrn Wolff 6 bis 8 Tage liegen geblieben, und daß ich diese Familie noch am 15. ds. in Mannheim persönlich gesprochen habe, als von mir erfunden und daher für unwahr.

Speyer, den 24. Februar 1852. Daniel Bossert.

Die Familie Neuner und Consorten reisten am 9. ds. von Speyer ab, kamen gegen 11 Uhr nach Ludwigshafen, übernachteten daselbst in den 3 Mohren und wurden am 10. ds. Morgens 8½ Uhr per Kölner Dampfboot durch den Unterzeichneten befördert.

Ich überlasse es nun jedem rechtlich denkenden Manne, sich selbst sein Urtheil über diese abscheuliche Lüge zu bilden.

J. M. Wolff,
Agent der regelmäßigen Postschiffe zwischen Havre und New-York.

[851²] **Weinversteigerung zu Albersweiler in der Pfalz.**

Montag, den 15. März 1852, Vormittags 10 Uhr, zu Albersweiler im Wirthshaus zum Hirsch, werden auf Ansuchen von Hrn. Nathan Weil, Geschäftsmann in Landau, nachbezeichnete rein gehaltene Weine aus der Gemarkung von Albersweiler versteigert, als:

7000	Liter	1842er,
4400	„	1846er Traminer,
4500	„	1846er ordinärer,
5000	„	1848er,
4000	„	1849er,
2000	„	1850er,
1500	„	1851er.
28,400	Liter.	

Die Proben können Tags vorher und am Tage der Versteigerung genommen werden.

Landau, den 4. Februar 1852.

Hessert, Notar.

[821²] # Renten-Anstalt, Lebens- und Leibrenten-Versicherungen

der

Bayerischen Hypotheken und Wechsel-Bank.

Die VIII. **Jahresgesellschaft der Renten-Anstalt** hat zwar bis zum Schlusse von 1851 die zur Constituirung erforderliche Größe nicht erreicht, die Zahl der Theilnehmer, wie die Summe des Einlagecapitals ist jedoch soweit angewachsen, daß mit Zuhülfenahme des dritten Sammeljahres der Abschluß sicher wird erfolgen können. Es werden daher die Einzahlungen für diese Gesellschaft noch das ganze Jahr 1852 hindurch fortgesetzt und es erhalten die im ersten Semester Eintretenden wie in den früheren Jahren eine kleine Zinsvergütung, nämlich bei Einlagen die im Februar gemacht werden 2 fl. 30 kr., im März 2 fl., im April 1 fl. 30 kr., im Mai 1 fl. und im Juni 30 kr. für das Hundert, welche an der Einlagssumme gleich in Abzug gebracht werden dürfen. Auf die Nachzahlungen in die sieben ältern Gesellschaften, welche erst nach Beendigung der neuen Abrechnung wieder vorgenommen werden können, hat dies jedoch keinen Bezug.

Um recht bald zum Abschluß der Rechnung schreiten zu können, werden die Erben der im Jahr 1851 verstorbenen Mitglieder ersucht, die Anzeige ungesäumt entweder bei der Bank selbst oder dem ihnen zunächst wohnenden Agenten zu machen und dabei den pfarramtlichen Todtenschein zur Vorlage zu bringen.

Die **Lebensversicherungen** der Bank, welche sich einer stets zunehmenden Theilnahme erfreuen, können mit Recht allen denen zur Benutzung empfohlen werden, welche entweder ihrer Familie, oder einer andern ihnen werthen Person oder auch einer wohlthätigen Stiftung eine nach ihrem Tode zahlbare Kapitalsumme hinterlassen wollen. Durch Versicherung des Lebens kann dieser Zweck auf eine leichte und sichere Art erreicht werden, indem man sich zur Entrichtung eines dem Alter entsprechenden jährlichen Beitrages, **Prämie** genannt, verpflichtet, wogegen die Bank nach eingetretenem Todesfall die bedungene Summe baar an die Erben oder denjenigen an welchen der Versicherungsschein cedirt ist, auszahlt.

Wer von seinem Vermögen eine möglichst hohe Rente ziehen und zugleich der Sorge der eigenen Verwaltung überhoben sein will, dem bieten die **Leibrentenversicherungen** eine vortreffliche Gelegenheit zur Erreichung seines Zweckes, denn die Leibrenten der Bank übersteigen, namentlich bei schon etwas vorgerückten Jahren um ein Bedeutendes die gewöhnliche Zinsrente und betragen z. B. bei einem 56jährigen 8 fl. 30 kr., bei einem 63jährigen 10 fl. von Hundert der Versicherungssumme. Letztere muß natürlich vom Augenblick des Abschlusses des Vertrages an der Bank eigenthümlich überlassen werden. Für Herrschaften, welche alten Dienern lebenslängliche Pensionen sichern wollen, dürfte es sehr zweckdienlich sein, zu dem Ende Leibrentenverträge mit der Bank abzuschließen.

Die Grundbestimmungen der drei genannten Anstalten werden von den an allen bedeutenderen Orten in Baiern befindlichen Agenten unentgeltlich verabfolgt.

München, den 26. Januar 1852.

Die Administration der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.

Ed. Brattler, Dirigent.

Die Hauptagentur für die Pfalz in Speyer:

Gérard.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 51 | den 28. Februar 1852.

Deutschland.

* **Betrachtungen.** Noch ehe die neue französische Constitution erschienen war, wußte Jedermann, daß sie von vorn herein eigens bestimmt sei, nicht fortzudauern. Niemand konnte oder kann heute daran zweifeln, daß der „zehnjährige" Präsident geschaffen ward, blos um eine Uebergangsstufe zum Kaiser zu bekommen. Vermuthlich ist die Ueberzeugung, daß die neue Verfassung eigens so entstand, um in ihrer jetzigen Form nicht fortzubestehen, eine der (Manchem vielleicht halb unbewußt wirkenden) Ursachen, aus denen man sich erklären kann, wie es kommt, daß in dem von Systematikern und Doctrinären so sehr überfüllten Deutschland eine gründliche Beleuchtung und Kritik jener Constitution, wenigstens unsers Wissens, bis heute noch nirgends veröffentlicht wurde.

Wir selbst hegen am wenigsten Lust, eine solche Arbeit zu liefern. Wohl aber scheint es uns doch nicht ganz ungeeignet, dieses s. g. „Verfassungswerk" unter einen „Brennpunct" zu bringen, oder vielmehr die Aufmerksamkeit des größern Publikums auf die praktisch wichtigsten Grundzüge in aller Kürze hinzulenken.

Ludwig Napoleon ist dem Namen nach „Präsident der Republik auf 10 Jahre." Wer in aller Welt wird glauben, daß diese Fundamentalbestimmung ernstlich gemeint sei, — sowol was die „Republik," als was die „Präsidentschaft," als was die „10 Jahre" betrifft?! Schon ist der Präsident mit autokratisch-kaiserlichen Prärogativen ausgestattet, was den Weg des baldigen Uebergangs zum Cäsarismus schon heute eröffnet. Er soll die höchste Gewalt zwar formell blos gemeinschaftlich mit dem Senate und dem gesetzgebenden Körper üben — allein schon jetzt hängen die Minister einzig und allein von ihm ab.

Woraus besteht der Senat? Aus: 1) Cardinälen, Marschällen und Admiralen; — vom Präsidenten ernannten Bürgern. Welche Unabhängigkeit dieses obersten Staatskörpers! Die Cardinalswürde ist eine rein kirchliche, ein bloser Ehrentitel, welcher nicht die geringste Bedeutung für das Staatsleben hat. Um aber dem päpstlichen Stuhle zu huldigen, und auch durch einige ungefügige Erzbischöfe, wie den wirklich republikanisch gesinnten von Paris nicht belästigt zu sein, erhebt Napoleon die Kardinäle zu Senatoren, d. h. die wegen ihrer erprobten Tendenzen mit jenem Titel beehrten geistlichen Würdenträger, — über deren Haltung, ihm gegenüber, er sich freilich für gewisse Fälle doch allerdings stark verrechnet haben dürfte. Nach ihnen kommen die von Napoleon ernannten höchsten Militärbeamten, deren ganze Stellung der Ausfluß seiner Gunst ist, — und endlich solche Bürger, welche er auswählt. Die so gebildete Corporation hat — dem Namen nach! — die Geschicke von ganz Frankreich in ihren Händen! — Diese Senatoren beziehen keinen Gehalt, allein Napoleon kann ihnen wegen geleisteter Dienste Dotationen aus Staatsmitteln bewilligen. Sie hinwieder werden den Gehalt oder die Civilliste des Präsidenten festsetzen! Auch ein Verhältniß der Gegenseitigkeit! — Die Verhandlungen des Senats sind geheim, — eine Bestimmung die vollkommen zu allem Uebrigen paßt, und manchmal vielleicht ein Erröthen unnöthig macht!

Vollkommen im Einklange damit sind die Bestimmungen über den gesetzgebenden Körper, die Legislative. Ihre Mitglieder werden auf 10 Jahre gewählt. Damit fast Niemand aus dem eigentlichen Volke die Stelle erhalten oder annehmen kann, ist gar keine Entschädigung oder Vergütung mit derselben verbunden, — es sei denn freilich, wenn man eine solche auf Umwegen sucht, was bekanntlich für ein Volk die theuerste Repräsentation ist! Die wohlgesinnten Repräsentanten werden mit Stellen und Aemtern für sich und ihre Verwandten, und in hundertfachen Weisen sonst, auf Staatskosten entschädigt werden! — Die Sitzungen der Legislative sind öffentlich, aber — wenn fünf Mitglieder (unter Hunderten!) den Ausschluß der Oeffentlichkeit verlangen, so wird geheim berathen! Gewählt wird diese Kammer nach dem allgemeinen Stimmrechte, ähnlich wie nach dem 2. Dec. Napoleon gewählt wurde, und ohne Zweifel eben so frei wie damals! „Was können die Retter der Gesellschaft dafür, wenn halb Frankreich sich im Belagerungszustande befindet, und so viele schlechte Bürger in den Kerker gesteckt oder deportirt werden müssen, damit nur die Tugend zur Wahlurne trete!"

Die Verkündigung dieser Verfassung ward in Paris mit solcher Begeisterung aufgenommen, daß die Straßen wie todt waren und auf der Börse die — durch noch stärkere Gewalt als jene eines Wiener Stadthauptmanns gehobenen — Curse dennoch fielen!

Es ist wahrlich eine eigenthümliche Schöpfung, diese Verfassung, — aus den Dictaten des Onkels vom Jahre VIII (1799) und den Phantasien des Neffen seltsam componirt!

Mit dieser Constitution, und mit dieser Volksvertretung und mit Hülfe von 400,000 Bajonetten hofft man vor der Hand regieren, und den Uebergang zum Kaiserthum in Bälde ausführen zu können.

Wird sich die neue Gewalt in Frankreich zu behaupten im Stande sein? Wäre sie es, so wäre sogar der ganze Scharfblick und alle Klugheit Machiavelli's zu Schanden geworden! Der vielerfahrene Italiener sagt in seinem 8. Kapitel: „von Denen, welche durch Gewaltthat zur Herrschaft gelangen" Folgendes:

„Gut gebrauchte Grausamkeiten, wenn anders vergönnt ist, gut vom Bösen zu sagen — sind solche, die man auf einen Zug begeht, in der Nothwendigkeit; die schlecht gebrauchten sind solche, die obschon von Anfang eben nicht zahlreich, im Laufe der Zeit sich häufen, statt daß sie ein Ende nehmen sollten. Wer so verfährt, behauptet sich unmöglich, denn er muß immer das Messer in den Händen halten, und kann sich auf seine Unterthanen nie verlassen."

Freilich ist nicht zu verkennen, daß man in Frankreich mit einer Barbarei ohne Gleichen schon in den ersten Tagen und Wochen Gesetze und Menschen weggeräumt hat, die hinderlich waren, aber ist man etwa schon am Ende? Den Metzeleien am 4. December durch eine trunkene Soldateska sind die Verbannungen der parlamentarischen Größen und die Deportation Tausender ohne Urtheil gefolgt; diesen folgen täglich neue Ausweisungen, und diesen erst folgen die Urtheile der Kriegsgerichte. Und warum all diese Strenge, wenn die jetzige Gewalt die angebetete Retterin des Vaterlandes ist, wenn wirklich 7½ Millionen Franzosen für sie einstehen? Diese Strenge wäre Wahnsinn — sie ist aber nur Ausdruck der Furcht, der Unsicherheit und Haltlosigkeit des heutigen Gouvernements. Furcht war es, die die Freilassung der tapfersten und zugleich gefährlichsten Generale diktirte, die Angesichts einer murrenden

Armee, eines unwilligen Europa, zu erschießen oder zu deportiren man keinen Muth hatte. Furcht ist es vor der Intelligenz des Volkes, die heut jene Versprechungen socialer Reformen hervorruft. Unsicherheit ist es, wenn die Zahl der Senatoren für jetzt auf 80 statt 150 beschränkt wird, weil die Namensträger des alten hohen Adels sich zurückziehen und keinen Theil an der Politik nehmen wollen.

München, den 23. Febr. Die Polizei hat in sämmtlichen Buchhandlungen die deutschkatholischen Schriften konfiscirt. Sie soll dadurch in den Besitz von 51 verschiedenen Brochüren gelangt sein. Es wird nun in den Provinzen gleiches verfügt werden oder schon verfügt worden sein. (N. K.)

München, den 24. Febr. Der Abgeordnete Lang, Bezirksrichter in Frankenthal, ist zum 2. Staatsprocurator am Appellgerichte der Pfalz ernannt worden, und hat sich sonach Hr. Lang dieser Beförderung wegen einer Neuwahl zu unterwerfen. — Der neue Armeebefehl soll wegen der darin enthaltenen zahlreichen Pensionirungen vom König nicht genehmigt worden und wieder an das Kriegsministerium zurückgegangen sein. (Volksb.)

Würzburg, den 22. Febr. Eine Regierungskommission, bestehend aus Medizinalrath Dr. Schmitt, Hr. Regierungsrath Koch und Professor Virchow's ist nach dem Spessart und an die Röhn abgereist, um sich persönlich von dem Stand der Verhälinisse zu überzeugen.

Straubing, den 17. Febr. Am 17. Febr. d. J. wurde dahier in stadtgerichtlicher Sitzung ein Criminalfall verhandelt, der keinen uninteressanten Beitrag zur Entwicklungsgeschichte unseres Volkes liefert. Joseph Staudinger, Schuhmacher, Joseph Friedl, ein abgehauster Weber und Anna Glatt, Staudingers Köchin von Deggendorf sind angeklagt des ausgezeichneten Betruges, an mehreren Personen dadurch begangen, daß sie den Aberglauben und die Vorurtheile derselben durch angebliches Geisterbeschwören und Schatzgraben zu ihrem Eigennutz mißbrauchten. Die Basis der seit Jahren von diesen Individuen verübten und wiederholten Betrügereien bildet der in Deggendorf und Umgegend ziemlich allgemein verbreitete Volksglaube, daß in Deggendorf von Zeit der Judenverfolgung her eine von den Juden entwendete Monstranz vergraben liege. Insbesondere wird hiefür ein Gebäude, wo früher ein Judenpfarrhof gestanden haben soll, bezeichnet. Gerade in diesem ehemaligen Judenpfarrhof nun wohnte der Schuhmacher Staudinger mit seiner Köchin Anna Glatt. Wahrscheinlich durch einfältige Fragereien veranlaßt, entstand zuerst in Staudinger und Anna Glatt der Entschluß den auf ihrer Wohnung lastenden Aberglauben auszubeuten. Zuerst erfuhr die Söldnersfrau Therese Oberhofer von Fischendorf durch Anna Glatt, daß im Staudinger'schen Haus ein Schatz vergraben liege, denn man höre oft die ganze Nacht Geld im Schornstein klingen. Diese Insinuationen wurden gelegenheitlich wiederholt und die Hebung des Schatzes als leicht möglich dargestellt. Die Oberhofer bestimmte nun den Schiffer Sebastian Schäffer von Deggendorf, mit ihr zum Schatzgräber Trummet zu gehen, der die Sache wohl verstehen sollte. Trummet sagte seine Hülfe zu, begab sich auch persönlich in das Staudinger'sche Haus und versprach als Gräber des Schatzes thätig zu sein. Unter solchen Auspicien wurde dem Schäffer einstweilen ein kleines Darlehen von 12 fl. abgelockt, das durch den Antheil am Schatze reichlich vergütet werden würde. Trummet kam aber am bestimmten Tage nicht, und man bediente sich nun eines gewissen Graßl, der auch im Vorplatze des Staudinger'schen Hauses ein tiefes Loch eingrub, aber Nichts fand. Trummet und Graßl verlangten und erhielten für ihre Bemühungen nichts und erscheinen daher nicht als Betrüger im Sinne des Gesetzes. Schäffer zog sich auf diesen ersten verunglückten Versuch hin mit Verlust seines Darlehens zurück. Die Oberhofer'schen Eheleute aber sollten nicht so leichten Kaufs davon kommen. Als der dritte im Bunde tritt nun Friedl auf und man sieht auf den ersten Blick, daß bisher die Seele des Ganzen fehlte. Er und Staudinger verabredeten nun förmlich die Superstition der Schatzsucher systematisch auszubeuten. Den Oberhofer'schen Eheleuten wurde vorgespiegelt, der Schatz sei da, es habe nur am Gräber gefehlt, Friedl habe studiert (derselbe hatte einige Kurse des Gymnasiums durchgemacht) und sei der rechte Mann zum Schatzgraben. Die Verbündeten gingen aber noch weiter, und wohl wissend, daß die geistliche Autorität bei ihren Clienten am schwersten ins Gewicht falle, versicherten sie den Oberhofer'schen, den Beistand eines Geistlichen in Unterkreuzberg, der ihnen zur Hebung des Schatzes gerne mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln Hülfe leisten werde. Von jetzt geschah Alles auf Veranlassung und Rath dieser fingirten Mittelperson des Geistlichen in Unterkreuzberg, und zwar durch Briefe, die Friedl schrieb und den Oberhofer'schen stets vorlas. Der Refrain dieser Correspondenz waren natürlich immer Geldvorschüsse, die, bestimmt zur Hebung des Schatzes, auch willig geleistet wurden. Der erste Brief erklärte, wie der Geist, der den Schatz hüte, citirt und angesprochen werden müße, und zwar könne dieses nur an Festtagen geschehen. Zu diesem Behufe wurde der sogenannte Prangertag ersehen, und Friedl als Dilettant im Bauchreden, beschwor auch ganz meisterhaft den Geist in der Küche, während seine Helfershelfer und die Oberhoferischen in der Stube in einen Zauberkreis hineinknieen mußten. Der Geist wurde von Friedl laut angesprochen und antwortete mit tiefer Baßstimme, daß eine große Summe Geldes (60,000 fl.) und eine Monstranz im Hausfletz verborgen liege. Der Schatz könne nur gehoben werden, wenn ein Pilger nach Maria Einsiedel in die Schweiz wallfahrte, dort 40 Gregorianische Messen lesen lasse, und die Monstranz müße dahin gestiftet werden. Ein zweiter Brief meldete, daß ein Taglöhner des Hrn. Pfarrers als Pilger nach Maria Einsiedel wallfahrten werde, daß aber die Messen (je zu 1 fl. gerechnet) und die Reise hin und zurück wenigstens 120 fl. kosten. Die Oberhofer'schen Eheleute schafften 90 fl. herbei und ebenso zahlten sie gleich darauf 117 fl. auf Abschlag am Schatzantheil, um den Hausverkauf von Staudinger abzuwenden, da sie hiedurch die Hebung vereitelt wähnten. Nach vielen Wochen kam die Nachricht, daß der Pilger von Maria Einsiedel zurückgekehrt sei, sehr sparsam habe leben müßen, und daß nun der Schatz zu heben sei. Aber der Geist, zum zweiten Mal von Friedl citirt, verkündete während des Glockengeläutes der Procession am Prangertage, daß der Pilger sich eines Fehlers quoad formulia schuldig gemacht habe, und daß die Wallfahrt noch einmal gemacht werden müße. Diesesmal wurde der Geselle Staudingers in Mitleidenschaft gezogen, und gab auf Rechnung des Schatzes sein einziges Vermögen, etwa 140 fl., zur Bestreitung der Schweizerreise her. Der Pilger kam diesesmal gar nicht wieder, und nach langem Warten meldete der Correspondent von Unterkreuzberg, daß der Wallfahrer bei einem Schiffbruch auf dem Bodensee verunglückt sei, und daß der Herr Pfarrer auf eigne Regie die Wallfahrt durch seinen Bruder besorgen lassen werde. Aber auch diese Sendung hatte den erwünschten Erfolg noch nicht, und es wurde nun durch Friedls Thätigkeit die Hilfe des Erzbischofs in Prag und durch diesen der Beistand des Papstes in Rom selber angeblich in Anspruch genommen. Das letzte Aktenstück der Friedl'schen Correspondenz war ein Brief aus Rom mit drei großen Siegeln, worin der Papst die Bestätigung des Schatzes aussprach. Den Oberhofer'schen, die auch in der letzten Zeit mehrere kleine Zahlungen für Reisen u. dgl. von 6, 12, 20 fl. an Friedl. machten, wurden nun doch etwas stutzig, und als die Hebung des Schatzes immer noch verzögert wurde, suchte Sebastian Oberhofer den Geistlichen von Unterkreuzberg auf, um von ihm selbst sich Raths zu erholen. Er traf den ihm Bezeichneten als Geistlichen in Sendling, der ihm endlich die Binde von den Augen nahm und sogleich bei Gericht Anzeige machte. — Also geschehen im Jahre

des Herrn 1851! — Staudinger bekam 5 Jahre, Friedl 7 Jahre und Anna Glatt 6 Jahre Arbeitshaus. (B. E.)

Weimar, den 24. Febr. Zur Milderung der Noth in mehreren Theilen des Großherzogthums und namentlich im Eisenacher Oberlande hat der Landtag die Regierung ermächtigt, den Ausgabeetat mit 10,000 Rthlr. zu überschreiten. Eine Hülfe thut aber von allen Seiten Noth, da sonst die Bewohner jener armer Gegenden, denen diesmal selbst die Kartoffeln, ihr einziges Nahrungsmittel, fehlen, buchstäblich dem Hungertod preisgegeben würden.

Leipzig, den 22. Febr. Der Nothstand nimmt auch bei uns in den Fabrikgegenden überhand. In Chemnitz stehen 1300 Webstühle müßig, ähnlich in andern Theilen des Erzgebirges. Dazu kostet der Scheffel Kartoffeln dort 3 Thlr., das Pfund Brod einen guten Groschen und darüber.

Berlin, den 22. Febr. Wie der „Schlesischen Kirchenzeitung“ aus Oberschlesien mitgetheilt wird, herrscht daselbst in einzelnen Kreisen, insbesondere im rybniker, sehr große Noth. Häufige Krankheiten und Todesfälle sind die nächste Folge davon. Die Geistlichen sollen daselbst unter der übergroßen Last der Krankenbesuche und Begräbnisse nur mit der größten Anstrengung ihrer Kräfte noch ausdauern. Allgemein fürchtet man, daß, wenn nicht baldige Hülfe eintritt, die furchtbaren Zustände von 1847 und 1848 mit dem Hungertyphus sich erneuern werden.

Altona, den 22. Febr. Die sämmtlichen Bundestruppen *haben nunmehr die Festung Rendsburg geräumt.*

Wien, *den 25. Febr.* Die heutige „Wiener Ztg.“ *enthält ein von allerhöchster Hand sanctionirtes Uebereinkommen* zwischen dem Staat und der österr. National*bank, als erstem* Schritt zur definitiven Regulirung des *Geldwesens.* Vermittelst dieser Uebereinkunft ist die Bank der eventuellen Betheiligung an dem letzten Anlehen von 10 Mill. entbunden, der Anhäufung des Staatspapiergeldes in den Bankkassen vorgebeugt, die hypothekarische Sicherheit für die Staatsbankschuld ausgedehnt, die Abrechnung vereinfacht und die Verzinsung Seitens der Finanzverwaltung angemessen regulirt.

Belgien.

Brüssel, den 23. Febr. Es haben sich zwei belgische Compagnien gebildet, welche einen unterseeischen Telegraphen zwischen Ostende und London anzulegen beabsichtigen.

Frankreich.

Paris, den 20. Febr. Am Vorabend der Wahlen fängt die Regierung an um den Erfolg besorgt zu werden. Zum Bewußtsein ihrer Schwäche gelangt sie vorzugsweise durch die Manifestationen in den Departements, wo viele oppositionelle Candidaten, trotz unterdrückter Presse und aller rigorosen Maßregeln, Aussicht haben gewählt zu werden. Sie sieht sich sogar gezwungen Feinde wie Flavigny, Ravinel, Barin rc. zu adoptiren und zu unterstützen, um sich von gefährlicheren zu befreien. Ein Symptom der Stimmung ist für die Regierung die Wahl des Palais de Justice, die auf die HH. Benoit Champy und Blandrin, als Mitglieder des Comité's des Barreau, gefallen, während die Candidaten der Regierung und Hr. Bethmont, ehemals von der provisorischen Regierung eingesetzt, selbst mit 50 Stimmen durchfielen. Wie groß muß also die Zahl der für die genannten Herren Stimmenden gewesen sein! Mit Recht betrachtet die Regierung die ganze mit Macht auftretende Opposition als aus dem Schooß des Orleanismus hervorgehend. Daher der neu beginnende und, wie es scheint, energischer drohende Krieg gegen diese Partei. Gestern Nachmittag wurde Hr. Baucher mit seiner Frau in seinem eigenen Wagen verhaftet. Man fand bei ihm den Brief des Hrn. Dupin, den Brief der Prinzessin Helene, den Brief der beiden Prinzen und die Protestation der Testamentexecutoren Ludwig Philipps. Letzte Nacht wurden mehrere Orleanisten in ihren Betten verhaftet, und mit nächstem droht eine neue Razzia gegen die Orleanisten. Aus sicherer Quelle wird uns mitgetheilt, daß die Tuilerien mit nächstem in eine wahre Festung verwandelt werden. Das ganze große Viereck des Louvre wird zur Caserne gemacht, mit Soldaten vollgestopft und in gemessenen Entfernungen mit besonders befestigten Punkten umgeben werden. (Allgm. Ztg.)

Der Kölner Ztg. schreibt man aus **Paris** unterm 21. Febr.: Es handelt sich jetzt wirklich alles Ernstes um eine orleanistische Verschwörung, und außer der Verhaftung des Hrn. Bocher ist heute Abends noch die der bekannten Herren v. Estancelin und v. Montalivet und noch einer dritten Person zu melden. Hrn. v. Montalivet, der sehr leidend ist, hat man nicht in ein Gefängniß gebracht, sondern bewacht ihn militärisch in seinem Hotel. Im Ganzen sind von der Policei mehrere Tausend Exemplare des „Bulletin Français“ saisirt und außerdem wichtige und viele Personen compromittirende Papiere gefunden worden. Man spricht von einem vorgefundenen vollständigen Organisationsplane der orleanistischen Verschwörung, an deren Spitze der Prinz von Joinville stehe, und der Zeitpunct der projectirten Landung soll sehr nahe gewesen sein (?). Diese Angaben, so unglaublich sie erscheinen mögen, sind durchaus wahr. Die Gräfin von Haussonville, deren Mann bekanntlich mit Alexander Thomas gemeinschaftlich das „Bulletin Français“ redigirt, kam gestern Abends in Paris an. Auf dem Nordbahnhofe wurde sie von Policeibeamten in Empfang genommen, ihre sämmtlichen Effecten mit Beschlag belegt und selbst ihre Person von weiblichen Policeiagenten sorgfältig untersucht. Man fand viele Exemplare des Bulletin und sodann eine große Anzahl Briefe, die man sämmtlich saisirte, wogegen man aber die Gräfin selbst in ihr Hotel absteigen ließ.

— den 22. Febr. Das hiesige Kriegsgericht hat wegen der Unruhen zu Montargis drei Personen zur Deportation, zu 10 und zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt. — Der Papst hat der neuen deutschen Kirche dahier die Leiche eines Heiligen zum Geschenk gemacht. — Die Policei hat 15- bis 20,000 Exemplare eines von dem hiesigen Juwelier Croce-Spinelli an die Wähler des Seinedepartements gerichteten Glaubensbekenntnisses in Beschlag genommen, weil der Verfasser zu den Personen gehört, die aus Frankreich weggewiesen werden sollen.

Der Graf Merode, Regierungscandidat im Norddepartement, gibt heute in den „Debats“ folgende Erklärung: „Mein Benehmen und meine Vota seit meinem Eintritt in die Kammern im Jahre 1840 beweisen hinlänglich, daß ich weit mehr ein Conservativer, als ein Oppositionsmann bin; allein wenn ich in den gesetzgebenden Körper gewählt werde, so will ich meine ganze Unabhängigkeit behalten und diese Ehre der freien und durchaus selbstständigen Wahl der Wähler verdanken. Ich finde mich zu dieser Erklärung veranlaßt, weil ich meinen Namen unter denjenigen sehe, die als Regierungscandidaten bezeichnet werden.“

— den 23. Febr. Durch präsidentielles Decret ist der Gehalt für den Staatsminister auf 80,000 Frcs. festgesetzt, für den Generalsecretär auf 20,000 Frcs.; dem Staatsminister wird durch dasselbe Decret ein Credit von 366,300 Frcs. für das Personal seines Departements eröffnet.

Ein heute im „Moniteur“ erschienenes präsidentielles Decret enthält einige weitere Bestimmungen hinsichtlich des Costümes der Mitglieder des Senats und des Staatsrathes.

Hr. Foresiier ist auf freien Fuß gesetzt worden, jedoch unter der Bedingung, daß er sich sofort aus dem Gebiete Frankreichs entferne.

Lyon, den 18. Febr. Im südlichen Frankreich zeigt sich bereits eine sehr rege Wahlbewegung. Die Legiti-

misten geben namentlich wieder Lebenszeichen von sich. Bei der Geistlichkeit werden Anzeichen laut die mehr zu Gunsten ihrer alten Lieblinge als zum Vortheil der Bonapartisten wirken. — Die Nachrichten, welche sich in auswärtigen Blättern über Aufstandsversuche im mittäglichen Frankreich finden, entbehren aller Begründung. — Die Gefängnisse lichten sich allmählich, und nur die Schwerbeschuldigten werden nach Algerien wandern, wo man neue Versuche mit den Ansiedlungen und dem Bergbau zu machen bedenkt.

Spanien.

Madrid, den 15. Febr. Der heutige Sol meldet aus Barcellona, daß Truppen nach den balearischen Inseln Minorka und Mayorka abgegangen sind, um dieselben vor einem Handstreich sicher zu stellen.

Italien.

Aus Oberitalien, den 19. Febr. Unsere Witterungsverhältnisse sind immer noch sehr ungünstig; fortdauernde Regen haben die Niederungen der Alpenflüsse so überschwemmt, daß nirgends die Felder bestellt werden konnten.

Rom, den 14. Febr. Wir haben die erste Heerschau über unsre neu errichtete Armee von 2500 Mann gehabt. Dieselbe ist nichts mehr als eine republikanische Garde, denn durchwegs herrscht dieser Geist in ihr vor. Bereits sind schon 15 Cadetten ohne Abschied entlassen worden.

Großbritanien.

London, den 23. Febr. Das neue Cabinet ist gebildet; nur das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten ist noch nicht vergeben. Die neuen Minister sind: Graf v. Derby (Lord Stanley), erster Lord des Schatzes; Ed. Sugden, Lordkanzler; Herzog v. Northumberland, erster Lord der Admiralität; Hor. Walpole, Minister des Innern; D'Israeli, Schatzkanzler; Graf Hardwicke, Generalpostmeister; Lord John Manners, Minister der Colonien; Graf v. Lonsdale, Conseilpräsident; J. Henley, Präsident des Handelsbureaus; Hr. J. Ch. Herries, Präsident des Controlebureaus (indische Angelegenheiten); G. A. Hamilton, erster Commissär der Waldungen und Forste; W. Forbes Mackensie, Lordcommissär des Schatzes; Lord Naas, Staatssecretär für die Angelegenheiten Irlands. Das neue Cabinet ist ein rein toryistisches; nicht einmal ein Peelite (von der Mittelpartei zwischen Tories und Whigs) befindet sich darin.

London, den 24. Febr. Lord John Russell erklärte gestern im Unterhause, die Königin habe sowol seine gegebene Demission, als auch die Neubildung des Ministeriums durch den Grafen v. Derby angenommen. Das Parlament ist bis zum Freitage vertagt.

Neueste Nachrichten.

Mailand, den 15. Febr. Zahlreiche Verhaftungen sind in der letzten Zeit in Castel Goffredo und überhaupt an mehreren Orten der Provinz Mantua vorgenommen worden. Als deren Grund bezeichnet man revolutionäre Wühlereien und Verbindungen mit Mazzini und Consorten. (Allgm. Ztg.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 24. Febr. Weizen 7 fl. 27 kr., Korn 6 fl. 35 kr., Gerst 5 fl. 27 kr., Spelz 5 fl. 24 kr., Hafer 4 fl. 8 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 21. Febr. Weizen 7 fl. 30 kr., Korn 6 fl. 29 kr., Spelz 5 fl. 26 kr., Gerst 5 fl. 22 kr., Hafer 4 fl. 2 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 24. Febr. Weizen 7 fl. 21 kr., Korn 6 fl. 15 kr., Spelz 5 fl. 25 kr., Gerst 5 fl. 33 kr., Hafer 3 fl. 39 kr., Kartoffeln 1 fl. 50 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 20. Februar. Weizen 14 fl. 33 kr., Korn 11 fl. 32 kr., Gerste 8 fl. 48 kr., Hafer 4 fl. 23 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[854a] **Für Auswanderer nach Amerika.**

Ich expedire von Havre

Nach New-York:

„Republic," Capt. Sawyer, 1200 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 3. März,
„ „ Havre „ 10. „

„St. Georges," Cap. Crawford, 1200 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 13. März,
„ „ Havre „ 20. „

„Western World," Cap. Moses, 2000 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 20. März,
„ „ Havre „ 30. „

Nach New-Orleans:

„Eli Whitney," Cap. Cook, 1000 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 3. März,
„ „ Havre „ 10. „

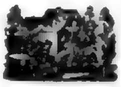
„Caroline und Marie Clark," Cap. Emmerson, 1200 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 13. März,
„ „ Havre „ 20. „

„Le Globe," Cap. Destebecho 1200 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 20. März,
„ „ Havre „ 30. „

Für diese Dreimaster und Dreimaster-Postschiffen erster Klasse können sowol über **Rotterdam** und **Cöln-Paris** als auch über **Straßburg** und **Forbach** per Eisenbahn nach Havre Ueberfahrtsverträge zu den billigsten Preisen bei mir abgeschlossen werden.

Mannheim, Havre und New-York, im Februar 1852.
J. M. Bielefeld.

[855a] **Mühlenversteigerung in Böchingen bei Landau.**



Sonntag, den 6. März 1852, Nachmittags 1 Uhr, zu Böchingen im Wirthshaus zum Lamm bei Becker, wird auf Ansuchen von Johannes Schneider und Adam Herger, beide Müller, in Böchingen wohnhaft, der Untheilbarkeit wegen auf Eigenthum versteigert:

Ein Wohnhaus sammt Mühle und Oelmühle mit 2 Pressen, Schwingmühle, Scheuer, Pferde-, Kuh- und 4 Schweinställen, Kelterhaus, Schoppen, Hof, Pflanz- und Baumgarten mit vielen Obstsorten nebst Wiese, 1 Tagwerk 26 Decimalen Flächenraum enthaltend, gelegen zu Böchingen an der Frankweiler Straße, in einer sehr schönen und vortheilhaften Lage, in sehr gutem Stande, und mit zweckmäßiger Einrichtung.

Bis zum Versteigerungstage kann die Besitzung auch verkauft werden, weßwegen man sich an die Eigenthümer wenden möge.

Landau, den 25. Februar 1852.
Hessert, Notar.

Fahrten der Local-Dampfboote Delphin I und II

vom 1. Februar.

Abfahrt von **Ludwigshafen a. Rh.** nach Mainz in Verbindung mit der Frankfurt-Mainz-Binger Localfahrt: **alle grade Tage,** 2., 4., 6. 2c., Vormittags 11 Uhr, nach Ankunft des Eisenbahnzuges.

Nähere Auskunft ertheilt der Agent:
C. Aug. Exter.
Ludwigshafen a. Rhein, den 1. Februar 1852.
[812]

Neue
Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 52 | den 29. Februar 1852.

Deutschland.

♁ **Aus dem Westrich.** Es liegen mehrere Briefe von Ausgewanderten vor uns, welche die Zeitungsberichte über die große in Nordamerika herrschende Kälte bestätigen. Ein Winter von höchst seltener und anhaltender Strenge ist dort auf einen sehr trockenen Sommer und Herbst gefolgt; Meerbusen und die größten Ströme sind mit Eis bedeckt und nur mit vieler Mühe und Gefahr zu beschiffen. Sehr viele Arbeiten, die sonst in gelinden Wintern zur Gewährung einigen Verdienstes an die armen Volksklassen fortgesetzt wurden, mußten gänzlich aufgegeben werden, so daß allenthalben große Noth zu herrschen beginnt. Namentlich aber traf es eine große Masse eingewanderter Deutscher, welche mit geringen Mitteln versehen, im Vaterlande schon in Folge der Mißerndte der Kartoffeln bedroht, deßhalb am Spätjahre dieses verließen und bei schon bedeutender Kälte in New-York ankamen. Unbekannt mit Allem, der Sprache und den gewöhnlichsten Lebensverhältnißen daselbst, fielen die Meisten grausamen Blutsaugern in Gestalt von Mäklern, Landverkäufern, Gast- und Speisewirthen in die Hände, welche diese armen Teufel nach vollzogener Plünderung dem fürchterlichsten Elende Preis gaben. Viele erfroren auf der Straße, andere gingen an Hunger zu Grunde, bis endlich die deutsche Hilfsgesellschaft, die schon so vielem deutschen Elende gesteuert, auch hier außerordentliche Hilfsmittel entfaltete und einer Masse hungernder und frierender Menschen sich erbarmte. Unser Correspondent ersucht uns daher, alle Auswanderer auf die Nachtheile einer zu spät im Jahre vorgenommenen Auswanderung aufmerksam zu machen, indem die Weiterreise aus einem so theuern Staat wie New-York ins Innere der Vereinigten Staaten durch die schlimme Jahreszeit und große Kälte wie dieses und zum Theil voriges Jahr sehr erschwert, ja oft ganz unmöglich wird; alle Gelegenheit zu Verdienst darniederliegt, und zum Ankauf von Ländereien kein unpassenderer Zeitpunkt gewählt werden kann. Wer aus Unwissenheit oder Leichtsinn sich zum Auswandern in spätern Monaten des Jahres anschickt, kann sicher darauf rechnen, den größten Theil seines Geldes bis zum Frühjahr verzehrt und sich dem Elende und Bettel Preis gegeben zu sehen.

Dies kann unsern Landsleuten, welche dem großen Zuge oft aus unerklärbarem Drange folgen, oder sich in tiefer Trübsal über unsere jetzigen Zustände aus der lieben Heimath — denn Vaterland, das hat die Polizei den Deutschen zur Genüge bewiesen, haben sie keines mehr — getrieben fühlen, nicht eindringlich genug ans Herz gelegt werden.

• **München.** Rede des Abg. Kolb bei Berathung des Budgets in der Abgeordnetenkammer.

Der Hr. Vorredner (Ruland, der den früheren Sprecher Reinhart hart angriff) hat damit begonnen, daß er die Frage aufwarf, ob gemindert werden könne an den Ausgabspositionen, und ebenso, ob die Einnahmspositionen höher gestellt werden könnten. Darüber, meine Herren, können die Meinungen sehr getheilt sein; sie sind es in Wirklichkeit. Ich glaube aber für diejenigen, die einer dem Hrn. Vorredner entgegengesetzten Ansicht sind, die nemliche Berechtigung in Anspruch nehmen zu dürfen, die er für seine Meinung fordert. Ich glaube in Folge dessen, daß die von dieser Seite gemachten Aeußerungen den heftigen Tadel nicht verdienten, der darüber ausgesprochen wurde. Der Hr. Vorredner sagt: „man beweise, daß man diese Summen nicht brauche, die gefordert werden.“ Ebensogut, m. H., und vielleicht noch mit etwas besserem Rechte, könnten wir sagen: man beweise die Nothwendigkeit dieser Summen; — und hier gehen die Meinungen auseinander. Ich will nicht wiederholen, was in dieser Beziehung und hinsichtlich der einzelnen Positionen bei der Specialberathung geäußert wurde; wenn ich auf Alles antworten wollte, was der Hr. Vorredner sagte, so müßte ich fast sämmtliche früheren Deductionen wiederholen. Ich unterlasse es. Ich glaube zunächst nur die Ansicht aussprechen zu sollen, man unterlasse, sich auf den Standpunct zu stellen, daß man sagt: So viel bedürfen wir, folglich muß es herbeigeschafft werden, gebe es wie es wolle. Es handelt sich, ich wiederhole es, heute nicht davon, daß man die Last des Volkes mindert, sondern daß man dem Volke neue Lasten auferlegt, und da glaube ich, ist die Frage, wie ich sie gestellt habe, doppelt am Platze.

M. H.! Die Festsetzung eines Budgets ist an sich eine sehr schwierige Sache; sie ist aber bei uns doppelt schwierig gemacht, insbesondere aus zwei Gründen. Der erste Umstand, durch den eine Erschwerung einer richtigen Festsetzung herbeigeführt wird, ist der, daß uns die Abrechnungen der vorigen Jahre viel zu spät vorgelegt werden. Sie werden sich erinnern, daß ich vor ungefähr einem halben Jahre darauf hinwies, wie in einem der größten und reichsten Staaten der Welt, in England, die Resultate aller Einnahms- und aller Ausgabepositionen in jedem Quartale — spätestens 5 Tage nach dessen Ablauf publicirt werden. Damals antwortete man mir von Seite des Ministertisches: Ja das können wir auch; da handelt es sich einzig und allein von Registerabschlüssen, nicht von revidirten und superrevidirten Rechnungen. Wir haben sogleich diese Möglichkeit und das damit verbundene Anerbieten, uns in gleicher Weise die Bücherabschlüße vorzulegen, acceptirt; dessenungeachtet entbehren wir einer solchen Nachweisung, einer solchen Ziffermittheilung, — vorbehaltlich einer nähern Revision — durchaus noch, obwol seit dem Beginne des neuen Etatsjahres fast ein halbes Jahr, wenigstens fast fünf Monate, vorüber sind. Gerade bei der jetzigen Sachlage aber wäre die Kenntniß der Ergebniße des Vorjahres von unendlicher Wichtigkeit für uns, denn die früheren Vorjahre waren in jeder Beziehung abnorm und können nicht als Maßstab dienen.

Was den zweiten Punct betrifft, durch welchen uns die Aufstellung eines richtigen Budgets erschwert ist, so beruht dieser in der enormen Länge der Finanzperioden. Bei jeder einzelnen Position muß sich uns die Frage aufdrängen: Welche Veränderungen können und werden eintreten? wie werden die Einnahmen sich im Laufe dieser langen Zeit vermindern oder erhöhen? welche Ausgabepositionen werden nothwendig werden, die wir heute nicht vorsehen können, oder bei welchen ließe sich mit Recht ein Abstrich vornehmen? Je länger eine solche Periode, desto schwieriger ist das Verhältniß.

Man anerkannte diese Schwierigkeit. Man sucht nun als Auskunftsmittel einen Mittelweg. Man will die Positionen so stellen, daß für das Budget „nachhaltig“ gesorgt sei. Allein wohin kommt man auf diese Weise? M. H., man kommt dahin, daß man für alle und jede Verhältniße, sie mögen eintreten wie sie wollen, ein

unrichtiges, ein falsches Budget hat! Vergleichen Sie mit allen unseren Budgets vom Jahr 1819 an bis heute die Ergebniße der Rechnungen, und Sie werden bestätigt finden, was ich sagte. Ueberall ist eine Differenz zwischen dem wirklichen Ergebniße und dem Budgetanschlag, die enorm ist. Also auf diese Weise kommen wir nicht zum Ziele. Behandeln Sie die Positionen noch so „nachhaltig“ nach Ihrer Ansicht, — treten Kriegsereigniße und unruhige Zeiten ein, so werden Sie die Einnahmepositionen doch zu hoch gegriffen haben, und es werden ebenso dennoch Ausgaben nothwendig werden, die Sie nicht vorsehen konnten. Bleiben friedliche und ruhige Zeiten, so sehen Sie, daß Sie die Einnahmen zu gering gegriffen und die Ausgaben zu hoch gestellt, namentlich daß Sie nicht bewirkt haben — *Ersparungen*, wo solche möglich wären.

Unter solchen Verhältnißen fragt es sich denn: Was ist zu thun? Ich glaube, ein richtiges Budget können wir nur aufstellen, wenn wir uns auf einen bestimmten, festen Standpunct stellen. Diesen finde ich darin, daß wir von der Voraussetzung ausgehen, daß die Zeitverhältniße *gewöhnliche, ruhige* sind. Nur das sind die *normalen* Zeitverhältniße, nur für diese *können* Sie vorgängige Rechnung aufstellen. Wenn Sie die Rechnungen aufs *Ungewisse* machen, dann bekommen Sie ein Budget, welches in vielen Fällen *gar keinen Werth* hat. Treten außerordentliche Verhältniße ein, so müßen auch *außerordentliche Mittel* ergriffen werden. Aber diese kann man nicht vorsehen, eben weil man die Verhältniße nicht vorsehen kann. Das sind einfach die nothwendigen Ergebniße bei diesen langen Finanzperioden, an denen die Regierung so sehr festhält.

Von Seite des Ministertisches wurde bei einer früheren Berathung uns entgegengehalten: „Würde es denn ein so großes Unglück sein, wenn einzelne Einnahmpositionen um einige Hunderttausende mehr ertrügen, als sie angesetzt sind?“ Ich meinerseits würde darin auch durchaus kein Unglück sehen. M. Hrn.! ein Unglück sehe ich aber *darin*, daß wir *Steuern erheben* sollen, die man *entbehren* könnte; ein *doppeltes Unglück* sehe ich, wenn *neue* Steuern geschaffen werden sollen. Das ist ein wirkliches Unglück, m. Hrn., und dies Unglück ist um so größer, wenn wir uns unsere *Steuerverhältnisse* vergegenwärtigen.

Wir entbehren durchaus eines *logisch geordneten Steuersystems*; unsere Steuern sind ein Conglomerat der verschiedenartigsten Gesetzgebungen.

Die eine Steuer gründet sich auf den *Roh*ertrag, die andere auf den *Rein*ertrag, die dritte bekümmert sich um den Ertrag gar nicht und wird auf's *Ungefähr* erhoben. Ein solches Verhältniß führt nothwendig mit sich, daß die Steuern, selbst wenn sie in ihrem Totalbetrage nicht sehr groß sind, doch *drückend* für den Einzelnen sein müssen.

Dieses Ergebniß wird man nicht hinwegstreiten.

(Fortsetzung folgt.)

München, den 24. Febr. Der „constitutionell-monarchische Verein für Freiheit und Gesetzmäßigkeit“ hat nun beschlossen, sich nicht aufzulösen, wol aber seine Statuten zeitgemäß abzuändern.

Nürnberg, den 24. Febr. Gestern forschte ein Policeiofficiant in der Wohnung des früheren schleswig-holsteinischen Hauptmanns Thumser, der 1850 als Oberlieutenant aus der baierischen Armee seine Entlassung genommen, nach der hier in Commission bei Schiefer erschienenen und in jüngster Zeit mehrfach genannten Schrift: „Fridar oder der Reichsmorgen.“ Nachdem Hr. Thumser die in seinen Händen befindlichen Exemplare ausgeliefert hatte, wurden weitere Forschungen angestellt und noch drei Schriften: Harmilde oder die Heimkehr von Schleswig-Holstein, Uriasbriefe an Dr. Sudelbach, ein Beitrag zur Beantwortung dessen Sendschreibens an Dr. Klaus Harms und Geidure oder die Schlange der Volksnoth, mitgenommen, sowie Privatbriefe ꝛc. besichtigt. (N. K.)

Wie kläglich die Denunciationen mitunter sich bayren, erhellt daraus, daß jüngst bei einer Näherin, die, obwol nicht Mitglied der aufgelösten freien Gemeinde, das Organ derselben, den „Morgenboten“, von Bekannten erhält und liest, die doch alle bereits die Linie der die Presse beaufsichtigenden Preßpoliceibehörden passirt hatten, mitgenommen wurden. — Am Sonntage war ein Leichenbegängniß von einem Mitgliede der aufgelösten Gemeinde. Policeiofficiant Rang erschien denn auch und verbot das Sprechen am Grabe, worauf einer der Anwesenden das Gebet des Herrn sprach und die Versammlung auseinanderging. (F. J.)

Kempten. Wegen des unlängst verübten Mordes an der Müllerin Albert von der Au ist deren Ehemann als verdächtig verhaftet worden. Beide sollen nicht zum besten mit einander gehauset haben.

Darmstadt, den 24. Febr. Dem Vernehmen nach werden dieses Jahr vorerst keine Abschiede an *Militärs* welche ausgedient haben, ertheilt werden; vielmehr sind Ausschreiben in entgegengesetztem Sinne ergangen, wonach die Militärs, welche sich sonst am 1. April in ihre Garnisonsorte begaben, um dort abzuliefern und ihre Abschiede zu holen, dies diesmal zu unterlassen haben. (K. Z.)

Kassel, den 24. Febr. Hr. Hensel hat sich heute Vormittag unerwarteter Weise im Kastell, wo er in einem Wagen vorfuhr, gestellt.

Elberfeld, den 24. Febr. Heute stand wieder ein nachträglich eingezogener s. g. Freischärler aus dem elberfelder Maiaufstande vor dem hiesigen kgl. Assisenhofe. Karl Wilh. Jos. Orsakowsky aus Brieg in Schlesien war angeklagt, „zu der im Monat Mai 1849 zu Elberfeld zum Zwecke des Attentates gegen die königliche Gewalt, so wie der Erregung des Bürgerkrieges durch Bewaffnung der Bürger gegen einander gebildeten bewaffneten Bande als Mitglied gehört zu haben, der Art jedoch, daß er weder den Aufstand geleitet, bei der Bande irgend eine Stelle oder ein Commando versehen habe, noch am Orte der aufrührerischen Vereinigung ergriffen worden ist.“ Die Geschwornen erklärten den Angeklagten nach kurzer Berathung mit absoluter Stimmenmehrheit für schuldig. Der Assisenhof stellte den Angeklagten, auf Grund des Art. 100 des früheren Rheinischen Strafgesetzbuches, auf fünf Jahre unter Policeiaufsicht.

Wien, den 20. Febr. Ein Ereigniß macht viel von sich sprechen, und ich erwähne es, da ich seiner noch nirgends öffentlich gedacht gefunden. Der Kaiser kehrte vor Kurzem von einer auf dem Glacis abgehaltenen Parade zur Burg zurück, begleitet von einigen Generalen und seinem Adjutanten Grafen Grünne. Letzterer bemerkt beim Eintreten in das Burgthor unter dem daselbst versammelten Volk einen jungen Mann, welcher unbekümmert um die allerhöchste Person den Hut aufbehält und seine Cigarre fortraucht. Er gibt sofort einer Ordonnanz Befehl, denselben festzunehmen und auf die naheliegende Wache zu bringen. Der Verhaftete legitimirt sich daselbst als einen für ein pesther Handlungshaus reisenden Commis, Ungar von Geburt, der durchaus in keiner Weise politisch compromittirt. Befragt, warum er den Kaiser nicht begrüßt habe, erklärt er, denselben nicht gekannt und aus diesem Grunde allein die Bezeigung seiner Achtung unterlassen zu haben. Darauf läßt v. Grünne ohne Weiteres den Profoß rufen, den jungen Mann über die Bank der Wachstube legen und ihm 25 Stockstreiche aufzählen. Dann stellt ihm die Policei die Weisung zu, Wien binnen 24 Stunden zu verlassen. — Vor einigen Tagen wurde ein Seidenfabricant aus der Vorstadt Gumpendorf wegen seines breitkrämpigen, an die Calabreser erinnernden Hutes angehalten und auf die Policei geführt, wo er den Befehl erhielt, sich sofort eine andere, „gutgesinnte“ Kopfbedeckung anzuschaffen. Er ist kaum wieder auf der Straße und im Begriffe, zum Hutmacher zu gehen, so packte ihn ein anderer Scherge und schleppt ihn trotz aller Versicherungen seiner loyalen Absichten noch einmal auf die Policei, so daß dem Armen nichts Anderes übrig bleibt, als um eine officielle Begleitung bis in das Hut-

magazin zu bitten. Ein Fremder, dessen üppiger Bartwuchs **Aufsehen** erregte, ward in einem öffentlichen Local angehalten und gleichfalls vor das hohe Gericht geführt, von demselben aber, nachdem er sich als ein vornehmer Russe legitimirt, mit demüthigen Entschuldigungen entlassen. (Köln. Ztg.)

Wien. Die „Austria" enthält eine Darstellung über das von Chevalier v. Claußen erfundene Verfahren zur Erzeugung von Flachswolle (flax cotton). Wenn sich die Methode bewährt, wie es den möglichsten Anschein hat, so könnte dadurch eine ungeheure ökonomische Revolution vor sich gehen, denn die Baumwolle würde in erheblichem Maß verdrängt oder ihre Erzeuger zu viel wohlfeileren Preisen genöthigt werden. Die Vortheile der Erfindung sind sehr einleuchtend. Zuerst kann man den Flachs bis zur völligen Reife des Samens stehen lassen, so daß man nicht allein die künftige Aussaat übrig behält, sondern der Rest des Samens zur Oelbereitung verwendet werden kann. Durch das neue Verfahren gewinnt man wie beim alten von den Flachsstengeln 17 Procent Seidenfaser. Der früher unbrauchbare Rest wird jetzt in Körbe gelegt, zuerst in ein Faß gesenkt, wo sich Wasser befindet, mit einem 10procentigen Zusatz von Sodacarbonate. Die Pflanzenfaser saugt diese Losung vermittelst der Capillarität auf und wird jetzt in ein zweites Faß gehoben, wo sich Schwefelsäure befindet, die mit 200 Theilen Wasser verdunnt wurde. In den feinen Röhren der Faser geht nun augenblicklich ein chemischer Proceß vor sich. Der Schwefel der Schwefelsäure verbindet sich mit der Soda, dadurch wird Kohlensäure frei und entweicht, so gewaltsam, daß sie die Pflanzenfaser zersprengt. Diese so künstlich gespaltene Faser rollt sich kraus zusammen wie Wolle, und soll auf Garnmühlen sich mit derselben Leichtigkeit wie Baumwolle verspinnen lassen. Aus 100 Theilen Flachsstengeln gewinnt man auf diese Art, außer den 17 Theilen Glanzfaser, noch 60—70 Theile Flachswolle, während die Zubereitung fast so gut wie gar nichts kostet. Flachs wird dadurch unendlich brauchbarer, d. h. ökonomisch gedacht, um ebensoviel wohlfeiler.

Frankreich.

Paris, den 23. Febr. Der „Siecle" bringt heute eine bis auf Sue der Schattirung Cavaignac angehörende republicanische Candidatenliste für Paris. Die darauf verzeichneten acht Namen sind: Dupont (de l'Eure), General Lamoriciere, General Cavaignac, Carnot, Goudchaux, Bixio, E. Sue und F. de Lasteyrie. Sieben dieser acht Candidaten sollen die Candidatur bereits unwiderruflich angenommen haben; bloß Lamoriciere's Entschluß ist noch nicht bekannt. Die orleanistisch-fusionistische Oppositionsliste zählt nur die fünf Namen Perier, Mortimer Ternaux, Montebello, Bavin und F. de Lasteyrie, indem für die übrigen Wahlbezirke die Regierungscandidaten als hinreichend unabhängig betrachtet werden. — Der Rector der Academie des Meurthedepartements hat allen Schullehrern den Besuch von Wirths- und Kaffeehäusern aufs Strengste untersagt. — Im Nievredepartement hat man 112 Verhaftete freigelassen. — Ein Unterpräfect ist abgesetzt worden, weil er seinen amtlichen Einfluß nicht zu Gunsten des Regierungscandidaten anwenden wollte.

— den 24. Febr. Dupin der Aeltere erklärt in den „Debats," daß er keine Candidatur für den gesetzgebenden Körper annehmen werde. — Die Bewaffnung der neuen pariser Nationalgarde hat bereits begonnen. — Der Präfect des Rhonedepartements hat in Bezug auf die Oppositionscandidaten eine Proclamation erlassen, worin es heißt: „Ihr werdet mit mir jede andere Candidatur, als die von der Regierung patronirten, als eine derselben hingeworfene Herausforderung, und jeden Bürger, der als Kandidat auftritt oder eine der Regierung zuwidere Candidatur begünstigt, als Louis Napoleon feindlich gesinnt betrachten." — Die orleanistische Oppositionsliste für Paris hat sich durch zwei neue Candidaten, Romilly und Guilhem, vervollständigt. — Zu Toulon sind 620 Verhaftete freigelassen worden, trotzdem aber noch alle Gefängniße überfüllt.

Den Präfecten sind, wie man vernimmt, Instructionen in Bezug auf die „verfassungswidrigen Candidaturen" ertheilt worden. Als verfassungswidrig sind die Candidaturen der aus Frankreich verbannten Personen bezeichnet. Die Präfecte sind angewiesen worden, die Wahlzettel, welche für solche Personen abgegeben werden würden, annulliren zu lassen.

Ein im „Moniteur" erschienener Erlaß bestimmt, daß die General- und die Specialinspectoren der allgemeinen Polizei, die ersteren unmittelbar nach den Bischöfen, die letzteren unmittelbar nach den Präsidenten der Tribunale erster Instanz, ihren Rang haben sollen.

Durch präsidentielles Decret ist ein Preis von 50,000 Frcs. ausgesetzt für Den, welcher die voltaische Säule mit Vortheil anwendbar machen würde, entweder auf die Industrie, als Wärmemittel, oder auf die Beleuchtung, oder auf die Chemie, oder auf die Mechanik, oder auf die practische Medicin. Die Gelehrten aller Nationen werden zur Concurrenz zugelassen. Die Concurrenz bleibt fünf Jahre lang eröffnet. Es wird eine Commission ernannt werden, welche die Erfindung eines jeden Concurrenten prüfen soll.

Fastnacht und der Jahrestag der Republik sind bis jetzt (5 Uhr Abends) ohne alle Ruhestörungen vergangen, trotzdem eine zahllose Menschenmenge in den Straßen wogt. Die Polizei hatte alle Maßregeln getroffen, um jede Demonstration an der Julisäule zu verhindern. Die nahe an der Julisäule gelegene Wache ist verstärkt, und an der Säule selbst stehen mehrere Polizeiagenten, die Jeden, der herantreten will, zurückweisen. Gegen Mittag näherten sich zwei Personen der Säule und warfen Immortellenkränze über das Gitter. Sofort sprangen die Stadtsergeanten hinzu und verhafteten dieselben, welche sich auch ohne allen Widerstand in die Wache führen ließen. — Gestern fand ein Ball in den Tuilerieen statt, dem der Präsident beiwohnte. Gegen Ende des Balles, als derselbe sich bereits zurückgezogen hatte, fand ein sehr unangenehmer Vorfall zwischen Civilisten und Officieren statt, der noch weitere Folgen haben wird.

Italien.

Mailand, den 15. Febr. Heute in der Mittagsstunde wurde hier schon wieder ein Mensch von 20 bis 21 Jahren, wegen Straßenraubs, den er am 8. d. M. vor den Thoren Mailands versucht hatte, kriegsgerichtlich zum Tod verurtheilt und durch den Strang hingerichtet.

Neapel. Nach Berichten, die der Regierung zukamen, dauern in Messina die Erdstöße fort. In der Nacht vom 26. auf den 27. verspürte man drei Stöße und die Bevölkerung campirte im Freien. Auch in Reggio, Monleone, Melfi und Lavello verspürte man fortwährend Erdstöße.

Spanien.

Madrid, den 20. Febr. Die Königin hat befohlen, mehrere carlistische Officiere zu rehabilitiren. Mit Ende März sollen noch mehrere Officiere des carlistischen Heeres begnadigt werden. — Bisher war die Censur noch gelinde, jetzt aber fängt sie an, mit Strenge ihr Amt zu handhaben; sie hat alle Werke von Eugen Sue, in welcher Sprache sie auch immer sein mögen, verboten, so wie auch die von Proudhon, von Gioberti und noch anderen französischen und italienischen Schriftstellern.

Großbritanien.

London, den 24. Febr. Die Kriegsbrigg „Pantaloon" hat die Nachricht von dem Tode der Königin der Ovas, Ranavalo-Mandgaka, auf Madagascar, überbracht; in den südlichen Districten der Insel wäre sofort ein Prätendent aufgetreten; er hätte in einer Schlacht, die er den Truppen des Thronfolgers geliefert, 800 Gefangene gemacht; weitere Details fehlen.

Neueste Nachrichten.

Straßburg, den 25. Febr. Die Eisenbahn von hier nach der baierischen Gränze bei Weißenburg ist ge-

nehmigt. Die Regierung bewilligt zum Bau derselben 3 Mill. Franken, und gewährleistet 4 Proc. Zinsen. (A. Z.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 26. Febr. Weizen 7 fl. 22 kr., Korn 6 fl. 6 kr., Spelz 4 fl. 55 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige 5 fl. 58 kr., Hafer 3 fl. 29 kr., Kartoffeln 1 fl. 45 kr., per Centner.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[857] **Aufklärung.**

In der Speyerer Ztg. vom 27. Febr. ist unter Nro. 852 ein Widerruf enthalten zu Gunsten des Agenten Wolff, unterzeichnet Daniel Bossert, der Veranlassung gegeben hat zur Vermuthung, daß entweder ich oder Jemand meiner Familie mit jener Geschichte etwas zu thun habe.

Um solchen Vermuthungen entgegen zu treten erkläre ich nur kurz: daß der betheiligte Daniel Bossert, der Mäckler und Obsthändler ist, die hiesige Michael Bossert'sche Familie, zu der ich gehöre, gar nichts angeht.

Speyer, 27. Febr. 1852. Wilhelm Bossert, Kaufm.

[833³] **Ein Billard**

von dem berühmten Fabrikanten Schleiffer in Straßburg, vor einigen Jahren gefertigt, ist wegen Eingehung der Caffeewirthschaft bei Wittwe Rousselot in Landau zu kaufen.

[856] **Mobilienversteigerung.**

Montag, den 8. März 1852 und an den beiden folgenden Tagen, jedesmal Morgens 9 Uhr auf der Neumühle, Gemeinde Obrigheim, lassen Frau Wittwe Bernhard von da und ihre Kinder folgende Mobiliargegenstände versteigern, nemlich:

a. am ersten Tage: 1 zweijähriger Fassel, 11 Stück Rindvieh, alles Holländer Race, Fuhr- und Ackergeräth, als: 1 breiter und 1 schmaler Wagen, 2 Polterkarren, 1 Pfuhlkarren mit Faß, 8 Hinterpflüge verschiedener Sorte, 4 Vorderpflüge, 3 Eggen, 2 Walzen, ferner ein Tilbury, 1 Einspänner- und 1 Zweispänner Chaisengeschirr, verschiedenes Pferdsgeschirr, 2 Reitzeuge und eine vollständige Branntweinbrennerei;

b. am zweiten Tage: Hausmobilien, Betten, Schiff- und Geschirr durch alle Rubriken, 2500 Gebund verschiedenes Stroh, 150 Centner Klee- und Wiesenheu, 1 Partie Fruchtspreu und 100 Ctr. Gelbrüben;

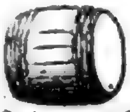
c. am dritten Tage: 1 große Kelter, 1 Abladzuber, mehrere Wein- und Branntweinfässer von ½ bis zu 10 Ohm, Oelfässer, Züber, Ständer, 1 neue Strohbank, 9 Hanfbrecher, 1 Bäckereinrichtung, 1 Oelpresse sammt Geschirr, 1 Wellbaum, 1 Windmühle, 14 Körbe Bienen mit dem Stand, steinernes Gesims, 2 ditto Futtersärge, 3 Eichstämme 35 Fuß lang mit 27 Zoll Durchmesser, verschiedene Diele zu Wasserrädern und 2 eichene Schmiedklötze, 1 neue große Balkenwaage und Ketten verschiedener Gattung.

Sollte die Versteigerung der obigen Gegenstände am dritten Tage nicht beendigt sein, so wird dieselbe am folgenden — also am 11. März — fortgesetzt.

Dirmstein, den 24. Februar 1852.

Wagner, Notar.

[820³] **Weinversteigerung.**



Dienstag, den 2. März 1852, Nachmittags 1 Uhr, zu Speyer im Wirthshause zur Blume bei Johannes Fehn, lassen die Wittwe und Erben des zu Speyer verlebten Weinwirthes Johannes Fehn, der Abtheilung wegen, nachbezeichnete Masse Weine versteigern:

1846er	1500	Liter	Birkweiler,
„	4000	„	Hambacher,
1848er	2500	„	Birkweiler,
„	3000	„	Herrheimer,
„	200	„	rothen Deidesheimer,
1849er	1100	„	Hambacher,
„	2000	„	Königsbacher,
1850er	1200	„	Herrheimer,
1851er	1500	„	Birkweiler.

Unmittelbar nach dieser Versteigerung läßt Ludwig Franz Rothermel, Kaufmann in Speyer wohnhaft, seine nachbezeichnete Weine versteigern:

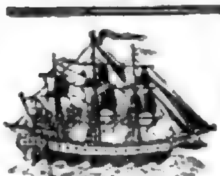
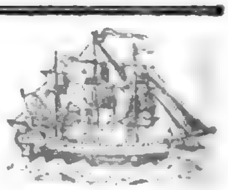
1846er	1500	Liter	Freinsheimer,
„	800	„	Deidesheimer,
„	1500	„	Deidesheimer Auslese,
1848er	3400	„	Herrheimer,
1850er	1000	„	Speyerer,
„	1000	„	Mußbacher.

Die Weine lagern alle zu Speyer, jene der Wittwe und Erben Fehn im Heppenheimer'schen Keller, jene des Hrn. Rothermel in dessen eigenem Keller.

Bis zur Versteigerung können jederzeit Proben an den Fässern selbst genommen werden.

Speyer, am 5. Februar 1852.

Hoseus, Notär.

„Die Fürsorge."

Concessionirtes Hauptunternehmen für Auswanderung.

Bestimmte Abfahrten für die Monate Februar und März.

In Havre:

New-York,
29. Febr., 8., 12., 18. und 28. März.

New-Orleans,
28. Febr., 3., 8., 12., 18. und 28. März.

In Bremen:

New-York,
1. und 15. März.

Baltimore,
1. und 15. März.

New-Orleans,
15. März.

Galveston,
15. März.

Von Antwerpen nach New-York:
25. Februar, 5. und 20. März.

Von Rotterdam nach New-York:
1., 15. und 25. März.

Bei dem außerordentlichen Andrange von Auswanderern sind frühzeitige Anmeldungen im Interesse derselben anzuempfehlen.

Wegen Abschluß von Schiffsverträgen oder sonst zu wünschende Auskunft beliebe man sich an uns und unsere bekannten Herren Agenten zu wenden.

Neukreystädt.
Die Unternehmer:
[842] **Huth u. Cie.**

Mannheim.
Das Central-Bureau:
Wm. Bissinger, General-Agent.

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 52) den 29. Februar 1852.

Deutschland.

München, den 23. Febr. Im constitutionell-monarchischen Vereine, für Freiheit und Gesetzmäßigkeit ist man zum Entschluße der Selbstauflösung durch die Zeitverhältniße gelangt. Nicht mit allen Regierungsmaßnahmen einverstanden, beliebt man doch nicht, dieselben frei zu besprechen oder ein oppositionelles Votum dagegen zu erheben, weil man sich nicht in die Lage versetzen will, aufgelöst zu werden und sich als „Wühler“ bezeichnen zu lassen. Ueber die Auflösungsfrage wird nächsten Freitag definitiv abgestimmt. Die dem Bürgerstande angehörenden Mitglieder sind für den Fortbestand, die Beamten, namentlich die Herren Professoren, für Auflösung. (Nürnb. Kur.)

Mannheim, den 24. Febr. Vor etwa 10 Tagen hat den Schiffer Hildesheim von Boppard ein Unfall betroffen. Er hatte von Keßler in Karlsruhe eine Locomotive von über 400 Ctnr. Schwere geladen. Zwischen Germersheim und Rheinsheim hatte er das Unglück, daß sein Schiff, „Stadt Coblenz“ genannt, an einen Faschinenbau anstieß und sich so stark auf die Seite neigte, daß die Locomotive in den Rhein hinaus lief, wo sie nur 50 Fuß tief unter dem Wasser auf dem Boden des Rheins und zwar auf der Seite liegt. Rangschiffer Weidner von Coblenz, der schon mehrere derartige Gegenstände aus den Fluthen zu Tage gefördert, und der auch eine Laterne erfunden, mit der man bis zu dieser Tiefe Gegenstände bequem aufsuchen kann, hat es mit Schiffer Schneckenberger unternommen, diese Locomotive aus ihrem Fluthengrabe hervorzuziehen, und wir hoffen, in 14 Tagen den günstigen Erfolg dieses Unternehmens melden zu können. Die Maschine war zu 36,000 fl. assecurirt; da sie aber 40,000 fl. kostet, ist, ohne die Kosten für das Herausheben zu rechnen, noch immer ein Verlust von 4000 fl. vorhanden.

Kassel, den 20. Febr. Von Dr. Kellner sind Nachrichten eingelaufen wonach er seine Ueberfahrt nach England glücklich bewerkstelligt hat. Mehrere Soldaten der Leibgarde, welche in der Nacht vom 13. auf den 14. im Castell auf Wache waren, sind noch nachträglich verhaftet worden.

Aus **Schwerin** vom 21. Febr. erfährt man jetzt in Beziehung auf die Verhaftung des frühern Postrevisors Woebler, daß die Anklage auf Aufreizung zum Aufruhr und auf Hochverrath lautet und daß derselbe auf sein Gesuch, gegen Caution freigelassen zu werden, vom Criminalcollegium abschläglich beschieden worden ist. Veranlassung zu dieser Criminaluntersuchung scheint die Proclamation des Märzvereins an das deutsche Heer zu sein, unter welcher sich Woehlers Name befindet; Woehler stellt es jedoch in Abrede, jene Proklamation selbst unterschrieben zu haben und da das Original derselben schwerlich noch vorhanden ist, die übrigen Schriftführer und Vorsitzenden des Märzvereinscongresses aber entweder todt oder flüchtig sind, so dürfte ein Zeugenbeweis wohl kaum zu führen sein.

Wien, den 20. Febr. In Venedig ist das bagno marittimo auf Befehl des Kaisers abgeschafft worden. In Folge dessen ist an die Gerichte die Weisung erlassen worden, fortan nicht mehr auf eine in jener Strafanstalt abzubüßende Strafe zu erkennen.

Frankreich.

Paris, den 21. Febr. Hr. Bocher befindet sich noch auf der Conciergerie, und hat bereits zwei Verhöre gehabt. Er erklärte, daß er an keine Verschwörung gegen die Regierung, an keine Verleitung von Militärs zum Ungehorsam gedacht, daß er bloß seinen Pflichten als Mandatar der Prinzen von Orleans gemäß deren Schreiben an die Testamentsvollstrecker Ludwig Philipps habe verbreiten wollen, ein Schreiben dessen wesentlichster Zweck war die gegen das Andenken ihres Vaters erhobenen ungerechten Beschuldigungen zurückzuweisen. Da die bei ihm angestellte Hausuntersuchung ohne Erfolg blieb, und auch im Verhör kein Anhaltspunkt zu einer Anklage vor dem Kriegsgerichte aufgefunden war, so läge hier bloß das Vergehen der Verbreitung unerlaubter Druckschriften vor, was dem Angeklagten höchstens eine Strafe von einigen Monaten Haft zuziehen könnte. Allein da man in hohen Regionen einen öffentlichen Proceß vor dem Zuchtpolizeigericht wegen dieser Angelegenheit vermeiden möchte, so hat man, wie es heißt, dem Präsidenten gerathen sich damit zu „begnügen“ daß er Hrn. Bocher in die Verbannung schicke. (A. Z.)

Afrika.

Das Schreiben eines zu Melilla an der Küste von Nordafrica in Garnison liegenden spanischen Officiers erzählt von den sich häufenden Seeräubereien in den dortigen Gewässern: „Der Uebermuth der benachbarten Mauren — heißt es in demselben — hat einen solchen Höhepunct erreicht, daß es schwer ist, ihn zu beschreiben. Seitdem sie unglücklicher Weise die Goelete „Emilia“ und die englische Brigg „Violet“ kaperten, zeigen sie solchen Muth, daß sie beständig Jagd auf unsere Fischerboote machen und diese sich nicht mehr aus dem Bereiche der Festungskanonen heraus wagen. Aber nicht allein unsere Fischerboote, ja, selbst die Kauffahrteischiffe aller Nationen sind nicht sicher gegen die Raubgier dieser Piraten. Noch in voriger Woche machten sie Jagd auf ein hamburgisches und ein hannover'sches Schiff, die beide mit genauer Noth unsere Rhede erreichten. Am 20 Jan. wäre ein Holländer sicher ihre Beute geworden, wenn nicht zu rechter Zeit noch ein französischer Kriegsdampfer erschienen wäre, der die Räuber verscheucht hätte. Alle Kauffarteischiffe laufen gleiche Gefahr, wenn sie sich der afrikanischen Küste genähert und dort Windstille sie trifft. Die Seeräuber sind Kabilen und haben vom Cap Trasforcas bis zum Riff 50—60 lange Boote, die sie Carabos nennen.“

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[826a] **Versteigerung von 200 Fuder Pfälzer Wein.**

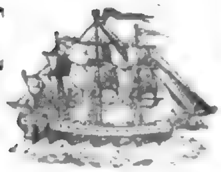
Mittwoch, den 10. März l. J., Morgens 9 Uhr, läßt Herr Georg Theobald, Gutsbesitzer zu Rhodt, in seinem Wohnhause allda, öffentlich versteigern:

64 Fuder 1848r und 1849r gemeiner und gemischter,
134 „ 1846r gemeiner, gemischter, Rieling und Traminer, Hambacher, Rhodter, Gimmeldinger, Musbacher und Deidesheimer,
2 „ 1846r rother Gräfenhauser und Kallstadter.

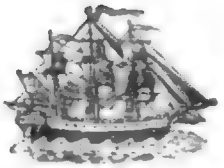
Edenkoben, den 10. Februar 1852.

Keller, Notar.

[796]



Regelmäßige Postschifffahrt



zwischen Antwerpen und New-York.

Abfahrten wie folgt:

Am 5. März „Richard Alsop" (ein ganz neues, ausgezeichnetes, schönes Schiff), Cap. Post,
„ 15. „ „Edwina," Capitän Parmelee,
„ 1. April „Peter Hattrick," Capitän Rockwell.

Ferner expediren wir nach **New-Orleans:**

Am 5. Februar „Uncas," Capitän Loones.

Die Schiffe dieser Linie sind alle als vorzügliche schnellsegelnde amerikanische Dreimaster bekannt.

Die Reise von Ludwigshafen bis nach Antwerpen geschieht unter Begleitung eines eigens dazu angestellten gewandten und zuverlässigen Conducteurs.

Nähere Auskunft über Preise und Bedingungen ertheilen:

Dr. G. Strecker in Mainz, **Ant. Joseph Klein** in Bingen, **Joseph Stoeck** in Creuznach,

Strecker, Klein & Stoeck in Antwerpen,

sowie deren Agenten:

Pfaff & Lederle in Ludwigshafen a. Rh. **Louis Merckle** in Speyer. **Joseph Schuler** in Zweibrücken. **C. J. Fischer** in Neustadt a. d. Hdt. **Etienne & Holzbacher** in Kaiserslautern.

[840a]

Mobiliar-Feuerversicherungsanstalt
der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München.

Geschäftsabschluß pro 1851.

	fl.	kr.
Das **Versicherungs-Kapital** der Anstalt laut Ausweis des vorjährigen Rechenschaftsberichts am Schlusse des Jahres 1850 im Belaufe von	171,372,060	—
erhielt in dem Jahre 1851 einen reinen Zugang von	3,311,995	—
und betrug demnach am 30. December 1851	174,684,055	—
An Brandentschädigungen wurden an 333 Betheiligte verausgabt	177,585	46
und seit dem Bestehen der Anstalt	1,983,564	48
Von dem Gewinne konnte dem Reservefond der Anstalt (bei Beginn des Jahres 408,725) — die Summe von 48,775 fl. zugewiesen werden, wonach sich der Reservefond nunmehr auf stellt.	457,500	—
In diesem, dann dem Prämienübertrag von	181,035	12
endlich dem ursprünglichen Garantie-Kapital von	3,000,000	—
	3,638,535	12

bestehen die **Deckungsmittel**, welche die Anstalt ihren Versicherten gibt.

Diese Garantien werden dem versicherungssuchenden Publikum um so mehr Beruhigung gewähren, als die Anstalt auch bei außergewöhnlichen Unglücken, zu welchen wohl der Brand von Traunstein gerechnet werden kann, nicht bloß von der Beihülfe ihres Reservefonds Umgang nehmen, sondern auch beim Jahresschluß demselben einen bedeutenden Zuwachs geben konnte. Man erlaubt sich daher die Versicherungen der Mobilien jedem für Sicherung seines Besitzes einigermaßen besorgten Hausvater dringend anzuempfehlen, indem schleunigste und ungeschmälerte Entschädigung der Assekuranz entsprechend zugesichert wird.

Die Versicherungsanträge werden durch nachstehende Herren Agenten in der Pfalz entgegengenommen:

Bähr, F. A., k. Polizeicommissär in Ludwigshafen.
Bonafegla, B., Geschäftsmann in Dürkheim.
Binger, C., Einnehmer in Cusel.
Bickner, H., Kaufmann in Landstuhl.
Deidesheimer, F., Kaufmann in Neustadt.
Durlacher, L., Geschäftsmann in Grünstadt.
Ehrhard, F., Kaufmann in Frankenthal.
Fischer, C., Geschäftsmann in Candel.
Gentes, J., Kaufmann in Zweibrücken.
Hafen, M., Kaufmann in Winnweiler.
Jäger, F., Kaufmann in Bergzabern.
Lippert, C., Geschäftsmann in Kaiserslautern.
Lehné, F., Bürgermeister in Lauterecken.
Märdian, T. Dr., in Germersheim.
Müller, G. P., Bürgermeister in Alsenz.
Schneider, J. Th., Kaufmann in Landau.
Schneider, L., Verificator in Pirmasenz.
Sauerbrey, C., Kaufmann in Homburg.
Saarbach, C., Geschäftsmann in Kirchheimbolanden.
Schlick, J. P., Kaufmann in Edenkoben.
Wolfer, A., Posterpeditor in Mutterstadt.

Man wird bemüht sein, die Anträge unter den möglichst vortheilhaften Bedingungen zu besorgen.

Speyer, den 18. Februar 1852. **Die Hauptagentur für die Pfalz:**
Gérard.

---

[804]

Niederländische Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

Fahrten von Ludwigshafen am Rhein vom 25. Januar an:

Nach Köln—Rotterdam, jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag 4 Uhr Morgens.

Das Dampfboot „Tyenoord" fährt jeden Dienstag von Rotterdam nach London.

Nähere Auskunft bei dem Agenten:

C. Aug. Exter in Ludwigshafen a. Rh.

Neue

Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 53 | den 2. März 1852.

Deutschland.

➤➤ **Aus der Pfalz.** Ein französischer Schriftsteller sagt: „wenn eine Staatsgesellschaft in Gährung gerathen, so kömmt immer Schlamm zum Vorschein.“ Wir sind weit entfernt, persönliche Beziehungen hiermit im Auge zu haben, sondern wir meinen nur ganz einfach das Residuum an und für sich, das Caput mortuum, welches, in Folge der schärfern, überwiegenden Trennung der Parteien in den unabwendbaren, kritischen Stunden, sich im gesellschaftlichen Leben niedergesetzt hat und als ausschließliches Eigenthum der Reaction manipulirt wird. Bei uns fängt der so durch Haß und Furcht erzeugte Riß im gesellschaftlichen Leben zum Leidwesen Weniger sich wieder zu verdecken, und man ist der festen und vernünftigen Ueberzeugung, daß gute Sitte und gesunder Sinn auch Männer verschiedener aber ehrlicher Principien wieder zusammen führen wird. — In Preußen dagegen scheint dieses Verhältniß im schlimmsten Grade bis jetzt fortgedauert zu haben, daher die Nationalzeitung diesen Zuständen, welchen sie endlich durch den neulichen Erlaß des Ministerpräsidenten auf ausdrücklichen Befehl des Königs an die untergeordneten Stellen „wegen sich häufender Beschwerden der achtungswerthesten Classen der Gesellschaft über bureaukratische Bedrückung“ ein baldiges Ende gemacht zu sehen wünscht, einen größern Leitartikel widmet. Wir können nicht umhin, der richtig getroffenen Merkmale wegen, welche jenen verpestenden Schlamm characterisiren, folgende Stellen anzuführen:

„Die Democratie kannte im Sommer 1848 keinen Haß; mit dem Umschlag zeigte er sich sofort auf der andern Seite. Man fing damit an, nicht mehr zu grüßen; man ging über zu Denunciationen und man ist dabei angelangt, daß vertraute Freunde sich nicht mehr sehen dürfen, weil der eine fürchtet Schaden zu haben, ein Avancement, eine Gratifikation einzubüßen, vielleicht sein Amt zu verlieren, ja daß die Dankbarkeit und die heiligsten Pflichten verleugnet werden müßen.

Pfiffige Leute verstehen es, da sie in sich keine Kraft fühlen, um eine auf Achtung basirte Autorität zu üben, das Gemüth durch Zuraunen, Warnen, kleinen Vexationen, policeiliche Verdächtigungen zur größten Unruhe aufzustacheln und sind so gewissenlos das Gemeinwesen zu schwächen, die trennende Kluft des Unfriedens immer weiter aufzureißen, um nur bequem ihre Rolle spielen zu können.

Und gerade die Ausreißer von 1848 sind die schlimmsten in Bedrückung jeder Art, sie wollen nach Oben vergessen machen, nach Unten sich rächen. Wer gar keine Gesinnung hat, ist im günstigen Moment am vorlautesten.

Es wäre in der That zu wünschen, wenn endlich dieser Situation, die wir bei der jetzigen Lage der Dinge für gefährlich halten, ein Ende gemacht würde. An Gelegenheit fehlt es nicht, besonders in den Provinzen. Das Gefühl, daß jedem sein Recht widerfahren solle, und die Sicherheit, daß keine Intrigue, keine Verdächtigung das Recht schmälern könne, ist der festeste Kitt für das Staatsgebäude.“

° **München.** Rede des Abg. Kolb bei Berathung des Budgets in der Abgeordnetenkammer. (Fortsetzung.)

Betrachten wir nun den Staatsbedarf. Hier haben wir einen Bedarf in der Zusammenstellung angeführt von 37¼ Millionen. Der Bedarf ist in Wirklichkeit viel bedeutender, wenn wir die Betriebsausgaben für diejenigen Anstalten, welche der Staat unterhält, mit in Ansatz bringen; allein ich gebe zu, sie gehören großentheils nicht hierher. Verschiedene dieser Ausgaben sind aber bereits von den Einnahmen abgerechnet, welche keine Betriebsausgaben sind, wie die Besoldungen, welche die wirklichen Beamten beim Forstwesen, bei den Rentämtern rc. beziehen. Berechnen Sie diese Beträge, und die daran klebenden Pensionen dazu, so bekommen Sie einen Gesammtbedarf von ungefähr 41,700,000 fl.

Unter den einzelnen Positionen sind es besonders einige, die durch ihre Größe zunächst in die Augen fallen. Es erscheint zuerst: die Staatsschuld mit 9,810,000 fl., die Civilliste mit nahezu 3,000,000 fl., das Militär mit 9,792,000 fl. Zu diesen Positionen kommen aber noch einige weitere, die man auf andere Weise aufsuchen muß, weil sie unter verschiedenen Rubriken zerstreut sind. Es gehört hieher vor Allem die Summe auf Besoldung der Civilbeamten. Diese ist enorm groß. Sie beträgt beiläufig, (ganz genau konnte ich sie nicht berechnen, da mir einige Elemente fehlten) 9,135,000 fl.

Rechnen Sie dazu die Bureaubedürfnisse, Diäten, Reise- und Umzugsgebühren rc., mindestens mit ½ Millionen; dann die Pensionen, welche im Ganzen 3¼ Millionen betragen, wovon aber über anderthalb Millionen beim Pensionsamortisationsfond und beim Militär bereits verrechnet sind; rechnen Sie also nur den Rest mit 1,746,000 fl., — so bekommen Sie einen Bedarf für die Civilbeamten von mehr als 11¼ Millionen. Nehmen Sie hiezu die Ausgaben für Kultus mit anderthalb Million, so ergibt sich, daß die von mir bezeichneten Posten allein über 35¼ Millionen in Anspruch nehmen.

Zur Deckung aller übrigen Staatsbedürfnisse bleiben sonach nur 6 Millionen. Hievon sind zu decken: die Kosten für den Landtag, für Erziehung und Bildung, Volks- und Spezialschulen, Gesundheit, Wohlthätigkeit, Sicherheit, Industrie und Kultur, Straßen-, Wasser-, und Brückenbau, Landbau, — der Reservefonds, — und dann überhaupt Alles, was zur Förderung der materiellen Interessen des Volkes nothwendig ist.

Für unmittelbare Förderung der materiellen Interessen des Volkes könne bei diesem so hohen Budget von fast 42 Millionen nicht mehr verwendet werden, als etwas über drei Millionen! Um aber diese Summe von 3 Millionen herauszubringen, muß ich Positionen heranziehen, die, strenge genommen, nicht einmal hieher gehören. Ich rechne nämlich hieher die Ausgaben für Gesundheit mit Ausschluß der Besoldungen, für Wohlthätigkeit, Verpflegung und Transport der Heimathlosen, für das Taubstummen- und Blindeninstitut, das Institut für Krüppelhafte, für das Volksschulwesen, polytechnische und Spezialschulen, die Ausgaben für Bodencultur, Landgestüte, Straßen-, Brücken- und Wasserbau, exclusive der Administrationskosten, und die Landbauten, soweit sie hieher gezogen werden können. Also das Resultat ist, daß nur 3 Millionen auf unmittelbare Hebung des materiellen Wohlstandes des Volkes verwendet werden können. —

Wenn Sie sich dieses Verhältniß vergegenwärtigen, müssen Sie zu der Ueberzeugung kommen, daß hier Zweck und Mittel in einem Verhältniße stehen. Was Mittel zum Zwecke sein soll, absorbirt fast Alles, was da ist, so daß für den Zweck selbst beinahe nichts übrig bleibt!*)

*) Der obigen Berechnung zufolge ergibt sich, genauer zu-

Wenn ich nun die einzelnen hohen Ausgabspositionen ins Auge fasse, muß ich gestehen, daß bei der Staatsschuld zunächst wenig zu ersparen ist. Ich erwarte allerdings, daß eine Minderung des Zinsfußes erlangt werden kann im Laufe der Zeit; allein die Masse der Schulden ist so groß, und wächst so sehr, daß eine eigentliche Ersparung nicht möglich ist. Auf dem vorigen Landtage haben wir 29 Millionen neue Schulden decretirt, und auf diesem bereits 38 weitere Millionen, ungerechnet die Summen, die zur Abtragung älterer Schulden bestimmt sind; und wir stehen noch keineswegs am Schlusse der Bewilligungen.

Was die zweite Position, die Civilliste, anlangt, so habe ich meine Ueberzeugung früher schon dahin ausgesprochen, daß die Aufhebung des Gesetzes über die permanente Civilliste dringend geboten ist. Der Civilliste wird dabei selbst noch der Vortheil erwachsen, daß ihr manche Ausgaben erspart würden, die sie jetzt tragen muß. Ich habe hier besonders im Auge die Unterhaltung von Schlößern, die gar nicht benützt werden. Würde das Gesetz abgeändert, so wäre die Civilliste befreit von den Ausgaben für diese Unterhaltung; und das Kapital, welches in diesen Immobilien steckt, könnte überdies nutzbringend verwendet werden. Einen Antrag in dieser Beziehung erlaube ich mir nicht einzubringen, nachdem die Kammer bereits bei einer früheren Gelegenheit ihre Ansicht dahin ausgesprochen hat, daß ihr die Initiative hierin nicht zustehe.

Ich habe aber bei einer früheren Berathung beantragt, daß die Civilliste wenigstens der Einkommensteuer unterworfen werden soll, und darin hat man eine gewaltige politische Ketzerei erblicken wollen. Dennoch habe ich nichts weiter verlangt, als was der Churfürst und nachmalige König Max Joseph ausdrücklich, principiell und mit Nachdruck ausgesprochen hat.

In dem churfürstlichen Postulatrescripte vom 11. Hornung 1800 heißt es wörtlich:

„Jeder im Staate, ohne Ausnahme, ist verbunden, nach dem Verhältnisse seines Vermögens Steuer zu bezahlen."

„Nach Verhältniß" und hierunter verstand man, wie sich aus dem weiteren Inhalte klar und deutlich ergibt, eine progressive Besteuerung. Es heißt weiter:

„Auch Wir selbst entsagen hiemit für unsere Privatbesitzungen aller Steuerbefreiung, und unterwerfen Uns auch allen andern Staatsauflagen. Niemand soll in Zukunft mehr weder persönliche noch reelle, am wenigsten erbliche Steuerbefreiung erhalten können, auch nicht einmal für außerordentliche Verdienste."

In Gemäßheit dieser Principien war bei der Vorlage dessen, was wir Budget nennen, an den damaligen Landtag, der Ertrag der Abgabe von der Civilliste eingesetzt mit einem verhältnißmäßigen Steuerbeitrage. Die Einkünfte des Hofes wurden damals aus Baiern, Neuburg, Sulzbach und der Oberpfalz mit 1,612,203 fl. angegeben. Daraus seien zu bestreiten, heißt es:

„die Ausgaben Unsers Kabinets und Unserer Familie, die Hofhaltung des ganzen Churhauses, die Apanage der Fürsten, Fürstinnen und Wittwen des Churhauses, sämmtliche Hofstäbe, die Bauten und Unterhaltung Unserer Schlösser, die sehr beträchtlichen Stiftungen des Churhauses, die Leibgarde der Hartschier und Trabanten," —

eine Ausgabe, die heut zu Tage auf dem Militäretat steht obwol die Civilliste fast auf das Doppelte gestiegen ist, —

„und Alles dasjenige, was der Staatskasse nicht zur Last fallen kann."

Dessenungeachtet ist eine Steuer eingesetzt und zwar als erste Post im Einnahmebudget, mit 43,117 fl. — beinahe drei Procent der Einnahme — mehr als nach dem Einkommensteuergesetz gefordert werden könnte. Und bei dieser Besteuerung bemerkt das Staatsoberhaupt:

„Hätten wir Unsere Kammergüter in besserer Administration übernommen, oder hätten Wir dieselben noch alle im Besitze, wie sie von Unsern Voreltern besessen worden, aber großentheils an Klöster und Ritter in Baiern übergegangen sind, so würden wir jetzt schon zur Staatskasse einen größeren Beitrag machen können; indessen werden Wir aber bei Unsern Kammergütern solche Administration einführen, daß dieselben im Stande sind, soviel zur Staatskasse abzugeben, als bei einer künftigen allgemeinen Steuerrectification an der verhältnißmäßigen"

— d. h. progressiven, steigenden —

„Steuer auf sie fallen wird. Ein Mehreres wird man billigerweise doch nicht fordern können."

Sie ersehen also hieraus, daß dasjenige, was ich beantragt habe, gerade nicht so exorbitant war. — (Schluß f.)

München, den 24. Febr. Nach einer hier eingetroffenen Nachricht sind am Zollcongresse zu Wien die Artikel Tabak, Tabakfabrikate und Schießpulver vom freien Verkehr ausgeschlossen worden. Der Transit derselben soll zwar überall zollfrei sein, doch sollen in Vereinsstaaten, wo diese Gegenstände Monopol sind, Eingangsverbote gegen dieselben erlassen werden können.

Darmstadt, den 24. Febr. Es ist eine Abtheilung Soldaten in unserem Odenwald beordert worden, nicht um Unruhen politischer Natur vorzubeugen, sondern um den Besitzenden gegen den Nichtbesitzenden zu schützen. In Folge des dort herrschenden Mangels hat sich nämlich nicht nur die Zahl der Fordernden vermehrt, sondern auch Ungestüm und Zwang sich dabei geltend gemacht. (A. Z.)

Kassel, den 20. Febr. Gestern wurde Hrn. Henkel im Beisein seines Vertheidigers das kriegsgerichtliche Urtheil, welches auf 3½jährige Festung und Verlust der Nationalcocarde lautet, publicirt.

Stuttgart, den 26. Febr. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kam die entscheidende Grundrechtsfrage zur Erörterung und Abstimmung. Anträge auf einfache Tagesordnung wurden von der Kammer abgelehnt; eben so ein Antrag auf motivirte Tagesordnung (mit 74 gegen 12 Stimmen), und Schoder's Antrag (das Recht gegen verfassungsverletzende Handlungen zu wahren) mit 66 gegen 20 Stimmen. Dagegen wurde folgender Antrag der Commission mit 54 gegen 32 Stimmen genehmigt: „Die Kammer möge zur Wahrung des in Württemberg in Betreff der Grundrechte bestehenden Rechtszustandes wiederholt aussprechen, daß dieselben für Württemberg verbindliche Kraft haben und nur auf dem Wege verfassungsmäßiger Verabschiedung aufgehoben oder abgeändert werden können." Staatsrath v. Plessen: Ein Theil der Kammer habe erklärt, daß er das Zurechtbestehen der Kammer nicht anerkenne, die Regierung habe diese Sache bisher auf sich beruhen lassen können, jetzt aber, da ein Kammerbeschluß vorliege, gestalte sich die Sache wesentlich anders; es sei Forderung des Rechts und der Ordnung, ja er möchte sagen, des parlamentarischen Anstandes, daß eine solche Diffrepanz nicht länger fortbestehe. Entweder müßen die Herren von ihrer Erklärung zurückgehen oder aus der Kam-

---

sammengestellt, folgendes Resultat; Der Gesammtstaatsbedarf beträgt 41,700,000 fl. Hievon erfordern:

die Staatsschuld	9,810,000 fl.
die Civilliste	2,950,000
die Armee	9,792,000
die Beamten	11,631,000
die Kirchen	1,562,000
diese 5 Posten zusammen . .	35,745,000
Für alle andern Ausgaben bleiben also kaum noch	6,000,000

und davon können nur etwa 3,100,000 fl. auf unmittelbare Verbesserung der materiellen Bedürfnisse des Volkes verwendet werden. — Die Richtigkeit dieser Berechnung konnte der Referent, v. Lerchenfeld, in seiner Schlußrede nicht in Abrede stellen.

zu austreten. Zunächst sei nun die Ordnung der Angelegenheit Sache der Kammer, wenn aber diese nicht darauf eingehen sollte, so werde die Regierung darauf zurückkommen. Frhr. v. Varnbüler beantragt Verweisung dieser Frage an die Commission. Präsident: Zunächst werde zu erwarten sein, wie die betreffende Seite des Hauses auf dieses weiter sich erklären werde. Wiest v. E.: Die Kammer werde abwarten, ob die Opposition fortwährend protestire, wenn dieses der Fall sei, so müße sich die Kammer die verfassungsmäßigen Schritte dagegen vorbehalten. v. Varnbüler: Er behalte sich vor, seinen Antrag in den nächsten Tagen zu wiederholen. (F.J.)

Weimar, den 24. Febr. Ein abscheulicher Landfriedensbruch ist dieser Tage im Neustädter Kreise verübt worden. Aus 4 Dörfern drangen wüthende Haufen in die Besitzung eines Gutsherrn, versuchten dieselbe erst in Brand zu stecken, und da dieses nicht gelang, so stürmten sie in die Keller, ließen alle Branntweinfässer auslaufen, sprachen selbst dem feurigen Getränke tüchtig zu und zerstörten dann das kostbare Mobiliar des Gutsbesitzers, dessen Leben selbst bedroht gewesen wäre, hätte er sich nicht rasch entfernt. Es ist nun sofort eine Compagnie Militär von Weimar aus nach jener äußersten Gränze des Großherzogthums (das Gut liegt zwei Stunden von Gera) abgegangen, um dem Kreisgerichte Weida bei der Vornahme der Verhaftungen beizustehen. Sofort sind auch 40 Personen eingezogen worden; allein man ist in Verlegenheit wegen ihrer Unterbringung, da in den Gefängnißen des Kreisgerichts bei Weitem weniger Raum ist.

— den 27. Febr. Nachdem gestern die Verhandlung über das Wahlgesetz zu Ende gekommen und der Regierungsentwurf mit den vom Ausschuß beantragten und vom Ministerium im Ganzen gebilligten Modificationen mit 26 gegen 14 Stimmen angenommen worden war, erklärte die aus 12 Abgeordnete bestehende Linke ihren Austritt aus dem Landtag.

Berlin, den 26. Febr. Heute wurde ein hiesiger Kaufmann verhaftet, der sich in der Geschäftswelt eines guten Rufes erfreute und allgemein für einen wohlhabenden Mann galt. Derselbe soll, wie verlautet, seit langen Jahren einen Verkehr mit Dieben unterhalten haben, und jetzt der Diebshehlerei überführt worden sein.

In Stettin hat sich der Spener'schen Zeitung zufolge eine Gesellschaft gebildet, die es auf Abschaffung der Verfassung abgesehen hat. Sie betrachtet sich gewissermaßen als den Kernpunct für ähnliche Bestrebungen und nennt sich deßhalb „Centralcomite für Abschaffung der Verfassung."

Wien, den 26. Febr. Der Kaiser ist nach Triest abgereist (zur Begrußung des russischen Großfürsten in Venedig.)

Belgien.

Brüssel, den 25. Febr. Zwei radicale Blätter unserer Hauptstadt, „Le Messager des Chambres" und die „Nation", hatten kürzlich die Artikel aufgenommen, welche in der 6. und 7. Nummer des „Bulletin Français" veröffentlicht werden sind. Auf das Verlangen des Herzogs v. Bassano, des hiesigen französischen Gesandten, ist eine gerichtliche Verfolgung gegen jene beiden Journale eingeleitet worden.

Frankreich.

Die Allgem. Ztg. enthält einen Artikel aus **Paris** vom 22. Febr. worin es u. a. heißt: Ich glaube kaum, daß es in Europa gegenwärtig einen Menschen gibt, der Ludwig Napoleons Loos beneidenswerth finden dürfte. Rief doch einer seiner Diener sehr characteristisch aus: „Ach ich wünschte lieber in einer Bürgerfamilie zu dienen als beim Präsidenten, der Mann dauert mich zu sehr." Ludwig Napoleon, der glückliche Vollbringer des Staatsstreiche, der Beschwörer und Vernichter des rothen Gespenstes, der zukünftige Kaiser, der Träger aller Reminiscenzen einer glorreichen Soldatenherrschaft, führt ein düsteres Leben. Er wird von zwei tobenden Gefühlen aufgezehrt: von unersättlichem Thatendurst und von dem Bewußtsein, nach allen Seiten noch Berge voll Hindernisse vor sich aufgethürmt zu sehen. Er entkleidet sich oft ganze Nächte nicht. Bald setzt er sich an seinen Schreibtisch und arbeitet, springt aber beim leisesten Geräusch auf der Straße, beim Rasseln eines Frachtwagens empor und klingelt einem seiner Diener, den er herrisch anruft: „Was war das für ein Lärm?" „Schnell!" „Sieh nach!" „Die Wachen sind doch alle in Ordnung?" „Nun geh doch!" Manchmal, wenn die Kräfte ihn verlassen, wirft er sich todtmüde auf einen Divan, immer angezogen, schlummert ein, wird durch seinen eigenen Traum geweckt — und es wiederholt sich die angeführte Scene.

Paris, den 24. Febr. An die Bundesregierung der Schweiz ist eine neue nachdrückliche und kategorische Note abgegangen. — Das Kriegsgericht zu Lyon hat am 22. 6 Personen zur Deportation in eine Festung und 2 zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt; das dortige Verfahren gegen die Theilnehmer an den December-Aufständen ist damit beendigt.

— den 25. Febr. Für die Departements veröffentlicht heute der „Moniteur" eine nachträgliche Liste von Regierungscandidaten, in der man jedoch auf keine bekannte Namen stößt. — Der Privatsecretär Cavaignac's wurde vorgestern verhaftet. Ein Unteroffizier des 30. Regiments wurde gestern Abends auf dem äußeren Boulevard von vier Personen überfallen, niedergeworfen und lebensgefährlich mißhandelt. Seinen Säbel, Mütze 2c., die sie ihm abnahmen, fand man später an der Barriere wieder. — Gestern früh wurden am Eingange der Straße St. Martin etwa zwanzig Blousenmänner verhaftet, die schon mehrere Straßen unter Absingung des Refrains: „ça ira, ça ira, les aristocrates à la laterne!" durchzogen hatten. — Vor dem Assisenhofe der Seine begann heute der Proceß gegen dreizehn Mitglieder einer unter dem Namen „Communisten-Bund" errichteten geheimen Gesellschaft, deren Zweck dahin ging, die verschiedenen communistischen Secten zu vereinigen, um zuerst in Frankreich zu wirken und dort eine Revolution zu vollführen, welche sich nachher über die verschiedenen deutschen Staaten verbreiten sollte.

Am gestrigen Tage haben doch etwa fünfzig Verhaftungen auf dem Bastillenplatze Statt gefunden. Ein Theil der Verhafteten ist heute Morgens wieder in Freiheit gesetzt worden, andere dagegen, die sich widersetzt oder die Polizeisergeanten injurirt haben, werden vor Gericht gestellt werden. (K. Z.)

Strasburg, den 26. Febr. Aus dem Oberelsaß erfahren wir, daß in den letzten Tagen mehrere Decembergefangene ihrer Haft entlassen und einige andere aus den französischen Gebieten verbannt wurden.

Italien.

In **Neapel** ist die Leitung aller Gefängnisse der Hauptstadt wiederum den Mönchen übertragen worden, welche sie vor dem Jahre 1848 in Händen hatten.

Rußland.

St. Petersburg, den 19. Febr. Die St. Pet. Ztg. enthält Nachrichten aus dem Kaukasus vom 5.—7. Jan. (a. St.) An diesen Tagen haben die russischen Truppen mehrere Auls in der großen Tschetschna zerstört und mehrere Vortheile über Schamil davongetragen.

Türkei.

Konstantinopel, den 14. Febr. Die Angelegenheit des heiligen Grabes ist mit gleichen Rechten für alle christlichen Bekenntnisse geschlichtet.

Vereinigte Staaten.

Neuyork, den 11. Febr. Die Verhandlungen unseres Congresses bieten wenig Interesse dar. Bemerkenswerth ist indessen, daß der Senat jüngst den Beschluß faßte, es solle ein Geschäftsträger für die Schweiz bestellt werden. — Chevalier Hülsemann ist zu Neu-Or-

leans angekommen; man glaubt, er wolle im Süden gegen Kossuth arbeiten. — Eine amerikanische Barke hat Johanna auf den Comoro-Inseln mit einigen Kugeln bombardirt wegen Plackereien amerikanischer Wallfischfänger. Der König verstand sich hierauf zu einer Contribution von 20,000 Dollars, theils in Baar, theils in Waaren. — In Neu-Mexico sind wieder an mehreren Orten Silberminen entdeckt worden.

Neueste Nachrichten.

München, den 26. Febr. In der heutigen Sizung der Kammer der Abg. wurde über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe in Betreff der Gesetzentwürfe über die Distrikts- und Kreisräthe berathen. Einige Modifikationen der Kammer der Reichsräthe wurden angenommen, andere und zwar die wesentlichen verworfen, darunter diejenige, nach welcher die sechs höchst besteuerten Grundbesitzer persönlich in den Distriktsrath berufen sein sollten.

— den 27. Febr. Das Ordinariat des Erzbisthums München und Freising hat sich in Folge der Ueberhandnahme der Verbrechen des Kirchenraubes veranlaßt gesehen, den Seelsorgeklerus zu ermahnen, daß er das Volk nicht blos über die Schwere des gedachten Verbrechens, von dem blos der Papst lossprechen kann, belehre, sondern dasselbe auch auf die in mehreren Bestimmungen des kanonischen Rechts ausgesprochene Strafe der Excommunication und des Ausschlusses vom christlichen Begräbnisse aufmerksam mache, welche die Kirche für den Fall des nicht erfolgten Schadenersatzes auf dasselbe gelegt hat. (Vfobtn.)

Landshut, den 26. Febr. In der heutigen öffentlichen Sitzung des k. Kreis- und Stadtgerichts wurde die Marionetten- und Taschenspielerin Karoline Dylany von Bummelbach bei Straßburg wegen Verbrechens des ausgezeichneten fortgesetzten Betrugs, verübt durch Mißbrauch des Aberglaubens und der Religion zu 2 Jahren Arbeitshaus verurtheilt.

Darmstadt, den 26. Febr. Die Regierung hat in einer gestern an die zweite Kammer gebrachten Proposition einen Credit von 50,000 Gulden zur Unterstützung der Nothleidenden im Lande, namentlich mit Brod- und Saatfrüchten, verlangt. Heute, nach fünfstündiger Berathung, bewilligte die zweite Kammer denselben.

Eltville, den 27. Febr. Durch Ministerialverfügung vom 18., sowie durch kreisamtlichen Erlaß vom 24. ist der hiesige Turnverein aufgelöst.

Paris, den 26. Febr. Durch präsidentielles Decret wird verfügt, daß alle Preßvergeben, welche nicht schon in die Decrete vom 31. Decbr. 1851 und vom 17. Febr. 1852 einbegriffen seien, und deren Aburtheilung gegenwärtig noch den Geschwornengerichten zustehe, fortan ebenfalls der Jurisdiction der Zuchtpoliceigerichte überwiesen werden, außer in solchen Fällen, für welche specielle Bestimmungen wegen der Functionen oder der Eigenschaft der Angeschuldigten bestehen.

Hr. Peyris und Hr. Juan Jose Vidante schlugen sich gestern auf Degen, in Folge des Zwistes, den sie auf dem letzten Balle des Präsidenten miteinander gehabt. Beide wurden, jedoch nur leicht, verwundet. Hr. Peyris ist französischer, Hr. Vidante spanischer Officier.

London, den 28. Febr. Die Bildung des neuen Ministeriums ist vollständig. Graf v. Derby (Lord Stanley) erklärte gestern im Parlament, er habe das Ministerium aus dem Grunde angenommen, um das Land nicht ohne Regierung zu lassen; er liebe den Frieden, aber auf große Rüstungen gestützt; er wünsche, mit Zustimmung des Volks Kornzölle auf fremdes Getraide aufzuerlegen, und erklärte sich ferner gegen jede Parlamentsreform.

Neu-Orleans, den 12. Jan. Der österreichische Geschäftsträger, Hülsemann, der sich einige Tage hier aufhielt, ist mit dem Dampfer „Philadelphia" nach Havannah abgereis't, wo er einstweilen zu bleiben gedenkt. Oesterreich hat also keinen Vertreter mehr in der Union.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[860] **Mühlenverkauf.**

Die sogenannte Hammelmühle zwischen Kirrweiler und Maikammer ist jederzeit aus freier Hand, sowohl mit den daran liegenden 7 Morgen Güter, als auch allein zu kaufen. Liebhaber belieben sich direct an den Eigenthümer Gastwirth Reinig in Maikammer zu wenden.

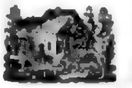
[859²] **Bekanntmachung.**

Der Unterzeichnete, durch Allerhöchste Entschließung als Gerichtsbote in Hornbach ernannt, hat seine Amtsstube in dem Wohnhause des Herrn Engelmann dahier eröffnet.

Hornbach, den 24. Februar 1852.

Eibel.

[855²] **Mühlenversteigerung in Böchingen bei Landau.**



Samstag, den 6. März 1852, Nachmittags 1 Uhr, zu Böchingen im Wirthshaus zum Lamm bei Becker, wird auf Ansuchen von Johannes Schneider und Adam Herger, beide Müller, in Böchingen wohnhaft, der Untheilbarkeit wegen auf Eigenthum versteigert:

Ein Wohnhaus sammt Mühle und Oelmühle mit 2 Pressen, Schwingmühle, Scheuer, Pferde-, Kuh- und 4 Schweinställen, Kelterhaus, Schoppen, Hof, Pflanz- und Baumgarten mit vielen Obstsorten nebst Wiese, 1 Tagwerk 26 Decimalen Flächenraum enthaltend, gelegen zu Böchingen an der Frankweiler Straße, in einer sehr schönen und vortheilhaften Lage, in sehr gutem Stande, und mit zweckmäßiger Einrichtung.

Bis zum Versteigerungstage kann die Besitzung auch verkauft werden, weßwegen man sich an die Eigenthümer wenden möge.

Landau, den 25. Februar 1852.

Heffert, Notar.

[42] **Lotto.**

Zu Nürnberg kamen den 26. Februar heraus:

24. 42. 35. 65. 72.

Die nächste Ziehung ist den 9. März zu München.

Fahrten der Local-Dampfboote Delphin I und II

zwischen Ludwigshafen a. Rh., Mainz, Bingen und Frankfurt a. M. [858]

vom 1. März 1852 an.

Abfahrt von **Ludwigshafen a. Rh.:**

Täglich 4 Uhr Nachmittags nach Mainz zum Anschluß an die letzten Taunusbahnzüge von Mainz-Castel nach Biebrich, Wiesbaden und Frankfurt a. M.

Täglich 16 Uhr Morgens von **Mainz** nach Ludwigshafen a. Rh.

Nähere Auskunft ertheilt
der Agent:

Ludwigshafen a. Rhein, den 1. März 1852.

C. Aug. Exter.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 54 | den 3. März 1852.

Deutschland.

• **Bemerkungen.** Geht Ludwig Napoleon wirklich mit dem Gedanken einer Invasion in England um? Für möglich halten wir es sehr wol, um so mehr, als es für den Neffen einen besondern Reiz haben dürfte, ein Unternehmen auszuführen, zu dessen Verwirklichung der große Oheim nicht einmal gelangte.

War unter dem Kaiser oder ist heute eine Landung in England ausführbar? Schlosser bezweifelt, ob Napoleon überhaupt nur je ernstlich eine solche beabsichtigte. Die mit den Verhältnißen vertrautesten französischen Schriftsteller dagegen sind überzeugt von der Sache. Nach einigen derselben, insbesondere dem besonders schätzbaren Bignon, müßte man sogar die Gewißheit des Gelingens der beabsichtigten Landung annehmen, wenn Napoleons Admirale seine Befehle ebenso pünktlich vollzogen hätten, wie man es von den Anführern der Landheere gewöhnt war. Der Kaiser hatte ihren, ins Einzelne gehenden Angaben gemäß, seine Berechnung so vortrefflich entworfen, daß, wäre die franz. Flotte zur bestimmten Zeit im Canale erschienen, man mehr als die genügende Frist gehabt hätte, das franz. Heer einzuschiffen und auf der englischen Küste zu landen, indeß die britische Flotte, getäuscht, gerade in den entscheidenden Momenten die franz. Seemacht in andern Meeresgegenden aufsuchte. Auch Thibaudeau und Andere geben ähnliche Versicherungen.

Heute ist ein solches Unternehmen scheinbar viel erleichtert durch das Vorhandensein der schnell sich bewegenden Dampfschiffe. Aber doch auch nur scheinbar. Alle Umstände wol erwogen, würden wir das Unternehmen einer Invasion in England heute für noch weit unausführbarer halten, als vor 46 Jahren.

Wir sehen aber einmal ab davon. Wir nehmen an, eine franz. Landung in England wäre unter dem Kaiser gelungen, oder sie gelänge heute unter dem „Präsidenten." Was dann weiter?

Wenn Napoleon, der Onkel, in Deutschland oder in Italien vordrang, so war es ihm stets ein Leichtes, aus dem eroberten Lande sogleich alle jene Vortheile zu ziehen, welche im vollen Umfange nur bei dem Fortbestande einer bureaucratischen Organisation sofort möglich sind. Es gilt dies von der ersten Zeit, in der es sich zunächst um Verpflegung des Heeres handelt, es gilt ebenso von der Folgezeit. Mochte der Kaiser ein Land mit Frankreich vereinigen, mochte er ein anderes einem seiner Brüder oder sonstigen Vasallen schenken, — immer war die Bureaucratie der eroberten Gegenden unterthänigst bereit, die Winke des Gewaltigen zu vollziehen, wie sie zuvor die Befehle der früheren „Landesherren" vollzogen hatte, und wie sie nach Napoleons Sturze gerade ebenso die der späteren Regenten ausführte. An ein freiwilliges Zurücktreten von den Aemtern war unter keinen Verhältnißen zu denken. Nur ganz Wenige der Angestellten waren mindestens noch von dem höhern Gedanken geleitet: wir gehören dem Land und dem Volke an, nicht dem zufälligen Herrscher. Die Meisten kannten keine mächtigere Idee, als die: was sollen wir anfangen, wir müssen doch leben! Und damit ward die Herrschaft gewechselt, wie ein altes Kleid. Man diente mit vollkommener innerer Gleichgültigkeit erst den Deutschen, dann den Franzosen, dann eben wieder den Deutschen; — erst den Reichsfürsten, dann der Republik, hierauf dem fremdländischen Kaiserthum, später der einheimischen absoluten, zuletzt der constitutionellen Monarchie; — ähnlich, wie man in den Jahren 1848 und 49 die Umwandlungen bezüglich Anerkennung der constituirenden Gewalt der Nationalversammlung und Geltung der Reichsverfassung so vielfach zu sehen und darüber zu staunen Gelegenheit bekam. Es sind nur allzü wahre, nur allzu bezeichnende Worte, welche der große Geschichtschreiber Schlosser im Hinblick auf Napoleons Unterwerfung von Wien und von ganz Oesterreich im Jahre 1805, ausspricht. Mit einer Wahrheitstreue, die nicht übertroffen werden kann, sagt dieser ausgezeichnete Historiker wörtlich Folgendes: Napoleon empfing die Deputation, welche ihm die Schlüssel der Residenzstadt demüthig bittend überbrachte, weil man in Oesterreich, wie hernach in Preußen verfuhr, damit ja Alles in der „Ordnung" bleibe. In Deutschland überall, besonders aber in Oesterreich, ist bekanntlich die Bureaucratie der Beamten so gut organisirt, so ganz von der Idee von Volk und Vaterland getrennt, und blos an den nächsten Oberherrn, wer er auch immer sei, geknüpft, daß die Maschine fortgeht, ohne Rücksicht darauf, ob die Leitenden und Befehlenden Darü und Clarke, oder ob sie anders heißen."

Gerade dieses Verhältniß ist es, welches Napoleon, der Onkel, in England nicht gefunden hätte, und welches der Neffe heute ebenso wenig dort finden würde. Im Britischen Reiche besteht der große Grundsatz des Selfgovernments, durchgeführt nach allen Beziehungen. Es ist dort jene, wir anerkennen es gerne, durch ihre Lage, ihre Verhältniße, zum Theil wider Willen dahin gebrachte zahllose Classe von Beamten nicht vorhanden, welche eben ihre Anstellung als das einzige Mittel, ihre und ihrer Familie Lebsucht zu erlangen, betrachten muß. In dem gewaltigen britischen Reiche ist die Zahl der Staatsbeamten kleiner, als in einem der winzigen deutschen Städtchen. Man vergegenwärtige sich recht lebhaft, wie damit einem Eroberer, der eine andere Nation zum Spielball seiner Pläne und Launen machen möchte, der mächtigste Hebel zur Verwirklichung seiner Absichten benommen ist!

Denken wir uns, es wäre Napoleon gelungen, in England zu landen und die ganze Insel seiner militärischen Gewalt zu unterwerfen: wo hätte er die — nur in der besiegten Nation zu suchenden — Werkzeuge gefunden, um das Land nach seinen Planen und für seine Zwecke zu organisiren und auszubeuten, wie es ihm z. B. im Königreiche Westphalen, in den Rheinbundsstaaten, in Italien gelang?!

Unter diesen Verhältnißen, und bei den sprechenden Erfahrungen, welche die Geschichte gewährt — die Geschichte der ganzen Neuzeit, namentlich von der ersten französischen Republik und dem Kaiserthum herab bis zu den Bewegungen für die Reichsverfassung, — können wir nur Eines nicht begreifen, nemlich das: wie man überhaupt im Beamtenthum eine vorzügliche Stütze des eben bestehenden Regime finden will. Es wäre unbillig und unrecht, die einzelnen Individuen deßhalb anzugreifen. Ihr Verhalten ist und bleibt das Product ihrer abnormen, — wir fügen bei: ihrer unglücklichen, tief zu beklagenden — Stellung. Allein sie sind eben factisch dahin gebracht, einem Jeden, der gerade die Macht besitzt, dienen zu müßen: heute dem inländischen Staatsoberhaupte, morgen dem fremden Eroberer; heute dem Legitimitäts-, morgen dem democratischen Princip einer Reichs- oder sonstigen Verfassung.

Daraus folgern wir aber die Nützlichkeit der Durchführung des großen Grundsatzes des Selfgovernment selbst für die Regierungen. Sind sie nur einigermaßen volksthümlich, so muß es sich für sie selbst im höchsten Grade vortheilhaft erweisen — und zwar gerade in den Zeiten der Gefahren, in den Epochen der Entscheidung, — vortheilhaft erproben, nicht eine solche Organisation eingeführt zu haben, der sich ein Jeder, welchem es gelingt, sich der Herrschaft zu bemächtigen, stets mit dem nemlichen, vollen Erfolge, sogleich bedienen kann.

Von den Vorzügen des Selfgovernments für das Volk selbst, reden wir heute nicht.

***München.** Rede des Abg. Kolb bei Berathung des Budgets in der Abgeordnetenkammer. (Beschluß.)

Gehen wir auf die dritte Hauptposition, auf den Militäretat, über, so hat der Herr Abgeordnete Ruland auf das Jahr 1848 hingewiesen. Was die Exzessen des Jahres 1848 betrifft, so glaube ich, sind wir auf dieser Seite des Hauses am allermeisten in dem Falle, sie zu beklagen. Wenn man aber meint, daß der Geist, welcher im Jahre 1848 waltete, dadurch, daß man die Zahl der Bajonette vermehrt, vernichtet werden könne, so irrt man gewaltig; in dieser Beziehung sehe ich mit der größten Ruhe der Zukunft entgegen, mögen Sie auch die Zahl der Bajonette vermehren, wie Sie wollen.

Bei der vorigen Berathung des Etats der Armee wurde von uns nachgewiesen, daß selbst in der Kriegszeit Napoleons der Formationsstand nicht höher war, als 46,000 Mann, während er heute mehr als 74,000 Mann umfaßt. Es wurde anerkannt, daß selbst nach Maßgabe der Bundesbeschlüße nicht mehr als 53,000 Mann erforderlich sind; es konnte nicht widersprochen werden, daß die von uns proponirte Summe höher ist, mindestens gleich hoch, als die Staatsregierung in der kriegdrohenden Zeit von 1831 selbst forderte, — und daß unser Vorschlag ebenso um fast zwei Millionen höher ist, als verhältnißmäßig die Summe, welche in einem benachbarten Staate, dessen Staatsoberhaupt sich als Feldherr bemerkbar gemacht hat, von den Kammern gefordert wurde. Ich glaube wahrhaftig, ein solcher Ansatz würde nicht zu niedrig sein! Zur Zeit der vorigen Budgetberathung, vor 2 Jahren, herrschte selbst bei Ausschußmitgliedern die Stimmung vor, man müßte jetzt etwas mehr bewilligen, damit ein Uebergang zur Verminderung angebahnt werde. Ich war damals der Ueberzeugung, daß auf diese Weise ein Uebergang nicht angebahnt wird, und der Erfolg hat dieß gezeigt. Hätten Sie damals die Summe, welche ich vorschlug, angenommen, es würde höchst wahrscheinlich der Zug nach Hessen unterblieben sein. Ich frage Sie, hätten wir dieses zu bedauern?! Ich glaube im Gegentheile, eines der schwärzesten Blätter in unserer Geschichte wäre nicht vorhanden. Ich will es nicht untersuchen, inwieferne, wie Manche behaupten, selbst die Noth in verschiedenen Bezirken Deutschlands und bei uns selbst, namentlich in der Rhön, dadurch veranlaßt wurde, daß dort eine übergroße Militäraufstellung stattfand, indem die Leute nemlich gezwungen waren, ihre Saatfrüchte und Saatkartoffeln zu verzehren.

Eine andere Calamität, die uns droht, wäre gleichfalls abgewendet worden. Ich glaube nicht, daß die Kündigung des Zollvereins eingetreten wäre, wenn man jene Politik nicht eingeschlagen hätte. Ich will nicht loben, was Preußen gethan, ich mißbillige es, und glaube, daß dadurch Preußen eben so viel zu leiden hat, wie wir; allein damit ist die Sache nicht geändert. Hätten wir das Geld nicht bewilligt, welches zum Zuge nach Kurhessen verwendet ward, so wären Millionen erspart worden und so manches Unglück wäre nicht geschehen.

Es handelt sich bei Bewilligung des hohen Militäretats nicht blos um die größere Summe, obschon diese sehr in Anschlag zu bringen ist, sondern es handelt sich auch weiter noch darum, daß die Menschensteuer, welche jedes Jahr entrichtet werden muß, in diesem Verhältniß vergrößert wird. Vergegenwärtigen Sie sich die Nachtheile, die daraus entstehen; wie dadurch in Familienverhältniße eingegriffen wird; wie selbst die Moralität darunter leidet, daß das Conscriptionsgesetz die Ansäßigmachung und Verehelichung erschwert, — so müßen Sie zur Ueberzeugung gelangen, daß man hier nicht im Uebermaß bewilligen soll.

Man deutete auf ein Nachbarland, von wo aus ein Krieg drohe. M. H.! mir selbst schien der Ausbruch des Krieges von dort sehr wahrscheinlich, aber nach den Verhältnißen, wie sie sich entwickelt haben, zweifle ich jetzt, ob ein solcher sobald erfolgt. Durch was erhält sich die Regierung in jenem Nachbarlande? Dadurch, daß sie 100,000 Mann in Paris, 40,000 in Lyon, 18,000 in Straßburg aufgestellt hat, und außerdem muß sie in Algier eine große Armee haben. Wo sind dann die Heere, die man noch nach Deutschland wälzen kann? Sie sind nicht vorhanden, — man würde sie erst schaffen müßen. Geschieht dieß, dann rüste man augenblicklich auch bei uns. Blicken Sie auf mein eignes Heimathland, so werden Sie überzeugt sein, daß ich dasselbe nicht jeder Invasion bloßgestellt sehen möchte. Allein heute handelt es sich um etwas Anderes, nemlich darum, daß Sie den Militäretat für eine ganze Finanzperiode und vielleicht für alle Zeiten in dieser enormen Größe bewilligen sollen.

Sehr groß ist die Summe für die Civilbeamten. An die Armee des Kriegs reiht sich das Beamtenheer an, und es ist noch kostspieliger als das Kriegsheer.

Es wird mir nicht einfallen, zu beantragen, die Beamten abzuschaffen; aber das werden Sie einsehen, meine Herren, daß ein Luxus getrieben wird mit dem Beamtenthume, der enorm ist. Die Nothwendigkeit des Selfgovernment tritt mit jedem Tage mehr hervor. Ich gebe zu, daß bei dessen Beginn Fehlgriffe geschehen können; ich glaube sogar, daß sie geschehen, aber das Lehrgeld muß einmal bezahlt werden. Und vergegenwärtigen Sie sich, meine Herren, einmal, welche Fehlgriffe heute geschehen! Ist denn Alles, was durch Beamte gethan wird, so ganz vortrefflich? Ich will Sie in dieser Beziehung nur an ein Factum erinnern, welches durch eine Interpellation von mir bereits einmal zur Sprache gekommen ist. Im letzten Spätsommer ereigneten sich bekanntlich große Ueberschwemmungen, insbesondere in der Rheinpfalz. Die Regierung nahm die verschiedenen Sammlungen, welche allenthalben gemacht wurden, in ihre Hände, und sie erhob die Gelder im Monat October. Als ich nun kürzlich den Herrn Minister des Innern wegen der Verwendung interpellirte, so mußte der Herr Minister gestehen, daß noch gar keine Verwendung stattgefunden habe, obgleich der Winter beinahe vorüber ist. Ja der Herr Minister schien selbst darüber erstaunt, daß man darnach auch nur frage! M. Hrn.! glauben Sie, daß bei dem Prinzip des Selfgouvernment so Etwas vorkommen könne?! Sie werden sich überzeugen, daß nicht Alles vortrefflich ist, was durch die Beamten geschieht!

Eine große Ausgabe erheischen die Pensionen, — weit über drei Millionen. Das ist allerdings enorm! Es handelt sich auch nicht darum, wie ein Vorredner angedeutet, verdienten Männern die Pension zu entziehen, sondern von andern Dingen. Soll man sofort arbeitskräftige und arbeitslustige Personen pensioniren, weil sie Diesem oder Jenem unangenehm sind?! Mit diesen Pensionen wird auch Luxus getrieben.

Betrachten Sie die Zahl der Pensionäre. Sie würden staunen, wenn Sie eine Liste in die Hand bekämen. Ich kann beispielsweise von der Pfalz anführen, daß die beiden höchsten Kreisstellen dreifach besetzt sind. Wir haben drei Regierungspräsidenten, — einen wirklichen und zwei pensionirte, — wir haben ebenso drei Appellationsgerichtspräsidenten, — einen wirklichen und zwei pensionirte, und so geht es fort. Eine Masse Pensionisten sind noch arbeitsfähig und arbeitsbereit. Es fragt sich, ob der Regierung zusteht, in allen derartigen Fällen so ohne weiteres zu pensioniren. Die Gewalt,

welche der Regierung in dieser Beziehung eingeräumt ist, hat keineswegs zum Zwecke, daß sie nach Gefallen Gnaden ertheile, oder bestrafe. Die Gewalt ist ihr eingeräumt, damit sie das Wohl des Volkes soviel möglich fördere. Eine Förderung des Volkswohles wird auf diesem Wege aber nicht erzielt.

Noch auf einen Punct muß ich bei den Pensionen kommen. Es besteht eine sehr üble Normirung derselben. Es wurde mir versichert, es sei der Fall vorgekommen, daß ein Mann, der ein Einkommen, — nicht Vermögen, sondern ein jährliches Einkommen — von 20—25,000 fl. besitzt, als „unversorgte Doppelwaise" heut zu Tage noch 600 fl. Pension beziehe!

Ich kann den Fall nicht näher untersuchen, möglich ist er aber jedenfalls. Die Nutzanwendung will ich Ihnen überlassen.

M. Hrn.! Daß Ersparnisse vorgenommen werden können, haben wir bei der speciellen Berathung genügend gezeigt. Die Ansichten darüber mögen verschieden sein, wir haben die Ueberzeugung, daß die Einnahmspositionen um mindestens 600,000 fl. erhöht werden können. Wir haben ferner die Ueberzeugung, daß an Ausgaben gegen 3,000,000 zu ersparen sind. Zusammen also eine Differenz von mindestens 3¼ Millionen. Das Deficit beträgt aber 2¼ Mill. Bei der Gestaltung unseres Budgets nach unseren Vorschlägen, wäre das Deficit verschwunden, und außer dem Reichsreservefonds noch eine weitere Reserve übrig von nahezu 4 Millionen am Schluße der Finanzperiode. Diese Reserve würde wahrscheinlich ausreichen für außerordentliche Bedürfniße. Statt dessen, m. Hrn., schlägt man uns vor: Forterhalten des Lotto's. Seit dem Bestehen der Landtage im Königreiche Baiern ging keine Kammersitzung vorüber, in welcher nicht der Landtag sich mit aller Entschiedenheit und allem Nachdrucke für Aufhebung des Lotto aussprach. Unter den traurigsten Verhältnißen erklärten die Kammern: wir sind bereit zu jeden andern Opfern, nur dieses Lotto schafft ab, weil es sittenverderbend ist. Nun, heute, m. H., sollten wir dessen Fortdauer beschließen?! Ich kann nun und nimmermehr dazu stimmen.

Man stellt weiter in Aussicht eine Steuererhöhung, und sagt dabei, die Grundsteuer sei geringer als die übrigen Steuern, und wir bezahlten auch weniger Grundsteuern als in irgend einem andern Lande.

Das erste, daß die Grundsteuer nicht in vollem Verhältniß zu den andern Steuern steht, kann ich nicht in Abrede stellen. Ganz richtig ist aber die Behauptung nicht, daß sie geringer sei, als in allen andern Ländern. Es gibt Länder, wo sie noch geringer ist.

Aber wenn wir einen Vorzug haben gegen andere Länder, ist es dann unsere Aufgabe, diesen Vorzug aufzugeben, und darnach zu streben, alle Uebel bei andern Völkern nachzuahmen?! Ich glaube das Gegentheil! Täuschen wir uns nicht darüber, wenn man uns sagt, es sei nur vorübergehend, daß man diese Last auflege. Eine einmal anerkannte Ausgabe wird fortdauern, und dann wird man auch die einmal erhaltenen Steuern nicht aufgeben, weil man andere Mehreinnahmen auch auf andere Weise wird gebrauchen können. Unter gewöhnlichen Verhältnißen ist nie eine wesentliche Steuerminderung, weder in Baiern noch in andern Ländern erfolgt. Zur früheren Minderung der Grundsteuer bedurfte es der Stürme vom Jahre 1830—31; es bedurfte sogar dieser Stürme, um in der Pfalz endlich die Kriegssteuer abzuschaffen, die man in Mitte des Friedens bis 1831 forterhoben hatte, — und es bedurfte wieder der Stürme im Jahre 1848, um das Ablösungsgesetz endlich herbeizuführen, — eine Lastenminderung anderer Art.

M. Hrn.! glauben Sie nicht, daß ich vom Parteistandpunkte aus — in der gehässigen Bedeutung des Wortes — spreche. Wenn ich diesen Parteistandpunkt einnehmen wollte, würde ich mich freuen über jede Steuererhöhung. Wir könnten sogar zustimmen, und brauchten nur darauf uns zu berufen: die Versammlung hat so beschlossen, wir veneriren das Conclusum, also Steuererhöhung! Aber das ist unsere Absicht nicht, — wir haben im Auge die Noth des Volkes. Wie groß die Noth ist, haben Sie durch einige Schilderungen gehört. Ich glaube aber, sie ist noch viel größer, als man sie schildern kann!

Daher werde ich gegen jede Steuererhöhung und für jeden Abstrich stimmen.

* **München,** den 27. Febr. Auf die Bitte des Budgetreferenten in der Reichsrathskammer, hat der 2. Ausschuß derselben einen besondern oder Correferenten über das Militärbudget in der Person des Hrn. Fürsten Taxis gewählt. Es ist höchst wahrscheinlich, daß die Reichsrathskammer die Summe für das Militär noch ziemlich bedeutend erhöhen, wahrscheinlich nemlich, daß sie die ganze Forderung des Ministeriums wieder herstellen wird. Alsdann kommt die Frage nochmals vor die Abgeordneten. Da nun aber jede, auch schon die geringste Vermehrung dieses Etats eine Vergrößerung der ohnehin schon beschlossenen Steuererhöhung bedingt, und da sich bei den Verhandlungen über die Art der Deckung des Deficits doch bei keinem Stande eine besondere Neigung gezeigt hat, die neue Last zu übernehmen, so hoffen wir, daß die Abgeordnetenkammer auf deßfallsige Ausgabenerhöhungen nicht eingehen werde. Indessen darf dabei allerdings nicht ausser Augen gelassen werden, daß sich bei der Budgetberathung in der Abgeordnetenkammer selbst manche Stimmen entschieden für eine höhere Bewilligung des Militäretats, im vollen Umfange der Regierungsforderung, aussprachen und dieselbe eifrig unterstützten.

* **München,** den 28. Febr. Die heutige 91. Sitzung der Abgeordnetenkammer war nur von halbstündiger Dauer. Der Ministerpräsident brachte einen Gesetzentwurf zur Vorlage, die Erbauung einer Eisenbahn von München über Rosenheim, einerseits nach der Grenze gegen Salzburg, anderseits nach der Grenze bei Kufstein (Tirol). Oesterreich hat sich verbindlich gemacht, von der Grenze über Salzburg nach Bruck zu bauen, wodurch eine Verbindung einerseits mit Wien, anderseits mit Triest, und somit von Paris über Straßburg, Karlsruhe und Stuttgart bis nach den genannten Städten hergestellt werden wird; ferner verpflichtete sich Oesterreich zur Fortsetzung der Tiroler Bahn von Kufstein bis Insbruck und von Verona nach Botzen. Auch die zwischenliegende Lücke soll ausgefüllt werden, wenn es gelinge, die technischen Schwierigkeiten zu überwinden. — In dem nemlichen Vertrage mit Oesterreich sei die Ausführung der Vorarbeiten bestimmt für eine Bahn von Nürnberg über Regensburg und Passau nach Linz, — vorbehaltlich späterer definitiver Uebereinkunft. — Die Kosten jener ersterwähnten Bahnen sind, einschließlich der Verzinsung, auf 18¼ Millionen veranschlagt. Der Minister verlangt die Ermächtigung zur Aufnahme eines Anlehens in diesem Betrage. — Er bemerkt dabei zugleich: Man werde vermuthlich bei dieser Gelegenheit eine bestimmte Erklärung über die Pfälzer Bahn erwartet haben. Allein die Vorarbeiten seien erst in der jüngsten Zeit beim Ministerium eingetroffen, und wegen des Anschlusses an Frankreich kenne man blos die Zeitungs- noch aber keine officielle Nachricht. Uebrigens würden in dieser Sache in der allernächsten Zeit die Anträge dem Könige zur Entscheidung unterbreitet werden.

Hierauf Anzeige von Ausschußberichten (darunter über die Gesetze wegen Benützung des Wassers, deren Berathung in der Mitte der nächsten Woche beginnen soll), und Vorträge über eine nicht begründet erklärte Beschwerde sowie über die Zulässigkeit von Anträgen einiger Abgeordneten, sämmtlich ohne allgemeineres Interesse.

Frankfurt, den 27. Febr. Mit den leider wieder häufigen Einbrüchen und Diebstählen taucht auch wieder das Gerücht von Verbreitung falscher preußischer Cassenanweisungen auf, und ein hiesiges Localblatt meldet

heute, daß dieses Verbrechens wegen in der Umgegend mehrere Verhaftungen stattgehabt hätten.

Wiesbaden, den 29. Febr. Die Untersuchung des Nothstandes auf unserem Westerwald durch einen Regierungscommissär hat das Resultat gehabt, daß dieser Nothstand als begründet anerkannt werden mußte. Demgemäß hat unsere Staatsregierung bereits Anordnungen zur Erledigung dieses Elends getroffen. Unter Anderen reiste heute ein Ministerialreferent im Bauwesen auf den Westerwald, um die Aufnahme von Chausseearbeiten zu bewerkstelligen.

Bei uns werden jetzt Ehen, von dem Prediger Dr. Eduard Duller eingesegnet, von der Regierung aus Concubinate betrachtet. Bereits ist einem von Duller getrauten Paare die Weisung zugegangen, sich sofort nochmals und zwar von einem bestätigten oder evangelischen Geistlichen trauen zu lassen.

Berlin, den 29. Febr. Die Einberufung des Zollcongresses nach Berlin ist auf den 29. März festgesetzt.

Frankreich.

Paris, den 24. Febr. General Cavaignac hat dem Siècle ein Schreiben zugeschickt, worin der ehrenwerthe General erklärt, daß er die Candidatur anzunehmen zu keinem andern Zweck sich entschlossen, als um gegen den 2. December und alles was seitdem geschehen, als gegen eine Reihe von Gewaltmaßregeln protestiren zu können. Den Eid wird er verweigern, somit also nach der Protestation den gesetzgebenden Körper verlassen — falls er gewählt würde. Das Siècle, das Organ seiner Partei, hat es nicht gewagt, den Brief aufzunehmen. (A. Z.)

— den 27. Febr. Durch Decret im heutigen „Moniteur" ist der Straßburg-Baseler Eisenbahngesellschaft die Fortführung dieser Eisenbahn bis nach Weißenburg mittels eines Zuschusses von 3 Millionen und Garantie von 4 Proc. Interessen für das übrige eingeschossene Capital übertragen, so wie durch ein zweites Decret eine Summe von 2,100,000 Frcs., wovon 1,600,000 dem Staate zur Last fallen und 500,000 Frcs. einen Vorschuß bilden, zum Bau eines Bahnhofes in Straßburg ausgesetzt worden. — Hinter dem Stadthause ist zu dessen Schutze ein kleines Lager errichtet worden. — Wie verlautet, soll die Zahl der Buchdrucker vermindert werden. — Wie verlautet, hat L. Napoleon den nach dem Juniaufstande vom hohen Gerichtshofe zu Versailles verurtheilten Guinard begnadigt. — Emil de Girardin befindet sich wieder hier; ob blos für kurze Zeit oder für immer, ist noch unbekannt. — Zu Rouen haben die Polizeicommissäre, welche fast sämmtlich Schnurrbärte trugen, dieselben auf höheren Befehl beseitigen müssen.

Die Zahl der Wähler, welche sich auf den Maierie einfinden, um ihre Wählerkarten abzuholen, war sowol gestern als heute sehr gering. Gleiches vernimmt man auch aus den Departementen.

— den 28. Febr. Der „Moniteur" enthält ein Decret in Betreff des Grundcredits; dasselbe ermächtigt zur Gründung von Privatgesellschaften, welche den Grundbesitzern hypothecarische, in längeren Fristen mit Annuitäten zurückzuzahlende Darlehen machen und Obligationen oder Pfandbriefe ausgeben dürfen. Zur Begünstigung der Unternehmungen können der Staat und die Departements derartige Obligationen ankaufen.

Straßburg, den 26. Febr. Der Andrang von Auswanderern aus Deutschland ist seit einigen Tagen so stark, daß die Eisenbahn neben ihren gewöhnlichen Fahrten noch besondere Züge für die Beförderung derselben anordnen mußte.

Großbritanien.

London, den 27. Febr. Der katholische Erzbischof von Dublin, Dr. Daniel Murray, ist gestern Morgens im Alter von 84 Jahren gestorben. An demselben Tage hat der Tod der irdischen Laufbahn des Dichters Thomas Moore ein Ende gemacht. Thomas Moore stand im 72. Jahre seines Alters.

— den 28. Februar. Im Oberhause theilte gestern Abends der Carl v. Derby das politische Programm des neuen Ministeriums mit. Das Ministerium wird eine friedliche Politik zu befolgen, die bestehenden Verträge aufrecht zu erhalten suchen; die Vorkehrungen zur Landesvertheidigung werden gebilligt, die Ueberwachung der Flüchtlinge als eine Pflicht der Regierung betrachtet. In dem System der Finanzpolitik wird keine Aenderung eintreten, als nur auf ausdrücklichen Wunsch des Volkes. Die Reformbill wird fallen gelassen. — Das Oberhaus vertagte sich bis Montag, das Unterhaus auf vierzehn Tage. (K. Z.)

Türkei.

Trapezunt, den 8. Febr. Nachrichten aus Persien melden: Der vor Kurzem abgesetzte Großvezir Mirza Tagbi Khan ist auf Befehl des Schach durch Oeffnung der Adern im Bade hingerichtet worden. Seine unermeßlichen Reichthümer wurden sofort von der Regierung in Besitz genommen.

Hiezu eine Beilage

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[861²] **Empfehlung.**

Zum herannahenden Frühjahre empfehlen wir unser Putzgeschäft unter Zusicherung guter und geschmackvoller Arbeiten zu billigen Preisen.

Mannheim, Lit. D 2 No. 2.

Muser und Heckel.

[862] **Versteigerungsanzeige.**

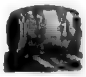
Mittwoch, den 17. März d. J., des Nachmittags 2 Uhr, wird das dem Joseph Scheuermann, Geschäftsagent in Dürkheim, zugehörige, im Bann von Seebach, ¼ Stunde von Dürkheim am Haardtgebirge gelegene Weingut, bestehend in 21 Tagwerken Gemüse- und Blumengarten, englischer Anlage, Wiesen mit ungefähr 1000 Obstbäumen und 16,000 Rebstöcke, Wald, Brunnen, in einer der schönsten Lagen des Gebirgs, freiwillig in Abtheilungen oder im Ganzen öffentlich versteigert.

Die Versteigerung findet an Ort und Stelle in einem der Gartenhäuser, bei ungünstiger Witterung im Saale des Adjuncten Schaaf in Seebach statt.

Dürkheim, den 28. Februar 1852.

Schuler, k. Notar.

[841²] **Weinversteigerung.**



Montag, den 8. März nächsthin, des Vormittags um 9 Uhr, zu Edenkoben, in der Behausung des verlebten Gutsbesitzers Johann Clemens Grobé, lassen die Wittwe und Erben desselben circa 150 Stück Wein aus den Jahrgängen 1842, 1844, 1845, 1846, 1848, 1849, 1850 und 1851, der Erbvertheilung wegen, öffentlich versteigern.

Edenkoben, den 19. Februar 1852.

Keller, Notar.

[849²] **Weberdisteln- und Tabaksversteigerung.**

Montag, den 8. März nächsthin, des Morgens um 10 Uhr, zu Schifferstadt, in der Rheinpfalz, bei Schlosser, läßt Hr. Johann Friedrich Trauth, Tabaksfabrikant in Landau wegen Wohnsitzveränderung circa 300,000 Stück Weberdisteln (Tuchnadeln) — und am nemlichen Tage, Nachmittags um 4 Uhr, zu Ludwigshafen im deutschen Hause bei Görg, 9 Ballen feinen Blättertabak (Portorico) und ein Faß Richmond-Stengel — die Tuchnadeln zu Schifferstadt bei Schlosser, der Tabak in Ludwigshafen im Freihafen lagernd — durch Notär Moré in Mutterstadt gegen Baarzahlung öffentlich versteigern. Die Herren Spediteure Huß und Exter in Ludwigshafen werden bis zum Versteigerungstage die Gefälligkeit haben, den Steigliebhabern die Tabake vorzuzeigen.

Mutterstadt, den 21. Februar 1852.

C. Moré, Notar.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Mittwoch (Zu Nro. 54) **den 3. März 1852.**

Deutschland.

)|(**Pfalz,** den 27. Febr. Oeffentliche Blätter melden, daß sich in Würzburg ein Centralcomité zur Unterstützung hülfsbedürftiger Gemeinden und Gegenden gebildet habe, und daß durch dasselbe bereits 1000 fl. an zehn Landgerichtsbezirke vertheilt worden seien. In Frankfurt a. M. werden ebenfalls schon seit einigen Wochen Geldbeiträge für die Nothleidenden im Spessart gesammelt. Sollten wir Pfälzer dies nicht nachahmen? Auch bei uns wird die Noth von Woche zu Woche fühlbarer. Es sind bereits von der Regierung Anordnungen getroffen, daß in den einzelnen Gemeinden für die Ortsarmen gesorgt werden solle; aber es gibt gar manche Orte, welche für sich allein dies nicht im Stande sind. Dadurch geschieht es nicht nur, daß die dortigen Armen nicht unterstützt werden, sondern daß diese auch genöthigt sind in den benachbarten Ortschaften ihre Hülfe zu suchen. Diese letzteren aber werden dadurch überbürdet und abgehalten für die eigenen Ortsarmen gehörig zu sorgen. Wie heilsam wäre es darum, wenn auch in der Pfalz — entweder ebenfalls ein allgemeines Centralcomité für Unterstützung armer Gemeinden errichtet würde, oder wenn wenigstens in allen Landcommissariatsbezirken einzelne Comites oder Unterstützungsvereine sich bildeten. Wer würde nicht mit Freuden sein Scherflein zur Linderung der allgemeinen Noth beitragen? Bestünden aber einmal solche Unterstützungsvereine, so wäre es höchst wünschenswerth, daß man dieselben nie mehr eingehen ließe, sondern beständig fortführte, um nach dem Tyroler Sprüchwort: „Kauf' dir's in der Zeit, so hast du's in der Noth! — in den besseren Zeiten Hülfskassen zu bilden, um bei schlimmen Zeiten Mittel für die Nothleidenden zu haben. Ja, noch mehr! Würden solche Unterstützungsvereine gehörig eingerichtet, so könnte durch sie vielleicht sogar die Bettelei überhaupt nach und nach beseitigt, der mehr und mehr zunehmenden Verarmung gewehrt und das nur allzusehr wirklich existirende „Gespenst des Pauperismus" gebannt werden. Eine Aufgabe, die fürwahr einer civilisirten Zeit und eines sittlich gehobenen Volkes würdig ist und deren Erstrebung alle wahrhaft Gutgesinnten und Edeldenkenden als eine Pflicht betrachten sollten! Von den Städten der Pfalz müßte der erste Anstoß dazu ausgehen. Vielleicht wäre es das Beste, wenn zu Speyer, Kaiserslautern oder Neustadt für's Erste ein provisorisches Comité sich bildete, welches eine allgemeine Versammlung ausschriebe, um die Errichtung eines über die ganze Pfalz sich verbreitenden Unterstützungsvereins zu berathen und in's Werk zu setzen.

• **München,** den 26. Febr. (90. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Lang zeigt seine Ernennung zum 1. Staatsprocurator am Appellhofe in Zweibrücken an. Es wird wegen dieser Beförderung eine Neuwahl stattfinden.

Berathung der Rückäußerung der Reichsräthe über die Gesetzentwürfe, die Districts- und Landräthe betr. Wir übergehen die unbedeutendern Differenzpuncte, in denen sämmtlich die Abgeordneten den Beschlüßen der Reichsräthe zustimmten. Als bedeutende Differenzpuncte ergeben sich folgende:

1) Außer den Vertretern der Gemeinden, und außer den größeren Grundbesitzern mit ¼ Stimmen, sollen im Districtsrathe, nach dem Beschluße der Reichsräthe, noch besonders die 6 Höchstbegüterten Mitglieder sein. — Der Ausschuß (Referent v. Steinsdorf) beantragt, auf die Abänderung nicht einzugehen. Heine ist principiell für den Vorschlag der Reichsräthe, nur gegen vorgeschlagene Anzahl. Lanzer: Bei der von den Abgeordneten angenommenen Vertretung würde der größere Grundbesitz doch nicht vertreten; man solle den Reichsräthen zustimmen. Lasaulx. Nur das Vorherrschen des aristocratischen Elements der großen Grundbesitzer könne vor Stürmen schützen. Es sei freilich sonderbar, daß die Abgeordnetenkammer das richtige Verhältniß herstellen solle, indeß das Ministerium, dem solches vorzüglich auferliege, es nicht gethan habe. — Wallerstein. Der Gegenstand der Berathung sei so ausgedehnt worden, daß, wenn es von dieser Seite geschehen wäre, gewisse subventionirte und den Gemeinden aufgenöthigte Blätter nicht genug über die Abschweifung würden declamiren können. Gegen den Reichsrathsantrag, als ein Privilegium schaffend. Römmich für den Ausschußantrag, also für Beharren am frühern Beschluße.

Heine bringt eine Modification, wonach der Reichsrathsvorschlag principiell angenommen, jedoch nur die 3 größten Besitzer besondere Vertretung haben sollen. — Minister Ringelmann. Die Kammer möge, um eine Vereinbarung mit den Reichsräthen über dieses wichtige Gesetz zu erzielen, den Heine'schen Antrag annehmen. Verwahrt sich gegen Lasaulx's Angriff. — Wiedenhofer, für den Ausschußantrag, eventuell möge man die Sache wenigstens an den Ausschuß zurückverweisen. — Wallerstein. Gegen die Haltung, welche die Reichsräthe gegen die Abgeordnetenkammer überhaupt angenommen habe. — Gäßler beantragt, auf den Reichsrathsvorschlag einzugehen, mit der Bestimmung, daß die größten Grundbesitzer blos mit ½ persönlich Mitglieder des Districtsraths seien (außer dem ½, welches die übrigen größeren Grundbesitzer durch Wahl bestimmen.) — Lanzer beantragt, die Sache an den Ausschuß zurück zu verweisen. — Referent Steinsdorf dagegen. — Der Präjudicialantrag wird verworfen. Ebenso die Fassung der Reichsräthe (nur ganz Wenige erheben sich dafür); nicht minder die Vorschläge von Gäßler und Heine. Die Kammer beharrt bei ihrem früheren Beschluße.

2) Die Reichsräthe beantragen, daß für Districtsausgaben, welche blos in die Classe der nützlichen, nicht der gesetzlichen gehören, blos 5 Beischlagprocente sollen erhoben werden können. — In veränderter Fassung angenommen.

3) Die Reichsräthe haben beschlossen, daß die Einkommensteuer von den Beischlägen zu Districtszwecken freizulassen seien. Der Ausschuß ist dagegen. Als der Präsident zur Abstimmung schreiten will, erhebt sich Minister Ringelmann: Es lohne sich doch, die Gründe näher zu prüfen, um das Zustandekommen des Gesetzes zu fördern. Vertheidigt den Beschluß der Reichsräthe einigermaßen. Referent Steinsdorf ist dagegen. — Der Reichsrathsvorschlag wird verworfen (nur 2 Mitglieder erheben sich dafür).

Beim Landrathsgesetze erheben sich die nemlichen principiellen Fragen, wie beim Districtsgesetze. Als große Grundbesitzer im Kreise sollen nach dem Reichsrathsbeschluße Diejenigen angesehen werden, welche wenigstens 25 fl. Grundsteuersimplum bezahlen. Einstimmig verworfen.

Königsberg, den 24. Febr. Die Theuerung der

Lebensmittel und der gänzliche Mangel der Kartoffeln haben in einigen Gegenden Litthauens bereits zu den bedauerlichsten Auftritten geführt. Im Heydekruger Kreise und in der Grafschaft Rautenburg durchziehen Banden von 30 bis 40 Personen die Dörfer und erpressen von den Wirthen Getreide. Ueberfälle einer Chausseehebestelle und der memeler Post sind glücklich zurückgeschlagen worden. Da die Landgensd'armerie zu schwach ist, dem Unwesen zu steuern, so ist von Tilsit aus ein Commando Dragoner in die Niederung abgegangen; 26 der Rottirer, großentheils Instleute und Knechte, sind bereits gefänglich in Tilsit eingebracht worden. (K. Z.)

Schweiz.

Bern, den 26. Febr. Der Regierungsrath hat auf den Antrag der Polizeidirection beschlossen, von den 17. politischen Flüchtlingen, welche theils auf Garantie der eidgenössischen Behörden oder Gutsprechung der Behörden, theils auf Geld-Deposita noch im Kanton geduldet werden, folgende sechs wegen ihrer Einmischung in unsere politischen Verhältnisse aus dem Kanton zu weisen: 1) François Ernest Fournier aus Frankreich, wohnhaft in Bern; 2) Friedrich Frech, von Oberkirch, Großherzogthum Baden, wohnhaft in Bern; 3) Wilhelm Löwe, aus Calwe in Preußen, wohnhaft in Bern; 4) Ludwig Pfau, aus Heilbronn im Würtembergischen, wohnhaft in Bern; 5) Robert von Herzer, aus Baden-Baden, wohnhaft in Steffisburg, und 6) Max Fiala, aus Karlsruhe, wohnhaft in Bern.

Vereinigte Staaten.

Neu-Orleans, den 12. Jan. Verschiedene Staaten des Südens haben in ihren Legislaturen beschlossen, den Ungarn alle den Staaten zugehörigen Waffen bis zur Befreiung Ungarns zu leihen, unter der Bedingung der Zurückgabe, wenn das Werk der Befreiung vollendet. — Die Aernte in Reiß und anderen Früchten war sehr reichlich, und sehr viel verspricht die Baumwollcultur, deren Ausfuhr bedeutend werden kann.

Miscellen.

In einem Blatte des vorigen Jahres sagt der „christliche Pilger": zum Katholicismus gehe Niemand ohne Ueberzeugung, zu dem Protestantismus gäbe es aber immer andere Ursachen. — Ein Feind aller religiösen Polemik, fragen wir den „christlichen Pilger", wo sind die Beweise hierfür?

Ein englischer Chemiker soll ein Mittel entdeckt haben, Haferstroh und überhaupt jede Art von Stroh durch das Verfahren des Ritters Claussen in Baumwolle zu verwandeln.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[862] **Mobilienversteigerung.**

Bei der am 8. März 1852 und spätern Tagen auf der Neumühle, Gemeinde Obrigheim, auf Anstehen der Frau Wittwe Bernhard von da und ihrer Kinder abzuhaltenden Mobilienversteigerung, bereits in Nro. 52 dieses Blattes angezeigt, werden am 1. Tage auch noch 2 Wallachpferde — Rappen von 9 bis 10 Jahre — versteigert.

Dirmstein, den 28. Febr. 1852.

Wagner, Notär.

[808a] **Anzeige.**

Die Unterzeichneten sind durch directe Verbindungen mit den königl. baierischen Consulaten und mehreren achtbaren Häusern in den Stand gesetzt, Wechsel auf

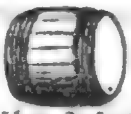
Newyork, Cincinnati,
Philadelphia, Louisville,
Baltimore, St. Louis,
New-Orleans, Boston rc. rc.

zu den **billigsten Coursen** abzugeben, so wie Zahlungen nach allen Plätzen der vereinigten Staaten Nordamerika's auf das prompteste zu besorgen. Unter Zusicherung reellster Bedienung empfehlen sich zu geneigten Aufträgen

Landau, den 28. Januar 1852.

Müller u. Weyland.

Weinversteigerung zu Hainfeld bei Rhodt.



Dienstag, den 9. März l. J., Vormittags 9 Uhr, zu Hainfeld in der Friedrich Weisbrod'schen Behausung lassen a. Friedrich Weisbrod, Küfer in Hainfeld, als Vormund über Josephina Stöckel, minderjährige Tochter von der verlebten Eva Barbara Weisbrod, geweßene Ehefrau von dem zu Wiesenthal verlebten Wirth Anton Stöckel, sodann b. die Vormünder der Johannes Spies'schen Kinder von Hainfeld, nachverzeichnete, den genannten Mündeln angehörende, zu Hainfeld lagernde Weine öffentlich versteigern, als:

11,400	Liter	1846er,
3,500	„	1847er,
9,500	„	1848er,
9,500	„	1849er,
10,000	„	1850er,
3,000	„	1851er.

Unmittelbar nach der Weinversteigerung werden auch die Fässer, worin diese Weine lagern, zur öffentlichen Versteigerung gebracht.

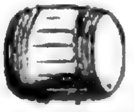
Edenkoben, den 10. Februar 1852.

[825a] Keller, Notar.

[850a]

Weinversteigerung

zu Mußbach in der baierischen Pfalz.



Montag, den 15. März nächsthin, des Vormittags 9 Uhr lassen die Krätzer'schen Erben, ferner auch Herr Dr. Krätzer, Gutsbesitzer in Mußbach, im Gasthause zum Löwen allda nachverzeichnete Weine versteigern, nämlich:

1) Weine, welche den Krätzer'schen Erben angehören, die in dem Keller des Herrn Ferdinand Hensay in Deidesheim lagern, aber in Mußbach versteigert werden:

60,000	Liter	1845r Mußbacher,
10,000	„	1845r Mußbacher Traminer,
4,000	„	1846r Mußbacher.

2) Weine, welche dem Herrn Dr. Krätzer angehören, die in dessen Kellern in Mußbach lagern:

15,000	Liter	1846r Mußbacher Traminer,
18,500	„	1847r Mußbacher,
7,200	„	1849r Mußbacher,
14,500	„	1849r Mußbacher Traminer,
15,000	„	1850r Mußbacher,
30,000	„	1850r Mußbacher Traminer,
30,000	„	1850r Deidesheimer mit Traminer,
11,000	„	1850r Ruppertsberger mit Traminer.

Die Proben der in Deidesheim lagernden Weine von der Krätzer'schen Erbmasse können an den Fässern genommen werden am Samstage, den 13., und am Sonntage, den 14. März, ferner werden solche auch am Versteigerungstage in Mußbach verabreicht.

Die Proben der in Mußbach lagernden Weine des Hrn. Dr. Krätzer werden den Tag vor der Versteigerung und am Versteigerungstage an den Fässern abgegeben.

Sollte die Versteigerung an einem Tage nicht beendigt werden können, so wird solche den folgenden Tag, nämlich Dienstag, den 16. März, fortgesetzt.

Neustadt a. d. H., den 12. Februar 1852.

Werner, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 53 | den 4. März 1852.

Deutschland.

*** München.** Wir haben in unserm vorläufigen Berichte über die Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 19. Febr. bemerkt, daß die Verhandlungen gegen den Schluß sehr lebhaft geworden seien, und daß wir darüber einen nähern Bericht nachtragen würden. Wir kommen diesem Versprechen nach, nachdem der betr. stenographische Bericht endlich (ziemlich verspätet) erschienen ist.

Nachdem der Abg. Kolb gesprochen hatte, nahm Hr. Lang das Wort. Er wollte den Vorredner bekämpfen und vertheidigte die Steuererhöhung. Er versuchte dies mit Witz, (wobei wir aber bedauern müssen, den Witz und öfters selbst die Bedeutung der Worte nicht recht entdecken zu können). Er begann: „M. H. Ich habe eben mit gespanntester Aufmerksamkeit *) der Rede des Hrn. Abg. Kolb zugehört, und manches erfahren, was mir bisher noch unbekannt war. So habe ich z. B. erfahren, daß wir heut zu Tage in einer sehr ruhigen Zeit leben. ... Ich menge mich, m. H., nicht gerne in Fragen, von denen ich nichts verstehe, und es könnte daher erscheinen (?) es sei besser, ich hätte stillgeschwiegen. Allein die vorliegende Frage erscheint keineswegs als eine höhere Finanzfrage, sondern ich glaube, daß man zur Lösung derselben, wie uns der Hr. Abg. Kolb bewiesen hat, nur zwei Species, nemlich das Subtrahiren und Addiren, zu können braucht, um sie mit gesundem Menschenverstande zu beurtheilen.“ (??)

Der Redner erklärt nun, daß er „meiner Provinz und meinen Wählern gegenüber“, die Gründe angeben wolle, die ihn bestimmten für eine Steuererhöhung zu votiren. Der Staat sei am allerbesten mit einer gewöhnlichen Gesellschaft, mit einer „Gemeinheit“ zu vergleichen. Diese Gemeinheit habe durch ihre Vertreter ihre Ausgaben festgesetzt. „M. Hrn.! Man hat uns aus dem feindlichen Lager verschiedentlich angegriffen; man hat diejenigen, welche sich für diese Ausgaben, ja sogar im höheren Maße noch — ich habe noch die höhere Position im Kriegsbudget vertreten — erklärten, mit verschiedenartigem Gewehrfeuer und Kanonendonner beschossen. M. Hrn.! Ich glaube, die Leuchtkugeln, so glänzend sie auch sprühten, sie haben nicht gezündet, und die Kugeln aus schweren Geschützen, und als Tirailleurfeuer, sie haben nicht getroffen, und sie können so lange nicht treffen, als man nicht die Kunst erfunden hat, nicht mit Geld die Bedürfnisse zu bestreiten, sondern mit Redensarten Schulden zu bezahlen, und die Bedürfnisse zu decken. .. Man hat Ihnen gesagt, Bayern ertrage nicht mehr die Last, welche man heute ihm auflegen will. M. Hern.! Ich gebe zu, daß in Bayern der kleine Gewerbsstand in Folge des Aufschwunges der Industrie, wie das in allen Ländern der Welt der Fall ist, und der Fall sein muß, gedrückt darnieder liegt, daß auch der Bauernstand in Folge neuerlicher Erscheinungen im Gebiete der Politik weniger als früher im Stande sein mag, die Steuerlast zu ertragen; allein, davon zu sprechen, m. Hrn.! daß das Land total ruinirt sei, Ihnen einen Bezirk vorzuführen als das Bild des ganzen Landes im Allgemeinen, einen Bezirk vorzuführen, in welchem durch einzelne Umstände und zufälligerweise größere Noth herrscht, als anderswo, meine Herren, das ist nicht das Bild von Bayern, und Jeder, der nur ein bischen Geographie und Statistik studirt hat, muß wissen, daß noch bedeutende Steuerkräfte in Bayern schlummern, und wir wollen sehen, wenn die Steuern erhöht werden, was ich hoffe, daß wir nicht erdrückt werden unter der Last von 1½ oder 2 Millionen Gulden des Jahres; Diejenigen, m. H., welche so väterlich für das Wohl des Landes sorgen wollen, werden dann den wohlfeilen Ruhm haben, so glücklich zu sein, in der Minorität zu sitzen; denn was man Ihnen auch sagen mag, so schön man sich auch verhüllen will, (Murren und Gelächter auf der Linken) was Steuerverweigerung oder Nichtverweigerung sei, so sage ich doch, Steuerverweigernng ist das, wenn die Majorität Steuern zur Bestreitung unumgänglich nothwendiger Bedürfniße postulirt hat, und man sagt, ohne das Conclusum zu ehren, wir bezahlen sie doch nicht, das ist meiner Ansicht nach Steuerverweigerung. (Fast allgemeines Gelächter.)

Der Präsident äußert hierauf: Er bitte um Ruhe, müsse aber dem Hrn. Redner bemerken, daß man an der Frage noch nicht stehe, über die er spreche; er bitte, sich auf die vorliegende Frage zu beschränken, auf das Weitere komme man bei Berathung des Finanzgesetzes.

Nach einigen weitern Erörterungen zwischen Hrn. Lang und dem Präsidenten erklärt der Erste, er wolle denn abbrechen, und sich vorbehalten, „bei Berathung des Finanzgesetzes den Herren noch mehr Stoff zum Lachen zu geben.“ *)

Auf die eben vernommenen Ausfälle hatten sich sogleich einige Mitglieder von verschiedenen Fractionen der Linken das Wort zur Entgegnung erbeten. Zuerst Fürst Wallerstein. Er sagte: „Ich würde nicht noch einmal das Wort ergreifen: aber die Art und Weise, wie von einem Vorredner unsere Anträge behandelt wurden, bestimmt mich, an Sie, m. Hrn. von der Majorität mich zu wenden. Der geehrte Herr hat damit angefangen, von der „Gemeinheit“ zu reden, und von der Pflicht der Gemeinheit, die Lasten zu tragen. Ueber diesen Artikel rede ich nicht, ich überlasse denselben dem Hrn. Vorredner. (Zustimmung links.) Aber er ist weiter gegangen, er hat noch eine Salve von Vorwürfen auf diese Seite des Hauses geschleudert; er hat von einem feindlichen Lager gesprochen. Ich sollte meinen, nach den drittbalb Jahren, die wir gemeinschaftlich in diesem Hause zugebracht haben, seien wir schon öfter in dem Falle gewesen, verschiedener Meinung zu sein; dennoch ist der Ausdrück: „feindliches Lager“ ein veralteter Begriff; er stand dem Hrn. Lang an, als er in den ersten Debatten mit den bekannten Angriffen gegen die Bewegungen des Jahres 1848 auftrat; da ehrte ich diese von seiner Seite aufgestellte Behauptnng. Seither, meine ich, seien wir zu einander in eine andere Stellung getreten. Eben, weil ich glaube, daß es hier keine feindliche Lager mehr gibt, weil ich glaube, daß die Lage des parlamentären Wesens in Deutschland so bedrängt ist, wie sie nie war, und daß diese Lage in erhöhtem Maaße gegenseitige Rücksicht und Achtung gebietet, habe ich Vieles verschwiegen, was ich auf dem Herzen hätte. Wollen

*) Nach den Entdeckungen der Pfälzr. Ztg. soll dies ein Witz darauf sein, daß die Speyr. Ztg. einige Mal im Falle war, die (übrigens sogar von der Pfälzr. Ztg. nicht bestrittene) Thatsache zu melden, daß der verehrl. Redner unter entschiedener Unaufmerksamkeit der Kammer sprach.

*) Ist indessen doch nicht geschehen, indem Hr. Lang bei dieser Berathung das Wort nicht mehr nahm.

wir feindliche Lager bilden, m. Hrn.! so sagen Sie es. Das Wort des Hrn. Lang allein genügt mir nicht, ich muß Ihren Willen aus Ihrem Munde vernehmen. Wenn Ja, dann werde auch ich in einem feindlichen Lager stehen, und frank und frei von der Brust heraus sagen, was ich im Hinblick auf die Interessen des constitutionellen Lebens bis jetzt zu verschweigen wußte. . . . So spricht man in einem Parlamente, so habe ich seit den 35 Jahren sprechen hören, während deren ich bisher das parlamentare Leben mitlebte. Vorwürfe der vernommenen Art sind mir in meiner langen ständischen Erfahrung noch nicht vorgekommen. Zuletzt hat Hr. Lang sogar angedeutet, wie man auch seine Gedanken verhüllen möge, das und das sei deren Kern. M. Hrn., ich habe meine Gedanken nie verhüllt, und werde sie nie verhüllen. Was ich aber heute ausgesprochen habe, namentlich über den Bedarf der Armee, ist nicht nur meine Ueberzeugung, es war die Ueberzeugung mehrerer aufeinanderfolgender Kammern, mehrerer aufeinander folgender Regierungen, die in bester Treue und bestem Glauben die von mir heute beantragte Summe für hinreichend erachteten zu Erhaltung eines achtbaren, ruhmwürdigen Heeres. Mit diesen Autoritäten tröste ich mich gegenüber der isolirt stehenden Autorität des Hrn. Lang." Der Redner bezieht sich schließlich auf frühere Kammern, denen es weder an Erfahrung, noch Patriotismus, noch Intelligenz gefehlt habe, „wenn auch damals manche Personen noch nicht aufgetreten waren, die sich jetzt in unserer Mitte befinden."

Der Eindruck der bis dahin stattgehabten Verhandlungen war ein solcher, daß sich der Ministerpräsident, Hr. v. d. Pfordten, veranlaßt fand, gegen seine Gewohnheit, in diesem Stadium der Berathung schon das Wort zu ergreifen, und namentlich zur Vertheidigung des Hrn. Lang zu sprechen. Er begann mit den Worten: „Die Discussion hat eine Wendung genommen, m. H., welche in mir das Gefühl der Pflicht rege gemacht hat, ein paar Worte zu sprechen; ich werde dabei ganz ruhig sein, aber nicht in den Ton einstimmen, der zuletzt angeschlagen worden, und der vielmehr jenes Pflichtgefühl in mir rege gemacht hat. — Die Frage, deren Behandlung Sie heute beginnen, ist keine solche, die man mit süßer Freundlichkeit abmacht, sondern eine Lebensfrage, die über Sein oder Nichtsein entscheidet. Ob dabei von feindlichen Lagern unter Ihnen die Rede sein soll, darüber habe ich mich nicht zu äußern, aber das spreche ich frei und offen aus, daß von allen Anträgen, die seit 3 Jahren in diesem Hause gestellt worden sind, keiner mir regierungsfeindlicher erschienen ist, als der heute von dem Hrn. Fürsten v. Wallerstein gestellte. — Man mag in der Motivirung und Vertheidigung noch so sanft sprechen, der Antrag hat in seinem Kerne nichts anderes, als die nothwendigen Mittel für die Fortführung der Regierung zu verweigern; mag man auch überzeugt sein, daß dieser Abstrich ungefährlich sei, das ändert an der objectiven Bedeutung des Antrages nichts; ich behaupte also nicht, daß er regierungsfeindlich gemeint sei, darauf kommt es nicht an; ich behaupte nur, daß er regierungsfeindlich wirke in seinem Inhalte und daß seine Annahme das unheilvollste Votum sein würde, das seit 3 Jahren in diesem Hause gefallen ist.

Das ist meine Ueberzeugung über die objective Seite der Sache; daher möchte ich meinerseits den Wünschen gegenüber, die Sie gehört haben, den Wunsch aussprechen, daß man bei der Discussion die tiefe inhaltsreiche Bedeutung der Sache im Auge behalte."

Der Redner bemerkt sodann, man werde ihm nicht zumuthen, den beiden ersten Sprechern gegen Steuererhöhung (Reinhart und Domidion) zu antworten. Die beiden andern Redner gegen diese Erhöhung (Wallerstein und Kolb) hätten einzelne Einnahme- und Ausgabepositionen angegriffen, welche bei der vorläufigen Abstimmung bereits angenommen worden seien. Hr. Fürst v. Wallerstein hat wieder auf die Position für das auswärtige Ministerium hingewiesen; man könne durch die Ernennung von Geschäftsträgern statt von Gesandten sparen, und deßwegen seien noch 60,000 fl. zu streichen. Ich habe schon bei der speciellen Discussion über den Etat dieses Ministeriums etwas angedeutet, was ich damals absichtlich nicht weiter ausgeführt habe, ich bin aber jetzt dazu gezwungen. Es erinnern mich diese Angriffe gegen den Etat des auswärtigen Ministeriums an den Satz: „Thut nach meinen Worten und nicht nach meinen Werken!" der Herr Fürst waren von dem letzten Monate des Jahres 1847, wenn ich nicht irre, bis in die ersten Monate des Jahres 1848, etwas über drei Monate Minister des Auswärtigen, und in dieser Zeit ist der Personal-Etat dieses Ministeriums wesentlich vermehrt und der Dispositionsfond des Ministeriums so tief angegriffen worden, daß in dem folgenden Jahre Ersparungen nothwendig waren, um die Mehrausgabe jener 3 Monate zu decken. Der Herr Fürst ist ständiger Gesandter Seiner Majestät des Königs in Paris gewesen, und war in außerordentlichen Missionen abgesandt. Seit 30 Jahre hat es keine theuerere Gesandtschaft in Baiern gegeben, als diese. Ich führe dies ungern an; ich habe es bei der vorigen Discussion angedeutet und habe gehofft, es würden wenigstens von dieser Seite Angriffe gegen dieses Ministerium unterbleiben. Wenn man aber solche Andeutungen für nicht genügend erachtet, so muß ich auf die Sache weiter eingehen, nicht um Persönlichkeiten hereinzuziehen, sondern um Jedem zu beweisen, welches Gewicht diesen theoretischen Angriffen der Gewalt der Thatsachen und den wirklichen Ereignissen gegenüber zukommt. Ich bin weit entfernt, zu behaupten, daß damals verschwendet worden sei, ich will nur zeigen, wie leicht es ist, auf der Abgeordnetenbank zu sagen, die Regierung soll nicht so viel Geld ausgeben, wie anders es aber sich gestaltet, wenn dieselben Männer im Geschäfte stehen. Gewiß richtig ist im Allgemeinen die Behauptung, daß, wenn die Herren, welche heute das Budget angreifen, morgen Minister würden, sie übermorgen unser Budget einbringen würden, und wahrscheinlich mit noch höherer Ziffer, mit geringerer gewiß nicht. Ich möchte daran für die Herren, welche bisher die Majorität in diesem hohen Hause gebildet haben, den Wunsch knüpfen, sich durch diese Erörterung, die man jetzt nochmals gleichsam in einen Brennpunct zusammengefaßt hat, so wenig irre machen zu lassen, als sie es bei der einzelnen Discussion gethan haben. Täuschen wir uns nicht, ich wiederhole es, die Worte mögen noch so sanft gestellt sein, die Discussion, die heute stattfindet, und die Entscheidung, die sich daran knüpft, entscheidet zugleich, ob alle unsere Bemühungen seit drei Jahren einen Erfolg gehabt haben oder nicht; die Zeiten sind nicht andere geworden, als sie damals waren, wo die Discussionen begannen, die Stellung der politischen Parteien, die Leidenschaften und die Gefahren für unser Staatsleben, für die religiöse und sittliche Grundlage unserer Zukunft sind um nichts anders geworden, die Feinde dieser Güter, die wir vertheidigen, sind dieselben, wie vor drei Jahren, sie sind in diesem Augenblicke nur vorsichtiger geworden, aber die Absicht, der Plan und die Mittel für die Durchführung ihrer Pläne sind ganz dieselben wie damals, und wer dieses nicht glaubt, dem spreche ich jeden staatsmännischen Blick ab, und nehme mir diese Freiheit deshalb, weil man mir ihn auch so oft abspricht. Man will uns nur in eine gewisse Sicherheit hineinreden, damit wenn es nöthig ist, dieselben Zustände eintreten können, wie früher, und ich schließe mich der Aeußerung an, die wir gehört haben: wir wollen uns nicht wieder überraschen lassen, wie wir überrascht worden sind. Darum sage ich aus voller Ueberzeugung zu den Herren der Majorität, die bisher unserm Vaterlande diesen ruhigen, sicheren, gesetzlichen Gang mitten unter der allgemeinen Verwirrung bewahrt haben, ein Bewußtsein, das sie für ihr ganzes Leben beruhigen, und über Vieles erheben kann: halten Sie aus im letzten entscheidenden Momente, lassen Sie sich nicht täuschen, und die Früchte alles dessen, was sie seit drei Jahren errungen, vertheidigt und befestigt haben bei

dem **letzten** entscheidenden Momente wieder aus der Hand **nehmen**."

Kolb: „Auf die Bemerkung des Hrn. Ministerpräsidenten **muß ich** erwiedern, daß wir allerdings die Sache in **den Brennpunkt** zusammenfassen, und zwar naturgemäß; denn in der allgemeinen Discussion ist dieses **zu thun**, dafür besteht dieselbe. Die allgemeine Discussion **ward** an den Schluß der diesmaligen Verhandlung **gesetzt**, statt an den Beginn derselben. Dessenungeachtet **bleibt** ihr der Charakter, welchen sie zu Anfang gehabt hätte. In den Brennpunkt suchen wir die Sache zu **bringen**, ja das ist vollkommen richtig, aber wir sind in unserem Rechte! Es ist um so mehr zurückzukommen auf alle Positionen, als alle nur provisorisch angenommen sind. Von „in Sicherheit hineinreden" kann keine Rede sein; ich glaube wir haben offen erklärt, wie wir die Dinge ansehen, und insbesondere habe ich nie ein Hehl aus meiner politischen Ueberzeugung gemacht. — Wenn man auf diese Weise Maßregeln andeutet, gegen — ich will es mit einem Worte sagen, — gegen den democratischen Geist, so wird man fehlgreifen; darum kann uns das gleichgültig sein. Wer den Gang der Geschichte, die Entwicklung der Ereigniße betrachtet, wie sie stattgefunden haben, der muß die Ueberzeugung haben, daß das, was man anwendet, eine schwache Waffe ist. — Es handelt sich aber hier einzig und allein darum, ob dem Volke in diesem Augenblicke eine neue Steuer aufgelastet werden kann. — Ich habe mir übrigens das Wort erbeten, veranlaßt durch eine Aeußerung des Herrn Lang. Was den Inhalt der Rede des Herrn Lang selbst betrifft, so halte ich es für überflüssig, auch nur ein Wort darüber zu verlieren, allein gegen eine Aeußerung muß ich mich verwahren. Diese heißt: „Sie mögen sich verhüllen, wie sie wollen." Niemand hat das Recht, Jemanden hier vorzuwerfen, daß er sich verhülle, am allerwenigsten Herr Lang, und namentlich mir gegenüber, der ich meine Gesinnung nie verhüllt habe!"

Morgenstern: „Nach diesen Aeusserungen, die Sie namentlich von Herrn Kolb zweimal gehört haben, kann ich mich kurz fassen. Wenn Herr Lang gesagt hat, daß man bei der Nothwendigkeit in Auffindung neuer Mittel diese da nehmen müsse, wo sie zu finden sind, so dürfen Sie am wenigsten eine Steuervermehrung auf den Bauernstand legen.... Deßhalb meine Herren, weil ich diese Steuer für ungerecht halte, stimme ich gegen dieselbe. Ich stimme auch deßhalb dagegen, weil ich in nationalökonomischer Hinsicht, in einem reichen Bauernstande die erste Bedingung für den Reichthum des Landes erblicke. Nur durch einen reichen Bauernstand wird auch die Industrie sich heben. Wenn es wahr ist, wie Herr Lang behauptet, daß man vor Allem da zulangen müsse, wo etwas zu finden ist, so hätten wir dieses sehr nahe. Herr Kolb hat es uns zuvor schon angezeigt und es gibt noch mehrere solche Quellen. Ich bin überzeugt, daß die Einkommen- und Capitalrentensteuer deßhalb so wenig trägt, nicht weil die untern Classen zu wenig fatirt haben, sondern die höhern." Der Redner führt nun an, wie man die Zinsen der Staatsschuld in der Art besteuern solle, daß man die Steuer an den Zinsen sogleich abzöge. Er fährt fort: „Es wurde vom Hrn. Kolb auch angeführt, daß die Kammer nie auf die Anträge einzugehen sich bereit gezeigt habe, um die Civilliste zur Einkommensteuer zu ziehen, und daß dies als höchst unmonarchisch bezeichnet werde. M. Hrn., in England kann man wohl nicht sagen, daß das monarchische Princip gefährdet sei; die Königin von England zahlt aber ihre Einkommensteuer gerade so gut, wie jeder Andere. Man kann also sagen, daß es höchst unmonarchisch wäre, da zu greifen, wo man findet. Als die Einkommen- und Kapitalrentensteuer festgesetzt wurde, hat man behauptet, es seien außerordentliche Zeiten, das Land habe außerordentliche Bedürfnisse, und deßhalb müsse auch ein außerordentliches Mittel eingeführt werden. Aber m. Hrn., gerade deßhalb muß auch dahin gegriffen werden, wo bisher Steuerfreiheit bestand, wo bis jetzt verschwiegen wurde, und namentlich müßen bei der Kapitalrentensteuer Mittel gefunden werden, um diese hervorzulocken. Wenn Sie früher meinen Vorschlag angenommen hätten, daß die Steuerlisten öffentlich aufgelegt werden müßten, so wären solche Mißstände, solche Vorenthaltungen nicht vorgekommen, und wir hätten mindestens die doppelte Einnahme von dem, was jetzt im Budget steht. Dazu kömmt, wenn Sie immer von Neuem Geld bewilligen, weil die Regierung sagt: sie braucht es, so werden die vorgedachten Mißstände nur verewigt werden. Baiern hat eine Masse von liegenden Gründen, von Realitäten, welche wenn sie veräußert würden, bestimmt einen viel höheren Zins abwerfen würden, als gegenwärtig. Es werden keine Anstalten getroffen werden, um diesen allgemeinen Wunsch zu realisiren, wenn nicht die Regierung auf diese Weise hiezu gezwungen wird. Ferner gibt es mehrere Anstalten, welche bei anderer Behandlung eine höhere Rente abwerfen würden. Beispielweise erwähne ich die Bank von Nürnberg.... Ich werde mit jedem Abstriche und gegen jede Steuererhöhung stimmen, sei sie Einkommen- oder Grundsteuer, weil ich überzeugt bin, daß das, was nothwendig ist, auch ohne solche erreicht werden kann."

(Schluß folgt.)

* **München**, den 28. Febr. In Ermangelung von Dingen höheren Interesses, trägt man sich hier wieder mit allerlei Gerüchten, im Wesentlichen untergeordneter Art. Die ultramontane Partei soll bei Hof wieder zurückgedrängt sein. Das Organ dieser Partei, der Volksbote, verkündet mit großen Lettern, daß der König dem 40stündigen Fastengebet nicht beigewohnt habe. Die Partei Dönniges soll wieder ganz fest stehen u. dgl. Auch redet man davon, das Ministerium des Cultus werde wieder mit jenem des Innern vereinigt werden, und Hr. Ringelmann also aus dem Ministerium scheiden; ebenso Hr. v. Kleinschrod, aus Gesundheitsrücksichten. Wir messen allen derartigen Dingen auch nicht im Entferntesten eine höhere Bedeutung bei. Das baier. Ministerium hat sich in eine solche Lage gebracht, daß es, der allgemein herrschenden reactionären Strömung entgegen, eine eigene nur einigermaßen freisinnige Politik schwerlich mehr einschlagen kann.

Auch in den letzten Tagen vernahm man wieder aus verschiedenen Theilen Altbaierns von frechen Diebstählen, Betrügereien vermittelst Benützung des noch so vielfach herrschenden krassesten Aberglaubens, Raubmorden u. dgl. Kaum hatte das Gericht zu Landshut eine auf den Aberglauben basirte, ins Maßlose getriebene Prellerei (worüber die Speyr. Ztg. bereits berichtet hat), abgeurtheilt, so erfährt man ein weiteres, ähnliches Erkenntniß aus Landshut, wo das Stadtgericht eine Taschen- und Marionettenspielerin Dylany aus der Gegend von Straßburg wegen ausgezeichneten Betrugs, verübt durch Mißbrauch des Aberglaubens und der Religion, zu 2 Jahren Arbeitshausstrafe condemnirte. So lange das Uebel nicht durch eine wirklich aufklärende Volkserziehung an der Wurzel angegriffen wird, helfen voraussichtlich selbst alle gerichtlichen Urtheile gar nichts. —

München, den 28. Febr. Der hiesige constitutionell monarchische Verein, der in den jüngsten Jahren eine einflußreiche Stellung behauptete, hat gestern nach längeren Debatten seine Selbstauflösung als politischer Verein beschlossen. Es ist dies ein vollkommen freier Entschluß, hervorgegangen aus der Rücksicht auf die Zeitverhältnisse. Die nicht austretenden Mitglieder wollen eine gesellige Gemeinschaft bilden, womit auch die allenfallsige Ausführung des mit der Auflösung verbundenen Vorbehalts erleichtert wird, daß der constitutionell-monarchische Verein sich sofort reconstituiren solle wenn die Umstände es erfordern. (Allgm. Ztg.)

Weimar, den 29. Febr. In Apolda hat sich in diesen Tagen eine freie Gemeinde constituirt.

Luxemburg, den 27. Febr. Der Fayenceriebesitzer,

H. Boch, ist durch den Fastenbrief des apostolischen Provicars excommunicirt worden. Unsere Geistlichkeit will, wie es scheint, mit Energie ihren Weg geben. So hat sie jetzt unseren Regierungspräsidenten nicht als Pathen zugelassen, „weil er nicht zur Beichte gehe." Hr. Willmar ist nicht Freimaurer. (Fr. J.)

Wien, den 25. Febr. Vor einigen Tagen wurde in Pesth der aus dem Jahr 1848 bekannte Literat Silberstein verhaftet und derselbe soll abermals einer Untersuchung von Seite der Militärbehörde unterzogen werden.

Schweiz.

Bern, den 28. Febr. Der Bundesrath hat endlich die Frage über den Denkstein, den die Schweiz für das großartige Washington-Monument nach den vereinigten Staaten schicken wird, entschieden. Es ist hierzu ein Block von dem rothen grobkörnigen Granit des Habkernthales bei Interlaken gewählt worden mit der Inschrift: die alte freie Schweiz dem Andenken des Generals G. Washington.

Frankreich.

Paris, den 25. Febr. Ich vermag Ihnen nun die Grundursache des strengen Paragraphes in dem Preßgesetz in Bezug auf falsche Nachrichten anzugeben. Von Seiten der englischen Regierung, die durch ihre diplomatischen Agenten wohl auch Wind bekommen haben mag von den Plänen des Prinz-Präsidenten Belgien gegenüber, langte eine energische Note hier an, mit dem Bedeuten: England sei fest entschlossen im Einverständniße mit den continentalen Mächten, Rußland nicht ausgenommen, bei dem ersten Uebertritt eines französischen Corps über die belgische Grenze Antwerpen mit 10,000 Mann zu besetzen. Daß durch die Bekanntmachung dieser Nachricht ein dichter Schleier von den allzufreundlich dargestellten Beziehungen des Elysee zu den übrigen Mächten Europas fallen werde, hat man vorausgesehen, und glaubte die Presse durch den Paragraph, die falschen Gerüchte betreffend, einzuschüchtern. Die Sorgfalt und Aengstlichkeit, mit der man sich gegen derlei Ideen verwahrt, ist eben ein Beweis, daß dieselben nicht ganz ohne Grund den Weg zur Oeffentlichkeit nahmen. (A. Z.)

Durch ein Decret des Gouverneurs von Algerien ist die in Genua erscheinende Italia del Popolo in der ganzen Kolonie verboten worden.

— den 28. Februar. Es ist die Probenummer eines neuen Journals erschienen, welches den Titel „Der Adler" führt.

Der Präsident der Republik hat durch Decret vom 27. d. der Schwester Rosalie, Superiorin des Wohlthätigkeitshauses der Schwestern von St. Vincent de Paul, auf der Rue de l'Epée de Bois in Paris, den Orden der Ehrenlegion verliehen, „in Betracht der muthigen Hingebung und bewundernswerthen Sorgfalt jeder Art, welche sie den Armen und Unglücklichen seit 50 Jahren habe zu Theil werden lassen, und durch welche sie sich als würdige Nachfolgerin der Schwester Martha bewiesen habe, die von dem Kaiser Napoleon aus denselben Gründen mit dem Orden der Ehrenlegion ausgezeichnet worden sei."

Türkei.

Konstantinopel, den 14. Febr. Gegen die neu ausgeschriebene Vermögensteuer organisirt sich eine heftige Opposition, mehrere Corporationen sollen sogar die Zahlung förmlich verweigert haben. Die Regierung soll indessen fest entschlossen sein, diesen Oppositionsgeist nicht aufkommen zu lassen.

Miscellen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

An der Stelle, wo Dr. Kellner aus dem Kastell entwichen, sind jetzt verstärkte Posten aufgestellt, welche von den Kasselern den Namen „Hassenpflugs Hiobsposten" erhalten haben.

Der von den Oesterreichischen und Hessischen Fachmännern redigirte Bundespreßgesetzentwurf wird zuerst von der „Minerva" producirt. — Die bisherigen Attribute der Minerva, die Eule, der Greif und das Medusenhaupt, erhalten durch diesen Bundespreßgesetzentwurf ihre langentbehrte symmetrische Ergänzung.

Wie ein Mann aus großer Lebensgefahr gerettet wird. Bei hochangeschwollenem Rheine und stürmischem Wetter sahen mehrere Personen, darunter, wie es die Erhaltung der „Ruhe und Ordnung" mit sich bringt, einige Gendarmen und Policeiagenten, der Ankunft des Dampfschiffes zu. Ein Mann, der sich zu weit vordrang, stürzte in die reisende Fluth; Niemand wagte es, dem Unglücklichen zu Hülfe zu kommen; er schien verloren; er sank, tauchte noch einmal auf, und rief, die Rechte hoch empor haltend, mit starker Stimme — um Hülfe? nein, er rief: „es lebe Hecker!" — und sogleich stürzten die anwesenden Gendarmen und Policeiagenten, mit voller Armatur in den Strom, entrissen den Verbrecher den reißenden Fluthen, um ihn den Händen der strafenden Gerechtigkeit zu überliefern.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 28. Febr. Weizen 22 fl. 49 kr., Korn 18 fl. 10 kr., Gerste 14 fl. 57 kr., Haser 6 fl. 14 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[864²] Bei Pflugwirth Rheude in Lingenfeld ist eine neue Spieluhr, welche 10 Stück der neuesten Art spielt, billig zu verkaufen.

[865²] **Offene Stellen.**

Geschickte und fleißige, mit guten Zeugnißen versehene Schmiede, besonders tüchtige Kesselarbeiter und geschickte Nieter, finden dauernde und lohnende Beschäftigung in der Schiffsbauerei für eiserne Fahrzeuge von

W. Uptt. Pearce u. Comp.
in Ludwigshafen a. Rh.

---

[655] **Medicament.**

Der gegen **Flechten und syphilitische** Uebel aller Art so sehr bewährte **Boiveau-Laffecteur'sche Rob** ist in Deutschland ächt zu haben bei Dr. Galette in Mainz, Insel D 150. Werk und Gebrauchsanweisung gratis.

[832²] **Gerichtliche Versteigerung.**

Feitag, den 12. März nächsthin, Nachmittags um 1 Uhr, zu Kirrweiler, im Wirthshause zur Krone, werden auf Anstehen der Wittwe und Erben des daselbst verlebten Müllers Johannes Mechtersheimer, die nachbeschriebenen zur Gütergemeinschaft zweiter Ehe des Erblassers gehörenden Immobilien in gerichtlicher Form öffentlich auf Eigenthum versteigert, nemlich:

1) Ein Wohnhaus mit Mahlmühle mit zwei Gängen, Schälmühle und Schwingmühle, Scheuer, Stallung, Kelterhaus, Hofraum und sonstigen Zubehörden, die Fleckenmühle genannt, und zu Kirrweiler am Sankt Martinerbach auf 19 Decimalen Grundfläche gelegen.

Die Gebäulichkeiten, sowie die innere Einrichtung der Mühle befinden sich in dem besten Zustande, und es wurden bisher darin mit dem günstigsten Erfolge nebst der Müllerei, die Bäckerei, deren sämmtliche Zubehörden ebenfalls mitversteigert werden, — und der Mehlhandel betrieben — und ist daher das Ganze in jeder Beziehung ein ergiebiger Nahrungsplatz.

2) 50 Decimalen Acker auf der Platte, Bann von Kirrweiler.

Venningen, den 14. Februar 1852.

Aus Auftrag:

Schanberg, Notar.

Digitized by Google

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag **Nro. 56** **den 5. März 1852.**

Deutschland.

• Betrachtungen. Werden und können die Franzosen einen Zustand wie den jetzigen auf die Dauer ertragen, — einen Zustand, in welchem die freie Rednerbühne und die freie Presse vernichtet, die Sicherheit des Eigenthums angetastet, jene der Personen aufgehoben ist?

Ja! — mag man etwa sagen, die Franzosen können allerdings einen solchen Zustand längere Zeit ertragen, denn sie haben ihn schon zweimal geduldet, — unter dem Kaiser sowol als zur Zeit der Schreckensherrschaft.

Ja, sie können ihn ertragen, sagen auch wir, — aber nur dann, wenn durch denselben unmittelbar eine neue, große, gleichsam weltverändernde Schöpfung erzeugt wird.

Sie haben den Despotismus des Kaisers ertragen, weil derselbe das Mittel war, den Ruhm, den Glanz und die Herrschaft eines neuen Cäsarenreiches vor der staunenden Welt wieder herzustellen; sie würden ihn aber nicht ertragen haben, ohne diese neuen Schöpfungen.

Sie haben die Schreckensherrschaft ertragen, weil bei den zahllosen innern und äusseren Conspirationen und unter den Stürmen eines zum Theil auf Vertilgung berechneten Krieges (Manifest des Herzogs von Braunschweig), dies als der letzte und einzige Weg übrig blieb, dem überlebten, verderblichen, mit der neuzeitlichen Stufe der Volkskultur unvereinbaren Feudalwesen ein Ende zu machen und der Menschheit die in ihrem Entwicklungsgange nothwendige neue Bahn zu eröffnen. —

Wir wollen nicht von dem Kaiserreiche, nicht von der Gloire umständlich reden. Nur ein Paar Bemerkungen mögen hier stehen über die Zeit der „Anarchie,“ die Zeit des „Schreckens,“ die man in ihrer Ursache und in ihrem Zusammenhange, die man in ihrer Bedeutung und in ihrem ganzen Wesen noch immer so wenig richtig erfaßt und erkennt, so wenig in ihrer welthistorischen Bedeutung zu würdigen versteht.

Wir benützen darum mit Vergnügen diese Gelegenheit, das Urtheil eines Mannes in unserm Blatte zu wiederholen, der unbestreitbar einer der größten Geschichtschreiber der Neuzeit, dabei zugleich ein Mann von Herz und von Unbestechlichkeit ist. Wir wüßten jene Zeiten und jene Verhältniße auf keine Weise treffender zu schildern, als es Schlosser mit folgenden Worten gethan hat:

„Eine ganz vollständige Veränderung aller Lebens- und Staatsverhältniße, des Eigenthums, der Namen und der Gewohnheiten, wie sie schon im Juli 1790 beschlossen war, mußte nothwendig augenblicklich alle Banden lösen. Es schien daher auch schon um diese Zeit Frankreich eine Beute wilder Schwärmer und des von ihnen aufgeregten rohen Haufens geworden zu sein. Dies glaubten Burke und tausend Andere. Sie schrieen, sie tobten, sie verwünschten. Die nächsten Jahre schienen alle ihre Prophezeihungen zu bestätigen. Dem Scheine nach hatten sie Recht, aber der Schein trügt; im Wesen und im Grunde hatten sie Unrecht.“

Nachdem Schlosser die großen socialen Veränderungen, welche stattfanden, in ihren Grundzügen aufgezählt, bemerkt er: „Dies konnte freilich nur dadurch bewirkt werden, daß einige Jahre hindurch die gewöhnliche Ordnung der Dinge, wie sie in allen civilisirten Staaten besteht, umgekehrt ward. Es ward nemlich von diesem Augenblick an die rohe, dienende, gedrückte, leidende Mehrzahl der Bürger, die sich sonst der Gerechtigkeit der Minderzahl fügen muß, die herrschende; sie drückte, verfolgte, peinigte die Minderzahl in ihrer Art Gerechtigkeit. Diese Volksjustiz war freilich, wie vorher die der Vornehmen, ebenfalls Ungerechtigkeit, sie ward noch dazu mit blutiger und brutaler Gewalt*) geübt. Hernach stellte sich aber bald das natürliche Verhältniß von selbst wieder her.“

Im weitern Verlaufe äußert unser trefflicher Beobachter: „Die Monarchen, welche in dem Augenblick, als das Gebäude des alten französischen Staats einstürzte, und unter seinen Trümmern seit dem 10. August (1792) alle Sprößlinge der verdorbenen Generationen des 17. und 18. Jahrhunderts, Schuldige und Unschuldige, begrub, sahen nur Blut und Zerstörung in Frankreich. Sie ahnten gar nicht, daß sich unter den Trümmern und aus ihnen ein Geschlecht voll Gigantenmacht und Titanenkühnheit erhebe, dem ihre an Geist verarmten, an Körper erschlafften Rittergeschlechter des Mittelalters nicht gewachsen seien. Als die Preußen gegen Verdün vorrückten, zeigte sich überall in den französischen Heeren Auflösung der alten Disciplin. Die Auswanderung der adeligen Officiere hatte in der Armee dieselben Folgen, welche im Civilfach aus der plötzlichen Vernichtung der alten Beamtenhierarchie und aus der ganz neuen Besezzung aller Aemter entsprangen. Anfangs war überall Unordnung, Verwirrung, Mord und Raub. Bald aber behauptete die Civilisation ihre Rechte. Sie stieß, wie sie zu thun pflegt, das Rohe, ganz Unbrauchbare, einer neuen Gestaltung gänzlich Unfähige, von sich aus; wer brauchbar und gebildet war, fand sich bald in seiner neuen Lage. Die neuen Beamten und Offiziere, die ihre Stellen nur ihrer Tüchtigkeit und Regsamkeit verdankten, thaten Wunder, weil sie zur neuen Ordnung der Dinge paßten, wie diese zu ihnen.“ —

Uebereinstimmend mit der Anschauungsweise Schlossers, hatte schon lange zuvor der geniale Baggesen gesagt: „Eine vorübergehende Anarchie scheint mir weniger schrecklich für die Menschheit, als eine unaufhörliche Sclaverei. Jene Franzosen sind freilich Scorpionen, die das Land für eine Zeit lang schrecklich verwüsten; aber diese Höflingsmagnaten, diese Cabinetsbeherrscher sind eben so viele feststehende, eingewurzelte, wieder und wieder blühende, bleibende indianische Giftbäume (Toxikodendra). Ich mag lieber eine entsetzliche Wunde, als die Schwindsucht.“

Wir wollen das Thema nicht ausführen, ob Ludwig Napoleon sich im Falle befindet, eine solche neue, wundervolle Schöpfung ins Leben zu rufen. Mögen aber Diejenigen, welche man so oft durch das — nach unserer Ueberzeugung — kindische und alberne Geschrei erschreckt: „die Civilisation ist in Gefahr!“ aus den auf der gründlichsten Forschung und einem genialen Erfassen der Weltverhältniße beruhenden Betrachtungen Schlossers volle Beruhigung schöpfen und das Vertrauen fassen, daß Cultur und Civilisation — daß die edle Sache der Menschheit, auf unerschütterlich fester Basis beruht, und deßhalb nicht wie ein Kartenhaus umgeweht werden kann, wie etwa die Projecte der vom Mittelalter träumenden verkümmerten Diplomaten!

• München. (Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 19. Februar. Beschluß.)

*) Doch allerdings hinwieder nicht mit jener höhnenden am allermeisten empörenden Scheinheiligkeit!

Lang: „Meine Herren, fürchten Sie nicht, daß ich Ihnen den zweiten Theil meiner Rede vortrage. ... Die Strafpredigt des Herrn Fürsten v. Wallerstein kann ich mir aber nicht gefallen lassen; ich muß sie entschieden zurückweisen. Ich appellire in dieser Beziehung an die ganze Versammlung ohne Ausnahme und frage, ob ich je irgend Jemand in böswilliger Weise verletzt, oder die Versammlung durch übermäßige Redereien aufgehalten habe. Ich habe mich noch nie in die Jungfrau von Orleans verstiegen, wie es neulich geschehen ist, und aus deren Monolog Stellen citirt, die nemlich für die Getroffenen nicht zu den angenehmsten Freundlichkeiten gehört haben. Wie man aber eine Frage auffaßt und im Vortrage behandelt, ist Sache des Naturells, und die Gaben sind in dieser Beziehung verschieden von der Natur ausgetheilt, und ich weiß nicht, ob ich es bedauern oder mich freuen soll, daß mir diejenige Freundlichkeit, welche Hrn. Fürsten v. Wallerstein in so hohem Maße zu Gebot steht, von der Natur nicht verliehen wurde."

Fürst v. Oettingen-Wallerstein: „M. H.! Kein Wort dem Hrn. Lang; wir beide sind zusammen fertig, Sie haben mich gehört, Sie haben ihn gehört, mögen Sie entschieden. „In die Jungfrau von Orleans habe ich mich nie verstiegen." (Heiterkeit.) Vielleicht in den Monolog, das ist eine andere Sache. — Was die Aeußerungen des Hrn. Ministerpräsidenten betrifft, so bin ich gezwungen, sie ernster zu greifen. Nicht, m. H., als fände ich mich veranlaßt, zurückzugehen auf frühere Zeiten meiner amtlichen Wirksamkeit. M. H., die Missionen, die mir übertragen wurden, habe ich nicht gesucht, die Acten beweisen es, und es bedurfte zweier vollen Monate, um mich zu der zweiten zu bewegen; auch darüber habe ich die Urkunden in Händen. ... M. H.! nur Eines berühre ich. Als Bayern auftrat, um die Intervention in der Schweiz zu bekämpfen, als Bayern auftrat, um von dem Bundestage die Preßfreiheit als Recht des deutschen Volkes zu verlangen, da hatte die bayerische Diplomatie eine Aufgabe, welche ihr wohl gegenwärtig nicht mehr zu Theil wird. Wollen wir die Vergangenheit parallelisiren, so hat jeder Staatsmann Epochen in seinem Leben. Der Hr. Ministerpräsident war gezwungen, als Minister einer Todtenfeier beizuwohnen, wie ich vielleicht gezwungen war, in Beziehungen anderer Art aufzutreten. Sollen wir darüber reden? Ich bin dazu bereit, obwol ich nicht weiß, ob es nothwendig ist.

... Was aber die Regierungsfeindlichkeit vor Anträgen betrifft, so muß ich dem Hrn. Ministerpräsidenten eines entgegenhalten. Der Hr. Ministerpräsident sagt, wir auf dieser Seite des Hauses hätten gut reden, wir stünden nicht auf der Bühne des Handelns. Zum Handeln berufen, würden wir wahrscheinlich ein wenigstens ebenso gewichtiges Budget fordern. Es sei eben dieß das Bequeme der Minoritäten. Unsere Anträge seien regierungsfeindlich, sie drohten die Regierung zu lähmen, ihr die Möglichkeit des Lösens ihrer Aufgabe zu entziehen. M. H.! derlei ministerielle Aeußerungen sind gar nicht neu in Bayern. Es war einmal ein Jahr, da man zählte nach Christi Geburt 1825; auch damals saßen Minister an jenem Tische. Zugleich befand sich ein zweiter Präsident in diesem Saale. Dieser zweite Präsident (Graf Armansperg) entwickelte bei verschiedenen Gelegenheiten die Nothwendigkeit von Ersparungen und Reformen, und die Minister riefen ihm stets zu: Herr, diese Ersparungen und Reformen sind unmöglich, sie enthalten ein völliges Untergraben der Regierungsaction. Da trat der traurige 12. und 13. October ein. Der zweite Präsident kam als Minister an das Amt, er verwirklichte nicht nur alles von ihm Angekündigte, sondern noch weit Umfassenderes; das als unzulänglich, als regierungsfeindlich erklärte Budget, m. H.! wurde von ihm bei weitem nicht erschöpft, unter jenem Minister begann die Periode der Erübrigungen und großartigen Steuerminderungen. Der Begriff von Bedürfniß und Nichtbedürfniß, also auch der Begriff von feindselig und nicht feindselig im Effecte ist ein höchst relativer. ... Wenn man Ihnen übrigens, m. H., vom Ministertische zugerufen hat, halten Sie aus im letzten Momente, geben Sie Acht, daß wir nicht wieder unvorbereitet von möglichen Ereignißen überrascht werden, so rufe ich Ihnen entgegengesetzt zu: Geben Sie Acht, daß Sie nicht in ruhigen Zeiten Steuerkräfte erschöpfen, nach welchen man vergebens in andern Zeiten lechzen wird. Ich sage eines und die Folgezeit wird richten, ob ich es mit Recht oder Unrecht sage. In dem gegenwärtigen Augenblicke — ich theile darin die Ansicht des Hrn. Kolb, — ist Europa ruhig, und muß Europa ruhig sein. Auf der Hut kann man bleiben, ohne 10 Millionen für den Friedensfuß einer Armee auszugeben."

Ministerpräsident Dr. v. d. Pfordten: „... Ich habe vorhin behauptet, es sei ein großer Unterschied zwischen Theorie und Praxis und habe als Beweis dafür angeführt, daß derselbe geehrte Hr. Abgeordnete, der jetzt an meinem Postulate für das auswärtige Ministerium 90,000 fl., soviel ungefähr ist es, streichen will, als er in diesen Functionen stand, das Streichen nicht für zuläßig erachtete, sondern mehr ausgab. Als Erwiederung hierauf ist auf politische Principien eingegangen worden, auf verschiedene Vergangenheiten; das halte ich für unnöthig, ich glaube, es handelt sich blos um eine reine Zifferfrage. Ich habe behauptet, der Hr. Fürst v. Wallerstein habe als Minister des Auswärtigen während 3 Monaten von den Mitteln des auswärtigen Ministeriums mehr ausgegeben, als verhältnißmäßig für dieses Vierteljahr bewilligt war, und mehr, als ich in meinem Budget postulirt habe. Ich habe ferner behauptet, daß die Gesandtschaft, welche der Hr. Fürst bekleidet hat, mehr Aufwand nothwendig gemacht hat, als andere, ich habe nicht behauptet, daß darin eine Verschwendung gelegen sei. Darin bin ich auch nicht widerlegt, wenn man mir den Werth jener Gesandtschaft entgegenhält, den ich ja gar nicht bestritten habe. Ich sagte blos, die Praxis des Hrn. Fürsten, seine ministerielle Praxis, nicht blos aus dem Vierteljahre, sondern auch in den andern Branchen aus den früheren Ministerien habe das und das gekostet. Man müßte also, was auch angedeutet wurde, einen Unterschied machen zwischen den Principien. Es wurde gesagt, ja wenn Bayern die Interzession in der Schweiz gehindert, ja, wenn man beim Bundestage für die Preßfreiheit auftritt, braucht man Geld. Da kommt man auf den Satz hinaus, wenn unsere Principien im Ministerium vertheidiget werden, wenn wir Minister sind, dann müßen wir Geld haben, aber wenn unsere Gegner Minister sind, so brauchen wir ihre schlechten Principien nicht mit Geld zu unterstützen. Man mag darüber, ob die Politik, welche das Ministerium durch seine Organe verfolgt, richtig ist oder nicht, frei sein Urtheil fällen; für jede Politik aber, von welcher Richtung sie auch sein mag, sind die und die Organe nöthig, und werden dasselbe kosten, und dafür habe ich diese Thatsache als Beleg angeführt, und glaube noch nicht widerlegt zu sein."

Fürst v. Oettingen-Wallerstein: „Ich habe nur zwei Worte zu sagen: Erstens, m. H.! Die Politik, welche Bayern zu beobachten hatte, als der Sturm nahte und von uns wol vorhergesehen wurde, als es für Bayern galt, vielleicht Träger und Regulator der großen deutschen Bewegung im edelsten Sinne des Wortes zu werden, da mochten andere Opfer am Platze sein, als zu Gunsten der jetzigen Politik, wo wir am Schlepptau Oesterreichs und des Bundestages gezogen werden. Zweitens, da der Hr. Ministerpräsident von meiner ministeriellen Vergangenheit sprach, so muß ich sagen, das ich 6 Jahre mit einem bemessenen Personal das Ministerium des Innern verwaltet habe, das jetzt drei kostspielige Ministerien bildet. Uebrigens wird die Kammer mir erlauben, nicht näher darauf einzugehen; der Gegenstand unserer heutigen Berathung ist so ernst, daß wir wahrlich von Persönlichkeiten ab- und auf die Sache sehen sollten."

Hierauf Schluß der Sitzung.

Nürnberg, den 1. März. Mit dem Heutigen legt Ludw. Jegel die Redaction des „Fränkischen Kur." nieder.

Freiburg, den 1. März. Heute Morgen marschirte von hier aus ein Executionscommando von 1 Offizier und 50 Mann nach Oberrothweil am Kaiserstuhl, wo die Bürgermeisterwahl einigen Anhängern der Umsturzpartei Gelegenheit zu Demonstrationen gegen gutgesinnte Bürger gegeben hatte. — (Freib. Ztg.)

Kassel, den 1. März. Ein Ausschreiben des kurfürstlichen Finanzministeriums verordnet, in Rücksicht der eingetretenen Theuerung der Brodfrüchte die zollfreie Einführung des Getraides, der Hülsenfrüchte, des Mehls und der Mühlenfabrikate bis zum 30. Sept. d. J.

Wiesbaden, den 29. Febr. Gestern fanden bei einigen Mitgliedern des aufgelösten Turnvereins Haussuchungen statt. Es ist jedoch nichts Verdächtiges gefunden worden.

Koblenz. Ein mit Korn beladenes Schiff ist im Bingerloch gesunken und die Ladung verloren gegangen.

Aus **Hannover** vom 22. Febr. schreibt man der N. P. Z.: Dem Vernehmen nach halten sich jetzt im Hannoverschen mehrere Werber auf, die die britische Armee recrutiren sollen und ein bedeutendes Werbegeld, man sagt 120 Thlr. per Kopf, bieten.

Leipzig, den 29. Febr. Auch bei uns ertönen ernste Klagen aus den Provinzen über Theuerung und Nothstand.

Berlin, den 2. März. Der Finanzminister zeigte heute der Kammer an, daß die *Zollvereinsstaaten* beschlossen hätten, die Eingangszölle auf *Getraide, Mehl und Hülsenfrüchte* bis zum 31. August *nicht zu erheben.*

Glogau, den 28. Febr. Hier haben jüngst zwei den höheren Ständen angehörige Männer ihren Austritt aus der evangelischen Landeskirche gerichtlich erklärt und zwar „weil durch Bildung eines Oberkirchenraths, durch Einführung der neuen kirchlichen Gemeindeordnung und durch das Verhalten der Kirchenbehörden gegen die freien Gemeinden die evangelische Landeskirche aufgehört habe, eine protestantische zu sein, sie aber (jene Männer) Protestanten seien und bleiben wollten." (N. Pr. Z.)

Königsberg, den 26. Febr. Die Falschmünzer scheinen ihre Werkstätten principienmäßig an den Gränzen der Monarchie zu etabliren; wie neuerdings in der Rheinprovinz, so ist man bei uns einer Münzstätte von Thalerstücken auf die Spur gekommen, welche sich unmittelbar an der russischen Gränze zu befinden scheint; mehrere Individuen, welche sich durch Verausgabung derselben verdächtig gemacht haben, sind bereits zur Haft gebracht worden.

Hamburg, den 28. Febr. Das längst Befürchtete ist erfolgt: Ruschack ist am Mittwoch über Harburg nach Oesterreich abgeführt worden. Unser Senat hat nichts gethan, um diesen Bürger Hamburgs seinem trüben Schicksale zu entreißen. Ein energisches Wort, und Ruschack wäre ausgeliefert worden. Dies ist nicht nur die individuelle Meinung Ihres Correspondenten, sondern aller urtheilsfähigen Hamburger. — Auch die strengsten Strafen konnten die österreichischen Soldaten von der Desertion nicht zurückschrecken. Noch gestern Morgen wurden einige Deserteure in Civilkleidern, gerade als das englische Dampfschiff abgehen wollte, auf demselben von hiesigen Polizisten verhaftet; ebenso verschiedene Personen, welche der Begünstigung dieser Desertion verdächtig sind. Ein Glück für letztere, daß die hiesigen Offizianten der Anforderung der österreichischen Patrouille, dieser die Arrestanten zu übergeben, nicht nachgaben. (F. J.)

Wien, den 25. Febr. Die heutige „Wiener Ztg." bringt einen Vertrag des Staates mit der Nationalbank, wodurch, außer der früheren hypothekarischen Schuld von 40 Mill. Gulden auf die oberösterreichischen Salinenwerke, nun weitere 71'500,000 fl. (mit 2 pCt. verzinslich), welche die Bank in verschiedenen Staatspapiergeldern und Forderungen besitzt, auf eben diese Hypothek und ihren jährlichen Ertrag von mehr als 7 Mill. Gulden versichert werden. Diese Geldarten werden aus dem Umlauf gezogen, und die Schuld an die Bank aus den Erträgnissen des Staats so wie der allfällig zu schließenden Anlehen getilgt werden.

Frankreich.

Einer unserer Freunde, schreibt die Neue Preußische Zeitung vom 27. Febr., der Paris vor fünf Tagen verlassen hat und durch seine Stellung genauer unterrichtet sein kann, als irgend ein Anderer, läßt uns folgende, für die Beurtheilung Louis Napoleons Bonaparte's Karakter und des Staatsstreichs vom 2. Dec. wichtige Mittheilung zugehen: „Es ist Ihnen der wahre Grund der Kälte und Abneigung zwischen dem Präsidenten der Republik und dem Minister des Krieges bekannt. Der Kriegsminister St. Arnaud weigerte sich entschieden, die eigenhändigen Befehle herauszugeben, die ihm der Präsident in Bezug auf den Staatsstreich ertheilt hat. In diesen Ordres heißt es: „Jeder Stadttheil, der in die Gewalt der Insurgenten fällt, wird augenblicklich an allen vier Ecken angezündet." Ferner: „Jeder Officier, der kein Commando hat und sich doch einem Truppencorps nähert, wird auf der Stelle füsilirt." Es ist natürlich, daß der Präsident solche und ähnliche Ordres zurückhaben will, aber man muß gerecht sein, es ist eben so natürlich, daß Hr. de St. Arnaud die Ordres zu behalten wünscht. Man kann ja nicht wissen, was sich ereignen kann. St. Arnaud wünscht gar nicht, denkt nicht daran, in Afrika Krieg führen zu wollen, aber der Präsident wünscht es, sich auf diese Weise seiner zu entledigen. Die Sache wäre längst schon geschehen, fürchtete man nicht eben eine Indiscretion des Generals in Bezug auf diese Ordres. Es ist kein Geheimniß mehr, daß am 3. Dec. wirklich im Ministerrathe heftig discutirt wurde, ob man den General Changarnier nicht füsiliren lassen müsse par mesure de sûreté. Der Siegelbewahrer Rouher war für das Erschießen. Auch General Cavaignac wäre nicht so leichten Kaufes davongekommen, wenn nicht sein Schwiegervater, Hr. Odier, sämmtliche verfallene Wechsel des Hrn. v. Morny an sich gekauft hätte. Uebrigens steht es in Frankreich trauriger, als Sie ahnen können."

Paris, den Febr. Die Londoner illustrirte Zeitung sowie der Punch wurden von der Polizei mit Beschlag belegt. — Die 300 Hausbedienten, die bei dem letzten Ball in den Tuilerien den Dienst versahen, waren streng nach Vorschrift der *kaiserlichen* Haustracht gekleidet. — Die Ihnen vorgestern gemeldete Nachricht, General Cavaignac habe an den Siecle geschrieben, daß er nur darum als Candidat auftrete, um im legislativen Körper gegen den 2. Decbr. protestiren zu können, war eine Erfindung dieses Blattes, die sie durch ihre Redactoren in Umlauf gebracht hat. Der ehrenwerthe General hat vielmehr entschieden die Candidatur abgelehnt, und dem Siecle, der dieselbe ohne sein Vorwissen aufstellte, einen Verweis über dieses Verfahren schriftlich zukommen lassen. — Der Präsident kehrte Faschingssonntag sehr unzufrieden von seiner Promenade auf dem Boulevard zurück, und soll über den Undank des Volkes sich beklagt haben, da er weder mit Zurufen noch mit sonstigen Zeichen der Begeisterung oder der Aufmerksamkeit aufgenommen wurde. (A. Z.)

Paris, den 28. Febr. In den Gefängnissen des Seinedepartements haben, dem neulichen Decret entsprechend, die Arbeiten wieder begonnen. — Der Juwelier und Democrat Croce Spinelli ist aus Frankreich verbannt und muß morgen Paris verlassen. — Heute trafen mit der Orleans-Eisenbahn 21 von den Kriegsgerichten verurtheilte Personen hier ein, und wurden sofort im Fort Ivry eingesperrt. — Wegen Ermordung eines Gendarmen hat das Kriegsgericht zu Clamecy eine Person zum Tode, vier zu lebenslänglicher und eine zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit verurtheilt.

— den 29. Febr. Die Wähler strömen heute in ziemlich großer Anzahl nach den Wahlurnen; Paris ist jedoch äußerlich sehr ruhig. Die Behörden haben einige Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die Wahlsectionen sind militärisch besetzt. — Der „Siecle" hat eine Warnung erhalten, weil er den General Lamoriciere den Wählern

bei den heutigen Wahlen anempfohlen hatte. In gleicher Zeit wurde ihm bedeutet, daß eine wiederholte Warnung die Unterdrückung des Journals zur Folge haben würde. — Der Assisenhof hat gestern sein Urtheil über die in das deutsch-französische Complot verwickelten Personen erlassen. Drei der Angeklagten sind freigesprochen. Cherval und Gopperich sind zu acht Jahren Zuchthaus, Nette und Noll zu zwei Jahren, Roeser und Müller zu einem Jahre, Mathesen, Schultz und Fischer zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. — Ein Clavierlehrer wurde gestern zu einem Jahre Gefängniß und 25 Fr. Geldstrafe verurtheilt, weil er zwei Soldaten zum Legitimus verführen wollte. — Die „Presse" veröffentlicht heute einen Brief des zur Deportation verurtheilten Guinard, früher Oberst der 5. Legion der pariser Nationalgarde, in welchem er der Nachricht widerspricht, als sei er begnadigt worden. Das Schreiben ist an den „Constitutionnel" gericht, den Guinard als schlecht unterrichtet bezeichnet; man bewillige — meint er darin — nur denen, die verlangen, und er habe niemals von der Regierung des 2. Decembers etwas verlangt. — Eine Corvette mit 2 Compagnien Soldaten an Bord ist untergegangen. Die Mannschaft wurde gerettet; dagegen sind 1,600,000 Fr., dem Staate angehörig, ein Opfer des Meeres geworden. Von Montpellier sind bereits 104 Gefangene abgegangen, die nach Algerien bestimmt sind.

Ein Artikel des präsidentiellen Decretes in Betreff der Errichtung von Landescreditgesellschaften verfügt, daß 10 Millionen, von den aus dem Verkaufe der Güter der Familie Orleans gewonnenen Summen, zu Betheiligungen des Staats an diesen neuen Anstalten verwendet werden sollen.

Aus **Toulon** wird berichtet, es sei dort die Nachricht eingetroffen, daß in Folge eines furchtbaren Sturmes die britische Mittelmeerflotte in den Gewässern von Malta starke Beschädigungen erlitten habe; alle Schiffe seien mehr oder weniger beschädigt; bei dem Wiederaneinanderstoßen zweier Linienschiffe seien viele Matrosen getödtet oder verwundet worden.

Italien.

Turin, den 26. Febr. Die Gerüchte von einer neapolitanischen Amnestie haben sich bis jetzt nicht verwirklicht. Es wird vielmehr die Verbannung der Herren Tofani, Romano, Camella und des Professors Tommasi gemeldet, die nach langwieriger Gefängnißhaft von den Gerichten freigesprochen worden waren.

Rom, den 21. Febr. Gestern hatten wir in der Mittagsstunde Schneefall, und heute sehen wir Gebirge und Ebenen mit starrem Frost und weißen Flocken überdeckt. — Ein Club junger Römer hatte sich angeschickt, den Carnevalsfreuden am Dienstag nächster Woche ein Ende mit Schrecken zu machen. Die Polizei hatte von dem Vorhaben durch ein Mitglied des Clubs selbst noch früh genug Wind erhalten, worauf sie gestern mehr als achtzig Personen zur Haft bringen ließ. Die Absicht der Tumultuanten war, unter die frohe Menge während des Carnevals auf dem Corso Handgranaten springen zu lassen, welche sich dann auch im unteren Geschoß eines Tabaksladens unweit des Pantheons wirklich in bedeutender Zahl vorfanden.

Neapel. Der Staatsgerichtshof hat am 7. Febr. das Schlußverfahren gegen 14 politische Angeklagte begonnen. Darunter sind die meisten wegen hochverrätherischer Parteiumtriebe angeklagt. Der Proceß wird seinen Namen nach der verfolgten Faction der setta carbonica militare erhalten.

Großbritanien.

Malta, den 1. Febr. Wir sind hier umgeben von Kriegsrüstungen, die englischen Truppen bereiten Alles vor, als ständen wir am Vorabend eines feindlichen Angriffes. Die Garnison wird fast verdoppelt, die Forts ganz in Stand gesetzt.

Ostindien.

Bombay, den 3. Febr. Der Conflict mit Birma ist nun doch zum Ausbruch gekommen. Es ward wechselseitig auf-einander gefeuert. Die Birmanenküste ist von den Engländern blokirt. Die in Rangun befindlichen Europäer haben die Stadt verlassen.

Redacteur: Fr. Steiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[866] **Todes-Anzeige.**

Dem Allmächtigen hat es gefallen, am 28. v. M., Mittags 1 Uhr, unsern vielgeliebten Vater, Bruder und Schwager, den kgl. Notär **Hitschler** zu Haßloch, in jenseitiges Leben nach einem längern Leiden abzurufen. Dies unsern Verwandten und Freunden zur Nachricht mit der Bitte um stille Theilnahme.

Haßloch, den 2. März 1852.

Die Hinterbliebenen.

[867] **Eichenlohrinden-Versteigerung zu Hirschhorn.**

Dienstag, den 16. März l. Js., Nachmittags ein Uhr, sollen in dem Gasthaus zum Erbach-Fürstnauer-Hof zu Hirschhorn, folgende Eichenlohrinden unter den an diesem Tage näher bekannt gemacht werdenden Bedingungen in einzelnen Abtheilungen meistbietend öffentlich versteigert werden, und zwar:

I. Aus dem Revier Waldmichelbach:

300	Cent. Eichenlohrinden	in dem Domainaldistrict Stillfüßel bei Unterschönmattenwag,
50	„ „	in dem Domainalbezirk Lichtenklingerhof bei Waldmichelbach,
400	„ „	in dem Freiherr v. Dortischen Wald bei Unterschönmattenwag.

II. Aus dem Revier Hirschhorn:

4000	Cent. Eichenlohrinden	in dem Domainaldistrict Winterlindenthal bei Hirschhorn,
800	„ „	in dem Domainaldistrict Kniebig bei Neckarhausen,
800	„ „	in dem Hirschhorner Gemeindewalddistrict Kastanienwald bei Hirschhorn,
600	„ „	in dem Rothenberger Gemeindewald bei Rothenberg.

Nähere Auskunft über die Rinden ertheilen die Gr. Forstschützen Bürstlein zu Hirschhorn, Engel und Stai zu Unterschönmattenwag.

Hirschhorn und Waldmichelbach, den 29. Febr. 1852.
Die Großh. Hess. Revierförster der Reviere Hirschhorn und Waldmichelbach:
Königer. Theobald.

Unmittelbar nach Abhaltung der Lohrindenversteigerung aus den Gr. Hess. Revieren Hirschhorn und Waldmichelbach, sollen in dem Gasthaus zum Erbach-Fürstnauer-Hof zu Hirschhorn folgende Eichenlohrinden, aus den Gräflich Erbach-Fürstnauischen Waldungen öffentlich meistbietend versteigert werden, und zwar:

1. Aus dem Revier Airlenbach:

740	Centner in dem Distrikt	Kleinethal,
200	„ „ „ „	Wetterberg,
100	„ „ „ „	Meisenberg.

2. Aus dem Revier Gammelsbach:

1700	Centner in dem Distrikt	Brunnenkopf,
400	„ „ „ „	Schnuppenberg.

3. Aus dem Revier Bullau:

64	Centner in dem Distrikt	Pfriemenberg,
950	„ „ „ „	Rindengrund,
900	„ „ „ „	Hertel.

Die Gräfl. Revierförster zu Olfen, Gammelsbach und Bullau, werden den sich anmeldenden Käufern bereitwilligst jede nähere Auskunft bezüglich der fraglichen Rinden ertheilen.

Michelstadt, den 29. Februar 1852.
Der Gräflich-Erbach-Fürstnauische Forstmeister:
[868] Klump.

Neue
Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 57 | den 6. März 1852.

Deutschland.

• **Die deutsche Flotte und die Oesterreichische Flotte.** Noch immer ist das Schicksal der deutschen Flotte — formell — nicht entschieden. Nur zu sehr läßt sich aber vorhersehen, wie es damit gehen wird. Kein Verständiger wird verkennen, daß der Besitz einer eigenen Kriegsflotte eine der Vorbedingungen der politischen Macht und Größe Deutschlands ist. Der Keim, der zu einer Kriegsmarine gelegt ward in dem Jahre des Aufschwungs und der Begeisterung, wie wir sagen, — in der Zeit der „Revolution," wie die Gegner das Jahr 1848 nennen, — er begann, sich in schönster Weise zu entwickeln. Troß einer Reihe von Fehlern und Mißgriffen, welche bei der Gründung der deutschen Flotte begangen wurden, und welche zumeist darin ihren Grund hatten, daß man — und daß namentlich das Reichsministerium — Günstlinge unterstützte, zeigten sich bei der deutschen Flotte doch alsbald so vortreffliche Elemente, daß Sachkenner mit hoher Achtung und selbst einer gewissen Bewunderung sich darüber äußerten. — Es bleibt vorerst bloß eine Rückerinnerung, aber eine schöne und erhebende Rückerinnerung, mit welcher Liebe und Begeisterung in der Epoche des Aufschwungs so manches freiwillige Opfer für den Zweck der Gründung einer deutschen Kriegsmarine auf den Altar des Vaterlandes gelegt ward. Es verdient in den Berichten der Nationalversammlung nachgelesen zu werden, welche Gaben — mitunter aus den entferntesten Gegenden der Erde — von vaterlandliebenden Deutschen gespendet wurden, und wie manches Schärflein darunter war, dessen Darreichen ein wirkliches, ein bedeutendes Opfer von Seite Dessen bildete, der es — oft die Frucht wahrer Entbehrung! — spendete. — Heute wird verfügt über die Trümmer dieser Flotte, ohne daß es irgend Jemanden auch nur einfällt, nach Denen zu fragen, die ihre Gaben gereicht, und die, wie uns scheint, denn doch auch ein gewisses Recht hier besitzen. Es wird entschieden über die deutsche Flotte — durch die Diplomatie. Die Diplomatie aber, die unser Vaterland in seine jetzige jammervolle Lage gebracht, — sie wird auch die deutsche Flotte nicht erhalten. Die Reaction überdies — sie kann zerstören, aber nicht bauen, und die ganze Geschichte der drei letzten Jahre beweist unwiderlegbar, daß sie völlig unfähig ist, eine neue große Schöpfung, die patriotische Kraft und Erhebung erheischt, ins Leben zu rufen. — Erst das freie, geeinigte Deutschland wird auch seine Flotte haben!

Unterdessen sucht Oesterreich seine Kriegsmarine zu heben. Die Berichte der von Lob alles Oesterreichischen überfließenden Blätter, wie namentlich der Augsb. Allgem. Ztg., lassen es an günstigen und selbst glänzenden Schilderungen dessen, was in dem bezeichneten Zweige geleistet worden sein soll, in keiner Beziehung fehlen. Ganz anders aber lauten die Angaben unbefangener Sachkenner. Wir waren kürzlich im Falle, das Urtheil eines wissenschaftlich gebildeten deutschen Seemannes darüber zu vernehmen. Dieses Urtheil könnte nicht ungünstiger, nicht hoffnungsloser für die Zukunft sein. Die österr. Kriegsmarine steht unter der Oberleitung eines — Generals der Landarmee (wenn wir nicht irren, des Grafen Wimpfen). Eine solche Einrichtung mochte noch vor 300 Jahren, etwa zu Coligny's Zeit, angehen, heute ist sie eine Ungereimtheit. So tüchtig jener General zu Lande sein mag, — das Seewesen versteht er nicht! Dabei meint er aber, die Erfordernisse des Dienstes der Landmacht unbedingt auch als erste Bedingungen bei der Marine aufstellen zu sollen. Um eine Charge auf der österr. Flotte zu erhalten, wird vor Allem Kenntniß — des Infanterieexercitiums gefordert! Selbst das, was man sogar auf dem Lande dem kleinlichen und armseligen Kamaschendienste beizählen mag, wird auf das Seewesen übertragen. Einem jungen deutschen Seemanne, der bereits ein hanseatisches Obersteuermannspatent besitzt, der mit den besten Empfehlungen nautischer Autoritäten nach Wien und Triest kam, und der am letzten Orte den Söhnen verschiedener Glieder des hohen Adels mit Erfolg Unterricht in der Mathematik und im Seewesen ertheilte, und dem man keineswegs übel wollte, — entblödete man sich nicht, zu erklären, daß er, um in der österr. Kriegsmarine eine Charge zu erlangen, was ihm keineswegs fehlen werde, als — Infanteriesoldat in die kaiserliche Armee eintreten müße, weil es feststehender Grundsatz sei, Niemanden aufzunehmen, der nicht das Infanterieexercitium practisch erlernt habe; auch komme nur dadurch militärische Disciplin in die Marine. — Daß das Anerbieten mit gerechter Indignation abgelehnt ward, versteht sich von selbst. —

Jene Mißstände, welche der braven österreichischen Landarmee schon vor 50 oder 60 Jahren so entschieden zum Verderben gereichten, sie scheinen zum Theil in den Marineeinrichtungen sich heute zu concentriren. Die Söhne des hohen Adels widmen sich gegenwärtig vorzugsweise dem Seedienste; es geht die vornehme Richtung, wenn wir es so nennen dürfen, dahin. War doch selbst schon ein junger Erzherzog auf dem Wasser! Eine Folge davon ist, daß die Hochadeligen die Stellen der Marineofficiere besetzen. Bürgerliche Talente haben dabei die Aussicht, in untergeordneten Graden zu dienen, das Lästige und Gefährliche des Dienstes zu besorgen, bei glänzenden Festen und andern Gelegenheiten den adeligen jungen Herren den Vorrang, den Glanz und das etwa zu ärndtende Lob zu überlassen, und in „stiller Thätigkeit," unbemerkt und von Niemanden dafür anerkannt, nebstbei gegen eine wahrhaft ärmliche Gage, — in bescheidener Unterthänigkeit mit einem Worte: die Arbeiten zu verrichten.

Daß der Zustand der österr. Kriegsflotte unter solchen Verhältnißen nur ein höchst übler sein kann, versteht sich von selbst, und man wird darnach die Richtigkeit jener ungünstigen Schilderungen nicht wenig bezweifeln, welche in neuerer Zeit hie und da bekannt wurden.

Zu den gerügten Mißständen kommen aber noch andere, hervorgehend aus der Stellung, die man den Schiffskapitänen anweist, und welche an die übermäßige und verderbliche Controlle erinnern, die wenigstens in früheren Zeiten beim österr. Landdienste, in Folge der Macht des Hofkriegsrathes zu Wien stattfand. Das Beispiel eines Vorkommnißes, das uns erzählt ward, mag die Sache am besten bezeichnen. Ein kleines österr. Kriegsschiff fuhr in den griechischen Gewässern umher, nebenbei mit der Aufgabe, griechischen Piraten das Handwerk zu legen. Des Nachts näherte sich ein Seeräuber-Fahrzeug dem Kriegsschiffe, ohne es in der Dunkelheit als solches zu erkennen. Es kam ganz nahe herbei, entfernte sich aber, als es, spät genug, seinen Irrthum gewahrte. Auf dem österr. Kriegsschiffe hatte man das Piratenfahrzeug frühzeitig bemerkt, und seine Eigenschaft vermuthet. Dessen ungeachtet ward nicht im Geringsten Jagd auf dasselbe gemacht, und kein Schuß darauf abgefeuert. Je-

mand drückte dem Capitän sein Erstaunen darüber aus, soll aber von diesem die Erklärung erhalten haben: Wenn ich den Piraten genommen hätte, so würde mir kein Mensch in Wien den geringsten Dank dafür wissen; wäre aber, was sehr wahrscheinlich, im Kampfe mit demselben einige Beschädigung, z. B. meines Takelwerks, entstanden, so hätte ich mindestens zahllose Schreibereien gehabt, um — mich zu verantworten!

Es werden noch manche andere Züge erzählt, die, wenn sie vollkommen begründet sein sollten, ein schreckliches Bild vom Zustande wenigstens einzelner Theile dieser Marine geben müßten. So will man u. a. folgendes Factum wissen: Ein österr. Schiff segelte aus dem Golfe von Neapel, um sich nach jenem von Genua zu begeben. Die Witterungs- und sonstige Verhältniße, die Strömung und die Winde, waren höchst ungünstig. Endlich erblickte man Land und glaubte sich an der Genuesischen Küste zu befinden. Es war aber — die Afrikanische Küste! — Die Sache klingt so unglaublich, daß wir selbst an ihrer Richtigkeit zweifeln wollen. Wenn wir sie dennoch anführen, so geschieht es nur darum, weil sie in einigen südlichen Seehäfen nicht nur erzählt, sondern auch geglaubt wird. Dieser letzte Umstand scheint uns der bezeichnende zu sein, — bezeichnend, weil er beweist, was man wenigstens von manchen Theilen jener Marine für möglich hält!

Auf dem Wege, den man in Oesterreich einschlug und fortsetzt, wird man eine gute Marine nun und nimmermehr erhalten. Hätten wir eine deutsche Flotte für unser, auch Deutsch-Oesterreich umfassendes Gesammtvaterland, so würde es am Adriatischen Meere in dieser Beziehung ebenfalls besser bestellt sein!

* **München,** den 1. März. (92. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Rudhart erhält einen 4wöchentlichen Urlaub. — Neuffer verliest eine Interpellation, ob die früher angekündigte Aufhebung der Donauzölle in der nächsten Zeit stattfinden werde. Die Antwort erfolgt demnächst.

Erledigung über verschiedene Anträge auf Abänderung des Capitalrenten- und Einkommensteuergesetzes. Referent Weeber. Der erste dieser Anträge, von Geistlichen aus Dachau rc., bezweckt Befreiung gewisser Ablösungscapitalien, deren Zinsen Geistliche als Pfründen beziehen, von der Capitalrentensteuer. Der Ausschuß beantragt Ueberweisung an das Ministerium, um die Eingabe bei der Revision des betr. Gesetzes geeignet zu benützen. Es entspinnt sich eine Discussion, an der sich besonders Geistliche (Voos, Westermayer, Schnitzlein) betheiligen. Wallerstein widerspricht ihnen theilweise. Der Ausschußantrag wird schließlich angenommen.

2. Antrag: des Steuerprüfungsausschußes von München, welcher insbesondere Erzielung besserer Aufschlüße zur Ermittlung der Renten und des Einkommens zum Zwecke hat. Der Ausschuß beantragt gleichfalls Ueberweisung an das Ministerium; ebenso beim

3. Antrage, von Koch, der bei Einschätzung des Einkommens von Grund, Boden und Häusern eine Normirung nach den Katasterzahlen, und ähnlich eine Einschätzung der Gewerbe nach Maßgabe des Gewerbsteuertarifs bezweckt.

Dagegen schlägt der Ausschuß vor, dem 4. Antrage, von Schmid (aus Passau) keine Folge zu geben, welcher Antrag bezielt, die Einkommensteuer bei den Grundbesitzern rc. durch Beischlagprocente zur Grund-, Häuser- und Gewerbsteuer zu erheben.

Bei der Verhandlung erklärt sich Ministerialcommissär Pfretzschner gegen die Principien des Koch'schen Antrags. Ruland ist der Ansicht, daß das ganze Gesetz nichts tauge, und keine Ruhe kommen könne, bis es wieder aufgehoben sei. — Koch vertheidigt seinen Antrag. Heine erhebt sich gegen denselben, unter wiederholtem Tadel der Einkommen-, dagegen für Erhaltung und Verbesserung des Capitalsteuergesetzes, vermittelst dessen die Capitalisten, im Gegensatze zu den Landleuten, für die blos ihnen gewährte Annehmlichkeit des Fahrens auf den kostspieligen Eisenbahnen besteuert würden. Wallerstein: Wenn das Einkommensteuergesetz so schlecht sei, warum man dann nicht Hand anlege zu dessen Verbesserung?

Schließlich werden die Ausschußanträge sämmtlich angenommen.

Die ganze Verhandlung war ziemlich langweilig, um so mehr, als sie voraussichtlich ohne alles practische Ergebniß blieb.

* Heute redet man davon, daß die Kammern nach der definitiven Erledigung des Budgets (worüber sich beide Kammern erst vereinigen müßen) bis zum October vertagt (also nicht geschlossen) werden sollten. Beim Budget wird es noch besondere Differenzen über den Militäretat geben, ind m der Reichsrathsreferent Fürst Taxis sogar noch größere Summen dafür in Anspruch nimmt, als die Regierung selbst gefordert hatte.

* **München,** den 1. März. Der neue Monat hat mit einem Schneefall begonnen, wie wir dessen in diesem ganzen Winter noch nicht gehabt haben. Es war heute früh, bei dem ununterbrochen herrschenden furchtbaren Gestöber und den Schneemassen auf den Straßen, selbst in der Stadt beinahe nicht fortzukommen. Diesen Nachmittag ist die Witterung im Uebrigen wieder mild.

Zweibrücken. Die Sitzungen des Assisengerichts der Pfalz für das erste Quartal 1852 haben am 1. März begonnen und werden am 20. desselben Monats beendet sein. Die Jury hat in 14 Proceduren über 18 Individuen zu urtheilen, wovon 1 der freiwilligen Tödtung, 5 der freiwilligen Brandstiftung, 2 des gewaltsamen Angriffs auf die Schamhaftigkeit, 1 des falschen Zeugnisses, 1 der Fälschung, 1 der Verleitung von Soldaten zur Fahnenflucht und 7 des qualifizirten Diebstahls angeklagt sind.

München, den 29. Febr. Gestern Nachmittags 5 Uhr ereignete sich nahe der Bogenhauser-Brücke das Unglück, daß ein Mensch mit einem Gespann Ochsen und Wagen von den Wellen und der Strömung der Isar ergriffen und fortgerissen wurde. Bald sah man nichts mehr als die Köpfe der mit den Wogen und zertrümmerten Wagen kämpfenden Stiere, — der Knecht verschwand in den Fluthen. — Da auf einmal im Angesicht von Hunderten, die nicht retten konnten, stürzte sich ein Herr mit seinem ausgezeichnet schönen großen Hund hinunter an den Strand; der Hund erreichte schwimmend den noch einmal sichtbar werdenden Arm des Ertrinkenden und trug (obwol er sogar einen Maulkorb angehabt haben soll) die schwere Last schwimmend und rettend dem Ufer zu, wo sein Herr ihn vollends aufs Trockene zog. Den mehrstündigen angestrengten Bemühungen in Brunnthal, unter Anleitung mehrerer Aerzte, gelang es, den halb Entseelten wieder ins Leben zu rufen.

Dresden, den 1. März. Der allgemeine Polizeianzeiger des königl. sächsischen Regierungsraths Eberhardt gibt den Schlüssel zu den in London gemachten fürchterlichen Entdeckungen, den gräßlichen Nothjungischen Verschwörungen u. dgl. Man liest nämlich dort Seite 272, in London habe eine aus flüchtigen deutschen Dieben gebildete Gesellschaft bestanden, die es sich zur Hauptaufgabe gemacht hatte, die von einigen auswärtigen Regierungen dahin gesandten Policeiagenten zu mistificiren und sich für die ihnen hinterbrachten erdichteten Nachrichten über entdeckte Verschwörungen rc. bedeutende Summen zahlen zu lassen. Verschiedene Behörden hätten sich wirklich in diese Falle verlocken lassen und müßten ihre Unvorsichtigkeit nun bitter bereuen.

Berlin. Die colossale Statue zur Aufstellung auf dem Kirchhof bei Karlsruhe, wo die im badischen Feldzug gefallenen Preußen beerdigt sind, ist seit einigen Tagen vollendet. Sie stellt den heiligen Michael dar, wie er den Drachen erlegt, nach Kiß's Modell und in der bekannten Raphael'schen Idee.

Kiel, den 28. Febr. Den „H. N." berichtet man den Inhalt einer neuerdings vom dänischen Kriegsmini-

sterium erlassenen Verfügung, wodurch das **holsteinische Heerwesen** dem der Gesammtmonarchie eingeordnet wird. Die Herzogthümer Holstein und Lauenburg bilden demgemäß den vierten, wie das Herzogthum Schleswig den dritten Generalcommandodistrict der Monarchie. Die dänische Militärgesetzgebung und Militärrechtspflege ist auch für das holstein-lauenburgische Contingent eingeführt. Dieselbe Verfügung enthält eine Reihe von Ernennungen und Entlassungen.

Wien, den 27. Febr. Die Untersuchungen in Betreff der verhafteten Zöglinge des polytechnischen Instituts dauern noch immer fort und scheinen sogar an Umfang zu wachsen, wie dies schon aus den vielfachen Haussuchungen hervorgeht, welche fortwährend bei vielen Personen stattfinden, die mit dieser Lehranstalt irgendwie in Verbindung stehen. Unter den Verhafteten befinden sich auch zwei Assistenten des k. k. Professors Burg, der bis vor Kurzem Director des Polytechnicums gewesen war und plötzlich durch den Obersten Platzer ersetzt wurde. Die beiden jungen Männer standen mit Paris in directer Correspondenz, und als nach dem Staatsstreich vom 2. Dec. dort häufige Beschlagnahmen von Papieren stattfanden, sollen sich unter den confiscirten Briefschaften auch die Handschriften derselben vorgefunden haben. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wurde es dem Hrn. v. Burg stark übel genommen, sich derlei Individuen an die Seite gestellt zu haben, und nur die Gunst, in der er hohen Ortes steht, schützte ihn vor dem Schicksal der Pensionirung, das einen Anderen ohne Zweifel getroffen haben würde.

— den 29. Febr. Die aus Washington eingelangten *offiziellen Depeschen* vom neuesten Datum enthalten eine *ausführliche Mittheilung* der Beweggründe, welche den *österreichischen* Geschäftsträger Chevalier Hülsemann zur *Reise* nach Havannah bewogen haben. Auch für den *americanischen* Geschäftsträger sind durch einen eigenen Cabinets-Courier Depeschen eingetroffen; — man glaubt, daß ihr Zweck eine Anbahnung des früheren Verhältnisses zwischen Oesterreich und der Regierung der Vereinigten Staaten sein wird. (N. Pr. Z.)

Frankreich.

Paris, den 26. Febr. Nebst dem ärgerlichen Vorfall zwischen einem spanischen und einem polnischen Officier soll noch eine ganz unerwartete Erscheinung auf dem letzten Balle in den Tuilerien diesen ausgezeichnet haben. Im diplomatischen Corps soll die Erscheinung der — Miß Howard eine große Aufregung hervorgebracht haben; da dieselbe jedoch von halbamtlicher Seite eine sehr plausible Erklärung erhalten, so wird wol das diplomatische Corps dieser Ueberraschung keine weitere Folge geben. Dieser Erklärung zufolge habe Miß Howard den Präsidenten vergebens um eine Einladung zum Balle gebeten. Damit sie jedoch den Anblick des Ganzen genießen könne, erhielt sie eine Eintrittskarte auf die Galerien des Tanzsaales („Saal der Marschälle"). Allein die Hitze soll daselbst so stark gewesen sein, daß die Dame es nicht *länger* aushalten zu können glaubte, in den Saal herabstieg und unter das legitime Publikum sich mischte, wo sie bald durch ihre Schönheit verrathen und erkannt wurde. — Eine nachhaltige Aufmerksamkeit wird im diplomatischen Corps die Thatsache erregen, daß Hr. v. Kisseleff eine Note seines Ministers über die Herstellung des kaiserlichen Adlers auf den Fahnen und Orden der französischen Regierung mitgetheilt hat. Man erzählt in wohlunterrichteten Kreisen die Sache also: Hr. v. Kisseleff hatte zu dem erwähnten Zwecke aufs Ministerium des Aeußern sich verfügt, Hrn. v. Turgot aber verfehlt, und dem Director des Personales, Hrn. Thouvenel, die betreffende Note mitgetheilt. Dieser beeilte sich sofort dem Präsidenten der Republik davon Kenntniß zu geben, welcher darüber sich sehr verletzt fühlte. Zwei Tage darauf *verlangte* der russische Bevollmächtigte eine Audienz, um *über* denselben Gegenstand mit dem Präsidenten sich zu *unterhalten*. Der Prinz versichert: er habe keine Absicht das Kaiserthum herzustellen, der Wechsel der Embleme habe blos das Nationalgefühl zu befriedigen den Zweck gehabt, die fremden Mächte dürften hierin keinen Grund zu Besorgnissen sehen. Schließlich ersuchte der Präsident Hrn. v. Kisseleff in diesen Versicherungen an seinen Hof zu berichten. (A. Z.)

Der Pariser Correspondent des Morning Chronicle, einer der fleißigsten Alarmisten, erzählt: Vor wenigen Stunden erst hörte ich von einer Aeußerung des Dictators, welche mir zeigt, daß mein Urtheil über seine Doppelzüngigkeit nicht unrichtig war. Bei einem Diner, welches L. Napoleon neulich mehreren Generälen und Obersten der Pariser Besatzung gab, kam das Gespräch auf die Londoner Ausstellung und L. Napoleon fragte einen Obersten, ob er die Ausstellung gesehen habe? Darauf erwiederte der Officier: Sie wissen Prinz, wir Soldaten sind nicht reich genug, um solche Ausflüge zu machen, außer es geschieht im Dienst. Ich denke, ich werde London kaum je anders sehen als an der Spitze meines Regiments. — Die Antwort wurde ausnehmend wohlgefällig aufgenommen und der Prinz-Präsident bemerkte mit einem gnädigen Lächeln und in halb vertraulichem Tone: Cela ne serait pas impossible (Das wäre nicht unmöglich.) — Ich habe diese Anecdote von einem frühern Gesandten Frankreichs bei einem der nordischen Höfe.

— den 29. Febr. Großes Aufsehen erregt eine Schmähschrift gegen die Familie Orleans, die unter dem Titel: „Authentische Actenstücke über die Güter der Familie Orleans," vor einigen Tagen bei einem ganz unbekannten Buchhändler erschienen ist. Dieselbe wird im Geheimen vertheilt und soll von hochgestellten Personen herrühren. Der Ursprung des Vermögens der Familie Orleans wird darin auf sehr boshafte Weise besprochen; die Broschüre selbst ist in einer Art und Weise abgefaßt, die ein sehr schlechtes Licht auf die Familie des verstorbenen Königs wirft, und wird als sehr nachtheilig für diese Familie angesehen, die in Anbetracht der jetzigen politischen Verhältnisse nicht einmal antworten kann.

Am 25. Febr. sind 400 politische Verurtheilte zu Cette nach Algerien eingeschifft worden.

Am 28. Febr. wurde eine Frau wegen unberechtigten Tragens des Kreuzes der Ehrenlegion zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

— den 1. März. Man kann natürlich in diesem Augenblicke, wo kaum die Wahlurnen geschlossen sind, noch nichts Bestimmtes über das Resultat der Pariser Wahlen sagen. So viel steht jedoch fest, daß gegen alle Erwartung eine große Anzahl Wähler sich der Abstimmung enthalten hat.

— den 2. März, Morgens. Hier sind sieben Candidaten der Regierung mit großer Stimmenmehrheit gewählt worden. Im 4. und 5. Bezirke war eine ungenügende Wählerzahl erschienen. Aus den Departements sind zur Zeit noch keine Wahlen bekannt. — In Betreff des Richterstandes ist eben ein Decret erschienen. Die Mitglieder des Cassationshofes können mit 75 Jahren, andere Richter mit 70 Jahren in Ruhestand versetzt werden. Die Unabsetzbarkeit der Richter bleibt bestehen, jedoch können disciplinarisch bestrafte Magistratspersonen durch Urtheil des Cassationshofes abgesetzt werden.

7 Uhr Abends. General **Cavaignac** ist mit 14,500 Stimmen statt des von der Regierung vorgeschlagenen Candidaten gewählt worden. (K. Z.)

Straßburg, den 2. März. Hier wurde A. Renouard von Bussieres, der Präsident unseres Handelsgerichts, zum Abgeordneten für den gesetzgebenden Körper gewählt. Von den eingeschriebenen Wählern, deren Zahl 14,214 beträgt, fanden sich jedoch nur 5,263 Stimmgebende ein. Es fanden sich 3,917 Stimmzettel zu Gunsten des Candidaten und 1012 unbeschriebene Stimmzettel; außerdem erhielt Lichtenberg 80 und General Carrignan 6 Stimmen. Die Zahl der Wähler, welche sich ihres Stimmrechts enthielten, war noch nie so groß und

sie würde wahrscheinlich noch bedeutend größer sein, wenn nicht Hr. v. Bussieres als einer der verdienstvollsten Männer unserer Stadt bekannt wäre.

Spanien.

Madrid, den 25. Febr. Die Gemüsesteuer hat in Valencia, Barcelona und Granada Veranlassung zu unangenehmen Auftritten gegeben, wobei die öffentliche Gewalt den Kürzeren gezogen hat.

Italien.

Turin, den 27. Febr. Heute ward in den Kammern ein königliches Decret verlesen, durch welches die Session geschlossen und die Eröffnung der neuen Session auf den 4. März anberaumt wird. — Der Justizminister Deforesta ist durch Galvagno, den bisherigen Minister des Innern, ersetzt worden; das Ministerium des Innern übernimmt Pernati, Intendant der Provinz Turin.

Rom, den 23. Febr. Der Ihnen gemeldete Anlaß zu Verhaftungen hat die Thätigkeit der Polizei wiederum nach den verschiedensten Richtungen hin angeregt. Wie mir ein höherstehender Beamter versichert, wurden in Folge dessen gegen 400 Personen, die um das auf morgen festgesetzte Attentat wissen sollen, gefänglich eingezogen. (Allgm. Ztg.)

Griechenland.

Athen, den 20. Febr. Die griechische Regierung bekam Wind von staatsgefährlichen Planen, welche die in Athen lebenden flüchtigen Polen gefaßt halten. Am 17. wurden auf einmal Haussuchungen angestellt und bei dem polnischen General Eisenschmied fand man Papiere, aus denen erhellt, daß die Flüchtlinge sich noch sämmtlich in militärischer Organisation befinden, ihrem Chef unbedingt gehorchen und Avancement und Rangordnung unter sich haben. Die Regierung hat schlagende Beweise mit der Namensunterschrift des polnischen Generals in Händen über die Thätigkeit dieses im Oriente vorgeschobenen Postens der Londoner Propaganda. Aus diesen Papieren geht nichts weniger als die Absicht hervor, von Griechenland aus durch die Türkei bis an die Donau eine Föderativ-Republik zu begründen.

Vereinigte Staaten.

Neuyork, den 11. Febr. Gestern hielt General Caß eine seiner großartigsten Reden über Intervention und Nichtintervention. Er durchflog das ganze Gebiet des internationalen Rechts und suchte zu beweisen, daß Amerika, wenn auch nicht im Stande, die Nichtintervention in Europa mit Waffengewalt durchzusetzen, doch verpflichtet sei, in der feierlichsten Weise gegen die Attentate auf die Freiheit einzelner Nationen zu protestiren, und daß es eine russische Einmischung in einer allenfallsigen zweiten Ausgabe der ungarischen Revolution nicht ohne tiefe Entrüstung mit ansehen könnte. Die Rede machte großen Eindruck und man glaubt, daß starke Resolutionen über diesen Gegenstand im Senate durchgehen werden.

In Mobile wurde dem österreichischen Geschäftsträger Hülsemann vor dem Hotel, in welchem er auf seiner Durchreise nach Cuba abgestiegen war, von einem Volkshaufen, der zum größten Theil aus Deutschen bestand, ein Charivarie gebracht.

In der Republik Nicaragua ist eine neue Revolution ausgebrochen; wie die letzten Berichte melden, war die Hälfte der Stadt San Juan in einen Trümmerhaufen verwandelt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 2. März. Weizen 7 fl. 32 kr., Korn 6 fl. 21 kr., Gerst 5 fl. 27 kr., Spelz 5 fl. 22 kr., Hafer 3 fl. 52 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 28. Febr. Weizen 7 fl. 37 kr., Korn 6 fl. 29 kr., Spelz 5 fl. 34 kr., Gerst 5 fl. 28 kr., Hafer — fl. — kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 2. März. Weizen 7 fl. 21 kr., Korn 6 fl. 16 kr., Spelz 5 fl. 26 kr., Gerst 5 fl. 36 kr., Hafer 3 fl. 32 kr., Kartoffeln 1 fl. 52 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 27. Februar. Weizen 14 fl. 35 kr., Korn 11 fl. 27 kr., Gerste 8 fl. 52 kr., Hafer 4 fl. 43 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Gewerbsverein zu Speyer.

Freitag, den 5. März, Abends 6 Uhr, **Generalversammlung**. Vortrag über die geognostischen Verhältniße der Erde von Dr. Walz. Der Vorstand:
Dr. Walz.

[870] **Bad Gleisweiler.**

Curliste. Januar 1852: 1. H. Keßler a. Rheinzabern. — Februar: H. Keßler. — 2. H. Professor Engelhardt a. Straßburg.

[826a] **Versteigerung von 200 Fuder Pfälzer Wein.**

Mittwoch, den 10. März l. J., Morgens 9 Uhr, läßt Herr Georg Theobald, Gutsbesitzer zu Rhodt, in seinem Wohnhause allda, öffentlich versteigern:
64 Fuder 1848r und 1849r gemeiner und gemischter,
134 „ 1846r gemeiner, gemischter, Riesling und Traminer, Hambacher, Rhodter, Gimmeldinger, Musbacher und Deidesheimer,
2 „ 1846r rother Gräfenhauser und Kallstadter.
Edenkoben, den 10. Februar 1852.
Keller, Notar.

[869a] **Versteigerung.**

Das unterzeichnete Rentamt läßt
Montag, den 22. März d. J., Vormittags 10 Uhr,
öffentlich versteigern:
20 Stück halbjährige bis einjährige Farren,
6 „ zweijährige Mutterrinder,
sämmtliche reingehaltene vorzügliche Schweizer-Race.
Neckarhausen bei Ladenburg, den 1. März 1852.
Gräflich v. Oberndorff'sches Rentamt.

[864a] **Für Auswanderer nach Amerika.**

Ich expedire von Havre
Nach New-York:
„Republic," Capt. Sawyer, 1200 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 3. März,
„ „ Havre „ 10. „
„St. Georges," Cap. Crawford, 1200 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 13. März,
„ „ Havre „ 20. „
„Western World," Cap. Moses, 2000 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 20. März,
„ „ Havre „ 30. „
Nach New-Orleans:
„Eli Whitney," Cap. Cook, 1000 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 3. März,
„ „ Havre „ 10. „
„Caroline und Marie Clark," Cap. Emmerson, 1200 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 13. März,
„ „ Havre „ 20. „
„Le Globe," Cap. Destebecho. 1200 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 20. März,
„ „ Havre „ 30. „
Für diese Dreimaster und Dreimaster-Postschiffen erster Klasse können sowol über **Rotterdam** und **Cöln-Paris** als auch über **Straßburg** und **Forbach** per Eisenbahn nach Havre Ueberfahrtsverträge zu den billigsten Preisen bei mir abgeschlossen werden.
Mannheim, Havre und New-York, im Februar 1852.
J. M. Bielefeld.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 58 | den 7. März 1852.

Deutschland.

• **Speyer.** Die Innsbrucker Zeitung brachte kürzlich einen geistvollen, vielfach anregenden Aufsatz von Fallmerayer über „die Lage." Das genannte Blatt wurde wegen dieser Mittheilung zwar nicht gerichtlich verfolgt, erhielt aber von der Verwaltungsbehörde eine zweite „Verwarnung," was, für den Fall des Eintretens einer dritten Verwarnung, die Unterdrückung der Zeitschrift zur Folge hätte.

Die Innsbrucker Ztg. ist in den Rheingegenden nirgends gelesen. Bei der geistvollen Auffassung der Dinge durch den, dermalen von seinen orientalischen Reisen in aller Stille zu München ausruhenden „Fragmentisten," bietet der Aufsatz unzweifelhaft auch für Diejenigen Interesse dar, welche nicht in allen Anschauungspuncten mit dem Verfasser übereinstimmen (was bei uns selbst theilweise der Fall ist). Wir lassen daher den Artikel nachstehend im Auszuge folgen. Wir kürzen denselben in zweifacher Beziehung ab, indem wir, einmal zur Ersparung des Raumes Manches hinweglassen, was uns von minderer Bedeutung scheint, und indem wir außerdem diejenigen Stellen streichen, welche zu Innsbruck so großes Aergerniß gegeben zu haben scheinen, und von denen wir überdies glauben, daß sie unbeschadet des Hauptideenganges des Verfassers, füglich bei Seite gelassen werden können. —

„Was über den Pariser Staatsstreich die einen an Lob und Ehrenpreis, die andern an Tadel und Verdammniß zu sagen wußten, hat die Presse im Laufe der letzten 3 Monaten bis auf die Neige aufgetischt, und über die Metaphysik dieser beispiellosen That etwas neues vorzubringen, könnte selbst dem beweglichen Ingenium und der zungenfertigen Geschwätzigkeit eines gallischen Sophisten nicht mehr leicht gelingen. Was hat aber das Reden dafür und dawider bisher genützt? Was Napoleon Bonaparte gethan, hat offenbar nicht mit dem machtlosen Europa-Wort, es hat mit der Nemesis abzurechnen — einer Gottheit, die nie verzeiht wenn du Böses thu'st, bei der aber nur das Gute und das Rechte meistens unvergolten und fruchtlos vorübergeht. Die Fragen „Was nachher?" „Was soll jetzt geschehen?" „Was wird uns die Zukunft bringen?" sind nur in Europa möglich. „Oladschagbini kim bilir" (Wer kann die Zukunft wissen?) würde der phlegmatische Osmanli sagen und seine Sorgen dem Verhängniß überlassen.... Das Factum macht auch in Europa Propaganda und wäre es auch nur möglich, daß der Gedanke je völlig ersterbe und auch noch der letzte Nerv freien Thuns erlahme, wahrhaft, die unerhörten Täuschungen der letzten Jahre hätten selbst den standhaftesten Muth niedergebeugt und die beinahe lächerliche Unmacht des Ingeniums der blinden Nothwendigkeit gegenüber auch dem Ungläubigsten demonstrirt. Daß der sittliche Werth einer Handlung im Großen wie im Kleinen für die meisten Menschen von jeher im Erfolge lag, hat man oft genug gesagt, und hätten einst die ausgehungerten Sulla-Banden, die wüsten und bankerotten Gesellen des Sergius Catilina, ihr verzweifeltes Spiel gewonnen und die corrupte Republik in ihrem Sinne reformirt — ihr möget es glauben, der Führer jener Sittlichkeits-Helden, welche der große Staatsredner „latrones Italiae" nennt, wäre im Urtheil nicht etwa blos der Parteigenossen und Pfründenträger aller Epochen ein großer Mann und eine „Herrscher-Natur", er wäre selbst dem Flamen Dialis und dem heidnischen Pontifex der Romuliden ein Freund und Günstling der Olympier gewesen, ja für ein auserwähltes Instrument des Götter-Rathes um Gesetz und Ordnung im verrotteten Gemeinwesen wieder herzustellen und die lästigen Staatsschwätzer auf dem Forum Romanum stumm zu machen hätten ihn die Acta diurna proclamirt. Eine böse Handlung zu tadeln, wenn sie uns keinerlei Nutzen bringt, haben Manche schon den Muth gehabt; aber den Gewinn zu verschmähen, wenn er auch aus der unreinsten Quelle fließt, hat noch kein Vespasian gewagt.... In Europa hat das Sittengesetz im Kampfe mit der Parteileidenschaft, mit dem Zorn, mit der Rache und mit der Herrschsucht über das Herz der Sterblichen alle Macht verloren und wenn die Gewaltigen ... endlich den Spruch des Tragikers: Nam si violandum est jus, regnandi gratia violandum est; aliis rebus pietatem colas im Occident als Potentaten-Symbolum auf eherne Säulen graben, von uns Geringen aber in allen Dingen Gerechtigkeit, Pietät und Achtung vor dem Gesetze heischen, so soll sich niemand wundern. Sie thun nur wozu wir sie durch unsere Erbärmlichkeit selbst herausfordern. Den Druck der Gewalt können wir überall ertragen, nur die Herrschaft der Vernunft, des klugen Wortes, des Maßes und der Billigkeit ertragen wir nicht. (??)

Die Europäer mit ihrer Wissenschaft, mit ihren Kunst- und Musentempeln, ihren Professoren und ihren Katechismen verächtlich zu finden, hat heute jedermann das Recht; an der Zukunft verzweifeln aber und die Tugend selbst verhöhnen dürfte nur ein engherziger Pessimist.... Wenn die französischen Soldaten und ihre Führer im December 1851 auf Satory und am Seinestrand anders dachten und handelten als die britischen Krieger auf der Hounslow-Heide im Herbste 1688, was wollt ihr machen? Im Regimente Lichfield meinten sie, Jacob II wolle die Soldaten durch Gold und Schmeichelreden zu gesetzwidrigen Handlungen verlocken, und sie hatten — zum unvergänglichen Ruhme des britischen Volkes sei es gesagt — Seelengröße und Kraft genug den eigenen Vortheil dem öffentlichen Heil unterzuordnen und dem Meineid und der Tyrannei ihren Beistand zu versagen. Die Britten, scheint es, sind ein viel besseres Volk als die Franzosen. Seht dagegen was bei ähnlicher Veranlassung die Chasseurs de Vincennes gethan! Heldenmüthig und selbst menschenfreundlich, wie der französische Krieger immer ist, hat er doch mit leichtem Sinn und um geringen Lohn an kluge Speculanten in Einer Stunde alles verkauft was die Nation mit Strömen von Blut, unter Thränen, Kampf und Noth in 60 Jahren errungen und seiner Hut übergeben hatte. Und was noch viel bedeutungsvoller ist und in Europa gewiß von den Wenigsten vermuthet wurde, Väter und Brüder jeder soldatischen Traficanten haben dem blutigen Handel mit Applaus ihre Bestätigung zugejauchzt. Wenn nun der listige Käufer, wie jener Shylok in der Tragödie, sein Recht und seinen Vortheil unerbittlich und schonungslos verfolgt, wer will ihn tadeln, wer will ihn hindern, so lange seine Geißelhiebe nur auf die Schultern des französischen Volkes niederrauschen? Schläge, sagte unlängst ein berühmter Bochara-Wanderer, seien oft eine heilsame Medicin, Schläge reizen die Seele zu Entschlüssen und den Körper zu frischer Rührigkeit. Das mag vielfach richtig sein. Nur hat man bisher in Europa noch nicht gewußt, daß selbst die „große Nation," die Nation des kitzlichsten Ehrgefühls, diese Peitschen-Tesis auf ihre eigenen Kosten in den neuen Codo

Napoléon aufgenommen hat. Wandert jetzt nur mit euern Penaten flüchtig in fremde Zonen und befruchtet den dürren Nukahaiwa-Strand mit einem Thränenthau; Europa schweigt zu eurer Noth, weil ihr in langer Herrschaft und in ununterbrochenem Glücke wenig oder eigentlich nichts gethan habt, um dem öffentlichen Wohle im eigenen Lande eine dauerhafte Unterlage zu schaffen und durch humane Kunst die wilde Bestie zu zähmen, die jetzt eure Habe frißt, euren Credit bei den Fremden vernichtet und euren theuer erkauften Ruhm in Schmach verwandelt hat. „Allzeit der Erste sein und hervorragen über Andere" war euer stolzer Spruch. Der Blitz fuhr aus der dunkeln Wolke und wie die Giganten der Fabelwelt lieget ihr unter dem Schutt eurer eigenen That begraben. Vae victis! hat weiland euer Brennus ja selbst am Fuße des Capitols gesagt, und es ist von euch nun mit Geduld zu ertragen, wenn von allen Winkeln des enttäuschten Continents dieser Ruf wiederhallt und der Fremde, statt in seiner Bedrängniß noch länger auf euch zu rechnen, sich selber zu helfen sucht. Wie gering war aber auch die Mühe und wie schwach die Kunst, die machtlosen Bewegungen eurer Assemblée und ihr unerquickliches Gesumme zur Ruhe zu bringen! Ein wenig Pulverstaub, wie der Dichter sagt, hat alles abgethan,

Hi motus animorum, atque haec certamina tanta
Pulveris exigui jactu compressa quiescent.

Der brausende Decembersturm hat ein flackerndes Lämpchen ausgelöscht und der Lebendige, sagen sie, hat nach dem Gesetze der Natur einen Todten fortgeschafft. Konnte und durfte sich der „reparator generis humani" wie jener Ninive-flüchtige Seher im alten Bunde einer von Gott selbst auferlegten „Mission" entziehen? Beneiden kann man sein Loos, darüber sich freuen aber wol nicht, besonders wenn man, wie die Deutschen, zwischen zwei Wiederherstellern als hülf-willenloses Thätigkeitsmaterial in der Mitte liegt. Macht und Glück sind indessen die einzigen Idole, vor denen Europa noch die Knie beugt und man sieht es ja an den viel geschmähten Russen, wie mit jedem Schlage, den sie dem „versumpften Occident" versetzen, der Protest kleinlauter wird und der Respect vor dem Czar sich mehrt. Gegen das unvermeidliche mit tragischer Hartnäckigkeit sich aufzulehnen, ist unsere Zeit — ich weiß nicht — zu philosophisch, zu religiös oder zu schwach. Geschehenes schweigend hinzunehmen und vor der Wucht des Augenblickes sich in Demuth niederbeugen ist in Europa bis auf diese Stunde die Summe aller Staatskunst, aller politischen Wissenschaft. Wenn Feigheit und Unverstand irgendwo das Spiel verlieren, sagt jedesmal der zufällige Gewinner: „das hat meine Intelligenz gethan." Unter den vielen Besprechern der Decemberwoche wird gewiß Constantin Franz mit seinen Antithesen in Deutschland am meisten willkommen sein. „Die Engländer," sagte er, „weil sie gründlich denken und von Natur schweigsam sind, dürfen reden und haben ein Parlament. Den Franzosen dagegen, die bekanntlich seichte Köpfe und interminable Schwätzer sind, ist diese Wohlthat ex fato nicht vergönnt. Und wenn die Briten bei ihrem lebendigen Rechtsgefühle die Hand an das Steuerruder des eigenen Landes zu legen gestattet ist, so gebührt den Franzosen zur Strafe ihrer politischen Liederlichkeit die Zuchtruthe bonapartistischer Diktatur."

Sobald in einer sittlich verkommenen Gesellschaft, wie man heute vielleicht nicht mit Unrecht die französische nennt, sanfte Mittel und gesetzliche Kraft die Quelle des Uebels zu verschütten unvermögend sind, dann tritt das Eisen ein, dann brüllt der Vulkan und sauset der Wirbelwind. Wie aber aus dem Bösen am Ende doch Gutes erblüht und auf den finstern Sturm heiter blaue Lüfte folgen, so wird im Sinne imbeciller Sterblicher am Ende selbst das sittlich verwerfliche legitim.

Wollte man aus übelverstandenem Gerechtigkeitssinn in Europa mit allem brechen und zugleich alles vernichten, was im Aufruhr, in gesetzloser Gewaltthat und in der Ungerechtigkeit seine erste Quelle hat, was von allem in Europa heute politisch zu Recht Bestehenden würde dem Verdict entgehen und unerschüttert bleiben? ... Gäbe es heute wirklich einen Günstling der Gottheit, ein weltbewältigendes Herscher-Genie, so wäre es nicht der Handstreichglückliche von Paris, der erst noch seine Probe zu bestehen hat; es wäre der Moskowiter-Czar, vor welchem rathlos um Hülfe flehend der alte Continent im Staube liegt. Am schlimmsten erginge es bei dieser phantastischen Sühne sicherlich jener politischen Macht, welche als Renegat ihres ursprünglichen Glaubens und innersten Wesens heute am lautesten mit ihrer Bekehrung prahlt. Denn um mit der Revolution wirklich und vollständig zu brechen, wie man sich selbstgefällig zu rühmen nicht müde wird, müßte man vor allem reuevoll und zerknirscht die eigene Geburt verdammen und, um wahre Früchte der Buße zu bringen, augenblicklich aufhören zu sein was man seit hundert Jahren ist und in hartnäckiger Verstocktheit auch noch lange bleiben will. Bis zu diesem Extrem vorzuschreiten und altes Unrecht so gründlich abzuthun kann man sich, wie es scheint, bei allem Reuigthun dennoch nicht entschließen und spricht, um die Profite früherer Sünden nicht zu verlieren, die Wohlthat der Verjährung an. Wenn aber aus Unrecht durch Verjährung Recht werden kann, warum deklamiren die Gerlach und die Stahl mit solcher Heftigkeit gegen den „Seine-Usurpator und Gesetz-Verletzer Napoleon?" ...Haben etwa Monsieur le Duc de Präslin und Robert Macaire ihrer Zeit in Frankreich die christliche Moral besonders gehoben und den Plutokraten von Paris menschenfreundlichere und edlere Gesinnung eingeflößt? Indessen muß man im Urtheil behutsam sein und nicht gleich sagen, in Frankreich sei heute noch weit entschiedener als selbst unter Louis Philipp die Geldkasse, nicht die Wehrkraft, das unterscheidende Merkmal der bestehenden Gewalt. Man kann ja nicht wissen, ob sich das große französische Heer, einst der Besieger Europa's, von jetzt an wie weiland die Legionen im orthodoxen Byzanz mit der bescheidenen Rolle der Steuergensdarmen und der Stockjobber-Domestiken der Pariser Börse in die Länge begnügen werde.

Das Problem, „ob sich Europa, das Prätorium des menschlichen Geschlechts, der strahlende Lichtquell, der Sitz der Intelligenz, der Hort der höchsten Güter des irdischen Daseyns mit gänzlicher Beseitigung des geistigen Elementes und der öffentlichen Sittlichkeit blos durch brutale Gewalt in die Länge mechanisch niederhalten lasse," ist jetzt aus den Abgründen sozialen Verderbens zur Lösung heraufgestiegen.... Nur die Leichtigkeit des Unternehmens erregt gegen Bestand und Ehrenhaftigkeit desselben allmälig Verdacht und nicht mit Unrecht wird besorgt, das gelungene Abenteuer könnte zuletzt auch minder glückliche Speculanten in dieses dynastische Gold-Australien locken und in Europa eine Erschütterung aufregen, deren Folgen nicht zu berechnen wären. (Schluß f.)

München, den 3. März. Gestern früh ereignete sich auf der Eisenbahn bei Pasing ein schreckliches Unglück dadurch, daß ein junger Bursch und eine Weibsperson auf der Bahn mit Schneeschaufeln beschäftigt waren, als im schnellen Flug eine Recognoscirungsmaschine ihnen in den Rücken kam, die Unglücklichen erfaßte, dem Burschen über den Leib ging und ihm die Gedärme auspreßte, der Weibsperson aber die Hirnschale zerquetschte, daß das Gehirn offen da lag. Ersterer war augenblicklich todt, letztere wurde unter Todesröcheln nach Hause getragen. (Blsbtn.)

Mannheim, den 3. März. Die Zahl der Auswanderer, die über die hiesige Stadt ihren Weg zur neuen Welt nehmen, ist wirklich enorm; trotz der ungünstigen rauhen Jahreszeit sieht man jeden Morgen ganze Züge den abgehenden Booten zueilen. Die Zahl derselben hat auch seit dem 1. Januar 1852 bereits die Zahl 2700 erreicht, worunter 453 Kinder, und eine größere Anzahl steht mit dem Frühjahr zu erwarten; ähnliche Berichte liegen uns auch von andern Orten vor. — Die Locomotive, von der ich Ihnen neulich schrieb, ist noch nicht zu

Tage gefördert und bietet deren Herausnahme mehr Schwierigkeiten, als man anfangs vermuthete; übrigens hat man mit den Arbeiten begonnen. Fatal ist dabei, daß durch diese Arbeit der Oberrhein für die Schifffahrt ganz gesperrt ist, denn es kann weder Schiff noch Floß vorüber. Ich habe dabei einen Irrthum zu berichtigen, in den ich von einem dabei interessirten Schiffer gezogen wurde: die Locomotive kostet nemlich nur 22,000 fl. und ist auch eben so hoch versichert. (Fr. J.)

Stuttgart, den 1. März. In der heutigen Sizzung der Kammer der Abgeordneten begründete v. Varnbüler seinen Antrag hinsichtlich der Protestation einer Anzahl von Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten gegen den Rechtsbestand der Ständeversammlung und sagte: Diese Abgeordneten sehen demnach die Beschlüße der Kammer als formell nicht gültig an, weßhalb er beantrage, daß für den Fall, wenn diese Mitglieder von ihrer Protestation nicht abgehen oder ihr eine die Kammer zufriedenstellende Interpretation geben, die Kammer aussprechen wolle, daß nunmehr, nach dem neuesten Kammerbeschluß, ein Beharren bei dieser Erklärung mit dem Verbleiben in dieser Kammer unvereinbar sei. Mohl verlangt schleunige Berichterstattung, damit das Volk erfahre, ob noch ein Schatten von Verfassung in Württemberg bestehe. Präsident Römer: Eine solche Folgerung vermöge er aus dem Antrage nicht zu ziehen.

Weimar, den 3. März. Unserem Landtag, welcher durch den Austritt der Linken nachdrücklichst sich veranlaßt sah, das Ministerium zu bitten, seine Dauer möglichst abzukürzen, ist dieser Wunsch gewährt geworden. Derselbe ward heute vom Staatsminister v. Watzdorf in Auftrag des Großherzogs geschlossen, nachdem ihm Tags zuvor unter Ausdrücken des höchsten Beifalls über die einsichtsvolle und patriotische Weise, mit welcher er die Berathungen des Wahlgesetzes gepflogen, die Eröffnung geworden, daß solches, so wie es aus jenen Berathungen hervorgegangen, die höchste Sanction erhalten. (F. J.)

Leipzig, den 2. März. Abermals ist eine der vielen Maiuntersuchungen zu Ende gegangen, die Rochlitzer. Es haben dabei mehrere Begnadigungen stattgefunden, indem die dem Cantor Funke und dem Wagner Häberlein zuerkannte 7jährige Zuchthausstrafe in eine zweijährige 2. Grades verwandelt wurde. Ferner bekam der Nadler Fichtner statt 6 Jahren Zuchthaus 2 Jahre 2. Grades, und der Brückenschreiber Dietz statt eines Jahres Arbeitshaus ein halbes. — Die Auswanderung beginnt wieder massenhaft. Allein in den letztvergangenen Tagen passirten etwa 700 Auswanderer, meist aus Bayern, unsere Stadt. — Die studentische Verbindung der Cherusker ist nun ebenfalls aufgelöst, wie es neulich mit der der Varieker geschah. Man erzählt sich, daß unter den Motiven der Auflösung der letztgenannten auch das gewesen, daß unter ihren Farben, — schwarz, roth, weiß —, das Weiß eigentlich Gold bedeuten solle! (Fr. J.)

Köln, den 3. März. Gestern Nachmittags gegen 5 Uhr sind unterhalb Coblenz, bei Kesselheim, das rheinaufwärts fahrende Dampfboot „Beethoven" und das rheinabwärts kommende holländische Dampfboot „Nr. 23" in starkem Schneegestöber gegen einander gerathen. Das erstere wurde so stark beschädigt, daß es nach kurzer Zeit sank. Das letztere wurde weniger beschädigt und konnte nach dem Ufer zu vor Anker gehen. Im ersten Augenblicke sind mehrere Personen von der Bemannung des „Beethoven" vermißt worden. — Wir erfahren so eben (3 Uhr Nachm.), daß die vermißten Personen glücklich gerettet worden sind. (K. Z.)

Halle. den 1. März. Vorgestern in den Abendstunden fand eine Haussuchung bei dem Sprecher der freien Gemeinde, Wislicenus, statt.

Erfurt, den 27. Febr. In unserem Regierungsbezirke, nemlich auf dem Eichsfelde, ist der Typhus ausgebrochen und hat sich bereits in 3 Dörfern verbreitet. Der Regierungsmedicinalrath Dr. Wittke ist vor einigen Stunden dahin abgegangen.

Hamburg, den 2. März. Heute in der Frühe ist der letzte geschlossene Heerestheil der Kaiserlichen mit der Eisenbahn von hier abgezogen.

Lübeck, den 1. März. Die Bürgerschaft hat einen Antrag Stapelfeldt's wegen Aufhebung der §§. 131 bis 134 der Grundrechte abgelehnt.

Bremen, den 1. März. Die Auswanderung über unseren Platz beginnt in diesem Frühjahre mit einer bisher unerhörten Lebhaftigkeit. Die Bahnzüge haben in den letzten Tagen manchmal bis 600 Personen auf einmal gebracht, und der Bahnhof bietet zur Zeit der Ankünfte das Bild eines bunten und bewegten Treibens. Für den heutigen Expeditionstermin sind über 3000 Auswanderer angenommen, und die Frachtpreise sind bedeutend in die Höhe gegangen.

Belgien.

Brüssel, den 2. März. Die Ernennung eines Sous-chef d'État major ist beschlossen. Diese Function wird gewöhnlich nur dann ertheilt, wenn man ernste Verwickelungen in den Angelegenheiten befürchtet, mit Einem Worte, wenn die Ruhe des Landes von außen bedroht wird. General Chazal ist vom König zu diesem Posten bestimmt. Die Minister aber sind gegen die Ernennung Chazal's, da derselbe schon mehrmals das Ministerium in eine schwierige Lage versetzt hatte. Hr. Roger hat im Namen des Ministeriums dem Könige erklärt, daß an dem Tage, an welchem das k. Decret in Betreff der Ernennung des Generals Chazal erscheine, das Ministerium seine Entlassung geben würde.

Frankreich.

Paris, den 2. März. Das Ergebniß der Wahlen in den neun Wahlbezirken des Seinedepartements wird von dem „Journal des Debats" dahin angegeben, daß 7 Regierungscandidaten (Gugard-Delalain, Devinck, Perret, Fouche-Lepelletier, Lanquetin, Königswarter und Dr. Veron) und 2 Candidaten der Opposition, General Cavaignac und Carnot (ersterer mit 14,468 Stimmen gegen 12,987 seines Gegners Duperier und letzterer mit 14,744 Stimmen gegen 13,511 seines Gegners Moreau) gewählt worden sind. — Der „Moniteur" enthält eine neue Organisation des Trainwesens bei der Armee. — In Folge des neuen Preßgesetzes sind in den Departements schon viele, zum Theile nambafte Blätter, wie z. B. der „Impartial" von Rouen, eingegangen.

Die Militärcommission der 1. Division ist mit ihren Arbeiten dem Ende nahe; sie hat in den letzten Tagen zahlreiche Freilassungen angeordnet.

Das Wahlresultat von Paris hat die Börse zum Steigen gebracht, obgleich es im Verhältniß zu der Abstimmung vom 20. December gerade als kein sehr günstiges zu betrachten ist. Damals erhielt die Regierung beinahe 50,000 Stimmen mehr als heute. Die Zahl derjenigen, die sich bei der Abstimmung nicht betheiligt haben, ist sehr beträchtlich. Die republikanische und orleanistische Opposition hat sich zwar bei den Wahlen betheiligt, ein großer Theil derselben sich jedoch der Abstimmung enthalten, und die Legitimisten haben beinahe gar nicht gestimmt. Die Regierungspartei hat dagegen fast bis auf den letzten Mann Antheil an der Abstimmung genommen und doch kaum den dritten Theil der eingeschriebenen Wähler zu ihren Gunsten gehabt. Die Nachrichten aus den Provinzen lauten für die Regierung günstig. Es ist dieses bei der gegenwärtigen Lage der Dinge sehr natürlich. (K. Z.)

— den 3. März. In den Departements sind durchgängig die Wahlen für die Regierung günstig ausgefallen. (F. J.)

Straßburg, den 3. März. Im oberrheinischen Departement siegten die von der Regierung empfohlenen Candidaten; allein nur auf dem Lande herrschte große Theilnahme bei der Abstimmung, während in Mühlhausen und Colmar kaum die Hälfte der Wähler sich bei der Wahl einstellte.

Italien.

Rom, den 25. Febr. Die in der vorigen Woche Verhafteten wurden schon heute bis auf etwa 24 wieder in Freiheit gesetzt, da sie sich von der schuldgegebenen Betheiligung an dem Complot theils durch Beweise, theils durch Bürgschaften reinigen konnten.

Türkei.

In **Bosnien** sind sehr ernste Maßregeln gegen die Rajah ergriffen worden. Die Pässe werden auf das strengste durchsucht, Briefschaften und Schriften gemustert; die Abhaltung der kleinen Markttage ist verboten, die militärische Besetzung wichtiger Punkte, namentlich der Gränze erfolgt, die Communication bedeutend unterbrochen. Weder Türken noch Christen wird der Uebertritt nach Oesterreich gestattet. Man spricht von der Entdeckung einer großen Verschwörung der Rajah; wie dem auch sei, Omer Pascha scheint diesen Glauben jedenfalls festzuhalten. — So eben erhalten wir hierüber folgende bezeichnende telegr. Depesche: Agram, den 1. Eine allgemeine Entwaffnung der bosnischen Rajah wird vorgenommen. In Bihacz, Novi und Czasin sind starke Truppendetachements erschienen. Die Dorfgemeinden sind gehalten, den Truppen Proviant zuzuführen. Die Grenzübergangspunkte nach Oesterreich sind überall noch von starken türkischen Wachen besetzt. (A. Z.)

Vereinigte Staaten.

Newyork, den 17. Febr. Kossuth befand sich am 14. in Cincinnati, wo er eine Anrede an den ungarischen Unterstützungsverein (Hungarian Fund Association) hielt. Etwa 1000 Personen waren bei dieser Gelegenheit versammelt.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[874] **Literarische Anzeige.**

In G. L. Lang's Buchhandlung in Speyer ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Ueber Kalk und Kochsalz in landwirthschaftlicher Beziehung von Dr. H. K. Geubel. Elegant broschirt. Preis 30 kr.

[872] **Kunstverein in Mannheim.**

Die Mitglieder des Vereins und ihre Angehörigen werden zur Anschauung eines großen Oelgemäldes

„Norwegische Gebirgsgegend"

von Herrn Saal in Heidelberg

höflichst eingeladen. Das Vereinslocal, allwo das Bild aufgestellt ist, wird zu den gewöhnlichen Stunden am nächsten Samstag, den 6. und Montag, den 8. eröffnet sein.

Mannheim, den 4. März 1852.

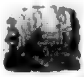
Im Namen des Vorstandes.

[873] **Kunstnotiz.**

Bei Gelegenheit obiger Anzeige habe ich die Ehre, einem kunstliebenden Publicum eine von mir in cararischem Marmor verfertigte Statue (die betende Unschuld darstellend) zur gefälligen Ansicht auszustellen, in meinem Atelier, welches im linken Schloßflügel in der Nähe des Kunstvereins-Lokales sich befindet.

Mannheim, den 4. März 1852. W. Hornberger, Bildhauer.

[817a] **Weinversteigerung.**



Montag, den 22. März nächsthin, des Nachmittags 10 Uhr, lassen die Geschwister und Erben der zu Haardt verlebten ledigen Rentnerin Anna Maria Weegmüller, in dem Sterbehause allda, die zu deren Verlassenschaft gehörigen, in den Gemarkungen von Neustadt, Mußbach und Haardt gelegenen Weinbergen, gezogenen, rein gehaltenen Weine, der Abtheilung halber versteigern, und zwar:

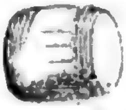
22700	Liter	1846er	Traminer und gemischter,
2000	„	„	rother,
13700	„	1847er	Traminer und gemischter,
18700	„	1848er	„
12600	„	1849er	gemischter,
3000	„	„	rother,
16600	„	1850er	gemischter,
8400	„	1851er	„

Die Proben werden den Tag vor der Versteigerung und am Versteigerungstage an den Fässern verabreicht.

Neustadt, den 4. Februar 1852.

Werner, Notär.

[831a] **Weinversteigerung.**



Montag, den 23. März nächsthin, des Vormittags 10 Uhr zu Neustadt im Gasthause zur Krone (Post), lassen die Wittwe und Erben des dahier verlebten Gutsbesitzers Johannes Kölsch, nachverzeichnete, aus den, zu dem Nachlasse des Letztern gehörigen, in hiesiger Gemarkung gelegenen Weinbergen gezogene, rein gehaltenen Weine, an den Meistbietenden versteigern, als:

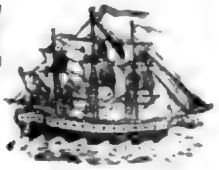
7400	Liter	1846er	Traminer,
4200	„	„	gemischter,
1100	„	1848er	„
6000	„	1850er	gemischter und Auslese,
7000	„	1851er	„
25700.			

Neustadt, den 12. Februar 1852.

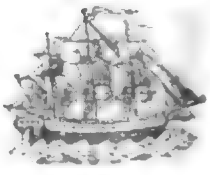
Werner, Notär.

Veränderter Dienst

[796]



Regelmäßige Postschifffahrt



zwischen Antwerpen und New-York.

Abfahrten wie folgt:

Am 5. März „Richard Alsop" (ein ganz neues, ausgezeichnetes, schönes Schiff), Cap. Post,
„ 15. „ „Edwina," Capitän Parmelee,
„ 1. April „Peter Hattrick," Capitän Rockwell.

Ferner expediren wir nach **New-Orleans:**

Am 5. Februar „Uncas," Capitän Loones.

Die Schiffe dieser Linie sind alle als vorzügliche schnellsegelnde amerikanische Dreimaster bekannt.

Die Reise von Ludwigshafen bis nach Antwerpen geschieht unter Begleitung eines eigens dazu angestellten gewandten und zuverlässigen Conducteurs.

Nähere Auskunft über Preise und Bedingungen ertheilen:

Dr. G. Strecker in Mainz, **Ant. Joseph Klein** in Bingen, **Joseph Stoeck** in Creuznach,

Strecker, Klein & Stoeck in Antwerpen,

sowie deren Agenten:

Pfaff & Lederle in Ludwigshafen a. Rh. **Louis Merckle** in Speyer. **Joseph Schuler** in Zweibrücken. **C. J. Fischer** in Neustadt a. d. Hdt. **Etienne & Holzbacher** in Kaiserslautern.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 58) den 7. März 1852.

Deutschland.

Die Reichsverfassung. Der Z. f. N. schreibt ein ehemaliges Mitglied des deutschen Parlaments: Wo nur die Reichsverfassung hingekommen sein mag? Was nur aus ihr geworden ist? Wer es wüßte! Man sollte einen Preis darauf setzen! — Aber wahrlich, würde das denn der Mühe werth sein? — Nun, die Herren in Frankfurt müssen es wissen. Ich glaube nun einmal nicht, daß sie nach der Reichsverfassung suchten, wenn die Sache nicht doch noch immer eine gewisse Bedeutung hätte. In Frankfurt gibt es viele Leute, die das Gras wachsen hören, und so mögen sie denn auch mit ihrem scharfen Ohr herausgehört haben, daß die Reichsverfassung, — die man erst eine Todtgeborne nannte, und die man nachträglich todtschlug, und die jetzt, nachdem wir dachten, daß sie längst begraben und vermodert sei, auf einmal wieder gesucht, nächstens steckbrieflich verfolgt werden wird, — doch irgendwo ganz im Geheimen keimt und wächst. Wie das nur kommen mag? Was das nur zu bedeuten hat? Sollte die arme Frankfurter Reichsverfassung doch etwa nicht ganz und mausetodt sein? Sollte sie noch irgendwo versteckt leben, und über kurz oder lang auf einmal wieder zum Vorscheine kommen und rufen: da bin ich! Man muß doch so etwas fürchten in Frankfurt, denn wozu würde man sonst sich solche Mühe machen, das Pergament, auf dem die Verfassung steht, aufzufinden? Das gibt uns Allerlei zu denken, und auch wir fangen an zu fürchten, daß es mit der Frankfurter Reichsverfassung gehen könnte, wie mit so vielen andern Dingen in dieser Welt, wie mit fast allen großen und einflußreichen Umgestaltungen in der Geschichte der Völker. Es scheint eine Art Naturgesetz zu sein, daß Großes nicht auf den ersten Wurf gelingt, und daß, selbst wo es halbwegs auf den ersten Wurf gelingt, die Welt nicht weiß, daß es gelungen ist, es nicht begreift, nicht zu schätzen vermag. Amerika heißt nicht Kolumbia, weil man, nachdem Kolumbus die Hand auf die neue Welt gelegt hatte, nicht ahnete, daß es die neue Welt war, die er entdeckte. Dem großen Armin gelang es nicht, das deutsche Königthum unter den Cheruskern herzustellen, und seinem kleinen Neffen brachten die Cherusker es nach Rom und legten es ihm zu Füßen. Der große Cäsar wurde ermordet und seine kleinen Neffen wurden Kaiser, weil er Cäsar geheißen hatte; der große Napoleon starb auf der Insel St. Helena und sein kleiner Neffe ist heute Prinzpräsident. Und es geht den Institutionen, den Gedanken und Staatsrevolutionen nicht besser wie den Menschen. Die Merovinger standen Jahrhunderte hindurch am Fuße des römischen Kaiserthrones und erst die Karolinger stiegen hinauf und setzten sich in ihn hinein. Und die Karolinger selbst wurden erst eine Dynastie, nachdem der erste Versuch derselben, vom Hausmaierthum zum Königthum überzutreten, dem, der ihn wagte, das Leben gekostet hatte. Huß wurde in Konstanz verbrannt und erst Luther in Worms besiegte das Papstthum. Die ersten Versuche der englischen Revolution führten dazu, daß man Denen, die sie wagten, die Köpfe abhauen und, wenns gnädig herging, die Ohren abschneiden ließ; John Hampden wurde verurtheilt und ausgepfändet, und nicht viele Jahre später saßen die Leute, die man ein Paar Jahre vorher auspfändete, denen man die Ohren hatte abschneiden lassen, im Parlamente und ließen einem Könige den Kopf abhauen. So geht es in der Geschichte. Es ist die alltägliche Erfahrung, daß man im Herbste säet; dann kommt der kalte Winter, legt sich mit einer wahren Wuth auf die Felder und es sieht so aus, als ob er mit seiner Schneeleichendecke das Lebenskorn im Boden erdrücken wolle. Aber nachher kommt, der Himmel weiß, wie? — ein einziges Frühlingslüftchen, die Decke schmilzt; und siehe, sie hat das Samenkorn nicht zerstört, sondern nur die nothwendige Uebergangsfäulniß gefördert, und der erste belebende Sonnenschein treibt die Keime aus der Erde und endlich zur Reife. Nun — was weiter? Wo sind wir hingerathen? Aus der Reichsverfassung in die Geschichte, aus der Geschichte in die Gesetze der Natur. Aber warum suchen auch die Herren in Frankfurt nach dem Reichsverfassungsdokumente! Das hat uns Allerlei zu denken gegeben. Traum — Schaum — und doch spiegelt sich in jeder Schaumblase der Himmel und die Sonne ab.

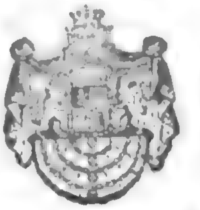
Bremen, den 28. Febr. Vorgestern fand bei dem Drucker E. Meyer und Diercksen und dem Verleger A. D. Geisler der Dulon'schen Schrift „Der Tag ist angebrochen!" eine polizeiliche Nachsuchung nach den vorräthigen Exemplaren dieses Buches statt. Außerdem wurde Pastor Doulon selbst auf das Criminalgericht citirt und ihm angezeigt, daß auf Grund dieses Buches eine Klage gegen ihn eingeleitet sei. Man will aus dem Buche Staatsverrath, Beleidigung des Senats, der Kirche und ihrer Diener, Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit und Gott weiß, was sonst noch, finden.

Braunschweig, den 29. Febr. Der Redacteur der „Blätter der Zeit," F. Grimm, wurde wegen Preßvergehens zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt, er hat jedoch vorgezogen, jetzt, „wo nach langer Winterzeit die goldige Frühlingssonne die Knospen und Blüthen schwellen macht, im freien Albion einstweilen eine Freistatt zu suchen." Der Staatsanwalt hat ihm einen Steckbrief nachgeschickt — umsonst! — Der Verleger, Hr. Sievers, wurde an beiden Tagen der Verhandlung freigesprochen.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[797] Kgl. Bayer. privilegirter

Hoffmann'scher Zahnbalsam,



welcher die heftigsten Zahnschmerzen in einer Minute stillt, ist zu haben in Neustadt a. d. H. bei Hrn. Carl Helferich; Hrn. J. Klebsch und Manz in Speyer; Hrn. C. Heusser in Kaiserslautern; Hrn. L. Mayer Sohn in Landau und Hrn. C. L. Wend in Zweibrücken.

Preis des Glases 36 kr.

[871a] **Wichtige Anzeige**
für

Taube und Harthörige.

Von dem vielberühmten Gehöröl des Doctor John Robinson in London hat der Unterzeichnete für ganz Deutschland die einzige, alleinige ächte Niederlage und Verkauf.

Dieses Oel heilt binnen kurzer Zeit die Taubheit, falls selbige nicht angeboren, es bekämpft ferner alle mit der Harthörigkeit verbundene Uebel, als Ohrenschmerzen, Sausen und Brausen in den Ohren.

Ueber die vortreffliche Wirkung dieses Oels lasse ich fünf der jüngsten Genesungs-Atteste folgen, alle mitzutheilen, ist zu kostspielig.

Schriftliche Aufträge, die ich mir franco erbitte, werden prompt ausgeführt.

Soest, Reg.-Bez. Arnsberg, 1852.

H. Brakelmann,
alleiniger Depositeur.

Attest.

Das Gehöröl von Dr. John Robinson in London wovon Herr **H. Brakelmann** in Soest Verkauf und Niederlage hat, habe ich gegen meine Harthörigkeit angewandt und bin in Folge dieses Gebrauchs davon befreit worden. Ich attestire dieses der Wahrheit gemäß.

Oestinghausen, bei Soest. gez. Marius Rosenberg.

Attest.

Das Gehöröl von Dr. John Robinson in London, wovon Herr **H. Brakelmann** in Soest Verkauf und Niederlage hat, habe ich gegen meine Taubheit angewandt. Nach kurzem Gebrauch spürte ich gleich Besserung, welche sich in dem Maße gesteigert hat, daß ich jetzt förmlich wieder hergestellt bin.

Ich attestire dies der Wahrheit gemäß.

Fröndenberg, bei Unna, 1849. gez. Christ. Kröner.

— Groß Wechow bei Wollin in Pommern, 1. Dec. 1949.

Herrn **H. Brakelmann** in Soest.

Ew. Wohlgeboren ersuche ich, mir von dem Gehöröl wovon ich schon ein Fläschchen mit gutem Erfolg für das eine Ohr verbraucht habe, gefälligst noch ein Fläschchen zu senden.

Mit aller Achtung zeichne ich mich als Ew. Wohlgeboren ergebenste

Die Prälatin v. Berg, geb. v. Owstien.

Herrn **H. Brakelmann** in Soest.

Ew. Wohlgeboren werden sich entsinnen, daß ich mir schon ein Fläschchen vom Robinsonschen Gehöröle von Ihnen verschrieben habe. Dies ist verbraucht und zwar ist das rechte ziemlich wieder hergestellt. Für das linke Ohr bitte ich mir noch ein Fläschchen aus.

Stirkallen bei Insterburg, den 25. März 1850.

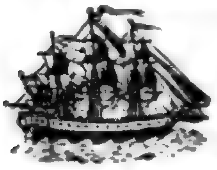
Michael Schäfer.

Haveda Gerichts Peterhagen, den 21. April 1850.

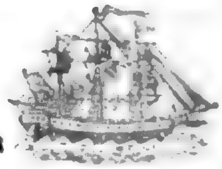
Herrn **H. Brakelmann** in Soest.

Ich ersuche Sie noch um ein Flacon Gehöröl. Das Gehör hat sich auch gebessert, und ich hoffe, mit diesem zweiten Gebrauch wird es noch mehr verbessert.

Ergebenst empfiehlt sich J. D. Wöhler.



Regelmäßige Beförderung



von Auswanderern nach allen Seehäfen von **Amerika**
zu den **niedrigsten** Preisen,
und mit Uebernahme unter Garantie bis an die Landungsplätze in Amerika

durch den Unterzeichneten, welcher auch schnellste Expedition des Gepäcks und aller Waaren besorgt, und Zahlungsanweisungen in jedem Betrag, auf jeden beliebigen Seeplatz der Union verschafft, was besonders für solche Auswanderer angenehm ist, die größere Summen mit sich nehmen.

Auf Anfragen weitern Bescheid und feste Abschlüße von der Special-Agentur in **Speyer** bei

[792²º] **Julius Helff**, breite Straße Nro. 14.

---

[804]

Niederländische

Dampfschifffahrts- Gesellschaft.

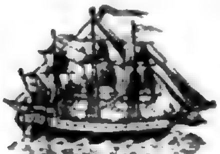
Fahrten von Ludwigshafen am Rhein vom 25. Januar an:

Nach Köln—Rotterdam, jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag 4 Uhr Morgens.

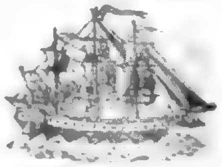
Das Dampfboot „Tyenoord" fährt jeden Dienstag von Rotterdam nach London.

Nähere Auskunft bei dem Agenten:

C. Aug. Exter in Ludwigshafen a. Rh.



„Die Fürsorge."



Concessionirtes Hauptunternehmen für Auswanderung.

Bestimmte Abfahrten für die Monate Februar und März.

In Havre:

New-York,
29. Febr., 8., 12., 18. und 28. März.

New-Orleans,
28. Febr., 3., 8., 12., 18. und 28. März.

In Bremen:

New-York,
1. und 15. März.

Baltimore,
1. und 15. März.

New-Orleans,
15. März.

Galveston,
15. März.

Von Antwerpen nach New-York:
25. Februar, 5. und 20. März.

Von Rotterdam nach New-York:
1., 15. und 25. März.

Bei dem außerordentlichen Andrange von Auswanderern sind frühzeitige Anmeldungen im Interesse derselben anzuempfehlen.

Wegen Abschluß von Schiffsverträgen oder sonst zu wünschende Auskunft beliebe man sich an uns und unsere bekannten Herren Agenten zu wenden.

Neufreystädt.
Die Unternehmer:
[842] **Huth u. Cie.**

Mannheim.
Das Central-Bureau:
Wm. Bissinger, General-Agent.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 59 | den 9. März 1852.

Deutschland.

Speyer. (Die Lage. — Beschluß.) — In Frankreich stützt sich die neue Gewalt ausschließlich auf die „vile multitude," d. ist auf jene unwissenden, armen und rohen Bevölkerungsschichten, die man in Europa als Revolutionsmaterial am meisten fürchtet und niederzuhalten sucht. ... Haben und Wissen sollen jetzt zu gleicher Zeit in Europa den Besitzer wechseln, um für Napoleon Bonaparte's Macht eine feste Unterlage zu schaffen.

Läugnen wird es freilich Niemand, das Wissen, wie es die classischen Studien und die Reformation in Umlauf gebracht und wie es bisher zur gedeihlichen Besorgung der Staatsgeschäfte als wesentlich und völlig unentbehrlich gegolten hat, ist seines Zaubers entkleidet, ist in den Augen der Machthaber Europas soviel als bankerott und besonders wegen seiner Unfähigkeit, die große Frage zu lösen, d. i. den Königen bequeme Macht, den Völkern ohne Arbeit Reichthum und Genuß, der corrupten Welt aber Glück und Frieden wie durch Zauberschlag zu geben, mit *Recht verachtet.* Wie sollte aber auch die Gewalt *hinfüro noch ehren und auszeichnen* was sie nicht mehr fürchtet und von dem sie nach ihrer Meinung nichts mehr zu *hoffen hat?* Wenn nur einmal, dachten im Vormärz *selbst hohe* Mäcenaten, der Dahlmann, der Biedermann und der Bassermann in den Geschäften wären, dann würde es schnell mit den öffentlichen Angelegenheiten des Vaterlandes besser gehen. Sieh da! die Sturmwelle des Jahres 1848 hat die Dahlmann, die Biedermann und die Bassermann wirklich und leibhaftig in die Geschäfte gebracht; aber in Deutschland ist es nach ihrer Erhebung eher schlechter als besser gegangen und man *mußte* in kurzer Frist, um nicht Alles zu verlieren, die *gelehrten* Staatskünstler wieder vom Steuer jagen und zur *alten* Routine seine Zuflucht nehmen.*) Talent, Geschick und Muth, scheint es, gebrachen dem populären Phaethon in gleichem Maße und die strebsame Unzufriedenheit aller Zonen blickte nach so vielen getäuschten Hoffnungen und erlittenen Niederlagen nur noch auf die Pariser Volkskammer als auf die Triarier der Revolution. Das plötzliche und ruhmlose Verstummen auch dieser letzten Tribunen des neuen Weltgedankens hat Freund und Gegner nicht blos überrascht, es hat in den europäischen Gemüthern zugleich eine Leere, eine Abspannung und eine Unzufriedenheit zurückgelassen, wie sie nur beim Entfliehen einer langen Täuschung oder beim Ernüchtern aus einem tiefen Opiumrausch einzutreten pflegt. ... Ueber den Sieg am meisten erschrocken sind aber gewiß die Sieger *selbst*, weil sie sich nach Zertrümmerung des gemeinschaftlichen Feindes plötzlich mit ihren alten Leidenschaften und mit ihren traditionellen Eifersüchteleien in voller Rüstung einander gegenübersehen. Das December-Ereigniß — jetzt sieht es freilich Jedermann — hat alle Stellungen in Europa verschoben und die Aussichten auf bleibende Zustände von Neuem getrübt, weil für den Zusammenstoß der beiden unversöhnlichen Kräfte des menschlichen Staates erst Bonaparte's That die Schranken geöffnet hat.

*) Daß man die Dahlmann und Consorten „vom Steuer jagen mußte," können wir unbedenklich zugeben, keineswegs aber den Nachsatz, daß man darum, weil sie die Aufgabe der Zeit, wie wir Andern voraussagten, nicht begriffen — „zur alten Routine seine Zuflucht nehmen mußte." D. Red.

Glücklich, stark und tugendhaft ist der Mensch nur so lange er fürchtet, kämpft und strebt, und mit der Gefahr ist noch jedesmal die moralische Kraft, die Eintracht und der Friede verschwunden. Glaubet es nur, der erste Gast, der sich beim Freudenmahl zur Seite der Sieger niedersetzt, ist die Langweile, der Uebermuth und die Verachtung der eigenen That. Stillstand ist unmöglich, und erst wenn uns ein Humboldt verkündet, die rollenden Himmelssphären haben ihren Lauf eingestellt, glaube ich an dauerhafte Ruhe auf der Erde. Auf Ebbe folgt die Fluth und umgekehrt. Dem allgemeinen Frieden und der heilsamen Consolidirung der Fürstenmacht hat Louis Napoleon einen schlechten Dienst erwiesen, er hat die Staatsgewalt in trügerische Sicherheit eingewiegt und ihr Kräfte angedichtet, die sie nicht besitzt. Und wenn die Potentaten ihren eigenen Vortheil verstehen und wirklich das Beste wollen, wie sie jetzt überall sagen, so müßten sie dem erschöpften und niedergeworfenen Gegner nicht blos das Leben gönnen, sie müßten ihn, wenn er gestorben wäre, sogar von den Todten auferwecken, damit es an einem nicht gar zu kraftvollen Gegenstande ihres gemeinsamen Widerwillens in Europa nicht gebreche und sie ja nicht in die gefährliche Nothwendigkeit gerathen, das in der Bedrängniß Versprochene wirklich zu thun. ... Zum Glück hat die Welt nicht nöthig, unbedingt auf Weisheit und Mäßigung der siegenden Partei zu rechnen. Nur die Träger, die sterbliche Hülle, die Vorfechter mit ihren schlechten Künsten sind verdientermaßen zu Boden gefallen, die Sache selbst ist nicht erstickt; sie athmet leise, stirbt aber nicht wie der tödtlich getroffene Hector vor Troja, und ehe man es sich versieht, flammt das halbentflohene Leben zu frischer Blüthe auf. ... Die Kunst, Siege klug zu benützen und durch weises Maßhalten dem gewonnenen Machtbesitz ewig Dauer zu schaffen, ist noch unentdeckt, und ich glaube nicht, daß sie ein Sterblicher überhaupt je zu erlernen vermag. Sollte sich aber die siegende Gewalt auch diesesmal nicht überall erproben und im entscheidungsvollen Moment wieder eine falsche Wendung machen, so hat die Gegenpartei doch nur wenig Recht zum Tadel, weil sie selbst in ihrem Glücke noch viel unfähiger gewesen ist und noch viel größere Thorheiten verrichtet hat.*) Beide Theile haben zu häufig vergessen, daß große Umwälzungen, politische wie kirchliche, niemals Kinder flüchtiger Willkür und despotischer Launen, sondern daß sie Schöpfungen langer, unerbittlicher, grausamer Nothwendigkeiten sind, denen der Mensch allein gehorcht. Das productive Genie der neuesten Staatskunst anzurühmen, bedarf es einer eigenthümlichen Bonhommie. Vermuthlich hat aber selbst das Christenthum seinen Triumph über die Götter des Kapitoliums nicht so fast der Göttlichkeit seiner Lehre als dem stupiden Despotismus des kaiserlichen Regiments zu danken. Denn ohne die sociale Verzweiflung der alten Welt wäre die vom Himmel herabgestiegene Doctrin heute doch nur eine philosophische Secte, das Erbtheil einer weisen und tugendhaften Minorität, aber nicht die Religion des Fortschritts und der allgemeinen Völkerbeglückung. Sich der Gottheit selbst und ihrem providentiellen Thun zu wider-

*) Die eigentliche Gegenpartei war es aber gerade **nicht**, welche die **Macht** besaß! Es war eine **andere** Partei, welcher es momentan gelang, sich der Gewalt zu bemächtigen. Von ihr allein kann eine Verantwortung gefordert werden. D. Red.

setzen, war seit Anbeginn der Dinge für die menschliche Creatur die höchste Lust. Die Cäsaren hat man bald wegen ihres die Menschheit entwürdigenden Despotismus, bald wegen ihres hartnäckigen Ankämpfens gegen eine unwiderstehliche Strömung des Weltgeistes oft genug und natürlich auch mit Recht geschmäht; nur von dem niederträchtigen Wesen und von der feigen Schlechtigkeit ihrer Unterthanen hat selbst Tacitus kaum ein Wort gesagt. . . . Die Einzelheiten sowie die Chronologie der nächsten Ereigniße vermag menschliche Weisheit nicht vorauszubestimmen, das Endergebniß der großen europäischen Bewegung aber, zu welcher der 2. Dec. den Anstoß gegeben, ist im Ganzen nicht zweifelhaft und auch ohne besondere Sehergabe vorherzusagen. Ein Compromiß, eine Versöhnung, . . . wird in Europa Resultat des Decembersturms sein. (?) . . . Das Gute ist ja allzeit aus dem Uebel hervorgequollen und statt den Prorenos der europäischen Glückseligkeit mit leidenschaftlichen Phrasen anzulassen, wie es hie und da Sitte ist, sagen wir fromm und geduldig: „O felix peccatum,“ o glückliche Sünde, die zu einer solchen Sühne führt! Zum Glück ist der Preis, um welchen Europa den Frieden und die innere Consolidirung kaufen muß, zur Stunde noch unbekannt.

• **Aus Mecklenburg,** den 29. Febr. Unsere Gefängnisse füllen sich jetzt sehr. Wöhlers Verhaftung erfolgte, weil derselbe nach Amerika auswandern will, indeß eine Criminaluntersuchung noch gegen ihn anhängig ist, sonach eine Entfernung in Aussicht stand. Er ist in Untersuchung, weil einem Aufrufe des ehemaligen Märzvereins sein Name beigedruckt ist, indeß er die Unterschrift in Abrede stellt, und das Original sich nicht findet. Seit zwei Jahren war er blos zweimal deßhalb verhört worden, und mochte sohin glauben, die Sache sei erledigt. — Das Mädchen, von welchem die Zeitungen kürzlich berichteten, daß es nach dem Gefängniße in Lützow gebracht worden sei, soll eine Aeußerung über Nichterfüllung der 1848 gemachten Versprechungen gethan haben, worin man eine Majestätsbeleidigung erblickt. Es wird in strenger Haft gehalten, so daß nicht einmal sein in Rostock wohnender Vater dasselbe besuchen durfte. — Ganz kürzlich wurden mehre Personen aus Stavenhagen wegen „Blasphemie“ in das Lützower Gefängniß gebracht. Sie sollen sich an einem Abende bei einem Trinkgelage in engerm Kreise einen unpassenden Scherz erlaubt haben, den man als Verspottung der Taufe ansah. Schon am nächstfolgenden Morgen waren sie in Untersuchung. — Viele, sehr wohlhabende Einwohner Mecklenburgs, beabsichtigen Auswanderung.

• **München,** den 4. März. Die Angabe, daß Reebs Mörder entdeckt seien, ist leider zur Zeit noch unbegründet.

München, den 4. März. Gestern Abend erschien der lang erwartete Armeebefehl. Aus den bisher bestandenen 4 Infanterie- und 2 Cavallerie-Divisionen wurden 4 Armee-Divisionen gebildet, und als Commandanten derselben die Generäle Prinz Eduard, Bar. Hohenhausen, v. Lesuire und Damboer bestimmt. — Pensionirt wurden: 3 Generalmajore (v. Hetzendorf, Commandant in Würzburg, v. Kretschmann, Commandant des Cadettenkorps, und der temporär pens. Generalmajor v. Parseval auf ein weiteres Jahr), 2 Obersten (Ant. Jäger vom 14. Inf.-Reg. und der temp. pens. Oberst Fr. Hoffmann), 1 Oberstlieutenant (Joh. Lehmus vom Ingenieur-Corps), 9 Majore, über 30 Hauptleute. Befördert wurden zu Obersten 4 Oberstlieutenants, zu Oberstlieutenanten 3 Majore, zu Majoren 5 Hauptleute, zu Hauptleuten 1r Classe 21 Hauptleute 2r Cl. und 5 Oberlieutenants, zu Rittmeistern 4 Oberlieutenants (darunter Herzog Ludwig, ein Sohn des Herzog Max), zu Hauptleuten 2r. Cl. 32 Oberlieutenants, zu Oberlieutenants 50 Unterlieutenants, zu Unterlieutenants 18 Junker, zu Junkern 11 Unteroffiziere und Cadetten.

Oberst Frhr. v. d. Tann, Flügeladjutant des Königs, ist dieser Tage zum k. Kammerherrn ernannt worden.

Durch Regierungsentschließung ist der in Augsburg bestandene „Verein von Protestanten zur Wahrung protestantischer Interessen“, sowie der „Verein von Katholiken zur Einführung der barmherzigen Schwestern“ im dortigen Krankenhause aufgehoben worden.

• **Nürnberg,** den 4. März. Heute Morgen wurde in der Schiefer'schen Buchhandlung ein Flugblatt, eine Erklärung des Hauptmanns a. D. Thumser wegen der bei ihm dieser Tage vorgenommenen Beschlagnahme einiger Brochüren und der damit verbundenen Haussuchung enthaltend, mit polizeilichem Beschlag belegt. — Der hiesige Magistrat hat das Betreten der Schlachtstätten von Seiten der Schuljugend unter Androhung polizeilicher Gefängnißstrafe oder selbst körperlicher Züchtigung untersagt. (N. K.)

Kassel, den 4. März. Advocat Alsberg zu Carlshafen ist seit vorgestern gegen Stellung einer Caution von 1000 Rthlr. aus der Haft entlassen worden. Professor Winkelblech befindet sich ebenfalls seit einigen Tagen wieder in seiner Wohnung, wo er jedoch gerichtlich bewacht wird; wie es heißt, haben überwiegende Gesundheitsrücksichten seine Entlassung aus dem Gefangenenhause nothwendig gemacht. — Die Mitglieder des permanenten Ausschusses befinden sich dagegen noch immer in Haft.

Von der Fulda, den 3. März. Die Zustände, welche in unserer Gegend herrschen, bieten das traurigste Bild dar: in den Städten eine Gewerbelosigkeit, wie sie noch nicht da war, bei sehr hohen Preisen der Lebensmittel, und auf dem Lande unter den kleinen Leuten, besonders in den zahlreichen Walddörfern, die größte Noth, manchen Gemeinden fehlt es an Allem. (M. J.)

Bremen, den 3. März. Ueber eine gegen Hrn. Pastor Dulon ergriffene Maßregel erfahren wir Folgendes. Auf einen früheren Antrag von Mitgliedern der Liebfrauengemeinde, der Senat möge in seiner Eigenschaft als oberster Beaufsichtiger der kirchlichen Verhältniße Hrn. Dulon, als welcher offenkundig vom Christenthum abgefallen sei, seines kirchlichen Predigtamtes entsetzen, hatte der Senat das Gutachten der theologischen Facultät zu Heidelberg darüber eingeholt, ob Hr. Dulon nach dem Inhalte seiner Schriften noch als ein Mitglied der christlichen Kirche angesehen werden und demgemäß als Prediger an einer christlichen Kirche fungiren könne. Die Antwort der Facultät ist verneinend ausgefallen, und der Senat hat ihn nunmehr seines Amtes verlustig erklärt, ihm jedoch eine Frist von sechs Wochen zum Widerrufe vergönnt. (Wes.-Ztg.)

Kiel, den 2. März. Auf unserem gestrigen Fasten-Pferdemarkte war der Handel so lebhaft, wie man sich kaum erinnern kann, daß er je früher gewesen. Die Ankäufe wurden sehr rasch und zu den höchsten Preisen geschlossen — und wie man allgemein der Meinung ist, für französische Rechnung.

Innsbruck, den 28. Febr. Am 1. März sollte der verstärkte Ausschuß der Landstände zusammentreten, den der bisherige Ausschuß zur Berathung einer Petition an den Kaiser bezüglich der künftigen Landesvertretung einberufen hatte. Am 27. Febr. erschien der Statthalter in der Sitzung des ständischen Ausschusses, und erinnerte an die allerhöchste Entschließung, daß der Ausschuß sich nur mit den laufenden Geschäften zu befassen habe. Der bisherige Präsident des Ausschusses, Graf Leopold v. Wolkenstein, erklärte hierauf seinen Austritt aus der Versammlung, und diesem Beispiel folgte der Vicepräsident Professor Schuler und Hr. v. Klebelsberg, welche unter obwaltenden Umständen ihr Mandat erloschen erklärten. Se. Excellenz der Statthalter versprach darüber an die Regierung zu berichten, und ersuchte die Herren bis zum Eintreffen des Bescheids ihr Amt fortzuführen; hierauf übernahm er kraft des kaiserlichen Befehls den Vorsitz, und der Landesausschuß beschloß die Berufung des verstärkten Ausschusses wieder zu cassiren. So berichtet der Tiroler Bote.

Wien, den 28. Febr. Nach Briefen aus Madrid hat die spanische Regierung in Betreff der von Seiten Frankreichs gestellten Forderung wegen Zahlung einer Entschädigung von 115 Mill. Fr. für die französische Occupationsarmee im Jahre 1823 die Vermittlung der Großmächte angesucht und soll auch der hier eingetroffene neue Gesandte, Don de la Torre Ayllon, diesfällige Instructionen erhalten haben. (H. Z.)

Das Uebereinkommen des Staates mit der Nationalbank hat die Börse nicht im Geringsten zu gewinnen vermocht; sie hat vielmehr mit einer kleinen Erhöhung der Course geantwortet. Nachdem ihr schon die Staatswaldungen und Bergwerke verpfändet sind, welch fernere Hypotheken will ihr denn die Regierung zuweisen? Etwa die passiven Eisenbahnen? Mit den Provincialständen dagegen macht man weniger Federlesens. Sie werden sämmtlich der Selbstverwaltung ihres Vermögens entsetzt und, wie es heißt, durch eine entsprechende Emission 5procentiger Staatspapiere entschädigt werden. Dieser Schlag trifft besonders hart Steyermark, dessen Stände nicht allein reich, sondern auch für das materielle Wohlergehen der Provinz eifrig besorgt waren und viel Gutes gestiftet hatten. (Köln. Ztg.)

— den 2. März. Außer dem Statthalter für Tyrol haben auch die Statthalter von Nieder- und Oberösterreich, der Statthalter von Kärnthen und der Statthalter von Böhmen bereits das Präsidium der ständischen Landesausschüsse in ihren Kronländern übernommen.

In dem heute von der „W. Z." veröffentlichten Wochenregister der kriegsrechtlichen Verurtheilungen ist unter Andern auch eine Schauspielerin Josepha Kirchberger angeführt, die „wegen aufreizender Reden und Gotteslästerung" zu dreimonatlichem Stockhausarrest verurtheilt ward.

Niederlande.

Haag, den 1. März. Die erste Kammer hat heute das Gesetz angenommen, das die Getraideeinfuhr ganz frei gibt.

Belgien.

Brüssel, den 3. März. Die Stadt Gent hat sich in den Tagen des Carnevals ausgezeichnet; eine auffallende Maskerade mit den auffallendsten Masken aus der Jetztzeit durchzog die Stadt, überall Gelächter erregend und gefolgt von einer ungeheuren Menge Neugieriger. Auf folgende Weise war dieselbe organisirt: ein Mann von mittler Taille mit einer ziemlich starken Nase und dickem Schnurrbarte brüstete sich in der Generalsuniform der französischen Nationalgarde auf einem mit reichen Decken bekleideten Pferde; außer den Zügeln seines Pferdes, welche er der Ordonnanz zufolge mit der linken Hand hielt, hielt er mit der Rechten mehrere Schnüre, die an einer Anzahl von Individuen befestigt waren, welche die Costumes von Ministern, Senatoren, Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers rc. trugen. Der Herr Herzog von Bassano glaubte besagte Person mit den Schnüren (à ficelles) zu erkennen und schickte daher gleich unserem Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine diplomatische Note; vergangenen Sonntag — der hier der schönste Tag des Carnevals ist — sah man den Aufzug nicht mehr erscheinen. Wie Sie sehen, fangen wir hier an, die Freiheiten nachzuempfinden, womit unsere Nachbarn beglückt sind; nicht genug, daß wir in unseren politischen Handlungen nicht frei sind, man quält uns selbst in unseren Belustigungen und öffentlichen Feierlichkeiten. — Die Angelegenheiten des Ministeriums mit Hrn. Chazal ist in dem letzten Ministerrathe für einige Zeit geordnet worden. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, den 29. Febr. Trotz dem Friedensreigen des Präsidenten mit Lady Cowley, trotz den Friedensversicherungen, die er mündlich dem englischen und österreichischen Gesandten gegeben, hat man doch alle Ursache, zu glauben, daß er im Innersten seines Herzens die alten Kriegsgedanken nähre. Hr. Morny, der jetzt manchmal plaudert, sagte vor Kurzem: Belgien hat mit Recht Angst! und ungefähr ebenso sprach sich in einem Salon der belgische Gesandte aus, nur daß er pflichtmäßig hinzufügte: wir können im Nothfall 110,000 Mann aufstellen, um den ersten Anprall auszuhalten, bis die Hülfe von Außen kommt. Im Elysee macht man sich Hoffnung auf Sympathieen in der belgischen Armee und in der belgischen Industrie. Daß man sich über die Armee nicht ganz täusche, scheint die Correspondenz zwischen Herrn Magnan und dem frühern belgischen Kriegsminister Chazal zu beweisen, die aufgefangen wurde und Hrn. Chazal compromittirte. (?) So viel ist gewiß, daß sich in diesem Augenblick französische Emissäre in Belgien befinden, welche vorzugsweise die industriellen Bezirke bearbeiten, und ihnen die Vortheile auseinandersetzen sollen, die für sie aus einer Vereinigung mit Frankreich entspringen würden. Man täusche sich nicht! Es gibt zwar in Belgien viele gute Patrioten, aber es gibt auch viele Fransquillons, die nichts sehnlicher wünschen, als in Frankreich aufzugehen, und es gibt viele Industrielle, besonders in der Leinenfabrication, die ihr Heil auf dem Markte von Frankreich suchen wollen. Aber ebenso thätig wie die hiesige Regierung in Belgien und vielleicht gründlicher thätig ist die englische in Afrika. Dort bearbeiten englische Emissäre die kabylischen und arabischen Bevölkerungen, und man fürchtet hier, daß diese im Moment eines Kriegsausbruchs in Europa sich plötzlich erheben, und in Verbindung mit der englischen Flotte in Kurzem die 23jährigen Anstrengungen Frankreichs zu nichte machen würden. Sie wissen, daß die Verkaiserung dem historischen Datum des 20. März zugedacht war; man schwankt nun wieder im Elysee, und hält die Entpuppung noch nicht für räthlich. Man denkt an den 15. August, jenen Tag, in den Louis Bonaparte die Personification der ganzen französischen Geschichte zusammengedrängt hat. Aber bis zum 15. August — da ists noch lange hin! — In den Provinzen hat man 150, sage einhundert und funfzig Notare gezwungen, ihre Notariate zu verkaufen. (Allg. Z.)

— den 3. März. Hr. Bocher, der ehemalige Verwalter der Güter der Familie Orleans, ist von der 6. Kammer des Zuchtpolizeigerichts des Seinedepartements, weil er Druckschriften verbreitet habe, die nicht mit dem Namen des Druckers und mit Angabe des Druckortes versehen gewesen seien, nur zu 500 Franken Geldbuße verurtheilt und seine unverzügliche Freilassung verordnet worden. Außer Bocher standen noch zwei andere Beamte der Orleans'schen Güterverwaltung als Mitangeklagte Bocher's wegen des nämlichen Vergehens vor dem Zuchtpolizeigerichte, welches jeden derselben zu 150 Fr. Geldstrafe verurtheilte. Odilon Barrot führte die Vertheidigung mit großer Wärme und Beredtsamkeit.

Da Carnot nicht die erforderliche Stimmenzahl erhalten hat, so ist Cavaignac der einzige definitiv dahier gewählte Candidat der republikanischen Opposition. — Aus der Vendee wird die Wahl eines Oppositionscandidaten gemeldet. — Es fällt auf, daß seit Kurzem dahier häufige militärische Promenaden stattfinden. — Für die Kanonengießereien zu Douai, Straßburg, Boulogne und Toulouse sind 70,800 Pfund Kupfer und 13,000 Pfund Zinn bestellt worden.

Der „Moniteur" verkündet heute wieder eine große Anzahl von Ernennungen höherer Offiziere für die Nationalgarde des Seinedepartements.

Durch den Art. 11 des gegen die Güter der Familie Orleans gerichteten Decrets vom 22. Januar wurde verfügt, daß ein militärisches Ehrenzeichen, welches mit einer lebenslänglichen Pension von 100 Frcs. verknüpft sei, für Militär der Land- und Seemacht, die sich im Dienste hervorgethan, eingeführt werden solle. Ein präsidentielles Decret vom 29. Febr. ist nunmehr für den Vollzug dieser Bestimmung veröffentlicht worden. Die Medaille, aus Silber angefertigt, wird auf der einen Seite das Brustbild und den Namen L. Napoleon's tra-

Digitized by Google

gen, auf der andern Seite die Worte „Tapferkeit und Disciplin," mit einem Adler über dieser Inschrift.

L. Napoleon leidet seit Kurzem an einem heftigen Rheumatismus in den Beinen.

Der als Socialist bekannte Ex-Pfarrer Montlouis ist verhaftet und zu Moulins eingekerkert worden. — Der Bürgermeister von Monfort ist abgesetzt worden, weil er darauf beharrte, dem Regierungscandidaten gegenüber seine eigene Candidatur nicht aufgeben zu wollen.

Am 1. März ist ein Dampfschiff mit 299 zur Deportation nach Lambessa Verurtheilten von Marseille abgefahren.

— den 4. März. Morgen reducirt die Bank den Disconto auf 3 Procent. Die 75 Millionen Franken Schulden der Regierung, welche in diesem Jahre verfallen, sind in 15 Jahren rückzahlbar erklärt. Die zur Sicherung dieser Schuld verpfändeten Renten wurden zurückgegeben und durch Cassenscheine ersetzt. Dagegen wurde das Bankprivilegium bis 1867 verlängert. — Die Berichte aus den Departements über die Wahlen lauten fortwährend für die Regierung günstig. — Ein Decret ordnet eine neue Organisation der Marineverwaltung an; ein anderes schreibt das Costüm für die Beamten des Ministeriums des Innern vor.

— den 4. März. Das gestern von dem Zuchtpolicei-gericht erlassene Urtheil in der Angelegenheit Bocher's und Consorten hat keine große Zufriedenheit erregt. Man hätte gern gesehen, daß Bocher mit einer sehr schweren Strafe belegt worden wäre. Auch die Rede Odilon Barrot's ist sehr übel aufgenommen worden. Wie es heißt, will man demselben unter der Hand eine Warnung zukommen lassen. (Köln. Ztg.)

— den 5. März. Von 230 bis jetzt bekannten Wahlen sind nur fünf oppositionnel. — Die Kammer wird am 20. März eröffnet.

Italien.

Von der Militärkommission in **Este** wurden am 19. Febr. wieder 11 kriegsgerichtliche Todesurtheile gefällt, von denen jedoch nur zwei wirklich durch Erschießen vollstreckt, die andern aber zu 20-, 12-, 10-, und 5jährigem schweren Kerker gemildert wurden.

In **Cagliari** haben aus Anlaß des Verbotes der Carnevalsmaskeraden am 15. Febr. Unruhen stattgefunden, indem ein Haufen von mehreren Hunderten junger Leute, dem Verbote zuwiderhandelnd, maskirt die Straßen durchzog. Eine große Volksmenge gab den Uebertretern das Geleit, um sie nöthigenfalls zu schützen. Es wurden Truppen aufgeboten, um das Volk zu zerstreuen. Dies setzte sich mit Stöcken und Steinwürfen zur Wehre, und mehrere Soldaten wurden verwundet. Der General Durando zog die Truppen bald zurück und hob das erwähnte Verbot auf, da der gesammte Gemeinderath ihn darum anging und sich dafür verbürgte, daß nach gestatteter Maskenfreiheit die Ruhe nicht weiter gestört werden würde. Diese Voraussetzung hat sich als richtig erwiesen. — In **Sassari** hat am 24. Febr. gleichfalls ein Conflict zwischen Soldaten und Civilisten stattgefunden.

Nizza, den 26. Febr. Es geht das Gerücht: verflossene Nacht sei eine englische Escadre, aus mehreren Kriegsschiffen bestehend, in dem eine Stunde von hier entfernten Hafen Villafranca eingetroffen. (A. Z.)

Großbritanien.

London, den 2. März. Den Behörden ist von der Regierung Beobachtung des strengsten Geheimnisses über die Rüstungen Englands anempfohlen worden, und es hat dies, wie die „United Service Gazette" hinzufügt, den großen Handels- und industriellen Häusern große Besorgniß eingeflößt, so daß sie ihre Operationen beschränken.

— den 3. März. Das ehemalige Comite der Anti-corn-law-Ligue (der sogenannten „Freihandels-Ligue" im Interesse zollfreier Getreideeinfuhr) hatte auf gestern ein Meeting nach Manchester einberufen, um diese Ligue in Folge der Bildung des toryistischen Ministeriums zu reconstituiren. Das Meeting war sehr zahlreich besucht. Die Herren Wilson, Cobden und Bright hielten Reden. Es wurden Beschlüsse gefaßt, Alles aufzubieten, um die Wiedereinführung von Getreidezöllen aufs Entschiedenste zu bekämpfen. Es wurde eine Subscription für die Beschaffung der etwa erforderlichen Geldmittel eröffnet und von den Anwesenden sofort nicht weniger als 27,500 Pf. Sterl. unterzeichnet.

Eine Petition um Parlamentsauflösung ist in Umlauf gesetzt; sie findet zahlreiche Unterschriften.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 6. März. Gestern wurden 20 Bädergesellen, welche nicht arbeiten wollten, dagegen besondere Vorliebe zum Hazardspiele zeigten, von hier ausgewiesen und über die Gränze gebracht. (Fr. J.)

Paris, den 4. März. Ein präsidentielles Decret stellt das Costüme der Verwaltungsbeamten, wie es zur Zeit des Kaiserreichs beschaffen gewesen, wieder her.

Die neuesten Briefe aus Washington theilen als Gerücht mit, daß sich diplomatische Differenzen zwischen den Regierungen Frankreichs und den Vereinigten Staaten erhoben hätten. Sie geben jedoch nicht an, auf welchen Gegenstand sich diese Differenzen beziehen sollen.

Turin. Ueber die Vorfälle zu Sassari wird dem Frkftr. Jour. berichtet: Die ganze Stadt nahm Theil daran, die Nationalgarde kämpfte mit den k. Truppen, es gab Todte und Verwundete und der Brigadier blieb im Kampfe. Da die Truppen (so scheint es wenigstens) unterlagen, so schickte die Regierung von Genua aus, 1 Bataillon des 17. Regiments, 150 Mann Artillerie und 4 Kanonen unter Oberst Mollard ab. Als die beiden Dampfschiffe „Antbion" und „Tripoli" abgehen sollten, stellte es sich heraus, daß die Dampfkessel des „Antbion" Risse hatten. Ein anderes Dampfschiff mußte geholt werden und die Hülfe verzögerte sich.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 4. März. Weizen 7 fl. 23 kr., Korn 6 fl. 8 kr., Spelz 4 fl. 53 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige 5 fl. — kr., Hafer 3 fl. 45 kr., Kartoffeln 1 fl. 43 kr., per Centner.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[865²] **Offene Stellen.**

Geschickte und fleißige, mit guten Zeugnißen versehene Schmiede, besonders tüchtige Kesselarbeiter und geschickte Nieter, finden dauernde und lohnende Beschäftigung in der Schiffsbauerei für eiserne Fahrzeuge von

W. Uptt. Pearce u. Comp.
in Ludwigshafen a. Rh.

[875²] **Weinversteigerung zu Rhodt.**

Dienstag, den 23. März nächsthin, des Vormittags um 9 Uhr, im Gasthause des Bürgermeisters Steigelmann zu Rhodt, läßt Hr. Pfarrer Stähler, in Folge seiner Versetzung nach Kirchheim, seine im Pfarrhauskeller zu Rhodt lagernden Weine, sowie die Fässer, worin die Weine lagern, öffentlich versteigern, als:

6480 Liter 1846er Traminer,
8640 „ „ Riesling,
4860 „ 1848er „
1620 „ 1849er Traminer.

Nähere Auskunft ertheilt Küfer Bernhard Wolff in Rhodt.

Edenkoben, den 6. März 1852.

Keller, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch **Nro. 60** **den 10. März 1852.**

Deutschland.

(:) Aus Altbaiern, Anfangs März. (Der ständische Ausschuß in Kurhessen vor dem Kriegsgericht.) Fast scheint es, als wäre das kleine Hessenland von Natur dazu bestimmt, das Unerhörte verwirklicht zu zeigen. Kurhessen war es, in welchem der Landesherr Decennien lang die Landessöhne an Freund und Feind verkaufte; er legte einen ungeheuren Schatz sich an, während sie bei kümmerlichem Hungersolde in beiden Reihen der Kämpfer ihr Blut verspritzten; Kurhessen ist es, in welchem seit Jahren ein Mann das Staatsruder führt, der wiederholt eines gemeinen Verbrechens wegen verurtheilt worden; Kurhessen zeigte das nie gesehene Schauspiel, daß der unverantwortliche oberste Gerichtshof vor das Kriegsgericht gestellt wurde, und um dem Ding die Krone aufzusetzen, sahen wir schließlich den ständischen Ausschuß vor dem Kriegsgericht zur Verantwortung gezogen, sahen wir Festungsstrafe und Kokardenverlust über die Mitglieder desselben verhängt. Die Geschichte kennt Beispiele, daß ein Usurpator mit Gewalt der Waffen eine gesetzmäßige Versammlung auseinandersprengte; so machte es Cromwell in London, so machte es der alte Napoleon in St. Cloud; auch Kremsir und Brandenburg zeigen uns ein ähnliches Schauspiel; Herrn Hans Daniel Hassenpflug aber blieb es vorbehalten, einen vom Gesetze für unverantwortlich erklärten Ausschuß mitten im Frieden vor Gericht zu stellen, noch obendrein vor ein willkührlich zusammengesetztes, absolut unrechtmäßiges Militärgericht. Man hat oft von „Solidarität der conservativen Interessen" gesprochen; die Solidarität der conservativen Interessen hat die verheerenden Kriege am Ende des vorigen und am Beginne dieses Jahrhunderts über Europa gebracht, die Solidarität der conservativen Interessen hat Italien unter das alte Joch gebracht, hat in Spanien der Tyrannei den Weg wieder geebnet, hat den Jubel für Louis Napoleon erzeugt; gibt es nicht auch eine „Solidarität der Interessen verfassungsmäßiger Zustände?" Wenn jede gesetzliche Garantie ihren Werth verloren, wenn die beschworenen verfassungsmäßigen Rechte der Willkühr preisgegeben, wenn dem Rechte mit Hohn in's Gesicht geschlagen wird: wirkt dies nicht wie eine ansteckende Krankheit und trägt die Gefahr weit über die Gränzen des zunächst betroffenen Gebietes hinaus? „Nicht um die kurhessische Verfassung, um Lösung der deutschen Frage handelte es sich in Kurhessen," so äußerten sich einmal in der Kammer der Abgeordneten die Herren v. Lassaulx, v. Lerchenfeld und Minister Dr. Ringelmann; nun denn, der gordische Knoten der deutschen Frage ist zwar nicht gelöst, aber durchhauen; in Frankfurt weilen wieder die Herren vom alten Bunde, man ist wieder daran, zu den alten nie zurechtbestehenden Ausnahmsgesetzen neue zu gesellen; die drei deutschen Großmächte und ihre Alliirten haben Friede geschlossen. Weder Herr v. Lassaulx, noch Herr v. Lerchenfeld, noch Herr Dr. Ringelmann wird behaupten, das kurhessische Kriegsgericht gehöre zur Lösung der deutschen Frage, sie werden nicht behaupten, zur Lösung der deutschen Frage müssen die pflichtgetreuen Mitglieder des kurhessischen Ständeausschusses jahrelangen Festungsarrest erstehen. Was wird das Centrum, was die „constitutionelle" Majorität unserer Abgeordnetenkammer in dieser Sache thun? Man hat hinter das Staatsnothrecht, hinter die deutsche Frage sich verschanzt, als die Linke der Abgeordnetenkammer ihre Anträge in der kurhessischen Frage stellte; diese politischen Schilde sind nicht mehr zu benützen. „Recht, Gesetzmäßigkeit u. s. w." ist der Boden, für welchen die Majorität zu kämpfen wiederholt erklärte; wird sie diesem entsetzlichen Rechtsbruch ruhig zusehen? Wird sie nicht sich gezwungen sehen, an die Regierung den Antrag zu bringen, sie wolle ihre „guten Dienste" in Kurhessen thun, damit die gesetzwidrige Strafe gegen die Mitglieder des kurhessischen Ständeausschusses nicht in Ausführung komme? Man sage nicht, Baiern sei nicht berechtigt, sich in die Angelegenheiten Kurhessens einzumischen, Baiern könne für die durch den offenbarsten Justizmord verurtheilten kurhessischen Ausschußmitglieder nichts thun. Baiern hat bereits in Kurhessen sich eingemischt, Baiern hat bereits das Recht thatsächlich geltend gemacht, in kurhessischen Angelegenheiten mitzureden, mitzuhandeln; es geschah dies für die kurhessische Regierung gegen das kurhessische Volk; sollten die „guten Dienste" nur nach der e i n e n, nicht auch nach der a n d e r e n Richtung hin zulässig sein? Baiern ist sogar verpflichtet, Alles, was in seinen Kräften steht, aufzubieten, um in Kurhessen das zu verhüten, was noch verhütet werden kann; die baierische Politik hat solche Ereignisse möglich machen helfen, der baierischen Politik liegt es auch ob, diese traurigen Folgen so viel wie möglich zu beseitigen. Wir sind auf das begierig, was die Mehrheit der baierischen Kammer in dieser Sache thun wird. Es gibt eine Zeit zum Reden und eine Zeit zum Schweigen, sagt der weise Salomon; fürwahr, Angesichts solcher Ereignisse dürfte der gegenwärtige Augenblick kaum für das Schweigen geeignet sein.

** **Pfalz.** Daß die protestantische Kirche auf die Uebertritte einzelner ihrer Glieder zur römisch-katholischen Kirche, welche an mehreren Orten Deutschlands in neuester Zeit vorgekommen sein sollen, ohne große Besorgniß blicken darf, das ersehen wir u. a. auch aus einem vor uns liegenden Berichte der ref. K.-Z. über die Resultate, welche die Bestrebungen, Irland zu evangelisiren, bisher gehabt haben. In Folge der Bemühungen, welche von den englischen und schottischen Dissenters und der durch die Episcopalkirche gegründeten Irish Church Mission ausgehen, sind seit 3 Jahren zwischen 20—30,000 Personen aus der römischen zur evangelischen Kirche übergetreten. In Connemara (im Westen Galways) befanden sich im Anfang der Mission nur 500 Protestanten, jetzt 5—6000. Ein etwa 30 Meilen breiter und 60 Meilen langer District jener Provinz trägt jetzt einen entschieden protestantischen Character; früher war er ganz römisch. Und der protestantische Bischof zu Tuan, zu dessen Diöcese Galway County gehört, hat einen Aufruf zu Beiträgen erlassen, um dort 12 neue Kirchen zu erbauen, die nöthig geworden. So eben wird in Tellerna eine Kirche gebaut, welche für eine neugebildete Gemeinde von 900 Seelen bestimmt ist. Noch größer sollen die Erfolge im Osten der Insel und namentlich eine Umwandlung der Sitten wahrnehmbar sein. In einem Districte, in welchem sich 5000 Convertiten und 3700 Schulkinder befinden, hat sich im Laufe des Jahres nicht ein Fall ereignet, der policeilicher Ahndung bedurfte. — Wie sehr die römische Hierarchie diesen Umschwung empfindet, ist daraus zu ersehen, daß dieser Proselytismus auf der letzten Synode zu Turles amtlich zur Sprache gebracht worden und Mittel beantragt, ihm Einhalt zu thun. — Wegen dieser günstigen Erfolge hat die Gesellschaft beschlossen, in den nächsten 3 Monaten für das Werk 10,000 Pfd. Sterl. zusammenzubringen.

* **Edenkoben,** den 8. März. Bei der heutigen Wahlverhandlung wurde der zum Staatsprocurator beförderte Abgeordnete Lang von 127 Wahlmännern als solcher bestätigt; 67 Wahlmänner erklärten sich dagegen.

* **München,** den 5. März. (93. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Boos, der auf eine andere Pfarrei befördert worden, erhält einen 4wöchentlichen Urlaub.

v. d. Pfordten beantwortet Neuffer's Interpellation wegen Aufhebung der Donauzölle dahin: die Verträge seien in allen Puncten vereinbart; in der allernächsten Zeit werde wol deren Ratification möglich sein.

Hierauf Beginn der Berathung über die drei Gesetze: 1) über die Benützung des Wassers, 2) über die Bewässerungs- und Entwässerungs-Unternehmungen zum Zwecke der Bodencultur, 3) über den Uferschutz und den Schutz gegen Ueberschwemmungen.

Wir bemerken, daß es unmöglich sein würde, über die ganze Verhandlung bruchstückweise zu berichten. Eine umfassende Mittheilung würde dagegen für die Mehrzahl der Leser einer politischen Zeitung das genügende Interesse nicht gewähren. Wir beschränken uns deßhalb darauf, nur ganz kurze Notizen über die Discussion zu geben, indem wir uns vorbehalten, den Wortlaut der betr. Gesetze vollständig mitzutheilen, sobald die Fassung von allen Factoren der Legislation angenommen sein wird.

Zunächst entwickelt der Referent Paur die als Grundlage der neuen Gesetzgebung angenommenen Principien in umfassendem Vortrage.

Es beginnt sodann die Discussion über die erste Abtheilung des ersterwähnten Gesetzes von den „öffentlichen Gewässern" handelnd. Es sprechen: v. Koch (hebt die unbemessene Gewalt der Administrativbehörden hervor), Morgenstern (ebenso; tadelt sodann, daß nicht bei jeder Enteignung Entschädigung gewährt werden soll), Fillweber (wünscht einige Aufklärung), Wagner, Arnheim, Römmich, Ministerialcommissär Molitor und Referent Paur (sämmtlich für den Entwurf). Man gelangte zum Schluße der allgemeinen Discussion.

* — den 6. März. (94. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Anzeige, daß die Kammer wieder eines ihrer Mitglieder, Stöcker, durch den Tod verloren hat. — Kammermayer erhält einen 14tägigen Urlaub.

Fortsetzung der Berathung des Gesetzes über Benützung des Wassers. Es beginnt die Discussion über die einzelnen Artikel.

Bei Art. 1 beantragt Wallerstein, daß Schifffahrts- und Floßordnungen nur nach Vernehmung der Landräthe sollen erlassen werden können. Fillweber spricht dafür, Römmich, Wiedenhofer, Paur und Ministerialcommissär Schubert dagegen. Der Erste bemerkt, daß der Landrath in der Mehrzahl seiner Mitglieder nicht aus Technikern bestehe; in der Pfalz würden Leute mitsprechen sollen, welche den Rhein noch nicht gesehen hätten. Wallerstein bemerkt darauf: die Kammer selbst zähle nur ganz wenige Techniker, und entscheide dennoch über das Gesetz. Der Antrag wird verworfen.

Bei Art. 3 beantragt v. Koch, daß Privatgewässer nur mit Zustimmung der Kammer in öffentliche Gewässer sollen verwandelt werden können, weil diese Umwandlung viele Kosten veranlasse. Wird nach verschiedenen Erörterungen verworfen.

Bei Art. 15 tritt die Meinungsdifferenz hervor, ob Sand und Kies aus einem Flußbette ohne oder nur mit Bewilligung der Regierung geholt werden darf. Schließlich wird eine Modification angenommen, wonach jene Gegenstände an den hiezu „bezeichneten Plätzen" freigegeben sind.

Zu Art. 20, wegen des Leinpfades werden verschiedene Modificationen eingebracht. Wallerstein verlangt Entschädigung, soferne (in Folge des Einstürzens des alten Leinpfads) die Eigenthümer weitere Theile ihres Eigenthums hergeben müßen. Crämer verlangt unbedingte Entschädigung für jedes Dulden des Leinpfads, selbst des bereits bestehenden. Es bleibt beim Entwurfe. Die Verhandlung gelangt bis zum Art. 22.

* **München,** den 5. März. Während Viele schon vor einigen Wochen, verleitet durch das damalige schöne Wetter, meinten, der Winter sei bereits vorüber, herrscht derselbe jetzt anhaltend und streng. Täglich schneit es. Des Nachts gefriert es meistens sehr stark. Heute früh hatten wir sogar die größte Kälte in diesem ganzen Winter, nemlich von 12 Grad, was allerdings anfangs März unerhört ist. In Zimmern gefrohr das Wasser in den Flaschen.

* **München,** den 6. März. Gestern Abend und die verflossene Nacht entstand hier eine bedeutende gefahrdrohende Feuersbrunst. Um ¾ auf 8 Uhr ertönten die Alarmzeichen. Es braunte beim Hackerbräu, in der Sendlingerstraße. Obwol der Vollmond eine Helle fast wie am Tage verbreitete, sah man doch sogleich die Flamme aus den Hintergebäuden (namentlich der Malzdörre, wo der Brand entstanden sein soll) über die eng an einander gebauten, fünf Stockwerke hohen Häuser dieser stark bevölkerten Straße herüber züngeln. Die Gluth schien mit furchtbarer Gewalt um sich zu greifen. Alle hervorragenden Gebäude auf weite Entfernung hin zeigten einen schrecklichen Widerschein: der Thurm der Kreuzkirche, der Petersthurm, die Jesuitenkirche, vor Allem aber die Frauenthürme waren so hell beleuchtet, als stünden sie selbst in Flammen. Auf stundenweite Entfernungen mußte man dies sehen können. Das Malz, und noch mehr der Hopfen, sprühte in der Luft umher, gleich Sternschnuppen. Das Gewinkel in der Gegend des Brandes, die hohen und, wie es scheint, zum Theile unsolid gebauten Häuser, und die Enge der Gäßchen hinter der Sendlingerstraße, mußten die weitest gehenden Befürchtungen wecken, die, wäre der Brand erst tief in der Nacht ausgebrochen, unfehlbar sich verwirklicht hätten. Zu meinem Erstaunen hörte ich, daß hier — in einer Stadt von 100,000 Menschen — nicht einmal ein eigenes, besonders eingeübtes Pompierscorps bestehe. Auch nahm ich vielfach ein gewaltiges Durcheinander, und Mangel an Ordnung wahr. Dessen ungeachtet ward sehr wacker gelöscht. Gegen 10 Uhr erhob sich die Flamme so stark, daß die Leute selbst in bedeutender Entfernung von der Brandstätte auszuziehen begannen. Eine Menge von Geräthschaften ward — weit weniger vermittelst Fuhren, als durch einzelne Menschen — oft in den entgegengesetztesten Richtungen an einander vorüber getragen. Es bot einen besonders schmerzlichen Anblick dar, wie Kinder aus den bedrohten Wohnungen fortgeschafft wurden. Auch erblickte man Kranke in Sänften. Ja ich sah selbst, daß — vermuthlich in Ermanglung einer Sänfte oder eines Fuhrwerkes, — ein Mann eine in Betten gehüllte, kranke Person auf weite Entfernung hin, mit Hülfe eines Dritten, elend auf dem Rücken fortschleppte. — Erst gegen 3 Uhr Nachts gelang es, das weitere Umsichgreifen des Feuers zu hindern.

Beim Zacherlbräu in der Au fiel gestern Abends ein Bräuknecht in die Sudpfanne; obwohl er noch lebend herausgezogen wurde, soll doch keine Hoffnung zur Rettung seines Lebens vorhanden sein.

Stuttgart, den 3. März. Heute wurde 4 weitern Mitgliedern des Arbeitervereins das Ausweisungserkenntniß eröffnet. — Der amerikanische Methodisten-Missionär Link (früher Handlungsreisender), der hier religiöse Vorträge hielt, die ihm untersagt wurden, ist gleichfalls ausgewiesen.

— den 6. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erhielt vor Uebergang der Tagesordnung Süskind das Wort und sagte, der traurige Zustand auf dem Lande, die Arbeitslosigkeit bei dem jetzt wieder eingetretenen Winter machen es der Volksvertretung zur heiligen Pflicht, diejenigen Wege einzuschlagen, welche eine Linderung der Noth herbeizuführen geeignet seien. Er stellt den Antrag, eine Bitte an den König zu richten, des Inhaltes: Se. Maj. zu bitten, Dieselben mögen in Berücksichtigung des großen Nothstandes und in Erwägung, daß die Civilliste in keinem Verhältniße zu den

Kräften des Landes stehe, jährlich 200,000 fl. an derselben nachlassen. Schoder: Der Antrag scheint mir sehr zeitgemäß, da aber manche Mitglieder vielleicht nicht in der Lage sind, sich darüber sogleich zu äußern, so stelle ich den Antrag, den Vorschlag zur schleunigen Berichterstattung an die Finanzcommission zu verweisen. Dieser Antrag wird angenommen.

Kassel, den 4. März. Die „Kasseler Ztg." bringt einen Steckbrief hinter dem Oeconomen Wilhelm Heß, der dringend verdächtig sein soll, dem Dr. Kellner zur Flucht aus dem Kastell verholfen zu haben.

Hamburg, den 4. März. In diesem Augenblick trifft hier die Nachricht ein, daß in der Mitte des Monats Januar bei Veracruz ein furchtbarer Sturm gewüthet und den Untergang von neun Schiffen zur Folge gehabt hat.

Rendsburg, den 2. März. Vor kurzem ist in Hadersleben in der dortigen Sonntagsschule, in welcher seit ihrem zehnjährigen Bestehen der Unterricht in deutscher Sprache ertheilt wurde, auf Anordnung des Bürgermeisters die dänische Sprache eingeführt und der bisherige Lehrer entlassen worden.

Oesterreichische Staaten.

Aus Galizien, Ende Febr. Vor wenigen Tagen sind mehrere hebräische Pressen in Lemberg und Czernowitz gesperrt worden, da sie eben im Begriff waren, früher in Oesterreich verpönte kabalistische Werke zu vervielfältigen. Unter anderen befindet sich auch darunter der „Sohar", dessen Veröffentlichung und Verbreitung staatliche und sociale Rücksichten nicht gestatten. Der Herausgeber desselben ist mit 14tägiger Arreststrafe belegt.

Kaschau, den 28. Febr. Das Erscheinen der Oberungarischen *Zeitung* ist zufolge eines Erlasses des Militärdistrictscommandos einstweilen eingestellt worden.

Frankreich.

Paris, den 5. März. Fünf Sechstel der gewählten Deputirten sind bekannt; nur fünf derselben gehören der Opposition an. — Durch das Decret über die Justizbeamten werden 2 Räthe vom Cassationshof, die ihr 75. Lebensjahr zurückgelegt haben, 80 Präsidenten und Räthe der Appellhöfe, so wie 75 Präsidenten und Räthe der Tribunale erster Instanz, die ihr 70. Lebensjahr zurückgelegt haben, im Ganzen 157 Magistratspersonen, getroffen. Das Decret hat indessen, wie bekannt, dem Präsidenten der Republik das Recht vorbehalten, diejenigen derselben, die er nicht verabschieden will, auf ihrem Posten zu belassen. — Der bekannte Orleanist Creton ist nach Frohsdorf abgereist. — Der Procurator der Republik hat gegen das wider Bocher erlassene Urtheil, als zu gelinde, Berufung eingelegt. — Der englische Minister des Auswärtigen, Lord Malmesbury, soll in einem vertraulichen Schreiben an L. Napoleon die Decrete wegen der orleans'schen Güter entschieden gemißbilligt haben. — Der „Moniteur" enthält ein Decret, worin eine neue Regelung der Zusammensetzungsweise der Schiedsgerichte zwischen Arbeitern und Fabrikherren in Aussicht gestellt und einstweilen für die Schiedsgerichte zu Lyon und Saint Etienne unter Aufhebung der Decrete von 1848 die kaiserliche Gesetzgebung hergestellt wird.

Gemäß einem Erlasse der Militärcommission in Paris sind einer Anzahl von Personen, die bei den Decemberereignissen compromittirt waren, Pässe theils nach England, theils nach Belgien, theils nach Savoyen und der Schweiz zugestellt worden, mit der Weisung, Paris binnen 24 Stunden zu verlassen; es befinden sich darunter mehrere Journalisten.

Das Gesammtresultat der Wahlen in ganz Frankreich ist nunmehr bekannt. Nur sieben oppositionelle Candidaten sind gewählt worden. In neun Wahlkreisen sind neue Wahlen vorzunehmen, da keiner der Candidaten die zur Gültigkeit der Wahl erforderliche Stimmenzettel erhalten.

Italien.

Brescia, den 28. Febr. Die „Sferza" berichtet: Seit drei Tagen ist das Standgericht in permanenter Sitzung thätig. Bereits wurden sieben Individuen wegen Mord, Raub ꝛc. zum Tode verurtheilt. Drei wurden am 26., vier gestern hingerichtet. Die drei ersten waren zwei Brüder und ein Vetter; die zweiten Vater, Sohn und zwei Brüder. Die beiden Letzten setzten dem Scharfrichter bis zum letzten Moment verzweifelten Widerstand entgegen.

Die „Gazatta di Genova" vom 1. März berichtet einige Einzelnheiten über die Unruhen in **Sassari.** Der Streit begann in einer Schenke, wo sich eine Schlägerei zwischen zwei Tirailleurs und einigen Bewohnern der Stadt entspann. Der Lärm zog eine große Anzahl von Bürgern und Soldaten herbei, und es erfolgte ein allgemeines Handgemenge. Die Nationalgarde ward aufgeboten und eine Compagnie derselben eilte auf den Schauplatz des Kampfes, wo sie auf ein eben um eine Ecke biegendes Cavalleriepiquet stieß und, wahrscheinlich aus Versehen, auf dasselbe feuerte. Ein Officier und ein Soldat sollen bei dieser Gelegenheit gefallen sein. Es entstand nun ein allgemeines Gefecht der Truppen und Nationalgardisten, in welchem mehrere Personen ihr Leben verloren und Viele verwundet wurden. Die sardinischen Dampfer „Tripoli" und „Anthion" sind am 29. Febr. mit 400 Mann Infanterie und vier Geschützen nach Sassari abgegangen.

Griechenland.

Athen, den 24. Febr. Die polnischen Flüchtlinge wurden am 12. Abends im Pyräeus eingeschifft und sollen sich theils nach Sardinien, theils nach Alexandria begeben haben. Diese Angelegenheit wurde am folgenden Tage in der Kammer angeregt, und die Minister versprachen, der Neugierde der Kammer durch die Vorlage der Documente zu entsprechen.

Vereinigte Staaten.

Nach den neuesten schriftlichen Mittheilungen aus **Newyork** soll die Weltausstellung daselbst erst im August d. J. beginnen. Diese Verzögerung wird den deutschen Ausstellungslustigen willkommen sein; sie verschafft Vielen die nöthige Zeit zur Vorbereitung. Die Kosten des ganzen Unternehmens sollen aus dem Erlös eines von den Besuchern des Ausstellungsgebäudes zu erhebenden Eintrittsgeldes gedeckt werden. Die Ausführbarkeit dieser Absicht hat sich bei der Londoner Ausstellung glänzend bewährt. Der freie Transport der zum Zweck der Newyorker Ausstellung eingesandten Gegenstände von Antwerpen bis Neuyork und zurück in den genannten Hafen ist zugesagt. Den Ausstellungsgegenständen ist der Verkaufspreis anzuheften und eine eigene Commission wird ernannt werden, um im Interesse der Aussteller den Verkauf ihrer Artikel zu besorgen und Bestellungen auf dieselben entgegenzunehmen. Die Aussteller werden daran erinnert, ihren Verkaufspreisen die Commissionsgebühren, Transport- und Assecurranzkosten zuzurechnen. Die Verkaufsgebühren in Neuyork betragen 10 pCt. für Kunst- und 5 pCt. für alle anderen Artikel.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 6. März. Weizen 23 fl. 35 kr., Korn 19 fl. 4 kr., Gerste 15 fl. 1 kr., Haber 6 fl. 24 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[878⁶] **Anzeige.**

In Bezug auf das in der Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung empfohlene **Gehöröl** bringe andurch zur Anzeige, daß mir von obigem Herrn der Auftrag wurde,

Bestellungen für ihn zu sammeln und überhaupt nöthige Auskünfte zu geben.

Neustadt a. H., 7. März 1852. Carl Helfferich.

[861²] **Empfehlung.**

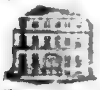
Zum herannahenden Frühjahre empfehlen wir unser Putzgeschäft unter Zusicherung guter und geschmackvoller Arbeiten zu billigen Preisen.

Mannheim, Lit. D 2 No. 2.

Muser und Heckel.

---

[877] **Haus- und Färbereiversteigerung.**



Dienstag, den 23. März nächsthin, Vormittags 10 Uhr, läßt Jacob Wagner, Färber dahier, in seiner Behausung, das im Kantonshauptorte Waldfischbach an der Hauptstraße, der Chaussee nach Pirmasenz, gelegene zweistöckige guterhaltene Wohnhaus nebst vollständiger Färbereieinrichtung auf mehrjährige Zahlungstermine öffentlich versteigern. Das Haus eignet sich seiner vortheilhaften Lage wegen zum Betriebe eines jeden Geschäftes. Die Färberei, welche die einzige im Kanton ist, nebst Druckstube ist neu erbaut, und mit einem reichhaltigen Pumpbrunnen im Innern versehen, hat 3 Kippen, 4 Kessel, eine Blaufarbe, 200 Stück Formen und alle nöthigen Apparate.

Das Ganze mit Hof und Schoppen ist geschlossen und liegt ganz in der Nähe des Fischbachs.

Bis zur Versteigerung können die Liegenschaften auch aus freier Hand verkauft werden.

Waldfischbach, den 6. März 1852.

Bastian, Notar.

[851²] **Weinversteigerung zu Albersweiler in der Pfalz.**

Montag, den 15. März 1852, Vormittags 10 Uhr, zu Albersweiler im Wirthshaus zum Hirsch, werden auf Ansuchen von Hrn. Nathan Weil, Geschäftsmann in Landau, nachbezeichnete rein gehaltene Weine aus der Gemarkung von Albersweiler versteigert, als:

7000	Liter	1842er,
4400	„	1846er Traminer,
4500	„	1846er ordinärer,
5000	„	1848er,
4000	„	1849er,
2000	„	1850er,
1500	„	1851er.
28,400	Liter.	

Die Proben können Tags vorher und am Tage der Versteigerung genommen werden.

Landau, den 4. Februar 1852.

Heffert, Notar.

[864²] Bei Pfingwirth Abende in Lingenfeld ist eine neue Spieluhr, welche 10 Stück der neuesten Art spielt, billig zu verkaufen.

[859²] **Bekanntmachung.**

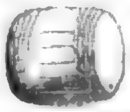
Der Unterzeichnete, durch Allerhöchste Entschließung als Gerichtsbote in Hornbach ernannt, hat seine Amtsstube in dem Wohnhause des Herrn Engelmann dahier eröffnet.

Hornbach, den 24. Februar 1852.

Eibel.

[850²] **Weinversteigerung**

zu Mußbach in der baierischen Pfalz.



Montag, den 15. März nächsthin, des Vormittags 9 Uhr lassen die Krätzer'schen Erben, ferner auch Herr Dr. Krätzer, Gutsbesitzer in Mußbach, im Gasthause zum Löwen allda nachverzeichnete Weine versteigern, nämlich:

1) Weine, welche den Krätzer'schen Erben angehören, die in dem Keller des Herrn Ferdinand Hensay in Deidesheim lagern, aber in Mußbach versteigert werden:

60,000	Liter	1845r Mußbacher,
10,000	„	1845r Mußbacher Traminer,
4,000	„	1846r Mußbacher.

2) Weine, welche dem Herrn Dr. Krätzer angehören, die in dessen Kellern in Mußbach lagern:

15,000	Liter	1846r Mußbacher Traminer,
18,500	„	1847r Mußbacher,
7,200	„	1849r Mußbacher,
14,500	„	1849r Mußbacher Traminer,
15,000	„	1850r Mußbacher,
30,000	„	1850r Mußbacher Traminer,
30,000	„	1850r Deidesheimer mit Traminer,
11,000	„	1850r Ruppertsberger mit Traminer.

Die Proben der in Deidesheim lagernden Weine von der Krätzer'schen Erbmasse können an den Fässern genommen werden am Samstage, den 13., und am Sonntage, den 14. März, ferner werden solche auch am Versteigerungstage in Mußbach verabreicht.

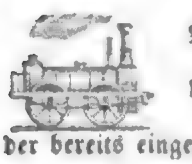
Die Proben der in Mußbach lagernden Weine des Hrn. Dr. Krätzer werden den Tag vor der Versteigerung und am Versteigerungstage an den Fässern abgegeben.

Sollte die Versteigerung an einem Tage nicht beendigt werden können, so wird solche den folgenden Tag, nämlich Dienstag, den 16. März, fortgesetzt.

Neustadt a. d. H., den 12. Februar 1852.

Werner, Notär.

[876²] **Hessische Ludwigs-Eisenbahn.**



In Folge Beschlusses der Generalversammlung vom 16. Februar l. Js. fordert der unterzeichnete Verwaltungsrath die Herren Actionäre der Hessischen Ludwigseisenbahngesellschaft anmit auf,

eine Einzahlung von 10 Procent

bis längstens zum 31. März 1852 zu leisten.

Die einzuzahlende Nummer beträgt für jede Actie von 250 fl. nach Abzug der verfallenen Zinsen der bereits eingezahlten 45 %

neunzehn Gulden

und kann geleistet werden

in Mainz an Herrn J. A. Heidelberger,
„ „ „ „ Friedrich Korn,
„ „ „ „ G. L. Kayser,
„ „ „ „ C. Lauteren Sohn,
„ „ „ „ J. B. Werner,
„ Worms „ „ Georg Renz,
„ Frankfurt a. M. an die Herren M. A. v. Rothschild u. Söhne,
„ Köln an den Abr. Schaaffhausen'schen Bankverein,
„ Berlin an die Herren Anhalt und Wagener.

Mainz, den 28. Februar 1852.

Der Verwaltungsrath.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Mittwoch (Zu Nro. 60) den 10. März 1852.

Deutschland.

München, den 5. März. Gestern ereignete sich nächst Großhessellohe bei dem Eisenbahnbau abermals ein Unglück, indem zwei Arbeiter durch Herabrollen einer großen Masse Steine der Art verschüttet wurden, daß der Eine augenblicklich todt blieb, und der Andere stark verletzt wurde. Es waren nämlich mehrere Arbeiter mit Sprengen eines Felsens beschäftigt; das Sprengen ging aber so schnell vor sich, daß nicht alle Arbeiter sich weit genug entfernen konnten.

In Lenggries oben halten die Redemtoristen von Altötting Mission. Die Frau des Krämers und Boten Trischberger, welche vorher gebeichtet hatte, und dann in der Missionspredigt hörte, daß „alle Communionen unwürdig empfangen würden", ist darüber in Wahnsinn verfallen, und hat sich ertränkt. Wahrscheinlich hat die Kälte des Wassers ihre nervöse Aufregung gemildert, denn man wollte sie noch um Hülfe haben rufen hören. Am 29. Febr. wurde sie todt gefunden! (Volksbötin.)

Aus Nassau, den 5. März. Ich kann Ihnen die verbürgte Mittheilung machen, daß man im Westerwald ein berüchtigtes Falschmünzercomplott entdeckt hat, welches falsche preußische Fünfthalerscheine fertigte. (Cobl. Z.)

Kiel. Der A. Z. schreibt man mehr als seltsam: „Die beiden deutschen Commissäre haben in der dänischen Hauptstadt sehr freundliche Aufnahme gefunden. In der glänzenden Soirée, welche am 24. Abends beim Erbprinzen Ferdinand stattfand, erschienen beide Herren mit dem Großkreuz des Danebrogordens dekorirt, welches denselben in der Audienz vom König verliehen worden war." (Für Deutschland oder Dänemark geleistete Dienste?)

Wien, den 2. März. Gestern Abends sind die ersten Abtheilungen der aus dem Norden zurückkehrenden österreichischen Truppen auf der Nordbahn in Wagram eingetroffen, und es werden dieselben ihren Weg über Preßburg nach Siebenbürgen, wo sie in Garnison liegen werden, fortsetzen.

Belgien.

Brüssel, den 5. März. Mein Brief, welcher Ihnen anzeigte, daß dem Journale, „Die Nation", ein Proceß angehängt werden würde, ist dem wirklichen Factum nur um einige Tage zuvorgekommen. Heute Morgens ist der Director-Gerant aufgefordert worden, vor dem Instructionsrichter zu erscheinen. Eine Haussuchung hat stattgefunden, nicht sowol in der Privatwohnung des Geranten, als auch in den Bureaux und Ateliers, und dauerte nicht weniger als 4 Stunden. Alle, alte wie neue Manuscripte, selbst schon gedruckte, wurden mit Beschlag belegt. Der Gerant hat das Vergehen anerkannt, welches aus drei Puncten besteht, wovon der eine die Aufnahme mehrerer Stellen aus dem „Bulletin-Français" ist, die anderen zwei betreffen die Redaction, welche ein Urtheil über die Politik der französischen Regierung gefällt hat. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, den 3. März. Man weiß bereits, daß in vielen größeren Städten sich eine auffallend große Zahl von Wählern des Abstimmens ganz enthalten hat. Reims ist eine industrielle Stadt, wo die Bevölkerung so Napoleonisch war, daß sie, bei der Neuwahl des Präsidenten fast einmüthig für ihn stimmte. Jetzt hatten die dortigen Behörden Alles aufgeboten, um dem Regierungs-Candidaten eine möglichst große Stimmenzahl zu verschaffen. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler betrug 11,374; 6895 stimmten gar nicht; 2337 der übrigen 4479 wählten den Regierungs-Candidaten, und 770 gaben weiße Zettel ab. Zu Rouen hat kaum die Hälfte der Wähler gestimmt, und 3704 der Stimmen fielen auf einen Ultrademokraten — eine bedeutende Zahl, da der Regierungs-Candidat nur 9687 Stimmen erhielt. Zu Chartres erhielt der Oppositions-Candidat fast zwei Drittel der Stimmen, erlag aber durch die Abstimmung der Landbezirke, denen er keine Wahlzettel hatte schicken können, da man sie auf der Post anhielt und die Ueberbringer als Ruhestörer verhaftete. (Köln. Ztg.)

— den 4. März. Die letzte Nummer des Gesetz-Bulletins enthält ein Decret, welches den Prinzen Lucian Bonaparte in die Eigenschaft und die Rechte eines französischen Bürgers wieder einsetzt, die er dadurch verloren hatte, daß er ohne Ermächtigung der französischen Regierung ein ihm von einer fremden Macht übertragenes Amt annahm. — Nach der „France Napoleonienne" ist von Abschaffung der Guillotine und von ihrer Ersetzung durch die Erdrosselung die Rede. — Kein Journal hat die Verhandlungen der Bocher'schen Processes vollständig mittheilen dürfen.

Nach Berichten aus Algier hat die Colonne des Generals Bosquet, welche 10 Stunden jenseits Bugia ein Lager bezogen hatte, ein schreckliches Unglück betroffen. Regengüsse und nachher große Schneemassen unterbrachen die Verbindung mit Bugia; die Lebensmittel fehlten, so daß man das Lager aufhob, um nach Bugia zurückzukehren, wobei jedoch wegen der strengen Kälte 2- bis 300 der erschöpften Soldaten, die größtentheils sich verirrten, das Leben verloren. Die Kabylen leisteten übrigens den Truppen jede mögliche Hülfe.

Italien.

Rom, den 27. Febr. Politisch Wichtiges ist von hier wenig zu melden. Könnte man hinter den Vorhang schauen, so würde zwar allerdings Manches zum Vorschein kommen, aber Erbauliches nichts. Für Heilung alter Schäden und Besserung des Zustandes in Staat, Kirche, in Erziehung und in allen Zweigen des Lebens überhaupt geschieht nichts. Dagegen werden allwöchentlich neue Steuern ausgeschrieben, um doch ein paar Pfenninge in der Tasche zu haben. An kirchlichen Verordnungen fehlt es auch nicht. Jubiläen, Bußtage, Processionen, kurz was die römisch-katholische Kirche an derartigen Mitteln besitzt, Alles wird in Bewegung gesetzt, um den Leuten zu imponiren. Aber damit ist nichts gethan. Es sind wenige Familien, die nicht wegen Vertreibung od r Amtsentsetzung eines ihrer Mitglieder in Trauer sind, und vor 14 Tagen wurde auch der um die Wissenschaft verdiente Gennarelli von heute auf morgen ausgewiesen, nachdem er drei Jahre ruhig gelassen worden war.

Großbritanien.

London, den 4. März. Die Admiralität hat den Befehl ertheilt, alle telegraphischen Linien nach der Süd-Ost-Küste Englands hin unverzüglich in Dienststand zu setzen, damit man in London jederzeit binnen einigen Stunden Nachricht haben könne von allen Fahrzeugen, die sich im Canal befänden, sowie von allen großen See-Arsenalen und den in der Themse und der Medway vor Anker liegenden Schiffen. Diese Telegraphen, die schon vor länger als 20 Jahren errichtet worden, bedürfen bedeutender Reparaturen.

Miscellen.

In Paris nahm sich vor einigen Tagen ein fünfzehnjähriges Mädchen das Leben, weil ihr die Mutter, deren einziges Kind sie bis dahin gewesen, eben eine kleine Schwester gegeben hatte. Sie fürchtete nun von der Mutter nicht mehr so wie sonst geliebt zu werden, konnte diesen Gedanken nicht ertragen und stürzte sich in das Wasser.

Obrist Bobo, Sohn des Oberkammerherrn des bekannten Kaisers Faustin von Hayti, ist in New-York angekommen, um — Lola Montez zu bewegen, den Haytischen Hof zu besuchen, um dort durch Tanz und ihre geselligen Fähigkeiten den schwarzen Kaiser zu erheitern.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

---

[846][a] **Lachen. Verkauf eines Landsitzes.**

Das in einer der fruchtbarsten, angenehmsten Gegenden der Pfalz an der Straße von Neustadt und Speyer, unweit der Eisenbahn gelegene herrschaftliche Hofhaus, zum ehemaligen Freiherrn von Perglas'schen Gute in Lachen gehörig, soll unter annehmbaren Bedingungen aus freier Hand verkauft werden. Es gehört dazu:

1) Ein großes zweistöckiges Wohnhaus mit Mansardenstocke, vielen Zimmern, einigen Salons, schöner Küche, sehr großen Kellern, worunter ein gewölbter Weinkeller zu mindestens 80 Fuder, gedieltem Speicher zur Aufbewahrung von über 1000 Malter Frucht, Obstkammern und andern Räumlichkeiten.
2) Ein besonderes Hauptwohnhaus für den Verwalter, mit hübschen Zimmern, Küchen, Kellern, Backofen, Obstdörren u. a. m.
3) Die Oeconomiegebäude den obigen Gebäuden sich anschließend und mit diesen einen großen schönen Hof umfassend, enthalten außer den Bedienten- und Geschirrzimmern, sehr geräumige Pferdeställe, Schwein- und Federviehställe, Stallungen für 50 Stück Rindvieh, Remisen, Schoppen, Fruchtscheuern und andere Räume.

Hinter dem Hof und anstoßend befindet sich:

4) Ein wohlunterhaltener Blumen-, Gemüse-, Baum- und Wingertsgarten von 2 Morgen mit freundlichem Garten-Salon, schönen Laubgängen und Anlagen.

Daran stößt:

5) Ein Pflanz- und Obstgarten von 5¼ Morgen in bestem Zustande.

Die Gärten sind von einer hohen Steinmauer umgeben, enthalten die edelsten Obst- und Rebensorten, sowie eine Vorrichtung zum Bewässern.

Dieses Hofhaus, welches mit allen Bequemlichkeiten versehen und im Innern wie im Aeußern sorgfältig unterhalten ist, eignet sich sowohl zu einer ausgedehnten Oeconomie, als auch seiner passenden Lage und seinen sehr geräumigen, aller etwa erforderlichen Vergrößerung der Localitäten halber, vorzüglich zu jeglicher Fabrikanlage, sowie überhaupt zu jedem andern geschäftlichen und öconomischen Betriebe.

Hofverwalter Böhm in Lachen wird den Kaufliebhabern die nähere Einsicht der Localitäten gestatten, und bei dem Bankhause H. L. Hohenemser und Söhne in Mannheim, sind die Verkaufsbedingungen zu erfahren.

Neustadt, den 21. Februar 1852.

Aus Auftrag:
M. Müller, Notär.

[840[a]]

Mobiliar-Feuerversicherungsanstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München.

Geschäftsabschluß pro 1851.

	fl.	kr.
Das **Versicherungs-Kapital** der Anstalt laut Ausweis des vorjährigen Rechenschaftsberichts am Schlusse des Jahres 1850 im Belaufe von	171,372,060	—
erhielt in dem Jahre 1851 einen reinen Zugang von	3,311,995	—
und betrug demnach am 30. December 1851	174,684,055	—
An Brandentschädigungen wurden an 333 Betheiligte verausgabt	177,585	46
und seit dem Bestehen der Anstalt	1,983,564	48
Von dem Gewinne konnte dem Reservefond der Anstalt (bei Beginn des Jahres 408,725) — die Summe von 48,775 fl. zugewiesen werden, wonach sich der Reservefond nunmehr auf . . stellt.	457,500	—
In diesem, dann dem Prämienübertrag von	181,035	12
endlich dem ursprünglichen Garantie-Kapital von	3,000,000	—
	3,638,535	12

bestehen die **Deckungsmittel,** welche die Anstalt ihren Versicherten gibt.

Diese Garantien werden dem versicherungssuchenden Publikum um so mehr Beruhigung gewähren, als die Anstalt auch bei außergewöhnlichen Unglücken, zu welchen wohl der Brand von Traunstein gerechnet werden kann, nicht bloß von der Beihülfe ihres Reservefonds Umgang nehmen, sondern auch beim Jahresschluß demselben einen bedeutenden Zuwachs geben konnte. Man erlaubt sich daher die Versicherungen der Mobilien jedem für Sicherung seines Besitzes einigermaßen besorgten Hausvater dringend anzuempfehlen, indem schleunigste und ungeschmälerte Entschädigung der Assekuranz entsprechend zugesichert wird.

Die Versicherungsanträge werden durch nachstehende Herren Agenten in der Pfalz entgegengenommen:

Bähr, F. A., k. Polizeicommissär in Ludwigshafen.
Bonasegla, B., Geschäftsmann in Dürkheim.
Binger, C., Einnehmer in Cusel.
Bickner, H., Kaufmann in Landstuhl.
Deidesheimer, F., Kaufmann in Neustadt.
Durlacher, L., Geschäftsmann in Grünstadt.
Ehrhard, F., Kaufmann in Frankenthal.
Fischer, E., Geschäftsmann in Candel.
Gentes, J., Kaufmann in Zweibrücken.
Hafen, M., Kaufmann in Winnweiler.
Jäger, F., Kaufmann in Bergzabern.
Lippert, C., Geschäftsmann in Kaiserslautern.
Lehné, F., Bürgermeister in Lauterecken.
Märdian, T. Dr., in Germersheim.
Müller, G. P., Bürgermeister in Alsenz.
Schneider, J. Th., Kaufmann in Landau.
Schneider, L., Verificator in Pirmasenz.
Sauerbrey, C., Kaufmann in Homburg.
Saarbach, E., Geschäftsmann in Kirchheimbolanden.
Schlick, J. P., Kaufmann in Edenkoben.
Wolfer, A., Postexpeditor in Mutterstadt.

Man wird bemüht sein, die Anträge unter den möglichst vortheilhaften Bedingungen zu besorgen.

Speyer, den 18. Februar 1852.

Die Hauptagentur für die Pfalz:
Gérard.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 61 | den 11. März 1852.

Deutschland.

* Intervention der Amerikaner in Europa.

Die Zeit des ersten Emporkeimens der Vereinigten Staaten liegt so kurz hinter uns, daß wir die schnell aufwachsende künftige Riesenmacht noch immer beinahe nur als das ausschließlich durch seine eben erst begonnene eigene innere Entwicklung in Anspruch genommene Kind uns vorstellen, und demgemäß fast nicht einmal den Begriff der Möglichkeit einer Amerikanischen Intervention in Europäische Staatenverhältniße uns denken können. Allein bei genauerer Betrachtung liegt das Eingreifen der neuen überseeischen Welt in die Geschicke Europa's wohl nicht so ferne. Das Amerika von heute ist ein ganz anderes, als das Amerika von 1820, von 1830 oder selbst von 1840 war. In Europa heißt es: die Todten reiten schnell! Dort gilt der Satz von den Lebenden und auch von den belebenden Principien. Selbst die Augsburger Allgem. Ztg. findet sich vermüßigt, das eben berührte Thema in einem ausgedehnten Leitartikel, mit Beziehung auf den *gefeierten* Agitator aus Ungarn zu besprechen. *Sie beginnt* zwar mit der Versicherung, daß Kossuths *Bemuhungen* gänzlich mißlungen seien; sie stellt *aber nur diesen Satz* voran, um sogleich ganz umständlich *auseinander* zu setzen, daß dessen „demagogisches *Treiben*" eben doch voraussichtlich eine ganz fürchterliche Nachwirkung haben werde; daß der Grundsatz: Intervention in Europa zur Erzwingung der Nichtintervention — in der Union eine Anerkennung in entsetzlicher Ausdehnung finde; daß derselbe sogar die Losung bei den demnächst stattfindenden Wahlen sei, und daß unter allen Präsidentschaftscandidaten nur ein Einziger dieses Princip nicht förmlich auf seine Fahne geschrieben habe. Die Allgem. Ztg. macht sich auch kein Hehl daraus, daß die Bundesregierung dazu gezwungen sein werde, in diesem Sinne sogar zu handeln. Sie entsetzt sich ob der dadurch für das Stabilitätsprincip (oder, wie sie es nennt: das „Völkerrecht") in Europa entstehenden furchtbaren Gefahren, und fordert, gleichsam einen Nothschrei zum Voraus ausstoßend, alle europäischen Mächte aufs Aengstlichste auf, jedem deßfallsigen Versuche in aller Weise entgegen zu treten, um das dem ganzen jetzigen Staatensysteme schrecklich drohende Unheil beim ersten Auftauchen zu bekämpfen.

Der Standpunct der Allgemeinen Ztg. ist natürlich nicht der unsrige. Weit entfernt auch, eine „allgemeine" zu sein, wie sie vor Zeiten unter anderer Redaction wirklich mit redlichem Eifer strebte, ist sie längst eine blose Dienerin der Reaction geworden, die nichts Höheres kennt, als die Wahrung ihres Nutzens, insbesondere die Wahrung ihres Absatzes in Oesterreich. Auch der eben erwähnte Aufsatz scheint innerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle geschrieben zu sein, wo man jene Principien allerdings als besonders gefahrdrohend erkennen mag. Wie dem aber sei, die Frage einer amerikanischen Intervention an sich ist von solcher eminenten Wichtigkeit, daß alle Parteien Grund haben, sich mit deren Erörterung zu befassen.

Es drängen sich in dieser Beziehung verschiedene Einzelnfragen auf; zuerst:

1) Haben die Amerikaner Lust, sich in die europäischen Verhältniße zu mengen? Bei aller Ausdehnung des Gebiets, bei allem Streben der Einzelnen nach practischem Vortheile, besitzt die Union gleichsam eine Ueberfülle von Säften, eine „überströmende" Bevölkerung, die auch außer dem Landbau und der Industrie Beschäftigung — und zwar eben eine andere Beschäftigung, sucht. Der Staat beginnt, aus dem Knaben- in das Jünglingsalter zu treten. Der Naturtrieb weckt die Lust, die eigene Kraft mit der Kraft Anderer zu messen. Der Jüngling, seiner Stärke sich bewußt, sucht Abentheuer. Darum fanden die Expeditionen nach Texas, nach Mexico, nach Cuba so bereitwillige Theilnehmer. Wird ein solcher innerer Trieb noch besonders erregt und genährt durch Voranstellen eines großen Princips, wie des eines Kampfes für Völkerfreiheit, so entflammt er zum feurigen Enthusiasmus. — Damit, und damit allein läßt sich die Erscheinung erklären, daß — wie die Allg. Ztg. umständlich schildert — „Intervention in Europa zur Erzwingung der Anerkennung des Grundsatzes der Nichtintervention," heute durch die ganze Union das Losungswort ist, und daß, wer immer zum Präsidenten gewählt werde, zu dieser Fahne sich förmlich verpflichten muß.

2) Besitzt Amerika die Mittel zu einer Intervention, ist ihm eine solche möglich? Die Union zählte bei der letzten Bevölkerungsaufnahme noch nicht mehr als 25 Millionen Einwohner; sie entbehrt eines stehenden Heeres und ist von Europa durch den Ocean getrennt. Und dennoch ist eine Intervention keineswegs unmöglich. Schon übersteigt die Volksmenge der Vereinigten Staaten bei Weitem die der fünften europäischen Großmacht — Preußens; sie steht jener Großbritaniens bereits nahezu gleich. Sie vermehrt sich, wie nirgendwo sonst, so daß sie in 10 oder 15 Jahren jene Frankreichs und Oesterreichs eingeholt haben wird. —

Jede der europäischen Großmächte, ohne Ausnahme, hat ihre kranken Theile, die nicht nur keine Kräfte gewähren, sondern .ie deren absorbiren. Selbst Großbritanien ist nicht frei von einem Irland. Frankreich hat den lästigen Besitz Algiers. Preußen wird sich nicht unter allen Verhältnißen durch Posen gestärkt fühlen. Tscherkessien ist für Rußland eine nie heilende, Polen eine jeden Augenblick neues Aufbrechen drohende Wunde. Und sollen wir, was Oesterreich betrifft, noch besonders erinnern an Italien, an Ungarn, an Galizien und die durch nicht erfüllte Versprechungen erbitterten Slaven? — In der amerikanischen Union sucht man vergebens nach einem ähnlichen wunden Flecke, denn selbst die Sclavenfrage ist nicht gleicher Art.

Amerika hat kein stehendes Heer? Aber hat der Zug nach Mexico nicht bewiesen, wie schnell es ein solches zu bilden vermag? Auch England entbehrt von je her einer so zahlreichen ständigen Armee, wie die Continentalmächte sie besitzen, und dennoch schuf es solche stets mit der größten Leichtigkeit, und die Namen Marlborough und Wellington mögen daran erinnern, mit welchen gewaltigen Erfolgen dieselben auf unserm Festlande seit anderthalb Jahrhunderten kämpften. —

Dabei vergesse man nicht die immer entscheidender werdende Wichtigkeit der Seemacht im Kriege. Die Marine Rußlands, Oesterreichs und Preußens zusammengenommen kann sich nicht entfernt mit der Amerikanischen messen. Selbst die Frankreichs wird es kaum mehr im Stande sein, zumal im Hinblick auf die Trefflichkeit der Amerikanischen Seeleute, — der Ersten in der Welt!

Was aber den Nerv des Krieges, das Geld anbelangt, so befindet sich kein Staat in gleich blühenden Finanzverhältnißen, wie die Union. Sie ist beinahe ganz frei von Schulden, indeß die andern Großmächte von

denselben fast erdrückt werden. Sie besitzt, zumal in ihren noch unverkauften Ländereien, ein colossales Vermögen, abgesehen von dem unberechenbaren Reichthum ihrer Bewohner. Sie erfreut sich endlich auf der ganzen cultivirten Erde eines unbeschränkten Credits, indeß andere Staaten den Bankerutt kaum mehr zu verzögern im Stande sind, trotz aller künstlichen und gewaltsamen Mittel. Was aber vermittelst des Geldes, vermittelst „Subsidien", bewirkt werden kann, hat gleichfalls England während der ersten franz. Revolution und der Napoleonischen Herrschaft vielfach bewiesen.

Hiezu kommt noch die unvergleichlich günstige Lage, — der ganz außerordentliche Vortheil, daß die Union selbst, auch wenn sie Krieg beginnt, ihrerseits gleichsam unangreifbar ist. Rußland, Oesterreich, Preußen, auch Frankreich — sie können kein Heer über den Ocean hinüber senden! Selbst England vermag es nur ohne die Möglichkeit irgend eines bleibenden, entscheidenden Erfolges!

Aber die Entfernung Amerikas? Vergißt man denn, wie diese Schwierigkeit vermittelst der Dampfschifffahrt so unbedeutend geworden? wie sie beinahe völlig überwunden ist? Amerika liegt uns heute weit näher, als uns England vor hundert und anderthalbhundert Jahren lag, da nichts desto weniger seine Heere auf unsern Feldern kämpften; — Amerika ist Europa weit näher, als sich noch in den Jahren 1812 bis 15 Frankreich und Rußland waren, die ihre Armeen gegenseitig nach ihren Hauptstädten aussendeten. —

Wir verkennen trotz alle Dem keineswegs die dennoch vorhandenen Schwierigkeiten einer Amerikanischen Intervention in Europa; nachgewiesen glauben wir aber zu haben, daß eine solche durchaus nicht mehr in das Gebiet des Unmöglichen gehört, sondern daß sie vielmehr in gewissen Fällen sogar mehr als wahrscheinlich ist. Und man vergegenwärtige sich, nach dem Maßstabe der bisherigen Machtentwicklung Amerikas, welche Stellung dasselbe in weitern 5 oder 10 Jahren erlangt haben wird. —

3) Aber das Recht! — ruft die Allgem. Ztg. — wer gibt Amerika ein Recht zu solcher Intervention? das hieße ja alles Völkerrecht umstürzen! — Gemach! könnte man jener Zeitung zurufen, sie fragend, warum sie sich denn nicht mit ihrem heute so stark herausgekehrten Rechtsgefühle nachdrücklichst damals erhob, als die österreichische Regierung im Jahre 1821 die freien, obgleich sogar noch monarchischen Verfassungen in Piemont und Neapel vernichtete, und als 1823 die französischen Bourbonen das Nemliche in Spanien thaten; — oder warum sie es billigte, daß das nach den bestimmtesten Staatsverträgen freie Krakau dem österreichischen Gebiete einverleibt ward?! ein Verfahren, bezüglich dessen jenes Blatt heute selbst nicht mehr in Abrede stellen kann, daß man dabei ein Bischen zu weit ging. Wir könnten ferner die Frage aufwerfen, in wie ferne alle jene Mächte, welche das s. g. Interventionsrecht für sich in Anspruch nahmen und sogar factisch Gebrauch davon machten, sich irgend berechtigt erachten könnten, das nemliche Interventionsrecht — für das sich am Ende in allen Fällen die nemlichen Gründe der eigenen Sicherheit oder des eigenen Wohles anführen lassen, — Andern zu bestreiten, — zumal wenn diese Andern nur interveniren wollen, um Dritte von einer Intervention abzuhalten? Wir könnten das bedeutungsvolle Thema erörtern, in wieferne nicht durch den 1821 und 23, und so oft in der Folge gewaltsam zur Geltung gebrachten Grundsatz: die Aufrechthaltung des „monarchischen Princips" gestatte nirgends in Europa das Bestehen einer, wenngleich monarchischen, dennoch auf democratischen Grundlagen beruhenden Verfassung (wie der Cortesconstitution in Spanien, Portugal, Neapel, Sardinien), einen Grundsatz, dessen Modificirung man freilich später, wenn auch mit großem Widerstreben, mehrfach zulassen mußte; — wir könnten, sagen wir, das Thema erörtern, inwieferne nicht gerade durch jenen Grundsatz Amerika zu dem entgegengesetzten Princip sich hingetrieben fühlen kann, zu dem Princip, nicht blos überhaupt democratische, sondern speciell republikanische Einrichtungen zu fördern, und die monarchischen zu bekämpfen, nicht blos in Amerika, sondern, nachdem sich mittlerweile alle Länder näher gerückt sind, überall, so weit die Macht reicht, d. h. auf der ganzen Erde. — Wir könnten endlich auseinander setzen, wie das beste Mittel dagegen in der aufrichtigen Anerkennung freier Institutionen und freier Verfassungen läge, — in der Verwirklichung jener 1848 so oft von conservativer Seite verkündeten Phrase: „Erhaltung der Monarchie auf breitester democratischer Grundlage." —

Wir sehen ab von allem Diesem. Wir halten jede Erörterung darüber unter den jetzigen Verhältnißen für völlig unfruchtbar. Sodann haben wir uns auch bei Abfassung des gegenwärtigen Artikels nicht die Erörterung der Rechtsfrage, sondern blos die Prüfung der factischen Verhältniße zur Aufgabe gesetzt, obwohl gerade auch die Rechtsfrage manche interessante Seiten darbietet.

Wie immer man diesen Gegenstand nach seinen verschiedenen Seiten ansehen, und welcher politischen Partei man auch angehören mag, so verdient die Frage an sich gewiß die sorgsamste Beachtung. Bedeutungsvoll scheint uns daher auch Alles, was über den Stand der Sache Aufschluß zu gewähren geeignet ist. In dieser Hinsicht ist uns ein Artikel aufgefallen, der in der jüngsten Zeit durch mehre (vielleicht durch viele) amerikanische Zeitungen ging, und aus welchem wir nachstehend einige Stellen ausheben, welche uns für die unter einem großen Theile der Amerikaner herrschend gewordene Ansicht bezeichnend und deßhalb namentlich auch für Europa, insbesondere für die europäischen Großmächte, beachtenswerth scheinen. Man wird sich überzeugen, daß, wo solche Ansichten (deren schärfsten Ausdrücke wir durchaus hinwegstreichen, da wir nur einfach die Ansichten bezeichnen wollen) wirklich Wurzel in einer Nation fassen, ein Uebergang von der Theorie zur That nur von einer günstigen Gelegenheit abhängt. Es ist in diesem Aufsatze der ganz nahe Ausbruch eines Eroberungskrieges in Europa als unzweifelhaft angenommen, — eine Voraussetzung, die wir, wie wir wiederholt in unserm Blatte erörterten, nicht theilen, weßhalb wir auch glauben, daß die Frage für die nächste Zeit sich noch ausschließlich auf dem Gebiete der blosen Theorie bewegen wird. Auch wäre allerdings für den Fall eines ausbrechenden Eroberungskrieges ein gewaltiger Unterschied zwischen dem Angreifer und den Angegriffenen zu machen. Wie dem sei, von jener Voraussetzung ausgehend, wird in dem erwähnten Aufsatze gesagt:

„Ein europäischer Krieg ist an und für sich ein unberechenbarer Verlust für Amerika; er ist es, abgesehen von den unendlichen Chikanen und Störungen der Schifffahrt, die davon unzertrennlich sind; er ist es durch die einfache Thatsache, daß der Krieg die europäische Industrie lähmt und also den amerikanischen Handel drückt. Amerika kann nur in einem Falle bei einem europäischen Kriege gewinnen; in dem Falle nemlich, daß der Krieg einen principiellen Character gewinnt und mit dem Siege der Freiheit endigt. Es würde sich dann zwischen beiden Welttheilen jenes brüderliche Verhältniß herstellen, dessen Segnungen unberechenbar sind, und Amerika würde durch den Erfolg des Krieges zehnfach wieder gewinnen, was es während der Dauer desselben verloren hat. — Anders ist es mit dem Cabinetskriege. Bei einem europäischen Cabinetskriege verliert Amerika immer, denn jenen Uebeln des Krieges es entgeht es unter keiner Bedingung, und in einem Cabinetskriege gibt es keinen Erfolg, der einer Republik, wie der amerikanischen, günstig sein könnte — es mag da Sieger sein, wer wolle. Ein Krieg, der nicht für die Völker geführt wird, wird gegen die Völker geführt, indem er von ihnen geführt wird. Er erschöpft ihre Kraft in fremdem Interesse, und kein Zustand ist geeigneter, um das Joch der Unfreiheit auf dem Nacken der Völker zu befestigen, als der der Ermattung. Und die Segnungen einer weitern Reaction in Europa für die

Vereinigten Staaten? Nun, wenn Amerika sie noch nicht kennt, so verlange es auch wenigstens nicht, sie kennen zu lernen. Gibt es noch einen Menschen in Amerika, der stupid genug wäre, daran zu zweifeln, daß die Interessen der nordamerikanischen Republik mit den Interessen der europäischen Freiheit eng verknüpft sind? Nur ein solcher könnte leugnen, daß es ein gebieterisches Interesse der Vereinigten Staaten ist, Alles, was in ihren Kräften steht, aufzuwenden, um jedem großen Kriege in Europa jenen principiellen Character aufzudrücken, der allein den Erfolg zu Gunsten der Freiheit wenden kann. Und wie sollen die Vereinigten Staaten dieses große Wunder vollbringen? Durch den einfachen großen Schritt, daß sie ihre Stimme in Europa erschallen und ihre Fahne entfalten. Ja, sie müßen Partei ergreifen in diesem Kriege; der Krieg wird aufhören ein Cabinetskrieg zu sein von dem Augenblicke an, wo die Republik Amerika sich einmischt. ... Wer sagt noch, daß Amerika keine Armee nach Europa schaffen könne? Wie? Seht Ihr denn nicht, daß die Vereinigten Staaten nur ihre Trommel zu rühren brauchen? ... Ihr könntet bald von den europäischen Küsten her die klagende Stimme hören, Euch zu erzählen, wie die Nationen Europas mit verbundenen Augen in die Schranken geführt würden, um in unverstandenem Grimme einander zu zerfleischen, so daß das Blut ihrer Adern die fluchwürdige Arena überschwemmte, bis sie endlich kraftlos zu Boden sänken und der Despotismus sich höhnisch auf ihre Leichname setze und das Loos über ihre Kleider werfe. Und diese klagende Stimme sänge das Grablied einer Generation. Ihr stolzen Söhne Amerika's, scheltet die Nationen der alten Welt nicht, daß sie nicht selbst Kraft und Klarheit des Willens genug haben, sich selbst zu helfen. Scheltet sie nicht, daß sie den hülfefordernden Schrei zu Euch herubersenden, da sie doch selbst so stark sein könnten. Ihr seid glucklich in dem üppigen Kraftgefühl Eurer Tugend, Euch liegt die kurze Entwicklung Eures vergangenen Lebens klar vor Augen wie Eure Gegenwart, Ihr brauchtet nur wenig zu zerstören, und Eure Zukunft eröffnete sich vor Eurem Blick, weit und klar und wolkenlos wie ein morgender Frühlingstag. Die alte Welt aber trägt die schwere Last einer fast 2000jährigen Geschichte auf ihrem müden Nacken, und so oft sie einen muthigen Schritt vorwärts thun will, werfen sich ihr die Gespenster vergangener Jahrhunderte tückisch in den Weg, umnebeln ihre Augen mit falschem Gaukelspiel und kollern ihr als böse Kobolde vor die Füße. Wer könnte spotten, wenn sie einmal strauchelt und in der Verwirrung eines Augenblicks nicht weiß, wo rechts und links ist? Wer könnte verächtlich thun, wenn sie eines Tages einen Richtpunct verlangt, der vor ihr herschweben soll, wie jener Wanderung des alten Sagenvolkes durch das rothe Meer die Feuersäule bei Nacht und die Wolkensäule bei Tage? — Die unglücklichen Nationen Europa's fordern, daß Ihr die Fahne der Völkerfreiheit aufpflanzen sollt, welche die Geschichte für heute und morgen in Eure Hand gelegt hat. Hört Euren Verstand, die Sprache Eures Interesses; hört Euer Herz, die Sprache Eurer Größe. Und dann hebt Euren mächtigen Arm und schreibt das stolze Wort in die Geschichte der Welt: Wie Europa das Mutterland der amerikanischen Größe war, so wird Amerika das Mutterland der europäischen Freiheit."

Kassel, den 6. März. Gestern wurde gegen die Mitglieder des früheren Generalauditoriates, Geh. Justizrath Eichenberg, Obergerichtsrath Rohte, Obergerichtsassessor Monli und Generalmajor v. Urff, vor dem permanenten Kriegsgericht Schlußverhandlung gepflogen. Gegenstand der Anklage bildete das von dem Generalauditoriat im October 1850 gegen den Oberbefehlshaber eingeleitete Verfahren wegen Vergewaltigung und Mißbrauchs der Amtsgewalt. Die Angeklagten wurden sämmtlich freigesprochen, weil die incriminirten Handlungen von ihnen in ihrer Eigenschaft als Richter ausgegangen und sie deßhalb einer strafrechtlichen Verantwortung überhoben seien. (Fr. J.)

Berlin, den 7. März. Die Zeitungssteuervorlage ist, wie wir hören, heute Morgen in der Commission der zweiten Kammer einstimmig verworfen worden.

Magdeburg, den 6. März. Gestern kamen mit einem Extrazuge der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn mehre Hunderte von Auswanderern aus Thüringen und dem südlichen Deutschlande hier an und gingen mit einem Extrazuge der Magdeburg-Wittenberge'schen Eisenbahn nach Hamburg weiter. Niemals kamen seither so viele Auswanderer durch Magdeburg, wie bereits seit Anfang dieses Jahres.

Hamburg, den 5. März. Privatbriefe aus Schweden entwerfen eine traurige Schilderung von der Hungersnoth, welche sich in einigen Distrikten Schwedens auf eine bedrohliche Weise ausbreitet. Die schwedischen Blätter bestätigen diese Privatberichte und fordern zu milden Beiträgen für die heimgesuchten Distrikte auf. Die ergreifendsten Berichte von der Noth, die in den Provinzen Wermeland und Westmark herrscht, liest man in der „Oeresundspost" von einem Beamten, der diese Provinzen bereist hat. Zu allerlei unnatürlichen Nahrungsmitteln hat man daselbst schon längst seine Zuflucht nehmen müssen, als zu Baumrinde und Stroh. Natürlich verschwinden bei solcher Nahrung den Leuten die Kräfte so vollständig, daß sie zu jeder Arbeit unfähig sind und daher schaarenweise das Land durchstreifen, um zu betteln oder zu stehlen. Der Beamte versichert, daß er auf seiner Amtsreise überall Schaaren dieser Unglücklichen antraf, die sich kaum fortschleppen konnten und dennoch bei jedem Wetter sich im Freien aufhalten mußten. In einer Gemeinde in Oestmarken (Sunne) waren schon 135 Personen auf einer solchen Wanderung begriffen. Hier in Hamburg und Umgebung weiß man sehr wenig von Theurung, — die große Wohlthat des freien Handels! (Frankf. J.)

Bremen, den 4. März. Wie wir hören, werden auf Anregung der Freunde Dulon's unter den Mitgliedern der sämmtlichen städtischen Kirchengemeinden Unterschriften behufs einer Eingabe an Senat und Bürgerschaft gesammelt, worin gegen die Suspension Dulon's, als einen Schritt, wozu der Senat nicht berechtigt und der einen Eingriff in die Gerechtsame der Kirchengemeinde enthalte, Verwahrung eingelegt werden soll.

Wien, den 6. März. Aus Venedig vom 2. d. M. erhalten wir die Nachricht, daß General Marmont, der letzte Marschall des französischen Kaiserreiches, an diesem Tage um 9½ Uhr Früh daselbst verschieden war.

Frankreich.

Paris. Der N. Z. schreibt man: In diplomatischen Kreisen erregt es seit einigen Tagen großes Aufsehen, daß der Präsident der Republik den Minister der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt habe, eine Denkschrift über die Beziehungen Frankreichs nach Außen seit den letzten sieben Jahren abzufassen. Alle Staatsgeheimnisse, alle geheimen Berichte über die Stellung Frankreichs zu den verschiedenen Staaten Europas mußten zu diesem Berichte benutzt werden. Doch hat sich der Präsident, wie ich Ihnen verbürgen kann, mit diesem Berichte nicht begnügt, und noch alle in Paris anwesenden Personen, welche in früheren Jahren mit diplomatischen Missionen beauftragt worden waren, zu sich gerufen und sie um Aufklärungen über die geheime Geschichte sehr entlegener Ereignisse, über ihre diplomatischen Erfahrungen, und besonders über persönliche Verhältnisse befragt. Ich habe Gelegenheit gehabt, einen ehemaligen Gesandten, den L. Napoleon bei diesem Examen ebenfalls mit inbegriffen hatte, und der durchaus keine Anlage hat, als Mitglied der Gesellschaft des zehnten Dezembers zu fungiren, zu sprechen, und erfuhr, daß er und seine Kollegen über die Gründlichkeit überrascht waren, mit welcher L. Napoleon dabei zu Werke ging. Man hätte ihm eine so klare Anschauung in der auswärtigen Politik nicht zugetraut, und namentlich hat er, wie es scheint, die In-

trigen der Kabinetspolitik der verschiedenen Staaten und die schwachen Seiten derselben genau studirt. Auch die Frage, welche Staaten Bundsgenossen Frankreichs werden, und durch welche Mittel sie dazu gezwungen werden können, wurde von ihm gründlich erwogen. Man braucht nicht anzunehmen, daß L. Napoleon Lust hat, eine Geschichte der auswärtigen Politik Frankreichs in den letzten sieben Jahren zu schreiben, und daß er deßwegen diese Nachrichten eingezogen habe. Im Gegentheile ist kein Mensch vom Doktrinarismus weiter entfernt, als der Retter der Gesellschaft, welcher sehr praktische Zwecke verfolgt. Mir geht aus einer sonst wohl unterrichteter Quelle eine Nachricht zu, die man mit diesem Studium der auswärtigen Politik in Verbindung bringen kann, daß nämlich allernächstens eine ministerielle Veränderung vorgehen werde, bei welcher Persigny Minister der auswärtigen Angelegenheiten werden soll. Es scheint also, daß Louis Napoleon vor Allem sein Terrain kennen lernen und sodann gleich den rechten Mann an die Spitze der auswärtigen Angelegenheiten stellen wolle. Auf jeden Fall soll sich Europa nur nicht durch das Friedensgesäusel eines Mannes täuschen lassen, der den gemachten Staatsstreich nur durch fortwährende neue Staatsstreiche begründen kann.

— den 3. März. Die Nachrichten aus den Provinzen über die Manöver und Gewaltthätigkeiten, welche bei den Wahlen die Agenten der Regierung sich gegen die unläugbaren Absichten des Präsidenten der Republik zu Schulden kommen ließen, klingen zwar fabelhaft, sind aber darum nicht minder wahr. Nicht allein, daß die Candidaten der Opposition und ihre Freunde, in ihren, versteht sich ganz gesetzlichen, Schritten dennoch von der Willkür der Beamten abhingen, geschah es noch sehr häufig, daß das was der höhere Beamte, der Präsident, erlaubte, z. B. den Druck der Wahlschreiben und Bulletins, der untergeordnete Beamte verbot und die Ausführung unerbittlich verhinderte. So hatten Candidaten mit Erlaubniß des Präfecten ihre Wahlschreiben drucken und stempeln lassen, durften sie aber nicht vertheilen, weil die Unterpräfecten kraft höherer geheimer Befehle die Vertheilung untersagten. Maires, Friedensrichter, Schullehrer welche im Verdacht standen die Candidaten der Opposition zu unterstützen oder auch nur für die Regierung ihren Einfluß nicht zu benützen, wurden ohne weiteres entsetzt. (A. Z.)

— den 6. März. Ein präsidentielles Decret enthält nähere Bestimmungen über den sofortigen Vollzug der von den Departementalcommissionen gefällten Urtheile über die bei dem Decemberaufstande compromittirten Personen. Wer von den nach Algerien deportirten Personen ohne Erlaubniß den ihm angewiesenen Aufenthaltsort verläßt, kann kraft Verfügung der Verwaltungsbehörde nach Cayenne deportirt werden. Wer von den aus Frankreich ausgewiesenen Individuen ohne Erlaubniß auf das französische Gebiet zurückkehrt, kann kraft Verfügung der Verwaltungsbehörde zur Deportation nach Algerien oder Cayenne verurtheilt werden.

Der „Moniteur" bestätigt heute die Mittheilung, daß nach einem Erlasse des Finanzministers diejenigen Blätter, welche sich ausschließlich mit wissenschaftlichen, Kunst- und Ackerbaugegenständen beschäftigen, von der durch das Decret vom 17. Febr. den Journalen auferlegten Stempelgebühr befreit sein sollen.

Italien.

Turin, den 4. März. Diesen Morgen 11 Uhr eröffnete Victor Emanuel II. im Palast Madama das neue Parlament mit einer Thronrede, welche die Leistungen der abgelaufenen Session, die Hoffnungen auf die nächste, die Verhältnisse mit Rom, die geschlossenen Handelstractate, die freundschaftlichen Beziehungen zum Auslande u. s. w. berührte.

Rußland.

Aus Rußland. Im Jahre 1847 hatte der Kaiser einen Ukas erlassen, wonach binnen 5 Jahren sämmtliche Juden Rußlands, welche weder eine stabile Beschäftigung noch hinreichenden Lebensunterhalt nachzuweisen im Stande seien, sich ein Handwerk oder eine bestimmte Beschäftigung wählen sollten. Zu diesem Behufe werden ihnen alle Industriezweige mit Ausnahme des Hausirwesens und der Schankwirthschaften freigestellt. Diejenigen, welche diesem Befehle nicht nachkommen würden, seien als Landstreicher zu betrachten und zu behandeln. Da nunmehr die durch den Ukas festgestellte Zeit verstrichen ist, so hat der Senat angeordnet, daß vom 13. Juli d. J. ab eine Klassifizirung der Juden nach zwei Kategorien vorgenommen werde. In der einen werden alle Diejenigen, die sich ein bestimmtes Handwerk wählen, verzeichnet; in die andere werden die Renitirenden und Alle, die ein Handwerk nur zum Scheine betreiben, aufgenommen, um zu öffentlichen Arbeiten in Bergwerken, Festungen u. s. w. verwendet zu werden. Diese Klassifikation wird in allen Provinzen, wo den Juden gesetzlich der Aufenthalt zusteht, gleichzeitig durchgeführt werden.

Neueste Nachrichten.

Wien, den 4. März. Im Laufe des gestrigen Tages ereignete sich hier der merkwürdige Fall, daß drei Selbstmordversuche — mittelst Ertränken, Erhängen und Vergiften — durch Dazwischenkunft von Personen verhindert wurden.

Neapel, den 24. Febr. Man bemerkt hier (sehr verfrühte) Besorgnisse von Bonapartischen Ideen und Absichten. Schon verbreitet sich die Nachricht, daß die Marquise Pepoli, die Tochter Murats, von der hiesigen Regierung 7 Millionen Franken erhalten werde (?), eine alte Forderung des Vaters an Neapel, welche neuerdings durch den Cousin der Marquise, den Präsidenten, geltend gemacht worden sei. Diese Tochter des Ex-Königs lebt in Bologna, und hat einen Theil ihres Vermögens verloren. Eine Tochter von ihr hat den Fürsten Ruspoli in Rom, eine andere den Grafen Taddini in Bologna geheirathet. (A. Z.)

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[655] **Medicament.**

Der gegen **Flechten und syphilitische** Uebel aller Art so sehr bewährte **Boiveau-Laffecteur'sche Rob** ist in Deutschland ächt zu haben bei Dr. Galette in Mainz, Insel D 150. Werk und Gebrauchsanweisung gratis.

[881] ☞ **Anzeige.**

Unterzeichneter hat die Badeanstalt seines verlebten Schwiegervaters Oberle übernommen. Indem er dieselbe dem geehrten Publikum in empfehlende Erinnerung bringt, gibt er zugleich die Versicherung, daß er die gewöhnlichen, sowie die Sool- und Dampfbäder ganz nach ärztlicher Vorschrift zubereiten wird.

Die Preise der Soolbäder sind durch die Badecommission festgesetzt.

Für Pünktlichkeit, Ordnung und Reinlichkeit wird bestens besorgt sein

Dürkheim, den 9. März 1852. H. Louis.

[879] Ein junger, grauer Hund, eine Dogge, mit abgeschnittenen Ohren und langem Schweif, ist vor 14 Tagen von der Lochmühle bei Lingenfeld entlaufen. Dem redlichen Finder eine Belohnung.

[880] **Anzeige.**

E. Loudet, Hofzahnarzt von Carlsruhe, wird den 12. und 13. März in Mannheim verweilen, und ist im deutschen Hof Nro. 9 zu sprechen.

Digitized by Google

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag — Nro. 62 — den 12. März 1852.

Deutschland.

* **Betrachtungen.** Für Ludwig Bonapartes unumschränkte Gewalt haben am 20. und 21. Dec. vorigen Jahres namentlich alle Diejenigen gestimmt, welche „Ruhe um jeden Preis" zu ihrer Devise gemacht, und welche dabei nur auf das Allernächstliegende blicken, und insbesondere von so genannten „politischen Fragen" nichts wissen wollen.

Dieses Verhalten hat sich bereits schrecklich gerächt. Wir wollen nicht von den Deportationen reden, — sie treffen ja nur Solche, welche beschuldigt werden, sich in politische Dinge gemengt zu haben, und welche deßwegen nach den Ansichten der bezeichneten Classe von Leuten gleichsam vogelfrei sind. Wir wollen auch absehen von den „ruhigen Bürgern," welche in den Decembertagen zufällig, selbst in ihren Wohnungen, niedergekartätscht oder an die Bajonette gespießt wurden, weil man sie eben auch für „Rebellen" nahm. Dagegen machte bereits die Confiscation der Orleans'schen Güter und die Verfügung darüber, Viele stutzen, — nicht nur weil es sich um das Vermögen *eines Königshauses* handelt, an dem die Leute der „*Ruhe um jeden Preis*" während so vieler Jahre wie an *ihrem Rettungsanker* hingen, sondern ganz besonders *weil* ein Antasten des Vermögens in ihren Augen *etwas bei weitem Ärgeres* ist, als ein Eingriff in die persönliche Freiheit, eine Deportation, eine Anwendung der „trockenen Guillotine." Kaum hat man sich mit dem Gedanken jener Güterconfiscation ein wenig vertraut gemacht, so kommt aber ein neuer, noch viel größerer Schrecken über jene Leute. Es wird decretirt: 75 Millionen, welche die Staatskasse heute schuldet, werden erst in — 15 Jahren bezahlt, und die 75 Millionen Staatspapiere, welche zur Sicherheit bei der Bank deponirt sind, werden kurzweg, ohne Zahlung, zurückgenommen, und statt ihrer einfache Schuldscheine gegeben. Dadurch gewinnt freilich die Regierung zweimal 75, also 150 Millionen, — 1) die 75 Mill., welche sie jetzt zu bezahlen schuldig ist, und 2) die 75 Mill. in Staatspapieren, welche sie deponirt hatte und nun auf der Börse zu verwerthen suchen wird. „Aber ums Himmels willen!" — so hören wir nun die Leute der „Ruhe um jeden Preis" rufen, — „das greift ja in das Privateigenthum ein, das vernichtet ja allen Credit, alles Vertrauen, das ist ja auch der Anfang eines Staatsbankerotts; und die Bank wird am Ende zu Grunde gerichtet, und damit der ganze Handel und die gesammte Industrie in ihrem wichtigsten Institute angegriffen!" — Alle diese Befürchtungen haben *ihre* vollkommene Richtigkeit. Was geschehen, gehört aber eben zu den „rettenden Thaten." Nun wird freilich Mancher meinen, es wäre doch am Ende besser gewesen, sich um politische Fragen und um die Rechte der Nation ein bischen zu bekümmern; läßt Einer aber einen solchen Gedanken laut werden, so steht auch für ihn der Kerker in Aussicht.

Fragt man, ob das Ende der „rettenden Thaten" erreicht sei, so wird freilich Jedermann mit Nein! antworten müssen. Wir mancherlei Maßregelungen werden nur allein noch nothwendig werden, um das auf 500 Millionen geschätzte Deficit des laufenden Jahres zu decken. Bei den Orleans'schen Gütern und der Bank allein kann man nicht stehen bleiben. —

Ein Umschlag der Meinungen zum Nachtheile des jetzigen Regime scheint in Frankreich seinen Anfang genommen zu haben. Daß unter den obwaltenden Verhältnißen und bei den angewendeten Mitteln fast überall die Regierungscandidaten in die Legislative gewählt wurden, kann um so weniger Wunder nehmen, als man die Aufstellung von andern Candidaten an den meisten Orten gar nicht duldete. Daß dennoch eine Anzahl Oppositionsmänner, und daß unter ihnen sogar Cavaignac gewählt ward, scheint uns bereits das erste Zeichen jenes Umschlags zu sein.

So wird die Gestaltung der Dinge auch von aufmerksamen Beobachtern in Frankreich selbst angesehen. Wir hatten Gelegenheit, die Ansicht eines solchen kürzlich zu vernehmen. Sie geht dahin: Es sei bereits nicht mehr so sehr die Fortdauer der Bonaparte'schen Herrschaft, als ein Wiederemporkommen der Orleans zu fürchten. Bonaparte werde tag-täglich weiter auf der für ihn selbst unfehlbar verderblichen Bahn fortgerissen; durch Alles, was in der letzten Zeit geschehen, hätten aber die Orleans Chancen gewonnen, welche sie seit 1848 nie gehabt, ja die man lange für unmöglich hätte halten müssen; — was bürge dagegen, daß einer oder der andere der vielen orleanistisch gesinnten Oberofficiere, unterstützt durch die noch immer für solche Zwecke unschwer aufzubringenden Mittel der Orleanisten, eine Bewegung an der Spitze irgend eines Truppenkörpers versuche, welche Bewegung sehr wol gelingen könne, ginge der Impuls auch von einem noch so kleinen Theile des Heeres aus. Ein orleanistisches Regime, mit allen jenen pfiffigen Corruptionsmitteln, die Ludw. Philipp so lange mit dem vollständigsten Erfolge angewendet, habe aber weit größere Aussicht auf verhältnißmäßige Dauer, als das jetzige, mit Nothwendigkeit so viele Interessen verletzende Regime.

Wir beschränken uns darauf, diese Ansicht mitzutheilen, ohne uns vorerst eine weitere Meinungsäußerung zu erlauben.

× **Aus der Pfalz.** Bekanntlich waren die Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz unlängst in Freiburg versammelt, um sich über ein gemeinschaftliches Verhalten in den jetzigen Umständen und Zeitverhältnißen zu berathen. Nach einem was die Angelegenheiten der katholischen Kirche anbetrifft gut unterrichteten Blatte haben die versammelten Bischöfe beschlossen: „wenn die Unterhandlungen mit den betreffenden Regierungen nicht die Erfüllung Alles Dessen zur Folge haben sollten, was in der bekannten Denkschrift der in Würzburg (im Jahre 1848) vereinigt gewesenen Oberhirten Deutschlands festgestellt worden ist, — so würden sie (die Bischöfe) in Vollziehung ihrer bischöflichen Pflichten, selbstständig und solidarisch voranschreiten, ohne alle Rücksicht auf die Folgen und Zerwürfnisse, welche daraus hervorgehen könnten." Und setzt das erwähnte Blatt hinzu: „Die Bischöfe werden sich daher in Erfüllung der ihnen von Gott auferlegten Pflichten durch keine menschlichen Rücksichten binden lassen."

Was die Würzburger Denkschrift und als ein Ausfluß derselben die seiner Zeit auch in diesen Blättern mehrfach besprochene Denkschrift des baierischen Episcopats, verlangt, ist wol bekannt; nämlich nichts Geringeres, als gänzliche Unabhängigkeit der geistlichen Würdenträger von der weltlichen Regierung, vom Staate, nur Rom als Oberhaupt anerkennend, unbedingte Herrschaft über den niedern Clerus, über Gemeinden und Schulen. Daß bei Gewährung solcher Forderungen der Staat aller und jeder Selbstständigkeit verlustig, der geistlichen Macht untergeordnet würde, springt in die Augen. Es sind die-

ses übrigens dieselben Grundsätze, welche Rom seit einem Jahrtausend aufgestellt, denen bereits Ströme Blutes geflossen, wegen deren Durchführung blühende Länder in Wüsteneien verwandelt, Hunderttausende, ja Millionen gemartert und schuldlos geopfert wurden. Es sind dieses dieselben Grundsätze, welche einen Kaiser deutscher Nation, Heinrich IV., als Büßenden in den Schloßhof von Canossa brachte, und ihm selbst im Grabe keine Ruhe gönnten; dieselben Grundsätze, welche dem Heldenstamme der Hohenstaufen einen grauenvollen Untergang bereiteten, den Kaiser Ludwig der Bayer aufs Hartnäckigste verfolgte und ihn nimmer zur Ruhe kommen ließen. Es sind dieses dieselben Grundsätze, welche schon mehr als ein Mal den Sohn gegen den Vater, den Bruder gegen den Bruder, Vasallen und Völker gegen den rechtmäßigen Herrscher, Volksstämme gegen Volksstämme zum vater- und brudermörderischen Kampfe in die Waffen riefen, und sonst unsägliches Unheil über Völker und Familien verbreitet haben; dieselben Grundsätze, welche Schiller, hinsichtlich der von der geistlichen Gewalt der weltlichen Macht gegenüber erstrebten Stellung, so treffend bezeichnete, als er den Großinquisitor sogar zu einem Philipp II. von Spanien sprechen läßt: „Spielt man so mit uns?" „Stünde ich jetzt nicht vor Ihnen, beim lebendigen Gotte, Sire, Sie wären Morgen so vor mir gestanden!" — Es sind dieses die nämlichen Grundsätze, welche, in consequenter Anwendung, Rom nicht allein gegen den westphälischen Frieden, sondern sogar auch gegen die Beschlüsse des Wiener Congresses protestiren ließen (obschon letztere die weltliche Macht des Papstes wieder herstellten), weil diese Beschlüsse den Protestanten gleiche politische Rechte wie den Katholiken in den deutschen Ländern gewährleisteten! —

Solche verrotteten, unheilvollen Grundsätze, die man noch vor wenig Jahren ganz in den Hintergrund gedrängt wähnte (aufgegeben wurden sie von Rom nie), werden nun heute wieder hervorgeholt und nicht sowol unmittelbar von Rom, als vielmehr von einer andern Seite und zwar auf eine Art und Weise geltend gemacht, die in hohem Grade Staunen erregen muß. Wenn in früheren Zeiten geistliche Würdenträger gegen weltliche Regierungen in die Schranken traten, so waren auch damals die Verhältnisse ganz andere: die Bischöfe waren von der weltlichen Macht fast gänzlich unabhängig; sie verkehrten mit den weltlichen Regierungen auf gleichem Fuße ꝛc. Heute aber ist die Sache ganz anders geregelt: die Erzbischöfe und Bischöfe sind nicht blos geistliche Würdenträger, sie sind zuerst Diener des Staates; sie werden von der Staatsgewalt ernannt und besoldet; sie haben dieser weltlichen Staatsgewalt Treue und Gehorsam zu schwören, und zu geloben, keine Communikationen zu pflegen, an keinen Berathungen Theil zu nehmen, und keine Verbindungen, weder im Inlande noch auswärts zu unterhalten, welche der öffentlichen Ruhe schädlich sein könnten — und dennoch nehmen diese geistlichen Staatsdiener keinen Anstand, vor die Staatsregierungen hinzutreten und unumwunden zu erklären: wenn ihr unsere Forderungen nicht unbedingt bewilligt, werden wir in Vollziehung dieser Forderungen selbstständig und solidarisch voranschreiten ohne alle Rücksicht auf die Folgen, die daraus entstehen könnten! —

Doch die geistliche Macht hat, wie sie mehrfach erklärt, der amtlichen Gewalt Hülfe geleistet, zur Bekämpfung der Revolution; sie hat die Autorität der letztern gerettet — hält sich daher jetzt für befugt, den Preis hiefür zu verlangen: für sich gänzliche Unabhängigkeit von der Staatsgewalt und als nächste Folge hievon Oberherrschaft über die weltliche Macht. — Daß die Regierungen auf die Forderungen des Episcopats nicht eingehen werden und nicht eingehen können ohne aller und jeder Selbstständigkeit baar zu werden, steht zu erwarten; aber ebenso steht zu erwarten, daß die Bischöfe voranschreiten werden, und zwar wie Vorgänge in manchen deutschen Ländern bereits hinlänglich beweisen, in Verbindung mit dem Junkerthum. Die Folgen hievon werden für manche Regierungen allerdings sehr bedenklich werden, und zwar in weit höherem Grade als für die Völker — denn finden derartige Lehren und Grundsätze auch noch in einigen Gegenden einen empfänglichen Boden, so ist doch jene Zeit vorüber, wo die Völker in ihrer überwiegenden Mehrzahl sich am geistlichen Gängelbande führen lassen und dem Junkerthume huldigen sollten; derartige Bestrebungen werden vielmehr nur dazu beitragen, die gänzliche Emancipation der Völker zu beschleunigen. —

* **München**, den 8. März. In der heutigen 95. Sitzung setzte die Abgeordnetenkammer die Berathung des Gesetzes über Benützung des Wassers fort, mit Art. 22 beginnend.

Bei Art. 62 entsteht eine principiell wichtige Discussion. Der Gesetzentwurf spricht nemlich den Grundsatz aus, daß Diejenigen, welchen der Gebrauch des Wassers zusteht, (unter verschiedenen Clauseln,) durch Beschluß der Kreisregierung angehalten werden können, das ihnen zu ihrem Zwecke nicht nöthige Wasser ohne Entschädigung abzutreten. Crämer entwickelt, daß solches nur gegen Entschädigung sollte geschehen können; sonst werde der Industrie mehr geschadet, als der Landwirthschaft genützt; man werde überflüssiges Wasser da finden wollen, wo es nicht immer vorhanden; stimmt daher für den Abstrich der Art. 62 und 63. Müller beantragt, daß Entschädigung geleistet werde, die Artikel aber mit entsprechenden Modificationen beibehalten bleiben sollen. Nach einer längern Discussion, in welcher sich der Regierungscommissär und der Referent gegen die Entschädigung ausgesprochen, wird der Müller'sche Antrag verworfen, der Ausschußantrag aber mit 108 gegen 9 Stimmen angenommen.

Morgen Fortsetzung der Berathung.

* **Kurhessen.** Unter allen europäischen Völkern haben ganz besonders die Deutschen Jahrhundertelang eine unbedingte Anhänglichkeit an ihre Regenten bewiesen; unter den einzelnen deutschen Stämmen aber sind es vor allen die Kurhessen, welche — trotz den entsetzlichsten Vorgängen, namentlich trotz der wahrhaft schrecklichen Seelenverkäuferei der Landgrafen — die blindeste und ausdauerndste Hingabe für ihre Fürsten erprobten. So furchtbar diese auch mit dem Volke verfahren waren, zeigte dasselbe dennoch, als ihm Napoleon einen andern Herrscher aufzwang, eine Erbitterung ohne Gleichen. Es suchte unbedingt das Gute wie das Schlechte zurückzustoßen, was die Fremdherrschaft brachte; es wollte selbst von jenen unzweifelhaften Verbesserungen nichts wissen, welche es in der Folge so sehr ersehnte und die es erst vermittelst der Stürme von 1848 versprochen bekam.

Als alle deutschen Staaten von dem gewaltigen Eroberer niedergeworfen waren, verließ u. a. ein talentvoller, wissenschaftlich gebildeter und begeisterter junger Mann seine hessische Heimath, um, da es unter deutschen Fahnen nicht geschehen konnte, unter englischen in dem damals noch so fernen Spanien gegen den Fremdherrscher, für seinen Landesfürsten und das Vaterland in die Schlachtreihen zu treten. Er kämpfte mit Auszeichnung, und trug schwere Wunden davon; das eine Bein ward ihm so zerschossen oder zerstochen, daß eine Amputation kaum noch vermieden werden konnte, der junge Mann aber für die ganze Dauer seines künftigen Lebens hinkend ward.

Und dieser Mann, der auch in der Zeit der Bewegung von 1848 der radicalen Partei sich nicht anschloß, vielmehr derselben entgegenwirkte, ist der, seitdem 63 Jahre alt gewordene, kürzlich von dem Kriegsgerichte zu Kassel als Mitglied des ständischen Ausschusses zu mehrjähriger Gefängnißstrafe verurtheilte — Schwarzenberg.

* **Schwerin**, den 29. Febr. (Auszug aus einem Privatschreiben.) Gestern war der allerhöchste Geburtstag, an dem der Vorstand der Policei zum Hofrath er-

nannt wurde; um 6 Uhr böllerte schon die städtische Artillerie und die fürstliche Musik rief uns zu, „freuet Euch des Lebens.“ Am Bahnhof aber nahmen 80 Menschenkinder thränenden Auges von ihren Angehörigen Abschied, — es war der erste „Transport“ Auswanderer von hier nach Amerika! Mecklenburg, so reich, so dünn bevölkert, muß seine Söhne nach Amerika schicken, denn bei unsern Heimathsgesetzen ist kein Platz für sie! Preisen wir die Milde und Hochherzigkeit unserer Institutionen; Malthus hat gerathen, die überschüssige Bevölkerung zu tödten! — Daß wir hier reich und glücklich sind, das haben wir gestern gesehen; der Adel, der im November 1849 öffentlich erklärte, zur allerhöchsten Vermählung nicht kommen zu wollen, hat verziehen; er war zahlreich erschienen und entwickelte eine große Pracht in rothen Fracks u. dgl. Und die „guten“ Bürger wollten nicht zurückstehen, — zehn ihrer an der Zahl hatten von Kreffts Ecke bis zum altstädtischen Markte ihre Standarten ausgesteckt, mit denen sie schon so Vieles gefeiert haben! Auf dem Lande ward mir aber gestern erzählt, müßten die Tagelöhner schon ihre Saatkartoffeln aufessen! — ... Wen die Noth nicht nach Amerika treibt, der sollte in Europa bleiben, und sich durch den Geist der Geschichte, der noch nie so wunderbar gewaltet hat, mit erziehen lassen. Ja, wir Alle, und mögen wir sein wer wir wollen, bedurften der politischen Erziehung. Glücklich ein Volk, das in 4 Jahren aus den „Flegeljahren“ herauskömmt, und — haben wir sie nicht schon fast überwunden? Ausharren und wirken, wo unser Platz ist, das ist meine Meinung, — treu bleiben, mag kommen was da wolle, das ist unsere Pflicht; offenen Auge und mit männlicher Festigkeit handeln, das ist unsere Aufgabe. Die alte Welt ist schön, trotz alle dem, — ich möchte sie nimmer lassen! —

München, den 7. März. Gleichwie gestern den vollen Tag und die heutige Nacht über noch die größte Thätigkeit auf der Brandstätte des Hackerbräu- und Malzhauses herrschte, wird auch heute ununterbrochen, nun mit Räumung der noch rauchenden Ruinen, fortgearbeitet. Für alle Eventualitäten sind Löschmaschinen im Hofe desselben und Wasserzubringer am nahen Stadtbache mit benöthigter Bedienungsmannschaft in Bereitschaft gehalten. Die ob bedrohter Gefahr eiligst geräumt gewordenen Wohnungen in den nächstgelegenen Häusern sind meist wieder bezogen. Glücklicherweise sind dieselben viel niederer Bauart, als die verheerten Gebäude, demzufolge das Flammenmeer über dieselben hinziehen konnte, ohne diese eigentlich zu berühren.

Durch Polizeibeschluß wurde die Schließung der Associanen der hiesigen Cigarrenarbeiter verfügt.

Der Staatsrath im außerordentlichen Dienst und frühere Vertreter Baierns an mehreren Höfen, Clemens Graf v. Waldkirch, wurde vom König zum lebenslänglichen Mitglied der Kammer der Reichsräthe ernannt.

— den 8. März. Die baierische Staatsregierung hat 50,000 fl. zur Unterstützung für die armen Rhöner und Spessarter angewiesen, durch Sammlungen sind über 30,000 fl. zusammengekommen und Lebensmittel wurden auch in reichlicher Menge hingeschafft. (B. Eilb.)

Der Bräuknecht Murböck fiel Freitag Nachmittag beim Zacherlbräu in der Au nicht in die Sudpfanne, sondern während des Bierlaufes von der Pfanne auf die Kühle in den auf der Kühle stehenden Hopfenseiher, wo er zwar augenblicklich herausgezogen wurde, jedoch am Samstag Morgens seinen Geist in Folge eingetretenen Schlagflusses aufgeben mußte.

Nach einem vorausgegangenen Excesse im Zweibrückensaale wurden gestern Abends zwei sicherheitsgefährliche Individuen durch die Gendarmerie verhaftet. Der eine dieser Verhafteten entwich, während sich das dortige Publicum in die Arretirung mischte. Der Gendarme war genöthigt, den Säbel zu ziehen, um nicht überfallen zu werden, bei welcher Gelegenheit einer der Exzedenten eine Wunde im linken Oberschenkel erhielt und ins Spital gebracht wurde. — (Volksbötin.)

Aus Franken, den 6. März. Sicherem Vernehmen nach sind (berichtet man dem „Mainzer J.“) von Seiten des baierischen Episcopates gemeinschaftliche Vorstellungen direct bei allerhöchster Stelle in Betreff der Verwirklichung der bischöflichen Denkschrift gemacht worden, welche ganz den ernsten Character jener an sich tragen sollen, die von Seiten der Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz an ihre betreffenden Regierungen jüngst geschehen sind.

Frankfurt, den 10. März. Man weiß sich kaum zu erinnern, daß so viele Landstreicher, Vagabunden, Bettler rc. aus den Nachbargegenden hier aufgefangen und gefänglich eingebracht wurden, um dann wieder unter policeilicher Begleitung weiter geschafft zu werden. (F.J.)

Karlsruhe, den 4. März. Aus verschiedenen Gegenden, namentlich aus dem Oberamt Pforzheim und aus dem Odenwald sind jammervolle Schilderungen über die dort herrschende Noth eingetroffen.

Wiesbaden, den 7. März. Der in öffentlichen Blättern vielfach besprochene angeblich somnambüle Knabe von Mittelfischbach wird in diesen Tagen wieder in die Heimath als genesen zurückgeschickt. Sicherem Vernehmen nach beschränkte sich sein früherer Zustand auf den sogen. „Veitstanz,“ zu dem mystische und politische Einflüsterungen den Contrebaß gespielt haben dürften. (F. J.)

Berlin, den 5. März. (Durchlöcherung der Verfassung.) Heute wurde in der 1. Kammer über die Umbildung der 1. Kammer berathen. Das Resultat, von dem der König unverzüglich in Kenntniß gesetzt wurde, ist: 1) An Stelle der Art. 65, 66, 67 und 68 der V.-U. vom 31. Jan. 1850 tritt die Bildung der 1. Kammer durch Anordnung des Königs. 2) Die 1. Kammer soll bestehen: a) aus den großjährigen Prinzen des königlichen Hauses; b) aus den Häuptern des hohenzollern'schen Fürstenhauses; c) aus den Häuptern der früheren reichsständischen Geschlechter in Preußen; d) aus den Häuptern der Familien, denen das Recht auf Sitz und Stimme in der 1. Kammer in Linealerbfolge verliehen wird; e) aus Mitgliedern, welche der König aus dem größern Grundbesitze, aus den größern Städten und aus den Landesuniversitäten auf Lebenszeit beruft; f) aus solchen Mitgliedern, welche der König auf Lebenszeit ernennt. 3) Die Wirksamkeit der 1. Kammer beginnt am 7. Aug. 1852.

Breslau, den 5. März. Gestern Nachmittags 3 Uhr wurde die Schule der hiesigen christkatholischen Gemeinde auf Befehl des Magistrats geschlossen.

Wien, den 4. März. Es ist jetzt beschlossen, die Mailänder Eisenbahnactien gegen 4proc. binnen sieben Jahren durch Verloosung al pari zu amortisirende Obligationen einzulösen.

— den 6. März. Nach einem hier sehr verbreiteten Gerücht sollen sämmtliche Besitzer von größeren Büchersammlungen aufgefordert werden, ein Verzeichniß ihrer Bücher an die Behörde einzuliefern, in welchen denselben angedeutet werden solle, welche Bücher dieselben in ihrem Besitze haben dürfen und welche sie an die Behörde abzuliefern haben. Es sollen dann die Maßregeln wegen Hausuntersuchung in dieser Beziehung wiederholt kundgemacht und mit aller Strenge durchgeführt werden. Die Maßregel wird dadurch motivirt, daß trotz aller Bemühungen der Behörden noch immer eine große Anzahl von Büchern mit destruktiven Tendenzen in Privatbesitz gelangen und circuliren.

Schweiz.

Bern. In der französischen Note läßt sich L. Napoleon in Betreff der Flüchtlinge folgendermaßen vernehmen: „dieselben müssen abreisen, sobald ich ihre Personen namentlich bezeichnet habe, die Uebrigen müssen erfahren, daß sie in der Eidgenossenschaft zwar noch eine Zufluchtsstätte haben, aber nur unter der Bedingung, daß sie mir keine Veranlassung zu Klagen geben.“

Frankreich.

Paris, den 4. März. Hr. v. Persigny hat sich als Lohn für seinen durch so vielerlei Mittel errungenen Sieg bei den Wahlen vom Präsidenten die Gunst erbeten Hrn. v. Morny, seinem Gegner, nicht die Würde des Vorsitzers im gesetzgebenden Körper zu verleihen. Der Präsident, scheint es, kann diese bescheidene Forderung für unverkennbar große Dienste nicht verweigern, und hat an Hrn. v. Morny ein sehr freundschaftliches Schreiben gerichtet, worin er sein Bedauern ausspricht, daß Rücksichten höherer Art ihn gegen seinen Willen nöthigen die dem ehemaligen Minister zugedachte Würde einem andern zu verleihen.

In diplomatischen Kreisen stehen große Veränderungen bevor, ebenso will man auch von einem abermaligen Präfecten- und Unterpräfectenwechsel in Masse wissen. Bei General Magnan und im Kriegsministerium sind fast jeden Tag Conferenzen, Berathungen, Sitzungen der höhern hier anwesenden Generale und Stabsofficiere. (A. Z.)

— den 7. März. Der Senat und der gesetzgebende Körper sind auf den 29. März einberufen.

Der Präsident der Republik, welcher in letzterer Zeit an einem heftigen Rheumatismus litt, der ihn mehrere Tage das Bett zu hüten nöthigte, befindet sich wieder besser. Er hat zwar das Bett wieder verlassen, jedoch noch nicht wieder angefangen, Audienzen zu geben.

Die Departementaljournale bringen jetzt von Zeit zu Zeit Verzeichnisse von Individuen, welche von den Departementalcommissionen wegen besonderer Betheiligung an dem Decemberaufstande zur Deportation nach Cayenne oder Algerien oder zur Ausweisung aus Frankreich verurtheilt sind. Die neueste Nummer des „Nouvelliste" von Marseille veröffentlicht eine Liste von 22 Personen, gegen welche von der Commission des Departements der Rhone-Mündungen Ausweisung aus dem französischen Gebiete verfügt worden; unter diesen befinden sich der Director des Journals „la Voix du Peuple" und noch zwei Journalisten.

Großbritanien.

London. Auf Befehl des Herzogs v. Wellington, als obersten Gouverneurs des Tower, wird diese alte Festung auf der Ostseite Londons in vollen Vertheidigungsstand gesetzt, namentlich nach der Flußseite hin. Eine Anzahl unnützer Anbauten wird zu diesem Ende niedergerissen.

— den 6. März. Alle die Mitglieder des Cabinets, welche als Mitglieder des Unterhauses sich in Folge ihres Eintrittes in das Ministerium einer Neuwahl zu unterziehen hatten, sind wieder gewählt worden.

— den 8. März. Die plötzliche Abreise des Grafen Walewsky, des französischen Gesandten am hiesigen Hofe, nebst Gemahlin nach Paris, hat hier die verschiedenartigsten Gerüchte hervorgerufen.

Vereinigte Staaten.

Philadelphia, den 26. Jan. Gestern trat der ehemalige Prediger der freien und deutschkatholischen Gemeinden in Nassau, Hr. Eduard Graf, der vorigen Sommer aus dem Herzogthume ausgewiesen wurde, vor einem zahlreichen und gebildeten deutschen Publicum hier auf, worauf sogleich ein Comite zur Constituirung einer freien Religionsgesellschaft zusammentrat, die Herrn Graf, der eine Predigerstelle in Indiana anzutreten beabsichtigte, hier zurückbehalten und zu ihrem ständigen Prediger wählen wird.

Neueste Nachrichten.

Paris, den 9. März. Der „Moniteur" meldet, Hr. Billault sei zum Präsidenten des Gesetzgebungskörpers ernannt. — Ein Decret erklärt den Eid als ein wesentliches Erforderniß für die Ausübung irgend welcher öffentlichen Functionen. Die Weigerung, den Eid abzuleisten, wird einem Entlassungsgesuche gleichgestellt. Modificationen, Restrictionen und Vorbehalte werden einer Weigerung gleich geachtet. Besondere Decrete werden die Art der Eidesleistung bestimmen. — Der Prinz-Präsident befindet sich seit zwei Tagen sehr wohl. (K. Z.)

Eine große Anzahl von Offizieren der Armee sind um einen Grad befördert worden.

Von den an Bord des „Duguesclin" befindlichen Personen, die von der Militärcommission zur Deportation verurtheilt waren, hat L. Napoleon aufs Neue fünfundachtzig begnadigt. Darunter sind die Herren Grignan und L. Watripen, Ex-Redacteure der „Revolution".

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[883] **Versteigerung.**

Dienstag, den 16. März 1852, Morgens 8 Uhr, zu Germersheim in seiner Wohnung, läßt Johann Baptist Platz, Gürtler in Germersheim wohnhaft, sein sämmtliches Gürtlerhandwerkszeug, worunter sich eine Drehbank und vier Schraubstöcke befinden, sodann mehrere Helmkästen, silberne Kuppeln, Epaulette, Säbel und sonstige in sein Geschäft einschlagende Artikel, gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Germersheim, am 6. März 1852.

Sartorius, Notär.

[869a] **Versteigerung.**

Das unterzeichnete Rentamt läßt

Montag, den 22. März d. J., Vormittags 10 Uhr,

öffentlich versteigern:

20 Stück halbjährige bis einjährige Farren,
6 „ zweijährige Mutterrinder,
sämmtliche reingehaltene vorzügliche Schweizer-Race.

Neckarhausen bei Ladenburg, den 1. März 1852.

Gräflich v. Oberndorff'sches Rentamt.

Pr. den 10. März 1852.

[882] **Auszug aus einer Gütertrennungsklage.**

Klara Mayer, Ehefrau von Konrad Kley dem zweiten, Winzer, in Wachenheim, sie ohne Gewerbe daselbst wohnhaft, hat mit Ermächtigung des Herrn Gerichtspräsidenten durch registrirte Ladung des Gerichtsboten Weismann in Frankenthal vom 8. März abhin, gegen ihren genannten Ehemann an dem kgl. Bezirksgerichte zu Frankenthal eine Gütertrennungsklage erhoben, und den Advokaten Karl Alexander Spatz daselbst, als ihren Anwalt aufgestellt.

Worüber Urkunde: C. Spatz.

Fahrten der Local-Dampfboote Delphin I und II

zwischen Ludwigshafen a. Rh., Mainz, Bingen und Frankfurt a. M. [858]
vom 1. März 1852 an.
Abfahrt von **Ludwigshafen a. Rh.:**
Täglich 4 Uhr Nachmittags nach Mainz zum Anschluß an die letzten Taunusbahnzüge von Mainz-Castel nach Biebrich, Wiesbaden und Frankfurt a. M.
Täglich 6 Uhr Morgens von **Mainz** nach Ludwigshafen a. Rh.

Nähere Auskunft ertheilt der Agent:
Ludwigshafen a. Rhein, den 1. März 1852. **C. Aug. Exter.**

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 63 | den 13. März 1852.

Deutschland.

* **Französische Zustände.** Wir haben dieser Tage vier, unter sich ein Ganzes bildende Artikel unter vorstehender Ueberschrift von unbekannter Hand aus Paris gesendet bekommen. Da dieselben nicht direct durch die französische Post an uns gelangten, so verzögerte sich das Eintreffen der Sendung um etwa 14 Tage. Dessen ungeachtet scheint es uns, daß die Aufsätze hiedurch von ihrem Interesse nichts verloren haben, — um so weniger, als Alles, was seitdem in Paris geschah, geeignet ist, die Aufstellungen unsers unbekannten Verfassers nicht nur nicht zu schwächen, sondern im Gegentheile noch zu verstärken. Dagegen müßen wir bedauern, die Aufsätze, — der nun leider obwaltenden Verhältniße wegen — nicht unabgeändert mittheilen zu können, sondern dieselben vielfach wesentlich mildern und abschwächen zu müßen.

1 Artikel. Der Staatsstreich vom 2. December ist bestimmt, das letzte Glied in der Kette zu bilden, mit welcher die Contrerevolution die nach ihrer Befreiung ringenden Völker für immer gefesselt zu haben wähnt.

Die Armee, welche man für die am Meisten vom democratischen Geiste des Jahrhunderts durchdrungen hielt, wirft auf den ersten unvermutheten Ruf, unbedenklich, woher er komme und wohin er führe, im wüsten Rausch mit beispielloser Rohheit Alle nieder, welche sich für die verhöhnte Verfassung und Freiheit erheben!

Das Volk, welchem Jeder stillschweigend die Initiative in dem großen Kampfe der Völker zuerkannte, sanctionirt die absolutistischen Gelüste. — —

Kein Wunder, daß man Angesichts dieser erschütternden Thatsache im ersten Augenblick bestürzt, fast hoffnungslos das Haupt senkte — ja daß sich der Zorn hauptsächlich gegen das französische Volk richtete! — Kein Wunder, daß die von der bangen Furcht vor der nächsten Zukunft befreite Contrerevolution bei solchen Thaten den Ursprung des legitimen Prinzen übersieht! — —

Das war der erste Eindruck. Jetzt, wo der erste heiße Zorn über die unsägliche Niederträchtigkeit, über die nackte Ehrlosigkeit in so vielen Regionen unserer übercivilisirten Gesellschaft ein wenig verraucht ist, jetzt gilt es, ruhig und kalt das Factum von allen Seiten ins Auge zu fassen. Vielleicht stellt sich ein anderes Resultat heraus.

Wer ist am 2. December besiegt? Die parlamentarischen Parteien sind es, die keine Wurzel mehr im Volke hatten, weil sie längst zu egoistischen Salonintriguanten geworden waren.

Sie wurden überlistet und schmählich aus einander gejagt, gehetzt, eingesperrt, weil sie in ihrem thörichten Hochmuthe Herrn Louis Bonaparte nicht einmal die ordinäre Schlauheit, die natürliche Waghalsigkeit eines verzweifelten Glücksritters zutrauten.

Das Volk von Paris, der Arbeiterstand hat sich nicht am Kampfe betheiligt, die Faubourgs haben ihre Sectionärs im Stich gelassen.

Aber wofür sollten sich die Arbeiter schlagen? Für ein Parlament, dessen Majorität sie als vile multitude betrachtete, das stets die Fahne der Contrerevolution getragen hatte? Für die afrikanischen Generale, welche ihre Brüder grausam niedergemetzelt und ohne Urtel und Recht deportirt hatten? Und noch dazu mit der Aussicht, daß unter den gegebenen Umständen nicht sie, sondern die parlamentarischen Generale die Früchte des Sieges pflücken würden.

Das Volk — haßte seit langer Zeit das contrerevolutionäre Parlament. Was Wunder, daß es sich nicht erhob, als dasselbe im Namen des von ihm vernichteten allgemeinen Stimmrechtes gesprengt wurde!

Die bereitwillige Verzichtleistung auf die öffentliche Abstimmung, welche Hr. Bonaparte mit großer Schlauheit in der ersten Proclamation gefordert hatte, um hernach eine gefahrlose und doch scheinbar große und uneigennützige Concession machen zu können, lähmte vollends die Lust zum Widerstande, erweckte sogar hie und da Vertrauen. Die Aufstände in den Provinzen waren natürlich hoffnungslos, sobald der Kampf in Paris aufgegeben war. Paris ist Frankreich. Sie waren meistens das Ergebniß der Scham und des Zorns über den Sieg dieser frechen Bande von Abenteurern, welche die politischen und militärischen Maßregeln des modernen Cäsar dictirten und executirten.

Diese Aufstände, welche als Resultat einer allgemeinen Verschwörung der Socialisten von der Regierung hingestellt wurden, sind von derselben ungeheuer übertrieben worden, um für ihre abgeschmackten, bodenlosen Behauptungen Raum zu gewinnen.

„Die Besitzenden wurden geplündert und ermordet, die Weiber geschändet;“ das ist der Refrain, mit welchem die Berichte der elyseeischen Blätter bei jedem Bauernauflauf unabänderlich schlossen. Wo drei Bauerburschen zusammenstanden, da war die Jacquerie mitten unter ihnen. Sie figurirten in den officiellen Blättern nur noch als Räuber, Mordbrenner und Mörder. Die Furcht vor den schändlich verläumdeten Socialisten sollte die Zustimmung des unzufriedenen Bourgeois herbeiführen.

In Wahrheit haben die Aufständischen Niemanden getödtet als Gendarmen, und diese im offenen Kampfe; sie haben Nichts mit Beschlag belegt, als die öffentlichen Cassen. Das Volk war großmüthig wie immer. Aber endlich wird es der siegreichen Contrerevolution freilich gelingen, durch ihre blutige Grausamkeit die ursprüngliche Milde des Volkes in glühenden Rachedurst zu verwandeln.

Was soll man von der Abstimmung vom 20. und 21. December sagen, von welcher die bonapartistischen Blätter mit einer so ekelhaften Salbung tagtäglich reden? Vox populi vox dei, rufen sie. Aber nie ist dieser Spruch schmählicher mißbraucht worden; nie waren aber auch die Verhältniße günstiger dazu.

Wohlweislich ließ man die Armee zuerst abstimmen. Die Generale bestochen, der Ehrgeiz der unteren Officiere geweckt, die Soldaten durch Schmeicheleien und Spirituosa berauscht, durch die Metzeleien in Paris weiter getrieben auf der betretenen Bahn, zudem strenge bei der Abstimmung controlirt: — das Votum der Armee mußte dem Dictator günstig sein. — — Dennoch aber ist es notorisch, daß man außerdem die Wahllisten noch bedeutend gefälscht hat.

Nach dem Votum der Armee war es klar, daß der Dictator nicht vor einer Verwerfung seines Appells an das Volk zurücktreten würde. Wer also mit Nein stimmte, der mußte fest entschlossen sein, nicht nur zum Sturz der bestehenden Gewalt, sondern auch zum blutigen Kampfe gegen dieselbe für ein noch unbekanntes Regime. Denn die Verhältniße waren so verwickelt, daß man keineswegs sicher bestimmen konnte, wem die Erbschaft zufallen würde.

Eine Revolution macht sich durch den Drang der Umstände, durch augenblickliche Begeisterung oder Erbitterung, aber nie durch Abstimmung, und nie schlägt sich die Masse für etwas Unbekanntes.

Schon dieser Umstand sicherte die Majorität. Die eigenthümliche Disposition des Arbeiter- und Bauernstandes bot — der Sache des Prätendenten noch viel günstigere Chancen.

Für beide Classen der Bevölkerung sind natürlich die materiellen Fragen entscheidender als die principiellen.

Die Arbeiter waren um alle Früchte der Februarrevolution betrogen, und zwar durch das Parlament. Sie hatten mit den Parlamenten für immer gebrochen. Bonaparte hatte diese Stimmung schlau benützt. Bei jeder Gelegenheit hatte er nach den Arbeitern, nicht nach den Fabrikanten gefragt, bei jeder Gelegenheit hatte er erklärt, die parlamentarische Bourgeoisie hindere ihn in der Ausführung seiner Pläne für die Arbeiter. Gleichsam um das zu bestätigen, stellte er im Besitz der absoluten Gewalt das allgemeine Stimmrecht wieder her, welches dieses Parlament vernichtet hatte.

Der Arbeiter war bis dahin durch alle Regierungsformen betrogen. Er hatte es mit allen versucht, nur nicht mit einer dierect durch das Volk sanctionirten Dictatur.

Er stimmte für Louis Bonaparte, um ein Experiment zu machen.

Der Bauer verlangt von der Revolution directe materielle Erleichterungen. Da endigt sein Katechismus. Die Februarrevolution hatte ihm statt dieser die 45 Beischlags-Centimes zu der Grundsteuer gebracht. Das Parlament hatte nichts dagegen gethan, weil es nicht wollte; L. Bonaparte hätte gern geholfen, wenn er nur gekonnt hätte. Er hatte das den Bauern selbst gesagt; nur das Parlament stand seinem guten Willen im Wege. Und der Bauer hätte für einen Mann mit so honetten Absichten nicht stimmen sollen?

Die Scheu der Masse der Besitzenden vor einer neuen Revolution, die Angst der Bourgeoisie vor dem socialistischen Gespenst, welches die Regierungsblätter täglich mit Koth und Blut zeichneten, die vollständige Enttäuschung der Arbeiter über das parlamentarische Regime, die begehrlichen Hoffnungen des Bauern: — das sind die Factoren, welche hauptsächlich die Abstimmung vom 20. und 21. December möglich machten.

Rechne man dazu noch die vollständige Unterdrückung der unabhängigen Presse, das Lügengewebe, welches die übrig gebliebenen Journale systematisch über das Land verbreiteten, die brutale Säbelherrschaft, die mit dem Leben und der Freiheit von Hunderten und Tausenden spielte; vergesse man nicht, daß der Kaiser, der Sohn des Volkes, der Könige und Kaiser demüthigte, dessen Sturz die Fremden und die Bourbonen ins Land brachte, bei der Masse noch immer als der Repräsentant der Democratie gilt, und daß die gutmüthige Leichtgläubigkeit des Volkes diese Meinung auf den Neffen überträgt: und man wird sich nicht mehr über das Resultat der Abstimmung wundern, und noch weniger dem französischen Volke ein Verbrechen daraus machen. — —

Trotz der Schreckensherrschaft haben sich selbst nach den Listen dieser Regierung in Paris fast 100,000 Stimmen gegen die Contrerevolution erklärt und diese Stimmen gehören zum größten Theile der Bourgeoisie an.

Der Imperialismus, die Zeit des Glanzes und Ruhmes, ragt trotz der ungeheuren Opfer, die er verschlang, noch riesenhoch empor über die Schmach der Restauration, über die Gaunereien des Bürgerkönigthums, über die miserabeln parlamentarischen Intriguen der honetten Republik.

Legitimität, Bürgerkönigthum und diese Art honetter Republik sind durch das Votum vom 20. und 21. Dec. für immer verurtheilt. Sie hatten keinerlei äußere Hindernisse und thaten doch nichts für das Volk. Der Imperialismus wurde dagegen gewaltsam von Außen unterbrochen.

Deßhalb versucht man es noch einmal mit demselben. Das ist der letzte Versuch mit den bekannten, stereotypen Formen. Wenn er scheitert, so muß man sich zu dem kühnen Schritt in das dunkele Land der Zukunft entschließen.

Der neu aufgelegte Imperialismus ist ein Experiment der Verzweiflung. Wehe dem neuen Imperator, wenn er fehl erfunden wird!

Die letzte Enttäuschung des Volkes wird sich um so furchtbarer äußern, je grausamer und blutiger die Mittel sind, durch welche dieser neue Messias die Gesellschaft retten zu müßen vorgibt. Sie werden auf sein und der Seinigen Haupt zurückfallen.

Nürnberg. Der „Nürnberger Kur." enthält folgende „öffentliche Antwort: In der gestrigen Nummer dieses Blattes stellen „mehrere Leser des Nürnberger Kuriers" die „öffentliche Anfrage" an uns, warum wir „bez. des Nothstandes im Spessart und in der Rhön im Allgemeinen so schweigsam auftreten" und ob wir nicht glauben, „daß die Privatwohlthätigkeit durch öftere und unablässige Mittheilungen, über die Zustände in den betreffenden Gegenden, in öffentlichen Blättern gefördert, resp. geweckt werden könne und müsse?" — Wir erwidern hierauf einfach: „Mit geschlossenem Munde kann man nicht rufen." — Allerdings sind wir der Ansicht, daß die Anregung in der Presse das wirksamste Mittel zur Erweckung und Erhaltung der öffentlichen Sympathien und sohin der Privatwohlthätigkeit sei; allerdings halten wir es aus diesem Grunde für eine dringende Pflicht der Presse, in Fällen öffentlicher Kalamität unablässig sich der Sache anzunehmen, — aber „mit geschlossenem Munde kann man nicht rufen." Als der Hr. Minister des Innern in der Kammer der Abgeordneten vom 16. Febr. am Schlusse seiner Antwort auf die Interpellation des Hrn. Abg. Heine bemerkte, daß übertriebene Nachrichten durch die öffentlichen Blätter verbreitet worden seien und er deßfalls die Preßpolizeibehörden zur genauen Beachtung des Art. 19 des Preßgesetzes aufgefordert habe, da erkannten wir, daß bei den dermaligen Preßzuständen eine energische Thätigkeit in dieser Richtung unmöglich sein würde. Allerdings sind wir überzeugt, daß es keiner Redaction einfallen wird, bei dieser traurigen Gelegenheit wissentlich falsche Nachrichten zu verbreiten; allerdings sind wir uns bewußt, daß wir niemals wissentlich falsche Nachrichten verbreitet haben und daß uns eine solche Verbreitung auch bei diesem Anlaß nicht beigekommen wäre. Allein wie die Sache heut zu Tage liegt, hat die Erfahrung bereits die Richtigkeit unserer Ansicht erwiesen. Wir sind weit entfernt, wie das „System" sich dermalen gestaltet hat, einer einzelnen Preßpolizeibehörde deßfalls einen Vorwurf zu machen. Aber „mit geschlossenem Munde kann man nicht rufen" und, falls in unserer Schweigsamkeit ein Verschulden läge, müßten wir für unsere Person die Verantwortlichkeit dafür weit von uns weisen."

München, den 9. März. Die Abgeordneten brachten heute den Gesetzentwurf über „Benützung des Wassers" zum Schluße. Bei der Endabstimmung wurde der Gesetzentwurf mit allen gegen 5 Stimmen (Vorst, Crämer, Koch, Reinhard und Dr. Schmidt) angenommen.)

Freiburg, den 8. März. Von hier ist heute eine Petition an die zweite Kammer abgegangen, welche die Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung als Strafart beantragt.

Kassel, den 3. März. Die Kastellwache ist seit einigen Tagen ihrer Haft wieder entlassen. Es soll sich herausgestellt haben, daß Zinn nicht gleichzeitig mit Dr. Kellner entflohen ist. — Wie es heißt, hat derselbe sich eingeschifft, um nach Amerika auszuwandern. — Zinn's Vater büßt einstweilen für das, was der Sohn gethan; er war Aushülfsweise als herrschaftlicher Holzträger beschäftigt, hat diesen Verdienst aber verloren. Im Kastell werden mancherlei Vorkehrungen getroffen, um für die Folge jede Flucht unmöglich zu machen. An dem Strauch, an welchem der Rettungsstrick befestigt war, steht jetzt ein Schilderhaus nebst Posten. Auch ist der Wall durch eine Holzbrücke dergestalt ausgedehnt, daß der an dieser Stelle stehende Posten sämmtliche nach dem Wasser führende Fenster fortwährend im Auge haben kann.

— den 6. März. Ein Schwager Dr. Kellner's, seit acht Tagen bereits auf der Ueberfahrt nach America, wird wegen Verdachts, an der Befreiung Kellner's theilgenommen zu haben, steckbrieflich verfolgt.

Hannover, den 7. März. Die verschiedenen Schwurgerichtshöfe unseres Königreiches sind in diesem Augenblicke sämmtlich in Thätigkeit. Das junge Institut der Geschwornengerichte schlägt im Volke immer tiefere Wurzeln.

Bremen. Durch Erkenntniß des Obergerichts ist der ehemalige Aeltermann Haase zu zwölfjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt worden. Seit der Entdeckung seiner großartigen Unterschleife sind jetzt ungefähr sechs Monate verstrichen.

Aus Frankfurt vom 6. März erhielt die „Wes. Ztg." folgende Nachricht, die Entscheidung der bremischen Verfassungsfrage betreffend: „Sicherem Vernehmen nach hat die Bundesversammlung in der bremischen Verfassungsangelegenheit einen Beschluß gefaßt, welcher den Anträgen des dortigen Senats an die Bürgerschaft vollkommen entspricht, auch bereits einen Bundescommissär zur Erledigung der Sache ernannt. Ohne Zweifel hat die kurzlich erschienene Dulon'sche Schrift nicht wenig dazu beigetragen, ein so rasches Einschreiten der Bundesversammlung herbeizuführen."

Wien, den 2. März. Daß bei dem traurigen Zustande der hiesigen Presse die Presse in den Provinzen noch schlechter bestellt sein muß, wird Niemanden Wunder nehmen. Die Wahl ihrer Redacteure ist von der Genehmigung des Statthalters, resp. des Ministeriums des Innern, abhängig, und in der Mehrzahl sind es k. k. Beamte der unverdächtigsten Gesinnung, welche mit der Leitung der Journale beauftragt sind. Die leitende Politik wird ihnen durch die „Oesterreichische Correspondenz" vorgeschrieben, die sie gratis aus dem Bureau des Hrn. v. Bach zugeschickt erhalten und Wort für Wort an die Spitze ihres Blattes aufnehmen müssen. Sonst sind sie angewiesen, sich möglichst nur auf Facta zu beschränken, Auszüge und Citate aber nur Oesterreich freundlichen Blättern zu entnehmen. Bekanntlich sind mehr als zwei Drittheile der deutschen Zeitungen dermalen bei uns verboten, und um ganz sicher zu gehen, ist den Redactionen neuerdings das Vorrecht, dieselben für ihren Privatgebrauch zu halten, durch Ministerialverordnung entzogen werden. Am schlimmsten verpönt sind die „Köln. Ztg.," die „Weser-Ztg.," die „Nat.-Ztg.," die „Const. Ztg.," die „Deutsche Allg. Ztg." und die „Hamburger Nachrichten." Das Verbot der zwei ersteren lautet eigentlich nur auf die Orte im Belagerungszustande, stillschweigend wird es aber auf die ganze Monarchie ausgedehnt: die Posten verweigern eben die Annahme von Abonnements. Das alleinherrschende Orakel der zeitgenössischen Politik ist wieder die augsb. „Allg. Ztg." geworden, deren Leserkreis in Oesterreich allein mehr als zwei Drittheile ihrer ganzen Auflage betragen soll. Daraus erklären sich zur Genüge Haltung und Ton des Blattes. (K. Z.)

Die N. Preuß. Ztg. meldet, daß der ständische Ausschuß der Steyermark vor dem Erscheinen des neuesten kaiserl. Patents, durch welches die Ausschüsse unter die Leitung der Statthalter gestellt und auf die Besorgung der laufenden Geldgeschäfte beschränkt werden, die Bitte an den Kaiser beschlossen hatte: „Se. apostolische Majestät wollen geruhen, die von Allerhöchstdero Vorfahren verbrieften Rechte des Landes zu gewährleisten und den drängenden Bedürfnissen der Zeit dadurch anzupassen, daß alle Interessen des Landes eine vollständige Vertretung bei den Landtagen finden möchten."

— den 6. März. Der Kaiser ist heute Vormittag von seinem Ausflug nach Italien in die Residenz zurückgekehrt.

Schweiz.

Basel, den 9. März. Seit gestern will man hier wissen, daß die kürzlich in Lyon errichtete active Militärdivision Befehl erhalten habe, an die Schweizergränze zu marschiren. Sollte sich dies bestätigen, so ist es augenscheinlich darauf abgesehen, in der Nähe von Genf eine drohende Stellung einzunehmen, um den ungebührlichen Forderungen Frankreichs Nachdruck zu geben. (Nat.-Ztg.)

Bern, den 8. März. Gestern Nachmittag hat der französische Gesandte, Hr. v. Salignac-Fenelon, dem Hrn. Bundespräsidenten Furrer die Duplik auf die Antwort des Bundesrathes abgegeben und dieselbe ist dieser Behörde in heutiger Sitzung vorgelegt worden. Sie soll bedeutend milder lauten als die erste Note und zur Verständigung bei voller Wahrung der Ehre der Schweiz alle Aussicht vorhanden sein.

Belgien.

Nach der „Independance Belge" hat am 6. März Morgens 10 Uhr, in dem Schacht einer Mine zu **Elouges** (Minenbezirk von Mons) eine Explosion entzündbaren Gases stattgefunden und bedeutende Erdeinstürze im Innern bewirkt, so daß 60 Arbeiter, die sich in den Galerien des Schachts befanden, entweder verschuttet oder doch von jeder Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten wurden. Trotz der sofort unter Leitung der Ingenieure vorgenommenen Arbeiten hatte man am 7. Morgens noch nicht bis zu Unglücklichen vordringen können.

Ueber das Unglück in der Mine bei Elouges enthält die neueste „Independance Belge" weitere Mittheilungen. Im Augenblicke der Gasexplosion, die, wie man glaubt, durch die Unvorsichtigkeit eines Stallknechts veranlaßt ward, der seine Lampe öffnete, befanden sich 77 Arbeiter in dem Schacht. Zwei wurden in den Wasserbehälter geschleudert und ertranken; fünfzehn konnten sich retten, jedoch starb einer derselben bald nachher zu Hause. Das Loos der übrigen 60 war am Abend des 7. März, trotz der eifrigsten Rettungsarbeiten, noch ganz unbekannt; man hatte leider keinen derselben erreichen können.

Frankreich.

Paris, den 5. März. In keiner Classe der Gesellschaft ist seit dem zweiten December die Opposition so laut geworden als unter den Advocaten. Man hat oft im Justizpalast, im sogenannten Saal der verlorenen Schritte (salle des pas perdus), Aeußerungen gehört, die man selbst in den Salons sich zu erlauben nicht gewagt hat. Diesen Oppositionsgeist will man nun an der ganzen Körperschaft strafen, und es wird ein Decret ausgearbeitet, das auch sie gehörig maßregeln wird. Zuvörderst wird ihr das Recht, ihren Präsidenten (bâtonnier) zu wählen, entzogen, und dasselbe dem obersten Staatsanwalt eines jeden Gerichtsprengels übertragen werden. Ferner wird ihnen untersagt werden, außerhalb des Gerichtsprengels, in dem sie eingeschrieben sind, zu plaidiren. (A. Z.)

Der Pariser Korrespondent von Daily News will aus guter Quelle in Erfahrung gebracht haben, daß der purpurne, mit Bienen gestickte Kaisermantel Louis Napoleons schon fertig und einigen Eingeweihten gezeigt worden sei. Dasselbe soll mit den Silbergeschirren der 8 Pferde, die den Krönungswagen zu ziehen berufen sind, der Fall sein.

Wie nach der Abstimmung vom 20. Dec., wird auch nachträglich bekannt, wie schamlos die Präfecten die Wahl am 29. Febr. tyrannisirt haben. In Avignon z. B. sind nicht weniger als 150 Wähler in's Gefängniß gesetzt; oppositionelle Maires sind auf ein Paar Stunden eingesperrt; die Vertheilung oppositioneller Stimmzettel verboten u. s. w.

Paris, den 8. März. In gewissen Kreisen erregt der Gesundheitszustand Louis Bonaparte's ernstliche Besorgnisse. — Der am 2. December ernannte Minister des Innern, de Morny, soll gänzlich in Ungnade gefallen sein. Es scheint, daß derselbe schon längere Zeit mit de Persigny auf sehr schlechtem Fuße stand und dem Einflusse desselben hat weichen müssen. Louis Bonaparte selbst soll sich nur sehr ungern von demselben losgesagt haben. — Obgleich von vielen Seiten der Abwesenheit Persigny's von Paris widersprochen wird, so

war derselbe doch einige Tage in Berlin (?), wo er eine längere Conferenz mit dem preußischen Minister des Aeußern wegen den schweizer Angelegenheiten hatte. Letztere nehmen immer mehr eine ernstere Wendung. Man versichert, daß gestern wiederum eine sehr energische Note an den Bundesrath abgesandt worden ist. Die Schweiz scheint die Absicht zu haben, Widerstand zu leisten. Alle Offiziere dieses Staates, die in Paris auf Urlaub waren, sind einberufen worden. Wie verlautet, soll England die Absicht haben, sich einer jeden bewaffneten Intervention in der Schweiz zu widersetzen. (K.Z.)

Am 20. März wird eine große Revue der gesammten pariser Garnison auf dem Marsfelde Statt finden und Abends in den Tuilerieen ein großes Bankett sein, dem die Bureaux des Staatsrathes, des Senates und der Kammer beiwohnen werden. Schwerlich wird das diplomatische Corps dem Feste beiwohnen können, da bekanntlich an diesem Tage der Einzug des Kaisers in Paris, nach seiner Rückkunft von Elba, gefeiert wird.

Ein Decret im Gesetz-Bulletin betrifft die Umgestaltung des Costume's der Zollbeamten; es scheint, daß der Reihe nach alle Dienstzweige im Aeußern, wie im Innern, reformirt werden sollen.

In den Provinzen gehen fortwährend Journale (meistens legitimistischer oder republikanischer Farbe) ein, weil sie den pecuniären Anforderungen des neuen Preßgesetzes in Bezug auf Caution und Stempel nicht genügen können.

In Sannois (Seine- und Oise-Departement) fand vor einigen Tagen unter großem Pompe die Einweihung einer Statue des Prinz-Präsidenten Louis Napoleon statt.

Aus dem Elsaß, den 9. März. Die Getreidepreise sind noch immer im Steigen begriffen. Die Ausfuhr nach Deutschland ist sehr stark, seitdem der Eingangszoll an der deutschen Gränze aufgehoben wurde. Man erwartet im Laufe dieser Woche noch viele Schiffe mit Getreideladungen, die aus dem südlichen Frankreich kommen und der größere Theil des Proviants wird wohl ebenfalls nach Deutschland ausgeführt werden.

Großbritanien.

London, den 8. März. Man knüpft hier an die Abreise des Grafen Walewsky nach Paris Befürchtungen möglicher Verwickelungen, welche die Schweizerfrage herbeiführen könnten. England erklärt sich entschieden gegen jede Intervention in die inneren Angelegenheiten der Schweiz.

Nach den neuesten Nachrichten vom Cap der guten Hoffnung war in der Lage der Dinge keine Aenderung von Belang eingetreten. Die britischen Truppen hatten feindlichen Stämmen 13,000 Stück Zugvieh abgenommen; sie litten aber viel durch Kälte und fortwährende Regengüsse.

Neueste Nachrichten.

Paris, den 10. März. Der „Moniteur" enthält ein in Erwartung des definitiven Unterrichtsgesetzes erlassenes vorbereitendes Decret. Der Präsident der Republik ernennt und entsetzt alle Mitglieder des obersten Rathes und der Generalinspectionen, die Rectoren, Administratoren und Aufseher, die Professoren, sogar jene der Facultäten, so wie die Inspectoren der Akademieen. Der oberste Rath ist auf ein Jahr ernannt; er hat keine permanente Section mehr.

Die Bewaffnung der Forts um Paris wird täglich vervollständigt; dieselben enthalten bereits 5—6000 eiserne und bronzene Kanonen jeden Calibers.

Seit dem December 1851 sind 675 Decorationen an die Armee verliehen worden.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 9. März. Weizen 7 fl. 32 kr., Korn 6 fl. 17 kr., Gerst 5 fl. 38 kr., Spelz 5 fl. 20 kr., Hafer 4 fl. 4 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 6. März. Weizen 7 fl. 38 kr., Korn 6 fl. 35 kr., Spelz 5 fl. 33 kr., Gerst 5 fl. 31 kr., Hafer 4 fl. 8 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 9. März. Weizen 7 fl. 21 kr., Korn 6 fl. 22 kr., Spelz 5 fl. 25 kr., Gerst 5 fl. 31 kr., Hafer 3 fl. 33 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 5. März. Weizen 14 fl. 45 kr., Korn 11 fl. 48 kr., Gerste 9 fl. — kr., Hafer 4 fl. 45 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[879] Ein junger, grauer Hund, eine Dogge, mit abgeschnittenen Ohren und langem Schweif, ist vor 14 Tagen von der Lochmühle bei Lingenfeld entlaufen. Dem redlichen Finder eine Belohnung.

[885²] **Uhren-Furnituren,**
feine engl. und franz. Werkzeuge: für Uhrmacher, Gold- und Silberarbeiter, Mechaniker, Schreiner und Dreher, Instrumente und Artikel für Zahnärzte ꝛc. bei
Ludwig und Fries,
Neue Kräme Nr. 8 in Frankfurt a. M.

[42] **Lotto.**
Zu München kamen den 9. März heraus:
47. 19. 18. 88. 75.
Die nächste Ziehung ist den 18. März zu Regensburg.

[884ᵃ] **Main-Dampfschifffahrts-Gesellschaft.**
Route:
Ludwigshafen — Mainz — Frankfurt — Würzburg.
Die Boote dieser Gesellschaft, — Personen und Waaren befördernd, — fahren vom 15. dieses Monats an täglich von Ludwigshafen Morgens 8 Uhr 15 Minuten (nach Ankunft des ersten Bahnzuges)
Der Reisende bezahlt:

von Ludwigshafen:	Salon.		Vorkajüte.	
	fl.	kr.	fl.	kr.
nach Worms	—	30	—	15
„ Rheindürkheim	—	48	—	24
„ Gernsheim	1	—	—	30
„ Oppenheim	1	30	—	45
„ Mainz	2	—	1	—
„ Frankfurt	2	42	1	24
„ Würzburg	6	6	3	36

☞ Billette für die Hin- und Herreise kosten nur die Hälfte.

Ludwigshafen, den 11. März 1852.

Der Agent:
J. Gansen jr.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 64 | den 14. März 1852.

Anzeige.

Da mit dem nächsten Monat ein neues Abonnement auf die Neue Speyerer Zeitung beginnt, so ersuchen wir, die Bestellungen möglichst bald bei der zunächst gelegenen Postexpedition einzureichen. Nur Bewohner der Stadt Speyer und der nächsten Umgegend belieben ihre Bestellungen an die Expedition dieses Blattes unmittelbar zu richten. — Die Speyerer Zeitung, welche mit Ausnahme des Sonntags täglich, und zwar häufig mit Beilagen, erscheint, kostet halbjährlich 3 fl. 20 kr., vierteljährig 1 fl. 40 kr., und wird um diesen Betrag, ohne weitern Aufschlag, durch alle Postexpeditionen des Königreichs Baiern geliefert. — Privatanzeigen, welche portofrei einzusenden sind, werden gegen eine Einrückungsgebühr von 4 Kreuzer für die gewöhnliche Druckzeile aufgenommen.

⁂ Die Anstrengungen, welche von der Rückschrittspartei in täglich ausgedehnterm Maße gemacht werden, um der Speyerer Zeitung entgegen zu wirken, deuten wol besser als alles Andere an, von welcher Bedeutung die Verbreitung eines unabhängigen Blattes für die Freunde der freien Richtung in der Pfalz, oder vielmehr für alle Jene sein muß, welche etwas Besseres als den schrankenlosen Absolutismus in Staat und Kirche herbeigeführt wünschen. — Die Speyerer Zeitung ist nicht zurückgeschreckt und wird nicht zurückschrecken vor allen, Opfern, welche nothwendig sind, um unter den obwaltenden Verhältnißen als unabhängiges, die Volkssache vertretendes Blatt zu bestehen. So bequem es ist, persönliche Vortheile auf der entgegengesetzten Seite zu erlangen, so hat die Speyerer Ztg. ihrerseits, mit vollem Selbstbewußtsein und ungeachtet vorgängiger Drohungen, bekanntlich eher zweimal förmliche Unterdrückung über sich ergeben lassen, als daß sie ihre Grundsätze verläugnet hätte. Sie wird natürlich auch inskünftige der nemlichen Fahne treu bleiben, und — nicht für Anarchie, Communismus und dergleichen Verirrungen wol aber — für Einheit des Vaterlandes, für Recht und Freiheit in Staat und Kirche sprechen, durch deren Sieg allein auch die Begründung des materiellen Wohlstandes des Volkes herbeigeführt, und ein ruhiger Genuß der Früchte seiner Mühen demselben gesichert werden kann.

Die Speyerer Zeitung glaubt, angesichts der jetzigen Lage eines freisinnigen Blattes, ein Recht zu besitzen, die allseitige thätige Unterstützung der Gleichgesinnten und überhaupt aller Derjenigen fordern zu dürfen, welche wünschen, daß das Treiben der Reactionäre nicht über alle Verhältniße des Lebens, zumal in unserer Pfalz, sich völlig widerspruchslos ausbreite.

Deutschland.

• **Französische Zustände.** II. Artikel. Das Votum vom 20. und 21. December sanctionirt den Sieg Louis Bonapartes über die parlamentarischen Parteien.

Das ist die einzige Bedeutung, die es hat, wenn man überhaupt auf ein unter der brutalsten Gewaltherrschaft erpreßtes, von der gewissenlosesten Partei Controllirtes Votum irgend einen Werth legen kann.

Durch den geschickten Ueberfall des Parlaments sind bedeutende Hindernisse der Herrschaft aus dem Wege geräumt, aber die Herrschaft selbst ist dadurch noch keineswegs befestigt.

Von dem Tage des Sieges an datirt das Volk die Verpflichtung des Diktators. Die böswilligen Tendenzen, mit deren Vorhandensein er seine frühere Unthängkeit entschuldigte, geniren ihn nicht mehr. Er herrscht absolut und hat vom Volke carte blanche erhalten. Jetzt muß er mit den „großen Maßregeln" hervortreten, welche nach seinen pomphaften Verheißungen das Volk überreichlich für das schmerzliche Opfer der Uebertragung seiner souveränen Gewalt an einen Einzelnen entschädigen sollen.

Mehr als ein Monat ist seit seinem Siege verflossen; die Constitution ist bereits verkündet — und von den „großen Maßregeln" ist noch Nichts zu erblicken!

Wir haben ein System der Unterdrückung über Frankreich sich ausbreiten sehen, härter und schmachvoller, als in irgend einem andern Lande des Continents.

Mit den schamlosesten Lobhudeleien wegen ihrer blutigen Thaten sucht man die bewaffnete Macht an den Dictator zu ketten und sie völlig von der übrigen Gesellschaft zu isoliren. Am liebsten hätte man geworbene Söldner; sie sind nur zu theuer.

Mit dem Clerus wurde das innigste Bündniß geschlossen; die Jesuiten vermittelten und weihten es; besiegelt wurde es durch die Rückgabe des Pantheon.

Die Gruft Voltaire's und Rousseau's wird von den Jesuiten zerstört, deren Haß über das Grab hinausreicht.

Die Herrschaft der Jesuiten kann den freien männlichen Geist nicht dulden, der in den Schriften des Alterthums webt. Montalembert verlangt, daß die alten Classiker als heidnisch in den Schulen unterdrückt werden — und man wird seinem Verlangen willfahren. —

Die Presse ist vernichtet; sie steht genau auf derselben Stufe, wie die russische Journalistik. Die Censur ist rigorös; jede Andeutung von Censurlücken wird mit Unterdrückung gestraft; man duldet nur die unverschämtesten Lobhudeleien.

Der frechste Repräsentant der corrumpirten Journalistik des Julikönigthums, Herr Granier de Cassagnac, ist der erste Journalist des Dictators, welcher zur Wiederherstellung der moralischen Grundlage der Gesellschaft berufen zu sein behauptet!

Natürlich schwiegen unter solchen Umständen alle Blätter, die nur noch einen Funken von Schamgefühl hatten. Sie begnügten sich, die officiellen Decrete abzudrucken.

Da geschah etwas, was selbst in Oesterreich und Rußland noch nicht geschehen ist. Man befahl den Journalen unter Androhung der Unterdrückung, discutirende Artikel zu bringen!

Man benützte die Tumulte in den Departements, die größtentheils sehr unbedeutend waren, um Hunderte zu füsiliren, viele Tausende in die Gefängniße zu werfen und $\frac{1}{3}$ von Frankreich unter die Herrschaft des Säbels zu stellen.

Die Zahl der politischen Gefangenen beträgt über 50,000! Wer verdächtig ist, nicht von der menschheitserlösenden Mission des jetzigen Regime überzeugt zu sein, wird von dessen sichtlichen Vertretern, den Gendarmen, gefesselt ins Gefängniß geschleppt. Man instruirt keinen Proceß gegen diese Gefangenen, man verbannt oder deportirt sie willkürlich auf administrativem Wege. Eine Dictatur, welche nur auf die hier vorhandenen Grundlagen basirt ist, kann selbst die schwachen Garantieen nicht dulden, welche ein Kriegsgericht dem Angeklagten darbietet.

Man decretirt für Bannbrüchige, unter welche Kate-

gorie sehr viele politische Verurtheilte fallen und für Mitglieder geheimer Gesellschaften die Strafe der Deportation — und man gibt diesem Decret rückwirkende Kraft!

Mit diesem Gesetze kann man Hunderttausende deportiren. Denn je weniger die Agenten der Gewalt von einer Gesellschaft wissen, desto geheimer ist sie, und desto dringender wird es erscheinen, Diejenigen zu deportiren, welche man für Mitglieder dieser Gesellschaft zu halten beliebet.

Aber das genügt noch nicht. Man verbannt und deportirt nicht blos Diejenigen, welche etwas gethan haben, also die Mitglieder geheimer Gesellschaften, die Theilnehmer an den Tumulten und Kämpfen der letzten Zeit, die Deputirten, welche den Planen Louis Bonaparte's im Wege standen. Nein, man decretirt: Verbannt oder deportirt werden auch Diejenigen, „welche anarchischer und socialistischer Gesinnungen verdächtig sind!"

Daß unter einem solchen Regiment vom Briefgeheimniß nicht mehr die Rede ist, versteht sich von selbst. Wie sollte man seine Mission erfüllen, wenn man nicht die geheimen Gesinnungen der Bürger — — erforschte?

Daß ferner mit einem solchen Regiment das Institut der Nationalgarde unverträglich war, ist einleuchtend; denn sie hatte die anarchische Vorstellung, sie sei verpflichtet, die öffentlichen Freiheiten zu schützen, wenn die Executivgewalt sie zu vernichten Gelüste trug.

Man löste also die Nationalgarden in ganz Frankreich auf und behielt sich vor, sie zu reorganisiren, wo man es für nöthig halte, d. h. wo man eine hinlängliche Anzahl ergebener Satelliten finden würde, deren Officiere die Regierung natürlich selbst ernennt.

Die Decembristen werden sehr bald in die Nationalgarde von Paris verwandelt sein.

Daß endlich unter einem solchen Regiment die erhabene Devise der Republik: liberté, égalité, fraternité nicht mehr geduldet werden kann, begreift man leicht. Sie wäre eine stete Mahnung an die täglich sich erneuernden Verletzungen dieser Grundsätze. Sie wurde daher überall zerstört — und für die Arbeiter fiel dadurch ein neues grelles Licht auf die „neuen Repräsentanten des souveränen Volkes. Man ersetzte die Inschrift durch die Worte: infanterie, cavallerie, artillerie sans genie.

Mit allen diesen Maßregeln schafft man sich wol augenblicklich Ungelegenheiten vom Halse, aber sie sind immer nur negativ; um eine Herrschaft zu begründen, muß man etwas Positives zu bieten haben.

Die vielen Veränderungen in dem Mechanismus und der Bureaucratie rechnet das Volk nicht zu diesem. Das Positive, was L. Bonaparte bis jetzt geboten, ist einzig die in Aussicht gestellte Rentenconversion, die beabsichtigte Sequestration der Güter der Familie Orleans und eine Masse von Decreten, durch welche diesem oder jenem Minister besondere Credite für Invaliden, für Straßen- und Wasserbauten ertheilt, oder durch welche verschiedene Städte zu Anleihen für solche Zwecke ermächtigt werden.

Aber mit Credit-Decreten füllt man die Cassen nicht und die ländliche Bevölkerung, welche man hauptsächlich dadurch ködern will, wird bald erfahren, daß die Ausführung der Arbeit durchaus nicht immer auf das Decret folgt.

Von Steuerverminderungen, auf welche der Bauer besonders rechnete, ist nicht mehr die Rede. Die Bedürfnisse für Civil und Militär wachsen täglich, denn je bedenklicher die Sache wird, desto höher müßen die Abentheurer, die ihren Hals riskiren, bezahlt werden: — wie sollte man also in eine Verminderung der Einnahme willigen können?

Ueber die Verbesserung der Lage der Arbeiter denkt der Dictator zwar nach der Versicherung seiner Blätter täglich eifrig nach; aber die einzige Frucht dieses Nachdenkens ist bis jetzt der Plan, die Erhebung des Octroi von den Barrieren an die Fortificationslinie hinauszuschieben und dagegen den vin au pot frei einzulassen. Jetzt trinkt der Arbeiter auch in Paris selbst unversteuerten Wein, den er sich von der naheliegenden Barriere holen läßt; die Fortificationslinie ist aber stundenweit entfernt. Die beabsichtigte Erleichterung würde also wahrscheinlich practisch — eine Besteuerung sein.

Aber das Volk ist geduldig. Es wartete noch immer auf die „organischen Gesetze," welche angeblich zugleich mit der Verfassung veröffentlicht werden sollten. (Schluß f.)

* **München,** den 9. März. In der heutigen 96. Sitzung beendigte die Abgeordnetenkammer die Berathung des Gesetzes über die Benützung des Wassers, und nahm dieses Gesetz schließlich mit 111 gegen 5 Stimmen an.

* — den 10. März. Heute begann die Abgeordnetenkammer die Berathung des „Gesetzes über die Bewässerungs- und Entwässerungsunternehmungen zum Zwecke der Bodencultur. — In der allgemeinen Discussion sprach sich von Koch in längerer Rede gegen das Gesetz aus, als unnöthig und namentlich in der Beziehung schädlich, daß die Bureaucratie neue Gewalt bekomme. Er wird bekämpft namentlich vom Regierungscommissär und von Nömmich. Koch hebt in seiner Antwort u. a. hervor, die Bewegung in der Pfalz im Jahr 1849 sei großentheils durch den Beamtendruck veranlaßt worden. Es entgegnen ihm namentlich noch Lerchenfeld, Nömmich, Wiedenhofer. —

Da fast Niemand sich an der Berathung der einzelnen Artikel betheiligt, so werden diese ohne wesentliche Abänderung angenommen; eben so schließlich das ganze Gesetz mit 114 Stimmen gegen 1 (v. Koch).

* **München,** den 10. März. Die Gerüchte über eine Ministercrisis behaupten sich nicht nur, sondern werden durch Umstände unterstützt, die keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß die Sache diesmal vollen Grund hat. Anfangs scheint es sich blos um den Austritt des Cultusministers, Hrn. Ringelmann, gehandelt zu haben. Man gab als Ursache an, daß er die Anforderungen wegen der Jesuitenmissionen in Unterfranken u. s. f. zugestehen wolle, was allerhöchsten Orts nicht beliebt werde. Jetzt soll es sich aber um den Rücktritt des gesammten Ministeriums handeln. Die nächstliegende Veranlassung, so will behauptet werden, seien die Zollverhältnisse. Der Ministerpräsident, Hr. von der Pfordten, suche sich unbedingt an Oesterreich anzulehnen, wodurch ein definitiver Bruch mit Preußen und dem Zollvereine herbeigeführt werden könnte. Diesem wirke eine s. g. „preußische Partei" entgegen, als deren Wortführer man Hrn. Dönniges bezeichnet, und welchem sich der Theaterintendant Dingelstädt anschließe. Wie dem sei, so sprechen sich jedenfalls die ultramontanen Blätter, Augsburger Postzeitung und Volksbote, mit dem bittersten innern Ingrimm gegen jene „preußische Partei" und gegen ein Anlehnen Baierns an Preußen, statt an Oesterreich, aus, wie sie nicht minder entschieden zu erkennen geben, daß ihre eigene Partei voll Unzufriedenheit ist. Sie stellen namentlich mit großem Nachdrucke wiederholt den Satz auf: es sehe in Baiern eben gerade so aus, wie im Jahre 1847. — Dagegen bringt seit einigen Tagen die Volksbötin Leitartikel wider die Ultramontanen und deren jetziges Auftreten, welche unter Dönniges-Dingelstädtischer Inspiration geschrieben zu sein scheinen. — Als künftige Minister nennt man Armansperg, Zu Rhein und Bray. Doch könnte die Crise möglicher Weise nochmals vorüber gehen, obgleich es, wie die Dinge stehen, nicht wahrscheinlich ist.

Trit eine Ministerveränderung ein, so wird man das erbauliche Schauspiel zu sehen bekommen, wie Diejenigen sich nach dem neuen Winde drehen werden, deren Losung bisher: „Erhaltung des Ministeriums um jeden Preis!" lautete. Fällt das jetzige Ministerium — so hieß es bei diesen Leuten — dann kommt ein viel übleres nach, dies muß vermieden werden! Erfolgt nun die Veränderung dennoch, so wird man von den nemlichen Personen vernehmen, daß die neuen Mitglieder des Cabinets, (wer dieses auch bilden möge,) ganz vortrefflich gewählt seien. Man wird zwar, wo es sich bequem und ohne Gefahr des Mißfallens thun läßt, den Abgeschiedenen eine Rose

auf das Grab legen; da aber, wo es darauf ankömmt, nichts desto weniger die Entdeckung machen, daß sie doch einen übeln Weg einschlugen, weßhalb man, wenn es sein muß, um den Glanz der neuen Sterne zu erhöhen, an den alten Flecken zu finden doch gar kein Bedenken tragen wird. —

Pfalz. Zur Erbauung für Solche, welche die „Pfälzer Zeitung" nicht lesen müssen, theilen wir die Ansprache derselben an die Wahlmänner des zum 1. Staatsprocurator am Appellationsgerichte beförderten Hrn. Abgeordneten Lang bei dessen Wiedererwählung mit:

„Vom Haardtgebirge. Am nächsten Montag den 8. März wird in Edenkoben die Neuwahl des Landtagsabgeordneten Hrn. Lang stattfinden. Ohne nur im Mindesten daran zu zweifeln, daß Hr. Lang bei der bedeutenden Stellung, welche er durch seine Kenntniße, seine Rednergabe und seine Gesinnung in unserer Abgeordnetenkammer sich erworben hat, das Vertrauen seiner Wahlmänner fortdauernd besitzt und nur vermehrt hat, wollen wir nur daran erinnern, welche besondere Interessen seine Wiedererwählung absolut nothwendig machen. Hr. Lang hat bisher entschieden zu Gunsten der Gebirgsrichtung der nach Weißenburg zu führenden Eisenbahn gewirkt, es ist daher nothwendig, daß dieses sein Wirken bei der demnächst zur Entscheidung und Verhandlung kommenden hochwichtigen Frage erhalten bleibe. Auf der andern Seite ist aber der noch viel wichtigere Einfluß ins Auge zu fassen, den seine Wiedererwählung gegenüber der Staatsregierung auf die Entscheidung dieser Frage haben kann, oder vielmehr, den seine Nichterwählung und ein hiedurch ausgesprochenes niemals zu rechtfertigendes Mißtrauensvotum ihm und der Staatsregierung gegenüber auf die Entscheidung dieser Lebensfrage haben könnte. Hr. Lang oder Hr. German, Gebirgsbahn oder vielleicht gar keine Bahn! Die Wahl scheint nicht schwierig!"

Hieraus ersehen wir zunächst die hohe Delikatesse, das feine Anstands- und Schicklichkeitsgefühl der „Pfälzer Zeitung," welche natürlich Tugenden ihres Redacteurs sind, dann aber auch die Voraussetzungen, auf welchen der Ausdruck dieser Delikatesse im gegebenen Artikel beruht. Diese Voraussetzungen sind:

1) Daß, obgleich des Hrn. Lang „bedeutende Stellung," „Kenntniß," „Rednergabe" und „Gesinnung" in der Abgeordnetenkammer dessen Wiedererwählung außer Zweifel setzen, doch ganz andere Hebel zur Erzielung dieses unzweifelhaften Resultates nothwendig erscheinen;

2) daß die Wahlmänner des Hrn. Lang, obgleich er deren „Vertrauen fortdauernd besitzt und nur vermehrt hat," doch im Stande sein könnten, ihm ein Mißtrauensvotum zu geben;

3) daß denselben deßwegen seine Wiederwählung durch Hinweisung auf „besondere Interessen" als „absolut nothwendig" dargestellt werden müsse;

4) daß diese Wahlmänner fähig seien, trotz Vertrauen oder Mißtrauen sich lediglich durch Rücksichten auf besondere Interessen in der Ausübung ihres Wahlrechtes bestimmen zu lassen;

5) daß die Staatsregierung im Stande sei, sowol das Zustandekommen eines so großen, wichtigen Unternehmens, wie das einer Eisenbahn, als auch die Art und Weise seiner Ausführung, statt von den Geboten der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit, von der Wiedererwählung eines Abgeordneten abhängig zu machen. „Hr. Lang oder Hr. Germann, Gebirgsbahn oder vielleicht gar keine Bahn!" Wählen Sie, meine Herren, „die Wahl scheint nicht schwierig."

Wir, unserer Seits, hätten es niemals gewagt, weder dem Hrn. Lang noch seinen Wahlmännern solche Complimente zu machen, am allerwenigsten aber über die Handlungsweise der Staatsregierung solche Ansichten auszusprechen. Wir glauben auch gerne, daß namentlich die Staatsregierung dem Hrn. Dr. L. Jäger für seine Dienstbeflissenheit wenig Dank wissen wird, ja daß sie lieber auf die Wiedererwählung eines Abgeordneten, wenn auch „von so bedeutender Stellung," von den „Kenntnißen," der „Rednergabe" und „Gesinnung," wie die des Hrn. Lang, verzichtet haben würde, als daß ein Organ der „guten Presse" den Glauben zu verbreiten sucht, sie sei bei ihren Entscheidungen in Sachen des allgemeinen Besten solchen Rücksichten zugänglich.

München, den 9. März. Der Ausschuß der Actionäre der baierischen Hypotheken- und Wechselbank hat in seiner gestrigen Sitzung die Administration ermächtigt, aus den Mitteln der Bank 2000 fl. für die Nothleidenden im Spessart und der Rhön zu verwenden.

Nürnberg, den 10. März. Heute Vormittag 11 Uhr verschied dahier der k. baier. Generallieutenant v. Lesuire, Commandeur der 1. Division des 2. Armeecorps.

Aus Franken, den 8. März. Die Jesuitenmission in Münnerstadt ist seit einigen Tagen beendet; aber damit sind auch vor der Hand alle, durch die Jesuiten zu leitenden Missionen in Baiern geschlossen. Während das k. Ministerium und besonders der Präsident Frhr. v. Zu-Rhein (so berichtet das Mainz. J.) auf das Entschiedenste und Wärmste für dieselben sich ausgesprochen haben, soll dieser Tage ein im allerhöchsten Auftrage gefertigtes Schreiben in Würzburg eingetroffen sein, des Inhaltes: Se Majestät versehe sich, daß bei noch abzuhaltenden Missionen der Hochwürdige Herr Bischof von Jesuitenmissionen Umgang nehmen werde.

Heidelberg, den 9. März. Heute verschied hier nach langem Krankenlager der ordentliche Professor der Medicin an der hiesigen Universität Dr. F. J. Nägele.

Leipzig, den 8. März. Der ehemalige Professor an der landwirthschaftlichen Academie zu Tharand, E. A. Roßmäßler, eines der bekannteren Mitglieder der Linken der Nationalversammlung, ist in einer Preßangelegenheit in erster Instanz zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt worden.

Gera, den 7. März. Der Landtag hat seine Zustimmung zu der projectirten Eisenbahnverbindung von Weißenfels über Zeitz, Gera, Schleiz nach Hof ertheilt, und zugleich die Zinsengarantie übernommen.

Frankreich.

Paris, den 9. März. Ein präsidentielles Decret verfügt, daß in den Colonien die Zusammenrottungsvergehen fortan nicht mehr von den Assisenhöfen, sondern von den Zuchtpolizeigerichten abgeurtheilt werden sollen.

Der Ex-Abgeordnete Miot ist von Bourges, wo er seither in Haft gehalten worden war, nach Havre gebracht worden. Er ist zur Deportation nach Cayenne verurtheilt.

Man versichert, die französische Regierung habe den Beschluß gefaßt, dem Verkaufe des Klosters auf dem St. Bernhard und der zu diesem Hospiz gehörigen Güter sich zu widersetzen; sie würde sich darauf stützen, daß das Vermögen dieses Klosters zu großem Theile aus Schenkungen bestehe, welche es seinerzeit aus Frankreich erhalten.

Straßburg, den 7. März. Für Lieferung des Capitals, welches zum Bau der Eisenbahn nach Weisenburg nöthig ist, haben sich bereits mehrere große Bankhäuser gemeldet. Sobald die definitive Entschließung der baierischen Regierung bezüglich des Baues von Speyer oder Neustadt nach der französischen Gränze erfolgt ist, werden die Arbeiten bei uns beginnen. (A. Z.)

Rußland.

Warschau, den 6. März. Heute 3 Uhr Morgens brach im Regierungspalais des Fürsten-Statthalters ein furchtbares Feuer aus, das die kräftigsten Anstrengungen der Rettungsmänner nicht zu dämpfen vermochten. Der Brand dauerte den ganzen Tag und legte die erste und zweite Etage des Schlosses in Asche. Die gewölbten Zimmer mit den darin befindlichen Bureaux und Archiven blieben unversehrt.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 25. Februar. Der Geburtstag

Washington's ist vorgestern hier, in Washington und anderen Städten der Union mit großem Pomp gefeiert worden.

Neueste Nachrichten.

Paris, den 10. März. Gestern sind drei Advocaten, worunter Rivière und Malabert sich befinden, verhaftet worden. Sie werden das Gebiet der französischen Republik verlassen müssen. Rivière war schon früher verhaftet gewesen, wurde aber wieder in Freiheit gesetzt.

— den 11. März. Armand Marrast ist gestern gestorben. — Im Prozeß Bocher ist Appell eingelegt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 11. März. Weizen 7 fl. 1 kr., Korn 5 fl. 52 kr., Spelz 4 fl. 57 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige — fl. — kr., Hafer 3 fl. 30 kr., Kartoffeln 1 fl. 45 kr., per Centner.

Hiezu eine Beilage

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[888] **Offene Stellen.**

Ein gewandter Commis und ein Lehrling (Israeliten) werden in einer Modewaarenhandlung in Mannheim bis Ende April d. Js. gesucht.

Auskunft hierüber ertheilt die Expedition dieses Blattes auf frankirte Briefe.

[887] **Offene Stelle.**

Ein solider junger Mann, der in dem Gerichtsbotenfache bewandert ist, kann sogleich als Gehülfe bei dem Unterzeichneten eintreten.

Neustadt, den 12. März 1852. Arent, K. Bezirksgerichtsbote.

[886] **Versteigerung einer Gerberei.**

Montag, den 26. April nächsthin, Nachmittags 2 Uhr, zu Kleinkarlbach, läßt Herr Friedrich Catoir, Gutsbesitzer zu Lautersheim wohnhaft, seine zu Kleinkarlbach, unmittelbar neben der Klingbach, gelegene Gerberei nebst dem dabei gelegenen Wohnhaus, den Oeconomiegebäuden und Pflanzgarten freiwillig unter sehr vortheilhaften Bedingungen auf Eigenthum versteigern. Die Gerberei ist auf das Zweckmäßigste und ganz neu eingerichtet und sämmtliche Gebäulichkeiten befinden sich im besten Zustande.

Sollten sich keine Steigliebhaber auf Eigenthum einfinden, so wird an demselben Tage die Gerberei sammt allen Zugehörden auf längere Zeit verpachtet.

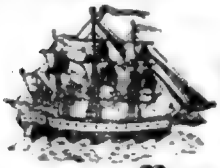
Bis zum Versteigerungstag selbst wird auch auf einen Verkauf aus freier Hand eingegangen.

Die Versteigerung geschieht in dem zur Gerberei gehörigen Wohnhaus.

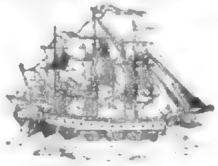
Ueber die nähern Bedingungen ertheilt der unterzeichnete Notär Auskunft.

Grünstadt, den 9. März 1852.

Rauh, Notär.



„Die Fürsorge."



Concessionirtes Hauptunternehmen für Auswanderung.
Bestimmte Abfahrten für die Monate Februar und März.

In Havre:

New-York, 29. Febr., 8., 12., 18. und 28. März.

New-Orleans, 28. Febr., 3., 8., 12., 18. und 28. März.

In Bremen:

New-York, 1. und 15. März.

Baltimore, 1. und 15. März.

New-Orleans, 15. März.

Galveston, 15. März.

Von Antwerpen nach New-York:
25. Februar, 5. und 20. März.

Von Rotterdam nach New-York:
1., 15. und 25. März.

Bei dem außerordentlichen Andrange von Auswanderern sind frühzeitige Anmeldungen im Interesse derselben anzuempfehlen.

Wegen Abschluß von Schiffsverträgen oder sonst zu wünschende Auskunft beliebe man sich an uns und unsere bekannten Herren Agenten zu wenden.

Neufreystädt.
Die Unternehmer:
[842] **Huth u. Cie.**

Mannheim.
Das Central-Bureau:
Wm. Bissinger, General-Agent.

[884*] **Main-Dampfschifffahrts-Gesellschaft.**

Route:
Ludwigshafen — Mainz — Frankfurt — Würzburg.

Die Boote dieser Gesellschaft, — Personen und Waaren befördernd, — fahren vom 15. dieses Monats an täglich von Ludwigshafen Morgens 8 Uhr 15 Minuten (nach Ankunft des ersten Bahnzuges)

Der Reisende bezahlt:

von Ludwigshafen:	Salon.		Vorkajüte.	
	fl.	kr.	fl.	kr.
nach Worms	—	30	—	15
„ Rheindürkheim	—	48	—	24
„ Gernsheim	1	—	—	30
„ Oppenheim	1	30	—	45
„ Mainz	2	—	1	—
„ Frankfurt	2	42	1	24
„ Würzburg	6	6	3	36

☞ Billette für die Hin- und Herreise kosten nur die Hälfte.

Ludwigshafen, den 11. März 1852.

Der Agent:
J. Gansen jr.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 64) den 14. März 1852.

Deutschland.

Bromberg, den 3. März. Durch Verfügung vom 26. Febr. ist dem hiesigen Wochenblatte der Postdebit entzogen. Dasselbe erklärt in seiner heutigen Nummer es sehe sich durch gebieterische Rücksichten auf die ökonomische und bürgerliche Existenz des Verlegers bestimmt, den obwaltenden Verhältnissen und der äußern Nothwendigkeit zu weichen; es bleibe ihm nichts übrig, als für die Folge alle raisonnirenden Artikel wegzulassen und sich auf die einfache Anführung politischer Thatsachen zu beschränken.

Wien, den 6. März. Seit zwei Tagen wüthet am Sömmering ein solcher Sturmwind, daß beladene Frachtwagen über den Abhang geschleudert wurden.

Frankreich.

Paris, den 8. März. In mehreren Kreisen will man als bestimmt wissen, daß man am 5. Mai, dem Jahrestage des Todes des Kaisers Napoleon I., die Proclamirung Louis Napolean's zum Kaiser der Franzosen zu erwarten habe.

Der vor dem Sturze des Ministeriums Russell zum hiesigen Botschafter ernannte Lord Cowley hat dieser Tage Depeschen von Lord Malmesbury empfangen, welche ihn auf seinem Posten bestätigen. — Gestern Abends hat die Versteigerung der Bibliotheken Ludwig Philipp's dahier begonnen; dieselbe wird 26 Tage dauern und sehr viele höchst werthvolle Werke, namentlich kostbare Kupferwerke, umfassen.

— den 9. März. Die Salzsteuer wurde bekanntlich von der constituirenden Versammlung abgeschafft. Die Regierung Louis Bonaparte's will dieses Decret wieder abschaffen und die Salzsteuer wieder einführen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Restauration auf dem Lande große Unzufriedenheit erregen wird. Die Börse stieg in Folge dieser Nachricht, da man daraus schließen will, daß die socialistischen Steuerpläne Louis Bonaparte's nicht in Ausführung kommen. (K. Z.)

In voriger Nacht sind 454 zur Deportation verurtheilte Personen von hier per Eisenbahn nach Havre abgeführt worden.

Spanien.

Madrid, den 5. März. Vor nicht langer Zeit schrieb ich Ihnen, daß die Regierung mit Cabrera wegen dessen Rückkehr nach Spanien unterhandle. Sie hat Alles aufgeboten, diesen Mann für sich zu gewinnen, und absichtlich die Nachricht verbreiten lassen, der Carlistenführer sei gesonnen, auf den Vorschlag einzugehen, wenn ihm die von Don Carlos ertheilten Würden und Titel von der Königin bestätigt würden. Ich kann Ihnen nun aus ganz sicherer Quelle mittheilen, daß die Regierung und in deren Auftrage der Legationssekretär Urbiztondo zu London mit Cabrera hat Unterhandlungen anknüpfen wollen, dieser hierüber aber so ergrimmt gewesen sein soll, daß wenig gefehlt habe, so hätte er den Beauftragten, einen Vetter des früheren Carlistengenerals und nunmehrigen Generalcapitäns der Philippinen, Urbiztondo, vor die Thür werfen lassen. Cabrera will von keinem Vergleiche wissen, er wird seinem politischen Glauben nicht abtrünnig werden und stets bereit sein, für Karl VI. (Graf v. Montemolin) Blut und Leben zu wagen. Er hat seinen beiden in Madrid wohnenden Schwägern, Arnau und Polo, und vielen Anderen geschrieben und ihnen seine unerschütterliche Treue zu der Sache, für die er so oft geblutet, angezeigt. Diese Nachricht hat sich bereits über die ganze Halbinsel verbreitet, und die Carlisten sind nicht wenig erfreut hierüber. Ein allgemeiner carlistischer Aufstand steht bevor, und schon erscheinen hin und wieder in Aragonien und Catalonien einzelne Banden; bereits haben kleine Kämpfe mit den Truppen der Königin stattgefunden, in welchen diese den Kürzeren gezogen haben. Die Regierung bezeichnet diese Banden als Ladrones (Diebe), und es ist den Zeitungen aller Farben streng geboten, sie nicht anders zu nennen. In der Gegend von Solsona in Catalonien ist sogar der Somaten (Landsturm) aufgefordert worden, gegen die Ladrones aufzutreten. Es stellte sich aber kein Mensch, weil nirgends ein Diebstahl vorgefallen war. In Aragonien und im Maestrazzo haben die Carlisten ein leichteres Spiel, weil dort wenig Truppen liegen und man aus Catalonien keine herauszuziehen wagt. Geschähe dies, so würde Catalonien gleich in vollem Aufstande begriffen sein. Gegen Ende d. M. wird es in Spanien bunt hergehen, wenn die Regierung nicht vorsichtig zu Werke geht und vielen Uebelständen abzuhelfen sucht. (Köln. Z.)

Großbritanien.

London, den 9. März. Die Subscriptionen für die Anti-Korngesetz-Liga belaufen sich bis jetzt auf ungefähr 40,000 Pfd. Sterl.

Türkei.

Agram, den 7. März. Allgemein wird versichert, daß in Bosnien ein großes panslavistisches Complott mit weiter reichenden Fäden entdeckt worden ist. Die Verhaftungen dauern dort fort. Der 70jährige Vladica von Mostar ist nach Serajewo escortirt worden. Auch die Bewohner der montenegrinischen Gränze werden entwaffnet. Die katholische Geistlichkeit ist angehalten worden, von den Klostergütern Zehnt zu bezahlen; die Errichtung einer katholischen Capelle zu Serajewo ward verweigert.

Vereinigte Staaten.

Auf der amerikanischen Eriebahn ereignete sich am 17. Februar ein gräßliches Unglück. Der Personentrain, der nach New-York fuhr, wurde, als er eben rasch um eine Kurve bog, von dem 30 Fuß hohen Damme in den Delewarefluß hinabgeschleudert. Maschine und Wagen durchbrachen das Eis des Stromes, das zum Glück hier nicht so tief war, daß die Reisenden ganz unter Wasser kamen. Dafür litten sie, bis es möglich wurde, eine Art Nothbrücke, vom Ufer aus, aus Baumstämmen zu bereiten, in der Mitte des Eises furchtbar von der Kälte und den erhaltenen Verletzungen. Das Dach des Wagens wurde mit einem Beile geöffnet und auf diese Weise die halb Erstarrten und Verwundeten ans Land befördert. Haare und Kleider waren an den Körpern der Frauen festgefroren; ein Individuum wurde leblos hervorgezogen; zwei Passagiere werden vermißt.

Miscellen.

Zu Balldorra, unweit Solsona in Catalonien, hat ein zwanzigjähriger elternloser Mensch seinen fünfjährigen Bruder ersäuft. Der Verbrecher hat die That gleich eingestanden und dem Richter folgendes Bekenntniß abgelegt: Er habe seit einiger Zeit nichts verdient, und er und sein kleiner Bruder hätten sich oft hungrig

schlafen gelegt. Dies habe ihn gedauert, und als am 14. Febr. Beide wieder ein gleiches Schicksal getroffen und ihnen ein ähnliches für den folgenden Tag in Aussicht gestanden, da habe er den Jammer nicht länger mit ansehen können. Am 15. Febr. habe er dann den Kleinen bei der Hand genommen, sei mit ihm nach dem Bache Tantellatge gegangen und habe ihn dort so lange unter Wasser gehalten, bis er seinen Geist aufgegeben. Den Leichnam habe er am Ufer begraben, die Stelle mit Steinen zugedeckt, und er sei nach dieser That ruhig eingeschlafen. Des Bettelns schäme er sich, weil er nicht dabei groß geworden, und er verlange weiter nichts, als die Gnade, seinem verklärten Brüderchen baldigst nachgeschickt zu werden.

In Paris hat man ein eilfjähriges Mädchen verhaftet, welches mit förmlicher Mordsucht behaftet ist. Sie hat bereits ihren Vater, ihre Mutter, ihre kleine Schwester und mehrere Gespielinnen umzubringen gesucht, um, wie sie erklärte, deren Blut zu trinken. Man hat sie nach der Polizeipräfectur gebracht und wird sie ärztlicher Untersuchung übergeben.

Der englische „Punch" schlägt folgenden „patriotischen Toast" vor: Möge nie ein Fremder in der Zivilisation vor uns und in der Schlacht hinter uns sein!

Darmstadt, den 9. März. Ueber die Verbesserung der Steckkartoffeln und der künftigen Ernte geht uns Folgendes zu: Dazu ist erforderlich, daß die Kartoffeln in diesem Monat aus dem Keller auf einen Haus- oder Stallboden gebracht werden, wo die guten ganz welk, die kranken aber glasig und wässerig werden, und müssen letztere bei dem Stecken ausgelesen werden. Die welken Kartoffeln haben auch den Vortheil, daß sie vierzehn Tage früher aufgehen, als wenn sie im Keller oder in der Grube liegen bleiben. Es ist wahrscheinlich, daß durch diese Behandlung die bisherige Krankheit wo nicht ganz beseitigt, doch gewiß sehr vermindert wird, und kann allen Landwirthen empfohlen werden. (D. Z.)

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[854ª] **Für Auswanderer nach Amerika.**
Ich expedire von Havre

Nach New-York:

„Republic," Capt. Sawyer, 1200 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 3. März,
„ „ Havre „ 10. „

„St. Georges," Cap. Crawford, 1200 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 13. März,
„ „ Havre „ 20. „

„Western World," Cap. Moses, 2000 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 20. März,
„ „ Havre „ 30. „

Nach New-Orleans:

„Eli Whitney," Cap. Cook, 1000 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 3. März,
„ „ Havre „ 10. „

„Caroline und Marie Clark," Cap. Emmerson, 1200 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 13. März,
„ „ Havre „ 20. „

„Le Globe," Cap. Destebecho 1200 Tonnen.
Abfahrt in Mannheim am 20. März,
„ „ Havre „ 30. „

Für diese Dreimaster und Dreimaster-Postschiffen erster Klasse können sowol über **Rotterdam** und **Cöln-Paris** als auch über **Straßburg** und **Forbach** per Eisenbahn nach Havre Ueberfahrtsverträge zu den billigsten Preisen bei mir abgeschlossen werden.

Mannheim, Havre und New-York, im Februar 1852.
J. M. Bielefeld.

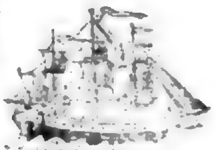
[804] **Niederländische Dampfschifffahrts-** **Gesellschaft.**

Fahrten von Ludwigshafen am Rhein vom 25. Januar an:
Nach Köln—Rotterdam, jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag 4 Uhr Morgens.
Das Dampfboot „Tyenoord" fährt jeden Dienstag von Rotterdam nach London.
Nähere Auskunft bei dem Agenten:

C. Aug. Exter in Ludwigshafen a. Rh.

[796]

Veränderter Dienst



Regelmäßige Postschifffahrt

zwischen Antwerpen und New-York.

Abfahrten wie folgt:

Am 5. März „Richard Alsop" (ein ganz neues, ausgezeichnetes, schönes Schiff), Cap. Post,
„ 15. „ „Edwina," Capitän Parmelee,
„ 1. April „Peter Hattrick," Capitän Rockwell.

Ferner expediren wir nach **New-Orleans:**

Am 5. Februar „Uncas," Capitän Loones.

Die Schiffe dieser Linie sind alle als vorzügliche schnellsegelnde amerikanische Dreimaster bekannt.

Die Reise von Ludwigshafen bis nach Antwerpen geschieht unter Begleitung eines eigens dazu angestellten gewandten und zuverläßigen Conducteurs.

Nähere Auskunft über Preise und Bedingungen ertheilen:

Dr. G. Strecker in Mainz, **Ant. Joseph Klein** in Bingen, **Joseph Stoeck** in Creuznach,

Strecker, Klein & Stoeck in Antwerpen,

sowie deren Agenten:

Pfaff & Lederle in Ludwigshafen a. Rh. **Louis Merckle** in Speyer. **Joseph Schuler** in Zweibrücken. **C. J. Fischer** in Neustadt a. d. Hdt. **Etienne & Holzbacher** in Kaiserslautern.

Neue
Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 65 | den 16. März 1852.

Deutschland.

* **Französische Zustände.** (Schluß des II. Artikels.) Am 14. Jan. ist die Verfassung veröffentlicht. Sie ist ein Abklatsch der Verfassung des Jahres VIII. Ein nichtssagender gesetzgebender Körper, der nicht einmal ohne Einwilligung des Staatsrathes ein Amendement zu den ihm vorgelegten Gesetzen diskutiren darf; ein Senat, dem das Siegel seines Ursprungs auf die Stirn gedrückt ist; ein Staatsrath, den der Präsident allein mit seinen Creaturen bevölkert; ein Präsident auf 10 Jahre, welcher durch Nichts, als durch eine nomminelle Appellation an das Volk in seinem Absolutismus gehemmt ist: — das ist die Verfassung, der absoluteste Absolutismus, der je existirte. Von Garantieen für die persönliche Freiheit, von Freiheit der Presse, Versammlungsrecht ist nicht einmal die Rede.

Kein organisches Gesetz begleitet die Verfassung. Es wird auch keines erlassen werden, welches irgend Erhebliches an den bestehenden Zuständen änderte. Die jetzigen Machthaber gestehen ihre völlige Impotenz, indem sie die administrative, gerichtliche, finanzielle, militärische und religiöse Organisation Frankreichs durch den Kaiser noch *heute* für das allein Mögliche erklären. Selbst die Unmündigkeit der Gemeinde findet in ihnen ihre Lobredner. Sie wissen nichts Anderes. Und weil diese *Institutionen* so vortrefflich sind, so schließt man mit einer fast naiven Unverschämtheit, daß auch die politischen Institutionen des Kaisers vortrefflich sein müßten!

Die Regierung des Kaisers folgte auf das schwache, verachtete Directorium; sie brachte zuerst eine geregelte Thätigkeit in alle Zweige der Verwaltung; denn selbst die riesenhaften Anstrengungen des Convents waren doch nur stoßweise, ungeregelt, revolutionär.

Das imponirte der durch blutige Stürme ermatteten Gesellschaft. Zudem trat das gewaltige Organisationstalent des Kaisers sogleich überall hervor. Deshalb fiel ihm Alles zu.

Aber wem sollen heute diese Institutionen imponiren, in deren ungestörtem Genuß das heutige französische Volk aufgewachsen ist?

Die politischen Institutionen des Kaiserreichs waren eine Spielerei; Napoleon verhehlte es nicht, daß er absolut regierte. Man vergaß den Despotismus im Innern über dem Glanz, den die äußeren Siege über das Land verbreiteten.

Was hat das jetzige Regime in dieser Beziehung zu bieten? Straßburg, Boulogne, Rom und — den Bürgerkrieg in Frankreich! —

Es bedurfte nicht, wie man behaupten möchte, des coalisirten Europa, um die politischen Institutionen des Kaiserreichs zu stürzen; sondern sie zerbrachen, wie taube Nüsse, sobald der strahlende Siegesglanz erblichen war.

Die Bourgeoisie war ein eben so wichtiger Factor bei dem Sturze des Kaisers, als die Heere der Coalition es waren. Der Kaiser erkannte selbst, daß die riesenhaft gestiegene Bedeutung der Industrie und des Handels seine absolutistischen Beschränkungen nicht mehr ertrug. Er verhieß bei seiner Rückkehr von Elba eine „liberale" Verfassung. Freilich wurde nur eine Komödie daraus, weil sein despotischer Character sich gegen seine bessere Erkenntniß sträubte; aber sein gänzlicher Sturz wurde eben dadurch beschleunigt. Alles verließ ihn.

Das Alles ist für den Neffen verloren gegangen. Er hält sich an Aeußerlichkeiten. ...

Die ungeheure Macht, welche der dritte Stand seit dem Sturze des Kaisers errang, die Entstehung des industriellen Proletariats und sein zorniges Ringen nach Befreiung, das sind für den modernen Cäsar Zufälligkeiten. Er decretirt gemüthlich: „die heutige Gesellschaft ist dieselbe, die sie 1789 war." —

Aber trotz alles dessen sind die Papiere gestiegen, und die Geschäfte haben einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die bonapartistischen Blätter ermangeln natürlich nicht, ihrem Herrn und Meister das Verdienst davon zuzuschreiben.

Man ist gewohnt, die Börse für ein sicheres politisches Barometer zu halten, und so lange die Cabinetspolitik dominirte, war das auch ganz richtig. Aber wenn ein Börsenspeculant, welcher sein Hazardspiel beleben muß, und so manchen Handstreich gelingen sah, an die dauernde Herrschaft des Säbels glaubt oder zu glauben vorgibt, wird diese Herrschaft dadurch im Mindesten gesicherter? Ist die Revolution nicht jedesmal der Börse sehr unerwartet gekommen? Oder wenn die Unthätigkeit der Industrie, welche aus einer unbestimmten, thörichten Furcht vor 1852 entstand, plötzlich einer fieberhaften Thätigkeit weicht, weil Capitalisten und Fabrikanten auf die Bajonette bauen, wird dadurch eine neue Ueberfüllung und damit eine neue Stockung in wenigen Monaten verhindert werden? *)

Resumiren wir. Der Sieg vom 2. Decbr. war bis jetzt total unfruchtbar. Noch hat der Dictator Nichts zur Begründung seiner Herrschaft gethan. — Er hat keine Partei versöhnt und keine Classe der Bevölkerung durch Befriedigung ihrer Interessen an sich gefesselt.

Alle Parteien, alle Classen seufzen unter der Last und der Schmach der Unterdrückungsmaßregeln. Jede hat zu große Verluste zu beklagen, als daß sie über die Verluste der anderen sich freuen sollte. Zudem duldet keine Nation weniger, als die französische, Verhöhnungen und Erniedrigungen in den Augen des Auslandes.

Für die Bourgeoisie ist das „liberale", das constitutionelle Regime nicht blos ein Gelüste, sondern sie muß nothwendig zur Wahrung ihrer Interessen die Gesetzgebung in der Hand haben.

Die „großen Ideen von 1789" sind eben die Grundlagen dieses constitutionellen Regime und wenn man mit dieser Verfassung in der Hand an jene „großen Ideen" appellirt, so ist das eine Appellation, die Niemanden täuschen wird.

Hr. v. Montalembert corrigirt auch schon. Er sieht heller und verkündet, daß der „böse Geist von 1789" wieder aufleben würde, wenn man nicht neben der Säbelherrschaft das Jesuitenregiment wieder einführe. Säbel und Verdummung!

Gegen ein solches Regiment muß die Bourgeoisie auf Tod und Leben kämpfen, wenn sie nicht den Handel und die Industrie, die Grundlagen ihrer Macht, vernichtet sehen will.

Man möchte sich wol auf die Massen stützen, um die Bourgeoisie und den Adel im Zaume zu halten, welche so erbittert sind, daß man noch nicht einmal das Personal für den Senat und Staatsrath hat zusammen bringen können.

Aber wie soll man die Massen gewinnen?

Den Forderungen des bewußten Theiles des Proletariats, den Socialisten, hat man den Krieg auf Tod

*) Ist bereits zum Theil eingetreten. D. Red.

und Leben erklärt. Man hat die social-democratische Devise der Republik vernichtet und sogar die associations fraternelles aufgelöst. Man tritt die materiellen Interessen, wie die Hoffnungen und Gefühle der Arbeiter, mit Füßen. Man kann auch, abgesehen von allem Uebrigen, ihnen nicht einmal Arbeit unter den seitherigen Bedingungen schaffen.

Denn die einzige reelle Stütze des jetzigen Zustandes ist das Heer; man gesteht überall, daß man sich nur durch den strengsten Militärdespotismus zu halten vermöge.

In einer Militärdespotie ist es aber unmöglich, die Bedingungen zu gewähren, welche für die Blüthe der Industrie und des Handels unumgänglich nothwendig sind. Ein militärdespotischer und ein industrieller Staat sind absolute Gegensätze. Sie schließen sich gegenseitig aus; der eine muß den andern vernichten.

Fabriken lassen sich ebenfalls nicht durch dictatorische Decrete im Gange erhalten. Aber das jetzige Regime wird immer noch die Bauern für sich haben, wenn es auch das städtische Proletariat und die Bourgeoisie nicht für sich gewinnen kann.

Es thut alles Mögliche, um sie zu ködern. Die neulichen Amnestieen betreffen nur die Bauern und beziehen sich nur auf Contraventionen gegen die Wegeordnungen, auf Fischerei und Waldfrevel. Man macht kein Hehl daraus, daß man die Waldfrevel amnestire, weil sie nur gemeine, nicht politische Vergehen wären.

Man spricht auch sehr viel von den Interessen des Ackerbaues; aber der materielle Bauer verlangt mehr, und bei den enormen Summen, welche die Aufrechterhaltung des Militärs verschlingt, ist es positiv unmöglich, ihm materielle Erleichterungen zu gewähren. Und wie wird das erst in dem Kriege werden, den man führen muß, um die Armee zu befriedigen?

Jede Classe wird bald in der Militärherrschaft ihren besondern Feind sehen. Die Bourgeois und die Proletarier namentlich werden erkennen, daß der gemeinschaftliche Feind sie nur durch geschickte Benutzung ihrer inneren Streitigkeiten beide unterdrückt hat. Ihre Trennung ist sein Sieg.

Sie werden sich vereinigen, um erst den gemeinschaftlichen Feind zu besiegen.

Die Unterdrückung verwischt die schroffen Klassenunterschiede; — das ist die Mission des jetzigen Regime und seines anachronistischen Militärdespotismus.

Dasselbe hat für sich nur das bewaffnete Proletariat, die Armee, und den ekeln Schwarm gieriger Abentheurer, welcher sich überall da sammelt, wo auf Beute zu hoffen ist.

Gegen sich hat es die Interessen der industriellen und ackerbauenden Classen, die unvereinbar sind mit solcher Militärherrschaft.

Können die allgemeinen Interessen einer Bevölkerung von 35 Millionen den Privatgelüsten eines Einzelnen, der sich auf die Sonderinteressen einer zwar bewaffneten, aber doch unendlich kleinen Minorität stützt, unterliegen?

Wir haben Beispiele genug in der Geschichte, daß der Despotismus die Civilisation großer Staaten vernichtete und daß diese Staaten dann bald gänzlich zu Grunde gingen.

Aber ist es möglich, daß unter den gegenwärtigen Verhältnißen in einem Lande von dem Umfange Frankreichs eine Armee von etwa 200,000 Mann die Grundbedingungen der seitherigen Civilisation und der Existenz einer Bevölkerung von 35 Millionen vernichten kann.

Das ist die Frage, auf die es ankömmt, und nur der, welcher sie mit Ja beantwortet, kann auf eine mehr als ephemere Dauer dieses anachronistischen Säbelregiments rechnen.

München, den 10. März. Gestern früh 6 Uhr war polizeiliche Haussuchung bei Arbeiter Engel. Es wurde aber nichts mitgenommen außer einem gedruckten Liede von Blanqui.

Zwei bayerische Offiziere, Rittmeister Graf Jenison-Walwort und Oberlieutenant Ludw. Frhr. von Gumppenberg haben Pferde in Böhmen, Ungarn und Galizien für die bayer. Kavallerie anzukaufen.

Der zu einer Universitätsprofessur nach München berufene Dichter Emanuel Geibel befindet sich bereits hier und wird im Sommersemester über Literaturgeschichte und Aesthetik Vorträge halten. (Bayr. Eilb.)

— den 11. März. Gestern fanden sich viele Pferdekäufer aus Frankreich und der Schweiz bei dem ziemlich belebten Pferdmarkte ein, in Folge dessen sehr hohe Preise sich ergaben.

Der heutige „Volksbote" ist mit Beschlag belegt worden und erschien hierauf mit weißen Lücken, wurde jedoch wieder confiscirt.

Der Arbeiter-Bildungsverein zu Lindau ist unterm 1. d. M. geschlossen worden.

Rastatt, den 8. März. In der verflossenen Nacht verschied hier der Commandant der Bundesfestung, Oberst Frhr. v. Hinkeldey.

Neunkirchen (bad. A. Neckargemünd), den 9. März. Heute sind unsere notorisch ärmsten Auswanderungslustigen, 224 Personen an der Zahl, auf Kosten der Gemeinde mit einem Aufwande, der 12,000 fl. übersteigt, nebst noch namhaften milden Nebenunterstützungen, von dem vermögenden Theil der Bürgerschaft gespendet, über Zwingenberg auf dem Neckar nach Mannheim abgezogen.

Stuttgart, den 11. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer ging dieselbe, auf den Antrag der Commission, über die Motion des Abg. Süßkind, „Se. Maj. den König zur Erleichterung des herrschenden Nothstandes um eine wesentliche Verminderung der Civilliste zu bitten," mit 69 gegen 12 Stimmen zu Tagesordnung über.

Kassel, den 10. März. Hr. Schwarzenberg ist gestern Abend gegen eidliche Angelobung, sich der Verbüßung der Strafe nicht entziehen zu wollen, aus dem Castell entlassen worden und befindet sich wieder im Kreis seiner Angehörigen und Freunde. Dagegen sind die HH. Henkel und Gräfe auf ihr Gesuch um Entlassung abschlägig beschieden worden.

Weimar, den 7. März. Unser Militär, welches im Jahre 1848 nur den Eid auf die Verfassung geleistet, hat jetzt denselben speciell „seinem Kriegsherrn", dem Herzoge, erneuern müssen.

Gera, den 11. März. Unser Landtag hat gemäß dem Vorschlage der Regierung die Wiedereinführung der durch die Grundrechte abgeschafft gewesenen Todesstrafe beschlossen.

Berlin, den 10. März. Heinrich v. Arnim hat gegen seine neulich erfolgte Verurtheilung appellirt.

Dem Vernehmen nach ist die Zollvereinsconferenz von hier aus auf den 14. April einberufen und eine Denkschrift unsrer Regierung darüber erlassen worden.

Das Breslauer Stadtgericht soll, wie der „N. P. Z." geschrieben wird, der polizeilichen Schließung der deutsch-katholischen Gemeindeversammlungen die Bestätigung versagt haben.

Hamburg, den 7. März. Gestern ward der Zuckerbäcker Brüning, früher Sekretär des hiesigen Arbeiterbildungsvereins, der einzige von den aus Anlaß der großen Schneiderverfolgung dieses Sommers, wegen Verwickelung in die Nothjung'sche Angelegenheit inhaftirten Personen, welcher hier noch gefänglich und zwar bereits 24 Wochen in Untersuchungshaft saß, von der gegen ihn schwebenden Anklage freigesprochen und darf seiner baldigen Entlassung aus dem Gefängniß entgegensehen. Der Verdacht, um dessentwillen er diese langwierige, der Strafe für ein überwiesenes Verbrechen gleichzurechnende Einkerkerung ertragen mußte, beschränkt sich, soweit bis jetzt die Wissenschaft darüber reicht, darauf, daß man einen an ihn adressirten Brief von London aufgefunden hatte, der „verwegene Plane staatlicher Neugestaltung und sozialistischer Weltbeglückung" enthielt.

Wien, den 7. März. Der Kaiser hat an verschiedene russische Offiziere, welche unter Fürst Kariatynski den letzten Feldzug im Kaukasus mitgemacht, Orden ver-

theilt. Die Oesterr. Corr. meint übrigens, die Gefechte müßten blutiger ausgefallen sein, als die russischen officiellen Berichte sie geschildert, da sich unter den Getödteten Major Daloki und mehrere höhere Officiere befänden.

(Etwas Neues.) Die philosophische Fakultät an der Universität zu Olmütz ist aufgehoben und die Lehrkanzel für Geschichte und Philosophie provisorisch mit der juridischen Fakultät daselbst vereinigt worden.

— den 9. März. Die „Wiener Ztg." enthält heute wieder eine Reihe von Verurtheilungen zu längerer oder kürzerer Gefängnißstrafe, sämmtlich wegen politischer Vergehen.

— den 9. März. Dem Vernehmen nach ist Hr. v. Hülsemann bereits wieder angewiesen worden nach Washington zurückzukehren. Die Differenz mit dem nordamerikanischen Cabinet scheint sonach beigelegt zu sein. (A. Z.)

Prag, den 6. März. Kürzlich wurde der Katechet am Altstädter Gymnasium, P. Stulc, vor das Kriegsgericht gerufen und verwarnt, weil er in der von ihm herausgegebenen böhmischen Zeitschrift „Blahovust" einen polemischen Artikel gegen Ludwig Bonaparte gebracht hatte. — Das Kriegsgericht hat wieder 28 Verurtheilungen verfügt.

Schweiz.

Zürich, den 10. März. Heute Morgen starb hier nach einem langen und schweren Krankenlager der ehemalige sächsische geheime Rath Karl Todt im kräftigsten Mannesalter. Deutschland verliert in ihm einen seiner ehrenwerthesten und reinsten politischen Charactere, Zürich einen der würdigsten und edelsten Menschen, welche seit 1849 von dem Asylrecht der Schweiz Gebrauch gemacht haben.

Baselland. Der Landschäftler meldet, daß Herr Kommissär Trog mehrere deutsche Flüchtlinge, die in hiesigem Kanton Asyl gefunden, ausgewiesen habe. Einige andere sind in's Innere der Schweiz internirt worden.

Frankreich.

Paris, den 10. März. Der Hauptinhalt des (schon erwähnten) Decrets in Betreff des Unterrichtswesens lautet: In Erwägung, daß, in Erwartung des organischen Gesetzes über den öffentlichen Unterricht, es von Wichtigkeit ist, unverzüglich die geeigneten Grundsätze anzuwenden, um in dem Unterrichtskörper die Ordnung und die Hierarchie herzustellen, verfügt der Präsident der Republik: Der Präsident ernennt und entsetzt die Mitglieder des obersten Unterrichtsraths, die Inspectoren, Rectoren, Professoren der Facultäten, Verwalter und Conservatoren. Der Minister schlägt dem Präsidenten die Ernennungen der Titularprofessoren der Facultäten vor. Er selbst ernennt und entsetzt die Professoren der Schulen und die Akademieinspectoren. Die Mitglieder des obersten Unterrichtsraths werden für ein Jahr ernannt. Dieser Rath besteht aus 3 Senatoren, 3 Staatsräthen, 5 Erzbischöfen oder Bischöfen, 3 Mitgliedern des Cassationshofes, 5 Mitgliedern des Instituts, 8 Generalinspectoren und 2 Mitgliedern des freien Unterrichts. Alle diese Mitglieder werden unter den hervorragendsten Fähigkeiten des Landes gewählt. Der Minister des Innern präsidirt dem obersten Unterrichtsrathe, zu dessen Vicepräsidenten der ehemalige Minister, Hr. Dumas, und zu dessen Secretär Hr. Nisard, Mitglied der französischen Akademie, ernannt worden ist.

Künftigen Monat werden alle Orleans'schen Prinzen in Claremont zusammentreffen, um daselbst sich über die gemeinschaftlichen Anordnungen, welche ihre neue Stellung erheischt, zu verständigen. Viele reiche und zuverlässige Personen haben ihnen das Anerbieten gemacht, wenn ihre Güter künftiges Jahr sollten feilgeboten werden, sie formell an sich zu bringen und für sie (die Prinzen) zu verwalten. (A. Z.)

Am 14. März findet die Neuwahl für den 4. Wahlbezirk statt. Es unterliegt fast keinem Zweifel, daß Carnot mit großer Stimmenmehrheit gewählt wird. Die republikanische Partei bietet Alles auf, um ihren Candidaten durchzubringen. — In den letzten Tagen haben wieder viele Verhaftungen stattgefunden. — Bis jetzt sind 1230 Personen zur Deportation nach Algerien oder Cayenne bestimmt; man glaubt jedoch, daß diese Zahl sich bis Ende April verdoppeln oder gar verdreifachen wird.

General von Milbitz und die übrigen polnischen Flüchtlinge, welche auf Befehl der griechischen Regierung aus Athen ausgewiesen worden, sind in Frankreich eingetroffen; sie begeben sich nach England.

Durch Decret vom gestrigen Datum ist nun auch den Abgeordneten des gesetzgebenden Körpers eine Uniform vorgeschrieben worden. Sie besteht in einem blauen, mit Gold- und Silberstickereien verzierten Frack, weißer Weste, weißer Casimirhose mit goldenem Streifen, Filzhut mit schwarzem Federbusch und vergoldetem Degen mit Perlmuttergriff. Die vergoldeten Knöpfe des Fracks und der Weste, so wie das Stichblatt des Degens sind mit dem kaiserlichen Adler geschmückt.

Als der Präsident der Republik gestern aus der Oper nach Hause fuhr, stieß sein Wagen mit einem anderen so heftig zusammen, daß eines seiner Pferde stürzte. Der fremde Kutscher, der betrunken war und auf den Kutscher des Präsidenten schimpfte, wurde verhaftet. — Die fünf zu Mitgliedern des obersten Unterrichtsrathes ernannten Personen sind die Erzbischöfe von Paris, von Reims und von Tours, die Bischöfe von Arras und von Orleans. — Die Forts und Casernen von Paris werden seit Kurzem sehr emsig mit Fourage versorgt; sogar ein Theil der Nacht wird zu den Transporten benutzt.

— den 11. März. Der „Moniteur" enthält ein Decret, wodurch die Eröffnung eines großen Verkehrsweges, der von dem Bahnhofe der straßburger Eisenbahn ausgehen und auf dem Boulevard St. Denis münden soll, angeordnet wird. Die Kosten dieses Schienenweges werden 5 Mill. Fr. betragen und zu einem Drittel vom Staate, zu zwei Dritteln von der Stadt Paris bestritten werden. — Bocher sowol, als die zwei mit ihm verurtheilten Unterbeamten der orleans'schen Güterverwaltung, haben gegen das bekannte Urtheil des Zuchtpoliceigerichts Appell eingelegt.

— den 12. März. Es ist das Gerücht verbreitet, Persigny werde vom Ministerium des Innern abtreten und durch den Hrn. de Vincent, Präfecten des Rhone-Departements, ersetzt werden.

Lyon, den 8. März. Die Prozesse in Bezug auf die December-Gefangenen sind im ganzen mittäglichen Frankreich beendigt. Die meisten Verurtheilten wandern in die Strafcolonien nach Algier.

Straßburg, den 9. März. Die nahen deutschen Gränzbewohner holen bei uns Brod, weil es wohlfeiler als bei ihnen ist.

Italien.

Nachrichten aus **Turin** vom 8. März zufolge war die Ruhe in Sassari schon am 25. Febr. vollständig wieder hergestellt. Das Gleiche ist in Cagliari der Fall.

Neapel. Der König hat auf den Vorschlag des Justizministers die über Valentini, ehemaligen Präsidenten des revolutionären Ausschusses und Commissär der Executivgewalt, wegen Verschwörung und Attentats auf die innere Sicherheit des Staates verhängte Todesstrafe in Gefängnißstrafe umgewandelt. Eben so hat der König mehrere andere Strafurtheile im Wege der Gnade gemildert.

Großbritanien.

London, den 12. März. Gestern fand bei John Russell ein großes Freihandelsmeeting statt. Es wohnten demselben 78 Parlamentsmitglieder, Ex-Minister Hume, Cobden, Bright, Gibson, Villiers bei. Man faßte den Beschluß, am Montag den Schatzkanzler über die Absichten der Regierung zu interpelliren und, wenn die Antwort nicht befriedigend ausfällt, ein Mißtrauensvotum, oder Aufschub des Subsidien-Votums auf sechs Monate

vorzuschlagen, um eine Auflösung des Parlaments zu erzwingen.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 25. Febr. Kossuth hat im Staate Ohio bessere Einnahmen gemacht, als bei uns; man rechnet, daß Cincinnati 20,000 Dollars lieferte. Browns-county in Ohio hat 200 Gewehre geliefert. — Die neu entdeckten Silberminen von Toas zeigen sich sehr reich, desgleichen die Goldminen am Gilaflusse. Der Zug nach Californien ist so stark, daß zu Panama oft tausend Passagiere auf Transportmittel warten. Auch aus Michigan ziehen sehr viele Leute nach Californien, so daß dort die Arbeitslöhne auf 26 Dollars monatlich neben Verköstigung gestiegen sind.

Neueste Nachrichten.

* **München,** den 11. März. (89. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Berathung des „Gesetzes über den Uferschutz und den Schutz gegen Ueberschwemmungen.“ An der allgemeinen Discussion betheiligen sich: v. Steinsdorf, v. Koch, Fischer, Referent Paur und Ministerialcommissär Schubert. — Nach längern Discussionen über die einzelnen Artikel, wird das ganze Gesetz von 119 Anwesenden einstimmig angenommen. Heine beantragt Beisatz eines Wunsches, wonach die Kreise Wasserbauverständige ihrer Wahl anstellen, und junge Leute behufs technischer Ausbildung auf Kreiskosten in die von ihnen zu bezeichnenden Länder senden können. Nach längerer Verhandlung, in welcher besonders Heine und v. Lerchenfeld manche Leistungen der Baubehörden angriffen, Ministerialcommissär Hummel dieselben im Allgemeinen vertheidigte, wird der Antrag angenommen.

* **München,** den 12. März. Es heißt, das Entlassungsgesuch, welches Minister Ringelmann eingereicht, sei vom Könige nicht angenommen worden, derselbe verbleibe daher im Ministerium.

* Der Bericht des Referenten der Reichsrathskammer über das Budget, Hrn. v. Niethammer, ist nun erschienen. Es wird in demselben eine weitere Erhöhung der Position für das Militär von 250,000 fl., dann ein um 100,000 fl. geminderter Ansatz der Salinenerträgniße 2c., beantragt. Im Ganzen ergibt sich darnach, im Gegenhalte zu den Beschlüßen der Abgeordneten, eine Differenz von 359,500 fl., um welche die ohnehin beschlossene Steuererhöhung noch vergrößert werden müßte. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Reichsrathskammer zustimmen, und die Sache alsdann nochmals bei den Abgeordneten zur Verhandlung kommen. Ueber die Repartition der nothwendigen Steuererhöhung wird erst das Referat über das Finanzgesetz einen Vorschlag bringen. Doch ist in dem vorliegenden Berichte schon die Aufhebung der Einkommensteuer im nächsten Budget (in 4 Jahren) beantragt, und der Wunsch beigefügt, die Regierung wolle statt dieser Auflage die Wiederherstellung der Familiensteuer (in der Pfalz Personal- und Mobiliarsteuer) nach einem revidirten Gesetze, und eine Besteuerung des Tabaks und des Brandweins, und Wiedereinführung des Weggeldes veranlassen. — Wir erkennen darin auch das Bestreben einer Annäherung an das Zollsystem Oesterreichs. —

* Der Mörder Reebs scheint sich nun doch wirklich in den Händen der Justiz zu befinden.

Wien, den 10. März. Der Agramer Zeitung wird aus Bosnien, 28. Februar geschrieben: Es ist ein neuer Befehl ergangen, demzufolge kein Christ das Haus eines Türken kaufen darf, und alle türkischen Häuser, welche seit 5 Jahren durch Christen erstanden worden, ihren frühern mohamedanischen Besitzern um den Kaufpreis ohne Rücksicht auf inzwischen geschehene Reparaturen zurückgestellt werden müssen.

Redacteur: Fr. Steiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[891] **Widerruf einer Weinversteigerung.**

Die auf den 23. d. M. angekündigte Weinversteigerung von Johannes Kölsch's Wittwe und Erben wird nicht stattfinden.

Neustadt, den 14. März 1852.

Werner, Notär.

[889a] **Zu vermiethen.**

In einer Stadt der vordern Pfalz ist ein Spezerei- und Kurzwaarengeschäft, ganz neu eingerichtet, in der Hauptstraße gelegen, mit räumlicher Wohnung, Magazin, Speicher und Keller, zu vermiethen. Daselbe kann auf Verlangen sogleich oder bis 1. Mai unter den vortheilhaftesten Bedingungen abgegeben werden.

Frankirte Briefe unter Zeichen L. M. No. 889 befördert die Expedition.

[890a] **Weinversteigerung zu Forst in der Pfalz.**

Montag, den 29. März d. J., des Morgens 10 Uhr, zu Forst in der Wohnung von Frau Georg Schindler Wittwe, werden die nachbezeichneten Weine, forster Gewächs, gut und rein gehalten, der Theilung wegen öffentlich versteigert und ohne Vorbehalt zugeschlagen, nemlich:

1 Stück 1844er,
5½ „ 1846er,
9 „ 1850er,
5½ „ 1851er.

Die Weine lagern in Forst in dem Wohnhaus von Frau Schindler, und können die Proben am Tage vor der Versteigerung genommen werden.

Dürkheim, den 11. März 1852.

Schuler, Notär.

[884a] **Main-Dampfschifffahrts-Gesellschaft.**

Route:

Ludwigshafen — Mainz — Frankfurt — Würzburg.

Die Boote dieser Gesellschaft, — Personen und Waaren befördernd, — fahren vom 15. dieses Monats an täglich von Ludwigshafen Morgens 8 Uhr 15 Minuten (nach Ankunft des ersten Bahnzuges)

Der Reisende bezahlt:

von Ludwigshafen:	Salon. fl.	Salon. kr.	Vorkajüte. fl.	Vorkajüte. kr.
nach Worms	—	30	—	15
„ Rheindürkheim	—	48	—	24
„ Gernsheim	1	—	—	30
„ Oppenheim	1	30	—	45
„ Mainz	2	—	1	—
„ Frankfurt	2	42	1	24
„ Würzburg	6	6	3	36

☞ Billette für die Hin- und Herreise kosten nur die Hälfte mehr.

Ludwigshafen, den 11. März 1852.

Der Agent:
J. Gansen jr.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch **Nro. 66** **den 17. März 1852.**

Deutschland.

***Französische Zustände.** III. Artikel. Das Streben des Jahrhunderts geht, allgemein ausgedrückt, dahin, das Individuum möglichst von den Beschränkungen zu befreien, welche die Autorität, die Regierung ihm auferlegt.

Das Streben des jetzigen Systems geht im Gegentheil dahin, die Selbstständigkeit des Individuums zu Gunsten der Autorität zu vernichten.

Man erklärt geradezu, daß der Absolutismus zum Wohle der Gesellschaft unumgänglich nöthig sei. Man hat sich zur Ausübung dieser Autokratie durch eine — — Abstimmung vom Volke ermächtigen lassen, und, darauf gestützt, möchte man das Volk überreden, daß dieser Absolutismus weniger gehässig sei, als der der legitimen Könige.

Wer wird sich einer solchen Illusion hingeben?

Wer es unternimmt, das Streben des Jahrhunderts in eine andere Bahn zu lenken, muß wenigstens ein Alles überwältigendes Genie besitzen.

Der Kaiser besaß ein solches Genie und scheiterte doch an dieser Riesenaufgabe, obgleich er in derselben von fast allen berühmten Männern seines Landes unterstützt wurde. Und das jetzige System, ... von dem sich alle bedeutenden Männer des Landes abwenden, sollte dieser Aufgabe gewachsen sein? Mag immerhin Hr. Granier de Cassagnac, der schamloseste Lobhudler aller Zeiten, verkünden, daß sich seit der That vom 2. December bereits die Sitten und die Denkweise Frankreichs geändert hätten: — dem gesunden Menschenverstande wird ein solches Unternehmen mit solchen Kräften immer nur wie die sinnlose Wagbalsigkeit eines verzweifelnden Abenturiers oder wie die bornirte Dreistigkeit eines aufgeblasenen Fatalisten erscheinen.

Nur die brutalste Militärherrschaft kann einem solchen Unternehmen gegen den Geist des Jahrhunderts eine ephemere Dauer sichern.

Die Armee ist die einzige Stütze. — Aber um sie dauernd an sich zu fesseln, genügt das Geld- und Cognacspenden nicht. Die Quellen dazu versiegen. Dazu bedarf es der Beschäftigung, der Befriedigung des geweckten Ehrgeizes, der Beute, des Kriegsruhms. Deshalb muß man Krieg führen. L. Bonaparte betheuert zwar, daß er nicht nach dem Ruhme des Eroberers, sondern nach dem eines Reformators der Gesellschaft, eines „Besiegers der Revolution und des Socialismus" strebe.

Man kann an die Aufrichtigkeit dieser Betheuerungen glauben. L. Bonaparte hält sich wahrscheinlich für einen großen Mann, aber gewiß nicht für einen großen Feldherrn.

Aber was nutzt sein schwaches Widerstreben? Sein Werkzeug von heute reißt ihn morgen mit sich fort. Man kann durch die Bajonette siegen; aber man kann nicht auf ihnen ausruhen. Das begreift sogar der Fürst Schwarzenberg.

Einen durch die Bajonette emporgehobenen und einzig durch sie gehaltenen Dictator, der sich nur mit den Werken und Künsten des Friedens beschäftigen wollte, hat die Welt noch nie gesehen, und wird ihn nie sehen.

Die Metzeleien unter den Republikanern und Socialisten in den Straßen von Paris und in den Departements, diese lange von Montalembert gepredigte „römische Expedition im Innern," hat die Armee wohl einen Augenblick beschäftigt. Aber wie man die Socialdemocraten auch als Feinde des Landes ächte, es ist doch etwas in jedem Menschen, was sich gegen die Lorbeeren des Bürgerkrieges sträubt. Die allmächtige Soldateska braucht einen auswärtigen Krieg, um ihre Beutelust, ihre Ruhmsucht zu befriedigen.

Nach welcher Seite hin wird man Krieg führen?

Bei der Beantwortung dieser Frage muß man die politischen Verhältniße Europas wohl ins Auge fassen.

Die drei mächtigen Reiche des Kontinents sind Rußland, Oesterreich und Frankreich; Deutschland, gelähmt durch seine Zersplitterung und durch die eben so jämmerliche, als bornirte Politik der preußischen Regierung, legt kein Gewicht in die Wagschaale.

Diese drei Reiche repräsentiren im Augenblick die reine Autokratie, den vollkommenen Absolutismus. Sie machen kein Hehl daraus, daß sie das freie Volksleben, das Selfgovernment, wie es für Europa zumeist durch England und in reinerer Form durch die nordamerikanische Union repräsentirt ist, bis auf seine letzten Fasern ausrotten wollen.

Sie sind auch ihrer Existenz wegen dazu gezwungen. Die Zeit der Vereinbarungen ist vorüber.

... Bei dem herzlichen Einvernehmen zwischen diesen drei Mächten darf man annehmen, daß Hr. L. Bonaparte nur einen Krieg führen wird, der den Interessen von allen Dreien entspricht.

In letzter Instanz sind die Pläne dieser absolutistischen Triarchie natürlich immer gegen England und später gegen Amerika, die Träger des Selfgovernments, gerichtet. Aber dahin gelangt man indirect. Ein directer Krieg Frankreichs gegen England vernichtet den französischen Handel, hat sehr wenig Chancen des Erfolgs und ist sehr gefährlich in seinen Folgen.

(Unter diesen Verhältnißen meint der Verfasser stehe ein Krieg gegen Preußen und zur Eroberung des linken Rheinufers zu gewärtigen.)

Oesterreich geht augenscheinlich darauf aus, den deutschen Kaiserthron wieder aufzurichten; die österreichischen Blätter heben schon eifrig hervor, daß die Dynastie Habsburg die einzige in Deutschland sei, welche ihre Macht nicht auf revolutionärem Wege erlangt habe. Preußen ist dem Absolutismus trotz der Jämmerlichkeit seiner gegenwärtigen Regierung immer verdächtig, weil es seinem Ursprung und seiner Tendenz nach revolutionär ist, weil es den natürlichen Kern bildet, an dem Deutschland früher oder später anschießt, weil es den Protestantismus repräsentirt, den die Autocratie als Rebellen haßt. In der That fängt es selbst der Kreuzzeitung an unheimlich zu werden. *)

*** München,** den 13. März. (99. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) von der Pfordten bringt einen Gesetzentwurf ein in Betreff des Weiderechtes und dessen Ablösung.

Berathung des Initiativantrags von Kolb, „die Haftung des Staats bei Soldatenzusammenrottungen betr." Referent Römmich unterstützt den Antrag, in welchem

---

*) Wir übergehen die weiteren Ausführungen des Verfassers, welche darauf hinausgehen, Oesterreich werde wieder den deutschen Kaisertitel, Frankreich das linke Rheinufer erhalten, dann werde man England in Europa namentlich vermittelst der Continentalsperre, in Indien aber durch russische Heeresmacht angreifen, — Combinationen, die uns doch viel zu weitgehend vorkommen.

D. Red.

der Ausschuß zustimmt und nur eine Redactionsänderung vorschlägt. — Kolb erklärt, daß er mit dieser Redactionsänderung sich einverstanden erkläre. Weis unterstützt den Antrag, wünscht aber, daß die Regierung die Initiative ergreifen möge, damit das ganze diesseitige Gesetz über Aufläufe auch auf die Pfalz ausgedehnt werde. — Minist.-Commissär Molitor. Es müsse große Bedenken erregen, eine einzelne Bestimmung in der Pfälzischen Gesetzgebung zu ändern. Die Regierung werde darauf nicht eingehen. Römmich bekämpft den Regierungscommissär. Ebenso Kolb: Wenn vom Ministertische die bestimmte Versicherung der Vorlage eines umfassendern Gesetzentwurfs auf diesem Landtage noch gegeben werden wollte, würde er sehr gerne bereit sein, seinen Antrag selbst zurück zu ziehen; da dies aber nicht geschehe, solle man wenigstens die bestehende Lücke in der Pfälzischen Gesetzgebung ausfüllen. — Der Gesetzentwurf wird schließlich einstimmig (von 114 Anwesenden) angenommen. Derselbe lautet: „Gesetzentwurf, eine Zustimmung zu dem Gesetze vom 10. Vendémiaire IV über die innere Policei der Gemeinde betr. Se. Maj. der König haben nach Vernehmung Allerhöchst ihres Staatsrathes mit Beirath und Zustimmung der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten beschlossen und verordnen, was folgt: — Art. 1. Die politischen Gemeinden in der Pfalz, in deren Bezirken von einer zusammengerotteten bewaffneten oder unbewaffneten Menge oder von Einzelnen aus derselben mit offener Gewalt Verbrechen oder Vergehen gegen Personen oder das Eigenthum verübt worden sind, haben den dadurch verursachten Schaden nicht zu ersetzen, wenn diese Menge überwiegend aus nicht beurlaubten Soldaten bestand. Die Pflicht des Schadenersatzes geht in diesem Falle auf den Staat über. Art. 2. Gegenwärtiges Gesetz tritt in der Pfalz mit dem Tage der Verkündigung in dem Amtsblatte dieses Regierungsbezirkes in Wirksamkeit.

Erste Berathung über den Initiativantrag des 2. Präsidenten Weis und 12 Consorten, die Abkürzung der Finanzperioden betr. (resp. Einführung dreijähriger Budgetperioden.) Vor dem Beginne dieser Berathung hatten sich die anwesenden Minister aus dem Saale entfernt. (Referent Geiger.) Der Ausschuß beantragt Zustimmung, unter einer Redactionsänderung. — Heine bedauert, daß von der conservativen Seite ein solcher Antrag komme. In finanzieller Beziehung sei allerdings eine kurze Finanzperiode entschieden zweckmäßig, allein die politische Seite sei die entgegengesetzte. Greift den Constitutionalismus an, der immer Kronrechte an sich reißen wolle. Erwähnt: früher, unter der Herrschaft der Censur sei es nie vorgekommen, daß ein in diesem Saale gesprochenes Wort gestrichen worden sei, jetzt aber dürfe ein solches Wort nicht in das Volk dringen. Nur wenn der Antrag von der Krone ausginge, wäre er dafür. Es werde ein Stück des Purpurs um das andere abgerissen. (Heiterkeit.)

Thinnes vertheidigt den Entwurf gegen den Vorwurf, als werde dadurch ein Angriff auf die Kronrechte gemacht. Wenn die Budgetabfassung ein Kronrecht sei, alsdann werde dasselbe verdoppelt, wenn es alle 3, statt alle 6 Jahre ausgeübt werden könne.

Weis. Weist Heines Angriffe wegen Zerreißen des Purpurs zurück; er hätte am wenigsten erwartet, bei dieser Gelegenheit versichern zu müssen, daß er so monarchisch als Hr. Heine gesinnt sei; vertheidigt die Zweckmäßigkeit kürzerer Budgets.

Heine. Er habe nicht daran gedacht, persönlich anzugreifen; aber ein solcher Antrag sollte nicht von unten hinauf, sondern von oben herunter kommen, die Initiative also nicht von der Kammer, sondern von der Krone ausgehen.

Ruland. Gegen den Antrag; er wolle keine Verfassungsänderung, deren Nutzen nicht augenscheinlich vorliege. Beklagt sich über die langsame Erledigung der Budgets in diesem Hause.

Boye. Wenn der Entwurf von der Krone gebracht worden wäre, so würde er zustimmen; einem Initiativantrag aber nicht, da dieser mit dem Nachtheile verbunden sei, daß dann die Kammer eine weitere Abkürzung innerhalb 12 Jahren nicht mehr beantragen könnte, während nach seiner Ansicht ein längeres als höchstens zweijähriges Budget unzweckmäßig sei.

Kolb. Auch er betrachte den Antrag für durchaus ungenügend; dennoch werde er dafür stimmen, als für eine, wenn gleich höchst winzige Abschlagszahlung. Hegt nicht die Befürchtungen Boyes, da, wenn die Verhältniße eine weitere Abkürzung der Finanzperioden erzielen ließen, das bestehende Initiativgesetz eben auch kein Hinderniß mehr bilden werde. Hebt übrigens besonders hervor, daß das neue Gesetz selbst im Falle der Sanction, erst in sieben Jahren practisch in Ausführung treten würde, während es vor Allem wünschenswerth wäre, daß das jetzige Budget nicht so lange dauere; er sei überzeugt, daß man die Steuererhöhung nicht brauche, wie sie votirt worden, dennoch werde sie im vollen Umfange durchgeführt werden, auch wenn man sich nach einiger Zeit von deren Entbehrlichkeit überzeuge. Hr. Heine sage: in finanzieller Beziehung seien kurze Budgets unbestreitbar die besten, aber der Conservatismus sei damit nicht vereinbar; dies sei eine schlimme Erklärung, und heiße nichts anders, als der Conservatismus vertrage sich nicht mit Verbesserungen! Ebenso verweise der nemliche Redner auf die Englische Verfassung, und sage, „jeder Zuwachs an Rechten müße verdient sein;" auch darin erblicke er eine sehr gefährliche Hinweisung; das jetzige englische Staatswesen sei das Product zweier der blutigsten Revolutionen, indeß es sich davon handle, solche, wenn möglich, durch Reformen abzuwenden. In England habe man blos einjährige Budgets und außerdem sei das stehende Heer, das man auch angeführt, nur immer auf ein Jahr zum Dienste verpflichtet, weil das Parlament die Mutiny-bill nicht auf länger genehmige.

Morgenstern. Stimmt Kolb bei. Wenn auch die Kammer unter gewöhnlichen Verhältnißen gehindert sei, vor Ablauf von 12 Jahren die Initiative in dieser Sache wieder zu ergreifen, so bestehe doch kein Hinderniß für die Krone, dieses früher zu thun.

Hopf. Gegen den Entwurf; man nehme einen Stein nach dem andern aus der Verfassung.

Boye. Vertheidigt nochmals seine Ansicht.

Heine. Kolb scheine ihn mißverstanden zu haben; er finde gerade einen himmelweiten Unterschied zwischen dem Englischen und dem Deutschen Constitutionalismus, welchen letzten er verdamme.

Kolb. Er sei mit Heine vollkommen einverstanden, daß der deutsche Constitutionalismus rein gar nichts tauge (Heiterkeit); es handle sich aber davon, denselben, wenn je möglich, zu verbessern.

Lasaulx. Auch er stimme damit überein, daß der Constitutionalismus nichts tauge; es fehlten aber in Deutschland alle Bedingungen des Englischen Constitutionalismus; es handle sich um eine politische, nicht blos finanzielle Frage; ohne Aristocratie sei keine politische Freiheit möglich.

Bei der Abstimmung wird schließlich der Antrag mit 102 gegen 13 Stimmen angenommen.

München, den 11. März. Aus dem eben erschienenen geistlichen Schematismus ist zu ersehen, daß der Papst in einer an den hiesigen Erzbischof gerichteten Zuschrift das bayerische Episcopat wegen seiner forderungsreichen Freysinger Denkschrift höchlich belobte, und daß der hiesige Nuntius schon dreimal die bayerische Regierung an Gewährung der dortigen Postulate monirte. (F.J.)

Das heute erschienene Regierungsblatt Nro. 12 bringt die Bekanntmachung „die Suspension der Eingangszölle auf Getraide, Hülsenfrüchte und Mehl betreffend."

Der ehemalige Cürassiercorporal Scharf v. Scharfenstein, Verfasser mehrerer Artikel in der Augsburger Postzeitung und auch des Büchleins über die „Judensippschaft," hat das baierische Indigenat erhalten.

— den 12. März. Der wegen Verdachts des Raub-

mordes an dem hiesigen Cigarrenfabrikantensohn Ludwig Reeb in hiesiger Frohnfeste in Untersuchung und Haft befindliche ledige Metzgerknecht Georg Treiber von hier, hat in einem mit ihm abgehaltenen Verhör vor seinem Untersuchungsrichter eingestanden, den L. Reeb in dessen Cigarrenverkaufsladen vor dem Karlsthore (Rondel) ermordet und der silbernen Taschenuhr, sowie des Portmonaie mit Geld beraubt zu haben. (Neueste Nachr.)

Würzburg, den 11. März. Das Abdblt. schreibt: Man nennt bis jetzt eine verhälnißmäßig bedeutende Anzahl von Söhnen adeliger fränkischer Familien, welche in österr. Militärdienst, namentlich in die Cavallerie, eintreten wollen.

Freiburg, den 12. März. Das hiesige Domcapitel hat den Bischof von Mainz, Hrn. Ketteler, zum Generalvicar des Erzbischofs dahier gewählt.

Frankfurt, den 14. März. In diesen Tagen ist von der Militärcommission der deutschen Bundesversammlung dem Professor Böttger in Frankfurt und dem Professor Schönbein in Basel definitiv eine Nationalbelohnung von 40,000 fl. für Erfindung der Schießbaumwolle zuerkannt worden.

Kassel, den 12. März. Auf Veranlassung des Oberbefehlshabers ist (wie die „Kass. Ztg." berichtet) die in Berlin erscheinende „Haude und Spenersche Zeitung" wegen ihrer feindseligen Parteinahme gegen die Staatsregierung im gesammten Kurfürstenthum verboten worden.

Naumburg a.d. S., den 9. März. Gestern wurde die Hochverrathsanklage gegen den vormaligen Obergerichtsassessor Reinstein wegen seiner Theilnahme an den Beschlüßen des Stuttgarter Parlaments zum dritten Male vor dem hiesigen Schwurgerichte verhandelt. Das erste Mal hatte der Staatsanwalt auf die Strafe des Rades von Unten und auf Aberkennung der Nationalgarde angetragen, das Erkenntniß wurde jedoch wegen Formfehlers ausgesetzt. Das zweite Mal wurde auf lebenswierige Zuchthausstrafe erkannt und gestern wurde dieses Erkenntniß, gegen den Recurs seines bevollmächtigten Bruders bestätigt. Hr. Reinstein war bei keiner der Verhandlungen zugegen; er ist flüchtig.

— den 11. März. Eine schreckliche Unthat geschah dieser Tage bei Naumburg. Eine in Folge des gegenwärtigen Nothstandes zur Verzweiflung gekommene Wittwe ging mit ihren beiden Kindern, einem Mädchen von 13 und einem von 7 Jahren, nach der Saale und warf jenes, ohne auf das Flehen des Kindes und den Zuruf eines am jenseitigen Ufer sich befindenden Burgers zu achten, in den Strom. Das jüngere Kind wollte sich dem ihm drohenden gleichen Schicksal durch die Flucht entziehen. Vergebens. Die unnatürliche Mutter holte es ein und stürzte es ebenfalls in die Fluthen und sich ihm nach.

Altona, den 10. März. Unser Policeimeister hat den Literaten Springborn, der unter der provisorischen Regierung und unter der Statthalterschaft wegen Aufreizung und Preßvergehen mehrjährige Gefängnißstrafe zu bestehen hatte, von hier ausgewiesen. Hr. Springborn ist ein Holsteiner.

Schweiz.

Basel, den 9. März. (Empfindlichkeit.) Ein hier aufgeführter Fastnachtsschwank dürfte für uns von Folgen sein. Von einem maskirten Zuge wurde auf Bänkelsängerweise ein mit rothen Lettern gedrucktes Gedicht, das die Heldenthaten eines Affen beschreibt, in den hiesigen Straßen abgesungen. Einige aus der benachbarten Garnison Hüningen in Basel anwesende französische Offiziere wollten in diesem Vorfalle eine gewisse gehässige Anspielung finden und berichteten sofort an den Präfecten von Colmar, der die Sache in Paris anhängig gemacht habe. Auch hat die hiesige Policei eine Untersuchung gegen die Schuldigen angehoben.

Frankreich.

Der Nat.-Ztg. schreibt man: Der Zustand L. Napoleons fängt an, seinen Ministern bedenklich zu werden. Seit einigen Tagen ist die Lendengicht bei ihm aufgetreten und alle Symptome einer zerrütteten Gesundheit zeigen sich nun bei ihm. Hauptsächlich ist es aber seine geistige Reizbarkeit und Verstimmung, welche seine Freunde beunruhigt. Er ist auffahrend, heftig, klagend, voll trüber Aussichten für die Zukunft, ohne alle innere Versöhnung. Alles stimmt überein, diese krankhafte Ueberreizung zu erhalten. Seine Umgebung ist in einem fortwährenden Zwist begriffen, der aus Eifersüchtelei und gegenseitiger Gehässigkeit hervorgeht. In seinem Cabinete herrscht nicht die mindeste Einheit, er hat fortwährend Beschwerden und Klagen zu vernehmen, und seitdem das Ministerium besteht, ist es in einer fortwährenden Auflösung begriffen. Jedenfalls steht so viel fest, daß kein einziger der Minister seine Stellung als dauernd betrachtet. L. Napoleon ist mit allen seinen Ministern unzufrieden, er hat diese Werkzeuge abgenutzt und möchte sie wegwerfen, wenn er nur andere fände. Er fühlt sich unheimlich unter seinen Mitschuldigen, und wenn er eine gewaltsame Maßregel vorschlägt und sie bei einem der Minister einen Widerstand findet, so wird er gegen denselben mißtrauisch. Er traut nur demjenigen, der wie Persigny ihm durch dick und dünn nachfolgt, ohne zu raisonniren. Gegen Morny, der in der Confiscationsangelegenheit die „Vornirtheit" gehabt hatte, ein Gewissen zu zeigen, und der, trotzdem ihm der Präsident in der letzten Zeit Avancen aller Art machte, doch nicht sein Schmollen aufgegeben hatte, ist der Präsident im höchsten Grade unwillig. Der Zusammentritt der Kammern hat gleichfalls etwas Peinliches für L. Napoleon. Zuvörderst drückt ihn das Aufhören des abenteuerlichen, willkürlichen, anarchischen Zustandes nieder, in welchem er seit dem zweiten December regiert und rettet. Da er seine Macht nur dadurch erlangt hat, daß man alle Gesetze mit Füßen getreten, so ist ihm der Schein einer wiederkehrenden Gesetzlichkeit und eines geregelten Zustandes peinlich. Er sieht in dem so schmalen Terrain, das er dem Gesetze und der freien Entwicklung des Gedankens gelassen hat, bereits die Keime einer Opposition, an der er zu Grunde gehen muß. Er zittert davor, zum ersten Male die Stimme des Volkes zu hören, das er bis jetzt geknebelt hält. Was den gesetzgebenden Körper betrifft, so fürchtet er sich nicht vor dessen Opposition, sondern fängt an zu begreifen, welche Unzukömmlichkeiten es mit sich bringe, lauter gute Freunde in einer Nationalvertretung zu besitzen. Die Deputirten betrachten sich, da sie von der Regierung empfohlen oder eigentlich ernannt worden sind, als eine Art von Beamten oder, was noch ärger ist, als Leute, die der Präsident belohnen muß. Man denke sich nun 261 Deputirte, von denen jeder entweder für sich oder für seine Freunde etwas verlangt, und dazu um so mehr berechtigt zu sein glaubt, als die Deputirten keine Geldentschädigung erhalten. Die parlamentarische Opposition hatte wenigstens das Gute, daß kein Mitglied derselben Stellenjägerei betrieb, oder von den Ministern Protektion für einen Freund nachsuchte. Welche Kameraderie wird jedoch in dieser Kammer stattfinden! Uebrigens wird selbst die Opposition nicht fehlen, aber dieselbe wird nur gegen die Minister gerichtet sein und von jenen ausgehen, welche ihre Nachfolger werden wollen. Alle diese Aussichten haben einen trüben Eindruck auf das Gemüth des Retters gemacht. Insbesondere ist es aber die Fusion, die ihn über die Entwickelung der Ereignisse besorgt macht.

Paris, den 12. März. Armand Marrast, der Präsident der constituirenden Versammlung und einer der Haupturheber der Verfassung von 1848 ist heute begraben worden. Die Regierung hatte große Vorsichtsmaßregeln getroffen, um jede Manifestation zu verhindern. Nicht allein begleiteten eine große Anzahl Polizeiagenten die sterblichen Ueberreste des ehemaligen Präsidenten zu seiner letzten Ruhestätte, sondern hinter einer Bretterwand, die den Kirchhof von einem freien Platze trennte, war auch ein Infanterieregiment mit geladenen Geweh-

ren aufgestellt, um bei der geringsten Ruhestörung einzuschreiten. Cavaignac, Havin, Corbon und Marie trugen die vier Enden des Leichentuches. Der Erzbischof von Paris begleitete nicht in Person den Leichenzug; er hatte sich durch seinen General-Vicarius vertreten lassen, der ebenfalls ein sehr freisinniger Mann ist und der gemäßigt republicanischen Partei angehört. Außer demselben folgten noch viele Geistliche den sterblichen Ueberresten Marrast's, die auf dem Kirchhofe Montmartre beigesetzt wurden. Am Grabe selbst wurde keine Rede gehalten; es wurde sogar Niemand zugelassen, um dem Verstorbenen eine Scholle Erde nachzuwerfen. Marrast wurde, von Policeiagenten und Todtengräbern umgeben, in die Gruft hinabgesenkt.

Das neue Unterrichtsgesetz, welches dem Staatsrathe zur Ausarbeitung vorgelegt werden wird, soll nicht so streng werden, wie man im Anfang geglaubt. Der Einfluß der clericalen Partei ist in der letzten Zeit etwas verdrängt worden; das neue Gesetz wird deßhalb, wenn derselben auch gerade nicht sehr feindlich gesinnt, die Geistlichkeit nicht so sehr bevorzugen, wie sie es gehofft hatte. Die Normalschule wird bestehen bleiben und nur einige Modificationen erleiden. (K. Z.)

Man liest in der „Presse": Gestern Abend sprach man in einem gewöhnlich gutunterrichteten Salon von einem Schreiben des Grafen von Chambord, worin dieser seinen Freunden abrathe, unter der Bedingung der Eidesleistung das legislative Mandat anzunehmen. Dieses Schreiben hätte ein Ex-Abgeordneter erhalten. Man versichert, daß die als Abgeordnete zu dem gesetzgebenden Körper gewählten Legitimisten nun geneigt seien, ihre Demission zu geben.

Es bestätigt sich von allen Seiten, daß die Differenz zwischen Frankreich und der Schweiz beigelegt ist.

Spanien.

Madrid, den 7. März. Die Priesterpartei ist seit einiger Zeit sehr rührig, die öffentliche Meinung gegen die Verfassung zu stimmen.

Italien.

Rom, den 1. März. Man spricht von Mißhelligkeiten zwischen den Oesterreichern und dem päpstlichen Commissar von Bologna, der sich in Folge derselben mit seiner Regierung nach Faenza begeben habe. Ein Neffe des gedachten Herrn ward übrigens neulich in Perugia von den Oesterreichern mit 50 Stockstreichen öffentlich abgestraft, weil er mit tricolorer Halsbinde erschienen war.

Hiezu eine Beilage

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[896] **Heuversteigerung.**

Montag, den 22. März nächsthin, des Morgens um 9 Uhr, zu Mundenheim im Schwanen, läßt Herr Oeconomierath Höch mehrere Hundert Centner vorzüglichen Wiesenheues öffentlich versteigern.

C. Moré, Notar.

[895] **Auszug.**

Durch registrirte Ladung des Gerichtsboten Baumgärtner zu Grünstadt vom fünfzehnten März 1852, hat Susanna Fink, ohne Gewerbe in Grünstadt wohnhaft, Ehefrau von Christian Rauschkolb, Küfer und Gutsbesitzer daselbst wohnhaft, gegen ihren genannten Ehemann eine Gütertrennungsklage angestellt und den Advocaten Ludwig Kirchweger, in Frankenthal wohnhaft, zu ihrem Anwalte aufgestellt.

Frankenthal, den 15. März. 1852.

Für richtigen Auszug,
Der Anwalt der Klägerin:
Kirchweger.

[894²] **Mühlsteine am Krahnen in Speyer.**

Mein Mühlsteinlager, welches durch neue Zufuhren ein reichhaltiges Assortiment darbietet, empfehle ich hiemit bestens.

Speyer, im Monat März 1852.

J. M. Wolff.

[893²] **Offene Commis-Stelle.**

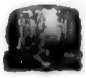
Für ein größeres Kurz- und Colonialwaarengeschäft wird ein Commis gesucht, der bei gehörigen Waarenkenntnissen sich als ein tüchtiger Verkäufer qualificirt.

Hierauf Reflectirende wollen ihre Offerten unter der Adresse A Z der Expedition dieses Blattes franco einsenden.

[892²] **Lehrlings-Gesuch.**

In ein Specerei-, Kurz- und Farbwaarengeschäft der Vorderpfalz wird, bis halben Juni einzutreten, ein braver junger Mann in die Lehre gesucht, der die nöthige Schulbildung genossen und aus achtbarer Familie ist. — Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[817³] **Weinversteigerung.**



Montag, den 22. März nächsthin, des Nachmittags 10 Uhr, lassen die Geschwister und Erben der zu Haardt verlebten ledigen Rentnerin Anna Maria Weegmüller, in dem Sterbehause allda, die zu deren Verlassenschaft gehörigen, in den Gemarkungen von Neustadt, Mußbach und Haardt gelegenen Weinbergen, gezogenen, rein gehaltenen Weine, der Abtheilung halber versteigern, und zwar:

22700	Liter	1846er	Traminer und gemischter,
2000	„	„	rother,
13700	„	1847er	Traminer und gemischter,
18700	„	1848er	„
12600	„	1849er	gemischter,
3000	„	„	rother,
16600	„	1550er	gemischter,
8400	„	1851er	„

Die Proben werden den Tag vor der Versteigerung und am Versteigerungstage an den Fässern verabreicht.

Neustadt, den 4. Februar 1852.

Werner, Notär.

[875²] **Weinversteigerung zu Rhodt.**

Dienstag, den 23. März nächsthin, des Vormittags um 9 Uhr, im Gasthause des Bürgermeisters Steigelmann zu Rhodt, läßt Hr. Pfarrer Stähler, in Folge seiner Versetzung nach Kirchheim, seine im Pfarrhauskeller zu Rhodt lagernden Weine, sowie die Fässer, worin die Weine lagern, öffentlich versteigern, als:

6480	Liter	1846er	Traminer,
8640	„	„	Riesling,
4860	„	1848er	„
1620	„	1849er	Traminer.

Nähere Auskunft ertheilt Küfer Bernhard Wolff in Rhodt.

Edenkoben, den 6. März 1852.

Keller, Notar.

[869²] **Versteigerung.**

Das unterzeichnete Rentamt läßt
Montag, den 22. März d. J., Vormittags 10 Uhr,
öffentlich versteigern:
20 Stück halbjährige bis einjährige Farren,
6 „ zweijährige Mutterrinder,
sämmtliche reingehaltene vorzügliche Schweizer-Raçe.

Neckarhausen bei Ladenburg, den 1. März 1852.
Gräflich v. Oberndorff'sches Rentamt.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Mittwoch (Zu Nro. 66) **den 17. März 1852.**

Deutschland.

München, den 12. März. Gegen nachstehende Schriften wurde durch die k. Policeidirection die Unterdrückung verfügt, und in allen Buchhandlungen hiernach Nachforschung gehalten: 1) der Reichsverfassungskampf von Loose; 2) die wandernde Barricade, oder die würtembergische, pfälzische und badische Revolution, wohlgeleimt und wohlgereimt in drei Aufzügen, mit der ganzen türkischen Musik, — von einem Schock ungehängter Hochverräther, — Bern bei Weigert; 3) die Zeitgenossen; die Geschichte der Gegenwart im Vergleiche mit der Biographie von D. S. Stern, — Berlin bei Liebenau.

Augsburg, den 13. März. Die gestrige Schranne brachte uns einen kleinen Abschlag der Getreidepreise.

Wiesbaden, den 13. März. Zufolge einer Verordnung vom 3. März l. J. sind heute Morgen die im Dienste befindlichen herzoglichen Truppen ihres Eides auf die Verfassung entbunden und nach einer anderen Eidesformel, die nur für den Herzog und seine Nachfolger in der Regierung unverbrüchliche Treue verlangt, vereidigt worden. In der alten Eidesformel, die seit der Märzrevolution in Geltung war, hieß es, dem Herzoge treu und gehorsam zu sein, „und die Verfassung des Landes zu beobachten", und in der jetzigen kommt unter Anderem folgende Stelle vor: „Ich schwöre es, gegen jeden Feind tapfer zu kämpfen, welcher Art er auch sein mag und so oft und wie es der Wille des Herzogs ist." (F. J.)

Waldmichelbach im Odenwald. Der O.-P.-Z. schreibt man: In rasch steigendem Maße nimmt die allgemeine Noth auch in hiesiger Gegend zu. Schaaren von Bettlern umlagern die Häuser der wenigen Bemittelten und schreien nach Brod. Hierzu gesellt sich, daß in vielen Gemeinden die Blattern herrschen und in dem nahen Affalterbach die ersten Erscheinungen der Hungerruhr sich zeigen. Auf den Straßen sieht man Niemand mehr als den Gerichtsdiener, Gendarmen und den Arzt, zumal ganze Familien sich in den Betten verkriechen, um dem Hunger zu entgehen. Häufig aber sind unsere mit tiefem Schnee bedeckten Felder nur allein von langen düsteren Leichenzügen schauerlich belebt. Hülfe von Außen ist dringend nothwendig, um so nothwendiger, als selbst alle Vorräthe für die Aussaat aufgezehrt sind.

Berlin, den 9. März. Im Laufe der letzten Woche sind den hiesigen Buchhandlungen die polizeilichen Verbote folgender Druckschriften publicirt worden: 1) Demuth, actenmäßige Darstellung der Behandlung der freien christlichen Gemeinde zu Frankfurt a. d. O., als Manuscript gedruckt; 2) Kossuths Rede vor dem Stadtrathe zu New-York, New-York, Verlag von J. F. Meyer; 3) Pfui Haas, Frankfurt a. M.; 4) Brod oder Tod, 3. Aufl., Borken, gedruckt bei Brunn; 5) des alten Schäfers Thomas Prophezeiungen, die dritte auf die Jahre 1852 und 1853, Altona, Commission des Verlagsbureau's; 6) l'Allemagne et les Allemands, par Herm. Everbeck, Paris, Garnier frères.

Königsberg, den 9. März. Die Maßregeln gegen die hiesige freie Gemeinde und alles, was mit derselben in Verbindung steht, dauern fort; so ist vor einigen Tagen eine der von dem Dinter-Vereine gegründeten Kleinkinderschulen, welche unter der Aufsicht des Dr. Rupp steht, policeilich aufgelöst worden, und zwar im eigentlichen Sinne des Wortes, da die Kleinen, sämmtlich in einem Alter unter 6 Jahren, durch Policeibeamte aus dem Schullocale entfernt wurden. (K. Z.)

Posen, den 8. März. Wegen Mangel an hinlänglichem Erwerb wird hierselbst die öffentliche Sicherheit immer mehr bedroht. In der Gegend von Posen haben sich förmliche Diebs- und Räuberbanden organisirt. Aus dieser Veranlassung durchreiten demnach Cavalleriepatrouillen die nach der Stadt führenden Straßen, um die Reisenden zu schützen. Aus der Provinz vernimmt man gleichfalls von vorgekommenen Diebstählen und Anfällen.

Wien, den 12. März. Der Kaiser ist mit den Großfürsten eingetroffen. — Die Angabe der preußischen Kreuzzeitung, als ob Oesterreich Frankreich die Anregung gegeben hätte zu Besetzung der Schweiz, Belgiens und Sardiniens, wird für eine Verleumdung erklärt.

Der „Salz. Corr." schreibt: In einer am 2. Febr. 1849 erlassenen Enciclica hat der heil. Vater bekanntlich den Bischöfen der katholischen Christenheit die Frage gestellt, ob sie es für angemessen und namentlich für zeitgemäß halten, daß der heil. Stuhl das Mysterium der unbefleckten Empfängniß der Mutter Gottes als Glaubensartikel aufstelle. Der „Civilta cattolica" zufolge sind nun über 500 bezügliche Beantwortungen in Rom eingelaufen. Die Zahl der antwortenden Bischöfe ist jedoch weit größer, da auf einer und der andern Antwort oft mehrere, mitunter sogar sämmtliche Bischöfe einer Provinz oder eines ganzen Kreises unterzeichnet sind. So sehr nun alle Bischöfe in der Versicherung übereinstimmen, daß der Glaube an und die Liebe zu diesem Mysterium unter den Gläubigen allgemein verbreitet seien und ein glühender Wunsch unter ihnen obwalte, das Mysterium als Dogma ausgesprochen zu wissen, so haben sich doch der Zahl nach wenige, der Autorität nach aber sehr beachtenswerthe Bischöfe mit gewichtigen Gründen gegen die Zeitgemäßheit der Dogmatisirung mit dem Bedeuten ausgesprochen, daß hierdurch die Kirche neuen Anschwärzungen, als wenn sie neue Dogmen creire, ausgesetzt und die Hinneigung der heterodoxen Völker zur kath. Kirche geschwächt werden könnte, wenn sie sehen sollten, wie den Gläubigen ein neuer Glaubensartikel, der bisher der Pietät des Einzelnen überlassen wurde, vorgeschrieben würde. — Sie fügen hinzu, daß es stets Herkommen in der Kirche gewesen sei, eine neue Doctrin nur dann aufzustellen, wenn es sich um die nothwendig gewordene Bekämpfung eines Irrthums handelt. Diese Nothwendigkeit bestände jedoch nicht, da der allgemein übereinstimmende Glaube der Katholiken an dieses Mysterium ein Beweis sei, wie der entgegengesetzte Irrthum keinen Halt finde unter der wahren Herde Christi.

Frankreich.

Paris, den 12. März. Der „Moniteur" bringt heute eine Anzahl Ernennungen und Pensionirungen im Justizsache. — Eine aus zwei Generalen und drei höheren Justiz- und Polizeibeamten gebildete Commission ist beauftragt, die Gnadengesuche der von den Departementalcommissionen verurtheilten Personen zu prüfen. — Nach Berichten aus Algerien ist die Strafcolonie Lambesa jetzt zur Aufnahme der bald dort erwarteten Deportirten vollständig eingerichtet. Ein Theil des Civil- und Militärpersonals ist schon dort.

Italien.

Turin, den 9. März. In Genua hat ein fremder Geistlicher, der seit mehreren Tagen in der Domkirche predigte, zu unruhigen Auftritten Veranlassung gegeben. Trotz polizeilicher Verwarnungen, seine politischen Predigten zu mäßigen, fuhr dieser Mann fort, von der Kanzel herab die Verfassung anzugreifen, die Siccardischen Gesetze über die Aufhebung des clericalen Forums, das Civilehegesetz, die Preßfreiheit und andere unserer Institutionen zu verdammen, was einen Theil der Zuhörer provocirte, ihre Unzufriedenheit erst durch Murmeln, dann durch Zischen und Pfeifen zu erkennen zu geben. Die Quästur hat den Geistlichen gestern vor sich beschieden.

Neapel, den 27. Febr. Der Corr. merc. bringt unter diesem Datum einen Brief, der den frühern Gerüchten von Erleichterung im Loose der politischen Gefangenen ꝛc. vollkommen widerspricht. Der letzte Ministerwechsel, sagt der Brief, war ein Wechsel der Personen, nicht der Grundsätze. Am 8. Febr. landete in Neapel ein Dampfer mit 60 der nach Geist und Vermögen ausgezeichnetsten politischen Verurtheilten. Sie kamen von Ischia, Procida, Nisida, unter ihnen Poerio, Nisco, Graf Castropediano u. A.. Sie wurden in's Arsenal gebracht, gefesselt, mit Handschellen versehen, in Wagen gebracht, und so bewegte sich der Zug unter starker Bedeckung nach Avellino (der Hauptstadt der Provinz Principato ulteriore mit 12,000 Einwohnern, in der Nähe der kaudinischen Pässe.) Der neue Bestimmungsort der Unglücklichen ist ein im Mittelalter errichtetes Kastell auf dem Gipfel des Berges Montefusko, 12 Miglien von Avellino. In einer abgelegenen, wenig zugänglichen Gegend, in einem Lande ohne Leben sind sie von aller Berührung mit den Lebenden geschieden, und namentlich den Blicken der Reisenden entzogen. Der Bericht des Blattes gibt noch weitere Schilderungen des zerfallenen Kastells, dessen Kerker in Neapel sprichwörtlich seien, und sagt dann: Die Gefangenen seien in schaudervolle Löcher, feucht und düster, 27 Hand breit unter der Erde, eingesperrt worden.

Miscellen.

Die Franzosen witzeln über Alles, sogar über die Journalisten. Da jetzt die Einführung amtlicher Costüme in Paris an der Tagesordnung ist, so heißt es dort, daß auch die Journalisten ein solches erhalten würden, und zwar von der Farbe „todter Blätter."

Die gelungenste unter den jüngsten Karrikaturen, welche der Londoner „Punch" bringt, führt die Unterschrift: Der ehrsüchtige Phaeton versucht den Wagen seines Oheims zu leiten und setzt Frankreich in Flammen. Louis Napoleon steht im Phöbuswagen, der mit vier Centauren in Tzakos oder Kuirassierhelmen bespannt ist, statt der Peitsche den Säbel in der Hand; das militärische Viergespann läßt sich nur noch schwer zügeln, und in den Wolken erscheint mit zornigem quos ego der Onkel als Jupiter und schleudert Blitze nach dem Verwegenen.

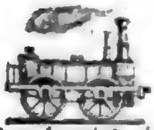
Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 13. März. Weizen 23 fl. 16 kr., Korn 19 fl. 47 kr., Gerste 15 fl. 19 kr., Hafer 6 fl. 35 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[876ᵃ]

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.



In Folge Beschlusses der Generalversammlung vom 16. Februar l. Js. fordert der unterzeichnete Verwaltungsrath die Herren Actionäre der Hessischen Ludwigseisenbahngesellschaft anmit auf,

eine Einzahlung von 10 Procent

bis längstens zum 31. März 1852 zu leisten.

Die einzuzahlende Nummer beträgt für jede Actie von 250 fl. nach Abzug der verfallenen Zinsen der bereits eingezahlten 45 g

neunzehn Gulden

und kann geleistet werden

in Mainz an Herrn J. A. Heidelberger,
" " " " Friedrich Korn,
" " " " G. L. Kayser,
" " " " C. Lauteren Sohn,
" " " " J. B. Werner,
" Worms " " Georg Renz,
" Frankfurt a. M. an die Herren M. A. v. Rothschild u. Söhne,
" Köln an den Abr. Schaaffhausen'schen Bankverein,
" Berlin an die Herren Anhalt und Wagener.

Mainz, den 28. Februar 1852.

Der Verwaltungsrath.

[884ᵃ]

Main-Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

Route:

Ludwigshafen — Mainz — Frankfurt — Würzburg.

Die Boote dieser Gesellschaft, — Personen und Waaren befördernd, — fahren vom 15. dieses Monats an täglich von **Ludwigshafen Morgens 8 Uhr 15 Minuten** (nach Ankunft des ersten Bahnzuges)

Der Reisende bezahlt:

von Ludwigshafen:	Salon. fl.	Salon. kr.	Vorkajüte. fl.	Vorkajüte. kr.
nach Worms	—	30	—	15
" Rheindürkheim	—	48	—	24
" Gernsheim	1	—	—	30
" Oppenheim	1	30	—	45
" Mainz	2	—	1	—
" Frankfurt	2	42	1	24
" Würzburg	6	6	3	36

☞ Billette für die Hin- und Herreise kosten nur die Hälfte mehr.

Ludwigshafen, den 11. März 1852.

Der Agent:
J. Gansen jr.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 67 | den 18. März 1852.

Deutschland.

*** Französische Zustände.** – IV. Artikel. Die neue französische Staatsweisheit hat einen neuen Hebel angesetzt. Die Stimmung wurde bedenklich. Die Bourgeoisie war wüthend über die Vernichtung des constitutionellen Regime, über das Bündniß mit den Jesuiten; die Faubourgs hatten die Deportationsdecrete, die Auflösung der associations fraternelles, die Auslöschung der Devise der Republik mit tiefem Groll aufgenommen.

Die Vereinigung fing an, aus der gemeinschaftlichen Unterdrückung hervorzugehen. Da galt es schnell vorzubeugen. Am 22. Januar erschienen die entscheidenden Decrete. Der vermittelnde Morny, der die Börse belebende Fould traten zurück; Persigny übernahm das Ministerium des Innern.

Persigny ist der bonapartische Democrat par excellence. Mit seinem Eintritt wird das System erklärt, daß man sich ganz auf die Massen stützen wolle, um der Bourgeoisie alle Lasten aufzuerlegen.

An demselben Tage erschien das Decret, welches die Confiscation der Güter der Familie Orleans verfügt; die Schenkung, welche Louis Philipp vor seiner Thronbesteigung machte, wird für nichtig erklärt; das, was die Prinzen von Orleans später ererbten von Mad. Adelaide, vom Herzog von Condé, müßen sie binnen Jahresfrist verkaufen.

L. Bonaparte schätzt dieses Vermögen auf 300 Millionen, von denen etwa 100 Millionen der Familie Orleans verblieben.

Von den confiscirten 200 Millionen werden 10 Millionen für die Gesellschaften zur gegenseitigen Unterstützung, 10 Millionen für die Verbesserungen der Arbeiterwohnungen, 10 Millionen für ländliche Creditkassen, 5 Millionen für einen Pensionsfond armer Geistlicher und der Rest für die Ehrenlegion verwendet, deren Ritter künftig honorirt werden.

L. Napoleon behält seiner Versicherung nach — Nichts, verzichtet sogar auf alle Entschädigungsansprüche, die er wegen der Confiscationen unter der Restauration erheben könnte.

Seine Familie verzichtet aber wohlverstanden nicht mit — und ihn selbst wird man wol durch die Millionen der künftigen Civilliste entschädigen.

Der Plan ist geschickt angelegt. Der erste Eindruck entspricht ganz den Erwartungen. Die Faubourgs jubeln. Logik ist ihre Sache nicht; sie halten sich an die äußere Erscheinung. Am Ende ist der Prinz doch kein Royalist, wol gar ein Socialist, sagen sie.

Die hohe Bourgeoisie ist außer sich; sie fühlt wohl, daß das der Anfang von einer ganzen Reihe gegen sie gerichteter Schläge ist. Selbst die Jesuiten stutzen, und Hr. v. Montalembert verläßt den „Retter der Gesellschaft.“

Aber wie lange wird die Freude, die Selbsttäuschung der Arbeiter und Bauern dauern? Einmal ist das Vermögen der Orleans in jener Angabe bedeutend überschätzt, nach belgischen Blättern um mehr als das Dreifache. Dann werden sich schwerlich Viele finden, die ihr Geld in dem Ankauf dieser Güter riskiren, und auf jeden Fall werden dieselben zu Spottpreisen verschleudert werden. Und endlich, was wird der einzelne Arbeiter und Bauer von der wirklichen Verwendung dieser bis jetzt noch sehr problematischen 30 Millionen merken!

Der Arbeiter freut sich, wenn die Lasten des Staates der Bourgeoisie auferlegt werden, aber wie will man ihn entschädigen, wenn die Bourgeoisie, dieser Lasten überdrüssig, ihre Capitalien zurückhält, ihre Fabriken schließt?

Das jetzige System geht denselben Weg, den einst die provisorische Regierung ging. Es muß, um seinem Regiment eine Galgenfrist zu gewinnen, Hoffnungen in dem Arbeiter erregen, die es nicht realisiren kann, weil es an den Bedingungen der Arbeit Nichts ändern will.

Der Arbeiter, namentlich der Pariser, ist überdieß nicht so gleichgültig gegen die politische Freiheit, daß er sie über einem Almosen vergäße. Zudem, wie lange werden die Mittel für unproductive directe Unterstützungen reichen?

Man ist auch nicht einmal consequent genug, das mit Persigny begonnene System vollends durchzuführen. Heute führt man zur Freude des Proletariats einen Schlag gegen die Bourgeoisie; aber morgen stellt man mit derselben Hand, um die Bourgeoisie wieder zu gewinnen, die Adelstitel wieder her und bildet eine neue Deportationsliste von Republikanern und Socialisten. Bei diesen Deportationen geschehen Dinge, deren man sich in Rußland schämen würde. Immer werden sie nicht verborgen bleiben. Das Volk wird schnell enttäuscht werden. Man wird sich bald todt regieren.

Aber das Spiel muß vollständig zu Ende gebracht werden. Das Schlimmste, was für den Augenblick passiren konnte, wäre eine Militärrevolution. Die Säbelherrschaft würde dieselbe bleiben; aber da die Bewegung wahrscheinlich orleanistisch wäre, so würde dadurch aufs Neue ein Terrorismus der Bourgeoisie, wie nach der Junischlacht, inaugurirt werden. Die auf die Massen gestützte heutige Dictatur mit ihren erzwungenen socialistischen Alluren bricht schneller zusammen.

Divide et impera. Das geht eine Zeit lang. Man beutet, wie man sieht, diesen Grundsatz nach Kräften aus. So bietet man z. B. Alles auf, um die älteren Bourbons zu einer Revision des für die Orleans so skandalösen Processes über die Condé'sche Erbschaft zu bewegen, dadurch will man die Fusionsgelüste paralysiren.

Aber man muß an den materiellen Verhältnißen scheitern und man wird rasch bei dem letzten Mittel, dem äußeren Kriege, anlangen.

Die allmälige Verminderung der Besatzung von Rom zeigt wieder, daß man ihn nicht gegen Oesterreich führen will.

***† Aus der Pfalz.** Die „Pfälzer Ztg.“ enthält in Nro. 55 einen durch die Klagen über den herrschenden Nothstand veranlaßten Artikel, der unverkennbar namentlich gegen verschiedene Andeutungen in der Speyr. Ztg. gerichtet ist, und durch welchen u. a. dargethan werden soll: daß eine solche Noth, wie man behaupte, gar nicht vorhanden, sondern nur eine „angebliche“ sei; daß, wer mehr verlange, als von der Regierung gethan worden, Unmögliches begehre und communistische Forderungen erhebe; und daß Diejenigen gerade die größten Anforderungen an die Regierung machten, welche ihr die Steuern zur Befriedigung der „nothwendigsten Staatsbedürfniße“ verweigerten.

Darauf wenigstens eine kurze Erinnerung.

Wir überlassen der Pfälzer Ztg. recht gerne, zu demonstriren, daß gar keine allgemeine Noth vorhanden sei, und daß die seit Monaten herrschenden Lebensmittelpreise noch gar nicht eine besondere Höhe erreicht haben; wir überlassen ihr, die Nothleidenden als „die niedern Volksklassen“ zu bezeichnen, und zu behaupten, daß blos die Böswilligkeit, die „Speculation auf den Appetit

der niedern Volksklassen" — die Handlangerei zu den Tendenzen der Unzufriedenen," — ein vorhandenes Elend behaupten könne; wir überlassen ihr das Verdienst, in solchen schamlosen Aeußerungen die Armuth mit Hohn und Verachtung, die Nothleidenden mit Verdächtigung und Verläumdung abzufertigen; wir überlassen es ihr auch, sich auf — angebliche oder wirkliche — amtliche Berichte über den ansehnlichen Ertrag der letzten Erndte zu berufen, wonach die „Besorgniß einer anhaltenden Theuerung alles Grundes entbehrt," und würden uns nicht einmal wundern, wenn sie die Behauptung aufstellte, daß man vermittelst papierener Rescripte ganz Deutschland in einen Zustand des Reichthums und Ueberflusses versetzt habe, so daß die Leute blos darum klagten, weil es ihnen zu gut gehe.

Die Frage, was in einem solchen Falle, wie der obwaltende ist, von Regierungswegen gethan werden kann und sollte, hat die Speyr. Ztg. mit großer Zurückhaltung besprochen, weil der Hr. Ministerpräsident in der Abgeordnetenkammer auf eine deßfallsige Interpellation antwortete, der ganze Erfolg hänge oft davon ab, daß die beabsichteten Maßregeln nicht vorschnell bekannt würden. Das, was die Speyr. Ztg. positiv hierin that, war im Wesentlichen Folgendes: 1) Sie machte frühzeitig aufmerksam, daß eine Theuerung eintreten werde, weßhalb man alsbald sich darauf vorsehen, und auf Vorkehrungen gegen die daraus entstehenden Verlegenheiten bedacht sein möge; 2) sie rieth zum alsbaldigen Ankaufe amerikanischen Mehles; 3) sie wünschte, die baierische Regierung möge beim gesammten Zollverein eine Aufhebung der Eingangszölle auf Lebensmittel veranlassen, und 4) sie möge eine Ermäßigung der Tarife auf den Staatseisenbahnen für den Transport von solchen Lebensmitteln für Rechnung der Gemeinden, Wohlthätigkeitsanstalten rc. gewähren. — Wenn damit etwas Unmögliches gefordert ist oder gar — was in den Augen gewisser Leute selbst über das Unmögliche hinaus zu gehen scheint — etwas Communistisches, nun, so lassen wir es uns gerne gefallen, in dieser Beziehung einmal sogar für Communisten zu gelten!

Wir haben hierüber nur noch dieses zu erinnern: daß durch die Behauptung: „daß von einem allgemeinen Nothstand nicht die Rede sein könne," daß „die Besorgniß einer anhaltenden Theuerung alles Grundes entbehre," und wie die derartigen Beruhigungsmittel alle lauten mögen, — Behauptungen, mit denen sich freilich Diejenigen beruhigen können, welche im Besitze von großem Vermögen, von hohen Besoldungen und reichen Einnahmequellen sind, wie Leute, welche von üppigem Gastmahle gesättigt nicht begreifen wollen, daß es Hungrige geben sollte — durch solche Behauptungen, sagen wir, wird kein Körnchen Getreide mehr in das Land gebracht, wol aber können Speculanten dadurch abgehalten werden, rechtzeitig Bestellungen in entfernten Gegenden zu machen. Hingegen kann durch das Eintreffen von Lebensmitteln, z. B. aus Amerika, selbstverständlich einem Steigen der Preise entgegengewirkt werden, besser als durch alle beruhigenden Versicherungen eines Blattes, das, wie alle Welt weiß, nur seinen gnädigen Protektoren zu Gefallen solche Behauptungen aufstellt.

Das von uns vorgeschlagene Mittel der Aufhebung des Zolles auf Lebensmittel muß doch nicht so ganz verwerflich, unmöglich communistisch sein, weil die Regierungen dasselbe nun doch in Anwendung gebracht haben. Wir sind aber der Meinung, daß es, vor 4 oder 5 Monaten ergriffen, noch ungleich erfolgreicher gewirkt hätte, als heute, und daß es besser gewesen wäre, wenn in Folge dieser Maßregel die Fruchtpreise gar nicht zu der in den Zollvereinsverträgen bezeichneten (jetzigen) Höhe hätten kommen müßen, ehe man sich über die angegebene Maßregel verständigte.

Auch die Ermäßigung der Transporttarife auf den Staatseisenbahnen scheint nicht so gar ungeheuerlich. Wir lesen eben in den Zeitungen, daß die Main-Dampfschifffahrtsgesellschaften, sowol die Frankfurter als die baierische, die Lebensmittel sogar unentgeltlich zu befördern beschlossen haben. Wir sind nun wirklich so communistisch gesinnt, zu glauben, daß die Regierung auf den Staatsbahnen doch wenigstens einen Theil dessen thun könnte, was sogar Private im vollen Maße gewähren.

Aber — meint die Pflzr. Ztg. — solche Anforderungen werden nur von Denen an die Regierung erhoben, welche die zur Befriedigung der „nothwendigsten Staatsbedürfniße" erforderlichen Steuern verweigern wollen! — Die Speyr. Ztg. ist weder im Falle Steuern zu bewilligen noch zu verweigern. Allein in der Abgeordnetenkammer hat die democratische Opposition gegen die Steuererhöhung gestimmt, weil nach ihrer Ansicht Ersparungen möglich sind, wodurch sich das Deficit ganz vermeiden und mit den alten Steuern auskommen läßt. Es fragt sich nun, ob dadurch den „nothwendigsten Staatsbedürfnißen" die „Befriedigung" versagt wird? An welchen Positionen wurden Ersparungen verlangt? An der Civilliste, dem Staatsrathe, den Gesandtschaften, der zu großen Beamtenzahl, den zu hohen Besoldungen und Repräsentationsgeldern, den zu hohen und übel normirten Pensionen, und am Militäretat, durch Zurückführung der Formation auf den frühern Stand. Die Pflzr. Ztg. sieht diese Ausgaben in der vorgeschlagenen Größe als die „nothwendigsten Staatsbedürfniße" an. Wir wagen es, den „communistischen" Gedanken zu hegen, daß es doch noch nothwendigere Dinge gibt, zu denen wir namentlich ein Entgegenwirken gegen die nach unserer Ansicht eben doch vorhandene Noth, und die Vermeidung einer Steuererhöhung zu rechnen uns erlauben.

Indem die „Pfälzer Ztg." dennoch eine „lokale" Noth zugibt, behauptet sie weiter: „Die allzu große Freiheit („des Individuums in Bezug auf die Wahl der Erwerbsquellen, in Bezug auf das Uebersiedeln von einer Gemeinde in die andere, in Bezug auf Ansäßigmachung und Verehelichung"), die in solchen für den Erwerb einiger Maßen schwierigen Zeiten als offener Krebsschaden hervortritt, der Leichtsinn in der Wahl der Erwerbsmittel, in der Errichtung von Gewerben, in der Schließung von Heirathen, die Gewissenlosigkeit der Familienväter, die Weib und Kinder im Elend sitzen lassen und in die Fremde ziehen, die Demoralisation, Arbeitsscheu und Genußsucht, in die rüstige Leute versunken sind — diese Momente sind Ursachen der Armuth und Verdienstlosigkeit, nicht der Mangel einer Sorge von Seiten der Regierung."

Hierdurch wird zweierlei ausgesprochen: Erstens die Freiheit der Ansäßigmachung, der Verehelichung und der Gewerbe, welche Freiheit die Pfalz bisher unter ihre theuersten Güter zählte, welche Freiheit als Ziel staatlicher Entwickelung, als Mittel des Fortschritts und der Veredlung der Völker, als Grundlage der Sittlichkeit und des Glücks anerkannt und erprobt ist, diese Freiheit ist für die Pfalz „in den für den Erwerb einiger Maßen schwierigen Zeiten ein offener Krebsschaden." — Hieraus folgt mit Nothwendigkeit, daß Diejenigen, welche Solches behaupten, wünschen und dahin arbeiten müssen, daß dieser Zustand der Freiheit in der Pfalz aufgehoben, und dagegen die Zustände des altbaierischen „Krystallisationskerns" dahin verpflanzt werden. Sie müssen also die Staatsregierung zu Gesetzesvorlagen provociren, welche solche Aenderungen bezwecken, während die Pfalz, mit Händen und Füßen dagegen sich sträubend, um keinen Preis ihre so schnöde verdächtigte Freiheit aufzugeben entschlossen ist. Sie müssen ferner dem zu Folge dahin wirken, daß die Pfalz Deputirte wähle, welche mitwirken, damit die genannte Provinz jene Gesetze erhalte, welche die glücklichen Zustände Altbaierns daselbst einzuführen geeignet sind. Zweitens wird hierdurch der Glaube zu verbreiten gesucht, als herrsche in der Pfalz, unter Mißbrauch der genannten Freiheit, eine Gewissenlosigkeit der Familienväter, eine Demoralisation, Arbeitsscheu und Genußsucht, daß vorzugsweise hieraus die Armuth und Verdienstlosigkeit entspringe. Und diese Lüge streut ein Blatt in die Welt hinaus, welches ein Pfäl-

zer herausgibt, ein Blatt, das der Wahrheit zu dienen und die wahren Interessen des Volkes zu vertheidigen behauptet, ein Blatt, das den Gemeinden und allen Abhängigen aufgezwungen ist, ein Blatt, das die Mittel zum Fristen seiner Existenz aus den öffentlichen Cassen und dem Beutel der Minderjährigen und Zwangsveräußerten schöpft! — Ein solch höhnendes, hündisch-wohldienerisches Auftreten trifft mit Recht die tiefste, allgemeinste Verachtung des Landes.

München, den 12. März. Nach den Nachrichten, die aus allen Theilen des Landes hier eintreffen, wird in diesem Jahr die Auswanderung nach Amerika auch von Baiern aus weit stärker werden als es je in einem der Vorjahre der Fall war; sie beginnt auch schon jetzt, in so früher Jahreszeit, und beschränkt sich nicht mehr blos auf die fränkischen, sondern auch auf die ältern Provinzen Bayerns, aus welchen bisher nur Wenige ausgewandert sind, verlassen ganze Gesellschaften den heimathlichen Boden, um jenseits des Meeres sich eine neue Heimath zu gründen.

Es befinden sich gegenwärtig Delegirte der Straßburg-Baseler und der Mainz-Ludwigshafener Eisenbahngesellschaft hier, um mit unserer Regierung über die Fortsetzung beider Linien an die baierische Grenze und den desfallsigen Anschluß an den pfälzischen Schienenweg zu unterhandeln. (A. Z.)

Regensburg, den 13. März. Die R. Z. schreibt: Am 18. d. Mts. nimmt ein neues Jubiläum mit Ablaß in der hiesigen Domkirche und der ganzen Diözese seinen Anfang, das Pius IX durch Rundschreiben vom 22. Nov. an alle Bischöfe der röm.-kathol. Kirche verliehen hat und wie das hiesige bischöfliche Fastenmandat besagt, „besonders wegen der schweren Bedrängnisse der Christenheit und wegen der großen Gefahren, welche dem ewigen und zeitlichen Wohle der Völker drohend bevorstehen, ausgeschrieben worden ist."

Augsburg, den 13. März. Heute wurden die „Neue Sion" und die „Postzeitung" mit policeilichem Beschlag belegt, wie auch kürzlich in München der vom Landtagsabgeordneten Pfarrer Westermaier herausgegebene „Katholische Volksfreund."

Frankfurt, den 15. März. Heute Vormittag erlebten wir hier abermals einen Mordanfall. Ein angeblich aus Trier gebürtiger und in Bockenheim in Arbeit stehender Schuhmachergeselle, versetzte am vorigen Samstag bei einer Frau, welche Pfänder für das Pfandhaus annimmt, Sachen, worauf derselbe 5 fl. erhielt. Heute Morgen nun kam der Schustergeselle abermals zu dieser Frau und erklärte derselben, er müsse für die versetzten Gegenstände 7 fl. haben. Als nun diese versicherte, nicht mehr geben zu können, zog jener ein Messer hervor und versetzte der Frau mehrere tiefe Schnitte in den Hals. Durch das Geschrei schnell herbeigeeilten Leuten gelang es jedoch, den Uebelthäter festzunehmen und ihn den Gerichten zu überliefern. An dem Aufkommen der Frau wird noch gezweifelt.

Wiesbaden, den 15. März. Heute Vormittag fand die Eröffnung des Landtags durch den Herzog statt.

Berlin, den 12. März. Wie wir hören, sind in Bremen, ohne Zweifel in Folge von Requisitionen, hannoverische Truppen, einige Schwadronen und Artillerie, eingerückt. Das Commando hat der General-Major Brandis. (Allgm. Ztg.)

Bekanntlich hatte die Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil des Kreisschwurgerichts in dem Proceß gegen den ehemaligen Gefangenwärter Kinkels Brune und den Gastwirth Krüger aus Spandau (welcher letztere von dem Schwurgericht für nichtschuldig erklärt wurde) die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt. Dieselbe ist jedoch vom Obertribunal zurückgewiesen und somit das Urtheil des Kreisschwurgerichts aufrechterhalten worden.

Delitzsch, den 8. März. Als der Prediger Sachse aus Magdeburg gestern Nachmittag in der Versammlung der hiesigen freien Gemeinde etwa 5 Minuten gesprochen hatte, unterbrach ihn der anwesende Polizeibeamte, Assessor Katholi, mit den Worten: „das ist kein religiöser Vortrag!" und löste die Versammlung auf. Sachse hatte in einigen einleitenden Sätzen ausgesprochen, daß die freien Gemeinden in der Sehnsucht nach dem Idealen, die sich als Triebkraft zu einem sittlichen Leben erweise, ihre Religion fänden. Der oben erwähnte Beamte gab als Merkmal des nicht religiösen Karakters an dem Vortrage das an, daß kein Bibelspruch in demselben vorgekommen sei und überhaupt Alles anders, als in der Kirche, gelautet habe.

Schweiz.

Zürich, den 12. März. Karl Todt wurde heute auf dem Kirchhofe der Gemeinde Neumünster beerdigt. Er stand in seinem 49. Lebensjahre, war früher jahrelanger Führer der parlamentarischen Opposition im Königreich Sachsen, dann unter dem Märzministerium geheimer Regierungsrath und eine Zeitlang sächsischer Bundestagsgesandter zu Frankfurt, endlich beim Ausbruch des Dresdener Maiaufstandes 1849 Mitglied der dortigen revolutionären Regierung und seitdem Verbannter in der Schweiz. Ein zahlreicher Leichenzug folgte seinem Sarge. Alle hier lebenden deutschen Flüchtlinge, viele Mitglieder der Freimaurerloge und der Regierung geleiteten ihn zur letzten Ruhestätte. Professor Köchly, Landsmann des Verstorbenen und ebenfalls Flüchtling, hielt eine treffliche Rede am Grabe, worin er eine Skizze von dem Leben und Wirken des Dahingeschiedenen gab und die Ueberlebenden aufforderte, gleich ihm an den Grundsätzen der Democratie unverbrüchlich festzuhalten. (F. J.)

Frankreich.

Paris, den 10. März. Da nun einmal das Kaiserthum von den Propheten noch im Laufe dieses Jahres angesagt ist, so sucht das gemeine Volk schon eifrig nach den Zeichen, aus denen das Nahen des Ereignisses sich erkennen lassen soll. Eine Revue von 100,000 Mann, die auf den 15. August anberaumt sein soll, ist eine Sache die selber erst noch der Zeichen bedürfte um als gewiß erscheinen und andern Prophezeihungen zur Begründung dienen zu können. Gleichwol heißt es schon, daß sie nur beschlossen ist um eine Initiative der Bajonnette, die definitiv an die Stelle der parlamentarischen Initiative getreten sein soll, zu provociren, und dem Senat Gelegenheit zu geben ohne viel Zaudern und Discutiren dem Werk vom 2. Decbr. die Krone aufzusetzen. Minder imponirend, aber auch minder zweifelhaft, ist die Beobachtung, die in den letzten Tagen die Pariser Straßenpolitiker gemacht haben: daß nämlich die Truppen, ganz wie zur Zeit der Revuen bei Versailles, nach den bei dem schönen Wetter der letzten Tage besonders häufig gewordenen Paraden, Manövern und Uebungsmärschen, Gratificationen an Wein und Lebensmitteln erhalten, wobei es natürlich nicht immer sehr ruhig hergeht. So erregte gestern Abend die übergroße Munterkeit der in der Caserne des Faubourg Poissonnière liegenden Truppen, die sich durch Zerschlagen von Fensterscheiben, Gesang und Prügeleien Luft machte, einen Zusammenlauf des Publicums, in welchem sich neben einigen Redensarten über die Regierung, welche die Soldaten bezahle um sich zu betrinken, auch sehr bezeichnende speculative Betrachtungen über den wahrscheinlichen Endausgang des Rausches laut werden ließen — und zwar, zur Steuer der Wahrheit sei es gesagt, ohne alle policeiliche Einmischung und Verhinderung. Eine interessante Wahrnehmung war es, wie weit schon der Gedanke an die imperialistische Restauration in die Gemüther der Masse eingedrungen ist. (A. Z.)

Die Opposition, die sich von allen Seiten gegen das beabsichtigte Unterrichtsgesetz erhoben, hat einen kleinen Sieg gefeiert, denn das Unterrichtsgesetz ist doch in einer andern Fassung erschienen als man erwartete. Und doch glaubt man, daß an 7 bis 800 Männer der Wissenschaft und des Unterrichtes durch dasselbe ihr Brod verlieren dürften.

In den Pariser Salons laufen neuerdings einige hübsche Witzworte um, u. a. das folgende: Die Sena-

toren wollen den vorschriftsmäßigen Frack von blauem Sammt nicht tragen, sondern den blauen Tuchfrack; nun sagt man, sie wollten den Sammt nicht dulden, weil sie dann die Röcke nicht wenden könnten.

— den 11. März. Was Sie vor einigen Wochen über die von Georges Sand ausgewirkten Begnadigungen berichtet haben, enthielt eine Wahrheit, aber nicht die ganze Wahrheit. Georges Sand hat noch vierzig andern Verurtheilten die Begnadigung vom Präsidenten ausgewirkt; aber nicht einer der Vierzig soll bis heute auf freien Fuß gesetzt sein, sondern alle sich noch auf den Schiffen befinden die zur Transportirung der Unglücklichen bestimmt sind. Georges Sand ist vom guten Willen des Präsidenten sein Wort zu halten fest überzeugt und klagt ihn dieser Saumseligkeit wegen nicht an — aber die Präfecten und Commandanten in den Provinzen thun was sie wollen, und kümmern sich um die Befehle, die ihnen aus Paris zukommen, nur so weit es ihnen genehm ist. (A. Z.)

— den 13. März. Das präsidentielle Decret in Bezug auf die Pensionirung der Richter ist bereits in Anwendung gebracht worden. Der „Moniteur" hat gestern eine große Anzahl von Ernennungen und Beförderungen veröffentlicht, welche durch die Pensionirung von Räthen des Appellationshofes von Paris veranlaßt sind.

Der Gesundheitszustand Abdel Kaders soll seit einiger Zeit nicht der beste sein. Die Umgebung des Ex-Emirs soll nicht ohne lebhafte Besorgniße deshalb sein. Es ist an die Regierung das Gesuch gerichtet worden, daß sie Abdel Kader aus dem Schlosse von Amboise nach einer Stadt im Süden Frankreichs bringen lassen möge.

— den 14. März. Der heutige Moniteur enthält ein Decret, durch welches der Finanzminister autorisirt ist, die 5pCt. französische Rente al pari zurückzuzahlen, oder in 4½pCt., während zehn Jahren zurückzahlbar, zu convertiren. Die convertirten Renten genießen noch 5 pCt. bis den 22. März d. J. Die Forderung der Rückzahlung muß binnen 20 Tagen erfolgen und binnen zwei Monaten außerhalb Frankreich, in Europa.

Marseille, den 8. März. Der Labrador ist mit 250 politischen Verurtheilten nach Algier abgefahren.

Italien.

Nizza, den 4. März. Mehrere hier weilende britische Officiere haben Befehl erhalten, sich auf ihre Posten theils in der Marine, theils im Landheere zu begeben. Einige sind sogleich abgereist.

Rom, den 4. März. Wenn auch Diebstähle, Einbrüche und nächtliche Anfälle bereits zu den gewöhnlichen Dingen gehören, so hatte man es doch immer noch nicht zu so gränzenloser Frechheit gesteigert, einen großartigen Raub mit bewaffneter Hand, in einem der belebtesten Theile der Stadt, am hellen lichten Tage zu verüben. Gestern früh um neun Uhr ward ein achtbarer Geschäftsmann, der einem andern die Summe von 1500 Thalern zu überbringen im Begriff war, auf dessen Haustreppe in der Straße, die vom Pantheon der St. Ignatiuskirche zuführt, von drei mit Dolchen bewaffneten Räubern überfallen, die ihm seine Brieftasche mit den darin befindlichen Schatzscheinen abnahmen und sich dann in Eile davon machten. Was Paßplackereien und Aufenthaltskarten anbelangt, ist die römische Policei meisterhaft; wo es aber gilt Verbrechen zu verhüten oder Verbrecher aufzufinden, da sucht man sie in der Regel vergebens. — Zur Zeit des Carnevals verschwand mit einemmal der Dr. Fossati, der sich seit einiger Zeit hier als Fremder aufhielt. Er ist ein Piemontese von Geburt und ein Schüler von Gall, seit Jahren aber in Paris als practischer Arzt ansässig, und dort Präsident der cranioscopischen Gesellschaft. Vor einigen Tagen ist er indessen wieder zum Vorschein gekommen; er war nämlich zur Zeit des Faschings ganz in aller Stille verhaftet und mehrere Tage hindurch ebenso geheimnißvoll gefangen gehalten worden. Die Veranlassung seiner Verhaftung ist folgende: ein französischer Künstler, der sich zur Zeit des Corso mit ihm auf demselben Balcon befand, frug ihn ob er das neuere Werk Proudhons über die gegenwärtigen französischen Zustände gelesen habe, und als er es verneinte, gab er ihm einen Auszug von nur wenigen Zeilen den er dem Werke in Eile entnommen zu haben vorgab, und als den heftigsten Ausfall bezeichnete. Dr. Fossati steckte das Blatt zu sich um es in seiner Wohnung mit Bequemlichkeit zu lesen, ward unterwegs aber von Policeiagenten festgehalten, denen es gewiß bekannt geworden war, daß er das verfängliche Blatt bei sich trug. Nur der französischen Gesandtschaft hat es gelingen können seine Befreiung so bald auszuwirken, und ihm zugleich die Erlaubniß zu verschaffen, noch ferner in Rom verweilen zu dürfen. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

Nach Berichten aus Mons vom 14. März Vormittags waren bei der Kohlengrube zu Elouges die Rettungsarbeiten vorläufig eingestellt worden, indem die dazu verwendeten Leute, weil die Galerie voll entzündbaren Gases, sich geweigert hatten, in derselben fortzugraben. Die ohnehin nur schwache Hoffnung auf Rettung der verschütteten 60 Arbeiter schien somit gänzlich aufgegeben werden zu müssen.

Paris, den 14. März. Das heutige Decret im Moniteur über die Rentenconversion hat große Sensation erregt. Die 5pCt. Rente, jetzt 4½pCt. Rente, fiel sofort von 103,60 auf 100,60 herab. Ungeheure Summen sollen durch die Veröffentlichung des heutigen Decrets gewonnen und verloren worden sein.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[884a]

Main-Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

Route:

Ludwigshafen — Mainz — Frankfurt — Würzburg.

Die Boote dieser Gesellschaft, — Personen und Waaren befördernd, — fahren vom 15. dieses Monats an täglich von **Ludwigshafen Morgens 8 Uhr 15 Minuten** (nach Ankunft des ersten Bahnzuges)

Der Reisende bezahlt:

von Ludwigshafen:	Salon.		Vorkajüte.	
	fl.	kr.	fl.	kr.
nach Worms	—	30	—	15
„ Rheindürkheim	—	48	—	24
„ Gernsheim	1	—	—	30
„ Oppenheim	1	30	—	45
„ Mainz	2	—	1	—
„ Frankfurt	2	42	1	24
„ Würzburg	6	6	3	36

☞ Billette für die Hin- und Herreise kosten nur die Hälfte mehr.

Ludwigshafen, den 11. März 1852.

Der Agent:
J. Gausen jr.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 68 | den 19. März 1852.

Deutschland.

• München, den 14. März. Nach den ursprünglichen Bestimmungen der baierischen Verfassungsurkunde stand bekanntlich das Initiativrecht ausschließlich der Krone zu; ausgearbeitete Gesetzentwürfe konnten also von den Kammern nicht zur Vorlage gebracht werden. Dieses unnatürliche Verhältniß erfuhr endlich im Jahre 1848 eine Abänderung; die Initiative bezüglich gewöhnlicher Gesetze ward den Kammern vollständig, jene bezüglich auf Verfassungsgesetze blos theilweise und unter großen Beschränkungen und Erschwerungen, zugestanden. Indessen ist seit längerer Zeit die Ansicht verbreitet, jene ganze Gewährung sei darum illusorisch, weil die Krone gar keinem von den Kammern initiirten Gesetze, betreffe dasselbe was es wolle, ihre Sanction ertheilen werde. — Wir wissen nicht, worauf sich diese Annahme gründet. Thatsache ist es aber, daß selbst der von dem 2. Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Hrn. Weis beantragte und von beiden Kammern längst angenommene Gesetzentwurf über Bestrafung von Majestätsbeleidigungen in der Pfalz — bis heute als Gesetz noch nicht promulgirt ist.

Unter diesen Verhältnißen war die gestrige Abgeordnetensitzung geeignet, wenigstens etwas mehr Interesse als gewöhnlich darzubieten, indem zwei Initiativanträge, von denen der eine sogar eine Verfassungsabänderung bezielt, auf der Tagesordnung standen. Der erste dieser beiden Anträge, jener des Abg. Kolb, bezweckt die Haftung des Staats für die bei Soldatenaufläufen entstehenden Beschädigungen in der Pfalz, nach Maßgabe des diesseitigen Gesetzes. Gründe gegen die Annahme dieses Gesetzentwurfes wurden von keiner Seite der Abgeordneten erhoben, wol aber fand derselbe entschiedene Billigung. Nicht ohne Verwunderung vernahm man es daher, als am Schlusse der Discussion der Ministerialcommissär Hr. Molitor die bestimmte Erklärung abgab, die Regierung werde diesen Gesetzentwurf nicht berücksichtigen. Nachdem der Referent und der Antragsteller auf die Einwendungen geantwortet hatten, erfolgte die Abstimmung, und es ergab sich das auf dem ganzen Landtage noch nie vorgekommene Resultat, daß troz jener kategorischen Erklärung vom Ministertische aus, der Gesetzentwurf beim namentlichen Aufrufe **einstimmig** angenommen ward. — Wir legen diesem Vorgange gewiß keine allzuhohe Bedeutung bei, auffallend und bemerkenswerth finden wir denselben aber allerdings.

Nun begann die Verhandlung über den Weis'schen Antrag auf Einführung dreijähriger (statt der 6jährigen) Finanzperioden, sonach auf Abänderung einer Verfassungsbestimmung, — über jenen Antrag, welcher bekanntlich dadurch veranlaßt wurde, daß Kolb die Initiative auf ein-, Wallerstein auf zweijährige Finanzperioden ergriffen hatte. Ehe man zu diesem Gegenstande gelangte, hatten sich sämmtliche in der Kammer anwesende Minister aus derselben entfernt. Auch nahm hier nicht einmal einer der zurückgebliebenen Ministerialcommissäre das Wort. Verschiedene Kammermitglieder bekämpften den Antrag. Dennoch ward derselbe mit der großen Majorität von 102 gegen 13 Stimmen angenommen.

Unverkennbar involviren diese beiden Beschlüße eine auffallende ministerielle Niederlage oder vielmehr sie enthalten eine Zurückweisung der etwaigen Absicht, das Initiativrecht der Kammern wenigstens factisch außer Wirksamkeit zu setzen.

Bei der letzterwähnten Verhandlung fiel uns noch ein Umstand auf. Der Abg. Heine griff in seiner gewöhnlichen, einschneidenden Weise den „Constitutionalismus" an. Kolb, der den Ansichten des Vorredners principiell diametral entgegen stand, erklärte ohne alle Umschweife, daß er vollkommen damit einverstanden sei, der bestehende Constitutionalismus tauge rein gar nichts. Lasaulx, der hierauf das Wort nahm, begann damit, daß er diese Aeußerung vollständig adoptirte. Während nun diese Ueberzeugung von Abgeordneten ganz verschiedener politischer Standpuncte ohne alle Bemäntelung ausgesprochen ward, erhob sich auch nicht eine Stimme für den jezt bestehenden Constitutionalismus, weder von einem Kammermitgliede, noch vom Ministertische aus.

Es scheint uns auch dies eine für den dermaligen Constitutionalismus eigenthümlich bezeichnende Erscheinung.

• Der Bericht des Finanzausschusses der Reichsrathskammer über das Budget liegt nun ebenfalls vor. Der Ausschuß stimmte nicht nur einhellig seinem Referenten wegen Erhöhung der von der Abgeordnetenkammer für das Militär bewilligten Summe bis zu dem von der Regierung postulirten Betrage bei, sondern nahm auch die Anträge an: „den Betrag, welcher für die Ueberzähligen erlaufen und seiner Zeit nachgewiesen werden wird, innerhalb des Betrags von 173,000 fl. nachträglich zu bewilligen," und daß: „in dem Falle, daß die von der Regierung vorbehaltlich gemachte Minderung von 304,000 fl. durchaus nicht sollte effectuirt werden können, der treffende Betrag innerhalb dieser Summe gleichfalls die nachträgliche Bewilligung erhalten solle."

Auch die übrigen auf Aenderung der Einnahme- und Ausgabesäze abzielenden Vorschläge der Referate wurden angenommen. In Folge dessen ergibt sich, daß sich das von der Abgeordnetenkammer auf 2'439,831 fl. festgesetzte Deficit, auf 2,810,305 fl. erhöht.

Was die einzelnen Wünsche und Anträge der Abgeordnetenkammer betrifft, so soll insbesondere folgenden die Zustimmung versagt werden: die Steuernachlässe in der Pfalz seien, wie diesseits, von der Kreis- auf die Staatscasse zu übernehmen; die Jagdregie mit eigenem Personal und der Wildpark im Spessart seien aufzuheben; die Porcelanmanufactur sei zu verkaufen 2c.

• München, den 15. März. (100. öffentliche Sizzung der Abgeordnetenkammer.) Lanzer erhält Urlaub bis Ende des laufenden Monats. — Die Kammer beschließt, zur Vorprüfung des Gesetzentwurfs über das Weiderecht, einen eigenen Ausschuß von 15 Mitgliedern zu wählen, welche Wahl morgen stattfinden wird.

Hierauf Verhandlung und einstimmige Annahme des Gesetzentwurfes „die Einführung der baierischen Stempelgesetze in dem ehemaligen (badischen) Amte Steinfeld (in Unterfranken.)"

Sodann Verhandlung über 4 Anträge, in folgendem Betreff: 1) verlangte authentische Interpretation des Art. 4 des Einkommensteuergesetzes (veranlaßt durch die Frage, ob der Herzog v. Leuchtenberg zu Eichstädt oder zu München seine Steuer zu entrichten habe); 2) wegen Aenderung des Biertarifs; 3) einer verlangten Straßenübernahme auf Staatskosten, und 4) wegen Errichtung eines homöopathischen Spitals. Dem ersten dieser Anträge wird keinerlei Folge gegeben, die 3 andern werden an das Ministerium hinübergewiesen. Für den, die Homöopathie betreffenden Antrag, (wonach ein homöopathisches

Spital auf Staatskosten errichtet werden sollte), sprachen übrigens der Antragsteller Wolfsteiner und Wallerstein, dagegen erklärte sich Heine in geistvoller Rede.

* **München,** den 15. März. Während bereits vor einigen Tagen allgemein geglaubt wurde, die Ministercrisis sei vorüber, wird seit gestern neuerdings mit vieler Bestimmtheit das Gegentheil behauptet, und versichert, dieselbe habe noch keineswegs ihre Lösung gefunden.

* In Folge des Ablebens des Abg. Fraas ist im Wahlbezirk Wunsiedel eine Neuwahl (d. h. eine wirkliche neue Wahl) nothwendig geworden. Dieselbe fand am 13. d. statt. Die Reactionspartei ließ es auch hier nicht an ihren gewöhnlichen Bemühungen fehlen. Und wenn sie auch hier nicht — wie es vor wenigen Tagen in dem den Gemeinden der Pfalz aufgezwungenen, die Sittlichkeit überall so sehr fördernden Blatte geschah — den Wahlmännern sagen konnte: unser Candidat und eine Eisenbahn, der Oppositionskandidat und keine Bahn! — so mag doch für eine arme Gemeinde die Hoffnung, von der Last einer, vielleicht auf Kreis- oder Staatsmittel zu übernehmenden Straßenunterhaltung, befreit zu werden, beiläufig von dem nemlichen Gewichte sein (wenngleich allerdings zugestanden werden muß, daß kein Oberfränkisches Blatt es mit den Geboten der Moral vereinbar fand, solches in Aussicht zu stellen). Wie dem sei, die Wahlmänner des fraglichen Bezirkes waren gar nicht schwankend, welcher politischen Farbe sie den Vorzug zu geben hätten. Es wurde im ersten Scrutin mit weit überwiegender Majorität Apotheker Schmidt, der Oppositionscandidat, und dann ebenso ein Ersatzmann von der nemlichen politischen Richtung gewählt, indeß die aufgestellten Candidaten der Reactionspartei mit Eclat durchfielen. — Einige, hier nicht näher zu erörternde Nebenumstände, lassen dieses Ergebniß als ein besonders erfreuliches erscheinen.

* Der Winter dauert mit aller Strenge noch immer fort. Wenn es auch öfters am Tage thaut, so gefriert es doch regelmäßig von Abends an. Vorgestern Morgen hatten wir wieder eine Kälte von 11 Grad. Heute fällt zu dem noch vorhandenen ziemlich vielen Schnee wieder neuer.

Nürnberg, den 15. März. Gestern (Sonntag) haben hier eine Masse Haussuchungen bei Mitgliedern der aufgelösten „freien christlichen Gemeinde" stattgefunden. Das Resultat derselben dürfte die Polizei nicht befriedigen. (F. K.)

Würzburg, den 13. März. Auf dem heutigen Getreidemarkt ist besonders der Preis für Weizen merklich gewichen und wurde viel Getreide eingestellt.

Neu-Ulm, den 13. März. In der Grimmelfinger Sandgrube hat sich ein Unglücksfall ereignet. Eine überhängende Erdmasse stürzte, während ein Fuhrmann mit noch zwei Personen mit Sandaufladen im Schachte beschäftigt waren, zusammen und verschüttete nebst dem Fuhrmann und dessen Pferd noch einen der Arbeiter, während es dem Dritten, der zwar mit dem Leben davon kam, ein Bein abschlug.

Karlsruhe, den 14. März. Eine recht lebhafte Debatte wurde gestern in der zweiten Kammer hinsichtlich der Wiedereinführung der Prügelstrafe geführt. Eine Anzahl Bürgermeister und die Vertreter der Stadt Freiburg hatten hierzu durch Einreichung von Petitionen Anlaß gegeben. Von Seiten der Regierungsbank erfolgte die Erklärung, daß die jetzigen Strafarten ausreichten und zur Prügelstrafe nicht zurückgegriffen werden solle.

Stuttgart, den 15. März. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten kam der Bericht der staatsrechtlichen Commission über den Gesetzentwurf, betreffend die Ungültigkeit der Grundrechte, zu Berathung. Bei der Abstimmung darüber ward der Antrag Probst's, den Gesetzentwurf einfach abzulehnen, mit 68 gegen 18 Stimmen verworfen; dagegen ward der erste Artikel des Gesetzentwurfs (Ungültigkeit der Grundrechte als Landesgesetz) mit 53 gegen 33 Stimmen genehmigt. v. Mehring's Antrag (die Revision der Verfassung wird vorbehalten) ward verworfen. Der zweite Artikel des Gesetzentwurfs (öffentliche Rechtsverhältnisse der Israeliten) ward mit 64 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Hiermit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt; der zweite wird morgen vorkommen.

Aus Oberhessen, den 14. März. Professor Wippermann, der wegen seines Schriftchens über das Recht der Staatsregierung, die von den Ständen (d. h. der Majorität zweiter Kammer) verweigerten Steuern fortzuerheben, seiner Zeit in Untersuchung kam, seiner Professur in Gießen enthoben und zu drei Monate Freiheitshaft verurtheilt wurde, ist vor Kurzem definitiv ohne Pension entlassen worden. (F. J.)

Kassel, den 10. März. Die in Darmstadt neu erscheinende demokratische Zeitung „Hessisches Volksblatt", redigirt von August Becker, ist wegen ihrer „destructiven Tendenz" für das gesammte Kurfürstenthum verboten worden.

Köln, den 14. März. Trotz der Kälte und den Launen, welchen die Jahreszeit oft unterworfen ist, langen täglich (gestern 1100) Auswanderer, meistens kräftige und nicht selten wohlhabende Landleute, hier an, um jenseits des Oceans ihr Glück zu suchen.

Hamburg, den 11. März. Der Zuckerbäcker Brüning ist nunmehr, einige Tage nachdem seine Lossprechung von der Instanz erfolgt war, in Freiheit gesetzt, aber auch gleich seinen Schicksalsgefährten (derselbe ist Holsteiner) sofort aus hiesigem Staatsgebiet verwiesen worden.

Wien, den 11. März. Die aus Holstein zurückgekehrten Infanterieregimenter sind durch Beurlaubungen auf den Friedensstand gesetzt und die länger dienenden Mannschaften auch schon mit Urlaub bis zur Einberufung in ihre Heimath abgegangen.

Zwei Vorsteher der protestantischen Gemeinde wurden von der Regierung aus dem Grunde suspendirt, weil dieselben zur Zeit des Bestandes der sog. deutschkatholischen Gemeinden in Oesterreich mit denselben im Namen ihrer Gemeinden zu transigiren strebten. Den Gemeinden ist die Wahl von neuen Vorständen aufgetragen worden.

— den 13. März. Der ehemalige Redacteur des in Gratz erschienenen deutschkatholischen Blattes „Urchristenthum," A. Kutschera, welchem in der letzten Zeit St. Pölten zum Wohnsitz angewiesen war, hat die Bewilligung zur Auswanderung nach Amerika erhalten und tritt nächster Tage die Reise dorthin auf Kosten der Regierung an.

Schweiz.

Bern, den 14. März. In der letzten Nacht sind mehrere deutsche Flüchtlinge, welche zur communistischen Fraction zählen, von Genf gefangen hierher gebracht worden. — Ein österreichischer Officier kam verkleidet aus der Lombardei nach Tessin und verlockte 58 Individuen zum Schmuggel. Kaum waren sie mit ihrer Waare jenseits der Gränze angelangt, so wurden sie mit Flintenschüssen empfangen, mehrere getödtet und verwundet, viele gefangen. So berichtet der „Bund".

Frankreich.

Paris, den 12. März. Die Kammeropposition wird nur wenige Stimmen betragen, aber sie macht der Regierung — sollte man es glauben? — dennoch zu schaffen. Es ist wohl nur als ein Wink zu verstehen, daß General Cavaignac austreten möge, wenn das Bulletin de Paris anzeigt, seine Ablehnung sei so gut als gewiß. So scheut sich auch ein anderes elyséeisches Organ nicht, Carnots Gegner den Wählern des vierten Wahlbezirks von Paris dadurch zu empfehlen, daß es ihnen zu beherzigen gibt, wie Hr. Moreau durch seinen Einfluß mächtig beigetragen habe, die Regierung für die dem Bezirk so vortheilhafte Anlage der Rue de Strasbourg günstig zu stimmen. — Im Ministerium des Innern hat man

vier kolossale marmorne Adler, ein Werk Cartelliers, aufgestellt. Sie schreiben sich noch aus der Kaiserzeit her und waren in einem Möbelmagazin aufbewahrt. Sie sollen vorerst einem Fest des Hrn. v. Persigny zum Schmuck dienen und dann auf der Brücke Ludwig XVI., gegenüber dem Palast des gesetzgebenden Körpers, ihren definitiven Platz erhalten. (A. Z.)

Trotz der Höhe der Curse, trotz der in ängstlicher Hast betriebenen öffentlichen Bauten, gehen die Geschäfte im ganzen einen sehr leisen, unmerklichen Gang. — Wo man die Blicke hinwendet, sieht man nichts als militärische Aufzüge, Promenaden mit und ohne Kanonen, über die Seinebrücken, die Boulevards, nach den Champs Elysées. Musterungen und Paraden beschäftigen die Politiker auch ganz besonders; man will stets bemerkt haben, daß die häufigen militärischen Bewegungen irgend einem wichtigen Staatsacte vorangehen, dazu kömmt noch der Umstand, daß die Straßen von Recruten wimmeln, die mit ihren bebänderten Hüten und ihren überlauten Kriegsgesängen alles in Allarm setzen. — Carnots Wahl dürfte fast unbezweifelt sein. An 3000 Arbeiter gaben sich das Wort noch für ihn zu stimmen, somit hätte er die nöthige Majorität.

Paris, den 14. März. Durch ein Decret wird auf allen schriftlichen Erlassen der Justiz die Formel eingeführt: „Louis Napoléon, Président de la République française, à tous présents et à venir salut.“ Diese Verfügung tritt mit dem 29. März in Kraft. — Eilf hohe Rathspersonen sind zu Rittern der Ehrenlegion ernannt worden.

Es heißt jetzt, daß die Fahnenvertheilungsrevue auf dem Marsfelde am 15. April Statt finden und daß man daselbst 60 Regimenter oder etwa 100,000 Mann versammeln werde.

Heute finden die Nachwahlen von Abgeordneten zu dem gesetzgebenden Körper statt. An den Straßenecken sind Placate von regierungsfreundlichen Wählern und selbst von Arbeitern angeschlagen, worin die Wähler abgemahnt werden, ihre Stimmen dem Candidaten der republikanischen Partei, Hrn. Carnot, zuzuwenden.

Das „Siecle“ veröffentlicht heute einen Nachruf Lamartine's an Armand Marrast. — Dem Vernehmen nach wird eine Subscription der Mitglieder der Constituante von 1848 eröffnet werden, um Armand Marrast ein Denkmal zu errichten.

Man spricht immer noch von der nahe bevorstehenden Erscheinung eines Decrets, das den neuen französischen Staatsmännern adelige Titel verleihen soll. Die Thayers, Verwandte des Präsidenten der Republik, sollen bei dieser Gelegenheit zu Grafen von St. Helena ernannt werden. Die Familie Thayer ist die einzige mit der Familie Bonaparte verwandte, die keinen Titel führt. — Wie man versichert, wird St. Arnaud, Kriegsminister, binnen Kurzem zum Marschall ernannt werden; zu gleicher Zeit soll er die Stelle eines Generalgouverneurs von Algerien erhalten. St. Arnaud soll seit dem Tode seines einzigen Sohnes sehr niedergedrückt und darum eingekommen sein, die bevorstehende Expedition gegen Kabylien in Person leiten zu dürfen. (K. Z.)

Spanien.

Madrid, den 9. März. Es wird eine Schwadron gebildet, die speciell mit dem Dienste bei der Person der Kronprinzessin beauftragt sein wird. —

Italien.

Florenz, den 4. März. Der Carneval liegt nun hinter uns; er war glänzend, obgleich die Masken verboten waren, für das arme Volk der größte Augenschmaus in den alten Zeiten. Aber kaum war der Carneval hinter uns, so häuften sich Selbstmordsfälle in unerhörter Zahl. Ein Mann stürzt sich aus dem dritten Stockwerk auf den heil. Geist-Platz wegen Zerrüttung seines Vermögens, eine Dame von wohlhabender Familie ertränkt sich wegen Liebesunglück im Arno, ein junger Mann, dessen Vater wegen Kassenveruntreuung eingezogen worden, schießt sich an der Thüre des Café der Minerva, in einer der bewegtesten Straßen der Stadt, eine Kugel durch den Kopf.

Turin, den 10. März. Die Staatszeitung, welche bis zur Stunde dem Publikum eine ausführliche authentische Schilderung der sardinischen Ereignisse vorenthielt, bringt nun plötzlich ein königl. Decret vom 29. Febr., welches Sassari, Stadt und Provinz, in Belagerungsstand erklärt. Wir erfahren, daß Oberst Mollard von der Seeseite, General Durando von der Landseite in Sassari eingerückt. Die „Gazzetta Piemontese“ berichtet, daß Durando mehrere Verhaftungen vorgenommen, die Nationalgarde entwaffnet, die Universität geschlossen, die Studenten fortgeschickt und viele andere sehr strenge Maßregeln ergriffen hat. Die „Gazetta di Genova“ gibt die Zahl der Todten und Verwundeten unter dem k. Militär auf 20 an. Die Stadt Cagliari soll sich geweigert haben, Abgeordnete für das Parlament zu wählen.

Rom, den 4. März. Vorgestern standen hier zwei junge Leute aus Civitavecchia vor einem französischen Kriegsgericht. Sie waren angeschuldigt, auf eine französische Patrouille mit Steinen geworfen zu haben. Ein Polizeiagent hatte sie denunzirt. Glücklicherweise aber waren sie im Stande, durch die Aussage von beinahe zwanzig Zeugen das Alibi siegreichzu erweisen. Es scheint, als habe sie der Polizeiagent auf's Gerathewohl denunzirt.

Neapel. Der König hat 246 wegen politischer Vergehen angeklagten Individuen die Strafe nachgesehen. 151 die verhaftet waren, sind sogleich in Freiheit gesetzt worden.

Großbritanien.

London, den 13. März. Als der neue Lord-Statthalter von Irland seinen Einzug in Dublin hielt, wurden einige Ruhestörungen verursacht durch orangistische Demonstrationen einer Anzahl Studenten von Trinity College. Mehrere Studenten sind in Folge davon verhaftet worden.

Wir haben Nachrichten vom Cap bis zum 3. Februar. In der letzten Zeit schienen die Sachen etwas günstiger für die Engländer zu stehen. Die Kaffern hatten versucht, mit Sir H. Smith zu unterhandeln; dieser aber hatte unbedingte Unterwerfung verlangt und eine Woche Bedenkzeit gegeben. Als diese Frist verstrichen war, machten die englischen Truppen einen Einfall in die Ländereien der Kaffern und verwüsteten dieselben. Zwei kleine Häuptlinge, Buko und Mapassa, hatten sich den Engländern unterworfen.

Mit dem Dampfboote „Teviot,“ welches heute Nachmittag, von Brasilien kommend, zu Southampton einlief, ist die Nachricht eingetroffen, daß der Dictator von Buenosayres, General Rosas, eine entscheidende Niederlage erlitten hat. Sein Heer wurde vom General Urquiza am 3. Februar vollständig geschlagen und fast ganz aufgerieben; die Schlacht war äußerst blutig. Rosas selbst konnte sich nur mit genauer Noth retten; er flüchtete sich an Bord des englischen Schiffes „Centaure“.

Türkei.

Konstantinopel, den 24. Febr. Das halb-officielle Journal versichert, die neu eingeführte Kopf- und Vermögens-Steuer habe keinen anderen Zweck, als das ausgegebene Papiergeld gänzlich aus dem Umlaufe zu bringen.

Algier.

Aus **Constantine** wird unter dem 28. Febr. geschrieben: „Unsre Stadt ist ganz im Schnee vergraben; so weit das Auge reicht, eine schwere Schneedecke, aus welcher eben die Dächer der zerstreuten Meiereien und die entlaubten Kronen der Bäume der Oase von Hamma hervorragen. Im Inneren der Stadt sind Mauern von Schnee aufgethürmt, um wenigstens die Verbindungen

in den Straßen herzustellen. Fußhoch lastet der Schnee auf den Dächern, so daß ein Haus an dem Thore von Djeba unter der Last wich, wie auch eine große Pferdemühle ganz eingedrückt wurde. Alle Verbindungen nach außen sind unterbrochen, und man sieht mit Angst näheren Nachrichten entgegen, da der furchtbare Schneesturm ohne Zweifel manches Unglück angerichtet hat. Vierzehn Araber sollten 28 Kameele mit ihrer Ladung nach Batna führen und wurden Samstag Abends von dem Schneegestöber überrascht. Sie suchten Schutz in den römischen Gewölben unter dem Denkmale Damremont'e und ließen die Kameele außerhalb Rast suchen. Am anderen Morgen waren dieselben ganz verschneit und das Gewölbe, in welchem die Führer Schutz gesucht hatten, auch zugeweht, so daß diese keinen Ausweg finden konnten. Der Zufall führte einen Holzhändler, der in der Nähe sein Holzlager hatte, Sonntags an den Ort, wo er unter dem Schnee sich etwas bewegen sah. Es warrn die Kameele. Hülfe wurde geholt und noch 21 Kameele ausgegraben — die übrigen waren der Kälte erlegen. Die Araber kamen mit dem Schrecken davon. Ohne Zweifel ist in dem Districte von Constantine viel Vieh zu Grunde gegangen, da man in dem Lande weder Ställe noch Schuppen zum Unterbringen der Herden kennt, dieselben stets im Freien sind."

Vereinigte Staaten.

New-York, den 24. Febr. Der so eben erschienene Jahresbericht der Einwanderungscommission ergibt eine Totalsumme von 289,601 Einwanderern in unserm Hafen im Jahr 1851, wovon 163,256 Irländer und 69,883 Deutsche waren.

In Cleveland, wo ein über den Tod seiner Tochter betrübter Vater den die sterblichen Ueberreste derselben enthaltenden Sarg schon wenige Tage nach dem Begräbniß nicht mehr am Platze fand, und nur an Resten einiger in der anatomischen Abtheilung des homöopathischen Collegiums secirten Leichname Spuren der Identität mit der Verstorbenen zu erkennen glaubte, hat das Volk dieses Collegium gestürmt und demolirt.

Neueste Nachrichten.

Paris, den 16. März. Im vierten Wahlbezirke des Seinedepartements ist vorgestern der republikanische Candidat Carnot mit 16,753 Stimmen zum Deputirten gewählt worden, während der Regierungscandidat Moreau deren nur 13,343 erhielt.

London, den 15. März. Im Oberhause erwiederte Lord Derby auf eine an ihn gerichtete Interpellation, die Regierung könne nur dann Schutzzölle vorschlagen, wenn das Land sich für Wiederherstellung derselben entscheide. Earl Grey findet diese Antwort ungenügend. Warum, fragt er, erklärt die Regierung nicht geradezu, die Schutzzölle aufgeben zu wollen? Lord Clanricarde verlangt die Auflösung des Parlaments.

Im Unterhause erklärt Disraeli, die Regierung habe den Willen, die Angelegenheiten des Landes aufs Beste zu besorgen und das Wohl des Staates nach Kräften zu fördern. Er weigert sich jedoch, eine kategorische Antwort auf Villier's Anfrage in Betreff der Absichten der Regierung zu geben. Lord J. Russell findet es unconstitutionel, daß eine Minorität versucht, die Zügel der Regierung festzuhalten. Gladstone verlangt Auflösung des Parlaments. Palmerston erklärt die Besteuerung der Lebensmittel für unmöglich.

Konstantinopel, den 6. März. Reschid Pascha ist wieder zum Großwessier ernannt. Fuad Effendi erhält das Portefeuille des Aeußern.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[899] Bei Schwerdt, Schlosser in Dürkheim, werden Bestellungen von feuerfesten Kassenschränken und Kisten zu den billigsten Preisen angenommen.

[897] **Fabrikverkauf.**

Im Orte Haßloch, der größten Landgemeinde der baierischen Pfalz, ganz nahe an der Eisenbahn, sind nachbezeichnete Etablissements — Familienverhältniße halber — aus freier Hand zu verkaufen, als:

a. eine Waldsamenkleng-Anstalt, b. eine Stärkfabrik — diese beiden Anstalten vorschriftsmäßig concessionirt, aufs Zweckmäßigste eingerichtet und bisher aufs Vortheilhafteste betrieben, — c. eine für 800 Arbeiter zur Tabaks-, insbesondere zur Cigarrenfabrikation eingerichtete Gebäudegruppe, in welcher sich auch zwei große Krappdörren vorfinden. Sämmtliche Bauten sind im besten Stande, und bei jedem Etablissement findet sich ein schönes, geräumiges Wohnhaus mit Oeconomiegebäuden.

Auch ein großes Quantum Kiefern-Samen und eine bedeutende Parthie fermentirter Tabak ist zu verkaufen.

Haßloch, im März 1852.

Ph. H. Eisenmayer.

[898¹] **Weinversteigerung.**

Montag, den 29. März nächsthin, Nachmittags 2 Uhr, lassen die Wittwe und Erben des verlebten Herrn Johann Baptist Görg, gewesener Gutsbesitzer in Deidesheim, in ihrer Wohnung allda, öffentlich versteigern folgende Weine, als:

4 Stück 1848er, Deidesheimer,
6 " 1849er "
12 " 1850er "
7 " 1851er "

Diese Versteigerung findet statt nach der Weinversteigerung der Georg Spindler'schen Erben in Forst, die an demselben Tage, Vormittags, abgehalten wird.

Deidesheim, den 16. März 1852.

G. Heffert, Notar.

[884²] **Main-Dampfschifffahrts-Gesellschaft.**

Route:

Ludwigshafen — Mainz — Frankfurt — Würzburg.

Die Boote dieser Gesellschaft, — Personen und Waaren befördernd, — fahren vom 15. dieses Monats an täglich von Ludwigshafen Morgens 8 Uhr 15 Minuten (nach Ankunft des ersten Bahnzuges)

Der Reisende bezahlt:

von Ludwigshafen:	Salon.		Vorkajüte.	
	fl.	kr.	fl.	kr.
nach Worms	—	30	—	15
" Rheindürkheim	—	48	—	24
" Gernsheim	1	—	—	30
" Oppenheim	1	30	—	45
" Mainz	2	—	1	—
" Frankfurt	2	42	1	24
" Würzburg	6	6	3	36

☞ Billette für die Hin- und Herreise kosten nur die Hälfte mehr.

Ludwigshafen, den 11. März 1852.

Der Agent:
J. Gansen jr.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 69 | den 20. März 1852.

Deutschland.

• Bemerkung. In der Gestaltung der politischen Verhältniße zeigt sich oft ein seltsames Spiel. So ist in England wiederholt die Erscheinung eingetreten, daß diejenige der beiden großen politischen Parteien, welche als Trägerin der Reformen auftrat, nemlich die Partei der Whigs, nicht im Stande war, auch nur die mäßigsten Verbesserungen wirklich auszuführen, indeß alsbald ihre Gegenpartei, die Tories, die Antireformer, diese nemlichen Umgestaltungen, selbst noch in ausgedehnterm Maße, verwirklichten. Wir erinnern nur an die Katholikenemancipation, und an Peels Aenderung der Finanz- und der Zollgesetze.

Sollte dieses fast ironische Spiel des Geschickes sich etwa in Frankreich wiederholen? Die Nationalversammlung der Republik hielt sich nicht im Stande, irgend wesentliche Umänderungen und Verbesserungen in den socialen Fragen auch nur anzubahnen. Es war freilich die Schuld der wieder zur Herrschaft gelangten vermeintlich „conservativen" Partei. Wie dem sei, selbst solche *Reformen, wie sie* das monarchisch-aristokratische England längst eingeführt hat, — sie wurden als communistisch, *als einen gesellschaftlichen* Umsturz involvirend, unbedingt zurückgewiesen. Und nun kommt Ludwig *Bonaparte*, — zur höchsten Macht erhoben besonders durch die Stimmen Derjenigen, die vor Allem „Erhaltung der bestehenden socialen Ordnung," und welche unter dieser Voraussetzung, aber auch nur unter ihr, „Ruhe um jeden Preis" wollen. Und dieser Erkorene der Ordnungspartei, dieser „Retter der Gesellschaft" ist es gerade, der Anordnungen treffen zu wollen scheint, welche die weitest gehenden socialen Umgestaltungen, welche gleichsam eine sociale Revolution in sich schließen.

Die Maßnahmen Napoleons sind freilich auch in der eben angedeuteten Beziehung von solcher Art, daß wir denselben keineswegs irgend eine Dauer versprechen. Wol aber könnte es kommen, daß seine tief greifenden Abänderungen manche morsche Mauern niederstürzen, und daß dann an deren Stelle, statt des Schuttes den Er geschaffen, später neue, wohnlichere und bessere Räume geschaffen würden. —

Nebenbei dürfte Ludwig Napoleons Herrschaft und deren allseitige Anerkennung auch noch in einer andern Beziehung nicht ohne Einfluß auf den Volksbegriff des Wesens jenes vielangerufenen „Legitimitätsprincips" sein. Wir meinen das, was ein Schriftsteller bezeichnete als „vollkommene Verwirrung der ungeheuern conservativen Majorität Europas bezüglich des Begriffs legitimer Staatsgewalt." — Wir beschränken uns jedoch auf diese blose Andeutung.

München, den 16. März. Professor Giesebrecht in Stettin soll einem Rufe an hiesige Universität entsprechen.

In der Nacht vom 9. auf den 10. d. Mts. wurde aus der Pfarrkirche zu Burgkirchen, Landg. Altötting, die silberne Monstranze, im Werthe zu 300 fl., das silberne Ciborium, im Werthe zu 90 fl., und ein mit einer silbernen Krone versehenes Jesukind, im Werthe zu 20 fl., geraubt.

Freiburg, den 12. März. Rechtsanwalt Fehrenbach ist vom Kriegsministerium zu drei Monaten Kasemattenhaft verurtheilt und nach Rastatt abgeführt worden. Als Grund wird angegeben, daß man bei der in Folge der Schließung des Bürgermuseums, zu dessen Präsidenten Fehrenbach gewählt ward, vorgenommenen Hausuntersuchung verschiedene Schriften bei ihm gefunden habe.

Stuttgart, den 16. März. Bekanntlich hatten beim Wiederbeginn der Sitzungen der Kammer der Abgeordneten 18, resp. 19 Mitglieder dieser Kammer folgende Erklärung abgegeben: „Die Unterzeichneten, indem sie ihren Sitz in der Kammer der Abgeordneten einnehmen, erklären, daß sie die Berufung der Ständeversammlung nach den Bestimmungen der Verfassungsurkunde von 1819 als eine berechtigte nicht anerkennen, vielmehr das Gesetz vom 1. Juli 1849 als rechtlich fortan gültig betrachten, daß sie aber in Erfüllung der Pflicht, für die Rechte des Volkes überall einzustehen, wo die Möglichkeit hiefür sich eröffnet und durch den Machtspruch der Regierung außer Stand gesetzt, einen andern Weg zur Wahrung dieser Rechte zu betreten, an dem Landtag sich betheiligen, indem sie jede Verantwortung hierüber der Regierung überlassen." (Folgen die bekannten Namen der neunzehn Oppositionsmitglieder.) — In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer kam der Bericht über den Antrag von Varnbüler's in Betreff jener Erklärung auf die Tagesordnung. Die Commissionsmehrheit war dafür, daß die Kammer über diese, beim Eintritt in die Kammer abgegebene Erklärung zur Tagesordnung übergehen möchte; die Commissionsminderheit dagegen beantragte: „die abgegebene Protestation gegen den Rechtsbestand der Ständeversammlung für unbegründet zu erklären, auch auszusprechen, daß diese Erklärung mit der Theilnahme jener Mitglieder an den Verhandlungen der zweiten Kammer im Widerspruche stehe." Nach einer lebhaften Berathung ward dieser Antrag mit 46 gegen 37 Stimmen angenommen. Vorher, beim Beginn der Sitzung, hatte Abg. Schoder folgende Erklärung abgegeben: „Bei unserem Eintritt in die Kammer waren wir es uns schuldig, über unsere Beweggründe zum Eintritt und unsere Theilnahme an den Verhandlungen uns auszusprechen; wenn wir später wieder darauf zurückkamen, so geschah dies in Folge von Angriffen. Wir gestehen es weder der Regierung noch der Kammermehrheit zu, über die Ansichten der Minderheit zu Gericht zu sitzen. Die streitige Frage werden wir nach deren Erörterung in der Kammer von unserer Seite nicht wieder aufrühren, immer aber werden wir nach Pflicht handeln, unbeirrt von Maßregeln der Regierung oder der Kammer." (F. J.)

Frankfurt, den 18. März. Die schon über 70 Jahre alte Frau, welche am Montag Vormittag von dem aus Trier gebürtigen Schuhmachergesellen Kaspar Salzer in ihrer Wohnung überfallen wurde und von demselben mehrere Schnittwunden in den Hals erhielt, ist gestern gestorben.

Darmstadt, den 14. März. Die Angelegenheit unserer Advocatenschnurrbärte ist nun wol beendigt, nachdem Advocatanwalt Lehne von Alzey (dem einzigen Orte des Landes, wo die Advocaten gegen das Verbot der Schnurrbärte beim Ministerium remonstrirt hatten), nemlich in hiesiger zweiten Kammer, deren Mitglied er ist, ohne Schnurrbart erschienen war. Er wollte sich also offenbar weiteren Strafen als der gegen ihn erkannt gewesenen 8tägigen Suspension nicht aussetzen. Zugleich hörte man, daß er in eine neue politische Untersuchung, auf alte Anlässe hin, verwickelt sei. (S. M.)

Coblenz. Das zur Bürgermeisterei Cochem gehörige

Dorf Dohr ist von einem schrecklichen Unglücke heimgesucht worden. Es brach nemlich in der Nacht vom 13. auf den 14. ds. Feuer aus, welches mit solcher Heftigkeit im Verlauf einer Stunde um sich griff, daß sämmtliche Gebäude bis auf 4 niedergebrannt sind. Zwei Menschen büßten dabei das Leben ein und vieles Vieh nebst sonstiger Habe ist verbrannt. Im Ganzen sind 38 Häuser niedergebrannt. Die Ursache der Entstehung des Brandes ist noch nicht ermittelt.

Berlin, den 15. März. Vorgestern stand bei dem Obertribunal Termin an in Betreff der gegen den fast 78jährigen Professor Nees von Esenbeck eingeleiteten Untersuchung. Der Letztere war hierzu persönlich erschienen. Nach längerer Verhandlung erfolgte der Ausspruch der „Enthebung desselben vom Amte," sowie die Verurtheilung „in die Kosten."

In Folge der in den letzten Jahren bei unserem Heerwesen gemachten Erfahrungen wird jetzt im Kriegsministerium ein neuer Plan für Fälle, wo eine rasche Mobilmachung des Heeres erforderlich ist, ausgearbeitet. Natürlich wird dieser Plan aber in allen Beziehungen geheim gehalten.

Von der Oder, den 12. März. Es ist in der Diöcese Breslau ein Conflict aufgetaucht, der um so ernster werden kann, je höher derselbe in die betheiligten Behörden hinaufreicht. Es handelt sich auch hier um die aller Orten sich wieder in den Vordergrund drängenden confessionellen Interessen. Seit einiger Zeit ist der Cardinal-Fürstbischof mit dem Anspruch aufgetreten, daß das Religionsedict vom Jahr 1750 als fortwährend zu Recht bestehend zu betrachten sei, und daß demgemäß das Kind der Religion des Vaters folgen, der Vormund der Religion des Mündels angehören müsse ꝛc., ein Edict, welches die übereinstimmende Praxis der weltlichen sowohl als kirchlichen Behörden durch die neuere Gesetzgebung als aufgehoben angenommen hat. Die Minister des Cultus und der Justiz haben jetzt, dem Vernehmen nach, die Ausführung des Fürstbischofs als begründet erachtet, das zu Recht Bestehen des allegirten Edicts anerkannt und demgemäß auch dem Appellationsgericht von Breslau aufgegeben seine Untergerichte hiernach mit Anweisung zu versehen. So weit wäre also alles in Ordnung. Aber das Appellationsgericht hat der Weisung des vorgesetzten Ministers den Ausdruck seiner entschiedenen Ueberzeugung entgegengestellt, daß das Religionsedict im ganzen wie in seinen einzelnen Theilen alle gesetzliche Geltung verloren habe. (Allgm. Ztg.)

Hamburg, den 11. März. Am letztverflossenen Freitag ist ein Ungar, Edelmann von Geburt, früher Honvedoffizier, angeblich Neffe des berühmten Generals Damjanich, der bei Arad hingerichtet wurde, seit geraumer Zeit hier, wohin er mit dem Strom der ungarischen Emigration gekommen war, als Barbiergehilfe subsistirend verhaftet worden, nachdem er eben sein Tagesgeschäft bei den Gefangenen des Wieserbaumes, die zur Kundschaft seines Prinzipals gehören, vollendet hatte. Es ist derselbe in Verdacht, den Gefangenen Briefe zugetragen und solche in ihrem Interesse befördert zu haben.

Bremen, den 13. März. Seit einigen Wochen hält der Pastor Wimmer des Donnerstags Abends in der Martinikirche Bibelstunden. Er legt darin die Bibel aus und bedient sich dazu der derben sinnlichen Weise, durch welche die jesuitischen Missionsbrüder das Publicum in die Kirche zu locken wissen. In unserm kälteren Norden, in dem man mehr auf äußere Zucht und Sitte hält, will dies aber doch nicht recht vorschlagen. Die Zuhörer fanden sich durch Wimmer's Vorträge sittlich beleidigt und schon vor acht Tagen wurden während derselben Unzufriedensäußerungen des Publicums laut. Vorgestern steigerte dies sich aber so, daß die Hülfe der Policei und Bürgerwehr aufgeboten werden mußte, um die Ruhe aufrecht zu halten, und Verhaftungen stattfanden.

Wien, den 10. März. Was ich Ihnen schon vor einem, zwei Jahren geschrieben, daß unsere Zustände weit, weit hinter den März zurückgeben werden, ist reicher Maßen in Erfüllung gegangen. Gebe Gott, wir könnten sagen, wir seien noch unter Metternich! Wenn auch Druck und Verdummung herrschte, so war doch kein Haß, keine Verfolgung, keine Rache. Man könnte sagen: es bestand ein „gemüthlicher" Absolutismus, wobei es möglich war, unbefangen und gleichgültig zu bleiben. Auch duldete man unter der Hand manche freie Bewegung und eximirte die gebildeten Stände von der allgemeinen Censur und Bevormundung. Man verbot z. B. Bücher und Zeitungen, bewilligte sie aber erga schedam ohne große Schwierigkeit. Von diesem Allem ist jetzt keine Rede. Einmal werden die alten Sünden mit Argusaugen hervorgesucht, und in den amtlichen Kreisen sieht sich Mancher plötzlich entlassen, welcher durch Fleiß und gutes Betragen eine kleine politische Uebereilung bereits vollkommen gesühnt glaubte; sodann ist ein Regierungssystem ins Leben getreten, welches bis zu den Gedanken belauert und vor keinem Mittel zurückschrickt, um die revolutionären Erinnerungen bis auf die letzte Faser auszurotten. Ich würde es nicht wagen, die mannigfachen Beispiele hier anzuführen, von welchen die Geschichte fast jedes Tages den vollwichtigsten Beweis liefert. Auf besonderen Befehl des Stadthauptmanns werden von jetzt an die meisten Prügelexecutionen nicht mehr zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Dadurch fällt die letzte Schranke weg, welche bis jetzt noch da und dort der Willkür die Hände band und wenigstens eine moralische Verantwortlichkeit vor dem Publicum auferlegte. Die Policei ist allmächtig im vollen Sinne des Wortes, Hr. v. Weiß ist der innigste Vertraute des Hrn. v. Grünne, und die Instruction der Gendarmen lautet ausdrücklich, daß sie nur dem Kaiser selbst Rechenschaft zu geben haben. Das ganze Princip der jetzigen Staatskraft beruht auf einer mechanischen Concentrirung aller Gewalten in einer fest geschlossenen, streng disciplinirten Bureaucratie. Unbedingte Unterwürfigkeit wird bei Weitem mehr geschätzt, als das ausgezeichnetste Talent; jede Regung freier Willensthätigkeit ist verpönt, und die Aufhebung der Provincialstände und die Einverleibung ihres seither selbst verwalteten Vermögens in den Fiscus beweist wohl zur Genüge, daß man ein staatsbürgerliches Selfgovernment bis auf sein letztes Fundament zerstören will. Der Statthalter ist der Vertreter der überall gegenwärtigen Majestät, er hat den Vorsitz im Gerichtssaal so gut, wie im Gemeinderath und in der Handelskammer. Nur die Kirche hat sich bis jetzt diese Intervention fern zu halten gewußt; aber wenn wir nicht irren, so sind alle Anzeichen da, daß dort die nächsten Conflicte bevorstehen. Der junge Monarch ist mit Leidenschaft Soldat, sein Herrscher-Bewußtsein drückt sich militärisch aus, und der Erhebung und Erhaltung des Kriegerstandes, als der zuverlässigsten Stütze seines Thrones, widmet er ein fast ausschließliches Augenmerk und eine unverhohlene Vorliebe. Kriegerische Wünsche liegen unverkennbar im Hintergrunde seiner Seele, und die Eventualität eines Zusammenstoßes mit Preußen ist vor zwei Jahren durch die Diplomatie wohl verschoben, aber nicht aufgehoben worden. Man wolle dies draußen doch nie außer Acht lassen. Brennstoff ist auf beiden Seiten genug vorhanden, und die letzten Jahre haben eher hinzugefügt, als davon weggenommen. In der handelspolitischen Frage ruht der Anlaß zum Conflict. Eine Erneuerung des Zollvereins, noch dazu mit Einschluß der Nordseestaaten, wird gutwillig hier niemals zugestanden werden. Wer etwas weiter blickt, als vom Morgen auf den Abend, wird dem nicht widersprechen. Wenn Oesterreich bei dem bevorstehenden Kampfe die dynastischen Interessen für sich hat, welche andere Wahl bleibt Preußen, als sich mit dem Volksgeiste zu verbinden? Oesterreich sich anzuschließen, ist für Preußen nicht Gleichberechtigung, ist Unterwerfung. — In Ungarn sind die Zustände mit Berufung des Erzherzogs Albrecht nicht besser geworden; der passive Widerstand ist hier schwerer zu brechen, als in Italien, und dazu kommt, daß die

Slawen, auf deren Beistand vornehmlich gerechnet war, seitdem sie von den ihnen gemachten Zusagen keine einzige in Erfüllung gehen sehen, sehr schwierig geworden sind und ihre Loyalität von 1848 bitter bereuen. Es gibt dermalen keinen unpopuläreren Namen, als den des Banus Jellachich. (Köln. Ztg.)

— den 12. März. Fürst Schwarzenberg ist wieder genesen. — In der Marine haben umfassende Beförderungen stattgefunden.

— den 14. März. Die Berliner „Neue Preuß. Z." ist heute zum dritten Male confiscirt worden.

Triest, den 10. März. Das allgemeine Stadtgespräch bildet seit einigen Tagen die Suspendirung des protest. Pfarrers der hiesigen Gemeinde, Hrn. Steinacker. Geborner Ungar und durch Verwandte seiner Frau mit der ungarischen Revolutionspartei in naher Berührung, soll er im Verdacht regierungsfeindlicher Correspondenz mit mehreren Flüchtlingen in England stehen, außerdem aber durch Theilnahme an den deutsch-katholischen Umtrieben in Gratz und Beiträge zu dem vor einiger Zeit verbotenen Journal „Das Urchristenthum" gravirt sein.

Frankreich.

Paris, den 12. März. Armand Marrast ist so arm gestorben, daß seine Freunde für ihn das Leichenbegängniß und seinen Platz auf dem Kirchhof haben bezahlen müßen, was um so mehr bemerkt zu werden verdient, als er vor der Revolution, die ihn bald an die Spitze der souveränen Nationalversammlung erhob, ein nicht unbeträchtliches Vermögen besaß.

(Erbauliches.) Krieg ausgebrochen unter den Führern des Senats! Marschall-Präsident Jerome Napoleon Bonaparte und Großreferendär General d'Hautpoult zanken sich um die Meubles und Luxusgegenstände des Luxembourg für ihren Haushalt. General d'Hautpoult ist so recht Das, was man einen groben Kerl nennt. Er nennt den Marschall-Präsidenten nicht anders als le vieux racinquourt (ein unübersetzbarer Wachtstubenausdruck), und sagt von ihm mit möglichster Musketiergrazie: ce vieux racinquourt, dont j'ai sauvé la réputation! (Dieser alte — —, dessen Reputation ich gerettet habe.) Das bezieht sich auf eine allerdings ziemlich schmutzige Durchstecherei, die der Marschall-Präsident mit dem Intendanten des Invalidenhauses getrieben haben soll, als General d'Hautpoult Kriegsminister war. Der Prinz-Präsident vertuschte damals die Geschichte mit seinem eigenen Gelde und Hautpoult, als Kriegsminister, drückte ein Auge zu. (N. K.)

Die Minister müssen sich durch die Feste, welche sie im Auftrag des Präsidenten geben müssen, ruiniren. Jedes solcher Feste kostet 20—30,000 Franks, und trotz der erhöhten Minister-Gehalte haben alle Mitglieder des Cabinets, Turgot ausgenommen, bereits zahlreiche Schulden.

— den 13. März. Das Decembersystem hat sich jetzt auch typographisch verherrlicht. Von den Decreten des Staatsstreichs, der Verfassung vom 14. Jan., dem Wahlgesetz, den Verhandlungen der Consulta über das Plebiscit ist eine Prachtausgabe in Folio erschienen und an die hohen Würdenträger der Republik vertheilt worden. — Die Decretirung des Budgets von 1852 scheint aufgegeben zu sein. Die Regierung, heißt es, werde dem gesetzgebenden Körper nicht vorgreifen, sondern mit der Selbstbewilligung von drei provisorischen Zwölftheilen sich begnügen. Unter den Feierlichkeiten bei Eröffnung der Kammern wird eine Heiliggeistmesse genannt. Später soll eine Musterung von 60 Regimentern zum Behuf der Adlervertheilung auf dem Marsfeld stattfinden und in Compiegne ein Lager gebildet werden. Auch ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Regierung sich nun zu Begnadigungen im größern Maßstab entschließt. Sie hat eine Commission von fünf Mitgliedern niedergesetzt, um die Gnadengesuche zu begutachten.

— den 15. März. Die Polizei hat in den hiesigen Pfeifenläden eine Menge Pfeifen mit „aufrührischen Abzeichen" in Beschlag genommen. Zur Ermittlung der Fabriken, wo sie verfertigt sind, ist eine Untersuchung eingeleitet worden. — Zu Barcelonnette sind die beiden höchsten Justizbeamten wegen ihres Benehmens im December mit der Ausweisung aus Frankreich bestraft worden. — Ein hiesiger Kunsthändler wurde vorgestern wegen Verkaufs unzüchtiger Bilder ꝛc. zu einem Jahre Gefängniß und 500 Fr. Geldstrafe verurtheilt.

Der präsidentschaftliche Hof soll ganz vollständig gemacht und die Kammerherrstellen restaurirt werden. Unter der Julimonarchie gab es bekanntlich keine Kammerherren.

Der Dichter Lachambaudie wird nicht transportirt; man hofft sogar, daß die neue Commission seine Freilassung veranlassen werde.

Der „Moniteur de l'Armée" meldet zahlreiche Ernennungen von Capitänen und Lieutenants der Cavallerie.

Strasburg, den 15. März. Diesen Morgen um 4 Uhr sind die hiesigen politischen Gefangenen, mit Ausnahme von zweien, nach Paris abgeführt worden. Sie sind zur Deportation nach Lambessa verurtheilt. Die Verurtheilten sind Männer von 30 bis 40 Jahren. Ihre Familien und Frauen trauern, aber man gibt die Hoffnung auf eine Strafmilderung noch nicht ganz auf. — Hr. J. Hofer, ehemaliger Repräsentant des Oberrheins, welcher in dem Processe vom 13. Juni 1849 vom Staatsgerichte zu Versailles in Contumaz zur Deportation verurtheilt ward, ist vom Präsidenten der Republik begnadigt worden.

Spanien.

Madrid, den 10. März. Der Presse sollen noch schwerere Fesseln angelegt werden, als bis jetzt der Fall war. Es sollen Cautionen gestellt und ohnedies noch der Stempel eingeführt werden. Man will das Verfahren der französischen Regierung gegen die Presse als Vorbild annehmen und hofft, mehrere Blätter dadurch tödlich zu treffen. Außer dem „Heraldo," der nur ministerielle Opposition macht, und der carlistischen „Esperanza," die viele Mittel besitzt, werden die übrigen, so wie die meisten Provincialblätter, wohl meistens eingehen. (K. Z.)

Italien.

Mailand, den 8. März. In der Nacht von gestern auf vorgestern wurden drei Fuhrleute, die mit ihren Frachtwägen von hier gegen Cremona zu fuhren, in der Nähe von S. Martino, einem beiläufig 3 Miglien von hier entlegenen Dorfe, von zehn bewaffneten Wegelagerern angefallen, und unter den entsetzlichsten Drohungen ihres Geldes und zum Theile auch der zu transportirenden Waaren beraubt.

Turin, den 13. März. Die neuesten Nachrichten aus Sardinien lauten dahin, daß General Durando noch mehr Truppen verlangt, weil er in mehrere Distrikte, die sich gleichzeitig mit Sassari erhoben, z. B. Tempio, Ozieri, Nuoro, mobile Kolonnen schicken will. Es sind sehr viele Verhaftungen vorgenommen worden und man verhehlt es auch nicht mehr, daß allgemeine Unzufriedenheit auf der Insel herrscht. Ueberall werden die Waffen confiscirt und man wundert sich über die Menge derselben. Mit dem „Virgilio" trafen zwei sardische Deputirte in Genua ein, welche unter dem Belagerungszustand aus der Urne fielen und daher vom Kopfe bis zum Fuße ministeriell sind.

Nach einer Correspondenz der Gazetta di Venezia aus Genua, 10. März, beschwerte sich der englische Consul daselbst über Schmähungen, welche ein Geistlicher von der Kanzel gegen England gerichtet hatte; der Staatsanwalt ertheilte sofort dem Prediger eine feierliche Verwarnung.

Rom. Seit dem 6. März ist die „Indépendance Belge" im Kirchenstaate verboten.

Die durch die neulich entdeckte Bombenverschwörung veranlaßten Verhaftungen sollen sich auf nicht weniger

als 600 Personen erstreckt haben, und doch war hinter der ganzen Sache so viel als — nichts.

Neapel, den 3. März. Der Orden der Serviten ist im gesammten Umfange des Königreiches wiederhergestellt worden.

Neueste Nachrichten.

Haag, den 16. März. Die zweite Kammer der Generalstaaten hat heute das Gesetz wegen Ausgabe von 10 Millionen Münzbillets angenommen.

Paris, den 16. März. In Lille scheint der Oppositionscandidat den Sieg davon getragen zu haben. Merkwürdiger Weise stimmte Lille am 20. December fast einstimmig für die Regierung.

Der Bischof von Orleans hat, dem „Ami de la Religion" zufolge, dem Minister geschrieben, daß er die Stelle eines Mitglieds des obersten Unterrichtsrathes nicht annehmen könne.

Zu Nimes hat ein Rath am Gerichtshofe seine Entlassung nehmen müssen, weil er gegen die Handlungen des 2. December protestirt hatte; für den Weigerungsfall hatte man ihn mit Verbannung bedroht.

Zwischen den Invaliden und dem Elysee soll einige Zwietracht herrschen. Man traut sich gegenseitig nicht. Die Einen glauben und sagen, daß die königlichen Ideen nicht vergessen seien und man Lust habe, die Stelle des Bruders einzunehmen, die jetzt ein Neffe in Besitz hat. (K.Z.)

— den 17. März. Der heutige „Moniteur" enthält ein Decret durch welches die Statuten der Ehrenlegion mit den verschiedenen in Betreff des Ordens erlassenen Verordnungen zusammengestellt und in Einklang gebracht werden.

Miscellen.

Zu **Königsberg** wurde am 11. März vor dem Schwurgericht gegen den Majoratserben Baron Schrötter von Stutterheim wegen Diebstahls verhandelt. Derselbe hatte aus dem Hause eines Gutsbesitzers, in welchem er sich als geladener Gast befand, 11 silberne Eßlöffel entwendet und verkauft. Die Geschwornen verneinten die Frage wegen schweren und bejahten die Frage wegen einfachen Diebstahls; den Angeklagten traf ein Jahr Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Andrang des Publikums zum Sitzungssaale war so groß, daß eine Abtheilung Militär zur Herstellung der Ruhe requirirt werden mußte.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 16. März. Weizen 7 fl. 33 kr., Korn 6 fl. 21 kr., Gerst 5 fl. 34 kr., Spelz 5 fl. 15 kr., Hafer 4 fl. 11 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 13. März. Weizen 7 fl. 37 kr., Korn 6 fl. 35 kr., Spelz 5 fl. 37 kr., Gerst 5 fl. 34 kr., Hafer 4 fl. 17 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 16. März. Weizen 7 fl. 2 kr., Korn 5 fl. 59 kr., Spelz 5 fl. 14 kr., Gerst 5 fl. 23 kr., Hafer 3 fl. 32 kr., Kartoffeln 1 fl. 52 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 12. März. Weizen 14 fl. 24 kr., Korn 11 fl. 16 kr., Gerste 8 fl. 33 kr., Hafer 4 fl. 55 kr., per Malter.

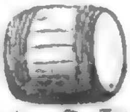
Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[885²] **Uhren-Furnituren,**

feine engl. und franz. Werkzeuge: für Uhrmacher, Gold- und Silberarbeiter, Mechaniker, Schreiner und Dreher, Instrumente und Artikel für Zahnärzte ꝛc. bei

Ludwig und Fries,
Neue Kräme Nr. 8 in Frankfurt a. M.

[900²] **Weinversteigerung.**



Donnerstag, den 15. April nächsthin, Nachmittags 2 Uhr, zu Zweibrücken im Gasthause zum Lamm, lassen die Erben der dahier verlebten Eheleute Heinrich Wahlster und Regine Suzette Renner, als:

1) Heliane Lais Wahlster und deren Ehegatte Heinrich Fuchs Advocat und Gutsbesitzer, und
2) Eugen Wahlster, Oeconom, alle in Bietschied bei Saarbrücken wohnhaft, ihre dahier lagernde, feine und rein gehaltene 1834er, 1842er und 1846er Weine durch unterzeichneten Notär, gegen ausgedehnten Zahlungsausstand, versteigern, als:

6218	Liter	1834er	rothen Meerkatzer, Ausstich (Saarwein),
141	„	„	Niersteiner,
2054	„	„	Liebfrauenmilch, Ausstich,
1279	„	1842er	weißen Wein,
2503	„	„	Hochheimer Domdechanei,
1020	„	1846er	rothen Oberotterbacher,
2010	„	„	„ Bergzaberer,
1950	„	„	„ Berzaberer, Malvasier,
553	„	„	„ Schweiger,
2864	„	„	„ Annweiler,
6983	„	„	„ Gräfenhauser,
1957	„	„	weißen Zeltinger, Ausstich (Moselwein).
29,532	Liter.		

Die Proben der Weine können mehrere Tage vor der Versteigerung genommen werden.

Zweibrücken, den 16. März 1852.

Schuler, Notär.

[884²]

Main-Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

Route:

Ludwigshafen — Mainz — Frankfurt — Würzburg.

Die Boote dieser Gesellschaft, — Personen und Waaren befördernd, — fahren vom 15. dieses Monats an täglich von Ludwigshafen Morgens 8 Uhr 15 Minuten (nach Ankunft des ersten Bahnzuges)

Der Reisende bezahlt:

von Ludwigshafen:	Salon. fl.	Salon. kr.	Vorkajüte. fl.	Vorkajüte. kr.
nach Worms	—	30	—	15
„ Rheindürkheim	—	48	—	24
„ Gernsheim	1	—	—	30
„ Oppenheim	1	30	—	45
„ Mainz	2	—	1	—
„ Frankfurt	2	42	1	24
„ Würzburg	6	6	3	36

☞ Billette für die Hin- und Herreise kosten nur die Hälfte mehr.

Ludwigshafen, den 11. März 1852.

Der Agent:
J. Gansen jr.

Neue
Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 70 | den 21. März 1852.

Anzeige.

Da mit dem nächsten Monat ein neues Abonnement auf die Neue Speyerer Zeitung beginnt, so ersuchen wir, die Bestellungen möglichst bald bei der zunächst gelegenen Posterpedition einzureichen. Nur Bewohner der Stadt Speyer und der nächsten Umgegend belieben ihre Bestellungen an die Expedition dieses Blattes unmittelbar zu richten. — Die Speyerer Zeitung, welche mit Ausnahme des Sonntags täglich, und zwar häufig mit Beilagen, erscheint, kostet halbjährlich 3 fl. 20 kr., vierteljährig 1 fl. 40 kr., und wird um diesen Betrag, ohne weitern Aufschlag, durch alle Posterpeditionen des Königreichs Baiern geliefert. — Privatanzeigen, welche portofrei einzusenden sind, werden gegen eine Einrückungsgebühr von 4 Kreuzer für die gewöhnliche Druckzeile aufgenommen.

⁂ Die Anstrengungen, welche von der Rückschrittspartei in täglich ausgedehnterm Maße gemacht werden, um der Speyerer Zeitung entgegen zu wirken, deuten wol besser als alles Andere an, von welcher Bedeutung die Verbreitung eines unabhängigen Blattes für die Freunde der freien Richtung in der Pfalz, oder vielmehr für alle Jene sein muß, welche etwas Besseres als den schrankenlosen Absolutismus in Staat und Kirche herbeigeführt wünschen. — Die Speyerer Zeitung ist nicht zurückgeschreckt und wird nicht zurückschrecken vor allen Opfern, welche nothwendig sind, um unter den obwaltenden Verhältnißen als unabhängiges, die Volkssache vertretendes Blatt zu bestehen. So bequem es ist, persönliche Vortheile auf der entgegengesetzten Seite zu erlangen, so hat die Speyerer Ztg. ihrerseits, mit vollem Selbstbewußtsein und ungeachtet vorgängiger Drohungen, bekanntlich eher zweimal förmliche Unterdrückung über sich ergehen lassen, als daß sie ihre Grundsätze verläugnet hätte. Sie wird natürlich auch inskünftige der nemlichen Fahne treu bleiben, und — nicht für Anarchie, Communismus und dergleichen Verirrungen wol aber — für Einheit des Vaterlandes, für Recht und Freiheit in Staat und Kirche sprechen, durch deren Sieg allein auch die Begründung des materiellen Wohlstandes des Volkes herbeigeführt, und ein ruhiger Genuß der Früchte seiner Mühen demselben gesichert werden kann.

Die Speyerer Zeitung glaubt, angesichts der jetzigen Lage eines freisinnigen Blattes, ein Recht zu besitzen, die allseitige thätige Unterstützung der Gleichgesinnten und überhaupt aller Derjenigen fordern zu dürfen, welche wünschen, daß das Treiben der Reactionäre nicht über alle Verhältniße des Lebens, zumal in unserer Pfalz, sich völlig widerspruchslos ausbreite.

Deutschland.

= Aus der Pfalz. „Das rothe Gespenst, das man uns so oft in Abrede stellen wollte, hat plötzlich Fleisch und Blut bekommen," sagen die Blätter der Rückschrittspartei, indem sie auf die Aufstände der Bauern im südlichen Frankreich in den vorjährigen Decembertagen und die dort verübten Gräuel hinweisen. Aber, fügen wir bei, das lebendig gewordene „rothe Gespenst" kam nicht von derjenigen Seite, welche uns so oft als der Ausgangspunct aller Schrecknisse bezeichnet wurde, es kam nicht aus dem Proletariat, der „glaube-, sitten- und habelosen" Masse der Städte, sondern von der entgegengesetzten, gerade von jener Seite, welche uns so häufig als das Hauptfundament des „Conservatismus" und aller „staatlichen Ordnung" angepriesen wurde; nämlich aus Gegenden und aus Schichten der Gesellschaft, in welchen der „gläubige"*) Clerus einen unbeschränkten Einfluß ausübt, und das „gläubige" bäuerliche Element durchweg vorwaltend ist. Daß nemlich in dieser Beziehung der Süden Frankreichs mit Italien, Spanien und dem „Krystallisationskerne" Deutschlands so ziemlich auf gleicher Stufe steht, weiß Jeder, der sich ein wenig in der Welt umgesehen hat. — Selbst reactionäre Blätter können ihr Erstaunen über diese Erscheinung nicht verbergen.

Uebrigens gehören derartige Vorkommniße nichts weniger als zu den Seltenheiten in jenen Gegenden; seit dem Mittelalter haben sie sich dort öfter als irgendwo sonst wiederholt. Dort wütheten die schrecklichen Albigenserkriege; dort hauste furchtbarer als in jeder andern Provinz Frankreichs die Jacquerie (ein Bauernaufstand, ähnlich dem Bauernkriege zur Zeit der Reformation in Deutschland); dort rekrutirten sich am stärksten die Armagnaken, räuberische Kriegshorden, welche die Gränzprovinzen Frankreichs und Deutschlands auf das Schrecklichste verwüsteten; dort feierte in den Jahren 1794 und 1795 die reactionäre Wuth ihre schrecklichsten Triumphe: Man sah Partei-Hinrichtungen, denen ähnlich, welche die Commissäre des Wohlfahrts-Ausschusses (Carrier oder Coutbon) angeordnet; der ganze Süden Frankreichs war den Metzeleien in Masse und persönlichen Rachethaten preisgegeben; die Gefangenen wurden unter entsetzlichen Scenen, ohne Urtheil, in den Gefängnißen erwürgt; in Tarascon schleuderte man sie von der Höhe eines Thurmes auf einen Felsen am Ufer der Rhone. „Beinahe der ganze Süden hatte seinen 2. September,"**) sagt Mignet. Aus dem Landvolke hatten sich sogenannte Jesus-Compagnien und Sonnen-Compagnien gebildet, welche mit entsetzlicher Wuth und Grausamkeit verfuhren; sie durchstreiften das Land nach allen Richtungen, schlugen Jeden, der ihnen mißfiel, ohne alle Förmlichkeit nieder, oder trieben Gefangene zu den Metzeleien in Masse zusammen.***) Man darf mit Recht sagen: Schrecklich hausten die „höllischen Colonnen" des Convents, aber schrecklicher noch wütheten die „Jesus-Brüder" und „Sonnen-Brüder." Sie wütheten auf eigene Faust, nach den Eingebungen persönlicher Rache-, Raub- und Mordlust. — Und wie im Jahre 1814 in denselben Gegenden gewüthet wurde, hat die „Speyr. Ztg." vor einigen Monaten etwas ausführlicher mitgetheilt.

Alle Mordscenen dieser verschiedenen Perioden waren von Raub, Brand und Plünderung begleitet. — Wir sind weit entfernt, für diese Greuelthaten zu verschiedenen Zeiten die Kirche oder die Monarchie haftbar zu erklären; es beurkundet aber auch mehr als Parteileidenschaft, für Dasjenige, was in jenen Gegenden, wo das „rothe Ge-

*) Daß wir hier das Wort „gläubig" nicht in seiner wahren Bedeutung gebrauchen und dem aus innerer Ueberzeugung Religiösen zu nahe treten wollen, versteht sich von selbst.

**) Tag, an welchem bekanntlich im Jahre 1792 die Gefangenen in Paris ermordet wurden. —

***) Diese Greuelthaten bilden eine Episode aus der ersten französischen Revolution, von welcher freilich die „gute Presse" nichts weiß. —

spenst" seit Jahrhunderten heimisch ist, sich schon so oft ereignete, wenn es sich in der jüngsten Zeit wiederholte, die Democratie, das Streben nach besseren Zuständen haftbar erklären zu wollen: derartige Vorkommniße sind lediglich eine Frucht der seit Jahrhunderten befolgten Volkserziehung, welcher hier der südländische Volkscharacter zu Hülfe kam, und sie beurkunden nichts weiter, als die Befriedigung persönlicher Raub- und Mordlust, welcher jede Gelegenheit willkommen ist, sich Geltung zu verschaffen. —

† **Aus der Pfalz.** Vom Haardtgebirge her vernehme ich, daß jener, an Schamlosigkeit alles bis jetzt Vorgekommene weit übertreffende Artikel der auf Kosten der Gemeinden, der Verganteten und der Minderjährigen unterhaltenen Pfälzer Zeitung, worin den Wahlmännern des Bezirks Landau-Neustadt mit dürren Worten gesagt ward: Lang's Wiederwahl und die Eisenbahn, Lang's Nichtwahl und keine Bahn, — daß dieser Artikel, sage ich, auch noch besonders abgedruckt, und den Wahlmännern und sonstigen Leuten von Einfluß in ihre Wohnungen gesendet wurde. Unter diesen Verhältnißen hielten es sehr viele Wahlmänner, welche Hrn. Lang ihre Stimme nicht geben wollten, am geeignetsten, der Wahlhandlung gar nicht beizuwohnen. Troß aller angewendeten Mittel ist die Zahl der nichterschienenen und die der verneinend antwortenden Wahlmänner zusammen größer, als die der bejahend Votirenden. Ich unterlasse es, in Einzelnheiten einzugehen. In späterer Zeit wird ohne Zweifel noch Manches sich enthüllen. — Wenn nun aber Herr Jäger in seiner Pfälzer Zeitung hintennach, nachdem die s. g. Wahl vorüber ist, sich das Ansehen geben will, als mißbillige er ganz gewaltig jenen Artikel, so muß man gestehen, daß dies eine recht bequeme und „Nutzen bringende" Verfahrungsweise ist. Man schleudert eine Drohung in die Welt, stellt materielle Nachtheile oder Vortheile in der grassesten Art in Aussicht, und dann, wenn nur erst der entscheidende Augenblick vorüber ist, auf den es ausschließlich ankommt, — dann, wenn das Resultat vollendet vorliegt, — dann hüllt man sich in den Pelz der Unschuld und erklärt: man bedauere, was geschehen sei! Dieß bleibt auch dann richtig, wenn die den Artikel mißbilligende Erklärung des Hrn. Dr. Jäger das Datum eines Tages trägt, an dem das Wahlresultat ihm zu München noch nicht bekannt sein konnte.

* **München,** den 17. März. „Man hat Unrecht," so hörte ich neulich bemerken, „zu sagen: wir haben seit 3 Wochen eine Ministerkrisis; wir haben dieselbe vielmehr schon seit 3 Jahren." Obwol es aber richtig sein mag, daß das jetzige Ministerium nie ganz fest stand, so ist es doch unzweifelhaft, daß gerade in der jüngsten Zeit eine eigentliche Crise eintrat, welche in den nächsten Tagen nach einer oder der andern Seite hin Entscheidung bringen muß. In absonderlich seltsamem Lichte stehen bei dieser Gelegenheit diejenigen Leute, welche früher die schwarz-roth-goldene Fahne zur ihrigen erklärten, sich dann, so lang es vortheilbringend schien, für Gothaer ausgegeben, und troß aller Fußtritte, an das bestehende Ministerium anklammerten. Wollte irgend eine Maßnahme der Regierung von den Freisinnigen angegriffen werden, so ward zwar nicht selten ein Gejammer über Dieses oder Jenes vernehmbar; alle gegen das Ministerium gerichteten Anträge aber wurden stets unbedingt mit der Behauptung zurückgewiesen: man dürfe dem Ministerium keine Verlegenheiten bereiten, weil ja sonst ein ganz reactionäres Cabinet entstehen würde. Und nun zeigt es sich, und wird selbst in den ministeriellen Blättern berichtet, daß die jetzige Crisis zunächst durch die nachbezeichneten beiden Umstände veranlaßt ist: 1) das Ministerium will die Jesuitenmissionen unbedingt gestatten, das Staatsoberhaupt findet sich aber dazu keineswegs geneigt, und es erfolgte sogar, wie die Allg. Ztg. eben berichtet, der eclatante Schritt, daß ein von dem Cultusministerium ausgegangener Erlaß bereits zurückgenommen werden mußte; 2) das Ministerium will in den Zollsachen Verbindlichkeiten gegen Oesterreich eingehen, welche den Zollverein mit Preußen gefährden könnten; und auch dazu ist man höchsten Orts nicht geneigt. — Wir dürfen nicht bestreiten, daß die Minister bei ihren deßfallsigen Anträgen im guten Glauben handelten, etwas höchst Zweckmäßiges zu thun. Ein Beweis liegt aber doch darin, was von jenen Behauptungen serviler Blätter zu denken ist, als suche das jetzige Ministerium die freisinnige Richtung so weit einzuhalten, als unter den obwaltenden Verhältnißen überhaupt nur irgend möglich sei. Auch die eben bekannt werdende Thatsache ist in dieser Hinsicht sehr bezeichnend, daß bei dem „Abschiedsdiner" des sich auflösenden starrconservativen oder vielmehr starr reactionären „constitutionell monarchischen Vereins" eine eigene Manifestation gegen das in Aussicht stehende Abtreten des dermaligen Ministeriums stattfand. — Die Frage wegen der Zollverhältniße gewinnt nebenbei noch eine besondere Bedeutung, wenn ein subventionirtes Blatt sogar die Schamlosigkeit begeht, — sowol das Preußische Erbkaiserthum, (für welches es selbst früher geschwärmt!) als auch sogar den Preußischen Zollverein für eine wesentlich protestantische, den Anschluß an Oesterreich für eine wesentlich katholische Sache zu bezeichnen. Zu diesem Unsinn ist man also in Schürung des Fanatismus bereits gekommen! Wir sind keinen Augenblick über die Wirkung im Zweifel, welche eine Sprengung des Zollvereins für die Beutel z. B. der katholischen Weinbauern in der Pfalz gerade ebenso, wie für die der protestantischen hervorbringen würde. Freilich Diejenigen, welche so reden und schüren, gehören der großen Mehrzahl nach gar nicht zu den Producenten; — sie fristen ihr elendes Dasein mit dem, was Andere ihnen steuern müssen; das gibt sich eben auch hier wieder nur allzusehr kund!

* **München,** den 17. März. Der im Kampfe für freie und volksthümliche Principien nicht ermüdende „Nürnberger Kurier" hatte kürzlich einen vollständigen, wörtlichen Abdruck des stenographischen Berichts über die Kammerverhandlungen in Betreff des Prell'schen Antrags wegen Beschränkung der Presse in einer besondern Beilage geliefert. Er ward confiscirt, indem eine ganze Reihe von Artikeln des Preßgesetzes durch die Veröffentlichung des in der öffentlichen Kammersitzung, ohne irgend eine Erinnerung, weder von Seiten des Präsidenten noch eines Ministers, Gesprochenen, übertreten sein soll! Dieses Vorkommniß hat allerdings großes Aufsehen erregt; insbesondere können verschiedene auswärtige Blätter kaum Worte finden, ihre Ansicht darüber scharf genug auszudrücken. Uns selbst konnte der Vorgang nicht mehr wundern. Längst schon ist man, Tag für Tag einen Schritt weiter gehend, dahin gelangt, daß wir solche Dinge als ganz natürliche Ergebniße des Fortschreitens auf der betretenen Bahn betrachten müßen. Bemerkenswerth scheint uns aber doch Dasjenige, was selbst der hochconservative Abg. Heine in der Abgeordnetensitzung vom 13. d. aus der erwähnten Veranlassung äußerte, indem er darzuthun suchte, daß bei unserm Constitutionalismus jede beabsichtigte Erweiterung der Volksrechte zum Gegentheil ausschlage oder ausgelegt werde. Er sagte: „Man hat früher über die Censur ungeheuer geklagt und sich Alles von ihrer Aufhebung versprochen. Niemals ist aber während ihrer Herrschaft der Fall vorgekommen, daß Etwas, was in diesem Hause gesprochen wurde, draußen sich nicht in die Presse verbreiten durfte, und gegenwärtig, meine Herren? Wir haben ein großes Grundrecht — o Grundrechte!! — an der Spitze des Preßgesetzes, und in keinem Blatte sind Sie sicher, ob ein mißliebiges Wort, ein gemäßigtes sogar, Ihnen nicht gestrichen wird!" — Die Linke in der Abgeordnetenkammer hat bekanntlich auf alle ihr mögliche Weise die Preßfreiheit zu vertheidigen und zu sichern gesucht; immer vergeblich. Was wird nun bei solchen Vorgängen die Rechte thun??

München, den 16. März. Die Kammer der Reichs-

räthe verlieh in ihrer heutigen (36ſten) Sitzung das Budget, und vollendete es nach beinahe fünfſtündiger Berathung. Die hohe Kammer trat bei dem Ausgabenbudget, mit Ausnahme der Etats für das Oberappellationsgericht, für die Staatsanwaltſchaften und für die active Armee, rückſichtlich welcher die Poſitionen der Regierung angenommen wurden, den Beſchlüßen der Abgeordnetenkammer bei, ebenſo bei dem Einnahmsbudget, wobei die von der zweiten Kammer um 100,000 fl. erhöhten Erträgniße der Salinen und Bergwerke auf die Poſition der Regierung reducirt wurden. (A. Z.)

Mannheim, den 17. März. Die Rheinſchifffahrt belebt ſich, namentlich findet eine große Einfuhr von Früchten und roher Baumwolle ſtatt.

Frankfurt, den 19. März. Der Schuhmachergeſelle Kaspar Salzer hat ſich geſtern in ſeinem Gefängniß erhängt.

Stuttgart, den 17. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer brachte der Juſtizminiſter v. Pleſſen einen Geſetzentwurf zur Herſtellung der Todes- und Prügelſtrafe ein. Die erſtere ſoll namentlich auch bei thätlichen Angriffen auf den König, ſo wie bei Hochverrath, wenn die Selbſtſtändigkeit des würt. Staates angegriffen wird, in Anwendung kommen. Prügel ſollen bis zu der Zahl von 50 ſteigen können.

Bei uns hat bereits ein Rückgehen der Getreidepreiſe begonnen.

Kaſſel, den 12. März. Bei der Aufſtellung der Wahlliſte für den neuen Bürgerausſchuß iſt Haſſenpflug's Name nicht aufgenommen worden, weil nach dem Gemeindeſetze Perſonen, die wegen crimineller Vergehen verurtheilt ſind oder nur in Unterſuchung ſich befinden, nicht wahlfähig ſind. Hr. Haſſenpflug hat es nicht für angemeſſen erachtet, gegen ſeine Ausſchließung zu reclamiren. (Neueſte Nachr.)

— den 16. März. Auf Grund einer weitern Cautionsleiſtung wurde heute Mittag 2 Uhr Profeſſor Winkelblech von der gerichtlichen Bewachung in ſeiner Wohnung befreit, und ſomit für jetzt auf freien Fuß geſetzt.

Aus Thüringen, den 16. März. Das gothaiſche „Tagblatt" theilt in ſeiner geſtrigen Nummer mit, daß eine Weberfrau aus einem gothaiſchen Dorfe nach Amerika ausgewandert ſei, um ſich den Verfolgungen zu entziehen, welche ſie als Hexe und Zauberin zu erdulden hatte. — Am 13. d. M. iſt der bekannte Dr. Douai von Altenburg mit einer großen Anzahl ſeiner Geſinnungsgenoſſen nach Amerika abgereiſt. Eine große Anzahl der Mitglieder der democratiſchen Partei gab ihnen bis zum Bahnhofe das Geleite. — Nach amtlicher Mittheilung haben ſich 700 Perſonen aus der Oberherrſchaft des Fürſtenthums Rudolſtadt zur Auswanderung gemeldet.

Sondershauſen, den 14. März. Unſer Fürſt hat das Prädikat „Von Gottes Gnaden" wieder angenommen.

Kiel, den 15. März. Wie man hört, hat die Königin von Griechenland den Paſtor Hanſen von Sylt nach Athen berufen laſſen, und iſt ſomit wiederum für einen der vertriebenen ſchleswig'ſchen Geiſtlichen ein angemeſſenes Unterkommen gefunden.

Wien, den 15. März. Aus allen Kreiſen Galiziens gehen betrübende Nachrichten ein. Das Eigenthum iſt durch allzu häufige Diebſtahlsfälle, wie auch durch Brandlegungen im höchſten Grade gefährdet. Angeſpannte Wagen fahren in der Nacht vor einem Edelhof auf, raſch plündern die Diebe den Kornſpeicher aus, laden das Getreide auf die in aller Stille wartenden Wagen und fahren mit dem fremden Gute ſo davon, als wenn ſie das Getreide auf den Marktplatz zu verführen hätten.

Frankreich.

Paris, den 13. März. In den beſtunterrichteten Kreiſen will man überzeugt ſein, daß die Gerüchte von der nahen Kaiſerproclamation ſehr begründet ſind. Im Senat und im Corps legislativ wird ein auf das Kaiſerthum bezüglicher Antrag geſtellt werden, den die Armee bei der großen Heerſchau und Adlervertheilung mit Jubel aufnehmen wird. Es wird nicht darauf ankommen, ob er im Corps legislativ zur definitiven Discuſſion und Annahme gelangt, oder nicht; es wird hinreichen, daß nur davon geſprochen wurde, um ihn von der Armee adoptiren zu laſſen. Hr. Billaut hat nicht nur den Plan gutgeheißen, ſondern auch ſeine ganze Unterſtützung verſprochen. General d'Hautpoul iſt der Regiſſeur, der das Ganze zu leiten und in Scene zu ſetzen hat. — Intereſſant iſt es, daß die Regierung jetzt, da die Wahlen vorüber ſind, empört thut über den Mißbrauch der Gewalt den ſich die Beamten in ihrem Intereſſe haben zu Schulden kommen laſſen. So hat ſie zwei Maires abgeſetzt. Der Mohr hat ſeine Dienſte gethan, der Mohr kann gehen.

Nachträglich hat Napoleon nun auch drei nichtkatholiſche Geiſtliche in den oberſten Unterrichtsrath geſetzt, was die klerikale Partei ein wenig verdrießt.

— den 16. März. Das Convertirungsdecret wird zu ſehr bedeutenden Proceſſen Anlaß geben. Eine Anzahl Perſonen, die am vorigen Samſtag, alſo vor der Verkündigung dieſes Decrets, 5procentige Renten au comptant gekauft hatten, weigern ſich, dieſelben zu beziehen und wollen es auf gerichtliche Entſcheidung ankommen laſſen.

Heute traf dahier ein aus ſchon früher zur Deportation verurtheilten Individuen beſtehender Convoi ein, deren Verurtheilung durch die gemiſchten Commiſſionen der öſtlichen Departements aufrecht erhalten wurde. Man hat ſie vorläufig nach dem Fort Ivry gebracht. — Wegen Betheiligung an dem Aufſtande im Departement der Niederalpen ſind etwa 1000 Perſonen zur Deportation verurtheilt worden; ſie werden über Marſeille nach Toulon geſchafft.

Spanien.

Madrid, den 11. März. Die Gemüſeſteuer richtet noch immer viel Unheil an; ſie hat die Herren des Cabinets entzweit und veranlaßt ſogar den Austritt des Miniſters des Innern, Marquis de Miraflores. — Eine außerordentliche Aushebung von 10,000 Mann wird ſtattfinden, und ſollen, ſobald die junge Mannſchaft einexercirt iſt, 12 Mann per Compagnie beurlaubt werden. Die Regierung will auf dieſe Weiſe eine Armeereſerve bilden, — das beſte Mittel, eine ſolche ohne Belaſtung des Budgets zu erzielen. — Der Zuſtand unſerer Wohlthätigkeitsanſtalten iſt ein ſehr erbärmlicher; dies beweiſt hinlänglich das Haus der verwahrloſten Kinder (La casa de los ninos desamparados). Der Typhus herrſcht unter dieſen unglücklichen Geſchöpfen, und ſeit 5 Monaten ſind ihrer gegen 256 an dieſer Krankheit geſtorben. (K. Z.)

Italien.

Turin, den 13. März. Die öſterreichiſche Regierung ſcheint die lombardiſchen Emigrirten in Piemont nunmehr mit größerer Milde zu behandeln. Eine Anzahl derſelben — man ſagt zweihundert — hat durch Vermittelung des hieſigen öſterreichiſchen Geſandten, Grafen v. Appony, Amneſtie und Erlaubniß zur Rückkehr nach der Lombardei erhalten. Hr. v. Appony ſoll verſichert haben, daß ſeine Regierung der Rückkehr der lombardiſchen Flüchtlinge in ihre Heimath — vorausgeſetzt, daß ſie nicht die Waffen gegen Oeſterreich geführt — von jetzt ab keine Schwierigkeiten in den Weg legen will. — Der florentiner „Conſtituzionale" meldet heute von 6 politiſchen Todesurtheilen in Neapel. Auch eine Miniſtercriſis ſoll dort im Gange ſein. (K. Z.)

Großbritanien.

London, den 15. März. Von mehren Seiten wird die Mittheilung von dem endlichen und vollſtändigen Sturze der Gewalt des Generals Roſas, des Dictators von Buenosayres, beſtätigt. Am Morgen des 3. Febr. wurde eine äußerſt blutige und entſcheidende Schlacht zwiſchen Merlo und dem Paſſo del Rey von den Streitkräften des Dictators Roſas und von den vereinigten Truppen Braſiliens und des Orientalſtaates, welche von dem General Urquiza befehligt waren, geſchlagen; ſie hatte um 6 Uhr Morgens begonnen und endete um 10

Digitized by Google

Uhr mit der Niederlage der Truppen von Buenosayres. Etwa 4000 Mann sollen in diesem Treffen getödtet oder verwundet worden sein. Die im brasilianischen Dienste stehenden deutschen Truppen entschieden durch ihre Tapferkeit die Schlacht; ihre Reiterei überritt im wahren Sinne des Worts die vielgerühmte Reiterei des Dictators der argentinischen Republik.

— den 16. März. Von zuverlässiger Seite vernehmen wir, daß das Ministerium Derby die Auflösung des Parlaments beschlossen hat und dieselbe aussprechen wird, sobald die für die Führung der Geschäfte des Landes durchaus nothwendigen Gesetze votirt sind. Die allgemeinen Wahlen werden, wie man erwartet, gegen den 16. April hin stattfinden.

Neueste Nachrichten.

Paris, den 18. März. Der heutige „Moniteur" enthält das Budget für 1852. Die ordentlichen Ausgaben betragen 1002, die feststehenden Ausgaben und Erhebungskosten 428, für außerordentliche Arbeiten sind ausgeworfen 73, zusammen 1503 Mill. Frs. Die Einnahmen belaufen sich dagegen auf 1450 Mill. Frs. Durch Ersparungen und Erhöhungen der Einnahmen soll der Unterschied gedeckt werden. Das Einkommen des Staatsoberhauptes ist nicht in den Ausgaben mit einbegriffen; es soll durch den Senat festgesetzt werden. — Die Vollendung des Louvre ist decretirt; der Kostenanschlag beträgt 26 Millionen Frcs.

New-York, den 2. März. Die Mormonen am Salzsee haben sich von den Vereinigten Staaten losgesagt und sich unabhängig erklärt. Alle Beamten der Vereinigten Staaten haben das Mormonen-Gebiet verlassen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 18. März. Weizen 7 fl. 15 kr., Korn 5 fl. 54 kr., Spelz 5 fl. 1 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige — fl. — kr., Hafer 3 fl. 42 kr., Kartoffeln 1 fl. 45 kr., per Centner.

Hiezu eine Beilage

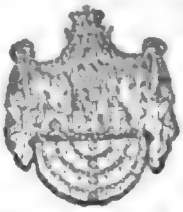
Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[903⁴] Zu kaufen sucht und mit gutem Preise bezahlt: Brillanten, Rubin, Smaragt, altes Gold und Silber
J. N. Nadenheim,
Juwelier in Mannheim E 2 Nro. 6.

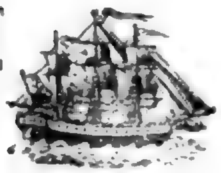
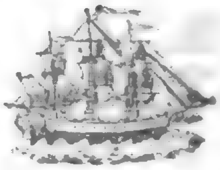
[901⁴] **Lehrlingsgesuch.**
In einer Tabaksfabrik und Specereihandlung in Landau kann ein junger Mann von guter Familie sogleich in die Lehre aufgenommen werden. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[892²] **Lehrlings-Gesuch.**
In ein Specerei-, Kurz- und Farbwaarengeschäft der Vorderpfalz wird, bis halben Juni einzutreten, ein braver junger Mann in die Lehre gesucht, der die nöthige Schulbildung genossen und aus achtbarer Familie ist. — Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[893²] **Offene Commis-Stelle.**
Für ein größeres Kurz- und Colonialwaarengeschäft wird ein Commis gesucht, der bei gehörigen Waarenkenntnißen sich als ein tüchtiger Verkäufer qualificirt.
Hierauf Reflectirende wollen ihre Offerten unter der Adresse A Z der Expedition dieses Blattes franco einsenden.

[902] Von dem k. b. privilegirten
Hofmann'schen Zahnbalsam,

welcher die heftigsten Zahnschmerzen in einer Minute stillt, haben wir aus dem Hauptverlage in München eben wieder frische Sendung erhalten. Preis per Glas nebst Gebrauchsanweisung **36 kr.**
Amtlich beglaubigte Zeugnisse über die vortreffliche Wirkung dieses Balsams können jederzeit bei uns eingesehen werden.
Auch von dem als sehr heilsam bewährten Brustmittel
☞ Pâte pectorale
von George in Epinal, pr. Schachtel 28 kr. (Fabrikpreis), haben ebenfalls wieder frische Sendung erhalten; und empfehlen diese Artikel, wie alle übrigen in unserm Spezerei-, Tabaks- und Kurzwaarengeschäfte zur geneigten Abnahme bestens.
Germersheim, den 20. März 1852.
Geschwister Seelinger.

[889³] **Zu vermiethen.**
In einer Stadt der vordern Pfalz ist ein Spezerei- und Kurzwaarengeschäft, ganz neu eingerichtet, in der Hauptstraße gelegen, mit räumlicher Wohnung, Magazin, Speicher und Keller, zu vermiethen. Dasselbe kann auf Verlangen sogleich oder bis 1. Mai unter den vortheilhaftesten Bedingungen abgegeben werden.
Frankirte Briefe unter Zeichen L. M. No. 889 befördert die Expedition.

[796]
Veränderter Dienst


Regelmäßige Postschifffahrt
zwischen Antwerpen und New-York.
Abfahrten wie folgt:
Am 5. März „Richard Alsop" (ein ganz neues, ausgezeichnetes, schönes Schiff), Cap. Post,
„ 15. „ „Edwina," Capitän Parmelee,
„ 1. April „Peter Hattrick," Capitän Rockwell.
Ferner expediren wir nach **New-Orleans:**
Am 5. Februar „Uncas," Capitän Loones.
Die Schiffe dieser Linie sind alle als vorzügliche schnellsegelnde amerikanische Dreimaster bekannt.
Die Reise von Ludwigshafen bis nach Antwerpen geschieht unter Begleitung eines eigens dazu angestellten gewandten und zuverlässigen Conducteurs.
Nähere Auskunft über Preise und Bedingungen ertheilen:
Dr. G. Strecker in Mainz, **Ant. Joseph Klein** in Bingen, **Joseph Stoeck** in Creuznach,
Strecker, Klein & Stoeck in Antwerpen,
sowie deren Agenten:
Pfaff & Lederle in Ludwigshafen a. Rh. **Louis Merckle** in Speyer. **Joseph Schuler** in Zweibrücken. **C. J. Fischer** in Neustadt a. d. Hdt. **Etienne & Holzbacher** in Kaiserslautern.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 70) den 21. März 1852.

Deutschland.

Freiburg, den 12. März. Dem Schw. Merk. schreibt man: Gestern wurde, wie bereits gemeldet, dem Hrn. Rechtsanwalt Fehrenbach der kriegspolizeiliche Ausspruch des Kriegsministeriums verkündet, heute derselbe vollzogen. Die Strenge dieser für einen gebildeten Mann kaum erträglichen Strafe hat die Unbefangenen um so mehr überrascht, als Hr. Fehrenbach seit 1849 durchaus eingezogen dahier lebte und es kaum glaublich scheint, daß man im März 1852 ihn unter dem Kriegszustand für ältere „Ungehörigkeiten oder Vergehen“ bestraft.

Berlin, den 12. März. Die ministerielle Zeitung veröffentlicht die Denkschrift, welche Seitens der preußischen Regierung dem an die Vereinsregierungen gerichteten Einladungsschreiben zu den Berliner Zollkonferenzen beigelegt worden ist. Die Denkschrift behandelt: 1) Die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein; 2) die Herbeiführung verbindender Beschlüsse unter den Vereinsregierungen. Preußen spricht sich unter Anerkennung von mancherlei Mängeln in der bestehenden Vereinsverfassung gegen die von manchen Seiten intendirte Einsetzung eines ständigen Zentral-Organs mit Verwaltungsbefugnissen, und statt dessen für die häufigere Abhaltung von Vereinskonferenzen aus. Hinsichtlich aller Verhandlungen, welche die Grundverträge betreffen, soll es bei dem bestehenden Erforderniß der Unanimität aller Vereinsregierungen sein Bewenden haben. Eine Majorität soll entscheiden, wo es auf reine Verwaltungssachen ankommt. 3) Behandelt die Denkschrift die Maßregeln wegen des Verkehrs mit Getreide in Theuerungszeiten; 4) die Errichtung von Zollvereins-Consulaten. Es wird die Anstellung besonderer Vereins-Consuln als nothwendig anerkannt und werden zugleich die leitenden Gesichtspunkte für die Regelung des gemeinsamen Consulatwesens angedeutet.

— den 15. März. Der Versicherung französischer Blätter, daß der Präsident der französischen Republik keine Neigung habe, in der Schweiz zu interveniren, stimmen unterrichtete Personen hier vollkommen bei. Die Anregung zur Intervention ist von Oesterreich ausgegangen, welches derselben auch gegenwärtig noch das Wort redet und für dieselbe die Zustimmung der anderen europäischen Cabinette zu gewinnen sucht. Daß die Schweiz sich mit den Forderungen Frankreichs abfinden wird, ist bereits bekannt. (N. Z.)

Der König hat 6 russischen Offizieren Orden verliehen.

Frankreich.

Paris, den 15. März. Die heute dahier angelangten ausländischen Journale sind der durch das neue Preßgesetz auferlegten neuen Steuer unterworfen worden. Die belgischen, bisher nichts zahlenden Journale zahlen 3 Centimes, die englischen 12, statt bisher 4, und die deutschen 7, statt bisher 4. — Der Erzbischof von Paris begab sich gestern unter dem Geläute der Glocken aller Kirchen mit der hohen Geistlichkeit seines Sprengels nach der Kirche Notre-Dame, um daselbst das Jubiläum des Gnadenjahres 1852 zu eröffnen. — Eine durch Herausgabe unsittlicher Schriften bekannte Buchhandlung im Palais Royal ist auf Befehl der Behörde geschlossen worden.

Die Wahl Carnot's mit einer Majorität von mehr als 3000 Stimmen ist bei den bekannten democratischen Elementen des vierten Bezirks leicht erklärlich. Eine besondere Erwähnung verdient der Umstand, daß eine Menge kleiner Rentiers und Banquiers, welche im Quartiere du Marais wohnen, für Carnot gestimmt haben, was sie sicher nicht gethan hätten, wenn sie nicht durch die Umwandlung der Rente empfindlich getroffen wären. Die Coulisse war heute Abends sehr lebhaft, und wurden bedeutende Verkäufe gemacht, so daß die Rente noch um einige Sous sank; man war der Ansicht, daß morgen und in den folgenden Tagen die Rente noch bedeutender sinken werde, indem voraussichtlich aus der Provinz viele Verkaufsordres eintreffen werden. — Wie ich von gut unterrichteter Seite vernehme, wird der Präsident in seiner Eröffnungsrede am 59. März ankündigen, daß den Kammern ein Gesetzesvorschlag über die Einführung einer Einkommensteuer (nach preußischem Muster) vorgelegt werde.

— den 16. März. Um jedem Zweifel über die Anwendung des Decrets bezüglich der Umwandlung der 5procentigen Rente vorzubeugen, obwol die Bestimmungen dieses Decretes klar genug waren, veröffentlicht der Moniteur heute eine Note, wonach die Rentner, welche 5procentige Papiere besitzen und die Umwandlung genehmigen, keine besondere Erklärung in diesem Sinne abzugeben haben. Die alten Titel werden einfach, bei der ersten Uebertragung, gegen die neuen Titel ausgewechselt werden. Die Rentner dagegen, welche die Rückzahlung wählen, müßen dies schriftlich erklären, und diese Erklärungen werden bis zum 2. April um Mitternacht angenommen.

Das amtliche Organ des Kriegsministeriums bezeichnet heute die Gerüchte über eine große Revue, die zur Austheilung der Adler stattfinden soll, so wie über die Errichtung eines Lagers bei Compiegne als durchaus voreilig. In Betreff der Revue, erklärt es, sei noch nichts entschieden und von dem Lager bei Compiegne noch nicht die Rede gewesen. Nach der „Patrie“ ist die große Revue auf dem Marsfelde, an welcher sowol die Armee von Paris als die Nationalgarde und die Guiden sich betheiligen werden, vom 15. April auf den 1. Mai verschoben worden. — Binnen Kurzem soll ein Decret erscheinen, dem zufolge die Generalräthe nicht mehr gewählt, sondern von der Regierung ernannt werden. Ihre Functionen sollen die nämlichen bleiben.

In Nantes wurde der Regierungscandidat Favre gewählt; in Lyon ist die Wahl auf den 19. März vertagt worden.

Amerika.

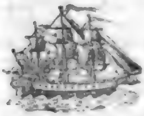
Santos Lugares, wo am 3. Februar die Schlacht stattgefunden hat, durch welche das Schicksal des Dictators Rosas entschieden worden ist, liegt bei Palermo, dem Landsitze des Dictators, und ist nur zwei Leguas von Buenos Ayres entfernt. Rosas, den General Pacheco, welcher das argentinische Heer befehligte, gezwungen hatte, Palermo zu verlassen und sich der Armee zu zeigen, war bei der Schlacht zugegen, hielt sich jedoch stets fern von der Gefahr und ergriff sogleich die Flucht, als der Kampf eine ungünstige Wendung nahm. Die Sieger haben Schritte gethan zur Einberufung einer Repräsentativversammlung aller Staaten des argentinischen Bundes, um die Bundesverfassung zu entwerfen, deren Zustandekommen 20 Jahre lang durch Rosas verhindert worden ist.

Miſcellen.

Paris, den 13. März. (Ein Wortſpiel.) Die Ernennung Billault's, dieſes Ex-Democraten und Schweifwedlers aller Gewalten zum Präſidenten des geſetzgebenden Körpers, hat den Legitimiſten zu folgendem Wortſpiel Anlaß gegeben: Louis Napoléon vient de mettre sa tête sur le billot (Billault). — (Ludwig Napoleon hat ſeinen Kopf auf den Billault (Block) gelegt.) — Der in Ungnade gefallene Morny ſagte gelegentlich dieſer Ernennung über L. Napoleon: Il ne s'arrétera pas que quand il sera à Raspail. (Er wird nicht einhalten, bis er zum Raſpail gelangt iſt.)

Die Briefmarken haben die wiener Gauner-induſtrie auf ein ſehr fruchtbares Feld geführt. Wie durch einen jüngſt Betroffenen erzählt wird, ließ nämlich ein Individuum in die Zeitung einrücken, daß bei ihm eine Buchhaltersſtelle mit 1000 fl. Jahresgehalt zu beſetzen ſei. Offerten hieß es, werden nur frankirt poste restante angenommen, und jene, welche Antwort wünſchen, wollen die Briefmarken beilegen. Die Zahl der einlaufenden Offerten iſt bei ſolchen Gelegenheiten ſtets ſehr bedeutend, und da angenommen werden kann, daß jeder Offerent auch eine Antwort wünſcht, ſo iſt auch das Erträgniß der für die Antwortſchreiben beſtimmten Marken trotz der Vorauslagen kein geringes, beſonders da Offerten aus den entfernten Gegenden einlaufen. Die Antworten blieben aber, wie ſich von ſelbſt verſteht, im Rückſtande.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.



Regelmäßige Beförderung

von Auswanderern nach allen Seehäfen von **Amerika**
zu den **niedrigſten** Preiſen,
und mit Uebernahme unter Garantie bis an die Landungsplätze in Amerika

durch den Unterzeichneten, welcher auch ſchnellſte Expedition des Gepäcks und aller Waaren beſorgt, und Zahlungsanweiſungen in jedem Betrag, auf jeden beliebigen Seeplatz der Union verſchafft, was beſonders für ſolche Auswanderer angenehm iſt, die größere Summen mit ſich nehmen.

Auf Anfragen weitern Beſcheid und feſte Abſchlüße von der Special-Agentur in **Speyer** bei
[792[10]] **Julius Helff**, breite Straße Nro. 14.

---

[804]

Niederländiſche Dampfſchifffahrts-

Geſellſchaft.

Fahrten von Ludwigshafen am Rhein vom 25. Januar an:
Nach Köln—Rotterdam, jeden Sonntag, Dienſtag und Donnerſtag 4 Uhr Morgens.
Das Dampfboot „Tyenoord" fährt jeden Dienſtag von Rotterdam nach London.
Nähere Auskunft bei dem Agenten:

C. Aug. Exter in Ludwigshafen a. Rh.

Fahrten der Local-Dampfboote Delphin I und II

zwiſchen Ludwigshafen a. Rh., Mainz, Bingen und Frankfurt a. M. [858]
vom 1. März 1852 an.
Abfahrt von **Ludwigshafen a. Rh.**:
Täglich 4 Uhr Nachmittags nach Mainz zum Anſchluß an die letzten Taunusbahnzüge von Mainz-Caſtel nach Biebrich, Wiesbaden und Frankfurt a. M.
Täglich ½6 Uhr Morgens von **Mainz** nach Ludwigshafen a. Rh.

Nähere Auskunft ertheilt
Ludwigshafen a. Rhein, den 1. März 1852.

der Agent:
C. Aug. Exter.

[884*]

Main-Dampfſchifffahrts-Geſellſchaft.

Route:
Ludwigshafen — Mainz — Frankfurt — Würzburg.

Die Boote dieſer Geſellſchaft, — Perſonen und Waaren befördernd, — fahren vom 15. dieſes Monats an täglich von Ludwigshafen Morgens 8 Uhr 15 Minuten (nach Ankunft des erſten Bahnzuges)

Der Reiſende bezahlt:

von Ludwigshafen:	Salon.		Vorkajüte.	
	fl.	kr.	fl.	kr.
nach Worms	—	30	—	15
„ Rheindürkheim	—	48	—	24
„ Gernsheim	1	—	—	30
„ Oppenheim	1	30	—	45
„ Mainz	2	—	1	—
„ Frankfurt	2	42	1	24
„ Würzburg	6	6	3	36

☞ Billette für die Hin- und Herreiſe koſten nur die Hälfte mehr.

Ludwigshafen, den 11. März 1852.

Der Agent:
J. Ganſen jr.

Digitized by Google

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag — Nro. 71 — den 23. März 1852.

Deutschland.

* **München,** den 18. März. Dem Ultramontanismus kann Niemand genug thun, wer sich demselben nicht mit Leib und Seele hinzugeben, und Alles ohne Ausnahme ihm zu opfern bereit ist. Das scheint der Ultramontanismus eben wieder an dem bisherigen Cultusminister Hrn. Ringelmann zu beweisen. Es ist bekannt, daß derselbe den vielfachen Anforderungen, welche im Namen der „Kirche“ gemacht wurden, bereitwilliger als selbst irgend einer seiner Collegen, und jedenfalls in einem Umfange nachgab, der sogar von entschieden „conservativen“ Männern nicht selten als viel zu weit gehend, bezeichnet wurde. Wenn es nicht ganz unrichtig ist, was ebenso die ultramontanen wie die freisinnigen Blätter berichten, so ist sein bevorstehender Rücktritt dadurch veranlaßt, daß er auch dem Verlangen nach unbedingter Gestattung von Jesuitenmissionen zu entsprechen geneigt wäre, indeß man an einem andern Orte zu solchem Zugeständniße sich durchaus nicht verstehen will, einem Zugeständniße das in Wirklichkeit auch Alles weit überträfe, was jene Partei unter König Ludwig und dem Minister Abel jemals erlangen konnte.

Nun ist es aber in hohem Grade auffallend, welche Haltung die ultramontane Partei gegen Hrn. Ringelmann persönlich angenommen hat. Die Augsburger Postzeitung insbesondere, das größte ihrer Organe, suchte bisher den drohenden Rücktrit des Hrn. Ringelmann als ein Martyrerthum desselben für die Jesuitenmissionen darzustellen, und war, wie ganz richtig in einem hiesigen Blatte bemerkt wird, sehr erfreut, „ein gutes Mittel gefunden zu haben, die ununterrichtete Masse aufzuregen,“ d. h. den Fanatismus bei Denjenigen zu wecken, welche, in Folge einer verdummenden Erziehung, durch solche Dinge entzündbar sind. Jetzt auf einmal scheint es jene Partei vortheilhaft gefunden zu haben, — zwar keineswegs die Anfachung des Fanatismus, wol aber — Hrn. Ringelmann aufzugeben. Mit nicht geringem Erstaunen liest man nemlich nunmehr in der nemlichen Augsb. Postzeitung Artikel in einem ganz andern Tone, und Behauptungen wie diese: der Rücktrit des Hrn. Ringelmann brauche „von den Katholiken“ gar nicht sehr bedauert zu werden, denn er habe „der Kirche“ wenig Dienste geleistet, ja man solle dabei bedenken, wie eifrig er früher der Judenemancipation das Wort geredet habe.

Dies also ist der Dank, den Hr. Ringelmann für Alles geärndtet, was er jener Partei zugestanden und gethan hat, — dies insbesondere der Dank für die Maßnahmen gegen die Deutschkatholiken.

In Wirklichkeit wundert es uns nicht im Entferntesten, denn wir wissen längst, welche Wendungen und Sprünge jene Partei zu machen gewohnt ist. Wir sehen hierin nur die Andeutung eines solchen factischen Standes der Dinge, daß das Portefeuille aller Wahrscheinlichkeit nach nicht länger in den Händen des Hrn. Ringelmann verbleiben, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach nicht länger mehr Minister sein wird. Uns erinnern die nun von der Postzeitung gemachten Aeußerungen daran, wie einst Döllinger in der Nationalversammlung gegen den Minister Abel zu Felde zog, indem er in ausführlicher Rede darzuthun suchte, wie Vieles Hr. von Abel seiner Kirche — geschadet, wie er dieselbe bedrückt, wie sehr sie sich über ihn zu beklagen habe!! — Es war ein schöner, wohlverdienter Dank!

Wir sollten meinen, solche Vorkommniße dürften einem Jeden, der irgend eine Stelle in der Staatsverwaltung einnimmt, genügend deutliche Merkzeichen sein.

Zum Schluße noch ein Curiosum. Die „Pfälzr. Ztg.,“ welche zwar nicht den Muth hat, wie die Augsb. Postzeitung, sich offen und ehrlich als Organ des Ultramontanismus zu bekennen, welche ihm aber nichts desto weniger stets als „treuer Knecht“ dient, hat die Entdeckung gemacht, daß die Katholiken in Baiern über — Zurücksetzung, den Protestanten gegenüber, zu klagen haben, daß dadurch das kirchlich-nationale Gefühl des baierischen Volkes verletzt sei u. s. f., und dieses Alles, weil — man einem, in mittelalterlicher Mystik sich herumbewegenden jungen Poeten, Redwitz, in Baiern nicht eine Professur an einer Universität gegeben, dagegen den Dichter Geibel, einen Protestanten, hieher berufen habe. — O Jammer über solche Zurücksetzung und Bedrückung in einem halbamtlichen Blatte!! —

* **München,** den 18. März. Noch gewahren wir rings um uns Schnee und Eis, das Bild des Winters; noch ist der längst ersehnte Frühling nicht zurückgekehrt, und schon haben Tausende unserer deutschen Brüder den Wanderstab ergriffen, um nach dem Ocean, und von dort in die neue Welt hinüber zu ziehen. Aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes hat die Auswanderung begonnen, auch aus jenen, die bisher noch keine Contingente zur neuen Völkerwanderug geliefert hatten. Selbst aus Niederbaiern, dem dünn bevölkerten, so außerordentlich fruchtbaren Lande, dessen Einwohner so sehr an das Festhalten am Alten gewöhnt sind, sah man bereits Caravanen, von Auswanderern am Mainflusse anlangen. Nicht minder hat die Sehnsucht nach Verbesserung ihrer Zustände viele Bewohner des gleich gering bevölkerten und gleich fruchtbaren Mecklenburg erfaßt. In jenen Gegenden aber, in denen Auswanderungen schon früher öfter vorkamen, häufen sich dieselben in nie geahneter Ausdehnung. In Württemberg sind die Verkaufsausgebote von Immobiliarbesitzthümern so massenhaft, daß man häufig um gar keinen Preis Käufer finden kann. In der Pfalz ziehen oft aus einem Dorfe von mäßigem Umfang 100 und selbst mehrere hundert Menschen in diesem einen Jahre fort. Aehnlich in Baden, in Hessen, in Nassau, in Thüringen u. s. w. Man hört von Orten, aus denen die jungen Männer von 18—20 Jahren beinahe vollständig verschwunden sind. Selbst bei den Conscriptionen soll man dies bereits mehrfach sehr stark wahrgenommen haben. Und die Strömung scheint noch immer, von Jahr zu Jahr, gewaltiger zu werden! Es geht eine friedliche Völkerwanderung vor sich, — die Zahl der Fortziehenden aber ist im Ganzen größer, als jene war, durch welche die vorzugsweise so genannte „Völkerwanderung“ ausgeführt ward. —

Eine solche gewaltige Umgestaltung muß unfehlbar einen mächtigen Einfluß auf den ganzen Entwickelungsgang der Menschheit hervorbringen. Wir zweifeln nicht daran, daß die endliche Wirkung eine wohlthätige, eine glückliche, eine den Sieg der Freiheit, des Rechtes und eine Verbesserung der materiellen Zustände mächtig fördernde sein wird. — Wir aber haben zunächst die Verhältniße, die Zustände tief zu beklagen, welche die mit diesen colossalen Auswanderungen für unser Vaterland verbundenen ungeheuern, unberechenbaren Verluste zunächst herbeiführen, — diese Verluste an Arbeitskräften, an practischer Intelligenz und an Geldmitteln. —

Angesichts solcher ernsten und gewaltigen Mahnungen

dächten wir, sollte doch Jedermann zu der Einsicht und Erkenntniß gelangen, wie dringend es Noth thut, andere als die bisherigen Wege in Lenkung der öffentlichen Verhältniße einzuschlagen; denn wahrlich, gar Vieles könnte anders, könnte besser sein als es ist!

Würzburg, den 17. März. So eben Nachmittag 4 Uhr wurde vor dem Schwurgerichte der Preßprozeß gegen Joseph Sporer, Schriftsetzer von Bamberg und vormaligen Redacteur des in Kitzingen erschienenen „Fränkischen Tagblattes," vollendet. Sporer wurde von der Anklage des Vergehens der Beleidigung der königl. Policeidirection München freigesprochen, dagegen des Vergehens der Verletzung der dem Monarchen schuldigen Ehrfurcht, der Beleidigung des baierischen Staatsministers v. d. Pfordten und der Beleidigung der bayerischen Staatsregierung für schuldig erklärt und zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt. Der Vertheidiger, Advokat Titus von Bamberg, hat die Nichtigkeitsbeschwerde angekündigt. (Nürnb. Kur.)

Tübingen, den 17. März. Diesen Morgen, etwa vor halb 7 Uhr, flog die hiesige Pulvermühle, binnen einiger Monate das zweite Mal, in die Luft. Die Explosion war mit zwei starken, schnell auf einander folgenden Schlägen verbunden, die in der ganzen Stadt gehört wurden, wie die Detonation von Kanonen. Die Verwüstung ist nicht unbedeutend und bis jetzt ein Menschenleben zu beklagen. Von den zwei Arbeitern, welche in der Mühle beschäftigt waren, flog der eine in die Luft und wurde schwer verbrannt und todt in der Nähe gefunden. Der andere Arbeiter wurde in das Krankenhaus gebracht und ist bedeutend verletzt. In der Nähe hat es viele Fensterscheiben und Ziegel zertrümmert. Die Pulvermühle sammt einem Nebenhäuschen ist vollständig zerstört.

Aus Kassel meldet die „Deutsche Reichszeitung", daß die kurhessische Regierung, erschreckt durch die massenhafte Auswanderung, damit umgehe, eine Abzugssteuer für Auswanderer festzusetzen, überhaupt aber Päße nach Amerika ferner nicht mehr auszustellen.

Gießen, den 17. März. An dem gestrigen Tage wurden Personen hier verhaftet, welche falsche preußische Fünfthalerscheine und falsche Goldstücke in Circulation zu setzen thätig waren; andere Personen hatten Gelegenheit gefunden, noch zu rechter Zeit zu entfliehen.

Leipzig, den 17. März. Ueberaus groß ist die Zahl der Auswanderer über die hiesige Stadt. Zuverlässiger Angabe zufolge betrug die Zahl derselben in den ersten 15 Tagen des März 1234!

Berlin, den 17. März. Wie wir äußerlich vernehmen, ist die „Spenersche Zeitung" in Wien und für dessen dreimeiligen Umkreis verboten.

Wien, den 15. März. Die Berliner Kreuzzeitung ist für den ganzen Umfang der österreichischen Monarchie verboten worden.

Wien, den 15. März. Der bekannte oppositionelle Publizist, Herr Bauernschmidt, vor 1848 Censurbeamter, dann Parlamentsmitglied in Frankfurt 2c., ist von der hiesigen Handelskammer, wo er seit Dezember vorigen Jahres als Schriftführer fungirte, seines Dienstes enthoben worden.

— den 16. März. Die Liste der vorwöchentlichen kriegsgerichtlichen Verurtheilungen ist ziemlich bedeutend der Zahl nach, weniger jedoch an Größe der zur Last gelegten Vergehen. Ein Schriftsetzer wurde, wegen aufreizender, fremde Monarchen und die k. k. Generalität beschimpfender Correspondenz, erschwert durch aufwiegelnde Reden, zu viermonatlichem Stockhausarrest verurtheilt. Auf Stock- und Ruthenstreiche wurde vielfach erkannt. — Eine bischöfliche Verordnung, welche vor mehreren Tagen in Ober-Oesterreich erschien, befiehlt denjenigen Pfarrern, die die Stelle eines Gemeinde-Bürgermeisters oder Gemeinderathes bekleiden, solche in Kürze niederzulegen und sich nicht weiter an den Gemeindegeschäften zu betheiligen.

Triest, den 12. März. Ueber das Schicksal der „Marianne" (eines Dampfschiffes von 120 Pferdekraft, das zum Geschwader gehörte, mit welchem der Kaiser von Venedig nach Triest während eines Sturmes überfuhr) ist man hier voll banger Zweifel oder vielmehr leider kaum mehr im Zweifel. Es ist gewiß, daß bei dem letzten furchtbaren Borasturme das Meer zahlreiche Opfer forderte. Viele Fischerbarken und andere Schiffe, welche die heftige Bora im Meere überraschte, sind untergegangen.

Belgien.

Brüssel, den 16. März. In Folge des neuen französischen Preßgesetzes unterliegen alle fremden Journale einem Stempel von 3 Cts., welcher von der Post erhoben wird. In dessen Folge werden fortan auch die französischen Journale Kraft des Gesetzes von 1848 in Belgien Stempel zahlen, indem der Stempel nur von jenen fremden Journalen nicht erhoben werden soll, in deren Heimath den belgischen Journalen keine solche Verpflichtung auferliegt. Es heißt, daß Unterhandlungen eröffnet werden, um gegenseitig den Stempel aufzuheben.

Die „Independance Belge" meldet unterm 17. März, die „Gazette de Mons" bestätige die schon von ihr gegebene Nachricht, daß die Arbeiten bei Elonges (zur Rettung der verschütteten 60 Arbeiter) am Sonntage aufgegeben worden seien. Am Montage habe man mit dem Aushauen einer neuen Gallerie im festen Felsen begonnen und in 4—6 Monaten werde man vielleicht zu den unter den Trümmern der alten Werke begrabenen Leichnamen gelangen. Der König hat dem Gouverneur des Hennegau 2000 Franken für die Familien zur Verfügung gestellt, deren Ernährer bei diesem traurigen Ereigniße umgekommen sind.

Frankreich.

Paris, den 15. März. Die Rentenconversion ist natürlich das große Ereigniß des Tages. Die Börse bietet heute einen ganz eigenthümlichen Anblick dar. Das Gedränge darin ist so groß, daß man eine Zeitlang schlechterdings weder vorwärts noch rückwärts konnte, ja selbst außerhalb derselben war sie von Tausenden belagert — und alles das sind nicht Neugierige, sondern die unglücklichen Betheiligten, kleine Rentiers, welche vorweg den zehnten Theil ihres Vermögens verloren, und überdies nicht wissen, ob sie mehr verlieren, wenn sie dieses Opfer mit Ergebung in das Schicksal hinnehmen, oder ihre Rente verkaufen. Die Börse war noch durch eine andere Thatsache, oder wenigstens ein Gerücht von einer Thatsache, in gleich großer Aufregung, als von der Rentenumwandlung selber, gehalten. Samstag Abends soll nemlich ein sehr bekannter italienischer Prinz, welcher dem Elysee sehr nahe steht, auf der kleinen Börse, im Casino Paganini, durch einen Mäkler Namens Michel 200,000 Frcs. 5procentige Renten verkauft und so einen Gewinn von 120,000 Fr. gemacht haben. Man fragt, ob dieser Prinz nicht an jenem Abend von der beschlossenen Maßregel Kenntniß gehabt und in Folge dieser Kenntniß das Geschäft hat abschließen lassen; man fragt auch ob unter solchen Umständen der überraschte Käufer gehalten sei, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. (Allg. Z.)

Durch das Rentenumwandlungsdecret erspart der Schatz nahe an 19 Millionen Zinsen, man kann es eine indirecte Auflage auf die Capitalisten nennen.

Paris, den 16. März. Unter Fautoul's Vorsitze hielt gestern der oberste Unterrichtsrath seine erste Sitzung, welcher alle Mitglieder mit Ausnahme des Bischofs von Orleans beiwohnten. Der Minister setzte dem Rathe einen neuen Studienplan aus einander, der auch sofort einer Commission überwiesen ward, die darüber möglichst schnell Bericht erstatten soll.

Der Marquis Calviere, ein im Garddepartement zum Deputirten gewählter Legitimist, dessen Candidatur die Regierung unterstützte, protestirt heute gegen eine Behauptung der „Patrie", wonach er um diese Unterstützung

nachgesucht hätte. Er sagt, seine politischen Freunde hätten ihn als Candidaten aufgestellt, und die Regierung habe ihn später ohne sein Zuthun auch als den ihrigen bezeichnet. — Die „Assemblee Nationale" theilt ein Gesuch der Mönche der Hospize des großen St. Bernhard und des Simplon an unseren Minister des Auswärtigen mit, worin sie die Vermittlung und Unterstützung Frankreichs erbitten, damit die Regierung von Wallis veranlaßt werde, ihnen ihre Klöster und deren Güter zurückzugeben.

— den 17. März. Der heutige „Moniteur" enthält, wie schon gemeldet, ein organisches Decret über die Ehrenlegion, das die bisherigen Vorschriften dieses Ordens, namentlich die königliche Ordonnanz vom 26. März 1816, den gegenwärtigen Verhältnißen anpaßt. Der Präsident der Republik ist, wie früher der König, souveränes Oberhaupt und Großmeister des Ordens. Die Decoration besteht, wie unter dem Kaiserthum, aus einem fünfstrahligen Stern unter einer Krone, der auf der einen Seite das Bildniß des Kaisers mit der Umschrift: „Napoléon, empereur des Français", auf der anderen den kaiserlichen Adler mit der Devise: „Honneur et patrie", trägt. Der bei der Aufnahme zu leistende Eid lautet jetzt folgendermaßen: „Ich schwöre Treue dem Präsidenten der Republik, der Ehre und dem Vaterlande; ich schwöre, mich ganz dem Wohle des Staates hinzugeben und die Pflichten eines braven und biedern Ritters der Ehrenlegion zu erfüllen." In Zukunft soll Niemand ohne erfolgte förmliche Aufnahme seine Decoration tragen können, ausgenommen, wenn sie ihm durch das Staatsoberhaupt direct übergeben worden ist, — eine Bestimmung, die wahrscheinlich ohne rückwirkende Kraft verstanden ist, da andernfalls eine Menge Decorirter aus der Zeit der Restauration und der Julimonarchie ihrer Orden verlustig gehen würden. Die Zahl der einfachen Ritter der Ehrenlegion ist unbeschränkt; doch soll, da sie im Augenblicke, dem Decrete zufolge, zu beträchtlich ist, bis zum Jahre 1856 im Civilstande auf zwei eintretende Vacanzen nur eine Ernennung stattfinden. Die Zahl der Officiere ist auf 4000, die der Commandeurs auf 1000, die der Großofficiere auf 200 und die der Großkreuze auf 80 festgesetzt. Unter Bezugnahme auf das Confiscations-Decret wird festgesetzt, daß alle nach dem 22. Januar 1852 ernannte oder beförderte Mitglieder der Ehrenlegion von der Land- oder Seearmee folgendes Jahrgehalt beziehen: die Ritter 250, die Officiere 500, die Commandeurs 1000, die Großofficiere 2000 und die Großkreuze 3000 Franken. — Der Lieutenant Mercier, der durch ein Decret L. Napoleons abgesetzt wurde, hatte ein Gesuch an den Staatsrath eingereicht, um die Vernichtung der präsidentschaftlichen Entscheidung zu bewirken. Der Staatsrath hat sich zu Gunsten des Lieutenants erklärt und das Decret des Präsidenten vernichtet.

Wegen der Kundgebung am 24. Februar auf dem Bastillenplatze sind 4 Personen zu einem Monat Gefängnißstrafe verurtheilt worden.

Der Minister des Innern empfing neulich in einer einzigen Stunde 35 Gesuche um eine Unterpräfectur. In ähnlichen Verhältnißen laufen bei allen Ministerien die Anstellungsgesuche ein.

Die Versteigerung der Bibliothek Ludwig Philipps schreitet rasch vorwärts; die Bücher werden zu fabelhaften Preisen verkauft. Man bemerkt unter den Käufern viele Fremde, besonders Deutsche.

— den 18. März. Heute ging die 5procentige Rente zum ersten Male unter 100 Frs. herab. Das heute im „Moniteur" veröffentlichte Budget hat gerade nicht den besten Eindruck hervorgebracht. Was zu dem Fallen der Course hauptsächlich beigetragen, sind die vielen Rentenverkäufe, welche heute Statt gefunden haben. Man glaubt, daß die Verkaufslust noch bedeutend zunehmen wird. Auch die Nachricht, daß das Bureau, auf welchem die Rentenbesitzer ihre 5procentige Rente gegen baares Geld austauschen können, bis heute Morgens halb 12 Uhr 2500 Nummern ausgetheilt hatte, hat nicht wenig die Course herabgedrückt. Die Anzahl der Rentenbesitzer, welche sich auf genanntem Bureau heute Morgens gemeldet haben, ist außerordentlich groß gewesen. Um 12 Uhr wollte man das Bureau schließen, wodurch eine Art Emeute hervorgerufen wurde. Man war genöthigt, um die aufgeregten Gemüther zu beruhigen, mit der Operation fortzufahren. Nachdem die 5procentige Rente heute auf 99 Frs. 95 Cts. gefallen war, stieg sie indeß später wieder und schloß mit 100 Frs. 15 Cts. (15 Cts. unter dem gestrigen Schlußcourse). Man macht die größten Anstrengungen, um die Rente zu halten, indem man sehr viel kaufen läßt. Das endliche Fallen unter 100 wird sich aber nicht verhindern lassen. — In Reims haben Verhaftungen stattgefunden. Unter den Verhafteten befinden sich u. A. zwei Mitglieder der ehemaligen constituirenden Versammlung. Die Gründe, welche diese Maßregel veranlaßt, kennt man noch nicht. — Im Süden Frankreichs soll große Aufregung herrschen.

— den 19. März. Am Appellhofe kam heute die Sache des bekannten Orleanisten Bocher zur Verhandlung, und wurde derselbe zu einem Monat Gefängniß und 200 Francs Geldbuße verurtheilt. (Köln. Ztg.)

Nach den neuesten Berichten aus Algerien beläuft sich die Zahl der Soldaten, welche bei dem furchtbaren Schneesturme zu Djemaa el Tauint in Kabylien umgekommen oder seitdem nicht zurückgekehrt sind, auf 144 Mann. Unter denselben befindet sich nur ein Officier. Alle Zelte, Vorräthe u. s. w., sowie eine große Schafherde, welche die Colonne mit sich führte, gingen bei dieser Katastrophe verloren.

Italien.

Aus dem Kirchenstaat, den 7. März. Die Finanznoth lastet schwer auf dem Kirchenstaat, und eines der fruchtbarsten und schönsten Länder Europas muß sich in siecher Existenz hinschleppen. Der Grund liegt in der großen Schuldenlast; fast die Hälfte der Staatseinnahmen wird durch Zinsenzahlungen verschlungen. Das Uebel ist alt, sehr alt; bereits um die Mitte des 15. Jahrhunderts fingen Päpste an, einen Theil der Staatseinkünfte, wie Zölle, Mahlsteuer &c. für Darlehen zu verpfänden. Die römische Staatsschuld ist daher die älteste der europäischen. Im Verlauf von 4 Jahrhunderten ist sie zur Riesengröße angeschwollen.

Großbritanien.

London, den 17. März. Wir haben neuere Nachrichten aus Australien erhalten, und zwar aus Sydney bis zum 10. Dec. und aus Victoria bis 12. Dec. An letzterem Orte gab sich die Wirkung der Goldentdeckungen durch die Schwankungen im Mehlpreise kund. Man besorgte ernstlich, es werde an Händen fehlen, um die Aerndte einzubringen. Aus diesem Grunde waren die Mehlpreise in der letzten Zeit in die Höhe gegangen. Ein Briefsteller aus Sydney spricht zuversichtlich die Meinung aus, daß Australien im Laufe dieses Jahres mindestens 3,000,000 L. Gold nach England senden werde.

Am 13. März ist Kinkel aus Amerika zurückgekehrt.

Rußland.

Warschau, den 13. März. Nach einem heutigen Erlasse werden die Juden im Königreich vom 1. Juli d. J. ab in folgende 5 Classen eingetheilt: 1) Kaufleute, 2) Ackerbautreibende, 3) Handwerker, 4) städtische Ansäßige und 5) Nichtansäßige. Die 4 ersten Klassen verbleiben in allen ihnen bis jetzt zugestandenen Gerechtsamen. — Rabbiner, Gelehrte und Lehrer gehören in die 4. Kategorie. Sämmtliche Juden des Königreichs sind aufgefordert, bis zum 1. April anzugeben, in welche Classe sie eingetragen sein wollen. Wer diese Angabe unterläßt, wird in die 5. Klasse eingeschrieben.

Türkei.

Die Entwaffnung der christlichen Bevölkerung in Bosnien und die Einkerkerung der einflußreichsten Grundbesitzer und Geistlichen dauern fort. Unter den letzteren

befinden sich auch der katholische Bischof Barissic und der griechische Bischof von Sarajewo.

Aus Beirut wird vom 3. d. berichtet, daß recrutirungsflüchtige Drusen mehrere Christendörfer überfallen und ausgeplündert haben.

Ostindien.

Calcutta, den 7. Febr. Der Generalgouverneur ist hier eingetroffen, er hofft noch eine friedliche Lösung des Streites mit den Birmanen, indeß werden Grenzverstärkungen abgeschickt. Die Altstadt von Rangun ist, um den dort wohnenden Europäern Schaden zuzufügen, verbrannt worden, die Neustadt dagegen lassen die Birmanen stark befestigen; die Blocade wird schwer gefühlt und die Cholera ist dort ausgebrochen.

Bombay, den 17. Febr. Einem Gerücht zufolge ist in den ostindischen Besitzungen Portugals eine Emeute ausgebrochen, sofort aber unterdrückt worden.

China.

Hongkong, den 29. Jan. 2000 chinesische Insurgenten sollen Pingschan eingenommen haben.

Die Auswanderung der Chinesen nach Californien dauert fort.

Neueste Nachrichten.

München, den 18. März. Der k. Oberstaatsanwalt am Appellationsgericht von Oberbayern, Dr. v. Kiliani, wurde zum Generalstaatsanwalt am obersten Gerichtshof befördert; diese hohe Stelle war seit einiger Zeit unbesetzt.

Gotha, den 15. März. Schloß Reinhartsbrunn ist am gestrigen Tage und in vergangener Nacht zum größern Theil niedergebrannt.

Hannover, den 18. März. Am heutigen Nachmittage hielt die hiesige Bürgerwehr zur Feier des 18. März eine große Parade auf dem Georgswalle. 12—14,000 Bürgerwehrmänner standen unter den Waffen. Der Magistrat war gleichfalls auf dem Paradeplatze erschienen. Die Bataillone zogen in rüstiger Haltung vorüber, die zahlreichen schwarz-roth-goldenen Fahnen wehten in den Lüften, und das Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?" wurde von der Musik gespielt. Heute Abends halten die Wehrmänner ein Fest in Tivoli. Reden u. Tanz.

Berlin, den 19. März. Der Vertrieb von „C. Vogt's Untersuchungen über die Thierstaaten" ist den hiesigen Buchhandlungen polizeilich untersagt worden.

Berlin, den 20. März. Der kgl. württembergische außerordentliche Gesandte, Baron v. Linden, wurde gestern, nach der bei dem Könige gehabten Audienz zur königlichen Tafel gezogen. Man erwartet daher die völlige Ausgleichung der Differenzen, welche seither zwischen unserem und dem württembergischen Hofe obgewaltet haben.

Bremen, den 19. März. Unsere Märzverfassung ist seit heute Morgens sistirt worden. Der Senat, der vorgestern Abends eine Sitzung hielt, publicirt heute den Beschluß der Bundesversammlung vom 6. März, in welchem diese den vom Senate geforderten Abänderungen der Verfassung zustimmt. Er inhibirt daher die Verfassung und stellt „unter Umständen" Octroyirungen in Aussicht.

Paris, den 19. März. Der Herzog von Rianzares (Munoz) ist hier eingetroffen.

Der Redacteur der „N. Rh. Ztg." Dr. E. Dronke, ist hier vor einigen Tagen verhaftet worden. Da derselbe bereits früher aus Frankreich ausgewiesen war, wird er wegen unerlaubter Rückkehr vor das Policeigericht gestellt werden.

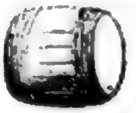
Venedig, den 13. März. Gestern litt unweit Chioggia ein Kauffahrteischiff, das man noch nicht näher zu bezeichnen vermag, verderblichen Schiffbruch. Man vermißt über 20 unsrer Fischerfahrzeuge, und an dem unweit von Chioggia gelegenen Strande wurden bereits etliche Leichen von den brausenden Meereswogen ausgeworfen.

Neapel, den 4. März. Nach 2jähriger Kerkerhaft haben die Advokaten Romano, Tofano und Giannattasio nach Frankreich abreisen dürfen; sie wurden aus dem Gefängniß an Bord des Schiffes geführt. — Der Gerichtshof von Aquila hat sechs Bürger, welche, von dem in der Verfassung gewährleisteten Vereinsrecht Gebrauch machend, an einer öffentlichen Versammlung Theil genommen hatten, deren Zweck selbst das Gericht als unschädlich, ja sogar als nützlich anerkannte, zum Tode verurtheilt.

London, den 20. März. Im Oberhause, so wie im Unterhause wurde gestern Abends Seitens der Regierung erklärt, daß sie das Unterhaus im Mai oder Juni, vielleicht schon im April, aufzulösen beabsichtige.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[904a] **Weinversteigerung**
in Ludwigshafen am Rhein. Bayr. Pfalz.



Dienstag, den 20. April nächsthin, Morgens 10 Uhr, im deutschen Hause zu Ludwigshafen a. Rh., läßt Herr Heinrich Lichtenberger, Gutsbesitzer daselbst, nachfolgende, meistens selbstgezogene, Weine versteigern:

A. **Vom Lager in Ludwigshafen:**

1) 52,320 Liter 1844r, 46r, 48r, 49r und 1850r Forster, Deidesheimer, Wachenheimer, Ungsteiner, Mußbacher, Königsbacher u. a. m.
2) 2,590 Liter 1848r und 1849r Königsbacher rothen.

B. **Vom Lager auf dessen Gut zu Haardt bei Neustadt:**

3) 75,470 Liter 1846r, 48r, 49r, 50r und 1851r Dürkheimer, Haardter und Rhodter.
4) 2,460 Liter 1850r und 1851r Haardter rothen.

132,840 Liter zusammen.

Die Weine können an den zwei der Versteigerung vorhergehenden Tagen, sowohl zu Ludwigshafen als auf der Haardt an den Fässern verkostet werden, wie auch bei der Versteigerung selbst.

Oggersheim, den 18. März 1852.
Leuchsenring, Notär.

[42] **Lotto.**
Zu Regensburg kamen den 18. März heraus:
5. 84. 42. 85 48.
Die nächste Ziehung ist den 27. März zu Nürnberg.

[906a] **Holzversteigerung.**

Freitag, den 26. März nächsthin, des Vormittags um 2 Uhr, zu Mundenheim im Wirthshause zum Stern, läßt Frau Fürstin von Isenburg die nachbezeichneten, auf dem großen Kaiserswörth bei Mundenheim lagernden Hölzer, öffentlich versteigern, nämlich: 30 Stämme Eichen, Ulmen, Eschen, Ahorn und Aspen; 26 Stämme Weißdornholz, von 4—6 Zoll Durchmesser; 8 Klafter meistens eichenes Scheitholz; 1037 gemischte Wellen und 230 alte abgängige Weidenstumpfen.

Mutterstadt, den 19. März 1852.
C. Moré, Notär.

[905] Bestellungen auf das täglich zweimal erscheinende, mit dem Unterhaltungsblatte „**Didaskalia**" begleitete

☞ **Frankfurter Journal** ☜

für das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal nehmen alle Postämter Deutschlands, der Schweiz und Belgiens an. Vierteljährlicher Preis innerhalb des fürstl. Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirkes: **2 fl. 30 kr.**, außerhalb desselben **2 fl. 49 kr.** excl. gesetzlich bestehender Stempel- und Bestellgebühren.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 72 | den 24. März 1852.

Deutschland.

* **Betrachtungen.** Als der Kaiser von Oesterreich jüngst die Küste des Adriatischen Meeres besuchte, war für einen bestimmten Tag und eine bestimmte Stunde eine Seefahrt angeordnet. Als dieselbe beginnen sollte, erlaubten sich erfahrene Seemänner um Abstellung oder Verschiebung zu bitten, indem sie ein gefahrdrohendes Unwetter herannahen sahen. Der junge Kaiser, der keine Erfahrung in dergleichen Dingen besitzen kann, befahl aber den Schiffen, auszulaufen.

Kaum war dies geschehen, so trat ein, was man vorausgesehen hatte: ein furchtbares Unwetter. Man mußte so eilends als möglich nach dem Lande zurück zu kehren suchen, was dem Schiffe, auf welchem sich der Kaiser selbst befand, nur mit außerordentlicher Anstrengung und Gefahr gelang.

Schmeichler, die immer die ärgsten Verderber der Fürsten sind, haben es sich zur Angelegenheit gemacht, jenen Befehl des jungen Kaisers als eine Heldenthat auszuposaunen. So hat namentlich ein Correspondent der besonders nach Oesterreich hin niedrig kriechenden Allgemeinen Ztg. darüber einen Artikel veröffentlicht, nach dessen Worten man fast meinen sollte, der Kaiser habe einen zweiten Seesieg von Lepanto errungen. —

Nun kommt aber auch noch eine schwere Trauerbotschaft hintendrein. Eines der Schiffe, deren Auslaufen der Kaiser befahl, die „Marianne," ist *spurlos verschwunden*. Wenigstens 120 Menschenleben sind mit demselben zu Grunde gegangen, — zu Grunde gegangen, weil die Schmeichler nicht den Muth hatten, dem jungen Kaiser zu widersprechen, der den vollen Umfang der Gefahr nicht kannte, — zu Grunde gegangen, weil jene Schmeichler die drohenden Folgen einer solchen Spazierfahrt offen zu bezeichnen zu feig waren! Das Unglück und die Verzweiflung mancher der betroffenen Familien wird als herzzerreißend geschildert.

* **Betrachtung.** Die „Rentenconversion" ist also in Frankreich dennoch erfolgt. Vor ganz kurzer Zeit verkündete der amtliche Moniteur, daß es eine *böswillige* Ausstreuung sei, wenn behauptet werde, die 5procentigen Staatspapiere würden eine Verminderung des Zinsfußes erleiden. Also ein neues Beispiel, welche Glaubwürdigkeit die Versicherungen officieller Blätter verdienen. Es wurde schon früher in der Speyr. Ztg. darauf aufmerksam gemacht, wie das gegenwärtige französische Gouvernement eine gewisse Tactik darin übt, zuerst Gerüchte auszustreuen, dann ihnen aufs Bestimmteste zu widersprechen, und hintendrein, gerade wenn man es am allerwenigsten vermuthet, die Sache zu verwirklichen. So geschah es bekanntlich insbesondere mit dem Staatsstreiche. Wer weiß, was sich an die jetzige Maßregel in ähnlicher Weise noch anknüpfen mag?

Die Rentenconversion an sich ist aber ein neues Zeichen, wie Ludw. Napoleon mehr und mehr dahin gebracht wird, den Interessen jener Classe entgegen zu treten, welche unter Ludwig Philipp, mit diesem, die Herrschaft über die ganze Nation ausgeübt hatte. Die Masse des Volkes wird sich wenigstens momentan freuen, daß jene Herrschaft der Stock-Jobber gebrochen wird, welche die andern Classen der Gesellschaft oft schmählig zu ihrem Vortheil ausbeuteten. Freilich werden *diese* Classen vergeblich hoffen, ihrerseits den Vortheil der Veränderung zu erlangen. Dagegen haben durch die neue Maßregel Diejenigen wieder einen Theil ihres längstverdienten Lohnes erhalten, welche unter dem Schlagworte: „Ruhe um jeden Preis!" seit so langer Zeit für jede Gewalt sich erklärt, und stets höhnisch geantwortet hatten, wenn ihnen Weiterblickende bemerkten, daß wahre, *dauernde Ruhe* auf dem eingeschlagenen Wege gerade nicht zu erlangen, sondern nur Sturm und Unheil zu erwarten sei! —

* **München,** den 20. März. „Eine Ministercrisis!" hört man seit einiger Zeit die hiesigen Politiker einander zurufen, und sieht sie dabei eine so wichtigthuende Miene annehmen, als handelte es sich um die höchsten Fragen der Menschheit. Als im Jahr 1848 die Nachricht kam, der Kaiser Ferdinand von Oesterreich habe die Krone niedergelegt, redete man zu Frankfurt nicht zum zehnten Theile so viel davon, als jetzt über das Thema: ob Hr. Dr. Ringelmann Cultusminister in Baiern bleibt oder nicht. — Man ist eben an größere Fragen nicht mehr gewöhnt, und treibt sich im engen Kreise kleiner und kleinlicher Dinge herum. —

Hätten die „Märzminister" irgendwo in Deutschland verlangt, der Landesfürst solle diesen oder jenen Mann, dem er persönlich zugethan, und der sich, ohne ein Amt zu bekleiden, in seiner Umgebung befand, aus seiner Nähe entfernen, — da hätten sich zweifelsohne alle loyalen Gemüther im ganzen Umfange des größern oder kleineren Sonder-„Reiches" empört, und jeder Tropfen „monarchischen Blutes" (wie der ehrliche aber von den Zeitverhältnißen weit überholte Hr. Welcker einst zur großen Belustigung der Linken in der Nationalversammlung sagte), wäre in den Adern jedes „Unterthans" in wilde Wallung gerathen. — Und nun, welches Mirakel ist geschehen? Nicht die „revolutionäre" sondern die „conservative" Partei in Baiern strebt dahin, daß das Staatsoberhaupt den ihm persönlich beliebten Hrn. Dönniges von sich entferne. Wir hätten gemeint, eine solche Forderung könnte die democratische Partei vorkommenden Falles stellen; wie ein derartiges Begehren aber vereinbar sei mit den „conservativen" Gesinnungen, die man von anderer Seite so vielfach zur Schau trägt, begreifen wir nicht.

Wir begreifen aber noch mehr nicht. Dahin rechnen wir: wenn ein durch Regierungsdiktat den Gemeinde*cassen* aufgezwungenes öffentliches Blatt eine angebliche *Zurücksetzung der Katholiken* in Baiern zum Vortheile der *Protestanten* als Thema der „*Volksbelehrung*" und der Herstellung „guter Gesinnungen" gebraucht, und wenn dasselbe Blatt die Entdeckung macht: das nationale und religiöse Selbstgefühl des altbaierischen Volkes sei *verletzt*, weil man die Hrn. Höfler und Redwitz habe außer Landes ziehen lassen, indeß man die Hrn. Geibel und Waitz nach Baiern berufen; und deßhalb sei das altbaierische Volk erbittert über die Hrn. Dönniges und Dingelstedt. Hilf Himmel! Man sollte einmal eine Rundfrage halten bei dem altbaierischen Volke, und ihm die Namen nennen: „Höfler und Redwitz, Geibel und Waitz, Dönniges und Dingelstedt — altbaierisches Volk, was meinst du?" Das altbaierische Volk würde den Kopf schütteln und stumm zu erkennen geben, daß es von allen diesen Namen gerade ebenso viel weiß, als wenn man ihm spanische Dörfer genannt hätte. Und doch soll durch die Abwesenheit der Einen und durch die Anwesenheit der Andern jener Herren das nationale oder religiöse Gefühl des altbaierischen Volksstammes verletzt sein! Wir trauen dem Hrn.

Dr. L. Jäger und seinen Genossen einen hohen Grad von Glaubensfähigkeit zu, können uns aber nicht überreden, daß sie selbst solche Dinge ernstlich glauben; — und dennoch bekommt ein solches Gericht — nicht der altbaierische, nein, — der Pfälzische Volksstamm zu seiner geistigen Labung und behufs Verbesserung seiner ungesunden politischen Säfte in einer halbofficiellen Zeitung aufgetischt!

* **München,** den 20. März. Bei aller Nachgiebigkeit von Seiten der Kammer der Abgeordneten ist die Stellung der Reichsrathskammer gegen sie eine noch bei weitem weniger entgegenkommende, als sie es seit 1848 jemals war. Außer den Fragen über Judenemanzipation und das Notariatsgesetz, hat sich dieß bei der vorgestrigen Verhandlung über das Districts- und Landrathsgesetz besonders stark herausgestellt. Keine einzige irgend grundsätzliche Modification der Abgeordneten ward angenommen; selbst vermittelnde Vorschläge des eigenen Referenten und des eigenen Ausschußes wurden zurückgewiesen, um unbedingt auf den frühern Beschlüßen zu beharren. Außer den „größern" Grundbesitzern sollen auch noch die „größten" Grundbesitzer eine eigene, ja sogar virile, Vertretung erhalten. Die Einkommensteuer soll durchaus nicht zu den Umlagen beigezogen werden, nicht zu jenen für den District, ja nicht einmal zu jenen für den Kreis. Eben so verwarf die Reichsrathskammer beim Budget den einzigen irgend nennenswerthen Abstrich, den die Abgeordnetenkammer vorgenommen, und heute beschloß sie, das Einkommen auch von der nun noch zu vergrößernden Umlage zur Deckung des Deficits auszunehmen, wonach die ganze Last auf die Grund-, Haus- und Gewerbbesitzer treffen soll. Bei der hiedurch gegebenen Aussicht auf die wahrlich nicht erfreulichen Ergebniße hinsichtlich der Steuerverhältniße; bei der Stellung, welche beide Kammern eingenommen, und die sich immer mehr in principiellen Gegensätzen der Reichsräthe zu den Abgeordneten kund gibt; bei der durch die Ministerkrise an Tag getretenen (von Andern freilich längst erkannten) Täuschung über den Halt, den die Kammermajorität und das Ministerium als wechselseitige Stützen sich zu gewähren scheinen wollten; bei der Theilnahmslosigkeit des Volkes überhaupt gegen die dermaligen Landesrepräsentationen; endlich bei der Ermüdung, welche sichtlich bei den Mitgliedern des Landtages auf allen Seiten des Hauses eingetreten ist, — dürfte das Wünschenswertheste sein — die baldige Beendigung seiner Thätigkeit.

München, den 20. März. Die russischen Großfürsten Nicolaus und Michael werden Ende dieses Monats hier eintreffen. Bei Hof werden ihnen zu Ehren verschiedene Festlichkeiten, u. a. eine französische Theatervorstellung vorbereitet. Für die bei dieser Gelegenheit abzuhaltende größere Truppenschau wurden 3 Escadronen des Augsburger Chevaurlegersregiments und zwei Escadronen der Freisinger Cürassiere beordert. (Bkbtn.)

Augsburg. Nach dem „Augsb. Tagblatt" hat der P. Herr Mich. v. Böck dieser Tage das Stift zu St. Stephan in Augsburg verlassen, um zum Protestantismus überzutreten.

Würzburg, den 18. März. Unter dem Gestrigen wurden neun Schüler des hiesigen Gymnasiums in Folge vorgenommener Untersuchung wegen Verbindungen von der Anstalt entfernt. Von den Demitirten gehören sechs der Oberklasse, drei einer niederen Klasse an. (F. K.)

Karlsruhe, den 19. März. Die Petitionen der Altlutheraner um kirchliche Anerkennung sind vor einigen Tagen durch Beschluß der zweiten Kammer erledigt worden. Die Regierung hatte erklärt, daß die nach unseren Gesetzen zukommende Toleranz gestattet sei, daß dagegen von einer Anerkennung einer besonderen lutherischen Kirche keine Rede sein könne, indem die unirte evangelische Kirche zugleich noch die lutherische Kirche in sich begreife. Die Kammer beruhigte sich hierbei und ging zur Tagesordnung über.

— den 20. März. Heute Nachmittag 5 Uhr wurde der Landtag durch den Präsidenten des großh. Ministeriums des Innern, Staatsrath v. Marschall, geschlossen.

Schwerin, den 17. März. Der vor einiger Zeit verhaftete frühere Postrevisor und Reichstagsabgeordnete Wöhler ist gegen eine geleistete Caution von 12,000 Thalern gestern auf freien Fuß gesetzt worden. Die Untersuchung gegen ihn soll sich in neuester Zeit auch auf seine Uebersiedelung mit der deutschen Nationalversammlung nach Stuttgart erstreckt haben.

Berlin, den 17. März. Die Ankündigung von der Wiedereröffnung der Schiffahrt in Stettin hat ein Fallen der Roggenpreise von 58 auf 52 Thlr. für den Wispel zur Folge gehabt. Ein ferneres Sinken ist nicht unwahrscheinlich.

Der Friedrichshain wurde seit dem Sonntag zahlreich besucht und die Gräber der dort ruhenden Todten von den Angehörigen derselben mit Blumen und Kränzen geschmückt. Heute Nachmittag 5 Uhr besetzte eine Abtheilung von Schutzmännern den Friedrichshain, und veranlaßte die dort Anwesenden zum Verlassen des Platzes.

Hamburg, den 14. März. (Kuriosum.) Kürzlich suchte ein junger Buchhändler, Preuße von Geburt, seit 7 Jahren in einer und derselben Handlung dahier employirt und ohne jemals in eine Untersuchung verwickelt gewesen zu sein, um das Hamburger Bürgerrecht nach. Derselbe war zur Zeit der allgemeinen Bewegung in verschiedenen Clubs und Vereinen thätig, jedoch niemals in eigentlich extremer oder gesetzwidriger Richtung. Die Behörde wies ihn aber kurzweg ab und zwar indem sie, auf seine Anfrage nach dem Grunde der Abweisung, einfach politische Motive bezeichnete; zugleich gab sie ihm auch zu verstehen, daß Zeiten, wie die gedachten, wiederkehren und daß alsdann dem Staate „Bürger," wie der Supplikant, nicht wünschenswerth sein könnten.

Gestern hat sich der seit einer Reihe von Wochen im Wieserbaum sitzende frühere Buchhalter bei der Staatsschulden-Administrations-Deputation, Caspar v. Lengercke, mit 540 Mark Courant und 150,000 Mark Banco insolvent erklärt. Der Lengercke'sche Fall wird hier häufig mit dem des Aeltermanns Haase in Bremen verglichen, und die Parallele ist in Betreff des langjährigen Vertrauens in ihre Ehrlichkeit und in die Solidität ihres Vermögens bis zum Augenblick der Enthüllung des Gegentheils vollkommen zutreffend. Lengercke soll nächstens vor das Niedergericht gestellt werden.

— den 18. März. Es sind hier sehr trübe Nachrichten eingelaufen über das Schicksal der deutschen Legion in Brasilien. Desertionen sind in solcher Menge bei derselben vorgekommen, daß sie ihrer Auflösung nahe war. Wie es schon früher hier gerüchteweise hieß, daß mehrere Officiere erschossen worden, bestätigt sich. Der Oberstlieutenant v. d. Heyde, in arge Differenzen mit dem brasilianischen Kriegsministerium gerathen, soll sich, um Schutz nachsuchend, an Bord eines britischen Kriegsschiffes auf der Rhede von Rio begeben haben. Ein ehemaliger schleswig-holsteinischer Officier, welcher in Buenos-Ayres eine Civilanstellung gefunden, erhielt die obigen Nachrichten durch einige Deserteure der deutsch-brasilianischen Legion; es mag nun möglich sein, daß diese sich Uebertreibungen haben zu Schulden kommen lassen. Das Schreiben des erwähnten früheren Officiers, worauf wir uns hier beziehen, datirt vom 2. Februar, also um einen Tag vor der blutigen Schlacht zwischen Rosas und Urquiza. Einem hiesigen Blatte zufolge wäre auch ein früherer Soldat der hamburger Garnison, welcher brasilianische Dienste genommen, nach kriegsrechtlich erfolgtem Spruche erschossen worden.

Prag, den 14. März. Viele Grundbesitzer im Böhmerwalde, dessen Bewohner doch sonst von Heimathsliebe beseelt waren, verkaufen ihre Besitzungen, um im Frühjahr nach Amerika auszuwandern.

Oesterreichische Staaten.

Ungarn. Die „Tem. Ztg." bringt folgende Pro-

clamation: Aus Anlaß der in letzter Zeit auch im temeser Regierungsbezirke vorgekommenen Raubanfälle finde ich das militär-standrechtliche Verfahren bezüglich der Verbrechen des Raubes, Raubmordes, Straßenraubes und der Brandlegung nunmehr auf den ganzen Umfang der Woywodine und des temeser Banates auszudehnen, und derlei Fälle dem zu Temeswar aufgestellten Militärstandgerichte zur Amtshandlung zu übertragen. Coronini, F.-M.-L.

Preßburg, den 15. März. Den Schülern der hiesigen öffentlichen Lehranstalten ist heute im Namen der Policeidirection das Tragen der runden Hüte mit breiter Krämpe und herabhängenden Bändern, sowie jeder sonstigen auffallenden Kleidung verboten worden. Man spricht von einem allgemeinen derartigen Verbote, das in den nächsten Tagen erfolgen soll.

Niederlande.

Haag, den 18. März. In ihrer heutigen Sitzung hat die zweite Kammer mit 47 gegen 7 Stimmen einen Gesetzentwurf angenommen, welcher das bestehende Gesetz bezüglich der Stempelsteuer modificirt und u. a. die Stempelsteuer für die Zeitungen u. s. w. beträchtlich ermäßigt.

Frankreich.

Paris, den 19. März. Nach den Bestimmungen des von der gesetzgebenden Versammlung im Juni 1850 angenommenen Gesetzes über die Pensionscasse können die bei dieser Casse Betheiligten sich auf Lebenszeit, jedoch erst vom Alter von 50 Jahren an, ein Einkommen von 5 pCt. des von ihnen eingelegten Capitals und zwar bis zum Maximum einer Rente von jährlich 600 Fr. sichern. Der „Moniteur" veröffentlicht nun heute ein präsidentschaftliches Decret, welches, aus Beweggründen der Menschlichkeit und um den kleinen Rentnern den 5procentigen Zins ihrer gegenwärtig in Staatspapieren angelegten Capitalien zu belassen, im Hinblicke auf die Umwandlung gestattet, daß ihre 5proc. Renteneinschreibungen al pari an die Pensionscasse übertragen werden, welche ihnen die 5 pCt. fortbezahlen wird.

Das Zuchtpoliceigericht hat den Marmorhändler Dumont wegen Beleidigung L. Napoleons zu 3 Monaten Gefängniß und 100 Frs. Geldstrafe, so wie zwei andere Individuen, das eine wegen unbefugten Vertheilens democratischer Drucksachen und das andere wegen aufrührischer Rufe, zu je 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Der Unterchef der städtischen Policei ist als notorischer Orleanist abgesetzt worden.

Eine eben ernannte Commission ist mit Untersuchung der Lage des Grundbesitzes in Frankreich beauftragt.

Die Börsencourse fielen heute sehr stark. Die 5proc. Rente, die gestern mit 100 Fr. 15 Cent. schloß, eröffnete mit 100 Fr., fiel auf 99 Fr. 10 Cent. und schloß mit 99 Fr. 60 Cent. Seit gestern hat sich aller Rentenbesitzer eine ungeheure Kauflust bemächtigt, da die 5 pCt. zum ersten Male unter 100 (99 95), wenn auch nur auf einen Augenblick, gefallen war. Heute wurden die Renten in großer Masse angeboten. Niemand wollte aber zu dem Course 99 70 kaufen. Die Rente ging deßhalb auf 99 10 herab. Einige auf höhere Veranlassung zur rechten Zeit abgeschlossene Verkäufe brachten jedoch wieder ein Steigen und den Schlußcours 99 60 hervor. Das Budget im gestrigen „Moniteur" hat ebenfalls keinen besonders vortheilhaften Einfluß ausgeübt. Nicht allein die 5proc. Rente fiel, sondern auch die übrigen Papiere, besonders die Eisenbahnactien. Was die Besorgnisse seit gestern vermehrt hat, ist der Umstand, daß man glaubt, die Rückbezahlungsverlangen der 5proc. Renten würden in großer Anzahl einlaufen, und die Regierung würde ohne sehr große und für sie vielleicht unerschwingliche Opfer ihre Verbindlichkeiten nicht erfüllen können. Man befürchtet deßhalb eine bedeutende Krisis, die den öffentlichen Credit zu Grunde richten wird, wenn man nicht zu außerordentlichen Maßregeln greift. Wie es heißt, hat man die Absicht, einen Vertrag mit der Bank abzuschließen, dem zufolge sich dieselbe verpflichtet, für 9 Mill. Fr. Renten zu 100 Franken zu übernehmen. Die Summe, welche die Bank in diesem Falle zu bezahlen hätte, würde 200 Mill. betragen. Die Regierung würde dann natürlich der Bank das Recht einräumen, 200 Millionen von ihrem Baarvorrathe, den sie ihren Statuten gemäß in ihren Kellern haben muß, zum Ankauf der Renten zu verwenden. Der Vortheil, den die Bank dadurch hat, ist eine Mehreinnahme von 9 Millionen Franken per Jahr, da das baare Geld in ihren Kellern, was sie durch Renten ersetzen wird, keine Zinsen trägt. Bis jetzt ist dieser Plan natürlich noch nicht zur Reife gelangt. Wird er in Ausführung gebracht, so ist es jedoch immer noch nicht gewiß, ob sich die Regierung aus der Klemme ziehen wird. Er wird dann von dem Stande der Börsencourse abhängig sein, der natürlich nicht ohne Einfluß auf die Rentenbesitzer sein wird. — Die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers sollen mit der Rentenconversion und dem Decret über das Budget keineswegs zufrieden sein, da sie diese beiden Angelegenheiten als in ihre Functionen einschlagend betrachten. (Köln. Ztg.)

Zu Rheims sind vor einigen Tagen mehrere Personen verhaftet worden, worunter ein Mitglied des Generalconseils, zwei Aerzte und ein Ex-Professor des Lyceums von Rheims. Es wurden diese Verhaftungen durch Geständnisse veranlaßt, die der zur Deportation nach Algerien verurtheilte ehemalige Herausgeber des democratischen Journals „Association Remoise," welcher einige Tage zuvor nach Lambessa abgeführt worden war, gemacht hatte.

Spanien.

Madrid, den 10. März. In der Sierra de Albavacin, im sogenannten Campo del Cid, haben die Guardias Civiles zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten sind lauter ehemalige Carlisten, denen man die Absicht zuschreibt, für den Grafen v. Montemolin die Fahne des Aufruhrs zu erheben. Ein Hirt soll die Bevollmächtigten der Regierung, die schon vergebens mehrere Tage in allen Ortschaften herumgesucht hatten, auf die rechte Spur gebracht haben. Die Verhafteten, 50 bis 60 an der Zahl, hielten in einer abgelegenen Masada (Maierei) in der Nähe von Cantavieja gerade eine Berathung, als sie von einer starken Abtheilung Truppen überrumpelt wurden. Die Blätter dürfen nicht davon sprechen. (A. Z.)

Italien.

Florenz, den 11. März. Der schon mehrmals suspendirte Costituzionale, das einzige noch übrige einigermaßen freisinnige Tagblatt, ist neuerdings auf die Dauer eines Monats suspendirt worden, wegen Aufnahme einer Korrespondenz aus Neapel, von der es in der betreffenden Ministerialverfügung heißt, daß sie einen übelwollenden Tadel enthalte, einige Anordnungen der neapolitanischen Regierung und die dortige Gerechtigkeitspflege in Mißkredit zu bringen suche, daß aber derartige Angriffe gegen eine befreundete Regierung den Pflichten und Obliegenheiten der Presse zuwider seien.

Türkei.

Zara, den 14. März. Aus Serajewo sind 1700 Mann in Livno eingerückt; alle Griechen und Katholiken wurden entwaffnet, sämmtliche katholische und griechische Geistliche, alle Dorfknesen und zwei Häuptlinge jeder Dorfschaft sind verhaftet worden. Waffenverheimlichung wird mit dem Tode bestraft, nur die Türken sind ausgenommen. Dem Vernehmen nach werden auch in Grahowo, Glamoc und Duvno Truppen erwartet, um angeblich panslawistische Bewegungen zu unterdrücken. Reisende, selbst mit österreichischen Pässen versehen, finden die größten Schwierigkeiten. Viele Christen, von der Last der Einquartierung erdrückt, irren ohne Obdach herum.

Wie der „Süd. Post" geschrieben wird, hat der Fanatismus der Muselmänner in Bosnien und der Herzegowina und die Aufregung gegen die daselbst woh-

nenden Christen so zugenommen, daß man sogar wagte, das Leben des österreichischen Viceconsuls Buletic und des übrigen Vice-Consulat-Personales zu Mostar in der Herzogewina so ernstlich zu bedrohen, daß dieselben zu ihrer Rettung das nicht die gehörige Sicherheit gegen gewaltsame Angriffe bietende Consulatsgebäude verlassen mußten. Der Viceconsul soll Christen, denen großes Unrecht von fanatischen türkischen Beamten geschehen war, in seinen Schutz genommen und würdig vertheidigt haben.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 6. März. Die Handelsberichte aus den verschiedenen Theilen der Union lauten im Allgemeinen sehr günstig.

China.

Hongkong, den 30. Jan. Der Aufstand in der Provinz Kwangsi greift immer weiter um sich; in Canton hat der Gouverneur Seu alle Einwohner aufgefordert, nach Kräften zu den Kriegslasten beizutragen, und man erwartet, daß theils Patriotismus, theils eigennützige Beweggründe diesem Aufrufe Kraft verleihen werden. Doch scheint man in Canton selbst einen Angriff weniger zu befürchten. In den Gewässern von Ningpo ist eine furchtbare Flotte der berüchtigten Seeräuber erschienen und beunruhigt sogar die Gemüther der obersten Regierungschefs. Mehrere Mandarins haben mit dem Anführer der Piraten eine Zusammenkunft gehabt, und es kam schon zu Unterhandlungen, die aber dann in Folge einer Weigerung von Seiten des Räubers, sich den ceremoniellen Formalitäten und Etiquettenvorschriften gegen die Mandarins zu fügen, abgebrochen wurden.

Neueste Nachrichten.

München, den 20. März. Nach dem was man heute vernimmt scheint es, daß sich die Schwierigkeiten des Ministeriums seit einigen Tagen wesentlich vermindert haben, und man glaubt annehmen zu dürfen, daß, wenn überhaupt in nächster Zeit ein Wechsel eintreten sollte, dieser jedenfalls nicht das ganze Ministerium treffen würde. — Die heutige Schranne war überaus zahlreich befahren, denn es waren 16,500 Scheffel aufgestellt, von denen über 4000 unverkauft blieben. Die Preise sind gefallen: Weizen um 44, Korn um 15, Gerste um 17 kr. (A. Z.)

Konstantinopel, den 6. März. Heftige Südwinde wehen. Viele Schiffbrüche auf dem schwarzen Meer werden beklagt. Man zählte in der letzten Zeit deren vier. Es waren Getraideschiffe aus Odessa und Galatz.

Miscellen.

In **Breslau** wird jetzt auch ein Glaspalast für die schlesische Industrieausstellung gebaut, nach dem Muster des Londoner, aber natürlich im verkleinerten Maßstabe. Das preußische Königspar hat versprochen, die Ausstellung zu besuchen. Ein Riese von einem Pfefferkuchen (8 Fuß lang und 4 Fuß breit) kommt in die Mitte des Gebäudes.

Eine scheinbar unbedeutende, aber höchst praktische Erfindung, so eben durch ein k. k. Privilegium patentirt, erregt die Aufmerksamkeit der Wiener Hausfrauen. Es sind dies die sogenannten chinesischen Zündsteine, bestimmt, das Kienholz zu ersetzen, indem sie beim Unterzünden von Holz- und Steinkohlenfeuerung mit der größten Verläßlichkeit verwendet werden und im Vergleiche mit Kienholz eine Ersparniß von 50 pCt. bieten. Sie sehen sehr nett aus, ähnlich dunkeln Zeltchen, und ein einziges Stück reicht hin, um das im Ofen oder am Herde aufgeschichtete Holz in Brand zu setzen. Ein solches Steinchen, mit Papier angezündet, giebt durch volle zehn Minuten eine hell auflodernde Flamme. Der Preis ist 5 kr. C.-M. pr. 50 Stück. Diese Zündsteine können auch in größerer Form erzeugt werden und bewähren sich besonders bei Steinkohlenheizung in Fabriken und bei allen Dampfmaschinen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 20. März. Weizen 22 fl. 32 kr., Korn 19 fl. 32 kr., Gerste 15 fl. 2 kr., Haser 6 fl. 53 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[907²] **Anzeige.**

Es wurde mir für hier und Umgegend der alleinige Verkauf von Sonnenkerzen übertragen. Dieselben stehen den Stearinkerzen ganz wenig nach und sind im Vergleich ihres Brennstoffes fast billiger als Talglichter. Das Paquet kostet 28 kr.

Louis Cron.

---

[908] **Heuversteigerung.**

Freitag, den 26. dieses, Morgens 10 Uhr, läßt Herr Rath Höch aus Mannheim zu Oggersheim im grünen Baum, mehrere Hundert Zentner gutes Wiesenheu versteigern.

Oggersheim, den 19. März 1852.

Leuchsenring, Notär.

---

[655] **Medicament.**

Der gegen **Flechten und syphilitische** Uebel aller Art so sehr bewährte **Boiveau-Laffecteur'sche Rob** ist in Deutschland ächt zu haben bei Dr. Galette in Mainz, Insel D 150. Werk und Gebrauchsanweisung gratis.

[903⁴] Zu kaufen sucht und mit gutem Preise bezahlt: Brillanten, Rubin, Smaragt, altes Gold und Silber

J. N. Nadenheim,
Juwelier in Mannheim E 2 Nro. 6.

[889²] **Zu vermiethen.**

In einer Stadt der vordern Pfalz ist ein Spezerei- und Kurzwaarengeschäft, ganz neu eingerichtet, in der Hauptstraße gelegen, mit räumlicher Wohnung, Magazin, Speicher und Keller, zu vermiethen. Dasselbe kann auf Verlangen sogleich oder bis 1. Mai unter den vortheilhaftesten Bedingungen abgegeben werden.

Frankirte Briefe unter Zeichen L. M. No. 889 befördert die Expedition.

[803³] **Anzeige.**

Bei E. Kaußler in Landau ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Resultate der Wasserheilanstalt Gleisweiler. Dargestellt durch eine Anzahl daselbst behandelter Krankheitsfälle, von Dr. L. Schneider. 1852. Preis: 16 kr.

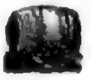
[894²] **Mühlsteine am Krahnen in Speyer.**

Mein Mühlsteinlager, welches durch neue Zufuhren ein reichhaltiges Assortiment darbietet, empfehle ich hiemit bestens.

Speyer, im Monat März 1852.

J. M. Wolff.

[890²] **Weinversteigerung zu Forst in der Pfalz.**



Montag, den 29. März d. J., des Morgens 10 Uhr, zu Forst in der Wohnung von Frau Georg Schindler Wittwe, werden die nachbezeichneten Weine, forster Gewächs, gut und rein gehalten, der Theilung wegen öffentlich versteigert und ohne Vorbehalt zugeschlagen, nemlich:

1 Stück 1844er,
5½ „ 1846er,
9 „ 1850er,
5½ „ 1851er.

Die Weine lagern in Forst in dem Wohnhaus von Frau Schindler, und können die Proben am Tage vor der Versteigerung genommen werden.

Dürkheim, den 11. März 1852.

Schuler, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag — Nro. 73 — den 25. März 1852.

Deutschland.

• **München,** den 21. März. Die Ministerkrisis soll für den Augenblick vorüber, oder vielmehr sie soll auf kurze Zeit vertagt sein. Wie man versichert, wird das bisherige Ministerium die Geschäfte bis zum Schluße der Kammern besorgen. Dann erst wird die Entscheidung stattfinden.

(:) **Aus Altbaiern,** den 21. März. Das Vaterland ist gerettet! Haben Sie nicht die vielen ängstlich langen Gesichter gesehen, die in den letzten Tagen in der Nähe der Ministerhotels sich auf und ab bewegten? Haben Sie nicht den Jammerruf gelesen, der in den „Neuesten Nachrichten," der „Augsburger Allgemeinen," dem „Volksboten" und Ihrer freisinnig-liberal-gotha-preußisch-protestantisch-österreichisch-bayerisch-ultramontanen pfälzischen Wetterfahne zum Vorschein kam? Das Vaterland war in Gefahr, das Ministerium von der Pfordten war nahe daran, entlassen zu werden; daher das Weh und Ach. „Die Krisis hat sich zum Besseren gewendet" versichert der Volksbote aus zuverlässiger Quelle, und der Patriot mag sein Haupt wieder ruhig niederlegen. Sie mögen mich kalt nennen, Sie mögen glauben mein Herz schlage nicht für das Vaterland; aber für offen sollen Sie mich wenigstens halten, und wenn ich offen sein soll, so muß ich Ihnen gestehen, daß der Gedanke, wir möchten das Ministerium verlieren, mich durchaus in keine ängstliche Stimmung versetzt hat. Was hätte auch bei einem etwaigen Wechsel kommen können, das uns unangenehmer wäre, als die gegenwärtigen Zustände? Man spricht oft von Gefährdung des constitutionellen Princips, von Priesterherrschaft u. dgl.; geschieht denn aber nicht alles das, was man bei einem Wechsel nach Rechts in Aussicht stellt, auch ohne einen solchen Wechsel? Es würde sich blos darum handeln, ob man dem Kinde auch den Namen geben soll, der ihm gehört; Frankfurt, Kurhessen, die späte Einberufung des Landtags, die Schritte gegen die freien Gemeinden und gegen die Presse sind ein Commentar zu dem Begriffe „constitutionelles Princip." Lieber eine Schaale, die dem Kern entspricht; selbst das ist schon Gewinn, wenn auch der weniger Scharfsichtige die Frucht gleich beim ersten Anblick erkennt. Allein es handelte sich auch gar nicht einmal darum, an die Stelle des gegenwärtigen Ministeriums ein Ministerium Abel oder etwas dergleichen zu setzen. Wir sind zwar so glücklich, in das nicht eingeweiht zu werden, was hinter den staatsmännischen Kulissen vorgeht; was man bei derlei Dingen nicht mit dem beschränkten Unterthanenverstande begreifen kann, bleibt uns fremd. Indessen weiß man die Frage, um welche die Krisis sich gedreht. Es handelte sich einmal darum, ob den Ultramontanen noch weitere Concessionen gemacht werden und insbesondere ob die Söhne Loyolas in Franken Missionen halten sollen oder nicht. Die Ultramontanen waren während der Stürme der letzten Jahre eine wesentliche Stütze der gegenwärtigen Verwaltung, oder besser die Ultramontanen haben an diese Verwaltung sich angeschlossen, weil sie in ihr ein Mittel zur Erreichung der eigenen Zwecke gesehen. Sie haben längst ihren Lohn gefordert, öffentlich in Denkschriften, Zeitungsartikeln, Interpellationen, Kammerreden und Beschlüssen des „Vereins für constitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit," im Geheimen wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt; umsonst ist nur der Tod, nicht die Unterstützung einer so gewaltigen Partei. Das Ministerium will den Lohn gewähren, es hat bereits Zusagen in diesem Sinne gemacht; das Ministerium findet aber an einem höchst einflußreichen Orte Widerstand, wo man dieser Partei sich nicht so leichterdings in die Arme werfen möchte. Es handelt sich aber auch zweitens um das Verhältniß Baierns zu Oesterreich. Die Politik des gegenwärtigen baierischen Ministeriums ist eine specifisch österreichische; Verbleiben Oesterreichs in Deutschland war Anfangs die Losung, sie ist bis zum Eintritt von Gesammtösterreich ausgedehnt worden. Die gegenwärtige Verwaltung sah nicht die Gefahren, welche in Bezug auf politische Selbstständigkeit, Freiheit und materielle Fragen aus diesem immer enger werdenden Bunde entstehen, namentlich wenn dadurch, wie es kaum anders möglich ist, eine Lockerung der Beziehungen zu Preußen erwachsen würde. Auch in dieser Frage hat das Ministerium endlich Widerstand gefunden. Daher die Krisis. Wir wissen wohl, keine Ministeränderung der gegenwärtigen Zeit wird sofort mit dem Sieg der Grundsätze enden, zu denen wir uns bekennen; aber hätten wir Ursache, irgend einen Wechsel zu beklagen, der aus den angeführten Ursachen hervorginge? Ein renegates Münchener Blatt, das nicht müde wurde, gegen das gegenwärtige Ministerium Opposition zu machen so lange man hiemit noch Geld verdienen konnte, rühmt besonders die Consequenz und Energie, womit dieses Ministerium die Selbstständigkeit Baierns in der deutschen Frage durchgeführt habe. Da die Kenntniße jenes Blattes aber nicht weiter reichen als seine Nase, so wollen wir ihm mittheilen, daß Baiern dem Bunde gegenüber sogar unter dem Ministerium Abel eine weit selbstständigere Rolle gespielt hat, als ihm gegenwärtig zugedacht ist, und daß Wahrung der Selbstständigkeit jener Versammlung gegenüber gewiß höher gestellt zu werden verdient als das, was man in den vergangenen Jahren unter Wahrung der Selbstständigkeit zu begreifen beliebte. Uebrigens ist die Krise vorläufig beseitigt, wenigstens so lange die jetzige Kammer versammelt ist, in welcher das gegenwärtige Ministerium zwar nicht immer mit der Majorität aber die Majorität immer mit dem Ministerium übereinstimmt.

Englische „Ruhe und Ordnung." In einem Londoner Briefe der Deutschen Allg. Ztg. werden folgende lehrreiche Betrachtungen angestellt: Es war wirklich eine Revolution. Kaum sind jemals die Ergebnisse der blutigsten Revolutionen größer gewesen, als die der Abstimmung vom 20. Febr. Man kann sich in politischer Beziehung keinen größern Systemwechsel denken. Ein halbes Hundert von Männern, die seit 20 Jahren systematisch, grundsätzlich und mit steigender Erbitterung alle Maßregeln, alle Reformen der Whigs bekämpften und lähmten, treten plötzlich an deren Stelle. In weniger entwickelten Staatsgesellschaften wäre dieser Wechsel kaum ohne Barrikaden, Kriegsgerichte, Verbannungen, Einkerkerungen und Todesurtel möglich gewesen. Dort würde man es eben so natürlich als nothwendig finden, die seit 20 Jahren triumphirenden Gegner unschädlich zu machen, um die neue „Herrschaft" zu befestigen und gegen „Umsturz" zu sichern. Russell, Palmerston, Grey rc. sind nicht nur mächtige Familienhäupter, sondern auch einflußreiche Staatsmänner geblieben, denen man ganz offen nachsagt, daß sie, wenn nicht sich selbst, doch ihre Principien über ein Kleines wieder „an's Ru-

der" zu bringen gedenken. Und die speciellen „Schutzmänner" Englands, die Fanatiker der Ruhe und des Bestehenden, dulden jene endlich besiegten Aufwiegler ruhig nicht nur auf englischem Boden, sondern sogar im Parlamente, und erlauben ihnen ohne policeiliche Aufsicht die großartigsten Meetings und Diners mit 150 Equipagen vor der Thür? Ja, wer dramatische Effecte liebt in der Politik, muß diese englische Revolution sehr langweilig finden. Keine einzige Verhaftung! Keine Confiscation! Es ist verdrießlich. Selbst Lord Palmerston, gegen den die Nothwendigkeit einer „Disciplinaruntersuchung" klar auf der Hand liegt, wird nicht einmal in seiner Privatwohnung bewacht. Freilich er verhalf ihnen zum Siege, aber ist das nicht um so gefährlicher? Er, der neue Schöpfer der stehenden Heere? Und selbst kein Cobden und Bright, kein Baumwollenlord in Manchester in Nummer Sicher gebracht oder ausgewiesen! Im Gegentheil, Manchester hat bereits der neuen „Staatsgewalt" offen den Krieg erklärt und die Waffen der Anti-Korn-Law-League geputzt, vertheilt und geladen. In London haben die gefährlichen Stadttheile Marylebone und Finsbury bereits dieselbe herausfordernde Stellung eingenommen. Man spricht von offenen Kriegsrüstungen in allen Städten der Industrie gegen das neue Ministerium, längst gekannt unter dem Titel: „der gemeinsame Feind." Und dieser drohende „Bürgerkrieg" mitten unter Rüstungen gegen auswärtige Feinde? Ist dieses Land nicht zu beklagen, wo die Regierung, die wichtigsten Plane, die mühevollsten Arbeiten und die ganze Gesetzgebung beinahe eines Menschenalters von einer zufälligen Abstimmung, vielleicht von Einigen, die gerade nicht da sind, abhängen? — Die Times hat auf solche Fragen schon meisterhaft gedient. Aber es liegt noch tiefer und man muß die Sache noch deutlicher aussprechen. Wie die neue „Staatsgewalt" weder die Macht, noch den Willen hat, irgend Einen ihrer „gestürzten" Gegner zu verhaften, so liegt es auch weder in ihrer Macht noch in ihrem Willen, von den bestehenden Gesetzen auch nur ein Jota wegzuoctroyiren. Was die Macht betrifft, so gibt dies gewiß Jeder zu; aber bei dem Worte „Willen" möchte doch vielleicht Mancher ironisch lächeln. Der Beweis, daß sie auch den Willen nicht haben, liegt freilich über dem Horizonte eines wohlgeordneten Policeistaats: sie sind zu gebildet, zu sehr Gentlemen, um es wollen zu können. Männer wie Derby und D'Israeli sind so sehr englische Gentlemen, daß sie sich bekanntlich ihrer eigenen Truppen schämen. Die Schutzzollpartei ist ihnen wirklich sehr unbequem. Die dicken Farmer aus dem Südwesten und die stouten Lords, welche D'Israelis Namen nie gelesen haben und in ihm blos den Zauberer verehrten, der das Volk zwingen könne, für den Scheffel Getreide ein paar Thaler mehr zu bezahlen, kommen ihnen jetzt nicht anders vor, als Bruder Ochsenhändler aus Steiermark, dem reichen Kaufmann in Wien; D'Israeli war ihnen bekanntlich schon im vorigen Herbste untreu geworden. Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er nicht nur Verstand, sondern auch etwas Courage, seine Sympathieen und compromittirenden Verwandten und Antecedentien zu verleugnen. Ehe der Hahn im Unterhause zweimal kräht, werden die Minister ihr Schutzzöllnerthum, das in den höhern Schichten der Gesellschaft wie ein Bauer umherstolpert, dreimal verleugnen. Im Amte sieht Earl Derby nicht nur ein, daß „es nicht geht," sieht auch ein, daß man als erster Minister eines gebildeten Volks nicht einmal mehr wünschen kann, was man noch am ersten Abend des Parlaments als ein Glaubensbekenntniß zum Besten gab. Doch das ist noch lange nicht der Kern des Stücks und die Moral. Die Bildung und Humanität der siegenden und besiegten Staatsmänner läßt nicht nur keinen Gedanken an irgend eine Gewaltmaßregel aufkommen, sondern schützt auch vor jener Gewalt und Ungesetzlichkeit von unten. Der innere Frieden steht felsenfest beim schroffsten Systemwechsel, denn — es hat sich eigentlich gar nichts geändert. Und das ist denn auch der Kern der Sache. Was in England „Staat" heißt, ist keine Gewalt, kein Princip, keine Anwendung irgend eines Staatsphilosophen. Mag Derjenige, welcher die Quelle der Staatsgewalt unmittelbar vom Himmel ableitet, die nüchterne Prosa der Engländer, welche darin nichts sehen als einen bestimmten Theil des durch Arbeitstheilung cultivirten Geschäfts einer großen Gesellschaft, bedauern; jedenfalls wird ihnen in practischer Beziehung hundertfältig ersetzt, was sie von dem Glanze „der Herrschaft" verlieren. Wie es im Wesentlichen ganz gleich ist, ob ein neuer Buchhalter in einem alten, berühmten, wohlgeordneten Geschäft Jude oder Christ, Republikaner oder Absolutist sein mag, so ist es auch von ganz untergeordneter Bedeutung, ob die englischen neuen Staatsbuchhalter für kleines Brod und Mangel an Fleisch schwärmen oder nicht; ihre Geschäfte müßen sie doch so führen, wie es das Geschäft mit sich bringt. Es ist wieder sehr wahr und betrübend, daß auf diese Weise die englischen „Minister" weiter nichts sind, als was Minister z. B. auf preußisch heißt, und daher die Engländer reuig gestehen müßen, daß sie auf Alles stolz sein können, nur nicht auf eine „starke Regierung," welche das politische Leben melodramatischer macht. Von theocratischen Genüssen weiß der englische Staatsmann und Politiker nichts; gleichwol aber erfreut er sich in dieser Nüchternheit des politischen Lebens so mancher Dinge, die, wie er sich wenigstens einbildet, ihn so ziemlich für diese übrigens nicht gefühlten Entbehrungen einigermaßen entschädigen. Die Regierung für „Stadt und Land", die Hausmannskost der Politik, besorgen sich die Engländer selbst. Sie wohnen in kleinen selbstständigen Republiken, in deren Regierung sich nicht einmal der „Minister des Innern" mischt. Policei ist nur für die immer mehr abnehmenden gemeinen Verbrecher nöthig. Politische Verbrechen gibt es nicht; die Times behauptete einmal, in England seien Majestätsbeleidigung und Hochverrath gar nicht möglich. Uebrigens ist fast Jeder so gebildet, sich selbst unter seine eigene policeiliche Aufsicht zu stellen, wobei Regierung und Unterthanen viel Geld und Aerger sparen. Sie nennen das Selfgovernment, was sehr gesund sein soll, aber blos Denen, die damit umzugehen verstehen. Wegen Mangels einer starken Regierung erwirbt, liest, spricht, schreibt und versammelt sich Jeder nach Belieben, wodurch das Volk so conservativ und nüchtern geworden, daß es gar nicht mehr daran denkt, für Republik, Freiheit 2c. zu sterben. Es **lebt** lieber in einem sehr schwachen Staate, weil dieser ihm und es ihm nichts thut. Regierung und Volk sparen dadurch unendlich viel Policei und Soldaten, die dafür lieber productive Geschäfte treiben. Preß-, Versammlungs- und Gewerbefreiheit haben alle materiellen Waffen für Bürgerkrieg entfernt. Man denkt auch dem Ministerium Derby gegenüber nicht an Barricadenbau, und dieses denkt nicht daran, Veranlassung dazu zu geben. Selbst ein Erzradicaler würde, wenn er erster Minister würde, nicht daran denken. — So kann hier das Resultat der fürchterlichsten Revolution, der schroffste Systemwechsel oben ohne einen Tropfen Blut erreicht werden, ohne daß im Wesentlichen etwas geändert wird. Die Regierung hängt von oft ganz zufälligen Abstimmungen ab. Das wäre das größte Uebel, wenn das Volk der Regierung von oben noch bedürftig wäre. Die ganze Masse, welche zusammen den Staat ausmacht, ist ein so felsenfestes, klar organisirtes Geschäft, so conservativ, daß jede Partei Minister sein kann, ohne im Wesentlichen den Gang des Geschäfts stören zu können. Alles ist conservativ, Alles verläßt sich auf das Gesetz der Reform und Recreation. Nur gebildete Völker können so regieren und regiert werden. Will man die Revolutionen schließen und respective so unblutig machen, will man sich als Conservativen zeigen, gilt es vor allen Dingen, alle Bildungs- und Culturmittel zu befreien. Nur so ist Bildung, nur so sind Frieden, Freiheit und Wohlstand sicher, wie auch die Verfassungen oder Minister heißen mögen. (N. K.)

München, den 19. März. Der Verfasser der kürzlich hier erschienenen und alsogleich confiscirten Broschüre: „Es ist nur Ein Gott," veranlaßt durch jenes in Augs-

burg erschienene pamphletische Libell gegen die Juden, wurde policeilich ausgewiesen. Nebenbei ist zu bemerken, daß jene Broschüre eine pure Uebersetzung der Schrift eines englischen Rabbi ist, dessen ausgewiesener Uebersetzer einen obscuren Namen trägt.

— den 20. März. Der bisherige Postamtsverweser zu Speyer, H. Rathgeber, ist zum Oberpostmeister und Vorstand des Oberpostamtes der Pfalz ernannt worden.

Nürnberg, den 17. März. Der bekannte Vorstand und eigentliche Schöpfer der aufgelösten freien Gemeinde dahier, Dr. Barthelmeß, sowie der bisherige Redacteur des Fränkischen Kurier, L. Jegel, werden beide mit ihren Familien anfangs April gemeinschaftlich nach Amerika auswandern.

Nürnberg, den 20. März. Die Preise auf heutiger Schranne sind etwas gewichen.

Stuttgart, den 19. März. Heute Mittag wurde hier in einer der belebtesten Straßen mit unerhörter Frechheit ein bedeutender Golddiebstahl in einem Bijouterieladen mit Hülfe von Nachschlüsseln begangen, während die Ladenbesitzer eben bei Tische waren. Der Werth des Gestohlenen soll einige tausend Gulden betragen.

Berlin, den 18. März. Der Friedrichshain war auch während des heutigen Tages von Schutzmännern besetzt. (Die Todten, die für die Freiheit gestorben, erregen gewaltige Furcht.) (Fr. K.)

Die heutige Verhandlung der zweiten Kammer über das Militärbudget hatte ein ungewöhnliches Publikum auf den Tribünen zusammengeführt, nämlich Officiere aller Rangklassen. Die theilweise mit Heftigkeit und persönlichen Ausfällen geführte Debatte endigte mit der Annahme aller Regierungspropositionen, wobei die Anträge der Opposition auf Streichung erheblicher Summen mit einer sehr großen Majorität fielen.

— den 20. März. Vor Kurzem sind bei der Bundesversammlung die Kosten der seit dem Jahre 1848 vom Bunde gewährten militärischen Leistungen zur Sprache gekommen. Es sind für dieselben bis zum October v. J. circa 13,900,000 fl. förmlich liquidirt und circa 7,600,000 fl. angemeldet worden, so daß sich die ganze bisher zum Ersatz in Antrag gebrachte Summe auf circa 21½ Million Gulden beläuft. (Pr. Z.)

Bremen, den 18. März. Eine Petition der Frauen zu Gunsten Dulon's oder vielmehr zu Gunsten der gefährdeten Glaubensfreiheit sollte gestern dem Senate von einer Deputation von 6 Damen überreicht werden. Der Senat, der gerade Sitzung auf der Börse hielt, schickte diese Deputation aber durch requirirte Policeimannschaft wieder fort.

Wien, den 17. März. Im September vorigen Jahres wurde Graf Ferdinand Bonkowski, der in Galizien und Steiermark begütert ist, in Graz festgenommen, weil man bei einer Haussuchung Mazzinische Loose und ein Ehrendiplom des Londoner revolutionären Comité's im Besitz des Grafen gefunden hatte. Jetzt ist der Gefangene nach Wien gebracht worden und soll nächstens vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

In Szegedin ist am 29. v. M. der berüchtigte Räuber Stephan Lugosy hingerichtet worden. Ein anderer gefährlicher Bandenanführer Opacich, der in Dalmatien sein Wesen getrieben, ist jetzt auch gefangen worden.

— den 18. März. Die Güter des Grafen Casimir Batthyany, welche bisher einfach sequestrirt wurden, gehen nunmehr vollständig in den Besitz der königlichen Kammer über, und es hat die Uebernahme zur eigenen Verwaltung bereits ihren Anfang genommen. Graf Casimir Batthyany besaß 5 Herrschaften in Ungarn.

Schweiz.

Zürich, den 20. März. Gestern sind die Fruchtpreise bedeutend gefallen; auch ist großer Vorrath stehen geblieben.

Frankreich.

Paris, den 15. März. (Die korsische Invasion.) Der N. Pr. Z. schreibt man: Die Korsische Invasion, der Paris jetzt erliegt, ist noch immer im Steigen begriffen; das Glück, das einige Korsen hier gemacht, hat die ganze Insel in Bewegung gebracht. „Wenn das so fortgeht“, sagte neulich ein antibonapartischer Edelmann aus Korsika, „so werden wir bald keine Hirten mehr haben, um unsere Schaafe zu hüten.“ Das Staatsministerium heißt auch schon allgemein le département de la Corse, denn Herr v. Casabianca hat alle Stellen mit Korsen besetzt. Es gibt ganze Generationen von Korsen in der neuen Verwaltung, z. B. Abatucci Vater: Finanzminister; Abatucci Sohn: Chef des Kabinets; Abatucci Enkel: Sekretär; Abatucci zweiter Sohn: Deputirter. Es wimmelt am neuen Hofe von Korsischen Namen; man hört Nichts, als Pietri's, Ramolini's, Bacciochi's u. s. w., und die Spötter wollen alles Ernstes von der bevorstehenden Einrichtung einer Korsischen Leibwache wissen. Der Präsident der Republik bekümmert sich übrigens auffallend bis ins geringste Detail um Korsika; die Besetzung auch der kleinsten Aemter dort hat er sich persönlich vorbehalten. (N. K.)

— den 17. März. Sie werden vielleicht nicht recht verstehen, warum der Präsident die Wahl in Lyon auf den 19. vertagt hat. Ganz einfach um den Arbeitern die Theilnahme an der Wahl zu erschweren oder auch unmöglich zu machen. Der 19. und 20. sind die letzten Tage der Woche, an welchen keine Fabrik, keine Werkstatt einen „Urlaub“ wenn auch nur für eine Stunde gewährt, und jeden Arbeiter ein- für allemal entläßt, der unter diesen Umständen seine Arbeit im Stich läßt. Die Enthalsamkeit der Arbeiter aber sichert zum Theil den Sieg des ministeriellen Candidaten. — Hr. Miot ist das einzige Mitglied der aufgelösten Nationalversammlung, gegen welches die ganze Strenge angewandt wurde, mit welcher anfangs mehrere seiner Collegen bedroht waren. Derselbe wurde in Brest in Gesellschaft von 600 Dieben von Profession nach Cayenne eingeschifft. — Auch im Auslande werden Polizeiinspectionen wie im Innern errichtet werden, und sowie diese die Präfecten, werden jene die Gesandten und Bevollmächtigten überwachen und ihre Berichte direct an das Staatsoberhaupt senden.

Die Nachrichten aus den Provinzen über die unglaubliche Willkür der obersten Beamten werden immer beunruhigender. Es ist Präsidenten von Gerichtshöfen bereits geschehen, daß sie Frankreich verlassen mußten, ohne irgend ein vorhergegangenes Rechtsverfahren, in Folge einer einfachen Weisung von Seiten des Präfecten oder des Commandanten des Belagerungs-Rayons. Andern wieder wird unter Androhung der Ausweisung befohlen: um ihre Entlassung einzukommen. Daß durch diese Verfahrungsweise einflußreichen Männern gegenüber der Zustand Frankreichs nicht gebessert wird, ist einleuchtend. Durch die gänzliche Beseitigung jeder Rechtsformalität bemächtigt sich der Gesellschaft eine gewisse unheimliche Unsicherheit, die lähmend auf das öffentliche Leben wirkt. Billault ging die letztere Zeit hindurch sehr oft ins Elysée, um den Bann der Verbannung vieler ehemaligen Montagnards durch den Präsidenten lösen zu lassen. Der Präsident zeigt sich jedoch unerbittlicher als man nach den vielen Gerüchten über Amnestie hätte glauben sollen. Nur für vier Verurtheilte gelang es Hrn. Billault die Strafe der Transportirung nach Lambessa in ein Exil nach Belgien mildern zu lassen. Die Herren sind: Joly, Malapert, Riviere und Maublanc, die letzteren drei Advokaten, alle vier begaben sich bereits gestern nach Brüssel. Andere Exrepräsentanten, an ihrer Spitze der geistreiche Vertheidiger der berüchtigten Lafarge, Theodor Bac, gaben wieder dem Präsidenten eine lange Denkschrift über die nach Lambessa Verbannten ein, und tragen in derselben auf Strafmilderung an. (A. Z.)

— den 20. März. Hr. Emil Crugy, Oberredacteur des „Courrier de la Gironde“, ist durch administrative

Verordnung nach Vannes im Morbihandepartement, und Hr. Comban, Secretär der Handelskammer von Bordeaux und einer der Redacteure des „Courrier de la Gironde", nach Bourbonvendée, in der Vendée, internirt worden. Mehreren anderen Einwohnern des Girondedepartements sind gleichfalls Aufenthaltsorte in anderen Departementen angewiesen worden; ein Hr. Clement Thomas hat die Weisung erhalten, Frankreich binnen acht Tagen zu verlassen. Ueber die Veranlassung zu diesen Maßnahmen hat noch nichts verlautet.

Ein präsidentielles Decret verfügt, daß die Bestimmungen des Decretes vom 1. März in Bezug auf die obligatorische Pensionirung der Richter des Cassationshofes, wenn sie ein gewisses Alter erreicht haben, auch auf die Präsidenten und Räthe des Rechnungshofes angewendet werden sollen.

Hr. Emil von Girardin wird in Kurzem aus seinem Exile nach Frankreich zurückkehren. Seine Schwiegermutter verschied im Anfange dieses Monates. Einige Tage darauf wurde Hr. v. Girardin von einem seiner Freunde benachrichtigt, daß der Präsident der Republik in Berücksichtigung, daß Hrn. v. Girardins Anwesenheit seiner Familie nützlich sein könnte, geneigt sein würde, ihm die Rückkehr nach Frankreich zu gestatten, wenn er ein directes Gesuch einreichen würde. Hr. v. Girardin richtete vor einigen Tagen nachstehendes Schreiben an den Prinz-Präsidenten: „Hr. Präsident! Ein Decret vom Monate Januar verbannte mich aus Frankreich. Vermögensverhältniße machen in diesem Augenblicke meine Anwesenheit in Paris nothwendig. Ich richte deßhalb das Gesuch an Sie, das Decret, welches mich zum Exile verurtheilte, zu suspendiren. Genehmigen Sie u. s. w." — In Erwiederung auf dieses Schreiben wurde Hrn. Emil v. Girardin ein Paß zur Reise nach Paris überschickt.

Italien.

Venedig, den 16. März. Von den 25 ausgelaufenen Fischerbooten sind gestern drei in den Hafen von Chioggia zurückgekehrt. Die darauf befindlichen Personen erzählten, daß sie der Sturm bis zur istrianischen Küste geschleudert hatte, wo sie einige Tage zubringen mußten, um ihre Bragozzi zur Rückkehr repariren zu lassen.

Rom, den 12. März. In vergangener Nacht ward ein Mensch verhaftet in dessen Wohnung man mehrere Feuergewehre und Pistolen und auch Stichwaffen vorgefunden hat. Das bestimmte Auftreten des Staatsoberhauptes in Frankreich stößt den hiesigen Gewalthabenden mit jedem Tag ernstere Betrachtungen ein. Man erinnert sich des bekannten Schreibens L. Bonaparte's an den Obersten Ney kurz nach dem Sturze der weiland römischen Republik. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

Brüssel, den 22. März. In der heutigen Sitzung des Geschwornengerichts wurden die beiden Redacteure des „Bulletin Français," Graf d'Haussonville und Alexander Thomas, freigesprochen.

Paris, den 20. März. Carnot ist hier eingetroffen. — den 21. März. Persigny hat de Morny zum Präsidenten einer Commission ernannt, was als Zeichen ihrer völligen Versöhnung gilt. — Der Generalrath der Bank von Frankreich hat in einer gestern abgehaltenen Sitzung den zu Vorschüssen auf französische Staatspapiere bestimmten Credit auf 100 Millionen Fr. festgesetzt.

Rom, den 13. März. In einem langen Aufruf zur Theilnahme an dem nun vom 13. d. bis 18. April ausgeschriebenen Jubiläum bietet der Cardinal-Generalvicar den Römern im Namen des Papstes Frieden des Gewissens, Versöhnung mit Gott, Vergebung der Sünden und aller zeitlichen Strafen welche die göttliche Gerechtigkeit dafür verlangen könnte. (A. Z.)

London, den 20. März. Der französische Gesandte, Graf Walewski, ist gestern von Paris aus wiederum im hiesigen französischen Gesandtschaftshotel eingetroffen.

New-York, den 6. März. Den letzten Nachrichten zufolge befand sich Kossuth in Louisville, wo ein Concert zu seinem Vortheile gegeben wurde.

Miscellen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Welch grausame Sitten jetzt wieder in Deutschland aufkommen, dafür liefert einen traurigen Beweis der neueste Beschluß in Gera, welcher dahin geht, daß die Todesstrafe „durch das Beil **ohne alle Schärfung** zu vollziehen sei."

An der Börse. Hersch. Nu, was sagen Sie zu die Herabsetzung von die fünfprozentige Rente?

Meier. Ich sag' gar nischt mehr. Haben die Franzosen sich so viel Herabsetzungen gefallen lassen, kann ihnen die eine auch nischt schaden.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

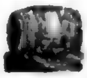
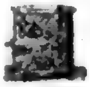
[903⁴] Zu kaufen sucht und mit gutem Preise bezahlt: Brillanten, Rubin, Smaragt, altes Gold und Silber
J. N. Nadenheim,
Juwelier in Mannheim E 2 Nro. 6.

[910²] **Zucker-Rüben-Bau.**

Ich mache hiemit bekannt, daß noch Accorde zum Bau von Zucker-Rüben gemacht werden können und für dieses Jahr 28 Kreuzer für den Zentner, auf die Zuckerfabrik Friedens-Au an der Eisenbahn-Station Mutterstadt geliefert, bezahlt werden.

Joh. Conr. Reihlen.

[909²] **Bekanntmachung.**

Freitag, den 2. April nächsthin, des Morgens 9 Uhr anfangend, zu Ludwigshafen in der Wohnung des Heinrich Knoll, Kassier bei der pfälzischen Ludwigsbahn, läßt Elisabetha eine geborne Dietz, Ehefrau des genannten Heinrich Knoll, durch unterzeichneten Notar gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigern:

2000	Liter	Wachenheimer	1850er	Wein,
500	„	Dackenheimer	„	„
1500	„	Wachenheimer	1849er	„
500	„	Hambacher	1847er	„
1200	„	Forster	1850er	„

Sodann folgende Weinfässer:

3	Faß	von	1060	Liter	
1	„	„	800	„	sämmtlich weingrün und fast Alle ganz neu.
5	„	„	600—700	„	
10	„	„	150—160	„	
5	„	„	80—100	„	
3	„	„	50—60	„	

Ferner verschiedene Branntweinfäßchen, eine vollständige Ladeneinrichtung nebst Waagen, Mehlkasten, Lampen, Cigarren, Comptoirpulte, Kaunitz und Tische, sowie allerlei Hausgeräthschaften.

Um 9 Uhr wird mit der Versteigerung der Hausgeräthe und sonstigen Mobilien, und um 11 Uhr mit jener der Weine und Fässer angefangen werden.

Mutterstadt, den 22. März 1852.

C. Moré, Notar.

[906²] **Holzversteigerung.**

Freitag, den 26. März nächsthin, des Vormittags um 2 Uhr, zu Mundenheim im Wirthshause zum Stern, läßt Frau Fürstin von Ysenburg die nachbezeichneten, auf dem großen Kaiserswörth bei Mundenheim lagernden Hölzer, öffentlich versteigern, nämlich: 30 Stämme Eichen, Ulmen, Eschen, Ahorn und Aspen; 26 Stämme Weißdornholz, von 4—6 Zoll Durchmesser; 8 Klafter meistens eichenes Scheitholz; 1037 gemischte Wellen und 230 alte abgängige Weidenstumpfen.

Mutterstadt, den 19. März 1852.

C. Moré, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 74 | den 26. März 1852.

Deutschland.

(:) **Aus Altbayern.** (Die Drohungen gegen die Schweiz.) Daß doch nichts auf Erden vollkommen sein kann, daß doch selbst die Sonne des höchsten Glückes ihre Flecken hat! Wie schön ließe es sich jetzt in Europa leben! Pius IX. ist längst wieder in Rom und Mazzini ist verbannt; das Frankfurter Parlament und selbst der mattfarbige gotha-erfurtische Nachdruck sind fort und der Gesandte Metternich II., die neue Auflage des kostbaren Grafen Bund-Schauenstein präsidirt wieder in der Eschenheimer Gasse; die Grundrechte sind ausgemärzt, die Schatten der alten Standesherren haben sich allerwärts wi der aus dem Grabe erhoben und treiben ihr Wesen auf dem eigenen, oder wo ihnen solcher abgeht, auf fremdem Grund und Boden; die Ausnahmsgesetze mit ihrem schillernden Schilde „innere Sicherheit" und „monarchisches Princip" machen sich breiter als jemals, sie sind fruchtbar und vermehren sich wie die bösen Menschen, von denen die Bibel spricht; dem englischen Störefried wurden die Feuerbrände verlöscht, in Frankreich hat der „Herrscher von Natur" die Principien der Revolution beseitigt, so weit sie nur immer seiner absoluten Herrschaft im Wege standen: Wäre es nicht herrlich in Europa? Muß gerade ein Land im Continent existiren, das mit den Wölfen nicht heult, das nicht mit dem Strome schwimmt; muß gerade der kleine Bergstaat die allgemeine Freude vergällen, mußte die Natur in stiefmütterlicher Anwallung die Schweiz in den europäischen Continent hineinkeilen, um die siegestrunkenen Mächte an die Unvollkommenheit alles Irdischen zu erinnern! Ein kleiner Staat, der durch eine selbstgewählte Obrigkeit sich regiert, ein Staat, der ohne stehende Heere die „innere Sicherheit" aufrecht erhält, der ohne adeligen Luxus zu leben hat und ohne doctrinäre „Gliederung der Gesellschaft" ruhig und zufrieden sein kann, ein Staat, der ohne Jesuiten und Redemptoristen und den Grafen von Salis-Soglio seine Angehörigen zu brauchbaren Menschen heranzieht und mitten in der allgemeinen Reaction vorwärts geht: ein solcher Staat ist ein gefährliches Beispiel, ein solches Beispiel steckt an; man sieht zwar, er kann recht gut bestehen; aber man soll nicht sehen, daß er bestehen kann, er soll nicht bestehen können, die Thatsache darf nicht sprechen: Frankreich und Oesterreich stecken die Köpfe zusammen; die neue Schweizer Verfassung ist nicht garantirt, ergo — so schließt die moderne Logik reactionärer Großmächte kleineren Staaten gegenüber — besteht sie nicht zu Recht; barsche Noten werden an den Bundesrath geschickt, man droht mit Intervention. Wird eine solche wirklich vor sich gehen? wird man im Elysee und in Wien sein Ziel erreichen?

Nun und nimmermehr haben diese Mächte ein Recht, sich in die Angelegenheiten der Schweiz einzumengen. Nicht nur die allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze sprechen ihnen diese Befugniß ab, sondern die klarsten Bestimmungen positiver Verträge stehen ihnen entgegen. „Die Mächte, welche berufen sind, zur Erfüllung des 6. Artikels des Pariser Vertrags vom 30. Mai 1814, durch ihre Dazwischenkunft die Verhältniße der Schweiz festsetzen zu helfen, überzeugt, daß das allgemeine Staateninteresse zu Gunsten der schweizerischen Eidgenossenschaft die Anerkennung einer „immerwährenden Neutralität" erheischt .... erklären, daß, sobald die schweizerische Tagsatzung .... ihre Zustimmung in guter und gehöriger Form wird ertheilt haben, eine Urkunde ausgefertigt werden soll, welche von Seiten aller Mächte die „Anerkennung und Gewährleistung der immerwährenden Neutralität der Schweiz" innerhalb ihren neuen Grenzen enthalten und einen Bestandtheil derjenigen Urkunde bilden wird, die in Vollziehung des 32. Artikels des obbenannten Pariser Friedensschlusses vom 30. Mai die Anordnungen dieses Vertrages vervollständigen soll." So erklären die in Wien versammelten Mächte am 20. März 1815. Die Schweizer Tagsatzung trat bei. Die Artikel 79—84 der Wiener Congreßacte garantiren jene Bestimmungen. Am 20. November 1815 unterzeichneten Metternich, Wessenberg, Richelieu, Castlereagh, Wellington, Hardenberg, W. v. Humboldt, Rasumowsky und Capo d'Istria eine Erklärung, worin sie die immerwährende Neutralität der Schweiz sowie die Unverletzlichkeit ihres Gebietes von Neuem garantiren und „auf authentische Weise" bekannt machen, „daß die Neutralität und Unverletzlichkeit der Schweiz, sowie ihre Unabhängigkeit von jedwedem fremdem Einfluß (ainsi que son independance de toute influence etrangère) den wahren Grundsätzen der europäischen Politik entsprechen." Könnte wol mit klareren Worten jede Berechtigung einer Einmischung ausgeschlossen sein? Aber schon sehen wir den Leser lächeln; wir können es ihm auch nicht verargen; heute in öffentlichen Dingen noch von einem rechtlichen Standpunct zu sprechen, klingt allerdings etwas sonderbar; wir wollen daher sofort zu der in der gegenwärtigen Lage der Dinge viel wichtigeren Frage übergehen: wird die moderne Reaction die Macht haben, die Schweiz zum Sclaven ihres Willens zu machen?

Der Donner der Kanonen ist verstummt, unter welchem der alte Napoleon der Schweiz bedeuten konnte, daß er sie mit Gewalt der Waffen bezwingen oder sie Frankreich einverleiben werde; die Allmacht des Einen Mannes ist dahin. Wie sehr auch die Mehrheit der Großmächte die Schweiz mit den Grundsätzen der Reaction befreundet wissen möchte, die Eifersucht, das „europäische Gleichgewicht" wird ein mächtiger Verbündeter der Schweiz sein. Jede Intervention würde entweder Frankreich oder Oesterreich oder beide Staaten zusammen in einer Weise kräftigen, welche die übrigen Großmächte keineswegs ruhig mit ansehen könnten. England kann, abgesehen von seiner Verbindlichkeit als Garant der Schweizer Unabhängigkeit, eine solche Vergrößerung der Macht Frankreichs unmöglich zugeben, für Preußen wäre eine derartige Kräftigung Oesterreichs von größerer Gefahr und selbst Rußland würde trotz seiner freundnachbarlichen Beziehungen zu Oesterreich bei einem solchen Schritte seine Hand von ihm abziehen.*) Die Eifersucht der europäischen Mächte

*) Das Letzte zwar bezweifeln wir, glauben vielmehr, daß Rußland in einem solchen Falle die nemliche Rolle wieder spielen würde wie 1821 als die österreichische Regierung in Neapel und Piemont, und wie 1823 als die Bourbonen in Spanien intervenirten. Dagegen sind wir überzeugt, daß die neue, sechste Großmacht, die Vereinigten Staaten, sich nicht als gleichgültige Zuschauerin verhalten würde. Die englisch-amerikanische Flotte dürfte aber der französisch-österreichischen um so mehr gefährlich werden, als John Bull seit dem Verbrennen der türkischen Schiffe bei Navarin, allzu lange schon den Seeexperimenten anderer Staaten ruhig zugeschaut zu haben meint. D. Red.

war bisher der sicherste Garant für die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft, sie wird es auch in Zukunft sein. Aber die Schweiz trägt auch eine wesentliche Bürgschaft ihrer Unabhängigkeit in ihrer Natur, in der Kraft und der Freiheitsliebe ihrer Bürger. Man greife sie einmal an in ihren von der Natur selbst aufgethürmten Festungen und man wird finden, wie jeder Baum von einem Freiheitshelden bewacht, wie jedes Haus von Bürger-Soldaten beschützt wird. Nicht zum erstenmale würde die Schweiz einer weit überlegenen Macht Trotz bieten; noch steht der Rütli und die Nachkommen der Schöpfer eidgenössischer Freiheit würden gewiß ihren Vätern keine Schande machen. Die Schweiz hat überdies noch eine weitere Gewähr ihrer Unabhängigkeit in der allgemeinen Gährung, die trotz Standrecht, Belagerungszustand und staatsrechtlicher Nothwendigkeiten durch ganz Europa sich hinzieht. Wird man es versuchen, in Frankreich und dem Kaiserstaate ein Invasionsheer gegen die Schweiz zu senden? Hundert Krater könnten allerwärts in Europa ihre Flammen ausspeien. Italien, Ungarn, das deutsche Oesterreich und ganz Frankreich sind mit Zündstoff überladen; macht ihnen Luft und mit furchtbarer Gewalt kann die Maschine in Scherben zerrissen werden. Uns schrecken darum die Drohungen nicht, die man gegen die Schweiz schleudert, bei dem vielen Geschrei wird nur wenig Wolle sichtbar werden. „Auf den Bergen lebt die Freiheit," singt unser deutscher Barde, auch die Russen im Kaukasus fühlen das, man sieht es aus dem Jubel, mit welchem die Allgemeine Zeitung pflichtschuldigst die Schläge der Russen übertönen muß. Trotz scharfer Noten und drohender Truppenmärsche wird die Schweiz dennoch in ihrer Unabhängigkeit fortbestehen.

München, den 22. März.. (101. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Am Beginne der Sitzung verliest der Präsident ein von sämmtlichen Staatsministern kontrasignirtes Schreiben, wodurch der Landtag bis zum 30. April verlängert und die Erwartung ausgesprochen wird, daß sämmtliche eingebrachte und noch einzubringende Vorlagen bis dahin erledigt sein werden. Hierauf wird Anzeige erstattet: 1) über Reinhart's Antrag Betreffs des mit der Bank abgeschlossenen Darlehens per 5 Mill., 2) über Weippert's Antrag, die Tantiemen bei Beamten betr., 3) über ein Gesuch auf Verbesserung der Lage der Landgerichtsdiener und 4) über ein Gesuch pfälzischer Gerber, die Herabsetzung der Preise des zur Gerberei nöthigen Salzes. Folgt nun die zweite Berathung und Schlußfassung über den Initiativantrag von Weis, die Abkürzung der Finanzperioden betreffend, welcher ohne Discussion mit 105 gegen 12 Stimmen angenommen wird. — Reinhart fragt das Präsidium, wie es denn mit der Angelegenheit seiner Aeußerung bezüglich der Wahlen im Allgäu stehe, worüber er schon vor geraumer Zeit die Beweismittel eingereicht habe. Der 1. Präsident erklärt, die Actenstücke des Hrn. Reinhart längst dem Ministerium übergeben zu haben. Nach weitern Nachfragen der Abgeordneten Köhl, Kolb und Schmid über mehrere in den Ausschüssen ruhenden Eingaben und mageren Bescheid darüber endet die Sitzung nach 10 Uhr.

Die HH. v. Hartmann, k. Generalmajor und Frhr. v. Zoller, Oberstcommandant des 3. Infanterieregiments Prinz Karl in Augsburg, sind zu Flügeladjutanten des Königs ernannt worden.

Frankfurt, den 22. März. Den hiesigen Militärmusikcorps ist Seitens ihrer vorgesetzten Behörden das Verbot zugegangen, in der auch auswärts bekannten Gartenwirthschaft „Mainlust" Concerte zu geben. Veranlassung zu dem Verbot hat die Ankündigung eines solchen Concerts, welches das Musikcorps des österreichischen Jägerbataillons gestern veranstalten sollte, gegeben, zu welchem jedoch ausdrücklich nur die „christlichen" Bewohner hiesiger Stadt von dem Eigenthümer der „Mainlust," Herrn J. G. Ried, geladen wurden. (F. J.)

Stuttgart, den 22. März. Das Gesetz über die Ungültigerklärung der Grundrechte wurde heute auch von der ersten Kammer nach den Beschlüssen der zweiten Kammer angenommen, ist somit nun nach der Sanktion der Regierung nur noch zu publiziren. Die erste Kammer beschloß jedoch, hinsichtlich des Art. 2, welcher die Verhältnisse der Israeliten betrifft, eine besondere Adresse an die Regierung zu erlassen und darin auszusprechen, daß es zur Aufhebung einer Verordnung einer besonderen Gesetzesbestimmung nicht bedürfe.

Aus Thüringen, den 19. März. An das Militär von Sondershausen ist jetzt ebenfalls die Weisung ergangen, die schwarz-roth-goldene Cocarde ab- und die blau und weiße Landescocarde anzulegen.

Der Brand in **Reinhardsbrunn** ist nicht so vernichtend gewesen, wie das erste Gerücht mittheilte. Das Feuer brach am Sonntag Mittag auf dem Dachstuhl aus, wahrscheinlich durch den Löthofen eines Klempners, der die defecten Zinkdachrinnen reparirte. Nachmittags 4 Uhr brach das ganze Dach zusammen, dann aber wurde das Feuer durch energische Hülfe gelöscht. Doch sind viele Wände und Decken durch die eingegossenen Wassermassen erweicht, zusammengestürzt; und der Schaden ist ein erheblicher. Mehreren Klöstern in Thüringen, namentlich in Erfurt, liegt, nach alten Verträgen, für die nothwendige Restauration Zahlungsverbindlichkeit ob. Mehrere Menschen wurden bedeutend verletzt. Die Kunstgegenstände sind meistens gerettet.

Dessau, den 19. März. Die Vorstände der „freien Gemeinde" zu Dessau, Köthen und Zerbst haben an die Regierung das Gesuch gerichtet, die freien Gemeinden als gleichberechtigt mit andern Religionsgesellschaften anzuerkennen. Es ist jetzt eine abschlägige Antwort erfolgt und darin hervorgehoben, daß zur Bildung freier Gemeinden eine dringende Nothwendigkeit nicht vorliege, daß sie auf keinem positiven Offenbarungsglauben stehen und daß nach den in den deutschen Bundesstaaten angenommenen Grundsätzen (!!) nur die christliche und jüdische Religion als auf göttlicher Offenbarung begründet im hiesigen Lande staatsberechtigt sei und endlich die freien Gemeinden die in der Religion liegende Garantie moralischer Zuverlässigkeit und Treue nicht darzubieten vermögen! — (Spricht, wie ein Pfarrer!) (F. K.)

Bremen, den 20. März. Die Linke unserer Bürgerschaft widersetzt sich der Abänderung unserer Verfassung. Der Senat hatte erklärt, er wolle nicht nach der bisherigen Weise einen neuen Senator wählen lassen. Die Bürgerschaft erhob nun heute eine Erklärung folgenden Inhalts zum Beschluß: „Der Senat scheine die Senatorwahl nicht innerhalb des vorgeschriebenen Termines veranlassen zu wollen. Die Bürgerschaft fordere ihn daher auf, die Verfassung zu beobachten und wählen zu lassen. Eine directe Einwirkung der Bundesversammlung in unsere Angelegenheiten könne sie nicht als gültig anerkennen. Falls der Senat nicht wähle, betrachte sie den dann nur aus 15 Mitgliedern bestehenden Senat (er zählt verfassungsmäßig 16 Mitglieder) nicht mehr als zu Recht bestehend und verfassungsmäßig." Der Beschluß wurde mit 127 gegen 97 Stimmen gefaßt.

Berlin, den 19. März. Die Vorstände der lutherischen Gemeinden in Preußen haben den Beistand des Königs zu Gunsten der in andern deutschen Staaten, namentlich in Baden, hart bedrängten lutherischen Gemeinden angerufen. (A. Z.)

In der Nähe des Friedrichshains bemerkte man gestern sehr viele Personen, meist Arbeiter, welche die Grabstätte besuchen wollten, aber in Folge der Absperrung derselben unverrichteter Sache zurückkehren mußten. Eine Ruhestörung ist nicht erfolgt. In vielen Fabriken und Werkstätten wurde am 18. März die Arbeit eingestellt. — Nach einem hiesigen Blatte sind 3 weibliche Personen, welche ein Grab auf dem Friedrichshain mit einer schwarz-roth-goldnen Fahne schmückten, nach der Stadtvogtei abgeführt, aber bald wieder entlassen worden.

Magdeburg. Der Handlungsdiener Ohm, aus dem Waldeck'schen Prozesse genugsam bekannt, trieb sich hier vagabundirend herum und wurde deßhalb von unserer Polizei zur Haft gebracht.

— den 21. März. Ganz unvermuthet sind hier in diesen Tagen die Preise aller Getreidearten so bedeutend heruntergegangen, daß, wenn nicht außer aller Berechnung liegende Umstände eintreten, jede Besorgniß, die Nothstände des Jahres 1847 möchten in diesem Jahre wiederkehren, für unsere Gegend vollständig schwinden muß. — Auffallend war in unserer Stadt und Umgegend die Anzahl von Selbstmorden in der letzten Zeit und zwar deßhalb besonders, weil ihnen nicht immer Noth und Subsistenzlosigkeit zu Grunde lag. So erschoß sich gestern Abends ein wohlhabender Privatmann, dem am Morgen desselben Tages ein Söhnchen gestorben war.

Naumburg a. d. S., den 19. März. Gestern stand ein Handlungsgehilfe aus Lützen vor unserm Schwurgericht, weil er in einem Gedichte, „die Thuiskonen-Burg" der Majestätsbeleidigung sich schuldig gemacht haben sollte. Die Verhandlung war „aus Gründen des öffentlichen Wohls" geheim und endete mit Freisprechung.

Breslau. In der Löbbecke'schen Zuckersiederei vor dem breslauer Thore bei Brieg ist am 16. März wiederum ein Dampfkessel gesprungen, wobei fünf Menschen verunglückt sind, vier Arbeiter und ein Schäfer aus Briesen, der mit einem Schiengespann gekommen war, um Rübenmark zu holen. Der letztere war auf der Stelle todt; von den Arbeitern ist heute einer gestorben und ein zweiter dürfte ihm wohl bald nachfolgen. Ein dritter, der zwei Kopfwunden, und der vierte, welcher einen Rippenbruch davon getragen, scheinen außer Gefahr zu sein. Die Ursache des Unglücks ist, wie die „Schles. Ztg." meint, noch nicht ermittelt, dürfte aber wohl der allgemeinen Annahme nach, wie das vorige Mal, in dem Mangel gehöriger Beaufsichtigung zu suchen sein, da kein eigentlicher Maschinist dazu angestellt ist.

Kiel, den 17. März. Der hiesige Professor Justus Olshausen, welchem von der Statthalterschaft die Functionen eines Curators unserer Universität übertragen waren, ist derselben enthoben worden; seine Geschäfte sollen vorläufig von den Decanen der Facultäten versehen werden. Von dem holsteinischen Militär werden nunmehr die Erinnerungskreuze an die Feldzüge von 1848 und 1849 nebst den Verleihungspatenten eingefordert.

Wien, den 17. März. (Paßmaßregelung.) Die österreichische Regierung hat angeordnet, daß mit Beginn des 1. Mai d. J. britische Unterthanen nur mit Pässen der großbritannischen Behörden, welche das Visum der betreffenden kaiserlichen Missionen erhalten haben, in den österreichischen Staaten zugelassen werden. Dieses hat auch zur Folge, daß man künftighin den Fremden, der nur in England sich aufhält ohne englischer Bürger geworden zu sein, von den wirklichen Unterthanen der Königin von Großbritannien laut seinem Reisepaß wird unterscheiden können.

— den 21. März. Die heutige „Wiener-Zeitung" bringt einen belobenden Armeebefehl des Kaisers an das aus Holstein zurückgekehrte Armeecorps.

Die „Oesterr. Corresp." bezeichnet die Nachricht mehrerer deutscher und französischer Blätter von einer beabsichtigten Durchforschung aller Privatbibliotheken in Oesterreich zum Behufe der Wegnahme verbotener Schriften als eine böswillige Erfindung.

Triest, den 17. März. Täglich mehren sich die Nachrichten von den Unglücksfällen, welche durch die letzten Stürme an der dalmatinischen und italienischen Küste vorfielen. Sehr viele Fischerbarken, die sich beim Beginn des Sturmes auf offener See befanden, konnten die Ufer nicht mehr erreichen, die Barken kippten, und so zählt man bereits über 50 Menschenleben, welche dem brausenden Element als Opfer fielen. Auch von unserer „Marianna" erhält man nach und nach Beweise, daß sie wirklich zu Grunde gegangen sei. Wie versichert wird, sind bereits an der venecianischen Küste Gegenstände entdeckt worden, welche offenbar nur von dem verunglückten Schiffe herrühren konnten. Es soll allerlei Zubehör von den Kanonen gefunden worden sein, ja es seien Kisten, bezeichnet mit den Namen von Personen die sich auf dem Schiffe befanden, ans Land geworfen worden. (A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Zara, den 16. März. Bei 100 bosnische Christen haben auf der dalmatinischen Grenze Zuflucht gesucht; Truppenverstärkungen sind gegen die Grenze aufgebrochen.

Frankreich.

Paris, den 19. März. Die Gerüchte über die imperialistischen Plane des Elysee erhalten sich noch immer. Die große Revue, die erst am 15. April, dann am 1. Mai Statt finden sollte, scheint jetzt am 5. Mai abgehalten werden zu sollen. Wie man ferner erzählt, soll in einer hiesigen Stickereihandlung ein Mantel zu sehen sein, auf welchen Bienen gestickt werden. Diese sich fortwährend erhaltenden Gerüchte sind nicht ohne Einfluß auf das Ausland geblieben und haben Veranlassung zu Interpellationen an Turgot gegeben. Belgien, das vor der Hand am meisten bei diesen Gerüchten betheiligt ist, scheint nicht ohne große Unruhe zu sein. Der hiesige Gesandte Belgiens, Graf Rogier, hat deßhalb gestern eine Unterredung mit dem Minister der äußeren Angelegenheiten gehabt. Rogier war von dem englischen Gesandten begleitet, als er sich zu Turgot begab, um ihn über die imperialistischen Gerüchte zu interpelliren. Der englische Gesandte handelte nicht im Auftrage seiner Regierung, sondern gab Rogier nur das Geleite, um dessen Reclamationen mehr Nachdruck zu geben. Der belgische Gesandte fragte Turgot geradezu, ob es wahr sei, daß man die Absicht habe, das Kaiserreich zu proclamiren, wobei er auf die Stellung Belgiens, Frankreich gegenüber, aufmerksam machte. Turgot gab eine sehr ausweichende Antwort. Rogier bestand aber auf einer Erklärung, worauf Turgot, indem er zugleich die friedlichen Absichten seiner Regierung betheuerte, ihm sagte, daß der französische Ministerrath beschlossen habe, auf dergleichen Interpellationen nicht zu antworten. Rogier mußte sich mit dieser Antwort begnügen. Lord Cowley mischte sich nicht in die Unterhaltung und nahm die Erklärung des Ministers stillschweigend hin. (K. Z.)

— den 21. März. Heute Mittags fand auf dem Carousselplatze und im Hofe der Tuilerien eine glänzende Revue Statt, zu der sich, herbeigelockt durch das herrlichste Frühlingswetter, eine zahllose Menschenmenge eingefunden hatte. Im Hofe der Tuilerien waren drei Linienregimenter und zwei Bataillone Jäger, auf dem Carousselplatze zwei Regimenter Lanciers und mehrere Batterien aufgestellt. Um Mittag verkündeten das Gewirbel der Trommeln und die Fanfaren der Reitermusik, daß L. Napoleon den Palast verlassen. Der Präsident, gefolgt von einem überaus glänzenden Stabe, in dem man preußische, spanische, englische und türkische Offiziere bemerkte, sprengte die Fronte der Truppen entlang, überall von dem enthusiastischen Zurufe „Vive Napoléon! Vive l'empereur!" empfangen. Diese Demonstration der Truppen erregte ein gewisses Aufsehen, zumal auch aus der Reihe der Zuschauer der letztere Ruf vielfach ertönte. Vor dem Defile der Truppen vertheilte L. Napoleon mehrere Kreuze und Ehrenzeichen, mit welchen nach dem Decrete vom 22. Januar eine Pension verbunden ist. Die sämmtlichen Minister, viele Senatoren, Staatsräthe und Deputirte, so wie mehrere Mitglieder des diplomatischen Corps bemerkte man auf dem Balcone und an den Fenstern des alten Königsschlosses, wo auch eine Menge vornehmer Damen in reichen Toiletten sich zeigten. Um 1 Uhr kehrte L. Napoleon, immer begleitet von dem ganzen Gefolge, ins Elysee zurück und wurde auf dem Wege überall lebhaft begrüßt. Die Regimenter, welche heute

die Revue passirten, verlassen morgen Paris und gehen zum größten Theile nach Lyon, doch nur, um sogleich durch andere Truppen ersetzt zu werden. Heute Abends ist im Elysee ein großes Bankett, zu dem die Officiere der heute inspicirten Regimenter eingeladen sind. (K. Z.)

Das Gerücht, daß die Proclamirung L. Napoleons zum Kaiser der Franzosen ganz in Kurzem erfolgen werde, verbreitet sich immer mehr. Die Bestätigung dieses Gerüchtes würde in Frankreich nur wenig Sensation machen; denn man erwartet nichts Anderes, sowohl die Freunde, als die Feinde der gegenwärtigen Regierung. Auf einen Widerstand wird, wie die Dinge stehen, ein solcher Act nicht stoßen. Man behauptet jetzt, diese Umwandlung werde am 5. Mai, dem Jahrestage des Todes Kaisers Napoleon I., von Statten gehen; Louis Napoleon werde an diesem Tage als Napoleon II. die Kaiserwürde übernehmen. — Die zur Expedition nach Großcabylien bestimmten Truppentheile sollen am 15. April den Marsch antreten. Es wird aber nicht, wie es jüngst geheißen, der Kriegsminister General St. Arnaud den Oberbefehl führen. General St. Arnaud wird Paris nicht verlassen. Die Differenzen, welche zwischen ihm und dem Prinz-Präsidenten sich erhoben hatten, sind wieder völlig ausgeglichen. (Fr. J.)

Der Staatsrath hat den Entwurf in Bezug auf die Uebersiedelung der Bagno's nach den Colonien geprüft und vollkommen gebilligt. Derselbe stellt als Princip auf, daß die Galeerensträflinge in Zukunft außerhalb des französischen Territoriums untergebracht und dort einer Arbeit unterworfen werden sollen, die im Entwurfe genau vorgezeichnet ist.

Da die Costüme der verschiedenen Staatskörper für die Feierlichkeit am 29. März nicht sämmtlich fertig werden können, so hat L. Napoleon entschieden, daß, mit Ausnahme der Präsidenten und der Personen, welche die Bureaux bilden, die Mitglieder nicht im großen Costüme zu erscheinen haben. — Mehrere freiwillig in Folge der Decemberereignisse ins Ausland gereis'te Ex-Repräsentanten sind, der „Patrie" zufolge, nach Frankreich zurückgekehrt.

Die große Expedition nach Kabylien, welche verschoben worden war, wird nun in diesem Frühlinge stattfinden. General Canrobert, Adjutant des Präsidenten der Republik, wird eine der Divisionen des Expeditionsheeres befehligen.

Hr. Emil v. Girardin ist in Folge der besonderen Erlaubniß, die ihm auf sein Ansuchen von dem Präsidenten der Republik ertheilt worden, gestern Vormittag in Paris eingetroffen. Wie man vernimmt, ist Hrn. v. Girardin kein Termin bestimmt worden, nach dessen Ablauf er das französische Gebiet wieder zu verlassen hätte.

Hier sind in der letzten Zeit eine ziemliche Anzahl von Personen in Folge des Genusses von Cider (Aepfelwein) theils gestorben, theils bedeutend erkrankt.

Spanien.

Madrid, den 16. März. Die Policei hat bei Hrn. Rivera, ehemaligem Abgeordneten, Haussuchung gehalten. Es wurde eine Anzahl Schriftstücke in Beschlag genommen, die für so wichtig gehalten wurden, daß man Hrn. Rivera zu verhaften für nöthig fand. Auch bei Herrn Bulner hatte eine Haussuchung statt; doch wurde derselbe nicht in Haft genommen.

Brasilien.

In Brasilien herrscht an der Küste das gelbe Fieber und im Innern sind bedenkliche Unruhen ausgebrochen, weil — die Regierung die Verzeichnung der Geburten und Todesfälle vorgeschrieben hatte.

China.

Unter dem 4. Februar wird aus Singapore geschrieben: Das englische Schiff „Victory", Capitän Mullem, hatte am 6. Dec. Cum-zing-moon mit einer reichen Ladung und 350 nach Callao bestimmten chinesischen Emigranten verlassen. Vier Tage nach der Abfahrt empörten sich die Chinesen, mordeten den Capitän, den zweiten Lieutenant und Mehrere der Bemannung. Nachdem sie sich völlig zu Herren des Schiffes gemacht, zwangen sie den ersten Lieutenant, ans Land zu fahren. Beim Eingange des Golfs von Siam verließ ein Theil der Meuterer das Schiff; die anderen wandten sich dann nach Cambodja, wo mehrere ans Land gingen. Vier Tage später verließen sämmtliche Chinesen, nachdem sie ihren Anführer erschlagen und das Schiff rein ausgeplündert hatten, in den Schaluppen das Schiff. — Der englische Dreimaster „Herald," Capitän Lawson, ging am 26. April mit einer Ladung Thee von Shangai nach Leith unter Segel. Die Bemannung, aus Eingebornen von Manilla bestehend, überwältigte in einer Nacht die Officiere, welche alle ermordet wurden, worauf das Schiff selbst, auf dem sich noch die Frau des Capitäns befand, nahe an der Küste versenkt wurde. Die Empörer gelangten in den Schaluppen nach Bantam, wo ihre Erzählungen aber Argwohn erregten und sie alle festgenommen wurden. Einer der Meuterer gestand die Schandthat. Alle sind nach Singapore geschafft, wo sie ihrem Urtheile entgegen sehen.

Neueste Nachrichten.

Belgien. In einem Kohlenbergwerke bei Lüttich sind kürzlich sieben Arbeiter durch eine plötzlich hereinbrechende Wasserfluth umgekommen.

Paris, den 22. März. Die gemischten Departementalcommissionen fahren fort, ihre Urtheile zu fällen. Das Departement der Vogesen hat 3 Personen zur Deportation nach Cayenne und 7 zur Deportation nach Algerien verurtheilt. In dem Departement de la Meurthe sind 12 Personen für die Deportation nach Algerien bestimmt, 8 exilirt, 5 zeitweise verbannt, 19 internirt und 8 unter policeiliche Aufsicht gestellt worden.

In dem Departement der Ober-Vienne sind auf Befehl des Präsidenten sechszehn Kaffee- und Wirthshäuser geschlossen worden.

— den 23. März. Die Zerwürfnisse mit Marocco sind gänzlich beigelegt.

Madrid, den 17. März. Auch in den baskischen Provinzen spuken die Carlisten, und die Guardias Civiles des Baston-Thales haben mehrere, die von Frankreich herüber gekommen waren, verhaftet; zwei ehemalige carlistische Obersten setzten sich bei der Gelegenheit zur Wehre und blieben auf dem Kampfplatze.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[911a] **Zu verkaufen.**

Einen bordlangen Kappenstand zu billigem Preise verkauft

Georg Eckes,
Kürschner in Neustadt.

[901a] **Lehrlingsgesuch.**

In einer Tabaksfabrik und Specereihandlung in Landau kann ein junger Mann von guter Familie sogleich in die Lehre aufgenommen werden. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[898a] **Weinversteigerung.**

Montag, den 29. März nächsthin, Nachmittags 2 Uhr, lassen die Wittwe und Erben des verlebten Herrn Johann Baptist Görg, gewesener Gutsbesitzer in Deidesheim, in ihrer Wohnung allda, öffentlich versteigern folgende Weine, als:

4 Stück 1848er, Deidesheimer,
6 „ 1849er „
12 „ 1850er „
7 „ 1851er „

Diese Versteigerung findet statt nach der Weinversteigerung der Georg Spindler'schen Erben in Forst, die an demselben Tage, Vormittags, abgehalten wird.

Deidesheim, den 16. März 1852.

G. Heffert, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 75 | den 27. März 1852.

Deutschland.

× **Aus der Pfalz.** Gar häufig werden nicht sowol von einem Theil der Presse, als auch von der Tribüne herab und nicht selten vom Gerichtstische her starke Klagen geführt über eine totale Verwirrung der Rechtsbegriffe, welche in der Neuzeit und zwar durch die Lehren der Democratie fast allenthalben unter den Völkern verbreitet worden sein sollen. Doch zu allen Zeiten waren es minder öffentlich ausgesprochene Lehren, als vielmehr die Beispiele und zwar die Beispiele von Oben, welche zumeist auf das Leben der Völker einwirkten, und nach Umständen heilsamen oder schädlichen Einfluß auf die Gestaltung der öffentlichen Zustände ausübten. So waren es nicht die Lehren der Democraten im alten Rom, welche das römische Volk verdorben, sondern die Beispiele der übermäßig reich, üppig und übermüthig gewordenen, in Laster aller Art versunkenen Aristokratie, welche nach und nach jene allgemeine Verdorbenheit erzeugten, die den nachherigen maßlosen Despotismus der Imperatoren möglich machten und endlich eine solche moralische Versunkenheit herbeiführten, daß das römische Volk fernerhin lebensunfähig, naturgemäß zu Grunde gehen und dem gänzlichen Untergange anheim fallen mußte. — Es waren nicht die Lehren der französischen Volksschriftsteller des vorigen Jahrhunderts (wie man von gewisser Seite heute noch glauben machen will), welche jene Verdorbenheit der öffentlichen Zustände Frankreichs bewirkten, an welcher dieses Volk heute noch leidet; sondern es war vielmehr die Frivolität des Hofes, die Liederlichkeit, die Corruption, die Verhöhnung alles Rechtes und aller Moral, mit einem Worte die gänzliche Demoralisation, welche von Oben herab, tagtäglich dem Volke und zwar mit prunkendem Schaugepränge vor die Augen geführt wurde.

Und wenn heute wirklich jene heillose Verwirrung aller Rechtsbegriffe, wie angegeben wird, sich der Völker Europas bemächtigt hätte, wo würde zumeist die Ursache zu suchen und zu finden sein? Heute, wo fast allenthalben der Grundsatz offen zur Schau gestellt wird: die Machthaber dürfen Alles thun, sie dürfen sich Alles erlauben, denn die Macht heiligt Alles; die „Unterthanen" dagegen haben in allen Fällen Gehorsam zu leisten, Pietät und Achtung vor dem Gesetze zu bewahren. — Blikken wir auf Dasjenige zurück, was seit 4 Jahren durch die Gewaltigen geschehen, und fragen wir: sollen aus diesen Beispielen die Völker Achtung vor dem Rechte und vor dem Gesetze, Treue und Glauben schöpfen? Wer Achtung vor dem Gesetze, Treue und Glauben verlangt, muß zuerst Treue und Glauben üben, Recht und Gesetz achten. Aber auf welche Grundlage hin kann z. B. ein Louis Napoleon von der Nation Treue und Glauben, Achtung vor dem Gesetze verlangen? War das Verhalten des größten und einflußreichsten Theils des französischen Clerus zu den bonapartistischen Gewaltstreichen etwa geeignet, beim Volke Pietät und wahrhaft religiöse Grundsätze zu erwecken? — Sollte etwa das Beifallklatschen der Machthaber zu jener und anderen rettenden Thaten, das Jauchzen und Jubeln der Hofpublicisten über den bonapartistischen „Sieg der Ordnung," über die „Rettung der Gesellschaft" beim deutschen Volke Sinn für Recht und Gesetz erzeugen? — Oder soll etwa Das, was in Kurhessen geschehen und heute noch geschieht, das Rechtsgefühl des Volkes beleben und stärken? — Sollen die Vorgänge in Schleswig-Holstein, wo nichts weniger als radicale Kämpfer, welche für uralte, verbriefte und beschworene Rechte, für des Gesammtvaterlandes Ehre und Integrität in die Schranken traten, heute noch von dem heimathlichen Boden in die Verbannung wandern müßen, — das Ehrgefühl des Volkes heben, den Patriotismus erwecken? —

Doch es ist glücklicher Weise noch nicht so weit gekommen, daß bei den Völkern eine solche Verwirrung der Rechtsbegriffe eingetreten, wie man glauben machen will; noch sind die Völker Europas nicht zu jener Versunkenheit herabgekommen, wie das römische unmittelbar vor dem Untergange des römischen Weltreichs. Es lebt vielmehr in ihnen, zumal in dem Kern des deutschen Volkes, noch ein tiefer Sinn für Recht und Gesetz, ein heiliges Gefühl für Ehre und Vaterland: nur darf man dem Volke nicht zumuthen, Unrecht für Recht, Gesetzesverletzung für Gerechtigkeit anzusehen, Wortbruch und Verrath für Treue und Glauben zu achten. Dieses dem Kerne des Volkes innewohnende heilige Gefühl, dieser tiefe Rechtssinn können zwar momentan niedergedrückt, zum Schweigen gebracht, aber noch keineswegs gänzlich unterdrückt, ausgerottet werden. Sie sind zugleich das sicherste und in unserer trüben Gegenwart tröstliches Zeichen, daß die europäische Menschheit noch nicht ihrem Untergange entgegen geht, und nur noch durch die Gewalt der Bajonette aufrecht erhalten werden könne; sie müßen vielmehr in ihrer natürlichen Folge dahin führen, daß Recht und Wahrheit sich endlich siegreich Bahn brechen, wahre Ehre und Patriotismus aufblühen und auch der europäischen Menschheit noch eine heitere Zukunft bevorstehe. —

Ein deutscher Gelehrter. Bekanntlich wurde der hochverdiente Gelehrte, Professor Nees von Esenbeck, Vorstand der k. k. Leopoldinischen Akademie ꝛc., von dem preußischen Oberdisziplinargerichtshofe seines Amtes entlassen und zwar auf Grund des §. 2 des Gesetzes vom 11. Juli 1849 über die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten. Dieser §. lautet: „Dienstvergehen ist jede Verletzung der Pflichten, welche dem Beamten durch sein Amt auferlegt werden. Zu diesen Pflichten gehört, daß der Beamte sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens würdig beweise, die sein Beruf erfordert." Die N. O.-Z. schreibt über den verurtheilten Greis, dessen Vergehen in seiner „demokratischen Gesinnung" und in der Mitgliedschaft an der „freien Gemeinde" besteht: „Wiederum ist Einer dem Disziplinargesetze erlegen. Der Präsident der k. k. Leopoldinischen Akademie, der Professor Dr. Nees von Esenbeck in Breslau ist in der Sitzung des Oberdisziplinarhofes zu Berlin vom 13. d. Mts. seines Amtes als Professor entsetzt worden. Sein Amt als Professor ernährte ihn und seine zahlreiche Familie. Was für andere Schätze kann ein deutscher Gelehrter sich erwerben als wissenschaftliche? Doch nein, es gibt auch deutsche Gelehrte, die sich wohl andere Schätze erworben haben. Nur Nees von Esenbeck hat nicht zu ihnen gehört. — Aber unter den ersten wissenschaftlichen Berühmtheiten Deutschlands, ja Europas, zählt der sieben und siebenzigjährige Greis. Und seinen Ruhm wird er behalten, sein Ruhm wird ihn überleben, so lange seine Wissenschaft lebt. Nächst Alexander von Humboldt ist Nees von Esenbeck die erste wissenschaftliche Größe Europas. Wie verschieden hat das Geschick die Lagen der beiden Männer gestaltet! — Alexander von Humboldt ist am Abende seines Lebens der Freund

von Königen, gesegnet mit allen Gütern des Glücks und des Lebens. — Nees von Esenbeck, am späten Abend seines Lebens, ohne Amt und ohne Brod. Und doch, wer von Beiden, wenn er die Augen schließt, mag mit größerer Genugthuung auf die Thätigkeit seines Lebens zurückblicken? Dem Ersteren trug von seinem Auftreten an das Glück sich entgegen für Alles, was er unternahm, was er vollführte. Fast alle Monarchen der Welt beeiferten sich, ihm ihre Unterstützung angedeihen zu lassen. Mühsam, unter Kämpfen und Entbehrungen mußte dagegen Nees von Esenbeck das Glück bekämpfen, zwingen, ihm dienstbar zu werden, ihm nur dienstbar zu werden für seine Wissenschaft. — Was wird die deutsche Wissenschaft thun für den Mann, der ihre Zierde schon seit so langer Zeit war und stets bleiben wird? — Nur diese Frage haben wir hier zu stellen." Schließlich noch folgende Notiz derselben Zeitung, d. d. Breslau, 18. März: Vorgestern hat die Versteigerung der Nees v. Esenbeck'schen Bibliothek begonnen und wird die nächsten Tage fortgesetzt werden. — Wie wir hören, sind zwar von auswärts einige Bestellungen eingegangen, demungeachtet zeigt sich im Ganzen hierorts keine große Betheiligung, wenn auch für die Universität einige Ankäufe gemacht werden. Der Eindruck, den das eigenthümliche und fremdartige Treiben der Auktion in der stillen Wohnung des Gelehrten macht, ist schmerzlich für ihn nicht weniger, als für seine Freunde; binnen Kurzem wird nun Nees von Esenbeck noch am Spätabend seines Lebens die stillen Räume seiner Wohnung im botanischen Garten, in denen er so viele Jahre hindurch mit forschendem Geiste das reiche Leben der Natur belauschte, verlassen müssen, um die wenigen Jahre, die ihm nach menschlicher Wahrscheinlichkeit noch übrig bleiben, fern von der gewohnten Umgebung seiner Blumen und seiner Bücher zuzubringen. (N. K.)

* **München,** den 22. März. Die heutige 101. Sitzung war von kurzer Dauer. Zunächst ward ein königl. Rescript verlesen, demzufolge der Landtag bis zum letzten April in der zuversichtlichen Erwartung verlängert ist, daß die Kammern bis zu diesem Zeitpunct ihre sämmtlichen Arbeiten erledigt haben werden. —

Hierauf Anzeige der Erledigung von Ausschußarbeiten, darunter Bericht des Referenten v. Koch über die Vorstellung der Gerber in der Pfalz, die Herabsetzung der Preise des zur Gerberei benöthigten Salzes betr. — Der Ausschuß erklärt sich gegen das Gesuch.

Zweite Berathung des Weis'schen Initiativantrags wegen Verkürzung der Finanzperioden. Niemand ergreift das Wort. Bei der Abstimmung erklären sich 105 Stimmen für, 12 gegen den Gesetzentwurf.

Nunmehr erfolgen verschiedene Anfragen. Reinhart wünscht zu wissen, wie es sich mit der Erledigung seines Beweisantritts verhalte, zu dem er wegen seiner Aeußerung in Betreff gewaltsamer Einwirkung auf die Landtagswahlen bekanntlich vom Präsidium aufgefordert wurde; Er wünsche nun, daß die Sache nicht liegen bleibe. — Der Präsident antwortet, daß er den Gegenstand zur Einleitung der nöthigen Untersuchung seiner Zeit an das Ministerium hinüber gegeben habe.

Es werden sodann Interpellationen an verschiedene Ausschüsse gerichtet, ob die Erledigung mehrer bestimmten Arbeiten zu erwarten stehe, nemlich: 1) von Köbl, in Betreff der Beschwerde von Würzburg wegen Baubeschränkungen durch die Militärbehörde; 2) von Kolb bezüglich des Boye'schen Antrags wegen Verbesserungen in der Pfälzischen Strafgesetzgebung, und bezüglich des Nebenack'schen Antrags wegen der behaupteten Befugniß der Kreisregierung zur Absetzung von Gemeinderäthen; 3) von Dr. Schmidt bezüglich der Beschwerde der Deutschkatholiken. — Mit Ausnahme des letzterwähnten Punctes (über welchen der in der Sitzung nicht anwesende Dr. Jäger berichten soll,) werden von den Referenten oder Ausschußvorständen mehr oder minder genügende Erklärungen über die Verzögerungen gegeben.

* — den 23. März. Es geht hier das Gerücht, ein Abgeordneter aus der Pfalz, der Beamter ist, werde nach dem diesseitigen Baiern (nach Augsburg) versetzt werden. Derselbe gehört nicht der Linken an, aber auch nicht der Rechten. Wir wollen im wahren Interesse der Regierung selbst wünschen, daß das erwähnte Gerücht der Begründung entbehre. Sollte es anders sein, so wäre damit ein weiteres Beispiel gegeben, das zu Parallelen, zu Vergleichungen mancherlei Art aufforderte.

München, den 23. März. In der „Volksbötin" liest man: „Die Natur scheint dem Großherzog von Baden seinen Bettbelagerungsstand auch immer wieder bis auf weiteres verlängern zu wollen. Die körperlichen Anschwellungen nehmen zu, der Schlaf ist durch fieberhafte Aufregung unterbrochen und das Ganze verschlimmert sich zusehends. Drei Leibärzte umgeben den hohen Kranken."

München, den 24. März. Der k. Ministerresident Graf Montgelas in Hannover ist beauftragt worden, Baiern bei der in Hannover zu eröffnenden besondern Conferenz wegen Bildung des Nordseeflottenvereins gemeinschaftlich mit dem k. baier. Zollvereinsbevollmächtigten in Berlin, Oberzollrathe Meixner, der zu diesem Zwecke nach Hannover berufen worden ist, zu vertreten.

Zwei Erdarbeiter wurden am 18. ds. bei Abgrabung der Festungsschanzwerke zu Königshofen verschüttet und getödtet.

* **Speyer,** den 25. März. Auf unserm vorgestrigen Fruchtmarkte, der mit einer Masse von Früchten befahren war, sind die Preise sämmtlicher Getreidesorten gewichen. Weizen fiel um 51 kr., Korn um 25, Gerste um 19, Spelz und Hafer um 7 kr.

Frankfurt, den 24. März. Der k. großbritannische Gesandte am Bundestage, Hr. A. Mallet, hat dem k. k. Präsidialgesandten, Grafen Thun, seine Accreditive überreicht und ist als großbritannischer Gesandte beim Bunde anerkannt worden.

Die Weizenpreise sind vorgestern an der hiesigen Kornbörse um beinahe 2 fl. per Malter seit dem Schlusse der vergangenen Woche zurückgegangen.

Der als Schriftsteller bekannte J. Garnier, welcher im vorigen Jahre bei seiner Rückkehr nach Baden verhaftet und fünf Monate in Untersuchungshaft gehalten wurde, ist seit dem 18. d. M. wieder auf freien Füßen. Die Untersuchung hat durchaus nichts Gravirendes für den Entlassenen ergeben. (F. J.)

Stuttgart, den 23. März. Diesen Nachmittag um 3 Uhr ist die Vertagung der Stände erfolgt, aber nicht, wie man anfangs geglaubt hatte, bis Anfangs Juni, sondern auf unbestimmte Zeit, nämlich, wie es im geh. Rathsrescripte heißt, bis bei der Regierung die Anzeige eingelaufen ist, daß die Commissionen, insbesondere die Finanzcommissionen, mit ihren Arbeiten soweit vorangeschritten sind, um nachher die Geschäfte unausgesetzt fortführen zu können.

Gotha, den 21. März. Nach Localblättern ist der Redacteur der eingegangenen „Neuen Deutschen Dorfzeitung" in Coburg, Ferd. Streit, abermals wegen mehrerer aus der Vergangenheit stammenden Preßvergehen zur Untersuchung gezogen worden. Die Preßprocesse haben beinahe die Natur der weiland Reichskammergerichtsprozesse, von denen der Volkswitz sagte, daß sie unsterblich seien. — Als Curiosum muß ich Ihnen noch mittheilen, wie man erzählt, daß den bekannten reisenden Tyroler Sängern von der Behörde in Erfurt das Veranstalten von Concerten untersagt wird, weil ein solcher Sänger vor einiger Zeit daselbst — democratische Lieder gesungen hat. (Fr. J.)

Braunschweig, den 19. März. Der gestrige Tag wurde vom hiesigen Arbeiterverein durch Gesang auf dem höchsten Puncte der Stadt beim Scheine von buntfarbigen Laternen gefeiert. Nächtliche Stille und Einsamkeit mußte diejenigen verbergen, welche um des Vaterlandes gesunkene

Größe, um die so heiß ersehnte und erstrebte, aber wieder zerrissene Einigkeit Deutschlands trauern. (Fr. K.)

Hannover, den 22. März. Die „Hannov. Ztg." theilt mit, daß heute die Conferenz der Regierungsbevollmächtigten, welche hier in der Flottenangelegenheit versammelt sind, ihre zweite Sitzung gehalten habe. Außer Oesterreich, Preußen, Württemberg, Kurhessen, Baden, Holstein und Luxemburg sind alle deutschen Staaten vertreten.

Berlin, den 21. März. Die in den Provinzen Preußen und Posen noch zahlreich vorhandenen polnischen Flüchtlinge sollen vom 1. April ab einer strengeren polizeilichen Beaufsichtigung unterworfen werden. Die Behörden sind angewiesen worden, dieselben genau zu verzeichnen und aufs Strengste zu überwachen. Wer sich der Auslieferung an die russische Regierung nicht aussezzen will, muß sich bis zu dem angegebenen Termine bei seiner Ortsbehörde melden, von welcher ihnen Aufenthaltskarten ausgestellt werden. Es war dies bisher noch nicht in allen Kreisen geschehen.

Köln, den 23. März. Heute wurde vor dem Zuchtpolizeigerichte die bekannte Klagesache gegen den Abgeordneten Claessen verhandelt. Die Anschuldigung lautete bekanntlich auf Beleidigung, resp. Verleumdung der hiesigen königlichen Regierung und des Präsidenten derselben. Gegen den Beschuldigten wurde eine Geldstrafe von 25 Thlrn. ausgesprochen. Gleichzeitig wurde der verantwortliche Redacteur der Kölner Ztg. auf Grund des §. 37 des Preßgesetzes zu einer Geldstrafe von 10 Thlrn. verurtheilt.

Bonn, den 22. März. In unserer Nähe hat sich gestern Abend ein beklagenswerthes Unglück auf dem Rheine zugetragen. Das der Düsseldorfer Gesellschaft gehörige Dampfschiff „Elberfeld," welches bei schon einbrechender Dunkelheit hier eintraf, fuhr einen Nachen in den Grund, welcher aus Unvorsichtigkeit die vorgeschriebene Leuchte nicht ausgesteckt hatte und daher nicht bemerkt wurde. Leider haben drei Menschen dabei in den Wellen ihren Tod gefunden.

Wien, den 19. März. Der Untergang des k. k. Kriegsdampfers „Marianna" unterliegt keinem Zweifel mehr. Durch das adriatische Meer und weiter hinab an der Küste Griechenlands bis zur Südspitze Italiens ist jeder Winkel durchforscht, aber auch nicht geringste Spur gefunden worden. Das unselige Schiff muß mitten auseinander geborsten und in seiner eigenen Schwere mit Einem Male auf den Meeresgrund gesunken sein. Dreiundachtzig Menschenleben sind somit das Opfer der Eitelkeit des österreichischen Vice-Admirals, welcher, um dem Kaiser den Heldenmuth der österreichischen Marine zu zeigen, ein als schwach und unsicher längst bekanntes Schiff dem Sturme Preis gab und sein Auslaufen entgegen den Warnungen der erfahrenen Lootsen befahl. Einer derselben, dessen Pflichtgefühl zu widersprechen fortfuhr, wurde sogar in Arrest geschickt. Ein anderer Dampfer, der „Vulkan," welcher gleichfalls zu der Flottille gehörte und von nicht minder schlechter Bauart ist, als die „Marianna", kann seinem guten Stern danken, daß er glücklich davon gekommen ist. Nur die einzige „Volta," worauf sich der Kaiser befand, wurde kaum von den Sachverständigen als seetüchtig erklärt. Hätte übrigens die Escadre ein gleiches Unwetter auf dem Ocean zu bestehen gehabt — kein einziges Fahrzeug hätte die heimischen Häfen wieder gesehen. (K. Z.)

— den 20. März. Einer Verordnung zufolge müssen die Nationalgardefahnen in der ganzen Monarchie an das zunächst gelegene Zeughaus abgeliefert werden. Dieses hat von denselben alle werthvollen Bestandtheile, wie z. B. Goldfransen und dergleichen, abzutrennen und an die Eigenthümer derselben zurückzustellen, die übrigen Bestandtheile sind zu vernichten.

Dr. Ant. Wurmb von Neumarkt, ehemaliger Abgeordneter zum oberösterreichischen Landtag hat bereits eine Gesellschaft von mehr als hundert Personen um sich versammelt, um demnächst die Reise nach Amerika mit ihnen anzutreten.

— den 21. März. Die in Sächsisch-Bunzlau erscheinende Schulzeitung „pädagogischer Wächter" ist für den ganzen Umfang der österreichischen Monarchie verboten worden.

Die Triester Ztg. schreibt: In Porto Tolle, an den Mündungen des Poflusses, wurde, sicherem Vernehmen nach, ein Kistendeckel mit der Aufschrift Kapitän Wohlgemuth, ferner ein kleines hölzernes Behältniß mit Briefen, unter der Adresse eines auf der „Marianna" eingeschifften Arztes, nebst anderen Gerätbschaften aufgefunden. In denselben Gewässern sind Boote zum Vorschein gekommen, die zur „Marianna" gehört haben und in 5 bei Chioggia von einer Fischerbarke aufgefangenen Leichen will man ebenfalls Matrosen der „Marianna" erkannt haben.

Frankreich.

Enthüllungen. Die neueste Nummer des nunmehr in London erscheinenden Bulletin français ist wieder sehr scharf und bitterbös. Man schreibt darüber: Wie sehr auch sonst immer eine Publizistik, die sich an die Handlungen hält, einer solchen vorzuziehen ist, die den persönlichen Karakter der Handelnden angreift, die deren Vergangenheit durchstöbert, um ihre Gegenwart zu verdächtigen, so leidet doch diese Regel da eine Ausnahme, wo der ganze Schwerpunkt der Handlungen in der Persönlichkeit der Handelnden liegt, wo zur Entschuldigung von Thaten, welche auf keine Weise sich rechtfertigen lassen, nur allenfalls das eine Anführen denkbar wäre: daß die Personen, die sie vollführten, durch die sittliche Reinheit ihres Karakters, durch ihre bewährte Uneigennützigkeit und Vaterlandsliebe, durch alle erhabenen Eigenschaften des Geistes und Herzens vollständige Bürgschaft wenigstens dafür böten, daß das von ihnen Unternommene, wenn auch in seinen Mitteln vielleicht nicht gerechtfertigt, doch von den edelsten Absichten getragen sei und zu einem für das Gemeinwohl erwünschten Ziele führen werde. Dieser Prätension gegenüber, welche wirklich von den Männern des Elysee mit einer fast staunenswerthen Naivität gemacht wird, war es nicht blos erlaubt, sondern geboten, die Antezedentien jener Männer, welche eine solche Prätension eklatant Lügen strafen, schonungslos zu enthüllen; daran zu erinnern, wie ein Hauptacteur, Hr. Fialin de Persigny, mit fast allzu kecker Offenheit sein und seiner Genossen Glaubensbekenntniß in den Worten ausgesprochen habe: „Wir werden dem Lande entgegentreten mit dem Eisen in der einen und dem Golde in der andern Hand," und: „Wir haben keine Schlösser zu verlieren;" oder den gegenwärtigen Kriegsminister St. Arnaud durch eine nicht eben empfehlende Laufbahn zu verfolgen, von den Garde du Korps, in denen er damals unter dem minder tönenden Namen Leroy diente, und aus denen er wegen gewisser Jugendthorheiten gestoßen ward, über die Theater der Bannmeile von Paris, auf denen er als Mr. Florival auftrat, dann nach Blaye, wo er „gewisse subalterne Dienste verrichtete, zu denen nicht Jeder sich hergegeben hätte," endlich nach Afrika, wo er, „zwar zuverlässig im Feuer, aber nicht ebenso im Punkte des Rechnungswesens," nur der Nachsicht des Generals Rulliere (man kennt den Brief, worin dieser bei Gelegenheit seiner Entsetzung auf jene Thatsache anspielte) es zu verdanken hatte, wenn nicht sein Degen zerbrochen und er kassirt ward; oder endlich eine Geschichte zu erzählen, wie Hr. Maupas, der sich selbst zum Hrn. de Maupas erhoben hat, als Präfect, um einen mißliebigen Mann in einen Criminalprozeß zu verwickeln, den Richter zu überreden suchte, Haussuchung zu thun und verborgene Waffen, „die man ja leicht dahin practiziren könne," bei ihm zu finden, eine That, für welche Hr. Maupas zwar von dem damaligen Minister Leon Faucher den ganzen Unwillen eines sittlich strengen Ehrenmannes, aus dem Elysee da-

gegen, wo man sich darüber hinwegzusetzen verstand, die Polizeipräfectur von Paris davontrug. — (N. K.)

Paris, den 22. März. Kein Journal erzählt heute auffallender Weise, daß die Truppen gestern bei der Revue „Es lebe der Kaiser!" gerufen haben, obschon sich dem Vernehmen nach gestern Abends bei dem militärischen Bankett ein gleicher vorlauter Enthusiasmus kund gegeben hat. Uebrigens wird die Proclamirung des Kaiserreichs in allen Kreisen als nahe bevorstehend betrachtet und von vielen Seiten lebhaft gewünscht, damit das Gebäude des 2. December baldigst den nöthigen Schlußstein erhalte. Wenn ich recht unterrichtet bin, hat auch die Regierung die Gewißheit, daß von Seiten der fremden Mächte gegen die Wiederherstellung des Kaiserreichs keine Einsprache geschehen wird, wobei natürlich vorausgesetzt ist, daß von hiesiger Seite die nöthigen Garantieen gegeben sind. Ob es wahr ist, was man vielfach versichern hört, daß L. Napoleon nicht die Gründung einer erblichen Dynastie, sondern ein Wahl-Kaiserreich im Auge habe, möchte ich bezweifeln. (Köln. Z.)

Der „Moniteur" enthält ein auf den Bericht des Unterrichts- und Cultusministers erlassenes Decret, wodurch für jeden der drei Kirchhöfe vom Norden, Süden und Osten der Stadt Paris (Montmartre, Montparnasse und Père Lachaise) zwei Vicare bestellt werden, deren Aufgabe es ist, die von keinem Geistlichen begleiteten Leichen auf Verlangen bis an die Gruft zu führen und dort das letzte Gebet für sie zu verrichten. Sie erhalten vom Staate 1200 Fr. Gehalt nebst 600 Fr. Wohnungsentschädigung, die ihnen die Stadt Paris bewilligt. In den Motiven heißt es, daß die Zahl der pariser Pfarrgeistlichen es nicht gestattet, alle Todten bis zum Kirchhofe zu begleiten, daß daher viele Familien und insbesondere die dürftigen und minder wohlhabenden des letzten kirchlichen Gebetes beraubt sind und daß diesem Zustande der Dinge schnell der christlichen Barmherzigkeit gemäß abgeholfen werden muß.

Das „Journal de la Meuse" hat zu erscheinen aufgehört. Die Departementalpresse wird jeden Tag kleiner, da es ihr sehr schwer fällt, die Bedingungen des neuen Preßgesetzes zu erfüllen.

Der junge Cubières, Sohn des Generals und Pairs, der in der Teste'schen Angelegenheit wegen Bestechung verurtheilt wurde, hat sich in Afrika, wo er als Artillerieofficier ehrenvoll diente, erschossen, weil ihm zum Oefteren die Schuld seines Vaters vorgeworfen worden war. Sein letzter Beleidiger hatte zwar auf die an ihn ergangene Duellforderung seine Worte in aller Form zurückgenommen, Cubières war aber der wiederholten Beschimpfungen so müde geworden, daß er sich zwei Stunden darauf in seiner Stube mit einem Pistolenschuße das Leben nahm.

Aus Castres vom 15. d. wird geschrieben, daß zehn Verhaftungen in Labastide stattgefunden haben, in Folge der Entdeckung eines neuen anarchischen Geheimbundes, der im Heraultdepartement vielfache Verzweigungen hatte.

Dem Vernehmen nach hat Hr. Clement Thomas, ehemaliges Mitglied der constituirenden Versammlung und Oberbefehlshaber der Nationalgarde von Paris nach dem 15. Mai, den Befehl erhalten, das franz. Gebiet binnen einer Woche zu verlassen. — Hr. Jacoubet, Architekt und Verfasser des „großen Atlasses der Stadt Paris," ist nun durch Urtheilsspruch der Militärcommission aus Frankreich verbannt worden, nachdem er über zwei Monate im Fort Ivry in Haft gewesen. Hr. Jacoubet war Bataillonschef der 9. Legion der Pariser Nationalgarde. — Das „Siecle" berichtet, daß Hr. Gaffney, der Oberredacteur des „Journal du Havre," aus Frankreich ausgewiesen worden ist.

Die gemischte Commission im Departement der Niederalpen hat von 1648 Angeklagten 557 freigelassen (346 bleiben jedoch unter Policeiaufsicht), 69 internirt, 16 aus Frankreich verwiesen, 12 vor die Kriegsgerichte zurückverwiesen, 653 zur Deportation nach Algerien und 41 zur Deportation nach Cayenne verurtheilt.

In Turin und Rom spricht man viel von wichtigen commerciellen Unterhandlungen, die von dem Präsidenten der französischen Republik mit den ital. Regierungen eingeleitet worden wären; es würde sich um nichts Geringeres handeln, als eine Art Zollverein Frankreichs und Italiens zu Stande zu bringen.

Spanien.

Madrid, den 17. März. Die Regierung hat beschlossen, wieder mehrere Truppenverstärkungen nach der Insel Cuba zu senden. Auch ansehnliche Ausrüstungsvorräthe werden dahin abgeschickt werden. In dieser Woche geht eine Sendung von 4000 Pistongewehren nach Cuba ab.

Italien.

Nach Briefen aus **Rom** wurden im Consistorium vom 15. d. 1) Msgr. Lucciardi, Bischof von Sinigaglia, 2) Msgr. Fr. Donnet, Erzbischof von Bordeaux, 3) Msgr. G. d'Andrea (Neapolitaner), endlich 4) Msgr. C. L. Morichini, Erzbischof von Nisibis, zu Cardinälen creirt.

Türkei.

Die Nachrichten aus **Mekka** sind, wie dem „Temesw. Wochenbl." aus Konstantinopel geschrieben wird, für die Pforte von höchst betrübender Art; die aufständischen Wahabiten, ungemein zahlreich und mächtig, trozzen dem Willen des Sultans und der Kraft seiner Truppen, welche eine Schlappe nach der anderen erhalten und zum allgemeinen Rückzuge gezwungen wurden. Nicht nur die genannte Stadt, auch die ganze Umgegend befindet sich in den Händen der Rebellen, welche, wie der in Konstantinopel jüngst angekommene Courier berichtet, vorrücken und ganz Syrien bedrohen. Dieser Aufstand, welcher Anfangs unbedeutend schien, nimmt eine recht ernsthafte Wendung. Man meint, daß der Vice-König von Aegypten die Wahabiten auf jede mögliche Weise unterstütze, um der Pforte Verlegenheiten zu bereiten.

Neueste Nachrichten.

Paris, den 23. März. Die Polizei hat gestern Abends 8½ Uhr in dem namentlich von Ausländern stark besuchten Café du Danemark in der Straße St. Honoré eine Razzia gemacht und alle dort anwesenden Ausländer, 70 an der Zahl, verhaftet. Es sind darunter Deutsche, Polen, Ungarn, Dänen, Schweden und Norweger, meistens Handwerker oder Handlungsdiener. Der Grund dieser Maßregel ist noch nicht bekannt. In der Nacht haben bei allen Verhafteten Haussuchungen stattgefunden, in Folge deren ein Theil entlassen, die Haft der Mehrzahl aber aufrecht erhalten wurde.

Der „Moniteur" enthält ein Decret, welches die Beziehungen der Staatskörper zum Präsidenten der Republik regelt. Ein anderes vom 10. März datirtes Decret bestimmt, daß binnen Monatsfrist der Präsident der Republik den Eid der Mitglieder des Cassationshofes, der Generalprocuratoren und der Präsidenten der Appellhöfe entgegen nehmen wird. Die übrigen Magistrate werden den Eid in die Hände ihrer resp. Vorgesetzten ablegen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 23. März. Weizen 6 fl. 42 kr., Korn 5 fl. 56 kr., Gerst 5 fl. 15 kr., Spelz 5 fl. 8 kr., Hafer 4 fl. 4 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 20. März. Weizen 7 fl. 10 kr., Korn 6 fl. 11 kr., Spelz 5 fl. 39 kr., Gerst 5 fl. 25 kr., Hafer 4 fl. 16 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 23. März. Weizen 7 fl. — kr., Korn 5 fl. 57 kr., Spelz 5 fl. 8 kr., Gerst 5 fl. 22 kr., Hafer 3 fl. 34 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 19. März. Weizen 14 fl. 10 kr., Korn 11 fl. 19 kr., Gerste 8 fl. 19 kr., Hafer 4 fl. 32 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Neue
Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 76 | den 28. März 1852.

Anzeige.

Da mit dem nächsten Monat ein neues Abonnement auf die Neue Speyerer Zeitung beginnt, so ersuchen wir, die Bestellungen möglichst bald bei der zunächst gelegenen Postexpedition einzureichen. Nur Bewohner der Stadt Speyer und der nächsten Umgegend belieben ihre Bestellungen an die Expedition dieses Blattes unmittelbar zu richten. — Die Speyerer Zeitung, welche mit Ausnahme des Sonntags täglich, und zwar häufig mit Beilagen, erscheint, kostet halbjährlich 3 fl. 20 kr., vierteljährig 1 fl. 40 kr., und wird um diesen Betrag, ohne weitern Aufschlag, durch alle Postexpeditionen des Königreichs Baiern geliefert. — Privatanzeigen, welche portofrei einzusenden sind, werden gegen eine Einrückungsgebühr von 4 Kreuzer für die gewöhnliche Druckzeile aufgenommen.

⁂ Die Anstrengungen, welche von der Rückschrittspartei in täglich ausgedehnterm Maße gemacht werden, um der Speyerer Zeitung entgegen zu wirken, deuten wol besser als alles Andere an, von welcher Bedeutung die Verbreitung eines unabhängigen Blattes für die Freunde der freien Richtung in der Pfalz, oder vielmehr für alle Jene sein muß, welche etwas Besseres als den schrankenlosen Absolutismus in Staat und Kirche herbeigeführt wünschen. — Die Speyerer Zeitung ist nicht zurückgeschreckt und wird nicht zurückschrecken vor allen, Opfern, welche nothwendig sind, um unter den obwaltenden Verhältnißen als unabhängiges, die Volkssache vertretendes Blatt zu bestehen. So bequem es ist, persönliche Vortheile auf der entgegengesetzten Seite zu erlangen, so hat die Speyerer Ztg. ihrerseits, mit vollem Selbstbewußtsein und ungeachtet vorgängiger Drohungen, bekanntlich eher zweimal förmliche Unterdrückung über sich ergehen lassen, als daß sie ihre Grundsätze verläugnet hätte. Sie wird natürlich auch inskünftige der nemlichen Fahne treu bleiben, und — nicht für Anarchie, Communismus und dergleichen Verirrungen wol aber — für Einheit des Vaterlandes, für Recht und Freiheit in Staat und Kirche sprechen, durch deren Sieg allein auch die Begründung des materiellen Wohlstandes des Volkes herbeigeführt, und ein ruhiger Genuß der Früchte seiner Mühen demselben gesichert werden kann.

Die Speyerer Zeitung glaubt, angesichts der jetzigen Lage eines freisinnigen Blattes, ein Recht zu besitzen, die allseitige thätige Unterstützung der Gleichgesinnten und überhaupt aller Derjenigen fordern zu dürfen, welche wünschen, daß das Treiben der Reactionäre nicht über alle Verhältniße des Lebens, zumal in unserer Pfalz, sich völlig widerspruchslos ausbreite.

Deutschland.

• **München,** den 24. März. Nachgerade will es mit den Maßregeln zur Rettung der Gesellschaft in Frankreich nicht mehr immer nach Wunsch gehen. Daß in dem, für das ganze Reich den Ton angebenden Paris erst Cavaignac, dann auch noch Carnot gewählt wurde, trotz aller angewendeten Gegenmittel, war Grund genug, die „Retter" ziemlich zu verstimmen. Eben ereignet es sich aber, daß eine große, tiefeingreifende Maßregel vollständig zu scheitern droht. Es ist die „Rentenconvertirung," d. h. die Herabsetzung des Zinsfußes des größern Theiles der Staatsschuld von 5 auf 4½ Procent. — Wollte man den Zinsfuß herabsetzen, so mußte man natürlich den Gläubigern baare Zahlung anbieten. Da nun der franz. Staat mit einer Masse von nahezu 4000 Millionen (vier Milliarden) 5procentiger Schulden belastet ist, die Regierung aber im Verhältniße zu dieser enormen Summe nur einen höchst winzigen Betrag zur baaren Rückzahlung an die Gläubiger aufbringen kann, so hing das Gelingen des ganzen Planes durchaus davon ab, den neu auszugebenden 4½procentigen Schuldscheinen ein solches Vertrauen zu verschaffen, daß sie im Curse wenigstens al pari stünden, d. h. daß sie wenigstens um ihren Nennwerth — 100 Franken in Papier, um 100 Franken in Geld — verwerthet werden könnten. Bisher war den „Rettern" Alles gelungen; sie rechneten jetzt auch blind auf ihren „Glückstern." Vielleicht mag zudem Mancher gedacht haben, da Denen, welche ein Mißtrauen gegen die moderne Rettung der Gesellschaft kund geben, die Deportation zu Theil werden könnte, so dürfte Niemand von den ohnehin vorzugsweise ängstlichen Staatspapierbesitzern es wagen, sein Geld zurückzufordern; die Furcht, mißliebig zu erscheinen, werde Jeden zurückschrecken. Allein nun zeigt es sich, daß dem eben doch nicht so ist. Die Furcht, sein Geld zu verlieren, hat gerade bei der bezeichneten Einwohnerclasse jede andere Furcht überwunden. In den ersten Tagen gelang es allerdings, unter Anwendung von gar mancherlei Mitteln, und unter den größten Anstrengungen, den Curs der 5proc. Rente über Pari zu halten, was nichts anders hieß, als: auch die 4½procentigen Papiere werden über ihrem Nennwerthe verkauft werden können. Nach den Nachrichten der beiden letzten Tage ist es aber wesentlich anders geworden. Das Vertrauen der Geldmänner in Frankreich ist erschüttert. Zu Tausenden strömen sie täglich nach dem hiefür bezeichneten Amte, um ihre Forderungen aufzukündigen, um anzumelden, daß sie für ihre Papiere baares Geld verlangten. Der Zudrang ist so enorm, daß die Leute von 3 Uhr des Nachts an sich vor den Amtslocalitäten aufstellen, um zur Anmeldung gelangen zu können, und daß des Abends immer wieder ganze Massen unverrichteter Dinge nach Hause zurückkehren müßen. Dessenungeachtet ließ man in diesen Tagen den Curs meistens noch etwas über Pari amtlich angeben. Eine lächerliche Finte! Könnten die Renntenbesitzer ihre Papiere um den Nennwerth, oder gar noch darüber, auf der Börse verkaufen, so würden sie sich wahrlich nicht in der angegebenen Weise zu den Bureaux drängen, um — unter der nicht kleinen Gefahr, für Feinde der „Ordnung" zu gelten — dort Rückzahlung zu fordern.

Die Retter der Gesellschaft fangen nun auch an, durch diese Erscheinung ein wenig erschreckt zu werden. Schon haben sie eine kleine Maßregel versucht, um den Sturm zu mindern, obwol damit der erste Schritt rückwärts gethan ward. Man bietet nemlich den Besitzern kleinerer Renten, bis zu 600 Frcs. den Fortgenuß von 5 Proc. an, nur soll, um die große Maßregel nicht förmlich zurücknehmen zu müssen, dies in der Weise geschehen, daß die Leute der seit anderthalb Jahren errichteten Pensionskasse beitreten, wo man ihre Papiere al pari annimmt. Allein nun hat die Befürchtung Raum gewonnen, daß diese „Pensionskasse" in Folge der „rettenden Thaten" in den Fall kommen könnte, am Ende eben nicht mehr im Stande zu sein, zu zahlen, — und somit ist auch das Vertrauen zu dieser Anstalt dahin!

Die Menge der durch die Rentenconversion Betroffe-

nen ist in ganz Frankreich enorm groß, und die dadurch hervorgebrachte Unzufriedenheit in Folge dessen ungemein ausgedehnt. Gerade die Leute der „Ruhe um jeden Preis," welche das System vom 2. December am blindesten und eifrigsten unterstützten, sie sehen sich jetzt am bittersten enttäuscht, am schwersten betroffen. Sie jammern: es gebe ja keine Sicherheit des Eigenthums mehr. Dazu kommt, daß das Vertrauen bezüglich des unbedingten Gelingens der „rettenden Thaten" aufgehört hat. Es kommt aber weiter dazu, daß auch das Vertrauen im gegenseitigen Verkehre untergraben und erschüttert ist, weil Niemand weiß, welche in die socialen Verhältniße eingreifenden Pläne noch nachkommen, welche noch, zur weitern „Rettung," versucht werden können. —

Auffallend ist der hohe Curs der 3procentigen Papiere. Sie stehen über 70. Aber gerade dies beweist das Mißtrauen zur jetzigen Regierung. Man kauft die alten Papiere, ausgestellt von den frühern Gouvernements, viel theuerer, als man diejenigen haben könnte, welche von der neuen Regierung ausgehen. Ein Zeichen, daß man die einen für weit sicherer, als die andern hält, — daß man überzeugt ist, die Verbindlichkeiten der frühern Regierungen werden eher erfüllt werden, als die des jetzigen Gouvernements. — Wahrlich, eine deutliche Manifestation!

Noch einen Umstand dürfen wir nicht unerwähnt lassen. Die Rentenconversion ist geeignet, auch noch mächtige persönliche Antipathie gegen die Gewalthaber in Frankreich rege zu machen. Bekanntlich besitzt der Kaiser von Rußland persönlich für 40 bis 50 Millionen 5procentige französische Staatspapiere. Er wird es sicherlich nicht mit Vergnügen vernommen haben, daß einerseits der Zinsfuß herabgesetzt, anderseits das Vertrauen zu diesen Papieren überhaupt erschüttert wurde. Daran knüpft sich beinahe mit Nothwendigkeit die Folgerung: wenn in diesen Dingen solche Experimente ganz unvermuthet vorgenommen werden, wer bürgt dafür, daß es nicht auch in andern Beziehungen, welche die politischen Verhältnißen betreffen, ebenfalls geschieht?

Eine Rückzahlung des gesammten gekündigten Capitals ist, wie man dermalen schon sehen kann, geradezu unmöglich, selbst wenn man eine solche, wie bereits als Auskunftsmittel angedeutet wurde, blos Serienweise, innerhalb 5 Jahren (also jedes Jahr ⅕) ausführen will. Dessen ungeachtet ist es sehr zweifelhaft, ob die Regierung ihre Maßregel zurücknimmt. Würde sie es thun, so hätte sie das Vertrauen zu sich selbst aufgegeben. Was wird und muß aber geschehen, da man die Anordnung nicht förmlich zurücknimmt? Es läßt sich vorhersehen, daß die zu erwartenden Mittel viel weiter reichen, viel tiefer eingreifend sein werden, als man bei Verkündigung der Maßregel in den obern Regionen zu Paris irgend denkbar gehalten haben kann. —

* **München,** den 24. März. (102. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Beeidigung des als Ersatzmann von Stöder neu eingetretenen Abgeordneten Dr. Windsheimer. Derselbe nimmt seinen Platz im Centrum. Anzeige der Erledigung von Ausschußarbeiten, darunter des Berichts über das diesseitige Tarregulativ.

Berathung des Antrags von Reinhart, das mit der Wechselbank abgeschlossene Darlehen von 5 Millionen betr. — Der Antragsteller verlangt Zurückgabe der Provision, welche die Regierung der Wechselbank mit 41,667 fl. „widerrechtlich" bewilligt habe. Der Ausschuß (Referent Weeber) erklärt den Antrag für durchaus unbegründet und unstatthaft. — Reinhart vertheidigt seinen Antrag, und äußert u. a., daß er dem gegenwärtigen Finanzminister keineswegs mißtraue, mit dem jetzigen Verfahren könnte man aber zu ganz andern Dingen gelangen, wenn z. B. ein Hassenpflug Finanzminister würde. — Der Präsident fordert den Redner auf, sich aller verletzenden Beziehungen auf hier nicht anwesende Personen zu enthalten. — Der Finanzminister bekämpft ebenfalls den Antrag, indem er in Erörterungen über die factischen Verhältniße eingeht. Er spricht sichtlich ergriffen, worauf vielfaches Bravo im Saale erschallt. Reinhart spricht wiederholt aus, daß er das Verfahren an sich, aber keineswegs die Redlichkeit des Finanzministers habe angreifen wollen, sonst hätte er dies offen gethan. — Lerchenfeld greift den Antrag und die Motivirung Reinharts mit Heftigkeit als unwahr u. dgl. an. — Der Ausschußantrag wird fast einstimmig angenommen.

Verhandlung des Antrags von Weippert: „Die Aufhebung der Tantiemen bei Beamten betr." Der Antragsteller fordert Aufhebung dieser Tantiemen. Der Ausschuß (Referent Weeber) weist dies zurück, als unzulässig, da den betr. Beamten in diesem Falle eben so viel an Besoldungsmehrung gegeben werden müßte; er beantragt, dem Vorschlage keine Folge zu geben. — Weippert rügt den verletzenden Ton, in welchem das Referat abgefaßt ist, und mißt dies dem Umstande bei, daß der Referent als Rentbeamter selbst betheiligt sei. — v. Koch reproducirt seinen im Ausschuße verworfenen Antrag, der Regierung den Wunsch auszudrücken, „daß sie bei jenen Rentämtern, bei denen der Tantiemenbezug sich jährlich über 4000 fl. beläuft, im Falle neuer Besetzungen auf eine geeignete Ermäßigung dieses Tantiemenbezugs hinwirken möchte." Er sei nicht unbedingt gegen das Tantiemensystem, wünschte vielmehr dessen weitere Ausdehnung, und glaubt namentlich, daß das Publicum bei den Eisenbahnen besser behandelt würde, wenn die Beamten am Ertrage betheiligt würden. Auch bei der Post, dem Salinenwesen u. s. w. wünschte er Einführung dieses Systems. Allein es sollte ein billiges Maß eingehalten werden. — Lerchenfeld, weitläufig für das Tantiemenwesen, gegen Weipperts und Kochs Antrag. — Crämer, mit Humor, wesentlich im Sinne Kochs. — Min.-Commissär Wanner bekämpft beide Anträge; nur 3 Rentämter hätten einen Tantiemenbezug von mehr als 4000 fl.; dafür müßten aber auch die Bureaukosten und den Lohn der Schreiber bestritten, deren sie bis zu 10 und 11 nöthig hätten. — Wallerstein tadelt den Ton, in welchem das Referat abgefaßt ist, wegen der darin vorkommenden Angriffe auf den Antragsteller. — Thinnes für den Ausschußantrag. Ebenso Ruland. v. Koch erinnert, daß sich die Zahl der Rentämter mit hohen Tantiemen in Folge der Steuererhöhung bedeutend vermehren werde. — Nachdem noch der Antragsteller, der Referent, Ministerialcommissär v. Wanner und Minister Aschenbrenner gesprochen, wird — unter Verwerfung des Antrags von Weippert — jener des Ausschußes angenommen, ebenso der von Koch.

Berathung der vom Abg. Kirchgeßner angeeigneten Vorstellung eines Landgerichtsdieners Schauer, „die Verbesserung der Lage der Landgerichtsdiener im ehemaligen Großherzogthum Würzburg betr." Der Ausschuß (Referent v. Koch) beantragt, „die Vorstellung zu den Acten zu legen." Kirchgeßner vertheidigt das Gesuch. Koch und Ministerialcommissär Lobkowitz dagegen. Es wird der Ausschußantrag angenommen.

Berathung des Gesuches der Gerber in der Pfalz wegen Herabsetzung des Preises des zu ihrem Gewerbsbetriebe erforderlichen Salzes. — Der Ausschuß (Referent v. Koch) beantragt 1) dem Gesuche keine Folge zu geben, 2) auch den Fabrikanten chemischer Producte kein Salz unter den Productionskosten mehr abzugeben. — Kolb gibt es der Versammlung anheim, ob sie das Gesuch nicht zu näherer Würdigung der Staatsregierung überweisen wolle, um so mehr, als für das betr. Gewerbe in andern Staaten des Zollvereins ermäßigte Salzpreise bestehen. — Lerchenfeld, man könne den Gegenstand ganz und gar dem Ermessen der Regierung überlassen; ist aber entschieden gegen den zweiten Antrag des Ausschusses. — Minister von Aschenbrenner: Wenn die Kammer den ersten Antrag auch annehme, so sei damit den Gerbern in der Pfalz nicht versagt, ihre etwaigen besondern Verhältniße dem Staatsministerium der Finanzen vorzustellen; der zweite Theil des Antrags werde von keiner bedeutenden Wirkung sein, weil die Productionskosten jetzt schon gedeckt würden. — Neuffer: man möge dann den Fabrikanten wenigstens ge-

statten, das Salz aus dem Auslande zu beziehen. — Referent Koch widerlegt die Behauptung, daß der Preis, den die chem. Fabriken bezahlten, zur Deckung der Kosten hinreiche. — Schließlich wird der Antrag angenommen, dem Gesuche der Gerber in der Pfalz keine Folge zu geben, dagegen der andere Ausschußantrag verworfen, daß den chemischen Fabriken kein Salz unter den Productionskosten abgegeben werden soll.

München, den 23. März. Rudolph Wagner in Göttingen und Pfeufer in Heidelberg, beide geborene Bayern, sind der hiesigen Hochschule gewonnen.

Das k. Appellationsgericht von Mittelfranken hat die Unterdrückung der Druckschrift: „Von Babylon nach Jerusalem" von der Gräfin Ida Hahn-Hahn verfügt, weil in derselben „die Lehren des Protestantismus, somit die Lehren einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft, durch Ausdrücke der Verachtung angegriffen" sind.

Nürnberg, den 23. März. Gegen den verantwortlichen Redacteur des Nürnberger Kuriers ist wegen der mit Beschlag belegten Nr. 72, resp. deren Beilage, welche in dem „stenographischen Berichte" über die 82. Sitzung der Kammer der Abgeordneten bestand, eine Untersuchung eingeleitet worden. Derselbe ist der Beleidigung u. s. w. des k. Stadtcommissärs zu Nürnberg und der k. Staatsregierung, resp. der Uebertretung der Art. 26, 31 und 33 des Preßgesetzes angeschuldigt. Das fragliche Preßvergehen soll namentlich enthalten sein in Reden der Abgeordneten Prell, Morgenstern, Crämer und von Lasaulx, insbesondere in auf Seite 453, 458, 472 und 478 befindlichen Stellen. (N. K.)

Baden. Bei der bedenklichen Lage des Großherzogs ist der Director der Irrenanstalt Illenau, Rath Roller, befragt worden, wie sich sein Patient, der badische Kronprinz, befinde. Rath Roller erklärte, der Erbgroßherzog sei in keinem Fall fähig, Nachfolger in der Regierung zu werden. (Vbotn.)

Bremen, den 23. März. Heute Nachmittag um 1 Uhr ist der Bundescommissarius General Jakobi hierselbst eingetroffen und im Gasthofe zum „Lindenhof" abgestiegen.

Berlin, den 22. März. Ein unglückliches Schicksal scheint über der Gustav-Adolph-Statue zu walten. Zwar ist sie nach der Strandung glücklich wieder aufgefischt worden und auf Helgoland in Sicherheit gebracht, allein nun muß sie auf öffentlicher Auction verkauft werden, weil die Helgoländer einen so hohen Bergelohn fordern, daß die Assecuradeure in Güte nicht mit ihnen einig werden können.

Breslau, den 20. März. Heute Morgen fand bei einem Mitgliede der christkatholischen Gemeinde, dem Uhrmacher Vogt, wie man sagt wegen auswärtiger Correspondenzen, eine Haussuchung statt.

Wien, den 20. März. Mit der Einhaltung des Josephinischen Toleranzedictes hat es in Oesterreich von jeher sehr zweifelhaft gestanden, und die Mehrzahl der Auswanderungen, welche überhaupt Statt gefunden, haben im Glauben ihre Ursache gehabt. Seit 1848 war darin eine Aenderung eingetreten — das constitutionelle System mußte zunächst die Gleichheit, wenigstens der christlichen Confessionen, festsetzen. Die Protestanten erhielten die unverkürzte Erlaubniß zu öffentlichem Gottesdienste und durften ihre Kirchen mit Thürmen und Glocken versehen. Diejenigen Gemeinden, welche sich damit beeilten, sind nun auch glücklich in den Besitz dieser Dinge gelangt; andere aber, die zögerten, weil sie meist nicht die erforderlichen Mittel beisammen hatten, stoßen jetzt auf unerwartete Hindernisse und Schwierigkeiten. Die Aufhebung der Verfassung hat auch die Artikel über die Religionsgleichheit aufgehoben und in Kirchensachen die vormärzlichen Zustände nicht nur hergestellt, sondern sogar verschlimmert. Es zeigt sich nämlich bei der Regierung eine ziemlich unverhohlene Verstimmung gegen die protestantischen Gemeinden und die Absicht, sie mehr als Secte, denn als Kirche zu behandeln. Es ist eine überaus strenge Controle über sämmtliche protestantische Geistliche angeordnet und ihnen jede persönliche Verbindung mit dem Auslande, insbesondere auch mit dem Gustav-Adolphs-Vereine, untersagt worden. (K. Z.)

— den 21. März. Der Schleier, welcher über dem verhängnißvollen Untergang der „Marianne" schwebt, beginnt sich zu heben; das Schiff wurde ohne Zweifel durch eine Explosion vernichtet. Von dem Gouverneur in Venedig, General v. Gorzkowsky, wurden über das Schicksal des Dampfers Erhebungen angeordnet, und das Resultat wird heute auf telegraphischem Wege hieher gemeldet. Eine ganze Schiffsladung voll aufgefischter Schiffstrümmer wurde im Arsenal von Venedig als zur „Marianne" gehörig erkannt, alle diese Bestandtheile sind angebrannt und von Pulver geschwärzt. Es ist also aus einem Anlaß, der schwerlich eine vollständige Aufklärung finden wird, entweder ein Schiffsbrand ausgebrochen oder ein Dampfkessel geplatzt, jedenfalls aber die Pulverkammer vom Feuer ergriffen worden. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, den 23. März. Der „Moniteur" enthält heute, wie schon gemeldet, ein Decret zur Regelung der Beziehungen zwischen dem Senat und dem gesetzgebenden Körper einerseits und dem Präsidenten der Republik und dem Staatsrath andererseits, so wie zur Regelung der Geschäftsordnung der drei Staatskörper.

Titel I. handelt vom Staatsrathe. Die Gesetze und Senatus-Consulta im Entwurf, so wie die von den Ministerien ausgearbeiteten öffentlichen Reglements, werden zuerst dem Präsidenten der Republik unterbreitet, der sie dann direct oder durch den Staatsminister dem Vicepräsidenten des Staatsrathes übergibt. Die Tagesordnungen des Staatsrathes müßen immer zum Voraus dem Staatsminister mitgetheilt werden, der überhaupt durch den Vicepräsidenten des Staatsrathes fortwährend über die laufenden Discussionen in Kenntniß erhalten werden muß. Derselbe stellt auch dem Präsidenten der Republik die ausgearbeiteten Gesetz- oder Senatus-Consultum-Projecte nebst den zur Vertheidigung derselben vor dem gesetzgebenden Körper oder dem Senat von ihm vorgeschlagenen Commissaren wieder zurück, worauf der Präsident der Republik durch ein Decret über die Präsentation der Gesetzentwürfe oder der Senatus-Consulta, so wie über die Commissare verfügt.

Titel II. handelt vom Senat. Der Senat tritt während der Sessionszeit auf den Ruf seines Präsidenten, außerhalb derselben aber nur auf ein besonderes Decret des Präsidenten der Republik zusammen. Er theilt sich durch Verloosen in 5 Abtheilungen. Die vom gesetzgebenden Körper votirten Gesetzentwürfe können von ihm entweder zuerst in den Abtheilungen oder auch sofort in der Plenarsitzung geprüft werden, wobei jedoch, da es sich blos um die Promulgation handelt, kein Amendement eingebracht werden kann. Die Abstimmung ist nicht geheim und fordert zur Gültigkeit die Theilnahme von mehr als der Hälfte der Senatoren. Das Resultat, das dem Staatsminister übermittelt wird, hat die Form: „Der Senat widersetzt sich der Promulgation," oder: „Der Senat widersetzt sich nicht der Promulgation." Die Senatus-Consulta (die entweder die Constitution Algeriens und der Colonieen oder Interpretationen der Verfassung, oder nothwendige Ergänzungen an der Verfassung zum Gegenstand haben können) werden entweder vom Präsidenten der Republik oder von den einzelnen Senatoren vorgeschlagen, in welchem letzteren Falle die Discussion in der Plenarsitzung nur dann eintritt, wenn von den 5 Abtheilungen mindestens 3 die Inbetrachtnahme ausgesprochen haben. Amendements werden zugelassen. Das Resultat der Abstimmung wird in folgenden Ausdrücken verkündigt: „Der Senat hat angenommen," oder: „Der Senat hat nicht angenommen," und dem Präsidenten der Republik überbracht. In Bezug auf Verfassungswidrigkeiten, die dem Senat entweder von der Regierung oder durch Petitionen angegeben werden, lautet das Votum: „Der Senat hält aufrecht" oder „annullirt." Bei Petitio-

nen kann der Senat die bloße Beseitigung durch die Vorfrage ohne alle Discussion aussprechen. Seine Entscheidung wird immer dem Staatsminister übermittelt. — Jeder Senator kann in Vorschlag bringen, dem Präsidenten der Republik Bericht über die Grundlagen eines Gesetzes von großem Nationalinteresse zu erstatten. Der Vorschlag muß wenigstens von 3 Abtheilungen der Berücksichtigung werth gehalten, dann der Bericht ausgearbeitet, votirt und zuletzt dem Staatsminister übermittelt werden. Modificationsvorschläge zur Verfassung müssen von mindestens 10 Senatoren unterzeichnet sein." Wenn sie angenommen werden, so hat noch der Präsident der Republik darüber zu entscheiden, worauf sie als Senatus-Consulta publicirt werden. Die wesentlichen Grundlagen der Verfassung können nur unter Genehmigung des allgemeinen Stimmrechts abgeändert werden. Hierauf folgen Bestimmungen über die Petitionen, Kundmachungen des Präsidenten der Republik an den Senat über momentane Einstellung, Vertagung oder Schluß der Session, die auf der Stelle gelesen werden müssen und die sofortige Trennung des Senats zur Folge haben, über die Prärogative der Regierungscommissare bei den Discussionen, die innere Verwaltung u. s. w.

Titel III. handelt vom gesetzgebenden Körper. Er versammelt sich an dem im Einberufungsdecret bezeichneten Tage und theilt sich sofort durch Loosen für die Dauer der Session in 7 Abtheilungen, die vom ältesten Deputirten präsidirt werden. Die Wahlprotocolle werden in den Abtheilungen geprüft, der Bericht darüber in der Plenarsitzung vorgelesen, und wenn sie für gültig erklärt sind, dem Deputirten sofort der Eid abverlangt. Wenn derselbe binnen 14 Tagen nicht geleistet ist, so wird der Deputirte als ausgeschieden betrachtet. Der Eid kann auch schriftlich geleistet werden. — Die Discussion der von der Regierung präsentirten Gesetzentwürfe findet in der von der Verfassung selbst schon bestimmten Weise Statt. Amendements können zwar eingebracht werden, eine weitere Folge haben sie aber nur dann, wenn der Staatsrath sie bei der Prüfung gutgeheißen hat. Jedes Votum über ein Gesetz in seiner Gesammtheit findet mittels namentlicher Abstimmung Statt und lautet ohne weitere Motivirung: „Der gesetzgebende Körper hat angenommen," oder: „hat nicht angenommen," worauf es dem Präsidenten der Republik übermittelt wird. Die Botschaften und Kundmachungen des Präsidenten der Republik können nicht discutirt werden; ein Votum darüber kann nur stattfinden, wenn sie eine Proposition enthalten; die über Vertagung oder Auflösung des gesetzgebenden Körpers werden sofort vorgelesen und erledigt. Was die Disciplin der Sitzungen betrifft, so darf kein Redner anders als von seinem Platze aus sprechen (die Tribune fällt weg); alle Persönlichkeiten, so wie Beifalls- oder Mißfallsbezeugungen sind untersagt; der Präsident verhängt Ordnungsrufe, läßt im Falle von Widersetzlichkeit den Deputirten durch die Versammlung auf höchstens 5 Tage von den Sitzungen ausschließen, bedeckt sich im Falle von anhaltendem Tumult und hebt die Sitzung auf u. s. w. Ein Vorschlag des Präsidenten der Republik kann nie durch die bloße Vorfrage beseitigt werden. Die Sitzungsprotocolle werden unter der Leitung des Präsidenten angefertigt und enthalten die Namen der Redner, so wie ihre Meinungen im Auszuge. Sie werden auf Anordnung des Präsidenten den Journalen mitgetheilt. Jeder Redner kann mit Ermächtigung der Versammlung seine Rede auf seine Kosten drucken und vertheilen lassen. Nicht autorisirter Druck und Vertheilung wird mit 500—5000 Frcs. Geldbuße am Drucker und 5 bis 500 Frcs. am Vertheiler bestraft. Der Präsident des gesetzgebenden Körpers hat die innere Verwaltung unter sich, wobei ihm zwei vom Präsidenten der Republik ernannte und besoldete Quästoren zur Seite stehen. (Ueber die Emolumente des Präsidenten selbst ist nichts gesagt.)

Titel IV. handelt von der militärischen Bewachung des Senats und des gesetzgebenden Körpers. Sie steht unter den Befehlen des Kriegsministers, der sich darüber mit den beiden Präsidenten verständigt. Die letzteren haben während der Session eine Ehrenwache und erhalten militärische Ehrenbezeugungen, wenn sie sich in die Sitzungen begeben.

Ein Decret ändert den Wahlmodus des Disciplinarrathes und des Vorstehers des Advocatenstandes, ohne jedoch das Wahlprincip gänzlich aufzuheben. — L. Napoleon empfing gestern eine Deputation der Departements, welche ihm ein Amnestiegesuch einreichte.

Neueste Nachrichten.

München, den 24. März. Der Hr. Ministerpräsident v. d. Pfordten ist heute Abend auf der Eisenbahn nach Bamberg gereist, wo er, wie wir hören, morgen mit dem k. sächsischen Staatsminister, Frhrn. v. Beust, wegen der Zoll- und Handelssache zusammenkommen wird. (A. Z.)

Wien, den 24. März. Durch einen neuen Bericht des Marineobercommandanten ist bis zur Evidenz dargethan, daß die „Marianne" durch eine Pulverexplosion verunglückte. (A. Z.)

Paris, den 24. März. Mehrere der im Café Danemark vorgestern verhafteten Personen sind sofort nach der Gränze gebracht worden. Die Zahl der Verhafteten betrug 70, wovon ein großer Theil wieder in Freiheit gesetzt wurde. In der letzten Nacht haben jedoch wieder viele Verhaftungen stattgehabt. — Zu Havre sind 36 politische Verhaftete, worunter Durieu, Ex-Hauptredacteur der „Revolution," und der Fabeldichter Lachambeaudie unter der Bedingung freigelassen worden, daß sie sich sofort ins Ausland begeben.

Der Minister der allgemeinen Policei, de Maupas, und der Minister des Auswärtigen, de Turgot, sind zu Commandeuren der Ehrenlegion ernannt worden.

— den 25. März. In Lyon ist der Socialist Henon mit 12,431 Stimmen gewählt, während der Candidat der Regierung deren nur 6508 erhielt.

Hiezu eine Beilage

Redacteur: Fr. Stuner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[914²] **Anzeige.**

Daß ich von meiner Geschäftsreise zurückgekehrt und täglich in meiner Wohnung zu sprechen bin, zeige hiemit ergebenst an.

Speyer, den 25. März 1852.

Brach, Zahnarzt.

[913²] **Anzeige.**

Feuerfeste Steine, eigener Fabrikation, in vorzüglicher Qualität, sind stets vorräthig zu haben bei

H. Jacob in Kaiserslautern.

[912²] **Offene Lehrlingsstelle.**

In eine Seiden- und kurze Waaren-Handlung en gros und en detail in Frankfurt a. M. wird ein braver, junger Mensch mit guten Vorkenntnißen in die Lehre gesucht, wobei bemerkt wird, daß Kost und Logis im Hause des Prinzipals verabreicht werden.

Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen der Weinhändler Joh. Pet. Schlick in Edenkoben.

[797] Kgl. Bayer. privilegirter

Hoffmann'scher Zahnbalsam,

welcher die heftigsten Zahnschmerzen in einer Minute stillt, ist zu haben in Neustadt a. d. H. bei Hrn. Carl Helfferich; Hrn. J. Klebsch und Manz in Speyer; Hrn. C. Heusser in Kaiserslautern; Hrn. L. Mayer Sohn in Landau und Hrn. E. L. Wend in Zweibrücken.

Preis des Glases 36 kr.

[903⁴] Zu kaufen sucht und mit gutem Preise bezahlt: Brillanten, Rubin, Smaragt, altes Gold und Silber

J. N. Nadenheim,
Juwelier in Mannheim E 2 Nro. 6.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 76) den 28. März 1852.

Deutschland.

Würzburg, den 21. März. Großes Aufsehen erregt die in dem frommen Schwestervereine zum heiligen Herzen Jesu und Mariä und Skapulier in der neuesten Zeit ausgebrochene große Zwistigkeit, die bereits in die Oeffentlichkeit übergegangen und zum Stadtgespräche geworden ist. Dieser religiöse Frauenverein, der ein Zweigverein des männlichen Bruderschaftsvereins gleichen Namens ist, hat seine Versammlungen in dem Reuerer Kloster und hat die Vereinsvorstände des männlichen Vereins ebenfalls zu seinen Vorständen. Eine nicht geringe Anzahl von Mitgliedern dieses weiblichen Vereins ist nun in jüngster Zeit, einen Reuerer Pater an der Spitze, aufgestanden, macht den männlichen Vorständen den Vorwurf, von dem in der Kasse des Frauenvereins befindlichen Geld zur Veranstaltung von Gastmählern im Reuerer Kloster verwendet zu haben. Sie fordern nun, weibliche Vorstände aus ihrer Mitte sich zu wählen und das Vermögen des Vereins *selbst* zu verwalten und zu verwenden. Die *männlichen* Vorstände verweigern aber die Herausgabe des Vereinsvermögens. Die aufgestandenen *Frauen* beruhigen sich aber nicht, haben eine Adresse an den Bischof von Würzburg verfaßt, worin sie ihre Forderungen und Beschwerden vortragen, und sammeln *mit allem* Eifer Unterschriften dazu. Man ist auf den Ausgang dieses Zwistes gespannt, der manche Enthüllungen zu Tage fördern könnte. (Nürnb. Kur.)

Berlin. Am 18. März verschied hier der dramatische Dichter Ernst Raupach.

Düsseldorf, den 21. März. Gestern Abend ist es der Polizei gelungen, sich eines gefährlichen Verbreiters falscher Münzen zu bemächtigen. Derselbe kam von Emmerich mit dem Dampfschiffe an und wurde in einem Wirthshause auf der Rheinstraße verhaftet, woselbst man in seinem Besitze 150 englische, sehr schön gearbeitete Goldstücke (Guineen) fand. Er scheint es hauptsächlich darauf abgesehen zu haben, Auswanderer zu betrügen.

Königsberg, den 20. März. Am heutigen Tage sind unsere Märzassisen geschlossen worden. Das Interesse des Publikums wurde durch einen Fall in Anspruch genommen, wie er leider gerade in unserer Provinz nicht selten vorkommt. Vor den Schranken standen 23 Angeklagte, sämmtlich Bewohner eines Dorfes, welche den Einwohnern eines anderen Dorfes eine förmliche Schlacht geliefert hatten, in welcher Todte und Verwundete auf dem Kampfplatze blieben. Siebenzehn der Angeklagten traf längere oder kürzere Gefängnißstrafe.

Nach dem „Courrier du Luxembourg" ist die Noth und das Elend in den dortigen Moselgegenden zu einer furchtbaren Höhe gestiegen, so daß sich die Regierung veranlaßt gesehen hat, eine Commission hinzusenden, um den Nothstand zu untersuchen und sogleich, so viel immer möglich, zu helfen und zu unterstützen. Die Noth und die Verarmung in jenen Gegenden wurzelt jedoch zu tief; sie ist nicht die Wirkung momentaner Verhältnisse, es können daher die gewöhnlichen Palliative nicht helfen.

Frankreich.

Paris, den 22. März. General Cavaignac ist auf sein Ansuchen um die Erlaubniß zur Reise nach Belgien, wo er Lamoriciere und andere Freunde besuchen wollte, bedeutet worden, daß man ihm zwar die Reise, aber nicht die Rückkehr nach Frankreich gestatten werde.

L. Napoleon hat zur Linderung des Elendes von 5 nothleidenden Gemeinden im Vogesendepartement 5000 Frcs. aus seiner Privatkasse angewiesen.

E. v. Girardin's Rückkehr hat sofort das Gerücht veranlaßt, daß er ein gouvernementales Blatt herausgeben werde.

Im 5. Stadtbezirke sind seit Kurzem ziemlich viele Verhaftungen erfolgt.

Vor dem Kriegsgerichte zu Montpellier begannen am 18. März die Verhandlungen gegen 14 wegen Betheiligung an den Unruhen zu Beziers beschuldigte Personen, worunter mehrere Gutsbesitzer sind.

Drei Advocaten zu Avignon sind aus Frankreich verbannt und zu Bordeaux 80 Personen nach anderen Städten verwiesen worden.

Italien.

Florenz, den 15. März. Es ist abermals eine Aenderung der Preßgesetzgebung im Sinne weiterer Beschränkung erschienen. Die Autorisation zur Herausgabe periodischer Druckschriften sollen künftig die Präfecten, jedoch nur an Hauptorten und an moralisch gut accreditirte Personen, ertheilen. Nach zweimaliger Suspendirung erfolgt das Verbot der Schrift.

Rom. Dem Vernehmen nach hat der Präsident der französischen Republik in Bezug auf die Verwaltung des Kirchenstaates seine reformatorischen Vorschläge, wenngleich in ziemlich gemäßigter Form, nochmals erneuert und erklärt, er wünsche den precären Zustand der päpstlichen Staaten und die Besatzung Roms und der Legationen durch fremde Truppen mit dem laufenden Jahre beendigt zu sehen.

Großbritanien.

London, den 22. März. In einem der Londoner Docks ist das Schiff „Conntess of Seafield" mit einer großen Quantität Flinten befrachtet worden, die nach Amoy bestimmt sind und von da den chinesischen Insurgenten zugeführt werden sollen.

Schweden.

Stockholm, den 16. März. Während die politische Windstille hier ununterbrochen fortfährt, zeigen sich im Gebiete der Kirche je mehr und mehr beunruhigende Symptome. So hat sich das Domcapitel zu Lund veranlaßt gesehen, durch einen Erlaß die sämmtliche Priesterschaft des Stiftes anzumahnen, die Religionspflege nicht unbehörigen Personen einzuräumen, welche theils in Kirchen, theils in Schulen aufgetreten wären und ihre Vorträge während der finsteren Jahreszeit bis spät Abends fortgesetzt hätten. Einen ganz besonderen Grund zu dieser Maßregel hatte ein Zitherspieler, Namens Ahnfeldt, gegeben, welcher „evangelisirende Troubadur" das Volk nicht allein durch seine Vorträge, sondern auch durch sein Saitenspiel zu verlocken suchte. In Darlecarlien sind 8 Läsare oder s. g. Gläubige zu Geldstrafen und offenbarer Kirchenbuße verurtheilt worden, weil sie ohne Beichte zum heiligen Abendmahle gegangen waren und Schmäh- und Spottreden gegen Kirche und religiöse Handlungen ausgestoßen hatten. Dennoch ist die Manie dort im Zunehmen, und viele Läsare erklären schon überlaut, daß sie weder nach Gesetz, noch nach Obrigkeit zu fragen nöthig hätten, daß aller Gehorsam gegen die Gesetze eine Erfindung des Teufels sei, um die Seelen gleichsam wie

mit einer Schlinge zu fangen, indem sie zugleich die christlichen Tugenden als bloße Werkheiligkeit und also als durchaus verwerflich und sündhaft schildern. Ein junges Mädchen äußerte ganz unbefangen zu einem, Amtsgeschäfte verrichtenden Priester: „er möge aufhören und sich davon scheren; denn er habe nicht Gottes Wort zu verkündigen!“ und Eltern erhielten von ihren Kindern die Antwort: „Was kümmert's mich, was du sagst — du fährst zur Hölle, ich bin Gottes Kind! Man muß Gott mehr gehorchen als Menschen!“ Noch weit niederschlagendere Nachrichten kommen von Norwegen. Die Läsaregaleuskap (mania religiosa) fährt auf das Scheußlichste fort, in Kautokeinn und der Umgegend zu wüthen. Der Fanatismus ist so grauenvoll, die Drohungen sind so fürchterlich und die geschliffenen Messer so bereit, daß weder geistliche noch weltliche Beamte für den Augenblick etwas ausrichten zu können glauben. Personen, welche sich nicht wollen bekehren lassen, werden zur Strafe mitten in der Nacht fast ganz nackt aus ihren Betten gejagt. Teufel werden ausgetrieben und müßen in Schweine fahren, die entweder ersäuf. oder zur größeren Sicherheit lebendig gesotten werden. (K. Z.)

Türkei.

Pera, den 10. März. Das durch seine Lage und seine Paläste berühmte Bujukdere, am Bosporus, ist zur Hälfte abgebrannt; die Gesandtschaftshotels blieben verschont.

Miscellen.

In **Berlin** hat ein 9½ Jahr altes Mädchen, aus Furcht vor Strafe wegen versäumter Schulstunden, einen Selbstmord verübt, indem sie sich Schwefelsäure kaufte und solche in ziemlich bedeutender Quantität austrank; man fand sie in einem furchtbaren Zustande auf der Kellertreppe.

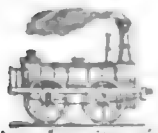
In Gent wurde am 20. März ein ganz eigenthümlicher Rechtsfall entschieden. Eine Mutter wollte zur Heirath ihrer Tochter die Einwilligung nicht geben; da der Vater aber damit einverstanden war, so überredete er eine andere Frau, bei dem Civilacte der Ehe die Stelle der Mutter zu vertreten. Die Ehe wurde unter diesen Umständen vollzogen. Es kam der Fall jedoch zur Anzeige, und der Brautvater, die Braut, der Bräutigam, dessen Mutter, die falsche Mutter und die vier Zeugen wurden Jeder zu 6 Jahren Gefängniß und in die Proceßkosten verurtheilt. Die einzige Entschuldigung der Beklagten war, sie hätten nicht gewußt, daß ihre Handlung so straffällig gewesen sei.

Ein pariser Speculant hat eben Patent auf ein auf einen wasserdichten Stoff gedrucktes Journal genommen, welches zum Lesen beim Baden bestimmt ist.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[876³]

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.



In Folge Beschlusses der Generalversammlung vom 16. Februar l. Js. fordert der unterzeichnete Verwaltungsrath die Herren Actionäre der Hessischen Ludwigseisenbahngesellschaft anmit auf,

eine Einzahlung von 10 Procent

bis längstens zum 31. März 1852 zu leisten.

Die einzuzahlende Nummer beträgt für jede Actie von 250 fl. nach Abzug der verfallenen Zinsen der bereits eingezahlten 45 8

neunzehn Gulden

und kann geleistet werden

in Mainz an Herrn J. A. Heidelberger,
„ „ „ „ Friedrich Korn,
„ „ „ „ G. L. Kayser,
„ „ „ „ C. Lauteren Sohn,
„ „ „ „ J. B. Werner,
„ Worms „ „ Georg Renz,
„ Frankfurt a. M. an die Herren M. A. v. Rothschild u. Söhne,
„ Köln an den Abr. Schaaffhausen'schen Bankverein,
„ Berlin an die Herren Anhalt und Wagener.

Mainz, den 28. Februar 1852.

Der Verwaltungsrath.

Fahrten der Local-Dampfboote Delphin I und II

zwischen Ludwigshafen a. Rh., Mainz, Bingen und Frankfurt a. M. [858]

vom 1. März 1852 an.

Abfahrt von **Ludwigshafen a. Rh.**:

Täglich 4 Uhr Nachmittags nach Mainz zum Anschluß an die letzten Taunusbahnzüge von Mainz-Castel nach Biebrich, Wiesbaden und Frankfurt a. M.

Täglich ½6 Uhr Morgens von **Mainz** nach Ludwigshafen a. Rh.

Nähere Auskunft ertheilt der Agent:
Ludwigshafen a. Rhein, den 1. März 1852. **C. Aug. Exter.**

---

[804]

Niederländische Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

Fahrten von Ludwigshafen am Rhein vom 25. Januar an:
Nach Köln—Rotterdam, jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag 4 Uhr Morgens.
Das Dampfboot „Tyenoord“ fährt jeden Dienstag von Rotterdam nach London.
Nähere Auskunft bei dem Agenten:

C. Aug. Exter in Ludwigshafen a. Rh.

Neue

Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 77 | den 30. März 1852.

Deutschland.

Macauley über die französischen Zustände.

Die Times enthielt kürzlich einen neuen „Brief eines Engländers," der, wie die früheren Schreiben, ungewöhnliches Aufsehen erregt. Als Verfasser bezeichnet man in London den berühmten Geschichtschreiber Macauley. Nachstehend eine, dem Originale möglichst getreue, nur da und dort im Ausdrucke gemilderte Uebersetzung dieses interessanten Aufsatzes:

„Die Regierung Bonapart's verfolgt ihre vorbestimmte, verhängnißvolle Bahn. Vor ihm liegt der Abgrund finanzieller Verwirrung, wachsende Unzufriedenheit, militärische Pronunciamentos oder unvermeidlicher Krieg; Rache und Begier flüstern ihm ins Ohr: Wage! und unversöhnlich stachelt ihn die Nothwendigkeit, die Furie des Verbrechens. Nur in Frankreich konnte sich in zwei kurzen Monaten eine solche Masse von Geschichte zusammendrängen: der Staatsstreich — die Posse einer Wahl — die noch größere Posse einer Verfassung — das Gemetzel in Paris — die militärische Treibjagd auf das republikanische Landvolk — Confiscationen nach Gutdünken — Proscriptionen in Masse — Deportationen nach Cayenne in einem Maßstabe, der die halbe Flotte in Thätigkeit setzt — Freilassungen en détail — Einkerkerungen en *gros* — eine halbe Million französischer Bajonette gegen Frankreich gerichtet — eine Million Spione an jedem öffentlichen Orte, an jedem Heerde — eine Presse, die nicht schreibt — ein Parlament, das nicht spricht — Ministerien aufgestellt, nur um sie wieder umzukegeln — ein Chaos von Gewaltthat, Furcht und Zweifel, das wie die ungeheuerlichen Gestalten der Zauberlaterne vor dem Auge des schwindeligen Zuschauers tanzt und auf der Netzhaut ein schmutziges Spiegelbild des Fratzenhaften und Häßlichen zurückläßt.

„Frankreich ist das Laboratorium für Experimente in abstracten Regierungstheorieen. Es machte 1792 den furchtbaren Sprung von der absoluten Monarchie zur absoluten Democratie. Es glaubte damit die Verkörperung der reinen Vernunft und der philosophischen Tugend zu erreichen. Der unmittelbare Erfolg war die Schreckensherrschaft, der entferntere die Usurpation eines soldatischen Abenteurers. Diese Usurpation sollte den „Ruhm" vorstellen, brachte die Kosaken nach Paris, hinterließ das verfluchte Vermächtniß der Centralisation und des Heroendienstes und verzehrte sich, wie Prometheus, an einen Felsen geschmiedet. Die Restauration begann vorsichtig mit Ludwig XVIII., aber proclamirte das „göttliche Recht" in der Person Karls X. Dies Princip kam ein halbes Jahrhundert zu spät, und die Legitimität ging, in der Verbannung zu sterben. Der „Bürgerkönig" setzte die Idee einer von republikanischen Institutionen umgebenen Monarchie auf den Thron; die beiden Bestandtheile dieses Begriffes, die beiden Elemente dieses Systems kämpften vom ersten Augenblick um die Herrschaft, und 1848 flohen Ludwig Philipp und die Wahlsouveränität nach England. Republik und allgemeines Stimmrecht wurden von Republikanern ausgerufen, von Royalisten beklatscht; das allgemeine Stimmrecht, Verrath an sich selber übend, vertraute sich Männern, die es zerstörten, und die Welt genoß die Zauberposse einer Republik mit einer kaiserlichen Executivgewalt und einer monarchischen Volksvertretung. Der kaiserliche Bestandtheil hat für den Augenblick die Oberhand gewonnen, und seine mystische Formel lautet: democratisch-militärischer Despotismus. Keine politische Chemie, keine menschliche Kunst kann aus diesen Ingredienzien eine Verbindung, eine Wirkung erzielen. Sie sind wie Oel und Essig, wie Feuer und Wasser, unverträglich, sich gegenseitig zerstörend. In solcher Zusammensetzung gibt die Democratie, wenn sie siegt — Communismus, die Soldatenherrschaft — Krieg.

„Es ist ein hart Stück Arbeit, das verwirrte Gespinnst von Laune und Hartnäckigkeit, Leidenschaft und Absicht zu entwirren, das die herrschende Politik seit dem 2. December vorstellt. Befestigung der Macht im Innern, Vorbereitung zur Thätigkeit nach Außen waren zunächst durch die Nothwendigkeit geboten; dann viel affectirtes Schwanken, viel wirkliche Confusion, viel feine Künste — Bestechung auf irgend eine Weise, mittelbar oder unmittelbar, im Ernst oder nur als Lockspeise hingehalten, baar auf den Tisch gezahlt oder in Wechseln auf die Zukunft gezogen, ist das Cardinalprincip dieses Systems. Den Jesuiten bietet es die Revision des Elementarunterrichts und der Universität, die Knebelung der Presse, die Sonntagsfeier, die Kniebeugungen der Soldaten und sein eigenes Augenverdrehen. Dem Arbeiter gibt es Löhne durch neue öffentliche Bauten, neue Straßen, neue Eisenbahnen und neue Flußbetten. Den Gaunern macht es ein Geschenk mit Weizenmonopol, theuerm Brod, theuerm Zucker und der Exploitirung von Märkten und Menschen. Dem Advocaten- und dem Richterstande, den Ministern und Gesandten decretirt es Gehaltszulagen. Dem Tapezierer fuchsschwänzelt es mit der Meublirung der Tuilerien, dem Schneider mit neuen Livereen für Gesetzgeber, Staatsräthe, Senatoren und Lakaien, dem Krämer mit Vergeudung und Abendgesellschaften. Auf die Armee läßt es Bändchen, Beförderungen, Biergelder regnen. Dem Volke wird emsig der Glaube eingetrichtert, daß solche Heuchelei, Corruption und Liederlichkeit „Familie, Eigenthum, Religion, Conservatismus und Ordnung" vorstelle. — Der Hauptkassenbestand wird der Kirche, der Armee und der untersten Volksklasse gewidmet. Diese Dreiecksvertheilung des orleans'schen Raubes enthüllt die Existenzbedingungen der Regierung. Aber die Fonds, die man diesen unersättlichen Schlingern hinwirft, müßen natürlich von anders woher genommen werden, irgend Jemand im Staate muß sie hergeben und dieser Jemand sind die mittleren und oberen Classen. Seine jesuitischen Freunde haben unzweifelhaft dem Präsidenten den Gedanken der Maschine suppeditirt, welche der Stolz und Ruhm der heiligen Inquisition gewesen. Der unbußfertige Protestant wurde zwischen zwei massive Eisenplatten gelegt, deren obere, von Schrauben abwärts getrieben, seinen Körper platt drückte. Genau in dieser Lage befindet sich die französische Bourgeoisie. Die Masse ist unter ihr, das Heer über ihr, und die Schraube oben wird mit der feinsten Berechnung den finanziellen Druck auf die Brust abmessen. Die Welt soll erst noch jene Besteuerungsmethode kennen lernen, welche einen Theil des Volkes auspreßt, um das Geld zur Bestechung des andern Theiles zu gewinnen. (Schluß folgt.)

• **München**, den 25. März. Noch einmal sind wir mitten in den Winter zurückversetzt! Heute, beinah' am Ende des März, ist wieder Alles hoch mit Schnee bedeckt. Doch dringt eben, gegen Mittag, die Sonne wieder durch das Gewölk.

Gestern Abend endigte die Quartalassise mit einem Falle, der in psychologischer Hinsicht mehr als gewöhnliches Interesse darbietet, und welcher überdies auch in

die socialen Verhältniße, wie sich dieselben namentlich unter den erschwerenden Ansäßigmachungs- und sonstigen Verhältnißen gestalteten, einen erschreckenden Blick gewährt. Wir geben deßhalb einen etwas nähern Bericht, nach den Angaben hiesiger Blätter.

Auf der Anklagebank sitzt ein junges Mädchen, Anna Maria Stöberl, 23 Jahr alt, ledige Bauerstochter von Bischofswies, wegen qualifizirten (Verwandten-) Mordes, verübt bei geminderter Zurechnungsfähigkeit. Der Thatbestand ist folgender: A. M. Stöberl ist die außereheliche Tochter einer Häuslerin zu Bischofswies, Landg. Berchtesgaden; da ihre Mutter etwas geisteszerrüttet war, so kam sie zu dem Schullehrer Fuchs nach Unken (in Oesterreich an der Grenze), der sie aus Barmherzigkeit aufnahm, später als Küchenmagd zu einer Bäuerin in Lofer, blieb dort mehrere Jahre, diente ordentlich und kam im J. 1850 wieder zu dem Schullehrer Fuchs in Unken, dem sie die Hauswirthschaft führte. Während ihres dortigen Aufenthaltes hatte sie ein Liebesverhältniß mit dem Wirthssohne J. Kaiser v. Unken, fühlte sich Mutter, und ging um Lichtmeß zu ihrer Großmutter, welche bei ihrer Mutter wohnte, wo sie am 7. Juli ein Mädchen gebar. Zwischen Mutter und Tochter gab es darüber oft argen Streit. Der Wirthssohn Kaiser erklärte ihr, das Kind gehe ihn nichts an, er wolle ihr aber, weil sie arm sei, etwas schenken. Stöberl suchte nun an mehreren Orten ein Unterkommen und beschloß zuletzt, der Schweßter des Wirthssohnes das Kind zu bringen. Donnerstag den 31. Juli Nachmittags machte sie sich mit ihrem Kinde auf den Weg. Unterwegs über ihre traurige Lage nachdenkend, grämte sie sich besonders darüber, daß ihre Mutter sie nicht mehr dulde; da kam ihr der Gedanke, das (23 Tage alte) Kind aus der Welt zu schaffen. Sie ging in den Wald hinein, setzte sich nieder und drückte das Kind so fest an ihre Brust, bis es erstickt war und kein Lebenszeichen mehr gab. Nach dieser That blieb sie noch drei Stunden lang sitzen, bis sie endlich aufstand und nach Unken ging, wobei sie das todte Kind in einem Tüchlein mit sich trug. Bei dem sog. unschuldigen Friedhof warf sie es in den Leichenacker. Bei mehreren Personen gab sie an, das Kind sei gestorben. Als sie zu ihrer Großmutter zurückkam, verlangte diese einen Todtenschein. Da ihr jetzt der Gedanke kam, es sei besser, das Kind in der eigenen Pfarrei begraben zu lassen, holte sie die Leiche des Kindes aus dem Friedhof zu Unken wieder und trug sich nach Bischofswies. Auf Anrathen einer Bäuerin wollte sie nun die schon in Verwesung übergehende Kindesleiche abermals nach Unken (ungefähr 9 Stunden weit) zurücktragen und dort wieder in den Kirchhof legen. Als sie jedoch gegen Mitternacht über die Brücke bei Reichenhall ging, wurde es ihr, wie sie angibt, zu stark, und sie warf die Leiche in das Wasser. Am andern Tag schrieb sie sich selbst einen Todtenschein auf einen gekauften Stempelbogen und trug ihn zu dem Decan in Berchtesgaden. Dieser erkannte sogleich die Fälschung und befragte die Stöberl darüber, worauf sie ihm sogleich Alles eingestand. Auch heute gesteht die Angeklagte unter heftigem Weinen Alles und erzählt in fließender Sprache den ganzen Hergang. — Die Angeklagte weint die ganze Verhandlung hindurch, ihre Antwort lautet immer „Ja." — Es sind 19 Zeugen vorgeladen. — Dechant Forster zu Berchtesgaden, in dessen Pfarrei die Stöberl gehört, bezeugt, daß ihm die Angeklagte „stumpfsinnig" scheine. Ihre Großmutter sei ebenfalls geisteskrank, und auch ihre Mutter nach der Geburt der Angeklagten auffallend geisteskrank geworden und habe die Stöberl bald nach der Geburt ebenfalls beinahe erdrückt. Ueberhaupt sei die Familie Stöberl in der ganzen Gegend als etwas zerrüttet bekannt. — Mehrere andere Zeugen sagen dasselbe. — Die beiden Sachverständigen Dr. Zierl von Reichenhall und Dr. Bocksam von Berchtesgaden gründen ihr Gutachten ebenfalls auf geminderte Zurechnungsfähigkeit. Das Gutachten des k. Medicinalcomitées vertrat Prof. Dr. Hoffmann in einer ausgezeichneten Rede. Derselbe legte dar, daß die Angeklagte ihr Kind aus Gram, im Affecte getödtet habe, und daß sie zur Zeit der That zwar nicht gänzlich geistesgelähmt, aber nur theilweise zurechnungsfähig war. Er wies darauf hin, daß die ganze Familie geisteskrank sei. Von Kindheit an in der Welt verlassen und von der Barmherzigkeit Anderer lebend, war sie tiefsinnig, und ihr Gemüthszustand zerrüttet. Gegenüber den Vorwürfen ihrer Mutter blieb sie, wie die Zeugen aussagen, wie eine „Statue." Sie herzte und küßte ihr Kind; wäre sie in bessern Verhältnißen gewesen, sie hätte gewiß diese That nicht vollbracht. Als sie sich nach der Geburt ihres Kindes neuerdings von ihrer Mutter verstoßen sah, nahm sie dies ruhig hin und ging fort. Am 17. Juli blieb sie, das todte Kind in den Armen haltend, an einem Seitenwege mehrere Stunden sitzend, wo sie jeden Augenblick überrascht werden konnte. Der Affect hat also hier jedenfalls den Verstand beherrscht. Hiefür spricht auch die Art der Tödtung. — Sie hat ihr Kind nicht ertränkt, nicht erschlagen, sie hat es an der eigenen Brust erdrückt; es mischte sich dazu das Gefühl des mütterlichen Schmerzes, daß sie sich davon trennen mußte. Nach der That warf sie das Kind nicht auf die Seite, sondern in den Friedhof der unschuldigen Kinder; sie weihte das Kind Gott, und wollte alle Strafe auf sich ziehen. Sie irrte darauf planlos umher, weinte und betete mit dem Rosenkranz. Von ihrer Geistesbeschränktheit zeugt der Vorgang mit dem Todtenschein, den jeder Vernünftige gleich für gefälscht erkennen mußte. Dann gibt sie den Wirthssohn von Unken als den Vater ihres Kindes an; derselbe kann es aber nach allen Erhebungen gar nicht sein. Es scheint überhaupt hierüber ein Geheimniß zu walten. Daß sie aber ihre geistigen Kräfte nicht ganz eingebüßt hatte, zeigt, daß sie zur Zeit der That Gutes und Böses unterscheiden konnte. Denn sie sagt selbst, daß sie beim Todeskampf des Kindes Gewissensbisse fühlte; sie drückte aber das Kind, während sie es nochmals küßte, noch fester an die Brust. — Aus dem Allen schloß Prof. Dr. Hofmann, daß die Zurechnungsfähigkeit durch Verstandesschwäche, Gemüthsleiden und schmerzliche Affekte gemindert war.

Nachdem am 23. Abends 8 Uhr das Zeugenverhör beendet war, begann am 24. Vormittags Staatsanwalt Seel seine Anklage auf Kindsmord, welche er in einer zweistündigen Rede mit juristischer Strenge durchführte. Vertheidiger Dr. Henle dagegen berief sich auf das menschliche Gefühl. Er hob zuerst hervor, daß hier kein mit Bosheit, Ueberlegung und planmäßigem Vorbedacht ausgeführter Mord, sondern höchstens einfacher Todtschlag vorliege. Die öffentliche Verhandlung habe sich zu Gunsten der Angeklagten gestaltet. Den Aussagen des Dechant Forster sei voller Glauben zu schenken, obwol derselbe vor Ablegung seines Eides einige „canonische Bedenken" wegen des Beichtgeheimnisses äußerte, da derselbe am Schluße seines Zeugnisses erklärte, daß an ihn keine solchen Fragen gestellt wurden, die er nicht vollständig habe beantworten können. Von der Verwirrung der Angeklagten zeige auch, daß sich dieselbe bei dem Hrn. Pfarrer sogleich und unaufgefordert niedersetzte, welches Benehmen von Pfarrkindern, die nur von ihrem „gnädigen und hochwürdigsten Hrn. Dechant" sprechen, auffallend sei. Nach gründlicher Durchführung aller Entlastungsgründe zeigte die Vertheidigung, daß die Geschwornen nicht nur geminderte, sondern sogar vollständige Unzurechnungsfähigkeit annehmen können. Die Angeklagte habe sich zur Zeit der That in einem solchen Zustande befunden, daß sie ihrer schlechten Triebe nicht mehr Herr werden und aus dem Kampfe des Guten gegen das Böse nicht siegreich hervor gehen konnte. Hierauf Replik und Duplik. — Auf die Schlußbemerkung des Staatsanwaltes erwiederte der Vertheidiger, daß er die Geschwornen nicht ermüden wolle, sie möchten nur Alles würdigen. Das Exposée (Erklärung) des Präsidenten machte die Geschwornen besonders darauf aufmerksam, daß jeder Zweifel ein Nichtschuldig bedinge. Die Geschwornen erhielten 5 Fragen: auf qualifizirten Mord

mit Vorbedacht beschlossen und mit Ueberlegung ausgeführt, dann ob eines der beiden letzten Momente fehle, dann auf einfachen Todtschlag, und auf geminderte Zurechnungsfähigkeit. Nach einstündiger Berathung **bejahten** sie die 4. und 5. Frage, Todtschlag im Affecte (Gram). A. M. Stöberl wurde hierauf zu der geringsten Strafe, 8 Jahre Zuchthaus verurtheilt. Als Milderungsgrund nahm der Gerichtshof an: das sonst musterhafte Betragen der Angeklagten, ihre traurige Lage zur Zeit der That und ihr reumüthiges, volles Geständniß. Der Vertheidiger ließ zuletzt ins Protokoll aufnehmen, daß Dr. Fischer im Namen des Medizinalcomites erklärte: bei längerer Haft würde die Angeklagte in **Wahnsinn verfallen**.

München, den 23. März. Da sich auch in einigen ärmeren Districten Oberfrankens Nothstände zeigen, so hat die Kreisregierung eine Subscription angeordnet. (A. Z.)

Augsburg, den 25. März. Vorgestern ward eine von allen bedeutenden Industriellen der Stadt unterzeichnete Petition an den König abgesendet, worin — im Sinne der schon vor Monaten von allen Handels- und Gewerbskammern, allen landwirthschaftlichen Vereinen ꝛc. des Königreichs abgegebenen Erklärungen — die Krone beschworen wird: ihre angestrengtesten Bemühungen darauf zu richten, daß der bestehende deutsche Zollverein auf keine Weise gefährdet, sondern erhalten, und wo möglich in seiner segensreichen Wirksamkeit erweitert werde.

Nürnberg, den 24. März. Gestern Abend ist der Maschinenarbeiter Johann Tiefel aus seiner Haft in hiesiger Frohnfeste entlassen worden. Von einer hier sich aufhaltenden Weibsperson, Anna Scheibenberger von Windsheim, auf gemeine und unwahre Weise denunzirt, hat sich nach 40 Tagen Haft herausgestellt, daß der auf ihn geworfene Verdacht nicht gerechtfertigt sei. (F. K.)

Aus dem Großherzogthum Baden, den 24. März. Die Schrift „Anthroposophie oder Menschenweisheit, von Mäurer. Frankfurt a. M. bei Lizius,“ ist in unserem Großherzogthum verboten worden und die in dem Publicum zugänglichen vorfindlichen Exemplare sollen vernichtet werden.

Hannover, den 22. März. Der König hat das Protectorat des Freimaurerordens übernommen, welchem auch sein verstorbener Vater angehörte.

Breslau, den 23. März. In der Wohnung eines hiesigen Schneiders, Folkenhayn, sind gestern Abend mehrere Verhaftungen vorgenommen worden. Der Hausherr selbst, dann ein Buchdrucker und ein Laufbursche sind zur Haft gezogen. Wie es heißt, sind die Verhafteten bezüchtigt, Plakate verbotenen und strafbaren Inhalts verfertigt und verbreitet zu haben.

Wien, den 23. März. Eine Zeitung meldet, daß die weltlichen Vorstände zweier protestantischen Gemeinden in Steiermark, wegen angeblicher Unterhandlungen mit Deutschkatholiken über deren Aufnahme in die Gemeinde ihren Stellen enthoben worden sind.

Belgien.

Brüssel, den 25. März. Der Ausspruch der Geschwornen in der Angelegenheit des „Bulletin Français“ ist in allen unseren Provinzen mit großem Beifalle aufgenommen worden. Dagegen soll die Nachricht in Paris, wo sie eine Stunde nach dem Ausspruche der Geschwornen ankam, besonders im Elysee keine gute Aufnahme gefunden haben und wird vielleicht Veranlassung zu mißlichen Schlüßen geben. Die Hrn. d'Haussonville und A. Thomas sind wieder nach London abgereist, um die Veröffentlichung des Bulletin dort weiter fortzusetzen.

Frankreich.

Paris, den 20. März. (Erbauliches.) Der Allg. Z. schreibt man sehr amüsant: Als nach dem Gelingen des Staatsstreichs sehr lebhaft von der Heirath des Präsidenten der Republik mit einer nordischen Prinzessin die Rede war, wurde als ein Argument für die ernstlichen Absichten desselben die plötzliche Entfernung der schönen Miß Howard angeführt. Am 5. Dec., als die Flintenschüsse und der Kanonendonner immer heftiger wurden, begab sich L. Napoleon, der wohl wußte, daß sein Kopf auf dem Spiele stand, und entschlossen war die Partie auszuspielen, einen Augenblick in die rue du cirque, hundert Schritte vom Elysée, und kündigte ihr die Nothwendigkeit an, ohne Verzug mitsammt ihren Kindern abzureisen. Schon damals hieß es diese Trennung, die wol nur durch edelmüthige Fürsorge geboten war (!!), hänge mit der geheimen Absicht zusammen, eine ebenbürtige Verbindung durch Aufhebung eines nicht legitimen Verhältnisses möglich zu machen. Allein letztere Auslegung wurde bedeutend verstärkt als Miß Howard, nach schon unzweifelhaft gewordener Entscheidung hieher zurückgekehrt, plötzlich, und, wie es scheint unter Entwickelung gewisser Vorsichtsanstalten, wieder abreißen mußte. Damals sollte die Brautwerbung in Stockholm vor der Thüre stehen, und da schlechterdings niemand zu sagen wußte was Miß Howard verbrochen hatte, so war ihre gezwungene Abreise ein nicht unbedeutendes Argument. Wenn es erlaubt ist dies Raisonnement umzukehren, so möchte es jetzt scheinen als ob die Gedanken an die Gründung einer Dynastie einstweilen aufgegeben wären. Denn Miß Howard ist nicht nur längst wieder in Paris, sondern erfreut sich auch ungeschwächter Aufmerksamkeit von Seite des Präsidenten. Wenn sie ihren kleinen Hof aus jungen englischen Lords und andern Elegants zu einem Diner oder zur Soirée um sich versammelt, so ist der Präsident nicht selten anwesend, und sie darf ihn dann ganz ungenirt mit seinem Taufnamen nennen. Neulich folgte sie ihm von weitem bei einer Revue auf dem Marsfelde, ebenfalls von ihren Freunden, die neben ihrem Wagen herritten, umgeben, und als sie dem Präsidenten, der einen Augenblick in ihre Nähe gekommen war, zurief sie habe eine Bitte an ihn, gab derselbe sofort seinem Pferde die Sporen und neigte sich in den Wagen, um ihre Wünsche entgegenzunehmen. In der Präsidentenloge des Théâtre Français erregte vor kurzem eine Dame, die allein in derselben saß, durch ihre große Schönheit die Aufmerksamkeit des Publicums. Es war Miß Howard. Sie hielt einen Knaben auf dem Schooß dessen Locken sie wohlgefällig liebkoste, als wollte sie sagen: „Das ist ein künftiger Erbe!“ Diese und andere Züge von der hohen Gunst deren sie fast öffentlich genießt, machen es in hohem Grade wahrscheinlich, daß L. Napoleon dem Gedanken an eine Verschwägerung mit irgendeinem souveränen Hause, wenn er sie je gehegt, für lange entsagt hat. (?)

Die Behandlung der politischen Gefangenen in den Provinzen soll jeden Grad der Glaubwürdigkeit weit hinter sich lassen. Dieselben werden bei empfindlicher Kälte in offene Scheunen zusammen gepfercht, wo sie sich mit einem Strohlager begnügen müßen, wo ihnen kaum die nöthige Nahrung gegönnt wird. Es ist jammervoll, die Züge dieser Menschen anzusehen. Männer, die vor Kurzem noch in der bürgerlichen Gesellschaft eine gewisse Stellung einnahmen, sehen wir in den verwahrlosesten Zustand versetzt. So zogen bereits an 2000 Gefangene durch Paris, um über Havre und Brest nach Cayenne oder Lambessa gebracht zu werden. (A. Z.)

— den 24. März. Es scheint, daß man die gestern gemeldete Verhaftung einer Menge Ausländer auf eine administrative Maßregel reduciren muß, die dadurch hervorgerufen wurde, daß das „Café du Danemark“ ein Sammelplatz von mehr oder weniger revolutionären fremden Arbeitern war, die dort viel über Politik schwatzten und schimpften. Diesem „Unwesen“ hat man nun ein Ende machen wollen. Man wird, nachdem schon heute der größte Theil der Verhafteten entlassen, die verdächtigen Individuen über die Gränze schicken. — Napoleon Bonaparte befindet sich seit einigen Tagen wieder in Paris. Der Sohn des Marschalls Jerome Bonaparte ist im Elysee nicht sehr beliebt. Man spricht von einer besonders liebreichen Sorgfalt des Polizeiministers für seine Person. (Köln. Ztg.)

Ein präsidentielles Decret reformirt, zum Zwecke einer

besseren Verwaltung, die mit der Leitung der Civilspitäler und Hospitien beauftragten administrativen Commissionen; ein anderes Decret, zu demselben Zwecke, die Organisation des Gesundheitsdienstes (service de santé) im Heere.

In dem zum Weichbilde gehörigen Belleville hat die Polizei gestern 30 Italiener (Agenten, Correspondenten und sonstige Anhänger Mazzini's) verhaftet, als sie eben versammelt waren, um über das neueste Manifest des Demagogen zu berathschlagen. Sie wurden sämmtlich ins Depot der Polizeipräfectur abgeführt und in ihren Wohnungen Nachsuchungen vorgenommen.

— den 25. März. Ein präsidentielles Decret vereinigt die Gemeinden von La Guillotière, Croix-Rousse und Baise mit der Stadt Lyon. Eine Commission von 30 Mitgliedern wird provisorisch das Amt des Gemeinderathes versehen. Nach den Bestimmungen eines anderen Decrets soll fortan Niemand Kupferdrucker sein dürfen, wenn er nicht vorher ein Patent erlangt hat. Nichts desto weniger wird man, für den Privatdruck, Pressen von geringer Größe besitzen und dieselben gebrauchen dürfen, ohne einer besonderen Ermächtigung des Policeiministers unterworfen zu sein. Dieser Minister ist es nämlich, der fortan die Patente für den Buchdrucker, den Lithographen und den Buchhändler ertheilen wird.

Die Deputirten Schneider, Handelsminister im Interimscabinet, und Reveil, Maire von Lyon, ein ehemaliger Anhänger Cavaignac's, sind zu Vicepräsidenten des gesetzgebenden Körpers, die Deputirten Hebert und Bast-Vimeur, ein alter General des Kaiserreichs, zu Quästoren ernannt worden. — In einem Kaffehause der Straße St. Martin sind etwa 50 Deutsche verhaftet, zum Theile aber schon wieder entlassen worden.

— den 26. März. Der „Moniteur" enthält ein Decret in Betreff der Decentralisation. In Erwägung, daß man aus der Ferne regieren, jedoch nur in der Nähe verwalten könne, daher die Wirksamkeit der Regierung centralisiren, jene der Verwaltung decentralisiren müsse, wird vom Präsidenten der Republik verordnet, daß dem Ministerium die Angelegenheiten, welche Staatsinteressen betreffen, als: die Genehmigung der Localbudgets, außerordentlicher Auflagen und Gränzbestimmungen, vorbehalten bleiben. Die Präfecten entscheiden selbst über andere namentlich aufgeführte Departemental- und Communal-Angelegenheiten.

Italien.

Bologna, den 17. März. Eine vom Monte Becesio herabgestürzte Steinmasse begrub 7 Häuser, 24 Personen und 70 Thiere.

Großbritanien.

London, den 26. März. Die Motion für Reform des Parlaments, die alljährlich von Hrn. Hume gestellt wird, ist von 155 Mitgliedern der gegenwärtigen Majorität des Unterhauses eingebracht worden.

Dänemark.

Kopenhagen, den 21. März. Die „Flensb. Ztg." enthält ein k. Patent, betreffend die Aufhebung des Belagerungszustandes in dem Herzogthum Schleswig.

— den 22. März. Die Königin-Wittwe, Marie Sophie Friederike, geborne Prinzessin von Hessen-Kassel, ist heute in dem Alter von 84 Jahren verschieden.

Neueste Nachrichten.

München, den 26. März. Den Offizieren und Soldaten der hiesigen Infanteriedivision ist durch allerhöchstes Rescript das Tragen von Kinnbärten jeder Art untersagt und nur das Beibehalten eines Schnurrbartes freigestellt. (Volksb.)

Augsburg, den 27. März. Auf der gestrigen Schranne erfuhren alle Getreidegattungen einen sehr beträchtlichen Abschlag: Weizen fiel um 1 fl. 26, Kern um 1 fl. 42 kr., Korn um 1 fl. 24 kr., Gerste um 55 kr.

Hannover, den 25. März. Die Bevollmächtigten zum Flottencongreß sind unverrichteter Dinge abgereist.

Paris, den 26. März. Nach einer Angabe des Eigenthümers des Café Danemark sind die in seinem Locale verhafteten Personen sämmtlich wieder freigelassen worden.

— den 27. März. Der „Moniteur" enthält ein Decret, wodurch die Gehälter der Canonici des Capitels von Saint Denis wieder hergestellt werden.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 25. März. Weizen 7 fl. 16 kr., Korn 6 fl. 2 kr., Spelz 4 fl. 55 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige — fl. — kr., Hafer 3 fl. 40 kr., Kartoffeln 1 fl. 45 kr., per Centner.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[918] **Verlaufener Hühnerhund.**

Ein braun gefleckter gut behängter Hühnerhund mit etwas kurz gestutzter Ruthe männlichen Geschlechts, auf den Namen „Pluto" hörend, hat sich Sonntag den 21. d. M. verlaufen. Wer denselben an Jacob Goebels auf dem Hemshofe bei Ludwigshafen zurückbringt, erhält eine gute Belohnung. Zugleich wird vor dessen Ankauf gewarnt.

[917] **Zahnärztliche Anzeige.**

Ich werde den 30. d. Mts. Mannheim verlassen, und bis den 9. April in Heidelberg verweilen. Vom 6. April bin ich wieder täglich in meiner Wohnung Lit. P 5, Nro 1 am Strohmarkt zu sprechen.

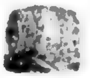
Mannheim, den 27. März 1852.

J. Böhling, Zahnarzt.

[916a] **Agentengesuch.**

Agenten, die sich mit dem Debit eines lucrativen Artikels gegen annehmbare Provision befassen wollen, werden gesucht und nur ausgebreitete Bekanntschaft und Reellität verlangt. Anmeldungen unter O R. werden franco Nro. 1 Post restante Frankfurt a. M. erbeten.

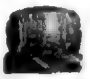
[915a] **Versteigerung von 200 Fuder Wein in Rhodt in der Rheinpfalz.**



Carl Heinrich Schattenmann, Eigenthümer in Rhodt, läßt in seinem Hause daselbst nächsten Monat, Mittwoch den 21. April, Morgens 9 Uhr, 200 Fuder Wein von den Jahrgängen 1846, 1848 und 1849 öffentlich versteigern.

Am Tage vor der Versteigerung wird das Verzeichniß ausgegeben und können die Weine verkostet werden.

[909a] **Bekanntmachung.**



Freitag, den 2. April nächsthin, des Morgens 9 Uhr anfangend, zu Ludwigshafen in der Wohnung des Heinrich Knoll, Kassier bei der pfälzischen Ludwigsbahn, läßt Elisabetha eine geborne Dietz, Ehefrau des genannten Heinrich Knoll, durch unterzeichneten Notar gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigern:

2000	Liter	Wachenheimer	1850er Wein,
500	„	Dackenheimer	„ „
1500	„	Wachenheimer	1849er „
500	„	Hambacher	1847er „
1200	„	Forster	1850er „

Sodann folgende Weinfässer:

3 Faß	von	1060 Liter	sämmtlich weingrün und fast Alle ganz neu.
1 „	„	800 „	
5 „	„	600—700 „	
10 „	„	150—160 „	
5 „	„	80—100 „	
3 „	„	50—60 „	

Ferner verschiedene Branntweinfäßchen, eine vollständige Ladeneinrichtung nebst Waagen, Mehlkasten, Lampen, Cigarren, Comptoirpulte, Kaunitz und Tische, sowie allerlei Hausgeräthschaften.

Um 9 Uhr wird mit der Versteigerung der Hausgeräthe und sonstigen Mobilien, und um 11 Uhr mit jener der Weine und Fässer angefangen werden.

Mutterstadt, den 22. März 1852.

C. Moré, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch **Nro. 78** **den 31. März 1852.**

Deutschland.

(:) Aus Altbaiern, den 25. März. (Bremische Verfassungsangelegenheiten.) Der wiederhergestellte „Bundestag" greift in die Verfassungen der Einzelstaaten auf eine Weise ein, welche vor dem März 1848 nirgends ihres Gleichen findet. In Kurhessen, Darmstadt, Württemberg wurden auf seine Veranlassung, unter seinem Schutz einseitig Gesetze außer Wirksamkeit gesetzt, die nur mit Zustimmung einer legalen Volksvertretung ihre rechtliche Kraft verlieren konnten, neue Gesetze wurden eingeführt von einer Behörde, die dazu wol die physische Macht, nicht aber die Befugniß hatte. Die Reihe ist jetzt an Bremen gekommen. Die Bremische Bürgerschaft hat am 5. März 1849 mit dem Senate eine neue Verfassung vereinbart, eine Verfassung, die lebenslängliche indirect gewählte Senatoren, und zwar zur Hälfte aus Gelehrten und mehr als zum vierten Theile aus Kaufleuten bestehend, an die Spitze stellt, an ihrer Seite eine nach allgemeinen Wahlen gewählte Bürgerschaft und einen aus dieser genommenen Ausschuß, das sogenannte Bürgeramt. Seit drei Jahren bereits wird unter dieser Verfassung die Stadt regiert; Bremen blühte. Da kömmt der Senat und macht Ausstellungen an dieser Verfassung, die Bürgerschaft verwirft die Abänderungsvorschläge; nun erhebt sich der „Bundestag" in Frankfurt und erklärt, daß viele Bestimmungen der bremischen Verfassung mit den Bundesgesetzen in Widerspruch ständen, nicht blos die vom Senat gewünschten Abänderungen mußten mit oder ohne Zustimmung der Bürgerschaft getroffen, auch andere Bestimmungen, namentlich die Wahlgesetze, sollen beseitigt und vorläufig jede Neuwahl in den Senat unterlassen werden. — Woher schreibt der Bundestag sein Recht, in das Verfassungswesen einzelner Staaten sich einzumischen? Daß wir jener Versammlung überhaupt gar kein Recht zuschreiben, ist natürlich; aber selbst nach dem alten Bundesrecht steht ihr nun und nimmermehr eine solche Einmischung zu. Die Bundesacte und die Schlußacte, welch letztere übrigens selbst wieder nie in allen Theilen zu Recht bestehen konnte, sie garantiren die Unabhängigkeit der einzelnen deutschen Staaten; wenn dem Bundestag irgend eine Bestimmung einer Einzelverfassung nicht zusagt, so hat er darum auch nach dem alten Bundesrecht noch immer nicht die Befugniß, selbst thätig einzugreifen; nur auf verfassungsmäßigem Wege können die Bestimmungen der Landesverfassungen abgeändert werden, so verfügt ausdrücklich der Artikel 51 der Wiener Schlußacte; schützen mußte der Bundestag die Einzelstaaten innerhalb dieses Kreises, nicht angreifen durfte er sie, weil sie nicht aus demselben hinaustreten wollen. Was man aus den Worten „innere Sicherheit," „Souveränität," „landständische Verfassung" u. s. w. herleiten wollte, um für den Bundestag das Recht der Einmischung in die Einzelstaaten herauszudemonstriren für den Fall, daß dem Volke einige Befugniße in denselben eingeräumt werden sollten: es fällt vor dem Richterstuhle der Critik als vollkommen nichtig zusammen, es konnte niemals eine Rechtskraft haben. Rechte garantirte der alte Bund dem deutschen Volke, sie durfte, sie sollte er durchführen — er that es nicht; Pflichten, Schmälerung der Rechte wollte die Bundesverfassung gewiß nicht dem Volke auferlegen, Geschichte, Entstehung und Inhalt derselben strafen solche Behauptungen Lügen. Mit Recht hat darum die Bürgerschaft von Bremen jede Einmischung des Bundes als unberechtigt, zurückgewiesen, mit Recht hat sie im Hinblick auf die §§. 123, 54 und 51 der Bremischen Verfassung *) den Senat wiederholt aufgefordert, trotz des frankfurter Inhibitoriums, innerhalb des 14tägigen Termins die Neuwahl für den verstorbenen Bürgermeister Noltenius vorzunehmen, widrigenfalls sie den Senat nicht mehr als solchen anzuerkennen vermöge; sie hat blos gethan, was ihre Pflicht gewesen, die Folgen mögen Andere verantworten. Die Bremische Bürgerschaft kann sich keine größere Macht geben, als sie wirklich hat, nicht der Erfolg darf darum maßgebend sein; aber ihr moralisches Gewicht hat sie behauptet und auch das will im gegenwärtigen Augenblick viel bedeuten. Die Gothaer übrigens haben bei dieser Gelegenheit sich wieder in ihrer leibhaftigen Gestalt gezeigt. Sie haben stets den Mund voll von Recht, von Opfern die sie für dasselbe zu bringen entschlossen sind, überall aber, wo es gilt, die Grundsätze deren sie sich rühmen, auch anzuwenden, treten sie feig zurück. Bremens Recht ist klar wie die Sonne. Was thut Gotha? Die „Weserzeitung" und ihre Zwillingsschwester in Leipzig waren die ersten, welche ihre Steine gegen die Bürgerschaft Bremens geworfen; sie nennen deren Schritte eine „Auflehnung" gegen den Bundesbeschluß vom 6. März, sie finden darin nichts anderes als ein „thörichtes Bramarbasiren" und meinen, die Bürgerschaft hätte besser daran gethan, ihr Mandat niederzulegen. Ja die Herren behaupten gar, die Versammlung in Frankfurt allein sei competent, Bundesgesetze auszulegen, als ob diejenigen, welche bei Uebergriffe zunächst leiden müssen, nicht berechtigt wären, das Maß des Gesetzes daran anzulegen; als ob bei diesem Gothaischen Grundsatz nicht Jeder zu Allem competent wäre, falls es ihn nur gelüsten sollte, sich mit oder ohne Grund für competent zu erklären. Sehen wir hier nicht in jedem Zoll Gotha? Das ist dieselbe Politik, die redet bis der Sturm im Anzuge ist, und dann stromabwärts sich wendet, weil man „nicht gegen den Strom schwimmen kann;" das ist dieselbe Politik der Rederei, die über Malmö, Wien und die Reichsverfassung Worte machte und jedesmal feige Ausflüchte fand, wenn ihre eigenen Principien ins Leben treten sollten; das ist dieselbe doctrinäre Halbheit, die weil sie einmal von einem gewiegten Staatsmanne gehört, daß man sich in das Unvermeidliche fügen müsse, überall Unvermeidliches findet, wo nicht Alles mit einer Phrase abgethan ist. Warum wendet Gotha sich nicht an constitutionelle Kammern, um dort für das Recht wenigstens eine kleine Stütze zu finden? Es ist wahr, wir sahen bis jetzt bloß in den kleineren Staaten den Geist offen wirken, der „über den Wassern schwebt," man hat gegen die größeren Staaten, namentlich auch gegen Baiern, noch keine offene Einmischung versucht; aber daß die Gefahr für alle Staaten vorhanden ist, wenn man das Princip selber nicht angreift, wer kann

*) §. 123. „Die Bürgerschaft hat auf die Aufrechthaltung der Verfassung, der Gesetze und Staatseinrichtungen zu halten und auf zeitgemäße Entwicklung derselben sowie auf Beseitigung etwaniger Mängel oder Beeinträchtigungen in Gemäßheit der Gesetze hinzuwirken."

§. 54. „Geht ein Bürgermeister während seiner Amtsführung ab, so wird binnen den nächsten 14 Tagen sein Nachfolger erwählt rc. rc."

§. 51. „Die Wahl derselben (der Bürgermeister nemlich) geschieht vom Senat."

das bezweifeln? Keine Kammer sollte es daher stumm mit ansehen, wie eine Verfassung um die andere stürzt, wie eine Säule rechtlicher Entwicklung um die andere eingerissen wird. Als vor anderthalb Jahrzehnten in Hannover der Angriff gegen die Verfassung gemacht wurde, da erhob ganz Deutschland seine Stimme dagegen, auch die baierische Kammer blieb nicht zurück. Ist das Rechtsbewußtsein erloschen? Hat das Rechtsgefühl die Sprache verloren?

Macauley über die französischen Zustände. (Schluß.) Zunächst der allgemeinen Bestechung steht in dem kaiserlichen System die allgemeine Unwissenheit. Die Censur ist über die Grenzen des Lächerlichen getrieben, denn die Censoren werden selbst censirt; die Preßfreiheit ist todt und begraben; die Feuilletons sind verstümmelt; die Oper ist als ein heiliges Mysterium behandelt, nicht einmal ein unabhängiges Schweigen über sie ist gestattet, und das Drehen und Winden, mit dem solche Journale, wie Siècle und Debats, verhökern müssen, wovon sie wissen, daß es Lüge ist, erscheint eben so albern, als es pathetisch sein soll. Die Redaction der Regierungsblätter, Constitutionnel und Patrie, ist sorgfältig nach Swift's Rezept eingerichtet, nie die Wahrheit zu sagen, als mit der Absicht, sie als Lüge erscheinen zu lassen, und nie eine Lüge, ohne die Hoffnung, daß man sie für wahr halten werde. Die tödtlichste Probe ihrer Aufrichtigkeit ist ein Versprechen und ist es mit einem Eide bekräftigt, so wird jeder verständige Mensch das Weite suchen und sich auf das Schlimmste gefaßt machen. Gerade in diesem Augenblicke gibt sich der Constitutionnel unsägliche Mühe, Großbritanien von Rüstungen abzubringen. Er ist erstaunt über unsere Einfalt, verwundert über unsere Besorgniße und höchlich amüsirt über unsere Unkosten. Der Dr. Veron ist unsterblich in Fabrikation der Pate Regnault und seine „Solutionen," die politischen wie die pharmazeutischen, sind bewundernswürdig; aber wir würden vielleicht seinen Rath höher schätzen und von seiner Drolligkeit mehr gekitzelt sein, wenn wir uns nicht erinnerten, daß der Constitutionnel am 2. December einen Leitartikel brachte, welcher den Gedanken eines Staatsstreiches lächerlich machte und die Unmöglichkeit der Ausführung bewies, die drei Stunden später erfolgte.

Indessen wird die Unwissenheit, die als so heilsam für das Volk betrachtet wird, rücksichtlich der Regierung nicht als gleich wohlthätig angesehen. Schlechtes Kaiserreich ohne einen Polizeiminister, und Mr. Maupas ist der Fouché unserer Tage. Das präsidentliche Schreiben, welches dieses wichtige Amt einrichtet und einweiht, belehrt uns zugleich, daß dasselbe vollkommen väterlich organisirt sei. Es ist lediglich auf das Beste der Unterthanen und darauf berechnet, dem Staatsoberhaupt die Bedürfnisse und Wünsche seiner geliebten Wähler kund zu thun. Der Kern des ganzen Systems ist, Jedermann mißtrauisch gegen seinen Nachbarn und jeden Beamten zum Spion über die andern zu machen. Die Vorsehung ist stets eine beliebte Redefigur Hrn. Bonaparte's gewesen. Als „zweite Vorsehung" kam er um Gehaltszulage ein; in der Gestalt der Vorsehung hat er, nach dem Ausdruck der „Patrie," das Haus Orleans geplündert; und der Polizeiminister legt sich eines der größten Attribute der Vorsehung bei — die Kenntniß der Gedanken und Handlungen des Menschengeschlechtes. Wie viele andere väterlichen Regierungen, ist auch diese nicht ganz nach dem Geschmack des Kindes; und Privatpersonen wie Staatsmänner wissen die Wohlthat nicht gehörig zu würdigen, daß ihr Busenfreund dafür bezahlt wird, sie zu verkaufen, daß ihre reizende Partnerin in der Polka ein Spion und ihr Bedienter ein sehr intelligentes Mitglied der Sicherheitspolizei ist.

Der eiserne Reifen für Jesuitismus, Korruption, Finsterniß und Spionage ist die Gewalt. Zahl und Gehalt der Gendarmerie ist vermehrt; sie ist für eine Säule des Staates erklärt. Die Armee wird geliebkost, wie sich von selbst versteht. Die „Blüthe" des Volkes hat zwar ein schmutziges Geschäft zu besorgen gehabt, aber sie ist gut dafür bezahlt worden. Das Gerücht von einer Reduction wird mit Eifer verbreitet. Credat Judaeus! Auch nicht ein Soldat ist zu entbehren. Reduction der Armee! Ja, wenn Louis Napoleon wie Sulla abdankt und nach Hause geht, verfolgt von den Flüchen des Volkes und dem morbus puliculosus.

Ist Verlaß auf die Armee? Der Erfolg wird es lehren.

* **München**, den 27. März. Der Friedrichshain zu Berlin, auf dem die am 18. März 1848 Gefallenen ruhen, sollte also am diesmaligen Jahrestage nicht von Freunden besucht, es sollte den Angehörigen nicht gestattet sein, die Gräber ihrer Lieben zu schmücken! Wie ganz anders war es doch vor 4 Jahren! Damals — entblößte der König das Haupt vor den Leichen! Und die Verwundeten, von denen Mancher starb, — der König ließ einen großen Theil von ihnen im Schloße selbst, und zwar in den Zimmern der Herzogin von Mecklenburg aufs Beste verpflegen, — waren sie doch, wie man damals allgemein, auch in den „regierungsfreundlichen" Blättern sprach, „in dem Befreiungskampfe" verwundet worden. Die Königin selbst gab von ihrem eigenen Haushalte Betten und Kleidungsstücke her, und ließ die Leidenden aus ihrer eigenen Küche versorgen. Sie besuchte dieselben täglich und sprach ihnen Trost zu. Die Schloßfrauen der Königin machten die Krankenwärterinnen. Es gewährte, nach der Bemerkung von Augenzeugen, einen eigenthümlichen Anblick, die Betten dieser Kranken in den prächtigen Sälen des Schlosses stehen zu sehen, reihenweise unter den schönen und seltenen Marmorbildern alter und neuer Kunst. — Wer hätte damals, wer hätte, als der König umherritt mit der dreifarbigen deutschen Fahne, — wer hätte in jener Zeit ahnen wollen, daß nach 4 Jahren den Hinterbliebenen der Umgekommenen von Policeiwegen verwehrt werden dürfe, deren Gräber mit Blumen zu schmücken, ihren Angehörigen den letzten Tribut der Liebe zu zollen?!

* **München**, den 27. März. Die „Neue Münchn. Ztg." enthält einen Artikel des Inhalts, daß eine „eigentliche Ministercrisis" gar nicht bestanden habe, und daß auch „die in einigen Staatsangelegenheiten bestandene Verschiedenheit der Ansichten zwischen Krone und Ministerium ihre volle Vereinigung gefunden habe."

Ohne näher zu untersuchen, was die ehrenwerthe „Neue Münchn. Ztg." unter „eigentlichen" und „uneigentlichen" Ministercrisen versteht, muß man jedenfalls zugeben, daß dieser Artikel so diplomatisch abgefaßt ist, daß sich derselbe vollkommen würdig jenem zur Seite stellen läßt, in welchem das subventionirte Blatt im Spätjahre 1850 in Abrede stellte, daß die bei Aschaffenburg zusammen gezogenen Truppen nach Kurhessen bestimmt seien.

* **München**, den 27. März. (103. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Der Justizminister, Hr. v. Kleinschrod, befindet sich seit längerer Zeit zum ersten Male wieder am Ministertische. — Urlaubsertheilungen an Brunk, Prell, Frz. Xav. Schmid und Ad. Müller.

Berathung des Antrags von Rudhart, „Ergreifung der Initiative zur Aufhebung des Einstandsrechtes der Blutsverwandten in den Kauf liegender Güter betr." Der Ausschuß beantragt bezüglich dieses (blos das diesseitige Land betreffenden) Gegenstandes, die Regierung zur Ergreifung der Initiative zu ersuchen, statt sie selbst zu ergreifen. Die Kammer stimmt bei.

Berathung des Gesetzentwurfs: „das Taxregulativ für die Verhandlungen der nicht streitigen Rechtspflege, sowie der innern, dann Policei- und Finanzverwaltung." Der Gesetzentwurf betrifft nur die 7 ältern Kreise. Er besteht zunächst in einer Revision des bereits vorhandenen Taxregulativs, bezweckt Beseitigung einiger Mißstände, und Ausdehnung dieses Regulativs auf Unterfranken, wo bisher sehr geringe Taxen bestanden. (In Folge dieser Ausdehnung dürfte sich der Taxertrag in Unterfranken um mehre hunderttausend Gulden erhöhen.) Die Verhandlung entbehrt, nach Maßgabe des Gegenstandes, eines

allgemeinen Interesses, weßhalb wir uns darauf beschränken, zu berichten, daß die Verhandlung bis zum Schluße der allgemeinen Discussion gelangte, so daß die Berathung der einzelnen Artikel bis Montag beginnt.

München, den 25. März. Vor einigen Tagen wurde ein Mitglied der ehemaligen deutschkatholischen Gemeinde mit einem Kinde beschenkt, treu seinen Grundsätzen ließ derselbe das Kind in keine der alten Genossenschaften durch die Taufe aufnehmen, sondern taufte es in Gegenwart zweier Zeugen selbst. Der Mann hat Muth und Consequenz. (F. K.)

Zu **Bamberg** hielten am 26. d. die Minister v. d. Pfordten, v. Beust (von Sachsen) und v. Neurath (von Württemberg) eine Conferenz über die Zollvereinsangelegenheiten.

In **Hofstetten**, Gerichts Alzenau, ereignete sich folgende gräßliche That: Die ledige Maria Anna Schwarzkopf von dort legte, in der Absicht, ihr 1 Jahr altes Kind zu verbrennen, in ihrem Wohnzimmer Feuer an und entfernte sich hierauf. Das ausgekommene Feuer wurde bald gedämpft, allein das Kind war schon derart verbrannt, daß es nach Verlauf von 8 qualvollen Stunden starb. Die Scheußliche ist dem Gerichte überliefert.

Straubing, den 24. März. Eine Bande von sechs Personen, zwei Familien Bachmaier von Freundorf, der Brandstiftung und mehrerer Verbrechen des Diebstahls angeschuldigt, wurde von unserm Schwurgerichtshofe theils zum Tode, theils zu 16 und 10 Jahren Zuchthaus und zu 2 Jahren Arbeitshaus verurtheilt.

Würzburg, den 27. März. Wie wir vernehmen, sind auf dem heutigen Getreidemarkt Roggen und Weizen nicht unbedeutend im Preise zurückgegangen.

Rudolstadt, den 18. März. Der Regierungsrath Hönniger ist vom Ministerium Vertrab seines Dienstes nunmehr definitiv, und zwar ohne Pension entlassen worden. Diese Entlassung ist als Disciplinarmaßregel anzusehen in Folge des gegen Hönniger wegen seiner Thätigkeit als früheres Parlamentsmitglied (in Frankfurt) ergangenen, auf ein Jahr lautenden Erkenntnißes.

Köln, den 28. März. Nach der „Cobl. Z." haben wir abermals einen Unfall auf dem Rheine zu beklagen, indem am 25. März in der Nähe von Andernach ein Schleppkahn der Frankfurter Gesellschaft, mit Stückgütern beladen, auf den Grund gefahren, leck geworden und gesunken ist, so daß nur noch das Verdeck aus dem Wasser hervorragt.

Berlin. An pensionirten Offizieren zählen wir in Preußen 22 Generale, 80 General-Lieutenants, 116 General-Majors, 125 Obersten, 440 Obrist-Lieutenants, 950 Majors, 600 Rittmeister, Hauptleute erster und zweiter Klasse, und 900 Premier- und Seconde-Lieutenants.

Wien, den 26. März. Am 29. März sollen 5 Mill. Gulden Reichsschatzscheine öffentlich verbrannt werden.

Schweiz.

Basel, den 22. März. Sie haben letztes Jahr auch mitgetheilt, daß ein Geistlicher, Pater Bäder, der Rector einer katholischen Schule in Graubünden war, wegen Päderastie die Flucht ergriff und dann von den Gerichten verurtheilt wurde. Das Urtheil wurde nun jüngst vom Bundesrath nach Rom gesandt, wo sich Bäder aufhalten soll, damit es demselben mitgetheilt werde. Der Cardinalsecretär sendete jedoch das Urtheil mit einem Schreiben wieder zurück und bemerkte, Bäder sei ein Geistlicher und eine weltliche Behörde habe ihn nicht zu verurtheilen! (Schw. M.)

Frankreich.

Paris, den 25. März. Das „Bulletin de Paris" veröffentlicht heute ein an seinen Redacteur gerichtetes Schreiben des Vicomte de l'Espine, das als ein Manifest zu Gunsten der Herstellung des Kaiserreichs betrachtet werden kann.

Unter den von der Commission des Allierdepartements aus Frankreich verbannten Personen befindet sich der General Courtais, früherer Oberbefehlshaber der pariser Nationalgarde. Ueberhaupt sind unter den durch die Departementalcommissionen Ausgewiesenen viele Personen der höheren Stände, Mitglieder der Generalräthe, Advocaten, Professoren, Aerzte, Rentner, Gutsbesitzer rc.

— den 26. März. Ein Decret im „Moniteur" schafft das im Juli 1848 von der Nationalversammlung in Folge der Junitage votirte Gesetz über die Clubs ab, mit Ausnahme jedoch des Artikels 13, welcher die geheimen Gesellschaften untersagt und auch ferner in Kraft bestehen bleibt. Die öffentlichen Vereine und Versammlungen werden den Vorschriften des Strafgesetzbuchs unterworfen sein, gemäß dem im April 1848 von der provisorischen Regierung erlassenen Decrete. — Der „Moniteur" enthält ferner zwei Decrete in Betreff der Einrichtung der Colonialbanken und der Strafgesetzgebung für die Handelsmarine.

Das dem Staate angehörige Wäldchen von Boulogne ist der Stadt Paris geschenkt worden unter der Bedingung, daß sie dasselbe verschönert. Die Sorbonne, das alte Universitätsgebäude von Paris, ist ebenfalls der Stadt geschenkt worden; sie hat sich jedoch verpflichtet, dasselbe neu aufzubauen. Der Bau wird 5 Mill. kosten.

Der „Moniteur" theilt ein Verzeichniß von 48 Soldaten und Unteroffizieren mit, welche die militärische Medaille erhalten haben, die mit einer lebenslänglichen jährlichen Pension von 100 Frcs. verbunden ist; es werden zugleich die Verdienste eines jeden der Decorirten angeführt. Zwanzig derselben zeichneten sich bei der Bekämpfung des Decemberaufstandes aus.

Hr. Ch. Kestner, ehemaliges Mitglied der Constituante und der Nationalversammlung, welcher nach den Ereignissen vom 2. December verbannt worden war und sich in Belgien und der Schweiz aufgehalten, hat die Erlaubniß zur Rückkehr nach Frankreich erhalten. Er ist vor einigen Tagen in Tann eingetroffen, um die Leitung seiner chemischen Fabrik wieder zu übernehmen.

Ein Erlaß des Generalgouverneurs von Algerien enthält eindringliche Ermahnungen gegen den unter den dortigen Truppen zunehmenden Selbstmord. Er spricht dabei auch von den neuen Operationen, die unternommen werden sollen, und brandmarkt die Feigheit, sich am Vorabend derselben freiwillig das Leben zu nehmen.

Ueber den 29. März sind wieder sehr ernste Gerüchte im Umlaufe. Wie man versichert, werden an diesem Tage zu Ehren des Senats und der Deputirtenkammer viele Truppen um die Tuilerien herum aufgestellt werden. Der Präsident der Republik, der Senat und der gesetzgebende Körper werden dem Rufe, der an diesem Tage in Paris erschallen soll, nicht widerstehen können, und die Zahl der Herrscher Europas wird vergrößert werden. — (Köln. Z.)

Italien.

Nizza, den 20. März. Gestern früh um 4 Uhr starb dahier die 65jährige Mutter Garibaldi's, des Exgenerals der ehemaligen republikanischen Armee in Rom. Abends um 7 Uhr wurde sie begraben und zwar mit bedeutendem Pompe. Die Ecken des Leichentuches wurden von 4 politischen Flüchtlingen gehalten, einem Russen, einem Franzosen, einem Polen und einem Italiener. Dem Begräbniß wohnten u. a. auch die höchsten Behörden und Officiere der hier liegenden 2 Regimenter bei, im Ganzen mehr als 3000 Personen. Ein Theil der Stadt, wo der Todtenzug durchging, war beleuchtet, und aus den Fenstern hingen italienische Tricolorfahnen. Ungefähr 300 politische Flüchtlinge folgten dem Sarge.

Großbritanien.

London. Das Schicksal des greisen Nees v. Esenbeck wird in der letzten Woche von mehreren wissenschaftlichen Engl. Blättern mit großer Theilnahme besprochen. Eine für ihn eingeleitete Geldsubscription verspricht guten Erfolg. Gegenwärtig circulirt in hiesigen naturwissenschaftlichen Kreisen auch eine Condolenz- und Anerkennungs-Adresse für den greisen Naturforscher.

Daß Franklin's Expedition mit Mann und Maus verunglückt ist, wird jetzt nur noch von einigen „Virtuosen der Hoffnung" bezweifelt. Der englische Capitän Naw ist nach einem neuesten Bericht von einer mühevollen See- und Landfahrt zur Aufsuchung Franklin's nun ebenfalls ohne Ergebniß zurückgekehrt. Er war im vorigen Sommer im nördlichen Polarmeer bis über den 70. Breitengrad vorgedrungen, von wo er des Eises wegen am 19. Aug. umkehren mußte. Alles was man fand, waren zwei Stück Holz mit einem kurzen Stück Tau, welche die Merkzeichen der englischen Regierung trugen und zu einem englichen Schiff gehört haben müssen.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 10. März. Seit dem Beginne dieses Monats kommen täglich über Tausend deutsche Auswanderer hier an, unter denen mehr Wohlhabende, als in früheren Jahren. — Es ist hier in letzter Zeit wieder viel von französischen Reclamationen die Rede gewesen, auf Grund der in den Jahren 1849 und 1850 zu San Francisco erfolgten Confiscation bedeutender Quantitäten französischen Branntweins und französischer Modewaaren. Die darauf sich gründenden französischen Forderungen waren eingeschlafen. Louis Napoleon hat sie jetzt wieder erneuert. Bei dem californischen Zins von 5 pCt. per Monat könnte sich die verlangte Ersatzsumme möglicher Weise auf 3 Millionen Dollars belaufen.

Versuche, welche unter der Aufsicht von Regierungsbeamten mit einem unterseeischen Fahrzeug angestellt wurden, fielen günstig aus. Das Schiff wurde für eine viertel Stunde unter Wasser getaucht. Es bewegte sich mit 3 Mann an Bord in einer Tiefe von 25 Fuß ganz nach dem Willen des Erfinders, eines Mr. Lambert Alexandre.

Neueste Nachrichten.

München, den 27. März. Wie gestern und vorgestern in Landshut und Erding, so sind heute auch auf der hiesigen Schranne die Preise abermals gefallen, und zwar Weizen, Korn und Gerste um 19, 36 und 13 kr., und blieben von den zu Markte gebrachten 16,827 Scheffeln 5475 Sch. unverkauft.

Wien, den 27. März. Der österreichisch-sardinische Handelsvertrag ist veröffentlicht. — Die russischen Großfürsten sind heute nach München abgereist.

Miscellen.

Lolo Montez hat in New-York und Philadelphia allein sich 10,000 Dollars ertanzt, und in New-York auch die Huldigungen der Führer dreier Indianerstämme empfangen, der Sioux, Irokesen und Pawneß, welche ihr ansehnliche Geschenke machten, namentlich in Schmucksachen, indianischem Hals- und Kopfputz. Die Indianer nennen sie Cat-rat Tantarara, das heißt: der große weibliche Kriegstänzer. Der irokesische Häuptling, etwa 30 Jahre alt, wurde rasend in sie verliebt und wollte sie zu seiner Squaw (seinem Weibe) machen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München, Markt vom 27. März. Weizen 22 fl. 13 kr., Korn 18 fl. 56 kr., Gerste 14 fl. 49 kr., Haser 6 fl. 48 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[914²] **Anzeige.**

Daß ich von meiner Geschäftsreise zurückgekehrt und täglich in meiner Wohnung zu sprechen bin, zeige hiemit ergebenst an.

Speyer, den 25. März 1852.

Brach, Zahnarzt.

[911²] **Zu verkaufen.**

Einen bordlangen Kappenstand zu billigem Preise verkauft

Georg Eckes,
Kürschner in Neustadt.

[901⁴] **Lehrlingsgesuch.**

In einer Tabaksfabrik und Spezereihandlung in Landau kann ein junger Mann von guter Familie sogleich in die Lehre aufgenommen werden. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[919] **Lehrlingsgesuch.**

In eine frequente Apotheke der baierischen Pfalz wird unter den günstigsten Bedingungen ein mit den nöthigen Vorkenntnißen versehener junger Mann in die Lehre gesucht, und wird ihm eine tüchtige Ausbildung zugesichert. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[920] **Tabak-Samen,**

welchen ich in den bezeichneten Sorten aus den Provinzen Amerikas bezog und zum Anbau empfehle:

Genuine Havanna à ℔ 12 Rthlr. à Loth 15 Sgr.
Maryland, Bull face
„ Wilson's
James River, Ruffle
Virginia
} à ℔ 8 Rthlr. à Loth 10 Sgr.

Briefe und Gelder erbitte mir franco.

Erfurt, im März 1852.

Carl Appelius
Kunst- u. Handelsgärtnerei.

[921³] **Hausversteigerung in Ludwigshafen am Rhein.**

Donnerstag, am 22. April nächsthin zu Ludwigshafen am Rhein, im Gasthofe zum deutschen Hause, Nachmittags 2 Uhr, läßt Herr A. Weber aus Kaiserslautern sein zu Ludwigshafen in der Hauptstraße gelegenes dreistöckiges Wohnhaus sammt Nebenbau und Garten versteigern.

Dasselbe wurde erst vor 6 Jahren solid aus Steinen erbaut und liegt ganz in der Nähe des Freihafens zu Ludwigshafen, auf einem eingeschlossenen Areal von 116 Nürnberger □Ruthen. Die angenehme und vortheilhafte Lage dieses Hauses empfehlen dasselbe sowohl als Privatwohnung wie zu einem merkantilischen Etablissement.

Oggersheim, den 28. März 1852.

Leuchsenring, k. Notär.

[922] **Verpachtung.**

Herr Friedrich Brunk von Winterborn beabsichtigt denjenigen Theil des Schloßgartens dahier, welcher bisher als Gemüsegarten benutzt wurde, dann die obere Terrasse am Ballhause mit großem Bassin und einen Theil der Allee, so weit letztere längs an dem Gemüsegarten hinzieht, auf mehrere Jahre in Pacht zu vergeben.

Da diese zu verpachtende Parzelle, welche an Fläche 93 Aren 35 Centiaren oder 2¾ Tagwerk enthält, durch einen Stacketenzaun vom Parke abgeschlossen werden soll, so erhält dieselbe für sich ihren Eingang durch das sogenannte Kirchenthürchen. In derselben befinden sich: ein Bienenstand, ein Treibhaus, ein sehr schöner Keller für die Gemüse und Pflanzen während des Winters aufzubewahren und ein Eiskeller.

Auf Verlangen kann weiters mit in Pacht gegeben werden der vis-à-vis dem Ackermann'schen Hause, nach der Leiselsbach hin gelegene kleine Garten, wodurch auch von jener Seite her noch ein zweiter Eingang in das vorbezeichnete Gartentheil angebracht werden könnte.

Die näheren Bedingungen können bei dem Herrn Eigenthümer selbsten wie auch bei Unterzeichnetem erfragt werden.

Kirchheimbolanden, den 24. März 1852.

Eduard Saarbach.

[42] **Lotto.**

Zu Nürnberg kamen den 27. März heraus:

88. 86. 84. 21. 41.

Die nächste Ziehung ist den 6. April zu München.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 79 | den 1. April 1852.

Deutschland.

* **Betrachtungen.** „Man möchte glauben, einer der ruhmgekrönten Seehelden des alten Venedig befehlige die Flotte, als der jugendliche Kaiser mit festem Muthe den Befehl zum Auslaufen gab und kühn dem Sturme Trotz bot." Dies ungefähr ist der Inhalt einer Reihe von Artikeln, in denen die „gutgesinnte Presse" jene unglückliche Lustfahrt zur See lobpreisend beschrieb, welche den Untergang des Dampfers „Marianne" und des Verlustes aller auf demselben befindlichen Menschen, ohne eine einzige Ausnahme, zur Folge hatte. Heute, da sich das Unglück nicht mehr ändern, ja nicht einmal bezweifeln läßt, bringen freilich diese nemlichen Blätter Aufsätze über den Vorgang in anderm Sinne als früher. Jetzt war auf einmal der Sturm ganz und gar nicht so bedeutend, wie der Lootse vorher gesagt hatte, jener Lootse, der in seiner Gegend für einen der erfahrensten und tüchtigsten bekannt ist, — obwol vor wenigen Tagen noch ein Trotzbieten diesem Sturme als die, „eines der ruhmgekrönten Seehelden des alten Venedig" würdige That gleichsam in den Himmel erhoben ward. Auch soll jetzt auf einmal das Ereigniß in ganz anderm Lichte erscheinen, weil, wie aus angebrannten Schiffstrümmern geschlossen wird, der Dampfer durch Brand oder Explosion des Pulvers zu Grunde gegangen sein soll. Wir wollen nicht lange bei der Frage verweilen, wie es wol kommen mag, daß man bis jetzt auch noch nicht von einer Spur der Boote des Dampfers hört? noch bei der weitern Frage, ob es nicht die dringendste Gefahr gewesen sein muß, durch welche der Schiffsführer bestimmt worden sein mag, die Dampfmaschine zu überheizen? Gewiß ist jedenfalls dies, daß ohne den damaligen Befehl zum Auslaufen aus dem Hafen, gegen die Warnungen des Lootsen, jene Menschenleben nicht zu Grunde gegangen wären! Zugestanden wird auch der schlechte Zustand dieses Kriegeschiffes der kaiserlichen Marine. —

(:) **Aus Altbaiern,** den 25. März. Die erste ordentliche Schwurgerichtssitzung von Oberbaiern für das Jahr 1852 wurde gestern beendet. Welch eine Fülle von Unwissenheit, Rohheit und sittlicher Verkommenheit zeigte sich während dieser Session von neuem unsern Blicken. Fast kein Angeklagter und sehr wenige Zeugen waren im Stande, die einfachsten Fragen zu verstehen, wenn dieselben in rein deutscher Sprache an sie gestellt wurden. Sämmtliche Anklagen waren auf gemeine Verbrechen gerichtet, zum Theil in einer Weise verübt, die man in unserer Zeit kaum für möglich halten sollte. Nicht blos die Anklagebank aber, auch die Zeugenbank hatte Individuen aufzuweisen, die wenigstens um nichts besser sind, als die ersteren; so wurden gleich in den ersten Verhandlungen zwei Zeugen wegen Meineids in Untersuchung genommen. Mit Recht wies der Schwurgerichtspräsident in seiner Abschiedsrede auf diese traurigen Zustände hin und machte die Lehrer des Volkes aufmerksam, dorthin ihr Augenmerk, ihre Thätigkeit zu richten. Vergleicht man Altbaiern mit den übrigen Provinzen auch des diesseitigen Baierns, so zeigt sich, wie weit dasselbe an Bildung und Gesittung hinter denselben zurücksteht. Während in Oberfranken und Mittelfranken bis jetzt niemals eine außerordentliche Schwurgerichtssitzung nothwendig war, während bei der letzten ordentlichen Sitzung in Oberfranken nur 5, bei der vorletzten in Mittelfranken nur 3 Fälle zur Verhandlung kamen: verging in Ober- und Niederbaiern fast kein Quartal, in welchem nicht neben der reichbeladenen ordentlichen Sitzung noch eine außerordentliche stattfinden mußte und Oberbaiern wird auch demnächst wieder seine außerordentliche Assise haben. Und sind nicht gerade Ober- und Niederbaiern die spezifisch „frommen" Provinzen? Sind nicht gerade Ober- und Niederbaiern die Gegenden, in welchen Hr. Dr. Sepp und seine Freunde die Leute „in ihrer Hand haben," sind nicht sie der Dr. Heyne'sche „Krystallisationskern" Baierns? Woher bei dieser Frömmigkeit diese Masse von Verbrechen? Sie kommen daher, weil in Altbaiern die Leute von Jugend auf zu blosen Glaubensmaschinen gestempelt werden; jede Selbstständigkeit wird ihnen von Kindesbeinen an genommen; sie kommen nie zum Denken; jede Humanitätsbildung geht ihnen ab. Die Leute gehen in die Kirche, aber von der Kirche weg gehen sie unmittelbar zu einer Prügelscene und prügeln den nächsten besten Bekannten wegen einer Lappalie so, daß er stirbt oder arbeitsunfähig wird. Man hat derartige Vorkommniße „Löwenmuth" genannt; wir müssen bekennen, daß unsere Phantasie sich zu derartigen Bildern nicht erheben kann, wie sie aus dem unerschöpflichen Born Seppischer Phantasie sprudeln. So viel aber wissen wir, daß es in Altbaiern nie besser werden wird, bis es gelingt, an die Stelle der gegenwärtigen Erziehungsmethode eine solche zu setzen, welche die Menschen zu Menschen bildet. Man hatte bis jetzt in Baiern Zeit, um jedes Wort sich zu kümmern, das in irgend einem Vereine gesprochen wurde, man wußte ganz genau, wie jeder Schneidergeselle gelebt, welche Gesinnung er hat, ob er eine Stunde früher oder später zu Bette geht. Hier ist ein reicheres, wichtigeres Feld der Thätigkeit geöffnet; man möge es anbauen.

Nürnberg. Der „Nürnb. Kur." bringt folgenden Artikel: Der alte Streit um die Herrschaft. Es gibt einen uralten Unkenruf, welcher sich von Jahrtausend zu Jahrtausend fortpflanzt, und der namentlich in neuester Zeit aus den Kloaken mancher Blätter überaus rührig aufstöhnt, nämlich das Weheklagen über Verfall der Religiosität. Seit wir die Geschichte kennen, wissen wir, daß es eine gewisse Kaste gab, welche auf dem Prinzipe der — Herrschaft ihr Banner aufpflanzte und änderten auch die Jahrtausende oder Jahrhunderte die äußere Farbe, der Proteus blieb und bleibt bis an das Ende aller Dinge auf seiner ursprünglichen Grundlage. Je mehr ihn aber die Zeit von seinem Ziele zurückdrängt, desto heftiger werden seine Anstrengungen, desto thätiger seine weltumspannenden Arme und die Neuzeit scheint berufen zu werden, den Riesenkampf mit der aufbäumenden Schlange zu Ende ringen zu müssen. Nicht als wären wir der Meinung, daß mit diesem letzten Kampfe auf Leben und Tod der ewige Frieden errungen würde, aber es wird uns nicht täuschen, wenn wir der Ueberzeugung beitreten, eine entscheidende Schlacht werde zwischen beiden Mächten geschlagen und die weltliche siegreich über das Schlachtfeld ziehen. Ihr kennt ja das schwarze Gefieder, das sich stets auf niedergeworfene Leichen herabsenkt. Als wir an einem andern Orte im „glorreichen" Jahre 1848 zur Vorsicht und auf die Wache riefen, wollten so wenige glauben, es werde der Tag erscheinen, wo unter dem Nebel der politischen Ungunst der abgehetzte Körper der Nationen die frisch eingeschlagenen Klauen todtgewähnter Feinde fühlen wird! Aber es gibt einen

unüberwindlichen Riesen und das ist die Zeit, dem ein alter und ewig sich verjüngender, mit ihm fortwachsender Riese zur Seite geht, und das ist die Wissenschaft, beide vereint bestehen siegreich den Kampf gegen ihren gemeinschaftlichen Feind, der wol in nicht mehr ferner Bälde seinen letzten Köcher wird ausgeschüttet haben. Es wäre knabenhafte Unkenntniß, wollte Jemand läugnen, daß die wahre Religiosität keine geringern Fortschritte gemacht habe, als die Intelligenz der Völker, und daß der Kampf des Lichtes gegen die gröbste Finsterniß immer doch den Sieg errang. Nur da, wo die Völker in der Barbarei der schwachen Kindheit liegen, finden wir die Alleinherrschaft jener Kaste, die den weltlichen Arm nicht als ihren Lenker anerkennen will, und darum das eifrige Stürmen, wenn die Völker müde darnieder liegen, sie zur finstern Unmündigkeit zurückzuführen. Dieses Streben ist und bleibt vergeblich, es führt nimmer zur — Herrschaft. Alte, von den Wissenschaften durchdrungene Völker können vernichtet, aber nicht mehr in die allesglaubende finstere Jugend zurückgeführt werden. Was hilft es, gegen die Geschichte und gegen die Philosophie, gegen die höhern Lehranstalten u. s. w. die verrosteten Ritterspeere zu schleudern? Sie haften nimmer, sondern sinken in der Rauchwolke der Locomotive und an dem Drahte, der schneller ist, als der Blitz, unmächtig nieder, und wächst erst der Wall der ungeahnt sich anthürmenden Naturwissenschaften zu einer nicht mehr ausbleibenden Höhe, — dann werden die jetzt so rührigen Lanzen sich ihr eigenes Grab wühlen. Fragen wir jedoch, ob das gegenwärtige Gebahren uns zum mitleidigen Lächeln oder zur ernsten Betrachtung führen müsse, so wird wol letzteres der Fall sein. Wer die Waffen und die Mittel jener sich immer mehr anschießenden Macht kennt, wer es weiß, was es heißt, in der einen Richtung nach Szenen von Canossa zu streben und in der andern das Tiefinnerste der Menschenmasse aufzuregen, und wer es weiß, daß in dem Stadium, das wir so eben in der Geschichte durchwandeln, die religiöse Aufregung sicher in ein politische umschlagen müßte, der kann nur mit bangem Blicke nach dem Lavastrom schauen, den man gegen unsere Zeit heranwälzt; aber daß jene am sichersten von ihm verschlungen werden, welche den Damm durchstechen und das verheerende Element entfesseln, das geben wir denen zu bedenken, die so eifrig an der jetzigen Lärmglocke ziehen.

* **Speyer,** den 31. März. Auf unserm gestrigen Fruchtmarkte sind die Preise sämmtlicher Getreidesorten abermals gewichen.

Frankfurt, den 28. März. In der uns benachbarten Wetterau, sowie in anderen getreidereichen Bezirken der Umgegend lagert bei den größeren Oeconomen noch viel unverkaufte Frucht.

Wiesbaden, den 28. März. Ein weiterer Beleg, in welcher Ausdehnung die Auswanderung auch aus unserem schönen Lande vor sich geht, ist das Vernehmen, wonach aus einem Dorfe über hundert Personen auswandern, so daß der betreffende Geistliche eine besondere Confirmation für ihre Kinder halten wird, und die bei dem Ministerium eingetroffene Anfrage einer ganzen Gemeinde, ihre Auswanderung betr.

Ulm, den 26. März. Gestern kamen die Mitglieder der hiesigen deutschkatholischen Gemeinde und Freunde derselben in großer Anzahl auf der Wilhelmshöhe zu einer geselligen Unterhaltung zusammen und feierten so den 7. Jahrestag ihrer Gemeindegründung. Toaste wechselten mit schönen passenden Gesängen. Man ersah, daß trotz mancherlei Wolken, die über dem Gemeindeleben der Deutschkatholiken schweben, ihre Hoffnung und ihr Muth nichts weniger als gebrochen seien. (Ulm. Schnellpost.)

Breslau, den 25. März. Die hiesigen Zeitungen bringen heute einen Steckbrief gegen den Dr. med. Engelmann, den Kaufmann Karl August Meyer, den Kaufmann Friedrich August Held, den Kaufmann Unger, die Lieutenants a. D. Schlinke und Beyse, welche wegen Aufruhr in Anklagestand versetzt sind. — Ein zweiter Steckbrief ist hinter dem Gymnasiallehrer Rösler aus Oels erlassen, dessen Verhaftung angeordnet wird, **„wenn er (aus Milwauken im Staate Wisconsin in Nordamerika) nach Europa zurückkehren sollte."**

Luxemburg, den 26. März. Vor einigen Tagen erhielt Hr. Boch von der Fayencerie, dessen ich in der Missionsangelegenheit Erwähnung gethan, einen Brandbrief. In demselben wurde gedroht, wenn Hr. Boch nicht binnen 14 Tagen die unterbrochene Mission fortsetzen lasse, nicht einige, namhaft gemachte, den Geistlichen mißliebige Arbeiter sofort entlasse, nicht die Unterlehrerin der Gemeindeschule (die Hr. Boch aus eigenen Mitteln besoldet) durch eine andere, namhaft gemachte Lehrerin ersetze u. s. w., so werde seine ganze Fabrik in Brand gesteckt werden. Hr. Boch heftete diesen Brief zu Jedermanns Einsicht an das Fabrikthor; und darauf bemächtigte sich der Staatsanwalt des Actenstücks, um die gerichtliche Untersuchung einzuleiten. Es kann nicht zweifelhaft sein, aus welcher Quelle eine solche Drohung entspringt. Der Vorfall sollte unserer Regierung ein Fingerzeig sein, sich der Missionäre zu entledigen. Die Aufregung ist groß, welche die Kunde von diesem Brandbriefe hervorgebracht hat. (Frkftr. J.)

Kiel, den 26. März. Gestern ging das Schraubendampfkanonenboot „von der Tann" unter dänischer Flagge und unter dänischem Commando von hier nach Kopenhagen ab; heute oder morgen werden ihm zunächst die drei von Glückstadt hier angekommenen Kanonenböte folgen. In den verflossenen Tagen ist auch alle Montirung aus dem Rendsburger Arsenal nach Kopenhagen gebracht worden.

Wien, den 25. März. Aus Zara wird wieder gemeldet, daß 500 bosnische Christen aus dem Orte Tisovacz sammt ihrem Hausvieh auszogen. Sie hatten ihren griechischen Pfarrer vor Verhaftung geschützt und die türkischen Soldaten mit Gewalt aus ihrem Ort vertrieben. Aus Angst vor der Vergeltung flüchteten sie auf österreichisches Gebiet.

— den 26. März. Gestern fand die letzte Conferenz der hier versammelten Abgeordneten der österreichisch-deutschen Zoll- und Handelsconferenz statt, welche sonach die angenommenen Entwürfe eines Handels- und Zolleinigungstraktates nebst dem dazu gehörigen Zolltarifsentwurfe ihren betreffenden Regierungen einsenden werden.

Schweiz.

Basel, den 24. März. Heute fand wegen der mehrbesprochenen Fastnachtsfarce gegen den Präsidenten der französischen Republik vor öffentlicher Sitzung des correctionellen Gerichtes eine Verhandlung statt. Die Angeklagten waren: der bekannte, schon oft wegen Injurien bestrafte Alt-Schullehrer N. Kölner, welcher gegen Bezahlung ein Spottgedicht verfertigt hatte, das bei jener Gelegenheit abgesungen und vertheilt wurde; ein Maler Pfander, welcher eine deutlich sprechende, bildliche Darstellung hiezu geliefert und mit zwei jungen Leuten die ganze Sache angeregt hatte. Sie wurden sämmtlich in Anwendung des §. 20 unseres Gesetzes, welcher von Ehrbeleidigungen gegen in- und ausländische Behörden handelt, zu vierwöchiger Gefängnißstrafe verurtheilt. Der Drucker des Gedichts, Seul, sowie drei andere junge Leute die mitgeholfen, erhielten vierzehn Tage Gefängniß; drei Musikanten welche beim Zug mitgespielt, wurden freigesprochen, und einer hatte sich gleich nach der Fastnacht entfernt.

Bern, den 27. März. Nach neuenburgischen Blättern sind drei wichtige Briefe aus Berlin an Neuenburger Royalisten in die Hände der Regierung gefallen. Nach ihnen sei der Hochverrath manifestirt, und die verbrecherischen Pläne derjenigen Partei, welche Neuenburg von der Eidgenossenschaft losreißen wolle, könnten keinem Zweifel mehr unterliegen. (Fr. J.)

Frankreich.

Paris, den 22. März. (Moderne Proskription.) Außer den Stellensuchenden treibt sich im Ministerium des Innern, der Polizei und der Justiz eine ganz eigene Klasse von Unglücklichen herum. Man kann sich

kaum einen Begriff von der Zahl der Frauen machen, die mit verweinten Augen, blaſſen Mienen von den Beamten der Regierung irgend ein Lächeln der Gnade für ihre von der Willkür hart betroffenen Männer erbitten. Ohne alle kundgegebene Anklage, ohne alles Verhör, ohne ein Dokument von Ausſagen, ohne alle gerichtliche Formalität werden Notare, Beamte ihrer Stellen entſetzt, aus ihrem Heimathort, wohl gar aus Frankreich verbannt. Das iſt meiſt die Folge des übertriebenen Eifers der Departementalbeamten. Ich bin ihm Stande, Ihnen ein Muſter der Dokumente mitzutheilen, durch das ein Mann eines ſchönen Morgens aus dem Schooße ſeiner Familie geriſſen werden kann. Die Aufſchrift iſt: „Kundmachung an den Hrn. .... über die von der Departementalkommiſſion getroffene Entſcheidung.“ Der Text lautet: „Die Departementalkommiſſion des ..., zuſammengeſetzt aus dem Generalkommandanten der ... Diviſion, dem Präfekten des Departements und dem Generalprokurator am Appellhofe zu ..., hat gegen den Hrn. ..., als Mitvorſtand und Theilnehmer an den der öffentlichen Sicherheit gefährlichen politiſchen Geſellſchaften, auf Internirung unter polizeilicher Aufſicht zu ... erkannt. Vorſtehende Kundmachung wird am ... um 8 Uhr Morgens von einem Gendarmeriebrigadier inſinuirt werden.“ Nach Empfang einer derartigen Zuſchrift hat der Betreffende binnen drei Tagen ſeine Angelegenheiten zu regeln und ſich nach einem beſtimmten Ort zu verfügen. Woher der Donnerſchlag der Anklage kommt, erfährt man in der Regel nicht. Mancher ſieht ſich überraſcht zum Mitglied irgend einer geheimen Geſellſchaft gemacht, von deren Daſein er nicht einmal etwas gewußt — und dagegen gibt es keine Appellation, keine Waffe — als die Gnade des Miniſters. Viele Betroffene eilen hieher nach Paris, und da geht denn das Entſchuldigen, Bitten auf alle mögliche Weiſe an. Da wird von dem Unglücklichen va banque geſpielt und gelingt es ihm nicht einen Treffer der Gnade zu finden, ſo ſtellt er ſich dem verzweifelten Spieler gleich in die Reihen der erbittertſten Feinde der Regierung. Die bedeutendſten Männer, unter Andern auch Hr. d'Audiffret, haben den Präſidenten der Republik und den Miniſter des Innern gebeten, auf die unerhörten Gewaltthätigkeiten, deren ſich die Militärkommiſſionen ſchuldig machen, ihre Aufmerkſamkeit zu lenken. In der That hat man zu keiner Zeit in Frankreich von Verhaftungen, Verurtheilungen, Ausweiſungen gehört, ohne die betreffenden Opfer ſolcher Gewaltthätigkeiten zuvor wenigſtens über die ihnen aufgebürdeten Verbrechen vernommen zu haben. Die von den Behörden auserſehenen Opfer werden oft auf öffentlicher Straße gepackt, wo ſie ihre Verhaftung und Verurtheilung zu gleicher Zeit erfahren. Hr. de Perſigny ſchiebt die Schuld dieſes Verfahrens auf den mißverſtandenen großen Eifer mancher Präfekten, mehr noch aber auf die Wuth der Polizeiinſpektoren, die unter der Leitung des Hrn. de Maupas ſtehen und die um jeden Preis ſich Verdienſte erwerben wollen. Die Präfekten, meint Hr. de Perſigny wollen hinter den Inſpektoren nicht zurückbleiben, und ſo überbieten ſich die beiderlei Agenten in Aufwand von Eifer, „der wohl manchmal in Gewaltthätigkeiten ausarten mag.“ (N. K.)

— den 27. März. Der „Moniteur“ veröffentlicht heute wieder eine große Anzahl präſidentieller Decrete. Der Actiengeſellſchaft der Paris-Straßburger Eiſenbahn iſt eine Verlängerung ihrer Conceſſion bewilligt, die Bedingungen ſind für die Geſellſchaft ſehr vortheilhaft. — Ein Decret beſtimmt, daß denjenigen Mitgliedern des früheren Staatsrathes, welche nicht wieder ernannt worden ſind, Penſionen oder temporäre Entſchädigungen bewilligt werden ſollen, und zwar Penſionen bei 20jährigem Dienſte und Entſchädigungen bei einem Dienſte von kürzerer Dauer, beides aber nur im Falle eines unzureichenden Einkommens. — Um die Intereſſen des Ackerbaues zu fördern, geſtattet ein Decret die Bildung einer conſultativen Ackerbaukammer in einem jeden Departement; es ſollen dieſe Kammern aus ſo vielen Mitgliedern beſtehen, als ſich Kantone in einem Departement befinden; die Mitglieder, welche tüchtige Landwirthe ſein müßen, werden von dem Präfecten auf 3 Jahre ernannt und können wiedergewählt werden; die Kammern ſollen der Regierung ſolche Vorſchläge unterbreiten, welche ſie als nützlich für die Ackerbauangelegenheiten erachten, namentlich in Bezug auf Ackerbaugeſetzgebung, auf indirecte Steuern, Octrois, Bewäſſerung u. ſ. w.; ein Erlaß des Präfecten beruft dieſe Kammern in jedem Jahre ein und beſtimmt die Dauer ihrer Seſſion. — Ein Decret ſtellt die Gehalte der Canonici des Capitels von St. Denis, wie ſie durch das kaiſerl. Decret vom 20. Febr. 1806 beſtimmt waren, wieder her; der Gehalt der 6 Canonici erſter Claſſe wird auf 10,000 Frs. jährlich erhöht, der Gehalt der 8 Canonici zweiter Claſſe auf 2500 Frs. — Ein Decret ſtellt die Verwaltung des Mont-de-Pieté (des öffentlichen Leihhauſes) von Paris unter die Autorität des Präfecten des Seinedepartements und des Miniſters des Innern. — Ein Decret ordnet an, daß Niemand ein Dienſt- oder Stellenbureau ohne beſondere Erlaubniß der Gemeindebehörden halten ſoll; dieſe Erlaubniß darf nur Perſonen von völlig vorwurfsfreiem moraliſchem Wandel ertheilt werden; die Perſonen, welche gegenwärtig ſolche Bureaux halten, müßen binnen 3 Monaten um die Erlaubniß von Seiten der Gemeindebehörden einkommen, und Die, welche die Erlaubniß nicht erhalten, müßen ſofort ihre Bureaux ſchließen. — Ein Decret ermächtigt den Miniſter der öffentlichen Arbeiten zu directer Ertheilung einer Conceſſion für den Bau einer Eiſenbahn von Blesmes und St. Dizier nach Gray.

Das geſtern erwähnte präſidentielle Decret in Betreff des Vereins- und Verſammlungsrechtes iſt eine erhebliche Schärfung der dießfälligen Geſetzgebung. Nach dieſem Decrete können in Zukunft alle Verſammlungen, auch die, welche keinen politiſchen Zweck haben, nur nach eingeholter Erlaubniß der Behörden ſtattfinden.

Das „Bülletin de Paris“ berichtet, daß geſtern abermals mehrere politiſche Verhaftungen in Paris bewerkſtelligt worden ſind.

— den 28. März. Der „Moniteur“ meldet die Ernennung des Herzogs von Mortemart, des Erzbiſchofs von Paris und 4 Anderer zu Senatoren. — Der Belagerungsſtand iſt in allen Departementen, über die er verhängt war, aufgehoben worden. — Die confiscirten Güter der Familie Orleans ſind bis zu einem Betrage von 35 Millionen verkauft worden, der Ueberreſt wird den Staatsdomänen einverleibt. — Zur Deckung des durch die Dotirung der Ehrenlegion erwachſenen Ausfalles werden 500,000 Frcs. 4½pCt. Renten geſchaffen, wozu für 35 Mill. Staatswaldungen verkauft werden ſollen.

Straßburg, den 28. März. Die Getreidepreiſe fallen ſeit einigen Tagen beträchtlich. Das Hectoliter Weizen, welches zu Anfang voriger Woche zu 25 Franken verkauft wurde, gilt heute nur noch 22 Franken. Von allen Seiten kommen große Zufuhren und die Getreidehändler ſuchen ihre Vorräthe loszuſchlagen. Bauern und Landwirthe thun das Nemliche.

Neueſte Nachrichten.

Paris, den 29. März. Der Prinz-Präſident wurde bei der heutigen Eröffnungsfeier der großen Staatskörper enthuſiaſtiſch empfangen. Seine Rede behandelt die politiſche und financielle Lage und ſpricht von freundſchaftlichen Beziehungen zu den Mächten. Wenn er es ſich nicht — heißt es u. A. — zur Regel gemacht hätte, Alles für Frankreich, nichts für ſich zu thun, ſo hätte er noch größere Macht an ſich nehmen können. Er werde dies aber nicht, wofern nicht die Parteien das Vaterland in Verwirrung bringen oder der Wille des Volkes ſich unwiderruflich dafür ausſpräche. (K. Z.)

Miscellen.

Speyer, den 29. März. Ueber der im Rheine begrabenen Locomotive ſcheint ein eigener Unſtern zu walten. Zwei Taucher, Vater und Sohn, von deren Hier-

Digitized by Google

herberufung allein noch Heil zu erwarten war, sind zu Ende der verflossenen Woche aus der britischen Hauptstadt eingetroffen. Ihre an Ort und Stelle gemachten Versuche haben aber leider nicht den mindesten Erfolg gehabt, und mit der Erklärung, daß der zu starken Strömung wegen mit ihrer Thätigkeit hier nichts auszurichten sei, haben sie die Arbeiten alsbald eingestellt. Morgen schon werden sie unverrichteter Sache ihre Rückreise wieder antreten. Zum Beweise aber, daß die Herren wirklich das sind, wofür sie sich ausgegeben, und daß einzig der angeführte Umstand der Ausübung ihres Berufes hindernd im Wege gestanden, haben sie zuvor noch an einer weniger reißenden Stelle des Stromes eine Probe ihrer Geschicklichkeit abgelegt und es wird erzählt, daß der Eine etwa 11, der Andere aber über 16 Minuten untergetaucht war. (Sp. Anzblt.)

Schutz gegen die Kartoffelkrankheit. Wir haben während der Andauer der lästigen Kartoffelkrankheit so manche Mittel und Andeutungen vernommen, wie die Kartoffeln vor Krankheit geschützt und bewahrt werden können; allein trotz diesem dauert diese Krankheit, zumal in den Gebirgsgegenden, fort und hat eine Menge armer Bewohner unseres Landes in die größte Noth versetzt. — Viele intelligente Landwirthe haben bereits seit Jahren versucht, neben den Kartoffeln noch andere Producte als Ersatzmittel anzubauen, auf deren Ertrag sicherer zu zählen ist. Dieses sind Erd- oder Bodenkohlraben, große Gelberüben und runde gelbe oder rothe Dickrüben; erstere liefern nicht nur eine gesunde Nahrung für Menschen, sondern auch mit letzteren eine kräftige Fütterung für Rindvieh, Pferde und Schweine, und geben bei guter Bearbeitung und Düngung des Bodens einen höhern Ertrag als die Kartoffeln selbst. Der vermehrte Anbau dieser drei Producte, nebst Erbsen, Bohnen und Saubohnen ist daher das Mittel, die Nahrungsstoffe zu gewinnen, die wir jährlich durch die Kartoffelkrankheit entbehren müssen, und sollen wir künftig vor Hungersnoth geschützt werden, so müssen wir diese Producte, wie es die Alten vor Einführung der Kartoffeln bereits schon gethan haben, mehr anbauen. 1) Die Erdkohlraben gedeihen vorzugsweise im Gebirge und auf den Höhen des Schwarz- und Odenwaldes, in den Thälern und Vorbergen bis in's flache Land. Tiefgebauter und gutgedüngter Boden ist ein absolutes Erforderniß. Die Pflanzen werden gleich den Krautpflanzen in den Gärten gezogen und auf das Feld ausgesetzt. Je fleißiger gehackt und gelockert wird, desto höher fällt der Ertrag aus. 2) Gelberüben werden im Frühling in Winter- und Sommerfrüchte, möglichst früh, dünn eingesäet und nach der Ernte fleißig geeggt, gehackt und gelockert. Ferner säet man sie breitwürfig oder in Reihen ohne Ueberfrucht, jedoch sehr dünn, daß nur alle 4 — 5 Zoll ein Samenkorn zu liegen kommt. Fleißiges Jäten und Lockern mit kleinen Hacken oder Karsten sind Haupterfordernisse; man wählt deßhalb gern die Reihensaat, weil zwischen den Reihen die Behackung leichter von Statten geht. Tiefgeackerter oder besser gegrabener, tiefgründiger Boden und Düngung mit verrottetem Mist oder Mistjauche steigern den Ertrag. Sie geben für Menschen, Pferde, Schweine und Rindvieh eine sehr gesunde und kräftige Nahrung. 3) Dickrüben eignen sich mehr für's flache Land und in flachere Gebirgsgegenden; sie verlangen tiefgründigen Bau und besonders fleißiges Behacken bis zum Herbst. Die Saat in den Garten und das Aussetzen der Pflanzen auf's Feld wird dem Stecken des Samens auf's Feld meist vorgezogen. Man wählt hiezu in der Pfalz meist die runde, gelbe Dickrübe, die auf dem Morgen 300 und nicht selten auch 500 Centner trägt, schlägt dieselbe im Freien in Gruben ein, wo sie bis zum ersten Kleeschnitt gesund und brauchbar bleibt. — Als Futter für's Vieh ist diese Rübe in den meisten Landesgegenden bekannt, und eine geregelte Stallfütterung kann hauptsächlich nur bei großem Dickrübenbau bestehen. — Um den Anbau dieser Producte zu befördern, hat der landwirthschaftliche Verein große Massen von Samen an inländische Landwirthe unentgeltlich vertheilt; allein, da er nicht alle Anforderungen befriedigen konnte, so hat er Samenhandlung von C. Männing in Karlsruhe veranlaßt, eine große Menge Samen von diesen drei Pflanzen anzuschaffen, welche zu billigem Pr ise dort erlangt werden können. — Karlsruhe, den 15. Febr. 1852. Metzger.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[923] **Anzeige und Empfehlung.**

Bei dem in steter Zunahme begriffenen Bedarf an geschnittenen Hölzern, die zu den verschiedenen industriellen Zwecken, namentlich aber bei der immer mehr in Aufschwung kommenden Cigarren-Fabrikation verbraucht werden, und da fortwährend bedeutende Zufuhren dieser Hölzer vom Niederrhein und aus Württemberg Absatz finden, glaubte der Unterzeichnete den Fournier-Schneidmaschinen bei uns dadurch mehr Eingang verschaffen zu können, daß er statt der kostspieligen eisernen Maschinen, billigere und zweckmäßiger construirte, aus Holz herstellte. Eine solche Maschine ist nun bereits seit 6 Monaten im Gang und zeichnet sich nach übereinstimmenden Urtheilen in jeder Beziehung sehr vortheilhaft aus; sie ersetzt nicht nur eine eiserne vollkommen, sondern ist ihrer namhaften Verbesserungen wegen in vielen Fällen derselben sogar vorzuziehen, da sie eben so dauerhaft ist; indem die der Abnützung unterworfenen Theile in Guß, Eisen und Messing ausgeführt sind und bedeutend billiger zu stehen kommt, so empfiehlt sich ihre Anschaffung von selbst und hofft der Unterzeichnete mit deßfallsigen Bestellungen baldigst beehrt zu werden. — Hiermit verbindet derselbe die Anzeige, daß auch alle andern in sein Fach einschlagenden Arbeiten von ihm auf das Beste und Billigste ausgeführt werden, namenlich aber: Zirkular- und Schweifsägen, Drehbänke, Bohrmaschinen, Stiftenmaschinen, Lohrinden- und Farbholzschneidmaschinen, Antifriktions- und Schraubenpressen aller Art, Vergold-, Apotheker-, Siegel- und Copierpressen, Cigarrenbindelmaschinen, Decimal-, Balken-, feststehende Tek-, Brief- und Schnellwaagen neuester Construction. Spinnmaschinen zum Selbstbetrieb und überhaupt alle Maschinen für Seiler, Seifeschneidmaschinen, Schrift- und Papierhebel, Gartenspritzen und Pumpen aller Art, watreloos, Flaschenzüge, Winden und alle mögliche Hebezeuge; ferner landwirthschaftliche Maschinen, als: Entwässerungsröhre und Backsteinmaschinen, Schrot-, Rüben- und Kartoffelmühlen, Häckselschneid-, Getreide- und Putzmaschinen für Mühlenbesitzer, sowie Anlegung von Transmissionen und Röhrenleitungen 2c.

Durch einen längern frühern Aufenthalt in England, sowie neuerdings durch den Besuch der Londoner Industrieausstellung ist der Unterzeichnete im Stande, sowol die oben angeführten Maschinen als überhaupt Hülfsmaschinen jeder Art und für alle Gewerbe nach der neuesten Construction mit den in jenem Lande angewandten Verbesserungen herzustellen und zu repariren und empfiehlt sich den Herren Fabrikanten und Gewerbtreibenden zu gefälligen Aufträgen und Bestellungen.

Speyer, im März 1852. **D. Heß,** Mechaniker.

[924] Wenn es dem Eigenthümer der Locomotive, welche bei Mechtersheim im Rheine liegt, um Wiedererhaltung zu thun ist, erbietet sich Unterzeichneter dieselbe mit höchst möglicher Schonung gegen angemessene Belohnung wieder an das Land zu liefern.

Neustadt, 30. März 1852. Schäfer, Bauunternehmer.

[910²] **Zucker-Rüben-Bau.**

Ich mache hiemit bekannt, daß noch Accorde zum Bau von Zucker-Rüben gemacht werden können und für dieses Jahr 28 Kreuzer für den Zentner, auf die Zuckerfabrik Friedens-Au an der Eisenbahn-Station Mutterstadt geliefert, bezahlt werden.

Joh. Conr. Reihlen.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 80 | den 2. April 1852.

Deutschland.

• **Französische Zustände.** Frankreich ist zu wichtig an sich, zu wichtig für ganz Europa, ja für die gesammte Menschheit, als daß, wer nicht stumpf und gleichgültig gegen Alles bleibt, die dortigen Vorgänge je aus den Augen verlieren dürfte. Auch in der jüngsten Zeit geben die Dinge daselbst ganz in der bisherigen Weise fort. Nicht selten glaubt man sich in jene Zustände des alten Rom zurückversetzt, die nach der Herstellung des Kaiserthums unter den Dictaten von halb Wahnsinnigen zum Vorscheine kamen. Ein wahres Chaos scheint in Frankreich zu entstehen; die so sehr gefürchtete Anarchie, die völlige Unsicherheit alles Bestehenden, sie schreckt und betäubt das ganze Land. Und dennoch zweifeln wir nicht daran, daß gerade aus dieser Auflösung eine dauerndere neue Gestaltung hervorgehen wird. Die jetzigen Dinge werden und können nicht bleiben, aber sie werden, ihren eigenen Urhebern unbewußt und ungeahnet, das Mittel sein, um eine neue Crystallisation herbeizuführen. Freilich: hätte nicht unter Ludwig Philipp und gerade ebenso seit 1848 eine, die Interessen des Volkes verrathende und verkaufende sogenannte „Volksvertretung" jeden Fortschritt verhöhnt und vereitelt, — das Ziel wäre viel wohlfeileren Kaufes zu erreichen gewesen!

Das Unglück Frankreichs wurzelt wesentlich in dem unseligen Zwiespalt zwischen der „Bourgeoisie" und dem „Proletariate," den man in der unverantwortlichsten, oft wirklich wahnsinnigen Weise stets von allen Seiten unterhielt und förderte. Die Einen köderte, die Andern schreckte man vermittelst der Schlagworte „Communismus" und „Socialismus." Die Armen versetzte man in einen idealen Rausch unmöglicher Glückseligkeit, die Mittelklasse verleitete man zu dem Fehler des alten Königthums: man dürfe, wolle man nicht Alles verlieren, auch nicht das geringste Zugeständniß machen! Während eine neue, bessere Gestaltung der Verhältnisse nur durch ein gemeinsames Zusammenwirken jener beiden mächtigen Classen der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist, gelang es dem Unverstande, eine Todfeindschaft zwischen beiden anzufachen! Wahrlich eine herzdurchschneidende Erscheinung, daß civilisirte Menschen, gleichberechtigte Bürger einer Staatsgesellschaft einander, wie Raubthiere, gegenüber stehen, — daß die Klasse der glücklichen Besitzenden um ihres Besitzes willen mit der Klasse der unglücklichen Nichtbesitzenden auf Leben und Tod im Kampfe sein und bleiben soll, bis die eine oder die andere vernichtet ist! Ein unbegreiflicher Wahnsinn, zu glauben, die Lösung der socialen Frage, die in der Ausgleichung und Verschmelzung der Bedürfnisse, Interessen und Berechtigungen Aller liegt, könne unterdrückt, oder aber dadurch gefunden werden, daß entweder die Klasse der Nichtbesitzenden zu dem Punkte komme, wo die Verzweiflung um die nackte Existenz ringt, oder daß das Recht des Eigenthums, des Besitzes vernichtet werde. Gewiß am allerwenigsten auf diesem Wege kann die Lösung der socialen Frage erfolgen, die nun einmal nicht zu umgehen, ja welche die erste Lebensfrage ist.

Die gemeinsame Noth dieser Tage, so hoffen wir, wird die unumgänglich nöthige Vereinigung herbeiführen. Dies möchte die höhere Mission der jetzigen Herrschaft sein, eine Mission, die sie, ohne solchen Zweckes sich bewußt zu werden, zu erfüllen haben wird. Das s. g. „Proletariat" wird endlich erkennen, daß durch Niederdrücken oder gar durch Vernichtung des Mittelstandes, der immerhin den Kern der bürgerlichen Gesellschaft bildet, ihm selbst am schlechtesten gedient wäre, und daß sein materielles Elend dadurch gerade bis ins Unendliche gesteigert würde; — die s. g. „Bourgeoisie" aber wird einsehen, daß die gerechten Forderungen der „untern Classen" nicht ferner mehr verweigert werden können, daß eine fernere Ausbeutung der „Masse," z. B. durch müßiggängerische Börsespeculanten, zur Unmöglichkeit geworden ist, und daß eine Zurückweisung jeder socialen Verbesserung mit einem vernichtenden Despotismus gerade gegen den Mittelstand endigt. —

• **Die österreichische Kriegsmarine.** Die Speyerer Ztg. hat in ihrer Nummer 57 nach zuverlässigen Notizen eine Schilderung des von der Kriecherei hochgepriesenen, in Wirklichkeit deplorablen Zustandes der österreichischen Kriegsflotte gegeben. Das Unglück des Dampfers „Marianne" ist nicht geeignet, das von uns Mitgetheilte zu widerlegen. Aus Veranlassung dieses Unglückes gibt nun auch die „Kölnische Ztg." einen scharfen Artikel über die öster. Staatsmarine. Wir finden darin u. a. folgende Angaben: „Durch die Nachlässigkeit und Unwissenheit der Kapitäne sind bereits mehreren Handelsschiffen ansehnliche Schaden zugefügt worden. Die „Lucia" ist vor Kurzem einer österreichischen Barke, die mit Salz beladen war, begegnet und hat sie in den Grund gebohrt. Von vielen Seiten ist die Marineverwaltung auf den schwachen Schiffskörper der „Marianna" und auf die schlechte Beschaffenheit ihrer Maschine aufmerksam gemacht worden, deßgleichen auf die Unzulänglichkeit ihres Kapitäns für den Fall, daß ihr etwas Ungewöhnliches zustoßen sollte. Aber umsonst. Sollte nun das unglückliche Schiff wirklich verloren sein, so dürfte dies nur dazu beitragen, daß man für die Zukunft die Flotte gar nicht mehr aus dem Hafen läßt und ihr höchstens einige Lustpartien zwischen den nahe gelegenen Stationen des Triester Meerbusens gestattet. Dafür paradiren allerdings die See-Offiziere um so mehr auf dem Lande; sie sollen, wie man uns schreibt, die Löwen des Triester Kaufmannsflors sein und als flotte Tänzer wirklich die höchste Auszeichnung verdienen. Der zum Fregattenkapitän avancirte Erzherzog hat noch immer einen Husarenrittmeister als Adjutanten und Sie können denken, wie viel Stoff zur Heiterkeit der mit Sporen und Schleppsäbel auf dem Deck einherspazierende Reitersmann den Matrosen gewährt."

• Wir fügen diesem Artikel noch folgende, aus dem vorigen Jahre stammende Notiz bei. Die ganze österr. Staatsmarine bestand damals aus 37 Schiffen, nemlich:

4	Fregatten,	wovon	aber	nur	1	seefähig,
6	Corvetten,	„	„	„	3	„
11	Briggs,	„	„	„	3	„
5	Goeletten,	„	„	„	3	„
1	Schooner,	„	„	„	—	„
10	Dampfboote,	„	„	„	5	„
37	zusammen	„	„	„	15	„

• **München,** den 28. März. Schon vor sehr langer Zeit mußte in jedem aufmerksamen Beobachter des diplomatischen Schachspiels die Befürchtung entstehen, daß der unbedingte Anschluß des hiesigen Ministeriums an die Politik Oesterreichs, auch einen Anschluß an dessen übrigen Einrichtungen, insbesondere an sein Zollwesen nach sich ziehen, und damit namentlich auch die fernere Existenz des Zollvereins gefährden könnte.

Schon vor fünf viertel Jahren richtete der Abg. Kolb

auf dem Landtage eine Interpellation an das Ministerium, worin er auf die deßfalls drohende Gefahr hinwies, und das Ministerium zur Abgabe einer beruhigenden Erklärung zu veranlassen suchte. — Die erfolgte Antwort konnte er aber nicht so vollkommen beruhigend finden, wie Andere. Er stellte deßhalb, unterstützt von der Linken, einen eigenen Antrag, im Wesentlichen dahin gehend: die Kammer wolle erklären, daß sie zu jedem billigen Opfer bereit sei, durch welches eine vollkommene Zolleinigung von ganz Deutschland erzielt werden könne; sie möge sich aber zugleich dahin aussprechen, daß außerdem ein Sprengen des bisherigen Zollvereins unbedingt vermieden werden wolle, indem namentlich eine Zollverbindung mit Oesterreich einen genügenden Ersatz hiefür durchaus nicht zu bieten vermöge. — Nach einer längern Verhandlung beschloß aber die Majorität der Kammer, diesem Antrage keine Folge zu geben, — ein Beschluß, durch welchen, wie gleich damals die Speyr. Ztg. zeigte, dem Ministerium nun eigentlich die unbedingte Ermächtigung zu beliebigem Handeln ertheilt war, und wonach sich durchaus nicht mehr bestreiten läßt, daß die unbeschränkte Befugniß, selbst zur Auflösung des Zollvereins mitzuwirken, in seinen Händen liegt, trotz aller vertrauenden Zuversicht, womit man die unbestimmten ministeriellen Erklärungen als untrügliche Bürgschaft der gesicherten Interessen hinnahm und ausposaunte.

Damals müheten sich besonders die geistlosesten Reactionsblätter in jämmerlichen Spottversuchen über jenen Antrag ab, und jene feilen Handlanger jeder Gewalt redeten wieder am lautesten, welche von nationalöconomischen Fragen am wenigsten verstehen.

Wie haben sich nun seitdem die Dinge gestaltet?

Die Berliner Regierung, erbittert über die politische Parteinahme der süddeutschen Zollvereinsstaaten gegen sie, schloß eigenmächtig, ohne Zuziehung und ohne alles Vorwissen dieser ihrer Verbündeten, den Vertrag vom 7. Sept. mit Hannover. Unverkennbar treffen die lästigen Bedingungen dieser Uebereinkunft ganz besonders und mit bedeutender Schwere eben diese süddeutschen Staaten. Die Speyr. Ztg. wies solches gleich im ersten Augenblick in den Einzelnheiten nach. Die „gutgesinnte,“ die dem Volk aufgenöthigte Presse aber stimmte sogar, wie blödsinnig, einen Jubel an, als ob gerade dadurch das Heil über uns käme. Heute freilich protestiren die baierischen Unterhändler gegen dieses Heil, und suchen dasselbe, so weit es sich unter den obwaltenden Verhältnißen eben noch thun läßt, wenigstens auf das geringste Maß zurückzuführen.

Das Preußische Cabinet hatte in dieser Sache offenbar weder mit der seinen langjährigen Verbündeten schuldigen Rücksicht, noch im wahren Interesse seines eigenen Landes gehandelt. — Einige Zeit hindurch mußte es sogar befürchten, sich zwischen zwei Stühle gesetzt zu haben.

Wir wünschen, daß die baier. Regierung gerade diesen Augenblick benützt hätte, sich mit Preußen zu verständigen. In diesem Momente wären wol die billigsten Bedingungen, und insbesondere auch die Aufhebung jener ungerechten Stipulationen über Ausgleichungssteuer u. s. w. zu erlangen gewesen. — Die Gelegenheit ward versäumt. —

Man ließ sich mit Oesterreich in weitere Unterhandlungen ein, auch nachdem Preußen erklärt hatte, daß es sich an denselben nicht betheilige. Große Erwartungen wurden rege gemacht, — es regnete gewaltige Redensarten, — indeß der Sachkundige vorhersah, daß die hiedurch angeregten Hoffnungen nicht erfüllt werden könnten.

Jetzt, nachdem es sich ergeben hat, daß Oesterreich wirklich nichts zu bieten vermag, wodurch der deutsche Zollverein aufgewogen würde; jetzt, nachdem die Wiener Conferenz auseinander gehen mußte, ohne die gewünschten Resultate zu gewähren, jetzt scheint Preußen seine Saiten wieder höher zu spannen.

Wir halten dies wieder Unrecht vom Berliner Cabinette, und wieder unklug und gegen die Interessen des eigenen Landes verstoßend.

Wie dem aber sei, die Befürchtungen wegen Sprengung des Zollvereins sind größer als zuvor geworden. Lebhaft beunruhigt durch die ganze neueste Gestaltung der Sache, haben eben auch die Industriellen in Augsburg eine dringende Vorstellung an den König gerichtet, um Erhaltung des Zollvereins. Daß sich früher schon alle Handelskammern in ganz Baiern dafür aussprachen, ist noch in frischem Andenken.

Eben vernimmt man, daß sich die Regierung von Baiern, Würtiemberg, Sachsen und den beiden Hessen (ohne Baden) über ein gemeinsames Wirken bei den Verhandlungen mit Preußen geeinigt haben sollen. Möge diese Verständigung gute Früchte bringen, aber nur namentlich nicht dazu verleiten, daß diese Staaten einen eigenen selbstständigen Verein bilden, der — getrennt von Preußen wie getrennt von Oesterreich — am Ende zur Wiedererrichtung neuer Schlagbäume inmitten Deutschlands führte!

* **München,** den 29. März. (104. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Boos erhält Urlaub. Hierauf Fortsetzung der Berathung über das Taxregulativ. Die Kammer gelangt in ihrer Berathung bis zum Art. 24. Morgen wird die Verhandlung zu Ende gelangen.

* **Aus Franken,** den 23. März. Wie aus den öffentlichen Blättern bekannt ist, wurde der Arbeiter Tiefel zu Nürnberg nach mehr als 6wöchentlicher Haft wieder in Freiheit gesetzt. Ist es wahr, was man sich erzählt, so wäre dieser Mann und seine Familie das Opfer einer böswilligen Denunciation geworden, indem ein elendes Subject von welchem Tiefel die Rückzahlung eines Darlehens forderte, erst mit Denunciation drohte, wenn derselbe auf seiner Rückforderung beharre, und dann diese Drohung verwirklicht haben soll, welche Denunciation in dem Auffinden einiger Druckschriften einen scheinbaren Halt gefunden. Außer dem Manne, war bekanntlich auch seine Frau verhaftet worden, und, um ihre Kinder nicht ganz hülflos zu lassen, mußte sie es als eine Gnade betrachten, daß ihr gestattet wurde, ihre Kinder mit sich in das Gefängniß zu nehmen. Die Frau erhielt bereits vor längerer Zeit ihre Freiheit wieder. Ich bin zwar nicht im Falle, die Richtigkeit der oben erwähnten Erzählung zu prüfen. Daß die Sache möglich ist, wird Niemand bestreiten. Darnach wird man es aber auch natürlich finden, wenn der Grundgedanke Wurzel faßt, daß mit Einführung der Oeffentlichkeit beim gerichtlichen Schlußverfahren bei weitem nicht Alles erreicht ist. Es ist vielmehr sehr richtig, was früher schon öfters in Ihrem Blatte verlangt ward: daß auch bei der Voruntersuchung das geheime Inquisitionsverfahren abgeschafft, und durch eine öffentliche Voruntersuchung ersetzt werden sollte, namentlich aber unter Beschränkung der provisorischen Verhaftungen. — Auch geböte es die Billigkeit, daß in Fällen, wie der erwähnte, den Verhafteten wenigstens eine Geldentschädigung gewährt würde.

* **Mutterstadt,** den 30. März. Ernst und stille bewegte sich heute ein langer Leichenzug zum Friedhofe. Er galt einer siebenzigjährigen Wittwe. Am Grabe ein Trauerlied, ein stilles Gebet und — Erde über den Sarg. Priesterliche Assistenz, Glockengeläute und Bahrtuch waren verweigert worden. — Das Verletzende suchte theilnehmende Liebe zu ersetzen; möchte diese doch immer Siegerin sein über den friedenstörenden Fanatismus. Die Gestorbene soll aus ihrer Kirche nicht geschieden, aber dem Deutschkatholicismus befreundet gewesen sein.

München, den 29. März. Der Chef der hiesigen Polizei, Regierungsdirector Graf Reigersberg, ist zum Präsidenten der Regierung von Oberbaiern befördert worden. Als seinen Nachfolger bezeichnet man vielfach den Oberkommissär Düring. Der hieh. Regierungspräsident von Oberbaiern, v. Benning, soll in gleicher Eigenschaft zur Regierung von Niederbaiern versetzt werden.

Regensburg, den 28. März. Das Weichen der Getreidepreise auf den Schrannen in Franken und Niederbaiern hat gestern auch hier ein beträchtliches Sinken der-

selben, besonders in Weizen und Korn, veranlaßt. Weizen ist um 1 fl. 14 kr., Korn um 1 fl. 36 kr., Gerste um 21 kr. gefallen.

Bayreuth, den 24. März. Simon Frank von Stegaurach wurde wegen Verbrechens der gerichtlichen Verläumdung durch falsches eidliches Zeugniß von den Geschwornen für schuldig erklärt, vom Gerichtshofe aber von der Strafe freigesprochen.

Nürnberg, den 28. März. Gestern nahm der Untersuchungsrichter am hiesigen Kreis- und Stadtgerichte in Gegenwart einer Stadtcommissariatscommission eine Haussuchung in der Privatwohnung des Buchhändlers Schiefer vor. Es sollten angeblich bei demselben politische Correspondenzen aus Stuttgart, Leipzig ꝛc. verborgen sein. Es fand sich aber dergleichen nicht vor, wol aber wurden mehrere Exemplare einer neuen politischen Broschüre des Hauptmanns a. D. Tumser mitgenommen.

Bremen, den 29. März. Eine heute veröffentlichte Proclamation unseres Senats enthält folgende Bestimmungen: Die bisherige Bürgerschaft ist aufgelöst, ihre Wirksamkeit beendigt. Eine provisorische Wahlordnung gilt für die neu einzuberufende Bürgerschaft, in welche 150 Vertreter unverweilt zu wählen sind. Die Artikel der Verfassung, welche die Presse, das Vereinsrecht und das Versammlungsrecht betreffen, sind einstweilen aufgehoben, und die provisorischen Gesetze über Geschwornengericht und schwurgerichtliches Preßprozeßverfahren suspendirt. — Die größte Ruhe herrscht; die Geschäfte gehen ihren gewohnten Gang.

Aus Kurhessen, den 29. März. Den Directoren der Schullehrerseminarien ist die Anweisung zugegangen, die Schulaspiranten *künftig* für befähigt zum Schuldienst auch dann zu *erklären*, wenn sie bei den betreffenden Prüfungen nur im Schreiben, Rechnen und der Religion qualificirt sind, wonach also die Kenntniß oder Unkenntniß *alles* dessen, was in den Schullehrerseminarien sonst noch gelehrt wird, keinen, oder mindestens keinen wesentlichen Einfluß auf die Anstellung eines Schullehrers haben wird. Viele sachverständige Schulmänner hegen die Meinung, daß durch diese Maßregel den gedienten Unterofficieren eine Aussicht auf Unterkommen beschafft werden solle. (F.J.)

Dresden, den 26. März. Am 21. März fand hier eine polizeiliche Verhaftung von fünf jungen Leuten in dem Alter von 16—18 Jahren statt. Die Verhafteten (ein Friseurlehrling, ein Mechanicuslehrling, zwei Drechslerlehrlinge und ein Schreiber) hatten einen Bund geschlossen, welcher nichts weniger bezweckte, als durch systematisch betriebenen Diebstahl, bei dem auch nöthigenfalls der Mord nicht ausgeschlossen sein sollte, zuvörderst zu einem gemächlichen Leben und im weitern Verfolg dieses Systems zu ausreichenden Mitteln zu gelangen, um mit guten Aussichten für die Zukunft nach America auswandern zu können.

Hannover, den 24. März. (Unterrichtsfreiheit.) Die Disciplinirungsmaßregeln des Konsistoriums gegen die Volksschullehrer nehmen ihren Fortgang. Die Abtheilung für Schulsachen des hiesigen Konsistoriums, wird der W. Z. geschrieben, hat ein bereits im Drucke befindliches, für die Volksschullehrer auf dem Lande bestimmtes Schema anfertigen lassen, nach dessen Muster letztere künftig monatlich an das Konsistorium Berichte einsenden sollen, in denen sie genau anzugeben haben, was und wie sie während der Zeit gelehrt haben. Der betreffende Prediger als Lokalschulinspector soll diese zum Zwecke der Beglaubigung unterschreiben und zugleich hinzufügen, wann und wie oft er die Schule besucht habe.

Berlin, den 27. März. Ohm traf vorgestern in Berlin ein. Er wurde sofort nach seiner Ankunft dem Policeipräsidium zugeführt und ohne Aufenthalt nach Hamburg „dirigirt." Wie er erzählte, hatte er sich nach Beendigung seines hiesigen Processes nach Stockholm begeben, daselbst einen Gasthof gemiethet und ein sehr einträgliches Geschäft betrieben; die democratische Partei aber soll *ihm* nachgestellt (!) und ihn gezwungen haben, unter Verlust seiner Habe seine gesicherte Existenz aufzugeben und Stockholm zu verlassen. So berichten gleichlautend der „Publicist" und die „Zeit."

Das (katholische) Schlesische Kirchenblatt enthält einen Artikel, welcher gegen das Tabakrauchen der Geistlichkeit gerichtet ist. Es wird dargethan, daß die Heiligen auch nicht geraucht haben würden, wenn das Rauchen damals Sitte gewesen wäre.

Am 19. März wurden im Moore bei **Idstedt** (Schleswig) noch 11 Leichen, von der Schlacht her, gefunden, 7 Dänen und 4 Schleswig-Holsteiner. Die letzteren sollen Verwundete gewesen sein, die bereits verbunden waren, unter ihnen ein Offizier.

Schweiz.

Bern, den 28. März. Aus Uri wird berichtet, daß die dortige Geistlichkeit anfängt, der Regierung über den Kopf zu wachsen. Durch ihren Einfluß und ihre Intriguen werden die angesehensten Männer aus jedem Verwaltungszweige entfernt, ja öffentliche Verordnungen werden von ihr geradezu mißachtet. — Die im letzten Schreiben erwähnten Briefe aus Berlin, welche in die Hände der Neuenburger Regierung gefallen sind, haben den provisorischen Kanzler für Neuenburg, Hrn. Chambrier, zum Verfasser, sind von diesem Monat datirt und warnen einfach die Neuenburgischen Royalisten vor jeder Fusion mit den gemäßigten Republicanern; sie deuten auf eine baldige Erlösung vom radicalen Joche hin. (F.J.)

Frankreich.

Paris, den 25. März. Von den im Café Dänemark Verhafteten sind, bis auf wenige, fast alle wieder freigelassen worden. Dieses hastige Streben nach einer Verschwörungsentdeckung wird hauptsächlich dem Eifer des Polizeipräfecten Pietri zugeschrieben, der sich auf diese Weise nicht nur unentbehrlich machen, sondern für den Fall, daß Maupas das Portefeuille des Innern übernehmen sollte, dem Posten eines Polizeiministers vollkommen gewachsen zeigen will. (Allgm. Ztg.)

— den 28. März. Der wesentliche Inhalt der wichtigeren Decrete, welche heute der „Moniteur" neben der Ernennung von sieben neuen Senatoren veröffentlicht, ist folgender: 1) Abänderungen des Decrets über die Orleans'schen Familiengüter. Die 35 Millionen, die durch das Decret vom 22. Januar für gegenseitige Unterstützungsgesellschaften, Verbesserung der Arbeiterwohnungen, Beförderung landwirthschaftlicher Creditanstalten und Gründung einer Pensionskasse für arme Pfarrgeistliche ausgesetzt waren und aus dem Verkauf der confiscirten Orleans'schen Familiengüter genommen werden sollten, sollen jetzt durch den Verkauf von Staatswaldungen, die schon durch ein Gesetz vom Jahre 1850 zum Veräußern bestimmt worden waren, realisirt werden. Der Ehrenlegion, der das Uebrige zufallen sollte, wird gleichfalls anstatt dessen eine Rente von 500,000 Frcs. angewiesen, die der Finanzminister ins Staatsschuldenbuch eintragen soll. Ein Theil der confiscirten Güter, u. a. auch die Domänen von Monceaux und Neuilly, im Ganzen 1558 Hectaren betragend, sollen dagegen ohne Weiteres für Rechnung des Staates verkauft, die übrigen mit den Staatsdomänen vereinigt werden, um in der Folge ebenfalls veräußert zu werden. Das Schloß Rambouillet wird, dem Decret vom 22. Januar entsprechend, zu einem Erziehungshause für die dürftigen Töchter oder Waisen der Militärs, welche die Denkmünze erhalten haben, eingerichtet. — 2) Aufhebung des Belagerungszustandes in ganz Frankreich. Der Belagerungszustand wird in allen Departements des französischen Festlandes aufgehoben, wobei jedoch diejenigen von den Kriegsgerichten in contumaciam verurtheilten Individuen, die sich stellen oder gefangen werden, der Competenz der Kriegsgerichte vorbehalten bleiben. Die gemischten Departementalcommissionen stellen ihre Thätigkeit sogleich ein, und nur die Gnadencommission zu Paris fährt fort, über die ihr zugehenden Gesuche zu entscheiden. In Zukunft soll keine Verhaftung oder Verfolgung anders als nach den gewöhnlichen Gesetzen Statt

finden. — 3) Wiederherstellung des Namens „Code Napoleon" für das Civilgesetzbuch. Im Decret wird für die Wiederherstellung dieses Namens angeführt: daß die Ausarbeitung des Civilgesetzbuches dem mächtigen Willen des Kaisers Napoleon zu verdanken ist, daß er es ist, der die ausgezeichneten Männer, durch die das unsterbliche Werk vollendet worden ist, ausgewählt hat, daß unter seinem Vorsitz im Staatsrath und unter den Eingebungen seines Genies die schwierigsten Fragen des Civilrechts gelös't worden sind, daß die öffentliche Dankbarkeit das Gesetzbuch mit dem Namen „Code Napoleon" geschmückt hat und daß dessen Wiederherstellung nur ein Genüge gegen die historische Wahrheit, so wie gegen das Nationalgefühl ist. — 4) Ueberweisung der Bibliotheken der vormals königlichen Residenzen an das Staatsministerium. Die Bibliotheken in den Palästen der Tuilerieen, des Louvre zu Fontainebleau, Compiegne, Versailles, Trianon, St. Cloud, Meudon, des Elysee und zu Pau werden dem Unterrichts-Ministerium, dem sie nach der Februar-Revolution zugetheilt wurden, wieder entzogen und dem Staats-Ministerium überwiesen. — 5) Kirchen-Verfassung für die reformirte und die Augsburger Confession. Die reformirten Kirchen von Frankreich erhalten als oberste Behörde einen Central-Rath, dessen Mitglieder fürs erste Mal vom Präsidenten der Republik ernannt werden und heute schon im „Moniteur" stehen. Für die Augsburger Confession versehen ein oberstes Consistorium und ein Directorium dasselbe Amt. Die Einrichtung ist der des israelitischen Central-Consistoriums ähnlich. — 6) Provisorischer Straf-Coder für die Marine. Die nach der Februar-Revolution decretirte Abschaffung der körperlichen Strafen wird auch ferner beibehalten, dagegen die letzteren durch entsprechende Abstufungen anderer Strafen ersetzt. Ein allgemeiner Marine-Coder wird in Aussicht gestellt. — 7) Allgemeine gemeindeweise Errichtung von gegenseitigen Unterstützungs-Gesellschaften. Auf den Bericht des Ministers des Innern verfügt der Präsident der Republik, daß in jeder Gemeinde, wo der Präfect es nach eingeholtem Gutachten des Gemeinderathes für nützlich erachtet, durch Fürsorge des Maires und des Pfarrers eine Gesellschaft zu gegenseitiger Unterstützung gegründet wird. Es gibt zwei Arten von Mitgliedern: wirkliche Theilnehmer und Ehrenmitglieder, die sich blos durch Beiträge und Geschenke betheiligen. Die Mitglieder wählen den Vorstand, den Präsidenten ausgenommen, der vom Staatsoberhaupt ernannt wird. Der Vorstand entscheidet über die Aufnahme der Ehrenmitglieder, die Gesellschaft mittels Abstimmung nach Majorität über die von wirklichen Theilnehmern, deren Zahl in der Regel nicht über 500 gehen darf. Der Zweck ist, den kranken, verwundeten oder arbeitsunfähigen Mitgliedern Unterstützungen zu gewähren und die Begräbnißkosten zu bezahlen. Pensionen können zugesagt werden, wenn eine hinreichende Anzahl Ehrenmitglieder vorhanden ist. Eine Commission beim Ministerium des Innern befördert und überwacht die in Rede stehenden Gesellschaften, denen gleichzeitig eine Reihe anderer Vortheile, u. a. auch die Möglichkeit, sich des Diploms als Gesellschaftsmitglied statt Passes oder Wanderbuches zu bedienen, eingeräumt wird.

Bei der heutigen Revue im Tuilerienhofe war Louis Napoleon von einem zahlreichen Generalstabe begleitet; wie bei der vorigen Revue ertheilte er an jedes Regiment 5 Kreuze und Ehrenmedaillen; die Truppen begrüßten ihn mit wiederholten Vivats. Auf dem Carousselplatze waren Massen von Zuschauern versammelt. Heute Abends ist großes Diner im Elysee.

Italien.

Rom, den 19. März. Die französischen Kriegsgerichte haben wiederum mehrere Burschen, die sich in eine Schlägerei französischer Soldaten untereinander gemischt, bei der es schließlich, wie es scheint, auch Messerstiche gesetzt, auf verschiedene Zeitdauer zur Galeere verurtheilt, und zwar sollen dieselben nach Frankreich (?) abgeführt werden, um in einem dortigen Bagno ihre Strafe zu überstehen. (Köln. Ztg.)

Vereinigte Staaten.

New-York, den 13. März. Die democratische Convention von Louisiana hat den General Caß als ihren Candidaten für die Präsidentschaft der Union aufgestellt. Der Senat hat eine Summe von 5000 Dollars votirt zur Deckung der Unkosten, welche der Empfang Kossuth's in Washington gemacht.

Kossuth ist in St. Louis angekommen. Als er dort landete, gaben ihm mehrere Compagnieen deutscher Miliz vom Dampfer nach seiner Wohnung das Geleit.

Neueste Nachrichten.

Paris, den 30. März. Der gesetzgebende Körper hat seine Bureaux constituirt. In einem Collectivschreiben weigern Cavaignac, Carnot und Hénon den Eid, was als Demission angesehen wird.

Ein Decret ermächtigt die Bank, auf Obligationen der Stadt Paris ebenso, wie auf Eisenbahnactien, Vorschüsse zu gewähren.

Auf den Antrag der Gnadencommission sind 46 Verurtheilte aus dem Gerodepartement, die schon nach Algerien unterwegs waren, begnadigt worden.

Bei der vorgestrigen Revue wurde der Ruf „Es lebe der Kaiser!" sowol von Seiten der Truppen als der einstimmenden Zuschauer häufig vernommen.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[925²] **Versteigerung eines Hofgutes.**

Donnerstag, den 8. April 1852, Nachmittags 2 Uhr, zu Zweibrücken, im Gasthause zum Zweibrückerhof, läßt Philipp Gerlinger vom Sturzenhofe, sein in der Nähe von Zweibrücken auf Ernstweiler-Bubenhauser Bann gelegenes Hofgut, genannt Sturzenhof, bestehend in einem zweistöckigen Wohnhause sammt Stallungen, Schäferei, zwei Scheuern, Branntweinbrennereigebäude, Schweinställen, Backküche, ungefähr 121 Morgen Wiesen- und Ackerland auf mehrjährige Zahlungstermine zu Eigenthum versteigern.

Schuler, Notar.

[926] **Niederländische Dampfschifffahrts-Gesellschaft.**

Von **Ludwigshafen am Rhein** vorläufig jeden Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag 4 Uhr Morgens direct nach Köln—Rotterdam.

Das Samstags von hier abfahrende Boot steht in directer Verbindung mit dem jeden Dienstag von Rotterdam nach London fahrenden „Batavier."

Außer obigen Fahrten unterhält die Gesellschaft einen Extra-Dampfboot-Güterdienst auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.

Nähere Auskunft ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im März 1852.

Der Agent:
C. Aug. Exter.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag — Nro. 81 — den 3. April 1852.

Deutschland.

× **Aus der Pfalz.** Mehr als nur irgend jemals zuvor sind seit einiger Zeit policeiliche Ausweisungen an der Tagesordnung, und es werden von denselben nicht blos sogenannte „Ausländer" betroffen, d. h. es wird nicht blos der Preuße, Sachse und Württemberger aus Bayern, und der Hessen-Darmstädter, Hessen-Homburger, Nassauer ꝛc. aus der „freien" Stadt Frankfurt ausgewiesen, sondern selbst der „Inländer" im engsten Sinne des Wortes ist im eigenen Heimathlande, ohne Recht und Urtheil, ohne daß ihm irgend eine vor dem Gesetze strafbare Handlung nachgewiesen werden kann, den policeilichen Ausweisungen anheim gefallen, wenn er irgend wie „mißliebig" wird, ohne Rücksicht ob er kürzere oder längere Zeit in der betreffenden Gemeinde gewohnt hat, ob er mit hinreichenden Subsistenzmitteln versehen ist oder nicht. Ja es sind schon Fälle vorgekommen, daß solche „mißliebige" Personen, wenn sie bereits in ihrer Jugend mit ihren Eltern, oder auf sonstige Weise seit vielen Jahren, den heimathlichen oder Geburtsort verlassen hatten, und dann aus dem seit vielen Jahren bewohnten Aufenthaltsorte ausgewiesen wurden, auch von den ursprünglichen *Heimatsbehörden* den Aufenthalt verweigert bekamen, *und hierauf* in dem engern Heimathslande keine *Heimath* finden konnten und wie Vagabunden von einer Policeibehörde der andern zugeschoben wurden! — Ein solches Verfahren findet man gegenwärtig in Deutschland, um der lieben „Ordnung" willen, ganz in der Ordnung; wurde doch kürzlich selbst in der Abgeordnetenkammer in München die Behauptung vertheidigt, daß die Policeibehörden berechtigt seien, einen Inländer (im engsten Sinne des Wortes) von einem Orte, den er sich zum Aufenthalte *gewählt*, wegzuweisen, wenn er nicht daselbst sein Heimathsrecht habe, und zwar aus keinem andern Grunde, als weil seine Tendenzen keine regierungsfreundlichen seien! — Ueber die Tragweite einer solchen Anschauungsweise von der verfassungsmäßig und gesetzlich garantirten Freiheit und Sicherheit der Personen, wollen wir uns nicht weiter verbreiten; da aber von den Vertheidigern der erwähnten Behauptung Bezug auf englische Zustände genommen wurde, so können wir nicht umhin, aus einem neuesten officiellen Actenstücke nachzuweisen, welche Ansicht die obersten englischen Behörden von der persönlichen Sicherheit und Freiheit haben. Bekanntlich wurde schon vor längerer Zeit von einigen Continentalmächten über die, den in England befindlichen politischen Flüchtlingen gestattete Freiheit, bei der britischen Regierung Beschwerde geführt und Einschränkungen derselben begehrt. Der frühere Minister der auswärtigen Angelegenheiten ließ diese Beschwerden unbeachtet. Bei dem Rücktritte Lord Palmerstons aber glaubte die Diplomatie auch in dieser Beziehung gewonnenes Spiel zu haben, und die Regierungsorgane und andere subvenirte Blätter sahen schon im Geiste selbst in Großbritanien eine allgemeine Democratenhetze voraus. Doch sie täuschten sich. Der neue Minister des Auswärtigen, Lord Granville, erließ am 13. Januar eine Circulardepesche an die Repräsentanten Großbritaniens bei verschiedenen fremden Regierungen, in Betreff der Flüchtlinge, in welcher u. a. folgende beachtenswerthe Stellen vorkommen: „Nach den bestehenden Gesetzen Großbritaniens haben alle Ausländer das unbeschränkte Recht des Eintritts in unser Land und des Aufenthaltes in demselben, und während ihres Verweilens in England stehen sie in gleicher Weise wie die britischen Unterthanen, unter dem Schutze des Gesetzes. Auch können sie nicht anders verfolgt und bestraft werden, als wegen einer Uebertretung des Gesetzes, und kraft eines Spruches der gewöhnlichen Gerichtshöfe nach vorhergegangener öffentlicher gerichtlicher Verfolgung und nach einer Verurtheilung, die sich auf die in offenem Gerichtshofe abgelegten Zeugenaussagen gründen. Kein Fremder als solcher kann durch die Executive ausgewiesen werden." — Dann wird angegeben, daß sowol Engländer, als in England sich aufhaltende Ausländer, nach den britischen Gesetzen bestraft werden können, wenn sie gegen befreundete Regierungen Feindseligkeiten unternehmen; es müßte aber deßhalb bei den ordentlichen Gerichtshöfen eine Klage erhoben werden, und das Recht zu einer solchen Klage stehe nicht blos Einzelpersonen, sondern auch Regierungen zu, d. h. mit andern Worten, welche Regierung sich in Wirklichkeit gefährdet glaubt, möge bei den britischen Gerichten eine bestimmte Klage erheben. — Ferner heißt es: „Das allgemeine Gastrecht, welches unsere Einrichtungen solcher Gestalt einem Jeden bieten, der Lust hat, nach England zu kommen, hat zu verschiedenen Zeiten politischen Flüchtlingen aller Parteien, und darunter vielen, die durch Rang und Stellung ausgezeichnet waren, ein sicheres Asyl gewährt. Unter diesen könnte man Könige und Prinzen der beiden Zweige des Hauses Bourbon, sowie die Premierminister Frankreichs und Oesterreichs ꝛc. erwähnen. Offenbar könnten wir diese Gastlichkeit nicht so frei ausüben, wenn wir sie nicht so weit ausdehnten. Wenn es der Krone anheimgestellt wäre, Fremde nach Belieben auszuweisen, so würde die herrschende Partei in fremden Ländern beständig auf die Ausweisung ihrer nach Großbritanien geflüchteten politischen Gegner antragen. Monarchische Regierungen würden republikanische und republikanische Regierungen royalistischen Flüchtlingen den Aufenthalt in Großbritanien nicht gestattet wissen wollen, und es würde schwer halten, eine Gastlichkeit zu vertheidigen, die sich unter so bewandten Umständen auf Gunst, statt auf Recht, gründen würde." Weiter wird erklärt, so sehr die britische Regierung wünsche und bestrebt sei, daß die Ruhe und der Frieden in befreundeten Ländern aufrecht erhalten bleibe, so finde sie doch keinen Grund von der gesetzgebenden Gewalt, hinsichtlich der gegenwärtig sich in England aufhaltenden politischen Flüchtlingen beschränkende Ausnahmsmaßregeln zu verlangen, und sie (die britische Regierung) sei überzeugt, daß sowol das Parlament als die gesammte englische Nation die gleiche Ansicht theile.

So weit die englische Antwortsnote, aus welcher abermals klar und unzweideutig hervorgeht, wie es sich in Großbritanien mit der persönlichen Freiheit und Sicherheit selbst der Ausländer verhält. Welche Anschauungsweise dagegen in dieser Beziehung in Deutschland, sogar in Betreff der Inländer im engsten Sinne des Wortes, wieder vorwaltet, haben wir Eingangs erwähnt, und können es tagtäglich in allen öffentlichen Blättern lesen.

München, den 30. März. Heute Nachts 1½ Uhr kamen die beiden russischen Großfürsten mit Gefolge in 8 Wägen von Salzburg hier an und stiegen im Leuchtenberg'schen Palais, vor welchem eine halbe Compagnie des Infanterie-Leib-Regiments als Ehrenwache aufgestellt war, ab.

Vorige Schranne blieb so viel Getreide unverkauft, daß heute noch um die Mariensäule eine Menge Säcke voll Getreide herumliegen, die gar nicht untergebracht

werden konnten. Großen Einfluß auf das Sinken der Preise äußert auch der neue Donau-Schifffahrts-Vertrag.

Gestern Abend sollte im Saale der goldenen Traube die erste Vorlesung Friedr. Rohmer's „über die gegenwärtige Lage Europa's" stattfinden. Dieselbe wurde jedoch policeilich untersagt. (Baier. Eilb.)

Augsburg, den 29. März. Dem am gestrigen Sonntag Nachmittage um 3¼ Uhr von München abgefahrenen Güterzug ist durch Mangelhaftigkeit der Kuppel, an welcher die Verbindungsketten befestigt werden, ein Unfall begegnet, wodurch einer der Wagen durch heftigen Anstoß zertrümmert, mehrere Passagiere Quetschungen und Kopfwunden erlitten und einige Conducteure und Bremsenwärter stark verletzt wurden.

Kassel, den 28. März. Die kurhessische Verfassungsfrage hat in der gestrigen Bundestagssitzung ihre Erledigung gefunden. Die Commissionsanträge sind per majora angenommen, und es ist demnach ein Bundesbeschluß folgenden wesentlichen Inhalts gefaßt worden: Die Bundesversammlung ertheilt ihre Genehmigung zu den Maßregeln, welche die von der österreichischen und preußischen Regierung ernannten beiden Bundescommissäre zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Kurfürstenthum getroffen haben. Sie erklärt sodann die Verfassungsurkunde von 1831, so wie die später daran vorgenommenen Abänderungen und Erläuterungen sammt dem Wahlgesetze von 1849 als unvereinbar mit den Grundgesetzen des deutschen Bundes und verfügt daher, daß dieselben außer Wirksamkeit zu setzen seien. Zu gleicher Zeit ergeht an die kurhessische Regierung die Aufforderung, sofort eine revidirte Verfassung nebst Wahlgesetz und Geschäftsordnung an die Stelle der bisherigen als Gesetz zu publiciren, und solche einer schleunigst nach dieser Verfassung und dem neuen Wahlgesetz zu berufenden Ständeversammlung zur Erklärung vorzulegen. Die Bundesversammlung geht hierbei von der bestimmten Voraussetzung aus, daß die von der kurfürstlichen Regierung zur Publication kommende revidirte Verfassung vollkommen mit demjenigen Entwurfe übereinstimme, welcher Seitens der beiden Bundescommissäre gemeinschaftlich mit der kurfürstlichen Regierung berathen worden und zu welchem die Bundesversammlung im Allgemeinen ihre Zustimmung ertheile. — So viel man vernimmt, haben nur einige kleinere Regierungen den Versuch gemacht, einen solchen Bundesbeschluß zu verhindern. (D. Bh.)

Berlin, den 27. März. Auf der mißglückten Flottenconferenz leiteten die Commissäre Baierns ihr Votum mit folgenden Worten ein: „Baiern hat zu jeder Zeit und bei allen Anlässen, wo es sich um allgemeine gemeinnützige Schöpfungen und Einrichtungen für das Wohl des gesammten deutschen Vaterlandes handelte, (Rheinbund!) seine Opferbereitwilligkeit in solchem Maße bethätigt, daß es sich des allseitigen Anerkenntnißes hierüber versichert halten darf." Das Votum lautet: Die baierische Regierung ist ihrem früheren Anerbieten gemäß bereit, für die Gründung der Nordseeflotte ein Kapital von 800,000 fl. und zur Erhaltung derselben einen jährlichen Beitrag von 200,000 fl. zu leisten; sie sieht sich aber genöthigt, ihre Anerbietungen an folgende Voraussetzungen zu knüpfen: a) Die Regierung hält an dem Projekte einer dreitheiligen Flottencontingentsstellung fest, nämlich der Bildung einer Flotte im adriatischen Meere durch Oesterreich, einer solchen in der Ostsee durch Preußen und einer dritten Flottenabtheilung durch die übrigen deutschen Staaten, mit Ausschluß von Oesterreich und Preußen, in der Nordsee; Baiern würde an keiner Vereinigung Theil nehmen können, an welcher nur eine der beiden Großmächte betheiligt wäre, da dies nach ihrer Ueberzeugung immer nur eine Quelle von Irrungen und Verwicklungen bilden würde. b) Als zweite unerläßliche Voraussetzung betrachtet sie die Sicherung einer die begründeten Interessen der dem Flottenvereine beitretenden Zollvereinsstaaten und insbesondere Baierns befriedigenden Lösung der über die Zoll- und Handelsverhältnisse jetzt schwebenden Verhandlungen.

Magdeburg, den 25. März. Auf der Reise nach Meurs (wo eine offizielle Feier stattgefunden,) kam gestern der König von Berlin hier an, verweilte aber nur etwa eine Viertelstunde auf dem Bahnhofe. Bald nach seiner Abreise verbreitete sich in der Stadt das Gerücht, er habe sich gegen die ihn begrüßenden Vertreter unserer beiden städtischen Behörden, (des Magistrats und Gemeinderaths) sehr „ungnädig" über die demokratischen und lichtfreundlichen Tendenzen, welche noch bei so vielen Bewohnern Magdeburg's Anklang fänden, ausgesprochen und namentlich es gerügt, daß die freie Gemeinde hierselbst gegen 10,000 Mitglieder zählen „könne". Sonst war der König im Allgemeinen äußerst „freundlich".

— den 26. März. In Burg ist dieser Tage die freie Gemeinde polizeilich geschlossen worden. Bei mehreren zum Vorstande gehörigen Personen haben Haussuchungen stattgefunden, die jedoch ohne wesentliches Resultat geblieben sind.

Prag, den 26. März. Die Bücherpackete, auch die über und aus Wien kommenden, werden schon seit einiger Zeit sehr genau durchsucht, und auch die Emballagen weggenommen, wenn sie von verbotenen Werken, Flugschriften oder Zeitungen herrühren.

Prag, den 27. März. Die „Prager Ztg." meldet Folgendes über die Verhaftung des Pastors Kossuth: „Am 24. März wurde der Pastor der hiesigen protestantischen Gemeinde helvetischer Confession, Hr. Friedrich Wilhelm Kossuth, in Haft genommen. Pastor Kossuth war nach der Bekanntmachung der neuen Proclamation des k. k. Landesmilitärcommando, welche den Besitz und die Verbreitung revolutionärer Schriften verbietet, in dem Besitze einiger Tausende von Exemplaren der gefährlichsten Schriften, die durchgängig fanatischen Hussitismus (?) und jene verderblichen destructiven Grundsätze predigen, welche das eigentliche Wesen der neuen freichristlichen Gemeinden ausmachen."

Frankreich.

Paris, den 26. März. Im Faubourg St. Denis wurden viele Individuen festgenommen, denen man eine Theilnahme an dem Decemberkampfe zur Last legt. — Aus der Nationalbibliothek wurden drei Originalpartituren von Opern, die man Lulli zuschreibt, entwendet. Die große Seltenheit, ja der Umstand, daß dieses Werk einzig und allein von der französischen Nationalbibliothek besessen wurde, hat zur Entdeckung des Diebes geführt. Zwei der Werke wurden wieder aufgefunden, das dritte aber nach dem Auslande verkauft. (Allgm. Ztg.)

— den 28. März. Die Ernennung des Erzbischofs von Paris zum Senator hat bedeutende Sensation erregt. Derselbe stand schon auf der ersten Senatorenliste, weigerte sich aber damals, diese Stelle anzunehmen, da er bekanntlich mit den neuesten Ereignißen nicht zufrieden ist. Es scheint jedoch, daß man im Elysee haben wollte, daß der Erzbischof von Paris sich mit dem jetzigen Stande der Dinge, wenn auch nur äußerlich, versöhnen sollte. Man hatte sich deßhalb an den römischen Hof gewandt, und man verdankt einem Befehle des Papstes, daß der Erzbischof von Paris heute Senator ist. — Vor einiger Zeit sprach man von einer gewissen Kälte zwischen dem Präsidenten der Republik und Persigny. Es scheint, daß dieselbe, was Persigny anbelangt, keine weiteren Folgen gehabt hat. Man versichert sogar, daß derselbe einen einflußreichen Posten erhalten wird. Gestern Abends reiste dagegen die bekannte englische Dame nach London ab. Der Doctor C. gab ihr das Geleite und soll ihr auch zuerst den Paß für England eingehändigt haben. Die englische Miß hat freiwillig Frankreich nicht verlassen. (Köln. Z.)

Viele hiesige Fabrikanten haben das Mißgeschick gehabt, Adler anfertigen zu lassen, die nach links schauen, während sie nach rechts schauen sollen.

— den 29. März. Der „Moniteur“ veröffentlicht abermals eine ziemliche Anzahl präſidentlicher Decrete. Das erſte derſelben beſtimmt, daß die Regierung für jede Grundcreditgeſellſchaft die Gränzen und die Dauer der jährlichen Abtragungen regeln wird, durch welche die Tilgung der von dem borgenden Eigenthümer contrahirten Schuld zu bewerkſtelligen iſt. Andere Decrete enthalten Folgendes: Eine von bekannten Finanzmännern und ſonſtigen angeſehenen Perſonen (Bartholony, Benoiſt d'Azy, Leon Faucher, Wolowski ꝛc.) gebildete Geſellſchaft, deren Capital ſich auf 25,000,000 Franken beläuft, wird ermächtigt, den Eigenthümern von unbeweglichen Gütern in den Departements Seine, Seine-et-Oiſe, Seine-et-Marne, Eure-et-Loire, Aub, Marne und Yonne unter den durch das Februardecret aufgeſtellten Bedingungen Darlehen zu machen. Die Gehälter der Präfecten ſind erhöht; ſie betragen für die erſte Claſſe 40,000, für die zweite 30,000, für die dritte 20,000 Franken. Die Journale und periodiſchen Schriften, welche ſich mit den Wiſſenſchaften, den Künſten und der Landwirthſchaft beſchäftigen, werden auch ferner ſtempelfrei ſein. Den deſertirten Matroſen der Handelsmarine, welche nicht definitiv verurtheilt ſind, wird Amneſtie bewilligt. Der Zuckertarif wird im Sinne der von den Fabrikanten inländiſchen Zuckers erhobenen Reclamationen abgeändert und die Nachſteuer von ausländiſchen Zuckern erhöht. Weitere Decrete betreffen die nach Cayenne Deportirten, die Waldungen in Corſica und den Canal von Beaucaire.

Die Einſetzung des Senates und des geſetzgebenden Körpers ging heute in dem feſtlich geſchmückten Marſchallsſaale der Tuilerien vor ſich. Da derſelbe nur etwa 800 Perſonen faßt, ſo hatten, das diplomatiſche Corps, die Deputationen der Geiſtlichkeit und der Magiſtratur und 80 bis 100 Damen ausgenommen, nur ſehr wenige Perſonen Eintrittskarten erhalten. Gegen 12½ Uhr führten Huſſiers die großen Staatskörper und das diplomatiſche Corps ein. Nur etwa 30 Deputirte erſchienen im Staatscoſtüme, während ſämmtliche Staatsräthe und faſt alle Senatoren dasſelbe trugen. Kurz vor 1 Uhr kündigten Trommelwirbel und Fanfaren die Ankunft L. Napoleon's an. Alle Anweſenden erhoben ſich, als der Präſident der Republik, von dem Senatspräſidenten, den Miniſtern und ſeinem militäriſchen Hauſe begleitet, in den Saal trat. Nachdem er gegrüßt hatte, erſuchte der Präſident den Senat, den geſetzgebenden Körper und alle übrigen Anweſenden, ſich zu ſetzen, und hielt darauf die nachſtehende Rede: M. Hrn. Senatoren! M. Hrn. Deputirte! Die Dictatur, welche das Volk mir anvertraut hatte, hört heute auf. Alles wird ſeinen regelmäßigen Gang wieder annehmen. Es geſchieht mit einem Gefühle wirklicher Befriedigung, daß ich hier die Inkraftſetzung der Verfaſſung proclamire; denn meine beſtändige Abſicht iſt nicht allein die Wiederherſtellung der Ordnung geweſen, ſondern auch derſelben Dauer zu geben, indem ich Frankreich mit ſeinen Bedürfniſſen angepaßten Inſtitutionen ausſtattete. Es ſind kaum einige Monate, Sie werden Sich deſſen erinnern, daß man, je mehr ich mich in den engen Kreis meiner Befugniße einſchloß, deſto mehr verſuchte, ihn noch enger zu machen, um mir jede Bewegung und jedes Handeln zu nehmen. Oft entmuthigt, ich geſtehe es, hatte ich den Gedanken, eine Gewalt aufzugeben, welche ſo viel beſtritten wurde. Das, was mich abhielt, war, daß ich als meinen Nachfolger nur eine Sache ſah: die Anarchie. Ueberall, in der That, exaltirten ſich die Leidenſchaften, begierig, zu vernichten, unfähig, etwas zu gründen. Nirgends weder eine Inſtitution, noch einen Mann, an welchen man ſich anſchließen konnte. Als daher, Dank der Unterſtützung einiger muthigen Männer, Dank beſonders der energiſchen Haltung der Armee, alle Gefahren in einigen Stunden beſchworen worden waren, war meine erſte Sorge, von dem Volke Inſtitutionen zu verlangen. Seit zu langer Zeit hatte die Geſellſchaft einer Pyramide ähnlich geſehen, die man umgedreht und auf ihrem Gipfel ruhen laſſen wollte; ich habe ſie wieder auf ihre Baſis geſtellt. Das allgemeine Stimmrecht, alleinige Quelle des Rechtes in ähnlichen Conjecturen, wurde ſofort hergeſtellt. Die Autorität erhielt ihre Macht wieder; mit Einem Worte, da Frankreich die Hauptdispoſitionen der ihm von mir vorgelegten Verfaſſung annahm, ſo war es mir erlaubt, politiſche Körperſchaften zu errichten, deren Einfluß und Anſehen um ſo größer ſein werden, je klüger ihre Attributionen geordnet ſind. Unter den politiſchen Inſtitutionen haben in der That jene nur Dauer, welche auf eine gerechte Weiſe die Gränze beſtimmen, wo jede Gewalt aufhören muß. Es gibt keine andere Art, um zu einer nützlichen und wohlthätigen Anwendung der Freiheit zu gelangen. Die Beiſpiele ſind nicht ſehr weit von uns entfernt. Warum hat man 1814 mit Befriedigung, trotz unſerer Unglücksfälle, das parlamentariſche Syſtem einführen ſehen? Weil der Kaiſer — fürchten wir uns nicht, es zu geſtehen — durch den Krieg zur Ausübung einer zu abſoluten Gewalt hingeführt worden war. Warum hat man im Gegentheile 1851 in Frankreich bei dem Falle des nämlichen Regime's gejubelt? Weil die Kammern den Einfluß mißbraucht hatten, welchen man ihnen gegeben, und weil ſie das allgemeine Gleichgewicht in Gefahr brachten, da ſie Alles beherrſchen wollten. Endlich, warum iſt Frankreich nicht in Bewegung geſetzt worden durch die Beſchränkung der Preßfreiheit und der individuellen Freiheit? Weil die eine in Ungebundenheit ausgeartet war und die andere, anſtatt die geregelte Ausübung des Rechtes eines Jeden zu ſein, durch gehäſſige Exceſſe das Recht Aller bedroht hatte. Dieſe außerordentliche Gefahr, für die Demokratieen beſonders, ohne Aufhören ſchlecht definirte Inſtitutionen der Reihe nach die Gewalt oder die Freiheit aufopfern zu ſehen, iſt vollkommen von unſeren Vätern begriffen worden, die vor einem halben Jahrhundert, nach einer ſchrecklichen Revolution und nach Verſuchen mit allen Arten von Regimen, die Verfaſſung des Jahres VIII proclamirten, welche der von 1852 als Muſter gedient hat. Sie ſanctionirt ohne Zweifel nicht alle jene Freiheiten, an deren Mißbräuche wir uns ſelbſt gewöhnt hatten, ſie heiligt aber auch wirkliche. Nach einer Revolution beſteht die erſte Sicherheit der Freiheit eines Volkes nicht in dem unmäßigen Gebrauche der Tribune und der Preſſe, ſie liegt in dem Rechte, die Regierung, welche ihr genehm iſt, zu wählen. Die franzöſiſche Nation hat vielleicht zum erſten Male der Welt das imponirende Schauſpiel gegeben, daß ein großes Volk in aller Freiheit über die Form ſeiner Regierung abſtimmte. Das Staatsoberhaupt, welches Sie vor Sich haben, iſt wohl der Ausdruck des Volkswillens; und was ſehe ich vor mir? Zwei Kammern: die eine nach dem liberalſten Geſetze, welches auf der Welt beſteht, gewählt, die andere, obgleich von mir ernannt, doch unabhängig, weil ſie unabſetzbar iſt. Um mich herum bemerken Sie Männer von anerkanntem Talente und Verdienſte, immer bereit, mich mit ihren Rathſchlägen zu unterſtützen, mich über die Bedürfniſſe des Landes aufzuklären. Dieſe Verfaſſung, die von heute an in Anwendung gebracht werden wird, iſt daher nicht das Werk einer leeren Theorie und des Despotismus, ſondern das Werk der Erfahrung und Vernunft. Sie werden mir helfen, m. Hrn., ſie zu verbeſſern, zu befeſtigen, zu erweitern. Ich werde im Senate und geſetzgebenden Körper die Lage der Republik kennen lernen. Sie werden ſehen, daß überall das Vertrauen hergeſtellt, überall die Arbeit wieder aufgenommen und zum erſten Male nach einer großen politiſchen Veränderung das öffentliche Vermögen zugenommen, anſtatt abgenommen hat. Seit vier Monaten iſt es meiner Regierung möglich geweſen, viele nützliche Unternehmungen zu ermuthigen, viele Dienſte zu belohnen, vieles Elend zu lindern, ſelbſt die Lage des größten Theiles der angeſehenſten Beamten zu verbeſſern, und dieſes Alles ohne die Steuern zu vermehren oder das Budget in Unordnung zu bringen, welches wir ſo glücklich ſind, Ihnen im Gleichgewicht vorlegen zu können. Dergleichen Thatſachen und die Haltung Europa's, welche mit Befriedigung die ſtattgehab-

Digitized by Google

ten Veränderungen aufgenommen, geben uns eine gerechte Hoffnung der Sicherheit für die Zukunft. Denn wenn der Frieden im Innern gesichert ist, so ist er es auch nach Außen. Die fremden Mächte achten unsere Unabhängigkeit, und wir haben alles Interesse daran, die freundschaftlichsten Beziehungen mit ihnen zu unterhalten. So lange die Ehre Frankreichs nicht im Spiele ist, wird die Pflicht der Regierung sein, mit Sorgfalt jede Ursache der Störung in Europa zu vermeiden und alle unsere Bemühungen auf die inneren Verbesserungen hinzuwenden, welche allein den arbeitenden Classen Erleichterung verschaffen und das Wohlergehen des Landes sichern kann. Und jetzt, m. Hrn., im Augenblick, wo Sie mit Vaterlandsliebe Sich meinen Arbeiten anschlißen, werde ich Ihnen offen auseinandersetzen, welche meine Haltung sein wird. Als man sah, daß ich die Institutionen und Andenken des Kaiserreichs wieder herstellte, hat man oft gesagt, ich wollte das Kaiserreich selbst wieder herstellen. Wenn dieses meine beständige Absicht gewesen wäre, so würde diese Umgestaltung längst geschehen sein: weder die Mittel, noch die Gelegenheiten haben mir gefehlt. Im Jahre 1848, als 6 Millionen Stimmen mich ernannten trotz der Constituante, war es mir nicht unbekannt, daß die einfache Weigerung, die Verfassung zu genehmigen, mir einen Thron geben konnte; aber eine Erhebung, die nothwendiger Weise ernste Unruhen nach sich ziehen mußte, verlockte mich nicht. Am 13. Juni 1849 war es mir ebenfalls leicht, die Form der Regierung zu ändern. Ich wollte es nicht. Endlich am 2. December, wenn persönliche Gründe über die ernsten Interessen des Landes den Sieg davon getragen hätten, hätte ich zuerst von dem Volke, welches es mir nicht verweigert haben würde, einen glänzenden Titel verlangt. Ich war mit dem zufrieden, welchen ich hatte. Ich habe das Consulat und das Kaiserreich zu meiner Richtschnur genommen, weil ich Nationalität und Größe in ihnen finde. Entschlossen, heute, wie vorher, Alles für Frankreich, nichts für mich zu thun, werde ich keine Aenderung an dem jetzigen Stand der Dinge vornehmen, wenn ich nicht durch eine augenscheinliche Nothwendigkeit dazu gezwungen werde. Woher kann diese kommen? Einzig und allein von dem Auftreten der Parteien. Wenn sie sich ergeben, wird nichts geändert werden; wenn sie aber durch ihre geheimen Umtriebe die Stützen meiner Regierung zu untergraben suchen werden, wenn sie in ihrer Blindheit die Legitimität des Resultates der Volkswahl läugnen sollten, wenn sie endlich durch ihre fortdauernden Angriffe die Zukunft des Landes in Fragen stellen sollten, dann nur allein könnte es vernünftig sein, von dem Volke im Namen der Ruhe Frankreichs einen neuen Titel zu verlangen, der unwiderruflich die Gewalt, mit der es mich bekleidet, an meine Person heften würde. Beschäftigen wir uns jedoch nicht im Voraus mit Fragen, welche durchaus nichts Wahrscheinliches haben. Erhalten wir die Republik; sie bedroht Niemanden, sie kann Jedermann Beruhigung geben. Unter ihrem Banner will ich von Neuem eine Aera der Vergessenheit und der Versöhnung eröffnen und ohne Unterschied alle diejenigen zu mir rufen, welche mit mir zum öffentlichen Wohle mitwirken wollen. Die Fürsehung, welche bis dahin so sichtbar meine Bestrebungen gesegnet hat, wird ihr Werk nicht unbeendigt lassen wollen. Sie wird uns Alle mit ihren Eingebungen beseelen und uns die für die Befestigung der Ordnung der Dinge nöthige Kraft und Klugheit geben, die das Glück unseres Vaterlandes und die Ruhe Europa's sichern werden. — Hierauf erhob sich der Staats-Minister de Casabianca und ließ, nachdem er die Eidesformel verlesen hatte, alle Mitglieder des Senates und des gesetzgebenden Körpers einzeln denselben schwören. General Cavaignac, Carnot und Henon antworteten auf den Aufruf ihres Namens nicht. Nach beendigtem Aufrufe erklärte der Staats-Minister im Namen des Prinz-Präsidenten der Republik die legislative Session von 1852 für eröffnet und forderte die Mitglieder des Senats und des gesetzgebenden Körpers auf, sich morgen in ihren Sitzungssälen zu versammeln. Unmittelbar darauf entfernte sich der Prinz unter den Beifallsrufen der ganzen Versammlung. Mit denselben Beifallsrufen empfing ihn auch, als er in den Wagen stieg, das im Tuilerieenhofe aufgestellte 49. Linienregiment. Seit 10 Uhr hatte sich eine zahlreiche Volksmenge in der Umgegend des Tuilerieenpalastes eingefunden, dessen sämmtliche Zugänge von Linientruppen, Pikets der Municipalgarde zu Pferde und Carabiniers, das Pistol in der Faust, bewacht wurden.

Aus Rom ist die Nachricht eingetroffen, daß der Fürst von Canino, welcher in einer Specialmission des Prinz-Präsidenten sich nach Rom begeben sollte, bei seiner Ankunft zu Civitavechia nicht die Erlaubniß erhalten hat, sich dorthin zu verfügen. Bekanntlich war der Fürst von Canino Präsident der Constituante, welche den Papst Pius IX. im Jahre 1848 seiner weltlichen Gewalt entsetzte.

Neueste Nachrichten.

München, den 30. März. Abg. Fürst Wallerstein hat eine Interpellation an das Gesammtministerium bei der Kammer eingereicht, in welcher nach umfassender Motivirung gefragt wird: 1) Ob das Ministerium den Kammern noch vor Beendigung ihres gegenwärtigen Beisammenseins über die Zollverhältniße erschöpfende Vorlagen übergeben werde? und 2) ob dasselbe jedenfalls diese Vorlage so zeitig bewirken werde, daß die Ueberzeugung der Kammern auf die Gestaltung der Zollverhältniße einen entscheidenden Einfluß zu üben vermöge?

Corfu, den 25. März. Wegen Parteiwirren hat der Lord-Obercommissär das jonische Parlament auf sechs Monate vertagt.

Konstantinopel, den 20. März. Fuad Effendi ist als außerordentlicher Pfortecommissär nach Kairo abgereist.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[927] **Anzeige und Empfehlung.**

Unterzeichneter empfiehlt seine Sommerhüte in verschiedenen Farben für Herren, Knaben und Kinder, sowie Seiden- und Filzhüte in neuester Pariser Façon und schönster Auswahl.

Neustadt a. d. Haardt, den 29. März 1852.

Philipp Helffenstein senior
auf dem Gemüsemarkt.

[928²] **Münchener & Aachener Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.**

Folgendes sind die Resultate der in der öffentlichen Generalversammlung vom 22. März d. J. abgelegten Rechnung des Jahres 1851:

Grund-Kapital		5'250,000 fl.
Gesammte Reserven		3'344,579 „
Einjährige Prämie	1'649,034 fl.	
Zinsen-Einnahme	200,457 „	
		1'849,491 „
Versicherungen in Kraft während des Jahres		923'967,875 „

Die ausführlichen Abschlüße sind bei den Unterzeichneten und allen Agenten der Gesellschaft einzusehen.

Speyer und Mutterstadt, am 31. März 1852.

J. M. Wolff zu Speyer,
R. A. Berger zu Mutterstadt, } Agenten für die Kantone gleichen Namens.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 82 | den 4. April 1852.

Deutschland.

*** Betrachtungen.** Die siegende Reaction hat unter vielen Ungethümen auch den kirchlichen Fanatismus wieder erweckt. Er rührte sich nicht in der Zeit des Aufschwungs von 1848; er ist längst wieder aufgetreten in seiner ganzen Scheußlichkeit, und schürt überall im Vaterlande die verderblichen Flammen, emsiger, als er seit lange vermocht hatte.

Katholicismus und Protestantismus werden wieder von Vielen als Bezeichnungen in der Bedeutung genommen, welche diese Namen zur Zeit des furchtbaren dreißigjährigen Krieges hatten, — jenes Krieges, den Deutschland den Jesuiten, als dessen wahren Urhebern, verdankt, — jenes Krieges, der unser Vaterland ärger zerriß als irgend ein früherer Kampf, und der dem materiellen Wohlstand desselben Wunden schlug, die zum Theile selbst nach zwei Jahrhunderten noch nicht vollständig ausgeheilt sind. —

Nein! Katholicismus und Protestantismus sind keine Gegensätze mehr von der Art, wie etwa Absolutismus und Democratie. Die Verhältniße sind durchaus andere!

In politischen Dingen folgt jeder einer Fahne nach seiner *selbsteigenen* Wahl. Mögen Eigennutz und *sonstige* Rücksichten der niedrigsten Art hiebei oft bestimmend *einwirken*, dennoch wählt Jeder für sich selbst. Ganz anders heute bei den confessionellen Verhältnißen. Die unendliche Mehrzahl der Menschen gehört dieser oder jener Kirche an — keineswegs in Folge freier selbsteigener *Wahl*, sondern — einzig und allein darum, weil eben Andere, die Eltern, Katholiken oder Protestanten waren, und weil diese ihre Kinder, alsbald nach deren Geburt, lange zuvor ehe sie eines eigenen Urtheils fähig waren, in diese oder jene Kirchengemeinschaft aufnehmen ließen. Die Zahl der Uebertritte von einer der beiden Confessionen zur andern ist — was auch die Eiferer da oder dort sagen und thun mögen, — verschwindend klein zur Gesammtheit. Und zudem hat man sich daran gewöhnt, in solchen Vorgängen gar häufig das Vorwalten weltlicher statt geistiger Motive zu vermuthen.

Diese Erscheinung, diese Gleichgültigkeit, wäre rein unerklärbar, wenn nicht — abgesehen von dem wichtigen Momente, daß bei uns eine vollkommene kirchliche Freiheit durchaus nicht besteht, wie die Maßnahmen gegen die Deutschkatholiken in der jüngsten Zeit wieder beweisen, — sie wäre rein unerklärbar, sagen wir, wenn nicht insbesondere noch ein Umstand in Mitte läge, *dessen* sich zwar blos die Wenigsten klar bewußt sind, der aber in seiner Wirkung die große Mehrheit dennoch beherrschend durchdringt. Es ist der Umstand, daß heute die eigentlichen und wahren Hauptgegensätze sich nicht mehr als Protestantismus und Katholicismus gegenüberstehen, sondern als Aufklärung und Verfinsterung überhaupt, ohne wesentlichen Bezug auf die äußere Kirche. Die aufgeklärten Protestanten und die aufgeklärten Katholiken umschlingt ein gleiches geistiges Band; die katholischen Jesuiten und die protestantischen Mucker stehen ebenso vereint ihnen feindlich gegenüber. —

Möchten die Freunde eines der Vernunft und der Bildungsstufe unseres Volkes entsprechenden, vom blinden Autoritätsglauben sich frei haltenden Cultus — gleichviel, ob sie Protestanten oder Katholiken sind, nie aus den Augen verlieren, daß ihr beiderseitiges Ziel kein anderes, als eines und dasselbe sein kann; — möchten sie insbesondere stets und unter allen Verhältnißen den Zweck der Aufstachelungen vereiteln, welche ein, die wirklichen Verhältniße der jetzigen Zeit völlig verkennender Eifer, mit den alten Schlagworten und Parteibezeichnungen: „Protestantismus und Katholicismus!“ so oft noch versucht!

Jesuitismus und Muckerthum — oder wie man beide zu nennen Lust hat, — sie gehen vorerst in schönster Eintracht. Beide haben in der katholischen ebenso wie in der protestantischen Kirche, einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen: dieser gemeinsame Feind, er ist — die Vernunft, die Volksaufklärung, welche namentlich mit einer hierarchischen Priesterherrschaft, wie mit einem protestantischen Papstthum völlig unvereinbar ist. —

Dennoch würde man sich gewaltig täuschen, wollte man glauben, das Endziel des Jesuitismus und Muckerthums sei ebenso, wie das der Aufgeklärten, völlig das nemliche. Der Jesuitismus duldet und unterstützt sogar den Pietismus, aber nur in so lange, als derselbe seinen Zwecken dient. Das Endziel — wenn die Aufklärung vernichtet werden könnte, wäre die — nöthigenfalls gewaltsam, in inquisitorischer Weise durchgeführte unbedingte Unterwerfung des Pietismus mit seiner ganzen Eroberung unter die schrankenlose Alleinherrschaft des Jesuitismus. Glücklicher Weise fehlt heute die Macht zum offenen Zwange. Daß aber, bei der rückhalts- und rücksichtslosesten Thätigkeit nach Außen, die geheimen Fäden wohl angelegt sind, zeigt, um nicht in die nächste Nähe zu greifen, das Beispiel des protestantischen Hofpredigers Stark von Darmstadt, der auf dem Todbette bekannte, seit langen Jahren insgeheim Jesuit zu sein, und ebenso das Beispiel des protestantischen Antistes Hurter, der nur durch die Entschiedenheit seiner weiterblickenden Amtsgenossen zu einer frühern Entlarvung gedrängt werden konnte. —

Nürnberg. Der „Nürnb. Kur.“ enthält folgenden Artikel: Drei Fragen der Gegenwart. Unter so vielen untergeordneten Fragen unserer neuesten Zeit erheben sich zwei, jene über das Kaiserthum in Frankreich und jene über die „Forderungen“ des Episkopates in Deutschland, zunächst an jene über den Zollverein, welcher unstreitig als Kardinalpunct der Geschichte der Gegenwart vor uns steht. Man sollte glauben, es wäre, nach den Erlebnissen Aller, ganz gleichgültig, ob das Oberhaupt in Frankreich den Titel Präsident oder Kaiser führe. Allein dem ist nicht also. Für Deutschland entscheidet dieser Namen sehr viel, ja er wird für Europa und vielleicht noch weiter hinaus von unberechenbaren Folgen werden. Wir glauben zwar trotz allen Adlern und Kaisermänteln noch immer an kein Kaiserthum an der Seine, aber wenn es kommt, dann ist sicher der Augenblick nicht mehr ferne, wo England und Rußland in dem andern Welttheile, wo ihr Zusammenstoß längst als ein unvermeidlicher vorauszusehen ist, entweder von der Gunst, oder von der Noth der Zeit getrieben, den offenen Hader beginnen, während Frankreich die Maske gegen England fallen läßt und der Verbündete Rußlands sein wird, um den meerbeherrschenden Dreizack Britaniens durch Theilung seiner Kräfte, durch Beschäftigung nach verschiedenen Seiten zu brechen. Nicht umsonst treibt es das englische Cabinet ungeachtet der wärmsten Friedens- und Freundesversicherungen aus der Franzosenstadt unwiderstehlich zur Kriegsrüstung; denn wer heute öffentlich dem Volke schwört: „Im Angesichte Gottes schwöre ich Treue der demokratischen Republik und ihrer Verfassung,“ und morgen diese Verfassung stürzt und über ihre Trüm-

mer den Kaisermantel breitet, der kann wohl kaum verlangen, daß dem Vernünftigen sein Freundeskuß die Liebe und Treue des Johannes verkündet. Gerathen England und Frankreich in offenen Bruch, so wissen wir, welche wichtige Rolle die Ost- und Nordsee spielen werden; wir wissen noch mehr, daß es sich darum handeln wird, Deutschland direct mit in das Spiel zu ziehen, denn die Rheingrenze wird in neuester Zeit so wenig besprochen, daß uns vor dieser Stille bangt. — Wer sollte es auch nicht wissen, daß man in gewitterschwülen Stunden gerade den Herzenspunkt nicht berühren mag? Der Neffe erscheint aber so auffallend als Kopie des Onkels, daß wir nicht umhin können, anzudeuten, wie viele schriftliche Documente von der Hand des letztern vorliegen, durch die er anbefahl, in verschiedenen Blättern seine Kriegsrichtungen zu besprechen, um die Aufmerksamkeit dorthin zu lenken, während er in der nächsten Zeit stets einen ganz andern Punkt in Angriff nahm und durch diese Täuschungen nicht selten die größten Vortheile erreichte. Den Franzosen erregt bei weitem nicht so mächtig der Haß gegen den Engländer, als ihn die Revision der Verträge von 1814 in Flammen setzt, und der Rhein kocht ihm stets die kriegslustige Ader auf, während der Neffe das Rheinufer die Ehrenrettung des großen Onkels betiteln und den Ruhmesdrang des Heeres wie des ganzen Reiches aufrütteln wird, wenn er seine Soldaten den schwarzen Flecken eines verhaßten Vertrages auslöschen heißt. Das zunächst betheiligte Preußen, wird es von England geködert werden, oder soll der doppelköpfige österreichische Adler über seinen Horst die Schwingen ausbreiten? Eine innigere Verbindung Preußens mit England wäre der Todesstoß der materiellen Interessen Deutschlands. England zeigte sich von jeher als der große Krämer, der bei jedem „Geschäfte" einen „Profit" zu erzielen weiß, und die Zeche des neuen Bundes würde sicher ganz Deutschland bezahlen. Nun wissen wir weiter, daß Preußen der Repräsentant des Protestantismus bleibt, und gewisse Organe tragen die Kampfeslust gegen diesen in neuester Zeit zu sehr zur Schau, als daß wir nicht besorgt nach den „Anforderungen" des deutschen Episkopates und nach der Willfährigkeit von Cabinetten, denen die Ministerstühle lieb geworden sind, hinblicken sollten. Es gilt die Unterwerfung, vielleicht die Niederwerfung des Protestantismus, damit zugleich eine Unterwerfung Preußens und sonach ein von selbst verstandenes Hinausdrängen des letztern an das ihm in dieser Beziehung näher verwandte England. Damit ist aber die Spaltung Deutschlands für immer ausgesprochen, eine Spaltung, die nur nach einem Zusammensturze aller Dinge von dem auf die Trümmer sich hervorarbeitenden Despotismus ausgefüllt werden würde. Wie sehr möchten wir daher zur Vorsicht bei den Conzessionen an die episcopalischen „Forderungen" rathen und wie sehr muß jeder Freund des Vaterlandes bitten und wünschen, es möge die Zolleinigung, dermalen das einzige mögliche und wirksamste Band unseres gemeinsamen Wohles, nicht auch die letzte Hoffnung einer deutschen Zukunft zu Schanden werden lassen!

* **München,** den 31. März. Die gestrige und die heutige Abgeordnetensitzung (die 105. und 106.) boten durchaus kein allgemeines Interesse dar. Gestern wurde die Berathung des diesseitigen Taxgesetzes beendigt, und dasselbe schließlich mit 103 gegen 19 Stimmen (fast sämmtlich Unterfranken) angenommen. Dieses Gesetz wird den Bewohnern der 6 ältern Kreise, durch Beseitigung einiger Abnormitäten einige Erleichterung gewähren, wogegen allerdings Unterfranken eine bedeutende Taxenerhöhung zu tragen bekommen wird. Doch sind diese Taxen ganz unverhältnißmäßig geringer, als in der Pfalz. So ist namentlich bei Verkäufen von Grundstücken nicht mehr als ½ Kreuzer vom Gulden zu entrichten, also ⅚ Procent, statt der 4 Proc. in der Pfalz.

In der heutigen Sitzung fand die dritte Verlesung des Weis'schen Initiativantrags wegen Abkürzung der Finanzperioden statt, und ward mit 105 gegen 14 Stimmen angenommen.

Hierauf Berathung über die Rückäußerung der Reichsräthe bezüglich der Gesetzentwürfe „die Benützung des Wassers ꝛc. betr." Die noch obwaltenden Differenzpuncte waren nicht principieller Natur, und wurden durch Nachgeben der Abgeordneten sämmtlich beseitigt.

* Die Anwesenheit der beiden Russischen Prinzen gibt Veranlassung, wieder recht daran zu erinnern, daß München, trotz seiner 100,000 Einwohner, zunächst eben doch nur eine Residenzstadt ist. Fast allgemein hört man von Dingen reden, welche mit der Anwesenheit jener Großfürsten in Verbindung stehen. In einer Stadt wie Paris wäre dies nicht der Fall. In London ohnehin würde das Wogen und Treiben der stets rührigen und thätigen Bevölkerung keinen Unterschied gegen andere Tage gewahren lassen. — Die Groß ürsten langten erst gestern Nacht um ½ 2 Uhr hier an. Da man sie schon vorgestern Abend gegen 10 Uhr erwartete, so hatte dieß für die beorderten Truppen einen beschwerlichen Dienst zur Folge. Eine Compagnie des Leibregiments sammt der Regimentsmusik war nemlich als „Ehrenwache" bestimmt. Die Soldaten wurden, wie die Neuesten Nachrichten angeben, schon des Abends um 6 Uhr im Kasernenhofe und um 8 Uhr vor dem Leuchtenbergischen Palais (dem Absteigequartiere) aufgestellt; dann erhielt dieselbe im Hofe des Palais eine Erfrischung (Bier), ward aber von 10 bis 12 Uhr Nachts wieder in Reih und Glied aufgestellt. „Nach Mitternacht erst durften die Gewehre in Pyramide gestellt werden, und die (ohne Mäntel) halb erstarrte Mannschaft konnte sich nun warm auf- und ablaufen. Die Tornister brachten sie 7½ Stunden nicht vom Rücken." — Es sind, der heute stattfindenden Parade wegen, noch 2 Escadronen Cuirassiere vom 2. Regiment von Freising, und 4 Escadronen Chevauxlegers von Augsburg hieher gezogen worden, die natürlich einquartiert werden mußten. Die ganze hiesige Garnison hielt seit längerer Zeit unausgesetzt militärische Vorübungen. Viel Gerede gab es, als vor einigen Tagen an die Infanterieofficiere der (mittlerweile natürlich vollzogene) Befehl erging, die Kinnbärte abzurasiren. — Der Volkswitz belustigt sich daran, daß heute ein Stück mit nicht ganz passendem Titel auf dem Theater aufgeführt werde, nemlich Shakspeares „viel Lärm um nichts."

Nachschrift. Die so eben in der Ludwigsstraße stattgehabte Revue ging nicht ohne Unglück vorüber. Bei dem Schwenken der Chevauxlegers und der Artillerie im Galopp stürzten mehrere Reiter und wurden mehr oder minder beschädigt.

München, den 31. März. Die Druckschrift „Wiener Juden-Album pro 1852" — Augsburg bei Herzog — wurde auf Grund des Art. 26 in den hiesigen Buchhandlungen mit Beschlag belegt.

Aus der Pfarrkirche zu Innernzell, Ldg. Grafenau, wurden am 24. d. Nachts eine Monstranze und ein Ciborium im Werthe zu 200 fl. entwendet.

Augsburg, den 29. März. Das „Tagbl." berichtet: „Das hiesige Benedictiner-Stift hat eine neue Hausordung erhalten. An Werktagen wird dreimal, an Feiertagen viermal im Chor gebetet. Im Winter müssen alle um 5 Uhr zu Hause sein, im Sommer ist der Spaziergang von 5 bis 7 Uhr und die Benützung des Konventgartens von ¾ auf 8 bis ¼ nach 8 Uhr erlaubt. Außerdem sind den Professoren ihre Regeln über Studium und Freizeit, Reden und Schweigen gegeben; die Ablegung der Ordenstracht unter Excommunication ipso facto verwehrt, der Besuch aller Vergnügungsorte und jedes Theaters untersagt, nur der Besuch guter Conzerte mit Bewilligung des Abtes erlaubt. Petuniäre Mittel sind nur dann vom Abte zu reichen, wenn Finanzüberschüsse es gut gestatten, jedenfalls können sie nach Gutbefinden, z. B. als Strafe, entzogen werden."

Mannheim, den 31. März. Heute Morgen gingen wieder 600 Auswanderer von hier nach Liverpool ab; 300 folgen im Laufe des Nachmittags auf einem Extraschiffe noch nach.

Leipzig, den 29. März. Der seit Jahresfrist suspendirte deutschkatholische Pfarrer Rauch ist vor einigen Tagen durch Verfügung des Cultusministeriums nun gänzlich vom Amte removirt worden. Die Gründe, auf welche die Remotion sich stützt, sind einige von Rauch in der Petrikirche hier und vor der Filialgemeinde zu Döbeln von der Kanzel herab ausgesprochene religiöse Ansichten, und die wegen eines Preßvergehens ihm zuerkannte einmonatliche Gefängnißstrafe.

Chemnitz, den 28. März. Bei einem gestern hier ausgebrochenen Brand sind 2 Kinder in den Flammen umgekommen und ein Haus und eine Scheune niedergebrannt.

Berlin, den 29. März. Der „Magdeburger Corresp." berichtet aus dem Mannsfeldschen vom 26. März folgenden, bei dem Durchmarsche der Oesterreicher in Eisleben vorgekommenen Exceß: An vierzig Mann, man sagt lauter Protestanten, drängten sich in das sogenannte Lutherhaus ein, um die dort aufbewahrten Erinnerungsstücke (Luther's Siegelring, mancherlei Denkmünzen, Briefe und Bildnisse der Reformatoren) zu betrachten; etliche aber machten sich, da Alles gedrängt voll war, über die Behältnisse her, in denen jene Denkmäler bewahrt werden, und fingen an sie zu plündern. Der herumführende Seminarist (das Haus gehört jetzt den Seminaranstalten), welcher sich ihrer nicht erwehren konnte, eilte mit vieler Geistesgegenwart auf die Straße, um Lärm zu machen, und fand auch glücklicherweise einen Unteroffizier, der das Haus räumen ließ. Durch Androhung von 40 Stockprügeln für Jeden, der dabei gewesen, wurden die oder der Thäter (Einige nennen einen, Andere zwei) alsbald herausgebracht und zur Bestrafung abgeliefert; nur eine Münze ohne erheblichen Werth fehlte.

Belgien.

Brüssel, den 20. März. Mehrere französische Flüchtlinge sind in den letzten Tagen in Belgien eingetroffen. Der Fabeldichter Lachambaudie, der Juwelier C. Spinelli und der Ex-General der Pariser Nationalgarde, Thomas, befinden sich auch darunter.

Frankreich.

Paris, den 27. März. Aus dem Beamtenthum wird die noch übrige Opposition bald ausgeschieden sein: außer den Justizbeamten werden binnen kurzem auch die des öffentlichen Unterrichts den Eid zu leisten haben, wobei allem Anschein nach eine Reihe namhafter Personen ihre Stellung alten Ueberzeugungen und Verpflichtungen zum Opfer bringen wird. Wie ich vernehme, wollen u. a. Villemain, Jules Simon, Pouillet, der berühmte Physiker und Lehrer des Grafen von Paris, und selbst viele Gymnasialprofessoren den Eid verweigern. An die Beamten der übrigen Departements wird dann ebenfalls die Reihe kommen; an die Armee und die Flotte, in welcher letzteren bekanntlich viele orleanistische Oppositionselemente sind, wird es zuletzt gehen. Wenn dergestalt überall aufgeräumt ist, wenn alle Bedingungen vollständig hergestellt sind, dann wird auch das Kaiserthum mit allen seinen Consequenzen in die Welt treten, wie die Frucht aus dem Mutterleibe, wenn sie reif ist. (A. Z.)

— den 30. März. Ein präsidentielles Decret verfügt, daß ein Gebäude, welches für die Aufnahme der nationalen Ausstellungen bestimmt ist, und das für öffentliche Ceremonien und für bürgerliche und militärische Festlichkeiten dienen kann, nach dem System des Londoner Krystallpalastes errichtet und in dem großen Vierecke auf den elysäischen Feldern aufgeführt werden soll.

Das Schreiben, durch welches die drei zu Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers gewählten republicanischen Candidaten die Eidesleistung verweigert haben, lautet: „An den Präsidenten des gesetzgebenden Körpers. Herr Präsident! Die Wähler von Paris und Lyon haben uns aufgesucht in unserer Zurückgezogenheit und der Verbannung. Wir danken ihnen dafür, daß sie meinten, unsere Namen würden schon von sich protestiren gegen die Vernichtung der öffentlichen Freiheiten und die Gewaltthätigkeit der Willkür. Aber wir können nicht annehmen, daß sie uns in einen gesetzgebenden Körper hätten senden wollen, dessen Befugnisse nicht so weit reichen, die Verletzungen des Rechts wieder gut zu machen. Wir verwarfen die unmoralische Lehre der geheimen Vorbehalte und Rückgedanken, und wir verweigern den zur Zulassung zum gesetzgebenden Körper erforderlichen Eid. Wir ersuchen Sie, Herr Präsident, der Versammlung Kenntniß von dieser Erklärung geben zu wollen. Gez. Cavaignac, Carnot, Hénon. Paris, 29. März 1852."

Vereinigte Staaten.

New-York, den 16. März. Aus Washington wird mitgetheilt, daß die Regierung von Japan, gegen welche die Nordamerikaner eine Expedition vorbereiten, um diesen Staat zu Handelsconcessionen zu zwingen, an die Holländer appellirt hat, um gegen die Invasion der Amerikaner Schutz zu erhalten.

Der gesetzgebende Körper von Vermont hat ein Gesetz angenommen, welches den Eisenbahngesellschaften verbietet, solche Personen anzustellen, welche von berauschenden Liqueuren zu ihrem Getränke Gebrauch machen; die Gesellschaft, welche gegen dieses Gesetz handeln würde, solle gerichtlich verfolgt und zu einer Geldbuße von 300 bis 3000 Dollars verurtheilt werden.

Neueste Nachrichten.

München, den 31. März. Der König hat den hier verweilenden Großfürsten Michael und Nicolaus von Rußland den St. Hubertus-Orden verliehen und die betreffenden Insignien denselben eigenhändig überreicht.

Paris, den 1. April. Der gesetzgebende Körper hat heute in geheimer Sitzung darüber berathen, ob ein besonderes Costume für die Sitzungen nothwendig sei.

Die Staatsräthe Bauchard und Marchand, der General Canrobert und der Oberst Espinasse sind nach den Provinzen gesandt worden, um zu untersuchen, ob die gemischten Commissionen auch wirklich nur sehr strafbare oder gefährliche Männer verurtheilt haben. Sie sollen geeigneten Falles unverzügliche Freilassungen anordnen.

New-York, den 16. März. Am 13. März sind 95 Americaner, die als Theilnehmer der Lopez'schen Expedition nach Spanien gebracht worden waren, heimgekehrt. Sie waren aller Mittel entblößt, und sofort wurde eine Subscription zu ihrer Unterstützung eröffnet.

Hiezu eine Beilage

Redacteur: Fr. Steiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[930] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 1. bis 31. März: H. Keßler a. Rheinzabern. — H. Professor Engelhardt a. Straßburg. — 3. H. Götz a. Wiesbaden. — 4. u. 5. H. Dr. med. Braun mit Gemahlin a. Wiesbaden. — 6. H. Engel a. Derrenbach.

[931] **Danksagung.**

Ich sage allen Denjenigen, welche meine geliebte Mutter zu ihrer letzten Ruhestätte begleiteten, meinen tiefgefühlten Dank. — Mutterstadt, den 30. März 1852.

Die hinterbliebene Tochter.

[929a] **Gebrüder Strauß**

in Ludwigshafen am Rhein

empfehlen ihren verehrten Geschäftsfreunden ihr wohlassortirtes Lager in allen Sorten **französischen und englischen Tülls und Spitzen,** sowie in Schweizer Weißwaaren unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung. Ihr Verkaufslocal befindet sich in dem neuerbauten Hause der Herren **Kaufmann & Glöcklen.**

[932a] **Großes Kleider-Magazin**

in Ludwigshafen am Rhein in dem neuerbauten Hause der Herren Kaufmann & Glöcklen.

Obenbenannte empfehlen dem geschätzten Publicum ihr neu eröffnetes Etablissement, und werden dieselben stets dahin streben, durch solide und billige Waare, sowie überhaupt durch prompte und reelle Bedienung, sich

die Zufriedenheit und das Vertrauen ihrer verehrten Gönner zu erwerben und dauernd zu erhalten.

Tuchröcke von 13 bis 30 fl. Sommerröcke von 2 fl. 42 kr. bis 18 fl. Beinkleider von 1 fl. 30 kr. bis 12 fl. Westen von 1 bis 7 fl. Schlafröcke von 3 bis 14 fl.

[933ᵃ] **Commissions-Lager**

von Scheibenbüchsen, Jagdflinten, Pistolen und Terzrollen rc. rc. Scheibenbüchsen und Doppelflinten werden zum Einschießen zur Probe und um den Fabrikpreis abgegeben bei Klebsch und Manz in Speyer.

[871ᵉ] **Wichtige Anzeige**
für
Taube und Harthörige.

Von dem vielberühmten Gehöröl des Doctor John Robinson in London hat der Unterzeichnete für ganz Deutschland die einzige, alleinige ächte Niederlage und Verkauf.

Dieses Oel heilt binnen kurzer Zeit die Taubheit, falls selbige nicht angeboren, es bekämpft ferner alle mit der Harthörigkeit verbundene Uebel, als Ohrenschmerzen, Sausen und Brausen in den Ohren.

Ueber die vortreffliche Wirkung dieses Oels lasse ich fünf der jüngsten Genesungs-Atteste folgen, alle mitzutheilen, ist zu kostspielig.

Schriftliche Aufträge, die ich mir franco erbitte, werden prompt ausgeführt.

Soest, Reg.-Bez. Arnsberg, 1852.

H. Brakelmann,
alleiniger Depositeur.

Attest.

Das Gehöröl von Dr. John Robinson in London wovon Herr **H. Brakelmann** in Soest Verkauf und Niederlage hat, habe ich gegen meine Harthörigkeit angewandt und bin in Folge dieses Gebrauchs davon befreit worden. Ich attestire dieses der Wahrheit gemäß.

Oestinghausen, bei Soest. gez. Marius Rosenberg.

Attest.

Das Gehöröl von Dr. John Robinson in London, wovon Herr **H. Brakelmann** in Soest Verkauf und Niederlage hat, habe ich gegen meine Taubheit angewandt. Nach kurzem Gebrauch spürte ich gleich Besserung, welche sich in dem Maße gesteigert hat, daß ich jetzt förmlich wieder hergestellt bin.

Ich attestire dies der Wahrheit gemäß.

Fröndenberg, bei Unna, 1849. gez. Christ. Kröner.

Groß Wechow bei Wollin in Pommern, 1. Dec. 1849.

Herrn **H. Brakelmann** in Soest.

Ew. Wohlgeboren ersuche ich, mir von dem Gehöröl wovon ich schon ein Fläschchen mit gutem Erfolg für das eine Ohr verbraucht habe, gefälligst noch ein Fläschchen zu senden.

Mit aller Achtung zeichne ich mich als Ew. Wohlgeboren ergebenste

Die Prälatin v. Berg, geb. v. Owstien.

Herrn **H. Brakelmann** in Soest.

Ew. Wohlgeboren werden sich entsinnen, daß ich mir schon ein Fläschchen vom Robinsonschen Gehöröle von Ihnen verschrieben habe. Dies ist verbraucht und zwar ist das rechte ziemlich wieder hergestellt. Für das linke Ohr bitte ich mir noch ein Fläschchen aus.

Stirkallen bei Insterburg, den 25. März 1850.

Michael Schäfer.

Haveda Gerichts Peterhagen, den 21. April 1850.

Herrn **H. Brakelmann** in Soest.

Ich ersuche Sie noch um ein Flacon Gehöröl. Das Gehör hat sich auch gebessert, und ich hoffe, mit diesem zweiten Gebrauch wird es noch mehr verbessert.

Ergebenst empfiehlt sich J. D. Wöhler.

[878ᵉ] **Anzeige.**

In Bezug auf das vorstehend empfohlene **Gehöröl** bringe andurch zur Anzeige, daß mir von obigem Herrn der Auftrag wurde, Bestellungen für ihn zu sammeln und überhaupt nöthige Auskünfte zu geben.

Neustadt a. H., den 7. März 1852.

Carl Helfferich.

[934] **Hausversteigerung in Ludwigshafen am Rhein.**

Donnerstag, den 22. April nächsthin, zu Ludwigshafen im Gasthofe zum „deutschen Hause", Nachmittags 2 Uhr, lassen die Herren A. Weber und F. Karcher aus Kaiserslautern ihr zu Ludwigshafen in der Hauptstraße gelegenes dreistöckiges Wohnhaus versteigern. Dasselbe wurde erst vor 6 Jahren solid aus Steinen erbaut und liegt ganz in der Nähe des Freihafens und des Bahnhofes auf einem eingeschlossenen Areal von 116 Nürnberger □Ruthen, hat 2 Gärtchen, Nebenbau mit Wohnung, Waschküche und Lagerhaus und einen großen gewölbten Keller. Das Areal und die Gebäulichkeiten werden zuerst im Ganzen ausgeboten und zuletzt in Abtheilungen. Da ohne Nachtheil des Hauses von dem Raume füglich noch 3 Hausplätze abgeschnitten werden können. Nebst diesem Immöbel wird ein zu Ludwigshafen neben der Schulstraße und dem Rheine gelegenes Stück Land von 83 Nürnberger □Ruthen versteigert, welches sich besonders zu einem Bauholzhandel eignen würde.

Die Pläne können bei Hrn. Gelbert in Ludwigshafen eingesehen werden.

Leuchsenring, Notär.

[935] # Königlich Sächsische concessionirte Lebensversicherungsgesellschaft zu Leipzig.

Ende December 1831. Versicherte		4479 Personen.
Summe der bestehenden Versicherungen	fl.	9'079,700
Erfolgte Auszahlungen an die Erben verstorbener Mitglieder	„	2'573,840
Rückvergütung aus den entbehrlichen Ueberschüssen als Dividende an die Mitglieder	„	316,557
Angesammelter Reservefonds	„	1'853,124

Dividende im Jahr 1852. 15 Procent.

Wenn bei einer Lebensversicherungsanstalt vor Allem darauf Bedacht zu nehmen ist, daß durch Ansammlung eines nachhaltigen Reservefonds vollständig dafür gesorgt werde, damit die versicherten Capitalien für Todesfälle sofort ausgezahlt werden können, so dürfte das oben angeführte Ergebniß des Rechnungsjahres 1851 um so erfreulicher erscheinen, da überdem die Vertheilung einer abermals größern Dividende auch die Beiträge billiger stellt. Dadurch wird auch dem Minderbegüterten der Beitritt zu einer Anstalt möglich gemacht, die bereits seit geraumer Zeit manche Thräne des Kummers und der Noth stillen konnte, welche bei dem oft vorzeitigen Absterben des Familienernährers von den Hinterbliebenen vergossen wurde.

Anträge zu Versicherungen können bei den Agenten der Anstalt eingereicht werden, unter andern:

in Dürkheim	bei Herrn	**Franz Hauck,**
„ Frankenthal	„ „	**Ph. W. Kühlthau,**
„ Kaiserslautern	„ „	**Carl Guth,**
„ Neustadt a. d. H.	„ „	**C. J. Fischer,**
„ Zweibrücken	„ „	**P. J. Römer.**

Beilage zur Neuen

Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 82) den 4. April 1852.

Deutschland.

Preußische Jubelfeier. Die dermalige Zeit, meinen viele ehrliche Freunde des deutschen Vaterlandes und Volkes, sei keine Zeit zu übermäßigem Jubeln und Jauchzen. Aber die offizielle Welt in Preußen scheint andern Sinnes und hat so eben eine recht artige Jubelfeier arrangirt, die Jubelfeier zu Meurs. — Meurs, Meurs! Du staunst, gläubiger Leser, und fragst, was das zu bedeuten habe? — So höre, um die Bedeutung der Grafschaft Meurs zu würdigen. Die Grafschaft Meurs enthält ganze 6 Quadratmeilen und fiel 1702, als mit Wilhelm III. von England, dem Erbstatthalter von Holland, das Haus der Oranier erlosch, durch testamentarische Verfügung an die „Krone Preußen". Am 25. März 1702 nahm Preußen-Brandenburg Besitz von der Grafschaft, als seiner ersten Erwerbung auf dem linken Rheinufer, und am 25. März 1852 wurde desfalls ein 150. Jubiläum gefeiert. Daß das 100jährige Jubiläum nicht gefeiert werden konnte, daran war einfach Schuld, daß damals die Landschaft Meurs in Folge des „ruhmreichen" Baseler Friedens unter französischer Herrschaft sich befand. Zu diesem großen Jubelfeste nun zog der König von Preußen, nachdem er der Einladungsdeputation aus dem Lande Meurs „gnädigst" versichert, daß er kommen und bei den Festlichkeiten den Wirth machen werde. Und er kam, der ehemals aus dem Votum der deutschen Nationalversammlung ein Anrecht auf das deutsche Kaiserreich erkannt und — weil aus den Händen des Volkes — verschmäht hatte. Er kam am 24. nach Meurs, dem Lande von 6 Quadratmeilen, und hielt sofort auf die Anrede des Bürgermeisters folgende Gegenrede: „Gebe Gott, daß sich die von Ihnen ausgesprochenen Wünsche erfüllen mögen! Wie alle meine Vorfahren, kann Ich Ihnen das Zeugniß bewährter Treue geben. Die Grafschaft hat Mein Haus nie durch eigene Schuld betrübt. — Selbst als der Allmächtige uns schwere Prüfungen gesendet, als Fremdherrschaft auf dem Lande lastete — als in neuester Zeit Viele untreu geworden, haben Sie in Ihrer Treue nicht gewankt. Das hat Mich bewogen, zu Ihnen zu kommen, um Ihnen Meinen Dank aus der Fülle Meines Herzens zu sagen, und ich füge hinzu, auch den der Königin!" — Am folgenden Tage war große Tafel beim Könige und „als man daran war, so erzählt die Elberf. Ztg., mit dem schäumenden Champagner *) die Gläser zu füllen, erhob sich der König und sprach: „Haben Sie rheinischen Wein, so nehmen sie diesen, nicht den wälschen, ich will der Grafschaft ein Hoch bringen. Die Grafschafter machen nicht viele Worte, aber Thaten zeugen für ihre Treue. Möge der Segen von oben auf der Grafschaft ruhen und sie bei den bewährten Zeugnissen bleiben. Das schöne, reich gesegnete, treu bewährte Ländchen soll blühen und gedeihen!" Die Elberf. Ztg. erzählt weiter: Wörtlich genau sind diese Anführungen nicht — wenn Ohr und Herz ganz dabei sind, kann man nicht aus Aufschreiben denken. Besonders, wenn man mit ganzem Herzen in das Hoch einstimmen muß, was nun dem Könige ausgebracht wurde. Dann brachte ein Bauersmann aus der Grafschaft, indem er sich darauf berief, daß die Grafschafter nicht viel Worte machten, der Landesmutter, der Königin, ein Hoch aus. Nun müßte ich auch noch erzählen, wie ernst gemeint „Heil Dir im Siegerkranz" stehend gesungen wurde, wie der König auf die wackern Sänger sein Glas leerte, wie er durch die Reihen ging und manch' ernstes, humoristisches, geistreiches Wort sprach. — „Am Abend des 24., erzählt die Elberf. Ztg. ferner, hatten die Grafschafter Bauern dem Könige nach früherer Sitte ihre ländlichen Geschenke dargebracht: Butter, Kraut und einen Grafschafter Stuten. Der König hatte darüber eine gar herzliche Freude und sandte diese Geschenke sofort nach Berlin an J. Maj. die Königin. Seine nähere Umgebung äußerte, daß Se. Maj. auch noch später über diese harmlose Förderung des königlichen Haushaltes sich in huldvollster Anerkennung ausgesprochen." — Was wolle man heut zu Tage mehr? (Nürnb. K.)

*) „Ein ächter deutscher Mann kann keinen Franken leiden, Doch seine Weine trinkt er gern."

Aus **Königsberg** wird unterm 19. d. von dem Erscheinen ganzer Schaaren von Bettlern geschrieben. Der Nothstand habe einen außerordentlichen Grad erreicht, und in Folge davon sei eine derartige Unsicherheit des Eigenthums entstanden, daß in Städten und ländlichen Ortschaften Tag- und Nachtpatrouillen angeordnet wurden. Die Kreise haben deßhalb vom Staate außerordentliche Vorschüsse zu Chausseebauten erhalten.

Altona, den 25. März. (Unerwartete Milde.) Die gegen den Literaten Springborn verfügte Ausweisung ist, glaubwürdigem Vernehmen nach, wieder zurückgenommen worden. Auch der bekannte Redacteur des jetzt nicht mehr erscheinenden Volksblattes „das Volk," Baurmeister aus Rendsburg, der schon gegen 3 Jahre in Untersuchungshaft detinirt ist, wurde in diesen Tagen in Freiheit gesetzt, indem ihm in Anbetracht dieser langen Untersuchungshaft die 6jährige Zuchthausstrafe, zu der er verurtheilt gewesen, erlassen wurde. Nicht minder ist der Schullehrer Meyer, früheres Mitglied der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, in welcher er zur äußersten Linken gehörte, ein der Statthalterschaft wegen seiner demokratischen Richtung äußerst mißliebiger Mann, von der gegen ihn schwebenden Anklage wegen Aufreizung des Volkes durch Reden vom Glückstädter Obergericht freigesprochen worden. Es scheint demnach das dänische Gouvernement durch Verzicht auf die Erbschaft der politischen Verfolgungen und Prozesse, die es von seinem Vorgänger überkommen hat, Popularität zu erstreben, was recht vernünftig ist. Die Statthalterschaft hatte sich vordem durch ihre Verfolgungswuth gegen die Linke viel geschadet.

Schweiz.

Neuenburg, den 30. März. Die Republikaner haben bei den Erneuerungswahlen des großen Rathes gesiegt. Das von der Staatskanzlei ausgegebene Bulletin zählt 74 Republikaner und 14 Royalisten.

Frankreich.

Paris, den 27. März. Daß sich in den höhern Regionen vieles vorbereitet, was auf die Aenderung der Staatsform hindeutet, unterliegt keinem Zweifel mehr. Einer der einflußreichsten Generäle äußerte gestern Abend gegen einige aus der Provinz angekommene Senatoren: „La république usée, il faut profiter du moment pour faire revivre l'empire." Der Präsident wird übrigens, wie ich Ihnen schon geschrieben, die Initiative hiefür nicht ergreifen. In einigen diplomatischen Kreisen war vor wenigen Tagen schon die Rede von Unterhandlungen, die über einen europäischen Ministerkongreß einge-

leitet ſeien, und wozu ſich jetzt namentlich die nordiſchen Mächte geneigter zeigten als im vorigen Jahr. Vielleicht ſäumt man hier noch einige Zeit, um alsdann „ebenbürtig“ und monarchiſch auftreten zu können. Die Pariſer erwarten jetzt das Kaiſerthum mit ebenſo großer Zuverſicht, wie ſie Ende Novembers des Staatsſtreichs gewärtig waren. Man ſoll ſich bereits im Cabinet darüber berathen haben, ob Louis Napoleon den Titel Napoleon II oder Napoleon III annehmen ſolle!

— den 28. März. Aus dem heutigen Decret, welches den Verkauf der orleans'ſchen Güter und die Verwendung ihres Ertrags decretirt, erſieht man, daß der katholiſche Clerus die ihm zugedachte Schenkung abgelehnt, daher er auch keinen Antheil an dieſem proviſoriſchen Verkauf erhält. Wenn man die Käufer ebenſogut als den Verkauf der Güter decretiren könnte, wäre ich bald im Stande, Ihnen zu melden, daß die Güter zu dem angeſchätzten Werthe losgeſchlagen wurden. — Bei der heutigen Revue haben mehrere Officiere und ein General den Ruf: es lebe der Kaiſer! angeſtimmt, der in einem Infanterieregiment ziemlich ſtarken Nachhall fand, die andern Waffengattungen aber defilirten ſchweigend vor dem Präſidenten. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, den 20. März. Die Univerſitäten werden in kleine Städte verlegt werden, die von Madrid nach Alcala, die von Barcelleno nach Cervera, die von Sevilla nach Oſſuna ꝛc. Eine Anzahl ſolcher Hochſchulen, welche man politiſch anrüchig findet, ſoll aufgehoben werden.

Italien.

Nachrichten aus **Toskana** melden als wahrſcheinlich die bevorſtehende Entfernung öſterreichiſcher Beſatzungen aus Piſa, Piſtoja und Siena und die Reduction der öſterreichiſchen Truppen in Florenz und Livorno. Dieſe Veränderungen ſollen aus Rückſicht auf die finanzielle Lage des Großherzogthums vorgenommen werden.

Großbritanien.

London, den 25. März. In Gibraltar hat der dortige Gouverneur ein Meeting unterſagt, das in einer Petition an den Miniſter der Colonien einige Beſchwerden bringen ſollte. In Folge deſſen herrſcht große Aufregung.

Rußland.

St. Petersburg, den 18. März. Vom Kaukaſus ſind neue offizielle Nachrichten voller Siegesberichte eingegangen. Die Bergbewohner ſollen einen ungeheuern Verluſt an Leuten erlitten und viele Todte auf dem Platze gelaſſen haben. (?)

Türkei.

In **Preveſa** ſchlug der Blitz in eine Moſchee, die dabei einigen Schaden erlitt. Es war gerade der Namenstag des chriſtlichen Schutzpatrons der Stadt, des heiligen Charalampus. Die Türken erkannten darin den Zorn dieſes Heiligen, und ſannen auf Rache. Sie legten ein Crucifix mit ekelhaften Koth beſchmutzt auf die lebhafteſte Straße und zwangen alle Chriſten darauf zu treten und darauf zu ſpucken. Der Frevel dauerte ſo lange bis der engliſche Conſul Kunde erhielt, der von den türkiſchen Behörden das augenblickliche Aufhören dieſes Unfugs verlangte.

Miscellen.

Selten iſt ein „prophetiſches Wort“ ſo ſchnell in Erfüllung gegangen, als das des Herrn Dulon in Bremen. Kaum hat dieſer geſagt: „Der Tag iſt angebrochen“ — ſo kömmt der General Jacobi aus Hannover und ſagt: Entſchuldigen Sie, meinen Sie vielleicht den **Bundestag?** Dann ſollen Sie Recht haben. Sonſt aber könnte es doch vielleicht noch etwas dauern. (Kladderadatſch.)

Aus Danzig ſchreibt man: Das Unweſen des Somnambulismus in der Nehrung greift nach uns gewordenen Mittheilungen in wahrhaft erſchreckender Weiſe um ſich; nahe an 16 Perſonen, meiſt der dienenden Claſſe angehörig, haben ihre Arbeit verlaſſen und predigen die unſinnigſten Dinge, namentlich auch den Krieg gegen die Reichen in der gefährlichſten Weiſe. Dem Vernehmen befindet ſich bereits ein kgl. Commiſſarius zur ſtrengſten Unterſuchung an Ort und Stelle.

(Auch nicht übel.) Man rechnet jetzt in Berlin circa 4000 unter polizeilicher Aufſicht ſtehende Perſonen.

In großen Pariſer Journalen war letzthin ein Porträt L. Napoleon's angekündigt mit der ſtark betonten Bemerkung: „Die Namen aller Subſcribenten werden veröffentlicht.“ —

Fruchtmarkt-Mittelpreiſe.

Speyer. Markt vom 30. März. Weizen 6 fl. 28 kr., Korn 5 fl. 43 kr., Gerſt 5 fl. 7 kr., Spelz 4 fl. 55 kr., Hafer 4 fl. 3 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neuſtadt. Markt vom 27. März. Weizen 7 fl. 5 kr., Korn 6 fl. 3 kr., Spelz 5 fl. 14 kr., Gerſt 5 fl. 6 kr., Hafer 4 fl. 9 kr., per Centner.

Kaiſerslautern. Markt vom 30. März. Weizen 6 fl. 44 kr., Korn 5 fl. 34 kr., Spelz 4 fl. 44 kr., Gerſt 5 fl. 4 kr., Hafer 3 fl. 28 kr., Kartoffeln 1 fl. 48 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 26. März. Weizen 13 fl. 34 kr., Korn 11 fl. 18 kr., Gerſte 8 fl. — kr., Hafer 4 fl. 24 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[904a]

Weinverſteigerung
in Ludwigshafen am Rhein. Bayr. Pfalz.

Dienſtag, den 20. April nächſthin, Morgens 10 Uhr, im deutſchen Hauſe zu Ludwigshafen a. Rh., läßt Herr Heinrich Lichtenberger, Gutsbeſitzer daſelbſt, nachfolgende, meiſtens ſelbſtgezogene, Weine verſteigern:

A. **Vom Lager in Ludwigshafen:**

1) 52,320 Liter 1844r, 46r, 48r, 49r und 1850r Forſter, Deidesheimer, Wachenheimer, Ungſteiner, Mußbacher, Königsbacher u. a. m.

2) 2,590 Liter 1848r und 1849r Königsbacher rothen.

B. **Vom Lager auf deſſen Gut zu Haardt bei Neuſtadt:**

3) 75,470 Liter 1846r, 48r, 49r, 50r und 1851r Dürkheimer, Haardter und Rhodter.

4) 2,460 Liter 1850r und 1851r Haardter rothen.

132,840 Liter zuſammen.

Die Weine können an den zwei der Verſteigerung vorhergehenden Tagen, ſowohl zu Ludwigshafen als auf der Haardt an den Fäſſern verkoſtet werden, wie auch bei der Verſteigerung ſelbſt.

Oggersheim, den 18. März 1852.

Leuchſenring, Notär.

[936a]

Bekanntmachung.

Das Anlehen deutſcher Fürſten und Edelleute, garantirt vom Prinzen Friedrich von Preußen, Herzog von Naſſau, Herzog von Meiningen, Herzog von Sachſen-Koburg u. a. m. bietet die ſchönen Gewinne von 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 14,000, 13,000, 12,000, 11,000 10,000, 10 à 5,000 fl. u. ſ. w.

☞ **Nächſte Ziehung am 15. Mai 1852.** ☜

Zu dieſem äußerſt vortheilhaft eingerichteten und in jeder Hinſicht empfehlenswerthen Spiel, können Looſe zu folgenden Preiſen bezogen werden: Einzelne Looſe à 1 fl. 30 kr., 4 Stück à 5 fl., 9 Stück à 10 fl., 20 Stück à 20 fl., 56 Stück à 50 fl., durch das unterzeichnete, mit dem Verkauf beauftragte Großhandlungshaus

Julius Stiebel junior u. Comp.
Banquiers in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 83 | den 6. April 1852.

Deutschland.

* **München**, den 1. April. (207. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Ministerpräsident von der Pfordten bringt zwei Gesetzentwürfe ein: 1) in Betreff der diesseitigen Immobiliarbrandassekuranz, welche reorganisirt werden soll; 2) in Betreff der Pfälzischen Eisenbahn; dieselbe bedürfe noch nach zwei Seiten hin einer Vervollständigung, nach Hessen und nach Frankreich; die Uebereinstimmung der betheiligten auswärtigen Regierungen sei im Wesentlichen erreicht; es solle eine 4proc. Zinsgarantie für die Strecke nach Worms gewährt werden, mit der Ermächtigung für die Regierung, wenn auf diese Weise das Capital nicht sollte aufzubringen sein, den Staat durch Actienübernahme zu betheiligen; wegen der Richtungsfrage der Bahn nach Weißenburg, habe sich die Regierung nach den meisten Gutachten für Führung von Neustadt über Landau entschieden; hiebei sollen 4½ Proc. garantirt werden, dagegen eine Betheiligung des Staats nicht stattfinden.

Berathung der Rückäußerung der Reichsräthe in Betreff des Budgets. (Wir behalten uns einen ausführlichen Bericht vor, und geben vorläufig nur einige Notizen.) Der Ausschuß beantragte in den meisten Puncten Zustimmung zu den Reichsrathsbeschlüssen, obwol bezüglich des Militäretats unter Verwahrung gegen jede Ueberschreitung über die nun zugestandene Bewilligung hinaus. — Referent Lerchenfeld bemerkt, daß er sich in den meisten Fällen in der Minorität im Ausschuße befunden habe.

Wallerstein rügt bei der ersten Gelegenheit die Art, in welcher die Budgetberathung an einem andern Orte (bei den Reichsräthen) stattgefunden; (nemlich bezüglich der Angriffe auf das in der Abgeordnetenkammer Vorgekommene). Fragt, ob der finanzielle Schwerpunkt aus der Abgeordnetenkammer in jene der Reichsräthe übergegangen sei? bezieht sich auf England, wo das Unterhaus in Finanzfragen allein entscheidet.

Der erste Differenzpunkt ist eine Position für Vermehrung der Räthe am Oberappellationsgericht. Die Summe von beiläufig 10,000 fl. wird bewilligt.

Eine um 7800 fl. erhöhte Position für die Regieausgaben der Staatsanwaltschaften diesseits des Rheines wird theilweise, nemlich zu 2000 fl. genehmigt.

Der dritte Differenzpunkt ist formeller Art, und wird unschwer beseitigt.

Den vierten und wichtigsten Unterschied bietet der Militäretat dar, den der Reichsrath, nach dem Antrage der Regierung, um eine Viertelmillion jährlich zu erhöhen beschloß.

Langguth, Referent über den Militäretat, weist die Grundlosigkeit der Angriffe nach, welche in dem Berichte des Referenten der Reichsräthe auf sein früheres Referat gemacht wurden. Seit 1849 sei der Militäretat schon um 2½ Mill. erhöht worden; dies dürfte denn doch genügen. Ministerialcommissär v. Habel vertheidigt die Aufstellung der Reichsräthe. Langguth entgegnet nochmals.

Lerchenfeld. Auch er sei im Ausschuße in der Minorität gewesen. Er bestreite nicht die Nothwendigkeit einer tüchtigen Armee, und wolle die Regierung nicht schwächen; nichts schwäche aber eine Regierung mehr, als ein übler Finanzzustand. Widerlegt die Berufung auf die Bundespflicht, als welche viel weniger fordere. Zeigt mit umfassendem Zahlennachweise, wie gering verhältnißmäßig der Armeeetat zur Zeit der Napoleonischen Kriege war. Weist nach, daß die Formation des baier. Heeres ganz unverhältnißmäßig groß ist, gegenüber selbst der österreichischen Formation, obwol Oesterreich Italien und Ungarn zu bewachen hat. Selbst die Preußische Formation wird überboten. Der Redner geht in ausführliche Erörterungen darüber ein. Uebermäßige militärische Anstrengungen bringen nicht immer die gewünschten Ergebniße; das zeigen die Anstrengungen von 1813, nach denen Baiern übler gestaltet ist, als es zuvor war; es mußte Abtretungen machen, ohne entsprechende Entschädigungen zu erhalten, trotz seiner übermäßigen Anstrengungen. Auch die Erfolge der Anstrengungen in der letzten Zeit blieben aus. Erwähnt das Zuspätkommen der baier. Truppen in der Pfalz 1849, wo die Preußen zuvor kamen. Allein jetzt gerathe man auf das entgegengesetzte Extrem. Die Behauptung von der nationalöconomischen Nützlichkeit der Unterhaltung einer großen Armee ist wahrlich nicht stichhaltig. Der Referent der Reichsräthe wolle eine Formation, die noch viele Millionen mehr erforderte, als heute verlangt werde. Die Kammer sei zwar nicht berechtigt, eine Formation zu beschließen, aber auf diese Weise komme man nicht zum Ziele. Er beharre bei seiner frühern Bewilligung. Ein tüchtiges, nicht allzugroßes Heer, eine tüchtige Landwehr, und ein Festhalten an den verfassungsmäßigen Grundsätzen, werden am besten das Land sichern. (Bravo links.)

Domidion. Das Land sei nicht im Stande, die Mittel aufzubringen. Der Kern der Nation werde gezwungen auszuwandern.

Lang. Er stimme wie das vorige Mal, für die Erhöhung. Es handle sich lediglich um eine politische Frage, nicht um eine finanzielle. Die Steuerkräfte Baierns ertrügen sehr wohl auch die neue Last.

Fischer (von Ingolstadt) verlangt, daß zwar die geforderte Summe bewilligt, aber — auf den Ausbau der Festung Ingolstadt verwendet werden soll. (Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.)

Hopf, für die Vermehrung.

Kolb. Unterstellt die seit der vorigen Verhandlung vorgebrachten neuen Gründe für die Bewilligung einer genauen Prüfung: 1) Die Bundespflicht und das eigene Bedürfniß erheische (wie er im Einzelnen unter Berufung auf die Bundesmilitärordnung nachweist) höchstens eine Formation von 44,500 Mann; wir haben aber eine solche von 74,300. Weit entfernt also, daß, wie der Kriegsminister behauptet, uns 16,000 Mann zur Deckung der dringendsten Bedürfniße fehlen, haben wir vielmehr gegen 30,000 Mann zu viel. 2) Wenn sich der Referent der Reichsrathskammer auf den nationalöconomischen Nutzen berufe, der für die Bevölkerung aus vielen und zahlreichen Garnisonen erwachse, so wundere er sich, daß die Lehren der Nationalöconomie nicht so weit verbreitet seien, daß man wenigstens solche Einwendungen nicht mehr zu widerlegen brauche. Zeigt das Gegentheil des angeblichen Nutzens: das Geld, welches eben gefordert werde, um das Heer in noch größerer Anzahl zu erhalten, schließe nur den geringern Theil des Opfers in sich; es seien dazu noch weiter zu rechnen: die Sparpfennige, welche die Eltern ihren eingereihten Söhnen mitgeben und nachsenden müßten; statt daß der Sohn das Feld baue, müße der Vater einen Knecht halten; der nationalöconomische Verlust so vieler Arbeitskräfte sei Verlust des Gemeinwesens; dazu kämen die übeln Folgen des erzwungenen Cölibats, und endlich handle es sich um eine wahre Men-

schensteuer, indem es feststehe, daß, schon in Folge der veränderten Lebensweise, die Erkrankungen und Sterbfälle beim Heere weit zahlreicher vorkämen, als sonst unter den jungen Leuten des nemlichen Alters. 3) Der Referent der Reichsräthe (Fürst Taxis) beziehe sich auf Analogien und führe namentlich Preußen an. Gerade die von ihm gegebene Zusammenstellung der Militärausgaben Preußens sei sehr lehrreich gegen seine Behauptungen, indem sie beweise, daß dort das stehende Heer nie zahlreicher war, als — zur Zeit der Schmach von Jena! Preußen ging zu Grunde, als es sich ausschließlich auf sein stehendes Heer verließ, es erhob sich wieder, da es sich auf die Volksbewaffnung stützte, durch welche die Napoleonische Macht, die gewaltigste in der Welt, gestürzt ward. — Der Reichsrathsreferent gebe noch eine andere Zusammenstellung der Ausgaben verschiedener deutschen Staaten für das Militär. Abgesehen von den Unrichtigkeiten seiner Ziffern, ergebe sich gerade aus dieser Zusammenstellung, daß Baiern, im Verhältniß zur Bevölkerung der andern Mittelstaaten Deutschlands, um Millionen mehr ausgebe, als diese Staaten. Was also der Reichsrathsreferent mit dieser Zusammenstellung für seine Behauptungen beweisen wolle, sei schwer zu begreifen. — Wenn gesagt werde, man solle den Soldaten die kleinen Zulagen nicht schmälern, so erinnert Redner daran, daß er ganz ausdrücklich eine gut-, eine besser als bisher besoldete Armee verlangt habe; gerade zu diesem Zwecke sei es aber nothwendig, daß dieselbe nicht zu zahlreich sei, und daß man die höchsten Besoldungen vermindere. — Kritisirt die Ausschußanträge und weist die persönlichen Angriffe im Berichte des Reichsrathsreferenten scharf zurück. Er wolle allerdings heute noch, was er 1848 gewollt habe, wenn auch so viele seitdem die Farbe gewechselt. Wäre das Streben von damals gelungen, so bestünde nicht das jetzige Elend Deutschlands, nicht die Octroyirungen, nicht das Losreißen Schleswigs vom eigenen Leibe des Vaterlandes, nicht der Feldzug nach Kurhessen, der glücklicher Weise wenig Blut, aber viel Geld und das gute Recht eines braven deutschen Volksstammes gekostet habe.

Roos. Für die Mehrbewilligung; die Kammer möge mit ihrem Ausschuße stimmen, wie sie sonst thue.

Binder. „Die Kammern werden alt, die Kammern werden jung, das Volk hofft vergebens auf Verbesserung." Im Jahr 1831, als der Krieg drohte, habe die Regierung für den Militäretat nicht mehr als 6 Mill. gefordert. Der bair. Staat habe stets eine offene Wunde in seinen Finanzen: früher die Luxusbauten, jetzt die Armee. Nicht mehr der Proletarier, sondern die Mittelclasse werde zur Auswanderung genöthigt.

Heine. Die politischen Verhältniße bedingten eine starke Armee. Es seien Gefahren von Außen und von Innen vorhanden, woran der Constitutionalismus seinen großen Theil trage, indem er mit Reden statt des Handelns und Gehorchens komme. „Wir (die Kammer) sind seit 3 Jahren beisammen, und unser Volk ist durch uns nicht genesen." Allein auch 1848 sei das Volk nicht genesen, es habe nicht gewußt, was es zu thun habe. Er bestreite nicht die Möglichkeit einer bessern Formation, allein in einer kritischen Zeit könne eine Umänderung nicht erfolgen.

v. Koch. Bekämpft umfassend Langs Aeußerungen. Schildert die Nachtheile wenn der Landmann seinen Sohn entbehren müße. Es sei für den Landmann ein wahres Unglück, wenn er einen gesunden Sohn habe. Man hebe die kräftigen Männer aus, und lasse uns die Krummen und Lahmen, und allenfalls die Diebe. Wenn Lang behaupte, daß die Steuerkraft des Landes nicht angegriffen sei, so folge daraus nur, daß etwa die Pfalz zu gering besteuert sein müße, ganz anders stehe es in den übrigen Kreisen. Erinnert an die Noth im Spessart u. s. f.

Wallerstein. Gegen Heine's Angriffe auf den modernen Constitutionalismus; eifert für diesen, auch gegen den Republikanismus. Rügt, daß man in der andern Kammer die Einkommensteuer von der Mitleidenschaft der Steuererhöhung ausnehmen wolle.

Finanzminister Aschenbrenner. Bekämpft die geäußerte Ansicht, daß wirklich nothwendige Mehrausgaben gemacht, und dann nachträglich genehmigt werden könnten; es komme darauf an, daß man erst die Geldmittel herbeischaffe.

Thinnes vertheidigt den Ausschußantrag.

Die Kammer verfügt den Schluß der Discussion.

v. d. Pfordten, entschuldigt den Kriegsminister, der durch eine ganz unverschiebliche Dienstpflicht aus der Kammer abgerufen worden sei, und darum die Vertheidigung nicht selbst übernehmen könne. Es sei schwer begreiflich, daß nochmals eine so lange Discussion stattgefunden. Es handle sich nicht um die Summe von 250,000 fl. Auf die Linke soll man nicht hören; sie wolle nur 6 Millionen für das Militär bewilligen, und wolle gar keine Steuererhöhung. Ein Mitglied (Kolb) habe mit dankenswerther Offenheit erklärt, daß er noch der nemliche sei, wie 1848; man wisse, was er und seine Partei damals gewollt. Gerade darum solle die Majorität auf die Stimmen von dieser Seite nicht hören. Wendet sich zur Majorität; sie solle nicht mit starrer Consequenz bei dem frühern Beschluße beharren; nichts sei in solchen Fällen übler, als Festhalten an der Consequenz. Er bedauere ganz besonders eine Rede (Lerchenfelds); der Redner werde seine Aeußerungen später wol selbst bedauern. Bekämpft dessen Erörterungen. Er gebe zu, daß die kleineren Mittelstaaten Deutschlands weniger für die Armee ausgäben, als Baiern, aber gegen Gleichstellung Baierns mit den kleineren Mittelstaaten protestire er.

Lerchenfeld. Entgegnet auf Pfordtens Aeußerungen, nachdem er so vielfach persönlich angegriffen worden sei. Widerlegt denselben sehr treffend.

Es entgegnen noch v. Koch und Fürst Wallerstein dem Ministerpräsidenten.

Auf Crämers Antrag findet namentliche Abstimmung statt. Von Pfälzern stimmten für die höhere Summe: Heine, Jäger, Lang, Prinz, Römmich, Roos u. Weis; dagegen: Benzino, Boye, Jordan, Kolb, Rebenack, Scharpff und Tafel; durch Unwohlsein zu erscheinen verhindert ist Menth; beurlaubt: Aufschnaiter, Brunk, Müller und Tillmann. — (Die Rechte ist möglichst vollständig vertreten; selbst ihre Kranken erscheinen in der Sitzung; von der Linken fehlen mehrere Mitglieder.) Das Ergebniß der Abstimmung ist: Genehmigung der Erhöhung mit der (geringen) Majorität von 65 gegen 59 Stimmen.

Ohne weitläufige Discussion wird nun auch die Herabsetzung des wahrscheinlichen Ertrags der Salinen um 100,000 fl. nach dem Reichsrathsbeschluße genehmigt.

Der Antrag des Ausschußes, nach der gemachten erhöhten Bewilligung für den Militäretat „feierliche Verwahrung gegen jede Ueberschreitung der Ansätze im Kammerprotokolle niederzulegen," wird (unter Mitwirkung der Linken, welche dieses nichtige Mittel verwirft) abgelehnt.

* **Aus Baden,** den 3. April. Der Krankheitszustand des Großherzogs dauert ununterbrochen fort, oder vielmehr die Kräfte des Kranken vermindern sich, und ein übler Ausgang tritt immer näher. Man hat von Abnehmen des Beines des Kranken gesprochen, allein schon der Hinblick auf die geschwundenen Kräfte würde eine solche Operation verbieten. Das Verhältniß der Thronfolge ist durchaus noch nicht geordnet. Der Erbgroßherzog soll entschieden die Anmuthung eines Verzichtleistens zurückweisen, und auf seinem Geburtsrechte nachdrücklich beharren. — Die Auswanderungen aus Baden werden immer zahlreicher. Eine Gemeinde (Rineck) ist, mit Unterstützung des Staats ganz aufgehoben, die Häuser sind abgerissen worden. Wenn auch hier eigenthümliche Umstände obwalteten, so sieht man doch auch in den andern Orten des ganzen Landes das massenhafteste Fortziehen der Einwohner. Insbesondere machen viele Gemeinden die ungeheuersten Anstrengungen, um dem ärmsten Theil ihrer Angehörigen die Mittel zum Uebersiedeln nach Amerika zu verschaffen.*) Das Communa vermögen muß da-

*) Auch in der Pfalz beschäftigt man sich in mehren Ge-

bei oft in erschreckender Weise in Anspruch genommen werden.

* **Württemberg.** In der allgemeinen Noth ist in diesem Lande noch ein besonderes Unglück gekommen. Die Lungenseuche der Schaafe. Dieselbe herrscht besonders in den Oberamtsbezirken Kirchheim und Göppingen. Die Zahl der Schaafe, welche umgekommen oder aus Furcht geschlachtet wurden, gibt man bereits zu 40,000 an! Es wird Schaaffleisch zum Theil um 2 Kreuzer das Pfund verkauft! — Die Auswanderungen aus unserm Lande sind wahrhaft ungeheuer. Auf allen Land- und Wasserstraßen, namentlich auf den Neckardampfbooten, sieht man tagtäglich Massen von Menschen ihr Vaterland verlassen.

München, den 21. März. Zufolge eines Rescripts des k. Kriegsministeriums vom 29. d. hat nach Beendigung der diesjährigen Herbstwaffenübungen folgender Garnisonswechsel stattzufinden. Das erste Bataillon vom dritten Infanterieregiment von Augsburg nach Landau; das erste Bataillon vom vierten Infanterieregiment von Kaiserslautern nach Ingolstadt; das zweite Bataillon vom vierten Infanterieregiment von Pirmasens nach Kaiserslautern; das zweite Bataillon vom fünften Infanterieregiment von Germersheim nach Augsburg; das erste Bataillon vom siebenten Infanterieregiment von Ingolstadt nach Pirmasens; das erste Bataillon vom achten Infanterieregiment von Straubing nach Germersheim; das zweite Bataillon vom zwölften Infanterieregiment von Landau nach Straubing; die erste Division des ersten Chevauxlegersregiments aus der Pfalz nach Augsburg; die erste Division des vierten Chevauxlegersregiments von Augsburg nach Zweibrücken; vom ersten Artillerieregiment zwei Compagnien nach Landau und zwei Compagnien nach Germersheim, dann zwei Compagnien von Ingolstadt und die Compagnie von Augsburg nach München. Vom zweiten Artillerieregiment zwei Compagnien nach Ingolstadt und eine Compagnie in Augsburg, dann zwei Compagnien von Germersheim und zwei Compagnien von Landau nach Würzburg zurück.

— den 1. April. In der Wohnung des Rechtsconcipienten Mayerhofer, der sich noch in Untersuchungshaft befindet, fand abermals Haussuchung statt. (B. E.)

Augsburg, den 2. April. Die Eisenbahnstrecke bis Kempten ward gestern feierlich eröffnet, und die erste Fahrt in etwas über vier Stunden zurückgelegt.

An den Kirchthüren **Augsburgs** steht Folgendes angeschlagen: „Vorladung. Nachdem der Benediktiner und Ordenspriester P. Michael v. Böck, seinem Ordensobern, dem Abte der Benediktinerabtei zu St. Stephan in Augsburg am 16. März d. J. den Austritt aus der kathol. Kirche vor Zeugen erklärt und nach dieser Erklärung alsbald das Kloster verlassen und sofort von Augsburg sich entfernt hat, so ergeht hiemit an denselben und zwar als einzige kanonische Mahnung in diesem Betreff die Aufforderung, binnen einem unerstrecklichen Termin von 30 Tagen — vom Tage dieser öffentlichen Bekanntmachung an gerechnet — sich persönlich vor dem bischöflichen Generalvikariate zu stellen, sich über seinen gethanen Schritt vernehmen zu lassen und reumüthig in den Schooß der römisch-katholischen Kirche und in sein Kloster zurückzukehren, widrigenfalls wir genöthiget wären, ihn als Ungehorsamen zu behandeln und nach Vorschrift der kirchlichen Gesetze zu verfahren. Bischöfliches Ordinariat Augsburg am 24. März 1852. Mäzler, Generalvikar. Weckert, Sekretär."

Nürnberg, den 30. März. Auf der heutigen Schranne fielen die Getreidepreise bedeutend.

Greifswalde, den 30. März. Heute ist der Prozeß Hassenpflug aufs Neue verhandelt worden. Das Appellationsgericht hat im Wesentlichen das Urtheil des Kreisgerichts bestätigt. Hassenpflug ist wegen Fälschung zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt. (Const. Z.)

---

meinden ernstlich mit dem Plane, dem ärmeren Theile der Bevölkerung aus dem Communalvermögen die Mittel zur Uebersiedelung nach Amerika zu verschaffen. D. R.

Bremen, den 31. März. Durch heute erschienene Bekanntmachung des Senats wird das Umhertragen von Schriften und Abbildungen, sowie die Veröffentlichung durch Maueranschläge bei 50 Thaler Strafe verboten.

Luxemburg, den 30. März. Der Herausgeber der hiesigen katholischen Zeitung, des „Luxemburger Wortes," Buchhändler F. Rehm (aus Mainz gebürtig) ist heute vom Appellhof wegen Majestätsbeleidigung (in einigen Artikeln, überschrieben: „Kann ein kath. Volk von einem protestantischen Fürsten gut regiert werden") zu zwei Jahren Gefängniß und in die Kosten verurtheilt worden. Dies ist das Minimum nach dem Gesetze, welchem dies Vergehen verfällt. Der ganz unschuldige Herausgeber hat für den schuldigen Verfasser die Verantwortlichkeit übernommen, und muß jetzt dafür büßen, während der arglistige Verfasser frei ausgeht. Hier zweifelt Niemand, daß die incriminirten Artikel von dem berüchtigten Michelis ausgehen, dessen Ausweisung nach abgebüßter Strafe unzweifelhaft war, wenn er sich als Autor hingestellt hätte. Die Erbitterung gegen ihn ist hier groß; er ist die Triebfeder des gehässigen Treibens unserer katholischen Partei, und es wäre dem Lande eine Wohlthat, wenn wir von diesem Manne befreit wären. (F. J.)

Belgien.

Brüssel, den 1. April. Die Repräsentantenkammer hat gestern einstimmig und ohne Discussion den Gesetzentwurf genehmigt, nach welchem dem Kriegsdepartement ein außerordentlicher Credit von 4,700,000 Frs. für im Budget nicht vorgesehene Ausgaben bewilligt wird.

Fast täglich passiren zahlreiche französische Verbannte unsere Gränze, mit einem Passe nach Belgien versehen, und leider werden diese Unglücklichen fast stets in ihren Erwartungen getäuscht, da ihnen der Aufenthalt hier nicht gestattet wird. (K. Z.)

Schweiz.

Bern, den 1. April. Einiges Aufsehen erregt ein heute hier bekannt gewordener, von der Neuenburger Regierung veröffentlichter Brief des Königs von Preußen an den Alt-Staatsrath von Chambrier, datirt aus Charlottenburg vom 18. März d. J., worin der König in der gegenwärtigen Lage der Dinge den Wunsch ausspricht, „daß seine treuen Unterthanen vor Allem ihre Aufmerksamkeit und ihre Anstrengungen auf die Vertheidigung und Erhaltung der alten Institutionen ihres Landes richten, um, so viel von ihnen abhänge, zu retten, was noch zu retten möglich sei." Dann heißt es weiter: „Von dem heißen Verlangen beseelt, der unglücklichen Lage Ihres Landes ein Ziel zu setzen, aber für den Augenblick außer Stand, meine Rechte mit den Waffen in der Hand zurückzufordern, ohne den europäischen Frieden zu stören, bin ich gegenwärtig im Einverständniß mit Rußland und Oesterreich beschäftigt, eine friedliche Intervention, ohne Theilnahme Preußens, zu erzielen, um meine Autorität in Neuenburg wieder herzustellen. Gewiß, ich habe der Hoffnung nicht entsagt, auf diese Weise das Ziel zu erreichen, das ich mir vorgesteckt, und in dieser Erwartung kann ich nur meine treuen Unterthanen zur Geduld, die zu feurigen Gemüther zur Ruhe, die Zweifelnden und Verzweifelnden zum Vertrauen ermahnen. (F. J.)

Frankreich.

Paris, den 30. März. Die Rede des Präsidenten der Republik bei der gestrigen Eröffnung der Session hat keinen sehr guten Eindruck hervorgebracht. Selbst die Börsencourse fielen, weil man glaubt, daß die Proclamation des Kaiserreichs nicht lange auf sich warten lassen wird. — Die früheren orleanistischen Beamten werden fortwährend von der Regierung sehr streng behandelt. Ein besonderes Augenmerk hat man auf die Mitglieder der Magistratur gerichtet und auf diejenigen, die in dieselbe eintreten wollen. Wenn ein wegen seiner orleanistischen Gesinnungen bekannter Mann in die Magistratur eintreten oder eine Magistratsperson eine Beförderung erhalten will, so müssen diese vorher eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich von der Familie

Orleans lossagen und der „Regierung des Prinzen" Treue geloben. Die Legitimisten und die dieser Meinung angehörigen Beamten werden jedoch mit großer Schonung behandelt. (K. Z.)

— den 1. April. Das in Montpellier zur Aburtheilung der wegen der Decemberexcesse zu Brezier Verhafteten niedergesetzte Kriegsgericht hat 4 Angeklagte zum Tode, 4 zur Deportation nach einem befestigten Platze, 3 zu einfacher Deportation und 3 zu zehn Jahren Einsperrung verurtheilt. — Zu Grenoble sind bei einer Uebung in der Artillerieschule durch Zerspringen einer mit vier Pfund Pulver geladenen Haubitze mehrere der umstehenden Artilleristen getödtet oder bedeutend verletzt worden.

Aus Rom soll die Nachricht eingegangen sein, daß der Papst nachträdlich die Erlaubniß ertheilt habe, daß der Fürst von Canino seine Reise nach Rom fortsetze.

— den 2. April. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers übergab der Staatsminister einen Gesetzentwurf in Betreff der Umprägung der Kupfermünzen, welcher an die Bureaux verwiesen wurde.

Aus dem Elsaß, den 1. April. Auf den meisten Märkten des Elsaßes zeigt sich ein merkliches Sinken der Marktnotirungen. Es fehlt glücklicherweise so wenig an Vorräthen, daß wir von unserem Ueberflusse täglich beträchtliche Ausführung nach Deutschland bewerkstelligen können.

Italien.

Mailand, den 22. März. Jüngster Tage ist vom Militärcommando der Lombardei an die Mailänder Provincialpostdirection der Befehl ergangen, welcher den Postbeamten verbietet, ferner den Spitz- oder Kinnbart zu tragen. — Vor Kurzem machte sich in aller Stille der Notar C. aus Mailand fort, und betrog auf solche Weise um mehrere hunderttausend Lire alle jene guten Seelen, deren Vertrauen er sich durch Frömmelei und Gleisnerthum zu erschleichen gewußt hatte.

Spanien.

Madrid, den 26. März. In Catalonien, vorzüglich in den Gebirgsdörfern, haben vielfache Verhaftungen Statt gefunden. Die Verhafteten sind meist des Carlismus verdächtige Bewohner, bei denen sich ein großer Vorrath von Waffen, Pulver und Blei vorfand; es befinden sich unter ihnen auch zwei Priester. In Solsona sind einige Carlisten, des Aufruhrs beschuldigt, von dem dortigen Kriegsgerichte zum Tode verurtheilt und bereits erschossen worden.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer,** den 4. April. Wie wir vernehmen, soll Hr. Kreiscassier Nebenack (derzeit als Landtagsabgeordneter in München), in der Eigenschaft als Kreiskassier nach Ansbach versetzt, und an seine Stelle zum Kreiskassier in Speyer der bisherige Controleur Hr. Bender befördert sein.

München, den 2. April. Der geheime Legationsrath v. Dönniges hat eine dreimonatliche Urlaubsreise angetreten. Wie es heißt, begibt er sich zunächst nach Paris. — Die russischen Großfürsten sind heute Morgens 7 Uhr nach Stuttgart abgereist.

Vor der Abreise der russischen Großfürsten verlieh der König an deren Begleiter eine Anzahl Orden.

In der heutigen Abgeordnetensitzung verhandelte die Abgeordnetenkammer über die Rückäußerung der Reichsräthe in Betreff des Districts- und Landrathsgesetzes. Die Abgeordnetenkammer gab principiell den Reichsräthen nach.

Augsburg, den 3. April. Auf der gestrigen Schranne sind die Getreidepreise wieder sehr stark gesunken, Weizen um 24 kr., Kern und Roggen um je 1 fl.

Frankfurt, den 3. April. Ueber das Schicksal der deutschen Flotte ist nunmehr das Endurtheil gefällt. Dasselbe lautet, wie vorauszusehen war, auf **Auflösung**. Der Nordseeflottenverein ohne Preußen ist nicht zu Stande gekommen und die Bundesversammlung hat daher die förmliche Uebergabe der beiden, von Preußen bereits erworbenen Schiffe „Barbarossa" und „Eckernförde" angeordnet. Dieselbe wird daher voraussichtlich binnen kurzem in Bremerhafen stattfinden. (F. J.)

Gemäß Bundesbeschluß hat Admiral Brommy die Anweisung ausgefertigt erhalten, die beiden Schiffe „Gefion" und „Barbarossa" mit sämmtlichem Zubehör an den preußischen Commodore Schröder zu übergeben, und Mannschaften und Offiziere, welche Preußen übernehmen will, auf deren Verlangen aus dem Bundesdienste zu entlassen.

Berlin, den 31. März. Die Spree ist ganz von Schiffen mit Lebensmitteln bedeckt. Die Kartoffeln sind durch die starke Zufuhr seit gestern um 20 pCt. gefallen.

Holstein. Von der verkündeten Amnestie sind namentlich ausgeschlossen: der Herzog von Augustenburg mit Familie, Beseler, Gülich, Claussen, Esmarch rc. rc.

Pesth, den 27. März. In den letzten Tagen sind wieder Verhaftungen in größerer Zahl vorgenommen worden.

Paris, den 3. April. Bis zum gestrigen Tage, der letzten Frist zur Forderung der Rückzahlung der 5proc. Renten, waren 1,550,000 Fr. Renten oder 31 Mill. Fr. Capital angemeldet, deren Rückzahlung unmittelbar erfolgen wird.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 1. April. Weizen 6 fl. 33 kr., Korn 5 fl. 20 kr., Spelz 4 fl. 28 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige 4 fl. 29 kr., Hafer 3 fl. 30 kr., Kartoffeln 1 fl. 40 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 2. April. Weizen 12 fl. 18 kr., Korn 10 fl. 7 kr., Gerste 6 fl. 42 kr., Hafer 4 fl. 25 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[938] F. N. bids his friends farewell and will always gladly remember the many happy hours he passed in their company. Speyer, April 3. 1852.

[937] **Bekanntmachung.**

Im Beginne des Monats December v. J. wurde einem uns unbekannten Manne hiesiger Gegend, welcher Tabak hierher führte, die Wagendecke (eine sogenannte „Blag" von Zwillichtuch) entwendet; jener Mann hatte damals im Wirthshause „zur goldenen Gans" dahier eingestellt, indessen sein Wagen, von welchem die fragliche Decke weggenommen wurde, vor dem Gasthause stehen blieb. Da nun der Eigenthümer des entwendeten Gegenstandes seinen Namen damals nicht angegeben hat, die Wagendecke aber neuerdings entdeckt wurde, so werden insbesondere die Bürgermeisterämter der königl. baier. Rheinpfalz Veranlassung nehmen, ihren Ortsangehörigen von der Wiederauffindung der Wagendecke Kenntniß zu geben, damit der Eigenthümer sich hier melde, und wieder in deren Besitz gelange.

Mannheim, den 1. April 1852.
Gr. Bad. Stadtamt.

[925²] **Versteigerung eines Hofgutes.**

Donnerstag, den 8. April 1852, Nachmittags 2 Uhr, zu Zweibrücken, im Gasthause zum Zweibrückerhof, läßt Philipp Gerlinger vom Sturzenhofe, sein in der Nähe von Zweibrücken auf Ernstweiler-Bubenhauser Bann gelegenes Hofgut, genannt Sturzenhof, bestehend in einem zweistöckigen Wohnhause sammt Stallungen, Schäferei, zwei Scheuern, Branntweinbrennereigebäude, Schweinställen, Backküche, ungefähr 121 Morgen Wiesen- und Ackerland auf mehrjährige Zahlungstermine zu Eigenthum versteigern.

Schuler, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch — Nro. 84 — den 7. April 1852.

Deutschland.

*** Speyer.** Selbst in Frankreich — obwol dasselbe als der Ursitz der Beamtenbestechlichkeit gilt, — selbst in Frankreich brach ein Sturm des Unwillens und der Entrüstung los, als der Unterschleif von Teste enthüllt wurde. Mochte derselbe für noch so befähigt gelten, auch nicht einem Menschen fiel es ein, daß er irgendwie in einem Amte belassen werden könne.

In Deutschland hat man so oft mit Stolz darauf hingewiesen, daß hier solche Corruption der Beamten gar nicht vorkommen könne, wie in Frankreich. Was auch Uebles geschah, stets hörte man: jedenfalls sind wir frei von jenem furchtbaren moralischen Uebel. — Man rühmte sich, gerade in dieser Beziehung auf einer höhern sittlichen Stufe zu stehen. —

Nun ist Hr. Hans Daniel Hassenpflug auch in zweiter Instanz durch die Preußischen Gerichte der Fälschung überführt erklärt.

Noch hat man aber nicht vernommen, daß man zu Kassel, weder aus Achtung vor dem sittlichen Gefühle des Volkes, noch aus eigenem Rechtsgefühle, — nöthig befunden hätte, ihn vom höchsten Staatsamte zu entfernen. Noch befindet sich das Ministerportefeuille in seinen Händen; noch muß ein biederer deutscher Volksstamm sich Befehle von ihm ertheilen lassen. —

Wir begreifen nur Eines nicht in dieser Sache: daß die Diplomatie, zu deren Vertheidigern wir wahrlich nicht gehören, bis zu dem Grade kurzsichtig ist, daß sie nicht in ihrem allernächstliegenden Interesse längst schon auf die unverzügliche Entfernung eines solchen Menschen drang, und daß sie nicht längst schon alle Gemeinschaft und allen Verkehr mit ihm abbrach. — Jede Erinnerung an den alten Satz: „Sage mir, mit wem Du umgehst,“ muß doch eine furchtbare Mahnung sein. —

Wie aber: — soll man an die Möglichkeit glauben, daß in unserer Zeit in irgend einem deutschen Lande allem sittlichen Gefühle bis zu dem Grade Hohn gesprochen werden dürfte, daß die moralische Macht des ganzen deutschen Volkes nicht im Stande wäre, einen wegen Fälschung Verurtheilten von einem öffentlichen Amte, — von einer Ministerstelle! — hinwegzubringen?!

Wahrlich, da würde doch Niemand mehr den Satz des Hamlet bestreiten können: „Es ist etwas faul im Staate von Dänemark!“

*** München,** den 2. April. Nachdem die Kammer der Abgeordneten heute morgen über die Rückäußerungen der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Districts- und Landrathsgesetzes ihre Beschlüsse gefaßt, vermöge deren sie den Vorschlägen ihres Ausschusses beistimmte, jedoch auf der Beiziehung der Einkommensteuer zu den Districts- und Kreislasten beharrte, wurde eine zweite Sitzung auf den Nachmittag um 4 Uhr angesetzt, um das Finanzgesetz nach Maßgabe des gestern zum zweiten Male berathenen Budgets und in den von der Reichsrathskammer beanstandeten Positionen abermals in Berathung zu nehmen. Der Ausschuß hat unter Zugrundlegung des gestern festgestellten Budgetziffers die Beistimmung zu den Vorschlägen der Kammer der Reichsräthe beantragt, wonach das durch die Erhöhung der Ausgaben entstandene, auf 1,605,405 fl. erlaufene Deficit dadurch gedeckt werden soll, daß 1,353,750 fl. auf die Grund- und Dominikalsteuer-Principalsumme vertheilt, und dadurch die Grundsteuer wieder auf den frühern Stand (vor 1831) gebracht werden, und eine Summe von 251,655 fl. auf die Haus- und Gewerbsteuer-Principalsumme gelegt werden soll. Die Hauptdebatte entspinnt sich darüber, ob nicht auch die Einkommensteuer zur Deckung beizuziehen sei. Der Abg. Koch stellt einen Antrag darauf. Dieser Antrag wird zahlreich unterstützt, und nachdem von mehreren Seiten dafür und dagegen gesprochen worden, wird derselbe nach 1½stündiger Discussion mit großer Mehrheit zum Beschlusse erhoben. (Für den Antrag sprechen Wallerstein und Steinsdorf; Westermayer dagegen, mit dem Motto: „Der G'scheidteste gibt nach.“ (Heiterkeit.) Heine für den Antrag unter Mahnung zum Frieden und zur Versöhnung. Roos dagegen. Lasaulx spricht mit großer Wärme und Entschiedenheit für den Antrag und fordert die Versammlung auf, in Einstimmigkeit dem Koch'schen Antrag beizutreten — das andere Haus werde es nicht wagen, dem Beschluß entgegenzutreten.) Demnach wäre das Deficit mit einem neuen Beischlage zur Grundsteuer von 1,353,750 fl. und durch eine Auflage auf die Haus-, Gewerb- und Einkommensteuer von 251,655 fl., zu decken. Die nächste Sitzung sagt der Präsident auf morgen Nachmittag an, in der Voraussetzung, daß die in Folge einer ebenfalls morgen stattfindenden Sitzung der Kammer der Reichsräthe sich ergebenden weitern Beschlüsse über das Budget und Finanzgesetz herübergelangt sein werden, um zur Mittheilung und eventuell zur neuen Berathung zu kommen.

*** München,** den 3. April. Die heutige Sitzung der Kammer der Abgeordneten ist auf den Abend um 5 Uhr anberaumt. Dieselbe wird jedoch weder zu einer Debatte noch zu einem Beschluße Veranlassung geben, sondern lediglich die Mittheilung der heute von der Reichsrathskammer gefaßten Beschlüße und die Verlesung des nunmehr erzielten Gesammtbeschlußes zum Gegenstande haben. Die letztere hielt ihre heutige Sitzung nach 12 Uhr, und auf Vortrag des Ausschußreferenten stimmte sie ohne alle Debatte den von der Kammer der Abgeordneten in Beziehung auf das Budget und das Finanzgesetz gefaßten Beschlüßen bei, der Beiziehung der Einkommensteuer zur Deckung des Ausfalls von 251,655 fl. jedoch nur unter ausdrücklicher Erklärung zu Protocoll, daß sie ihre bezüglich der Einkommensteuer ausgesprochene Ansicht aufrecht erhalte, ohne den betreffenden Antrag der Abgeordnetenkammer gegenüber, um die Einigung zu erzielen, reproduciren zu wollen, und daß in der betreffenden Mittheilung der Letztern davon Kenntniß gegeben werden solle. Als weiteres Motiv zu dieser Beistimmung ward noch von dem Referenten der Umstand geltend gemacht, daß der die Einkommensteuer treffende Theil nur 75,000 fl. betrage. Ueber die von der Abgeordnetenkammer geminderte Position für die Staatsanwaltschaft beruhigte der Hr. Finanzminister die Herren Reichsräthe mit der Versicherung, daß man bei sich ergebender Unzulänglichkeit auf den Reichsreservefond zurückgreifen werde. Die Abendsitzung der Abgeordnetenkammer wird zu keinem weitern Berichte Veranlassung geben.

*** München,** den 3. April. Ueber die Verhandlungen wegen der Art der Aufbringung der Steuererhöhung zur Deckung des Deficits habe ich noch nachträglich Einiges zu berichten.

Die Reichsrathskammer hatte bekanntlich beschlossen, daß vor Allem die Grundsteuer wieder auf ihren Betrag vor dem Jahre 1831 erhöht, daß also die damalige Min-

derung der Grundsteuer aufhören solle. Der Rest des Deficits sei sodann auf die Häuser- und Gewerbsteuer auszuschlagen, die Einkommensteuer aber (gegen den Beschluß der Abgeordneten) gar nicht beizuziehen.

Der Ausschußreferent v. Lerchenfeld sagte nun in seinem Berichte bezüglich dieses Punctes Folgendes: „Der Ausschuß, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer durch Belastung derselben mit einem Steuerzuschlage nicht nur technisch wegen des fortwährenden Wechsels der Principalsumme beinahe unausführbar sein, sondern auch die ohnehin schon bei der mangelhaften Durchführung dieser Steuer und der hiedurch gegebenen Prämie für Unwahrheit und Unredlichkeit finanziell von um so größerem Nachtheile sein würde, als von der Erhöhung jener Prämie für die unwahre und unredliche Fassion naturgemäß nichts anderes erwartet werden kann, als ein um so eifrigeres Bestreben dieser erhöhten Steuerlast durch erhöhte Unrichtigkeit der Fassionen zu entgehen, daß also voraussichtlich ein Beischlag auf diese Steuer statt der davon erwarteten Erhöhung des Ertrages vielmehr eine Minderung derselben zur Folge haben würde, beantragt, dem Beschluße der Kammer der Reichsräthe in dieser Beziehung zuzustimmen."

Der Ausschuß erklärte sich hiefür mit 7 gegen 2 Stimmen. — In der Abgeordnetenkammer dagegen wurde dieser Theil des Ausschußantrags verworfen, und darauf beharrt, die Einkommensteuer in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Reichsräthe gaben schließlich hierin nach.

Nun stellte sich bisher das Verhältniß der Steuern folgendermaßen:

Grund- (und Dominical-)steuer	4'787,730 fl.
Haussteuer	606,028 „
Gewerbsteuer	844,298 „
Einkommen- (ohne Kapital-) steuer	730,657 „

(Hiebei sind natürlich die Kreis- und Gemeindeumlagen nicht eingerechnet.)

Die Grund- (und Dominical-) steuer im Betrage von 4'787,730 fl. wird nun erhöht um 1'353,750 fl. Auf jeden Gulden werden also nahezu **17 Krzr.** mehr als bisher erhoben werden.

Die 3 andern oben bezeichneten Steuern betrugen bisher (zusammen) 2'180,983 fl. Auf sie trifft eine Erhöhung von 251,655 fl. Auf den Gulden Steuer kommt also bei der Haus-, der Gewerb- und der Einkommensteuer eine Erhöhung von nicht ganz **7 Krzr.** (Die Repartition wird, der Bruchtheile wegen, nicht ganz leicht sein.)

Die Kammern werden nun bis nach Ostern Ferien halten.

* **Speyer.** Die Erscheinungen der Reactionszeit der 30er Jahre kehren sogar in den Einzelnheiten wieder. Wer erinnert sich nicht noch mit Entsetzen des Todes des unglücklichen Weidig im Gefängniße zu Darmstadt? Ein Seitenstück wird eben aus Tirol gemeldet. Vor ungefähr 2 Monaten wurde einer der beliebtesten Aerzte in Innsbruck, der besonders als Operateur einen ausgezeichneten Ruf genoß, plötzlich verhaftet und nach Trient abgeführt. Ueber die Ursache dieser Verhaftung zirkulirten allerlei Gerüchte. Jetzt traf die Nachricht ein, daß Dr. Tschor sich im Gefängniß zu Cles mit Glasscherben die Adern geöffnet habe und in Folge dessen eines schnellen Todes gestorben sei. Die Geschichte hat große Sensation gemacht, denn Dr. Tschor war allgemein beliebt und hatte Zutritt in allen höheren Gesellschaftskreisen.

** **Speyer,** den 2. April. Versicherungsvereine, namentlich solche, die auf Gegenseitigkeit gegründet sind, sind Anstalten, deren hohe Bedeutung und großer Werth längst von den ersten Nationalöconomen anerkannt worden ist. — Ein solcher Verein, der pfälzische Viehversicherungsverein, wurde vor drei Jahren in unserem Kreise gegründet und erfreut sich heute der schönsten Entwickelung. Es würde dies noch in weit höherm Grade der Fall sein, wenn der Gemeinsinn der großen Grund- und Viehbesitzer etwas mehr rege gemacht werden könnte, und wenn es nicht eine zu große Zahl von Viehbesitzern gäbe, welche den Verein so gerne zum eigenen Vortheil auszubeuten suchten und nachdem dieses geschehen, aus demselben austräten!

Am 28. d. M. hielt der Verwaltungsrath dahier Sitzung. Der Director der Gesellschaft erstattete Bericht über 12 zweifelhafte Fälle, die durch den Verwaltungsrath theilweise definitiv entschieden, theilweise vor die statutenmäßigen Schiedsgerichte verwiesen wurden.

Der halbjährige Rechenschaftsbericht gewährte folgendes Ergebniß: Die Zahl der Mitglieder beträgt 3445 mit einem Versicherungscapitale von 721,903 fl. und 10,234 fl. Haftgelder. — Die geleisteten Entschädigungen vom 16. Septbr. 1851 bis 15. März 1852 belaufen sich auf baar 9269 fl. und den Wiedererlös von 3424 fl., also im Ganzen 12,693 fl. — Die Verwaltungskosten für die Direction und die 21 Agenturen, sodann die Abschätzung, Section, Schiedsgerichte u. s. w., betragen 1292 fl. Es kommen somit, seit den im Interesse der Betheiligten eingetretenen Statutenveränderungen, auf Verwaltungskosten nur 10 pCt., während dieselben früher über 12 pCt. betrugen. Bei dem jenseitigen Verein machen sie 16¼ pCt. aus. — Der Verein im Großherzogthum Hessen, welcher sich des besondern Schutzes des Staates erfreut, hat endlich über 22 pCt. für die Verwaltungskosten nothwendig. — Unter den Mitgliedern, welche nach Ablauf der ersten 3 Jahre austreten können und bereits den Austritt angezeigt haben, befinden sich leider viele, welche sehr hohe Entschädigungen erhalten haben. — Daß bei einer Anzahl von fast 3500 Mitgliedern, die Einzelnen, welche die wahre Bedeutung des Vereins nicht erkennen, denselbe nicht gerade in Frage stellen, ist klar; was sie indessen zur Förderung des Gemeinwohles durch ihren Austritt nach gezogenem Nutzen beitragen, wird jeder Freund des Vereins erkennen. — Zur Prüfung der Halbjahresrechnung erwählte der Verwaltungsrath einen Commissär, welcher unter Zuziehung des kgl. Rechnungscommissärs Hrn. Schild die Rechnung prüfte und in allen ihren Theilen richtig befand.

Speyer. Die „Köln. Ztg." findet es nöthig, sich wider das Gekläff gegen die Schwurgerichte zu erheben. „Die s. g. politischen Vergehen," sagt sie u. a., „entstehen im Kopfe der augenblicklichen Gewalthaber, obgleich sie an sich nur die natürlichen, nicht lobenswerthen (?), aber noch weniger strafwürdigen Auswüchse eines jeden politischen Lebens sind. Bei ihnen wird um der Person, nicht um der Sache willen angeklagt. Die angeschuldigten Handlungen, meistens sind es Schriften oder Reden, haben in der Regel keinerlei Tendenz gegen den Staat und seine Grundformen, sondern gegen das Regiment des Augenblicks. Da aber das Regiment des Augenblicks die Staatsbehörde unter sich hat, da rechtsgelehrte Richter durch Gunst und Habe, durch Disciplinar- und andere Maßregeln dem Einflusse des beleidigten Gouvernements unterworfen werden können, so ist es bei solchen Fällen höchst wichtig, Sorge zu tragen, daß nicht Kläger und Richter in Eine Person zusammengeben. Dagegen hilft die Jury. So lange nicht Staatsmänner und Regierungen die besseren Sitten der Selbstbeherrschung und Kaltblütigkeit annehmen, wie sie jenseit des Canals geübt werden, sollten sie einer Institution nicht zürnen, welche es ihnen erschwert, in der Hast und Erregung Unrecht zu thun.".

Zum Schlusse äußert das genannte Blatt: . . . Es möge hier noch stehen, was Lord John Russell im vorigen Jahre im Parlament als die leitenden Grundsätze der Regierung bei politischen Anklagen bezeichnete: „Die erste Frage sei die, ob ein Verbrechen unzweifelhaft verübt worden; die zweite, ob man genügende Beweise habe; die dritte, ob man auf ein Verdict: Schuldig, rechnen könne, und endlich die vierte, ob trotz der Bejahung der drei anderen, es von bedeutendem Vortheile für den Staat sei, das Gehässige, was jeder politische Prozeß habe, zu erwecken."

München, den 2. April. Im „baier. Eilboten"

liest man: Auf appellationsgerichtliches Erkenntniß wurde die letzte gegen den vorigen Redacteur dieses Blattes anhängig gewesene Untersuchung eingestellt und die Freigebung der Nummern 221, 222 und 223 des vorjährigen Eilboten verfügt.

Es ist diese Entscheidung für die gesammte bayerische Presse von solcher Wichtigkeit, daß es wohl der Mühe lohnt, dieselbe besonders hervorzuheben.

Veranlassung zur Beschlagnahme und Untersuchung gab der Abdruck des bekannten von dem Abgeordneten Hrn. Dr. Schmidt gestellten Antrags auf Inanklagestandsetzung des Polizeidirectors, Generalpostdirektors und eventuell des Handelsministers. Der Eilbote hatte diesen Antrag veröffentlicht, bevor derselbe in der Kammer verlesen und in die Stenographischen Berichte übergegangen war.

In der Motivirung des Antrags fanden sich Ausdrücke, die, wenn sie in irgend einem Artikel gebraucht würden, allerdings eine Beschlagnahme und Untersuchung nicht auffallend erscheinen lassen würden.

Es fragte sich bloß, ob bei Aufnahme eines Kammer-Aktenstückes in ein Blatt, gleichviel, ob das Aktenstück Antrag oder Rede heißen möge, der Redakteur als derjenige betrachtet werden könne, der alles das sagt, was in dem Aktenstück enthalten ist, d. h. ob bei einem etwa beleidigenden Inhalt des Aktenstückes von dem Redakteur die Absicht zu beleidigen angenommen werden könne oder nicht?

Man hat, als die Untersuchung gegen die drei fraglichen Nummern des Eilboten eingeleitet wurde, zwischen solchen Kammerakten unterschieden, welche bereits in die stenographischen Berichte übergegangen sind und zwischen solchen, bei denen dieß nicht der Fall ist. Bei ersteren wurde daher regelmäßig die Einleitung einer Untersuchung abgelehnt, nur bei letzteren sollte der Redakteur für den Inhalt verantwortlich sein. Und dieß vorwiegend, war der Grund, warum wegen der fraglichen Nummern eine Untersuchung erfolgte.

Allein es wurde schon früher in diesem Blatte nachgewiesen, daß bei dem Abdruck eines wenn auch objektiv dem Preßgesetz zuwiderlaufenden Kammerproduktes nun und nimmer eine beleidigende Absicht angenommen werden könne, gleichviel ob dasselbe bereits in den stenographischen Berichten stehe oder nicht.

Das Appellationsgericht von Oberbayern hat in seiner Entscheidung diese Ansicht vollkommen getheilt, dasselbe hat deutlich ausgesprochen, daß im vorliegenden Falle eine beleidigende Absicht nicht angenommen werden könne.

Auch in anderen Fällen wurde schon wegen mangelnder Absicht, zu beleidigen, Einstellung von Untersuchungen beschlossen, dabei aber die Vernichtung der Schrift als einer objektiv rechtswidrigen verfügt. Es wurde aber im Eilboten schon früher nachgewiesen, daß ein solcher Beschluß im vorliegenden Fall bedeutungslos wäre, indem der Inhalt ja durch die stenographischen Berichte ebenfalls verbreitet, eine Unterdrückung der betreffenden Nummern des Eilboten also keineswegs die Verbreitung des Inhalts aufhalten würde.

Auch in dieser Beziehung hat das Appellgericht die in diesem Blatte entwickelte Ansicht getheilt, die Vernichtung der betreffenden Nummern wurde nicht ausgesprochen.

München. Der Absatz 1 des Art. 9 der allerhöchsten Verordnung über das Paßwesen vom 17. Jan. 1837 erhielt nachstehende Abänderung: Kein in dem Ausland reisender Bayer darf länger als 24 Stunden an dem Sitze einer bayerischen Gesandtschaft verweilen ohne sich bei dieser behufs der Visirung seines Reisepasses zu melden.

— den 3. April. König Max hat den Oberst von Hermann beim Geniecorps mit Entwerfung eines Planes zu einer neuen Kaserne betraut.

Ammerndorf in Mittelfranken, den 2. April. Heute fand in hiesiger Kirche der Uebertritt des ehemaligen Benediktiner-Ordenspriesters und Gymnasialprofessors am Stifte St. Stephan zu Augsburg, E. v. Böck, zur evangelisch-lutherischen Kirche statt.

Würzburg. Der Redacteur des eingegangenen „Fränkischen Tagblattes," G. E. Köpplinger, war einer ganzen Reihe angeblicher Preßvergehen angeklagt, namentlich wegen: Schmähung des Rechtsraths Müller von Kitzingen, dto. des Pfarrers Graf von Schweinshaupten, Verspottung kirchlicher Institute, Beleidigung Sr. Maj. des Königs, Verbreitung wissentlich falscher Nachrichten, Beleidigung öffentlicher Stellen, Beleidigung der k. baier. Staatsregierung, und endlich Beleidigung des Pfarrers von Rüdenhausen. Nach einer mehrtägigen Verhandlung, in welcher der Angeklagte durch Dr. Hermann aus München vertheidigt ward, erkannten die Geschwornen den Angeklagten bezüglich aller acht incriminirten Aufsätze Nichtschuldig. (Wenn man die betreffenden Artikel kennt, begreift man, wenigstens bezüglich der Mehrzahl derselben, nicht, wie eine Verweisung vor das Schwurgericht stattfinden konnte.)

Stuttgart, den 1. April. Der heutige Schwäb. Merk. enthält 91 Gantausschreibungen!

— den 4. April. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht heute ein Gesetz, betreffend die Ungültigkeit der Grundrechte des deutschen Volkes.

Berlin, den 31. März. Die 2. Kammer hat heute ihre letzte Sitzung vor Ostern gehalten und ihre Thätigkeit mit einem neuen Riß in die Verfassung von 1850 geschlossen. Die politischen Verbrechen sind der Kompetenz der Geschworenen entzogen.

Breslau, den 1. April. Soeben trifft hier die Nachricht ein, daß auf dem weitberühmten Zobtenberge ein Unglück sich ereignet hat, dessen Umfang sich freilich noch nicht vollständig übersehen läßt. Es war kurz nach Mittag, als die Bewohner des Berges ein ungeheures Krachen vernahmen. Mehrere Minuten lang war der Berg in dichten Staub gehüllt. Als es wieder hell wurde, da kannte man die Ursache. Ein großer Theil der Spitze des Zobten sammt der noch im Bau begriffenen Kapelle war verschwunden und in den Abgrund gestürzt. Noch weiß man nicht, ob Menschen dabei verunglückt sind.

Wien, den 1. April. Der definitive Schluß der Zollkonferenzen ist wieder um einige Tage, dem Vernehmen nach bis in die Charwoche, hinausgeschoben.

Der Spuk im Orient wird täglich bedenklicher. Die Oesterr. Corr. hat Nachricht, daß Fuad Effendi, der Günstling Reschids, wirklich mit Instruktionen (bis jetzt unbekannten Inhalts) nach Kairo abgegangen. „Die Differenzen mit dem Vicekönig, fügt das Blatt hinzu, sind in das verhängnißvollste Stadium, in das der Entscheidung getreten." Noch in den letzten Tagen seien neue Instructionen an den brittischen Botschafter in Pera angelangt, und England scheine sich neuerdings alle Mühe zu geben, dem Streit zwischen der Pforte und Aegypten die Spitze abzubrechen. — Die Christenbedrückungen in Bosnien werden täglich auffallender und nehmen fast den Charakter an, als wolle das türkische Reich, dem man nun schon seit anderthalb Jahrhunderten das Todtenglöckchen läutet, dem Abendland noch einmal den Handschuh hinwerfen. Die heutige „Presse" beruft sich auf die Aeußerungen des höchst gemäßigten dalmatinischen „Osservatore," daß in Bosnien und der Herzegowina nirgends mehr kirchliche Functionen vorgenommen werden können. Kein Sacrament werde mehr gereicht, kein Neugebornes mehr getauft. Die gesammte Bevölkerung zittere vor gewaltsamer Bekehrung zum Islam.

Am 30. März Abends gegen 5 Uhr wurde in **Innsbruck** und in mehrern Orten des Innthales ein von Südwest nach Nordost gerichteter ziemlich heftiger Erdstoß mit krachendem Getöse und erschütternder Oscillation allgemein wahrgenommen; im laufenden Jahr bereits der zweite Fall dieser Art.

Triest. Schon vor 7 Jahren hätte der Dampfer „Marianna" wegen Alter abgeschafft werden sollen, wurde jedoch immer wieder restaurirt. Die Maschine hatte nur

120 Pferdekraft, hätte aber seiner Größe und Schwere nach über 300 haben sollen. Die Frau des Capitän Wohlgemuth ist wahnsinnig geworden; sie war gerade Wöchnerin, als das Unglück erfolgte.

Frankreich.

Paris, den 1. April. Ein Decret ernennt eine Anzahl Offiziere und Soldaten der verschiedenen Waffen zu Rittern der Ehrenlegion. Ein anderes Decret ernennt 54 Capitäne der Infanterie, ein drittes 20 Beamte der Militärspitäler. — Ein Rundschreiben des Unterrichtsministers schreibt den Professoren der Collegien die Beseitigung der langen Bärte vor. Es scheint, daß diese Maßregel auch die Elementarlehrer angeht. — Die Feldhüter sollen künftig ein nach Art der Gened'armerie militärisch eingerichtetes Corps bilden und in Brigaden eingetheilt werden. — Der Ex-Repräsentant Boubée hat den Befehl erhalten, Frankreich auf ein Jahr zu verlassen und sich nach Belgien oder England zu begeben. — Die Behörde hat auf allen Puncten des Norddepartements die eifrigste Ueberwachung in Betreff der heimlichen Verfertigung eines neuen Schießpulvers, weißes Pulver genannt, angeordnet. Die Anfertigung desselben ist leicht und seine Kraft viel größer, als die des gewöhnlichen Schießpulvers.

— den 2. April. Obgleich der Belagerungszustand nicht mehr besteht und der Ausnahmezustand aufgehoben worden ist, so werden die Republikaner doch fortwährend streng überwacht. Während man so viele Franzosen im Ausland reisen läßt, gibt es auffallender Weise auch solche, denen man nicht gestatten will, Paris zu verlassen. Zu denselben gehört Emanuel Arago. Vor einigen Tagen wollte derselbe Familienangelegenheiten halber nach Bordeaux reisen. Er erhielt keinen Paß. Das Nemliche war der Fall, als er die Absicht ausdrückte, sich nach Savoyen zu begeben. Zugleich bedeutete man ihm, falls er Paris verlasse, so würde man ihn sofort verhaften. Arago mußte natürlich der Gewalt weichen und befindet sich gegenwärtig in Paris internirt. (K. Z.)

Die Frage wegen der Dotation des Präsidenten der Republik ist heute vom Senate entschieden worden, wo, statt des Marschalls Jerome, der Vicepräsident Mesnard den Vorsitz führte. Er zeigte gleich beim Beginne der Sitzung an, daß das Bureau des Senats die Initiative für einen Dotationsvorschlag ergreife, der dahin gehe, daß dem Staatsoberhaupte jährlich 12 Millionen Franken, nebst der Nutznießung aller ehemaligen königlichen Paläste, bewilligt werden sollten, jene Paläste jedoch ausgenommen, die etwa zu öffentlichen Anstalten verwendet würden. Die Dringlichkeit dieses Vorschlages wurde einmüthig ausgesprochen und eine sofort in den Bureaux ernannte Commission von 5 Mitgliedern, worunter Fould, wählte letzteren zum Berichterstatter. Dieser verlas bald darauf seinen dem Vorschlage günstigen Bericht. Mehrere Redner hoben hervor, daß es angemessen sei, dem Präsidenten eine sehr ansehnliche Dotation zu geben, damit er sich auch gegen die an seine Freigebigkeit gewöhnten Volksclassen großmüthig erweisen könne. General Lawoestine beantragte, im Widerspruche gegen den Bericht, daß kein Inventar des Mobiliars der Paläste aufgenommen werden solle, weil dies von Mißtrauen zeigen würde. Sein Antrag ward nicht unterstützt und es wird also inventarisirt. Das Votum über das Ganze des Vorschlages ergab 79 bejahende Stimmen, d. h. der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Türkei.

Zara, den 26. März. Die Reaction gegen die Christen in Bosnien scheint im Abnehmen begriffen. 90 Rajahs sind nach 22tägiger Kerkerhaft zu Livno freigelassen worden. Eben dort sind jetzt 2000 Mann türkische Truppen concentrirt. (Oesterr. C.)

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 2. April. Zu Anfange nächster Woche wird ein Zusammentritt von Bevollmächtigten aller süddeutschen Staaten und Sachsens in dem nahen Darmstadt stattfinden, um sich über gemeinsame Propositionen für die Zollconferenzen in Berlin zu einigen.

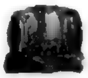
Wien, den 4. April. Das in Berliner Blättern und auch in der Allgemeinen Zeitung abgedruckte angebliche Wiener-Zollkonferenz-Schlußprotocoll ist ganz erdichtet. Die Konferenzen dauern noch fort.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[940³] **Lehrlingsgesuch.**

In einer gemischten Waarenhandlung in Neustadt an der Haardt ist eine Lehrlingsstelle frei; eine gute Erziehung wird verlangt. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[939²] **Weinversteigerung in Ludwigshafen am Rhein, bayerischen Pfalz.**



Montag, den 3. Mai nächsthin, Morgens 10 Uhr, im Locale der Saam'schen Wirthschaft, lassen die Herren Kaufmann und Glöcklen in Ludwigshafen a. Rh. von ihrem Lager allda versteigern:

34,000 Liter Friedelsheimer, Wachenheimer und Rhodter, alles selbst gezogene und ganz rein gehaltene Weine.

Proben werden bei der Versteigerung und an den beiden vorhergehenden Tagen ausgegeben.

Oggersheim, den 2. April 1852.

Leuchsenring, Notär.

[942] **Mühlenversteigerung.**

Donnerstag, den 15. April nächsthin, Nachmittags 2 Uhr, in der Pfalz zu Klingenmünster, auf Ansteben von Herrn Jacob Sties, — Müller auf der Rüschweiler Mühle wohnhaft, als in den Rechten von Jacob Fuchs, Müller in Klingenmünster, werden folgende, dem Johann Ruckstuhl, Müller daselbst, gehörige Liegenschaften, öffentlich auf 4 Jahre verpachtet, nemlich:

1) Ein Wohnhaus mit Mahlmühle, die Sägmühle genannt, mit 2 Mahlgängen, 1 Schälgange, Hof, noch einem Haus, Sägmühle, Stallung, Scheuer, Kelterhaus, Backhaus und Hofraum, sammt allem dazu gehörigen Mühlgeräthe;
2) 47 Decimalen Pflanzgarten bei der Mühle;
3) 260 Decimalen Acker allda;
4) 403 Decimalen Wiese daselbst.

Alles im Banne und bei Klingenmünster im Thale gelegen.

Landau, den 3. April 1852.

Keller, Notar.

[941²] **Möbelversteigerung.**

Mittwoch und Donnerstag, am 14. und 15. April nächsthin, jedesmal Vormittags von 8—12 und Nachmittags von 2—6 Uhr werden die zu dem Nachlasse der zu Haßloch verlebten Eheleute Michael Hitschler, im Leben königl. Notär, und Louise geborne Marzolph gehörigen Mobiliargegenstände in deren Sterbhause zu Haßloch an die Meistbietenden versteigert und zwar:

I. Mittwoch a, Vormittags:

Manns- und Frauenkleider aller Art, Bettung und Weißzeug,

b, Nachmittags:

1 Canapée, 1 Fauteuil, 1 Kaunitz, Pfeiler- und andere Schränke, 1 Spieltisch, andere Tische, Stühle, Bettstellen, Nachttische, 2 Porcelain-Oefen, 1 Siegelpresse und alle sonstigen zur Bureau-Errichtung gehörigen Gegenstände.

II. Donnerstag:

1 gut erhaltene einspännige Chaise mit Geschirr, Zuber, Ständer, 1 Küchenheerd, Küchengeräthe, Glas, Porcelaine, Weißzeug und alle sonstigen, noch vorhandenen Hausgeräthschaften.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 85 | den 8. April 1852.

Deutschland.

*** Schweizer Zustände.** Aus der französischen Schweiz erhielten wir das unten folgende, vom 25. März datirte Schreiben. Dasselbe ist zwar mit einer innern Verbitterung abgefaßt, die wir nicht theilen, und deren Ausdruck wir darum auch nicht zum unsrigen machen; es enthält aber Notizen über die innern Schweizer Verhältniße, die uns zur nähern Kenntniß der dortigen Zustände interessant scheinen. Wir geben daher den Aufsatz unabgeändert;

Aus der französischen Schweiz, den 25. März. Ein ungeschickteres, breitmäuligeres und würdeloseres diplomatisches Actenstück, als die Antwort des Bundesrathes auf die unverschämte französische Note, hat gewiß die Welt lange nicht gesehen. Zwar wird die freche Forderung abgelehnt, aber wie matt und lahm! Statt des kurzen, festen Tones des verletzten, zum Aeußersten entschlossenen Nationalstolzes, hören wir weitläufig deduziren, daß der Bundesrath Frankreich keinen Anlaß zu Beschwerden gegeben habe. Keinen Anlaß! Mein Gott, ist denn die alte Fabel vom Wolf und dem Schäfchen am Bach spurlos am Bundesrathe vorübergegangen? Keinen Anlaß! Aber wenn denn durchaus von Anlaß gesprochen werden soll, ist nicht die Existenz einer demokratischen Republik Anlaß genug zur Intervention?

Das sollten die Herren doch begreifen, daß selbst die vollständigste Unterwürfigkeit die Intervention nicht abwendet, wenn sie einmal im Rathe der Contrerevolution beschlossen ist. Ist der eine Vorwand nicht mehr da, so sucht man einen andern. Dieses Heucheln und Vertuschen des Bundesraths ändert Nichts und setzt nur die Schweiz allen Gefahren eines unerwarteten Angriffs aus; eine würdige, stolze Sprache weckt aber das Nationalgefühl und schafft die nöthige Kraft, wenn die Gefahr naht. Darum ist eine kühne, energische Politik für die Schweiz jetzt die sicherste.

Die schweizerische Democratie scheint das allmählig zu begreifen. Namentlich in der Waadt und in Genf spricht man sich sehr erbittert über die feige Politik des Bundesrathes aus, welcher sich zum Huissier L. Bonaparte's machte. Hr. Fazy hat die Flüchtlinge stets, so viel er konnte, geschützt, und die Wuth der Schweizer Zöpfe darüber, daß er der Flüchtlinge wegen die Schweiz irgend welchen Ungelegenheiten aussetze, gereicht ihm zur Ehre. Aber es ist ein großer Fehler, daß die demokratischen Blätter der französischen Schweiz bei ihrem Widerstande gegen die Maßregeln des Bundesrathes den Hauptnachdruck auf die verletzte Souveränität des Cantons, statt auf die verletzte Souveränität der Nation legen. Nur dadurch wäre der Frage eine höhere, nationale Bedeutung abzugewinnen. Für die Flüchtlinge selbst wird sich die große Mehrheit der Schweizer nie außer Athem setzen, die Cantönlisouveränität ist aber ein zweischneidiges Schwert, welches gerade jetzt den neuen demokratischen Institutionen sehr gefährlich werden könnte.

In Bern spukt es. Die Pfaffen- und Junkerblätter erklären geradezu, die Conservativen (deren Abberufung von ihren Stellen durch das Volk bevorsteht) würden sich nicht abberufen lassen. Der „Oberländer Anzeiger" argumentirt ganz revolutionär: „Die Vernunft ist stets in der Minorität und daher ist es unsere patriotische Pflicht, uns mit Gewalt in der Herrschaft zu behaupten." Wie dem auch sei, so ist es doch eine freche Verdrehung alle Begriffe, wenn man die Restauration der Privilegien der Patrizier und Pfaffen mit der Herrschaft der Vernunft identifizirt, und es ist unverschämt, von Patriotismus zu reden, wenn man die Devise führt: „Lieber die Fremden im Lande, als den Stämpfli an der Regierung."

So ist es aber; so denken Berner Patrizier und ihre guten Freunde, die katholischen und protestantischen Jesuiten. Sie brüten etwas im Stillen; sie halten große Zusammenkünfte und man weiß nicht, was sie beschließen. Die Regierung wühlt unermüdlich; Gerüchte von Putschen und Invasionen kreuzen sich täglich. Wie natürlich würde ein Putsch die Intervention herbeiführen. Aber die Berner Demokraten sind verzweifelt ruhig. Vielleicht gelingt es in Neuenburg. Die Royalisten werfen sich mit Macht in den Wahlkampf*) — und die preußische Regierung sequestrirt das Geld, welches die Neuenburger Bürgerschaft in der preußischen Bank angelegt hat, darunter 60,000 Fr. Waisengelder, „um sie vor der revolutionären Regierung zu schützen!" Wer weiß, was die Erbiterung thut! Wenn Alles fehlschlägt, wer weiß ob die schwarzen Herren nicht zur größeren Ehre Gottes selbst putschen, um die Sünden der Demokratie durch eine Invasion abzubüßen! Die alten Sonderbündler reichen den Patriziern natürlich gern die jesuitische Bruderhand.

Und gerade während man aller Orten auf neue Kämpfe gegen die Democratie sinnt, predigen die liberalen Doctrinärs von allen Dächern eine Nationalsubscription, um die Schuld der frühern Sonderbundskantone zu tilgen, resp. das bereits Gezahlte zurückzuzahlen. Schon früher übte man einmal gegen Schwyz solche Großmuth; die Jesuiten lachten sich in das Fäustchen und benutzten das Geld für den Sonderbundskrieg. Jetzt wäre dieser großmüthige Erlaß der Strafe eine directe Aufmunterung zu neuen Putschen. Der Abt von Einsiedeln fließt über von salbungsvollen Worten für diese christliche Versöhnlichkeit; aber er zeichnet 1000 Fr., während er für den Sonderbundskrieg Hunderttausende spendete. Schon das sollte die gutmüthigen Thoren aufklären.

Gesichert ist der friedliche Ausgang der Abberufung in Bern keineswegs, um so weniger, da die Schwarzen wissen, daß sie in der Minorität sind.

Und obgleich man versichert, Frankreich sei völlig durch die Erklärungen des Bundesrathes befriedigt, so steht die Sache doch noch gerade so, wie früher, und der Constitutionnel declamirt noch immer mit derselben Wuth gegen die „socialistische Schweiz."

Der Bundesrath hat die Waadtländischen Bataillone nahe zur Hand, und diese werden sich ein Vergnügen daraus machen, etwaige Putschgelüste der Schwarzen niederzuschlagen. Möchte er nur gegen die Anmaßungen der Patrizier mehr Energie zeigen, als er gegen die schamlosen Forderungen des Auslandes gezeigt hat. —

*** München,** den 4. April. Es geht das Gerücht, an die Stelle des vor einigen Tagen auf sein Gut beurlaubten Ministers Zwehl komme der vor einigen Tagen zum Regierungspräsidenten von Oberbayern ernannte bisherige Polizeidirector von München, Graf Reigersberg; Minister Zwehl trete wieder in seine frühere Stelle als Regierungspräsident, und zwar in Oberbayern. — Im Publikum knüpft man bereits mancherlei Betrachtungen

*) Auch diese Anstrengung war, wie der Erfolg bewiesen hat, rein vergeblich. Die Wahlen lieferten als Resultat 74 Democraten gegen — 14 Royalisten! Anm. d. R.

daran, so namentlich: nun habe die neuerliche Beurlaubung Zwehls einen bestimmten Sinn, und scheine einer Entlassung gleichzusehen; Graf Reigersberg stehe vortrefflich mit der ultramontanen Partei; die Wegsendung von Dönniges nach Paris gewinne nun auch ein bestimmtes Licht rc. — Es geht auch das, jedoch ganz vage Gerücht, daß Dingelstedt entfernt werde. Ob dasselbe in Verbindung steht mit einer neulichen Prügelscene, die derselbe mit einem Journalisten gehabt haben soll, ist mir nicht näher bekannt.

*** Bremen.** Zu den Blättern, welche das gute Recht Bremens in elender Weise aufgaben, und dessen Vertheidiger schnöde und höhnisch zu beschimpfen suchten, gehörte besonders die „Weser-Ztg." (siehe den Aufsatz über die bremischen Verfassungsangelegenheiten in Nro. 78 unseres Blattes.) Nun, nachdem die freie Stadt keine „Auflehnung" gegen den Bundesbeschluß versucht, bekömmt auch die „Weser-Ztg." das neue Glück zu kosten. Sie veröffentlicht eine Erklärung, des Inhalts: Die Buchdruckereienbesitzer seien unter Strafandrohungen von der Polizeidirection verwarnt worden, sich aller aufreizenden und aufregenden Besprechungen über politische und verwandte Materien in ihren Blättern zu enthalten; da nach dieser indirecten Benachrichtigung die „gesetzlichen Garantien der Preßfreiheit" „vorläufig suspendirt zu sein schienen," (!) so sehe sich die Redaction „leider außer Stande, über die neuesten politischen Ereigniße in Bremen zu sprechen." — Wir fügen bei, daß den Druckern mit Schließung ihrer Offizinen gedroht wurde. Auch den Wirthen ward aufgegeben, keine politische Gesellschaft bei sich zu dulden; man drohte ihnen mit 50 Thlr. Strafe und Concessionsentziehung.

*** Speyer,** den 6. April. Von allen Schrannen des jenseitigen Baierns erfährt man, daß ein bedeutendes Sinken der Fruchtpreise erfolgt ist. So sank zu Erding der Weizen um 1 fl. 16 kr., Korn 1 fl. 44 kr. und Gerste 1 fl. 5 kr. der Schäffel. Aehnlich auf den Märkten von Bamberg und Nürnberg. In letzterem Orte fand man gleichsam eine Musterkarte von Getreide aus verschiedenen Landen, namentlich aus Ungarn, Oberösterreich und Preußisch-Sachsen.

München, den 3. April. Aufsehen erregt eine dieser Tage erfolgte Verhaftung eines Officiers, welcher unerwartet in das Militärgefängniß in Haft gebracht wurde. (Nürnb. Kur.)

Stuttgart, den 4. April. Gestern Abend traf der königl. baier. Ministerpräsident v. d. Pfordten aus München hier ein; derselbe hatte sogleich eine Conferenz mit den Ministern des Auswärtigen und des Innern; er wird heute nach Darmstadt weiter reisen. Man bringt seine Reise mit den Zollangelegenheiten in Verbindung.

Reutlingen, den 2. April. Der heutige Staatsanzeiger bringt die Nachricht, daß Dr. Ammermüller als Reallehrer nach Isny — sage: als Reallehrer nach Isny — versetzt ist, und zwar wegen eines Toastes auf die nie umzubringende Sache der Demokratie, den derselbe nämlich vor einem halben Jahr bei dem Kapff'schen Abschied am 29. Sept. v. J. ausbrachte. Sicherem Vernehmen nach hat Ammermüller bereits sein Gesuch um Entlassung aus dem Staatsdienst eingereicht. (Stutt. Beob.)

Darmstadt, den 5. April. Aus Veranlassung der Zollconferenz der deutschen Mittelstaaten sind hier folgende Bevollmächtigte angekommen: von Baiern v. d. Pfordten, v. Schrenck (Bundestagsgesandter) und v. Berger (Gesandter in der Schweiz); von Württemberg: Minister v. Neurath und Bundestagsgesandter v. Reinhard; Sachsen: Minister v. Beust; Baden: Staatsrath v. Rüdt; Kurhessen: Legationsrath v. Baumbach; Nassau: Minister v. Wittgenstein.

Weimar, den 1. April. Die Getreidepreise sind auch auf unseren Märkten bedeutend zurückgegangen.

Dresden, den 31. März. Von der Oberpostdirektion sind alle untern Postbeamten aufgefordert, ihr Augenmerk auf Waffensendungen zu richten, welche von dem revolutionären Comité in London durch Vermittlung eines Hamburger Handlungshauses nach Italien, Oestreich, Sachsen u. s. w. gehen sollen. Da morgen der erste April ist, meint der Frk. Kur., so kommt diese Sache ganz gelegen.

Magdeburg, den 3. April. Vor einigen Tagen kam hier der außergewöhnliche Fall vor, daß zwei junge christliche Mädchen zum Judenthume übertraten, um zwei junge Männer jüdischen Glaubens heirathen zu können. Zehnmal wies sie der jüdische Prediger ab, (so will es das jüdische Ceremonialgesetz) und zehnmal kamen sie mit dem nemlichen Anliegen wieder, bis endlich das Abschwören des Christenglaubens ihnen gestattet wurde, worauf denn die Trauung mit den Erwählten ihres Herzens nach jüdischem Ritus erfolgte. — Neulich erschoß sich hier ein Knabe durch einen — Pfeifenkopf, den er mit Pulver gefüllt, in den Mund gesteckt hatte. Er zündete das Pulver an und zersprengte sich natürlich dadurch den ganzen Kopf. Vor einigen Jahren erschoß sich hier ein hiesiger Kellner in ganz gleicher Weise durch einen mit Pulver gefüllten Pfeifenkopf, nachdem er zuvor schon fünf stets vereitelte Selbstmordsversuche gemacht hat.

Breslau, den 3. April. Die Nachricht von einer Katastrophe auf dem Zobten scheint eine Erdichtung zu sein.

Wien, den 30. März. Die österreichischen Finanzzustände bleiben unverbesserlich, und die Entwerthung der Valuta hat sich seit Anfang des Jahres auf 25 Procent fixirt und hat die Tendenz, eher darüber zu steigen, als darunter zu fallen. Es herrscht die Ueberzeugung von der Nichtigkeit aller Zusagen in Betreff großer umfassender Ersparnisse und Reductionen. Man macht Oeconomie in den Kreuzern und verschwendet in den Gulden. Bei der ausgeprägten Vorliebe des Staatsoberhauptes für das Militär ist an eine irgend erhebliche Verminderung der Armee nicht zu denken. Sodann hat sich die Passivität des österreichischen Gesammthandels seit den letzten vier Jahren in einer Bedenken erregenden Weise vermehrt. Hamburgs Marktgebiet hat sich jetzt bis auf das rechte Donauufer erstreckt und macht den Plätzen der Adria bis Steyermark, Kärnthen und des südlichen Ungarns eine immer drohendere Concurrenz; die unseligen Valutaverhältniße lähmen in Triest jede irgend größere Speculation, und das Geschäft beschränkt sich nur auf den nächsten Bedarf. Aus diesem Grunde fehlt es aber auch an dem nöthigen Assortiment, wie solches in den Hansestädten, die außerdem seit Vollendung der Eisenbahnen in Schnelligkeit und Wohlfeilheit der Spedition begünstigt sind, zu jeder Zeit reichlich zu finden ist. Dazu kommt, daß die dortigen Häuser coulanter und reeller arbeiten, als die triester, und bereit sind, längere Credite zu geben. Würde der Sundzoll aufhören, so könnten auch Stettin und die Ostsee-Häfen in Mitbewerbung treten, und hauptsächlich mit Benutzung der Oder so weit sie schiffbar, rascher und mit Fortsetzung der Eisenbahnen ihre Geschäfte nach Galizien, Ober-Ungarn und der Bukowina ausdehnen. (Köln. Ztg.)

Ofen, den 29. März. Gestern hatten einige Verhaftungen junger Leute statt, die sich hatten beigehen lassen, mit trikoloren Bändern zu erscheinen und Eljens auf Kossuth auszubringen. Auch zwei Pester Spielwaarenhändler wurden wegen Besitzes von Bildern und Puppen mit den ungarischen Farben mit Arrest bestraft.

Frankreich.

Paris, den 31. März. Ueber die 35 Millionen, die der Präsident vom Orleans'schen Vermögen dem Klerus zugedacht hat, erfährt man jetzt manches Interessante. Sie werden sich erinnern, daß schon im Januar sich mehrere Bischöfe gescheut haben, an das Geld zu rühren, und daß diese Scheu immer größer und ausgebreiteter geworden. Jetzt weiß man, daß Pius IX theilweise Ursache dieses Benehmens ist. Der Klerus hat nemlich angefragt, ob er von dem Gelde zum Besten der Kirche annehmen solle. Pius IX antwortete: man solle es ablehnen. Nun hat Ludwig Napoleon die 35 Orleans'schen Millionen

zum Budget geschlagen und dafür andere 35 Millionen vom Verkauf der Waldungen herausgenommen und bietet dieses Geld dem Klerus, aber man zweifelt, ob dieser in der neuen Form sich betheiligen werde. — Bei der gestrigen Soirée des Präsidenten war der Erzbischof von Paris zugegen. Er unterhielt sich in einer Fenstervertiefung lange mit Dr. Veron. Ein Senator behauptete, der Erzbischof höre das Sündenbekenntniß des Hrn. Veron. Bah! rief ein Staatsrath darauf, der Abend würde nicht hinreichen. Ein guter Freund des Elysee, der aber gerne noch intimer werden möchte, ein nicht unbekannter General, ließ sich laut sprechend und mit Emphase darüber aus, welch eine große Zeit „des actions" jetzt beginne. Ja, rief ihm Montalembert über den Saal hinüber zu: des actions de chemins de fer. (A. Z.)

Vertraute des Elysee behaupten, L. Bonaparte habe die Nacht vor der gestrigen Feierlichkeit kein Auge zugemacht, und seine Aufregung war sichtlich an der fast gespensterhaften Blässe seines Antlitzes zu sehen, das durch die fahle Farbe an Ausdruck und Interesse nur gewann. (?)

. . . Jede dem gegenwärtigen Staatsoberhaupte mißliebige Bewegung der Parteien kann zur Wiederherstellung der Kaiserwürde führen. Dann wird man schon dafür sorgen, die Nothwendigkeit der Annullirung der Verträge von 1815 Europa als einziges Rettungsmittel vor der Anarchie hinzustellen. Louis Napoleon glaubt, nach dem Apparate der ihn umgibt, wenn er bei gewissen Feierlichkeiten erscheint, noch immer nicht seiner Sache ganz gewiß zu sein. So fuhr er gestern in einer schwerfälligen Staatskutsche aus den Tuilerien, und um den Wagen ritten in dichtgeschlossenen Reihen Carabiniers mit blankem Säbel in der einen und dem gespannten Pistol in der andern Hand. Das Volk drängte sich um den im scharfen Trabe durch die Straßen Eilenden, und rief ihm, Hüte schwenkend, ein „Vive!" zu, das er jedoch gar nicht zu beachten schien. (A. Z.)

Paris, den 31. März. Die Rentenumwandlung nimmt ihren sichern und ruhigen Verlauf. Man versichert, daß die Regierung in zwanzig Tagen im Durchschnitt täglich 300,000 Fr. Renten, zusammen 6 Millonen (= 120 Mill. Capital), angekauft hat. Da sich die Zurückforderungen bis zum 27. Abends auf mehr als 280,000 Fr. in Paris und den anstoßenden Departements beliefen, so rechnet man im ganzen auf 1 Mill. Renten (= 20 Mill. Capital). So würde der Schatz 140 Mill. für das Umwandlungsgeschäft zu verwenden haben, doch ist die Aufnahme eines Anlehens von 150 bis 160 Mill. nicht unwahrscheinlich. (A. Z.)

— den 3. April. Der „Moniteur" enthält ein sehr ausführliches Circular des Policeiministers Hrn. v. Maupas an die Präfecten, worin denselben Weisungen ertheilt werden, wie sie die mit dem organischen Decrete vom 17. Februar über die Presse zusammenhängenden policeilichen Bestimmungen in Ausführung bringen sollen. Hr. von Maupas spricht sich insbesondere über die Nothwendigkeit aus, mit unbeugsamer Strenge gegen alle Journale, welche zu socialistischen Meinungen hinneigen, zu verfahren. Er empfiehlt den Präfecten auch nachdrücklichst an, den Verkauf unzüchtiger Bilder und Druckschriften zu verhindern. Wenn Ermächtigungen zur Herausgabe neuer Journale nachgesucht werden, sollen die Präfecten die sorgfältigsten Erkundigungen über den Character und die Moralität der Nachsuchenden einziehen, eben so auch über das Verhalten der Personen, welche Buchhandel treiben.

Der „Moniteur" theilt einen Bericht des Marineministers mit, worin dem Präsidenten der Republik Vorschläge gemacht werden, die Stellung der Capläne in der Marine sicherer und würdiger zu machen. Dem Berichte folgt ein präsidentielles Decret, welches verfügt, daß sich an Bord eines jeden Schiffes, welches eine Admiralsflagge führt oder als Hauptschiff einer Schiffsdivision dient, ein Caplan befinden soll. Auch sollen die Schiffe, welche zu einer Kriegeexpedition bestimmt sind, von einem Caplane begleitet werden. Der Gehalt der Capläne wird auf 2000 bis 2500 Frs. festgesetzt. Die Capläne sollen an der Tafel des commandirenden Officiers speisen. Ein Obercaplan der Marine wird ernannt und mit der allgemeinen Leitung aller die übrigen Capläne betreffenden Angelegenheiten beauftragt; sein Gehalt ist auf 6000 Frs. bestimmt. Nach dreijährigem Dienst an Bord kann jeder Caplan einen einjährigen Urlaub erhalten; während eines solchen Urlaubs bezieht er einen Gehalt von 1200 Frs.

Der „Constitutionnel" theilt mit, daß durch eine telegraphische Depesche vom 25. März die Commandanten aller Militärdivisionen und Subdivisionen angewiesen worden sind, die Abführung der zur Deportation nach Algerien verurtheilten Gefangenen zu suspendiren. Dieser Befehl findet keine Anwendung auf die Gefangenen, die nach den Strafcolonien in Cayenne deportirt werden sollen.

Die Affaire des Fürsten von Canino ist erledigt; und zwar wird sich der Vetter des Präsidenten sofort, wenn er es nicht schon gethan hat, in Civitavecchia wieder einschiffen, um nach Frankreich zurückzukehren. Es ist also den Reclamationen der römischen Regierung Folge gegeben worden.

Ostindien.

Die birmanische Regierung wird gezwungen werden, die brittischen Kaufleute für den ihnen zugefügten Verlust zu entschädigen, alle Kriegskosten zu tragen, und für künftig einen brittischen Residenten in der Hauptstadt Ava zuzulassen. Als Entschädigung wird wahrscheinlich die Abtretung einer Landstrecke gefordert werden; sollte der Widerstand sich hinausziehen, so wird man wohl eine tüchtige Zahl ihrer Provinzen einverleiben, und damit würde wahrscheinlich zur Erwerbung der ganzen prächtigen hinterindischen Halbinsel für England der Grund gelegt.

Neueste Nachrichten.

Darmstadt. In ihrer Sitzung vom 2. April, welche mit kurzen Unterbrechungen von Morgens 9 bis Abends 9 Uhr dauerte, nahm die zweite Kammer mit 24 gegen 22 Stimmen die Beschlüsse der ersten Kammer an, wonach die Kompetenz der Geschwornen auch in Rheinhessen in die engen Grenzen vor 1848 zurückgeführt wird. Die von Gagern versuchte Verschmelzung des Collegialsystems mit dem bureaukratischen Elemente ist ohnehin bereits wieder beseitigt!

Paris, den 4. April. Im Tuilerieenhofe ward heute wieder eine Revue nebst Medaillenvertheilung abgehalten. Die Vivats für Napoleon und den Präsidenten wurden vielfach vernommen, dagegen hörte man nur einzelne Rufe: „Es lebe der Kaiser!" Das Publicum war ziemlich zahlreich herbeigeströmt. Der Präsident der Republik hat, dem „Moniteur" zufolge, den Abbe Coquerreau, als eifriger Bonapartist bekannt, zum Oberalmosenier der Flotte ernannt. — Den Unternehmern, welche das Abreißen der Häuser auf dem Carrousselplatze übernommen haben, ist befohlen worden, bis zum 5. Mai diesen Platz in Bereitschaft zu setzen. An diesem Tage will nemlich L. Napoleon dort eine Revue über die Nationalgarde und die Truppen von Paris abhalten. — Eine seit vielen Jahren zu Marseille bestandene legitimistische Gesellschaft ist aufgelöst worden. — Während der Charwoche halten der Senat und der gesetzgebende Körper keine Sitzungen.

Australien. Nach Briefen von Port Victoria, Vancouversinsel, d. d. 10. Januar, hat man auf dem Königin Charlotte-Eiland reiche Goldlager entdeckt, welche nur wegen der strengen Winterkälte noch nicht bearbeitet werden konnten. Das Gold soll feiner sein als das californische. So scheint die ganze Westküste Amerikas von Goldadern durchzogen.

Miscellen.

Die politische Gesinnung der Nachtwächter ist leider bis jetzt noch keiner genaueren Untersuchung unterworfen worden.

Der Einfluß dieser Beamten der nächtlichen Behörde steht so sehr außer allem Zweifel, daß nicht zu begreifen ist, wie man ihnen ohne genaue vorherige Prüfung

ihrer patriotischen Eigenschaften die Pfeife der Noth und der Stunden, das Horn des Feuers und den Spieß der Gerechtigkeit übergeben konnte. Wenn schon Schiller sagt: „Das Auge des Gesetzes wacht“, und also die Nachtwächter als ein wichtiges Staats-Institut bezeichnet, wenn ferner Se. Durchlaucht der Herzog von Reuß-Schleiz-Lobenstein u. s. w. in einer Cabinets-Ordre fragt: "Wer ist Nachtwächter und wie viel Mann?" Wenn man ferner bedenkt, daß unsere Nachtwächter die Hüter einer schlafenden Nation sein sollen — — — wie soll uns nicht der Gedanke mit Grausen erfüllen, daß vielleicht ein demokratisch gesinnter oder ein Nachtwächter von der Partei des linken Centrums vor unsrer Thüre schlummert? Der Einfluß dieser Beamten wird noch gesteigert durch das freie Verfügungsrecht über die Schlüssel zu unsern Häusern und somit zu unsrem Vermögen, unsern Frauen, Kindern, Mägden — oder Alles was sein ist. Wie kann man endlich dulden, daß ein nicht Regierungs-Gesinnter uns zu jeder Stunde der Nacht zurufe, was die Glocke geschlagen hat? Endlich gar das Alarmiren. Welch schreckliche Folgen müßte es haben, wenn einmal die Bevölkerung einer Stadt durch Uebelgesinnte die sich Wächter nennen, getäuscht, zur Unzeit erwachte, aufstände und die Schlafmütze vom Schädel risse!

Also! man entferne schleunigst alle verdächtigen Individuen und stelle nur Solche an, welche dafür Garantien geben, daß sie, wie wir, in aller Unterthänigkeit geruhen als u. s. w. **X. Y. Z.**, Patrioten von Profession.
(Kladderadatsch)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 3. April. Weizen 20 fl. 57 kr., Korn 17 fl. 12 kr., Gerste 13 fl. 44 kr., Hafer 6 fl. 52 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Speyer. In der nächstfolgenden Woche steht uns ein interessanter Kunstgenuß in Aussicht, auf den wir das Publicum mit Vergnügen aufmerksam machen. Die berühmte Gesellschaft der 40 Pyrenäensänger, gewiß Vielen durch die Zeitungen bekannt, wird auf ihren Wanderzügen, welche sich schon über drei Welttheile erstrecken, und denen dieselben nun noch einen vierten, Amerika beizugesellen gedenken, auf ihrer Durchreise auch in der Pfalz einige Vorstellungen geben, und zwar am nächsten Dienstage zu Landau, einige Tage später zu Speyer. Einer Heimath angehörig, die auf der Grenzscheide zwischen dem leichten Franzosen und dem stolzen gravitätischen Spanier liegt, haben diese Sänger von dem Character beider Nationen das Erhabenste in sich aufgenommen, und dabei in trefflicher Leitung und langjähriger, begeisterter Kunstübung sich in eine solche Einheit und Sicherheit hineingesungen, daß mit ihren süßen elegisch-sentimentalen Gesängen das Traumbild jener Ferne, der sie entstammen, oder jener heiligen Städte im Osten, Jerusalem, wo sie ihre Hymnen zum Himmel schickten, sich um uns breitet und unser ganzes Wesen durchdringt.

[944²] **Offene Stelle.**

Es wird in eine Specerei-, Eisen- und Sägewaarenhandlung ein angehender Commis gesucht. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[945²] **Chaise zu verkaufen.**

Bei Taxator Horch in Worms wird eine im besten Zustand befindliche 4sitzige Chaise (Glaswagen) für 110 fl. abgegeben.

[911³] **Zu verkaufen.**

Einen bordlangen Kappenstand zu billigem Preise verkauft Georg Eckes,
Kürschner in Neustadt.

[943] **Anzeige.**

Der hiesige Frühjahrsmarkt (Ostermarkt) wird am zweiten Sonntag nach Ostern abgehalten.

Mutterstadt, den 2. April 1852.
Das Bürgermeisteramt:
Krick.

[907²] **Anzeige.**

Es wurde mir für hier und Umgegend der alleinige Verkauf von Sonnenkerzen übertragen. Dieselben stehen den Stearinkerzen ganz wenig nach und sind im Vergleich ihres Brennstoffes fast billiger als Talglichter. Das Paquet kostet 28 kr.

Louis Cron.

[913²] **Anzeige.**

Feuerfeste Steine, eigener Fabrikation, in vorzüglicher Qualität, sind stets vorräthig zu haben bei
H. Jacob in Kaiserslautern.

[901⁴] **Lehrlingsgesuch.**

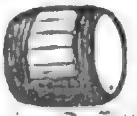
In einer Tabaksfabrik und Spezereihandlung in Landau kann ein junger Mann von guter Familie sogleich in die Lehre aufgenommen werden. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[912²] **Offene Lehrlingsstelle.**

In eine Seiden- und kurze Waaren-Handlung en gros und en detail in Frankfurt a. M. wird ein braver, junger Mensch mit guten Vorkenntnißen in die Lehre gesucht, wobei bemerkt wird, daß Kost und Logis im Hause des Prinzipals verabreicht werden.

Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen der Weinhändler Joh. Pet. Schlick in Edenkoben.

[900²] **Weinversteigerung.**



Donnerstag, den 15. April nächsthin, Nachmittags 2 Uhr, zu Zweibrücken im Gasthause zum Lamm, lassen die Erben der dahier verlebten Eheleute Heinrich Wahlster und Regine Sussette Renner, als:

1) Heliane Lais Wahlster und deren Ehegatte Heinrich Fuchs, Advocat und Gutsbesitzer, und

2) Eugen Wahlster, Oeconom, alle in Bietschied bei Saarbrücken wohnhaft, ihre dahier lagernde, feine und rein gehaltene 1834er, 1842er und 1846er Weine durch unterzeichneten Notär, gegen ausgedehnten Zahlungsausstand, versteigern, als:

6218	Liter	1834er	rothen Meerkatzer, Ausstich (Saarwein),
141	„	„	Niersteiner,
2054	„	„	Liebfrauenmilch, Ausstich,
1279	„	1842er	weißen Wein,
2503	„	„	Hochheimer Dombechanei,
1020	„	1846er	rothen Oberotterbacher,
2010	„	„	„ Bergzaberer,
1950	„	„	„ Bergzaberer, Malvasier,
553	„	„	„ Schweiger,
2864	„	„	„ Annweiler,
6983	„	„	„ Gräfenhauser,
1957	„	„	weißen Zeltinger, Ausstich (Moselwein).
29,532	Liter.		

Die Proben der Weine können mehrere Tage vor der Versteigerung genommen werden.

Zweibrücken, den 16. März 1852.
Schuler, Notär.

[916²] **Agentengesuch.**

Agenten, die sich mit dem Debit eines lucrativen Artikels gegen annehmbare Provision befassen wollen, werden gesucht und nur ausgebreitete Bekanntschaft und Reellität verlangt. Anmeldungen unter O. R. werden franco Nro. 1 Post restante Frankfurt a. M. erbeten.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro. 85) **den 8. April 1852.**

Deutschland.

Wien, den 5. April, Nachmittags 5 Uhr. So eben vernehmen wir, daß der Ministerpräsident, Fürst von Schwarzenberg, als er eben im Begriffe war, zu einem Diner zu fahren, an einem Schlagflusse gestorben ist.

Hamburg, den 1. April. Die Börsenhalle schreibt: Nach den durch die öffentlichen Blätter in letzterer Zeit über die Lage der für Brasilien geworbenen deutschen Legion verbreiteten schlimmen Nachrichten wird eine Kunde von dem jetzigen Zustande derselben nicht ohne Interesse sein, zumal da dieser nach zuverlässigen neuen Berichten nicht so trostlos scheint, als die Schilderungen glauben lassen. Daß diese Legion, namentlich die Artillerie, einen entscheidenden Antheil an der bedeutungsvollen Schlacht vom 3. Februar gehabt, welche unter den Mauern von Buenos-Ayres in wenigen Stunden die gänzliche Niederlage der Armee des Dictators Rosas und seinen Sturz veranlaßt hat, ist nach den durch das letzte brasilianische Postdampfschiff überbrachten einstimmigen Berichten gewiß genug, wenngleich das Detail fehlt, weil das Schiff seiner Bestimmung nach an demselben Tage Buenos-Ayres verlassen mußte. Ferner kann mit Sicherheit behauptet werden, daß die vier deutschen Batterien von den im Officiercorps des Infanteriebataillons entstandenen Zwistigkeiten durchaus unberührt geblieben sind, und unter den Officieren sowol als der Mannschaft der Artillerie das beste Einvernehmen herrscht. Ungegründet ist es, daß 200 Artilleristen unter die brasilianischen Truppen gesteckt worden. Was dagegen das Infanteriebataillon betrifft, so ist es nahe daran gewesen durch seine Zerwürfniße, und weil mit dem Oberstlieutenant v. d. Heyde 13 Officiere nach Rio de Janeiro entfernt sind und dort die Entscheidung ihres Schicksals erwarten, aufgelöst zu werden; inzwischen hat jetzt die brasilianische Regierung den Major v. Lemmers zum Commandeur des Bataillons ernannt, um den Versuch zu machen, durch ihn und die übrigen Officiere dasselbe ferner zusammenzuhalten, so daß noch nicht alle Hoffnung auf den Bestand desselben aufgegeben werden darf, zumal da dasselbe gleichfalls an der Schlacht vom 3. Febr. rühmlichst theilgenommen hat.

Kiel, den 2. April. Es sind eine ganze Anzahl Personen, und diese aus dem ganzen Umkreise des Gesammtstaates, verbannt geblieben: der Herzog und der Prinz von Augustenburg, Dr. Beseler, Superintendent Nielsen, Obergerichtsdirector v. Ahlefeldt, Landrath v. Ahlefeldt-Oehn, Pastor Lorentzen, Appellationsrath Bremer, Amtmann Jacobsen, Bürgermeister Schouw, Advocat Gülich, Policeimeister Esmarch, v. Kropf. Nachträglich sind ausgewiesen: Graf Reventlow-Preetz, Kaufmann M. T. Schmidt, die Advocaten Olshausen und Claussen, Präsident Francke und Justizrath Schleiden. Es wird allen Unterofficieren und Gemeinen, so wie Denjenigen, welche erst nach dem 24. März 1848 als Officiere angestellt worden, volle Amnestie ertheilt. Dagegen bleiben Diejenigen, welche am 24. März 1848 in königlichen Diensten standen und an dem Kriege gegen Dänemark Theil genommen, von dieser Amnestie ausgeschlossen. Die „Berling'sche Zeitung" stellt in allernächster und nächster Zeit in Aussicht die Einforderung sämmtlicher Bestallungen vor 1848 und die Vacanterklärung sämmtlicher Stellen, die nach 1848 besetzt sind. Mit Einem Worte, die Regierung erklärt den Bundeskrieg für Rebellion!

Frankreich.

Paris, den 31. März. Während Reschid Pascha eine Anzahl außer Dienst gesetzter Professoren der Universität von Frankreich für die Türkei anwerben läßt, muß man vernehmen, daß für Frankreich selbst die Quelle aller Entwicklung, aller wahren Freiheit — der Unterricht, verkürzt werden soll. Dem neuen Entwurf über die Unterrichtsorganisation zufolge würden gegen 200 Communalschulen unterdrückt werden!

— den 2. April. Das Schwurverweigerungsschreiben der HH. Cavaignac, Carnot und Henon hat in den Bureaux der Ministerien einen sehr schlechten Eindruck gemacht. Man äußert sich in gewissen Regierungskreisen ganz offen über das Zuviel der Mäßigung (!!) der Behörden, und verspricht diesem Uebel durch verschärfte Maßregeln abzuhelfen. (!)

— den 3. April. Gerüchtsweise spricht man wieder einmal von der bevorstehenden Heirath Louis Bonaparte's. — Emil de Girardin hat gestern im Elysee dinirt.

Großbritanien.

London, den 31. März. Man liest im „Norwich Mercury:" Als der Eisenbahnzug am Sonnabend Nachmittag die Station von Flordon erreichte, waren die Passagiere nicht wenig erstaunt, den Ortspfarrer, Reverend Mr. Moore, in Amtstracht auf der Plattform zu finden. Man erfuhr bald den Zweck seiner Anwesenheit; der hochwürdige Gentleman wartete auf einen Friedensrichter, den er auf dem Zuge vermuthete, um ihn zu verfluchen. Der Erwartete stieg wirklich aus, und sofort trat Mr. Moore auf ihn zu mit den Worten: „Ich schleudere den Fluch auf diesen Mann. Ich verfluche Euch, Euer Weib, Eure Kinder, alles, was Ihr besitzet. Mögen Eure Kinder vaterlose Vagabunden werden und ihr Brod an fremden Thüren betteln." Der Bischof hat eine theologische Untersuchung über diesen Conflict der Autoritäten ingeleitet, die weltliche Obrigkeit ist aber prompter gewesen, hat dem hochwürdigen Gentleman Bürgschaft abgefordert, den Frieden nicht ferner zu brechen, und, da er die Summe nicht aufbringen konnte, ihm im Schloßgefängniß Quartier angewiesen.

Miscellen.

* Zu den interessantesten Erscheinungen im parlamentarischen Leben gehören die Vorgänge, welche sich an den Sturz des Ministeriums Fox in England im Jahre 1784 knüpfen. Jener ausgezeichnete Staatsmann strebte mit außerordentlicher Geschicklichkeit, vermittelst seiner India-Bill, Ministerium und Parlament in einer solchen Weise durch gemeinsames materielles Interesse zu verbinden, daß beide sich gegenseitig ihre Stellen und ihre Macht für alle Zeiten zu sichern schienen. Im Unterhause war die Bill bereits angenommen. Selbst im Oberhause war sie schon zweimal verlesen. Da gelang es dem Grafen Temple von der, dem Ministerium feindlichen Partei, dem Könige, der von der wahren Wirkung des projektirten Gesetzes nichts geahnet, insgeheim die Augen zu öffnen. Er, der König, gab dem Grafen ein Paar Zeilen, von seiner Hand geschrieben, worin er ihn ermächtigte, den Pairs zu sagen, daß er diejenigen, welche für die dritte Verlesung stimmen würden, als seine Feinde ansehe. Dies wirkte, — die Bill ward im letzten Stadium verworfen. (Durch das Veto, welches der König von England dem Namen nach besitzt, hätte er nichts

mehr ändern können, da dieses nur eine scheinbare Prärogative ist, wie denn auch seit 1698 nie mehr Gebrauch davon gemacht werden konnte.)

Nun entstand ein Sturm im Unterhause. Dieses faßte auf Bakers Antrag den Beschluß, daß Temple durch Vorzeigen des königlichen Billets ein Criminalverbrechen begangen habe. Bei dieser Gelegenheit hielt Fox eine Rede, von der Schlosser bemerkt, daß 1792 sicherlich keiner der Girondisten eine ähnliche gehalten habe, „und doch war Fox damals Minister desselben Königs, den er öffentlich in dieser Rede heftig schmähte.“ Fox klagte sowol die Pairs als den König einer Conspiration gegen die Mehrheit der Mitglieder des Unterhauses an, und ging so weit, daß er von denjenigen Gliedern des Oberhauses, welche gegen die Bill gestimmt hatten, sagte: Es seien des Tiberius Prätorianer, oder vielmehr Janitscharen, die auf ihres Sultans Befehl seine Bill strangulirt hätten. Dem Lord Temple warf er vor, er habe eine Art Rescript, wie es Tiberius von Capra aus gegen Sejan an den Senat gesendet, gegen seine Bill an das Oberhaus gebracht. — Diese Gelegenheit war es übrigens, welche der jüngere Pitt benützte, sich des Staatsruders zu bemächtigen.

Es stellt sich nun immer mehr als zuverlässig heraus, daß der Goldreichthum Australiens allerdings sehr beträchtlich ist und daß Kalifornien seinen Nebenbuhler gefunden hat. In der mit dem 5. Dez. zu Ende gehenden Woche wurden allein in der Stadt Melbourne, unter Bedeckung, 16,000 Unzen Gold eingebracht, ungerechnet, was sich in Privathänden befand. Neue Goldminen waren halbwegs zwischen Melbourne und Mount Alexander entdeckt worden, beim Blackwoodberge am Cabden. Ein Digger (Bergknappe) hatte dort binnen 14 Tagen nicht weniger als 50 Pfund 7 Unzen Gold gegraben, die er in einem Sacke auf dem Rücken trug. Dergleichen ist selbst in Kalifornien unerhört. In Melbourne ist kein Ackerknecht für jährlich 65 Pf. St. zu haben; diese Leute verdingen sich höchstens auf 6 Tage zu 35 Schilling (21 fl.) Lohn. Die Regierungskommissäre erklären einstimmig, daß statt der jetzt in den Goldgegenden beschäftigten 25,000 Leute, reichlich 100,000 lohnende Ausbeute finden würden. Ein Brief vom 6. Dez. lautet: „Ich bin fest überzeugt, daß Australien im Jahre 1852 für wenigstens 3,000,000 Pf. St. Gold nach England senden wird. Ein ganz gewöhnlicher Mann, Namens Harbottle, fand am Louisa Creek ein Stück Quarz, das heute für 1155 Pf. St. auktionsmäßig verkauft worden ist. Mit dem Schiffe Alert gehen 40,000 Unzen Gold fort, etwa 120,000 Pf. St. In Melbourne kamen in 14 Tagen 29,600 Unzen Gold an.“ Dieser Reichthum wird demnächst eine lebhafte Dampfschifffahrt zwischen Australien und Indien, neben jener nun von der englischen Regierung eingerichteten, ins Leben rufen.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[936ᵃ] **Bekanntmachung.**

Das Anlehen deutscher Fürsten und Edelleute, garantirt vom Prinzen Friedrich von Preußen, Herzog von Nassau, Herzog von Meiningen, Herzog von Sachsen-Koburg u. a. m. bietet die schönen Gewinne von 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 14,000, 13,000, 12,000, 11,000 10,000, 10 à 5,000 fl. u. s. w.

☞ Nächste Ziehung am 15. Mai 1852. ☜

Zu diesem äußerst vortheilhaft eingerichteten und in jeder Hinsicht empfehlenswerthen Spiel, können Loose zu folgenden Preisen bezogen werden: Einzelne Loose à 1 fl. 30 kr., 4 Stück à 5 fl., 9 Stück à 10 fl., 20 Stück à 20 fl., 56 Stück à 50 fl., durch das unterzeichnete, mit dem Verkauf beauftragte Großhandlungshaus

Julius Stiebel junior u. Comp.
Banquiers in Frankfurt a. M.

[948ᵃ]

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.

Die Herren Actionäre der Hessischen Ludwigseisenbahngesellschaft werden anmit aufgefordert, die in der Generalversammlung vom 16. Februar l. Js. beschlossene

Einzahlung von 5 Procent

bis längstens zum 30. April 1852 inclusive zu leisten.

Die einzuzahlende Summe beträgt für jede Actie von 250 fl. nach Abzug der per 30. April verfallenen Zinsen der bereits eingezahlten 55 Procent

zwölf Gulden zwei und einen halben Kreuzer

(12 fl. 2½ kr.) und kann für Rechnung der Gesellschaft geleistet werden

in Mainz an Herrn J. A. Heidelberger,
„ „ „ „ Friedrich Korn,
„ „ „ „ G. L. Kayser,
„ „ „ „ Clemens Lauteren Sohn,
„ „ „ „ J. B. Werner,
„ Worms „ „ Georg Renz,
„ Frankfurt a. M. an die Herren M. A. v. Rothschild u. Söhne,
„ Köln an den Abr. Schaaffhausen'schen Bankverein,
„ Berlin an die Herren Anhalt und Wagener.

Mainz, den 2. April 1852.

Der Verwaltungsrath.

[928ᵃ]

Münchener & Aachener Mobiliar-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Folgendes sind die Resultate der in der öffentlichen Generalversammlung vom 22. März d. J. abgelegten Rechnung des Jahres 1851:

Grund-Kapital		5'250,000 fl.
Gesammte Reserven		3'344,579 „
Einjährige Prämie	1'649,034 fl.	
Zinsen-Einnahme	200,457 „	
		1'849,491 „
Versicherungen in Kraft während des Jahres		923'967,875 „

Die ausführlichen Abschlüße sind bei den Unterzeichneten und allen Agenten der Gesellschaft einzusehen.

Speyer und Mutterstadt, am 31. März 1852.

J. M. Wolff zu Speyer,
R. A. Berger zu Mutterstadt, } Agenten für die Kantone gleichen Namens.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 86 | den 9. April 1852.

Deutschland.

** **Französische Zustände.** (Ende März.) Seit der allerdings geschickten Durchführung des Staatsstreiches legt man Ludw. Bonapartes unbedeutendsten Worten und Handlungen tief und schlau angelegte, weit aussehende Pläne unter, und man müht sich erschrecklich ab, zu ergründen, welchen von den Plänen, die er hie und da andeutete, er wol zunächst ausführen werde.

Ich glaube, man überschätzt Hrn. Bonaparte jetzt eben so sehr, als man ihn früher unterschätzte. Er ist schlau und . . ., wie alle Glückshelden, namentlich die korsischen, und ein solcher Charakter ist gefährlich, wenn er politische Macht hat. Aber was seine geheimen Pläne angeht, so kann sie ein Jeder in seinen und seines Onkels Schriften nachlesen, und er wird sie nicht eher ausführen, bis er muß. Wann er zum Kriege getrieben werden wird, das weiß er bis dahin selber nicht, — und die Widersprüche, welche man als das Resultat einer tiefen, wohlberechneten Verstellung betrachtet, sind weiter Nichts, als das Resultat des steten Widerstreites zwischen Wollen und Nichtkönnen. Man sagt, L. Bonaparte führe ein fürchterliches Leben mitten in seinem scheinbaren Glücke. Mit fieberhafter Hast suche er nach Mitteln zur Durchführung seines Systems, bis er erschöpft hinsinke, und dann scheuche die bleiche Furcht den Schlaf von seinen Augen. Verstört fahre er wieder auf von seinen Träumen; bei dem leisesten Geräusch schrecke er zusammen und rufe nach den Wachen. Wohl mag er zuweilen an die Folgen seiner blutig geschaffenen Herrschaft denken. Wann sind solche Befehle erlassen worden, wie sie im December mitunter ergingen. „Jedes Quartier, welches in die Hände der Insurgenten fällt, wird angezündet; jeder Offizier, der sich den Truppen nähert, ohne ein Commando zu haben, wird füsilirt;" — solche Befehle hatte General Saint Arnaud. Die Scheußlichkeiten, welche die Gensdarmerie in den Provinzen vollführte, die Masse der Gefangenen übersteigen alle Begriffe. Persignys berühmte „Amnestie für die Verführten" war eine Nothwendigkeit, weil man keinen Platz und kein Geld mehr für die Gefangenen hatte. Was die überall eingesetzten Prevotalhöfe thun, wird nicht immer verborgen bleiben. Die Wahl Carnot's hat jetzt die Wuth neu angefacht und nach officiellen Berichten sind aus dem kleinen Departement der Niederalpen tausend Menschen zur Deportation nach Lambessa, 40 nach Cayenne verurtheilt! Und dabei rühmen officielle Blätter stets die Milde und Versöhnlichkeit des herrschenden Systems! Daß nach solchen Antezedentien ein Umschwung für die heutigen Sieger schlimme Folgen haben und daß Jeder der „Getreuen" mit Ausnahme etwa von Persigny, bei einem solchen den jetzigen Herrscher verrathen würde, das weiß Hr. Bonaparte sehr wohl. Aber die Hauptursache seiner Ruhelosigkeit ist nicht die Furcht vor der drohenden Rache, sondern die Erkenntniß der Unmöglichkeit, das jetzige System durchzuführen.

In der That, was ist von all' den hochtönenden Decreten bis heute ausgeführt? Die Confiskationsdecrete ruhen friedlich im Actenstaube neben den auf sie gestützten Versprechungen. Zwar den Soldaten hat man durch die Dotation der Medaillen und der Ehrenlegion eine Abschlagszahlung zugeworfen; aber die Arbeiter haben nicht einmal Arbeit erhalten und die den Bauern versprochenen Millionen sind auf die nichtskostende Erlaubniß zusammengeschrumpft, landschaftliche Kreditanstalten zu gründen, wie sie z. B. in Preußen schon lange bestehen. Und als sich neulich einige Kapitalisten zu einem solchen Kreditinstitut fanden, verweigerte man ihnen die Konzession, weil sie sich nicht verpflichten wollten, dem Prinzen auf die orleanistischen Güter Geld vorzuschießen! Heillose Verkürzung des Staates um enorme Summen durch die Verschleuderung der Eisenbahnen und Kanäle, ein heilloses Polizeinetz über das ganze Land, und heillose Konfusion in den neu organisirten Bureaux: — das waren neben den Prügeleien auf den Bällen in den Tuilerien bis vor Kurzem die wichtigsten von jenen Thaten, durch welche die Gesellschaft mit einem neuen Inhalt erfüllt werden sollte!

Hr. Bonaparte fühlte, daß etwas geschehen mußte. Die Wahlen waren vorüber. Die Bauern, berauscht von den Verheißungen der Decrete, hatten auf Commando gestimmt; die Arbeiter hatten sich in Masse der Wahl enthalten; sie wollen ihr Experiment bis zu Ende durchführen. Nur die republikanische Bourgeoisie hatte einige mißliebige Wahlen getroffen; sie mußte gezüchtigt werden. Es erschienen die Bankdecrete. Daß der Disconto nicht schon längst auf 3 Proc. herabgesetzt war, das ist allerdings nur in Frankreich zu begreifen. Aber gleichzeitig werden die Eisenbahnactien zu hypothekarischen Unterpfändern decretirt, d. h. die Bank wird auf diejenigen leihen, welche ihr konveniren! Es ist vorauszusehen, daß ihr hauptsächlich die Actien der Linien conveniren werden, welche der Präsident noch creiren und verkaufen wird, und es ist nicht minder vorauszusehen, daß die gaunerischen Speculanten sich schnell, wenn sie den ersten Rahm abgeschöpft haben, dieser höchst zweifelhaften Papiere entledigen werden. Die Bank und die leichtgläubigen oder habgierigen Leute, welche zu solchen Speculationen die Hand bieten, könnten das noch einmal bitter zu bereuen haben. Es scheint übrigens auch, als hätte die Bank nicht ganz freiwillig gehandelt.

Die Bankdecrete waren ersichtlich nur ein Vorspiel. Die bonapartistischen Blätter machten eifrig darauf aufmerksam, daß Hr. Billault zum Präsidenten des gesetzgebenden Körpers ernannt sei, weil er den sozialistischen Instinkten der Masse entspräche, in demselben Augenblick, wo man Tausende von Sozialisten durch Prevotalhöfe deportiren läßt. Es mußte noch etwas Neues kommen.

Nachdem man, um der „höhern Moral" zu genügen und die Ueberlieferung des Unterrichts an die Jesuiten vorzubereiten, die Absetzbarkeit der Professoren der Universität decretirt hatte, decretirte man die Conversion der Rente, von der man seit Hrn. v. Villèle gesprochen hat, ohne sich jemals daran zu wagen. Dadurch erspart man jährlich 18 Millionen; und warum soll auch der Staat in einem an Kapitalien so reichen Lande 5 Proc. zahlen? Die kleinen Rentiers seufzen zwar, aber man weiß auch da ein Auskunftsmittel. Sie können ihre Renten pari bei den Pensionskassen anbringen, und diese zinsen 5 Proc. *), freilich gilt das nur für 600 Frcs. Renten; aber man kann nicht Allen helfen, selbst wenn man unbeschränkte Gewalt besitzt. Und wer über 600 Frcs.

*) Es ist aber dabei nicht zu vergessen, daß nur Leibrenten, die allerdings bedeutend über 5 Proc. steigen, bezahlt werden, daß dagegen das eingezahlte Capital nicht mehr zurück vergütet wird, sondern nach dem Ableben des Betheiligten an die Anstalt fällt.

D. Red.

Rente hat, kann wol etwas zu den Kosten der rettenden Dictatur beitragen.

Die Conversion *wird* gelingen. Wenn die Verzögerung der Rückzahlungen nicht genügt, so wird man die Reclamanten einsperren, wie man die Wechselagenten bedroht, wenn die Papiere fallen. Heute ist Alles möglich. Auch weiß man, daß arme Vettern der Mächtigen von der Conversion Wind hatten und ihre Renten *vorher* verkauften.

Die Regierung hat diese Conversion bis dahin stets dementirt; nun ist sie da. Sie dementirt auch die weitere Besteuerung der Rente; sie wird da sein, ehe man denkt. Was gewisse Regierungen dementiren, das geschieht gewiß. So dementirt Oesterreich auch jetzt das Einverständniß mit Frankreich und verbietet die preußische Kreuzzeitung, welche das endlich gemerkt hatte!

Nachdem der „Prinz" noch in einer kleinen Mußestunde einen neuen Streit zwischen Persigny und Veron geschlichtet und die Verbindung des Louvre mit den Tuilerien — auf dem Papiere — vollendet hatte, decretirte man das Budget. Es enthält einige „höchst moralische" Bestimmungen über den Weinhandel; der Wein soll im Cabaret (Wirthshause) theuer und in der Familie billiger werden; aber practisch wird der Arbeiter, der keine Quantitäten kaufen kann, den Wein theurer zahlen, als bisher. Im Uebrigen ist das Budget wesentlich so, wie die früheren, nur ist es etwas anders zusammengestellt. Dagegen ist es 8 Millionen höher als das vorige, und hat ein Deficit von 40—50 Millionen, wobei die Civilliste noch gar nicht in Anschlag gebracht ist!

Von all' den großen Maßregeln, die nach wohlunterrichteten Andeutungen in Aussicht gestellt waren, Reduction der Armee, Aufhebung der Getränkesteuer u. dgl., keine Spur. Aber natürlich wird die Armeereduction jetzt wieder in Aussicht gestellt; das hebt die Course.

Aber was nun weiter? Der Thätigkeitsdrang ist noch lange nicht erschöpft. Alle Welt tadelt die französische Centralisation. Gut, man wird decentralisiren; das frappirt. Aber die vollständigste policeiliche Centralisation ist ja die Basis der neuen Regierung der Autorität? Freilich; sie wird es auch bleiben. Statt des Ministers wird künftig der Präfect Gemeindeangelegenheiten u. dgl. erledigen. Jetzt kann man eine solche Decentralisation schon riskiren, da jeder Präfect und Unterpräfect von den Agenten der geheimen Policei strenge überwacht wird.

„Die heutigen Maßregeln," hört man vertraulich die Männer vom Berge sagen, „sind sehr lehrreich für künftige revolutionäre Regierungen. Die Februar-Republik ging unter, weil sie vor Allem die Bourgeoisie nicht durch Belastungen mißtrauisch machen wollte und weil sie den „guten Willen" für ausreichend hielt zur Beseitigung der Kluft zwischen Capital und Arbeit. Der Despotismus ist nicht so skrupulös. Er erleichtert die Massen und deckt den Ausfall durch Confiscationen, Brandschatzungen und Besteuerungen des Capitals. Das Volk fühlt, daß nur auf solchem Wege die Lösung jenes furchtbaren Gegensatzes möglich ist. Darauf beruht die jetzige Macht. Aber was sittlich berechtigt ist und dauernde Früchte trägt, wenn es wirklich im Interesse des Gemeinwohls geschieht, ist höchst unsittlich und ein schnell zerrinnendes Raubgut, wenn es nur ein Mittel für despotische Gelüste ist — und darum werden die heutigen Machthaber den Hals brechen. Man muß den Erlös der Maßregeln, von welchen die Massen eine principielle Aenderung ihres Looses erwarten, bis auf einen kleinen Bruchtheil für egoistische Privatzwecke höchst unfruchtbar zu Corruptionen aller Art verwenden. Dem Volke fällt davon nur ein dürftiges Almosen zu. — Panem et Circenses — o ja, das geht auch heute noch, aber dazu muß man die Macht haben, wie einst Napoleon und die Römer, den ganzen Erdball contribuiren zu lassen. Sonst sind die Mittel bald erschöpft. Der Despotismus ist möglich, wenn er vom Schimmer des Ruhmes vergoldet oder vom Bewußtsein des Volkes getragen wird. Vom ersten ist hier nur eine Illusion und vom zweiten kaum eine Spur. Doppelt gefährdet ist aber der Despotismus, wenn er gezwungen ist, die Sprache oder gar die Handlungen der Freiheit zu erborgen. Dann dient er der Freiheit wider seinen Willen. — Die jetzigen Machthaber müßen zu ihrer Erhaltung die Axt an die privilegirte Stellung des Capitals legen. So untergraben sie den *Classenunterschied*, dessen Existenz die ihrige bedingt, dessen Aufhebung der volle Sieg der Democratie ist." —

• **Speyer.** Die Frage wegen der *Zollverhältniße* ist nun bis zum entscheidenden Puncte gebracht. Möchte der kritische Moment glücklich überstanden werden! Gibt auf der einen Seite auch das unverkennbar hervortretende *allseitige* Interesse Grund zur Hoffnung auf eine befriedigende Lösung, so muß hinwieder ein ebenso unverkennbares Cokettiren mit mancherlei *Sonderbestrebungen* allerdings ernste Besorgniße einflößen.

Die Resultatlosigkeit der *Wiener* Conferenz läßt sich kaum mehr in Abrede stellen. Bedürfte dies noch eines besondern Beweises, so würde er in dem Aerger zu finden sein, welcher sich in dem Wiener „Lloyd" Luft macht, indem dieses Blatt es nothwendig findet, zu versuchen, die deutschen Mittelstaaten mit dem Vorhalte zu gewinnen, daß ihre politische Selbständigkeit nur durch ein Eingehen auf die österreichischen Pläne gesichert sei, indeß sie im Preußischen Zollvereine gleichsam zu Mediatisirten herabsänken!

Ueber das Ergebniß der *Bamberger* Conferenz sind widersprechende Nachrichten verbreitet. Während die „Fr.-Sachsen-Zeitung" von einer „Ratification der Bamberger Besprechungen" redet, ohne irgendwie auch nur anzudeuten, *was* denn dabei ausgemacht worden sei, will die „Neue Preuß. Ztg." wissen, es sei dabei überhaupt gar nichts zu Stande gekommen, was zu ratificiren wäre; Hr. v. d. Pfordten habe „die abentheuerlichsten Projecte zu Markte gebracht," sie seien bei Hrn. v. Neurath (dem Vertreter Württembergs) auf „vernünftige Einwendungen gestoßen," und Hr. v. Beust (der Sächsische Vertreter) habe sich gar nicht erklärt.

Nun bringt die Kreuzzeitung ferner folgende Bemerkungen, welche andeuten, welcher Zwiespalt, möglicher Weise zum großen Unglücke Deutschlands, obwaltet:

„Je näher der Termin zur Eröffnung des Berliner Zollcongresses heranrückt, um so eifriger werden auf Seiten der Coalition die Anstrengungen, alle nur irgend denkbaren Gründe aufzufinden, welche für Preußen die zwingende Nothwendigkeit des Nachgebens gegen die süddeutschen Forderungen enthalten sollen. Man stellt die Wiener Conferenzbeschlüße als „reale Macht" hin, welche sich die Beistimmung nöthigenfalls erzwingen werde. Man hält Ministerconvente. Man droht mit Protesten gegen den Septembervertrag und verlangt als Gegenleistung für dessen Annahme die Garantieen der völligen Zolleinigung mit Oesterreich. Man muthet Preußen zu, seine ganze mit schweren Opfern errungene handelspolitische Stellung aufzugeben — und muß bei allen großsprecherischen Zwangsbedingungen doch jeden Augenblick eingestehen, daß man des Zollvereins nicht entbehren könne! Glaubt man denn wirklich, Preußen werde die Hand zu seiner eigenen Benachtheiligung bieten, zumal in der Position, welche es heute einnimmt? Glaubt man, es werde sich ein handelspolitisches System aufdringen lassen, welches seinen gewichtigsten Interessen und allen gesunden volkswirthschaftlichen Grundsätzen widerspricht? Komme man nur mit Drohungen nach Berlin. Man wird in aller Ruhe die Antwort erhalten: Preußen wolle Niemanden Zwang anthun. Wem es unmöglich erscheint, auf den proponirten verständigen Grundlagen beim Zollverein zu verbleiben, dem soll seine Freiheit *auszuscheiden* nicht beschränkt sein!"

Nachschrift. Die Spannung scheint leider immer ärger zu werden. So lesen wir in der „N. Preuß. Ztg." vom 5. April: „Dem Vernehmen nach soll sich unser Gouvernement bereits mit den im Falle eines Nichtwiedereintritts Sachsens und der süddeutschen Staaten in den Zollverein betreffenden Maßregeln beschäftigen. Es kommt

dabei hauptsächlich die Einrichtung eines Meßplatzes zum Ersatz für die Leipziger Messe, die Bildung eines neuen Mittelpunktes für den norddeutschen Buchhandel und das künftige Zollverhältniß für die hohenzollernschen Lande in Betracht. Wenn auch in allen diesen Beziehungen definitive Beschlüsse noch nicht gefaßt sein möchten, so scheint doch in letzter Beziehung der Entschluß ziemlich festzustehen, daß Preußen mit den hohenzollernschen Landen einem event. zu schließenden süddeutschen Zollverbande nicht beitreten, sondern vielmehr in diesem kleinen Landestheile alle Zölle aufheben wird."

München. Am Schluße eines Artikels über die französischen Zustände, namentlich über die Verhandlungen des „gesetzgebenden Körpers," sagt der „Bayerische Eilbote:" „Besäße die französische Trimurtis die Fähigkeit, etwas zu schaffen, sie würde das Licht nicht scheuen; sie fühlt ihre Ohnmacht, sie wittert bereits Grabesluft, darum Alles so still und heimlich. Das politische Feld in Frankreich liegt jetzt brach; der Boden aber ist nur scheinbar unthätig; er sammelt neue Kraft für künftige Frucht."

Während öffentliche Blätter den geheimen Legationsrath Dönniges bereits längst abgereist sein ließen, vernimmt man nun, daß sich derselbe noch immer zu München befindet.

Nürnberg, den 5. April. Die Actionäre des Ludwigskanals haben in ihrer heutigen Generalversammlung, wie vorherzusehen war, den Vertrag mit der baierischen Regierung wegen Uebernahme der Canalactien genehmigt.

Aus Franken, den 31. März. Bekanntlich regt sich die „altlutherische Partei" nach Kräften und macht sich in kirchlichen Angelegenheiten so viel als möglich bemerklich. So hat diese, im Ganzen nicht starke Partei bei dem letzten Missionsfest fast ein Anathem über die andersglaubenden Protestanten ausgesprochen, ja selbst erklärt, Lutheraner dürften zum Baue einer unirten oder reformirten Pfarrei nichts beitragen. Die Anfeindungen gegen den „Calvinismus" dauern fort und namentlich sind im „Correspondenzblatt für innere Mission im Sinne der lutherischen Kirche," dem Organ des sog. Vereins für innere Mission (für welches der bekannte Pfarrer Löhe in Neudettelsau und andere Eiferer wirken) häufig Aufsätze der gehässigsten Art zu finden. So sprach einer kürzlich in einer gegen die Gustav-Adolph-Vereine gerichteten Abhandlung von dem „Abgrund der Gottlosigkeit," zu welchem sowol „die reformirte als die unirte Richtung die Seelen führt!" Darüber haben nun Angehörige der reformirten Kirche Klage bei dem protestantischen Oberconsistorium in München geführt und dieses (was schon bemerkenswerth ist, wenn man die Zusammensetzung und das letzte Auftreten der geistlichen Oberbehörde gegenüber dem kecken Auftreten der Altlutheraner in Erwägung zieht) sprach wegen der, von den Leitern der Altlutheraner öffentlich ausgesprochenen Verachtung der reformirten Kirche und ihren gehässigen Schmähungen gegen die Kirche im Ganzen einen ernsten Verweis aus, unter Androhung noch strengerer Disciplinarmaßregeln. (Fr. J.)

Regensburg, den 4. April. Die Getreidetheuerung ist im steten Abnehmen begriffen; auf der gestrigen Schranne sind die Preise wiederholt bedeutend gesunken, und zwar Waizen um 1 fl. 15 kr., Korn um 1 fl. 56 kr., Gerste um 1 fl. 39 kr.

Frankfurt. Der hier versammelte Verein der „Eisenerzeuger" hat die Bitte an die Zollvereinsregierungen beschlossen, den Zoll auf Roh- und Stabeisen zu erhöhen und der bevorzugten Stellung der belgischen Eisenindustrie ein Ende zu machen.

Aus Thüringen, den 1. April. Der „Thüring. Allgem. Ztg." wird aus Eisenach geschrieben: Die Armuth unserer Stadt tritt in dieser Zeit recht augenfällig und recht betrübend zu Tage. Der Bettelei kann nicht mehr gesteuert werden. Von benachbarten Oeconomiegütern werden die gefallenen Schaafe als Leckerbissen von den armen Leuten nach Hause getragen.

Berlin. Daß französische Emissäre in den deutschen Staaten, Holland und Belgien sich mit Pferdeankauf beschäftigen, sagt die N. Pr. Z., ist eine constatirte Thatsache; weniger bekannt aber dürfte sein, daß diese Emissäre ein vollständiges Verzeichniß aller derjenigen Militärs in diesen Ländern sich zu verschaffen suchen, die einst dem Kaiserreich gedient haben. Was die belgische Armee anbetrifft, so liegt das betreffende Verzeichniß bereits vollständig in Paris vor.

Liegnitz, den 31. März. Heute Vormittag nach 8 Uhr wurde die hiesige deutsch-katholische Schule durch die Policei aufgelöst.

Königsberg, den 2. April. Dem Prediger Detroit ist durch eine Verfügung der Regierung die weitere Leitung der französisch-reformirten Töchterschule genommen, und demselben zugleich verboten, weiter Unterricht in der genannten Schule zu ertheilen. Sollte Detroit sich dieser Anordnung nicht fügen, so wird die Schule policeilich geschlossen werden.

Wien, den 3. April. Hinsichtlich des Bezuges verbotener auswärtiger Blätter, namentlich der „Kölnischen" und der „Neuen Preußischen Zeitung," ist eine erneuerte Strenge eingetreten, so daß das Gouvernement z. B. die Ausfolgung der letzteren, selbst an höher gestellte oder sonst begünstigte Persönlichkeiten, verweigert.

Nach telegr. Depesche aus Venedig vom 2. April ist das Wrack der Marianna größtentheils 45 Grad 2 Minuten nördlicher Breite und 10 Grad 22 Minuten östlicher Länge nach dem Pariser Meridian in einer Tiefe von 17½ Passi mit dem Mastbaume nach aufwärts aufgefunden worden. Der Lage des Wracks nach zu urtheilen, dürfte die Marianna nach der Sprengung des Oberdecks in die Luft auf derselben Stelle untergegangen sein. Man hofft noch die Geschütze, Maschinen ꝛc. aufzufinden.

Oesterreichische Staaten.

Pesth. Der „Spiegel" berichtet: Der längste Tunnel der Welt, nemlich der, welcher von dem Ufer der Gran unweit Zarnowitz bis in die Schemnitzer Bergwerke führt und zwei geographische Meilen lang wird, ist seiner Vollendung nahe. Derselbe dient zur Abzapfung der unterirdischen Gewässer zur leichteren Ausbeutung der Bergwerke. Auch wird darin zur Herausführung der Erze eine Eisenbahn angelegt werden.

Belgien.

Brüssel, den 31. März. L. Napoleon soll bereits in Folge der Freisprechung des Bulletin français von der Regierung eine derartige Umgestaltung unserer Preßgesetze verlangt haben, die fernerhin ähnliche Angriffe auf die französische Regierung von vornherein unmöglich mache. Man scheint also in den Forderungen an Belgien eher anspruchsvoller als nachgiebiger werden zu wollen.

Großbritanien.

London, den 4. April. Aus dem stillen Meere werden entsetzende Berichte von zahlreichen Schiffbrüchen mitgetheilt; unter anderen ist das Dampfboot „General Warren" mit Mann und Maus untergegangen.

Der in London erscheinende Courrier Français wird wegen seiner feindseligen Tendenz von der englischen (?) Post nicht mehr zur Beförderung nach Frankreich angenommen.

Aegypten.

Aus Malta vom 25. März berichtet ein Reisender, der eben mit dem Dampfschiff aus Alexandria gekommen war, daß man im Augenblick der Ueberfahrt des Dampfers die Nachricht von der Absetzung Stephan Beys, des Ministers des Auswärtigen, erhalten hatte. Ueber die Gründe lauteten die Vermuthungen verschieden; wahrscheinlich lagen sie in dem Gewitter, das gegen Aegypten im Anzuge war. Fürchterlich wütheten die Stürme auf dem Mittelmeer.

Neueste Nachrichten.

* **Frankenthal,** den 7. April. Der wegen seiner Betheiligung am pfälzischen Aufstande von den Geschworenen schuldig erklärte und zu langjähriger Zwangsarbeit,

verurtheilte Christian **Zinn** von Kaiserslautern ist im Zustande des vollständigsten Wahnsinns aus dem Centralgefängniße zu Kaiserslautern in die hiesige Irrenanstalt gebracht worden. — Nächsten Dienstag wird vor dem hiesigen Zuchtpoliceigerichte ein Nachzug des großen politischen Proceßes stattfinden. Die 5 von den Geschworenen nichtschuldig erklärten Dürkheimer: Sauerbeck, Eppelsheim, Dr. Joachim, Scheuermann und der aus Dürkheim ausgewiesene Stöhr sind auf diesen Tag wieder vorgeladen. — Gestern stand Kaufmann Reiling von Speyer vor dem nemlichen Gerichte, und zwar dieser wegen Verkaufs von Rauchtabak, auf dessen Umschlag das Bildniß Heckers und das Heckerlied stand. Er wurde auf den Grund des Preßgesetzes, wegen Verkaufs von Bildern und Druckschriften, ohne policeiliche Erlaubniß, zu 15 fl. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt.

Paris, den 5. April. Gestern Abend fand im Elysee die Beeidigung der hohen Justizbeamten statt. — Der Unterrichtsminister hat die Professoren und Elementarlehrer anweisen lassen, keine langen Bärte, das ehemalige Abzeichen der Democraten, zu tragen. — Der vom 13. Juni 1849 her verurtheilte Repräsentant Suchet ist freigelassen worden. — Das erste Schiff mit Galeerensträflingen ist von Brest nach Cayenne abgesegelt. Es ist dies die Corvette „Allier;" sie hat 300 Verbrecher, worunter 150 Mörder, am Bord.

Nachstehend folgen einige Stellen der Rede, welche L. Napoleon gestern Abends im Elysee an die Mitglieder der Magistratur hielt, die in seine Hände den Eid leisteten: „Seit dem Tage, wo das Dogma der Volkssouverainetät jenes des göttlichen Rechtes ersetzt hat, kann man sagen, daß nie irgend eine Regierung legitimer gewesen ist, als die meinige. Im Jahre 1804 bezeichneten vier Millionen Stimmen, indem sie die Erblichkeit der Gewalt in meiner Familie proclamirten, mich als Erben. Im Jahr 1848 beriefen sechs Millionen Stimmen mich an die Spitze der Republik. Im Jahre 1851 erhielten acht Millionen mich in dieser Stellung. Indem Sie mir den Eid leisten, schwören Sie nicht einem Menschen Treue, sondern einem Grundsatze, einer Sache, dem Nationalwillen selbst."

Rom, den 31. März. Der Papst hat aus Veranlassung des Jubiläums dem Minister der Rechts- und Gnadensachen den Befehl ertheilt, die obersten Behörden zu ermächtigen, den Gefangenen, auch die Galeerensträflinge nicht ausgenommen, zwei Monate ihrer Strafzeit zu schenken.

Miscellen.

* In dem „Churfürstlichen Postulats-Rescript an die landschaftliche Verordnung in Baiern", vom 11. Hornung 1800, sind viele Grundsätze ausgesprochen, welche — trotz ihrer unumstößlichen Richtigkeit — heute nicht selten als revolutionäre Ketzereien behandelt werden. So heißt es darin u. a.: Wer eine Regierung hindert, nach reinen, allgemein gut erkannten Grundsätzen zu wirken, schreiende Ungerechtigkeiten abzustellen; wer Mißbräuche beibehalten, sie oft vermehren, palliative Mittel anwenden, oder auch — wider den Gang des menschlichen Verstandes — nur halb wegschaffen will, — der ist ein wahrhaft revolutionärer Mensch."— Es ist dies das nemliche Aktenstück, welches kürzlich der Abg. Kolb in der baier. Kammer anführte, um darzuthun, daß sowol Besteuerung der Civilliste, als Erhebung einer progressiven, steigenden, Einkommensteuer nicht gerade Erfindungen eines neuzeitlichen revolutionären Schwindels sind, sondern daß sie aus den Principien des natürlichen Rechtes entspringen, und schon vor länger als einem halben Jahrhunderte gerade durch das damalige Oberhaupt des baierischen Staates eigens proclamirt und angerufen wurden.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

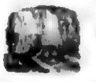
[946] **Zu verkaufen.**
Eine noch wohlerhaltene 4sitzige Chaise (Wiener Wagen), woran besonders das Eisenwerk vorzüglich ist. Frankirte Anfragen befördert die Expedition dieses Blattes.

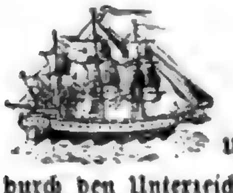
[947] **Zu verkaufen.**
Eine Anzahl badische 35fl.-Anlehensloose sind — einzeln oder zusammen — um den Curspreis zu verkaufen. Frankirte Anfragen sind an die Expedition dieses Blattes zu richten.

[945²] **Chaise zu verkaufen.**
Bei Taxator Horch in Worms wird eine im besten Zustand befindliche 4sitzige Chaise (Glaswagen) für 110 fl. abgegeben.

[929²] **Gebrüder Strauß**
in Ludwigshafen am Rhein
empfehlen ihren verehrten Geschäftsfreunden ihr wohlassortirtes Lager in allen Sorten **französischen und englischen Tülls und Spitzen,** sowie in Schweizer Weißwaaren unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung. Ihr Verkaufslocal befindet sich in dem neuerbauten Hause der Herren **Kaufmann & Glöcklen.**

[932²] **Großes Kleider-Magazin**
in Ludwigshafen am Rhein in dem neuerbauten Hause der Herren Kaufmann & Glöcklen.
Unterzeichneter empfiehlt dem geschätzten Publicum sein neu eröffnetes
Etablissement
und wird derselbe stets dahin streben, durch solide und billige Waare, sowie überhaupt durch prompte und reelle Bedienung, sich die Zufriedenheit und das Vertrauen seiner verehrten Gönner zu erwerben und dauernd zu erhalten.
Sommerröcke von 2 fl. 42 kr. bis 18 fl. Tuchröcke von 13 bis 30 fl. Beinkleider von 1 fl. 30 kr. bis 12 fl. Westen von 1 bis 7 fl. Schlafröcke von 2 bis 13 fl.
M. Koppel.

[915²] **Versteigerung von 200 Fuder Wein in Rhodt in der Rheinpfalz.**

Carl Heinrich Schattenmann, Eigenthümer in Rhodt, läßt in seinem Hause daselbst nächsten Monat, Mittwoch den 21. April, Morgens 9 Uhr, 200 Fuder Wein von den Jahrgängen 1846, 1848 und 1849 öffentlich versteigern.
Am Tage vor der Versteigerung wird das Verzeichniß ausgegeben und können die Weine verkostet werden.


Regelmäßige Beförderung

von Auswanderern nach allen Seehäfen von **Amerika**
zu den **niedrigsten** Preisen,
und mit Uebernahme unter Garantie bis an die Landungsplätze in Amerika
durch den Unterzeichneten, welcher auch schnellste Expedition des Gepäcks und aller Waaren besorgt, und Zahlungsanweisungen in jedem Betrag, auf jeden beliebigen Seeplatz der Union verschafft, was besonders für solche Auswanderer angenehm ist, die größere Summen mit sich nehmen.
Auf Anfragen weitern Bescheid und feste Abschlüße von der Special-Agentur in **Speyer** bei
[792¹⁰] **Julius Helff,** breite Straße Nro. 14.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag Nro. 87 den 10. April 1852.

** Schweizer Zustände.

Erbitterter als in den übrigen Kantonen, und für die nächste Zukunft folgenreicher ist der Parteikampf in dem mächtigsten Kantone der Schweiz, in Bern. Hier sind die Gegensätze viel schroffer. Hier handelt es sich nicht blos um den Kampf zwischen fruchtbringender Democratie und hohlem doctrinärem Liberalismus; diese Partei, welche Ochsenbein nach dem Sturze des Dorfmagnatenthums unter Neuhaus, unter dem Namen „weiße Democratie" zu bilden versuchte, faßte keinen Fuß im Volke und gelangte nur durch vollständiges Ueberlaufen zur reactionären Partei zu einer momentanen Wichtigkeit, welche ihren Führer Ochsenbein der Verachtung aller Democraten der Schweiz preisgegeben hat. Jetzt handelt es sich in Bern um den Kampf zwischen dem Volk und den Patriziern und Pfaffen, zwischen democratischer Gleichberechtigung und der unverschämtesten Bevorrechtung, zwischen freier Aufklärung und pfäffischer Verdummung. Und in diesem Kampfe steht Ulrich Ochsenbein, der Freischaarengeneral von 1846, auf Seiten der Patrizier und Pfaffen! —

Die Art, wie die Patrizier und Pfaffen diesen Kampf führen, liefert einen wichtigen Beleg für die bodenlose Unsittlichkeit und Niederträchtigkeit dieser Partei, welche sich par excellence die „sittliche," die „religiöse," die „christliche" nennt. Die Berner „conservativen" Pfaffen sind perfider und gewissenloser, als die Jesuiten, und die Berner Patrizier leben abgeschlossener, als die spanische Grandezza, und sind verrotteter und verkommener, als die Mexikaner. Der Führer dieser Partei ist Blösch, ein Parvenu; die Patrizier erkennen seine Unentbehrlichkeit an, sie machen ihm den Hof im öffentlichen Leben; aber in ihren Privatgesellschaften hat er keinen Zutritt, weil er nicht Patrizier ist! —

Als die herrschende Partei jeden Vermittlungsvorschlag zurückwies, als sie sich anschickte, die Axt an die Volksschule und die daraus hervorgehende Bildung des Volkes zu legen, da mußte die Democratie wohl von dem Rechte, den großen Rath abzuberufen, Gebrauch machen. Sie griff ungern zu diesem äußersten Mittel, weil dieser Parteikampf die ohnehin sehr zudringliche auswärtige Contrerevolution zu noch schnöderen Forderungen ermuthige; allein es blieb nichts Anderes übrig.

8000 Bürger müßen mit namentlicher Unterschrift die Abberufung verlangen, wenn sie zur Abstimmung an das Volk gebracht werden soll. Die Regierung setzte Himmel und Hölle in Bewegung, um die nöthige Zahl der Unterschriften zu hintertreiben. Kleinliche Chikanen, schamlose Lügen und Verläumdungen, gemeine Drohungen, Alles wurde „zur größern Ehre Gottes" und „im Interesse der Ruhe und Ordnung" aufgeboten. Im Oberlande verlegte ein Statthalter das Einzeichnungsbureau auf den Brünig, einen viele tausend Fuß hohen Gebirgspaß, der nach Unterwalden führt. Das ist mehr, als man selbst in Frankreich bis jetzt geleistet hat. Der Pfarrer Bitrius, einer der Hauptjournalisten der herrschenden Partei, schrieb an einen Amtsbruder, aus dessen Nachlaß der schmähliche Brief an die Berner Zeitung gelangte: „Sage den Leuten, Stämpfli wolle uns katholisch machen, er wolle die Geistlichen und das Christenthum abschaffen und das Geld Stockmar in die Hände spielen: — kurz, sage ihnen, was du für gut findest." Mehr kann auch ein Jesuit nicht thun. In Bern veröffentlichten die Conservativen die Namen der Unterzeichner und verpflichteten ihre Parteigenossen, nicht mehr bei denselben arbeiten zu lassen oder zu kaufen und ihnen sofort die Capitalien zu kündigen, die sie ihnen etwa vorgestreckt hatten. Gewiß alles höchst „moralische," höchst „religiöse" Mittel, um im Interesse der „wahren" Freiheit die Unabhängigkeit des Volkes zu Gunsten einiger weniger Patrizier und Stadtburger zu confisciren und den dem Buchstaben nach freien Bürger in der Wirklichkeit zum Sclaven der Privilegirten zu machen!

Trotz aller dieser unsauberen Machinationen verlangten nicht blos 8000, sondern weit über 15,000 Bürger die Abberufung des großen Rathes, obgleich sie sich sehr wol der kritischen Lage des Landes bewußt waren. Aber die Entrüstung über die niederträchtigen Doctrinen des Bitrius-Briefes war zu groß. Beiläufig gesagt, ist dieser Pfarrer Bitrius derselbe, welcher unter dem Namen Jeremias Gotthelf weit verbreitete und in der Form allerdings ausgezeichnete Volksschriften schreibt, und es ist ein neuer Beweis für die Kurzsichtigkeit der doctrinären Liberalen, daß sie diesen Menschen, der doch von Anfang an stets nur sich an die gemeinsten und niederträchtigsten Leidenschaften des Volkes wandte, bloß der gewandten Form wegen bis jetzt für einen Freund des Volkes hielten.

Außer der moralischen Entrüstung über die jesuitische Pfaffenpartei, wird das Volk hauptsächlich durch die unersättliche Geldgier der Patrizier zum Sturze dieses Regiments angetrieben. Die Berner Patrizier und Stadtburger (Burger verhält sich zu Bürger, abgesehen von materiellen localen Vorrechten, etwa wie bourgeois zu citoyen) haben von jeher wie Blutegel am Marke des Staates gesogen und sich auf seine Kosten bereichert. Zur Zeit der französischen Occupation verschwanden aus dem Vermögen des Staates mehre Millionen, ohne daß die damals regierenden Patrizier einen Nachweis über ihren Verbleib geliefert hätten. Die Patrizier behaupten nun, die Franzosen hätten jene Gelder als Contributionen weggeschleppt. Stämpfli dagegen behauptet, daß die Patrizier diese Millionen unterschlagen hätten, und verlangt eine genaue Untersuchung, damit der Staat wieder zu seinem Gelde komme. Die Patrizier wehren sich gegen diese Untersuchung mit Hand und Fuß. Und die bereitwillige Eile, mit welcher sie kürzlich den von ihnen bisher als unbestreitbares Burger-Gut erklärten „Separat- und Reservefond" der Einwohnerschaft (d. h. den Nicht-Burgern) „zur Ausgleichung" förmlich aufdrangen, spricht allerdings sehr für die Richtigkeit von Stämpfli's Behauptungen. Denn gerade dieser Fond soll aus gestohlenen Geldern gegründet sein und der Zweck der „Ausgleichung" ist die Niederschlagung der famösen Dotationsgeschichte. Das Manöver der Patrizier ist schlau. Sie hoffen sich durch die Aufopferung eines sehr kleinen Theils die Hauptsache zu sichern, indem sie jetzt statt des Interesses der 5000 Berner Burger das Interesse von 27,000 Einwohnern gegen die Einleitung jener Untersuchung in die Wagschale werfen können; denn das Resultat der Untersuchung könne ja der Einwohnerschaft das Zugestandene wieder rauben! —

Stämpfli wird sich dadurch nicht beirren lassen. Strenge Untersuchung der Dotationsgeschichte bildet neben materiellen Erleichterungen des Volkes durch gerechte Steuervertheilung, neben Befreiung aus Abhängigkeit von Berner Stadtburgern durch Gründung einer kan-

tionalen Hypothekenbank, neben freier Wahl der Geistlichen auf bestimmte Zeit, die Grundlage des Programms der künftigen Regierung, welches Stämpfli im Namen und Auftrag der democratischen Partei erlassen hat.

Die Berner Regierung verzögert die Abstimmung über die Abberufung auf jede nur erdenkliche Art; länger als bis Mitte April wird aber das nicht möglich sein. Sie sucht auf jede Weise im Volk die Furcht vor einer Invasion des Auslandes im Falle des Sieges der Democraten bei der Abberufung zu verbreiten; man spricht seit einiger Zeit viel von einer Uebereinkunft zwischen Frankreich und Oesterreich, in welcher die Eventualitäten festgesetzt wären, unter denen diese Staaten interveniren würden — und der Sturz der Patrizier und Pfaffen wird natürlich als eine der ersten Eventualitäten hingestellt. Der „Oberländer Anzeiger," das Hauptorgan der schwarzen Partei, stellt die Intervention bereits als eine verdiente göttliche Strafe für die demokratischen Gesinnungen des Volkes hin, und daß die Patrizier sie eher fördern als hindern werden, wenn sie sich dadurch vor dem Siege der Democratie retten können, das bezweifelt Niemand, der die Geschichte ihrer frühern Landesverräthereien und ihren scheußlichen Egoismus kennt. Trotz alledem und alledem wird das Berner Volk allem Anscheine nach den großen Rath abberufen und somit dieser heillosen Junker- und Pfaffenregierung ein Ende machen. Es gehörte in der That diese Schandwirthschaft dazu, um die Berner Bären, die schwerfälligsten und phlegmatischesten Schweizer, ins Zeug zu bringen. Sind sie aber erst im Zuge, dann wird ihre Schwerfälligkeit fast noch von ihrer zähen Beharrlichkeit übertroffen. —

Die gegenwärtige Bewegung in Bern ist durchaus keine bloße Lokalangelegenheit. Was sich jetzt da vorbereitet, wird ein noch grelleres Licht auf das väterliche Regiment der Junker und Pfaffen werfen, als einst der Sonderbund und die Jesuitenberufung. Die Democratie der übrigen Cantone wird durch diese Bewegung zum neuen, frischen Kampfe gegen den hohlen doctrinären Liberalismus angespornt werden; denn hinter der phrasenseligen Nichtigkeit, hinter der gespreizten Süffisance der liberalen Doctrinärs lauert jene schamlose, ehrvergessene Pfaffen- und Patrizierpartei, welche ihren Anhängern die schändlichsten Lügen und Verläumdungen zur moralischen Pflicht macht, welche selbst die Unterjochung des Vaterlandes durch die Fremden herbeisehnt, damit sie nicht zur Herausgabe des einst dem Staate geraubten Gutes gezwungen werde. Aber auch die auswärtige Reaction beobachtet diese Bewegung mit ängstlichen Späherblicken. Die Kontrerevolution hat nicht vergessen, daß im Sonderbundskriege der Signalschuß für die große Völkerbewegung von 1848 abgefeuert wurde; — und diesmal sind Scandal und Erbitterung noch größer, als damals, und daß trotz aller Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung jetzt mehr Zündstoff aufgehäuft liegt, als damals, das läugnen selbst die siegesgewissesten Organe der Kontrerevolution nicht. Indessen von dieser ängstlichen Beobachtung bis zur wirklichen Intervention ist's noch weit, fast so weit, als vom Gedanken zur That. —

Deutschland.

München, den 4. April. (Interpellation an das Gesammtstaatsministerium.) Die Verfassungsurkunde sagt in §. 2 ihres 7. Titels: „Der König erholt die Zustimmung der Stände zur Erhebung aller directen Steuern, so wie zur Erhebung neuer indirecter Auflagen oder zu der Erhöhung oder Veränderung der bestehenden." Die Zollgefälle gehören anerkanntermaßen zu den indirecten Auflagen. Eben deßhalb fühlte sich die Staatsregierung auch von jeher verpflichtet, jede Maßregel, welche irgendwie eine Aenderung der Zollsätze oder des Zollertrags zur Folge haben kann, den Kammern zur Zustimmung vorzulegen.

Der große Zollverein vom Jahre 1833 gründete sich auf wiederholte einstimmige Wünsche der Landesvertretung. Dennoch behielt die Regierung bei dessen Abschluße den Beitritt der Kammern bevor. Ebenso verlangte sie seit dessen Bestehen vom Landtage die Ermächtigung in Abwesenheit der Kammern auf Grund der gebilligten Zollvereinsverträge und vorbehaltlich parlamentärer Genehmigung im Interesse der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels bestehende Zollsätze ändern und sonst vorkehren zu dürfen, was zu Befestigung und Erweiterung des Zollvereins dienlich erscheinen mag. Die letzte Ermächtigung der Art wurde durch §. 34 lit. B des Landtagsabschiedes vom 25. Juli 1850 für die Jahre $18\frac{50}{51}$ und $18\frac{51}{52}$ verlangt und ertheilt. Der Finanzgesetzentwurf für $18\frac{52}{53}$ stipulirt lediglich die Erhebung der Zollgefälle nach den zur Zeit bestehenden Vereinszollsätzen. Eine weitere Ermächtigung ist bis zur Stunde nicht angeregt. Offenbar glaubt sich die Regierung noch nicht in dem Stande, bezüglich der schwebenden großen Zollvereinskrisis ein bestimmtes Verlangen an die Kammern zu stellen. Ich bescheide mich auch, daß auf dem Puncte, wohin Deutschlands Geschicke leider nun einmal gediehen sind, unser Kabinet sogar die früher im hellen Tageslichte geführten Handelspolitischen Erörterungen als „diplomatische" betrachten und befürchten mag, durch vorzeitige Mittheilungen deren Erfolg zu gefährden.

Inzwischen steht die Unterbrechung der Kammersitzungen nahe bevor und Jeder dem constitutionellen Principe nicht geradezu Abholde muß dringend wünschen, eine solche Unterbrechung so rasch als möglich eintreten zu sehen. Höchst bedenklich aber wäre, wenn vor dem Auseinandergehen der Volksvertretung ihr keine Gelegenheit gegeben würde, ihre Ueberzeugung bezüglich der commerziellen Zukunft in officieller und erschöpfender Weise auszusprechen. Schritte die deutsche Diplomatie in der einzigen noch offenen Lebensfrage des Gesammtvaterlandes auf ihren geheimnißvollen Wegen einseitig bis ans Ziel, kämen Verträge zu Stande und würden diese den Kammern erst vorgelegt, nachdem der Zollverein thatsächlich zu Grabe gegangen, und weiß der Himmel welch' ein Gebilde dem rivalen Bestreben zahlreicher Particularismen aller Dimensionen entstiegen, dann wäre Art. 3 des 7. Verfassungtitels factisch außer Kraft gesetzt, die Kammern unseres Mittelstaates stünden dann einer vollendeten Thatsache gegenüber und ihre etwa von der Regierungsansicht abweichende Ueberzeugung hätte keine andere Bedeutung als jene fruchtloser Seufzer.

Ernst mahnend schwebt jedem Mitgliede des Hauses der bekannte Vorgang bezüglich der deutschen Frage vor Augen, wo der Herr Ministerpräsident erst den Wünschen der Majorität entsprechend feierlich erklärte: „über die künftige Gestaltung Deutschlands solle ohne Zustimmung der baierischen Kammern nicht entschieden werden," und später in Folge meiner bekannten Interpellation auszusprechen genöthigt war, „unter Zustimmung verstehe er keineswegs ein Berathen und Abstimmen der Kammern über die Modalitäten der deutschen Rechtszustände, sondern lediglich das Recht der Kammern die Beschickung der in der Münchener Aufstellung bezielten Volksvertretung am Bunde abzulehnen, falls die Vertretung den Wünschen der Kammern nicht zusagen sollte."

Um solchem Unheile vorzubeugen, erlaube ich mir an das Gesammtministerium die Frage: 1) Wird dasselbe den Kammern noch vor der demnächstigen Vertagungs- oder schlußweisen Unterbrechung ihrer Thätigkeit erschöpfende Vorlagen über die Zollverhältniße zugehen lassen? 2) Wird dasselbe jedenfalls die Ueberzeugung der Kammern über die künftige Gestaltung der Zollverhältniße so rechtzeitig erholen, daß dieselbe in der That den durch die Verfassung gewollten entscheidenden Einfluß auf jene Gestaltung zu üben vermag? — München, den 30. März 1852. Ludwig Fürst v. Oettingen-Wallerstein, Abgeordn.

— den 6. April. Am obersten Gerichtshofe des Königreichs wurde heute die Nichtigkeitsbeschwerde des katholischen Pfarrers Georg Eueroheim von Ostersireu bei Mellrichstadt verhandelt. Derselbe ist wegen Verbrechens der Majestätsbeleidigung II. Grades und wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe durch Mißbrauch der Religion vor das Stadtgericht Schweinfurt verwiesen worden. Das Appellgericht von

Unterfranken und Aschaffenburg hat diese Verweisung bestätigt, wogegen Pfarrer Euersheim den Rekurs beim obersten Gerichtshof ergriff, von welchem er jedoch unter Tragung aller Kosten ebenfalls ab- und vor sein einschlägiges Stadtgericht verwiesen wurde. Der Sachverhalt ist folgender: Pfarrer Euersheim wurde schon früher wegen verschiedener „Anstände" von seiner Pfarrei versetzt und erlaubte sich in seinen Predigten und Christenlehren Ausfälle gegen Regierungs- und andere obrigkeitliche Maßregeln. Die Gemeindeglieder, welche gegen ihn vor Gericht Zeugniß gaben, beschuldigte er in der Kirche öffentlich des Meineides! Im December v. Js. hielt er in der Kirche vor seinen Pfarrangehörigen eine Predigt mit dem bekannten Schlagwort: „Knechtung der Kirche durch den Staat." Er eiferte darin auch ganz besonders gegen die Nichtabstellung der Jahrmärkte an Sonn- und Feiertagen und gebrauchte bei diesem Anlaß den Ausdruck: „Fluch den Fürsten." In der Christenlehre kam er auf Luther und Calvin zu sprechen und las Luthers Tischreden vor. Es erfolgte hierauf durch das k. Landgericht Anzeige, und das Ordinariat suspendirte den Pfarrer Euersheim „bis auf Lesung der stillen Messe." Pfarrer Euersheim ließ durch seinen Advocaten eine Denkschrift einreichen und rechtfertigte sich damit, daß er den König von Baiern nicht namentlich bezeichnet und auch nicht speciell gemeint habe. Das Stadtgericht wird darüber entscheiden. (Volksb.)

Mit der Untersuchung gegen den Mörder des Reeb, Metzgerknecht Treiber, will es nicht recht vorwärts, da selber nicht genau angibt, wo er das silberne Gehäuse der geraubten Uhr verkauft habe. Die Uhr selbst will er weggeworfen haben. Es scheint also fast, daß Treiber noch einen Verbündeten hatte und denselben nicht verrathen will. Jedenfalls zieht sich dadurch die Voruntersuchung in die Länge. (Volksb.)

Der polizeiliche Ausweisungsbeschluß gegen den Verfasser der Schrift: „Es ist nur ein Gott" ist zurückgenommen worden.

Es wurde dem Notar F. J. Koch, bisher in Frankenthal nun zu Germersheim, die nachgesuchte Dienstesentlassung gewährt.

Würzburg, den 4. April. Die wegen Preßvergehens angeklagten früheren Lehrer Kirchner und Reinhart, Redacteure Förtsch und Oesterreicher sind vom Schwurgericht freigesprochen worden.

Nürnberg, den 5. April. In der gestrigen öffentlichen Sitzung des hiesigen Stadtgerichts wurde der Bauer Deuerlein von Polanden, Landg. Hersbruck, angeklagt Druckschriften religiöser Tendenz, Predigten freigemeindlichen Inhalts rc., ohne Berechtigung kolportirt zu haben, nach Art. 38 des Preßgesetzes zu 4 Tagen Arrest, 10 fl. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt. (N. K.)

Frankfurt, den 7. April. Die Zollconferenzen in Darmstadt sollen gestern beendigt worden sein, ohne jedoch ein irgend positives Resultat zu liefern. Auch der Bundespräsidialgesandte Graf Thun war dabei in Darmstadt.

Bei der Generalversammlung des Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit hat die Ansicht ganz entschieden vorgewaltet, daß vor Allem der preußische Zollverein erhalten werden müße. Da aber die Ansicht, daß man nächstdem auch auf eine Handelsverbindung mit Oesterreich hinwirken solle, viele Anhänger fand, so sind die bedeutendsten Mitglieder des Vereins aus Preußen, aus demselben ausgetreten.

Stuttgart. Der „Beobachter" bemerkt in Beziehung auf den Tod des Ministers Schwarzenberg: So wenig zu erwarten ist, daß dieser Todesfall irgend eine Aenderung in der österreichischen Politik zur Folge haben werde, so gewiß hat doch dieselbe durch ihn einen schweren Schlag erlitten, und man kann sagen, daß mit Schwarzenberg aus den österreichischen Planen und Unternehmungen das für sie wohl gewichtigste Element, das Element der kecken Zuversichtlichkeit, ausgeschieden sei.

Aus der oberrheinischen Kirchenprovinz, den 5. April. Ueber die oberrheinische Kirchenfrage kann ich Ihnen die weitere Nachricht geben, daß für den kommenden Monat Mai abermals eine Conferenz der Bischöfe in Aussicht steht und daß, wenn bis dahin die oberrheinischen Regierungen die Ansprüche der ersteren nicht zugestehen, die obschwebende Angelegenheit via facti zur Lösung kommen dürfte. (!!) Die Bischöfe haben mit ihren bisherigen Schritten und abgegebenen Erklärungen jede Brücke hinter sich abgebrochen. Daß aber die oberrheinischenn Regierungen alle wesentlichen Ansprüche der Bischöfe nicht anerkennen werden und können, liegt wohl auf flacher Hand, wenn gleich der „Staatsanzeiger für Würtemberg" das gerade Gegentheil zu insinuiren sich vor Kurzem veranlaßt gesehen hat. (F. J.)

Köln, den 2. April. Die Emigration nimmt in einem immer größern, ja man kann sagen, in einem erschreckenden Umfange zu. Bei den hiesigen Agenten sind allein für den Monat April bereits neuntausend Auswanderer angemeldet!

Schweiz.

Bern, den 5. April. Die Regierung hat endlich die Abstimmung über ihre beantragte Abberufung auf den 18. April angesetzt. Zugleich hat dieselbe in einer jammernden Proclamation dem Volke vorzudemonstriren versucht, welchen furchtbaren Einfluß ein solcher außerordentlicher Wechsel auf alle öffentliche Zuständen des Landes hervorbrigen würde!

Frankreich.

Paris, den 2. April. Der Präsident der Republik hat in seiner Rede vom 29. März die Wiederherstellung des Kaiserthums lediglich von innern Zuständen abhängig gemacht; die Einsprache, die etwa die fremden Mächte auf Grund der Wiener Verträge dagegen erheben könnten, hat er stolz ignorirt. Kein Wunder ist es daher, daß die hiesigen Diplomaten, so kostbar ihnen auch die Friedensversicherungen aus dem Munde des französischen Staatsoberhaupts sein mußten, von dem Gehörten nicht durchaus befriedigt gewesen sind. Es wird mir versichert, daß Hr. v. Kisseleff an seinen Hof einen sehr feindselig abgefaßten Bericht abgestattet hat. Andere Geschäftsträger haben die Besorgniß zu erkennen gegeben, daß die europäischen Mächte die Rede vom 29. März als die officielle Ankündigung der imperialistischen Restauration mit allen ihren Consequenzen betrachten werden, und selbst Lord Cowley, um seine Meinung über die Rede befragt, hat geäußert: „Sie ist zu geschickt um irgendjemanden täuschen zu können." (A. Z.)

Die Civilliste Napoleons ist von vielen kostspieligen Unterhaltungen befreit. In Folge dessen hat der „Bürgerpräsident" einen Reinertrag von 3 Millionen mehr, als der „Bürgerkönig" hatte!

„Wie ist es mit dem gewöhnlichen Menschenverstand zu erklären," sagte ein alter Graf, ehemaliger Minister, „daß Oesterreich und Preußen sich über kleinliche Rivalitäten so viel Aerger machen in einem Augenblick, wo sie alle ihre vereinten Kräfte bedürfen, um nicht in nächster Zeit überrascht zu werden? Oder zweifeln die deutschen Herren einen Augenblick am französischen Kaiserreich? Haben sie denn nicht bemerkt, daß der Präsident, der auf zehn Jahre gewählt ist, einen lebenslänglichen Senat ernannt hat? Nun aber ist es unmöglich, daß eine Macht etwas gibt, das sie selbst nicht hat. Folglich hat der Präsident im ersten Augenblick das Kaiserthum geschaffen."

Während die neuen französischen Volksvertreter in ihrer Versammlung sich wohl befinden und sich mit unschuldigen Discussionen über die Uniform beschäftigen, laufen von allen Seiten Reclamationen gegen die Wahlen ein, welche die Gewaltthaten und Willkürlichkeiten aufdecken, die angewendet wurden, um eine Versammlung, wie die bestehende, zu Stande zu bringen. Der gesetzgebende Körper will aber keinen Selbstmord begehen und schiebt all diese schreienden Reclamationen in den Papierkorb.

— den 4. April. Seit mehreren Tagen werden bei den Buchhändlern und Antiquaren sorgfältige Nachsuchungen nach obscönen Büchern und Bildern gehalten, deren

Verkauf bekanntlich streng verboten ist. Schon mehrere Verurtheilungen sind wegen Uebertretung dieses Verbotes erfolgt. Erst gestern ward gegen einen Antiquar auf ein Jahr Gefängniß und drei Geldstrafen von je 2000 Fr. erkannt. — Der Exminister de Morny ist mit 80,000 Fr. Gehalt zum Director der vereinigten Eisenbahngesellschaften des Centrums ernannt worden.

— den 5. April. Aus der längeren Anrede, die gestern der Cardinal Donnet an den Präsidenten der Republik hielt, sind nur die Erinnerungen an des Kaisers Napoleon Verdienste, die Anerkennung der Sendung seines Neffen als einer sichtlich providentiellen, der deutlich ausgesprochene Wunsch nach Freiheit der Kirche und Theilnahme derselben am Staatsleben, endlich eine feindselige Reminiscenz aus den Zeiten der Juli-Monarchie zu erwähnen: „Wenn die Geistlichkeit nicht mit Karl X. verbannt worden ist," sagte man gegen Ende 1830 auf der Tribune, „so ist sie wenigstens mit ihm entthront worden!" (Der „Moniteur" bemerkt ausdrücklich in einer Anmerkung, daß Guizot es ist, der diese Worte gesprochen hat.) Der Präsident der Republik, ohne auf die ausgesprochenen Wünsche näher einzugehen, entgegnete unter Anderem: „Diese Feierlichkeit ist keine leere Formalität: sie ist das Sinnbild der Einigkeit, die zwischen der geistlichen und der weltlichen Macht bestehen muß, deren Eintracht und volle Harmonie so mächtig zum Glücke und zum Frieden der Welt beitragen."

In den finanziellen Kreisen tauchen ernstliche Besorgnisse auf wegen der enormen Summen, welche für die massenhaft bewilligten Eisenbahnbauten erforderlich sind. Im Ganzen sind fast 600 Mill. dazu nothwendig!

In der Rede an die Mitglieder der Magistratur (s. dieselbe in unserem vorigen Blatte) hat Napoleon zum erstenmale sein angebliches Erbrecht an das Kaiserreich verkündet.

Großbritanien.

London. Der Antrag des Abg. Monckton Milnes, das (Unter-)Haus möge sein Bedauern über die mit Drohungen gegen englische Reisende gewürzte österreichische Flüchtlingsnote aussprechen, hat eine Debatte hervorgerufen, aus welcher wir den wesentlichsten Inhalt von Lord Palmerstons Rede ausheben. Derselbe stellte die Forderung an die Regierung, für britische Reisende die ihnen gebührende Schonung und Sicherheit zu erzwingen, und sprach sich dann über das Auftreten der festländischen Mächte mit unbeschreiblicher Geringschätzung aus. Was die auswärtigen Noten vom vorigen Jahr betrifft, sagte er, so verdient die dringende Besorgniß fremder Cabinete vor dem Einfluß der Flüchtlinge in England eine nachsichtige Kritik. Sie sind gewöhnt, unsere Zustände nach dem festländischen Maßstab zu messen, und sahen in der großen Ausstellung eine Art Stelldichein für die Revolutionäre aller Länder. Noch ehe die erwähnten Noten ankamen, fuhr er fort, habe er häufige Gespräche über dieses Thema mit den fremden Gesandten gepflogen, denen er die Tragweite des englischen Gesetzes und der englischen Freiheit zu erklären suchte. Die französische Note vom October war mehr eine vertrauliche und unterschied sich insofern von den Decembernoten der nordischen Mächte, als sie der englischen Regierung nicht zumuthete, über das englische Gesetz hinauszugehen (hört! hört!). „Ich muß der französischen Regierung diese Gerechtigkeit widerfahren lassen!" Andern Gesandten habe er mündlich nachgewiesen, wie selbst eine Fremdenbill nur die Ausweisung solcher Fremdlinge ermöglichen würde, die sich der innern Ruhe Englands gefährlich zeigten (hört!), und wie eitel es sei, Maßregeln zu verlangen, die weder ein Parlament Englands je genehmigen noch eine Regierung Englands je dem Parlament vorzulegen wagen würde. Auch sei er so frei gewesen, jenen Diplomaten die Uebertreibung nachzuweisen, die darin liege, von der Gegenwart der Flüchtlinge eine Gefahr für irgend einen fremden Staat zu fürchten. Ein Funke freilich könne das größte Pulvermagazin in die Luft sprengen, aber ein brennendes Reisigbündel verflackere unschädlich auf einer offenen Landstraße. Es komme also nur darauf an, daß die Regierungen nicht selbst Brandstoff anhäuften durch eine verkehrte Regierungsweise. (Hört!) Was hat ein gut regierter Staat von den Proclamationen einiger unglücklichen Flüchtlinge zu fürchten? Aber, hieß es, die Flüchtlinge könnten Geld heimsenden. Guter Gott, wo sollen die unglücklichen Flüchtlinge das hernehmen? wohnen sie doch in Dachstuben und oft elenden Hintergebäuden; haben sie doch kaum das tägliche Brod! Dann wies man auf die Mazzinischen Revolutionsanweisungen zu 50 Frs. das Stück hin und nannte mir den Bankier, der sie acceptirt haben sollte. Aber bei eingezogener Erkundigung kam heraus, daß der Bankier nicht einen Heller auf jene Banknoten vorstrecken wollte. Ja, hieß es, wenn sie nicht Geld senden, so schicken sie Waffen. Kann aber Jemand ohne Geld Waffen kaufen und schmuggeln? Und sinds nicht Waffen, so sinds Briefe, und wenn es den Briefen nicht gelingt, eine Revolution hervorzubringen, so werden sie Männer, d. h. Soldaten schicken! Das ist zwar ohne Geld ebenfalls nicht sehr thunlich, aber gegen Waffen- und Freischaareneinschmuggelung kann und muß jeder Staat sich selber schützen. Würden aber Leute in England zum Dienst gegen einen fremden, mit uns in Frieden lebenden Staat geworben, dann, ja dann ist die Sache einfach. Dagegen gibt es ein englisches Gesetz! (Beifall.) Ferner gaben im Jahr 1848 britische Konsuln und Gesandte im Auslande nichtbrittischen Personen englische Pässe, und diese Freigebigkeit war in jeder Beziehung zu billigen (hört). Es geschah in einem Augenblick allgemeiner Bewegung. Diese Pässe erhielten Personen aller Parteien, französische Royalisten sowohl als römische Republikaner. Der britische, französische und noch ein fremder Konsul in Rom gaben an 2000 Pässe aus, und man hat dem britischen Konsul später deßhalb schwere Vorwürfe gemacht, ohne zu bedenken, daß er theilweise auch im Interesse und mit der ausdrücklichen Zustimmung der römischen Behörden (hört! hört!) so gehandelt hatte. Ich begreife die Besorgniße Oesterreichs, daß solche Pässe in ungerechte Hände gerathen oder den Flüchtlingen selbst als Mittel zur Rückkehr in ihr Vaterland dienen könnten. Ich kann daher Oesterreich nicht tadeln, daß es von Engländern englische Regierungspässe verlangt. Man wollte aber auch, daß wir auf unsern Pässen die pittoresken Signalements ausländischer Reisescheine nachahmen. (Lachen.) Ich lehnte dies ab. Wir sitzen in England gern dem Maler, aber nicht dem unkünstlerischen Policeischreiber. (Gelächter.) Nach einigen sarkastischen Anspielungen auf die „arkadischen Zwiegespräche" der Regierung mit Oesterreich rieth Lord Palmerston dem Antragsteller, seine ganz zweckmäßige Motion jetzt, wo sie ihren Zweck durch die öffentliche Verhandlung erfüllt habe, zurückzunehmen, was auch sofort von M. Milnes geschah.

Neueste Nachrichten.

München, den 6. April. In Betreff der Districts- und Landrathsgesetze hat der Ausschuß der Reichsräthe beschlossen, den Abgeordneten zuzustimmen, — mit Ausnahme einer Stimme, der des Fürsten Wrede.

Wien, den 7. April. Die ministerielle Oesterreichische Correspondenz erklärt: Fürst Schwarzenberg's Tod werde weder die innere noch die äußere Politik Oesterreichs verändern.

Madrid, den 2. April. Zwischen den Carlisten und den Truppen ist es auf der Hochebene von Abarazin zu einem Treffen gekommen, in welchem die Truppen 103, die Carlisten 64 Todte hatten, und die letzten sich glücklich durchschlugen.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[42] **Lotto.**

Zu München kamen den 6. April heraus:

32. 62. 77. 15. 20.

Die nächste Ziehung ist den 15. April zu Regensburg.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 88 | den 11. April 1852.

Deutschland.

*** Betrachtungen.** Fort und fort hört man aus allen Gegenden des Continents über das scheußliche Spionierwesen klagen. Saint Sauveur hat ein wahres Wort gesprochen, als er sagte: „Die Zahl dieser niedrigen Agenten (der Spionen) ist der sicherste Thermometer der Corruption, der Schwäche und — des Verfalles einer Regierung!" —

*** München.** In einer der letzten Reichsrathssitzungen theilte Oberconsistorialpräsident v. Arnold folgende interessanten Notizen mit:

Wir haben 65 verschiedene Civilgesetzgebungen; sie sind nicht blos nach Districten verschieden, sondern auch nach Häusern. Wir haben Dörfer, in welchen 5—6 verschiedene Gesetzgebungen gelten. Ich kenne ein Dorf, wo 5 Häuser nebeneinander stehen, in deren jedem ein anderes Gesetz gilt. Wir haben darunter ein Haus, wo rechts von der Hausthüre ein anderes Recht gilt, als links, wo also, wenn ein Proceß dort vorkommt, die Frage entsteht, ob das Faktum rechts oder links vorgekommen ist. Es wurde mir sogar von einem andern Hause erzählt, in welchem in der Stube das Bamberger-, in der Kammer das bayreuthische und das preußische, und im Stalle das oberpfälzische und baierische Recht gilt. Diese Mißstände sind häufig in Oberfranken und zum Theil auch in Schwaben, so daß es sehr viel Zweifel gibt, welches Recht anzuwenden sei. Dann kommt noch dazu, daß es sehr schwierig ist, diese 65 Gesetzgebungen so im Kopfe zu haben, um zu wissen, wie jede derselben eine bestimmte Rechtsfrage entscheidet. Wenn ein Rechtssatz in 10 verschiedenen Gesetzgebungen auf zehnerlei Weise verschieden ist, so kann der Richter, selbst wenn er die zehn Gesetzgebungen kennt, doch leicht irren und kann glauben, es sei dieß hier so entschieden, während er es mit einem andern Gesetze verwechselt. Daraus entsteht die nachtheilige Folge, daß die Richter viel schwieriger und langsamer arbeiten, als wenn sie nur ein Gesetz haben.

Kassel, den 4. April. Die Bürgerausschußwahlen sind beendigt und ganz im Sinne der Bürgerschaft, die noch immer an der Verfassung festhält, ausgefallen. Unter den gewählten 24 Mitgliedern des Ausschusses sind kaum 3 Personen, die im Sinne des Ministeriums handeln und stimmen werden. Die Frage über die Rechtsbeständigkeit der neuen Verordnungen und Erlasse wird auch in einer speciellen Rechtssache von dem Criminalsenate des Oberappellationsgerichts entschieden werden müssen; der Obergerichtsanwalt Dr. Oetker, als Vertheidiger eines in erster Instanz zum Tode Verurtheilten, hat in dem Verhandlungstermin beim Oberappellationsgerichte die richtige Besetzung des Gerichts in Zweifel gezogen, da unter den Mitgliedern des Gerichts zwei Männer waren, die ohne Mitwirkung der Landstände zu Oberappellationsräthen bestellt worden sind. — Die Auswanderung nimmt in einem ungeheuren Grade zu. Das Grundeigenthum ist schon bedeutend im Werthe gesunken und an manchen Orten ganz werthlos geworden. Es sind Fälle vorgekommen, wo Zwangsversteigerungen ohne Resultat blieben, weil sich keine Kaufliebhaber fanden. Die Liebe zum Vaterlande, schon systematisch auf ein Minimum zurückgeführt, ist völlig verschwunden, seit die Bundesexecutionstruppen die kleinen Ersparniße der Bauern verzehrt haben und das Heiligthum, das letzte, nämlich der Glaube an das Recht, zerstört ist. (Köln. Z.)

Coburg, den 3. April. Die demokratische Partei zu Coburg hat bei den Wahlen zur neuen Stadtversammlung ihre sämmtlichen Candidaten, die Gegenpartei aber nur sieben ihrer Angehörigen durchgebracht. (F. K.)

Bremen, den 6. April. Auf dem heutigen außerordentlichen Kirchenconvent der Liebfrauengemeinde wurden in Sachen Dulons entgegenstehende Anträge verhandelt. Schließlich ward der Antrag für Dulon mit 101 gegen 92 Stimmen angenommen, den Senat um Zurücknahme des Conclusums vom 1. März zu ersuchen.

Berlin. Am 1. April meldeten sich auf der Policei mehrere Hunderte von Famlien als obdachlos und baten um vorläufige Unterbringung im Arbeitshause; es sind dies sämmtliche Arbeiterfamilien, welche größtentheils unter Zurückhaltung ihrer Sachen aus ihren Wohnungen ermittirt worden sind, und keine neuen Wohnungen erhalten konnten.

Wien. Die Allg. Ztg. schreibt u. a.: Vor der Zeit ist Fürst Schwarzenberg (er war erst 51½ Jahr alt) den riesenhaften Anstrengungen erlegen die er sich auferlegt hatte. Wer wird, wer kann ihn ersetzen? . . . Wen aber auch der Kaiser auswählen möge — die Politik des nationenreichen Oesterreichs, durch seine Geschichte und seine ganze Weltlage bedingt, wird im Wesen dieselbe bleiben, und mag höchstens in diesen oder jenen Formen eine Veränderung erleiden. Zwei Lebensfragen drängten sich in den letzten Stunden Schwarzenbergs verhängnißschwer zusammen: die Ansprüche des Adels und des großen Grundbesitzes gegenüber der Bureaukratie, die — nach Beseitigung fast der gesammten ständischen Gerechtsame — allgebietend auf dem Platze stand, und die unendlich schwierige Lösung des Problems: wie auch auf handelspolitischem Gebiet der Dualismus von Oesterreich und Preußen sich so versöhnen und in Eins verknüpfen lasse, wie in Frankfurt diese Einigung auf rein politischem Boden sich gefunden hat. Diese gedoppelten Schwierigkeiten zu überwinden (deren erstere außerhalb Oesterreichs in ihrer tiefgreifenden Bedeutung kaum geahnt wird) bedarf Fürst Schwarzenbergs Nachfolger, wir möchten sagen, die gedoppelte Kraft, weil dem Fürsten die errungenen Siege halfen, weitere zu erringen, indem sie den Gegner im Voraus mit einer gewissen Entmuthigung trafen. Daher die bewältigende Ueberraschung, die der Tod des Fürsten überall verbreitet, die Spannung, mit der man der Wahl dessen harrt, dem der Monarch den Commandostab, der dem Fürsten entsunken, in die Hand legt.

Die „Kölnische Ztg." bemerkt in einem Artikel über den Fürsten Schwarzenberg u. a. Folgendes: Fürst Schwarzenberg, erst 51 Jahre alt, war ein Greis, durch Genuß und Leidenschaften, in den letzten Jahren durch Anstrengungen aufgerieben, und der wachsende Widerstand, auf den seine Ansichten und Plane stießen, scheint ihn bei seinem heftigen Wesen vollends verzehrt zu haben. Er war einer der alten, reichen fürstlichen Familien entsprossen; aber er war ein jüngerer Bruder, ohne Erb' und Gut und auf den Staat angewiesen. Er betrat die diplomatische Laufbahn und wurde der Gesandtschaft in London beigegeben. Dort, im strengen England, hat er aber einen nicht guten Ruf hinterlassen, der noch nicht vergessen ist. Auch in Neapel, wo er als Gesandter angestellt war, galt er für einen lockeren Cavalier, der sich Alles erlaubte. — Erst im Jahre 1848, wo Oesterreich erschüt-

tert ward, wie niemals seit dem Aussterben der Habsburger, fand Fürst Schwarzenberg Gelegenheit, seine bedeutenden staatsmännischen Eigenschaften zu entfalten. ... Ungarn war die Schwierigkeit. Da Kaiser Ferdinand sein gegebenes Wort nicht brechen wollte, so machten Schwarzenberg und die Camarilla ihren Staatsstreich vom 2. December 1848; Kaiser Ferdinand dankte ab, sein jugendlicher Neffe Franz Joseph wurde auf den Thron erhoben. In seinem Namen ward Ungarn mit Heeresgewalt überzogen. Aber das Unglück der beiden ersten Heerführer, Windischgrätz und Welden, nöthigte den Fürsten Schwarzenberg, Rußlands Hülfe anzurufen, wenigstens glaubte er sich dazu gezwungen. Diese Demüthigung ist die traurigste Erinnerung aus seiner Amtsführung; in Ungarn und bei den Südslawen ist Oesterreichs Ansehen dadurch auf lange, vielleicht auf immer tief erschüttert. Die Krone des heiligen Stephan ist verloren gegangen, und Ungarn hat zu den Füßen des Czaaren gelegen. — Nachdem die Macht der Regierung in ganz Oesterreich wieder hergestellt war, wandte sich Fürst Schwarzenberg den deutschen Angelegenheiten zu. Hier feierte er seine bedeutendsten Erfolge. . . . Der stolze Mann konnte seine Siegesfreude nicht ganz verbergen; in seinem Rundschreiben an die österreichischen Gesandten sprach er offen über Preußens Niederlage. In Dresden, wo bald darauf die Abgeordneten der deutschen Regierungen zusammenkamen, war er der Held des Tages. Er hatte damals aber schon seinen Höhepunct erreicht; seine fernere Thätigkeit hatte keinen günstigen Erfolg. In Dresden wurde nichts ausgemacht. Die österreichischen Truppen rückten zwar in Holstein ein, richteten aber nichts Sonderliches aus, und der König von Hannover ward durch diese drohende Machtentfaltung Oesterreichs so beunruhigt, daß er den Handelsvertrag mit Preußen abschloß. Fürst Schwarzenberg schoß über das Ziel hinaus. Preußen war mit seinen Bemühungen, die Bundesverfassung zu seinen Gunsten umzugestalten, gescheitert, und dem Fürsten Schwarzenberg erging es nicht besser, als er Aehnliches versuchte. Er konnte weder den Eintritt des gesammten Oesterreich in den deutschen Bund durchsetzen, noch die Handelseinigung. — In den letzten Tagen seines Lebens häuften sich die Widerwärtigkeiten. Im Innern fand er nicht weniger Widerstand als nach Außen. Die zum Schein gegebene Verfassung hatte er zwar mit Vergnügen beseitigt, aber er hielt fest an der Einheit des Reiches, welches durch den Sondergeist der Provinzen mit der Auflösung bedroht gewesen war. Hier kam er in Streit mit seinen eigenen Standesgenossen, der hohen Aristokratie. Diese hatten schon vor 1848 eine Opposition gegen die Regierung gemacht, weil sie die feudalen Einrichtungen der Erblande wieder zu beleben wünschten. Jetzt hat sich diese Opposition verstärkt. Der Adel ist erbittert über die Verluste, die ihm die Ablösung der bäuerlichen Lasten verursacht hat, und sieht mit Unwillen die Allgewalt des Staates und den Einfluß des Beamtenthums sich ausbreiten. Daher seine giftige Feindschaft gegen das Ministerium. Fürst Schwarzenberg war in sehr unangenehmer Lage. Er besaß nur allgemeine Ideen, keine Fachkenntniße, und die Männer von Fach, wie Bruck und Schmerling, hatte er als zu liberal beseitigt. Nun sollte er mit einem Bach und mit unbedeutenden Menschen dem wachsenden Widerstande Trotz bieten. Er trotzte auch und hob die mittelalterlichen Stände auf; er trotzte sogar England in einer drohenden Note. Aber er fühlte, daß es nicht mehr ging wie sonst, wo er sich nur aufrecht hinzustellen und mit dem Degen in das Parquet zu bohren brauchte, um Alles nach seinem Willen durchzusetzen. Es ward immer offenbarer, daß seine übermüthige, namentlich auf Preußens Demüthigung zielende Politik die Kräfte des Kaiserthums, dessen Heer so gut und dessen Finanzen so schlecht im Stande sind, immer mehr und mehr fruchtlos erschöpfen mußte. Er hielt noch immer zäh am Ruder, während seine Kräfte schon einschlummerten, und ward wie Palinurus plötzlich von den Wogen verschlungen. Sein fürstliches Ansehen hielt noch das Ministerium; nach seinem Tode dürfte eintreten, was wir seit Jahr und Tag als wahrscheinlich bezeichneten: daß in Oesterreich die reinen Aristokraten noch einmal sich der Herrschaft bemächtigen.

Belgien.

In **Mons** starb vor kurzem ein angesehener Bürger, Hr. Leclercq, der unter andern eigenthümlichen Testamentsbestimmungen auch die traf, daß sein Testamentsvollzieher in Gegenwart von Zeugen die Original-Acten des Proceßes der Grafen Egmont und Hoorn, welche der Testator besaß, verbrennen sollte. Wie er in den Besitz derselben gekommen, weiß man nicht; man hofft aber die Staatsregierung werde sich ins Mittel legen und die Acten für das Staatsarchiv beanspruchen.

Frankreich.

Paris. In den letzten Tagen kamen hier mehrere Cholerafälle vor; sie sind jedoch nicht sehr ernster Natur.

— den 4. April. (Wissenschaftliches.) Die zwei mächtigsten Hebel der industriellen Kultur: Dampf und Electricität, die bisher vereinzelt wirkten, sind zur Gemeinschaftlichkeit gelangt. Ein Hr. Armstrong erfand eine Dampf-Electricitäts-Maschine, die eine neue Phase der Entwicklung mechanischer Kräfte bilden wird. In einer Versammlung von Fachgelehrten, in den Hörsälen der Sorbonne, hielt der berühmte Physiker Pouillet einen Vortrag über Electricität und experimentirte mit dieser Maschine. Die Wirkung war frappant. Die durch expandirenden Dampf erzeugte Electricität bringt den Proceß eines Gewitters unter denselben Bedingungen hervor, wie sie uns die Naturwissenschaft lehrt. Das ist ein bedeutendes Resultat dieser Maschine, denn sie beherrscht die beiden kämpfenden Elemente mit vollkommener Sicherheit und daraus folgt ihre nutzbringende Anwendung auf Mechanik, in welcher Sphäre sie dann der weitesten Erfolge sicher sein kann. (Beob.)

Paris, den 6. April. In der benachbarten Gemeinde Vanves hat die Ausführung der neuen Vorschrift, wonach die Leichen nach dem Kirchhofe gefahren werden, während man sie bisher dahin trug, eine kleine Meuterei veranlaßt, welche zum Einschreiten des Militärs und zu etwa 20 Verhaftungen führte.

Der Krystallpalast, welcher auf den elysäischen Feldern für öffentliche Ausstellungen errichtet werden soll, wird nur etwa die Hälfte der riesigen Dimensionen des Londoner Krystallpalastes haben. Seine Länge würde, wie es heißt, 248 Metres, seine Breite 110 Metres sein, der Flächenraum 27,560 Quadradmedres umfassen, also mehr, als das Palais-Royal, welches nur 21,000 Quadratmetres, und der Hof der Tuilerien, der nur etwa 23,000 Quadratmetres zählt.

Der Werth der Diamanten hat seit drei Wochen um etwa 25 Proc. gewonnen, und die Adlerspeculanten machen gute Geschäfte.

Italien.

Briefe aus Florenz melden, daß am Jahrestage der Insurrection von Mailand in Siena mehrere Feuerwerke abgebrannt und in Folge dessen viele Studenten der Universität verhaftet worden sind.

Großbritanien.

Wir kommen des nähern auf die Unterhausverhandlung vom 1. April zurück. Die von Hrn. Monckton Milnes beantragte Resolution lautete: Das Haus habe aus der auf den Tisch niedergelegten Correspondenz mit Bedauern die Drohung einer befreundeten Macht wahrgenommen, harmlose britische Reisende ihr Mißvergnügen darüber empfinden zu lassen, daß England ein Asylrecht ausübe, welches mit den Gesetzen, Gewohnheiten und Gefühlen des englischen Volks im Einklang stehe. Der Motionssteller bemerkte u. a.: Die neueren Aeußerungen der österreichischen Regierung schienen anzudeuten, daß man in Wien den englischen Ministerwechsel als identisch mit einer Aenderung der auswärtigen Politik Englands betrachte; allein eine solche Aenderung würde dem englischen Volke nichts weniger als angenehm sein. „Ich

würde fürchten, Ihrer Maj. Regierung Unrecht zu thun, wenn ich ſie im Verdacht hätte, die auswärtige Politik unſeres Landes ändern zu wollen. So oft man die Amtsführung meines edlen Freundes des Mitglieds für Tiverton (Palmerſton) tadelte, und ihm vorwarf, er gefährde den Weltfrieden, entgegnete ich immer: auch wenn mein edler Freund vom Amte zurücktritt, wird und muß Englands auswärtige Politik in der Hauptſache die nämliche bleiben. Miſchen wir uns in auswärtige Politik ein, ſo muß es im Intereſſe der Freiheit geſchehen; ſollten wir in einen Krieg verwickelt werden, ſo müſſen wir auf der Seite der Volksſache ſtehen." — Lord Stuart, der den Antrag unterſtützte, äußerte ſich über Oeſterreich, nicht blos über deſſen Verfahren in der vorliegenden Frage, ſondern über ſein ganzes Regierungsſyſtem und ſeine Geſchichte, mit gewaltigem Unglimpf. Nicht zufrieden mit den eigenen Invectiven, citirte er gewiſſe parlamentariſche Aeußerungen des verſtorbenen Lord Holland. Indeſſen zog er auch Rußland, Preußen, den Frankfurter Bundestag, den König von Neapel, den Herzog von Modena und zuletzt den Papſt in Mitleidenheit. Die Behauptung dieſer Regierungen, ſagte er, daß die durch „ihren Deſpotismus" an Englands gaſtfreundliche Küſte vertriebenen Unglücklichen hier gegen ihre Staaten conſpiriren, ſei unerwieſen geblieben, hingegen eine andere Verſchwörung ſei durch die auf dem Tiſch des Hauſes liegenden Actenſtücke dargethan, nämlich die Verſchwörung aller dieſer gekrönten Häupter um England zu ſchrecken, und es, wo möglich, in den Kreis ihrer eigenen Politik zu ziehen. — Faſt noch ſchlimmer verfuhr Lord Dudley mit dem Prinzen-Präſidenten der franzöſiſchen Republik — „Another ruling thing:

It acts, it speaks, in all but name a king

(ein anderes herrſchendes Weſen; es handelt, es ſpricht, in allem bis auf den Namen ein König.)" Dieſer Ludwig Napoleon, vormals ſelbſt ein Flüchtling, ſei jetzt unter den vorderſten die von England Verfolgung und Ausweiſung der Flüchtlinge verlangen. Alle dieſe feſtländiſchen Regierungen ſagten, und inſofern mit Recht, die in England wohnenden Flüchtlinge dürften die ihnen gewährte Gaſtfreundſchaft nicht mißbrauchen; aber wer denn habe ſie am ſchlimmſten mißbraucht? ... Quis tulerit Gracchos de seditione querentes? — Hr. Walpole, der Staatsſecretär des Innern, Diſraeli's Abweſenheit entſchuldigend, antwortete: Es ſei wohl am beſten bei Beſprechung dieſer Sache alles Aufregende, „Inflammatoriſche" zu vermeiden. Was das Vergnügen betreffe, welches die kaiſerlich öſterreichiſche Regierung über den Amtsantritt der jetzigen Regierung geäußert, ſo ſei es durch das ganze politiſche Programm verurſacht worden, welches Graf Derby im Hauſe der Lords entwickelt; dieſes habe weſentlich dazu beigetragen, die beklagenswerthe Spannung zu heben, die ſo lange zwiſchen den zwei altbefreundeten Mächten beſtanden. Ihrer Maj. jetzige Regierung, dieſe Verſicherung gebe er dem Haus, ſei ſo feſt entſchloſſen, als es irgendeine frühere geweſen, das Aſylrecht Englands, ſeine nationale Selbſtändigkeit und Würde aufrecht zu halten, zugleich aber auch alle im jetzigen Landesgeſetz dargebotenen Mittel anzuwenden, um einen Mißbrauch dieſes Gaſtrechts von Seite der Flüchtlinge zu verhüten. Dies vorausgeſchickt, bitte er das Haus zu bedenken ob es weiſe gethan wäre eine Reſolution anzunehmen in welcher fremde Staaten einen, wenigſtens impliciten, Tadel ihres Verfahrens erkennen müßten. (Schluß folgt.)

Die Directoren der oſtindiſchen Kompagnie haben den Beſchluß gefaßt, im Jahre 1853 eine indiſche Ausſtellung in London zu veranſtalten.

Rußland.

Die ruſſiſche Regierung hat jüngſt einen Ukas erlaſſen, der Maßregeln gegen die Flucht jüdiſcher Recrutenknaben enthält. Um die Deſertion der Knaben, die vor oder nach der Aushebung als gemachte Recruten auf Schmuggelwegen über die Gränze geſchickt werden, zu verhüten, macht die Regierung die Eltern derſelben für ſie verantwortlich, und zwar bis zum Alter von 18 Jahren, und im Falle der Deſertion verfällt ſtatt des Sohnes der Vater ſelbſt der Aſſentirung.

Vereinigte Staaten.

Die Kriegsmarine der Vereinigten-Staaten iſt in einem achtungswerthen Zuſtande, denn ſie beſteht (ohne die vielen Zollwachſchiffe) aus 75 Fahrzeugen, wovon 11 Linienſchiffe, 14 Fregatten, 22 Corvetten und Schaluppen, 4 Briggs, 3 Schooner, 16 Dampfboote und 5 Munitionsſchiffe.

Vorgebirg der guten Hoffnung.

Am 26. Februar litt in der Nähe von Simons Bay der engliſche Transport-Dampfer Schiffbruch. Ungefähr 450 Perſonen, darunter 7 Offiziere, ſo wie der Capitän und die Steuerleute des Schiffes, haben dabei das Leben eingebüßt.

Neueſte Nachrichten.

Augsburg, den 6. April. Nach der A. Z. hätte noch ein Mitglied des Stifts St. Stephan, Prof. Hüttler, nach ſeinen öffentlichen Erklärungen die Abſicht, aus dem klöſterlichen Verbande auszutreten.

Kaſſel, den 4. April. Aus guter Quelle hört man, daß der Kurfürſt durch den Inhalt der neuen Verfaſſung noch keineswegs zufrieden geſtellt iſt, namentlich nicht in Betreff der Beſtimmungen über das Staatsvermögen, das fortwährend in der bei Erlaß der Verfaſſung von 1831 regulirten Weiſe behandelt werden ſoll, während der Kurfürſt die Vereinigung des Staatsvermögens, insbeſondere auch aller Staats-Domänen, mit dem Fideicommiß verlangt. (K. Z.)

Radeberg, den 5. April. Der bekannte Schriftſteller Karl Richter, genannt Roſen, iſt wegen ſeiner Betheiligung an den Maiereigniſſen in erſter Inſtanz zu 10 Jahren Zuchthaus erſten Grades verurtheilt und — nachdem er bisher auf Handgelöbniß entlaſſen geweſen — von jetzt an wieder in Haft genommen worden.

Altona, den 5. April. Geſtern iſt abſeiten der Polizei dem hieſelbſt domizilirenden Kaufmann aus Bordeaux, Herrn Hans Hirſchfeld, aufgegeben worden, die in ſeinem Garten wie gewöhnlich aufgezogene dreifarbige Flagge unverzüglich einzuziehen. Auf ſeine Einrede, daß einem franzöſiſchen Unterthan nicht gewehrt werden könne, die franzöſiſchen Farben wehen zu laſſen, wurde nicht eingegangen und ſoll daher Herr H. ſich an die franzöſiſche Geſandtſchaft in dieſer Angelegenheit gewandt haben. Es ſteht nun zu erwarten, wie dieſe Sache entſchieden wird.

Wien, den 6. April. Zum Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten iſt der bisherige Geſandte in London, Graf Buol, ernannt; bis zu deſſen Eintreffen leitet Baron Werner die Geſchäfte des auswärtigen Miniſteriums.

Paris, den 7. April. Der Polizeiminiſter hat an die Generalinſpektoren ein Rundſchreiben bezüglich der Ueberwachung gefährlicher Perſonen gerichtet. Der Generalinſpector zu Marſeille hat darauf ſeinen Untergebenen namentlich die ſorgfältige Ueberwachung der Buchhandlungsreiſenden eingeſchärft, weil dieſelben häufig zu regierungsfeindlicher Propaganda benutzt werden.

Unter den am 23. März verhafteten Perſonen befindet ſich auch der preußiſche Flüchtling von Mirbach, der ſeitdem auf der Policeipräfectur im Gefängniße ſitzt. Preußen ſoll ſeine Auslieferung verlangt haben, und unſere Regierung ſcheint nicht abgeneigt, Preußens Verlangen zu entſprechen; der Umſtand jedoch, daß Mirbach im Jahre 1831 polniſcher Officier war, wird denſelben vielleicht vor der Auslieferung ſchützen.

Miſcellen.

München. Bei einer der letzten Probefahrten zwiſchen Kaufbeuern und Kempten konnten mehrere Kindsmägde dem Gelüſte nicht widerſtehen, die Fahrt ſammt den ihnen anvertrauten Kindern mitzumachen; ſie hofften, der Zug werde, gleich wie bei frühern Probefahrten, als-

Digitized by Google

bald wieder nach Kaufbeuern zurückkehren, so daß sie noch bei guter Tageszeit zu Hause ankommen könnten. Voll Freude fuhr man nach Kempten, um allda mit Schrecken zu erfahren, daß der Zug erst andern Tags zurückfahre. Sie mußten mit ihren Pfleglingen in Kempten übernachten und die Eltern, von denen viele nicht einmal um diese Lustfahrt wußten, waren nicht wenig besorgt.

Am 16. März wüthete bei **Algeciras** ein furchtbarer Sturm. Mehrere Schiffe kämpften gegen den Sturm an, und man sah vom Ufer aus, wie einige die Masten und die Steuerruder hinter einander einbüßten und ganz das Spiel der Wellen wurden. Unter diesen befand sich auch die preußische Brigg „Irene", geführt vom Capitän Martin, von Stettin, die, von Liverpool kommend, mit allerlei beladen, nach Triest segelte. Nachdem dieses Schiff Masten und Ruder verloren hatte, wurde es von einem heftigen Windstoße so hart gegen die Klippen geschleudert, daß Schiff und Mannschaft rettungslos verloren gewesen sein würden, wenn letztere nicht durch die Hafenrettungsmannschaft dem Tode entrissen worden wäre. Kaum aber sind die Geretteten am Lande, so sehen auch sie, daß die österreichische Brigg „Jenni," geführt vom Kapitän Cergacenowich, ein gleiches Schicksal wie die „Irene" betroffen hat. Ohne Zeitverlust besteigen unsere deutschen Landsleute mit der dem Nordländer eigenthümlichen Kaltblütigkeit dasselbe Boot, das sie gerettet, rudern der „Jenni" entgegen und sind auch so glücklich, die 16 Mann starke Bemannung derselben zu retten. Auf der Hinfahrt sehen sie die „Irene" untersinken, und kaum haben sie die Mannschaft der „Jenni" an Bord, so verschwindet auch diese vor ihren Augen. Der Jubel der Bewohner von Algeciras war groß, als die Preußen mit den Oesterreichern ans Land stiegen, und die Spanier, mildthätig wie sie sind, zeichneten an demselben Tage noch 23,000 Realen für die unglücklichen Matrosen beider Schiffe. Das französische Dampfschiff „Narval," der englische Kauffahrer „Lord Dublin" und zwei spanische Küstenfahrer gingen Angesichts der auf dem Hafendamme stehenden Menge mit Mann und Maus unter.

*** Ostern.

Verzaget nicht! Die Zeit, sie naht heran —
Auch unser Volk wird seine Ostern haben.
Was geistig reif, es bricht sich mächtig Bahn,
Die rechte Zeit, bringt auch die rechten Gaben.

Von Kalisch her erscholl der Fürsten Wort,
Und Weihnacht kam mit seiner Christbescherung,
Doch schnell verschwand der heißersehnte Hort,
Und Goldschaum-Nüsse nur hing auf man zur Verehrung.

Den leeren Baum sogar gönnt man dem Kindlein nicht.
Gefährlich war's zuletzt davon zu reden.
Da strahlt von Westen her ein helles Licht,
Und plötzlich schien's als schwänden alle Nöthen.

Des Volkes Neujahr kam. Wild braust's auf Hambach's Höh'n,
Hoch wallten dort die schönen deutschen Farben.
Doch abermals sah rückwärts man es geh'n.
Vom nord'schen Hauch die Blüthen schnell erstarben.

Und lange Zeit war's trüb und öd und stumm.
Da kracht's auf's Neu' im kühnen Nachbarlande,
Und schnell ersproßten wieder Blüth' und Blum,
Zerschellt auf immer schienen nun des Winters harte Bande.

Doch wiederum war's nur des Frühlings Schein,
Nicht Ostern war's — nur laue Fastnachtstage.
Die Blum erstarb — die Blüthe welkt am Rain,
Und rückwärts schnellt auf's Neu' die Schicksalswaage.

Doch zaget nicht! Was Ostern uns verheiß't
Es kommt gewiß — der Auferstehungsmorgen,
Und Pfingsten sendet dann den wahren heil'gen Geist —
Denn wahrlich nicht geschenkt ist langes Borgen. —

Neustadt a. d. H. *†*

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 6. April. Weizen 6 fl. 48 kr., Korn 5 fl. 48 kr., Gerst 4 fl. 58 kr., Spelz 4 fl. 56 kr., Hafer 4 fl. 10 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 3. April. Weizen 6 fl. 43 kr., Korn 5 fl. 44 kr., Spelz 5 fl. — kr., Gerst 4 fl. 38 kr., Hafer 4 fl. — kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 6. April. Weizen 6 fl. 42 kr., Korn 5 fl. 31 kr., Spelz 4 fl. 41 kr., Gerst 4 fl. 48 kr., Hafer 3 fl. 22 kr., Kartoffeln 1 fl. 48 kr., per Centner.

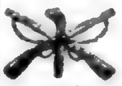
Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[949] **Literarische Anzeige.**

Bei G. L. Lang in Speyer ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Ueber Kalk und Kochsalz
in
landwirthschaftlicher Beziehung,
den rationellen Landwirthen, Chemikern und Pflanzenphysiologen gewidmet von
Dr. H. K. Geubel.
Elegant broschirt 30 kr.

[933²] **Commissions-Lager**



von Scheibenbüchsen, Jagdflinten, Pistolen und Terzrollen ꝛc. ꝛc. Scheibenbüchsen und Doppelflinten werden zum Einschießen zur Probe und um den Fabrikpreis abgegeben bei Klebsch und Manz in Speyer.

[951] **Literarische Anzeige.**

Von dem durch den Landtagsarchivar P. Stumpf in München herauszugebenden, in zwölf monatlichen Lieferungen zu fünf Bogen und 25 unter der Leitung des Hofmalers Lotze in Holzschnitten ausgeführten Illustrationen (die Lieferung zu 36 kr.) unter dem Titel: „Baiern" erscheinenden geographisch-statistisch-historischen Handbuche des Königreichs Baiern wird Ende April die erste Lieferung ausgegeben. Subscriptionen werden bei allen kgl. Posterpeditionen, bei der Redaction zu München, und allen soliden Buchhandlungen angenommen.

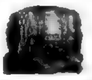
Probebögen können in der Expedition dieses Blattes und bei allen kgl. Posterpeditionen eingesehen werden.

[950²] **Dampf-Mahlmühle-Einrichtung-Verkauf.**

Donnerstag, den 15. April, Morgens 10 Uhr, werden in der hiesigen Dampfmühle 4 Mahlgänge je 2 und 2 mit Champagner Steinen und allem Zubehör zum öffentlichen Verkauf gebracht nebst vielerlei zum Mahlmühlebetrieb nützlichen Gegenstände, als: mehrere Cilinder, Putzmaschine, Schöpfwerk ꝛc., alles so gut wie neu in selten erreichter Vollkommenheit, und es müssen Jahre vergehen, ehe eine ähnliche Gelegenheit sich wiederholt.

Mannheim, den 8. April 1852.

[939³] **Weinversteigerung**
in Ludwigshafen am Rhein, bayerischen Pfalz.



Montag, den 3. Mai nächsthin, Morgens 10 Uhr, im Locale der Saam'schen Wirthschaft, lassen die Herren Kaufmann und Glöcklen in Ludwigshafen a. Rh. von ihrem Lager allda versteigern:

34,000 Liter 1848er Friedelsheimer, Wachenheimer und Rhodter, alles selbst gezogene und ganz rein gehaltene Weine.

Proben werden bei der Versteigerung und an den beiden vorhergehenden Tagen ausgegeben.

Oggersheim, den 2. April 1852.

Leuchsenring, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Montag | Nro. 89 | den 12. April 1852.

Anzeige. Des Osterfestes wegen erscheint morgen kein Blatt der Speyerer Zeitung.

Deutschland.

*** Betrachtungen.** Als die Reaction gegen Ende des Jahres 1848 zum erstenmale ganz offen und unverhüllt auftrat, um alle Versprechungen, mit denen man das Volk besonders in den Märztagen eingeschläfert hatte, geradezu zurückzunehmen und zu annulliren, da erschienen Graf Brandenburg in Preußen und Fürst Schwarzenberg in Oesterreich an der Spitze der neuen Ministerien.

Der nächste Zweck, die Niederdrückung des freien Princips, die Vereitlung des Strebens nach Einigung Deutschlands, gelang aufs Vollständigste.

Jene beiden Männer befinden sich nicht mehr unter den Lebenden. Da sie jenes wichtige Ziel so bald erreichten, so sollte man denken, beide müßten gestorben sein im Hochgefühle des Sieges, wie ein Feldherr, der, obwohl die tödtliche Wunde in der Brust, das feindliche Heer fliehend, der es vernichtet sieht, — im Strahlenglanze des Triumphes.

Dem war aber nicht so. Man kann Deutschland — so hatten die Weiterblickenden gleich anfangs vorher gesagt — man kann unser Vaterland nochmals in den alten Zustand zurückwerfen, wenn nicht für schützende Garantieen gesorgt wird, aber zu bauen und zu schaffen vermag die Reaction nicht mehr. — So ist es gekommen.

Und so kam es auch, daß beide Männer, Brandenburg und Schwarzenberg, mit dem Bewußtsein, ihr Hauptziel nicht erreichen zu können, gestorben sind, somit verzweifelnd an dem, was sie als ihre größte Lebensaufgabe betrachteten, verzweifelnd an dem Erfolge ihres Strebens, verzweifelnd an sich selbst.

Graf Brandenburg starb gleichsam am „gebrochenen Herzen," am gebrochenen Herzen über die Demüthigung Preußens zu Ende des Jahres 1850, während er, bei Bekämpfung der freiheitlichen Bestrebungen, darauf gerechnet hatte, daß Preußen über ganz Deutschland herrschen werde.

Und vollkommen ähnlich mußte Fürst Schwarzenberg an seines Lebens Ende seine Plane der Reihe nach scheitern sehen, — scheitern an den Klippen auswärts und im Innern des Staates. Auch der Kaiser von Oesterreich hat eine Kaisergewalt über Deutschland nicht erlangt; nicht einmal die Einverleibung Gesammtösterreichs in Deutschland und die damit herzustellende Präponderanz über alle übrigen deutschen Staaten konnte erzielt werden; die Zollvereinsprojecte scheiterten ebenso, trotz aller pomphaften Verkündigungen und Verheißungen; — der Finanzzustand Oesterreichs wird täglich hoffnungsloser, täglich zerrütteter; und der eigene Adel in Oesterreich, die eigenen Standesgenossen Schwarzenbergs, hatten einen Widerstand gegen ihn begonnen, den zu besiegen er, wie Niemand mehr zu verkennen vermochte, nicht im Stande war.

So unterlag denn auch dieser Feldherr des Absolutismus; auch Er starb, wenngleich vom Tode plötzlich überrascht, jedenfalls mit dem Bewußtsein des Scheiterns seiner Plane.

Andere werden ihm folgen auf der eingeschlagenen Bahn, denn diese wird noch nicht verlassen werden. Was aber ihm mißlang, den der Stolz des Sieges über die „Revolution" in den eigenen Augen und in den Augen so Vieler gewaltig hob und trug, — daran werden die Andern um so mehr scheitern, die auf keinerlei Triumphe sich zu berufen im Stande sind. —

Nicht einmal der Trost bleibt heut zu Tage den Männern der Reaction, in den einst Gentz sich und seine Genossen einwiegte: „Mich und den Metternich hält das Ding noch aus!" Sie können nicht einmal eine vorübergehende Schöpfung zu stande bringen.

*** Der Zollverein.** Wir können den maßlosen Leichtsinn nicht begreifen, mit welchem die Frage wegen Auflösung oder Fortdauer des Zollvereins nun schon seit längerer Zeit gerade von sogenannter „conservativer" Seite mitunter behandelt wird. Fordert man in andern Fällen eine noch so unbestreitbar nützliche und wohlthätige, aber etwas tief eingreifende Verbesserung allgemeiner Zustände, so bekömmt man die Antwort: das ist nur durch Revolution möglich, eine jede Revolution bringt aber eine so furchtbare Umwälzung aller volkswirthschaftlichen Verhältniße hervor, daß die Wirkungen für das Wohl ganzer Länder grundverderblich sind; darum ist es das geringere Uebel, wenn dieser oder jener Mißstand fortdauert.

Können sich denn aber jene „Conservativen," welche so gerne mit dem Zollverein Experimente machen möchten, welche mit dieser so folgenschweren Frage wahrhaft zu spielen suchen, — können sie sich gar nicht vergegenwärtigen, daß eine Auflösung dieses Vereines gerade nichts anders, als eben eine besonders tief eingreifende „Umwälzung aller volkswirthschaftlichen Zustände mit wahrhaft vernichtenden Wirkungen für das Wohl ganzer Länder" sein würde? Die Sprengung des Zollvereins wäre also der Wirkung nach auch eine „Revolution," und zwar eine Revolution der schlimmsten Art, und ohne alle wohlthätigen Folgen.

Es gibt eine Partei, welche, ohne die Auflösung des Zollvereins gerade zu ihrem eigentlichen Zwecke zu machen, doch (und zwar im Norden wie im Süden) in solcher Weise fort und fort spielt, daß die vorhandene Kluft immer mehr sich erweitern, und daß die Sprengung am Ende als vorhandenes Ergebniß vorliegen kann. Das ist's, was wir am meisten fürchten.

Die Masse der Bevölkerung im Norden wie im Südwesten Deutschlands will unzweifelhaft nicht eine Sprengung des Zollvereins. Besäßen wir nun die so sehr verschrieenen „democratischen" Einrichtungen, so genügte das unzweifelhafte Vorhandensein dieses Willens der Mehrheit des Volkes, um die Fortdauer der Verbindung von vorn herein völlig außer Frage zu stellen. Keine Bemühungen und Künste vermöchten das Geringste daran zu ändern. — Heute hängt es von dem guten Willen und der Geschicklichkeit einer Anzahl Diplomaten ab, ob die drohende Klippe umschifft werden will und kann oder nicht. —

*** Aus der Pfalz,** den 8. April. Kaum wollte man es anfangs glauben, daß der dermalige Landtagsabgeordnete Hr. Rebenack als Kreiskassier von Speyer nach Ansbach versetzt sei. Ob man auch ihn den Democraten beizählt, — wir wissen es nicht; das aber wissen wir und weiß Jedermann der Hrn. Rebenack kennt, daß er jederzeit und unter allen Verhältnißen sich als ein tüchtiger, ehrenhafter, wohlwollender Mann erprobte, der überdies nie darauf ausging, sich seines persönlichen Vortheils wegen bemerkbar zu machen, wie es heut' zu Tage so vielfach Mode ist. Auch das wissen wir, daß es die Pfalz ganz besonders den mit unwiderlegbarer Schärfe und Klarheit begründeten und erfolgreichen Be-

mühungen des Hrn. Rebenack zu verdanken hat, wenn ihr von der unbilligen und ungerechten Last von 253,000 fl., welche sie neben den Steuern wie die übrigen Kreise, noch besonders an die Staatskasse entrichten sollte, wenigstens 153,000 fl. abgenommen wurden, und unser Land also mindestens diese Erleichterung erlangte. Es ist heute sehr überflüssig, nachzuforschen, wie es sich mit den Veranlassungen zu dieser Versetzung verhält. *)

*** Aus der westlichen Pfalz** ist uns von einem Landmanne ein Aufsatz zugekommen, in welchem derselbe darüber klagt, daß Remontepferde für die baier. Cavallerie im Auslande mit großen Kosten gekauft würden, während man diese große Ausgabe — wenigstens zu einem sehr ansehnlichen Theile — in jeder Beziehung weit zweckmäßiger im Inlande machen würde, wenn man hier Pferde kaufte. — Wir halten es überflüssig, dieser einfachen Notiz irgend weitere Bemerkungen beizufügen.

*** Frankenthal,** den 10. April. Die zuchtpolizeiliche Verhandlung gegen die in dem großen politischen Prozeße von den Geschwornen freigesprochenen Dürkheimer wird nicht am nächsten Dienstage, sondern erst am 19. ds. stattfinden, weil der Beschuldigte Stöhr, der sich in Folge seiner polizeilichen Ausweisung nach Lindau zurückziehen mußte, von der Ladung in die nächste Dienstagesitzung nicht mehr erreicht werden konnte. Die Hrn. Willich und Stockinger werden die Vertheidiger sein.

*** Speyer,** den 10. April. Nach einem Schreiben aus Darmstadt vom 7. April im „Mannh. Jour." hätten die „Anmuthungen" des baierischen Bevollmächtigten bei der Zollconferenz „nicht allseitigen Beifall gefunden." — Nach einem andern Schreiben im „Frkftr. Jour." hätte man sich dagegen „mit Ausnahme einer einzigen Regierung" — „die bestimmtesten Zusagen gemacht" (in welcher Weise??). — Aus Stuttgart schreibt man: So viel scheint sicher, daß die süddeutschen Regierungen und Sachsen in Betreff der Präjudicialfrage einig sind, daß, wofern Bevollmächtigte von Hannover und Oldenburg an der Berliner Conferenz theilnehmen, auch ein österreichischer Bevollmächtigter mit gleichem Rechte zuzulassen sei.

München, den 8. April. Nachdem schon bei der vorletzten Schranne vieles Getreide unverkauft blieb und auf dem Schrannenplatz die ganze Woche hindurch im Freien stehen mußte, weil es im Schrannenhause nicht mehr untergebracht werden konnte, war dies laufende Woche in noch größerem Maße der Fall. Der ganze Schrannenplatz steht zur Zeit voll Getreide, was wol seit 30 Jahren nicht mehr vorkam. Bei der letzten Schranne blieben nicht weniger als 7152 Schäffel Getreide unverkauft, eine Menge, welche die Zufuhren aller größeren Schrannen in Bayern übertrifft. (Volksbötin.)

Augsburg, den 7. April. Die wegen des Charfreitags auf heute verlegte Schranne brachte abermals einen wesentlichen Abschlag der Getreidepreise: Weizen fiel um 59 kr., Kern um 1 fl., Roggen um 33 kr., Gerste um 6 kr. Haber allein ging um 19 kr. in die Höhe.

Nürnberg, den 8. April. Heute reiste L. Jegel, der bisherige Redacteur des democratischen „Fränkischen Kuriers," mit seiner Familie von hier nach America ab.

Karlsruhe, den 7. April. Was die Thronfolge anbelangt, so ist solche, wie man zuverlässig vernimmt, geordnet. Der Erbgroßherzog Ludwig wird als Großherzog ausgerufen, doch Prinz Friedrich die Zügel der Regierung als Regent führen. Allgemein glaubt man, daß große Veränderungen in hohen Staatsstellen erfolgen werden. (Köln. Ztg.)

Durch eine Verordnung, werden die halben und viertels Kronenthaler vom 15. Mai an in Baden außer Cours gesetzt. Schon jetzt dürfen die öffentlichen Cassen keine viertels und halben Kronenthaler mehr ausgeben. Später wird das Loth im Preise von 1 fl. 25 kr. angenommen.

Rastatt, den 5. April. Mehrere Schweizer, wenn wir recht unterrichtet sind, acht Basler, wurden heute Nachmittag hier eingebracht, um einen Kasemattenarrest von 3 bis 6 Wochen zu erstehen. Sie sollen in der Nähe von Lörrach die Redefreiheit gebraucht haben, wofür die Strafe auf dem Fuße folgte. (Fr. K.)

Leipzig, den 4. April. Die Gattin des geflüchteten Fabrikanten Schwedler aus Lindenau, die wegen Verdachts, die Flucht ihres Mannes begünstigt zu haben, in Untersuchung gezogen, und erst nach mehreren Wochen gegen eine Caution von 400 Thlrn. entlassen worden war, ist gleich in erster Instanz vom Appellationsgericht zu Leipzig vollständig freigesprochen worden.

Köln, den 3. April. In der Disciplinarverfolgung gegen den Advokaten E. Bohnstedt aus Elberfeld wegen Theilnahme an dem Sicherheitsausschuß im Mai 1849 in Elberfeld hat der Disciplinarsenat des rheinischen Appellationsgerichtshofes heute das Urtheil gesprochen — daß das ganze eingeleitete Verfahren, die Klageschrift des öffentlichen Ministeriums einschließlich, gesetzlich unstatthaft und das Urtheil des königlichen Landgerichts zu Elberfeld vom 4. Dez. 1851 aufzuheben sei. Man hatte gegen den Advocaten Bohnstedt, nachdem derselbe von den verschiedenen ihm durch Criminalanklage zur Last gelegten Staatsverbrechen und Vergehen freigesprochen worden, die Beschuldigung dieser selben Verbrechen und Vergehen im Disciplinarverfahren wiederholt, und das königliche Landgericht zu Elberfeld ihn dieserhalb seiner Eigenschaft als Advocat für verlustig erklärt. Hr. Justizrath Esser I führte das Wort in Bezug auf die Hauptrechtsfrage und vertrat in warmer Rede die gesetzliche Unstatthaftigkeit dieser wiederholten Anschuldigung. Das ergangene Urtheil ist ein Meisterwerk von Gründlichkeit und juristischer Schärfe. Bohnstedt ist an der Ausübung seiner Amtsverrichtungen nicht weiter mehr gehindert (K. Z.)

Greifswald, den 2. April. Also auch das Appellationsgericht hat gegen seinen mehrjährigen Präsidenten die Anklage der Fälschung für begründet erachtet: Hassenpflug ist auf den Antrag des Oberstaatsanwalts in zweiter Instanz verurtheilt worden und zwar, dem Vernehmen nach, auf den einstimmigen Ausspruch der Richter. Die Motivirung des Urtheils durch den Präsidenten von Seedet, den früheren Kollegen Hassenpflugs im Obertribunal, hat auf das zahlreich versammelte Publicum den größten Eindruck gemacht, sowohl durch die Schärfe der juristischen Entwicklung als auch durch den sittlichen Ernst des ganzen Vortrags. Es wurde besonders hervorgehoben, daß nach den Privatschreiben des Angeklagten an den betreffenden Baubeamten, welche erst in der späteren Verhandlung zu den Akten gekommen sind, an dem Dolus nicht mehr zu zweifeln sei, und daß das Bedenken jedes Unbefangenen, — wie ein Mann in einer solchen Stellung ein solches Verbrechen um einen so geringen Gewinn habe begehen können, durch die vollständig bewiesene Thatsache erledigt werde: der Angeklagte hat sich einer Fälschung schuldig gemacht, der Präsident eines Gerichtshofes hat ein gemeines Verbrechen verübt. Niemand würde Bedenken tragen, in einem solchen Falle gegen

---

*) In den Shakespeare'schen Trauerspielen fehlt bekanntlich die „lustige Person" nicht. Auch in diesem Falle hat sich eine solche „lustige Person" eingestellt. Das subventionirte Blatt der Pfalz bringt eine besondere Berichtigung seines eigenen frühern Artikels, um dem Publikum zu vermelden: Hr. Rebenack sei nicht nach Ansbach „versetzt," sondern dahin — „berufen!" Welche superfeine Distinction! Wir wollen das citirte ehrenwerthe Blatt nur fragen: hat Hr. Rebenack seine Transplantation nach Ansbach etwa selbst verlangt? Man wird mit Nein! antworten müssen. Oder ist ihm eine höhere Stellung oder höherer Dienstbezug zu Theil geworden? Schade, man wird wieder nicht mit Ja entgegnen können. Und in einem solchen Falle muß eine subventionirte Zeitung einen eigenen „Berichtigungsartikel" bringen, um zu sagen, daß es sich selbst geirrt habe, wenn es von einer „Versetzung" geredet, es handle sich vielmehr um etwas ganz Anderes, um — eine „Berufung!" Risum teneatis.

den Geringsten auf die gesetzliche Strafe zu erkennen; um so mehr müsse der Gerechtigkeit hier ihre Ehre wahren. — Die Strafe sei nach dem gemeinen Rechte, welches das mildere sei, bemessen; weit härter würde sie nach dem allgemeinen Landrechte ausgefallen sein, und wäre das Strafgesetzbuch zur Anwendung gekommen, so hätte auf mehrjährige Zuchthausstrafe erkannt werden müssen. Wahrscheinlich wird die Sache nun durch Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde vor das Obertribunal gebracht werden; man sieht der Entscheidung dieses Gerichtshofes mit Spannung entgegen.

Von der Weser, den 31. März. Es mag nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß den kurhessischen Lehrern folgende Fragen vorgelegt sind, die jeder von ihnen zu beantworten hat. Die erste Frage: Haben Sie in Ihrem Besitz die Weltgeschichte von Scholz Bd. V Heft 1 — 6 und haben Sie in Ihrem Unterrichte in der Weltgeschichte diesen zu Grunde gelegt? Die zweite Frage: Stehen Sie in irgend welcher Geschäftsverbindung mit der Schulbuchhandlung, sind Kolporteure derselben bei Ihnen gewesen und welche Bücher haben Sie von derselben bezogen. — Wir enthalten uns hierbei jeder Anmerkung, müssen es aber beklagen, daß viele Lehrer durch diese Fragen, die sie gewissenhaft beantworten sollen, in große Verlegenheit gesetzt werden. Ist denn Scholz' Weltgeschichte ein so gefährliches Buch? Wir kennen sie nicht. (Ztg. f. N.)

Bremen, den 4. April. Der „Courier," ein hiesiges Localblatt, theilt nach einer muthmaßlichen Schätzung das Stimmenverhältniß bei den demnächst hier stattfindenden Wahlen mit. Demnach haben z. B. 8500 Stadt- und Landbewohner 20 Vertreter zu ernennen, wogegen circa 770 Kaufleute, Gelehrte und Handwerker 88 Vertreter zu ernennen haben. Circa 130 Richter, Advocaten, Aerzte, Theologen, Notare, Lehrer u. s. w. wählen 6 Vertreter mehr, wie circa 6000 Staatsbürger, welche keine Einkommensteuer entrichten. — „Eine so componirte Bürgerschaft," bemerkt das genannte Blatt, „kann nicht mehr Volksvertretung, sondern höchstens Ständevertretung genannt werden."

Wien, den 4. April. Die Haltung der hiesigen Börse ist nicht wenig dazu geeignet, allgemeine Besorgniß zu erregen. Trotz dem, daß kein äußerer Grund namhaft gemacht werden kann, steht das Agio auf 23 Proc. und darüber. Dasselbe ist in der letzten Woche wieder beinahe um 2 Proc. gestiegen. Dabei regelt sich der ganze Verkehr nach dem Börsenstande, und die Preise der Wohnungen und Lebensmittel halten sich wenigstens in ihrem Steigen genau an die von dem Geldmarkte vorgeschriebene Scala. (Köln. Z.)

Die Berathungen über das neue Ehegesetz nähern sich ihrem Ende. Noch vor dem Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes sind zwei interessante und nicht unwichtige Incidenzfälle zur Entscheidung gekommen. Mehrere katholische Priester, welche in den letzten Jahren zur protestantischen Kirche übergetreten waren, hatten sich um Eheconsense beworben. Die Gesuche gelangten zur schließlichen Entscheidung des Cultusministeriums, und wurden, dem Vernehmen zufolge, dahin erledigt, daß bis zur Feststellung der neuen Bestimmungen über das Eherecht, die Verfügung unseres allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches — nach welcher solche Ehen unstatthaft sind — maßgebend bleibe. Im andern Fall handelte es sich um den sog. politischen Eheconsens. Dieser war bisher für Gesellen, Taglöhner und Personen, welche vom Wochenlohn leben, nach verschiedenen zum Theil widersprechenden Normen ertheilt oder verweigert worden; namentlich war das Verfahren bei Beurtheilung der erforderlichen Erwerbs- und Ansäßigkeitsausweise kein gleichartiges. Die Statthalterei hat entschieden, daß ohne Rücksicht auf längere oder kürzere Ansäßigkeit des Bittstellers, die Ehebewilligung bei einem nachgewiesenen Erwerb von wöchentlich 6 fl. C.-M. in der Regel nicht zu verweigern sei.

— den 5. April. Der förmliche Schluß der Zollconferenzen dürfte vor Mitte des laufenden Monats kaum stattfinden.

Es ist nunmehr beschlossen, der österreichischen Marine eine neue Organisation zu geben!

— den 6. April. Binnen Kurzem soll der Orden der Jesuiten im ganzen Kaiserthum in alle seine früheren Rechte wieder eingesetzt werden. — Großes Aufsehen erregte die vom hiesigen Landesgerichte erfolgte Verurtheilung einer sehr bekannten Persönlichkeit, der Hofräthin Julie von S., welche wegen verübter Betrügereien im Betrage von 40,000 fl. C.-M., zu fünfjährigem schwerem Kerker condemnirt wurde.

Frankreich.

Paris, den 6. April. Ein Rundschreiben des Unterrichtsministers verbietet den Professoren und Lehrern das Tragen langer Bärte. — Sämmtliche Appellhöfe haben auf Veranlassung der Regierung ihr Gutachten über die beabsichtigte Strafreform eingereicht.

Ein Lyoner Blatt enthält den Brief eines Schiffslieutenants über die Abfahrt des Dampfers „Asmodée," der einige Hundert Deportirte nach Afrika abführte. Die Einzelnheiten, die dieses Schreiben enthält, sind herzzerreißend. Am Tage vor der Abfahrt hatte sich das Gerücht der Begnadigung der Deportirten verbreitet; als man dennoch die Fregatte im Begriffe sah, in die See zu stechen, stürzte sich die Menge in den Eingang des Hafens. In einem Nu waren alle Höhen und Felsen ringsum von Menschen, Frauen und Kindern bedeckt. In dem Schiff befand sich auch ein Officier. Seine Frau wurde vom Schmerze so ergriffen, daß sie in einigen Stunden starb. Des Winkens, Weinens und Händeringens war kein Ende.

Italien.

Venedig, den 3. April. Die „Marianna" wurde endlich gefunden. Fischer aus Chioggia bemerkten gestern Vormittags unweit der Punta Maestra mehrere auf die Oberfläche des Wassers heraufsteigende Gegenstände, weshalb sie auf den Gedanken kamen, daß an jener Stelle ein Schiff untergegangen sei. Sie berichteten den Vorfall dem Platzcommando zu Chioggia, welches gleich eine Commission hinausschickte. Der unter dem Tauchapparate hinabgelassene Matrose drang in das Innere des Schiffs, wo noch einige Leichen sich vorfanden, und brachte nach einigen Minuten mehrere Eisen- und Kupferbestandtheile mit sich hinauf. Das Schiff liegt 74 Fuß unter der Meeresfläche und ist noch mit allen seinen Kanonen gerüstet. Es muß in Folge der Zerplatzung des Kessels zu Grunde gegangen sein.

Rom. Der berühmte Astronom De Gasparis hat von der Sternwarte in Neapel einen neuen, bereits den fünften Planeten, und zwar im Sternbild des Regulus entdeckt, und in den Nächten des 17., 19. und 20. März beobachtet.

Großbritanien.

Zu unserm gestrigen Berichte über die Unterhaussitzung vom 1. April haben wir nachträglich noch zu bemerken, daß, nachdem Palmerston gesprochen (aus dessen Rede wir bereits in Nro. 87 einen Auszug geliefert), der Antragsteller seine Motion zurückzog, da deren Zweck erfüllt sei.

London, den 6. April. Der Minister des Auswärtigen, Earl von Malmesbury, hat sich gestern in einer verständigen und tactvollen Rede in Bezug auf die Flüchtlingsfrage völlig zu den Ansichten bekannt, welche sein Vorgänger, Earl Granville, in seiner bekannten Depesche niedergelegt hat. „Wenn" — sagte u. A. Lord Malmesbury — „persönliche Bosheit oder Parteihaß die schlimmste, überhaupt nur erdenkliche Verleumdung gegen mich ersinnen wollte, so würde dieser Zweck dadurch erreicht werden, daß man mir in Bezug auf eine Frage, welche die Sicherheit fremder Flüchtlinge in diesem Lande angeht, Ansichten zuschriebe, die von den in der Depesche meines edlen Freundes und Vorgängers niedergelegten Ansichten verschieden wären. Ich kann mir die Freude

und das Glück, welches ein aus seinem Vaterlande hinweggehetzter Flüchtling empfinden muß, wenn er das Ufer Englands erblickt, wohl denken. Seine Freude kann aber nicht größer sein, als die Freude und Wonne, welche jeder Engländer in dem Bewußtsein empfindet, daß England der Zufluchtsort solcher Männer ist. Mylords! Sie kennen unsere Gesetze in Beziehung auf diesen Punct. Ein Mal über das andere Mal sind diese Gesetze in beiden Häusern des Parlaments erörtert worden, und so lange ich das Glück habe, Mitglied der Regierung Ihrer Majestät zu sein und das auswärtige Amt zu verwalten, soll keine Forderung irgend einer Macht der Erde mich willig finden, diese Gesetze zu verändern. Ich würde auf eine solche Forderung nicht durch Gegengründe oder durch eine diplomatische Depesche antworten — denn ich glaube, das Gebiet der Diplomatie reicht nicht über Verhandlungen und über Schritte der Aussöhnung hinaus, — sondern ich würde denen, welche ein solches Ansinnen an mich stellen sollten, in festem, wenngleich nicht verletzendem, Tone einfach erklären, von einem Eingehen auf dieses Ansinnen könne nicht die Rede sein, und mit den Worten unserer ersten Barone würde ich antworten: „Nolumus leges Angliae mutari." Das, Mylords, sind meine eigenen Gefühle und Ansichten, und da ich die Ueberzeugung hege, daß jedes Mitglied der Regierung Ihrer Majestät eine Veränderung der erwähnten Gesetze für unmöglich hält, selbst für den Fall, daß sich ein Minister finden ließe, dem danach gelüsten sollte, und daß wir das Gesetz gegen Jeden aufrecht halten werden, so darf ich wohl hinzufügen, daß, dem Geiste und den Grundsätzen der englischen Politik gemäß, dasselbe Gesetz, dessen Schutz der Flüchtling unter keinen Bedingungen vergebens anrufen wird, ihn andererseits unnachsichtlich bestrafen wird, wenn er seinen Conspirationen eine solche practische Gestalt gibt, daß er das Gesetz offenbar bricht."

Neueste Nachrichten.

München, 8. April. Dönniges ist nach Paris abgereist.

Paris, den 8. April. Der „Siecle" meldet die gestern früh erfolgte Verhaftung des Liederdichters P. Dupont.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[953] **Literarische Anzeige.**

Bei G. L. Lang in Speyer ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Leichtfaßliche
Kalendererklärung
für den
Bürger und Landmann.
Enthaltend:

Geschichtliche Entwicklung des Kalenders, Erklärung des Sonnen- Mond- und Indiktionszirkels, der goldenen Zahl, der Epakten, des Sonntagsbuchstaben und des Jahresregenten, sowie Erläuterung der Berechnung der Mondphasen, der Sonnen- und Mondfinsternisse, Anleitung zur Verfertigung des Kalenders, nebst Aufzählung und Beschreibung der vom Jahre 1851 bis 1900 zu erwartenden und vorzugsweise in Europa sichtbaren Finsternisse und einer Tabelle, welche für jedes Jahr von 1851 bis 1900 den Sonnenzirkel, die goldene Zahl, die Epakten, die Römerzinszahl, den Sonntagsbuchstaben und den Monatstag, auf welchen in jedem treffenden Jahre das Osterfest fällt, enthält, nebst einer Anleitung zur Verfertigung von Sonnenuhren.

Mit
mehreren erläuternden Tabellen und Zeichnungen.
Verfaßt
von
J. U. Schmidtner,
k. b. Lieutenant im 12. Infanterie-Regiment
(König Otto von Griechenland).
Preis brosch: 30 kr. gebunden 40 kr.

[923] **Anzeige und Empfehlung.**

Bei dem in steter Zunahme begriffenen Bedarf an geschnittenen Hölzern, die zu den verschiedenen industriellen Zwecken, namentlich aber bei der immer mehr in Aufschwung kommenden Cigarren-Fabrikation verbraucht werden, und da fortwährend bedeutende Zufuhren dieser Hölzer vom Niederrhein und aus Württemberg Absatz finden, glaubte der Unterzeichnete den Fournier-Schneidmaschinen bei uns dadurch mehr Eingang verschaffen zu können, daß er statt der kostspieligen eisernen Maschinen, billigere und zweckmäßiger construirte, aus Holz herstellte. Eine solche Maschine ist nun bereits seit 6 Monaten im Gang und zeichnet sich nach übereinstimmenden Urtheilen in jeder Beziehung sehr vortheilhaft aus; sie ersetzt nicht nur eine eiserne vollkommen, sondern ist ihrer namhaften Verbesserungen wegen in vielen Fällen derselben sogar vorzuziehen, da sie eben so dauerhaft ist; indem die der Abnützung unterworfenen Theile in Guß, Eisen und Messing ausgeführt sind und bedeutend billiger zu stehen kommt, so empfiehlt sich ihre Anschaffung von selbst und hofft der Unterzeichnete mit deßfallsigen Bestellungen baldigst beehrt zu werden. — Hiermit verbindet derselbe die Anzeige, daß auch alle andern in sein Fach einschlagenden Arbeiten von ihm auf das Beste und Billigste ausgeführt werden, namentlich aber: Zirkular- und Schweifsägen, Drehbänke, Bohrmaschinen, Stiftenmaschinen, Lohrinden- und Farbholzschneidmaschinen, Antifriktions- und Schraubenpressen aller Art, Vergold-, Apotheker-, Siegel- und Copierpressen, Cigarrenbindelmaschinen, Decimal-, Balken-, feststehende Tek-, Brief- und Schnellwaagen neuester Construction. Spinnmaschinen zum Selbstbetrieb und überhaupt alle Maschinen für Seiler, Seifeschneidmaschinen, Schrift- und Papierhebel, Gartenspritzen und Pumpen aller Art, waterclos, Flaschenzüge, Winden und alle mögliche Hebezeuge; ferner landwirthschaftliche Maschinen, als: Entwässerungsröhren und Backsteinmaschinen, Schrot-, Rüben- und Kartoffelmühlen, Häckselschneid-, Getreide- und Putzmaschinen für Mühlenbesitzer, sowie Anlegung von Transmissionen und Röhrenleitungen ꝛc.

Durch einen längern frühern Aufenthalt in England, sowie neuerdings durch den Besuch der Londoner Industrieausstellung ist der Unterzeichnete im Stande, sowol die oben angeführten Maschinen als überhaupt Hülfsmaschinen jeder Art und für alle Gewerbe nach der neuesten Construction mit den in jenem Lande angewandten Verbesserungen herzustellen und zu repariren und empfiehlt sich den Herren Fabrikanten und Gewerbtreibenden zu gefälligen Aufträgen und Bestellungen.

Speyer, im März 1852. **D. Heß,** Mechaniker.

[952²] **Versteigerung einer Mühle.**

Donnerstag, den 6. Mai nächsthin, Nachmittags um 2 Uhr, zu Frankenthal im Gasthause zum rothen Löwen, lassen die Erben von Peter Folz, ihre daselbst am Krahnen des mit dem Rheine verbundenen Kanales gelegene Oelmühle mit 2 Pressen, Loh- und Stampfmühle, Wohngebäude, Stallung, Gärten, Remise, Badzimmer und Zubehörden, unter angemessenen Zahlungsfristen versteigern. Dieses Anwesen, welches sich wegen seiner Räume, seiner Lage und der örtlichen Verhältniße zu einem jeden andern Geschäfte, insbesondere aber zur Errichtung einer Tabaks- oder Cigarrenfabrik mit Fournierschneidmaschine eignen würde, befindet sich nebst allen Zubehörden in bestem baulichen Zustande. Der Kanal nach dem Rheine und die Eisenbahn von Mainz nach Ludwigshafen gewähren bei Errichtung einer Fabrik oder eines commerciellen Etablissements entsprechende Vortheile. Die Wohnung, welche 13 geräumige Zimmer, Küche und Waschkammer enthält, hat eine frei gehende Lage, Terrasse mit Blumen- und Gemüsegarten.

Frankenthal, den 8. April 1852. Der k. Notär: **Berg.**

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 91 | den 15. April 1852.

Deutschland.

*** Bemerkungen.** Es ist wol nicht zwecklos, noch oft auf die Entwicklungsgeschichte des öffentlichen Lebens in England zurückzublicken. Wir können gar Manches daraus lernen.

Wenige Männer werden von den Engländern höher gehalten, mehr als Vertheidiger und Förderer ihrer Freiheit verehrt, als John Hampden, welchem das Volk den schönsten Ehrennamen, den des Patrioten gab. Hampden war 1594 zu London geboren, studirte in Oxford und begann 1625 als Parlamentsglied, fast gleichzeitig mit dem Regierungsantritt Karl's I., seine politische Laufbahn. In dem schicksalvollen Kampfe, welchen Karl während seiner viertelhundertjährigen Regierung gegen die englische Volksfreiheit führte, war Hampden bis zu seinem Tode auf dem Schlachtfelde, 6 Jahre vor Karls traurigerem Ende, einer der ersten und geachtetsten Vertheidiger des schwerbedrängten Rechts.

Das einflußreichste Beispiel eines solchen gesetzlichen Widerstandes gab Hampden, nachdem er schon früher selbst durch Gefangenschaft sich nicht hatte zwingen lassen, zu einem verfassungswidrigen gezwungenen Anlehen beizutragen, im Jahre 1637, in jener gefährlichen Zeit, in welcher Karl I. ganz ohne Parlament zu regieren beschlossen hatte, was er in England nur durch ein terroristisches System 11 Jahre lang durchzusetzen vermochte. Hampden lebte damals als Privatmann auf seinem Gute in Buckingham. Der Vorgang selbst soll hier mit Dahlmanns Worten dargestellt werden.

Karl war entschlossen, fortan ohne Parlament zu regieren. Zu dem Ende mußte er aber vor Allem Friede haben. Und es ward nicht schwer, mit Frankreich abzuschließen, da La Rochelle ohnehin schon gefallen war (1630). Im Jahre darauf kam auch der Friede mit Spanien zu Stande.

Jetzt aber galt es, rasch Hand anzulegen, um ohne Parlament die Einnahme der Krone zu vermehren. Das Pfund- und Tonnengeld ward forterhoben, mancher Zoll erhöht. Die (kirchlichen) Recusanten setzte man auf bestimmte Summen, die sie jährlich in den Schatz einzuzahlen hätten, und man dehnte die Forderung mit der Zeit (1637) auch auf die irländischen Recusanten aus. Der schottische Adel mußte jetzt einen Theil der geistlichen Güter herausgeben, auf welche die Krone Ansprüche machte. Viele Forsten wurden der Krone zugesprochen.

Man ging weiter und schlug einen Weg ein, welchen König Jacob angebahnt. Diesem machten die unaufhörlichen Seuchen in London Sorge, er schrieb sie der Uebervölkerung zu, wollte nun die Hauptstadt nicht weiter wachsen lassen, verbot durch eine Verordnung die Aufführung neuer Gebäude. Weil aber die Gerichtshöfe dahin entschieden, daß es dazu eines Gesetzes bedürfe, so blieb die Sache beruhen und die Stadt erweiterte sich jugendkräftig nach allen Seiten. Karl nahm die Sache wieder auf, ließ durch Commissarien die Eigenthümer der neuen Häuser vorladen. Da mußten Viele schwere Geldbußen zahlen und ihre Gebäude wurden obendrein niedergerissen, wodurch z. B. ein einziger Speculant 42 Gebäude verlor.

So kam es, daß die Mehrzahl sich glücklich schätzte, mit Brüchen und einer jährlichen Haussteuer davon zu kommen. Der König stieg nun höher noch mit gelehrten Forschungen in das Alterthum hinauf, um nutzbare Hoheitsrechte aufzuspüren. Während des letzten französischen Krieges hatte er von den Seehäfen und den Küstengebieten die Stellung von bemannten Kriegsschiffen gefordert. Dieses Ansinnen war dem gegenwärtigen Seewesen nicht mehr angemessen, allein die Krone berief sich auf ein altes Herkommen und auf das, was für die Königin Elisabeth in den Tagen der Armada geschehen. Dieses Beispiel paßte nicht, es galt damals die Vertheidigung des eigenen Landes mit Anspannung aller Kräfte, allein man gab für den Augenblick nach. Jetzt aber ward in tiefem Frieden eine Stellung von Kriegsschiffen ausgeschrieben (1639) und zwar über das ganze Königreich, und so sollte es jedes Jahr gehalten werden. Die Kosten wurden in Geld gesetzt, so daß der König die Ausrüstung übernahm, wie denn wirklich zum Scheine einige solcher Ausrüstungen geschahen. Die königliche Einnahme wuchs dadurch jährlich um 218,500 Pf. Man nannte das ship-money, Schiffgeld, und rechtfertigte die Erhebung aus der Zeit der Angelsachsen und des Danageldes her. Lord Strafford (nächst dem Erzbischof Laud das Hauptwerkzeug der Tyrannei) schrieb ganz triumphirend aus Irland: „Seitdem der König das Recht hat, eine Steuer zur Ausrüstung einer Flotte auszuschreiben, muß es sich mit der Werbung eines Heeres ebenso verhalten, und derselbe Grund der ihn berechtigt, ein Heer zu werben, um einer Invasion zu widerstehen, wird ihn auch berechtigen, dieses Heer ins Ausland zu führen, um ihr zuvor zu kommen. Ueberdem, was Gesetz in England ist, ist auch Gesetz in Schottland und Irland. — Laßt den König nur wenige Jahre sich des Krieges enthalten, damit sich seine Unterthanen an die Bezahlung der Steuer gewöhnen, und er wird sich mächtiger und geehrter schauen als einer seiner Vorfahren.“

Ein wohlhabender Gutsbesitzer in Buckinghamshire, John Hampden, war anderer Meinung; ein stiller freundlicher Mann von wenig Worten, der am liebsten auf Andere hörte, aber dicht unter seinem schlichten Gewande lag die ehrene Brust der Beharrlichkeit verborgen und sah bisweilen daraus hervor. John Hampden weigerte sich, die armseligen 20 Schillinge Schiffgeld zu bezahlen, die im Kirchspiel auf sein Theil fielen. Nicht aus Widersetzlichkeit, sondern mit ebenso viel Bescheidenheit als Ernst, immer ganz kleinlaut und anspruchslos, aber immer gleich fest, sprach er die richterliche Entscheidung an, ob er wirklich schuldig sei zu zahlen. Die Richter der Schatzkammer hätten lieber geschwiegen; am Ende entschieden sie ihrer 8 gegen 4 wider ihn (1637), allein rings im Volke hielt man Hampden's Gründe für siegreich und sein Name scholl weit durch das Land. Männer von solcher Haltung wie Hampden sind zu allen Zeiten selten. In ganz anderer Art trat damals Prynne auf, ein Sachwalter, ganz erfüllt von puritanischen Meinungen, der in seinem Histriomastix, einem Quartband von tausend Seiten, Tanz und Maskenzüge und Schauspielwesen und ganz besonders die Verkleidung von Männern in Weibertracht als Werk des leidigen Teufels verdammte. Es schildert seinen Character, daß er auf die Frage: ob er denn nicht bei einer Verfolgung von Christen durch die Heiden sich in Mädchentracht gerettet haben würde? antwortete: „lieber den Tod.“ König und Königin tanzten gern, liebten Maskenzüge, die Königin ließ sich auch in Hofschauspielen bewundern. Alsobald beschloß der Eiferer Erzbischof Laud, für Gottes und des Hofes Ehre Alles aufzubieten, ließ nicht nach, bis Prynne als Verletzer der Majestät vor Gericht gestellt war. Der Mann erklärte, König und Königin gar nicht gemeint zu haben;

half nichts, er mußte durch Richterspruch (1634) beide Ohren verlieren, am Pranger stehen, 5000 Pfund Buße zahlen, sein Buch verbrennen sehen und sollte nun ewig im Gefängniß bleiben. Seine Ohren fielen, er ließ sie annähen und sie wuchsen ihm im Kerker wieder an. Er ward nicht matt, schrieb wieder und erlitt nach 3 Jahren dasselbe Urtheil. Während des Processes sprach Lord Finch, der Oberrichter: „Ich glaubte, Hr. Prynne hätte keine Ohren mehr, aber mir kommts vor, er habe noch Ohren," und ein Gerichtsdiener mußte nachsehen. „Mylord," rief Prynne, „ich bitte Gott um nichts, als daß er euch Ohren geben möge, um mich anzuhören." Während der Vollziehung sprach Prynne zu der Volksmenge, die unzählig zusammengeströmt war: „Christen, wäre es uns um unsere eigene Freiheit zu thun gewesen, so befänden wir uns nicht hier" (denn er hatte Genossen seines Schicksals und eben so heldenmüthige); „um euer Aller Freiheit willen haben wir die unsrige auf das Spiel gesetzt. Wachet über diese, ich bitte euch, haltet fest, seid treu der Sache Gottes und des Landes, sonst werdet ihr und eure Kinder in ewige Knechtschaft gerathen." Man rief ihm Beifall zu. Die Vermählung von kirchlicher und politischer Freiheit ward damals im Herzen des Volkes eingesegnet. Mochte der Eine dem Hampden als Muster folgen, mochte dem andern das Beispiel Prynne's vorleuchten, man erkannte den gleichen Boden, auf welchem Beide standen.

Auch der Theologe Burton und einen Arzt Bastwick, wurden wegen freisinniger Rede und Schrift zu der gleichen Strafe wie Prynne verurtheilt. Bei der Urtheilsvollziehung rief Burton dem Henker, der das Volk zurückweisen wollte, zu: „Laß sie, auf daß sie lernen, wie man Leid ertragen muß." Eine Frau sagte zu ihm: „Mein lieber Herr, das ist die beste Predigt, die ihr je gehalten habt." Er erwiederte: „ich hoffe es, und Gott wolle, daß sie die Zuschauer bekehre." Einem jungen Manne, den er blaß werden sah, rief er zu: „Mein Sohn, weßwegen bist du blaß! Mein Herz ist nicht schwach, und wenn ich der Kraft noch mehr bedürfte, so würde Gott sie mir nicht fehlen lassen." Gleich tapfer blieb und sprach der Arzt. So schlug der tyrannische Proceß wegen Majestätsbeleidigung zum Verderben der verblendeten Majestät aus. — Einige Jahre später saß derselbe Prynne als Richter mit zu Gericht, als Karl I. zum Tode verurtheilt wurde!

* **Der Zollverein.** Die Vernichtung des Preußischen Zollvereins wäre für den Volkswohlstand so verderblich, als nur irgend eine „Revolution" sein könnte, ohne allen Gegengewinn. —

Es war schon seit Ende des Jahres 1850 vorherzusehen, daß die Stellung, welche ein Theil der süddeutschen Staaten gegen Preußen einnahm, auch zu einer Gefährdung des Zollvereins führen werde. Die Hofpublicisten aber, jene feilen Schreiber, die „nichts zu verlieren haben" als die ihnen auf Kosten des Landes zu Theil werdenden Begünstigungen, und die dadurch in den Fall gebracht sind, die Noth des Volkes noch verhöhnen zu können, spotteten über die Warnungen, durch deren rechtzeitige Beachtung die dermalen drohende Gefahr sich wahrscheinlich noch von vorn herein hätte abwenden lassen.

Jetzt freilich läßt sich, bei aller Unwissenheit jener Subjecte in volkswirthschaftlichen Fragen, die Sache eben nicht mehr mit Lachen in Abrede stellen. Auch den „Conservativen" graut es vor den Folgen. Wie dem Lande gedient wäre, wenn wir, statt der bisherigen Zollunion, einen s. g. „dritten deutschen Zollverband" erhielten, einen Zwergverein des südwestlichen Deutschlands, etwa mit der Dreingabe eines blosen österreichischen Handelsvertrags (nicht einmal einer Union), — wie dadurch der Verlust des Nordens unseres Gesammtvaterlandes ausgeglichen werden würde, müßte sich nur allzubald in der furchtbarsten Weise zeigen; dies kann heute kaum irgend Jemand mehr verkennen.

Gegen viele derjenigen Publicisten, welche heute endlich für Fortdauer des Preußischen Zollvereins die Feder ergreifen, drängt sich uns indessen eine tadelnde Bemerkung auf. Als Hauptgrund für die Fortdauer wird angeführt, daß ja sonst den Staatskassen so viel an Revenüen entginge. Für uns erscheint in erster Linie etwas ganz Anderes: der gefährdete Volkswohlstand! Er steht uns bei weitem höher als eine Mindereinnahme der Staatskasse. Wir wären daher auch dann gegen Sprengung des Vereins, wenn z. B. Oesterreich den übrigen Staatskassen den vollkommen gleichen Zollertrag wie bisher garantiren wollte und könnte.

Wie übrigens sogar die vorzugsweise österreichisch gesinnten Blätter, wenn sie nicht vollständig blind sind, endlich die Frage der Sprengung des Zollvereins ansehen, und welche Befürchtungen nun auch sie auszusprechen sich gedrungen fühlen, dies zeigen u. a. folgende Bemerkungen, die wir sogar in der Augsburger Allg. Ztg. finden:

„Kann sich im Ernst der Süden, vielleicht mit Sachsen, von dem Zollverein trennen? Wir werfen einen Blick auf die Karte und gewahren nebeneinander 3, 4, 5 Eisenbahnlinien, die von Süddeutschland und Oesterreich nach Norden führen, aber noch keine einzige, die quer den Osten mit dem Westen der südlichen Hälfte verbände, Rhein und Elbe weisen dem Verkehr dieselbe Richtung an. Wir hören sogar, daß Baumwollenwaaren von Hamburg bis nach Böhmen — was sage ich! — bis nach Niederösterreich gelangen. Sachsens erste Stadt, die erste Binnenhandelsstadt in Mitteleuropa, würde veröden, sobald das Königreich aus dem Zollverband träte. Der Süden müßte für alle seewärts ihm zukommenden Einfuhren, für alle seewärts versendeten Ausfuhren, dem Norden Durchgangszölle oder die höhern Frachtsätze nach Triest zahlen. Wollte der Süden im ungeschmälerten Genuß der alten Zolleinnahmen bleiben, so müßte Oesterreich sich ein sehr großes Opfer in Gestalt von einem sehr schwer zu ermittelnden Präcipuum auflegen; und dabei bliebe es nicht, denn das Tabaksmonopol müßte doch schließlich aushelfen. Auch ist es gewiß, daß Oesterreich wenig an einer Vereinigung mit dem deutschen Süden liegt, wenn es nicht die Nordsee und den Norden dazu gewinnt. Deßhalb will man auch (und nur die Exragirten wollen es) den Bruch des Zollvereins bloß in der Absicht, um Preußen zur Zolleinigung mit Oesterreich zu zwingen. Man hofft, Preußen werde diesen Bruch nur kurze Zeit ertragen, und dann selbst um die Zolleinigung bitten. Eitle Einbildungen! Wenn Preußen und der Süden nur 12 Monate diesen Bruch tragen, so werden sie es noch eher die Zeit, die danach kommt. Einmal zerrissen, auf immer zerrissen!*) Und gerade deßhalb, weil weder Preußen noch der Süden diese Trennung nicht 12, nicht 6 Monate ertragen können, müßen sie jeden Gedanken an einen Bruch von vornherein aufgeben. Man überlege nur besonnen. Gelehrte Thebaner sagen den süddeutschen Industriellen: laßt euch euren Absatz nach dem Norden und über See nicht gram sein; wenn ihr ihn verliert, so erwerbt ihr dafür die jungfräulichen Märkte des Ostens. . . . Schade, daß es viel wahrscheinlicher ist, daß der süddeutsche Industrielle seinen Markt im Norden verlieren würde, ohne den im Osten zu gewinnen. Den Markt im Norden kannte er. Er kannte den Geschmack seiner Abnehmer, die Stärke seiner Concurrenten, er hatte dorthin seine Handelsverbindungen. Im Osten kennt er weder das Naturell des Verbrauchers, noch die Kräfte seiner Mitbewerber, noch hat er Muße Handelsverbindungen zu knüpfen, denn dazu gehören Jahre; ein Uebergang wird ihm aber nicht gestattet, sondern von dem Tage, wo die schwarzweißen Grenzpfähle im Norden unsere Frachten zur Umkehr zwingen, muß der süddeutsche Industrielle die

---

*) Auf „immer zerrissen" sagen wir nicht, weil wir überzeugt sind, daß der unglückliche Zustand Deutschlands unmöglich immer dauern kann. Wol aber würde die Sprengung fortwähren, so lange nicht eine durchgreifende Umgestaltung von ganz Deutschland erfolgt.

D. Red.

bunten Märkte des Oſtens beziehen, wildfremd unter Wildfremden, und neben ihm den öſterreichiſchen Mitbewerber, der ſeine Leute und die Phantaſie ſeiner Leute kennt, dem Verkehr ſeine tauſend kleinen Vortheile abgelauſcht hat, jedenfalls mit ſeinen Producten um eine geraume Zeit früher erſcheint, und eben weil er in der Nähe ſich befindet, viel leichter und mit größerer Sicherheit ſeinem Abnehmer Credit gewähren kann. — Man höre doch auf, die öſterreichiſche Induſtrie darzuſtellen, als läge ſie in Windeln.

„... Jeder Fabrikant, der vom alten Markt weggewieſen, auf einem neuen ſeinen Erwerb ſuchen ſoll, muß von vorn anfangen, er muß ſein ganzes Geſchäft umſtürzen, ſeinen Capitalien einen andern Beruf geben, er muß anfangen zu experimentiren, und unverdroſſen zuſehen wie darüber Capitalien verloren gehen. Behält er aber den alten Markt, und erwirbt er den neuen dazu, ſo kann er allmählich, nebenbei und in kleinen Doſen, ſeine Verſuche machen, bis er die Fährte glücklich gefunden und in größerm Maßſtab den neuen Abſatz befriedigen lernt. Es iſt möglich, daß ein Abfall des Südens Preußen früher oder ſpäter zur Zolleinigung zwingen würde, aber vorher ginge ſicherlich die deutſche Induſtrie zu Grunde; wir hätten dann freilich doppelte Märkte, aber unſere Capitalien wären zerſtört, unſere Fabrikgebäude leere Neſter, und unſere Arbeiterbevölkerung — wer ſoll ſie bis dahin ernähren? Soll der Pfälzer, der badiſche, der württembergiſche Landwirth ſeinen Tabak allein rauchen? Soll der Allgäuer ſein Schlachtvieh allein verzehren? Sollen wir keinen Käſe, kein Bier mehr nach dem Norden führen und unſern Ueberfluß verderben laſſen? — Wenn aber der Süden vom Norden nicht *laſſen* kann, auch nicht zeitweilig auf eine bloſe Geduldsprobe, auf einen Wettkampf, wen zuerſt der Hunger zahm machen werde, ſo kann der Norden, und vollends gar Preußen, und zwar aus dem nemlichen Grunde, nicht vom Süden laſſen."

* **Pfalz.** Das „aus beſonderer Liebe zur Pfalz und im wohlgemeinten Wunſche zu bewirkender Beſſerung ihrer politiſchen Complexion" auf Koſten — nicht des eigenen Beutels der Beförderer, ſondern auf Koſten der Gemeinden, Minderjährigen und Verganteten unterhaltene Pfälziſche Reactionsblatt hat kürzlich, nebſt vielen andern Lächerlichkeiten auch die alberne Behauptung gebracht, daß die Pfälziſche Democratie einen einzelnen Mann zum Vater und Vormund habe. Unſer ➳Correſpondent ließ ſich dadurch zur Abfaſſung einer Entgegnung veranlaſſen, aus der wir Nachſtehendes mittheilen:

Die Democratie in der Pfalz iſt nicht erſt ſeit heute vorhanden; ſie beſtand ſchon in jener Zeit, in welcher den Fürſten Deutſchlands und den ſogenannten „Edelſten" die ſo gangbaren Schlagwörter „breiteſte demokratiſche Grundlage mit Preßfreiheit, Vereins- und Petitionsrecht, Volksſouverainität, Volksbewaffnung, deutſches Parlament ꝛc." ſehr geläufig waren; in jener Zeit, in der man mit dieſen productiven Begriffen nicht allein ſeine Exiſtenz friſtete, ſondern ſich zu höhern Stellen aufſchwang; aus einer Zeit, ſagen wir, wo ein abtretender Fürſt bei Niederlegung ſeiner Krone ſeiner Unverantwortlichkeit ſich entkleidete und ein ſummariſches Compte-rendu der Staatsgelder gab; in der ferner der jetzige Hr. Miniſterpräſident in der ſächſiſchen Kammer am 17. Oct. 1848 die Worte ſprach: „Gott hat die Völker nicht geſchaffen um von den Dynaſtieen regiert zu werden ꝛc." Auf deutſchem Boden und aus ächtem deutſchem Geiſte entſprang in unſerm großen, weiten Vaterlande die Democratie; ſie entſprang nicht aus Einem Haupte, nicht aus den Proklamationen und Reden des Jahres 1848, ſondern der Drang nach geſetzlicher Freiheit, wie ſie Reichsverfaſſung und Grundrechte normirten, war und bleibt ihr legitimer Vater. Die Democratie iſt geprüft und erſtarkt durch eine unglückliche, große und lehrreiche Vergangenheit; ſie vernichten wollen, kann nur der Vorwurf kurzſichtiger, kleiner Geiſter ſein. Nachdem der Liberalismus in den Gothaern den Tod feigen Selbſtmords geſtorben, wird es in Zukunft nur noch zwei große Parteien geben, den Abſolutismus und die Democratie, wie ſie ſich in Frankreich ſchon bis zur Evidenz hervorgebildet haben. Jener hält ſo lange nieder, als er das jus gladii für ſich haben wird, dieſe wird ihre ganze Attraktionskraft entfalten und ſiegen durch die Macht der propagirenden Intelligenz.*) Beide Parteien werden, — aber allerdings in ſehr verſchiedenen Verhältnißen, — ewig beſtehen; die eine oder die andere gänzlich zu vernichten ſuchen, heißt Unmöglichkeiten mit der Stirne niederrennen wollen, und den verblendetſten Egoismus zur Schau tragen. Goethe ſagt daher mit Recht: „Jene machen Partei, welch' unerlaubtes Beginnen! Aber unſre Partei, freilich, verſteht ſich von ſelbſt!"

* **München.** Eine nochmalige bedeutende Verlängerung des Landtags ſteht allerdings nicht mehr zu erwarten. Wenn aber einige öffentliche Blätter dieſes neulich meldeten, ſo haben ſie den wahren Grund anzugeben unterlaſſen. Längſt ſchon hatte es ſich kund gegeben — und in der Landtagsverſammlung ſelbſt ward es ausgeſprochen — daß alle Parteien des fortwährenden Aufenthaltes in München und ihrer Aufgabe müde ſind. Im Intereſſe der Repräſentation, ſelbſt wie ſie bei uns beſteht, mußte man Beendigung der Verſammlung längſt dringend wünſchen. Deſſen ungeachtet iſt es nicht dieſer Umſtand, der einen Schluß erwarten läßt. Die Hauptſache wird dieſe ſein, daß es nach Oſtern unmöglich ſein wird, die Kammermitglieder in gehöriger Anzahl noch lange beiſammen zu halten. Das Bewußtſein der Unfruchtbarkeit des jetzigen Wirkens auf der einen, und die, mit Ausnahme der Beamten ſo ziemlich bei allen Abgeordneten ſich einſtellende Nothwendigkeit, den eigenen Verhältnißen ſich einmal wieder zu widmen, auf der andern Seite, wird bald nach Oſtern eine ungewöhnliche Menge von Urlaubsgeſuchen veranlaſſen. — Die Reichsrathskammer ohnehin war bisher ſchon ſo wenig zahlreich beſucht, daß mehr als einmal Verlegenheit entſtand, wie die nöthige Mitgliederzahl für die Sitzungen zu gewinnen ſei. —

Frankreich.

Paris, den 8. April. Die Charwoche hat der Präſident täglich dem Gottesdienſt in der Magdalenenkirche beigewohnt, und die Miniſter wie die Mitglieder des Hofſtaats folgten dieſem Beiſpiel. Ueberhaupt erfreut ſich der Präſident in ähnlichen Fällen eines Nachbetens, das an die ſchönſten Zeiten des alten Regiments erinnert. Ein Vorfall bei Uebergabe des Purpurs an den Cardinal Donnet mag hierüber maßgebend ſein. Der Präſident, um den Segen dieſes neuen Kirchenfürſten zu erhalten, beugte ein Knie — ſofort fielen alle Miniſter, Senatoren wie die übrigen Anweſenden, auf die Kniee, und Manche von ihnen falteten ſogar die Hände wie zum Beten. — Der Ablegat des heiligen Stuhls ſprach eine lateiniſche Rede, worauf der Prinz-Präſident auf franzöſiſch mit der Verſicherung antwortete, er werde immer ſuchen, das Vertrauen des Papſtes zu verdienen. In dem Thronſaal ergriff der Cardinal-Erzbiſchof das Wort. Nachdem er dem Andenken des Conſuls, der die Altäre wieder herſtellte, den ſchuldigen Tribut dargebracht hatte, deutete er auf die Dankbarkeit Frankreichs hin, das fünfzig Jahre ſpäter denſelben Namen (Bonaparte) mit einem Enthuſiasmus ohne Gleichen als eine Erinnerung und eine Hoffnung begrüßte. Man müſſe blind ſein, um in den jüngſten Ereigniſſen nicht die Plane der Vorſehung zu erkennen, welche ſich abwechſelnd ſtreng und voll Erbarmen zeige. „Einige Stunden haben genügt, und Frankreich beweist der Welt, daß es nur durch Ueberraſchung anarchiſch iſt, und die Nation erinnert ſich, daß ſie nur unter einem Chef, in welchem ſie ſich leben fühlt und

---

*) Und durch die Maßloſigkeit der Reaction in ihrem Siege, durch ihre Verfolgungsſucht und ihre Unfähigkeit, zu ſchaffen.

D. Red.

Digitized by Google

welcher ſie wie Sie, Monſeigneur, inmitten ihrer theuerſten Intereſſen perſonificirt, ſtark, frei und ſtolz geweſen iſt." Der Prälat dankt hierauf dem Präſidenten dafür, daß er ihn dem Wohlwollen des heiligen Stuhls empfohlen hatte, und daß er durch die Einführung der Cardinäle in den Senat „die Scheidewand vernichten wollte, die man zwiſchen der geiſtlichen und der weltlichen Macht aufrichten zu müſſen glaubte." Der Prälat will nicht, daß der Clerus herrſche, aber er hält es für billig und nothwendig, daß er in die Lage gebracht wird, bei allen Gelegenheiten den öffentlichen Dingen mit ſeiner Erfahrung und ſeiner Hingebung zu Hülfe zu kommen. Man komme dem Clerus mit Vertrauen entgegen, und „wir werden, jeder in ſeiner Sphäre, das unſrige zur Wiederherſtellung der durch die Anarchie der Revolutionen verdunkelten Ideen der Gerechtigkeit und der Autorität beitragen." Der Prälat ſchloß alſo: „Die Vorſehung, Prinz, mit deren mächtiger Hülfe Sie ſo viele nützliche Unternehmungen ermuthigen, ſo viele Reformen bewerkſtelligen, ſo viel Elend lindern, „mit einem Wort die Pyramide wieder auf ihre Baſis ſtellen" konnten, wird ihr Werk nicht unvollendet laſſen wollen, und allen Gewalten des Staats die nöthige Weisheit verleihen, um eine Ordnung der Dinge zu conſolidiren, welches das Glück unſeres Vaterlands und die Ruhe Europa's ſichern wird." Auf dieſe ſchmeichelhaften Worte antwortete der Präſident, daß „dieſe Ceremonie keine leere Förmlichkeit, ſondern das Emblem der Einigkeit ſei, welche zwiſchen der weltlichen und geiſtlichen Gewalt herrſchen ſolle."

Anzeige. Mit dem heutigen übernimmt der Unterzeichnete wieder die Redaction der Speyer. Ztg.

Speyer, den 14. April 1852. G. F. Kolb.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[944[2]] **Offene Stelle.**

Es wird in eine Specerei-, Eiſen- und Sägewaarenhandlung ein angehender Commis geſucht. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[940[3]] **Lehrlingsgeſuch.**

In einer gemiſchten Waarenhandlung in Neuſtadt an der Haardt iſt eine Lehrlingsſtelle frei; eine gute Erziehung wird verlangt. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieſes Blattes.

[932[3]] **Großes Kleider-Magazin**

in Ludwigshafen am Rhein in dem neuerbauten Hauſe der Herren Kaufmann & Glöcklen.

Unterzeichneter empfiehlt dem geſchätzten Publicum ſein neu eröffnetes

Etabliſſement

und wird derſelbe ſtets dahin ſtreben, durch ſolide und billige Waare, ſowie überhaupt durch prompte und reelle Bedienung, ſich die Zufriedenheit und das Vertrauen ſeiner verehrten Gönner zu erwerben und dauernd zu erhalten.

Sommerröcke von 2 fl. 42 kr. bis 18 fl. Tuchröcke von 13 bis 30 fl. Beinkleider von 1 fl. 30 kr. bis 12 fl. Weſten von 1 bis 7 fl. Schlafröcke von 2 bis 13 fl.

M. Koppel.

[915[3]] **Verſteigerung von 200 Fuder Wein in Rhodt in der Rheinpfalz.**

Carl Heinrich Schattenmann, Eigenthümer in Rhodt, läßt in ſeinem Hauſe daſelbſt nächſten Monat, Mittwoch den 21. April, Morgens 9 Uhr, 200 Fuder Wein von den Jahrgängen 1846, 1848 und 1849 öffentlich verſteigern.

Am Tage vor der Verſteigerung wird das Verzeichniß ausgegeben und können die Weine verkoſtet werden.

[948[3]] **Heſſiſche Ludwigs-Eiſenbahn.**

Die Herren Actionäre der Heſſiſchen Ludwigseiſenbahngeſellſchaft werden anmit aufgefordert, die in der Generalverſammlung vom 16. Februar l. Js. beſchloſſene

Einzahlung von 5 Procent

bis längſtens zum 30. April 1852 incluſive zu leiſten.

Die einzuzahlende Summe beträgt für jede Actie von 250 fl. nach Abzug der per 30. April verfallenen Zinſen der bereits eingezahlten 55 Procent

zwölf Gulden zwei und einen halben Kreuzer

(12 fl. 2½ kr.) und kann für Rechnung der Geſellſchaft geleiſtet werden

in Mainz an Herrn J. A. Heidelberger,
" " " " Friedrich Korn,
" " " " G. L. Kayſer,
" " " " Clemens Lauteren Sohn,
" " " " J. B. Werner,
" Worms " " Georg Renz,
" Frankfurt a. M. an die Herren M. A. v. Rothſchild u. Söhne,
" Köln an den Abr. Schaaffhauſen'ſchen Bankverein,
" Berlin an die Herren Anhalt und Wagener.

Mainz, den 2. April 1852.

Der Verwaltungsrath.

---

[926] **Niederländiſche Dampfſchifffahrts-Geſellſchaft.**

Von **Ludwigshafen am Rhein** vorläufig jeden Sonntag, Dienſtag, Mittwoch, Donnerſtag und Samstag 4 Uhr Morgens direct nach Köln—Rotterdam.

Das Samstags von hier abfahrende Boot ſteht in directer Verbindung mit dem jeden Dienſtag von Rotterdam nach London fahrenden „Batavier."

Außer obigen Fahrten unterhält die Geſellſchaft einen Extra-Dampfboot-Güterdienſt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.

Nähere Auskunft ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im März 1852.

Der Agent:
C. Aug. Exter.

Digitized by Google

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro. 91) den 15. April 1852.

Deutschland.

* **Die Auswanderungen** haben in der neuesten Zeit eine Ausdehnung erlangt, wie nie zuvor. Es findet wirklich eine neue Völkerwanderung statt, die freilich — was bezahlte Schreiber auch sagen mögen, — nur zu sehr andeutet, wie es mit dem G l u c k e des deutschen Volkes sich verhält, zu welchem die Bureaucratie seit Jahrzehnten den Grund gelegt, und das die Reaction seit den drei letzten Jahren auf seinen Höhepunct gebracht hat!

Wir wollen heute nicht weiter davon reden. Thatsache ist es aber, daß die Auswanderungen immer zahlreicher werden. Irren wir nicht, so ist es das Ergebniß der amtlichen Erhebungen, daß in unserer kleinen Pfalz die Zahl der Auswanderer in folgendem Verhältniße stieg: 1848 2253 Personen, 1849 2419, 1850 3551, 1851 5747. Das Vermögen der im vorigen Jahre Ausgewanderten wird zu mehr als einer Million Gulden angegeben. Im laufenden Jahre wird voraussichtlich eine wenigstens noch einmal so große Menschenmenge die Pfalz verlassen! —

Aehnlich in so vielen deutschen Ländern. Zu New-York *allein kamen* im vorigen Jahre unter 290,000 Einwanderern *beinahe* 70,000 Deutsche an. Dieses Jahr wird mehr *als* das Doppelte der gedachten Zahl liefern!

Bei den maßlosen Betrügereien, welche noch immer gegen die unglücklichen Auswanderer begangen werden, wollen wir inskünftige von Zeit zu Zeit belehrende Aufsäze für dieselben in unserm Blatte abdrucken. Wir beginnen heute mit einem Auszuge aus einigen Artikeln des Stuttgarter „Beobachters.“

Ein warnendes Beispiel vor der Auswanderung über fremde Hafenpläze macht das Agentschaftscomite der deutschen Gesellschaft zu New-Orleans in der Bremer deutschen Auswandererzeitung bekannt. Eine Gesellschaft von 148 deutschen Auswanderern hatte mit einem Spediteur in Coblenz Contracte von Biberich über Liverpool und New-Orleans nach Texas abgeschlossen. In Liverpool erschien der Agent des Coblenzers, auch ein Deutscher, der seinen Namen Weinsberg auf englische Manier Vinesberg schreibt, auf dem Schiffe, jagte ihnen ihre Coblenzer Contracte ab, drohte einen, der sich sträubte, sammt seiner Familie ins Meer zu werfen, und stellte den armen Teufeln englisch geschriebene Fahrbillets nach New-Orleans aus, mit welchen sie in dieser Seestadt natürlich um die Weiterreise nach Texas betrogen, im tiefsten Elend liegen blieben. Das deutsche Agentschaftscomite nahm sich ihrer zwar treulich an und leitete eine *Untersuchung* ein, bei welcher sich mit Wahrscheinlichkeit ergeben hat, daß sowol das Coblenzer Haus als die beiden mit dem Ueberfahrtsschiffe in Verbindung stehenden Häuser in Liverpool und New-Orleans an dem Betruge des Schurken Vinesberg unschuldig sind, sowie daß der Coblenzer Spediteur trozdem für die Niederträchtigkeit dieses seines Agenten zum Schadenersatze verpflichtet ist, allein bis dieser Proceß auch nur in Güte zu Ende kommt, können die Unglücklichen vollends verkommen sein, und den deutschen Gesellschaften in den fremden Hafenplätzen, so bereitwillig sie sind, ihre ausgewanderten Landsleute mit Rath und Verwendung zu unterstützen, kann begreiflicherweise größere Geldhilfe für diejenigen, welche das Unglück oder eigene Unvorsichtigkeit nackt an den Strand *geworfen* hat, nicht zugemuthet werden; denn hiezu würden *ihre* Mittel nicht hinreichen. (Schluß folgt.)

München, den 10. April. Wie wir hören, ist vor gestern bereits die unlängst im Staatsrath berathene königliche Antwort auf die Freysinger Forderungen des bayerischen Episcopats expedirt worden. Es sollen darin mehrere Concessionen gemacht worden sein, indem z. B. bei kgl. Ernennung zu geistlichen Aemtern vorher das Gutachten der Bischöfe erholt werden soll, dann verschiedene, sonst den Kreis- und Centralstellen vorbehaltene Thätigkeiten künftig von den Districtsbehörden geübt werden u. dgl. Der Hauptstein des Anstoßes für die „Freiheit der Kirche,“ das placetum regium, ist indessen unverrückt geblieben. (Fr. J.)

Die Stelle eines dirigirenden Arztes am Krankenhause zu Bamberg, dann eines Hausarztes am dortigen Bürgerspitale, wurde dem Stadtgerichtsarzte Dr. Heine (dem bekannten Mitglied der Rechten in der Kammer der Abg.) zu Bamberg übertragen. (Nürnb. Kur.)

Nürnberg, den 10. April. Heute ist der practische Arzt Barthelmeß mit Familie nach America abgereist. Mitglieder der aufgelösten Gemeinde verehrten ihm, der eigentlich der Stifter und der letzte Vorstand derselben war, einen Pocal von Elfenbein, sehr kunstvoll und reich geschmückt mit Arabesken und Figuren.

Würzburg, den 9. April. Gestern Abend kurz vor dem Zapfenstreiche gab es beinahe wieder einen Militärcrawall. Es wurden nemlich von Policeidienern 2 Unterofficiere des 9. Regiments verhaftet, welche die an dem nächst dem Dome befindlichen Oelberge Andächtigen verspotteten und verhöhnten. Als dieselben nach der Hauptwache escortirt wurden, kam es zwischen den herbeigeeilten Militärpersonen und den Policeidienern zu einem Handgemenge, wo blanke Säbel zur Befreiung der Arretirten in Anwendung kamen. Durch das Einschreiten eines Militärpikets wurde der Tumult unterdrückt. (N. K.)

Dessau, den 5. April. Unserer Regierung gebührt die Ehre, eine Musterverfassung entworfen zu haben. Ihre projectirte Ständekammer besteht: aus vier Vertretern der inländischen Rittergutsbesitzer, aus zwei Geistlichen, aus den Bürgermeistern von Dessau, Köthen, Zerbst und noch dreien der übrigen Städte, aus drei Dorfschulzen. Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre; der zu Wählende muß 30 Jahre alt sein; die Oeffentlichkeit der Verhandlungen hängt von dem Beschlusse der Ständekammer und der Genehmigung der Landesregierung ab; die getreuen Stände kommen alle 3 Jahre auf 4 Wochen zusammen rc. (Frk. Kur.)

Köln, den 10. April. Im Interesse der Auswanderer, die fast alle rheinabwärts kommen, theilen wir Ihnen mit, daß auswandernde Nassauer und Würtemberger vor einigen Tagen bei einem Wechseler um 64 Thaler zu kurz gekommen wären, wenn nicht der Consul für Würtemberg und die Polizei sich jener Leute angenommen hätten. Die Auswanderer dürfen auf ihrer Hut sein, besonders in fremden Städten und auch auf den Schiffen. (F. J.)

Berlin, den 10. April. Während das Budget für 1851 ein Deficit von mehr als 3 Mill. Thlr. in Aussicht stellte, hat sich in Wirklichkeit sogar noch ein Ueberschuß von mehr als einer halben Million ergeben. Kein anderer Staat Europas, außer England, hat vom Jahre 1851 ein ähnliches Resultat aufzuweisen.

Bremerhaven, den 10. April. Heute hat die Uebergabe der Schiffe von der deutschen Marine, „Barba-

rossa" und „Eckernförde," an die preußischen Commissäre stattgefunden.

Hamburg, den 9. April. Das Erkenntniß gegen diejenigen unserer Mitbürger, welche der Verleitung österreichischer Soldaten zur Desertion beschuldigt wurden, ist gestern erfolgt. In Bezug, daß dieselben zumeist auch des Briefwechsels mit den deutschen Flüchtlingen in London verdächtig sind, weßhalb sie auch schon im verflossenen Sommer in Untersuchung gewesen, ist die Strafe sehr hoch gefallen und sind 4 von ihnen (gegen 2 konnte das Erkenntniß gestern noch nicht publizirt werden) resp. zu 12-, 6-, 3- und 1monatlicher Gefängnißhaft verurtheilt worden. Die siebenzehnwöchentliche Untersuchungshaft ist ihnen nicht angerechnet worden. (Fr. J.)

Wien. Es heißt, die Stelle des Ministerpräsidenten werde nicht wieder besetzt werden. — Der Kaiser hat, als Zeichen seiner Huld gegen den Hamburger Senat, den von dort hieher gebrachten Schneider Ruscsak begnadigt.

Frankreich.

Zwei Berliner Zeitungen von ganz entgegengesetzter Richtung, die National- und die Neue Preuß. Zeitung, sind in ganz Frankreich verboten worden.

Italien.

Piacenza. Die „Gazetta del Popolo" von Turin erzählt folgende Barbarei aus dem Miniaturstaat Parma und Piacenza: Kürzlich starb der Elementarlehrer Bocella. Seine Schüler fragten die Polizei um die Erlaubniß, ihrem geliebten Lehrer die letzte Ehre erweisen zu dürfen, was ihnen jedoch abgeschlagen worden. Trotzdem wohnten alle Schüler dem Leichenbegängniß bei und einer derselben sprach am Grabe einige Worte der Dankbarkeit für den Verstorbenen, die nicht die geringste politische Anspielung enthielten. Am folgenden Tag wurde der Schüler, der am Grabe gesprochen hatte, verhaftet und zu 8jähriger Galeerenstrafe nebst 50 Stockprügeln verurtheilt. Der Herzog ließ 4 Jahre nach. Auch die andern Schüler wurden von der Polizei verfolgt und mehrere mußten sich flüchten; die Lehrer wurden gerüffelt. Am 29. März ward durch ein Decret der Unterricht an den höhern Schulen von Piacenza bis auf Weiteres suspendirt!!!

Portugal.

Lissabon, den 31. März. Aus Veranlassung des Votums für Abschaffung der Todesstrafe bei politischen Vergehen ist heute die ordentliche dreimonatliche Session der Cortes geschlossen worden. Am 20. Mai soll eine außerordentliche zweimonatliche Session beginnen.

Am 29. März gerieth das portugiesische Dampfboot „Porto" auf der Fahrt von Oporto nach Lissabon zwischen die Forçados-Felsen, und ward in wenigen Stunden zertrümmert. Alle Passagiere, 36 an der Zahl, büßten das Leben ein, und auch von der Bemannung gelang es nur 7 Personen, sich zu retten.

Rußland.

Rußland hat wiederum 40 deutsche Bücher verboten, und zwar sämmtlich während des einen Monats October 1851, darunter folgende: Beck, „Memoiren einer Dame," Brennglas, „Berliner Volksleben," Düringsfeld, „Eine Pension am Genfersee," Anastasius Grün, „Pfaff vom Kahlenberg," Jung, „Geschichte der Frauen," Kinkel, „Gedichte," Menzel, „Die Gesänge der Völker," „Moderne Titanen," Roman von Giesele, Opitz, „Nikolaus Lenau," Scheible, „Die fliegenden Blätter des 16. und 17. Jahrhunderts" ꝛc.

Neueste Nachrichten.

***Speyer,** den 14. April. Wie wir vernehmen (und wie wir eben in der Pfälzer Zeitung bestätigt finden,) sind vorgestern in der Nähe von Landau (bei Böchingen und in Godramstein) bedeutende Militärexcessen vorgefallen. Zwei Bewohner von Böchingen wurden getödtet und mehrere andere lebensgefährlich verwundet.

München, den 11. April. Da man sich überzeugt hat, daß die amtlich geleisteten Unterstützungen der in mehreren Gegenden von Oberfranken und Oberpfalz hervorgetretenen Noth keineswegs vollständige Abhülfe gewähren können, so ist eine königliche Genehmigung ergangen, daß die Kreisregierungen nun auch eine öffentliche Aufforderung zur Gewährung freiwilliger Beiträge erlassen.

Berlin, den 9. April. Seit Anfang dieses Monats werden durchaus keine polnischen Ueberläufer mehr in die diesseitigen Staaten aufgenommen. (Allg. Z.)

Wien, den 9. April. Der Kaiser wird am Ostersonntag von hier nach Pesth abreisen. Man glaubt, daß diese Reise für die innern Angelegenheiten Ungarns sehr bedeutsam werden wird.

Paris, den 10. April. Der vorgestern verhaftete Dichter P. Dupont, den eine Militärcommission im Januar zu 7 Jahren Deportation nach Algerien verurtheilt hatte, ist auf sofortige dringende Verwendung seiner Freunde von L. Napoleon gänzlich begnadigt und gestern freigelassen worden. — Für einzelne Uniformstücke der verschiedenen Waffengattungen hat der Kriegsminister allerhand Veränderungen vorgeschrieben.

Livorno, den 5. April. Der Fürst v. Canino weilt fortwährend in Civitavecchia. Der Papst beharrt auf seinem Vorsatz, ihm nicht zu erlauben, daß er nach Rom komme. Der Papst hat neuerdings erklärt, falls die Franzosen ihn zwingen wollen den Fürsten nach Rom kommen zu lassen, er, wie der Fürst zu einem Thor hereinkäme, zum andern Thor hinausfahren würde. (A. Z.)

Miscellen.

In einer der letzten Sitzungen der Pariser Akademie der Wissenschaften theilte Arago Aufschlüsse mit, welche Hr. Kuhlmann in Marburg über einen noch ungedruckten Briefwechsel zwischen Denis Papin und Leibnitz ertheilt hat. Dieser Briefwechsel beweist überzeugend, daß im Jahr 1707 Papin, der damals zu Hanau lebte und der schon seit 1695 die Möglichkeit der Anwendung der Dampfkraft auf die Schifffahrt erkannte, sich nicht, wie bisher behauptet wurde, mit einigen theoretischen Ideen begnügt, sondern seine darauf gegründeten Entwürfe mit Beharrlichkeit verfolgt hatte, indem er auf der Fulda ein vermittelst zweier Schaufelräder durch Dampf bewegtes Boot erbauen ließ und damit gelungene Versuche machte. Das Boot war fast ganz nach dem später dem englischen Mechaniker Maudslay zugeschriebenen Systeme eingerichtet.

* Wir leben in einer Zeit, meint Schlosser, „wo Aufopferung Thorheit, feige Mitte Weisheit, und Jagen nach Reichthum, Ehre und Genuß ausschließend Klugheit genannt wird." — So viel Wahres in dieser Ansicht liegt, so ist sie doch viel zu pessimistisch, um im Ganzen richtig zu sein. Neben allen jenen Lastern zeigt die Neuzeit so unendlich viele Beispiele von Patriotismus und Aufopferung, wie nur wenige Perioden in der Geschichte. Neben jener allerdings zahllosen Menge von Ueberläufern und Verräthern, welche jeden Umschwung, der sie trotz ihrer Unbedeutenheit einmal an das Tageslicht gebracht, zu persönlichen Zwecken aufs Niedrigste und Gemeinste mißbrauchen, — wie viele Standhaftigkeit, Ausdauer, Unerschütterlichkeit und Ueberzeugungstreue Anderer!

In London fängt deutsche Sprache, deutsche Literatur, deutsche Sitte nachgerade wieder an Fashion zu werden. Frankreich ist seit dem 2. December mehr aus der Mode gekommen. Es ist z. B. „guter Ton" hier die Conversation, wie früher mit französischen, so jetzt mit deutschen Phrasen: „Wie befinden Sie sich," „das ist gut" ꝛc. zu untermischen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue

Speyerer Zeitung.

Freitag **Nro. 92** **den 16. April 1852.**

* Napoleon und ein Theil der französischen Geistlichkeit.

Die Vorgänge bei der Uebergabe des Purpurs an den neu ernannten Cardinal Donnet (siehe die vorige Nummer der Speyerer Ztg.) zeigen wiederholt, wie es freilich gar nicht anders zu erwarten stand, daß derjenige Theil der franz. Geistlichkeit, welcher gewissenlos genug war, dem Verfassungsbruche und den Gewaltthaten vom December Lobreden zu halten, nun auch kein Bedenken trägt, das jetzige Gewaltregiment als das rettende Werk des Himmels darzustellen. Wer dem Gange der Geschichte gefolgt ist, wird freilich nicht bezweifeln, daß ein solches Gebahren, vielleicht schon in der nächsten Zukunft, seinen wol verdienten Lohn finden, und daß gerade damit die Nothwendigkeit tief greifender Umgestaltungen in gewissen Verhältnißen der franz. Geistlichkeit in der Folge begründet und bewiesen werden wird. Indessen wollen wir heute bei solchen Betrachtungen nicht verweilen.

Aus dem Ganzen ergibt sich aber wiederholt, daß Ludw. Bonaparte auch in seinen Beziehungen zum Clerus das Verhältniß des Oheims nachahmt. Die franz. Geistlichkeit wird unzweifelhaft gleichfalls den nemlichen Weg wie früher gehen, und so läßt sich denn voraussehen, daß auch die Zerwürfniße zwischen beiden entstehen müßen, wie früher. Mittlerweile wird Ludw. Bonaparte, gerade ebenso wie sein Oheim, als der Mann der Vorsehung gepriesen und zum Halbgotte gemacht. In jeder Geschichte des Oheims lesen wir, wie die damalige franz. Geistlichkeit in der Erhebung des Generals Bonaparte zum Consul und später zum Kaiser „den Finger Gottes“ zu erblicken erklärte, und wie sie, als erinnerte sie sich gar nicht mehr der „legitimen“ Königsfamilie, von dem Gewaltigen lehrte: „Ihm — den sie den neuen Mathatias, den neuen Moses, den neuen Cyrus nannte — sei man Gehorsam schuldig, als dem von Gott bestimmten Herrscher über Alle, und seinen Beamten als seinen Abgeordneten, denn solches sei die Ordnung der Vorsehung.“ Freilich hinderte dies nicht im geringsten die nachgängigen Scenen, die mit der weltlichen Absetzung des Papstes und mit dem, allerdings erfolglosen Schleudern des Bannstrahls gegen den Gesalbten, endigten.

Ohne Zweifel wird nun auch bald der alte Katechismus in allen Schulen Frankreichs wieder eingeführt werden, der unter dem ersten Napoleon „zum Gebrauche aller (katholischen) Kirchen des französischen Reiches“ abgefaßt worden war. Zur richtigen Würdigung des Geistes dieses Werkes lassen wir einige Stellen aus der Uebersetzung, welche in unserm Lande — auf dem linken Rheinufer — eingeführt war, wörtlich folgen.

„Frage. Was für Pflichten hat der Christ gegen die Fürsten, seine Beherrscher; und welche Pflichten liegen insbesondere uns gegen Napoleon den ersten, unsern Kaiser, ob? — Antw. Die Christen sind den Fürsten, ihren Beherrschern, und wir sind insbesondere Napoleon dem ersten, unserm Kaiser, Liebe, Ehrfurcht, Gehorsam, Treue, den Kriegsdienst und alle die Abgaben schuldig, welche zur Erhaltung und Vertheidigung des Reichs und seines Thrones angeordnet sind: außerdem sind wir ihm noch eifriges Gebet für sein Heil und für die geistliche und zeitliche Wohlfahrt des Staates schuldig.

„Frage. Warum sind wir schuldig, alle diese Pflichten gegen unsern Kaiser zu erfüllen? — Antw. Weil Gott, der die Staaten errichtet und nach seinem Wohlgefallen austheilet, dadurch, daß er unsern Kaiser mit seinen Gaben sowol in Friedens- als in Kriegszeiten reichlichst begnadigt hat, ihn zu unserm Oberhaupte eingesetzt, und zum Diener seiner Macht, zu seinem Bilde auf Erden aufgestellet hat. Wenn wir also unsern Kaiser ehren und ihm dienen, so ehren und dienen wir Gott selbst.

„Frage. Was soll man von denjenigen halten, die etwa an den Pflichten gegen den Kaiser treulos handeln? — Antw. Nach der Lehre des heiligen Apostels Paulus, widerstehen sie der Anordnung, die Gott selbst eingeführt hat, und machen sich der ewigen Verdammniß schuldig.“

Deutschland.

*** Zollwesen.** Bedürfte es noch eines Beweises, daß Deutschland auch hinsichtlich seines materiellen Wohlstandes nie zum wahren Gedeihen gelangen kann ohne politische Einigung — die jetzigen kläglichen Verhandlungen und auch alle stattfindenden Umtriebe in Beziehung auf das Zollwesen würden einen solchen Beweis liefern. Wie stünde es heute, wenn die Reichsverfassung zur Geltung gekommen wäre, mit ihrem Artikel VII, der mit dem wichtigen Satze beginnt (§. 33): „Das deutsche Reich soll Ein Zoll- und Handelsgebiet „bilden, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze, mit „Wegfall der Binnengrenzzölle,“ — und wenn man die übrigen einschlägigen Artikel damit in Verbindung bringt, namentlich Art. V, §. 25: „Alle deutschen Flüsse sollen „für deutsche Schifffahrt von Flußzöllen frei sein.“ Wahrlich, wir hätten den Jammer nicht, der uns heute in allen Richtungen vor Augen trit. — Statt des Vorhandenseins eines, das gesammte deutsche Land umfassenden einen Zollgebiets, sucht sich überall das Sonderinteresse, — das Sonderinteresse jedes Duodezstätchens, geltend zu machen, und, von der engherzigsten und kurzsichtigsten Auffassung ausgehend, wol gar sich als eigenen selbständigen Körper völlig abzuschließen. Wie es aber in allen Stücken geht, wenn, was man der deutschen Nationalversammlung anmuthete, eine Einigung durch s. g. „Vereinbarung“ der 38 Staaten und ihrer beinahe 3mal 38 Factoren der gesetzgebenden Gewalten herbeigeführt werden soll, statt (was wir allein möglich halten), durch die constituirende Gewalt eines solchen Körpers wie die Nationalversammlung war, — das läßt sich eben wieder praktisch an einem neuen Beispiele sehen. Die Regierung des winzigen Staates Oldenburg ist dem Preußisch-Hannöverschen Zollvertrage beigetreten; dagegen glaubt man (und von gewissen Seiten wird eigens darauf hingewirkt), daß die nach einem octroyirten Wahlgesetz gebildete Landesvertretung — ihr Veto werde einlegen und somit das Ganze werde rückgängig werden! — Wir hegen bekanntlich gar keine Vorliebe für den Preußisch-Hannöver'schen Vertrag. Haben wir aber nicht eine wahre Carricatur vor Augen, wenn wir sehen, daß eine (voraussichtlich geringe) Majorität eines einzelnen Factors der gesetzgebenden Gewalt eines kleinen Bruchtheiles des niederdeutschen Volksstammes — eines Ländchens, dessen Volkszahl bei weitem nicht der Hälfte — blos ⅖ — jener unseres Pfalzkreises gleichkommt, — irgend eine großartige Zolleinigung, ihrer vermeintlichen Sonderinteressen wegen, zu vereiteln im Stande ist! —

*** Pfalz.** Viele „Conservative“ möchten keine andere Partei neben sich dulden. Das wäre sehr bequem für diese, die Forderung ist aber sehr unnatürlich. Wir

wollen die philosophische Begründung und Nothwendigkeit verschiedener Parteien mit den Worten eines conservativen, geschätzten Mannes *) nachweisen: „Politische Parteien müssen in jedem Staate entstehen, wo Leben und Freiheit ist; denn es ist unmöglich, daß sich lebendige Theilnahme nicht nach den individuellen Verschiedenheiten in ganz entgegengesetzten Richtungen, auch bei völlig gleicher Wahrheitsliebe und Rechtlichkeit, vertheilen. Wer, weil die Unvollkommenheit menschlicher Dinge eben hier ganz unvermeidlich eintritt, keine Parteien dulden und sie ausgerottet wissen will, der widerspricht sich selbst, wenn er zugleich Freiheit und Leben im Staate wünscht; der verwirft auch nothwendig die Reformation und unsere protestantische Freiheit, und muß eingestehen, daß die von den Vertheidigern des Despotismus und der Universalmonarchie gepriesenen Güter die höchsten sind."

Die Auswanderung. (Beschluß.) Schon das erzählte Schicksal deutscher Auswanderer könnte als warnendes Beispiel genügen; allein dieß sind nur einige Fälle von Hunderten und aber Hunderten, in welchen, nicht bloß in Liverpool, sondern in jedem Seehafen, ja selbst schon im Binnenlande, die leichtsinnige Arglosigkeit von Auswanderern, die in ihrer Heimath vielleicht nicht immer so gutherzig und vertrauensvoll gewesen waren, leider meist durch Landsleute, immerhin aber ihnen fremde Personen, zu ihrem Verderben ausgebeutet wurde. Die am häufigsten wiederkehrende Art von Betrügerei besteht darin, daß dem Auswanderer von einem Unteragenten oder Mitreisenden, u. dgl., der sich als seinen guten Freund zu insinuiren weiß und ihn vor Gaunerstückchen warnt, für die Weiterreise vom amerikanischen Landungshafen nach dem beabsichtigten Ziele im Innern der Vereinigten Staaten um gutes Geld ein Eisenbahn- oder Strombootfahrbillet aufgedrungen wird, das an Ort und Stelle nicht mehr werth hat als ein weißes Blatt Papier. Selbst im günstigsten Falle, nemlich wenn der Verschacherer einer solchen Anweisung auf eine Reisegelegenheit kein Schurke ist, liegt es doch auf der Hand, daß ein solches Billet, wenn es durch die vielen Hände von Agenten, Unteragenten, Mäklern ꝛc. geht, deren jeder seinen Nutzen davon haben will, weit mehr kostet und weniger Garantie gewährt als eines, das man erst an Ort und Stelle nimmt. Aber auch dort kann man sich vor den zudringlichen Anläufen der Gaunerei nicht genug in Acht nehmen. In New-York z. B., wo ein ankommendes Schiff zuerst bei Staten-Island Quarantäne halten muß, und die Passagiere und Effecten erst später befördert werden, hat dieser kostspielige Aufenthalt, der natürlich nicht den Passagieren, sondern den Expedienten, Rhedern und Kapitänen zur Last fällt, die Folge, daß letztere, um sich den Verlust zu ersetzen, den Transport ihrer Passagiere gegen Prämien den speculirenden Agentschaftsbureaus überlassen, deren ausgesendete Laufteufel sich der unwissenden Ankömmlinge bemächtigen und sie einem Gewirre von Mäklerschaften überliefern, in welchem eine schmutzige Hand die andere mit den oft letzten Pfennigen des deutschen Elends wäscht. Dieser Heuschreckenbrut kann man nur dadurch entgehen, daß man sich entweder unmittelbar an die Eisenbahn-, Dampfschifffahrts- ꝛc. Anstalten, mit welchen man befördert sein will, oder an die seit 1847 vom Staate angestellten Auswanderungscommissäre oder an die deutsche Gesellschaft wendet, welche den Frager bei großem Andrange mitunter auch an Privatbureaus weist, aber nur an solche, die sie mit gutem Gewissen empfehlen kann. Die Agenten der Auswanderungscommissäre und die Agenten der deutschen Gesellschaft, welche auf das Schiff kommen, sind an besondern Abzeichen kenntlich. — In gleicher Weise, wie es drüben rathsam ist, sich nur an die amtliche Auswanderungscommission oder an die deutsche Gesellschaft zu wenden, welche gleichfalls amtliche Geltung hat, und für ihre segensreichen Leistungen eine Staatsunterstützung von Seiten der deutschen Regierungen gar wohl verdienen würde, ist es diesseits den Auswanderern aufs Dringendste zu empfehlen, sich mit keinem andern, als mit einem von der Regierung concessionirten Agenten in einen Ueberfahrtsvertrag einzulassen, und es muß der württembergischen Regierung nachgerühmt werden, daß sie in dieser Beziehung ihrer Pflicht gegen die auswandernden Staatsbürger nachgekommen ist.

*) v. Niebuhr: Ueber geheime Verbindungen im preußischen Staate und Denunciation.

Vom Main, den 12. April. Unter dieser Ueberschrift bringt das „Frankf. Journ." ein Artikel über die Darmstadter Zollconferenz, worin versichert wird, daß sich die betheiligten Staaten in Bezug auf die schwebende Frage vollständig geeinigt hätten. Darunter versteht aber der Verfasser nichts weiter, als gemeinsames Auftreten auf dem berliner Zollcongreße. Er fügt jedoch selbst ausdrücklich bei, die Anmuthung eines Abbruchs der Verhandlungen, wenn dem österreichischen Bevollmächtigten nicht die Theilnahme an der Conferenz sofort gestattet werde, „fand allerdings keinen besondern Anklang. In gleicher Weise konnte selbstverständlich eine andere Eventualität, nemlich die Bildung eines selbstständigen Zollvereins der süddeutschen Staaten, nur in die eventuellste Aussicht gestellt werden, um so mehr, als bei diesem Gegenstande die Intentionen der verschiedenen Staaten keineswegs ganz Hand in Hand gehen dürften und seiner Ausführung wahrscheinlich größere Schwierigkeiten in den Weg treten müßten, als einer irgend wie gestalteten Reconstruirung des gesammten Zollvereins."

München. Der „Eilbote" bemerkt sehr richtig: Was nicht Alles der lieben Phrase wegen geschieht! Die Augsb. Allg. Ztg. beginnt eine politische Schilderung des jüngst verstorbenen Fürsten Schwarzenberg mit folgenden Bemerkungen: „Fürst Felix Schwarzenberg ist nicht den gewöhnlichen prosaischen Tod gestorben, er ist im Dienste seines Monarchen und seines Vaterlandes gefallen. Aehnlich unterlagen der große Pitt, Fox, Canning, Castlereagh, Casimir Perier und in neuester Zeit Graf Brandenburg." Schwarzenberg starb bekanntlich, als er sich gerade umkleidete, um zu einem bei seinem Bruder vorbereiteten Gastmahl zu fahren. Das nennt der Schreiber in der Allgem. Ztg „den Tod im Dienste des Monarchen und des Vaterlandes." Noch interessanter ist es, daß unter den Staatsmännern, welche „im Dienste ihres Monarchen und ihres Vaterlandes" den Tod fanden, auch Lord Castlereagh aufgeführt ist. Dieser machte nemlich, nachdem er bei den Pariser und Wiener Conferenzen fast durchweg Freiheit und Recht zertreten geholfen, aus Gewissensbissen seinem Leben durch eigene Hand ein Ende. (Er schnitt sich mit einem Federmesser die Kehle durch.) Vielleicht war dieser Selbstmord ein Dienst für Georg IV. und für England; aber so hat die Allgem. Ztg. das Ding wol nicht gemeint. Es geschah Alles nur der lieben Phrase wegen.

Nördlingen, am Ostersonntag. Diesen Morgen legte hier ein bisheriger katholischer Geistlicher (ein Mann in den fünfziger Jahren) das evangelisch-lutherische Glaubensbekenntniß ab. (F. K.)

Ansbach, den 11. April. Folgendes ist die Erwiederung, welche der zum Protestantismus übergetretene frühere Benedictiner, Hr. E. v. Boeck, an das bischöfliche Ordinariat Augsburg auf die Vorladung vom 24. März ergeben ließ: Hochwürdiges bischöfliches Ordinariat! Ein hochw. bischöfl. Ordinariat hat sich veranlaßt gesehen, mich zur Verantwortung innerhalb einer unerstrecklichen Frist von 30 Tagen a dato publicationis vorzuladen und zur Rückkehr in die katholische Kirche und in mein Kloster aufzufordern; ich dagegen sehe mich veranlaßt, einem hochw. bischöfl. Ordinariate die Erklärung abzugeben, daß ich das Forum deßselben in keiner Weise als berechtigt zu einem solchen Schritte anerkenne, indem ich durch Zurücksendung meiner Formaten, durch öffentliche Erklärung vor Zeugen und durch meinen am 2. April d. J. zu Ammerndorf bei Nürnberg veranstalteten Uebertritt zur evangelischen Kirche, sattsam dargethan habe, daß ich

mit der katholischen Kirche und deren Behörden keine Gemeinschaft mehr haben will. Es kann somit nur höchst befremdend sein, wenn von einem Verfahren gegen einen Ungehorsamen da die Rede ist, wo von einem Gehorsam und einer Verpflichtung dazu längst keine Rede mehr sein kann. — Möge also ein hochw. bischöfl. Ordinariat immerhin in seiner Prozedur fürfahren und den unerstrecklichen Termin beliebig verlängern oder abkürzen, ich erkläre hiemit ein- für allemal, daß ich weder in dieser noch in längerer Frist weder in die römische Kirche noch in mein Kloster zurückkehren werde, und habe die Ehre zu sein Eines hochw. bischöfl. Ordinariats ergebenster Eugen v. Boeck. Ansbach, 9. April 1852. (N. K.)

Nürnberg, den 12. April. Gestern Morgen verschied dahier nach einem Krankenlager von wenigen Tagen der k. b. pens. Generalmajor Frhr. v. Jeetze, in weiteren Kreisen bekannt als Commandant der Festung Landau im Jahr 1849 und im Privatleben ausgezeichnet durch wahre Herzensgüte und einen edlen, biedern Character, die ihm in allen Kreisen Liebe und Achtung erwarben. Er war geboren am 27. Dec. 1785.

Berlin, den 11. April. (Fürsorge für die Juden.) Nach einer neuen Verordnung des evangelischen Oberkirchenraths soll hinter den Worten des allgemeinen Kirchengebets: „Auch die Liebe gegen alle Menschen in uns erwachse und zunehme," in Zukunft noch folgende Fürbitte eingeschaltet werden: „Begleite auch in Gnaden mit der Kraft deines heiligen Geistes die Predigt des Evangeliums unter Juden und Heiden, segne jeden dahin gerichteten Dienst deiner Knechte und lasse nach deinen großen Verheißungen das Reich deines lieben Sohnes sich also mehren und ausbreiten, daß die Zeit komme, der wir harren, wo die Fülle der Heiden eingehe und auch Israel zu ihm bekehrt, selig wird." Hieran schließt sich dann weiter das Kirchengebet in der vorgeschriebenen Weise wieder an.

Aus Schlesien, den 9. April. Während man von der einen Seite her den christkatholischen Gemeinden alle Mittel zur Existenz zu entziehen bestrebt ist, dringen von der österreichisch-schlesischen Grenze her die Jesuiten immer weiter gegen das Herz des preußischen Staates vor. In Neiße, Frankenstein, Ohlau und Oppeln sind Jesuitenmissionen abgehalten worden; es sollen demnächst diese „Volksmissionen" durch die Jesuiten in Niederschlesien zur Ausführung gebracht werden.

Schweiz.

Bern, den 8. April. Die Regierung von Genf hat alle Flüchtlinge ausgewiesen. Von bekannten deutschen Namen ist Wiesner in Bern angekommen; Simon von Trier hat Erlaubniß erhalten, in Lausanne zu bleiben.

Frankreich.

Paris, den 8. April. Es ist längst bekannt, daß Louis Napoleon immer als der wahre Vertreter der französischen Democratie hat gelten wollen, (!!) und auch jetzt ist das Kaiserthum, weit entfernt eine derselben qualitativ entgegengesetzte Regierungsform sein zu sollen, in seinen Augen gerade ihre Bestätigung und ihr allein möglicher practischer Ausdruck. Es ist daher kein Wunder, daß ihn die Polemik der democratischen Blätter gegen seine wahren oder angeblichen Zukunftsprojecte, und man kann wohl sagen die Abneigung der ganzen democratischen Partei dagegen, mit Verdruß erfüllt. In seinen Augen sollte das Kaiserthum keineswegs eine der Democratie gehässige monarchische Restauration, sondern vielmehr eine die Volkspartei mitfortreißende Aufforderung an Europa zur Revision der Wiener Verträge sein.... Die Armee, wenn ich eigenen kleinen Erfahrungen und geschätzten Mittheilungen glauben darf, befindet sich schon vollkommen in einer den Planen Louis Napoleons günstigen Stimmung, und da sie es ist, die den 2. Decbr. gemacht hat, so ist ihr Verlangen, ihr Drängen, ihr Thatendurst, kein unbedeutender Hebel in den zukünftigen Ereignissen. Ein General, der einen sehr berühmten Namen führt, äußerte dieser Tage ganz unumwunden: „Der Säbel ist es der regiert: er ist es, der in letzter Instanz den Lauf der Dinge entscheidet!" Wenn der Säbel ein solches Selbstgefühl hat, wie sollte es möglich sein, daß er nicht endlich auch das ersehnte Feld der Thätigkeit findet? (A. Z.)

Die so oft angesagte und immer wieder verschobene große Heerschau, die zuletzt am Todestage des Kaisers Napoleon stattfinden sollte, ist jetzt auf den 10. Mai verwiesen. Es scheint also, daß der Präsident der Republik die doppelte Gefahr eines historischen Datums, entweder die Armee zu einer unüberlegten Manifestation fortzureißen, oder, wenn dies unterbleibt, den Anschein zuzulassen, als ob der nöthige Enthusiasmus fehle, vermeiden will. An dem genannten Tage sollen nun 82,000 Mann nicht nur aus Paris, sondern auch aus Versailles und selbst aus Chartres und Rouen, nicht nur einheimische Truppen, sondern auch ein neugebildetes Bataillon Zuaven und eine Schwadron Spahi, auf dem Marsfelde versammelt werden, um die verheißenen Fahnen in Empfang zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit werden auch sämmtliche neuerdings befohlene Uniformveränderungen zum erstenmal zum Vorschein kommen: die Jäger zu Fuß, das ausgezeichnete vom Herzog von Orleans organisirte Elite-Corps mit seinem grünen Hahnenfederbusch auf dem Tschako, von den Infanterieregimentern die Compagnien des Centrums mit ihren grünen Fransen an den Epauletten, die Husarenofficiere mit ihren doppelten zollbreiten Gold- und Silberstreifen u. s. w. Den Liebhabern militärischer Schaugepränge wird also diese Heerschau ein interessantes Fest darbieten; den Freund des Friedens wird sie freilich wieder zu der Frage reizen: Was ist der letzte Zweck solcher Ceremonien, die unvermerkt in der Armee sowie im Volk das alte kriegerische Feuer wieder entzünden müßen? Was ich Ihnen von der Ausmerzung der orleanistischen Elemente in der Magistratur schrieb, dürfte auch bald seine Anwendung auf die Armee finden, in der begreiflicher Weise noch viele Anhänger der entthronten Familie vorhanden sind. Ein nach den Decembertagen beförderter Cavalleriegeneral, der durch seine beiden Brüder dem Präsidenten der Republik sehr nahe steht, und einen berühmten Namen der Kaiserzeit trägt, aber von seiner Ergebenheit gegen die Herzogin von Orleans und den Grafen von Paris nicht lassen will, hat, wie ich heute höre, dem Kriegsminister seine Entlassung eingereicht. Dies Beispiel dürfte vielleicht Nachahmer finden, da seit den Decreten vom 22. Jan. unter den höheren Officieren der Armee ein offener Zwiespalt, eine orleanistische und eine „socialistische" Partei bestehen soll. (Allg. Ztg.)

Die drei Mitglieder der Gnadencommission, Quentin Bouchart, Oberst Espinasse und General Canrobert durchstreifen fortwährend die Provinzen. Das von diesen Herren bei Gnadenerlassungen befolgte System ist der Art, daß es der spanischen Inquisition vollkommen zur Ehre gereichen würde. Es ist ganz dezemberartig; der Pater Montalembert, der seit einiger Zeit dem Elysée zürnt, kann sich gewiß eines wohlgefälligen Lächelns nicht erwehrt haben, als er von der ganz jesuitischen Prozedur dieser Herren der Gnadencommission gehört hat. Am Anfang zwang man die Verurtheilten, die man begnadigen wollte, nur zur Einreichung eines Gnadengesuches. Der Staatsrath und Exfreund Odilon Barrot's, Quentin Bouchart, hat aber in den südlichen Departements ein ganz neues Verfahren erfunden. Bekanntlich sollen dort viele geheime Gesellschaften bestanden haben. Dieses mag wohl der Fall gewesen sein. Die Mitglieder derselben waren durch Eide zum Stillschweigen verbunden. Bei seiner Ankunft in Montelimart und Aix ließ der Staatsrath Louis Bonaparte's die Gefangenen vor sich bringen. In einer längeren Anrede sprach er ihnen von der großen Milde des Prinzen, dem Elende ihrer Familie, dem traurigen und einsamen Aufenthalt in Afrika, wenn sie sich der Gnade des Präsidenten der Re-

publik nicht würdig bezeigten. Um diese zu erlangen, um wieder ihre Freiheit zu erhalten und Alles der Vergessenheit anheimzugeben, brauchten sie nur ihre Reue deutlich an den Tag zu legen dadurch, daß sie Geständnisse über das Treiben der geheimen Gesellschaften ablegten. Die so auf die Folter Gespannten, die zwischen ewiger Verbannung und Freiheit, zwischen Infamie oder dem Elend ihrer Familien, zwischen einem ehrenhaften Schweigen oder einem entehrenden Geständniß zu wählen hatten, kämpften einen schweren Kampf. Es soll, wie ein Privatbrief aus Brest schreibt, schrecklich anzusehen gewesen sein, wie diese Unglücklichen in ihrer Verzweiflung einen Entschluß zu fassen suchten. Von 263 erlagen 111, ½ ungefähr gab sich der Infamie Preis, machte Geständnisse und brach den geschwornen Eid, um sich der Gnade Louis Bonapartes theilhaftig zu machen. Die übrigen zogen das Elend ihrer Familien, und die traurigen Einöden Afrika's der Gnade des milden Prinz-Präsidenten vor, der nicht wußte, und nicht wissen konnte, was man verlangte, als man die Kämpfer für Recht und Gesetzlichkeit aufforderte, ihre Namen und die ihrer Familien mit Infamie zu bedecken. (Frk. Kur.)

Neueste Nachrichten.

Speyer, den 15. April. Die „Pfälzer Ztg." widerruft nunmehr ihre Angabe, daß die beiden verwundeten Personen von Böchingen gestorben seien. Sie fügt jedoch bei, daß zwei weitere Personen von dort ebenfalls mißhandelt worden seien, jedoch ohne schwere Folgen.

München, den 12. April. Die Vorbereitungen zum Bau der neuen Königsstraße sind beendigt, d. h. was namhafte Häuser und Grundstücke betrifft, welche zu diesem Zwecke dienen. Diese Straße wird von dem Max-Josephsplatze aus durch die St. Annavorstadt an die Isar, und vermittelst einer neuen großen Brücke über dieselbe, auf den Gasteig führen.

Berlin, den 10. April. Die Höfe von Rußland, Oesterreich, Preußen und England sollen sehr einig darüber sein, ein französisches Kaiserthum nicht zu gestatten.

Wien, den 13. April. Graf Carl Buol-Schauenstein, unser bisheriger Gesandter in England, ist zum Minister des Auswärtigen ernannt. Noch ist über die Frage: wer Ministerpräsident werden wird, nicht entschieden.

Paris, den 12. April. Der Prinz von Canino soll gestern hier angelangt sein; man will wissen, daß L. Napoleon ihm den ausdrücklichen Befehl zugeschickt hatte, sofort nach Frankreich zurückzukehren.

Heute Mittags hat der Präsident der Republik abermals auf dem großen Platze vor den Tuilerien über mehrere Regimenter aller Waffengattungen Revue abgehalten. Die Truppen empfingen ihn mehrfach mit dem Rufe: „Es lebe der Kaiser."

— den 13. April. Dem gesetzgebenden Körper ist ein Gesetzentwurf in Betreff der Rehabilitirung der Verurtheilten übergeben worden.

Miscellen.

Im Jahre 1825 entdeckte bekanntlich der gelehrte Kardinal Mai einen Theil von Cicero's de republica und ließ ihn drucken. Einige Exemplare kamen nach Paris. Unter anderen Personen, denen sie zuerst in die Hände fielen, waren ein überzähliger Lehrer an einer von den großen Schulen der Hauptstadt und ein Familienvater, dessen Sohn eben diese Schule besuchte. Nun hatte es der Lehrer für gut befunden, eine wiedergefundene Seite von Cicero ins Französische zu übersetzen und seinen Zöglingen als Aufgabe zum Uebersetzen ins Lateinische zu geben: er war vollkommen versichert, daß keiner stehlen konnte. Jener Vater untersucht zufällig aber die Aufgaben seines Sohnes und findet diese Aufgabe, erinnert sich, woraus sie genommen ist, und diktirt selbst seinem Sohne die lateinische Seite des Cicero. Die Abschrift wird mit den übrigen Ausarbeitungen eingesammelt. Da der überzählige Lehrer, welcher die Aufgabe gegeben hatte, verhindert ist, so korrigirt der ordentliche Professor die Aufgabe, ohne zu wissen, woraus sie genommen ist. Nach einer reifen und gewissenhaften Prüfung erkennt er, daß fünf Zöglinge ein besseres Latein geschrieben als der, welcher wörtlich aus Cicero kopirt hatte, so daß Cicero selbst nur der Sechste in der Klasse ward!

(Zur spanischen Sittengeschichte.) Am 17. März dieses Jahres wurde die „heilige Binde", santa cinta, aus Madrid zurückgebracht, unter dem Geläute aller Glocken und dem Donner der Festungskanonen Tortosa's, welcher Stadt sie angehört, von der ganzen Geistlichkeit, dem Bischof an der Spitze, und von den Zivil- und Militärbehörden feierlichst wieder eingeholt und in der dortigen Domkirche den Gläubigen zur Verehrung ausgestellt. — Diese Reliquie war grade drei Monate von Tortosa abwesend. Am 17. Decbr. v. J. war sie auf Verlangen der Königin Isabella nach Madrid gebracht worden. Die Königin gedachte, die „heilige Binde" während der Wehen ihrer Niederkunft zu verehren; dieser Talismann der gesegneten Spanierinnen langte jedoch erst nach der glücklichen Entbindung der Königin in Madrid an und verblieb dort bis zum 1. März d. J., in welcher Zeit er in den Pfarrkirchen der Hauptstadt den Gläubigen zur Verehrung ausgestellt gewesen ist. Die „heilige Binde" wurde in einem eleganten, mit vier Maulthieren bespannten königlichen Wagen von Tortosa abgeholt und zurückgebracht, und begleiteten sie auf der Reise der Erzpriester und der Schatzmeister des Tortosiner Domkapitels. Auf dem Hin- und Rückweg wurden nur kurze Tagreisen gemacht. Ein Kurier ritt der santa cinta an jedem Morgen um einige Stunden als Quartiermacher voraus, und langte sie dann gegen Abend vor dem zum Nachtlager bestimmten Ort an, so warteten ihrer die Klerisei, die Behörden und eine Menge festlich gekleideter Bewohner und brachten sie dann in feierlichem Aufzug durch die Hauptstraßen der respectiven Ortschaften zur Kirche. Die Reisekosten dieser „heiligen Binde" und die Geschenke, welche die Königin Isabella den beiden Begleitern derselben gemacht hat, belaufen sich auf ungefähr 60,000 Realen oder 4000 Thaler. — Die heilige Jungfrau soll diese Binde während ihres gesegneten Zustandes getragen haben. Im Jahr 1443 wurde sie vom Papst Cölestin II. dem Raimund Berengar, letztem Grafen von Barcelona, verehrt, der sie dann seiner von ihm hergestellten Domkirche zu Tortosa schenkte. Die Reliquie wird in einem silbernen Schrein, der stark mit Gold und Edelsteinen verziert ist, aufbewahrt und soll dieser 80,000 Thaler werth sein. Es war das dreiundzwanzigste Mal, daß die „heilige Binde" die Reise nach Madrid gemacht hat; Isabella die Katholische war die erste, die sie an ihr Hoflager bringen ließ. (Frkf. Post. Ztg.)

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[938a] **Lehrlingsgesuch.**

In ein Colonial- und Kurzwaarengeschäft in einer Stadt der vordern Pfalz kann ein junger Mann von guter Erziehung sogleich als Lehrling eintreten. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[939a] **Weinversteigerung in Ludwigshafen am Rhein, bayerischen Pfalz.**

Montag, den 3. Mai nächsthin, Morgens 10 Uhr, im Locale der Saam'schen Wirthschaft, lassen die Herren Kaufmann und Glöcklen in Ludwigshafen a. Rh. von ihrem Lager allda versteigern:

34,000 Liter 1848er Friedelsheimer, Wachenheimer und Rhodter, alles selbst gezogene und ganz rein gehaltene Weine.

Proben werden bei der Versteigerung und an den beiden vorhergehenden Tagen ausgegeben.

Oggersheim, den 2. April 1852.

Leuchsenring, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag — Nro. 93 — den 17. April 1852.

Deutschland.

(:) **Aus Altbaiern,** den 13. April. (Neue Bundesbeschlüsse.) Das politische Schatzkästlein in der Eschenheimer Gasse ist noch immer nicht erschöpft; kaum war das Füllhorn der Staatsbeglückung über die trotzige Hansastadt ausgegossen, kaum ist die nordische Republik gezwungen, im Interesse des „monarchischen Princips" ihre Grundeinrichtungen umzugestalten: und schon sehen wir eine neue Frucht dem gesegneten Schoße entsprungen. Sie selbst, Hr. Redacteur, pflegen unsere Zeit die Zeit der „Restauration" zu nennen*); diese Bezeichnung hat fortan keinen Sinn mehr; die Restauration räumt blos das hinweg, was die Revolution geschaffen, die Restauration stellt blos den status quo ante her: was man jüngst gegen Kurhessen beschlossen, es greift aber weit hinter den März zurück. Die kurhessische Verfassung, welche seit dem Jahre 1831 besteht, welche unter dem alten Bundestage volle 17 Jahre in Kraft war, in Kraft war zur Zeit als man das badische Preßgesetz aufhob, als man die furchtbaren Ausnahmsbestimmungen des Juni und Juli 1832 schuf, als man 1834 in Wien die tief eingreifenden geheimen Beschlüsse faßte und in Hannover die Verfassung preisgab: diese kurhessische Verfassung wird nunmehr nach 21 Jahren für aufgehoben erklärt, weil sie mit den Grundgesetzen des Bundes nicht vereinbar sei, und eine andere, der Feder des ehrenwerthen Hassenpflug entsprossen, soll an ihre Stelle treten. Das ist keine Restauration mehr, dafür müssen Sie eine andere Bezeichnung suchen. Nur gestatten Sie, auf einige kleine Widersprüche Ihre Aufmerksamkeit hinzulenken. Die kurhessische Verfassung soll nun umgestaltet werden, weil sie den Bundesgesetzen widerspreche, weil die Beamten und das Militär in ihrer „Renitenz" auf diese Verfassung sich stützen konnten. Was sagte aber Hans Daniel Hassenpflug, was sagte man in Frankfurt, was sagte die Kasseler und die ehrliche Neue Münchener Zeitung, als Stände, Militär und Beamte den Septemberverordnungen einen passiven Widerstand entgegen setzten? Bewies man uns nicht haarklein, die kurhessische Regierung handle offenbar verfassungsmäßig? Setzte man uns nicht des Langen und Breiten auseinander, auch nach der Verfassung von 1831 sei das kurhessische Militär seinen Vorgesetzten zum unbedingten Gehorsam verpflichtet, auch nach der Verfassung von 1831 hätten die untergeordneten Behörden kein Recht, die Verfassungsmäßigkeit ministerieller Verordnungen zu prüfen; auch nach der Verfassung von 1831 stehe der Regierung die Befugniß zu, nichtbewilligte Steuern unbedingt zu erheben; auch nach der Verfassung von 1831 könne die Regierung ohne Weiteres den Kriegszustand verkünden, die Thätigkeit des Ständeausschusses suspendiren, die Mitglieder desselben verhaften, Militärgerichte einsetzen und die freie Presse und das Vereinsrecht beseitigen? Hat man uns nicht Alles dutzend und dutzendmal gesagt? Aristoteles hat gewiß eine treffliche Wahrheit gesprochen, als er den Satz aufstellte, wenn die Gesetze auch nur mäßig gut seien, so solle man sie nicht so leichterdings abändern. Ist aber die kurhessische Verfassung vollends so, daß in ihr Alles gerechtfertigt ist, was wir dortselbst seit dem Jahre 1850 mit ansehen konnten: wäre dies nicht die kostbarste Verfassung, und warum läßt man sich herbei, ein solches Meisterwerk zu ändern? Entweder, oder! entweder waren die damaligen Argumentationen nach eigenem Geständniß aus der Luft gegriffen, oder die jüngsten Beschlüsse haben keinen Sinn; ein drittes gibt es nicht. Sie sehen, die neueste Zeit ist auch an Ihrem Correspondenten nicht spurlos vorüber gegangen; ich sage die jüngsten Beschlüsse hätten keinen Sinn; ich habe vollständig davon geschwiegen, ob selbst die Bundesgesetzgebung ein Recht zu diesen Schritten gibt; die Frankfurter Postzeitung, die Kasseler Zeitung und deren Nachbeterin in München sagen „ja;" wer mag Angesichts dieser Autoritäten noch eine andere Meinung auszusprechen wagen? „Brutus sagt's, und Brutus ist ein ehrenwerther Mann." Daß Hessen-Kassel, Lippe-Detmold, Schwarzburg-Sondershausen und Pyrmont nur dann blühen können, wenn die demokratischen Einrichtungen bis auf die Wurzel ausgerottet sind, wagt man ohnedies nicht zu bezweifeln; wie sollte auch einer dieser Staaten feindlichen Angriffen widerstehen, wenn nicht „die gesammte Staatsgewalt im Staatsoberhaupt vereinigt ist?" Den Beschlüssen, die von 1815 bis heute in der Eschenheimer Gasse gefaßt worden, soll Alles in Deutschland angepaßt werden, so sagen die Freunde des Bundestags; nun eine andere Frage: Nach den Grundgesetzen des Bundes war man in Frankfurt verpflichtet, die Einzelverfassungen zu schützen; warum hat man versäumt, dies in Hannover zu thun, warum ist man in der neuesten Zeit so emsig, die Aufhebung der Einzelverfassungen auch auf nicht verfassungsmäßigem Weg zu unterstützen? Die Bundesacte gab die Zusicherung, daß in jedem deutschen Staate eine landständische Verfassung stattfinden werde; der Bundestag war von jeher verpflichtet, für allgemeine Einführung landständischer Verfassungen in Deutschland Sorge zu tragen; warum gab man es zu, daß Preußen bis zum Jahre 1846 ohne alle landständische Vertretung gewesen? warum schritt man nicht ein, als in Oesterreich bis zum Jahre 1848 auch formell der reinste Absolutismus herrschte, warum läßt man es jetzt ohne Widerrede geschehen, daß in Oesterreich der Absolutismus in vollstem Maße wieder hergestellt wird? Die Bundesacte garantirt seit 1815, daß „bei der nächsten Zusammenkunft" eine gemeinsame Handelsgesetzgebung für alle deutschen Staaten geschaffen werden solle; warum ist vor und nach dem März nichts geschehen, um diese Grundbestimmung des Bundesvertrags ins Leben zu führen; warum wurden von jeher alle Berathungen und Beschlüsse in dieser Frage als außerhalb des Bundes stehend betrachtet? Das waren unbestreitbare bundesrechtliche Bestimmungen, das waren wirklich übernommene Pflichten; warum hat man niemals Commissäre abgeschickt und Truppencontingente aufgestellt, um diesen bundesrechtlichen Normen Geltung zu verschaffen? Säule um Säule wird abgehoben, überall wird verneint, nirgends gebaut, nirgends geschaffen. Anstatt die Ursachen hinwegzuräumen, welche die Unzufriedenheit hervorgerufen, erneut und erweitert man dieselben; weil bei den vormärzlichen Einrichtungen ein März möglich war, geht man hinter den März zurück; und das nennt man Politik? Wann wird man endlich einsehen, daß alle diese Mittel nur Palliativmittel sind, die nur für den Augenblick das Fieber stillen, die aber den Körper so vergiften, daß die furchtbarsten Krankheiten unvermeidlich sind?

*) Doch ein kleiner Irrthum; wir nennen sie eine Zeit der „Reaction," und haben schon oft nachgewiesen, daß man auf dem Wege des Rückschritts bereits vielfach weit hinter das Jahr 1847 gelangt ist. D. Red.

• **Speyer**, den 14. April. In einer außerordentlichen Beilage bringt die Allg. Ztg. einen längern Artikel über die Verhältniße des Hrn. Dönniges und dessen bisherige Stellung. Der Aufsatz bezweckt eine Rechtfertigung des Hrn. Dönniges und ist unverkennbar aus dessen eigener Feder geflossen. Wenn man diese ganze Erörterung gelesen hat, weiß man ungefähr eben so viel wie zuvor, außer daß Hr. Dönniges in der „Frage des Episkopats" (umfaßt diese alle kirchlichen Fragen?) nie „gefragt" worden sei, und daß er zwar auch eine Verbindung mit Oesterreich, vor Allem aber Erhaltung des Zollvereins wünsche, mit dem für die Gegner des Hrn. Dönniges bezeichnenden Beisatze: „Freilich ist Dönniges nie so weit gegangen, von einer Sprengung des deutschen Zollvereins im äußersten Nothfalle zu sprechen, eine Mediatisirung Baierns in dem deutschen Zollverein zu sehen, oder von einer Erneuerung der alten Unionspolitik Preußens im deutschen Zollverein sich überreden zu lassen." Auch wird ausdrücklich erklärt: „Dönniges' Entfernung auf einige Monate ist auf den Wunsch des Ministerpräsidenten v. d. Pfordten gerade in diesem Augenblick geschehen, wo im Cabinet Sr. Maj. die Frage der Concessionen an das katholische Episkopat und der bei den Unterhandlungen der Zollconferenzen in Berlin einzuhaltende Gang berathen wird. Die Gründe, welche vom Hrn. Ministerpräsidenten allerhöchsten Orts für die eben jetzt zu erfolgende Mission angeführt wurden, glauben wir hier nicht weiter berühren zu sollen."

• Zu München ist ein Denkmal des Geschichtsschreibers Johannes Müller auf Befehl des Königs Ludwig angefertigt worden, welches in Kassel (wo Müller starb,) aufgestellt werden wird, und auf welchem zu lesen ist: „Was Thucidides Hellas, Tacitus Rom, das war er seinem Vaterlande." Wir verkennen die schöne Absicht nicht, müßen aber doch bemerken, daß der größte deutsche Geschichtschreiber, Schlosser, und zwar in voller Uebereinstimmung mit Tausenden, ein ganz anderes Urtheil über Müller fällte, und zwar, wie uns scheint, mit vollem Recht.

• **Pfalz**. Bezüglich der in der jüngsten Zeit weiter stattgehabten nachträglichen zuchtpolizeichen Verhandlungen gegen im großen politischen Proceße Freigesprochene, haben wir noch zu berichten, daß am 3. April zu Kaiserslautern der quiescirte Rentbeamte Resplandin von Lauterecken zu 6monatlichem, und der Geschäftsmann König eben daher, der letzte jedoch abwesend (par défaut), zu 5jährigem Gefängniße verurtheilt wurde; — ebenso am 13. April zu Zweibrücken der Oeconom Kötz von Limbach zu 2jährigem und der Seifensieder Gg. Fuhrmann von Pirmasens, der letzte gleichfalls abwesend, zu 5jährigem Gefängniße, sämmtlich in erster Instanz.

Speyer. Die „Kölnische Zeitung," welche bekanntlich entschieden für das Freihandelsystem auftrit, bringt in ihrer letzten Nummer einen neuen Artikel in dieser Richtung. Wir lassen die deßfallsigen Erörterungen hier bei Seite, heben dagegen eine Stelle aus dem Aufsatz aus, die eine sehr wahre allgemeine Bemerkung enthält.

„Bestechenderes, die Kritik mehr Beschränkendes gab es in Deutschland lange Zeit nicht, als die Aussicht auf „nationale" Institutionen, und noch heute, wo die Diplomatie der Reaction den Selbstmord der deutschen Flotte verfügt, gibt es im deutschen Volke kein Gefühl, welches sich an Allgemeinheit und Aufrichtigkeit mit dem „nationalen" messen könnte; ein Usurpator, welcher ein Deutschland decretirte, würde mehr im Volke wurzeln, als alle jene kleinen Dynastieen, welche kein Deutschland zur Bedingung ihrer Existenz haben."

München, den 13. April. Eine neue Gesandtschaft! Laut der officiellen neapolitanischen Zeitung hat König Ferdinand II. von Neapel den Grafen Don Guglielmo Ludolf als Geschäftsträger seiner Regierung für München beglaubigt.

Mit dem Grafen Tascher de la Pagerie begibt sich einer gleichfalls an ihn ergangenen Einladung zufolge auch Graf Waldkirch noch in dieser Woche von München nach Paris zum Besuche des Prinz-Präsidenten Louis Napoleon.

Frankfurt, den 10. April. Es ist Thatsache, daß französische Agenten Deutschland durchreisen, um sich zu erkundigen, wo noch Deutsche leben, die in der Armee des Kaisers gedient haben. Diese Erkundigungen haben zum Zwecke, den Aufgefundenen sichtbare Zeichen von Anerkennung für ihre dem Kaiser geleisteten Dienste zu Theil werden zu lassen, das heißt also für ihre dereinst gegen das eigene Vaterland geleisteten Dienste. Auf den französischen Gesandtschaften liegen Anmeldungslisten für solche Personen auf, und die Anmeldungen haben, wie z. B. bei der hiesigen französischen Gesandtschaft, nicht auf sich warten lassen. Wie kommt es, daß die Regierungen es sich nicht höflichst verbitten, daß uns der Nachkömmling des Kaisers im Herzen des eigenen Vaterlandes in solcher Weise an die Zeiten unserer tiefsten Erniedrigung mahnen lasse? (A. Z.)

Stuttgart, den 14. April. August Becher, vormals Rechtsconsulent in Ravensburg, dann in Folge seiner Abwesenheit aus dem Lande von der Liste der Rechtsconsulenten gestrichen, ist wieder in die Zahl derselben aufgenommen worden. Er hat, laut Angabe des Staatsanzeigers, Reutlingen zu seinem Wohnsitz gewählt. (Beob.)

Kassel, den 10. April. Die Verfassungsangelegenheit ist noch nicht weiter gerückt, als Ihnen meine letzte Correspondenz meldete; die Verhandlungen zwischen dem Kurfürsten und seinen geheimen Rathgebern, oder vielmehr seiner Rathgeberin, einerseits, und dem Ministerium und dem Bundestage andererseits, dauern fort, und haben einer verbreiteten Ansicht zufolge einen Stand erreicht, daß sämmtliche Minister sich genöthigt gesehen haben sollen, ihre Entlassung zu fordern. Ich für meinen Theil glaube nicht daran, daß die Minister vor den practischen Consequenzen ihrer Grundsätze über landesherrliche Machtvollkommenheit zurückschrecken, obgleich es bei der Richtung der in Betracht kommenden Persönlichkeiten durchaus nicht zu verwundern wäre, wenn in Betreff des Staatsvermögens Begehren gestellt werden sollten, die der Zeit vor 1831 angehören und an die selbst die Minister bisher nicht gedacht haben mögen. Das Ministerium hat schon für so manche rechtlich und moralisch für unmöglich gehaltene Dinge Auswege und Rechtsgründe aufgefunden, daß es auch wol über die neuen Begehren hinauskommen würde; ein bedeutenderes Hinderniß aber wird wol in den Agnaten des Kurfürsten liegen, die, wenn nicht Alles trügt, ihre Zustimmung bei Veränderungen in den Bestimmungen über das Staats- und das Fideicommißvermögen eben so gewiß verweigern werden, wie sie zu deren Rechtsbeständigkeit erforderlich ist. Sie sind nächst dem Staate am meisten dabei interessirt, daß die wegen der beiden Vermögensmassen im Jahre 1831 getroffenen Bestimmungen unverändert beibehalten werden. Das Verlangen des Kurfürsten soll vielfachen Versicherungen zufolge sich nicht bloß auf Abtretung aller Staatsdomainen zum Hausfideicommiß, sondern sogar auf Rückgabe der Rotenburger Quart und auf Ueberweisung aller im Staatsschatze vorhandenen Capitalien erstrecken; und alle diese Vermögensstücke sollen, wie es heißt, der völlig freien, uneingeschränkten Verfügung des Kurfürsten unterworfen werden. (K. Z.)

Gotha, den 12. April. Der nächste Einfluß der Auswanderung macht sich bereits geltend und zeigt sich in der Entwerthung der Grundstücke, deren Verkauf für die nach Amerika Wegziehenden schon jetzt sehr schwer und nur mit bedeutendem Verluste möglich wird. Aus manchen Orten Thüringens ist bereits die Mehrzahl der Einwohner fortgezogen. In neuester Zeit theilt sich der Strom der Auswanderung, da ein bedeutender Theil sich nach Brasilien wälzt. (Fr. J.)

Berlin, den 10. April. Der Strom der Auswanderung, der sich vor einigen Jahren von hier nach Australien ergoß, suchte sich andere Mündungen, seitdem unsere Landsleute aus jenem Welttheile mehr oder weniger

ſchattenreiche Bilder von ihrer Lage ſandten. Jetzt iſt die Luſt dahin bei vielen wiedrr im Steigen, und zwar bei geſchäftigen Perſonen, weil dort der neue Goldreichthum blinkt und winkt, bei arbeitſamen Perſonen aber, weil eben jene Goldſchätze dem Pflug, der Wieſe und der Werkſtelle alle Hände entzogen haben, und die Arbeit im Preiſe zum höchſten Grade ſteigt. Neueren Nachrichten zufolge wird ein Dienſtknecht mit 70 bis 80 Pf. St. das Jahr dort bezahlt, und es iſt demnach jedem rüſtigen Jüngling vom Lande die Ausſicht gegeben, in einigen Jahren leicht die Mittel zu erwerben, um ſich ſpäter dort oder in der Heimath ſelbſtſtändig niederzulaſſen. (A. Z.)

Es ſind in der letzten Zeit von der Artillerie ſehr intereſſante Verſuche mit gezogenen Kanonen gemacht worden. Dieſelben werden von hinten geladen, mit einem Geſchoß das cylinderförmig, aber vorn coniſch zugeſpitzt, hohl und mit Pulver gefüllt iſt. Bis auf eine ziemlich bedeutende conſtante Seitenabweichung hat ſich die Anwendung dieſer Geſchütze außerordentlich bewährt. Durch die Züge in der Seele, ganz wie ein Büchſenlauf, und einige Vorrichtungen am Geſchoß hat ſich die Kraft ſo außerordentlich verſtärkt, daß man mit anderthalb Pfund Pulver ein Geſchoß von 32 Pfund über 3000 Schritt weit getrieben hat. Der Nachtheil dieſer und ähnlicher Einrichtungen iſt nur der, daß die Verfertigung des Artilleriematerials immer künſtlicher wird, und jetzt ſchon einer Geſchicklichkeit der Arbeiter bedarf, die in der Hauptſtadt ſchwer anzutreffen iſt. Wo man in Kriegszeiten, im Felde ſelbſt, bei plötzlichen Vorfällen Arbeitskräfte finden will, um das Verdorbene herzuſtellen, das Verlorene zu erſetzen — das wird in der Folge ein ſchwieriges Problem bilden.

Berlin, den 11. April. Nächſt den Zollvereinsangelegenheiten erregt im Augenblick die Aufmerkſamkeit des Publicums wol nichts ſo ſehr, als die Maßnahmen, welche von allen Seiten gegen die (kirchlichen) Diſſidenten jeder Kategorie getroffen werden. Ihre Ausdehnung, ihr Zuſammenhang mit ähnlichen Maßregeln in Oeſterreich, wo hin und wieder der Uebertritt der ſogenannten Deutſchkatholiken zum Proteſtantismus policeilich gehindert wird (z. B. in Gratz), weil nicht „Ueberzeugung" ſie zu dieſem Schritt veranlaſſe; endlich die Gleichzeitigkeit dieſer Proceduren mit der Richtung, welche die Behandlung der Judenfrage nimmt, erſcheint als ein merkwürdiges Zeichen der Zeit. Die kirchlichen Blätter ſowol als auch die kleinern Localblätter ſind angefüllt von Erzählungen über Aufhebungen von Gemeinden, Schließung ihrer Verſammlungsörter, Suspenſion von Geiſtlichen und Lehrern u. ſ. w. Die ſeltſamſten Verhältniße kommen dabei im bürgerlichen Leben zum Vorſchein. So haben in Neumarkt in Schleſien die chriſtkatholiſchen Kinder zum zweitenmale in der evangeliſchen Kirche getauft werden müßen, weil man ihre früher vollkommen gültigen Taufſcheine nicht anerkennen wollte. Dieſe Wiedertaufe iſt durchaus ein novum, da bisher die katholiſche wie die evangeliſche Kirche jede Wiedertaufe verworfen, und zu allen Zeiten ſelbſt die Taufe der Ketzer für eine gültig chriſtliche erkannt hat. Auch Wiedertrauungen werden, und zwar ſehr häufig, nunmehr vorkommen müßen. (Allg. Ztg.)

Wien, den 10. April. Die Hoffnungen der Altconſervativen ſind im Steigen begriffen. Mit andern Worten: die Regierung iſt nicht mehr ſo abgeneigt wie ſonſt, den Altconſervativen einigermaßen nachzugeben. (K. Z.)

Der in Augsburg erſcheinenden „Poſtzeitung" wurde der Poſtdebit für den ganzen Umfang der öſterreichiſchen Monarchie entzogen.

In Folge der Hungersnoth in Weſtgalizien ſoll dort eine Auflöſung faſt aller geſetzlichen Bande eingetreten ſein. (Fr. J.)

Schweiz.

Baſel, den 10. April. Der kl. Rath hat in ſeiner heutigen Sitzung den Dr. E. Zimmermann in Marburg zum ordentlichen Profeſſor der Rechtswiſſenſchaft an hieſiger Univerſität berufen. Hr. Zimmermann war während einer Reihe von Jahren Obergerichtsrath in Hanau, welche Stelle er niederlegte, als beim Einrücken der bairiſch-öſtreichiſchen Execution die Unabhängigkeit des Richteramtes gefährdet ſchien. (Fr. K.)

Baſel. Die „Schweizeriſche National-Zeitung" bemerkt: Wer die Wahrheit geigt, dem ſchlägt man den Fiedelbogen auf den Kopf. Unſere Mittheilung des Briefes eines Engländers über franzöſiſche Zuſtände hat bei gewiſſen Leuten Unwillen erregt, die nichts Angelegentlicheres zu thun haben, als ſich vor Jedem zu ducken, der gerade im Beſitz der Gewalt iſt. Dieſe Leute, die mit Recht und mit Freiheit und mit Patriotismus und mit Ehre und mit Würde gewaltig um ſich werfen, wenn der Himmel rein iſt, verſtummen bei jeder Spur eines heranahenden Gewitters und verlangen ſogar von Andern, daß ſie ſich zu Genoſſen ſo niederträchtiger Feigheit machen. Wir ſtehen nicht auf der Zinne, um zu ſchweigen; wir glauben nicht, die Preßfreiheit zu beſitzen, um unſer Vaterland zu ſchänden; und wir glauben auch nicht, daß in der Stadt Baſel verboten ſein ſollte zu ſagen, was dem das Waſſer nicht reicht, was in der Landſchaft geſagt werden darf, ohne daß ein Polizeihahn darnach kräht.

Frankreich.

Paris, den 9. April. Eine dem Prinz-Präſidenten durch Familienbande naheſtehende Dame, die ſonſt nicht ohne Einfluß iſt, hat ſich genöthigt geſehen, einen der vielen Bewerber um eine Präfectur oder Unterpräfectur, dem ſie beſonders wohl wollte, auf die — Vereinigung Belgiens und Savoyens mit Frankreich zu vertröſten. (A. Z.)

Die Frage über „mögliche Allianzen" hat den Miniſterrath ſchon einigemal beſchäftigt. Da es in demſelben an Einheit der Anſichten fehlte, ſo könnte dieſer Umſtand wol zu einer Kriſis führen, welche einige der jetzigen Cabinetsmitglieder das Portefeuille koſtet. In mehreren diplomatiſchen Kreiſen taucht der Gedanke eines Schutz- und Trutzbündnißes zwiſchen Frankreich und Rußland wieder auf. Daß man hier ganz beſonders um die Freundſchaft des Petersburger Hofes buhlt, iſt gewiß, und daß Rußland dem jetzigen Staatsoberhaupte Frankreichs inniger zugethan iſt als den Orleans, darf ebenſo mit Beſtimmtheit verſichert werden. Das Endziel iſt und bleibt die Wiederherſtellung des Kaiſerthums. Der Prinz wird ſich in dieſem Gedanken nicht irre machen laſſen, und da die Großmächte dieſes wiſſen, ſo werden ſie auch nachgeben, wie ſie es bei vielen andern Fragen bereits gethan. Man hat ſich die Republik und die proviſoriſche Regierung gefallen laſſen, ſo wird man am Ende auch dem Kaiſerthum die Anerkennung nicht verſagen, inſofern daſſelbe die nothwendigen Bürgſchaften für Aufrechthaltung der Ruhe und des Friedens in Europa bietet. Mit der Schweiz iſt nun vollſtändig Friede geſchloſſen. General Dufour wird hier im Laufe des nächſten Monats erwartet, wenn ihm Geſundheitsrückſichten erlauben, die Reiſe nach Paris zu unternehmen. (A. Z.)

Das Preßgeſetz beginnt in aller Strenge angewandt zu werden. Die belgiſchen Bläter ſind gewarnt worden, daß ihnen der Eintritt in Frankreich unterſagt würde, wenn ſie fortführen über die Sitzungen der geſetzgebenden Körper andere Berichte als aus dem Moniteur mitzutheilen. Dieſe Warnung wird die belgiſchen Blätter veranlaſſen für Frankreich eine beſondere Ausgabe zu veranſtalten! Was die franzöſiſchen Blätter betrifft, ſo ward Hr. v. Maillac, Hauptredacteur der Aſſemblée nationale, ins Polizeiminiſterium entboten, wo Hr. v. Maupas ihn ſehr ernſtlich verwarnte, die Sprache ſeines Blattes zu mäßigen, wenn er deſſen Unterdrückung nicht veranlaſſen wolle. Die Dienſte, welche die „Preſſe" in ihrer Polemik gegen die Legitimiſten leiſtet, ſcheint den Nachtheil ihrer Oppoſition gegen die Regierung nicht aufzuwiegen, es ward daher in einem Miniſterrathe förmlich die Frage aufgeworfen, ob dieſes Blatt nicht ſofort zu unterdrücken ſei. Man entſchied, vorläufig Hrn v.

Digitized by Google

Girardin eine freundliche und bald darauf eine amtliche Warnung zukommen zu lassen, falls er in seiner Opposition beharrte. (Allg. Ztg.)

Paris, den 10. April. Eine Merkwürdigkeit der Jahreszeit ist der große Schinkenmarkt; er wurde am 6. April auf den Boulevards Bourdon eröffnet. Er besteht aus 370 Bänken. Die aufgelegten Vorräthe hatte man zu 500,000 Kilogrammen geschätzt. Die Kunst der Speck- und Schinkenräucherung, der Wurstmacherei (saucissons, andouilles, andouillettes) feiert hier ihre schönsten Triumphe, ja ganze geräucherte Schweine, die nach dem Mouton'schen Verfahren behandelt sind, und für die man zwei Jahre gutsteht, sieht man unter den Fleischschätzen, welche von Händlern aus allen Theilen des Landes, von der Mosel, der Maas, der Manche, bis zu den Rhonemündungen und den Pyrenäen, geliefert werden. Der Ursprung dieses Markts, ehemals foir au lard genannt, soll bis ins 14. Jahrhundert hinaufgehen. Die Dauer ist 3 Tage.

— den 12. April. Der Vollzug der gegen die Güter der Familie Orleans gerichteten Confiscationsdecrete vom 22. Januar ist nunmehr eine vollendete Thatsache. Es ist von dem Schlosse von Neuilly im Namen des Staates Besitz genommen worden. Es war dieser Act zwar vorausgesehen; nichtsdestoweniger hat er eine lebhafte Sensation hervorgerufen.

Die entschiedensten Regierungsblätter geben die Zahl der Deportirten zu 6000 an.

Strasburg, den 13. April. Die verschiedenen Decrete und Umlaufschreiben, welche an die Rektoren in Bezug auf den Unterricht ergangen, suchen eine durchgreifende Umgestaltung des Lehrwesens zu bewirken. Dem Einflusse der Geistlichkeit ist dabei sehr Vieles überlassen, was früher ausschließlich dem leitenden Personale der Unterrichtsanstalten allein zukam. Die Zahl der Schulen, welche jetzt vollständig von Geistlichen geleitet werden, nimmt überall zu. Die Existenz der wenigen Simultanschulen, die noch bestehen, ist außerordentlich bedroht. Die Vorschriften in Bezug auf die Wegnahme der Bärte sind jetzt überall in Ausführung gekommen. — Man versichert, daß in der Folge der Oberbefehl unserer Truppen im Elsaß von einem Marschalle geführt wird. — Die oberrheinische Dampfschifffahrt wird ihren Dienst im Laufe der nächsten Woche beginnen, und in unmittelbaren Anschluß an die Schnellzüge von Basel treten. (F. J.)

Italien.

Neapel. Gladstone hat eine zweite Broschüre über die Criminaljustiz und das Gefängnißwesen in Neapel erscheinen lassen, worin er zwar verschiedene Einzelnheiten seiner früheren Angaben berichtigt, diese aber im Großen und Ganzen bestätigt.

Großbritanien.

London, den 12. April. Der Strom der Auswanderung aus Irland, und zwar aus fast allen Theilen des Landes, dauert unvermindert fort. Die Auswanderung aus Belfast hat in der letzten Zeit hauptsächlich die Richtung nach Australien genommen.

Neueste Nachrichten.

München, den 13. April. Der Herzog von Leuchtenberg ist, nach einer telegraphischen Depesche, aus Aegypten kommend gestern in Triest eingetroffen und gedachte alsbald die Weiterreise nach München anzutreten. — Der kgl. Staatsminister des Innern Hr. v. Zwehl wird von seiner in Privatangelegenheiten nach Berlin unternommenen Urlaubsreise heute oder morgen wieder hier eintreffen.

Paris, den 13. April. Wie verlautet, sind bei der Regierung Schritte geschehen, welche die Aufhebung des Verbots der kirchlichen Umzüge auf den Straßen bezwecken. — Der „Presse" berichtet man, daß unsere Regierung von der russischen Erklärungen über das Auftreten des Großfürsten Konstantin bei seinem Aufenthalte in Venedig, dem Grafen von Chambord gegenüber, verlangt habe.

Auch bei der gestrigen Revue vertheilte, wie bei den früheren, L. Napoleon persönlich eine Anzahl Kreuze und Ehrenmedaillen.

Großbritanien. England entwickelt seit einiger Zeit eine große Thätigkeit an der westafrikanischen Küste, die wol etwas mehr bezweckt, als blos die Unterdrückung des Sclavenhandels. Die Franzosen beobachten dies mit Eifersucht.

Von der bosnischen Grenze, den 6. April, wird gemeldet: Am 30. v. M. erschien ein Befehl der hohen Pforte, wonach auch die Bewohner der Herzegowina entwaffnet werden sollen. Sofort ward mit der Ausführung begonnen.

Miscellen.

Käme Christus heute zu Welt und predigte seine Religion in dem reinen Geist und Sinn, wie er sie einst gepredigt hat: in Rom, die Inquisition würde ihn schnell als Ketzer ergreifen, ihn in die Engelsburg festsetzen, wenn sie nicht, um dem Greuel schneller zuvorzukommen, etwas mehr thäte. In protestantischen Ländern könnte er weder Pfarrer noch Schulmeister werden, denn schwerlich würde er die symbolischen Bücher unterschreiben wollen. Und wie sehr würde er sich wundern, wenn man ihm sagte, er müßte erst nach Halle (Erlangen) ziehen, seine Religion zu studieren, wenn er sie predigen oder lehren wollte.

Klinger.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 13. April. Weizen 6 fl. 37 kr., Korn 5 fl. 54 kr., Gerst 4 fl. 59 kr., Spelz 5 fl. 3 kr., Hafer 4 fl. 7 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 10. April. Weizen 6 fl. 43 kr., Korn 5 fl. 42 kr., Spelz 5 fl. 9 kr., Gerst 4 fl. 50 kr., Hafer 3 fl. 59 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 13. April. Weizen 6 fl. 48 kr., Korn 5 fl. 57 kr., Spelz 5 fl. — kr., Gerst 4 fl. 57 kr., Hafer 3 fl. 37 kr., Kartoffeln 1 fl. 52 kr., per Centner.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[959²] **Auswanderungs-Agenten-Gesuch.**

Geschäftsleute von anerkannt solidem Renommée, welche geneigt sind, Bezirks-Agenturen für Bremen zu übernehmen, werden ersucht, sich unter Beifügung einer Adresse zur Information in portofreien Briefen zu wenden an die

Haupt-Agentur
für das Königreich Baiern,
Jacob Schmitt in Nürnberg.

[960] **Versteigerung einer Gerberei.**

Montag, den 26. April nächsthin, Nachmittags 2 Uhr zu Kleinkarlbach, läßt Herr Friedrich Catoir, Gutsbesitzer zu Lautersheim wohnhaft, seine zu Kleinkarlbach unmittelbar neben der Klingbach gelegene Gerberei nebst dem dabei gelegenen Wohnhaus, den Oeconomiegebäuden und Pflanzgarten freiwillig unter sehr vortheilhaften Bedingen auf Eigenthum versteigern. Die Gerberei ist auf das Zweckmäßigste und ganz neu eingerichtet und sämmtliche Gebäulichkeiten befinden sich im besten Zustand.

Sollte sich kein Steigliebhaber auf Eigenthum einfinden, so wird an demselben Tage die Gerberei sammt allen Zugehörden auf längere Zeit verpachtet.

Bis zum Versteigerungstag selbst wird auch auf einen Verkauf aus freier Hand eingegangen.

Ueber die nähern Bedingungen ertheilt der unterzeichnete Notar Auskunft. Die Versteigerung geschieht in dem zur Gerberei gehörigen Wohnhaus.

Grünstadt, den 14. April 1852.

Rauh, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 94 | den 18. April 1852.

Deutschland.

• Baierische Landtagsverhandlungen über Erhöhung des Militäretats. Die Sitzung der Abgeordneten vom 1. April bot vielleicht zum letzten Male auf dem diesjährigen Landtage eine Verhandlung über eine allgemein wichtige Frage, von unmittelbarer Wirkung auf das gesammte Land, dar. Die Debatte war daher nicht nur belebter als gewöhnlich, sondern auch viel länger dauernd, indem die bald nach 9 Uhr Morgens begonnene Sitzung bis beinahe 4 Uhr Nachmittags ununterbrochen fortwährte.

Wir haben über diese Verhandlung nur einen vorläufigen, kurzen Bericht gegeben, indem wir einen umfassenden nachzuliefern versprachen. Wir kommen diesem Versprechen nunmehr nach, nachdem der stenographische Bericht erst jetzt erschienen ist.

Langguth, Referent über das Militärbudget, beginnt damit, die Ausstellungen zurückzuweisen, welche der Berichterstatter in der Reichsrathskammer (Fürst Taxis) gegen seinen Vortrag erhoben hat. Er äußerte sodann zum Schluße Folgendes:

„Die Ausgaben für die Armee müssen im Verhältnisse zur Kraft des Landes stehen, und wenn seit dem Jahre 1849 eine Erhöhung des Militär-Budgets bereits um 2½ Millionen gegen früher stattgefunden hat, und auch jetzt wieder von der Kammer beschlossen ist, so dürfte dieses — Angesichts unserer Finanzzustände und des nur durch Steuererhöhung zu deckenden Defizits — wohl als genügend erscheinen; um so mehr, als sogar im Vortrage der Reichsraths-Kammer anerkannt ist, daß Würtemberg einen niedrigeren Präsenzstand hält als Bayern, was zur Folge hat, daß seine Ausgabe fast nur jene Summe beträgt, welche wir für unsere Armee jetzt mehr bewilligen wollen und sollen."

Nach einigen Erläuterungen zwischen Kriegscommissär v. Habel und Langguth nahm der Referent über das Ausgabenbudget, v. Lerchenfeld das Wort.

„Meine Herren — sagte er, — auch ich befinde mich in der Lage, in dieser Frage im Ausschusse in der Minorität geblieben zu sein. Erlauben Sie mir, Ihnen kurz die Gründe darzulegen. Es ist Niemand und am allerwenigsten wohl mir je eingefallen, die Nothwendigkeit einer tüchtigen und wohlgebildeten Armee in Widerspruch zu ziehen. Wie der politische Horizont sich gestalten wird, können wir nicht voraussehen, obwohl im Augenblicke die Verhältnisse sich wieder günstiger zu entwickeln scheinen. Allein dies ist gewiß, daß unsere inneren Verhältnisse in diesem Augenblicke die Aufstellung einer großen Armee nicht nothwendig machen, und wenn man davon spricht, meine Herren, daß man durch den Antrag auf Verminderung des Militär-Etats die Regierung zu schwächen beabsichtige, *) so muß ich dagegen erwidern, daß meiner Ansicht nach nichts eine Regierung mehr schwächt, als ein ungünstiger finanzieller Zustand des Landes. Wir haben dieß in einer Reihe von Staaten gesehen, die ihrem unaufhaltsamen Untergange entgegen gegangen sind mit glänzenden wohlgeübten, wohlorganisirten Heeren, weil sie am Ende sich so erschöpft haben, daß sie nicht mehr im Stande waren, diese Heere ferner erhalten zu können. — M. Hrn.! Es ist ein Hauptgrund, der für das gegenwärtige Postulat geltend gemacht wird, die Bundespflicht. **) Mein erster Grundsatz, den ich da, wo ich jemals zu handeln berufen war, stets geltend gemacht habe, war der, mit dem Bunde nie zu rechnen: Für die Interessen Deutschlands wollen wir den letzten Mann, den letzten Kreuzer freudig opfern. Allein, meine Herren, wenn man einmal davon spricht, daß die Bundespflicht uns zu diesem und jenem zwinge, dann erlauben Sie doch auch, daß wir einmal rechnen und fragen, was uns diese Bundespflicht für Verpflichtungen auferlegt; die Beschlüsse darüber sind allgemein bekannt, ich glaube nicht, daß es nothwendig ist, sie hier näher zu erörtern. Das Contingent Baierns besteht aus 35,600 Mann, und zwar bestimmt in §. 28 die Bundeskriegsordnung, daß dieses Contingent nach 4 Wochen marschfertig sein muß, und daß es keine Rekruten erhalten darf, das heißt, keine Leute, welche nicht 6 Monate lang geübt worden sind. Allein, m. Hrn., Landwehr zu diesem Zwecke zu verwenden, ist allerdings zulässig, nur ist festgesetzt, daß diese Landwehr nicht die Mehrzahl des Contingents bilde. Sie soll nur einen kleineren Theil des Contingents bilden, und es sollen die Offiziere derselben in der Linie gebildet worden sein, so die Bundes-Kriegs-Verfassung §. 21. — Unter der eingeübten Mannschaft, unter derjenigen Mannschaft, die ein hundertstel der matrikelmäßigen Bevölkerung zu bilden hat, ist blos das wirklich erforderliche Contingent zu $\frac{1}{100}$ zu rechnen, und es darf also hierunter kein Recrut sein. Allein weiter geht die Verpflichtung nicht. Was sagt nun dieselbe Bundes-Kriegs-Verfassung bezüglich der Bereithaltung im Frieden. Sie sagt in §. 29, das Material soll vollständig vorhanden sein nicht nur für dieses, sondern wie wir später hören werden, für ein späteres Bedürfniß. Dagegen aber gestatten sie durch Beschluß vom 13. Septbr. 1832 die Beurlaubung in §. 31; beim Fußvolke soll präsent sein $\frac{2}{3}$ der Unteroffiziere, und $\frac{1}{6}$ der Gemeinen, $\frac{5}{6}$ der Gemeinen können im Urlaube sein, das ist bundesmäßig zuläßig, und die Bundeskriegsverfassung schreibt in dieser Beziehung nur vor, daß sie wenigstens 4 Wochen lang geübt werden sollen; bezüglich der Reiterei schreibt sie vor, daß $\frac{2}{3}$ der Mannschaft präsent gehalten werden sollen, und $\frac{1}{2}$ der Pferde, wo nicht eine Landwehrcavallerie besteht, dort ist ein noch geringerer Präsentstand zuläßig. Allein bei uns ist das nicht der Fall. Wir haben von den 5086 Mann Reiterei Contingent $\frac{2}{3}$, und von den 5085 Pferden $\frac{1}{2}$ bereit zu halten. Die Artillerie beträgt 2919 Mann mit 72 Geschützen; die Fußartillerie soll zu $\frac{1}{4}$ präsent sein, und der dritte Theil der Bespannung der Geschütze der ersten Linie der Munitionswägen, bei der reitenden Artillerie zwei Drittheile derselben. Das sind die Bestimmungen für das effektive Contingent, was so bereit gehalten werden muß, um 4 Wochen nach erhaltenem Aufgebote marschiren zu können. Nun enthält die Bundeskriegsverfassung auch die Vorsorge, daß dieses Contingent möglichst vollständig bleibe; es ist deßhalb vorgeschrieben, daß außerdem vorhanden sein sollen die Cadres von Offizieren, Unteroffizieren und Spielleuten für den 300sten Theil der Bevölkerung nebst Material, und zwar in der Weise, daß $\frac{1}{600}$ sechs Wochen nach der Aufstellung des Contingents, d. h. 10 Wochen nach dem Aufgebote des Bundesheeres zum Ausrücken bereit sind, und dann von 4 zu 4 Wochen ein weiteres sechshundertstel, in einem Jahre aber niemals mehr als ein zweihundertstel der ganzen Bevölkerung. Das sind die Verpflichtungen hinsichtlich der Reserven. Nunmehr, m. Hrn., hat man uns zu verschiedenen Malen berech-

*) Bericht des Referenten der Reichsräthe, Fürsten Taxis.

**) Vom Ministerium und dem Reichsrathsreferenten.

net, wie dieses Bundescontingent sich gestaltet, das nach dem eben Gesagten sich auf 53,400 Mann beläuft mit Einschluß der Reserven*), von denen ⅓ nur innerhalb 10 Wochen, das zweite Drittheil innerhalb 14 Wochen und das dritte innerhalb 3 Monaten in das Feld gestellt zu werden bereit sein muß. M. Hrn., die Bundesfestungsgarnisonen gehören mit zum Bundescontingent, sie sind vom Bundescontingente abzuziehen, das geht aus der Fassung aller jener Beschlüsse zu klar hervor, als daß ich nothwendig hätte, es der Kammer näher zu erörtern. Die sogenannte Bundesreservedivision ist als solche nur für die Festungsbesatzungen bestimmt, also die 4000 Mann für Landau gehen jedenfalls nicht von diesen 53,400 Mann ab, und ebenso wenig die 6600 Mann für Ulm, sondern unsere Verpflichtungen beziehen sich darauf, 35,600 Mann in erster, und 17,800 Mann in zweiter Linie als Reserve in Bereitschaft zu halten. Nun kommt allerdings die Garnison in Germersheim in Betracht, wenn wir annehmen, daß die Aufstellung des Bundesheeres oder eine Bedrohung der Gränzen Deutschlands von Westen her stattfindet. Germersheim ist keine Bundesfestung, und Baiern hätte vielleicht die Bestimmung treffen können, daß es als Bundesfestung erklärt worden wäre; das ist aber nicht geschehen, und davon wollen wir nicht weiter sprechen. Es ist also die Nothwendigkeit vorhanden, eine Garnison für Germersheim bereit zu halten, wenn man nicht annehmen will, was wahrscheinlich ist, daß im Falle eines Einfalles am Rheine der Bund selbst bereit sei, Germersheim zu besetzen, weil es nothwendiger Weise in das Vertheidigungssystem, welches hier einzuhalten ist, hineingehört. Abgesehen davon kommen zu diesen 53,000 Mann noch 6000, macht 59 bis 60,000 Mann. Nun sagt man aber, die Festungen diesseits des Rheines z. B. Ingolstadt braucht 12,000, und Würzburg 3000 Mann. M. Hrn.! Wenn eine Armee zur Vertheidigung am Rheine steht, dann ist Ingolstadt höchst wahrscheinlich nicht bedroht, und ebenso wenig Würzburg, und diese Städte werden, wie es eben in andern Ländern auch der Fall ist, ihre Besetzung in den Truppen finden, die man zum Nachrücken für die übrige Armee im Felde in Bereitschaft hält, und weiter ausbildet. Wenn man alle Festungen in dem Lande in dem Momente, wo es in Kriegszustand tritt, mit der ganzen Kriegsgarnison besetzen wollte, so glaube ich Ihnen ganz klar nachweisen zu können, daß Frankreich nicht im Stande wäre, 40,000 Mann in's Feld zu stellen, und daß in Preußen, wenn es eine Armee am Rheine aufstellte, und auch in Magdeburg, im Schlesischen und in Posen u. s. w. alle Festungen vollständig besetzen wollte, nur 40 bis 50,000 Mann disponibel übrig blieben. Also diese Theorie kann ich nun und nimmermehr als richtig anerkennen, und die Erfahrung aller Zeiten hat bewiesen, daß sie keine Anwendung gefunden hat. In allen früheren Kriegen sind immer die Festungen von den Truppen besetzt gewesen, welche man zum Nachrücken auf den Fall eines weiteren Ereignisses in Bereitschaft stellte, und diese Truppen haben auch dazu vollständig hingereicht. Kommt der Fall einer Belagerung dieser Festung, dann muß das Heer, welches im Felde stand, bis in diese Gegend zurückgedrängt sein, und dieses wird dann die Truppen abgeben, welche zur Vertheidigung der Festung nöthig sind. — Ich halte sehr viel auf historische Daten; erlauben Sie mir daher, Ihnen einige Notizen aus den baierischen Militäretats aus früheren Zeiten mitzutheilen. Ich werde Sie nicht unterhalten mit den Verhältnißen vor 1800, ich habe hier die baierischen Militäretats von 1697 an, allein erlauben Sie mir nur auf die neuere Zeit zurückzukommen."

Der Redner gibt nun eine sehr genaue Zusammenstellung der Formation der baierischen Armee vom Jahre 1804 an. Damals, und bis 1811, war der formationsmäßige Stand nicht mehr als 46,900 Mann, und die dafür bewilligte Summe — 4,600,000 fl. Der Redner weist dies und alle Umgestaltungen sehr umfassend nach. Er zeigt, wie schon 1817 — und nicht ohne Erfolg — die Nothwendigkeit von Ersparungen an dem 18¼ wesentlich erhöhten Etat geltend gemacht wurde. (Fortsetzung f.)

*) Selbst diese Berechnung ist noch viel zu hoch, wie sich aus dem nachfolgenden, den eigenen Wortlaut der Bundesbeschlüsse citirenden Vortrage des Abg. Kolb ergibt.

*** Die Lage des Mittelstandes.** Wir haben schon öfters darauf hingewiesen, daß es nach unserer Ueberzeugung vielleicht der wichtigste Theil der Mission der jetzigen Zeit ist, jenem unglücklichen und unsinnigen Zwiespalte ein Ende zu machen, den man in wahrhaft unverantwortlicher Weise zwischen dem Mittelstande und dem sogenannten Proletariate geschaffen hat. Beide gegen einander gehetzte Theile müßen einsehen, daß sie gegenseitig einander bedürfen, und daß ihre Feindschaft nur zu ihrem eigenen Verderben gereicht. Der „Fränkische Kurier" bespricht ebenfalls diesen Gegenstand, und bemerkt u. a. Folgendes:

„Ein Mittel, die Dauer unserer krankhaften Zustände zu verlängern, wol gar ewig zu machen, scheint darin gefunden zu sein, daß die Reaction die selbstständige Bürgerschaft, jenen kräftigen Mittelstand, der mit Recht der civilisirten Staaten Blüthe, die Quelle jeglichen materiellen und geistigen Fortschritts genannt werden kann, zu schwächen und herabzubringen sucht. Wir verstehen hier unter Bürgerschaft nicht jene bürgerliche Noblesse, jene haute volée des Geldsackes, die eben durch Metall und Papier untrennbar an die Gewalt gekettet ist, nein, wir meinen jene große Masse emsiger, alle Schleussen nützlicher Industrie öffnender, betriebsamer, schlichter Bürger, die sich nicht in jene moschusduftenden Reihen drängen, aus denen ein verächtliches, aristocratisches Nasenrümpfen dem kriechenden Speichellecker hoher Lohn dünkt, — die aber dem Vaterlande einen wahren Schatz industrieller und gewerblicher Kräfte, die sich nicht selbst aufzehren, sondern tausendfache Sprossen treiben, zum Genuße geben; die dem Staate einen Nachwuchs kräftiger Jünglinge und Jungfrauen hinterlassen, die ihre Abstammung nicht vergessen werden; die der Trost und die Hoffnung für des Vaterlandes Zukunft sind."

Der Kurier wendet sodann seinen Blick auf die einzelnen Staaten. Er erwähnt zuerst Frankreich, und fragt: „Sind dort nicht alle Maßregeln darauf berechnet, eben dieses Bürgerthum zu brechen, indem man den durch falsche Denkweise und Hetzereien aller Art scheinbar entfremdeten Sprossen dieses Bürgerthums lügnerisch schmeichelt, um ihre starken Arme zu binden oder für sich zu gewinnen? Sind nicht in Oesterreich die gewerblichen Maßregeln der Art, daß sie jeden Aufschwung ertödten, und intelligente Arbeiter zu willenlosen Maschinen zu verwandeln im Stande sind? Ist nicht der Ultramontanismus geschäftig, die Unduldsamkeit zu wecken und zu hetzen und die Vernunft zu verläumden, endlich jenen finstern Geist stummer Resignation und Geduld ... herauf zu beschwören? — Ja, an die Wurzel des Baumes wagt man sich, nicht bedenkend, daß er Frucht und Schatten gewährt! Aber man vergißt, daß sein Holz ein hartes und zähes ist, daß die Art zurückfahren kann in die Glieder dessen, der sie schwingt; man vergißt, daß seine Zweige Saft treiben, und die Früchte tausendfältig sind; Zweige und Früchte aber werden erkennen lassen, daß sie von des Baumes Art sind."

*** Speyer,** den 15. April. Wir haben schon öfter über den maßlos langsamen Gang der Posten zwischen dem jenseitigen Baiern und der Pfalz geklagt. Wie es sich damit verhält, davon ein Beispiel statt vieler. In unserm gestern ausgegebenen Zeitungsblatte befindet sich (Seite 412) ein aus Frankfurt datirter Artikel über die französischen Agenten, welche die Namen von Deutschen, die unter Napoleons Fahnen gedient, aufzeichnen. Der Aufsatz rührt, wie dort angegeben, aus der Augsburger Allgemeinen Zeitung her. Allein wir bekamen denselben keineswegs zuerst durch die Allgem. Ztg. zu Gesicht, sondern durch den Stuttgarter „Beobachter." Die vom 15.

d. datirte Nummer dieſes letztgenannten Blattes enthält mit Angabe der Quelle einen Wiederabdruck und kam uns geſtern Nachmittag um 1 Uhr zu, indeß das Blatt der Allgem. Zeitung vom 14. d. (Beilage), worin der Originalabdruck der Mittheilung, in der gewöhnlichen Weiſe und ohne alle beſondere Verſpätung, erſt heute früh um ½9 Uhr, ſonach beinahe um einen vollen Tag ſpäter, hier eintraf. Man hat alſo Zeit, in Stuttgart nicht nur einen Auszug aus jenſeitigen Blättern anzufertigen, ſondern erfreut ſich ſogar noch weiter der Möglichkeit, das Originalblatt um einen Tag zu überholen. —

Nürnberg, den 14. April. Auf der geſtrigen Schranne ſind die Getreidepreiſe neuerdings gefallen. Eingeſtellt iſt immer noch viel Getreide.

Karlsruhe, den 13. April. Die in Baſel erſcheinende „Schweizeriſche National-Ztg." iſt in Baden verboten worden.

Weimar, den 11. April. Der Großherzog hat Befehl zur Ablegung der deutſchen Kokarde ertheilt und ſolche iſt bereits erfolgt.

Berlin, den 14. April. Der Zollvereinscongreß wird erſt in einigen Tagen eröffnet werden. Dagegen hat bereits eine allgemeine Miniſterberathung aus dieſer Veranlaſſung ſtattgefunden. — Aus Weſtpreußen vernimmt man zahlreiche Uebertritte aus der proteſtantiſchen in die katholiſche Kirche.

Hamburg, den 12. April. Eine enorme Anzahl Auswanderer iſt theils ſchon eingetroffen, theils kommen die Leute morgen, um am 15. April eingeſchifft zu werden. An dieſem und dem folgenden Tage hat man hier im Ganzen 2500 Perſonen zu expediren, wozu 14 Schiffe bereit ſind.

— den 13. April. Seit vorgeſtern ſind mit allen Zügen der Berlin-Hamburger Eiſenbahn ganze Schaaren von Auswanderern, die übermorgen von hier abgehen, hierſelbſt angelangt.

Wien, den 12. April. Dem Vernehmen nach iſt der frühere Honved David, deſſen Verhaftung in der Kanzlei des jetzigen Feldmarſchallieutenants Görger zur Zeit einiges Aufſehen machte, kürzlich wegen ſeiner Mittheilungen an die in der Verbannung befindlichen Ungarn von dem k. k. Kriegsgerichte zum Strange verurtheilt und die Strafe bereits an ihm vollzogen worden.

Schweiz.

Bern, den 12. April. Trügen nicht alle Berichte von verſchiedenen Gegenden des Landes, und zwar von Leuten, welche das Volk und ſeine Stimmung kennen, ſo unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß die „Abberufung" durchdringt. Der Abfall von der Regierung ſoll in Landestheilen ſtattfinden, wo man es am wenigſten vermuthete. — In der Gemeinde Gadmen, Amts Meiringen, herrſcht ſolche Noth, daß ein großer Theil der dortigen Bevölkerung dem Hungertode entgegengeht, wenn nicht außerordentliche Unterſtützung erfolgt. Von 800 Seelen ſollen mehr als 300 durchaus keine Lebensmittel mehr haben, und die Zahl der Letzteren könne binnen einer Woche auf 600 ſteigen. (Schw. N.-Z.)

Niederlande.

Haag, den 9. April. Der hieſige Appellationshof hat den Herausgeber des klerikalen luxemburgiſchen Blattes „das Wort" wegen Beleidigung des König-Großherzogs zu zweijähriger Gefängnißſtrafe und in die Proceßkoſten verurtheilt.

Vereinigte Staaten.

Oeffentliche Blätter enthalten eine Nachricht aus **New-York,** in deren erſtem Theile umſtändlich gemeldet wird, daß die von Kinkel unausgeſetzt fortgeführten Bemühungen zur Revolutionirung Europas durchaus keinen Anklang fänden; im zweiten Theile wird ſodann gemeldet, daß Kinkel ſogar eine Revolutionsregierung niederſetzen werde, und beigefügt, mehre europäiſche Cabinette hätten dem Vernehmen nach bereits Noten nach Waſhington geſendet, um gegen die Toleranz der amerikaniſchen Regierung zu proteſtiren.

Neueſte Nachrichten.

München, den 14. April. Der Staatsminiſter des Innern, Hr. v. Zwehl, hat ſein Portefeuille wieder übernommen, wonach ſich die frühern Gerüchte als grundlos erweiſen, welche deſſen kurzen Urlaub als den Vorläufer ſeines Rücktritts anſahen. — Die Reichsrathskammer hat nun ebenfalls das Diſtricts- und Landrathsgeſetz angenommen. In der Abgeordnetenkammer wird morgen, wie es heißt, der Kriegsminiſter einen außerordentlichen Credit von mehreren Millionen verlangen, um die Koſten der Truppenaufſtellungen in den letzten Jahren zu decken, worunter auch die für die Expedition nach Kurheſſen. — Da den Kammern nächſter Tage noch einige Geſetzentwürfe vorgelegt werden ſollen, ſo dürfte vorausſichtlich eine nochmalige kurze Verlängerung des Landtags eintreten.

Berlin. Die Agitation gegen den Geſetzentwurf wegen Erhöhung der Runkelrübenſteuer gewinnt namentlich in der Provinz Sachſen an Ausdehnung, und ſeine Annahme in der zweiten Kammer wird dem Vernehmen nach ſehr zweifelhaft. (Nat.-Ztg.)

Die Allg. Ztg. läßt ſich aus Berlin unterm 13. April ſchreiben: die Nichttheilnahme am Zollcongreße von Seiten einzelner Staaten ſei undenkbar. Der Correſpondent des genannten augsburger Blattes fügt jedoch folgende auffallende Bemerkung bei: „aber auf große Conflicte im Schooße der Conferenz ſind auch die wärmſten Freunde der Reconſtruction des Zollvereins gefaßt, und erwarten daher eine Seſſion von ungewöhnlich langer Dauer, während welcher es ſich wohl einmal ereignen kann, daß einzelne Mitglieder ausſcheiden, hoffentlich um wiederzukehren."

Hamburg, den 12. April. Was die Angelegenheit Ruſſak's betrifft, ſo iſt die Begnadigung desſelben dahin zu verſtehen, daß nur die Nichtausführung der Todesſtrafe und die Erſetzung derſelben durch eine mildere Strafe in Ausſicht geſtellt worden iſt.

Wien, den 12. April. Der Kaiſer hat nunmehr den neuernannten Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten mit dem Vorſitz in der Miniſterconferenz definitiv betraut. Es ſcheint ſomit daß eine eigene Miniſterpräſidentſchaft in dem Sinne wie ſie bisher ſtatthatte, nicht mehr Platz greifen wird.

Paris, den 13. April. Der ehemalige Präſident des Club der Clubs, Longepied, iſt dahier verhaftet worden. — L. Napoleon hat dem Sohne V. Hugo's den Reſt ſeiner Gefängnißſtrafe erlaſſen, wozu er wegen eines vor dem 2. December begangenen Preßvergehens verurtheilt war. — Die hieſige Nationalgarde hat heute ihren Dienſt begonnen. — An der Börſe hieß es heute, daß der ruſſiſche Geſchäftsträger täglich den Befehl erwarte, die Fonds zurückzuziehen, welche der Kaiſer Nikolaus in franzöſiſchen Papieren angelegt hat.

— den 14. April. In Anwendung des Decrets, daß die Unabſetzbarkeit derjenigen Perſonen, die dieſes Vorrechtes genoſſen, aufgehoben, ſind Edgar Quinet, Michelet und Adam Mickiewicz, die bekannte Triade des Collége de France, ihrer Aemter enthoben worden.

Achtzig Häuptlinge der Zouaouas, der Chef dieſer religiöſen und kriegeriſchen Conföderation, Sidi-il-Djudi, an der Spitze, haben ſich zu Algier unterworfen.

New-York, den 30. März. In Philadelphia hat eine furchtbare Feuersbrunſt gewüthet. Drei der größten Handlungshäuſer ſind in Aſche gelegt, deren Schaden allein auf 850,000 Dollars veranſchlagt wird.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[961a] **Annonce.**

Außer meinem bekannten Waarenlager, welches durch meine Meßeinkäufe aufs reichlichſte aſſortirt iſt, empfehle ich mein Kleiderlager, welches für die Sommerſaiſon in allen möglichen Artikeln, als Tuch- und Sommerröcke, Bukſkinhoſen, Schlafröcke, piquène und ſeidene Weſten,

weiße und farbige Cattunhemden, Jaconetts und ſeidene Schlips, in ſchönſter Auswahl, ſowie alle in dieſes Fach einſchlagende Artikel, beſtens aſſortirt iſt, und bitte unter Zuſicherung billiger und reeller Bedienung um geneigten Zuſpruch. **Moritz Dreyfuß.**

[962^{2}] **Anzeige und Empfehlung.**

Ich mache hiermit die ergebenſte Anzeige, daß ich jetzt mein Geſchäft in dem Hauſe des Herrn Stockinger an der Marktſtätte betreibe, und empfehle mich zu recht zahlreichem Zuſpruch höflichſt, da ich mit Farbwaaren und Schreibmaterialien aller Art beſtens verſehen bin.

Den Herren Tünchern zur beſondern Nachricht! daß ich nun zwei ausgezeichnete Sorten Bleiweiß halte, von denen das Eine eigens für Oelanſtriche in's Freie, das Andere für ſolche in geſchloſſene Räume zugerichtet iſt, und kann ich bezüglich des Weißbleibens garantiren, wenn ſie richtig behandelt werden. Vorzüglichſtes altes Leinöl und Firniße aller Gattungen führe ebenfalls.

Julius Helff,
im Stockinger'ſchen Hauſe an der Marktſtätte.

[956^{2}] **Badeanſtalt in Zweibrücken.**

Bei Unterzeichnetem ſind in ſeiner, im vorigen Jahre neu errichteten Badeanſtalt am Wall, fortwährend Dampf- oder Schwitzbäder, Douche-, Regen- und Sturzbäder, ſo wie auch Waſſerbäder von jeder beliebigen Temperatur zu haben.

☞ Fremde Badegäſte können auf die Dauer möblirte Zimmer erhalten.

Zweibrücken, im April 1852.

Chr. Fickeiſen.

[963^{3}] **Einziges Depot von Aecht engliſchem Patent Portland-Cement für Baden, Würtemberg und die Rheinpfalz.**

Bei dem Herannahen der Bau-Zeit empfehlen wir unſer Lager von

Aecht engl. Patent Portland-Cement

in Orginalpackung (Tonnen v. 400/440 ℔ cöln. Gewicht,) deſſen Preis wir um dieſem ausgezeichneten Bau-Material die allgemeinſte Anwendung zu verſchaffen, moderirt haben und auch davon in Anbruch verſenden.

Der Patent-Portland Cement iſt bekanntlich der beſte hydrauliſche Mörtel, welcher exiſtirt und kann je nach dem Zwecke der Anwendung mit 1 bis 5 Theilen Sand vermiſcht werden. Er dient unter vielem Andern zum Verputz von Gebäuden gegen die Wetterſeite, Regenſärgen, Waſſerbehältern über und unter der Erde, Oelbehältern, Waſſerdichtmachung von Kellern, Eſtrich für Fruchtböden, Lagerhäuſern und Fabriklokalen, zum Gießen von Ornamenten und Figuren.

Mannheim, im April 1852.

Walther u. Reinhardt.

Zur Bequemlichkeit der verehrlichen Abnehmer in der Rheinpfalz haben wir
in Speyer bei dem Herrn F. A. Nuſch,
„ Landau „ „ „ J. B. Feldbauſch
Niederlagen errichtet.

[932^{3}] **Großes Kleider-Magazin**

in Ludwigshafen am Rhein in dem neuerbauten Hauſe der Herren Kaufmann & Glöcklen.

Unterzeichneter empfiehlt dem geſchätzten Publicum ſein neu eröffnetes

Etabliſſement

und wird derſelbe ſtets dahin ſtreben, durch ſolide und billige Waare, ſowie überhaupt durch prompte und reelle Bedienung, ſich die Zufriedenheit und das Vertrauen ſeiner verehrten Gönner zu erwerben und dauernd zu erhalten.

Sommerröcke von 2 fl. 42 kr. bis 18 fl. Tuchröcke von 13 bis 30 fl. Beinkleider von 1 fl. 30 kr. bis 12 fl. Weſten von 1 bis 7 fl. Schlafröcke von 2 bis 13 fl.

M. Koppel.

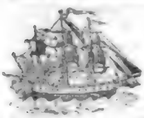
[936^{6}] **Bekanntmachung.**

Das Anlehen deutſcher Fürſten und Edelleute, garantirt vom Prinzen Friedrich von Preußen, Herzog von Naſſau, Herzog von Meiningen, Herzog von Sachſen-Koburg u. a. m. bietet die ſchönen Gewinne von 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 14,000, 13,000, 12,000, 11,000 10,000, 10 à 5,000 fl. u. ſ. w.

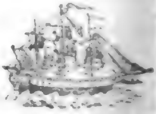
☞ **Nächſte Ziehung am 15. Mai 1852.** ☜

Zu dieſem äußerſt vortheilhaft eingerichteten und in jeder Hinſicht empfehlenswerthen Spiel, können Looſe zu folgenden Preiſen bezogen werden: Einzelne Looſe à 1 fl. 30 kr., 4 Stück à 5 fl., 9 Stück à 10 fl., 20 Stück à 20 fl., 56 Stück à 50 fl., durch das unterzeichnete, mit dem Verkauf beauftragte Großhandlungshaus

Julius Stiebel junior u. Comp.
Banquiers in Frankfurt a. M.



Regelmäßige Beförderung



von Auswanderern nach allen Seehäfen von **Amerika**
zu den **niedrigſten** Preiſen,
und mit Uebernahme unter Garantie bis an die Landungsplätze in Amerika

durch den Unterzeichneten, welcher auch ſchnellſte Expedition des Gepäcks und aller Waaren beſorgt, und Zahlungsanweiſungen in jedem Betrag, auf jeden beliebigen Seeplatz der Union verſchafft, was beſonders für ſolche Auswanderer angenehm iſt, die größere Summen mit ſich nehmen.

Auf Anfragen weitern Beſcheid und feſte Abſchlüße von der Special-Agentur in **Speyer** bei

[792^{10}] **Julius Helff**, breite Straße Nro. 14.

[964] Niederländiſche

Dampfſchifffahrts- Geſellſchaft.

Abfahrt von Ludwigshafen am Rhein:

Täglich 4 Uhr Morgens (außer Montag und Freitag) in 36 Stunden nach Rotterdam.

Jeden Sonntag im Anſchluß an den „Batavier“ nach London.

Außer obigen Fahrten unterhält die Geſellſchaft noch einen Extra-Dampfboot-Güterdienſt auf der ganzen Linie Ludwigshafen — Rotterdam — London zu ermäßigten Frachten und fährt das Schrauben-Güterboot „Teyenoord“ jeden Donnerſtag von Rotterdam nach London.

☞ Nähere Auskunft ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852.

Der Agent:
C. Aug. Exter.

Digitized by Google

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 94) den 18. April 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Die Speyerer Zeitung hat kürzlich das wesentliche Verdienst des Hrn. Abgeordn. Nebenack um Verminderung jener Summe erwähnt, welche die Pfalz, außer den gewöhnlichen Steuern, noch besonders an die Staatskasse entrichten sollte. Unser Blatt hat bei dieser Gelegenheit auch in einer Note aus der großen Zahl von Albernheiten und Unwürdigkeiten der subventionirten Pfälzer Zeitung jener lächerlichen „Berichtigung" mit ein Paar Worten gedacht, daß Hr. Nebenack nach Ansbach „nicht versetzt," sondern — „berufen" sei. Das subventionirte Blatt ist nun freilich nicht im Stande, unsere Fragen bejahend zu beantworten: ob Hr. Nebenack diese Versetzung selbst verlangt habe, oder ob ihm etwa dadurch eine höhere Stellung oder höherer Dienstbezug zu Theil geworden? Hr. Jäger muß sich in dieser Beziehung darauf beschränken, die — freilich auch wieder gar naive — Meldung zu veröffentlichen: es sei der Antrag gestellt gewesen, Hrn. Nebenack — den Rathstitel zu verleihen, doch scheine dies — auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein! — Gegen eine solche treffende und geistvolle Argumentation läßt sich allerdings nichts weiter einwenden, und die Regierung mag sich auch bei dieser Gelegenheit wieder Glück wünschen, einen so ausgezeichnet geschickten Vertheidiger gewonnen zu haben.

Hr. Jäger will es aber auch durchaus nicht gelten lassen, daß bezüglich der Verminderung jener Last der Pfalz, Hrn. Nebenack das vorzüglichste Verdienst gebührt. Den Antrag freilich — den hat Hr. Nebenack gestellt, das kann sogar Hr. Jäger nicht in Abrede stellen, sondern muß ihm vielmehr das Verdienstvolle lassen. Von der Begründung und Durchführung des Vorschlags durch den Antragsteller weiß aber Hr. Jäger kein Wörtchen zu reden. Das große Verdienst, sagt er, gebühre den HH. Weiß und Thinnes, und zwar wegen ihrer „gründlichen Darlegung des wahren Sachverhalts im Club der Majorität." — Es wäre etwas lockend, das Thema zu erörtern: ob die Verhandlungen in der Kammer oder „im Club der Majorität" maßgebend sind, und ob man nicht im letzten Falle gleich die ganze Kammer entbehren und ihre Befugniße dem „Club der Majorität" übertragen könnte; es wäre auch unterhaltend, die frühern Ausfälle des Hrn. Jäger auf das Clubwesen überhaupt — so weit es eben nemlich der Opposition gilt! — neben dieser naiven Aeußerung abzudrucken. Doch ist es überflüssig; weiß ja ohnehin Jedermann, wie die Consequenz des Heilkünstlers zur Besserung der politischen Complexion der Pfalz beschaffen ist. —

Was die Bemühungen der HH. Weiß und Thinnes in der angeregten Sache betrifft, so fällt uns die Unbilligkeit nicht im Traume ein, Hrn. Jäger nachahmend, das Verdienstliche der Reden derselben in der Kammer zur Unterstützung des Nebenack'schen Antrags in Abrede zu stellen oder zu verkleinern; wir anerkennen vielmehr auch die Bemühungen dieser Abgeordneten vollkommen und aufrichtig. Auf flacher Hand liegt es aber, und beide Abgeordnete werden es gewiß nicht entfernt bestreiten, daß sie, wenn der Nebenack'sche Antrag nicht vorgelegen hätte, gar nicht in den Fall gekommen wären, denselben zu unterstützen. Denn daß, wenn Hr. Nebenack seinen Antrag nicht gestellt, etwa Hr. Jäger einen solchen zur Vorlage gebracht und gründlich durchgeführt haben würde, — dies, meinen wir, dürfte er doch selbst uns zu glauben nicht zumuthen. —

Hr. Jäger sucht schließlich die Leser seines Blattes dadurch von seiner begangenen Albernheit abzulenken, daß er, wie gewöhnlich, den Abg. Kolb hereinzieht, indem er dessen Vortrag in der Sache „taktlos und herausfordernd" nennt. — Das Votum des Abg. Kolb gerade in dieser Frage hat selbst in altbaierischen Blättern von einer der unsrigen entgegengesetzten politischen Richtung eine andere Beurtheilung gefunden. Die Leser der Speyr. Ztg. waren aber durch den vollständigen Abdruck der betr. Rede in den Fall gesetzt, sich selbst ein Urtheil bilden zu können. Die Tendenz dieses Votums unterscheidet sich von jener der übrigen Reden grundsätzlich darin, daß der Abg. Kolb den Satz offen aussprach und unwiderlegt durchführte, daß die Pfalz überhaupt zur Deckung des Bedarfs für die ältere baierische Staatsschuld rechtlich nicht beigezogen werden könne, weil diese Schuld die gedachte Provinz gar nicht berühre; wobei er sich stützte auf die Grundsätze jedes gesunden Staats- und Völkerrechts, wonach nur diejenigen Landestheile eine Schuld zu tragen haben, denen die Last einer Steuererhöhung durch das Anlehen abgewendet wurde, keineswegs aber eine erst später erworbene Provinz, welche gleichzeitig ihre Lasten vollständig selbst trug; — wobei er sich ferner auf die Autoritäten von Männern wie Behr, Hornthal, Hecker u. A. berief, sonach auf jenseitige Abgeordnete, welche im Jahre 1819 diesen Grundsatz speciell in Beziehung auf den Rheinkreis ausdrücklich anerkannten; und wobei er sich endlich sogar auf die unzweifelhafte und klare Bestimmung des organischen Staatsschuldengesetzes vom Jahre 1819 stützen konnte. Wir sind nun gewärtig, daß Hr. Jäger (etwa in dem Abdrucke seiner nicht gehaltenen Kammerreden) der Welt beweise, daß die Pfalz eben doch verpflichtet sei, an der Belastung wegen jener Schuld Theil zu nehmen, trotz der Lehren des Staats- und Völkerrechts, trotz der Autorität der angeführten Männer, und trotz der Bestimmungen des organischen Staatsschuldengesetzes vom Jahre 1819. Wir zweifeln gar nicht daran, daß dies eine vollkommen würdige Aufgabe für das Blatt wäre, dem wir bereits die Entdeckung verdanken, daß in der Pfalz eine allgemeine Noth gar nirgends vorhanden, und daß, wo sie im Einzelnen sich eben doch findet, sie nur das Ergebniß der Genußsucht, der Verschwendung, der Liederlichkeit und — der freisinnigen Institutionen ist! —

München. Gegen den Landtagsabgeordneten Dr. Schmidt ist wieder ein Preßprozeß wegen Beleidigung des Würzburger Schwurgerichtspräsidenten durch ein Brochürchen über seinen am 15. Dez. 1851 dort verhandelten Preßprozeß, eingeleitet.

München. In der „Volksbötin" liest man folgenden Artikel: An den Superior des Franziskaner Klosters von Berching schickt die Volksbötin einen schönen Gruß, mit der Bemerkung, daß der von ihm eingesandte Artikel über den entsprungenen oder „ausgetretenen" Pater Joseph halt keine Berichtigung ist. Der verehrliche Superior sagt nur: Unwahr ist dies, und unwahr ist jenes, gesteht aber ein, daß der genannte Franziscaner doch nicht mehr im Kloster Berching ist, sondern nach München (auf's Lehel) gebracht wurde, angeblich wegen Augenleidens. So viel die Volksbötin weiß, ist aber im hiesigen Franziskanerkloster keineswegs eine Heilanstalt für Augenleidende. Der Hauptpunct: die Seilerstochter betreffend, wird ja in der vermeintlichen „Berichtigung" ganz übergangen. — Uebrigens ist's vom Superior ganz begreiflich,

ja lobenswerth, daß er von seinem Kloster nur die beste Meinung verbreiten will, und das Schreiben in ganz ruhigem Ton abgefaßt. Wir bemerken nur noch, daß, wenn einem Pater die Kutte zu lästig wird, und er einen Versuch macht, das Weite zu gewinnen, damit ja der Ehre des Klosters kein Nachtheil geschieht. Um so mehr Respekt vor den übrigen, die's aushalten."

Karlsruhe, den 14. April. Der Schwurgerichtshof des Mittelrheinkreises hat „wegen Majestätsbeleidigung gegen den Großherzog und Gefährdung der Ruhe und Ordnung des Großherzogthums" in verschiedenen Nummern des „Rheinischen Demokraten" die Strasburger Einwohner J. Bastian, Ch. F. Meyer und Ferd. Flocon in contumaciam zur Arbeitshausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten, 1 Jahr 8 Monaten und 1 Jahr 2 Monaten verurtheilt.

Die evangelische Generalsynode wird noch in diesem Jahre zusammenkommen.

Kassel, den 14. April. Die Verordnung vom 13. ds., wodurch der über die kurhessische Verfassungsangelegenheiten gefaßte Bundesbeschluß (bereits mitgetheilt in Nro. 81 unseres Blattes) verkündet wird, enthält folgenden Nachsatz: „Indem Wir diesen Bundesbeschluß zur allgemeinen Danachachtung verkündigen, erlassen Wir zugleich in Ausführung desselben unter dem heutigen Datum die Verfassungsurkunde, das Wahlgesetz, die Geschäftsordnung für die Landstände, und verordnen, daß der §. 119 der Verfassungsurkunde vorläufig außer Wirksamkeit bleiben soll. Urkundlich Unserer Allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und des beigedrückten Staatssiegels gegeben zu Kassel am 13. April 1852. Friedrich Wilhelm. (St. S.) Vt. Hassenpflug. Vt. Volmar. Vt. Haynau. Vt. Baumbach." — Die Verfassungsurkunde für das Kurfürstenthum, vom 13. d. datirt, wird ertheilt, „nachdem in Folge der in unserem Staate eingetretenen Irrungen das Anrufen der Bundeshülfe erforderlich geworden und in Folge der Leistungen derselben diejenige Beschlußnahme der Bundesversammlung stattgefunden, zu welcher für sie durch den Artikel 61 der Wiener Schlußacte die bundesgesetzliche Veranlassung gegeben sei." Die Verfassungsurkunde selbst ist ein sehr umfangreiches Actenstück, und besteht weit über 100 Paragraphen.

Schweiz.

Bern, den 9. April. Im Kanton Tessin circulirt eine Petition an den großen Rath, in welcher letzterem empfohlen wird, auf Beschränkung der Gewalt des Erzbischofs von Como über die tessinische Geistlichkeit Bedacht zu nehmen.

Belgien.

Die Zahl der ehemals polnischen Offiziere, welche „in Nonactivität" gesetzt wurden, beträgt 14. Es ist diese Maßregel das Ergebniß der Verhandlungen der belgischen mit der russischen Regierung.

Italien.

Von Mailand meldet die dortige klerikalische „Bilancia": „Auf allerhöchste Entscheidung des Kaisers Franz Joseph vom 15. März d. Js. ist die Gesellschaft Jesu in den lombardisch-venetianischen Provinzen wieder herzustellen, und alle Güter, die seit 1848 sequestrirt wurden, sollen ihr nebst Zinsen zurückgegeben werden." Bravo! Sonst nichts mehr? (Volksbötin.)

Die toscanische Regierung geht mit dem Plane um, ein Gesetz zu erlassen, welches einer Aufhebung der leopoldinischen Gesetze gleichkommen würde. Einer Bestimmung desselben zufolge würde es den Israeliten hinfort nicht gestattet sein, als Rechtskundige und Aerzte zu fungiren. Da die leopoldinischen Gesetze, welche die Emancipation der Juden in sich begreifen, in dem mit Rom abgeschlossenen Concordate anerkannt sind, so hat man dem heil. Stuhle den neuen Plan zur Genehmigung vorgelegt. Geht das Gesetz gegen die Juden durch, so steht zu befürchten, daß die reichen jüdischen Bankhäuser von Florenz und Livorno nach Piemont übersiedeln werden.

Großbritanien.

London. Bemerkenswerth ist folgender aufrichtige Brief des Königs von Dahomey (Westafrika) an die Königin Victoria: „Abomi, 3. Nov. 1848. Der König von Dahomey entrichtet der Königin von England seine besten Complimente. Die Geschenke, die sie ihm geschickt hat, sind sehr annehmbar, und sind gut für sein Gesicht. Als Gouverneur Winniett den König besuchte, sagte ihm der König: er müße sein Volk um Rath fragen, bevor er eine bestimmte Antwort über den Sclavenhandel geben könne. Er sieht nicht ein, daß er und sein Volk ohne diesen Handel bestehen können. Aus dem Sclavenhandel zieht er seine Haupteinkünfte. Er bittet die Königin von England dem Sclavenhandel sonst überall ein Ende zu machen, und ihm dessen Fortbetrieb zu gestatten. Der König bittet die Königin ferner, ein Gesetz zu erlassen, daß Schiffe in keinem seinem Gebiet näher liegenden Platze als Whydah Handel treiben dürfen, denn durch den Handel werden die Leute reich und widersetzen sich dann seinem Ansehen. Er wünscht, daß alle Factoreien für Palmöl von Badagry, Porto Novo, Aquado und Lagos wegverlegt werden. ... Der König hofft, die Königin werde ihm einige gute Kanonen und andere Donnerbüchsen schicken, und zwar recht viele, damit er Krieg führen kann. Auch braucht er recht viel Kauries (afrikanisches Muschelgeld), und wünscht, daß die Unterthanen der Königin recht viele nach Whydah mitbringen. Die Königin möge seine gute Freundin bleiben, da er die Engländer lieber hat als alle anderen Leute."

Miscellen.

Der Londoner Punch meldet, die Ueberschrift über der Thüre des Senates in Paris werde lauten: Ici on ne parle pas français (Hier wird kein Französisch gesprochen) und bemerkt weiter: Der Unterschied zwischen dem französischen und englischen Parlamente bestehe kurz in Folgendem: Dort wollen die Minister die Deputirten nicht reden lassen; hier können die Deputirten das Ministerium nicht zum Reden bringen.

Wie man einen Günstling beneiden und hassen kann, begreife ich nicht; doch ich vergesse, daß die Meisten, die es thun, nicht am Hofe leben und von Jenes Glück nur reden hören. Der Neid tröste sich! Kein Sterblicher bezahlt seine eingebildeten Genüsse, oder das, was das Glück ihm zuwirft, theuerer, als es der Günstling bezahlt. Der Sklave verkauft nur seinen Leib, der Günstling Alles, was ihn zum Menschen macht, ja selbst seinen Gott; denn er muß sich in seinem Herrn einen sichtbaren erschaffen, um ganz gläubig, ganz hingegeben zu sein und zu scheinen. Der Haß tröste sich damit, daß der Günstling nach Fallen und Steigen, nach Steigen und Fallen, und der daraus fließenden peinlichen Ungewißheit seiner Lage, endlich so gewiß ganz fällt, als er sich dann ganz unglücklich fühlt. Die so genossenen Jahre vergißt keiner — wer kann den Menschen wieder in sich erschaffen, wenn er ihn einmal in sich zerstört hat? Das Licht seines Lebens erlischt, sobald seine Sonne ihm untergegangen. Und das Böse, das sie gethan haben? — .... Steht der Günstling endlich da, wo sie ihn haben wollen, so kömmt er mir vor wie ein Schlachtopfer, das die Priester beräuchern und schmücken, während der Opferer den Stahl wetzt. — Der Fürst selbst hält sich für einen Mann, der in der Liebe nur unglücklich war, und es bei jedem Wechsel besser zu treffen hofft. So fällt er natürlich vom Schlimmen in's Schlimmere, denn jeder neu Geworbene sucht sich durch kräftigere, listigere Mittel, gegen ihn selbst vor Unfällen zu bewahren. Klinger.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 15. April. Weizen 7 fl. — kr., Korn 5 fl. 50 kr., Spelz 4 fl. 46 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige 5 fl. — kr., Hafer 3 fl. 40 kr., Kartoffeln 1 fl. 40 kr., per Centner.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 95 | den 20. April 1852.

Schweizer Zustände.

In der Schweiz hat man die Furcht vor fremder Intervention aufs Neue wieder lebhaft rege zu machen gesucht. Die „Schweizerische National-Ztg" bekämpft mit Recht und mit guten Gründen diese Einschüchterungsversuche. Sie gibt insbesondere zwei „Citate" gegen die „Notenfurcht."

Als im Jahre 1828 von Seite des Vororts Zürich bei Berathung der Instruction der luzernischen Gesandtschaft auf die Tagsatzung die Andeutung vorlag, die Tagsatzungskonklusa vom Jahre 1823 über die Druckerpresse und die Fremdenpolizei, statt dieselben alle Jahre zu erneuern, auf unbestimmte Zeit in Kraft zu erklären, bekämpfte Dr. Kasimir Pfyffer, welcher zum ersten Male als zweiter Gesandter auf die bevorstehende Tagsatzung ernannt worden war, in ausführlicher, lebhafter Rede die Konklusa gegenüber dem Staatsseckelmeister Franz Bernhard Meyer, welcher dieselben vertheidigte. „Nicht davon" — sprach jener — „soll die Rede sein, jene Maßregeln hinsichtlich der Presse, sowie der Fremdenpolizei, die schon als eine vorübergehende Erscheinung ein Denkmal der Schwäche, nicht würdig der Eidgenossenschaft, in der Geschichte derselben dastehen werden, zum bleibenden Gesetz zu erheben, sondern vielmehr davon, dieselben auch nicht einmal auf ein Jahr mehr zu erneuern."

Der Redner schilderte hierauf das Wesen der Preßfreiheit und der Censur und sagte unter Anderm: „Man will das Konklusum über die Druckerpresse auf völkerrechtliche Verhältnisse begründen. Allein umsonst. Ein ursprüngliches Recht jedes Volkes ist das Recht der Gleichheit mit andern Völkern. Nun frage ich aber, welcher andere Staat war so zuvorkommend, zu verbieten, die Angelegenheiten der Schweiz zu besprechen? Welcher Staat, der die Preßfreiheit besitzt, hat zu Gunsten der Schweiz diese Freiheit aufgehoben und die Censur eingeführt? Anderwärts bespricht man die Schweiz, ihre Regierungen und Angelegenheiten nach Gefallen, und sie wird oft hart mitgenommen. Wir hingegen sollten uns gegenüber den andern Staaten das tiefste Stillschweigen auferlegen, oder was wir sagen wollen, einem grießgrämigen Censor zur Einsicht vorlegen? Welche schmähliche Zumuthung! Wahrlich, bei solchen unterwürfigen Gesinnungen würde Arnold von Melchthal seine Ochsen dem Landenberg, Werner Stauffacher sein Haus dem Geßler und Baumgartner von Alzellen sein Weib dem Wolfenschieß ohne Murren hingegeben haben, und der Bund der Männer im Grütli nie entstanden sein! — Man spiegelt uns Gefahren vor, man macht uns mit den fremden Mächten bange. Allein das sind grundlose Besorgniße. Entweder ehren die fremden Mächte das Völkerrecht oder nicht. Ehren sie es, so kann die gesetzmäßige Preßfreiheit ihnen keinen Vorwand darbieten, uns etwas Leides zuzufügen. Wollen sie es aber nicht ehren, so werden sie um einen anderweitigen Vorwand nicht verlegen sein. Die Scheu vor dem Auslande hat, wie die neuere Geschichte zeigt, noch nie gute Frucht getragen; der ersten Zumuthung folgt stets die zweite und der zweiten die dritte. Wer Achtung begehrt, muß Achtung einflößen und wahrlich, das mehrgedachte Konklusum ist nicht geeignet, solche Achtung zu erzeugen. Je schwächer ein Staat äußerlich ist, desto mehr soll er sich bei Zumuthungen von außen hinter sein Recht verschanzen und in der Theilnahme, die gewöhnlich jeder erwirbt, dessen Rechte verletzt werden wollen, seine Kraft suchen. Gerade durch die Charakterlosigkeit, die die Eidgenossenschaft besonders seit den letzten vierzig Jahren bei jedem Anlasse gezeigt, hat sie die früher genossene Achtung bei den Parteien, in die Europa getheilt ist, verloren. Die Achtung können wir nur wieder gewinnen, wenn wir so viel möglich ganz sind, was wir unserer Bestimmung gemäß sein sollen — Republikaner, Pfleger des bürgerlichen Rechts und der bürgerlichen Freiheit."

Ebenso sprach der Redner gegen das Konklusum betreffend die Fremdenpolizei. Er zeigte, wie von jeher die friedlichen Thäler der Schweiz den wegen politischen Meinungen Verfolgten aller Parteien ohne Unterschied ein Asyl darboten, und wie es Zeiten gegeben habe, wo diejenigen selbst, die nun gegen die althergestammte Sitte eifern, froh waren, in den Alpen eine Zufluchtsstätte vor dem Rachebeil ihrer Verfolger zu finden. Er wies hin auf die Anhänger der Bourbonen, welche, nachdem der Sturm der Revolution in Frankreich losgebrochen, als sie, nirgends geduldet, den Staub überall von ihren Füßen schütteln mußten, die Gastfreundschaft der Schweizer erflehten und sie erhielten. Er wies auf frühere Zeiten hin, wo die Republikaner Englands nach der Restauration der Stuart'schen Familie in der Schweiz eine Zufluchtsstätte fanden, welche ihnen von den Stuarts verkümmert werden wollte. Wie dann die Szene wechselte, das Haus Stuart abermals vom Throne gestürzt wurde und die königliche Familie in ihrem Unglücke selbst das von ihr früher angefeindete Asyl ansprach und es von der Großmuth und dem festen Sinn der Schweizer in gleichem Maaße erhielt, wie früher die Republikaner. Der Redner schloß mit den Worten: „Im Gefühle der Würde, die der schweizerischen Eidgenossenschaft inwohnen soll; im Gefühle der Freiheit und Unabhängigkeit, die ihr als freiem souveränen Staate zusteht; im Gefühle der Erniedrigung hingegen, die bei der Fortdauer jener Konklusen auf ihr lastet, fordere ich den gr. Rath auf, seine Stimme gegen die Bestätigung der Konklusen abzugeben."

Die Rede machte tiefen Eindruck. Die Sache aber war zu neu und überraschend, als daß sie auf der Stelle durchdringen konnte. Im nächsten Jahr geschah es doch, denn es wurde ein entsprechendes Preßgesetz erlassen und die Tagsatzungskonklusen von 1823 von der Tagsatzung zu Grabe getragen.

Ueber eben erwähnten Zustand während der Restaurationsperiode äußert sich Ernst Münch folgendermaßen: „Unangenehm waren die unaufhörlichen Lektionen, welche die Tagsatzung, wie einzelne Regierungen, von der fremden Diplomatie wegen Mißbrauch der Preßfreiheit und Beschützung politischer Flüchtlinge erhielt und von denen Kaiser Alexander selbst unter vier Augen einst zu einem ausgezeichneten Schweizer auf dessen Klage lächelnd bemerkte: „Aber wer heißt Euch denn die Sache sogleich und unbedingt annehmen?" Die Häupter der Nation äußerten bei jeder Gelegenheit eine solche Blödigkeit und kindische Furcht, daß das Ausland mit Recht ihnen Alles bieten durfte, was sie sich gefallen ließen. Wenn allerdings der unbesonnene Uebermuth schiffbrüchiger Reformatoren aus andern Staaten so weit ging, daß er auf die Verhältniße der kleinen Republik zu den großen Mächten gar keine Rücksicht nahm, somit seinen Beschützer bloßstellte, ja wenn er

nicht ſelten ſeinen Gaſtwirth im eigenen Hauſe verſpottete und eigenmächtig den Cenſor, Lehrer und Herrn ſpielen wollte, ſo war es doch ein oft poſſirlicher, noch öfters empörender Anblick, wie die Nachkömmlinge Tells und Winkelrieds und die Rütlimänner vor jedem groß geſiegelten Papier aus der Nachbarſchaft zuſammenfuhren und demüthig in alle Forderungen willigten."

So Ernſt Münch, welcher zu der Zeit, als er dieſes ſchrieb, nicht mehr im Rufe großer Liberalität ſtund. Was er ſagt, paßt in jeder Beziehung auf unſere Tage. Darum möge die Schweiz die Bemerkungen beider Schweizer wohl erwägen, Muth faſſen, würdig und männlich handeln, möge kommen was da wolle.

Deutſchland.

• München, den 15. April. Iſt es nur einigermaßen richtig, was man aus glaubhafter Quelle vernimmt, ſo wäre in der Entſcheidung über die biſchöfliche Denkſchrift ganz unvergleichbar mehr zugeſtanden, als man nach den bisherigen Angaben der Zeitungen irgend annehmen konnte. Einige Puncte ſind ſogar von der Art, daß ſich die Frage erheben müßte, ob nicht die Mitwirkung der Kammern erforderlich ſei, da hiedurch Beſtimmungen der zweiten Verfaſſungsbeilage berührt würden. Wir tragen Bedenken, die Einzelnheiten, welche erzählt werden, zu wiederholen, obwol die Quelle, aus der wir ſie vernehmen, wie geſagt, eine gute iſt. Nur das wollen wir anführen, daß darnach in allen Fällen, in denen das Religionsedict und das Concordat nicht übereinſtimmen, im Sinne des letzten entſchieden werden ſoll. Auch würde das „Placet" factiſch beſeitigt ꝛc. ꝛc.

• Mannheim, den 14. April. Es ſcheint, daß die oberrheiniſchen Biſchöfe in Baden noch vor dem Mai factiſch vorangehen wollen. So ſoll vor Kurzem in das hieſige katholiſche Hoſpital, — eine Privatanſtalt, — ohne Berufung des Vorſtandes, und ohne Mitwirkung der großherzogl. Staatsbehörde, ein Geiſtlicher eingeſezt worden ſein. Wahrlich, es dürfte die Zeit nahen, in der es die betreffenden Regierungen einſehen werden, daß ſie zur Verfolgung der religiöſen Bewegung durch grundloſe und unwahre Darſtellungen von einer Seite her veranlaßt wurden, von der die Staatsgewalt geſchichtlich von jeher das Aergſte zu befürchten hatte.

• Vom badiſchen Rheine, den 14. April. Aus Berlin und Leipzig wird uns gemeldet, daß dort der Deutſchkatholiзmus ſeine Lebensfähigkeit troz aller Verfolgung auf die ſchönſte Weiſe entfaltet. In Berlin mehren ſich im ſteigenden Verhältniß die gerichtlichen Austrittserklärungen Solcher, die aus der römiſchen und aus der proteſtantiſchen Kirche ausſcheiden und ſich der deutſchkatholiſchen Gemeinſchaft anſchließen. In Leipzig waren die Beitritte zu keiner Zeit ſo ſtark, als in den letzten Zeiten der Bedrängniß.

• München, den 15. April. In der auf heute um 11 Uhr anberaumten Sitzung der Kammer der Abgeordneten ſind 90 Mitglieder anweſend. Nach Eröffnung derſelben wird der neugewählte Abgeordnete Schmidt von Wunſiedel beeidigt, und nimmt ſeinen Platz auf der Linken. Der Kriegsminiſter bringt eine Geſetzesvorlage behufs der Deckung der Ausgaben für die außerordentlichen Kriegsrüſtungen in den Jahren 18$\frac{50}{51}$ und empfiehlt als dringend deren baldige Erledigung. Der Miniſter des Handels beantwortet Wallerſteins Interpellation Betreffs der Zollverhältniſſe dahin, daß die betreffenden Vorlagen heute eben aus dem Miniſterium an die beiden Kammerpräſidien abgegeben worden ſeien. Ein Miniſterialreſcript bringt die Mittheilung, daß der Miniſter des Innern, v. Zwehl, die Geſchäftsleitung wieder übernommen habe. Nun folgt die Erledigung von 6 Urlaubsgeſuchen. Der Abg. Kolb von Speyer erhält ohne Gegenbemerkung den erbetenen Urlaub bis Ende April, da, nach der Erklärung des Präſidenten, die Kammer nicht über ihre Dauer hinaus verfügen könne. Das Geſuch des Abg. Henſolt von Gunzenhauſen auf Urlaub von 14 Tagen wird kaum mit der gehörigen Stimmenzahl bewilligt. Dem Abg. Köhl von Würzburg wird, da er lediglich ſein Geſchäft als Grund angibt und die geſchäftsordnungsmäßige Beſcheinigung nicht beigebracht, auf einige Bemerkungen Wallerſteins der Urlaub verweigert. Eben ſo dem Abg. Müller von Gerbardsbrunn mittelſt Namensaufruf mit 46 gegen 44 Stimmen, da man bei den wichtigen Geſetzesvorlagen, welche demnächſt zur Erledigung kommen ſollen, nur die allerdringendſten Gründe berückſichtigen zu können glaubte. Das Urlaubsgeſuch des Abg. Tillmann von Edesheim wird ungeachtet der Bevorwortung Boyes ebenfalls nicht genehmigt, nachdem von Seiten der Abg. Lerchenfeld und Wallerſtein auf eindringliche Weiſe die Befürchtung, daß am Ende die wichtigſten Intereſſen der landtäglichen Aufgabe darunter empfindlich leiden, ausgeſprochen worden war. Das Urlaubsgeſuch des Abg. Rabl wird ohne Bemerkung faſt einſtimmig abgeſchlagen. Die Gründe, welche die Kammer diesmal ſtrenge erſcheinen laſſen, ſind lediglich objectiv in der Würdigung ihrer, wenn auch nicht immer erfreulichen, jedenfalls wichtigen, namentlich für die Linke dornenvollen Aufgabe zu ſuchen. Die Verweigerung der Urlaubsgeſuche dürfte daher mehr als eine dringende Mahnung an die Abweſenden zu betrachten ſein, daß ſie dem Volke auch das letzte Opfer nicht verſagen möchten, welches ſie noch auf einige Wochen ihrer Familie und ihren Angelegenheiten entzieht. — Boye erſtattet nun Anzeige über den Disciplinargeſetzentwurf, welcher übermorgen zur Berathung kommt. Endlich wird noch eine Anzahl von Anträgen an die Ausſchüße und Miniſterien verwieſen und die Sitzung geſchloſſen.

München, den 15. April. Durch einen heute der zweiten Kammer von dem Hrn. Kriegsminiſter vorgelegten Geſetzentwurf ſoll zur Deckung der Koſten, welche durch die vom 1. Juli 1850 an nothwendig gewordene Aufſtellung und Mobiliſirung der Armee bis Ende 1851 veranlaßt wurden, dem Kriegsminiſter ein beſonderer Credit von 4 Millionen fl. eröffnet werden — zu deſſen Realiſirung dem Finanzminiſter die Ermächtigung zur Aufnahme eines Anlebens von 4,100,000 fl. ertheilt werden ſoll. Die Rückzahlung dieſes Anlehens ſoll im Wege der Verloſung erfolgen, und hiefür die Forderungen Baierns an den deutſchen Bund und an Kurheſſen für militäriſche Aufſtellungen, ſowie und inſoweit ſie flüſſig werden und nicht zur Verzinſung erforderlich ſind, verwendet werden. Falls dieſe Tilgung nicht vollſtändig ausreicht, ſoll der verbleibende Anlehensreſt durch die eingehenden ärarialiſchen Ablöſungsgelder, auf welche das neue Anleben eventuell verſichert wird, nach erfolgter Heimzahlung der drei Subſcriptionsanlehen, getilgt werden. Dies der weſentliche Inhalt des Geſetzentwurfs — deſſen Vorlage einige Verwunderung unter den Abgeordneten erregte. (Allg. Z.)

• Frankenthal, den 17. April. In der heutigen Sitzung des Zuchtpolizeigerichtes wurde in dem bekannten Wucherprozeße gegen Hermann Levi von Grünſtadt das Urtheil verkündet. Es erklärt denſelben für ſchuldig, mit einem Kapitale von 13,000 fl. Gewohnheitswucher getrieben, und einen der abgehörten Zeugen in öffentlicher Sitzung verläumdet zu haben. Wegen des erſten Vergehens wurde eine Geldbuße von 5000 fl., wegen des zweiten eine Gefängnißſtrafe von 6 Tagen ausgeſprochen.

Frankfurt, den 15. April. Ein hieſiger Bürger hat 400 fl., die er früher bedingungsweiſe der deutſchen Flotte zugedacht, dem Comite für Unterſtützung der politiſchen Flüchtlinge zur Verfügung geſtellt, da die deutſche Flotte aufgelöst iſt.

Hannover, den 15. April. Die Kammern ſind auf den 14. Mai zuſammenberufen.

Berlin, den 15. April. Die Zollvereinsconferenz wird wol erſt in der nächſten Woche eröffnet werden. Die „National-Ztg." bemerkt, dieſelbe werde „den großen Vortheil bieten, daß ſich die Entſcheidung aller Wahr-

ſcheinlichkeit nach nicht zu lange hinziehen dürfte, und ſchon in einer der erſten Sitzungen entweder die Koalition zu einer Aenderung ihrer Politik, oder zu einem Austreten genöthigt ſein wird; natürlich vorausgeſetzt, daß Preußen an dem aufgeſtellten Programm feſthält und den Grundſatz der gleichzeitigen Berathung über die Reconſtituirung des Zollvereins und der deutſch-öſterreichiſchen Zolleinigung nicht Boden gewinnen läßt. Da ſich aber die Vereinigung in Darmſtadt über dieſen Punkt hinaus nicht erſtrecken ſoll, ſo muß die Koalition auseinander fallen."

Bromberg, den 14. April. In der Nacht vom erſten zum zweiten Feiertrage ereignete ſich eine halbe Meile von unſerer Stadt ein grauenvoller Vorfall. Der ehemalige Seifenſieder Julius Tickel aus Bromberg, einige dreißig Jahre alt, wurde, als er von einem Beſuche bei ſeiner Braut, der Tochter eines Chauſſee-Einnehmers, zwiſchen 12 und 1 Uhr nach Bromberg zurückkehrte, auf dem Territorium des Gutsbeſitzers Schultz zu Myslencinek von Hunden zerriſſen. Früh am Morgen fanden Fuhrleute die gräßlich verſtümmelte Leiche unweit der Chauſſee auf dem gepflügten Acker liegen. Das Fleiſch vom rechten Oberarm war abgeriſſen, in der rechten Bruſt befanden ſich tiefe Wunden. Eine große Zahl von Menſchen drängt ſich heute in das Haus des Tickel, wo man die Leiche in Augenſchein nehmen kann. Die gerichtlichen Maßregeln ſind bereits eingeleitet.

Frankreich.

Paris. Sehr charakteriſtiſch für unſere Zuſtände ſind die Umſtände, unter welchen der Volksdichter Piron Dupont kürzlich verhaftet wurde. Nach dem 2. December hatte er ſich den Nachforſchungen der Polizei glücklich entzogen; jetzt, nach der Rede vom 29. März, ſchrieb ihm de Morny, die Gefahr ſei verſchwunden. Dupont verließ ſein Verſteck und wurde ſofort ergriffen, man fand de Morny's Brief bei ihm.

— **den 12. April.** Der Tod des Fürſten v. Schwarzenberg iſt hier lebhafter empfunden worden als irgendwo in Europa. Die Eingeweihten aller Parteien in Frankreich waren in der neueſten Zeit zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Fürſt von Schwarzenberg ſich der kaiſerlichen Dictatur des Prinz-Präſidenten nicht widerſetzen würde. Unſer Miniſter des Aeußern ſelbſt, Hr. v. Turgot, ſagte dieſer Tage: „Der Tod des Fürſten v. Schwarzenberg ſtellt alles wieder in Frage." Der Kaiſer von Rußland überhäuft nach wie vor den Präſidenten der Republik mit Ausdrücken der Anerkennung und der Achtung, nur daß niemand darin eine Ermuthigung zur Wiederherſtellung des Kaiſerthums oder auch nur das ausdrückliche Verſprechen einer ſtillſchweigenden Duldung dieſes doch unausbleiblichen Ereignißes bemerken kann. (Allg. Ztg.)

Paris, den 15. April. Der „Moniteur" enthält 31 Ernennungen und Verſetzungen von Juſtizbeamten. — Die Bevollmächtigten der Familie Orleans haben gegen die Domainenverwaltung wegen der Beſitznahme der confiscirten Güter Neuilly und Monceaux gerichtliche Beſchwerde erhoben. Der Proceß wird bereits morgen beginnen. — Dem Vernehmen nach werden die Exprofeſſoren Quinet und Michelet ſich nach Neuyork begeben, um dort Vorleſungen über Philoſophie und Geſchichte zu halten; auch wollen ſie, da ein Theil ihrer Anhänger ſie begleiten will, daſelbſt eine große literariſche Geſellſchaft bilden.

Die Zahl der eingegangenen Provincial-Journale iſt viel bedeutender, als man Anfangs glaubte; im Norddepartement (Lille) allein ſind ſechs republicaniſche Journale und ein legitimiſtiſches verſchwunden. — Zu Havre hat ſich eine Dampfſchifffahrtsgeſellſchaft mit einem Capital von zehn Millionen Gulden gebildet. Dieſelbe wird zwiſchen New-York und Havre einen Dienſt von drei Dampfſchiffen errichten.

Geſtern waren der Herzog und die Herzogin von Naſſau, der Exkönig Jerome, der Prinz Napoleon Bonaparte, der württembergiſche und der ruſſiſche Geſandte, Berryer und andere Perſonen von hoher Bedeutung um das Krankenlager des Herzogs Paul von Württemberg verſammelt, als der päpſtliche Nuntius in ſeiner geiſtlichen Tracht eintrat. Sofort kündigte einer der Anweſenden an, daß der Herzog Paul den proteſtantiſchen Glauben abgeſchworen habe und katholiſch geworden ſei. Der Nuncius beſtätigte dieſe Thatſache, deren Ankündigung tiefen Eindruck auf die Verſammelten machte. Der Herzog von Naſſau proteſtirte lebhaft gegen dieſe Abſchwörung und ſagte, daß der Herzog, falls er am Leben bleibe, ſeine Rechte auf die Krone von Württemberg verlieren würde. Er entfernte ſich ſodann, indem er ſeinen tiefen Unmuth ausſprach, mit mehreren Perſonen. Gleich darauf erſchien der vom Nuncius herbeſchiedene Pfarrer der Magdalenenkirche und gab dem Herzoge Paul die letzte Oelung. Derſelbe befindet ſich zwar heute etwas beſſer, die Aerzte aber haben jede Hoffnung aufgegeben, ihn noch retten zu können. (Köln. Z.)

Den Tag nach der großen Revue, die am 10. Mai ſtattfinden ſoll, wird die Armee von Paris dem Präſidenten ein großes Feſt geben, deſſen Koſten durch eine Subſcription gedeckt werden ſollen. Ende Mai ſoll auch die neu organiſirte Nationalgarde ihm ein ähnliches Feſt geben. Der Stabschef Vieyra hat die Officiere in einer energiſchen Anſprache aufgefordert, zu ſorgen, daß nicht wieder „Es lebe die Reform!" oder dergleichen gerufen werde.

In der gouvernementalen Preſſe herrſcht große Zwietracht oder vielmehr großer Neid. Niemals erlebte man ſolchen Hader zwiſchen Blättern, welche dieſelbe Sache vertheidigen. „Patrie," „Conſtitutionnel," „Public," ſind vollauf damit beſchäftigt, ſich gegenſeitig zu widerlegen und zu berichtigen und bitterſüße Artikel miteinander zu wechſeln. Iſt der Hader dieſer Blätter der Widerſchein, der in den höheren Regionen beſtehenden Stimmungen, dann ſtünde es ſchlimm um die Harmonie in dieſen Kreiſen. — Bekanntlich haben die Beamten aller Klaſſen und Rangſtufen, ſelbſt die Profeſſoren der Lyceen einbegriffen, dem Prinz-Präſidenten und der Verfaſſung den Eid der Treue zu leiſten. Dem Vernehmen nach werden mehrere Notabilitäten, beſonders unter den Mitgliedern der gelehrten Körperſchaften, die Eidesleiſtung verweigern. — In den Departementen, und namentlich in den ſüdlichen, macht ſich, wie man verſichert, eine immer zunehmende Mißſtimmung gegen den Clerus, wegen der Rolle, die er bei den letzten Wahlen geſpielt, bemerklich. — Trotz der Begnadigungen, welche von den in die Departemente geſchickten Specialcommiſſären gewährt worden, bleibt die Zahl der politiſchen Verurtheilten in mehreren Gegenden immer noch ſehr bedeutend. So ſoll im Heraultdepartement die Zahl der Verurtheilten auch jetzt noch ſich auf mehr als drei Tauſend belaufen.

Paris, den 16. April. Heute morgen iſt der Herzog Paul von Würtemberg geſtorben. — Der „Moniteur" veröffentlicht eine lange Reihe von Ordensverleihungen an Militärs aller Waffengattungen. — Proudhon, der ſeine Strafzeit überſtanden hat, iſt nach Belgien verbannt und ihm dort eine kleine Stadt als Aufenthaltsort angewieſen worden. — Marſchall Gerard iſt heute geſtorben.

Italien.

Toscana. Weit entfernt, daß die Oeſterreicher, wie man kürzlich behauptete, einen Theil ihrer Truppen aus Toscana zurückziehen werden, iſt ſogar die Rede davon, noch neue Verſtärkungen hieher zu ſenden, um den in Rom ſtehenden Franzoſen gegenüber auf alle Eventualitäten gefaßt zu ſein.

Großbritanien.

London, den 11. April. Das Cabinet Derby wird nicht die Wiedereinführung von Getreidezöllen zu erlangen ſuchen. Ein Mitglied des Miniſteriums, Herr Inglis, hat an ſeine Wähler ein Schreiben gerichtet, worin er die Unmöglichkeit anerkennt, ein Syſtem wieder einzuführen, welchem von Sir Robert Peel der Todesſtoß gegeben worden.

Digitized by Google

Neueste Nachrichten.

München. Die „N. Münchn. Ztg." enthält einen großen Aufsatz „Betrachtungen am Vorabend der Berliner Zollconferenzen." Es heißt darin: „In der Trennung des Südens in zwei Zoll- und Handelsgebiete und in der widernatürlichen Verknüpfung des einen Theils mit dem Norden liegt die tiefere Ursache aller der mißlichen Erscheinungen, welche in den Beziehungen der Industrie und des Handelsverkehrs der südlichen Vereinsländer seit dem Bestehen des Zollvereins allmählig zur Entwicklung gelangt sind. Die Pflicht der Selbsterhaltung fordert, daß diese Staaten aus einem Verhältniß der Passivität und Abhängigkeit heraustreten, das in mancher Hinsicht noch schlimmer als die vollständige Isolirung wirkt, und die natürliche Verbindung mit dem großen Nachbarlande suchen." Ferner heißt es: „Der österreichische und hannöverische Anschluß steht unzertrennlich neben einander und bilden mitsammen die neue Grundlage der Unterhandlungen über die Reconstituirung des Zollvereins. ... Will Preußen jetzt die Zollvereinsverträge nicht gekündigt haben, so nehme es seine Kündigung offen und feierlich zurück. ..."

Wiesbaden, den 16. April. Die hiesige deutschkatholische Gemeinde erfreut sich fortwährend neuer Zutritte.

Karlsruhe, den 16. April. Auf Anordnung des Prinzen Friedrich sind vor einigen Tagen fünfzehn politische Strafgefangene aus dem Zuchthaus zu Bruchsal freigelassen worden.

Bremen, den 15. April. Der heutige Expeditionstag für Auswanderer steht einzig in seiner Art da. Eine so bedeutende Anzahl von Passagieren wie heute ist noch nie an einem Tage von hier über See befördert worden; man schätzt dieselbe auf etwa 6000.

Berlin. Die Zollconferenz wird am 19. ds. eröffnet.

Breslau. Temme hat die Redaction der Neuen Oder-Zeitung niedergelegt.

Wien, den 13. April. Wenn die österreichischen Blätter melden, daß die Handelspolitik Oesterreichs auch nach dem Tode des Fürsten Schwarzenberg dieselbe bleiben werde, so geht uns aus sonst gut unterrichteter Quelle die Notiz zu, daß sich in dieser Beziehung Modalitäten vorbereiten, die auf eine Modification der bisher verfolgten Richtung schließen lassen. Hiernach macht sich in den hiesigen leitenden Kreisen immer mehr die Ueberzeugung geltend, daß man sich vor allen Dingen mit Preußen verständigen müsse, wenn man ein Resultat erreichen wolle. (N. Preuß. Ztg.)

Basel, den 15. April. Unser politischer, oder, wie ihn einer der Angeklagten nannte, unser Affen- und Eselsproceß ist nun zu Ende. Derselbe verdankt seine Entstehung bekanntlich einer Empfindlichkeit des „Prinzpräsidenten" über einen Fastnachtsspuck hiesiger Bürger. Die französische Regierung reclamirte beim Bundesrath; der Bundesrath reclamirte bei der Basler Regierung; die Basler Regierung; ließ Klage erheben, und das correctionelle Gericht verurtheilte vier der Angeklagten zu vier Wochen und vier zu 14 Tagen Gefängniß. Das Appellationsgericht bestätigte das correctionelle Urtheil in allen Puncten.

Hiezu eine Beilage

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[967] **Zeugniß.**

Der unterschriebene Georg Hagenburger, Schuster dahier, bezeugt hiermit dem Herrn Philipp Ettner, Wundarzt in Walldorf, Amt Wiesloch im Badischen, mit dem größten Vergnügen der Wahrheit gemäß, daß derselbe seine Frau, welche beinahe sechs Jahre lang einen krebsartigen Ausschlag an der Oberlippe hatte, und während dieser Zeit von mehreren Aerzten ohne allen Erfolg behandelt worden ist, von diesem gefährlichen Uebel innerhalb drei Wochen vollständig geheilt hat.

Indem genannter Hagenburger, und seine Frau, dem Herrn Wundarzt Ettner schriftlich wiederholt ihren Dank aussprechen, unterschreiben dieselben gegenwärtiges Zeugniß, zur Anerkennung des ihnen von Seite des Herrn Ettner mit so vielem Erfolge geleisteten ärztlichen Beistandes.

Oggersheim, den 28. Februar 1852.

Georg Hagenburger.
Carlotte Hagenburger.

Die Aechtheit obenstehender Unterschriften beglaubigt.
Oggersheim, den 28. Februar 1852.

Das Bürgermeisteramt:
Orth.

[970] **Verlorene Uhr.**

Dem Unterzeichneten, welcher am 12. d. Mts. abhin mit dem Bahnzug Morgens um 10 Uhr von Speyer nach Mutterstadt fuhr, ging bei dieser Fahrt seine silberne Taschenuhr verloren. Sie kann sowol auf der Straße von Speyer bis an den Bahnhof, wie auf der Bahnlinie oder auch an der Station Mutterstadt verloren gegangen sein. Die Uhr ist von neuer Form, mittlerer Größe mit deutschen Zahlen auf dem Zifferblatt; es befand sich an derselben ein rothes Bändchen, an welchem zwei messingene Schlüssel befestigt waren. Der Deckel, auf welchem auf der Inseite der Namen Paris eingravirt ist, schließt sich nicht gut. Der ehrliche Finder bekommt eine angemessene Belohnung.

Schweigen, den 17. April 1852.

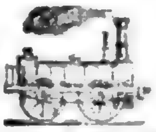
Eberhard Kröniger, Gendarme.

[969] **Zu verkaufen.**

90 Zentner sehr schöne Dickrüben sind zu verkaufen bei Ochsenwirth Anton Herger in Westheim.

[42] **Lotto.**

Zu Regensburg kamen den 15. April heraus:
72. 74. 63. 83 19
Die nächste Ziehung ist den 27. April zu Nürnberg.

[968] 

Hessische Ludwigseisenbahn.

Aufforderung.

Bei der am 31. März l. Js. geschlossenen neunten Einzahlung ist die ausgeschriebene Rate von 10 pCt. auf nachverzeichnete Actien-Certificate nicht einbezahlt worden:

Nr. 7045. 7047. 8128. 8130. 8131. 9087. 9088. 9091 bis 9094 incl.
Nr. 9097. 9099. 10990. 10991. 12829 bis 12832 incl., 12847 bis 12850 incl.
Nr. 16483 bis 16494 incl., 17725 bis 17728 incl., 18573 bis 18594 incl.
Nr. 18681. 18682. 18687 bis 18698 incl., 19131 bis 19138 incl.

Die Inhaber dieser Actien werden nunmehr nach Maßgabe des von der Großherzoglichen Staatsregierung genehmigten Generalversammlungsbeschlusses vom 16. Februar l. Js. aufgefordert, die am 31. März fällig gewesene Einzahlung von 10 pCt. abzüglich der aufgelaufenen Zinsen mit 19 fl. per Stück, nebst der verfallenen Conventionalstrafe von 1 fl. 15 kr. für jede Actie und Zinsen seit dem 31. März bis zum Tage der Zahlung um so gewisser bis längstens zum **31. Mai l. J.** zu leisten, als widrigenfalls die Actien für annullirt und die Inhaber aller Rechte und der seither eingezahlten Beträge für verlustig erklärt werden müßen.

Mainz, den 14. April 1852.

Der Verwaltungsrath.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Dienstag (Zu Nro. 93) den 20. April 1852.

Deutschland.

*** Baierische Landtagsverhandlungen über Erhöhung des Militäretats.** (Fortsetzung.) — Lerchenfeld geht sodann in eine Vergleichung der baier. Heeresformation mit der von Oesterreich, Preußen und Frankreich über, und zeigt, daß die bei uns eingeführte die verhältnißmäßig größte ist. Er fährt sodann fort:

„Sie sehen also, m. H.! man mag unsere Militärformation vergleichen, mit welchen auswärtigen Staaten man nur immer will, man wird zur Ueberzeugung kommen, daß unsere Formation die größte ist; und da, wie gesagt, die Zahl der Rahmen Dasjenige ist, was auf die Kosten vorzugsweise entscheidend einwirken wird, so ist es klar, daß diese Formation auch die kostspieligste sein muß. — M. H.! daß ein solcher Zustand nicht wol fortbestehen kann, davon bin ich für meinen Theil lebhaft überzeugt. Jeder andere Staat hat die Nothwendigkeit eingesehen, nach eingetretenem Frieden die Formation wieder auf Dasjenige zurückzuführen, was eben dem Friedenszustand angemessen ist. Wenn das in Oesterreich bis heute weniger geschieht als in andern Ländern, so rührt das daher, daß Oesterreich in zweien seiner größten Provinzen einen furchtbaren Aufruhr zu bekämpfen hatte, und daß die dort noch nicht zur Ruhe gebrachten Gemüther allerdings die Aufstellung imposanter Truppenmassen nothwendig machen, um sich des Gehorsams und der Unterwerfung zu versichern. Wir sind — Gott sei Dank! — nicht in dieser Lage, und deßwegen kann ich mich unmöglich der Ansicht hingeben, daß wir ferner Opfer bringen sollen, deren nützlichen Erfolg ich in keiner Weise einzusehen weiß. — M. H.! Wir haben im Jahre 1814, wie ich vorhin zu erwähnen die Ehre hatte, Anstrengungen gemacht wie kaum ein anderer Staat — ich glaube wol, dies behaupten zu dürfen, wie kaum ein anderer Staat. Die Opfer, welche Preußen damals gebracht, waren verhältnißmäßig größer, das ist richtig; aber nur deßwegen, weil Preußen mehr vorher gelitten hatte als wir, obwol es in anderer Beziehung wieder weniger gelitten hatte, denn Preußen hatte nicht seine Armee in Rußland zuvor verloren wie wir; wir haben damals beinahe 2 Procent unserer Bevölkerung im Felde gehabt, und, m. H., was haben wir mit diesen ungeheueren Anstrengungen erreicht? Ist die Gestaltung Bayerns, wie sie aus dem Wiener Congreß — wie sie aus den Aachener Verträgen hervorgegangen ist, eine so beneidenswerthe? Ist sie im Verhältniß zu der Stellung, welche wir vor 1813 eingenommen haben, eine so günstige geworden? Die 100,000 fl. Entschädigung, welche in unserm Budget stehen, sind — für mich wenigstens — eine wehmüthige Mahnung an die verlorne günstige Stellung Bayerns und an den geringen Erfolg unserer damaligen Anstrengungen; wir haben durch diese Anstrengungen Nichts weiter errungen, als Neid und Eifersucht; die Großen sehen mit Neid auf uns herab, die Kleinen mit Eifersucht zu uns hinauf, und wir haben weder auf der einen noch auf der andern Seite Freunde gefunden, welche unsere Sache geführt. — M. H.! Wir haben in neuester Zeit abermals sehr große Opfer gebracht — sehr große Anstrengungen gemacht. Ich will wünschen und hoffen, daß diesmal wenigstens die Folgen günstiger seien. Wie ich bis jetzt die Sache ansehe, kann ich mich davon nicht überzeugen, und die hessischen Kosten sind noch immer nicht gezahlt. — Ich bin weit entfernt, den armen Hessen zu wünschen, daß sie mit Strenge dazu angehalten werden, auch noch die Kosten für Zustände zu tragen, über welche ich nicht weiter sprechen will; aber jedenfalls muß ich dagegen protestiren, daß die armen Bayern dafür gestraft werden, daß in Hessen — ich will nicht untersuchen, in welcher Art — ein Zustand entstanden ist, an welchem jedenfalls die Bayern gar nicht schuld sind.

„M. H.! Es ist eine alte Erfahrung, daß man sehr leicht aus einem Extreme ins andere fällt; es hat nun einen verhängnißvollen Moment in der baierischen Geschichte gegeben, wo wir offenbar zu spät gekommen sind; es war das 1849 in der Pfalz; ich will nicht untersuchen, wodurch dieses Zuspätekommen entstanden ist, allein das läßt sich nicht läugnen, wir sind zu spät gekommen; die Preußen sind vor uns eingerückt; wie das möglich war, wollen wir nicht näher untersuchen, aber sie waren vor uns da. Seitdem hat sich uns das Bedürfniß sehr leicht eingeprägt, immer möglichst schlagfertig zu sein, und es ist dies vielleicht mit die Ursache gewesen, daß wir seitdem nicht kampfgerüstet genug sein zu können glauben. — Aber, m. H.! Was geschehen, ist nicht zu ändern, das ist der Geschichte anheim gefallen, und wenn wir die nächsten 20 Jahre beständig mit einer schlagfertigen Armee bereit stehen, so werden wir es doch nicht dahin bringen, daß man uns nicht von gewisser Seite immer mit Schadenfreude zurufen wird: „Ihr seid 1849 zu spät gekommen." Darüber kommen wir nicht hinaus; diese Erinnerung werden wir nicht verwischen. Dieser Erinnerung zu Liebe aber fortwährend Bayern mit Lasten zu bedrücken, die durchaus nicht auf die Länge gehalten werden können, dagegen muß ich mich auf das Entschiedenste erklären.

„Nun sagt man,*) m. H., daß der national-oeconomische Schaden ein sehr geringer sei, es circulire ja das Geld im Lande. Allein es ist ein sehr großer Unterschied, ob das Geld zu productiven Zwecken im Lande circulirt, oder zu Zwecken ausgegeben wird, die, wo sie erreicht sind, und die Ausgaben gemacht sind, jeden Erfolg verschwinden lassen. Wenn man von dieser Ansicht ausgehen wollte, könnte man ebensowol vertheidigen, daß man in einer unfruchtbaren Gegend Fabriken errichtet, welche mit offenbarem Nachtheil arbeiten. Es würde dort doch etwas producirt, während hier gar nichts bleibt. — M. H.! man sagt, Bayern könne den Mehrbedarf recht gut erschwingen, es kommt nur darauf an, wie lange. Hätten wir das Budget nur auf ein Jahr zu machen, so würde ich vielleicht auch sagen, dieser Mehrbetrag bringt uns nicht um. Man sagt uns,**) Bayern müße 40,000 Mann auf den Beinen haben und berief sich hiebei auf Max Emanuel. Ich bedauere, daß ich die Autorität Max Emanuels in finanziellen Dingen nicht anerkennen kann, er war ein sehr tüchtiger Soldat und hat den Krieg recht gut verstanden; allein Derjenige, der unsere Finanzzustände aus dem vorigen Jahrhundert kennt, wird wissen, mit welcher Schuldenlast Max Emanuel Bayern hinterlassen hat. Man weist immer auf Preußen hin, das ist sehr leicht gesagt, aber man muß die beiden Staaten wol vergleichen und ihre Verhältniße ins Auge fassen. Preußen konnte in früherer Zeit ungemein große Summen für seinen Militäretat ausgeben, weil es nicht nur keine Schulden, sondern einen wohlgefüllten Staatsschatz besaß, und selbst bis in die neueste Zeit hat sich dieser

*) Der Berichterstatter der Reichsräthe.

**) Gleichfalls in dem gedachten Referate.

Staatsschatz noch in einer ziemlichen Größe erhalten. — Vergleichen Sie übrigens auch die preußischen Staatsschulden mit den bayerischen, so werden Sie finden, daß die preußische kaum um ¼ höher ist, als die bayerische, während das preußische Budget sich zu dem bayerischen verhält, wie 1 : 7 oder : 8. Unter solchen Verhältnißen muß ich mich feierlichst dagegen verwahren, daß man immer mit Preußen eine Analogie zieht. Wenn wir bezüglich der Staatsschuld so günstig stünden, wie Preußen, so könnten wir mehr auf die Armee verwenden. — Was übrigens die Formation der Armee betrifft, so kann nach meiner innigsten Ueberzeugung die Formation der Armee nicht Gegenstand der Berathung einer deliberirenden Versammlung sein, und sie ist ein Gegenstand der Art, daß in einer öffentlichen Versammlung, in welcher sich keine Sachkundigen befinden, gar niemals mit irgend einem Erfolg berathen werden kann. Aber ich habe die feste Ueberzeugung, daß bei der gegenwärtigen Formation der Armee 8¼ Millionen durchaus nicht ausreichen werden. Wollen Sie nur einen Blick werfen auf das Referat des Herrn Correferenten der Kammer der Reichsräthe, und Sie werden sich überzeugen, daß schon der Bedarf für die active Arme sich auf 8,977,000 fl. berechnet, und rechnen Sie dazu Kosten für außerordentliche Zulagen, so können Sie sich überzeugen, daß er weit über 9 Millionen hinausgeht. Nehmen Sie aber an, was dieser Hr. Referent nach der gegenwärtigen Formation eigentlich für nothwendig erklärt, so finden Sie, daß er 1 Million für die Infanterie, 300,000 fl. für die Cavallerie, 124,000 fl. für die Artillerie noch für nothwendig hält, und wenn Sie dieses mit den übrigen Ansätzen zusammenrechnen, also diese Formation beibehalten, so wird man zusammen 10,432,000 fl. nothwendig haben. Unter diesen Umständen, m. H., habe ich die lebhafteste Ueberzeugung, daß es rein gar nichts nützt, wenn wir jetzt diese 8¼ Millionen bewilligen, die Formation der Armee, wie sie gegenwärtig ist, kann dabei doch nicht in völlig brauchbarer Weise erhalten werden, und man wird nach 4 Jahren gerade auf demselben Flecke sein, wie heute; nur wird man dann auf die Erfahrung dieser 4 Jahre hin die Proposition machen, noch 1 oder 1½ Million mehr zu bewilligen. Und wenn man sich überzeugt, daß dies absolut unmöglich ist, wird man zu der Nothwendigkeit schreiten, zu der man schon heute schreiten sollte, man wird die Formation der Armee reduciren."

v. Lerchenfeld unterwirft nun eine Finanzstatistik, welche der Referent der Reichsrathskammer aufgestellt, einer nähern Kritik, und weist verschiedene evidente Unrichtigkeiten in derselben nach. (Fortsetzung folgt.)

München, den 15. April. Die Reichsrathskammer trat dem Landrathsgesetze nicht unbedingt bei, indem sie darauf beharrte, daß bezüglich der blosen Districtsumlagen die Einkommensteuer nur in so weit beigezogen werden dürfe, als dies für Zwecke der Armenpflege nach der bisherigen Gesetzgebung der 7 ältern Kreise zu geschehen hatte. — Der Ausschuß der Abgeordnetenkammer beantragt Zustimmung.

Der wegen mehrerer politischer Verbrechen und Vergehen in strafrechtlicher Untersuchung stehende praktische Arzt Dr. Röthig von Miltenberg ist in der Nacht vom 1. auf den 2. d. mit seiner Tochter flüchtig gegangen, und wahrscheinlich nach Belgien oder Amerika gesegelt.

Bamberg, den 14. April. Der Bamb. Ztg. zufolge hat die Errichtung eines Franziskanerklosters an der Kirche zu St. Jacob dahier die königliche Genehmigung erhalten.

Berlin, den 15. April. Die „N. Preuß. Ztg." sagt: Die Eröffnung des Berliner Zollcongresses steht vor der Thüre. Wir sehen unsere guten Freunde aus Bregenz mit den treuen Verbündeten Preußens sich in der preußischen Hauptstadt versammeln. Ein bedeutungsvoller Moment im raschen Wechsel der Dinge! Wie werden die angekündigten Gegensätze auf der Conferenz sich gestalten? Was die unbedingten Vertreter der österreichischen Zolleinigung wollen — es ist hinlänglich klar an hundert Orten ausgesprochen worden. Nicht weniger klar ist die Stellung Preußens gegeben. Es handelt sich um ein neues Werk der Einigung auf Grundlage eines handelspolitischen Instituts, welches zwei Decennien hindurch in wachsendem Gedeihen segenbringende Erfolge zu Tage gefördert hat. Der aufrichtige Wille freundschaftlicher Verständigung wird das Werk zu Stande bringen. Die Versöhnlichkeit ist aber weit verschieden von schwächlicher Nachgiebigkeit. Preußen kennt seine Position und seine vornehmlich dem deutschen Norden verwandten Interessen. Die Wahrung und Geltendmachung beider gibt von selbst den rechten Ernst und Nachdruck der Stellung, welche die Regierung in dem Bewußtsein einzunehmen hat: daß Preußen nöthigenfalls eine Auflösung des bestehenden Zollvereins der Annahme von Zwangsbedingungen solcher Vereinsgenossen vorziehen würde, welche ihrerseits thatsächlich den Zollverein nicht entbehren können.

Die Kaiserin von Rußland wird am 9. Mai hier erwartet. Dieselbe wird bis zum 28. Mai in Sansouci verweilen, und sich dann nach Weimar und Schlangenbad begeben.

Wien. Sogar die Triester Ztg. schreibt nun aus Wien unterm 6. April: „Die Nachrichten, die aus Galizien und Oberungarn in Betreff der dort herrschenden Nothstände dieser Tage hier eingelaufen sind, lauten sehr betrübend. Die befürchtete Hungersnoth ist ausgebrochen, und man sieht ganze Schaaren vom Hungerfieber befallener Menschen, die ihre Dörfer verlassen, um in den Städten, die vermeintlich von wohlhabenden Menschen bewohnt sind, Brod oder Almosen zu erlangen."

— den 12. April. Das Ersparungssystem, welches in den Staatsausgaben gegenwärtig eingeführt wird, hat seine Anwendung auch auf die subventionirten Journale erhalten. Das Finanzministerium schlug die Streichung dieser Posten im Budget vor, und in einigen Fällen ist, wie wir hören, diesem Antrage bereits Folge gegeben worden.

Niederlande.

Holland. Auf den Pferdemärkten von Arnheim und Zwolle sind die meisten, schönsten und besten Pferde von französischen Händlern angekauft worden.

Großbritanien.

London, den 10. April. Vom 1. Juni angefangen, sollen während vier (acht) Wochen im St. Jamestheater deutsche Lust- und Schauspiele gegeben werden.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Mainz. Markt vom 16. April. Weizen 12 fl. 18 kr., Korn 9 fl. 15 kr., Gerste 6 fl. 52 kr., Hafer — fl. — kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[966a] **Für Cigarrenarbeiter.**

In der Fabrik von Lombardino und Comp. in Germersheim können mehrere Cigarrenarbeiter, oder Arbeiterinnen, gegen gute Zahlung sogleich Beschäftigung erhalten.

[946] **Zu verkaufen.**

Eine noch wohlerhaltene 4sitzige Chaise (Wiener Wagen), woran besonders das Eisenwerk vorzüglich ist. Frankirte Anfragen befördert die Expedition dieses Blattes.

[947] **Zu verkaufen.**

Eine Anzahl badische 35fl.-Anlehensloose sind — einzeln oder zusammen — um den Curspreis zu verkaufen. Frankirte Anfragen sind an die Expedition dieses Blattes zu richten.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 96 | den 21. April 1852.

Deutschland.

*** Der Zollverein.** In dem nemlichen Augenblicke, in welchem die über die Zukunft des Zollvereins entscheidenden Conferenzen zu Berlin beginnen, bringt die „Neue Münchener Ztg.," — dieses Blatt, das zu denjenigen Zeitungen gehört, welche nicht bestehen könnten, wenn die Steuerbaren nicht für sie in Contribution gesetzt würden, — einen größeren Aufsatz, der — weit entfernt, die Intereßen jener Steuerbaren zu vertreten, vielmehr im Gegentheile eine Gefährdung dieser ihrer Interessen zu befürworten sich angelegen sein läßt (siehe die „Neuesten Nachrichten" in der vorigen Nummer der Speyr. Ztg.). Wir haben uns so vielfach über die obschwebenden Zollverhältniße ausgesprochen, daß wir hier nicht in weitläufige Erörterungen einzugehen brauchen. Einfachen Einspruch wenigstens wollen wir aber einlegen, wenn ein auf Landes Unkosten unterhaltenes Blatt in einer solchen, das Wohl dieses nemlichen Landes so gewaltig bedrohenden Frage, den Brand immer mehr zu schüren, wenn es *einen* Umsturz und ein Zerreißen der bestehenden *materiellen* Verhältniße zu vertheidigen sucht, womit die *Wirkungen* der so oft als Schreckbild hervorgehobenen Revolution, ohne allen Gegengewinn, *heraufbeschworen* würden. — Die Münchn. Ztg. bezeichnet es als Grundübel, daß zwei verschiedene Zollsysteme in Süddeutschland bestehen. Wir sind vollkommen einverstanden damit. Wie mag aber eine „Neue Münchn. Ztg." daran erinnern, daß die Zolleinigung Deutschlands, *ebenso* wie dessen politische Einigung, nicht zu stande kam? wie mag sie daran erinnern, daß die Reichsverfassung, die ein commercielles System dem Gesammtvaterlande verschafft hätte, zu Nichte gemacht ward?! — „Jetzt ist es eben so," wird man sagen; nun stellt man den Süden Deutschlands kurzweg dem Norden entgegen, und demgemäß hegt denn die „Münchn. Ztg." auch nicht das geringste Bedenken, anzudeuten, daß für uns, als Süddeutsche, eine Verbindung mit Oesterreich die natürliche, eine solche mit dem Norden die unnatürliche sei. Eine Auffassung, wie sie dem Dünkel der, von den Verhältnißen des Lebens nichts wissenden und sich nichts um dieselben bekümmernden Bureaucratie entspricht! Freilich, der erste Blick schon auf eine Karte, — ein Blick nach der Richtung unserer commerciell weitaus bedeutendsten Ströme, des Rheines, der Elbe, der Weser, zeigt, daß die Verbindung naturgemäß gerade nicht die vorausgesetzte sein kann. Und wer um die Verhältniße des wirklichen Verkehrs, wer um die Producte der verschiedenen Landestheile und deren Absatzorte sich bekümmert, weiß auch, daß für den Südwesten Deutschlands der Nordwesten unberechenbar wichtiger ist, als der Südosten. Nur ein auf Landesunkosten unterhaltenes Blatt braucht dies nicht zu wissen! — Daher allein erklärt es sich denn, wie ein solches die Stirne haben kann, offen auszusprechen, daß das jetzige Verhältniß des Zollvereins unter dem (früher von der nemlichen Seite als so gewaltigen Gewinn gepriesenen) Beitritte Hannovers, „in mancher Hinsicht noch schlimmer als die vollständige Isolirung wirke!" Kein Wort mehr darüber! —

(:) Aus Altbaiern, den 15. April. (Moderne Frömmigkeit.) Man lernt halt nicht aus in der Welt. Daß die ungläubigen Radikalen das arme Volk von Jerusalem nach Babel geführt, ist eine alte Geschichte; daß man höheren Orts längst schon wieder den Feldherrstab zur Hand genommen, um dasselbe in die Gefilde des gelobten Landes zurückzuleiten, war uns ebenfalls bekannt; daß aber Anhalt-Dessau von der Vorsehung dazu bestimmt sein sollte, ein neues Bundesgrundgesetz aufzustellen, das wußten wir Beide und vielleicht auch mancher ziemlich eingeweihte Leser bis zur Stunde nicht. Und doch ist dem so. Auch in Anhalt-Dessau wurden die deutschkatholischen und freien Gemeinden aufgelöst; das wäre nun an und für sich nichts anderes als eine Betheiligung an dem „jung-deutschen" Caravanenzuge von Babel nach Jerusalem; aber man hat in Anhalt-Dessau diese Auflösung nicht etwa darum verfügt, weil es in Dresden und Frankfurt so beschlossen wurde, sondern „weil nach den Grundgesetzen des Bundes nur jene Religionen in Deutschland zuläßig seien, die einen persönlichen Gott anerkennen, nur das Christenthum und das Judenthum, nicht aber eine solche Religion, die einen persönlichen Gott nicht kennt." Wir wissen wohl, daß in den Grundgesetzen des alten Bundes der katholischen und protestantischen Kirche in allen deutschen Staaten vollkommen gleiche Berechtigung zugesichert ist; *) es ist uns wohl bekannt, daß den Juden in der Bundesacte diejenigen bürgerlichen Rechte garantirt werden, welche ihnen von einer deutschen Regierung eingeräumt worden sind: eine Bestimmung aber, welche die Einführung anderer Religionen irgendwie als unzuläßig erklärt, können wir trotz aller Mühe nirgends finden. War nun nicht Anhalt-Dessau von der Vorsehung dazu bestimmt, ein neues Bundesgrundgesetz aufzustellen? Die Sache hat ihre komische Seite, sie hat aber auch eine sehr ernste Seite, nicht blos die Schritte welche in Anhalt-Dessau geschehen, sondern die ganze Art und Weise, wie man jetzt wieder fast allerwärts zur Frömmigkeit seine Zuflucht nimmt. Wenn man in der Lombardei die Jesuiten wieder einführt, wenn man in Baden, in Württemberg, in Preußen die Missionen befördert, wenn man in Frankreich dem Ultramontanismus die größten Zugeständniße macht, wenn man fast überall die Frömmigkeit wieder in den Vordergrund schiebt, geschieht dies etwa blos deßhalb, weil man selbst von einer so übermäßigen Frömmigkeit durchdrungen ist? Mit Nichten! Die Religion gebietet, Treu und Glaube zu bewahren, man hat um diesen Fundamentalsatz in neuerer Zeit sich oft blutwenig gekümmert; die Religion gebietet, den Eid nicht zu brechen, die neueste Geschichte wimmelt von Verletzungen dieses Gebotes. Nicht Frömmigkeit hat so manche Schritte hervorgerufen; die Religion wird häufig blos als Mittel be-

*) Nicht blos ihnen, sondern jedenfalls allen „christlichen Religionsparteien." Bei Abfassung des Art. 16 der Bundesacte vermied man absichtlich, die Vollberechtigung auf Katholiken und Protestanten zu beschränken, und bestimmte wörtlich: „Die Verschiedenheit der christlichen Religionsparteien kann in den Ländern und Gebieten des deutschen Bundes keinen Unterschied in dem Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte begründen." Es genügt aber doch wahrlich nicht, daß die eine „Religionspartei" der andern das Prädicat der Christlichkeit bestreitet, um diese Bestimmung aufzuheben. Sonst kommt man zu dem Resultate, das sich in Tirol wirklich ergab, daß man nemlich dort auch den Protestanten eine Gleichberechtigung constant verweigerte, vermuthlich weil die dort herrschende Partei sie eben auch nicht als Christen anerkannte. D. Red.

nutzt, das Volk in den Schranken des unbedingtesten Autoritätsglaubens festzuhalten; die Religion wird blos als polizeiliche Anstalt ausgebeutet, die Vernunft, das wahrhaft Menschliche im Menschen, jeder Berechtigung, jeglichen Einflusses zu berauben — das ist sehr oft der ganze Sinn der modernen Frömmigkeit. Welchem Bekenntniße auch Jemand angehören möge, wir achten ihn, wenn er aus Ueberzeugung seinem Glauben huldigt; wir achten ihn, wenn er in dieser Ueberzeugung mit ehrlichen Waffen sogar seinen Glauben weiter zu verbreiten sucht; nichts aber ist unsittlicher, als die Religion zu benützen, um politische Sclaven zu erziehen. Noch mehr! Die moderne Frömmigkeit zwingt die Leute, mit sich selbst in Widerspruch zu treten; sie müssen anders handeln, als ihre Ueberzeugung es ihnen vorschreibt, es ist ex officio ihnen zur Pflicht gemacht zu lügen oder zu heuchlen, die Form wird als Wesen betrachtet, um den Inhalt kümmert man sich nicht. Warum verließen so Viele die alten Kirchen? weil ihre Ueberzeugung mit den Grundsätzen derselben nicht mehr im Einklang stand; ihre abweichenden Grundsätze riefen die neuen Kirchengesellschaften ins Leben. Man hebt die neuen Kirchengesellschaften auf; hat man dadurch die Ueberzeugung dieser Leute geändert? Gewiß nicht! was denn? man hat sie gezwungen, ihren Grundsätzen zuwiderzuhandeln, man hat sie gezwungen, äußerlich etwas mitzumachen, was ihr Inneres nicht mehr anerkennt. Und die Folgen? Corruption in allen Verhältnißen, die tiefste Erschütterung von Treu und Glauben, eine politische und gesellschaftliche Immoralität, deren nachtheilige Folgen durch Jahrzehnte verspürt werden und die in keiner Verfassungeänderung eine Heilung finden. Ob die Waffe nicht auch den Schützen selber trifft, ist freilich eine andere Frage; man möge sich selbst anklagen, wenn man die traurige Frucht der eigenen Saat ärnten muß.

* **München,** den 17. April. Beim Beginne der heutigen Sitzung werden Urlaubsgesuche verlesen von den Abgeordneten Jordan, Hamminger und Aufschnaiter. Nach einer deßfallsigen Einrede Wallersteins werden den beiden ersten einstimmig, dem letzten mit übergroßer Majorität der Urlaub verweigert. Nun folgt Verhandlung über die letzte Rückäußerung der Reichsrathskammer bezüglich des Districts- und Landrathsgesetzes, wornach letztere sämmtlichen Beschlüßen der Kammer der Abgeordneten beistimmt, jedoch die Einkommensteuer nicht zu allen Districtslasten, sondern nur nach Maßgabe des frühern Familiensteuergesetzes beigezogen wissen will. Der Ausschuß beantragte Zustimmung. — Reinhart erklärt, es scheine, man wolle alle Lasten auf den Mittelmann werfen, er bleibe beim frühern Beschluße. — Wallerstein. Es sei der Beschluß der Reichsräthe gegen den Grundsatz gleicher Besteuerung. — Römmich. Er habe im Ausschuße deßhalb beigestimmt, weil die Reichsrathskammer bereits zum dritten Male die Beiziehung der Einkommensteuer verweigert, und bei weiterm Beharren das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet sein könne. — Minister Pfordten. Von Seite der Regierung bestehe der dringende Wunsch, daß das Gesetz zu Stande komme, sonst müße sie im Verordnungswege vorangeben, wozu sie auch nöthigenfalls entschlossen sei, da das Institut der Landräthe nicht entbehrlich, das frühere Landrathsgesetz aber unanwendbar geworden. — Wallerstein legt Protest ein gegen den ministeriellen „Verordnungsweg," und bemerkt, es stehen dem Ministerium zwei andere Wege offen — die Umbildung der Reichsrathskammer, oder die Appellation an das Volk durch Auflösung der Volkskammer (Beifall). Das schnell ausgesprochene Resultat der hierauf erfolgten Abstimmung macht von mehreren Seiten das Bedenken laut über das Verhältniß der Majorität und Minorität. Eine beantragte Namensabstimmung wird von der Majorität abgelehnt. Somit bleibt das verkündete Resultat der Zustimmung.

Nun beginnt die Verhandlung über das Disciplinargesetz bezüglich der Staatsdiener. Boye als Referent erklärt, daß, obgleich er die Beschlüße des Ausschusses vorzutragen habe, er dennoch in den wesentlichen und wichtigsten Puncten nicht mit demselben übereinstimme, und legt seine deßfallsigen besondern Anträge auf den Präsidententisch. Die allgemeine Discussion eröffnet Ruland mit einer trefflichen, tiefeinschneidenden Rede. Er sei gegen das Gesetz wegen seiner „conservativen" Stellung, vermöge welcher ihm die Rechte des Volkes eben so heilig seien, als die Rechte der Krone. In dem Entwurfe erblicke er das Gegentheil, er sei eine traurige Gabe. Aus dem Umstande, daß zu einer gewissen Zeit manche Beamte — aber nicht nur diese, sondern auch weit höher stehende in gleichem Maße — das Haupt vor der Bewegung gebeugt, könne er dessen Nothwendigkeit nicht folgern, der Entwurf sei ein Mißtrauensvotum gegen die ganze Beamtenschaft. Er kritisirt sodann verschiedene höchst vage und weitgreifende Bestimmungen des Entwurfs als jedem Belieben der Willkür Raum gebend und äußerst gefährlich, und zwar um so mehr, als „die Gesetze nach den Zeiten angewendet zu werden pflegten." Man eifre schon so lange gegen die Administrativjustiz, hier werde sie vollständig geschaffen. Er erinnert an die Zeit, wo es genug gewesen, einem gewissen Kreise anzugehören, um verdächtig zu sein, an die Zeit der Blutsenate, wo der obere Gerichtshof freizusprechen sich genöthigt gesehen, was die administrativ gewählten Untergerichte schuldig zu finden gehabt. Er wolle nicht Beamte, welche blose Maschinen, heute links, morgen rechts stehen. Er wolle nicht Beamte, die heute den Eid brechen, weil ihr Chef ihn gebrochen, und morgen mit gefalteten Händen vor dem Cardinal niedersinken, um Segen flehend, weil ihr Chef niedersank (lautes Bravo.) Er wünsche nicht, daß irgend Jemand heute durch sein Votum dazu beitrage, daß wir künftig keine Staatsdiener, sondern nur ministerielle Creaturen haben, welche mit jedem Ministerium gehen müßen, um ihre Existenz zu fristen (großer Beifall). — Der Justizminister sucht durch Vertheidigung der Vorlage den Eindruck von Ruland's Rede zu schwächen. Wallerstein. Seit einigen Jahren sei die Presse und das Vereinsrecht disciplinirt, nun komme die Reihe an die Beamten selbst. Im Jahre 1848 sei der Art. 22 des Grundlagengesetzes, welcher die Inamovibilität der Richter ausspricht, freudig begrüßt worden, bald habe das Ministerium denselben für einen abstrakten Satz erklärt, der nun durch weitere Gesetzesbestimmungen anwendbar gemacht werden könne, dann habe man einen Gesetzentwurf über die Disciplin der gerichtlichen Beamten vorgelegt, der nicht zur Verabschiedung gekommen, jetzt liege ein Entwurf über Disciplin aller Beamten vor, dessen Nothwendigkeit man erst seit 18[illegible] entdeckt haben wolle. Er entwickelt historisch den Bestand der richterlichen Inamovibilitäten, und vertheidigt die verfassungsmäßigen Bestimmungen als das einzige unaufgebliche Bollwerk gegen schrankenlose Willkür. Sehr oft habe derjenige das Vertrauen des Volkes, der das Vertrauen von oben nicht habe, ein solcher sei verloren — nach diesem Gesetze. Ein Beamter, der sich nicht vom Bürger zurückziehe, nicht lediglich der Kaste der sogenannten „Honoratioren" sich anschließe, werde mit dem Gesetze als zur Entlassung reif erreicht werden können. Er erschrecke deßhalb, nicht um des Volkes und der Constitution, sondern um der Regierung willen; wo es sich darum handle, die Volksrechte zu mindern, berufe man sich auf den Constitutionalism, wo sie vermehrt werden sollten, da behaupte man, es passe nicht in unser Staatsleben. Er halte fest an Art. 22 des Grundlagengesetzes und an der Verf.-Bestimmung, daß der Beamte nur durch richterliches Urtheil entlassen werden kann. Minister v. d. Pfordten: Es liege in der deutschen Natur, daß sich jeder in seinem Bereiche als einen kleinen König betrachte, in seiner Veste unantastbar sein wolle, man trachte das Individuum über das Ganze zu setzen. Dieß Verhältniß sei nicht gut, am allerwenigsten anwendbar auf die Stellung der Staatsdiener, es entwickle sich daraus eine Gebundenheit der Regierung, die sich nicht

immer ertragen lasse. Ein neuer Minister mit dem alten Beamtenthum, das seine Principien ihm gegenüber festhalten wolle, sei nicht im Stande zu bestehen. Darum seien in England und Frankreich alle Administrativbeamten nach dem Willen des Ministers ohne Angabe der Gründe absetzbar. Die Beobachtung seit 1848 habe zur Vorlage des Entwurfs als Grund beigetragen, einzelne Beispiele seien bekannt. Um der jungen Leute willen, aus denen der Beamtenstand hervorgehe, sei das Gesetz nothwendig, es könne kein Beamter geduldet werden, der nicht entschieden seine Ueberzeugung für die monarchische Regierungsform bethätige 2c. — Hiermit endet die allgemeine Discussion, ohne daß ein Kammermitglied auch nur ein Wort für den Entwurf gesprochen. Hierauf werden die Art. 1, 2, 3, 4, 5 des Entwurfs nach den Vorschlägen des Ausschusses ohne Discussion mit geringer Majorität angenommen. Jedoch entspinnt sich dabei eine Geschäftsordnungsdebatte. Die Kammer ist nämlich nicht in der verfassungsmäßig zur Beschlußfassung über ein Verfassungsgesetz nothwendigen Zahl vorhanden. Es sind dazu 108 Mitglieder erforderlich aber nicht anwesend. Der Präsident ist der Ansicht, daß die verfassungsmäßige Dreiviertelsmajorität nur bei der Endabstimmung anwesend zu sein brauche. Dagegen erklären sich Wallerstein, Tafel, Weis; dafür Gäßler, v. d. Pfordten, Lerchenfeld. Man verläßt endlich die Frage ohne Entscheidung der Kammer, da das Verfahren des Präsidenten observanzmäßig sei. Die Sitzung wird gegen 1 Uhr geschlossen. Am nächsten Montag, an dem, wie man hofft, die noch Abwesenden eingetroffen sein werden, die Fortsetzung.

Eidesenthebungen. Darüber enthält der „baier. Eilbote" folgenden trefflichen Aufsatz:

Es ist noch nicht lange her, seit der Kurfürst von Hessen das Militär seines auf die Verfassung bereits geleisteten Eides entband.

Man hat zwar seitdem noch keine Gelegenheit gehabt, besonders wohlthätige Folgen jener Hassenpflug'schen Ordonnanz wahrzunehmen, nichts desto weniger scheint das Beispiel lockend gewesen zu sein; auch in Baden wurde nunmehr durch einen landesherrlichen Befehl das Heer seines Verfassungseides für enthoben erklärt.

Man hat Beispiele, daß ein Eroberer das Heer des eroberten Staates seiner Verpflichtung gegen den besiegten Herrscher entband. Hier tritt eine factische Unmöglichkeit ein, dem Gelöbniß nachzukommen.

Man hat Beispiele, daß ein Regent selbst die Staatsangehörigen und die Truppen des Eides enthob, den sie ihm geschworen. Der Eid ist nur eine Bekräftigung der Verpflichtung; derjenige, welchem die durch einen Eid bekräftigte Verpflichtung gilt, mag immerhin Verpflichtung und Bekräftigung aufgeben; er gibt hierin nur seine eigenen Ansprüche auf, er verzichtet nur auf ein Recht.

Daß aber Jemand Andere eines Eides entbindet, der ihm gar nicht geschworen worden, der im Gegentheile gerade ein Mittel sein soll, ihn in den gesetzlichen Schranken zu halten, diese Aufgabe blieb unserer Zeit vorbehalten.

Wenn der Kurfürst von Hessen, wenn der Großherzog von Baden ihre Truppen des Eides entheben, den sie ihnen geschworen, so handeln sie in ihrem Rechte, sie verzichten auf einen Anspruch. Wenn sie es aber unternehmen, das Heer seines bereits auf die Verfassung geleisteten Eides zu entheben, so greifen sie in ein Gebiet ein, das ihnen nun und nimmermehr zusteht. Die Verfassung ist es, welcher man den Eid geschworen, dem Kurfürsten, dem Großherzoge gilt der Eid nur als Theilen der Verfassung, sie sind nicht die Verfassung selbst, diese enthält noch ein mehr. Die Verfassung nur könnte den Eid aufheben, welcher ihr geschworen wurde, nicht ein Theil derselben und stünde dieser auch an der Spitze des Staates.

Welche Bedeutung diese Eidesenthebung von der juristischen Seite hat, liegt am Tage. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß eine Verpflichtung nicht aufgehoben ist, wenn derjenige, welcher sie aufheben will, nicht die Befugniß dazu hat.

Viel bedeutungsvoller ist die moralische Seite. Nicht bloß der Conflict, in welchen die Betheiligten verwickelt werden, sondern die moralische Wirkung im Ganzen ist im höchsten Grade bedenklich. Nichts entsittlicht mehr, als die unberechtigte Aufhebung von Eiden. Wir lesen täglich von der Heiligkeit des Eides; der Eid allein ist Schuld, daß eine ganze Classe von Staatsangehörigen noch zur Stunde von den wichtigsten Rechten ausgeschlossen ist; unsere frommen Blätter predigen täglich von den Gefahren für die öffentliche Ordnung, falls eine gewisse Form des Eides nicht als allein gültig betrachtet werden sollte; dorthin mögen sie den Blick wenden; diese Beispiele sind gefährlicher, als wenn der von einem „Juden" componirte Prophet hundertmal aufgeführt wird, gefährlicher, als wenn in dem von einem „Katholiken" componirten verlornen Sohn der allegorische Isispriester ein Dutzendmal das „Augezudrücken" der Isis ausplaudert.

Kurhessen. Die „Kölnische Ztg." gibt eine kurze Kritik der neuen kurhessischen Verfassung, also lautend: Ob sich wohl mit einer solchen Verfassung regieren läßt? Betrachtet man die obigen Bestimmungen bei ruhigem Blute und in ihrer vollen Ausdehnung und Dehnbarkeit, so sind die Resultate in gutem Deutsch etwa folgende: 1) Der Rechtsweg ist überall da eröffnet, wo es die Regierung zulassen will, denn unter die Staats- und Hoheitsgerechtsamen läßt sich Alles bringen; 2) statt der Preßfreiheit haben wir die bundesgesetzliche Censur 2c.; 3) die Landstände sind im Allgemeinen zu nichts berufen, denn die Position 2 §. 75, („Verordnungen, welche die Handhabung oder Vollziehung bestehender Gesetze oder die Organisation, die Verwaltung und Policei betreffen, können von der Regierung ohne landständische Mitwirkung erlassen werden") reicht vollkommen aus, um überall zu thun, was man will; 4) das Recht der Landstände zur Anklagung der Minister ist in Wirklichkeit aufgehoben, hat übrigens bei dem Inhalte der Verfassung keinen Werth, da es nicht wohl möglich ist, die Bestimmungen der Verfassungsurkunde zu überschreiten; 5) das Staatsvermögen wird sich allmählig in dem immer größeren Bedarf des Hofes verlieren; zur ausreichenden Deckung des Staatsbedarfs werden jetzt schleunigst die bestehenden Steuern erhöht oder neue Steuern auferlegt.

Würzburg, den 14. April. Zwei Soldaten stürzten sich kurz nacheinander aus den Fenstern der Kaserne. Einer davon starb nach wenigen Stunden; der andere gibt Hoffnung zum Aufkommen.

Hannover. Die Entlassung zweier ritterschaftlichen Minister wird im Lande mit gewaltigem Jubel ausposaunt. Wir können dem Vorgange eine höhere Bedeutung nicht beilegen, indem wir vorhersehen, daß die Reaction in Hannover derzeit nicht aufgehalten wird.

Köln, den 17. April. Heute standen Jos. Zimmermann und Heinr. Lützenkirchen, beide von hier, vor dem Schwurgerichte, angeklagt, in einem von jenem verfaßten und von diesem in einem Wirthshause gesungenen Gedichte die dem Könige gebührende Ehrfurcht verletzt zu haben. Nach einer kurzen Berathung sprachen die Geschworenen das Nichtschuldig aus.

Königsberg, den 13. April. Rupp ist wegen seines angeblichen Nichtchristenthums aus der hiesigen Freimaurerloge (stricter Observanz) ausgeschlossen worden.

Frankreich.

Paris, den 14. April. Wenn der Prinz-Präsident sich mit seiner Civilliste begnügen kann, ohne von früher her Entschädigungsforderungen zu machen, so sind die Mitglieder seiner Familie in keiner so günstigen pecuniären Lage, um nach seinem Beispiel ihre Privatansprüche an den Staat fahren zu lassen. Es heißt, daß er ihnen Apanagen werde schöpfen lassen, 4 Mill. dem ehemaligen König Jerôme, zwei dem Prinzen Murat, und eine Mill. der Prinzessin Camerata. Die letztere, eine Tochter der Schwester Napoleons, Elisa Bacciochi, ist mit dem Grafen Camerata von Ancona vermählt.

Damit wäre, mit einer Summe, wie sie unter der Restauration ungefähr für Apanagen ausgegeben wurde, den wesentlichen Bedürfnissen der Familie Bonaparte abgeholfen, freilich noch ohne Berücksichtigung der zahlreichen Nachkommenschaft des Fürsten v. Canino, der einer solchen Unterstützung schwerlich entbehren könnte. Daß der Präsident der Republik diese Dotationen auf die Civilliste übernehmen werde, wie ein Gerücht will, ist nicht wahrscheinlich. Eine solche Freigebigkeit würde ihn ja um mehr als die Hälfte seines Einkommens verkürzen. (A. Z.)

Paris, 15. April. Die Angestellten bei den National-Museen haben ein gleichförmiges Costüm angenommen. Die Kleidung eines Conservators kostete bloß an Stickereien 1000 Fr.

Der Präsident läßt einer großen Anzahl von Deputirten, die in Paris nicht aus eigener Tasche leben können, ein gewisses, feststehendes Gehalt ausbezahlen. Die Gelder zur Bestreitung dieser Ausgaben, die natürlich nicht im Budget werden figuriren dürfen, werden aus den geheimen Fonds gezogen. — Ein Secretär Jeromes behielt seine Stelle als Professor an einem Collegium bei, „weil man nicht wissen könne, was geschieht," und Jerome nahm ihm diese Vorsicht nicht übel. — Ein neues Symptom des nahen Ausbruchs des Kaiserreiches wird mir aus sehr glaubwürdiger Quelle mitgetheilt. Bei einem Bronze- und Blechfabricanten in den Marais wurden vor längerer Zeit 5000 Adler für die Czakos der Officiere bestellt — aber ohne Krone über dem Kopfe des Adlers. Vorgestern wurde die Bestellung um noch 5000 Stück vergrößert, aber zugleich mit der Weisung, diesen neuen 5000, wie den früher bestellten 5000 Adlern die Kaiserkrone aufzusetzen. Warum soll sich der Präsident nicht zum Kaiser machen, wenn der Prinz Murat bereits das neapolitanische Wappen adoptirt hat? — Es stellt sich heraus, daß bei der vorgestrigen Revue der Nationalgarde nur wenige Officiere „Es lebe der Kaiser!" gerufen, und daß sich nur ein Theil der Nationalgarde bis zum Rufe „Es lebe Napoleon!" verstiegen habe. Darüber wird niemand erstaunen, der da weiß, daß trotz der neuen Purification alle Legionen noch rothe und viele orleanistische Elemente enthalten. Die dritte Legion kann man in ihrer Majorität als roth bezeichnen. (K. Z.)

— den 16. April. Der Sohn Victor Hugo's erklärt öffentlich, daß er eine Verkürzung seiner Strafzeit nicht annehmen werde. — Im oberrheinischen Departement nehmen die Brandstiftungen dergestalt überhand, daß der dortige Präfect sich veranlaßt gesehen hat, den Maire's und Gendarmeriecommandanten die schärfste Ueberwachung ans Herz zu legen.

Im Elysee zeigt man sich mit Entrüstung einen Kalender, der vor Kurzem in Petersburg erschienen ist und den ein Freund des Elysee hieher geschickt hat. Der Kalender enthält eine genealogische Karte, auf welcher von einer prinzlichen Familie Bonaparte mit keinem Worte die Rede ist. In Frankreich, heißt es, herrschen die beiden Bourbon'schen Linien. Vom Onkel Napoleon Bonaparte ist in der französischen Regentenreihe keine Spur zu entdecken, natürlich auch nicht vom Neffen Louis. Der Kalender ist allerdings nicht officieller Natur, aber doch unter Censur erschienen. (K. Z.)

Spanien.

Madrid, den 12. April. Trotz des heutigen Festes war doch Ministerrath, und ist in demselben der Beschluß gefaßt worden, die Fueros der baskischen Provinzen und des Königreichs Navarra wieder herzustellen, wie sie beim Tode Ferdinands VII. bestanden.

Italien.

Nachrichten aus **Florenz** vom 9. April in der „Opinione" zufolge hat das Ministerium Baldasseroni seine Entlassung eingereicht, weil es sich nicht zur Aufhebung der leopoldinischen Gesetze hergeben wollte. Dem Vernehmen nach ist Ruccella mit Bildung eines neuen Cabinettes beauftragt.

Türkei.

Nach Briefen aus **Konstantinopel** ist dort auf Veranlassung des französischen Gesandten eine Person verhaftet worden, die sich für einen französischen Bischof ausgab und zur mohammedanischen Religion übertreten wollte. Es scheint, daß derselbe seine Würde von dem schismatischen Patriarchen von Kairo erhalten hatte. Der türkische Minister reclamirte; de la Lavalette, welcher die religiöse Frage bei Seite ließ, antwortete, der Bischof sei nur verhaftet worden, um vor den französischen Gerichten Rechenschaft über seinen Titel abzulegen.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 3. April. Bei Marysville sind neue Goldfelder entdeckt worden, in denen die Goldjäger 15—20 Dollars täglich gewinnen. Auch bei Placerville hat man reiche Goldlager entdeckt.

Neueste Nachrichten.

* **Frankenthal,** den 19. April. In der heutigen Vormittagssitzung des Zuchtpolizeigerichtes wurde nach vierstündiger Verhandlung der gewesene Gerichtsbote Louis von Grünstadt der Einmischung in öffentliche Functionen für überwiesen erklärt, und in eine Gefängnißstrafe von einem Jahre und in die Kosten verurtheilt. Der Beschuldigte war bekanntlich wegen der nemlichen Thatsache in den großen politischen Prozeß verwickelt, und zwei Jahre in provisorischer Haft, wurde aber von den Geschwornen Nichtschuldig erklärt, dann auf dem Disciplinarwege abgesetzt. — Heute Nachmittag stehen Dr. Joachim, Eppelsheim, Scheuermann und Stöhr vor den Schranken des Gerichtes; morgen wird die Sache gegen Sauerbeck zur Verhandlung kommen.

Wien, den 15. April. Die Nachricht mehrer Blätter, daß die beiden russischen Großfürsten sich nach Paris begeben würden, um dem Prinz-Präsidenten einen Besuch abzustatten, ist völlig unbegründet, vielmehr reisen die Großfürsten nach Italien.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[972²] **Bekanntmachung.**

F. J. Weissenburger in Heiligenstein verkauft: Stroh, Dickrüben, Kleeheu, Wiesenheu, 2 ganz neue Pflüge mit Pflugkarren, 1 schwere eiserne Egge, 1 ganz neuen zweispännigen Leiterwagen, 1 ein- u. zweispännigen Wagen mit Bord- und Holzleitern, 2 Paar Einzeljoche mit Rückgeschirr, 30 Stück neue Küh- und Ochsenketten, und verschiedene andere Geräthschaften.

[971²] **Lehrlingsgesuch.**

In eine Schirm-, Manufactur- und Kurzwaarenhandlung in Mainz werden 1—2 Lehrlinge von angenehmem Aeußern und guter Familie gegen mäßiges Lehrgeld gesucht. Frankirten Anerbietungen sieht man unter der Chiffre R. F. Post-Restante Mainz umgehend entgegen.

[973] **Weinversteigerung.**

Mittwoch, den 28. April 1852, Nachmittags 2 Uhr zu Heiligenstein, läßt Franz Jacob Weissenburger, Gutsbesitzer, in Heiligenstein wohnhaft, in seiner Behausung daselbst nachbezeichnete Weine öffentlich versteigern, als:

1750	Liter	1851r,	Faß	Nro.	1,
1250	„	1850r,	„	„	2,
1200	„	1849r,	„	„	3,
500	„	„	„	„	4,
1200	„	1846r,	„	„	5,
500	„	1842r,	„	„	6.

Sämmtliche Weine sind eigens Heiligensteiner Gewächs, rein und gut gehalten und eignen sich zum Theil vorzüglich zu Tischweinen.

Speyer, den 17. April 1852.

Kissel, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 97 | den 22. April 1852.

* Französische Zustände.

Wir erhalten folgende — unter Vermeidung des directen Weges anhergesendete — Mittheilung aus Paris vom 5. April:

Heuchelei und Lüge; ich muß wieder mit diesen Worten beginnen. Dieser Devise bleibt man hier unverbrüchlich treu; dieser Geist der Lüge und der Heuchelei athmet fast aus Allem.

Die Gewalt wird wesentlich durch zwei ihrer würdige Leute mit vertreten, welche diesem Geiste Worte leihen: durch einen verurtheilten Fälscher und einen wüsten Trunkenbold. Teste und Romieu sind die Verfasser der famosen Decrete. Kurhessen steht nicht mehr allein da. —

Unter der Maske des Decentralisirens vermehrt man die Macht der Bureaucratie bis ins Unglaubliche. Der Nepotismus muß jezt nothwendig Alles überwuchern; statt des einen Alles entscheidenden Ministers in Paris hat Frankreich jezt 86 allmächtige Proconsuln, freilich Proconsuln unter specieller policeilicher Aufsicht, wie sie einst das tückische Venedig hatte. Von Befreiung der Gemeinde ist nicht einmal die Rede. Unter der Maske der Beschleunigung der Proceße sezte man Prevotalhöfe ein, — um die Anklagen, deren Nichtigkeit man sich schämte, der Oeffentlichkeit zu entziehen. Und die einfache Eidesverweigerung Cavaignac's, Carnot's und Hénon's hat genügt, das ärmliche Werk der sogenannten Begnadigungscommissäre wieder zu sistiren.

Unter der Maske der Aufhebung der seitherigen Verordnungen über Vereine aller Art, werden diese einer noch viel drückenderen policeilichen Controle unterworfen, und troz der Aufhebung des Belagerungszustandes, die man von allen Seiten als Zeichen der Kraft und der Milde preisen läßt, wird die Freiheit der Person und der Presse willkürlicher als je mit Füßen getreten. Natürlich erfährt man nicht den tausendsten Theil der im Einzelnen begangenen Infamien.

Ueberall herrscht die souveränste Willkür. Die und die Personen verbannt man, anderen wieder, wie z. B. Emanuel Arago, droht man Verhaftung an, wenn sie Paris und Frankreich verlassen wollen. Die leiseste Ausstellung eines Journals genügt, um eine Androhung der Suspension zu provociren.

Unter dem Vorwande, daß Waldungen die „onerösesie" Besizung seien, läßt man die Wälder der Orleans zum Verkauf aussezen, weil man wohl einsieht, daß man für andere Grundstücke keine Käufer findet. Und um sich den Arbeitern, Bauern und Pfaffen ins Gedächtniß zurückzurufen, zählt man nochmals weitläufig auf, wozu diese 35 Millionen verwendet werden sollen, ohne daß darum auch nur ein Sou für diese Zwecke verwendet würde.

Für die Dotation der Ehrenlegion läßt man brevi manu 500,000 Fr. Renten in das große Buch eintragen. Das kostet Nichts — und wenn eine spätere Regierung diese Inscription nicht anerkennt, so mag sie das mit der Ehrenlegion abmachen.

Man gäbe gern Land und Leute an die Soldaten; nur darf es selbstredend nicht aus dem Säckel Derjenigen gehen, welche die Geschenke machen.

Wie durch die Bankdecrete dem Eisenbahnactienschwindel Thür und Thor geöffnet worden, ist bekannt, — und wenn die undankbare Nachwelt der jezigen Regierung nicht den Titel ère des actions, den man beansprucht, vindizirt, so wird sie doch keinen Anstand nehmen, sie als ère des actions de chemin de fer moralisch näher zu qualificiren.

Nach diesen Antecedentien wird die Thronrede Niemanden überrascht haben. Weil man sich nicht verhehlt, daß der Kaiser der Entwicklung der öffentlichen Freiheiten allzu hemmend in den Weg getreten ist, deßhalb hat man diese famöse Constitution gegeben, deßhalb dieses liberale Standrechtsregiment eingeführt!

Der alte Napoleon konnte Bulletins schreiben, in welchen der Ruckzug von Leipzig als eine Seitenbewegung, durch die Schuld eines Sappeur-Corporals etwas in Unordnung gerathen, dargestellt wurde; aber vor der heutigen frechen Heuchelei müßte er sich verkriechen.

Man kennt die Aeußerung, der Präsident habe sich nicht zum Kaiser gemacht, weil er Nichts für sich wollte; indessen wenn das Volk wünsche, daß er eine neue Dynastie gründe, so sei er auch dazu bereit, — und es sei auch sehr möglich, daß die wühlerischen Umtriebe der Parteien oder eine Verlezung der Ehre Frankreichs ihn schon früher zwängen, die Macht unwiderruflich auf seinem Haupte zu concentriren.

Die Ehre Frankreichs! Seit dem berühmten Katechismus Sir John Falstaffs ist die Ehre ein vieldeutigeres Wort, als das Hört! Hört! der sehr ehrenwerthen, tapferen und gelehrten Herren des englischen Parlaments; darum wird sich zur gelegenen Zeit eine Verlezung derselben finden, — Uebrigens sind die steten Friedensbetheuerungen Nichts als ein Manöver, um Frankreich seiner Zeit als den angegriffenen Theil erscheinen lassen zu können. —

Daß das Kaiserreich als eine Disciplinarstrafe für die sourdes menées der Parteien in Aussicht gestellt wird, das ist wenigstens neu. Aber es ist sehr alt, solche menées zu veranstalten, wenn sie nicht von selbst kommen. Und wie aufrichtig auch diese scheinbare Uneigennützigkeit gemeint ist, sieht man daraus, daß der Präsident auf zehn Jahre durchaus keinen Anstand nehmen darf, lebenslängliche Senatoren zu ernennen.

Aber „das Volk," welches man anerkennt, wird das Kaiserreich wünschen. Das Bureau des Senats hat mit Ausnahme seines Präsidenten Jerome einstimmig beschlossen, ein Senatus-Consult vorzuschlagen, welches dem Präsidenten der Republik bereits vorgelegt ist, ohne daß man bis jezt Näheres über seinen Inhalt erfahren hätte.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß dasselbe die Herstellung des Kaiserreichs betrifft, und ich freue mich schon jezt auf die Art, in welcher der Präsident in einem seiner nächsten Decrete diese neue Bürde „zum Wohle des Volkes" auf sich nehmen wird. Schon jezt qualificirt er in einer Rede bei der Eidesleistung eines Gerichtshofes seine Regierung als die legitimste aller bestehenden Regierungen; schon 1804 sei er durch 4 Millionen Stimmen zum Erben des Kaiserreichs erklärt. — Verschiedene deutsche Prinzessinnen sind nach der „Kreuzzeitung" undeutsch genug, sich schon zum Empfängniß des neuen Kaisers bereit zu halten. —

Der noch nicht Kaiser gewordene Präsident verlangte eine Civilliste von 8 Millionen. Um diese Bescheidenheit zu belohnen und um sich eine sofortige Abänderung seines Beschlusses zu ersparen, votirt der gelehrige Senat 12 Millionen und 6—8 Schlösser, und überträgt die Lasten der Erhaltung derselben, welche sogar Louis Philipp bei gleicher Civilliste übernommen hatte, dem Staate. — Alles zum Wohle des Volkes! So macht der Senat Opposition. —

So standen die Sachen, als Hr. von Girardin, aus der Verbannung heimkehrend, sich anschickte, das Inventarium der Situation anzufertigen. Wer den Character dieses perennirenden Apostaten nur einigermaßen kennt, der wird nicht einen Augenblick zweifeln, daß dieses Inventarium vollständig zu Gunsten der gegenwärtigen Regierung ausfällt.

Fertigen wir unsererseits auch einmal das Inventarium an; es wird zu einem andern Schluße führen.

Die Herabsetzung des Disconto, die Rentenconversion, die im Entstehen begriffenen landschaftlichen Creditinstitute, sind vortreffliche Maßregeln für das Gemeinwohl. Daß diese Maßregeln, welche in Deutschland und sogar in Rußland längst bestehen, bis dahin in Frankreich unmöglich waren, ja daß sie sogar als etwas Neues und Apartes angestaunt werden, das liefert einen neuen Beweis für die administrative Ungeschicklichkeit und den furchtbaren Eigennutz der seither herrschenden Geldmänner. Die Franzosen haben nur für die Policei Genie; in der Oeconomie werden sie stets Stümper bleiben. Aber es war allerdings auch gegen das Interesse der Geldmänner, die Rente herabzusetzen und ein geordnetes Pfandbriefsystem mit Amortisation durchzuführen; denn der Mangel desselben gewährte dem Rentier einen höheren Zinsfuß, machte den Grund und Boden zu einem Gegenstande des Schachers und der Speculation und erleichterte dem Bourgeois (in der schlimmsten Bedeutung des Wortes) die Befriedigung seiner Leidenschaft nach Grundbesitz, die für den französischen Bourgeois characteristisch ist.

Daß aber das Land selbst sich solche Institutionen nicht längst verschaffte, das beweist allerdings auf eine betrübend deutliche Weise, wie unfähig das französische Volk durch die alles Mark aussaugende, alles selbstständige Leben vernichtende bureaucratische Centralisation geworden ist, sich selbst zu helfen und zu regieren.

Aber hinter diesen anerkennenswerthen Einrichtungen versteckt sich der heilloseste Schwindel. Die Einnahme und das Vermögen des Staates werden für die Zukunft durch die Verschleuderung der Eisenbahnen, Kanäle, Waldungen um ungeheuere Summen vermindert. Der Actienschwindel wird bald eine fabelhafte Höhe erreichen; denn man wird stets neue Bahnlinien decretiren, um neues Geld zu erhalten. Mit all diesen ungeheueren Summen kann man wol für den Augenblick das Deficit verschleiern und einige Unternehmungen beginnen, um dem Volke Sand in die Augen zu streuen. Aber im Ganzen zerrinnen diese colossalen Summen spurlos, — und die Ansprüche an die Regierung, nicht nur von Seiten ihrer Gehülfen, sondern auch von Seiten des Volkes, werden immer größer.

Deutschland.

*** Baierische Landtagsverhandlungen über Erhöhung des Militäretats.** (Fortsetzung.) — v. Lerchenfeld, nachdem er die vom Reichsrathsreferenten aufgestellte Finanzstatistik kritisirt, fährt folgendermaßen fort: „Ich führte das nur an, meine Herren! um zu zeigen, wie schwierig es ist, eine solche Statistik zu entwerfen; allein interessant ist ein anderer Blick in diese Statistik. Er zeigt nämlich, daß es keineswegs auf die hohe Summe ankömmt, bezüglich der Leistungen. Wie Sie sehen, hat die badische Armee 20 pCt. des jährlichen Budget gekostet und die hessisch-darmstädtischen Truppen haben nur 17 pCt. gekostet, und doch ist es anerkannt, daß sich im Jahre 1849 keine Truppen musterhafter betragen und keine mit mehr Aufopferung und Treue ihre Pflicht erfüllt haben als gerade die hessischen Truppen, die verhältnißmäßig unter allen in diesem Verzeichniß aufgeführten den geringsten Etat hätten. Dies meine Herren! zur genügenden Rechtfertigung, daß ich auch heute noch wie früher an meiner Ueberzeugung festhalten zu müssen glaube, daß acht Millionen dasjenige sei, was wir allein für den Militäretat bewilligen können. Meine Herren! daß ich dabei nicht auf Vertheidigungsfähigkeit von rohen Massenaufgeboten rechne, versteht sich wohl von selbst, allein erlauben Sie mir denn doch über die Frage der Leistungsfähigkeit der Badener Ihnen einige Bemerkungen eines alten Kriegsmannes, eines tapferen Soldaten mitzutheilen. Derselbe sagt:

„„Nach der Geschichte ist es ein sehr selten gelungenes Unternehmen, daß ein Staat, dessen Fürst und Volk ihre Unabhängigkeit entschlossen behaupteten, zur Unterwürfigkeit gezwungen wurde. — Die Erhaltung der Unabhängigkeit des National-Wohlstandes und der Nationalehre kann nur durch Nationalkraft bewirkt werden. — Diese vereinte Kraft hebt Staaten zum ersten Rang, die nach ihrer rein politischen Bahn immer in zweiter Ordnung bleiben würden. Da es in den neuesten Zeiten, — der Aufsatz ist nämlich schon ziemlich alt, — beinahe zur Gewohnheit geworden, die Benennungen „stehendes Militär“ und „Nationalbewaffnung“ gleichsam als contrastirende Dinge einander entgegenzusetzen, so wird es der Mühe werth sein, das Wahre derselben einer nähern Betrachtung zu würdigen. — Die stehenden Heere in der über alles Verhältniß zum Staatskörper bestehenden Größe, zu welcher sie seit ihrer Erfindung unter Ludwig dem XIV. bis zu ihrer höchsten Vervollkommnung oder vielmehr Verfeinerung unter Friedrich dem Einzigen angewachsen sind, haben ihre Entstehung besonders der Maxime zu verdanken, stets zum Kriege oder vielmehr zum Ueberfall benachbarter Staaten bereit zu sein. Ohne mich darauf einzulassen, beweisen zu wollen, daß gerade seit dieser durchgängigen Einführung dieser stehenden von der Nation abgerissenen Heere die Kriege zwar mit größerm Leichtsinn angefangen, aber kraftloser und schlechter als je geführt worden, so bleibt es doch unumstößliche Wahrheit, daß sie bei weitem den Aufwand nicht belohnten, den man mit Hintansetzung aller übrigen finanziellen Verhältnisse des Staates auf sie gewendet und bei dem blinden Vertrauen, das man auf dieselben setzte, durch eine Corruption der Staaten in den Abgrund des Verderbens gestürzt haben. — Ein noch der ganzen Welt im Gedächtniß stehendes Beispiel hievon giebt der preußische Feldzug im Jahre 1806, in welchem der Verlust einer einzigen Schlacht, die Eroberung eines ganzen Reiches nach sich zog. Eine wirklich in der Geschichte einzige nicht genug zu beherzigende Thatsache. — Diese traurigen Erfahrungen der neuesten Zeit haben wieder auf die alten einzig richtigen Grundsätze zurückgeführt, welche unter den verschiedensten Formen schon mehrere Jahrtausende bestanden, und gegen alle Stürme von aussen beinahe in allen Staaten die Probe ausgehalten hat. — Was man auch von Gefahren, welchen Regierungen bei Nationalbewaffnungen ausgesetzt sind, sagen mag, so widerlegt alle diese eitle Vorspieglungen die Geschichte besonders bei dem baierischen Volke, welches seinen Adel in eine unverbrüchliche Treue an sein erhabenes Regentenhaus setzt. Die Anstalten der Volksbewaffnungen Maximilians des I., Max Emanuels sind hiefür die sprechendsten Beweise.““

„Nun geht er näher hierauf ein, indem er dies weiter auseinandersetzt und sagt: „„Aber auch abgesehen von dem Scheine der Gefahr einer Nationalbewaffnung ist im Grunde das System stehender Heere blos allein auf Mächte vom ersten Rang berechnet, indem diese allein große Massen in Bewegung zu setzen im Stande sind, und dieses System geht wegen der leichten Beweglichkeit dieser Masse besonders auf den Offensiv-Krieg. — Mächte vom 2. Range finden in demselben ihren unausbleiblichen Ruin, weil sie es nie an Massa gleich thun können, oder wenn sie sich über ihre Kräfte oder ihre Bevölkerung anstrengen wollen, unter der Last des nöthigen Aufwandes erliegen. — Für die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit schickt sich blos der Defensivkrieg und dieser wird am leichtesten und sichersten durch eine Nationalarmee geführt, so, daß man sagen kann, in dieser Nationalmacht finden Mächte vom 2. Range den wahren Talisman mitten im Frieden um bei dem geringsten Kostenaufwand immer zum Kriege gerüstet zu sein, und sich auf diese Art in defensiver Hinsicht zu Mächten vom 1. Range zu erheben. — Die Nationalbewaffnung bietet auch hier ganz besonders

hilfreiche Hand, einestheils ſubſtituirt dieſelbe ohne Aufwand zum Theil das Linienmilitär, anderntheils ſchickt ſie ſich ganz beſonders für die Beſatzung von Feſtungen, durch deren Mauern geſchützt ſie ihre endliche Ausbildung im Militärdienſt und Exerzitium erhalten können. — So ſind Nationalbewaffnung und Feſtungen in ihren Wechſelwirkungen auf einander die vornehmſten und einzigen Hebel eines für Nationalunabhängigkeit zu ſichernden gerechten Defenſivkrieges. — Welch wichtigen Einfluß dieſe Verhältniße auf die großen Operationen des Krieges haben, kann ich mich nicht erwehren, in einem Beiſpiele der neueſten Zeit vor Augen zu ſtellen. — Als Napoleon Deutſchland verließ, ließ er über 120,000 Mann ſeiner beſten Truppen als Beſatzungen der Feſtungen zurück; dieſe Beſatzungen wurden größtentheils durch lauter noch ungeübte Landwehr blokirt und außer Aktivität geſetzt, woraus für die aktiven Armeen der Allirten ein ſo entſcheidendes Uebergewicht reſultirte. Als umgekehrt die Allirten den Boden Frankreichs betraten, beſtanden die Beſatzungen der Feſtungen aus lauter Nationalgarden und mußten durch die beſten Truppen der erſtern blokirt werden und dadurch allein wurde einigermaßen wieder ein Gleichgewicht zwiſchen den beiderſeitigen im freien Felde ſtehenden Heere hergeſtellt. — Solche unendliche Vortheile hat die Natur in die Gerechtigkeit der Defenſivkriege gelegt.'"

„M. Hrn., es iſt das nicht die Anſicht eines Wühlers von den Jahren 1848 oder 1849, ſondern eines Mannes, der alle Feldzüge ſeit 1791 mitgemacht hat, und der in dieſen Feldzügen ſich mit Ruhm bedeckt hat. M. Hrn.! gerade Baiern ſteht mit dem deutſchen Bunde in einer Verbindung, deren Zweck es nicht iſt, offenſiv Krieg zu führen, der deutſche Bund iſt zum Behufe der Defenſion geſchaffen; defenſive Kriege ſind die Aufgabe des deutſchen Bundes und auf die Autorität eines Mannes hin, der mehr Schlachten mitangeſehen hat, als die meiſten derjenigen, welche jetzt die Waffen führen, nur davon geleſen haben mögen, m. Hrn.! auf dieſe Autorität hin glaube ich die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Einrichtung zum Defenſivkrieg auch für Baiern empfehlen zu können. Wir müſſen, m. Hrn.! eine tüchtige Armee haben, damit bin ich ganz einverſtanden, aber eine tüchtige Armee, die auch das Land nicht erſchöpft, dieſe, eine tüchtige Landwehr und ein treues Feſthalten an den Grundſätzen des Staatsrechtes, das bisher uns glücklich durch ſo viele Gefahren hindurch geleitet hat, — dieſe Kräfte zuſammengenommen werden uns auch ohne einen ſo hohen Militäretat erhalten. Ich ſtimme gegen dieſen Militäretat, weil ich die Ueberzeugung habe, daß mit demſelben die gegenwärtige Formation doch nicht in zweckmäßiger und genügender Weiſe erhalten werden kann, und weil ich die Ueberzeugung habe, daß wir ſie nicht zu erhalten brauchen." (Fortſetzung folgt.)

* **Speyer,** den 20. April. Ueber den blutigen Vorfall bei Böchingen iſt uns eine ausführliche Mittheilung zugekommen. Wir entnehmen daraus folgende Schilderung des Thatbeſtandes, wobei wir bemerken, daß es uns lieb ſein ſollte, wenn eine ſpätere Darſtellung nachweiſen könnte, daß dieſer Thatbeſtand hier zu ſchwarz aufgefaßt worden.

Am Oſtermontage gingen vier junge Leute, aus Böchingen gebürtig, von Gleisweiler nach Hauſe. Zwiſchen beiden Orten begegneten ſie etwa 20—24 Soldaten. Sie wünſchten ihnen guten Abend, worauf ihnen aber „guten Abend ihr Freiſchaaren" geantwortet wurde. Die Soldaten nahmen die Burſchen in ihre Mitte, und fingen an dieſelben zu ſchimpfen, bald aber hieben ſie Einen nieder. Er bekam 4 bedeutende Wunden; doch gelang es ihm, ſo verletzt zu entkommen. Die drei übrigen flohen ebenfalls durch die Weinberge. Einer, Namens Koſt, ward jedoch von 3 Soldaten eingeholt, und ungeachtet alles Flehens niedergehauen. Die Thäter riefen einander gegenſeitig zu, nur auf den Hals zu hauen. Der Menſch lag bewußtlos auf der Erde. Als er wieder zu ſich kam, waren 3 Soldaten in ſeiner Nähe, die er bat, ſie möchten ihn in ſeinem unglücklichen Zuſtande doch nicht allein laſſen, ſondern mitnehmen, da er ſonſt ſterben müſſe. Statt deſſen erging der Ruf: So, Du lebſt auch noch, Du Canaille, wir wollen Dir den Garaus machen! Und nun ſchlugen jene auf ihn, bis er tod zu ſein ſchien. — Zufällig herangekommene Leute ſuchten den Unglücklichen zu retten. Es waren darunter drei Brüder und ein Schwager, von denen zwei, von der Jagd kommend, mit Doppelflinten verſehen waren. Einer dieſer Leute erkannte in dem Mißhandelten — ſeinen S o h n! Aber nun ward die Mißhandlung an dieſem, dem Vater, fortgeſetzt; er ſoll gegen hundert Verletzungen davon getragen haben. Seine Brüder und Schwager mußten fliehen. Dann zogen die Thäter nach Godramſtein und verwundeten dort 5 Perſonen; man läutete in der Verzweiflung die Sturmglocke. — Schon etliche Tage zuvor wurden zu Dammheim, Bornheim und Ilbesheim ähnliche Exceſſen begangen. — Die Kleider jener Verwundeten ſind ſo zerfetzt, daß man ſie nicht einmal mehr zuſammenflicken kann.

* **Frankenthal,** den 20. April. So eben, Mittags 12 Uhr, wird das Urtheil gegen die Dürkheimer Beſchuldigten, die Hrn. Eppelsheim, Dr. Joachim, Stöhr und Scheuermann ausgeſprochen. Dieſelben werden wegen Einmiſchung in öffentliche Functionen und zwar Eppelsheim und Dr. Joachim zu 2, Stöhr zu 4 und Scheuermann zu 6 Monaten verurtheilt. — Dieſen Nachmittag um zwei Uhr beginnen die Verhandlungen gegen Herrn Sauerbeck.

* **Frankenthal,** den 20. April, Abends. Nach 4 Uhr erfolgte das Urtheil gegen den Beſchuldigten Herrn S a u e r b e c k. Derſelbe wurde gleichfalls der Einmiſchung in öffentliche Functionen ſchuldig erklärt und in eine Gefängnißſtrafe von 2 Monaten verurtheilt.

Eine weibliche Demonſtration. Die Jungfrauen aus dem Oldenburger Hafen Brake, die im Sommer 1849 dem Admiral Brommy eine von ihnen für die Dampffregatte „Barbaroſſa" angefertigte deutſche Kriegsflagge überreicht hatten, haben jetzt ein Schreiben an den Admiral gerichtet, in dem ſie dieſen Vorgang zurückrufen und an deſſen Schluſſe ſie ſagen: „Wir bitten daher, Hr. Admiral, Sie wollen die Ihnen von uns übergebene Flagge dahin ſchützen, daß ſie nicht anders als von dem Maſte eines Kriegsſchiffes des geſammten deutſchen Vaterlandes wehe, und ſollte, — was Gott verhüte! — auch Das nicht mehr angehen, ſo bitten wir, daß Sie die Flagge aufbewahren als ein trauriges Andenken vergangener Herrlichkeit, bis dahin, daß die Sage von dem alten Barbaroſſa erfüllt werde."

München, den 17. April. Auf der heutigen Schranne ſind die Fruchtpreiſe wieder bedeutend geſtiegen, Weizen um 1 fl. 58 kr., Korn um 1 fl. 38 kr. der Scheffel, Gerſte dagegen nur um 4, Hafer um 3 kr.

Nürnberg, den 17. April. Auf der heutigen Schranne haben die Preiſe wieder angezogen.

Freiburg, den 9. April. Das benachbarte Kirchzarter Thal, namentlich die zwei Gemarkungen Oberried und Weilersbach, ſcheinen ein zweites Kalifornien zu werden. Seit längerer Zeit wird in den genannten zwei Gemarkungen nach Gold gegraben und in neuerer Zeit haben ſich bereits drei beſondere Geſellſchaften gebildet.

Berlin, den 19. April. Die bei der heutigen Eröffnung der Zollconferenz (ſiehe die heutige Zeitungsbeilage) von Seiten des baieriſchen Bevollmächtigten, Oberzollraths Meixner, auf die Eröffnungsrede des Miniſterpräſidenten v. Manteuffel abgegebene Antwortserklärung lautet: Die baieriſche Regierung wünſcht die Erweiterung des Zollvereins nicht nur nach dem Norden Deutſchlands berückſichtigt, ſondern auch nach einer anderen Richtung hin, namentlich zu dem Zwecke, um zu einer Verſtändigung mit Oeſterreich über die Herbeiführung einer Zoll- und Handelseinigung zu gelangen. — Auf den Antrag des baieriſchen Bevollmächtigten ward Hr. Pommer-Eſche zum Vorſitzenden der Conferenz gewählt.

Digitized by Google

Schweiz.

Bern, den 18. April. Die Abstimmung über Abberufung der Regierung beschäftigt alles. Noch ist das Resultat im ganzen Kantone nicht abzusehen. In den drei Kirchengemeinden unserer Stadt ergaben sich 3079 Nein (gegen die Abberufung), und 1598 Ja. Die Schwarzen erwarteten mehr Nein, da sie die außerordentlichsten Anstrengungen gemacht und durch die Hingabe des sog. Reservefonds die hiesigen Einwohner sämmtlich für sich eingenommen glaubten. — Im Bezirke Delsberg ergaben sich 1075 Ja und 1585 Nein, im Bezirke Pruntrut 1142 Ja, 1538 Nein, im Bezirke Burgdorf 2414 Ja, 2036 Nein, im Bezirke Laufen 612 Ja, 531 Nein. Nicht zu übersehen ist, daß der Bezirk Courtelary die größte Zahl Ja liefern wird.

Frankreich.

Paris, den 17. April. Nach den Bestimmungen der durch den Act vom 2. December beseitigten Verfassung von 1848 sollte auf der Ile de la Reunion die Wahl des Präsidenten der Republik 120 Tage vor dem für die Vornahme der Wahlen des continentalen Frankreichs festgesetzten Termine stattfinden. In jener Colonie wurde demgemäß im letzten Januar die Präsidentenwahl vorgenommen. Sie fiel auf den Prinzen Louis Napoleon trotz des Artikels 45 jener Verfassung, welcher der Wiedererwählung desselben entgegenstand.

Spanien.

Madrid, den 12. April. Die „Madrider Zeitung" veröffentlicht ein königliches Decret, durch welches alle Geld- und Gefängnißstrafen, die wegen Preßvergehen ausgesprochen worden, erlassen und alle anhängigen Verfolgungen niedergeschlagen werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, den 17. April. Die in Sachen des Zollvereins preußischerseits eingehaltene Politik ist nicht allein die des Hrn. v. Manteuffel, sondern diese Politik wird sowol vom Könige als auch vom Prinzen von Preußen vollkommen gebilligt; an ein Aufgeben der bekannten Intentionen Preußens ist deßhalb nicht zu denken. Die „Elberfelder Zeitung," welche diese Notizen mittheilt, fügt bei: „Das etwaige Ausscheiden süddeutscher Staaten aus dem Zollvereine würde man aus diesem Grunde ruhig geschehen lassen, und zum Ersatz eine engere handelspolitische Verbindung mit den Nordseestaaten suchen. Preußen ist bereit, manches Opfer für die Erhaltung des Zollvereins zu bringen; es wird aber in keiner Weise seine politische Situation in Folge der Bestrebungen der mittleren Staaten alteriren lassen."

Coblenz, den 17. April. Der Prinz von Preußen wird am Montage eine Reise nach Mainz, Frankfurt und Luxemburg antreten, um die dortigen Besatzungen zu inspiciren.

Wien, den 16. April. Schwarzenberg hinterließ ein Memoriale, welches bereits dem Kaiser übergeben ist, und worin das von ihm befolgte System besprochen, und ausführlich auseinander gesetzt wird.

Paris, den 17. April. Der „Moniteur" schweigt in seiner Todesanzeige von dem Uebertritte des Prinzen Paul zum Katholizismus; nach den „Debats" ist derselbe etwa 14 Tage vor seinem Hinscheiden erfolgt. Seine Geisteskraft soll schon seit 3 Wochen sehr geschwächt gewesen sein. Nicht der Herzog v. Nassau, sondern der Prinz Nicolaus v. Nassau war es, ein Enkel des Verstorbenen, der seinen Mißmuth über dessen Uebertritt äußerte. (Köln. Z.)

Ludwig Napoleon wird sogleich nach den Maifesten eine Reise nach Südfrankreich machen, und im Juni den Festlichkeiten in der Stadt Lille beiwohnen.

Es ist eine Commission errichtet worden, die sich mit Errichtung von Gemeindenbibliotheken befassen soll.

— den 18. April. Erst gestern Nachmittag war es, daß der Marschall Gerard starb. — Die Debats erklären, daß der Uebertritt des Prinzen Paul schon im Januar erfolgt sei. — Zwischen den dotirten und nichtdotirten Senatoren herrscht Zwiespalt.

Die heutige Revue war trotz des starken Regens glänzend. Die Soldaten schrieen „Es lebe der Kaiser!"

Paris, den 19. April. Der gesetzgebende Körper erledigte heute die Artikel vier bis sieben des Kupfermünzen-Gesetzes.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 17. April. Weizen 21 fl. 11 kr., Korn 16 fl. 49 kr., Gerste 12 fl. 58 kr., Hafer 6 fl. 50 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Hiezu eine Beilage

Redacteur und Verleger: G. Fr. Kolb.

[974] Mittwoch und Donnerstag Abends 7 Uhr wird die hier durchreisende **Wiesbadner Harmonie-Gesellschaft** im Locale des Unterzeichneten eine musikalische Production geben. H. Weltz.

[961²] **Annonce.**

Außer meinem bekannten Waarenlager, welches durch meine Meßeinkäufe aufs reichlichste assortirt ist, empfehle ich mein Kleiderlager, welches für die Sommersaison in allen möglichen Artikeln, als Tuch- und Sommerröcke, Bukskinhosen, Schlafröcke, piquéne und seidene Westen, weiße und farbige Cattunhemden, Jaconetts und seidene Schlips, in schönster Auswahl, sowie alle in dieses Fach einschlagende Artikel, bestens assortirt ist, und bitte unter Zusicherung billiger und reeller Bedienung um geneigten Zuspruch. **Moritz Dreyfuß.**

[975] **Versteigerung.**

Mittwoch, den 26. Mai nächsthin, des Nachmittags 2 Uhr, in dem Gasthause zum weißen Löwen in Landau, lassen die Erben von dem verstorbenen Herrn Friedrich Schneider, gewesener Bierbrauer und Gutsbesitzer in Landau wohnend in Eigenthum versteigern:

Ein zu Landau im gelben Viertel an der Königstraße liegendes neu erbautes, zweistöckiges Wohnhaus mit einem gewölbten Keller, einem Nebenbau mit einer Wohnung, Waschküche, Remise und Keller, einer Scheuer mit Keller, Stallungen, Hofraum mit Brunnen, etwas Garten und Zubehörungen auf einem Flächenraum von 20 Decimalen, begränzt durch die neue Brasserie und die Triangelsgasse.

Die in den Kellern lagernden Fässer von 95 Fuder in der Größe von 7—2 Fuder, sämmtlich weingrün, sodann eine kleine Kelter, Bütten, Züber, 2 Chaisen, 1 Droschke, Pferdsgeschirr, verschiedene Möbel und Hausrath, werden den darauf folgenden Tage des Morgens neun Uhr, vor dem vorbeschriebenen Hause zur Versteigerung gebracht werden.

Landau, den 19. April 1852.

W. Heuck, Notar.

[939³] **Weinversteigerung in Ludwigshafen am Rhein, bayerischen Pfalz.**

Montag, den 3. Mai nächsthin, Morgens 10 Uhr, im Locale der Saam'schen Wirthschaft, lassen die Herren Kaufmann und Glöcklen in Ludwigshafen a. Rh. von ihrem Lager allda versteigern:

34,000 Liter 1848er Friedelsheimer, Wachenheimer und Rhodter, alles selbst gezogene und ganz rein gehaltene Weine.

Proben werden bei der Versteigerung und an den beiden vorhergehenden Tagen ausgegeben.

Oggersheim, den 2. April 1852.

Leuchsenring, Notär.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro. 97) den 22. April 1852.

Deutschland.

Die Auswanderungsangelegenheit. Aus einem uns zugekommenen Briefe theilen wir nachstehenden Auszug mit: Es ist kein Wunder, wenn sich unter den jetzigen Umständen Tausende von Bewohnern Deutschlands nach dem gelobten Lande begeben, wo die freiesten Institutionen dem Wirken ihres Geistes und der redlichen Benützung ihrer Körperkräfte keine Schranken setzen, und Millionen Morgen fruchtbaren Landes dem fleißigen Landmanne genügenden Unterhalt für sich und seine Familie bieten. Ich habe daher mit Vergnügen aus einem Ihrer letzten Blätter ersehen, daß Sie Ihre Spalten von jetzt an den Warnungen vor Betrügereien und gutem Rathe für die von ihren deutschen Regierungen meist ohne Schutz gelassenen Auswanderer nach Amerika öffnen wollen. In diesem Sinne kann ich nicht unterlassen, Sie auf ein von dem „Frankfurter Verein zum Schutze der Auswanderer" erschienenes kleines Handbuch für die Reise nach den vereinigten Staaten von Nordamerika, mit einer sehr schönen Eisenbahnkarte dieser Staaten, aufmerksam zu machen, welches Büchlein mit Karte nach meiner Ansicht man nicht genug den Auswanderern nach genannten Staaten empfehlen kann, indem solches nur 36 Kreuzer kostet, und dafür den Auswanderer warnt, wie er sich vor den Betrügereien der schurkischen Agenten und Mäckler, besonders in den Seehäfen diesseits und jenseits des Meeres in Acht zu nehmen hat, und ihm, einmal in Amerika angekommen, die sichersten deutschen Agenturen angibt, wo er sich Raths erholen, wie er sich vor den ihm auflauernden Betrügern, worunter leider sehr oft Deutsche, in den nordamerikanischen Seehäfen in Acht zu nehmen hat, und ihm dort die Reiserouten (nebst Kosten) nach allen Theilen Amerika's, in Tabellen und auf der Karte angibt. Ich schicke Ihnen hiebei dieses Büchlein mit Karte, damit Sie sich selbst von dessen Nützlichkeit besser überzeugen und nach Befinden meinem von mir wohlgemeinten Rathe beistimmen können, wobei ich Sie noch besonders aufmerksam machen möchte, daß Sie ihre Mitbürger aufforderten, in Speyer, Kaiserslautern, Zweibrücken rc. ähnliche Vereine (mit Erkundigungsbureaus) zum Schutze der Auswanderer zu gründen, wie der in Frankfurt ist.

Bemerkung der Redaction. Wir glauben dem Wunsche des Einsenders nicht besser entsprechen zu können, als indem wir den vorstehenden Auszug aus seinem Briefe abdrucken lassen. Die lobenden Bemerkungen über das erwähnte kleine „Handbuch für die Reise nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika; herausgegeben vom Frankfurter Verein zum Schutz der Auswanderer" können wir, nachdem wir das Schriftchen durchgesehen, vollkommen bestätigen. Die Auswanderer werden um so mehr wol thun, sich dieses wohlfeile Büchlein zu kaufen, da, so viel uns bekannt, keine andere Druckschrift gerade von dem vorzugsweise praktischen Theil der Reise, nemlich von den Beförderungsmitteln, so genügend handelt, wie man es wünschen muß.

Uebrigens benützen wir diese Gelegenheit, unsere Freunde, und überhaupt alle Leser unseres Blattes zu ersuchen, uns diejenigen Notizen mitzutheilen, deren Veröffentlichung den Auswanderern in irgend einer Beziehung nützlich sein möchte. Originalbriefe von Ausgewanderten dürften in dieser Beziehung manches Material enthalten.

Berlin. Unsere Regierung fängt an, wegen der Auswanderungsangelegenheit einigermaßen besorgt zu werden, und jedenfalls enthält ein vom 6. ds. datirter Brief aus London eine ernste Ermahnung, wenn derselbe sagt, daß die außerordentlichen Begebenheiten des europäischen Continents für den Engländer an Wichtigkeit wesentlich verlieren, wenn er in die überseeischen Länder hinüberschaue, wo Ereigniße sich vorbereiten, die vielleicht schon in weniger als einem Jahrhundert das ganze Festland von Europa mit allen seinen alten historischen Rechten, seiner zahlreichen Aristokratie und seiner weitumfassenden Gelehrsamkeit auf eine untergeordnete Stufe politischer und materieller Wichtigkeit versetzen werden. (Allg. Z.)

— den 17. April. Kurhessen hat das erwartete Ostergeschenk, die neue Verfassung, erhalten und den Kriegszustand nicht verloren. Die Bundesversammlung soll die Aufhebung des Kriegszustandes nach Publikation der Verfassung verlangt, aber damit den Wünschen des kurhessischen Ministeriums nicht entsprochen haben. (N.-Z.)

— den 19. April. Heute Morgen um 11 Uhr wurde die Zollconferenz eröffnet. Ministerpräsident v. Manteuffel sprach in der Eröffnungsrede sein Bedauern darüber aus, daß die Zusammenberufung nicht früher habe stattfinden können. Er hoffe, das Band der materiellen Interessen werde auch bei der Erneuerung und Erweitrung des Zollvereins seine volle Kraft bewähren. Erst wenn dieses Ziel erreicht, könnten auch andere Fragen Gegenstand der Berathung werden. — Der bairische Bevollmächtigte, Oberzollrath Meixner, sprach in seiner Antwort den Wunsch einer Betheiligung Oesterreichs aus, jedoch ohne Angabe eines Termins.

Würzburg, den 15. April. Wir erfahren, daß sich der Gendarmeriestationscommandant Späth zu Sulzheim, der in dem letzten Schullehrer Reinhard'schen Preßprozeße als (Belastungs-) Zeuge vor dem hiesigen Schwurgerichte stand, sich durch einen Schuß in die Brust selbst entleibte.

Kassel, den 17. April. Von der neuen Verfassung spricht man nicht einmal. Dagegen haben wegen der Flucht des Dr. Kellner neuerdings Verhaftungen stattgehabt, darunter die des Kaufmanns Muhm. Ein angeblicher Democrat soll Enthüllungen gemacht haben. — In der neuen Verfassung sind die Forderungen der oberrheinischen Bischöfe allem Wesentlichen nach bewilligt.

Frankreich.

Paris. In der Revue des deux Mondes hat Hr. Andre Cochut das decretirte Budget für 1852 einer Kritik unterworfen. Sie ist, wie unter den gegebenen Umständen nicht anders zu erwarten war, sehr bescheiden in der Form, doch enthält sie nicht unwesentliche Ausstellungen und bemerkt namentlich mißfällig, daß das Decret die Finanzlage einigermaßen maskirt, indem es sich auf Beweisstücke stützt, die bis jetzt wenigstens nicht an die Oeffentlichkeit gelangt sind. Das Ergebniß des Urtheils wird in folgendem zusammengefaßt: das provisorische Budget, das der gesetzgebenden Versammlung zur Berathung vorgelegt war, hatte mit Zurechnung von 8 Mill. außerordentlicher Hülfsquellen ein Deficit von 58 Mill. oder, von dieser Zubuße abgesehen, von 66 Mill. einbekannt. Nach dem Decret vom 17. März wird, trotz des Gewinns an der Rentenumwandlung, trotz des gehofften Mehrertrags der Salz- und Getränkesteuer, die Unzulänglichkeit selbst nach Zuschlag von 59 Mill. außer-

ordentlicher Hülfsquellen (Ein- und Zurückzahlungen von Eisenbahncompagnieen 44,195,000, aus Staatswaldungen 15 Mill.) ungefähr 54 Mill. ausmachen, so daß, wenn man bloß Einkünfte und Ausgaben ins Verhältniß zu stellen hätte, der voraussichtliche Ausfall auf 113 Mill. steigen würde. Nach den ministeriellen Traditionen wird in der Auseinandersetzung der Motive zur Herstellung des Gleichgewichts am Ende des Rechnungsjahrs, lediglich in Folge der Zunahme der indirecten Einnahmen und des Wegfalls nicht verausgabter Summen, eine unfehlbare Aussicht eröffnet. In der Regel fällt es aber schon schwer nur die Nachforderungen auf diesem Weg auszugleichen. Schon ist ein Vierteljahr verflossen; allein sollten die letzten neun Monate ablaufen, ohne daß sich Bedürfnisse kund thäten? Das wäre ohne Beispiel. Was man in Finanzsachen zuerst vorsehen muß, das sind die unvorhergesehenen Ausgaben. Was die schwebende Schuld betrifft, die sich am 1. März auf 642 Mill. belief, so ist der Dienst derselben wesentlich erleichtert durch das mit der Bank getroffene Uebereinkommen, wornach die von den 125 Mill. fälligen 75 Mill. in fünfzehnjährigen Fristzahlungen, erst vom nächsten Jahr angefangen, zu tilgen sind.... Sollte es nicht scheinen, daß das mehr oder weniger verheimlichte Deficit die normale Lage Frankreichs geworden sei? Die von 1800 bis 1830 vorgekommenen Ausfälle haben zu Rentenschöpfungen Anlaß gegeben, die sicherlich eine Summe von mehr als zwei Milliarden Capital vorstellen. Unter der Juliusdynastie hat die Gesammtheit der Ausgaben aller Art die ordentlichen Einnahmen um 2 Milliarden 488 Millionen überstiegen. Der Ausfall des J. 1848 hat, die 103 Mill. aus dem Amortissement eingerechnet, 560 Mill. außerordentlicher Hülfsquellen erheischt. Seit damals sind die Ausfälle nach einem parlamentarischen Document folgende: 1849 389 Mill., die sich durch Verwendung des Amortissements auf 247 vermindern; 1850 201 Mill., durch Beiziehung der Hülfsquellen des Amortissement 128; 1851 (muthmaßlich, da die Rechnungen noch nicht veröffentlicht sind) 164 Mill., wovon wieder die 76 Mill. des Amortissement in Abzug kommen; 1852 (ohne die außerordentlichen Hülfsquellen des Holzverkaufs, der Eisenbahnzahlungen und des Amortissements) 189 Mill. So werden in einem Zeitraum von vier Jahren die Normaleinnahmen sich wahrscheinlich um 943 Mill. niederer stellen als die Ausgaben. Von dieser Summe wird man 368 Mill. die dem Amortissement entzogen wurden, abzurechnen haben, und 71 Mill. Vorschüsse an Eisenbahncompagnien werden wieder zurückbezahlt werden. Gleichwohl wird eine Unzulänglichkeit von beiläufig 500 Mill. übrig bleiben. Dieß ist durchschnittlich das Verhältniß der letzten zwanzig Jahre die 100 bis 125 Mill. Deficit auf ein Rechnungsjahr ergeben. Hr. Cochut schließt mit der Frage: Sollte ein Finanzsystem mit solchen Resultaten nicht mit Gefahren verbunden sein, nicht Reformen herbeirufen?

— den 15. April. Die Führer der legitimistischen Partei sind sämmtlich vom politischen Schauplatz verschwunden. Berryer lebt zu Angerville; Fallour befindet sich noch zu Nizza; Hr. Benoist d'Azy kümmert sich nicht um Politik und beschäftigt sich mit industriellen Unternehmungen; Hr. Vatimesnil lebt in Zurückgezogenheit.

Man hat es als etwas gewaltig Wichtiges hervorgehoben, daß der gesetzgebende Körper die Einnahmen und Ausgaben zu prüfen habe. Die „Patrie" enthält nun folgende abkühlende Meldung: „Sobald der Staatsrath mit Prüfung des Budgets fertig ist, wird es vor den gesetzgebenden Körper kommen, der es ohne Amendement anzunehmen oder zu verwerfen hat." Findet dieser Grundsatz eine allgemeine Anwendung, so ist die Kammer so wenig Herr über die Finanzen, daß sie auch nicht die geringste Veränderung daran vorschlagen kann.

Die Nachricht, daß Pierre Dupont, dessen Verbrechen in socialistischen Liedern besteht, in Freiheit gesetzt worden sei, ist falsch. Der Präsident begnadigt Niemanden, der nicht ein Bittgesuch um Gnade an die Begnadigungscommission schreibt, und dazu will der Dichter sich nicht verstehen. Er dürfte zur Deportation verurtheilt werden.

Italien.

Turin, den 14. April. In Turin sammelt sich eine Emigration französischer Schriftsteller, welchen es in Frankreich seit dem 2. Dec. nicht mehr geheuer geworden. Kürzlich erschien die erste französisch geschriebene Zeitung, das Journal de Turin, jetzt ist ein zweites, la Justice, gefolgt, und in Genua will der ehemalige Redacteur des Ordre ein drittes herausgeben.

Großbritanien.

London, den 13. April. Die Präsentation des Dr. Cullen für den Erzbischofssitz in Dublin ist ein Ereigniß von weitreichender Wichtigkeit. Murray, sein Vorgänger, war ein Prälat von hoher Bildung und friedfertiger Gesinnung und ein Gegner der päpstlichen Anmaßungen. Er hielt dafür, daß man, um guter Katholik zu sein, nicht ultramontan zu sein brauche, und vertheidigt die Rechte der nationalen irischen Kirche gegen die Centralisationsgelüste des Vatican. Die Bemühungen der Whigs, das Unrecht, das Irland einmal geschehen und nicht wieder ungeschehen zu machen war, wenigstens gut zu machen, dem irischen Volke Bildung und damit die Möglichkeit des Wohlseins zu geben, fanden in ihm einen aufrichtigen Gehülfen. Dr. Cullen's Persönlichkeit ist bekannt. Erzogen in einem Jesuitenkollegium in Rom, ohne alle Interesse für das Land, dessen geistlicher Vicekönig er jetzt werden soll, ein fanatischer Feind der Wissenschaft, ist er ein Werkzeug, wie die Partei der Finsterniß es braucht. Er schrieb eine Abhandlung, daß die Erde still stehe; er berief die Synode von Thurles, beantragte die Verdammung der irischen Gymnasien, exkommunicirte die Eltern, die ihre Kinder dorthin schicken würden. Von den fünfzig und einigen Prälaten, welche die drei Kandidaten zu bezeichnen haben, aus denen der Papst wählt, hat die ganze Dubliner Geistlichkeit, beinahe die Hälfte des Wahlkollegiums, gegen ihn gestimmt; aber in den Grafschaften war die italienische Besetzung schon zu stark; er erhielt gerade die Majorität. Welchen politischen Gebrauch er von seiner Stellung machen wird, ist nicht einen Augenblick zu bezweifeln, und wird auf die Parteistellung des künftigen Unterhauses den wesentlichsten Einfluß üben. — Es scheint in der That, als ob die Auswanderung die Frage lösen soll, die das übrige Europa außer England früher zu lösen versäumt hat, und in einer Zeit mit Couvszetteln und stehenden Heeren, und ohne religiöse Begeisterung nicht mehr lösen kann. In Betreff Irland's erwartet die ministerielle Presse diese Lösung mit Bestimmtheit; der „Morning Herald" versichert, daß der nächste irische Census schon mehr Protestanten als Katholiken ergeben werde. Bis dahin können und werden aber noch ernste Konflikte eintreten, und es ist nicht unmöglich, daß die englischen Parteien im Parlament gemeinsame Sache machen zu einem Schritte gegen Irland, oder richtiger gegen die italienische Priesterschaft in Irland. (National.-Ztg.)

Eine starke amerikanische Flottille ist nach dem Mittelmeere unterweg.

Vereinigte Staaten.

Während die reactionären Blätter fort und fort berichten, Kossuth werde in Amerika gar nicht mehr beachtet, es kümmere sich gar kein Mensch mehr um ihn, sind sie (wie man z. B. aus der Augsb. Allg. Ztg. ersehen kann) genöthigt, eben doch wieder zu melden: „Die Legislatur des Staats New-York hat Hrn. Kossuth nach ihrem Sitze Albany eingeladen, dieser jedoch die Einladung dankend abgelehnt, weil er „„im Süden engagirt sei.""

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 98 | den 23. April 1852.

Deutschland.

(:) Aus Altbaiern, den 16. April. (Jesuitenmissionen.) So ist es denn beschlossen, daß in Franken die Söhne Loyolas Missionen halten dürfen. Erwarten Sie nicht von mir, daß ich in die Bestrebungen und in die Geschichte des Jesuitenordens hier des Näheren eingehe, die civilisirte Welt hat bereits hierüber gerichtet; England unter den Stuarts, Spanien, Portugal, Frankreich und der Jesuitenstaat jenseits des Oceans stehen als ernste Warnungstafeln da und auch Deutschland nimmt unter den Schwergeprüften nicht den letzten Platz ein. Ich beschränke mich auf das Bayern der Gegenwart. Bedürfen wir, frage ich, in Bayern der Jesuitenmissionen? Daß es in Bayern weder an Welt- noch an Ordensgeistlichen mangelt, darf gewiß als notorisch vorausgesetzt werden; die Erziehung wird vorwiegend von Geistlichen beaufsichtigt; die Kirche, die Beichte, diese mächtigen Mittel sind ihrer Leitung anvertraut; Staat, Gemeinden, Stiftungen legen eine ungeheuere Summe in ihre Hand: und all das sollte nicht hinreichen, das Volk gehörig zu *erziehen*? Unbegreiflich erscheint es uns, wie selbst Geistliche für die Missionen in die Schranken treten können; ein größeres testimonium paupertatis könnten sie doch gewiß sich nicht ausstellen; wenn sie die Jesuitenmissionen für nothwendig, ja nur für wünschenswerth erachten, so erklären sie ja dadurch aufs Unzweideutigste, daß sie sich selbst für nicht befähigt zur Erziehung halten, auch wenn man ihnen den größten Spielraum einräumt. Und welche Wirkung werden die Jesuitenmissionen haben? Werden die ehrbaren Väter Bruderliebe predigen? Werden sie die Gemüther beruhigen? In seinem trefflichen Buche „drei Sommer in Tirol" theilt Steub von dort folgende Erfahrungen mit: „Was die Folgen dieser Missionen betrifft, so sind bereits mehrere der Zuhörer wahnsinnig geworden und das hat selbst hohen Gönnern den Gefallen an dem frommen Werke etwas verdorben. Auch von dem Selbstmord als Ergebniß innerer Verzweiflung wird gesprochen. Bei Einigen zeigten sich die Missionen blos als eine nutzlose Quälerei; die Meisten wurden zwar nicht besser, aber finster, trübselig, zerfallen und hatten lange zu thun, das Uebel wieder aus den Gliedern zu bringen. Auch wollten manche Seelsorger finden, daß viele, die von diesem wälschen, dem deutschen nüchternen Volkscharacter widerstrebenden Reizmittel gekostet, durch den ruhig würdigen Vortrag des göttlichen Wortes sich nicht mehr befriedigt fühlten. Etliche ältere Bauern, die den höllischen Schwefelgestank nicht mehr los werden konnten, haben sich mit neuer Liebe dem calmirenden Säuferhandwerk zugewendet. Allem nach scheinen diese Missionen folgerecht fortgesetzt das beste Mittel, um den Bauern gemüthlich vollständig auszuzehren und ihm den letzten Tropfen gesunden Blutes abzuzapfen, auch oft den letzten Groschen Geldes, der nach Wälschland wandert zu Messen, die in Deutschland nicht mehr gelesen werden können." *) Es ist dies die erschöpfendste Antwort, welche auf unsere Frage gegeben werden kann. Man hat von gegnerischer Seite bis zum Uebermaße oft hervorgehoben, welche Gefahr democratische Staatseinrichtungen darum haben, weil ein rednerisches Talent im Stande sei, durch seine Beredtsamkeit zu unbesonnenen Beschlüßen hinzureißen, schlechten Ueberzeugungen Eingang zu verschaffen. Eine Million für einen Spiegel! Sind diese Gefahren nicht in weit höherem Grade vorhanden, wenn solche Jesuitenmissionen stattfinden? Zu dem Einfluße der Beredtsamkeit an sich gesellt sich hier noch die höhere Erregbarkeit auf der einen Seite, auf der anderen die Benützung der Religion, des Himmels und der Hölle und das furchtbare Geberdenspiel, das so viele Opfer schon gekostet. Und dennoch wäre die Gefahr beseitigt, dennoch könnte man die Wirkungen solcher Missionen paralysiren, würde man auf der anderen Seite dieselben Befugniße einräumen, wie den Jesuiten. Man gebe dem Volke die Möglichkeit, sich ein eigenes Urtheil zu bilden, man gestatte auch den Gegnern der Jesuiten, vor denselben Zuhörern ihnen gegenüberzutreten, man lasse in offener Versammlung die Ansichten derselben von Rednern entgegengesetzter Richtung angreifen: dann wird sich zeigen, auf welcher Seite stärkere Gründe, auf welcher größere Schwächen stehen. Wir haben nichts gegen die Jesuitenmissionen einzuwenden, wenn man auch ihren Gegnern dieselben Befugniße einräumt wie ihnen. Wir sind zu tief von dem gesunden Sinne des Volkes überzeugt, als daß wir irgend einer Befürchtung Raum geben könnten, wenn das Volk beide Theile hören kann; „man soll sie billig hören beede," sagt ein altdeutscher Rechtssatz; nur die Zulassung der Jesuitenmissionen und die Ausschließung der Gegner bringt Gefahr. In Amerika und in England mögen die Jesuiten immerhin Missionen veranstalten, sie werden durch den Einfluß ihrer Gegner hinlänglich in Schach gehalten; wenn man aber das Eine verbietet, so gebe man auch das Andere nicht zu.

*) Auch an die treffliche Schilderung mag hier zurückerinnert werden, welche vor einigen Jahren in der baierischen Reichsrathskammer von gewissen Missionen entworfen ward, welche der Redner so treffend als „Roßkuren" bezeichnete. D. Red.

*** Baierische Landtagsverhandlungen über Erhöhung des Militäretats.** (Fortsetzung.) — Domidion hob hervor, man sei auf dem Wege „den Mittelstand mit Stumpf und Stiel auszurotten."

Lang. „Meiner Ansicht nach, meine Herren, ist die Frage für uns lediglich eine politische; wenigstens hat die politische Beziehung in derselben den Schwerpunkt, während die finanzielle Frage als von untergeordneter Natur erscheint. Die Frage, welche wir in dieser Beziehung zu beantworten haben, ist die: Bedarf der bayerische Staat nach seinen politischen und territorialen Verhältnissen heute einer Armee von dem Umfange, wie sie Ihnen in der Formation vorgeschlagen ist, oder nicht? — Die zweite Frage ist die: Wird durch das Aufbringen des Geldbedarfes hiefür die Steuerkraft des bayerischen Staaees dermaßen in Anspruch genommen, daß Gründe der Nothwendigkeit bestehen, nicht darauf einzugehen. Die erste Frage, meine Herren, muß ich unbedingt bejahen, und ich bin in meiner Ueberzeugung seit der letzten Berathung des Budgets noch mehr gestärkt worden, denn, meine Herren, ich habe gesehen, was andere Völker um uns herum nicht geredet, sondern was sie gethan haben." — Der Redner beruft sich nun auf England, wo man „die Miliz verstärkt habe" ꝛc., auf Belgien und Preußen, wo man das Militärbudget vergrößerte. „In Frankreich, meine Herren, haben sich die Dinge nicht friedlicher gestaltet und ich kann der Ansicht des sehr verehrten Freiherrn von Lerchenfeld nicht beistimmen, daß unsere Verhältnisse günstiger geworden wären. Sie haben aus der Tagesliteratur die Notiz geschöpft, die zur Beurtheilung dieses Landes und seiner

Verhältnisse nöthig sind. Sie haben gelesen, daß man in Paris einen Mantel stickt, der wahrlich zum Kriegsmantel werden kann, den der Herr Gott vom Himmel herunter hängt. Diese Verhältnisse zugegeben, und Angesichts dieser Thatsachen zu dem Schlusse gelangt, daß unsere Zustände nichts weniger als konsolidirt sind, sondern daß wir mit Wahrscheinlichkeit größeren Umwälzungen auf dem Gebiete der Politik entgegengehen, muß ich die Frage: hat Bayern, ein Binnenstaat von bedeutendem Einfluß, wenigstens in Deutschland, eine Armee nöthig, unbedingt bejahen. — Meine Herren! ich lasse mich nicht auf Ziffern ein, die mit so großer Gründlichkeit und Sachkenntniß vorgetragen worden sind. Mag der Herr Berichterstatter noch so viele Kenntnisse besitzen, wie er dieses in allen Dingen bewährt, so muß ich mich dem Urtheile anschließen, welches von Leuten ausgeht, welche die Kriegswissenschaft zu ihrem Lebensberufe gewählt haben. Wenn mir diese sagen, die und die Formation bedarf einen Geldaufwand von so und so viel, so bin ich außer Stande zu beurtheilen, ob eine Abminderung möglich ist oder nicht. Ein Grund des Herrn Berichterstatters hat mich bestimmt, für das Postulat der Regierung zu stimmen. Er hat behauptet, daß nach dieser Formation die geforderte Summe nicht hinlänglich sei. Wenn ich für die geminderte Summe stimmte, spräche ich aus, daß selbst diese Formation nicht erhalten werden kann. Daß aber die mehrgeforderten 250,000 fl. so viel betragen, daß dadurch die Steuerkraft Baierns unnöthiger Weise angespannt und dem Lande eine schmerzliche Wunde geschlagen werde, davon kann ich mich nicht überzeugen. Sie haben bei dem Straßen- und Landbau eine Summe von 369,000 fl. ohne große Debatte bewilligt, ausgehend von der Rücksicht, daß die Arbeit, die gemacht wird, zum großen Theile, wie bei Anschaffungen für die Armee im Lande bleibt und den Geldverkehr vergrößert." — Würtemberg, bemerkt der Redner noch, könne hier nicht in Vergleich gezogen werden. Er beruft sich dagegen auf Sardinien, und wiederholt auf Belgien. „Schweden, ein kleines Land der Bevölkerung nach, hat ein Kriegsbudget von über 6 Mill. Banko Thaler, d. i. beinahe 12 Mill. Francs." Er halte es für Pflicht, für das Regierungspostulat zu stimmen.

Nachdem hierauf Fischer (von Ingolstadt) seinen Antrag entwickelt, die geforderte größere Summe zwar zu bewilligen, aber für weitere Festungsbauten in Ingolstadt zu verwenden, und nachdem dieser Antrag sodann sogleich abgeworfen worden war, sprach Hopf: „Baiern hat einmal die Bundespflicht, ein schlagfertiges Heer in der Stärke zu unterhalten, die wir kennen, und es kann sich dieser Pflicht nicht willkürlich entziehen. Von keiner Seite, m. Hrn., ist mir aber bewiesen worden, daß dieses Heer mit geringeren Mitteln unterhalten werden kann, als das Regierungspostulat in Anspruch nimmt. Man hat uns zwar verschiedene Berechnungen und Formationsvorschläge gebracht; allein, man konnte mich von deren Anwendbarkeit nicht überzeugen, und ich gestehe aufrichtig, das Referat in der andern hohen Kammer hat mich zu der Ansicht gebracht, daß an der von der Regierung postulirten Summe kein Abzug gebracht werden kann, ohne dem Zwecke und der Aufgabe des Heeres empfindlichen Abbruch zu thun." Der Redner bemerkt, er wolle beitragen, daß die beiden Säulen jeder Staatsform, Heer und Obrigkeit, befestigt würden. Belgien zähle nur „eine im Ganzen ärmere Bevölkerung" von 4 Millionen, Baiern von 4½; dennoch habe es ein Militärbudget von 25 Mill. Frcs. (Forts. folgt.)

° **München**, den 19. April. Der 1. Secretär Nar und der Abg. Hirschberger erhalten Urlaub, der erste auf 8 Tage wegen seiner augenblicklichen Erkrankung, der zweite auf 12 Tage wegen todesgefährlicher Krankheit seiner Tochter. — Reinhart verliest eine Interpellation wegen noch nicht erfolgter Vergütung von Einquartierungskosten in Unterfranken, deren Beantwortung auf nächstens verheißen wird. Der Justizminister beantwortet eine Interpellation Wallersteins betreffe der Durchführung des Gesetzes über Trennung der Justiz von der Administration dahin, daß dies nicht Gegenstand einer Interpellation sein könne, indem es dem König verfassungsmäßig freistehe, zu Ende des Landtags ein Gesetz zu promulgiren oder nicht, daß deßhalb auch vor der Hand von dem erforderlichen Aufwand hiefür nicht die Rede sein könne, indessen sei die betreffende Vorarbeit in Angriff genommen. Was die Frage über Beschleunigung der neuen Gesetzgebung betrifft, so habe das Ministerium bisher bewiesen, wie sehr ihm diese am Herzen liege.

Es folgt nun die Fortsetzung der Verhandlung über das Disciplinargesetz, und zwar über die zweite Abtheilung Art. 6—9 „die Versetzung der Richter," — welche Abtheilung unter Aufhebung des Art. 22 des Grundlagengesetzes, d. h. der Inamovibilität der Richter, die Reichsrathskammer unter Zustimmung des Ministeriums ganz gestrichen hat. Der Ausschuß begutachtet Zustimmung. Der Referent Boye dagegen reproducirt die Artikel 6—9 mit der Modification, daß zwar die Einzelrichter, aber nicht die Mitglieder der Collegialgerichte auf administrativem Wege versetz- und quiescirbar sein sollen. — Kirchgeßner. Das vorliegende Gesetz werde sich rächen an den Gesetzgebern durch Verschwinden des Vertrauens und durch Unmuth der richterlichen Beamten. Er habe zwar im Ausschuße für den Abstrich gestimmt, weil die Gerichtsorganisation mit dem Disciplinargesetz zusammenhängend bezeichnet worden, jedoch mit dem Vorbehalte, daß er gegen das ganze Gesetz stimmen werde. — Wallerstein. Der Justizminister habe bei der allgemeinen Discussion erklärt, die Gesetzesvorlage habe lediglich langjährige Erfahrungen, nicht jene der letzten Jahre zum Grunde; der Ministerpräsident habe hierauf das Gegentheil ausgesprochen; er sehe daraus, daß Ruland die Sache ganz richtig aufgefaßt, indem der Ministerpräsident sogar aufgestellt, daß der Beamte nicht geduldet werden könne, der nicht in Allem denke wie der Minister. Es liege in dem Disciplinargesetz ein Damoklesschwert für die Richter, welches die Reichsrathskammer nimmermehr aufgeben würde, und in welchem eine Vereitelung der Früchte der neuen Gerichtsorganisation liege. — Minister Pfordten gibt seinen früheren Aeußerungen eine mildere Deutung, indem er die Anforderungen der Beamten nicht auf die Gedanken derselben habe ausdehnen wollen. Freilich habe er es immer für unvereinbar mit der Stellung eines Beamten gehalten, in der Nationalversammlung die Souveränität der Krone einer anderen unterwerfen zu wollen. Die Einführung der Gerichtsorganisation hänge gerade vom Zustandekommen des vorliegenden Gesetzes ab. — Crämer, gegen das Gesetz, auch mit den Verbesserungsvorschlägen. Die letztern würden in der Reichsrathskammer wieder gestrichen, und so ein Gesetz zu Stande gebracht, welches man nicht gewollt. Wären die Gedanken greifbar, man würde, trotz der ministeriellen Versicherung, sie nicht unangegriffen lassen. Wenn man mit der Nichtdurchführung der Gerichtsorganisation drohe, so könne er doch nicht dafür stimmen, der Preis sei zu theuer, man werde dann mit Nichts als einer tüchtigen Portion Schulden nach Hause gehen. Man werde die Beamten auch ohne das Gesetz treffen, gewiß jene, welche die Reichsverfassung als das höchste Gesetz der deutschen Nation durchgeführt wissen wollten, das sei ein Zustand, den wir unserer Seits nicht noch verschlimmern wollen (Beifall.) Morgenstern. Er sei mit Vergnügen bereit zu einem Gesetze gegen Unsittlichkeit mitzuwirken, aber nur wenn es nicht mißbraucht und auf alle Staatsbeamte angewendet werde. Er verliest die wörtlichen Aeußerungen des Ministers v. d. Pfordten bezüglich der Gedanken der Beamten. Die Volkssouveränität könne ganz gut mit der Monarchie bestehen, das sei ja selbst in der sächsischen Kammer bewiesen worden. Man habe zugestanden, daß das bisherige Benehmen der Beamten das Gesetz nicht nothwendig gemacht, für was also die Vorlage? $\frac{9}{10}$ der Beamten seien durch dieselbe in Bestürzung versetzt worden; die Wirkun-

gen werden nicht blos die Beamten, sie werden vielmehr das Volk treffen, Druck von oben bringe noch mehr Druck nach unten. — Justizminister, er habe nur behauptet, daß er nicht lediglich die Erfahrungen von 1848, sondern alle Erfahrungen von 1818 an im Auge habe, und allerdings sehe er nicht nur auf das sittliche Betragen, sondern auch auf die politische Richtung der Staatsdiener. Er stellt in Abrede, daß die Durchführung der Gerichtsorganisation von dem Zustandekommen des Disciplinargesetzes abhänge. — Lerchenfeld, man scheine auf die Inamovibilität ein zu großes Gewicht zu legen, er sei immer, auch schon im Jahre 1848, dagegen gewesen; für die Schwachen sei sie nicht genug, diese würden immer den Einflüßen der Regierung zugänglich sein durch Aussicht auf Begünstigung oder das Gegentheil derselben, — für die Tüchtigen sei sie nicht nothwendig, diese würden keinem Einfluße ihren Character preisgeben. Uebrigens gebe es Lebensverhältniße, wo die Versetzung des Beamten als höchst dringlich erscheine. Wenn er für Aufhebung des Art. 22 des Grundlagengesetzes stimme, könne er doch nimmermehr für das Gesetz stimmen, wie es aus der Reichsrathskammer zu uns gekommen: Lasaulx nimmt das Gesetz in Schutz, er werde dafür stimmen, und wenn es noch dreimal so streng wäre; er habe erfahren, daß jene Männer, denen ihre Unabhängigkeit äußerlich schwerer gemacht sei, gerade als diejenigen sich erprobten, welche ihre Ueberzeugung nicht opfern; er selbst würde sich nicht nur dem Urtheil seiner Collegen, sondern sogar seiner Feinde unterwerfen. — Arnheim, unter Widerspruch gegen Lasaulx' Behauptungen, bemerkt, es handle sich nicht darum, ob die Unverrückbarkeit der Richter erst eingeführt, sondern ob die schon gesetzlich bestehende wieder aufgehoben werden solle. Dazu werde er sich nimmer entschließen; kein Regierungspräsident widersetze sich einem Minister, kein Regierungsrath dem Präsidenten, die Ursache liege nahe. — Ruland, er lege auch auf Art. 6—9 keinen großen Werth, im Angesicht des Art. 10. Wenn man gesagt, man wolle sich jedem Richter gegenüber stellen (Lasaulx), müße er erwiedern, es fehle an solchen Männern nicht, aber sie müßten eben dabei vielleicht den Kopf verlieren. — Lasaulx. Es sei nothwendig, daß Opfer fallen, zur Heilung des kranken Körpers der Gesellschaft. Nachdem der Referent und der Justizminister nochmals gesprochen, wird die Frage, ob die Art. 6—9 gestrichen werden sollen, verneint. Für den Abstrich stimmten aus der Pfalz: Lang, Roos, Römmich, Prinz, Weis; gegen den Abstrich: Benzino, Boye, Rebenack, Scharpff, Tafel. Die übrigen Pfälzer Abgeordneten sind abwesend. Bei der nunmehr im Einzelnen erfolgten Abstimmung werden die Art. 6—9 unter Verwerfung der Boye'schen Modificationen, nach dem Regierungsentwurfe angenommen. Am Schluße der Sitzung fordert Wallerstein den Finanzausschuß auf, bei der Berathung über die ministerielle Vorlage betreffs der Zollangelegenheit sich die Wiener Verhandlungen vorlegen zu lassen. Der Minister v. d. Pfordten erklärt hierauf, das sei nicht nothwendig, da ihr Inhalt kein Geheimniß und in den Zeitungen zur öffentlichen Kunde gekommen sei. Wallerstein wiederholt seine Aufforderung, da nicht auf Zeitungsberichten, sondern auf authentischen Acten die unantastbare Sicherheit beruhe.

• **München,** den 18. April. Der Ausschuß der Abgeordnetenkammer beantragt Zustimmung zu dem Gesetzentwurfe, wonach die Ernennung des ersten Präsidenten der Reichsrathskammer wieder in die Hände des Königs gelegt werden soll. Dagegen beantragt der Erzbischof Reisach als Referent der Reichsrathskammer über den Weis'schen Antrag auf Herstellung dreijähriger Finanzperioden die Nichtzustimmung aus politischen Rücksichten. — Professor K. Simrock ist von Bonn hieher berufen.

• **Speyer,** den 22. April. Ueber die am 19. und 20. vor dem Zuchtpoliceigerichte zu Frankenthal verhandelten Proceße ist uns ein zweiter Bericht zugekommen, aus welchem wir blos Bruchstücke, zur Vervollständigung des ersten Berichtes, entnehmen:

Die Verhandlung begann am 19. mit der Sache des Beschuldigten Louis, der während 26 Jahren völlig tadellos die Stelle eines Huissiers bekleidet hatte, in den großen politischen Prozeß verwickelt ward, 2 Jahre lang provisorisch verhaftet war, freigesprochen, dann auf dem Disciplinarwege seiner Stelle entsetzt wurde. Das neue Erkenntniß gegen ihn lautete (wie bereits gemeldet) auf einjähriges Gefängniß.

Die sämmtlichen Beschuldigten von Dürkheim waren ebenfalls vor 11 Monaten unter der Anklage des Hochverraths in dem großen politischen Proceße vor den Assisen gestanden und nach dem Wahrspruch der Geschworenen freigesprochen worden. Scheuermann (gleichfalls Huissier, wie Louis), war seitdem wegen derselben Thatsachen, die der ursprünglichen Anklage zu Grunde lagen, vor dem Disciplinargerichte gestanden und von diesem zu einer sechsmonatlichen Suspension verurtheilt worden. Nachdem er diese Strafe beinahe vollständig verbüßt hatte, erfolgte auf dem Wege der Strafschärfung durch den Justizminister, in seiner Eigenschaft als Großrichter der Pfalz, die Entlassung von seiner Stelle als Gerichtsbote. Die Beschuldigung der Einmischung in öffentliche Functionen gründet sich auf die Requisition von Pferden und Waffen, Verhaftung von Personen und Wegnahme von Kassen. Nach Abhör der Zeugen und Gegenzeugen und vielfachen Ansprachen des Präsidenten an die Beschuldigten über das Verwerfliche ihrer Handlungen, wurde Abends den 19. nach 8 Uhr die Sitzung aufgehoben und die Fortsetzung der Verhandlung auf den Vormittag des 20. verschoben.... Die Vertheidigung führte Advocat Stockinger, der mit vieler Wärme von den Hoffnungen des deutschen Volkes im Frühlinge des Jahres 1848, dem Parlamente, der Reichsverfassung und den Schwierigkeiten ihrer Einführung sprach. Er zeigte, wie die Erhebung in der Pfalz ursprünglich die Durchführung der Reichsverfassung bezweckte, aber besonders durch Einmischung fremder Elemente einen andern Charakter erhalten habe, wie das Land von der Regierung verlassen, ohne Hülfe von Oben, noch größerem Unglücke preisgegeben gewesen wäre, wenn nicht überall sich Männer von Charakter und Ansehen, wie die Beschuldigten gefunden hätten, die muthig der Gefahr entgegen getreten seien, auch der Anarchie gesteuert und sich den Dank ihrer Mitbürger verdient hätten, weßhalb jetzt nach wiedereingetretener Ruhe eine Verurtheilung nicht platzgreiflich sei, wenn auch im Drange der Zeit irgend ein Strafgesetz verletzt worden sein sollte.... Die Staatsbehörde trug auf eine zweijährige Verurtheilung gegen sämmtliche Beschuldigte an. — Nach kurzer Berathung wurde das (bereits mitgetheilte) Urtheil gesprochen, nach welchem Eppelsheim und Joachim zu 2-, Stöhr zu 4- und Scheuermann zu 6monatlichem Gefängniße condemnirt sind. Die Sitzung ward bis Nachmittags 2 Uhr ausgesetzt, um die Verhandlung gegen den gewesenen Bürgermeister Sauerbeck von Dürkheim vorzunehmen. Diese brachte nichts Neues und hatte dessen Verurtheilung zu einer zweimonatlichen Gefängnißstrafe zur Folge.

Kassel, den 16. April. Unter dieser Ueberschrift bringt die „Köln. Ztg." folgenden Artikel: Im Eingange der Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831 heißt es: „Wir Wilhelm II. rc. — — — ertheilen nunmehr, in vollem Einverständniße mit den Ständen, deren Einsicht und treue Anhänglichkeit Wir hierbei erprobt haben, die gegenwärtige Verfassungsurkunde, mit dem herzlichen Wunsche, daß dieselbe als festes Denkmal der Eintracht zwischen Fürst und Unterthanen noch in späten Jahrhunderten bestehen, und deren Inhalt sowol die Staatsregierung in ihrer wohlthätigen Wirksamkeit unterstützen, als dem Volke die Bewahrung seiner bürgerlichen Freiheiten versichern, und dem gesammten Vaterlande eine lange segensreiche Zukunft verbürgen möge." Der §. 6 dieser Verfassungsurkunde lautet: „Der Regierungsnachfolger wird bei dem Regierungsantritte geloben, die Staatsverfassung aufrecht zu halten und in Gemäßheit derselben, so wie nach den Gesetzen, zu regieren. Er stellt darüber eine

(im landständischen Archive zu hinterlegende) Urkunde aus, worauf die Huldigung 2c. erfolgt." §. 8: „Von Seiten der Regentschaft ist die Aufrechthaltung der Landesverfassung und die Regierung nach den Gesetzen eben so, wie von dem Thronfolger, urkundlich zu geloben." Durch Gesetz vom 30. Sept. 1831 wurde der jetzt regierende Kurfürst von seinem Vater zum Mitregenten angenommen, und er hat am 1. Oct. 1831 und vor der ersten Regierungshandlung folgende wörtliche Erklärung urkundlich an die versammelten Landstände gelangen lassen: „Wir 2c. geloben beim Antritte der Uns durch die §§. 1 und 2 des Gesetzes vom 30. Sept. d. J. übertragenen Regierungsgeschäfte, die Staatsverfassung des Kurstaates aufrecht zu halten und in Gemäßheit derselben, so wie nach den Gesetzen, die Regentschaft zu führen. Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und Unseres beigedruckten fürstlichen Siegels. Wilhelmsbad, 1. Oct. 1831. Friedrich Wilhelm." Dieser Revers ist in Urschrift im landständischen Archive niedergelegt worden. Weiter haben die sämmtlichen, seit dem Erlaß der Verfassung in Thätigkeit gewesenen, namentlich auch die jetzt in Function befindlichen Vorstände der Ministerien Reverse über die von ihnen geschehene eidliche Angelobung, die Verfassung aufrecht zu erhalten, im landständischen Archive niedergelegt, wo auch die Urschrift der Verfassungsurkunde selbst niedergelegt worden ist. Gestern Morgens sind nun durch die Regierung unter Zuziehung von Polizeimannschaft und mit Hülfe eines Schlossers die Urkundenschränke im landständischen Hause erbrochen und daraus die Urschrift der Verfassungsurkunde vom 5. Jan. 1831, der Revers des Kurfürsten vom 1. Oct. 1831 und die Reverse der Minister weggenommen und die übrigen Acten 2c. unter Siegel gelegt worden. Der Landsyndikus, welcher verfassungsmäßig das landständische Archiv zu beaufsichtigen und im Ständehause zu wohnen hat, verweigerte zwar die Herausgabe der Gegenstände, wurde aber nicht weiter gehört und durch ein Rescript des Ministeriums bedeutet, daß er auf drei Viertel seines Gehaltes gesetzt sei und das Ständehaus sofort zu räumen habe. Daß man die Spuren der eidlichen Angelobung zu beseitigen sucht, deutet an, daß der geschworne Eid noch nicht aus dem Gedächtnisse verwischt ist. — Auch die neue Verfassungsurkunde vom 13. April d. J. schreibt in §. 5 vor, daß „der Thronfolger bei der Verkündigung des Regierungsantrittes die Aufrechthaltung der Landesverfassung und die Regierung in Gemäßheit derselben, so wie nach den Gesetzen geloben" wird; wozu nur diese Formalität, die im Volke keine Beachtung mehr findet! Auch in den Diensteid der Staatsdiener ist die Verpflichtung zur Beobachtung der Landesverfassung aufzunehmen; was kann das für eine Bedeutung haben, da im §. 123 „die Diener und Unterthanen des auf die bisherige Verfassung geleisteten Eides hiermit entbunden" sind?

Fulda. Die neue Verfassung hat die Ultramontanen keineswegs befriedigt, sondern sie sind im Gegentheile erbittert darüber, weil die Forderungen der Bischöffe nicht bewilligt seien.

Darmstadt, den 19. April. Bei dem heutigen Wiederbeginn der Sitzungen zweiter Kammer interpellirte der Abg. Reh wegen der Zollvereinsverhandlungen, indem er an die Staatsregierung die Anfrage richtete, ob dieselbe entschlossen sei, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der seitherige Zollverein erhalten werde und ob sie beabsichtige, den erneuerten Beitritt von der Zustimmung der Stände abhängig zu machen.

Wesel, den 15. April. Der socialistische Schriftsteller Dr. Dronke ist zu Coblenz verhaftet worden, als er sich eben verkleidet nach dem Auslande begeben wollte.

Hamburg, den 17. April. Im Laufe dieser Woche sind 14 Schiffe mit gegen 3000 Auswanderer von hier nach New-York, Quebeck, Galveston und Texas expedirt worden. Unter den Auswanderern befanden sich 500 Mecklenburger, 300 Holsteiner, die nach der Colonie Neuholstein gehen, 2—300 Bayern u. s. w. Auch einige Mormonen, die sich in Dänemark unbehaglich fühlten, waren unter den Europamüden. — Wie amerikanische Berichte melden, erscheint dort seit dem 1. April eine Weltgeschichte in wöchentlichen Lieferungen von einem Bogen, von dem ehemaligen Aufführer im badischen Aufstande, Gustav Struve.

Schweiz.

Bern, den 19. April. Die Schwarzen haben mit einer geringen Majorität von circa 5000 (nach Andern 6000) Stimmen in der Abstimmung über Abberufung der Regierung gesiegt. Die schwarze Regierung wird nun nicht abberufen, wol aber werden alle freisinnigen Elemente im Kanton Bern und wahrscheinlich auch in noch größeren Kreisen der Eidgenossenschaft verdrängt und unterdrückt werden. La réaction marche. Sie muß auf dem ganzen Kontinente ihren Kreislauf vollenden, muß ihren höchsten Gipfelpunkt erreichen, wo sie jählings den Hals bricht. Von den Schweizerbergen brauste der stürmische Strom der Revolution über die Länder, bis zu seiner Quelle soll er wieder zurückgedrängt, ja diese, wenn möglich, zugeschüttet werden. Nur bedenken die Herren des reactionären Olympes nicht, daß solche Wasser dann immer wieder, sei es am gleichen, sei es an einem andern Orte mit um so größerer Gewalt hervorbrechen und fruchtreiche Saaten wie wucherndes Unkraut vernichtend mit sich fortschwemmen. Zuerst die Sündfluth, dann wir. (Schw. Nat.-Ztg.)

Großbritanien.

London, den 17. April. Es sind neuerdings zwei Schiffe nach dem nördlichen Eismeere abgesegelt, um den schon so lange vermißten Sir John Franklin aufzusuchen.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 16. April. Da weder das badische Hausgesetz noch die badische Verfassung den Fall einer Regentschaft vorsieht, so haben sich die Agnaten unter dem Vorsitze des Markgrafen Wilhelm dahin vereinigt, daß im Falle des Todes des Großherzogs, der Erbgroßherzog Ludwig zum Großherzog ausgerufen, Prinz Friedrich aber mit der Regentschaft betraut werden soll; der Huldigungseid würde Beiden geschworen. (Allg. Z.)

Paris, den 19. April. Seit einigen Tagen spricht man viel von einer Note der russischen Regierung, die hier auf dem Ministerium des Auswärtigen eingetroffen ist, und in der man auf ziemlich energische Weise Aufklärung über die Politik verlangt, welche die Regierung des Präsidenten der Republik verfolgen will. Die Antwortsnote soll ausweichend und trocken sein, auch habe man Gegenerklärungen wegen der Unterredung des Großfürsten Konstantin mit dem Grafen v. Chambord begehrt. (Köln. Z.)

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[977] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 1. bis 15. April: H. Engel a. Ramberg. — 8. H. Pfirrmann mit Familie a. Pirmasens. — 9. u. 10. H. u. Fr. Zimmer a. Ohmbach. — 11. H. Bitter a. Mannheim. — 12. H. Götz a. Wiesbaden.

[976²] **Licitation.**

Bis Samstag, den 15. Mai 1852, Morgens 10 Uhr, zu Hochspeyer im Hause des Hrn. Bürgermeisters Diemer, wird die Versteigerung eines in der Gemeinde Hochspeyer gelegenen zweistöckigen Wohnhauses mit Deconomiegebäuden und Gärten, zum Nachlaße des verlebten Gutsbesitzers Philipp Jacob Ritter gehörend, abgehalten. — Die Gebäulichkeiten sind sehr geräumig, neu, massiv erbaut, liegen in der Mitte des Dorfes an der Hauptstraße und eignen sich zum Betriebe eines jeden Geschäfts.

Kaiserslautern, den 20. April 1852.

Haas, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 99 | den 24. April 1852.

Deutschland.

*** Baierische Landtagsverhandlungen über Erhöhung des Militäretats.** (Fortsetzung.) — Kolb: „M. Hrn.! Die finanzielle Lage unseres Landes ist Ihnen Allen bekannt. ... Gegenüber dieser finanziellen Noth, in der wir uns befinden, wird eine Vermehrung des Etats für das Militär gefordert und in dieser Beziehung noch geltend gemacht, daß bei der jetzigen Formation eine Masse von beiläufig 16,000 Mann, wie der Hr. Kriegsminister berechnet, fehle, um das „dringendste Bedürfniß“ zu befriedigen.

Wenn diese Voraussetzung des Hrn. Kriegsministers richtig wäre, alsdann, aber nur alsdann, wäre auch ich der Meinung, daß mehr bewilligt werden müsse; allein daß dies wirklich der Fall sei, daß für die ganze Dauer der Finanzperiode eine Vermehrung der Armee Noth thut, ist nach meiner Ueberzeugung noch nicht bewiesen worden.

Ich verkenne nicht, daß für die höhere Forderung seit der letzten Verhandlung über das Militärbudget neue Gründe geltend gemacht wurden, zum Theil von dem Hrn. Kriegsminister selbst schon am Schlusse der Debatte jener Verhandlung, wo mir nicht gestattet ward, auf die Aufstellungen des Hrn. Kriegsministers zu antworten, zum Theil in ziemlich umfassender Weise in der andern Kammer. Diese verschiedenen Gründe müssen wir so sorgfältig als möglich prüfen.

Fürchten Sie nicht, m. Hrn., daß ich in militärische Erörterungen eingehen werde. Die Lage der Sache ist so, daß ich glaube, auch ein Nichtmilitär kann zu einem bestimmten wohlbegründeten Urtheile gelangen. Der erste, offenbar wichtigste und auch am meisten betonte Grund, der uns entgegen gehalten wurde, sowol von Seite des Hrn. Kriegsministers als aus der andern Kammer, ist die Bundespflicht. Der Hr. Referent hat Ihnen in dieser Beziehung schon im Wesentlichen das ausgeführt, was ich Ihnen sagen wollte. Allein ich muß mir erlauben, da dieser Cardinalpunkt am Ende von wesentlicher Entscheidung sein wird, nochmal darauf zurückzukommen. Nach der Bundeskriegsverfassung, wie sie im Jahre 1821 aufgestellt wurde und wie sie seitdem fortbesteht, ist jeder deutsche Staat verpflichtet, ein Prozent von seiner Bevölkerung von damals als stehendes Heer aufzubieten. Die Matrikel von damals hat man absichtlich auch seitdem aufrecht erhalten, und verschiedene Versuche, eine Abänderung zu erwirken, wurden mit Vorbedacht und nach reiflicher Prüfung des Bundes, zurückgewiesen. Die Matrikel wurde zwar mehrmals revidirt, und noch in den 40er Jahren, aber nur insoferne, als Territorialveränderungen Statt fanden. Nach der im Jahre 1821 aufgestellten Matrikel haben wir ein stehendes Heer zu erhalten von 35,600 Mann. Diese 35,600 Mann brauchen aber nicht permanent unter den Waffen zu sein, wie Hr. v. Lerchenfeld bereits gesagt hat. Ich will nicht wiederholen, was er angeführt. Der §. 28 der Kriegsverfassung bestimmt aber:

„In jedem Bundesstaate muß das Contingent von einem Prozent der Bevölkerung so marsch- und schlagfertig erhalten werden, daß es vier Wochen nach der vom Bunde erfolgten Aufforderung in allen seinen Theilen zur Verfügung des Oberfeldherrn auf die für jedes Armeecorps zu bestimmenden Sammelplätze gestellt werden könne.“

Das ist also das erste Aufgebot, das ist das Armeecorps, welches wir verpflichtet sind, ins Feld zu stellen. Dann bestimmt §. 4 des nämlichen Bundeskriegsgesetzes:

„Um die Vollständigkeit des Heeres fortwährend zu sichern, muß, sogleich nach dem Ausrücken desselben, der sechshundertste Theil der ganzen Bevölkerung als Ersatzmannschaft aufgestellt und unausgesetzt vollzählig erhalten werden.

„Sechs Wochen nach dem Ausrücken des Bundesheeres wird von dieser Ersatzmannschaft die Hälfte, nämlich der zwölfhundertste Theil der ganzen Bevölkerung, als Ergänzung dem Heere nachgesendet, mit der übrigen Nachsendung aber, an Mannschaft sowol, als an Pferden und Material, nach Maßgabe des Bedarfes von zwei zu zwei Monaten fortgefahren.“

Das Resultat dieser Verpflichtungen ist also folgendes:

Wir haben in erster Linie zu stellen . .	35,600 Mann.
Sobald diese ausgerückt sind, das heißt, 4 Wochen nach dem Aufgebote des Bundes, haben wir $\frac{1}{600}$ der Bevölkerung nach der Matrikel des Bundes, ebenfalls aufzustellen. Dieses beträgt . .	5,933 Mann.
Nach weiteren 6 Wochen, also nach 10 Wochen nach dem Aufgebote des Bundes, haben wir weiter $\frac{1}{1200}$ ausrücken zu lassen, nämlich	2,967 Mann.
Die Bundespflicht Baierns steigt also in Wirklichkeit nicht höher, als auf . .	44,500 Mann.

Wir haben aber eine Formation von 74,300, und dies ist demnach so ziemlich 30,000 Mann zuviel, selbst nach der Berechnung, die man uns entgegenhalten will. —

Man spricht von den Bundesfesbungen. Der Hr. Referent hat Ihnen schon angeführt, daß die Bundesfestungen von den Bundestruppen zu besetzen sind, deren Anzahl in Abzug zu kommen hat vom Contingente. Dieß liegt so sehr in der Natur der Sache, daß ich nicht begreife, wie man darüber streiten kann. Die Frage ist von allen deutschen Staatsrechtslehrern, so weit sie sich überhaupt veranlaßt fanden, den Punct zu berühren, so entschieden, wie der Herr Referent vorgetragen, nämlich es ist dieser Betrag vom Contingente abzuziehen. Die Bundesfestungen gereichen dem Bunde zum Vortheile, der Bund hat folglich auch die Lasten zu tragen. Richtig ist, daß einzelne Staaten ein Besatzungsrecht in einzelnen Festungen haben, wir haben dieß z. B. im Frieden zu Landau ausschließlich, im Kriege zu $\frac{2}{3}$, in Ulm zu $\frac{1}{3}$. Allein eine besondere Verpflichtung über den Etat, der uns matrikelmäßig obliegt, eine Verpflichtung, weitere Besatzungen zu stellen, liegt nirgendwo vor; aus keiner Quelle wird man mir sie nachweisen können.

Es wird sodann angeführt, wir bedürften außerdem eine Besatzung für die übrigen Festungen und die größeren Städte. Diese Festungen und diese Städte liegen entweder an der Operationsbasis, oder nicht. Liegen sie im Bereiche der Operationsbasis, so wird der Oberfeldher des Bundes unbedingt das Recht in Anspruch nehmen, diese Festungen und Städte selbst zu besetzen, und zwar mit vollem Rechte nach der Bundeskriegsverfassung. Wir haben nicht dafür zu sorgen. Was sodann die größeren Plätze betrifft, ist es der gleiche Fall. Wir haben aber außerdem noch ein Mittel, die Festungen, die außerhalb der Operationsbasis liegen, so zu besetzen, wie es nothwendig ist. Sie haben gehört, daß unser Contingent von 44,500 Mann nicht unmittelbar in das Feld zu stellen ist, sondern daß ein verhältnißmäßiger Antheil da-

von als Reserve im Lande zu bleiben hat, daß von dieser Reserve der Abgang im Heere ergänzt wird, und daß jede Ergänzung aus der rückständigen Zahl sogleich ersetzt werden muß. Sie haben also eine Reserve von gleicher Stärke fortwährend im Lande. Wo wollen Sie die Reserve hinbringen, als in diese Plätze? Sie haben also naturgemäß das Mittel, diejenige Besatzung zu liefern, die alsdann nothwendig ist.

Die Verfassung, m. Hrn., sieht auch noch ein weiteres Mittel vor, indem sie bestimmt, daß der Baier landwehrpflichtig ist. Die Landwehr kann bei uns ebenso gut, wie in andern Staaten, als Besatzung verwendet werden, mit dem besten Erfolge. Ja noch mehr, m. H., wie Herr v. Lerchenfeld schon erwähnt hat, bestimmt sogar die Bundesgesetzgebung, daß ein bedeutender Theil des Contingentes von 44,500 Mann aus Landwehr bestehen kann, nur nicht über die Hälfte. Es heißt im §. 21 der Bundeskriegsverfassung:

„Es bleibt den Bundesstaaten überlassen, zur Bil„dung ihrer Contingente auch Landwehr zu verwenden, „doch muß dieselbe gleich den Linientruppen geübt, aus„gerüstet, schlagfertig und mit in der Linie gebildeten „Offizieren besetzt sein.

„Als Grundsatz wird auch hiebei angenommen, daß „kein Contingent zum größeren Theile aus Landwehr „bestehen kann."

M. Hrn., als ich das vorige Mal von Volksbewaffnung redete, erregte ich bei manchen Mitgliedern dieses Hauses eine ungünstige Stimmung. Man redete wiederholt davon, daß mit zusammengetriebenen und ungeübten Haufen Nichts auszurichten sei. Ich habe schon von vornherein erklärt, daß ich nicht zusammengetriebene, ungeübte Haufen haben will, sondern verlange, daß die Volkswehr tüchtig geübt und organisirt sei. Die Verfasser des Bundeskriegsgesetzes waren Militäre, sie waren ausgezeichnete Militärpersonen sämmtlicher Staaten Deutschlands, die Vertreter Oesterreichs und Preußens an der Spitze. Selbst diese haben die Zulässigkeit von Landwehr, in erster Linie sogar, anerkannt, während ich sie nur in zweiter Linie beantragt habe.

Was also den ersten und Hauptgrund betrifft, das „unabweisbare Bedürfniß," m. Hrn., so werden Sie sich überzeugt haben, daß, weit entfernt, daß wir noch eine Vermehrung der Armee von 16,000 Mann (oder etwas weniger, wie in einem andern Hause berechnet wurde,) bedürfen, wir heute für Erfüllung der Bundespflicht und der übrigen Bedürfniße, beiläufig 30,000 Mann zu viel haben. (Fortsetzung folgt.)

* **München,** den 20. April. Auf der Tagesordnung der Abgeordnetenkammer für morgen steht die Berichterstattung über die beiden Gesetzentwürfe in Betreff der Eisenbahnen nach Salzburg und in der Pfalz.

Kassel, den 17. April. Der „W.-Ztg." schreibt man aus Frankfurt: Hassenpflug hat befohlen, daß die schon früher eingeleitete Untersuchung gegen die kurhessischen Turner, aus deren Mitte im Frühjahr 1849 Freischaaren nach Baden zogen, wieder aufgenommen werde. Es ist bereits ein eigener Untersuchungrichter mit den nöthigen Assessoren und Aktuaren nach Hanau, als dem Sitze der Untersuchung, ernannt. Die Zahl der Angeklagten beläuft sich auf 900 und kann leicht auf das Doppelte gebracht werden.

Kassel, den 18. April. Jeder Tag bringt neue Ereigniße. Das wichtigste unter ihnen ist der Verrath der Dr. Kellner'schen Befreiung durch einen Maler Wilhelm Richter, den steten Begleiter und Freund des Dr. Kellner und ein jahrelanges, zum Theil an der Spitze stehendes Mitglied des democratischen Vereins. R— konnte sich durch sein höchst mittelmäßiges Talent nicht ernähren und hat bedeutende Vortheile von hiesigen wohlhabenderen Democraten genossen, namentlich aber von dem alten Vater des Dr. Kellner. Auf seine Aussagen hin ist eine Reihe von Personen verhaftet worden, unter diesen auch der 80jährige Vater und die Frau des Dr. Kellner, der Kaufmann Muhm und mehrere Andere, gerade die, von denen R— die meisten Wohlthaten genossen hat. (K. Z.)

Stuttgart, den 21. April. Gestern und heute wurden die Nichtigkeitsklagen der zweiten Abtheilung des Reutlinger Proceßes, Schweickhardt, Vischer, Wucherer, Wagner, Haug, Gaiser, Haisch, Elsenhans, verhandelt. Es macht einen unaussprechlichen Eindruck, während alle jetzigen Versuche, auch nur einen Schatten eines Deutschlands zu Stande zu bringen, verunglücken, noch immer die Schatten jener früheren Versuche unter dem Schwerte der Justiz zu sehen! — Das Erkenntniß des Cassationshofes über sämmtliche Nichtigkeitsbeschwerden wird am 30. April eröffnet werden. (Beob.)

Dresden, den 16. April. Die zweite Kammer hat heute den Antrag des Abg. v. Nostiz, das Institut der Communalgarde (Bürgerwehr) abzuschaffen, mit 55 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Berlin, den 19. April. Wie verlautet, werden die Verhandlungen in Frankfurt a. M. über die Bundespreßgesetzgebung nächstens ihr Ende erreichen, ohne zu einem Resultate geführt zu haben, da Preußen sich vergebens bemüht haben soll, als Norm für die Specialgesetzgebungen der einzelnen Bundesstaaten ein solches Bundespreßgesetz zu befürworten, durch das nicht jedes freiere Leben der Presse gehindert und unterdrückt würde. (?!) (F. Z.)

Eine ungewöhnliche Erscheinung zieht seit einigen Wochen im Großherzogthum Posen die Aufmerksamkeit ganz besonders auf sich. Wir meinen die plötzlich erwachte Auswanderungslust der polnischen Bevölkerung bei Bromberg nach America. Auch die deutsche Bevölkerung hat sich der Auswanderungsbewegung angeschlossen, und zwar mit einem Eifer, daß in Koronowo Seitens der Behörden die bewaffnete Macht requirirt werden mußte zum Schutze gegen die Masse Andringlinge, welche Päße und — Geld zur Reise verlangten.

Königsberg, den 17. April. Sicherm Vernehmen nach ist am gestrigen Tage auch der Prediger am Collegium Fridericianum, Herr Marotzki, vom Amte suspendirt worden.

Aus dem Innthal, den 14. April. Der zu früh gefallene Schnee hat die Wintersaaten, namentlich Roggen, im ganzen Innthal sowie in mehreren Seitenthälern z. B. Zillerthal, erstickt. Wer seine Aecker nicht brach sehen will, muß sich herbeilassen, dieselben umzuackern und mit neuen Samen zu befruchten, der selbst zu den höchsten Preisen kaum zu haben ist. Rechnet man zu diesem Mißstande das gänzliche Mißrathen der Hauptfrucht Mittelinnthals, des türkischen Weizens nemlich, im verflossenen Jahr, so wird man die etwas gedrückte Stimmung des Volks begreiflich finden. (A. Z.)

Schweiz.

Um einen Begriff zu haben, wie in den schweizer Urcantonen die ersten Regierungsbeamten besoldet werden, mag folgendes, der am nächsten 2. Mai zu haltenden Landsgemeinde von Uri vorzulegendes Budget dienen. Der regierende Land-Ammann bezieht ein jährliches Gehalt von 400, der Cantons-Statthalter 200 franz. Fr. u. s. w. In Obwalden wurde der Verfasser eines Reglements für die oberste Gerichtsbehörde dieses Cantons mit 30 Schilling (1¼ Fr.) honorirt, und zwar von der Regierung.

Frankreich.

Paris, den 13. April. Es gibt hier Leute genug, die sich über alle politischen Bedenken hinwegsetzen, aber über die finanziellen sich hinwegzusetzen, das ist ein Unternehmen, welches sich zuverläßig rächt. Die Regierung L. Napoleons hat in dieser Beziehung eine Bahn eingeschlagen, deren Ende nicht abzusehen ist, und welche auf die innern nicht nur, sondern selbst auf die äußern Zustände zurückwirken muß. . . . In runder Summe rechnet man, daß die Regierung zweihundert Millionen — nach andern aber gegen dreihundert Millionen, — aufwenden

mußte, um die Conversion, soweit sie Frankreich betrifft, durchzusetzen, denn bis jetzt ist die Sache nur für die französischen Inhaber entschieden, nicht für die fremden, welchen zwei Monate Zeit zur Erklärung gelassen ist, so daß man vor Mitte Mais nichts über den Ausgang sagen kann. Die Bank hat bekanntlich auf Andringen der Regierung noch vor Ende März sich bereit erklärt, statt 40, nicht weniger als 100 Millionen auf Staatsrenten auszuleihen, und in ihrer letzten Wochensitzung hat sie beschlossen, diese Summe auf 150 Millionen zu erhöhen, ein Beweis, daß man sich vorsehen will, um Geld in Bereitschaft zu haben. . . . Die Bilanz der Bank zeigt sich günstiger als man erwartet hatte, doch waren die Vorschüsse auf Staatsrenten von 17 auf 94 Mill. gestiegen; auch auf Eisenbahnactien waren bereits 4½ Mill. ausgeliehen, und die Papierausgabe der Bank war um 82 Mill. gemehrt worden, so daß sie jetzt 625 Mill. betrug, eine bisher nie erreichte Summe. (A. Z.)

Paris, 16. April. Bei der Musterung vom vorigen Montag ritt der Prinz-Präsident, obschon seit 14 Tagen sichtlich abgespannt und fatiguirt, ein etwas wildes Pferd, das wohl den Zügel nicht in gewohnter Weise fühlen mochte und sich heftig bäumte. Er was nahe daran aus dem Sattel gesetzt zu werden, so gut er sonst auch zu Pferde ist, sein Hut fiel auf den Boden und es entstand in seiner Begleitung schon einige Besorgniß und Verwirrung, als es ihm endlich gelang sich wieder festzusetzen. Sogleich eilte ein Adjutant zu den Zeugen um sie zu bitten nicht weiter von dem Vorfall zu sprechen, als ob es wie ein Omen betrachtet werden könnte, und seitdem — sprechen alle Offiziere in Paris davon wie von einem wichtigen Ereigniß. (Allgm. Ztg.)

Während das Kaiserthum näher rückt, bemerkt man verschiedentliche Oppositionsregungen. Die bedeutendste war die Passage Louis Napoleons durch die Rue du Fauburg St. Antoine, wo er von 30,000 Arbeitern den wiederholten lauten Ruf: vive la république! vernehmen konnte.

Paris, den 17. April. Hr. Thiers wird vor der Hand noch nicht nach Frankreich zurückkommen. Madame Dosne und Frau Thiers, die sich in London sehr wenig amusiren, haben sich vor einiger Zeit an die Gräfin Lehon gewandt, damit dieselbe die Verbannungsmaßregel gegen Thiers zurücknehmen lasse. Letztere wandte sich an Hrn. de Morny. Dieser Ex-Minister, der seit einiger Zeit fast seinen ganzen Einfluß verloren hat, konnte jedoch von dem Präsidenten der Republik, der den kleinen Staatsmann am meisten von allen seinen Gegnern haßt, nichts Günstiges erhalten. L. Napoleon Bonaparte wollte nur die Verbannungsmaßregel aufheben, falls Thiers einen reumüthigen Brief an ihn richte. Obgleich die Verbannung des Hrn. Thiers aus Frankreich dessen Gesundheit etwas angegriffen hat, da sie ihn aus allen seinen Gewohnheiten herausgeworfen, so konnte er natürlich auf diese Bedingung doch nicht eingehen. Wie man versichert, hat sich eine Coterie gebildet, die Alles aufbietet, um das jetzige Ministerium zu stürzen. An der Spitze derselben stehen Rouher, de Morny und Fould. Rouher ist der eifrigste dieser drei Herren.

Im Senate oder vielmehr unter den Senatoren ist ein gefährlicher Krieg ausgebrochen. Der Senat theilt sich in zwei Parteien, in Dotirte und Nichtdotirte, die sich grimmiger befehden als Montecchi und Capuletti, und der Friede wird wohl nicht eher wieder hergestellt sein, als bis Alle dotirt sind. In den Reihen der Nichtdotirten steht und kämpft auch Hr. St. Arnaud, welchem es leichter werden wird, das Versagte zu erobern, als den Andern. Der Präsident, der Hrn. St. Arnaud nicht sehr liebt und ihn gern beseitigen möchte, kann ihm doch nicht viel versagen. Der General besitzt gewisse schriftlich gegebene Befehle, die vom 2. December datiren, deren Veröffentlichung der Präsident scheut, und mit Recht. Sie sollen geeignet sein, seine begeistertsten Freunde gegen ihn einzunehmen. Schon kurze Zeit nach den Decembertagen hat der Präsident versucht, diese Papiere wieder in seinen Besitz zu bringen, aber vergebens. St. Arnaud hat sie in sichern, geheimen Gewahrsam gebracht, und hält an diesem Fädchen den Präsidenten fest. Das erklärt auch das Ausharren St. Arnaud's im Ministerium, während man doch gewiß weiß, daß er von der Gnadensonne viel weniger beschienen ist, als mancher schon entlassene Minister. — Für das Fest vom 10. Mai (dem Tage, an welchem L. Napoleon nach dem Gesetze seine Gewalt hätte niederlegen sollen,) werden großartige Vorbereitungen getroffen. Unter Anderem wird für das Feuerwerk, welches auf der Höhe von Chaillot losgebrannt werden soll und zu dessen Ausarbeitung die ganze französische Artillerie die geschicktesten Feuerwerker geliefert hat, eine Episode vorbereitet, da ein „Vive l'Empereur!“ in ungeheuern Flammenlettern mitten unter tausend aufsteigenden Raketen erscheinen soll. — In den Provinzen widersetzen sich die commandirenden Generale den sogenannten Gnadencommissaren, wenn diese hier und da, spärlich genug, die allzu strengen Urtheile der Kriegsgerichte vernichten wollen. Sie sollen sich sogar mitunter geweigert haben, Begnadigte aus den Gefängnissen zu entlassen. Das scheint glaublich, wenn man bedenkt, daß selbst vom Präsidenten seit zwei Wochen Begnadigte noch heute in der Haft der Generale und Präfecten schmachten. (Köln. Ztg.)

— den 18. April. Es heißt jetzt, daß die Kundgebung für das Kaiserreich nicht am 10. Mai, sondern bei Gelegenheit des Lagers von Compiegne Statt haben werde, wo 60,000 Mann unter L. Napoleons Commando großartige Manöver ausführen sollen. — Der Postverwaltung ist heute kund gemacht worden, daß sie die ausländischen Journale, bevor sie dieselben ausgeben läßt, vorher dem im Polizeiministerium errichteten Preßbureau zur Einsichtnahme vorzulegen hat. — Der Polizeiminister hat den Präfecten anempfohlen, Ausgewiesene nicht mehr nach Belgien, sondern nach England zu dirigiren. Auch Spanien wird einige Ausgewiesene der südlichen Departements unter der doppelten Bedingung aufnehmen, daß sie Unterhaltsmittel besitzen und sich nicht nahe an der Grenze aufhalten.

Em. Arago hat den ihm so lange verweigerten Paß für das Ausland erhalten.

Paris, den 19. April. Das „Univers“ enthält heute abermals einen sehr feindseligen Artikel gegen die Schweiz, die seiner Ansicht nach einer inneren Auflösung entgegen geht, worauf nothwendiger Weise die fremde Intervention folgen wird. Die auswärtigen Mächte, meint das „Univers“, dürften sich alsdann aber nicht mehr mit der bloßen Wiederherstellung der durch die wiener Verträge garantirten Verfassung begnügen, da die Cantonalsouveränetät keine hinreichende Bürgschaft gegen die Revolution gewesen sei und sein werde, sondern sie müßten die Schweiz unter ihr Protectorat stellen (die Urkantone auf deren Verlangen unter das des heiligen Stuhles) und eine Theilung der großen oder aus verschiedenen Religionen bestehenden Cantone vornehmen; namentlich wären es dem „Univers“ zufolge Bern und Aargau, die dieser Operation unterworfen werden müßten.

Bekanntlich ist eine Subscription eröffnet worden, um auf Armand Marrasts Grab eine Statue oder Büste, je nachdem der Ertrag der Subscription sein wird, zu setzen. David (d'Angers), gegenwärtig in der Verbannung lebend, wird dieselbe ausführen. Bei der Erwähnung Marrast's kann ich nicht umhin, eines Umstandes zu gedenken, der dem so vielfach verleumdeten Marquis de la Republique alle Ehre macht. Vor ungefähr sieben oder acht Jahren hielt ein gewisser Desjobert eine Rede in der Deputirtenkammer, in welcher er nicht allein verlangte, daß die französischen Besitzungen in Algerien aufgegeben würden, sondern auch alle französischen Colonieen sich selbst überlassen haben wollte, da sie nur Geld kosteten und Frankreich nie einen Sous eingebracht hätten. Am nächsten Tage erschien im „National“ ein ausgezeich-

neter Artikel Marrast's zu Gunsten der Colonieen. Die Abgesandten der französischen Colonieen schickten sofort dem Redacteur en chef des „National" ein Danksagungsschreiben, welchem sie 100,000 Frcs. beifügten. Marrast schickte die 100,000 Frcs. nebst dem Briefe zurück, auf dessen Rückseite er bemerkte, daß er das Geld nicht annehmen könne. Marrast selbst, den man seiner Zeit Betrügereien beschuldigte, ist bekanntlich sehr arm gestorben. Er hinterläßt eine junge Tochter, welcher wahrscheinlich beide Beine abgenommen werden müßen. Seine Frau, die sich durch eine große wissenschaftliche Bildung auszeichnete, ist schon längere Zeit todt. Sie sprach Griechisch und Latein.

(Ein politischer Mord.) Ein reactionäres Blatt schreibt: In Marseille macht das geheimnißvolle Verschwinden des Hrn. Vinelli, eines ehemaligen Palermitanischen Polizeiinspectors, großes Aufsehen. Er kam im November nach Marseille, wie man sagte in einer Sendung seiner Regierung, um die im südlichen Frankreich befindlichen Sizilianischen Flüchtlinge zu überwachen. Fünf bis sechs Tage nach seiner Ankunft in Marseille verschwand Hr. Vinelli plötzlich mit Hinterlassung eines Koffers, in welchem sich bedeutende Geldsummen befanden. Ungeachtet aller Nachforschungen konnte es der Polizei nicht gelingen, sich über die Art und Weise, wie dieses Verschwinden bewerkstelligt wurde, Licht zu verschaffen. Man wußte nur, daß ein Sizilianischer Flüchtling, Namens Guiccione, einige Tage nach diesem Vorfalle bei seinem Konsul erschien, einen Reisepaß begehrte und, da ihm dieser verweigert wurde, Marseille ohne Paß verließ, sich nach London begab und sich dort in einer Versammlung von Flüchtlingen rühmte, den Vinelli, den er einen Sizilianischen Spion nannte, erschlagen zu haben. Der Polizeicommissär Lambert nahm hierauf verschiedene Untersuchungen und Nachforschungen vor; diese führten zwar zu keiner positiven Entdeckung, indessen leiteten sie doch auf Spuren, so daß angenommen werden kann, an Vinelli sei ein gleicher Mord wie an Fualdes verübt worden. Was der Sache ein neues Interesse gibt, ist, daß in derselben Epoche ein anderer Sizilier, der in einer Mission der Neapolitanischen Regierung, betreffs der in Genua befindlichen Flüchtlinge, von Palermo abging, gleich bei seiner Ankunft in Genua auf dieselbe Weise wie Vinelli verschwand. Dies scheint darauf hinzudeuten, daß man von Palermo nach Marseille und Genua die Ankunft dieser genannten zwei Personen gemeldet hatte, die also allem Anscheine nach in einen Hinterhalt geriethen und ihr Leben in Folge eines politischen Complotts verloren. Die Sache wird gerichtlich untersucht.

Großbritanien.

London, den 17. April. Während der drei letzten Monate ist die Auswanderung aus dem Hafen von Liverpool in stetem Zunehmen begriffen gewesen. Im Monat Januar trugen 26 Schiffe 7749 Auswanderer über das atlantische Meer. Im Februar wurden 31 Schiffe mit 11,849 und im März 53 Schiffe mit 20,460 Emigranten ausclarirt. Bis vor etwa einem Monate waren die Auswanderer größtentheils Irländer; seitdem aber haben die Deutschen ein sehr bedeutendes Contingent gestellt. Während des April sind bis jetzt von Liverpol über 11,000 Auswanderer, zum bei Weitem größeren Theile Deutsche, abgegangen.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 7. April. In St. Louis ist es bei Gelegenheit einer Wahl zu einem Volksauflaufe gekommen, welcher sechs Personen das Leben gekostet hat. — Eine große Anzahl Personen ist durch zwei Dampfschiff-Explosionen umgekommen.

Eine Anzahl der bedeutendsten Einwohner von New-York hat ihre Mitbürger zur Theilnahme an einer Association zur Industrieausstellung aller Nationen in New-York eingeladen.

Die deutsche Bevölkerung in der Union übersteigt bereits vier Millionen. Leider wurden in letzter Zeit viele Emigranten durch das Schiffsfieber hingerafft, welches nun auch in der Stadt New-York manches Opfer fordert.

Neueste Nachrichten.

München, den 20. April. Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer beantragt Zustimmung zu dem Gesetzentwurfe in Betreff der Pfälzischen Eisenbahn. Der Vertrag mit der französischen Regierung ist indeß noch nicht abgeschlossen, weil dieselbe verlangt, daß Bayern die Verpflichtung übernehme, die genannte Stercke innerhalb 3 Jahren herzustellen, worauf unsere Regierung zur Zeit nicht eingehen zu können glaubt. (A. Z.)

Berlin, den 19. April. Das pariser Verbot der National- und der Kreuzzeitung ist bereits wieder zurückgenommen, weil man sonst die beiden Blätter, welche in Frankreich sehr wenige, in Deutschland sehr viele Leser haben, jeder Rücksicht entbunden hätte.

Wien, den 21. April. Die hiesigen Zollconferenzen wurden gestern geschlossen. Graf Buol-Schauenstein hielt die Schlußrede. Es wurde Werth darauf gelegt, daß bindende Vereinbarungen zu Berlin vor dem Abschluße mit Oesterreich nicht getroffen werde. Nur Ausdauer und Selbstverläugnung führen zum Ziele. Uebrigens werde im Namen des Kaisers festes Verharren bei der jetzigen Handelspolitik zugesichert.

Paris, den 20. April. In der Magistratur haben zahlreiche Beförderungen und Versetzungen stattgefunden, da viele hohe Justizbeamte theils in Folge des Decrets über die Altersgränze in Ruhestand versetzt worden, theils freiwillig zurückgetreten sind.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 20. April. Weizen 6 fl. 42 kr., Korn 5 fl. 55 kr., Gerst 4 fl. 51 kr., Spelz 5 fl. 2 kr., Hafer 4 fl. 6 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 17. April. Weizen 6 fl. 59 kr., Korn 6 fl. — kr., Spelz 5 fl. 17 kr., Gerst 5 fl. 1 kr., Hafer 4 fl. — kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 20. April. Weizen 6 fl. 47 kr., Korn 5 fl. 41 kr., Spelz 4 fl. 55 kr., Gerst 4 fl. 46 kr., Hafer 3 fl. 32 kr., Kartoffeln 1 fl. 36 kr., per Centner.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[978] Ein noch gut erhaltener Flügel steht um billigen Preis zu verkaufen. Wo? ist bei der Expedition dieses Blattes zu erfragen.

[980] **Soolbad Dürkheim in der Pfalz.**

Das Sool-, Dampf- und orientalische Bad wird dieses Jahr mit beginnendem Mai eröffnet, wozu höflichst einladet Die Badecommission.

[979] **Weinversteigerung.**

Mittwoch, den 28. April 1852, Nachmittags 2 Uhr zu Heiligenstein, läßt Franz Jacob Weissenburger, Gutsbesitzer, in Heiligenstein wohnhaft, in seiner Behausung daselbst nachbezeichnete Weine öffentlich versteigern, als:

1750	Liter	1851r,	Faß	Nro. 1,
1250	„	1850r,	„	„ 2,
1200	„	1849r,	„	„ 3,
500	„	„	„	„ 4,
1200	„	1846r,	„	„ 5,
500	„	1842r,	„	„ 6.

Sämmtliche Weine sind eigenes Heiligensteiner Gewächs, rein und gut gehalten und eignen sich zum Theil vorzüglich zu Tischweinen.

Die Proben können des Morgens am Tage der Versteigerung am Fasse genommen werden und werden solche auch bei der Versteigerung verabreicht.

Speyer, den 17. April 1852.

Kissel, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 100 | den 25. April 1852.

Deutschland.

(:) Aus Altbaiern, den 20. April. (Randglossen zu einigen Ministerreden.) Hat man in Baiern das Ministerium Derby-d'Israeli nachahmen wollen oder ist eine gewisse Unsicherheit, eine gewisse Verwirrung das Loos aller Ministerien, welche den Boden unter ihren Füßen wanken fühlen: die Debatte über das Disciplinargesetz hat am grünen Tisch so viele einander widersprechende Erklärungen hervorgerufen, wie man sie in parlamentarischen Versammlungen gewiß nur selten erlebt hat. Einmal erklärt der Minister der Justiz, in dessen Bereich doch das Disciplinargesetz fällt, die Erfahrung seit dem Jahre 1818, nicht das Jahr 1848, habe jenen Entwurf hervorgerufen; hierauf kömmt der Ministerpräsident und meint, gerade das Jahr 1848 habe ein solches Gesetz als nothwendig erwiesen und veranlaßt; dann kömmt der Justizminister wieder und erklärt, er sei mißverstanden worden, das Jahr 1848 sei es nicht ausschließlich, welchem dieser Entwurf sein Entstehen verdanke, sondern man *habe* die Erfahrungen der ganzen Zeit von 1818 *bis jetzt* dazu benützt, und es verstände sich von selbst, daß man bei dem Jahre 1848 nicht stehen geblieben. *Auf eine* Interpellation des Fürsten Wallerstein, ob und wann die Gerichtsorganisation ins Leben treten werde, gibt der Minister der Justiz eine ganz ausweichende Antwort, die Jedermann dahin versteht, daß diese Organisation eben nicht ins Leben treten werde. Hierauf kömmt der Ministerpräsident und erklärt, er könne sich eine Voraussetzung denken, unter welcher die neue Gerichtsorganisation gewiß nicht ins Leben treten werde, es sei dies die, wenn das Disciplinargesetz falle; dann kömmt der Justizminister wieder und spricht seine feste Ueberzeugung dahin aus, daß die neue Gerichtsorganisation allerdings durchgeführt werde; ob mit oder ohne Disciplinargesetz, ob in ruhigen oder unruhigen Zeiten, davon sprach er nichts. So ging es durch die ganze Debatte fort. Wir sind nicht so glücklich wie Theseus, von dem Faden einer liebenden Ariadne durch dieses Labyrinth geleitet zu werden, mögen Andere einen solchen Zwiespalt lösen: wir wollen uns nur einige Glossen zu den Aeußerungen erlauben, die im Laufe der Debatte von Hrn. v. d. Pfordten gemacht worden sind.

Der Hr. Ministerpräsident hält es für unvereinbar mit dem Begriff eines Ehrenmannes, einen Staatsdienst in einem Lande zu nehmen, mit dessen Verfassung er nicht übereinstimmt; er hält es für unvereinbar mit den beschworenen Pflichten, wenn Jemand eine andere Verfassungsform anbahnt. Hr. Dr. Morgenstern hob mit Recht hervor, daß die Consequenz einer solchen Auffassung eigentlich jede verfassungsmäßige Aenderung von Gesetzen zu einem Eidbruch stemple, daß folgerichtig die Kammer so eben in einem Eidbruch begriffen wäre, weil sie sich mit Abänderung einer Verfassungsbestimmung befasse; es könne nun und nimmermehr das Streben auf Verfassungsabänderung zum Eidbruch gemacht werden, so lange nicht der verfassungsmäßige Weg verlassen ist. Wir fragen weiter: verträgt es sich eher mit dem Begriffe eines Ehrenmannes, wenn Jemand heute die demokratischen Verfassungen für absolut nothwendig erklärt, morgen die aristokratischen Institutionen als unentbehrlich nachzuweisen sucht und übermorgen für unbeschränkte Monarchie wirkt? Mit was verträgt es sich, wenn Jemand heute Adressen für Beseitigung einer Verfassung abfaßt, wenn er morgen noch erklärt, daß diese Verfassung nie wiederhergestellt werden dürfe, ja eine solche Wiederherstellung sogar eine Revolution rechtfertigen würde, und übermorgen schon diese Verfassung mit Waffengewalt selber einführen hilft? Mit was verträgt es sich, wenn Jemand heute den Eintritt eines Reiches in einen bestimmten Bund für absolut unmöglich erklärt und morgen schon für diesen Eintritt mit allen nur erdenklichen Mitteln kämpft? Wir können es uns recht gut denken, daß in bewegten Zeiten Jemand seine Ueberzeugung leicht modifizire, es konnte dies sogar einem Pitt und Burke *) begegnen; wer aber seine Hauptprincipien so oft ändert, wer nach einigen Jahren in allen Dingen gerade das Gegentheil von dem behauptet, was er kurz zuvor noch für den Höhepunkt staatsmännischer Weisheit ausgegeben, dem hat wol die Vorsehung einen wahren staatsmännischen Blick nicht verliehen; die Erfahrung muß ihn belehren, daß sein Beruf unmöglich der sein kann, die Geschicke eines Staates zu lenken.

. . . Eidbruch soll es sein, wenn ein Beamter andere Einrichtungen als die bestehenden anstrebt, und es wird insbesondere hervorgehoben, daß man es als unvereinbar mit dem Eide und der Stellung eines Beamten betrachte, wenn dieser die Souveränität des Staatsoberhauptes zu schmälern suche, so z. B. wenn er sich auch nur an Petitionen für Einführung der Reichsverfassung oder der Erfurter Aufstellung betheiligt habe. Wir wollen hier absehen davon, daß Viele, welche vor einigen Jahren noch Gut und Blut für die Reichsverfassung einzusetzen gelobten, welche sich zu den Füßen eines Reichscommissärs aufs devoteste beugten: nichts desto weniger im Amte bleiben durften, ja sogar befördert wurden; sie haben vor der neuen Macht den Rücken gekrümmt wie vor der alten. Wir lassen dahingestellt, ob sie dadurch würdiger geworden, als diejenigen, welche an ihrer Ueberzeugung festgehalten; wir fragen aber, verträgt es sich eher mit der Verfassung, wenn man durch eine Verordnung das einzuführen in Aussicht stellt, was nur auf dem Wege eines Verfassungsgesetzes geschaffen werden kann? . . . Ist der Souveränität weniger vergeben, wenn man sie einer Versammlung von Hofgesandten überantwortet, als wenn man sie der Stimme einer Nation von 40 Millionen Seelen für gewisse Fälle unterordnet? Und erinnert man sich nicht, daß eine theilweise Unterordnung der ersteren Art auch von jener Seite empfohlen wurde, die jetzt ein solches Streben für unvereinbar mit den Pflichten eines Beamten hält? Es ist eine Sache der traurigsten Art, wenn man immer nur den Eid nach der einen Seite hin für bindend hält, während nach der andern Seite hin das Gewicht einen ganz anderen Gehalt hat.

Das Disciplinargesetz wird fallen, wir zweifeln keinen Augenblick; es wird fallen, trotz der Drohung, daß in diesem Falle die Gerichtsorganisation nicht ins Leben treten werde; **) könnte uns noch irgend etwas in Erstaunen setzen, so würde diese Drohung es sein; das Ministerium selbst hat den Entwurf über Gerichtsorganisation eingebracht, das Ministerium selbst hat ihn für nothwendig erklärt, und jetzt macht man seine Durchführung

*) Burke möchten wir übrigens wenigstens nicht unter die ausgezeichneten Staatsmänner zählen. Selbst in seiner früheren Zeit, da er noch den Freisinnigen spielte, war er weit mehr hohler Declamator, als Staatsmann; in der Folge, da er des niedrigen Vortheils wegen in das Aristokratenlager überlief, ward er noch weit mehr Sophist. D. Red.

**) Ist geschehen! Siehe den Artikel München. D. Red.

von solchen Bedingungen abhängig; es ist diese Drohung um so merkwürdiger, als daran keineswegs sich das Versprechen knüpfte, daß die Annahme des Disciplinargesezzes auch die Durchführung der neuen Gerichtsorganisation sichere. Welche Zustände ein solches Gesetz hervorrufen würde, liegt am Tage. Die Inamovibilität der Richter ist noch eine der wenigen Stützen gesetzlicher Zustände; fürwahr, wir haben deren so viele nicht, daß man diese so leichterdings preisgeben sollte. Man weist uns auf England hin, wo nur ganz wenige Beamte unabsetzbar sind. Wir gestehen, daß auch wir principiell nicht für vollständige Inamovibilität sind; allein nur dann kann dieser Grundsatz segensreich wirken, wenn andere Stützen da sind, welche die öffentlichen Rechtszustände gegen Willkühr sichern. Welches Reich steht in England dem Beamten offen, wenn er seine Stelle verliert? Er kann jeden Beruf ergreifen, er ist an keine Stadt, an keinen Erdtheil gebunden. Welche Fülle von Macht haben in England die selbstständigen Corporationen? Stößt die Regierung einen Beamten von sich, so steht eine Masse von Körperschaften bereit ihn aufzunehmen, wie sein Streben ein volksthümliches ist. Die Macht der öffentlichen Meinung, die Gewalt der Presse, der ungeheure Einfluß des Parlaments; sie Alle geben eine große Gewähr dafür, daß die Regierung ihre Befugniße nicht mißbrauche, daß der Beamte gegen administrative Willkühr geschützt sei. Man gebe uns auch die englischen Einrichtungen, wenn man es vermag, und wir haben gegen den ministeriellen Grundsatz nichts einzuwenden; man versuche aber nicht, das allein herüberzupflanzen, was in seiner Ausschließlichkeit nur als ein politisches Unglück betrachtet werden müßte.

* **München,** den 21. April. Wider Erwarten ist die Kammer heute schon mit der Berathung über das Disciplinargesetz der Staatsdiener zu Ende gekommen. Dasselbe wurde bei der Endabstimmung verworfen. Es waren 117 Abgeordnete anwesend, von denen 63 dafür und 54 dagegen stimmten, — unter den erstern aus der Pfalz Boye (als Referent), Jäger, Lang, Prinz, Römmich, Roos und Weis, unter den letztern Aufschnaiter, Benzino, Brunk, Rebenack, Scharpff, Tafel. Die übrigen sind noch abwesend. Um das Gesetz durchzubringen hätten, da es ein Verfassungsgesetz ist, zwei Drittheile, also von 117 wenigstens 78 dafür stimmen müssen, die verwerfende Majorität war mithin 15. Die größere Freude über den Sturz dieses Projectes war wol weniger bei den Democraten, als sie bei den Beamten ist, man darf wol annehmen selbst bei jenen, welche aus Rücksichten dafür sein zu müssen glaubten. Als weitern Bericht über die gestrige und heutige Sitzung trage ich nur kurz folgendes nach. Da man vorgestern schon die Wahrnehmung machte, daß die Gesetzesvorlage in augenscheinlicher Gefahr schwebe, trat der Ausschuß schnell noch einmal zusammen, und nahm nun alle von Boye weiter vorgeschlagenen Modificationen an, die er früher verworfen hatte, um den Entwurf annehmbarer zu machen. Dies wol der natürliche Grund, warum Boye für das Gesetz stimmte. Die Leute vom sogenannten linken Centrum sollen unter dieser Voraussetzung, und unter der Bedingung, daß eine Modification Arnheims zu Art. 10 durchgehe, ihre Zustimmung versichert haben. Die Linke zernichtete die letztere Bedingung, indem sie gegen alle Modificationen stimmend, jene Arnheims zum Falle brachte und auf diese Weise einer Anzahl Abgeordneten das Gesetz verleidete. Ritterlich fochten gegen das Gesetz Ruland, Wallerstein, Crämer; Lasaulx hielt eine so ganz auf dem Standpuncte des Pessimismus sich bewegende, heftige Rede — für das Gesetz, daß sie vielmehr gegen dasselbe tiefen Eindruck machen mußte, namentlich da Wallerstein auf die daraus fließenden Folgerungen schlagend hinwies. Der ganze Sinn dieser Rede geht dahin, daß die Rechtschaffenen, daß die charakterfesten Menschen Opfer der Gewaltthat werden müßten, um das Recht siegen zu machen und die Menschheit zu retten. Ein Mittel dazu erblickte er in dem vorliegenden Gesetze. Der äußerste Radicalismus kann nicht stärker pessimistisch auftragen.

* **München,** den 21. April. In der heutigen Sizzung wurde das Referat betreffs der Uebernahme einer Zinsengewährschaft für die in der Pfalz bis zur Landesgrenze bei Weisenburg und Worms zu führenden Eisenbahnen, so wie bezüglich des Eisenbahnbaues von München bis zur Landesgrenze bei Salzburg und Kufstein zur Anzeige gebracht. Es möchte deßhalb wohl die Berathung und Schlußfassung darüber in den nächsten Tagen bevorstehen.

** **München,** den 21. April. Die Niederlage des Ministeriums bei der heutigen Abstimmung ist nicht ohne Bedeutung. Man sieht daraus, daß das Ministerium weitere reactionäre Verfassungsabänderungen in der Abgeordnetenkammer nicht durchbringen kann. Das Ergebniß ist in dieser Beziehung um so beachtenswerther, als noch einige Mitglieder von der Linken hier fehlen, welche in der nächsten Zeit eintreffen werden. Das Ministerium hat überhaupt weniger Aussicht auf Dauer, als jemals bisher. Nach dem Schluße des Landtags (wahrscheinlich Mitte Mai's), wird wol sehr bald die lange erwartete Veränderung vorgenommen werden. Bisher nahm man an, das Ministerium bestehe fort indem es die Kammern zusammenhalte; eigentlich kann man jetzt nicht einmal mehr sagen, daß es eine starke Stütze darin finde.

Die Zollconferenz. Die Berliner „Nationalzeitung" faßt den augenblicklichen Stand der Sache folgendermaßen auf: „Der Gegensatz der Parteien, welche sich auf den hiesigen Zollconferenzen bekämpfen werden, tritt in den gestrigen Eröffnungsreden, obgleich durch die Form diplomatischer Höflichkeit abgeschwächt, aufs Erkennbarste hervor. Die Rede des Ministerpräsidenten wiederholt die schon in den Einladungsschreiben ausgesprochene Auffassungsweise Preußens, die Bevollmächtigten sind „auf Preußens Einladung" versammelt, und ihre Verhandlungen sind „als Berathungen über die fernere Fortsetzung des Zollvereins, unter Hinzutritt derjenigen neuen Mitglieder, welche sich bereits vertragsmäßig zum Eintritt verpflichtet haben, anzusehen." Hiermit ist die Theilnahme Hannovers motivirt, und die Betheiligung Oesterreichs von vorn herein abgelehnt. Das Letztere geschieht noch ausdrücklich durch die gleich nachfolgende Erklärung, wodurch die Berathung über das Verhältniß zu Oesterreich für erst nach der Reconstituirung des Zollvereins zulässig erklärt wird. Hier finden wir zugleich einen deutlicheren Ausdruck der Absichten Preußens. Während die früheren Staatsschriften es in Zweifel ließen, ob Preußen später mit Oesterreich Zolleinigungsverhandlungen aufzunehmen, oder nur einen Handelsvertrag abzuschließen gedenkt, spricht hier die Eröffnungsrede ausdrücklich nur von „umfassenden Handelsverträgen." Die baierische Antwortsrede enthält in nuce alle Puncte, in welchen Baiern gegen Preußen Opposition zu machen gedenkt. Die baierische Regierung wünscht „die Bewahrung der auf der Gleichberechtigung der Mitglieder beruhenden Grundprincipien des Zollvereins," und protestirt in diesem Ausdrucke sowol gegen die Art der Abschließung des Septembervertrages, als auch gegen das hannover'sche Präcipuum. Baiern wünscht die Aufrechterhaltung „einer angemessenen Beschützung der inländischen Gewerbthätigkeit" und verwahrt sich dadurch gegen die Preußen und dem Septembervertrage zugeschriebenen freihändlerischen Tendenzen. Baiern wünscht endlich die „Erweiterung des Zollvereins nicht nur in der Richtung nach dem Norden Deutschlands, sondern auch in anderer Richtung, namentlich zu dem Zwecke, um zu einer Verständigung mit Oesterreich über die Herbeiführung einer Zoll- und Handelsvereinigung zu gelangen;" es will nicht blos „umfassende Handelsverträge," sondern eine „Zoll- und Handelseinigung" mit Oesterreich, und stellt diese in eine Kategorie mit dem Septembervertrage. Es liegt hierin also ziemlich deutlich ausgesprochen, daß Baiern die gleichzeitige

Aufnahme der Unterhandlungen mit Oesterreich herbeigeführt zu sehen wünscht; ja man könnte sogar die Auffassung herauslesen, daß Oesterreich auf dieselbe Weise zu behandeln sei wie Hannover, d. h. daß entweder Beide an den Conferenzen theilnehmen, oder Beide ausgeschlossen bleiben sollen."

München, den 19. April. Unser Landsmann Dr. Moriz Wagner hat gestern München verlassen, um zunächst nach Göttingen zu gehen, später in Bremen sich nach Amerika einzuschiffen. Wie wir hören, beabsichtigt Dr. Wagner noch im Laufe dieses Jahres nach den Felsengebirgen vorzudringen, überhaupt den äußersten Westen Nordamerika's zur nächsten Aufgabe seiner Forschungen zu machen, dort Sammlungen anzustellen und die Höhenverhältnisse der Flora und Fauna durch Messungen zu bestimmen, wie er es früher im Atlas, im Kaukasus und am Ararat gethan hat.

Kassel, den 20. April. Die Opposition gegen den Güterkauf der Juden soll besonders ihren Ursprung in einem Freiherrn haben, der selbst stark mit Gütern Geschäfte macht, und dem deßhalb die jüdische Concurrenz doppelt lästig ist.

Königsberg, den 18. April. Der Amtssuspension des Predigers Dr. Detroit ist heute eine zweite gefolgt; der Lehrer an dem königl. Friedrichsgymnasium und zugleich Prediger an der zu dieser Anstalt gehörigen Kirche, Marotski, ist suspendirt worden; von einem höheren Beamten wegen seiner rationalistischen Predigten bei dem Consistorium denuncirt, wurden von den Schülern die Religionshefte eingefordert, und diese führten, eben so wie bei Prediger Detroit, die oben erwähnte Maßregel herbei.

Am zweiten Ostertage wurden sechs verschiedene Gesellschaften von Mitgliedern der freien Gemeinde aufgelöst; darunter auch eine aus sechs Damen bestehende Kaffeegesellschaft. *)

Wien. Graf Buol-Schauenstein hob in der Rede, mit welcher er die Zollconferenzen schloß, noch hervor: Nach des Fürsten von Schwarzenbergs Wunsch seien nur die Entwürfe zu einer Zoll- und Handelseinigung ausgearbeitet, endgültige Beschlüße darüber nicht gefaßt worden.

Schweiz.

Bern. Der Abstimmenden waren es 83,514; die Majorität der Ja betrug 6752.

Frankreich.

Paris, den 19. April. Zu Rouen hat der Bürgermeister verfügt, daß der Platz der Republik und die Straße der Republik fortan die Namen Kaiserplatz und Kaiserstraße führen sollen.

Die im Auslande befindlichen Ex-Repräsentanten sollen nicht wenig dazu beitragen, die Keime der Unzufriedenheit anzufachen. Flugschriften strömen von allen Seiten nach Frankreich. Von V. Hugo soll endlich das Buch über den Staatsstreich unter dem Titel: Le Crime de 2. Decembre erscheinen. Die Verhaftungen währen fort und man sagt, daß heute wieder im Café Danemark unschuldige Biertrinker, vielleicht blos weil sie Bier tranken und dieses Getränk hier fast nur von Deutschen konsumirt wird, verhaftet worden seien. So fanden bisher jedes Jahr wissenschaftliche Congresse in den Hauptorten der Departements statt. Dieselben werden dieses Jahr von Persigny nicht bewilligt. (Nationalz.)

— den 20. April. Nachdem alle Bemühungen vergeblich gewesen, um die feiernden Wagenmacher auf gütlichem Wege zur Rückkehr in ihre Ateliers zu bewegen, hat der Policeipräfect heute hundert, darunter die Haupträdelsführer, verhaften lassen; dieselben werden unter der Anklage der Coalition vor Gericht gestellt werden. — Nach den Berichten, die aus den südwestlichen Provinzen einlaufen, nehmen dort die Feuersbrünste, namentlich die Waldbrände, auf eine Schrecken erregende Weise überhand.

Großes Aufsehen erregt ein Artikel des Journal des Débats, welches noch immer seine diplomatischen Verbindungen hat. In diesem Aufsatze heißt es: Der Tod des Fürsten Schwarzenberg sei geeignet, der Proclamirung des bonapartistischen Kaiserthums, vom auswärtigen Standpunct aus, größere Schwierigkeiten zu bereiten. — Die Regierung hat den Ertrag des Verkaufes der Bibliothek des verstorbenen Königs Louis Philipp mit Beschlag belegen lassen.

Spanien.

Madrid, den 15. April. Die größte Schlappe, welche die Carlisten jetzt erhalten, ist, daß der Infant Don Sebastian auf die ihm wegen der Rückkehr nach Spanien gestellte Bedingung eingegangen ist. Er wird die Königin auf ihrer Reise durch die baskischen Provinzen begleiten.

Eine Gesellschaft Engländer hat den Entschluß gefaßt, einige der fruchtbarsten, seit der Vertreibung der Mauren aber brach liegenden, dem Staate gehörenden Länderstrecken in den Provinzen Sevilla, Huelva, Cordoba und Cadix mit irländischen Katholiken zu colonisiren. Das Project wird von der englischen Regierung unterstützt, der überhaupt die große Auswanderung der Irländer nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika sehr unlieb ist; die spanische Regierung erzeigt der Gesellschaft allen möglichen Vorschub. Sehr einflußreiche Männer des englischen Parlaments gehören zu dieser Gesellschaft, die bereits einen Fonds von 800,000 L. besitzt.

Italien.

Rom, den 13. April. Vorgestern traf der schon länger angemeldete Bischof von Trier, Msg. Arnoldi, ein. Wohlunterrichtete wollen wissen, er habe sich im Auftrage sämmtlicher katholischer Bischöfe Preußens über mehrere gemeinsame kirchliche Interessen von Bedeutung mit der römischen Curie zu verständigen.

Großbritanien.

London, den 19. April. Es ist heute der gerichtliche Spruch in dem Prozeße des Hrn. Salomons bezüglich der Frage erfolgt, ob ein Israelit in dem Parlament einen Sitz einnehmen dürfe, ohne den für die Mitglieder des Hauses bestimmten Eid vollständig abzulegen. Der Spruch ist verneinend ausgefallen.

Der Dictator Rosas, jener furchtbare Tyrann aus Südamerika, ist nun als Flüchtling in England angekommen.

Rußland.

Brody, den 12. April. Der neuestens in Rußland erschienene Ukas, daß jeder Israelite sich über einen bestimmten Erwerbszweig ausweisen müsse, verbreitet gegenwärtig unter der russisch-israelitischen Bevölkerung einen wahrhaft panischen Schrecken. Am schlimmsten wird dabei die zahlreiche Klasse der sogenannten Mäkler wegkommen, die unwiderruflich genöthigt sind, sich von nun an der Bearbeitung unbebauter Steppen zu widmen.

Vereinigte Staaten.

Neuyork, den 7. April. Kossuth hat von Neuorleans die Reise nach Mobile angetreten. An ersterem Orte wurde er Namens der Stadt bewillkommt und ihm deren Gastfreundschaft angetragen. ... Nachträglich erfährt man, daß in Neuorleans der Enthusiasmus viel bedeutender war, als zuerst gemeldet worden, und daß zu Mobile Kossuth so wohl empfangen worden sei, daß er länger im Süden bleiben werde. Bedeutende Beträge seien unterzeichnet worden.

Lola Montez wird in Boston mehr als irgendwo gefeiert. Sie hat mehrere Schulen besucht und ihre Sprach-

---

*) Welches Bewußtsein der innern Unhaltbarkeit der durch die Reaction gegründeten Zustände muß vorhanden sein, wenn man zu solchen armseligen Mitteln greift! D. Red.

kenntniße dabei an den Mann gebracht. Darüber iſt eine Zeitungsfehde entſtanden, welche Lola ſelbſt mitkämpft. Sie fragt geradezu, wer ihr denn Schlechtes beweiſen könne, ſie ſei nur von den Jeſuiten verleumdet worden. Die hieſige Abendzeitung theilte kürzlich unter dem Titel: „Nola Mola, oder die ſchönſten Tage einer Tänzerin,“ ihre Abenteuer in München in romantiſcher Bearbeitung mit.

Neueſte Nachrichten.

* **München**, den 21. April. In der Entſchließung auf die Denkſchrift der Biſchöfe ſteht (übereinſtimmend mit der frühern Meldung in dieſem Blatte) als erſter Satz voran, daß bezüglich „mehrdeutiger und zweifelhafter Stellen der zweiten Verfaſſungsbeilage jene Interpretation anzunehmen ſei, welche mit den Beſtimmungen des Concordats übereinſtimmend iſt oder ſich denſelben annähert.“ Für die vom Pabſte oder den Biſchöfen ausgehenden Jubiläum- und Ablaßverkündigungen, ſowie für die Faſtenpatente wird das Placet „bis auf Weiteres im voraus ertheilt.“ Erkenntniße der geiſtlichen Gerichte bedürfen der königl. Beſtätigung nicht. Nur wenn ſie einen Einfluß auf die bürgerlichen Rechtsverhältniße äußern, iſt die Einwilligung der Staatsgewalt zu erholen. Bei Ernennung von Lycealprofeſſoren ꝛc. wird auf die Wünſche der Biſchöfe Rückſicht genommen. — Die Entſchließung hat den Beiſatz: „Inſolange Wir nicht anders verfügen.“ — Aus dem Ganzen ergibt ſich aufs Unzweideutigſte, wie ſehr die frühere Mittheilung in dieſem Blatte begründet war. —

Köln, den 22. April. Herr Thiers paſſirte heute Abends auf der Reiſe von London nach Italien unſere Stadt.

Paris, den 22. April. Die Regierung hat eine Erklärung veröffentlicht, worin ſie ſagt, man unterſchiebe ihr irrthümlich den Wunſch, bei Gelegenheit des Maifeſtes eine Aenderung der gegenwärtigen Zuſtände hervorzurufen. Eine ſolche Entſchließung werde, wenn nothwendig, nur durch die Initiative der zuſtändigen Autoritäten und die Beſtimmung des Volkes Statt haben. Wenn auch die Truppen auf dem Marsfelde den Prinz-Präſidenten als Kaiſer begrüßen ſollten, das Kaiſerthum werde nicht um eine Stunde früher wiederhergeſtellt werden.

— den 21. April. Verwichene Nacht iſt ein Convoi von Deputirten, die ſeit einigen Tagen im Fort von Ivry ſaßen, von hier nach Havre abgegangen. — Die meiſten Wagenmacher ſind in ihre Werkſtätten zurückgekehrt; einige haben andere Beſchäftigung ergriffen und andere haben Paris verlaſſen.

Algier. Die europäiſche Bevölkerung in Algerien beträgt 132,000 Seelen, worunter 8800 Deutſche.

Miscellen.

Die „Voſſiſche Ztg.“ bringt folgende fabelhafte Geſchichte aus Poſen: „Die königlichen Behörden (im Großherzogthum Poſen) werden ſeit einigen Wochen mit Forderungen von Geld oder Anweiſungen auf „Rothſchild-Looſe“ von Landleuten aus allen Gegenden in Anſpruch genommen. Eine nähere Nachforſchung hat Folgendes herausgeſtellt: Den Leuten iſt vorgeredet, der bekannte Banquier Rothſchild ſei wegen eines ſchweren Verbrechens zum Tode verurtheilt; da er jedoch bei allen Souverainen wegen ſeiner großen Geſchäftsverbindungen in großem Anſehen ſtände, ſo ſei es ihm freigeſtellt, ſich einen Stellvertreter zu ſuchen, welcher an ſeiner Stelle geköpft werden ſolle. Um nun einen ſolchen zu ermitteln, habe Rothſchild mehrere Millionen ausgeſetzt und eine Lotterie geſtiftet, in welcher alle Looſe, bis auf eine Niete, Gewinnlooſe zu 3000 Thlr. ſeien. Wer nun die Niete ziehe, ſei der geſuchte Stellvertreter und müſſe ſich für Rothſchild köpfen laſſen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[966²] **Für Cigarrenarbeiter.**

In der Fabrik von Lombardino und Comp. in Germersheim können mehrere Cigarrenarbeiter, oder Arbeiterinnen, gegen gute Zahlung ſogleich Beſchäftigung erhalten.

[981] **Sonnen- und Regenſchirme**

neueſter Art mit den modernſten Stoffen in reicher Auswahl zu ſehr billigen aber feſten Preiſen.

Auch werden bei mir Schirme ausgebeſſert, überzogen und nach neueſter Form geändert, ſowie alte Schirme in dem möglich höchſten Werthe in Tauſch genommen.

F. J. Rongé
in Mannheim Lit. D 2 Nro. 1.

[982] **Bekanntmachung.**
(Die Lieferung von Fettſchrot und Schmiedegries betr.)

Die unterfertigte Stelle bedarf für den Eiſenbahnbetriebsdienſt

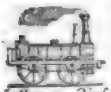
18,000 Centner Fettſchrot und
4,000 „ Schmiedegries,

welche frei auf einen der diesſeitigen Bahnhöfe abgeliefert werden ſollen.

Deßfallſige Angebote ſind daher bis zum 15. Mai l. J. verſiegelt und mit der Bezeichnung „Steinkohlenlieferung“ bei diesſeitiger Stelle einzureichen.

Karlsruhe, den 20. April 1852.
Direction der Großh. Badiſchen Poſt und Eiſenbahnen.

[948³] **Heſſiſche Ludwigs-Eiſenbahn.**



Die Herren Actionäre der Heſſiſchen Ludwigseiſenbahngeſellſchaft werden anmit aufgefordert, die in der Generalverſammlung vom 16. Februar l. Js. beſchloſſene

Einzahlung von 5 Procent

bis längſtens zum 30. April 1852 incluſive zu leiſten.

Die einzuzahlende Summe beträgt für jede Actie von 250 fl. nach Abzug der per 30. April verfallenen Zinſen der bereits eingezahlten 55 Procent

zwölf Gulden zwei und einen halben Kreuzer

(12 fl. 2½ kr.) und kann für Rechnung der Geſellſchaft geleiſtet werden

in Mainz an Herrn J. A. Heidelberger,
„ „ „ „ Friedrich Korn,
„ „ „ „ G. L. Kayſer,
„ „ „ „ Clemens Lauteren Sohn,
„ „ „ „ J. B. Werner,
„ Worms „ „ Georg Renz,
„ Frankfurt a. M. an die Herren M. A. v. Rothſchild u. Söhne,
„ Köln an den Abr. Schaaffhauſen'ſchen Bankverein,
„ Berlin an die Herren Anhalt und Wagener.

Mainz, den 2. April 1852.

Der Verwaltungsrath.

Digitized by Google

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 100) den 25. April 1852.

Deutschland.

* **München,** den 22. April. Der Finanzausschuß hat Langguth zum Referenten über den Viermillionengesetzentwurf wegen der kurhessischen Expedition, erwählt. Langguth wird entschieden die Nichtgenehmigung beantragen. Sollte es richtig sein, was man behauptet, so würden sämmtliche Ausschußmitglieder ihm zustimmen. Es muß sich dies sehr bald zeigen. An eine lange Dauer des Landtags glaube ich nun nicht mehr, eben so wenig an eine lange Dauer des Ministeriums.

Die Auswanderung. Man schreibt aus Hamburg vom 20. April: Die brasilische Provinzial-Regierung für Rio Grande do Sul sendet Agenten nach Deutschland, um hier Auswanderer zu werben. Es werden in den brasilischen Blättern die Namen „Clenzo" und „Kleudgen" als Werbeagenten genannt. Es ist die Pflicht der deutschen Presse, so weit sie die Mittel hat, das Auswanderungswesen ein wenig zu überwachen. Hier nun ist ein Fall, wo die brasilische Presse selber mit Warnungen uns entgegenkommt. Die Provinzialversammlung von Rio Grande do Sul hat im Januar d. J. einen Beschluß gefaßt, daß die Provinzialregierung zu colonisirende Ländereien aufsuchen solle, um dann von der Centralregierung die Zuweisung derselben für Colonisationszwecke zu verlangen, und daß die Provinzialregierung Agenten auf ihre Kosten nach Europa schicken solle, um eine deutsche Einwanderung hervorzurufen. Der Artikel 7 dieses Provinzialgesetzes beschließt dann ohne Weiteres: „Jeder Colonist, der eine Anweisung eines solchen Agenten der Provinzialregierung vorzeigt, erhält 100,000 Bracas (140 preuß. Morgen) Land zugetheilt." Hiergegen bemerkt nun das brasilische „Journal do Commercio" in einem Leitartikel vom 9. Febr. d. J. selber, es sei ein verwerfliches Verfahren, den Agenten einen solchen Gesetzesparagraphen als Lockung mit nach Europa zu geben, in welchem die Provinciallegislatur Dinge verspreche, über die sie selber gar nicht zu verfügen habe, und für welche sie um so weniger die Sanction der kaiserlichen Centralregierung aufrichtig erwarten könne, da diese den deutschen Soldaten nach zurückgelegter Dienstzeit nur 22,500 Bracas zusichere. So viel Sicherheit also gewähren die Zusagen, mit welchen die Agenten in Deutschland auftreten werden! Dann aber kommt hinzu, daß man noch gar nichts Genaueres über die Lage des zu verschenkenden Landes weiß, und daß dasselbe wahrscheinlich in einer von allem Absatze und allem Schutze entfernten Gegend liegen wird. Da enthält z. B. dasselbe „Journal do Commercio" in seiner Nummer vom 13. Febr. den Bericht von einem Indianerüberfalle, der am 8. Jan. d. J. eine im Districte S. Leopoldo gelegene deutsche Niederlassung betroffen habe, und bei welchem der gerade zu Hause anwesende Mann umgebracht, die übrige Familie aber (die Frau und 5 Kinder) bis auf ein 14 Jahre altes, gerade außer dem Hause mit Grasschneiden beschäftigtes Mädchen, das sich im Grase versteckt gehalten, in die Wälder geschleppt worden, wo man trotz der Bemühungen der Obrigkeit von S. Leopoldo ihrer und der Indianer noch nicht wieder habhaft geworden sei. Solche Nachrichten haben nichts Einladendes.

Am 15. April hat sich auf der Eisenbahn zwischen Magdeburg und Hannover ein eigenthümlicher Fall ereignet. Die Frau eines baierischen Auswanderers kam während der Fahrt im Wagen nieder. Sie fühlte sich jedoch so wenig angegriffen, daß sie an ein Zurückbleiben auf der nächsten Station nicht dachte, sondern muthig mit ihren Landsleuten nach Bremen durchfuhr. Die Schaffner bereiteten ihr übrigens ein möglichst bequemes Lager in einem Packwagen.

München. Das Regensburger Tagblatt schreibt: Im Münchener Benediktinerstift sollen auch schon verschiedene Meinungen über die strengen Ordensregeln kund gegeben worden sein. Der gegenwärtige Abt dieses Stiftes, P. Paul Birker, hat in dieser Sache die Vermittlung des heiligen Vaters anrufen zu müßen geglaubt und sich deßhalb persönlich nach Rom begeben. Die Leitung des Stiftes hat einstweilen Professor Dr. Haneberg übernommen.

— den 20. April. Laut einer Regierungsentschließung soll in Zukunft das Halten von Kühen und der Verkauf von Milch durch solche, welche nicht selbst Oeconomen sind, sondern das Futter kaufen, nur gegen eine Lizenz gestattet werden!!! *) (Münchener Bltr.)

Wien, den 22. April. Die heutige „Wiener Ztg." enthält das Schlußprotokoll der hier stattgehabten Zollconferenz. Oesterreich erklärt sich darin durch seine Vorschläge so lange für gebunden, als nicht der deutsche Zollvereinsvertrag erneuert oder umgestaltet werde. Baiern, Sachsen, Württemberg, Baden, Kurhessen, das Großherzogthum Hessen, Nassau und Hessen-Homburg treten den österreichischen Entwürfen bei, und verpflichten sich, auf den gegenwärtigen Berliner Zollconferenzen die Annahme derselben zu betreiben. Braunschweig bedauert, durch seine geographische Lage gebunden zu sein. Oldenburg erklärt, durch den Septembervertrag fest an Preußen und Hannover halten zu müssen. Der Bevollmächtigte der Hansestädte unterzeichnet das Protocoll nur zum Zeichen seiner Anwesenheit. Frankfurt erklärt, sein Beitritt sei in solchem Umfange, wie ihn Baiern und Sachsen im Auge habe, unthunlich, verspricht jedoch, bei der Berliner Conferenz für die Annahme der österreichischen Vorschläge wirken zu wollen.

Frankreich.

Paris. Die „Allgemeine Ztg." schreibt aus dieser Stadt unterm 19. April: „Daß die Wiederaufrichtung des Kaiserthums im Faubourg St. Antoine keine Anhänger zähle, wie der Präsident sich persönlich überzeugte, ist eben kein Wunder; daß aber Versuche zu kaiserlichen Manifestationen auch in der Nationalgarde auf sandigen Boden fallen, in der Nationalgarde, bei deren Zusammensetzung man mit so vieler Behutsamkeit und Umsicht zu Werke gegangen, ist bei Weitem überraschender. . . . Die bei ihr gemachten Versuche zu kaiserlichen Kundgebungen sind bis jetzt mißlungen. General Lawöstine, ihr Commandant, und Hr. Vieyra, Chef des Generalstabs, hielten seit mehreren Tagen in den Champs Elysees Heerschau über die organisirten Bataillone. Heute Morgens fand eine solche Musterung im Carré de Marigny, nahe am Elysee, statt. Als dieselbe zu Ende war, sagte Oberst Vieyra zu den ihn umgebenden Officieren: „Meine Herren, die Rufe: es lebe die Republik! es lebe der Präsident! haben einen feindseligen Character; wenn Sie vor dem Elysee vorbeigehen, so rufen Sie: es lebe Napoleon! Der Ruf: es lebe der Kaiser! ist nicht verbo-

*) Welche Arbeit macht es doch, die Welt zu regieren, und wie glücklich würden wir in der Pfalz, wenn auch bei uns das Auge der Policei über solche Dinge wachen dürfte! D. Red.

ten." Bald darauf zog das Bataillon schweigend vor den Fenstern des Elysee vorüber."

In einem andern Berichte des nemlichen Blattes heißt es: Der Präsident ist vorgestern (den 16.) nach Vincennes gefahren, um eine doppelte Probe anzustellen, eine artilleristische und eine plebiscitische. Die eine soll vollständig gelungen sein, die andere fast ebenso vollständig mißlungen. Bei der ersten handelte es sich um, ich weiß nicht welche Erfindung des Prinzen, bei der andern wollte er sehen, inweit das Volk im Faubourg St. Antoine bereits andern Sinnes geworden und dem Kaiserthum geneigt sei. Er fuhr daher nach Vincennes auf einem Umweg, in einem einfachen Wagen, ohne Bedeckung, an der Seite zweier Adjutanten. Wie vorauszusehen, ich sage nicht wie vorausberechnet, war der Prinz-Präsident keine halbe Stunde in Vincennes als sich im Faubourg bald das Gerücht von seiner Anwesenheit verbreitete. Die Arbeiter verlassen sofort ihre Werkstätten, die ganze große Straße bekommt das Aussehen eines Feiertags oder, wie man im März 1848 gesagt hätte, eines „Tages der Bewegung." Gegen hundert Arbeiter stellen sich auf der Straße von Vincennes als eine Telegraphenlinie auf, um die Abfahrt des Präsidenten von dort dem Volk im Faubourg sogleich mittheilen zu können. Und sobald diese Nachricht daselbst anlangt, zertheilen sich die zahlreichen Gruppen und stehen von der Barriere bis ans Boulevard in Reih' und Glied. Und unaufhörlich hörte der Prinzpräsident auf der ganzen Länge dieser vom Volk improvisirten Gasse den Ruf: „Es lebe die Republik!" Auf einen so geregelten Empfang, oder gar auf eine so einstimmige Demonstration für die Republik, war L. Napoleon nicht gefaßt, und es soll ihm bei der ebenso unerwarteten als unangenehmen Ueberraschung etwas unheimlich zu Muthe gewesen sein. Jedenfalls mag der Prinz gefühlt haben, wie unendlich schwieriger es sein muß, den Character der Franzosen als ihre Münzen umzuprägen. Wer weiß, ob der Eindruck, welchen der Prinzpräsident aus dem Faubourg St. Antoine nach Hause gebracht, nicht zum Aufschub der Verkündigung des Kaiserreichs beiträgt, und ihn bestimmt, am 10. Mai, dem Tag, wo er nach der Constitution von 1848 ins Privatleben hätte zurücktreten sollen, sich mit der Vertheilung der kaiserlichen Adler zu begnügen, um vielleicht an einem andern Tage, etwa dem nächsten Decembertage, von dem Rücken dieser Adler den kaiserlichen Thron zu besteigen. *)

Miscellen.

Ein Frankfurter Lokalblatt berichtet: Der Präsidentenstuhl der Paulskirche aus der Zeit der Nationalversammlung ist für 8, die beiden Vizepräsidentenstühle jeder für 4 Gulden verkauft worden.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Aus Kassel schreiben die Zeitungen vom 9. April: „Unsere Verfassung befindet sich unter der Presse." Glückliches Kassel! Bei uns befindet die Presse sich leider schon lange unter der Verfassung.

Die „Neue Preußische Zeitung" findet das Gerücht nicht unglaublich, daß in Frankreich auch die Journalisten Livree erhalten sollen. Auch wir finden es in der Ordnung, daß der einzige Unterschied, welcher gegenwärtig zwischen französischen Journalisten und Lakaien noch besteht, endlich aufgehoben werde.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 22. April. Weizen 7 fl. — kr., Korn 5 fl. 45 kr., Spelz 4 fl. 40 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige 4 fl. 30 kr., Hafer 3 fl. 31 kr., Kartoffeln 1 fl. 40 kr., per Centner.

---

*) Die (gestern erwähnte) öffentliche Erklärung der Regierung hat die Richtigkeit des ersten Theiles dieser Vorausfagung bereits bewiesen. D. Red.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[940³] **Lehrlingsgesuch.**

In einer gemischten Waarenhandlung in Neustadt an der Haardt ist eine Lehrlingsstelle frei; eine gute Erziehung wird verlangt. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[972²] **Bekanntmachung.**

F. J. Weissenburger in Heiligenstein verkauft: Stroh, Dickrüben, Kleeheu, Wiesenheu, 2 ganz neue Pflüge mit Pflugkarren, 1 schwere eiserne Egge, 1 ganz neuen zweispännigen Leiterwagen, 1 ein- u. zweispännigen Wagen mit Bord- und Holzleitern, 2 Paar Einzeljoche mit Rückgeschirr, 30 Stück neue Küh- und Ochsenketten, und verschiedene andere Geräthschaften.

[958³] **Lehrlingsgesuch.**

In ein Colonial- und Kurzwaarengeschäft in einer Stadt der vordern Pfalz kann ein junger Mann von guter Erziehung sogleich als Lehrling eintreten. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[959²] **Auswanderungs-Agenten-Gesuch.**

Geschäftsleute von anerkannt solidem Renommée, welche geneigt sind, Bezirks-Agenturen für Bremen zu übernehmen, werden ersucht, sich unter Beifügung einer Adresse zur Information in portofreien Briefen zu wenden an die Haupt-Agentur
für das Königreich Baiern,
Jacob Schmitt in Nürnberg.

[962²] **Anzeige und Empfehlung.**

Ich mache hiermit die ergebenste Anzeige, daß ich jetzt mein Geschäft in dem Hause des Herrn Stockinger an der Marktstätte betreibe, und empfehle mich zu recht zahlreichem Zuspruch höflichst, da ich mit Farbwaaren und Schreibmaterialien aller Art bestens versehen bin.

Den Herren Tünchern zur besondern Nachricht! daß ich nun zwei ausgezeichnete Sorten Bleiweiß halte, von denen das Eine eigens für Oelanstriche in's Freie, das Andere für solche in geschlossene Räume zugerichtet ist, und kann ich bezüglich des Weißbleibens garantiren, wenn sie richtig behandelt werden. Vorzüglichstes altes Leinöl und Firniße aller Gattungen führe ebenfalls.

Julius Helff,
im Stockinger'schen Hause an der Marktstätte.

[963³] **Einziges Depot von Aecht englischem Patent Portland-Cement für Baden, Würtemberg und die Rheinpfalz.**

Bei dem Herannahen der Bau-Zeit empfehlen wir unser Lager von

Aecht engl. Patent Portland-Cement

in Orginalpackung (Tonnen v. 400/440 ℔ cöln. Gewicht,) dessen Preis wir um diesem ausgezeichneten Bau-Material die allgemeinste Anwendung zu verschaffen, moderirt haben und auch davon in Anbruch versenden.

Der Patent-Portland Cement ist bekanntlich der beste hydraulische Mörtel, welcher existirt und kann je nach dem Zwecke der Anwendung mit 1 bis 3 Theilen Sand vermischt werden. Er dient unter vielem Andern zum Verputz von Gebäuden gegen die Wetterseite, Regensärgen, Wasserbehältern über und unter der Erde, Oelbehältern, Wasserdichtmachung von Kellern, Estrich für Fruchtböden, Lagerhäusern und Fabriklokalen, zum Gießen von Ornamenten und Figuren.

Mannheim, im April 1852.

Walther u. Reinhardt.

Zur Bequemlichkeit der verehrlichen Abnehmer in der Rheinpfalz haben wir
in Speyer bei dem Herrn F. A. Rusch,
„ Landau „ „ „ J. B. Feldbausch
Niederlagen errichtet.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 101 | den 27. April 1852.

Deutschland.

*** Baierische Landtagsverhandlungen über Erhöhung des Militäretats.** (Fortsetzung.) — Kolb, fortfahrend: Man hat als zweiten Grund für die hohen Budgetsätze angeführt: den nationalöconomischen Nutzen, der aus einem zahlreichen stehenden Heere hervorgehe. Man hat in dieser Beziehung geltend gemacht: „die Circulation des Geldes sei in jedem Staate eine wichtige und nothwendige Sache, wenn der Bürgerwohlstand erhalten und gefördert werden solle. — Der wesentliche Nutzen, welcher durch die Garnisonen vielen Städten zugehe, trete einem etwas größern Aufwande für das Militär ausgleichend entgegen." *)

M. Hrn., daß man solche Gründe noch zu bekämpfen hat, wundert mich. Ich hätte gedacht, die Kenntniß der Nationalöconomie in dieser Beziehung sei so weit verbreitet, daß man darüber nicht mehr zu reden brauchte.

Ich verkenne nicht, daß in den Garnisonsstädten einem Theile der Bevölkerung einiger Nutzen durch die Garnisonen zugeht. Dieser Nutzen wird aber bei weitem überwogen durch die Opfer, welche zur Erhaltung des Militärs nothwendig sind. Wenn die Anschauungsweise, welche der von mir angeführten Aeußerung zu Grunde liegt, richtig wäre, so dürfte man nur den Garnisonsorten erklären: in eueren Mauern werden so und so viele hunderttausend Gulden verzehrt, ihr habt den Nutzen davon, es ist also auch billig, daß ihr ausschließend den Bedarf hiefür aufbringet. M. Hrn., in ganz Baiern würden Sie alsdann keinen Ort finden, welcher eine Garnison wollte. Es ist die Sache ganz natürlich, da der wirkliche Nutzen verschwindend klein ist zum Verhältniß der Gesammtausgabe.

Es wurde ferner angeführt, „daß die strenge Ordnung, die im Heere herrsche, sich auf das Individuum, und mit ihm in die Gesammtbevölkerung übertrage, daß Konscribirte in den Regiments- und Militärschulen gebildet, mit großem Nutzen und Verwendbarkeit wieder in das bürgerliche Leben zurücktreten könnten." **) Auch hier verkenne ich gar nicht, daß Mancher in dem Heere an eine Ordnung gewöhnt wird, die ihm außerdem abgeht. Allein abgesehen davon, daß bei einer guten Organisation der Volkswehr dasselbe erreicht werden könnte, ist auch hier der Nachtheil bei weitem überwiegend. M. Hrn., derjenige, der seine Kapitulation im Heere ausgehalten hat, kann nicht anders, als seiner gewöhnlichen bürgerlichen Arbeit entwöhnt sein, und die Folge davon ist keine andere, als die, daß ein solcher Mensch bei weitem schwerer sein Unterkommen finden kann, als wenn er fortwährend in seiner gewöhnlichen Beschäftigung geblieben wäre. Was also diesen zweiten Punkt betrifft, nämlich die Nützlichkeit in nationalökonomischer Hinsicht, so habe ich die entgegengesetzte Ansicht von der, wie erwähnt, in dem andern Hause aufgestellten, und ich glaube, sie ist wohl begründet.

Es kommen noch andere Momente dabei in Betracht. Das Opfer für die Erhaltung einer zahlreichen Armee ist groß: es sind aber noch manche Opfer, welche gebracht werden müssen, und die wahrlich für die Einzelnen nicht weniger empfindlich sind. Nehmen Sie dazu die Sparpfennige, die der Vater seinem Sohne nachsenden muß, so haben Sie eine neue Steuer. Berücksichtigen Sie, daß der Landmann, der seine Aecker durch seinen Sohn bebauen lassen könnte, statt seiner eines Knechtes bedarf, so sehen Sie, daß diese Steuer bei weitem größer ist, als jede andere. Bedenken Sie die nationalökonomischen Nachtheile im Ganzen, welche dadurch, daß uns so viele Arbeitskräfte entzogen werden, dem Lande erwachsen, so müssen Sie zurückschrecken vor den Folgen, welche die Erhaltung einer so bedeutenden Armee nach sich zieht.

Zu diesen Nachtheilen kommen aber noch weitere. Ich erinnere Sie nur daran, welche Folgen verbunden sind mit dem gezwungenen Cölibate der Soldaten. —

Auf einen Punct, der gewöhnlich übersehen wird, muß ich Sie aber besonders aufmerksam machen. Es ist nemlich die Conscription eine wahre Menschensteuer, in der Weise: die Zahl der Erkrankenden und Sterbenden ist bei dem Militär größer, als in gleichem Alter bei dem Bürgerstande. Es kann dies nicht anders sein; die veränderte Lebensweise bringt es schon mit sich. Ich wünschte, daß man diesen Punct mehr ins Auge fasse, und empfehle Denjenigen, welche ihn näher in Betrachtung nehmen wollen, die Schrift des französischen Obermilitärarztes Boudin über die Mortalität der Truppen zu Land und zur See.

Als drittes Motiv für die hohen Militärausgaben wurde die Analogie geltend gemacht.

Man hat sich zunächst auf Sardinien bezogen. Sardinien befindet sich, m. H., wie Belgien, in einer ganz anderen Lage, als Bayern. Bayern gehört einem Bunde an; es hat Opfer zu bringen für den Bund und hat naturgemäß auch Vortheile von demselben zu verlangen. Zudem ist Sardinien stärker bevölkert, als Bayern, und darauf hingewiesen, auf Eroberungen auszugehen. Auch ist der Geldwerth dort ein anderer. Dasselbe ist auch in Belgien der Fall.

Man hat uns ferner entgegengehalten *) eine Zusammenstellung des Stärke des Heeres und der Ausgaben für dasselbe in Preußen. Gegen die Ziffern hätte ich Einiges zu erinnern. Ich sehe jedoch hievon ab.

Gerade diese Zusammenstellung gibt uns einen bemerkenswerthen Fingerzeig. Sie können daraus ersehen, daß das preußische Heer von 1797 bis 1807 weit zahlreicher war und weit mehr kostete, als zur Zeit der Siege Friedrichs II. Zur Zeit der Schlacht bei Jena war das preußische Heer das kostspieligste, relativ zahlreichste und ausgebildetste in der Welt. Man spottete in Preußen sogar über die französischen Truppen; man machte sich lustig, daß sogar die kaiserliche Garde nicht ordentlich exerciren und manövriren könne. Nun kam der Tag von Jena, und siehe! da stob alles wie eine Seifenblase auseinander. Man dankte es der Gnade des Siegers, daß Preußen noch fortbestand. Dieser beschränkte die Truppenzahl, welche Preußen nunmehr noch halten durfte, auf 42,000 Mann. Während des russischen Feldzuges war Preußen gehalten, ein Kontingent von 20,000 Mann zu stellen; ein Theil davon, wenn auch nicht in gleicher Größe zur Truppenzahl der andern Länder, kam um. Das preußische stehende Heer war also bedeutend unter die Zahl von 42,000 Mann gemindert.

*) Worte im Berichte des Referenten in der Reichsrathskammer.

**) Bericht des Reichsrathsreferenten.

*) Bericht des Reichsrathsreferenten.

Dessen ungeachtet erhob sich Preußen, als man sich auf das Volk stützte, in einer Weise, wie nie zuvor. Unter dem stehenden Heere war Preußen zu Grunde gegangen; als man die Volkswehr heranrief, eine organisirte Volkswehr, da ward die größte Macht der Welt erdrückt; sie ward erdrückt bei Leipzig, sie ward erdrückt in Frankreich, und während die französischen Adler bei dem stehenden Heere nach Berlin gekommen waren, kam das preußische Volksheer mit dem preußischen Adler nach dem Montmartre, nach Paris. — Das Beispiel von Preußen ist also gerade in der entgegengesetzten Richtung lehrreich.

Es wurde uns ferner eine Zusammenstellung der Ausgaben in den verschiedenen Staaten Deutschlands für das Militär entgegen gehalten.*) Die Ziffern sind vielfach unrichtig. Der Hr. Referent hat Ihnen einige Beispiele angeführt. Erlauben Sie mir, in Bezug auf Baiern zu bemerken, daß die großen Ausgaben für Festungen in der uns entgegengehaltenen Liste speciell nicht einbegriffen sind. Ich sehe jedoch hievon ab. Betrachten Sie diese Zusammenstellung genau; was beweist sie, wenn auch die Ziffern richtig wären? Berechnen Sie nach der Bevölkerung der mittlern Staaten Deutschlands die Ausgaben für den Militäretat, so finden Sie folgendes Resultat: nach der Zusammenstellung, die man uns entgegenhält, geben wir mehr aus im Gegenhalte zum badischen Etat 1,320,000 fl., zum Etat von Württemberg 1,530,000 fl., zum Etat für das Königreich Sachsen 1,830,000 fl., zum Etat für das Großherzogthum Hessen 2,800,000 fl. Wie man uns diese Zusammenstellungen entgegenhalten kann, begreife ich rein gar nicht.

Ich will nicht in Einzelnheiten eingehen, nur eines Punktes im Referate, welches in der andern Kammer gegeben wurde, muß ich noch erwähnen. Man sagt, man werde nicht wollen, daß dem Soldaten an der kärglichen Löhnung abgezogen werde. Dies hat gerade auf dieser Seite kein Mensch verlangt; namentlich ich habe bei der vorigen Berathung insbesondere betont: Ich will eine gut erhaltene Armee, die namentlich sehr gut besoldet ist. Um aber Truppen gut besolden zu können, ist nothwendig, daß die Armee nicht zu zahlreich sei. Nur durch eine Reduktion der Zahl kann man eine gute Besoldung für den Einzelnen herausbringen, aber nebstbei auch durch Verkürzung der Ausgaben für die höchsten Stellen. (Fortsetzung folgt.)

Auswanderungssachen. In dem New-Yorker „Janus" vom 6. April liest man: „Auf der Landenge von Panama wimmelt es von Menschen, die durch eine Schurkenkompagnie, Palmer und Komp., in New-York mit falschen Fahrscheinen dorthin geschafft worden sind, aber nicht weiter können auf der Fahrt nach Californien. Viele von ihnen sterben vor Hunger. Und den Palmer hat die New-Yorker Justiz in der Hand gehabt, aber entwischen lassen."

Stuttgart, den 20. April. Vom Ministerium des Innern ist eine sehr anerkennenswerthe Maßregel in der Auswanderungssache erfolgt; es werden nemlich jetzt allmonatlich durch den „Staatsanzeiger" amtliche Mittheilungen gegeben werden über die Zahl der Ausgewanderten u. s. w., über die Schiffe mit denen sie die europäischen Seehäfen verlassen haben, sowie zur Beruhigung und Notiz der zurückgebliebenen Angehörigen die Zeit der Ankunft, und ob dieselbe glücklich erfolgt ist in den amerikanischen Ausschiffungsplätzen.

München, den 21. April. Der Abgeordnete Dr. Schmidt von Würzburg hat an den Cultusminister eine Interpellation gerichtet, zunächst um den Inhalt der ergangenen Entschließung auf die Denkschrift der Bischöfe zu constatiren. (Der Wortlaut der Entscheidung selbst ist mittlerweile veröffentlicht worden.)

Der „Nürnb. Kur." sagt in seinem Berichte über die Debatte wegen des Disciplinargesetzes: „Die betreffenden Verhandlungen gehören zu den lebhaftesten, welche noch in dieser Session stattgefunden haben. Auffallend war dabei auch eine Erscheinung, welche sich freilich letzterer Zeit wiederholt dem Beobachter aufdrängte, daß nämlich das Ministerium, wenn von der Opposition angegriffen, immer mehr auf seine eigenen Kräfte beschränkt ist. In früherer Zeit, namentlich in den Blüthentagen der Jahre 18⅓, konnte nicht leicht ein Angriff auf eine ministerielle Vorlage oder auf das Ministerium selbst erfolgen, ohne daß sofort eine Anzahl Freiwilliger aus dem Heerlager der Majorität zur Vertheidigung des Ministeriums sich erhob. Jetzt ist das ganz anders. Die bedeutenderen und unabhängigen Mitglieder der Majorität schweigen entweder oder sie machen selbst Angriffe und der Ministertisch hat die Kosten seiner Vertheidigung schier allein zu tragen."

*) Bericht des Reichsrathsreferenten.

Würzburg, den 21. April. Die jetzige etwas theuere Zeit übt bei ihrer Nöthigung zur Einschränkung auch auf das dienende Personal einen beklagenswerthen Einfluß, indem zur Zeit nahe an 300 Dienstmädchen sich umsonst um eine Herrschaft bemühen sollen. (W. A.)

Backnang. Vor kurzer Zeit hat sich im Bezirk ein Pietistenkönig, Namens Bruker aus Beßigheim, herumgetrieben, und Stunden gehalten; ich hörte selbst mit an, wie er zu einem seiner Kopfhänger äußerte: „der Heilandle ist halt doch brav, daß er uns wieder zusammengeführt hat;" in der andächtigen Stunde war ich selbst Zuhörer, wie er sagte: „werdet anders; lebet geistig; im Himmel darf man nicht mehr auf's „Häusle" ꝛc." Das königl. Oberamt hat nun in Folge höherer Weisung die Schultheißenämter angewiesen, auf diesen Pietisten mit schneeweißen Haaren, der Teufel austreibe, (vielleicht auch ein), ein wachsames Auge zu haben und künftighin seine Stunden nicht mehr zu dulden. (Beob.)

Kassel, den 20. April. Die verhafteten Mitglieder der Kellner'schen Familie sind gestern wieder auf freien Fuß gekommen.

Der Maler Richter, jetzt, nachdem seine politischen Denunciationen kein Resultat gegeben zu haben scheinen, des Betruges, resp. der Unterschlagung angeklagt, ist aus dem Castell in das Gefangenhaus abgeliefert worden, also an die Civilbehörde übergegangen.

Berlin, den 23. April. Die zweite Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die gestern begonnene Debatte über die Zeitungs-Steuer fortgesetzt. Zum Schlusse wurde der §. 2 A. des von der Finanzcommission vorgelegten Gesetzentwurfs mit 153 gegen 119 Stimmen angenommen. Die weitere Debatte wurde auf morgen vertagt. (Nach den Bestimmungen des §. 2 jenes Entwurfes sollen inländische Blätter je nach ihrer Bogenzahl vom Jahrgange 4 Sgr., 10 Sgr., 20 Sgr., 1 Thlr., 1 Thlr. 10 Sgr., 1 Thlr. 20 Sgr., 2 Thlr. 2 Thlr., 15 Sgr. zahlen.)

Bremen, den 22. April. Der Senat hiesiger freien Stadt hat den Prediger Dulon seines Amtes entsetzt und der Gemeinde aufgegeben, das Weitere zur Wiederbesetzung der Stelle zu veranlassen.

Wien. Die öffentlichen Blätter bringen nun den Wortlaut der Reden, welche beim Schluße der Zollconferenz von dem österreichischen Minister Buol-Schauenstein und dem baierischen Gesandten, Grafen Lerchenfeld, gehalten wurden. Außer dem, was wir bereits mitgetheilt haben, finden wir nichts Bemerkenswerthes darin, und vermissen insbesondere die Erwähnung irgend einer wichtigen Thatsache.

Innsbruck, den 17. April. Die Innsbrucker Handelskammer hat dem Ministerium ein Gutachten über den Getreidehandel des Platzes eingereicht. Dem Lande fehle diesmal etwa der dritte Theil des Bedarfs. (A. Z.)

Von dem Dictator Ungarns, dem zu Klagenfurt in der Verbannung lebenden Görgey, sollen bei Brockhaus in Leipzig umfassende Denkwürdigkeiten unter der Presse sein. Wie man hört, soll nur der militärische Theil des

Buches in jeder Hinsicht befriedigend und wahrhaft aufschlußreich sein, und darin das Schwert der Kritik gegen Haynau mit vernichtender Schärfe gehandhabt werden. Wie es heißt, soll der erste Anknüpfungspunct zu den geheimen Unterhandlungen mit Görgey durch einen Weinhändler geschehen sein, der Wein ins ungarische Lager lieferte. Später vermittelte Görgey's Geliebte die geheime Correspondenz, und diese kam sogar in geheimer Mission nach Wien, wo man einen Augenblick daran dachte, sich ihrer zu bemächtigen, bis die tieferen Beziehungen des Sachverhältnißes diesen Schritt unwissender Organe vereiteln konnten.

Schweiz.

Bern. Die „Bern. Ztg." schreibt: „Jetzt geht's mit dem Aufräumen an; bereits haben zwei Angestellte der Staatskanzlei ihre Entlassung erhalten, weil man sie im Verdacht hat, für Abberufung gestimmt zu haben."

Bern, den 21. April. Mehrere deutsche Flüchtlinge, u. a. auch Wiesner aus Wien, sind heute hier abgereist, um sich nach Amerika zu begeben.

Neuenburg. Die am 18. d. stattgehabten Ersatzwahlen in den Gr. Rath sind durchgehends freisinnig ausgefallen. Die Wahlversammlung waren jedoch wenig stark besucht.

Frankreich.

Paris, den 21. April. L. Napoleon ist heute Nachmittags in Begleitung der Minister Persigny, Abatucci und Lefebvre-Duruflé mit einem Extrazuge der Orleansbahn abgereist, um die Sologne zu besuchen, wo man damit umgeht, zum Zwecke der Luftreinigung und Gesundmachung einen großen Canal zu graben. — Die bei Vollziehung der Orleansdecrete betheiligten ausländischen souverainen Familien (Belgien, Württemberg ꝛc.) haben durch ihre hiesigen Vertreter bei unserer Regierung einige darauf bezügliche Reclamationen erhoben. Man soll ihnen geantwortet haben, daß die Decrete vom 22. Jan. zur vollständigen Ausführung gelangen würden, und daß dabei die Vermögeninteressen fremder Fürsten eben so wenig berücksichtigt werden könnten, als jene der Familie Orleans.

Die Berliner „National-Ztg." schreibt: Die Nachricht der „Allgem. Ztg.," daß französische Agenten in Deutschland die ehemaligen Soldaten des Kaiserthums suchen, ist falsch.

— den 22. April. Der „Moniteur" enthält Decrete folgenden Inhalts: Die Rangordnung der drei großen Staatskörperschaften ist folgender Maßen festgesetzt: zuerst kommt der Senat, dann der gesetzgebende Körper und zuletzt der Staatsrath. Die von Napoleon gegründete Stadt Pontivy im Morbihan-Departement nimmt auf den Antrag des dortigen Gemeinderathes ihren früheren Namen Napoleonville wieder an, eben so die Gemeinde Labastide-Fortunière im Lot-Departement auf den Antrag des Maire's, des Adjuncten und verschiedener Einwohner den Namen Labastide-Murat.

— den 23. April. Der Prinz-Präsident ist gestern Abends von seiner Reise hieher zurückgekehrt.

Spanien.

Madrid, den 17. April. Durch die von der Königin ertheilte Amnestie für schwebende Preßvergehen erleidet der Staat einen Schaden von etwa 1½ Mill. Realen, und beläuft sich die Strafzeit der dadurch Begnadigten auf 14 Jahre, 4 Monate und 20 Tage.

Italien.

Kaum hat man sich in **Neapel** von dem Schrecken über den Prozeß wegen der Unita italiana erholt, so fängt die Staatsanwaltschaft bereits wieder einen neuen Prozeß wegen des Barrikadenkampfes vom 15. Mai 1848 gegen 45 Personen an. Unter diesen befinden sich die achtbarsten Männer Neapels, 2 Minister, 8 Abgeordnete, ein Gesandter, auch der ausgezeichnete Scialaja nebst dem ehrwürdigen Cagrazzi, der 95 Jahr alt ist. Unter den bei den Barrikaden Betheiligten klagt man sogar den berühmten Rechtsgelehrten Mancini an, einen Mann, der durch seine Mäßigung bekannt ist. Derselbe aber hat sich noch zur rechten Zeit ins Ausland gerettet, und ist jetzt als sehr geachteter Professor an der Universität zu Turin angestellt, wo er Vorlesungen über das Völkerrecht hält. Auch Massani, ein Freund Gioberti's, befindet sich unter den Angeklagten, obgleich er sich an jenem Tage in Mailand befand. Man sieht, daß die Gladstone'schen Briefe keine Aenderung in dem Systeme der Regierung hervorgebracht haben.

Neueste Nachrichten.

*** Speyer,** den 25. April. Der Großherzog Leopold von Baden ist gestern gestorben. Prinz Friedrich hat, nach dem Uebereinkommen der Agnaten, die Regentschaft angetreten, für so lange, als es dem Erbgroßherzog nicht möglich sein werde, die Regierung zu führen (was schwerlich jemals der Fall sein wird).

*** München,** den 23. April. Der Vortrag des Abg. Lerchenfeld über den Gesetzentwurf: „den Bau einer Eisenbahn von München über Rosenheim bis an die Landesgrenze bei Salzburg und Kufstein betr." ist erschienen. Referent beantragt, dem Gesetze unter mehrfachen Abänderungen zuzustimmen. Diese Abänderungen bestehen darin, 1) daß die Bestimmung, den Bau auf Staatskosten zu unternehmen, wegbleibe; 2) dem Art. 2 als Art. 3 nachstehenden Artikel folgen zu lassen: „Die Staatsregierung ist ermächtigt, einer Actiengesellschaft, welche den Bau dieser Eisenbahn für eigene Rechnung übernehmen sollte, für das im Art. 2 benannte Actiencapital den Bezug desjenigen Zinsfußes auf 25 Jahre vom Beginn des Betriebes an zu garantiren, welchen der Staat für den zum Behufe des Eisenbahnbaues aufzunehmenden Kapitalien selbst zugestebt, falls diese Actiengesellschaft sich verpflichtet, die Bahn an den Staat gegen Vergütung der Bau- und Einrichtungskosten längstens nach Ablauf von 25 Jahren vom Beginne des Betriebes an jeder Zeit abzutreten, und ihre Tarifsätze nicht höher zu stellen, als jene auf den Staatsbahnen festgestellt sind. Die durch die Zinsgarantie des Staates erforderlich werdenden Summen sind in derselben Weise aufzubringen und zu verzinsen, wie dies Art. 5. des Gesetzes vom 26. Dec. 1852 die Aufbringung des Bedarfs ꝛc. bezüglich der pfälzischen Ludwigsbahn festsetzt;" 3) der Art. 3, nunmehr 4 des Gesetzes sei in folgender Weise zu fassen: „Für den Fall der Ausführung dieser Bahn auf Kosten und für Rechnung des Staates ist der Staatsminister der Finanzen ermächtigt, zur Deckung des veranschlagten Bedarfes für Rechnung der Eisenbahnbaudotationskassa die Aufnahme eines verzinslichen auf die Staatseisenbahnen zu versichernden, im Wege der Verloosung nach jährlich ½ Procent heimzahlbaren Anlehens von 10 Millionen al pari zu bewerkstelligen." Der Ausschuß tritt bei.

Augsburg, den 24. April. Die gestrige Schranne stellte die Preise ungemein hoch: Weizen stieg um 2 fl. 16, Kern um 1 fl. 2, Roggen um 2 fl. 7, Gerste um 40, Hafer um 5 kr.

Homburg, v. d. Höhe, den 23. April. Landgraf Ferdinand zu Hessen-Homburg hat am Vorabend seines 70sten Geburtstages die von ihm unterm 3. Jan. 1850 publizirte vereinbarte landständische Verfassung des Landgrafthums wieder aufgehoben, laut Erlaß im heutigen Regierungsblatt Nr. 5. Eine allgemeine Landesvertretung findet hiernach (gegen den Art. 13 der deutschen Bundesacte) nicht mehr statt; den Bezirksräthen der einzelnen Aemter sind dagegen einige erweiterte Rechte zuertheilt worden. (Frank. J.)

Berlin, den 24. April. Die zweite Kammer hat heute die Berathung in Betreff der Zeitungssteuer vollendet. Der Entwurf der Finanzcommission wurde in §.

2 ß dahin abgeändert, daß die außerhalb Preußens erscheinenden Blätter nicht 25, sondern nur 10 Procent ihres Preises am Verlagsorte (mindestens aber je 15 Sgr., 1 Thlr., 2½ Thlr.) jährlich an Steuer zahlen sollen. Im Uebrigen wurden nur unwesentliche Aenderungen beschlossen.

Löwenberg, den 20. April. Der hoffnungsvolle einzige Sohn eines alten armen Elternpaares erschoß sich, weil, obwohl mit Unrecht, der Verdacht auf ihn geworfen wurde, als habe er eine falsche Quittung ausgestellt. — Hassenpflug könnte solches Ehrgefühl brauchen. (F. K.)

Wien, den 21. April. Es sind bereits k. k. Ingenieure an die Schweizer Gränze abgegangen, um die Vorarbeiten wegen beabsichteter Messung des Splügen, über den bekanntlich eine Eisenbahnlinie gebaut werden soll, vorzunehmen.

Paris, den 22. April. Die heute im „Moniteur" erschienene officielle Erklärung bezüglich des Kaiserthums ist weit davon entfernt, eine Widerlegung der Gerüchte zu sein, welche eine baldige Erhebung Louis Napoleons auf den Kaiserthron in Aussicht stellen; sie ist vielmehr eine Bestätigung dieser Gerüchte; sie ist ein Schritt vorwärts und nicht ein Schritt rückwärts von der Rede, die der Prinz-Präsident am 29. März gehalten. Damals hatte der Prinz-Präsident das Kaiserthum nur als eine Eventualität hingestellt, welche aus den Intriguen der Parteien hervorgehen könnte. In der neuen Erklärung dagegen wird die Wiederherstellung des Kaiserthumes nicht mehr von solchen Voraussetzungen abhängig gemacht; man berichtigt blos die Gerüchte, welche über das Datum und die Umstände einer solchen Umwandlung umliefen, die, wie nun versichert wird, nicht etwa durch eine bloße Manifestation des Heeres, sondern unter Beobachtung der verfassungsmäßigen Formen bewerkstelligt werden soll.

— den 23. April. Die Angelegenheit der Mandatare der Familie Orleans gegen die Domaine wurde heute abermals vor dem Gerichtshofe erster Instanz verhandelt. Trotz des von dem Seine-Präfecten entgegengestellten Declinatoriums erklärte sich, nachdem die Herren Paillet und Berryer plaidirt hatten, der Gerichtshof für competent. Das weitere Verfahren wurde bis über 14 Tage ausgesetzt.

Anzeige. In Folge der Fortdauer des Landtags sieht sich der Unterzeichnete noch einmal auf kurze Zeit veranlaßt, die Redaction der Speyr. Ztg. abzugeben. Briefe an ihn persönlich wollen von heute an wieder nach München adressirt werden. Speyer, den 26. April 1852. G. F. Kolb.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

---

[987] **Grünstadt.** Es ist höchst unangenehm, wenn in einer Gemeinde mehrere Personen mit gleichen Zunamen wohnen, worunter einer sich befindet, welcher strafbare Handlungen begeht und auch wirklich bestraft wird, besonders wegen Gewohnheitswuchers, dieses gehässigen Vergehens. Es überträgt sich immer etwas Nachtheiliges, Gehässiges auf Diejenigen derselben Gemeinde, welche den ähnlichen Zunamen führen, namentlich da, wo man sie nicht kennt, und besonders, wenn in mehreren Blättern der Vorname nicht veröffentlicht wird, und statt dessen, der Titel Wucherer vorangeht. So ist es hier in Grünstadt. Herrmann Levi, Holzhändler, wurde des Gewohnheitswuchers für überwiesen erklärt und in eine Strafe von 5000 fl., sowie in die Kosten verurtheilt. Jacob Levi, Weinhändler, wohnt auch hier; derselbe ist aber wohl zu unterscheiden von jenem, sowohl in Beziehung auf Character als sein Geschäftsleben. Sein hervorragender Verstand und sein honoriges Benehmen zeichnen ihn vor vielen seiner Mitbürger vortheilhaft aus und es muß denen, die ihn näher kennen, wirklich leid thun, wenn ihn durch die Namenähnlichkeit irgend ein Nachtheil sowohl in moralischer als materieller Beziehung treffen sollte.

Vorstehende Erklärung glauben die Einsender dieses, dessen Mitbürger, ihm und der Wahrheit schuldig zu sein.

---

[988] **Anzeige.**

Den Hinterbliebenen meiner Akkordanten kann ich die angenehme Nachricht geben, daß die Postschiffe

Devonshire	nach	einer	Fahrt	von	26	Tagen
American Congreß	"	"	"	"	24	"
Northumberland	"	"	"	"	18	"

in New-York glücklich angekommen sind, und daß sich die Passagiere darauf einer guten Gesundheit erfreuten.

Speyer, den 25. April 1852.

Die Angentur der Postschiffe zwischen London und New-York: Jos. Stockinger.

[986²] **Eröffnung der warmen Rheinbäder zu Speyer.**

Unterzeichneter bringt hiemit zur Anzeige, daß die Rheinbadanstalt von nun an eröffnet ist; auf zahlreichen Besuch hoffend, habe ich für Abonnenten das Bad auf 14 kr. festgesetzt; und mein Bestreben ist, das badende Publikum auf das Reellste zu bedienen. Auch bemerke ich noch, daß bei guter Witterung die kalten Rheinflußbäder beginnen werden. W. Niemand.

[978³] Ein noch gut erhaltener Flügel steht um billigen Preis zu verkaufen. Wo? ist bei der Expedition dieses Blattes zu erfragen.

[985³] **Verkauf einer Bierbrauerei mit Gastwirthschaft in Lauterburg, Niederrhein** (Frankreich.)

Die während einer langen Reihe von Jahren, durch den jüngst verstorbenen Georg Sonntag, bei Lebzeiten Eigenthümer in Lauterburg, mit sehr gutem Erfolg betriebene Bierbrauerei und Gastwirthschaft, geschildet „zu den drei Mohren," in der besten Lage an der Hauptstraße, gegenwärtig ganz neu und bequem eingerichtet, wird mit allen dazu erforderlichen Geräthschaften ꝛc. ꝛc. unter vortheilhaften Bedingungen zum Verkauf aus freier Hand hiemit angeboten, und es könnte dieses Anwesen, während dasselbe noch in vollem Gang betrieben wird, sogleich bezogen werden.

Es wird hauptsächlich bemerkt: daß das Braugeschäft in loco bis jetzt keine — und nur 2 und 4 Stunden von da entfernt, wenig Concurrenz hat.

Die Gastwirthschaft wurde stets bestens besucht und wird sich diese bei freundlicher reeller Bedienung stets größerer Frequenz, namentlich von den angrenzenden Bewohnern Badens und der Pfalz, zu erfreuen haben.

Lauterburg, den 22. April 1852.

Nähere Auskunft ertheilen auf Verlangen die Erben des verlebten Georg Sonntag, sowie ihr Verwandter

F. A. Walz,
Kaufmann in Berg (Pfalz).

[983²] **Bekanntmachung.**

Aecht engl. **Patent-Portland-Cement** verkauft Unterzeichneter im Kleinen, und empfiehlt sich zugleich auch zum Bezuge von Original-Tonnen von ca. 380 Pfd. Brutto hiesiges Gewicht, mit dem Bemerken, daß er dafür denselben Preis berechnet, als wenn solche direct von Köln — der Hauptniederlage für Westdeutschland — bezogen werden.

Neustadt a. d. H., im April 1852.

C. F. Völcker.

[984³] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einer Handlung mit verschiedenen Waaren zu N. ist eine Lehrlingsstelle für einen wohlerzogenen jungen Menschen, der sogleich eintreten kann, offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch **Nro. 102** **den 28. April 1852.**

Deutschland.

*** Baierische Landtagsverhandlungen über Erhöhung des Militäretats.** (Fortsetzung.) — Kolb fortfahrend: In der Debatte wurden heute noch einige Momente angeführt, die eine Beleuchtung verdienen. Ich war es, der früher die Ansicht geäußert hat, daß ich glaubte, es stehe bei uns der Regierung die Befugniß nicht zu, die Armee beliebig zu formiren. Ja, ich bestreite der Regierung das Recht, die Formation vom Jahre 1828 beliebig zu vergrößern. Es ist mir dabei nicht eingefallen, beanstanden zu wollen, in welcher Weise die Regierung die Truppen eintheile, in Bataillone oder Compagnieen, ich hatte nur die Stärke im Auge, und beziehe mich auf das Heerergänzungsgesetz vom Jahre 1828, welches ausspricht in Art. 9:

„In Friedenszeiten soll in der Regel die Zahl der „zur jährlichen Ergänzung des Heeres erforderlichen „Mannschaft den sechsten Theil des formationsmäßigen „Standes nicht überschreiten."

(*Die Ausnahme bildet, wie aus den Verhandlungen hervorgeht, der Fall, wenn durch einen vorausgegangenen Krieg der Abgang in einem bestimmten Jahre größer ist, als gewöhnlich.*)

Sodann bestimmt der §. 11:

„In Kriegszeiten kann die Ergänzung nach Gutbefinden der Staatsregierung das im §. 9 bestimmte „Maß überschreiten."

Also nur in Kriegszeiten hat die Regierung die Befugniß, nach Belieben aufzubieten, nicht in Friedenszeiten. Der §. 9 wäre also illusorisch, wenn die Regierung nur zu erklären brauchte: Wir verändern die Formation; er wäre null und nichtig, und stünde als widersinnig im Gesetze.

Es wurde angeführt, es handle sich um die politische, nicht um die finanzielle Frage. M. H., ich kann nicht begreifen, wie die Politik den Zweck haben könnte, die Kräfte eines Landes so in Anspruch zu nehmen, daß das Land hiedurch zu Grunde gerichtet wird. — Man hat sich auf England berufen. Betrachten Sie einmal die geringe Zahl von Truppen, die dieses ungeheure Reich erhält, sie ist unendlich klein gegenüber der unsrigen. In England sagt man: „es gibt bei uns mehr Kirchthürme als Soldaten," und wenn man die Milizen vermehrt hat, was geschah gerade dadurch? Man hat die Volkswehr ausgedehnt; die Miliz ist nichts anders als die Volkswehr!

Man hat sich auf die Zeitumstände berufen. M. H., betrachten Sie diese wie Sie wollen, — wenn Sie einen Kriegszustand im Auge haben, so wird die ganze Sache eine andere. Das Budget ist für die gewöhnlichen Verhältniße, nicht für einen Kriegszustand aufgestellt. — Es wurde angeführt, man habe eine bedeutende Summe für den Straßen- und Wasserbau bewilligt. Ich glaube, der Grund liegt nahe; die Ausgabe wird auf der einen Seite für einen productiven, auf der andern Seite für einen inproductiven Zweck verwendet. — Daß Belgien ein „ärmeres" Land ist, als Bayern, habe ich noch nie gehört; ebenso ist mir die Entdeckung neu, daß es eine „kleinere" Bevölkerung habe, als Bayern.

Die Majorität Ihres Ausschusses, m. H., hat kein einziges der Motive adoptirt, welche geltend gemacht wurden für die höhere Forderung, im Gegentheile, selbst die Majorität des Ausschusses sagt:

„er (der Ausschuß) kann nicht umhin, hiebei seine „feste Ueberzeugung auszusprechen, daß ein so hoher „Ansatz für den Militäretat nun und nimmermehr auf „die Dauer beibehalten werden könne."

Der Ausschuß ist also ebenso wie wir der Ueberzeugung, daß der Etat ohnehin schon enorm, und daß eine weitere Erhöhung auf die Dauer unmöglich ist. Deßungeachtet kommt der Ausschuß zu dem Resultat, für diesmal für die Bewilligung zu stimmen, und zwar werden zwei Gründe dafür angeführt.

Der erste Grund ist der, die jetzigen Verhältniße seien außerordentlich. M. H., die Bewilligung, die Sie gemacht haben, ist so eingerichtet, daß für die nächsten zwei Jahre die volle Forderung der Regierung bewilligt ist, und daß erst nach Ablauf von zwei Jahren die Ersparniß mit einer halben Million eintreten soll. Es können also die jetzigen Zeitverhältniße nicht geltend gemacht werden; dieser Grund ist also nicht stichhaltig.

Als zweiter Grund wird angeführt, der Ausschuß habe diesem Antrage deßhalb und insoferne zustimmen zu sollen geglaubt, „um nicht durch Bewilligung einer von der Staatsregierung als ungenügend angefochtenen Summe dieser letztern Anlaß zu Ueberschreitungen der Budgetpositionen zu geben, welche die Nachhaltigkeit und Ordnung des Staatshaushaltes wesentlich stören würden."

M. H.! Niemals noch ist mir ein Grundsatz in einem Ausschußreferate vorgekommen, der gefährlicher wäre, als dieser. Wohin führte das? Die Regierung dürfte nur mit Nachdruck eine Summe fordern, und Sie würden dieselbe unbedingt bewilligen müßen; die ganze Repräsentation wäre in ihrer Hauptbeziehung völlig überflüßig; gälte wirklich das Princip, welches hier angenommen wird, dann wäre es wahrhaft besser, es existirten gar keine Kammern mehr, als solche, die blos dazu da sind, das bewilligen zu müßen, was gefordert wird! Wohin führte ein solcher Grundsatz? Mit dem nemlichen Rechte könnte man sagen, das Moralgesetz muß aufgehoben werden, damit Niemand in den Fall komme, Uebergriffe gegen dasselbe zu machen. Diese Motive sind also ebenfalls nicht stichhaltig. —

Ich könnte hier schließen, m. H., wenn nicht in dem Vortrage des Referenten der andern Kammer eine Stelle vorkäme, die mich veranlassen muß, noch ein paar Worte zu sprechen. Es wird hier Denen, die auf Verminderung der Armee dringen, diese und jene üble Absicht unterstellt, es wird insbesondere geäußert, es bestehe eine Partei, welche die Absicht habe, alles mögliche Unheil über das Volk zu bringen, und zum Beweise dieser Behauptung, m. H., finden Sie einige Sätze aus meinem Votum wörtlich, jedoch mit einigen Veränderungen, angeführt. — Dieser Modus der Verhandlungen ist wol neu. Befürchten Sie auch nicht, daß ich in gleicher Weise darauf antworten werde. Ich weiß zu gut, daß ich dadurch die Gründe, die meine Meinung unterstützen, nicht verstärken würde. Nur ein paar Bemerkungen in Beziehung auf die Sache.

Es wird meine Aeußerung so angesehen, als ob dadurch, der Himmel weiß welche Geheimniße, enthüllt worden wären, Geheimniße von Conspirationen, und wer weiß, was Alles. Wenn dem so wäre, so würden Sie mir zutrauen, daß ich nicht selbst Ihre Aufmerksamkeit auf den Punct gelenkt haben würde; wenn ich Geheimniße hätte, so dürfte der Referent des anderen Hauses überzeugt sein, daß Er sie weder in diesem Hause noch anderswo erfahren hätte. Allein das ist das Unglück,

daß man immer meint, es handle sich gegenwärtig um Conspirationen, um Dinge, die etwa in einer andern Zeit am Platze gewesen wären, wo es sich um Pallastrevolutionen handelte, das, was man heute als Conspiration betrachtet, geschieht frei und auf offener Straße; es ist der freie Geist, der sich regt, das Erwachen des Selbstbewußtseins der Völker, die Erkenntniß ihrer Würde und Rechte. Und wenn auf das Jahr 1848 hingewiesen wird, so habe ich kein Bedenken, offen zu sagen, daß ich noch heute alle die Principien bekenne, die ich damals bekannt habe; es ist mir gleichgiltig, ob Viele von denen, die von einer „breiten democratischen Basis" früher nicht laut und lange genug reden konnten, heute jedes Fünkchen von Volksfreiheit vertilgen wollen. Mein Standpunct ist der damalige; was ich damals wollte, will ich heute noch: Einheit und Freiheit Deutschlands! Und wäre damals verwirklicht worden, was diese „Partei" anstrebte, m. H., so sähe es weniger übel in Deutschland aus; wir hörten nicht von fortwährendem Octroyiren, wir hätten nicht Schleswig-Holstein, das eigene Glied, von dem eigenen Körper losgerissen, und auch der Feldzug nach Kurhessen wäre nicht erfolgt, der glücklicher Weise wenig Blut, aber ziemlich viel Geld — und was noch mehr ist, der das gute Recht eines biedern deutschen Stammes gekostet hat." —

(Fortsetzung folgt.)

* **München**, den 24. April. Die erste Berathung in der heutigen Sitzung betrifft den Gesetzentwurf, wonach künftig der Präsident der Reichsrathskammer von der Krone ernannt werden soll. Wallerstein erklärt sich dagegen, um nicht einen Fortschritt vom Jahr 1850 aufzugeben, um die Reichsräthe bei ihrem Principe der Stabilität festzuhalten, um weiteren Aenderungsgelüsten vorzubeugen, und aus den entgegengesetzten „politischen Gründen," welche im andern Hause geltend gemacht werden. Der Ministerpräsident nimmt die Vorlage in Schutz, und sie wird sofort mit 80 gegen 42 Stimmen zum Gesetze erhoben. Wallerstein legt Verwahrung dagegen ein, da das Gesetz die Natur der Verfassungsgesetze an sich trage, zu deren Giltigkeit eine Zweidrittelsmajorität erforderlich sei. Der Ministerpräsident spricht eine Gegenverwahrung aus.

Nun folgt die Berathung über den Gesetzentwurf betreffs der Gewährschaft einer Zinsengarantie für die Fortsetzung der Pfälzer Eisenbahn bis an die französische und darmstädtische Grenze. Nach Eröffnung der allgemeinen Discussion spricht Roos „als Mitglied des Verwaltungsausschusses" über deren Nothwendigkeit und Ertragsfähigkeit; Lang „als Vertreter des Wahlbezirks, durch welchen sie geführt werden soll." Rebenack bemerkt, die früher projectirte Speyerer Linie habe alle ihre Gründe geltend gemacht, die Gebirgslinie sei dagegen in keiner Weise zurückgeblieben. Er wolle den Streit nicht erneuern, in der Voraussetzung, daß die Entscheidung der Staatsregierung auf genauer und umfassender Abwägung beruhe. Römmich kann kaum noch dazu kommen, einige Worte zu sprechen, da die Kammer, welche das Gesetz ohne Zweifel auch ohne jede Bemerkung von irgend einer Seite angenommen haben würde, mit Heftigkeit zur Abstimmung drängt. Die sämmtlichen Gesetzesartikel werden sofort ohne Discussion, und das ganze Gesetz in der Endabstimmung mit 110 gegen 9 Stimmen angenommen.

Der Abgeordnete und 2. Präsident Weis bringt nun folgenden Antrag ein, der dem Gesetze beigefügt werden solle: „Für den Fall, daß die Staatsregierung die Erbauung einer Eisenbahn von Homburg nach Zweibrücken für zweckmäßig erachtet, und ein Actienverein die Erbauung unter den von der Staatsregierung festzusetzenden Bedingungen übernimmt, ist die kgl. Staatsschuldentilgungskommission ermächtigt, die Gewährleistung eines jährlichen Zinsertrages von höchstens 4½ vom Hundert aus dem Bau- und Einrichtungskapitale, vom Tage der Eröffnung der Bahn gerechnet, auf 25 Jahre zu übernehmen, wogegen jedenfalls nach 99 Jahren diese Bahn unentgeltlich dem Staate heimzufallen hat."

Dieser von Hrn. Weis mündlich sehr gut motivirte Antrag fand jedoch nicht die nothwendige Unterstützung, und konnte deßhalb geschäftsordnungsmäßig nicht zur Berathung kommen. Die Nichtunterstützung ist wohl nicht als eine für das Unternehmen an sich ungünstige Stimmung zu betrachten, sondern liegt offenbar in dem Umstande, daß so wichtige finanzielle Angelegenheiten der Vorberathung und Verständigung auf vorgängige autentische Erhebungen und Darlegungen von Seiten des Ministeriums bedürftig erscheinen, und die Kammer ohne Vorberathung und Bericht des betreffenden Ausschusses auf Ermächtigungen nicht einzugehen gewohnt ist, welche bei den vielen geldkostenden Unternehmungen weitere finanzielle Opfer in die Nähe rücken würden. Sollte zur Zeit eine gründliche Vorlage von Seiten des Ministeriums hierüber gemacht werden, welche die Rentabilität dieser Bahn nachweist, dann wird die Kammer wohl nicht entgegen sein.

Der weitere Gegenstand der Berathung ist die Eisenbahn von München nach Salzburg und Kufstein. Der Ausschuß schlägt in erster Linie eine Zinsengewährschaft des Staates für eine Actiengesellschaft, wie bei der Pfälzerbahn vor, und im Falle diese nicht gefunden werde, in zweiter Linie die Ermächtigung zur Aufnahme eines Anlehens von 10 Millionen al pari zu [illegible] Procent jährlich heimzahlbar. Die weitere Verfügung zur vollständigen Deckung des Bedarfs soll der Kammer von 1855 vorbehalten bleiben. Nach stattgehabter Debatte wird das Gesetz in der vorgeschlagenen Fassung mit 111 gegen 11 Stimmen angenommen.

Speyer. (Die kurhessische Verfassungsfrage. Der „Nürnb. Kur." enthält folgenden Artikel: Am 17. Oct. 1850 brachte die „Neue Münchener Ztg." an der Spitze ihres Blattes einen officiellen Artikel folgenden Inhalts:

„Eine Partei, die immer und überall nur Mißtrauen zu säen und die Gemüther zu beängstigen bestrebt ist, sucht jetzt auch die kurhessische Angelegenheit wieder für ihre Zwecke auszubeuten. Diese Partei erdreistet sich mit Entstellung der Wahrheit, die Regierungen, welche etwa berufen werden könnten, zur Wiederherstellung eines gesetzlich geordneten Zustandes in Kurhessen werkthätig einzuschreiten, in doppelter Weise zu verdächtigen. Man sagt, die Truppen, welche in Kurhessen einrücken würden, seien es baierische oder irgend andere einer der bundesgetreuen Regierungen, seien lediglich bestimmt, das Regiment des Hrn. Hassenpflug in Kurhessen zu stützen und die kurhessische Verfassung umzustürzen. Ja, man scheut sich sogar nicht, in wahrhaft perfider Weise, durch böswillige Andeutungen Besorgnisse wegen angeblicher Gefahr auch für die Verfassungen der übrigen constitutionellen Staaten in den Gemüthern zu erregen. Wir müssen solche Verdächtigungen auf das Entschiedenste zurückweisen. Wir haben vielmehr die innigste Ueberzeugung, daß die hohe Bundesversammlung zu Frankfurt so wenig als irgend eine der bundesgetreuen Regierungen daran denkt oder auch nur denken kann, um der Person dieses oder jenes Ministers willen Truppen marschiren zu lassen, oder gar zum Umsturz der kurhessischen Verfassung die Hand zu bieten. Nicht den Umsturz, sondern die Erhaltung der kurhessischen Verfassung und mit ihr aller übrigen, die Wahrung derselben vor Uebergriffen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, die Erhaltung des Bestehenden gegenüber offenen und verhüllten Angriffen. Dies ist die Aufgabe, welche sich die Bundesversammlung und die treu an der Bundesverfassung haltenden Regierungen vorgesteckt haben. Die Folgezeit wird zeigen, auf welcher Seite die wahren Freunde der Verfassung in Kurhessen, auf welcher ihre Feinde stehen."

So betheuerte am 17. Oct. 1850 die officielle Neue Münchner Zeitung. Und es verging ein Jahr, und wir

Alle wiſſen, was in dieſen 18 Monaten in Kurheſſen geſchehen iſt.

Am 13. April 1852 aber erſchien in der kurheſſiſchen Geſetzſammlung eine Verordnung, durch welche die kurheſſiſche Verfaſſung aufgehoben, umgeſtürzt, und eine andere ſogenannte Verfaſſung Haſſenpflug'ſcher Façon an ihre Stelle octroyirt wird, welche ſich zu jener aufgehobenen verhält, wie wir im britiſchen Dichter leſen:

„Sieh' hier auf dieſes Bild und jenes dort;
Sie zeigen zweier Brüder Konterfei.
Sieh', welche Grazie ſaß auf dieſem Antlitz:
Hyperion's Locken, Jovis Stirne ſelbſt,
Gleich Mars' das Aug', zu dräu'n und zu gebieten....
Der war dein Gatte. Sieh nun zu, was folgt:
Hier iſt dein Gatte; gleich mehlthau'ger Aehre,
Die ihre kerngeſunde Schweſter friſzt."

Die Aufhebung jener und die Octroyirung dieſer Verfaſſung in Kurheſſen aber geſchah in Gemäßheit eines Bundesbeſchluſſes, welcher lautet:

„1) Die Bundesverſammlung ertheilt den zur Wiederherſtellung der Ruhe und Ordnung im Kurfürſtenthum Heſſen getroffenen Maßregeln der durch die kaiſerlich königlich öſterreichiſche und die königlich preußiſche Regierung beſtellten Bundescommiſſäre ihre Genehmigung.

2) Sie erklärt, kraft der nach Art. 61 und 27 der Wiener Schlußacte ihr zuſtehenden Competenz, indem ſie in dem Mangel einer bundesgeſetzmäßigen Ordnung der Verfaſſungsverhältniſſe des Kurfürſtenthums die Veranlaſſung der eingetretenen Unruhen erkennt, daß die Verfaſſungsurkunde vom 5. Jan. 1831 nebſt den in den Jahren 1848 u. 1849 dazu gegebenen Erläuterungen und daran vorgenommenen Abänderungen und ſammt dem Wahlgeſetze vom 5. April 1849 in ihrem weſentlichen, jedoch von dem übrigen nicht wohl zu trennenden Inhalte mit den Grundſätzen des deutſchen Bundes, insbeſondere mit den Vorſchriften der Artikel 54, 57 und 58 der Wiener Schlußacte nicht vereinbar und daher außer Wirkſamkeit zu ſetzen iſt.

3) Demgemäß und nach der über die Reviſion der Verfaſſung zwiſchen der kurheſſiſchen Regierung und den Bundescommiſſären ſtattgehabten Berathung wird die kurfürſtlich heſſiſche Regierung aufgefordert, nachdem von ihr der Inhalt des vorſtehenden Ausſchußberichtes in Erwägung gezogen ſein wird, eine dem Reſultate dieſer Berathung entſprechende revidirte Verfaſſung für das Kurfürſtenthum Heſſen nebſt Wahlgeſetz und Geſchäftsordnung, an die Stelle der ſeitherigen, ohne Zögerung als Geſetz zu publiciren" ꝛc.

Dieſer Bundesbeſchluß, durch welchen die kurheſſiſche Regierung zur Aufhebung der beſtehenden Verfaſſung nebſt Wahlgeſetz und zur Octroyirung der neuen aufgefordert und ermächtigt worden iſt, iſt gefaßt worden unter Beirath und Zuſtimmung des königl. baieriſchen Bundestagsgeſandten, welcher ſeine Inſtructionen vom kgl. baier. Miniſterium des Aeußern erhält.

München, den 23. April. Wie heute offiziell verlautet, haben die baieriſch-öſterreichiſchen Verträge, durch welche die Donauſchifffahrt frei wird, die Genehmigung beider Souveräne erhalten.

Frankfurt, den 26. April. Mehrere Cigarrenarbeiter (etwa 20 an der Zahl), welche ſich gegen ihren Fabrikanten aufgelehnt hatten, wurden auf deſſen Anzeige beim Polizeiamte verhaftet und aus Stadt und Gebiet gewieſen.

Sondershauſen, den 20. April. Vor unſer Schwurgericht wird demnächſt ein Monſterproceß, aus dem Jahre 1848 ſtammend, kommen. An 200 Perſonen haben damals den in einem preuß. Orte wohnenden Gutsbeſitzer mit Gewalt genöthigt, auf alle gutsherrlichen Gefälle zu verzichten und die treffenden Documente herauszugeben. Werden die Angeklagten verurtheilt, ſo haben wir nicht Gefängniſſe genug.

Deſſau, den 19. April. Die Bärte haben auch bei uns zur Unterlage einer Weiſung gedient, welche nun ganz glatte Geſichter zum Vorſchein bringt.

Bremen, den 22. April. Heute ſind die Preſſen in der Druckerei des Hrn. Emil Meyer von der Polizei verſiegelt worden, wie wir hören, auf Veranlaſſung des Bundescommiſſärs. In jener Druckerei ward ein demokratiſches Localblatt gedruckt.

Berlin, den 22. April. Die erſte Kammer beſeitigte durch die Tagesordnung den Antrag auf Einführung der Civilehe.

— den 24. April. Ein in der kirchlichen Geſchichte Berlins unerhörtes Ereigniß hat ſich in den letzten Tagen dieſer Woche zugetragen. Seit dem Freitage ſind 22 Perſonen, bisher der proteſtantiſchen Confeſſion angehörig, zur katholiſchen Kirche übergetreten.

Görlitz, den 23. April. Heute erreichte der bekannte politiſche Prozeß, in deſſen Verlauf der Buchhändler B. Bucher in Frankfurt a. M. und der praktiſche Arzt Dr. Kleefeld hierſelbſt vorübergehend verhaftet worden waren, ſein Ende, und zwar durch Freiſprechung von der Anklage.

Wriezen a. O., den 22. April. Ein trauriges Ereigniß, das ſich ſo eben zugetragen, bewegt die hieſige Bevölkerung. Die Ehefrau eines hieſigen Gewerbtreibenden hat ſich nemlich heute früh mit ihren 3 Kindern, Mädchen von reſp. 20, 15 und 6 Jahren, gleichzeitig in dem Waſſer unſeres Landgrabens den Tod gegeben. Man fand die Leichen in ihren beſten Anzügen — das eine Mädchen war vor wenigen Tagen erſt confirmirt, und hatte ihren Kirchenanzug angelegt — und zwar hatte die Mutter ihr jüngſtes Kind ſich auf die Bruſt gebunden, während die beiden andern Mädchen ſich ſelbſt zuſammengebunden hatten, ſo daß über einen freiwilligen Tod kein Zweifel obwalten kann. Das Motiv zur That ſchreibt man unglücklichen Eheverhältnißen zu.

Schweiz.

Freiburg. Der „Confédéré" theilt wieder ein Beiſpiel pfäffiſcher Umtriebe von dem Pfarrer Chancy in Stäffis mit. Derſelbe hat am Oſterfeſte ſeinen Beichtkindern unter Anderm auch jedesmal die Frage vorgelegt, ob ſie die Petition für Loskauf der Zehnten und Feudallaſten unterzeichnet. Wurde die Frage verneint, ſo frug er an, ob man die Gegenpetition unterzeichnen wolle; wurde bejaht, ſo verweigerte er die Abſolution. Solchen Wortgottesverkündigern ſollte man wirklich das Handwerk legen. (Schw. Nat.-Ztg.)

Teſſin. Der Pfarrer Uboldi von Monte, der von mehreren der erſten liberalen Führer ausgeſagt hatte, daß ſie an Falſchmünzerei betheiligt ſeien, hat nun öffentlich vor Gericht ſich für einen Verleumder erklärt, das Gericht, das Volk und die beleidigte Partei um Vergebung gebeten und nebſt den Prozeßkoſten 50 Lire Buße für die Armen in Mendriſio bezahlt. (Schw. Nat.-Ztg.)

Frankreich.

Paris, den 21. April. Ungeachtet der angekündigten zahlloſen offiziellen Feſtlichkeiten beginnen jetzt ſchon die hohen Klaſſen der pariſer Geſellſchaft theilweiſe Paris zu verlaſſen und ſich aufs Land zu begeben. Man langweilt ſich aus übergroßer Sicherheit! Es iſt noch immer ſtark die Rede von der Wiedereinführung der Lotterie und von Spielhäuſern. — In Paris iſt geſtern bei ſcharfem Nord-Oſtwind Schnee gefallen. Allgemein wird in Frankreich über die anhaltende Dürre geklagt.

— den 23. April. Der Ex-Repräſentant Eſtancelin, ein eifriger Orleaniſt, hat ſeit Anordnung der Vereidigung aller unter dem Miniſterium des Innern ſtehenden öffentlichen Perſonen ſeine Entlaſſung als Mitglied des Generalrathes vom Departement der unteren Seine eingereicht.

D. Dronke, der ſeit 6 Wochen in Paris gefangen ſaß, iſt geſtern, von Polizeiagenten begleitet, nach Lon-

Digitized by Google

von abgereist. Die gerichtliche Untersuchung, die man gegen ihn eingeleitet, war niedergeschlagen worden. Da er aber früher ausgewiesen worden war, so wurde er unter polizeilicher Aufsicht nach Havre gebracht, um dort eingeschifft zu werden. Er war genöthigt, die Kosten seiner Reise und die der Agenten zu bezahlen, so wie jedem derselben eine Geldentschädigung für die Hin- und Herreise zu geben.

Es bestätigt sich völlig, daß den souveränen Familien, deren Interessen durch das gegen die Güter der Familie Orleans erlassene Confiscationsdecret vom 22. Januar benachtheiligt werden, und welche deßhalb durch ihre Gesandten Vorstellungen bei der französischen Regierung haben machen lassen, eröffnet worden ist, es könne diesen Vorstellungen keine Folge gegeben werden, da das Decret in seinem ganzen Umfange in Vollzug gebracht werden müsse.

In den Departements der unteren Seine, des Loiret und der Aisne sind die Brandstiftungen häufiger, als je.

Italien.

Sardinien. Auf der Insel Sardinien ist die Ordnung noch immer nicht überall hergestellt. Der Universitätsrath von Cagliari ist aufgelöst und Stadt und Provinz Tempio in Belagerungszustand erklärt worden.

Großbritanien.

London, den 23. April. Die Direktion der Bank von England hat die Herabsetzung ihres Discontos auf 2 pCt. beschlossen.

In dem Dorfe Rendon brannten am Donnerstag Abend zwei Bauernhäuser nieder, wobei sieben Kinder von 4 bis zu 12 Jahren in den Flammen das Leben einbüßten.

Rußland.

Der Kaiser hat 11 polnische Emigranten begnadigt und in ihre bürgerlichen Rechte wieder eingesetzt.

Persien.

Nach Briefen aus Erzerum ist die Cholera wieder mit Heftigkeit in Persien ausgebrochen. Zugleich soll der Typhus in Teheran und Trabris grassiren.

Neueste Nachrichten.

München, den 24. April. Auf heutiger Schranne ist Weizen und Korn um 13 und 25 kr. gestiegen, Gerste und Hafer um 2 und 17 kr. gefallen.

Bremen, den 23. April. Wir haben bereits gestern gemeldet, daß der Senat jetzt die Absetzung des Pastors Dulon förmlich ausgesprochen hat. Wie die N. Br. Z. vernimmt, ist Dulon zugleich jede Ausübung eines Prediger- oder Lehramtes innerhalb des bremischen Freistaates untersagt.

Miscellen.

Aus Bonn vom 23. April geht uns folgende Mittheilung zu: „Kaum ist der sechszehnte Genosse der Planeten-Gruppe zwischen Mars und Jupiter, dessen Entdeckung durch De Gasparis in Neapel diese Blätter vor Kurzem meldeten, auf allen Sternwarten aufgefunden worden, und schon können wir die Entdeckung des siebenzehnten anzeigen. Und zwar ist diese in unserer unmittelbaren Nähe dem Herrn R. Luther geglückt, dem Astronomen der von dem seligen Benzenberg gestifteten düsseldorfer städtischen Sternwarte, der auf diese Weise sein vor wenigen Monaten angetretenes Amt auf eine glänzende Weise inaugurirt. Der neue Planet gehört, so wie sein unmittelbarer Vorgänger, wahrscheinlich zu den kleineren seiner Gruppe, da er sich nur als ein Stern 10. bis 11. Größe zeigt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 24. April. Weizen 21 fl. 24 kr., Korn 17 fl. 14 kr., Gerste 12 fl. 56 kr., Hafer 6 fl. 33 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[891] **Zu vermiethen.**

Ein zu Edesheim an der Landstraße von Neustadt nach Landau gelegenes Wohnhaus, in welchem seit 28 Jahren Wirthschaft und ein Spezereigeschäft mit Vortheil betrieben wurde, und wobei Oeconomie-Gebäude, ein großer Hof, ein hübscher großer Pflanzgarten mit 30 Obstbäumen und etwas Weinberg sich befinden, ist aus freier Hand auf mehrere Jahre zu vermiethen und kann sogleich bezogen werden.

Das Nähere ist bei Jacob Diehm in Edesheim zu erfragen.

[990] **Anzeige.**

Wegen eingetretener Hindernisse wird die in Nro. 97 der Speyerer Zeitung ausgeschriebene Versteigerung der den Erben von dem verstorbenen Herrn Friedrich Schneider, gewesener Bierbrauer und Gutsbesitzer in Landau zugehörigen Häuser und Mobilien, nicht an den angezeigten Tagen, sondern die Versteigerung des Hauses am 16. Juni nächsthin, des Nachmittags 2 Uhr, in dem Gasthause zum Löwen in Landau, und jene der Mobilien dem darauf folgenden Tage, Morgens 9 Uhr, vor dem Hause des Erblassers stattfinden.

Landau, den 26. April 1852.

W. Heuck, Notar.

[989] **Bekanntmachung.**

Der Mannheimer Maimarkt für Pferde und Rindvieh wird

Dienstag den 4. Mai 1852

abgehalten und beginnt

Montag, den 3. Mai 1852, Mittags 12 Uhr.

Mannheim, den 24. April 1852.

Großherzoglich Badisches Bürgermeisteramt:

Diffené.

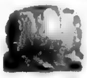
Chuno.

[971a] **Lehrlingsgesuch.**

In eine Schirm-, Manufactur- und Kurzwaarenhandlung in Mainz werden 1—2 Lehrlinge von angenehmem Aeußern und guter Familie gegen mäßiges Lehrgeld gesucht. Frankirten Anerbietungen sieht man unter der Chiffre R F. Post-Restante Mainz umgehend entgegen.

[939a] **Weinversteigerung**

in Ludwigshafen am Rhein, bayerischen Pfalz.



Montag, den 3. Mai nächsthin, Morgens 10 Uhr, im Locale der Saam'schen Wirthschaft, lassen die Herren Kaufmann und Glöckler in Ludwigshafen a. Rh. von ihrem Lager allda versteigern:

34,000 Liter 1848er Friedelsheimer, Wachenheimer und Rhodter, alles selbst gezogene und ganz rein gehaltene Weine.

Proben werden bei der Versteigerung und an den beiden vorhergehenden Tagen ausgegeben.

Oggersheim, den 2. April 1852.

Leuchsenring, Notär.

[936c] **Bekanntmachung.**

Das Anlehen deutscher Fürsten und Edelleute, garantirt vom Prinzen Friedrich von Preußen, Herzog von Nassau, Herzog von Meiningen, Herzog von Sachsen-Koburg u. a. m. bietet die schönen Gewinne von 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 14,000, 13,000, 12,000, 11,000 10,000, 10 à 5,000 fl. u. s. w.

☞ **Nächste Ziehung am 15. Mai 1852.** ☜

Zu diesem äußerst vortheilhaft eingerichteten und in jeder Hinsicht empfehlenswerthen Anlehen, können Loose zu folgenden Preisen bezogen werden: Einzelne Loose à 1 fl. 30 kr., 4 Stück à 5 fl., 9 Stück à 10 fl., 20 Stück à 20 fl., 56 Stück à 50 fl., durch das unterzeichnete, mit dem Verkauf beauftragte Großhandlungshaus

Julius Stiebel junior u. Comp.
Banquiers in Frankfurt a. M.

Neue
Speyerer Zeitung.

Donnerſtag | Nro. 103 | den 29. April 1852.

Deutſchland.

*** Baieriſche Landtagsverhandlungen über Erhöhung des Militäretats.** (Fortſetzung.) — Roos ſpricht in Kürze, um den Vorſchlag der Ausſchußmajorität zu rechtfertigen. Er ſagt u. a.: „Bei den letzten Ausſchußverhandlungen über den Militäretat waren wir Alle ohne Ausnahme darüber einig, daß dieſer Etat in ſeiner dermaligen Höhe nicht wohl auf die Dauer beſtehen könne; nur in Bezug auf die Frage gingen die Meinungen auseinander, ob die nothwendigen Erſparungen und Einſchränkungen in dem gegenwärtigen Momente ſchon von der Staatsregierung verlangt werden könnten oder nicht. . . . Wenn die Staatsregierung glaubt, es mit ihren Pflichten durchaus nicht vereinbaren zu können, in dieſer Zeit der Kriſis die Armee zu reduciren, und wenn die Kammer demungeachtet die Regierung hiezu zwingen will durch Verweigerung der geforderten Mittel, wohin, frage ich, ſoll dieſer Conflikt führen? Fragen Sie ſich ſelbſt, m. Hrn., ob die Summe, über welche heute noch geſtritten wird, von ſolchem Belange ſei, daß ſie einen Konflikt rechtfertigen könne mit der Staatsregierung, welcher die Majorität dieſes hohen Hauſes ſeit Jahren mit dem vollſten Vertrauen zur Seite geſtanden iſt.“ Schließlich noch Aufforderung an die Kammer, ſie möge auch heute „ihrem Ausſchuße vertrauen.“

Binder. „M. Hrn.! „Die Kammern werden eben alt und wieder jung, und das Volk hofft vergebens Erleichterung.“ Deßwegen hat ſich auch die Anſicht im Volke feſtgeſtellt, daß durch die Kammerthätigkeit weder ſeine Inſtitutionen im Geiſte der Zeit erhalten und fortgebildet, noch ihnen eine Erleichterung der Steuerlaſt werden könne. M. Hrn., erlauben Sie mir, Ihnen ein Volksurtheil bezüglich der Poſition, die uns eben im Budget vorliegt, zu unterbreiten. Sie werden es durch das, was der Hr. Referent in ſeinem klaren, auf Ziffern baſirten Vortrage, wie durch die Rede des Hrn. Kolb dargelegt worden iſt, noch mehr beſtätiget finden. Man iſt nemlich im Volke der Anſicht, daß, nachdem man durch zwei Jahrzehnte mit einem Militärbudget von 6 Millionen ausreichte, nachdem man ſelbſt zu einer Zeit, als der Krieg vor der Thüre drohte, nemlich im Jahre 1831, von Seite der Staatsregierung nicht mehr verlangte, nachdem ſelbſt damals vom Miniſtertiſche aus erklärt wurde, daß die Zeughäuſer gefüllt ſeien und die Armee in vier Wochen mobil gemacht werden könne, es entweder eine gränzenloſe Unkenntniß der Sache der damaligen Staatsregierung verrathe, ſowie höchſt unverantwortlich von ihr geweſen ſei, ſowol die Sicherheit des Landes nach Außen, als nach Innen, nebſt ihre Bundespflicht zu vernachläſſigen, oder daß die gegenwärtigen Organe der Staatsregierung vielleicht zu ängſtlich oder höchſt wahrſcheinlich eine beſondere Neigung für die Ausbildung dieſes Inſtituts bezeige. — M. Hrn., das Volk urtheilt ferner: „wenn Ihr zu jener Zeit ſelbſt das Budget mit 6 Millionen bekämpft habt, während Ihr jetzt ſo leicht 2¼ Millionen mehr bewilligt, damals aber für Denkmäler architektoniſcher Pracht- und Kunſtbauten Millionen ebenſo leicht ausgeben konntet, ſo zeigt ſich eben, daß der Staatshaushalt ſtets eine offene, freſſende Wunde habe, die immer ſeine Kraft mehr oder minder verzehren wird, und Ihr gleicht nicht dem erfahrenen, entſchloſſenen Arzte, der ein heroiſches Mittel richtig dagegen anwendet, ſondern dem gefälligen, der ſeinen Patienten nur zu leicht durch die Finger ſieht.“ — M. Hrn., der Deutſche verzweifelt an ſeinen Zuſtänden. — Sehen Sie auf die langen Züge der Auswanderer, ſie ſind bereits zu einer Völkerwanderung geworden. Nicht mehr der Prolate, nicht mehr der Abenteurer, nein! der gewerbſame und thätige Bürger, der begüterte Landmann, ja der reiche Gutsbeſitzer gehen an Bord des Rheders und verlaſſen Alles, was dem Menſchen theuer und heilig iſt; ſie verlaſſen Vaterland, Sitten und Gewohnheiten, Freunde und Verwandte, um ſich jenſeits des Meeres eine Heimath zu ſuchen, wo ſie überzeugt ſind, daß die Früchte ihres Fleißes ihnen nicht verdünnet oder decimirt werden, wo ſie nicht in Furcht die Zeit der Conſcriptionspflicht für ihre Söhne herannahen ſehen, denn dieſe können ſich unbeirrt, wenn ſie mannbar geworden ſind, neben ihnen niederlaſſen, und ihre eigene Familie gründen, da dort der Staat keine Soldaten nöthig hat, wie man bei uns wähnt, um gegen den Bürger die innere Ruhe zu bewahren. Sehen Sie dagegen die Auswanderungsliſten des Jahres 1848 nach. M. H., ſie waren damals bedeutend geringer, denn damals hegte das deutſche Volk noch die Hoffnung, daß ſeine Vertreter in Frankfurt ſeine Angelegenheiten zum gewünſchten Ziele führen würden. Es ſah damals ein Inſtitut zu Grabe gehen, das nie ſeine Sympathien hatte und das ſich auch nie um ſeine Sympathien bewarb, deſſen Wiederaufleben aber jeden Vaterlandsfreund mit Beſorgniß und Kummer erfüllt.“

Heine. Er ſei durch die Ziffern und Zahlen etwas abgeſpannt. Er halte ſich an die politiſche Lage Europas. In dieſem ganzen Erdtheile ſpiele Alles egoiſtiſch, während in Deutſchland Alles vereinzelt ſtehe. Es verrathe keine politiſche Anſchauung, jetzt von Reduction der Armee in Baiern zu ſprechen. — Eifert gegen den modernen Conſtitutionalismus mit ſeinen Reden und ſeinem Nichtsthun. „M. H.! damit vertröſtet man uns ſeit 30 Jahren, und ſeit 30 Jahren iſt es derſelbe fehlerhafte Wurzelbegriff, welche bei den geringſten Laſten des Volkes, als welche ſie ſchon die nächſte Folgezeit beim Rückblicke bereitwillig erkennt, immer ein Jammern erregt, und nicht abläßt über alle Forderungen der Nothwendigkeit an die Executive, welche eine Macht zum Handeln haben muß, die größten Vorwürfe zu richten.“

Der Redner könne den großen nationalökonomiſchen Schaden, und wiſſe auch ſehr gut — da Kolb von der großen Sterblichkeit in der Armee geſprochen — „daß viele individuelle Kräfte dadurch aufgerieben oder wenigſtens abgerieben“ würden; allein auch in den Bleifabriken holten ſich Viele den Tod. „Wollen Sie das unſchätzbare Vertrauen auf unſern Hrn. Kriegsminiſter mit Groſchen abwägen?“ (Schluß folgt.)

Der Eid. Der Stuttgarter „Beobachter“ ſagt: Es war eine Zeitlang in der deutſchen Roman- und Erzählungswelt Mode, die Geſchichte eines Guldens, eines Kreuzers u. dgl. zu ſchreiben, wobei die alte, abgegriſſene Münze in eigener Perſon ihre Fata vom Prägſtock an bis zur Abſchätzung berichtete und bunte Lebensläufe der Perſonen daran knüpfte, durch deren mehr oder minder reine Hände ſie gewandert war.

In ähnlicher Weiſe könnte man heutzutage den politiſchen Eid ſeine Schickſale erzählen laſſen, und in der That iſt ein Correſpondent der A. Z. auf den Gedanken gekommen, die Anzahl von Eiden aufzureihen, die in Frankreich ſeit der erſten Revolution bis zu dieſer

Digitized by Google

Stunde geschworen worden sind. Es ist eine hübsche Paternosterreihe. Der erste Eid galt der Verfassung des Königreichs, der Nation, dem Gesetz und dem König, der zweite der Nation, der Freiheit und Gleichheit, mit dem Zusatzgelöbniß des Nichtkomplottirens dagegen. Die Schreckensregierung verlangte keinen Eid, sie ging auch hierin sans phrase zu Werke. Der dritte Eid, unter dem Directorium, enthielt ewigen Haß dem Königthum. Der vierte, unter dem durch den 18. Brumaire errichteten Consulat, galt der einen untheilbaren Republik, der fünfte, unter dem befestigteren Consulat, der durch die Verfassung der Republik errichteten Regierung. Der sechste wurde auf dem Altar des Kaisertums und dem Kaiser geschworen, der so viel auf ihn hielt, daß er ihn in den hundert Tagen als siebenten wiederholen ließ. Der achte beugte sich unter das Königthum und die Charte, welche aber im Militäreid ausgelassen war. Der neunte (1830) huldigte dem Könige der Franzosen und der Charte. Der zehnte war nur noch ein Monolog, denn er wurde, nachdem die Nationalversammlung den Mißbrauch des Eides erwogen hatte, bloß noch vom Präsidenten auf die Republik und die Verfassung geschworen. Aber auch dieser eine war noch zu viel, wie der zweite December und der nunmehr an die Stelle des zehnten getretene elfte Eid bezeugt. Dieser elfte ist wieder verallgemeinert und wird, wie bekannt, von jedem Beamten bis zum Feldhüter herab geschworen; er geht auf die Verfassung und den Präsidenten, welcher letztere nicht selbst schwört, aber den zehn vorangegangenen Erfahrungen zum Trotz auf diesen elften Eid ein großes Gewicht zu legen scheint. Und doch wird auch dieser elfte, wie alle Vorbereitungen zeigen, demnächst einem zwölften weichen, und dieser zwölfte wird hinwiederum der sechste und siebente sein. Muß man nach allem diesem zugestehen, daß der französische Eid wenigstens sehr einer durch viele Hände gegangenen Münze gleicht, und nimmt man hinzu, daß ein in den siebziger Jahren geborner und jetzt noch lebender Mann alle diese Eide mit Ausnahme des zehnten geschworen hat, so wird man es nicht begreiflich finden, wie ein deutsches Sprichwort „unsrem Herrgott in Frankreich" ein besonders „lustiges Leben" zuschreiben kann.

• **München,** den 24. April. Das von der Abgeordnetenkammer angenommene Gesetz über die Pfälzischen Eisenbahnen lautet wörtlich folgendermaßen:

Art. 1. Die kgl. Staatsschuldentilgungscommission ist ermächtigt, die Gewährleistung eines jährlichen Zinsertrages von höchstens vier ein halb vom Hundert aus dem Bau- und Einrichtungscapitale der durch einen Actienverein zu erbauenden Eisenbahn von Neustadt über Landau bis an die Landesgrenze bei Weißenburg zum Anschluße an eine von da nach Straßburg zu führende Eisenbahn, vom Tage der Vollendung und Eröffnung der ersteren gerechnet, auf 25 Jahre zu übernehmen, wogegen jedenfalls nach 99 Jahren diese Bahn unentgeldlich dem Staate heimzufallen hat.

Art 2. Für den Fall der Herstellung einer Eisenbahn von Ludwigshafen bis an die Landesgrenze bei Worms, zum Anschluße an eine Worms-Mainzer-Bahn, von Seite der Actiengesellschaft der pfälzischen Ludwigsbahn wird die k. Staatsschuldentilgungscommission ermächtiget, die durch Art. 1 des Gesetzes vom 25. August 1843 für die Ludwigshafen-Berbacher Eisenbahn bewilligte Gewährleistung eines jährlichen Zinsertrages von vier vom Hundert aus dem Bau- und Einrichtungscapitale auch auf das Bau- und Einrichtungscapital für die neue Bahnstrecke als einer mit der pfälzischen Ludwigsbahn vollständig vereinigten und mit dieser an den Staat unentgeldlich heimfallenden Zweigbahn auszudehnen.

Art. 3. Die Staatsregierung ist erforderlichen Falles ermächtiget, bei Herstellung der Ludwigshafen-Wormser Bahn durch die im Art. 2 benannte Gesellschaft das kgl. Aerar durch Abnahme von Actien im Maximalbetrage von Einer Million Vierhundert Tausend Gulden für Rechnung der Eisenbahnbaudotationskassa, welche ihrerseits diese Actien nach Maßgabe ihres Bedarfes und der sich ergebenden günstigen Gelegenheit wieder zu verwerthen hat, zu betheiligen.

Art. 4. Die Mittel zu dem im Art. 1 und 2 bezeichneten Zinszuschüße sind im Falle und nach Maßgabe des Bedarfes nach Art. 5 des Gesetzes vom 26. Dec. 1851, die Aufbringung des Bedarfes für die Eisenbahnbaudotationskassa in den Jahren 18$\frac{51}{55}$ betreffend, zu beschaffen.

München, den 33. April. Während bisher die Richter und Staatsanwälte des obersten Gerichtshofes und der Appellationsgerichte in den öffentlichen Sitzungen in der so unbequemen Uniform zu erscheinen hatten, gestattet nunmehr eine allerhöchste Verfügung das Tragen der Civilkleidung, resp. des schwarzen Frackes, von welcher Verfügung die Richter des obersten Gerichtshofs in der heutigen Sitzung zum erstenmal Gebrauch machten.

Amberg, den 23. April, Durch das Verdikt der HH. Geschwornen, welches gestern Nachts 10 Uhr verkündet wurde, ist der Redakteur des Regensburger Tagblatts, Hr. Reitmayr, eines Preßvergehens für nicht schuldig, die HH. Allgeyer, Held und Achter aber eines solchen für schuldig befunden worden. Die 3 letztgenannten wurden hierauf vom Schwurgerichtshof in eine geringe Geld- und Gefängnißstrafe verurtheilt, Hr. Reitmayr aber freigesprochen.

Frankfurt, den 22. April. Heute wurde der bisher hier lebende Dr. Daniel Fenner von Fenneberg in unserer Nachbarschaft verhaftet und der Nassauischen Behörde ausgeliefert, von der er wegen Hochverraths zu einer nambaften Zuchthausstrafe verurtheilt ist.

Offenbach, den 26. April. Gestern brach im städtischen Wald Feuer aus und es brannten beiläufig 30 Morgen Nadelholz ab; ob Bosheit oder Unvorsichtigkeit diesen Schaden anrichtete, ist bis jetzt noch nicht ermittelt.

Wiesbaden, den 24. April. Der evangelische Prediger Christfreund von Oberroßbach ist vor einigen Tagen mit seiner ganzen Familie zur katholischen Kirche übergetreten. Nach den Einzelheiten zu urtheilen, die man darüber hört, scheint der Mann nicht mehr ganz im Besitze seiner Geisteskräfte zu sein. Schon seit längerer Zeit schwärmte er für die Anbetung der heiligen Maria und gerieth deßhalb mit seiner Gemeinde in Zwiespalt, die von diesem Mariendienste nichts wissen wollte. Er wird einzig und allein von „höheren Eingebungen" geleitet, wie er sagt, und dieser Weg sei der rechte. — Nach der „Mittelrheinischen Ztg." finden hier in neuerer Zeit auch öftere Uebertritte zur protestantischen Kirche statt, es geschähe dieses aber in aller Stille und ohne große Ceremonien.

Kassel, den 25. April. Der Buchdruckereibesitzer Hotop, gegenwärtig Verleger der „Kasseler Zeitung," ist vorgestern von dem permanenten Kriegsgericht zu sechsmonatlicher Festungsstrafe und Verlust der Nationalkokarde verurtheilt worden. Grund zu der Anklage haben mehrere Artikel in dem bei Hotop erschienenen „Volksboten," sowie andere Schriften, wofür Hotop als Verleger die Verantwortlichkeit übernommen hatte, gegeben.

Weimar, den 22. April. (Hört!) Der Bundesgesetzgebung sind wir abermals um einen Schritt näher gekommen. Unser Regierungsblatt bringt nämlich das Gesetz, durch welches der im Allgemeinen ist im Jahre 1850 aufgehobene privilegirte Gerichtsstand für die Mitglieder der ehemaligen reichsunmittelbaren Familien im eisenachischen Kreise, welche denselben unter Berufung auf Art. XIV. der Bundesacte reclamirt hatten, wiederhergestellt wird.

— den 25. April. Unser Ministerium hat (wie man sagt, auf Anlaß des Kirchenraths) das Appellationsgericht zu einem Gutachten darüber aufgefordert, ob nicht die früheren polizeilichen Strafen beim stuprum (Schwächung einer unverheiratheten Person von einer solchen), mit welcher dann auch eine Art Kirchenbuße, insonders die Weglassung des Namens „Jungfrau" beim Aufgebot und der Trauung verbunden war, wieder angewendet werden könnten. Dieser hohe Gerichtshof hat

sich jedoch um so mehr dagegen aussprechen zu müßen geglaubt, als in unserem neuen in liberalerem Geiste verfaßten Strafgesetzbuch ein solches Vergehen keine Stelle gefunden. (F. J.)

Coblenz, den 24. April. Mehrere Blätter haben von einer angeblich hier geschehenen Verhaftung des bekannten Demokraten Dronke erzählt; wir können versichern, daß dies eine reine Erfindung ist. (Cobl. Z.)

Berlin, den 24. April. Ueber die in Darmstadt gepflogenen Verhandlungen in der Zollfrage verbreitet sich jetzt durch Veröffentlichung einer „authentischen Abschrift" der getroffenen Vereinbarungen, welche der „B. Ztg." aus Dresden zugeht, ein helles Licht. Es sind drei Aktenstücke, welche die Koalition als Basis ihrer Verbindung aufgestellt hat, deren Inhalt einestheils von einer großen Freundschaft und Hinneigung zu Oesterreich, anderntheils von einer nicht minder großen Abneigung gegen Preußen dictirt ist. Es wird aus dem ersten Actenstück zugleich die Aeußerung erklärlich, welche der österreichische Minister des Auswärtigen in seiner Schlußrede an die Bevollmächtigten der Wiener Zollconferenz richtete. Das erste Actenstück stellt das Verhalten der Koalition auf den hiesigen Zollconferenzen fest und spricht offen aus, daß ein Abschluß der Reconstituirung des Zollvereins nicht früher stattfinden soll, bis Verhandlungen über die in Wien aufgestellten Entwürfe gepflogen sind, zu denen Oesterreich eingeladen werden soll. Das zweite Actenstück ist noch wichtiger, denn es begründet eine unbedingte Verbindung in den Zollfragen unter den contrahirenden Staaten (zu denen Baden **nicht** gehört), und bestimmt bereits Näheres über jene dritte Zollgruppe, die unter Zugrundelegung der Zollvereinsverträge, als ein aus Baiern, Sachsen, Württemberg, den beiden Hessen und Nassau gebildeter Zollverein auftreten soll. Es spricht sich hierin die practische Verwirklichung der bairischerseits aufgestellten Theorie von einem Ausscheiden Preußens aus dem Zollverein aus. Das dritte Actenstück endlich behandelt die zwischen dieser dritten Zollgruppe und Oesterreich einzugehende Verbindung, zu deren Herstellung allerdings, wie bisher gerüchtsweise verlautete, eine Garantie der Zollrevenuen Seitens Oesterreich übernommen werden soll. Die Koalition ist also vollständig gebildet, es fragt sich nur, ob nicht geheime Artikel existiren, welche diese öffentliche und ihre durchaus feindliche Haltung zum Zollverein für gewisse Eventualitäten paralysiren, denn das getroffene Abkommen ist der vollständigste Gegensatz aller zollvereinsfreundlichen Versicherungen, an denen es die meisten der kontrahirenden Regierungen niemals fehlen ließen.

Schweidnitz, den 21. April. So eben wurde Herr Petry von den Geschwornen von der dreifachen Anklage: a) wiederholter Majestätsbeleidigung, b) Störung des öffentlichen Friedens durch Anreizung der Armen gegen die Reichen, c) wiederholter Beleidigung des Ministerpräsidenten v. Manteuffel durch eine Druckschrift — vollständig freigesprochen. Die im April v. J. mit Beschlag belegte Flugschrift: „Aprilnarren-Spiegel" wurde nun freigegeben.

Wien, den 20. April. Nach dem jüngsten, ziemlich assortirten Ausweis kriegsgerichtlicher Strafen wurde gegen den Handlungsreisenden Oskar Friedrich wegen Besitzes eines revolutionären Gedichtes auf vierzehntägigen Stockhausarrest erkannt.

— den 23. April. Der Bevollmächtigte bei den Zollconferenzen, Präsident Vollpracht, hat das Commandeurkreuz des Leopoldordens, die Bevollmächtigten von Bayern und Sachsen, die Herren Dr. Herrmann und Schimpff haben das Commandeurkreuz der eisernen Krone und die Bevollmächtigten für Württemberg, Baden, Großherzogthum Hessen und Kurfürstenthum Hessen das Commandeurkreuz des Franz-Joseph-Ordens erhalten.

Schweiz.

Bern, den 24. April. Der Sieg der Conservativen wird heute durch ein Volksfest gefeiert. — Die siegende Partei hat ihre anfangs bewiesene Mäßigung verlassen und die Leidenschaften machen sich wieder geltend. Beamte, welche im Verdacht stehen, für die Abberufung gestimmt zu haben, sind plötzlich entlassen worden.

Frankreich.

Paris, den 24. April. In Folge der Convertirung der 5pCt. franz. Renten hat die piemontesische Regierung die Generalintendanten Piemonts ermächtigt, von der franz. Regierung die Rückzahlung des von den Wohlthätigkeitsanstalten in jenen Fonds angelegten Capitals zu verlangen und diese Gelder nunmehr in 5pCt. piemontesischen Staatspapieren anzulegen. Der Termin zur Kündigung 5pCt. Renten läuft für Ausländer bekanntlich am nächsten 15. Mai ab.

Die Arbeiten zur Hebung des Ackerbaues in dem halb wüsten Sologne-Districte werden noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden. Die Gesammtkosten für diese Arbeiten, die auf eine Reihe von Jahren vertheilt werden, belaufen sich dem Vernehmen nach auf nicht weniger als 40 Mill. Frs.

(**Ein guter Witz.**) Bekanntlich behandelt Louis Napoleon den s. g. gesetzgebenden Körper in sehr humoristischer Weise. Er **octroyirt** die tiefeingreifenden Dinge, Preßgesetz, Budget, Beraubung der Familie Orleans u. s. w., dagegen darf der gesetzgebende Körper über die Einschmelzung der Kupfermünzen und z. B. darüber berathen, ob irgend eine Provincialstadt einige tausend Francs zu Localzwecken aufnehmen dürfe. Als nun neulich das Budget auch für das laufende Jahr octroyirt wurde, rief ein sonst loyaler Deputirter höchst ärgerlich: „Der Präsident thut Alles — und wir, wir besorgen den **Rest**."

Spanien.

Madrid, den 19. April. Die Redacteure aller in Madrid erscheinenden unabhängigen Journale haben in gemeinschaftlicher Berathung den Beschluß gefaßt, bei der Regierung eine Vorstellung einzureichen, um dieselbe um Zurücknahme einiger Bestimmungen des Preßdecretes, durch welche die freie Meinungsäußerung allzu eingeschränkt sei, zu bitten. Falls eine abschlägige Antwort ertheilt würde, sind die Redakteure entschlossen, sofort die Veröffentlichung der von ihnen geleiteten Journale einzustellen. Die Redacteure des Journale „l'Orden" und „La Espana" sind die einzigen, welche die Unterzeichnung dieser Erklärung verweigerten.

Von den philippinischen Inseln vom 16. Febr. wird gemeldet, daß zu Manilla 16 Individuen erschossen worden sind, in Folge der Entdeckung einer Verschwörung unter denen wegen politischer Dinge nach dieser spanischen Colonie Deportirten.

Italien.

Neapel, den 10. April. Der König hat zur Osterfeier 27 Gefangene begnadigt.

Großbritanien.

London, den 20. April. In den gestrigen Parlamentsverhandlungen wird der Antrag auf Abschaffung der großen Jury auffallend erscheinen. Die Sache ist, daß England die große Jury nicht mehr braucht. Wer aus dem Antrage etwa folgern wollte, daß es für Deutschland unzweckmäßig sei, anstatt einer aus Beamten gebildeten Anklagekammer Geschworne einzuführen, der möge beachten, daß der Antrag sich nur auf London bezieht, wo die Anhäufung der Verbrechen allerdings zur Ueberbürdung der zum Geschwornendienst berufenen Bürger erklärlich macht, daß die magistrates, denen das Geschäft der großen Jury übertragen werden soll, vom Volke gewählt sind und bei offnen Thüren verhandeln, und daß die „Times," der Niemand Umsturztheorien schuld geben kann, sich so über die Frage ausspricht: „Wer die Verwaltung der Strafrechtspflege während der letzten 10 Jahre beobachtet hat, wird zugeben, daß die Magistrate

und die kleine Jury dem Angeklagten einen hinreichenden Schutz sichern. Es gab eine Zeit, in der die große Jury ihre besondere Bedeutung hatte. Sie war eins von den Bollwerken zwischen Volk und Krone, zwischen öffentlicher Meinung und willkürlicher Gewalt. Die Formeln a true bill (die Anklageschrift ist stichhaltig) und ignoramus (wir finden keinen Grund zur Verfolgung) spielen in der Geschichte Englands eine Rolle, die kein Forscher, kein Staatsmann je vergessen wird. Indessen dient jede Einrichtung ihre Zeit und wird bei Seite gelegt, wenn eine andere, dem Zeitgeist und den Verhältnissen mehr entsprechende an ihre Stelle tritt. Wir bedürfen heute nicht mehr einer Schutzwehr unserer Freiheit, die fast unentbehrlich war in den bösen Tagen Karl's I. und seines übelberathenen Sohnes, oder damals, als Lord Sidmouth die „höhere Polizei leitete. In allen politischen Verfolgungen ist der Angeklagte durch eine Gewalt geschützt, die unendlich mächtiger ist als irgend eine Verwaltungsmaschine, die der eifersüchtigste Wächter der vernünftigen Freiheit ersinnen könnte. Wenn heutigen Tages ein Ministerium, ein Kronanwalt und ein Kriminalgerichtshof es sich beikommen ließen, eine ungerechte politische Anklage zu erheben, wie unbedeutend auch die Lebensstellung des Angeklagten sein möchte, wenn eine Jury ihn schuldig befinden, ein Richter ihn zu Verbannung oder Tod verurtheilen wollte gegen das Gesetz, das Ergebniß der Beweisaufnahme, die Gerechtigkeit und den gesunden Menschenverstand, — nicht ein Haar auf seinem Haupte würde in Gefahr sein. Bevor das Erkenntniß ausgeführt wäre, wäre das Ministerium aufgelöst, der Kronanwalt seiner Privatpraxis und der öffentlichen Verachtung zurückgegeben, der ungerechte Richter der mißbrauchten Gewalt entkleidet und der Würden beraubt, die er entehrt. Die Hauptschutzwehr der wegen politischer Verbrechen Angeklagten liegt heut in der Oeffentlichkeit des Verfahrens. Sie ist das Vorrecht der Unschuld, und jeder Angeklagte ist als unschuldig zu betrachten bis zur Verurtheilung. In der That aber sind diese Anschauungen jetzt den Richtern und den Kronjuristen so geläufig, daß es müßig sein würde, lange dabei zu verweilen." Nachdem der englische Bürger Jahrhunderte lang willig seine Geschäfte versäumt und als Geschworner der großen Jury fungirt hat, mag er in Sicherheit ruhen. Wenn aber ein Volk damit anfangen will, es sich bequem zu machen, wird es nie zur Freiheit gelangen. (National-Ztg.)

London. Der Reisende Dolman, der seine Richtung nach dem großen See in Südafrika genommen hatte, wurde auf der Rückreise von demselben durch die Eingebornen oder einen seiner schwarzen Diener ermordet. Seine Ueberreste fand man nach mehrtägigem Suchen nebst denen seines englischen Dieners, und begrub sie zu Kolobeng, der Missionsstation des durch seine Auffindung des Ngami-Sees wohlbekannten Dr. Levingston.

Neueste Nachrichten.

München, den 25. April. Nachdem seit 2 Jahren kein „Hof- und Staatshandbuch für das Königreich Baiern" erschienen war, ist gestern ein solches für 1852 ausgegeben worden.

Prag, den 23. April. Die ungemein rauhe Witterung (auf dem Erzgebirge waren 7 Grad, im Flachland 9 Grad Kälte) veranlaßt manche Landwirthe, die Saaten wieder einzuackern. Es gibt genug Vorräthe im Lande, aber die Besitzer halten dieselben zurück, weil sie auf größere Theuerung warten. Wie durch eine allgemeine Verabredung erhöhen auch alle Gewerbtreibenden die Preise ihrer Arbeiten. Ungeheuere Vorräthe an Getreide kommen täglich auf der Eisenbahn aus Ungarn an, aber das Publicum empfindet wenig von dieser Wohlthat.

Paris, den 25. April. Auf dem Lande sollen Leihbanken errichtet und zur Tilgung der geleisteten Vorschüsse die Erzeugnissen des Bodens ꝛc. angenommen werden.

Bei Gelegenheit der Revue am 10. Mai sollen wieder Gnadenacte erlassen werden. Unter den Personen, für die eine Milderung der Strafe eintreten wird, nennt man Mad. Laffarge.

Nach dem „Akhbar" ist eine kleine Meuterei in der Strafcolonie Lambessa, wo ein Theil der Sträflinge zu arbeiten sich weigerte, durch Verhaftung von etwa zwanzig der Widerspenstigen unterdrückt worden.

— den 26. April. Der „Moniteur" enthält die Verfügung, wonach alle Officiere und dem Kriegsministerium untergeordnete Beamte im Mai den Eid leisten sollen. Das Jahr 1851 zählt als Kriegsjahr für die Truppen, welche am 2. Decbr. in Garnison oder hinberufen waren, wo Unruhen stattfanden. Er enthält zugleich die Aufzeichnung dieser Truppen und Vertheilung von Decorationen und Medaillen.

Straßburg, den 25. April. Heute findet die erste Probefahrt auf der Abtheilung der Paris-Straßburger Eisenbahn zwischen Nancy und Luneville statt. Die Arbeiten werden auf der Linie zwischen Saarburg und Nancy mit solchem Kraftaufwande betrieben, daß die ganze Eisenbahn von Paris hieher schon Ende Juli vollständig befahren werden kann.

London, den 24. April. Die in Dublin erscheinende „Nation" theilt mit, daß es dem wegen seiner Theilnahme an dem Aufstande des Jahres 1848 deportirten Irländer Meagher gelungen ist, aus Vandiemensland zu entkommen.

Miscellen.

(Schon wieder ein neuer Heiliger.) Der Stifter „der Schulen für christliche Lehre," Jean de la Salle, ist in die Zahl der Heiligen aufgenommen worden. Am 10. d. erschien in Rom darüber ein päbstliches Decret mit den Verhandlungen des Heiligsprechungsprozesses.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Die Vossische Zeitung erzählt von zahlreichen Bewerbungen um Looje zu einer Lotterie, deren Gewinne in je 3000 Thalern, deren einzige Niete aber in der Verpflichtung besteht, sich für Rothschild köpfen zu lassen.

Wir finden es ganz in der Ordnung, daß so viele bereit sind für Rothschild den Kopf zu verlieren, da ohne Rothschild jedenfalls noch weit mehr Leute schon den Kopf verloren hätten.

Der Bundestag will Ferien machen, um selbst zu genießen, was er dem Deutschen Volke reichlich geboten — nämlich Zerstreuung.

Die massenhafte Auswanderung in diesem Jahre bezeugt am besten, wie treulich er dafür gesorgt, daß sich die Deutschen zerstreuen.

Die neue Kurhessische Verfassung ist in Folge der in Kurhessen eingetretenen **„Irrungen"** entstanden und eingeführt worden. Herr Hassenpflug scheint bei der Aufstellung seines politischen Programms den siebenten Band der Schlegel-Tieck'schen Uebersetzung von Shakspeare als Leitfaden benützt zu haben. Derselbe enthält: „Der Widerspenstigen Zähmung", „Viel Lärmen um Nichts" und „Die Komödie der Irrungen".

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[986²] **Eröffnung der warmen Rheinbäder zu Speyer.**

Unterzeichneter bringt hiemit zur Anzeige, daß die Rheinbadanstalt von nun an eröffnet ist; auf zahlreichen Besuch hoffend, habe ich für Abonnenten das Bad auf 14 kr. festgesetzt; und mein Bestreben ist, das badende Publikum auf das Reellste zu bedienen. Auch bemerke ich noch, daß bei guter Witterung die kalten Rheinflußbäder beginnen werden. W. Niemand.

Neue
Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 104 | den 30. April 1852.

Deutschland.

*** Baierische Landtagsverhandlungen über Erhöhung des Militäretats.** (Schluß.) — von Koch. „Meine Herren! es ist sehr schwer, der transscendentalen Anschauungsweise unseres Hrn. Collegen Dr. Heine zu folgen. Ich nehme die Sache von einem viel einfacheren, viel näher liegenden Standpunkte aus in Betracht. Ich glaube, daß er uns den ungerechtesten Vorwurf macht, wenn er sagt, gegenwärtig halte man nur Reden, man sei gemeint, nur mit Reden abzuspeisen, in der Wirklichkeit aber nichts zu thun. Meine Herren, die Willigung von 8,250,000 fl., die wir gemacht haben, ist doch nicht eine bloße Redensart. Ich denke, es ist eine Willigung, wie sie noch nicht erfolgt ist seit dem Bestehen des baierischen Staates... Kömmt die Regierung in einen Fall, welcher eine Ueberschreitung rechtfertigt, so wird sie diese Ueberschreitung machen, und wir werden in der Lage sein, wie schon öfter, und werden diese Ueberschreitung als gerechtfertigt genehmigen. ... Wenn Sie annehmen, daß es wirklich nöthig sei, einen großen Militärstand zu haben, so werden Sie auf der andern Seite auch zugeben müßen, daß auch das Gewerbe und der Landbau gleichfalls seine Berechtigung hat. Wir müßen eine Abgleichung eintreten lassen zwischen diesen Verhältnißen, wir müßen beiden Verhältnißen Rechnun gtragen, und nicht den einen Stand durch den andern ruiniren. — Wenn Sie Zahlen in die Hand nehmen, so werden Sie finden, — daß, nachdem jeder Soldat 110 fl. kostet und es sich vorliegend nur um eine Vermehrung der gemeinen Soldaten handelt, — so werden Sie finden, daß circa 2500 Mann neu conscribirt und eingereiht werden sollen; das ist das Ergebniß der 250,000 fl., die man postulirt. Ich frage Sie: wer sind diese Soldaten? Diese Soldaten sind unsere Brüder, sie sind unsere Söhne. M. H.! es ist außerordentlich schwer für den Landmann, der einen treuen Sohn an der Hand hat, der ihm Alles besorgt, diesen fortzuschicken in die Garnison; der Vater erleidet dadurch einen großen Verlust; seine Oeconomie wird ihm viel weniger tragen. Dies ist der erste Schaden, die erste Steuer. Aber damit ist die Sache noch nicht abgemacht; der Vater muß dem Sohn Geld zur Reise geben und in die ferne Garnison muß er noch Geld nachschicken; dies ist die zweite Steuer. Nun, m. H., kann aber der Vater seinen Feldbau nicht mehr allein bestellen. Es ist die Zeit der Aerndte da; er muß sich einen eigenen Knecht einstellen; der Knecht kostet ihm 100 fl. per Jahr — wenn auch nicht alles an Lohn, doch inclusive der Nahrung; das, m. H., ist die dritte Steuer, und dazu kommt noch die Steuererhöhung, welche Sie herbeiführen durch Willigung der 250,000 fl., zu denen er gleichfalls beitragen muß. Das wäre eigentlich ein Bagatell für ihn, wenn nicht die anderen Nachtheile damit verbunden wären für sein Gewerbe und für seinen Ackerbau. Diese Verhältniße bitte ich, wohl ins Auge zu fassen. Es wird auf diese Weise Derjenige, welcher das Unglück hat, einen gesunden Sohn zu haben, mit zwei Ruthen gestrichen, wovon die letzte, die geringste ist. Und was bleibt uns am Ende noch auf dem Lande? Die Einäugigen, Tauben, Lahmen, Gichtbrüchigen und allenfalls noch die Diebe. Können wir mit diesen noch unsere Oeconomie führen? Ich bitte, auch diese Seite ins Auge zu fassen. — Man spricht von anderen Staaten und sagt, daß diese viel größere Opfer für das Militär bringen. Da wurde uns England vorgeführt. M. H., England hat nicht den zehnten Theil unserer Armee, im Verhältniß seiner Größe zu der unsrigen. Es hat 103,000 Mann auf allen seinen Besitzungen, die den halben Erdball umspannen, Bayern aber hat 50 oder 60,000, welch enorme Zahl für ein so kleines Ländchen. Ja, m. H., so ist es! ich bitte nur nach den Zahlenverhältnißen zu rechnen. ... Hr. Lang hat uns gesagt, er werde für den verlangten Betrag stimmen, weil er von Militärpersonen gehört habe, daß diese Summe durchaus nothwendig sei; er sei nicht Techniker und er müße daher den Technikern vertrauen. M. H., ich gebe dem Hrn. Lang das zu, und ich würde das nemliche thun, wenn es die Noth verlangt und wir nicht die landwirthschaftlichen und gewerblichen Verhältniße gleichfalls berücksichtigen müßten. Er hat uns gesagt, daß die Steuerkraft des Landes hinreichend diese 250,000 fl. tragen könne; er hat wahrscheinlich von der Pfalz gesprochen, die er kennt, und ich glaube also, daß in der Pfalz noch eine bedeutende Steuerkraft vorhanden ist, allein was unsere Kreise betrifft, so versichere ich Sie, m. H., daß diese überschüßige Steuerkraft bei uns nicht zu finden ist. Sehen Sie nach dem Spessart, nach dem Rhön, in den bayerischen Wald, und in andern Gegenden, wo sich die Hungersnoth zeigt, da glaube ich, ist die Steuerkraft sehr gering, sehen Sie die Auswanderungen an, die überall in sehr großem Maßstabe eintreten, und Sie werden dann nicht mehr sprechen können, daß eine überflüssige Steuerkraft im Lande vorhanden ist.“

Fürst Wallerstein tadelt Heine's Angriffe auf den modernen Constitutionalismus. Die 250,000 fl., welche eben gefordert werden, können nicht von Ueberschüssen genommen werden, sondern sie vergrößern unmittelbar das Deficit, dessen Deckung man den Landleuten aufbürden und davon das Einkommen ausnehmen will. Sei die Ausgabe nothwendig, so werde die Kammer ihre nachträgliche Bewilligung nicht versagen; wenn man aber jetzt bewillige, erfolge sogleich die weitere Steuererhöhung und die wirkliche Ausgabe.

Minister Aschenbrenner hebt hervor, daß jetzt mit der Hinweisung auf eine Etatsüberschreitung und nachträgliche Gutheißung derselben durch die Kammer nichts gethan sei, weil die Geldmittel fehlten, eine weitere Ausgabe zu machen; die Summe müsse auch aufgebracht werden (was nur durch Steuern geschehen kann).

Thinnes vertheidigt kurz das Verfahren des Ausschusses, weil eine Genehmigung besser sei, als eine Ueberschreitung, welche sich die Regierung sonst vorbehalte.

Die Kammer verfügte nun den Schluß der Discussion (es waren noch 5 Redner eingeschrieben).

Nun nahm Minister v. d. Pfordten das Wort, weil der Kriegsminister durch seine Dienstpflicht verhindert sei, die Sache zu vertreten. Es sei schwer zu begreifen, daß, nachdem die Kammer bereits 8,250,000 fl. (für die s. g. active Armee) bewilligt, sie noch 4 bis 5 Stunden wegen weiterer 250,000 fl. discutirt habe. Es handle sich nicht um diese Bagatelle, ein Redner habe es selbst gesagt (v. Koch, der aber gegen diese Auffassungsweise Widerspruch einlegt); es handle sich um ganz andere Dinge, und das sei das Ernste der Sache. — Argumente von der Seite, welche blos 6 Millionen für das Militär habe bewilligen wollen, könnten für die Majorität von keinem Werthe sein. „Es ist ehrenwerthen festen Characteren eigen, daß sie auf Consequenz sehr viel Werth legen; aber Fragen der Art, über die wir hier entscheiden, sind es nicht, bei welchen die Pflicht der

Conſequenz die erſte und oberſte iſt; ſie ſind vielmehr gerade ſolche, bei welchen ſich die rechte Pflichttreue, die rechte Liebe zum Vaterlande darin erprobt, daß man den perſönlichen Ruhm unbeugſamer Conſequenz opfert; wenn alle Factoren, die für die öffentlichen Verhältniße zu wirken berufen ſind, mit ſolcher Unbeugſamkeit an dem einmal ausgeſprochenen Worte ſchlechthin feſthalten wollten, würde kein Staatsweſen auf ein oder zwei Jahre im Frieden verbleiben. Aber nicht blos dieſe Luſt an unbeugſamer Conſequenz, ſondern wol auch noch das Gefühl, in einem begonnenen wiſſenſchaftlichen techniſchen oder ſtaatsmänniſchen Streite ſeine Argumente nicht aufzugeben und zu widerlegen, ſo lange man nicht von dem Gegentheile überzeugt iſt, die Luſt am geiſtigen Kampfe hat, wenn ich nicht ſehr irre, großen Einfluß auf unſere heutige Discuſſion gehabt, namentlich eine Rede aus einem Munde hervorgebracht, von der ich offen bekenne, daß ich viel darum geben würde, wenn wir ſie nicht heute, nicht an dieſer Stelle, nicht in dieſer Weiſe gehört hätten. Ich habe meine hohe Achtung, die ich für den Redner fühle, zu oft und klar kund gegeben, als daß man es irgendwie mißdeuten wird, wenn ich mich über das Gefühl ausſpreche, das ſeine heutige Rede in mir hervorgerufen hat, und ich bin zu feſt überzeugt von der reinen Quelle des Patriotismus, die auch in ihm ſtrömt, als daß ich nicht glauben ſollte, es werde in nicht ſehr ferner Zeit in ihm der Gedanke rege werden, es wäre beſſer geweſen, wenn er Manches, was er heute geſagt, nicht erwähnt hätte." Unter den behandelten Argumenten ſtehe die Bundespflicht oben an. Allein wie leicht könnte der Bund die Matrikel erhöhen. Was die Geſchichte der baieriſchen Armee betreffe, ſo ſeien heute 8 Millionen nicht mehr eben ſo viel, wie vor 50 Jahren. Oeſterreich und Preußen wendeten verhältnißmäßig weit mehr für das Militär auf, als Baiern. Daß die kleineren Mittelſtaaten Deutſchlands weniger darauf verwenden, gibt der Redner zu, will aber einen Vergleich mit dieſen nicht zugeben. Er deutet darauf hin, daß die jezzige Formation gerade unter dem Miniſterium Lerchenfeld entſtanden ſei. „Es ſind außerdem noch andere Gründe vorgebracht worden, wie die Erörterungen eines erfahrenen Militärs; ich kenne den Namen des Verfaſſers der Schrift nicht, noch die Zeit, in welcher ſie geſchrieben wurde; es iſt alſo ſchwer darauf zu erwiedern; aber ich glaube, man kann viele Feldzüge mitgemacht haben, ein ſehr tapferer und tüchtiger Soldat ſein ganzes Leben geweſen ſein, und man kann doch ergriffen ſein von gewiſſen unpractiſchen Ideen, die nun einmal mit der Natur der Dinge, mit der Wirklichkeit im Widerſpruche ſind. Es iſt alſo das Eine, daß einmal ein Officier dieſe oder jene Anſicht ausgeſprochen hat, nicht für eine ſolche Frage entſcheidend. Es gilt dieſes namentlich auch von der heute wieder ſo vielfach erörterten Frage über die Landwehr und Volksbewaffnung." Unſere baier. Landwehr könnte man im Fall eines Krieges nicht in die Feſtungen ſenden zu deren Vertheidigung. Bemerkt ſchließlich: „In dieſer Frage muß das Vertrauen entſcheiden in die Einſicht und Redlichkeit Derjenigen, die behaupten, ſo viel ſei nothwendig auf Grund dieſer Formation."

Referent Lerchenfeld. Hebt nochmals hervor, daß man mit den geforderten 250,000 fl. noch nicht zu Ende ſei, ſondern dann noch mehr bewilligen müße. Damals, als das Miniſterium die jetzige Formation angenommen, ſei eine Verkettung gefährlicher Umſtände ohne Gleichen vorhanden geweſen. „Was Oeſterreich mit einer Bevölkerung, deren größter Theil erſt deutſch lernen muß, um das Commando zu verſtehen, leiſten kann, das wird man mit unſerem Stamme, der zu den tapferſten, ruhigſten und fügſamſten gehört, gewiß auch leiſten können. Wenn man davon geſprochen hat, m. H., daß man die Anſicht des erfahrnen Militärs nicht näher würdigen könne, da man nicht wiſſe, wer er war, ſo erlaube ich mir, ihn zu nennen. Es iſt dies der verewigte General der Infanterie und Generalquartiermeiſter der bayriſchen Armee, v. Raglovich, ein Mann, der ſein Talent und ſeinen Muth auf ſo vielen Schlachtfeldern, durch ſo viele Wunden erprobte, deſſen Bruſt in Anerkennung ſeiner Leiſtungen ſo viele Orden ſchmückten, welcher der Erinnerung jedes bayeriſchen Veteranen unvergeßlich leben wird, welchem kein Lebender ſich gleichſtellen kann. — Wenn man von der Landwehr und den im Pulver ergrauten Veteranen des Jahres 1813 geſprochen, ſo muß ich erinnern, daß die Landwehr in Preußen im Jahre 1813 nicht die Kriegsſchule mitgemacht hat, Preußen hat leider im Jahre 1795 den Kampf gegen Frankreich aufgegeben und ſeine Truppen hatten von da kein Pulver gerochen, bis auf den kurzen Feldzug von 1807. Die preußiſche Landwehr vom Jahre 1813 iſt alſo nicht in der Schule des Krieges, ſondern in der Schule des Pflichtgefühles und der Begeiſterung gebildet worden, und unſere Legionen von 1813 haben ſich nicht an in Pulverdampf ergraute Veteranen anlehnen können, denn in Rußlands Schnee moderte damals die ganze baieriſche Armee. Wenn man ſpricht von Vertrauen in die Einſicht des gegenwärtigen Kriegsminiſters, ſo habe ich die höchſte Achtung vor ſeiner Sachkenntniß, vor ſeiner Rechtlichkeit und Ueberzeugungstreue. Deßhalb muß ich mich aber feierlichſt gegen weitere Folgerungen für die heutige Frage verwahren. Er ſelbſt, m. H., würde, wenn Sie ihn fragen wollten, ob er glaube mit dieſer Summe auskommen zu können, ſagen: „nein, ich glaube es nicht" und deßhalb gerade, weil dieſe Bewilligung nicht an das Ziel führen kann, muß ich mich dagegen ausſprechen. Wir haben nie dieſe Formation gebilligt; es iſt dies nicht unſere Sache, wir haben ſie nicht zu billigen. Wir ſind deßhalb auch nicht in unſerm Votum in dieſer Beziehung gebunden. — Mir fällt es nicht ein, irgend einen Einfluß auf Ihre Abſtimmung ausüben zu wollen, Jedermann wird mit ſeinem Gewiſſen im Reinen ſein und gewußt haben, was er thun will, ehe er in den Saal trat. Aber mir lag daran, mein Votum zu rechtfertigen und mich in ſoferne zu rechtfertigen, daß mich nicht unbeugſamer Eigenſinn, nicht Rechthaberei zu meiner Abſtimmung geführt hat."

Nachdem noch von Koch und Fürſt Wallerſtein ſich gegen die Behauptungen des Miniſterpräſidenten erklärt, erfolgt die Abſtimmung, und damit Genehmigung der Mehrforderung mit 65 gegen 59 Stimmen.

Speyer. An die Stelle des zum k. Friedensgerichtsſchreiber in Neuſtadt beförderten Polizeicommiſſärs Reuthner dahier wurde der Rechtscandidat Robert Schaaf von Neuſtadt ernannt.

Stuttgart, den 26. April. Wie verlautet, hat die k. Staatsregierung mittelſt Note an den ſtändiſchen Ausſchuß vom 17. d. M. den bei der Ständeverſammlung eingebrachten Entwurf einer Abänderung der Verfaſſung zurückgezogen. Der größere Ausſchuß iſt auf Donnerſtag den 29. April und die Finanzcommiſſion der Kammer der Abgeordneten auf Freitag den 30. ds. zur Berathung des Etats von 1852—55 einberufen.

Leipzig, den 25. April. Ein hier allgemein verbreitetes Gerücht erzählt von einem wichtigen Befehl an alle Garniſonen des Landes, der vor einigen Tagen aus dem Kriegsminiſterium erlaſſen worden ſei. Wie das Gerücht behauptet, habe mittels dieſes Befehls der Kriegsminiſter ſich dahin ausgeſprochen, daß es den Pflichten und dem ganzen Berufe des Soldaten widerſtreite, wenn derſelbe einer geheimen Geſellſchaft angehöre, und deßhalb angeordnet, daß ferner kein Mitglied der Armee in den Orden der Freimaurer eintreten dürfe, alle gegenwärtig demſelben als Mitglieder angehörenden Militärs aber aus demſelben austreten müßten. (N. C.)

In **Sondershauſen** beträgt die Einnahme von den direkten Steuern 44,844 Thlr., indirekten Steuern 99,665 Thlr. Summa 144,509 Thlr. Davon gehen ab für's fürſtliche Haus incl. Civilliſte 123,924 Thlr., bleiben übrig für die Regierung des Landes 20,585 Thlr. zum Beweiſe, daß Sondershauſen der wahre Muſterſtaat in Deutſchland iſt, denn er hat ein theures Fürſtenhaus und eine billige Regierung.

Digitized by Google

Braunschweig. Am 26., 27., 28. und 29. Mai wird hier die siebente Versammlung deutscher Architekten und Ingenieure stattfinden. Die letzte Versammlung war in Mainz im September 1847; seitdem sind durch Zeit- und örtliche Umstände die Versammlungen ausgesetzt gewesen.

Berlin, den 26. April. Die zweite Kammer hat den Antrag auf Errichtung einer Pairie mit 142 gegen 125 Stimmen verworfen. Dagegen stimmten die Parteien Arnim und Bodelschwingh, ein Theil der Linken und die Polen.

Königsberg, den 23. April. Bei dem ehemaligen Abgeordneten für Berlin, dem im Disciplinarwege entlassenen Landrath Reuter, der sein Domicil in unserer Stadt hat, war gestern eine aus acht Personen bestehende Gesellschaft versammelt, in welcher Ludw. Walesrode Shakespeare's Julius Cäsar vorlas; während der Vorlesung erschien der Criminalpolizeiinspector Wedecke und erklärte, auf höhern Befehl recherchiren zu müssen, ob der Versammlung unerlaubte Zwecke zu Grunde lägen; derselbe nahm von dem daliegenden Bande Shakespeare's Einsicht und verzeichnete die Namen der Anwesenden; nach seiner Entfernung, bei welcher er erklärte, weitere Instructionen einholen zu wollen, wurde die Gesellschaft nicht weiter gestört. (Köln. Ztg.)

Bremen, den 23. April. Der Gewerbe-Convent (der dritte Stand in Bremen neben Kaufmannschaft und Gelehrtenstand) hat gestern in einer zur Vorwahl anberaumten Versammlung auf den Antrag von Wilhelm Brand sich mit großer Majorität dahin entschieden nicht zu wählen.

Hamburg, den 24. April. Nach langem Harren ist endlich den zwölf Officieren der deutsch-brasilianischen Legion, welche verhaftet und nach Rio de Janeiro gebracht wurden, ihre geforderte Entlassung aus dem brasilianischen Kriegsdienst geworden und befinden sich drei von ihnen bereits auf dem Wege nach Deutschland. Die übrigen neun, darunter Oberst von der Heide, werden diesen folgen. Jede Gratification wurde ihnen von der brasilianischen Regierung verweigert und nur die freie Rückfahrt bewilligt. So hält die brasilianische Regierung ihre schriftlich gemachten Versprechungen. Inzwischen sind wieder Agenten dieser Regierung hier angelangt um weiße Sclaven in Deutschland anzuwerben, welche die öden Ländereien Brasiliens für Rechnung der Regierung urbar zu machen bestimmt sind. Ein Hr. P. von hier, der im vorigen Jahre mit einer Ladung solcher Menschenwaare nach der Provinz Rio Grande de Sol von hier abgegangen, ist wieder zurückgekehrt, um nochmals 2000 Deutsche hinüber zu führen. Ein Zweiter, ebenfalls ein Agent der brasilianischen Regierung, Namens K., wird ehestens hier erwartet. Es ist die Aufgabe der Presse, gegen derartige Menschenkapereien ihre warnende Stimme zu erheben. Leider daß unter den Deutschen sich Männer finden lassen, die aus reinem Geldinteresse ihre eigenen Landsleute in fremde Sclaverei zu verlocken suchen! (Fr. J.)

Altona, den 24. April. Mit der Entsetzung der von der Statthalterschaft angestellten Beamten ist bereits der Anfang gemacht worden. Die Kieler Universität verlor dadurch mit einem Male drei ihrer Lehrer, die Professoren Sammer, v. Liliencron und den Lector der französischen Sprache, Schwob, welcher früher beim hiesigen Gymnasium angestellt gewesen. Auch der Actuar Brackel zu Neumünster hat seine Stelle niederlegen müssen. Es ist dies erst der Anfang vom Ende und dürften noch recht viele weltliche und geistliche Beamten das gleiche Schicksal erleben und vielen Familienvätern das Brod genommen und sie sammt ihren Familien in Noth und Elend gestürzt werden. Das nennt man in Dänemark „Versöhnung." (Fr. J.)

Schweiz.

Freiburg. Der Narrateur von Freiburg meldet den daselbst erfolgten Tod des Majors Ulrich von Zürich (eines gebornen Deutschen). Er hatte sich im badischen Aufstand durch das Commando einer Division bekannt gemacht. In den Casematten von Rastatt holte er sich die tödtliche Krankheit.

Aargau. Ein Muster ultramontanen Zelotismus berichtet die „Aarg. Ztg." Der Pfarrer von Wölflinswil im Frickthal, statt die Beerdigung eines Müllerknechts vorschriftsgemäß nach katholischem Ritus vorzunehmen, erschien im Zylinderhut und Alltagsrock am Grab, versagte die in kirchlicher Kleidung angelangten Ministranten und den Sigrist, theilte in leidenschaftlicher Rede ein Sündenregister des Verstorbenen mit und verweigerte den Verwandten desselben das übliche „Nachhalten" (dreimalige Feier der Messe). Das Verbrechen des Verstorbenen, den 30jähriger Aufenthalt in der Fremde aufgeklärt haben mochte, bestand darin, vor seinem Abscheiden nicht gebeichtet zu haben.

Luzern. Folgender Vorfall erregt hier ziemliches Aufsehen. Zu Kriens, einem nahe der Stadt gelegenen Dorfe, starb ein Mann. Der Pfarrer daselbst versagte demselben das christliche Begräbniß, wie es hie und da noch bei Selbstmördern zu geschehen pflegt. Die Ursache war hier, weil der Gestorbene vor seinem Tode nicht gebeichtet hat.

Belgien.

Brüssel, den 20. April. Anstatt der Expulsirten schickt uns Napoleon jetzt Orden. Im Laufe der letzten Tage sind hier, in Antwerpen und Mons mehrere Orden der Ehrenlegion an Militärs und Aerzte, welche in der großen Armee gedient haben, angelangt. Die Sache hat jedenfalls politische Bedeutung. Die Regierung hat zwar den Decorirten die Annahme der Orden noch nicht gestattet, doch ist kaum anzunehmen, daß sie ihnen dieselbe verwehren werde.

Frankreich.

Paris, den 23. April. Zu meinen Mittheilungen über die diplomatischen Unterhandlungen wegen der muthmaßlichen Wiederherstellung des Kaiserthums habe ich noch den Nachtrag zu liefern, daß während der Fürst v. Schwarzenberg die bekannte Anfrage an Rußland und Preußen richtete, das Cabinet von St. James seinerseits dasselbe bei Preußen, Belgien, Spanien, Portugal, Griechenland — also den meisten constitutionellen Staaten Europa's — und selbst bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika gethan haben soll. (Ist an der ganzen Behauptung überhaupt etwas Wahres, so ist doch die Anfrage bei den Vereinigten Staaten so sicher eine Fabel, als die bei Griechenland, Portugal rc.) Jedenfalls fand eine auffallende Annäherung zwischen dem Prinzen-Präsidenten und Lord Cowley unmittelbar nach dem Tode des Fürsten v. Schwarzenberg statt. Bei einem Diner im Elysée soll der erstere den englischen Gesandten mit besonderer Zuvorkommenheit behandelt und gelegentlich die bedeutsame Aeußerung gethan haben: „Alles recht bedacht sind doch die Regierungen Frankreichs und Englands die einzigen, welche die Demokratie repräsentiren." — Was man nicht erleben kann! (A. Z.)

Paris, den 24. April. Am 21. hat in Lyon die Grundsteinlegung für die Reiterstatue des Kaisers Napoleon Statt gefunden, bei welcher Feierlichkeit sich L. Napoleon durch General Castellane vertreten ließ, der bei dieser Gelegenheit folgende Rede hielt: „Der Prinz-Präsident hat mir durch den Auftrag, ihn bei einer Feierlichkeit zu vertreten, der selbst nicht beiwohnen zu können, er lebhaft bedauert, eine ungewöhnliche Ehre erwiesen. Ich erinnere mich mit angenehmer Genugthuung, daß ich mit dem großen Manne drei Feldzüge mitgemacht habe. Als ich im Jahre 1812 in Rußland in seinem Zelte schlief konnte ich nicht denken, daß ich von seinem Neffen zum General en chef ernannt, im Jahre 1852 berufen sein werde, den ersten Grundstein zur Statue des Kaisers zu legen. Napoleon zog Frankreich aus der Anarchie, der Prinz, sein Neffe, hat durch den Act des 2. Decembers nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa gerettet. Wir wären 1852 mit uneinigen Gewalten zur Bekämpfung des wohl organisirten Socialismus angelangt. Gott

allein weiß, was sich ereignet hätte, auf jeden Fall große Unglücksfälle, wenn auch wohl schließlich mit Gottes und unserer Bayonnette Hülfe die Gesellschaft gesiegt hätte. Man hat verderbliche Lehren gepredigt, man hat es gewagt, sie in Wirksamkeit zu setzen und das Verbrechen zur Tugend zu stempeln. Schaaren wir uns alle um den Prinzen L. Napoleon, um seine Gewalt zu kräftigen und ihm in seinem Segenswirken zu helfen!"

Außer der Competenzerklärung des Civilgerichtes in dem Orleansprozesse und der durch die „Times" im Auszuge mitgetheilten Note, wodurch Rußland und Preußen ihre Nichtzuwilligung zur Herstellung des Kaiserreichs erklären, beschäftigt eine scandalöse Geschichte die öffentliche Meinung, nämlich die in Marseille erfolgte Verhaftung des Centralgeneralpolizeicommissärs, welcher mit den Begnadigungen und Strafverminderungen zu Gunsten der politischen Verurtheilten Handel trieb. Die Sache ist durch einen der nicht amnestirten Gefangenen verrathen worden, und hat der Staatsrath, nach einer strengen Untersuchung und Verhörung vieler Zeugen, die außer dem flagrant délit zur Verhaftung eines öffentlichen Beamten nöthige Genehmigung erlassen. (K. Z.)

Auf den zwei Märkten der hiesigen Faubourgs St. Honore und St. Antoine ist die Büste L. Napoleons aufgestellt worden. — Der Staatsrath Bauchart hat im Departement der Nieder-Alpen über 400, d. h. fast die Hälfte der verurtheilten Insurgenten in Freiheit setzen lassen.

— den 25. April. Der jetzige Finanzminister Bineau soll seine Zustimmung zu einer Anleihe nicht geben wollen. Er scheint der Ansicht zu sein, mit den gewöhnlichen Hülfsquellen die Ausgaben bestreiten zu können. Höheren Orts theilt man jedoch seine Ansichten nicht. Er wird deßhalb wahrscheinlich binnen Kurzem durch Fould ersetzt werden, der sich für eine neue Anleihe ausgesprochen hat. — Armand Marrast's Mobiliar wird dieser Tage versteigert werden. Der Ertrag soll zur Bezahlung hinterlassener Schulden benutzt werden.

Die „Patrie" glaubt zu wissen, das Polizeiministerium habe den Eigenthümern der fremden Journale kundgemacht, daß sie, falls sie nicht den Eingang ihrer Blätter in Frankreich sofort verboten sehen wollen, verpflichtet sein würden, in ihren eigenen Blättern die dort (in Bezug auf Frankreich) veröffentlichten falschen Nachrichten zu widerrufen.

Heute Mittag hatte auf dem Carrouselplatze ohne neue Zwischenfälle die Revue des Prinz-Präsidenten über die zweite Division des Heeres von Paris statt. Er vertheilte mehrere Ehrenlegionkreuze und militärische Medaillen. Die Truppen zeigten wie gewöhnlich großen Enthusiasmus.

Italien.

In **Mailand** ist ein 19jähriges Individuum, welches eine Pistole im Hause seines Oheims versteckt und diesen sodann als des Besitzes desselben schuldig den Behörden angezeigt hatte, kriegsrechtlich, als des doppelten Verbrechens der Waffenverheimlichung und der Verleumdung überwiesen, zu fünfjährigem schwerem Kerker verurtheilt worden.

Turin, den 21. April. Der tödtlich erkrankte Präsident der Deputirtenkammer, Pinelli, wünschte zu beichten. Erst nach langer Berathung entschied das Domcapitel mit zwei Stimmen Majorität, daß die Sterbe-Sacramente ihm nicht verweigert werden dürften.

Großbritanien.

London, den 24. April. Nach einem veröffentlichten amtlichen Berichte über Einnahmen und Ausgaben des am 5. April 1852 abgelaufenen Jahres haben die Staatsausgaben während dieses Zeitraums die Einnahme um 2,176,996 L. überstiegen.

Die Industrieausstellungen scheinen förmlich Mode zu werden. Jetzt beabsichtigt man eine speciell irische in der Stadt Cork.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 5. April. Die Einwanderung von Europa hat kolossal begonnen. In fünf Tagen waren über 12,000 Einwanderer angekommen, und zwar eine Mehrzahl derselben wohlhabende Leute.

Die letzten Lopezisten in Amerika sind auf freiem Fuß, weil sich die Geschwornen nicht einigen konnten. Am 5. April früh um 10 Uhr erklärte der Obmann, die Geschworenen würden kein Verdict zu Stande bringen, und wenn sie noch einen Monat lang zusammengesperrt blieben. Der Richter, welcher sich gegen erzwungene Verdicte aussprach, entließ darauf die Geschwornen mit dem Dank des Gerichtshofes für ihre ausdauernde Geduld während des langwierigen Prozesses.

Neueste Nachrichten.

München, den 26. April. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurden nach Erstattung von Anzeigen über erledigte Referate nach kurzer Berathung die noch bestehenden Differenzpuncte zwischen beiden Kammern über das Taxgesetz durch Beitritt zu den Beschlüssen der Reichsräthe erledigt, und dann die allgemeine Discussion eröffnet über den Gesetzentwurf: die Familienfideicommisse betreffend. Die Errichtung derselben, welche bisher ein Vorrecht des Adels war, soll durch den neuen, Tit. II §. 13 des constitutionellen Edicts über den Adel abändernden Entwurf, unter gewissen Bedingungen, jedem zugänglich werden.

Paris, den 26. April. Die heutigen Börsencourse fielen ohne Ausnahme. Die Gerüchte über eine bevorstehende Anleihe der französischen Regierung, die mehr denn je in Umlauf waren, tragen die Schuld des Fallens der Course an der heutigen Börse.

Neapel, den 6. April. Nachdem in der Mitte vorigen Monats wiederum heftige Erdstöße die Umgegend von Melfi erschütterten, erfolgten am 30. März abermals drei Stöße wovon der dritte um 10¾ Uhr (11 Uhr Nachts) so heftig war, daß die Einwohner entsetzt ins Freie flüchteten, draußen aber von einem unbändigen Orkan wieder in die bedrohte Stadt getrieben wurden. Kein Menschenleben ist zu beklagen.

London, den 27. April. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses ist die Milizbill in der zweiten Lesung mit einer Majorität von 150 Stimmen angenommen worden.

Neuyork, den 10. April. Kossuth ist von Mobile aus in Charleston eingetroffen.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[992a] **Offene Lehrlingsstelle.**

Ein junger braver Mensch kann das Drehergeschäft erlernen bei Bernh. Hust, Dreher in Ludwigshafen.

[993a] **Haus- und Liegenschaften-Verkauf.**

Donnerstag, den 6. Mai, Nachmittags 4 Uhr, wird zu Winzingen bei Neustadt a. d. Haardt ein zweistöckiges Wohnhaus mit 3 gewölbten Kellern, Tanzsaal mit Nebenzimmern, Waschküche, Scheuer, Stallung, Remise und einem geräumigen Hofe, nebst einem Obstgarten, Weinberge und Pflanzgarten, enthaltend an Flächeninhalt 5 Tagwerke und 9 Decimalen, an der Hauptstraße dahier gelegen, versteigert. Das Ganze kann auch aus freier Hand unter annehmbaren Bedingungen gekauft werden. Dabei wird bemerkt, daß in dem besagten Wohnhause seither Wirthschaft betrieben wurde; dasselbe ist auch ohne Wirthschaftsbetrieb ganz geeignet zum Sommersitze für Herrschaften, für Brauerei-Einrichtung und zu jedem Fabrikgeschäfte; das ganze Anwesen ist mit einer Mauer umgeben und ist der Obst- und Pflanzgarten durch einen Bach durchkreuzt.

Winzingen, den 27. April 1852.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 103 | den 1. Mai 1852.

Deutschland.

• **Speyer.** Der Bericht des Referenten der Reichsrathskammer über den von den Abgeordneten mit eminenter Majorität angenommenen Antrag auf Einführung 3jähriger, statt der bisherigen 6jährigen Finanzperioden, verdient, daß wir in Kürze darauf zurückkommen.

Der Berichterstatter, Erzbischof Graf Reisach, erklärt in der Einleitung seines Vortrags ausdrücklich, daß er das Referat „im Gefühle seiner Unerfahrenheit in Ge„genständen der Finanzverwaltung nur im Vertrauen auf „die Nachsicht der hohen Mitglieder der beiden Ausschüße „zu übernehmen sich entschließen gekonnt habe.“

Bei dieser rühmlichen Bescheidenheit versteht es sich um so mehr von selbst, daß, wenn man mit dem Referate nicht einverstanden ist, eine Ausstellung an diesem nicht dem Referenten gelten kann.

Die ganze Durchführung des Berichtes scheint uns in der principiellen Anschauungsweise zu wurzeln, welche der Referent in seinem Vortrage mit folgenden Worten ausdrückt:

„Es ist ein den Kammern durch den Geber der Con„stitution verliehenes Recht, das ihnen in sechsjähriger „Finanzperiode von der Regierung vorzulegende Budget „der Ausgaben und Einnahmen des Staatshaushaltes zu „prüfen und die erforderlichen Steuern auf 6 Jahre zu „bewilligen. Es liegt in dieser Berechtigung der Kam„mern eine Beschränkung der Regierungsgewalt, jener „königlichen Machtvollkommenheit, welche die „Krone vor Verleihung der Verfassung besaß, und „sowie die durch die Verfassung bestehenden Kammern „durch sie geschaffen wurden, so ist auch diese ihre „Berechtigung und die durch sie bewirkte Beschrän„kung der Regierung durch die Verfassung entstanden.“

Gibt es aber etwas Irrthümlicheres, als diese Auffassungsweise? Sie ist unrichtig nach dem historischen Rechte, sie ist ebenso unrichtig nach dem Vernunftrechte. Alle Staatsrechtslehrer, ohne Unterschied der politischen Richtung, müßen zugestehen, daß die Steuern von den ältesten Zeiten her nicht von den Landesfürsten beliebig ausgeschrieben werden konnten, sondern daß ihre Erhebung von der jedesmaligen freiwilligen Bewilligung der Stände abhingen. Die Steuern waren und hießen freiwillige Gaben, und selbst die bewilligten Summen durften nicht durch die Beamten des Landesfürsten erhoben werden, sondern einzig und allein durch die Beauftragten der Stände; auch flossen diese Gelder nicht einmal sogleich in die fürstliche, sondern vielmehr in die ständische Casse, aus welcher die Beträge nach Maßgabe der Bewilligung für die einzelnen Zwecke, ausbezahlt wurden. — Daß zur Zeit der Fremdherrschaft, zur Zeit „der tiefsten Erniedrigung“ Deutschlands momentan ein anderer factischer Zustand eintrat, — daß man im Jahre 1807 die alte baierische Verfassung einseitig aufgehoben erklärte, und daß auch die an deren Stelle im Jahre 1808 feierlich verkündete Constitution nicht zur Ausführung gebracht wurde, dies ändert nicht im Geringsten die Rechtsfrage, deren nähere Erörterung man uns, nach den gegebenen Andeutungen wohl erlassen wird. — Weit entfernt also, daß von einer „Machtvollkommenheit“ der Regierung bezüglich der Steuerausschreibung in frühern Zeiten, und von einer durch die gegenwärtige Verfassung „entstandene Beschränkung“ der Regierung in dieser Beziehung auch nur entfernt geredet werden kann, ist vielmehr das Verhältniß ein geradezu entgegengesetztes.

Damit fallen denn aber auch alle Folgerungen, welche der Referent aus seinem durchaus irrigen Vordersatze zieht. Dies gilt namentlich, wenn er sagt: die beabsichtigte Beschränkung der Regierung „wird um so bedeutsamer, wenn man erwägt, welche Stelle und welche Bedeutung der Budgetfrage und der Steuerbewilligung in dem modernen constitutionellen Systeme nicht selten sowol in der Theorie als Praxis gegeben werden will.“ Es ist vielmehr gewiß, daß gerade im „modernen constitutionellen“ Staate in dieser Beziehung auch nicht annähernd das nur gefordert wird, was im mittelalterlichen Staate sich als von selbst verstehend allerseits anerkannt ward!

Wenn nun freilich der Referent der Meinung ist, „der nächste Zweck des Steuerbewilligungsrechtes sei kein anderer, als die Ausgaben und Einnahmen des Staats gründlich zu erörtern, und jede Verschwendung und unnöthige Belastung zu verhindern,“ und wenn er sich darüber aufhält, daß die „bei constitutionellen Verfassungsformen unvermeidlichen Parteien“ bei Gelegenheit der Budgetberathung sich über die verschiedenen Zweige der Verwaltung &c. aussprechen, so müßen wir auch dieser Anschauungsweise entschieden entgegentreten, und als Recht der Volksvertretung in Anspruch nehmen, was er als einen Mißbrauch darzustellen sucht, nemlich daß die Repräsentation „bei Berathung eines nothwendig das Detail der Verwaltung berücksichtigenden Budgets, alle Handlungen der executiven und verwaltenden Regierungsgewalt einer scharfen Kritik unterwerfe.“ Wir haben vielmehr noch zu bedauern, daß diese Kritik beinahe immer das Gegentheil einer „scharfen“ ist, was sie in Wirklichkeit sein sollte. Ebenso glauben wir, daß es sich von selbst versteht, „daß bei der Budget- und Steuerbewilligungsfrage im constitutionellen Systeme der zweiten oder Volkskammer ein gewisses Uebergewicht eingeräumt wird,“ oder vielmehr, daß sie dieses Uebergewicht naturgemäß besitzen muß. —

Von der hier bekämpften Grundansicht ausgehend, sagt sodann der Referent wörtlich Folgendes: „Wenn aber der beantragten Verfassungsänderung vom politischen Standpuncte aus die so eben vorgetragenen, nach der Ueberzeugung des Referenten höchst wichtigen Bedenken entgegenstehen, so glaubt er auf eine nähere und gründliche Prüfung jener Momente, welche die Abkürzung der Finanzperioden vom Standpuncte des Staatshaushaltes aus für vortheilhaft und wünschenswerth erscheinen lassen dürften, nicht näher eingehen zu sollen. Da einerseits eine wahre Nothwendigkeit einer solchen Abänderung sich nicht herausstellen dürfte, ... so dürften die politischen Momente, welche gegen die beantragte Aenderung sprechen, ein die finanziellen Vortheile überwiegendes Gewicht in die Wagschale legen, und die Ablehnung des gestellten Initiativantrages um so mehr rathsam erscheinen lassen, als dem Referenten für Abänderung der einschlägigen Verfassungsbestimmungen die Ergreifung der Initiative weder zweckmäßig noch nothwendig erscheint.“

Der Referent hält also dafür, daß hier, in einer Fundamentalfrage des ganzen Finanzsystems, eine Prüfung der finanziellen Wirkungen der beantragten Abänderung ganz und gar nicht, nicht mit einer Silbe, zu erörtern sei.

Diese Ansicht vermögen wir gerade ebensowenig zu begreifen, als die weiter ausgesprochene, daß die Kam-

mern in Verfassungsfragen stets „die bestimmende Thätigkeit der Regierung abwarten," mit andern Worten, daß sie nie die Initiative selbst ergreifen sollten. Wir wollen blos fragen, zu welchem Zwecke alsdann die Kammern das Initiativrecht überhaupt besäßen?!

* **München,** den 27. April. In der heutigen Sizzung beantwortet der Minister des Cultus die neulich gestellte Interpellation des Abg. Dr. Schmitt im Betreffe des auf die bekannte Denkschrift der Bischöffe erfolgten ministeriellen Erlasses dahin: Es sei unterm 8. April eine deßfallsige Directive zur Beseitigung der Anstände, welche seit geraumer Zeit in Beziehung auf das Verhältniß von Kirche und Staat sich ergeben, an die Kreisregierungen ergangen. Der Inhalt derselben sei bereits durch öffentliche Blätter, sogar wörtlich, bekannt geworden. Daraus sei zu ersehen, daß die 5 ersten Fragen des Interpellanten mit nein zu beantworten seien. Zu einer amtlichen Publication sehe sich das Ministerium nicht veranlaßt, der Kammer eine officielle Mittheilung derselben zu machen, sei von der Verfassung nicht geboten. Allerdings sei die erlassene Directive aus dem Gedanken hervorgegangen, welchen das Ministerium auf eine frühere Interpellation des Abg. Westermeier ausgesprochen, dieselbe enthalte aber keine autentische Interpretation von Verfassungsbestimmungen, sondern lediglich die Anwendung derselben, wie sie den Verwaltungsbehörden zukomme, auch berühre sie lediglich die innern Angelegenheiten der katholischen Kirche, werde also die Rechte und Interessen der andern Confessionen nicht berühren, also auch nicht verletzen.

Nun folgte die Fortsetzung der gestern begonnenen Discussion über den Gesetzentwurf, vermöge dessen Jedem, der einen schuldenfreien Grundwerth besitzt, welcher einem Steuersimplum von 25 fl. entspricht, gestattet sein soll, ein Familienfideicommiß zu errichten. Die nähere Mittheilung über den Gang der Debatte selbst ist für die Leser der Speyr. Ztg. wohl nicht von großem Interesse. Wir beschränken uns daher auf die Mittheilung des Resultats derselben, als einer Niederlage des Rückschritts. Das Gesetz — als Verfassungsgesetz, zu dessen Annahme eine Zweidrittels-Majorität erforderlich war, wurde in der Endabstimmung verworfen. Von 127 Abstimmenden waren dafür 79, — dagegen 48. Von den Abgeordneten aus der Pfalz stimmten dafür: Jäger, Lang, Prinz, Römmich, Roos, Weis: dagegen: Aufschnaiter, Boye, Brunk, Müller, Scharpff, Tafel. — Hätten Benzino und Rebenack sich nicht vor der Abstimmung entfernt, dann würde die Zahl der Dagegenstimmenden 50 betragen haben. Während der Verhandlung hatten die Linke und die Rechte Alles aufgeboten, ihre Leute so viel möglich zu sammeln, um den Sieg zu erringen. Zum endlichen Resultate wünschen wir Baiern Glück.

Ein weiterer Gegenstand der Verhandlung ist die Nachweisung über die „Realisirung und Verwendung des zweiten und dritten Subscriptionsanlehens." Die Lebhaftigkeit, in welche die Kammer durch die vorausgegangene Abstimmung versetzt worden, läßt keine Aufmerksamkeit mehr auf das Nachfolgende aufkommen. Ohne Discussion wird nach dem Antrag des Ausschusses den vorgelegten Nachweisungen vorbehaltlich der Nachweisung über die weitern Verwendungen nach den gesetzlichen Bestimmungen die Anerkennung ertheilt.

Endlich wird ein Antrag auf Ergreifung der Initiative eines Gesetzes für die Verhältniße der Dienstboten abgelehnt, die Vorlage jedoch dem Ministerium zugewiesen.

München. Die „Augsb. Post-Ztg." will „aus sicherer Quelle" wissen, daß die Erzbischöfe und Bischöfe sich bei der allerh. Entschließung vom 8. d. M. „nicht beruhigen werden."

Als Curiosum bemerken baierische Blätter, daß die erste Vorstellung an die Kammer, die sich Hr. Lassaulx zur Vertretung aneignete, ein Bittgesuch der Kaminkehrer ist. —

Würzburg. In der öffentlichen Sitzung des Stadtgerichts wurde am 24. d. der Buchdruckereibesitzer Dürr von Kitzingen als Herausgeber des „Fränkischen Tagblattes" von der Strafe dreier preßpolizeilicher Uebertretungen (Verweigerung der Aufnahme einer amtlichen Berichtigung, Beifügung einer Bemerkung zu einer amtlichen Berichtigung, Nichtaufnahme einer amtlichen Berichtigung in derselben Abtheilung des Blattes und in derselben Schrift) wegen inzwischen eingetretener Verjährung freigesprochen.

Wiesbaden, den 27. April. Aus Veranlassung der Geburt eines Erbprinzen hat der Herzog mehrfache Begnadigungen eintreten lassen. Oberlieutenant v. Krüger ist die weitere Strafzeit auf der Festung Marxburg erlassen worden. Ebenso sind 18 Diezer Züchtlinge begnadigt worden, auch manche Eberbacher Correctionärs, unter ersteren ein Todtschläger im Affect und mehrere Kindesmörderinnen.

Gießen, den 26. April. Als Pendant zu den vielen ähnlichen Vorkommenheiten sind dem Vernehmen nach in der Nähe 5 Falschmünzer eingezogen worden. Außerdem macht ein nicht unbedeutender Waldbrand in der Gegend der Lindner Mark viel von sich reden, der nur durch Ziehung von Gräben um die brennende Stätte am Weiterschreiten gehindert wurde.

Kassel, den 25. April. Die massenhaften Auswanderungen machen dem Ministerium nachgerade doch einige Sorge, obwohl die ministerielle Presse selber vor einiger Zeit die Mißvergnügten zur Auswanderung aufgefordert hat. Der Zudrang der Auswanderer zum Weser-Dampfboot ist so stark, daß man sich genöthigt gesehen hat, die Ordnung durch hingesandtes Militär aufrecht halten zu lassen. Dabei kann man sich nicht länger verhehlen, daß die Furcht vor der in Folge der Hassenpflug'schen Gewaltmaßregeln und Geldverschleuderungen nöthig werdenden Steuererhöhung ein Hauptmotiv zur Auswanderung ist. Wer noch etwas hat, sucht es in Sicherheit zu bringen. Dazu kommt das Beispiel und eine Schrift des nach Ohio ausgewanderten Herrn Ludwig von Baumbach, früheren Präsidenten der Ständeversammlung und Mitglieds der deutschen Nationalversammlung, welcher schreibt, daß er trotz aller Opfer, Entbehrungen und Anstrengungen, die ihm die Uebersiedelung nach der neuen Welt auflege, den gethanen Schritt noch keinen Augenblick bereut habe. Seine in Kassel bei Fischer erschienenen „Briefe", welche sehr praktische Rathschläge von der zuverlässigsten Hand enthalten, werden fleißig gekauft und gelesen. Als vor Kurzem das Auswanderungsfieber an der kurfürstlichen Tafel zur Sprache kam und ein hoher Staatsbeamter äußerte: „Da muß man nächstens Güter kaufen und Fideicommisse gründen", soll der Oberceremonienmeister Herr von Dörnberg mit deutscher Geradheit die treffende Antwort ertheilt haben: „Ja wohl, nur werden wir uns bequemen müssen, selber Hacke und Spaten zur Hand zu nehmen." (Kölnische Zeitung.)

Berlin, den 26. April. Oeconom Rakow aus Zehdenik wurde vom Schwurgericht zu Prenzlau wegen seiner Theilnahme an den Aufständen in Baden und in der Pfalz — Rakow hatte in dem Treffen von Upstedt das sog. Kaiserslauterer Bataillon gegen die Preußen geführt — des Hochverraths schuldig befunden und zum Tode verurtheilt. Der Verurtheilte lebt in New-York.

— den 27. April. Die württembergische Regierung hat die Mittheilung hierher gesandt, daß dieselbe ihren bisherigen Gesandten in Wien, Frhr. v. Linden, zum Gesandten am Hofe zu Berlin ernannt habe.

— den 28. April. Der Ministerpräsident v. Manteuffel überreichte heute bei Eröffnung der 2. Kammer eine königl. Botschaft, dahin lautend: §. 1. Art. 65, 66, 67 u. 68 der Verfassung treten vom 7. August außer Wirksamkeit. §. 2. Von diesem Zeitpunct an erfolgt die Bildung der ersten Kammer auf Grund kgl. Anordnung.

Frankreich.

Paris, den 24. April. Der Ausspruch des Civilgerichts in der Kompetenzfrage des Orleans'schen Prozesses hat gestern eine so lebhafte Ueberraschung aufs Publikum hervorgebracht, wie man sie im Interesse des sittlichen Gefühls nur beklagen kann. Diese Ueberraschung bewies, daß man den Richtern nicht genug Muth zugetraut hatte, nach ihrer Ueberzeugung, nach Recht und Gewissen zu urtheilen. Freilich hat man seit dem 2. Dec. so viel Mangel an Unabhängigkeit, so viel Charakterschwäche gesehen, daß die Voraussetzung, das Gericht werde der Regierung „den Dienst erweisen" und sich incompetent erklären, sozusagen berechtigt war. Die Advocaten, zumal die im „Saale der verlornen Schritte" vor Freude sich umarmten, haben dadurch den Richtern kein Zeugniß des Zutrauens ausgestellt. (Allg. Z.)

Louis Napoleon soll zu einer glaubwürdigen Person gesagt haben: „Ich, meines Theils, hänge durchaus nicht am Kaiserthum; aber ich schulde dessen Annahme meinen Freunden, die meiner Sache vertraut haben, und welche in diesem Titel eine dauerhafte Weihe meiner Gewalt erblicken. Uebrigens, obgleich ich die Vortheile dieser neuen Regierungsform erkenne, so verhehle ich mir die Schwierigkeiten keineswegs. Das Kaiserthum stärkt mich, exponirt mich aber."

In Paris reißt eine wahre Spielwuth ein: ein Correspondenz der „Indépendance" vom 21. April spricht von nicht weniger als 390 Gesuchen um Ermächtigung von Lotterien, die bei dem Polizeiminister v. Maupas eingelaufen sein sollen. Doch sind die bisherigen Erfahrungen mit Lotterien nichts weniger als aufmunternd. Bei fünf oder sechs muß aus Mangel an Abnehmern die Ziehung vertagt werden, und die Goldbarrenlotterie hat eine nur zu berüchtigte Geschichte. Von 7 Millionen Loosen sind 6,200,000 abgesetzt worden, und 860,000 Fr. sind für Kosten, 500,000 nur für Ankündigungen aufgegangen. Die Ehrlichkeit des Directors war verdächtig geworden, und derselbe hatte auf Aufsehen erregende Weise seine Entlassung erhalten. Aber das Beste kommt nach. Sollte man es glauben? Von 5 Loosen (wahrscheinlich sind es nicht die einzigen) zeigt sich, daß sie doppelt ausgegeben wurden, und zum Unglück sind es Gewinnstloose, die sich auf 86,000 Fr. belaufen, nämlich ein Loos von 50,000 Fr., ein zweites von 25,000, zwei von je 5000, ein fünftes von 1000 Fr., deren Inhaber auf Ausbezahlung dringen.

— den 25. April. Der Minister des Innern hat ein Rundschreiben an die Präfekten erlassen, worin die Directoren der Centralgefängnisse beauftragt werden, den zu lebenslänglicher Einsperrung verurtheilten Weibspersonen zu eröffnen, daß man sie, wenn sie es wünschen, nach Cayenne bringen wird. Sie sollen dort zu Arbeiten, die ihrem Geschlecht angemessen sind, verwendet, möglichst schonend behandelt und ihnen, wenn sie sich gut aufführen, erlaubt werden, zu heirathen und eigene Wohnungen zu besitzen.

Der zum Tode verurtheilte Milletot und Cognard, zur Deportation bestimmt, sind aus den Gefängnissen von Clamecy entsprungen.

— den 26. April. Der General Lawoestine hält fast täglich Revuen über die neu organisirten Bataillone der Nationalgarde ab. Dieselben finden gewöhnlich in den Champs Elysees Statt. Bei einer derselben erblickte der General den Präsidenten der Republik auf der Terrasse. Er ließ sofort das Bataillon vor dem Präsidenten vorbeidefiliren, indem er „Vive Napoléon!" rief. Die zwei ersten Kompagnien stimmten nicht mit in den Ruf ein; die beiden letzten aber riefen mit dem General: „Es lebe der Kaiser!"

Wie sehr die Presse im Abnehmen begriffen ist, beweist der Umstand, daß die noch in Paris bestehenden Journale 36,000 Exemplare weniger täglich versenden, als vor dem 2. December. Hierzu kommen natürlich noch alle Journale, die mit dem Erscheinen jenes Tages und seit jener Zeit verschwunden sind.

Es ist jetzt entschieden, daß die mobile Gensd'armerie, die schon lange ein wahres Gardecorps bildet, in Kurzem statt Tschado's Bärenmützen erhalten wird.

Unter den 69 Militärs, welche nach dem heutigen „Moniteur" die neue Ehrenmedaille empfangen haben, sind nicht bloß solche, die sich in den Decembertagen auszeichneten, sondern auch mehrere, die bei der Februarrevolution ihren Posten tapfer vertheidigten, oder bei dem Aufstande von 1839, an dessen Spitze Barbès stand, unter den Ordnungskämpfern waren. Ferner befinden sich Militärs darunter, die sich in Algerien und Haiti hervorthaten.

Das Feuerwerkeratelier zu Vincennes bei Paris ist heute in die Luft geflogen.

Es sind zwischen der österreichischen und der französischen Regierung Unterhandlungen wegen Abschlusses eines Handels- und Schifffahrtsvertrages eingeleitet.

Es werden auf dem Marsfelde große Vorbereitungen für die Vertheilung der Adlerfahnen an das Heer thätig betrieben. Es ist für dieselben dem Kriegsministerium ein Credit von 100,000 Frs. bewilligt.

Der Prinz Canino hat während seiner Anwesenheit in Civita-Vecchia folgendes Abkommen mit seiner Familie getroffen. Er entsagt allen seinen Ansprüchen auf sein unbewegliches Vermögen in den römischen Staaten gegen eine Baarzahlung von 500,000 Frcs. und gegen eine Rente von 40,000 Frcs.

Italien.

Bologna, den 16. April. Das Standgericht hat 4 Räuber zum Tod verurtheilt, und die Strafe mit Pulver und Blei vollstreckt. Eine 21jährige Näherin, welche mit der Bande gemeine Sache machte, wurde gleichfalls zum Tode verurtheilt, dann aber zu 20 Jahren Galeere begnadigt.

Toskana. Lord Granville soll von der großh. Regierung eine Entschädigung von 1000 Pf. Sterl. für Mr. Mather verlangt haben, eine Summe, die von den englischen Journalen im Vergleich mit anderwärts gestellten und erfüllten Forderungen als sehr gering bezeichnet wird. Die toskanische Regierung hat erklärt, daß sie Nichts an Mather bezahlen wird.

Turin, den 21. April. Ein Collectiv-Rechtsgutachten sämmtlicher Advocaten des Cassationshofes von Piemont über den politischen Monstreproceß des 15. Mai von Neapel hat unser Interesse wieder von Neuem auf die Opfer der neapolitanischen Politik gelenkt. Dieses Votum gründet sich auf eine actenmäßige Darstellung des Prozesses vom 15. Mai vom Professor Mancini aus Neapel. Seine Darstellung enthält eine Menge neuer Daten, die ihm speciell bekannt sind, da er zu Neapel mit der Vertheidigung mehrerer Angeklagten des 15. Mai beauftragt war; er flüchtete, als man ihn, den Vertheidiger, als Angeklagten in diesen Prozeß verwickeln wollte, in den bekanntlich sämmtliche Deputirte erst 3 Jahre nach dem Tage des 15. Mai (1848) verwickelt wurden. Wie der Anklageact geschmiedet ist, können Sie daraus ersehen, daß mehrere, die zu jener Zeit nicht Deputirte waren, wie Aurelio Saliceti — damals in Rom — Giovanni Romeo u. A. als Mitglieder des Parlaments im Anklageact bezeichnet werden. Als einer der eifrigsten Barrikadenkämpfer wird der bekannte Schriftsteller Messari bezeichnet, der sich am 15. Mai 1848 zu Mailand befand, was in der Darstellung Mancini's durch ein Certificat der Mailänder Policei (als authentisch von der hiesigen österreichischen Gesandtschaft bestätigt) erhärtet wird. Das einmüthige Votum sämmtlicher Advocaten des piemontesischen Cassationshofes — und unter diesen Männern ist selbst die retrogradeste Richtung nicht unbedeutend vertreten — erklärt das neapolitanische Regierungs- und Gerichtsverfahren nach den dort bestehenden Gesetzen unter allen Gesichtspuncten als gesetzwidrig und willkürlich.

Spanien.

Nach einer amtlichen Mittheilung in der „Madrider Zeitung“ belief sich am 1. ds. der Gesammtbetrag der schwebenden Schuld Spaniens auf 340,740,421 Realen.

Schweden.

Stockholm, den 22. April. Durch Bekanntmachung des Oberstatthalteramts vom 16. d. M. wird der durch den Waldeck'schen Prozeß bekannt gewordene Preuße Ohm, der eine kurze Zeit hier ein Wirthshaus hielt, sich aber heimlich von hier entfernte, steckbrieflich verfolgt, nachdem das von ihm bewohnte Haus in Concurszustand erklärt worden. (— Ohm ist bekanntlich seitdem in Berlin verhaftet und von da angeblich nach Hamburg zurückgebracht worden. —)

Vereinigte Staaten.

Neuyork, den 10. April. Wiederum wird eine schreckliche Dampferexplosion gemeldet. Dieselbe fand am 9. April bei Lirington Statt. An 100 Personen, zum großen Theil Mormonen, verloren dadurch das Leben. Alle auf dem Schiffe Angestellten, mit Ausnahme von zweien, kamen um.

Man beschäftigt sich allenthalben mit den Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahl.

Neueste Nachrichten.

München, den 27. April. Der Landtag wurde, sicherm Vernehmen nach, bis 22. Mai verlängert. Unter den noch zu erwartenden Gesetzesvorlagen ist, außer denen über die Abänderungen in den politischen und Preßprozessen, auch einer über Herabsetzung der Tagegelder der Abgeordneten auf vier Gulden. (A. Z.)

Die N. Münchn. Ztg. meldet: Se. Maj. der König haben sich bewogen gefunden, den geh. Rath und ordentlichen Professor Dr. J. N. v. Ringseis in billiger Berücksichtigung seiner vorgerückten Lebensjahre, sowie unter wohlgefälliger Anerkennung seiner bisherigen entsprechenden Dienstleistungen vom 1. Sept. 1852 anfangend, der ihm obgelegenen Verpflichtung, klinische Vorträge, sowie Vorlesungen der speciellen Therapie abzuhalten, zu entbinden, und den ordentlichen Professor Hofrath Dr. Karl Pfeufer zu Heidelberg vom 1. Sept. l. J. anfangend zum ordentlichen Professor der speciellen Therapie und Klinik an der medizinischen Facultät der Hochschule Münchens zu ernennen.

Stuttgart, den 26. April. Heute gelangten traurige Nachrichten über zwei bedeutende an der westlichen und östlichen Grenze des Landes ausgebrochene Brandfälle hier an: zu Oeschelbronn, Oberamts Maulbronn, also an der badischen Grenze, brannte die Hälfte des Orts nieder, und noch wüthete bei Abgang der Nachricht das verheerende Element fort; zu Schnürpflingen im Oberamt Laupheim, also an der entgegengesetzten (baierischen) Grenze, verzehrte das Feuer 22 Gebäude und machte 19 Familien, all ihrer Habe beraubt, obdachlos.

Paris, den 27. April. Ein Decret verfügt, daß fortan über die Gnadengesuche gegen die Urtheile der gemischten Departementalcommissionen auf dem gewöhnlichen gesetzmäßigen Wege entschieden werden soll. — Wie verlautet, sollen ziemlich viele Mitglieder des diplomatischen Corps in Ruhestand versetzt werden. — Der Exminister Teste ist gestern nach dreitägiger Krankheit gestorben. — Der Schaden den die (schon gemeldete) Explosion zu Vincennes angerichtet hat, wird auf 60,000 Fr. geschätzt; zum Glück hatten sich alle Arbeiter entfernt, um zu frühstücken.

Der schweizerische General Dufour ist hier eingetroffen.

— den 28. April. Es sollen für 4,400,000 Frs. Renten zu 3 Procent inscribirt werden, statt vier Millionen zu 4½ Procent.

Turin, den 24. April. Der Kammerpräsident Dionigi di Pinelli ist gestern Abends um 8 Uhr verschieden.

Miscellen.

München, den 27. April. Im „goldenen Storchen“ (Bauhof) wohnt gegenwärtig die Frau eines Eisenbahnarbeiters mit ihrem 1¼ Jahr alten Kinde, welches letztere am ganzen Oberkörper mit fast zolllangen braunen Haaren bedeckt ist und einen vollständigen Backenbart hat. Im Uebrigen ist das Kind ganz wohlgestaltet und von einer für sein Alter ganz ungewöhnlichen Körperstärke.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 26. April. Weizen 6 fl. 20 kr., Korn 5 fl. 45 kr., Gerst 4 fl. 40 kr., Spelz 4 fl. 53 kr., Hafer 4 fl. 13 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 24. April. Weizen 6 fl. 43 kr., Korn 5 fl. 41 kr., Spelz 5 fl. 7 kr., Gerst 4 fl. 46 kr., Hafer 4 fl. 4 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 26. April. Weizen 6 fl. 29 kr., Korn 5 fl. 34 kr., Spelz 4 fl. 37 kr., Gerst 4 fl. 41 kr., Hafer 3 fl. 36 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 23. April. Weizen 13 fl. 5 kr., Korn 9 fl. 50 kr., Gerste 7 fl. 32 kr., Hafer 4 fl. 16 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[994²] **Concert-Anzeige.**
(Zum Besten der Hilfsbedürftigen in den Thälern von Bigorre, Oberpyrenäen, gegründet seit 21 Jahren.)

Samstag, den 1. Mai 1852, findet im Saale des kgl. Lyceums in Speyer das erste und letzte große **Pastoral- und National-Concert** durch die Auswahl der **40 französischen Bergsänger** statt.

Die 40 Bergsänger sind Zöglinge der Wohlthätigkeitsanstalt des Conservatoriums für religiöse Musik, welche, aus Jerusalem kommend, nunmehr nach den vereinigten Staaten von Nordamerika sich begeben, nachdem sie die Ehre hatten, an den Höfen von 52 Fürsten Europa's, Afrika's und Asien's gehört zu werden.

Billete à 30 kr. in den Saal und à 18 kr. auf die Gallerie sind bis zum Tage des Concerts bis Nachmittags 4 Uhr voraus zu haben im Gasthofe zum Rheinischen Hof und bei dem Lyceumsdiener. Abends an der Kasse: In den Saal 42 kr. Auf die Gallerie 24 kr. Kinder die Hälfte. — Für die Zöglinge der hiesigen Studienanstalten in den Saal 21 kr. Auf die Gallerie 12 kr. Kasseeröffnung: 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

[952²] **Versteigerung einer Mühle.**

Donnerstag, den 6. Mai nächsthin, Nachmittags um 2 Uhr, zu Frankenthal im Gasthause zum rothen Löwen, lassen die Erben von Peter Folz, ihre daselbst am Krahnen des mit dem Rheine verbundenen Kanales gelegene Oelmühle mit 2 Pressen, Loh- und Stampfmühle, Wohngebäude, Stallung, Gärten, Remise, Badzimmer und Zubehörden, unter angemessenen Zahlungsfristen versteigern. Dieses Anwesen, welches sich wegen seiner Räume, seiner Lage und der örtlichen Verhältniße zu einem jeden andern Geschäfte, insbesondere aber zur Errichtung einer Tabaks- oder Cigarrenfabrik mit Fournierschneidmaschine eignen würde, befindet sich nebst allen Zubehörden in bestem baulichen Zustande. Der Kanal nach dem Rheine und die Eisenbahn von Mainz nach Ludwigshafen gewähren bei Errichtung einer Fabrik oder eines commerciellen Etablissements entsprechende Vortheile. Die Wohnung, welche 13 geräumige Zimmer, Küche und Waschkammer enthält, hat eine frei gehende Lage, Terrasse mit Blumen- und Gemüsegarten.

Frankenthal, den 8. April 1852. Der k. Notär:
Berg.

[42] **Lotto.**
Zu Nürnberg kamen den 27. April heraus:
55. 11. 54. 9. 2.
Die nächste Ziehung ist den 6. Mai zu München.

Neue
Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 106 | den 2. Mai 1852.

Deutschland.

* **Badische Verhältniße.** (Bemerkungen eines Reisenden.) Der verstorbene Zachariä war der Ansicht, in monarchischen Staaten sei der Uebergang der Regierung nach dem Ableben des Fürsten an seinen Nachfolger, auch in dem ganz gewöhnlichen Erbfolgeverhältniße, doch immer ein kritischer Moment. In Baden ist dieß eben in hoher Potenz der Fall, weil eine Complication der ungewöhnlichsten Verhältniße obwaltet. Indem ich dieses niederschreibe, kann es mir freilich nicht entfernt einfallen, an irgend welche materielle Erschütterungen zu denken. Diese sind natürlich unmöglich, und zwar nicht etwa blos unter den augenblicklichen besondern Zuständen Badens, sondern namentlich schon in Folge der Lage aller unser kleineren deutschen Staaten, den Großmächten und dem Bunde gegenüber. Davon also fällt es mir nicht ein zu reden. Der Staatsmann, und überhaupt jeder Beobachter weiß aber, daß es in den Regierungsverhältnißen auch noch andere beachtenswerthe Momente gibt, als die der unmittelbaren Erschütterungen. Diese habe ich in das Auge gefaßt.

Zu dem Regierungswechsel an sich kommen in Baden noch besonders folgende zwei eigenthümliche Umstände: 1) die Regierungsgewalt geht hier nicht in der gewöhnlichen Reihenfolge an den Erbprinzen über, und 2) (was das Schwierige der Sache am meisten erhöht:) es besteht in der ganzen badischen Gesetzgebung durchaus keinerlei Vorsorge für den Fall der Nothwendigkeit einer Regentschaft; auch hat der verstorbene Großherzog Leopold nicht einmal eine testamentarische Verfügung in dieser Beziehung getroffen. Hiezu kann man noch als dritten mißlichen Umstand den zählen, daß der jetzige Großherzog Ludwig sich bekanntlich durchaus nicht dazu versteht, auf sein Erbfolge- und Regierungsrecht zu verzichten, vielmehr sich dasselbe so viel er vermag zu wahren sucht.

Daß Parteiungen bestehen, ist natürlich. Die Democraten zwar rühren sich nirgends; von ihnen wird auch dermalen im ganzen Lande nicht die leiseste Stimme laut. Wol aber scheint es, als ob jene beiden Parteien, von denen die Eine an das Oesterreicher-, die Andere an das Preußenthum sich anlehnt, und welche eben vorzugsweise den Zwiespalt Deutschlands repräsentiren, hier aufs Neue sich begegnen. Ich weiß nicht, mit welchem Grunde es geschieht, mehrfach aber hörte ich, daß man behauptete, der Prinz Friedrich, der dermalige Regent, sei entschieden Oesterreichisch gesinnt, weßhalb die Anhänger des Preußenthums den einfachen Uebergang der Regierung an den bisherigen Erbgroßherzog Ludwig wünschten.

Die Frage ward ohne Schwierigkeiten sogleich factisch gelöst. Darüber, daß dieß der Fall werden würde, konnte von vorn herein kein Zweifel bestehen. Dem Stellvertreter des Großherzogs ward allenthalben ohne Widerstreben gehuldigt, wie gar nicht anders zu erwarten stand. Allein auffallend ist, welche Gerüchte sogar dem Reisenden mitunter zu Ohren kamen. Die meisten derselben sind unzweifelhaft unglaubwürdig, und dennoch trifft man Leute, welche sie glauben und wiederholen. Man würde darüber lachen, und schwerlich fänden sich Viele, welche sich durch deren Nacherzählen würden lächerlich machen wollen, wenn in Baden eine freie Presse bestünde und ein Landtag versammelt wäre, und zwar ein Landtag mit freier Bewegung, in welchem die Opposition nicht fehlte. — Gerade die jetzige Regierung mag sehen, wie höchst nachtheilig für sie selbst es ist, daß eine freie Besprechung der am tiefsten eingreifenden Landesangelegenheiten nicht stattfindet. Ich lege keinen Werth darauf, daß man behauptet, der Großherzog Leopold sei schon einen Tag früher gestorben, als in der Proclamation angegeben worden; ich sehe auch ab davon, daß man die Mährchen von Kaspar Hauser wieder aufgewärmt findet. Weit beachtenswerther schien es mir, als ich, der Fremde, trotz des Kriegszustandes, mehrfach sagen hörte, der als geistig und körperlich so krank erklärte Großherzog Ludwig habe einen entschieden freisinnigen Willen; er habe sogar schon vor einiger Zeit eine Denkschrift abgefaßt, worin er sich dahin ausspreche, daß die Regierungsweise sich nicht auf den Kriegszustand, sondern auf das Volk stützen solle, der verstorbene Großherzog Leopold habe es eigens abgelehnt, eine Verfügung wegen Bestellung einer Regentschaft zu treffen, u. dgl. mehr. An diese Gerüchte wurden Betrachtungen geknüpft über die Möglichkeit der Gefahren, wenn — abgesehen von dem vorliegenden Falle — die Agnaten sich selbst befugt erklären könnten, eine Regentschaft zu decretiren ꝛc. Bedeutungsvoll in politischer Beziehung schien mir dabei insbesondere, daß man andeutete, der preußische Gesandte habe, als die Huldigung für den neuen Regenten bevorstand, aus Veranlassung eines prävativen „Familienverhältnißes," Karlsruhe verlassen. — Von der andern Seite hinwieder wird versichert, es stehe nunmehr die Aufhebung des Kriegszustandes und eine ausgedehnte Amnestie in Aussicht. Klug wäre beides. —

* **München,** den 28. April. Das Resultat der gestrigen Abstimmung in der Abgeordnetenkammer, in Betreff der Verwerfung des Fideicommißgesetzes, hat ein mehr als gewöhnliches Interesse erregt. Es ergab sich damit thatsächlich, daß die freisinnige Opposition auch heute noch in völlig ungeminderter Anzahl vorhanden, und daß das Ministerium nicht im Stande ist, für ein Verfassungsgesetz in der entgegengesetzten Richtung die nöthige Zweidrittheilsmajorität zu erzielen.

Dasselbe hat auch im Finanzausschuße, wie man vernimmt, eine sehr eclatante Schlappe erlitten. Nicht nur der Referent Langguth, sondern alle Mitglieder des Ausschußes ohne Ausnahme, sollen sich für Verwerfung des Gesetzentwurfes wegen der 4 Millionen für die Expedition nach Kurhessen erklärt haben. Ein Bericht an die Kammer ist nur darum nicht gegeben worden, weil man der Regierung die Möglichkeit nicht benehmen will, den Gesetzentwurf, welcher ganz eclatant durchfallen würde, wenn er in der Kammer zur Abstimmung käme, selbst zurückzuziehen. Andere meinen, man solle die Sache überhaupt nicht weiter berühren, sondern factisch einschlafen lassen, sie mit gar keinem Worte besprechen. Es ist wirklich schwer zu begreifen, wie das Ministerium dazu kommen mochte, einen Gesetzentwurf der bezeichneten Art zur Vorlage zu bringen. Man hätte denken sollen, es müßte selbst erkennen, daß ihm aus einer solchen Vorlage unmöglich etwas Anderes, als eine große parlamentarische Niederlage erwachsen könne, wenn es nicht voraussetzte, daß die Kammer in ihrer Mehrheit eine solche um jeden Preis von von ihm abzuwenden sich entschließen könne. Alles, was man wahrnehmen kann, beweist die innere Unhaltbarkeit des Fortbestehens des Ministeriums. Die Hauptverzögerung einer Aenderung dürfte in der Schwierigkeit liegen, Nachfolger zu finden, die vollkommen den Anforderungen entsprechen, welche dermalen gemacht werden.

Ueber die Zeit des Schlußes der Kammer weiß man noch immer gar nichts.

In der heutigen 119. Sitzung der Abgeordnetenkammer fand die Berathung über das Weidegesetz statt. Das Referat rührt von Hrn. von Koch her. Der ganze Gesetzentwurf berührt nur die 7 älteren Kreise. Er wurde schließlich von 119 Anwesenden einstimmig angenommen.

Stuttgart. Der „Beobachter" theilt folgendes interessante Actenstück mit: „Hochwohlgeborener, Hochzuverehrendster Herr General! mögen nicht ungnädig aufnehmen, wenn ich mir erlaube, mit diesen Zeilen dem Herrn General eine besondere Bitte vorzutragen. — Oberfeldwebel Köhler des 6. Infanterieregiments hat sich um die erledigte Kriminalamtsdienerstelle in Stuttgart beworben; diese Stelle ist eine der einträglichsten, die ein Unteroffizier je bekommen kann, daher eine ganz ungewöhnliche Anzahl von Bewerbern für dieselbe auftreten wird. — Wenn nun nicht ganz besondere Momente hinzutreten, so dürfte für keinen der Candidaten irgend Hoffnung sein, zu reüssiren, daher ich für den Oberfeldwebel Köhler mir erlaube, die Aufmerksamkeit des Herrn Generals auf jene Zeit hinzulenken, als das 6. Regiment Ende Mai 1848 — von Baden zurückgekehrt — im Hofe der neuen Infanteriekaserne von Seiner Majestät dem Könige empfangen wurde. — Dort wurden die neu Dekorirten vorgestellt und Seine Majestät wendeten sich insbesondere gegen den Oberfeldwebel Köhler mit der Allergnädigsten Zusage, durch eine gute Civilstelle für ihn sorgen zu wollen. — Sollten Sich der Herr General dessen erinnern, und überhaupt durch gnädige Fürsprache bei Seiner Excellenz dem Herrn Minister zu Gunsten Köhlers Sich verwenden wollen, so würde dadurch sein Gesuch aus der Masse von Petitionen besondere Beachtung finden. — Etwas weiteres zu Gunsten Köhlers darf ich kaum wagen vorzutragen, da der Herr General als Oberster des 6. Regiments allezeit mit ihm zufrieden gewesen, und Köhlers Körperconstitution und handfestes Wesen wieder vollständig hergestellt sei. — Wollte Gott die Rothen kämen alle in Gewahrsam und Köhler würde ihr Gefangenwärter! — Der Bitte für Köhler füge ich noch die besondere Bitte bei, der Herr General möge mir stets die gnädigen, wohlwollenden Gesinnungen bewahren, deren ich mich in meiner früheren Dienstzeit stets zu erfreuen hatte. Respektvollst verharrend Euer Hochwohlgeboren unterthäniger Hauptmann Lipp. — Ulm, den 17. Februar 1852."

Darmstadt, den 28. April. In der heutigen Kammersitzung stellte der Abg. Müller-Melchiors in Betreff der hiesigen Zollconferenzen mit ausführlicher und scharfer Motivirung folgenden Antrag: „I. Die 2. Kammer wolle erklären: 1) daß sie mit tiefstem Bedauern von dem Inhalte der am 6. April in Darmstadt getroffenen Verabredung Kenntniß erhalten habe; 2) daß sie diese Verabredungen einem Aufgeben des Zollvereins und des letzten nationalen Bandes, welches in Deutschland besteht, gleich erachte; 3) daß die Ausführung dieser Verabredungen die materielle Wohlfahrt des Landes unrettbar zerstöre und damit die Existenz des Staates bedrohe: 4) daß der großh. Staatsregierung das Recht nicht zugestanden habe, ohne ständische Einwilligung Verträge von solcher Bedeutung abzuschließen; 5) daß die zweite Kammer nie und nimmer zu der Realisirung solcher unheilvollen Entwürfe Hand bieten werde. II. Die zweite Kammer der Landstände wolle die Staatsregierung ersuchen, mit Aufbieten aller Kräfte auf die alsbaldige Neugestaltung des Zollvereins mit Preußen, dessen treugebliebenen Verbündeten, den Mitgliedern des Steuervereins und andere, der Lage der Dinge nach dem preuß. Zollsystem zuneigenden Staaten hinzuwirken, um alsdann erst zwischen dem neu gebildeten Zollverein und Oesterreich eine, auf gesunden nationalöconomischen Grundsätzen, beruhende Zoll- und Handelseinigung anzubahnen." — Dieser Antrag wurde, unter mehrseitigen lebhaften Aeußerungen über die Betheiligung unserer Regierung in den fraglichen Conferenzen, dem Finanzausschuß zur sofortigen Berichterstattung überwiesen. (F. J.)

Gotha, den 28. April. Unsere Abgeordnetenkammer hat die Enbloc-Annahme der revidirten Verfassung nebst Beilagen in ihrer heutigen Sitzung mit 23 gegen 2 Stimmen beschlossen.

Luxemburg, den 26. April. Bei Grevenmacher (6 Stunden von hier) sind nahe an 150 Morgen Wald abgebrannt.

Berlin, den 27. April. Der aus den verflossenen Jahren sowol durch seine gegen Preußen gerichteten Zeitungsartikel, wie durch seine politischen Missionsreisen bekannte Hr. Bailly war vor einigen Tagen hier angekommen. Bei der Durchsicht seiner Legitimationspapiere ergab sich, daß dieselben nicht genügend waren und die Polizei sah sich deßhalb genöthigt, die Ausweisung des Bailly zu verfügen, in Folge deren er Berlin am vergangenen Sonntag verlassen hat.

Königsberg, den 26. April. Duch eine Verfügung der k. Regierung ist den Vorsteherinnen verschiedener hiesiger Privat-Töchterschulen eröffnet worden, daß sie sofort diejenigen Lehrerinnen zu entlassen haben, die zur freien Gemeinde gehören, widrigenfalls ihnen die Concession entzogen werden soll. (N.-Z.)

Von der Oder, den 23. April. Es sind starke Anzeichen vorhanden, daß die preußische Regierung gegen die nationalen Bestrebungen in den polnischen Theilen der Monarchie ein strenges System einzuschlagen gedenkt. Es existirt noch aus dem Jahr 1846 her eine Verordnung, nach welcher alle Fremden bei einer Geldbuße von 50 Thlrn. und im Wiederholungsfall bei angemessener Gefängnißstrafe von ihrem Gastgeber polizeilich angemeldet werden müssen, und wenn dieser Gastgeber ein Gutsbesitzer ist, so kann nach zweimaliger Verurtheilung desselben auf seine Kosten eine besondere polizeiliche Beaufsichtigung seiner Besitzungen angeordnet werden. Diese Anordnung ist jetzt zum erstenmale gegen ein Mitglied der polnischen Aristokratie, gegen den Grafen Mielzinsky auf Miloslaw, in voller Strafe zur Anwendung gekommen. Der Graf ist zum zweitenmal wegen Beherbergung eines polnischen Emissärs vom Kreisgericht zu Wreschen, und zwar zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt; es wird jetzt, dem Inhalt jener Verordnung gemäß, die polizeiliche Beaufsichtigung seiner Güter auf seine Kosten angeordnet. (A. Z.)

Aus dem Gnesen'schen, den 22. April. Ludwig Klutt aus Polen, 28—30 Jahre alt, von Profession ein Zimmermann, seit 6 Jahren in Preußen und zwar in dem Dorfe Miaty (bei Wittkowo) ansäßig, sollte heute von Wittkowo aus über die preußisch-polnische Gränze gebracht und jenseits derselben bei der betreffenden Behörde als Ueberläufer abgeliefert werden. Als ihm dieses auf dem Districtscommissariatsamt zu Wittkowo eröffnet worden war, wußte er jedoch aus dem Bureau zu entspringen und eilte der Straße zu, welche von Wittkowo nach Gnesen führt. Auf dieser war er noch kaum 200 Schritte vorwärts gekommen, als er sich schon verfolgt und in der Gefahr sah, bald eingeholt und ergriffen zu werden. Entschlossen, lieber zu sterben, als nach Rußland trasportirt zu werden, riß er sich mit der einen Hand — so schnell er konnte — das Halstuch ab, während er mit der andern ein Rasiermesser aus der Tasche zog und sich mit demselben die Kehle durchschnitt. Die Verfolger fanden ihn, in seinem Blute schwimmend, am Boden liegen. Der arme Klutt wird in hiesiger Gegend um so herzlicher bedauert, als derselbe, wie allgemein verlautet, stets ein ordentlicher, aufrichtiger Mann gewesen sein und sich immer auf die ehrlichste und rechtschaffenste Weise ernährt haben soll. (F. J.)

Frankreich.

Paris, den 25. April. Man spricht in politischen Kreisen von drei Noten welche seit dem 16. d. M. in

kurzer Aufeinanderfolge aus St. Petersburg, Berlin und Wien an die Vertreter dieſer Höfe, mit dem Auftrag dieſelben dem Miniſter des Aeußern mitzutheilen, angekommen ſeien. Dieſe Noten ſollen „die Erbrechte auf das 1804 von der franzöſiſchen Nation errichtete Kaiſerthum," wovon der Prinz-Präſident bei Entgegennahme des Eides der Mitglieder des Caſſationshofs geſprochen, hervorgerufen haben. Die ruſſiſche Note iſt in ſehr entſchiedenem Ton abgefaßt, erklärt eingangsweiſe, das St. Petersburger Cabinet habe nichts gegen eine weitere (lebenslängliche) Verlängerung der Gewalt des Präſidenten „in ihrer gegenwärtigen Form" einzuwenden, nie aber werde es eine neue Dynaſtie in Frankreich anerkennen. Die Wiederherſtellung des Kaiſerthums müßte überdies allgemeines Mißtrauen in Europa erregen, und ein ſolches Mißtrauen Zuſtände hervorrufen, denen man den Krieg vorziehen würde. Die preußiſche Note iſt ungefähr desſelben Inhalts, jedoch in bei weitem minder entſchiedenem Ton und ohne die Erklärung, daß Preußen das Kaiſerthum nie anerkennen werde. Die öſterreichiſche Note iſt gewiſſermaßen in der Form eines freundſchaftlichen Rathes abgefaßt, welcher gegen die Wiederherſtellung des Kaiſerthums ſich äußert, dasſelbe aber keineswegs als eine Störung der freundſchaftlichen Beziehungen zwiſchen den beiden Cabinetten — ich hätte bald geſagt Höfen — anſehen möchte, ſofern der Prinz-Präſident in ſeiner neuen Lage Europa die nöthige Bürgſchaften ſeiner friedlichen Geſinnungen und Achtung der Wiener Verträge zu geben geneigt wäre. Als eine ſolche Bürgſchaft wird namentlich der Rückzug der franzöſiſchen Truppen aus dem Kirchenſtaat erwähnt. (A. Z.)

Die Correſpondenten der „Morning Chronicle" und der „Neuen Preußiſchen Zeitung" ſind verwarnt und im Falle nochmaliger Veröffentlichung falſcher Nachrichten mit Ausweiſung bedroht worden.

Paris, den 27. April. In der letzten Zeit ſollen Unregelmäßigkeiten bei den Verhaftungen, die im December ſtattgefunden, an mehreren Orten an den Tag gekommen ſein. Mehrere Perſonen, reichen und angeſehenen Familien angehörig, wurden verhaftet, um gegen eine gewiſſe Summe oder Caution in Freiheit geſetzt zu werden. Die Centralbehörden in Paris ſollen äußerſt ungehalten über dieſe Vorgänge ſein. Man ſpricht von der bevorſtehenden Entfernung mehrerer Beamten, die ſich dieſe Dinge haben zu Schulden kommen laſſen. (K. Z.)

Der Senat ertheilte in der geſtrigen Sitzung dem Geſetze für Umprägung der Kupfermünzen ſeine Zuſtimmung.

Aus dem Elſaß, den 27. April. Trotz der eifrigſten Aufſicht von Seite der Polizei und der Gendarmerie haben die Brandſtiftungen und zwar namentlich in den Wäldern auch in den letzten Wochen noch nicht aufgehört. Im Zeitraume von 3 Wochen haben nicht weniger als 18 derartige Brandunglücke ſtattgefunden. Man hat mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Italien.

Florenz, den 22. April. Die toskaniſche Regierung hat nach längerer Berathung und trotz der Einſprache des päpſtlichen Nuntius beſchloſſen, die den iſraelitiſchen Einwohnern Toskanas im Jahr 1848 eingeräumten Zugeſtändniße aufrecht zu erhalten. Es werden demnach ſämmtliche Juden Toskanas gegen die Verpflichtung, in der Miliz zu dienen, zu allen öffentlichen Aemtern bei freier Ausübung ihrer Religion zugelaſſen.

Großbritanien.

London, den 26. April. Hr. Salamons iſt trotz des richterlichen Spruches, durch welchen die Zulaſſung zum Parlament von der Leiſtung des ganzen Aufnahme-Eides (mit der chriſtlichen Schlußformel) abhängig erklärt iſt, Willens, bei der bevorſtehenden Wahl zu Greenwich als Candidat aufzutreten. Er hat gegen jenen Spruch Appellation eingelegt.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 10. April. Ein furchtbarer, drei Tage lang anhaltender Sturm hat an der Küſte großen Schaden angerichtet. Viele Schiffe ſtrandeten, Häuſer wurden hinweggefegt, und die Flut ſtieg um mehrere Fuß höher als die gewöhnlichen Springfluten. Der Wind kam von Nord-Oſten und war Anfangs von einem Schneegeſtöber begleitet, während merkwürdiger Weiſe in der zweiten Nacht der Donner toſ'te und die Blitze zuckten. An verſchiedenen Stellen wurden die Eiſenbahnen überflutet und die Züge um 10—12 Stunden aufgehalten. Auch im Innern des Landes haben Ueberſchwemmungen gewüthet. Der Ohio iſt bei Cincinnati um 60 Fuß über ſeinen niedrigen oder Sommerwaſſerſtand geſtiegen.

Cincinnati, den 12. April. Der Senat von Cincinnati hat beſchloſſen, Koſſuth's Sache durch Staatsmittel zu unterſtützen.

Neueſte Nachrichten.

Berlin, den 27. April. In der geſtrigen Sitzung der Zollvereinsconferenz reichte Baiern durch ſeinen Bevollmächtigten, Hrn. Meixner, ſeine Anträge ſchriftlich ein. Dieſelben wurden von dem Vorſitzenden, Hrn. v. Pommer-Eſche, zur Berichterſtattung an die k. Regierung entgegengenommen. Den betreffenden Anträgen liegen die bekannten, in Darmſtadt gefaßten Beſchlüße zu Grunde, und es iſt darum, mit Rückſicht auf dieſen letzteren Umſtand, auch natürlich, daß die Unterzeichner jener Beſchlüße, außer Baiern noch Sachſen, Württemberg, die beiden Heſſen und Naſſau, die von dem baieriſchen Bevollmächtigten geſtellten Anträge unterſtützten. Dies iſt der Hauptinhalt der geſtrigen Sitzung. Die nächſte Sitzung iſt auf Sonnabend anberaumt, und wird in derſelben die Rückäußerung der k. Regierung auf die Anträge Baierns erfolgen. Die Principienfrage iſt demnach ganz in den Vordergrund getreten. In Betreff der eventuellen Entſcheidung derſelben kann mit Sicherheit angenommen werden, daß Preußen von dem in handelspolitiſcher Beziehung bis jetzt aufgeſtellten Programme nicht abgehen wird. (Köln. Z.)

Paris, den 28. April. Die „Patrie" meldet: „Der Seinepräfect hat in Sachen der Domainen von Monceaux und Neuilly den Conflict erhoben. Der Act iſt geſtern ſignificirt worden. Die Frage wird vor die Verwaltungsjuſtiz (den Staatsrath) gebracht werden." — Der bekannte Orleaniſt, de Rumilly, hat wegen der angeordneten Vereidigung ſeine Stelle als Mitglied des Generalraths des Sommedepartements niedergelegt. Denſelben Schritt haben andere Orleaniſten und Legitimiſten aus gleichem Grunde gethan.

Man ſpricht heute von einer wichtigen Note des neuen öſterreichiſchen Miniſters des Auswärtigen, die Hr. v. Hübner geſtern hier überreicht habe. — Der Präfect des Departements Allier, Gazart (unter Ledru-Rollin Präfekt des Aveyron), der zu zehnjähriger Deportation nach Lambeſſa verurtheilt war, iſt zur Internirung in einer Stadt von Mittel-Frankreich begnadigt worden.

Fruchtmarkt-Mittelpreiſe.

Zweibrücken. Markt vom 29. April. Weizen 6 fl. 53 kr., Korn 5 fl. 54 kr., Spelz 4 fl. 13 kr., Gerſt, zweireihige 5 fl. 10 kr., vierreihige 4 fl. 30 kr., Hafer 3 fl. 37 kr., Kartoffeln 1 fl. 30 kr., per Centner.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[999] Bei Unterzeichnetem können ein geübter Ziegel-, ſowie auch zwei Backſteinmacher lohnende und dauernde Beſchäftigung finden.
Gaab, Geometer und Ziegeleibeſitzer in Speyer.

[994²] **Concert-Anzeige.**
(Zum Beſten der Hilfsbedürftigen in den Thälern von Bigorre, Oberpyrenäen, gegründet ſeit 21 Jahren.)
Samstag, den 1. Mai 1852, findet im Saale des kgl. Lyceums in Speyer das erſte und letzte große **Paſtoral- und National-Concert** durch die Auswahl der **40 franzöſiſchen Bergſänger** ſtatt.

Digitized by Google

Die 40 Bergſänger ſind Zöglinge der Wohlthätigkeitsanſtalt des Conſervatoriums für religiöſe Muſik, welche, aus Jeruſalem kommend, nunmehr nach den vereinigten Staaten von Nordamerika ſich begeben, nachdem ſie die Ehre hatten, an den Höfen von 52 Fürſten Europa's, Afrika's und Aſien's gehört zu werden.

Billete à 30 kr. in den Saal und à 18 kr. auf die Gallerie ſind bis zum Tage des Concerts bis Nachmittags 4 Uhr voraus zu haben im Gaſthofe zum Rheiniſchen Hof und bei dem Lyceumsdiener. Abends an der Kaſſe: In den Saal 42 kr. Auf die Gallerie 24 kr. Kinder die Hälfte. — Für die Zöglinge der hieſigen Studienanſtalten in den Saal 21 kr. Auf die Gallerie 12 kr. Kaſſeeröffnung: 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.

[1000^{2}] **Brennholz-Verſteigerung**

Auf Donnerſtag und Freitag, den 6. und 7. Mai, jedesmal Vormittags 9 Uhr, werden im hieſigen Gemeindewald, Diſtrict Grün

120¾ Klafter Ruſchen-, Eichen- u. Birnbaum-Holz,
168¼ „ Aſpen und Weiden,
24813 Stück gemiſchte Wellen

gegen baare Zahlung verſteigert, wozu man die Liebhaber einladet.

Rheinsheim, den 28. April 1852.

Das Bürgermeiſteramt:
Rau.
vdt. Brecht.

[998^{2}] **Verkauf einer Buchdruckerei.**

In der baieriſchen Pfalz iſt in einer Stadt von 7000 bis 8000 Einwohnern eine vollſtändige Buchdruckerei mit allem Zubehör zu verkaufen.

Nähere Auskunft ertheilt die Expedition.

[997^{2}] **Hausverſteigerung.**

Dienſtag, den 1. Juni d. Js., Nachmittags 2 Uhr, zu Lambsheim im Wirthshauſe von Johann Raab, laſſen die Erben der allda verſtorbenen Eheleute Heinrich Stephan und Maria Eliſabetha Roob das nachbezeichnete Immöbel der Untheilbarkeit wegen zu Eigenthum verſteigern, nemlich:

Ein großes zweiſtöckiges Haus, das ſeitherige Gaſthaus zur „Krone," mit Scheuer, Stallung, Schopp, Hof und Garten zu Lambsheim an der Hauptſtraße, dem Rathhaus gegenüber gelegen.

Frankenthal, den 30. April 1852.

Berg, Notär.

---

[996] **Hausverſteigerung.**

Montag, den 17. Mai nächſthin, Nachmittags 2 Uhr, im Gaſthauſe zu den drei Königen zu Landau, wird auf Anſuchen des Herrn Johann Baptiſt Arnaud, Handelsmann in Landau und deſſen Kinder, in Eigenthum verſteigert:

Ein dreiſtöckiges Wohnhaus mit Zugehör, gelegen zu Landau an der Marktſtraße, neben Gottlieb Friedrich Marzolph und Johann Voltz.

Landau, den 25. April 1852.

Keller, Notar.

[995^{5}] **Am 3. und 4. Juni 1852**

Große Geldverlooſung der freien Stadt Frankfurt mit 12,511 Gewinnen unter 24,000 Looſen.

Hauptgewinne: 200,000 fl. 2 à 100,000, 40,000, 25,000, 2 à 20,000, 2 à 15,000, 12,000, 3 à 10,000 fl. ꝛc. Originallooſe à 6 fl., halbe à 3 fl., ¼ à 1½ fl. ſind gegen Einſendung des Betrages vom unterfertigtem Handlungshauſe zu beziehen. Pünktliche und portofreie Zuſendung der Looſe und amtlichen Ziehungsliſten wird zugeſichert.

Jacob Reinganum,
in Frankfurt a. M.

[992^{3}] **Offene Lehrlingsſtelle.**

Ein junger braver Menſch kann das Drehergeſchäft erlernen bei Bernh. Huſt, Dreher in Ludwigshafen.

[980^{3}] **Soolbad Dürkheim in der Pfalz.**

Das Sool-, Dampf- und orientaliſche Bad wird dieſes Jahr mit beginnendem Mai eröffnet, wozu höflichſt einladet

Die Badecommiſſion.

[958^{3}] **Lehrlingsgeſuch.**

In ein Colonial- und Kurzwaarengeſchäft in einer Stadt der vordern Pfalz kann ein junger Mann von guter Erziehung ſogleich als Lehrling eintreten. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieſes Blattes.

[978^{3}] Ein noch gut erhaltener Flügel ſteht um billigen Preis zu verkaufen. Wo? iſt bei der Expedition dieſes Blattes zu erfragen.

[971^{3}] **Lehrlingsgeſuch.**

In eine Schirm-, Manufactur- und Kurzwaarenhandlung in Mainz werden 1—2 Lehrlinge von angenehmem Aeußern und guter Familie gegen mäßiges Lehrgeld geſucht. Frankirten Anerbietungen ſieht man unter der Chiffre R. F. Poſt-Reſtante Mainz umgehend entgegen.

[985^{3}] **Verkauf einer Bierbrauerei mit Gaſtwirthſchaft in Lauterburg, Niederrhein**
(Frankreich.)

Die während einer langen Reihe von Jahren, durch den jüngſt verſtorbenen Georg Sonntag, bei Lebzeiten Eigenthümer in Lauterburg, mit ſehr gutem Erfolg betriebene Bierbrauerei und Gaſtwirthſchaft, geſchildet „zu den drei Mohren," in der beſten Lage an der Hauptſtraße, gegenwärtig ganz neu und bequem eingerichtet, wird mit allen dazu erforderlichen Geräthſchaften ꝛc. ꝛc. unter vortheilhaften Bedingungen zum Verkauf aus freier Hand hiemit angeboten, und es könnte dieſes Anweſen, während daſſelbe noch in vollem Gang betrieben wird, ſogleich bezogen werden.

Es wird hauptſächlich bemerkt: daß das Braugeſchäft in loco bis jetzt keine — und nur 2 und 4 Stunden von da entfernt, wenig Concurrenz hat.

Die Gaſtwirthſchaft wurde ſtets beſtens beſucht und wird ſich dieſe bei freundlicher reeller Bedienung ſtets größerer Frequenz, namentlich von den angrenzenden Bewohnern Badens und der Pfalz, zu erfreuen haben.

Lauterburg, den 22. April 1852.

Nähere Auskunft ertheilen auf Verlangen die Erben des verlebten Georg Sonntag, ſowie ihr Verwandter

F. A. Walz,
Kaufmann in Berg (Pfalz).

[963^{5}] **Einziges Depot von Aecht engliſchem Patent Portland-Cement für Baden, Württemberg und die Rheinpfalz.**

Bei dem Herannahen der Bau-Zeit empfehlen wir unſer Lager von

Aecht engl. Patent Portland-Cement

in Orginalpackung (Tonnen v. 400/440 ℔ cöln. Gewicht,) deſſen Preis wir um dieſem ausgezeichneten Bau-Material die allgemeinſte Anwendung zu verſchaffen, moderirt haben und auch davon in Anbruch verſenden.

Der Patent-Portland Cement iſt bekanntlich der beſte hydrauliſche Mörtel, welcher exiſtirt und kann je nach dem Zwecke der Anwendung mit 1 bis 5 Theilen Sand vermiſcht werden. Er dient unter vielem Andern zum Verputz von Gebäuden gegen die Wetterſeite, Regenſärgen, Waſſerbehältern über und unter der Erde, Oelbehältern, Waſſerdichtmachung von Kellern, Eſtrich für Fruchtböden, Lagerhäuſern und Fabriklokalen, zum Gießen von Ornamenten und Figuren.

Mannheim, im April 1852.

Walther u. Reinhardt.

Zur Bequemlichkeit der verehrlichen Abnehmer in der Rheinpfalz haben wir

in Speyer bei dem Herrn F. A. Nuſch,
„ Landau „ „ „ J. B. Feldbauſch

Niederlagen errichtet.

Digitized by Google

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 106) den 2. Mai 1852.

Deutschland.

* **Büchelberg,** den 28. April. Gestern Morgens um 7 Uhr bewegte sich hier ein trauriger aber doch imposanter Leichenzug nach dem Friedhofe. Es galt der sehr braven und achtbaren 35 Jahre alten Gattin des hiesigen Bürgers J. M. Braun, welche, Mutter von 4 Kindern, in das bessere Jenseits abberufen wurde. Dieselbe hatte immer ein tadelloses, sittlich-religiöses Leben geführt, nur vergangene Ostern hatte sie die österliche Beichte übergangen und auch während ihrer kurzen Krankheit hatte sie keinen Geistlichen verlangt; deßwegen wurde ihr das kirchliche Begräbniß verweigert. Doch der biedere christliche Sinn der hiesigen Einwohner suchte das zu ersetzen, was durch die Prediger der Liebe verweigert ward. Auf einfache Kundgebung hin war zur bestimmten Stunde fast die ganze Gemeinde in dem Sterbehause versammelt. Ohne Glockengeläute, aber unter Gebet und Gesang, ging der Zug in feierlichem Ernst und in tiefer Rührung nach dem Gottesacker. Am Grabe richtete ein schlichter Bürgersmann einige Worte an die Anwesenden; er schilderte kurz den herben Verlust für Gatte und Kinder, überblickte den tadellosen Lebenswandel der Hingeschiedenen, ermahnte dringend die Anwesenden, nicht Böses mit Bösem zu vergelten, sondern Allen ohne Ausnahme Liebe und Freundschaft zu erweisen, und warnte vor liebelosem Urtheile mit den Worten des Heilandes: „Richtet nicht, so werdet auch ihr nicht gerichtet, verdammet nicht, so werdet auch ihr nicht verdammet werden." Schon lange war hier kein so stark besuchter Leichenzug; da christliche Liebe der Antrieb hiezu war, so glauben wir mit vollem Recht, dieses Begräbniß ein ächt christliches nennen zu dürfen.

Augsburg. Die Broschüre „Nachlese und politische Umschau 1852" (Münster, bei J. H. Deiters), welche sich zunächst mit einer Kritik der auswärtigen, resp. deutschen, Politik Baierns in den letzten Jahren beschäftigt, ist durch das k. Stadtcommissariat Augsburg „vorläufig" mit Beschlag belegt.

Dresden. Sechs Mai-Verbrechern ist die ihnen zuerkannte zehnjährige Arbeitshausstrafe im Gnadenwege auf zwei Jahre herabgesetzt worden.

Schwerin. Die „Schweriner Ztg." enthält Folgendes: „Da die deutsche Flotte jetzt aufgelöst werden soll, so werden alle früheren Vereine erinnert, die von ihnen gezahlten freiwilligen Beiträge bei dem Bundestage in Frankfurt zu liquidiren."

Hannover, den 27. April. Heute wurde auf dem Policeibureau den Betheiligten das Erkenntniß der Justizkanzlei in Untersuchungssachen gegen den Vorstand des hiesigen Gutenbergbundes eröffnet. Es lautete auf völlige Freisprechung von Strafen und Kosten, da die in Anwendung gebrachten §§. 59 und 60 des Policeistrafgesetzes auf die angeschuldigten Vergehen überall nicht als zutreffend erachtet sind. Wir bedauern nur, daß zwei der Betreffenden ihre Strafe bereits abgebüßt haben, um Hannover verlassen zu können, wie sie inzwischen auch gethan.

Bremen, den 24. April. Nachdem die Absetzung Dulon's vom Senate definitiv ausgesprochen worden, ist eine Anzahl von Männern, die keineswegs alle die politischen und religiösen Ansichten Dulon's theilen, aber die feste, treue Ueberzeugung ehren, für welche der Pastor U. L. Frauen mit seiner Familie seiner Existenzmittel beraubt worden, aufgetreten, um diese wenigstens demselben nach Kräften zu sichern.

Schweiz.

Bern. Auf den 10. Mai ist der große Rath berufen. Nach der „Suisse" sollen dem Letzteren u. A. ein neues Preßgesetz, die Reorganisation des Schullehrerseminars u. s. w. vorgelegt werden.

Waadt. Am 26. d. ereignete sich ein trauriger Unglücksfall auf dem See in der Nähe von Ouchy, der um so beklagenswerther ist, als er zum größten Theile Familienväter betrifft. Eine Anzahl Personen von Lausanne fuhren in zwei kleinen Schiffen von Lutry nach Hause zurück, als sich eines der Schiffchen, sei es durch unvorsichtige Bewegungen der Darinsitzenden, oder daß es leck war, schnell mit Wasser zu füllen und zu sinken begann. Der andere Kahn eilte zu Hülfe, allein da keiner der Unglücklichen schwimmen konnte, konnten nur wenige gerettet werden und fünf Personen fanden den Tod. Drei Leichname konnten bis jetzt, trotz der eifrigsten Nachforschungen, noch nicht aufgefunden werden.

Belgien.

Brüssel, den 22. April. Bezeichnend für den Geist unseres höhern Klerus ist der Kampf, der jetzt zwischen dem Bischof von Brügge und dem Stadtrath von Ostende geführt wird. Letzterer läßt nämlich einen neuen Friedhof bauen und hat in demselben von vornherein mehrere hundert Metres als Begräbnißstätte für Nichtkatholiken angewiesen. Der genannte Bischof, zu dessen Sprengel Ostende gehört, widersetzt sich aber entschieden der Ausführung dieser Maßregel und speit Feuer und Flammen gegen die „Gottlosigkeit", welche die frommen im Genusse der heiligen Sakramente verstorbenen Katholiken noch nach dem Tode durch die Nähe der „Ketzer" entheiligen will. Hoffentlich wird ein ministerielles Einschreiten den Streit kurzweg im Sinne der Toleranz und des gesunden Menschenverstandes schlichten. (D. A. Z.)

Frankreich.

(Der Fatalismus des „Prinz-Präsidenten.") Man hat irgendwo bemerkt, daß die Philosophen, wenn sie eines Tages die fast unbesiegliche Gewalt der fixen Idee beweisen wollen, nur die Geschichte L. Napoleon's als Beispiel anzuführen brauchen. Es gibt in der That kein schlagenderes Zeugniß für die Macht der Hartnäckigkeit, als die ungewöhnliche Geschichte dieses Mannes, welcher, ohne das Genie seines Onkels zu besitzen und ohne eine glorreiche Vergangenheit, eine vielleicht noch absolutere Gewalt über Frankreich erworben hat, als der Kaiser. Dieser verdankte seine Größe seinen Erfolgen und man darf annehmen, daß er nicht von Haus aus das Bewußtsein seiner Zukunft hatte. Jedenfalls durfte er sich das Zeugniß geben, daß er sich den Thron im Schweiße seines Angesichtes zusammengezimmert hatte. Sein Neffe hat sich als Knabe schon gesagt, er sei geborner Kaiser, und seitdem verlor er nicht einen Moment lang die Krone aus den Augen. Er hat die Intuition seines Geschickes gehabt und es mit einer unerschütterlichen Zuversicht erwartet. Ein beispielloses Glück bestärkte ihn in seinem Fatalismus: Extravaganzen, die jeden Andern ins Verderben gestürzt haben würden, wie Straßburg und Boulogne, halfen ihm vorwärts. Seinen Schriften schenkt man nicht die gebührende Aufmerksamkeit, an hundert Stellen gibt er die feste Ueber-

zeugung davon kund, daß er eines Tages Frankreich beherrschen werde. Freilich ist er keiner von den Fatalisten, welche die Hände in den Schoß legen, er hält es für nöthig, durch kluge Benutzung der Umstände dem Schicksal unter die Arme zu greifen. Als die Republik ihm erlaubt hatte, nach Frankreich zurückzukehren, das Erste was er that, war, Hrn. Proudhon um eine Audienz zu bitten. Seit dieser bescheidenen Demarche sind kaum vier Jahre verflossen und heute kann er sich die Krone aufsetzen, sobald es ihm beliebt. Aber es scheint, als ob sein Glück ihn schwindeln mache. Zu allen Zeiten hat er auf seinen Stern vertraut, niemals aber unnützer Weise das Geschick herausgefordert. Selbst seine Ausflüge in die Stadt in offenem Wagen und ohne Bedeckung sind keine tolldreiste Verwegenheit, denn er weiß, daß er keine Furcht zeigen darf. Dagegen hat er in der neuesten Zeit zu zwei verschiedenen Malen ohne Grund das Schicksal gleichsam herausgefordert: zuerst als er sich seine „hundert Tage" schuf, dann durch die Wahl des zehnten Mai für die große Revue. Ich weiß nicht, ob man bemerkt hat, daß diese Revue, die man wie die letzten Etage auf dem Wege zum Kaiserthron betrachtet, an demselben Tage stattfinden wird, an welchem L. Napoleon, wenn er der von ihm freiwillig eingegangenen Verbindlichkeit getreu geblieben wäre, seine Gewalten hätte niederlegen müssen. Es ist dies eine offenbare Verhöhnung seiner Gegner, eine Herausforderung des Schicksals.

Paris, 26. April. L. Napoleon wird wegen Ablebens des Großherzogs v. Baden Trauer anlegen. Man spricht von Wiedereinführung des die Staats- und Familientrauer betreffenden napoleonischen Reglements. — Nach den „Debats" will die Regierung den in der Angelegenheit der Domainen Neuilly und Monceaux entstandenen Conflict vor den Staatsrath bringen, welcher über die Frage der vom Tribunal erster Instanz beanspruchten Competenz entscheiden soll.

Folgende Inschrift wird auf die goldene Tafel gesetzt werden, die für den Sarg des Kaisers bestimmt ist: „Geboren den 15. August 1769. Eskadronechef bei der Belagerung von Toulon im Jahr 1793. 24 Jahre alt. Artilleriecommandant in Italien 1794. 25 Jahre. — General en chef der Armee in Italien 1797. 28 Jahre. — Er machte die Expedition von Aegypten im Jahre 1798 im Alter von 29 Jahren. Zum ersten Consul 1799 im Alter von 30 Jahren ernannt. Consul auf Lebenszeit nach der Schlacht von Marengo im Jahre 1800. Kaiser im Jahre 1804, 35 Jahre alt. Dankte im Jahre 1815, 46 Jahre alt, nach der Schlacht von Waterloo ab. Starb den 5. Mai 1821, 52 Jahre alt."

Rußland.

Petersburg, den 15. April. In Betreff Frankreichs trägt man sich hier mit den widersprechendsten Vermuthungen. Uebrigens dient den Meisten als Schiboleth für die Zukunft eine Aeußerung, welche „an hohem Orte" hinsichtlich der Präsidentschaft oder Kaiserfrage gemacht worden wäre: „Président ou Empereur des Français — je le tiens!" (Präsident oder Kaiser der Franzosen — ich halte ihn.)

Miscellen.

Am 6. Mai wird eine der sonderbarsten Auktionen in Paris stattfinden. Alle alten nicht bezahlten Forderungen des ehemaligen Bankhauses Jacques Lafitte, wobei sich einzelne sehr beträchtliche Beträge befinden, werden in Bausch und Bogen zu dem Ausrufspreise von 500 Fr.! versteigert werden. Die Mehrzahl der Schuldner besteht aus Herzogen, Marquis, Grafen, Baronen, Vicomtessen, Gräfinnen und Herzoginnen, Alle mit ihrem vollständigen Namen und Titel in der Verkaufsanzeige angeführt.

Verkehrte Wirkung! In St. Nicolaus bei Solothurn wurden letzten Ostertag die sog. Osterscheite geweiht, d. i. geweihtes Holz, das die wunderbare Wirkung haben soll, vor Brandunglück zu bewahren. Während nun die Leute in der Kirche waren, erscholl es plötzlich: „Feuer!" und siehe da, des Schulmeisters Haus stand in hellen Flammen. Die wunderbaren Osterscheiter, welche man davor aufschichtete, waren selber brennend geworden! — Das war ein umgekehrtes Wunder! So geht's manchmal.

(Ein Bock ersticht einen Menschen.) Vor Kurzem ist im Halberstädtischen ein Edelmann, „der letzte seines Geschlechtes," von einem Bocke mit einem Messer zu Tode gestochen worden. Der Edelmann spielte nämlich mit dem Bocke und hielt ihm mit der Spitze eines Messers Brod hin und dann, wenn der Bock darnach schnappte, schlug er ihn mit dem Hefte auf den Kopf. Der Bock wurde endlich böse, und stieß mit den Hörnern so gegen das Messer, als eben die Spitze zurückgekehrt war, daß sie dem Herrn in das Herz hineindrang und er todt zu Boden fiel.

(Kuriosum.) Ein großes Unglück ist dieser Tage dem ungarischen Dorfe Mihalyfalva zugestoßen. Seine gesammten — Schweine sind nicht mehr. Am 12. d. Mts. ist der dortige Schweinhirt sammt der ihm anvertrauten Heerde des Dorfes durchgegangen und spurlos verschwunden.

In New-York starb jüngst ein gewisser Henry Wilson in einem Alter von 101 Jahr, der letzte der Soldaten der Revolution, die Washington's Garde bildeten und ihn begleiteten, als er vom Schauplatze seiner folgenreichen Thaten an den heimatlichen Heerd zurückkehrte. Wilson lebte dürftig von einer kleinen Pension und starb auch so; doch kaum wurde sein Tod kund, als man seine Leiche in der City Hall unter kriegerischem Pompe ausstellte und dieselbe mit großem Gepränge zu Grabe geleitete. Mehrere Milizcompagnieen von New-York, Brooklyn, Jersey City und Hoboken eröffneten den Leichenzug, dem Todtenwagen folgte der Mayor, alle Aldermen und die verschiedenen bürgerlichen Corporationen der Stadt. So groß ist die Verehrung für diejenigen, welche an den Ereignissen jener großen Epoche des Freistaates Theil genommen haben.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[964] **Niederländische Dampfschifffahrts-** **Gesellschaft.**

Abfahrt von Ludwigshafen am Rhein:

Täglich 4 Uhr Morgens (außer Montag und Freitag) in 36 Stunden nach Rotterdam.

Jeden Sonntag im Anschluß an den „Batavier" nach London.

Außer obigen Fahrten unterhält die Gesellschaft noch einen Extra-Dampfboot-Güterdienst auf der ganzen Linie Ludwigshafen — Rotterdam — London zu ermäßigten Frachten und fährt das Schrauben-Güterboot „Feyenoord" jeden Donnerstag von Rotterdam nach London.

☞ Nähere Auskunft ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852.

Der Agent:
C. Aug. Exter.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 107 | den 4. Mai 1852.

Deutschland.

* **München,** den 28. April. Die Lage des Ministeriums und was damit zusammenhängt, hat sich so gestaltet, daß Niemand mehr verkennt, wie beinahe durchweg die innere Uebereinstimmung, der innere Halt fehlt, und dieses Verhältniß hat sich in der jüngsten Zeit so sehr weiter entwickelt, daß Jemand, der nach einer Abwesenheit von 3 oder 4 Wochen eben wieder hieher kömmt, wahrhaft erstaunt. Hr. Dönniges, der „Dämon," auf dessen Entfernung Hr. v. d. Pfordten drang, ist von hier weggebracht. Nun sollte man denken, nach diesem Siege stehe das Ministerium fester als je. Aber gerade das Gegentheil ist der Fall und trit nachgerade Jedermann vor die Augen. . . . Das Ministerium bringt Verfassungsgesetze in die Kammer, und muß es erleben, daß sie verworfen werden (Disciplinargesetz, Gesetz über die Fideicommisse, womit denn auch das Gesetz über die „bäuerlichen Erbgüter" von selbst fiel). Hat man denn nicht vorher die Stärke der Opposition erwogen, oder hat man sich in dieser Beziehung getäuscht? Das Ministerium bringt ein Gesetz über die Kosten des Kurhessischen Zuges zur Vorlage, zu dessen Annahme die einfache Majorität genügt. Man sollte meinen, es müßte sich wenigstens in dieser wichtigen, zumal hochpolitischen Frage der Zustimmung der Kammermajorität versichert haben. Allein nun zeigt sich, daß es ein vorgängiges Benehmen mit den Mitgliedern der Majorität nicht nöthig erachtet, daß es vielmehr kurzweg angenommen hatte, die Majorität werde ihm unbedingt zustimmen, wenn nur einmal die Vorlage erfolgt sei, und nun ergibt sich der merkwürdige Fall, daß der beinahe ausschließlich aus Mitgliedern von der Rechten gebildete Finanzausschuß sich mit Stimmeneinhelligkeit gegen den Regierungsantrag erklärte, ungeachtet der Bemühungen des unzweifelhaft so sehr redegewandten Ministerpräsidenten. Es ist Thatsache, daß die bedeutendsten Mitglieder der Kammermajorität mit der Opposition darin übereinstimmen, daß man den Landtag schließen sollte. Das Ministerium aber ist für dessen nochmalige Verlängerung. Einerseits werden die ministeriellen Deputirten in die Absichten der Minister nicht eingeweiht; sie wissen z. B. nicht einmal, wie es mit dem Schluße des Landtags gehalten werden wird; anderseits überlassen sie in heikeln Fragen (z. B. in der über das Disciplinargesetz) die Vertretung in der Kammer fast ausschließlich dem Ministertische, was in früherer Zeit nie geschah. Bemerkenswerth ist dies allerdings bei Solchen, die sich so lange unausgesetzt gegenseitig warm unterstützt hatten. Es scheint uns hier nicht am Platze, näher zu untersuchen, inwieferne ministeriellen Entwürfen und Planen an einem andern Orte ein Veto entgegengesetzt ward, oder auch, inwieferne den Trägern der Portefeuilles es erschwert ist, ihre Ansichten geltend zu machen oder sogar nur dieselben persönlich zu vertreten. Als Thatsache aber trit hervor, daß es als öffentliches Geheimniß gilt, das Ministerium werde alsbald nach dem Schlusse des Landtags ebenfalls sein Ende erreichen. Wer daran noch zweifeln wollte, der mag mit Erstaunen die Aeußerungen vernehmen, welche seitherige Anhänger des Ministeriums nicht gerade in seltenen Fällen oder blos geheimnißvoll, sondern laut und verständlich genug, — über dasselbe aussprechen. In gewissen Regionen mag man sich mit Recht schon jetzt über Undankbarkeit beklagen, obgleich eben doch blos die eigene Aussaat es ist, welche aufkeimt. —

* **München,** den 29. April. In der heutigen 120. Sitzung der Abgeordnetenkammer begann die Berathung des Gesetzentwurfes in Betreff der Brandversicherungsanstalt in den 7 ältern Kreisen. Die Kammer erledigte nahezu die Hälfte des Gesetzentwurfes. Während der Vorschlag des Ministeriums, die Kammer nochmals, und zwar bis zum 22. Mai zu verlängern, bisher unerledigt im Cabinette gelegen sein soll, vernimmt man eben, daß diese Verlängerung mit dem Vorbehalte, die Kammern früher zu schließen, falls dieselben die Geschäfte vor diesem Zeitpuncte beendigten, erfolgt sei.

Wieder etwas von Görgey. Die „D. Allg. Ztg." schreibt: Soeben hat ein Werk die Presse verlassen, das in der politischen Welt großes Aufsehen erregen wird. Es sind dies die Memoiren Görgeys, des gegenwärtig zu Klagenfurt in der Verbannung lebenden Dictators von Ungarn. Schon längst mit begreiflicher Spannung erwartet, sind sie jetzt in zwei stattlichen Bänden bei F. A. Brockhaus in Leipzig erschienen, unter dem Titel: „Mein Leben und Wirken in Ungarn in den Jahren 1848 und 1849. Von Arthur Görgey." Das Werk beginnt mit Görgeys Eintritt in die Honved und endigt, nach ausführlicher, höchst interessanter und aufschlußreicher Darstellung der ungarischen Revolution, namentlich der Kriegsoperationen, mit der Waffenstreckung bei Vilagos, ihren Motiven und Folgen. Wir beschränken uns vorläufig darauf, eine Stelle aus der Vorrede mitzutheilen. Görgey veröffentlicht in derselben eine an den Kaiser von Oesterreich gerichtete Bittschrift um Begnadignng seiner Kampfgenossen sowie zwei Schreiben an den Minister Bach, weil er glaubt, daß der Inhalt dieser Actenstücke geeignet sein dürfte, dem Leser die Freimüthigkeit der Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken in vorn hinein zu verbürgen. In jener Bittschrift, unterm 21. Mai 1850 erlassen, also „erst nachdem mit der Vollziehung der zu Arad und Pesth gefällten Todesurtel eingehalten worden und dieser Umstand anzudeuten schien, daß Feldzeugmeister Baron Haynau nicht mehr mit unumschränkter Gewalt in meinem unglücklichen Vaterlande herrsche," da eine frühere Fürbitte den „frommen Eifer" Haynau's nur noch höher angefacht haben würde, sagt Görgey unter Anderm: „Als ich am 23. Aug. des vorigen Jahres vor den Truppen Sr. Maj. des Kaisers von Rußland die Waffen streckte, habe ich um Schonung für meine unglücklichen Gefährten und für die tiefgebeugten Völker Ungarns gebeten, mich selbst zur Sühne Dessen, was geschehen war, freiwillig überlassend. Ich verschmähte die Flucht und vermied absichtlich nach wie vor der Waffenstreckung jede auf meine eigene Rettung berechnete Aeußerung oder Handlung, denn ich wollte wenigstens das Schicksal meiner Gefährten theilen, wenn meine Bitte unerhört verhallt; denn meine Gefährten hatten ja nichts verbrochen, um dessentwillen sie ein härteres Loos verdienten als ich. Die Waffenstreckung wurde in einem Kriegsrathe beschlossen, bei welchem ich nicht einmal zugegen war. Ich übernahm blos die Ausführung dieses Beschlusses: und dennoch wurde ich amnestirt, während ein Theil der Mitglieder jenes Kriegsraths das Leben, ein anderer Vermögen und Freiheit einbüßten. Ich war es vor Allen, dessen selbständiges Wirken, vom Kriegsglücke begünstigt, die Verwirklichung der von Ew. Maj. erfaßten großen Idee eines einigen freien Oesterreichs so lange feindlich verzögerte: und dennoch geruhten Ew. Maj., mir Vergebung angedeihen zu

lassen, während meine einstigen Untergebenen — die Werkzeuge in meiner verwegenen Hand — der unerbittlichen Strenge der Kriegsgerichte anheimfielen. Vergebens forschte ich nach einem Standpunkte, von welchem aus betrachtet mein Schicksal und das Schicksal meiner unglücklichen Gefährten in Einklang zu bringen wären. Ich fand ihn nicht und mich dem folternden Gedanken preisgegeben, daß die That von Vilagos, mit ihren die ungarische Revolution rasch und unblutig endenden Folgen, mir allein zum Verdienst angerechnet und durch meine Amnestie belohnt worden sei." — Vier bis fünf Wochen später wurden bekanntlich wenigstens die quittirten Offiziere begnadigt.

München, den 28. April. Die Kammer der Reichsräthe nahm heute das Gesetz über die für die pfälzischen Anschlußbahnnen zu leistende Zinsengewährschaft einstimmig an, und verwarf ebenso einstimmig den von der 2. Kammer adoptirten Initiativantrag des Präsidenten Weis auf 3jährige Finanzperioden, statt der 6jährigen.

— den 30. April. Unserer Abgeordnetenkammer wurden heute mehrere neue Gesetzentwürfe vorgelegt. Durch den einen derselben sollen Preßvergehen dem Urtheile der Geschwornen künftig entzogen werden; die andern betreffen: die Einführung von Cautionen für Zeitungen; die Herabsetzung der Tagegelder für die Abgeordneten; die Abänderung des Gewerbesteuergesetzes. (T. D. d. F. J.)

Culmbach, den 28. April. Vom 24. auf den 25. April sind in dem 2 Stunden von hier entfernten Dorfe Rugendorf 16 Wohnhäuser und 17 Scheunen abgebrannt.

Würzburg, den 27. April. Durch die neulich stattgehabte Kälte ist in unserer Gegend mehr als die Hälfte des Obstes in den Knospen erfroren. Auch die Weinstöcke haben theilweise Schaden erlitten. Die Vegetation ist auch um einige Wochen gegen die gewöhnlichen Jahre zurück. Unsere Häcker besonders sind zu beklagen.

Frankfurt, den 28. April. Man vernimmt, daß Reclamationen, namentlich aus der Pfalz, von deutschen Invaliden, die unter dem Kaiser Napoleon gedient und bei dem Sturze desselben ihre Pensionen verloren haben, um Entschädigung an die jetzige französische Regierung gestellt wurden. (K. Z.)

Usingen. Die Orte Reifenberg, Arnoldshain und Schmitten wandern nach Australien (Neuholland) aus.

Kassel, den 29. April. Die hiesige Zeitung berichtet: „Die zu Darmstadt bei Gustav Georg Lange erscheinende Schrift: „„Das Kurfürstenthum Hessen in malerischen Originalansichten mit einem historisch-topographischen Text begleitet,"" ist wegen der in letzterm documentirten feindseligen Richtung gegen den deutschen Bund und die Staatsregierung im Kurstaate, im Gebiete des Kurfürstenthums verboten worden."

Hanau, den 28. April. Der die Führung der Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn bis Aschaffenburg betreffende Staatsvertrag ist zwischen der k. baierischen und der kurf. hess. Regierung nunmehr abgeschlossen und dem Verwaltungsrathe erstgenannter Bahn mitgetheilt worden. Hierdurch wird der Bau dieser Bahn der für die Frankfurt-Hanauer Bahn concessionirten Actiengesellschaft, sowie deren Ausbeutung überlassen.

Bremen, den 24. April. Der Souffleur des hiesigen Theaters ist neuerdings zu drei Tagen Gefängniß verurtheilt worden, weil er einem Schauspieler, statt „von der Kanzel herabdonnern," herabwimmern (angebliche Anspielung auf den mehrerwähnten orthodoxen Prediger) zurief.

Posen, den 24. April. Großes Staunen erregte es, daß vorgestern einmal wieder eine Haussuchung bei einem hiesigen Landschaftsbeamten, dem ehemaligen polnischen Hauptmann v. Jabkowska, stattgefunden. Gegen 7 Uhr Morgens erschienen mehre Polizeibeamte in seiner Wohnung, um seine Papiere zu revidiren, welche schließlich versiegelt und von den Polizeibeamten in Beschlag genommen wurden.

Altona, den 24. April. Zimmermeister Riepen aus Neumünster, früher Mitglied der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, vom Volke „Vater" genannt, wird so belagert und umlauert, gequält und verfolgt, daß er nach Amerika auswandert, von wo ihm durch Claussen, Olshausen und Dr. Grahl sehr günstige Nachrichten geworden sind. Ihn zu diesem Schritte zu drängen, scheint auch die Absicht der Dänen.

Kiel, den 28. April. Der Generalarzt Dr. Niese und die sämmtlichen vormärzlichen Militärärzte sind entlassen, und die militärärztlichen Functionen bei dem holsteinlauenburgischen Contingent mit wenigen Ausnahmen Dänen übertragen.

Wien, den 27. April. Heute früh um halb 5 Uhr hat hier ein schrecklicher Doppelmord stattgefunden. Ein Mann und ein Frauenzimmer, letzteres mit einem Kinde an der Brust angebunden, stürzten sich, die Hände beiderseitig fest in einander haltend, von der großen Brücke am Spitz in die Fluthen der Donau. Es wurde augenblicklich Hülfe aufgeboten, doch die Unglücklichen, die sich noch im Wasser fest an einander hielten, konnten nicht mehr gerettet werden und fanden ihren Tod in den Wellen.

Die vorwöchentliche Liste kriegsgerichtlicher Verurtheilungen ist nicht groß, aber sie characterisirt die Grundsätze, unter denen die Verurtheilungen ergehen. Selbst die „aufreizenden und regierungsfeindlichen Aeußerungen" einer Handarbeiterin fanden wenig Gnade, denn sie veranlaßten die harte Strafe von drei wöchentlichem, durch zweimaliges Fasten bei Wasser und Brod verschärften einfachen Arrest. Die Dienerin einer Sparcasse hatte sich durch den Besitz „aufreizender Schriften" vierzehntägigen einfachen Arrest zugezogen. Stockstreiche fehlen auch diesmal nicht.

Landau, den 29. April 1852. Das Festungscommando sieht sich veranlaßt, der Redaction der neuen Speyerer Zeitung auf Grund des Art. 47 des Gesetzes vom 17. März 1850 nachstehende Berichtigung zur Aufnahme in Ihr Blatt zugehen zu lassen:

„Ein Artikel in Nro. 97 der Speyerer Zeitung enthält über neuerliche Vorgänge bei Böchingen und in „Godramstein eine so unlautere Vermischung wahrer und „falscher Thatsachen, daß derselbe nicht ohne amtliche Be„richtigung gelassen werden kann.

„Die durch den königlichen Untersuchungsrich„ter gepflogenen Erhebungen weisen nach, daß allerdings „bei Böchingen drei und in Godramstein fünf Personen „verwundet wurden.

„Nur vier von diesen sind jedoch bedeutender verletzt „und auch ihre Wunden nach dem kantonsärztlichen Fund„schein in 8 bis 12 Tagen geheilt.

„Ob bei dem Böchinger Vorgange die Soldaten, ohne „daß ihnen vorher auch nur im Geringsten feindselig be„gegnet wurde, gleich mit blankem Säbel drein schlugen, „wird durch die weitere Untersuchung zu erweisen sein.

„In Godramstein entstand der Exceß darüber, weil „dort die falsche Nachricht ausgesprengt wurde, es seien „zwei Böchinger todt geschlagen und dann die Einwoh„ner von Godramstein sich zusammen rotteten, die Sol„daten verfolgten und sie gewaltsam arretiren wollten.

„Dieß ist der actenmäßige Hergang, wodurch Anga„ben, als hätte einer der Verwundeten mehr als hundert „Säbelhiebe erhalten und seien dessen Kleider bis zur Un„möglichkeit des Zusammenflickens zerfetzt gewesen, wohl „in ihr wahres Licht gestellt werden.

„Eben so unwahr und böswillig erfunden ist endlich „der weitere Beisatz, als hätten auch in Ilbesheim, Damm„heim und Bornheim jüngst ähnliche Vorgänge stattgehabt.

„In keinem dieser Orte ist irgend ein Exceß vorgefal„len und überhaupt eine derartige Klage bisher von kei„ner Seite erhoben worden.

„Gegenwärtige Berichtigung ist übrigens nur deßhalb „nicht schon früher erfolgt, weil die durch den königlichen „Untersuchungsrichter geleiteten auswärtigen Erhebungen „erst jetzt der Militärbehörde zukamen. Der Antrag auf

„gerichtliche Verfolgung wegen absichtlicher Erregung von „Gehässigkeiten gegen das Militär bleibt vorbehalten." — Königl. Festungscommand. Brandt, Generalmajor.

Frankreich.

Paris, den 25. April. Nachdem die verschiedenen Heirathsprojecte, welche man dem Präsidenten der Republik unterschob, allmählig verstummt sind, taucht ein neues Gerücht auf, welchem man in unsern diplomatischen Kreisen Bestand zu leihen geneigt ist. Die erkorene Braut, deren Zustimmung so viel als ausgemacht betrachtet wird, soll die Prinzessin Marie Amalie, Tochter der Herzogin von Braganza, Wittwe des Kaisers Dom Pedro, sein. Die Prinzessin, geboren zu Rio Janeiro am 1. Dec. 1831, hat ihr zwanzigstes Lebensjahr zurückgelegt, mithin ist sie nach den Gesetzen von Brasilien großjährig, und kann selbst über ihre Hand verfügen. Als Nichte des Herzog von Leuchtenberg wäre sie mit dem präsumtiven Bräutigam Geschwisterkind.

Paris, den 28. April. Wie verlautet, sollen mehrere Mitglieder des diplomatischen Corps ihrer Stellen entsetzt werden, weil sie Bemerkungen über den zu leistenden Eid gemacht haben. — Der „Moniteur meldet, daß Napoleon in dem Thronsaale des Schlosses von Fontainebleau die Tafel des Eides, auf der die hohen Staatsbeamten dem Kaiser Napoleon den Eid der Treue leisteten, hat aufstellen lassen. Diese Tafel, welche mit rothem Sammt, dem Adler und den goldenen Bienen geschmückt ist, war seit 1814 in dem Möbelaufbewahrungszimmer.

Einiges Aufsehen erregt folgende Verordnung des Präfecten der Rhonemündungen (Marseille): „Es wird mit der Reorganisation der Nationalgarden des Departements *nicht* fortgefahren. Die Unterpräfecten und Maires werden sich sofort mit der Entwaffnung der Nationalgarden beschäftigen und alle Waffen, die abgeliefert werden, nach Marseille senden. Diese Maßregel muß bis zum 15. Mai spätestens im ganzen Departement ausgeführt sein."

Der „Moniteur" veröffentlicht, abermals sehr unerwarteter Weise, das für die Finanzwelt sehr wichtige Decret, wodurch zur Beendigung der Rentenumwandlungs-Operation 4,475,655 Fr. 90 Cent. 4½procentige Renten durch 4,405,426 3procent. Renten ersetzt werden, die vom 22. Dec. an laufend in das Staatsschuldbuch eingetragen werden sollen. Ist diese Substitution von 3½proc. Renten an die Stelle von 4½proc. im Capitalbetrage von nahe 100 Millionen nicht der Sache nach eine neue Anleihe, die zur Ausführung der Conversion der 5proc. Rente in 4½proc. nothwendig geworden ist? Schon seit einem Monate war das Gerücht über diese Rentenconversion verbreitet. Die Banquiers, welche die 5proc. Renten nach dem Conversionsdecret in 4½proc. aufgekauft haben, sollen im Besitz der Renten sein, die man convertiren will. Durch Umwandlung der 4½proc. in 3proc. empfangen die betreffenden Besitzer der Renten auch ferner 5 pCt., da es gleich ist, ob man für 60 Fr. 3 pCt. oder für 100 Fr. 5 pCt. erhält. Auf diese Art werden die 4 Millionen Renten des heutigen Decrets von der Rentenconversion in 4½proc. ausgeschlossen. Man berechnet, daß die Banquiers 13 Mill. gewinnen können, wenn sie ihre convertirten Renten verkaufen. Die heutigen Course fielen nicht, sondern stiegen. Bisher fürchtete man nemlich, daß die aufgekauften Renten, plötzlich wieder zum Verkaufe angeboten, die Course herabdrücken würden, was jetzt nicht zu besorgen ist.

Das „Public" enthält heute ein sehr freimüthiges imperialistisches Manifest unter der Aufschrift: „Kaiserthum, Republik oder Monarchie." Das Kaiserthum ist darin definirt als die „Regierung eines Einzigen im Interesse Aller," die Republik als die Regierung der Menge, die tagtäglich mit allen ihren Launen und Schwankungen in die öffentlichen Angelegenheiten eingreift, und endlich die Monarchie als die Regierung eines Einzigen im Interesse einer Minderzahl, einer Aristocratie. Das „Public" spricht sich daher offen für das Kaiserthum aus, das die Wohlthaten der Monarchie, Ordnung und Stabilität, mit dem democratischen (!) Character der Republik vereinige, ohne den Mängeln dieser beiden Regierungsformen unterworfen zu sein. — Das „Public" spricht ferner die Ueberzeugung aus, daß Frankreich in der That das Kaiserthum will und verlangt deßhalb mit Entschiedenheit, daß das Volk endlich befragt werde, ob es die Republik, die Monarchie oder — das Kaiserthum will, daß die Regierung die Frage stelle und daß mit der Unsicherheit der Zukunft, mit den Auskunftsmitteln, mit den Zwittersystemen und mit den provisorischen Regierungen einmal ein Ende gemacht werde.

Die Kosten des Baues der zur Vollendung des französischen Eisenbahnnetzes noch erforderlichen Bahnstrecken sind auf 484,630,000 Fr. veranschlagt. — Das Lager bei Compiegne, wo bereits von Stabsoffizieren die nöthigen Vorkehrungen angeordnet werden, wird Anfangs August beginnen und bis zum 10. October dauern.

Das in französischer Sprache gedruckte „Genfer Journal" ist durch eine Verordnung des Policeiministers in Frankreich verboten worden.

Sämmtliche vom Ministerium der öffentlichen Bauten abhängige Beamten haben binnen Monatsfrist den Eid zu leisten.

— den 29. April. Seit gestern sind auf eine sehr misteriöse Weise eine Masse Exemplare von einer aufrührerischen Proklamation in den Faubourgs verbreitet worden. Die Polizei hat bereits mehrere der Verbreiter verhaftet und ist auch den Verfassern auf der Spur.

Italien.

Turin, den 26. April. Ein schreckliches Unglück hat heute unsere Stadt betroffen. Um halb 12 Uhr flog die Pulvermühle und mit ihr die Vorstadt Pallone, in der sie lag, in die Luft. Der Anblick ist herzzerreißend: alle Häuser liegen in Trümmern und man zählt außer den vielen Verwundeten etwa 50 Personen, die unter dem Schutt begraben sind. Glücklicher Weise erreichte das Feuer das nahegelegene allgemeine Pulvermagazin nicht, sonst wäre durch sein Auffliegen die halbe Stadt zerstört worden. — So meldet ein Corr. der „Democrazia."

Hr. Thiers ist am 23. ds. hier eingetroffen.

Ein Brief aus **Neapel** im Risorgimento von Turin bestätigt, daß die „Gewalt" daselbst sich fürchtet, daß die Forts von Neapel und Gaeta mit reichen Vorräthen an Lebensmitteln und Munition versehen worden und daß eine neue schwere Batterie in Neapel aufgeführt ist. Die Behörden im Königreiche haben Weisung erhalten, sich zu vergewissern, ob der Name Murat Sympathien erwecke, und ob eine französische Partei bestehe. Auch sagt man, der König beabsichtige eine Vermehrung der Schweizer und eine Verminderung der einheimischen Regimenter. Die Bildung von 13 neuen Schweizerbataillonen wird in Erwägung gezogen.

Großbritanien.

London, den 28. April. Es ist, wie wir von zuverlässiger Seite vernehmen, zwischen der englischen und belgischen Regierung ein Vertrag abgeschlossen worden, um die Gefahren zu verhüten, welchen Belgien ausgesetzt werden könnte. Der Prinz Leopold von Sachsen-Coburg, welcher in letzterer Zeit am britischen Hofe einen längeren Aufenthalt genommen, soll zum Abschlusse dieses Vertrages wesentlich beigetragen haben.

Türkei.

Konstantinopel, den 14. April. Die wichtigste Nachricht ist, daß wir in vier Jahren eine Eisenbahn von hier nach der ungarischen Gränze, zum Anschluß an das europäische Eisenbahnnetz, haben sollen. Die Erbauer sind Engländer. Schon ist ein englischer Ingenieur vor einigen Wochen hier mit einigen Technikern und Gehülfen angekommen, um, im Auftrage der Gesellschaft, den besten Bauplan zu entwerfen. Die türkische Regierung bietet der Gesellschaft ihre Hand, und es dürfte durchgängig das Terrain unentgeltlich gegeben werden.

Cairo, den 16. April. Dem Vice-Könige von Aegypten ward das jus gladii (das Schwerdrecht, oder die hohe, peinliche Gerichtsbarkeit) noch 7 Jahre versichert.

Persien.

Teheran, den 22. März. Laut „Triester Zeitung" hat sich Herat der persischen Regierung unterworfen, und sind persische Truppen bereits dort eingerückt.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 13. April. Wir haben Nachrichten aus Californien, die 14 Tage weiter reichen, als die zuletzt erhaltenen. Im Innern des Staates hatten große Ueberschwemmungen Statt gefunden, durch welche viele Gebäude und Brücken zerstört worden waren. Sacramento, Marysville und Nevada, waren überflutet. Der durch das Wasser angerichtete Schaden wird auf eine halbe Million Dollars geschätzt. Doch ist Aussicht vorhanden, daß die Sache auch ihre gute Seite hat, indem man hofft, das Wasser werde reiche, bisher unsichtbare Goldlager bloßlegen.

Am 10. April ist zwischen hier und New-Orleans die Telegraphenverbindung eröffnet worden. Die Entfernung von einer Stadt zur andern beträgt 3000 Meilen und eine telegraphische Botschaft braucht bloß eine Stunde, um diese zurückzulegen.

Neueste Nachrichten.

* **München,** den 30. April. In der heutigen 121. Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde das Rescript verlesen, durch welches der Landtag bis zum 22. Mai verlängert wird, vorbehaltlich eines früheren Schlußes, falls die Kammern ihre Geschäfte früher vollständig zu Ende bringe. — Es erfolgt nun die Anzeige, daß der 3. Ausschuß den Bericht über den Rebenack'schen Antrag in Betreff der Gemeinderäthe in der Pfalz vollendet habe. (Wie wir vernehmen, geht der Ausschußantrag dahin, zwar nicht die Initiative zu ergreifen, dagegen den Gegenstand dem Ministerium zur Würdigung empfehlend zu überweisen.) — Hierauf Fortsetzung der Berathung über das Brandassekuranzgesetz für die diesseitigen 7 Kreise. Am meisten Anstand findet der Art. 59, durch welchen festgesetzt wird, daß die Assekuranzbeiträge, nach Maßgabe der Feuergefährlichkeit der Gebäude, im Verhältniße von 5, 6, 8 und 9 zu leisten sind. (In der Pfalz werden die Beiträge bekanntlich von allen Gebäuden gleichmäßig erhoben, ohne Unterschied der Feuergefährlichkeit.)

Die Verhandlung wird durch Gesetzvorlagen durch die Minister unterbrochen. v. d. Pfordten. Die gegenwärtige Preßgesetzgebung genüge nicht. Im Gefühle der Pflicht, daß die Lücke ausgefüllt werden müße, bringe das Ministerium zwei Gesetzentwürfe ein: 1) bezügl. Untersuchung und Aburtheilung der Preßvergehen; blos die Verbrechen sollen der Entscheidung der Geschwornen überlassen bleiben, nicht mehr die Vergehen; 2) Veränderungen des Preßgesetzes, insbesondere Forderung von Cautionen von den Herausgebern öffentlicher Blätter. —

Minister Aschenbrenner legt drei Gesetzentwürfe vor: 1) ein neues Gewerbsteuergesetz; 2) einige Abänderungen des Enregistrementsgesetzes in der Pfalz, und 3) die Reise- und Taggelder der Abgeordneten betr.

Cultusminister Ringelmann legt einen Gesetzentwurf vor, bezüglich der Baulast von Cultusgebäuden, welche auf den Zehntberechtigten ruhen.

Morgen wird die Kammer mit dem Brandassekuranzgesetze zum Schluße kommen.

Die heutigen Gesetzvorlagen haben nicht ermangelt, Aufsehen zu erregen. Warum, fragt man sich, hat das Ministerium dieselben nicht früher den Kammern übergeben? Das Ministerium selbst kann sich kaum der Hoffnung hingeben, daß sein Vorschlag, die Preßvergehen der Competenz der Geschwornen zu entziehen, mit der nöthigen Zweidrittelsmajorität angenommen werde. Die Verwerfung dieses Gesetzes ist von vorn herein gewiß. Aber warum auch das andere, die Cautionen betreffende Gesetz, welches die Regierung nicht als Verfassungs-, sondern nur als einfaches Gesetz gelten läßt? Ist die Oppositionspresse noch nicht genug belästigt und herabgedrückt, zumal gegenüber den maßlosen Begünstigungen der Regierungsblätter? Wahrlich, wer die jetzige Oppositionspresse in Baiern noch nicht zahm genug findet, kann gar keine Opposition ertragen! —

Darmstadt, den 1. Mai. Das Bekanntwerden der hiesigen Conferenzbeschlüße hat hier und im ganzen Lande, namentlich bei den Handel- und Gewerbtreibenden, große Besorgniß hervorgerufen. Während man von andern Orten, insbesondere von Mainz, Offenbach und Gießen Aehnliches erwartet, haben die angesehensten hiesigen Kaufleute sich veranlaßt gesehen, die nachstehende Eingabe an das Ministerium der Finanzen gelangen zu lassen: „Beunruhigt durch die in neuerer Zeit immer bestimmter auftretenden Gerüchte, welche die Fortdauer des Zollvereins mit Preußen in Frage stellen, sehen sich die Unterzeichneten zu der eben so ehrerbietigen wie dringenden Bitte veranlaßt: „„Eine höchste Behörde wolle sich entschieden dafür verwenden, daß der Zollverein mit Preußen auch fernerhin bestehen bleibe und insbesondere der Eintritt Oesterreichs in denselben nicht zur maßgebenden Bedingung für die Fortdauer des Zollvereins mit Preußen gemacht werde."" (Fr. J.)

Berlin, den 30. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer, in welcher über das Consulatswesen Berathung gepflogen wurde, bemerkte unter Anderen der Minister-Präsident v. Manteuffel Folgendes: „Noch will ich anführen, daß über das Consulatwesen der jetzt hier tagenden Zollconferenz Vorlagen gemacht worden und sie mit lebhaftem Interesse angenommen sind. Mit Oesterreich sind keine Verhandlungen über das Consulatwesen angeknüpft, und dies wird auch bei der dermaligen Sachlage nicht geschehen. Wir wollen die Oesterreicher ihren Weg gehen lassen, aber wir werden auch den unsrigen gehen!" (Fr. J.)

Paris, den 30. April. Gestern Mittags ist Miß Howard nach England abgereist, um, wie es heißt, nicht wieder nach Paris zurückzukehren. Diese Dame hatte ihren Einfluß auf den Prinz-Präsidenten stets nur dazu benutzt, um für fremde Leiden eine wirksame Fürsprecherin zu sein. — Nach einem Gerüchte, welches sich so eben verbreitet, wäre im Ministerrathe die Rückberufung der römischen Occupationsarmee discutirt worden. (K. J.)

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[993²] **Haus- und Liegenschaften-Verkauf.**

Donnerstag, den 6. Mai, Nachmittags 4 Uhr, wird zu Winzingen bei Neustadt a. d. Haardt ein zweistöckiges Wohnhaus mit 3 gewölbten Kellern, Tanzsaal mit Nebenzimmern, Waschküche, Scheuer, Stallung, Remise und einem geräumigen Hofe, nebst einem Obstgarten, Weinberge und Pflanzgarten, enthaltend an Flächeninhalt 5 Tagwerke und 9 Decimalen, an der Hauptstraße dahier gelegen, versteigert. Das Ganze kann auch aus freier Hand unter annehmbaren Bedingungen gekauft werden. Dabei wird bemerkt, daß in dem besagten Wohnhause seither Wirthschaft betrieben wurde; dasselbe ist auch ohne Wirthschaftsbetrieb ganz geeignet zum Sommersitze für Herrschaften, für Brauerei-Einrichtung und zu jedem Fabrikgeschäfte; das ganze Anwesen ist mit einer Mauer umgeben und ist der Obst- und Pflanzgarten durch einen Bach durchkreuzt.

Winzingen, den 27. April 1852.

[1001] **Heuversteigerung.**

Freitag den 7. Mai nächsthin, des Morgens um 9 Uhr, zu Mundenheim im Wirthshause zum Schwanen, läßt Herr Oeconomierath Höch mehrere Hundert Centner vorzüglichen Wiesenheues öffentlich versteigern.

C. Moré, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch Nro. 108 den 5. Mai 1852.

Deutschland.

• **München**, den 1. Mai. Die gestrigen Vorlagen von Preßgesetzentwürfen in der Abgeordnetenkammer haben einen weit stärkeren Eindruck hervorgebracht, als ich bei der herrschenden Gleichgültigkeit erwartete. Die Bestimmungen der gedachten Gesetzentwürfe übersteigen aber auch Alles, was man, selbst nach dem, was bisher vorgängig kund geworden, erwartete. Noch sind die Entwürfe nicht gedruckt, allein man weiß, daß nicht blos Cautionen als Vorbedingung der Herausgabe von Zeitungen festgesetzt sind, von welcher Cautionsleistung die Regierung einzelne Blätter beliebig befreien könne! — sondern daß das Ministerium sogar berechtigt werden soll, den Postdebit zu entziehen und selbst Blätter geradezu zu unterdrücken. Und dies wird als einfaches Gesetz eingebracht, nicht blos als Verfassungsgesetz. In wieferne solche Bestimmungen zuläßig sind, möge man nach den §§. 1 und 2 des Preßedictes beurtheilen. Dieselben lauten:

„§. 1. Die in der Verfassungsurkunde Tit. IV. §. 11 ausgesprochene Freiheit der Presse und des Buchhandels gewährt jedem Verfasser, oder wer dessen Rechte erworben hat, für seine Schriften den freien Gebrauch der Presse, die freie Herausgabe und den freien Verlag, jedem gewerbsberechtigten Inhaber einer Schriftdruckerei oder lithographischen oder wie sonst zur Vervielfältigung von Schriften dienlichen Anstalt den freien Druck der zur Presse übergebenen Schriften, jedem gewerbsberechtigten Buchhändler den freien Verkehr mit den aus den Pressen des Inn- oder Auslandes hervorgegangenen Schriften."

„§. 2. Bei keiner Art von Erzeugnißen der Presse ist das Erscheinen derselben von obrigkeitlicher Prüfung und Genehmigung des Inhaltes oder überhaupt von irgend einer obrigkeitlichen Erlaubniß abhängig. Dies gilt auch von politischen Zeitungen, sowie von allen andern politischen Schriften."

Bleibt die Stimmung, welche sich jetzt bei vielen Mitgliedern der Kammermajorität kund gibt, bis zur Zeit der Abstimmung unverändert, so dürfte man annehmen, daß das Ministerium auch in dem eben bezeichneten Falle unterliegen würde. Allerdings wird es bei dieser Gelegenheit noch einmal die äußerste Kraftanstrengung versuchen.

• Dem Vernehmen nach ist in der gestrigen geheimen Sitzung der Reichsrathskammer ein Gesetzentwurf eingebracht worden, nach welchem die Entscheidung über politische Proceße den Geschworenen entzogen werden soll.

• Die Abgeordnetenkammer kam auch heute mit Berathung des Gesetzentwurfs über die Brandversicherungsanstalt nicht zu Ende; erst am nächsten Montage hat man die Schlußabstimmung zu erwarten.

• Der ehemalige Vorstand jenes Senats des Appellationsgerichtes des Isarkreises, welchem die Cognition über die politischen Vergehen und Verbrechen in den 30er Jahren übertragen war, Hr. von Hörmann, ist gestorben.

• Das hiesige „Tagblatt" hatte aus der „Pfälzer Zeitung" die Angabe aufgenommen, an den Bürgermeister Dr. v. Bauer zu München sei (vom Könige) die Anfrage gestellt worden: „ob sich wohl bei einem allenfall„sigen Ministerwechsel unter der Münchener Bevölkerung „tumultuarische Kundgebungen erwarten ließen." Der gedachte Bürgermeister von Bauer erklärt nun in einem Publicandum die erwähnte Angabe des Hrn. Dr. Jäger „als freche Lüge," indem er den Ausdruck seines Bedauerns beifügt, daß die neue Redaction des Münchener Tagblattes, „um ihre Spalten zu füllen, solche Un„wahrheiten aus der Pfälzer Zeitung entnehmen „müsse." — Die Ausstreuung einer derartigen Unwahrheit durch ein Regierungsorgan (welches als solches doch ganz gewiß zwar mit dem Ministerium zu stehen, aber darum nicht mit ihm auch zu fallen gemeint sein wird) nimmt sich gar komisch aus. Was die Sache selbst betrifft, so läßt sich unschwer voraussagen, daß wenn nach dem endlich doch nicht mehr allzulange zu verschiebenden Schluße des Landtages der Ministerwechsel wirklich statrfindet, darum ganz gewiß weder in München noch irgendwo im gesammten Lande ein Aufstand versucht werden wird. —

München, den 29. April. Die Kammer der Reichsräthe hat in ihrer heutigen Sitzung dem Gesetzentwurf, den Bau einer Eisenbahn von München über Rosenheim bis an die Landesgrenze bei Salzburg und Kufstein betreffend, nebst den dazu von der Kammer der Abgeordneten beantragten Modificationen die Zustimmung ertheilt; ferner wurde, ohne daß es auf die Tagesordnung gesetzt ward, über die Realisirung und Verwendung des zweiten und dritten nach den Gesetzen vom 30. Decbr. 1849 und 22. Mai 1850 aufgenommenen Subscriptionsanlehens von jedesmaligen 7,000,000 fl. Berathung gepflogen, und beschlossen, dieser Nachweisung die Anerkennung zu ertheilen. Ueber beide Gegenstände ist sonach Gesammtbeschluß erzielt.

Augsburg, den 1. Mai. Nach 2monatlicher Trokkenheit erquickte am Vorabend unserer gestrigen Schranne ein milder Regen die keimenden Saaten, und verfehlte nicht, seinen Eindruck auch auf die Preise des zugeführten Getreides zu machen. In Folge dessen gingen diese wieder auf ungefähr denselben Stand zurück, den sie vor 14 Tagen hatten: Weizen sank um 59 kr., Kern um 49 kr., Roggen um 2 fl. 6 kr., Gerste um 34 kr., Haser um 4 kr.

In **Lindau** wurde der „Arbeiterbildungsverein" vom dortigen Magistrate geschlossen.

Ansbach, den 26. April. Ein neuerdings erlassenes Regierungsrescript beginnt der D. A. Z. zufolge: „Die Erhaltung der verschiedenen, in den einzelnen Theilen des Königreichs herkömmlichen Trachten, sowol der städtischen, wie insbesondere der ländlichen Bevölkerung, ist nach Rescript des kgl. Staatsministeriums des Innern vom 27. v. M. Sr. Maj. dem Könige namentlich in Berücksichtigung ihrer Zweckdienlichkeit zur Festigung des Nationalgefühls als sehr wünschenswerth bezeichnet worden." Es führt diese Idee nun weiter aus und befiehlt dann allen Policeibehörden, an die es gerichtet ist, Gutachten darüber abzugeben, auf welche Weise diese im Aussterben begriffenen alten Trachten wieder eingeführt werden könnten. Es empfiehlt namentlich zwei Mittel: 1) Austheilung von passenden Prämien an solche Gemeinden, wo die alten Trachten erhalten oder wieder eingeführt worden; 2) Aufhängung von Abbildungen dieser Trachten in der Schulgemeinde und andern öffentlichen Localen. Zu dem letzten Zwecke ver-

langt es schließlich von den Policeibehörden die Einsendung solcher Abbildungen.

Aschaffenburg, den 29. April. Dr. Karl Jul. Wailandt wurde gestern ohne Theilnahme der katholischen Geistlichkeit begraben. Er hatte auf seinem Todtenbette den „geistlichen Beistand" zurückgewiesen, und daher ihr Schmollen. Einer der Freunde des Verstorbenen hielt am Grabe eine Rede. Eine große Menschenmenge hatte sich dort versammelt. (F. K.)

Karlsruhe. Der neue Eid unserer Truppen lautet: „Ich schwöre Treue meinem gnädigsten Herrn dem regierenden Prinzen Friedrich, sein wie des Vaterlandes Wohl nach Kräften zu fördern und im Krieg und Frieden meiner Fahne, sowie den Befehlen meiner Vorgesetzten zu folgen, so wahr mir Gott helfe." (Mit solchen Beeideten läßt sich Alles treiben.) (F. K.)

Pforzheim, den 28. April. Die Zahl der in Oeschelbronn abgebrannten Häuser und Scheunen beträgt gegen 70 und ungefähr 24 Remisen rc. Das Elend ist groß, indem die Meisten nichts, als was sie auf dem Leibe getragen haben, davon brachten; die ersten geretteten Gegenstände wurden an Plätze gebracht, welche nach einer Viertelstunde selbst verbrannten; alles in Keller Gerettete war auch verbrannt. Leider stellte sich heraus, daß noch eine Masse Früchte da waren und mitverbrannten. Einem Einzigen verbrannten in einem unbewohnten, voll Früchten liegenden Haus gegen 330 württembergische Scheffel Dinkel.

Stuttgart, den 30. April. Die im heutigen „Schwäbischen Merkur" ausgeschriebenen Ganten erreichen die Zahl 117.

Kassel, den 28. April. Die Policei hat bei dem Oberbürgermeister Hartwig Haussuchung gehalten, um den Becher mit Beschlag zu belegen, welchen er bei seiner Zurückkunft von Spangenberg von den städtischen Behörden erhalten hatte. Auf die Erklärung des Oberbürgermeisters, daß er diesen Becher bereits vor geraumer Zeit ins Ausland befördert habe, wurden die Nachforschungen eingestellt. (N. C.)

Heute sah man 10 gefrackte Herrlein aus dem Palais kommen. Es waren die jungen Leute, welche die Aufnahme in das Kadettenhaus nachgesucht haben. Zu diesem findet verhältnißmäßig noch immer großer Andrang statt. Auch sind die 1850 entstandenen Lücken im Officiercorps noch nicht vollständig wieder ausgefüllt. Vor dem Staatsdienste dagegen hat sich die Scheu gemehrt. Eine sehr geringe Anzahl junger Leute geht von den Landesgymnasien der Universität zu. Die Meisten suchen das bürgerliche Gewerbe und gehen aus den mittleren Classen ab. Nicht Wenige ziehen nach kaum beendigten Lehrjahren übers Wasser einer neuen Welt zu. (N.-Z.)

— den 29. April. Heute ist hier ein Todesurtheil gefällt worden. Es trifft einen jungen Hrn. v. Loßberg, der unter Brentano in Baden Dienste genommen hatte, während er noch nicht aus der kurhessischen Militärpflicht entlassen war. Er war schon einmal zu lebenslänglicher Eisenstrafe verurtheilt, das Urtel aber wurde als zu gelind in höherer Instanz verworfen.

Köln. Wenn die Auswanderung früher bei uns nur selten vorkam, so hat die Strömung in diesem Jahre sich auch der Rheinprovinz bemächtigt, und führt noch vornehmlich aus den höher gelegenen Gegenden viele tüchtige Kräfte fort. Das Eigenthümliche hiebei ist, daß nicht die ärmere Classe, daß nicht das ländliche Proletariat, sondern daß die Besitzenden, welche Vermögen von 500 bis 1000 und 10,000 Thalern hinauf haben, die Heimath verlassen, während das Proletariat zurückbleibt. Wir haben Mehrere gehört, sie wollten den unvermeidlichen Schritt nicht aufschieben bis sie verarmt, sondern jetzt den Wanderstab ergreifen um nicht mit leeren Händen in Amerika anzukommen. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß die Lust zum Auswandern im künftigen Jahr viel weiter um sich greifen wird.

Berlin. Bezüglich der Verhandlungen in der zweiten Kammer über die Pairiefrage haben wir nachträglich Folgendes zu bemerken. Den Mittelpunkt der Kammerdebatten bildet Vincke's stachelvolle Rede, der rücksichtslos die durch königliche Ernennung hervorgehende „Bedientenkammer" als die traurigste Composition des Oberhauses bezeichnete. „Sie wird bellen wie ein Hund, und in den Tagen der Gefahr sich hinter ihren Herrn flüchten; sie ist unverbesserlich, und kann nur durch einen Umsturz corregirt werden, während die Vermischung des erblichen Factors mit einem wählbaren, wie die Verfassung ihm vorschreibt, immer noch die Möglichkeit übrig läßt, daß wir einen Senat nach dem Muster Belgiens bekommen." Das weitere Schicksal der Sache ist bekannt.

Berlin, den 29. April. Auf die Anfragen unserer Regierung an die Cabinette, welche auf der darmstädter Conferenz vertreten waren, ob sie die daselbst gefaßten Beschlüsse ratificirt hätten, ist noch keine Antwort eingetroffen. — Der Auswanderungsagent Kleudgen aus Brasilien ist bereits in Hamburg angekommen, um deutsche Arbeiter anzuwerben. (K. Z.)

— den 30. April. Die bei hiesigen Buchhändlern zum Verkauf vorgefundenen Porträts von Robert Blum, Trützschler, Temme u. s. w. sind in diesen Tagen, meist wegen der darauf befindlichen Unterschriften, confiscirt worden.

— den 1. Mai. Die Zollconferenz hatte heute ihre dritte Sitzung. Gegenstand der Berathung war wieder der Vertrag vom 7. Septbr. v. J.

Magdeburg, den 29. April. Der Bahnzug von Leipzig brachte diese Nacht wieder 400 Auswanderer aus dem Süden Deutschlands, welche über Bremen nach Amerika gehen. — Mit einem vorgestern ankommenden Zuge fuhren eine große Anzahl junger, heirathsfähiger Mädchen, meist aus dem bairischen Oberlande, durch, welche in Amerika in den an Frauen Mangel leidenden Kolonien ihr Glück zu machen gedenken.

Bremen, den 28. April. Auf eine Anfrage, die Pastor Dulon an den Senat gerichtet, ob ihm sein bisher bezogener Gehalt gelassen, oder statt desselben eine Entschädigung bewilligt werden würde, ist ihm äußeren Vernehmen nach der Bescheid geworden, daß er eine Entschädigung aus Staatsmitteln nicht zu erwarten habe. Dulon wird nun den Rechtsweg einschlagen müssen. Inzwischen ist hier eine Anzahl Kaufleute und Bürger zusammengetreten, welche, wie es in der desfallsigen Aufforderung heißt, „auf die Unterstützung zahlreicher Menschenfreunde nah und fern bauend," einen Fond zum Besten Dulon's, „der augenblicklich aller seiner Existenzmittel beraubt, welchem jeder Weg zur Anbahnung eines neuen Wirkungskreises vor der Hand versperrt ist," zu bilden entschlossen, und bereit sind, die dafür eingehenden Beiträge in Empfang zu nehmen. (N.-Z.)

Rendsburg, den 26. April. Die Haussuchungen scheinen auch hier zu Lande jetzt recht in Mode kommen zu wollen. Nicht allein in Altona und Kiel, sondern auch hierorts sind neuerdings mehrere Bürger mit dergleichen Plackereien belästigt worden. Namentlich bei dem Literaten Baumeister, dem Buchbinder May und dem Präsidenten des Arbeitervereins, Albers, hat eine scharfe Haussuchung stattgefunden. So viel ist gewiß, daß man Nichts vorgefunden hat, was einen Verdacht rechtfertigen könnte.

Wien, den 28. April. Bei dem Bezirks-Kollegialgerichte in Olmütz fand eine Verhandlung gegen den vormaligen Bürgermeister von Ustin, Joseph Str. und vier Mitschuldige statt, welche angeklagt waren, am 21. Decbr. v. J. einen Kürschnergesellen krummgeschlossen, in den Bock gespannt, in diesem Zustand aufgehängt, dann aber an den zusammengebundenen Händen an die Zimmerdecke frei schwebend gehenkt und hierauf abwechselnd mit einem Stricke geschlagen zu haben, bis der Mißhandelte wiederholt bewußtlos wurde. Alle Angeklagten wurden des Verbrechens der schweren körperlichen Verletzung schuldig erkannt und zur Strafe des Kerkers

zwischen zwei und vier Monaten mit besonderen Verschärfungen verurtheilt.

Den Zeitungen wurde die Aufnahme von Heirathsgesuchen untersagt.

Frankreich.

Paris, den 27. April. Der Konflikt zwischen der richterlichen und der ausübenden Gewalt ist eine vollbrachte Thatsache. Gestern hat der Justizminister dem Präsidenten des Staatsraths die Kompetenzfrage überschickt, dieser versammelte sofort den Staatsrath in einer allgemeinen Versammlung, hielt an dieselbe eine heftige Rede, in welcher ihn die Leidenschaft so weit fortriß, daß er von seinem Staatsrath („mon conseil d'Etat") sprach, wodurch sich seine Kollegen wahrscheinlich nicht wenig geschmeichelt fühlten. Nach der erbaulichen Anrede haben die Staatsräthe zur Wahl in ihrer Sektion sich zurückgezogen. Mehr als lebhaftes Mißfallen erregen die Angriffe ministerieller Organe auf die Richter des Civiltribunals. Es ist nicht selten vorgekommen, daß Oppositionsblätter, zumal wenn sie selber Gegenstand eines gegen sie gefällten Urtheils waren, diesen Ausspruch bekrittelten, neu aber ist es, daß Organe der Regierung ein solches Verfahren sich erlauben, zumal eines, welches um das obrigkeitliche Ansehen herzustellen auf die Welt gekommen sei, und keine höhere Mission kennen soll. (A. Z.)

Minister Persigny ließ dieser Tage alle Theaterdirectoren rufen und bedeutete ihnen, keine Stücke mehr vorzuführen, in welchen die „Blouse" und der „Arbeiter" immer die ehrenwerthen oder tugendhaften Rollen spielten, während „der schwarze Frack" immer das Laster darstelle. Insbesondere wolle er dies nicht mehr auf den Volkstheatern sehen.

— den 28. April. Die angeordnete Vereidigung der General- und Arrondissementsräthe hat einzelne Demissionen zur Folge gehabt, u. a. außer der neulich gemeldeten, die eines Legitimisten, Grangier de la Marinière, und eines bekannten Orleanisten, Gaulthier de Rumilly, Mitglieder der Generalräthe des Nievre- und des Somme-Departements.

Paris, den 29. April. Ein auf der Insel Jersey erscheinendes französisches Journal „la Patrie," welches von politischen Flüchtlingen geleitet wird, darf in Frankreich nicht mehr zugelassen werden.

Die Domainenverwaltung hat neues Stempelpapier empfangen, auf dem sich der Adler mit ausgebreiteten Flügeln befindet. — Die Feuersbrünste mehren sich in den Provinzen auf beunruhigende Weise, und fast überall wird Brandstiftung als die Ursache angegeben. — Zu Clermont (Puy de Dôme) haben die Mitglieder des Handelsgerichts die Eidesleistung verweigert.

— den 30. April. Der Staatsrath hat jetzt seine Prüfung des Budgets für 1853 beendigt. Die „Patrie" räumt ein, daß nach demselben die Ausgaben 40 Millionen mehr betragen werden, wie die Einnahmen; sie stellt jedoch eine Verminderung der Ausgaben des Kriegsministeriums in Aussicht, weil, allem Vermuthen nach, die Zurückziehung unserer Truppen aus Italien bald erfolgen werde. — Die Anstalten auf dem Marsfelde für das Fest vom 10. Mai werden sehr eifrig betrieben. Merkwürdige Gerüchte circuliren fortwährend, trotz der halbamtlichen Note, über die Ereignisse, die an diesem Tage stattfinden sollen.

General Dufour ist bekanntlich in Paris mit einer Sendung der Schweizerregierung angekommen. Dem Vernehmen nach ist derselbe beauftragt, einige Territorialdifferenzen und, wenn möglich, die Angelegenheit des großen St. Bernhard zu ordnen.

Spanien.

Madrid. Das Decret, durch welches die Verfassung von 1837 aufgelöst werden soll, liegt bereits vor; die Königin hat sich jedoch geweigert, es zu unterzeichnen. Die Räthe der Krone wollen jetzt so lange damit warten, bis der Verkehr zwischen Mutter und Tochter wieder freigegeben ist. Die Familie Munoz ist nämlich von den Masern befallen und das Haus derselben mit Sicherheitswachen umstellt; Niemand darf hinein, noch heraus. Die Königin-Mutter, Christine, die Leiterin der spanischen Politik, soll ihre Tochter von der Nothwendigkeit eines Staatsstreiches, wie in Frankreich, überzeugen.

Italien.

Rom, den 21. April. Der wegen seiner Strenge gegen die politischen Gefangenen bekannte Obercustos der Carceri nuovi ward vorgestern Abend von einem Unbekannten mit drei Dolchstichen so schwer verwundet, daß er in Folge derselben wahrscheinlich ein Opfer des Todes werden wird.

Großbritanien.

London, den 30. April. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte Disraeli, daß die vom Parlamente in den letzten Jahren befolgte Politik nicht veranlassen könne, die Erneuerung der Kornzölle wieder herzustellen; er schlägt dagegen die Einkommensteuer für ein weiteres Jahr vor. Dieser Vorschlag wird von Wood, Hume, Baring, Gladstone, Bright, Labouchere unterstützt, von Sibthorp bekämpft und schließlich angenommen.

— den 30. April. Das Unterhaus hat gestern ein der Erhaltung des Krystallpalastes ungünstiges Votum abgegeben. In Folge davon wird das Gebäude sofort verkauft werden. Privatpersonen hatten schon früher 70,000 L. dafür geboten und dieses Anerbieten war angenommen worden, unter der Bedingung jedoch, daß der Handel nicht gültig sein soll, falls die Erlaubniß erwirkt werde, daß das Gebäude an seiner gegenwärtigen Stelle stehen bleibe. Das Werk der Niederreißung wird schon morgen beginnen, also an demselben Tage, an welchem im vorigen Jahre die Ausstellung eröffnet wurde.

Auf Racatea, einer der Gesellschaftsinseln, ist eine Revolution ausgebrochen; die Königin Pomare wurde für abgesetzt erklärt, die Republick proclamirt und ein Präsident für zwei Jahre gewählt.

Rußland.

Ein neuerlicher russischer Ukas regelt die Steppen-Colonisation für Israeliten unter sehr günstigen Bedingungen. Jeder Israelit, der sich dem Ackerbaue widmen will, erhält von der Regierung ein Baargeschenk von 150 Silber-Rubeln, mehrere Morgen unbebauten Landes und die unter diesen Umständen sehr wichtige Erlaubniß, christliche Dienstboten und Ackerknechte zu halten. Außerdem ist ein solcher Ackerbauer auf 20 Jahre für sich und seine Angehörigen vom Militärdienste befreit.

Türkei.

Beirut, den 16. April. Die griechischen Schiffe mit christlichen Pilgern, welche von Cypern nach Jaffa segelten, sind an der Küste zwischen Latahia und Tripolis bei Giblet gescheitert. Gegen 140 der Wallfahrer, welche sich auf dem einen Schiffe befanden, büßten, mit Ausnahme eines Einzigen, ihr Leben ein; die auf den beiden andern Schiffen befindlichen wurden dagegen sämmtlich gerettet. Der Gouverneur von Beirut nahm sich ihrer hülfreich an und bezahlte für sie die Ueberfahrtskosten nach Jaffa.

Amerika.

New-York, den 17. April. Kossuth ist in Washington eingetroffen. In Boston, wohin er sich zunächst begeben wird, werden große Anstalten getroffen, um ihm einen herzlichen Willkomm zu geben. Sowohl die Staatslegislatur als die städtischen Behörden sind bei diesen Vorbereitungen betheiligt. — Nachrichten aus der Havannah vom 7. zufolge, hat dort eine furchtbare Schlägerei zwischen amerikanischen und englischen Matrosen stattgefunden, der nicht eher Einhalt gethan werden konnte, als bis das Militär aufgeboten war. Mehrere Personen haben dabei das Leben eingebüßt.

Die „Times" enthält einen ausführlichen Bericht aus **Buenos-Ayres** vom 2. März über den Sturz des

Rosas. Der Berichterstatter gibt an, daß man die Zahl der in der entscheidenden Schlacht auf beiden Seiten Gebliebenen auf nicht weniger als 200, die der Verwundeten auf 600 schätzt. Während der Nacht nach dem Kampfe herrschte Ruhe in Buenos-Ayres. Am folgenden Morgen erschien in der Nähe des Forts eine Abtheilung der Cavallerie Urquiza's, und Manzilla übergab diesen Truppen die Stadt, indem er selbst, zum tiefsten Abscheu Aller, durch den Ruf: „„Lange lebe Urquiza! Tod dem Tyrannen Rosas!““ das Signal zum Frohlocken über den Sturz seines Schwagers und Wohlthäters gab. Ungefähr um 10 Uhr schien die Stadt in einem Zustande großer Gährung zu sein. Veranlassung dazu war das Gerücht, daß von den Soldaten geplündert werde. Mit jedem Augenblicke stieg die Aufregung, ununterbrochen ertönte die Sturmglocke in raschen Schlägen, und die Bestürzung war fast allgemein. Es fand sich, daß ein Theil der geschlagenen Cavallerie während der Nacht in den Vorstädten geblieben war und bei Tagesanbruch begonnen hatte, die Läden in den vom Mittelpuncte entfernteren Stadttheile zu plündern. Ungefähr um 9 Uhr fingen die Marodeure an, ihr Unwesen auch auf das Centrum der Stadt auszudehnen. Es befanden sich wirklich einige Soldaten Urquiza's darunter; die große Mehrheit aber waren Leute des Rosa, die das Abzeichen Urquiza's angelegt hatten. Die bestürzten Einwohner glaubten, es seien wirkliche Soldaten Urquiza's, denen er die Erlaubniß zur Plünderung gegeben habe, und da sie fürchteten, daß, wenn sie Widerstand leisteten, der Raub in Mord ausarten würde, so widersetzten sie sich nicht. In zweien der Hauptstraßen war kaum ein einziger Silberschmied, dessen Laden nicht seines Inhaltes beraubt worden wäre. So ging die Sache einige Zeit lang fort, und es sah ganz einer vollständigen Plünderung der Stadt aus. Da schossen ungefähr um 11 Uhr die americanischen Marine-Soldaten vor der Thür ihres Consuls zwei Männer nieder, welche einen benachbarten Laden plünderten. Von da an wandte sich das Blatt. Während der vorigen Nacht hatte Manzilla nach Niederlegung des Commando's eine aus vier der achtbarsten Bürger bestehende Commission ernannt, der er seine Befugnisse übertrug und den Rath ertheilte, mit Urquiza zu unterhandeln. Diese Männer benachrichtigten Urquiza schriftlich von der Lage der Stadt und baten ihn, Schritte zur Aufrechterhaltung der Ruhe zu ergreifen. Die Antwort ließ nicht auf sich warten. Er ernannte ein Mitglied der Commission (Dr. Lopez, Präsidenten der Justizkammer, einen allgemein geachteten, mehr als 70jährigen Greis) zum provisorischen Gouverneur, mit der Vollmacht, eine provisorische Regierung zu bilden, bis es möglich sei, die Vertreter der Provinz zur Einsetzung einer regelmäßigen Regierung einzuberufen. Um 10 Uhr forderte Lopez durch ein Decret die Miliz auf, sich zu versammeln und die Stadt in Patrouillen zu durchziehen. Auch erging die Einladung an die Einwohner, sich auf dem Policeiamte mit Waffen zu versehen und ihren Beistand zum Schutze des Eigenthums zu leihen. Ein anderes Decret erklärte jeden beim Raube Betroffenen des Todes schuldig. Um 12 Uhr kam eine Division der Truppen Urquiza's, um welche Lopez gebeten hatte, in die Stadt, und die Wirkung aller dieser Schritte machte sich sogleich bemerklich. Die Miliz und viele Ausländer patrouillirten durch die Straßen, und alle, die man beim Plündern antraf, Männer sowohl wie Weiber, wurden ohne Weiteres ergriffen, gebunden, zum Polizeiamte geschleppt, wo man ihnen eine viertelstündige Frist zum Nachdenken gab, und dann erschossen. Wer zu entrinnen versuchte, ward auf der Straße niedergeschossen. (Es dauerte dies bis Donnerstag Nachts und man glaubt, daß über 400 Männer und Weiber auf diese Weise für ihre Verbrechen gebüßt haben.)

Neueste Nachrichten.

Mannheim, den 2. Mai. An den Landungsplätzen der Dampfschiffe fand heute wieder ein außergewöhnliches Gedränge von Auswanderern statt. Es wurden über 600 Personen befördert, darunter circa 120 Schweizer.

Paris, den 1. Mai. Gemäß präsidentiellem Decrete sollen die 5-Sousstücke der Circulation entzogen werden. Nach dem nächsten 1. October hören sie auf, gesetzliches Zahlmittel zu sein; doch werden sie bis zum 31. December bei Steuerzahlungen jeder Art angenommen.

Die Municipalcommission von Paris genehmigte gestern den Vertrag des Herrn Bechet und Comp. wegen eines Anlehens von 60 Mill. für die Stadt Paris.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 1. Mai. Weizen 20 fl. 1 kr., Korn 16 fl. 7 kr., Gerste 13 fl. 19 kr., Haser 6 fl. 51 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[1003²] **Die Ziegenmolken**

werden von heute an durch einen zu deren Bereitung hier anwesenden Schweizer besorgt. — Zugleich mache ich auf unsere mit der Kuhstallluft in Verbindung stehenden Wohnzimmer aufmerksam, welche den Brustleidenden so entschiedenen Nutzen gewähren. — Zum Gebrauch der Wasserkur ist die Heilanstalt das ganze Jahr hindurch geöffnet.

Bad Gleisweiler, den 1. Mai 1852.

Dr. Schneider.

[1004] **Ausverkauf.**

Für die bevorstehende Maimesse gedenke ich mit meinem noch schönstens assortirten Lager, sowol in Sommer- als Winter-Stoffen, aufzuräumen, weßhalb ich auch die Preise neuerdings um **vieles** wieder herabgesetzt habe.

Wilhelm Höber,
Paradeplatz in Mannheim.

[992³] **Offene Lehrlingsstelle.**

Ein junger braver Mensch kann das Drehergeschäft erlernen bei Bernh. Hust, Dreher in Ludwigshafen.

[984³] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einer Handlung mit verschiedenen Waaren zu N. ist eine Lehrlingsstelle für einen wohlerzogenen jungen Menschen, der sogleich eintreten kann, offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1002²] **Bekanntmachung.**

Wegen Uebergabe meines Hauses lasse ich in Lit. C. 1 Nro. 15 nachstehende zur Bierbrauerei und Wirthschaft gehörigen Geräthschaften am 15. Mai, Vormittags 9 Uhr, öffentlich gegen gleich baare Bezahlung versteigern:

1 kupferner Bierkessel, 16½ Ohm haltend,
1 „ „ 8 „ „
nebst den dazu gehörigen Geräthschaften, als: Bütten, Kühlschiffe, Malzdorre,
ca. 400 Ohm Fässer à 3 bis 8 Ohm haltend,
„ 100 Stück kleine Bierfäßchen von 8 bis 20 Maas.

Sämmtliche Gegenstände können vor der Versteigerung eingesehen und aus der Hand abgegeben werden.

Mannheim, den 1. Mai 1852.

D. Bürckell.

[1000²] **Brennholz-Versteigerung**

Auf Donnerstag und Freitag, den 6. und 7. Mai, jedesmal Vormittags 9 Uhr, werden im hiesigen Gemeindewald, District Grün

120¾ Klafter Rusten-, Eichen- u. Birnbaum-Holz,
168¼ „ Aspen- und Weidenholz,
24813 Stück gemischte Wellen

gegen baare Zahlung versteigert, wozu man die Liebhaber einladet.

Rheinsheim, den 28. April 1852.

Das Bürgermeisteramt:
Rau,

vdt. Brecht.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 109 | den 6. Mai 1852.

Deutschland.

• **München,** den 2. Mai. Nicht ohne großes Erstaunen vernahm man vorgestern die neuen Gesetzvorlagen. Als Hr. v. der-Pfordten dieselben der Abgeordnetenkammer übergab, zeigte er eine Heiterkeit, die eine gewisse Verwunderung hervorbrachte. Es befinden sich unter jenen Vorlagen solche, von denen selbst das Ministerium anerkennt, daß dieselben Verfassungsbestimmungen abändern sollen, wozu also die Zweidrittelsmajorität erforderlich ist. Nun hat das Ministerium doch erst in den jüngsten Tagen thatsächlich die Erfahrung gemacht, daß ihm eine solche Majorität selbst in den Fällen fehlt, in welchen die Linke vollständig auf ihre eigenen Kräfte beschränkt wäre; es kann sich also darüber nicht täuschen, daß es noch weit entschiedener unterliegen muß, wenn es sich um Fragen handelt, in denen doch unter allen Verhältnißen wenigstens manche Mitglieder der Rechten und des Centrums sich an die Linke anschließen werden. Man begreift deßhalb nicht, warum das Ministerium sich einer vorauszusehenden und unabwendbaren Niederlage aussetzt. Mancherlei Gerüchte knüpfen sich daran. Nach den Einen wären die Portefeuilleträger zu solchen Schritten, die sie parlamentarisch blosstellen, gedrängt; ihr Fall wäre dann um so einfacher motivirt ꝛc. — Allein auch die andern politischen Gesetze, von denen das Ministerium behauptet, sie berührten die Verfassung nicht, haben unter der Majorität selbst eine solche Mißstimmung hervorgebracht, daß deren Verwerfung ebenfalls keinem Zweifel unterliegt, wenn anders nicht eine Aenderung in den Ansichten noch vor sich geht, was hier kaum denkbar ist. Die einflußreichsten Mitglieder der Majorität sollen gestern dahin überein gekommen sein, daß Lerchenfeld in der morgigen Abgeordnetensitzung die Wahl eines besondern Ausschußes beantrage zur Vorprüfung der beiden Gesetze über die Presse und des Gesetzes über die Landtagsdiäten. Die Wahl fände übermorgen statt, und zwar wurde eine Liste von Candidaten entworfen, welche — obgleich mit blos zwei Ausnahmen der Majorität angehörend — sämmtlich als für unbedingte Verwerfung jener drei Gesetzentwürfe gestimmt, bezeichnet wurden. Da die Motivirung wesentlich blos die politischen Momente hervorheben wird, so dürfte die Entscheidung hierüber in 8 Tagen schon erfolgen (wir dächten, es wäre dies sogar in noch kürzerer Zeit nöthig).

Ebenso wird Hr. von der Pfordten die verlangte Ermächtigung zum Abschluße von Zollverträgen nicht erhalten.

Das Vier-Millionen-Gesetz wegen der Expedition nach Kurhessen wird gleichfalls nicht genehmigt werden, und der Hr. Ministerpräsident selbst scheint nun zu wünschen, daß die Entscheidung darüber verschoben werde.

Es steht nach Allem eine Krise nahe bevor. Möglich wäre es, daß unter diesen Verhältnißen der Landtag noch vor dem 22. d. geschlossen würde.

In Beziehung auf die Zollverhältniße hegen wir nur das Bedenken, daß mit Verweigerung der Vollmacht nicht Alles gethan ist, und daß, wenn ein neuer Vertrag mit Preußen nicht zu Stande käme, der Zollverein eben factisch vernichtet wäre, wozu es einer besondern Vollmacht für das Ministerium von Seiten der Kammer gar nicht bedürfte. Wir meinen daher, daß die Kammer eine positive Meinungsäußerung kund geben sollte, bezweifeln aber, daß dies geschieht. —

• **München,** den 2. Mai. Wenn ich vor zwei Tagen schrieb, der Bericht des 3. Ausschusses der Abgeordnetenkammer über den Rebenack'schen Antrag wegen Unabsetzbarkeit der Gemeinderathsmitglieder gehe dem Vernehmen nach dahin, zwar als Initiativantrag hierauf nicht einzugehen, dagegen den Antrag dem Ministerium zur Würdigung hinüber zu weisen, — so zeigt der mir nunmehr vorliegende Bericht des Referenten, Hrn. Römmich, daß selbst nicht einmal dieser Beschluß gefaßt worden ist. Der Berichterstatter sucht vielmehr darzuthun, daß die Befugniß des jeweiligen Regierungspräsidenten, die Gemeinderathsmitglieder dieser Stellen zu entheben, d. h. dieselben abzusetzen, gesetzlich fortbestehe, und er findet keinen Grund, die Aufhebung dieser Befugniß zu beantragen. Er schlug deßhalb dem Ausschuß einfach vor: „es sei auf den Initiativantrag des Hrn. Rebenack nicht einzugehen," und der 3. Ausschuß beschloß sodann einstimmig, „den Antrag des Referenten Römmich zum Ausschußbeschluß zu erheben." — Wir werden nicht ermangeln, über die Verhandlung, welche hiedurch in der Kammer selbst veranlaßt werden wird, nähern Bericht zu erstatten. Es bedarf keiner Ausführung, daß es sich hier um einen Punkt handelt, durch welchen die Vertretung aller Gemeinden der Pfalz in ihren eigenen innern Angelegenheiten, in Frage gestellt wird.

• Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf, „die Abänderung einiger Bestimmungen der in der Pfalz bestehenden Gesetze über die Einregistrirung, den Stempel und das Notariat betr.," ist von sehr untergeordneter Bedeutung. Der Art. 1 gestattet den betr. Beamten, in ihren Acten Bezug zu nehmen auf andere von ihnen gefertigte Urkunden, ohne daß die ersten schon zuvor registrirt sind, soferne die Registrirung beider gleichzeitig stattfindet. Nach Art. 2 dürfen die Notäre auch auf nicht registrirte Privaturkunden Bezug nehmen, müssen jedoch diese Urkunden ihren Acten beiheften, und haben in diesem Falle für die Registrir- und Stempelgebühr, so wie für die etwaigen Geldstrafen zu haften. Durch Art. 3 werden die (ihrer exorbitanten Größe wegen bisher nie vollständig vollzogenen) Geldstrafen wegen gewisser Formverletzungen in Registrirungssachen herabgesetzt, und zwar jene über 100 Franken auf 25 Gulden, die von 100 Frkn. auf 10 fl., von 50 Frcs. auf 5 fl., jene unter 50 Frcs. auf 2½ fl. Zufolge Art. 4 hat die Beitreibung der Stempelgebühren und Geldstrafen auf dem Wege des Zwangsbefehls zu geschehen.

• Die Witterung ist hier so kalt, daß es heute zu wiederholten Malen schneiete.

• **München.** Der „Entwurf eines Gesetzes, die Zuständigkeit und das Verfahren bei Untersuchung und Aburtheilung der durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen betreffend," lautet;

Art. 1. Die Zuständigkeit und das Verfahren bei Untersuchung und Aburtheilung der durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen richtet sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die Zuständigkeit und das Verfahren bei Untersuchung und Aburtheilung der Verbrechen und Vergehen. — Die Vorschrift des §. 6 Abs. 1 des Edicts über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 4. Juni 1848 tritt außer Wirksamkeit.

Art. 2. Der Art. 54 des Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse vom 17. März 1850 ist aufgehoben. Die übrigen auf das Verfahren bezüglichen Vorschriften des letzterwähnten Gesetzes bleiben aufrecht

erhalten, soweit nicht deren Abänderung durch die im Art. 1 des gegenwärtigen Gesetzes ausgesprochene Festsetzung der Zuständigkeit bedingt ist. — Unter der nämlichen Beschränkung bleiben auch die Bestimmungen, welche hinsichtlich des Wahrheitsbeweises in dem Art. 12 Abs. 2 des Gesetzes über das Verfahren bei Preßvergehen in der Pfalz vom 18. Novbr. 1849 enthalten sind in Kraft. Im Uebrigen wird das zuletzt genannte Gesetz außer Anwendung gesetzt.

Art. 3. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung durch das Gesetzblatt, beziehungsweise durch das Amtsblatt der Pfalz in Wirksamkeit. — Dasselbe findet auch auf diejenigen bereits anhängigen Untersuchungen Anwendung, in welchen bis zu dem genannten Tage eine appellationsgerichtliche Verweisung oder eine unmittelbare Vorladung vor das Schwurgericht noch nicht erlassen ist.

Motive. Eine aufmerksame Beobachtung des Ganges und Resultates der seit der letzten Umgestaltung *) der Preßgesetzgebung verhandelten und abgeurtheilten Preßstrafsachen mußte die Staatsregierung zu der Ueberzeugung führen, daß die im §. 6 des Edictes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 4. Juni 1848 aufgestellte Bestimmung, welche die ausschließliche Competenz der Schwurgerichte für alle durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen festsetzt, eine principielle Abänderung dringend erheische. — Schon an sich werden durch die in dieser Bestimmung enthaltene Abweichung von den allgemeinen Regeln des Strafprocesses unverkennbare Inconvenienzen herbeigeführt, indem Straffälle dem schwurgerichtlichen Verfahren unterstellt werden, deren Geringfügigkeit im auffallendsten Mißverhältniße zu der erhöhten Feierlichkeit, zu dem weitläufigen Apparate und der großen Kostspieligkeit jenes Verfahrens steht. — Gleichwol ist diese Rücksicht nur eine secundäre. — Entscheidend ist die Erwägung, die nach allen bisherigen Erfahrungen wohl jedem Unbefangenen sich ergeben haben dürfte, daß die Schwurgerichte, wenigstens nach ihrer damaligen Zusammensetzung, nicht qualificirt seien, den Staat und die bürgerliche Ordnung gegen die aus dem Mißbrauche der Presse drohenden Gefahren zu schützen. — Während nemlich in gemeinen Verbrechensfällen, bei welchen es sich um Angriffe auf Körper oder Eigenthum handelt, das Institut der Schwurgerichte sich im Allgemeinen als ein heilsames und zweckmäßiges erprobt hat, ergab sich ein minder befriedigendes Resultat bezüglich der Aburtheilung der Preßvergehen. — Die Ursache ist eine sehr naheliegende. Um ein Preßerzeugniß in seiner ganzen Bedeutung und Tragweite aufzufassen, — um den Sinn und die Tendenz eines solchen Erzeugnißes in allen Formen mit Sicherheit zu durchschauen und unter das Strafgesetz zu subsumiren, — dazu wird ein Grad höherer Befähigung und wissenschaftlicher Ausbildung vorausgesetzt, der sich bei den Mitgliedern der Schwurgerichte zwar allerdings finden kann, aber keineswegs immer wirklich findet. — So oft aber diese Befähigung zum vollen Verständniße der incriminirten Schrift den Geschworenen oder der Mehrzahl derselben mangelt, so oft gebricht auch ihrem Wahrspruche jede verläßige Basis und er wird sein Gepräge lediglich nach den Wechselfällen der herrschenden Tagesmeinung, der politischen Parteiansicht, oder nach dem zufälligen Umstande erhalten, ob der Staatsanwalt oder der Vertheidiger mit größerer Redegewandtheit seine Sätze dem Ideenkreise der Geschworenen zu accomodiren vermag. — Die schwurgerichtlichen Verhandlungen der jüngsten Jahre haben mehr als hinlängliche Belege für diese Anschauung der Sache geliefert und dürften überzeugender als jede Erörterung für die Nothwendigkeit einer Abänderung des bestehenden Rechtes in diesem Puncte sprechen. Dem wahrgenommenen Uebelstande abzuhelfen, ist der Zweck des gegenwärtigen Entwurfes. — Derselbe stellt keine Ausnahmsvorschrift in der Art auf, daß alle Preßstrafsachen unbedingt der Zuständigkeit der Schwurgerichte entzogen werden sollen, selbst dann, wenn sie nach allgemeinen Grundsätzen des Strafprocesses und nach der Schwere der auf den concreten Fall gesetzten Strafe für jene Zuständigkeit geeignet wären, — sondern er will nur die bisher bestehenden Ausnahmsvorschriften, welche eine vorzugsweise Begünstigung der schwurgerichtlichen Competenz in Preßstrafsachen enthalten, außer Wirksamkeit gesetzt, und die genannten Strafsachen hinsichtlich ihrer proceßualen Behandlung auf gleiche Linie mit den andern Verbrechen und Vergehen gestellt wissen. — Die specielle Fassung der einzelnen Artikel des Entwurfes scheint einer besondern Erörterung nicht zu bedürfen.*—

*) Der Originalabdruck, welcher den Kammermitgliedern zu München mitgetheilt wurde, enthält den komischen Druckfehler, daß es hier „Ungestaltung" statt „Umgestaltung" heißt.

* **Aus der Pfalz.** Es sind in der letzten Zeit viele Feuersbrünste, namentlich in Waldungen, im Umfange der Pfalz vorgekommen. Es besteht eine Partei, welche jedes Vorkommniß zu benützen sucht, um der Bevölkerung der Pfalz alle möglichen schlechten Absichten und Handlungen zu unterschieben, worin jene Faction ein Mittel sucht, die Nothwendigkeit strenger Maßregeln und eines außergewöhnlichen Verfahrens darzuthun, und sich selbst als Erhalterin der Ordnung wichtig zu machen. Es konnte uns nicht wundern, daß von dieser Seite bei überall böswillige Brandstiftung vermuthet und behauptet wird. Prüft man die Dinge unbefangen, so kommt man zu dem Ergebniße, daß zu allen Zeiten und allenthalben bei anhaltend trockener Witterung die Zahl der Brände sich bedeutend vermehrt. Dieselben entstehen großentheils durch Zufall, in den meisten Fällen aber durch Unachtsamkeit und Nachlässigkeit. Nach allen Wahrnehmungen, die ich machen konnte, ist darin auch der Grund der vielen Brände zu suchen, welche während der letzten Zeit in der Pfalz vorkamen. Es wird mir nicht einfallen, diese Nachläßigkeit irgendwie entschuldigen zu wollen. Allein dagegen glaube ich mich aussprechen zu sollen, daß man unsern ganzen Kreis in dem Lichte erscheinen läßt, als ob er mit Mordbrennern angefüllt sei. Wo man ein wirkliches Verbrechen entdeckt, bestrafe man dasselbe; man bestrafe auch die Nachläßigkeit und Unachtsamkeit, aber man bezeichne nicht Alles kurzweg als Ausfluß von Verbrechen. Da die Trockne jetzt aufgehört hat, wird sich unfehlbar auch die Zahl der Feuersbrünste vermindern.

Speyer. Der „Nürnb. Kur." enthält folgende Betrachtungen: Minister v. d. Pfordten sagte neulich einmal — wenn wir nicht irren bei der Budgetberathung — der Linken gegenüber, in der Kammer der Abgeordneten: „das Bestreben der Regierung geht dahin, daß nichts von dem, was diese Herren (die von der Linken) wünschen, in Erfüllung gehe." — Was sodann einen großen Theil der Rechten der Kammer der Abgeordneten betrifft, so schien derselbe von Anfang an — vielleicht dem neu-konstitutionellen Dogma getreu, daß, um die nothwendige Einigkeit zwischen Ministerium und Kammermajorität herzustellen, diese mit jenem gehen solle, wenn eben jenes mit dieser zu gehen nicht für gut findet — sich das angeführte ministerielle Dogma in praxi zur Richtschnur auserseben zu haben, wie wir uns denn nicht erinnern können, daß seit der nunmehr dritthalbjährigen Dauer dieses Landtags Anträge von Belang — seien sie auch noch so gut motivirt, und noch so zweckmäßig gewesen, — vor jenen Herren Gnade gefunden hätten, sobald sie von der Linken ausgegangen waren. Inzwischen hat sich für die Linke letzter Zeit Gelegenheit ergeben, zu beweisen, wie sie trotz der Unthätigkeit, zu welcher sie dergestalt verdammt schien, wenigstens die Macht habe, falls nicht immer das Gute zu fördern, so doch häufig das Nachtheilige zu verhindern. Es geschah dies durch die Verwerfung der beiden Gesetzentwürfe über die Disziplinirung der Beamten und über die Ausdehnung der Familienfideicommisse, durch welche Ver-

Digitized by Google

werfung, namentlich des ersteren Entwurfes, sich die Linke ein großes Verdienst um das Land erworben hat. Zugleich wurde dadurch eine Frage gelöst, welche gewiß mancher Abgeordneter der Linken und mancher Wähler eines solchen Abgeordneten sich schon zum öftern gestellt hat, ob es, wie die Verhältnisse liegen, in diesen unerquicklichen parlamentarischen Zuständen, nicht gerathen und zweckmäßig sei, lieber aus der Kammer zu scheiden, als in solcher Weise am Gesetzgeben und Geldbewilligen weiteren Antheil zu nehmen. Diese Frage, sagen wir, ist jetzt entschieden gelöst und jeder freisinnige Patriot wird die Herrn von der Linken bitten, trotz der Ungunst der Lage und ihrer Stellung bis zum Ende auszuharren, so lange sie noch wenigstens ein Drittel der Kammermitglieder rekrutiren und also im Stande sind, wenigstens Aenderungen von Verfassungsgesetzen zu verhindern.

München. Das Würzb. Abdbl. schreibt: Ein kriegsministerielles Rescript befiehlt allen Offizieren vom Generallieutenant abwärts den Besuch des sonntägigen Gottesdienstes.

Würzburg, den 1. Mai. Die Getreideschranne war heute ziemlich befahren und wichen die Preise etwas.

Nürnberg, den 2. Mai. Das Kreis- und Stadtgericht München hat die Memoiren der Lola Montez der Unterdrückung geweiht.

Die Getreidepreise, welche in Folge des länger andauernden Regenmangels wieder in die Höhe gegangen waren, machten auf dem gestrigen Fruchtmarkte wieder erhebliche Rückgänge.

Karlsruhe, den 2. Mai. Der in bedenklicher Weise überhandnehmenden Auswanderung der Vermöglichen soll, wie ich vernehme, durch eine demnächst einzuführende Abzugssteuer einigermaßen begegnet werden; eine Maßregel, die sich aus auf der Hand liegenden Gründen in Kurzem als unnütz herausstellen dürfte.

Stuttgart, den 30. April. Hiesige Blätter enthalten die Nachricht von der Freisprechung des Rechtsconsulenten A. Seeger durch den Gerichtshof in Eßlingen von der Anklage der Aufforderung zum Hochverrath durch einen im Januar 1851 in Böblingen bei einer Burschenschaftsfeier ausgebrachten Toast auf die deutsche Republik.

Kassel, den 23. April. (Kuriosum.) Um die Moralität des entarteten Volksstammes der Chatten zu heben, ist der Landrath Auffarth, einer von Hassenpflugs Getreuesten, auf den schlauen Einfall gekommen, zu dekretiren, daß kein Wirth einem vom Landrathsamte als „Gewohnheitssöffer" bezeichneten Menschen bei Strafe von 1 bis 5 Thlr. fernerhin Branntwein verabreichen darf. Das Unglück ist nur, daß „Gewohnheitssöffer" noch schlauer zu sein pflegen als Landräthe, wenn es gilt sich Branntwein zu verschaffen. Sie werden hinfort zu Hause saufen.

Wiesbaden, den 2. Mai. Ich bin im Stande, Ihnen eine wichtige Mittheilung über das kirchliche Ereigniß zu Oberrosbach, Amts Dillenburg, mitzutheilen. Der evangelische Pfarrer Christfreund hat allerdings seinen religiösen Glauben in dem an die Jungfrau Maria und dem Gebet an sie concentrirt, auch seine Gemeinde in der Kirche, zuletzt kraft des Befehls Jesu Christi aufgefordert, nieder zu knieen, was er selber that, und dann mit emporgehaltenem Crucifix an die h. Jungfrau Maria gebetet, wie er schon einige Tage zuvor das Crucifix mit auf den Kirchhof zu einer Beerdigung in dem Filialorte Offdille gebracht hatte; auch hat er seinen Chorrock am Altare vor dem Angesichte der Gemeinde zerrissen und ihr die ehedem bei seiner Ankunft in der Gemeinde erhaltenen Kränze auf den Altar zurückgegeben, eben weil die Gemeinde sich nicht zu seinem Glauben bekehrt hatte, den er auch in seinen schriftlichen Erklärungen an das Dekanat nicht katholisch, sondern ächt evangelisch nennt, und der ohne Zweifel mit dem der Irvingianer in Verbindung steht. Von seinem Amte suspendirt, ist er abgereist, wie man meint zu Glaubensgenossen in Darmstadt oder der Schweiz. (Frankf. J.)

— den 3. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer stellte der Abg. Braun folgenden Antrag: „Die zweite Kammer der hohen Ständeversammlung wolle, im Hinblick auf die dermalen in Berlin stattfindenden Zollconferenzen und aus Veranlassung der über die darmstädter Conferenz verlautenden, bis jetzt noch nicht widersprochenen Nachrichten, dem herzogl. Staatsministerium ihre Ansicht dahin aussprechen: 1) daß sie es im Interesse unseres Landes liegend erachte; a. daß dessen Regierung zur Reconstituirung des Zollvereins auf der Grundlage der bisherigen Convention und mit Rückblick auf die durch den Septembervertrag gebotenen Modificationen energisch und bereitwillig, mit Aufbietung aller ihr zu Gebote stehenden Kräfte, mitwirke; b. daß die Aufnahme, Fortsetzung und Abschließung der deßfallsigen Verhandlungen von der Rücksicht auf das zwischen dem zu reconstituirenden Zollverein und der österreichischen Gesammtmonarchie zu gestaltende Verhältniß oder von der Frage über Zulassung eines Bevollmächtigten der letzteren zur Theilnahme an den Conferenzen nicht abhängig gemacht werde; c. daß die Frage über eine mit Oesterreich abzuschließende Zoll- oder Handelsvereinigung, beziehungsweise einen, beiderseitige Concessionen in sich schließenden Handelsvertrag erst dann aufgenommen werde, wann deren Verhandlung den Beistand und die Reconstituirung des Zollvereins auf den unter 1. a. bezeichneten Grundlagen nicht mehr in Frage stellt. 2) daß sie eine Lossagung unseres Landes von dem durch Preußen, sowie die ihm treubleibenden und die neu zutretenden Verbündeten zu reconstituirenden Zollverein, möge dieselbe nun zu einem Verein der auf der Darmstädter Conferenz vertretenen Staaten mit Oesterreich oder zu einer von den genannten Staaten allein gebildeten, von Preußen sowol als von Oesterreich getrennten Zollgruppe führen, für die materiellen Interessen des Landes in hohem Grade verderblich erachtet." — Der Antrag Brauns spricht wol die Ansichten und Wünsche der großen Majorität der Bewohner des Herzogthums Nassau aus. (F. J.)

Sicherm Vernehmen nach hat unser Herzog diesen Nachmittag beim Spazierritt im Schloßgarten durch einen Sturz des Pferdes den Arm gebrochen.

Hamburg, den 1. Mai. Heute verlassen unseren Hafen 11 Schiffe mit Auswanderern, welche circa 1800 Personen am Bord haben.

Kiel. In der Bekanntmachung über die Aufnahme der Seekadetten und die Einrichtung der Seeacademie wird die deutsche Sprache unter den „fremden Sprachen" und zwar zuletzt aufgeführt, was mit dem proclamirten Gesammtstaate und der Gleichberechtigung beider Nationalitäten schwerlich in Einklang zu bringen sein dürfte.

Schweiz.

Genf, den 28. April. Girard, oder der Bruder Paul vom heiligen Glauben, welcher vor etwa einem Jahr den Jesuiten in Belley entwischte, seit jener Zeit hier weilt und seine Denkwürdigkeiten und Erlebniße herausgab, das Treiben der heiligen Väter dadurch in das zweideutigste Licht setzte, ist, wir wissen nicht durch welche Verkettung der Umstände, wieder in die Hände der Jesuiten gefallen, und weilt jetzt, wie es scheint, lebendig in Belley. Er hat sogar von dort eine neue Denkschrift herausgegeben, in welcher er seine frühere Enthüllungen, freilich nicht widerlegt, sich aber ob des Scandales anklagt, den er dadurch veranlaßt hat. Es scheint, als wenn diese Denkschrift nicht so freiwillig abgefaßt worden sei, als er seine Enthüllungen abfaßte, und daß die schwarzen Herren dadurch keine Nüance weißer werden.

Frankreich.

Paris, den 1. Mai. Das „Bulletin de Lois" veröffentlicht ein Decret vom 20. April, welches einen Credit von 16,296,000 Frs. genehmigt, der am 17. März für verschiedene Staatsausgaben eröffnet worden. Darunter befinden sich 1,414,000 Frs. für den Senat, 1,947,600

Digitized by Google

für den Staatsrath, 701,500 für den gesetzgebenden Körper. Der übrige Betrag wird u. a. verwendet auf Ausbesserungen der nationalen Paläste, auf Unterhaltung der nationalen Manufacturen von Sevres, Gobelins und Beauvais, auf Vollendung des Hofs des Louvre, die Verlängerung der Rivolistraße und die Verbindung der Tuilerien und des Louvre.

Hr. Quentin Bauchart hat von 3030 politischen Gefangenen, deren Angelegenheiten er zu untersuchen hatte, 1377 in Freiheit gesetzt und 1047, die ausgewiesen oder internirt werden sollten, mit gelinderen Strafen belegt, also im Ganzen 2424 begnadigt. Die beiden andern Gnadenkommissäre haben verhältnißmäßig viel weniger Strafumwandlungen oder Nachlässe ausgesprochen.

In den Departementen sollen weit zahlreichere Eidesverweigerungen vorkommen, als man zu erwarten schien. So hat das Handelstribunal von Evreux nicht blos die Eidesleistung verweigert, sondern auch sodann, trotz des Verbotes, welches dessen Mitgliedern der Procurator der Republik hatte zukommen lassen, eine Sitzung gehalten, um gegen die Eidesabforderung zu protestiren. Auch bei den ersten gerichtlichen Verfolgungen, die in den Departementen gegen Journale in Kraft des neuen Preßgesetzes eingeleitet wurden, war die Staatsanwaltschaft nicht glücklich. Die Journale, gegen welche bis jetzt Anklagen erhoben wurden, hatten sich der Freisprechung zu erfreuen.

Großes Aufsehen erregt in Paris ein vor wenigen Tagen begangenes grauenhaftes Verbrechen, in Folge dessen zwei Aerzte und eine Hebamme verhaftet worden sind. Bei letzterer war, wie dies öfter geschieht, ein junges Frauenzimmer abgestiegen, um ihre Niederkunft zu halten und so vielleicht die Folgen eines Fehltritts besser verbergen zu können. Sie starb plötzlich und sollte begraben werden, als der von Amtswegen bestellte Arzt an der Leiche furchtbare innere Verstümmelungen wahrnahm die offenbar den Zweck gehabt hatten, die Wirkung giftiger Substanzen zu verbergen, deren Spuren im Abtritt des Hauses entdeckt worden sind.

Spanien.

Madrid, den 26. April. Der Minister des Innern hat den Redactionen der Madrider Journale eröffnet, daß die Königin nach Vernehmung ihres Ministerrathes sich dahin entschieden habe, daß dem Gesuche der Redactionen um Abänderung (Milderung) des Preßgesetzes nicht zu willfahren sei.

Italien.

Wir erhalten aus **Turin** vom 28. April brieflich nähere Nachrichten über das Aufspringen der Pulvermagazine. Drei Explosionen erfolgten nach einander, und nur durch die Unerschrockenheit eines Artilleristen wurde verhindert, daß auch das große Magazin aufsprang, wo nicht weniger als 40,000 Kilo Pulver lagerten — ein Quantum, welches hingereicht hätte, halb Turin in einen Schutthaufen zu verwandeln. Die Zahl der Todten war unter obigem Datum noch nicht bekannt, doch hatte man bereits 20 Leichen bestattet. Es herrscht große Bestürzung, die Theater wurden suspendirt.

Griechenland.

Athen, den 17. April. Am Charfreitag entstund während des kirchlichen Umzuges eine Schlägerei. Sofort verbreitete sich das Gerücht, ein Aufstand sei ausgebrochen, das Volk kämpfe gegen die Truppen. Die Geistlichkeit flüchtete sich nach der Kirche, die Behörden verschwanden vom Platze. Bald klärte sich das Ganze auf. Man belächelt jetzt den Vorfall, der ein passendes Seitenstück zu der Verschwörungsgeschichte bildet.

China.

Ueber San Franzisco ist eben die Nachricht eingetroffen, daß fast die ganze Stadt Hong-Kong in Flammen aufgegangen. Alle Druckereien sind niedergebrannt, so daß kein Journal die Kunde der Feuersbrunst bringen kann. Das Feuer brach den 26. Decbr. im Chinesischen Bazar aus und verbreitete sich rasch über die ganze Stadt hin, indem die Bambushäuser der Chinesen leicht Feuer fingen. Eine Unzahl Chinesen soll ihren Tod in den Flammen gefunden haben.

Neueste Nachrichten.

Paris, den 2. Mai. Heute fand wieder eine Revue im Tuilerieenhofe statt. Die Truppen — unsere Regimenter tragen an den Czako's bereits den Adler — riefen: „Es lebe Napoleon!"

— den 3. Mai. Im gesetzgebenden Körper wurde heute das Gesetz über die Rehabilitation der Verurtheilten discutirt.

Turin, den 28./29. April. Man zählt bis jetzt 15 Todte und 35 Verwundete durch die Pulverexplosion.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Speyer. Die Vorzüglichsten der 40 Pyrenäischen Bergsänger haben am letzten Samstage, im Lyceumssaale, das angekündigte Concert gegeben, in Gegenwart einer glänzenden und zahlreichen Versammlung, aus den auserwähltesten Bewohnern der Stadt und Umgegend bestehend. Nach allen Stücken erfolgte stürmischer Applaus, besonders auf „la bagnerre des ménestrels," „das Pyrenäen- und das Toulouserlied."

Den folgenden Tag fand die Aufführung eines großen Oratoriums in demselben Saale, zum Besten der Speyerer Armen statt, wobei sich die berühmten Sänger, wie Tags zuvor beständig im Gleichgewichte ihres hohen Ruhmes erhielten, und ihnen nochmals von den zahlreich Anwesenden der gerechteste Beifall gezollt wurde, welche, sich einem guten Werke anschließend, den Pyrenäischen Sängern ein neues Zeichen ihrer lebhaften Sympathie kund geben wollten.

[1007] **Bad Gleisweiler.**

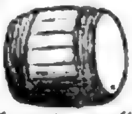
Curliste vom 16. bis 30. April: H. Engel a. Ramberg. — H. Pfirrmann a. Pirmasens. — H. u. Fr. Zimmer a. Obmbach. — H. Bitter a. Mannheim. — H. Götz a. Wiesbaden. — 13. H. Dr. Krätzer aus Musbach. — 14. H. Worms aus Carlsruhe. — 15. Fr. Bier a. Niedermohr. — 16. H. Forstmeister Erb a. Winnweiler.

[1006²] **Bekanntmachung.**

Die israelitische Gemeinde zu Mußbach in der baierischen Pfalz wünscht einen geprüften Lehrer mit einem jährlichen Gehalt von 250 fl. anzustellen. — Meldungen sind im Laufe dieses Monats franco einzusenden bei dem Vorstand:

Ans. Blum und Ferdinand Deutsch.

[1005²] **Wein- und Fässerversteigerung.**



Mittwoch, den 26. Mai nächsthin, Vormit-mittags 10 Uhr in der Behausung von Philipp Ludwig Tartter zu Lambsheim (Kantons Frankenthal), lassen die Kinder und Erben des allda verlebten Gutsbesitzers Johann Heinrich Tartter unter anderen verschiedene rein gehaltene Weine aus den Gemarkungen Lambsheim und Freinsheim, nemlich:

2000	Liter	1842r	Lambsheimer,
3000	„	1846r	Freinsheimer,
1600	„	1848r	„
2200	„	1849r	„
4000	„	1844r	„
1800	„	1850r	„
1000	„	1851r	„

außerdem mehrere gute weingrüne Fässer von verschiedener Größe (von 28 Hectoliter bis 80 Liter) der Abtheilung wegen öffentlich an die Meistbietenden versteigern.

Frankenthal, den 30. April 1852.

Neumayer, Notar.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro 109.) den 6. Mai 1832.

Deutschland.

München. Der „Entwurf eines Gesetzes, einige Abänderungen und Ergänzungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Presse betr.“ lautet mit einigen Abkürzungen: Art. 1. Wer in einer Schrift den deutschen Bund durch Schmähung, Beschimpfung, Ausdrücke des Spottes oder der Verachtung, oder durch Beimessung verächtlicher Handlungen oder Gesinnungen beleidigt, soll, insofern die Handlung keiner schwereren Strafbestimmung unterliegt, mit Gefängniß von 1 Monat bis zu 1 Jahr bestraft werden. Gefängniß von 14 Tagen bis zu 6 Monaten und Geldbuße von 15 bis 200 fl. trifft unter gleicher Voraussetzung denjenigen, der auf die angegebene Weise die Bundesversammlung oder einzelne Abtheilungen, Commissionen oder Mitglieder derselben in dieser ihrer Eigenschaft beleidigt. Art. 2. Wer in einer Schrift Verachtung oder Haß gegen einzelne Theile der Bevölkerung des Königreichs, oder gegen einzelne Stände oder Classen der bürgerlichen Gesellschaft zu erregen sucht, soll mit Gefängniß bis zu 6 Monaten und Geldbuße bis zu 200 fl. bestraft werden. Art. 3. Wer zur Zeit eines drohenden oder ausgebrochenen Kriegs, drohender oder ausgebrochener innerer Unruhen, ungeachtet öffentlich bekannt gemachten obrigkeitlichen Verbotes, Nachrichten über Truppenbewegungen und andere zum Angriff oder zur Vertheidigung dienende Vorkehrungen, oder sonstige Notizen, welche für dir allgemeine Sicherheit Gefahr bringen können, durch die Presse veröffentlicht, soll, insofern die Handlung nicht unter schwerere Strafbestimmungen fällt, mit Gefängniß bis zu 6 Monaten und Geldbuße bis zu 300 fl. bestraft werden. Art. 4. In den Fällen in welchen eine Gerichtsverhandlung bei beschränkter Oeffentlichkeit stattgefunden, oder die eine Beleidigung des Königs, der Königin, oder eines Mitglieds des königlichen Hauses zum Gegenstand gehabt hat, dürfen weder die Anklageschrift noch die übrigen Verhandlungen — mit Ausnahme des Endurtheils — im Wege der Presse veröffentlicht werden. Gleiches Verbot der Veröffentlichung kann auch in jedem andern Fall durch einen Beschluß des mit der Verhandlung in der Hauptsache befaßten Gerichtes, welcher in öffentlicher Sitzung zu verkünden, und gegen welchen ein Rechtsmittel nicht zuläßig ist — ausgesprochen werden, wenn das Gericht nach Erwägung der Umstände solches für nothwendig oder zweckmäßig erachtet. Zuwiderhandlungen werden, vorausgesetzt daß nicht in anderer Beziehung eine schwerere Strafbestimmung Anwendung findet, mit Gefängniß bis zu 1 Monat und mit Geldbuße bis zu 100 fl. bestraft. Art. 5. Gleiches gilt in Ansehung der Verhandlungen welche von einer der Kammern des Landtags in nicht öffentlicher Sitzung gepflogen worden, oder der in einer solchen Sitzung von Seite der Staatsregierung geschehenen Vorlagen oder Eröffnungen. Art. 6. Wer Actenstücke oder Thatsachen durch die Presse veröffentlicht welche ihrer Natur nach nur mittelst einer Dienstpflichtverletzung einer im öffentlichen Dienste stehenden Person außeramtlich bekannt geworden sein können, soll, ohne Rücksicht darauf ob er mit diesem Beamten oder Bediensteten in Verbindung gestanden oder nicht, mit Gefängniß bis zu 2 Monaten und Geldbuße bis zu 200 fl. belegt werden, vorausgesetzt daß die Handlung nicht in anderer Beziehung unter eine schwerere Strafbestimmung fällt. Geschah die Veröffentlichung in einer Zeitung oder periodischen Schrift so ist der verantwortliche Redacteur verpflichtet dem Untersuchungsrichter den Einsender des betreffenden Artikels zu nennen. Weigert er sich dessen, so hat das Gericht neben der im Absatz 1 bezeichneten Strafe das Verbot der Zeitung oder periodischen Schrift auszusprechen. Dieses Verbot soll von demselben Gericht wieder aufgehoben werden sobald der vorerwähnten Verpflichtung Genüge geleistet ist. Art. 7. Für jede in Bayern erscheinende Zeitung oder periodische Schrift muß eine Caution gestellt werden. Eine Ausnahme tritt bei den von den Kammern des Landtags veröffentlichten Landtagsverhandlungen, sowie bei denjenigen Zeitungen und periodischen Schriften ein welchen von der Staatsregierung eine Befreiung von der Cautionsbestellung bewilligt wird. Eine solche Bewilligung wird nur in widerruflicher Weise ertheilt, und ist nur hinsichtlich solcher Zeitungen und periodischen Schriften zuläßig welche entweder vorzugsweise für amtliche Bekanntmachungen oder für rein wissenschaftliche, artistische oder technische Gegenstände bestimmt sind. Art. 8. Die Caution beträgt für solche Zeitungen und periodische Schriften welche mehr als dreimal wöchentlich erscheinen 4000 fl., für alle andern 3000 fl. Art. 9. Die Caution muß entweder in klingender Münze, oder in baierischen, auf jeden Inhaber lautenden, und wenigstens zu 3½ Procent verzinslichen Staatspapieren erlegt werden. Die baar erlegte Cautionssumme wird wie andere gerichtliche Deposita behandelt und verzinst. Geschieht die Erlage in Staatspapieren, so werden diese nach dem Nominalwerth berechnet. Art. 10. Wer die Herausgabe einer Zeitung oder periodischen Schrift beabsichtigt, hat hiebei der einschlägigen Districtspolizeibehörde vor Ausgabe des ersten Blattes, Stükkes oder Heftes Anzeige zu erstatten, und den Nachweis darüber vorzulegen, daß die vorschriftsmäßige Caution erlegt oder die Befreiung von derselben bewilligt wurde. Wird dies unterlassen, oder wird bei Herausgabe der Schrift in Bezug auf die Zeitabschnitte ihres Erscheinens diejenige Gränze überschritten, welche durch die Größe der erlegten Caution (Art. 8) bedingt ist, so trifft den Inhaber der Druckerei eine Geldbuße bis zu 300 fl. Auch ist in solchen Fällen die Polizeibehörde befugt, bis zur Erfüllung der in Absatz 1 gegebenen Vorschriften das weitere Erscheinen der Schrift einzustellen, und die bereits erschienenen Blätter, Stücke oder Hefte, soweit sie noch nicht in Privatbesitz übergegangen sind, mit Beschlag zu belegen. Art. 11. Den Bestimmungen des Art. 10 unterliegen auch die schon bestehenden Zeitungen und periodischen Schriften. Doch ist den Herausgebern derselben eine Frist von 6 Wochen, von Bekanntmachung des gegenwärtigen Gesetzes an gerechnet, zur Stellung der Caution und Vorlage des im Art. 10 Absatz 1 bezeichneten Nachweises gestattet. Art. 12. So oft aus Anlaß der Schrift, für welche die Caution bestellt wurde, auf eine Geldstrafe erkannt worden ist, muß binnen 8 Tagen, von Rechtskraft des Urtheils an gerechnet, die vollständig geschehene Erlage des Strafbetrages, und ebenso binnen 8 Tagen, von Kundgebung des festgestellten Betrages, der Untersuchungskosten durch Zeugniß des Staatsanwalts nachgewiesen werden, widrigenfalls der Betrag beider aus der Caution genommen wird. Art. 13 handelt von den Regreßansprüchen für den Fall als der in Strafe und Kosten Verurtheilte eine andere Person ist, als diejenige, welche die Caution erlegt hat. Art. 14. Die Caution muß in den bezeichneten Fällen binnen längstens 8 Tagen wieder ergänzt werden. Art. 15. Die In-

rückgabe der Caution darf erst 6 Monate nach dem Erscheinen des letzten Blattes, Stückes oder Heftes der betreffenden Zeitung oder periodischen Schrift erfolgen. Art. 16. Die Staatsregierung ist befugt, jede im Ausland erscheinende Zeitung oder periodische Schrift, deren Richtung sich als gefährlich für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, oder als feindlich gegen den baierischen Staat oder dessen Regierung darstellt, für den ganzen Umfang des Königreichs zu verbieten. Der Vollzug dieses Verbots geschieht zunächst durch Entziehung des Postdebits und durch Bestrafung des Verbreiters. Art. 17. Die Bestimmungen des Art. 16 finden auch auf jede in Baiern erscheinende Zeitung und periodische Schrift Anwendung, deren Inhalt in den letzten drei Jahren, von dem Tag des zu erlassenden Verbotes rückwärts gerechnet, wenigstens dreimal eine gerichtliche Verurtheilung wegen Verbrechens oder Vergehens veranlaßt hat. Art. 18. Ohne obrigkeitliche Bewilligung darf keine Bibliothek, kein Leseinstitut oder eine andere ähnliche Anstalt, in welcher Schriften zum Ausleihen oder Lesen für das Publicum aufliegen, unterhalten werden, bei einer Strafe bis zu 14 Tagen Arrest, und einer Geldbuße bis zu 100 fl. im Uebertretungsfall. Zugleich kann das Gericht die Confiscation der in solchen Anstalten aufliegenden oder vorräthigen Schriften aussprechen. Art. 19. Jeder der mit Schriften Handel treibt, oder eine Anstalt der im vorigen Artikel bezeichneten Art unterhält, ist verbunden über die bei ihm vorräthigen Schriften ein stets vollständig und richtig zu erhaltendes Verzeichniß zu führen, und dasselbe der Polizeibehörde auf jedesmaliges Verlangen zur Einsicht vorzulegen. Auf Uebertretung dieser Vorschrift steht eine Geldbuße bis zu 100 fl. und Confiscation der nicht verzeichneten Schriften. Die Art. 20 bis 22 enthalten Schlußbestimmungen. Art. 20 lautet: die in den Art. 1—6 bezeichneten strafbaren Handlungen tragen die Eigenschaft von Vergehen an sich. Die in den Art. 10, dann 16—19 mit Strafe bedrohten Handlungen und Unterlassungen sind als Polizeiübertretungen zu betrachten, und unterliegen der Vorschrift des Art. 35 des Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse. Art. 21 handelt von der Vernichtung der gebrauchten Formen, Platten, Steine u. dgl. Art. 22 enthält die Schlußformel.

München, den 3. Mai. Der Staatsrath im außerordentlichen Dienste, Clemens Graf v. Waldkirch, wurde zum lebenslänglichen Reichsrath der Krone Baiern ernannt.

In Kurzem wird die von Ludwigshafen nach Speyer, Germersheim und Landau gehende Telegraphenverbindung den Verkehr der Pfalz nicht nur mit München, sondern überhaupt mit allen bedeutenden Städten des diesseitigen Baiern möglich machen.

Der Regierungspräsident von Oberbaiern, Graf v. Reigersberg, hat vom Kaiser von Oesterreich das Comthurkreuz des Franz-Joseph-Ordens erhalten.

° **Von der Haardt,** den 3. Mai. Soeben haben wir Gelegenheit, die neuen Fahrpläne der Eisenbahnen im Rheinthale für den Sommerdienst zu vergleichen. Wir finden in denselben viele vorzügliche Veränderungen, aber auch recht sehr unpractische und dies namentlich in Bezug auf den Verkehr zwischen der Neustadter Localfahrt und der badischen Bahn. Ein Reisender von Neustadt kann, wenn er die Eisenbahn benützen will, erst gegen 11 Uhr Morgens in Heidelberg eintreffen, ebensowenig kann er den ersten Zug nach Karlsruhe, Basel u. s. w. benützen. — Aehnlich ist es des Abends mit der Main-Neckarbahn; man kömmt von Frankfurt 8 U. 14 M. an und um 8 Uhr geht der letzte Zug diesseits schon ab. — Während einem Geschäftsmanne von Karlsruhe die Möglichkeit gegeben ist, in einem Tage von dort nach Frankfurt und zurückzugehen, mit einer Aufenthaltszeit von 10 bis 5 Uhr 20 Min., also 7¼ Stunde, hat der Neustadter, der weniger fern wohnt, nothwendig, schon nach 4 Stunden abzureisen und muß dann in Mannheim 3 Stunden warten. — Aehnlich ist es im Vergleiche zu letztem Zuge von Basel. Durch Abänderung der Localzüge dahin, daß der erste früher und der letzte später abgingen, wäre dem reisenden Publicum ein großer Dienst erwiesen.

Aus Thüringen, den 30. April. In Rudolstadt hat dieser Tage der dortige Redakteur der Auswanderungszeitung, Hr. M. v. Roß (aus Nordamerika) Befehl erhalten, die Stadt zu verlassen.

Hamburg, den 1. Mai. Ein Polizeibeamter aus Bückeburg kam in diesen Tagen hier an, um auf den aus Bückeburg entflohenen Hofbankier Heine, der Vornehme und Geringe in Bückeburg betrogen und 400,000 Rthlr. mitgenommen hat, zu vigiliren. Heine selbst fand aber der Beamte nicht mehr vor, sondern nur zwei Koffer mit werthvollen Effecten, die Heine bei hiesigen Verwandten eingestellt hatte und welche der Beamte nach Bückeburg mit zurücknahm. Die Fürstin Emma von der Lippe verliert an Heine die Bagatelle von 200,000 Rthlr.

Frankreich.

Paris, 2. Mai. Der Justizminister hat an die Staatsprocuratoren ein Rundschreiben erlassen, worin er ihnen die strengste Aufrechterhaltung des Gesetzes über die tägliche Dauer der Arbeit in den Fabriken empfiehlt, damit namentlich keine Ungleichheiten unter den verschiedenen Fabriken in dieser Hinsicht Statt finden.

Im Justizpersonale sind abermals eine bedeutende Anzahl von Versetzungen decretirt und eine Anzahl Militärs mit Orden belohnt worden. — In einem Schreiben an einen Verein zu Eveux erklärt Montalembert, daß er in keinerlei Verbindung mit der Regierung stehe.

Italien.

Siena, Pistoja, Lucca, und Arezzo sind kürzlich von österreichischen Truppen geräumt worden und es sind nunmehr nur noch ungefähr 6000 Oesterreicher in Florenz und Livorno vertheilt.

Miscellen.

Eine Taubstummenversammlung. Die Taubstummengesellschaft Londons hielt am 8. April eine der merkwürdigsten Versammlungen, die England bis jetzt gesehen. Es waren Kinder und Frauen zugegen, aber die Lebhaftigkeit der Conversation war nur aus der schnellen Gestikulation zu erkennen. Gebete, Toaste und lange Reden wurden in der Zeichensprache gehalten. Thürsteher und Diener waren, wenn nicht gerade Taubstumme, doch mit der Zeichensprache vertraut und den eingeladenen Gästen blieb es überlassen, sich so gut sie konnten, verständlich zu machen. Diese Gesellschaft wird fortan jeden Sonntag ihren besonderen Gottesdienst haben, und eine ordentliche Predigt ansehen — nicht anhören — können.

Ein Breslauer Arzt ist wegen „Verweigerung ärztlicher Hülfe" zu 40 Thaler Geldbuße verurtheilt worden. Der Fall ist insofern bemerkenswerth, als dem Arzt nur eine versäumte, nicht eine unterlassene Hülfeleistung zur Last gelegt wurde.

Als der Reisende Pinto die Tartarei durchreiste, fand er neben einer Pagode, von einer einzigen Mauer umschlossen, 180 Klöster von nicht weniger als 24,000 Mönchen und Nonnen bewohnt. In einem dieser Klöster lebte die verwittwete Schwester des Chans mit einer geringen Begleitung von 6000 Frauen. (?) Sie selbst nannte sich aus Demuth: „Kehrbesen im Hause Gottes."

Redacteur: Fr. Stuner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[1008] **Zu verkaufen:**

Ein neuer Omnibus, bei Schmied Kerth in Landau.

Digitized by Google

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 110 | den 7. Mai 1852.

Deutschland.

*** Betrachtungen.** In den Jahren 1848 und 49 hörte man fort und fort: „das einzige Hinderniß der glücklichen Einigung Deutschlands ist die Nationalversammlung, weil sie das Princip der Vereinbarung nicht anerkennt, sondern an jenem ihrer constituirenden Gewalt festhält." Vergebens wies man nach, daß nur auf diesem letzterwähnten Wege das erstrebte Ziel erreicht werwerden könne, nun und nimmermehr aber auf dem der s. g. „Vereinbarung." — Die Nationalversammlung ward gewaltsam gesprengt; sie kann man längst nicht mehr als Hinderniß bezeichnen. Aber was ist aus Deutschland geworden, nachdem die Reaction gesiegt hat??

Wir wollen die Vorgänge in den verschiedenen deutschen Ländern seit vierthalb Jahren nicht wieder aufzählen. Jedermann weiß, welches Bild sie darstellen. Aber an's Unbegreifliche grenzt es, daß wir nach allem Jammer, allem Elend, aller Schmach, die über uns gekommen, noch immer nicht am Ende des Unheils angelangt sind. —

Man hätte glauben sollen, nach der Ueberfülle des Unglücks, das sich seit Jahren auf uns gehäuft, müße die producirende Kraft seiner Quelle endlich erschöpft sein. Aber weit entfernt davon, hat die jüngste Zeit eine solche Fülle neuer Uebel über uns ausgegossen, daß auch die Vertrauensvollsten — fast möchten wir sagen: die Vertrauenswüthigsten — erschreckt zu fragen beginnen: wie soll dies enden?

Noch vor einem Jahre ward gespottet, wenn man vorhersagte, die jetzige Politik führe dahin, selbst die Fortdauer des Zollvereins zu gefährden. Heute können gerade Diejenigen, welche damals gehöhnt, ihre Furcht nicht mehr verbergen! Viele von ihnen schicken sich sogar an, — zu petitioniren!

In allen Beziehungen, in allen Richtungen vermehren und vergrößern sich die „Anstände," die „Irrungen," die „Wirren." Die Geistlichkeit und die Diplomatie schienen 1849 in schönster Harmonie. Heute aber vermögen die Regierungen dem immer rückhaltloser hervortretenden Ultramontanismus nirgends genug zu thun. Die in den jüngsten Tagen bekannt gewordene baierische Entschließung auf die Denkschrift der Bischöfe hat auf der einen Seite erschreckt durch ihre Zugeständniße; auf der andern aber lese man die ultramontanen Blätter, und man wird mit Staunen wahrnehmen, wie völlig unbefriedigt sich jene mächtige Partei zeigt, der allerdings nur dadurch Genüge geleistet werden könnte, wenn die weltliche Gewalt sich aller Macht entkleidete, und sich dann dieselbe Macht nur gleichsam als Lehen von der Gnade des Ultramontanismus wieder übertragen ließe, um das blose Werkzeug zu sein zur Förderung der maßlosen Absichten desselben. In ganz Deutschland, nicht etwa blos in Baiern, beginnt man dies zu empfinden; auch in der „oberrheinischen Kirchenprovinz," zumal in Baden ist man es bereits gewahr worden, nicht minder in Kurhessen. Es gewährt einen eigenthümlichen Anblick, zu sehen, wie die in Unterdrückung der Volksrechte so einige absolutistische und ultramontane Partei, aus Veranlassung der Bestimmungen der octroyirten Hassenpflug'schen sogenannten Verfassung, sich in die Haare gerathen. Die Ausfälle auf die deßfallsigen Verfügungen in den ultramontanen Blättern wetteifern an Maßlosigkeit mit allem Andern, was wir erleben müßen. —

Die Beschränkungen und Bedrückungen der Dissidenten, der Deutschkatholiken, wurden in der jüngsten Zeit höher als je gesteigert. Auch die Juden mögen einsehen, daß die Reaction, namentlich die ultramontane und muckerische, sich freut, in ihnen einen Gegenstand zu haben, den sie dem Fanatismus preis geben kann. Selbst die Protestanten finden nachgerade in vielen deutschen Ländern Gelegenheit, zu der Erkenntniß zu gelangen, daß nur der Sieg einer freiern Richtung ihnen Ruhe verschafft. Das Gleiche müßen die aufgeklärten Katholiken längst erkannt haben. —

Und welche Erscheinungen ließen die jüngsten Tage in den Verhältnißen des Constitutionalismus hervortreten? In Preußen octroyirt man beliebig der versammelten Volksvertretung ins Angesicht, was soeben erst diese abgelehnt, — man octroyirt Bestimmungen jener „vereinbarten" Verfassung hinweg, die man beschworen, — ähnlich wie man früher in Oesterreich die ganze „octroyirte" Verfassung wieder hinweg „octroyirt" hat. In Kurhessen, dem Musterstaate der Reaction, welche Glück verheißende neue Constitution! Sogar in dem winzigen Hessen-Homburg kann man nicht regieren mit der Verfassung, — nicht etwa einer „Märzverfassung," sondern einem „vereinbarten" Werke vom Jahre — 1850! Am landgräflichen Geburtstage wird das hessen-homburgische Völkchen durch diese Hinwegoctroyirung beglückt!

Wie manche Kunststücke bureaucratischer Weisheit, bureaucratischer Volksliebe hat man nicht in den jüngsten Tagen wieder da- und dorther erfahren!

Von manchen andern Dingen, wie z. B. der Eigenthümlichkeit des Entstehens der Regentschaft in Baden wollen wir hier nicht reden.

So gestalten sich aber leider die Verhältniße Deutschlands nach allen Richtungen hin immer wirrer, immer noch chaotischer. Und dahin läßt es die Diplomatie kommen, — jetzt, in einem Momente, in welchem, — was sie bei ihren Anforderungen für Unterhaltung großer, zahlreicher Heere, wie solche nie im Frieden bestanden, fort und fort geltend macht, — das deutsche Vaterland selbst vor äußeren Feinden nicht sicher sein soll. — Dennoch wollen wir nicht verzweifeln an der Zukunft Deutschlands. —

*** München,** den 3. Mai. In der heutigen 123. Abgeordnetensitzung erfolgte zuerst die Verlesung einer Interpellation von Seiten des Abg. Fillweber. Dieselbe betraf folgenden Fall: Ein Arzt, Rimberger aus Oberfranken, hatte, mit einem Passe der baier. Regierung versehen, die Reise zur Uebersiedelung nach Amerika angetreten. Auf eine telegraphische Depesche des Landgerichts Hof hin ward er plötzlich zu Leipzig verhaftet, und erst nach längerer Arrestation, auf eine neue telegr. Depesche jenes Landgerichts hin, ohne weitere Erklärung wieder freigelassen. Es entstanden hiedurch bedeutende Nachtheile für Dr. Rimberger und seine Familie, und verschiedene pekuniäre Verluste, indem er namentlich auch die Kosten der Verhaftung und des Telegraphirens bezahlen mußte, und er konnte kaum noch das Schiff erreichen, an dessen Inhaber er die Ueberfahrtsgebühr bereits bezahlt hatte. Der Interpellant fragt, ob das Ministerium in diesem Falle einschreiten werde. — Nachdem die Interpellation genügend unterstützt worden, erklärt der Justizminister: Die Interpellation enthalte injuriöse Ausfälle auf das Landgericht Hof, welche, wenn sie anderwärts als hier vorgebracht worden wären, zu einer gerichtlichen Verfolgung Anlaß gäben; auf eine solche Interpellation sehe er, der Minister, sich nicht veranlaßt, ir-

gend eine Antwort zu geben; zum Ueberflusse bemerke er, daß eine Thatsache dieser Art nicht Gegenstand einer Interpellation sein könne; das Landgericht Hof sei als Justizbehörde unabhängig; ob er von Oberaufsichtswegen einschreiten werde, sei seine Sache, worüber er sich entscheiden werde, wenn er über den Gegenstand noch andere Mittheilungen erhalten, als die des Interpellanten.

Hierauf werden zwei Anträge des Hrn. v. Lerchenfeld verlesen: die Wahl eines besondern Ausschußes für die Vorprüfung 1) der beiden Preßgesetzentwürfe, und 2) des Gesetzentwurfes wegen Verminderung der Diäten der Abgeordneten. — Beide Anträge werden beinahe von allen Kammermitgliedern unterstützt, und kommen morgen zur Berathung. (Am Ministertische scheint man etwas überrascht durch diese Anträge.)

Sonach Beendigung der Berathung des Brandversicherungsgesetzes. Dasselbe wird schließlich mit 98 gegen 23 Stimmen angenommen. (Unter den Verneinenden sind verhältnißmäßig viele Geistliche.)

München. Der der Reichsrathskammer übergebene „Entwurf eines Gesetzes, die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Aburtheilung von Staatsverbrechen betr." lautet:

„Se. Maj. der König haben nach Vernehmung Allerhöchst ihres Staatsrathes mit Beirath und Zustimmung der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten beschlossen, und verordnen, was folgt:

A. Für die Landestheile diesseits des Rheins.

Art. 1. Die Aburtheilung der in Theil I. Buch II. Titel II. Kapitel 1—3 des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 bezeichneten Staatsverbrechen erfolgt, insoferne dieselben mit Zuchthaus- oder schwererer Strafe bedroht sind, bei den Schwurgerichtshöfen ohne Zuziehung von Geschwornen.

Art. 2. Bei der Aburtheilung der im Art. 1 bezeichneten Verbrechen wird der Schwurgerichtshof auf die Zahl von neun Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden verstärkt.

Art. 3. Zum Behufe der im Art. 2 angeordneten Verstärkung des Schwurgerichtshofes werden demselben beigegeben: 1) ein Mitglied des Oberappellations- (Oberlandes-) Gerichtes; 2) zwei Mitglieder des einschlägigen Appellations- (Kreis-) Gerichtes; 3) ein Mitglied desjenigen Kreis- und Stadt- (Bezirks-) Gerichtes, bei welchem der Schwurgerichtshof besteht. Die Abordnung geschieht durch die Vorstände der betreffenden Gerichte, und zwar jedesmal für ein Jahr im Voraus in der Art, daß diese Vorstände am Anfange eines jeden Jahres die obenbezeichneten Mitglieder und eine gleiche Anzahl von Stellvertretern ernennen. Den Vorsitz des Schwurgerichtshofes übernimmt statt des gewöhnlichen Vorstandes, welcher in die Reihe der übrigen Richter eintritt, das abgeordnete Mitglied des obersten Gerichtshofes.

Art. 4. Wegen Zusammenhanges der Sache sind an den Schwurgerichtshof zu der im Art. 1 bezeichneten Aburtheilung auch andere strafbare Handlungen, als die daselbst erwähnten Verbrechen, zu verweisen, wenn dieselben mit den letztern in einer und derselben Person zusammentreffen, desgleichen, wenn bei einem der in Art. 1 bezeichneten Verbrechen Mehrere angeklagt sind, von welchen den Einen oder den Anderen nur eine geringere, als Zuchthausstrafe, treffen kann.

Art. 5. Das Verfahren bei Untersuchung und Aburtheilung der in den Art. 1 und 4 bezeichneten strafbaren Handlungen richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen für die Untersuchung und Aburtheilung der zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörigen Verbrechen, jedoch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Verhandlung und Aburtheilung ohne Zuziehung von Geschwornen erfolgt, sodann unter Beobachtung der in den nachfolgenden Art. 6—11 enthaltenen Vorschriften.

Art. 6. Mit dem im Art. 170 Absatz 1 des Strafprozeßgesetzes vom 10. Nov. 1848 erwähnten Vortrage hat der Staatsanwalt den Antrag auf Anwendung des Gesetzes zu verbinden.

Art. 7. Ueberzeugt sich der Schwurgerichtshof, daß die That an sich zur Zuständigkeit eines Kreis- und Stadtgerichts gehöre, oder daß sich dieselbe als Policeiübertretung darstelle, so steht dies der sofortigen Aburtheilung der Sache durch den Schwurgerichtshof nicht entgegen. Außer diesen Fällen hat der Schwurgerichtshof, wenn er die Zuständigkeit eines anderen Gerichtes für begründet erachtet, die Sache dahin zu verweisen.

Art. 8. Hinsichtlich der Urtheilsfällung finden die Vorschriften der Art. 201, 204, 205 und 323—326 des Strafprozeßgesetzes vom 10. Nov. 1848 Anwendung. Jedoch kann der Schuldausspruch gegen den Angeklagten nur mit einer Mehrheit von wenigstens sechs Stimmen gefaßt werden.

Art. 9. Der von dem Schwurgerichtshofe zu einer Strafe verurtheilte Angeklagte kann das Urtheil mit der Nichtigkeitsbeschwerde anfechten, wenn entweder 1) bei dem Verfahren, wodurch die öffentliche Sitzung vorbereitet wurde, oder vor dem Schwurgerichtshofe, oder bei der Urtheilsfällung eine wesentliche Förmlichkeit des Prozeßes verletzt worden ist; oder wenn 2) von dem Schwurgerichtshofe das Gesetz unrichtig auf die von ihm festgestellten Thatsachen angewendet worden ist. In dem unter Ziffer 2 bezeichneten Falle steht auch dem Staatsanwalte das Recht zu, die Nichtigkeitsbeschwerde zu erheben.

Art. 10. Das Urtheil des Schwurgerichtshofes kann von dem Staatsanwalt auch dann mit der Nichtigkeitsbeschwerde angefochten werden, wenn der Angeklagte lediglich um deswillen freigesprochen wurde, weil die Handlung durch kein Strafgesetz verboten sei.

Art. 11. Wurde das Urtheil des Schwurgerichtshofes von dem obersten Gerichtshofe wegen Unzuständigkeit vernichtet, so ist die Sache an die zuständige Behörde zu verweisen. In allen übrigen Fällen einer Vernichtung des Urtheils ist die Sache nach dem Ermessen des obersten Gerichtshofes entweder an den Schwurgerichtshof eines andern Appellationsgerichtsbezirkes oder in die nächste Sitzung desselben Schwurgerichtshofes zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung zu verweisen. An der neuen Verhandlung und Aburtheilung darf kein Richter Theil nehmen, welcher bei der ersten mitgewirkt hat.

B. Für den pfälzischen Kreis.

Art. 12. Die im Buch III Tit. 1 Kapitel 1 des pfälzischen Strafgesetzbuches bezeichneten Staatsverbrechen werden vor dem Assisenhofe, ohne Zuziehung von Geschwornen, abgeurtheilt.

Art. 13. Die Vorschriften der Art. 2 und 3 finden auch auf den pfälzischen Kreis Anwendung. Das in Art. 3 erwähnte Mitglied des obersten Gerichtshofes und dessen Stellvertreter ist aus den Mitgliedern des pfälzischen Kassationshofes zu entnehmen.

Art. 14. Zu der im Art. 12 bezeichneten Aburtheilung sind an den Assisenhof alle konneren Verbrechen und Vergehen zu verweisen, soferne die hierauf bezüglichen Actenstücke der Anklagekammer zu gleicher Zeit vorgelegt sind.

Art. 15. Die Untersuchung und Aburtheilung der in den Art. 12 und 14 bezeichneten Verbrechen und Vergehen richtet sich nach den Bestimmungen, welche für die Untersuchung und Aburtheilung der zur Zuständigkeit des Specialgerichtshofes gehörigen Anklagen gelten. Jedoch kann der Schuldausspruch gegen den Angeklagten nur mit einer Mehrheit von wenigstens 6 Stimmen gefaßt werden. Theilen sich die Stimmen in mehrere Meinungen, von denen keine die erforderliche Mehrheit für sich hat, so werden die dem Angeklagten nachtheiligsten Stimmen den nächstfolgenden minder nachtheiligen so lange beigezählt, bis sich hinsichtlich der Zahl aller Stimmenden eine entschiedene Mehrheit ergibt.

Art. 16. Gegen das Urtheil des Assisenhofes findet der Recurs an den Kassationshof von Seite des Angeklagten, wie gegen Assisengerichtsurtheile überhaupt, von Seite des Staatsanwalts aber nur in den durch Art. 9 Ziffer 2 und Art. 10 des gegenwärtigen Gesetzes bezeichneten Fällen statt.

C. Schluß-Bestimmung.

Art. 17. Gegenwärtiges Gesetz tritt am achten Tage nach seiner Verkündigung durch das Gesetzblatt, beziehungsweise durch das Amtsblatt der Pfalz in Wirksamkeit, und erstreckt sich auch auf diejenigen Untersuchungen, in welchen bis zu jenem Tage ein Erkenntniß auf Anklage noch nicht erlassen worden ist."

Von den Motiven theilen wir den allgemeinen Theil mit.

„Die bisherigen Erfahrungen haben sowol in Baiern, als anderwärts zur Genüge dargethan, daß bei Anklagen wegen politischer Verbrechen von den Geschwornen eine gleichförmige und den Anforderungen der Gerechtigkeit entsprechende Rechtspflege nicht zu erwarten ist.

„Während man nur allzuhäufig wahrnehmen konnte, wie in Staaten, in welchen die Geschwornen aus den conservativsten Bestandtheilen der Bevölkerung auf die anscheinend zweckmäßigste Weise ausgewählt werden, gleichwol die Urheber der schwersten und offenkundigsten politischen Verbrechen für nicht schuldig erklärt wurden, erging in andern Staaten, in welchen für eine gehörige Auswahl der Geschwornen fast gar keine Sorge getragen ist, in gewissen Perioden fast regelmäßig auf jede an die Jury gebrachte Anklage wegen politischer Verbrechen ein Schuldausspruch.

„Keinem Zweifel kann nach den bisherigen Wahrnehmungen unterliegen, daß auf diese örtlichen und zeitlichen Schwankungen der Rechtsprechung die jedesmaligen Zeitverhältniße und die zufällig an einem bestimmten Orte oder in einer bestimmten Gegend herrschende Tagesmeinung den nächsten und wirksamsten Einfluß üben. In Zeiten und an Orten, in welchen die Gefahren für die sociale und staatliche Ordnung entweder noch nicht ganz nahe gerückt oder bereits mit Waffengewalt überwunden waren, zeigten sich die Geschwornen, welchen häufig neben der juristischen auch die politische Bildung abgeht, meistens zu ungesetzlicher Milde geneigt.

„Ohnehin lehrt die Erfahrung, daß solche Richter den Begriff und die Schwere einer strafbaren Handlung vorzugsweise nach dem materiell greifbaren Momente einer physischen Gefährdung oder Verletzung der Person oder des Eigenthums zu bemessen pflegen und die Tragweite und Bedeutung der noch nicht bis zum Aeußersten vorgeschrittenen Angriffe auf die staatliche Ordnung nicht gehörig würdigen. Zwar gelangen in denjenigen Fällen, in welchen die staatliche Ordnung bereits so sehr erschüttert ist, daß auch die sociale Ordnung zu wanken beginnt und der Bürger in seiner Person und in seinem Eigenthum unmittelbar bedroht erscheint, auch die Geschwornen zu der Ueberzeugung, daß es der strengen Handhabung des Gesetzes bedarf; allein sie sind alsdann nicht selten so sehr von persönlichen Besorgnißen befangen, daß sie in ihren Wahrsprüchen eine größere Strenge ausprägen, als das Gesetz, um der Gerechtigkeit unter allen Umständen getreu zu bleiben, beabsichtigt.

„Abgesehen von dem Allen, sind es aber auch nicht selten der Terrorismus und die Machinationen der Partei des politischen Verbrechers, welche den Geschwornen von dem freien Ausspruche seiner besseren Ueberzeugung zurückhalten, zumal da er das Richteramt nur ausnahmsweise und vorübergehend übt, nach Angabe seines Wahrspruches aber wieder in die gewohnten Beziehungen des bürgerlichen Berufslebens zurückkehrt.

„Eine Rechtsprechung aber, welche unter der Herrschaft ein und desselben Gesetzes je nach den Zufälligkeiten der örtlichen und zeitlichen Verhältniße in der willkürlichsten Weise wechselt, und wobei sich das durch mangelhafte Einsicht, durch Furcht oder andere dergleichen Beweggründe irregeleitete Urtheil einiger weniger Staatsbürger über Recht und Unrecht an die Stelle des in der Gesetzgebung ausgeprägten rechtlichen Urtheiles der Nation setzt, — eine solche Rechtsprechung verletzt die ersten und wichtigsten Anforderungen an das Richteramt und die Gerechtigkeitspflege, gleichwie sie den öffentlichen Interessen die bedenklichsten Gefahren bereitet, indem sie das Kapitel der Staatsverbrechen zeit- und ortsweise gewissermaßen aus dem Strafgesetzbuche tilgt, und dadurch die staatliche Ordnung, auf welcher die wichtigsten Interessen der Staatsangehörigen beruhen, jedem frevelhaften Angriffe preisgibt.

„Aus allen diesen Erwägungen ist man sowol anderwärts, als auch in Baiern zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Aburtheilung der politischen Verbrechen nicht ferner mehr den Geschwornen belassen werden kann.

„Anlangend nun aber die Frage, welch' anderen Richter die Entscheidung der That- mit der Rechtsfrage bei Anklagen wegen politischer Verbrechen zugewiesen werden solle, so stellen sich mehrere Wege als gedenkbar dar.

„1) Man könnte, wie dieses seit längerer Zeit in Frankreich der Fall und in den Verfassungsurkunden von Preußen und Oesterreich projectirt ist, für das ganze Königreich zur Aburtheilung der politischen Verbrechen einen Staatsgerichtshof bilden.

„Allein eine solche Einrichtung setzt, abgesehen davon, daß sie in Bezug auf die Sistirung der Beweismittel zur unmittelbaren Vorführung beträchtliche Schwierigkeiten darbietet, jedenfalls eine einheitliche Gesetzgebung im Strafrechte und Strafprozeße voraus, und an dieser Vorbedingung gebricht es zur Zeit noch in Baiern.

„2) Man könnte die Aburtheilung der politischen Verbrechen den Appellationsgerichten unter Zulassung des Cassationsrecurses an den obersten Gerichtshof überweisen wollen.

„Auch dieser Einrichtung steht der Mangel an einheitlicher Strafgesetzgebung entgegen, wonach es nicht ausführbar wäre, die Sache von dem Appellationsgerichte der Pfalz an ein dies-rheinisches Appellationsgericht zu verweisen, wenn bei jenem in Folge von Ausschließungsgründen oder Ablehnungen ein vollzähliger Senat nicht mehr gebildet werden könnte oder der oberste Gerichtshof das Urtheil jenes Appellationsgerichts vernichtet hätte und die Sache nunmehr aus diesem Grunde an ein anderes Appellationsgericht zu verweisen wäre.

„3) Man könnte die Entscheidung der That- und der Rechtsfrage bei politischen Verbrechen den Schwurgerichtshöfen in ihrer gewöhnlichen Zusammensetzung (ohne Zuziehung von Geschwornen) überweisen und dabei entweder nur einen Kassationsrekurs an den obersten Gerichtshof, oder aber die Berufung an das Appellationsgericht und gegen dessen Entscheidung wieder den Kassationsrekurs an den obersten Gerichtshof zulassen wollen.

„Da jedoch die Schwurgerichtshöfe in ihrer gewöhnlichen Zusammensetzung überwiegend aus den Mitgliedern der Kreis- und Stadt (Bezirks-) Gerichte gebildet werden, so würde man geneigt sein, im Hinblicke auf die Wichtigkeit des Gegenstandes die erforderlichen äusseren Garantien für die Rechtsprechung zu vermissen.

„Die Zulassung einer Berufung aber würde, da von diesem Rechtsmittel sicherlich in den meisten Fällen Gebrauch gemacht werden würde, nicht nur die Kosten des Verfahrens außerordentlich erhöhen und die Urtheilsfällung bei den Schwurgerichtshöfen gewissermaßen als etwas Ueberflüssiges erscheinen lassen, sondern auch in denjenigen Fällen, in welchen zu Folge des eingelegten Cassationsrecurses das zweitrichterliche Urtheil des Appellationsgerichtes vernichtet würde, und die Sache an ein anderes Appellationsgericht verwiesen werden müßte, dieselbe Schwierigkeit hervorrufen können, welche schon oben unter Ziffer 1 unter Hinweisung auf den Mangel einer einheitlichen Strafgesetzgebung dargelegt wurde.

„4) Als vierter und letzter Ausweg stellt sich die Ueberweisung der Aburtheilung politischer Verbrechen an die Schwurgerichtshöfe (ohne Zuziehung von Geschwornen) mit einer besondern Zusammensetzung derselben in der Weise dar, daß die gewöhnliche Zahl der Richter erhöht und den Schwurgerichtshöfen eine größere Zahl solcher Richter beigegeben wird, welche, auf einer höheren Stufe des Dienstes stehend, mit einer gereifteren Erfahrung auch eine höhere Unabhängigkeit der Stellung verbinden.

„Diesen Weg hat der gegenwärtige Gesetzentwurf in seinen Artikeln 1 bis 3 und 12 bis 13 eingeschlagen."

Wiesbaden, den 4. Mai. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer stellte Abg. Rau folgenden Antrag: „Die Kammer erklärt aus Anlaß der jetzt in Berlin stattfindenden Zollconferenzen behufs der Reconstituirung des Zollvereins und aus Anlaß der gleichzeitig projectirten Anbahnung einer Zoll- und Handelseinigung mit Oesterreich: 1) Sie hege zu der Regierung das vollkommene Vertrauen, daß sie in dieser Frage die das Wohl des Staates fördernde Richtung einhalten werde; 2) daß keiner der von der Regierung bisher gethanen Schritte dieses Vertrauen erschüttert habe; 3) daß die Kammer es nicht angemessen finde, durch irgend einen maßgebenden Antrag die freie Thätigkeit der Regierung bei dieser Verhandlung zu beschränken, und 4) nur gegen die Regierung die Erwartung ausspreche, daß dieselbe über den dermaligen Stand der jetzt obschwebenden Verhandlungen, jedenfalls aber über das Resultat derselben der Kammer seiner Zeit die erforderliche Vorlage machen werde." Darauf rechtfertigte Abg. Braun seinen und des Abg. Lang gestern gestellten Antrag, welchem der Rau'sche entgegengesetzt war. Nachdem die Inbetrachtnahme des Braun'schen Antrags von mehreren Abgeordneten unterstützt, vom Abg. Rau bekämpft worden war, wurde die Inbetrachtnahme mit allen übrigen Stimmen gegen die eine Rau's genehmigt.

Bremen, den 2. Mai. Gestern sind die Pressen in der Buchdruckerei von Meyer und Dierksen wieder freigegeben worden; der „Volksfreund" wird weiter erscheinen. Die Besitzer der Buchdruckerei haben einen Revers unterschreiben müßen. — Am Freitag wurde Dulon's Geburtstag von seinen Freunden gefeiert; Dulon wurde sehr reich beschenkt. Ein Ständchen, welches ihm Abends gebracht werden sollte, wurde von der Policei verboten. Trotzdem fand sich eine große Menge vor Dulon's Hause ein, die ihm ein Hoch brachte. Dulon dankte in wenigen Worten.

Wien, den 30. April. Die Angelegenheiten des Herzogs v. Augustenburg, insofern dieselben seine liegenden Güter im Gebiete des König-Herzogs betreffen, sind als geschlichtet zu betrachten. Der Däne hat eine Ablösung von 2'250,000 Rthlr. Preuß. Cour. geboten, und der Augustenburger sich jetzt bereit erklärt die Summe anzunehmen. Vermuthlich hat diese Erklärung zur Stunde bereits die endgültig verbindliche Form erhalten, doch kann dieß noch nicht verbürgt werden.

Frankreich.

Paris, 29. April. Die notorische Wiederannäherung zwischen England und Oesterreich konnte natürlich hierorts nicht verfehlen um so lebhafter bemerkt zu werden, als der Tod des Fürsten von Schwarzenberg die zukünftige Politik des Wiener Cabinets auf einmal in einiges Dunkel hüllte. Es scheint nun in der That, daß der österreichischen Diplomatie Zugeständniße in Betreff der norditalienischen Staaten gemacht worden sind, die ihr ohne das Ministerium Lord Derby schwer zu erreichen gewesen wären.

Louis Napoleon fährt fort, die Armee mit Beweisen seiner besonderen Gunst zu überhäufen. Die Chefs derselben haben schon durch Senatorenstellen mit oder ohne Dotationen, andere durch Beförderungen ihre Dienstleistungen belohnt gesehen. In allen Graden, von oben bis unten, sind zahlreiche Orden vertheilt worden. Die Denkmünze mit dem Jahrgehalt aus den confiscirten Gütern der Familie Orleans war auf die Gemeinen und Unterofficiere berechnet. Eine Classe, die der Subalternoffiziere, schien jedoch bis jetzt gegen die übrigen vernachlässigt worden zu sein. Sie soll nun mit nächstem ebenfalls bedacht werden, und zwar in einer Weise die das Sprüchwort bestätigen würde, daß was lange währt am besten wird. Erstlich soll der Gehalt der unteren Offiziersstellen bei der Infanterie, die überall und auch hier nicht so bemittelt ist wie die Cavallerie, anständig vermehrt werden: der Unterlieutenant soll 1800 Fr. jährlich, der Lieutenant 2000 Fr. und der Capitän 3000 Fr. erhalten. Dann sollen die Infanterieofficiere, die gegenwärtig kein anderes Costüm als ihren kurzen Ueberrock haben und bei geselligen Festlichkeiten daher nur in Civil erscheinen, ein glänzendes außerdienstliches Costüm erhalten, bestehend aus dem Frack, Beinkleidern mit Streifen, Federhut und geradem Degen. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

Kassel, den 4. Mai. Die Kasseler Zeitung meldet: „Die zu Berlin erscheinenden Zeitschriften: das „politische Wochenblatt" und die „Nationalzeitung" sind wegen ihrer feindseligen Tendenz gegen die Staatsregierung im Gebiete des gesammten Kurfürstenthums verboten worden."

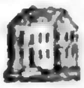
Paris, den 4. Mai. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde die Discussion des Gesetzes über die Rehabilitation der Verurtheilten fortgesetzt.

Madrid, den 28. April. Die Eigenthümer der unabhängigen Journale Madrids haben nach gemeinschaftlicher Berathung den Beschluß gefaßt, die Veröffentlichung ihrer Blätter zu suspendiren, in Folge der Weigerung der Regierung, eine Modification der jüngst verfügten strengen Maßnahmen gegen die Presse eintreten zu lassen.

New-York, den 21. April. Kossuth ist wieder in unserer Nähe angekommen, nämlich in Jersey.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[1009] **Häuser- und Güterversteigerung.**



Dienstag, den 1. Juni 1852, Nachmittags 3 Uhr, zu Speyer im Gasthause zum rheinischen Hofe, lassen Ludwig Gaab, Geometer in Speyer, und dessen Ehefrau Johanna Blankenhorn, wegen veränderten Geschäftsbetriebes, die nachbezeichneten Liegenschaften unter sehr annehmbaren Bedingungen öffentlich auf Eigenthum versteigern, als:

1) Ein zweistöckiges Wohnhaus sammt zwei Scheuern mit Stallung für 30 Stück Vieh, Schweinställen, Garten, Brunnen und sonstigen Zugehörden, nebst circa **39 Morgen** guten Ackerfeldes und Wiesen, das ganze auf dem Steinhäuser'schen Wühle, in der Nähe der Zuckerrüben-Dörre bei Speyer gelegen.

Die Gebäulichkeiten sind ganz neu erbaut; die Feldgüter alle eingesamt, im besten Stande und keiner Ueberschwemmung unterworfen. — Auf Verlangen können auch 10 Stück Rindvieh, sowie mehrere Acker- und andere Geräthschaften abgegeben werden.

2) 3 Morgen Acker mit doppelter Rebzeile am Kloßweg, wovon die Hälfte mit Kartoffeln und die Hälfte mit Korn bestellt.

3) 2 Morgen Acker in den Krummäckern, ganz gedüngt und mit Spelz eingesamt.

4) 1 Morgen Acker am Gieshübel, gut gedüngt und mit Spelz besamt.

5) 3 Morgen Acker im Thiergarten, wird mit Dickrüben gesetzt.

Alles im Banne von Speyer.

6) Ein zu Speyer am Rheinthore gelegenes, zur Wirthschaft eingerichtetes großes Wohnhaus mit 19 Zimmern sammt Magazin, Stallung, Waschküche, Backofen, Brunnen, Garten mit schöner Wirthschaft und Kegelbahn, nebst sonstigen Zugehörden, ganz besonders zur Einrichtung eines größeren Fabrikgeschäftes geeignet.

Der größte Theil des Preises kann verzinslich stehen bleiben; auch kann alles inzwischen aus freier Hand verkauft werden. Die weitern Bedingungen sind bei dem Eigenthümer selbst und auf der Amtsstube des Unterzeichneten zu erfragen.

Speyer, den 26. April 1852.

Kissel, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 111 | den 8. Mai 1852.

Deutschland.

• München, den 4. Mai. Wer hätte es noch vor wenigen Monaten auch nur für möglich gehalten, es dahin kommen zu sehen, daß selbst die jetzige Kammer in eine oppositionelle Stellung gegen das Ministerium gerathen könne? Und doch unterliegt die Thatsache bereits keinem Zweifel mehr. Wir sind nicht im Falle, die Einzelnheiten zu kennen, welche die Dinge allmählig bis auf den jetzigen Punct brachten. Daran liegt zunächst auch wenig; das Factum an sich ist der entscheidende Moment.

Dürfen wir hoffen, daß die Reaction auf ihrem tiefsten Puncte angelangt ist? In einer Hinsicht kann man diese Frage vielleicht bejahen, in der andern wird man sie verneinen müßen. Die Reaction findet keinen Halt, bis zu ihrem Untergange. Wohl aber glauben wir, daß der Zeitpunct erreicht sein dürfte, von welchem an dieselbe nicht mehr beinahe von allen Seiten unterstützt und gefördert wird, — unterstützt aus Veranlassung der maßlosen Furcht vor Revolution und Communismus, gefördert durch die Lethargie, die unbedingte Gleichgültigkeit der Masse der Bevölkerung, mochte auch vorgehen was immer wollte. Bemerkenswerth ist es, daß auch in den 1830er Jahren diese Furcht und diese Lethargie ihren äußersten Punct zwei bis drei Jahre nach entschiedenem Siege der Reaction erreichten. Mitte 1832 war dieser Sieg erfolgt, 1834 oder höchstens noch anfangs 1835 begann der Umschwung in den Gemüthern des bis dahin immer gleichgültiger gewordenen Volkes. Die Jahre 1849 (Sieg der Reaction) und 1852 scheinen damit übereinzustimmen. Doch muß anerkannt werden, daß die Erschlaffung in den 30er Jahren eine noch unvergleichbar allgemeinere und intensivere war, als sie jetzt ist.

Ich wende mich zur jetzigen Lage der Dinge in Baiern zurück. Die bisherigen Minister werden sich wol bereits zu überzeugen Gelegenheit gehabt haben, — wie gering die Zahl Derjenigen ist, die sich heute noch ihnen innig zugethan beweisen. Die Einen wendeten sich von ihnen ab, weil sie endlich erkannten, daß der bisher eingeschlagene Weg zu nichts Gutem führt; die Andern haben sich losgesagt von ihnen, weil sie als kluge Ratten das Schiff noch vor seinem Sinken verlassen wollen. Komische Figuren spielen Diejenigen, welche sich bis zum letzten Moment auf alle nur erdenkbare Weise an die bisherigen Minister angeklammert, und welche sich nun um so weniger augenblicklich von ihnen losmachen können, weil die Opposition längst schon auf sie aufmerksam gemacht hatte, und auf die Windungen, die von solchen Subjecten in dem nun eintretenden Falle versucht werden würden, um sich den (zur Zeit noch nicht bekannten) künftigen Trägern der Macht angenehm zu erweisen. Auffallend ist auch, welche ungemein geringschätzenden und die vollste Verachtung in sich schließenden Urtheile man über jene Subjecte von Solchen vernimmt, mit denen jene bisher zu gehen schienen. Auffallend ist ferner das entschiedene Mißtrauen, welches sich unter den Gegnern der Minister wider die ebenbezeichneten Leute zu erkennen gibt; ihnen wird Manches geheim gehalten, was selbst Andere erfahren, die nie in diese Kreise sich begeben hatten. — Wir lächeln über solche Kleinlichkeiten, zur Bezeichnung der Standpuncte sind sie aber doch zu erwähnen.

• München, den 4. Mai. Das Schicksal der neuen Preßgesetzentwürfe kann zwar, wenn nicht ganz unerwartete Dinge dazwischen treten, als entschieden, deren Verwerfung als sicher betrachtet werden. Dennoch mag es am Platze sein, einige Bemerkungen darüber auszusprechen.

Vor Allem muß sich wol die Frage aufdrängen: ist die Lage der Presse in Baiern dermalen so, daß die Regierung neuen Schutz vor dem Mißbrauch der Presse braucht, oder bedarf nicht vielmehr die Presse selbst eines entschiedenen Schutzes? — Was gegen die Oppositionspresse geschehen, ist so bekannt, daß wir es für überflüssig halten, darüber auch nur noch ein weiteres Wort zu verlieren.

In der Vorlage, welche an die Abgeordnetenkammer gebracht wurde, ist hervorgehoben, daß die Preßverbrechen nach wie vor den Schwurgerichten zur Entscheidung überlassen bleiben sollen, so daß diesen nur die Cognition über die Vergehen entzogen würde (die freilich fast Alles umfassen); — aus der Vorlage, welche im nemlichen Augenblicke an die Reichsrathskammer erfolgte, ergibt sich aber, daß alle s. g. Staatsverbrechen (ohne irgend eine Ausnahme der durch die Presse begangenen) vor eine Art Specialgerichte gebracht werden sollen, wobei die Jury unbedingt ausgeschlossen würde. — Es hat dieser innere Widerspruch bei Manchen Erstaunen erregt. —

Soll man nachweisen, daß jene Bestimmungen in dem s. g. einfachen Preßgesetze über Cautionen, über Unterdrückung von Zeitungen, auch wenn deren Inhalt gar nichts Strafbares enthält u. s. f., — eine Abänderung des Preßedictes, also der Verfassung, in sich schließen, vielmehr die Grundprincipien desselben zum Theil umkehren, das System der Prävention an die Stelle des Systems der Regression setzen wollen? Soll man, was den Schutz des „Bundes" betrifft, jene Aeußerungen wiederholen, welche die baierische Regierung selbst im Jahre 1848 über denselben machte; oder jene, die Hr. v. d. Pfordten in seiner bekannten Note an den Fürsten Schwarzenberg im Jahre 1849 aussprach? — Wir wollen für heute davon absehen, ebenso wie von manchen Bemerkungen anderer Art, die sich uns bei dieser Gelegenheit aufdrängen. —

• München, den 4. Mai. (124. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Meuth erhält den nachgesuchten Urlaub bis Ende des Landtags. — Roos zeigt an, daß der Ausschußbericht über den Gesetzentwurf „die Abänderung einiger Bestimmungen der in der Pfalz bestehenden Gesetze über die Einregistrirung, den Stempel und das Notariat betr." vollendet ist. —

Die Kammer beschließt ohne Discussion, den Anträgen Lerchenfelds gemäß, einen besondern Ausschuß zur Vorprüfung der Gesetzentwürfe über die Presse und die Diäten der Abgeordneten zu wählen.

Der 1. Secretär Nar erstattet Bericht „über die Beförderung resp. Neuwahl des Abg. Dr. Heine." Das Directorium ist der Ansicht, daß sich Heine einer Neuwahl zu unterwerfen habe, nachdem er eine Beförderung durch den Staat erhalten, indem ihm neben seiner Stelle als Stadtgerichtsarzt, noch die eines dirigirenden Arztes am öffentlichen Krankenhause und eines Hausarztes im Bürgerspitale zu Bamberg übertragen worden, womit etwa 900 fl. Besoldung und pragmatische Rechte verbunden seien. Das Ministerium ist der Ansicht, daß dies keine Beförderung im Sinne des Gesetzes sei. Heine selbst hat in einer Eingabe um Entlassung aus der Kammer nachgesucht, für den Fall, daß beschlossen werden sollte, er habe sich einer Neuwahl zu unterwerfen. — Lasaulx bezweifelt, ob hier der Fall gegeben, den das

Wahlgesetz vorsehe. — Weis rechtfertigt den frühern Beschluß des Directoriums, und weist äußerst klar nach, daß Hrn. Heine eine neue Anstellung zu seinem bisherigen Amte übertragen worden ist. — Ruland in gleichem Sinne, indem er namentlich die Wichtigkeit der neuen Anstellung hervorhebt. — v. Herrmann kämpft dagegen; Heine habe blos eine weitere Function zu seinem Amte bekommen: — Lasaulx greift die Weis'sche Argumentation an. — Wallerstein für die Neuwahl. — Lerchenfeld, der ebenso, wie die Vorredner, die Ehrenhaftigkeit Heines ausdrücklich hervorhebt, kommt dennoch, zu seinem Bedauern zu dem Ergebniße, daß eine Neuwahl stattzufinden habe. — Morgenstern spricht noch für, v. Koch gegen die Neuwahl. Nachdem sodann Referent Nar den Directorialbeschluß vertheidigt, äußert sich Minister Ringelmann in entgegengesetzter Richtung; ihm widerspricht Wallerstein. — Bei der Abstimmung wird mit großer Mehrheit beschloßen, daß sich Heine einer Neuwahl zu unterwerfen habe. (Es ist auffallend, wie erfolglos sich die ministerielle Rede erweist.) Ueber die Austrittserklärung Heines für diesen Fall wird die Entscheidung ausgesetzt.

Auf der Tagesordnung steht nun noch die Berathung des Rebenack'schen Antrags wegen der Pfälzischen Gemeinderäthe. Der Präsident erklärt, der Referent Römmich sei erkrankt, und der Gegenstand könne deßhalb nicht zur Verhandlung kommen.

Morgen wird die Wahl des Ausschusses zur Vorprüfung der neuen Gesetze vorgenommen.

* Nachschrift. Wie wir vernehmen, soll das Ministerium seine Vorlage wegen zu ertheilender Ermächtigung in den Zollangelegenheiten ohne vorgängige Genehmigung der Kammern Verträge abzuschließen, zurückgezogen haben. Die Verwerfung dieser Anforderung war, wie bereits gemeldet, zur Gewißheit geworden.

München, den 4. Mai. Gestern Abend ist der Herzog v. Leuchtenberg, aus Innsbruck kommend, hier eingetroffen. — König Ludwig hat dieser Tage für die Nothleidenden in Oberfranken und der Oberpfalz 500 fl. anweisen lassen. — Auch in München sollen nächstens in 3 verschiedenen Kirchen Jesuitenpredigten gehalten werden.

Kassel, den 1. Mai. Ein Ausschreiben des Superintendenturverwesers Vilmar macht viel von sich reden. Ein Exemplar desselben ist jedem Geistlichen der Diöcese zugegangen. Es betrifft diejenigen Fälle, in welchen künftig ein christliches Begräbniß verweigert werden soll. Mit dieser Kirchenstrafe werden bedroht zurechnungsfähige, vorsätzliche Selbstmörder, Ehebrecher, Säufer, Aufrührer, Deutschkatholiken, Lichtfreunde, Wiedertäufer, Verächter der kirchlichen Gnadenmittel, Religionsspötter u. dgl. mehr. (Nat.-Z.)

Dresden, den 1. Mai. Zu Beginn der heutigen Sitzung der zweiten Kammer beantwortet der Kriegsminister die an ihn gestellte Anfrage wegen des Freimaurerordens. Er gibt zu, daß eine Ordre erlassen worden, durch welche den activen Offizieren der Armee aufgegeben, binnen Frist aus dem Freimaurerorden zu treten, bestreitet aber, daß mit der fraglichen Ordre eine Androhung verbunden gewesen. Bei den bestehenden militärstrafgesetzlichen Bestimmungen würde das Kriegsministerium eine solche Androhung für überflüssig halten.

Bremen, den 3. Mai. Heute ist hier eine obrigkeitliche Verordnung, betreffend provisorische Bestimmungen in weiterer Ausführung des Bundesbeschlusses vom 6. März 1852, erschienen, welche an die Stelle der durch gedachten Bundesbeschluß für unzulässig erklärten Vorschriften der Verfassung vom 5. März 1849 und der zu ihrer Ausführung erlassenen Gesetze treten und bis zur Erledigung der auf Grund der Bundesbeschlüße vom 23. August 1851 vorzunehmenden Revision dieser Verfassung in Geltung zu verbleiben haben.

Berlin. Das in der Sitzung der zweiten Kammer vom 1. Mai angenommene Postgesetz enthält die Bestimmung, daß die Postzwangspflichtigkeit der Zeitungen die künftige Entziehung des Postdebits ausschließe. Die Regierung hatte sich mit dem dahin zielenden Vorschlage der Kommission einverstanden erklärt. — Die k. Vorlage, wonach die Bildung der 1. Kammer „auf Grund k. Anordnung" erfolgen soll, ist von der Kommission der 1. Kammer mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen, von der der 2. Kammer mit 13 gegen 8 Stimmen abgelehnt worden, jedoch mit dem subtilen Amendement, daß es heißen soll: „Die Mitglieder der 1. Kammer werden vom König ernannt.

— den 3. Mai. Heute hat die erste wichtige Sitzung der Zollconferenz stattgehabt, indem es dabei zu principiellen Verhandlungen gekommen ist. Vorläufig nur die bedeutungsvolle Nachricht, daß die Regierung auf ihre Frage die Antwort erhalten hat, daß die Darmstädter Protokolle wirklich ratificirt sind. (D. A. Z.)

Kiel, den 26. April. (Interessanter Prozeß.) General v. d. Horst und General Wissel haben bei dem holsteinischen Obergerichte den Rechtsweg zur Erlangung der ihnen von der Civilbehörde widerrechtlich entzogenen Pension betreten.

— den 1. Mai. Die vormärzlichen Officiere, Oberst v. Schütz und Major v. Wasmer, die sich den Dänen sistirt haben, sind von Rendsburg unter militärischer Begleitung nach dem Schlosse Gottorf gebracht worden und man weiß noch nicht, ob sie dort verbleiben werden. — An dem Tage der Treffen von Schleswig und Kolding, am 23. April, fand in der Stadt Schleswig eine ächt dänische Feierlichkeit statt. Mit den in der Schlacht bei Idstedt 1850 gefallenen, auf dem Kirchhofe der St. Michaeliskirche daselbst zusammen beerdigten schleswig-holsteinischen und dänischen Kriegern wurde eine genaue Sonderung vorgenommen. Den dänischen Soldaten, 160 an der Zahl, ward ein — wie die Inschrift sagt — „von dem dänischen Volke den treuen Söhnen des Vaterlandes" gesetzter Denkstein mit großer Feierlichkeit unter Kanonendonner errichtet, während die übrigen Leichen, 20 bis 30, abgesondert davon wieder begraben wurden. (F. Z.)

Von der Donau, den 1. Mai. Ich kann Ihnen aus zuverläßiger Quelle mittheilen, daß von den Darmstädter Punktationen das Protocoll 1, welches das Verhalten der süddeutschen Koalition auf dem Berliner Zollkongreß bezüglich der Einladung Oesterreichs zur Theilnahme feststellt, so wie das Protokoll 2, welches eine unbedingte Verbindung in der Zollfrage unter den kontrahirenden Staaten begründet, bereits ratifizirt worden sind; das Protocoll 3 aber, welches die von Seite Oesterreichs zu Gunsten der koalirten Staaten zu übernehmende Garantie der Zollrevenüen betrifft, bisher ohne Ratification geblieben ist. (Hört!) (Allg. Ztg.)

Wien, den 1. Mai. Die Klagen über zunehmenden Geldmangel im Escomptegeschäfte werden immer lauter, und der „Geschäftsbericht" behauptet heute geradezu, daß der Platz mit Wechseldiscompt dermaßen überfüllt ist, wie man sich dessen kaum bei politischen oder Handelskrisen entsinnt. Ersteres Papier soll mit 6, ja mit 7 pCt. gemacht worden und letzteres beinahe nicht anzubringen sein.

Für den 10. Mai ist eine große Truppenschau angeordnet, zu welcher ganz außerordentliche Vorbereitungen getroffen werden. Große Truppenkörper sind zum Theil aus bedeutenden Entfernungen nach Wien beschieden und Lieferungen von Rüstungsstücken (z. B. Tschakos) werden unter erhöhten Geldbewilligungen für die Lieferer beschleunigt.

(Hört!) Von Seite des Unterrichtsministeriums sind mehrere Gelehrte und Fachmänner mit der Zusammenstellung einer neuen Ausgabe der alten Klassiker in der Form, welche sich (natürlich nach neu-österreichischen Begriffen) für den Unterricht an Unter- und Obergymnasium eignet, beauftragt worden.

Frankreich.

Paris, den 27. April. Fragen, wie das bevor-

stehende Unterrichtsgesetz, mit dessen Berathung sich der Staatsrath beschäftigt hat, erregen wenig Interesse, da solche Sachen zu langweilig sind. Das Unterrichtsgesetz wird mit Fanatismus von den Geistlichen besprochen. Die ultramontane Partei, welche bis zum 2. December mit einer gewissen Reserve gehandelt hatte, tritt nun schrecklich offen auf. Der katholische Klerus will dem Staate das Recht nehmen, sich in die kirchlichen Verhältniße zu mischen, und die Emancipation der Kirche vom Staate durchsetzen. Die Universität und der philosophische Unterricht ist vom Klerus getödtet worden, alle Unterrichtsanstalten befinden sich in den Händen der Geistlichkeit, und das Unterrichtsgesetz genügt ihr noch nicht. Sie sträubt sich dagegen, daß der Staat die Seminare beaufsichtigen soll, und will jegliche Controle des religiösen Theils des Unterrichts beseitigen. Da L. Napoleon die Aufhebung des Concordats, das sein Oheim mit dem Papste abgeschlossen hat, verweigerte, so will die klerikale Partei auf dieselbe Art verfahren, wie unter der Restauration, als die Aufhebung des ersten Concordats Napoleons gleichfalls von ihr nicht erreicht werden konnte: sie will durch vereinzelte Forderungen die wesentlichen Bestimmungen des Concordats schwächen. Chateaubriand zufolge begehrten die Geistlichen von Ludwig XVIII. die Zurückstellung der Güter des Klerus, die Uebertragung des Unterrichts und der bürgerlichen Register an die Geistlichkeit und die Wiederherstellung der Bank der Bischöfe. Jetzt gehen ihre Forderungen noch weiter, und die Welt wird den mittelalterlichen Schlamm, der sich jetzt wieder regt, bei Gelegenheit der Debatten über das Unterrichtsgesetz kennen lernen. L. Napoleon wird hoffentlich nicht vergessen, daß sein Oheim die Worte ausgesprochen hat: „Ich will, daß man wisse, es sei meine Absicht und mein fester Wille, daß die Freiheit der Kulten aufrecht erhalten werde. Wenn irgend ein Nachfolger aus meiner Familie, den Einflüsterungen eines verdunkelten Gefühls nachgebend, jemals den Schwur vergessen oder brechen sollte, den ich geleistet habe, so weihe ich ihn im Voraus der öffentlichen Schmach und ich ermächtige Sie, ihm den Namen eines Nero zu geben." So sprach Napoleon zu den Protestanten, unmittelbar nach der Proclamation des Kaiserthums, und jetzt wird der Name Protestant bereits von der katholischen Partei in einem verächtlichen Sinne gebraucht. Das Concordat erklärte denn auch blos, daß der Katholicismus die Religion der Majorität der Franzosen sei, ohne daß dadurch eine herrschende Religion eingeführt worden wäre. Die Geistlichkeit gibt sich nun alle Mühe, L. Napoleon dahin zu bringen, alle Spuren der diesfallsigen Einrichtungen des Kaisers aufzuheben. Es ist in dieser Beziehung interessant, die frommen Journale, welche einen Theil dieser Intriguen abspiegeln, zu beobachten. Diese Journale müßen als die Archive der Reaction studirt werden; in ihnen hält die Reaction Europas jetzt ihre Monologe. (Nat.-Ztg.)

— den 30. April. Es finden jetzt zahlreiche Ausweisungen statt; jedem Ausgewiesenen wird bedeutet, Paris vor dem 10. Mai zu verlassen.

— den 1. Mai. Die Klagen über die von den letzten Nachtfrösten am Weinstocke verursachten Verheerungen lauten immer allgemeiner. Man berechnet schon, daß in der Campagne ⅔ und in der Bourgogne ¾ des gewöhnlichen Weinertrages für dieses Jahr verloren geht.

Unter den allgemeinen Kniebeugungen vor der Gewalt scheint der richterliche Stand noch allein eine gewisse Selbständigkeit zu behaupten. Die Bonaparte'sche Dictaturgesetzgebung hat die Presse dem Schwurgericht entzogen, aber den ersten Prozeß der von Amtswegen vor dem neuen Forum, dem Polizeigericht, gegen den Corsaire anhängig gemacht worden, hat sie auch verloren. Die Rathskammer hat entschieden, daß keine Ursache zum gerichtlichen Einschreiten vorhanden sei, und der Staatsanwalt hat gegen diesen Beschluß den Recurs ergriffen. So ist auch die Gazette de Languedoc freigesprochen worden.

— den 3. Mai. Die Mitglieder der Deputation der französischen Armee, die dem Feste vom 10. Mai beiwohnen soll, sind bereits angekommen. Ein Oberst und mehrere Officiere der römischen Armee begleiteten dieselbe. — Unser Geschäftsträger in China, de Bourboulon, ist bekanntlich ersetzt worden. Seine Absetzung geschah, weil er nach Empfang der Nachricht über die Ereigniße des 2. Dec. einen Brief an das Ministerium des Auswärtigen schrieb, worin er die Vorgänge dieses Tages auf das Heftigste tadelte.

In gewissen Kreisen unterhält man sich viel von einer zweiten österreichischen Note an die übrigen Mächte, in welcher die französische Kaiserfrage wiederum verhandelt wird. Es scheint, daß das Wiener Cabinet und besonders der Kaiser von Oesterreich mit der Antwort auf die erste Note nicht ganz zufrieden gewesen sind, da sie nicht bestimmt genug abgefaßt war und nicht ganz auf die Absichten der österr. Regierung einging. In einem Ministerrathe, der in dieser Beziehung stattgefunden, beschloß das kaiserliche Cabinet, eine zweite Note mit der Anfrage abzusenden, ob die übrigen Mächte eine Restauration des erblichen Kaiserthums in Frankreich als den Verträgen von 1815 zuwider betrachten und zu verhindern suchen würden. Bis jetzt ist noch keine Antwort auf die zweite Note erfolgt. (K. Z.)

Die Presse, und besonders die Provinzialpresse wird von den Behörden fortwährend auf's Strengste überwacht. Die Präfecte erlassen an ein Blatt nach dem anderen eine Verwarnung. Nach dem Preßedicte kömmt eine Verwarnung der Hälfte einer vollständigen Suspendirung gleich.

Es wird versichert, der französische Geschäftsträger in Florenz, Hr. Joachim Murat, habe im Namen seiner Regierung eine Protestation erhoben gegen ultra-reactionäre Maßnahmen, welche an dem toskanischen Hofe vorbereitet würden.

Heute wurde dem gesetzgebenden Körper das Budget des Dienstjahres 1853 vorgelegt. Die Versammlung beschloß, eine Commission von 21 Mitgliedern zur Prüfung desselben zu ernennen; von Seiten der Regierung haben 25 Mitglieder des Staatsraths den Auftrag erhalten, die verschiedenen Theile des Budgets vor dem gesetzgebenden Körper zu vertheidigen. — Beim Senate sollen bis jetzt 30 Petitionen für die Wiederherstellung des Kaiserthums eingelaufen sein.

Strasburg, den 4. Mai. Gestern war der Municipalrath versammelt, um den Schwur der Treue und des Gehorsams abzulegen. Bevor dieses geschah, hatte der Maire angezeigt, daß nicht weniger als 10 Mitglieder des Municipalraths um ihre Entlassung eingekommen seien. Es befinden sich darunter der ehemalige Obrist und zwei ehemalige Commandanten der aufgelösten Nationalgarde.

Der Ausgangszoll für Getreide wird am 7. d. Mts. beträchtlich herabgesetzt, so daß schon jetzt große Käufe für deutsche Rechnung abgeschlossen werden.

Großbritanien.

London, den 2. Mai. Gestern hat man den Abbruch des Krystallpalastes in Angriff genommen, also an demselben Tage, an welchem vor einem Jahre die Welt-Industrie-Ausstellung eröffnet worden war.

Ein Brief von Cape Coast Castle (Ober-Guinea) im M. Chronikle meldet, daß unlängst die Negerstadt Whydah an der Küste abbrannte; in den Ruinen fand man die verkohlten Reste von 150 Negersclaven, die sich nicht retten konnten, weil sie paarweis am Hals zusammengekettet waren. Auch die Stadt Dahomey, wo der König dieses Landes, ein blutdürstiges Ungeheuer, residirt, soll abgebrannt sein; eine solche Stadt ist aber bekanntlich schnell wiederaufgebaut. Um den Capitän Forbes zu unterhalten, ließ er täglich, troß aller Protestationen desselben, eine Anzahl Kriegsgefangener hinrichten. Seine Amazonenregimenter marschirten vor ihm auf und exer-

Digitized by Google

cirten im Feuer; zugleich ließ er alle seine Reichthümer vor ihm zur Schau herumtragen; darunter sah Forbes zu seiner Verwunderung eine beträchtliche Anzahl porcellanener Nachtgeschirre, mit deren Gebrauch der primitive Hof des Königs Gueto nicht bekannt zu sein schien.

Rußland.

Warschau, den 3. Mai. Gestern Abend ist der Kaiser und die Kaiserin von Rußland hier eingetroffen.

Vereinigte Staaten.

New-York. Am 16. April, an demselben Tage, wo Kossuth in Washington ankam, traf auch der österreichische Gesandte, Ritter Hülsemann, daselbst wieder ein. Dem Vernehmen nach sind die Differenzen zwischen der amerikanischen und der österreichischen Regierung völlig wieder ausgeglichen.

Die Einwohnerzahl Californiens wird gegenwärtig auf 200,000 bis 220,000, die Oregons hingegen auf 22- bis 25,000 geschätzt.

Die Vorlagen des Präsidenten an den Senat über die Expedition nach Japan sind jetzt gedruckt, aber über den eigentlichen Zweck derselben ist darin wenig mehr gesagt, als was schon früher bekannt. Wollte man aus dem Brief, den der Präsident an den Kaiser von Japan geschrieben hat, urtheilen, dann handelte es sich freilich blos um eine Freundschafts- und Handelsanknüpfung. „Ich sende Ihnen — so heißt es in diesem Briefe — einen von mir ernannten Gesandten, der in keiner religiösen Mission kommt. Er geht auf mein Geheiß, Ihnen meine wärmsten Grüße zu überbringen und um die Freundschafts- und Handelsbeziehungen unserer beiden Länder zu fördern. Sie wissen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika sich jetzt von einem Meere zum andern ausdehnen, daß Oregon und Kalifornien zu ihrem Gebiete gehören, und daß von diesen an Gold, Silber und edlem Gestein reichen Ländern unsere Dampfer in weniger denn 20 Tagen Ihres glücklichen Landes Küsten erreichen. Viele unserer Schiffe werden künftig zwischen Kalifornien und China in jedem Jahr, vielleicht in jeder Woche fahren; diese Schiffe müssen an den Küsten Ihres Reiches vorbei, Sturm und Wind mögen sie an Ihre Ufer schleudern; darum fordern und erwarten wir von Ihrer Güte und Größe Freundlichkeit für unsere Leute und Schutz für unser Eigenthum. Wir wünschen, daß unserem Volke gestattet werde, mit dem Ihrigen in Verkehr zu treten, aber wir werden Niemanden ermächtigen, die Gesetze Ihres Reiches zu brechen. Unsere Absichten sind friedlicher Natur, sie beziehen sich auf Handelsverbindungen und nichts weiter.“ rc.

Ostindien.

Bombay, den 3. April. Die unter Befehl des Generals Godwin stehende Expedition gegen die Birmanen ist abgesegelt. Das 38. bengalische Regiment hat sich geweigert, sich nach dem Birmanenreiche einzuschiffen; eines der Madras-Regimenter hat statt seiner diese Bestimmung erhalten. — Ein zweites Expeditionscorps, 2500 Mann stark, unter Sir C. Campbell, ist am 11. März gegen die nördlich von Peschawer hausenden Gebirgsbewohner marschirt, und hat am 20. März einen feindlichen Angriff nach 3stündigem Kampfe abgeschlagen.

Neueste Nachrichten.

Gießen, den 4. Mai. Gestern wurde dahier der neue Bürgerleseverein, der erst vor nicht langer Zeit sich gebildet hatte, von großh. Regierungscommission auf dem Grunde der bestehenden Verordnungen über Vereine aufgelöst. Ueber die Motive ist im größeren Publikum nichts bekannt. (F. J.)

Wien, den 30. April. Der Prozeß gegen die Schwestern Kossuths, die Damen Ruttkay und Meßlenyi, welchen bekanntlich ein geheimer Briefwechsel mit der magyarischen Emigration in London zur Last gelegt wird, ist auf Befehl des Kaisers niedergeschlagen und die beiden Häftlinge in Freiheit gesetzt worden, jedoch wie man hört, nur unter der Bedingung, daß selbe sammt der ganzen Familie Oesterreich verlassen.

Paris, den 4. Mai. Der „Moniteur“ veröffentlicht wieder eine längere Liste von Personalveränderungen in der höheren Magistratur. — Der Senat hat gestern über das Münzgesetz deliberirt und das Votum erlassen, „sich der Promulgation desselben nicht zu widersetzen.“ — Auch in der Fleischhalle ist jetzt die Büste Louis Napoleon's aufgestellt worden.

Eine große Anzahl Republikaner feiert heute durch ein einfaches Diner zu 2 Frcs. per Couvert den vierten Jahrestag der Gründung der Republik. Es sollen bei dem Bankette keine Reden gehalten werden; man wird sich auf einige Toaste beschränken.

London, den 5. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses ist das von Cobden in Bezug auf die Milizbill eingebrachte Amendement verworfen und der ursprüngliche Antrag der Regierung, die Bill im Comite zu berathen, mit 134 Stimmen angenommen worden. Hierauf beantragten Bright, Cobden und Hume die Vertagung der Bill, unterliegen aber in zwei Abstimmungen. Die Bill wird, wie Disraeli verlangt, dem Hause am Donnerstag vorgelegt werden.

Athen, den 26. April. Nach der „Triester Zeitung“ ist der Adjutant des Königs, Thamus Karatassos, angeblich wegen Nachsicht mit den Verbreitern der Verschwörungsgerüchte, plötzlich entlassen worden.

New-York, den 21. April. In Alabama ist eine der asiatischen Cholera ähnliche Krankheit ausgebrochen; in einem einzigen Hause machte sie acht Leichen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 4. Mai. Weizen 6 fl. 36 kr., Korn 5 fl. 46 kr., Gerst 4 fl. 40 kr., Spelz 4 fl. 38 kr., Haser 4 fl. 18 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 2. Mai. Weizen 6 fl. 38 kr., Korn 5 fl. 36 kr., Spelz 5 fl. 2 kr., Gerst 4 fl. 39 kr., Hafer 4 fl. 3 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 2. Mai. Weizen 6 fl. 22 kr., Korn 5 fl. 25 kr., Spelz 4 fl. 33 kr., Gerst 4 fl. 29 kr., Hafer 3 fl. 33 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 30. April. Weizen 12 fl. 23 kr., Korn 9 fl. 46 kr., Gerste 7 fl. 9 kr., Hafer 4 fl. 18 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kelb.

[998²] **Verkauf einer Buchdruckerei.**

In der baierischen Pfalz ist in einer Stadt von 7000 bis 8000 Einwohnern eine vollständige Buchdruckerei mit allem Zubehör zu verkaufen.

Nähere Auskunft ertheilt die Expedition.

[983²] **Bekanntmachung.**

Aecht engl. **Patent-Portland-Cement** verkauft Unterzeichneter im Kleinen, und empfiehlt sich zugleich auch zum Bezuge von Original-Tonnen von ca. 380 Pfd. Brutto hiesiges Gewicht, mit dem Bemerken, daß er dafür denselben Preis berechnet, als wenn solche direct von Köln — der Hauptniederlage für Westdeutschland — bezogen werden.

Neustadt a. d. H., im April 1852.

C. F. Völcker.

[1006²] **Bekanntmachung.**

Die israelitische Gemeinde zu Mußbach in der baierischen Pfalz wünscht einen geprüften Lehrer mit einem jährlichen Gehalt von 250 fl. anzustellen. — Meldungen sind im Laufe dieses Monats franco einzusenden bei dem Vorstand:

Ans. Blum und Ferdinand Deutsch.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 112 | den 9. Mai 1852.

* Geschichtliche Rückerinnerungen.

Selbst der mit der Geschichte des Kaisers Napoleon Vertraute erstaunt, wenn er auf die Einzelnheiten zurückblickt, über die auf das Speciellste getriebenen heutigen Nachahmungen. Unter diesen Verhältnißen dürfte es gerade in diesem Augenblicke nicht ohne Interesse sein, sich die Art der Herstellung des *Kaiserthums* zu vergegenwärtigen. Wir geben die nachfolgende geschichtliche Zusammenstellung so, wie wir dieselbe schon vor länger als einem Vierteljahrhunderte niederschrieben, absichtlich ohne alle Abänderung.

Der Krieg mit Großbritanien und die Verschwörungen von George und Pichegrü dienten Bonaparte zur Stufe, um vom Consulate zum Kaiserthum emporzusteigen. Den 6. Germinal des Jahres XII (27. März 1804) schickte der Senat, als ihm das „Complott" mitgetheilt wurde, eine Deputation an den ersten Konsul. Der Präsident, Francois de Neufchâteau, drückte sich so aus: „Bürger, erster Consul, Sie gründen eine neue Zeitrechnung, aber Sie müssen solche verewigen: der Glanz ist nichts ohne die Dauer. Wir können nicht bezweifeln, daß dieser große Gedanke Sie bereits beschäftigt habe, denn Ihr schöpferisches Genie umfaßt Alles, und vergißt Nichts. Allein verschieben Sie es nicht; Sie werden von der Zeit gedrängt, von den Ereignissen, von den Verschwornen und von den Ehrgeizigen; Sie werden in anderem Sinne gedrängt, durch eine Unruhe, welche die Franzosen in Besorgniß erhält. Sie können die Zeit fesseln, die Ereignisse beherrschen, die Ehrgeizigen entwaffnen, ganz Frankreich beruhigen, indem sie ihm Institutionen ertheilen, die Ihr Gebäude befestigen, und für die Kinder fortdauern lassen, was Sie für die Väter thaten. Bürger, erster Consul, seien Sie überzeugt, daß der Senat hier im Namen aller Bürger zu Ihnen spricht."

Bonaparte antwortete dem Senat aus Saint-Cloud den 5. Floreal des Jahrs XII. (25. April 1804): „Ihre Zuschrift ist mir nicht aus dem Sinne gekommen; sie ist der Gegenstand meines beständigen Nachdenkens gewesen. Sie haben die Erblichkeit des höchsten Amtes für nöthig erachtet, um das Volk gegen die Komplotte unserer Feinde und gegen die Unruhen, die aus dem Ehrgeiz von Nebenbuhlern hervorgehen, sicher zu stellen. Zugleich scheinen Ihnen mehre unserer Institutionen der Vervollkommnung zu bedürfen, um für immer den Sieg der Gleichheit und öffentlichen Freiheit zu sichern, und der Nation sowol als der Regierung die doppelte Garantie zu gewähren, die sie nöthig haben. Je mehr ich meine Aufmerksamkeit auf diese großen Gegenstände gerichtet habe, desto mehr habe ich gefühlt, daß mir in einem eben so neuen als wichtigen Umstand Ihr weiser und erfahrner Rath nothwendig sei, um alle meine Ideen festzustellen. Ich fordere sie also auf, mir Ihre Gedanken ganz zu offenbaren." Der Senat erwiederte hierauf seinerseits den 14. Floreal (3. Mai): „Der Senat glaubt, daß es für das französische Volk vom höchsten Interesse sei, die Regierung der Republik *Napoleon Bonaparte* als *erblichen Kaiser* anzuvertrauen." Durch diesen einstudirten Auftritt machte man die Einleitung zur Errichtung des Kaiserthums.

Der Tribun *Curée* begann die Erörterung im *Tribunat* durch einen ordnungemäßigen Antrag; er machte dieselben Gründe geltend, wie die Senatoren. Sein Antrag ward mit Bereitwilligkeit aufgenommen. *Carnot* allein hatte den Muth, das Kaiserthum zu bekämpfen: „Ich bin weit entfernt," sprach er, „das dem ersten Consul ertheilte Lob schmälern zu wollen; aber welche Dienste auch ein Bürger seinem Vaterlande geleistet haben mag, es gibt Grenzen, welche die Ehre sowol als die Vernunft der Nationalerkenntlichkeit setzen. Wenn dieser Bürger die öffentliche Freiheit wiederhergestellt, wenn er das Heil seines Vaterlandes bewirkt hat, kann man ihm dann die Aufopferung eben dieser Freiheit als Belohnung anbieten, und hieße es nicht sein eigenes Werk vernichten, wenn man dies Vaterland zu seinem erblichen Eigenthum machte? Von dem Augenblicke an, wo man dem französischen Volke vorschlug, über das lebenslängliche Konsulat abzustimmen, konnte Jeder leicht einsehen, daß noch etwas im Hintergrunde sei: man sah eine Menge offenbar monarchischer Institutionen eine auf die andere folgen. Jetzt endlich enthüllt sich das Ziel so vieler vorläufigen Maaßregeln: wir sind berufen, und über den förmlichen Vorschlag zur Wiederherstellung der Monarchie und zur Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an den ersten Konsul auszusprechen.

„Ward denn die Freiheit dem Menschen nur gezeigt, daß er sie nie genießen könne! Nein, ich kann es nicht zugeben, dieß so allgemein allen anderen vorgezogene Gut, ohne welches alle anderen nichts sind, als eine bloße Täuschung zu betrachten! Mein Herz sagt mir, daß die Freiheit möglich, daß ihre Regierung leicht und dauerhafter ist, als irgend eine willkürliche Herrschaft. . . . Ich habe seiner Zeit gegen das lebenslängliche Consulat gestimmt, eben so stimme ich gegen die Wiederherstellung der Monarchie, wie ich in meiner Eigenschaft als Tribun verpflichtet zu sein glaube."

Allein er war der Einzige, der so dachte, und seine Amtsgenossen erhoben sich um die Wette und mit scheinbarem Erstaunen gegen die Meinung dieses Einzigen, frei gebliebenen Mannes. Man muß in den Reden jener Zeit die erstaunliche Veränderung sehen, die in den Ideen und in der Sprache vorgegangen war. Die Revolution war bis auf die Grenzen der alten Herrschaft zurückgeschritten: es gab noch eben so viel Ueberspannung und Fanatism, aber es war eine Ueberspannung der Schmeichelei und ein Fanatism der Knechtschaft. Die Franzosen stürzten sich dem Kaiserthume, wie früher der Revolution, in die Arme. Sie hatten Alles auf die Befreiung der Völker, auf das Jahrhundert der Vernunft bezogen; jetzt sprachen sie nur noch von der Größe eines Mannes, von dem Jahrhundert Bonapartes, und bald kämpften sie, um Könige zu schaffen, wie unlängst, um Republiken zu schaffen.

Das Tribunat, der gesetzgebende Körper und der Senat (in welch' letzterem sich jedoch drei Männer, Garat, Gregoire und Lambrechts, dagegen erhoben), stimmten wetteifernd für das Kaiserthum, das den 28. Floreal des Jahres XII (18. Mai 1804) zu Saint-Cloud proclamirt ward. An demselben Tage modificirte ein Senatus-Consult die Constitution, die der neuen Ordnung der Dinge angepaßt wurde. Dieß Kaiserthum mußte seinen Prunk haben: man gab ihm französische Prinzen, Großwürdeträger, Marschälle, Kammerherren und Pagen. Alle Oeffentlichkeit ward vernichtet. Die Freiheit der Presse war bereits einer Censurcommission unterworfen; es blieb nur noch eine Rednerbühne, sie ward abgeschafft. Die Sitzungen des Tribunats waren geheim, wie die des Staatsraths, und Frankreich ward, von diesem Tage an

gerechnet, 10 Jahre lang bei verschlossenen Thüren regiert. Joseph und Ludwig Bonaparte wurden als französische Prinzen anerkannt. Berthier, Murat, Moncey, Jourdan, Massena, Augereau, Bernadotte, Soult, Brune, Lannes, Mortier, Ney, Davoust, Bessières, Kellermann, Lefebvre, Pérignon, Serrurier wurden zu Reichsmarschällen ernannt. Die Departementen reichten Adressen ein, und die Geistlichkeit verglich Napoleon mit einem neuen Moses, einem neuen Mathatias, einem neuen Cyrus u. s. w. Der Papst Pius VII kam nach Paris, um die neue Dynastie einzuweihen. Die Krönung fand statt Sonntags den 2. December in der Kirche Notre-Dame.

Diese Feierlichkeit ward lange im Voraus bereitet, und man regelte das Ceremoniel nach den alten Gebräuchen.

Deutschland.

*** München,** den 5. Mai. Die „Pfälzr. Ztg." beginnt wahrzunehmen, daß das von ihr so viel gerühmte „Hand in Hand gehen" der Abgeordnetenkammer in ihrer Majorität mit dem Ministerium nicht mehr stattfindet. Sie kann sich nicht verhehlen, daß die Preßgesetzentwürfe fallen werden, und zwar auch derjenige dieser Entwürfe, welcher als einfaches Gesetz eingebracht ist, dessen Verwerfung also die Linke allein zu bewirken nicht im Stand wäre. Das halbamtliche Blatt spricht insbesondere (beleidigend genug!) den Geschworenen die Befähigung ab, in politischen und Preßproceßen zu urtheilen, und knüpft daran wörtlich folgende Bemerkungen:

„Ueberzeugen sich die Regierungen — und sie sind auf „dem Wege zu dieser Ueberzeugung — daß mit der halb„democratischen Wirthschaft der Staat fast eben so „schlimm fährt, als mit der ganzdemocratischen neuesten „Andenkens, so werden sie nicht säumen, das, was sie für „ersprießlich halten, zu octroyiren, wahrscheinlich ge„meinschaftlich von Bundeswegen."

Wir wollen kein besonderes Gewicht darauf legen, daß das Blatt, welches sich früher ganz erbittert zeigte, wenn man ihm das Prädicat der „Freisinnigkeit" und des „Liberalismus" bestritt, — daß das Blatt, welches erklärte, schwarz-roth-gold seien seine Farben, — heute seine eigenen bisherigen Genossen der Führung oder Fortsetzung einer „halbdemocratischen Wirthschaft" anklagt, womit der Staat „fast eben so schlimm fahre, als mit der ganz democratischen neuesten Andenkens;" wir wollen absehen davon, daß die Pfälzr. Ztg. ihre bisherigen Freunde den viel geschmähten „Freischärlern" ziemlich gleich stellt; diese Freunde mögen ihr dafür den schuldigen Dank abstatten.

Allein billig muß man fragen: Würde es ungeahndet hingehen, wenn ein democratisches Blatt in solcher gar nicht anders zu deutender Weise der Regierung unterstellte, daß sie zu Octroyirungen greifen, daß sie also den gesetzlichen Weg verlassen, daß sie die Verfassung somit verletzen werde. —

Wie nimmt es sich aus, wenn gar ein subventionirtes Blatt solche Gerüchte verbreitet, die wahrlich mehr als beinahe alle andern, die wir uns denken können, eine Beunruhigung der Bevölkerung von ganz Baiern zu erwecken geeignet sind? Und kann man der Regierung Uebleres unterstellen, als solche strafbare Handlungen, wie hier geschieht?!

Wir sind nicht vertrauensblind der Regierung gegenüber. Allein wir, obwol Democraten, sind überzeugt, daß in Baiern förmliche Octroyirungen nicht stattfinden werden.

Alle Verhältniße des Baierischen Staats, die ganze traditionelle Politik des baierischen Cabinets, bürgen uns dafür.

Jedermann anerkennt die Thatsache, daß, hätte Baiern vor 1848 ein einziges Mal den Weg der Octroyirungen betreten gehabt, ihm jeder Schein eines Grundes zum Widerspruch gegen die Gültigkeit der Reichsverfassung gemangelt hätte.

Von jeher sahen alle Staatsmänner in Baiern ein, daß von dem Augenblick an, in welchem man sich in der angedeuteten Weise vom Constitutionalismus lossagen würde, man auch die Mediatisirung über den baierischen Staat verhängt hätte. —

Wir erinnern an die Haltung der baier. Regierung auf dem Wiener Congresse, wir erinnern daran, wie die Bundestagsbeschlüße nur in soweit zur Nachachtung bekannt gemacht wurden, als sie mit den Bestimmungen der Verfassung im Einklange seien. —

Die Ausstreuungen der Pfälzer Ztg. können also nichts Anderes, als die Absicht zum Grunde haben, vermittelst Einschüchterung ein Preisgeben der wichtigsten Volksrechte zu erwirken, — eine Absicht, welche glücklicher Weise, wie die Dinge sich eben gestalteten, nicht erreicht werden wird. —

*** München,** den 5. Mai. Die Abgeordnetenkammer wählte heute in geheimer Sitzung die Mitglieder, welche den Ausschuß zur Vorprüfung der neuen Gesetzentwürfe bilden sollen. Es kamen sogleich im ersten Scrutin die sämmtlichen 9 Mitglieder heraus. Von 105 Abstimmenden erhielten nemlich: Ruland 102 Stimmen, Boye 99, v. Koch 99, v. Lerchenfeld 98, Fürst Wallerstein 98, Rudhart 96, Rebenack 92, Mayer (aus Ansbach) 84, und Westermayer 67. — Täuscht man sich nicht, so werden diese sämmtlichen Mitglieder die vollständige Verwerfung jener Gesetzentwürfe beantragen. — Die große Stimmenzahl (beinahe Stimmeneinhelligkeit), welche sich heute bei der Wahl ergab, mag dem Ministerium zur Genüge andeuten, welches das Schicksal der Gesetzentwürfe sein wird. — Schon heute Nachmittag hält der Ausschuß seine erste Sitzung. Wahrscheinlich ist die ganze Sache vor Ablauf von 8 Tagen entschieden. —

München, den 4. Mai. Der Vortrag des Herrn Reichsraths Frhrn. v. Freyberg als Referenten über den Gesetzentwurf, „die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Aburtheilung von Staatsverbrechen betreffend," ist bereits vollendet, und beantragt der Hr. Referent die Annahme dieses Gesetzentwurfs, der wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche in der hohen Kammer zur Berathung kommen wird.

Wiesbaden, den 6. Mai. In der heutigen Sizzung der 2. Kammer rechtfertigte Rau seinen in der letzten Sitzung gestellten Antrag. Die Inbetrachtnahme desselben ward mit allen Stimmen gegen 6 abgelehnt.

Mainz, den 5. Mai. Hier circulirt eine das Verharren bei dem bisherigen Zollverein bezweckende Adresse an die großherzogl. Staatsregierung.

Gießen, den 5. Mai. Von Seite des hiesigen Handelsstandes ging heute eine Vorstellung für Erhaltung des Zollvereins mit Preußen und den ihm verbündeten Staaten an die zweite Kammer der Stände unseres Großherzogthums ab.

Berlin, den 6. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Debatte über die Neubildung der ersten Kammer (Pairie) eröffnet. Die Regierungsvorlage, der Commissionsantrag, so wie alle dazu gestellten Amendements wurden bei namentlicher Abstimmung verworfen.

Dring.nberg bei Paderbo.n, den 30. April. Ein evangelisches Leichenbegängniß! Heute sollte die Leiche eines evangelischen Mannes auf dem Kirchhofe der Stadt Dringenberg durch einen benachbarten Geistlichen beerdigt werden. Da Störungen zu befürchten waren, so hatte der betreffende Geistliche auf polizeilichen Schutz angetragen, und waren Gensdarmen aus der Umgegend zusammengezogen. Nichts desto weniger ereignete sich der schauderhafte Skandal, daß die Leiche und das Leichengefolge schon vor der Stadt von einem tumultuirenden Haufen der Schuljugend, welche bei und zu dieser Gelegenheit Ferien bekommen hatte, empfangen und in der Stadt selbst von Haufen (bei 2000 Köpfe) umringt wurden. Zwei katholische Geistlichen hielten den Eingang des Kirchhofs besetzt und wichen auch auf die Mahnung der Gends'armerie nicht. Noch verharrten die Haufen im dumpfen drohenden Schweigen. Eine nicht geringe

Digitized by Google

Anzahl bewaffnete sich mit Knüppeln von einem eben abgeladenen Wagen Holz; auch Mistgabeln kamen zum Vorschein. Als aber die Geistlichen vor der Gends'armerie zurückwichen und ihr Grabgesang unterdrückt wurde, erhob sich ein so furchtbares, den Gesang der Evangelischen und die Stimme ihres Geistlichen übertönendes Geheul, daß man kaum das Tönen der Sturmglocke hören konnte. Das Vaterunser z. B. wurde von 6—7 der wüthendsten Hurrahrufe unterbrochen. Die Gends'armerie entwickelte vergeblich ihre Kraft, um die Ruhe wieder herzustellen. Es wurden Stimmen gehört von Solchen, die, auf den evangelischen Geistlichen weisend, riefen: „Sollen wir Hand anlegen?" Durch besondere göttliche Gnade ist Blutvergießen gehindert worden. Wir erzählen eben diese Eine Thatsache nur aus vielen ähnlicher Art. (Elberf. Ztg.)

Bremen, den 2. Mai. Nachdem die beiden Kriegsschiffe „Eckernförde„ und „Barbarossa" an Preußen ausgeliefert sind, geht die vollständige Auflösung der deutschen Flotte mit Riesenschritten weiter. Am 26. April erhielt der Admiral Brommy von Frankfurt aus den Befehl, sämmtliche Schiffe des Nordseegeschwaders abzutakeln und sie in das große neue Bassin zu Bremerhaven zu legen, die Hülfsoffiziere, Seejunker, Aerzte, Beamten, Maschinisten und Mannschaften bis zum 1. Mai zu entlassen; nur die patentirten Offiziere und Beamten haben zu verbleiben und für jedes Schiff 2 Unteroffiziere nebst 8 Mann, sowie für die Dampfer je 2 Maschinisten und 2 Heizer. Also in 4 Tagen sollte dies geschehen! Ein größeres Anerkenntniß konnte man den Talenten des Admirals nicht zollen, denn es gehört Wunderkraft dazu, das alles in 4 Tagen ins Werk zu setzen. Abgetakelt waren die Schiffe im Nu. Leider aber war in Folge lang anhaltenden heftigen Ostwindes die Weser sehr niedrig und 6 Schiffe konnten aus dem Braker Hafen nicht heraus. Mittlerweile zeigte sich, daß man in Frankfurt die Rechnung ohne den Wirth gemacht hatte: der Bremer Senat verweigert die Aufnahme der Schiffe in seinen Hafen. Wie und wo nun die abgetakelten Schiffe bis zu ihrem Verkauf untergebracht werden sollen, wissen die Götter. Die auf der Rhede von Bremerhaven liegenden beiden Kriegsdampfschiffe „Hansa" und „Ernst August" müssen zu ihrer Sicherheit das eine 60, das andere 40 Mann behalten. Von den übrigen Schiffen haben vorgestern die angeordneten Entlassungen stattgefunden. Am meisten zu bedauern sind die Seejunker, hoffnungsvolle junge Leute von 17—20 Jahren, die nach 3jähriger Dienstzeit auf der Flotte genöthigt sind, einen andern Lebensberuf zu wählen. Mit den Matrosen hat es wohl keine Noth; sie fanden und finden alle schnelles Unterkommen auf Kauffahrern. — Seezeugmeisterei, Intendantur, Kasse, Obercommando, alles bleibt vor der Hand noch und auch sämmtliche Individuen, denen eine Verwaltung anvertraut war oder ist, bis ihre Rechnungen abgenommen sind. Wie lange das dauert, weiß Niemand. (Nat.-Ztg.)

Man schreibt aus **Schleswig**: Die Dänen erlauben sich jetzt beim Kartenspiel Anspielungen auf die Zeitereigniße. So belegen sie die vier Buben mit den Worten: Herzog von Augustenburg, Prinz von Noer, Korporal Wrangel und Gevatter Bonin. (Warum nicht? Sind ja nur Deutsche!)

Frankreich.

Paris, den 2. Mai. Wir theilten dieser Tage mit, daß alle Richter des Handelsgerichts zu Evreux ihren Eid geweigert. Bevor neue Richter gewählt und ernannt worden, hat der Generalprocurator von Rouen den Handelsrichtern zu Evreux bedeuten lassen, daß sie nicht mehr ihre Functionen fortsetzen dürfen, und ihnen gedroht, sie mit Gewalt aus dem Gerichtslokal entfernen zu lassen, falls sie es wagten, sich dort ferner einzufinden. Der Procurator beruft sich auf Art. 197 des Pönalcodex, der bestimmt, daß ein Beamter mit Gefängnißstrafe belegt werden wird, welcher seine Functionen fortführt, nachdem er in seinem Amt durch einen andern ersetzt worden. Der Präsident des Handelsgerichts, Hr. Verney, hat darauf dem Procurator eine energische Antwort gegeben und erklärt, daß er und seine Kollegen so lange Recht sprechen würden, bis ihre gesetzliche Nachfolger gefunden. Als er sich im Gerichtssaal einfand, fand er ihn von Policei und Gensdarmen besetzt, so daß er der Gewalt nachgeben mußte. — Wir machen darauf aufmerksam, daß sich unter den bis jetzt bei dem Senat eingereichten Petitionen ungefähr 200 befinden, in denen die Wiederherstellung des Kaiserreichs verlangt wird. (Nat.-Z.)

Die journalistischen Kreise sind in großer Bewegung. Es handelt sich um eine ihre Interessen sehr nahe und empfindlich berührende Angelegenheit, nemlich um eine Preisherabsetzung, welche der officielle „Moniteur" (Staatsanzeiger) erfahren wird. Diese Maßnahme ist gestern beschlossen worden. Der „Moniteur" wird fortan nur noch 40 Fr. per Jahr kosten, dagegen wird ihm die Befugniß eingeräumt, Anzeigen aufzunehmen. Es wird dies besonders für die halbofficiellen Journale ein furchtbarer Schlag sein, diese Blätter werden durch eine solche Concurrenz des „Moniteur" eine starke Einbuße erleiden.

Hr. Guizot hat gestern vor der Jahresversammlung des protestantischen Vereins zur Beförderung des Elementarunterrichts, der auch viele politische Notabilitäten beiwohnten, eine Rede mit folgendem auffallenden Exordium gehalten. „Als vor 31 Jahren Hr. Royer Collard einem ihm befreundeten ausgezeichneten Manne das letzte Lebewohl sagte, bediente er sich der einfachen Worte: Du bist Gott, dem König, dem Volke treu gewesen! eben so tiefe als einfache Worte und die bewundernswerth alle Pflichten, die wir auf dieser Erde zu erfüllen haben, alle Achtung, die wir dort erndten können, in sich begreifen. — Möchte jeder von uns verdienen können, daß man auch an seinem letzten Tage diese Worte beim Nennen seines Namens wiederholt!"

Der in St. Lô gefangen gehaltene Oberstlieutenant der Infanterie, Mouton, ist am 20. April nach Brest unter Begleitung von Gendarmen geführt worden, um nach Algerien deportirt zu werden.

— den 4. Mai. Der Justizminister hat dem Staatsrath den Organisationsentwurf für den Staatsgerichtshof, welcher der Verfassung gemäß zur recurslosen Aburtheilung von Verbrechen, Attentaten oder Complotten gegen den Präsidenten der Republik und gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates eingerichtet werden soll, zur Vorprüfung übergeben, worauf denn ein Senatus-Consultum definitiv darüber entscheiden wird. Die Mitglieder der Untersuchungs- und der Richterkammer werden darnach alljährlich durch den Präsidenten der Republik aus dem Cassationshofe ernannt. Die Geschwornen werden durch Loosen aus den Generalräthen ausgewählt. Die Anwesenheit von wenigstens 60 Geschworenen gehört zur Vollzähligkeit der Jury. Das „Schuldig" kann nur mit zwei Dritteln der Stimmen, mildernde Umstände aber können mit einfacher Mehrheit erklärt werden. Der Staatsgerichtshof tritt in Folge eines Decrets des Präsidenten der Republik, der ihm auf den Antrag des Generalprocurators eine Sache überweist, zusammen.

Vor einigen Tagen hat im Elysee eine Zusammenkunft zwischen dem Prinzpräsidenten der Republik und dem Prinzen Napoleon Bonaparte, Sohn des Präsidenten des Senats, statt. Seit länger als 2 Jahren hatten sich die beiden Vettern nicht gesehen; die Politik hatte sie getrennt; der Prinz Napoleon Bonaparte hatte sich der vorgerückten Opposition in der Constituante und der Nationalversammlung angeschlossen. Vor dem Jahre 1848 hatten sehr innige Beziehungen zwischen den beiden Vettern bestanden. Wie man versichert, war der Prinz Napoleon Bonaparte auf besondere Einladung des Prinz-Präsidenten im Elysee erschienen, und ihre Zusammenkunft soll sehr herzlich, sehr innig gewesen sein. Zur Feier ihrer Aussöhnung hatte das große Diner statt, welches der Prinz Jerome, der Präsident des Senats, dem Präsidenten Louis Napoleon im Luxembourgpalaste gegeben.

Italien.

Mailand, den 29. April. Graf Franz Annoni aus Mailand, bis 1848 Oberstlieutenant im 5. Graf Radetzky-Husarenregiment, k. k. Kämmerer und Ritter mehrerer russischen, preußischen, piemontesischen und luchesischen Orden, wurde wegen Hochverrath und Desertion vom Kriegsgerichte in contumaciam zum Tode verurtheilt, und das Urtel in effigie am Galgen vollzogen, während der Verurtheilte, wie man sagt, in Paris seine 350,000 Zwanziger jährliche Renten verzehrt.

Neueste Nachrichten.

Wiesbaden, den 5. Mai. Die Kirche des abtrünnig gewordenen Pfarrers Christfreund zu Oberroßbach ist von dem betr. Decan auf's Neue für den evangelischen Gottesdienst eingeweiht worden. (Fr. J.)

Preßburg, den 27. April. Hier ist neuerdings wieder das Standrecht erklärt, und zwar für die Anstifter der jetzt hier so häufig vorkommmenden Brandstiftungen.

Bern, den 5. Mai. An der letzten Landgemeinde in Uri haben die Liberalen einen sehr glänzenden Sieg über die Ultramontanen errungen.

Paris, den 5. Mai. Heute fand in der Kirche der Invaliden der feierliche Gottesdienst zum Andenken an den Todestag des Kaisers Napoleon Statt. Bedeutende militärische Streitkräfte waren um das Invaliden-Hotel aufgestellt, in dessen Umgebung sich eine große Menschenmenge eingefunden hatte. Die Feierlichkeit im Dome der Invaliden war ungemein imposant. Man zählte 200 Generale und mehr als 2000 Offiziere, welche derselben beiwohnten. Vom diplomatischen Corps waren nur sehr wenige Vertreter erschienen, unter diesen aber der österreichische Gesandte, Hr. v. Hübner, was ein gewisses Aufsehen erregte.

Die Municipalcommission des Seinedepartements und die Maires von Paris leisteten gestern im Stadthause den Eid der Treue für die Verfassung und den Präsidenten der Republik.

Zu Marseille ist der Central-Polizei-Commissär verhaftet worden, weil er mit Begnadigung und Freilassung von politischen Angeklagten Handel getrieben haben soll.

Die Büste L. Napoleon's ist jetzt in allen hiesigen Mairieen und Friedensgerichten aufgestellt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 6. Mai. Weizen 6 fl. 37 kr., Korn 5 fl. 39 kr., Spelz 4 fl. 31 kr., Gerst, zweireihige 5 fl. 5 kr., vierreihige 4 fl. 25 kr., Hafer 3 fl. 52 kr., Kartoffeln 1 fl. 30 kr., per Centner.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[985a] **Verkauf einer Bierbrauerei mit Gastwirthschaft in Lauterburg, Niederrhein** (Frankreich.)

Die während einer langen Reihe von Jahren, durch den jüngst verstorbenen Georg Sonntag, bei Lebzeiten Eigenthümer in Lauterburg, mit sehr gutem Erfolg betriebene Bierbrauerei und Gastwirthschaft, geschildet „zu den drei Mohren," in der besten Lage an der Hauptstraße, gegenwärtig ganz neu und bequem eingerichtet, wird mit allen dazu erforderlichen Geräthschaften rc. rc. unter vortheilhaften Bedingungen zum Verkauf aus freier Hand hiemit angeboten, und es könnte dieses Anwesen, während dasselbe noch in vollem Gang betrieben wird, sogleich bezogen werden.

Es wird hauptsächlich bemerkt: daß das Braugeschäft in loco bis jetzt keine — und nur 2 und 4 Stunden von da entfernt, wenig Concurrenz hat.

Die Gastwirthschaft wurde stets bestens besucht und wird sich diese bei freundlicher reeller Bedienung stets größerer Frequenz, namentlich von den angrenzenden Bewohnern Badens und der Pfalz, zu erfreuen haben.

Lauterburg, den 22. April 1852.

Nähere Auskunft ertheilen auf Verlangen die Erben des verlebten Georg Sonntag, sowie ihr Verwandter

F. A. Walz,
Kaufmann in Berg (Pfalz).

[984a] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einer Handlung mit verschiedenen Waaren zu N. ist eine Lehrlingsstelle für einen wohlerzogenen jungen Menschen, der sogleich eintreten kann, offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1002a] **Bekanntmachung.**

Wegen Uebergabe meines Hauses lasse ich in Lit. C. 1 Nro. 15 nachstehende zur Bierbrauerei und Wirthschaft gehörigen Geräthschaften am 15. Mai, Vormittags 9 Uhr, öffentlich gegen gleich baare Bezahlung versteigern:

1 kupferner Bierkessel, 16½ Ohm haltend,
1 „ „ 8 „ „
nebst den dazu gehörigen Geräthschaften, als: Bütten, Kühlschiffe, Malzdörre,
ca. 400 Ohm Fässer à 3 bis 8 Ohm haltend,
„ 100 Stück kleine Bierfäßchen von 8 bis 20 Maas.

Sämmtliche Gegenstände können vor der Versteigerung eingesehen und aus der Hand abgegeben werden.

Mannheim, den 1. Mai 1852.

D. Bürckell.

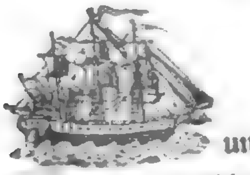
[936c] **Bekanntmachung.**

Das Anlehen deutscher Fürsten und Edelleute, garantirt vom Prinzen Friedrich von Preußen, Herzog von Nassau, Herzog von Meiningen, Herzog von Sachsen-Koburg u. a. m. bietet die schönen Gewinne von 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 14,000, 13,000, 12,000, 11,000 10,000, 10 à 5,000 fl. u. s. w.

☞ **Nächste Ziehung am 15. Mai 1852.** ☜

Zu diesem äußerst vortheilhaft eingerichteten und in jeder Hinsicht empfehlenswerthen Anlehen, können Loose zu folgenden Preisen bezogen werden: Einzelne Loose à 1 fl. 30 kr., 4 Stück à 5 fl., 9 Stück à 10 fl., 20 Stück à 20 fl., 56 Stück à 50 fl., durch das unterzeichnete, mit dem Verkauf beauftragte Großhandlungshaus

Julius Stiebel junior u. Comp.
Banquiers in Frankfurt a. M.



Regelmäßige Beförderung

von Auswanderern nach allen Seehäfen von **Amerika**
zu den **niedrigsten** Preisen,
und mit Uebernahme unter Garantie bis an die Landungsplätze in Amerika

durch den Unterzeichneten, welcher auch schnellste Expedition des Gepäcks und aller Waaren besorgt, und Zahlungsanweisungen in jedem Betrag, auf jeden beliebigen Seeplatz der Union verschafft, was besonders für solche Auswanderer angenehm ist, die größere Summen mit sich nehmen.

Auf Anfragen weitern Bescheid und feste Abschlüße von der Special-Agentur in **Speyer** bei

Julius Helff, breite Straße Nro. 14.

[792¹⁰]

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro 112.) den 9. Mai 1852.

Deutschland.

Würzburg, den 2. Mai. Fast täglich sehen wir das Dampfschiff eine Anzahl von Auswanderern den Main hinab befördern, von denen manche mit wehmüthigen und nassen Blicken ihrer heimathlichen Scholle Lebewohl zurufen. Die Auswanderung aus Franken geht in diesem Frühlinge in's Massenhafte, wie es noch nie dagewesen. Aus der Umgegend von Rothenburg sind für die nächste Woche mehrere 1000 Auswanderer bereits angesagt. Auch Unterfranken und die Stadt Würzburg stellen ein bedeutendes Kontingent für die neue Bevölkerung jenseits des Ozeans. Als bekantere Persönlichkeit befindet sich unter den fränkischen Auswanderern auch der vor den Schranken der letzten Schwurgerichtsassise wegen Preßvergehens freigesprochene Albert Oesterreicher von Sommerach. — Welche Zahl von Arbeitskräften, welche Summen von Kapital werden übrigens durch diese massenhafte Auswanderungen unserem Vaterlande entzogen! Die Nachwirkungen dürften sich bald fühlbar machen. (N. K.)

Leipzig, den 4. Mai. Die Stellung Sachsens in der Zollfrage scheint denn doch nicht so ausschließlich antipreußisch zu sein, troß der „Darmstädter Uebereinkunft", der jedenfalls noch ein geheimer Artikel angehängt sein muß, wodurch nach heutiger Weise, §. 2 den §. 1 wieder aufhebt. Wir erfahren nemlich, daß einer von hier nach Dresden abgegangenen Deputation, bestehend aus Kaufleuten und Buchhändlern, dort geantwortet worden sei, Sachsen werde aus dem Zollverein nicht ausscheiden, und man habe sich überhaupt in Betreff der Darmstädter Uebereinkunft keine Sorge zu machen. (Fr. J.)

Dresden, den 3. Mai. Dem Gerüchte, das vor mehreren Monaten durch die Zeitungen ging, Bakunin sei in der Festung Schlüsselburg an der Wassersucht gestorben, glauben wir bestimmt widersprechen zu können. Einem vor wenig Tagen hier angekommenen Brief aus Petersburg von gut unterrichteter Hand entnehmen wir, daß Bakunin noch als Gefangener „in der Nähe Petersburgs" (wahrscheinlich in Schlüsselburg) lebte. (Nat.-Z.)

Berlin, den 3. Mai. Die Druckschrift „Die Geheimnisse des Weltheilandes oder Leben und Tod Jesu" von Eugen Sue, Freiburg, Verlag der literarischen Gesellschaft 1852, Druck von Stephan Born in Murten, ist polizeilich mit Beschlag belegt worden.

Die „Königsberger Ztg." theilt folgenden schaudererregenden Vorfall mit: „Hart an den Rieselwiesen der Skalischen Forst liegt ein einzelnes Kruggebäude, welches den prunkenden Namen „Hôtel de Wyburg" laut Aushängeschild trägt. Hier hielt sich eine Madame Bartut auf, die, von ihrem Manne geschieden, die Wirthschaft des unverheiratheten Gastwirths besorgte. Einige Tage vor Ostern erschien nun Hr. Bartut und quartierte sich die Feiertage über in diesem Gasthause ein. Selten wird man einen wilderen, roheren Menschen wie diesen finden. Früher Besitzer von Fröseböschen bei Darkehmen, wurde ihm das Gut in der Subhastation verkauft. Mit Justiz und Polizei lebte er in fortwährender Collision. Dienstag, den 13. d. M., am dritten Feiertag, als der Gastwirth in ein benachbartes Gut gegangen war, fing Bartut mit seiner geschiedenen Frau Streit an, wobei er ihr eine Waschschüssel, die sie gerade in der Hand trug, über den Kopf zerschlug; darauf eilte er mit dem Ausruf: „Canaille, du mußt sterben," hinaus. Die anwesenden Leute, sowie die Magd machten der Frau den Vorschlag zu flüchten; doch sie meinte es wäre nur eine leere Drohung. Gleich darauf erschien B. jedoch mit einem Dolch bewaffnet in der Krugstube. Die anwesenden Männer, hierunter ein Verwandter des Wirths, verließen — kaum ist es glaublich — aus elender Feigheit sofort die Krugstube, und überließen die unglückliche Frau ihrem Schicksale. Noch versuchte sie in die Küche zu flüchten, doch schon an der Thür ereilte er sein Opfer und versetzte ihr einen Stich, der jedoch an dem Fischbein des Corsets abglitt. In höchster Todesangst versuchte sie noch einmal zu flüchten und lief hinter den Tisch; doch ein zweiter Stich traf sie im Arm, und endlich erreichte der Mörder zum drittenmal seine Absicht; der Dolch drang von hinten ein und durchbohrte die edelsten Theile. Mit einem leisen Schrei sank die Unglückliche zusammen und verschied. Nach geschehener That trug B. die Leiche seiner Frau auf ein Sopha, küßte dieselbe, drückte ihr die Augen zu und sagte: „Lottchen, nun ist dir wohl, mein Herz ist nun ruhig." Darauf ging er auf seine Stube, von wo er einige Minuten später die auf das Geschrei der Mägde herbeikommenden Einwohner der nächsten Etablissements mit den Worten durch das Fenster empfieng: „Seht einmal, mit diesem Dolche habe ich mein Lottchen ermordet, doch der Henker soll mich nicht kriegen, ich habe schon Arsenik gefressen." In der That war es so. Gleich darauf erschien B. wieder in der Krugstube, übergab den Dolch den Anwesenden und sagte: „Nach der Arbeit soll eine Cigarre gut schmecken," und zündete sich wirklich eine an. Als der Ortsvorstand erschien und ihn festnehmen ließ, äußerte er: „Nur eine Bitte habe ich noch, ich möchte gern an der Seite meines Lottchens begraben werden." Die Symptome des Gifts traten ein, aber kein rascher Tod erlöste ihn; erst Mittwoch des Abends gab er unter den fürchterlichsten Schmerzen seinen Geist auf. Die Motive zur That waren blinde Leidenschaft für seine geschiedene Frau; Eifersucht die an Wahnsinn gränzt.

Breslau, den 1. Mai. Professor Nees von Esenbeck soll, wie man vernimmt, gegen den Ausspruch des Oberdisciplinarhofes in Berlin, welcher auf Enthebung vom Amte erkannt hat, Appell eingelegt haben.

Aus dem Neisser Thale. Vor einiger Zeit fand sich in der hiesigen Gegend ein Mann bei unerfahrenen Landleuten ein, gab sich für einen Abgesandten des Teufels aus und verlangte von den gutmüthigen Leuten Geld auf heilige Messen, indem er vorgab, daß er dadurch die Seelen der gütigen Geber von den Qualen des Fegfeuers erretten würde. Auf diese Weise ist es diesem Manne auch gelungen, Geld und andere Gegenstände von den Leuten zu erhalten. Der Betrüger ist jedoch festgenommen worden, und sieht seiner Bestrafung entgegen.

Von der ungarischen Grenze, den 30. April. Briefe aus Wien sprechen von der Verhaftung des ungarischen Eisenhändlers Heinrich, dessen Bruder, als ein ungarischer Reichstagsdeputirter schwer compromittirt, im Auslande als Flüchtling verweilt. Der Verhaftete soll seinen Bruder jüngst in Paris besucht und ihm dort seinen Paß geliehen haben, mit dem der Proscribirte in die Heimath reiste, um dort seine Geldangelegenheiten zu ordnen. Die Sache wurde inzwischen ruchbar, und die Polizei fahndete auf den falschen Paßbesitzer, der indeß bereits wieder in Sicherheit war, so daß dieselbe ledig-

lich den in Wien lebenden Bruder erreichen konnte, der seine Geschwisterliebe jedenfalls schwer wird büßen müssen. Vergebens hat der verhaftete Bruder die Summe von 80,000 fl. als Entschädigung angeboten.

Frankreich.

Paris, den 1. Mai. Aus einer Zusammenstellung der Dictatorialdecrete im Constitutionel übersieht man nun erst welche tiefgehende Veränderungen der 2. Dec. in allen Sphären der Staatsverwaltung hervorgebracht haben muß. Die Zahl der Decrete beträgt nicht weniger als 255, und zwar unter folgenden Rubriken: Algerien 7, Amnestie (für Waldfrevel rc.) 5, Armee 19, öffentliche Unterstützung (Anweisungen auf die Orleans'schen Güter rc.) 12, Canäle 4, Eisenbahnen 15, Colonien 9, Constitution 1, Handel, Ackerbau und Industrie 11, Errichtung der großen Staatskörper 19, Departements (33 Extrabesteuerungen rc.) 9, Domänen 4, Finanzen 35, öffentlicher Unterricht 2, Ehrenlegion 7, Gesetzgebung 75, Marine 12, Religion 7, öffentliche Arbeiten 4.

Ueber das Fest, das die Armee von Paris am 11. Mai dem Präsidenten der Republik geben wird, erfährt man folgende Einzelnheiten: Mehr als 100 Offiziere sind zu Festordnern ernannt worden. Die Kommission, die zur Direction der Vorbereitungen des Festes ernannt worden ist, wird von den Generalen Magnan und Carrelet präsidirt. Der Hof der Militärschule ist in einen Ballsaal umgewandelt worden; die Zimmerarbeit kostet allein 20,000 Franken. Er wird von 24,000 Wachslichtern erleuchtet und mit kriegerischen Trophäen ausgeschmückt werden. Das Orchester wird aus 300 Musikern bestehen. Von den Offizieren der Armee haben die Unterlieutenants und Lieutenants 3, die Hauptleute 6, die Bataillons- und Eskadrons-Chefs 7, die Obersten 8, die Brigadegenerale 10, die Divisionsgenerale 12 und der General en chef der Armee 15 Tage Sold unterschrieben.

Der Pabst hat nach hier eingegangenen Nachrichten Befehl ertheilt, Vorkehrungen zum feierlichen Empfange der russischen Großfürsten in Rom zu treffen; alle Behörden sind angewiesen, hierbei mitzuwirken. Für die französische Regierung ist dieser Umstand eine Verlegenheit, denn auch die französischen Truppen werden, ungeachtet des wenig herzlichen Verhältnißes zu Rußland, die militärischen Ehrenerweisungen den Prinzen machen müssen. Die Zurückziehung der französischen Truppen aus Rom wird auch als eine Voraussetzung für die Verminderung des Budgets für das Jahr 1853 angeführt. Dagegen erzählt man in wohlunterrichteten Kreisen, daß in Neapel eine Verschwörung zu Gunsten Murat's entdeckt und Papiere aufgegriffen sein sollen, woraus die Betheiligung hochgestellter Personen im Elysée hervorgehe. Wenn dies der Fall sein sollte, so kann die Zurückziehung der französischen Truppen aus Rom nicht vorausgesetzt werden.

— den 3. Mai. Man versichert, daß die Regierung die zu den Nationalpalästen gehörenden Gebäude, so wie verschiedene öffentliche Gebäude, die gegenwärtig nicht benutzt werden, dazu verwenden will, einer gewissen Anzahl von Personen dort unentgeltliche Wohnung zu geben. Sechs keine Pension beziehende Beamtenwittwen, sowie bejahrte und mittellose Schriftsteller und Gelehrte, sollen zunächst bedacht werden.

In dem amtlichen militärischen Jahrbuche für 1852 sind Lamoriciere, Changarnier und Bedeau als zur Verfügung gestellte Generallieutenants aufgeführt.

Persigny wird nächstens Demoiselle de la Moskowa heirathen und von L. Napoleon ein Hochzeitsgeschenk von 500,000 Fr. erhalten; die Braut soll 1½ Mill. Fr. besitzen.

Man wollte die Mitglieder des Instituts von Frankreich und der Akademie den Eid leisten lassen, soll diesen Gedanken aber aufgegeben haben, weil viele Mitglieder sich entschieden abgeneigt erklärten.

Rußland.

Man schreibt aus Warschau vom 28. April: Ein großer Brand hat unsere Stadt heimgesucht. Der heutige Tag erst läßt einigermaßen die ganze Brandstätte übersehen, welche die Fabrikanlagen des Banquiers Peter Steinkeller und die Bank zum großen Theil umfaßt. Des Ersteren englische Wagenfabrik mit 25 neuen kostbaren Equipagen, die Schmiede und der große Speicher S. Thomas mit 30,000 Tschetwert Getreide wurden zuerst ein Raub des heftig um sich greifenden Elementes; dann das Magazin der Ackerbaumaschinen; ferner ein zweiter großer Speicher, der die Vorräthe der Dampfmühle enthielt, sammt Niederlagen von Mahagoni- und Palissanderholz. Der Schaden des Hrn. Peter Steinkeller wird auf 300,000 Rubel Silber veranschlagt. Der Schaden der kgl. Bank läßt sich noch nicht angeben. Von der Feuerlösch-Compagnie sind fünf Menschen umgekommen. An demselben Tage, Abends 7 Uhr, während man mit dem ersten Brandunglück kämpfte, brach auf dem anderen Ende der Stadt ein zweites Feuer mit ganz besonderer Heftigkeit aus. Die Löschkräfte mußten getheilt werden; doch gelang es, dieses zweiten Feuers bald Meister zu werden.

Miscellen.

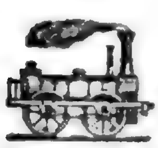
Bei dem großen Napoleonsfeste, welches am 10. Mai in Paris gefeiert wird, sollen während des Feuerwerks die Worte „Vive l'empereur" in Brillantfeuer unter tausend aufsteigenden Schwärmern und Raketen erscheinen. Es ist dabei nur zu bedauern, daß die Freude so bald vorübergeht, da so ein **Schwärmer**, je schneller er in die Höhe steigt, desto eher auch verpufft und abgebrannt wieder zu Boden fällt. (Kladderadatsch)

Vor einigen Tagen hat das Schwurgericht zu Posen ein unverheirathetes sechsundzwanzigjähriges Frauenzimmer zum Tode verurtheilt, welches das schauderhafte Verbrechen begangen, sein sechsjähriges Kind, um sich desselben zu entledigen, lebendig zu begraben. Sie hörte die fürchterliche Sendenz anscheinend mit Gleichgültigkeit an, nachdem sie alle Einzelheiten des Mordactes mit Ruhe erzählt hatte.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[1010a]

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.



In Gemäßheit des §. 35 der Statuten beehrt sich der unterzeichnete Verwaltungsrath, die Inhaber der Actiencertificate, auf welche 60 pCt. eingezahlt sind, zur regelmäßigen jährlichen

Generalversammlung

auf

Donnerstag, den 27. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr,

hiermit einzuladen.

Die Präsentation und Anmeldung der Actiencertificate findet am **13., 14** und **15.**, die Empfangnahme der Eintrittskarten am **24., 25.** und **26.** des laufenden Monats im Bureaulocale der Verwaltung statt.

Auf den Eintrittskarten wird sowohl die den Anmeldenden nach §. 11 der Statuten zukommende Stimmenzahl, als auch das Local der Versammlung bezeichnet sein.

Mainz, den 1. Mai 1852.

Der Verwaltungsrath.

Neue
Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 113 | den 11. Mai 1852.

Deutschland.

(:) **Aus Altbaiern,** den 3. Mai. (Competenz der Geschwornen in Preßsachen.) Ich wittre Bundesluft! Die neuen Entwürfe, welche das baierische Ministerium gleichsam in seiner elften Stunde der Kammer vorgelegt — sie können nur in Frankfurt ihre Wurzel haben. Aus jedem Satz sehen wir den Geist heraus, der 1819, 1824, 1832 und 1834 die Ausnahmsgesetze ins Dasein rief. Wir wollen heute nicht all die neuen Entwürfe prüfen, wir wollen für diesmal blos den Entwurf ins Auge fassen, welcher den Geschworenen die Competenz bei Preßvergehen und geringeren Preßverbrechen entzogen wissen will. Es ist eine alte Erfahrung, daß man nicht leicht in sich selbst die Ursache dessen sucht, was sich als unangenehm herausstellt; der Spiegel muß schlecht sein, wenn das Bild, das er zurückwirft, nicht gefällt; man fragt nicht zuerst, bin ich denn nicht wirklich so, wie der Spiegel sagt — nein, das Bild an sich muß nothwendig schön sein, der Spiegel ist ganz gewiß schlecht; der Spiegel ist ein Verleumder, er muß zerschlagen werden. Die vielen Freisprechungen, welche innerhalb der letzten Jahre durch den Wahrspruch der Geschworenen in Preßsachen erfolgt sind, wollen gar nicht recht munden; man hat das aus so manchen Aeußerungen, man hat es namentlich aus den officiösen „Tastorganen" entnehmen können. Wir sehen hier ganz ab davon, daß seit 1½ Jahren von baierischen Geschworenen 9 Verurtheilungen wegen Preßvergehen erfolgt sind; bei den vielen Freisprechungen aber, dächten wir, sollte man doch zuerst die Frage sich vorlegen: war denn wirklich im vorliegenden Fall ein genügender Grund zur polizeilichen Einschreitung, war wirklich ein genügender Grund zu einer Verweisung gegeben, waren die betreffenden Aufsätze wirklich so stark, daß die öffentliche Wohlfahrt eine officielle Strafe erheischte? — und erst wenn man mit voller Ueberzeugung auf diese Fragen „Ja" antworten konnte, erst dann war Grund zu weiterer Fragestellung gegeben. Nicht so macht man es bei uns; die Geschworenen haben in Preßsachen freigesprochen — das ist der Untersatz; als Obersatz fügt man die Voraussetzung hinzu: „wenn in Preßsachen verwiesen wird, so muß verurtheilt werden, denn bei politischen Dingen ist nur im „„Schuldig"" Gerechtigkeit" — und daraus zieht man dann den Schluß: „also können die Geschworenengerichte fortan für Preßsachen nimmer bestehen, ja sogar die jetzt schwebenden Preßsachen müßen ihnen entzogen werden." Man behauptet, die Geschworenen, namentlich in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung, hätten die gehörige Intelligenz nicht, um zu beurtheilen, ob in einem Preßproduct ein Vergehen enthalten sei oder nicht. Welch ein Zeugniß stellt man hier gegen sich selbst aus! Die Geschworenen in den sieben diesseitigen Kreisen werden aus den wenigstens 30 Jahre alten Höchstbesteuerten gebildet und zu diesen werden Gemeindebeamte gefügt und Personen, die den Doctorgrad an einer deutschen Universität erhalten oder eine Universität oder eine Kunstakademie absolvirt haben; in der Pfalz werden dieselben gar von der Regierung ausgesucht. — In den Händen der Regierung liegt bei uns das Schul- und Erziehungswesen, und nichts desto weniger stellt die Regierung selbst die Behauptung auf, es fehle ihren angesehensten Bürgern noch mit 30 Jahren die gehörige Intelligenz, um ein Preßerzeugniß zu beurtheilen? Man hat oft, um das allgemeine Wahlrecht zu bekämpfen, die größere Berechtigung der Höchstbesteuerten vorwiegend darin zu begründen gesucht, daß diesen eine höhere Intelligenz, daß ihnen eine größere gesetzgeberische Befähigung zugeschrieben werden müße; zur Gesetzgebung sollen die Höchstbesteuerten eine so große Befähigung haben, die Strafbarkeit eines Preßerzeugnißes zu beurtheilen aber soll ihnen die Kraft abgehen? Begreife das wer es begreifen wolle, wir begreifen es nicht. Wenn aber in der That solche Geschworene in einem Preßerzeugniß nichts Strafbares finden können, wenn ihnen wirklich die Intelligenz abgeht, in einem gegebenen Fall das Vergehen zu entdecken, welches möglicherweise rechtsgelehrte Richter durch die feinsten Argumentationen, durch Analogie u. s. w. herausdemonstriren können; was folgt daraus? Daraus folgt weiter nichts, als daß in einem solchen Preßerzeugniß wirklich nichts enthalten ist, was der allgemeinen im Volke lebenden Rechtsanschauung widerspricht, daß ein solches Erzeugniß der öffentlichen Wohlfahrt nicht nachtheilig sein kann. Wenn Bürger, die man unter die ersten zählt, in einem politischen Product nichts Strafbares entdecken, so wird dies noch weit weniger von der unermeßlichen Mehrheit der Leser geschehen; ein solches Product ist absolut berechtigt. Eine öffentliche Strafe ist nur dann gerechtfertigt, wenn der öffentliche Rechtsfrieden gestört oder gefährdet wird; dies zu beurtheilen sind aber vorwiegend Jene befähigt, die in dem Volke leben, die in steter lebendiger Wechselbeziehung mit demselben sich befinden. Hierin gerade besteht einer der größten Vorzüge des Geschworeneninstituts; der rechtsgelehrte Richter legt in der Regel seinen abstrakten, von dem Leben abgeschälten Maßstab an; die Presse aber steht mitten im Leben, sie greift aus dem Leben, sie wirkt für das Leben, sie muß auch aus dem Leben beurtheilt werden. Man behauptet, die Beredtsamkeit sei von zu großem Einfluß auf das Urtheil der Geschworenen. Dies beweist zu viel und darum im vorliegenden Fall gar nichts; denn dieselbe Argumentation würde für gemeine Verbrechen gelten, dieselbe Argumentation würde Gemeinde-, Districts-, Landrathsversammlungen und das Kammersystem selbst über den Haufen werfen, ganz abgesehen davon, daß ja die Staatsregierung selbst sich ebensowohl zu ihren Zwekken die besten Redner heraussuchen kann.*) Man hebt hervor, daß die Geschworenen von der öffentlichen Meinung abhängen, daß sie in bewegten Zeiten sich von dem allgemeinen Sturm hinreißen lassen — mit einem Worte, daß die Geschworenen nicht die gehörige Unabhängigkeit besitzen. Wir gestehen, daß uns gerade eine derartige Einwendung einigermaßen befremdet. Wann ist denn der Urtheilende vollkommen gerecht? Wenn er sich vollkommen in die Lage des Beschuldigten hineindenkt, wenn er alle Momente sich lebendig vors Auge führt, in denen der Beschuldigte handelte; es muß die öffentliche Meinung, die den Beschuldigten umgibt, vollkommen gewürdigt werden, sonst ist das Urtheil absolut ungerecht. Wer aber mehr abhängig ist, derjenige, welcher in dem Dienst der Staatsregierung steht, der von ihr befördert und lebenslänglich von jeder Besserung seiner Lage ausgeschlossen werden kann: oder der Private, welcher noch dazu nur im Geheimen seine Stimme abgibt, lassen wir dahingestellt. Gerade die größere Unabhängigkeit, gerade die Wechselwirkung mit den Anschauungen des Lebens, sind

*) Nicht blos „ebensowohl," sondern noch weit leichter kann sie es, als der Einzelne, denn ihr stehen unendlich mannichfachere und größere Mittel zu Gebote. D. Red.

die wesentlichsten Vorzüge des Geschworeneninstituts, und das, was sein Vorzug ist, rechnet man jetzt unter seine Fehler; gerade jene Momente sind es, welche den allgemeinen Ruf nach Einführung dieses Instituts erzeugt, und sie will man nunmehr abstreifen. Es ist übrigens eine alte Erfahrung, daß man in Zeiten des Rückschritts volksthümlichen Instituten, wenn man sie nicht gänzlich zu beseitigen vermag, doch wenigstens das Lebensmark abzuschneiden sucht. Man kann mit solchen Instituten nicht regieren, heißt es; man suche aber aus den Urtheilen der Geschworenen, man suche aus der Presse die öffentliche Ueberzeugung des Volkes kennen zu lernen; man gebe keine Gelegenheit zu gerechtem Tadel, man befriedige die lang genährte Sehnsucht des Volkes, man fördere das geistige und materielle Wohl desselben — mit einem Wort: man schaffe, und gewiß man wird mit der Presse regieren können, man wird regieren können, auch wenn die Geschworenen über Preßsachen zu urtheilen haben.

* **München**, den 6. Mai. Ein seltsamer Wechsel und Umschlag der Dinge! Während man sehr allgemein und öffentlich behaupten hörte: das Ministerium entlasse den Landtag nicht; sobald es denselben schließe werde es selbst entlassen; es bestehe nur, indem es sich auf die Abgeordnetenkammer stütze u. dgl., — ist es nun gerade die Abgeordnetenkammer, welche sich plötzlich gegen das nemliche Ministerium erhebt, mit dem sie in ihrer Majorität seither so innig verbunden war; sie ist es, welche den freilich auch in andern Regionen gewünschten Sturz des Ministeriums anbahnt.

Die beiden Verfassungsgesetze über Beamtendisciplin und über Fideicommisse sind verworfen worden: das war allerdings noch ausschließlich das Werk der Linken, der demokratischen Partei. Aber seitdem ist Schlag auf Schlag, Niederlage auf Niederlage gefolgt. Das Ermächtigungsverlangen in Betreff der abzuschließenden Zollverträge mußte vom Ministerium zurückgezogen werden, weil der, doch wahrlich nicht aus Demokraten gebildete 2. Ausschuß sich dagegen erklärte. Das Ministerium hatte die Gewährung seiner Forderung ausdrücklich als eine Sache des „Vertrauens" bezeichnet; die im Ausschusse beschlossene Beantragung einer Verweigerung war also ein offenes Mißtrauensvotum. — Das Ministerium forderte ferner die Ermächtigung zu einem Anlehen von vier Millionen, zur Deckung der kurhessischen Kriegskosten: eine thatsächliche Verweigerung von Seiten des Ausschusses ist wieder die Antwort, die man nur durch das Auffinden einer etwas milderen Form zu versüßen sucht. — Da kam ein weiterer Fall: Das Directorium der Kammer (aus den beiden Präsidenten und den beiden Secretären bestehend) erklärte in der Sache Dr. Heines, gegen die Aufstellung des Ministeriums, es handle sich um eine Beförderung, es müße eine „Neuwahl" vorgenommen werden; die Sache wird vor die Kammer gebracht; ein Minister ergreift in dieser innern Angelegenheit der Versammlung das Wort, um die Aufstellung der Regierung zu rechtfertigen; er beruft sich auf alle bisherigen Vorgänge; bei der Abstimmung aber wird die ministerielle Ansicht mit eminenter Mehrheit verworfen. —

Als entscheidend für das Ministerium wird sich voraussichtlich das Schicksal der neuen Gesetzentwürfe erweisen. Dieses Schicksal ist aber von Anfang an nichts weniger als zweifelhaft. Ein eigener Ausschuß wird zur Vorberathung gewählt. Eine Wahl, wie noch nie eine in dieser Kammer stattfand, — eine Wahl so zu sagen ohne allen Kampf. Einige Stimmen abgerechnet, werden Diejenigen einhellig gewählt, über welche man sich zuvor geeinigt hatte. Es sind beinahe alle Fractionen der Versammlung in den Gewählten vertreten, — sie sämmtlich sind Gegner der ministeriellen Entwürfe. Es wird bei der Wahl von der Majorität selbst nicht ein einziger Name von jener „talentvollen Jugend" genannt, auf welche die Mehrheit sonst fast bei allen Wahlen so gerne ihre Augen warf, welche aber heute als politisch unzuverlässig gilt. — Der Ausschuß constituirte sich, und nun erst welche ungewöhnliche Erscheinungen! Fürst Wallerstein wird zum Präsidenten dieses Ausschusses erwählt, ein Angehöriger der diametral entgegengesetzten Richtung, Pfr. Westermayer, der sich selbst für ultramontan erklärt, als Secretär. Die 3 Referate werden vertheilt: dasjenige, durch welches die Preßvergehen den Geschwornen entzogen werden sollen, bekömmt Boye (von der Linken) übertragen; jenes über weitere Preßbeschränkungen: Rudhart (vom Centrum), und endlich jenes über die Diäten der Abgeordneten: Ruland (von der klerikalen Rechten).

Wir wissen nicht, ob das Ministerium die Sache bis zur Abstimmung in der Kammer gelangen lassen wird, deren Ergebniß bereits augenscheinlich feststeht. Doch scheint es dazu zu kommen. Die nächste Woche wird auch formell die Entscheidung bringen.

Freilich hört man da und dort Leute, die außerhalb des Ministeriums und der Kammer stehen, die Frage aufwerfen: Was ist denn aber eigentlich vorgegangen? was hat sich denn auf einmal verändert? hat etwa das Ministerium Pfordten irgend etwas Anderes gethan, als was eine ganz einfache, ganz natürliche Fortsetzung seiner bisherigen, und zwar der von der Majorität wiederholt gebilligten Handlungen war? Wir befinden uns nicht im Falle, diese Fragen hier zu beantworten, ebensowenig, als wir untersuchen können, in wieferne die offenen Niederlagen des Ministeriums, welche bevorstehen, anderwärts geradezu gewünscht werden.

Dem Intelligenz-Blatt für Mittelfranken zufolge hat das Stadtgericht Augsburg in der „Untersuchung gegen den Graveur G. Drentwett von Augsburg, wegen Polizeiübertretung durch die Presse," „in Erwägung, daß sowohl die bei dem Graveur Gottfried Drentwett daselbst vorgefundenen und in gerichtliche Verwahrung gebrachten Denkmünzen mit dem Bildnisse Ludwig Kossuths und Robert Blums, als auch deren gedruckte, Notizen aus dem Leben dieser beiden Männer enthaltende, Umschlagpapiere mit dem Namen des Verfertigers, beziehungsweise Druckers nicht versehen sind, daß sohin durch deren theils zugestandene, theils nachgewiesene Verwerthung und Verbreitung, wenn auch nach dem Auslande, eine preßpolizeiliche Uebertretung im Sinne Art. 39 vergl. mit Art. 50 des Gesetzes vom 17. März 1850 zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse, gegeben ist; daß jedoch die Strafbarkeit dieser Uebertretung in Hinblick auf Art. 49 des erwähnten Gesetzes durch Verjährung erloschen sei", beschlossen: 1) daß das Strafverfahren einzustellen, 2) daß jedoch die zu Gerichtshanden gebrachten Denkmünzen und deren Umschlagpapiere, sowie alle übrigen im Besitze des G. Drentwett sich etwa noch vorfindenden derartigen Münzen und Umschlagpapiere der Konfiskation zu unterwerfen seien und 3) daß dagegen die zu Gerichtshanden gebrachte weitere Denkmünze mit dem Madonnenbilde, worauf der Name des Verfertigers sich befindet, an G. Drentwett zurückzugeben sei.

Baden. Ueber die Leiche des Großherzogs Leopold bricht ein widerwärtiger Streit zwischen der Staats- und Kirchengewalt aus. Das erzbischöfliche Ordinariat hat statt des von der Regierung auf nächsten Montag angeordneten feierlichen Traueramtes, wie es nach dem Tode der Großherzoge Karl Friedrich, Karl und Ludwig stattgefunden, einen einfachen Gottesdienst mit Trauerrede und Kirchengesang auf den Sonntag verfügt. Hiegegen läßt das Ministerium des Innern an alle weltliche und geistliche Aemter ausschreiben, daß es diese kirchliche Handlungen nicht als die feierlichen Trauergottesdienste anerkenne, welche nach der Entschließung des Regenten hätten abgehalten werden sollen. Der Erlaß schließt mit einer Unbestimmtheit, welche die Zustände bezeichnet: „Indem wir uns weitere Entschließungen vorbehalten, versehen wir uns für jetzt zu allen Denen, die es betrifft, daß sie demgemäß handeln werden." Die Aemter haben diesen Erlaß den katholischen Pfarr- und Bürgermeisterämtern nöthigenfalls durch Expressen zuzustellen.

Darmstadt, den 5. Mai. (Büdgetberathung.) Für

das Hofgericht in Gießen wurden bewilligt 44,740 fl. Abg. Wittmann erklärt hierbei, daß er unter dieser Rubrik nichts verwillige, so lange sich noch in diesem Richterkolleg ein Rath Georgi befinde. Dieselbe Erklärung geben ab, die Abgeordneten Bogen und Weidig.

Gotha, den 6. Mai. Im Verfassungsausschusse unseres Landtags ist von einer Seite bei der Berathung des neuen Staatsgrundgesetzes der Antrag auf Wiedereinführung des dem Herzoge entzogenen Prädikats „von Gottes Gnaden" gestellt worden, die Majorität hat jedoch denselben abgelehnt.

Coblenz, den 2. Mai. Der Director der Silber- und Bleibergwerke bei Braubach im Nassauischen ist mit 350,000 Franken durchgegangen und er hat dadurch herbeigeführt, daß die betheiligte französische Actiengesellschaft mit einem Verlust von 80 Procent wegkam.

Königsberg, den 3. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Vor einer halben Stunde verkündete ein furchtbarer Knall, der die Häuser der Vorstädte in ihren Grundvesten erschütterte und in vielen Häusern die Fensterscheiben sprengte, daß eine Pulverexplosion stattgefunden hatte. Das Pulvermagazin im Fort Friedrichsburg war in die Luft geflogen, und die Umgebung des Forts war bis zu einer Entfernung von etwa 600 Schritten mit Kanonenkugeln, Kartätschen, Balken, Ziegeln und Steinen bedeckt. Die Festungskirche und das Zeughaus, so wie die übrigen im Fort befindlichen Gebäude haben sehr gelitten, und namentlich sind die Dächer der beiden zuerst genannten Gebäude vollständig devastirt. Nach den bis jetzt angestellten Ermittelungen haben zwei Personen in Folge der Explosion das Leben verloren, nämlich der Zeugschreiber, ein Soldat, der vor dem Magazin auf Posten stand, und ein in der Nähe desselben beschäftigter Arbeiter.

Das hiesige Appellationsgericht hat den Dr. Rupp wegen „strafbaren Angriffs auf die evangelische Landeskirche", enthalten in der Nummer des (seitdem eingegangenen) Ostpreußischen Volksboten vom 16. März v. J., zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt.

— den 4. Mai. In Danzig ist der Maler Ballerstedt, welcher fälschlich denuncirt hatte, daß in Neufahrwasser ein Complot zur Ermordung des Königs bestände und er von vier namentlich gemachten Einwohnern des Ortes zur Ausübung der That beredet sei, durch das Schwurgericht wegen Verleumdung und Majestätsbeleidigung zu vier Jahren Gefängniß verurtheilt worden.

Aus Angeln, den 3. Mai. Es ist einem hiesigen Gutsbesitzer der Befehl zugegangen, seinen deutschen Hauslehrer zu entfernen und seinen Kindern dänischen Unterricht ertheilen zu lassen.

Prag, den 3. Mai. Gestern Abends ist Kossuth's Mutter nebst mehreren Verwandten des Agitators — im Ganzen 16 oder 17 Personen — auf ihrer Durchreise nach England, wohin sie emigrirt, hier eingetroffen.

Belgien.

Brüssel, den 1. Mai. Die seit einigen Wochen vielbesprochene Entlassung der polnischen Officiere ist nun eine officiell bestätigte Thatsache. Der Moniteur bringt die betreffende Verfügung und die Namen der Entlassenen. Es sind außer dem einstweilen nur beurlaubten General Kruszewski ihrer 13; unter diesen 2 Generalstabsmajore und 1 Militärarzt. Die übrigen bekleideten Hauptmanns-, Lieutenants- und Unterlieutenantsrang.

Frankreich.

Paris, den 4. Mai. Auf der Börse herrscht heute große Aufregung: der Kaiser von Rußland, hieß es, verkaufe seine Rente, wodurch nicht nur der Markt eine längere Zeit werde überschwemmt bleiben, sondern das Mißtrauen vermehrt werden müße, da der Verkauf von Seite des Kaisers die feindselige Haltung desselben dem Elysée, zumal den bekannten Planen des Elysée gegenüber deutlicher als irgend eine diplomatische Note bewähre. Das Gerücht hat übrigens noch keinen allgemeinen Glauben gefunden, da es von manchen Seiten widersprochen ward; sollte es sich bestätigen, dann ist anhaltendes Sinken sämmtlicher Fonds unvermeidlich. (A. Z.)

Paris, den 5. Mai. General Goyon hat den Auftrag empfangen, die Acten der noch in Bicetre befindlichen Decembergefangenen aus dem Seinedepartement zu prüfen und diejenigen Individuen zu bezeichnen, welche ihm eine Begnadigung zu verdienen scheinen. — Die Legitimisten haben, wie man versichert, von Frohnsdorf aus den Befehl erhalten, den in der Verfassung von 1852 verlangten Eid zu leisten. Fast alle Mitglieder dieser Partei, die noch officielle Stellungen inne haben, sind diesem Befehl nachgekommen. — Vor einigen Tagen wurde die Büste des Präsidenten auf dem alten Temple, dem berühmten Trödlermarkte von Paris, aufgestellt. Man hatte bei den Bewohnern desselben eine Subscription à 50 Centimes zur Deckung der Kosten veranstaltet. Eine Frau, die sich geweigert, zu unterschreiben, wurde aus ihrem Laden verbannt.

Der Oberbefehlshaber der Pariser Nationalgarde hat die schleunige Einrichtung der Disziplinar-Konseils angeordnet, weil es vorgekommen ist, daß Nationalgardisten sich weigerten, auf den Befehl der Vorgesetzten in die Waffen zu treten.

Die ausländische Presse ist fortwährend der strengsten Ueberwachung unterworfen. Heute ist die „Elberfelder Ztg." wegen eines heftigen Artikels gegen die französische Regierung auf der Post mit Beschlag belegt worden.

Abends. Die Policei hat heute Abends wieder viele Verhaftungen in Paris vorgenommen. In einem Café der Boulevards wurden gegen halb 10 Uhr Abends ungefähr vierzig Personen, worunter eine Anzahl Deutsche, von Policeiagenten in Civilkleidung verhaftet und nach der Policeipräfectur abgeführt. Merkwürdiger Weise wurden nicht alle in dem Café anwesenden Personen verhaftet; es scheint, daß diesmal die Policei genau unterrichtet war; denn sie verhaftete nur die Personen, die an gewissen Tischen saßen; die übrigen wurden nicht beunruhigt. Ueber die Namen der Verhafteten habe ich nichts erfahren können, über die Gründe, welche diese Verhaftungen hervorgerufen, ebenfalls nichts, obgleich das Ganze wieder das Werk eines in Dürftigkeit lebenden Spions gewesen zu sein scheint. Mehrere Franzosen, die sich unter den Verhafteten befanden, sind sofort in Freiheit gesetzt worden. Die ganze Geschichte wird sich wohl morgen aufklären und vielleicht so wie die des Café Danemarc enden. (Köln. Z.)

— den 6. Mai. Aus den Departementen wird fortwährend von Demissionen einzelner Mitglieder von Gemeinderäthen und Departementalräthen gemeldet, welche die Eidesleistung verweigern.

Sechszehn Offiziere des türkischen Heeres sind in Paris eingetroffen, um dem großen militärischen Feste des 10. Mai beizuwohnen. Auch eine große Anzahl von Officieren der verschiedenen europäischen Heere ist zu gleichem Zwecke hier eingetroffen.

Die Professoren Villemain und Cousin in der philosophischen Facultät der hiesigen Universität haben auf ihr Ansuchen den Abschied mit Pension erhalten. Sie sind auf diese Art der Eidesleistung ausgewichen. — Der „Moniteur" kündigt an, daß die Regierung die Concession der Eisenbahnen von Paris nach Cherbourg und von Bordeaux nach Cette zu verschieben beschlossen hat. Um jedoch dadurch die Ausführung derselben nicht zu verzögern, wird sie mittels eines Credits von 3 Millionen, die später bei der Concession in Rechnung gebracht werden sollen, die Arbeiten provisorisch durch den Staat beginnen lassen. Diese Maßregel ist durch das Erscheinen einer außerordentlichen Menge der neu creirten Eisenbahnpapiere auf dem hiesigen Geldmarkte, deren abermalige Vermehrung ernste Verlegenheiten hätte bereiten können, nothwendig geworden.

Italien.

Rom, den 27. April. In vergangener Woche schickte

sich's an als wollte es erst recht ernstlich Winter werden — eine Naturverkehrheit welche über das ganze Land unberechenbare Verluste brachte. Wohin man hört vernimmt man nichts als Klagen und Befürchtungen von Vernichtung fast aller Obstfrüchte, sonderlich der Trauben, da die Fruchtknoten der Reben überall erfroren. Bei so trüben Aussichten steigt die allgemeine Verstimmung des Landvolks dort wo die neuen drückenden Steuern auf die bringendsten Lebensbedürfnisse ohne Rücksicht eingetrieben werden. In den nur wenige Meilen von Rom gelegenen Ortschaften Palombara und Monte Rotondo kam es dabei vorgestern zu einem förmlichen Aufruhr, dann zum Handgemenge mit den Finanzsoldaten, wobei nach der Versicherung von Augenzeugen vier Carabinieri schwer verwundet und zwei durch Pistolenschüsse getödtet wurden. Auch auf Seiten des Volks floß Blut. Heute eilten zwei Compagnieen Linientruppen nach den genannten Ortschaften, die gestörte Ruhe wieder herzustellen. Dessen ungeachtet ist im Staatsrath bereits eine neue von Maschinenfabricanten zu erhebende, früher nicht gekannte Steuer decretirt, über die ich näheres schon in einigen Tagen mittheilen zu können hoffe. Unmöglich kann bei solchem Druck der Gegenwart, bei der Aussicht auf Mißwachs und der dadurch schon jetzt veranlaßten Theuerung, die Aufregung sich wieder legen. — Der Obercustos Perelli der Carceri nuovi ist an den meuchlings beigebrachten Wunden gestorben. (Allgm. Ztg.)

Großbritanien.

London, den 7. Mai. Disraeli erklärte in der gestrigen Sitzung des Unterhauses, daß das Gouvernement im nächsten Parlament Maßregeln vorschlagen werde zur Abhülfe der Noth der Ackerbautreibenden.

Die Zahl der Auswanderer, welche im vorigen Monate von Liverpool nach den Vereinigten Staaten befördert wurden, betrug 25,492. Der größere Theil der Emigranten waren deutsche und irische Landleute.

Schweden.

Man schreibt aus **Stockholm:** „Das Domcapitel zu Westerås hat jetzt mit den incriminirten „Lesern" (Pietisten), 3 Jünglingen von denen der eine 18 und die beiden andern einige Jahre über 20 alt sind, seine Untersuchungen begonnen. Ihr Vergehen besteht darin, daß sie herrnhutischen Irrlehren huldigen, Conventikel, sogar während des öffentlichen Gottesdienstes, gehalten, die orthodore Kirchenlehre und den Gottesdienst „Abgötterei," „Kriegsdienst des Teufels gegen den Sohn Gottes" u. s. w. genannt, und durch Störung des öffentlichen Gottesdienstes allgemeines Aergerniß veranlaßt haben. Bezeichnend genug enthält ihre Vertheidigung eine Beschuldigung der Staatskirche, daß sie von der rechten evangelischen Lehre abgefallen sei. In Norwegen sind von den 22 „Lesern," welche an früher von uns schon geschilderten Auftritten theilgenommen haben, 2 zu 2jähriger, einer zu 8monatlicher, ein Frauenzimmer zu 1½jähriger Strafarbeit, und die Uebrigen zu Gefängniß von 15 bis 5 Tagen, theils bei Wasser und Brod, theils bei gewöhnlicher Gefangenenkost, verurtheilt worden."

Neueste Nachrichten.

München, den 7. Mai. Der General der Cavallerie, Fürst Taxis, hat heute eine Reise nach Wien angetreten. Er wird zwar, wie man sagt, dem Kaiser von Rußland dortselbst seine Aufwartung machen; die Reise scheint indessen keinen officiellen Character zu haben. (Wir erhalten die Versicherung, daß die Reise blos eine Vergnügungsreise sei.) (A. Z.)

Köln, den 8. Mai. Am 5. d. M. ist das schöne Schiff des Franz Elbert, mit Saarkohlen beladen, an einer der gefährlichsten Stellen des Rheines, „im wilden Gefähr" oberhalb Caub, gegen einen Felsen gerannt und gänzlich zu Grunde gegangen.

Berlin, den 7. Mai. Von Fabrikanten aus Sachsen, Württemberg und andern süddeutschen Staaten sind den Mitgliedern der hiesigen Zollconferenz Petitionen für die Erhaltung des Zollvereins zugegangen.

Kiel, den 4. Mai. Die Bewohner der in den letzten Jahren so hart mitgenommenen Stadt Schleswig hatten etwa 1600 Thlr. für die Nothleidenden in Deutschland zusammengebracht; als aber das Geld abgesandt werden sollte, bemächtigte sich die Polizei desselben unter dem Vorwande, es solle wohl zu andern wühlerischen Zwecken benutzt werden. Die Betreffenden haben sich an die Regierung gewandt. (H. C.)

Wien, den 8. Mai. Es ist nun wirklich eine selbstständige, dem Kaiser unmittelbar untergeordnete, sogenannte oberste Policeibehörde errichtet. Militärgouverneur Frhr. v. Kempen ward zu deren Chef ernannt.

Temeswar, den 1. Mai. Von dem hiesigen Kriegsgerichte wurde der Dienstknecht Blazs Meßety aus Agram wegen des „revolutionären" Ausrufes: Eljen Kossuth! zu 30 Stockstreichen verurtheilt.

Paris, den 7. Mai. Bis jetzt trifft man noch keine Anstalten, das der Kirche zurückgegebene Pantheon für den Gottesdienst einzurichten. Wie verlautet, verlangt man, daß vorher die Ueberreste der dort begrabenen berühmten Männer, wie Voltaire, Rousseau und Mirabeau, entfernt werden. Dem Vernehmen nach soll deren Bestattung auf dem Kirchhofe des Père Lachaise bevorstehen. — Der Graf Villafranca ist in besonderem Auftrage der spanischen Regierung hier eingetroffen.

Wichtige Depeschen sollen aus Petersburg hier eingetroffen sein. Der russische Gesandte hat heute eine längere Conferenz bei dem Marquis de Turgot gehabt.

Man will wissen, daß am 10. Mai sieben decorirte Frauen (meistens Marketenderinnen bei der Mobilgarde) aus den Händen Louis Napoleon's ihre nach dem neuen Muster angefertigten Kreuze empfangen werden.

Der verstorbene Exminister Teste soll, wie man versichert, außerordentlich merkwürdige Memoiren hinterlassen haben. Diese Memoiren, welche ein großes Licht auf die geheime Geschichte Ludwig Philipps werfen, werden von der Familie Teste's veröffentlicht werden.

Rom, den 30. April. Noch vor der Ankunft der nach dem widerspänstigen Monte Rotondo und Palombara gesandten Truppen war die Ruhe dort bereits wiederhergestellt, so daß sie vom halben Weg hierher zurückbeschieden werden konnten.

Miscellen.

Zu Paris sitzt der Gehülfe eines Blumengärtners wegen dreifachen, binnen drei Wochen an Frauen verübten Mordes im Gefängnisse. Am Tage seiner Verhaftung wollte er gerade seine Hochzeit feiern, zu welcher er aus dem Ertrage des den Ermordeten abgenommenen Raubes die glänzendsten Anstalten getroffen hatte. Der dreifache Mörder, auf dem auch noch ein fehlgeschlagener Mordversuch lastet, ist etwa 30 Jahre alt und war seit 9 Jahren schon mehrmals wegen Diebstahls bestraft worden.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[1011a] **Bekanntmachung.**

Am 30. Mai d. J. expediren die Herren Strecker, Klein und Stock
von **Antwerpen nach New-Orleans**
das Schiff „R. B. Sumner," Capitain Dyer.
Näheres über Preise und Bedingungen bei den Herren
Pfaff & Lederle
in Ludwigshafen am Rhein.

[42] **Lotto.**

Zu München kamen den 6. Mai heraus:

78. 1. 15. 71. 8.

Die nächste Ziehung ist den 18. Mai zu Regensburg.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch Nro. 114 den 12. Mai 1852.

* Französische Zustände.

Aus Paris ward uns folgender, allerdings schon zu Ende April geschriebener Brief mitgetheilt:

Frankreich macht seit dem 2. December ein Gesicht, wie jene Gesellschaft, vor welcher Columbus das Ei auf die Spitze stellte. Die Regierung bringt täglich ebenso überraschend leichte Lösungen der tiefeingreifendsten Probleme. Man will die Arbeit unterstützen; die Sozialisten haben dicke Bücher darüber geschrieben und sind zu Nichts gekommen. Man weiß sogleich Rath. Man dotirt Minister, Senatoren, Generale auf die maßloseste Weise, und veranlaßt sie, Feste über Feste nach dem Vorgange des „Präsidenten" zu geben. Das Problem ist gelöst. Man will die Arbeitszeit reguliren, über welche die Sattler mit den Fabrikherren in Zwist gerathen sind. Nichts einfacher als das! Hr. v. Maupas redet den Delegirten der Arbeiter „väterlich" zu, läßt zur Verstärkung seiner väterlichen Ermahnungen 100 von ihnen einsperren und entscheidet den Streit durch ein Polizeidekret zu Gunsten der Fabrikherren. Das Problem ist wieder gelöst. Man wünscht, den Einfluß der Universität auf die Erziehung zu brechen. Nichts einfacher als auch das! Man dekretirt die Absetzbarkeit der Professoren und jagt am folgenden Tage die Herren Michelet, Quinet und Mickiewicz fort. Man wünscht, trotz des Decentralisationsdecrets, alles selbständige Leben des Volkes zu vernichten und möchte deßhalb die Zusammensetzung der Generalräthe in der Hand haben, ohne das allgemeine Stimmrecht dem Wortlaut nach zu verletzen. Wieder nichts einfacher! Man läßt drei Kandidaten aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehen und die Regierung wählt davon einen aus. So ist das Wahlprincip mit der Autorität in Einklang gebracht und den Grund dazu muß die „Beschäftigung mit Politik" geben, zu welcher die Generalräthe einst in der Revisionsfrage mit Gewalt von der Regierung getrieben wurden. Man wünscht, die Milde des Prinz-Präsidenten leuchten zu lassen. Alsbald berichtet Hr. Quentin Beuchard, im Departement des Var habe er viele Hunderte zur Deportation, zur Verbannung und zur Internirung Verurtheilte als ungefährlich freilassen können. Man redet nicht mehr von den willkührlichen Verurtheilungen, man spricht nur noch von der großmüthigen Freilassung. Aber man möchte zugleich auch beweisen, daß die Haltung der Parteien doch das Kaiserthum nöthig mache. Warum nicht? Alsbald berichtet Hr. Canrobert, der Sozialismus im Nièvre-Departement sei viel gefährlicher, als der Prinz glaube, und er könne daher nur sehr wenige Gefangene und diese nur zu einer Strafverminderung empfehlen. Man wünscht eine auffallende Demonstration der Armee. Nochmals nichts einfacher! Die Telegraphen arbeiten und alsbald versammelt jeder Oberst seine Offiziere und redet also zu den Staunenden: „Meine Herren! Sie bestehen also durchaus darauf, dem Prinzen ein großes Fest zu geben und dazu Abgeordnete von jedem Regiment nach Paris zu senden? Nun wohl, der Prinz gibt Ihrem Andringen nach; er will aber durchaus nicht, daß Sie mehr als einen zweitägigen Sold darauf verwenden. Da Sie unter Anderem auch einen glänzenden Ball geben wollen, so wünsche ich, daß Sie recht flott tanzen mögen." So machte sich der Drang der Armee, ihre begeisterte Liebe zum Kaiserthume Luft. Der Champagner wird vollenden, was der moralische Zwang begann. Die Regierung ist von einem Schwarm von Stellenjägern umgeben, dessen eckelhafte Gier allen Glauben übersteigt. Zu Tausenden kommen schon jetzt Gesuche um Präfectur- und Unterpräfekturstellen in — Belgien und Savoyen! Aber sonst steht die Regierung noch immer sehr isolirt. Die Bauern mögen noch zum großen Theil gläubig der Dinge harren, die kommen sollen und nicht kommen; aber die gegenwärtig beliebte Freilassung wird die unzähligen Gefangenen (im Hérault beläuft sich ihre Zahl noch auf 3000!) die willkürliche Verhaftung und die brutalen Mißhandlungen nicht vergessen lassen. Die Gemeinheit gefällt sich in der Erniedrigung des Besiegten. Darum zwingt man jeden Freigelassenen, durch einen Revers seine Reue und seine künftige Treue zu versichern. Dieser Zwang bindet Niemanden; aber er vergiftet das Blut und erweckt ätzenden Grimm. Und von den Arbeitern im Faubourg Saint-Antoine, den der Präsident mit Ostentation durchfuhr, hat er vor wenigen Tagen die unzweideutigsten Zeichen ihrer Abneigung gegen ihn und ihrer Anhänglichkeit an die Republik erhalten. Der Faubourg St. Antoine wäre also bereits aus den Zweifeln herausgerissen, in welche ihn die heillos verzwickte Situation warf.

Obgleich diese unzweideutige Demonstration der Arbeiter und die ebenso deutliche Haltung der russischen Prinzen dem Grafen Chambord zu Venedig gegenüber, gewiß einen erheblichen Eindruck gemacht haben, so zweifelt man doch nicht, daß die Proclamation des Kaiserthums in nächster Nähe bevorsteht. Die Dinge gehen ihren Gang; Louis Bonaparte muß sein Geschick erfüllen. Die Bärenmützen und Kamaschen für die neue Kaisergarde sind insgeheim angefertigt und die unter verschiedenen Gestalten wieder aufgetauchte ehemalige Municipalgarde brennt vor Begierde, sie anzulegen, d. h. höhern Sold zu beziehen. So ist das Kaiserthum wirklich eine „Affaire der Gensdarmen," freilich in einem andern Sinne, als der legitimistische Heißsporn, Hr. Leo de Laborde, einst meinte. Man spricht mehr als je von einer Anleihe von 300 Millionen, deren unglaubliche Bedingungen durch den Wahlspruch der Regierung: après nous le déluge, sehr glaublich werden.*) Diese Anleihe **kann** freilich zur Befriedigung der Banquiers bestimmt sein, welche zur Rentenconversion behülflich waren; aber man hatte auch den Mehrbedarf für den Ausbruch eines Krieges auf diese Summe angeschlagen. Kurz, Jedermann erwartet, daß der 10. Mai (?) das Kaiserreich bringen werde. Die Cortége hat ihrer Sehnsucht darnach kein Hehl und der Kriegsminister schreit schon jetzt in des Präsidenten Gegenwart: vive l'empereur! Sie hoffen, daß der Taumel, in welchen die Armee durch die dem 10. Mai vorausgehende Kette von glänzenden Bällen, durch den betäubenden Lärm des Militärfestes, und durch die berauschenden Erinnerungen der Adlervertheilung versetzt werden muß, die Schwankenden fortreißen, und so den Ausschlag geben wird. Und wie es auch komme, aufgeschoben ist nicht aufgehoben, Kaiser muß L. Bonaparte werden. Die Entwicklung muß vollständig sein. —

Deutschland.

* **München.** In dem Protocolle des 1. Ausschusses der Reichsrathskammer über den „Gesetzentwurf: die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Aburtheilung von Staatsverbrechen betr." heißt es:

*) Dieser Punkt ist bekanntlich seitdem in ein weiteres Stadium der Entwicklung gekommen. D. Red.

Hr. Reichsrath Graf v. *Reigersberg* gaben nachstehende Aeußerung ab: „Die Geschworenengerichte hätten den bewährtesten, in der Rechtstheorie sowohl als in der Praxis bewanderten Männern und Schriftstellern von anerkanntem Werthe bereits geraume Zeit reichhaltigen Stoff zu Darlegung abweichender Ansichten über ihren Werth und Gehalt gegeben. Wenn die Einen durch dieses Institut das Wiedererwachen altdeutscher Rechtssicherheit hervorzurufen überzeugt gewesen, glaubten die Andern dadurch der deutschen Gründlichkeit den Lebensstoff zu nehmen. Wenn die Einen nur durch Geschworene als richtend allen Einfluß höherer Gewalt von dem Rechtsgebiete entfernt geglaubt, sahen die Anderen darin der Leidenschaftlichkeit und der Willkür vollen Spielraum gegeben. Wenn die Einen den Sieg des rationellen Rechtes, die Durchführung des Satzes, lex in cordibus scripta, die Entfernung des in den Gerichtshöfen oft einschleichenden Scepticismus u. s. a. in diesem Institute belobten, sprachen die Anderen über dasselbe als dem Grabe scientivischer Rechtsbildung, als dem verderblichen reinen Vernunftrechtsbegriffe huldigend, das Anathema aus. Kurz, die Ansichten seien diametral getheilt gewesen, in Grundprincipien divergirend. Wo die Einen nur Heil gesehen, erblickten die Anderen nur Unheil und Rechtsunsicherheit. In größern und kleinern Staaten habe in neuester Zeit die Meinung, so der Einführung der Geschworenengerichte günstig, gesiegt. Auch hier habe die große Lehrmeisterin-Erfahrung — belehren müßen. Bei aller, obgleich nicht zu verkennender, liebgewonnenen Aufnahme dieser Rechtsverwaltung seien dennoch bald Klagen über die Auswahl der Geschworenen sowol, als über ihr Wirken, besonders bei Beurtheilung von Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und das Staatsoberhaupt, und zwar an den meisten Orten, laut geworden. Von Vielen, ja man möchte sagen, ungetheilt, sei anerkannt, daß in unsern Tagen die ruhige deutsche Besonnenheit noch immer vermißt werde, daß ein verderblicher, Unruhe nährender Geist der Zeit vorherrschend. Es habe jeden rechtlich und ruhig denkenden Mann daher zu der Ueberzeugung geführt, daß wenigstens, solange diese Nachwehen erlebter Stürme und Verwüstungen nicht ganz überwunden, solange diese noch fühlbar seien, solange leidenschaftlichen Stimmungen noch Nahrungsstoff gegeben, wenigstens dermalen daher der Zeitpunct zur Einführung der Geschworenen über Staatsverbrechen nicht gut gewählt sei. Von dieser Ueberzeugung ausgehend, begrüßten auch Sie den unserer Berathung vorliegenden Gesetzentwurf, wenn gleich den so wünschenswerthen allgemeinen Vorschriften über das künftige Strafverfahren voreilend, daher dem Vorwurf eines Bruchstückes ausgesetzt, um so mehr mit Dank, da Sie diesen Entwurf als den Vorboten durchgeführt werdender gebotener Trennung der Justiz von der Administration und der so wünschenswerthen und unumgänglich nothwendig zu beschleunigenden, zu vervollständigenden Gerichtsorganisation ansähen.

Ueber das Bedenken, welches in dem Ihnen eben zugekommenen Referate des Hrn. Reichsraths Frhrn. von Freyberg im §. 13 über den Art. 8 des Gesetzentwurfes angeregt worden, verdiene die Schrift — „Bemerkungen „über die Rechtsmittel im französischen Strafverfahren „mit besonderer Rücksicht auf das bayerische Gesetz vom „10. November 1848 von A. Friederich k. bayr. Appellationsgerichtsrath zu Aschaffenburg. Aschaffenburg 1851. „Verlag von Theodor Pergay (C. Krebs)." Nachlese. Ohne der speciellen Discussion vorgreifen zu wollen, bemerkten Sie nur vorläufig, daß auch Ihnen die Berufungsbeschränkung eine etwas harte Maßregel zu sein, jederzeit geschienen. Indessen sei zu bedenken, daß diese Bestimmung dem ganzen Systeme der Geschworenengerichte gemäß, daher jede Abweichung störend sein würde; daß ferner — was für Sie das Entscheidende, die in Art. 9 des Gesetzentwurfes enthaltene Bestimmung, wonach die Nichtigkeitsbeschwerde zuläßig *„wenn von dem Schwurgerichtshofe das Gesetz unrichtig auf die von „ihm festgestellten Thatsachen angewendet „worden ist"* dem Verurtheilten ein weiteres Feld zur Berufung geöffnet sei."

Dem gegenüber erklärten sich Hr. Reichsrath von *Arnold* in folgender Weise: „Die Schwurgerichte seien in ganz Bayern von so entschiedenem Vortheile für die öffentliche Sicherheit und für wahre Rechtsprechung anerkannt und wurzeln bereits so fest im Vertrauen des Volks, daß es höchst bedenklich wäre, daran zu rütteln. Nur in sogenannten politischen Verbrechen und in Preßsachen hätten einzelne allerdings nicht wohl zu rechtfertigende Erscheinungen die Frage angeregt, ob nicht das Wohl des Staates erfordere, die Zuständigkeit der Geschworenen aufzuheben oder doch zu modificiren.

Wenn man bedenke, daß gerade bei den erwähnten Verbrechen und Vergehen der Werth der Verdicte durch Geschworene in den Augen der ganzen Nation, ja in den Augen aller cultivirten Völker der hervorragendste, und das Institut der Geschworenen bei gemeinen Verbrechen von entschieden minderer Bedeutung sei, so werde man leicht einsehen, daß die Staatsklugheit gebiete, an eine Aenderung nur im Falle dringender Nothwendigkeit und nur mit großer Vorsicht zu gehen. Nicht viel über drei Jahre bestünden in Bayern diesseits des Rheins die Geschworenengerichte, und aus widrigen Erfahrungen dieser kurzen Zeit eine so gewichtige und folgenreiche Abänderung, wie die vorgeschlagene rechtfertigen zu wollen, scheine um so mehr gewagt, als theils eine Verstimmung des Volkes, theils Mangel an Uebung der handelnden Subjecte hie und da die Factoren gewesen sein mögen, welche zu Freisprechungen beigetragen haben können, die unter andern Umständen nicht erfolgt wären. Die Mißstimmung des Volkes sei aber in allen Theilen des Königreichs einer ruhigen Besonnenheit gewichen, und die Staatsverwaltung habe es unbedingt in ihrer Gewalt, durch treues und wahres Festhalten an der Verfassung und am gegebenen Wort die Treue und Anhänglichkeit des bayer. Volkes so zu befestigen, daß es keinem Bestreben einzelner Wühler gelingen könne, neue Aufregung hervorzubringen. Der Mangel an Uebung der handelnden Subjecte sei aber — neuere Wahrsprüche bewährten es — bereits so beseitigt, und werde täglich mehr beseitigt, daß es nicht eines heroischen Mittels, sondern nur ruhigen Abwartens bedürfe, um den erwünschten Zustand einer wahren Strafrechtspflege durchgängig realisirt zu sehen.

Wollte man nun aber sogar auf die Erscheinungen im diesseitigen Bayern übergehen, so seien doch wahrlich — die Preßvergehen, von welchen hier nicht die Rede, abgerechnet — die Staatsverbrechen nicht in solcher Art vorgekommen, und noch weniger Verdicte solcher Art zu Tage gefördert worden, daß ein Gesetz, wie der vorliegende Entwurf es wolle, veranlaßt wäre.

In der Pfalz seien zwar Erscheinungen vorgekommen, welche solche Veranlassung zu geben scheinen möchten; möge man aber doch bedenken, daß einem ganzen Kreis nicht imputirt werden könne, was ein Theil der Bevölkerung verschuldet, daß auch dort so manche Freisprechung in subjectiven Verhältnißen und geeignetem Vorschreiten ihren Grund gehabt haben möge, und daß gerade die rechtlichsten und ehrenfestesten Geschworenen, wenn sie von der Regierungsgewalt elegirt und nicht auf ganz unparteiische Weise, wie im diesseitigen Bayern ernannt seien, in dieser Election einen Sporn fänden, bei dem Schuldausspruch mit Aengstlichkeit zu Werke zu gehen, um nicht einem ehrenrührigen Verdachte sich blos zu stellen.

Sie wollten indeß nicht unbedingt gegen jede Aenderung sich erklären; Sie seien bereit für eine Aenderung zu stimmen, wenn sie eine *Verbesserung* wäre. Diese fänden Sie aber auch nicht im Geringsten im vorliegenden Entwurfe.

Angenommen die Geschworenen hätten hie und da auf Kosten des Rechts zu sehr auf die Seite der Angeklagten sich hingeneigt, so wolle der Entwurf jetzt das andere Extrem. Er wolle nicht nur Richter aus dem Stande der Staatsdiener, also von der Staatsregierung nicht unabhängig: er wolle sie, gewählt durch die Vorstände, und

also der Verdächtigung absichtlicher Election blosgestellt, obgleich die Staatsregierung hier gewiß nur von dem redlichsten Bestreben einer Justizverbesserung geleitet worden sei.

Während der Strafproceß — der alte wie der neue — da, wo rechtsgelehrte Richter den Schuldausspruch fällen, eine Berufung zulasse, wolle der Entwurf sogar dieses Rechtsmittel nicht zulassen und den Schuldausspruch der rechtsgelehrten Staatsdiener gleichstellen dem Verdicte der Geschwornen!

Wenn Hr. Referent dies für gerechtfertigt halte durch die erhöhte Zahl der Richter, so könnten Sie ihm ebensowenig beistimmen, als deshalb, weil zum Schuldausspruch eine größere Majorität erfordert werde, oder wegen einer Vergleichung mit dem Standrechte.

Die Zahl von 9 Richtern ist geringer als die von 12 Geschworenen; die Majorität bei den Geschworenen sei bis auf einen unbedeutenden Bruch dieselbe wie sie hier vorgeschlagen, und das treue Volk der Bayern verdiene nicht, ein Institut zu erhalten, das auch nur entfernt einem perpetuellen Standrechte verglichen werden könnte.

Aus diesen Gründen könnten Sie dem Entwurfe seinem ganzen Inhalte nach nicht beistimmen, und eben so fühlten Sie die Kraft nicht in sich, durch den Vorschlag von Modificationen diesen Entwurf so zu gestalten, daß Sie das Gesetz dem Wohle des Staats entsprechend halten könnten."

Hr. Reichsrath v. Heintz äußerten, daß sie keineswegs mißkennten, daß die politischen Verbrechen die schwächste Seite des Schwurgerichtes sei, erklärten jedoch dem Gesetzentwurfe Ihre Zustimmung versagen zu müssen, beantragten dagegen, denselben in folgender Weise zu modifiziren: Gesetzentwurf die Errichtung eines Centralschwurgerichtshofes betr.

„Art. 1. Das Oberlandesgericht ist ermächtigt, aus wichtigen Gründen die Aburtheilung von Verbrechen einem Centralschwurgerichtshofe zu übertragen. Diese Uebertragung ist erst nach der Verweisung des Angeklagten vor das gewöhnliche Schwurgericht, und nur bis zur definitiven Aburtheilung durch dasselbe zuläßig; sie erfolgt auf den Antrag des Generalstaatsanwalts durch einen Plenarbeschluß des Gerichtshofes, in welchem zugleich Ort und Tag festzusetzen sind, wo der Centralschwurgerichtshof gebildet werden soll, und wann die Verhandlungen zu beginnen haben.

„Art. 2. Der Präsident der regelmäßigen Schwurgerichtssitzung des dem Plenarbeschlusse vorhergehenden Quartals, in dessen Gerichtssprengel der Centralschwurgerichtshof gebildet wird, führt auch bei letzterem den Vorsitz. Das Oberlandesgericht kann jedoch, wenn genügende Veranlassung hiezu vorhanden ist, eines oder mehrere seiner Mitglieder zum Vorsitz und zur Bildung des Centralschwurgerichtshofes abordnen, wobei denselben der Umstand nicht entgegensteht, daß sie bei dem betreffenden Plenarbeschlusse mitgewirkt haben.

„Art. 3. Als Geschworne bei dem Centralschwurgerichtshofe werden aus jedem Kreise je 6 Mitglieder des Landrathes einberufen. Die Präsidenten der Kreisgerichte haben zu diesem Behufe binnen 24 Stunden nach Mittheilung des im Art. 1 bezeichneten Plenarbeschlusses bei versammeltem Gerichte, jedoch in geheimer Sitzung die Namen sämmtlicher nicht dem geistlichen Stande angehörender Mitglieder des Landrathes ihres Kreises in eine Urne zu legen, und daraus durch das jüngste Gerichtsmitglied 6 Namen ziehen zu lassen; die Liste der Gezogenen ist dem Präsidenten der Kreisregierung ohne Verzug mitzutheilen, welcher die Einberufung zu besorgen, und die Bescheinigung hierüber dem Präsidenten des Centralschwurgerichtshofes zu übersenden hat.

„Art. 4. Die einberufenen Geschwornen haben für Reise und Aufenthalt dieselbe Vergütung in Anspruch zu nehmen, welche das Gesetz für die Mitglieder der Kammer der Abgeordneten festsetzt. — Ohne genügende Entschuldigung ausbleibende Geschwornen unterliegen einer Geldstrafe von 500 fl.

„Art. 5. Bei der Fragestellung an die Geschwornen und bei der Strafzumessung ist das Strafgesetzbuch des Ortes der That zu Grunde zu legen. Im Uebrigen kommen bezüglich der Zusammensetzung und Bildung des Centralschwurgerichtshofes, des Verfahrens, der Vollstreckung des Urtheils und der Rechtsmittel, die am Sitze des Centralschwurgerichtshofes für die gewöhnlichen Schwurgerichte geltenden Vorschriften zur Anwendung."

Nach näherer Begründung dieses Antrages äußerten der Hr. Staatsminister der Justiz seine Bedenken, denselben im Wege der Modification einzuführen mit dem Beifügen, daß, abgesehen von dem damit verknüpften großen Kostenaufwande, die von der Regierung im vorliegenden Gesetzentwurfe beabsichtigten Garantieen nicht gegeben seien.

Hr. Reichsrath von Maurer hielten zwar den gemachten Antrag für sehr beachtenswerth, glaubten jedoch, daß es zur Zeit nicht rathsam wäre, demselben beizustimmen.

Bezüglich des Gesetzentwurfes selbst hegten Sie nichts destoweniger wesentliche Bedenken, indem vor allem die Bildung des Schwurgerichtshofes in der beantragten Weise bedenklich wäre und eine Ungleichheit zwischen der dies- und jenseitigen Gesetzgebung zum Vorschein käme.

Nachdem sich auch Herr Referent Frhr. v. Freyberg und Hr. Graf v. Reigersberg gegen den Antrag des Hrn. Reichsrathes v. Heintz ausgesprochen hatten, wurde demselben mit allen gegen 2 Stimmen, nemlich denen der Herren Reichsräthe v. Arnold und v. Heintz die Zustimmung versagt und zur speciellen Discussion übergegangen.

(Die Annahme des Gesetzentwurfes in nur wenig modificirter Fassung ward dann begutachtet.)

* **München**, den 8. Mai. Die Kammer der Reichsräthe beeilt sich mehr als jene der Abgeordneten, die neuen Gesetzvorlagen, so weit es sie betrifft, zu erledigen. Es handelte sich bei ihr zunächst um das „Gesetz, die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Aburtheilung von Staatsverbrechen betr."

Die ministeriellen Motive des Gesetzentwurfs stützen sich wesentlich auf die Behauptung: den Geschwornen gehe die nöthige politische Bildung ab, um in politischen Proceßen zu erkennen, und sie unterlägen äusseren Einwirkungen. — Ein Beweis für diese Behauptung wird nicht angeführt. Eine nicht bewiesene Behauptung kann aber eben auch gar nichts entscheiden. Und so beschränken wir uns darauf, dieser Behauptung einfach die entgegengesetzten gegenüber zu stellen, und nur noch einige ganz kurze Bemerkungen beizufügen: Wenn den Geschwornen wirklich die „nöthige politische Bildung" abginge, so wäre dies ein arger Vorwurf für die Regierung. Es läge darin der Vorwurf unverantwortlicher Vernachläßigung der Volksbildung, insbesondere was die eigenen vaterländischen Verfassungszustände betrifft. Wir sind aber nicht der Meinung, daß es so gänzlich übel aussieht, obwol die „Volksbildung" keineswegs das ist, was sie sein sollte und könnte. Der natürliche Verstand des Volkes hat es weit genug gebracht, um Recht und Unrecht auch in solchen Fällen zu unterscheiden. Wenn aber die Geschworenen eine Handlung z. B. nicht als Aufforderung zum Aufstande ansehen, so ist damit eben der beste Beweis geliefert, daß das Volk durch diese Handlung so wenig aufgeregt werden konnte, als Jemand etwa dadurch verhext werden kann, daß ein Anderer sich einbildet, er besitze die Macht ihn zu verhexen! In solchen Fällen ist eben von vorn herein keine Gefahr für den Staat vorhanden, und es ist der Fall des Bedürfnißes strenger Bestrafung nicht gegeben. — Was aber die angebliche Unselbstständigkeit der Geschworenen, der gepriesenen Selbstständigkeit von Beamten gegenüber betrifft, so wäre es wol Luxus, darüber nur ein Wort zu verlieren.

Der Vortrag des Reichsrathsreferenten Frhrn. von Freyberg-Eisenberg über den vorligenden Gesetzentwurf bietet keine Momente dar, die Stoff zu einer nähern Besprechung gäben. Der Referent ist der Ansicht, die „Nothwendigkeit" der „Abschaffung der Geschworenen" sei in den vorgelegten Motiven überzeugend begründet,

und darum stimmt er im Princip dem Gesetzentwurfe unbedingt bei.

Interessanter ist das Protokoll des Ausschusses selbst (wir theilen dasselbe mit). Graf Reigersberg kommt mit einigen allgemeinen Bemerkungen zu dem Ergebniße, daß „so lange leidenschaftlichen Stimmungen noch Nahrungsstoff gegeben," — „wenigstens dermalen der Zeitpunct zu Einführung der Geschworenen über Staatsverbrechen nicht gut gewählt sei." Daher, wenn auch unter einigen Bedenken, Zustimmung zu dem Gesetzentwurfe. — Es liegt aber nahe, daß die Zeit nie kommen wird, in welcher „leidenschaftlichen Stimmungen kein Nahrungsstoff" mehr gegeben sein wird. Will man also auf diese Zeit warten, so müßte man von vorn herein für ewig auf jede derartige Verbesserung verzichten. Allein der ehrenwerthe Hr. Reichsrath befindet sich dabei in dem Grundirrthum, als handle es sich erst von „**Einführung** der Geschworenen über Staatsverbrechen," während es sich im Gegentheile um **Abschaffung** dieser seit Jahren — in der Pfalz seit vielen Jahrzehnten — bestehenden Einrichtung handelt. —

Wohlwollend für das Schwurgericht und im Allgemeinen sehr treffend sind die Bemerkungen des Reichsraths v. Arnold: „Die Staatsverwaltung hat es unbedingt in ihrer Gewalt, durch treues und wahres Festhalten an der Verfassung und am gegebenen Wort, die Treue und Anhänglichkeit des baier. Volkes so zu befestigen, daß es keinem Bestreben einzelner Wühler gelingen kann, neue Aufregung hervorzubringen... Angenommen, die Geschworenen hätten hie und da auf Kosten des Rechts zu sehr auf die Seite der Angeklagten sich hingeneigt, so will der Entwurf jetzt das andere Extrem. Er will nicht nur Richter aus dem Stande der Staatsdiener, also von der Staatsregierung nicht unabhängig: er will sie gewählt durch die Vorstände und also der Verdächtigung absichtlicher Election bloßgestellt... Der Entwurf will auch den Schuldausspruch rechtsgelehrter Staatsdiener gleichstellen dem Verdicte der Geschworenen. — Der Redner zeigte, daß in den ältern Kreisen die Fälle gar nicht vorgekommen sind, welche ein Gesetz solcher Art, wie es beantragt werde, veranlaßt haben konnten. In der Pfalz seien zwar Fälle vorgekommen, „welche solche Veranlassung zu geben scheinen möchten;" allein auch hier möge „so manche Freisprechung in subjectiven Verhältnißen und ungeeignetem Vorschreiten ihren Grund gehabt haben." Wir fügen bei, daß alle erfolgten Freisprechungen eine moralische und rechtliche Nothwendigkeit waren. Wer die Verhältniße der Pfalz genau kennt und mit unbefangenem Blicke beurtheilt, mußte von vorn herein zu dieser Ueberzeugung gelangen, wie dieser Moment denn auch in der letzten Amnestiedebatte in der Abgeordnetenkammer hervorgehoben, und das, rechtlich und moralisch allein mögliche Resultat vorausgesagt ward. Indem wir uns darauf beschränken, auf das bei der bezeichneten Veranlassung in der Abgeordnetenkammer Gesagte zu verweisen, haben wir nur noch daran zu erinnern, wie es damals nicht an der Hinweisung fehlte, daß eine Amnestie den Interessen der Regierung selbst am besten entspreche. —

Reichsrath v. Heintz suchte das Schwurgericht durch einen besondern Vorschlag zu retten. Wir müßen gestehen, daß uns dieser Antrag nicht zusagt, obwohl wir gerne die Absicht, der er entsprang, anerkennen. Da der Vorschlag schon im Ausschuße verworfen ward, so unterlassen wir eine nähere Erörterung desselben. Daß Hr. Heintz Gegner des Entwurfes ist, versteht sich von selbst. — Auch v. Maurer hat „wesentliche Bedenken" gegen denselben. —

Nachschrift. Die Reichsrathskammer berieth heute den Gesetzentwurf. Der 2. Präsident Graf Seinsheim sprach von „empörenden Urtheilen," welche die Geschwornen, namentlich auch in der Pfalz, in politischen Prozessen gefällt hätten, nämlich nach dem, was man aus den Zeitungen wisse; er behauptete, die Geschworenen hätten sich in solchen Prozessen als „durchaus unfähig" erwiesen; die Frage dürfe nicht gleichgültig behandelt werden, denn wir stünden auf einem Vulkan. — Graf Armansperg hebt hervor, daß der neue Gesetzentwurf selbst nicht diejenigen Garantien gewähre, welche vor 1848 bestanden; es würde ein perpetuirliches Standrecht eingeführt. — v. Heintz macht aufmerksam, daß sein Vorschlag doch nicht so ungenügend sein müsse, denn selbst L. Napoleon, der denn doch nicht auf halbem Wege stehen bleibe, habe einen ähnlichen Gesetzentwurf seinem gesetzgebenden Körper vorgelegt.

Die Verhandlung drehte sich nun wesentlich um zwei von Armansperg eingebrachten Modifikationen, wodurch 1) die Richter zum Staatsgerichtshofe durch Wahl ihrer Collegen bestimmt, nicht durch die Präsidenten ausgesucht werden, und 2) Berufungen (Appellationen) zugelassen werden sollten. — Beide Anträge wurden mit allen gegen 7 Stimmen verworfen, und dann der Gesetzentwurf mit gleicher Majorität angenommen. Die verwerfenden Reichsräthen waren: Bassenheim, Schönborn, Arnold, Frankenstein, Lotzbeck, Armansperg und Heintz.

* **München**, den 8. Mai. Morgen hält der Ausschuß für Vorberathung der neuen Gesetzentwürfe seine Sitzung in Betreff der beiden Preßgesetze. — So unbegreiflich es lautet, so ist der Kammer doch wieder ein neuer Gesetzentwurf übersendet worden, durch welchen die „Güterzertrümmerung" verhindert werden soll. Was das Ministerium durch Vorlage neuer Gesetzentwürfe unter den obwaltenden Verhältnissen bezwecken kann, vermögen wir durchaus nicht einzusehen. — Heute fanden hier wieder viele Haussuchungen statt.

Königsberg, den 3. Mai. Außer den drei Personen, welche durch die Explosion des Pulvermagazin's ihr Leben eingebüßt, sind vier Personen durch Bein- und Armbrüche sehr erheblich beschädigt worden. Man glaubt, daß der Zeugschreiber selbst die Explosion veranlaßt habe da man ein eben abgeschossenes Pistol vorgefunden hat, welches derselbe vermuthlich in eine mit Pulver angefüllte Tonne abgeschossen hat.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 9. Mai. Mehrere Bäckergesellen, welche das Hazardspiel der Arbeit vorziehen und gestern eine bedeutende Schlägerei auf ihrer Herberge anfingen, wurden noch an demselben Tage von unserer Gendarmerie verhaftet und über die Gränze gebracht.

Berlin, den 8. Mai, Abends 8 Uhr. Vor einer Stunde ist die Kaiserin von Rußland hier eingetroffen, um sofort ihre Reise nach Potsdam weiter fortzusetzen.

Wien, den 7. Mai. Die heutige „Wiener Ztg." bringt einen Bankausweis vom 4. Mai. Baarfond: 42'494,173 fl. 21 kr. C.-M. Banknotenumlauf: 207'713,883 fl. C.-M., bei ersterem daher gegen Ende März eine Abnahme von circa 30,000 fl., bei letzterem eine Zunahme von 360,000 fl. C.-M.

— den 8. Mai. Der Kaiser von Rußland ist heute 1 Uhr Nachmittags hier eingetroffen und in der kaiserlichen Hofburg abgestiegen.

Paris, den 8. Mai. Aus fast allen Städten geht die Nachricht ein, daß einzelne Mitglieder der Gemeinderäthe ihre Demission gegeben, weil sie den Eid der Treue für die Verfassung und den Prinz-Präsidenten nicht leisten wollen. Das Gleiche wird auch bezüglich der Departementalräthe gemeldet. Die Zahl der Eidesverweigerungen ist größer, als man erwartet hatte. Die meisten der Eidesverweigerer sind Orleanisten.

Uebermorgen werden die Bank und alle öffentlichen Aemter wegen des militärischen Festes geschlossen sein.

Tunis, den 25. April. Der aus Constantinopel eingetroffene Pfortenkommissar Soliman Bey überbrachte dem Fürsten den Vicekönigstitel und mehrere Dekorationen.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Mittwoch (Zu Nro 114.) den 12. Mai 1852.

Deutschland.

* **München.** Die „Pflz. Ztg." enthielt dieser Tage wieder einen Aufsatz, in welchem sie die Verwerfung des Beamtendisciplinargesetzes durch die Linke in einer Weise begeifert, die nachträglich wenigstens eine kurze Abfertigung verdient. Es wird der Linken zum Vorwurfe gemacht: 1) daß sie, die doch sonst immer die (Burraucratie" angreife, nun eine so zärtliche Sorge um die Beamten an den Tag lege, und 2) daß sie eine geistreiche Bestrafung solcher Angestellten unmöglich mache, welche „durch einen unsittlichen Lebenswandel Aergerniß" geben. — Hierauf ist zu bemerken: zu 1. Wenn die Linke der Ansicht ist, daß die Beamten jetzt schon in einer viel zu abhängigen Stellung sich befinden, so folgt daraus denn doch wahrhaftig nicht, daß man sie noch abhängiger machen muß. — Zu 2. Es ist unwahr, daß die Linke einen unsittlichen Lebenswandel der Beamten nicht bestraft wissen will. Wer die Verhandlungen vom 19. Apr. in den stenogr. Berichten nachliest, wird sich aufs Vollständigste davon überzeugen. Insbesondere hat der Abg. Morgenstern ausdrücklich erklärt: „die Unsittlichkeit wollen wir nicht;" man lege einen dagegen gerichteten Gesetzentwurf vor, und wir werden ihm zustimmen. Der nemliche Abgeordnete hat sogar auf specielle Beispiele von Immoralität hingewiesen, die nicht ermangelten, ziemliches Aufsehen zu erregen. Gerade gegen die Richtigkeit dieser Andeutungen hat sich auch nicht eine Stimme erhoben, so frappant die Dinge befunden wurden. —

Mannheim, den 9. Mai. Die Auswanderung über hier hielt sich in der letzten Zeit durchschnittlich in der Schwebe von 150—200 Köpfe per Tag, indem seit dem 4. d. M. nahe an tausend Personen befördert wurden. Heute werden 200 Australia-Auswanderer erwartet.

Kassel, den 5. Mai. Die Auswanderung beginnt die Regierung zu beunruhigen. Ein großer Theil der Auswandernden nimmt den Weg durch Kurhessen über Carlshafen nach den Seestädten, und hat deshalb, wie die „Kasseler Ztg." mittheilt, die baierische Regierung, um den Strom dieser krankhaften Auswanderung möglichst zu hemmen, die diesseitige Regierung ersucht, auf den Inhalt der Legitimationspapiere solcher baierischer Auswanderer genau achten und letztere vorkommenden Falls sofort in ihre Heimath zurückweisen zu lassen. Es ist deshalb angeordnet worden, daß königl. baierischen Unterthanen, welche sich nicht durch förmliche Erlaubnißurkunden zur Auswanderung und einen hierauf gerichteten Reisepaß zu legitimiren im Stande sind, die Reise durch das Kurfürstenthum nach dem Einschiffungsorte nicht mehr gestattet, dieselben vielmehr ohne Rucksicht auf den etwaigen Besitz von Ueberfahrtsverträgen, Wander- und Dienstbüchern in die Heimath zurückgewiesen werden sollen. (National-Ztg.)

Berlin, den 8. Mai. Nach der „Schlesischen Zeitung" legt man der Reise des Kaisers von Rußland nach Wien als Motiv unter, zwischen Oesterreich und Preußen ein verträgliches Verhältniß wieder herzustellen. Das Ziel der Aussöhnung würde dann eine Einigung dieser drei östlichen Mächte und ein energisches einheitliches Handeln derselben in den politisch-wichtigen europäischen Fragen sein. Frankreich, Italien, und auch die Türkei kämen für Rußlands Politik hauptsächlich in Betracht; in Bezug auf Frankreich halte dieselbe eine Verständigung über gemeinsame Maßregeln für unerläßlich nothwendig.

Wien, den 6. Mai. Sicherem Vernehmen nach hat das Ministerium des Innern die mit dem 13. v. M. über die „Augsburger Postztg." verfügte Postdebitsentziehung wieder aufgehoben, dagegen gleichzeitig dieselbe über den Berliner „Kladderadatsch" für den ganzen Umfang der Monarchie verhängt.

Oesterreichische Staaten.

Aus **Pesth** schreibt man der „Fr. Postztg.": Dieser Tage ist eine Celebrität aus dem Lande gewandert, die 70jährige Mutter Kossuths. Bei der Versteigerung ihrer Effekten gab sich der Kossuth-Kultus wieder einmal auf eine recht bemerkbare Weise kund; indem jeder der Mitlicitanten ein Andenken zu haben wünschte, wurden die einzelnen Sachen um den dreißigfachen Preis ihres eigentlichen Werths in die Höhe getrieben.

Cernowic, den 1. Mai. In Folge aufgefundener staatsgefährlicher Schriften, die in der jüdischen Buchdruckereiabtheilung die Presse verließen und in der hiesigen israelitischen Buchhandlung veräußert wurden, ist bei uns eine Art Censur eingeführt worden. Ohne der Coramisirung der k. k. Brigade darf keine Zeile in Druck gelegt werden. Die k. k. Gendarmerie wurde beauftragt, durch öftere Besuche der hiesigen Druckereiabtheilungen über die Nichtübertretung dieser neuen Einführung strengstens zu wachen.

Schweiz.

Bern, den 8. Mai. Professor Karl Vogt, gewesenes Mitglied der deutschen Nationalversammlung, hat unter sehr ehrenvollen Bedingungen einen Ruf als Professor der Geologie und Paleoetologie an die Academie in Genf erhalten und angenommen. Den letzten Winter hat er, mit wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt, in Nizza zugebracht; seine Vorträge in Genf wird er noch diesen Sommer eröffnen.

Zürich, den 8. Mai. Laut dem „Volksblatt" ist der Gesellenverein „zur Eintracht" in Zürich polizeilich aufgelöst worden, und zwar „wegen Kartellverhältniß mit andern Vereinen."

Frankreich.

Paris, den 4. Mai. Der A. Z. schreibt man sehr pfiffig: Daß die Pariser für den Uebergang zum Kaiserthum schwärmen, ist begreiflich (?); denn es wird jetzt viel, sehr viel Geld verdient. Die Gold- und Juwelenhändler können nicht Arbeiter genug auftreiben, um alle Bestellungen auszuführen, die Magazins des nouveautés sind vom frühen Morgen bis in die späte Nacht mit Käufern überfüllt, Schneider und andere Kleiderkünstler, Putzmacherinnen und ihre Handwerksgenossen müssen auf den Schlaf verzichten, um für die großen Tage der nächsten Woche ihre Beiträge zu liefern. Paris befindet sich in einem Taumel der Erwartung, was da kommen werde, Der Prinz-Präsident mag noch so sehr protestiren, er mag sich noch so sehr sträuben, (?) das Kaiserthum zu verkünden — das Volk, die Armee und die Beamten, sie werden Ludwig Napoleon zum Kaiser ausrufen. Der Senat wird und kann dann nicht anders als den Gefühlen und der Kundgebung der Nation Worte leihen und dem Wunsche des Präsidenten, der nichts ohne das allgemeine

Stimmrecht in der Staatsform ändern will, nachkommen, um einen Volksbeschluß hervorzurufen. Die Pariser wollen nun ein- für alle Mal das Kaiserthum und einen Kaiser und, was die Pariser wollen, das muß geschehen, wenn man in guter Harmonie mit ihnen leben will. Diplomatische Proteste erscheinen jetzt eben so nutzlos, als wenn irgend ein Gesandter am 23. Febr. 1848 gegen den Ledru Rollin'schen Volkshaufen (?) Einsprache gethan hätte, als dieser im Namen des französischen Volks die Republik verkündete. (Gewiß sehr pfiffig! Ob es aber auch wahr ist.)

— den 7. Mai. Die Regierung setzt, ohne die Lösung des vor den Staatsrath gebrachten Conflictes abzuwarten, den Vollzug des gegen die Güter der Familie Orleans erlassenen Confiscationsdecretes fort. Es ist nun auch das Schloß Raincy in gleicher Weise, wie es bei der Beschlagnahme der Domänen Neuilly und Monceaux vorgekommen, im Namen des Staates in Besitz genommen worden.

Das Dampfboot „Pluton" ging am 4. d. von Toulon mit 312 politischen Gefangenen, unter welchen sich auch Hr. Miot, Exabgeordneter zur Nationalversammlung, befindet, nach Algerien ab.

Der Prinzpräsident hat verfügt, daß an den 3 Festtagen 6000 Plätze in den verschiedenen Theatern von Paris an Soldaten der in der Hauptstadt versammelten Truppencorps vertheilt werden sollen, und zwar 2000 jeden Abend.

Heute Morgens wurde ein historischer Wagen verkauft. Es ist dieses der Gala-Wagen, in dem der Marschall Soult bei der Krönung der Königin von England fuhr. Derselbe, der 18,000 Frs. gekostet hat, ist mit 1800 Frs. bezahlt worden. Louis Philippe kaufte damals den Wagen und machte ihn dem Marschalle, der als außerordentlicher Gesandter zur Krönung nach London ging, zum Geschenke. Der Käufer soll ein Senator sein, der, wie man versichert, ihn ebenfalls bei Gelegenheit einer Krönung benutzen will.

Spanien.

Madrid. Auch die spanische Polizei macht ganz niedliche Fortschritte. Der Generalcapitän von Katalonien hat verfügt, daß alle in Barcelona weilenden Franzosen jeder Zeit ihre Aufenthaltskarten bei sich tragen müßten, um sie, wenn dazu aufgefordert, sofort vorzeigen zu können; die Inhaber aller Gasthöfe sind zugleich angewiesen worden, keinen Fremden aufzunehmen, der nicht mit regelmäßigen Papieren versehen wäre. Jede Verletzung dieser Vorschriften soll, wenn sich ein Fremder derselben schuldig macht, mit Ausweisung und bei Logisgebern mit Geldbuße von 500 und im Wiederholungsfalle von 1000 Realen bestraft werden.

Großbritanien.

London, den 6. Mai. Die Gesellschaft, welche den Krystallpalast auf Abbruch gekauft, beabsichtigt dem Vernehmen nach, denselben in der Nähe von London wieder aufzuführen.

Noch immer werden neue Anlagen zur Vertheidigung der Küsten gemacht. Es soll nun auch bei Swansea eine Batterie errichtet werden.

London, den 7. Mai. Von gutunterrichteter Seite vernehmen wir, daß die Schlußconferenz über die dänische Thronfolgefrage morgen im Foreign-Office stattfinden wird. Es bestätigt sich, daß, mit Umgehung der Augustenburgischen Linie, die Thronfolge dem 9jährigen Prinzen von Glücksburg zuerkannt ist. Das Verhältniß Schleswigs zu Holstein und zu Dänemark soll noch nicht vollständig festgesetzt sein.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von W. F. Kolb.

[1012] **Zu verkaufen.**

Bei Unterzeichnetem steht ein gebrauchtes, sehr gut erhaltenes Clavier von 6 Octaven billig zu verkaufen. Es eignet sich dasselbe besonders für Solche, welche sich im Orgelspielen ausbilden wollen, indem es ein Pedal von 1½ Octaven hat. Ferner sind um sehr herabgesetzte Preise zu verkaufen: mehrere Decimalwaagen, eine Auswahl neue Möbles und Canapee's von bester Qualität bei

Abraham Metzger, Möbelhändler
zu Speyer Nro. 219 in der Gendarmeriestraße.

[976²] **Licitation.**

Bis Samstag, den 15. Mai 1852, Morgens 10 Uhr, zu Hochspeyer im Hause des Hrn. Bürgermeisters Diemer, wird die Versteigerung eines in der Gemeinde Hochspeyer gelegenen zweistöckigen Wohnhauses mit Oeconomiegebäuden und Gärten, zum Nachlaße des verlebten Gutsbesitzers Philipp Jacob Ritter gehörend, abgehalten. — Die Gebäulichkeiten sind sehr geräumig, neu, massiv erbaut, liegen in der Mitte des Dorfes an der Hauptstraße und eignen sich zum Betriebe eines jeden Geschäfts.

Kaiserslautern, den 20. April 1852.

Haas, Notär.

[936⁴] **Bekanntmachung.**

Das Anlehen deutscher Fürsten und Edelleute, garantirt vom Prinzen Friedrich von Preußen, Herzog von Nassau, Herzog von Meiningen, Herzog von Sachsen-Koburg u. a. m. bietet die schönen Gewinne von 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 14,000, 13,000, 12,000, 11,000 10,000, 10 à 5,000 fl. u. s. w.

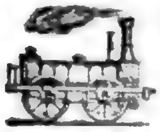
☞ **Nächste Ziehung am 15. Mai 1852.** ☜

Zu diesem äußerst vortheilhaft eingerichteten und in jeder Hinsicht empfehlenswerthen Anlehen, können Loose zu folgenden Preisen bezogen werden: Einzelne Loose à 1 fl. 30 kr., 4 Stück à 5 fl., 9 Stück à 10 fl., 20 Stück à 20 fl., 56 Stück à 50 fl., durch das unterzeichnete, mit dem Verkauf beauftragte Großhandlungshaus

Julius Stiebel junior u. Comp.
Banquiers in Frankfurt a. M.

[1010³]

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.



In Gemäßheit des §. 35 der Statuten beehrt sich der unterzeichnete Verwaltungsrath, die Inhaber der Actiencertificate, auf welche 60 pCt. eingezahlt sind, zur regelmäßigen jährlichen

Generalversammlung

auf

Donnerstag, den 27. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr,

hiermit einzuladen.

Die Präsentation und Anmeldung der Actiencertificate findet am **13., 14** und **15.**, die Empfangnahme der Eintrittskarten am **24., 25.** und **26.** des laufenden Monats im Bureaulocale der Verwaltung statt.

Auf den Eintrittskarten wird sowohl die den Anmeldenden nach §. 11 der Statuten zukommende Stimmenzahl, als auch das Local der Versammlung bezeichnet sein.

Mainz, den 1. Mai 1852.

Der Verwaltungsrath,

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag Nro. 115 den 13. Mai 1852.

Deutschland.

* **Der Zollverein.** Die Pläne Derjenigen können, wie wir glauben, als vereitelt angesehen werden, die — aus welchen Absichten wollen wir nicht untersuchen, — den Zollverein zu sprengen strebten, um bei uns einen mitteldeutschen Zwergverein an dessen Stelle zu setzen, der sich an Oesterreich anlehnen, und mit diesem — nicht einmal einen Zollverein, sondern blos einen Handelsvertrag abschließen sollte, wodurch für uns alle Nachtheile eines völligen Vereines entstanden wären, indeß man uns gerade die wichtigsten Vortheile eines solchen, die Entfernung der Mauthlinien, versagt hätte.

Preußen ist allerdings bei dem Abschluße seines Vertrages mit Hannover in einer Weise vorangegangen, welche für seine langjährigen Verbündeten in Zollsachen durchaus verletzend war. Wir anerkennen, daß es dazu durch die feindliche Haltung veranlaßt ward, welche einige dieser Zollverbündeten in rein politischen Fragen ganz ohne Veranlassung ihm gegenüber angenommen hatten. Gleich anfangs sprachen wir es aus, daß wir in dem Septembervertrage (mit Hannover) und in der Kündigung des Zollvereins nichts anders erblickten, als die Antwort auf die durch nichts zu rechtfertigende Expedition nach Kurhessen. —

Die Befürchtung, daß der Zollverein gesprengt werde, ist, wie gesagt, nunmehr wol beseitigt. Wir hoffen nemlich, dies annehmen zu dürfen, nachdem sich Minister v. d. Pfordten in Baiern dahin gebracht sah, sein Verlangen zu einer Ermächtigung, beliebig Zollverträge abzuschließen, selbst zurückzunehmen, um einer förmlichen Verwerfung dieser Anmuthung vorzubeugen, und nachdem das Ende seines Ministeriums überhaupt nahe bevorsteht. Die öffentliche Meinung, die seit drei Jahren in einen immer tieferen lethargischen Schlaf verfallen war, hat bei dieser Gelegenheit wenigstens begonnen, wieder zu erwachen. Der moralischen Macht dieser wieder erwachenden öffentlichen Meinung haben wir, und hat nicht minder auch Preußen es zu verdanken, wenn eine für beide Theile gleich verderbliche Sprengung des Zollvereins abgewendet ward.

Nunmehr ist es aber auch an Preußen, dem übrigen Deutschland, namentlich dem Süden desselben, diejenigen Forderungen nicht ferner zu verweigern, über deren Nichtgewährung dieses bisher mit Recht klagte.

Es ist solches für Preußen ein Gebot der Billigkeit und der Klugheit zugleich. Nur hiedurch kann es eine wiederkehrende Gefährdung des Vereins, wie sie eben so drohend stattgefunden, für immer abwenden; nur dadurch kann es für sich selbst die dauernde Fortsetzung eines Verhältnißes sichern, dessen Sprengung dem Wohlstande seiner eigenen Bewohner unzweifelhaft eben so schwere Wunden schlagen würde, als dem Süden Deutschlands, dessen Aufhören aber in politischer Beziehung Preußen aus der Reihe der Großmächte ausschlöße, in die es nur künstlich gekommen, und indem es sein eigenes Ansehen durch die moralische Macht eines Repräsentanten der meisten Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands verstärkte.

Der Vertrag mit dem Steuervereine (Hannover und Oldenburg) besteht nun einmal, und Süd- und Mitteldeutschland müßen bei einer Erneuerung des Zollvereins alle Nachtheile mit in den Kauf nehmen, welche sich in Folge jener Uebereinkunft Preußens mit Hannover ergeben. Die Volksstämme Süd- und Mitteldeutschlands büßen wieder für die unpassenden Projecte und die Fehler ihrer Diplomatie. Besäßen wir democratische, rein volksthümliche Einrichtungen, das Unheil wäre nicht erfolgt, weil der Wille des Volkes unbedingt maßgebend gewesen wäre, und weil in dieser Beziehung die weit überwiegende Anzahl der Einwohner aller betheiligten Landstriche weder die, für Preußen so demüthigende Expedition nach Kurhessen, noch die Experimente einer Sprengung des bestehenden Vereines unter dem Streben eines Sichhingebens an Oesterreich, zugelassen hätte.

Wie nunmehr die Dinge stehen, kommt es darauf an, die für Süd- und Mitteldeutschland nachtheiligen Bestimmungen des Septembervertrags, so weit es sich noch thun läßt, zu beschränken, und gleichzeitig diejenigen Anomalien zu beseitigen, welche in Mitte des Zollvereins, und zwar wesentlich durch Verlassung Preußens, bisher noch immer aufrecht erhalten wurden.

Vor Allem fordern wir die Herstellung eines von allen Hemmungen und allen künstlichen Erschwerungen befreiten, vollkommen unbeschränkten Verkehres inmitten des Zollvereins. Wir halten es für eine wahre Anomalie, wenn man dem Auslande gegenüber als Zollverein, als Einheit auftreten will, und selbst im Innern des eigenen Gebietes noch nicht einmal diese Einheit hergestellt hat, vielmehr im Innern des eigenen Gebietes noch Zwischenmauthen unterhält, gleichviel, ob sich dieselben auf viele oder wenige Gegenstände erstrecken, und ob man, was sie erheben, Zollgebühren, Ausgleichungssteuern, Schifffahrtsoctroi, oder wie immerhin nennt. — Wir meinen, Preußen sollte, gerade am meisten durch die jüngsten Erfahrungen, zu der Einsicht gebracht sein, wie unberechenbar wichtig und wie nachhaltig wirkend die Herstellung einer völligen und wahren Vereinigung aller betheiligten Landstriche für es selbst, und zwar am meisten in politischer Beziehung sein würde. —

Wir fordern nun vor Allem gänzliche Aufhebung aller Flußzölle für Schiffe und Waaren der Zollvereinsstaaten im ganzen Gebiete des Zollvereins. Wir müssen einer Einrichtung alle vernunftgemäße Berechtigung absprechen, durch welche — gleichzeitig, während man hunderte von Millionen zur Herstellung künstlicher Straßen (Eisenbahnen und Kanäle) aufwendet, — die Benützung der von der Natur unentgeldlich gebotenen Wege (der Flüße) künstlich erschwert wird. Wir wollen indessen bei diesem Punkte nicht länger verweilen. —

Der Zollvertrag Preußens mit Hannover schließt insbesondere die Herabsetzung folgender Tarifsätze bei der Einfuhr in sich: Franzbranntwein, von welchem bisher pr. Centner 16 Thlr. Mauthgebühr entrichtet werden mußte, hat inskünftige nur noch 8 Thlr. zu bezahlen. Die Gebühr von Kaffee wird von $6\frac{1}{2}$ auf 5 Thlr. herabgesetzt; Syrup von 4 auf 2 Thlr., Tabak von $5\frac{1}{2}$ auf 4, Thee von 11 auf 8, und Wein von 8 auf 6 Thlr. Gleichzeitig ist eine bedeutende Erhöhung der Besteuerung des inländischen Zuckers in Aussicht gestellt.

Von diesen Tarifänderungen berühren Süddeutschland besonders die, welche den Zucker, Tabak und Wein betreffen.

Was den Zucker anbelangt, so wollen wir aus dem Grunde nicht lange dabei verweilen, weil Preußen selbst weit mehr und weit bedeutendere Runkelrübenzuckerfabriken besitzt, als bei uns bestehen, und weil wir sonach erwarten, es werde sein eigenes unmittelbares Interesse ins Auge fassen. Dabei dürfen wir aber keineswegs annehmen, daß, weil die inländische Zuckerproduction bei

und bis jetzt nur einen langsamern und schwächern Aufschwung genommen hat, als in Preußen, dies immer so bleiben müße; wir hegen vielmehr die Ueberzeugung, daß dieser für die Landwirthschaft und die Industrie gleich wichtige Zweig in Süddeutschland *mindestens* ebenso sehr emporblühen kann, als in Preußen, ja noch mehr als dort.

Die Herabsetzung des Zolles auf fremden *Tabak* ist von großer Bedeutung. Die Sache betrifft ein Product, das zu unsern *wichtigsten* Erzeugnißen gehört. Gerade in den letzten Jahren hat der Tabaksbau bei uns einen Aufschwung genommen, der zu den schönsten Hoffnungen für ausgedehnte Weiterentwicklung schon in der nächsten Zukunft berechtigt. Die nun dazwischen tretende Zollminderung kann nicht anders als nachtheilig wirken. Allein dessen ungeachtet erwarten wir mit Zuversicht, daß unsere Tabaksproduction, wenn auch hiedurch gar nicht unwesentlich erschwert, dennoch entschieden weiter aufblühen wird.

Wir kommen nun an den *Wein*, unvergleichbar das wichtigste unserer bei dieser Frage in Betracht kommenden Erzeugniße. Hier handelt es sich nicht, wie bei den eben erwähnten beiden Producten, um einen in aufsteigender und rasch sich entwickelnder Blüthe befindlichen Zweig. Bekannt genug ist im Gegentheile die Noth, welche bisher schon auf den Weinbauern lastete. Dennoch ist die Zollminderung den Steuervereinestaaten nun einmal zugestanden, und es kann sich nur noch davon handeln, in welcher Weise dieses Zugeständniß für unsere Weinproducenten möglichst gemindert und unschädlich gemacht werden kann.

Zum Theil kann dies durch eine Aufhebung der Begünstigung geschehen, welche bei der Einfuhr fremder Weine im *Großen* bisher gewährt wurde. Die Weinhändler nemlich, welche ein Quantum von mindestens 25 Orhoft *) beziehen, erfreuen sich eines Nachlasses von 20 Procent des Eingangezolles, und überdies einer Zahlungsfrist, welche 5 Proc. gleich zu achten ist; sie entrichten also in Wirklichkeit 25 Proc. *weniger*, als der Zollsatz beträgt. Das Aufhören dieser Begünstigung darf billiger Weise besonders dann, wenn der verminderte Zollsatz in Wirksamkeit tritt, gefordert werden, abgesehen davon, daß darin an sich schon eine Benachtheiligung des kleinen Weinhändlers gegen den Großen, und eine frappante Ungleichheit in der Besteuerung liegt.

Hier kommen wir nun aber weiter an ein Verhältniß, welches seit Jahren den Gegenstand der gerechtesten Klagen gegen Preußen bildete; wir meinen die s. g. *Ausgleichungssteuer*. Dieselbe erstreckt sich auf verschiedene Gegenstände, wir wollen uns aber darauf beschränken, das Verhältniß in Beziehung auf den *Wein* zu beleuchten.

Preußen erhebt bei seinen inländischen Weinproducenten, außer der Grund-, noch eine s. g. *Moststeuer*. Da diese bei uns nicht besteht, so erlangte es das Zugeständniß, daß von unsern nach Preußen eingeführten Weinen eine s. g. „Ausgleichungsabgabe" an seine Staatscasse entrichtet werden muß.

Wir wollen nicht untersuchen, inwieferne nicht andere in Baiern auf den Weinproducenten ruhende Lasten die angebliche Differenz von vorn herein ausgleichen, z. B. die Einkommensteuer, dann in Unterfranken die Zehntabgaben u. s. f. Unbestreitbar aber sind gewiß folgende Momente:

1) Preußen erhebt die s. g. „Ausgleichungsabgabe" von unsern Weinen selbst in denjenigen Jahren, in welchen es seinen eigenen Staatsangehörigen die Moststeuer theilweise oder selbst ganz *erläßt*, wie diese denn überhaupt in den meisten Jahren, also in der *Regel nicht* zur Erhebung kommt, und nur in den wenigern Jahren, also blos *ausnahmsweise* eingefordert wird. Es fordert eine „*Ausgleichungsabgabe*" also auch dann, wenn von vorn herein auch gar nichts auszugleichen ist. Wir haben dies früher schon im Einzelnen nachgewiesen.

*) Die Orhoft hat 228 Liter.

2) Diese „Ausgleichungsabgabe" beträgt unter allen Verhältnißen *weit mehr*, als die Moststeuer ausmachte, wenn sie nach den in Preußen geltenden Normen wirklich auch bei uns erhoben würde.

Zum Behufe der Moststeuererhebung hat man die Weinberge in Preußen in 6 Classen getheilt. In der Rheinprovinz kommen auf die

1.	Classe	284	Morgen,	mit	35	Sgr.	Steuer	per	Eimer
2.	„	2,337	„	„	25	„	„	„	„
3.	„	10,529	„	„	17½	„	„	„	„
4.	„	14,598	„	„	12½	„	„	„	„
5.	„	12,200	„	„	10	„	„	„	„
6.	„	9,021	„	„	7½	„	„	„	„

In den übrigen Provinzen Preußens befinden sich 13,342 Morgen, die sämmtlich in die 4., 5. und 6. Classe eingetheilt sind.

Das gesammte Weinbergsareal in ganz Preußen beträgt also 62,311 Morgen, wovon nur 284 in die erste Classe gehören. Es ist somit augenscheinlich, daß diese erste Classe, ja selbst die zweite, beinahe blos eine Fiction ist, und im wirklichen Erträgniße fast gar nichts ausgibt. Selbst in dem vorzüglichen Weinjahre von 1842, in welchem die Moststeuer ausnahmsweise vollständig erhoben wurde, und im Ganzen eine Einnahme von 202,684 Thlr. gewährte, kam davon auf die 1. Classe blos die verschwindend kleine Summe von 1265 Thlr. (auf die 2. Classe 12,035 Thlr.)

Nun werden aber von *allen* unsern nach Preußen versendeten Weinen per Centr. ⅔ Thlr. als „Ausgleichungsabgabe" erhoben. Eine Berechnung zeigt, daß dies von jedem preuß. Eimer 4 Silbergr. *mehr* ausmacht, als die Moststeuer in der (beinahe nur als Fiction bestehenden) *höchsten* Classe in Preußen beträgt. —

Diese Thatsache ist so evident, daß wir uns jedenfalls darauf beschränken können, (fast zum Ueberfluße,) nur noch eine Stelle aus der bekannten, auf den amtlichen Documenten beruhenden „statistischen Uebersicht" des Preußischen Oberregierungsraths *Dieterici* hier anzuführen. Seite 204, Ausgabe von 1838 heißt es wörtlich:

„Vom Jahre 1834 an traten die Weine Baierns, „vom Jahre 1836 an die Weine Nassaus in Concurrenz „mit den preußischen Weinen. Es war zu *besorgen*, „daß diese bessern Weine den Absatz und Verzehr preußi„scher Weine *vermindern* würden, *weßhalb* eine „Ausgleichungssteuer für alle solche vereinsländischen „Weine bei dem Uebergange in das Preußische bestimmt „wurde. Diese Ausgleichungssteuer betrug nach den letz„ten Bestimmungen der Weine aus Baiern, Württemberg, „Großherz. Hessen, Nassau und Frankfurt ⅔ Rthlr. für „den Centner, *also noch etwas* **mehr** *als der* „**höchste Satz** *der Weinsteuer* im preuß. Staate, „welche für die 1. Classe für den Eimer 1 Rthlr. 5 Sgr. „ausmacht. Dies war der *Schutz*, der dem inländischen „Weinproducenten gewährt wurde."

Wir wollen hiebei nur noch in Kürze erwähnen, daß Preußen einem jeden einzelnen seiner Weinproducenten 10 Eimer Wein ganz steuerfrei läßt; ferner, daß die s. g. „Ausgleichungsabgabe" auch von solchen Vereinsstaaten erhoben wird, welche jedes eigenen Weinbaues entbehren, wie Thüringen, wo also doch wahrlich von einer nothwendigen „Ausgleichung" im Ernste gar nicht geredet werden kann. Wir glauben genügend gezeigt zu haben, wie Recht und Billigkeit eine Beseitigung des obwaltenden auffallenden Mißverhältnißes um so mehr erheischen, als dasselbe nach der Herabsetzung des Eingangszolles auf fremde Weine drückender für uns würde. Wir glauben dabei nicht einmal nöthig zu haben, ein besonderes Gewicht darauf zu legen, daß die höhern politischen Rücksichten Preußen auffordern sollten, einen wahren und *vollständigen* Zollverein herzustellen, wobei kleinliche Momente einzelner Bevortheilungen schon aus Klugheit beseitigt werden müßen. —

* **München,** den 9. Mai. Die Streitigkeiten zwischen den Regierungen und der höhern Geistlichkeit werden im-

mer allgemeiner und stärker. Das in Baden erlassene amtliche Ausschreiben wegen des Trauergottesdienstes für den verstorbenen Großherzog in der vom jetzigen Regenten angeordneten, dem Herkommen entsprechenden Weise, zeigt klar, wie weit man mit der sogenannten Einigkeit zwischen Staat und Kirche und dem wechselseitigen Stützen durch dieselbe kommt, und kommen kann. Aus Kurhessen hört man von einer Protestation des Bischofs von Fulda gegen die neue Verfassung — nicht aus den Gründen, deren Rechtlichkeit so nahe liegt, sondern weil den Anforderungen des Episcopats nicht Genüge geschehen. — Hier vernimmt man, daß der Episcopat neue Schritte theils gethan habe, theils beabsichtige, um mehr zu erlangen, als ihm durch die neuliche Entscheidung zugestanden worden. Ein persönlicher Schritt zu diesem Behufe soll, wie wenigstens im Publikum erzählt wird, dieser Tage scharf zurückgewiesen worden sein.

* Fürst Wallerstein hat in der Zollfrage eine neue Interpellation an das Ministerium gerichtet.

Hr. Heine hat aus Veranlassung des neulichen Kammerbeschlusses, wonach er wegen „Beförderung" sich einer Neuwahl zu unterwerfen habe, ein Schreiben an die Kammer gerichtet, in welchem er die factischen Verhältniße auseinandersetzt, und am Schluße sagt: „Wenn die Kammer in der Ernennung eines Justizbeamten zu einem nach Rang, Gehalt, pragmatischen Rechten höheren Posten eine Beförderung nicht sieht, und in der Uebertragung von Spitälern an einen Arzt und Amtsarzt Beförderung oder was immer erkennt, so handelt sie als Jury in ihrem Rechte. Dieses Juryrecht ist in der politischen Competenz einer Körperschaft ein so köstliches Recht, daß der Einzelne, welcher sich von gelegentlichen Aussprüchen derselben etwas bedrückt halten möchte, seiner Subjectivität über dem Vortheile des ständischen, ungehemten Urtheils vergessen muß. Wenn ich mich aber dem Ausspruche der hohen Kammer in dieser Beziehung ohne Bitterkeit unterziehe, so wird sie mir auch erlauben, als ihr Einzelmitglied ihr gegenüber das Einzelrecht, so weit es die innerste Persönlichkeit betrifft, geltend zu machen. — Ich erkläre auf dieses gestützt wiederholt: „daß ich mich einer Neuwahl nicht un„terziehen werde, weil es meinen politischen Ansichten, „Gefühlen und meinem Geschmacke gleichmäßig wider„streitet, in ein und derselben Kammer, einmal als beför„dert von ihr erachtet, einen neuen Platz ein- oder an„zunehmen." — Von diesem meinen Willen habe ich bereits vor mehreren Tagen meine Wähler aus Civil- und Militär in Kenntniß gesetzt, um ihnen ihr Vertrauensgut, während meiner bisherigen Kammerthätigkeit auch nicht durch den leisesten Hauch einer Rücksicht auf meine Person getrübt, zurückzugeben."

* Die Lehre vom „passiven Widerstande" findet eben hier in einer Weise Anwendung, die ich — namentlich in diesem Falle und in dieser Stadt — nicht für möglich gehalten hätte. Der Preis des Sommerbiers stellt sich in Folge der hohen Gerstenpreise, ungemein hoch. Derselbe trat mit dem 1. ds. nach der amtlichen Taxe ins Leben. Sonst hörte man in solchen Fällen fast immer von Unordnungen. Auch jetzt ziehen fort und fort Patrouillen umher. Aber kein Mensch stört die Ruhe. Dagegen haben sich förmliche Verbindungen gebildet, so lange das Bier so theuer, auch nicht einen Tropfen desselben zu trinken. Ganze Werkstätten und Fabriken, Hunderte von Arbeitern, haben sich geradezu verpflichtet, eine Strafe zu bezahlen, wenn sie gegen diese Uebereinkunft handeln. So enthalten sich Tausende des Biertrinkens. Die Bräuer beginnen ernstlich zu befürchten, daß ihre Vorräthe verderben könnten.

München, den 8. Mai. Auf heutiger Schranne sind die Getreidepreise wieder bedeutend gestiegen: Weizen um 51 kr., Korn 1 fl. 44 kr., Gerste um 13 kr., Haber um 20 kr. per Scheffel. Die neue Zufuhr war auffallend gering, 5248 Scheffel. (Auch in Nürnberg haben die Getreidepreise am 8. ds. etwas angezogen durch die schwache Zufuhr zum Markte.)

Nürnberg, den 8. Mai. Dem Redacteur und Eigenthümer des „Nürnberger Kuriers," Dr. E. Feust, wurde heute eine Entschließung des Staatsministeriums des Innern vom 2. d. publicirt, durch welche die Ausweisung desselben bestätigt wird. Diese Entschließung ist folgenden Inhalts: Die Beschwerde des fraglichen Redacteurs wegen dessen Ausweisung sei als begründet nicht befunden worden, indem die Competenz des k. Stadtcommissariats Nürnberg zu dieser Maßregel außer allem Zweifel stehe und zu der Ausweisung des Beschwerdeführers durch dessen persönliches Auftreten in den Vorjahren, sowie durch sein gesammtes Verhalten und seine offen kund gegebene politische Richtung im Interesse der öffentlichen Ordnung hinreichender Anlaß gegeben sei. — Der Redacteur des Nürnberger Kuriers hat nunmehr binnen 8 Tagen Stadt und Policeibezirk Nürnberg zu vermeiden. (N. K.)

Wien, den 6. Mai. (Bei der zu Ehren des russischen Kaisers für den 10. angeordneten großen Heerschau werden 22 Bataillone Infanterie, 4 Regimenter Cavallerie (2 Uhlanen- und 2 Cürassierregimenter) und 12 Batterien Artillerie, nebst verschiedenen Abtheilungen des Genie-, Sappeur- und Sanitätscorps — zusammen 30,000 Mann — ausrücken.

Frankreich.

Paris, den 8. Mai. Der „Moniteur" publicirt das Münzgesetz, den ersten seit der Verfassung vom 15. Jan. in aller Form erlassenen legislativen Act. — Durch ein Decret ist auch die Centralverwaltung des Unterrichtsministeriums organisirt worden.

Wie man versichert, hat die Regierung die Absicht, ihre Truppen aus Rom zurückzuziehen. Sie soll die römische Regierung ermächtigt haben, Anwerbungen in Frankreich zu machen. Der General Kalbermatten und der Hauptmann Dupasquier sind mit den Werbungen beauftragt. In Mantua soll das Hauptdepot sein.

Durch ein Decret des Ministers des öffentlichen Unterrichts, vom gestrigen Datum, sind die Herren Villemain und Cousin zu Ehrenprofessoren der Pariser Universität ernannt worden.

Es ist nunmehr das officielle Programm für die Ceremonie der Vertheilung der Adlerfahnen am 10. Mai erschienen. Es enthält vornehmlich Angaben über die Aufstellung der verschiedenen Truppentheile des Heeres von Paris, sowie der Deputationen, welchen die Adlerfahnen übergeben werden. Der Prinz-Präsident wird sich Punkt 12 Uhr, von der Jenabrücke her, auf dem Marsfelde einfinden; 21 Kanonenschüsse verkünden seine Ankunft. Nachdem er im Galopp der Fronte der verschiedenen Corps entlang geritten, begibt er sich quer über das Marsfeld nach der für ihn errichteten Estrade, wo die Adlerfahnen aufgestellt sind. Der Prinz-Präsident überreicht den Deputationen der Regimenter die Fahnen, die dann nach einer Anrede L. Napoleons an sämmtliche Deputationen von diesen nach dem Altar in der Mitte des Marsfeldes gebracht werden. Ein Kanonenschuß verkündet hierauf den Anfang der Messe, die von dem Erzbischof von Paris celebrirt wird, ein zweiter Kanonenschuß die Aufhebung der Hostie, worauf die Trommeln wirbeln, die Trompeten schmettern und die Truppen präsentiren. Nach Beendigung der Messe segnet der Erzbischof die Fahnen ein, unter dem Wirbeln der Trommeln, dem Geschmetter der Trompeten und dem Abfeuern von 100 Kanonenschüssen. Der Erzbischof wird nach Einsegnung der Fahnen an die Fähnriche, welche dieselben knieend empfangen, folgende Worte richten: „So empfanget denn diese durch den Segen des Himmels geweihten Fahnen! Mögen sie der Schrecken der Feinde des christlichen Volkes sein und Gott, zur Ehre seines Namens und Ruhmes, Euch die Gnade schenken, mit ihnen unversehrt und sicher in die Schaaren der Feinde einzudringen." Sodann defiliren die Truppen vor dem Prinz-Präsidenten vorüber.

Es wird heute allgemein versichert, das Heer werde entweder schon bei der Revue am 10. oder bei dem großen Feuerwerke am 12. den Ruf „Es lebe der Kaiser" erheben.

In den Faubourgs sind einige bekannte Democraten und in einem Hotel des Börsenplatzes einige Engländer verhaftet worden. — Fortan wird die neapolitanische Regierung keinem aus Frankreich ausgewiesenen Franzosen den Aufenthalt in ihrem Lande gestatten.

Spanien.

Madrid, den 27. April. Durch ein heute im amtlichen Blatt erschienenes Decret der Königin ist eine mit einer Besoldung von 24,000 Realen und 6000 Realen Bureaukosten verbundene Censorstelle creirt worden, deren specieller Prüfung alle in ganz Spanien erscheinenden Romane, Feuilletons und die Kolonien betreffende Artikel unterbreitet werden müssen. Die Provinzialblätter müssen die Feuilletons, die sie abdrucken wollen, zuvor im Manuscript einschicken.

Italien.

Rom, den 1. Mai. Mehrere Einfuhrzölle sind mit Finanzministerial-Erlaß erhöht worden.

Türkei.

Agram, den 4. Mai. Soeben ist hier die vollkommen verbürgte Nachricht von der Abberufung Omer Pascha's eingelaufen. Er erhielt die Weisung Bosnien zu verlassen, und ging am 28. v. M. über Monastir und Salonich nach Konstantinopel ab. Wessier, Veleddin Pascha, ein im Ganzen gewogener Mann, übernahm das militärische Commando. Die Gefangenen in Sarajewo sind bis auf 3 von Omer Pascha sämmtlich entlassen worden.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 24. April. General Flores ist aus einem Hafen der Union mit mehreren Schiffen, die etwa 400 Mann an Bord haben, welche er in den Vereinigten-Staaten geworben, nach seinem Heimathlande, der Aquator-Republik, abgegangen, um die dort bestehende Regierung zu stürzen. General Flores wird von Chili, Venezuela und Peru unterstützt und kämpft, so heißt es, für die Sache der Ordnung.

Neueste Nachrichten.

Kassel, den 10. Mai. In Marburg, in Hünfeld und in Fritzlar sind die Bürgermeister Ruth, Noll und Hocke in die nächste Abgeordnetenkammer gewählt. Es gibt wol diesmal eine kurhessische Bürgermeisterversammlung. (Fr. J.)

Leipzig, den 8. Mai. Dieser Tage ist einer unserer Meßsänger ausgewiesen worden, ein gewisser Herr Franz mit Familie, der es sich hatte beikommen lassen, Lieder mit politischen Anspielungen vorzutragen. (F. J.)

Aus Thüringen, den 9. Mai. Vor einigen Tagen hat in Eisenach eine Versammlung von Policeibeamten stattgefunden.

Paris, den 9. Mai. Sechszehn alte Militärs der Republik und des Kaiserreichs haben lebenslängliche Pensionen empfangen. — Die Zahl der Truppen, welche morgen der Revue beiwohnen werden, beträgt 80,000 Mann, (worunter 65 Schwadronen Reiterei) mit 100 Kanonen. Die Besatzungen von Paris, Versailles, Meaux, Melun, Vendome und Chartres werden auf dem Marsfelde vereinigt sein.

Die letzthin in vier Café's der Boulevards verhafteten Personen sind mit Ausnahme von zwei oder drei wieder in Freiheit gesetzt worden. Gegen die noch Verhafteten scheint ebenfalls nichts vorzuliegen; man hat sie, wie es heißt, noch nicht in Freiheit gesetzt, weil man sie für Flüchtlinge hält. In den letzten Tagen sind wieder mehrere Deutsche und Italiener aus Paris ausgewiesen worden.

Die Zahl der Fremden, die sich in Paris zu den Feierlichkeiten eingefunden, ist so groß, daß alle Hotels besetzt sind und die noch Ankommenden überall abgewiesen werden. Viele derselben haben in der Umgegend von Paris ein Unterkommen suchen müssen. Die Zahl der ausländischen Officiere, die der Revue beiwohnen werden, ist sehr beträchtlich. Man schätzt die Zahl der im Ganzen in Paris angekommenen Fremden und Personen aus der Provinz auf 170,000 bis 200,000.

Paris, den 10. Mai. Die heutige Revue so wie die Ceremonie waren überaus prachtvoll und hatten einen ruhigen Verlauf. Der Prinz-Präsident traf um 12 Uhr auf dem Marsfelde ein und vertheilte die Adler an die verschiedenen Regimenter. Am Schlusse seiner Rede äußerte er: „Die Adler des Kaisers mußten wiederkommen, da Frankreich wieder frei ist. Nehmet diese Adler wieder, nicht als eine Drohung gegen das Ausland, sondern als ein Symbol unserer Unabhängigkeit." Die Acclamationen, welche diese Worte hervorriefen, waren ungeheuer. — Der heutige „Moniteur" enthält eine Menge Ernennungen von Präfecten, Unter-Präfecten, Generalen und Offizieren; sie nehmen 34 Spalten des offiziellen Blattes ein. (Köln. Ztg.)

London, den 10. Mai. Am vorgestrigen Tage unterzeichneten auf dem auswärtigen Amte die Vertreter der Mächte, welche an dem früheren londoner Protocoll in Betreff Dänemarks betheiligt waren, den Vertrag, welcher die dänische Erbfolge dem Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Glücksburg und dessen männlichen Erben von seiner jetzigen Gemahlin zusichert. Der Vertreter Preußens fügte der Unterschrift die Bemerkung bei, daß auch die Anerkennung der Integrität der dänischen Monarchie, welche durch die Mächte nicht garantirt, wünschenswerth sei.

Turin. Der Gemeinderath hat dem Sergeanten Sacchi, welcher am 26. April das große Pulvermagazin vor der Explosion rettete, das Bürgerrecht, ein Jahrgehalt von 1200 Frcs. und verschiedene ehrenvolle Auszeichnungen verliehen.

Rußland. Auf der Weichsel sind bei der Festung Nowogeorgiewsk (Modlin) und bei der Alexander-Citadelle (Warschau) zwei neue in strategischer Beziehung wichtige Brücken geschlagen worden.

Miscellen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Die Reise des russischen Kaisers durch Deutschland dürfte eigentlich hauptsächlich mit merkantilischen Zwecken verknüpft sein, da Se. Majestät besonders die Niederlagen der deutschen Kleinstaaten zu besichtigen gedenken möchten.

Wir glauben, daß die Nachricht: „Napoleon habe einen Widerwillen nicht bloß gegen das Pianoforte, sondern gegen jedes Instrument," ungenau ist.

Er liebt, wie wir aus der Beamtenwirthschaft sehen, die todten Instrumente mit Ausnahme derer, welche ihm bei der allgemeinen Verstimmung gefährlich werden können.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[1013] **Weinversteigerung.**

Den 26. Mai nächsthin, Morgens 9 Uhr, zu Maikammer, lassen die Erben der daselbst verlebten Wittwe von Daniel Reinig, nachstehende reingehaltene, aus den Gemarkungen Maikammer-Alsterweiler gezogene Weine öffentlich versteigern:

4500 Liter 1846er Rulander, 1500 Liter ditto Traminer, 1200 Liter ditto ordinärer, 7000 Liter 1848er ordinärer, 4500 1849er Traminer, 3600 Liter 1849er ordinärer, 5400 Liter 1850er Traminer, 10,000 Liter 1850er ordinärer, 8500 Liter 1851er ordinärer, 1500 Liter 1851er Traminer, und hierauf die in Eisen gebundenen Fässer verschiedenen Inhaltes.

Venningen, den 10. Mai 1852.

Schauberg, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 116 | den 14. Mai 1852.

Deutschland.

* **München**, den 10. Mai. (125. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Das Austrittsgesuch Heines wird von der Kammer genehmigt. — Pfr. Schmid von Traunstein erhält den erbetenen Urlaub. — Der Gesetzentwurf, durch welchen die Aburtheilung politischer Verbrechen den Geschworenen entzogen werden soll, wird zur Vorberathung an den neulich gewählten besondern Ausschuß verwiesen. — Hierauf verliest Fürst Wallerstein eine Interpellation in Betreff der Zollverhältniße (siehe unten.) — Minister v. d. Pfordten antwortet, die Fragen bezögen sich auf eine Thätigkeit der Regierung, für welche die Verfassung die nöthige Vorschrift ertheile; darnach werde sich die Regierung richten.

Ausschußanzeige über die Erledigung der Vorberathung des Gesetzentwurfs wegen Ermächtigung der Regierung, Ausschüße auch nach dem Schluße der Kammer versammelt zu behalten, jedoch ohne gesetzgebende Gewalt.

Berathung des Gesetzentwurfs „die Abänderungen einiger Bestimmungen der in der Pfalz bestehenden Gesetze über die Einregistrirung, den Stempel und das Notariat betr." — Referent Roos empfiehlt Annahme. Der Gesetzentwurf wird ohne Discussion von 113 Anwesenden einstimmig angenommen. — Weis beantragt Beisatz des Wunsches, daß die Regierung die Bestimmung der Verordnung vom 7. Sept. 1820 aufheben möge, und daß den Notären gestattet werde, in dem ganzen Bezirksgerichtssprengel zu instrumentiren. — Ministerialcommissär Molitor. Die Sache habe ihre Bedenken; die Regierung werde den Gegenstand prüfen. — Boye unterstützt den Antrag und widerlegt Molitors Bedenken. — Der Antrag wird angenommen.

Berathung des Rebenack'schen Antrags, „die Aufhebung des Art. 20 des Gesetzes vom 28. Pluviose VIII. bezüglich der Gemeinderäthe betr." (Wir geben heute nur einen vorläufigen, kurzen Bericht, indem wir uns eine ausführlichere Mittheilung vorbehalten.)

Referent Römmich entwickelt, daß die Regierung das Recht habe, die Gemeinderathemitglieder zu suspendiren, was ein Disciplinarrecht sei; nur wenn man eine neue Gemeindeordnung einführe, könne der betr. Art. des Pluviosegesetzes aufgehoben werden; daher sei jetzt die einfache Aufhebung des Regierungsrechts nicht rathsam. Referent habe im Ausschuße den Wunsch angeregt, daß ein neues Gemeindegesetz erlassen werden möge; da aber die Zahl der Wünsche so groß sei, so habe der Ausschuß nicht geglaubt, hierauf eingehen zu sollen.

Rebenack rechtfertigt seinen Antrag in gründlicher Erörterung. Er beleuchtet die gesetzlichen Bestimmungen, wie sie bestehen und zeigt die Nothwendigkeit, auf dem Wege der Gesetzgebung einem maßlosen Mißstande abzuhelfen.

Wallerstein weist nach, daß der Art. 20 des Pluviosegesetzes allerdings gesetzlich längst aufgehoben ist; fragt: wie kann ein Wahlkörper bestehen, wenn die Verwaltung die Gewählten beliebig absetzen darf? Der Redner habe als Minister das Gesetz von 1837 eingebracht, und könne also über dessen Sinn Aufschluß geben. Damals habe sich die Regierung nicht einfallen lassen, die Gemeinderäthe beliebig abzusetzen. Wie man aber die Sache bezüglich der Vergangenheit ansehe, so handle es sich jetzt darum, ob der enorme Mißstand auch für die Zukunft fortbestehen soll. Lobt die Wärme des Antragstellers, obwol er seit Einreichung des Antrags aus dem betr. Kreise versetzt worden sei, gegenüber der Stellung des Referenten, welcher seit dem Landtage zum Verwalter von ½ des nemlichen Regierungsbezirks ernannt worden.

v. Link behauptet, der Antragsteller habe seine, des Redners Entwicklung bezüglich der früher vorgelegenen Beschwerde vielfach irrthümlich aufgefaßt. Er habe die „politische Seite" des Verfahrens der Pfalzregierung nicht gebilligt. —

Kolb beleuchtet in umfassender Weise den Gegenstand, widerlegt die vorgebrachten Gründe, und weist auf die principielle Wichtigkeit der Frage. (Wir werden auf dieses Votum zurückkommen.)

Boye hebt die Garantien hervor, welche gerade die frühere franz. Gesetzgebung gegen willkürliche Suspensionen gewährte, während man jetzt alle Garantien bei Seite werfe.

Lang, für den Ausschußantrag; das Pluviosegesetz sei nicht aufgehoben; der Antrag sei nicht anzunehmen, weil man dann gar keine andere Garantie gegen den Eintrit ungeeigneter Leute in die Gemeinderäthe habe, als blos die einer gerichtlichen Verurtheilung wegen Verbrechen oder gewisser Vergehen.

Minist.-Commissär Schubert vertheidigt die Ansprüche der Regierung; nicht aus Mißlieben des Regierungspräsidenten gegen einzelne Mitglieder der Gemeinderäthe habe dieser abgesetzt, sondern auf bestimmte Thatsachen hin. Man könne verschiedener Ansicht über die Zweckmäßigkeit des jetzigen Zustandes sein, allein das könne die Regierung nicht zugeben, daß gar Nichts an die Stelle des jetzigen Verhältnißes gesetzt werde.

Rebenack widerlegt nochmals die vorgebrachten Gründe gegen den Antrag. Erwähnt, was denn Diejenigen gethan haben, welche abgesetzt wurden: sie haben einen Freund besucht, der sich im Unglücke befand; wer sich eines Freundes im Unglücke schämt, „den würde ich absetzen" (Bravo links.)

Referent Römmich, vertheidigt den Ausschußantrag.

Bei der Abstimmung wird der letzte mit 55 gegen 48 Stimmen angenommen, womit der Antrag Rebenacks verworfen ist. Von Pfälzern stimmten mit der Majorität: Römmich, Lang, Roos, Prinz und Jäger; dagegen; die Mitglieder der Linken, sodann Rebenack, Jordan, Benzino und Weis.

* Dem Vernehmen nach sollen die neulichen Gesetzvorlagen über Presse, Schwurgerichte und Diäten der Abgeordneten, am nächsten Samstag zur Berathung kommen.

* Interpellation an das Gesammtstaatsministerium. Als das erste Nationalparlament Deutschlands mittelst Waffengewalt auseinander gesprengt und der den Rheinbundszeiten entsprossene regiminale Collectivabsolutism in voller, ja verstärkter Blüthe wiedergekehrt war, da gaben sich sogar Viele der minder Vertrauenden der Erwartung hin, es werde mindestens den materiellen Interessen breite Rechnung getragen werden. Sie glaubten, an das Anbahnen großartigen commerciellen Aufschwunges, sie meinten, man könne jedenfalls nicht umhin, dem Gesammtvolke in der Einheit des Wohlstandes, in der erweiterten Freiheit des Verkehrs eine Art von Entgelt für die erneute politische Zerrissenheit sowie für die entschwundene politische Freiheit zu bieten.

Auch diese Hoffnung blieb unerfüllt. Ja es scheint selbst in dieser Beziehung der Rückschritt sich anzubahnen.

Während bei stets wachsendem Staatsaufwande die Wohlhabenheit und rückwirkend die Steuerkraft der Einzelländer in unverkennbarem Sinken begriffen sind; wäh-

rend officielle Aufrufe aus allen Theilen Deutschlands Bilder des Elends entrollen, deren Möglichkeit unseren Vätern nur aus Reisebeschreibungen glaubhaft geworden, während das Auswandern bereits die Mittelclassen, also das Capital, ergreift, und Symptome der ernstesten Art Centraleuropa eine Aera wachsender Entvölkerung und Beengung in Aussicht stellen, stirbt die deutsche Flotte, diese Frucht freiwilliger Gaben, diese erste Bedingung handelspolitischer Bedeutsamkeit, Dank dem Widerwillen der süddeutschen Staaten gegen verhältnißmäßige Opfer für maritime Gesammtzwecke; und zur Stunde sehen wir bereits dieselben Staaten den unglücklichen Gedanken einer dritten Zollgruppe, also einer vermehrten Spaltung Deutschlands bis hinein an das commercielle Bereich proclamiren.

Erblickte ich keine Pflicht zum Reden, so würde ich sicherlich schweigen. Deutschlands Geschicke erfüllen sich. Seine Zustände verfolgen unaufhaltsam den nun einmal allerseits heraufbeschworenen Gang, und ist, wie ich noch immer fest vertraue, den biedern germanischen Stämmen eine große Collectivzukunft vorbehalten, vermögen sie sich zu kräftigen, vermögen sie neben der partikularistischen auch eine politisch-practische Gesammtanschauung zu erringen troß der mächtigen Gegenbestrebungen von Innen und der vereinten Abwehr ab Seite des peripherischen Europa's, klärt namentlich eine gnädige Vorsehung die Regierungen der Mittelstaaten auf über die einzige gesunde, haltbare Gewähr ihres bleibenden Fortbestandes und ihrer dauernden Bedeutsamkeit, so führt denn doch, wie die Dinge sich nun einmal gestaltet haben, der Weg dahin, durch eine lange Reihenfolge schmerzlicher Enttäuschungen und bitterer Erfahrungen.

Aber Schweigen däucht mir für mich, däucht mir für die Kammer eine reine Unmöglichkeit.

Als ich am 3. April d. Js. interpellationsweise nach den Absichten bezüglich der Zollangelegenheiten und nach den Bürgschaften rechtzeitiger Befragung der Kammern mich erkundigte, antwortete mir der Hr. Ministerpräsident 12 Tage später, meine Frage finde ihre Erledigung in den von ihm soeben überreichten Zollpostulaten. Die erwähnten Postulate langten in der That an dem Tage dieser Erwiederung ein. Sie verlangten eine Art unbedingter Vollmacht unter bloßem Vorbehalte offenbar nachträglicher Vorlage des Ergebnißes an die Kammern Behufs deren Zustimmung. Sie waren begleitet von einer Hinweisung auf „die von Seite der k. k. österreichischen „Regierung gemachten Vorschläge zu einer allgemeinen „deutsch-österreichischen Zoll- und Handelseinigung" und sollten gewilligt werden als ein Act „jenes Vertrauens „der Kammern, durch welches ein erfolgreiches Wirken „der k. Staatsregierung nach den" in den Motiven „angedeuteten Gesichtspuncten bedingt sei."

Bald nachher wurden jedoch, und zwar, wie halbamtliche Blätter zu verstehen gegeben, in Folge einer beispiellosen Indiscretion die Darmstädter Uebereinkünfte bekannt, und beinahe gleichzeitig mit diesem Bekanntwerden zog das Ministerium plötzlich seine Postulate mit dem Wunsche zurück, es möge denselben ab Seite des ohne Zweifel mit der Vorberathung betrauten Ausschußes keine weitere Folge gegeben werden.

Unter diesen Umständen, und nachdem einerseits der nahe Schluß des bayer. Landtages amtlich angekündet, andererseits die Zollfrage vermöge der oben angedeuteten Vorgänge auf einen Punct gediehen ist, wo Nicht-Reden nur zu leicht als stillschweigende Beistimmung angesehen werden könnte, scheint mir ein Aufgreifen des Gegenstandes unerläßlich.

Es gilt die Zukunft Deutschlands; es gilt ganz speciell die commercielle und finanzielle Zukunft Bayerns. Niemand erwartet von mir Widerstand gegen engere Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich. Glaubte ich bekanntermaßen 1833 meine ministerielle Zustimmung zu dem Zollvereinsvertrage von dem auch wirklich erzielten Offenhalten des österreichisch-bayerischen Handelsvertrages abhängig machen zu müßen, wagte ich im Frühjahre 1849 jene Ueberzeugung auszusprechen, welche meine Schrift „die deutsch-„österreichische Frage aus dem Standpuncte der interna-„tionalen Politik und der allgemeinen Weltlage" zu entnehmen gibt, so muß mir auch heute die Idee eines handelspolitisch einheitlichen Central-Europa's als höchstes Strebeziel gelten.

In derartigen Dingen entscheidet jedoch nicht der blose Wunsch. Das politische Gebiet ist ein gewaltig prosaisches, positives. Errungene Güter ob in Aussicht gestellter aufgeben, heißt hier auf Wolken einherschreiten, oder sprüchwörtlich geredet, sich dem Niedersitzen zwischen zwei Stühle aussetzen. Und bei mäßiger Größe den Zwiespalt zweier Großen schlichten wollen, erzeugt die Gefahr, nach geschlichtetem Zwiespalte Dank von keiner Seite zu erndten.

Dem an diesen Wahrheiten Zweifelnden möge das Beispiel der bekannten Münchener Aufstellung vorschweben, deren Ratification ab Seite Oesterreichs beiden Häusern des bayer. Parlaments als die endliche Verwirklichung aller vernünftigen Hoffnungen von 1848, ja als der Eckstein eines quasi-constitutionellen deutschen Bundes verkündet wurde, aus welcher inzwischen Nichts hervorging, als das in directem Widerspruch mit der Bundes- und Schlußacte erfolgte Einschreiten gegen eine zu Recht bestehende Landesverfassung, ehe die treffende Landesregierung auch nur ihre landesverfassungsmäßigen Mittel erschöpft hatte; der Bregenzer Sonderbund, die militärischen Demonstrationen Deutscher gegen Deutsche und zuletzt der unbedingt repristimirte alte Bundestag.

Ich glühe für ein commercielles Deutschland mit Oesterreich; ich freue mich eines commerciellen Deutschlands mit dem Steuervereine. Aber ich warne, so laut ich warnen kann, gegen das beinahe freudige Vernichten des bestehenden, in Sitte und Gewohnheit übergegangenen alten Zollvereins zu Gunsten unbestimmter, unverkörperter Utopien. Ich warne insbesondere vor der unheilvollen Idee einer süddeutschen Zollgruppe ohne Seeküste, ohne irgend eine Vorbedingung handelspolitischer Selbstständigkeit, gegen eine süddeutsche Zollgruppe, deren bloßer Name nur allzu düster an die zu Bayerns und Deutschlands Unglücke früher geltend gemachte Idee der Trias erinnert, und deren Loos glücklichsten Falles für Deutschland nur das baldige Auseinanderfallen zu Gunsten der zwei für die Dauer thatsächlich allein möglichen Zollgruppen, unglücklichen Falles gewiß wider Willen der Urheber das Entstehen einer Art verjüngten Rheinbundes werden würde. Schon heute stehen die Zeichen ernstmahnend an der Wiege des beabsichteten Kleinbundes. Sprechen öffentliche Blätter wahr, so hätte unter den verschiedenen Abreden seiner präsumtiven Theilnehmer gerade Jene, welche der eventuellen Schöpfung den Vollbetrag ihrer bisherigen Zollrente ab Seite Oesterreichs verbürgen soll, die Ratification dieses Staates noch nicht erlangt.

Wie dem übrigens auch sein möge, stets bleiben ähnliche Verbürgungen wandelbarer Natur; und bieten problematische Ziffern mit blos conventionellen Daraufzahlungszusagen einer absoluten Großmacht ganz gewiß kein vollwiegendes Surrogat für das, den Zollsätzen unmittelbar entquillende, durch langjährige Controle erprobte heutige Zolleinkommen. Baiern insbesondere hat Vollursache, die Sache recht aufmerksam anzusehen. Aus vier nicht nur in Sitte und mitunter in Glauben, sondern auch geographisch und gewerblich wesentlich verschiedenen Stämmen zusammengesetzt, von dem ominösen Main durchströmt, mit einer theilweise ganz jungen Industrie begabt, mag es sich dreimal mehr als der übrige Süden fragen: Thue ich bei etwaigem absoluten Nichtzustandekommen eines commerziellen Gesammtdeutschlands wohl daran, mich von dem rein germanischen Norden und Nordwesten loszureißen, behufs der unausbleiblichen ausschließenden Handelseinigung mit Völkerschaften, deren viele meine Sprache nicht kennen, deren commerzielle Interressen vorzugsweise nach dem Orient und nach slavischen Regionen gravitiren? Ist nicht die dortige Industrie weit mehr noch als die nordische der meinigen überlegen?

kann nicht die politische Strömung diesen gleichfalls maritimmen Koloß eben so rasch als die nordischen Brüder den so gefürchteten Freihandels- oder Quasi-Freihandels-Tendenzen zuführen?

Ich lasse alle diese Dinge heute unerörtert, erlaube mir aber Angesichts sowohl der jüngst aufgetretenen als der aus der Ferne winkenden Erscheinungen behufs des Stellens etwaiger Anträge erneut folgende Anfrage an das königl. Gesammtstaatoministerium:

I. Wird dasselbe die Ueberzeugung der Kammern über die künftige Gestaltung der Zollverhältniße so rechtzeitig erholen, daß diese Ueberzeugung in der That den durch die Verfassung gewollten entscheidenden Einfluß auf jene Gestaltung zu üben vermag?

II. Wird unter allen Voraussetzungen, wie nach zurückgezogenen Postulaten das beschworene Grundgesetz es peremptorisch gebietet, die Vorlage der etwaigen neuen Abschlüße jedenfalls vor deren Ratifikation erfolgen? — München, den 9. Mai 1852. — Fürst von Oettingen-Wallerstein, Abgeordneter.

München, den 9. Mai. Unter diesem Datum schreiben die „Neueste Nachrichten“: Der passive Widerstand gegen den hohen Bierpreis, nämlich die ziemlich leer und öde bleibenden Gastlokalitäten bei Bräuern und Bierwirthen, greift dahier tagtäglich mehr um sich. Aber nicht nur innerhalb dieser Gastlokalitäten macht sich dadurch eine namhafte Minderung des Bierverschleißes fühlbar, sondern auch die sogenannte Gassenschenke hat gleichzeitig bedeutend nachgelassen. Einen besonderen Ausschlag gibt namentlich das Zurückhalten der arbeitenden Klassen. In vielen Werkstätten wurde nämlich diese Woche kaum der dritte Theil des gewöhnlichen Bierverbrauchs, in andern fast gar kein Bier consumirt. Die Arbeiter der v. Maffei'schen Fabrik in der Hirschau tranken z. B. in dieser Woche auch nicht einen Tropfen Bier, während der sonstige Bierabsatz dahin im Durchschnitt über 100 Eimer *) per Woche betrug. Auch von Auswärts vernimmt man gleichen passiven Widerstand gegen die bösen 7 und deren Pfenninganhängsel. **) Aus Augsburg schreibt man z. B.: „Der stille Krieg gegen den hohen Biertarif — Wirths- und Bräuhäuser stehen leer, wogegen die arbeitende Klasse mehr dem weißen Bier zuspricht und in den mittlern Ständen leichter Tischwein einen angenehmen Ersatz bietet — fängt an, sich erfolgreich zu zeigen; mehrere Bräuer haben sich bereits bewogen gefunden, die Preise zu ermäßigen, und selbst Platzwirthe können nicht länger den passiven Widerstand ertragen. So machte Einer bekannt, die „schreckliche Beharrlichkeit“ mit der sein ausgezeichnetes Lagerbier, sowie die feinsten Bissen seiner Küche, seit dem verhängnißvollen Biertarif verschmäht werden, bringen ihn „rein zur Verzweiflung.“ „Um nun meine verehrten Gäste, für die ich eine wahre Leidenschaft gefaßt habe und ohne die ich nicht leben kann (sehr wahr!) — wieder zum fleißigen Besuche meines Hauses zu veranlassen und sie von dem fatalen Wassertrinken abzubringen“, will er die Maß vorzüglichen Bieres um 6 Kreuzer geben.

— den 10. Mai. König Max hat für die Nothleidenden in Oberfranken weitere 500 fl. und Königin Marie 300 fl. gespendet.

Würzburg, den 9. Mai. Die polizeilichen Ausweisungen neu angekommener Studenten folgen sich Schlag auf Schlag und wird jede solche Ausweisung sogleich durch den Telegraphen nach München und Erlangen an die dortigen Stadtkommissariate berichtet. Diese Ausweisungen werden vom Stadtkommissariat mit großer Strenge gegen politisch anrüchige Studenten verhängt. Vor einigen Tagen wurden zwei von Tübingen angekommene Mediziner, welche der Universitätsrektor ohne Anstand zur Immatrikulation zulassen wollte, vom Stadtkommissär ausgewiesen, mit der Weisung, augenblicklich die Stadt zu verlassen. Die Fremdenpolizei wird gegenwärtig in Würzburg sehr streng gehandhabt. — Die Erhöhung des Bierpreises hat auch in Würzburg einen sehr großen passiven Widerstand hervorgerufen, d. h. die meisten Biertrinker haben ihr Konsumtionsquantum bedeutend vermindert, viele haben das Biertrinken ganz aufgegeben und gewöhnen sich, statt Bier, Wein oder — Wasser zu trinken. Um die in diesem Winter gebrauten 42,000 Eimer zu verzapfen, werden sich unsere Brauer und Wirthe genöthigt sehen, den Bierpreis in Kurzem herabzusetzen. Wie wir vernehmen, haben bereits mehrere die Genehmigung, das Bier unter der Taxe verzapfen zu dürfen, bei der Regierung nachgesucht. (N. K.)

*) Zu 64 Liter, zusammen also gegen 6½ Fuder.

**) Die baier. Maas, (d. i. aber blos 1 1/14 Liter) kostet nämlich 7½ Kr.

Ansbach, den 8. Mai. Das hiesige Kreis- und Stadtgericht hat gegen die Schrift „Wiener Juden-Album für 1852 von Dr. Bertold“ die Unterdrückung ausgesprochen, weil durch sie Gehässigkeit gegen alle Bekenner der israelitischen Religion und Spott und Verachtung gegen ihre Lehren und Einrichtungen verbreitet werde. Die Untersuchung gegen den Buchhändler Gumi, bei dem diese Schrift gefunden wurde, ist eingestellt, weil jeder Anhaltspunct dafür fehlt, daß er von dem strafwürdigen Inhalte Kenntniß gehabt habe.

Darmstadt, den 11. Mai. Heute Nachmittags, gegen zwei Uhr, ist die Pulvermühle in dem Mühlthal bei Eberstadt in die Luft geflogen. Es sollen dabei zwei Menschen den Tod gefunden haben und einige andere mehr oder weniger schwer verwundet worden sein.

Berlin, den 9. Mai. Die Conferenz von Abgeordneten der obersten Kirchen-Behörden deutscher protestantischer Länder, welche zuerst von der großherzoglich weimarischen Regierung angeregt wurde, wird in den ersten Tagen des Juni zu Eisenach Statt finden. Die Eröffnung wird wahrscheinlich schon am 3. Juni erfolgen. Von interessirenden Staaten haben bis jetzt folgende sich bereit erklärt, Abgeordnete zu entsenden: Preußen, Hannover, Königreich Sachsen, Sachsen-Coburg-Gotha, Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau und Oldenburg. Den Vorsitz und die Leitung der Verhandlungen werden die Herren Geh. Staatsrath v. Wydenbrugk und Staatsrath Trautvetter übernehmen. Verschiedene Vorlagen und Entwürfe sind von der weimarischen obersten Kirchen-Behörde ausgearbeitet und werden zur Veröffentlichung gebracht werden.

Die Stelle des verstorbenen Bischofs Eylert wird nicht wieder besetzt werden, oder vielmehr der Bischofstitel wird nicht mehr verliehen.

Wien, den 9. Mai. Die „Pesther Ztg.“ vom 7. Mai enthält die Verurtheilung von 26 abwesenden Theilnehmern an der ungarischen Revolution, welche, nachdem sie auf die erlassene Citation nicht erschienen sind, des Hochverraths schuldig erkannt und deren Namen an den Galgen angeschlagen wurden. Darunter sind Alexander Lukacs, Cäsar Baron Mednyanszky, Anton und Kaspar Noßlopy, Franz Pulszky (dessen Thätigkeit zur Anfachung der Wiener Octoberrevolution im kriegsrechtlichen Urtheil besonders hervorgehoben wird), Emmerich Szabo, Paul v. Szirmay, Alexander Graf Teleky.

Frankreich.

Paris, den 8. Mai. Wie man versichert, hat die kürzlich in der Familie Bonaparte Statt gehabte Versöhnung zwischen dem Präsidenten der Republik und seinem Vetter Napoleon Bonaparte keine besondere Zufriedenheit bei dem diplomatischen Corps erregt. Man betrachtet nämlich den Marschall Jerome oder dessen Sohn als die eventuellen Nachfolger des jetzigen Präsidenten und hätte gern gesehen, daß kein gutes Einverständniß zwischen den beiden Prinzen zu Stande gekommen wäre. Von gewissen Seiten her hat man sich sehr bemüht, die alte Zwietracht wieder hervor zu rufen, bis jetzt ist es jedoch noch nicht gelungen, den Präsidenten mit seinem Vetter von Neuem zu entzweien. (Köln. Ztg.)

Digitized by Google

— den 9. Mai. Das große Feuerwerk wird erst am Donnerstag (13.) abgebrannt werden. Die Gerüste sind noch nicht fertig. Nicht weniger als 300 Wagen werden dazu erforderlich sein, um das ganze Material des Feuerwerks an Ort und Stelle zu schaffen. Es werden 60,000 Pfund Pulver verbrannt werden. 72 Kanonen werden während der ganzen Dauer des Feuerwerks unaufhörlich schießen. In der Schlußdecoration, welche bekanntlich den Triumpfbogen darstellen wird, wird die Zahl 7'500,000 (die Zahl der Stimmen bei der Wiederwahl des Prinzen Louis Napoleon zum Präsidenten der Republik) in so colossaler Größe erscheinen, daß sie von allen Puncten der Hauptstadt aus wird gesehen werden können. — Die 27 arabischen Häuptlinge, welche zu dem Feste der Adlervertheilung nach Paris gekommen, logiren im Hotel des Princes auf Kosten des Kriegsbudgets.

Italien.

Rom, den 3. Mai. Die russischen Großfürsten Nicolaus und Michael sind gestern Abend hier angelangt. Heute wurden sie vom heiligen Vater feierlich im Vatican empfangen.

Algier.

Zwischen einigen Marocco bewohnenden Araberstämmen und unseren Truppen haben Kämpfe an der Gränze Algeriens Statt gehabt. Die ersteren hatten sich arger Räubereien schuldig gemacht. Der General Montauban wurde gegen die Araberstämme abgesandt, die, nachdem sie mehrere Dörfer auf algerischem Gebiete geplündert, sich nicht weit von den Quellen des Kis, der die Gränze zwischen Marocco und Algerien bildet, aufgestellt hatten. Unsere Truppen griffen die Araber an, trieben sie in die Ebene und rieben sie gänzlich auf: 150 Maroccaner blieben auf dem Platz, 16 Dörfer wurden verwüstet, 200 Ochsen und 800 Hämmel hinweggeführt. Unsere Truppen verloren 10 Spahis und 2 Reiter des Gum; außerdem hatten sie 12 Verwundete.

Neueste Nachrichten.

Paris, den 10. Mai. Seit heute Morgens 10½ Uhr langten die Truppen und die militärischen Deputationen auf dem Marsfelde ein. Die Infanterie war auf zwei Seiten, die Artillerie und die Cavallerie waren auf den beiden andern Seiten aufgestellt. Die Geistlichkeit kam um 11 Uhr an; sie war ungefähr durch 3000 Mitglieder vertreten; am Ende des Zuges befand sich der Erzbischof von Paris. Um Mittag donnerten die Kanonen auf verschiedenen Punkten. Einige Minuten vor 12 Uhr verließ der Präsident der Republik die Tuilerieen. Bei der Ankunft des Präsidenten auf dem Marsfelde donnerten die Kanonen, die Trommeln wurden gerührt, die Musikcorps spielten und die Truppen präsentirten das Gewehr. Nachdem der Präsident vor der Front der Truppen vorbeigeritten, stieg er an der Militärschule vom Pferde, um seinen Sitz einzunehmen. Hierauf wurden die Fahnen vertheilt; die Fahnenträger stiegen die Treppe hinauf und jeder nahm seine Fahne, die an der Seite des Präsidenten aufgestellt war, aus dessen Hände in Empfang. Diese Ceremonie dauerte nur 10 Minuten. Nach ihrer Beendigung hielt der Präsident folgende Rede: Soldaten! Die Geschichte der Völker ist zum großen Theile die der Armeen. Von ihren Erfolgen, von ihren Unglücksfällen hängt das Schicksal der Civilisation und des Vaterlandes ab. Besiegt, ist es die Invasion oder die Anarchie; siegreich, ist es der Ruhm oder die Ordnung. Deßhalb hegen auch die Nationen wie die Armeen eine religiöse Verehrung für diese militärischen Ehrenzeichen, welche eine ganze Vergangenheit der Kämpfe und Triumphe in sich fassen. Der römische Adler, von dem Kaiser angenommen im Anfange dieses Jahrhunderts, war die glänzendste Kundgebung der Wiedergeburt und der Größe Frankreichs. Er verschwand in unserem Unglück; er mußte wiederkommen, als Frankreich von seinen Niederlagen aufgerichtet, Herrin seiner selbst, seinen eigenen Ruhm nicht mehr verläugnen wollte. Soldaten! Nehmt daher diese Adler wieder, nicht als eine Drohung gegen die Fremden, sondern als ein Symbol unserer Unabhängigkeit, als das Andenken einer heroischen Periode, als das Zeichen des Adels eines jeden Regiments. Nehmt die Adler wieder, welche unsere Väter so oft zum Siege geführt haben, und schwört zu ihrer Vertheidigung sterben zu wollen, wenn es sein muß. Nach dieser Rede, die mit dem Rufe: „Es lebe der Kaiser! Es lebe Napoleon!“ beantwortet wurde, stellten sich die Fahnenträger in einer Reihe vor den Altar auf, der vor der Militärschule errichtet war. Der Erzbischof las die Messe, wobei die verschiedenen Regimentsmusiken mitwirkten. Die Fahnen wurden hierauf einzeln eingesegnet, bei welcher Ceremonie die Kanonen von Neuem donnerten. Nach der Einsegnung hielt der Erzbischof eine ziemlich lange, an den Prinzen und an die Soldaten gerichtete Rede. Als der Prälat seine Rede beendigt hatte, stieg der Präsident zu Pferde, worauf die Truppen, ihren Oberbefehlshaber Magnan an der Spitze, unter dem immer neu ertönenden Rufe: „Es lebe Napoleon!“ an ihm vorbeidefilirten, und zwar zuerst die Infanterie, dann die Deputationen der Armee, die Gendarmerie, die Artillerie und die Cavallerie. Die Truppen wurden von den zahllosen Zuschauern mit lebhaften Vivats begrüßt. Als um 3 Uhr das Defiliren beendigt war, ritt L. Napoleon, von seinem Gefolge begleitet, über die Jenabrücke nach dem Elysee zurück, während die Truppen gleichzeitig den Rückmarsch nach ihren verschiedenen Quartieren antraten.

Der „Moniteur“ veröffentlicht eine Unmasse von Ernennungen und Versetzungen im Personale der Präfecturen und Unterpräfecturen, so wie von Avancements im Heere (diese allein füllen 9 Spalten des „Moniteur“), und ein noch weit längeres Verzeichniß von Verleihungen des Ordens der Ehrenlegion und der neuen militärischen Medaille. 6 Brigadegenerale sind zu Generallieutenants, 17 Regimentscommandanten zu Brigadegeneralen befördert, die Generale Corte und Anton Cavaignac zu Großofficieren der Ehrenlegion ernannt. Außerdem hat der Prinz-Präsident 15 Commandeurkreuze, 40 Officierkreuze (worunter 2 an arabische Häuptlinge) und 478 Ritterkreuze der Ehrenlegion (worunter 98 an die Gendarmerie) verliehen. Mehrere hundert Militäre der niedern Grade sind mit der neuen militärischen Medaille decorirt worden.

Der Prinz-Präsident hat verfügt, daß eine Medaille zur Erinnerung an das heutige große Fest geprägt werden soll.

London, den 11. Mai. Im Unterhause schlug gestern Abends Gladstone vor, über Disraeli's Motion wegen Verfügung über die vacanten Parlaments-Sitze von Sudbury und St. Albans zur Tagesordnung überzugehen. Gladstone's Vorschlag wurde mit 234 gegen 148 Stimmen angenommen. Diese Abstimmung (eine Mehrheit von 86 St. gegen die Regierung) wird einem Mißtrauensvotum gleich betrachtet.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kold.

[1014] **Todesanzeige.**

Allen entfernten Verwandten und Freunden widmen wir die traurige Nachricht, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsere theure Mutter, nach langem schweren Leiden, in ihrem 63. Lebensjahre, am 8. d. Mts., Mittags 12 Uhr, zu sich zu rufen und bitten um stille Theilnahme.

Neustadt a. d. H., den 11. Mai 1852.

Im Namen meines trauernden Vaters und Geschwister:
Jacob Exter.

[1011[a]] **Bekanntmachung.**

Am 30. Mai d. J. expediren die Herren Strecker, Klein und Stoeck
von **Antwerpen nach New-Orleans**
das Schiff „R. B. Summer,“ Capitain Dyer.
Näheres über Preise und Bedingungen bei den Herren
Pfaff & Lederle
in Ludwigshafen am Rhein.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch — Nro. 120 — den 19. Mai 1852.

Deutschland.

• **München,** den 14. Mai. Die gestrigen beiden Niederlagen des Ministeriums in der Abgeordnetenkammer zeigten, daß sich dessen Lage nicht verbessert, sondern mehr und mehr verschlimmert. Hr. v. d. Pfordten spricht heut zu Tage nicht mehr in jenem hohen Tone: er wolle keine Zustimmung von einer gewissen Seite in der Kammer, indem er sich ausschließlich auf die Majorität stütze. Statt solcher Worte hört man vielmehr meistens die Entwicklung des Themas: die Frage kann uns in gewisser Beziehung gleichgültig sein, oder dgl., was aber freilich schwerlich so ganz buchstäblich zu nehmen ist. Als gestern, nach der Verhandlung über das projectirte Ausschußgesetz, Hr. v. d. Pfordten beim Namensaufruf (als Abgeordneter) sein Votum abgegeben hatte, verließ er augenblicklich den Saal, ohne die Verkündigung des Resultats der Abstimmung abzuwarten, — welche freilich weder zweifelhaft noch ihm angenehm sein konnte. — Morgen beginnt denn der Kampf wegen der neuen politischen Gesetze, — mit voraussichtlichem Ergebniße, wenn anders nicht ein Mittel aufgefunden wird, die Sache einer definitiven Entscheidung zu entziehen, wie Manche beabsichtigen sollen. Man ist neugierig, gewahr zu werden, was denn das Ministerium, welches Gesetzentwürfe vorlegt von denen es voraussehen muß daß sie verworfen werden, — schließlich zu thun im Sinne hat.

Der „Vortrag des Abg. Rudhart über den Entwurf eines Gesetzes, einige Abänderungen und Ergänzungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Presse betr.," beantragt — in Uebereinstimmung mit dem gesammten Ausschuße — vollständige Verwerfung der Sache. Die einzelnen vorgeschlagenen Bestimmungen werden zum Theil überhaupt als ungeeignet erklärt, zum Theil aber wird geltend gemacht, daß zu ihrer Einführung jetzt schon kein genügender Grund vorliege. Es wird ferner anerkannt, daß die Bestimmungen wegen der Cautionen und des Verbots noch nicht erschienener Zeitungsblätter, Verfassungsabänderungen enthalten würden, welche nur mit einer Zweidrittelsmajorität angenommen werden könnten. Die Auffassungsweise ist im Uebrigen nicht scharf und principiell nicht genügend. Weit treffender ist Rulands Bericht wegen der Diäten; die Motive des Gesetzvorschlags sind darin so zu sagen vernichtet. —

Der „Vortrag des Frhrn. v. Lerchenfeld über den Gesetzentwurf: Die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Aburtheilung von Staatsverbrechen betr." (welchem der Ausschuß gleichfalls einhellig beistimmte,) lautet:

§. 1. Die Staatsregierung hat unter dem 30. v. M. einen Gesetzentwurf „die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Aburtheilung von Staatsverbrechen betr." vorgelegt, welchem die Kammer der Reichsräthe in ihrer Mehrheit mit einigen wenigen Modificationen zugestimmt hat, die an den Grundsätzen des Gesetzes selbst nichts Erhebliches geändert haben.

§. 2. Wie die Motive des fraglichen Gesetzentwurfes besagen, hat die Staatsregierung geglaubt, in den Wahrsprüchen der Geschworenen in politischen Processen ein Schwanken nach örtlichen und zeitlichen Verhältnißen, nach der gerade herrschenden Tagesmeinung wahrgenommen zu haben, welches den Rechtszustand in bedenklicher Weise gefährde. Die Staatsregierung glaubt den Grund dieser Erscheinung hauptsächlich darin suchen zu müßen, daß die Geschwornen den Begriff und die Strafbarkeit eines Verbrechens allzusehr nach dem materiell greifbaren Momente der physischen Gefährdung oder Verletzung der Person und des Eigenthums bemessen und die Tragweite und Bedeutung der noch nicht bis zum Aeußersten vorgeschrittenen Angriffe auf die staatliche Ordnung nicht gehörig würdigen, während in Fällen noch weiter gehender Gefährdung derselben persönliche Rücksichten und Besorgniße, entweder zu allzu großer Strenge, oder wo Machinationen und Terrorismus der Parteien sich geltend machen, zur Verläugnung der bessern Ueberzeugung führen. Eine Rechtsprechung nach solchen Rücksichten und unter solchen Verhältnißen verletze die ersten und wichtigsten Anforderungen an das Richteramt und die Gerechtigkeitspflege, bereite den öffentlichen Interessen die bedenklichsten Gefahren, tilge zeit- und ortweise die Kapitel der Staatsverbrechen aus dem Strafgesetzbuche und gebe dadurch die staatliche Ordnung, auf welcher die wichtigsten Interessen der Staatsangehörigen beruhen, jedem frevelhaften Angriffe preis, daher man denn, wie auch anderwärts, zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Aburtheilung der politischen Verbrechen nicht ferner mehr den Geschwornen belassen werden könne. — Selbst nach dieser, gewiß dem Institute der Geschwornen nicht allzu günstigen Auffassung, wird nicht behauptet, daß die Geschwornen das Wahre nicht zu finden und zu erkennen vermöchten, — wäre dies der Fall, so würde es auch in Beziehung auf andere Rechtsverletzungen der Fall sein, bezüglich deren Jedermann einstimmig die strenge Gerechtigkeit der Aussprüche der Geschwornen anerkennt, — sondern vielmehr, daß sie aus Mangel an Selbstständigkeit und Entschiedenheit dieselbe nicht auszusprechen wagten. Prüft man die Gründe einer so schweren Anklage mit besonderer Rücksicht auf unser engeres Vaterland, um dessen specielle Gesetzgebung es sich hier handelt, so liegt lediglich die Erfahrung eines Zeitraumes von 3¼ Jahren vor, seit denen das Geschwornengericht zuerst ins Leben geführt wurde, und namentlich in Beziehung auf politische Prozesse nur in einer ganz kleinen Zahl von Fällen sich zu erproben hatte, nachdem ein Amnestiegesetz über die Mehrzahl der Verirrungen gerade auf diesem Gebiete den Schleier der Vergessenheit gezogen hat. Wenn in diesen wenigen Fällen, — welche alle nur Episoden einer und derselben Bewegung sind, die sich durch die Jahre 1848—50 hinzog, nicht alle Wahrsprüche der Geschwornen der öffentlichen Meinung von der Schuldbarkeit der Angeklagten entsprochen haben, so dürfte doch, wenn berücksichtigt wird, welchen Einfluß die Führung der Voruntersuchung, die Leitung der Verhandlungen selbst, auf das endliche Ergebniß unter allen Voraussetzungen üben müssen, es um so weniger gerechtfertigt erscheinen, den Geschwornen allein die Schuld jener Erscheinungen zuzuwälzen, wenn erwogen wird, welch' entscheidenden Einfluß auf deren Wahrspruch die eben so unklaren als vieldeutigen Begriffsbestimmungen des Strafgesetzbuches von 1813, bezüglich der Staatsverbrechen üben mußten, deren mehr als drakonische Strenge Leben, Freiheit und Ehre von der geringsten Abweichung der Ansichten der Richter abhängen läßt und daher stets zu den widersprechendsten Entscheidungen Veranlassung geben muß. Hier, wenn irgendwo, sind Mängel der Gesetzgebung zu verbessern, welche von allen Seiten einstimmig anerkannt werden, gerade der seit Jahr und Tag angekündete specielle Theil des Strafgesetzbuches ist aber noch immer nicht zur Vorlage gekommen, für die als dringend nothwendig erkannte Berichtigung jener so vielfach, schon vor dem Jahre 1848, als höchst mangelhaft erkannten Be-

stimmungen ist noch immer nicht das Mindeste geschehen! Dagegen glaubt die Staatsregierung für die bisherigen Mißstände bezüglich der Entscheidung politischer Prozesse dadurch Abhilfe zu bieten, daß sie dieselbe in die Hände rechtsgelehrter Richter zu legen, d. h. die Sache auf den Standpunkt vor dem Gesetze von 1848 zurückzuführen vorschlägt, wobei dem Angeschuldigten noch die Bürgschaften der strengen Beweistheorie und der II. Instanz entgehen würden, welche ihn nach dem frühern Verfahren zur Seite standen.

„§. 3. Es wurde schon oben darauf hingewiesen, daß es sich hier nicht sowohl um besondere Rechtskenntniß handeln könne, besonders wenn man den Strafgesetzen leichtfaßliche, klare unzweideutige Begriffsbestimmungen zu Grunde legt, statt sich in abstrakten Theorien und haarspaltenden Unterscheidungen zu bewegen, als vielmehr um Bürgschaften einer gewissenhaften, pflichgetreuen Anwendung des Gesetzes. — Die traurige Erscheinung des Ueberwiegens der Parteiansichten und Zwecke über Rechts- und Pflichtsgefühl ist eine allgemeine Krankheit gewisser Perioden im Leben der Staaten und Völker, welche sich nicht blos auf einzelne Klassen und Berufskreise beschränkt, sondern, wo sie sich einmal geltend macht, in allen Klassen und Ständen ihre Opfer sucht und findet, weder durch den Grad der Bildung, noch durch die gesellige Stellung bedingt oder ausgeschlossen ist, — und wenn in einzelnen Fällen rechtsgelehrte Richter sich jener Parteirichtungen und Bestrebungen minder zugänglich gezeigt haben, so war dies sicher weit weniger Folge der höheren Rechts- und Gesetzeskenntniß, als des Umstandes, daß sie eben als tüchtige, in der Schule des Lebens geprüfte und bewährte Männer von ehrenhaftem Character und festem Pflichtgefühl über jenes Treiben überhaupt erhaben waren: wo aber diese glücklichen Verbindungen fehlen, deren Vorhandensein den einfachen Geschwornen ebenso zu seinem Berufe in politischen Prozessen befähigt, wie den rechtsgelehrten Richter, da wird die bloße Rechtskenntniß keinen Schutz bieten gegen jene menschliche Schwäche der Parteirücksichtonahme und des Parteieinflusses und in der That zeigt die Geschichte aller Zeiten und Völker, daß auch Gerichtshöfe denselben eben so zugänglich waren, als Geschwornengerichte, bald den Interessen der bestehenden Staatsgewalt unbedingt folgend, zuweilen unter dem Einflusse der herrschenden Stimmung derselben entgegentretend. In der Natur der Verhältniße aber liegt es, daß diejenigen, welche von der Staatsgewalt ihre Stellen erhalten haben, Gehalte beziehen, von ihr Beförderung u. s. w. zu erwarten haben, eher für als gegen dieselbe Partei nehmen werden, zumal dann, wenn einmal Parteirücksichten so weit Geltung und Einfluß erlangt haben, daß sie die Stimme des Rechts und der Pflicht überwiegen: — gerade deßhalb hat man schon früher weitere Bürgschaften für die Selbstständigkeit solcher Gerichte aufzufinden gesucht, welchen Fragen vorzugsweise zugewiesen waren, in denen die Staatsregierung direct betheiligt schien, und in mehreren Staaten die Staatsgerichtshöfe zum Theile mit nicht von der Ernennung der Regierung abhängenden Richtern besetzt, (Württemberg'sche Verf. v. 1819, Art. 195 u. folg.) theils die Ernennung der Mitglieder der obersten Gerichte unter dem Einfluß der Repräsentativkörperschaften gestellt (Niederl. Verf. v. 1815, Art. 176, 182; Hannover von 1819 an. Wie nahe unter solchen Verhältnißen die Gefahr liege, den Glauben an die Unabhängigkeit der Rechtspflege zu gefährden, wenn den von der Regierung ernannten Gerichtsbeamten ausschließlich die Entscheidung gerade der politischen Prozesse übertragen wird, in welchen jene mehr oder minder direct als Partei erscheint, bedarf keiner weitern Ausführung: — wie wesentlich es aber sei, daß der Glaube an die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Rechtspflege über jeden Verdacht erhaben sei und bleibe, dafür spricht das Bewußtsein aller Zeiten und Völker, welches stets hierin die Grundlage der Autorität der Regierung suchte, dafür der Wahlspruch eines der größten Träger des Prinzips der absoluten Staatsgewalt: Justitia fundamentum regnorum. Soll das Uebel der Parteilichkeit, der Schwäche in Ausübung des erhabenen Berufes der Rechtspflege nicht durch ein jedenfalls eben so bedenkliches Heilmittel gehoben werden, so darf nicht auf Kosten des Glaubens an die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit derselben gerade in den Fällen, in welchen die Staatsgewalt vorzugsweise als betheiligt erscheint, das Richteramt Männern übertragen werden, welche durch die Natur der Verhältniße in einer gewissen Abhängigkeit zu derselben stehen; es muß indeß vielmehr das Streben dahin gehen, die klare Erkenntniß aller Staatsbürger von dem unlösbaren Zusammenhange, in welchem ihre ganze Existenz, ihr Wohlstand und Glück mit jenem des ganzen Staates steht, dadurch zu fördern, daß die Staatsregierung in keiner Beziehung andere Zwecke und Interessen vertritt und verfolgt als jene der Gesammtheit, daß sie selbst sich überall von der Ueberzeugung jener Identität durchdrungen zeigt und bewährt! Jene Angriffe auf die Staatsgewalt sind in der Regel nur die Symptome einer tiefer liegenden Krankheit des Völkerlebens, ihre Beseitigung, lediglich auf dem Wege der Repression allein — die natürlich nicht ausgeschlossen sein kann und soll — würde dem Versuche der Heilung einer Krankheit durch bloße Beseitigung ihrer äußeren Symptome gleichen: nur in Verbindung mit jener Hebung und Kräftigung des Bürgerpflichtgefühls, jenes Bewußtseins des untrennbaren Zusammenhangs des öffentlichen und Privatwohlstandes und Gedeihens ist die Repression von Werth und Wirkung, und wo jene bestehen und gedeihen, da wird sie sicher nicht ausbleiben, zumal wenn klare, bestimmte Gesetze ihre Anwendung sichern und nicht durch unmenschliche Härte dem beabsichtigten Zwecke entgegenwirken. Wie wenig die blose Bestrafung in allen und jeden Fällen des Angriffes auf die Staatsgewalt dieser selbst Bürgschaften der Dauer zu bieten vermögen, beweist mehr als alles Andere die Geschichte jenes großen und mächtigen Staates, welcher noch fortwährend nach Befestigung und Sicherung seiner öffentlichen Zustände ringt, in welchem jede der zahlreichen Staatsgewalten, die dessen Geschicke seit den letzten wechselvollen zwei Menschenaltern leitete, bereitwillige Gerichte fand, welche alle Angriffe auf dieselbe unerbittlich straften, ohne daß, demohngeachtet, eine einzige jener Staatsgewalten Bestand gewonnen hätte.

§. 4. Nach der Anschauung der Staatsregierung soll eine Sicherung der Rechtsprechung in politischen Processen nur durch einen Staatsgerichtshof, wie in Frankreich und im Entwurfe in Oesterreich und Preußen, oder durch Uebertragung der Entscheidung an die Appellationsgerichte, oder an die ständigen Richter der Criminal-Schwurgerichtshöfe, oder endlich an eigens dafür zu bildende Gerichtshöfe bezweckt werden können, wie solches der Gesetzentwurf in Vorschlag bringt. Gegen die Errichtung eines sogenannten Staatsgerichtshofes wird neben der Schwierigkeit der Beischaffung der Beweismittel der Mangel einer einheitlichen Strafgesetzgebung geltend gemacht, allein der erste Einwand ist bei der jetzigen Leichtigkeit des Transportes von um so minderem Belange, als schon bisher derlei Proceße meist einem einzelnen Gerichte übertragen wurden, ohne daß hieraus Mißstände in dieser Beziehung hervorgegangen wären, und auch die Verschiedenheit der Gesetzgebung würde um so weniger ein Hinderniß bilden, als es nur an der Staatsregierung liegt, daß nicht bereits für ganz Baiern eine einheitliche Gesetzgebung besteht, jedenfalls aber der Unterschied der pfälzischen und altbayerischen Strafgesetze höchstens eine besondere Zusammensetzung des Gerichtshofes für diese beiden Gebietstheile bedingen würde. Eben deßhalb kann Berichterstatter die vom Standpuncte der Regierung gegen die zweite Art der Erledigung vorgeschlagenen Einwände nicht für begründet halten: es würde nicht schwer fallen Auskunftsmittel zu finden, um auch in der Pfalz eine abermalige Entscheidung einer derartigen Criminalsache durch das Appellationsgericht jener Provinz möglich zu machen. Gegen die Uebertragung der Entscheidung an die Schwur-

Digitized by Google

kriminalgerichtshöfe ohne Zuziehung von Geschworenen werden der Mangel der nöthigen äußeren Garantieen für die Rechtsprechung, die Schwierigkeiten, welche bei Zulassung der Berufung und bei der Entscheidung nach erfolgter Kassation durch ein anderes Gericht bezüglich der Pfalz bestehen würden, geltend gemacht und deßhalb schließlich die Uebertragung der Entscheidung an besonders zusammengesetzte Criminalgerichte ohne Zuziehung von Geschworenen, ohne Zulassung einer Berufung empfohlen. Berichterstatter hat schon in den früheren Abschnitten seines Vortrages diejenigen Gründe, welche seiner Ueberzeugung nach im Allgemeinen gegen die Uebertragung der Entscheidung an blos aus Justizbeamten gebildete Richtercollegien im Allgemeinen und sonach auch gegen jede der unter Ziffer 2—4 besonders vorgeschlage- schlagenen Zusammensetzungen eines solchen sprechen, ausführlich dargelegt. Gegen die in Vorschlag gebrachten besonderen Gerichtshöfe, welche namentlich die Ausschließung der Berufung zu Specialgerichtshöfen im wahren Sinne des Wortes stempeln würde, als welche der Referent der Kammer der Reichsräthe dieselben zu bezeichnen dann auch vorschlägt, ist noch insbesondere geltend zu machen, daß die Art der Ernennung der Mitglieder desselben, welche lediglich in die Hand der Präsidenten der Gerichtshöfe gelegt ist, jeder wünschenswerthen Bürgschaft entbehrt, welche ein möglichst ausgedehntes Ablehnungsrecht durch den Angeklagten und andere Maßregeln, wodurch der überwiegende Einfluß weniger hochgestellter Beamten möglichst gemindert hätte, allenfalls hätte darbieten können. Ebensowenig gerechtfertigt erscheint die Ausschließung der Berufung; die Analogie der Wahrsprüche der Geschworenen ist hier in keiner Beziehung anwendbar, da diese ohne alle Entscheidungsgründe abgegeben werden, sohin dem Richter zweiter Instanz jeder Anhaltspunct zur Beurtheilung derselben fehlt, während der hier anwendbar erklärte Art. 326 des Gesetzes vom 10. Nov. 1848 die Beifügung von Entscheidungsgründen, sowohl bezüglich der That — als der Rechtsfrage angeordnet und mithin dem Gerichte zweiter Instanz ganz dieselben Behelfe vorliegen würden, wie bezüglich der Vergehensfälle, hinsichtlich deren — ihrer weit geringeren Wichtigkeit ungeachtet, — die Berufung zugelassen ist. (Schluß f.)

* **München,** den 15. Mai. (127. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Die Versammlung bietet einen mehr als seit langer Zeit belebten Anblick dar; die Gallerien sind weit zahlreicher besucht als gewöhnlich.

Der Präsident theilt ein Schreiben des Gesammtstaatsministeriums mit. Bekanntlich ist der Abg. Reinhard zum Beweise aufgefordert worden über die Richtigkeit seiner Behauptungen wegen gewaltsamer Einwirkung auf die letzten Landtagswahlen. Das Ministerium erklärt nun: Die von Reinhard angegebenen Zeugen seien verhört worden. Da dieselben aber zugleich als Betheiligte erscheinen, so habe es nöthig geschienen, auch andere Zeugen zu vernehmen, insbesondere die beschuldigten Soldaten. Als diese Vernehmung bereits eingeleitet gewesen, sei von der Gerichtsbehörde die Anzeige erfolgt, daß gegen Hrn. Reinhard eine Untersuchung wegen Uebertretung des Preßgesetzes eingeleitet sei, weil derselbe seine Beweisantrittsschrift durch den Druck veröffentlicht habe. Unter diesen Verhältnissen sei es nicht möglich, die bisherigen Acten der Kammer mitzutheilen.

Der Präsident zeigt nun an, in Betreff der 3 politischen Gesetze sei von Link und Genossen ein präjudicieller Antrag eingebracht, dahin gehend, gegen das Ministerium den Wunsch auszudrücken, dasselbe wolle diese Gegenstände bis zur Revision der Strafgesetze ꝛc. auf sich beruhen lassen; die Kammer aber wolle vorerst die Berathung aussetzen. — Der Präsident äußert: die Discussion könne nicht beseitigt werden, außer wenn das Ministerium die Vorlagen zurück ziehe oder wenn es mit dem Verschieben der Verhandlung sich einverstanden erkläre. — v. d. Pfordten erklärt nun: er sei nicht im Stande, zu sagen, ob die Regierung auf den Wunsch eingehen werde, allein dagegen habe dieselbe nichts, daß der präjudicielle Antrag berathen, und wenn er angenommen werden sollte, die Berathuug über die Vorlagen selbst vorerst ausgesetzt werde.

Der Präsident eröffnet nun die Discussion. — Der Antragsteller v. Link sucht den Antrag in seiner bekannten Weise zu begründen, indem er insbesondere äußert, die Gründe des Antrags lägen ganz nahe (Heiterkeit). — Niemand betheiligt sich ferner an der Discussion. — Bei der Abstimmung erhebt sich die Rechte für den Antrag; derselbe ist mit nicht großer Majorität angenommen. (Große Bewegung.)

Der 4. Ausschuß erstattet nun Anzeige über die Beschwerde von Würzburg. Das Ministerium habe Abhülfe zugesagt, es liege also nunmehr kein Gegenstand zur Verhandlung vor. — Nachdem auch der 5. Ausschuß über die Zulässigkeit eines Antrags berichtet, wird die Sitzung geschlossen.

* Das Ergebniß der heutigen Sitzung hat Viele überrascht, — insbesondere Diejenigen, welche von den gestrigen Verhandlungen in der Versammlung der Majoritätsmitglieder keine Kunde gehabt. Manche hatten vorausgesagt, daß eine Abstimmung, deren Ergebniß so unzweifelhaft, werde vermieden werden. Man mag aber den heutigen Beschluß ansehen wie man will, so läßt sich derselbe, angesichts der einstimmig gefaßten Ausschußanträge und der ausdrücklich als „nahe liegend" bezeichneten Gründe eben doch nicht anders deuten, als daß die eminente Majorität der Kammer auf diese Gesetzentwürfe eben so wenig eingeht als auf jenen wegen der 4 Millionen für die kurhessische Expedition. Sogar der angenommene Antrag drückt es aufs Bestimmteste aus, daß die Gesetzentwürfe wenigstens jetzt nicht angenommen werden könnten. Das Erstaunlichste ist dieses, daß das Ministerium gerade unter solchen Verhältnißen nicht aufs Entschiedenste darauf drang, daß eine Discussion stattfinde, damit es wenigstens den Inhalt der Ausschußberichte bekämpfen, seine Vorlagen doch irgend vertheidigen und rechtfertigen könne. Es ist selbst dies nicht geschehen.

München, den 15. Mai. Die Reichsräthe hielten gestern eine öffentliche Sitzung, wobei der Gesetzentwurf über Aufhebung der Siegelmäßigkeit wiederholt berathen und auf den früheren Beschlüssen beharrt wurde. Demnach wurde die Bestimmung, wornach das Recht, Schriften bei Gericht einreichen zu dürfen, auch auf nichtsiegelmäßige ausgedehnt werden soll, abgelehnt und die besonderen Rechte der Standesherren auf Grund der deutschen Bundesacte der Bundesgesetzgebung und der Verfassungsurkunde ausdrücklich vorbehalten.

Gera, den 13. Mai. Die reußische Gesetzsammlung hat jetzt rasch hintereinander drei wichtige Documente gebracht. Zuvörderst das Strafgesetzbuch, ziemlich conform mit dem in Weimar und einigen andern thüringischen Staaten eingeführten, jedoch die Todesstrafe beibehaltend. Das zweite Document enthält das revidirte Staatsgrundgesetz, durch welches das absolute Veto wieder hergestellt, Verfassungsstreitigkeiten dem Bundesschiedsgericht überwiesen und die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, wie die Ueberlassung des Dominialgutes an den Staat und die Aussetzung einer Civilliste in Wegfall gebracht; ferner das neue, auf Gliederung nach Ständen und Berufsarten ruhende Wahlgesetz; und endlich das dritte Document: die fürstliche Verordnung über Aufhebung der deutschen Grundrechte im Fürstenthum Reuß jüngere Linie.

Hannover, den 14. Mai. Heute hielten beide Kammern wieder nach ihrer Vertagung die erste Sitzung. In der ersten wurde, außer mehreren formellen Geschäften, auch ein Schreiben des Gesammtministeriums verlesen, worin mehrere Aenderungen des Verfassungsgesetzes vom 5. Sept. 1848 beantragt werden.

Kiel, den 13. Mai. Es ist den holsteinischen Policeibehörden insinuirt worden, daß sie das Singen des

Digitized by Google

schleswig-holsteinischen Nationalliedes ferner nicht mehr zu dulden hätten.

Wien, den 12. Mai. Zur Erinnerung an die Anwesenheit des Kaisers von Rußland in Wien wird eine Medaille geprägt. Auf der einen Seite enthält dieselbe die Brustbilder beider Kaiser, auf der Kehrseite aber eine passende Erinnerungsschrift.

Frankreich.

Paris, den 14. Mai. L. Napoleon empfing heute Morgens die Abgeordneten der Armee und hielt folgende Anrede an sie: Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten! Ich habe, vor Ihrer Abreise, einige Worte der Glückwünschung und Aufmunterung an Sie richten wollen. Es lag mir daran, Ihnen zu sagen, wie sehr es mich bei der letzten Feierlichkeit erfreut hat, mich von den Vertretern unserer tapferen Armee umgeben zu sehen, und sie zu versichern, daß meine Gefühle der Achtung und der Sympathie für alle die Corps, aus denen sie besteht, die nemlichen waren. Es gibt ohne Zweifel viele Dienste, viele Verdienste die ohne Belohnung geblieben sind; aber, glauben Sie es, der Tag der Gerechtigkeit wird für einen Jeden nicht ausbleiben. Wenn übrigens diese Belohnungen ein Recht sind, so sind sie doch weder in ihren Augen, noch in den meinigen die Haupttriebfeder. Was Ihre Stärke und ihren Ruhm ausmacht, ist, daß, wenn man von Vaterland redet, nichts mit Ihnen unmöglich ist. Dies ist die wahre Triebfeder der Armee, die, welche nie fehlen wird, und die, auf welche ich rechne. Bringen Sie mit Stolz Ihren Regimentern diese Fahnen heim, die verehrten Symbole unseres Nationalruhmes, und auf denen sich die Geschichte jedes Regimentes geschrieben findet. Ich vertraue sie Ihrer Vaterlandsliebe an. Sagen Sie Ihren Waffenbrüdern, daß mein Gedanke in Ihrer Mitte ist, daß ich immer bereit bin, ihre Gefahren zu theilen, wie ich ihre Liebe und Hingebung für die Größe und die Wohlfahrt Frankreichs theile.

Bei der Revue am 10. zogen die Zöglinge der polytechnischen Schule, als sie mit den Truppen vor L. Napoleon defilirten, vor demselben vorüber, ohne einen Ruf zu erheben. Auf dem Ball in der Militärschule bemerkte man die Abwesenheit der Zöglinge der politech. Schule.

Von der Regierung ist die Schließung von fünfzig Freimaurerlogen angeordnet worden. Als Grund dieser Maßnahme wird angegeben, die Mehrzahl der Mitglieder jener Logen biete der Behörde nicht die nöthige Garantie dafür, daß von denselben alle politischen Tendenzen fern gehalten würden.

Vereinigte Staaten.

New-Orleans, den 18. April. Die Bewegung unseres Hafens übertrifft jede Vorstellung. Der Andrang von Auswanderern, namentlich von Deutschen, ist außerordentlich groß; in verflossener Woche trafen über 5000 ein, die alle nach dem Westen stromaufwärts ziehen, meist nach Missouri und Illinois. — Hier stellen sich die Wahlen rein democratisch heraus, die Whigs haben gar keine Aussichten mehr.

Ostindien.

Bombay, den 17. April. Wie man hört, hätte der Angriff auf Rangun bereits begonnen. General Campbell ist nach Peschawer zurückmarschirt; die Unruhen an der Gränze sollen sich erneuert haben.

Neueste Nachrichten.

München, den 16. Mai. Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg ist seinen Leiden erlegen. Er starb heute früh um 7 Uhr.

Gestern starb dahier der in der musikalischen Welt rühmlichst bekannte k. Hofmusikus Stahl in einem Alter von 57 Jahren.

Weimar, den 13. Mai. Der Kaiser von Rußland langte heute Abend hier an.

Paris, den 15. Mai. Man liest im „Moniteur": Der Präsident der Republik empfing gestern den Obristen Baron von Glaubitz, der nach Paris gekommen, um der Adlervertheilung beizuwohnen, und welchen Se. k. Hoh. der Prinzregent von Baden besonders beauftragt hatte, in dessen Namen den Prinzpräsidenten zu beglückwünschen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten wohnte dieser Audienz bei.

Hr. v. Courtais, Ex-General der Nationalgarde, welcher nach den Decemberereignissen aus Frankreich ausgewiesen worden war, ist von dem Prinzpräsidenten auf Verwendung des Marschalls Jerome Bonaparte begnadigt worden. Er hat die Erlaubniß zur Rückkehr erhalten.

Neapel. Das offizielle Blatt publizirt wieder eine Reihe Strafnachlässe oder Strafverwandlungen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 15. Mai. Weizen 21 fl. — kr., Korn 18 fl. 48 kr., Gerste 13 fl. 16 kr., Hafer 7 fl. 31 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur: Fr. Stuner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[1020a] **Für Baumeister.**

Cement von vorzüglicher Qualität für Wasserbauten, Keller-, Magazin- und Speicherböden, für Trottoirs, Bestiche im Feuchten rc. rc. sehr gut geeignet und zu dem billigen Preise von 1 fl. 6 kr. per Centner, ohne Faß, ist zu haben bei Wm. Fliesen in Kaiserslautern.

[1019] ☞ Im Interesse des geehrten Publikums findet noch von Donnerstag den 20. an während den letzten vier Meßtagen ein

Großer Verkauf

eines bedeutenden Leipziger Meßwaarenlagers

statt und werden folgende Artikel fast um die Hälfte der Fabrikpreise abgegeben:

☞ Elegante **seidene Sonnenschirme** von 1 fl. 36 kr. bis den allerfeinsten 3 fl. 45 bis 4 fl. 30 kr.
☞ Baumwollene Sonnenschirme 48 kr.; für Kinder 24 bis 30 kr.
☞ **Seidene Regenschirme** von 3 fl. 48 bis zu den schwersten 5¼ fl.
☞ Baumwollene Regenschirme 1 fl. 6 kr. bis 2 fl.
☞ Neueste **Westenstoffe** in Seide und Pique 36, 48 kr. und bis zu dem schwersten Atlas 1 fl. 45 kr.
☞ **Hosenstoffe** zur vollkommenen Hose von 1 fl. 36 kr. bis zu 2 fl. 48 in Wolle (wollenes Zeug zum Rock 3 fl. (Pariser Schlips).
☞ **Seidene Tücher** und **Cravatten** (für Herrn) von 36 kr. und bis zu dem schwersten Atlas 1 fl. 12 bis 1 fl. 45 kr. — ☞ Reise-, Geld- und **Umhängetaschen** von 1½ fl. an.
☞ Ferner **Goldschmidt's berühmte Streichriemen** von 1 bis 2 fl. das Stück. (Wiener Foulards 24 kr. bis zu den schwersten **seidenen** 1 fl. 12 bis 1 fl. 45.
☞ **Sommerröcke** neuester Façon per Stück 2½ fl. bis zu den feinsten wollenen 5 fl., 6 fl. 30 bis 10 fl. 30 kr. ☞ Fertige Hosen von 1 fl. 45 bis 3 fl. — Haus- und Schlafröcke in dauerhaften Stoffen von 3 45 bis 5 fl. und 6 fl. 30 kr., sehr elegant.

Verkaufslokal bei Frau Georg Kayser Wtw. eine Stiege hoch.

Verkaufslokal Kaffe Kayser.

Verkaufslokal Kaffe Kayser.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 121 | den 20. Mai 1852.

Deutschland.

• Bemerkung. Lord Brougham äussert: Jene Worte Burke's (geschrieben freilich, ehe dieser Ueberläufer wurde,) sollten mit Flammenschrift auf den Eingang des Unterhauses (wir meinen: einer jeden Volkskammer) gezeichnet werden: „Die Volksvertreter sind eine Controle für das Volk, aber nicht über das Volk; und die Tugend und das Wesen eines Volkshauses besteht darin, das wahre Bild der Gesinnung der Nation zu sein."

• München. Vortrag des Frhrn. v. Lerchenfeld über den Gesetzentwurf: „Die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Aburtheilung von Staatsverbrechen betr." (Schluß.) §. 5. Aus dem bisher Gesagten dürfte es hinreichend gerechtfertigt erscheinen, wenn Berichterstatter hinsichtlich der Art. 1—3 des Gesetzentwurfes begutachtet, denselben nicht zuzustimmen. Die mannigfachen Gründe gegen deren Annahme sind bereits ausführlich aufgezählt worden und in einem Zeitpunkte, wo die weitere Verlängerung des Landtages beinahe zur Unmöglichkeit geworden, wo die Staatsregierung selbst auf schleunigste Erledigung dieser so sehr verspäteten Gesetzesvorlage dringt, würde der Versuch, andere Bestimmungen an die Stelle der von der Regierung vorgeschlagenen zu beantragen, schon an dem Mangel der erforderlichen Zeit und des nöthigen Materials scheitern müßen, wäre nicht Berichterstatter überhaupt überzeugt, daß Abhilfe der angeregten Mißstände, soweit dieselben überhaupt bestehen, und deren Beseitigung im Wege der Gesetzgebung bewirkt werden kann, nicht sowol durch Abänderung des Verfahrens als vielmehr der eben so übermäßig harten als durch die Unklarheit und Unbestimmtheit der Begriffsbestimmungen der willkürlichsten Auslegung und Anwendung fähiger Bestimmungen des Strafgesetzbuches von 1813 angestrebt werden müße, wozu die leider bereits seit Jahr und Tag wieder ins Stocken gerathene Vorlage eines neuen Strafgesetzbuches Gelegenheit bietet. Ebenso wenig vermag aber Berichterstatter in jenen Modificationen, welche die Kammer der Reichsräthe an diesen Artikeln vorgenommen hat, solche Bürgschaften zu finden, welche die schweren Bedenken im Geringsten zu mindern im Stande wären, die der Annahme derselben entgegenstehen. Die Bildung des Gerichtshofes zu je 3 Mitgliedern des obersten Gerichts, der obern Gerichtshöfe und der Untergerichte überläßt deren Zustimmung dem Ermessen weniger Beamten, ganz eben so wie der Entwurf der Regierung, beläßt ihm den Character eines Specialgerichtshofes in der ganzen Bedeutung des Wortes. Kann aber Berichterstatter nicht begutachten, dem in den Art. 1—3 aufgestellten Systeme der Aburtheilung der Staatsverbrechen durch besondere — (Special-) Gerichtshöfe weder in der Fassung der Regierung noch in jener der Kammer der Reichsräthe beizustimmen, so kann er dies natürlich eben so wenig bezüglich der Art. 4—11, welche für jene Gerichte im Art. 4 ein Vorrecht in Anspruch nehmen, das wohl dem Schwurgerichtshofe als ordentlichem Gerichte selbst für die schwersten Verbrechen, nimmer aber einem Ausnahmsgerichte zugestanden werden könnte, und überdieß im Verfahren bestimmen, das nicht einmal die Rechtswohlthat der Berufung gestattet, welche doch bei jeder Vergehens- ja selbst bei Policeistrafen stattfindet und hier bei Anklagen ausgeschlossen sein soll, welche die Todes-, die schwersten Ehren- und Leibesstrafen zur Folge haben sollen, obwohl — wie schon erwähnt — jene Gründe, welche dieselbe hinsichtlich der Wahrsprüche der Geschworenen als unzuläßig erscheinen lassen, hier durchaus nicht zutreffen, und hierdurch die Lage des Angeklagten vielseitig noch ungünstiger werden dürfte, als sie es selbst nach dem alten Ver ahren gewesen. Die Modificationen der Kammer der Reichsräthe ändern bezüglich dieser Artikel nichts als die Benennung und sind daher in der Sache selbst nicht von Belang.

§. 6. Die Art. 12—16 des Gesetzentwurfes bezwecken, für die Pfalz dasselbe Verfahren in politischen Processen einzuführen, welches nach Art. 1—11 im diesseitigen Bayern zur Geltung kommen soll. Haben auch in der Pfalz die in Folge der Ereigniße von 1848 und 1849 stattgehabten politischen Proceße jene Erscheinungen, gegen welche der vorliegende Gesetzentwurf Vorsorge treffen soll, in einer Zahl gezeigt, welche allerdings auf das Bestehen von bedenklichen Gebrechen hinzudeuten scheinen, so müßen doch auch hier die ganz abnormen Verhältniße jener Zeit, in welchen leider allgemein die Begriffe von Recht und Pflicht ihre unverrückte Geltung verloren zu haben schienen, einigermaßen in Berücksichtigung gezogen werden, und jene Gründe, welche Berichterstatter schon vorne im Allgemeinen bezüglich des Einflusses der Art und Weise wie — und der Umstände, unter denen eine Untersuchung geführt wird, auf das Endergebniß derselben üben, machten sich hier in solchem Maße geltend, daß die Schuld der allerdings nicht immer mit dem unbefangenen Rechtsbewußtsein im Einklang stehenden Wahrsprüche der Geschworenen sicher nicht ausschließend diesen zur Last gelegt werden darf. Leiden auch die Bestimmungen des französischen Strafgesetzbuches von 1810 minder an den Gebrechen abstracter Systematik, so sind sie doch so ungeheuer hart in ihren Strafen, so wenig bestimmt, daß auch hier der individuellen Ansicht des Richters ein vielseitig all' zu großer Spielraum gegeben ist, ein Umstand, welcher wesentlich dazu beitragen dürfte, manche Erscheinungen des Jahres 1850 und 1851 wenn auch nicht zu rechtfertigen, doch zu erklären, während eben so wenig verkannt werden kann, daß die Geschworenen in einer Reihe von Fällen ihrer schweren Pflicht in einer Weise Genüge geleistet haben, welche alle Anerkennung verdient. Unter solchen Umständen kann Berichterstatter auch bezüglich der Pfalz die absolute Nothwendigkeit der Einführung solcher Bestimmungen, wie sie die Art. 12—16 enthalten, in keiner Weise anerkennen; mag man auch eine Aenderung des Verfahrens in politischen Processen — wenn auch nicht in allen, so doch in einzelnen Ausnahmsfällen von besonderer Wichtigkeit für zweckmäßig und selbst für unerläßlich halten, so liegt doch die Gefahr der Wiederholung von Zuständen, welche solche im Gefolge zu haben pflegen, keineswegs so nahe, daß man sich dadurch veranlaßt sehen könnte, ein so höchst unvollkommenes Auskunftsmittel, wie es der vorliegende Gesetzentwurf bietet, sofort zu ergreifen und wenn auch die Nothwendigkeit vollständig anerkannt werden muß, in Zeiten der Ruhe jene Institutionen zu begründen, welche künftigen Stürmen entgegen zu treten bestimmt sind, so kann es doch nur Sache der Staatsregierung sein, dieß — neben einer zweckmäßigern materiellen Gesetzgebung in der Frage der Staatsverbrechen — durch einen Gesetzentwurf zu thun, welcher dem Angeklagten größere Bürgschaften einer völlig unbefangenen Beurtheilung bietet, als der vorliegende, der in seinem Art. 16 beziehungs-

weise 10 demselben auch noch die letzte klägliche Rechtswohlthat der französischen Criminalproceßordnung, die Unwiderruflichkeit der Freisprechung unter einer Voraussetzung entziehen würde, deren Eintreten von einem Zufalle abhängen könnte. Die Modification der Kammer der Reichsräthe zu diesen Artikeln erklären lediglich die für die 7 diesseitigen Regierungsbezirke in den Art. 1—11 aufgestellten Bestimmungen auch auf die Pfalz anwendbar, es stehen ihnen sohin auch die oben bezüglich jener erörterten Bedenken entgegen. — Berichterstatter vermag daher auch bezüglich der Art. 12—16 nur zu begutachten, denselben weder in der Fassung des Regierungsentwurfes, noch der Kammer der Reichsräthe zuzustimmen, woran sich denn folgerichtig der Antrag anschließt, auch dem Art. 17 nicht beizutreten. — München, den 12. Mai 1852. v. Lerchenfeld.

Nürnberg, den 15. Mai. Morgen wird der Redacteur und Eigenthümer des „Nürnberger Kuriers," Dr. E. Feust, Stadt- und Polizeibezirk Nürnberg verlassen, um seine Thätigkeit für das genannte Blatt nunmehr außerhalb dieser ihm verschlossenen Territorien fortzusetzen.

Würzburg, den 15. Mai. Der Rector der hiesigen Universität hat folgendes Publicantum, das Studium der baierischen Geschichte betr., an die Studirenden erlassen: „Es ist der entschiedene Wille Sr. Maj. des Königs, daß an jeder der drei Landesuniversitäten regelmäßig Vorträge über baierische Geschichte gehalten werden und von den Studirenden mit Eifer und Fleiß besucht werden. Da an hiesiger Universität die Gelegenheit zum Besuche dieser, für jeden baierischen Studenten gewiß eben so nützlichen als interessanten Vorträge in vorzüglichem Grade gegeben ist, da das Studium der vaterländischen Geschichte unstreitig die lauterste Quelle warmer patriotischer Gesinnung und treuer Anhänglichkeit an Thron und Verfassung ist, überdieß die genaue Kenntniß der baierischen Geschichte von jedem gebildeten Staatsangehörigen und insbesondere von dem künftigen Staatsdiener mit Recht erwartet werden kann, so gibt sich der unterzeichnete Rector der festen Erwartung hin, daß die inländischen Studirenden durch fleißigen und aufmerksamen Besuch der betreffenden Vorträge sowol dem erhabenen Willen Sr. Maj. des Königs entsprechen, als auch ihre eigene Bildung damit eifrigst befördern werden. — Die bekannte Verordnung in Beziehung auf die militärischen Bärte hat bei uns auch manches kriegerische Gesicht verändert. Namentlich haben mehrere Unterofficiere, als sie ihren Knebelbart abnehmen mußten, zugleich auch ihren Schnurrbart abrasiren lassen, und erscheinen jetzt mit ganz glatten Gesichtern. (Nürnb. Kur.)

Freiburg, den 16. Mai. Der Hirtenbrief des Erzbischofs von Freiburg sucht den bekannten Conflict lediglich der Staatsbehörde zur Last zu legen, und dagegen das Recht, wie die Loyalität der Kirchenbehörde in dem vorliegenden Falle zu erweisen, ob er gleich die Inconsequenz derselben in der bisherigen Praxis eingesteht. Im Ganzen wiederholt seine Selbstvertheidigung nur das bisher von der Presse seiner Partei und ihrer Wahlverwandten Ausgesagte, und läßt die Frage unbeantwortet: warum die Kirche (d. h. ihre Stellvertretung) Nichts zur Erlösung einer Seele thun wolle, die doch nach ihrem (der Kirche) Glauben der Erlösung bedarf, gleichviel, was der Verstorbene bei seinen Lebzeiten glaubte. Dagegen ergreift der Hr. Erzbischof diese Gelegenheit zu einer Parallele der römischkatholischen und der evangelischen Lehren von den letzten Dingen, welche natürlich zu Gunsten der ersteren ausfällt. Am Schlusse wird eine Maßregel angekündigt, welche die entfremdeten Gemüther der erzbischöflichen Curie wieder zuwenden soll. Am 2. Juni d. Js. nämlich soll in dem badischen Theile der Erzdiöcese Freiburg ein feierliches Amt abgehalten werden als Dankopfer für die Segnungen, welche Gott dem Lande durch den höchstseligen Großherzog erwiesen habe, und als Bittopfer für jene, die er ihm durch den jetzigen Regenten erweisen möge. (F. J.)

Kassel, den 14. Mai. Weitere Landtagswahlen sind abermals auf lauter Bürgermeister gefallen.

Fulda, den 16. Mai. Es bestätigt sich vollkommen, daß der hiesige katholische Landesbischof sich bestimmt dahin entschieden hat, in die erste Kammer der demnächst zusammentretenden Landstände des Kurfürstenthums nicht einzutreten und den Eid auf die neue Verfassung zu leisten. Es sollen auch nicht bloß die Paragraphen der Verfassung über die Verhältnisse der Kirche zum Staate sondern auch manche andere Beschwerden diesen Entschluß des Bischofs veranlaßt haben.

Dresden, den 12. Mai. (Symptome der Zeit selbst in der sächsischen Kammer!) Die zweite Kammer beendete heute die Berathung über den Gesetzentwurf wegen Abänderungen des Gesetzes über Militärpflicht vom 9. November 1848. Sie trat zwar im Allgemeinen den Beschlüßen der ersten Kammer bei, nahm aber auch zwei Zusätze an, von welchen die „Fr. Sachs.-Ztg." sagt, daß mit ihnen die Staatsregierung nicht einverstanden sei und daß sie indirect auf eine allmählige Reduction der Armee zielen.

Coburg, den 12. Mai. Gegen den Redacteur Hrn. Feodor Streit wurde vom Staatsanwalte eine Anklage begründet, weil er an dem Erscheinen der Schrift: „Hat das Volk ein Recht zur Revolution" — Schuld sei. Also nicht Verfasser, Verleger, Drucker oder Verbreiter, und doch angeklagt! (F. K.)

Braunschweig, den 13. Mai. Der Verleger der „Blätter der Zeit," Buchdruckereibesitzer Sievers stand heute wegen Preßvergehens vor den Geschwornen, wurde aber freigesprochen.

Bremen, den 14. Mai. Dulon hat von dem verwaltenden Bauherrn der Frauenkirche ein Schreiben erhalten, in welchem ihm aufgegeben wird, seine noch inne habende Amtswohnung zu räumen. Dulon hat darauf geantwortet, daß sein Verhältniß nicht gelöst, sondern lediglich momentan gestört sei, da dem Verfahren des Senats keine rechtlichen Folgen gegeben werden könnten. Es liege mithin keine Verpflichtung vor, die Wohnung zu räumen und irgend einem Anspruche auf das Einkommen zu entsagen. Im übrigen seien weder die Bauherrn noch der Kirchenvorstand kompetent, in der vorligenden Sache zu entscheiden; diese Kompetenz stehe der Gemeinde zu.

Heute fand die feierliche Eröffnung der neuen Bürgerschaft durch den Senat statt.

Preußen. Die Fortschritte der Jesuiten sind immer auffallender. In Paterborn haben sie zur Einrichtung eines Scholastikats kürzlich ein Haus gekauft. In Posen haben sie ihre Missionen in polnischer Sprache begonnen, und in Danzig wird am 30. der Pater Rob mit 3 Andern eintreffen. In Berlin fängt der erschreckte protestantische Klerus an, gegen sie zu predigen, wie es vor einiger Zeit in Heidelberg geschah.

Berlin, den 13. Mai. Der Allg. Ztg. schreibt man folgende seltsame Notiz: Etwa eine Woche vor Ankunft des russischen Kaisers in Wien soll daselbst dem Vernehmen nach durch Hrn. v. Meyendorff eine Note übergeben worden sein, in welcher der Kaiser, sein Herr, die Erhaltung des Zollvereins empfehle und sich gegen die Bildung einer dritten Zollgruppe erkläre, die der Demokratie oder dem Einflusse des Auslandes leicht Vorschub leisten könnte. Die kleineren deutschen Staaten müßten sich in handelspolitischen Dingen an Oesterreich oder Preußen anlehnen.

(Merkwürdiger Kriminalfall.) Das Schwurgericht verhandelte am 8. Mai einen Prozeß wegen versuchter Erpressung gegen einen Droschkenkutscher, der von dem Fahrgast Part. Mehwald für eine Tour 7½ Sgr. erhalten hatte, denselben hierauf mit Schlägen traktirte und die Forderung auf 15 Sgr. stellte. Die Ge-

schwornen gaben ihr Verdikt dahin ab: „Ja, der Angeklagte ist schuldig, den ꝛc. Mehwald geschlagen ꝛc. ꝛc. zu haben, in der Absicht, dadurch ein höheres als das bedungene Fuhrlohn zu erhalten, aber die lebensgefährliche Drohung ist nicht erwiesen", worauf der Gerichtshof eine zehnjährige Zuchthausstrafe aussprach. Die Geschwornen wollen ein Gnadengesuch einreichen.

Wien, den 13. Mai. Dem heutigen Reichsgesetzblatt zufolge werden im Großfürstenthum Siebenbürgen, als Uebergang zur endgültigen Gestaltung des Justizwesens, provisorische Gerichtsstellen und eine provisorische Civilproceßordnung eingeführt.

Als nächstes Resultat der Zusammenkunft der Monarchen in Wien, in Dresden und in Berlin wird in gut unterrichteten Kreisen eine gründliche und definitive Regelung der deutschen und besonders der preußischen Angelegenheiten bezeichnet.

Schweiz.

Bern, den 15. Mai. Im heutigen großen Rathe wurde die Berathung des Gemeindegesetzes beendigt und diejenige des Preßgesetzes begonnen; man beschloß mit großer Mehrheit die artikelweise Behandlung desselben. Regierungsrath Moschard hob hervor, die Regierung wolle die Preßfreiheit durch den vorliegenden Entwurf nicht unterdrücken; in demselben habe man daher auch jede Präventivmaßregel vermieden. Für Nichteintreten sprachen Karlen, Mühlethaler, Dr. Lehmann, Dr. Schneider; für Eintreten Manuel, Blösch und Lauterburg.

Niederlande.

Amsterdam, den 15. Mai. Dem „Handelsblad" wird durch telegraphische Depesche aus dem Haag von heute gemeldet, daß der Justizminister seine Demission bei dem Könige eingereicht hat. Ein von dem Justizminister eingebrachter Gesetzentwurf über die Zusammensetzung der richterlichen Behörden und über die Direction der Justiz war gestern von der zweiten Kammer der Generalstaaten mit 44 gegen 15 Stimmen verworfen worden.

Frankreich.

Paris, den 15. Mai. Zwei Büsten des Präsidenten der Republik sind gestern auf dem Temple und eine andere heute auf dem Marché des Innocens aufgestellt worden. Vorher wurden dieselben in der Kirche eingesegnet. (!) — Der Minister des Innern hat eine Commission ernannt, um die Colonisation Algeriens durch die Findelkinder zu studieren. — Das Hauptorgan der Legitimität in der Pariser Presse, die „Union", greift die Regierung wegen der angeordneten Erbauung von Musterwohnungen für die Arbeiter an. Sie entdeckt darin die Anwendung des Sozialismus und macht auf die Gefahren der direkten Einmischung des Staates in die Bau-Industrie, auf die ungerechte Bevorzugung der Arbeiter der großen Städte vor den Landbewohnern u. dgl. aufmerksam.

Die Regierung wird die Veröffentlichung des Schreibens des Grafen von Chambord in öffentlichen Blättern und überhaupt die Verbreitung desselben in Frankreich nicht gestatten. Gestern und heute sind alle belgischen Journale, welche das Schreiben enthielten, auf der Post in Beschlag genommen worden. Es erfolgte diese Maßnahme gemäß einem Beschluße, welcher gestern vom Ministerrathe, wie es heißt nach einer mehrstündigen Debatte, gefaßt worden war.

— den 16. Mai. Der Präfect des Seinedepartements gab gestern den Offizieren der zur Adlervertheilung nach Paris gekommenen Deputationen des Heeres ein großes Bankett im Stadthause. Die Wiederabreise der Deputationen nach den Garnisonsorten ihrer Regimenter ist nun definitiv auf morgen festgesetzt.

Der Senat hielt gestern eine Sitzung. Er ertheilte seine Zustimmung zur Verkündigung mehrerer vom gesetzgebenden Körper angenommenen Gesetzentwürfe von localem Interesse.

Benachrichtigungen zufolge, welche officiell zu sein scheinen, kommen von den 35¼ Millionen Frs., deren Rückzahlung von fremden Inhabern 5pCt. Renten verlangt worden, nicht weniger als 29 auf den Kaiser von Rußland. Die 5pCt. Renten, welche sich im Besitze von Fremden befinden, belaufen sich dem Vernehmen nach auf ein Capital von 500 Millionen Frs. Von diesen ist also nur ein sehr kleiner Theil gekündigt, und dieser gehört zum bei Weitem größten Theile einem Einzigen. Der Kaiser von Rußland soll auch seine übrigen Beträge französischer Fonds unter der Hand abgegeben haben. Er hatte im Jahre 1847 eine Summe von 50 Millionen auf Anschaffungen in 5pCt. Renten zum Course von 81 Frs. verwendet.

Man versichert, dem gesetzgebenden Körper werde demnächst ein Gesetzentwurf für die Wiedereinführung der Staatslotterie vorgelegt worden.

Italien.

Rom. Die russischen Prinzen theilten hier Geld aus; von tausend und tausend Bettlern, die sich im Hotel der britischen Inseln meldeten, wurde zwei Tage lang Keiner mit weniger als einem Gulden beschenkt. Den 9. Mai mußten die Prinzen nach Neapel abreisen, weil es so in der Marschroute bestimmt ist, welche ihnen der Vater mitgegeben hat.

Großbritanien.

London, den 15. Mai. Das Unterhaus hat in seiner gestrigen Sitzung die Bill für Erhebung der Einkommensteuer auf ein weiteres Jahr definitiv genehmigt. Die Berathung über die Artikel der Milizbill wurde wieder aufgenommen. Sie wird am Montag fortgesetzt werden.

Der Krystallpalast ist von Hrn. F. Foller für 70,000 Pfd. gekauft worden und soll nach Sydenham transportirt werden, wo er von Neuem aufgestellt wird. Es scheint im Plane zu sein, ihn zu einem Wintergarten umzuschaffen und ihn für den Unternehmer nutzbar zu machen.

Man vernimmt, daß in einem Kohlenbergwerk zu Pembrey, Süd-Wales, 27 Arbeiter durch eine plötzliche Ueberfluthung der Grube ertranken. Ein einziger Mann kam mit dem Leben davon, indem ihn das Wasser bis an die Mündung, 500 Fuß hoch, emportrug.

Nach den neuesten Berichten aus Australien war dort das Goldfieber noch in steter Zunahme. Auch die Mannschaften der in den Häfen ankommenden Schiffe werden von demselben ergriffen und desertiren oft in Masse, um sich nach den Golddistricten zu begeben; so desertirten allein in der Nacht vom 6. Jan. von 816 Mann, welche sich an Bord von 35 Schiffen befanden, die im Hafen von Melbourn lagen, nicht weniger als 417. Die Regierung hat sich genöthigt gesehen, strenge Maßregeln gegen das Ausreißen der Matrosen zu ergreifen.

Neueste Nachrichten.

Karlsruhe, den 18. Mai. Das theologische Convict, über dessen Einrichtung Regierung und Kurie uneins sind, ist nun, wie man aus Freiburg mittheilt, auf ein Jahr bis Austrag der Sache suspendirt worden.

Berlin, den 15. Mai. Das neueste Werk von Proudhon: „Idées générales de la révolution dans le dixneuvième siècle, Paris, Garnier frères," ist in den hiesigen Buchhandlungen mit Beschlag belegt worden.

Ein Erlaß des Ministers des Innern untersagt den Pfand-Leihanstalten die Annahme von Ordens-Insignien als Pfandstücken.

Paris, den 16. Mai. Der „Moniteur" enthält heute einen Bericht des Ministers des Innern, welcher 104 Personen als wegen Handlungen des Muthes eine Medaille verdienend bezeichnet.

Der Kriegsminister gab heute um 11 Uhr den arabischen Chefs ein Bankett, zu welchem er die Generale

und Officiere, die sich in Algerien ausgezeichnet haben, eingeladen hatte und während dessen Dauer eine herrliche Militärmusik spielte. Nach dem Frühstück wurde der Kaffee in dem prächtigen Waffensaale des Kriegsministeriums servirt. Sodann begab man sich in einen Salon, wo kostbare Geschenke: reich verzierte Flinten, Pistolen, Säbel und Waffen aller Art, Pendulen, Necessaire's und eine Menge Kunstgegenstände ausgelegt waren, welche der Minister den Chefs überreichte, die sich darüber sehr erfreuten. Er richtete zugleich einige Worte an sie über die Dankbarkeit Frankreichs gegen jene, die ihm eifrig dienten, über seine Größe und über die militärische Macht, die es zu entfalten vermöge, um seine Freunde zu beschützen und die seine Autorität Mißachtenden rasch und streng zu bestrafen. Nachdem die Geschenke den mit Geldspenden bedachten Dienern der Chefs übergeben worden waren, verabschiedeten sich diese unter Aeußerungen der größten Erkenntlichkeit. Für heute Abend sind die Chefs zur Abendgesellschaft des Marschalls Jerome eingeladen, dem sie gestern ihre Aufwartung gemacht hatten. Die Rede, welche derselbe an sie hielt und welche ihnen verdolmetscht wurde, soll einen großen Eindruck auf sie gemacht haben.

Unter der Generalität haben 19 Beförderungen stattgefunden, theils in Folge älterer Vacanzen, theils weil 5 Divisionsgenerale (einer auf sein Ansuchen) pensionirt worden sind.

Das Circularschreiben des Grafen von Chambord hat im Elysée großen Unmuth hervorgerufen.

Der Baron v. Heeckeren, einer der jüngsten Senatoren und zugleich intimer Freund L. Napoleon's, der am Montag nach Paris abgereist ist, hat, wie man versichert, sowol für Wien als Berlin und für den russischen Kaiser vertrauliche Aufträge erhalten.

Hr. Fr. Arago hat auf den Rath seiner Freunde und seiner Familie sich dazu entschlossen, nun, da die Regierung ihm die Ablegung des Eides der Treue für die Verfassung erlassen wolle, seine Demission als Professor der astronomischen Akademie zurückzunehmen.

Turin. Die Deputirtenkammer hat am 11. d. M. Ratazzi (linkes Centrum) zum Präsidenten und Boncompagni zum Vicepräsidenten gewählt.

Konstantinopel, den 1. Mai. Der griechische Bischof von Chios hat alle Katholiken und wer eine Verbindung mit ihnen eingeht in den Bann gethan, weil 2 junge Griechen zur römisch-katholischen Religion übergingen!

Miscellen.

Venedig, den 10. Mai. Bei der vorgestern hier vorgenommenen Lottoziehung ereignete es sich, daß bloß in die Stadt 4000 Gewinnste fielen. Die aus einem Todesurtheil vom abergläubischen Volke hergeleitete Nummern kosteten diesmal dem Staate ungefähr eine halbe Million von Zwanzigern.

In der Leipziger Zeitung vom 29. April wird ein aus Leipzig gebürtiger demagogischer Schneidergeselle steckbrieflich verfolgt, wobei unter den Kennzeichen angeführt ist, daß er Deutsch spricht!

Auch auf der zu Neu-Seeland gehörigen Insel Waiheki soll Gold entdeckt worden sein.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[1021³] **Anzeige.**

Gelagerte Bremer Cigarren, Cigarrenetuis, Porte-Monnaies, Brieftaschen, Briefcouverts, feine Briefpapiere, elegante Arbeitsetuis für Damen, besonders zu Namens- oder Geburtstagsgeschenken sehr geeignet, nebst den sonst führenden Artikeln, alle Arten Farbwaaren, Firnisse, Stahl- und Kielfedern, Federnhalter, Siegellack, Bleistifte, Schreib- und Zeichnungshefte, Post-, Kanzlei-, Concept-, Zeichnen-, Noten-, Bunt- und Pack-Papiere in großer Auswahl **und billigst** bei **Julius Helff**

im Stockinger'schen Hause
an der Maximiliansstraße.

[1022] Donnerstag, den 20. Mai 1852:

Eröffnung
des Gg. Ph. Bundschu'schen
Bierkellers
in
Mannheim.

Der Unterzeichnete erlaubt sich hiermit, unsere freundnachbarliche Pfälzer zum häufigen Besuch obigen Lokal's einzuladen, da dasselbe durch seine günstig schöne Lage, so wie durch seine eleganten Räumlichkeiten, gewiß Jedermann entsprechend sein wird, so hofft er um so mehr auf Ihre werthe Begünstigung.

Leonhard Igers.

[1005²] **Wein- und Fässerversteigerung.**

Mittwoch, den 26. Mai nächsthin, Vormittags 10 Uhr in der Behausung von Philipp Ludwig Tartter zu Lambsheim (Kantons Frankenthal), lassen die Kinder und Erben des allda verlebten Gutsbesitzers Johann Heinrich Tartter unter anderen verschiedene rein gehaltene Weine aus den Gemarkungen Lambsheim und Freinsheim, nemlich:

2000	Liter	1842r	Lambsheimer,
3000	„	1846r	Freinsheimer,
1600	„	1848r	„
2200	„	1849r	„
4000	„	1844r	„
1800	„	1850r	„
1000	„	1851r	„

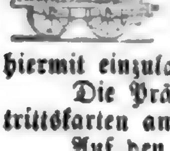
außerdem mehrere gute weingrüne Fässer von verschiedener Größe (von 28 Hectoliter bis 80 Liter) der Abtheilung wegen öffentlich an die Meistbietenden versteigern.

Frankenthal, den 30. April 1852.

Neumayer, Notar.

[1010³]

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.



In Gemäßheit des §. 35 der Statuten beehrt sich der unterzeichnete Verwaltungsrath, die Inhaber der Actiencertificate, auf welche 60 pCt. eingezahlt sind, zur regelmäßigen jährlichen

Generalversammlung
auf
Donnerstag, den 27. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr,

hiermit einzuladen.

Die Präsentation und Anmeldung der Actiencertificate findet am **13., 14** und **15.,** die Empfangnahme der Eintrittskarten am **24., 25.** und **26.** des laufenden Monats im Bureaulocale der Verwaltung statt.

Auf den Eintrittskarten wird sowohl die den Anmeldenden nach §. 11 der Statuten zukommende Stimmenzahl, als auch das Local der Versammlung bezeichnet sein.

Mainz, den 1. Mai 1852.

Der Verwaltungsrath.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 122 | den 21. Mai 1852.

Deutschland.

• Die Todtenfeier für den verstorbenen Großherzog von Baden. Das allgemeine Aufsehen, welches das Benehmen des Erzbischofs zu Freiburg bezüglich der von der Staatsregierung angeordneten Todtenfeier für den verstorbenen Großherzog von Baden erregte, die Verwickelungen, welche natürlich und unmittelbar daran sich knüpften, die Folgen, welche daraus hervorgehen werden und die öffentliche Aufmerksamkeit in Spannung halten, veranlassen uns, einige Gedanken darüber auszusprechen.

Wir sehen in der Maßregel des Erzbischofs nicht eine einzel dastehende Handlung beschränkter und unduldsamer Confessionalität und Glaubensengherzigkeit, sondern vielmehr eine bei dieser Gelegenheit, der Natur und der Veranlassung nach auffallende, auf den Schauplatz der Oeffentlichkeit hervorgetretene Aeußerung fortgesetzter kirchlicher Ausschließlichkeit, und allerdings das bürgerliche und staatsbürgerliche Leben tief verletzender und abstoßender Trennung, welche sich seit den letzten Decennien in immer weiter greifender Ausprägung entwickelt. Der Streit über die Ehen zwischen Katholiken und Protestanten war in der neuern Zeit die erste offene Feldschlacht zwischen Staat und Priesterthum, sie braunte am heftigsten auf preußischem Boden, und ist uns in so lebendigem Andenken, als sie in den untern Regionen gemischter Bevölkerung fortdauert. In Baiern geschah es zum ersten Male — ohne offenen Widerspruch der Regierung, — daß (ausgenommen in einer Diöcese) einer verstorbenen Landesfürstin, der Königin Caroline, weil sie dem protestantischen Bekenntniße angehörte, der in der katholischen Kirche übliche Seelengottesdienst versagt, und an dessen Stelle eine Todtenfeier angeordnet wurde, welche sonst die katholische Kirche nicht kennt. In Baden ist nun dasselbe geschehen, scheint jedoch nicht, wie in Baiern, ohne weitere Folgen bleiben zu wollen.

Unser Grundsatz ist: Es soll dem Einzelnen wie einer Kirchengesellschaft Nichts zugemuthet werden, was gegen ihren Glauben, ihre Ueberzeugung, ihre kirchlichen Grundgesetze verstößt, und dies soll am allerwenigsten von einer Landesregierung geschehen, welche die Gewissensfreiheit der Einzelen wie der Gesammtheit zu schützen berufen ist. Wir glauben aber, daß nicht blos der sogenannte Theologe, sondern jeder denkende Mensch berechtigt ist zu prüfen, ob eine solche Beeinträchtigung der Glaubensüberzeugung und der kirchlichen Lehre im einzelen Falle besteht. Darum fühlen wir uns auch zur Erörterung der Frage berechtigt: „ob nach der Lehre des Christenthums überhaupt, und nach der Lehre und Uebung der katholischen Kirche in's Besondere verboten ist, daß eine Seelenmesse für einen verstorbenen Protestanten gehalten werde."

Es ist vor Allem eine Grundlehre des Christenthums, daß alle Menschen ohne Ausnahme und ohne Unterschied des Glaubens Kinder Gottes und Brüder sind, und als solche einander lieben, für einander leben, also auch für einander beten sollen. Dieses Letztere ist ausdrücklich ausgesprochen 1 Timoth. 2, 1—2: „Vor Allem empfehle ich, daß Bitten, Gebete, Fürsprachen und Danksagungen geschehen für alle Menschen, für die Könige und für alle Obrigkeiten, auf daß wir ein friedliches und ruhiges Leben führen in aller Frömmigkeit und Ehrbarkeit." Es liegt also in der Natur des christlichen Gebets, daß es ein Gebet nicht blos für Christen, sondern für alle ist, und man vergesse nicht, daß zu den Zeiten der Apostel der Christen nur wenige, und daß die Könige und Obrigkeiten Ungetaufte, sogenannte Heiden, waren. Wenn nun wahr ist, was Kirchenväter sagen, und jedenfalls von den katholischen Priestern behauptet wird, daß nämlich die Fürbitte für die Verstorbenen im Urchristenthum beruhe, und von den ersten Christen geübt, und zwar beim „Brechen des Brodes" (der Messefeier) geübt worden: so ist damit zugleich erwiesen, daß die ersten Christen, nach des Apostels Gebot, nicht nur für alle Lebenden, sondern auch für alle Verstorbenen gebetet haben. Selbst das heutige Meßbuch zeugt dafür, wenn wir von katholischen Priestern recht unterrichtet worden sind, indem es dort heißt: „für alle Christgläubigen geschehe das gemeinsame Gebet, für lebendige und verstorbene." Diesem entspricht denn auch die bisherige Uebung, daß beim Tode von Landesfürsten, wenn sie auch nicht der römischen Glaubensgemeinschaft angehörten, in den katholischen Kirchen des betreffenden Landes der Seelengottesdienst wie für einen Katholiken statt zu finden pflegte. Dabei kommt ferner in Erwägung, daß die katholischen Priester die sogenannten Meßstipendien für Seelenmessen annehmen, ohne zu fragen, ob die Verstorbenen, für welche die Messen gehalten werden sollen, auch der katholischen Kirche angehörten. Gar häufig geschieht es, daß Katholiken für ihre verstorbenen protestantischen Eltern oder Verwandten Seelenmessen bestellen, der Priester pflegt nicht zu fragen, für wen die Messe bestellt wird, er nimmt unbedenklich die Gebühr und besorgt die Bestellung, ja er übernimmt dieselbe auch wenn er weis, die Messe sei für einen verstorbenen Protestanten.

Wenn nach des Apostels Gebot das christliche Gebet für alle Menschen ohne Unterschied des Bekenntnisses sein soll, wie viel mehr kann es und soll es sein für alle Christen! Denn als Christen müssen doch wenigstens die Protestanten auch von den Katholiken anerkannt werden, und so viel wir wissen, werden sie auch als solche von ihnen anerkannt. Sie sind ja auf Christus getauft und glauben an Christus als an ihren und der Welt Heiland. Und für Solche sollte den katholischen Christen zu beten nicht erlaubt sein?

Man wendet von gewisser Seite ein: „Ja beten darf und soll man für sie — für ihre Bekehrung — aber das Meßopfer ist nur für Jene, welche daran glauben." Aber haben denn die ersten Christen nicht eben beim „Brodbrechen" (Meßopfer) für alle Menschen gebetet? Steht nicht im römischen Meßbuch: „für alle Christgläubigen, die lebendigen und verstorbenen?" Sind die Protestanten nicht Christgläubige? Ist auch nach katholischem Kirchenglauben nicht Christus für alle Menschen gestorben? Hat er nicht für Alle gelebt und gebetet? Und wird nicht gerade im Meßopfer, nach katholischem Glauben, Christus mit seiner unbedingten Hingabe in seinem Leben, Leiden und Tode für alle Menschen dargestellt? Ist nicht das Meßopfer in der katholischen Kirche das Gebet im vollendetsten, so zu sagen, objectiven Sinne? Und wenn man auch für Protestanten beten darf und soll, darf und soll man es nicht im besten, nicht in diesem Sinne? Uns will das Gegentheil nicht einleuchten.

Das Meßopfer für lebende Nichtkatholiken — gibt man von anderer Seite zu — also auch die Meßfeierlichkeiten bei Geburts- und Namenstagen der Landesfürsten nichtkatholischer Confession können wol Statt finden,

aber die Messe für einen **Verstorbenen** hat einen persönlichen Charakter, sie kann nur für Denjenigen gehalten werden, der an den Reinigungsort (Fegfeuer) glaubt. Die Protestanten glauben nicht daran, also ꝛc. Aber die lebenden Protestanten, für welche eine Messe gehalten wird, sind ja auch Personen, also haben auch die Meßfeierlichkeiten, welche für die lebenden Protestanten gehalten werden, einen persönlichen Character? Die Protestanten glauben ja auch nicht an das Meßopfer, und doch gibt man zu, daß es für sie als Lebende gehalten werden könne? Freilich haben die ersten Christen für alle Menschen beim „Brodbrechen" (Meßopfer) gebetet, und selbst das Meßbuch enthält: „für alle Christgläubigen die lebendigen und verstorbenen." Wenn indessen beim Meßopfer für Verstorbene das Gebet vom Glauben Dessen bedingt ist, für den es geschieht, so darf es auch für keinen Lebenden gehalten werden, der den Glauben nicht hat.

Aber noch mehr. Nach katholisch-kirchlicher Ansicht ist der Verstorbene entweder im Himmel, oder in der Hölle, oder im Fegefeuer, man kann aber nicht wissen, wo er ist. Namentlich wird man auf katholischer Seite von einem Protestanten nicht annehmen, daß er im Himmel sei, man wird auch nicht behaupten wollen — wenigstens nicht officiell, — daß er in der Hölle sei. Man wird also die Wahrscheinlichkeit gelten lassen müßen, daß er im Fegefeuer sich befinde. Unter dieser Voraussetzung ist er nun gerade an jenem Orte, an dessen Vorhandensein er im Leben nicht geglaubt hat. Nun, wenn er wirklich dort ist, so glaubt er jetzt ganz gewiß daran, so gewiß Derjenige an die Blatterkrankheit glaubt, dem sie das Angesicht blatternarbig gerissen hat. Er bedarf nach katholischer Ansicht also des erlösenden Gebetes im höchsten Grade und schmachtet darnach. Ist es nun der Liebe des Christenthums angemessen, ihn dafür im Fegefeuer hilflos schmachten zu lassen, daß er irrthümlicher Weise an dasselbe, so lange er diesseits lebte, nicht geglaubt hat? Wenn Einer, trotz der Warnung, daß das Eis brechen werde, dennoch über's Eis geht und einbricht — läßt man ihn deßwegen ohne Hilfe? (Schluß folgt.)

• München, den 16. Mai. Hr. Dr. Lucas Jäger hat sich kaum die scharfe Züchtigung eingerieben, die ihm neulich der Bürgermeister von München, Hr. Dr. v. Bauer, so freigiebig applicirte, und schon läßt er sich wieder in gewaltigen Aerger aus über die Mittheilungen der Speyerer Ztg. bezüglich der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten in hiesiger Stadt, wobei er zu seinem gewöhnlichen Hülfsmittel, dem Schimpfen, seine Zuflucht nimmt. Wir hoffen, dem gedachten Herrn durch unsere Mittheilungen noch öfter Gelegenheit zum Aerger zu geben, zumal eben doch so eine kleine Störung in das Treiben der Reactionshelden gekommen ist, und nehmen dabei recht gerne die Proben des Anstandes und der feinen Erziehung mit in den Kauf, welche Hr. Jäger so reichlich zu spenden beliebt.

Für heute nur ein paar Betrachtungen zur Bezeichnung der Situation der Parteien.

Die Rechte hat gestern dem Ministerium die dicke Pille zu verzuckern gesucht, das ist richtig; allein ebenso richtig ist es auch, daß die Gesammtheit dieser Fraction mitwirken mußte, diese dicke Pille dem Ministerium einzugeben, weil dasselbe sie sonst unverzuckert bekommen hätte.

Es ist eine Lächerlichkeit, die Dinge so darstellen zu wollen, als ob die Majorität der Kammer noch heute dem Ministerium gegenüber die nemliche Stellung einnehme, wie früher. Die neuliche Wahl des besondern Ausschusses, die Wahl Wallersteins zum Vorstande desselben (während keineswegs, wie das subventionirte Blatt des Hrn. Jäger heute glauben machen will, kurzweg der Aelteste zum Präsidenten gewählt wird,) die Art der Abfassung der 4 Ausschußberichte, die einhellige Zustimmung aller Ausschußmitglieder zu den Anträgen auf Verwerfung aller dieser Gesetzvorlagen, endlich sogar die, in Hrn. v. Links ohnehin eigenthümlicher Weise gehaltene Motivirung des gestrigen Verschiebungsantrages, worin von einem legislatorischen „Standrecht" die Rede, — sind Thatsachen, welche so deutlich für sich selbst sprechen, daß sie — außer etwa bei Hrn. Jäger — eines Commentars gewiß nicht bedürfen. —

Die Aenderung in der Stellung der Rechten war so rasch und so stark, daß wir, wie wir die Menschen und die Verhältniße kennen, an ein weiteres Fortschreiten in gleicher Richtung in Wirklichkeit nicht glaubten. Die stattgehabte Bewegung gegen das Ministerium ging übrigens — dies anerkennen wir — viel weiter, als wir von den Betheiligten je für wahrscheinlich gehalten hätten. Den entstandenen Riß kann man verkleben, aber nicht mehr verschwinden machen.

Die Linke ist sich von Anfang an consequent geblieben. Die Hoffnung, welche das subventionirte Blatt beim letzten Wiederzusammtritte der Kammer genährt, als ob diese Fraction sehr bald nicht mehr im Stande sein werde, Verfassungsgesetze zu verwerfen, hat sich als eine Albernheit erwiesen. Die Linke hat stets die gleiche Stellung behauptet. Auch neulich haben keine Transactionen stattgefunden. Die democratische Partei acceptirte es mit Vergnügen, wie sie immer thun wird, daß ein Theil der Rechten in gleicher Richtung wirkte wie sie, — Zugeständnisse wurden aber weder gefordert, noch wären principielle jemals gemacht worden. Wenn man also, wie es heute dem Vernehmen nach versucht werden will, das Resultat der gestrigen Kammersitzung als einen durch Klugheit erlangten Sieg der Rechten über die Linke darstellen will, so liegt es auf flacher Hand, daß in dieser Auffassungsweise ein sehr übles Compliment für die Rechte liegt, nemlich das: sie habe vermittelst besonderer Klugheit einen Sieg über ihre eigene Consequenz erringen müssen, um auf der Bahn, die sie auf einmal so eifrig betreten, wieder einen Halt zu erlangen. — Allein so wollen wir die Sache nicht ansehen, wir wollen vielmehr demjenigen Theile der Rechten, welcher nun einmal erkannt hat, daß die Reaction nicht weiter gefördert werden dürfe, den — ohnehin nicht einmal sehr hohen — Grad von Consequenz zutrauen, sich nicht durch ein Erschrecken über den gethanen Schritt zur Umkehr bestimmen zu lassen.

Und nun die Lage des Ministeriums, der Kammer gegenüber? Man braucht nur die Worte: Fideicommißgesetz, Disciplinargesetz, Viermillionengesetz, Zollvertragsermächtigungen, Ausschußgesetz und Motivirung der Vertagung von gestern — auszusprechen, so dürfte es zur Bezeichnung der Situation genugen. — So lange die jetzige Verfassung in Baiern besteht, hat niemals ein Ministerium so viele und so rasch auf einander folgende Niederlagen in der Kammer erlitten, wie eben das gegenwärtige.

• München, den 17. Mai. Das Ministerium hat heute wieder eine Schlappe in der Kammer erlitten. Sein Vorschlag wegen der Diäten der Abgeordneten ward mit der enormen Majorität von 122 gegen 8 Stimmen verworfen. Lerchenfeld sprach sich in ziemlich scharfer Weise gegen die Art aus, in welcher die Sache vom Ministerium behandelt worden. Man gebe der Kammer die Ermächtigung, das Verhältniß selbst zu ordnen, und man wird keinen Grund zu einem Vorwurf haben.

Das Ministerium hat übrigens, wie man vernimmt, einen neuen Antrag, nicht in Form eines Gesetzentwurfs, an die Abgeordnetenkammer gebracht, welcher demselben unfehlbar wieder eine Niederlage zuziehen muß. Es begehrt nemlich die Ermächtigung, die neue Gerichtsorganisation mit solchen Abänderungen, die ihm nothwendig schienen, die es aber noch nicht näher angeben könne, durch blose Verordnung einzuführen; und zu diesem Behufe fordert es einen Credit von (wie behauptet wird) 1'200,000 fl. — Es ist unbegreiflich, wie ein solcher Antrag eingebracht werden mochte. —

Nun verbreitet sich aber auch noch die Nachricht, die Reichsrathskammer werde, nach der unter vielen ihrer Mitglieder herrschenden Stimmung, auf den vorgestrigen

Beschluß der Abgeordneten nicht eingehen, in Betreff Zurückstellung der Beschlußfassung über die politischen Gesetze. — Wir würden uns freuen hierüber. Die Situation würde um so klarer. Dann hätte man also den vorgestrigen Schritt gethan ohne auch nur den Zweck zu erreichen, — man müßte zu diesem Schritte dennoch die Vorlagen förmlich verwerfen! Ein förmliches Zurückziehen der Gesetzentwürfe selbst soll an einem entscheidenden Orte den Ministern nicht bewilligt werden.

Ob der Landtag nach dem 22. ds. noch um einige Tage verlängert wird, wie Manche behaupten, ist zur Zeit wol noch gar nicht bestimmt.

• **München,** den 17. Mai. (128. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Anzeige der Beendigung von Ausschußarbeiten, nemlich über die bäuerlichen Erbgüter und über die Beschwerde des Dr. Schmidt von Würzburg wegen der Maßnahmen gegen die Deutschkatholiken. (Referent Jäger. Der Antrag geht auf Abweisung.)

Berathung über den Gesetzentwurf: die Diäten und Reisegebühren der Abgeordneten betr. — Referent Nuland: der Gegenstand sei ein innerer der Kammer; diese möge sich kurz fassen. — Minister Aschenbrenner: die Regierung sei durch frühere Anträge in der Kammer selbst zum Vorschlage veranlaßt worden, das Ministerium verkenne nicht, daß es sich um eine res domestika handle. — Lerchenfeld bedauert, daß nach der Motivirung des Gesetzentwurfes der Gegenstand vom Ministerium nicht wie eine res domestika behandelt worden sei; die Regierung hätte einfach den Bann aufheben sollen, welcher der Kammer verbiete, die Sache selbst zu ordnen. — Wallerstein verzichtet unter diesen Verhältnißen auf jede Discussion. — Bei der Abstimmung werden alle einzelnen Artikel verworfen; blos etwa 5 Mitglieder erheben sich dafür, darunter Jäger und Lang. Ueber den ganzen Gesetzentwurf wird zum Ueberflusse auch noch abgestimmt, und derselbe mit 122 gegen 8 Stimmen verworfen. Die Bejahenden sind: Boos, Högg, Larossee, Lasaulx, v. d. Pfordten, Sepp, Jos. Wagner und Wolfsteiner.

Berathung des Gewerbsteuergesetzes. Referent v. Schelhorn empfiehlt Annahme. Bei der Kürze der Zeit sei eine umfassende Prüfung im Einzelnen nicht möglich gewesen. Darum möge man, da eine neue Gewerbsteuerordnung doch nothwendig sei, den Entwurf auf die Dauer der 3 nächsten Jahre (provisorisch) annehmen. Der Ausschuß hat, als wesentlichste Abänderung, statt der von der Regierung vorgeschlagenen 4 Classen von Gemeinden, deren 5 vorgeschlagen, nemlich: unter 1000 Seelen, von 1000 bis 4000, von 4000 bis 15,000, von 15—25,000, dann über 25,000. — Im Ganzen hofft man auf einige Erleichterung der kleinen Gewerbe, indeß die großen bedeutend höher besteuert werden.

Reinhard gegen das Gesetz, weil man die Tragweite nicht kenne. Warum habe man den Entwurf nicht vor dem Finanzgesetze gebracht? Die Gewerbsteuer würde durch das neue Gesetz von 800,000 wol auf 1,200,000 fl. erhöht.

Röhl anerkennt, daß das Gesetz Verbesserungen bringe, befürchtet indeß, daß dasselbe als Finanzspeculation auf einen Mehrertrag berechnet sei.

v. Hermann verweist auf die Erhebungen in Betreff der Zahl der Gewerbe im Jahre 1847; neuere statistische Notizen könne man gar nicht haben.

Kolb widerlegt diese letzte Ansicht v. Hermanns und beantragt, daß die Summe, welche in Form von Beischlagprocenten zur Gewerbsteuer behufs Deckung des Deficits repartirt werden soll, nur in dem Falle und in dem Maße zur Erhebung kommen dürfe, als nach der neuen Normirung nicht der budgetmäßige Betrag der bisherigen Gewerbsteuer sammt jenen Beischlagprocenten eingehen würde.

Wallerstein, wünscht eine bestimmtere Fassung desjenigen Artikels, nach welchem das Gesetz nur auf drei Jahre angenommen werde, so daß es jedenfalls alsdann revidirt werden müße.

v. d. Pfordten empfiehlt den Gesetzentwurf, besonders da derselbe eine Erleichterung für den kleinen Gewerbstand gewähren werde.

Ministerialcommissär Pfretschner entwickelt das vorgeschlagene System.

Finanzminister von Aschenbrenner in gleichem Sinne. Eine Finanzspeculation sei nicht beabsichtigt. Darum trete er auch den Modificationen nicht entgegen, welche dagegen gerichtet seien. Einen sehr bedeutenden Mehrertrag erwarte er nicht.

Bei Art. 5 beantragt Röhl, daß nicht blos von dem ersten, sondern auch von dem zweiten Gehülfen nur die Hälfte der vollen Gebühr entrichtet werde. — Der Referent, v. Hermann, v. Lerchenfeld, v. Koch und Ministerialcommissär dagegen. Wagner, Wallerstein, Sedlmayer und Reinhard dafür. — Der Antrag wird schließlich verworfen. — Was die Classification der Städte betrifft, so erklären sich Hermann und der Ministerialcommissär für den Regierungsentwurf und gegen den Ausschußantrag, indem sie die Städte von 4000 bis 15,000 Seelen den größeren bis 20,000, gleichgestellt wissen wollen. — Der Ausschußantrag wird aber angenommen.

Sedlmayer tadelt, daß nach dem Gesetzentwurfe im Allgemeinen von jedem Gehülfen die volle Gebühr wie von der Normalanlage entrichtet werden soll, indeß gerade die durch Maschinen ersetzte Menschenkraft gar nicht besteuert werde. — v. Hermann hält diesen Tadel nicht begründet; wenn in einem Industriezweige eine wesentliche mechanische Verbesserung erfunden, so müsse sie Jeder einführen, sonst könne er gar nicht concurriren. — Ministerialcommissär Pfretschner in gleichem Sinne. — Den betr. Bemerkungen wird keine weitere Folge gegeben.

In der allgemeinen Discussion hatte v. d. Pfordten sich dagegen ausgesprochen, daß man die Lehrlinge in den 3 ersten Lehrjahren unbesteuert lasse, (die Regierung hatte blos zwei Jahre vorgeschlagen,) damit nicht zu Viele Gewerbe erlernten. Bei dem davon handelnden Art. 15 erhebt sich Wallerstein scharf gegen jene Aeußerungen Pfordtens, daß man den Unterricht, statt ihn zu fördern, gar erschwere; was sollen denn die jungen Leute treiben. — Ministerialcommissär Pfeuffer sucht, in Abwesenheit von der Pfordtens, dessen Aeußerung zu rechtfertigen, indem ein zu großer Andrang zu den Gewerben stattfände. — v. Hermann wünscht bei dieser Gelegenheit Beschränkung in der Zahl der Unterrichtsgegenständen in den Elementarschulen. — Crämer gegen die aufgestellte Theorie; der Zudrang zu den Gewerben ist darum so groß, weil durch die Gebundenheit der Güter ein Theil der landwirthschaftlichen Bevölkerung künstlich zur Industrie hingetrieben wird. Führt treffend aus, daß, wenn der kleine Gewerbstand nicht zu Grunde gerichtet werden wolle, das Princip der Gewerbfreiheit durchgeführt werden müsse. Auch fehle es an Creditanstalten. Nach Crämers eindrucksvoller Rede finden Wallerstein und Hermann, die nochmals sprechen, kaum mehr einige Aufmerksamkeit. — Der Ausschußantrag (Nichtbesteuerung der Lehrjungen während drei Jahren) wird schließlich angenommen. — Die Classification der einzelnen Gewerbe ward ebenfalls, und zwar ohne Discussion (weil dazu allerdings die Zeit fehlt) gutgeheißen.

Morgen Fortsetzung dieser Berathung.

Frankfurt, den 18. Mai. An der heutigen Börse wurde ein Promemoria über ein neues österreichisches Anlehen von 35 Millionen Gulden vertheilt.

Wiesbaden, den 18. Mai. In der heutigen Sizzung der zweiten Kammer wurden mehrere Petitionen für Aufrechthaltung des Zollvereins überreicht.

Berlin, den 17. Mai. Der Kaiser von Rußland ist gestern Abend in Potsdam eingetroffen.

In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer gab der Ministerpräsident auf eine erst seit gestern vereinbarte Interpellation, von allen Fractionen des Hauses unterstützt, bezüglich der schwebenden Zollverhandlungen die Erklärung ab, daß die Regierung von den Grund-

Digitized by Google

sätzen, die sie beim Beginn der dießjährigen Verhandlungen ausgesprochen, nicht abgeben werde.

Der „N. Pr. Ztg." wird angeblich von zuverlässiger Seite berichtet, daß den Höfen von Sachsen, Bayern und Würtemberg eine Note Rußlands zugegangen ist, die, ziemlich allgemein gehalten, diesen Regierungen Mäßigung und Berücksichtigung der Interessen ihrer Bevölkerungen empfiehlt.

Magdeburg, den 13. Mai. Auf unserer Eisenbahn ist verschärfte Controle gegen Reisende angeordnet.

Frankreich.

Paris. Interessant ist das Schreiben des Generals Changarnier an den Kriegsminister, worin er den von ihm geforderten, dem Präsidenten zu leistenden Eid der Treue entschieden verweigert, indem er einen kurzen Abriß seiner ganzen militärischen Laufbahn, seine Anfänge unter der Restauration, sein Emporkommen unter der Juliusmonarchie, seine Betheiligung an der Republick, die er „nicht gewünscht, aber als die Regierung Aller, aufrichtig angenommen hat," wie zur Erklärung seines Benehmens vorausschickt. Hier folgen die bedeutendsten Stellen desselben: „Ihnen am allerwenigsten, redet er den General St. Arnaud an, brauche ich zu sagen, wie die Gewalt in ihrer neuen Form sich eingesetzt und welche unbilligen gewaltsamen Handlungen ihre Installation begleitet haben. Die Verfolgung hat meine Vaterlandsliebe nicht abkühlen können; die Verbannug die ich in der Zurückgezogenheit und Stille ertrage, die Sie mich heute zu unterbrechen zwingen, hat in meinen Augen meine Pflichten gegen mein Vaterland nicht ändern konnen. Ein offenbar für die verbannten Generale eingerichteter Paragraph (nämlich des Dekrets über die Vereidigung der Offiziere) gewährt ihnen eine viermonatliche Frist. Ich habe nicht nöthig, so lange über eine Pflicht- und Ehrensache nachzudenken. Den Schwur, den der Eidbrüchige fordert, der mich nicht hat bestechen können, verweigere ich." Diese starke Antwort gibt Changarnier auf die Gerüchte, die ihn seit einiger Zeit als einen, der Unterwerfung und Versöhnung suche, darstellten. Das Schreiben Changarniers — welcher 30 Dienstjahre zählt — ist aus Mecheln datirt.

— den 14. Mai. Die Feste sind von keinen wesentlichen Unfällen begleitet gewesen, nur das gestrige Feuerwerk macht insofern eine Ausnahme, als nach dem Schluß desselben zwischen 11 und 12 Uhr in der Nähe des Bastilleplatzes ein nicht unerheblicher Brand ausgebrochen. Ungeheure Futtermagazine, Holzlager und dgl. in einem großen Hofraum der Vorstadt Saint-Antoine sind von den Flammen zerstört worden. Der Schaden (das meiste war unversichert) wird zu 200,000 Fr. geschätzt, und es ist dabei der Verlust mehrerer Menschenleben zu beklagen. Nur der Anstrengung von 25,000 Löschern gelang es des wüthenden Elementes Meister zu werden. Dieses wirkliche Feuer wirft auch auf das Kunstfeuer einen trüben Glanz zurück. Bei dem letztern war der Triumphbogen das Hauptstück, aber etwas ominös bemerkte man, daß gerade der Adler es war, der zuerst erlosch, und von Mund zu Mund ging das Wort: tiens, il s'en va comme il est venu (guck, er geht wie er gekommmen ist). (A. Z.)

— den 17. Mai. General Lamoriciere hat aus Brussel ein vom 14. ds. datirtes Schreiben an den Kriegsminister gerichtet, in welchem er demselben anzeigt, daß er die Eidesleistung verweigere. — Auch die Generale Bedeau und Leflo haben in schriftlichen Mittheilungen an den Kriegsminister die Eidesleistung verweigert. General Bedeau hat Anspruch auf Pension.

Nach dem „Siecle" haben von 11,600 Verurtheilten nur 2456 Begnadigungen oder mildere Strafen erhalten.

Obgleich die wegen Errichtung eines Monuments zu Ehren des verstorbenen Armand Marrast eröffnete Subscription ohne alle Publicität vor sich gegangen ist, so hat sie doch 8000 Franken bis jetzt eingebracht. Diese Summe ist mehr als hinreichend. Man hat daher beschlossen, den Ueberschuß zu Gunsten der Verbannten von London und Brüssel zu verwenden. Aus dem Auslande sind ebenfalls viele Beiträge eingelaufen. Die Subscription, die noch nicht geschlossen ist, wird wahrscheinlich mehrere tausend Franken zu Gunsten der Flüchtlinge einbringen.

Großbritanien.

London, den 15. Mai. In Glasgow fiel vor einigen Tagen eine blutige Schlägerei zwischen englischen und preußischen Matrosen vor. Von einem unbedeutenden Wortwechsel kam es zu Messerstichen. Zwei englische Matrosen wurden schwer verwundet. Von den Thätern sind zwei, Namens Ramm und Overan, gefänglich eingezogen; ein dritter hat sich bisher den Nachforschungen der Policei glücklich zu entziehen gewußt.

Neueste Nachrichten.

München, den 17. Mai. Das Abhalten einer Jesuitenmission in unserer Stadt während des demnächst beginnenden Jubiläums ist auf Hindernisse gestoßen, und eine solche Mission soll wenigstens vorerst nicht stattfinden.

Berlin, den 17. Mai. In zweiter Kammer verliest der Ministerpräsident eine k. Botschaft, wonach er ermächtigt ist den Landtag am Mittwoch (19.) um 2 Uhr im Schlosse zu schließen.

Hannover, den 17. Mai. Gestern wollten sich die Turner, um ihr Schauturnen abzuhalten, in einem festlichen Zuge durch die Straßen der Stadt nach jenem Platze hinbegeben, auf welchem sie ihr Schauturnen abzuhalten pflegen. Die Polizeidirection untersagte den Zug, worauf sich die Turner mit vielen Zuschauern in einzelnen Zügen und Abtheilungen nach jenem Platze hin begaben.

Preßburg, den 13. Mai. Heute vor Tags brannte es in der naheliegenden Curstadt Bösing, woselbst auf der sogenannten „Zeil" an 30 Wohngebäude ein Raub der Flammen wurden.

Paris, den 17. Mai. Aus den Departements werden wieder eine Anzahl Eidverweigerungen von Mitgliedern der Generalräthe und Gemeinderäthen gemeldet.

Vier erst kürzlich beförderte Divisions-Generale, worunter Pellion und Bois-le-Comte, sind in Disponibilität versetzt worden. — Marc Dufraisse, durch das Decret vom 9. Jan. zur Deportation nach Cayenne bestimmt, ist schon vor einiger Zeit freigelassen worden und lebt jetzt in London.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[1023] **Versteigerung.**

Mittwoch, den 16. Juni nächsthin, Nachmittags 2 Uhr im Gasthause zum weißen Löwen in Landau, lassen die Erben des verstorbenen Hrn. Friedrich Schneider, gewesener Bierbrauer und Gutsbesitzer in Landau wohnend, in Eigenthum versteigern:

Ein zu Landau im gelben Viertel an der Königsstraße liegendes neu erbautes zweistöckiges Wohnhaus mit einem gewölbten Keller, einem Nebenbau mit einer Wohnung, Waschküche, Remise und Keller, einer Scheuer mit Keller, Stallungen, Hofraum mit Brunnen, etwas Garten und Zubehörungen, auf einem Flächenraum von 20 Decimalen, begränzt durch die neue Brasserie und die Triangelsgasse.

Die in den Kellern lagernden Fässer von 95 Fuder, in der Größe von 7—2 Fuder, mehrere kleine Fässer, sämmtliche weingrün, sodann eine Kelter, Bütten, Züber, 2 Chaisen, 1 Droschke, Pferdsgeschirr, 3 Kanapee mit gepolsterten Stühlen, Commode, Schränke, Spiegel, Tische, Stühle, Bettladen und sonstiges Schreinwerk, Bettungen, Möbel, Hausgeräthschaften, werden den darauf folgenden Tag, des Morgens 8 Uhr vor dem vorbeschriebenen Hause zur Versteigerung gebracht werden.

Landau, den 17. Mai 1852.

W. Heuck, kgl. Notar.

Neue
Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 123 | den 22. Mai 1852.

Deutschland.

*** Die Todtenfeier für den verstorbenen Großherzog von Baden.** (Schluß.)

Die römisch-katholische Priesterschaft verbindet, so viel wir gehört, mit dem Grundsatze: „außer der Kirche kein Heil," die mildernde Auslegung, daß Alle innerlich zur Kirche gehören, welche redlich die Wahrheit suchen, und welche zu ihr überträten, wenn sie von der Göttlichkeit ihrer Stiftung und Lehre sich überzeugen könnten. Wenn es mit dieser Auslegung jenes ungeheuern Alleinseligmachungsgrundsatzes Ernst ist, muß dann nicht vorausgesetzt werden, daß alle Menschen, von denen man das Gegentheil nicht erweisen kann, redlich die Wahrheit suchen, und zur römisch-katholischen Kirche überträten, sobald sie sich von der Göttlichkeit ihrer Stiftung und Lehre überzeugen würden? Gehören nicht alle diese innerlich der Kirche an? Ist das innere Band nicht das allein wahrhaftige, ohne welches das äußere gar keinen Werth hat? Haben also diese innerlich der Kirche Angehörigen nicht vollen Anspruch auf das Gebet, und zwar auf das gemeinsame mittelst Erneuerung des Werkes Jesu im Meßopfer wirksamste Gebet jener Kirche, deren wahrhaftige, weil innere Mitglieder sie sind?

Wir wären begierig, auf alle diese Fragen, die einem Nichttheologen natürlich sich aufdringen, von römischen Theologen die Antwort zu hören. Indessen wenden wir uns von diesen dem römisch-katholischen Standpuncte entnommenen Einreden zurück auf den Vorgang im Großherzogthum Baden. Er spannt mit Recht alle Gemüther, denn es ist dadurch zwischen der Staatsregierung und der erzbischöflichen Curie ein Zwiespalt hervorgerufen, der nach vielen Seiten hin nicht ohne Folgen sein wird. Daß die badische Staatsregierung die von dem Erzbischofe angeordnete Todtenfeier, in welcher lediglich eine Verweigerung des Seelengottesdienstes für den protestantischen Landesfürsten gesehen werden kann, von der Hand gewiesen hat, ist eine ihrer Stellung und der Achtung für die Person des Verstorbenen durchaus würdige Maßregel, wenn es aber wahr ist, daß die erstere sich nach Rom gewendet, um dort „eine Entscheidung von competenter Stelle" zu erwirken, so hat sie, nach unserer Meinung, einen Schritt gethan, der ihrer Würde nicht angemessen ist, und schwerlich den erstrebten Zweck erreichen wird. Eine Staatsregierung darf sich und eine solche Angelegenheit nicht dem Ausspruche Roms unterwerfen. Scharfe Verhandlungen wird es absetzen zwischen der erzbischöflichen Curie und jenem Theile der Geistlichkeit, welcher, trotz der ersten Anordnung, den Meßgottesdienst für den verstorbenen Großherzog gehalten hat. Ist es nach der Ueberzeugung des Erzbischofs canonisch verboten, für einen verstorbenen Protestanten eine Seelenmesse zu halten, so sind alle Pfarrer, welche die Trauermesse gehalten, der geistlichen Censur verfallen. Sie werden dann den Schutz der Staatsregierung anrufen, und diese wird sie schützen müßen. Aber welchen weltlichen Schutz gibt es gegen den geistlichen Blitz? gegen Suspension und Absetzung vom Amte? Bei dem größten und intelligentesten Theile des katholischen Volkes besteht natürlich die tiefste Mißbilligung der erzbischöflichen Anordnung. Welche Folgen werden daraus hervorgehen? Es kommt viel darauf an, wie sich die Regierung im fernern Verlaufe der Angelegenheit, und wie sich die Pfarrgeistlichkeit, welche auf Seiten der Regierung steht, benehmen wird. Das ruhigste und nächste Ende würde der Streit finden, wenn die erzbischöfliche Curie die Sache ohne weiteres Eingreifen gehen ließe, (was wir nicht für wahrscheinlich halten können,) und wenn die Regierung der Hierarchie gegenüber für die Zukunft eine ganz selbstständige Stellung behauptete, dem zu Folge keinerlei Ansinnen an jene ferner stellte oder entgegenkommende Erbietungen annähme. Unserer Ansicht nach sollten die Landesfürsten auf alle officiell angeordneten Kirchenfeierlichkeiten, wenn nicht bei Todesfällen, doch wenigstens bei Geburts- und Namensfesten ganz verzichten, da sie ohnehin meistens nur eine äußere und zwar höchst kümmerliche Bedeutung darlegen. Das Volk geht an solchen Tagen seiner Arbeit nach und sieht die Kirchenfeierlichkeit als eine observanzmäßige Huldigung an, die lediglich von Seiten der Beamten dem Landesfürsten in der Kirche gebracht wird. Die Beamten glauben genug gethan zu haben, wenn sie in Uniform gegenwärtig sind, während der Geistliche seine Functionen macht, und es hat uns immer gedäucht, daß ihnen die Feierlichkeit beim Champagnerknall mehr zu Gemüthe gehe, als die Kirchenfeier. Unter diesen Verhältnißen kann weder die Religion, noch die staatsbürgerliche Gesinnung, noch das Ansehen der gefeierten Landesfürsten etwas gewinnen, vielmehr behauptet der gemeine Mann, der sonst selten einen Beamten beim Sonntagsgottesdienste erblickt, die Beamten gingen auch an diesen Tagen nicht zur Kirche, wenn sie nicht müßten. Die Bedeutung und Richtung kirchlicher Feier überhaupt ist nur dann eine wirksame, zweckmäßige und vom Herzen kommende, wenn sie keine persönliche, sondern eine allgemeine, auf der Gesammtheit, auf den Bedürfnißen der Kirchengesellschaft beruhende ist, und den Character der christlichen Gleichheit und Liebe an sich trägt. So wenig die bezahlten Messen dem Geiste der Religion entsprechend sind, eben so wenig sind es die vielen besondern Messen für einzelne Personen und nach den tausenderlei Einfällen und Absichten der Einzelnen, welche sie bestellen und bezahlen. Eine Kirchengenossenschaft, welche vom rechten Geiste durchdrungen ist, wird in ihr gemeinsames Gebet die ganze Menschheit aufnehmen, wie die Gottheit, welche sie verehrt, in allbelebender Liebe die Welt umfaßt. Eine Kirchengenossenschaft, welche das nicht kann, welche trennt und ausschließt, überlasse man ruhig sich selber, und fordere von ihr keinen Segen. Sobald und soweit die Menschheit auf diesem Boden steht, werden der Unduldsamkeit und Herrschsucht alle Flügel gelähmt sein.

*** München,** den 18. Mai. Die Abgeordnetenkammer hat gestern, wie bereits gemeldet, das Gesetz über die Diäten rc. beinahe mit Stimmeneinhelligkeit verworfen. Obwol die Mehrheit aller politischen Parteien fast gleichmäßig zu diesem Ergebniße mitwirkte, läßt es sich doch vorhersehen, daß die Sache von einer gewissen Seite her entstellt und zu Verdächtigungen zu mißbrauchen versucht werden wird. Es ist daher wol geeignet, ein Paar Worte darüber zu veröffentlichen.

Das gegenwärtige Verhältniß ist dieses: Der Abgeordnete erhält: 1) als Reiseentschädigung 1 fl. für die Stunde Entfernung, 2) während des Aufenthaltes zu München täglich 5 fl.

Eine Verhandlung über den Vorschlag auf Herabsezzung dieser Beträge ist geeignet, Manchen zu geniren, weil eine Mißdeutung nahe liegt. Der Verfasser dieser Zeilen befand sich im Falle, thatsächlich zu beweisen, daß die Diäten für ihn nicht maßgebend sind, indem er 1848

dem Fünfziger-Ausschuß beiwohnte, für dessen Mitglieder gar keine Diäten bestimmt waren, unter gleichzeitiger Ablehnung des Eintritts in die damalige baier. Kammer, — und indem er 1849 mit dem Parlamente als dessen Mitglied nach Stuttgart zog, indeß er, (statt dort keinerlei Vergütung zu beziehen, was zum Voraus bekannt war,) als Mitglied der baier. Kammer zu München mit Diäten hätte verweilen können. — Der Verfasser hofft also gegen Mißdeutungen gesichert zu sein, indem er das Folgende niederschreibt.

Was zunächst die Reiseentschädigung betrifft, so bedarf Derjenige allerdings dieses Betrages bei Weitem nicht vollständig, welcher die Eisenbahn bis München benützen kann. Wer sich dagegen nicht in diesem Falle befindet, und wer auch nur theilweise seine Familie nach der Hauptstadt mit sich nimmt, wird nichts erübrigen. Das Gleiche gilt von Denjenigen, welche ihre Familien zu Hause lassen, allein öfter Urlaub nehmen müßen, um die eigenen Angelegenheiten zu ordnen. Denn wer in Urlaub geht erhält weder Reiseentschädigung noch Diäten (obwol man z. B. die Wohnungen nicht immer sogleich aufgeben kann.) — Was die eigentlichen Diäten betrifft, so sind diese keineswegs zu hoch; einmal im Hinblick auf die Ausgaben: die Zahl Derjenigen, welche mehr als 5 fl. ausgibt, wird wol eben so groß sein als die Zahl Derjenigen, welche diesen Betrag nicht vollständig bedarf; wer Familie bei sich hat, oder für diese oder ein Geschäft zu Hause sorgen muß, kann ohnehin unter den gegebenen Verhältnißen mit 5 fl. bei Weitem nicht ausreichen, der Opfer nicht zu gedenken, welche Nichtbesoldete bringen, deren Beruf ihre persönliche Anwesenheit zu Hause bedingt, z. B. Advocaten, Aerzte ꝛc.; sodann: weil es der Würde einer Volksrepräsentation nicht entsprechen kann, (wenn nicht überhaupt alle Vergütung aufgehoben werden will,) den Deputirten noch geringer im Bezuge zu stellen. — Börne, im 25sten seiner Pariser Briefe, spottet mit Recht über die gutherzige Dummheit derjenigen Deputirten, denen „ganz gewiß irgend ein loser Schelm von Staatsrath heimlich an ihrer Großmuth gewitzelt," und welche daraufhin die Diäten herabsetzen wollten. Er fügt derb und schneidend bei: „Und solchen unverständigen Menschen ist das Wohl des Landes anvertraut! So lassen sie sich von ihrem Herzen zum Besten haben! Sie sehen nicht ein, daß sie für einige tausend Gulden, die sie durch Verminderung der Taggelder dem Volke ersparen, ihm vielleicht Millionen an andern Lasten auflegen!" Er zeigt sodann, wie die Stellen der Abgeordneten, wenn die Nichtreichen und Nichtangestellten zurücktreten müßen, in die Hände jener Classen von Leuten kommen, welche „die Auflage so viel als möglich auf die untern Volksclassen wälzen." Börne's Ausführung dieses Satzes ist so einschneidend, daß wir dieselbe hier nicht wiederholen wollen, sondern bitten müssen, sie in seinen Werken selbst nachzulesen.

Dessen ungeachtet läßt es sich keineswegs in Abrede stellen, daß die Landtage, besonders in den drei letzten Jahren, dem Lande sehr bedeutende Kosten verursachten. Wer ist aber die Hauptursache davon? Das Ministerium. Hätte dieses die Gesetzvorlagen gleich zu Anfange eines jeden Landtages gebracht, so kann nicht bezweifelt werden, daß alle Geschäfte im dritten Theile des Zeitaufwandes sich hätten erledigen lassen. Mag nun der Grund der Verzögerung beim Ministerium sein welcher er wolle, so trifft in dieser Beziehung wenigstens die Kammer keine Verantwortung.

Dauerte der Landtag ununterbrochen ein ganzes Jahr, so erhielte dermalen der Abgeordnete 1800 fl. Ist dies zu viel gegenüber den Besoldungen der höhern Staatsbeamten?

Wie viel würde durch Herabsetzung der Diäten von 5 auf 4 fl. in Wirklichkeit dem Lande erspart? Täglich etwa 140 fl. Wenn nun der Landtag — was schwerlich der Fall sein wird — während des ganzen Restes der gegenwärtigen Finanzperiode jedes Jahr 100 Tage dauern sollte, so betrüge die gesammte Ersparniß für das Land jährlich 14,000 fl. Dies der Gegenstand des Geschreies! Auf ungefähr 33 Morgen Landes in Baiern käme ein Kreuzer Ersparniß an Steuer! An der gesammten Repräsentation würden 14,000 fl. erspart, indeß ein Minister blos an Tafelgeldern und sonstigen Repräsentationsgebühren, nach dem Budget 9000 fl. zu beziehen hat, — ungerechnet natürlich seinen Gehalt u. s. w.

Wir wollen das Thema nicht weiter ausspinnen; wir wollen nicht das Verhältniß der Staatsräthe u. s. f. erörtern; wir wollen auch nicht weiter greifen auf jene Positionen, an denen gleich Hunderttausende und Millionen erspart werden könnten. Wir wollen nur noch die eine Bemerkung beifügen, daß vermittelst der durch die erste Abgeordnetenkammer von 1849 bewirkte Flüssigmachung des „griechischen Anlehens" der Staatskasse eine größere Summe zugewendet wurde, als alle Landtage von 1818 an bis dahin gekostet hatten. —

* **München**, den 18. Mai. (129. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Vor Allem zeigt der Präsident an, daß eine Mittheilung von Seiten der Ministerien der Justiz, des Innern und der Finanzen erfolgt sei, in Betreff der „Ein- und Durchführung der neuen Gerichtsorganisation;" der Gegenstand sei dem zweiten Ausschuße zugewiesen, und dieser habe den Frhrn. v. Lerchenfeld zum Referenten erwählt. (Es ist dies der „Antrag," dessen wir in unserm gestrigen Briefe erwähnten; die Ministerien fordern die Ermächtigung, die vom zweiten Subscriptionsanlehen noch vorhandene Summe von 1'157,000 fl. zur theilweisen Durchführung der neuen Gerichtsorganisation, vermittelst bloser Verordnung, verwenden zu dürfen. Wir können beifügen, daß die Sache große Verwunderung erregte, und daß, soweit bis jetzt bekannt, der ganze Finanzausschuß und insbesondere der erwählte Referent, die Verwerfung des ministeriellen Antrags vorschlagen will.)

Nach der erwähnten Anzeige geht die Kammer zur Fortsetzung der Berathung des Gewerbsteuergesetzes über. Bezüglich der meisten Artikel findet gar keine Discussion statt.

Es werden schließlich noch einige Anträge angenommen: 1) von Roos, durch den die Modificationen bestimmt werden, welche in der Pfälzischen Gewerbsteuergesetzgebung behufs Durchführung des neuen Gesetzes einzutreten haben; 2) vom Fürsten Wallerstein, durch welchen in bestimmterer Fassung ausgedrückt wird, daß das Gesetz nur für die nächsten drei Jahre gültig ist, und daß, wenn nicht bis dahin eine neue Verabschiedung mit den Kammern erzielt wird, die alte Gewerbsteuergesetzgebung wieder in Wirksamkeit zu treten hätte; 3) von Kolb: dahin zielend, daß die Beischlagprocente zur Gewerbsteuer behufs Deckung des Deficits im Staatsbudget nur in dem Falle und nur in dem Maße zur Erhebung kommen dürfen, als die Gesammtsumme an Gewerbsteuerprincipale und jenen Beischlagprocenten nicht durch das jetzige Principale allein schon gedeckt werden sollte. (Wenn eine deßfallsige Bestimmung nicht gesetzlich getroffen worden wäre, so müßten jene Beischlagprocente auch in dem Falle erhoben werden, wenn der Ertrag der neuen Normirung der Gewerbsteuer die im Budget vorgesehene Summe noch so sehr überstiege. Da ein bedeutend höherer Ertrag mit Sicherheit zu erwarten steht, so kann den Gewerbsteuerpflichtigen durch die neue Bestimmung eine Summe von mehr als 100,000 fl. erspart werden.) Gegen den Kolb'schen Vorschlag erhebt sich v. Koch, weil der Antrag nicht auch im Gegensatze eine Garantie gäbe, daß wenigstens die budgetmäßige Summe durch die Gewerbe aufgebracht werde, indem nach seiner Ansicht die neue Steuer weniger als die alte ertragen könne. Ihm antworten Kolb und Reinhard. Regierungscommissär Pfretschner erklärt, daß die Regierung dem Antrage nicht entgegen trete. Referent v. Schelhorn empfiehlt denselben; er wird mit bedeutender Majorität angenommen.

Bei der definitiven Abstimmung über das ganze Gesetz erfolgt dessen Annahme mit 127 gegen 5 Stimmen.

Digitized by Google

Schließlich beginnt die Berathung über den Gesetzentwurf, „die Sicherung, Fixirung und Ablösung der auf dem Zehntrechte lastenden Baupflicht betr."

* **München.** Die Kammer der Reichsräthe hat den Beschluß der Abgeordneten wegen Aussetzung der Berathung über die politischen Gesetze, an ihren zu vereinigenden 1. und 3. Ausschuß zur Vorberathung verwiesen. Man will wissen, die Stimmung in der Reichsrathskammer gebe nun dahin, den Gegenstand gar nicht mehr zur Verhandlung zu bringen.

* Die „Pflzr. Ztg." hat in einer ihrer letzten Nummern die geistvolle Entdeckung gemacht: die conservative Majorität in der Abgeordnetenkammer opponire gegen die Gesetzvorlagen nur darum, weil es dieselben nicht für zweckmäßig erachte. Ein schönes Compliment für das Ministerium! Oder liegt etwas Anderes darin, als der Ausspruch: das Ministerium hat eine ganze Reihe von Vorlagen gemacht, welche sämmtlich so unzweckmäßig sind, daß selbst dessen Freunde darauf nicht eingehen können? — Wir unterlassen alle Folgerungen, welche sich beinahe mit Nothwendigkeit an diesen seltsamen Vertheidigungsversuch knüpfen. Das Ministerium mag freilich ausrufen: „Gott behüte mich vor meinen Freunden!"

* **München.** Es ist nicht ohne Interesse, manchmal die Anzeigen in den Localblättern einer nähern Durchsicht zu unterziehen. Nicht selten findet man darin Material, welches zum nähern Bekanntwerden mit den Zuständen und der Anschauungsweise des Volkes von Werth ist. Hier ein Beispiel, welches zeigen mag, daß der Bigottismus selbst im Herzen von Oberbaiern gar nicht mehr so sehr in Blüthe steht, wie man vielfach meint und vielfach behauptet. In den „Neuesten Nachrichten" zanken sich zwei Bewohner des Städtchens Weilheim herum. Der Erste suchte den Zweiten dadurch herabzusetzen, daß er ihm Scheinheiligkeit, äusserliche Frömmigkeit, Augenverdreherei u. dgl. zum Vorwurf machte. Und was thut nun dieser? Man hätte denken sollen, er werde den Andern als Religionsverächter angreifen. Allein weit gefehlt. Er antwortet vielmehr in der letzten Nummer der „Neuesten Nachrichten," und zwar bezüglich des berührten Punctes wörtlich Folgendes: „Bei Dir liegt der Volksbote auf, und das ist wohl genug, um Dich zu kennzeichnen. . . . Nun, hast Du genug?" Solche Aeußerungen sind bezeichnender als lange Abhandlungen.

* **Unterfranken.** Bei den kürzlich stattgehabten neuen Wahlen der Gemeindebehörden, wurde zu Escherndorf der dermalige Landtagsabgeordnete (Mitglied der Linken) Kaufmann Borst, als Gemeindevorsteher wieder gewählt. Er erhielt alle Stimmen mit Ausnahme von blos 9, welche auf den Candidaten der Gegenpartei, Val. Fröhlich, fielen. Von Seiten des Landgerichts Volkach erging nun folgende Entschließung:

„Der Wahl des Kaufmanns Borst von Escherndorf wurde die Bestätigung der Districtspolizeibehörde nicht zu Theil, da es sich herausgestellt hat, daß die Grundsätze des Borst mit jenen der Staatsregierung nicht immer übereinstimmen, deßhalb nicht erwartet werden kann, daß er im öffentlichen Dienste stets das Staatsinteresse gehörig wahren werde. — Es wurde deßhalb der an Stimmenmehrheit Nächstfolgende Val. Fröhlich zur Stelle eines Vorstehers zu Escherndorf berufen und an seine Stelle als Gemeindebevollmächtigter hat der 1. Ersatzmann einzutreten. — Dies ist sowol der Gemeinde, als auch dem Kaufmann Borst bekannt zu machen. — Volkach, den 12. Mai 1852. — Königliches Landgericht. Ammersbacher, Ldr."

Es drängt sich dabei doch die Frage auf, ob, wer das Staats- (wir möchten freilich lieber sagen: das Volks-) Interesse als Landtagsabgeordneter zu wahren berufen ist, dasselbe Interesse als Gemeindevorsteher zu Escherndorf zu wahren nicht geeigenschaftet sein soll?! —

München, den 17. Mai. Die Schrift: „Kossuth in England und seine Reden vor dem brittischen Volke, mit einer historischen Einleitung 1851", ist vom hiesigen Kreis- und Stadtgerichte der Unterdrückung anheimgegeben worden, weil darin der Kaiser von Rußland und seine Regierung beleidigt und durch „Schmähungen" angegriffen sind.

Waldeck. Der Revisionslandtag ist auf den 24. ds. einberufen worden.

Wien, den 15. Mai. Sicherem Vernehmen nach steht unserem Armeebudget eine bedeutende Ermäßigung bevor. Es soll nemlich eine Reduction der Artillerie bereits beschlossen sein und sämmtliche Batterien, mit Ausnahme jener des hier stationirten 9., sowie der beiden in Italien stehenden Armeecorps (des 7. und 8.) auf den Friedensfuß gesetzt werden.

Belgien.

Aus ganz Belgien wird berichtet, daß die Aussichten auf die nächste Erndte außerordentlich viel verheißend sind. Alle Halmfrüchte gehen rasch voran; der Reps ist sehr stark und in vollster Blüthe. Die Erdäpfel wachsen mächtig und so stark, daß sich mit Gewißheit annehmen läßt, sie werden von der Krankheit verschont bleiben.

Frankreich.

Paris, den 14. Mai. Das Feuerwerk fiel gestern kläglich aus, obschon eine solche Masse Geldes für dasselbe ausgegeben worden war, und man es so charlatanmäßig angekündigt hatte. Die öffentlichen Feste, welche die offizielle Heuchelei des vollständig hergestellten normalen Zustandes bilden, und welche die Wunden des Landes mit Rosen bedecken wollen, nehmen nach der Hand einen unheimlichen Charakter an. Das Land ist ernst, fürchterlich ernst, und die Vertreter desselben tanzen und banquettiren fortwährend. Das allgemeine Schweigen des Landes und der offizielle Jubel bilden einen eigenthümlichen Kontrast. (National-Ztg.)

Italien.

Neapel. Unterm 5. Mai werden von hier neue Verhaftungen und Verweisungen gemeldet. Die Wittwe eines Hrn. Valentini wurde von 2 Kindern weggerissen und in den Kerker geworfen, wegen einem Dankschreiben, das sie an einen politischen Verbrecher, den Herzog von Gabellina, gerichtet hatte.

Großbritanien.

London, den 14. Mai. In Exeter Hall erstatteten gestern die 3 protestantischen aus Oesterreich ausgewiesenen Missionäre Bericht; die Geschichte eines Ausgewiesenen kann nur noch in England interessiren; ich begnüge mich daher, die wichtigste der gefaßten Resolutionen mitzutheilen: „daß das Meeting das Verfahren der österreichischen Regierung hart und nicht zu rechtfertigen findet und tief bedauert, daß dieser Fall, in dem es sich um die Rechte und Freiheiten der Engländer im Auslande handelte, nicht ein schleunigeres und kräftigeres Einschreischreiten des englischen Gesandten und des auswärtigen Ministeriums veranlaßt hat."

Türkei.

Bei 500 Montenegriner sind aus Cevo in dem türkischen Dorf Vitalizza eingebrochen und haben 1000 Stück kleines Vieh, 90 Pferde und Ochsen entführt, 20 Häuser ausgeplündert und 2 Kinder ermordet. Andererseits sind wieder vereinzelte Montenegriner von Türken überfallen und getödtet worden. Die alte Fehde zwischen beiden Theilen nimmt neuerlich einen grausam gewaltthätigen Character an.

Die Erbschaftsansprüche, welche die Familie Mehemed Ali's gegen Abbas Pascha geltend macht und deren Ausgleichung Fuad Effendi jetzt in Kairo betreibt, belaufen sich auf 62 Mill. Thlr.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 5. Mai. Im April waren in New-York 29,147 und an einem einzigen Tage in der letzten Woche des Monats nahe an 600 Einwanderer aus Europa eingetroffen.

Digitized by Google

Neueste Nachrichten.

* **München,** den 19. Mai. In der heutigen Abgeordnetensitzung erlitt das Ministerium eine neue eclatante Niederlage. Es wurde nemlich über den Gesetzentwurf wegen Bildung „bäuerlicher Erbgüter“ verhandelt, und derselbe, nachdem ihn die Kammer als Verfassungsgesetz erklärt hatte, mit 73 Stimmen gegen 49 in allen vorgelegten Fassungen verworfen. Selbst Solche, welche sich für das Princip der Fideicommiße aussprachen (wie namentlich v. Herrmann) erklärten, eine Ausführung nach der Regierungsvorlage verwerfen zu müßen! (Näheres Morgen.)

* Heute Nachmittag wurde die Leiche des Prinzen Eduard mit großen militärischen Feierlichkeiten nach dem Bahnhofe, und dann auf der Eisenbahn weiter gefahren, um nach Altenburg gebracht zu werden.

Berlin, den 18. Mai. Wenn sich neuere Mittheilungen bestätigen, so hat sich bereits die Resultatlosigkeit der bisher über die Zollfrage gepflogenen Verhandlungen herausgestellt. Baiern soll seine Anfrage an Preußen erneuert haben, wann es in Verhandlungen wegen eines Zoll- und Handelsvertrages und einer Zolleinigung mit Oesterreich einzutreten gedenke, und Preußen wiederum die vorherige Reconstituirung und Sicherstellung des Zollvereins gefordert haben. Diese Erklärung habe hierauf, wie es ferner heißt, der Berathung einer Conferenz unterlegen, zu welcher außer den betheiligten Ministern diejenigen Beamten zugezogen wurden, welche mit der Zollangelegenheit betraut sind; sie sei ferner in einem Ministerrath endgültig festgehalten, und selbst die Eventualität erwogen worden, daß die Koalitionsstaaten die Verhandlungen abbrechen. Es wäre diese Haltung dem preußischen Programm, dessen Festhaltung der Ministerpräsident noch gestern versicherte, entsprechend; es würde dieselbe aber auch beweisen, daß jetzt die Verhandlungen genau an demselben Punkte, wie bei der Eröffnung der Conferenz stehen, und die dazwischen liegenden Wochen verlorne Zeit waren. (Nat.-Ztg.)

Paris, den 17. Mai. Bei der Eidesleistung vor dem Unterrichtsminister fehlten bei dem Namensaufrufe, außer Arago, der Director des College de France, der berühmte Professor der Physik, Pouillet, und noch zwei andere Eidpflichtige.

— den 18. Mai. Der „Moniteur“ veröffentlicht heute Morgens ein auf das Schreiben des Grafen Chambord bezügliches „Mitgetheilt.“ Der Schluß desselben lautet: „Die Regierung konnte eine Veröffentlichung nicht autorisiren, welche zur Verweigerung des von der Verfassung geforderten Eides anräth, indem sie sich auf einen Grundsatz stützt, welcher jenem von der Nationalsouverainetät wesentlich zuwiderläuft.“

In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde die Berathung über den die Rehabilitation der politischen Verurtheilten betreffenden Gesetzentwurf beendigt und derselbe mit 212 gegen 11 Stimmen angenommen. Ebenso ward der Gesetzentwurf in Bezug auf die Aushebung von 80,000 Mann nach kurzen Erörterungen einstimmig genehmigt.

Turin, den 13. Mai. Es geht das Gerücht, Cavour wolle eine Rentenconversion nach dem Beispiele Frankreichs vorschlagen. Die heutige Sitzung der Deputirtenkammer ward mit einer Rede Ratazzi's eröffnet. Die Debatte über die Erbauung einer Eisenbahn zwischen Turin und Susa ward begonnen. Es kam zur Sprache, daß eine englische Gesellschaft sich bereit erklärte, die Herstellung dieser Strecke um den Preis von 6,270,000 Lire zu übernehmen. Die Commission sprach den Wunsch aus, selbe zu verpachten, welchem Wunsche der Minister nicht beistimmt, sondern jenen Vorschlag vertheidigt.

New-York, den 5. Mai. Kossuth befindet sich in Boston, wo er viele Meetings veranstaltet. Der Zudrang zu denselben ist groß. Der Eintrittspreis beträgt einen Dollar, manches Mal auch zwei Dollars, wofür jeder Anwesende einen Staatsschuldschein, „zahlbar nach Wiederherstellung der Unabhängigkeit Ungarns,“ erhält. Am 4. hielt Kossuth eine große Rede vor einer Versammlung in Charleston.

Miscellen.

(Ein Opfer des Lotto.) Am 9. d. M. hat sich in Lengdorf, Landg. Erding, der Schäfer erhängt, aus Verdruß, daß drei Lotterienummern, sobald er sie zu setzen aufgehört hatte, sogleich gekommen sind.

Breslau, den 13. Mai. Als Merkwürdigkeit theilen wir aus dem „Sonntags-Blatt“ folgendes Inserat mit: „In der irrthümlichen Auffassung, daß es herrenlos sei, haben am 8. d. einige hohe Herrschaften aus dem Zimmer Sr. Majestät von den unserseits zur Decorirung eingekauften (Pflanzen) 10 große Rosenstöcke, 8 Vergißmeinnicht, 4 kleine Eriken, 1 Heliotrop mit nach Hause genommen. Da Niemand berechtigt war, eine Erlaubniß zur Hinwegnahme zu geben, von uns auch keine ertheilt worden, so ersuchen wir namentlich die hochgeehrten Damen, welche gewiß der Meinung waren, daß die Herren ihnen ein rechtmäßiges Geschenk zugestellt, uns ungesäumt in Franko-Besitz gelangen zu lassen. Kohlfurth, den 9. Mai 1852. (gez.) Levinstein.“ Daß doch in solchen Kreisen solche Mißverständnisse vorfallen können!

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 19. Mai. Weizen 6 fl. 27 kr., Korn 5 fl. 33 kr., Gerst 4 fl. 34 kr., Spelz 4 fl. 39 kr., Hafer 4 fl. 12 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 15. Mai. Weizen 6 fl. 29 kr., Korn 5 fl. 35 kr., Spelz 4 fl. 59 kr., Gerst 4 fl. 33 kr., Hafer 4 fl. 13 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 18. Mai. Weizen 6 fl. 15 kr., Korn 5 fl. 35 kr., Spelz 4 fl. 37 kr., Gerst 4 fl. 33 kr., Hafer 3 fl. 38 kr., Kartoffeln 1 fl. 40 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 14. Mai. Weizen 12 fl. 16 kr., Korn 9 fl. 32 kr., Gerste 6 fl. 45 kr., Hafer 4 fl. 22 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[1024a] **Empfehlung.**

Ich bringe hiermit einem geehrten Publikum meine seit mehreren Jahren bestehende lithographische Anstalt in empfehlende Erinnerung und verbinde gleichzeitig die Anzeige, daß ich stets eine reichhaltige Auswahl Flaschen-Etiquetten in Gold-, Silber- und farbigem Druck zu möglichst billigen Preisen vorräthig halte.

Dürkheim a. d. Haardt, den 15. Mai 1852.

J. Rheinberger.

[1025a] **Hausversteigerung zu Mannheim.**

Das zur Verlassenschaftsmasse des verlebten Metzgermeisters Michael Grohe dahier gehörige Eckhaus Lit. D 4 Nro. 10 am Fruchtmarkt wird am 2. Juni ds. Js., Nachmittags 4 Uhr auf dem Rathhause dahier der Erbvertheilung wegen einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt.

Das in sehr gutem Zustande befindliche Haus, vor wenigen Jahren erst in allen seinen Theilen neu hergerichtet, liegt in dem belebtesten und zu jedem Geschäfte vortheilhaftesten Theile der Stadt.

Die bis zuletzt darin betriebene Schweinen-Metzgerei erfreute sich des besten Zuspruchs, wozu die vom Rheinhafen und den Landungsplätzen der Dampfschiffe nach der Eisenbahn vorbeiführende Hauptstraße, der Fruchtmarkt und die Nähe der Infanteriekaserne besonders beitragen.

Mannheim, den 17. Mai 1852.

Großh. Stadt-Amts-Revisorat:
Rinther.

Jemarc.

Neue
Speyerer Zeitung.

Sonntag Nro. 124 den 23. Mai 1852.

* Amerikanische Zustände.

Die Speyerer Ztg. hofft, in der Folge öfter Originalnachrichten auch über Amerikanische Zustände mittheilen zu können. Dieselben werden nicht etwa blos die glänzende Seite der Amerikanischen Verhältniße hervorheben, sondern es soll dadurch allmählig ein alle Hauptpartien darstellendes treues Bild gegeben werden, in welchem auch der Schatten nicht fehlen darf. Amerika bietet des Lockenden so viel, daß es nicht nöthig hat, wie in unsern Staaten geschieht, die rückhaltlose Besprechung einzelner Mißstände zu furchten. — Nachstehender Brief mag den Anfang dieser Mittheilungen machen. Er wurde uns von einem Freunde aus Philadelphia unterm 22. April geschrieben. Wir geben ihn völlig unabgeändert.

Das war ein harter Winter, der heurige, so hart, wie er seit Menschengedenken in Pennsylvanien kaum mehr vorgekommen. Vom December bis tief in den März ununterbrochener Frost, und von da an häßliches, naßkaltes Wetter, und selbst heute noch, am 22. Tage des April, so kalte Witterung, daß man des wärmenden Ofens nicht entbehren kann.

Aber auch in materieller Beziehung war der diesjährige Winter ein harter. Alle Geschäfte stockten, aller Verkehr war gelähmt. Viele Tausende von Menschen irrten ohne Beschäftigung umher, und wenn man auch, Dank dem fruchtbaren Boden und dem ungeheuern Productenreichthume unserer Union! von einer eigentlichen Hungersnoth, wie sie in Deutschland zum öftern vorzukommen pflegt, hier zu Lande nichts weiß, so hatten dessen ungeachtet in Folge der strengen Kälte und der dadurch erschwerten Beifuhr, die Preise der Lebensmittel eine ungewöhnliche Höhe erreicht.

Am schlimmsten sind die Einwanderer daran, die jetzt in furchtbaren Massen unsere Hafenstädte förmlich überschwemmen. Fast von Allem entblößt, landen sie an unserer Küste; hier aber ist für sie bei dem furchtbaren Andrange der Europamüden keine Beschäftigung, keine bleibende Stätte zu finden. Sie müssen also weiter nach dem „fernen Westen." Eine solche Reise aber ist in der Winterzeit mit großen Beschwerlichkeiten und noch größeren Kosten verbunden, denn hier reist man mit dem Dollar kaum so weit, als in Deutschland mit dem Gulden. Noch nicht lange ist ganz in unserer Nähe der Fall vorgekommen, daß mehrere Einwanderer, die auf der Eisenbahn nach Pittsburg reisen wollten, und aus Mangel an Geld in einem leeren Eisenbahnschuppen übernachten mußten, am Morgen erfroren gefunden wurden. Selbst hier in unserer Stadt der Bruderliebe, wo der Andrang der Einwanderer im Verhältniße zu New-York nur ein geringer genannt werden kann, ist im Laufe dieses Frühjahrs gar oft der Fall vorgekommen, daß Hunderte dieser armen Menschen in den Ställen und Schuppen untergebracht werden mußten. Ein tiefes Gefühl des Mitleids ergreift mich immer, wenn ich solche Züge von Emigranten vor meinem Fenster vorüberwandern sehe, wenn ich an die Entbehrungen denke, denen sie sich unterwerfen müssen, an die Thränen des Kummers, die noch ihre Augen netzen werden, bis sie eine bleibende Stätte, eine neue Heimath gefunden!

Keiner, dessen Mittel nicht weiter reichen, als die Kosten der Seefahrt zu bestreiten, sollte sich zur Auswanderung verleiten lassen. Wahrhaft unverantwortlich handeln jene Gemeinden und Regierungen, die, um sich das sogenannte Proletariat vom Halse zu schaffen, die Armen lediglich mit den Mitteln zur Ueberfahrt versehen, und sie, nachdem sie an unserer Küste gelandet, unbekümmert ihrem weitern Schicksale überlassen. Sie begehen förmlichen Menschenmord.

Ackersleute, die eine zahlreiche Familie und ein mäßiges Kapital mitbringen, um sich in den westlichen Staaten Land ankaufen zu können, junge tüchtige Handwerker, die neben dem Reisegelde noch so viel besitzen, daß sie einige Wochen oder Monate, bis sie ein passendes Unterkommen gefunden, die Kosten ihres Unterhaltes bestreiten können, mögen allerdings vor den Schwierigkeiten der Auswanderung nicht zurückschrecken. Hat der Ackersmann sich einmal häuslich niedergelassen und einen Theil seines Besitzthums urbar gemacht, dann ist er ein freier, unabhängiger Mann, der ohne Sorgen der Zukunft entgegensehen darf, der fruchtbare Boden belohnt seine Arbeit tausendfältig und je mehr Arbeitskräfte ihm zu Gebote stehen, desto schneller „macht gut aus," um mich eines pennsylvanisch deutschen Ausdrucks zu bedienen. Aber auch das Handwerk hat, wenn irgendwo, in unserer Republik einen goldnen Boden. Ein nur einigermaßen tüchtiger Arbeiter verdient den Tag seinen Dollar, und Wochenlöhne von 8, 10, 12 und selbst 15 Dollars sind nichts Seltenes. Dabei ist Amerika für den jungen Handwerker eine treffliche Schule; hier, wo die Arbeit weit practischer und in den meisten Fällen mit Beihülfe von Maschinen betrieben wird, findet er Gelegenheit, sich eine Masse von Kunstgriffen und Geschäftserfahrungen anzueignen, wie nirgendwo anders.

Zum Schlusse meines heutigen Briefes einige Worte über unser politisches Treiben. Die Hauptfrage, die in der neuesten Zeit alle Gemüther bewegte und fast ausschließlich den Stoff der politischen Discussion lieferte, war die Temperenzfrage. Den Gesetzgebungen der Staaten Pennsylvanien, New-York, Massachusetts, Ohio u. s. w. lagen und liegen zum Theile noch Gesetzentwürfe vor, die nichts Geringeres bezweckten, als den Verkauf aller geistigen und aus Malz bereiteten Getränke mit einem Federzuge zu vernichten und die gesammte Bevölkerung in Kaltwasser- und Nichtsalstheetrinker umzuwandeln. Wer die hiesigen Verhältniße nicht kennt, kann sich kaum einen Begriff machen von der Hartnäckigkeit und Zähigkeit, womit der Kampf von Seiten unserer Temperenzler betrieben wird. Da wurden furchtbare Massenmeetings gehalten, auf denen die Redner gewaltige Blitze gegen Wein und Brändy, namentlich aber gegen unser unschuldiges Lagerbier*) schleuderten; Petitionen an die Gesetzgebung wurden entworfen und Un-

*) Auf das Lagerbier sind unsere Temperenzler besonders übel zu sprechen und sagen ihm die schauderhaftesten Dinge nach. So stand z. B. vor einiger Zeit im Public Ledger, dem verbreitetsten unserer Journale — es circuliren täglich 45,000 Abdrücke — das Lagerbier sei dermaßen berauschend, daß Schweine, die das aus den Brauereien fließende Abwasser tränken, sich im Augenblicke förmlich berauscht in den Straßen wälzten, und hat irgend ein Deutscher eine gesetzwidrige Handlung begangen, oder ist ihm ein Unfall zugestoßen, so trägt das Lagerbier die Schuld. Inzwischen gewinnt, trotz allen Abmahnungen der Temperenzler, das deutsche Lagerbier unter den eingeborenen Amerikanern immer mehr Freunde und Anhänger und vielleicht dürfte die Zeit nicht mehr gar ferne sein, wo es ihm gelingt, den schädlichen Brandy ganz und gar zu verdrängen.

terschriften von Haus zu Haus gesammelt; sogar die Schulkinder mußten unterzeichnen und selbst der Name des „Bäbys (Kindes) in der Wiege“ wurde zuzusetzen nicht vergessen; zahlreiche Deputationen zogen nach Harrisburg und Albany, den Hauptstädten von Pennsylvannien und New-York, und umlagerten förmlich unsere Gesetzgeber; selbst an den gröbsten Bestechungsversuchen und wirklichen Bestechungen hat es nicht gemangelt. Vorzüglich war es die englisch redende Geistlichkeit, die sich an die Spitze des Temperenz-Humbugs stellte, und von der Kanzel herab Himmel und Hölle beschwor, um die gläubigen Seelen zu Gunsten „des Maine-Liquor-Law“ zu stimmen. Unsere frommen Ladies halfen getreulich mit und wir erlebten hier in Philadelphia wenigstens ein Dutzend von Frauenmeetings, worin gegen die Intemperenz geeifert, gezetert und geschrieen ward.

Zum Glücke ist es unseren Temperenzmännern nicht gelungen, ihre freiheitsmörderischen Plane ins Werk zu setzen, so nahe sie sich auch schon am Ziele wähnten. Unser Repräsentantenhaus hat mit einer Mehrheit von 4 Stimmen die Temperenz-Bill, die, freilich in bedeutend modificirter Fassung, im Senate mit 2 Stimmen Mehrheit passirt war, über Bord geworfen. Stärker war die Mehrheit im Repräsentantenhause des Staates New-York, wo 69 Stimmen sich gegen, 45 für das Anti-Liquor-Gesetz erklärten. So dürfen wir einstweilen unser Glas Bier oder Wein noch in Ruhe trinken, und wills Gott! werden die Bestrebungen unserer Temperenzfanatiker für die Zukunft eine noch großartigere und schmählichere Niederlage erleiden, denn dem Volke gehen allmälig die Augen auf über des „Pudels Kern,“ über das, was bei dem Treiben der Temperenzleute im Hintergrunde steht.

Doch davon mehr in meinem nächsten Schreiben. Morgen geht der Dampfer ab und der Brief muß heute zur Post gebracht werden. Darum für heute Vale.

Deutschland.

• **München,** den 19. Mai. (130. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Die Verhandlung „über das Gesetz wegen Sicherung, Fixirung und Ablösung der auf dem Zehntrechte lastenden Baupflicht“ wird schnell beendigt, und das ganze, blos für das diesseitige Baiern bestimmte Gesetz von 125 Anwesenden einstimmig angenommen.

Anzeige des 1. Ausschußes über Erledigung des Berichts in Betreff der Güterzertrümmerung. (Der Ausschuß beantragt, auf das Verbot der Gutszertrümmerung zwar nicht einzugeben, dagegen aber das vorgeschlagene Strafgesetz gegen Diejenigen anzunehmen, welche sich in gewinnsüchtiger Absicht gewohnheitsmäßig mit Gutszertrümmerung befassen.)

Berathung des Gesetzententwurfs in Betreff der „bäuerlichen Erbgüter.“ Referent Heigl empfiehlt Annahme. Thinnes. Er stimme gegen alle Gesetze, welche eine Beschränkung der Ansäßigmachung bezwecken, als verderblich für die Moralität. — Reinhart ebenfalls gegen das Gesetz; selbst der Begünstigte komme nach diesem Gesetze in armselige Verhältniße. — Wallerstein. Er könne dem Princip des Gesetzes nicht entgegen sein; es scheine ihm die Erhaltung einzelner größerer Güter, als Musterwirthschaften zweckmäßig; allein nicht zweckmäßig erachte er den vorliegenden Gesetzentwurf. Entwickelt dies im Einzelnen.

Kolb. Er sei, dem Vorredner entgegen, gerade auch principiell aufs Allerentschiedenste gegen den Entwurf. Es sollte die Aufgabe der jetzigen Zeit sein, der socialen Frage durch geeignete Aenderungen den Stachel abzubrechen; statt dessen trage man Brennstoff zur Flamme. Damit die Landwirthschaft aufblühe, müßen die Menschen und der Boden frei sein, und der Eigenthümer müße insbesondere das freie Verfügungsrecht haben. Durch das vorliegende Gesetz würde eine Brandfackel in die Familien geworfen; der Besitzer darf seinen Nachfolger bestimmen: welche Intriguen werden da ins Leben gerufen, zumal bei zweiten und dritten Ehen. Selbst der Begünstigte wird nach seiner Erziehung und da er mit Schulden beginnen muß, nicht wohlhabend sein; er wird sich nicht helfen, sich nicht durch Veräußerung eines Theiles seiner Grundstücke die Mittel zum tüchtigen Betriebe der übrigen verschaffen können. — Die Kinder eines Vaters, der ein Gut von 20,000 fl. hinterläßt, und außer seinem Nachfolger noch 5 Kinder hat, setzt diese letzten in den Fall, daß sie zusammen 2000 fl., jedes also 400 fl., guthaben, allein auch diese nicht sofort ausbezahlt, sondern nur mit 2 Proc. verzinst erhalten! Ihr Erbtheil ist eine Rente von acht Gulden jährlich — während sie in einer Familie von 20,000 fl. Vermögen erzogen und an entsprechende Bedürfniße gewöhnt sind. Redner freut sich, wenn dieser verderbliche Entwurf verworfen wird.

v. Hermann. Er sehe einen entschiedenen Vortheil in der Errichtung von Fideicommissen; England verdanke dieser Einrichtung seine Blüthe. Aber derartige Einrichtungen seien nur unter solchen Verhältnißen zweckmäßig, daß auch die übrigen Familienglieder eine gesicherte Existenz haben. Sonst entstehen die übelsten Verhältniße. Ist gegen das Gesetz, wie es vorliegt, als unzweckmäßig.

Referent Heigl vertheidigt den Gesetzentwurf; eben so Ministerialcommissär Neumayer. Die Regierung habe die Einrichtungen vorgeschlagen, welche sich den im Leben in Baiern bestehenden möglichst annäherten; hätte man (nach Hermanns Ansicht) England zum Muster genommen, so würde man etwas geschaffen haben, was mit der herrschenden Anschauungsweise nicht vereinbar sei.

Es wird nun zwar die Einleitung in der Fassung angenommen, daß das Gesetz als Verfassungsgesetz erklärt wird, allein gleich der Artikel 1 wird verworfen.

Ministerpräsident v. d. Pfordten erklärt sich einverstanden, daß nunmehr über die andern Artikel nicht weiter berathen werde. Sonach Abstimmung über die Frage: ob die Kammer das Gesetz in allen vorgelegten Fassungen verwerfen wolle. Für diese Frage erklären sich 73 Stimmen, dagegen 49. — Der Gesetzentwurf ist sonach unbedingt verworfen, während er bei einem andern Ergebniße der Abstimmung an den Ausschuß zurück verwiesen worden wäre. (Von Pfälzern stimmten für das Gesetz nur Lang und Prinz; dagegen, außer den Mitgliedern der Linken: Benzino, Jäger, Jordan, Rebenack, Roos, Römmich und Weis.)

Berathung der Rückäußerung der Reichsräthe über das Gesetz, die Aufhebung der Siegelmäßigkeit betr. Die Reichsräthe halten an einigen Bestimmungen fest, namentlich daran, daß die Rechte der Mediatisirten nach Maßgabe der Bestimmungen der Bundesacte ausdrücklich anerkannt werden. — Der Ausschuß empfiehlt, nachzugeben. Es sprechen: Wallerstein, Lerchenfeld (für Nachgeben, da nur auf diese Weise die Siegelmäßigen zur Zahlung der Taxen an den Staat angehalten werden können, was auf 150,000 fl. jährlich geschätzt wird), Rudhart, Kirchgeßner, Boye, Gäßler, Justizminister Kleinschrod und Referent Breitenbach. Schließlich werden die Reichsrathsbeschlüße unter einer Modification in der Fassung, mit 126 Stimmen gegen 4 und mit 125 gegen 3, angenommen. Bemerkenswerth ist, daß der Justizminister die Kammer, welche den Reichsräthen gegenüber, auf dem Regierungsentwurf beharrt war, nicht nur im Allgemeinen zum Nachgeben aufforderte, sondern insbesondere eine Masse von Nachtheilen schilderte, welche durch den von der Regierung selbst vorgelegten Entwurf herbeigeführt würden! —

• **München,** den 19. Mai. **Erklärung.** Der Abgeordnete Frhr. v. Lerchenfeld hat in der Sitzung am 17. d. Mts. Veranlassung genommen, mich wegen einer zu meiner Umgebung gemachten, nicht gegen ihn gerichteten Aeußerung in der leidenschaftlichsten und beleidigendsten Weise anzugreifen. Ich begnügte mich damals damit, daß ich seine Angriffe für ungerechtfertigt erklärte, — ließ ihn aber auch alsbald auffordern, seine beleidigenden Aeußerungen entweder zurückzunehmen, oder mir sonst ehrenhafte Genugthuung zu geben.

Obgleich er nun bei dieser Gelegenheit ausdrücklich erwähnte, daß, wenn er die gegen mich gebrauchten Worte nicht schon ausgesprochen hätte, er sie nicht mehr gebrau-

Digitized by Google

chen würde, und er hiedurch thatsächlich sein Benehmen selbst für ungeeignet erklärte, so verweigert er doch jede geeignete Genugthuung.

Ich sehe mich veranlaßt, diese Handlungsweise eines Abgeordneten gegenüber einem andern Abgeordneten ohne weitere Bemerkung der Beurtheilung eines jeden Unbefangenen zu unterstellen.

Dr. J. Chr. Schmidt, Abgeordneter aus Würzburg.

Der Zollverein. Die Gefahren wegen Sprengung des Zollvereins sind noch keineswegs vorüber, sie treten vielmehr aufs Neue in sehr bedenklicher Weise hervor. Der neueste Stand der Sache wird in einem Schreiben aus Berlin vom 18. Mai folgendermaßen angegeben:

Gestern fand eine mehrstündige Sitzung der Zollconferenzen statt, in welcher die allgemeinen Berathungen über den Septembervertrag und die preußischen Vorlagen zur Abänderung des Zollvereinsvertrags festgesetzt wurden. Der Gegenstand der heutigen Discussion betraf den Abschnitt, worin über die Vertretung des Zollvereins im Auslande bestimmt ist, daß diese Vertretung lediglich vom Zollverein auszugehen habe, und daß keinem einzelnen Staate, welcher im Vereine sich befindet, eine besondere Vertretung seiner handelspolitischen und merkantilischen Interessen im Auslande zustehen solle. Dieser Abschnitt war heute Gegenstand einer sehr lebhaften Opposition Seitens der dem Zollvereine feindlich entgegengetretenen Staaten Baiern, Württemberg und Sachsen. Diese Vertreter suchten abwechselnd darzuthun, daß mit dem Aufgeben einer selbstständigen Vertretung ihres Landes ihre staatliche Unabhängigkeit gefährdet sei, und daß, wie die Praxis es bereits gezeigt habe, bei einer solchen Vertretung Preußen alsdann die Hegemonie führe, um seinen staatlichen und Landesinteressen einen schärferen Nachdruck geben zu können. Schon jetzt sei dies in einer Weise der Fall, die den Regierungen durchaus nicht zusage, und man würde deßhalb auf diese exceptionelle Vertretung des Zollvereins unter keinen Umständen eingehen, sondern sich die besondere Vertretung annoch vorbehalten. Es erfolgte über diesen Punkt nicht nur keine Einigung, sondern nicht einmal eine Annäherung der divergirenden Ansichten. Ueberhaupt sind es aber folgende drei Punkte, worin eine gänzliche Abweichung der Ansichten zwischen den Vorlagen der Entwürfe und den Darmstädter Coalitions-Regierungen stattfindet: erstens die Bewilligung des Präcipuums an Hannover, wovon man süddeutscherseits nichts wissen will; zweitens, die Art des Stimmen-Verhältnisses bei Abänderungen der Zollvereinsverträge und des Tarifs in dem Majoritäts-Dreiviertel-Einstimmigkeit-Modus; drittens aber die Vertretung des Zollvereins im Auslande nach den Vorlagen. Andere geringere Differenzen werden wahrscheinlich bei der speciellen Berathung ihre Ausgleichung finden. Am schwierigsten dürfte sich jedoch die Debatte über den Tarif gestalten, wovon bis jetzt noch mit keiner Silbe Erwähnung geschehen.

Aus **Frankfurt** schreibt selbst die Augsb. Allg. Ztg.: Als Hauptgrund der schlechten Meßgeschäfte in Leipzig hört man das Mißtrauen anführen, „welches sich der Handelswelt im Hinblick auf den Gang der politischen Ereignisse, ganz besonders aber in Bezug auf die Zollvereinsfrage, bemächtigt hat. Wäre man in Deutschland mehr gewohnt, die Handelsbewegung und den Geschäftsgang zum Maßstab bei Leitung der öffentlichen Angelegenheiten anzulegen, so würde es um Wohlstand, Ruhe und Frieden besser stehen. Die dem Zollverein erwachsene Gefahr kostet Deutschland schon in diesem Augenblick mehr denn 1 Mill. Thlr. am Ausfall in gewöhnlichen Geschäften, und immer größer werden die Verluste.... In unsern benachbarten Fabrikstätten sind mehre der bedeutendsten Häuser entschlossen, bei einer Trennung nach Preußen überzusiedeln."

München, den 18. Mai. Die Kammer der Reichsräthe nahm heute den Gesetzentwurf über die Feuerversicherungsanstalt in der Fassung der 2. Kammer an, nur wurde Art. 107 in der Art präcisirt, daß die Rechtsstreitigkeiten gegen die Anstalt namhaft gemacht wurden, bei welchen die richterliche Competenz eintritt.

— den 18. Mai. König Ludwig hat für Gründung eines katholischen Waisenhauses in der Pfalz 1000 fl. gegeben, ebenso wie früher die gleiche Summe für das protestantische Rettungshaus in Haßloch.

Mainz, den 15. Mai. Aus einem dem heutigen Wochenblatt beigelegten Anhang ersieht man ganz unerwartet, daß in unserem Großherzogthum laut Verfügung vom 26. April l. J. die Todesstrafe wieder eingeführt ist; auch ist die neue Assisenverordnung und künftige Bildung der Geschwornenliste für unsere Provinz darin enthalten, wonach von nun an aus den Höchstbesteuerten 800 und allen denen, welche auf einer deutschen Universität studirt und ein Facultätsexamen bestanden, die Geschwornenlisten gebildet werden.

Wiesbaden, den 18. Mai. Die Gemeinde Niederfischbach wandert in Gesammtheit nach Amerika und läßt den 27. d. M. ihr sämmtliches unbewegliches Vermögen öffentlich versteigern.

Hannover, den 16. Mai. Das verhängnißvolle Schreiben des kgl. Gesammtstaatsministerii vom 14. Mai über die Aenderungen des Gesetzes vom 5. September 1848, die Landesverfassung betr., bedeuten nichts anderes, als die völlige Rückkehr zu dem vormärzlichen Scheinconstitutionalismus. Würden sie im Wesentlichen durchgesetzt, so ist damit der Verfassung jede selbstständige Kraft, jede in ihr selbst ruhende Gewähr entzogen. Von tiefeinschneidender Wichtigkeit sind besonders die Bestimmungen über die gänzliche Umbildung beider Kammern. Beide sollen danach ihre vormärzliche Gestalt wieder erhalten.

— den 17. Mai. Am Schluße der heutigen Sitzung der 2. Kammer kündigte Weinhagen, um die gewohnte Antwort, d. h. keine oder eine ungenügende zu vermeiden, für die morgende Sitzung folgende Interpellation an: Welchen Antheil Hannover an den berliner Zollconferenzen über den Zoll- und Steuerverein genommen habe, und ob es namentlich gegründet sei, daß Hannover auch neben den Conferenzen Verhandlungen mit Oesterreich angeknüpft habe?

Berlin, den 10. Mai. Der Schlußact der parlamentarischen Thätigkeit unserer Kammern fand heute um 2 Uhr im weißen Saale des königl. Schlosses statt. Der Ministerpräsident verlas die Schlußrede, welche das Gepräge aller Reden dieser Art hat. — Bezeichnend scheinen uns nur folgende Stellen: „Die Einmüthigkeit, mit der Sie Ihre Genehmigung zu dem mit der kgl. hannoverschen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrage ertheilt haben, gewährt der Regierung die Ueberzeugung, daß ein weiteres consequentes Verfolgen des eingeschlagenen Weges auf die volle Zustimmung des Landes zählen darf." Auch der Verfassungsrevision wurde gedacht und speciell in Bezug auf die Neubildung der 1. Kammer ausgesprochen: „daß, wenn der Versuch, eine Einigung hierin herbeizuführen, nicht gelungen sei, die Regierung sich ihrer Verpflichtung wohl bewußt bleibe, die angeregte Frage ihrer Lösung entgegenzuführen, einer Lösung, welche der Würde der Krone und dem Besten des Landes entsprechen müße."

Potsdam, den 17. Mai. (Auch eine Demonstration.) Als der Kaiser von Rußland mit unserem König und den Prinzen gestern im hiesigen Schlosse angekommen, wurde ihm von den Officieren der in Potsdam anwesenden Truppen ein Lebehoch gebracht. Der Kaiser hörte es, erschien auf einen Augenblick am Fenster, kam bald darauf, begleitet von dem Könige, den Prinzen und großem Gefolge, die Schloßrampe herab unter die Officiere. „Wie freue ich mich," redete der Kaiser sie an, „endlich wieder einmal unter Euch zu sein. Ihr kennt meine Gesinnung und wißt, daß ich immer Euer treuer Kamerad gewesen bin. Mein ganzes Herz war bei Euch in schwerer Zeit" (wobei Se. Maj. dem Obersten Grafen v. Blumenthal, Commandeur des ersten Garderegiments, die Hand reichte) — „Ihr habt Euch bewährt,

Digitized by Google

Ihr seid treu geblieben, wie Ihr stets gewesen seid. Ich trete zu Euch, der Alte zu den Alten, wir wollen immer gute Freunde bleiben und fest wie Kameraden zu einander stehen. Wollt Ihr das? Wollt Ihr das?" — — „Ja gewiß Ew. Majestät" erscholl es.

Frankreich.

Paris, den 15. Mai. Ein zu Nimes erscheinendes legitimistisches Blatt, die Gazette du Bas Languedoc, hat vom dortigen Präfecten eine erste offizielle Warnung erhalten, weil es die Absetzung eines Maire's von legitimistischer Gesinnung und seine Ersetzung durch eine „weder aus dem Gemeinderath noch selbst aus der Majorität der Bevölkerung" genommene Person getadelt hatte. Der Präfect wirft dem Journal vor: den Versuch gemacht zu haben, unter den Bevölkerungen Abneigung gegen die Regierung zu erregen, Zwiespalt und Zwietracht ausgestreut und endlich sein Recht, die Acte der Verwaltung zu beurtheilen, überschritten zu haben.

In der Provinz wird agitirt, um imperialistische Petionen zusammenzubringen. Die Sache wird von Paris aus geleitet, und es kann nicht fehlen, daß bald Millionen Unterschriften beisammen sind. — Im Elysee soll man über die oppositionelle Haltung des legislativen Körpers sich schon Sorge machen. Man hält es für eine Undankbarkeit der Deputirten, daß sie Ersparniße und Reductionen so dringend empfehlen.

— den 18. Mai. Changarniers Schreiben in Betreff der Eidesverweigerung hat den „Constitutionnel" zu einigen Enthüllungen veranlaßt, die interessant, wenn schon für die Häupter beider betheiligten Parteien gleich wenig ehrenvoll sind. Zunächst sucht der „Constitutionnel" darzuthun, daß Changarniers militärische Thaten eigentlich nur durch Lobhudeleien und Uebertreibungen in Ruf gekommen seien. Das Wichtigste in dem Artikel sind aber drei die Geschichte interessirende Anschuldigungen gegen den General, womit dessen Anklagen gegen L. Napoleon beantwortet werden. Erstens soll Changarnier im März 1849 von diesem eine schriftliche Autorisation verlangt haben, um die constituirende Nationalversammlung aus den Fenstern zu werfen; zweitens soll er bei der Errichtung der großen Militärcommando's mit Nachdruck auf seinen Staatsstreichplan zurückgekommen und mit der Lauheit L. Napoleon's so unzufrieden gewesen sein, daß er vor den Ministern äußerte, mit diesem Thomas Diaforus sei nichts zu machen; drittens soll er im November 1850 zur Zeit des Alais'schen Processes in den Tuilerien ein Conventikel politischer Persönlichkeiten versammelt und dort vorgeschlagen haben, L. Napoleon zu verhaften, ihn nach Vincennes zu bringen, die Nationalversammlung auf ein halbes Jahr zu schließen und ihm selbst eine Dictatur beizulegen, was einer der Anwesenden, Graf **, der sich an dem Verrath nicht betheiligen wollte, sofort dem Präsidenten der Republik mittheilte.

Graf Molé hat übrigens an den Constitutionnel ein Schreiben gerichtet, worin er die Angabe, als habe er einer Versammlung in den Tuilerien beigewohnt, für eine reine Erfindung erklärt.

— den 19. Mai. Die Generale Changarnier und Lamoriciere, welche kein Privatvermögen besitzen, werden in Folge ihrer Eidesverweigerung die Gehalte einbüßen, welche mit den militärischen Stellen verbunden sind, deren sie nun verlustig werden. Dem Vernehmen nach haben jetzt die bedeutendsten Banquiers und Capitalisten in Anerkennung der Dienste, welche die verbannten Generale im Jahr 1848 der Stadt Paris geleistet haben, jedoch lediglich in dieser Absicht und ohne eine feindselige Intention gegen die Regierung Louis Napoleon's, eine Subscription eröffnet, um diese Generale für den Verlust ihrer Gehalte zu entschädigen.

Großbritanien.

London, den 17. Mai. Der Pariser Correspondent der „Times" versichert, daß nach den neuesten Berichten aus Wien die drei nordischen Mächte vollkommen einig über ihre Haltung Frankreich gegenüber wären.

Neueste Nachrichten.

Aus Baden, den 20. Mai. Der Erzbischof von Freiburg hat alle Decane aufgefordert, gewissenhaft und pflichtgetreu sobald als möglich zu berichten: ob, wann und wie der Trauergottesdienst für den verstorbenen Großherzog in jeder einzelnen Pfarrei gefeiert worden sei. Die Antwort wird beweisen, wie weit man in diesem Falle von der vielgerühmten „Einheit in der katholischen Kirche" entfernt ist.

Wien, den 16. Mai. Der Kaiser empfing heute Vormittag den französischen Senator Heeckeren in besonderer Audienz.

— den 20. Mai. Der Staatsvoranschlag für 1852 ist gegen das letzte Budget um 16,868,290 fl. durch Ersparniße ermäßigt. Das neu eröffnete Silberanlehen beträgt 35 Millionen.

Paris, den 19. Mai. Im gestrigen Ministerrathe, wo die Briefe der Generale Changarnier und Lamoriciere discutirt wurden, drückte der Prinz-Präsident die Ansicht aus, trotz der fraglichen insultirenden Briefe sämmtlichen exilirten Generalen den Eid zu erlassen. Sämmtliche Minister widersprachen aber dieser Ansicht, als eines der Motive ihrer Gegenmeinung hervorhebend daß das Ausland in einer solchen merkwürdigen Schonung der Generale kriegerische Absichten erblicken könne.

Bei dem gestrigen Empfange im Elysee wurde die Abwesenheit mehrerer namhaften Mitglieder im diplomatischen Corps bemerkt.

Wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel traf die Nachricht der Wiener Conferenz zwischen Rußland und Oesterreich hier ein. Beide Kaiser haben sich feierlich verpflichtet, die Verträge von 1814 und 1815 aufrecht zu erhalten, und sich zu diesem Behufe nöthigenfalls zu unterstützen. Preußen erfuhr die Demüthigung, daß man es nicht der Mühe werth hielt, dasselbe besonders einzuladen, indem man offenbar voraussetzte, es müße sich ohnehin an Rußland und Oesterreich anschließen.

Turin, den 14. Mai. Die Wahl des liberalen Deputirten Rattazzi zum Kammerpräsidenten hat eine Ministercrisis hervorgerufen. Mehrere Minister haben dem König ihre Entlassung eingereicht.

Turin, den 17. Mai. Der König hat die Demission seines ganzen Ministeriums angenommen und Hrn. v. Azeglio mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[1026] **Stadt-Theater zu Speyer.**
Zum Benefize für Fräulein Ekart.
Sonntag den 23. Mai 1852,
zum Erstenmale:

Egmont,

großes historisches Schauspiel in 5 Acten von Göthe mit der Musik von Beethofen.

Da die Aufführung obigen Drama's mit der klassischen Musik von Beethofen mir nur möglich wurde, indem ich einen nicht unbekannten Gast zu gewinnen suchte, so bringe ich hierdurch dem geehrten Theaterpublicum meinen Dank für die bisherige Theilnahme dar, und hoffe daher auf zahlreichen Besuch. Hochachtungsvoll
Auth.

[1027] **Anzeige.**
Concessionirte Pâte Pectorale a la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.
In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasenz bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 117 | den 15. Mai 1852.

Deutschland.

(:) Aus Altbaiern, den 9. Mai. (Abänderungen und Ergänzungen des Preßgesetzes.) „Wenn ein Kind seinen Vater um ein Ei bittet und er gibt ihm einen Stein!“ an diese Stelle des neuen Testaments dachten wir unwillkürlich, als jener Entwurf in unsere Hände kam. Die 55 Artikel des Preßgesetzes haben unsere Presse so zahm gemacht, daß kaum noch ein Schatten von Opposition geblieben; es war möglich, nicht blos abgekürzte Berichte der Kammerverhandlungen sondern auch Abdrücke aus Stenographischen Berichten, ja sogar den Abdruck eines ganzen Stenographischen Berichts, mit Beschlag zu belegen; es konnte vorkommen, daß ein Blatt innerhalb Jahresfrist 48 mal confiscirt wurde, ohne daß mehr als 3 Nummern eine Verweisung zur Folge hatten, ja es ist sogar vorgekommen, daß ein Blatt mehr als 30 mal mit Beschlag belegt, aber auch nicht ein einzigesmal verwiesen werden konnte. Hier war Abhülfe dringend geboten, und die Kammer hat auch deutlich genug eine solche Erwartung ausgesprochen. Statt der Trauben aber hat der Weinberg Härlinge getragen, sagt der Prophet Jesaias. Keine Sylbe über diese Dinge in dem neuen Entwurfe; wol aber wird eine Reihe von Bestimmungen vorgeschlagen, die das gerechteste Bedenken erwecken. Das Ergänzungsgesetz will den deutschen Bund, die Bundesversammlung, sowie die einzelnen Abtheilungen, Commissionen und Mitglieder derselben in dieser ihrer Eigenschaft schützen. Daß man Grund hat, Angriffe auf den Bund, auf die Bundesversammlung, und ihre einzelnen Theile zu fürchten, geben wir gerne zu. Die Zeit von 1815 bis 1848 hat einen so umfassenden Stoff dazu in unsere Hand gelegt; das baierische Ministerium der Jahre 1847, das damalige Ministerium in Weimar, die Leipziger Professoren in ihrer aus der Feder v. d. Pfordtens geflossenen Adresse, der baierische Ministerpräsident v. d. Pfordten in der berühmten an den Fürsten von Schwarzenberg gerichteten Belehrung über Oesterreichs Bedürfnisse, und endlich gar der politische Referent des alten Bundestages selbst: sie haben diesen Stoff in so einschneidende Sätze zusammengefaßt; Kurhessen, Württemberg, Darmstadt, Weimar, Bremen, Hessen-Homburg u. s. w. haben zu dem alten Bilde in der neuesten Zeit so harmonische Arabesken gefügt: daß man mit Recht manchmal Bemerkungen erwarten darf, welche in die Kategorie der „Schmähung, Beschimpfung, des Spottes, der Verachtung, sowie der Beimessung verächtlicher Handlungen und Gesinnungen“ gebracht werden können, um so mehr, als die wohlweisliche Fürsorge getroffen ist, daß die Einrede der Wahrheit nicht stattfinden dürfe. Wenn man aber von der Kammer verlangt, daß sie einem solchen Schutz ihre Zustimmung geben soll, so ist das eine ganz andere Sache. Wir wissen wol, daß mit Zustimmung der baierischen Kammer ein Gesetz zur Wahl einer deutschen Volksvertretung geschaffen wurde, wir wissen wol, daß eine solche Kammer für eine deutsche Verfassung mit Volksvertretung wiederholt sich erklärte; wir kennen aber bis zur Stunde keinen Act, durch welchen sie der Wiederherstellung des Bundestages ihre Zustimmung gegeben, durch welchen sie der Bundesversammlung irgend eine gesetzliche Befugniß zuerkannte: und man verlangt von ihr nur so mir nichts dir nichts einen Schutz jener Versammlung? Ja man macht die ganze Sache in einigen Zeilen ab und erklärt mit kurzen Worten, daß die Bundesversammlung eben als das definitive Centralorgan des deutschen Bundes geschützt werden müsse, man erklärt dies, ohne sich auch nur auf das „Staatsnothrecht“ mehr zu berufen? Allerdings ist ein Hinterpförtchen offen gelassen, man betrachtet die Bundesversammlung als eine auswärtige Regierung. Wäre sie aber nur das, sie würde in unser Geschick nicht so tief eingreifen, und ein Schutz wäre nicht so bedenklich; aber jeder weiß, daß diese Auffassung die richtige nicht ist, und das Ministerium selbst scheint dies gefühlt zu haben, sonst wäre ein völkerrechtlicher Vertrag nach Artikel 24 und eine Bekanntmachung im Regierungsblatte nach Art. 25 des Preßgesetzes erfolgt, nicht aber eine Vorlage an die Kammer. — Die Bestimmungen, welche auf Erregung von Haß und Verachtung gegen einzelne Theile der Bevölkerung des Königreichs oder gegen einzelne Stände oder Klassen der bürgerlichen Gesellschaft getroffen werden wollen, eben so die Strafandrohung, die gegen Veröffentlichung von Actenstücken oder Thatsachen gerichtet ist, welche ihrer Natur nach nur mittelst einer Dienstpflichtverletzung einer im öffentlichen Dienste stehenden Person außeramtlich bekannt geworden sein können: sind zwar von weit geringerer principieller Tragweite als der Schutz des Bundes; sie sind aber so vag, sie würden zu so ungeheueren Vexationen führen, daß die Kammer unmöglich ihre Zustimmung ertheilen kann. Was ist ein Theil eines Königreiches, was eine Klasse, was ein Staat? Wer kann bemessen, ob wirklich ein Actenstück den angegebenen Charakter trägt, und gehen nicht gerade von den höchsten Stellen selbst aus verschiedenen Redactionen das eine oder andere Actenstück zu, dessen außeramtliche Veröffentlichung gerade gewünscht wird. Man gehe übrigens in politischen Dingen immer offen zu Werke, man vergrabe nicht Beschlüsse über die wichtigsten Interessen des Landes in geheime Bundesarchive, man thue nichts, was nicht das ganze Volk wissen darf, und das Veröffentlichen geheimer Actenstücke wird ohnedies aufhören. *) Noch entschiedener müssen wir gegen die weiteren von der Regierung vorgeschlagenen Ergänzungen uns erklären. Was sollen Cautionen? Es handelt sich bei einem Auftreten in der Presse nicht darum, ob der Schreiber 4000 und noch mehr Gulden besitzt oder nicht; es handelt sich blos darum, ob er das Gute des Landes will, und ob er auch die Fähigkeit hat, den rechten Weg zu sehen; ist, fragen wir, dieser Wille, diese Fähigkeit an die Möglichkeit gebunden, eine Caution von 3000 oder 4000 fl. zu stellen? Bildet wirklich die Möglichkeit dieser Cautionsleistung die Scheidelinie zwischen Einsicht und Einsichtslosigkeit, zwischen Charakter und Charakterlosigkeit? Es sollen aber namentlich die Blätter von Cautionsleistung enthoben werden, welche zu amtlichen Bekanntmachungen benützt werden. Nun fragen wir doch ernstlich, gibt es irgend ein cautionsunfähiges Blatt in Baiern, bei welchem ein so hoher Grad von Charakter-

*) Man erinnert sich der Veröffentlichung der frühern geheim gehaltenen Bundesbeschlüsse. Soll die Gesetzgebung Baierns dazu dienen, solche Veröffentlichung von Beschlüssen unmöglich zu machen, deren Kundmachung eben so sehr ein moralisches Verdienst um die Nation war, als die Beschlußfassung als ein Unrecht erscheinen mußte? Mit andern Worten: soll die Gesetzgebung dazu die Hand bieten, jedes Unrecht zu verbergen, wenn es nur in diplomatische Heimlichkeit gehüllt wird? D. Red.

losigkeit nur denkbar ist, wie ihn Ihre Pfälzer Zeitung immer zur Schau trug und gelegentlich der neuen Gesetzentwürfe wiederholt an den Tag gelegt? — Man will die Caution auch als Mittel betrachten, der Strafentgehung vorzubeugen. Nun ist es aber in Baiern ein einzigesmal vorgekommen, daß sein verurtheilter Redacteur sich durch die Flucht der Strafe entzog; ob dieser einzige Fall aber eine eigene gesetzliche Bestimmung nothwendig macht, mogen Andere beurtheilen. — Ein Vorschlag der Regierung endlich bezweckt nicht mehr und nicht weniger, als das Preßedict durch ein einfaches Gesetz abzuändern. Das constitutionelle Preßedict vom 4. Juni 1848 verbietet jede Cognition der Verwaltungsbehörden in Preßsachen; es verbietet jede Beschränkung der freien Presse im Verwaltungswege. In dem vorliegenden Gesetzentwurf will aber die Regierung das Recht erlangen, jede im Ausland erscheinende Zeitung &c. zu verbieten und bei eingetretenem Verbote den Postdebit zu entziehen. Diese Bestimmung würde dem Verfassungsgesetz in doppelter Beziehung widersprechen. Einmal würde die Verwaltungsbehörde über Preßsachen urtheilen, zweitens wäre dies eine Beschränkung der freien Presse im Verwaltungswege, und nur ein Verfassungsgesetz könnte den Verwaltungsbehörden diese Befugniß geben. Nichts spricht für den neuen Gesetzentwurf, Alles spricht dagegen. Er wird denselben Weg gehen, den das Disciplinargesetz gegangen. —

Baden. Die durch den Erzbischof von Freiburg angeordnete Abschätzung der Leichenfeier für den verstorbenen Großherzog deren Rechtfertigungen oder Entschuldigungen von Seiten des Ultramontanismus schon darum nicht stichhaltig sind, weil die früher verstorbenen Großherzoge die vollen katholischen Trauerfeierlichkeiten erhalten haben, hat im Lande eine Indignation hervorgerufen, welche in der badischen Presse eine freilich stark officielle Färbung trägt, wie denn auch die Beamten sich meist an die Spitze dieser „Bewegung" stellten. In der Regel enthielt man sich der Theilnahme an der um die Messe verkürzten katholischen Trauerfeier ganz; an manchen Orten besuchten die Katholiken den hiezu angeordneten protestantischen Gottesdienst. Einzelne katholische Geistliche hielten Seelenämter, so selbst im Landamt Freiburg. Die Gemeinde Staufen nahm mit florverhüllten Fahnen eine kirchliche Auswanderung nach der Dorfgemeinde Grunern vor, wo der Pfarreramt verrichtete. Was für die ohnehin kitzlichen Zustände Mißliches in dieser Agitation liegt, hat die Karlsr. Ztg. herausgefühlt, indem sie die „Verrenkung der naturgemäßen Verhältniße zwischen den Autoritäten" bejammert, und „nicht tief genug beklagen" kann, „daß eben in Folge dieser Verrenkung an den leicht erreglichen Volksgeist der Anlaß zu einer Autonomie des Handelns herantrat, deren sich der Freund der gesetzlichen Ordnung und des confessionellen Friedens am wenigsten dann freuen mag, wenn sich in die automischen Kundgebungen Leidenschaften einflechten, die nicht von den Segnungen des socialen Glücks und Behagens begleitet zu sein pflegen."

Der Regent hat eine Anzahl von politischen Gefangenen („die für die öffentliche Sicherheit keine weitere Gefahr bieten") aus den Gefängnissen entlassen.

Karlsruhe, den 11. Mai. Die Regierungscommissäre der zur oberrheinischen Kirchenprovinz gehörigen Staaten sind wieder hier eingetroffen und werden demnächst die Conferenzen derselben fortgesetzt werden.

Berlin, den 8. Mai. (Wieder etwas Neues.) Seit mehreren Tagen ist sowol hier als auch auf den verschiedenen Bahnhöfen die Fremdenpolizei außerordentlich verschärft; Gerüchte gehen, es sei in Schlesien eine Verschwörung entdeckt und gleichzeitige Nachrichten aus London sollen dies bestätigen. Man sagt, das Signalement des angeblichen Verbrechers befinde sich in den Händen der Policei und namentlich soll derselbe an einem Merkmal innerhalb der Hand erkenntlich sein. Diesen Umständen muß man es wol zuschreiben, daß seit einigen Tagen die Coupés sämmtlicher hier ankommenden Eisenbahnzüge verschlossen sind und daß beim Eintreffen derselben sofort an jedes derselben eine Wache gestellt wird. Wer sich von den Reisenden nicht vollständig legitimiren kann, wird nach dem Polizeibureau gebracht, um dort weitere Recherchen mit ihm anzustellen. (D. A. Z.)

Die entlassenen Offiziere und Mannschaften der deutschen Flotte haben sich schon zum großen Theil von Bremen in ihre Heimath begeben, ein Theil wird auf gut Glück nach Amerika gehen.

— den 11. Mai. Als feststehend dürfen wir es annehmen, daß die persönlichen Berührungen zwischen den hohen nordischen Souveränen die Bande erneuern und fester knüpfen werden, welche schon einmal die bewegliche westliche Macht in ihre Grenzen gebannt haben. (F. J.)

Danzig, den 7. Mai. Ein schreckliches Seitenstück zu der vor wenigen Tagen in unserer Nachbarstadt Königsberg stattgehabten Explosion des Pulvermagazins, ist der in der Nacht von gestern zu heute hier stattgefundene Brand der Rose'schen Mahlmühle auf der Vorstadt Neugarten, bei welchem fünf Menschen, Bewohner der Mühle, ums Leben gekommen sind. Vier der Verunglückten starben den gräßlichen Tod des Erstickens, einer der Besitzer der Mühle, den noch gräßlicheren Flammentod! Unter den Erstickten befindet sich eine Mutter, welche, bereits in Sicherheit, in das brennende Gebäude zurückstürzte, um ihre, im obern Geschoß desselben schlafenden Kinder zu retten, aber mit ihnen den Tod fand. Auch in pecuniärer Hinsicht ist das Feuer ein bedeutendes Unglück, indem nicht nur die neben der Mahlmühle stehende städtische Lohmühle, sondern auch die „Wasserkunst" mit abgebrannt ist, welche unsere Stadt vorzugsweise mit Trinkwasser versorgte.

Sondershausen, den 5. Mai. Der Fürst hat heute „aus landesherrlicher Machtvollkommenheit" das Decret der Scheidung von der Fürstin vollzogen.

Hamburg, den 9. Mai. Es sind wieder einige, den arbeitenden Klassen angehörige hiesige Bürger und Einwohner wegen Vermittlung von angeblich kommunistischen Correspondenzen und Beförderung von (desertirten) Oesterreichern zu Gefängnißstrafen verurtheilt und einigen, derselben Schuld verdächtigen Dampfschiffscapitänen Verweise und Warnungen ertheilt worden.

Der Barbiergehülfe Konstantin von Authal aus Ungarn, welcher vor neun Wochen wegen des Verdachts verhaftet wurde, daß er für die politischen Arrestanten des Winserbaums, welche derselbe zu rasiren hatte, Briefe besorgt habe, ist am 6. Mai wieder entlassen worden und zwar wegen mangelnder Beweise seiner Schuld. Während seiner neunwöchentlichen Untersuchungshaft hatte derselbe drei Verhöre zu bestehen, in welchen er behauptete, daß der in seiner Tasche vorgefundene Zettel ihm ohne sein Wissen in böswilliger Absicht heimlich zugesteckt worden sei.

Bremen, den 10. Mai. Das Comite eines Dulon-Fonds macht die Listen der bis jetzt eingegangenen Beiträge bekannt, die sich im Ganzen auf 2474 Thlr. 60 Gr. belaufen.

Wien, den 7. Mai. Dem Vernehmen nach hat der Kaiser die Errichtung von zwei neuen Cavallerieregimentern (eines zwölften Uhlanen- und eines achten Dragonerregiments) angeordnet.

— den 9. Mai. Vorgestern hat sich auf der Nordbahn abermals ein bedeutender Eisenbahnunfall zugetragen. An der Maschine des Oderberger Lastzuges brach gegen Abend bei der Station Hohenau die Achse, wodurch 27 Wagen aus dem Geleise geschleudert und 23 weitere Wagen bedeutend beschädigt wurden; auch die Schienen erlitten Brüche; das Begleitungspersonal blieb unverletzt.

Oesterreichische Staaten.

Pesth. Die Pesther Ztg. bringt 49 kriegsrechtliche Verurtheilungen. Der Tagschreiber Sigmund Takats

ward wegen Mitschuld an der Ermordung des Feldmarschallieutenants Grafen v. Lamberg zu 20jähriger Schanzarbeit in schweren Eisen verurtheilt. 41 Individuen wurden wegen erwiesenen Hochverraths zum Vermögensverfalle und zur Todesstrafe durch den Strang verurtheilt; diese ward ihnen durch die Gnade des Kaisers nachgesehen und in mehrjährige Festungsstrafen verwandelt.

Frankreich.

Paris, den 7. Mai. Der A. Z. schreibt man: Die Regierung hat auf die an sie ergangenen Noten der drei nordischen Mächte, welche gegen die Wiederherstellung des Kaiserthums mehr oder minder kategorische Einwendungen oder freundschaftliche Vorstellungen enthielten, nicht geantwortet; läßt jedoch eine Denkschrift im Ministerium des Aeußern abfassen, die eine indirecte Antwort auf diese Noten ist und allen Großmächten übersandt werden wird. Die Denkschrift sucht nachzuweisen, daß die Bourbonen, älterer und jüngerer Linie, in der Nation keine Wurzel mehr haben, und belegt ihre Behauptung durch historischstatistische Angaben. Der Anhang, welchen das legitime Königthum „in einigen Localitäten des Südens und Westens" noch habe, verschwinde gegen die Abneigung oder Gleichgültigkeit in den andern Theilen des Landes. Die Denkschrift schildert dann, nach amtlichen Documenten, den sozialen Zustand des Landes vor dem 2. Dec. und gelangt zu dem Schluß, daß die Gesellschaft dem Zerfall, der Auflösung nicht hätte entgehen können, wenn der Prinz-Präsident sie nicht gerettet hätte; daß aber diese Rettung nur eine vorübergehende wäre, wenn er nicht die Gewalt, die ihm die Nation übertragen, als etwas bleibendes in Frankreich feststellen (consolider), sie nicht einem durch die Erbfolge bestimmten Nachfolger überantworten könnte. Am Ende versucht die Denkschrift die fortdauernde Rechtsgültigkeit (Legitimität) des 1804 von der Nation eingesetzten erblichen Kaiserthums nachzuweisen. Man stützt sich dabei auf die Gründe, daß dieser Act ein ganz freiwilliger gewesen, daß die Nation denselben nie widerrufen und daß sie nur der Gewalt der Ereignisse gewichen, wenn sie ihr Recht auf die selbstgeschaffene nationale Regierungsform und Dynastie nicht geltend gemacht; daß sie aber keinen Anlaß seitdem unbenutzt gelassen, um ihre Vorliebe für die Träger des Kaiserthums mit Begeisterung zu äußern.

Die zeitweise verbannten Generale werden, wie mich einige Freunde des Elysee versichern, demnächst die Erlaubniß erhalten, nach Frankreich zurückzukehren. (A. Z.)

Paris, den 10. Mai, 6¼ Uhr Abends. Die Revue ist zu Ende und das Kaiserreich noch nicht proclamirt. Man hörte zwar vielfach den Ruf: „Es lebe der Kaiser!" er war aber nicht so stark, daß er die Regierungsform Frankreichs definitiv hätte regeln können. Seit 3 Monaten sprach Jedermann von der großen Revue, die in 8 Tagen vergessen sein wird, und von der dann nur noch einige Leute aus der Provinz sprechen werden, die zu den großen Feierlichkeiten nach Paris gekommen sind. Auf dem Marsfelde war das Gedränge nicht sehr groß. Der Empfang, der dem Präsidenten der Republik wurde, war nach den Einen gut, nach den Anderen kalt. Die Regimenter, besonders die Cavallerie, legten viele Begeisterung an den Tag, obgleich man versichert, daß einige Reihen den Präsidenten mit Stillschweigen empfangen haben. Das Publikum selbst war nicht sehr begeistert, obgleich viele, denen man ihren Departementalursprung ansehen konnte, aus vollem Halse: „Es lebe der Kaiser!" riefen.

Der Staatsrath hat das Amendement, das der gesetzgebende Körper zu dem Gesetzprojecte, die Rehabilitation der Verurtheilten betreffend, gemacht hat, verworfen. Es wird daher ein Conflikt zwischen den beiden Staatsgewalten entstehen.

Man wird sich erinnern, daß in Angers eine Kettenbrücke zusammenbrach und bei diesem Unfalle beinahe ein ganzes Bataillon Soldaten, die eben hinüber marschirten umkamen. Man hatte jetzt eine steinerne Brücke an der Stelle der Kettenbrücke fast vollendet, die auch wieder theilweise einstürzte, als die Arbeiter die letzte Hand ans Werk legen wollten. Glücklicher Weise geschah kein großes Unglück.

Großbritanien.

London, den 8. Mai. In Liverpool werden gegenwärtig Petitionen an das Parlament unterzeichnet, dafür, daß die Pulvermagazine, die sich dort in allzu großer Nähe der Stadt befänden, und wegen deren man fortwährend in Besorgniß schwebe, in eine zureichende Entfernung verlegt würden.

In dem Kohlenbergwerk Hebburn bei Shields tödtete am 6. Mai eine Explosion 22 Arbeiter; dies ist die dritte Explosion, welche seit 20 Jahren in derselben Grube vorkam.

Stephenson's Yacht Titania, die voriges Jahr von der Amerika geschlagen wurde, ist vorgestern auf der Rhede von Cowes bis auf die eisernen Wände ausgebrannt. Man wagte lange Zeit nicht sich ihr zu nähern, weil bekannt war, daß 2 Centner Pulver an Bord waren. Endlich konnten die Matrosen der Verwüstung nicht länger zusehen, brachten eine Spritze auf einem Prahmboot heran, erstiegen das Hintertheil, obgleich die Seitenwände rothglühend waren, und löschten das Feuer. Es ergab sich nachher, daß das Magazin stark und sicher genug gewesen war, das Pulver gegen Feuer wie gegen Wasser zu schützen.

Türkei.

Zara, den 6. Mai. Blutige und räuberische Ueberfälle türkischer Dörfer durch die Montenegriner haben neuerdings stattgefunden.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 21. April. Im Süden hat ein Bürger den Kossuth als Friedensbrecher im Sinne des Neutralitätsgesetzes von 1818 verhaften lassen wollen, und deßhalb die erforderliche eidliche Aussage (Affidavit) erstattet. Daß der Antrag des Südländers vom Gericht nicht beachtet wurde, ist ein Beweis, daß wir das Gesetz von 1818 auch von Seite des Richterstandes nicht mehr als bindend betrachten; denn wenn bisher die Geschwornen sich nicht über Schuld oder Unschuld der unter diesem Gesetz Angeklagten einigen konnten, so weist jetzt ein Richter den auf Grund dieses Gesetzes Anklagenden zurück. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

Leipzig, den 10. Mai. Die Generalversammlung der deutschen Buchhändler beschloß gestern auf Antrag des Buchhändlers Vieweg aus Braunschweig einstimmig ihren Vorstand zu beauftragen: „der kgl. sächsischen Regierung gegenüber es auszusprechen, daß sie in dem Zerfallen des Zollvereins in mehrere Zollgruppen eine schwere Beeinträchtigung der Interessen des deutschen Buchhandels und seines Centralpunctes Leipzig erblicken würde." Die lebhaften und interessanten Verhandlungen, an denen sich wol absichtlich kein einziger preußischer oder sächsischer Buchhändler betheiligte, bezeugten aufs Neue, daß die vermittelnden Schritte derjenigen deutschen Regierungen, welche auf eine Verständigung unter den auseinandergehenden Richtungen der Berliner Conferenzen hinarbeiten, in allen Theilen Deutschlands die lebhafteste Zustimmung der Bevölkerung finden werden. (A. Z.)

Wien, den 10. Mai. Die große Militär-Heerschau fand heute Vormittag bei dem schönsten Wetter auf dem Glacis vor den beiden Kaisern von Rußland und Oesterreich aufs Glänzendste statt. Wohl über 40,000 Mann waren die hier aufgestellten Kerntruppen stark, nebst einer großen Anzahl von Kanonen 2c. Groß war der Andrang des Publicums zu diesem Schauspiele.

Paris, den 11. Mai. Aus Anlaß des gestrigen Festes ist eine militärische Amnestie bewilligt worden. Die

Soldaten haben eine außerordentliche Wein-Ration empfangen. — Ein Soldat, der beauftragt war, gestern eine neue Fahne an dem Elysee aufzupflanzen, ist, als er dies thun wollte, gestürzt und auf der Stelle todt geblieben.

Am 15. August wird bekanntlich der Geburts- und Namenstag des Kaisers Napoleon gefeiert; den Gerüchten nach soll auch an diesem Tage das Fest der Proclamation des Kaiserreiches gefeiert werden. Wenn ich recht unterrichtet bin, so wird noch ein drittes Fest an diesem denkwürdigen Tage stattfinden. Bis dahin soll nämlich das Grabmal des Kaisers fertig sein und eingeweiht werden. (K. Z.)

Hr. Franz Arago hat dem Minister des öffentlichen Unterrichts seine Demission als Professor der astronomischen Academie überschickt, da er den Eid der Treue für die Verfassung und den Präsidenten der Republik nicht leisten mag.

Der Kriegsminister General St. Arnaud wird in einigen Tagen zu Ehren der Deputationen des africanischen Heeres ein großes Diner geben.

Heute wurde an den Mairien des 1. und 10. Arrondissements das Aufgebot des Hrn. v. Persigny, Minister des Innern, und des Fräulein Albine Marie Napoleone Ney de la Moscowa angeschlagen.

— den 12. Mai. Der Präsident ist um 10 Uhr auf den Ball gekommen, welcher ihm gestern von der Armee gegeben wurde. Er verließ denselben um 2 Uhr. Er wurde mit außerordentlichem Enthusiasmus empfangen. Das Fest war glänzend. Alles ging in der vollkommensten Ordnung vorüber.

Straßburg, den 10. Mai. Die Getreidepreise sind in den letzten acht Tagen in allen Bezirken des Elsasses bedeutend gefallen, so daß der Abschlag der meisten Lebensmittel nicht unbeträchtlich ist. Die Weine allein halten sich auf hohen Preisen; denn in Burgund, Lothringen und im südlichen Frankreich haben die Traubenstöcke außerordentlich gelitten. In vielen Landesproducten ging die Speculation während der letzten Monate so weit, daß dieselbe zum Spiele ausartete.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 11. Mai. Weizen 6 fl. 26 kr., Korn 5 fl. 43 kr., Gerst 4 fl. 41 kr., Spelz 4 fl. 45 kr., Hafer 4 fl. 18 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 8. Mai. Weizen 6 fl. 37 kr., Korn 5 fl. 43 kr., Spelz 5 fl. 3 kr., Gerst 4 fl. 46 kr., Hafer 4 fl. 3 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 11. Mai. Weizen 6 fl. 18 kr., Korn 5 fl. 33 kr., Spelz 4 fl. 33 kr., Gerst 4 fl. 31 kr., Hafer 3 fl. 33 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 7. Mai. Weizen 12 fl. 19 kr., Korn 9 fl. 50 kr., Gerste 7 fl. 6 kr., Hafer 4 fl. 33 kr., per Malter.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Speyer. Als Folge der in Baden stattfindenden Landestrauer dürfte auch wohl Veranlassung sein, daß während dieser Periode die Pfalz durch den Besuch von Künstler erfreut und sonach mancher seltene Genuß geboten wird. Als willkommene Erscheinung dürfen wir die k. k. Hofopernsängerin, Frau Gundy, begrüßen, über deren Gastspiel in Frankfurt a. M. ein Berliner Kunstblatt uns Folgendes mittheilt:

Frankfurt a. M. Das Gastspiel der Frau Gundy vom Hofoperntheater in Wien war ein Stern am Himmel unseres Theaterhorizonts, der das Publikum electrisirte und auf's Tiefste empfinden ließ, wie lange uns eigentlich schon eine wahre und ächte Primadonna fehlte. Frau Gundy, welche vor 6 Jahren ihre künstlerische Laufbahn an unserer Bühne begonnen und schon damals als 18jähriges Mädchen ein Liebling unseres Publikums war, ist zurückgekehrt, mit den Lorbeern eines berühmten Namens gekrönt, mit dem Rufe von den Erfolgen ihres Gastspiels in Wien, um uns Frankfurter stolz zu machen, daß wir dieses herrliche Talent zuerst begrüßt und anerkannt. Frau Gundy ist in der That eine dramatische Sängerin in der vollen Bedeutung des Wortes. Die drei Rollen der Fides, der Martha, der Antonina sind es namentlich, in welchen sich die ganze Fülle, der ganze Werth dieser Silberwellen, welche der Kehle dieser Sängerin entströmen, in reichster Pracht ergossen, in welchen sie zeigte, was sie zu leisten vermag. Ihre Fides ist eine wahrhaft großartige Schöpfung, voll von Poesie, dramatischem Studium und Gefühl. Der ganze Schmerz, welchen die Brust eines Weibes zu fühlen vermag, die tiefsten Regungen der Mutterliebe, die Würde und Weihe, welche über diesen großartigen Charakter ausgegossen ist, Frau Gundy zeichnet es so wahr, so tief, so herrlich, daß das Auditorium staunt, bewundert, hingerissen wird. Die mächtige Stimme dieser Sängerin tönt in ihrer ganzen Kraft und Fülle durch das Haus und Gesang und Spiel vereinigen sich, um einen großartigen Effekt hervorzubringen. Dann ihre Martha, ein Bild voll Anmuth, Liebenswürdigkeit und Schelmerei. Das Lied von der Rose, vorgetragen mit aller Poesie, allem Seelenschmelz, aller Empfindung, welche diesen wehmüthigen Gesang der Vergänglichkeit karakterisiren muß. Der Beifall stürmte durch das Haus, und Frau Gundy mußte das Lied wiederholen, das man nie müde wird, von dieser seelenvollen Sängerin zu hören. Und dann ihre Antonina, eine herrliche Leistung, voll Feuer und Kraft, voll Leidenschaft und Würde! Dabei bezaubert sie durch meisterhafte Koloratur, sie wiegt sich wie ein Schmetterling auf den perlenden Trillern, gleitet leicht über die auf- und absteigenden Passagen dieser schwierigen Partie dahin, und der Eindruck ist um so großartiger, da man gewahrt und fühlt, daß alle diese herrlichen Töne ohne die kleinste Anstrengung aus Brust und Kehle der Sängerin fließen. Frau Gundy ward auch als Antonina wie nach allen ihren Leistungen mehremale gerufen und wir können kurz behaupten, daß seit dem Gastspiele der Henriette Sontag keines einen in jeder Beziehung so glänzenden und nachhaltigen Effekt gemacht hat. Z.

[1016] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 1. bis 10. Mai: H. Engel a. Ramberg. — H. Pfirrmann f. Pirmasens. — H. u. Fr. Zimmer a. Obmbach. — H. Bitter a. Mannheim. — H. Gög a. Wiesbaden. — H. Dr. Krätzer aus Mosbach. — H. Worms aus Carlsruhe. — Fr. Bier a. Niedermohr. — H. Forstmeister Erb a. Winnweiler. — 17. H. Simon a. Ottweiler. — 18. H. Oberlieutenant Freiherr v. Schatte a. Kaiserslautern. — 19. H. Dettweiler mit Bedienung a. Oberflörsheim. — 20. H. Knöckel a. Neustadt. — 21. H. Kahn a. Albersweiler. — 22. u. 23. Freiherr v. Leutrum, kgl. württ. Legationsrath u. Graf v. Grefwitz a. Karlsruhe.

[1015] **Veräußerung einer Gutsparzelle zu Ludwigshafen am Rhein.**

In Folge speziellen Auftrags wird der Unterzeichnete in der Mitte des nächstkommenden Monats Juni ein zu Ludwigshafen am Rheine, unmittelbar am Bahnhofe, am Hafen, am Koblenwege und am Rheine gelegenes Stück Land, enthaltend 290 nürnberger Ruthen, in mehrere Hausplätze eingetheilt, oder auch im Ganzen, öffentlich durch Herrn Notar Moré in Mutterstadt unter vortheilhaften Bedingungen versteigern lassen. Dabei ist man nicht abgeneigt, bis zum Versteigerungstage, der später bestimmt angegeben werden wird, diese Gutsparzelle, im Ganzen oder zu einzelnen Bauplätzen, um billige Preise käuflich abzugeben und bittet, sich deßfalls an genannten Herrn Notar Moré gefälligst wenden zu wollen.

Mutterstadt, den 1. Mai 1852.

C. A. Wolff.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 118 | den 16. Mai 1832.

* Schweizer Zustände.

Es ist uns kürzlich ein Schreiben aus der Schweiz zugekommen, welches die dortigen Zustände mit scharfen Zügen, doch wol mit allzugroßer Indignation über manche allerdings vorhandene Mißstände schildert. Da der Aufsatz zur Kenntniß der Schweizer Verhältniße wesentlich beizutragen geeignet ist, so lassen wir denselben mit wenigen Abkürzungen folgen:

Man bedarf wahrlich keiner Diogeneslaterne, um den Ausspruch des alten Oxenstierna, daß zur Leitung der Völker nur äußerst wenig Verstand nöthig ist, bestätigt zu finden. Republiken und Monarchien zeigen im gegenwärtigen Augenblick vielfach einen wahrhaft herzbrechenden Drang, die Wahrheit dieses Ausspruchs practisch darzuthun. Frankreich, die Schweiz sind wie in einem Wettstreite begriffen; das Toryministerium strebt eifrig, England seinen Platz in dieser Arena zu verschaffen. Was soll man dagegen machen? Die epidemischen Krankheiten befallen nicht blos den Körper. Gegenwärtig ist die Luft mit den Miasmen der .... politischen Fehlgriffe geschwängert und diese zeigen sich ansteckender als Pest und Cholera es jemals thaten.

Die unbefangene Anschauung der neuesten Vorgänge in der Schweiz führt mich zu diesen Betrachtungen, denn sie liefern zu denselben fast so „schätzbares Material," wie weiland die Dresdener Conferenzen für die Politik des Hrn. v. Manteuffel, der bekanntlich aus purer Stärke stets zurückwich.

Sehen wir zuerst nach dem Aargau. Zweimal verwarf das Volk die doctrinär-liberale Verfassung, welche ihm unter dem Einfluß seiner doctrinär-liberalen Regierungsräthe vorgelegt wurde; es genehmigte sie erst, als sie mit entschiedenen democratischen Bestimmungen, Abberufungsrecht, Veto des Volkes u. dgl. versehen wurde. Als es nun zur Wahl des Großen Rathes kam, da ging trotzdem und alledem die alte doctrinäre Partei wieder mit großer Majorität aus der Wahlurne hervor. „Es fehlt den Democraten an Kapacitäten," sagen die „Staatsmänner" mit wichtiger Miene. — War denn selbst das Regiment der geschwätzigen Doctrinärs nicht im Stande, die Democraten von der Richtigkeit des Ausspruches des alten schwedischen Kanzlers zu überzeugen? —

Wenden wir uns nach dem Thurgau. Auch dort regieren die Doctrinärs mit wenig Witz und viel Behagen, und wenn sie auch nicht so brüllende Reden halten, wie Fähndrich Pistol und die Aargauer Regierungsräthe, so mag sich doch im Volke eine stille Abneigung gegen das „Schreiberregiment" regen. Beachtenswerth ist nur, wie sich diese Abneigung Luft macht. Es fehlt dem Kanton ganz an einer höhern Schulanstalt und die Regierung wollte deßhalb eine solche nach dem Vorbild der Züricherischen Kantonschule (Gymnasium und Industrieschule) errichten. Aber das Volk verwarf diesen Plan; es entschied, daß die Thurgauer keiner „Herrenschulen" bedürften, daß sie sich schlecht und recht, wie ihre Väter, mit „Häfelischulen" begnügen wollten. Es ist bemerkenswerth, daß Hr. Louis Bonaparte ein Mitbürger der Thurgauer ist und in seiner Gemeinde weiland Schulpfleger war. —

Am tollsten ist es in Bern. Das Volk entscheidet mit einer Majorität von 6500 Stimmen, daß die schwarze Regierung nicht abberufen werden soll. Diese Majorität ist bei 82,000 Abstimmenden freilich winzig genug; allein, die Regierung bleibt, und nicht die Schwarzen, sondern die Liberalen haben ihr zum Siege verholfen. Die Schwarzen hatten zwar alle Kräfte angespannt, Mord und Brand, Nothzucht und Gütertheilung, Abschaffung der Religion und Weibergemeinschaft — das Alles wurde mit den gottseligsten, salbungsvollsten Worten in Aussicht gestellt, wenn die Abberufung durchginge. Fremde Intervention, gewalsamer Widerstand der Schwarzen verstand sich von selbst. Die Abberufung überlieferte den Kanton den Flüchtlingen. Ochsenbein mußte noch in der Stunde versichern, daß Stämpfli ein Werkzeug der „Hefe der deutsch-propagandistischen Emigration" sei und nur auf den Augenblick lauere, wo er die „ausländische rothe Fahne der Völkersolidarität und des modernen Socialismus" aufpflanzen könne.

Dieser Brief des elenden Apostaten soll durch Dufours Vermittlung von Hrn. Bonaparte vorgeschrieben sein und in der That geben die eifrigen Lobeserhebungen des Constitutionnel diesem Gerücht einigen Halt. Der „Oberländer Anzeiger" versicherte, Mazzini sei die Haupttriebfeder der Abberufung und verwende sein letztes Geld dazu; dadurch wolle er Besetzung der Schweiz durch die Franzosen und dadurch einen allgemeinen Krieg herbeiführen, damit dann in Abwesenheit der Armeen in Frankreich die Revolution wieder ausbrechen könnte! Welch' ein satanisch-pfiffiger und complicirter Plan! Die Berner Burger vertheilten in reichem Maße „Wasserbeschädigungsgelder," und wen sie nicht bestechen konnten, dem drohten sie mit Kündigung des Kapitals, Entziehung der Arbeit u. s. w. Obgleich ich das Gewicht dieser Waffen nicht verkenne, und obgleich ich zugebe, daß Hr. Ochsenbein im ganzen Kanton wol noch über einige Tausend Stimmen zu verfügen hat, so ist es doch trotzdem unzweifelhaft, daß die liberalen Spießbürger den Ausschlag zu Gunsten der schwarzen Regierung gegeben haben. Sie fürchteten die Aufregung, die Intervention, und wollten deßhalb die Regierung lieber ihre zwei Jahre noch ausregieren lassen. So sagten sie; aber das war nur ein Vorwand. Die Hauptsache ist, daß sie durch das entsetzliche Geheul der züricherischen Doctrinärs über die Gefahren, welche Treichler und seine Anträge der Gesellschaft bereiteten, in fürchterliche Angst gerathen waren. Jetzt heulen die züricherischen Organe der „repräsentativen Democratie" ebenso beharrlich über den Sieg der Schwarzen in Bern, wie sie früher über den Sieg Treichlers in Zürich heulten. Und doch tragen sie die meiste Schuld am Siege der Schwarzen, der auch für sie von den fatalsten Folgen sein wird. Sie trösten sich zwar damit, daß diese 2 Jahre schwarzer Regierung noch Viele bekehren werden, und daß dann das radicale Element auf ordinär legale Weise wieder zur Herrschaft gelangt. Aber in diesen 2 Jahren kann Vieles geschehen. Die nächsten Folgen dieser Abstimmung werden für die schweizerische Democratie sehr verderblich sein. Die Reaction wird sich gewaltig rühren aller Orten; die Sonderbündler, die Neuenburger Royalisten werden ihr Haupt wieder erheben; auswärtige Blätter reden schon von der Restauration der Patrizier- und Pfaffenwirthschaft von 1815. Zwar versichert das „Vaterland," das Organ des Hrn. Blösch, alle Befürchtungen einer hereinbrechenden Reaction seien ungegründet, die Regierung sei „wahrhaft democratisch" und „christlich versöhnlich," aber die andern Organe der Reaction verlangen schon laut Aufhebung der Hochschule, durchgreifende Reorganisation des Seminars, „christliche" Erziehung und Schule, partielle Revission der Verfassung durch den Großen Rath, jedenfalls Wiederherstellung des

1846 der Regierung entzogenen Abberufungsrechtes, neues Preßgesetz, um die Wühlereien unmöglich zu machen rc. Und diese Leute werden jetzt regieren und Hrn. Blösch nöthigenfalls über Bord werfen. Dazu wird er es aber nicht kommen lassen.

Der Kanton Bern geht einer schweren Zeit entgegen. Stämpfli hat für den Augenblick die Stadt verlassen, weil er seines Lebens nicht sicher war. Der Fremdenhaß tritt in der brutalsten Weise hervor und gegen das „Nassauerthum" werden so schwere Injurien ausgestoßen, daß ich täglich Noten vom Herzog von Nassau oder vom deutschen Bundestage erwarte. Es ist kein Zweifel, daß man Stämpfli in seinen vielen Preßprocessen „von Rechts wegen" zu mehrjähriger Landesverweisung verurtheilen wird — und dadurch wird die radicale Partei sehr gelähmt. Die Purificationen unter den Beamten beginnen schon und die Unterdrückung der radicalen Presse wird folgen. Frankreichs Beispiel wird nicht ungenützt bleiben.

Diese vorübergehenden Schwankungen, ohne dauernden Einfluß auf den Gang der Dinge im Großen, werden mich nicht dahinbringen, an der vernünftigen fortschreitenden Entwicklung der Menschheit zu verzweifeln, aber ich bin doch auch nicht Pessimist genug, um solche Zustände zu wünschen, obgleich ich nicht verkenne, daß sie unter Umständen ein mächtiger Hebel für das Bessere sein können. —

Deutschland.

* **München**, den 11. Mai. Wie lange wird die Regierung noch stillschweigend zusehen, daß in dem quasiamtlichen Blatte der Pfalz tag-täglich Octroyirungen in Aussicht gestellt werden? Was würde geschehen, wenn ein Oppositionsblatt solche Unterstellungen sich erlaubte?

Wir haben neulich bereits gesagt, daß wir an einen solchen Verfassungsbruch in Baiern nicht glauben, weil er der ganzen traditionellen Politik des Staats widerstreitet, und dessen mittelbare Mediatisirung anbahnen würde. Man beruft sich nun auf den Bund. Dieser ist aber nicht blos verpflichtet, die baierische Verfassung zu achten, sondern er ist auch insbesondere rechtlich nicht befugt, die Selbstständigkeit des Einzelnstaates anzutasten. Doch sehen wir aus nahe liegenden Gründen auch davon ab.

Allein wie kann von Octroyirung eines Preßgesetzes aus Veranlassung des Bundes, hier auch nur die Rede sein? Und doch will dies vorgewendet werden. Der Bundestag kann sich ja selbst nicht einigen über den Inhalt eines Preßgesetzes! Was soll er denn da dictiren? Und was namentlich eine Bestimmung zum Schutze des Bundes selbst betrifft, so enthält sogar das Preußische Preßgesetz eine solche Bestimmung nicht. Wie kann man sie von Baiern fordern?

Wir sehen in jenen Ausstreuungen nichts Anderes, als einen Versuch, einerseits einzuschüchtern, anderseits zu Octroyirungen aufzumuntern. Wir erwarten, daß dieser Versuch in beiden Richtungen verdienter Maßen zu Schanden werden wird! —

* Das Zerwürfniß der Badischen Regierung mit dem erzbischöflichen Ordinariate Freiburg hat hier nicht geringes Aufsehen erregt. Sehr bemerkenswerth ist die Sprache der ultramontanen Blätter hierüber. Der hiesige Volksbote entblödet sich nicht, die geistlichen Oberbehörden, welche den Gottesdienst für die früher gestorbenen Großherzoge sämmtlich in der jetzt geforderten Weise vornehmen ließen, mit schlechten Beamten zu vergleichen, welche eine ihnen anvertraute Casse (hier den geheimnißvollen Gnadenschatz) veruntreuten! Hier erinnert man sich bei dieser Gelegenheit wieder lebhaft der Vorfälle beim Tode der Königin Karoline. —

* **München**, den 12. Mai. Der Landtag zieht sich noch immer in die Länge. Das Ministerium weiß, namentlich nach den Beschlüssen des Ausschusses, daß seine politischen Gesetzentwürfe verworfen werden. Nichts desto weniger läßt es, so viel man bis heute weiß, die Sache zur förmlichen Abstimmung in der Kammer bringen. Vermuthlich werden die 4 Gesetzentwürfe: über die Staatsverbrechen, über Verfahren in Preßprozeßen, Erweiterung des Preßstrafgesetzes rc. und über die Diäten der Abgeordneten, für den nächsten Samstag auf die Tagesordnung der Abgeordnetenkammer gebracht. In den Ausschußsitzungen sollen diese Entwürfe von den Ministern selbst nicht gerade sehr warm vertheidigt worden sein. — Wahrscheinlich kommt noch zuvor ein anderer ministerieller Gesetzentwurf zur Verwerfung, nemlich derjenige, nach welchem die Regierung ermächtigt werden soll, auch nach einer Vertagung der Kammer Ausschüße beliebig versammelt zu behalten. Der 3. Ausschuß hat zwar dessen Annahme begutachtet (Referent Römmich); da es sich aber um ein Verfassungsgesetz handelt, so ist für alle Fälle die Linke allein schon stark genug, dasselbe zu verwerfen, was sie ohne Zweifel thun wird, da die hier geltend gemachte Anschauungsweise mit ihren Principien nicht übereinstimmen kann. — Wie man vernimmt, hat der 5. Ausschuß nun auch — zum ersten Male — eine Beschwerde wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte für begründet erklärt. Es ist die der Bewohner von Würzburg wegen Beschränkung in ihren Bauten durch die Festungsbehörden. Es heißt, das Ministerium habe nun die längst vergeblich geforderte Abhülfe verheisen, und der Gegenstand werde darum nicht weiter in die Kammer gebracht werden. — Man begreift nicht, was das Ministerium bei der täglich sich mehrenden Zahl solcher Thatsachen, ferner zu thun beabsichtigt, oder vielmehr, aus welchen Gründen es die Abstimmung über Gesetzentwürfe stattfinden läßt, über deren Verwerfung es doch selbst gar keinen Zweifel mehr haben kann.

Baden. In Bühl hatte sich ein großer Theil der katholischen Bevölkerung in die israelitische Synagoge begeben, da eine katholische Trauerfeier unterblieben war und eine protestantische Kirche nicht vorhanden ist. Bei dem Gottesdienst stimmten Christen die Trauergesänge an, welche mit Eifer einstudirt worden waren, um bei dem erwarteten Trauerамte in der katholischen Kirche gesungen zu werden. Am Schluß des Gottesdienstes wurde für die dortigen Armen aller Confessionen gesammelt. — Die „Badische Landeszeitung" schreibt, die Regierung habe sich beschwerend an den heil. Stuhl gewendet.

Freiburg, den 10. Mai. Dem Schw. M. schreibt man über den bekannten Conflict: Die Gründe, welche der Hr. Erzbischof der Forderung der Regierung entgegenhielt, bestehen sicherem Vernehmen nach darin, daß man von Seiten der Protestanten an die Messe nicht glaube und daß nach katholischem Lehrbegriff zwischen den Katholiken und Protestanten keine Gemeinschaft der Sacramente (communio sacramentorum) bestehe, daß also für einen Protestanten keine Messe gelesen werden dürfte. Allerdings sei bei dem Tode früherer Großherzoge einige Male ein Traueramt gehalten worden. Dabei habe aber, abgesehen davon, daß man schon damals von Seiten der katholischen Kirche Anstände und Schwierigkeiten erhoben, die Simulation stattgefunden, daß die Messe nicht für die verstorbenen Großherzoge, sondern pro de profundis im Allgemeinen gehalten worden sei. Diese der Würde der katholischen Kirche nicht entsprechende Simulation habe der Papst durch ein Breve ausdrücklich verboten und die strengste Weisung in dieser Hinsicht an die Bischöfe erlassen, so daß also hinfort kein Traueramt mehr für einen Nichtkatholiken gehalten werden darf. Wie ich höre, soll der Hr. Erzbischof die Absicht haben, gegen alle diejenigen Geistlichen, die in dieser Angelegenheit seiner Weisung sich nicht gefügt, mit Strafen vorzuschreiten, was natürlich den Conflict nur noch größer machen würde.

Frankfurt. Der zur Ueberwachung der Durchführung des Bundesbeschlusses vom 23. August 1851 (Aufhebung der deutschen Grundrechte) niedergesetzte Ausschuß der Bundesversammlung hat bereits wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben, indem er vorerst auf ver-

Digitized by Google

traulichem Weg den Frankfurter Senat darauf aufmerksam machte, die neue Frankfurter Verfassung stehe im Widerspruch mit §. 46 der Wiener Kongreßacte. Dieser Paragraph garantirt allen Kulten der christlichen Religion bürgerliche und politische Rechtsgleichheit; die Verfassung gewährt diese aber auch den Juden. „Frankfurt ist und soll ein christlicher Staat bleiben." Der Wink der Bundesversammlung war indessen mindestens überflüssig; schon hatte sich die Senatskommission zur Prüfung des Entwurfs aus anderen Gründen für Verwerfung ausgesprochen.

Ludwigsburg, den 10. Mai. Rechtsconsulent Klumpp von Freudenstadt, vom hiesigen Schwurgerichtshofe wegen Hochverrath in contumaciam zu 18jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt, hat sich heute bei dem hiesigen Oberamtsgerichte freiwillig gestellt.

Kurhessen. Die zu Altona erschienene Flugschrift: „Prophezeihungen des Schäfers Thomas" ist wegen ihrer destructiven Tendenz im Gebiete des Kurfürstenthums verboten worden.

Köln, den 12. Mai. Der hiesige Gemeinderath hat in seiner heutigen Sitzung fast einstimmig den Beschluß gefaßt, zu dem von der Regierung projectirten Bau einer festen Brücke über den Rhein zwischen Köln und Deutz einen Zuschuß von 100,000 Thlrn. zu leisten und diese Summe der Regierung zur sofortigen Verwendung zur Disposition zu stellen.

Berlin, den 11. Mai. Der Minister des Innern, Hr. v. Westphalen, soll gestern nach der Ministerversammlung, welche bei dem Ministerpräsidenten stattgefunden hat, seine Entlassung angeboten haben.

Den Bestrebungen der kirchlichen Vereine soll es gelungen sein, eine Untersagung der Landwehrübungen an Sonn- und Festtagen, auch der sogenannten Controlversammlungen zu erwirken. Von dem Kriegsministerium wurde dies früher in einem Bescheide an den Oberkirchenrath für unausführbar erklärt. Der Befehl soll jetzt durch den König direct erlassen sein.

— den 12. Mai. Daß die Darmstädter Protocolle nur mit Vorbehalten ratificirt worden sind, ist eine Thatsache, die auf durchaus zuverlässiger Mittheilung beruht. Es läßt sich hiernach annehmen, daß ein Zerfall des Zollvereins nicht zu erwarten ist. (N. C.)

Die „N. Preuß. Z." berichtet heute: „Während der bevorstehenden Anwesenheit Ihrer Maj. der Kaiser von Rußland und Oesterreich wird dem Vernehmen nach in der Umgegend von Potsdam ein Manoeuvre von Truppen des Garde-Corps stattfinden. Dasselbe soll am 17. d. Mts. beginnen und bis zum 26. c. dauern.

Wien, den 11. Mai. Das heutige Reichsgesetzblatt bringt ein kaiserl. Patent, vom 6. d. M., die Behandlung und Bestrafung Derjenigen betreffend, welche Militärpersonen zum Treubruche oder zur Verletzung ihrer sonstigen Dienstpflicht zu verleiten suchen.

Die vor Kurzem in Leipzig bei F. A. Brockhaus erschienen „Memorien Görgey's sind soeben durch Erlaß des österreichischen Ministeriums des Innern für den ganzen Umfang der österreichischen Monarchie verboten worden. Diese Verfügung, die von hier auf telegraphischem Wege den Statthaltern aller Kronländer mitgetheilt wurde, hat um so mehr überrascht, als an einigen Orten, z. B. in Prag, der Debit des Werks bereits freigegeben war.

Aus Este wird berichtet: Von 16 wegen Raub und theilweise auch wegen zugefügter Verwundungen kriegsgerichtlich zum Tode verurtheilten Individuen wurden 7 mittelst Pulver und Blei hingerichtet, die Andern zu je 8 bis 10—20jährigem schweren Kerker begnadigt.

Wien, den 12. Mai. Der Kaiser von Rußland ist gegen Mitternacht von Wien wieder abgereist.

Frankreich.

Paris, den 11. Mai. Die Stadt Paris will bei den Festlichkeiten, die dem Heere gegeben werden, nicht zurückbleiben. Am 14. gibt der Präfect des Seinedepartements im Namen des Stadtrathes sämmtlichen Generalen und Obristen des Heeres von Paris ein großes Bankett im Stadthause. Nach dem Bankette findet eine musikalische Soiree statt, zu welcher eine große Anzahl Offiziere der Nationalgarde und der verschiedenen Regimenter des Heeres Einladungen erhalten haben.

Der Kriegsminister hat durch ein Circular verfügt, daß alle jüngeren Leute, welche von den Kriegsgerichten zur Deportation verurtheilt sind, noch einmal in Algerien oder in den Häfen Frankreichs vor die Revisionscommission der Kriegsgerichte gestellt werden sollen.

Es heißt, Barbes und Raspail seien von dem Prinz-Präsidenten begnadigt worden und würden sofort auf freien Fuß gesetzt werden, jedoch unter der Bedingung, sich nach Amerika zu begeben.

Baron James von Rothschild hat in der Rue de Picbus, im Faubourg St. Antoine, ein großes Spital für arme kranke Juden bauen lassen. Das eben so großartige, wie zweckmäßig eingerichtete Gebäude ist nunmehr vollendet und wird am 26. d. seiner wohlthätigen Bestimmung übergeben werden.

Italien.

Turin, den 9. Mai. Heute wurde hier das Verfassungsfest gefeiert. Der König wohnte zuerst der Messe und hierauf dem Defiliren der Nationalgarde und den Garnisonstruppen bei. Ueberall ertönte der Ruf: „Es lebe der König! Es lebe die Verfassung!" Alle Fenster waren mit der italienischen Tricolore geschmückt. Abends war prächtige Illumination, Fackelzug 2c.

Schweden.

Auch in **Schweden** nimmt die Auswanderung zu. In der „Götheborgs Handels-och Sjöfars-Tidning" vom 24. April heißt es also: „Auswanderer nach den Vereinigten Staaten kommen beinahe tagtäglich aus dem Binnenlande hier an. Man sieht nun allzu oft lange Reihen von Fuhrwerken, vollgepackt mit Hausgeräth und Kindern, denen Vater und Mutter zu Fuß nachfolgen, durch die Straßen der Stadt kommen. Einige dieser Emigranten haben gerade so viel als sie zur Ueberfahrt brauchen, andere dagegen sind ganz arm und bloß und helfen sich dadurch, daß sie mit den Bessergestellten die Uebereinkunft treffen, das Passagegeld für sie auszulegen unter der Verpflichtung, daß sie nach ihrer Ankunft in Amerika ihre Schuld in Arbeit abtragen. Fragt man sie, ob sie die Schwierigkeiten erwogen, die sie zu bekämpfen haben in einem fremden Lande, so erhält man gewöhnlich die niederschlagende Antwort: „Wie es auch in Amerika für uns werden mag, wir könnten es doch nicht schlimmer bekommen wie in Schweden." Es ist ein trauriger Anblick für den Vaterlandsfreund, das Vaterland durch Auswanderungen in Schaaren von Hunderten seiner jungen kraftvollen Söhne beraubt zu sehen, die froh und voller Hoffnung auf bessere Tage so eilig dem heimathlichen Boden entfliehen. Man nimmt an, daß 500 Auswanderer über hier im Laufe dieses Monats und eben so viele nächsten Monat abgehen werden."

Türkei.

Konstantinopel, den 1. Mai. Ueber die Insel Kreta circuliren beunruhigende Gerüchte; es herrscht dort starke Gährung. Mehrere Kriegsschiffe sind dahin beordert worden.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 14. Mai. Dem Professor Roßmäßler, welcher hier Vorlesungen zu halten beabsichtigte, wurde der Aufenthalt in unserer Stadt und deren Gebiet polizeilich untersagt. (F. J.)

Weimar, den 13. Mai. Auf Befehl des Großherzogs ist nun auch bei uns die durch Ordre vom 20.

März 1848 vorgeschriebene Beeidigung des Militärs auf die Verfassung aufgehoben worden.

Aus Thüringen, den 12. Mai. Die Staatsregierung in Altenburg hat dem Landtage eine Vorlage gemacht, in welcher, dem Bundesbeschlusse vom 25. August v. J. gemäß, die Aufhebung der Grundrechte beantragt wird.

Pyrmont, den 12. Mai. Die Pyrmonter Bürgerwehr hat factisch aufgehört zu existiren: sämmmtliche Waffen wurden eingefordert und sind bereits abgeliefert.

Wien. Der Minister des Innern bestimmte: „daß die Auflösung des Bregenzer Turnvereins, sowie auch jenes von Feldkirch, da diese Vereine dem Zwecke nicht entsprechen, zu veranlassen."

Man schreibt der „Br. Ztg." von hier: Die am 10. Mai stattgehabte große Heerschau über 30,000 Mann Kerntruppen wird allgemein als eine Demonstration gegen die imperialistische Revue zu Paris an demselben Tage betrachtet, die durch die Gegenwart des russischen Kaisers ihre wahre Bedeutung empfängt.

Bern, den 12. Mai. In der heutigen Sitzung des gr. Rathes wurde das Amnestiedecret einstimmig angenommen; den Antrag, durch den Regierungsrath untersuchen zu lassen, ob nicht auch die Ereigniße zu Interlaken im October 1851 in die Amnestie zu begreifen seien, erklärte eine große Mehrheit für erheblich. Der radicale Commandant Hirsbrunner hat seinen Austritt aus dem gr. Rathe angezeigt.

Paris, den 12. Mai. Der Minister des öffentlichen Unterrichts, Hr. Fortoul, hat ein Schreiben an Hrn. Fr. Arago gerichtet, um demselben anzuzeigen, daß er dessen Demission als Professor der astronomischen Akademie nicht annehme; der Prinz-Präsident habe ihn (den Minister) ermächtigt, von der Verpflichtung zur Leistung des Eides der Treue für die Verfassung und den Präsidenten der Republik eine Ausnahme zu Gunsten eines Gelehrten zu machen, dessen Arbeiten ein Ruhm Frankreichs seien, und dessen Existenz die Regierung des Prinz-Präsidenten nicht getrübt sehen wolle.

Die letzten Verhaftungen in Paris scheinen Bezug auf die Festlichkeiten gehabt zu haben. Unter den Verhafteten soll sich der Exrepräsentant Vidal befinden. Welche Gründe diese Verhaftungen veranlaßt haben, weiß man nicht.

Der gestrige Ball in der Militärschule war von beinahe 20,000 Menschen besucht.

Zu dem großen Diner, welches der Prinzpräsident heute im Palaste der Tuilerien gibt, sind nur Offiziere des Land- und des See-Heeres eingeladen. Die Zahl der Couverts beläuft sich über 800.

Das „Journal des Debats" enthält nachstehende Mittheilung: „Man versichert, daß General Changarnier aus Mecheln an den Kriegsminister ein Schreiben gerichtet hat, worin er den Eid (der Treue für die Verfassung und den Präsidenten der Republik) verweigert.

Das Gerücht von einer Reise, welche der Prinzpräsident nach Algerien zu machen beabsichtige, gewinnt immer mehr Bestand. Sie würde, wie es heißt, gegen Ende Juni, nach dem Besuche des Prinzen in Bordeaux, erfolgen; er soll auch die Insel Corsika zu besuchen Willens sein.

Nach Berichten aus Algerien haben die französischen Behörden den Häuptling der Oulad-Sidi-Chilh in der westlichen Sahara, Sidi Hamzi, verhaftet und nach Oran abgeführt. Er soll im Einverständniße mit dem falschen Sheriff Bou Bargla gewesen sein. Einem Gerüchte zufolge ist der Kalifa von El-Agnat ebenfalls verhaftet worden.

London, den 8. Mai. Aus Schottland wird von ungeheuren Moorbränden berichtet.

Gustavia, die Hauptstadt der schwedischen Insel St. Bartholomäus, ist in den ersten Tagen des Monats April gänzlich durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Es wurden 400 Häuser und eine außerordentliche Menge Waaren der Flammen Raub. 2000 Bewohner fanden sich schutz- und obdachlos.

New-York, den 1. Mai. In verschiedenen Theilen der Vereinigten Staaten, in Washington, Baltimore und ganz Maryland hatte man am Nachmittag des 30. April einen Erdstoß verspürt. — Am 30. April war in Boston Kossuth ein Bankett gegeben worden. — Nach Berichten aus Neufoundland hatte ein fürchterlicher Sturm diese Küste heimgesucht, wobei 60 Segelschiffe neben vielen anderen Schiffen untergingen.

Miscellen.

London. Dr. Shea, Arzt am Schiffshospital auf dem Kap der guten Hoffnung, hat der Königin von England eine Landschildkröte von enormer Größe zum Geschenke gemacht. Die Länge dieser Schildkröte beträgt von der Nasenspitze bis zum Schwanzende genau 7 Fuß, ihre Höhe beim Gehen 3 Fuß und der Umfang ihres Körpers 7 Fuß 8 Zoll. Der Kopf ist nur 8 Zoll lang und 6 Zoll breit, mithin im Verhältniß zur Größe des Körpers sehr klein, wie bei allen Thieren dieser Art. Die Beine haben 1 Fuß 6 Zoll Umfang und die Stärke des Thiers ist bedeutend, denn sie ist im Stande, 4 auf ihrem Rücken stehende Männer mit Leichtigkeit zu tragen. Ihr Gewicht beträgt 500 Pfd. und ihr Alter wird auf 180 Jahre geschätzt.

In Westindien und Californien fallen die Negersclaven bedeutend im Preise und was alle Humanitäts-Kriegsschiffe nicht zuwegebrachten: die Unterdrückung des Sclavenhandels, kommt von selbst durch — Concurrenz. Es strömen nämlich ungeheure Massen von Chinesen nach Amerika, die sich um einen billigen Preis auf Jahre hin vermiethen. Man braucht also kein Ankaufskapital und hat bei einem Todesfall keine Verluste zu tragen. Auch sind die Chinesen sehr fleißig, thun alles, was ihnen unter die Hand kömmt und leben äußerst frugal, nämlich von — Ratten! Dieser Braten, mit dessen Erwerb zugleich ein bischen Jagdvergnügen verbunden ist, schmeckt den Söhnen des „himmlischen Reiches" ganz vorzüglich. Man glaubt, daß in kurzem in Amerika die gröbere Arbeit in den Händen der Asiaten sein wird.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[1003²] **Die Ziegenmolken**

werden von heute an durch einen zu deren Bereitung hier anwesenden Schweizer besorgt. — Zugleich mache ich auf unsere mit der Kuhstalluft in Verbindung stehenden Wohnzimmer aufmerksam, welche den Brustleidenden so entschiedenen Nutzen gewähren. — Zum Gebrauch der Wasserkur ist die Heilanstalt das ganze Jahr hindurch geöffnet.

Bad Gleisweiler, den 1. Mai 1852.

Dr. Schneider.

[1012²] **Zu verkaufen.**

Bei Unterzeichnetem steht ein gebrauchtes, sehr gut erhaltenes Clavier von 6 Octaven billig zu verkaufen. Es eignet sich dasselbe besonders für Solche, welche sich im Orgelspielen ausbilden wollen, indem es ein Pedal von 1½ Octaven hat. Ferner sind um sehr herabgesetzte Preise zu verkaufen: mehrere Decimalwaagen, eine Auswahl neue Möbles und Canapee's von bester Qualität bei

Abraham Metzger, Möbelhändler
zu Speyer Nro. 219 in der Gendarmeriestraße.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro 118.) den 16. Mai 1852.

Deutschland.

Berlin, den 10. Mai. Die hier bei F. Schneider u. Comp. erschienene Schrift: „Die Zukunft der Menschheit und die Unsterblichkeit der Seele, oder die Lehre von den letzten Dingen. Ein Gespräch, herausgegeben von C. L. Michelet," ist mit Beschlag belegt worden, und wurden selbst in der Wohnung des Verfassers 3 dort befindliche Exemplare der Schrift confiscirt. Eben so wurde die in Hamburg bei Hoffmann und Campe erschienene Schrift: „Stahl, ein Jesuit. Eine kritische Beleuchtung seines Vortrages: Was ist die Revolution? von R. Fischer," schon am zweiten Tage nach ihrem Erscheinen mit Beschlag belegt.

In **Minden** ist der Polizeicommissär v. Hassenkrug, dessen außerordentlicher Diensteifer vielen Reisenden der Harburg-Kölner Eisenbahnlinie in lebhafter Erinnerung sein wird, wegen einer im Amte verübten Mißhandlung zu sechsmonatlicher Gefängnißstrafe und in die Kosten verurtheilt worden.

Wien, den 9. Mai. Die hiesigen Blätter sind einstimmig der Meinung, daß Oesterreich sich jetzt mehr von Frankreich abgewandt und Rußland augenähert habe. Schon in der Ernennung des Grafen Buol-Schauenstein will man das Zeichen einer solchen Annäherung erkennen.

Schweiz.

Bern, den 5. Mai. Unter den Papieren des gegenwärtig an der „Volkshalle" zu Köln thätigen Siegwart Müller fand man einen Plan, der so eben wieder im „Univers" auftaucht, wonach bei einer Umgestaltung der Schweiz durch fremde Einmischung die großen protestantischen Kantone getheilt und die Urkantone unter die unmittelbare Gewalt des h. Vaters kommen sollten.

Frankreich.

Paris, den 8. Mai. Die Uebersendung einer Denkschrift an die vier Großmächte um das Wiederherstellen des Kaiserthums zu rechtfertigen und zu begründen schien mir ein zu wichtiger Schritt, als daß ich es nicht für nöthig hätte erachten müssen darüber Aufschlüsse sozusagen an amtlicher Quelle einzuziehen. Auf dieser Seite will man nun von einer solchen Denkschrift nichts wissen, und es scheint also, daß wenn die Person die mir davon sagte, und die in der Regel genau unterrichtet ist, nicht das Opfer eines Mißverständnisses war und man jenen Gedanken je gehabt hat, man wieder davon zurückgekommen ist. (A. Z.)

— den 9. Mai. Seit gestern sieht man an den Straßenecken ein gelbes Placat, welches folgende Broschüre anzeigt: „Erbliches Gouvernement in Frankreich und die drei Parteien, welche darauf Bezug haben. Napoleon II., ein Orleans und Henri V." — Eben ist eine Lebensbeschreibung L. Napoleons erschienen, worin sich das Facsimile Seiner kaiserlichen Hoheit befindet. Das Werk ist unter den Auspicien des Gouvernements erschienen.

Die Pariser, die sonst an das Verhaftetwerden gewohnt sind, treffen jetzt einige Vorsichtsmaßregeln. Heute war ich in einem Kaffeehause, als zwei Herren eintraten und in dem Augenblick, in welchem sie sich niedersetzten, laut vive Napoléon riefen. Es schien mir, als ob diese beiden Herren Furcht vor den Arrestationen hatten, die jetzt häufig in den Cafés vorgenommen werden, und daß sie sich deßwegen auf diese Weise als gutgesinnt zu erkennen gaben, denn sie hatten kaum ihr Frühstück verzehrt, als sie sich rasch aus dem Kaffeehause entfernten. Kaffeehäuser sind nemlich jetzt wahre Mäusefallen der Polizei geworden, und es ist nicht selten, daß 30 bis 40 Agenten in ein Café treten und hierauf jeder von ihnen zwei Gäste mit sich fortführt.

Aus den Departements langen beunruhigende Nachrichten an. Es ist Thatsache, daß sämmtliche Saaten sehr schlecht stehen. Man erwartet sehr schlechte Weinerndten, der Weizen hat durch den Mangel alles Regens besonders gelitten, auch das Obst wird in sehr geringer Menge reifen. Dazu kommt, daß die Feuersbrünste immer mehr und mehr zunehmen und auch Krankheiten epidemisch geworden sind. Die Stimmung in den Departements ist daher sehr düster. (Nat.-Ztg.)

Paris, den 11. Mai. Alle Journale sind heute mit Schilderungen des gestrigen großartigen Festes angefüllt. Ueber die Zurufe, mit welchen der Prinzpräsident von den verschiedenen Corps des Heeres empfangen wurde, stimmen die meisten Berichte darin überein, daß die Lanciers, Carabiniers und Kuirassiere am stärksten den Ruf „Es lebe der Kaiser" anstimmten, während die Artillerie vorzugsweise „Es lebe Napoleon" und die Infanterie vielfach untermischt „Es lebe der Kaiser", „Es lebe Napoleon" und auch „Es lebe der Präsident" rief.

Die neuen Fahnen tragen außer den Chiffern des Präsidenten ein R. und ein F. (République Française), sowie die Namen der bedeutendsten Schlachten, denen das Regiment beigewohnt hat.

Die polnische, ungarische und italienische Emigration waren bei der gestrigen Feierlichkeit vertreten, die deutsche nicht.

„Galignani's Messenger" veranschlagt die Zahl der zu dem gestrigen Feste angelangten Fremden, jene aus der Umgegend von Paris nicht mitgerechnet, auf 60- bis 70,000. Die seit drei Tagen für ein Bett per Nacht geforderten Preise betrugen 5 bis 20 Franken. Viele Fremde, die gestern nicht mehr unterkommen konnten, mußten in den Kaffeehäusern auf Bänken und Tischen übernachten.

Ich kann nicht umbin, eines Umstandes zu erwähnen, der durch das Geheimniß, in das sich die betreffende Person gehüllt, einige Sensation gemacht hat. Als gestern die Infanterie vor dem Präsidenten der Republik vorbei defilirte, trat plötzlich eine junge, schöne und reich gekleidete Dame aus den Reihen eines Infanterieregiments hervor, um dem Präsidenten der Republik eine Bittschrift zu überreichen. Der Präsident, bekanntlich sehr galant gegen das schöne Geschlecht, nahm der Dame die Bittschrift ab und verbeugte sich tief vor derselben. Die junge Dame trat wieder in die Reihen des Regiments ein; am Thore des Marsfeldes verließ sie dasselbe und verschwand in einem Wagen, der sie nicht weit von dem Marsfelde erwartete. (K. Z.)

Die Jäger von Vincennes tragen jetzt schwarze Federn auf ihren Tschakos.

Die Regierung hat sechs Jesuiten mit Leitung der religiösen Angelegenheiten der Bagno's beauftragt. Drei derselben sind schon abgereist, die drei andern werden binnen Kurzem nachfolgen. Sie werden in Cayenne ih-

ren Hauptsitz haben und von dort die Bagno's, wo die Galeerensträflinge untergebracht worden sind, besuchen. Die den Jesuiten in Cayenne von der Regierung gegebene Sendung ist die erste, welche dieselben seit langer Zeit offiziel erhalten haben. Vor vier Jahren gab es keine Jesuiten in Frankreich; in der letzten Zeit der Regierung Ludwig Philipp's wurden ihre noch übrigen Anstalten geschlossen.

Polizeisergeanten waren gestern Morgen in der Straße St. Honoré beschäftigt, einen großen Maueranschlag abzureißen, was einige Verwunderung im Publicum erregte.

Heute wurden abermals gegen 10 Generalrathsmitglieder genannt, die den Eid verweigert und ihre Entlassung genommen haben, u. A. ein bekannter Legitimist, Graf du Coëtlosquet. Dasselbe ist mit 7 Gemeinderathmitgliedern von Saint-Quentin der Fall.

Straßburg, den 10. Mai. Was heute in der Hauptstadt im Großen vorging, wird sich in den nächsten Wochen in allen Besatzungsorten im Kleinen wiederholen, da die Ankunft der Adler bei den einzelnen Regimentern ebenfalls mit besondern Feierlichkeiten verbunden werden soll.

Belgien.

Die Brüsseler „Nation" bringt einen von 3 Mitgliedern des polnischen democratischen Zentralvereins zu London unterzeichneten Protest gegen das durch die Zeitungen laufende Gerücht, als wolle die polnische Emigration aus Verzweiflung den Kaiser von Rußland um Amnestie bitten.

Italien.

Florenz, den 8. Mai. Die Constitution vom 15. Febr. 1848 ist nun definitiv für aufgehoben erklärt.

In **Rom** wird wirklich mit der Bildung einer päpstlichen Armee der erste Anfang gemacht. Bis jetzt belaufen sich die enrollirten Rekruten nur auf tausend Mann. Je nachdem sich die Zahl der päpstlichen Soldaten vergrößert, soll die französische Occupations- oder „Protektions-"Armee vermindert werden.

Spanien.

Madrid, den 6. Mai. Gegen 20 politische Gefangene, die von Cadix nach Ceuta befördert werden sollten, waren so glücklich, zu entkommen. Sie befinden sich alle in Gibraltar und harren auf Gelegenheit nach England. Die Mittel dazu hat man in Gibraltar für sie zusammen gebracht. Die meisten dieser Gefangenen sind Republikaner und rühren von den aufgehobenen Clubs her; einige jedoch sind Carlisten. — Im gestrigen Stiergefechte hatte ein Banderillero das Unglück, zu straucheln. Das wüthende Thier faßte ihn mit seinen Hörnern und machte seinem Leben augenblicklich ein Ende. Die Leiche des Unglücklichen wurde fortgetragen, der Matador erschien und nahm Rache für seinen Gefährten. Trotz dieses Vorfalles hörte das gefährliche Spiel doch nicht auf — 4 Stiere wurden hernach noch getödtet.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 24. April. Kossuth ist in Springfield angekommen und gut aufgenommen worden. — Im Staat Virginien sind durch die hohe Fluth mehrere Dörfer zerstört worden.

Miscellen.

Vierspännige Kirchen kommen in Amerika jetzt immer mehr in die Mode, welche sowol auf Eisenbahnen als Landstraßen fahren. Dörfer, welche keine Kirchen besitzen, erwarten dieselben, wie man den Dampfwagen oder die Post erwartet. Bei jeder Station klingelt der Prediger mit der Glocke, wie ein Kaufmann, der etwas auszurufen hat. Dann besteigt er den Verdecksitz seines Kirchenwagens als Kanzel, und nachdem er in freier Luft seine Predigt zum Besten gegeben, ertheilt er den Andächtigen seinen Segen und setzt seine Reise fort. So gibt es jetzt Kathedralen zu vier Pferden, mittlere zu zwei, und Kapellenfiaker mit einem Pferde. Das Kirchenspiel hat seinen Glockenstuhl oben auf dem Verdeck, ein Taufbecken im Koupe, einen Chor im Innern und hinten eine Sakristei mit gothischen Bogenfenstern.

Bisher erfüllten die Gewächshäuser nur die Aufgabe, nicht heimische Pflanzen zu erwärmen; jetzt hat Hr. Simpson, Professor in Edinburgh, ein Gewächshaus zum Erkälten erfunden. Er zieht Alpenpflanzen und die des hohen Nordens in einem Eis-Glashause, wo dieselben ganze Monate lang mit conservirtem Schnee und Eis bedeckt sind. Er hat sogar das Rhododendron nivale, das nur an der Grenze der ewigen Schneeregion des Himalaya wächst, seiner Zucht unterworfen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 13. Mai. Weizen 6 fl. 24 kr., Korn 5 fl. 20 kr., Spelz 4 fl. 21 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige 4 fl. 19 kr., Hafer 3 fl. 43 kr., Kartoffeln 1 fl. 30 kr., per Centner.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[946] **Zu verkaufen.**

Eine noch wohlerhaltene 4sitzige Chaise (Wiener Wagen), woran besonders das Eisenwerk vorzüglich ist. Frankirte Anfragen befördert die Expedition dieses Blattes.

[1011^a] **Bekanntmachung.**

Am 30. Mai d. J. expediren die Herren Strecker, Klein und Stoeck
von **Antwerpen nach New-Orleans**
das Schiff „R. B. Summer," Capitain Dyer.
Näheres über Preise und Bedingungen bei den Herren
Pfaff & Lederle
in Ludwigshafen am Rhein.

[964] **Niederländische**

Dampfschifffahrts- **Gesellschaft.**

Abfahrt von Ludwigshafen am Rhein:
Täglich 4 Uhr Morgens in 36 Stunden nach Rotterdam.
Jeden Sonntag im Anschluß an den „Batavier" nach London.
Außer obigen Fahrten unterhält die Gesellschaft noch einen Extra-Dampfboot-Güterdienst auf der ganzen Linie Ludwigshafen — Rotterdam — London zu ermäßigten Frachten und fährt das Schrauben-Güterboot „Feyenoord" jeden Donnerstag von Rotterdam nach London.
☞ Nähere Auskunft ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852.

Der Agent:
C. Aug. Exter.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 119 | den 18. Mai 1852.

Deutschland.

• **München,** den 13. Mai. Das fortwährende Gerede der „Pflzr. Ztg." über „Octroyirungen" in Baiern hat nunmehr in den hiesigen „Neuesten Nachrichten" ein Echo gefunden. „Wird der Gesetzentwurf in Betreff der Zeitungscautionen verworfen," heißt es in diesem Blatte, „so kann man wol sagen, daß der baier. Landtag die Selbständigkeit seiner eigenen Staatsregierung todtschlägt, damit aber nichts erreicht, als daß von Bundeswegen sehr wahrscheinlich die Zeitungscautionen oder wol noch Belastenderes beliebt werden wird.... Daß der Vollzug der Bundesbeschlüsse stattfinden wird, kann nicht bezweifelt werden." — Bangemachen gilt nicht! — Aber welche Logik! Damit die Selbständigkeit nicht von Aussen her angegriffen werden könne, muß man sie von Innen heraus selbst todtschlagen. Damit sie nicht vielleicht gefährdet werde, muß man sie gewiß selbst aufopfern! Klingt dieses ganze Gerede nicht so, als ob, wenn ein Reisender auf der Landstraße mit der drohenden Aufforderung angehalten würde: tödte Dich augenblicklich selbst, oder Du hast zu gewärtigen, daß ich dich umbringe — wenn ich kann, — klingt es nicht, sagen wir, als ob ein solcher Reisender nun ohne weiters ganz gutwillig die Pistole nach dem eigenen Herzen selbst richten und abfeuern müßte?! — Allein wo ist denn eine solche Anmuthung von Bundeswegen an Baiern ergangen? Nirgends! Aus Furcht vor etwa möglichem gewaltsamen Tode soll man sich sogleich selbst umbringen. Eine seltsame Zumuthung! Aber „der Vollzug der Bundesbeschlüsse kann nicht bezweifelt werden!" Welcher Bundesbeschlüße? Bekanntlich konnte sich der Bundestag gerade in der Frage über ein Preßgesetz gar nicht einigen! Es kamen daher gar keine Beschlüsse in dieser Beziehung zu Stande. Wahrlich, es bezeichnet eine Jämmerlichkeit, die ihres Gleichen sucht, wenn man in der angedeuteten Weise einschüchtern will.

• Die Abgeordnetenkammer hat in der jüngsten Zeit eine Haltung angenommen, wie man von ihr nach allen bisherigen Vorgängen nicht erwartete. Das Interesse an der weitern Gestaltung der Dinge hat sich daher bedeutend gesteigert. Wir geben deßhalb auch umfassendere Mittheilungen als bisher. Nachstehend lassen wir dem ganzen wesentlichen Inhalte nach folgen den „Vortrag des Abgeordneten Boyé Namens des besondern Ausschusses für Prüfung des Gesetzentwurfs: die Zuständigkeit und das Verfahren bei Untersuchung und Aburtheilung der durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen betr."

„Allgemeine Beurtheilung. Die Verfassungsurkunde in ihrer Einleitung bezeichnet die Freiheit der Meinungen mit gesetzlicher Beschränkung gegen den Mißbrauch als einen ihrer Grundzüge, und im Titel IV §. 11 wird verkündet, daß die Freiheit der Presse und des Buchhandels durch die Bestimmungen des hierüber erlassenen besonderen Edictes gesichert sei.

Diese Bestimmungen sind enthalten in der Beilage III zu Titel IV §. 11 der Verfassungsurkunde.

Die Erfahrung lehrte bald, daß die proclamirte Freiheit der Meinungen durch besagtes Preßedict nicht in dem Maße gewährleistet war, wie das seinem Regentenhaus in Liebe treu ergebene Volk sie beanspruchen zu dürfen glaubte.

Nach vielfältigen deßfallsigen Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und den Vertretern des Volkes wurde endlich im Jahre 1848, aus Allerhöchstem Entschlusse hervorgegangen ein neues Edict über die Freiheit der Presse und des Buchhandels mit der Volksvertretung vereinbart, welches sofort an die Stelle des für aufgehoben erklärten Edictes vom 26. Mai 1818 trat.

Das System der Prävention wurde aufgegeben und an seine Stelle trat das System der Repression mittelst Verfolgung aller Gesetzesübertretungen auf dem Strafrechtswege.

Der §. 6 des neuen Edictes vom 4. Juni 1848 verfügt nun, daß über Anklagen wegen Verbrechen oder Vergehen begangen durch die Presse nach öffentlichem und mündlichem Verfahren Schwurgerichte zu erkennen haben, und im §. 11 ist bestimmt, daß der §. 6 erst mit dem Erscheinen des neuen Gesetzes über das Strafverfahren in Wirksamkeit zu treten habe. Seitdem ist die Materie erschöpfend geregelt: 1) Durch das Gesetz vom 10. November 1848, die Abänderungen des zweiten Theils des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend; — 2) durch das Gesetz vom 18. Novbr. 1849, das Verfahren bei Preßvergehen in der Pfalz betreffend und 3) durch das Gesetz vom 17. März 1850 zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse.

In Uebereinstimmung mit den Gesetzgebungen anderer Staaten, in welchen Freiheit der Presse längst bestand, enthielt schon der Regierungsentwurf zum neuen Edicte über die Freiheit der Presse in seinem §. 6 die Verfügung, daß über Anklagen wegen Verbrechen oder Vergehen, begangen durch die Presse, Schwurgerichte zu erkennen haben sollen und es wurde diesem höchst wichtigen Grundsatze zugestimmt, ohne daß bei den Berathungen in den Ausschüßen und in den Plenarversammlungen der beiden Kammern irgend eine Gegenbemerkung laut geworden wäre.

Die Motive zu dem beregten Gesetzentwurfe geben in wenigen Sätzen die damaligen Grundgedanken der Staatsregierung kund. Sie lauten wie folgt:

„Durch die Proclamation vom 6. März 1848 und die „Rede vom Throne ist die Einbringung eines Preßgesetzes „verheißen.

„Der betreffende Entwurf hat zu umfassen: 1) Staats„grundgesetzliche Bestimmungen, welche die sämmtlichen „Gewährschaften vollständiger Preßfreiheit in ihren Haupt„momenten enthalten; 2) fest abgegrenzte, jede Willkühr „hindernde Bestimmungen über die Policei der Presse; „3) rc. rc. 4) rc. rc.

„§. 6 überweist die Zuständigkeit zur Aburtheilung von „Preßverbrechen und Preßvergehen den Schwurgerichten, „und proclamirt den Grundsatz der Oeffentlichkeit und „Mündlichkeit des Verfahrens."

Also war die Staatsregierung mit den andern Factoren der Gesetzgebung darüber einig, daß nur in der Ueberweisung der Zuständigkeit zur Aburtheilung der Preßverbrechen oder Preßvergehen am Schwurgerichte in Verbindung mit den übrigen staatsgrundgesetzlichen Bestimmungen des Edictes die volle Gewährschaft vollständiger Freiheit der Presse hergestellt sei.

Fragt man nun, durch was diese Ueberzeugung der Staatsregierung später erschüttert, oder gar zerstört worden sei, so findet man die Antwort in den Motiven zu dem vorliegenden Gesetzentwurfe.

In denselben wird aufgestellt, daß die schwurgerichtlichen Verhandlungen der jüngsten Jahre mehr als hin-

längliche Belege dafür geliefert haben, daß den Mitgliedern der Schwurgerichte wenigstens nach ihrer dermaligen Zusammensetzung in der Regel jener Grad höherer Befähigung und wissenschaftlicher Ausbildung mangelt, welcher unumgänglich nothwendig ist, ein Preßerzeugniß in seiner ganzen Bedeutung und Tragweite aufzufassen, und den Sinn so wie die Tendenz eines solchen Erzeugnißes in allen Formen der Darstellung mit Sicherheit zu durchschauen und unter das Strafgesetz zu subsumiren, so daß die Schwurgerichte nicht geeigenschaftet erscheinen, den Staat und die bürgerliche Ordnung gegen die aus dem Mißbrauch der Presse hervorgehenden Gefahren zu schützen.

Vorzugsweise aus diesen Betrachtungen leitet die Staatsregierung die Nothwendigkeit ab, das bestehende Recht durch Aufhebung des § 6 des Edikts über die Freiheit der Presse zu ändern, und die Zuständigkeit über alle Preßstrafsachen den allgemeinen Grundsätzen im Strafprozesse zu konformiren.

Angenommen die Richtigkeit der von der Staatsregierung behaupteten Thatsache, daß die Wahrsprüche der Geschworenen in Preßstrafsachen, gegenüber ihren Wahrsprüchen in andern Strafsachen, ein befriedigendes Resultat nicht geliefert hätten, so berechtigt dieser Vorgang doch noch keineswegs zu dem von der Staatsregierung daraus gezogenen Schlusse, daß den als Geschworne berufenen Männern in der Regel die Befähigung abgehe, die incriminirten Preßerzeugniße in ihrer ganzen Bedeutung und Tragweite richtig aufzufassen.

Dieser Tadel der Staatsregierung kann wohl nur dahin gemeint sein, daß sie unter den Wahrsprüchen der Geschwornen in Preßstrafsachen eine unverhältnißmäßig große Anzahl Nichtschuldigkeitserklärungen wahrgenommen zu haben glaubt; allein was berechtigt zur Annahme, daß Mangel an richtiger Einsicht bei den Geschwornen der Grund solcher Wahrsprüche sei, da die Wahrsprüche nicht mit Entscheidungsgründen versehen werden und die Kundgebung von Entscheidungsgründen allein einen Blick in die Seele des Geschwornen zu senken ermöglichen würde.

Mit mindestens gleicher, wo nicht mit besserer Berechtigung kann angenommen werden, daß die Nichtschuldigkeitserklärungen der Geschwornen in Preßstrafsachen, gleichwie in andern Strafsachen, **meistens** in der materiellen Schwäche der Anklagen und in der unverkennbar bestehenden Verschiedenheit der individuellen Auffassung über die Strafbarkeit einer Handlung zwischen dem theoretisch gebildeten in der täglichen Berufsübung hart gewordenen Rechtsgelehrten und dem mit dem Volksleben vertrauten schlichten Manne aus dem gesunden Kerne des Volkes ihren Grund haben.

Zweck der Einsetzung der Schwurgerichte ist aber gerade der über die Thatfrage der Schuld ein aus der Volksanschauung hervorgehendes und mit dem im Volke lebenden Rechtsbewußtsein verwachsenes Urtheil zu erhalten, und eben hierin besteht der Vorzug der Schwurgerichte vor den mit gelehrten Richtern besetzten Kollegien, welche durch ihre abstrakte Studien dem Leben des Volkes immer mehr oder minder fremd bleiben und der Staatsregierung gegenüber niemals eine ganz unabhängige Stellung einnehmen werden.

Bei dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung ist es aber vorzugsweise die Freiheit der Presse, welche unter den Schutz der Schwurgerichte gestellt werden muß, soll sie nicht in Gefahr kommen, sich durch Tendenzprozesse bald vernichtet zu sehen.

Wo ist aber auch die Gefahr für den Staat und die bürgerliche Ordnung, welche unter der Herrschaft des bestehenden Rechtes sich bemerkbar gemacht hätte? Wohl nirgends! Weder durch eine auffallende Zunahme der strafrechtlich verfolgbaren Preßerzeugnisse, noch durch das Vorhandensein unerklärlicher Wahrsprüche der Geschwornen ist eine solche Gefahr angedeutet!

Der Zustand unserer Presse ist im Gegentheile unter dem Preßgesetze offenbar ein besserer geworden.

Mag nun auch die gegenwärtige Preßgesetzgebung nicht frei sein von Mängeln und überhaupt die Frage, ob die zu Gunsten der Presse bestehende ausnahmsweise Aburtheilung der **Preßvergehen** durch die Schwurgerichte principiell gerechtfertigt werden könne, als eine bestrittene dahin gestellt bleiben, so werden doch immerhin selbst die Gegner dieser ausnahmsweisen Behandlung der **Preßvergehensfälle** zugestehen müssen, daß es gegenwärtig nicht an der Zeit ist, die deßfallsigen Verfassungsbestimmungen aufzuheben, und stückweis eine Materie zu ordnen, welche nur in Harmonie mit den bei der allgemeinen Strafgesetzgebung angenommen werdenden Grundsätzen über die Zuständigkeit der Gerichte und die Eintheilung der rechtswidrigen Handlungen in Verbrechen und Vergehen mit den entsprechenden Strafen in erschöpfender und befriedigender Weise geregelt werden kann.

Diese wenigen Betrachtungen dürften genügen, darzuthun, daß ein dringendes Bedürfniß das bestehende Recht in der von der Staatsregierung vorgeschlagenen Richtung zu ändern, nicht vorliegt; im Gegentheil könnte die Ansicht hervortreten, daß die Zuständigkeit der Schwurgerichte im Allgemeinen erweitert und ihnen sogar in angemessener Organisation die Entscheidung der Thatfragen in allen Vergehensfällen an den Sitzen sämmtlicher Bezirksgerichte übertragen werden möge, wodurch am geeignetsten die jetzt bestehende Abweichung bezüglich der **Preßvergehen** von der allgemeinen Regel des Strafprozesses gehoben und alle sonstigen Bedenken beim gegenwärtigen Verfahren beseitigt würden.

Doppelt bedenklich erscheint aber diese Vorlage der Staatsregierung, wenn man sie mit jenem Gesetzentwurfe in Verbindung bringt, welcher der Kammer der Reichsräthe vorgelegt wurde, und nichts weniger bezielt, als alle Anklagen wegen Staatsverbrechen der Zuständigkeit der Geschwornen zu entziehen.

Endlich darf bei Beurtheilung des vorliegenden Gesetzentwurfes nicht unberücksichtigt bleiben, daß das Gesetz zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse mit seinen sehr dehnbaren, daher in den Händen gelehrter Richter auch gefährlichen Begriffsbestimmungen, unter der Voraussetzung der bleibenden Zuständigkeit der Schwurgerichte und der möglichen Strafmilderung beim Vorhandensein mildernder Umstände zu Stande kam, so daß sicherlich die moralische Wirkung des Preßgesetzes geschwächt würde, zerstörte man nachträglich die Garantien, unter deren Schutz es ins Leben trat.

Sollte die hohe Kammer die Ueberzeugung ihres Ausschusses theilen, daß eine Nothwendigkeit, das bestehende Recht in dieser Materie, in der Richtung des Gesetzentwurfes, abzuändern nicht besteht, und daß es ebenso wenig zeitgemäß sei, eine wenn auch weniger weit gehende Beschränkung der Zuständigkeit der Schwurgerichte in Preßstrafsachen vorzuschlagen, weil das Institut der Schwurgerichte in Baiern noch zu jung ist, um aus den bisherigen Ergebnissen richtige Schlüsse auf dessen Werth für die Gegenwart ziehen zu können, so wäre eigentlich eine Prüfung des Gesetzentwurfes in seinen einzelnen Bestimmungen ohne Zweck, da jedoch nach der Geschäftsordnung eine Abstimmung am Schlusse der allgemeinen Discussion nicht stattfindet, und die einzelnen Artikel zur Debatte gelangt sein müssen, bevor die entscheidende Abstimmung über das Ganze erfolgen kann, so erübrigt nichts Anderes, als in die Prüfung der einzelnen Artikel sofort einzutreten."

Aus der „**besondern Beurtheilung**" heben wir blos hervor, was bezüglich des Art. 2 gesagt ist:

„Das Salz dieses Artikels ist die beabsichtigte Aufhebung des Artikels 54 des Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse vom 17. März 1850, welcher wörtlich also lautet:

„In allen, in Titel II gegenwärtigen Gesetzes aufgeführten Fällen ist an die Geschwornen bei Strafe der „Nichtigkeit auch die Frage zu stellen, ob mildernde Umstände vorhanden seien.

„Im Falle diese Frage bejaht wird, darf bei Ausmessung der Strafe die Hälfte des höchsten Strafmaaßes „nicht überschritten werden.

Digitized by Google

„Das Gericht ist in diesem Falle, wenn es sich um „ein Vergehen handelt, auch befugt, unter das geringste „Strafmaaß herabzugehen, und, wo durch das Gesetz „Freiheitsstrafe und Geldbuße in Verbindung angedroht „sind, nur auf eine oder die andere zu erkennen.

„Auch bei Polizeiübertretungen ist das Gericht, wenn „mildernde Umstände vorhanden sind, in den Fällen, wo „das Gesetz Freiheitsstrafe und Geldbuße in Verbindung „androht, befugt, nur auf eine oder die andere dieser „Strafen zu erkennen."

Die Kammer hat wol bei Berathung dieses Gesetzentwurfes keine dringende Veranlassung, die gewichtige Frage über Aufnahme des Princips der mildernden Umstände in das Strafrecht, das heißt, ob in allen Fällen und unter allen möglichen, im Voraus gewiß nicht bestimmbaren Verhältnißen immer nur das todte Wort der Theorie das mindeste Strafmaaß bestimmen soll, oder ob dem Richter, vor welchem das Drama in lebenden Bildern sich aufrollt, die Gewalt eingeräumt werden soll, nach innerster Ueberzeugung die Strafscala ändern und die theoretisch festbegrenzte Strafe praktisch mildern zu dürfen, in die Discussion hereinzuziehen, denn es handelt sich heute nur vom Festhalten an einem Siege, welchen die lebendige Humanität über die starre Theorie bereits errungen hat, und den Staatsministern wie den Kammermitgliedern wird es erinnerlich sein, daß diese hohe Kammer, insbesondere deren sehr geschätzter Referent, die Minimalstrafansätze des Gesetzes vom 17. März 1850 lediglich aus Rücksichten auf den von ihm vorgeschlagenen neuen Artikel 54 mit seinen mildernden Umständen damals nicht tiefer herabgesetzt hat.

Die dereinstige Berathung über das allgemeine Strafgesetz wird Gelegenheit bringen, die Ansichten sowol über den absoluten als über den relativen Werth des Princips der mildernden Umstände in Bezug auf unser Strafrecht zu erörtern.

Das Gutachten des Ausschusses geht demnach dahin, daß selbst in der Unterstellung der Annahme des Art. 1 dem ersten Satze des Absatzes 1 des Art. 2 die Zustimmung zu versagen sei."

Durch das Protokoll des Ausschusses, dessen Sitzung die drei Minister v. Kleinschrod, v. Ringelmann und v. Zwehl beiwohnten, wird insbesondere Folgendes constatirt:

„Bei der Discussion, die sich an diese Erörterung knüpfte, betheiligten sich mehrere Ausschußmitglieder und Sämmtliche stimmten, wenn auch zum Theil aus andern Gründen als den vom Hrn. Referenten entwickelten, demselben in der Art bei, daß der eingebrachte Gesetzentwurf abzulehnen sei."

• **München,** den 13. Mai. (126. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Anzeige der Erledigung von Ausschußreferaten, darunter vor Allem derjenigen in Betreff der politischen und Preßgesetze; dann auch wegen des Gewerbsteuergesetzes (welches im Wesentlichen ohne Aenderung auf 3 Jahre versuchsweise angenommen werden soll.)

Hierauf Berathung über die Rückäußerungen der Reichsräthe in Betreff 1) des Weide- und 2) des Feuerversicherungsgesetzes. Hinsichtlich des ersten findet unbedingt Zustimmung zu den Reichsrathsbeschlüßen statt. In Betreff des letzten wird dagegen in verschiedenen Puncten auf den frühern Beschlüßen beharrt. — Den wichtigsten Theil der Verhandlung bildete die Frage, ob bei verweigerter Entschädigung die Betheiligten ihre Ansprüche vor Gericht geltend machen dürften. Ministerialcommissär Wolfanger äußerte u. a., wenn die Kammer auf ihrem deßfallsigen Beschluße beharre, so werde das Zustandekommen des ganzen Gesetzes gefährdet. Diese Aeußerung rief eine lebhafte Discussion hervor, weil es unerhört sei, daß die Regierung einem Gesetze die Sanction verweigere, weil der Rechtsweg offen gehalten werde. Obwol Minister Pfordten, wenn auch in nicht schroffer Weise, sich im Sinne des Regierungscommissärs ausgesprochen, beharrte schließlich doch die Kammer mit großer Majorität auf ihrem frühern Beschluße.

Nun Berathung des Gesetzentwurfs, durch welchen die Regierung ermächtigt werden soll, Ausschüße der beiden Kammern nach ihrem Belieben, während der Vertagung der Kammern, versammelt zu behalten. Es bezweckt dieser Gesetzvorschlag eine authentische Interpretation des §. 23 Tit. VII der Verfassungsurkunde, er betrifft also ein Verfassungsgesetz zu dessen Annahme eine Zweidrittelsmajorität nöthig ist. Der 3. Ausschuß beantragt Zustimmung. Referent Römmich empfiehlt Annahme. — Wallerstein gegen den Gesetzentwurf, hebt die Nachtheile hervor. Ebenso Bayer; das parlamentarische Leben würde dadurch verkümmert. Ruland für den Entwurf, als die Landtage abkürzend. Steinsdorf in gleichem Sinne. — Kolb weist nach, daß, wenn die vorliegenden Gesetzbestimmungen bestanden hätten, dadurch die jetzige Verlängerung des Landtags gar nicht einmal vermieden worden wäre, weil deren Grund in den späten Vorlagen der Regierung liege. Unterwirft die Motive des Ausschußes einer Kritik. — Römmich (Referent) vertheidigt den Entwurf. — v. d. Pfordten hebt hervor, die Regierung habe in gewisser Beziehung kein besonderes Interesse bei der Sache, sie habe nur eine zweckmäßige Verbesserung vorschlagen wollen.

Bei der Berathung der einzelnen Artikel spricht sich Lerchenfeld noch empfehlend für das Gesetz aus. Arnheim dagegen. Weis will zwar Verbesserung des Art. 3, ist aber für das Gesetz.

Die 6 einzelnen Artikel werden der Reihe nach angenommen, jedoch unter theilweiser Verwerfung des Art. 3; bei der Abstimmung über das ganze Gesetz erhält dasselbe aber nur 65 Stimmen, indeß 63 dagegen sind. Als Verfassungsgesetz ist sonach das Ganze verworfen. Von Pfälzern stimmten dafür: Lang, Prinz, Römmich, Roos und Weis; dagegen: Aufschnaiter, Benzino, Boye, Brunk, Jordan, Kolb, Müller, Rebenack, Scharpff und Tafel. (Ausgetreten: Heine; krank: Jäger; beurlaubt: Meuth und Tillmann.)

Aus den hier in Kürze mitgetheilten Resultaten der Berathung über das Feuerversicherungs- und das Ausschußgesetz ersieht man neuerdings die veränderte Haltung der Kammer, dem Ministerium gegenüber. Am deutlichsten wird sich die veränderte Haltung aber allerdings bei der Abstimmung über die 4 vielbesprochenen politischen Gesetze kund geben, welche vermuthlich übermorgen (am Samstag) auf die Tagesordnung kommen.

München, den 12. Mai. Ein Ausschreiben der Regierung von Mittelfranken, d. d. 4. Mai, den Nothstand in Oberfranken und in einem Theile der Oberpfalz betr., macht den Districtspoliceibehörden, Stadtcommissariaten 2c. bekannt, „daß nach einer neuerlichen Mittheilung der k. Regierung von Oberfranken vom 1. l. Mts. der Nothstand in den bezeichneten Districten aus Mangel an Verdienst im Steigen begriffen ist und ohne ausreichende Unterstützung bei vielen Familien das Verhungern zu befürchten steht." Die genannten Behörden werden daher wiederholt aufgefordert, dahin zu wirken, daß die allerhöchst bewilligte Collecte einen entsprechenden Ertrag liefere. (N. C.)

Frankfurt, den 11. Mai. Nicht nur dem Senat Frankfurts, sondern auch den Senaten von Hamburg und Lübeck sind, wie ich höre, von Seiten der Bundesversammlung Erinnerungen zugegangen, die Verfassungen ihrer Städte derjenigen des Bundes zu conformiren. (A. Z.)

Leipzig. Waaren- wie Buchhändlermesse so flau, als ob nicht Ruhe und Ordnung in den Staaten des deutschen Bundes herrschte! Krebse in Hülle und Fülle! Am schlechtesten sind die Schriften über Politik, am besten die über — Auswanderung gegangen. (Beob.)

Sondershausen, den 10. Mai. Der Gesetzentwurf über Aufhebung des Lehenverbandes wurde von unserem Landtage angenommen.

Dresden, den 12. Mai. Der Kaiser von Rußland ist hier eingetroffen.

Posen, den 11. Mai. Wenn man auch äußerlich

Digitized by Google

keine auffallende Thätigkeit bemerkt, so wird hier doch fortwährend an der Beschaffung von Armee-Bedürfnissen gearbeitet; namentlich sind und werden noch die für den Fall einer Mobilmachung des Heeres erforderlichen Munitionskasten und überhaupt Artillerie-Bedürfnisse angefertigt, welche augenblicklich sich nicht beschaffen lassen. (K. Z.)

Wien, den 10. Mai. In Erwägung, daß, wie die Erfahrung besonders in neuester Zeit gelehrt, mit den Waffen häufiger Mißbrauch getrieben und bei nicht gehöriger Beaufsichtigung des Waffengebrauches leichte Gelegenheit zur Verübung von schweren Verbrechen geboten wird, hat der Ban Jellachich für nothwendig erachtet, den Besitz und das Tragen von Waffen bis zur Erlassung diesfälliger definitiven Normen in den unter seiner Verwaltung stehenden Gebieten zweckdienlich zu beschränken und namentlich an die Bedingung eigens unter bestimmten Vorsichten auszufertigender Waffenpässe zu knüpfen.

— den 11. Mai. Der Redacteur der „Wiener Ztg.," Dr. Leopold Schweitzer, und der Redacteur des „Corriere italiano," Hr. Manronnee, haben von dem Könige von Neapel den Orden Franz I. erhalten.

Schweiz.

Neuenburg, den 7. Mai. Die zu Großräthen gewählten 14 Royalisten haben bis auf Einen am 5. Mai den Eid auf die republikanische Verfassung in bester Form abgelegt.

Belgien.

Brüssel, den 13. Mai. Ich erfahre so eben aus sicherer Quelle, daß die in Ruhestand versetzten polnischen Offiziere eine Petition an das Cabinet gerichtet haben, welche in ziemlich lebhaften Ausdrücken abgefaßt ist. Sobald das Cabinet jene Petition empfangen, hielt man gleich Ministerrath; die Discussion war heiß und lebhaft, jedoch ohne Resultat; man faßte keinen Beschluß, und die Petition blieb unbeantwortet. Die einflußreichsten der von der Liste der Armee gestrichenen polnischen Officiere vereinigten sich alsdann und beschlossen, den Kammern eine Petition zu überschicken, um gegen die Handlungsweise des Cabinets zu protestiren. (K. Z.)

Frankreich.

Paris. In einem Berichte der „National-Ztg." über die Revue auf dem Marsfelde am 10. Mai heißt es: Die ganze Feierlichkeit war überaus prachtvoll und großartig, aber mehr kalt als enthusiastisch. — Auch für die „Assemblée nationale" ist der Anblick des Festes vom 10. Mai im Ganzen ein kalter gewesen und sie hat auch gefunden, daß die Truppen viel weniger enthusiastische Hochs dargebracht haben, als z. B. bei den Revuen von Satory.

— den 12. Mai. Zu Charenton kam es vorgestern nach der Revue zu einem blutigen Wirthshauskampfe zwischen Soldaten und jungen Leuten des Ortes; Verwundungen und Verhaftungen fanden Satt. — In Toulouse soll auch ein Fahnenfest gefeiert werden; der Gemeinderath hat 10,000 Fr. dazu angewiesen. — Zu Alençon haben die Mehrzahl der Gemeindeverordneten, so wie der Maire, die Beigeordneten und drei Mitglieder des Handelsgerichts den Eid verweigert. Dieselben Weigerungen werden auch aus anderen Orten gemeldet.

— den 13. Mai. Der Kriegsminister hat in Folge der Eidesverweigerung des Generals Changarnier denselben aufgefordert, seine Ansprüche auf Pension geltend zu machen. — Im Garddepartement sind eine Anzahl Kohlengrubenarbeiter wegen socialistischer Excesse verhaftet worden.

Graf Chambord hat an seine Anhänger in Frankreich eine Mahnung erlassen, die ziemliches Aufsehen macht. Er verbietet denselben, der gegenwärtigen Regierung den verfassungsmäßigen Eid zu leisten und folglich auch Staatsstellen anzunehmen, mit denen die Beeidigung verbunden ist. Zwar dürfen und sollen sie die gegenwärtige Regierung in jeder Bekämpfung der Anarchie unterstützen, dagegen sollen sie zu einer „neuen Aenderung in der Verfassung" ihre Zustimmung nicht geben, vielmehr auf alle mögliche, aber wohlverstanden friedfertige, Weise Einspruch einlegen.

Es bestätigt sich, daß im Namen des Staates von der orleanistischen Domaine Rancey Besitz genommen worden ist. Dieser Act wurde am vorigen Freitag vollzogen. Auch zu Rancey mußten die Schlösser der Eingangsthüren, welche der Verwalter zu öffnen sich verweigerte, von den zur Besitznahme beauftragten Agenten aufgebrochen werden.

Italien.

Florenz, den 8. Mai. Ein großherzogliches Decret ist erschienen. Die Verfassung vom 15. Febr. 1848 wird abgeschafft, das Institut der Bürgerwehr hört auf, die Presse wird unter neue Gesetze gestellt, nur der Staatsrath bleibt in seiner alten Stellung zum Ministerium.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 27. April. Vom 1. [illegible] 20. April langten in St. Louis gegen 14,000 Einwanderer an.

— den 1. Mai. Kossuth und seine Gefährten sind in Cincinnati glänzend bewirthet worden. Dem ihnen zu Ehren in Boston veranstalteten Bankett wohnten 900 Gäste bei. Von da sollte die Reise nach Salem, Lowell, Manchester, Albany, Troy und Buffalo gehen.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 15. Mai. Heute Nachmittag 4 Uhr kam der erste directe Personenzug von Kassel, mit Fahnen und Guirlanden geschmückt, hier an.

Kassel, den 12. Mai. Dem Oberbürgermeister ist Seitens der Regierung die Auflage geworden, binnen zweimal 24 Stunden die Namen derjenigen Mitglieder des Bürgerausschusses zu nennen, welche sich bei der Wahl der Stadtrathsmitglieder nicht betheiligten, und zugleich diejenigen bezeichnen, welche für die Nichtwahl das Wort genommen haben. Wir werden demnach wieder neun Familienväter in eine Untersuchung verwickelt sehen. (N. K.)

Dresden, den 13. Mai. Der Kaiser von Rußland ist heute, nachdem derselbe dem Könige einen Besuch abgestattet, nach Weimar abgereist.

Berlin, den 15. Mai. In der heutigen Sitzung unserer ersten Kammer wurde der Zeitungssteuergesetzentwurf auf dieselbe Weise wie in der zweiten Kammer, angenommen.

Paris, den 14. Mai. Das von L. Napoleon den als Abgeordneten sämmtlicher Regimenter hier anwesenden Unteroffizieren und Soldaten gestern Abends in den Festsälen der Militärschule gegebene Bankett zählte 1000 Gedecke. Der Präsident erschien gegen das Ende des Mahles mit seinem Onkel Jerome und wurde sehr begeistert empfangen. Er begab sich sodann mit seinem zahlreichen Gefolge auf die Tribune, wo er unter dem von der ungeheuern Volksmasse, die das Marsfeld bedeckte, wie aus einer Kehle erschallendem Rufe: „Es lebe Napoleon!" Platz nahm. Obgleich es noch nicht 9 Uhr war, wurde doch jetzt das Signal zum Beginn des Feuerwerks gegeben, das nach kaum 20 Minuten beendet war und die sehr hochgespannten Erwartungen der Zuschauer nicht befriedigt zu haben scheint. Das ganz mit Lampen beleuchtete Marsfeld war während des Feuerwerks von zahlreichen Truppen besetzt.

Man versichert, daß es gestern Nachmittag in mehreren Bureaux des gesetzgebenden Körpers, bei der Wahl der 21 Mitglieder der Prüfungscommission für das Budget von 1853, zu einigen sehr heftigen Aeußerungen über verschiedene Ausgabeposten gekommen sei.

— den 15. Mai. Der Gesammtertrag der Renten, deren Zahlung vom Auslande wegen der Umwandlung zurückgefordert wurde, beläuft sich auf 1,773,000 Fr.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

[1017] **Zu verkaufen**
ein ganz zahmer Affe männlichen Geschlechts. Näheres bei der Expedition.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Dienstag (Zu Nro 119.) den 18. Mai 1852.

Deutschland.

* **München,** den 15. Mai. Die Kammer hat einen Antrag von Link und Genossen auf Zurückziehung der drei politischen Gesetzentwürfe angenommen.

Mün[illegible] den 13. Mai. Das Kreis- und Stadtgericht München hat die Unterdrückung der Druckschriften: „der Prophet des Jahres 1852" von A. Brennglas, „der deutsche Reichsverfassungskampf im Jahre 1849" von Heinr. Loose, „die Insel Marzipan, ein Kindermährchen von A. Glasbrenner" verfügt.

Landshut, den 10. Mai. Auch hier ist der passive Widerstand gegen den hohen Bierpreis eingetreten. Es wird sehr wenig Bier getrunken. Die Bräuer sind bereits um 2 Pfennige weiteres mit dem Preise heruntergegangen.

Donauwörth, den 10. Mai. Hier sieht man fortwährend große Massen von Getreide, das von Ungarn die Donau herauf kommt und größtentheils nach der Schweiz versendet wird, wo das ungarische Getreide besonders gut und höher im Preise steht als anderes.

Köln. Der preuß. Generalconsul in Neuyork, Schmidt, schrieb einem Kölner Handlungshaus, daß es mit der großen Industrieausstellung in diesem Jahre nichts werde. Weder ein Lokal noch die erforderlichen Mittel seien vorhanden.

Leipzig, den 12. Mai. In Sachen wider den König von Neapel vom hiesigen Appellationsgericht zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt, ist Dr. G. Kühne, Herausgeber und Redakteur der Europa, vom dresdener Oberappellationsgericht von dieser, in erster Instanz ihm zuerkannten Strafe freigesprochen, bleibt jedoch in die angelaufenen Kosten verurtheilt.

Weimar, den 10. Mai. In Meiningen ist jetzt der erste Kindergarten von einer Schülerin des noch in dem herzoglichen Schlosse Marienthal bei Liebenstein weilenden und von unserer herzoglichen Familie besonders beschützten Fröbel errichtet werden.

Gotha, den 12. Mai. Nach der „Gothaischen Ztg." hat der Herzog den Obergerichtsrath Oscar v. Maibom aus Hanau, der in dem Konflikte mit dem Ministerium Hassenpflug seine Stellung verloren hat, zum Anwalte bei seinem Privatbüreau mit dem Titel „Justizrath" ernannt und ihm die Ermächtigung zur Ausübung der mit dieser Stellung verbundenen advocatischen Praxis ertheilt.

Berlin, 13. Mai. Dieser Tage wurde im Bunzlauer Kreise eine Gaunerbande von 24 Köpfen eingefangen. Dieselbe hatte in Krinec auf einer einschüchtigen Mühle einen Effectendiebstahl im Werthe von mehreren tausend Gulden verübt. Ein Theil dieser Bande wurde in Peeck aufgegriffen.

— den 14. Mai. In einzelnen Gegenden Oberschlesiens ist die Cholera wieder bemerkbar geworden. Auf einigen Dörfern ist die Zahl der Gestorbenen schon nicht ganz gering.

Elbing, den 10. Mai. Seitens der Polizei fand heute nicht allein in öffentlichen, sondern auch in Ressourcenlokalen eine Nachsuchung nach Portraits mißliebiger Persönlichkeiten statt, in Folge dessen z. B. im „goldenen Löwen" unter andern die Bildnisse von Walcsrode und Jacoby entfernt werden mußten.

Wien. Eine verschämte Notiz in der A. Z. berichtet, daß die Censur jetzt auch über die alten Klassiker kommen werde. „Das Unterrichtsministerium ist bestürmt worden, beim Vortrage der alten Klassiker auf den Gymnasien zu verhüten, daß nicht von unbesonnenen Lehrern der leicht entzündlichen Jugend Dinge vorgetragen würden, für deren Verständniß das Urtheil abginge. Das Unterrichtsministerium habe daher namhafte Philologen aufgefordert, die vorzüglichsten römischen und griechischen Klassiker zu „purificiren", und das gereinigte Material zu Lesebüchern für den Schulvortrag zusammenzustellen." Selbst die A. Z. gesteht, daß diese Sache sehr „mißlich" sei. Das Schönste ist, daß aus dem Alterthum meist Schriftsteller der aristokratischen Parteien auf uns gekommen sind — und nun sollen auch diese noch gesäubert werden!

In den Kronländern, wo das Strafgesetz von 1803 gilt, soll die Prügelstrafe gegen Sträflinge und Inquisiten wieder eingeführt worden.

Die von dem Präsidenten L. Napoleon am 10. Mai gehaltene Rede hat in Wien durchaus nicht befriedigt, wie denn überhaupt die Sympathieen für den Prinzen immer mehr im Sinken sind, je deutlicher die eigentlichen Absichten desselben ans Licht treten. Trotz der Bemühungen des Herrn de la Cour will es nicht mehr gelingen, das österreichische Kabinet günstiger zu stimmen.

— den 9. Mai. Die meisten Vorspann- und Einquartirungs-Kommissäre hiesiger Stadt sind der „Bresl. Ztg." zufolge, gegenwärtig gefänglich eingezogen worden, weil sie in die Untersuchung gegen den magistratischen Bequartirungskommissär Albrecht verwickelt und der Theilnahme an dem großartigen Geldunterschleif bezüchtigt sind, der sich auf mehr als 100,000 fl. beläuft. Wie man hört, soll der Betrug durch die Weigerung des Chefs der städtischen Buchhaltung entdeckt worden sein, welcher die betreffenden verfälschten Rechnungen nicht unterfertigen wollte und, da sich unter den Schuldigen meistens reiche und angesehene Bürger oder Beamte befinden, so dürfte der Gemeinde der volle Ersatz zu Theil werden, [illegible] das bewegliche und unbewegliche Gut derselben mit Beschlag belegt wird.

Frankreich.

Aus **Paris** bringt, während die andern Blätter von der Herrlichkeit der Feste überströmen, der württembergische Staatsanzeiger über den Ball in der Militärschule eine höchst unrespektirliche Correspondenz. „Ich kann Sie aus eigener Anschauung versichern, schreibt man ihm, daß diesem Ball alle Feinheit mangelte und ein sehr gemischtes Publicum daselbst anwesend war. Billets waren an Domestiken verschenkt und selbst vor dem Thore der Militärschule verkauft worden. Der Riesensaal war im Hof der Militärschule errichtet worden und, da statt des Gases Kerzen brannten, so ließ der Zugwind dieselben stark fließen, so daß die Uniformen und Toiletten befleckt wurden. Die Buffets wurden sehr unanständig gestürmt."

Nach der A. Z. soll Persigny Minister des Auswärtigen werden und dadurch die Politik nach außen eine rapidere Richtung erhalten.

Nach amtlichen Angaben hat die Bevölkerung von Frankreich in den fünf Jahren von 1846 bis 1851 nur um 384,335 Köpfe zugenommen; diese im Vergleich mit früher geringe Vermehrung schreibt der Minister des Innern in einem Berichte an L. Napoleon, nach welchem auch die Zahl der Heirathen in dieser Periode jährlich im Durchschnitte nur 266,000 betrug, während die Durch-

schnittszahl der vorhergegangenen Jahre 282,000 war, der starken Auswanderung zu.

Einer Mittheilung im „Moniteur“ entnehmen wir Nachstehendes: Der Prinzpräsident hat bekanntlich durch sein Decret vom 22. Januar eine Summe von 10 Millionen Frs. für den Bau gesünderer Wohnungen für die Arbeiter in großen Städten bestimmt. Von dieser Summe sollen nun drei Millionen für den Bau dreier Musteranstalten in den drei bevölkertsten Arrondissementen von Paris verwendet werden. Bei dem Baue dieser Musteranstalten sollen folgende Bedingungen erfüllt werden: Die Gebäude sollen so eingerichtet sein, daß verheirathete und unverheirathete Arbeiter dort gesunde und luftige, heizbare und mit Wasser zureichend versehene Wohnungen finden; gemeinschaftlich soll nur ein großes Wasch- und Trockenhaus sein; die Wohnungen der Arbeiter müssen besser und doch billiger sein, als ihre seitherigen; dagegen sollen Capitalisten, welche nach diesen Musteranstalten ähnliche Gebäude aufführen würden, dabei einen zureichenden Gewinn aus ihrem Gelde ziehen können. Dieses Problem ist bereits in England gelöst worden und soll es nun auch in Frankreich werden. Um diese Lösung zu fördern, fordert der Prinzpräsident die Architekten von Paris zur Einreichung von Plänen auf und bestimmt aus seiner Privatkasse eine Prämie von 5000 Frs. für den besten Plan.

Italien.

Das „Giornale di Roma„ veröffentlicht eine vom 1. d. datirte Bekanntmachung des österreichischen Commandanten von **Imola**, in welcher über das häufige Vorkommen eines schon so oft mit dem Tode bestraften Verbrechens, des Verbrechens nemlich, Banditen zu beherbergen, Klage geführt und als Warnung angezeigt wird, daß schon wieder ein Bauer Mercatelli, dieses Vergehen mit dem Leben gebüßt hat. Eine andere Anzeige von demselben Datum meldet die Hinrichtung zweier Mitglieder der Bande des Passatore.

Rom, den 6. Mai. Von verlässiger Seite her wird mir versichert, daß sich die Zahl der von der Polizei Ueberwachten, also bei einbrechender Dunkelheit in ihren Wohnungen Consignirten, gegenwärtig in Rom auf mehr als 3000 beläuft.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 1. Mai. Lola Montez hat wiederum ein Kampf-Abenteuer gehabt, und zwar diesmal mit einem italienischen Grafen, der sich in einer Privatgesellschaft bei der genannten Dame in Howard-House in New-York so weit vergessen haben soll, ihr ins Gesicht zu schlagen. In der auf diese Provocation folgenden Schlägerei ward der Italiener sehr übel zugerichtet. — Die von Indianern bewohnten Districte der Union scheinen vergleichsweise leidlich ruhig zu sein. Ein Häuptling hat wegen eines Angriffs auf americanische Reisende 10 Leute seines Stammes hinrichten und einen lebendig begraben lassen. — Ein aus Honolulu schreibender Correspondent des „New-York Herald“ bestätigt die Nachricht von Errichtung einer Republik auf Taiti und von der Absetzung der Königin Pomare. Einige Amerikaner sind bei diesen Vorgängen betheiligt. Demselben Berichterstatter zufolge stehen auf den Sandwichinseln ähnliche Ereigniße bevor, indem der König Lust hat, die Krone niederzulegen und sich ins Privatleben zurückzuziehen. Mehrere Amerikaner haben sehr große Strecken Landes auf den Inseln angekauft.

Hayti.

Auf Haiti sind ernste Unruhen ausgebrochen; zahlreiche Verhaftungen wurden bewerkstelligt; vierzehn der Hauptaufwiegler wurden erschossen. Der Vermittlung des neuen französischen Generalconsuls, welcher nach jenen Executionen in Port-au-Prince eintraf, gelang es, zu erwirken, daß vielen zum Tode verurtheilten Personen das Leben geschenkt wurde; der spanische und der britische Consul hatten, vor der Ankunft des französischen Generalconsuls, vergebliche Schritte gethan, um die Begnadigung dieser Gefangenen zu erlangen.

Miscellen.

Auf dem Kirchhofe eines Ortes in Belgien lies't man, wie das „Journal de Bruxelles“ mittheilt, die nachstehende, gewiß seltene Grabschrift: Hier liegt die Frau (folgen Name, Alter, Stand rc.). Sie zählte bei ihrem Tode 367 Kinder, Enkel, Urenkel und Ur-Urenkel aus ihrer rechtmäßigen Ehe mit (folgt der Name des Mannes). Sie war Mutter von 16, Großmutter von 114, Urgroßmutter von 228, Ur-Urgroßmutter von 9 Kindern.

Am 7. Mai wurde in Amsterdam das Standbild Rembrandt's auf sein Piedestal gestellt. Vor der Aufstellung verschloß die Commission in dem Piedestal ein Pergament in einer bleiernen Kapsel, mit den Namen der 460 Kunstfreunde, welche aus ihren Mitteln die Statue anfertigen ließen. Unter denselben sind anzuführen: Wilhelm I. als Herzog von Nassau, Wilhelm II. als König, und Wilhelm III. als Prinz von Oranien.

Das Capitol Washingtons war wieder von einer Feuersbrunst bedroht. In der Schreibstube des Obergerichtschreibers des Supreme court brach Feuer aus, wurde aber noch früh genug bemerkt, so daß man sich desselben bemeistern konnte, nachdem es jedoch schon eine Menge wichtiger Papiere, besonders die Acten der letzten Sitzungen des Hofes, vernichtet hatte.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. F. Kolb.

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.

Aufforderung.

Bei der am 30. April d. J. geschlossenen zehnten Einzahlung ist die ausgeschriebene Rate von 5 pCt. auf nachverzeichnete Actiencertificate nicht einbezahlt worden:

Nr. 49 bis 56 incl., 1805 bis 1808 incl., 4047 bis 4050 incl., 4591 bis 4593 incl., 5317 bis 5326 incl., 7045. 7047. 7491. 9425. 9426. 10791 bis 10794 incl., 10990. 10991. 12829 bis 12832 incl., 16325 bis 16336 incl., 16483 bis 16494 incl., 17725 bis 17728 incl., 18573 bis 18594 incl., 18681. 18682. 18687 bis 18698 incl., 18741 bis 18748 incl., 19131 bis 19138 incl.

Die Inhaber dieser Actien werden nunmehr nach Maßgabe des von der großherzogl. Staatsregierung genehmigten Generalversammlungsbeschlusses vom 16. Februar l. J. aufgefordert, die am 30. April fällig gewesene Einzahlung von 5 pCt. abzüglich der aufgelaufenen Zinsen mit 12 fl. 24 kr. per Stück, nebst der verfallenen Conventionalstrafe von 37½ kr. für jede Actie und Zinsen seit dem 30. April bis zum Tage der Zahlung um so gewisser bis längstens zum **30. Juni l. J.** zu leisten, als widrigenfalls die Actien für annullirt und die Inhaber aller Rechte und der seither eingezahlten Beträge für verlustig erklärt werden müßen.

Mainz, den 14. Mai 1852.

[1018] **Der Verwaltungsrath.**

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag **(Zu Nro 124.)** **den 23. Mai 1852.**

Deutschland.

Die Auswanderung. Im „Beobachter" veröffentlicht ein Stuttgarter Bürger Frank ein Abschiedsschreiben. Dasselbe enthält so wahre und treffende Bemerkungen, daß es verdient, seinem wesentlichen Inhalte nach auch in der „Speyr. Ztg." abgedruckt zu werden. Es lautet:

„Die Stunde meiner Abreise nach Amerika ist gekommen. Die Gedanken zu dieser Unternehmung in meinem vorgerückten Alter haben manchen Tag und manche Nacht mich beschäftigt und beunruhigt, Gründe dafür und dagegen haben mit mir gestritten, endlich hat Liebe und Schmerz gesiegt, und ich entschloß mich abzugehen. — Freunde und Bekannte, unüberlegt und gleichgültig habe ich den Entschluß nicht gefaßt. Freilich sagen jetzt viele Menschen, was denkt der Burger, er hat es so gut gehabt bei uns, er bekommt es in seinem Leben nimmer so. Das ist wahr, es wäre ungerecht, wenn ich klagen würde bis jetzt, aber die Aussicht in die Zukunft, was bietet sie mir, was läßt sie mich blicken, als daß ich mein sauer erworbenes Gut vollends aufzehren müßte in unserer geretteten herrlichen Ruhe und Ordnung? Andere sagen, der ist wohl fort, er hat über alles räsonnirt, dem ist alles nicht recht gewesen, was man gethan hat, ist doch wieder einer weniger von der wohl bekannten Rotte, wenn nur alle fort wären, dem wird die Obrigkeit den Paß nicht verweigern, den läßt man gerne gehen. Die haben auch recht, die so sagen. Und ich frage jeden Freund und Feind, was soll denn den Menschen binden an die alte kranke Heimath? Etwa die Menschenliebe? oder die gegenseitige Lieblosigkeit, oder der Reichthum und Ueberfluß in seiner ganzen Pracht? oder der Hunger und die gräßlichste Armuth leiblich und geistig? Diese Ansichten geben mir Muth und Kraft das Vorhaben zu unternehmen, und die Liebe für meine Kinder, hier kann ich sie nicht versorgen, denn wo ich hinblicke ist Herz um Herz entzweit, und diese Entzweiung schürt Armuth, Stolz und Neid, deßwegen sehne ich mich nach Ruhe, und steure dem Land, wo Friede dem Burger winket, zu. — Schmerzlich berührt es mich, daß ich nicht *alle* Leidende mitnehmen kann und sie erlösen, denn hier ist man in der Heimath heimathlos, und in der Fremde macht es noch Schmerzen. Und so nehme ich denn Abschied von dir, geliebte Heimath meiner Jugend, du mein Paradies, ich will dich nie vergessen und dir dankbar sein für alle Freuden und Vergnügungen, die ich bei dir genossen habe in meinem Leben ꝛc. ꝛc."

Dinkelsbühl, im Mai. (Kuriosum.) Ein Bürger unseres Städtchens, ein Mitglied des Piusvereins und Verehrer der Jesuiten, hat beim hiesigen Magistrat ein Gesuch eingereicht, um ein Patent als städtischer Schatzgräber zu erlangen. (Fr. K.)

Hannover, den 18. Mai. In der zweiten Kammer beantwortete der Minister Windthorst die Interpellation des Abg. Weinhagen bezüglich der Zollconferenzen dahin, daß die Regierung keine Veranlassung habe, über noch schwebende Verhandlungen sich zu erklären; das Recht der Stände sei hinlänglich durch den §. 11 des Landesverfassungsgesetzes gewahrt.

Schweiz.

Tessin. Von Magadino wird der „Democrazia" gemeldet, daß am 16. d. Abends 11 Uhr das Dampfboot „Verbano" in Feuer aufgegangen sei; glücklicher Weise wurde Niemand ernstlich beschädigt und auch die darauf befindlichen Waaren ꝛc. konnten gerettet werden.

Frankreich.

Paris. Die Nationalgarde des Seine-Departements ist jetzt vollständig organisirt: sie zählt beiläufig 50,000 Mann. Man hat berechnet, daß, wenn die Bewohner der übrigen Departements in demselben Verhältniß bewaffnet werden, die gesammte Nationalgarde von Frankreich doch nahe an 1½ Millionen betragen wird. — Seit langer Zeit hat die Regierung nicht so viel Salpeter zur Fabrication von Kanonenpulver angekauft, als eben jetzt. So eben wird eine Lieferung von 2'900,000 Pfund Salpeter für den 28. d. M. ausgeschrieben.

In Graville hat sich ein 40 bis 45 Jahre alter deutscher Flüchtling erschossen. Ehe er sein Projekt in Ausführung brachte, hatte er ein hölzernes Kreuz und ein Messer neben sich gestellt. In einer seiner Taschen fand man ein Gebetbuch und auf einem weißen Blatt folgende in deutscher Sprache geschriebene Worte: „Letzter Tag meines Lebens. Ich bin für das Unglück geboren; ich bin ohne Hülfsquellen; meine Reise nach Amerika ist vereitelt. Ich habe kein Geld mehr und mein Karakter gestattet mir nicht, Jemanden zur Last zu fallen. Ich habe Niemand betrogen und ich werde auch heute nicht damit anfangen. Ich bin in der katholischen Religion geboren und habe immer in dieser Religion gelebt. Lebt wohl, meine lieben Freunde auf der Erde; verzeiht mir mein Verbrechen. Meinen Namen sage ich nicht; er muß geheim gehalten werden."

Ein Pariser Correspondent der Allgem. Ztg. schreibt unterm 16. Mai: Das Adlerfest, welches nicht zur Proclamation sondern zur Förderung und Beschleunigung des Kaiserthums bestimmt war, hat diesen Zweck nicht erfüllt. Die Truppen haben nur in geringem Maß, das Volk gar nicht dafür sich ausgesprochen; bei jenen konnte man einige Begeisterung für die Adler, für die Erinnerungen des Ruhms, die sich daran knüpfen, aber keine für das Kaiserthum noch für dessen Symbole wahrnehmen. Das ist eine Thatsache, die selbst Freunde des Elysée nicht mehr läugnen, was ohnehin bei den vielen hunderttausend Zeugen nicht leicht wäre. Man hat daher das Bedürfniß gefühlt, auf einem andern, und zwar auf dem einmal schon vorgezeichneten Weg das Ziel zu verfolgen. ... Die erste Lösung hat der Prinz-Präsident in der Thronrede, im Angesicht von ganz Europa, aufgestellt, nämlich „die Nothwendigkeit" an die Stelle der Republik eine stabilere Form anzunehmen, eine Nothwendigkeit, zu welcher die Umtriebe der Parteien ihn hindrängen könnten; die zweite Lösung hat der Prinz-Präsident, als er den Mitgliedern des Cassationshofs den Eid abgenommen, in die Welt geschickt; es war das die Erklärung seiner legitimen Erbansprüche auf den 1804 von der Nation aufgerichteten Kaiserthron. Diese Lösung hat im Ausland Anfechtungen und Einwände, wie gewisse diplomatische Noten, im Inland, wie die oben angeführten Thatsachen beweisen, nur sehr geringen Anklang gefunden. Sie ist daher aufgegeben worden, und man kehrt, wie versichert wird, wieder zur ersten Lösung, d. i. zu der „Nothwendigkeit" des Kaiserthums zurück. Die nicht geringe Schwierigkeit, wenigstens für die nächste Zeit, dürfte jedoch im Herbeiführen einer solchen Nothwen-

digkeit bestehen, und so scheint es fast, daß man diese Nothwendigkeit nicht nur finden, sondern gewissermaßen wird erfinden müssen.

Das Feuerwerk fiel kläglich aus, obschon eine solche Masse Geldes für dasselbe ausgegeben worden war, und man es so geräuschvoll angekündigt hatte. Die öffentlichen Feste, welche die officielle Maske des vollständig hergestellten normalen Zustandes bilden, und welche die Wunden des Landes mit Rosen bedecken wollen, nehmen nach der Hand einen unheimlichen Character an. Das Land ist ernst, und die Vertreter desselben tanzen und banquettiren fortwährend. Das allgemeine Schweigen des Landes und der officielle Jubel bilden einen eigenthümlichen Kontrast. — Die üblen Vorbedeutungen, die sich bei dem Feste zeigten, haben selbst bei den sehr bonapartistischen Damen der Halle tiefen Eindruck gemacht, und eine derselben sagte auf dem Markt des Faubourg St. Germain, es wolle ihr gar nicht gefallen, daß das falsche Feuer so schlecht gespielt und das wahre Feuer so tüchtig gewirthschaftet habe. — Die geringe „Respectabilität" der Gesellschaft auf dem bekannten Balle wird dem Umstand zugeschrieben, daß die legitimistischen Damen, die man beizuziehen gesucht, ihre Einladungskarten an ihre Nätherinnen, Wäscherinnen rc. abgetreten hatten. Im Elysee soll man über diesen Streich sehr verdüstert sein.

Italien.

Laut einem Berichte des „Corr. Merc." aus **Neapel** vom 5. Mai war wieder eine große Anzahl Verhaftungen und Verbannungen verfügt worden. Gegen 60 Personen, welche von dem Kriminalhof von Neapel für unschuldig erklärt oder gar nicht prozessirt worden waren, sind, als lediglich der Polizei mißliebig, auf eine Insel verwiesen worden. Andere wurden durch einfachen Polizeibefehl aus dem Königreiche ausgewiesen. Drei Brüder Deluca aus Kalabrien, wovon einer Doctor der Medizin, ein zweiter Rechtsgelehrter ist, wurden nach mehrstündiger fruchtloser Haussuchung unter dem Vorwande des Besitzes verbotener Schriften, in der That aber, weil sie Freunde des Generals Guglielmo Pepe sind, ins Gefängniß geworfen.

Spanien.

Madrid, den 12. Mai. Das Erscheinen eines französischen Generals am Hofe von Aranjuez hat ein ungewöhnliches Aufsehen erregt. Man sagte, es sei der General Grammont, der mit einem Auftrage des Präsidenten der französischen Republik nach Spanien gekommen sei. Ueber den Auftrag selbst circulirten die verschiedenartigsten Gerüchte. Einerseits wollte man wissen, daß er mit einer Werbung um die Hand einer Tochter der Königin Christine für L. Napoleon beauftragt sei, andrerseits glaubte man, daß er der spanischen Regierung die Ansichten des französischen Kabinets über die an der spanischen Verfassung vorzunehmenden Veränderungen mitgetheilt habe.

Rußland.

Man schreibt aus **Petersburg** unterm 5. Mai: Wir haben hier noch den vollkommensten Winter, helles, klares Wetter, aber Frost, daß die Steine bersten. Die schwersten Lastwagen geben noch in langen Zügen über das baltische Meer. Am 4. Mai fror es noch zolldick. Man hat hier noch nie einen so langen, streng anhaltenden Winter erlebt.

Petersburg, den 9. Mai. Der „Russische Invalide" enthält wieder neuere Nachrichten vom Kaukasus, nach welchen der Generalmajor Möller-Sakomelski in der zweiten Hälfte des März in zwei Gefechten gegen die Tschetschenzen diese aus ihren festen Positionen trieb. Russischerseits wurden in diesen Gefechten 12 Offiziere und 186 Gemeine verwundet, während der Letzteren 16 blieben.

Miscellen.

Luzern. Der „Volksmann" theilt ein Beispiel von Aberglauben mit. Einem Mann in Schachen wurden 4 Schafe entwendet; statt aber den Diebstahl bei Amt anzuzeigen, wendete er sich an den Kaplan zu Blatten, der ihm die Beibringung der Schafe durch „geistliche Mittel" auch versprach! Und eben dieser Pfaffe, als die Schafe von dem Amtsstatthalter in Langenthal aufgefunden waren, soll erklärt haben, sein Bann reiche eben nicht ins Bernbiet.

Der Sultan hat dem Minister Hassenpflug in Anerkennung seiner Verdienste die seidene Schnur **mit der Schleife** nebst Gebrauchsanweisung übersandt. (F. K.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 19. Mai. Weizen 6 fl. 19 kr., Korn 5 fl. 17 kr., Spelz 3 fl. 35 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige 4 fl. 15 kr., Hafer 3 fl. 41 kr., Kartoffeln 1 fl. 30 kr., per Centner.

Redacteur: Fr. Stiner.
Druckerei von G. Fr. Kolb.

[1029] **Zahnärztliche Anzeige.**

Ich werde den 24. d. Mts. Mannheim verlassen, und bis den 30. in Karlsruhe verweilen. Vom 1. Juni an bin ich wieder täglich in meiner Wohnung Lit. P. 5 Nro 1 am Strohmarkt zu sprechen.

Mannheim, den 21. Mai 1852.

J. Böhling, Zahnarzt.

[1028a] **Bade-Eröffnung.**

Mein Douch- und Flußbad ist wieder eröffnet und ladet zu zahlreichem Besuch ergebenst ein

Ludwigshafen, den 18. Mai 1852

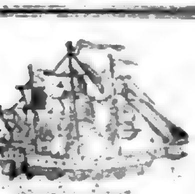
Mich. Renner.

[1030] **Auszug aus einem Gütertrennungsurtheile.**

Durch Urtheil des kgl. Bezirksgerichts in Frankenthal vom 21. Mai 1852, wurde auf Ansuchen von Klara Mayer, ohne Gewerbe zu Wachenheim wohnhaft, Ehefrau von Konrad Kley dem zweiten, Winzer alla wohnhaft, unter Nro. 2976 zum Armenrechte zugelassen, zwischen den genannten Eheleuten die Gütertrennung ausgesprochen.

Frankenthal, den 22. Mai 1852.

Für den Auszug
Der Anwalt der Gütertrennungsklägerin:
C. Spatz.

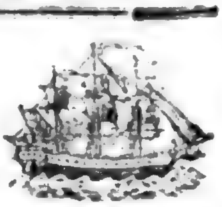


Regelmäßige Beförderung

von Auswanderern nach allen Seehäfen von **Amerika**

zu den **niedrigsten** Preisen,

und mit Uebernahme unter Garantie bis an die Landungsplätze in Amerika



durch den Unterzeichneten, welcher auch schnellste Expedition des Gepäcks und aller Waaren besorgt, und Zahlungsanweisungen in jedem Betrag, auf jeden beliebigen Seeplatz der Union verschafft, was besonders für solche Auswanderer angenehm ist, die größere Summen mit sich nehmen.

Auf Anfragen weitern Bescheid und feste Abschlüße von der Special-Agentur in **Speyer** bei

[792¹⁰] **Julius Helff,** im Stockinger'schen Hause an der Maximiliansstraße.

Neue
Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 125 | den 25. Mai 1852.

Deutschland.

*** Der Zollverein.** Obgleich wir bekanntlich nichts weniger als zu jenen Vertrauens-Trunkenen gehören, welche sich immer darauf verlassen, die hohe Obrigkeit werde schon Alles aufs Beste besorgen, so haben wir uns doch kürzlich einen Augenblick lang der Hoffnung hingegeben, die Gefahren, welche der Fortdauer des Zollvereins drohen, seien wol als überwunden zu betrachten. Die obwaltenden Verhältniße, das Bedürfniß des Volkes in allen Theilen des bisherigen Zollvereinsgebietes, und die auf alle Weise sich kund gebende und aussprechende Erkenntniß dieses Bedürfnißes seitens der gesammten Bevölkerung, schienen uns zu mächtig, als daß, wie wir meinten, irgend anders, denn im Sinne der sofortigen Reconstituirung des Zollvereins gehandelt werden könne. Wir nahmen an, man werde die diplomatischen Schachspielzüge allerseits aufgeben, und vor allem Andern und ohne alle Umschweife die Zollunion wiederherstellen. Es schien uns der Augenblick gekommen, in welchem die Vertreter der nichtpreußischen Ländergebiete zu Berlin erklären würden: wir hätten Mancherlei zu erinnern; wir sehen aber ab davon, denn wir wollen den Verein; wir reden nicht ferner von dem, was nur zur Anfachung weiterer Zwistigkeiten geeignet sein könnte; allein wir erwarten nun auch von Preußen Gewährung unserer alten billigen Forderungen in Betreff der Ausgleichungsabgaben, der freien Flußschifffahrt und einiger Modificationen des Septembervertrags, so weit diese bei der jetzigen Sachlage noch möglich sind. Es däuchte uns, man werde dagegen auf dem Begehren wegen sofortiger Beiziehung österreichischer Vertreter zu den Zollconferenzen um so weniger beharren, als ein Erschließen unseres Gebietes für die österreichischen Landwirthschafts- und Industrieproducte doch wahrlich kein so unbedingt Glück bringendes Ereigniß weder für unsere Getreide-, Tabak- und Weinbauern, noch für unsere Fabrikanten sein würde, um dafür den Zollverein zu gefährden; wir wähnten um so gewisser, daß man auf ein Beiziehen österreichischer Agenten kein Gewicht legen werde, als uns Oesterreich ja ohnehin seinen sofortigen Beitrit zum Zollvereine gar nicht in Aussicht stellt, sondern blos einen Handelsvertrag gewähren will, der, unter Beibehaltung der Mauthlinie, uns so ziemlich alle Nachtheile einer völligen Verbindung brächte, ohne Gewährung ihrer Vortheile. —

Wir haben uns geirrt; selbst wir haben noch — viel zu viel Vertrauen gehegt! — Die Berliner Zollconferenz ist keineswegs dem Abschluße eines neuen Vertrages nahe gerückt. Die Lage ist vielmehr gefährlicher geworden, — gefährlicher insbesondere noch darum, weil man die Sache ins Unabsehbare in die Länge zieht. —

Die augenblickliche Sachlage wird in einem Berliner Schreiben vom 19. d., in der Köln. Ztg., folgendermaßen geschildert: „Ein nicht unbedeutender Theil der Zollconferenzmitglieder ist auf kurze Zeit nach ihren resp. Regierungssitzen abgereist, und es ist deßhalb wohl sehr fraglich, ob in dieser Woche noch eine Sitzung zu Stande kommen wird. Es ist damit theilweise eine Erholung, (!) theilweise aber auch die Berichterstattung über den Gang der Unterhandlungen und nähere Instructionseinholung verbunden. . . . Man wird langsam fortberathen, und zwar ausschließlich die preußischen Vorlagen, und den ganzen Schwerpunct auf die endgültige Ratification des Vertrags legen. Schwerlich dürfte man jedoch noch in diesem Jahre so weit gelangen, da sich erst im Laufe der speciellen Discussionen die große Anzahl von divergirenden Ansichten zwischen dem Norden und dem Süden herausstellen wird, — ganz abgesehen von den besonderen Schwierigkeiten, welche die Vereinbarung des Tarifs unter diesen Umständen mit sich bringt.“

Wir wollen absehen von der Gefahr, welche in einer solchen Verzögerung der Verhandlungen an sich schon liegt; wir wollen absehen davon, wie hunderterlei Ereigniße im Laufe des ganzen Jahres in einer Weise störend einwirken können, deren Umfang man ebenso wenig berechnen als man sie selbst vorhersehen kann.

Allein erkennt man denn gar nicht das maßlos Verderbliche, welches in der sonach gleichsam ins Unendliche verlängerten Ungewißheit seinen Grund hat? Wer mag ein Geschäft, insbesondere ein industrielles Unternehmen beginnen, wenn er noch das ganze Jahr hindurch in Ungewißheit bleiben soll, in welchem Zollgebiete er sich nach so oder so viel Monaten befinden wird? — ob nicht die Mauth auf einmal inmitten des jetzigen Vereinsgebietes, vielleicht ein Paar Stunden von seinem Wohnorte, aufs Neue ihre Schlagbäume errichtet? — oder welche heute nicht vorhandene Concurrenz (aus Oesterreich, Böhmen, Ungarn, Italien) er zu bestehen haben wird? Schon die bisherige Ungewißheit hat störend und lähmend auf viele Geschäfte gewirkt, und nun stellt man uns in Aussicht, daß man „schwerlich noch in diesem Jahre“ zu einem festen Resultate gelangen werde. Das klingt wie Hohn!

*** Heilbronn,** den 20. Mai. Die Auswanderungen dauern auch in unserm Lande ununterbrochen fort. In den meisten Gegenden sind dieselben so zahlreich geworden, daß die Grundstücke nur zu einem viel geringern als dem frühern Preise verkauft werden können. Einen Maßstab der Ausdehnung der Veräußerungen wird man aus der folgenden Thatsache abnehmen. Die Leute können ihr Grundeigenthum natürlich nur auf mehre Jahrestermine versteigern. Da sie aber baares Geld brauchen, so müßen sie ihre Forderungen verkaufen (cediren). Es ist allerdings natürlich, daß sie für die stückweise Einziehung des Geldes in Terminen und für etwaige Verluste einen Nachlaß bewilligen müßen. Nun wird aber dieser Nachlaß zu einer wucherischen Höhe getrieben, nemlich bis zu 15, 16 und selbst 17 Procent! Man kann daraus abnehmen, was den meisten Auswanderern, nach Abzug ihrer Schulden, ihrer unvermeidlichen Anschaffungen und der Reisekosten noch verbleibt. Bureaucraten hätten wol nicht übel Lust, durch ein Verbot solcher Cessionen dem Uebel zu steuern. Das wäre freilich ein Mittel, wie wenn man Einen vom Zahnweh dadurch heilen wollte, daß man ihm den Kopf abschläge; den Leute wäre das Auswandern gleich unmöglich gemacht. Dagegen wäre es eine wahre Wohlthat, wenn ehrliche Capitalisten sich gerade durch solche Vorgänge bestimmen ließen, gegen eine im Verhältniß zur Sache stehende mäßige Provision, ihre Gelder in der bezeichneten Weise mehr als bisher anzulegen. Beigefügt muß noch werden, daß jene wucherische Steigerung der Nachläße gewiß nicht möglich geworden wäre, wenn nicht durch die fortwährenden Staatsanlehen dem bürgerlichen Leben so viele Capitalien entzogen würden. Auch dieß ist also wieder eine Frucht der übeln, so leichtfertig auf Staatsanlehen ausgehenden heutigen Finanzwirthschaft, und Diejenigen haben groß Unrecht, welche meinen, man solle nur, wenn es fehlt, recht tüchtig Staatsanlehen machen, dieselben würden später doch

nicht mehr zurück bezahlt. Heute schon empfinden die Industrie und der ganze Verkehr schmerzlich genug die Folgen. —

Der kirchliche Streit in Baden. Der Stuttgarter „Beobachter" enthält einen scharfen Aufsatz gegen die „kirchlich absolutistische Partei" aus Veranlassung der verweigerten Messe für den verstorbenen Großherzog von Baden. Die Redaction des Beobachters fügt indessen dem Artikel folgende treffende Bemerkungen bei:

Der Anlaß, aus welchem die Kirchenfrage diesmal in Baden auftaucht, hat ihr etwas beigemischt, das eine reine Parteinahme nach der einen wie nach der andern Seite unmöglich macht. Der beleidigte Theil in dieser Frage ist eine regierende Familie — Grund genug, die Begeisterung und Ereiferung, die sich in dem gefesselten Lande vernehmlich macht, wenn sie auch in Einzelnen rein sein sollte, doch im Ganzen als eine officielle anzusehen. Dazu ist man um so mehr verpflichtet, seit es bekannt geworden ist, daß ein Bäuerlein, das bei dem Trauerläuten weder auf dem Standpuncte des Ordinariats noch der Regierung stand, für eine naive Frage: „Wozu das Gebimmel?" mit 14 Tagen Kasematten bedacht wurde. Unter diesen Umständen müßte die Versicherung der Freiburger Partei, daß die Frage eine streng dogmatische sei, in welcher die Kirche ohne Ansehen der Person, selbst dem Mächtigsten gegenüber, verfahre, einen guten Eindruck machen — wenn nicht andererseits die Thatsache entgegenstünde, daß dieselbe Partei, die so spricht, früheren Regenten eben das jetzt verweigerte Ansehen der Person gezollt, daß derselbe Erzbischof, der dem protestantischen Großherzog die Trauermesse versagt, noch vor wenigen Jahren einem reichen Basler Merian, auch einem Protestanten, der mit seinem Geld in Freiburg große öffentliche Liebeswerke verrichtet hatte, diese höchste katholische Trauerfeier gehalten und dabei das jetzt geltend gemachte Bedenken, daß die Protestanten ja nicht ans Fegefeuer glauben und daß die Apologie der augsburgischen Confession die Seelenmesse für einen Baalsdienst erkläre, zu überwinden gewußt hat. Ohne also zu mißbilligen, daß jene Partei, wenn sie es ihrer politischen Stellung angemessen findet, wieder einmal das strenge Dogma hervorzukehren, dabei gerade mit einem regierenden Fürsten beginnt, müßen wir doch um so mehr dem Hrn. Verfasser des obigen Artikels zustimmen, wenn er schonungslos eine Partei zeichnet, welche je nach der Lage des Tages ihr Dogma — die Grundstütze einer Kirche! — fallen läßt oder aufrecht hält. Uebrigens sehen wir in allen diesen Vorgängen lediglich eine Nemesis. Nach der Besiegung der „Anarchie" hat man Alles gethan, um auch die kirchliche Gewalt zu befestigen, weil man für die weltliche Gewalt eine stärkere Autorität suchte als die der blosen Bajonette. Nun vergilt sie in ihrer Art das, was ihr erwiesen worden ist, und zeigt, daß das berühmte Wort Metternichs, man könne nicht auf den Bajonetten sitzen, auf die geistliche Autorität als Grundlage weltlicher Gewalt noch in weit prägnanterer Weise anzuwenden wäre.

* **Pfalz.** Das Zuchtpolizeigericht zu Landau hatte in der letzten Zeit eine Reihe von ehemaligen Angeklagten in dem Riesenprocesse, in verschiedenen Proceduren vor seinen Schranken, da dieselben nun correctionell verfolgt werden. In Beziehung auf die Meisten wird die Urtheilsverkündigung erst dieser Tage erfolgen; gegen zwei ist sie ergangen: Folz von Landau wurde wegen Requisition von Lebensmitteln und Stroh zu 4monatlichem, und Bumiller von Edenkoben wegen Mitwirkung zu einer Kassenbeschlagnahme zu 2jährigem Gefängnisse verurtheilt.

* **München,** den 21. Mai. Die Reichsrathskammer hat allen Modificationen des Gewerbsteuergesetzes, welche die Abgeordnetenkammer vorschlug, und ebenso den Beisätzen wegen der auf 3 Jahre beschränkten Geltung des Gesetzes und wegen eventueller Beseitigung der Beischlagprocente, zugestimmt, mit der einen, aber sehr wichtigen Ausnahme, daß die Gewerbsteuerscala nach dem Regierungsentwurfe beibehalten werde, wonach also nur 4 Bevölkerungsclassen der Orte, statt der von der Abgeordnetenkammer proponirten 5, bestehen sollen. Hiedurch fiele eine nicht unbedeutende Minderung der Steuer für die mittleren Orte hinweg, nemlich für alle Gemeinden zwischen 4000 und 15,000 Einwohner.

* **München,** den 20. Mai. Wir haben früher berichtet, wie der Finanzausschuß die Geldforderung des Ministeriums für den Kriegszug nach Kurhessen abzulehnen sich schlüßig machte, der deßfallsige Bericht des Referenten Langguth aber auf die Erklärung der Minister, daß der Gegenstand zuvor im Ministerium in nochmalige Berathung genommen werden wolle, einstweilen zurückgelegt worden. Mittlerweile hat nun das Ministerium die Mittheilung einer förmlichen Beschlußnahme des betreffenden Ausschußes als wünschenswerth erklärt, welche Beschlußnahme dahin erfolgte, daß man ohne genaue Nachweisung und Rechtfertigung der geforderten Summen deren Gewährung bei der Kammer nicht beantragen könne. Daraufhin erfolgte nun eine schriftliche Erklärung des Finanzministeriums, daß man das Kriegsministerium von jener Beschlußnahme in Kenntniß gesetzt, und letzteres daraufhin erklärt habe, es könnten die betreffenden Nachweisungen dermalen nicht vorgelegt werden, da sie noch nicht der Revision und Superrevision unterstellt seien, man werde sich aber beeilen, sie möglichst bald revidirt und superrevidirt in Vorlage zu bringen. Bei der Kürze der Frist, welche dem Landtage noch erübrigt, beruht die Sachlage wol bis zu einer spätern Landtagsversammlung.

* **München,** den 21. Mai. Lerchenfeld erstattet Anzeige seines gefertigten Berichtes über den Antrag des Ministeriums betreffs der Durchführung des Gerichtsorganisationsgesetzes. Ueber das Feuerversicherungsgesetz findet Einigung beider Kammern statt, da die Reichsräthe die diesseits festgehaltene Fassung der Art. 107 und 109 lediglich specialisirt haben, und die Kammer der Abgeordneten ihren Beitritt beschließt. Nun folgt die Berathung über den Gesetzentwurf über Gutszertrümmerungen. Der Ausschuß schlägt in der Mehrheit seiner Glieder vor, jene Artikel des Entwurfs abzulehnen, welche die Gutszertrümmerung zu beschränken beabsichten, dagegen jene Artikel anzunehmen, welche die „gewerbsmäßige" Zertrümmerung „aus gewinnsüchtiger Absicht" mit Geld- und Gefängnißstrafen belegen, so daß das Gesetz seinen ursprünglichen Character verliert, indem die Gutszertrümmerung zwar erlaubt bleibt, aber die Handlung, durch welche sie geschieht, für Dritte, welche sich im Auftrage von Käufern und Verkäufern gegen Bezahlung damit beschäftigen, oder Güter erwerben, um sie in kleineren Parcellen zu veräußern, gesetzlich strafbar erklärt wird, soferne eine „gewinnsüchtige Absicht" unterläuft. Was ist aber „gewinnsüchtige Absicht?" Kann nicht jedes Bestreben nach Vortheil als eine „gewinnsüchtige Absicht" qualificirt werden? Sucht nicht Jeder seinen Vortheil? Wo ist da die Grenze des Erlaubten und Unerlaubten? Auf dieser Seite wird denn auch der Entwurf angegriffen von Kirchgeßner, der noch auf die weitern unnatürlichen und schädlichen Folgen desselben hinweist. Lerchenfeld schlägt einen Zusatzartikel vor, wornach die polizeilichen Bestimmungen über Einmischung der Juden in Käufe und Verkäufe von Gütern aufgehoben werden sollen, weil der gesetzlich ausgesprochenen Gleichstellung der Juden mit den Christen in dieser Hinsicht von Kreisregierungen keine Folge gegeben würde; es scheine, daß man gewissen Leuten die Gesetze nicht deutlich genug machen könne. Ruland erklärt sich für den Vorschlag des Ausschusses, Reinhard dagegen, eben so von Koch, letzterer insbesondere wegen der Unausführbarkeit und der Strenge des Gesetzes und seiner schädlichen national-öconomischen Folgen. Der Minister v. d. Pfordten spricht für den Gesetzentwurf von dem Standpunkte aus, welcher die allzugroße Gutszertrümmerung für nachtheilig erkennt, und erklärt, daß durch Strafbestimmungen allein der heilsame Zweck des Gesetzes nicht erreicht werden könne, jedenfalls aber würden dieselben doch gute Folgen haben. Schließlich

bittet er die Kammer dringend, nachdem sie die Entwürfe bezüglich der Fideicommisse und der bäuerlichen Erbgüter abgeworfen, wenigstens den gegenwärtigen anzunehmen. Bei der Berathung über die einzelen Artikel, wie bei der allgemeinen Discussion macht Wallerstein sein Ja oder Nein von der Ansicht abhängig, die ihm die Verhandlung bringen wird, da ihm die Strafbestimmungen zu vag erscheinen. Die von ihm provocirte Erklärung des Justizministers bringt ihn zum Entschlusse nunmehr gegen den Entwurf zu stimmen. Arnheim hat Vertrauen auf die Einsicht und Entscheidung der Richter. Boye zeigt die Gefährlichkeit des Entwurfs und hebt das Unerhörte hervor, daß man eine an sich erlaubte, die Sittlichkeit nicht verletzende Handlung mit Strafe belegen wolle, und die Ungereimtheit, daß eine Handlung zweimal erlaubt, zum dritten Male aber strafbar sein solle, wie der Gesetzentwurf will. Morgenstern in gleichem Sinne. v. d. Pfordten nimmt aufs Neue den Entwurf in Schutz, indem er den Standpunct Wallersteins als einen halben und unklaren bezeichnet, um so mehr, da ihm der Weg der Modification offen stehe und die Regierung sich gegen keine Modification erklärt habe. Der Art. 5 wird (als Art. 1) nach dem Vorschlage des Ausschusses angenommen, eben so der Art. 6 in seinem ersten Absatze, der zweite Absatz, welcher dem Gesetze rückwirkende Kraft beilegt, wird in namentlicher Abstimmung mit 63 gegen 61 Stimmen angenommen; den Art. 7, 8, 9, 10, 11 wird beigestimmt, nachdem Boyé nochmals auf die Gefährlichkeit des Gesetzes aufmerksam gemacht, um die Kammer vor der Annahme desselben in der Endabstimmung zu warnen. Bei Art. 12 stellt Koch den Antrag, daß das Gesetz auch für die Pfalz gelten solle, trotz der Bemerkung Langs, Boyes und Lerchenfelds, daß ihm in der Pfalz das Objekt abgehe. v. d. Pfordten erklärt, daß man die Pfalz bei Fertigung des Entwurfs nicht im Auge gehabt, und daß die Regierung wegen der besondern Verhältniße daselbst nicht im Stande sei, dessen Ausdehnung auf die Pfalz dermalen zu empfehlen. Der Antrag Koch's wird verworfen. Der von Lerchenfeld vorgeschlagene Zusatzartikel wird nach längerer Discussion in einer von Kirchgeßner verbesserten Fassung und der ganze Entwurf mit 78 gegen 48 Stimmen angenommen.

Nun folgt die Verhandlung über die Beschwerde des Abg. Dr. Schmidt bezüglich „der Verhältniße der Deutschkatholiken." Der Ausschuß beantragt mit allen gegen eine Stimme die Abweisung der Beschwerde als unbegründet. Nachdem der Referent Jäger im Sinne seines Referats einige Vorbemerkungen gemacht, und der Antragsteller seine Beschwerdeführung von seinem Standpunct aus aufs Neue begründet, nimmt Wallerstein das Wort. Er spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß die Regierung nur in dem Falle befugt gewesen, die Genehmigung der deutschkatholischen Gemeinden zurückzunehmen, wenn diese in jenen Puncten, auf deren Grund die Genehmigung ertheilt worden war, und zwar nicht in einzelnen Gliedern, sondern als Gemeinde und grundsätzlich eine Aenderung ohne Vorwissen und ohne neue Genehmigung der Regierung vorgenommen; im Referate selbst scheine ihm dies nicht nachgewiesen, er erwarte daher, daß das Ministerium im Laufe der Discussion die factischen Nachweise hierüber geben werde. Der Cultusminister nimmt hierauf eine Aufzählung von Hergängen seit der Stiftung der deutschkatholischen Gemeinde in München vor, durch welche er die aufhebende Maßregel gerechtfertigt glaubt. Er verliest deßfalls die Stiftungsurkunde, oder das ursprüngliche Glaubensbekenntniß derselben, und vergleicht es mit den Beschlüßen des Conciliums der freien Gemeinde zu Darmstadt, an welchen die baier. Freigemeinden durch Abgesandte Theil genommen, und theilt Stellen aus Literaturstücken und den Inhalt eines Privatbriefes mit, um seine Darlegung zu unterstützen. Bei der Endabstimmung wird der Antrag auf Beschwerde verworfen. Hiemit schließt die Sitzung gegen 2½ Uhr. Der Präsident beraumt wegen morgen ablaufender Berathungsfrist auf 5 Uhr eine zweite Sitzung an, um heute noch über den vom Abg. Lerchenfeld bearbeiteten Antrag des Ministeriums bezüglich der Durchführung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation Beschluß zu fassen.

* Hr. v. Lerchenfeld hat seinen Bericht an den Ausschuß erstattet über den ministeriellen Antrag „die Ein- und Durchführung der neuen Gerichtsorganisation betr." Er hebt das ganz Ungewöhnliche in der Form dieser Vorlage hervor; zeigt dann, daß nach der höchst unbestimmten und vagen Fassung, wenn auch vielleicht nicht von dem jetzigen, doch vielleicht von einem folgenden Ministerium alles Mögliche in der Sache gethan oder unterlassen werden könnte; macht aufmerksam, daß das, was von der Gerichtsorganisation zufolge dieses Antrags nicht ausgeführt werden solle, gerade „die Trennung der Justiz von der Verwaltung" ist, und erörtert, daß der Kostenaufwand, wie er hier vorausgesetzt, keineswegs nothwendig sei. Der Referent beantragte schließlich im Ausschuße: „Die Staatsregierung zum Zwecke der möglichst schleunigen Durchführung des Gesetzes vom 25. Juli 1850, die Gerichtsverfassung betreffend, und des hiezu gehörigen Nachtragsgesetzes, unter feierlicher Verwahrung der Kammern gegen jede Modification und gegen jeden theilweisen Vollzug dieser Gesetze — soweit derselbe nicht nach einzelnen Regierungsbezirken im Sinne des Art. 65 des Gesetzes vom 25. Juli 1850 stattfindet, — zu ermächtigen, die Kosten, welche für den Vollzug der genannten Gesetze erforderlich sind, aus dem verfügbaren Aktivüberschuße des II. Subscriptionsanlehens nach dem Gesetze vom 23. Decbr. 1849 im Betrage von 1'157,058 fl. 12½ kr. in den Jahren 18¾ — vorbehaltlich des dem nächsten Landtage hierüber zu liefernden Nachweises, zu entnehmen."

In eventum und wenn dieser Antrag nicht angenommen werden sollte, stellte der Referent den weitern Antrag: „Die Staatsregierung zu ermächtigen: 1) das Gesetz vom 25. Juli 1850, die Gerichtsverfassung betr., einstweilen unter feierlicher Verwahrung der Kammer gegen jede Modification des Gesetzes im Verordnungswege, unter Vorbehalt weiterer Vorlagen an den nächsten Landtag theilweise in der Art zu vollziehen: a. daß die Vorschriften über die Collegialgerichte und die zu errichtenden Stadtgerichte sofort zur Ausführung kommen, — b. daß der in dem erwähnten Gesetze bezeichnete Wirkungskreis der Stadt- und Landgerichte auch auf die Notariatsgeschäfte ausgedehnt und zugleich die collegiale Verfassung der Landgerichte aufgehoben, im Uebrigen aber die Formation und der Geschäftsgang der Landgerichte zur Zeit unverändert belassen werde; — 2) den zu 1 a. erforderlichen Kostenaufwand aus dem verfügbaren Activüberschuß des II. Subscriptionsanlehens nach dem Gesetze vom 23. December 1849 im Betrage von 1'157'058 fl. in den Jahren 18¾ — vorbehaltlich des dem nächsten Landtage hierüber zu liefernden Nachweises zu entnehmen. — 3) Vom Tage des Eintrittes des oben erwähnten Vollzuges des Gesetzes vom 25. Juli 1850, die Gerichtsverfassung betr., treten die Bestimmungen der Art. 67 und 68 des genannten Gesetzes in Wirksamkeit."

Nach weitläufiger Debatte wurde der primäre Antrag des Referenten im Ausschuße mit 4 gegen 4 Stimmen abgelehnt, — da der Vorstand sich unter den ablehnenden Votanten befand, — und sodann der eventuelle Antrag mit 7 gegen 1 Stimme angenommen.

*In der heutigen Nachmittagsitzung hat die Abgeordnetenkammer den obigen eventuellen Vorschlag mit allen gegen 9 Stimmmen angenommen. — Der feierliche Schluß des Landtags wird erst beiläufig am Tage vor Pfingsten stattfinden. — Mit den Regierungen von Preußen, Sachsen-Weimar, Lippe-Detmold und den Niederlanden ist nun ebenfalls ein Gegenseitigkeitsvertrag in Preßstrafsachen abgeschlossen worden — Die Telegraphenlinie zwischen hier und der Pfalz soll in etwa zwei Monaten vollendet sein.

Augsburg, den 20. Mai. Neuerdings hatte ge-

Digitized by Google

stern Hr. Graveur Drentwett eine Haussuchung zu bestehen. Hausgesucht wurde nach den Stempeln einer im Jahre 1848 ausgegebenen Medaille zu Ehren Hecker's gefunden aber wurde eine Masse von Jellachich'schen, Windischgrätz'schen und andern derartigen Medaillen, die Niemand will, selbst nicht die hohe Polizei.

Mannheim, den 22. Mai. Der wegen eines Meuchelmordes in der Pfalz zum Tode verurtheilte Martin Börschinger von Großsachsen wird am Dienstag früh hier hingerichtet.

Stuttgart, den 21. Mai. Durch königl. Verordnung sind die halben Kronenthaler vom 1. Juli an in Württemberg außer Curs gesetzt; doch werden sie bis 1. Septbr. bei königl. Kassen und dem Münzamt nach dem Gewichte das Loth zu 1 fl. 20 kr. eingewechselt.

Dem gerichtlichen Ende des Reutlinger Prozesses folgen jetzt die Disciplinarmaßregeln auf dem Fuße nach: Kameralamtsbuchhalter Enslin von Heiligkreuzthal ist des Dienstes entlassen.

Leipzig, den 19. Mai. Man erzählt sich in der Stadt vielfach von einer Deputation sächsischer Jungfrauen, den verschiedenen Ständen des Landes entnommen, welche den König an seinem Geburtstage um eine Amnestie hätten bitten sollen. Ihnen angeschlossen soll sich, der Sage nach, ein Vater haben, dessen Sohn zu lebenslänglichem Zuchthause verurtheilt, und der, wenn keine Amnestie erfolge, als letzte Gunst um den Tod seines unglücklichen Kindes bitte. (D. A. Z.)

Berlin, den 19. Mai. Wegen des Bundespreßgesetzes sind dem Vernehmen nach neuerdings Verhandlungen gepflogen worden, welche durchaus das frühere Resultat, das heißt kein Einverständniß Preußens zu dem österreichisch-sächsisch-hessischen Entwurf lieferten. Von Preußen wird, prinzipaliter die Competenz des Bundestages, ein allgemeines Preßgesetz zu erlassen, bestritten, da dieß ein Eingreifen in die geordnete Gesetzgebung der einzelnen deutschen Staaten sein werde; dem Bundestag könne nur zustehen, allgemeine Normativbestimmungen festzustellen, welche sich aber fern von detaillirten Festsetzungen hielten.

Die Druckschrift: „Ludwig Kossuth, sein Leben, sein Wirken, sein Exil," dargestellt von Robert Springer, ist mit Beschlag belegt.

— den 22. Mai. Die „Neue Preuß. (Kreuz-) Ztg." meldet unter dem heutigen, das k. Staatsministerium habe beschlossen, die bisherigen Kammern nicht wieder einzuberufen, sondern eine provisorische Wahlverordnung für die erste Kammer zu octroyiren. Es heißt in dem bezeichneten Blatte: Uns wird „von glaubwürdiger Seite" mitgetheilt, daß die Regierung beabsichtige, das in der Verfassungs-Urkunde vorgesehene Gesetz zu octroyiren, in welchem die Wahlbezirke festgestellt werden, in denen „90 Mitglieder durch die dreißigfache Zahl derjenigen Urwähler, welche die höchsten directen Staatssteuern bezahlen, gewählt" und für die erste Kammer mit den 30 von den Gemeinderäthen der größeren Städte des Landes zu wählenden Mitgliedern berufen werden sollen."

Wien, den 18. Mai. Die Zahl der vom Kaiser von Rußland hier ausgetheilten Orden beläuft sich auf 173.

Der aus der Revolutionszeit bekannte Dr. Löhner ist als Flüchtling zu Marseille gestorben.

Frankreich.

Paris, den 20. Mai. Seit gestern ist die Versteigerung der Gemäldegallerie des Marschalls Soult im Gange. Ein Gemälde Murillo's ist von Hrn. v. Niewkerke, dem Director des Museums von Paris, (im Auftrage des Prinz-Präsidenten) für die enorme Summe von 586,000 Fres. ersteigert worden; als der Zuschlag erfolgte, wandte sich Hr. v. Niewkerke mit den Worten an die Versammlung: „Frankreich hat gesiegt; dieser Kunstschatz gehört unserm Museum." Diese Worte riefen einen enthusiastischen Beifallruf hervor; und die Menge, die bis auf die Straße hinaus dicht gedrängt stand, brach, als sich diese „Siegeskunde" verbreitete, in lauten Jubel aus. Mehrere fremde Agenten hatten auf dieses Gemälde mit geboten; ein Agent der Königin von Spanien bis zu 581,000 Fres. Der Ertrag des ersten Versteigerungstags war 973,739 Fres.

Der „Constitutionnel" und insbesondere Granier de Cassagnac, haben sich durch die Beschimpfung Changarniers und Lamoricieres der öffentlichen Meinung und der übrigen Presse gegenüber in eine schlimme Stellung gebracht. Daß Changarniers Heroismus beim Rückzuge von Constantine eine Mythe sei, und daß er auf einem topographischen Plane nicht Höhe und Thal zu unterscheiden wisse, — daß Lamoriciere kein Commando zu führen verstehe, will Niemand glauben; daß man ein paar Generale eine Zeit lang als Koryphäen des Nationalruhmes vergöttert habe, will Niemand einräumen.

In gedrängter Weise vermag ich Ihnen aus authentischer Quelle den Beschluß des hier sogleich nach dem Eintreffen der Nachricht von der wiener Conferenz abgehaltenen Ministerrathes mitzutheilen. Es wurde in demselben mit Einstimmigkeit beschlossen: daß Frankreich den Drohungen des Nordens wohl ein Beharren bei seiner Friedenspolitik entgegensetzen wolle, daß aber Frankreich von der Erlaubniß, seine Regierung daheim feststellen zu können, Gebrauch machen, und daß es, dem Principe der Volkssouverainetät getreu, dem gesetzlichen Ausspruche des Volkes jedwede Geltung mit allen Mitteln und selbst mit allem Nachdrucke, wenn es hierzu gezwungen werden sollte, zu verschaffen wissen werde. Frankreichs Ehre fordert, daß dessen Volkswille nicht nur im Innern, sondern auch nach Außen geachtet sei. Erklärt sich nun dieser Volkswille für das Kaiserreich und die Erblichkeit der Familie Bonaparte, so glaubte Frankreichs Regierung, daß die Verträge von 1814 und 1815, die doch in Frankreich zu wiederholten Malen, ferner durch Belgiens Unabhängigkeitsstellung, durch Krakaus Einverleibung, durch Polens gänzliche Vernichtung so oft unbeachtet blieben, durchaus keinen hinreichenden Anhaltspunct den nordischen Mächten lieferten, um sich gegen den Nationalwillen Frankreichs sträuben zu können. Sollte dies jedoch der Fall sein, so wolle es Frankreich auch darauf ankommen lassen und im Interesse der Nationalehre jene Schritte thun, zu denen es gleichsam gezwungen werden würde. (Köln. Ztg.)

Der „Moniteur" druckt heute einen Artikel des „Alsacien" ab, in welchem berichtet wird, daß der Pfarrer zu Kostheim bei Mainz wegen einer Todesfeier zu Ehren des Kaisers Napoleon, die er 1821 abhalten ließ, von L. Napoleon den Orden der Ehrenlegion empfangen hat.

— den 21. Mai. Von den Gemeinderäthen in den Departementen gehen immer zahlreichere Eidesverweigerungen ein.

Unter Denen, welche den Eid nicht geleistet haben, befinden sich Odilon Barrot und der Herzog v. Broglie.

Mit dem Heutigen übernimmt der Unterzeichnete wieder die Redaction der Speyerer Zeitung.

Speyer, den 24. Mai 1852. G. F. Kolb.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1031] **Stadt-Theater zu Speyer.**

Dienstag, den 25. Mai.

Zu Benefize des Schauspielers Eduard Möllner.

Der Pfarrherr.

Original-Schauspiel in 5 Acten von Charl. Birch. Pfeiffer.

Bernhard Märtens: Pfarrherr. Herr Kruse von München als Gast.

Indem ich mich jeder Anpreisung dieses Stückes enthalte, wage ich es, da diese Vorstellung zu meinem Benefize bestimmt ist, recht freundlich zu derselben einzuladen.

Eduard Möllner.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch **Nro. 126** **den 26. Mai 1852.**

* Geschichtliche Erinnerungen.

Niemand kann mehr bezweifeln, daß sich Ludwig Napoleon zum Kaiser erklärt. Die neueren Gestaltungen der Dinge lassen voraussehen, daß er sich dabei vorzugsweise auf sein angebliches „Erbrecht“ stützen wird, indem er sich, seinen eigenen vor einiger Zeit gemachten Aeußerungen zufolge, ebenso auf die aus dem Kaiserthume von 1804 fließenden vorgeblichen „Rechte“ beruft, wie es die Bourbonen hinsichtlich des Königthums thun; daß im einen Falle die s. g. „Volkswahl,“ im andern die Souveränität „von Gottes Gnaden“ zur Grundlage dienen muß, ändert nichts an der Sache.

Rußland und Oesterreich sind entschieden gegen Wiederherstellung eines französischen Kaiserthums. Sie berufen sich auf die Verträge von 1814 und 15. Und doch haben sie nicht nur die Verjagung der ältern Bourbone ruhig geschehen lassen, sondern sie selbst fanden kein Hinderniß in jenen Verträgen, die Selbständigkeit Polens und Krakaus zu vernichten.

Wie man aber auch darüber denken, und wie sehr man jenen Mächten eine Berechtigung, sich auf die erwähnten Verträge zu berufen, absprechen mag, — so ist die Wiederherstellung des Kaiserthums in Frankreich doch allerdings geeignet, die Erinnerung an einige bedeutungsvolle Vorgänge im Leben des alten Napoleon wieder zu erwecken.

Der Eid, den Napoleon bei der Kaiserkrönung (1804) leistete, begann gleich mit den Worten: „Ich schwöre, die Integrität des Gebietes der Republik zu erhalten“ rc. Während der versuchten Friedensverhandlungen im Feldzuge von 1814, kam er immer wieder auf diesen Satz zurück, und es scheiterten wirklich alle Verhandlungen an seinem starren Festhalten, kein Gebiet abzutreten, das er nicht selbst erobert; somit Frankreich nicht in seine alten Grenzen einengen zu lassen, die Eroberungen der Republik — die Rheingränze — nicht aufzugeben. —

Schon als Napoleon den Herzog von Vicenza, anfangs Januar 1814, mit Vollmachten zu den Verhandlungen in Freiburg im Breisgau versah, äußerte er gegen ihn insbesondere: „Will man Frankreich auf seine alten Grenzen beschränken? Das hieße es erniedrigen.... Ich halte nicht an dem Throne. Ich werde weder die Nation noch mich erniedrigen, indem ich schimpfliche Bedingungen unterschreibe.“

Entscheidend waren die Verhandlungen zu Chatillon, in der ersten Hälfte des Februar. Napoleon, erzählt Fain, nachdem er die Depeschen von Chatillon gelesen, schließt sich in sein Zimmer ein und bleibt im höchsten Grade still und finster. Der Fürst von Neufchatel und der Herzog von Bassano gelangen bis zu ihm; er zeigt ihnen, was man ihm von Chatillon gesendet hat; sie lesen es: eine neue Stille folgt. Aber man muß dem Herzoge von Vicenza eine Antwort ertheilen; die Alliirten verlangen sie auf eine kategorische Weise schnell, und der Courier wartet! Der Kaiser beharrt darauf, keine zu geben; der Fürst von Neufchatel und der Herzog von Bassano vereinigen ihre inständigen Bitten: das Auge wird feucht; sie sprechen von der Nothwendigkeit, nachzugeben... Napoleon ist endlich genöthigt, sich zu erklären. „Was,“ sagt er mit Lebhaftigkeit zu ihnen, „Sie wollen, daß ich einen solchen Vertrag unterzeichne, und daß ich meinen Schwur mit Füßen trete! Unerhörte Unglücksfälle konnten mir das Versprechen abnöthigen, den Eroberungen zu entsagen, die ich gemacht habe; aber daß ich auch auf diejenigen verzichte, die vor mir errungen wurden; daß ich das mit so vieler Zuversicht mir Anvertraute verletzte; daß ich, als Lohn für so viele Anstrengungen, für so vieles Blut und so viele Siege, Frankreich kleiner hinterlasse, als ich es angetroffen habe: niemals! Könnte ich es ohne Verrath oder ohne Feigheit? ... Sie sind erschreckt über die Fortdauer des Krieges, und ich bin mehr in Gefahr, als Sie einsehen. Wenn wir der Rheingrenze entsagen, ist es nicht blos Frankreich, das zurückweicht, sondern Oesterreich und Preußen, die vorwärts dringen!... Frankreich bedarf des Friedens; aber derjenige, den man ihm aufbürden will, wird mehr Unheil nach sich ziehen, als der erbittertste Krieg! Bedenken Sie es. Was werde ich für die Franzosen sein, wenn ich ihre Erniedrigung unterzeichnet habe? Was würde ich den Republikanern des Senats antworten können, wenn sie ihre rheinischen Vormauern von mir zurück verlangten?!... Gott bewahre mich vor solchem Schimpf!... Antworten Sie Caulaincourt, weil Sie dies wollen; aber sagen Sie ihm, daß ich diesen Vertrag verwerfe. Ich ziehe vor, mich den härtesten Wechselfällen des Kriegs auszusetzen!“

Im Hinblick auf solche historische Erinnerungen ist allerdings die Wiederherstellung des Kaiserthums, und zwar auf der Grundlage jenes Kaiserthums von 1804, nichts weniger als ein gleichgültiger und bedeutungsloser Vorgang.

Deutschland.

*** München,** den 21. Mai. Zuerst wird ein Schreiben verlesen, worin die Kammer der Reichsräthe ihre Zustimmung zu den am 19. gefaßten Beschlüßen betreffs des Gesetzentwurfes in Beziehung auf die Siegelmäßigkeit ertheilt. — Bei Eröffnung der Berathung über den ministeriellen Antrag bezüglich der Durchführung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation schickt der Berichterstatter Lerchenfeld die Bemerkung voraus, daß — nach seinem primitiven vom Ausschuße abgelehnten Antrage — es am angemessensten sein würde, die Gerichtsorganisation in einzelnen Regierungsbezirken durchzuführen, soferne die Mittel nicht für die allgemeine Durchführung ausreichen; dieß könne um so mehr geschehen, wenn es wahr sei, was gewisse Blätter und selbst hochgestellte Staatsbeamte behaupten, daß die neue Einrichtung ein Unglück sei; nach etwa 3 Jahren könnten dann jene Bezirke, welchen das Glück der alten Einrichtung bleibe, sich mit Sachkenntniß entscheiden, ob es für sie auch ferner dabei bleiben solle oder ob die neue Einrichtung auch für sie wünschenswerth sei. Da aber das Ministerium selbst nicht gewillt scheine, auf jenen primitiven Antrag einzugehen, empfehle er wenigstens den vom Ausschuße angenommenen, aber in seiner Totalität mit allen seinen Bestimmungen, wolle auch nur ein Wort daran gestrichen werden, dann müße er selbst aufs Dringendste bitten, dieselben zu verwerfen. Der Justizminister empfiehlt nun selbst den Vorschlag des Ausschußes, indem er die Vortheile auseinandersetzt, welche aus der Verwirklichung desselben hervorgehen werden. Wallerstein spricht Angesichts der Verkümmerungen, welche die Gesetzesvorlagen in Betreff der Gerichtsorganisation erfahren, seinen Zweifel aus, ob auch nur das jetzt in Aussicht Gestellte zu Stande komme; ein Flickwerk wolle er nicht, er werde daher gegen jeden Antrag stimmen. Paur empfiehlt mit aller Wärme die Zustimmung, und appellirt besonders an die Abgeordneten der Pfalz, welche das Elend der dies-

seitigen Rechtspflege nicht kennen. Es erfolgt nun die Abstimmung, mittelst welcher der Vorschlag des Ausschußes (in der bereits mitgetheilten Fassung) mit 108 gegen 9 Stimmen angenommen wird.

* **München,** den 22. Mai. In der heutigen Morgensitzung der Abgeordnetenkammer findet über die Rückäußerung der Reichsräthe in Betreff des Gewerbsteuergesetzes Berathung statt. Der Ausschuß beantragt Zustimmung, damit das Gesetz zu Stande komme. Nach langer Discussion wird dem Ausschuße beigestimmt. — Jäger zeigt als Referent die Abweisung von Beschwerden an, welche die aufgelösten freien christlichen Kirchengemeinden wegen ihrer Auflösung eingereicht haben. Da nun kein Berathungsgegenstand mehr vorliegt, so bemerkt der Präsident, daß die Reichsrathskammer noch mit der Berathung über den Gesetzentwurf betreffs der kirchlichen Baulasten beschäftigt sei, und daß derselbe, weil er dort großen Anstand zu finden scheine (in der Reichsrathskammer sitzen viele Decimatoren als Baupflichtige), die Kammer der Abgeordneten möglicher Weise noch ziemlich beschäftigen werde. Er beraumt daher eine Nachmittagssitzung auf 2 Uhr und ersucht die betreffenden Ausschüße, das Haus nicht zu verlassen, um die in der Reichsrathskammer zu Stande kommenden Beschlüße sogleich vorzuberathen und dann um 2 Uhr der Kammer Vortrag erstatten zu lassen.

München, den 22. Mai. Heute Nachmittags 3 Uhr wurde in den hiesigen katholischen Kirchen mit allen Glocken der vom Pabst ertheilte Ablaß „eingeläutet." (Volksb.)

Köln, den 18. Mai. Bei den nächsten Assisen, welche hierselbst im kommenden Monat werden abgehalten werden, kommt ein Prozeß zur Verhandlung welcher die allgemeinste Aufmerksamkeit erregen wird. Er betrifft die große Verschwörung, welcher kein geringeres Ziel zugeschrieben wird, als alle Throne in Europa zu stürzen und den Socialismus einzuführen — eine Verschwörung, welcher man vor längerer Zeit auf die Spur gekommen, und in Folge dessen etwa 10 Mitglieder hier gefänglich festgehalten werden. Die Verhandlungen werden um so länger dauern als, wie man hört, sehr viele Papiere von allen Seiten, namentlich von der französischen Regierung, eingegangen sind, welche Bezug auf die gedachte Verschwörung haben. (A. Z.)

Köln, den 20. Mai. Das zweite Bändchen der bei Balde in Kassel herauskommenden „Modernen Classiker," enthaltend die Biographie Kinkels und einige Gedichte von demselben, ist hier gestern verboten worden.

Berlin, den 19. Mai. (Deutschland nur kein „Einheitsstaat!") Die Allg. Ztg. schreibt: Es ist befremdend aber wahr, daß die Erleichterungen, welche die hier vor Monaten abgehaltene Postvereinsconferenz dem Verkehr zugedacht hat, blos um deßwillen bisher nicht ins Leben getreten sind, weil es der großh. hessischen Regierung in Darmstadt nicht gefallen hat, ihre Zustimmung zu erklären. Man erfährt auf zuverlässige Weise, daß es nicht Bedenken ernster Art sind, welche diese Regierung bisher abgehalten haben, sich in irgend einer Art zu äußern, sondern nur der Umstand, daß der Gegenstand nicht in hinreichendem Maße ihr Interesse angesprochen hat, um sich zu irgendeiner Aeußerung zu entschließen. Die Gesuche der fürstl. Taxis'schen Generalpostdirection in Frankfurt sind ebenso unvermögend gewesen diese Schweigsamkeit zu brechen, als die Verwendungen unseres Ministers für den Handel, und es haben weder Briefe noch telegraphische Depeschen bisher verfangen wollen!

Die Jesuitenmissionen scheinen die Besorgnisse der protestantischen Geistlichkeit in hohem Grade zu erregen. Auf verschiedenen kirchlichen Versammlungen, die für die Pfingstwoche angesetzt sind (es liegen uns Programme solcher Pastoralconferenzen bereits aus der Mark, Pommern, Schlesien und Sachsen vor), werden von mehreren Seiten Schritte der protestantischen Geistlichkeit angeregt werden, um die gefürchteten Folgen der Missionsthätigkeit der Jesuiten abzuwehren.

Wien. Man will wissen, der Kaiser von Rußland habe den Auftrag ertheilt, für den Belauf der Summe, welche ihm durch Kündigung der französischen Renten flüssig geworden, bei der Aufnahme des neuen österreichischen Anlehens von 35 Mill. Gulden, zu subscribiren.

Die Regierung sucht fortwährend ausgezeichnete auswärtige Gelehrte nach Oesterreich zu ziehen. Kürzlich erhielt Robert Mohl in Heidelberg einen Ruf nach Wien. Er hat denselben nicht angenommen.

Die Denkwürdigkeiten Görgeys sollten von der Polizei verboten werden, aber der Fürsprache einflußreicher Generale ist es gelungen, bei dem Kaiser die Zurücknahme dieses Verbots zu erwirken, was neuerdings als Beweis gelten mag, wie wohl gelitten Görgey in manchen Kreisen sein muß.

Schweiz.

Aus Tessin, den 19. Mai. Die Regierung hat dem Gr. Rathe einen Gesetzentwurf über die Säkularisirung des Sekundar-Unterrichts vorgelegt. Durch denselben wird festgesetzt, daß die lehrenden religiösen Körperschaften (die männlichen) und das Seminar von Pollegio abgeschaft sind. Der Staat nimmt die Gymnasial- und philosophische Bildung auf sich, und wird zu diesem Zwecke die Güter, deren Genuß den genannten Körperschaften und dem Institut von Pollegio zustand, ausschließlich anwenden. — Die Kapuziner werden in den Klöstern von Faido, Lugano und della Madonna del Sassa jenseits Locarno konzentrirt. Ihre Zahl wird auf 30 reduzirt. Die Nonnen werden bleiben; der Gesetzentwurf verbietet nur die Aufnahme von Novizen in den Nonnenklöstern. (Schw. Nat.-Ztg.)

Neuenburg. Die Synode hat allen unsern Herren Pfarrern aufgetragen, die kirchliche Einsegnung der Ehe „skandalöser Sünder" zu verweigern. Auf diese Art kann nun die nächstbeste alte Betschwester durch falsche Denunziationen beim Pfarrer einen Skandel veranlassen. Was unsere Regierung dazu sagen wird, weiß ich noch nicht, glaube aber, daß wir noch lange dumm genug bleiben werden, dieselben Leute zu bezahlen, welche die größten und gefährlichsten Volksgegner sind und bleiben werden. (Schweizer National-Zeitung.)

Frankreich.

Nach einer Mittheilung in der „Patrie" ist die Summe von 29 Millionen Frs., welche der französische Staatsschatz dem Kaiser von Rußland in Folge der Rückforderung der in dessen Besitz gewesenen 5pCt. Renten schuldete, bereits am 16. Mai, dem ersten Tage des für die Rückzahlung bestimmten sechsmonatlichen Termins, ausgezahlt worden, obwohl der Finanzminister die Befugniß gehabt hätte, bis zum Ablaufe dieses Termines mit der Auszahlung zu warten.

In Algerien bereitet die Regierung zwei Kriegszüge vor, welche unter Führung der Generale Camou und Mac-Mahon vor sich gehen sollen. Sie sind bestimmt, die Unterwerfung Kabyliens zu vollenden. Das französische Afrika, welches man seit einiger Zeit für friedlich und unterwürfig ausgegeben hatte, ist nach verschiedenen Richtungen in kriegerischer Bewegung, denn auch die Unruhen an der maroccanischen Gränze können keineswegs als schon beendigt angesehen werden.

Großbritanien.

In Irland ist jetzt ebenfalls die Runkelrübenzuckerfabrikation eingeführt.

Rußland.

Petersburg. Am 10. Mai, um 7 Uhr Abends, verkündeten die Kanonen der Festung den Einwohnern das Aufgeben des Eises der Newa.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 5. Mai. Die Nachrichten von

San Francisco (Californien) reichen bis zum 5. April. Das Dampfboot „Crescent City" hat nach New-York Goldstaub im Werthe von 2¼ Mill. Dollars überbracht — die größte Summe, die je ein einziges Dampfschiff an Bord hatte! Die Minen sollen nach dem strengen Winter und den Frühlingsregen ergiebiger als je sein. Hingegen mehrt sich auch fortwährend die Zahl der einwandernden Abenteurer, und Verbrechen aller Art sind an der Tagesordnung. Die Chinesen kommen in Menge herüber.

Neueste Nachrichten.

Pfalz. Das Landauer Zuchtpolizeigericht hat den Schreiber Schröder von Germersheim wegen Betheiligung an dem Aufstande zu 1jährigem Gefägniße verurtheilt.

München, den 22. Mai. Heute Abend fand die letzte Sitzung der Abgeordnetenkammer statt.

Aus dem Großherzogthum Baden, den 20. Mai. An die sämmtlichen erzbischöflichen Dekane ist bekanntlich von dem Hrn. Erzbischof die Weisung ergangen, wann, wo und wie der Trauergottesdienst für den Höchstseligen Großherzog in jeder einzelnen katholischen Gemeinde gehalten worden sei. Eine solche Aufforderung wurde kaum erwartet. Was kann dieselbe auch in ihrem Gefolge haben? Ein Theil der Geistlichen hat diese Trauerfeier am Montage (dem von der Staatsregierung angeordneten Tage), ein anderer am Sonntage (dem von dem erzbischöflichen Ordinariat bestimmten Tage) und am Montage, und ein anderer — vielleicht der größte Theil der Geistlichen — hat gar keine Feier abgehalten. Die Mehrzahl der Geistlichen hat daher nicht dem Gebote des Hrn. Erzbischofs gemäß gehandelt. Diese zu suspendiren ist nicht möglich, da der Mangel an katholischen Geistlichen in unserm Lande sehr groß ist. Von solchen, welche gar keine kirchliche Feier abhielten, wissen wir, daß sie gleich nach dem Erscheinen des erzbischöflichen Erlasses an das Ordinariat die Erklärung abgaben, daß es ihnen unmöglich gewesen, die auf den Sonntag vorgeschriebene Feier in würdiger Weise abzuhalten, da außer den Staatsdienern auch viele andere Glieder ihrer Gemeinde derselben nicht beiwohnen würden, die Sänger ihre Mitwirkung versagt hätten 2c. Ein Verweis, welchen etwa die Geistlichen erhielten, würde, so glauben wir wenigstens, unter den gegebenen Verhältnissen auch nicht von besonders großer Wirkung sein. (F. J.)

Mannheim, den 23. Mai. Martin Börschinger legte gestern bald nach Verkündigung des Todesurtheils und der landesherrlichen Bestätigung desselben das Geständniß seiner That ab; jedoch mit lügnerischen Ausflüchten. Der Aufschub der Verkündigung des Todesurtheils ist nur dem Umstande zugeschrieben, daß sich kein Scharfrichter zur Urtheilsvollstreckung verstand, und dem Wasenmeister von Ladenburg, einem Neuling in der Kunst des Kopfabschlagens, die nöthige Zeit der Einübung gelassen werden mußte. Ob ihm sein Probestück auf den ersten Hieb gelingen wird oder ob er zu dem schaudererregenden Schauspiel eines zweiten und dritten Schlags, wie solches schon vorgekommen, genöthigt sein wird, das ist noch die fürchterliche Frage. (Fr. J.)

Frankfurt, den 24. Mai. Gestern hielt hier der englische Luftschiffer Green seine 242. Luftfahrt mit dem besten Erfolge.

Kassel, den 20. Mai. Unser Oberbürgermeister ist von Seite der Regierung aufgefordert worden, anzugeben, welche Wirthe in den vergangenen Jahren ihre Localitäten zu Versammlungen der Sectionen des sozialdemocratischen Vereins hergegeben haben, oder sonst als eifrige Männer der Partei bekannt sind.

Braunschweig, den 19. Mai. Der seit fast neun Monaten verhaftete Schneidergeselle Stabler aus Strehlen ist von den Geschworenen der Theilnahme an einem communistischen Bunde schuldig erklärt, und zu einjähriger Zwangsarbeit verurtheilt worden.

Leipzig, den 22. Mai. Beschlagnahmt wurden: v. Rochau's, „vier Wochen französischer Geschichte" und Nro. 9 des „deutschen Museums" von Prutz.

Berlin. Die Nachrichten über die einzelnen Vorgänge bei der Zollconferenz sind durchaus unzuverlässig. Es wird möglichst strenges Geheimniß bewahrt, und namentlich hält man die Protokolle unter Verschluß. Es geschieht dies insbesondere, seitdem kürzlich zwei Actenstücke auf unbekannte Weise veröffentlicht wurden. — Die österreichische Regierung hat sich nicht mit der Zollvereinsconferenz als solcher, sondern direct mit der diesseitigen Regierung in Beziehung gesetzt.

Zu der evangelischen Kirchenconferenz in Eisenach, welche am 3. Juni d. Js. eröffnet werden soll, haben bisher nur die drei freien Städte Hamburg, Frankfurt und Bremen, ferner Baiern, die beiden Lippe, Reuß, Greiz, Waldeck, Altenburg und Coburg-Gotha ihren Beitritt noch nicht angemeldet. Von den Consistorien evangelischer und helvetischer Confession in Wien ist die Theilnahme angezeigt, und zugleich erklärt, daß beide evangelische Kirchen durch einen Bevollmächtigten werden vertreten werden.

Berlin, den 21. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus industriellen Kreisen der Zollvereinsstaaten verspricht der auf den 27. d. Mts. nach Halle ausgeschriebene Congreß überaus zahlreich besucht zu werden. Es ist zur Beurtheilung der Stimmung der Bevölkerung in den einzelnen deutschen Staaten, in Betreff der Zoll- und Handelsfrage, nicht uninteressant, daß gerade aus denjenigen Staaten, deren Regierungen eine negirende Stellung dem Zollverein gegenüber eingenommen haben, die meisten Anfragen und Anmeldungen erfolgen, und daß, ohne Zweifel getrieben durch die ihnen drohende Gefahr, auch solche Klassen der Bevölkerung vertreten sein werden, die schwebenden Fragen sonst weniger nahe zu stehen pflegen, wie Weinbauern, Oeconomen und Handwerker. (Spen. Ztg.)

Zur Pfingstzeit wird in Eisenach außer der Versammlung deutsch-evangelischer Kirchenbeamten, auch eine solche von den deutsch-pietistischen Studenten, die sich Wingolfiten nennen, abgehalten werden.

— den 22. Mai. Dem Vernehmen nach wird in der Bundesversammlung von einigen kleinern Staaten beabsichtigt, in Bezug auf die Aufhebung des Belagerungszustandes in Kurhessen einen förmlichen Antrag zu stellen.

Wien, den 20. Mai. Aus Eger schreibt man, daß in den Gebirgsgegenden, besonders in Platten, Zwittermühle, Jungenhengst 2c. die fürchterlichste Noth herrsche. Die armen Leute wanken, lebendige Leichen, in schlechte Fetzen gehüllt, umher, und Priester, Fremde, Gendarmen, welche ihr Beruf oder ein anderer Zweck dorthin führt, werden überall um Brod angebettelt. 15—20 Personen leben in einem elenden Winkel zusammengedrängt. Hautausschläge, Krankheit und Siechthum wohnen in jedem Hause. Der beste Verdienst in der Woche 3 Fl. W. W. (ca. 19½ sgr.) für den Taglöhner. Ein Betrag, der zu den Brodpreisen nicht im geringsten Verhältniße steht. Der Ackerbau liegt darnieder, denn der Muth der armen Leute ist gebrochen wie ihre Kraft.

Bei Czegled und Kereßtur in Ungarn wird anfangs Juni ein großes Uebungslager gehalten werden.

Freiburg (Schweiz). Der Sieg der Reaction im Kanton Bern konnte nicht verfehlen, seine Rückwirkung auch auf den hiesigen Kanton zu äußern. Man ist gewaltsamer Versuche zum Sturze der jetzigen Regierung gewärtig.

Paris, den 22. Mai. Die belgischen Blätter werden hier sehr häufig confiscirt. — An den Straßenecken von Boulogne sind Placate angeschlagen worden, in welchen der Verkauf der sämmtlichen im Schlosse Eu befindlichen, der Familie Orleans gehörenden Möbel angekündigt wird. — Es scheint sich nicht zu bestätigen, daß die

verbannten Generale von der Verpflichtung zur Eidesleistung dispensirt werden.

Neapel, den 11. Mai. Die russischen Großfürsten sind heute hier eingetroffen.

Algier. Der neue Feldzug gegen die Kabylen hat am 9. Mai begonnen. Es ist ein Corps von nahezu 10,000 Mann unter General Mac-Mahon gegen sie ausgerückt.

Miscellen.

Vor dem Criminalgerichte zu **Berlin** wurde vor einigen Tagen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit eine Anklage auf Verbrechen gegen die Sittlichkeit behandelt, bei der die Hauptangeklagten den höheren Ständen der Gesellschaft angehörten. Reichsgraf v. M. wurde zu 10 Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt. Zweiter Angeklagter war ein Baron v. Z.-N. Die Urtheile gegen die mehr als 20 Betheiligten lauteten bei mehreren auf 5—6 Jahre Zuchthaus.

(Modernes.) Die Provisorische Regierung von Buenos Ayres hat den Bilanzbogen für Febr. 1852 veröffentlicht. Daraus ergibt sich, daß General Rosas, der vertriebene Tyrann und Erdiktator, in der Staatskasse 9 Dollars 7½ Cents baares und dagegen 4,437,813 Dollars Papiergeld zurückgelassen hat.

Der berühmte Manna Loa, der erste aller noch speienden Vulkane der Gegenwart, auf einer der Sandwichinseln, gab, nach dem „California Herald", jüngst ein großartiges Schauspiel zum Besten. Den Bewohnern der Stadt Hilo, welche sein Ausbruch zu zerstören droht, erweckte der Vulkan kein so ungemischtes Gefühl der Bewunderung. Nach genauer Messung scheint der in die Höhe geschleuderte Feuer- und Lavastrahl 500 Fuß hoch zu sein. Die Messung wurde in einer Entfernung von 40 bis 60 Miles unternommen. Im Durchmesser schien die glühende Lavasäule 100 Fuß zu haben. Auf dem Abhang des 10,000 Fuß hohen Berges bildete sie einen Strom von einer Meile breite und füllte Schluchten von 300 Fuß Tiefe aus. Einen mehrere 100 Jahre alten Forst verzehrte sie wie einen Garnknäuel. Man kann sich den Eindruck, den dieses Schauspiel bei Nacht hervorbringt, kaum vorstellen. Zwei Schiffe mit neugierigen Touristen gefüllt sind aus Kalifornien nach Hilo gesegelt.

Der Kladderadatsch richtet folgende Apostrophe an die preußischen Kammern:

Aut-Aut! — **Meine Herren Kammern!** — Aut-Aut! — Sein oder Nichtsein — das ist die Frage, welche Graf Arnim-Boitzenburg an die Spitze seines traurig ergreifenden Kammermonologs gestellt hat. — Noch sind Sie! Aber Montag — Dienstag — Mittwoch — drei Tage nur werden ins Land gehen, und es wird heißen: Nichtsein! Jo nich sehn!

Aut-Aut! Graf Arnim hat's gesagt, und Graf Arnim ist den Ereignißen stets um einen Schritt voraus! — Aut Cæsar aut nihil! — Es war Ihnen nicht beschieden Cäsar zu sein — sein Sie nihil! Das ist zwar wenig, aber Sie werden das Wenige desto gründlicher sein. — Ihr Leben währt sieben Monate, und wenn es hoch kommt, sind es acht Monate, und ist es herrlich gewesen, so ist es Mühe und Arbeit gewesen. Aber nur nicht verzagt! War Ihr Leben kurz, Ihr Ende wird gut sein — schnell, leicht, still und ohne allen Kampf. Man wird Sie ad acta legen, und Ihre Werke folgen Ihnen nach. — Sie, meine Herren der Linken, mit der malcontenten Genügsamkeit, gehen Sie in sich; Sie müssen erst noch viel weiter links gehen, um auf den rechten Weg zu kommen! — Sie meine Herren von der Rechten, mit dem blonden Patriotismus, die Generalpächter der Erbweisheit, Sie sind noch sehr weit links, wenn Sie glauben, daß Sie die Rechten sind. — Nur Sie, meine Herren vom Centrum, Sie sind die Rechten, die wahren Zaköpfe unsres Constitutionalismus, die stets den Ausschlag in der Hand haben und ihn immer dahin bringen, wohin Sie sich wenden. Sie sind die Einzigen, die es zu etwas bringen und mit denen sich noch etwas anfangen läßt! Ihnen, den Herrn vom Reich der Mitte gehört die Welt; denn Sie allein wissen was es heißt: aut-aut — so oder so, auf eine Weise werden wir's schon machen! — Darum ziehen Sie jetzt hin in Frieden! Nehmen Sie und genießen Sie mit Gesundheit was Ihnen beschieden — Aemter, Titel, Gehalte, Auszeichnungen! Und sollte etwa gar ein rother Adler den stolzen Fittig auf Ihre verdiente Brust senken, dann — ja dann —

„Nehmen Sie diese Adler, nicht als eine Drohung gegen das Ausland, sondern als das Zeichen Ihrer Unabhängigkeit, als das Andenken an eine Heldenzeit, als das Erinnerungszeichen Ihres Regiments. (Frk. Kur.)

In Oesterreich sind sowohl die Goldberger'schen als die Pulvermacher'schen Rheumatismusketten patentirt.

Es ist der österreichischen Regierung ganz gleichgiltig, von wem die Unterthanen ihre Ketten beziehen; man ist schon zufrieden, wenn das Volk nur überhaupt Ketten trägt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 22. Mai. Weizen 20 fl. 39 kr., Korn 18 fl. 22 kr., Gerste 13 fl. 13 kr., Hafer 7 fl. 37 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1034] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 11. bis 20. Mai: H. Bitter a. Mannheim. — H. Götz a. Wiesbaden. — H. Dr. Krätzer aus Mosbach. — H. Worms aus Carlsruhe. — Fr. Bier a. Niedermohr. — H. Forstmeister Erb a. Winnweiler. — H. Simon a. Ottweiler. — H. Oberlieutenant Freiherr v. Schatte a. Kaiserslautern. — H. Dettweiler mit Bedienung a. Oberflörsheim. — H. Knöckel a. Neustadt. — H. Kahn a. St. Ingbert. — 24. H. Dr. Zimmermann a. Ottweiler. — 25. H. Feldwebel Lorber aus Germersheim. — 26. u. 27. H. L. u. H. F. König a. Blieskastel. — 28. H. Münzer a. Erlangen. — 29. H. Walter a. Knöringen. — 30. Frl. Orth a. Gleisweiler. — 31. u. 32. H. Gutmann u. H. Friedländer a. Breslau.

Zu vermiethen:

Ein dreistöckiges Haus mit Ladeneinrichtung, in der besten Lage in der Marktstraße. Zu beziehen den 1. Juli.

Landau, den 24. Mai 1852.

[1033] J. B. Arnaud, Père.

[1032²] **Offene Lehrlingsstelle.**

Ein junger Mensch wird in eine Material- und Farbwaarenhandlung in die Lehre gesucht. Frankirte Anfragen unter Angabe obiger Nummer befördert die Expedition dieses Blattes.

[997²] **Hausversteigerung.**

Dienstag, den 1. Juni d. Js., Nachmittags 2 Uhr, zu Lambsheim im Wirthshause von Johann Raab, lassen die Erben der allda verstorbenen Eheleute Heinrich Stephan und Maria Elisabetha Koob das nachbezeichnete Immöbel der Untheilbarkeit wegen zu Eigenthum versteigern, nemlich:

Ein großes zweistöckiges Haus, das seitherige Gasthaus zur „Krone," mit Scheuer, Stallung, Schopp, Hof und Garten zu Lambsheim an der Hauptstraße, dem Rathhaus gegenüber gelegen.

Frankenthal, den 30. April 1852.

Berg, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 127 | den 27. Mai 1852.

Deutschland.

*** Die baierische Staatsverfassung und das Concordat.** Aus Veranlassung der höchst verschiedenartigen Urtheile über die baier. Regierungsentschließung auf die Denkschrift der Bischöfe, haben wir einen mit der Theorie und der Praxis wohlvertrauten Gelehrten um Bearbeitung eines Gutachtens über den vorliegenden Gegenstand gebeten. Wir sind nun kürzlich durch Zusendung eines deßfallsigen Aufsatzes erfreut worden. Die Entwicklung ist zwar etwas umfangreicher als ein gewöhnlicher Zeitungsartikel. Wir tragen aber dessen ungeachtet keinen Augenblick Bedenken, diese unbefangene und gründliche, wie uns scheint, treffliche Arbeit, ohne alle Abkürzung in unser Blatt aufzunehmen. Bedürfte dies einer Rechtfertigung, so würden wir nur daran erinnern: welche practische Wichtigkeit der Streit zwischen den weltlichen Regierungen und der katholischen Kirche gerade in der jetzigen Zeit wieder erlangt hat; ferner, wie auf die zu München ergangene Entscheidung, nach den Angaben klerikaler Blätter, weitere Schritte des „Episcopats" in Aussicht stehen; und endlich: wie die deßfallsigen Vorgänge in Baiern von unmittelbarem Einfluße auch auf die übrigen deutschen Staaten sein werden, zumal nachdem baierischer Seits die Regierungen in der „oberrheinischen Kirchenprovinz" ausdrücklich aufgefordert worden, dem Episcopate keine weitern Zugeständniße zu machen, als die in Baiern gewährten. Der Leichenfeier für den Großherzog von Baden und der Eidesverweigerung des Bischofs von Fulda wollen wir ohnehin nicht näher gedenken. — Die uns zugekommene Abhandlung lautet folgendermaßen:

Auf die Denkschrift der baierischen Bischöfe, welche dieselben unterm 2. Nov. 1850 dem Oberhaupte des Staats überreicht, und im Drucke der Oeffentlichkeit übergeben haben, ist endlich unterm 30. März 1852 eine maßgebende Entschließung des Staatsministeriums erfolgt, welche die öffentlichen Blätter mitgetheilt haben. Der Gegenstand verdient wohl von einer sachkundigen und freien Feder in einer eigenen Denkschrift gründlich behandelt zu werden. Wir erlauben uns darüber nur verschiedene allgemeine Bemerkungen.

Vor Allem ist es unsere Ansicht, daß die Bischöfe, da sie, wie alle Staatsangehörigen, allen Bestimmungen der Verfassung und den Gesetzen des Staates unterworfen sind, einfach auf diesen Weg hätten verwiesen werden sollen. Sie haben sich vom Staatsoberhaupt zu ihren Aemtern ernennen lassen, und keiner von ihnen hat dagegen, oder gegen die Verfassung und Gesetze des Staates einen Einwand erhoben. Glaubten sie damals ihr Amt unter der Herrschaft der Verfassung und der Staatsgesetze nicht verwalten zu können, so thaten sie unrecht, es aus den Händen des Staatsoberhauptes anzunehmen. Wir sind aber des Glaubens, daß sie sich dieser Gnade des Staatsoberhauptes auf alle Weise würdig zu machen bestrebt gewesen, und daß sie sich ob ihrer Erhebung auf Bischofsstühle recht glücklich gefühlt haben. Kamen sie erst im Jahre 1850 zu ihrer Ueberzeugung, nun so mögen sie den Hirtenstab niederlegen. An Nachfolgern wird's nicht fehlen, und zwar an solchen nicht, welche die Verfassung und die Gesetze des Staates mit den Forderungen der Religion ganz vereinbar finden, — und diese haben wenigstens die Thatsache für sich, daß bis heute die Uebung der katholischen Religion in Baiern wahrlich keine Hinderung erlitten hat.

Keineswegs können wir die von dem Staatsministerium gegebene doctrinelle Weisung begründet finden, wornach „bei Auslegung und Anwendung mehrdeutiger und **zweifelhafter** Stellen der II. Verf.-Beilage jene Interpretation anzunehmen sei, welche mit den Bestimmungen des Concordats übereinstimmend ist oder sich denselben annähert." Wir glauben vielmehr umgekehrt, daß die II. Beilage, sofern sie der Erläuterung bedarf, aus den Grundbestimmungen der Verfassung selbst und im Zusammenhalt ihrer eigenen Artikel zu erklären, und daß das Concordat nur nach Maßgabe des II. Edicts und seines richtigen Verständnisses anzuwenden sei. Das baier. Staatsoberhaupt hat das Concordat mit dem päpstlichen Stuhle vor Erlassung der Verfassung abgeschlossen,*) und dasselbe mit der Verfassungsurkunde und den betreffenden Edicten als Anhang publicirt. Es ist daher anzunehmen, daß die Staatsgewalt als Contrahent mit dem römischen Stuhle das Concordat in jener Beschränkung aufgefaßt und angenommen habe, welche die Verfassungsurkunde selbst und das nachgängige II. Edict demselben entgegenstellt. Denn was in der Verfassungsurkunde und in dem II. Edicte gegeben worden, das enthält die unveräußerlichen Rechtsfundamente für die gesammte Staatsgesellschaft, und es kann nicht angenommen werden, daß vom Staatsoberhaupte Etwas gegeben worden sei, was durch einen vorgängigen Contract an eine fremde Macht veräussert war, abgesehen davon, daß die Staatsgewalt in ihrem natürlichen, auch über die Kirchengesellschaft sich erstreckenden Rechte niemals rechtlich beschränkt werden kann. Dieses in sich selbst unumstößliche Rechtsverhältniß ist sogar im §. 103 des II. Edicts selbst als Schlußbestimmung mit den Worten ausgesprochen: „Dieses allgemeine Staatsgrundgesetz bestimmt, in Ansehung der Religionsverhältniße der verschiedenen Kirchengesellschaften, ihre Rechte „und Verbindlichkeiten gegen den Staat, die unveräußerlichen Majestätsrechte des Regenten. ... In „Ansehung der übrigen innern Kirchenangelegenheiten sind die weitern Bestimmungen, in Beziehung auf „die kathol. Kirche in dem mit dem päpstlichen Stuhle „abgeschlossenen Concordate vom 5. Juni 1817, und in „Beziehung auf die protest. Kirche in dem hierüber unterm heutigen Tage erlassenen Edicte enthalten." Ein Artikel in der Allg. Ztg. sprach vor Kurzem auch wirklich von Traktaten zwischen der Krone Baiern und dem römischen Hofe bezüglich des Concordats, welche demselben den hier angedeuteten Sinn geben.

Wir übersehen hier nicht, und heben ausdrücklich hervor, daß man uns eine Stelle der bischöflichen Denkschrift entgegenhalten kann, wornach die Geistlichkeit als im ununterbrochenen, und von dem Staatsoberhaupte selbst gleichsam legitimirten Proteste gegen die beanstandeten Verfassungsbestimmungen zu betrachten wäre, indem in jener bischöflichen Denkschrift gesagt ist: „Der hl. Vater erhob kräftigst seine Stimme, unsere in Gott ruhenden Vorfahrer auf den bischöflichen Stühlen, von pflichttreuen Priestern umgeben, verwahrten sich nach-

*) Wir können bei dieser Gelegenheit unser Bedauern nicht unterdrücken, daß noch immer nicht alle Enthüllungen erfolgt sind, welche zur Geschichte des Zustandebringens des Concordats gehören. Bekannt ist genug, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß dieses Zustandebringen nicht gerade in dem gewöhnlichen Gange der Geschäfte erfolgte. D. Red.

drücklich, und ließen durch ihre Ordinariate bei zahlreichen sich darbietenden Gelegenheiten gegen das Religionsedict sowol im Ganzen als in seinen einzelnen Punkten Beschwerde führen. Wäre damals König Maximilian I. durch die denkwürdige Erklärung vom 15. Sept. 1821 nicht wiederum begütigend in die Mitte getreten, der Bruch mit der Kirche würde ein offener geworden sein."

Mit jener „denkwürdigen Erklärung," ohne welche, wie die Herren Bischöfe sagen, „der Bruch mit der Kirche ein offener geworden sein würde," verhält es sich folgender Maßen: Unterm 15. Sept. 1821 erließ das Staatsministerium des Innern an die Kreisregierungen eine Verfügung betreffs der auf den 23. desselben Monats festgesetzten Publication der Circumscriptionsbulle, worin die Art und Weise dieser Publication als einer „blos kirchlichen Angelegenheit," an welcher „eine amtliche Theilnahme von Seiten der Civilautoritäten nicht stattfinde," bestimmt wurde. Dieser Verfügung war die Abschrift eines „Publikandums, den Vollzug des Concordats betreffend," datirt von Tegernsee unter demselben 15. Sept. 1821, beigelegt, welches Publicandum ohne Gegenzeichnung eines Ministers mit der Ueberschrift „Maximilian Joseph, König," den Befehl des Königs zur Vollziehung des Concordats enthält mit der Erklärung: „Zugleich fügen wir zur Beseitigung aller Miß„verständniße über den Gegenstand und die Beschaffen„heit des von Unsern katholischen Unterthanen auf die „Constitution abzulegenden Eides die Erklärung bei, daß, „indem Wir Unsern getreuen Unterthanen die Constitu„tion gegeben haben, Unsere Absicht nicht gewesen sei, „dem Gewissen derselben im Geringsten einen Zwang „anzuthun, daß daher nach den Bestimmungen der Con„stitution selbst der von Unsern katholischen Unterthanen „auf dieselbe abzulegende Eid lediglich auf die bürger„lichen Verhältniße sich beziehe, und daß sie dadurch zu „Nichts werden verbindlich gemacht werden, was den „göttlichen Gesetzen oder den katholischen Kirchensatzun„gen entgegen wäre. Auch erklären wir neuerdings, daß „das Concordat, welches als Staatsgesetz gilt, als sol„ches angesehen, und vollzogen werden soll, und daß al„len Behörden obliege, sich genau nach seinen Bestim„mungen zu achten." Was ist nun in dieser Erklärung ausgesprochen? Nichts anders, als daß in der Verleihung der Constitution durchaus nicht die Absicht liege, dem Gewissen zu nahe zu treten, daß dieselbe lediglich auf die bürgerlichen Verhältniße sich erstrecke, also auch der Eid auf die Constitution keine weitere Ausdehnung über diese bürgerlichen Verhältniße hinaus in sich trage, und daß das Concordat daneben gelten und vollzogen werden solle als Staatsgesetz, welches lediglich auf die innern Angelegenheiten der katholischen Kirche sich beziehe. Keineswegs aber ist durch diese Erklärung gesagt, daß irgend eine Bestimmung der Constitution für die Katholiken nicht gegeben, oder für dieselben in einem andern durch das Concordat zu berichtigenden Sinne gegeben sei; keineswegs ist gesagt, daß der Eid der Katholiken auf die Verfassung nicht auf deren vollen Inhalt sich erstrecke, oder mit einem Vorbehalt, einer Exception abgelegt werden dürfe. Die Constitution behält für alle, ohne Unterschied des Bekenntnisses, ihre volle Geltung als die bürgerlichen Verhältniße festsetzendes Staatsgrundgesetz. Das Concordat gilt als Staatsgesetz für die innern Verhältniße der katholischen Kirche, durch welche die verfassungsmäßig für Alle feststehenden bürgerlichen Verhältniße keine Aenderung erleiden können. Die Constitution und die constitutionellen Edicte bleiben in unbedingter und unbeschränkter Geltung und Anwendung, das Concordat bleibt in Geltung und Anwendung nach Maßgabe der Constitution und der constitutionellen Edicte. Die Richtigkeit dieser Auffassung, und daß dies wirklich der Sinn jenes Publicandums ist, ergibt sich thatsächlich daraus, daß der König auf einen Bericht des protestantischen Oberconsistoriums vom 27. Dec. 1821, worin dasselbe die Besorgnisse der Protestanten wegen Vollziehung des Concordates ausgesprochen, unterm 19. Jan. 1822 mit einer gleich „denkwürdigen Erklärung," wie jene vom 15. Sept. 1821, ebenfalls „begütigend in die Mitte getreten ist." Diese Erklärung lautet: „Max. „Jos., König. Wir haben durch den Bericht des pro„testantischen Oberconsistoriums vom 27. v. M. u. J. „die Besorgnisse erfahren, welche die Vollziehung des mit „dem päpstlichen Stuhle abgeschlossenen Concordats bei Un„sern protestantischen Staatsangehörigen veranlaßt habe. „Zur Beseitigung derselben und jeder weitern Mißverständ„nisse erklären Wir hierdurch: daß jenes Concordat und „alle auf die Vollziehung desselben sich be„ziehenden Verordnungen" — also auch das Publicandum aus Tegernsee vom 15. Septbr. 1821, — „wie „sich von selbst versteht, lediglich auf die katholische Kirche „und die Staatsangehörigen der katholischen Religion sich „erstrecken, und die verfassungsmäßigen Rechte der prote„stantischen Kirche und ihrer Glaubensgenossen nicht be„rühren, welche Wir, so wie sie durch die Verfassungs„urkunde und in den derselben beigefügten Edicten ga„rantirt sind, jederzeit aufrecht erhalten und keine Ein„griffe in dieselben gestatten werden, wornach Unsere „sämmtlichen Stellen ohnehin angewiesen sind. Indem „wir Unserm protestantischen Oberconsistorium dieses hie„durch eröffnen, überlassen wir demselben die ihm unter„geordneten geistlichen Stellen und Behörden, bei welchen „ähnliche Besorgniße entstanden sein mögen, davon in „Kenntniß zu setzen." Mittelst dieser Erklärung haben unzweifelhaft die Protestanten eben so viel empfangen, als die Katholiken durch das Publicandum vom 15. Sept. 1821. Läge in Letzterm eine Gewährung, ein Vorbehalt oder ein Privilegium der Bischöfe, so wäre alles dieß in der königlichen Erklärung an das protestantische Oberconsistorium wieder aufgehoben. Wir fügen nur bei, daß, abgesehen von der unbedingten Giltigkeit aller Verfassungsbestimmungen für Alle, für keine Classe der Staatsangehörigen irgend ein Artikel der Constitution und der constitutionellen Edicte außer Anwendung gesetzt oder in einem andern Sinne angewendet werden kann, ohne die übrigen Staatsangehörigen zu verletzen, verfassungswidrig zu beeinträchtigen. Wie wenig aber dies die Absicht des Königs gewesen, zeigt jene Erklärung, welche durch den Cardinal Häffelin im Namen Sr. Majestät betreffs einiger Artikel der Verfassungsurkunde und besonders des derselben beigefügten II. Edictes zu Rom an den päpstlichen Stuhl unterm 7. November 1818 abgegeben, und am 6. Decbr. 1818 von dem engern Ausschuße der zur Vollziehung der Verfassungsurkunde angeordneten Ministerialconferenz den Kreisregierungen in Abschrift mitgetheilt wurde. Sie lautet: „Max Joseph, König. „Das Unserer Verfassungsurkunde beigefügte Edict über „die äußern Rechtsverhältniße der Einwohner des Kö„nigreichs Bayern in Beziehung auf Religion und kirch„liche Gesellschaften vom 26. Mai 1818 ist, wie desselben „Aufschrift zeigt, und der §. 103 ausdrücklich ausspricht, „für sämmtliche Einwohner des Reichs, ohne Rück„sicht auf die Verschiedenheit ihrer Glaubensbekenntniße, „ein allgemein verbindliches Staatsgrundgesetz; wogegen „das die innern Kirchenangelegenheiten ordnende — „mit seiner päpstlichen Heiligkeit Pius VII am 5. Juni „1817 abgeschlossene und am 24. Oct. desselben Jahres „ratificirte Concordat, sowie das Edict über die innern „kirchlichen Angelegenheiten der protestantischen Gesammt„gemeinde in dem Königreiche vom 26. Mai 1818, als „besondere, eine jede der genannten beiden Kirchen betref„fende Staatsgesetze zu betrachten sind. Die von Unserm „Gesandten zu Rom am 27. Sept. 1818 an seine päpst„liche Heiligkeit abgegebene Erklärung, daß das Unserer „Verfassungsurkunde angehängte Edict blos für Diejeni„gen, welche sich nicht zur katholischen Religion bekennen, „gelte, kann demnach nur von dem besonders die prote„stantischen kirchlichen Angelegenheiten ordnenden Gesetze, „aber nicht von dem oben angeführten allgemeinen — „alle Einwohner des Staats ohne Unterschied ihrer be„sondern Glaubensbekenntniße — gleich verbindenden

Digitized by Google

„Staatsgesetze verstanden werden; welches hierdurch — „zur Beseitigung aller Mißverständniße und unrichtigen „Auslegungen — erklärt wird. Wir weisen Unsere sämmt„lichen Landesstellen bei dieser Veranlassung wiederholt „nachdrücklichst an, jedes der angeführten Edicte nach ih„ren Bestimmungen pünctlichst zu befolgen, und zu wa„chen, damit von keinem Unserer Unterthanen dagegen „gehandelt werde. — Wir haben in der Verfassungsur„kunde den in Unserm Königreiche bestehenden Kirchenge„sellschaften die feierliche Versicherung ertheilt, daß die „geistliche Gewalt in ihrem eigentlichen Wirkungskreise „nie gehemmt werden, und die weltliche Regierung in „rein geistlichen Gegenständen der Religionslehre und des „Gewissens sich nicht einmischen dürfe, als insoweit das „oberhoheitliche Schutz- und Aufsichtsrecht dabei eintritt; „— Wir werden, wie Unser Gesandter zu Rom in Un„serm Namen mehrmals versichert hat, die mit dem hl. „Stuhle geschlossene Uebereinkunft treu und gewissenhaft „in allen ihren Bestandtheilen als ein verbindliches Staats„gesetz vollziehen lassen; dagegen bestehen wir unabän„derlich darauf: daß das Unsere unveräußerlichen Maje„stätsrechte sichernde — und die äußern Rechtsverhältniße „der verschiedenen Kirchengesellschaften bestimmende all„gemeine Staatsgrundgesetz von Unsern sämmtlichen Un„terthanen genau befolgt, und der von denselben auf die „Verfassungsurkunde geleistete Eid, da dieser auf Gegen„stände der Religionslehre keine Beziehung hat, gewissen„haft werde beobachtet werden." (Fortsetzung folgt.)

Karlsruhe, den 23. Mai. In Bezug auf die Forderungen der oberrheinischen Bischöfe wird unsere Regierung nicht allein für sich eine Antwort geben, sondern demnächst gemeinschaftlich mit den übrigen Staaten eine solche erfolgen, welche die Sache bestimmt abmachen wird, denn man ist einmal der ewigen Reibungen und Forderungen müde und wird zwar gewähren, was mit dem Wohle des Staats verträglich ist, im Uebrigen aber feste Gränzen ziehen und allen weiteren Anforderungen ein Ziel setzen. Um dies um so wirksamer zu thun, haben sich alle diese Regierungen zu einem gemeinschaftlichen Vorangehen vereinigt, denn nur so werden alle Ausschreitungen gleichmäßig zurückgewiesen. (M. J.)

Stuttgart, den 22. Mai. Der heutige „Schwäbische Merkur" enthält 110 Gantausschreibungen.

Wien. Das neue Anlehen von 35 Millionen war hier vollständig Geheimniß bis zum Eintreffen der deßfallsigen telegraph. Depeschen aus Frankfurt. Die Anleihe kündigt sich übrigens selbst als e i n e Maßregel aus der Reihe derjenigen an, welche der Kaiser zu dem Doppelzweck „zur Herstellung des Gleichgewichts in den Finanzen und zur Zurückführung der österr. Währung auf ihren vollen Nennwerth" sanctionirt hat. Es liegt auch auf der Hand, daß 35 Mill. weder zu dem einen, noch zu dem andern Zwecke allein helfen können.

S ch w e i z.

Freiburg. Der Kanton ist in ungeheurer Aufregung. Die Regierung hat militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen und am 19. eine Proclamation ans Volk erlassen, in welcher sie die Agitation als eine sonderbündlerische mit dem Zweck der Beseitigung der Regierung und des Sturzes der Verfassung selbst um den Preis des Bürgerkrieges bezeichnet und den Beistand aller guten Bürger zur Vertheidigung der Verfassung, der Ruhe und Ordnung anruft. — An das Militär hat die Regierung am 20. eine besondere Proclamation des Inhalts erlassen, daß sie in dieser feierlichen Lage, in der vielleicht über die Zukunft des Kantons entschieden werde, auf den Patriotismus, die Standhaftigkeit und den erprobten Muth der Soldaten zähle.

Die Bauern werden hauptsächlich mit dem Versprechen nach Posieux gelockt, die dort abzuhaltende Volksversammlung werde ihnen den Bischof zurückgeben. Man entbindet sie aller Sorge für die Kosten des Tages. Die nicht kommen wollen, sollen doch wenigstens eine Beistimmungserklärung zu allen Beschlüssen von Posieux unterzeichnen. Man lügt den Leuten vor, die Volksversammlung finde auf bundesräthliche Anordnung statt, und die Regierung sei von der Truppenzusammenziehung abgemahnt worden. Ja, man versuchte die Bürgerwachen, welche dem Aufgebot gemäß in Murten eintrafen, mit solchen Ausstreuungen zur Rückkehr zu bewegen. — Unter den Emissären befindet sich auch der bekannte, letzthin vom Gr. Rath begnadigte Oberlin. Dieser legt seine Begnadigung folgendermaßen aus: „Als ich im Gefängniß war, bat ich die h. Jungfrau, mich daraus zu erlösen: da ward ich verbannt. Dann bat ich die Heilige, in's Land zurück kehren zu dürfen: ich bin zurück gekehrt. Nun bete ich alle Tage, die Regierung möge gestürzt werden, und ich zweifle nicht an der Erfüllung auch dieser Bitte."

F r a n k r e i ch.

Paris, den 23. Mai. Es ist nunmehr das Schreiben bekannt geworden, welches General Bedeau an den Kriegsminister gerichtet, um, wie die Generale Changarnier und Lamoriciere, die Leistung des verfassungsgemäßigen Eides zu verweigern. Dasselbe lautet: „Mons, 15. Mai 1852. Hr. Minister! Ein Erlaß bestimmt den Termin, in welchem der den Militären auferlegte Eid geleistet werden soll. Seit dem zweiten December außer das Gesetz gestellt, könnte ich es unterlassen, auf eine solche Aufforderung zu antworten. Ich will indeß nicht, daß mein Schweigen falsch ausgelegt werde. Meine Handlungen hatten stets zur Grundlage und zum Ziele die Achtung und die Vertheidigung der Gesetze. Bloß deßwegen wurde ich verhaftet, eingekerkert und gewaltsam verbannt. Ungerechtigkeit und Verfolgung ändern nicht ehrliche Ueberzeugungen. Ich verweigere den Eid. General Bedeau."

G r o ß b r i t a n i e n.

London, den 18. Mai. Im Unterhause wurde mit 127 Stimmen gegen 110 der Grundsatz der Loosziehung bei der Aushebung der Milizen angenommen. Nun erst gilt die Bill für todt und die Erzeuger derselben mit ihr. Das Wort „Conscription" gilt bei den Engländern nicht nur als eine Barbarei, sondern auch als ein empörender Angriff auf die Blüthe der Industrie und des Handels, auf das Fundament alles englischen Lebens, die Selbstbestimmung für Arbeit und Beruf. Mögen Die, welche Soldaten brauchen und wünschen, ohne es selbst sein zu wollen, so viel dafür bezahlen, daß es die nöthige Anzahl bestimmt, lieber Soldat zu werden, statt im bisherigen Berufe zu bleiben. Das ist ein gesundes Gesetz des Handels und Wandels, des Marktes für Nachfrage und Angebot. Diesen Gedanken läßt sogar die Times höchst radical in ihren heutigen Leitartikel mit einfließen. Die Engländer werden die Conscription nicht kennen lernen, wie sie überhaupt keine Bekanntschaft mit der Militärbill auf practischem Boden machen werden.

Lord Manners bringt diesen Abend eine Bill ein, welche die Unterbringung der Todten in London betrifft, und proponirt, die Sache einfach den Kirchspielen zu überlassen. Die Gesundheit der Lebenden fordert, daß die Millionen, welche mitten in London um die Kirchen herum verwesen, nicht noch vermehrt werden und man außerhalb Londons Begräbnißplätze anlege. Nun sagte aber schon Russell, als er kurz vor seinem Austritte von einer Deputation angegangen wurde, er möchte Logis für die Todten außerhalb Londons besorgen, daß er dies gar nicht anzufangen wisse, denn kaum habe man einen Platz außerhalb gekauft und für schwere Pfunde vom Bischof einsegnen lassen, so käme eines schönen Morgens eine Armee von Maurern und Zimmerleuten an und baute in 6—8 Wochen eine neue Stadt von 3—6000 Häusern drum herum, so daß man mit den Todten immer wieder in der Stadt bleibe.

N e u e s t e N a ch r i ch t e n.

Pfalz. Das Zuchtpolicеigericht in Landau hat sein Urtheil in Sachen der in den großen politischen Proceß verwickelt Gewesenen erlassen. Durch dasselbe wurden ver-

Digitized by Google

urtheilt: Christian Foltz und Croissant jeder zu 2 Jahre Gefängniß, Nicolaus Schellang, Heinrich Amis, Georg Schröder, Friedrich Faber und Jacob Fueß jeder zu einem Jahre, Heinrich Graf zu 4 Monaten, Johann Koch und Jacob Reither jeder zu 3 Monaten Gefängniß. Außerdem ergingen Défaut-Urtheile gegen Andreas Graf und Georg Herzog, auf 4 und auf 3 Jahre Gefängniß lautend. Die Sache von Friedrich Bretz, dermalen Soldat, wurde an die Militärbehörde verwiesen. Freigesprochen wurden: Ludwig Bretz, Carl Schellang und Adam Oberst.

Frankfurt, den 24. Mai. Anselm Rothschild, der älteste der Brüder, ist lebensgefährlich erkrankt.

Mit den Märzerrungenschaften soll in Frankfurt auch die Gleichberechtigung der Juden wieder aufgehoben werden. Der Vorstand der hiesigen israelitischen Gemeinde bereitet nun eine Petition in diesem Betreff an die Bundesversammlung vor.

Darmstadt, den 24. Mai. Zur Aufbesserung der Staatsfinanzen hat die 2. Kammer heute verschiedene Beschlüße gefaßt. So wurde die Steuer auf Spielkarten erhöht und auch auf Rheinhessen ausgedehnt. Die Hundesteuer wurde verdoppelt. Außerdem ward eine Steuer auf das Halten von Nachtigallen, und eine Abgabe bei Namensveränderungen eingeführt.

Hannover, den 23. Mai. Unsere Regierung scheint ernstlich gewillt, auf Erhaltung des Zollvereins hinzuwirken. Zu diesem Behufe soll sie sich u. a. bereit erklärt haben, nöthigenfalls auch auf die Uebergangssteuer von Wein zu verzichten. (Wird aber Preußen das Nemliche thun?)

Berlin, den 22. Mai. Die hiesige Regierung hat eine sehr freundlich abgefaßte Note nach Wien gesendet, worin sie sich bereit erklärt, nach erfolgter Reconstruirung des Zollvereins, mit Oesterreich wegen eines Abschlußes eines Handelsvertrags in Unterhandlung zu treten.

Aus **Linz** a. Rh. meldet man vom 23. Mai: Ein Wolkenbruch, der sich in der Nacht vom 19. zum 20. d. im Kreise Adenau und an der Oberahr entlud, hat ganze Dorfschaften, Felder und Weinberge verheert; Rindvieh, Schweine sammt den Ställen sind von den Fluten verschlungen und von der reißenden Ahr dem Rheine zugeführt worden. Am 22. Nachmittags hat der Blitz in der Umgegend von Sinzig mit Feuerausbruch gezündet. Am Fuße des Westerwaldes, in der Bürgermeisterei Asbach, hat dasselbe Gewitter die ganze Flur und Saat vernichtet; am 23. Morgens war dieselbe noch mit Hagel bedeckt, und händeringend sah man die von Noth heimgesuchten armen Bewohner ihre gänzlich zerstörten Hoffnungen betrachten.

London. Lord Palmerston hat im Unterhause angekündigt, er werde demnächst die Gerüchte über fremden Einfluß in Madrid zur Sprache bringen, der den Zweck haben soll, auch in Spanien einen Staatsstreich gegen die Landesverfassung herbeizuführen.

Paris, den 23. Mai. Der „Moniteur" enthält heute sechs Ernennungen oder Versetzungen im höchsten Polizeipersonale, d. h. unter den Generaldirectoren, den Generalinspectoren, und den Specialinspectoren, so wie die Neubildung der Handelsgerichte von Evreux und Thiers, deren Mitglieder bekanntlich den Eid verweigert hatten, durch ein Regierungsdecret. — Die Errichtung eines Uebungslagers bei Compiegne ist jetzt officiell. Der Prinz-Präsident wird, wie es heißt, den ganzen Monat September dort zubringen. — Der „Constitutionnel" kündigt heute an, daß die Pforte dem Kriegsschiff „Charlemagne" (das den Contre-Admiral Romain Desfosses an Bord hat) den Eingang in die Dardanellen definitiv versagt hat und daß dasselbe nach Briefen aus Smyrna vom 9. Mai vor dieser Stadt angekommen war.

Der Ex-Quästor Baze hat aus der Verbannung seine Demission als Mitglied des Generalrathes des Lot-et-Garonnedepartements und des Gemeinderathes von Agen eingeschickt. Von zwei bekannten Orleanisten, Benjamin Delessert und Dr. Chomel, ist ebenfalls die Verweigerung des Eides erfolgt. An letzterem verliert die pariser Klinik einen ausgezeichneten Professor.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Abfertigung. Die Speyr. Ztg. hat in Nro. 122 aus München berichtet: „das Ministerium habe, wie man vernehme, einen Antrag in die Kammer eingebracht, welcher demselben eine neue Niederlage zuziehen müße. Es begehre nemlich die Ermächtigung, die neue Gerichtsorganisation mit solchen Abänderungen, die ihm nothwendig schienen, die es aber noch nicht näher angeben könne, durch blose **Verordnung** einzuführen; und zu diesem Behufe fordere es einen Credit von 1'200,000 fl."

Hr. Dr. Jäger, bei dem sich allerdings eine ziemliche Quantitat Aerger in der letzten Zeit angesammelt haben mag, — sucht nun diesen Aergervorrath über den Herausgeber der Speyr. Ztg. auszugießen. Als Vorwand muß ihm die Nachricht dienen, der Ausschuß habe „in einem motivirten Vorschlage Zustimmung" zu jenem ministeriellen Antrage begutachtet, und die Kammer der Abgeordneten habe den „Antrag" mit allen gegen 9 Stimmen angenommen. — Daraufhin nun Jubel über den „glänzenden Sieg" des Ministeriums und Ereiferung über die „fixe Idee" des Redacteurs der Speyr. Ztg. bezüglich der Niederlagen des Ministeriums.

Schade nur, daß Hr. Jäger den Inhalt des betr. Beschlusses der Abgeordnetenkammer wieder so ein bischen gefälscht angibt. Er hütet sich nemlich ganz sorgsam, den Wortlaut mitzutheilen, indem er, wie gewöhnlich, auf die „Glaubensfähigkeit" seines Publicums rechnet. In der Speyr. Ztg. Nro. 125 ist aber der gedachte Beschluß wörtlich abgedruckt, und an dessen Spitze steht der Satz zu lesen: „unter **feierlicher Verwahrung** der Kammer gegen jede Modification des Gesetzes **im Verordnungswege,**" und auch damit noch nicht zufrieden, hat die Kammer dem Ministerium speciell bestimmt, was von der Gerichtsorganisation „sofort zur Ausführung" gebracht werden muß, wenn dem Ministerium die geforderte Geldgenehmigung ertheilt werden soll.

Da das Unterscheidungsvermögen des Hrn. Jäger nicht einmal so weit reicht, um zu erkennen, ob dies ein „glänzender Sieg" oder nicht vielmehr das gerade Gegentheil desselben ist, — so hoffen wir auch, alsbald von ihm erörtert zu hören, daß es keineswegs, wie die Leute meinen, eine scharfe Züchtigung, sondern vielmehr das schmeichelhafteste Lob war, was ihm neulich von Seite des Münchener Bürgermeisters v. Bauer wegen des zu erwartenden Aufstandes, wenn der König das Ministerium entlasse, zu Theil wurde. Man hüte sich wol, über solche Dinge mit Don Quixote und — Dr. Lucas Jäger zu streiten!

Hiezu eine Beilage

[1025*] **Hausversteigerung zu Mannheim.**

Das zur Verlassenschaftsmasse des verlebten Metzgermeisters Michael Grobe dahier gehörige Eckhaus Lit. D 4 Nro. 10 am Fruchtmarkt wird am 2. Juni ds. Js., Nachmittags 4 Uhr auf dem Rathhause dahier der Erbvertheilung wegen einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt.

Das in sehr gutem Zustande befindliche Haus, vor wenigen Jahren erst in allen seinen Theilen neu hergerichtet, liegt in dem belebtesten und zu jedem Geschäfte vortheilhaftesten Theile der Stadt.

Die bis zuletzt darin betriebene Schweinen-Metzgerei erfreute sich des besten Zuspruchs, wozu die vom Rheinhafen und den Landungsplätzen der Dampfschiffe nach der Eisenbahn vorbeiführende Hauptstraße, der Fruchtmarkt und die Nähe der Infanteriekaserne besonders beitragen.

Mannheim, den 17. Mai 1852.

Großh. Stadt-Amts-Revisorat:

Rinther.

Jemare.

Digitized by Google

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro 127.) den 27. Mai 1852.

Deutschland.

*** Die Auswanderung.** Es ist uns nachstehender Originalbrief eines ganz kürzlich aus Texas nach Deutschland zurückgekommenen Auswanderers mitgetheilt worden, der von einer bedeutenden Anzahl Auswanderungslustiger nach dem genannten Lande, zur Ermittlung der dortigen Verhältniße, ausgesendet worden war, und nun alsbald dahin auch wieder zurück zu kehren beabsichtigt. — Wir hoffen, wie bereits erwähnt, solche Mittheilungen in der Folge öfter machen zu können, zu welchem Behufe uns die Zusendung der Abschrift von Originalbriefen deutscher Auswanderer sehr erwünscht sein würde. Wir glauben, daß manche der vielen Auswanderer aus unserm Lande in diesen Mittheilungen Notizen finden können, die ihnen nützlich werden dürften. — Das erwähnte Schreiben, welches wir nur wenig abkürzen, lautet:

„An Herrn J. G. Pelzer, Vorstand des Auswanderungsvereines zu Düsseldorf. — St. Andrae, den 6. April 1852.

Vor allem Andern will ich mich meines Dankes gegen Sie entledigen, der Ihnen für das mir im Jahr 1851 im Monat März übersandte Empfehlungsschreiben an verschiedene Herren in Texas so vollkommen gebührt; und ich glaube mit Zuversicht, daß Jeder mit mir gleich sich verpflichtet fühlen wird, dem die gleichen Empfehlungen von Ihnen zu Theil werden. . . . Von allen empfohlenen Herren verdient, mit offener Wahrheit gesprochen, Hr. Charles D. Riotte in Cibalo, gegenwärtig in S. Antonio wohnend, das vollkommenste Vertrauen in jeder Beziehung, denn ich bin genügend überzeugt, mit welcher Bereitwilligkeit und eben so großer Uneigennützigkeit er den Fremden, die sich ihm vertrauend hingeben, mit Rath und That stets an die Hand zu gehen sich bereit finden wird; ich wünsche daher, daß Jeder, der sich in diese Gegend begibt, Hrn. Riotte als einen Geschäftsfreund und Rathgeber aufsuche und sich um seine Verwendungen und Rathschläge bewerbe.

Nun will ich mich eines kleinen Theiles Desjenigen entledigen, was Sie mir als Verbindlichkeit gegen den Verein zu erfüllen aufgetragen haben; es wird dem, was es wirklich sein soll, nicht entsprechen, da ich es nicht aus selbstgemachten practischen Erfahrungen genommen, dabei aber doch nur das mir sicher Scheinende der Wahrheit gemäß wiedergebe. Eines ausführlichen Berichts aber werde ich erst dann gegen den Verein mich zu entledigen trachten, wenn ich aus practischer Erfahrung sprechen zu können vermögend sein werde.

Das erste von Allem ist eine gute Schiffsgelegenheit für den Auswanderer, und diese scheint mir für so lange unmöglich, bis sich nicht unmittelbare Auswanderungsgesellschaften bilden, die sich ein eigenes Schiff zur Ueberfahrt zu miethen vermögen. Wird dieses angestrebt, so wird es gewiß nicht fehlen, daß dasjenige Geschäft der Gesellschaft zu Theil wird, welches sonst in die bodenlosen Säcke der Schiffsmäkler fällt, nebstdem kann sich die betreffende Gesellschaft mit dem auf diese Art ersparten Gelde viel vortheilhafter verproviantiren und sich zufriedenstellen, als wenn man sich der oft und vielmals schlechten Verpflegung der Mäkler vertrauend hingibt. Die Seekrankheit wird oft durch so ungewohnte Verpflegung bedeutend befördert und verschlimmert; denn nicht Jeder vermag eine vorsichtige Diät zu halten, was nie genug zu empfehlen ist, und um so mehr beobachtet werden sollte, da die zu genießenden vorgestellten Gerichte den gewöhnten Lebensmitteln ganz entgegen sind, und oft schon vor dem Genuße Eckel und Uebligkeiten erregen müßen. Dies würde bei einer passenden Verpflegung, selbst besorgt, wegfallen.

In Betreff der Landung für diejenigen Auswanderer, die sich in dem westlichen Texas anzusiedeln gedenken, ist ganz unstreitig der Hafen von Indianola viel vortheilhafter, als der von Galveston, welches sich schon dadurch entscheidet, weil man von ersterem gleich unmittelbar die weit kürzere Landreise nach S. Antonio anzutreten vermag, während man von Galveston aus oft zufällig die Reise nach ersterm Hafen zu machen verhindert wird. Wir mußten z. B. 14 Tage in Galveston auf eine Schiffsgelegenheit warten, um dahin in See gehen zu können, da wir nach dem Osten die viel weitere und auch viel beschwerlichere Landreise nicht vornehmen wollten. Wer nach Galveston kommt und sich dort zu verweilen gezwungen ist, der wird bei Hrn. Beißner, Besitzer des Washington-Hotels, freundliche Aufnahme und gute Unterkunft finden.

Das Klima von Texas scheint mir nach meiner gemachten Erfahrung vollkommen befriedigend zu sein, sobald sich der Einwanderer nur zum Theil vorsichtig benimmt und sich nicht unüberlegt Verkühlungen und übermäßigem Essen und Trinken ungewohnter Speisen und Getränke preisgibt, und sich weiten Fußreisen in der Sommerzeit nur mit Vorsicht unterzieht, auf welchen man sich leicht bei vorkommenden Entbehrungen und ungewohnten Strapatzen ein Fieber zuzieht, welches ich aus eigener Erfahrung hier mittheile. Vorzüglich zieht man sich aber dies dann zu, wenn man gezwungen ist, auf offener Prairie ohne Speisen und Getränke öfters zu campiren, wo man von Thau naß, des Morgens den Weg wieder nüchtern fortzusetzen gezwungen ist, um endlich eine Farm wieder erreichen zu können.

Was die Fruchtbarkeit des Bodens, wie die großartigste Gelegenheit zur Viehzucht betrifft, möchte ich beinahe behaupten, daß in Bezug auf letztern, kein Staat der sämmtlichen Vereinigten Staaten das zu bieten vermag, was Texas dem erfahrenen Oeconomen und Viehzüchter zu bieten vermögend ist. Die Viehzucht wird in allen ihren Zweigen auf das Vortheilhafteste zu betreiben ermöglicht; der Hornviehschlag ist größtentheils ausnehmend schön und gediegen, obwol demselben nicht die mindeste Aufmerksamkeit und Pflege zu Theil wird, in welcher Beziehung mit geringer Obsorge unendlich viel verbessert und damit gewonnen werden könnte; ebenso ist es mit der Pferdezucht; was die Schaafzucht betrifft, so halte ich dafür, daß die höher gelegenen Gebirgsgegenden, vermöge des fernern Graswuchses, vortheilhafter sein werden, als die Prairien in der Hügelregion es sein dürften, ebenso ist für eine ausgedehnte Schweinezucht in dem Westen von Texas nicht die Lage, wenn man dieselbe nicht in der Wohnstube betreiben will, in welchem Falle sie sich allerdings auch im östlichen Theile rentiren mag. Der Boden, besonders der „Botbom," ist auserlesen, die Billigkeit desselben nicht minder zu beachten; traurig ist es, die so herrliche Vegetation noch ganz und gar unbenützt zu treffen, aber wie lohnend und anspornend ist jeder noch unbenutzt liegende Zweig der Agrikultur, und wie groß und herrlich ist das Feld in Texas für einen practischen Oeconomen! Texas ist nach meiner Ansicht wirklich ein Paradies für Landwirthe, und für Diejenigen, welche sich Landwirthschaft zu ihrem fernern Berufe bestimmen.

Ich und sämmtliche Gefährten wollen zu unserer Ueberfahrt *) für den Herbst ein eigenes Schiff miethen, und wünschen noch einige Texasfreunde in gleiches Interesse zu ziehen. Sie könnten vielleicht dazu behülflich sein.

Joh. Jenuel, Oeconom."

*** Speyer.** Mangel an Raum hat uns bisher verhindert, den versprochenen nähern Bericht über die Verhandlung in der Abgeordnetensitzung vom 10. Mai in Betreff des Rebenack'schen Antrags bezüglich der Gemeinderäthe in der Pfalz mitzutheilen. Auch heute sehen wir uns aus dem angegebenen Grunde zu einer Abkürzung des Berichtes genöthigt.

Nachdem Referent Römmich in Kürze sich auf seinen gedruckten Bericht bezogen, unterwarf der Antragsteller Rebenack denselben, gleichsam Satz für Satz, einer Prüfung und Widerlegung. Wir bedauern, diese allerdings ausführliche Auseinandersetzung nicht geben zu können, da die Sache einen blosen Auszug nicht zuläßt.

Fürst Wallerstein. Ich ergreife nur das Wort, weil das Referat zurückgreift auf Thatsachen und Momente, zu welchen ich in amtlicher Thätigkeit stand. Was ist die einfache Frage? Die einfache Frage ist: Soll ein Antrag beschlossen werden, bezielend die Gleichstellung unseres Ueberrheines mit dem Dießrhein in Absicht auf Absetzbarkeit der Gemeindekörper. . . . Ich, vermöge meiner amtlichen Wahrnehmungen, hege die feste Ueberzeugung, daß die treffende Bestimmung wirklich längst abgeschafft ist. (Setzt dies näher aus einander.) So lange die Gemeindekörper blos das Vertrauen des Präfekten oder Präsidenten ausdrückten, so lange mußte auch das Schwinden dieses Vertrauens hinreichen, um die verliehene Funktion wieder zu entziehen. Schon im folgenden December erklärte jedoch die Regierung, die dießrheinische Wahlordnung auch für die Pfalz geltend, mit beigefügtem Ausspruche, nachdem die Bürgschaften und Vorbedingungen nunmehr gegeben seien, habe nothwendig auch die Consequenz einzutreten, nemlich das Wählen der Landtagswahlmänner durch die Gemeindekörper. Nun, meine Herren, frage ich Sie, wenn das französische Gesetz bestimmt hatte: „der Präfect ernennt nach Belieben und weil er nach Belieben ernennt, widerruft er nach Belieben," hat es einen Sinn anzunehmen, daß, nachdem der Gemeinderath nicht mehr von dem Präfecten ernannt, sondern von den Mitbürgern gewählt wird, dennoch der Präfect auch fortan widerrufen könne? Dieß hat evident keinen Sinn, und ganz abgesehen davon, frage ich Sie, wie kann ein Gemeindekörper Wahlkörper sein, den der oberste Beamte der Provinz nach Belieben außer Wirksamkeit zu setzen vermag? Wo ist eine Wahlfreiheit denkbar, wenn dem Vorstand des Kreises freisteht, einige Wochen vor der Wahl die mißliebigen Gemeinderathsmitglieder ohne Weiteres ihrer Function zu entheben und damit so lange fortzufahren, bis ein ganz willfähriger Gemeindekörper als Wahlkörper begründet ist. Sie sehen, m. H., daß in dem Acte der Umwandlung des Ernennungsmodus in einen Wahlmodus und in der ratio dieser Verfügung offenbar und von selbst auch die Abänderung des Widerrufsrechtes lag.

. . . Der Herr Referent meint, es sei gelegentlich des Gesetzes vom Jahre 1837 gar nicht die Rede gewesen von diesem Absetzungsrechte. Von diesem Gesetze, m. H., kann ich reden, denn ich habe es eingebracht und ich kann Ihnen betheuern, daß wir bei diesem ganzen Gesetze deswegen von dem Absetzungsrechte nicht geredet haben, weil wir es als erloschen betrachteten. Dies kann ich sagen, weil ich es weiß. Endlich, m. H., meint der Hr. Referent, ein schlagender Beweis dafür, daß man dies Recht habe aufrecht erhalten wollen, liege in der Zurückweisung des bekannten Antrages der Kammern von 1837. M. H., der Antrag lautete wie folgt: „Es möge beschlossen werden: Wenn ein Mitglied des Gemeinderathes trotz gehöriger Einladung bei drei nacheinander folgenden Sitzungen nicht erschien, ohne sein Ausbleiben durch hinreichende Gründe zu entschuldigen, so kann der Ausschluß desselben, nach Vernehmung des Gemeinderathes, durch die Kreisregierung, unter Einberufung des Ersatzmannes, verfügt werden."

M. H., wissen Sie den Grund, warum das Ministerium diesen Beisatz bekämpft und auch dessen Nichtaufnahme in den Abschied angerathen hat? Weil darin ein wesentlicher und unseres Erachtens ungerechter Unterschied gegen diesseits lag. Das diesseitige Gesetz ist perzeptiv. Es sagt: Wer dieß und dieß nicht thut, wird abgesetzt. Hier wollte die Absetzung in das Ermessen des Gemeinderaths und der Kreisregierung gestellt werden. Wenn ein Mann dreimal ohne genügende Entschuldigung aus den Sitzungen wegblieb, der Gemeinderath oder die Kreisregierung aber seine Enthebung nicht angemessen fand, so blieb der Mann im Gemeinderath. That ein Anderer dasselbe und fand der Gemeinderath es für gut einzuschreiten, so wurde er entlassen. Das schien zu verstoßen gegen die Gleichheit des Gesetzes und vor dem Gesetze und aus diesem Grunde wurde der Antrag zurückgewiesen. M. H., ich hege die feste Ueberzeugung, daß durch die Maßregel vom December 1818 nicht nur nach natürlicher Auffassung und nach allen Regeln der Gesetzgebungslogik, sondern auch mit Wissen und Willen der Regierung das Widerrufsrecht bezüglich der Gemeinderäthe wieder aufgehoben worden ist. Aber, m. H., wollte man auch annehmen im Jahre 1818, sei das Unmögliche möglich gewesen, wollte man auch annehmen, der Geber der Verfassung, der dem Dießrheine das Wahlrecht mit so breiten Bürgschaften gegeben, habe die Absicht gehabt, für die Pfalz, der er noch mit alter Liebe zugethan war, eine so monströse Inconsequenz aufzustellen, und zu sagen, ihr habt Gemeinderäthe, ihr dürft deren Mitglieder selbst wählen, der Regierungspräsident kann jedoch diese Räthe — nach Belieben purificiren und entfernen, angenommen der Geber der Verfassung und die freisinnigen Männer, welche ihn umgaben bei Gründung des großen Werkes, hätten gewollt, was sie nicht wollten, so frage ich, ist denn ein Grund gegeben, jetzt dem bescheidenen Antrag entgegenzutreten auf eine neue Bestimmung?

. . . Ohne die beabsichteten enormen Disciplinirungen haben unsere dießrheinischen Kreise seit 34 Jahren sehr wohl bestanden, und sie bestehen noch zur Stunde sehr wohl. Ich glaube also, wenn wir dieselben Bestimmungen, welche bei uns diesseits des Rheines bestehen, auch für die Pfalz beantragen, wenn man für das Bruderland bloß Assimilirung mit diesseits begehrt, so thut man nur, was uns in dieser Sache zu thun obliegt.

M. H., die ganze Berathung hat auf mich einen höchst schmerzlichen Eindruck gemacht. Der Mann, der den Antrag eingebracht hat, ist seitdem durch höheren Beschluß seinem Vaterlande entrissen worden; er steht gegenüber einem geehrten Mitgliede, das seitdem in die Verwaltung eines Zwölftheils eben dieses Vaterlandes eingetreten ist. — Es ist wirklich erhebend, aber auch schmerzerregend zu sehen, wie der geehrte Antragsteller die Interessen dieses seines Vaterlandes auch noch jetzt mit Wärme vertritt. Ich, m. Hrn., gehöre der Pfalz nicht an und habe ihr nie angehört, ich habe zu ihr nur in derselben amtlichen Berührung gestanden, wie zu den 7 andern Provinzen. Was ich heute gesprochen, entquillt noch der Erinnerung an die Thatsachen, welche mir dieser Contact erkennen ließ. Es ist gesprochen mit vollster Ueberzeugung.

(Fortsetzung folgt.)

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1024³] **Empfehlung.**

Ich bringe hiermit einem geehrten Publikum meine seit mehreren Jahren bestehende lithographische Anstalt in empfehlende Erinnerung und verbinde gleichzeitig die Anzeige, daß ich stets eine reichhaltige Auswahl Flaschen-Etiquetten in Gold-, Silber- und farbigem Druck zu möglichst billigen Preisen vorräthig halte.

Dürkheim a. d. Haardt, den 15. Mai 1852.

J. Rheinberger.

*) Aus Europa nach Texas zurück.

Neue
Speyerer Zeitung.

Freitag **Nro. 128** **den 28. Mai 1852.**

Deutschland.

* **Die baierische Staatsverfassung und das Concordat.** (Fortsetzung.) Angesichts des Thatverhalts, wie er sich aus dem Inhalte und der Zusammenstellung dieser für die richtige Beurtheilung der Sache untrennbaren Actenstücke ergibt, ist alle Beweisführung überflüssig, daß durch jenes Publicandum vom 15. Sept. 1821 gegenüber der Verfassung und dem II Edicte dem römischen Hofe und den Bischofen keine Concession gemacht und kein Eidesvorbehalt gestattet worden sei, vielmehr muß man sich höchlich verwundern, daß die Herren Bischöfe dieses Thatverhältniß übersehen oder so einseitig aufgreifen konnten. Eben so ergibt sich aus dem Hergange und dem Inhalte der angeführten Erklärungen, wie aus dem Wortlaute der Constitution und der constitutionellen Edicte selbst, als volle Wahrheit, daß die Verfassung und das II. Edict die katholische Kirche nicht beeinträchtigen, und daß der darauf zu leistende Eid das Gewissen der Katholiken nicht verletze, da sich deren Bestimmungen lediglich auf die äussern Rechtsverhältniße der Kirchengesellschaften beziehe. Wäre dem nicht so, dann dürften ja die Bischöfe in der Reichsrathskammer, und die katholischen, besonders die geistlichen Mitglieder der Kammer der Abgeordneten, den Verfassungseid nicht ohne Vorbehalt ablegen. Ein solcher Vorbehalt ist aber niemals gemacht worden, wie er denn auch in jenem königl. Rescripte vom 15. Sept. 1821 nicht gewährt sein kann. Denn abgesehen davon, daß jenes Publikandum vom 15. Sept. 1821 nicht einmal von einem verantwortlichen Minister unterzeichnet ist, also an dem förmlichen Mangel der Vollziehbarkeit leidet, können die Verfassung und ihre einzelnen Bestimmungen nur auf verfassungsmäßigem Wege, nämlich durch Uebereinstimmung der drei Factoren der Gesetzgebung und unter Beobachtung der verfassungsmäßigen Formen, keineswegs aber einseitig von einem derselben — hier von der Krone — abgeändert werden. Und dieser verfassungsmäßige Grundsatz ist als ausdrückliche Verfassungsbestimmung mitbeschworen durch den Verfassungseid, gleich den übrigen Bestimmungen derselben. Es bleibt also unwidersprechlich, daß für die Bischöfe keine Concession gegen die Verfassung von Seiten der Krone, wie kein Vorbehalt dagegen von ihrer Seite rechtsgiltig besteht und bestehen kann, und daß die Einrede eines darauf gegründeten Protestes, wie verfassungswidrig, so null und nichtig ist. Wer nun dennoch, diesem Fundamentaldogma der Verfassung zum Trotze, auf dem Standpuncte des Protestes und der Exception bleibt, stellt sich als eine fremde Macht außer oder über das Gebiet des Staatsrechts überhaupt, und insbesondere des deutschen Staatsrechts, er steht auf dem Standpuncte des römischen Hofes, der gegen die Bestimmungen des Westphälischen Friedens und des Wiener Congresses Protest einlegte und fortsetzt, und sein Widerspruch gegen die baierische Staatsverfassung hat eben so viel rechtliche Giltigkeit und Folge, als der Protest des Papstes gegen den Westphälischen Frieden und die Wiener Congreßbeschlüsse, nämlich gar keine.

Wir sind also, wie gesagt, der ministeriellen Weisung gegenüber, umgekehrt der Ansicht und der, wie wir glauben, wohlbegründeten Ueberzeugung, daß anscheinende Widersprüche zwischen der Verfassungsurkunde, beziehungsweise dem II. Edict und dem Concordat, nur im Sinne der Verfassungsurkunde und des II. Edicts gelöst werden sollen. Wir könnten diese Ansicht schon dadurch genugsam unterstützen, daß wir hinweisen auf die Maßlosigkeit des Art. 1 des Concordats, welcher bestimmt, „die römisch-katholische Religion solle in Baiern unversehrt mit jenen Rechten und Prärogativen erhalten werden, welche sie nach göttlicher Anordnung und den canonischen Satzungen zu genießen hat." Nun gibt es in Baiern unter den verfassungsmäßig anerkannten christlichen Confessionen keine Prärogative (Vorrechte),*) und wenn man Diejenigen, welche den römischen Stuhl oder den Episcopat allein zur Entscheidung hierüber berechtigt erklären, fragen wollte, was unter den „Rechten und Prärogativen nach göttlicher Anordnung und den canonischen Satzungen" zu verstehen sei, so würde man eine Antwort erhalten, nach welcher eine Verfassung und eine Staatsgewalt kaum bestehen könnte, sofern sie nicht ihre ganze Geltung als Lehen von der Hierarchie nähme und sich nicht zum unbedingten Vollzugswerkzeuge hierarchischer Oberherrschaft machte. Ja diese Antwort ist bereits ohne Anfrage gegeben und, wie uns scheint, der Beweis geliefert eben durch die Denkschrift der Bischöfe vom 2. Nov. 1850, die sich in ihren Forderungen eben so ungemessene Grenzen setzt, als der Art. 1 des Concordats, wenn ihm keine anderweitige Schranke entgegenstünde, von unabsehbarer Tragweite sein würde. Seine Schranke aber, und überhaupt der Schlüssel für den Sinn und die Geltung aller Bestimmungen des Concordats, liegt im §. 9 Tit. IV der Verfassungsurkunde und im II. Edicte als dessen Ausfluß.

Unsere Behauptung, die wir nach der bisherigen Erörterung für unumstößlich halten, findet endlich noch eine beachtenswerthe Stütze in dem eben angedeuteten Verhältniße, nämlich in dem Verhältniße, in welchem das Concordat und das Edict über die innern kirchlichen Angelegenheiten der protestantischen Gesammtgemeinde in dem Königreiche zu der Verfassung und zu deren II. Beilage stehen. Die Beilagen zur Verfassungsurkunde erscheinen, wie diese selbst, sowol nach ihrem Charakter und ausdrücklichen Inhalte, als nach den in den angeführten Actenstücken enthaltenen Bezeichnungen als Staatsgrundgesetze, während das Concordat und das besondere Edict für die innern Angelegenheiten der protestantischen Kirche nur als Staatsgesetze bezeichnet werden. Das Edict über die äußern Rechtsverhältniße in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften ist als II. Beilage zu Tit. IV §. 9 der Verfassungsurkunde des Reichs überschrieben und im gedachten §. 9 darauf, als auf die weitern grundgesetzlichen Bestimmungen in Beziehung auf Religion und Kirchengesellschaften verwiesen. Das Concordat dagegen und das Edict über die innern kirchlichen Angelegenheiten der protestantischen Gesammtgemeinde sind lediglich als „Anhänge zu dem 103. §. des Edictes über die äußern Rechtsverhältniße der Einwohner des Königreichs Baiern, in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften, in der Beilage II zu dem Tit. IV §. 9 der Verfassungsurkunde des Königreichs" überschrieben

*) Vorrechte konnte die baier. Regierung einer einzelnen Concession im Jahre 1817, bei Abschluß des Concordats, schon aus dem Grunde nicht mehr zugestehen, weil sie — abgesehen von ältern Verträgen, — sich neuerdings 1815 durch die Bundesacte verpflichtet hatte, keinen Unterschied zwischen den verschiedenen christlichen Religionsparteien zu machen. D. Red.

ben. Nun gilt doch offenbar die Regel, daß das Staatsgrundgesetz über dem Staatsgesetz und nicht umgekehrt dieses über jenem stehe, und eben so, daß den „Anhängen" zur II. Verfassungsbeilage die Grenze ihrer Anwendung durch die Grundbestimmungen der letztern gegeben, und nicht umgekehrt durch einen der Anhänge die Verfassungsbeilage selbst einseitig beschränkt oder aufgehoben werden könne. Aus allem diesem ergibt sich mit unumstößlicher Nothwendigkeit, daß das Concordat, wie das besondere Edict für die protestantische Kirche, Sinn und Bedeutung aus der Constitution und den constitutionellen Edicten empfange, daß dessen Bestimmungen nur bis zu jener Grenze Geltung haben können, welche ihnen durch §. 9 Tit. IV der Verfassungsurkunde und die hierauf beruhende II Verfassungsbeilage gesetzt ist.

Das katholische Volk, so ferne es nicht verdummt und fanatisirt wird, hat an der Sache in Wirklichkeit gar kein, ja vielmehr das gegentheilige Interesse. Denn es dürfte wohl von allen Concordaten, deren Geschichte nur eine Geschichte des Unheils und der Entzweiungen ist, es dürfte von allen Concordaten gelten, was ein berühmter geistlicher Schriftsteller von dem berüchtigten Concordate zwischen Franz I. und Leo X. sagt, — „daß König und Papst einander von den wichtigsten Rechten, die einem Dritten (der Kirche) gehörten, Abtretungen machten." Es handelt sich bei dem ganzen Streite nicht davon, daß nur ein einziges Recht dem katholischen Volke zurückgegeben werden solle, nicht von einer Erleichterung desselben in Beziehung auf Leistungen und Gebühren, nicht von einem wirklichen Bedürfnisse der Religionsübung, für welches allein der Clerus berufen ist. Das katholische Volk übt in kindlicher Einfalt seine Religion nach dem Grade der Erleuchtung und Bildung, die ihm seine Priester gegeben, Niemand hindert es daran, es sieht überall offene Kirchen, es gehorcht, es betet, singt, feiert Feste, auch vermißt es durchaus Nichts in Beziehung auf Lasten, Pflichten, Auferlegungen, Geboten 2c. von Seiten der Geistlichkeit. Wäre Etwas auszusetzen, so möchte es eher ein zu viel als ein zu wenig sein, und eine Erweiterung der geistlichen Befugniße möchte sogar auch noch das zu viel erweitern.

Die Regierungen selbst dürfen die historische Thatsache nicht vergessen, daß die mit dem römischen Hofe abgeschlossenen Concordate von letzterm immer mit Clauseln und Vorbehalten begleitet, zu seinen Gunsten gedeutet, und wenn die Zeit günstig schien, oft gar nicht gehalten wurden, und daß beständig die Maxime vorwaltete, welche Calixt III in einem Schreiben an den Kaiser 1457 ganz rückhaltlos ausgesprochen hat: „die päpstliche Gewalt könne durch Verträge nicht beschränkt werden, mithin sei es blose Großmuth, wenn er sich durch Concordate binden lasse."

Die vom Staatsministerium gegebene Weisung, daß die „mehrdeutigen und zweifelhaften Bestimmungen" des II Edicts zu Gunsten des Concordats ausgelegt werden sollen, scheint uns auch an sich schon, und abgesehen von der hier gegebenen Darstellung und Entwicklung, bezüglich des Rechtspunctes höchst bedenklich. Die Staatsgewalt kann sich ihrer Rechte und Befugniße niemals entäußern, am allerwenigsten aber kann dies geschehen in Beziehung auf Verfassungsbestimmungen, welche der Gesammtheit garantirt sind. Sie können nicht durch Contracte mit einer außerstaatlichen Gewalt oder durch Einräumungen an eine solche, sondern lediglich auf dem Wege der authentischen Interpretation rechtsgiltig in ihrer Grenze bezeichnet werden. Hiezu kommt noch, daß ein nachfolgendes Ministerium eben so gut, und wir sind überzeugt, mit besserm Rechte, ja nach der vorausgegebenen Entwicklung vom allein richtigen verfassungsmäßigen Standpuncte aus, erklären kann, daß die auftauchenden Widersprüche zwischen der Verfassungsurkunde, beziehungsweise dem II. Edicte und dem Concordate, allzeit im ausschließendsten Sinne der erstern gelöst werden sollen.

Durch die von dem Ministerium gegebene Directive über die Auslegung des Concordats gegenüber dem II. Edicte ist auch keineswegs der Streit beseitigt, vielmehr eine unerschöpfliche Quelle der Zwistigkeiten eröffnet. Abgesehen davon, daß die Ansichten über Widerspruch zwischen den Bestimmungen des Concordates und jenen des II. Edictes, über „Mehrdeutigkeit" und „Zweifelhaftigkeit" der letztern sehr subjectiver Natur sind, haben die Bischöfe nicht eine Ausgleichung angeblich widersprechender Verfassungsgesetze, sondern geradehin die Aufhebung des §. 9, Tit. IV der Verf.-Urk. verlangt, welcher jedem Einwohner des Reichs vollkommene Gewissensfreiheit zusichert, den bestehenden drei christlichen Kirchengesellschaften gleiche bürgerliche und politische Rechte einräumt, das oberhoheitliche Schutz- und Aufsichtsrecht und das königliche Placet feststellt, und die Kirchen und Geistlichen in ihren bürgerlichen Handlungen und Beziehungen den Gesetzen des Staates, den weltlichen Gerichten und den öffentlichen Staatslasten unterwirft. Sie haben verlangt, daß aufgehoben werde im II Edict der §. 6, welcher die selbsteigene Wahl des Glaubensbekenntnißes, also die Zuläßigkeit des Uebertritts in eine andere Kirche vom Unterscheidungsalter, beziehungsweise der gesetzlichen Volljährigkeit abhängig macht, und dadurch der Proselytenjagd auf Unmündige einiger Maßen Einhalt thut; — sie haben verlangt, daß aufgehoben werden die §§. 52, 53, 54, welche den Genossen einer Kirchengesellschaft gegen Mißbrauch der geistlichen Gewalt den landesfürstliche Schutz zusichern; — ferner die §§. 57, 58, 59, 60, 61, welche die Oberaufsicht der Staatsgewalt über kirchliche Versammlungen, die Abhängigkeit kirchlicher Gesetze und Anordnungen von deren Genehmigung aussprechen, die Einführung geistlicher Gerichte von der königlichen Bestätigung abhängig machen, und den Landesstellen Wachsamkeit empfehlen, daß Niemand von geistlichen Stellen mit gesetzwidrigen Gebühren beschwert werde; — sie wollen beseitigt wissen die §§. 64 l. g, 76, 77, 78, 79, welche die Bestimmungen über die Zulassung von Kirchenpfründen der Staatsgewalt zueignen, die Anordnungen über den äußern Gottesdienst, die Errichtung von geistlichen Gesellschaften, die organischen Bestimmungen über geistliche Bildungs-, Verpflegs- und Strafanstalten, außerordentliche Kirchenfeierlichkeiten, besonders an Werktagen, der Genehmigung und Mitwirkung der Staatsgewalt unterstellen. Sie haben also verlangt die gänzliche Beseitigung der in diesen §§. enthaltenen Rechte und Befugniße der Staatsgewalt und ihres Schutzes für den Staatsbürger, — und für sich haben sie verlangt die völlig unbeschränkte Vollgewalt über die Personen und das Eigenthum der Kirche, über Pfarr- und Kirchengemeinden, über Pfründen und Klöster, ein entscheidendes Aufsichts- und Mitverwaltungsrecht über die Volksschulen und die Privatunterrichtsanstalten, über die Gymnasien, Lyceen, Universitäten und alle Bildungsanstalten; sie haben die Vollgewalt oder das Mitregierungsrecht verlangt über Alles, was sie mit ihrer Amtssphäre, wie sie dieselbe bezeichnen, irgendwie erreichen können. Und zur Ausübung dieser Vollgewalt fordern sie nicht nur die Anerkennung der Berechtigung, sondern auch die Vollstreckungshilfe von Seiten der Staatsgewalt. Sie fordern nicht nur den der Kirchengewalt durch §. 51 des II. Edicts verbürgten Schutz, sondern auch „die Mitwirkung des weltlichen Arms zur Ausführung ihrer Verfügungen." Dabei erklären sie ausdrücklich, „daß der Papst, die Bischöfe und die gesammte katholische Kirche Baierns die II Verfassungsbeilage, insoferne sie in directem Widerspruche mit dem Concordate ist, niemals anerkannt haben oder anerkennen werden." Was hat demnach das Staatsministerium mit seinen Gewährungen erreicht? Gar Nichts — den ungemessenen Forderungen gegenüber, als daß diese wahrscheinlich noch unbeugsamer und nachdrücklicher geltend geltend gemacht werden, wie bereits in ultramontanen Tagblättern angedeutet ist, — gar Nichts, als die Fortsetzung der offen ausgesprochenen Widersetzlichkeit gegen die Staatsverfassung und gegen die derselben gemäß regierende Staatsgewalt, und zugleich die Aussicht, daß

Digitized by Google

(wenn nicht von dieser Seite ein ganz undenkbarer Schritt zurück gethan wird) der katholische Klerus die Rechtswidrigkeit und Ungiltigkeit der betreffenden Verfassungsbestimmungen dem katholischen Volke als Gewissensüberzeugung Kraft seines Lehr- und Seelsorgeramtes einprägen würde. Fürwahr eine üble Frucht der Nachgiebigkeit, und ernst genug, wenn man erwägt, daß diese Auffassung von Denen verkündet wird, die im Namen Gottes reden, und wenn man annimmt, daß sie geglaubt wird und practische Folgen haben kann. Die Staatsverfassung und die Staatsgewalt wären unter dieser Voraussetzung in ihren tiefsten Fundamenten untergraben. (Schluß f.)

• **Zollwesen.** Preußen hat also eine freundliche Note an Oesterreich gesendet; Preußen will sich mit Oesterreich verständigen; es will mit demselben in Unterhandlung treten, sobald (zuvor) der Fortbestand des Zollvereins gesichert ist.

Wohin führt uns die Politik, welche man in den s. g. Mittelstaaten in dieser Beziehung befolgt? Nirgends anders als dahin, daß sich Preußen und Oesterreich auf unsere Kosten verständigen werden.

Die Sache steht so: Entweder hört der Zollverein ganz auf, — dann haben wir die oft besprochenen Nachtheile. — Oder er wird erneuert, — dann bleibt Preußen die Hegemonie, und alle Versuche dagegen waren vergeblich; sie haben uns aber die Nachtheile gebracht, Preußen erbittert, und während langer Zeit die Geschäfte durch die Ungewißheit und Unsicherheit des jetzigen Zustandes, gestört zu haben.

Hierauf aber wird sodann ein Handelsvertrag mit Oesterreich abgeschlossen. Die Grundlagen derartiger Verträge sind die 1850 zu Dresden angenommenen Bestimmungen. Kommen wir dann mit Industrie- oder Kunsterzeugnißen, welche etwa einen nennenswerthen Absatz im Kaiserreiche finden könnten, an dessen Grenze, so — finden wir die Mauthlinie gegen uns forterhalten. Dagegen soll, nach jenen Dresdener Stipulationen, für die Landesproducte freier Verkehr bestehen. Demzufolge wird — um nur Eines anzuführen — für den österreichischen und ungarischen Wein das ganze Zollvereinsgebiet eröffnet, nur mit der Beschränkung, daß Preußen seine Weinproducenten vermittelst der „Ausgleichungssteuer" schützt.

Und um solche Resultate herbeizuführen kämpft man? Um solche Resultate herbeizuführen stellte man die Fortdauer des Zollvereins in Frage? Haben denn nicht gerade wir das allergrößte Interesse, — ein weit größeres Interesse als Preußen selbst — das directe Gegentheil von dem zu thun, was heute geschieht? ein Interesse, an dem Grundsatze festzuhalten: kein Handelsvertrag mit Oesterreich auf der bezeichneten Grundlage?! Wir wehren uns also geradezu, damit unsern Weinen ꝛc. die Concurrenz der österreichischen Producte eröffnet werde! In England wäre eine Politik wie die der deutschen Mittelstaaten in der Zollfrage, von vorn herein geradezu eine Unmöglichkeit. —

München, den 24. Mai. Heute ist der Erzbischof Graf v. Reisach von hier nach Rom abgereist. (Von wegen der bischöflichen Denkschrift?) (Volksb.)

Heute früh gerieth der Hofer Eilzug vor Bamberg aus den Schienen. Bei diesem Unfall verunglückten zwei Bedienstete.

In Dinkelsbühl besteht schon seit einiger Zeit eine religiöse Secte, die „Thenhardtisten" (so genannt von ihrem Stifter Thenhardt), deren Friedensgrundsätze sich beim Ausrücken der Landwehr zum Exerciren am 16. d. auf glänzende Weise manifestirten. Ein landwehrpflichtiger Jünger Thenhardt's blieb vom Exerciren weg, und statt sich zu entschuldigen, schickte er die schriftliche Erklärung: „Da es den Geboten Gottes zuwider ist, und um meinen Grundsätzen getreu zu bleiben, werde ich nie mehr eine tödtliche Waffe tragen."

Nürnberg, den 24. Mai. Das Kreis- und Stadtgericht Aschaffenburg hat die Unterdrückung der Druckschrift: „Christus und die Erlösung" ausgesprochen, weil darin Angriffe auf Religion, Regierungsform und Eigenthum gemacht sind und sogar Aufforderung zu staatsverrätherischem Umsturze vorkommen soll.

Mannheim, den 25. Mai. Heute Morgen, vor 8 Uhr, endete der Raubmörder Martin Börschinger von Großsachsen sein junges Leben (er war 27 Jahre alt) durch das Schwert des Scharfrichters von Ladenburg auf dem Schaffot. Ein sicherer Schwertschlag trennte den Kopf vom Rumpfe.

Hannover, den 23. Mai. Das Budget stellt wieder ein Deficit von 443,000 Thlr. in Aussicht.

Köln. Die Kölnische Ztg. enthält folgendes Inserat: An die Redaction der Augsburger „Allgemeinen Zeitung." Paris, Rue Gaillou 6, am 18. Mai 1852. Herr Redacteur! Ich habe in der Augsburger „Allg. Ztg." schon manche Auszüge aus dem Werke des Generals Görgey gelesen, insbesondere diejenigen, welche eines Gespräches mit Hrn. Kossuth am 10. August 1849 in Arad erwähnen, wo er diesen als Miverbrecher seiner schaamlosen Waffenstreckung bei Vilagos angeben will, und auch den Auszug, der die Begebenheiten zwischen General Görgey und mir in Tissa-Füred am 3. März 1849 betrifft. Was das Gespräch mit Hrn. Kossuth angeht, so kann ich nicht wissen, ob es die reine Wahrheit enthält; aber mit gutem Gewissen und die Hand voller Beweise kann ich Ihnen und Ihren Lesern versichern, daß die ganze Erzählung des Hrn. Görgey in Betreff dessen, was mich angeht, lauter Lüge, schlaue, aber doch stupide Lüge enthält. Meine Memoiren sind seit zwei Jahren fertig, und wenn sie erscheinen, so wird sich ein jeder, der auch nur die mindeste Kenntniß von der Kriegskunst hat, überzeugen können, daß ich die Sache sowol in den Kriegsoperationen als auch in der Beischaffung der Lebensmittel, gut besorgt und geleitet habe, und jeder Mann, der höhere Begriffe vom großen Kriege hat, wird daraus ersehen können, daß nur die Meuterei des Generals Görgey die österreichische Armee vor einer gänzlichen Niederlage gerettet hat, einer Niederlage, die noch im März Statt gehabt hätte, so daß die russische Intervention unmöglich geworden wäre und diese letztere Macht selbst sich in einer höchst gefährlichen defensiven Stellung hätte halten müssen. Einen Vorwurf kann man mir freilich mit Recht machen, und dieser ist der, daß ich den General Görgey nicht vor das Kriegsgericht gestellt habe. Es wurde zu weitläufig sein, hier zu sagen, warum ich es nicht gethan; aber das kann ich auch heute noch behaupten, daß die edelsten Gefühle mich zu diesem Fehler, zu dieser Schwäche, wenn Sie wollen verleitet haben. Ich verbleibe ꝛc. Heinrich Dembinski, General.

Berlin. Am 21. Mai fand im weißen Saal des k. Schlosses in Berlin zu Ehren des Kaisers von Rußland ein Festessen statt. Während der Tafel erhob sich der König, forderte die Gäste auf, die Gläser bis zum Rande zu füllen und sprach mit erhobener Stimme: „In meinem und meines Heeres Namen und im Namen aller treuen Preußen-Herzen bringe ich die Gesundheit aus Seiner kaiserlichen Majestät von Rußland. Gott erhalte ihn dem Welttheile, den Gott ihm zum Erbtheile gegeben, und dieser Zeit, der er unentbehrlich ist." Der Kaiser antwortete: „Dieu conserve Votre Majesté" (Gott erhalte Eure Majestät) und erhob sich später noch einmal mit den Worten: „Ich trinke auf das Wohl des Königs von Preußen und seiner vortrefflichen Armee."

Berlin, den 25. Mai. In London wurde zwischen den Großmächten ein Protokoll, die Schweizer Angelegenheiten betreffend, unterzeichnet. Hierbei wurden Preußens Rechte, den Kanton Neuenburg betreffend, anerkannt.

Frankreich.

Paris, den 22. Mai. Es erregt Aufsehen, daß der Deputirte Bavoux, ein alter Elyseer, im „Pays," wo er noch vor wenigen Tagen eine enthusiastische Lob-

preisung der Verdienste L. Napoleon's veröffentlichte, als ob er hätte beweisen wollen, daß er nicht zur Parteiopposition gehörte, auf einmal eine Kriegsfanfare gegen das Budget anstimmt. Er rechnet heraus, daß Ende 1853 den Voranschlägen zufolge die Summe aller Deficits (die von 1852 und 1853 einbegriffen) 728 Millionen betragen werde, und verlangt bei dieser allerdings wenig tröstlichen Sachlage, eine Verminderung des Effectivbestandes der Armeen und Abzüge am Marine-Budget.

In dem Budget für 1853 sind die Kosten für das diplomatische Personal, welche voriges Jahr 3,747,000 Fr. betrugen, zu 4,734,000 Fr. angesetzt, weil die Gehälter der meisten Gesandten ansehnlich erhöht werden sollen, obgleich sie immer noch geringer sein werden, als 1847. Auch das Einkommen der Geistlichkeit ist für 1853, namentlich für die Prälaten, bedeutend höher angesetzt, so daß das Budget für den Cultus um 3 Millionen jenes von 1851 übersteigen wird; 14 Erzbischöfe sollen 20,000 Fr. statt 15,000, und 65 Bischöfe 12,000 Fr. statt 10,000 beziehen.

Die Legitimisten sind uneinig. Ein Theil von ihnen leistet den Eid, der andere verweigert ihn.

Es droht nunmehr ein ernster Conflict mit der Türkei. Man will nämlich in dem Verhalten der türkischen Regierung in Betreff der heil. Grabfrage Veranlassung zu lebhaften Beschwerden, das Gerücht setzt hinzu, zum Einschreiten, gefunden haben.

Die 22 Bataillone der pariser Nationalgarde (nicht die des ganzen Seinedepartements) zählen nach offeciellen Quellen nur 17,000 Mann.

Die konservativen Berichte sagen: „Die Politik ruht; aber es ist eine Windstille, bei der Einem nicht recht geheuer wird. Das seit dem Manifest des Grafen Chambord bemerkbare entschiedene und fast herausfordernde Auftreten der Legitimisten, die sich immer mehrenden Eidesverweigerungen, wovon einige mit mehr oder minder energischen Protestationen begleitet sind, die Reise des Kaisers von Rußland, welche hier auf's aufmerksamste verfolgt wird, die geheimnißvolle Mission des Barons v. Heeckeren nach Wien und Berlin während der Reise des Kaisers, die verdoppelte Strenge, mit der die Presse überwacht wird, das Verstummen der imperialistischen Fanfaren in den elysee'schen Blättern, dieß Alles hat eine gewisse Schwüle in der politischen Atmosphäre erzeugt, die bereits auch schon in die Börse, wo die Rente zu kränkeln anfängt und das Goldagio steigt, gedrungen ist." — In der Budgetcommission hat Montalembert durch eine haarscharfe Kritik der Dotation und sämmtlicher Emolumente des Präsidenten, so wie durch den Antrag, daneben im Budgetbericht die Civilliste Louis Philipps aufzuführen, einen panischen Schrecken erregt: dem Antrage trat nur der legitimistische Herzog von Uséz bei. — Die „Friedensrichtereien", diese „Orleanistennester", sollen durch neue zahlreiche Entlassungen gesäubert werden.

Großbritanien.

London, den 22. Mai. Die Interpellation des Lords Palmerston in Betreff der spanischen Verfassungsverhältniße blieb ohne wesentliches Ergebniß. Doch erklärte der Schatzkanzler: „Wenn Versuche zur Störung des jetzigen Regierungssystems in Spanien von irgend wem gemacht werden sollten, so würden die am Throne dieses Landes Interessirten gut daran thun, sich an die Umstände, unter denen die jetzige Dynastie den Thron einnahm, zu erinnern. Sollte das alte Regierungssystem wieder hergestellt werden, dann könnte die Frage auftauchen: Warum nicht auch die alte Dynastie wieder einsetzen."

Türkei.

Der „Courrier de Marseille" hat einen Brief aus **Bagdad** vom 9. April erhalten, wonach die ganze Provinz im Aufstand, und die türkische Autorität nur noch in den festen Plätzen Herr ist. Die Araber sind Herren des Landes von Mossul bis an den persischen Meerbusen, die Briefpost kann nur noch mit Bedeckung von 100 bis 200 Mann Cavallerie besorgt werden, die Verbindungen sind fast sämmtlich abgeschnitten.

Neueste Nachrichten.

Karlsruhe, den 25. Mai. Der Bischof Räß von Straßburg war hier und hatte eine Audienz bei dem Regenten. Man vermuthet, derselbe versuche eine Vermittlung in dem Conflicte mit dem Erzbischofe. — Zu Freiburg sah man am verwichenen Mittwoch, Nachmittags 4 Uhr, sieben Regenbogen über einander geschichtet.

Frankfurt, den 26. Mai. Das neue österreichische Anlehen findet in Berlin beinahe keine Betheiligung. Zu London hat die Nachricht davon einen ungünstigen Eindruck auf die meisten Course hervorgebracht.

Der Kurfurst von Hessen hat an die Frankfurter Behörden das Ansuchen gerichtet, das von seinem Vater mit einem Aufwande von mehr als 100,000 fl. erbaute Mausoleum auf dem Frankfurter Friedhofe abbrechen zu dürfen, um es in Kassel wieder aufzurichten.

Freiburg (Schweiz), 22. Mai, Abends. Alles ist gespannt auf den morgigen Tag. Die Stadt hat ein belebtes Aussehen wegen des überall sichtbaren Militärs, welches von der Regierung einberufen mit den Bürgergarden die Stadt bewachen und vor einem allfälligen Handstreiche der Versammlung von Posieur schützen soll. Man sagt, es sei von den Führern der Bewegung ein zweites und zwar in Bern gedrucktes Programm vertheilt worden, welches in viel gereizterem Tone und in Ausdrücken spreche, welche die Regierung zur Vornahme von Verhaftungen bewogen haben. Sicher ist, daß Charles, Engler und mehrere Andere abgeführt worden sind, während andere Führer der conservativen Partei den Kanton verlassen haben, so Surbeck, gew. Commandant des Sonderbündlerlandsturmes, ein von Dießbach, Engelhard von Murten, Großrieder und noch Andere. Man ist begierig, zu sehen, wer die morgige Versammlung leiten wird, da die Chefs im Schatten sitzen, denn auch v. d. Weid, der gegenwärtig in Bern sein soll, wird verhaftet werden, sobald er den Kanton wieder betritt.

— den 24. Mai, Morgens 8 Uhr. Die eidgenössischen Kommissäre sind vom Bundesrath bewilligt worden, und der eine, Hr. Oberst Kurz (der bekannte schwarze Münsinger Agitator), ist in dieser Nacht angelangt. Der andere, Hr. Staatsrath Delarageaz von Waadt, soll heute noch ankommen. Was dieselben hier thun sollen, weiß man nicht, da die öffentliche Ruhe noch nicht gestört und nichts zu vermitteln ist. Die Stadt hat ein ruhiges Aussehen; man sieht einzelne Zuzüger der Volksversammlung passiren; das Militär hat seine gewöhnlichen Exerzitien und die Bürgerwache versammelt sich. Weiteres ist nicht bemerkbar. — So eben sagt man, daß ein Waffentransport durch die Polizei abgefaßt worden sei. Es scheint, die Sache sei mehr als eine Volksversammlung, allein mit Entschlossenheit und Muth sieht die Regierung den Ereignissen entgegen, welcher Art sie auch sein mögen. (Schweizer National-Zeitung.)

Paris, den 25. Mai. Gestern berieth der Staatsrath, in Gegenwart des Prinz-Präsidenten, den Entwurf des Unterrichtsgesetzes. Einem Gerüchte zufolge, wäre eine nicht unbedeutende Opposition laut geworden.

Miscellen.

Der Gouverneur von Brabant macht bekannt, daß der 12jährige Sohn des belgischen Generalconsuls zu Bern, Hrn. von Grenus von Stürler, am 2. Mai entführt worden, ohne daß man wußte, wo die Räuber den Knaben hingebracht. Er wurde in einem mit Postpferden bespannten Wagen davon geführt, in welchem ein ältlicher Herr und eine Dame in mittleren Jahren saßen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1035] Bei meiner Abreise von Leimersheim sage ich dessen Bewohnern nochmals ein herzliches Lebewohl.
F. Martin.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 129 | den 29. Mai 1852.

Deutschland.

• Die baierische Staatsverfassung und das Concordat. (Beschluß.) Was die einzelnen Puncte der ministeriellen Gewährungen an den Episcopat betrifft, so kommt Alles darauf an, wie sie verstanden werden. Sie können viel und wenig oder gar Nichts enthalten, je nachdem man den Sinn der betreffenden Bestimmungen auf der Basis des II. Edictes auffaßt. Sie können ein bloses diplomatisches Compliment sein, um den Bischöfen Gelegenheit zu geben, sich ohne Widerruf von ihren allzukühnen Forderungen zurückzuziehen, nachdem sie doch Etwas erlangt zu haben scheinen. Die weiter folgenden Thathandlungen werden darüber Aufschluß geben.

Das königliche Placet ist nicht aufgehoben, sondern lediglich bis auf weiteres im voraus ertheilt, jedoch nur für Jubiläums- und Ablaßverkündigungen und Fastenpatente. Man kann, wenn man dies im günstigsten Lichte betrachten will, sagen, daß die Regierung hiebei auf Seiten der Ablaß-, Jubiläums- und Fastenpatentverkündigungen das Beste voraussetze, und nicht durch das Placet in den einzelnen Fällen für den jeweiligen Inhalt und Zweck solcher Kundgebungen, die oft sehr politischer und finanzieller Natur sind, verantwortlich erscheine. Allein von diesem Gesichtspuncte aus wäre es für die Staatsregierung fast besser, wenn gar kein Placet bestünde. So lange es besteht, hat die Regierung nur das Interesse, es auf's Strengste zu handhaben, sofern sie nicht für die Folgen moralisch verantwortlich sein will.

Die Wahl der Landdekane soll nicht der königl. Bestätigung vorbehalten, dagegen die Capitularen in ihrem hergebrachten Wahlrechte geschützt sein. Das Geschenk hätte den Bischöfen wohl mehr zugesagt, wenn die Staatsregierung verfügt hätte, daß ihnen künftig die Befugniß zustehen solle, motu proprio und nach freiem Ermessen die Decane den Capiteln zu octroyiren. Indessen ist es auch mit der Ausübung dieses Wahlrechtes ohne Mitwirkung der Regierung eine eigene Sache, so unerheblich die ganze Institution, an sich genommen, sein mag. Wie denn, wenn sich in dem ergehenden Wahlausschreiben der Diöcesanbischof die Entscheidung, ob der Gewählte auch würdig und fähig sei, und nach Befund die Bestätigung vorbehält? Wir haben von solchen Fällen gehört, ohne daß die Pfarrer den Muth gehabt hätten, ihr unbedingtes Wahlrecht zu wahren. Ist dem so, nun so kann man die Wahl so oft wiederholen lassen, bis sie jenen trifft, der als der Fähige und Würdige genehm ist. Wir unserer Seits sprechen jedoch hier nur von Möglichkeiten, wie sie überhaupt bei derlei Gesetzanwendungen vielfach vorzukommen pflegen.

Eine Sache von höchster Wichtigkeit ist das Recht der Verleihung der Pfarrpfründen und die geistliche Gerichtsbarkeit. In erster Hinsicht hat, wie uns scheint, der ministerielle Erlaß die Rechte und Befugnisse der Staatsgewalt genugsam gewahrt, indem in derselben in allen Fällen die Bestätigung der von den bischöflichen Patronen Präsentirten, und die unbedingt freie Ausübung des ihr selbst zustehenden Präsentationsrechts, so wie bei jeder Pfarreinweisung die Verleihung der Temporalien vorbehalten ist, während die bischöfliche Denkschrift den Grundsatz vorhält: „Amt und Bezug gehen von der Kirche aus." Die Staatsregierung scheint deßfalls auf dem historisch und canonisch richtigen Standpuncte zu stehen, wornach der Pfarrer nicht jure delegato (kraft Uebertragsrechts), sondern eben so jure proprio (kraft eigenen Rechts) besteht, wie der Bischof, während die Denkschrift die Pfarrer nur als Stellvertreter im Namen der Bischöfe betrachtet, welche letztere Behauptung in neuerer Zeit die Oberhand gewonnen zu haben scheint. Auch bezüglich der geistlichen Gerichtsbarkeit ist das gegen Mißbrauch der geistlichen Gewalt verfassungsmäßige Recursrecht an die Staatsgewalt dem Ansinnen der Bischöfe auf Beseitigung desselben entgegengehalten. Uebrigens ist uns nicht ganz klar, welche Grenze im Hinblick auf die §§. 38 und 60 des II. Edictes die Staatsgewalt sich setzt, indem das Staatsministerium ausspricht: „Erkenntniße der geistlichen Gerichte bedürfen der königl. Bestätigung nicht," — und was streng genommen unter den „staatsbürgerlichen Beziehungen und bürgerlichen Rechtsverhältnißen" zu verstehen sei, auf welche nach §. 71 des II. Edicts jene Erkenntniße ohne Einwilligung der Staatsgewalt keinen Einfluß haben sollen. Daß die geistliche Gewalt deßfalls keine Grenzen anerkennt, wenn nicht etwa die, daß der von ihr seines Amtes Entsetzte das staatsbürgerliche Recht behält, nicht zur Leibesstrafe gezogen zu werden, weil man zu deren Verhängung die Gewalt nicht hat, oder zu sehen, wie er sich ernähre, ersieht man schon daraus, daß die bischöfliche Denkschrift die baierische Staatsverfassung als nicht gültig erklärt, so weit sie den Bischöfen mit dem Concordate im Widerspruche erscheint. In einem jetzt noch im Stadium des Recurses schwebenden offenkundigen Falle hat die geistliche Oberbehörde auch dem Verfassungsgesetze, welches die Unverantwortlichkeit der Abgeordneten für ihre Reden und Abstimmungen garantirt, vor ihrem Forum die Geltung abgesprochen, sich mithin principiell die Befugniß zugelegt, jeden katholischen Abgeordneten, der gegen ihre Meinung votirt und gesprochen, vor ihrem Gerichte zu discipliniren. Wir wollen nun absehen davon, in welche traurige Lage Diejenigen versetzt werden, die einer solchen gerichtlichen Jurisdiction verfallen. Wir machen nur aufmerksam, welcher Hebel hierin liegt gegenüber der Staatsgewalt. Es kann Zeiten geben, in denen es den jeweiligen Trägern der Staatsgewalt erwünscht sein mag, daß die kirchliche Oberbehörde in diesem Sinne verfährt, um zu erreichen, was auf dem Wege des Rechtsverfahrens nicht zu erreichen ist. Aber es kann auch Zeiten geben, — und die Geschichte ist darin reich an Beispielen, — wo die geistlich-richterliche Gewalt gegen die Regierungen geübt wird. An sogenannten canonischen Gründen und Satzungen wird's nicht fehlen; nach diesen, je nachdem man sie finden will, kann Alles strafbar oder unsträflich erklärt werden. Welche Bedeutung hat dann noch das königl. Patronats- und Bestätigungsrecht oder das Recht der Verleihung der Temporalien? Es kann dies gerade so viel helfen, als wenn man den Degen des Gegners an der Spitze mit der blosen Hand abwehren wollte. Setzen wir, ein Pfarrer erkennt ehrlich, wie es eines jeden Staatsbürgers Pflicht ist, die Giltigkeit der Verfassungsbestimmungen und der Staatsgrundgesetze an, während ihm in Folge des Standpunctes, welchen sich die Bischöfe in der Denkschrift gegeben, eine Weisung zugeht, die im directen Widerspruche mit seiner, den Ansichten der Regierung entsprechenden, Verfassungstreue steht. Das geistliche Gericht ladet ihn vor, da er nicht widerrufen will, und spricht die Sentenz der Suspension und der Absetzung aus wegen unkirchlicher Grundsätze und bewiesenen Ungehorsams. Nun bedürfen die Erkennt-

nisse der geistlichen Gerichte der königl. Bestätigung nicht. Wie schützt nun die Staatsregierung den gerade wegen seiner Treue gegen sie Suspendirten und Abgesetzten? Wie rettet sie ihren eigenen Standpunct? Wie bringt sie die Verfassung zur Geltung? *) Dabei ist zu bedenken, daß die Pfarrgeistlichen Angesichts solcher Thatsachen oder Möglichkeiten allgemein in Schrecken gerathen werden, so ernst und aufrichtig es die meisten mit ihren staatsbürgerlichen Pflichten meinen mögen; daß sie im Schrecken, weit entfernt, ihrer innern Ueberzeugung Worte zu geben, auf jene Seite treten werden, wo sie die nächste Gefahr und den nächsten Schutz erblicken, ja daß in solcher Lage Manche geradehin, um sich bei ihren geistlichen Obern beliebt zu machen, in laute Demonstrationen gegen Verfügungen der Staatsgewalt übergehen werden. Dazu denke man sich die standesmäßige Compactheit, wie in Reih' und Glied, wo keiner ohne Gefahr sich rühren darf, wenn es um solche Dinge sich handelt, die unermüdliche Aufpasserei und frommthuende Dienstwilligkeit Einzelner ꝛc. Man glaube ja nicht, daß wir übertreiben, wir bleiben vielmehr weit hinter der Wirklichkeit, wo sie zu Tage tritt, zurück. Aber wir fragen: welche Mittel gegenüber solchem Vorgehen, wie es doch gewiß eintreten kann, wird eine Regierung zu entfalten im Stande sein, wenn sie nicht streng von vornherein die Verfassung gegen Jeden, wer es auch immer sei, in factischer Geltung erhält? Welche Mittel wird sie haben, wenn einmal die Geistlichkeit in den Anschauungen der bischöflichen Denkschrift sammt und sonders erzogen und gebildet sein wird? welche Mittel, wenn diese Anschauungen durch die Geistlichkeit im Volke Wurzel fassen sollten? Wir wissen auf diese Fragen keine Antwort, als: caveant consules!

Die Missionen — wie Vieles ließe sich darüber sagen? — Ob sie durch auswärtige oder inländische Jesuiten gehalten werden, ist wol einerlei. Sie haben alle die gleiche Richtung und werden im Geiste der bischöflichen Denkschrift wirken, während sie nach den niedergeschlagenen Märzbewegungen als politischer Reactionshebel und als Versuche, die Auf- und Wegoctroyirungen und den siegtrunkenen Absolutismus im Namen der Religion zu weihen, erschienen, — um die Früchte der ganzen Anstrengung dem Interesse jener Macht zuzuwenden, welche in der bischöflichen Denkschrift so offen hervortrit. Die Regierung kann durch Förderung der Missionen weder an moralischer, noch an physischer Kraft gewinnen, und für die Pfarrgeistlichkeit wie für den Bildungsgrad des durch die Pfarrgeistlichkeit pastorirten Volkes wäre es ein höchst trauriges Zeugniß, wenn die Missionen Bedürfniß geworden wären. Aber sie sind es nicht, und bei Allen, welche ihre Zwecke durchschauen, bewirken sie gerade das Gegentheil von dem, was sie beabsichtigen.

Um die Klöster sollte der Staat, woferne er sie dulden will, da es vor ihm kein Gelübde gibt, sich nicht weiter kümmern, als daß er über solche Gemeinschaften, welche eigene, von jeder bürgerlichen und staatlichen Ordnung abschließende, Constitutionen haben, und eine eigene Jurisdiction über Staatsangehörige ausüben, die schärfste Aufsicht führt, damit das Individuum, welches solcher Gemeinschaft sich angeschlossen, jeden Augenblick vor Willkür geschützt, und auf Verlangen seiner vollen bürgerlichen Freiheit zurückgegeben werden könne. Ohnehin würden sich bei einer wahrhaft vernünftigen und christlichen Jugendbildung die Klöster wenig bevölkern, und wären sie nicht da, so würde Niemanden einfallen, in solche Genossenschaften treten zu wollen, wie denn auch den ersten Christen ein solches Bedürfniß unbekannt war. Denn das Institut der Klöster beruht auf keiner Anordnung Christi und der Apostel, auf keinem Dogma der Kirche. Das Urchristenthum kennt keine Klöster, sie entstanden erst 300 Jahre nach Christus.

Die Gewährungen, welche das Staatsministerium dem Episcopate bezüglich des Unterrichts-, Bildungs- und Erziehungswesens zugesagt hat, setzen wir, abgesehen davon, daß dieß nur ein Tröpfchen auf eine glühende Zunge ist, lediglich unter den Gesichtspunct der Stellung, welche der Episcopat in seiner Denkschrift zur baierischen Staatsverfassung genommen hat, indem wir fragen, ob es der Staatsklugheit angemessen, ob es dem Interesse verfassungsmäßiger Zustände förderlich sein könne, einen grundsätzlich ausgesprochenen Einfluß auf solche Anstalten Denjenigen einzuräumen, welche vermöge ihrer in feierlichem Zusammentritte erlassenen und der Publicität übergebenen Denkschrift, als eine der ersten Pflichten erklären müßen, daß die von ihnen als ungiltig erklärten Verfassungsbestimmungen von dem katholischen Volke ebenfalls als ungiltig zu betrachten seien? Was sollen die Zöglinge, was die Lehrer der Unterrichts- und Erziehungsanstalten für das Wahre und im Gewissen Bindende halten — die Verfassungsgesetze und den verfassungsmäßigen Standpunct der Staatsregierung, oder die Erklärung der von derselben Staatsregierung gleichsam als Mitaufseher und Mitverwalter zum Unterrichts- und Erziehungswesen berufenen Bischöfe, daß jene Verfassungsgesetze nur nach Maßgabe der Denkschrift giltig seien? Wem soll gehorcht werden, — der Staatsregierung oder dem Episcopate? Man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen, heißt es in der Denkschrift. Die Bischöfe aber sprechen im Namen Gottes. Die weitern Folgerungen wird Jeder von selbst machen.

An dieser Stelle können wir uns die allgemeine Bemerkung nicht versagen: Ist es der katholischen Geistlichkeit reiner, wirklicher Ernst mit ihrer berufsmäßigen Aufgabe, das Licht zu verbreiten, das Alle erleuchten soll, und ihr eigenes Licht leuchten zu lassen vor den Menschen; ist es ihr um wahrhaftige Bildung und Menschenerziehung zu thun im Geiste des Evangeliums — wahrlich in Baiern fehlt es nicht an einem weiten Felde solcher Wirksamkeit, in Baiern besteht nirgend ein Hinderniß, sie zu entfalten. Wir sind überzeugt, ein Streben und Wirken in diesem Sinne ist unabhängig von Verfassung und Concordat, und berührt beide nicht.

Daß die Staatsregierung das Oberaufsichtsrecht über die Verwaltung des Kirchenvermögens auch ferner sich vorbehält, ist, so lange Staat und Kirche nicht völlig getrennt sind, und die Mittel des Staates von der Kirche in Anspruch genommen werden, sehr wohl gethan; wenn sie aber die Erklärung: „das Eigenthumsrecht der katholischen Kirche an dem Gesammtcultusvermögen war niemals in Zweifel gezogen," in dem Sinne verstehen sollte, wie die bischöfliche Denkschrift das Kirchenvermögen aufgefaßt wissen will, so müßten wir dies höchst bedenklich finden. Es würde daraus folgen, daß keine Kirchengemeinde, wie keine Kirchengenossenschaft eines Landes, ein eigenes, freies Recht auf das in ihrem Besitze befindliche Vermögen habe; es würde daraus folgen, daß eine Gemeinde, welche vom bisherigen Kirchenverbande, auch in allen ihren Gliedern, sich lossagte, eine Landeskirche, wenn sie sich vom Verbande mit Rom trennte, ihren Besitz, ihr Eigenthum nicht behalten dürfte, um damit nach ihren neuen Bedürfnißen zu verfahren. Das Kirchenvermögen hätte seinen obersten Besitzer und Rechtseigenthümer im römischen Hofe. In dieser Voraussetzung ist es freilich consequent, wenn die Bischöfe auch die freie Verwaltung des Kirchenvermögens ohne Oberaufsicht des Staates für sich in Anspruch nehmen.

Am Schluße dieser Bemerkungen erklären wir, daß wir principiell und abgesehen von den bestehenden Verhältnißen, weder auf Seite der baierischen Staatsregierung, noch auf Seite des Episcopats stehen. Unser Grundsatz ist: der Staat soll frei sein von der Kirche, und die Kirche soll frei sein vom Staate, folgerecht: die

---

*) Ein Conflict in dieser Richtung steht eben in Baden in Aussicht. Der Erzbischof schickt sich an, gegen jene Pfarrgeistlichen einzuschreiten, welche, der Weisung der Regierung gehorsam, ein s. g. Seelenamt für den verstorbenen Großherzog — gegen die Anordnung des Erzbischofs — abgehalten haben. Die Regierung wird wol um ihrer selbst willen diese Geistlichen in Schutz nehmen müssen. Aber was dann weiter? — D. Red.

Kirchengesellschaft soll die Mittel des Staates, und dieser die Hülfe der Kirche gar nicht in Anspruch nehmen; die Kirche steht, wie jede andere Gesellschaft, unter der Hoheit und den allgemeinen Gesetzen des Staates; — die Schule soll unabhängig sein von der Kirche, und frei unter der Oberaufsicht des Staates; die Kirche hat sich lediglich mit dem confessionellen Religionsunterricht und mit der Religionsübung zu befassen; alles Uebrige geht sie nichts an. Es bedarf für das Christenthum und die kirchlichen Genossenschaften keines Concordates, der Staat erkennt keine gleichstehende Macht, mit welcher er zu concordiren hätte, neben sich. Der Conflict zwischen Kirchen- und Staatsgewalt wird auch nicht zu schlichten sein, bis jene Verhältniße wirklich eintreten, in denen sich Staat und Kirche nicht im Mindesten um einander bekümmern. Wir wollen keine Beeinträchtigung in den religiösen Interessen und Bedürfnissen von Seiten des Staates, aber auch keinerlei Einfluß der Kirche auf die rein menschlichen, bürgerlichen und staatlichen Interessen des Einzelnen wie der Gesammtheit. Wie weit es der baier. Staatsregierung gelingen wird, aus dem Conflict zu kommen, in den sie sich, wie uns dünkt, nicht zu ihrem Vortheile eingelassen, wird uns die Zukunft lehren. Wir halten einmal den eingeschlagenen Weg nicht für den, welcher der Oberhoheit der Staatsgewalt geziemt und zum Ziele führt.

* **Die Wirren im Münzwesen.** Es scheint, daß wir noch nicht genug haben an den „Zollwirren", wir müßen gleichzeitig auch noch „Münzwirren" haben! „Der Reichsgewalt liegt ob, für ganz Deutschland dasselbe Münzsystem einzuführen", hieß es im Art. IX. §. 45 der Reichsverfassung. Nun, das Unglück der Geltung der Reichsverfassung ist vollständig von uns abgewendet, und wir erfreuen uns eben auch in solchen Punkten der guten Folgen. — Doch kein Wort weiter darüber. —

Nach den Münz-Verrufungen und Werthsherabsetzungen vom Jahre 1837 und den daraufhin abgeschlossenen Conventionen, hätte man glauben sollen, daß derartige Dinge ferner nicht mehr vorkommen würden. Man wurde daher sehr überrascht, als zuerst die Badische, dann die Württembergische Regierung bekannt machte, daß die halben Kronenthaler nur noch eine kurze Zeit in den öffentlichen Cassen in Zahlung angenommen, dann aber blos als Metall nach dem Gewichte eingewechselt würden.

Der Staat hat das ausschließliche Münzrecht. An dieses Recht knüpfen sich hier wie in allen Fällen auch Verpflichtungen.

Als eine dieser Verpflichtungen sehen wir es namentlich an, daß der Staat sowol seine eigenen, als auch diejenigen auswärtigen Münzen, die er als Cassengeld erklärt hat, zum vollen Betrag einlöse, wenn er sie außer Curs setzen will.

In Beziehung auf die eigenen Münzen des Staats kann dieser Satz kaum einem Widerspruch begegnen: Der Staat hat diese Geldstücke zu diesem oder jenem Werthe ausgegeben, er muß sie auch einlösen, eben so, wie der Handelsmann seinen Wechsel einzulösen verpflichtet ist.

Allein auch bezüglich derjenigen fremden Münzen, welche die inländische Regierung als Cassageld erklärt hat, waltet dem Effecte nach vollkommen das gleiche Verhältniß ob: die Regierung ist verpflichtet, das fremde Geld nicht über seinen wahren Werth zu tarifiren; so, wie sie diesen Werth festsetzt, sind die Einwohner gezwungen, dasselbe in Zahlung anzunehmen; die Regierung selbst aber bezahlt mit diesem Gelde, sie selbst gibt es im bestimmten Curse aus. Eine natürliche Folge davon ist, daß sie nicht durch plötzliches Devalviren den Einwohnern einen Schaden zufügen darf, der die Einzelnen in der ungleichsten und unverhältnißmäßigsten Größe, und zwar in der Regel die Aermeren und Unwissenderen am härtesten trifft.

Wir können sonach die in Baden und Württemberg getroffene Maßregel mit Billigkeit und Recht nicht im Einklange finden. Auch hoffen wir, daß man uns das, was in dieser Beziehung in früherer Zeit allerdings nicht selten geschah, nicht als Rechtsgrund entgegenhalten werde. — Wollte man die halben Kronen außer Cours setzen, so genügte daher keineswegs die Erklärung, daß man dieselben blos noch ein paar Wochen lang von Denen annehme, welche gerade an die Staatskasse schulden; man mußte vielmehr einem Jeden Gelegenheit geben, seinen Vorrath ohne Verlust in öffentlichen Kassen umgewechselt zu bekommen. Diese Forderung ist um so weniger übertrieben, als z. B. in dem practischen England der Staat nicht einmal einen Schlagschatz, d. h., nicht einmal eine Vergütung für seine eigenen Prägungskosten erhebt, sondern einem Jeden das gleiche Quantum Gold, welches er ungeprägt abliefert, gemünzt zurückgibt.

Allein wir müssen die in Baden und Württemberg getroffene Anordnung auch noch in anderer Beziehung tadeln, weil dieselbe Befürchtungen und Verluste ohne allen Grund veranlaßt.

Wir wissen sehr wol, daß man in früherer Zeit die Kronenthaler viel zu hoch tarifirte, als man, bei dem damaligen Bestehen eines 24fl.-Fußes (d. h. da man die feine Mark Silber zu 24 fl. ausprägte) den Werth der Kronenthaler zu 2 fl. 42 kr. festsetzte. Im Verhältniße zum 24fl.-Fuße war ihr Werth nicht mehr als durchschnittlich 2 fl. 38½ kr. Die Regierungen mögen in dieser Beziehung ihren Vorfahren Vorwürfe machen; dieselben sind unwiderlegbar gegründet.

Allein das ganze Verhältniß änderte sich im Jahre 1837, als man den 24½fl.-Fuß einführte, und seit man demgemäß nun die feine Mark Silber nicht mehr zu 24 fl. (wie in den Conventionsthalern), sondern zu 24½ fl. ausprägte (in allen neuern Münzen Südwest- und Norddeutschlands, denn die preuß. Thlr. sind in dem nemlichen Verhältniße ausgeprägt, wie unsere Gulden, nur ist die Legirung — der Kupferzusatz, welcher aber nicht in Berechnung kommt — ein verschiedener.) Seitdem stehen die Kronenthaler bis auf eine sehr unbedeutende Differenz auf ihrem wirklichen Silberwerth; die halben Kronen aber, die man zu 1 fl. 20 kr. (statt 1 fl. 21 kr.) herabtarifirte, stehen sogar unter ihrem Silberwerthe. Von beschnittenen und durchlöcherten Geldstücken reden wir natürlich nicht; allein selbst die schon merklich abgegriffenen kleinen Thaler haben immer noch 1 fl. 20 kr. wahren Silberwerth.

Hiezu kommt noch ein anderer Umstand. In den ganzen und halben Kronenthalern ist außer dem Silber auch Gold und Platina enthalten. Damals, als man diese Münzen prängte, war die Scheidekunst noch nicht so weit ausgebildet, um die beiden genannten edleren Metalle ohne zu große Kosten daraus gewinnen zu können. Jetzt, da man nicht mehr mit Anwendung des Feuers, sondern auf nassem Wege scheidet, ist es anders. Wir können beifügen: die Münchener Münzanstalt deckt die gesammten Kosten ihres Betriebs durch die Umprägung des Kronengeldes in neue Münzen, und zwar durch den Gewinn des Goldes und Platins aus dem Kronengelde.

Uns scheint es daher unerklärbar, aber auch schwer zu rechtfertigen, wie man unter solchen Verhältnißen die halben Kronenthaler verrufen mochte. Vermuthlich hat man in Baiern die nemliche Maßregel darum nicht ergriffen, weil man, mit Recht, sehr zufrieden damit ist, wenn recht viele halbe Kronen den Staatskassen in Zahlung zufließen.

Vom Rheine, den 23. Mai. Aus dem Hessen-Homburgischen erfährt man, daß zufolge höchsten Rescripts vom 7. d. M. über die dortigen verfassungsgetreuen Landtags-Abgeordneten eine polizeiliche Untersuchung verhängt und denselben jedwede weitere Verhandlungen über die allbekannte Verfassungsangelegenheit des Landgrafthums aufs strengste untersagt worden ist.

Bremen, den 24. Mai. Der Senat hat die fernere Herausgabe von Dulons „Wecker" verboten.

Berlin, den 24. Mai. Die Octroyirung des Wahlgesetzes soll noch ganz unbestimmt liegen, und erst in ei-

nigen Tagen darüber eine schließliche Entscheidung gefaßt werden.

Schweiz.

Genf. Der Gr. Rath berieth am 17. und 19. d. in lebhafter Debatte über ein Gesetz zur Ordnung der katholischen Kirchengüter. Die Radikalen, Camperio, Carteret u. A., wollten diese Güter geordnet und unter die Kontrolle des Staates gestellt wissen. Der katholische Pfarrer von Genf bestritt in einer Eingabe dem Gr. Rathe das Recht, sich mit der Sache zu befassen. Im Interesse der s. g. Freiheit der Kirche kämpften gegen Eintreten James Fazy mit Duchosal, Marc Viridet u. A. Das Princip der Unterordnung der Kirche unter den Staat siegte aber mit 23 Stimmen (worunter sämmtliche Katholiken bis auf einen), und Hr. Fazy mit den Ultramontanen blieb mit 15 Stimmen in Minderheit.

Frankreich.

Paris, den 24. Mai. Die Professoren Villemain und Cousin haben freiwillig ihre Entlassung eingereicht, ohne daß sie die Eidesverweigerung als Grund angegeben hätten.

Miscellen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Das Consüstorüum der Provünz Schlösüen, hat dü Entscheudung getroffen, daß üm Falle euner Hünrüchtung ün Brieg das Geläute der Nükoläukirche nur beu evangölischen Dölinquenten benutzt wörden könnte. Uech mache meunerseuts für meuner Confössüon auch keunen Anspruch. Zwückauer.

Den nach Cayenne Deportirten sind vier Jesuiten-Patres als Beichtiger mitgegeben worden. Wir bedauern aufrichtig, daß es nur vier Jesuiten sind, welche an diesen Ort ihrer Bestimmung abgehen.

Man schreibt der Weser-Zeitung aus New-York: „Eine Sache, deren Förderung im Interesse der Deutschen in Amerika in jeder Hinsicht zu wünschen ist, ist die Turnerei. Sie gibt den jungen Arbeitern in den Städten einen Halt und ein Selbstbewußtsein, das ihnen früher mangelte. Der deutsche Arbeiter, überall fast, von seiner heimathischen Regierung unbeschützt, in Kleidung und Manieren auffallend, hatte sonst nichts Eifrigeres zu thun als seine Herkunft, so gut es ging, zu verstecken. Ueberall, wo er kenntlich war, suchte sich der Muthwille an ihm zu reiben, der um so leichteres Spiel hatte, als der Deutsche, des Englischen nicht mächtig, bei den Gerichten im Nachtheil war und die Richter für die hier Aufgewachsenen stets ein günstigeres Ohr hatten. Zusammenhalten der Deutschen gegen Druck ist ohnehin eine seltene Sache. So fand ich es auch noch hier. Nun aber wachsen hier die Turner-Gemeinden auf. Es bestehen deren in den Vereinigten Staaten ungefähr fünfundzwanzig. In Baltimore, Cincinnati, New-York und Philadelphia sind sie am stärksten, an jedem dieser Orte zählen sie ungefähr 275 Mitglieder. Abgesehen davon, daß die jungen Leute dadurch auf würdigere und anständigere Erholungen geführt werden, ist ein Gemeinsinn unter sie gekommen, welcher sich dem Amerikanerthum nicht gegenüber stellt, wohl aber ihm imponirt, wenn es den Versuch macht, die Deutschen zu hudeln. Die Turner treten, wo sie hingeben, vereint auf, sie tragen mit Stolz ihre Turnerkleidung und sind respektirt, weil man weiß, daß sie gegen Angriffe der Rowdies gerüstet sind.

Hiezu eine Beilage

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1021²] **Anzeige.**

Gelagerte Bremer Cigarren, Cigarrenetuis, Porte-Monnaies, Brieftaschen, Briefcouverts, feine Briefpapiere, elegante Arbeitsetuis für Damen, besonders zu Namens- oder Geburtstagsgeschenken sehr geeignet, nebst den sonst führenden Artikeln, alle Arten Farbwaaren, Firniße, Stahl- und Kielfedern, Federnhalter, Siegellack, Bleistifte, Schreib- und Zeichnungshefte, Post-, Kanzlei-, Concept-, Zeichnen-, Noten-, Bunt- und Pack-Papiere in großer Auswahl **und billigst** bei **Julius Helff**
im Stockinger'schen Hause
an der Maximiliansstraße.

[1028³] **Bade-Eröffnung.**

Mein Douch- und Flußbad ist wieder eröffnet und ladet zu zahlreichem Besuch ergebenst ein
Ludwigshafen, den 18. Mai 1852
Mich. Renner.

[1036] **Güterversteigerung.**

Donnerstag, den 3. Juni nächsthin, Nachmittags 2 Uhr, zu Kirrweiler im Gasthause zur Krone, lassen die Erben der zu Edesheim ledig verstorbenen Rentnerin Emilie Machol der Abtheilung halber auf Eigenthum versteigern:

8 Tagwerke 18 Decimalen Acker im Fauthenböhl, Bann von Kirrweiler, einen Complex bildend, welcher in Unterabtheilungen ausgeboten und im Einzelnen oder auf en bloc zugeschlagen wird.

Sodann lassen die Herren Wilhelm Machol, Handelsmann in Edesheim, und Jonas Levy, Kaufmann in Landau wohnhaft, unmittelbar nach dieser Versteigerung folgende Güter, im Banne von Kirrweiler, auf Eigenthum versteigern:

259 Decimalen Acker beim Kuchenacker, 41 Decimalen Acker am 2. Schlittweg, 19 Decimalen Wiese auf der Hochrinne, 42 Decimalen Acker im Grundgraben, 71 Decimalen Acker links am Speyrerweg, 38 Decimalen Acker im Oberried, 178 Decimalen Acker auf dem Platt, 19 Dezimalen Acker im Fauthenböhl 199 Decimalen Acker im Fluß, 140 Dezimalen Acker im untern Ried, 171 Decimalen Acker am hintern Lerchelberg, 56 Decimalen Acker links am Speyrerweg, 53 Decimalen Acker am ersten Schlittweg und 22 Decimalen Wiese in den Spitzwiesen.

Venningen, den 26. Mai 1852.
Schauberg, Notar.

[964] **Niederländische**

Dampfschifffahrts- **Gesellschaft.**

Abfahrt von Ludwigshafen am Rhein:
Täglich 4 Uhr Morgens in 36 Stunden nach Rotterdam.
Jeden Sonntag im Anschluß an den „Batavier" nach London.
Außer obigen Fahrten unterhält die Gesellschaft noch einen Extra-Dampfboot-Güterdienst auf der ganzen Linie Ludwigshafen — Rotterdam — London zu ermäßigten Frachten und fährt das Schrauben-Güterboot „Teyenoord" jeden Donnerstag von Rotterdam nach London.
☞ Nähere Auskunft ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852.
Der Agent:
C. Aug. Exter.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Samstag (Zu Nro 129.) den 29. Mai 1852.

Deutschland.

München, den 26. Mai. Die Antwort der bayerischen Bischöfe auf die kgl. Entschließung bezüglich der bischöflichen Denkschrift ist am Samstag Sr. Maj. dem König übergeben worden. Die bayerischen Bischöfe beharren auf ihren Forderungen. (Volksb.)

Der Bau einer Eisenbahn von München nach Starnberg hat die Genehmigung der kgl. Regierung erhalten. An der Spitze dieses Unternehmens steht Baurath Himbsel.

In Ellersburg, Gerichts Kempten, brannte am 20. d. das Wohnhaus des Bauern Wolfram ab, wobei 3 Stück Rindvieh und alle Effecten zu Grunde gingen. Das Feuer ist durch Unvorsichtigkeit zweier 5 Jahre alten Kinder entstanden, welche mit Zündhölzchen spielten. (Vermuthlich haben die „Democraten" auch dieses Brandunglück verschuldet, indem sie ohne Zweifel die Kinder „aufgereizt" haben.)

Dresden, den 24. Mai. Der siebente ordentliche Landtag ward heute nach 1 Uhr Mittags im Sitzungssaal der zweiten Kammer vom Könige in Person geschlossen.

Hamburg, den 27. Mai. Heute gelangte eine sehr traurige Nachricht hierher, welche der Capitän des Londoner Postdampfschiffes „Princeß Royal" mitbrachte. Es ist nämlich an die Insel Sylt bei List eine Flasche mit folgender Mittheilung angetrieben: „Am 21. März ist das Schiff „Union" mit Auswanderern, von Bremen nach New-York bestimmt, an der englischen Küste total verunglückt. Dieß zur Nachricht von einem der Unglücklichen. Samuel Radotzky aus Posen.

Wien. Zu dem diesjährigen Frohnleichnamsfeste werden mittelst eines doppelten Extrazuges 2000 Katholiken aus Preußen hier eintreffen, meistens Schlesier und Berliner.

Wie man vernimmt, beträgt die erste zur Ausgabe kommende Serie des Anlehens — 35 Millionen Gulden in Silber, und bleibt der k. k. Regierung wie den negociirenden Banquierhäusern vorbehalten, die weitern Serien, bis zum Gesammtbetrag von 100 Millionen Gulden, später zu emittiren oder zu verlangen. (A. Z.)

— den 22. Mai. Die 14 Millionen Gulden, die an den Ausgaben erspart werden sollen, sollen leider nur dem Civildienste abgeknappt werden und treffen namentlich das Handelsministerium, dessen Ausgaben für Eisenbahnen u. s. w. productiv sind. Die Einschränkungen beim Militär sind bis jetzt nicht der Rede werth.

— den 23. Mai. Der Kaiser hat auf eine Eingabe des Hoch- und Deutschmeisters, Erzherzogs Maximilian, die außerordentliche Besteuerung, welcher der deutsche Orden seit dem Jahre 1848 unterlag, aufgehoben und verordnet, daß die bereits eingezahlten Steuerbeträge zurückzustellen seien.

Die angeordneten Reducirungen in der Armee haben bereits begonnen und müssen bis 15. Juni in ihrem ganzen Umfange beendet sein. Die dadurch erzielten Ersparungen belaufen sich gegen 3 Mill. Gulden.

Schweiz.

Freiburg. Die Volksversammlung zu Posieur. Die Zahl der Theilnehmer an der Versammlung wird auf ungefähr 12—15,000 Mann angegeben, weit mehr Franzosen, als Deutsche. Der in Freiburg im Gefängniß sitzende Charles wurde zum Präsidenten, der Advocat Beuillerat von Romont zum Vicepräsidenten ernannt. Die Verhandlungen bestanden lediglich in der Verlesung und Annahme des Programms und in der Bestätigung des provisorischen Comite's, welches dasselbe erlassen hatte, als definitives Comite mit der Vollmacht, die Freilassung der Gefangenen zu erwirken und die Ausführung des Programms einzuleiten. — Einen andern Ausgang konnte die Versammlung nicht nehmen. Die Agitatoren mußten durch eine großartige Demonstration den moralischen Bankerott der Regierung manifestiren und bestimmte Vollmachten vom Volk einholen, um sich dann zu organisiren und der Regierung Macht gegen Macht gegenüber zu treten. Das definitive Comite ist ein Executivcomite im vollsten Sinne des Worts; und wenn der „Bund" nicht glaubt, daß der Ausspruch eines Bauers: „Wir haben heute zu Posieur eine provisorische Regierung gewählt," den Geist und Sinn der Comiteernennung bezeichnet, so versteht er von der politischen Witterungskunde nichts. Der Bauer hat das ganze Geheimniß der Volksversammlung enthüllt: eine provisorische Regierung, die sich von andern ihrer Art nur dadurch entscheidet, daß sie der legalen nicht folgt, sondern einstweilen noch neben derselben steht. Die legale Regierung hat die Macht der Bajonette für sich; die provisorische jene Macht, welche die Bajonette noch immer zerbrochen hat. (Schweiz. Nat.-Ztg.)

Niederlande.

Amsterdam, den 24. Mai. In Harlem und der Umgegend hat man heute Vormittag um 10¼ Uhr einen leichten Erdstoß, der von Nord-Westen nach Süd-Osten ging, gespürt.

Frankreich.

Paris, den 22. Mai. Die legitimistisch-orleanistische Subscription für Changarnier soll bereits nahezu die vorausbestimmte Ziffer von 300,000 Franken erreicht haben. (Allg. Ztg.)

Frankreich hat der päpstlichen Regierung einen neuen Beweis gegeben, wie sehr es von freundschaftlichen Gesinnungen für sie beseelt ist. Im Journal de l'Ain vom 19. Mai liest man: „Die französische Regierung hat seit einigen Tagen die päpstliche Regierung ermächtigt in Frankreich Werbungen zu machen. Ein Recrutirungsbureau ist in Nantua errichtet, zwei Officiere der römischen Armee, General Kalbermatten und Hauptmann Dupasquier, befinden sich in dieser Stadt um das Geschäft zu leiten. Auch in den katholischen Kantonen der Schweiz haben Werbungen für die päpstliche Regierung stattgehabt. Die sardinische Regierung hat diesen Recruten den Durchzug verweigert."

Spanien.

Madrid, den 20. Mai. Der ehemalige Minister Mendizabal hat eine Art Manifest erlassen, worin er sich mit großer Energie gegen jede Verfassungsverletzung, die etwa versucht werden möchte, ausspricht. Mehrere der bedeutendsten und einflußreichsten Personen Madrids haben an die Königin eine Denkschrift gerichtet, worin sie dieselbe bitten, keine Projecte gegen die Verfassung, welche etwa von ihren Ministern gehegt werden mochten, zu genehmigen.

Großbritanien.

London, den 22. Mai. Die Regierung, welche 170,000 Pfd. Sterl. zur Förderung der Auswanderung nach Australien in Händen hat, beabsichtigt, in jedem

der nächsten sieben Monate 8 Schiffe mit je 300 Emigranten, also monatlich 2400 Personen, dorthin abzusenden.

Die „Krystallpalast-Compagnie" hat ihren Prospectus über die künftige Lage und Verwendung dieses Gebäudes veröffentlicht. Hiernach wird dasselbe bei Sydenham wieder aufgerichtet, einem Stationsort an der London-Brightoner Eisenbahn, inmitten eines Parks von 150 Morgen Umfang, der mit Bäumen jeder in England freiwachsenden Gattung bepflanzt werden soll. Der Bau wird einen 18 Acres großen Wintergarten enthalten, und periodische Blumenausstellungen sollen darin stattfinden. Ferner wird das Gebäude eine „Glyptothek" enthalten, sowol von Sculpturen des Alterthums als von Abgüssen und Werken lebender Bildhauer. Ferner geologische und mineralogische Sammlungen, und Sammlungen hervorragender Fabricate, sowie der Costüme aller Nationen. Besonders anziehend sollen die aufzustellenden Mustermaschinen werden, entsprechend denen, die bei der großen Industrieausstellung in der nördlichen Section aufgestellt waren. Der Platz, wo jetzt das Gebäude zu stehen kommt, ist für die Mehrzahl der Londoner Bevölkerung so leicht zu erreichen als der Hydepark: in wenigen Minuten gelangt man über die London-Brücke nach der Sydenham-Station. Zudem sollen Zweigbahnen von der Waterloo-Brücke, von Vauxhall und den Bricklayers's Arms dahin geführt werden.

Australien.

Sandwich-Inseln. Es besteht eine ausgedehnte und wohlorganisirte Verbindung, die schon fast alle vorbereitenden Anstalten getroffen hat, diese Inseln zu revolutioniren, die Monarchie zu stürzen und eine Republik zu gründen. Wahrscheinlich haben bereits ein paar Inseln sich unabhängig erklärt, deren Beispiele die anderen folgen werden; und es sollte mich gar nicht wundern, wenn, ehe 12 Monate um sind, alle Inseln zu einem Bundesstaat vereinigt wären und dem Congreß zu Washington ihre Petition um Aufnahme in den Bund der Vereinigten Staaten vorlegten. In New-York wird jetzt eine aus mehreren Schiffen bestehende Expedition nach den Sandwich-Inseln ausgerüstet. Es läßt sich mit ziemlicher Gewißheit behaupten, daß die Sandwich-Insulaner schon längst zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß die Herrschaft der Yankees nach vollendeter Eroberung eine Herrschaft des Friedens und des Wohlstandes ist. Ueberall, wohin sie den Fuß setzen, sprießen die Künste aus dem Boden, und Thätigkeit, Gedeihen und Reichthum folgen ihrer Spur.

Neueste Nachrichten.

Karlsruhe, den 26. Mai. Das Regierungsblatt enthält eine Entschließung des Regenten, wornach der Kriegszustand nach Maßgabe des Gesetzes vom 29. Jan. v. J. noch fortzudauern hat.

Aus dem Breisgau, den 22. Mai. Unter dieser Ueberschrift berichtet das Frankf. Journ.: Ein Hirtenbrief unseres Erzbischofes wird jetzt allenthalben von den Kanzeln verlesen, durch welchen das geforderte Traueramt für den verstorbenen Landesherrn gestattet ist. Die Verfasser des Briefes nennen es zwar kein Trauer-, sondern ein Dankamt, um dem Scheine nach Recht zu behalten, wurden sich aber gewiß nicht auf logischem Wege den Unterschied zwischen beiden Aemtern erklären können.

Wiesbaden, den 26. Mai. Der Graf Chambord wird in Kurzem hier erwartet.

Mainz, den 25. Mai. Die Kölner Dampfboote, werden als Repressalie gegen die hiesige Revision ihrer Schiffe von heute an keine Güter mehr für und von Mainz annehmen. Diese Maßregel dürfte übrigens auch eine eben so verfehlte sein, als jene des nicht mehr Anlandens in Kastel.

Köln, den 26. Mai. In der heutigen Sitzung der Zuchtpolizeikammer ist ein hiesiger Getowechsler wegen Uebervortheilung gegen arme Auswanderer zu einer sechsmonatlichen Gefängnißstrafe und 200 Thlr. Geldbuße verurtheilt worden.

Wien, den 24. Mai. Der Kaiser hat verfügt, daß in Galizien ein Beischlag von 3 pCt. auf die Grund-, Häuser-, Erwerb- und Einkommensteuer erhoben werde.

Als der Kaiser von Rußland Wien verließ, soll er, indem er den Kaiser von Oesterreich umarmte, laut zu demselben gesagt haben: „Erinnere Dich, daß Du einen Freund auf Leben und Tod hast."

Paris, den 25. Mai. An der Börse veranlaßte die dort verbreitete Mittheilung, daß der Staatsrath gestern den betreffenden Gerichtshof für competent zur Entscheidung in der Orleans'schen Confiscationsangelegenheit erklärt habe, ein Weichen der Course.

Paris, den 26. Mai. Es ist das Gerücht verbreitet, das Gesetzproject über den öffentlichen Unterricht werde der Opposition des Staatsrathes wegen zurückgenommen werden.

Die algerischen Blätter melden ein abermaliges Treffen mit den Beni-Snassen an der Gränze von Marocco; unsere Truppen zählten etwa 50 Todte und Verwundete, während der Feind dreimal so viel Leute verlor und weithin in die Flucht gejagt wurde.

Venedig. Der wallachische Fürst Ghyka ist auf Befehl des Militärgouverneurs aus politischen Gründen verhaftet worden.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 25. Mai. Weizen 5 fl. 58 kr., Korn 5 fl. 14 kr., Gerst 4 fl. 20 kr., Spelz 4 fl. 25 kr., Hafer 4 fl. 12 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 22. Mai. Weizen 6 fl. 13 kr., Korn 5 fl. 15 kr., Spelz 4 fl. 32 kr., Gerst 4 fl. 18 kr., Hafer 4 fl. 9 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 25. Mai. Weizen 6 fl. 20 kr., Korn 5 fl. 25 kr., Spelz 4 fl. 25 kr., Gerst 4 fl. 22 kr., Hafer 3 fl. 41 kr., Kartoffeln 1 fl. 36 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 21. Mai. Weizen 12 fl. 2 kr., Korn 9 fl. 11 kr., Gerste 6 fl. 28 kr., Hafer 4 fl. 17 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1039] Heute **Harmonie-Musik** im Moos'schen Bierkeller. Anfang 6 Uhr.

Speyer, den 28. Mai 1852.

[1040] **Porträts.**

Unterzeichneter empfiehlt sich im Fertigen von Daguerreotypporträts, auch zu Broschen und Medaillon; dieselben werden bei jeder Witterung aufgenommen. Preise von 1 fl. 30 kr. bis 4 fl., für Aehnlichkeit wird garantirt.

Ch. Geiger, Maler,
im Badner Hof in Mannheim.

[1037a] **Empfehlung.**

Unterzeichneter empfiehlt sein Commissionslager der königl. bayer. Hof-Chocoladefabrik G. M. Mayrhofer in München, als: Gewürz-, Vanille-, Gesundheits-, Brust-, Isländisch-Moos-, Reis-, Gersten- und Warm-Chocolade, zu den festgesetzten Fabrikpreisen.

Gustav Hensel.

[1038] **Mannheim.**

Hiermit die ergebenste Anzeige, daß ich meinen Laden von dem Kaufhause nach

Lit. D 1 Nro 2, Paradeplatz,

verlegt habe; auch empfehle ich zugleich mein vollständig sortirtes optisches Waarenlager, und zwar besonders in: Fernröhren, Feldstechern, Jagdperspectiven, darunter ausgezeichnete Münchener Frauenhofer, zu den billigsten Preisen.

Fr. Sattler,
vormals D. Savio, Opticus.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 130 | den 30. Mai 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Es ist bisher viel zu wenig berücksichtigt worden, wie ausgedehnt und nachtheilig die vielen *Staatsanlehen* wirken. Diese Millionen, welche fort und fort den Staatscassen zufließen und großentheils zu unproductiven Zwecken verwendet werden (wie für einen übergroßen Armeestand), — sie lagen keineswegs bisher unbenützt in den Koffern. Um sie in die Staatscassen zu bringen, mußte man sie vielmehr anderwärts *aufkündigen*; man mußte sie der Industrie und dem Ackerbaue *entziehen*.

Dazu kommt die *Auswanderung*, die alljährlich viele Millionen vollständig aus Deutschland hinwegzieht.*)

Beide Ursachen wirken zusammen, um namentlich auch die *Güterpreise* herabzudrücken. Und diese sind in Wirklichkeit überall bedeutend gesunken, wo nicht besondere Umstände obwalten, wie z. B. in unserer Gegend, in der namentlich der Ertrag des Tabaksbaues eine solche Entwerthung der Grundstücke verhindert.

Aber — abgesehen von andern Gegenden der Pfalz, insbesondere abgesehen vom Gebirge und vom Westrich — blicke man nach Württemberg. *In einer Woche* werden dort mehr als 100 Vergantungen ausgeschrieben. Die ausgebotenen Immobilien finden oft zu *neun Zehntheilen* keine Käufer!

Wie es in den meisten Gegenden *Badens* aussieht, ist bekannt. Inmitten des Friedens hat eine *Verminderung* der Bevölkerung stattgefunden.

Aus *Hessen* führt man eben zum Beweise der Entwerthung der Güter u. a. folgende Beispiele an: die Ludwigs- und Wilhelminenstiftung zu Darmstadt (eine Versorgungsanstalt für elternlose majorenne Töchter) erhielt an Grundstücken, die ihr verpfändet waren und welche nicht veräußert werden konnten, für 32,000 fl. gerichtlich zugewiesen, woraus sie nun nicht zwei Proc. an Zinsen zu ziehen im Stande ist. In gleicher Weise bekam die Ludwigs- und Luisenstiftung daselbst (eine Wittwen- und Waisencasse) für ungefähr 20,000 fl. Grundstücke zugewiesen. Die erste der genannten beiden Anstalten mußte bereits, in Folge dieser Verhältniße, die von ihr gereichten Unterstützungen oder Pensionen um 10 Proc. verkürzen. —

Eine weitere Wirkung dieser schlimmen Gestaltung ist nun aber *die*, daß die Stiftungen und ähnlich viele Private, ihre Capitalien *in Staatspapieren* anlegen. In solcher Weise wird das Uebel gerade dadurch noch immer mehr ausgedehnt und vergrößert. Das Uebel führt solche Wirkungen herbei, welche selbst wieder eine Vergrößerung dieses Uebels veranlassen.

* **Speyer.** Aus einem uns zugekommenen Privatschreiben aus den vereinigten Staaten theilen wir folgende Stelle mit: Ueber meine persönlichen Verhältniße in Kürze folgendes: daß es mir wohl geht, und mir jeden Tag das neue Vaterland lieber wird und besser gefällt. Auch hier fliegen Einem allerdings die gebratenen Tauben nicht in den Mund; erwischt man aber durch seine Mühe und Arbeit einen solchen Braten, so darf man ihn auch allein verzehren, und Braten gehören hier nicht zu den Seltenheiten, sondern stehen jeden Tag zweimal selbst auf dem Tische des weniger bemittelten Mannes.

*) Wir haben freilich vor Kurzem in dem halbamtlichen Blatte der „Pfzr. Ztg." einen gewichtigen Trostgrund zu lesen bekommen. Der Geldverlust — so ungefähr belehrt uns Hr. Jäger — hat gar nicht viel zu bedeuten, denn es wird ja jedes Jahr bei uns weit mehr Geld neu geprägt, als die Auswanderer fortnehmen. — Mit solcher nagelneuen nationalöconomischen Weisheit werden sich freilich blos die Zwangsabonnenten eines subventionirten Blattes abspeisen lassen!

Die Zoll- und die politische Hauptfrage. Der „Beobachter" druckt die Ansprache ab, welche der Präsident des „Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit," Prinz Felix zu Hohenlohe, unter der Aufschrift erließ: „Die Gefährdung der Industrie durch Industrielle." Der Beobachter fügt folgende treffende Bemerkungen bei:

„Wir theilen diese Worte mit, um sie denen unter die Augen zu halten, welche das Schicksal der Staaten von einer nach materiellen Interessen *ständisch* gegliederten Volksvertretung abhängig machen möchten. Der Präsident eines Vereins von Industriellen bekennt laut in einer vom Bewußtsein der Gefahr durchdrungenen Schrift, daß seine Myrmidonen nicht im Stande seien, ihr eigenstes Gebiet, die Industrie vor der Zerstörung durch sich selbst zu bewahren, daß sogar innerhalb dieser einzelnen Abtheilung der verschiedenen Standeskreise die Interessen sich hinlänglich widerstreiten, um ein geschlossenes Auftreten zu Gunsten des gemeinsamen Kreiszweckes unmöglich zu machen. Wenn nun nicht einmal der einzelne ständische Kreis sich in sich selbst zu erhalten fähig ist, mit welchem Erfolge würde man das gesammte Staatsleben den noch weit unverträglicheren Interessenkämpfen der verschiedenen Standeskreise preisgeben? Das nächste beste aus dem practischen Leben genommene Beispiel beweist, wie eben das vorliegende, daß die Verfechter jener berühmten *ständischen Vertretung* entweder des Nachdenkens oder der Ehrlichkeit entbehren. — Die babylonische Verwirrung, welche in den Zollvereinsangelegenheiten eingerissen ist und nun auch die einzelnen Privatinteressenten in ihre Strudel zu ziehen droht, ist endlich der beste Beweis für den Satz, daß nur eine nach politischen Principien geordnete *Nationalvertretung* im Stande gewesen wäre, den Knoten der deutschen Handelspolitik zu lösen. Auch hier arbeitet die Nemesis rastlos an ihrem wühlerischen Werke, und wer sich über die Zertrümmerung des Parlaments als einer Anstalt des Umsturzes gefreut hat, der wird nun bald vollends einsehen, daß in ihm vielmehr die einzig dauerhafte Grundsäule der Erhaltung über den Haufen geworfen worden ist."

* **Pfalz.** Kürzlich wurde veröffentlicht, daß 12 Rechtscandidaten (Nicol. Schmidt, Ludw. Greiner u. s. f.) wegen ihrer Betheiligung am Aufstande in der Pfalz, „aus der Liste der Staatsdienstadspiranten gestrichen" worden seien. — Wir vermögen nicht recht einzusehen, was durch die gedachte Maßregel bezweckt werden kann. Irren wir nicht, so sind ja jene 12 Personen sämmtlich längst schon sogar *zum Tode verurtheilt*. —

* **München,** den 26. Mai. Der Landtagsabschied ist zwar, wie man vernimmt, dem Könige zur Sanktion unterbreitet, allein man weiß noch nicht, wann die Unterschrift erfolgen wird, und wann sonach der feierliche Schluß des Landtags stattfinden kann, den man bereits gestern oder heute erwartete. — Es wird bestätigt, daß am Tage nach Beendigung der Kammerverhandlungen dem Könige eine Rückantwort der Bischöfe übergeben ward, worin sie auf ihren Forderungen beharren. — *Nachschrift.* Der Landtagsschluß wird morgen Nachmittag durch den Prinzen Luitpold stattfinden.

* **Speyer.** (Aus den Verhandlungen der Abgeordnetenkammer über den Rebenack'schen Antrag wegen Absetzung von Gemeinderathsmitgliedern durch die Regierung. Fortsetzung.) v. Linck sucht sein früheres Referat über die Beschwerde der Speyerer Stadtrathsmitglieder gegen die scharfe Kritik, welche Rebenack demselben entgegengesetzt, zu vertheidigen. Wir verweilen nicht dabei, sondern beschränken uns darauf, folgende allgemeine Bemerkung des Sprechers zu erwähnen: „Uebrigens, meine Herren, bin ich auch überzeugt, daß, wer meinen Vortrag aufmerksam liest, gewiß keine Veranlassung hat, der Meinung zu sein, als wäre ich ein Freund des vorzugsweise in Frankreich und in der Rheinpfalz ausgebildeten Staats-Centralisations-Mechanismus; eben so wenig glaube ich, daß man aus meinem Vortrage entnehmen kann, daß ich die politische Seite des Verfahrens der Pfalzregierung in dem betreffenden Beschwerdefall zu billigen gemeint gewesen. Die politische Seite der Handlungsweise der Pfalzregierung war aber in keiner Weise Sache der Beurtheilung des Ausschußes."

Es wurde nun der Ruf nach „Schluß" der Debatte laut. Kolb begehrte das Wort „gegen den Schluß." Er sagte: „Ich würde, bei der längst sichtlichen Ermüdung der Kammer, das Wort nicht mehr nehmen, wenn ich nicht die Ueberzeugung hätte, daß es sich um eine Sache handelt, die nicht blos eine einzelne Partei und einen einzelnen Landestheil angeht, — ich habe vielmehr die Ueberzeugung, daß es sich um ein Verhältniß handelt, durch welches eben so gut jede andere Partei, als die heute betroffene, betroffen werden kann, und eben so bin ich der Ueberzeugung, daß wenn solche Principien wie die, um welche es sich handelt, in der Pfalz Wurzel fassen, sie auch auf diesseits verpflanzt werden können; und ich erlaube mir dabei nur, Sie noch darauf aufmerksam zu machen, wohin es führen würde, wenn ein Gemeinderath mit einer Majorität von so und so viel Stimmen Beschlüße faßte, eine von der Regierung gewünschte Ausgabe nicht zu genehmigen, und die Regierung bei jener Auslegung des Gesetzes beliebig die Einen oder die Andern ausschließen und sich dadurch die Majorität verschaffen könnte."

Die Kammer beschloß hierauf einstimmig, die Debatte nicht zu schließen. Als zunächst eingeschrieben, hatte Kolb das Wort. Nachstehend sein Votum:

Meine Herren! Es gibt Dinge, die, auf den richtigen Punkt gebracht, so einfach und natürlich sind, daß man kaum begreifen kann, wie es möglich ist, daß man in Beziehung auf sie noch in umfassende Erörterungen eingehen muß.

Dies scheint mir auch hier der Fall zu sein. — Es fragt sich, kann ein Gemeinderath, der nach allgemeinen Principien unmittelbar und ausschließlich durch die Wahl der Gemeindeangehörigen gebildet wird, beliebig von Regierungswegen alterirt, verstümmelt, um nicht zu sagen gefälscht, werden?

Fassen Sie die Puncte, um die es sich handelt, in Kürze in historischer Entwicklung auf, so bin ich überzeugt, daß man zu keinem andern, als dem Resultate gelangt, daß die Aufstellung des Ausschußes durchaus nicht stichhaltig sein kann.

Die Verfassung v. J. III der französischen Republik wurde, wie Ihnen bekannt, in der Pfalz zur Geltung gebracht. Darnach waren alle Stellen besetzt in Folge der Volkswahl. Als Napoleon sich der Gewalt bemächtigte, fand er es mit seinen Ansichten und seiner Regierungsweise durchaus unvereinbar, dieses System bestehen zu lassen. Er brachte ein diametral entgegengesetztes System, das System, daß Alles Ausfluß seines Willens, seiner Allmacht sein sollte.

Und so kam es, daß das Gesetz vom 28. Pluviose VIII erschien, wonach die Präfecten des ersten Consuls das Recht hatten, die Gemeinderäthe zu ernennen und zu suspendiren. Diese Bestimmung war so exorbitant und ungeheuer, daß man sie selbst unter der Consularregierung schon einer Abänderung unterwarf. Durch das Gesetz vom 16. Thermidor des Jahres X wurde bestimmt, daß die Kantonalvertretung ein Vorschlagsrecht habe, daß sie nemlich für jede Stelle zwei Candidaten vorschlage. Dadurch schon ist das Gesetz v. J. VIII alterirt, und es bestund selbst unter Napoleon nicht mehr in der ursprünglichen Ausdehnung. Nach dem Sturze des Kaisers Napoleon wurde dieser ganze Theil der Gesetzgebung in allen Ländern geändert, die mit Frankreich verbunden waren; in jenen sowohl, die von Frankreich losgetrennt wurden, wie in Frankreich selbst. Bei uns wurde eine Veränderung bewirkt bei Gelegenheit der Einführung der Verfassungsurkunde. Es lag auf flacher Hand, daß, wenn man nicht das ganze Volk wählen lassen wollte, man wenigstens nicht das Wahlrecht in die Hände eines Collegiums legen konnte, das durch die Präfecten ernannt worden war. Es wurde vielmehr ein ganz anderes System aufgestellt, und deßwegen mußte mit dem Ernennungsrecht auch das Recht der Suspension fallen. — Die Sache ward im gesetzlichen Wege noch weiter vervollständigt, wie dies der Hr. Antragsteller auseinandersetzte, namentlich durch das Gesetz vom Jahre 1837, indem dort bestimmt wurde, daß Diejenigen, welche die meisten Stimmen erhalten würden, Gemeinderäthe seien. Alles Andere ist also aufgehoben. Die Gewählten sind Gemeinderäthe, und die Regierung hat nicht das Recht der Bestätigung: die Wahl allein ist maßgebend und jede Bestätigung ist ausgeschlossen. Die Sache ist um so mehr vereinfacht, als das Gesetz selbst die Ausnahmsfälle statuirt, in denen Jemand nicht wahlfähig ist. Nachdem das Gesetz selbst die Ausnahmen bestimmte, glaube ich, kann es Niemanden zustehen, hintennach durch „Unwürdigkeitserklärung" irgend wen auszuschließen. — M. H., Sie erinnern sich, daß es eine Zeit in Baiern gab, in der man sich sehr bemühte, auf die Wahlen zur Ständeversammlung einzuwirken. Man versuchte mancherlei Mittel; aber keinem Menschen fiel es ein, in der Pfalz zu verfügen, daß Jemand, weil er diese oder je politische Meinung habe, als „unwürdig" aus dem Gemeinderathe, und somit von der Wahl ausgeschlossen werden könne. Wenn man ein solches Princip angenommen, hätte man zur Hinterthüre hereingebracht, was man zu der vordern eben feierlich hinausgeworfen. Wollte man dieses, so könnte man Gemeinderäthe haben, wie man sie nur wünschte, und es wäre die Sache gerade so, wie unter Napoleon, als die Wahl in die Hände der Präfecten gelegt war. Ich wiederhole, selbst in jener Zeit ist es keinem Menschen eingefallen, die Sache so zu interpretiren. Erst im Jahre 1850 machte man die Entdeckung, daß der betreffende Artikel des Pluviose-Gesetzes noch nicht aufgehoben sei, und nun fing man an, in der Pfalz die Gemeinderäthe wegen angeblicher politischer „Unwürdigkeit" abzusetzen. In Speyer wurden sogleich 5 und in Kaiserslautern 4 Stadtrathsmitglieder davon betroffen. In Betreff der letzteren scheint man sich überzeugt zu haben, daß sie das Opfer einer bodenlosen Denunciation waren. In Speyer dagegen erklärten die meisten übrigen Gemeinderäthe, daß sie ihr Amt nicht beibehalten würden, und es wurde deßhalb eine Neuwahl ausgeschrieben; die Ausgeschlossenen jedoch wieder gewählt und dann wieder ausgeschlossen.

Nun fragt es sich, ob das Verhältniß fortdauern soll, welches die Regierung in Anspruch nimmt?

Zur Vertheidigung des Rechtes der Regierung führt der Ausschuß eine Reihe von Gründen an. Ich glaube, es genugt, die Hauptpuncte ins Auge zu fassen. — Der Ausschuß betrachtet dieses angebliche Ausschließungsrecht als „Disciplinargewalt." Meines Wissens hat man diese Sache noch nie so qualificirt. Damals, als das Gesetz unter Napoleon erlassen wurde, hat man die Besetzung der Stelle eines Gemeinderathes als Ausfluß der kaiserlichen Omnipotenz angesehen. Der Kaiser hat durch seinen Präfecten ein Mandat verliehen, er hat es durch seinen Präfecten wieder zurückgenommen. Das war keine Sache der „Disciplin," meine Herren. Auch

kenne ich kein Disciplinargesetz, welches einzig und allein die Befugniß gibt, abzusetzen. Da ist kein Disciplinarverfahren, das ist keine Disciplinarstrafe! Allein ich sehe ab davon.

Der Ausschuß ist nun der Ansicht: „der Gewählte „verliere das Vertrauen seiner Wähler deshalb nicht, „weil er unter der Disciplinargewalt der Regierung stehe." Das ist vollkommen richtig; das Vertrauen der Wähler verliert der Gewählte dadurch keineswegs; der Beweis wurde gerade in Speyer gegeben, dadurch, daß die Ausgeschlossenen sogleich wieder gewählt wurden. Allein darum handelt es sich gar nicht, meine Herren! Es handelt sich darum, daß der Gewählte auch das Recht habe, sein Amt anzutreten und den Posten, der ihm übertragen wurde, einzunehmen; es handelt sich darum, daß er auch die Rechte ausüben darf, behufs deren Ausübung er gewählt worden ist. Es frägt sich nun, ob der Gewählte abgesetzt werden kann und zwar, wie ich bemerken muß, nicht durch eine Gerichtsbehörde, — ob er beliebig abgesetzt werden kann durch Jemanden, der ihn gar nicht ernannt hat; — ob ihm sein Mandat von Jemanden entzogen werden darf, der ihm keines gegeben hat, — ein Mandat, welches den speciellen Zweck hat, die Organe dieser nemlichen Behörde, welche sich das Absetzungsrecht vindicirt, zu controliren. — In diesem Falle, m. H., heben Sie die ganze Controle, heben Sie lieber den ganzen Gemeinderath von vorne herein auf! Wohin das führen würde, habe ich vorhin schon angedeutet. Man dürfte nur beliebig fort und fort absetzen, dann bekäme man den Gemeinderath so, wie man ihn haben wollte! —

(Fortsetzung folgt.)

Köln. Von der französischen Regierung ist an mehrere deutsche Regierungen sicherem Vernehmen nach eine Anfrage ergangen, die so eigenthümlicher Art ist, daß sie mancherlei Deutungen zuläßt. Die französische Regierung erbittet sich statistische Angaben über die Zahl und die ferneren Schicksale aller derjenigen Reformirten, welche in Folge des Widerrufes des Ediktes von Nantes Frankreich verlassen und sich nach Deutschland begeben haben. Die Note specificirt aufs genaueste alle diejenigen Puncte, über welche die Regierung unterrichtet zu sein wünscht. Sie wünscht zuvörderst möglichst sichere Zahlen-Angaben über jene Flüchtlinge zu erhalten und davon in Kenntniß gesetzt zu sein, ob Urkunden vorhanden sind, welche die französische Abstammung beglaubigen. Sie wünscht ein Verzeichniß solcher Refugies, die sich im Kriegsdienste oder in der Diplomatie, in der Industrie und im Handel, in der Literatur oder in der Kunst ausgezeichnet haben, und endlich Angaben über den dermaligen Zustand der Colonieen; ob bei den Abkömmlingen der Refugies sich der Gebrauch der französischen Sprache erhalten hat, oder, wenn nicht, wann sie aufgehört haben, sich derselben zu bedienen; welche ausgezeichnete Männer französischer Abkunft noch jetzt im Bereiche der betreffenden deutschen Regierung leben u. s. w.

(Kölnische Zeitung.)

Berlin, den 24. Mai. Die Gerüchte über Octroyirung eines Wahlgesetzes widersprechen sich vollständig. Die Elberfelder Ztg. meint: Die Nachricht, daß eben nichts zu Stande komme, hat noch die größte Wahrscheinlichkeit für sich und wird noch mehr durch Gerüchte von nahe bevorstehenden Veränderungen im Ministerium wahrscheinlicher gemacht. Es coursiren bereits die Namen der Minister, welche an Stelle der Herren v. Bodelschwingh, Raumer und Westphalen treten sollen; ich mag dieselben noch nicht anführen, da sie eben nur vom Gerüchte genannt werden, aber aus Allem erhellt, daß die Spaltung im Cabinet fortbesteht und daß bis jetzt es noch fraglich erscheint, ob die Kammern im Juni wieder zur Lösung der Pairiefrage zusammentreten.

Wien, den 23. Mai. Dem Vernehmen nach soll, außer dem in Frankfurt aufgelegten Silberanlehen von 35 Millionen Metalliques, zunächst ein zweites in Amsterdam negociirt werden, dessen Belauf auf 30 Millionen angegeben wird. Wir haben gestern schon aus guter Quelle erwähnt, daß im Ganzen eine Anleihe von 100 Millionen negociirt wird. (Allgm. Ztg.)

Schweiz.

Basel. Das eidgen. Turnfest wird im Juli zu Genf gefeiert.

Freiburg. Die eidg. Commissäre in Freiburg nahmen die Scharfschützenschule unter ihren Befehl und ließen nach Neueneck und Payerne einen Staffetendienst errichten. In einer Staatsrathssitzung erklärten sie, es handle sich um die Aufrechthaltung sowol der Bundes-, als auch der Kantonsverfassung, worauf der Staatsrath durch Circular die Präfecten von der Anwesenheit und den Vollmachten der Commissäre in Kenntniß setzte. Der Bundesrath soll die Freiburger Regierung zur Freilassung der jüngsten politischen Gefangenen „eingeladen," von dieser aber die Antwort erhalten haben, die fraglichen Verhafteten befänden sich bereits in den Händen der Gerichte. Gegen die Gefangenen Charles, Engler, Dupasquier, Reygnold von Rouens, Bäriswyl, Birbaum, Uldry und Presset ist die Klage des Hochverraths erhoben. — Das von der Volksversammlung ernannte Comite besteht aus folgenden (13) Personen: Charles als Präsident (gefangen), Vuilleret als Vicepräsident, Gr.-Rath Bondallaz, Gr.-Rath Bäriswyl (gefangen), Amade Dießbach, Notar Presset (gefangen), Mouraz von Grandvillard, Oberst Perrier, Bonifaz Glasson, Alfred v. d. Weid, Prof. Grivet, Advocat Mißlin, Kommissär Chollet.

Bellinzona, den 25. Mai. Gestern Abend halb 10 Uhr gingen die Brüder Karl und Benjamin Soldini von Chiasso ruhig vom Gasthaus in ihr väterliches Haus, als plötzlich in der Straße ein Gewehr auf sie abgefeuert wurde. Benj. Soldini, jetziger Nationalrath, fiel tödtlich getroffen zu Boden. Die Nacht war dunkel. Zwei Personen sah man fliehen. Man fand auf der Stelle der That einen Tyroler Stutzen. Dieser Mord wurde verübt am Vorabend eines unserer wichtigsten Tage, des Tags der Aufhebung der lehrenden religiösen Körperschaften. (Schw. Nat.-Ztg.)

Frankreich.

Paris, den 23. Mai. Aller Sinn für Politik hört nach und nach hier auf; es ist als ob man warmes Wasser in den Mund nähme, wenn man über Politik spricht. Man kann von einem Salon in den andern gehen, nirgends zeigt sich eine Spur von politischem Interesse. . . . Wo alle Oeffentlichkeit aufgehört hat, da ist es begreiflich, daß das Leben einen kleinlichen Character annimmt. Auch der Sinn für Kunst und Literatur, der sich jetzt einfindet, ist nicht etwa ein uns entgegentretendes Bildungsmoment der Nation, sondern die klägliche Ausfüllung des leeren Raums, den der Staatsstreich vom 2. December geschaffen hat. Es sind in den letzten Monaten eine Menge literarischer Revuen in Paris begründet worden. In keiner einzigen derselben zeigt sich die Aeußerung eines künstlerischen oder kritischen Geistes, sondern allenthalben ekelt uns ein schwacher absterbender Hauch von Personen an, die, weil ihr politisches Leben vernichtet ist, nun ihre Agonie auf literarische Art vollbringen. Ich glaube Ihnen dieses Moment des Absterbens constatiren zu müssen, allein ich brauche wohl nicht zu erwähnen, daß ich auch die frische Kraft des französischen Volksgeistes kenne, der nicht abstirbt, sondern selbst jetzt neue, herrliche, kräftige Nahrung erhält. Allein es gibt Perioden, in denen das Volk schweigt, und gleichsam aus der Geschichte verschwindet, und wo Regierer und gewisse Klassen der Regierten das Bild eins lilliputanischen Staates bilden. (Nat.-Z.)

Großbritanien.

Schon wieder ein großes Unglück in einer Kohlengrube! In einer Grube bei Coppul, unfern von Preston (Lancashire), haben durch eine Gas-Explosion 32 Arbeiter das Leben verloren, und 6 sind schwer verwundet.

Amerika.

Nach den offiziellen, dem Hause der Gemeinen er-

statteten Berichte über den Sclavenhandel vom Jahre 1842 bis 1851 ergibt sich folgende Zahl aus Africa nach Cuba und Brasilien gebrachter Sclaven: Cuba erhielt 3680 Sclaven im Jahre 1842, im J. 1843 aber 8000 und im J. 1844 sogar 10,000, dagegen im J. 1845 nur 1300, im J. 1846 419 und im J. 1847 1450, im J. 1848 1500, im J. 1849 8700, im J. 1850 3500 und im J. 1851 8500. Die Zahl der nach Brasilien eingeführten Sclaven übersteigt jede Vorstellung; denn im Jahre 1842 belief sich dieselbe auf 17,435, 1843 auf 19,095, 1844 auf 22,849, 1845 auf 19,453, 1846 auf 40,324, 1847 auf 56,172, 1848 auf 60,000, 1849 auf 54,000, 1850 auf 23,000, und im J. 1851 auf 3287. Trotz der Wachsamkeit der englischen, französischen und nordamericanischen Kreuzer wurden also in zehn Jahren dennoch 362,000 Sclaven in America eingeführt.

Neueste Nachrichten.

München, den 25. Mai. Das 1. Chevauxlegersregiment, welches seinen Inhaber verloren, hat bis auf Weiteres die Benennung: „vacant Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg" zu führen.

Freiburg, den 27. Mai. Der Minister v. Marschall hat die sofortige Absetzung des Redacteurs der „Freiburger Zeitung" angeordnet. Derselbe hatte in dem Streite mit dem Erzbischofe Partei für diesen genommen.

Berlin, den 26. Mai. Die „N. Preuß. Z. schreibt: „Die Verhandlungen des hiesigen Zollcongresses werden allen Anzeichen nach nunmehr binnen Kurzem eine bestimmtere Gestalt annehmen. Die preußische Regierung scheint durch den seitherigen Gang der Sache in der Ueberzeugung befestigt worden zu sein, daß unverbindliche Besprechungen über die Congreßvorlagen ohne jede Bürgschaft eines definitiven Abschlusses nicht das rechte Mittel darbieten können, um zu alsbaldigen positiven Ergebnissen zu gelangen. Man wird von hier aus demnächst klare Alternativen stellen.... Bei der „Wahrung der Interessen aller Theile" hat eben auch Preußen wie Sachsen seine eigenen Interessen zu wahren; Beide aber nicht die Interessen Oesterreichs, was die Darmstädter Coalition mit Beiseitesetzung ihrer Landesinteressen sich zur Aufgabe macht."

Baden ist der Darmstädter Coalition in der Zollsache beigetreten, wie eine neue Eingabe an die Conferenz zeigt.

Bremen, den 25. Mai. Unsere Polizei ist (berichtet heute die „Weser-Zeitung") einem Complott auf die Spur gekommen, das förmlich organisirt, nichts mehr und nichts weniger bezwecken soll, als bei etwa eintretenden Eventualitäten vorher bestimmte Persönlichkeiten in einer einzigen Nacht zu beseitigen. (?) Es sind eine Menge Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen, und sollen dabei die Statuten jenes Bündnisses, das sich „der Todtenbund" nennt, Dolche, Pistolen, kugelfeste Brustharnische und sonstige verdächtige Gegenstände gefunden sein. (??)

Freiburg. (Schweiz.) Hier wird das bekannte „Schlägst Du mir meinen Knecht, so schlag ich Dir den Deinen" umgekehrt angewendet. Das Kantonsgericht hat unlängst eine Sentenz des Assisenhofs, welche einen gewissen Gougler, Theilnehmer am Carrardstreich und als flüchtig aufgegriffen, zu 30 Jahren Verbannung verfällte, auf 6 Wochen gemildert, dafür hat dann der Assisenhof zwei Väter Ligorianer, angeklagt wegen Unterschlagung von ihrem Hause angehörigen Gültbriefen und vom Staatsanwalt zu 15 Jahren Zwangsarbeit empfohlen, gänzlich freigesprochen und den Fiscus in die Kosten verfällt.

Haag, den 23. Mai. Man versichert heute, alle Minister hätten ihre Entlassung dem König eingereicht, die bereits angenommen worden.

Paris, den 26. Mai. Die „Union" zählt eine Anzahl neuer Eidverweigerungen auf. — Zwei belgische Journale, „La Processeur d'Anvers" und „Le Journal de la Belgique" sind durch Decret des Policeiministers von heute in ganz Frankreich verboten worden.

Es haben zahlreiche Verhaftungen stattgefunden.

— den 26. Mai. Die Regierung hat den dem Staatsrathe vorgelegten Gesetzentwurf über den öffentlichen Unterricht zurückgenommen. — Der „Moniteur" enthält eine Protestation gegen die Beschuldigung, als übe die Regierung ein verfassungsfeindliches Einwirken auf Spanien aus.

Rom. Der Engländer Eduard Murray ist zum Tode verurtheilt worden. Da dies durch das geheime Gericht geschah, so wird England lebhafte Reclamationen erheben.

Miscellen.

Ein schrecklicher Vorfall hat sich am verflossenen Sonntag in Mellrichstadt in Unterfranken zugetragen. Ein gewisser Johann Schirber gerieth mit seiner Ehefrau in Wortwechsel und verwundete dieselbe mit einem Stück Sense mehrmals. Die Taglöhnerin Reichart wollte der Mißhandelten zu Hilfe eilen, wurde aber von Schirber sogleich mit einem Prügel erschlagen. Der Bürger Götz sprang sodann auch zur Zähmung des Wütherichs herbei, erhielt aber gleichfalls einen Prügelschlag auf den Kopf, daß er todt zur Erde fiel. Schirber setzte nun seine Faust auf des Erschlagenen Rücken, und schlug den Kopf vom Rumpfe, so daß das Gehirn auf dem Boden herumlag. Hierauf lief derselbe davon und flüchtete sich in das Rathhaus, woselbst er sich, den Prügel in beiden Händen haltend, in seinem blutigen Kostüme an die Wand lehnte. Nur mit List gelang es der Gendarmerie, das vor Wuth schäumende Ungeheuer festzunehmen. (Nach einer andern Nachricht ist der Thäter längst geisteskrank. Er hat 6 Kinder.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 27. Mai. Weizen 6 fl. 10 kr., Korn 4 fl. 55 kr., Spelz 3 fl. 55 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige — fl. — kr., Hafer 3 fl. 40 kr., Kartoffeln 1 fl. 24 kr., per Centner.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1042] Mehrere Schreinergesellen ersuchen hiemit Hrn. Schreinermeister C. Schwaab, im Anzeigeblatt die „annehmbaren Bedingungen" zu veröffentlichen, unter welchen „gute Schreinergesellen auf Jahre lang in Arbeit treten" können. Georg Münster.

[1041] **Veräußerung einer Gutsparzelle zu Ludwigshafen am Rheine.**

In der Mitte des nächstkommenden Monats Juni wird durch den Unterzeichneten ein zu Ludwigshafen am Rheine, unmittelbar am Bahnhofe, am Hafen, am Koblenwege und am Rheine gelegenes Stück Land, enthaltend 290 nürnberger Ruthen, in mehrere Hausplätze eingetheilt oder auch im Ganzen, öffentlich unter vortheilhaften Bedingungen versteigert werden. Dabei ist man nicht abgeneigt, bis zum Versteigerungstage, der später bestimmt angegeben werden wird, diese Gutsparzelle, im Ganzen oder zu einzelnen Bauplätzen, um billige Preise käuflich abzugeben und bittet, sich deßfalls an den Unterzeichneten gefälligst wenden zu wollen.

Mutterstadt, den 27. Mai 1852.

C. Moré, Notar.

[1027] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Neue Speyerer Zeitung.

Montag | Nro. 131 | den 31. Mai 1852.

Anzeige. Des Pfingstfestes wegen erscheint morgen kein Blatt der Speyerer Zeitung.

Deutschland.

* **Speyer.** In der letzten Sitzung der Abgeordnetenkammer sprach Fürst Wallerstein Einiges zum Abschiede, was nun durch eine Anzahl Zeitungen wiederholt wird. Gerade darum, weil wir uns mit den Aeußerungen des genannten Abgeordneten in der Kammer seit Jahren sehr häufig einverstanden erklären konnten, halten wir es geeignet, unsere wesentlich abweichenden Meinungen in diesem Falle, der wichtige principielle Fragen berührt, speciell auszusprechen.

„Als wir vor dritthalb Jahren hierher kamen," heißt es in der Rede des Fürsten Wallerstein, „war unsere Brust geschwellt von Hoffnungen. Wir Alle glaubten uns berufen, einzuwirken auf die großen gesammtdeutschen Angelegenheiten; wir hofften ebenso viel für unser Wirken im Innern. Nicht alle unsere Hoffnungen sind in Erfüllung gegangen und daran tragen weder die Männer am Ministertische noch wir die Schuld... Wir tragen Alle das Bewußtsein, das Möglichste gethan zu haben, um unsern ernsten Beruf zu erfüllen. ... Ein Großes ist erzielt worden: wir haben uns Alle kennen gelernt... Wir lassen zwei brennende Fragen zurück: die der Gerichtsorganisation und jene des Zollverbandes."

Wir wollen hier gleich einschalten, daß der Kammerpräsident, Graf Hegnenberg, in seiner Erwiederung wesentlich den Constitutionalismus und das Verhältniß Baierns als Verfassungsstaat, hervorhob.

Unsere Anschauungsweise ist eine von der durch diese beiden Redner ausgesprochenen, sehr verschiedene. Um unsere Ansicht, wenn auch in aller Kürze, zu bezeichnen, müssen wir etwas weiter zurückgreifen, als namentlich Fürst Wallerstein gethan hat.

Baiern war in der neueren Zeit eine Gelegenheit geboten, allen andern Staaten Deutschlands voranzustehen. Es war damals, da es galt, die Reichsverfassung zur Geltung zu bringen. Diese Gelegenheit ward vom Ministerium zurückgestoßen: nun kehrt sie nicht wieder. Vergebens hat man alle Opfer gebracht, bei andern Gelegenheiten als „Großmacht" aufzutreten. Jene Anstrengungen in der Kurhessischen und nun in der Zollvereinsfrage, sie wären wahrlich besser unterblieben. — Als vor dritthalb Jahren der jetzige Landtag zum ersten Male zusammentrat, gaben wir uns, zumal nachdem einige Beschlüße gefaßt waren, auch nicht im Traume der Hoffnung hin, daß dieser Landtag „berufen sei, einzuwirken auf die großen gesammtdeutschen Angelegenheiten." Im ersten Momente wäre es vielleicht noch einigermaßen möglich gewesen; sobald man aber den seitdem befolgten Weg einschlug, war auch diese Möglichkeit unwiederbringlich dahin. —

Manche glaubten allerdings an ein Glück verbreitendes Wirken in innern Angelegenheiten; Manche trösteten sich über das Unglück des Gesammtvaterlandes, indem sie nicht müde wurden, von den gewaltigen, tief greifenden, Alles umfassenden Verbesserungen im Innern zu reden; jeder Zweig der Staatsverfassung und Verwaltung sollte die erfreulichsten Reformen erhalten; fast alle Einrichtungen sollten um- und neugestaltet werden, alle sollten übereinstimmend einen beneidenswerthen Musterstaat bilden.

Wir glaubten gleich anfangs auch daran nicht. Wer immer den Gang der Geschichte mit unbefangenem Blicke verfolgte, mußte zu der Ueberzeugung gelangen, daß es eine Täuschung ist, in einer Zeit der Alles vor sich niederwerfenden Reaction, an Reformen, an Einführung und Verwirklichung wichtiger, tief greifender Neuerungen zu glauben. Was nicht in der Zeit der Bewegung selbst eingeführt worden war (wie die Schwurgerichte), war verloren. Sobald einmal die Tendenz der Zurückführung der Dinge zum Alten in ganz Deutschland, in ganz Mitteleuropa die Gewalt wieder erlangt hatte, gehörte eine starke Phantasie dazu, entgegen dieser herrschend gewordenen Strömung, im einzelnen Lande an Verdrängung eben jenes Alten durch das ihm entgegengesetzte Neue zu glauben. In Deutschland insbesondere war es ein eigener Wahn, sich den Hoffnungen eines glücklichen Emporblühens des einzelnen Landes hinzugeben, indeß das Gesammtvaterland zu Grunde ging. Das einzelne Glied sollte freudig gedeihen, indeß der Gesammtkörper, von Wunden aller Art bedeckt, hinsiechte! — Man hütete sich sorgsam, „das Roß der hohen Politik zu besteigen;" man hütete sich nur allzusehr davor. Was ward damit gewonnen? Daß auch die erwünschten Verbesserungen im Innern nicht erreicht wurden, — heute bestreitet dies Niemand mehr! Ward doch sogar die Einführung des unschuldigen Notariatsinstituts als gefährliche Neuerung ferne gehalten! — Wir wollen die guten Absichten von Niemanden in Zweifel ziehen. Allein von dem eben bezeichneten Standpuncte aus können wir keineswegs, wie Fürst Wallerstein, unbedingt sagen: Wenn unsere Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen sind, „so tragen weder die Männer am Ministertische, noch wir die Schuld." Sehen wir selbst ab von der Haltung des Ministeriums in der deutschen Frage zu Anfange 1849, und glauben wir, nach dem anfangs Bemerkten, auch keineswegs, daß später Baiern der allgemeinen Reactionsbewegung sich völlig entziehen, oder gar in entgegengesetzter Richtung hätte voranschreiten können, (welches Letzte der Redner offenbar allein ins Auge gefaßt hat), so sind wir doch allerdings der Meinung, daß die Dinge in vielem Einzelnen anders und wenigstens weit minder übel geworden sein würden, wenn sowol das Ministerium als die Kammer eine andere Richtung verfolgt hätte. Wir wollen nur daran erinnern, wie zweckmäßig es eben doch gewesen sein würde, wenn man nicht vor einem Jahre — im vollen Vertrauen darauf, daß der Zollverein nicht entfernt gefährdet sei — jeden darauf bezüglichen Antrag zurückgewiesen hätte. Auch die Vermeidung der Steuererhöhung dürfte wesentlich hieher gehören. —

Manche Kammermitglieder, die der Majorität angehören, scheinen dies in der letzten Zeit selbst erkannt zu haben. Die Thatsachen beweisen, daß die Mehrheit nicht mehr der Ansicht huldigte, das „Hand in Hand gehen mit dem Ministerium" sei das Nothwendigste, das Zweckmäßigste; und nur die lächerliche Albernheit eines „Blattes der Bevormundeten" kann gar die in der letzten Zeit Schlag auf Schlag erfolgten Niederlagen des Ministeriums in Abrede stellen, während es doch gleichzeitig mit Octroyirungen zu drohen nothwendig hält! Es wird, zur Bezeichnung des Standpunctes, genügen, zu erinnern an das Schicksal der Vorlagen über: 1) Beamtendisciplin, 2) Fideicommiße, 3) bäuerliche Erbgüter, 4) Verbot der Güterzertrümmerung, 5) zurückbleibende Landtagsausschüße, 6)

Ausſchließung der Geſchworenen bei politiſchen Proceßen, 7) Ausſchließung derſelben bei Verhandlungen über Preßvergehen, 8) Schärfung und Erweiterung des Preßſtrafgeſetzes, 9) Aenderung des Gerichtsorganiſationsgeſetzes auf dem Verordnungswege, 10) Ermächtigung zu Zollvertragsabſchlüßen und 11) Bewilligung von 4 Millionen für die Expedition nach Kurheſſen. — Ging die Kammer auch nicht ſo energiſch voran, wie wir wünſchten, ſo anerkennen wir doch gerne, daß ſie in der letzten Zeit eine Stellung einnahm, welche unſere Erwartungen übertraf, und es war dieſe letzte Zeit der Kammerſeſſion gewiß die lichtvollſte ihrer Epochen.

Wir verweilen nicht bei der Behauptung, daß — im Gegenſatze zur Noth des Vaterlandes, — „ein Großes“ dadurch erzielt worden ſei, daß ſich die Abgeordneten kennen gelernt hätten. —

„Wir laſſen zwei brennende zurück,“ meinte noch der Redner: die Verhältniße der Gerichtsorganiſation und jene des Zollvereins. Allerdings zwei „brennende“ Fragen, aber leider — nicht die einzigen. Wir ſehen in dem Geſammtzuſtande Deutſchlands nur eine einzige, aber eine geradezu Alles in ſich faſſende brennende Frage. —

° Speyer. Verhandlungen der Abgeordnetenkammer über den Rebenack’ſchen Antrag wegen Abſetzung von Gemeinderathsmitgliedern. (Fortſetzung.)

Kolb, fortfahrend: Das Referat führt ferner an, daß man ſich bei der Berathung des Geſetzes vom Jahre 1837 bemüht habe: „den Gemeinderath von der Wahl „für die Ständekammer auszuſchließen.“

Ganz richtig, m. Hrn! Aber leſen Sie die Verhandlungen von damals nach und Sie werden einen andern Grund als den hier angedeuteten finden, nämlich den von dem damaligen Referenten, dem Abgeordneten Hrn. Willich angegebenen. Die Wahl zur Volkskammer durch ein ſo kleines Kollegium, wie der Gemeinderath, ſchien ihm, und gewiß mit Recht, nicht geeignet; er wollte, daß die Wahl eine ausgedehntere ſei. — Wenn übrigens hingedeutet werden will auf die Meinungen des damaligen Referenten, ſo bedauere ich nur, daß die Beſchwerdeſchrift, welche im vorigen Jahre in dieſer Sache eingegeben wurde, nicht veröffentlicht worden iſt. Sie könnten daraus die Anſicht des damaligen Referenten, Hrn. Willich, erſehen, — eines Mannes, der bekanntlich niemals ſeine Meinung geändert hat, je nachdem es die Verhältniſſe mit ſich bringen, und deſſen Meinung in Beziehung auf das fragliche Geſetz ſehr klar konſtatirt iſt.

Das Referat führt nun ferner an: das vorgebrachte Argument beweiſe zuviel mit der Behauptung: daß die gewählten Gemeinderathsmitglieder ein unantaſtbares Recht auf ihre Function hätten; denn ſonſt würde dies auch der Fall ſein bei der Auflöſung. — Hierauf hat der Hr. Antragſteller mit Recht geantwortet, daß gerade, weil das Eine vorbehalten iſt, nämlich die Auflöſung der Verſammlung und ſoweit dieſer Vorbehalt reicht, — dadurch eben ein weitergehendes Moment ausgeſchloſſen iſt. Wohin, m. Hrn., ſoll es führen, wenn man aus dem Rechte der Auflöſung, ein Recht der Regierung folgern will, Einzelne auszuſchließen?! Die Regierung hat das Recht, die Kammer aufzulöſen; ſie hat aber nun und nimmermehr das Recht, Einzelne beliebig auszuſchließen. Das wäre eine Fälſchung der ganzen Repräſentation.

Es wurde ferner Bezug genommen auf einen Wunſch, welchen die Kammer im Jahre 1837 ausſprach, mit dem Beiſatze: die Regirung werde erſucht, denſelben mit Geſetzeskraft zu publiziren; was nicht geſchehen iſt. Ueber den Inhalt dieſes Wunſches haben Sie bereits das Genügende gehört. Die Frage iſt nur einfach die: wie kann man aus der Nichtſanctionirung dieſes Wunſches den Beweis herleiten, daß das Geſetz vom Pluviose VIII. heute noch fortbeſteht? Ich ſehe das nicht ein.

Dann wird ein ganz beſonderes Gewicht auf das Argument gelegt, daß der Art. 20 des Pluvioſegeſetzes nicht förmlich aufgehoben ſei. M. Hrn., wenn irgend ein Grund viel zu viel beweist, ſo iſt es dieſer. Es iſt vollkommen richtig, daß der Art. 20 des Pluvioſegeſetzes formell nicht aufgehoben iſt. Aber wenn man darauf hin in dieſer Sache folgern will, ſo muß man conſequent ſagen: der ganze Artikel beſteht fort! Ich frage einfach: Warum beantragt der Hr. Referent in ſeiner Eigenſchaft als Landcommiſſär nicht, daß der Regierungspräſident in dieſer oder jener Gemeinde Dieſen oder Jenen zum Gemeinderath ernennt? Wenn es ſich darum handelt, daß ein Geſetzesartikel formell aufgehoben werden muß, um giltig aufgehoben zu ſein, — wenn der Art. 20 alſo fortbeſteht, weil er formell nicht aufgehoben iſt, ſo beſteht er in ſeiner Totalität fort! Die drei Worte des Anfangs können nicht ſtillſchweigend aufgehoben ſein, wenn die übrigen acceſſoriſchen Worte des nämlichen Satzes es nicht auch ſind. Entweder beſteht der Artikel ganz fort, oder er beſteht gar nicht mehr! Und wenn die Regierung ſelbſt zugeſtehen muß, daß ſie das Recht nicht hat, nach Belieben die Gemeinderäthe zu ernennen, ſo folgt daraus, daß der Art 20 eben doch beſeitigt iſt, trotzdem, daß er formell nicht aufgehoben wurde.

Allein die Regierung iſt in dem Falle, der zunächſt Veranlaſſung zur Beſchwerde gegeben hat, viel weiter gegangen, als ſelbſt unter der napoleoniſchen Gewaltherrſchaft Jemanden einfiel. Sie haben gehört, der Präfect konnte unter Napoleon „ernennen und ſuspendiren“; die Gemeinderathsmitglieder wurden aber bei uns „abgeſetzt“. Es iſt dieſer Ausdruck in denjenigen Publikationen der Regierung, welche als amtliche Berichtigung veröffentlicht wurden, ganz ausdrücklich gebraucht, und wenn man ihn auch nachher vermied und durch „Entlaſſung von der Stelle“ erſetzte, ſo iſt die Sache doch vollkommen die nämliche geblieben. Es frägt ſich nun: Iſt „ſuspendiren“ und „abſetzen“ eins und dasſelbe? Da die Sache kontrovers gemacht wurde, ſo habe ich mir die Mühe genommen, das Dictionnaire de l’académie — bekanntlich die höchſte Autorität in dergleichen Dingen — aufzuſuchen, und da finde ich die Bedeutung des Wortes „Suspendre“ in der Weiſe angegeben, daß zuerſt der Sinn hervorgehoben wird: „aufhängen, aufknüpfen.“ Ich hoffe, daß die Regierung das Recht nicht in Anſpruch nimmt, die Gemeinderäthe nach Belieben aufzuknüpfen, und daß ſie uns nicht nachher noch ſagt: wir haben Gnade geübt, wir haben bei Weitem das Minus gethan, wir haben Euch blos fortgejagt. —

Es kommt im Dictionnaire de l’académie nachher eine andere Stelle vor, alſo lautend: „Suspendre se „dit aussi figurément, en parlant d’un ecclesiastique, „d’un magistrat, d’un officier, d’un agent quelconque, „dont on interrompt les fonctions, sans „lui ôter son caractère.“ Zu deutſch: „das Wort Suspendiren wird auch figürlich gebraucht, indem man von einem Geiſtlichen, einem Magiſtrat, einem Officiere, irgend einem Beamten ſpricht, deſſen Functionen man unterbricht, ohne ihm den Character, den Stand zu nehmen.“ Die Gemeinderäthe wurden aber abgeſetzt von ihren Functionen und nach der erſten Aeußerung ſogar formell als abgeſetzt bezeichnet. — M. H., es mag Ihnen der Umſtand bezeichnend ſein, daß man zu ſolchen Gründen ſeine Zuflucht nehmen mußte, um die Sache zu vertheidigen. Ich glaube, wer gar nichts weiter von dieſen Verhandlungen gehört hätte, wer um die geſetzlichen Beſtimmungen ſich gar nicht weiter bekümmerte, den könnte der eine Umſtand genügend aufklären, daß man ſogar „Suspendiren“ und „Abſetzen“ für eins und dasſelbe erklären will.

Allein, m. H., der Antrag bezweckt etwas ganz Anderes, als die vergangenen geſchehenen Dinge hier wieder aufzugreifen; er bezweckt, einem Zuſtand ein Ende zu machen, den doch wahrhaftig ein Jeder als einen Mißſtand wird anerkennen müßen. Und in dieſer Beziehung vermiße ich am allermeiſten eine gehörige Entwicklung

Digitized by Google

im Ausschußreferate. Daß die Gemeinderäthe bei uns „den corporativen Grad der Entwicklung nicht haben, wie diesseits," gibt der Ausschuß zu. Aber es frägt sich, ob das ewig so fortdauern soll, ob es ewig in dieser furchtbaren, alle Selbstständigkeit annullirenden Ausdehnung fortbestehen muß, wie hier in Anspruch genommen wird; und das wird Niemand bejahen.

Der Herr Referent hebt hervor, daß, wenn dem Antrage des Hrn. Rebenack Folge gegeben werden sollte, ein „Disciplinarverfahren" bestimmt werden müßte. Ich bestreite diese Nothwendigkeit, meine Herren! Ich bestreite sie auf den Grund des einfachen Verhältnißes, das Sie bei jeder Generalversammlung von Actionären sehen können. Ich bestreite es aus einem andern Grunde: auch dem Landrath ist kein Disciplinargesetz vorgeschrieben. Kann es der Landrath entbehren, so wird es auch der Gemeinderath entbehren können. — Allein ich will gar nicht darüber streiten, ob ein Disciplinargesetz eingeführt werden soll oder nicht. Ich bin in dieser Beziehung bereit, jedem irgend billigen Vorschlag zuzustimmen. Aber die Frage ist: ob dieses System der Willkür, das Alles in sich faßt, fortgesetzt werden soll? Entwerfen Sie ein Disciplinargesetz, wohlan, Sie werden dann die Fälle angeben, in welchen eine Disciplinarstrafe verhängt werden kann; Sie werden ebenso die Fälle specificiren, in welchen eine Ausschließung erfolgen soll, aber Sie werden wahrhaftig nicht beschließen, daß der Regierungspräsident ad libitum Diejenigen ausschließen dürfe, die ihm etwa nicht angenehm sind. Und hier, wie ich schon vorhin bemerkte, vergessen Sie nicht, daß es sich zwar heute blos um die Angehörigen einer politischen Meinung, und zwar der gemäßigt freisinnigen Partei handelt; fassen Sie vielmehr auch in das Auge, daß das, was heute gegen diese Partei geübt ward, vielleicht in einer sehr nahen Zeit gegen eine andere Partei, die irgendwie mißliebig erscheint, ebenfalls ausgeübt werden wird; es kann sehr leicht sein, daß es heißt: wir müßen auch die Ultramontanen aus dem Gemeinderathe hinausweisen, denn diese geniren uns; oder einen Anhänger einer gewissen Fraction in dieser Kammer, welche diese oder jene Gesetze verwerfen wird. Es kann also eben so gut heißen, daß man auch diese ausschließen müße, denn unter dem jetzigen Systeme ist gar keine Grenze.

Man hat diesen Gegenstand bei einer früheren Verhandlung ironisch als cause célèbre zu bezeichnen gesucht. Ich will darauf nicht näher eingehen, obschon Dinge, die seit der Einreichung dieses Antrags practisch geworden sind, sehr viele Veranlassung dazu gäben. Aber ich frage Sie noch: Wollen Sie, daß die Gemeinderäthe in der Pfalz künftighin — nicht die Verwaltung, — denn von der sind sie ohnehin schon ausgeschlossen — sondern nur die Controle der Verwaltung so führen können, wie Sie überall sonst geübt wird? ich frage Sie, ob es Ihre Ansicht sein kann, daß die Gemeinderäthe in der Pfalz so gestellt werden, daß aus diesem verstümmelten Körper die Districts- und Landräthe hervorgehen sollen? !

Wenn Sie dem Referate zustimmen, m. H., so beschließen Sie dieses, und dann veranlassen Sie, daß die Sache viel weiter greift, als Sie heute absehen können.

(Fortsetzung folgt.)

Berlin, den 26. Mai. Das Bild der deutschen Einheit, welches die Rheinschifffahrt jetzt liefert, wird immer bunter, und es scheint fast, als gäbe es unter den durch den Bundestag verbundenen Regierungen kein Mittel, sich gegen eigenwillige Beschränkungen des Verkehrs zu vertheidigen, als zu Repressalien zu greifen, die das Netz der Beschränkungen immer weiter ausdehnen und das Publikum am härtesten treffen. Die „Preuß. Zeitung" läßt sich aus Koblenz schreiben: „Durch die zwischen Rheinhessen und Nassau eingetretenen Differenzen in Betreff der Dampfschifffahrt wird die Bewegung auch der preuß. Schiffe in so nachtheiliger Weise gestört, daß, sicherem Vernehmen nach, nun auch unsererseits für diese Vexationen Repressalien eintreten sollen. Bekanntlich bestehen nach der Rheinschifffahrts-Convention auf preußischem Gebiete die Zollämter Koblenz, Andernach, Linz, Köln, Düsseldorf, Ruhrort, Wesel und Emmerich. Das preußische Gouvernement hat indeß, wie ebenfalls bekannt ist, nur das erste wie das letztgedachte an den Gränzen bestehen lassen und die anderen sämmtlich aufgehoben, blos und allein zu dem Zwecke, den Verkehr auf dem Strome zu beleben und ihn möglichst von allen hemmenden Fesseln zu befreien. Diese Aufhebung ist indeß nur unter gewissen Vorbehalten erfolgt, und es ist danach unserer Regierung gestattet, sie unter Umständen wieder zurückzunehmen. Die vielen gedachten Vexationen nun, welchen in neuester Zeit die preußischen Dampfschiffe zu Caub und Mainz ausgesetzt sind, veranlassen unsere Regierung zu der Maßregel, daß sämmtliche hessische und nassauische Schiffe an allen obgedachten Zollstellen amtlich behandelt werden sollen, und zwar so lange, als die preußischen Schiffe in Caub und Mainz eine so rücksichtslose Behandlung erfahren. Wer dabei am schlimmsten betroffen wird, kann nicht zweifelhaft sein, ganz besonders wird die hessische Dampfschleppschifffahrt am härtesten dadurch betroffen werden. (Nat.-Ztg.)

Schleswig. Die Auswanderungen aus Schleswig-Holstein nehmen noch immer zu, und zwar sowol nach den Vereinigten Staaten als nach Brasilien. Unter den für die 5 großen Grundbesitzer in Brasilien von Hamburg aus im März expedirten Colonisten gehören zwei Drittel Schleswig-Holstein an. Diese massenhaften Auswanderungen der deutschen Bevölkerung werden besonders im Herzogthum Schleswig sehr fühlbar, indem Jüten oder Dänen dafür einwandern.

Wien. Ein Artikel in der Allg. Ztg. bespricht die Zollverhältniße, und sagt, bezeichnend genug: „Wird beim nächsten Herbst der Austausch mit österreichischen Weinen so lebendig werden, als er jetzt mit österreichischem Getreide ist, so wird dies das Wohlthätige einer Verständigung und Einigung besser und nachhaltiger einprägen, als die beredteste Auseinandersetzung in Handelscongressen, Noten und Zeitungsartikeln.... Sicher würde man im Fichtel- und Erzgebirg, im baierischen Wald und im baierischen Gebirg die ungarischen, böhmischen und die tirolischen Weine gern trinken, wenn man sie nur einmal zu billigen Preisen haben kann!"

Schweiz.

Bern, den 25. Mai. Das in dem Jahre 1833 gegründete Schullehrerseminar in Münchenbuchsee besteht nicht mehr! Der gr. Rath hat gestern nach neunstündiger sehr lebhafter Diskussion mit 92 gegen 39 Stimmen beschlossen: diese Bildungsanstalt soll unverzüglich aufgehoben werden. Regierungspräsident Fischer nannte den Vorschlag der Regierung eine schmerzhafte, aber von den Verhältnissen mit gebieterischer Nothwendigkeit geforderte politische Operation, gegen die man vergebens ankämpfe.

Frankreich.

Paris, den 24. Mai. Endlich soll das seit lange Angekündigte doch wahr und ausgemacht sein — die Fusion wäre eine vollendete Thatsache. (?) — In den Provinzen, besonders in den südlichen, folgen die Eidesverweigerungen in Masse — natürlich ebenso in Masse die Entlassungen. Die Zeitungen können es sich nicht versagen, hie und da einen oder den andern eidverweigernden Brief ganz oder theilweise mitzutheilen, und so geben die Verwarnungen oder gänzlichen Unterdrückungen der Blätter mit den Eidesverweigerungen gleichen Schritt. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit ein gewisser Oppositionsgeist, und da und dort noch eine Uneigennützigkeit, die man im heutigen Frankreich kaum erwartet hätte. (A. Z.)

— den 25. Mai. Es soll dem Baron Heeckeren gelungen sein, den Kaiser Nicolaus zu Berlin für ein Napoleonisches Kaiserthum günstiger zu stimmen.

Ein Taglöhner ist wegen beleidigender Aeußerungen über L. Napoleon zu sechs Monaten Gefängniß und 100 Frcs. Geldbuße verurtheilt worden.

Der Präsident ist ungehalten darüber, daß der verbannte Thiers, der sich dermalen in Rom aufhält, vom heiligen Vater in einer huldvollen Audienz empfangen wurde. Großen Zorn erregt es, daß sogar einige französische Offiziere von der Occupationsarmee so kühn waren, bei Thiers Besuch zu machen. — Die Gesellschaft der Schriftsteller von Paris hat in ihrer Jahressitzung abermals Hrn. Victor Hugo zu ihrem Präsidenten gewählt, obschon derselbe verbannt ist. Man erblickt in dessen Wahl einen Act der Opposition.

Italien.

Turin. Der Ministerpräsident hat in den Kammern erklärt, daß der Ministerwechsel nicht durch abweichende politische Principien, sondern lediglich durch die Art ihrer practischen Anwendung, herbeigeführt worden sei.

Großbritanien.

London, den 24. Mai. Die Regierungen von Holland und England haben einer Gesellschaft die Concession zur Anlage eines unterseeischen Telegraphen zwischen beiden Ländern ertheilt.

Hayti.

Die Krönung des Soulouque zum Kaiser hat am 18. April stattgehabt.

Neueste Nachrichten.

***München,** den 27. Mai. Noch immer wissen selbst die Kammermitglieder nicht, wann die Verabschiedung erfolgt. Der Staatsrath war wiederholt zur Berathung des Abschiedes bestellt, und wieder abbestellt worden; endlich erfolgte gestern Abend eine Staatsrathssitzung, und seit heute frühe liegt die Urkunde zur Unterzeichnung im Cabinette vor. Mittlerweile schwindet das anwesende Häuflein der Abgeordneten immer mehr zusammen; namentlich sieht man die Linke nur noch sparsam repräsentirt. Verschiedene Sagen in Beziehung auf die Gestaltung des Abschiedes kreuzen sich, ohne daß man einen bestimmten Anhalt für die eine oder die andere geben kann. Manche wollen wissen, es solle sogar noch nicht einmal definitiv beschlossen sein, ob Schluß oder Vertagung eintrete; keinem Beschluße, der auf dem Wege der Initiative von Seiten der Kammern zu Stande kam, soll die Genehmigung ertheilt werden ꝛc.

Man bemerkt, daß die Vorzimmer der Minister seit einiger Zeit gewaltig von Besuchern umlagert sind.

Der „Volksbote" wiederholt, unter Mittheilung des Wortlauts, dem Stuttgarter Staatsanzeiger gegenüber, der dies in Abrede gestellt, die von der baierischen Regierung an die Regierungen der oberrheinischen Kirchenprovinz bezüglich der von den Bischöfen gestellten Forderungen ergangene Note, indem er erzählt, diese Note hätte nach der Absicht des baierischen Ministeriums nur mündlich mitgetheilt werden sollen, der baier. Bundestagsgesandte v. Schrenck habe dieselbe durch Versehen schriftlich mitgetheilt, dadurch sei sie in seine (des Volksboten) Hände gekommen, und wenn nun das baier. Ministerium die schriftliche Mittheilung Schrencks desavouire, so mache dies in der Sache selbst keinen Unterschied.

München, den 25. Mai. Der passive Widerstand des Publicums gegen den Biertarif dauert fort, und dies mit Erfolg. Bereits haben wieder 7 Bräuer um die Genehmigung nachgesucht, die Maß um 7 kr. zu verkaufen, und dieselbe auch erhalten.

— den 28. Mai. Heute erfolgte der Landtagsabschied. Die Beanstandung, welche mehrere Gesetzentwürfe in der zweiten Kammer gefunden, wird tief beklagt, im übrigen der Eifer und die Ausdauer der Kammern anerkannt. (Fr. J.)

Wiesbaden, den 28. Mai. Die Kammern wurden heute durch einen Regierungscommissär geschlossen.

Berlin, den 27. Mai. Es wird nun in einigen Blättern bestritten, daß in der Zollfrage eine Note von hier nach Wien abgegangen sei. — Der Kaiser von Rußland soll dem Prinzen Karl zu dessen silbernen Hochzeitsfeier die Ausstattung eines Zimmers „von reinem Silber" zum Geschenke gemacht haben.

Freiburg. Die Gardes civiques von der Broye und vom See sind am 25. d. wieder entlassen worden. Nach der „Tribune suisse" sollen die Gefangenen gegen das Versprechen, sich den Gerichten zu stellen, in Freiheit gesetzt worden sein. — Der „Narrateur" und der „Confédéré" schätzen die Zahl der Theilnehmer an der Volksversammlung, übereinstimmend mit dem officiellen Bulletin, auf blos 8000 Mann. Nach dem „Echo von Moleson" sind bei dem verhaftet gewesenen Metzger Engler über 30,000 Fr. baares Geld vorgefunden worden.

Miscellen.

Georg Beyer (Bavarus), Prediger zu Sickerwitz bei Löwenberg († 1627) gab 1608 in Görlitz ein Buch heraus: „Geistliche Schlafhaube mit tröstlichen Sprüchen heiliger Schrift zusammengenäht und mit glaubwürdigen Historien und feinen Gleichnißen zierlich gestäppet, sowol auch mit heilsamen geistlichen Kräutern, die zum sanften Todesschlaf dienen, gefüttert."

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Durch alle Buchhandlungen, in Speyer bei G. L. Lang, in Landau bei A. Schiesel, ist zu haben:

Auswanderungs-Katechismus.

Ein Rathgeber für Auswanderer, besonders für Diejenigen, welche nach Nordamerika auswandern wollen, und ein **belehrendes Volksbuch für die Hierbleibenden.** Herausgegeben von **K. F. W. Wander.** Mit einer **großen Karte der Nordamerik. Freistaaten. 24 Bogen eingebunden 1 fl. 40 kr.** Verlegt von C. Flemming.

Dieser ganz neue Rathgeber für Auswanderer verdient um so mehr Beachtung, als der Verfasser Nordamerika im Jahre 1850 und 51 selbst bereiset, und nach eignen Anschauungen geschrieben hat.

[1044] **Klee-Versteigerung.**

Freitag, den 4. Juni l. J., läßt der Unterzeichnete im Banne von Duttweiler bei Neustadt den Klee, zumeist Esparsette und Luzerner, von 21 Morgen, öffentlich, im Wirthshause zum Löwen, an den Meistbietenden versteigern.

Geissert, Oeconom.

[1025ᵃ] **Hausversteigerung zu Mannheim.**

Das zur Verlassenschaftsmasse des verlebten Metzgermeisters Michael Grobe dahier gehörige Eckhaus Lit. D 4 Nro. 10 am Fruchtmarkt wird am 2. Juni ds. Js., Nachmittags 4 Uhr auf dem Rathhause dahier der Erbvertheilung wegen einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt.

Das in sehr gutem Zustande befindliche Haus, vor wenigen Jahren erst in allen seinen Theilen neu hergerichtet, liegt in dem belebtesten und zu jedem Geschäfte vortheilhaftesten Theile der Stadt.

Die bis zuletzt darin betriebene Schweinen-Metzgerei erfreute sich des besten Zuspruchs, wozu die vom Rheinhafen und den Landungsplätzen der Dampfschiffe nach der Eisenbahn vorbeiführende Hauptstraße, der Fruchtmarkt und die Nähe der Infanteriekaserne besonders beitragen.

Mannheim, den 17. Mai 1852.

Großh. Stadt-Amts-Revisorat:
Rinther.

Jemare.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch Nro. 132 den 2. Juni 1852.

Deutschland.

*** Der Hirtenbrief des Erzbischofs von Freiburg.** Die Zerwürfniße zwischen Regierungen und Bischöfen werden immer allgemeiner und bedeutender. Im Augenblick nimmt der Conflict wegen der Todtenmesse für den verstorbenen Großherzog von Baden die Aufmerksamkeit besonders in Anspruch. Beinahe alle Artikel, welche bis jetzt darüber veröffentlicht wurden, zeugen weit weniger von einer gehörigen Kenntniß und unbefangenen Würdigung der Frage, als blos ausschließlich von der Absicht, die Regierung oder den Erzbischof zu vertheidigen. Die Wortführer der ersten Art waren bisher der Mehrzahl nach in ihren Entwicklungen um so unglücklicher, weil sie sich auf keinen höhern Standpunct zu begeben wußten, als auf den des bureaucratischen Formalismus. Ihre Gegner haben vollkommen recht, wenn sie einen derartigen Standpunct wenigstens nicht als den entscheidenden gelten lassen. Aber damit ist die Sache eben auch nicht abgethan. — Unter diesen Verhältnißen freut es uns doppelt, den nachstehenden Artikel mittheilen zu können, der von dem Verfasser des Aufsatzes in Nro. 122 und 123 unseres Blattes über den nemlichen Gegenstand, ebenfalls berührt: —

Der Erzbischof von Freiburg hat durch einen Hirtenbrief den schlimmen Eindruck, welchen seine Anordnung in Betreff der Todtenfeier für den verstorbenen Großherzog, und namentlich bei den Katholiken gemacht, zu beseitigen, das öffentliche Urtheil anders zu stimmen, und unter Anordnung einer weitern Kirchenfeier die Staatsregierung und die großherzogliche Familie zu versöhnen versucht. Wir haben mit Begierde und Aufmerksamkeit den Hirtenbrief gelesen, um zu ersehen, in wie weit die vor Kurzem in diesen Blättern vom katholischen Standpunkte aus erhobenen Einreden gegen die Versagung des Meßopfergebetes für verstorbene Protestanten ihre Widerlegung oder Berichtigung finden, und wir müssen nun gestehen, daß wir um Nichts besser belehrt worden sind, daß vielmehr die Widersprüche auf's Neue vor uns auftauchen.

Wenn wir noch einmal kurz auf den Gegenstand eingehen, geschieht es nicht, um Partei für die badische Regierung zu nehmen, oder Religionsüberzeugungen zum Gegenstande von Angriffen zu machen, die nach keiner Seite hin sich rechtfertigen würden, sondern um einen öffentlichen Vorgang zu besprechen, der trotz seiner kirchlichen Seite eigentlich rein politischer Natur zu sein scheint; und soweit wir die theologische Seite der Sache berühren, geschieht es nur um die aufgestellten Grundsätze und Schlußfolgerungen zu prüfen, mittelst welcher der Erzbischof seine Anordnung zu rechtfertigen sucht. Zu einer solchen Prüfung haben wir so gewiß das Recht, als ja die Theologie gerade für die Nichttheologen, wie die Kunst von Künstlern für das nichtkunstübende Publikum geübt wird.

Wir wiederholen hier ausdrücklich unsere grundsätzliche Ansicht, daß an keine Kirchengesellschaft, wie an keinen einzelnen Menschen, ein Ansinnen gestellt werden sollte, welches nicht mit deren Lehren und Ueberzeugungen sich vereinigen läßt. Wir geben daher dem Erzbischof unbedingt Recht, wenn er sagt: „Offenbar steht es nur der Kirche zu, Bestimmungen über gottesdienstliche Handlungen zu treffen, und zu entscheiden, wann das hl. Meßopfer dargebracht werden dürfe, wann nicht, und es kann in diesem Puncte der katholischen Kirche gewiß nicht weniger Freiheit vergönnt sein, als den andern Confessionen und Religionsgesellschaften, die ja bei Anordnung gottesdienstlicher Feierlichkeiten einzig und allein von ihren Grundsätzen sich leiten lassen." Dieser Satz ist vollkommen richtig, vorausgesetzt, daß durch Kirchenfeierlichkeiten nicht die bürgerlichen Verhältniße und die unveräußerlichen Rechte der Staatsgewalt berührt werden. Aber es ist nun zu prüfen, ob in dem Hirtenbriefe der Nachweis der darin ausgesprochenen Behauptung geliefert ist: „daß nach Vorschrift der katholischen Kirche das hl. Meßopfer für keinen Verstorbenen dargebracht werden dürfe, der nicht in der Gemeinschaft der Kirche dahin geschieden." Wir haben diesen Nachweis nicht finden können. Vergebens sehen wir uns nach der Bezeichnung des Dogma's um, aus welchem dies gefolgert werden könnte, vergebens nach einem Canon eines allgemeinen Concils, worin die von einem solchen repräsentirte katholische Kirche dies ausgesprochen hätte. Wohl beruft er sich auf einen Erlaß des Papstes, allein die Meinung des Papstes ist so wenig Ausspruch der Kirche als die eines Bischofs, — ist so wenig Lehre der Kirche, als der Papst oder Bischof die Kirche selbst ist. Und was nicht ausdrücklich als Lehre der Kirche nachgewiesen werden kann, ist für Niemanden bindend, am wenigsten für einen Bischof, der nur im Geiste der Kirche zu verfahren hat. Wir können es demnach auch für keine „Uebertretung einer kirchlichen Vorschrift" halten, daß nach Anordnung der kirchlichen Oberbehörden für die früher verstorbenen Fürsten Todtenmessen gefeiert worden sind. Diese Kirchenbehörden, die Vorfahren des Erzbischofes, haben es nicht dafür gehalten, und alle die Pfarrgeistlichen halten es nicht dafür, die ohnerachtet der erzbischöflichen Weisung für den verstorbenen Großherzog den Meßgottesdienst gefeiert. Es würde kein schmeichelhaftes Licht auf alle jene Männer werfen, wollte man annehmen, daß sie mit Wissen einer ausdrücklichen Kirchenlehre entgegengehandelt, oder daß sie diese Kirchenlehre nicht gekannt haben. Nur unter einer Voraussetzung hätte der Erzbischof für seinen Standpunct die volle Consequenz, nämlich unter dieser: daß entweder die Protestanten, als außer der Kirche stehend, nicht selig werden können, oder daß alle, welche nicht an das Fegfeuer glauben, nach ihrem Tode nicht in dieses, sondern nur in den Himmel oder in die Hölle kommen, weil es für die im Himmel keiner Fürbitte bedarf, und weil sie den Verdammten Nichts nützen kann. Sobald man aber zugibt, daß auch der verstorbene Protestant durch das Läuterungsfeuer hindurch, obwol er im Leben nicht daran glaubte, zur Seligkeit gelangen könne, und daß das Gebet beim Meßopfer eine aus dem Fegfeuer erlösende Kraft besitze, muß es nicht nur erlaubt, sondern sogar von der christlichen Liebe, die ja Alle, besonders die Getauften, als Gotteskinder umfaßt, geboten sein, auch für verstorbene Protestanten, namentlich für Wohlthäter, und darum insbesondere für einen als Wohlthäter ausdrücklich erklärten hingeschiedenen Landesfürsten, das Meßopfer darzubringen. Wenn uns Jemand das Gegentheil nachweist, sind wir augenblicklich bereit, unsern Irrthum zu bekennen. (Schluß folgt.)

*** München,** den 28. Mai. Heute erfolgte der Schluß des Landtags durch den Prinzen Luitpold. Es waren nur noch 62 Abgeordnete und 17 Reichsräthe anwesend. Aus dem Abschiede theilen wir Folgendes mit:

Dem Gesetze über gewerbsmäßige Gutszertrümme-

rung wurde zwar die Sanction ertheilt, jedoch mit folgendem Beisatze: „Wir bedauern, daß über diejenigen Bestimmungen des Gesetzentwurfes, welche den Gutszertrümmerungen eine objective Schranke setzen wollten, eine Vereinbarung der Kammern nicht erzielt werden konnte, und behalten Uns vor, deßhalb dem nächsten Landtage eine erneute Vorlage machen zu lassen."

Dem Finanzgesetze ist die Sanction ertheilt unter Bezugnahme auf das 1843 zu Stande gekommene Verfassungsverständniß, und mit dem Beisatze: „Wir finden Uns aber dabei in Ansehung der beträchtlichen Erhöhungen, welche nach den Beschlüßen der Kammern über das Budget an den Voranschlägen verschiedener Einnahmszweige angenommen und für die verfassungsmäßige Willigung der zur Deckung der Staatsausgaben einschließlich des nothwendigen Reservefonds erforderlichen directen Steuern von Einfluß respective maßgebend geworden sind, veranlaßt, Uns für den Fall, daß an den veranschlagten Staatseinnahmen ein Ausfall hervortreten und die gegebene Deckung zur Befriedigung der anerkannten Staatsbedürfniße sich als unzureichend erweisen sollte, die geeigneten Maßregeln insbesondere die in Tit. VII. §. 8 und 15 der Verfassungsurkunde vorgesehenen Auskunftsmittel ausdrücklich vorzubehalten. In gleicher Weise müssen Wir, nachdem der bei dem Landtage eingebrachte Gesetzentwurf über die Aufhebung des Bedarfs für die Deckung der Ausgaben auf die militärischen Rüstungen in den Jahren 1850 und 1851 bis zum Schlusse des Landtags einer entsprechenden Erledigung nicht zugeführt worden ist, Uns vorbehalten, alle jene Ausgaben, welche nach bereits bestehenden Verpflichtungen bezahlt werden müssen, oder sonst für unverschiebliche Gegenstände nothwendig sind, insoweit sie nicht durch Zahlungen des deutschen Bundes und Kurhessens berichtigt werden können, aus disponiblen Fonds vorschußweise leisten und dem nächsten Landtage die deßfalls erforderlichen Vorlagen machen zu lassen."

In Betreff des Vorschlags zu einem Gesetze für die Pfalz über Beleidigung des Königs rc., heißt es: „Da das allgemeine Strafgesetzbuch, dessen Entwurf Wir nach vollendeter Prüfung und Berathung den in der Zwischenzeit bis zum nächsten Landtage einzuberufenden Gesetzgebungsausschüssen vorlegen zu lassen gesonnen sind, auch über Beleidigung des Königs, der Königin und der Mitglieder des königl. Hauses allgemeine für alle Landestheile gleichmäßig geltende Strafbestimmungen ertheilen wird, so haben Wir Anstand nehmen müssen, dem mit Gesammtbeschluß an Uns gebrachten Vorschlage zu einem jetzt noch für den pfälzischen Regierungsbezirk zu erlassenden besonderen Strafgesetze über eben denselben Gegenstand Unsere Sanction zu ertheilen, wenn gleich Wir die gute Absicht, aus welcher dieser Gesetzvorschlag hervorgegangen ist, wohlgefällig anerkennen."

In Betreff des Wunsches wegen Verkaufs der Porzellanmanufactur wird schon jetzt vorläufig die Erklärung gegeben, „daß Wir zum Eingehenlassen der befraglichen Porzellanmanufaktur als solcher und als Kunstanstalt Unsere Zustimmung nicht ertheilen werden."

Dem Antrage: daß keine neuen Lottokollekten mehr errichtet werden möchten, „ist bisher bereits in möglichster Weise entsprochen worden, indem von der Errichtung neuer Collekten überall, wo solche vermeidlich, Umgang genommen wurde, und Wir werden darauf auch künftighin den geeigneten Bedacht nehmen lassen."

Der Schluß des Landtagsabschieds lautet: „Umfassend und schwierig waren die Arbeiten dieses Landtages. Die Kammern haben sich denselben mit Eifer und Ausdauer hingegeben. — Wir erkennen gerne an, daß die Kammern sowol für den ordentlichen Staatshaushalt, als für den außerordentlichen Aufwand auf die Vollendung des Eisenbahnnetzes bereitwillig die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt haben. Ebenso gereicht es Uns zur Befriedigung, daß eine Reihe von Gesetzen zu Stande gebracht wurde, welche den materiellen Wohlstand des Landes zu befördern geeignet sind. — Um so tiefer müssen Wir es beklagen, daß mehrere Gesetzentwürfe Beanstandung gefunden haben, welche dazu bestimmt waren, die unveränderlichen Grundlagen jeder staatlichen Ordnung und das monarchische Grundprincip der von Unseres in Gott ruhenden Hrn. Großvaters Königl. Majestät gegebenen Verfassungsurkunde zu bewahren und gegen die störende Einwirkung verderblicher Grundsätze zu sichern. Die in jenen Gesetzesentwürfen vorgeschlagenen Einrichtungen halten Wir für nothwendig zur Erfüllung der von Gott Uns auferlegten Regentenpflichten und zur Erhaltung der Wohlfahrt Unseres Volkes, und geben Uns der Erwartung hin, daß der nächste Landtag Uns auch hierin zur Ausführung Unserer landesväterlichen Absichten entgegenkommen werde. — Indem Wir Unseren Lieben und Getreuen diesen Abschied ertheilen, schließen Wir die gegenwärtige Versammlung mit der Versicherung Unserer Königlichen Huld und Gnade."

*** Speyer.** Verhandlungen der Abgeordnetenkammer über den Rebenack'schen Antrag wegen Absetzung von Gemeinderathsmitgliedern. (Fortsetzung.)

Boyé: M. Hrn.! Ich wollte nur wenige Worte vor Ihrer Abstimmung zu Ihnen reden, um den Standpunct zu bezeichnen, wohin Sie die Gemeinderäthe in der Pfalz bringen würden, wenn Sie dem Systeme, welches die Regierung in der Pfalz gegenwärtig befolgt, und welches auch von der Staatsregierung bewilliget ist, ebenfalls Ihre Zustimmung ertheilen. Es ist Thatsache, daß die Enthebung der Gemeinderäthe von ihren Funktionen in der Pfalz nach dem reinen Wohlermessen des Regierungspräsidenten geschehen ist, ohne daß dazu irgendwie ein Anhaltspunkt in einem Gesetze, sei es in einem Straf- oder Disziplinargesetze gegeben gewesen wäre. — Diejenigen Gemeinderäthe, welche dem Herrn Regierungspräsidenten nicht gefallen, werden ihrer Stelle enthoben. Dieß ist die einfache Thatsache. Man beruft sich zur Unterstützung dieses Verfahrens auf die frühere französische Gesetzgebung, und sagt, daß dort den Präfecten die Befugniß zustand, ein Mitglied des Gemeinderathes von seinem Amte zu suspendiren. Sie haben vernommen, daß dieß seine Richtigkeit hat. Sie haben aber auch gehört, daß der Präfect derjenige war, welcher diese Mitglieder des Gemeinderathes mit der Stelle überhaupt betraut hatte. — Es läßt sich leicht begreifen, daß, wenn Jemand aufgehört hat, das Vertrauen dessen zu besitzen, der ihn zu einer Stelle berufen hatte, dieser auch die Verfügung zu treffen berechtigt sei, den seines Vertrauens Unwürdigen seiner Stelle wieder zu entheben. Dieses System aber, meine Herren, ist gegenwärtig, wo die Gemeinderäthe ihre Stelle in Folge einer Wahl bekommen, nicht mehr zuläßig. Es war auch früher zur Zeit der französischen Einrichtungen anders, zur Zeit als die Mitglieder der Gemeindekollegien und die Mitglieder der Kreiskollegien aus einer Wahl hervorgingen. Es bestand damals ebenfalls ein Recht für die Staatsregierung, jene Mitglieder von ihren Funktionen zu suspendiren; allein dieses Recht war ein beschränktes, und in der früheren Gesetzgebung waren die Fälle normirt, in welchen diese Gewalt Platz greifen konnte. Man hat sich früher und auch jetzt auf die Konstitution vom Jahre III bezogen, welche ein solches Suspensionsrecht ertheilt. Ich gebe dieses zu, füge aber auch bei, daß im Artikel 194 jener Constitution, wo den Ministern die Befugniß eingeräumt ist, die Verwaltungsbeamten eines Departements zu suspendiren, ausdrücklich gesagt ist, „wenn dieselben „den bestehenden Gesetzen, oder den ihnen von ihren vor„gesetzten Behörden ertheilten Amtsbefehlen zuwiderge„handelt haben," und meine Herren, das gleiche Recht ist der Verwaltung eingeräumt bezüglich der Municipalverwaltungen, welche man in einigen Beziehungen mit dem Gemeinderathe auf gleiche Stufe stellen kann. Also nur unter der Vorbedingung einer Zuwiderhandlung gegen die bestehenden Gesetze oder gegen die competenzmäßig ertheilten Befehle der vorgesetzten Behörden konnte eine Suspension verfügt werden. Aber, m. Hrn., was ist weiter hierauf gefolgt, und was war weiter an diese

Suspension geknüpft? Es konnte keine solche Verfügung der Administration einen definitiven Effect erhalten, außer wenn von dem vorgesetzten vollziehenden Directorium, der höchsten Staatsgewalt, die Bestätigung erfolgt war. — Hierin werden Sie finden, daß eine Garantie gegeben war gegen solche Absetzungen, wie sie hier in Frage stehen, denn es konnten die Absetzungen nicht willkürlich verfügt werden. Selbst die Constitution vom Jahre VIII. verordnet im Artikel 21, daß, wenn ein Mitglied eines Wahlkörpers der Staatsregierung angezeigt ist, als hätte sich dasselbe irgend eine Handlung, einen Act, zu Schulden kommen lassen entgegen den Gesetzen der Ehre oder den Pflichten gegen das Vaterland, die Staatsregierung alsdann das Collegium selbst einzuladen hatte, sein Votum in dieser Angelegenheit abzugeben, und seine Wünsche der Staatsregierung vorzutragen. Es ist sogar ausdrücklich hier die Bestimmung enthalten, daß ⅔ der Stimmen des Collegiums selbst nothwendig sind, um ein solches Mitglied seinen Platz im Collegium wieder verlieren zu machen. Unter diesen Bedingungen allein konnte bei einem Wahlcollegium und bei jeder Wahlkörperschaft das Recht als Mitglied zu sitzen, verloren gehen. — Nach dem Systeme, welches aber heute aufgestellt wurde, sinken alle diese Garantien zusammen, und es frägt sich einfach und allein, ob Sie durch Ihre Zustimmung zu dem Antrage des Ausschusses, oder durch Ihre Zustimmung zu dem Antrage des Antragstellers genehmigen wollen, daß die Organe der Staatsregierung mit Hintansetzung jeder gesetzlichen Gewährschaft Mitglieder des Gemeinderathes von ihrem Posten entfernen kann oder nicht. — Genehmigen Sie den Vorschlag des Ausschusses, so sanktioniren Sie hiemit förmlich jede Willkür ohne irgend eine gesetzliche Schranke, genehmigen Sie aber den Vorschlag des Antragstellers, so werden Sie dadurch einen Zustand herbeiführen, welcher allein geeignet ist, das Vertrauen in die Funktionen der Wahlkörperschaften, welche in der Pfalz eingesetzt sind, zu erhalten. (Forts. f.)

Karlsruhe, den 26. Mai. Der Kriegszustand ist nun wirklich auf unbestimmte Zeit verlängert, und man hat sogleich Anwendung von demselben gemacht. Durch ein Rescript des Ministeriums des Innern wurde allen Buchhandlungen des Landes der Verkauf einer jeden Druckschrift über den kirchlichen Conflict verboten, möge sie für oder gegen den Erzbischof sein. (A. Z.)

Aus verschiedenen Gegenden vernimmt man, daß die letzten Gewitter von verheerenden Hagelschlägen begleitet waren, und daß selbst Menschen durch den Blitz getödtet wurden.

Kassel. In dem halbofficiellen hessischen „Volksfreunde," dem Organe Vilmars und der Regierung, wird dem Freiburger Erzbischofe zunächst entschieden Recht gegeben, und dann nur die Form, in welcher er auftrat, ein wenig getadelt. Es wird behauptet, bei dem ganzen Vorfalle habe es sich nur um eine Action scandalsüchtiger Schreier gegen die Hierarchie und die Jesuiten gehandelt. Im Widerspruche damit wird allerdings von Erscheinungen gesprochen, welche auch den „Billigsten" stutzig und unnachgiebig machen könnten. Dann heißt es in dem Aufsatze: „Wir glauben, daß die Paragraphen der kurhessischen Verfassungsurkunde welche die katholische Kirche berühren, am wenigsten zu dem Unabänderlichen dieser Verfassung gehören dürften."

Oldenburg, den 28. Mai. Der Landtag genehmigte heute in geheimer Sitzung mit 32 gegen 12 Stimmen den Beitritt Oldenburgs zum September-Vertrage, — jedoch unter Bedingungen.

Berlin, den 26. Mai. Gestern fand wieder eine längere Sitzung der Zollvereinsconferenz statt, in welcher die streitigen Principienfragen nochmals zur Erörterung gelangten. Nach einigen Verhandlungen ging man zur Fortsetzung der gewöhnlichen Besprechungen über. Diese Vorbesprechungen sind jedoch demnächst an ihrem Ende angelangt, und es wird sich jetzt darum handeln, wann die bindenden Unterhandlungen beginnen sollen. Hierzu müssen die Bevollmächtigten aber erst eine Vollmacht und Erklärung abgeben, daß sie zum Abschlusse bindender Verhandlungen bereit seien, und dieß dürfte der sehr kitzliche Punct sein, an dem die Conferenzverhandlungen nun angelangt sind. Bevor man solche Erklärungen mit Vollmacht nicht abgegeben, sind alle Verhandlungen ohne allen reellen Nutzen. (F. J.)

— den 27. Mai. Der Kaiser von Rußland ist gestern Nacht von hier nach Warschau abgereist.

Halle a. d. S., den 27. Mai. Heute Morgen wurde im hiesigen „Hotel zum Thüringer Hof," die von den HH. Degenkolb, Helmreich u. A. ausgeschriebene Versammlung eröffnet. Die Zahl der Theilnehmer belief sich auf mehr als 250 Personen. Man war über den Hauptinhalt: Erneuerung des Zollvereins in seiner durch den Anschluß des Nordens in Aussicht stehenden Ausdehnung einverstanden.

Köln, den 24. Mai. Die drückenden Communallasten bei den erhöhten Staatssteuern haben die Folge, daß die reichsten Leute aus Elberfeld, wo jene Steuern eine fabelhafte Höhe erreicht haben, die Stadt verlassen und sich anderswo niederlassen. Auch bei uns fängt man an, das Beispiel der Elberfelder nachzuahmen. — Von Bonn aus hatte man nach Berlin gemeldet, es bestehe im ersten Ort eine geheime Gesellschaft, welche kein geringeres Verbrechen im Schilde führe, als den König zu ermorden. Durch die Untersuchung ergab sich, daß ein elendes Subject das ganze Complott erdichtet hatte, in der Hoffnung, deßwegen nach Berlin berufen zu werden und pecuniäre Zwecke zu erreichen. Der Uebelthäter ist offenbar zu gelinde bestraft worden, indem er bloß zu zwei Monaten Freiheitsstrafe verurtheilt wurde. (A. Z.)

Luxemburg, den 23. Mai. Die vollständige Eisenbahnlinie von Paris bis Nancy soll am 25. Juni, und die bis Straßburg am 20. August dem Verkehr übergeben werden. Die Verbindung mit Saarbrücken ist nur noch von den Arbeiten der preußischen Regierung abhängig und soll bis zum 1. October hergestellt sein. Im Laufe des Sommers sollen auch die Zweigbahn von Metz und alle Gebäulichkeiten der Linie bis Forbach beendigt werden. Die Zweigbahn von Rheims soll 1853 zu Stande kommen.

Bremen, den 26. Mai. Von den verhafteten „Todtenbündlern" soll heute eine große Anzahl wieder auf freien Fuß gesetzt worden sein; nur einige wenige, die schwerer compromittirt erscheinen, sind im Gewahrsam geblieben.

Wien, den 25. Mai. Der Kaiser hat angeordnet, daß die körperliche Züchtigung als Disciplinarstrafe in den Gefangenenanstalten gegen Sträflinge unter bestimmten Einschränkungen und Vorsichtsmaßregeln wieder eingeführt werde. Nach der erfolgten Kundmachung der Statthalterei bestehen diese in Folgendem: Mit Stockstreichen dürfen nur erwachsene Männer, die übrigen Personen mit Ruthenstreichen bestraft werden, und darf sich die Zahl der Streiche nicht über 20 erstrecken. Die körperliche Strafe darf sonst nie als in folgenden Fällen angewendet werden: bei grober oder thätlicher Beleidigung der Beamten und der Wache, bei Zusammenrottungen, bei boshafter Beschädigung der ärarischen Effecten und wenn alle anderen Strafarten schon fruchtlos angewendet worden sind.

Großes Aufsehen erregt die heute unerwartet erfolgte Quieszierung mehrerer Beamten im Handelsministerium, worunter die des bekannten Dr. Becher.

Schweiz.

Freiburg. Der „Confédéré" behauptet, daß aus offiziellen und offiziösen Untersuchungen hervorgehe, daß die reactionäre Partei anfänglich einen Handstreich gegen Freiburg zu Ende der vorigen Woche beabsichtigt habe. Die energischen Maßregeln der Regierung und die Unterstützung der Democraten hätten diesen Plan vereitelt.

Belgien.

Ein von dem berüchtigten Granier aus Cassagnac

unterzeichneter Artikel des „Constitutionnel“ erregt in Belgien ungemeine Sensation und Entrüstung. Er stellt die Regierung Belgiens als gegen Frankreich feindlich gesinnt dar, greift besonders die freisinnige Partei an, und droht, wenn die am 8. Juni stattfindenden Wahlen nicht in anderem (pfäffischem) Sinne ausfielen, so werde Frankreich zwar nicht mit bewaffneter Hand einschreiten, dagegen aber einen Zolltarifkrieg beginnen. Für den andern Fall wird das Glück einer Zolleinigung zwischen Frankreich, Belgien, Spanien und Italien in Aussicht gestellt.

Niederlande.

Amsterdam, den 27. Mai. Die feierliche Enthüllung des dem berühmten Maler Rembrandt von Reje errichteten Standbildes fand heute statt.

Frankreich.

Paris, den 27. Mai. Der verbannte General Leflo hat von Jersey aus ein Schreiben an den Kriegsminister gerichtet, worin er ebenfalls den Eid verweigert. — Zu Orleans haben neuerdings politische Verhaftungen Statt gehabt.

Paris, den 27. Mai. Der „Moniteur“ enthält eine ziemlich lange Liste von Militärs aller Grade, die theils Orden, theils die Denkmünze erhalten haben.

Die Eidesverweigerungen von Mitgliedern der Departementalräthe und der Gemeinderäthe fangen doch nachgerade an, etwas mehr Aufsehen zu machen, als anfangs. Diese Kundgebungen, ohne Belang, so lange sie isolirt waren, erlangen durch ihre Vervielfältigung eine gewisse Bedeutsamkeit.

Auch mit Schauspielerinnen führt die Regierung Krieg! Der Mademoiselle Rachel ist der Urlaub zur Reise nach Berlin verweigert worden. Als Ursache wird angegeben, daß sie unter nichtigen Vorwänden sich geweigert habe, bei dem Schauspiele, das in den Tuilerien zur Verherrlichung des Adlerfestes aufgeführt wurde, zu declamiren!

Herr v. Heeckeren, heißt es heute, bei wohlunterrichteten Leuten, ist keineswegs vom Kaiser von Rußland selbst, sondern nur vom Grafen Nesselrode empfangen worden, der ihm zwar sehr friedfertige, aber in der Hauptsache ausweichende Antworten ertheilt hat.

Der Präfect des Finisterre hat die Schließung von 25 für die Sitten und die öffentliche Sicherheit gefährlich erachteten Kaffeehäusern und Schenken befohlen.

— den 28. Mai Das „Journal des Debats“ dementirt die Gerüchte über angebliche, im Interesse der Fusion Statt gehabte Conferenzen, so wie über zu demselben Zwecke projectirte Reisen.

Der „Moniteur“ enthält vier Gesetze, welche die Stadt Bordeaux und drei Departements zur Auflegung gewisser außerordentlicher Steuern ermächtigen.

Durch präsidentielles Decret ist auf Ansuchen der Einwohner des Lotdepartements verfügt worden, daß der in diesem Departement gelegene Geburtsort Murats, des ehemaligen Königs von Neapel, La Bastide-Fortuniere, fortan den Namen La Bastide-Murat führen soll.

Rothschild hat nun das Großkreuz der Ehrenlegion erhalten. — In dem Budget für 1853 ist der Effectivstand des Heeres auf 400,000 Mann Infanterie und 86,000 Mann Cavallerie angesetzt. — Zu Bedarieux fehler gegenwärtig 500 arbeitsfähige Einwohner, 300 als Angeklagte und 200 als Zeugen, so daß mehrere Fabriken rc. leer stehen. — Es wird beabsichtigt, den Einfuhrzoll auf Rindvieh bedeutend herabzusetzen, was für die deutschen Grenzprovinzen von bedeutender Wichtigkeit wäre.

Paris, den 29. Mai. Der „Moniteur“ bespricht heute die Gerüchte über eine angebliche, einer Veränderung der Regierungsform in Frankreich feindliche Coalition des Auslandes. In fremden Journalen, sagt er, werde behauptet, gewisse europäische Mächte wollten beim Eintritte gewisser Eventualitäten eine neue Coalition schließen und Frankreich in der freien Wahl einer neuen Regierungsform beschränken. Diese Gerüchte seien lügenhaft und die erwähnten Eventualitäten unwahrscheinlich. In dem Zustande Frankreichs deute nichts auf die Nothwendigkeit eines Wechsels der Regierungsform; das Land sei ruhig und die Beziehungen zum Auslande freundschaftlich. Jene Gerüchte seien daher nichts weiter, als die abgenutzte Tactik unterlegener Parteien, von denen eine fremde Intervention gegen den National-Willen gewünscht werde. (Köln. Z.)

Neueste Nachrichten.

*** Speyer.** Heute Nacht brannten in der benachbarten Gemeinde Mechtersheim 3 Scheunen nieder.

Heidelberg, den 28. Mai. Dieser Tage fand hier eine Zusammenkunft von Geistlichen statt, worunter die Bischöfe von Strasburg und Speyer.

Leipzig, den 26. Mai. Die letzthin in Dresden abgehaltene Synode der Deutschkatholiken Sachsens hat ein neues organisches Statut berathen und man glaubt für dasselbe der Genehmigung des Cultusministeriums sicher zu sein und so den anderwärts so gefährdeten Deutschkatholicismus wenigstens in Sachsen als Confession zu retten.

Berlin. Die „National-Ztg.“ schließt einen Artikel über die Resultate der Session der Preußischen Kammern mit folgenden Worten: „Das Resultat der Kammerthätigkeit ist, daß solche Kammern zu nichts sind und zu nichts führen.“

Berlin. Das Protokoll in der Schweizer Angelegenheit ist von den 5 Großmächten unterzeichnet. Dem Vernehmen nach werden nunmehr die Mächte eine Collectivnote an die Bundescentralregierung der Schweiz erlassen und darin die Herstellung der früheren Verfassung Neuenburgs verlangen. Im Fall sich die Schweiz weigert, der Forderung nachzukommen, was in diplomatischen Kreisen nicht erwartet wird, so sollen die gegen die Schweiz weiter zu ergreifenden Maaßregeln auf Grund des Protokolls in Berathung gezogen werden.

Der Bau der beiden Bundesfestungen Rastatt und Ulm wird so rasch als möglich betrieben.

Das Zerwürfniß zwischen der kurhessischen Regierung und dem Bischofe von Fuld wird immer ernster.

Wien, den 27. Mai. Die „Oesterr. Corresp.“ schreibt: „Der österreichische Gesandte bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Hr. v. Hülsemann, hat den Befehl erhalten, den diplomatischen Verkehr mit dem Kabinet zu Washington zeitweilig abzubrechen. Feindselige Demonstrationen des Staatssecretärs Hrn. Webster dürften hierzu eine drängende Veranlassung dargeboten haben. Die Handelsverbindungen bleiben ungestört und werden vor wie nach durch die betreffenden Consulate gefördert.

Dem Grafen v. Chambord soll Ludwig Napoleon vertrauliche Vorstellungen über seine Haltung haben zugehen lassen.

Bombay, den 3. Mai. Rangun ward von 1400 Briten gegen 25,000 Birmanen erstürmt. Martaban bombardirt. (A. Z.)

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1045] **Zu verkaufen.**

In Mannheim in Lit. B 1 Nro. 5 sind zweispännige Pferdgeschirre (Brustplätter) zu verkaufen.

[1046a] **Soolbad Dürkheim in der Pfalz.**

Das Sool-, Dampf- und orientalische Bad ist dieses Jahr mit beginnendem Mai eröffnet worden. Zu dessen Gebrauch ladet höflichst ein:

Die Badecommission.

[1047²] **Soolbad Dürkheim.**

Meine Bäder und möblirten Zimmer, in schöner freier Lage, ganz nahe am Curgarten, bringe ich in empfehlende Erinnerung.

Dürkheim, im Mai 1852. Johann Cron.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 133 | den 3. Juni 1852.

Deutschland.

• **Der Hirtenbrief des Erzbischofs von Freiburg.** (Schluß.) Dagegen sagt der Hirtenbrief: „Ein ganz anderes Verhältniß ist es, so lange der Landesfürst noch lebt. Da werden allerdings, auch wenn derselbe nicht der katholischen Kirche angehört, bei besondern Veranlassungen, z. B. bei dem Regierungsantritt, dem hohen Namensfeste u. s. w. Meßopfer durch Anordnung der Kirche dargebracht, allein in diesen Fällen wird der Regent aufgefaßt als der von Gott gesetzte Herrscher des Staates, und von Gott ihm durch Darbringung des hl. Opfers erfleht die zur segensreichen Vollführung seines höchst wichtigen und höchst einflußreichen Amtes nothwendigen Gaben. Oder es wird dem Allerhöchsten gedankt für die Wohlthaten, die er durch den Landesvater dem Volke erwiesen, oder es wird das Dankopfer dargebracht für besonders erfreuliche Ereigniße, wie z. B. für die Geburt eines Kronprinzen, für die Wiedergenesung eines kranken Regenten. ... Nach dem Tode eines nicht katholischen Regenten kann nur dann ein hl. Meßopfer dargebracht werden, wenn sich daselbe bezieht auf die Segnungen und Wohlthaten, die Gott durch seine Regierung dem Volke erwiesen, also wenn es ein Lob- und Dankamt ist, welches aber bei einem Trauergottesdienst zu feiern offenbar nicht angeht. Das religiöse Bekenntniß kommt in solchen Fällen gar nicht in Betracht. Anders verhält es sich, wenn für den Verblichenen ein Seelenamt soll gehalten werden. Ein Seelenamt kann die Kirche nicht mehr für ihn als Regenten feiern, sondern es bezieht sich einzig und allein auf seine Person. Der Dahingeschiedene erscheint nunmehr als Mitglied seiner Confession. Für ihn nach seinem Tode ein Seelenopfer darbringen, hieße thatsächlich aussprechen, daß er Glied der katholischen Kirche gewesen, daß er in der Gemeinschaft der Kirche gestorben, welche an die Wirksamkeit des heiligen Meßopfers für die Verstorbenen und an den Reinigungsort glaubt." Wir können gegenüber einer solchen Beweisführung die sich aufdrängenden Fragen nicht beseitigen: Wenn die Kirche mittelst des Meßopfers dem Regenten die nothwendigen Gaben erfleht, sein Volk glücklich zu regieren, hat sie denn da nur ein Gebet um die Gaben, nicht auch ein Gebet für Den, dem Gott, als „dem von ihm gesetzten Herrscher," die Gaben verleihen soll? Zeugt nicht dafür das sonntägliche salvum fac? Wenn die Kirche das Dankopfer darbringt für die Wohlthaten, welche Gott dem Volke durch den Landesfürsten zu Theil werden ließ, hat sie denn da nur die empfangenen Wohlthaten im Auge, und nicht vielmehr auch in herzlicher Fürbitte Denjenigen, welchen Gott zum Spender seiner Wohlthaten erkoren hat? Wenn nach dem Tode eines protestantischen Fürsten ein Lob- und Dankamt dargebracht werden kann für alle Segnungen, welche Gott durch denselben dem Volke zugewendet, muß das Lob- und Dankgebet im Geiste und Herzen der Katholiken nicht von selbst eine Fürbitte für den Hingeschiedenen werden, den Gott zum Werkzeug seiner Segnungen gemacht? Ich darf mich also glücklich fühlen im Genuße des Vermögens, das mir das Testament eines edlen Menschen gebracht, aber für ihn, für seine Seelenruhe darf ich nicht beten, weil er im Leben ein Protestant gewesen? Oder gibt es eine zweifache Messe, — eine blos zum Lobe und Danke, und eine andere zur Fürbitte? Macht die schwarze oder bunte Farbe des Meßapparats und der Altarverzierungen einen Unterschied in der wesenhaften Bedeutung der Messe selbst? Ist nicht vielmehr jede Messe zugleich ein Lob-, Dank- und Bittopfer? und kann man bei der Bitte Den vergessen oder geflissentlich übergehen, der die Veranlassung des Lobes und Dankes ist? Wenn, nach dem Hirtenbriefe, der Verstorbene nicht mehr als Regent, sondern nur als Person aufgefaßt werden soll, so kann man eben so gut sagen: der Verstorbene ist entweder als beides oder als keines von beiden zu betrachten, weil ja die Person und der Regent zugleich gestorben sind; so wenig oder so viel der Verstorbene eine Person ist, so wenig oder so viel ist er ein Regent. Wenn ferner der Dahingeschiedene als Mitglied seiner Confession erscheint, muß nicht vielmehr der Lebende als Mitglied seiner Confession erscheinen? Und wenn es erlaubt war, für den einer andern Confession angehörenden Landesvater im Leben zu beten, obgleich er an die Wirksamkeit des Meßopfers nicht glaubte, — muß es nicht auch erlaubt sein, für den verstorbenen Landesvater zu beten, obgleich er im Leben nicht an das Fegfeuer glaubte, — um so mehr, nachdem er — dem katholischen Glaubensstandpuncte gemäß — jenseits zur klaren Einsicht seines Irrthums gekommen ist? Gibt es übrigens im jenseitigen Leben noch eine Confession? Kann von einem Verstorbenen gesagt werden, er ist Mitglied dieser oder jener Confession? Wird nicht vielmehr jene Kirchengesellschaft, welche sich als die allein wahre erkennt, Alle als die Ihrigen in Anspruch nehmen, welche nicht der Verdammniß verfallen sind? Wird sie sich nicht natürlich und nach dem Geiste dieser Glaubensanschauung gedrungen fühlen, für Alle, welche noch im Reinigungsorte sind, zu beten, ob sie auch diesseits einer andern Confession angehört haben? Man sage einem Kinde, das für den verstorbenen Vater betet: „der ist ja nicht mehr Dein Vater, er ist nur noch eine Person. Für die Wohlthaten darfst Du Gott danken, die er Dir durch deinen Vater gegeben, aber für die Person des Verstorbenen darfst Du nicht beten, weil sie der protestantischen Confession angehört, weil sie im Leben nicht ans Fegfeuer glaubte." Wird des Kindes Herz nicht durch eine solche Rede sich tief verletzt und empört fühlen? wird es den verstorbenen Vater darum weniger als seinen geliebten Vater erkennen, und aufhören, im Gebete seiner zu gedenken?

Der Hirtenbrief fragt: „Darf die Kirche thatsächlich irgend Jemanden zu ihren Gliedern zählen, der es nicht gewesen? Gewiß nicht! Die Kirche achtet höher die Freiheit der Gewissen." Das Letztere ist recht schön, wenn es nur auch immer in der That sich zeigte! Aber davon handelt es sich nicht. Das Gebet für einen verstorbenen Nichtkatholiken von Seiten eines Fegfeuergläubigen macht jenen so wenig thatsächlich zu einem Gliede der katholischen Kirche, als das Gebet für einen lebenden Nichtkatholiken von Seiten der Meßopfergläubigen den ersten thatsächlich zu einem Gliede der katholischen Kirche macht, und doch wird auch für den protestantischen Fürsten das Kirchengebet (domine salvum fac) gesprochen. Die Freiheit des Gewissens wäre beeinträchtigt, wenn man einen Protestanten zwingen wollte, an die Wirksamkeit des Meßopfers, an das Fegfeuer zu glauben, das Meßopfer gläubig für Verstorbene mitzufeiern. Aber es verletzt keineswegs das Gewissen dessen, der an das Fegfeuer glaubt, für die Erlösung aller Derer zu beten, die im Fegfeuer sind, vielmehr entspricht dies dem Geiste der

allumfassenden Liebe des Christenthums und dem Drange des dankbaren, liebenden menschlichen Herzens. Eben so wenig wird das Gewissen Desjenigen verletzt, für welchen das Gebet geschieht, wenn er gleich nicht an dessen Wirksamkeit und an das Fegfeuer glaubt. Ganz anders gestaltet sich die Sache, wenn von Seiten Solcher, deren offenes Glaubensbekenntniß die Messe und ihre Wirksamkeit und das Fegfeuer verwirft, geradehin an die Katholiken die Forderung gestellt wird, das für sie zu thun, was sie doch ausdrücklich verwerfen. Kann und will auch der Katholik für Alle — Lebendige und Verstorbene — beten, ohne sein Gewissen zu verletzen: so ist es doch eine verletzende Zumuthung, Das von einer Kirchengesellschaft befehlend zu verlangen, was man für unwirksam und überflüssig hält. Wir kommen daher auf unsern alten Standpunct zurück: Keinerlei Kirchenfeierlichkeiten sollten von den Fürstenhäusern und ihren Regierungen gefordert und befohlen werden, sondern es sollte der Kirchengesellschaft ganz überlassen bleiben, hierin selbstständig zu verfügen, soweit die Interessen der staatlichen Gesellschaft nicht dadurch berührt werden.

Wenn der Hirtenbrief sagt: „Die Kirche kann nicht zugeben, daß man von ihrer heiligsten Handlung Gebrauch macht, um nur eine pomphafte Feierlichkeit zu veranstalten, oder eine musikalische Production aufzuführen. . . . Man soll eine Kirche achten, die nicht in weltlicher Klugheit, in menschlicher Berechnung etwaiger übeln Folgen, aus Furcht, bei der Welt anzustoßen und bei den Großen der Erde einzubüßen, das Allerheiligste zu einem Zwecke gebraucht, zu welchem es ihr von dem Urheber aller Gnade nicht anvertraut ist," — so liegt hierin allerdings eine etwas bittere, und wie uns dünkt, keineswegs angemessene Bezüglichkeit auf den vorliegenden Fall; aber im Allgemeinen muß man es billigen, und man kann nur den Wunsch beifügen, daß der hier ausgesprochene Grundsatz doch auch immer und überall als Thatverhalt zu erkennen sein möchte! Das Auf- und Abmarschiren von Soldaten, das Commandiren, Gewehraufstoßen und Salutiren, das Trommeln und Blasen während des Meßgottesdienstes, die operartigen Musiken und Gesangstücke, mit dem ganzen sie begleitenden äußern Pomp, wollte uns von jeher so wenig zusagen, als wir die weitgehende Entwicklung des äußern Kirchenchristenthums bewundern konnten, wenn wir die Erscheinung der Prälaten mit dem Auftreten Dessen verglichen, der da lehrte, man solle Gott im Geiste und in der Wahrheit anbeten. Die Te Deums für die gewonnenen Schlachten Napoleons sind bei dem Volke der Religion und Kirche niemals förderlich gewesen, es hörte dabei im Geiste das Todesröcheln der für die Eroberungssucht eines Machthabers Gefallenen, es sah das fließende Blut seiner Söhne und — knirschte. Der Anklang und die Billigung, welche Frankreichs zweiter December zu Rom und überhaupt bei der Geistlichkeit gefunden, die kirchliche Weihe auf dem Marsfelde, welche wiederholt so Verschiedenartiges heiligen mußte, die Ueberreichung des Cardinalbarets durch die Hände Dessen, der trotz des feierlichen Eides, zu dem er diese Hände erhoben, die Staatsverfassung gestürzt unter blutiger Gewaltthat, unter Anwendung von Kerker und Verbannung gegen die Edelsten der Nation, die Aufforderung von Bischöfen, diesen Verfassungssturz als ein Werk der Vorsehung zu betrachten und zu unterstützen — das sind lauter Dinge, an welche man den oben ausgesprochenen Grundsatz des Hirtenbriefes nicht als Maßstab anlegen kann. Von gar vielen Dingen, die uns ganz in der Nähe liegen, wollen wir nicht reden.

Am Schlusse seines Hirtenbriefes ordnet nun der Erzbischof ein Dank- und Bittopfer an für die durch den verstorbenen Großherzog von Gott erhaltenen Segnungen und um Erflehung der dem jetzigen Regenten nothwendigen Gaben, um das Volk segenreich zu regieren. Es ist wundersam, daß diese Ordonnanz hintennach kommt. Sie scheint uns weder die Zuversicht zu bestätigen, mit welcher der Erzbischof in seinem Hirtenbriefe sein Verfahren zu rechtfertigen sucht, noch der Erwartung zu genügen, von welcher die Staatsregierung bei der Anordnung der Todtenfeier ausgegangen war. Hatte der Erzbischof lediglich dem katholischen Kirchengesetze gemäß gehandelt, was bedurfte denn seine erstergriffene Maßregel einer nachträglichen Verbesserung? Konnte sich, in der Voraussetzung der Richtigkeit Dessen, was im Hirtenbriefe auseinander gesetzt ist, die Regierung oder das Fürstenhaus durch die zuerst getroffene Anordnung des Erzbischofs nicht beleidigt finden, für was denn eine gleichsam nachträgliche Genugthuung. Ja kann überhaupt die Sache dadurch auf andere Füße gestellt sein, daß man erklärt: Wir wollen schon einen Meßgottesdienst halten für die Wohlthaten, die wir durch den verstorbenen Regenten empfingen und durch den jetzigen Regenten erwarten, aber für seine Seelenruhe können wir nicht beten, weil er Protestant ist? Die durch diese nachträgliche Anordnung versuchte Versöhnung scheint uns aber geradehin direct vereitelt, wenn die Nachricht öffentlicher Blätter wahr ist, daß „gegen diejenigen Geistlichen, welche sich (durch Abhaltung einer Seelenmesse für den verstorbenen Großherzog) in ihrer Pflicht verfehlt haben, mit canonischen Strafen eingeschritten werden solle." Könnte die Staatsregierung, könnte das Fürstenhaus billigend oder nichtabwehrend einem solchen Einschreiten gegen Diejenigen und um deßwillen zusehen, welche und weil sie auf Anordnung der Regierung, und wohl auch im Bewußtsein und Gefühle Dessen, was sich ziemt, für den verstorbenen Großherzog gebetet haben?

Wir unserer Seits sagen im Allgemeinen: Der Protestant verlange nicht für sich das Meßopfer zur Erlösung aus dem Fegfeuer, da er an beides nicht glaubt; aber dem Katholiken werde es nicht verwehrt, für alle Menschen, Könige und Obrigkeiten (1 Tim. 2, 1—2), für lebendige und verstorbene zu Demjenigen zu beten, der Alle als seine Kinder liebt, und den Vielgeliebten für Alle zum Opfer werden ließ. Und zum Schluße können wir unsern Wunsch nur dahin richten, daß weder die Staatsgewalt sich der Priesterschaft, noch die Kirchengewalt sich der Regierungen bedienen möchte, um staats- und kirchen-politische Zwecke zu verfolgen. Das Volk hat am wenigsten Nutzen davon.

* **Der baierische Landtag.** Der lange Landtag ist zu Ende. Niemals noch bewies das Publicum so rein gar kein Interesse an den Verhandlungen der Kammern als dieses (und etwa das vorige) Mal. Blos gegen den Schluß hin gab sich einige Neugierde darüber kund, daß das früher so sehr hervorgehobene „Hand in Handgehen" der Majorität der Abgeordnetenkammer mit dem Ministerium plötzlich aufhörte. Im Uebrigen hat selbst die Frage der Steuererhöhung die Aufmerksamkeit der Betheiligten bei Weitem nicht in dem Maße in Anspruch genommen, wie es voraussichtlich der Fall sein wird, wenn die wirkliche Erhebung beginnt.

Als einen der bezeichnendsten Momente betrachten wir es, daß nicht einmal eine einzige Vorstellung in der Zollsache an die Kammern gelangte. Wie immer man in der Frage selbst auch denken mag, so liegt in dem eben erwähnten Umstande ein für die Anhänger des Constitutionalismus in seiner jetzigen Ausbildung gewiß nicht erfreuliches Merkmal. —

Wir verweilen heute nicht bei einer Erörterung dessen, was die Kammern positiv oder negativ geleistet haben. Wir wollen zunächst nur ein Paar aphoristische Betrachtungen aussprechen, zu denen wir durch den Landtagsabschied veranlaßt werden.

„Da ist Denen von der Linken eine Nase gedreht worden," so jubelten gewisse Leute, als die Abgeordnetenkammer den Link'schen Antrag auf Vertagung jeder Verhandlung über die politischen und Preßgesetze annahm; „das war ein kluger Streich." Und nun kommt der Landtagsabschied und tadelt scharf, daß mehre Gesetze „Beanstandung gefunden" haben, — worunter offenbar gerade jene Vorlagen jedenfalls mit einbegriffen sind. Man hat also mit dem, was wenigstens jene Leute als eine gewaltig

kluge Tactik ansahen, sich zwischen zwei Stühle gesetzt! Freilich könnten die Blätter, welche so jubelten, den Hrn. Ministern entgegen halten: warum sie denn selbst zugestimmt haben, daß eine sofortige Berathung verschoben werde? Allein solchen Tadel wird man durch derartige Organe erst dann vernehmen, wenn das jetzige Ministerium zu Grabe getragen sein wird.

Auch in der Frage über die 4 Millionen für die kurhessische Expedition wünschte die Linke eine förmliche Entscheidung. Wäre es nicht besser gewesen, wenn eine solche erfolgt wäre? — besser für das Land, für die Staatscasse, und am Ende für die Regierung und den Landtag selbst? besser als der jetzige Zustand, mit dem Vorbehalte der Regierung, diejenigen dieser Ausgaben, welche unverschieblich seien, aus disponibeln Fonds vorschußweise doch zu bestreiten und dem nächsten Landtage darüber Vorlage zu machen!

Die übrigen beanstandeten Gesetzentwürfe sollen dem nächsten Landtage ebenfalls wieder vorgelegt werden. Wir können uns für die Folge gerade ebenso wenig als für die Gegenwart mit den Principien jener Gesetzentwürfe einverstanden erklären. Allein gerade ein Moment liegt in dieser Eröffnung, den wir jener characterlosen Clique entgegenhalten, welche — unter fortwährendem Heucheln eines „Constitutionalismus," — der Regierung (an welche sich dieselbe selbst nach empfangenen Fußtritten schwanzwedelnd heranzudrängen bemüht,) den schlechten Gefallen erzeigte, ihr Octroyirungen zu unterstellen, — eine Unterstellung, die, wenn sie ein freisinniges Blatt sich erlaubt hätte, diesem unfehlbar einen Preßproceß und im Falle einer etwaigen Freisprechung, den Geschworenen alle möglichen Schmähungen zugezogen haben würde. — Nun; jene Genossenschaft mit ihren unsaubern Octroyirungs-Planen ist somit Lügen gestraft.

Was den Inhalt des Landtagsabschieds im Uebrigen anbelangt, so hat uns derselbe, nach dem Standpuncte den die Regierung nun einmal einnimmt, nicht überrascht. Das für die Pfalz bestimmte Gesetz über Bestrafung der Beleidigung des Königs und der königl. Familie, hat die Sanction nicht erhalten, und es ist damit, wenngleich unter sehr lobender Anerkennung der „guten Absicht," bewiesen, daß eben gar kein von den Kammern initiirtes Gesetz bis jetzt zu Stande gebracht werden konnte, — freilich eine Abkühlung der Hoffnungen, welche man im Jahre 1848 auf Gesetze wie das über die Initiative u. s. w. setzte, — zugleich die beste Antwort für Diejenigen, welche den Landtagen von 1848 und 49 zum Vorwurfe machen wollen, daß sie ihre Zeit nicht zur Erlangung einiger kleinen Gesetzchen solcher Art, sondern zum Kampfe für Rettung großer, wirklich entscheidender Principien verwendeten, mit denen wirkliche Verbesserungen stehen und fallen. —

Das Finanzgesetz erhielt die k. Sanction unter ausdrücklicher Bezugnahme auf das 1843 „zu Stande gekommene Verfassungsverständniß." Wir müssen indessen hiebei erinnern, daß dieses „Verfassungsverständniß" einzig und allein zwischen der Regierung und der Reichsrathskammer vereinbart wurde, daß dagegen mit der Abgeordnetenkammer gar keine Verhandlung darüber stattfand, und noch weniger eine Zustimmung derselben erfolgte.

Aufgefallen ist uns die Antwort auf den Wunsch, daß keine neuen Lottocollecten mehr errichtet werden möchten, welche Antwort dahin geht, es sei diesem Wunsche bisher schon „in möglichster Weise" entsprochen, und „wo solche Errichtung vermeidlich," davon Umgang genommen worden. Wir sollten meinen, die Unterlassung der Neuerrichtung sei überall „möglich" und die Neuerrichtung überall „vermeidlich." —

München, den 29. Mai. Das königl. Finanzministerium, das durch das Gesetz bezüglich der Bestimmung im §. 16 lit. f des Finanzgesetzes vom 25. Jul. 1850 zur Aufnahme eines Anlehens von 5 Mill. Gulden zum Zweck der Deckung des Defizits pro 18⅘ ermächtigt ist, hat mit der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank ein Anlehensgeschäft von 2½ Millionen abgeschlossen, und zwar zu 4½ Proc. Zinsen und 1 Proc. Annuitäten. Die Bank hat, nach einem vorgestern vom Directorium gefaßten Beschluß, beschlossen, ihr Capital um 5 Millionen Gulden zu vermehren, demzufolge haben Einzahlungen auf die ausgegebenen Promessen stattzufinden, und zwar bis zum vollen Nominalwerth die Actien zu 500 fl. (A.Z.)

Frankfurt. Das „Frkftr. Jour." enthält einen Artikel, welcher folgendermaßen beginnt: „Wenn die Darmstädter Verbündeten auf eine Billigung ihrer Sonderpolitik von Seiten Oesterreichs gerechnet, so ist ein Artikel des „Lloyd" geeignet, sie zu enttäuschen. So gut als die österreichische Politik die politischen Vortheile eingesehen, welche der Zollverein Preußen gewährte, eben so wol erkennt sie, daß eine dritte Zollgruppe französischen Einflüssen offen stehen würde. Daher bezeichnet der angezogene Artikel des „Lloyd" die Möglichkeit nicht nur einer volkswirthschaftlichen, sondern auch politischen Dreitheilung Deutschlands als Zeichen einer „krankhaft erregten Einbildungskraft." Oesterreich will, Angesichts der aufgefrischten Kaisererinnerungen in Frankreich und Deutschland, solche französische Einflüsse ferne halten. Ferner hat Oesterreich immer bewiesen, daß es am liebsten die Alleinherrschaft in Deutschland hat. Wo sie es dies den Umständen nach nicht haben kann, begnügt es sich mit dem Dualismus, wie er in der „Bundescentralcommission" am schärfsten ausgeprägt war, und in der Baiern keine Stimme erlangen konnte. Nie aber wird es eine dritte Macht als ebenbürtig in Deutschland zulassen, und Baiern hat für seine Ergebenheit gegen die österreichische Politik seit den Tagen von Bregenz nichts erlangt, als die Gehässigkeit und die ungeheuern finanziellen Opfer (3 Mill. fl.) der kurhessischen Execution." (Folgt nun ein Angriff auf die baierischen Zustände.)

Karlsruhe, den 28. Mai. Dem Vernehmen nach hat die Regierung dem auf den 2. Juni angeordneten Kirchenfeste zum Gedächtniße des verstorbenen Großherzogs ihre officielle Anerkennung versagt, weil die Anordnung desselben ohne die Einholung der gesetzlichen Genehmigung von Seite der Staatsbehörde erfolgt ist. Inzwischen setzen in Mitte dieser Kämpfe die hier versammelten Commissäre der zur oberrhein.schen Kirchenprovinz gehörigen Regierungen ihre Berathungen fort, und werden voraussichtlich in den nächsten Tagen zu einem festen Ziele gelangen, da sie vollkommen einig sind. (Sch. M.)

Mainz, den 30. Mai. Die Visitation der Kölnischen Dampfschiffe ist seit heute Morgen auf Befehl der Regierung vorläufig wieder eingestellt.

Darmstadt, den 24. Mai. (Etwas Neues.) Die Advocaten waren stets eines der freisinnigsten Elemente unter den sogenannten gebildeten Klassen. Die Darmstädter Regierung hat das Mittel gefunden, ihre freiheitliche Richtung zu zügeln und zu brechen. Sie hat jüngst zwei Advocaten nur auf Widerruf innerhalb der ersten 5 Jahre angestellt. Die hiesigen Anwälte hatten gegen eine solche Maßregel petitionirt, aber, wie sich erwarten ließ, vergebens. (J. f. N.)

Kassel, den 28. Mai. Der Fremde erblickt in Kassel eine Mannichfaltigkeit von Uniformen, welche auf größere Truppenmacht schließen läßt, als Kurhessen sie aufrecht zu halten vermag. Der Regimenter sind viele, die Bataillone aber schwach und je zwei zu einem Regimente verbunden. An den Uniformen wird bald dies, bald das geändert; die Truppenkörper werden bald so, bald anders formirt. Namentlich hat die Cavallerie manche Metamorphose durchgemacht. Die Husaren wurden zu Dragonern und dann wieder zu Husaren. Die Garde du Corps wurde in Husarenuniform gesteckt und entpuppte sich später wieder als Truppe von Kürassieren. Jetzt steht der Kavallerie abermals eine neue Formation bevor. *)

Berlin, den 27. Mai. An der Londoner Conven-

*) Auf den Kostenpunct wird in dem ausgesaugten Lande gar keine Rücksicht genommen.

tion in Betreff Neuenburgs ist Frankreich nicht nur nicht unbetheiligt geblieben, sondern hat an der Errichtung derselben den thätigsten Antheil genommen. Die Ausführung wird aber nicht sofort, sondern erst nach Verlauf einiger Zeit ins Werk gesetzt werden, wozu jedenfalls nicht unerhebliche Gründe vorliegen müssen. (A. Z.)

Am 20. Mai (Christi Himmelfahrt) ist hier wieder ein römisch-katholischer, dem Capucinerorden angehöriger Priester (seit 1848 der zwölfte Priester), zur protestantischen Kirche übergetreten.

Dem Vernehmen nach hat die preußische Regierung den Missionären aus Saargemünd die Abhaltung von Missionen auf preußischem Gebiete untersagt.

Bremen, den 26. Mai. Die gewaltige Verschwörung ist bereits beinahe auf nichts zusammengeschmolzen. Alle Verhafteten sind bis auf 4 schon wieder in Freiheit gesetzt.

Wien. Der Kaiser ist am 28. Mai nach Prag abgereist.

Schweiz.

Freiburg. Die eidgenössischen Commissäre haben jetzt den Kanton verlassen. Der gr. Rath ist einberufen.

Tessin. Am 26. Mai hat der gr. Rath den Gesetzentwurf, wodurch die Gymnasien von Poleggio, Bellinzona, Locarno, Ascona, Mendrisio und das Gymnasium und Lyceum von Lugano säcularisirt werden, mit 53 gegen 51 St. angenommen.

Am 26. Mai fand in Chiasso die feierliche Beerdigung des meuchlerisch erschossenen Nationalraths Soldini statt. Nach der Tessiner Ztg. zählte er erst 38 Jahre und war allgemein beliebt und geachtet. Im Sonderbundskrieg wurde er als Freiwilliger auf dem Gotthard verwundet und gefangen genommen. Nach einer Erzählung im Bund wurde der meuchlerische Schuß im Augenblicke abgefeuert, wo Soldini ein Zündhölzchen angezündet hatte, um seine Cigarre anzubrennen; so daß er seinem Mörder selbst geleuchtet. Die Kugel war in 4 Stück verhauen und verursachte 4 Wunden im Umfang einer Spanne. Als Thäter werden 2 Arbeiter in einer Papierfabrik bezeichnet, von denen jedoch nur einer geschossen hätte. Mehrere Notabilitäten der ultramontanen Partei sollen flüchtig sein. (Schw. Nat.-Ztg.)

Frankreich.

Paris, den 30. Mai. Die französische „Patrie" erklärt die Nachricht von der Unterzeichnung des Protokolls über Neuenburg als höchst übertrieben. Es seien wohl Unterhandlungen angeknüpft, aber bis jetzt keine Entscheidung erfolgt.

Italien.

Turin, den 24. Mai. Die Differenz mit Rom ist der Lösung nahe. Der Papst genehmigt den königlichen Vorschlag, den Bischof von Savoyen, Namens Narvaz, zum Erzbischof von Genua zu ernennen. Den Posten des Erzbischofes Franzoni soll der Bischof von Savona erhalten.

Neueste Nachrichten.

Wien, den 28. Mai. Unter diesem Datum berichtet die Augsb. Allg. Ztg., daß die Zolleinigungsunterhandlung mit Preußen so schwankend als je sei; sogar die eben angeknüpfte Unterhandlung scheine wieder so gut wie abgebrochen; da Preußen beharre, so erachte Oesterreich, der blosen vagen Versicherungen müde, den weitern Wechsel so allgemein gehaltener Noten für unnütz und überflüssig.

Haag, den 26. Mai. Man sucht die Soldaten von der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee für den Colonialdienst in Ostindien anzuwerben!!

Mailand. Am 22. Mai wurde wieder ein Bürger, Namens Carlo Bolzani, wegen „Waffenbesitz" kriegsrechtlich verurtheilt und an demselben Tage erschossen.

London, den 28. Mai. Das österreichische Anlehen ist auf der hiesigen Börse sehr schlecht aufgenommen worden.

St. Petersburg, den 19. Mai. Nach einem Ukas soll in Zukunft aus denjenigen israelitischen Gemeinden, welche mit Steuerzahlung im Rückstande bleiben, für jede 2000 Silberrubel ein ausgewachsener Recrut ausgehoben werde.

Miscellen.

Ein Brief aus Port-au-Prince im „New-York Herald" enthält folgende Schilderung der Kaiserkrönung Soulouque's: „Seit zwei Monaten strömten die Truppen aus allen Theilen des Reiches nach der Hauptstadt. In buntem Gewirre zogen sie ein, einige mit Stöcken, andere mit Flinten (mit und ohne Feuerschloß) bewaffnet, einige mit Röcken bekleidet, die Mehrzahl aber ohne dieses Kleidungsstück. Die Soldaten, welche Schuhe an den Füßen hatten, waren jedenfalls besser daran, als ihre Offiziere; doch hatten, so seltsam es auch klingen mag, gar viele unter ihnen ihre untere Menschlichkeit nicht bedeckt, oder mit anderen Worten, besaßen keine Hosen. Niemand, der nicht hier wohnt oder gewohnt hat, kann sich einen Begriff von dem lächerlichen Aufzuge dieser Leute machen. Freilich können die armen Sclaven nichts dafür, daß sie sich in einem solchen jämmerlichen und ausgehungerten Zustande befinden, indem ihre tägliche Löhnung ungefähr 4 hayti'sche Dollars (28 Cents) beträgt. Da sich kein Gebäude finden ließ, welches groß genug für die Krönungsfeierlichkeit gewesen wäre, so hatte man ein großes Zelt auf dem Marsfelde errichtet, das gegen 8000 bis 12,000 Menschen fassen konnte. Weiter davon schlug man ein anderes, kleineres auf, um als Toilettengemach für die Mitglieder der kaiserlichen Familie benutzt zu werden. Am östlichen Ende war eine Plateform mit einem Altare aufgebaut, der übrige Raum des großen Zeltes war der Armee, den fremden Consuln und Kaufleuten eingeräumt. Um 2 Uhr stellten sich die Truppen im Carre auf, dann kamen die Senatoren und Deputirten, die Herzoge und Grafen mit ihren Damen, denen der Oberceremonienmeister ihre Plätze anwies. Die Majestäten sollten um 6 Uhr erscheinen, ließen sich jedoch mit negerhafter Pünctlichkeit erst um 9 Uhr sehen. Die Kanonen donnerten, die Musik spielte und die Zuschauer brachen in enthusiastischen Beifallsruf aus. Vor Ihren Majestäten schritt der katholische General-Vicar mit 20 Priestern einher. Dann kam die Kaiserin mit ihren Ehrendamen, kostbar gekleidet, mit einem Diadem in den Haaren. (Sie war früher Fischverkäuferin und erst wenige Tage vor der Krönung Faustin ehelich angetraut.) Sie ging sehr majestätisch und mit stattlichem Anstande einher. Auf sie folgte Faustinus selber unter einem Baldachin, eine Krone, die an 40 Thaler gekostet haben soll, auf dem Haupte und ein Scepter in jeder Hand. Ihre Majestäten verrichteten erst ein kurzes Gebet und bewegten sich dann dem Throne zu. Krone, Schwert, Scepter, Ring und Mantel wurden vom Vicar eingesegnet. Hierauf näherte sich der Präsident des obersten Gerichtshofes mit den Deputirten, überreichte die hayti'sche Verfassung und verlangte dem Kaiser den Schwur ab, daß er dieselbe nicht verletzen werde; und der Kaiser setzte sich die Krone aufs Haupt, legte die Bibel auf die Constitutions-Urkunde und rief: „„Ich schwöre, die Verfassung heilig zu halten, die Integrität und die Unabhängigkeit des Kaiserthums Hayti aufrecht zu erhalten!"" Dann schrie der Ceremonienmeister „„Lang' lebe der große, ruhmreiche und erlauchte Kaiser Faustin I.!"" So endete die Krönung des Negerkaisers."

Man wundert sich allgemein über das seltene Ereigniß, daß es in Berlin an Schneidergesellen fehlt. Mein Gott, was ist denn da zu wundern? Sie werden beim Todtenbund in Bremen beschäftigt sein. (Kladderad.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 29. Mai. Weizen 21 fl. 8 kr., Korn 18 fl. 17 kr., Gerste 13 fl. 28 kr., Hafer 7 fl. 45 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag — Nro. 134 — den 4. Juni 1852.

Deutschland.

• Die Zollfrage. Will man das Freihandel- oder das Schutzzollsystem, indem man die Fortdauer des Zollvereins von der Betheiligung Oesterreichs abhängig zu machen verlangt?

Wenn man das Freihandelsystem will, so öffne man Deutschland für die Oesterreicher, man öffne es aber gleichzeitig nach allen Seiten hin. Doch davon ist nicht die Rede, um so weniger, als die Regierung des Kaiserstaats einem auf den Freihandel abzielenden Vertrage durchaus nicht bestimmen würde oder selbst nur könnte.

Die Vertheidiger der Verbindung mit Oesterreich huldigen also dem Schutzzollsysteme. Niemand wird dies bestreiten. Wie? Und die Weinbauern, die Tabaksbauern, theilweise selbst die Getreidebauern will man unbedingt nicht nur der deutsch-österreichischen, sondern auch der ungarischen und der lombardischen Concurrenz preisgeben?! Man kann nicht Lärm genug schlagen, wenn ein Industriezweig, bei dem im Ganzen ein Paar hundert oder tausend Menschen Arbeit finden, nicht durch hohe Schutzzölle genügend vor fremder Concurrenz gesichert wird; — vom Weinbau allein leben aber nicht blos Hunderte oder blos Tausende, sondern Hunderttausende; sie können nicht, wie einzelne Fabrikarbeiter, beliebig anderswohin ziehen; in den Weinbergen sind wahrlich ganz andere Capitalien, als blos in ein Paar Fabriken, es sind in ihnen Millionen angelegt; — und hier denkt man nicht an irgend einen Schutz, hier will man freiwillig und kurzweg die stärkste Concurrenz selbst herbeiführen, die überhaupt nur möglich ist. Und die so verfahren, nennen sich Vertheidiger des Schutzzollsystems! Das begreife wer kann!

• Auswanderungssache. Wir sind durch einen, seit mehren Monaten in Havre sich aufhaltenden Deutschen zur Mittheilung einer Reihe von Warnungen aufgefordert worden. Da die Klagen über Prellereien und Uebervortheilungen, welche an Auswanderern, die über Havre reisen, mitunter ausgeübt werden, sich in der jüngsten Zeit sehr vermehren (wir verweisen z. B. auf den Stuttgarter „Beobachter" Nro. 121), so halten wir es gleichsam für eine Pflicht, das nachstehende Schreiben zu veröffentlichen. Leider nöthigt uns das bestehende Preßgesetz, alle speciellen Bezeichnungen daraus hinweg zu streichen, obwol diese für die Auswanderer vom unmittelbarsten Werthe sein würden, — da wir begreiflicher Weise keine Urkunden und keine Zeugen zur Hand haben, um jede einzelne der uns gemachten Angaben nöthigenfalls gerichtlich zu documentiren! Natürlich wäre es sehr unrecht, alle bei der Auswanderungsbeförderung Betheiligten in eine und dieselbe Classe zu werfen. Der Zweck der nachstehenden Mittheilung kann daher kein anderer als der sein, die Auswanderer zur Vorsicht zu mahnen, und sie insbesondere davor zu warnen, mit Agenten Verträge abzuschließen, deren Solidität nicht vollkommen bekannt ist.

„Im Interesse der vielen deutschen Auswanderer nach Nord- und Südamerika, welche ihren Weg über hier nehmen, wende ich mich an Sie, um Ihnen ein der strengsten Wahrheit getreues Bild vor Augen zu legen, auf welche maßlose Weise diese armen und schon ohnedies unglücklichen Leute, von manchen Agenten in Deutschland nicht nur, sondern auch auf ihrer ganzen Reise durch Frankreich, oder über Holland per Dampfschiffe bis Havre und dann hier, ... mitunter geprellt, ja ganz ausgezogen werden. Auch bei den Handelsconsuln finden die Leute keineswegs immer Hülfe; und es kann kaum anders sein, zumal auch diese selbst Handelsleute sind, welche oft mit den Schiffsrhedern in Geschäftsbeziehungen stehen. Genug, eine Menge von Auswanderern wird in den betrübenden Zustand versetzt, entweder die Weiterreise gar nicht an den Ort ihrer Bestimmung fortsetzen zu können, und mittellos als Pflastertreter hier zurück bleiben zu müssen, oder, wenn das Geld zur Reise nach Amerika noch nothdürftig ausreicht, an den Ufern von Amerika ganz mittellos anzulangen.

Manche der hiesigen Auswanderungsbureaus betreiben ihr Geschäft in der Art, daß sie ihren Agenten in Deutschland 10 Proc. Provision bewilligen, wenn dieselben die Auswanderer zu bewegen vermögen, gleich bei der Abschließung des Schiffaccordes sich zu verpflichten, auch die Lebensmittel bei ihren Principalen in Havre zu nehmen; dann hängen sie den Auswanderern zu enorm hohen Coursen amerikanische und andere fremde Geldsorten auf, wobei dieselben sehr viel verlieren müssen. Die Transporte der Auswanderer werden nicht selten von Conducteuren begleitet, — entweder befördert durch die Eisenbahn über Paris oder durch Dampfboote über Rotterdam auf hier, — und gezwungen, unterwegs in den schlechtesten Wirthshäusern zu logiren, und nur da, wo es diese Conducteure haben wollen, indeß sie nicht selten diese Kundschaft nur denjenigen Wirthen ihrer Bekanntschaft zuweisen, welche ihnen am meisten per Kopf für ihre Zuweisung bezahlen, — 1 bis 1¼ Frc. — und wobei sie noch für ihre Person umsonst zechen können. Um so theuerer und schlechter fallen daher die Kost und Bedienung so wie auch die Schlafstellen für die reisenden armen und zum Theil sehr unwissenden Auswanderer aus, was auch Krankheiten und Uebel aller Art erzeugt.

In den mitunter nicht großen Dampfbooten von Rotterdam bis hier packt man manchmal 5—600 Personen zusammen, so daß keine Person auf dieser Fahrt nach hier sich weder zu setzen noch zu legen vermag, und die Leute gezwungen sind, neben der zu bestehenden Seekrankheit, nebst Frauen und Kindern, die ganze Nacht stehend in dem untern Schiffsraum oder auf dem Verdeck des Schiffes abwechselnd, oftmals bei der schlechtesten Witterung, zuzubringen. So langt denn auch meistens der größte Theil derselben, namentlich die Frauen und Kinder, krank und leidend hier an. — Auf der Eisenbahn über Paris geht es eben so; man packt sie wie die Häringe in die Waggons ein, und benutzt dabei blos die Nachtfahrten, weil dieselben nur die Hälfte kosten. Dieses betrübende Schauspiel erblickte ich bis heute alle Tage. Auch das Gepäck wird auf die schonungsloseste und ruinirendste Weise behandelt, so daß oft die Hälfte des ganzen Inhalts bei seinem Eintreffen hier total unbrauchbar für die Reisenden geworden ist, wodurch sie sich gezwungen sehen, für die mitgenommenen ihnen aber hierdurch zu Grunde gegangenen Lebensmittel und andere Gegenstände an deren Stelle wieder neue zu kaufen. Kommen die Auswanderer hier an, so werden sie häufig nur denjenigen schlechten und gewissenlosen Wirthen, welches zum großen Theil, es sei zur Schande unserer Nation gesagt, Deutsche sind, zugewiesen, welche am meisten für den Kopf zahlen. Auch werden von vielen Agenten und Conducteuren nur denjenigen Wirthen Auswanderer zum Beherbergen zugewiesen, welche sich verbindlich gemacht haben, die Auswanderer alsogleich bei ihrer An-

kunft in deren Waarenmagazine zu führen, um ihnen im Uebermaße Lebensmittel für die vorhabende Seereise aufzubürden, und zwar in möglichst geringster Qualität und zu bei weitem höheren Preisen, als die Leute dieselben aus freier Hand, dem nöthigen und vernünftigen Bedarf angemessen, zu kaufen im Stande wären. Hiefür bekömmt der Wirth und dessen Kellner oder Hausknecht von diesen Herren abermals 10 Proc. Provision für die deßfallsige Dienstleistung. Jene suchen sich durch Lieferung von Waaren von geringerem Gehalt und verkürztem Maaß und Gewicht wieder auf Unkosten der Auswanderer schadlos zu halten. Mithin ist der meist unwissende Auswanderer gleichsam bei jedem Schritt und Tritt, den er auf dem hiesigen Platze thut, von den Fallstricken des Betruges umgarnet und ausgebeutet. Ferner benehmen die Beförderer der Auswanderung zu Schiff nach Amerika den Auswanderern oft dadurch den freien Willen, da zu kaufen wo sie wollen und wo sie ihre Bedürfnisse am besten und billigsten finden, daß sie dieselben, wenn sie nicht in ihren Lebensmittelmagazinen schlechte Waaren zu theuern Preisen sich anschaffen, ihre Abfahrten um 8 bis 14 Tage zurück- oder vielmehr hinausschieben, und später Angekommene mit ihren abgehenden Schiffen befördern. Sie lassen sich von Letzteren oftmals 10—14 fl. per Kopf mehr bezahlen. Dann schrecken sie auch die Leute damit, daß sie ihnen drohen, in dem Zwischendecke, welches oftmals zwei Abtheilungen enthält, ihnen nur eine schlechte Lagerstelle anweisen zu wollen und zwar nur in dem untersten und weniger gesunden Theile. Die Commis begegnen ihnen häufig auf die allerroheste Weise, einzig nur, um den Zweck der Prellerei dadurch zu erreichen. Durch Tausende von Auswanderern könnte ich Ihnen diese Thatbestände jeden Augenblick nachweisen. Sie würden gewiß allen Auswanderern den größten Dienst erweisen, wenn Sie diesen Gegenstand in Ihrem Blatte besprechen, und Gleiches auch in andern Zeitungen veranlassen wollten. Möchten auch die deutschen Regierungen dadurch veranlaßt werden, Vorsorge zu treffen, ihren Consulaten Weisungen zu ertheilen, damit dieser Unfug, so weit es auf diese Art möglich ist, für die Folge ausgerottet werde, — und nicht minder bei den Agenten in Deutschland und den Conducteuren das Nöthige zu verfügen.

Die Presse. Die arme Presse muß also wohl ein recht bösartiges Wesen sein, da ihr von allen Regierungen so gedacht wird. Es ist, als wäre sie expreß für die Demagogen und Wühler gemacht, als ob Freunde der Ruhe und Ordnung sie gar nicht benutzen könnten. Und doch möchten wir beinahe entgegengesetzter Meinung werden, wenn wir das Land betrachten, das sich allein und zwar seit vielen, vielen Jahrzehnten der Preßfreiheit erfreut. Von allen Staaten Europa's — wenn wir das von europäischer Civilisation ausgeschlossene Rußland abrechnen — ist England der einzige, der die Revolution von 1848 ohne Störung seines Staatsorganismus überdauert hat, und doch ist wiederum in keinem Lande die Presse eine solche Macht wie gerade in England. Wir wollen darüber die National-Zeitung sprechen lassen, die einen trefflich geschriebenen Leitartikel so schließt:

„Niemand bestreitet heute noch im Ernste, daß ohne die Gesetzgebung von 1846 England die Theurung von 1847 und die politischen Erschütterungen von 1848 nicht so glücklich überwunden haben würde. Und wem hat England dafür zu danken? Der zünftigen Gelehrsamkeit, den wissenschaftlichen Perücken in Oxford und Cambridge, der erblichen Weisheit, dem amtlichen Verstande? Nein, der Presse, dem Vereins- und Versammlungsrecht. Durch diese Mittel gelang es Privatmännern ohne eine andere Macht als die der Ueberzeugung und der Rede, gelang es Journalisten, deren Name nicht einmal bekannt worden ist, ihre Lehre zu verbreiten, einen Minister nach dem andern, einen ehrlichen Mann nach dem andern zu gewinnen, den Eigennutz und die Bornirtheit in der zünftigen Gelehrsamkeit, den wissenschaftlichen Perüken, der erblichen Weisheit, dem befestigten Besitze und dem amtlichen Verstande, trotz ihres verzweifelten Widerstandes zu überwinden und endlich dahin zu bringen, daß sie in der Person ihres begabtesten Vorkämpfers Kirchenbuße thun und dem alten Irrthum absagen mußten.

Die Minister, unter denen die Agitation gegen die Kornzölle begann, waren von der Richtigkeit ihrer schutzzöllnerischen Ansichten tief überzeugt, mußten also die Agitation für verkehrt und verderblich halten. Wie möchte es in England heute aussehen, wenn die Antikornlaw-League aufgelöst, die freihändlerischen Blätter unterdrückt, die Vertheilung national-öconomischer Flugschriften verboten, Cobden und Villiers wegen unerlaubter Verbindungen und Erregung von Haß und Verachtung eingesteckt worden wären? Einige dieser Befugnisse gab die bestehende Gesetzgebung, andere wären leicht zu erlangen gewesen, wenn die protektionistische Majorität des Parlaments gewollt hätte. Aber Minister und Parlament wollten nicht; sie kannten den Werth und Nutzen jener Grundrechte; sie bedachten, daß Zeiten kommen könnten, wo sie der Presse gar sehr bedürften, und sie wußten, daß es ein Unding ist, die Presse knebeln wollen, wo sie einem nicht gefällt, und von ihr Dienste und Hülfe erwarten, wo man deren bedarf. Die Presse ist kein Hofhund, den man beliebig an die Kette legen und loslassen kann. Wer das nicht begreift, der wird es zu seinem Schaden lernen, wenn ihm Schwierigkeiten entgegentreten — und sie bleiben nicht aus — die sich nicht mit Decreten und Executivbeamten wollen abthun lassen. Und wenig wäre daran gelegen, wenn der Schaden nur die träfe, welche die Schuld haben."

* **Speyer.** Verhandlungen der Abgeordnetenkammer über den Rebenack'schen Antrag wegen Absetzung von Gemeinderathsmitgliedern. (Fortsetzung.)

L a n g ᶜ erklärte, daß er das Wort nur nehme, weil durch mehre Vorredner die Kammer gewissermaßen als Appellationsgerichtshof über den vierten Ausschuß angesehen worden sei. „Ich bin aus juristischen Gründen der Ansicht, daß der Art. 20 des Pluviosegesetzes bestehe und namentlich aus einem Grunde, weil man im Jahre 1837, als das Gesetz erlassen wurde, speciell die Artikel des Pluviosegesetzes anführte, welche aufgehoben werden wollten, unter diese jedoch den Art. 20 nicht aufgenommen hat. Um diesem Einwand zu begegnen, sagt man, daß der Art. implicite aufgehoben sei durch die Constitution vom Jahre 1818. M. Hrn., das kann ich nimmer anerkennen, daß durch Einführung eines Systems ein so wirksames spezielles Gesetz, welches mit der ganzen Centralisation der französischen Einrichtung zusammenhängt, aufgehoben sein könne. — Ich frage also einfach, ist der Art., wie ihn der Herr Antragsteller vorgeschlagen hat, annehmbar oder nicht. Ich sage nein, denn indem er eine Willkür oder wie Sie es sonst nennen wollen, aufhebt, gibt er der Staatsgewalt gegenüber gar keine Garantie. Wenn Sie den Artikel aufheben, so haben sie in der Pfalz unverantwortliche Collegien, denen kein Mensch, keine Gewalt und keine Regierung etwas anhaben kann, sie mögen begehen, was sie wollen. Sie werden keine Gleichheit, sondern eine sehr wesentliche Ungleichheit schaffen; während bei der hiesigen Wahlmethode die Ausschließungsgründe speciell bestimmt sind, werden Sie es nach Annahme dieses Artikels nicht. Man könnte jeden wählen, jeder könnte machen im Gemeinderathe, was er wolle, und nichts als Vergehen oder Verbrechen würde die Staatsregierung ermächtigen, ihn zu entfernen. Daß solche Fälle vorkommen können, wird Niemand in Abrede stellen und es ist unrichtig, wenn von einer Seite gesagt wird, im Jahre 1850 sei die Regierung der Pfalz darauf gekommen, daß der Art. 20 nicht ganz formell aufgehoben sei. — Umgekehrt, m. Hrn., die Regierung der Pfalz war im unbestrittenen Rechte, im unbestrittenen Genusse dieses Rechtes und hat seit 1818 bis 1850 eine Menge von Gemeinderäthen abgesetzt, ohne daß Jemandem eingefallen wäre — suspendirt oder abgesetzt, wie Sie es nennen wollen — ohne daß es Jemanden eingefallen wäre, hier Einsprache zu erheben.

Weder die Gemeinderäthen, noch sonst eine Partei hat sich dieser armen mißhandelten Leute angenommen. Erst im Jahre 1850 ist man von einer Seite darauf gekommen, zu untersuchen, ob der Artikel noch gilt oder nicht. Das ist einfach der Grund, warum ich, wie früher bei der Ansicht verharre, daß der Artikel noch gilt, und der vorgeschlagene dem Zwecke, den er haben soll, nicht entspricht; deshalb kann ich ihm nicht beistimmen."

Ministerialcommissär v. Schubert hebt zunächst hervor, die Regierung sei von der fortdauernden Rechtsverbindlichkeit des Art. 20 überzeugt. „In Beziehung auf das Ernennungsrecht trat durch das Senatus Consult vom 16. Thermidor an X. eine Aenderung ein, indem statt des Ernennungsrechtes eine Art Wahl durch die Kantonalversammlungen eingeführt wurde. Damit war die Bestimmung des Art. 20 des Pluviosegesetzes, insoferne sie die Ernennung der Gemeinderäthe betraf, abgeändert und es befindet sich daher der Hr. Abgeordnete Kolb, wie mir scheint, im Irrthume, wenn er glaubt, die Regierung müsse entweder die volle Geltung des Art. 20, also auch das Ernennungsrecht in Anspruch nehmen oder dessen vollständige Aufhebung anerkennen."*)

„. . . Wie man sich zur Begründung der Behauptung, daß der Art. 20 des Pluviosegesetzes aufgehoben worden sei, auf die Verfassung beziehen kann, ist nicht wohl klar, denn die Verfassung enthalt über die Wahl und über die Entlaßbarkeit der Gemeinderäthe durchaus keine Bestimmung; es sind das Bestimmungen, die von jeher als Gegenstand der einfachen Gesetzgebung behandelt und betrachtet worden sind. Auch in dem Gesetz vom 17. Nov. 1837 kann nur das Gegentheil der Behauptung, daß der Art. 20 des Pluviosegesetzes aufgehoben sei, gefunden werden; denn dieses Gesetz regelt alles, was Bezug hat auf die Wahl der Gemeinderäthe in der Pfalz und bestimmt ausdrücklich, welche gesetzlichen Bestimmungen durch dasselbe aufgehoben werden sollen. Es hat hiebei auch des Pluviosegesetzes vom Jahre VIII ausdrücklich erwähnt, aber nur in der Art, daß nur eine Bestimmung desselben aufgehoben wurde, gerade aber nicht der Art. 20, und hieraus kann man logisch nichts anders folgern, als daß das Gesetz diesen Artikel auch nicht aufheben wollte. Es hat in der Berathung vom Jahre 1837 dies auch einen Gegenstand der Debatte gebildet; namentlich zu dem Schlußartikel war nemlich eine Modification dahin gestellt worden, daß alle gesetzlichen Bestimmungen, welche mit dem Inhalte des damals in Berathung befindlichen Gesetzes nicht vereinbarlich, oder demselben nicht entsprechend wären, aufgehoben sein sollten, aber man wendete mit Recht ein, eine so unbestimmte Fassung führe nur zu Controversen, es müße ausdrücklich bestimmt werden, welche Gesetze aufgehoben werden wollten." Der Antragsteller — argumentirte der Ministerialcommissär weiter — behaupte, der Art. 20 sei wenigstens durch den Sinn des Gesetzes vom Jahr 1837 aufgehoben worden; allein die Mitglieder der Gemeindeauschüße in den ältern Kreisen bedürften der Regierungsbestätigung, indeß die Gemeinderathsmitglieder in der Pfalz solches durch die Wahl „sind." — „Es wurde der Art. 20 des Pluviosegesetzes auch fortgesetzt und ununterbrochen bis zur Stunde ausgeübt. Im Laufe der Debatte ist zwar erwähnt worden, daß seit dem Jahre 1818 bis 1850 die Anwendung eine zweifelhafte sei, es wurde behauptet, bis zum Jahre 1837 sei der Art. 20 gar nicht angewendet worden; allein es liegen hierüber die Nachweise des Gegentheils vor. Abgesehen von dem Normativ von 1824 über die Entlaßbarkeit derjenigen Gemeinderäthe, welche die Sitzungen beharrlich nicht besuchen, hat ihn die Kreisregierung auch in andern Fällen allgemein und speciell angewendet; im Allgemeinen namentlich durch das Normativ vom 26. Sept. 1828, worin bestimmt wurde, daß diejenigen Mitglieder des Gemeinderathes, welche sich eines Forstfrevels schuldig machen, von ihrer Stelle entlassen werden sollen. Die Regierung der Pfalz hat in Folge des Gesetzes vom Jahre 1837 bezweifelt, ob nach diesem Gesetz jene Bestimmungen vom Jahre 1828 aufrecht erhalten werden könnten, und wendete sich deßhalb mit einer Anfrage an das Staatsministerium, und dieses beantwortete die gestellte Frage dahin, daß allerdings das frühere Ausschreiben aufrecht zu erhalten und an der Giltigkeit des Art. 20 des Pluviosegesetzes festzuhalten sei. Diese constante Anwendung des Gesetzes war auch keineswegs eine solche, welche irgend die Unabhängigkeit oder Selbstständigkeit der Gemeinderäthe hätte gefährden können. Es ist ein ansehnlicher Zeitraum, seitdem die Pfalz mit Baiern vereinigt ist, und im Verhältniß der Dauer dieses Zeitraums in wenigen Fällen von der Anwendung jenes Gesetzes Gebrauch gemacht worden und immer in solchen Fällen, die das Einschreiten rechtfertigen. Die Behauptung, daß Diejenigen, welche mißliebig seien, von dem Regierungspräsidenten entlassen worden seien, erscheint somit unrichtig und unnachweisbar. Denn selbst in den jüngsten Fällen, die der Hr. Redner vor Augen gehabt haben mag, ist es nicht beliebig, das Gefallen oder Mißfallen des Regierungspräsidenten gewesen, sondern es waren bestimmte Thatsachen, nach welchen die Entlassung verfügt worden war. Die Beschwerde wurde an die höhere Instanz und bis an den k. Staatsrath gebracht und dort gewürdigt. — Es wird nun beantragt, diese Gesetzesbestimmung aufzuheben. Die Staatsregierung müßte sich schon aus einem Grunde gegen einen solchen Gesetzesvorschlag unbedingt erklären und dieser Grund ist einfach der, weil durch diesen Vorschlag ein Gesetz aufgehoben und nichts an dessen Stelle gesetzt würde. Man kann darüber verschiedener Ansicht sein, ob das gegenwärtig geltende Gesetz ein vollständig genügendes sei oder ob es einer Verbesserung, einer Beschränkung bedürfe. Man kann darüber geeignete Vorschläge machen, aber mit dem Antrage, daß das Gesetz nude aufzuheben, kann die Staatsregierung in keiner Beziehung einverstanden sein." (Schluß folgt.)

*) Der Hr. Ministerialkommissär hat die betr. Aeußerung des Sprechers offenbar irrig aufgefaßt. Diese ging dahin: wenn man behauptet, der Art. 20 des Pluviosegesetzes gelte noch in seinem zweiten Theile, weil dieser zweite Theil formell nicht aufgehoben erklärt wurde, so muß diese nemliche Maxime auch auf den ersten Theil Anwendung finden, und dieser müßte ebenfalls noch gelten, weil derselbe ebensowenig formell aufgehoben erklärt ist. —

Zweibrücken. Die Assisen für das 2. Quartal 1852 haben am 1. Juni, unter dem Präsidium des königl. Appellationsgerichtsraths Herrn Hitzfeld begonnen, und werden am 18. beendet sein. Die Jury hat in 11 Prozeduren über 12 Individuen zu urtheilen, wovon 1 der freiwilligen Tödtung mit Vorbedacht, 1 des Kindsmords, 2 der kriminellen Mißhandlung, 1 der Fälschung und 7 des qualifizirten Diebstahls angeklagt sind (Z. W.)

München, den 31. Mai. Ministerpräsident v. d. Pfordten wird einen Theil seines Urlaubes, den er dieser Tage antritt, in Leipzig zubringen, woselbst er eine nicht unbedeutende Indigofabrik besitzt.

Der Volksbötin sind aus verschiedenen Gauen Niederbaierns Nachrichten zugekommen, inhaltlich deren am Donnerstag, den 27. Mai, Nachmittags, ein Hagelschlag in 64 Ortschaften alle Feld- und Gartenfrüchte zerstörte. Desgleichen in der Oberpfalz.

Kissingen. Die neugebohrte Salzquelle im Bade Kissingen, die aus einer Tiefe von 1875 Fuß gewonnen wurde, erregt die Aufmerksamkeit aller Kurgäste. Die Röhre, aus welcher die Quelle entspringt, hat 5 Zoll im Durchmesser. Sie springt beiläufig 68 Fuß hoch, also höher als die beiden Fontänen in Nymphenburg; der Anblick ist ein großartiger. Die auf beiden Salinen, der alten und neuen, angebrachten Druckwerke zur Leitung des Wassers auf die Gradirhäuser sind äußerst interessant. Die neueingerichteten Douch-, Tropf-, Soolbäder ꝛc. suchen ihres Gleichen wol vergeblich. Die Anlagen in der näheren und ferneren Gegend sind sehr schön und einladend.

Darmstadt. Der Bericht des Budgetausschusses

der zweiten Kammer über die Bedürfniße der Landeshochschule enthält folgenden bemerkenswerthen Absatz über die Trockenlegung der katholisch-theologischen Facultät zu Gießen: „Die für die katholische Facultät verausgabten Gehalte von 5700 fl. erscheinen vollkommen überflüssig, wenn nach wie vor die katholischen Theologen durch bischöfliche Verordnung von der Landesuniversität fern gehalten werden. Wir beantragen nur deßhalb keine Versetzung dieser Gehalte auf die Pensionsliste, weil der Art. 8 der Verordnung vom 26. Oct. 1848 der Staatsregierung die Mittel in die Hand gibt, der Verödung jener Facultät ein rasches Ende zu machen, indem von allen katholischen Pfarramtscandidaten eine Facultätsprüfung verlangt und die Zulassung zu derselben an die Vorlage academischer Abgangszeugnisse geknüpft wird. Wir beantragen sonach: die Kammer wolle die Staatsregierung ersuchen, ohne allen Verzug zu verordnen, daß die Verleihung eines katholischen Pfarramts kunftighin nur zu Gunsten derjenigen Theologen stattfindet, welche eine deutsche Universität besucht, und auf Grund academischer Abgangszeugnisse, durch eine Prüfung vor der katholisch-theologischen Facultät zu Gießen ihre genügende Befähigung beurkundet haben."

Gaildorf. (Württemberg.) Der „Beobachter" deutet an, daß in dieser Stadt eine scandalöse Geschichte vorgekommen, bei welcher einer der hervorragendsten Hochadeligen die Hauptrolle spielte. Es handelt sich um die Verführung eines 13jährigen Mädchens zur Unzucht, und zwar unter scandalösen Nebenumständen. Der Betheiligte ist in aller Stille aus Gaildorf fortgereist; das Ziel seiner Reise ist nicht näher bekannt.

Frankreich.

Paris, den 29. Mai. Der Ausschuß der gesetzgebenden Versammlung soll schon eine Menge Amendements, man sagt über 30, zum Weiterbefördern an den Staatsrath angenommen haben, worunter eines um Verminderung der Armee um 40,000 Mann.

Miscellen.

Ueber den in der letzten Zeit öfters genannten Baron v. Heeckeren berichtet ein Berliner Correspondent der Weser-Ztg.: „Sein wirklicher Name ist Baron v. Anthes (Baron d'Anthes). Als Legitimist von der Herzogin v. Berry in St. Petersburg warm empfohlen, hatte er sich dort der intimen Freundschaft des niederländischen Gesandten Baron v. Heeckeren (jetzigen holländischen Gesandten in Wien) zu erfreuen. Dieser hat ihn später adoptirt und ihm einen Theil seines Vermögens zugewiesen. Daher der Name. Baron d'Anthes heirathete die Schwester der Frau Puschkine, des berühmten russischen Dichters, den er am 10. Febr. 1837 zu St. Petersburg im Duell erschossen hat. (Puschkin war eifersüchtig auf Heeckeren-Anthes, seinen Schwager, der seiner Frau schon vor seiner Verheirathung den Hof gemacht hatte.) d'Anthes und Heeckeren verließen St. Petersburg. Der erstere ward dann Orleanist und nach 1848 Ordnungsmann quand même Er unterstützte darauf den Präsidenten, und gehört jetzt zu seinen Würdenträgern. In die Einzelnheiten dieser Geschichte können wir hier nicht eingehen. Sie würde einem Eugen Sue oder Alexander Dumas den ergiebigsten Stoff zu dem unglaublichsten Sittenroman liefern."

Ein D. Willems in Hasselt (Belgien) hat schon seit langer Zeit den Versuch gemacht, das Hornvieh gegen die Lungenseuche zu schützen durch Einimpfen der gesunden Thiere am Schweife, und die günstigsten Resultate erzielt, indem in Hasselt allein 500 Stück geimpfter Thiere von der Krankheit verschont blieben. Es sind jetzt unter Aufsicht einer dazu ernannten Commission eine Menge Inoculationen vorgenommen worden, und die Commission hat sich höchst befriedigend über die Resultate ausgesprochen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1037²] **Empfehlung.**

Unterzeichneter empfiehlt sein Commissionslager der königl. bayer. Hof-Chocoladefabrik G. M. Mayrhofer in München, als: Gewürz-, Vanille-, Gesundheits-, Brust-, Isländisch-Moos-, Reis-, Gersten- und Wurm-Chocolade, zu den festgesetzten Fabrikpreisen.

Gustav Bensel.

[1020³] **Für Baumeister.**

Cement von vorzüglicher Qualität für Wasserbauten, Keller-, Magazin- und Speicherböden, für Trottoirs, Bestiche im Feuchten ꝛc. ꝛc. sehr gut geeignet und zu dem billigen Preise von 1 fl. 6 kr. per Centner, ohne Faß, ist zu haben bei Wm. Fliesen in Kaiserslautern.

[1032²] **Offene Lehrlingsstelle.**

Ein junger Mensch wird in eine Material- und Farbwaarenhandlung in die Lehre gesucht. Frankirte Anfragen unter Angabe obiger Nummer befördert die Expedition dieses Blattes.

[1024³] **Empfehlung.**

Ich bringe hiermit einem geehrten Publikum meine seit mehreren Jahren bestehende lithographische Anstalt in empfehlende Erinnerung und verbinde gleichzeitig die Anzeige, daß ich stets eine reichhaltige Auswahl Flaschen-Enquetten in Gold-, Silber- und farbigem Druck zu möglichst billigen Preisen vorräthig halte.

Dürkheim a. d. Haardt, den 15. Mai 1852.

J. Rheinberger.

[1028³] **Bade-Eröffnung.**

Mein Dousch- und Flußbad ist wieder eröffnet und ladet zu zahlreichem Besuch ergebenst ein

Ludwigshafen, den 18. Mai 1852

Mich. Renner.

[1045] **Bekanntmachung.**

Im Interesse unserer deutschen Landsleute und Freunde, welche gleich uns, den Entschluß gefaßt, nach den Vereinigten Staaten von Nordamerica auszuwandern, und ihren Weg über hier nehmen, empfehlen wir auf das Angelegentlichste die Lebensmittelniederlage der Herren Guerin und Benoist in Havre, indem man durch diese Herren, mit den besten Waaren aller und jeder Art, so wie man sie für die Seereise benöthiget, nemlich von den geringsten bis zu den feinsten Sorten, in bester Güte, und zu bei weitem billigeren Preisen, wie bei irgend einem derartigen Handlungshause oder Niederlagen versehen wird, so wie auch der Auswanderer in der Person des Hrn. M. P. C. Baumann, Geschäftsführer dieses Hauses, ein Deutscher aus Pirmasens in Rheinbaiern, einen warmen und theilnehmenden Freund findet, der einem Jeden freundlich und wohlwollend entgegenkommt, so wie auch ohne alles Interesse, mit Rath und That unterstützet.

Havre, in den Monaten April und Mai 1852.

Jacob Knorr von Nünschweiler (Rheinbaiern).
Adam Kudig von Altenkirchen.
Peter Wagner „ „
Jac. Schramm „ „
C. P. v. Gerichten von Mannheim.
Gg. Schramm u. Adam Hessel.
Jac. Horbach von Dittweiler.
Joh. Wagner „ „
Theob. Morgenstern ditto.
Jac. Knörr von Nünschweiler.
Andreas Reuschlein von Bischoffsheim.
Franz Plappert „ „
Francisca Werner von Andelfingen, aus dem Großherzogthum Baden.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Freitag (Zu Nro 134.) den 4. Juni 1852.

Deutschland.

Speyer. Der „Nürnberger Kur." bespricht ebenfalls die Schlußrede des Fürsten Wallerstein in der Abgeordnetenkammer — in gleicher Richtung, wie wir gethan haben. Der Kurier endigt seinen Aufsatz mit folgenden Bemerkungen: „Auch wir haben seiner Zeit — es war im Jahre 1849, beim ersten Zusammentreten dieses Landtags — für Versöhnung gesprochen. Damals schon erlaubten wir uns die Mahnung an die Kammermajorität, sie möchte doch von dem Wahne lassen, als müsse sie nothwendiger Weise der Regierung „die Revolution besiegen helfen." Mit dem „Besiegen der Revolution" habe es gar keine Noth, damit werde, unter den obwaltenden Umständen, die Regierung schon allein fertig werden. Ihre — der Majorität — Aufgabe sei es, der nunmehr über ganz Deutschland mit Macht hereingebrochenen Reaction — so viel an ihr liege — die Spitze zu bieten und das vermöge sie nur, wenn sie die Einigkeit der Kammer herstelle, wenn sie die Minorität nicht von sich stoße, sondern sich mit ihr aufrichtig und standhaft zu gleichen Zielen vereinige. Das wäre auch eine Demonstration gewesen und damals gab man noch etwas auf solche Demonstrationen.

„Es geschah nicht. Wie die Linke behandelt wurde, wir haben es oft genug besprochen und können hier darüber hinweg gehen. Die Majorität half der Regierung getreulich in Allem, wo es den Ansprüchen der Linken entgegen zu treten galt. Wir kennen Alle die erste und wichtigste Periode der Thätigkeit dieser Kammermajorität von 1849 an. Mit Repressionsgesetzen und Maßregeln, mit Vertrauen und dem Bestreben, der Regierung keine Verlegenheiten zu bereiten, ging die beste Zeit vorüber. Und als es nun zum Schaffen kam, als die Majorität auch ihre positiven Schöpfungen ins Werk setzen wollte, da ging das Ministerium nicht im gleichen Maße mit der Majorität, wie die Majorität früher mit dem Ministerium gegangen war, und jetzt tröstet man sich und uns mit dem Spruche: „Wir haben uns wenigstens gegenseitig achten gelernt."

„Darum können wir uns auch mit der Behauptung, daß nicht die Kammermajorität die Schuld trage und auch „die Männer an jenem Tische" nicht, wenn „die Hoffnung, auf große, auf deutsche Angelegenheiten einzuwirken, unerfüllt geblieben," nimmermehr versöhnen. In der ersten Zeit jedenfalls konnte noch viel geleistet werden.

„Die Linke freilich trägt keine Schuld, ihre Anträge wurden sämmtlich — zum Theil ohne viel Schonung und „Eleganz" — von der Majorität beseitigt.

„Wer aber alle Warnungen unbeachtet ließ, wer — selbst wo er sehr mißbilligte — schwieg oder nur leise sprach, um „keine Verlegenheiten zu bereiten," wer der „großen Politik" entsagte, um im Kleinen anzustreben, was er — wie vorauszusehen war — doch nicht erreichte, wer den Bundestag reconstituiren half und geschah es auch nur durch Schweigen, von dem kann nimmermehr gesagt werden: er trage an jenen Dingen keine Schuld.

„Jetzt freilich! Die günstige Zeit ist vorbei gegangen und wenn Etwas erübrigt, so ist es nur noch ein vergebliches: Vare, Vare! Legiones redde! Gib mir meine Legionen wieder, gib mir die verlorene Zeit zurück!"

Speyer. „Es bleibt keine andere Wahl," — so schreibt sogar die „Deutsche Allgemeine Zeitung": „entweder Entvölkerung mit totaler Verarmung, oder größere Freiheit des Individuums in dem Ausgleiche seiner Bedürfnisse." Bei Letzterm steht die größere Selbstständigkeit der Gemeinden, die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit, oben an. Gegen die Gewerbefreiheit haben sich viele Stimmen erhoben, allein wer sich die Mühe gibt, tiefer in die gewerblichen Verhältnisse zu schauen, der wird bald gewahr werden, daß fast kein Gewerbe von den Einflüssen der immer mehr um sich greifenden Manufactur- und Fabrikerzeugnisse unberührt geblieben ist, und daß ein auf die alten Zunftverhältniße gegründetes Gewerbegesetz ein Unding ist. Die beiden größten Staaten des Zollvereins, Preußen und Baiern, haben in dieser Beziehung gegenfüßlerische Principe seit einem Menschenalter verfolgt. In Preußen besteht die Gewerbefreiheit. In Baiern besteht das Realrechts- und Conzessionswesen bis auf das kleinste Gewerbe herab. Die persönlichen Lasten, Steuern und Abgaben sind für den preußischen Staatsangehörigen doppelt so groß gewesen als für den baierischen. Die Bodenverhältniße sind in Preußen viel schlechter im Durchschnitt als in Baiern, und dennoch hat die Bevölkerung Preußens zu derselben Zeit 50 Proc. zugenommen, wo sie in Baiern nur um 16 Proc. wuchs, (und das Mißverhältniß würde noch weit größer erscheinen, wenn man die Pfalz mit ihrer Gewerbfreiheit außer Rechnung ließe.) In Preußen hat die Wohlhabenheit mit der steigenden Bevölkerung gleichen Schritt gehalten, in Baiern hat sich die Armuth gewaltig vermehrt.

Auswanderungssache. Ueber den wegen Prellerei von Auswanderern zu halbjährigem Gefängniße verurtheilten Geldwechseler Cohen von Köln finden wir in der „Allgem. Ztg." folgende, für Auswanderer belehrende und die Angaben des in unserm heutigen Hauptblatte abgedruckten Schreibens aus Havre nur allzusehr bestätigende Notiz. Der Wirth Schuhmacher auf dem Brüsseler Hofe sagte aus: Cohen sei zu ihm gekommen, und habe ihn aufgefordert, er möge ihm doch die Auswanderer zuweisen, die Gelder zu wechseln hätten; den Gewinn, den er an seinen Gästen mache, wolle er mit ihm theilen. Schuhmacher erklärte dagegen, daß er sich in derlei Geschäfte nicht einlasse, sondern in solchen Fällen die Auswanderer an ihren Consul verweise, wo sie nöthigenfalls Auskunft erhalten könnten. Dessenungeachtet sei Cohen einige Zeit darauf gekommen, und habe ihm 13 Thlr. angeboten, mit dem Bemerken, dies sei der halbe Gewinne, den er an einem seiner abgereisten Gäste gemacht habe. Schuhmacher wies das Geld zurück, und drückte dabei seine Verwunderung über den hohen Gewinn von 26 Thlrn. aus, da es ihm nicht geschienen, daß einer der Gäste so bedeutende Summen bei sich gehabt habe. Das gebe sehr einfach zu, bemerkte ihm Cohen; er habe den doppelten Friedrichsd'or (10 Thlr. Gold mit dem Gepräge X Thaler) zu 10 Thlr. Silber (statt 11⅓ Thlr.) angenomen. Diese Offenheit des Betrügers zeugt leider nicht dafür, daß er häufig, wie dießmal, auf ehrliche Wirthe gestoßen sei. Die Auswanderer müssen überhaupt darauf gefaßt sein, daß sich eine Clique oder, wie wir in Köln sagen, ein Klüngel gegenseitig in die Hand spiele. Ein gewöhnliches Manöver, sich Vertrauen bei denjenigen zu erwerben, die sich übervortheilt glauben, soll darin bestehen, daß man das Geschäft abbricht und sie zu dem nahebewohnenden Concurrenten schickt, wobei man sich über denselben zwar ver-

ächtlich ausdrückt, aber doch mit ihm unter einer Decke liegt. Dort stellt man dann systematisch dem Fremden die Preise so schlimm, daß er gern zum ersteren zurückkehrt.

Vor der Auswanderung nach Nicaragua in Centralamerika wird dringend gewarnt. Die Hitze ist dort furchtbar, und es grassiren Krankheiten aller Art. Die Warnung vor jenem Lande ist um so mehr Pflicht, als die Rudolstadter Auswanderungszeitung dasselbe so sehr anpreist.

Oldenburg. (Noch nicht genug.) Nachdem der Landtag sich seit Wochen mit der Revision der Verfassung beschäftigt und dieselbe glücklich beendigt hat, ist die Regierung jetzt mit einem Antrag auf Superrevision hervorgetreten. Unter den Puncten, welche sie dem Landtag zur nochmaligen Prüfung überweist, sind auch solche, gegen welche bei der ersten Berathung der Regierungscommissär gar keinen Widerspruch erhoben. Von den wichtigern Puncten, über welche die Regierung eine andere Beschlußfassung wünscht, heben wir folgende hervor: Die Bestimmung über die Civilehe soll der Art gefaßt werden, daß dieselbe nur als Ausnahme gestattet werden könne. Die Theilbarkeit des Grundeigenthums soll nicht in voller Ausdehnung freigegeben, sondern durch die Gesetzgebung geregelt werden. Eine andere als die beschlossene Zusammensetzung des Landtages wird empfohlen. Die Redefreiheit der Abgeordneten soll einer Beschränkung unterworfen, und bei Beleidigung die gerichtliche Verfolgung gestattet werden. Dagegen sollen die Minister sich grober Fahrlässigkeit und dienstlicher Uebertretungen, welche im Gesetz mit Dienstentlassung bedroht sind, schuldig machen dürfen, ohne einer Ministeranklage unterworfen werden zu können. (Beob.)

Frankreich.

Paris, den 29. Mai. Der Budgetausschuß hat drei inhaltschwere Anträge des Grafen Montalembert angenommen: 1) Verminderung des stehenden Heeres um 30,000 (nach Andern 40,000, nemlich von 400,000 auf 360,000) Mann, 2) Herabsetzung der hohen Gehalte auf den Fuß, wie sie unter Ludwig Philipp waren, 3) namentliche Aufzählung der Senatorendotationen im Budget.

Neueste Nachrichten.

Freiburg, den 28. Mai. Von hier aus wurde in Karlsruhe angefragt, ob die Regierung es genehmige, daß die katholischen Beamten Freiburgs dem vom Herrn Erzbischof auf den 2. Juni angeordneten Gottesdienst anwohnen dürfen? Die Antwort des Ministers, Frhrn. v. Marschall, lautete: Nein! (D. Volksbl.)

— den 30. Mai. Das hiesige Convict ist einstweilen auf unbestimmte Zeit aufgehoben und geschlossen worden. Der Grund davon liegt in den Forderungen des Erzbischofs, denen die Regierung nicht entsprechen zu können glaubte. Der Erzbischof wollte nemlich die Anstalt ganz und gar unter seiner alleinigen Leitung haben, so daß dem Staate auch nicht der geringste Einfluß auf dieses Institut mehr verblieben wäre. Wie ich vernehme, soll das Ordinariat den Vorschlag gemacht haben, dem Erzbischof die Oberleitung mit dem Anstellungs- und Absetzungsrecht in der Weise zu übertragen, daß auch der Staat noch gewisse Rechte gegenüber der Anstalt besessen hätte. Der Hr. Erzbischof wäre dann ungefähr in dasjenige Verhältniß zum Institut getreten, in dem bisher der Staat gestanden, und der Staat hätte die Stellung eingenommen, die bisher der Erzbischof inne gehabt. Zu diesem Vorschlag konnte sich der letztere nicht verstehen. Er wollte Alles oder Nichts haben. Am Schlimmsten sind im Augenblick die jungen Theologen daran; denn vor der Hand beziehen dieselben keine Stipendien aus dem Convictsfond. Diese Sache muß erst von Neuem wieder geregelt werden. (Schw. M.)

Die Jesuiten halten eine Mission in Achern. Daselbst wird von ihnen eine Polemik gegen den Protestantismus geführt, die alle Grenzen überschreiten soll.

Berlin, den 31. Mai. Die Sitzungen der Zollconferenz sind unter Zustimmung der Bevollmächtigten bis zum 7. Juni vertagt worden.

Eisenach, den 1. Juni. Bei der übermorgen hier stattfindenden Conferenz protestantischer Geistlichen wird die absoluteste Verheimlichung der Verhandlungen beobachtet werden!!

Wien, den 27. Mai. Ende Julius wird die kaiserliche Finanzverwaltung die vorletzte Rate des Kriegskostenersatzes aus dem ungarischen Revolutionskriege im Betrage von einer Million Rubel bezahlen; die letzte Rate ist am 31. Julius 1853 fällig. Zufolge der am 28. Mai 1850 geschlossenen Convention hatte Oesterreich an Rußland den Betrag von 3,683,236 Rubel oder 5,666,518 fl. C. M. zu zahlen, wovon Rußland 1,051,133 fl. C. M. in österreichischem Salze annahm, die Zahlung des Restes aber in durch 5 Proc. verzinslichen Raten stipulirt wurde. (Allgm. Ztg.)

Wien, den 29. Mai. Wir sind in der Lage — berichtet die O. C. — die Mittheilung zu machen, daß die Einverleibung der Herzogthümer Modena und Parma in das große österreichische Zollsystem durch die Eröffnung schließlicher Verhandlungen ihrer Verwirklichung bereits nahe gerückt ist.

Paris, den 31. Mai. Zu Marseille hat die Vereidigung der Officiere der Garnison mit vieler Feierlichkeit und in Verbindung mit einer großen Revue stattgefunden.

— den 1. Juni. Nach Gerüchten, welche hier umlaufen, haben sämmtliche Minister, mit Ausnahme Persigny's, ihre Entlassung genommen. — Der Staatsrath soll sich fortwährend den Decreten über die Confiscation der Güter Orleans feindlich gesinnt zeigen.

Aus Algier meldet man, daß der in Kabylien operirende General Mac Mahon den ihm Widerstand leistenden Scheriff Bou-Seba auf allen Puncten zurückgeworfen hat; 16 Dörfer oder Weiler mit Häusern, die Ziegeldächer hatten, sind in Brand gesteckt worden. Die Verluste der Kabylen werden auf 180 Todte und Verwundete, die der Franzosen auf 5 Todte und 60 Verwundete angegeben.

Turin. Die sardinische Regierung beabsichtigt, eine Eisenbahn über den Mont-Cenis zu bauen.

New-York, den 19. Mai. Kossuth befindet sich in Albany, wo er sich eines guten Empfanges zu erfreuen gehabt hat.

Hr. Dr. Lucas Jäger, der, nachdem er zuerst einen so hohen Ruf im Curiren körperlicher Krankheiten erlangt, sich nun darauf geworfen hat, die politische Complexion der Pfälzer zu verbessern, und der in der Nationalöconomie, der Finanzwissenschaft, der Münzkunde, der Geschichte, im Rechte (z. B. in der Frage wegen der Gemeinderäthe „das Gesetz in der Hand") und überhaupt in allen möglichen und unmöglichen Dingen mit so seltener Consequenz und stets bewährter Ueberzeugungstreue und gleich starker Wahrheitsliebe (siehe z. B., abgesehen von den frühern oftmaligen, stets unbeantwortet gelassenen Beweisaufforderungen in der Speyr. Ztg., die Erklärung des Münchener Bürgermeisters v. Bauer) bereits so Großes geleistet, hat nunmehr auch sogar die Entdeckung gemacht, daß — die Speyerer Zeitung seine genialen Arbeiten in der Pfälzer Ztg. „nachdrucke," dieselben „plündere" und „Diebstähle" an ihm, Dr. Lucas Jäger, begehe. — Wer die Richtigkeit dieser unserer Meldung bezweifelt, der lese nur Nro. 127 der Pfälzer Ztg. vom 30. Mai, wo er die Entdeckung, in dem bekannten guten Tone abgefaßt, welcher die feine Bildung des Hrn. Doctors bei jeder Veranlassung aufs Neue dokumentirt, im vollen Ernste abgedruckt findet. — Nach solchen Entdeckungen des Hrn. Jäger wissen wir uns wirklich nur bei dem Gedanken zu beruhigen, daß, wie die Pfälzer Ztg. selbst kürzlich gemeldet hat, — der Bau einer gewissen Heilanstalt bei Klingenmünster sehr rasch voranschreitet. —

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue
Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 135 | den 5. Juni 1852.

* Die deutsche Literatur in den Vereinigten Staaten.

Der frühere Buchhändler in Berlin, Friedrich Gerhard, der, wie so Viele, durch die politischen Wirren gezwungen ward, jenseits des Oceans ein neues Vaterland zu suchen, hat eine interessante Zusammenstellung von Notizen zur Kenntniß des Umfangs des deutschen Literaturbetriebs in den Vereinigten Staaten geliefert. Es wird auch manche unserer Leser interessiren, daraus die folgenden Daten zu erfahren.

Deutsche Buchhandlungen bestehen, soweit dem Verfasser zu ermitteln möglich war, 79, in 14 Staaten, davon 19 im Staate Ohio, 18 in Pennsylvanien, 16 in New-York, sogar in Texas 1; — 17 Staaten sind ohne deutsche Buchhandlungen.

Deutsche Buchdruckereien kennt Gerhard 97, in 19 Staaten; die meisten in Pennsylvanien, nemlich 35, in Ohio 15, in New-York 11, in Wisconsin 6, Illinois 5, Louisiana und Missouri je 4, Maryland 3, Kentucki und Indiana je 2, und Jowa, Massachussetts, Michigan, New-Jersey, Süd-Carolina, Tennessee, Texas, Vermont, Virginien und im Districte Columbia je 1. Es sind sonach blos 12 Staaten ohne deutsche Druckereien.

Zeitungen. In 19 Staaten und zwar in 67 Städten, erscheinen 152 deutsche Blätter. Die Zahl vertheilt sich folgendermaßen: Pennsylvanien 47, Ohio 28, New-York 23, Missouri 12, Maryland 9, Wisconsin 8, Illinois und Louisiana je 5, Indiana, Kentucki und Texas je 2, Jowa, Massachussets, Michigan, New-Jersey, Süd-Carolina, Tennessee, Vermont, Virginien und im Districte Columbia je 1.

Das älteste der deutschen Blätter, der Readinger Adler, erscheint in seinem 56sten Jahrgange; 7 andere Zeitschriften werden ebenfalls seit mehr als 20 Jahren herausgegeben; 20 haben ein Alter von 10 bis 20, 47 ein solches von 4 bis 9 Jahren. Dagegen sind 74, also fast die Hälfte der Gesammtzahl, erst seit 3 Jahren begründet worden.

Von jener Gesammtzahl erscheinen blos 27 täglich, 101 wöchentlich, die andern zwei- oder dreimal wöchentlich, oder 1—2 Mal monatlich.

Der politischen Färbung nach sind blos 13 whiggistisch, dagegen 90 democratisch (obwol die whiggistischen Zeitschriften keineswegs monarchisch, sondern sämmtlich gut republikanisch gesinnt sind;) 12 gelten als parteilos, 2 als communistisch; sodann sind 5 ultramontan, 1 methodistisch, 10 kirchlich (die rationalistischen einbegriffen), woneben beinahe ebenso viele, nemlich 9, als antikirchlich qualificirt werden; 6 befassen sich mit Belletristik, 2 mit Landwirthschaft und 1 mit Medicin.

* Blick auf die französischen Zustände.

Es ist etwas Gewöhnliches, daß die Dauer des eben Bestehenden gewaltig überschätzt wird. So war es mit der Herrschaft des Kaisers Napoleon, mit jener der Restauration, mit dem „Bürgerkönigthum," und so ist es eben mit der Neu-Napoleonischen Gewalt. Da Ludwig Bonaparte nicht in den ersten 6 Wochen gestürzt ward, so meinen gar Viele, seine Macht sei eben dauernd begründet. Wer sich den Eindrücken der augenblicklichen Erscheinung nicht blind hingibt, wird freilich zu andern Schlüßen gelangen: Der Gesammtzustand des heutigen Frankreich wird ihm als ein noch weit unnatürlicherer erscheinen, als derselbe seit vielen Jahrzehnten jemals war, und er wird jedes innere Fundament der jetzigen Herrschaft vermissen. Dies der Hauptgrund für unsere eben ausgesprochene Ansicht. Allein wer auch nur die äußern Erscheinungen ein Bischen aufmerksam betrachtet, muß über gar manche, namentlich in der jüngsten Zeit zu Tage gekommenen Symptome erstaunen: selbst in Frankreich, wo man doch so vollständig daran gewöhnt ist, politische Eide jedem Besitzer der Gewalt zu leisten, und wo nur ganz Wenige gemeint sind, für ihre Ueberzeugung ihre äußere Stellung auf die Dauer zum Opfer zu bringen, — selbst hier diese massenhaften Eidesverweigerungen (die wenigstens zu neun Zehntheilen auf der durch die eigene Anschauung der Betheiligten erlangten Ueberzeugung beruhen, daß das jetzige Regime von keiner Dauer sein könne); dann diese Opposition sogar im Staatsrathe gegen das Unterrichtsgesetz und gegen die Confiscation der Orleanischen Güter; der Widerstand in diesem gesetzgebenden Körper gegen das Budget, und gegen das Ausweisungsgesetz; endlich das Einhalten mit der Proclamation des Kaiserthums; — also muß Napoleon selbst vor den bedenklichen Folgen wenigstens für den Augenblick zurückschrecken, — Er, der bisher vor nichts zurückschreckte!

Wir können diese Bemerkungen nicht ohne einen Beisatz schließen, der unsere deutschen Verhältniße betrifft. Bei uns finden die „Ausweisungen" sogar der „Inländer" in der engsten Bedeutung des Wortes „ohne daß ein Hahn darnach kräht" durch die Policei statt, und — selbst im heutigen Frankreich findet ein, blos die beiden, der jetzigen Regierung unzweifelhaft gefährlichen Städte Paris und Lyon betreffender Gesetzentwurf Anstand! Stoff zu mancherlei Vergleichungen!

Deutschland.

*** Zur Zollfrage.** Verschiedene Preußische Blätter tadeln die Beschlüsse der in Halle zusammengetretenen Industriellen, und einige spotten sogar darüber. Die Verhandlungen sind uns in ihren Einzelnheiten noch nicht vollständig genug bekannt, um uns im Ganzen ein bestimmtes Urtheil bilden zu können. Dagegen geht aus dem, was wir in einigen Berichten lesen, hervor, daß jedenfalls eine Anzahl der in jener Versammlung Anwesenden einen ganz richtigen Standpunct einnahm, indem sie von dem Grundsatze ausgingen: der Zollverein muß erhalten werden, allein Preußen ist auch schuldig, den langjährigen gerechten Klagen, so namentlich über die Ausgleichungsabgabe auf Wein ꝛc., Abhülfe zu gewähren. Diese Ansicht vertraten namentlich die Hrn. Buhl aus Deidesheim und Englerth aus Randersacker (Unterfranken), und es scheint, daß diese Beschwerde vielfache Anerkennung fand. Wir bemerken dabei noch, daß das eben veröffentlichte Preußische Staatsbudget selbst eine beachtenswerthe Andeutung enthält. Den Ertrag der Uebergangsabgabe von vereinsländischem Wein, Most und Tabak (warum ist keine Ausscheidung gegeben?) finden wir zu 200,000 Thlr. angesetzt, dagegen die Steuer vom ganzen inländischen Weinbau zu — 40,000 Thlr. veranschlagt. Bekanntlich wird aber selbst dieser kleine Betrag meistens ganz erlassen. —

*** Speyer.** Verhandlungen der Abgeordnetenkammer über den Rebenack'schen Antrag wegen Absetzung von Gemeinderathsmitgliedern. (Beschluß.)

Rebenack. Es fragt sich: Sind mit Einführung unserer Staatsverfassung vermöge Verordnung vom 13.

Octbr. 1818 die Gemeinderäthe in dem Pfalzkreise in dieselbe Stellung getreten, welche die Gemeindebevollmächtigten und Ausschüsse diesseits haben?

„Der Hr. Regierungscommissär hat so eben geäußert, daß diesseits die Regierung die Gemeindebevollmächtigten und die Ausschüsse zu bestätigen habe; daß dieselben also nicht kraft der Wahl Gemeinderäthe seien, sondern diesseits diese Eigenschaft erst durch die Bestätigung der Regierung erlangt werde. — Das ist nicht richtig, m. Hrn., bestätigt wird diesseits die Wahl der Magistrate und Ortsvorsteher (der Verwaltungsbehörden), wie in der Pfalz der Bürgermeister von der Regierung ernannt wird. Die Wahl der Gemeindebevollmächtigten aber ist keiner Bestätigung Seitens der Regierung unterworfen. — Es wurde ferner gesagt: das Recht der Auflösung des Ganzen schließe das Recht nicht aus, die einzelnen Glieder abzulösen; darauf habe ich nur zu bemerken, was ich schon gesagt habe, es gibt kein Gesetz, worin der Regierung neben dem Recht der Auflösung des Ganzen auch noch das Recht gegeben wäre, die einzelnen Glieder aufzulösen. Daß die Kreisregierung von dem Art. 20 mehrfach früher Gebrauch gemacht hat, ist ganz richtig. Sie hat Leute, Gemeinderathsmitglieder, die z. B. Forstfrevel begangen, vom Amte entfernt. Man hat sich das gefallen lassen, weil jene Leute selbst nicht dagegen remonstrirt haben. Das beweist aber nicht, daß die Kreisregierung in dem Falle im Rechte war, welcher zu einem Rekurs an die Staatsregierung, dann zu einer Beschwerde und am Ende noch zu meinem Antrage Veranlassung gegeben hat. — Diese Männer waren sich bewußt, nichts Unrechtes gethan zu haben. Was hatten sie denn auch eigentlich gethan? Sie hatten einen Freund, der, in politische Verhältniße verwickelt, genöthigt war, das Land zu verlassen, in einem französischen Gränzorte besucht. Ich weiß es sehr genau, daß auch nicht das Mindeste von Politik bei jener Zusammenkunft vorkam. Nun, m. Hrn., ist das etwa ein Verbrechen oder Vergehen, wegen dessen man Jemand von seinem Amte entfernen soll? Ich gestehe geradezu, m. Hrn., wer sich des Freundes nicht annimmt, wer es nicht wagt, dem Freunde im Exil einen Trost zu bringen, mag sich der Freund auch das Exil durch eignes Verschulden zugezogen haben, den würde ich absetzen, nicht aber den, der die Freundespflicht erfüllt." (Beifall.)

Römmich (Referent). Er wolle, nach den umfassenden Vorträgen nur noch einzelne Sätze widerlegen. Er habe sich objectiv an den Antrag gehalten, ohne auf die Veranlassung desselben (die stattgehabten Absetzungen) nochmals einzugehen. Der Antragsteller sagt, „daß durch die Constitution vom Jahre 1818 und durch das Gesetz von 1837 die Enthebungsbefugniß der Regierung von selbst weggefallen sei. Dies ist ein Satz, den ich widersprechen muß, weil nirgends, weder im Jahre 1818 noch im Jahre 1837 diese Befugniß ausdrücklich aufgehoben worden ist.... Man hat aus der im Gesetze v. J. 1837 zugelassenen Auflösung des Gemeinderathes den Schluß gezogen, daß eine Enthebung des Gemeinderathes in seinen einzelnen Mitgliedern nicht bestehe. M. Hrn., die Erwähnung der Auflösung ist nur eine Zusatzbestimmung zur Instruction vom 25. Nov. 1818, und war allerdings nothwendig, weil man sonst gar nicht gewußt hätte, was bei der Integralerneuerung anzufangen sei mit der Bildung des Wahlausschusses, wer ferner bei der nächsten periodischen Erneuerung, und in welcher Weise er auszutreten habe. Deßhalb und nur des Wahlverfahrens wegen war die ausdrückliche Erwähnung der Auflösung nothwendig. Von der Aufhebung des Artikel 20 in seinem zweiten selbstständigen Theile war die Rede nicht. Ich habe aus den Gesetzgebungen anderer Länder nachgewiesen, daß man die Enthebungs- oder Disciplinarbefugniß als etwas, was sich mit dem Wahlrechte ganz wol vereinbare, ansehe. — ... Hr. Fürst v. Oettingen-Wallerstein kommt auf die Periode der Gesetzgebung vom Jahre 1837 zurück, und sucht uns als damaliger Chef der Administration zu beweisen, was die Regierung sich bei Einbringung dieses Gesetzes gedacht habe. Ich habe an und für sich gegen die Behauptung des Hrn. Fürsten nichts einzuwenden, denn ich weiß nicht und kann nicht wissen, was er sich damals gedacht hat. Er kann es mir aber nicht verübeln, wenn ich zur Begründung meiner Ansicht mich an die Verhandlungen halte. Wenn dies aber so ist, warum hat denn die Regierung damals durch ihre Organe erklären lassen: in so ferne man an der Ernennung der Bürgermeister das Geringste ändere, würde das Gesetz zurückgezogen werden? Wenn dies so ist, warum hat die Regierung erklären lassen, daß, wenn die Gemeindecollegien nicht als ständische Wahlkörper beibehalten würden, das Gesetz selbst in Frage gestellt werde? Warum hat die Regierung durch ihr Organ, den Chef der Administration, erklärt, daß nur einige, und welche Bestimmungen des Gesetzes vom Pluviose VIII abgeändert werden sollen. Wenn man endlich alles von der diesseitigen Gemeindeverwaltung auf die Pfalz übertragen wollte, warum ist man damals nicht darauf gekommen, ein Gemeindegesetz auszuarbeiten, dessen, ich gestehe es, die Pfalz sehr bedürftig ist? Hr. Abg. Kolb sagt, daß durch das Gesetz vom 16. Thermidor X das Gesetz vom Jahre VIII schon einige Abänderungen erlitten habe. Allerdings ist dies im Allgemeinen richtig.... Allein im Bezuge auf die weiteren Befugniße der Regierung ist in diesem Gesetze nichts enthalten. — Es wurde weiter angeführt, daß es der Regierung einfallen könnte, wenn der Gemeinderath eine Ausgabe, welche die Regierung für nothwendig hält, verweigere, den Gemeinderath so durch Entlassungen zu formiren, bis er der Regierung gefällig sei. Durch das Gesetz vom Jahr 1837 ist dieser Willkür eine Schranke gezogen. — Die Regierung kann, und ich setze von der Regierung voraus, daß sie die Gründe ihrer Maßregel angibt, sie kann, sage ich, die Gemeinderäthe nicht über die Zahl der Ersatzmänner hinaus vermindern. Das Gesetz bestimmte, wie viele Ersatzmänner in den nächsten Stimmen zu wählen sind. Sie haben eventuell einzutreten, wenn die übrigen Mitglieder aus dem Gemeinderath ausscheiden. Ueber diese Zahl der Ersatzmänner hinaus kann die Regierung nicht gehen. — Bei allem diesem, muß ich, wie gesagt, voraussetzen, daß Demjenigen, welcher aus dem Gemeinderath entlassen wird, die Gründe mitgetheilt werden, und daß ihm der Recurs offen bleibt. ... Hr. Fürst v. Wallerstein führt an, die Regierung habe die Verordnung von 1824, die säumigen Gemeinderäthe betr., deßhalb nicht publicirt, weil sonst keine Rechtsgleichheit zwischen diesseits und der Pfalz stattgefunden habe. — Ich muß dem gegenüber immer wieder bemerken, daß die Verhandlungen dem geradezu widersprechen. Aus den Verhandlungen ist ersichtlich, daß die Regierung damals an dem Gesetze vom Pluviose VIII nicht mehr ändern wollte, als bei der Einbringung des Gesetzes ausdrücklich bemerkt worden ist.

„Was den zweiten Gesichtspunct betrifft, so bezweckt wie öfters bemerkt wurde, der Antrag des Hrn. Rebenack die ausdrückliche Aufhebung des Artikel 20, womit also jede Disciplinarbefugniß der Regierung wegfiele; auf der andern Seite wäre aber, wie dies im diesseitigen Gemeindegesetz, §. 78, der Fall ist, für das Wahlstimmrecht und die Wählbarkeit keine anderen Anhaltspuncte vorhanden, als dem im Gesetze von 1837 vorgeschriebenen, nemlich die Bestimmung wegen der zu nahen Verwandtschaftsgrade; daß dieses nicht genügt, liegt auf platter Hand. — Wenn Sie diese Bestimmung des Art. 20 des Gesezzes vom Pluviose VIII aufheben wollen, müßen Sie ein Disciplinarverfahren dafür statuiren oder die Ausschließungsgründe genauer angeben. Man kann aber die in dem diesseitigen Gesetze enthaltenen Bestimmungen nicht übertragen, weil sie auf die Verhältniße der Pfalz nicht passen, sowie sie auch damals nicht paßten, weßhalb sie auch die Regierung in die auszugsweise Publication der Wahlordnung nicht aufnehmen konnte. In andern Gemeindegesetzen z. B. in den belgischen und französischen ist ein ganz scrupulöses Verfahren vorgeschrieben, welches bezüglich des bestrittenen Wahlrechtes oder der Ausschlie-

ſungsgründe eingehalten werden muß. Ein ſolches Verfahren müßte entweder aufgenommen oder ein Disciplinarverfahren gegen den Gemeinderath eingeführt werden. Der Antrag des Hrn. Nebenack haut daher den gordiſchen Knoten durch, er löst ihn aber nicht auf. Ich bitte Sie deßhalb, dem Antrage des Ausſchußes beizuſtimmen."

Hierauf Abſtimmung, bei welcher der Ausſchußvorſchlag, dem Antrage keine Folge zu geben, mit 55 gegen 48 Stimmen angenommen ward. —

München, den 1. Juni. Nach einer Verfügung des Handelsminiſteriums darf die Suspenſion des Eingangszolls auf Getreide und Mehl auch auf die übrigen Mühlenfabrikate in der Art erſtreckt werden, daß die Zollgefälle davon blos notirt werden und bis auf Weiteres unerhoben bleiben. — Um den Auswanderern im Falle der Verarmung und aus ſonſtigen Gründen die Rückkehr unmöglich zu machen, hat das Miniſterium des Aeußern die paßausſtellenden Behörden angewieſen, in allen Reiſepäſſen für Auswanderer die Dauer lediglich „zur Hinreiſe" an ihren neuen Wohnort beizuſetzen.

Kempten, den 29. Mai. Ein Zug von Auswanderern aus unſerer Umgegend — gegen 70 Perſonen, paſſirte heute unſere Stadt. Dabei befand ſich ein Ehepaar, das zuſammen 145 Jahre zählt.

Landshut, den 31. Mai. Wie man heute vernimmt, hat geſtern Abend in Vilsbiburg auf dem Kaſtlkeller der Blitz eingeſchlagen und 8 Menſchen getroffen. Mehrere derſelben ſollen ſehr ſchwer verletzt worden ſein.

Mainz. Die Schiffe des kleinen Hollands ſind unbekümmert um die Naſſau'ſchen Reviſionsbefehle auf dem Rheine vorübergefahren. Als Repreſſalie gegen Naſſau hat Holland die in dieſem Lande ankommenden Ladungen von Sauerwaſſerkrügen Stück für Stück einer Entpfropfung und Probe unterworfen, ob dieſelben nicht etwa ſtatt Waſſer Wein enthielten, — eine Probe, welche ſelbſtverſtändlich der Vertilgung der Waare gleichkommt.

Schlangenbad, den 2. Juni. Die Kaiſerin von Rußland iſt hier eingetroffen.

Berlin, den 29. Mai. Die Erfolge der Jeſuiten in Schleſien fangen hier nachgerade an Bedenken zu erregen. Der evangeliſche Oberkirchenrath hat davon Veranlaſſung genommen, an alle evangeliſchen Geiſtlichen dieſer Provinz eine beſondere Zuſchrift zu richten, worin dieſelben nachdrücklich gemahnt werden, das Banner des apoſtoliſchen Glaubens hochzuhalten und mit Energie jeden Schaden von der evangeliſchen Kirche abzuwehren. Die Speneriſche Ztg. gibt eine Schilderung von dem „Treiben" der Jeſuiten in Schleſien, worin es u. a. heißt, die Organiſation ihrer Thätigkeit ſei auf die Convertirung der ganzen Provinz berechnet. *)

Berlin, den 1. Juni. In der Zollconferenz ſoll die Rückäußerung der preußiſchen Regierung auf die mehrerwähnten baieriſchen Anträge ſchon in einer der nächſten Sitzungen erfolgen. — Nach der „D. Allg. Ztg." haben die Bevollmächtigten der Staaten der Darmſtadter Uebereinkunft in der Sitzung vom 25. Mai erklärt, daß ſie ſich mit der erfolgten Erklärung von Seiten der preußiſchen Regierung nicht zufrieden geben könnten, vielmehr ſich gezwungen ſähen, auf den frühern Anträgen des baieriſchen Bevollmächtigten, welche ſie jetzt gemeinſchaftlich wiederholen und zu den ihrigen machen, zu beſtehen. Dieſe Erklärung iſt in Folge eingegangener Inſtruction von Seite der betreffenden Regierungen abgegeben worden. Man iſt natürlich auf den Ausfall der preußiſchen Antwort, welche unmöglich lange hinausgeſchoben werden kann, aufs Höchſte geſpannt.

Der „Bresl. Ztg." wird als „ſicher" mitgetheilt, daß bei der Anweſenheit des Kaiſers von Rußland hierſelbſt zwiſchen ihm und unſerm Könige Verabredungen getroffen worden ſind, in Folge deren ſich dieſer in Kurzem nach Warſchau begeben wird, um daſelbſt eine Zuſammenkunſt mit den Kaiſern von Rußland und von Oeſterreich behufs gewiſſer Konferenzen zu haben.

Aus der Provinz Preußen. Sämmtlichen Landrathsämtern der Provinz iſt eine Verfügung des Miniſters des Innern zugegangen, welche gegen die revolutionäre Propaganda in Bremen, und die Verführung von Handwerksburſchen daſelbſt, gerichtet iſt. Da es nicht zuläſſig erſcheine, den Beſuch von Bremen unbedingt zu verbieten, ſo werden nun die Polizeibehörden angewieſen, bei jedem wandernden Handwerksburſchen der ſich in Bremen aufgehalten hat, eine genaue Reviſion ſeiner Effekten vorzunehmen, und wenn ſich unter denſelben verbrecheriſche Schriften befinden, ſofort die geeigneten gerichtlichen Schritte zu veranlaſſen, im Allgemeinen aber jedem Handwerksburſchen, der überhaupt ſich in Bremen aufgehalten hat, das fernere Wandern in der nächſten Zeit gar nicht mehr zu geſtatten, ihn vielmehr in ſeine Heimath zu viſiren. Die Heimathsbehörde iſt von einem jeden ſolchen Falle ſofort zu benachrichtigen, und hat bei dem Eintreffen des Handwerksburſchen ihn einer ſorgfältigen Beaufſichtigung zu unterwerfen, ihm auch erſt dann wieder eine neue Wandererlaubniß zu ertheilen, wenn ſie ſich nach dem Verlauſe mehrerer Monate überzeugt hat, daß der Betreffende ein Anhänger revolutionärer Doctrinen nicht ſei.

Königsberg, den 29. Mai. Vor einiger Zeit wurde in verſchiedenen öffentlichen Blättern über verſchiedene Perſonen männlichen und weiblichen Geſchlechts berichtet, welche in der Umgegend von Danzig und Elbing durch Predigten im ſomnambulen Zuſtande große Menſchenmaſſen herbeilockten und beträchtlichen Geldgewinn zogen, bis die Policei einſchritt und die angeblich ſomnambulen Prediger der ärztlichen Beobachtung unterwarf. Die unverehelichte Hinz, welche in dem Dorfe Zeyders-Kamp bei Elbing zweimal wöchentlich gepredigt hatte, legte ſehr bald ein offenes Geſtändniß ab, durch welches ſie erklärte, daß ſie des Gelderwerbes wegen den ſomnambulen Zuſtand ſimulirt habe; auf die Denunciation des Staatsanwaltes wurde gegen die Hinz Anklage auf Betrug erhoben und in der letzten Sitzung des Kreisgerichtes zu Elbing eine 20wöchentliche Gefängnißſtrafe gegen ſie feſtgeſetzt.

Schweiz.

Freiburg. Die Einberufung des Gr. Raths hat noch nicht ſtattgefunden. Nach der „Gazette" ſind jetzt die Artilleriſten und Schützen des Auszugs entlaſſen; die Infanteriſten ſeien unzufrieden geweſen, daß ſie noch im Dienſte zu bleiben hätten.

Frankreich.

Paris, den 31. Mai. Der Grund der angekündigten Schließung aller Bleiweißfabriken in Frankreich ſoll in der amtlich ermittelten Thatſache liegen, daß die Arbeiter in denſelben binnen 2 Jahren entweder ſterben oder unheilbarem Siechthum verfallen.

Es gilt als ziemlich gewiß, daß eine Steuer auf die Wagen (vermuthlich Luxuswagen), die Hunde, das Papier und das Salz beim Eingang in die Städte, ferner auch noch eine neue Steuer auf die Branntweine gelegt werden wird.

Man lieſt im eliſeeiſchen „Pays": „Wir haben bereits mitgetheilt, daß der Geſetzentwurf über den öffentlichen Unterricht nicht, wie einige Journale irrthümlich angegeben haben, zurückgenommen, ſondern nur verſchoben worden iſt."

Der Text des jetzt dem geſetzgebenden Körper vorliegenden Geſetzentwurfs in Betreff des Aufenthalts in Paris und Lyon lautet: Art. 1. Der Aufenthalt im Departement der Seine und in den Gemeinden, welche die Lyoner Agglomeration bilden, kann auf beſtimmte Zeit auf dem Adminiſtrationswege unterſagt werden: 1) Den-

---

*) Gar kein Wunder! Hat man doch bei Bekämpfung des **Rationalismus — der einzigen wirklich haltbaren Grundlage des Proteſtantismus — alles Mögliche gethan, dem Jeſuitismus ſelbſt vorzuarbeiten. D. Red.**

Digitized by Google

jenigen, welche wegen Rebellion, Bettelei, Vagabundiren und Zusammenrotten zu Gefängnißstrafe verurtheilt worden sind; 2) Denjenigen, welche im Departement der Seine oder in der Lyoner Agglomeration nicht domicilirt sind oder keine Existenzmittel haben. Art. 2. Das Aufenthaltsverbot wird vom Policeipräfecten oder vom Rhonepräfecten ausgesprochen und vom Minister der Policei gutgeheißen. Art. 3. Jedes Vergehen gegen ein Aufenthaltsverbot wird mit Gefängnißstrafe von 8 Tagen bis zu einem Monat bestraft.

Italien.

Venedig, den 28. Mai. Das Lottospiel wird kaum irgendwo leidenschaftlicher betrieben als bei uns, und besonders ist man darauf erpicht, wenn Unglücksfälle zu abergläubischen Combinationen Anlaß geben. Auch wollte es ein Zufall, daß solche Berechnungen gerade bei den zwei letzten Ziehungen den günstigsten Erfolg hatten. Aehnliches geschah vor kurzem in Triest, wo der Untergang der „Marianna" und eine Hinrichtung in Zahlen gedeutet wurden, die der Lottocasse ziemlich theuer zu stehen kamen. Nun ist aber bei uns — was den volksthümlichen Irrwahn eher nähren als beseitigen kann — an alle Lottocollecteure das Verbot ergangen, Nummern anzunehmen, die auf den bevorstehenden Einzug des Patriarchen sich beziehen könnten. (!!) (A. Z.)

Großbritanien.

In letzter Zeit fiel in Kilkenny (Irland) ein vollkommen schwarzer Regen, der 20 Minuten anhielt, ein vollkommen dintenartiges Aussehen hatte und als Hauptbestandtheile atmosphärisches Wasser, Ruß und Steinkohlen nachwies. Die Stadt und die ganze Umgebung wurde schnell schwarz gefärbt. Daselbe Phänomen zeigte sich in Kilkenny zur Zeit der Cholera und das abergläubische Landvolk ist jetzt vor einer neuen Seuche in Angst.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer**, den 4. Juni. Schon vor längerer Zeit verbreitete sich das Gerücht, auch Pfarrer Franz von Ingenheim werde von seiner Pfarrstelle entfernt werden. Wie gestern hier bekannt wurde, ist diese Quiescirung nunmehr wirklich erfolgt. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit vorläufig nur daran, daß Pfarrer Franz einer der sehr Wenigen war, welche zur Zeit der Bewegung derselben offenen Widerstand zu leisten den Muth hatten.

München, den 1. Juni. Der Obristlieutenant im Generalquartiermeisterstabe und Chef beim Generalstabe des zweiten Armeecorps, Carl Frhr. v. Baricourt, ist zu Würzburg gestorben.

Baden. Es ist fast komisch, welche Mühe sich die ultramontane Partei gibt, durch Pomp eines Gottesdienstes, der aber doch die Messe nicht sein darf, über den Stein des Anstoßes hinwegzukommen. Nach Karlsruhe hatte man die 40 französischen Bergsänger eigens kommen lassen. Auch zu Mannheim fand viel Pomp statt. Allein die Kirchen blieben leer. Das Volk nahm keinen Antheil; selbst das Militär und die Beamten fehlten.

Heidelberg, den 28. Mai. In der nächsten Woche wird auf der hiesigen Schloßruine ein Festmahl einer Anzahl österreichischer, badischer und hessischer Officiere stattfinden.

Kassel, den 29. Mai. Heute, als am Todestag Johannes Müllers, wurden wir durch die Nachricht überrascht, daß in der vergangenen Nacht, still und geräuschlos, das Denkmal auf dem alten Kirchhofe aufgerichtet worden sei, welches ihm König Ludwig von Baiern schon längst zugedacht hat.

Gotha, den 1. Juni. Heute hielt die vierte allgemeine deutsche Lehrerversammlung ihre erste ordentliche Sitzung. Director Dr. Schulze grüßte die Versammlung und ersuchte, sich ja von aller Politik ferne zu halten. Mit Jubel ward Diesterweg begrüßt. Er entkräftete in seinem Vortrage besonders die Anklagen, welche eine gewisse Partei gegen die moderne Volksschule erhebe, daß dieselbe durch die vielerlei Kenntniße, welche sie in den Unterrichtskreis ziehe, das kindliche Gemüth ersticke und jeden Glauben an eine Autorität untergrabe. „Nein! entgegnete er, die Volksschule wolle den Menschen nicht als Abstractum, sondern in seiner nationalen Ausprägung und individuellen Form in's Auge gefaßt haben; vor Allem zur Religiosität, oder Ehrfurcht vor dem Idealen erheben; ihn weiter sittlich, d. h. sich dem allgemeinen Interesse aufopfernd, bilden, und hiezu den naturgemäßen Weg, besonders vermöge der Anschaulichkeit des Unterrichts, einschlagen. Daneben aber auf strenge Zucht und Sitte sehen, da nur der durch diese gebildete Mensch es zum Großen bringen könne. Bedingung freilich von dem Allen sei und bleibe die Leitung und Beaufsichtigung der Schule durch Fach- und Sachverständige, an welcher Forderung daher auch der deutsche Lehrerstand unverbrüchlich festhalten müsse."

Berlin, den 30. Mai. Es wird wiederholt mit Bestimmtheit berichtet, daß die directen Unterhandlungen zwischen Berlin und Wien bezüglich der Zolleinigungsangelegenheit als vollständig abgebrochen zu betrachten seien.

Paris, den 1. Juni. Unter den Eidverweigerern befindet sich Duvergier de Hauranne.

Lyon feierte gestern sein Fest der Fahnenvertheilung.

New-York, den 19. Mai. Senat und Haus von Rhode-Island haben das Maine-Liquor-Gesetz angenommen.

Miscellen.

Für die Tafel der Kaiserin von Rußland sollen während ihres Aufenthaltes in Schlangenbad täglich geliefert werden: 150 Hahnen, 6 Schinken, 4 Roßbeef zu 40 Pfund, 60 Pfund Fisch, 1000 Eier 2c. Die feinen Saucen kommen von England und Frankreich. An der Hoftafel speisen täglich 18, an der Kammertafel 36 Personen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 1. Juni. Weizen 5 fl. 47 kr., Korn 4 fl. 40 kr., Gerst 3 fl. 55 kr., Spelz 4 fl. — kr., Hafer 3 fl. 53 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 25. Mai. Weizen 6 fl. 6 kr., Korn 5 fl. 2 kr., Spelz 4 fl. 26 kr., Gerst 4 fl. 3 kr., Hafer 4 fl. 7 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 1. Juni. Weizen 5 fl. 48 kr., Korn 4 fl. 51 kr., Spelz 4 fl. 8 kr., Gerst 4 fl. 1 kr., Hafer 3 fl. 44 kr., Kartoffeln 1 fl. 40 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 28. Mai. Weizen 10 fl. 47 kr., Korn 7 fl. 54 kr., Gerste 5 fl. 49 kr., Hafer 4 fl. 9 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1049] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 21. bis 31. Mai: H. Bitter a. Mannheim. — H. Götz a. Wiesbaden. — H. Dr. Krätzer aus Musbach. — H. Worms aus Carlsruhe. — H. Forstmeister Erb a. Winnweiler. — H. Dettweiler mit Bedienung a. Oberflörsheim. — H. Knöckel a. Neustadt. — H. Feldwebel Lerber aus Germersheim. — H. L. u. H. F. König a. Blieskastel. — H. Münzer a. Erlangen. — H. Walter a. Knöringen. — Frl. Orth a. Gleisweiler. — 33. Fr. Gebhardt mit Frl. Schwester a. Haßloch. — 34. H. Mayer a. Neuborn. — 35. H. Lieutenant Baron v. Riedheim a. Speyer. — 36. H. Lieutenant v. Hundsdorfer a. Germersheim. — 37. H. Martha a. Straßburg. — 38. H. Professor Häberle a. München. 39. H. Sundheimer a. Neustadt. — 40. Fr. Sitzler mit Bedienung a. Kitzingen. — 41. H. Nacke a. Eischweiler. — 42. u. 43. H. u. Fr. Seyb a. St. Ingbert. — 44. H. Dreyfuß a. Lauterburg. — 45. H. Oberkirchenrath Muth mit Familie a. Carlsruhe. — 46. u. 47. H. Fiack mit Frl. Schwester a. St. Ingbert. — 48. H. Hay a. Kuzzenhausen. — 49. Frl. Schneider a. Landau.

Neue

Speyerer Zeitung.

Sonntag Nro. 136 den 6. Juni 1852.

Deutschland.

• **Zur Zollfrage.** Nach einer uns zu gekommenen Notiz ist man bei der Zollconferenz zu Berlin von einer Verständigung fast weiter als je entfernt. Die Hannöversche Regierung sucht sich allerdings, was auch die stockpreußischen Blätter dagegen sagen mögen, aus politischen Gründen an Oesterreich so viel als möglich anzulehnen, und strebt deßhalb, so weit es sich in der Stellung, welche ihr der Septembervertrag nun einmal anweist, nur irgend thun läßt, die österreichische Politik gerade in dieser Handelsfrage zu fördern. Die Staaten der Darmstadter Convention zeigen sich deßhalb um so weniger zum Nachgeben bereit. Sie rechnen dabei überdies darauf, daß die Preußische Regierung in dieser Frage schließlich gerade ebenso nachgeben werde, wie in jener der Union, wenn man ihr beharrlich Ernst zeige; der Vorgang von Olmütz im November 1850 soll auf dem handelspolitischen Gebiete wiederholt werden. Die Preußische Regierung ist dagegen durchaus nicht geneigt, ihre letzte vortheilhafte Position unter irgend einer Bedingung aufzugeben. Sie wird beharren. Und welches werden die nächsten Folgen sein, wenn die Staaten der Darmstadter Uebereinkunft sich von Preußen völlig trennen? Dieses wird Hannover und den übrigen Saaten Norddeutschlands noch weiter gehende Zugeständniße im Sinne des Freihandels machen und machen müßen. Gerade damit wäre aber eine spätere Verständigung mit dem Süden Deutschlands auf lange hinaus ungemein erschwert, vorerst sogar zur Unmöglichkeit gemacht. Es ist somit durchaus ein heilloser Wahn, anzunehmen, wenn die Trennung nur einmal versucht worden, so werde sie nicht ein Vierteljahr dauern. — Oesterreich seinerseits soll sich noch zu gar keinen hier in Betracht kommenden Verpflichtungen herbeigelassen haben; es soll vielmehr den Mittelstaaten gegenüber fordern: helft Euch selbst, ihr seid stark genug gegen Preußen, entsteht ein Bruch, dann dürft ihr euch vertrauensvoll auf uns stützen. — Im glücklichsten Falle wird noch eine furchtbar lange Zeit der Ungewißheit fortdauern. Wie lähmend und verderblich eine solche Ungewißheit für das gesammte industrielle Leben, für Handel und Gewerbe, ja mittelbar selbst für viele wichtige Zweige des Acker- und Weinbaus ist *), wissen freilich die wenigsten Derjenigen, die nur ihre Schreibstube und Actentische kennen.

• ☨ **Ueber Auswanderung, besonders nach Texas.** Daß die immer mehr überhandnehmende Auswanderung geeignet ist, Jedermann auf ernste Betrachtungen hinzulenken, und daß auch die Nothwendigkeit der Auswanderung immer unbestreitbarer wird, kann wohl Niemand ableugnen. — Vielfältige Ursachen wirken dabei zusammen; die großen periodischen Unfälle, welche den Handel heimsuchen, die stets zunehmende Verarmung, das Herabdrücken der Verdienste, welches den Arbeiter und Handwerker in eine bange Zukunft blicken läßt, endlich die maßlos traurige Gestaltung unserer politisch-nationalen und merkantilen Verhältniße; sodann die Vortheile der neuen Lande, die Fruchtbarkeit des Bodens und die Leichtigkeit der Ansäßigmachung, welche sowol den Arbeiter als Geschäftsmann, namentlich aber den schon theilweise verarmten Landmann, eine bessere Zukunft auf sein künftiges Sein und Wirken hoffen lassen.

Die amerikanischen Freistaaten gewähren in vielen Beziehungen vor jedem andern Welttheile, dem weniger bemittelten fleißigen Auswanderer ein neues lohnendes Feld seiner Thätigkeit; namentlich ist in neuerer Zeit der in frühern Jahren durch schlecht berathene Auswanderungsvereinsvorstände so verschrieene Freistaat Texas, welcher seit mehreren Jahren zur Union gehört, im Stande, unsern fleißigen und mit noch einigen Mitteln versehenen Auswanderern eine sichere, sorgenfreie Existenz für sie und ihre Familien zu gewähren, was durch die massenhafte Einwanderung nach den östlichen Staaten den frisch Eingewanderten, welche noch keine Familienglieder dort haben, in diesen älteren Staaten oft sehr erschwert ist.

Einsender dieses will keineswegs die Vortheile in Abrede stellen, welche die älteren Staaten allerdings ebenfalls bieten; allein ungemein leichter kann sich der frisch Eingewanderte in Texas eine bessere und sicherere Existenz gründen, da durch das wahrhaft erstaunlich rasche und schnelle Heranblühen dieses jungen Staates derselbe alle diejenigen Vortheile gewährt, wodurch die Einwanderung in die früher besiedelten Staaten der Union vor mehreren Jahrzehnten und noch früher begünstigt ward.

Es haben sich in jüngster Zeit statt der Vereine, Gesellschaften gebildet, welche von Männern, die einen achtunggebietenden Namen haben, geleitet werden, zu dem Zwecke, die directe Schifffahrt nach Westtexas, welche vor einem Jahre zum erstenmal mit günstigstem Erfolge ins Leben getreten, bedeutend zu verstärken, wodurch der Ueberfahrtspreis sich fast ebenso billig stellen wird, als nach einem der östlichen Häfen Nordamerikas, und Einsender dieses wird in kurzer Zeit im Stande sein, geeignete, auf directe Ueberfahrt sich beziehende, Aufschlüße geben zu können. Daß früher keine directe Ueberfahrt nach Westtexas stattfand, und alle Auswanderer von Neuorleans über Galveston und Indianola, (welch letzterer Ort den geeignetsten Hafen für den nach Westtexas ziehenden Auswanderer besitzt,) spedirt wurden, was mit bedeutenden Kosten verknüpft war, mag wohl der Grund sein, daß so wenig Pfälzer diesen von der Natur mit allen Vorzügen begabten Staat zum Ziel ihrer Auswanderung genommen haben. Und doch sind schon über hunderttausend Deutsche dort angesiedelt; die meisten sind Rheinpreußen, Pommern, Ostpreußen und Thüringer, sehr viele den gebildeten Ständen angehörig. Im Ganzen befinden sich Alle wohl und haben noch nie bereut, nach Texas gegangen zu sein. Schreiben von Geschäftsleuten, Handwerkern, namentlich aber von Landwirthen, lassen die schönsten Erwartungen hegen. — Das Clima ist im Ganzen sehr gesund. Insbesondere hat sich dasselbe bei vielen Brustleidenden wahrhaft heilsam erwiesen; Schwindsüchtige genasen schon oft in Texas. In einem vorliegenden Briefe aus Neu-Braunfels zählt der Verfasser erst eine Reihe von mit dieser Krankheit Behafteten auf, welche alsbald vollkommen gesund wurden. Dann fährt er fort: „Ich kenne Leute, welche in Deutschland mit Gott weiß Alles geplagt waren, die laufen hier wieder herum wie die jungen Füllen. Doch einigen Nachtheil hat das Clima von Texas auf den Menschen. Die europäischen rothen Backen werden etwas blässer, und statt deren erhält man eine dunklere Farbe."

(Wir werden demnächst einige Briefe aus Texas im Auszuge mittheilen.)

*) Es ist ein unbestreitbarer Erfahrungssatz, daß wenn Noth unter den Weinbauern herrscht, die Rückwirkung auf die übrigen Landwirthe nie ausbleibt.

Betrachtungen. Die „Nat.-Ztg." enthält in einem größern Artikel u. a. folgende Bemerkungen: Einst lasen wir Pizarro's Schilderung von dem Reiche der Inca's, dessen Goldvorrath an Schmucksachen und Tempelgeschirr von den Plünderern in ein paar Jahren erschöpft war, und unsere Einbildungskraft brannte. Gestern sahen wir in Kalifornien tausendfach reichere Schatzkammern angebrochen und wir interessiren uns nur, so lange wir die Berichte für Fabel hielten. Heute eröffnet sich in Australien ein tausendfaches Kalifornien, und nun ist uns das ganze Goldkapitel schon langweilig. Sonst hat man uns ein Volk von Träumern gescholten; jetzt scheint uns sogar das gewöhnliche Maaß von Einbildungskraft in dem allgemeinen Ernüchterungsprozeß abhanden gekommen zu sein. Vor drei Jahren war noch die Rede davon diejenigen zur Untersuchung zu ziehen, die vom Wählen abriethen; jetzt behauptet der Herr Oberbürgermeister Ellwanger, das Wohl des Bürgers erfordere es, daß er die Politik meide, also — meinen wir — sich auch des Wählens enthalte.... In England versteht man sich auch darauf to make money (Geld zu erwerben), sogar besser als in dem Gebiet des Herrn Oberbürgermeister Ellwanger, und doch meint man dort, das Wohl des Bürgers erfordre, daß er denen, die seine Angelegenheiten besorgen und über seinen Geldbeutel verfügen, ganz gewaltig auf die Finger sähe. Indessen wir sind ein originelles Volk und können uns nicht so weit erniedrigen, die Erfahrungen anderer Völker zu benutzen. — Vor wenig Jahren war Kalifornien mit Ausnahme einiger unbedeutender Küstenplätze nur von halbverhungerten Wilden bevölkert. Man hätte damals manchen fragen können, wo Kalifornien läge, und vergebens auf eine Antwort warten. Der Nachricht von der Entdeckung des Goldes folgten bald Berichte über den verzweifelten Charakter der Bevölkerung, die dort von allen Enden der Welt zusammenströmen. Es gab keine Behörden, keine Gesetze, keine Rescripte, keine Ruhe und Ordnung, kurz nichts von alle dem, was man sonst für das Wesen des Staates hält; nur eine Sammlung von Abenteurern, mit Bowiemesser und Revolvern im Gürtel, ohne Familie, ohne Haus, ohne blinden Gehorsam. Es war die reine Anarchie und die konservative Presse Europas erzählte Schaudergeschichten und sprach: ich danke dir, Gott, daß wir nicht sind in Kalifornien. Und doch wird all das Gerede von Anarchie, das wir seit vier Jahren so zum Ueberdruß gehört haben, gerade durch Kalifornien schlagend widerlegt. Der Mensch ist heute noch wie zu Aristoteles Zeit ein „politisches Thier." Wo er seiner Natur folgen kann, da richtet er sich ein, trifft Anstalten zur Befriedigung gemeinsamer Bedürfnisse, stellt das Recht über die Gewalt, bildet einen Staat, verbannt die Anarchie, so sicher wie der Biber seinen Damm, die Biene ihre Zellen baut. Was war die Lynchjustiz, der Wohlfahrtsausschuß in St. Franzisko, über die sich jeder ehrsame Urwähler bekreuzigte, anders als eine gewaltsame Reaktion des Ordnungstriebes gegen die Anarchie? Weil diejenigen, die das Volk beauftragt hatte, Recht und Ordnung zu erhalten, noch zu schwach waren, nahm das Volk die Justiz wieder in eigene Hand. Die zwölf Männer, die zur Zeit der „wahren deutschen Freiheit" unter der Eiche Recht sprachen, waren ja auch von keinem Regierungspräsidenten auf die Liste gesetzt, und erst vor wenig Tagen drohte die konservative „Times" dem nichtsthuenden Parlamente, das britische Volk werde ein Lit de justice abhalten. Eine dauernde Anarchie ist nur da möglich, wo eine Partei die Macht hat, die Gesetze zu verachten.

Im vergangenen Jahre ist Californien schon als Staat in die Union aufgenommen, hat seine drei Oberrichter, die auf 6 Jahre vom Volke gewählt werden, hat seine Distriktsgerichte, und hat in seiner Verfassung einen Paragraphen, den wir uns über die Thür schreiben sollten: 500,000 Morgen Kongreßland, alle erblosen Verlassenschaften und ein noch zu bestimmender Prozentsatz von dem Verkaufspreise aller Staatsländereien sind für die Volksschulen bestimmt. Californien besaß am Schlusse des vorigen Jahres 1151 Schiffe, San Franzisco allein 45 Dampfer. Seit der Entdeckung der Minen bis zu Anfange dieses Jahres sind 250 Millionen Dollars in Gold ausgeführt; wieviel im Lande circulirt, weiß man nicht; und doch keine ungeheuerliche, krankhafte Erscheinung auf dem wirthschaftlichen Gebiete. Die Preise der Kaufmannsgüter stehen nicht viel über dem Produktionspreise und der Fracht; der Tagelohn hat sein richtiges Gleichgewicht gefunden; der Ackerbau nimmt sich auf, das Land ist gesucht und die Ufer der kleinen Flüße bedecken sich mit Fabriken.

Die Goldschätze Australiens sind noch reicher, soweit man sie schon kennt, und die Vermuthung wird jeden Tag stärker, daß sie sich über unermeßliche Flächen des noch unbekannten Innern erstrecken. An einem vielbesuchten Weideplatz lag ein großer Stein, auf dem mancher Wanderer gerastet, mancher Schäfer sich gelangweilt hatte; Einer, der schärfere Augen hatte, sah, daß der Stein ein Klumpen Gold war. Das Gold liegt buchstäblich im Rinnstein. Dazu hat Australien den ferneren Vorzug vor Kalifornien, daß es alte, längst geordnete Gemeinwesen, daß jede Provinz ihren Oberpräsidenten, ihr Verordnungsblatt und ihr besonderes Fach in der Registratur des Kolonialministeriums besitzt, daß die Revenüen des ganzen Landes von einer „höhern" Einsicht in London verwandt werden. Wie muß sich also erst Australien unter der Einwirkung des aurum potabile, des Lebenselixires, entwickeln! — So sollte man meinen und so würde es auch wahrscheinlich sein, wenn man die Kolonien sich selbst überlassen, nicht künstlich an ihrer Gesundheit herumgedoktort hätte. Hätte man die Dinge und die Menschen ihren Weg gehen lassen, so würden Tausende von Einwanderern das Land, was keinen natürlichen Marktpreis hatte, also umsonst zu haben war, in Besitz genommen, kultivirt, sich an die Scholle gefesselt und durch das Beispiel ihres Gedeihens Tausende und aber Tausende nachgezogen haben. Aber die reichen Spekulanten, die große Wirthschaften angelegt hatten, brauchten Arbeiter, die ungeheuren Schafheerden erforderten Hirten, die Gentlemen wünschten Bedienten, und „Eigenthümer" haben keine Lust, in Dienst zu gehen. Anstatt abzuwarten, was stets und unausbleiblich der Erfolg ist, daß die Nachfrage das Verlangte, d. h. Leute, die den Dienst der mühsameren Ansiedlung vorziehen, herbeirufen würde, oder Industrien, deren natürliche Bedingungen nicht vorhanden waren, aufzugeben, fing man an, durch die Gesetzgebung „nachzuhelfen." Man vertheuerte künstlich den Boden, erschwerte den Anbau. So waren viele Ankömmlinge gezwungen, ihrer Neigung zuwider in Dienst zu treten; sie gefielen sich nicht, kamen nicht fort, schrieben keine befriedigenden Berichte nach Hause; die Auswanderung wollte nicht in Zug kommen und die Dienstboten liefen, sobald sich in den Gruben ein anderer Erwerbszweig öffnete, haufenweis davon. Man hat jetzt weder kleine Eigenthümer, noch Dienstboten. Der Stoß, den eine natürlich erwachsene Gesellschaft ausgehalten hätte, wirft eine künstlich fabrizirte über den Haufen. Die Gouverneure putzen eigenhändig ihre Stiefel. Ein großer Heerdenbesitzer, der um Gotteswillen bittet, man möge seine Schaafe scheeren, erhält zur Antwort: Wenn Du uns als Tagelohn die Wolle lässest. Einem Anderen, der in die Grube geht, um Arbeiter zu finden, wird angeboten, er möge als Koch für 30 Schilling (10 Thlr.) täglich da bleiben. Die Wollfabrikanten von Yorkshire ersuchen die Regierung, doch einige Schiffsladungen ältlicher und schwächlicher Armen nach Port Phillip zu schicken, die zur Goldgräberarbeit zu schwach, aber noch als Schäfer brauchbar seien.

Ungestört, sich selbst überlassen, schaffen die natürlichen Neigungen der Menschen, die natürliche Entwicklung der Dinge in Kalifornien ein harmonisches, blühendes, beispiellos wachsendes Gemeinwesen. — In Australien werden mühsam geschaffene Staaten in einem Augenblick auf den Kopf gestellt, weil sie Schöpfungen der Geheimrathsweisheit von Downingstreet waren.

München, den 31. Mai. (Kuriosum.) Der A. Postz. schreibt man alles Ernstes: Der Korpsführer der Großbräuer, der Löwenbräu mit seinen 43 Wirthen, hat sich gebeugt vor dem unüberwindlichen Gleichmuth und der Ausdauer des Münchener Publicums. Auch er gibt jetzt sein Bier um sechs Kreuzer! Es ist die schönste Anerkennung der moralischen Kraft unseres kerngesunden Volks, dem man Genußsucht im höchsten Grade zum Vorwurfe macht; es ist zugleich ein neuer Beweis, daß das altbaierische Volk Unglaublichscheinendes leisten kann — wenn es dazu gedrängt wird.

— den 2. Juni. Der Herzog v. Leuchtenberg, welcher hier in jüngster Zeit von seinen körperlichen Leiden sich etwas erholt, tritt morgen die Rückreise nach Petersburg an, wird am Hofe in Stuttgart (bei seiner Schwägerin, der Kronprinzessin Olga) einige Tage verweilen, und mit seiner Schwiegermutter, der russischen Kaiserin, in Schlangenbad zusammentreffen. — König Ludwig und Königin Therese begeben sich am 17. ds. nach Aschaffenburg. (Volksb.)

Hr. Westermaier beklagt sich in seinem kath. Volksfreund, daß die Betheiligung am Jubiläum eine „sehr flaue" ist. Hr. Westermaier meint, daß das Ablaßwesen einer tüchtigen Correction bedarf.

Augsburg. (Früchte des Lotto.) Vor dem Stadtgericht zu Augsburg wurde folgender Fall verhandelt: Der Säcklergeselle Peter Strobel hatte für die im Februar l. Js. stattgefundene Regensburger Ziehung 3 Nummern, nämlich 19, 24 und 34 mit 6 kr. Einlage gesetzt, während die Nummern 21, 57, 19, 80, 61 gezogen wurden. Um nun, wie er selbst geständig, doch einen Gewinn zu erhalten, verwandelte er durch eine Radur die Nummer „24" seines Zettels in „21." Der Gewinnst für eine Ambe hätte 4 fl. 30 kr. betragen! Der Angeschuldete, welcher sich hiedurch einer Privaturkundenfälschung, wobei es nach dem Gesetze auf die Größe des angerichteten Schadens nicht ankommt, schuldig machte, wurde wegen Verbrechens des ausgezeichneten Betrugs zweiten Grades zu einer Arbeitshausstrafe in der Dauer von vier Jahren verurtheilt. (!!)

Von der hessischen Bergstraße, den 2. Juni. Das „Mainzer Journal" berichtet: „Durch Erlaß des hochwürdigsten bischöflichen Ordinariates von Mainz an die die Gränze des Großherzogthums Baden berührenden Decanate von Bensheim und Heppenheim ist den betreffenden Pfarrern bis auf Weiteres untersagt worden, diejenigen badischen Geistlichen, welche sich in dem traurigen Conflicte zwischen dem großh. badischen Ministerium und dem Herrn Erzbischof von Freiburg Letzterem ungehorsam erwiesen haben, zu irgend einer kirchlichen Verrichtung in ihren Kirchen und Gemeinden zuzulassen. Namentlich ist denselben die für die angränzenden Geistlichen der Nachbardiöcesen herkömmlich stillschweigend vorausgesetzte Ermächtigung zur aushülfsweisen Ausspendung des Bußsacramentes entzogen worden."

Berlin, den 2. Juni. Die Kreuzztg. sagt nun bezüglich der angeblichen Londoner Convention in der Neuenburger-Schweizer-Frage, es habe „eine Verständigung über die Weise der Erledigung" stattgefunden.

Der russische Kaiser hat jedem Soldaten seines Regiments 3 Ducaten, jedem Unterofficiere 6, und jedem Wachtmeister 10 Ducaten zum Geschenke gemacht.

Die politische Bedeutung der Anwesenheit des Kaisers Nicolaus in unsern Mauern begreift hier Jedermann. Sie ist eine Demonstration, freilich nur eine vorläufige, gegen Frankreich. Zuerst in Wien, dann in Berlin. — Nikolaus zeigt dem L. Napoleon, daß er in sämmtlichen Hauptstädten seiner Provinzen mit allen Ehren, die dem Alleinherrscher zukommen, aufgenommen wird. — Das „preußische Wochenblatt" vom 22. Mai hat einen äußerst scharfen Artikel über „die Herrschaft der kleinen aber mächtigen Partei und deren Früchte für das Land," worin es die gegenwärtige preußische Politik, die auswärtige sowol wie die innere, auf das Heftigste angreift. Am Schlusse desselben sagt es: „Schmach und Verlust, Rechtsverweigerung als allgemeiner Ekel an Allem was den Staat betrifft, ist die Frucht der maßlosen und unverständigen Reaction, deren Urheber und Führer Ihr seid. Der Sieg war bei der allgemeinen Erschlaffung weder schwierig noch ruhmvoll, die Folgen müssen nach dem natürlichen Laufe der Dinge furchtbar sein. Bei der innern Fäulniß und Ohnmacht wird die staatliche Ordnung im Innern und Aeußern nur durch die augenblickliche Windstille erhalten. Unter einem neuen Sturm muß sie jämmerlich zusammenbrechen, und mit den Führern auch die Genossen dieses verderblichen Weges in den Abgrund reißen." Was das Blatt, das kein Organ der Demokratie, auch nicht der Altliberalen, sondern der royalistisch-conservativen Bethmann Hollwegschen Partei ist, und das in diesem Artikel so entschieden „mit der Revolution droht," unter den „Genossen" versteht, ist ziemlich deutlich. Wenn das ein demokratisches Blatt wagen wollte! Aber man sieht, wie weit selbst diese gewiß „loyale" und „wohlmeinende" Partei gekommen ist. Man erinnert sich, wenn man solche Artikel liest, unwillkürlich an die Lage der englischen Tories in den Jahren 1686 und 1687, kurz vor dem Ausbruch der zweiten Revolution; einer Zeit, von der Macaulay u. A. sagt, daß sich damals eine tiefe und verdrossene Unzufriedenheit über jene Minderzahl der Nation verbreitet habe, mit deren Hilfe die Regierung bisher die Mehrzahl niedergehalten hatte. (Fr. K.)

Schwerin, den 29. Mai. Bekanntlich wurde im vorigen Herbste eine junge Putzmacherin in Teterow, der Majestätsbeleidigung angeklagt, gefänglich eingezogen und trotz vielfacher Reclamationen von Seiten ihres Vaters, eines Rostocker Bürgers, beim Criminalcollegium zu Bützow im Untersuchungsarrest detinirt. Dieselbe ist jetzt zu einer sechsmonatlichen Zuchthausstrafe verurtheilt.

Hamburg, den 30. Mai. Das Handelshaus Emanuel und Sohn (Inhaber: Karl Worms) hat mit 750,000 Mark fallirt.

Schweiz.

Vom Zürichsee, den 30. Mai. Es ist eine schöne Sache um eine gehörige Dosis von Kaltblütigkeit, — und die ist uns in der That in reichlichem Maße zu Theil geworden; denn ich kann Ihnen versichern, daß wohl kein ganzes Dutzend von Eidgenossen ob der ominösen „telegraphischen Depesche" von London, laut welcher die Großmächte die Ansprüche Preußens an Neuenburg anerkannt haben, sich in seiner Ruhe stören ließ. Wir sind wirklich seit vier Jahren mit Interventionsgerüchten bis zur Uebersättigung gefüttert worden; namentlich sind wir es gewohnt, daß in jedem Frühling mit den wiederkehrenden Schwalben auch eine Anzahl von „Enten" gegen uns losgelassen wird. . . . Uns will es scheinen, als ob der Moment, in welchem das Sein oder Nichtsein des Zollvereins einerseits discutirt wird, und in welchem andererseits die vollste Ungewißheit über gewisse andere „Ansprüche" von ungleich wichtigerem Belange von jenseit des Rheines her herrscht, nicht der geeignetste wäre, die rein dynastischen Ansprüche der Krone Preußen an Neuenburg, bei denen das Land selbst, als solches, nicht im Mindesten interessirt ist, zur Geltung zu bringen. (K. Z.)

Zürich. Wie die „Neue Züricher Ztg." aus zuverlässiger schweizerischer Quelle vernimmt, bestätigt sich die Existenz eines Londoner Protokolles über die Schweiz, jedoch enthalte es nur eine allgemeine Anerkennung von Preußens Rechten, ohne alle Hinweisung auf die Mittel, wie sie geltend zu machen seien. Darüber werde eben unterhandelt.

Belgien.

Brüssel, den 1. Juni. Die feierliche Einweihung der Arbeiten an der Eisenbahn zwischen Alost und Brüssel, welche gestern in Alost stattgefunden, hat durch das Zusammentreffen verschiedener Umstände einiges politi-

sches Interesse. Die Vertretung dieser Stadt, welche vor 1847 unveränderlich clericale Repräsentanten in die Kammer schickte, besteht jetzt aus drei Liberalen, und die Opposition bietet alle Mittel auf, um dieselben bei den neuen Wahlen auszustechen. Es zeichnete sich der Toast des Repräsentanten von Gent, Hrn. Rolin, aus, welcher unter den stürmischen Bravorufen des ganzen Auditoriums der „belgischen Constitution" ein Hoch ausbrachte und dabei den Wählern von Alost zurief: „An euch ist es, die ihr dem Uebermaß des Fortschrittes widerstanden habt, jetzt dem Uebermaß der Reaction zu widerstehen. Ihr habt eure Freiheit erobert, — wisset sie auch zu bewahren, indem ihr euren Principien treu bleibt!" (Von allen Seiten: Wir werden es thun!) „Laßt euch nicht das geringste Theilchen eurer Freiheiten rauben ꝛc." Der Enthusiasmus, womit diese Improvisation aufgenommen wurde, wird als von glücklicher Vorbedeutung für den Erfolg der liberalen Partei in dem Bezirke Alost und im ganzen südlichen Flandern betrachtet.

Brüssel, den 1. Juni. Der „Independance" zufolge wurde Pfingstsonntag von allen Kanzeln in Ostflandern ein Hirtenbrief des Bischofs von Gent verlesen, welcher die Wähler auffordert, im Interesse der Religion und ihres Seelenheiles gegen die ministeriellen Candidaten zu stimmen. (!!)

Frankreich.

Paris, den 1. Juni. Der „Moniteur" bringt eine Reihe Personalveränderungen in der Magistratur, so wie sechs Versetzungen von Unterpräfekten. — Mit Holland ist jetzt ebenfalls ein Vertrag gegen den Nachdruck abgeschlossen worden. — Der Bürgermeister von Lille hat abgedankt, weil der Geistlichkeit daselbst erlaubt wurde mit ihren Prozessionen die Kirchen zu verlassen. Seit der Restauration durften die Prozessionen in Gemeinden, wo sich Kirchen verschiedener Glaubensbekenntnisse befanden, nur innerhalb der Kirche Statt finden.

In der Unterredung, die Baron Heeckeren mit dem Kaiser Nikolaus hatte, ließ dieser angeblich Allem, was Louis Napoleon zu Gunsten der Ordnung und der Gesellschaft gethan, die vollste Anerkennung widerfahren, gab aber zugleich den Wunsch kund, den Präsidenten nun nicht weiter gehen zu sehen, wobei er seine legitimistischen Sympathieen keineswegs verhehlte, die er, wie er äußerte, wol amtlich schweigen lassen könne, denen er jedoch nicht entsage. Ohne die jetzigen Minister des Präsidenten anzugreifen, sprach der Czaar dennoch sein Bedauern aus, im Rathe des Präsidenten nicht wenigstens einige der Männer zu erblicken, die sich früher durch Talent und Erfahrung ausgezeichnet hätten. Die Einzelnheiten über diese Unterredung soll Heeckeren dem Präsidenten im Garten des Elysee mitgetheilt haben. Während er ihm zuhörte, schritt Louis Napoleon, sichtbar aufgeregt, rasch vorwärts, namentlich als die große Frage des Kaiserreiches an die Reihe kam. „Der Kaiser Nikolaus redet so," — soll er geantwortet haben — „aber er genehmigt stets die vollbrachten Thatsachen. Uebrigens" — setzte er lebhaft hinzu — „ist davon (vom Kaiserthume) ja gar nicht die Rede." (Köln. Ztg.)

Mit dem gestrigen Tage ist der Termin für die Beeidigung der Land- und Seeofficiere abgelaufen. Von begehrten Entlassungen ist bis jetzt nichts bekannt geworden; wohl aber erfährt man, daß Changarnier's rechte Hand, der zur Zeit in Ruhestand versetzte Divisionsgeneral Neumayer, sich der Regierung angeschlossen und das Amt als Generalinspector der Infanterie im 6. Armeebezirke angenommen hat.

Die Unterrichtsanstalt in Montrouge ist jetzt förmlich in die Hände der Gesellschaft Jesu übergegangen. Die Jesuiten haben sie mit Zugehör um 2¼ Mill. Fr. angekauft.

Vereinigte Staaten.

Philadelphia, den 18. Mai. Aus Californien sind binnen drei Tagen vier Schiffe mit ungefähr 900 Passagieren und sehr großen Quantitäten Goldstaubes eingelaufen. In Sacramento waren Nachrichten von neuen Feindseligkeiten der Indianer eingetroffen. In Scott's Valley hatten dieselben angeblich 140 Weiße umgebracht und ihr Vermögen, zum Werthe von 250,000 Dollars, weggenommen. Die chinesische Einwanderung nach San Francisco dauert in ungeheurem Maßstabe fort, indem der Bürgerkrieg im himmlischen Reiche die Einwohner von dort verscheucht. Es scheint, daß die zukünftigen Geschlechter in Californien dazu bestimmt seien, eine aus Europäern und Asiaten gemischte Volksrace zu bilden. (Chronicle.)

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, den 3. Juni. Am Sonntag und Montag den 27. und 28. Juni findet in Ravensburg das allgemeine schwäbische Turnfest statt.

Hannover. Die hiesige „Zeitung für Norddeutschland" ist der Ansicht, daß sich eine Entscheidung der Zollangelegenheit nicht mehr länger verschieben lasse; um aus dieser ungewissen Lage herauszukommen und nicht in bedenkliche Geschäftskrisen zu fallen, „muß entweder die Darmstädter Coalition nachgeben, oder es muß zum Aufgeben dieses unfruchtbaren Congresses kommen."

Auch ein Berliner Correspondent der „Kölnischen Ztg." beginnt mit den Worten: „Man ist jetzt auf der höchsten Spitze der Spaltung innerhalb der Zollconferenzen angelangt, wo deren Zustand nur noch kurze Zeit aufgehalten werden kann, und den man nicht besser bezeichnet, als daß er entweder „biegen" oder „brechen" muß."

Wien, den 2. Juni. Heute erschienen zwei wichtige Verordnungen. Die neue Ausgabe des Strafgesetzbuchs ist in der gesammten Monarchie vom 1. Sept. an eingeführt. Das Preßgesetz von 1849 ist aufgehoben. Für Zeitungen sind Concessionen und Cautionen nöthig, das Maximum der letztern beträgt 10,000 fl. Suspensionen und Verbote eventuell möglich. Ausländische Preßerzeugnisse können von der obersten Polizeibehörde verboten werden.

Der Kaiser ist am 31. Mai von Prag wieder hieher zurückgekommen.

Paris, den 2. Juni. Zwei Angestellte des Kriegsministeriums haben den Eid verweigert. — Der zu Berlin erscheinende „Kladderadatsch" ist in ganz Frankreich verboten worden. — Der General Guyon hat im Namen des Präsidenten der Republik 15 Decembergefangene des Loiredepartements theils ganz begnadigt, theils mit geringeren Strafen belegt.

☞ Eine Beilage zum gegenwärtigen Blatte wird morgen ausgegeben.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 3. Juni. Weizen 6 fl. — kr., Korn 4 fl. 59 kr., Spelz 4 fl. 6 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige — fl. — kr., Hafer 3 fl. 40 kr., Kartoffeln 1 fl. 24 kr., per Centner.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1050] Bei dem Unterzeichneten sind einige hundert Gulden Vormundschaftsgelder auf sichere Hypothek auszuleihen. Martin Strickinger in Neuhofen.

[1027] **Anzeige.**
Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.
In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Montag | (Zu Nro 136.) | den 7. Juni 1852.

Deutschland.

* **Auswanderung.** (Schreiben eines nach Texas ausgewanderten Deutschen.) Indianola, den 12. Februar 1852. Vor 13 Monaten lief das erste Schiff mit Einwanderern direct von Hamburg hier ein, und dieser ersten Expedition, deren Zustandekommen den Herren M. Valentin in Hamburg und G. Fröbel in Rudolstadt zu danken ist, sind im Laufe des Herbstes und Winters schon mehrere gefolgt und haben thatsächlich bewiesen, daß dem nach Westtexas bestimmten Einwanderer bei der Landung hier, im Vergleich mit der von Galveston und noch mehr mit der in Neuorleans, nicht allein hinsichtlich der Kosten, sondern auch bezüglich der Länge des Landwegs, bedeutende Vortheile erwachsen. Von hier aus hat der Eingewanderte, bis in die entferntesten deutschen Ansiedelungen an der obern Guadeloupe, dem Colorado und deren Armen, einen guten, von keinen tiefen Flüssen durchschnittenen, nur zur Regenzeit durchweichten Weg, und hier findet er stets Wagen, Pferde, Ochsen und Maulesel zu miethen oder zu kaufen, um seine Reise damit zurückzulegen, oder er kann sich zweier Eilwagenlinien bedienen, auf denen der Fahrpreis bis Victoria 3 Doll., bis Gonzales 6 Doll. 50 Cent., bis Segnin 10 Doll., bis San Antonio 12 Doll. 50 C. beträgt. Reisende, welche in New-Orleans landen, finden von dort nach Galveston Sonntags und Mittwochs, von Galveston hieher Sonntags und Freitags Dampfschiffgelegenheit. Unsere Stadt ist in verflossenem Jahre sehr gewachsen; es sind 80 neue Häuser erbaut worden, und dies Jahr wird nicht weniger entstehen sehen. Die Einwohnerzahl beträgt gegenwärtig reichlich 800. Es befinden sich hier 15 Läden, 4 Bäckereien, 2 Conditoreien, 4 Hotels, 5 Kaffeehäuser, 1 Kirche, 2 Schulen, 1 Druckerei, 2 Apotheken, 4 Aerzte, 4 Schiffswerften, 4 Schmiede, 20 Zimmerwerkstätten, 1 Wagenbauerei und 5 Commissionshäuser. Der Bau der San Antonio-Eisenbahn wird von dem größten Einflusse auf unsere Stadt sein. Die Arbeiten zur Schiffbarmachung des Collorado, d. h. zur Entfernung der Rafts (Baumstamm-Anschwemmungen) aus seinem Bette, nehmen ihren Fortgang; 27 Meilen von seiner Mündung aufwärts sind bereits frei von Rafts, so daß noch 7 Meilen zu reinigen übrig bleiben, da oben im Fluße nur schwimmende, daher leicht zu beseitigende Rafts vorhanden sind. Ist diese letzte Arbeit geschehen, so kann der Fluß das ganze oder fast das ganze Jahr bis Columbus oder La Grange befahren werden, und, sind dann noch einige kleine Verbesserungen mehr gemacht, einen großen Theil des Jahres über auch bis Bastrop und Austin. Ueberall gewahrt man das Wachsen unseres gesegneten Staates, und überall halten die Verbesserungen in Straßen, Brucken u. s. w. mit demselben gleichen Schritt.

Leipzig, im Mai. Tagtäglich sehen wir Schaaren von deutschen Männern, Frauen und Kindern den Seehäfen zueilen, um sich jenseits des Meeres eine neue Heimath zu gründen; ihr Aussehen zeigt, daß es ein kräftiger, arbeitsamer Theil der Bevölkerung ist, der uns verläßt, und die Steigerung des Goldes auf allen deutschen Wechselplätzen, zu einer Zeit wo ein starkes Fallen dieses Metalls erwartet werden mußte, beweist, daß gewaltige Summen edlen Metalls uns mit diesen Auswanderern verloren gehen. Um den Verlust dieser Ausfuhr anschaulich zu machen, muß man Zahlen zusammenstellen. Für das Jahr 1852 schätzt man die Kopfzahl der meistens der gewerbtreibenden und bäuerlichen Classe angehörenden deutschen Auswanderer auf 200,000, und rechnet man die Erziehungskosten eines einzelnen Individuums bis zum 18. Lebensjahr, wo dasselbe erwerbsfähig wird, nur mit 300 Thlrn. und die Ueberfahrtskosten sowie das nöthige baare Geld das sie mitnehmen, nur mit 100 Thlrn. per Kopf, so wird sich folgende Summe herausstellen: 200,000 Individuen à 300 Thlr. Erziehungskosten 60 Mill. Thlr., 200,000 Individuen à 100 Thlr. baar Geld 20 Mill. Thlr. als mindest angeschlagener sofortiger Verlust für Deutschland in einem Jahr durch Auswanderung. Berücksichtigt man ferner, daß jeder 18jährige oder ältere Auswanderer zeither im Durchschnitt 100 Thlr. jährlich mit seiner Arbeit verdiente, die in Zukunft dem Nationalvermögen entgehen, und erwägt man, wie einzelne Gegenden in Deutschland durch starke Auswanderung ein ansehnliches Sinken des Länderei- und Immobilienwerthes erfuhren, so kann man, ohne zu übertreiben, den diesjährigen Gesammtverlust des deutschen Nationalvermögens auf 100 Mill. Thlr. annehmen. Wäre Hoffnung vorhanden, daß die Auswanderung ein Ende hätte, so würden die unserm Vaterland hierdurch seit einer Reihe von Jahren geschlagenen Wunden bald heilen, aber leider ist hierzu keine Aussicht, vielmehr ist anzunehmen, daß dieselbe immer mehr zunimmt. Nach solchen Betrachtungen liegt die Frage nahe: was mag wohl die Ursache solcher bedeutenden Auswanderung sein in einem Lande wie Deutschland, wo alle Elemente vorhanden sind, ein Volk groß und glücklich zu machen; Deutschland hat einen Ueberfluß an Intelligenz, denn erst mit dem dreißigsten Jahr wird ein wissenschaftlich gebildeter Mann erwerbsfähig; eine Ueberfülle von Arbeitskraft, dies beweisen die billigen Fabriklöhne; und ein gewaltiges Nationalvermögen, denn sonst würde Deutschland nicht 400 Mill. Thlr. in zwölf Jahren aus eigenen Mitteln und ohne wesentliche Erhöhung des Zinsfußes für Eisenbahnen haben ausgeben können. Wenn trotz dieser Ueberfülle die Armuth in diesem Lande krebsartig um sich frißt, so liegt zu Tag, daß die vorhandenen zum Nationalwohlsein nöthigen Elemente: Wissenschaft, Arbeitskraft und Kapital, zum großen Theil unbenutzt liegen, daß das Gleichgewicht zwischen den Lebensbedürfnissen und den zu ihrer Befriedigung erforderlichen Erwerbsmitteln bei einer Masse von Individuen gestört ist, und daß infolge dessen den Wanderstab ergreift wer kann, um seinem vollständigen Ruin zu entgehen. (D. A. Z.)

Kassel, den 30. Mai. Unter diesem Datum schreibt die bekanntlich nicht democratische „Köln. Ztg.“: Seit 6 Wochen befindet sich Kurhessen nunmehr im Genuße der neuen Verfassung vom 13. April 1852. Fast ohne alles Interesse wurde sie nächtlicher Weile in der größten Stille und ohne jeden öffentlichen und feierlichen Act publicirt, und so besteht sie auch noch jetzt; man spricht nicht von ihr, man denkt nicht an sie, unter Hunderten hat sie kaum Einer gelesen; sie wird — das kann mit Kuhnheit behauptet werden — nie Wurzel im Volke schlagen; sie war von Anfang an Maculatur und wird Maculatur bleiben. Die fast gänzliche politische Theilnahmlosigkeit der Gegenwart nach den schweren Kämpfen der letzten Jahre wird ihr Bestehen für eine Zeit lang möglich machen; doch die Zeit wird bald kommen, wo der Kampf des Rechtes aufs Neue begonnen werden wird; denn „Recht muß Recht bleiben.“

Schweiz.

Luzern, den 30. Mai. Die Pariser Presse befindet sich bezüglich der für den apostolischen Stuhl in diesem Augenblick eröffneten Werbungen im Irrthum. Es handelt sich keineswegs darum, eine aus Franzosen bestehende und somit unter französischem Einfluß stehende päpstliche Armee zu bilden, der Capitulationsvertrag ist mit einem Schweizer (Hrn. General Wilhelm von Kalbermatten, Bruder des frühern römischen Kriegsministers) abgeschlossen; alle bis jetzt ernannten Officiere sind mit wenigen Ausnahmen Schweizer, und auch für den Soldatendienst soll den Angehörigen der katholischen Kantone der Vorzug gegeben werden. Da jedoch wegen der obschwebenden politischen Verhältnisse dermalen in der Schweiz keine Werbungen eröffnet werden dürfen, so hat General v. Kalbermatten bei der franz. und der österr. Regierung nachgesucht in diesen beiden Staaten Werbbureaux bilden zu dürfen, was ihm auch, wie wir vernehmen, beiderseitig zugesagt wurde. Es sollen zwei Eliten-Regimenter, jedes zu 3000 Mann, gebildet werden; bereits liegen 600 M. in Macerata, welche aus den frühern Schweizer Regimentern in das neu zu organisirende erste Eliten-Regiment eingetreten sind.

Frankreich.

Paris, den 1. Juni. Ein Journal hebt hervor, daß von den 260 Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers heute nur 181 der Sitzung beiwohnten; die Uebrigen fehlten theils mit, theils ohne Urlaub. Wenn dies so fortgehe — meint das Journal —, so werde in der Kammer bald die zur Votirung des Budgets nöthige Mitgliederzahl nicht mehr zusammen zu bringen sein. Sie solle aber das Budget, dessen Berathung nicht vor dem 18. oder 20. beginnen kann, noch votiren und zwar innerhalb weniger Sitzungen, da ihr schon angekündigt sei, daß man, wenn sie am 29. damit nicht fertig sei, das Budget sofort dem Senate zur Gutheißung vorlegen werde.

Lamartine beabsichtigt wieder eine Reise nach seinen Gütern bei Smyrna.

Der Bildhauer David von Angers hat den Auftrag erhalten, ein Standbild des Generals Carnot auszuführen. Die constituirende Versammlung hatte auf Vorschlag des Generals Cavaignac beschlossen, jenem General auf Subscription ein Nationaldenkmal zu errichten.

Straßburg, den 1. Juni. Eine Localfrage wichtiger Art beschäftigt gegenwärtig unsere Stadt. Es handelt sich nämlich um nichts Geringeres, als eine der bedeutendsten Facultäten unserer Universität, die der Rechte nämlich, nach Nancy zu verlegen. Straßburg verlöre somit den Vorzug, den es bis jetzt in Frankreich mit der Hauptstadt allein theilte, da sich bekanntlich im ganzen Lande nur zwei vollständige Universitäten befinden, in Paris und Straßburg nämlich. — Vorgestern kam das erste Schrauben-Dampfboot auf dem Rhein-Rhone-Canal von Lyon hier an. — Am 15. Juni wird die Paris-Straßburger Eisenbahn bis Nancy dem Verkehre übergeben. Wir sind alsdann nur noch 16 Stunden von der Hauptstadt entfernt. Mitte August findet die Eröffnung der ganzen Bahnlinie Stadt. Die nach dem Systeme Crampton erbauten Locomotiven werden den Weg von Paris bis Straßburg in 9 bis 10 Stunden zurücklegen.

Neueste Nachrichten.

Augsburg, den 2. Juni. Die von k. Regierung verfügte Schließung des „Protestanten-Vereines zur Wahrung protestantischer Interessen in Augsburg“ ist vom k. Staatsministerium bestätigt worden; es wird deshalb bei der nächsten Kammersitzung wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte Beschwerde erhoben, mittlerweile aber ein Gustav-Adolf-Verein dahier gegründet werden. (Fr.K.)

Die kürzlich in Ansbach erschienene Flugschrift: „Mein Austritt aus der römischen Kirche und aus dem Stifte St. Stephan in Augsburg. Kurz dargestellt von Eugen v. Böck“ 2c. ist gestern Vormittag vom hiesigen k. Stadtcommissariate, mit Bezugnahme auf §. 20 des Preßgesetzes, in den treffenden hiesigen Buchhandlungen mit Beschlag belegt worden.

Koblenz. Der König wird am 19. oder 20. hier eintreffen, und Burg Stolzenfels und Trier besuchen.

Freiburg. Die noch im Dienst zurückbehaltenen drei Infanteriecompagnien sind jetzt ebenfalls entlassen worden und zwar ohne abgelöst zu werden. Von Einberufung des Gr. Raths ist immer noch die Rede, doch ist darüber kein entscheidender Entschluß gefaßt.

Tessin. Nach einer Correspondenz des „Bundes“ ist der muthmaßliche Mörder Soldinis ein gewisser Bernasconi, der bereits wegen eines Mordes verdächtig, durch die Bemühungen eben des ermeuchelten Soldini aus langer Untersuchungshaft befreit wurde. Er ist in Trivano (Lombardei) nebst seinem muthmaßlichen Begleiter, einem Comer, arretirt worden. Mehrere Notabilitäten von Chiasso haben sich wirklich geflüchtet, gegen welche genügende Anzeichen des Anstiftens vorliegen sollen.

Zu **Madrid** ist nach einem Schreiben vom 27. Mai in der „Independance Belge“ der Expolizeidirector auf Befehl der Behörde eingekerkert worden, weil eine schwere Anklage gegen ihn vor Gericht schwebt. Er soll nämlich einem Diebstahle von 35,000 Realen, der vor zwei Monaten in einem Hause zu Madrid verübt ward und wobei ein Mord vorfiel, nach Aussage mehrerer Zeugen nicht fremd sein. Schon früher galt er vielfach im Publicum für den Chef der Räuber (!)

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1051]

Niederländische Dampf- Schifffahrt.

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an

von Ludwigshafen am Rhein täglich:

4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.

Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	}	hin und zurück nicht ganz
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	}	die Hälfte mehr.
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	}	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.

Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,

„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.

Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.

Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 137 | den 8. Juni 1852.

Deutschland.

* **Betrachtungen.** Nur mit Scham und von Entrüstung erfüllt kann der Deutsche, der einen Funken von Vaterlandsliebe aus dem großen Schiffbruche von 1849 gerettet, die meisten Berichte aus Wien und Berlin lesen, welche aus Veranlassung der Anwesenheit des Kaisers Nicolaus in österreichischen und preußischen Zeitungen veröffentlicht worden sind. Ein eigenthümlicher Wettstreit, in welcher der beiden deutschen Städte der Selbstherrscher aller Reußen sich mit den dortigen Wahrnehmungen befriedigter gezeigt hat! Hat er in der österreichischen Hauptstadt die Armee gelobt, — flugs wird aus der preußischen rivalisirend berichtet, wie er hier sogar einem Soldaten beim Aufschnallen des Tornisters behülflich gewesen. So geht es durch alle Zweige. Daß der Czaar den Landesfürsten seiner vollen Freundschaft („auf Leben und Tod") versichert; daß er über die Verwaltung sich so oder so ausgesprochen, sogar daß er über die schwebende — **Deutschland allein angehende** — Zollfrage sich in dieser oder jener Art geäußert — es wird mit eben der glücklichen, triumphirenden Miene aus Berlin wie aus Wien gemeldet! — Man renommirt beiderseits in eigenthümlicher Weise.

Betrachten denn jene Blätter ihr engeres Vaterland — Oesterreich und Preußen — heute schon förmlich als russische Provinzen?!

Wahrlich, Deutschland befindet sich in einer ähnlichen Lage wie im J. 1812, nur mit dem Unterschiede, daß der politische Schwerpunct damals im Westen lag, während er sich heute im Osten befindet.

Damals — in der höchsten Glanzperiode Napoleons — schätzte sich die Preußische Regierung glücklich, dem gewaltigen Beherrscher „des Welttheils" ein Contingent von 20,000 Söhnen des Landes als Tribut liefern zu können; und Oesterreich schätzte sich glücklich, nicht mehr als 30,000 liefern zu müßen. Von dem „Rheinbunde" reden wir gar nicht weiter. —

Und wie lange noch dauerte die Herrlichkeit, wie lange noch der Glanz? — Ehe ein Jahr verging, war Alles vorüber!

— Nach dem „Staatsstreiche" vom 2. December jubelten die Reactionäre aller Schattirungen: jetzt ist „die Gesellschaft gerettet." Warum jubelt man heute nicht in gleicher Weise? Napoleon hält zu Paris, Kaiser Nicolaus zu Wien und Berlin Heerschau. Es ist eine eigenthümliche Art „guten Einverständnißes," das da und dort zur Schau gestellt wird. Inmitte von Freundschaftsversicherungen der Zeitungen, mustert man beiderseits seine Streitkräfte. — Man vernimmt überall Betheuerungen friedlicher Absichten, überall aber trifft man solche Voranstalten und gibt auch solche Erklärungen, daß die Kriegswürfel jeden Augenblick geworfen werden können. — Ludwig Napoleon hat seine Reclamationen bei der Schweiz, bei Belgien, bei Spanien und bei Neapel keineswegs förmlich aufgegeben; er hat überdies einen Conflict mit der Pforte, und wünscht bekanntlich „Revision" der Verträge von 1815. Rußland läßt ihn ausgesprochener Maßen nur bis zu einem gewissen Punkte gewähren. Es erklärt nicht, daß über der von ihm bezeichneten Grenzlinie der Krieg beginnt, aber es erklärt noch weniger das Gegentheil. Beiderseits hält man sich freie Hand zu Allem, und wartet den günstigen Moment ab.

Die s. g. „nordischen Mächte" betrachten die französische Revolution als „gebannt" oder auch als „concentrirt" in die Person Ludwig Napoleons. Viele gehen von der Ansicht aus: „in und mit ihm ist die Revolution zu vernichten." —

Speyer. Die „Schweizerische National-Zeitung" bringt „eine Reminiscenz aus dem Jahre 1847." Bei der Eröffnung der Tagsatzung im Jahre 1847 hielt Hr. Bundesrath Ochsenbein eine Rede vom Präsidentenstuhle, von der folgende Worte wieder in Erinnerung gebracht zu werden verdienen, um zu zeigen, wie sich Dinge und Menschen ändern können: „Gleichwie die Natur in ihren geheimnißvollen Werkstätten ohne Rast fortarbeitet, in ihrer unendlichen Mannigfaltigkeit sich stets verjüngt und ewig dieselbe — doch immer neu sich entwickelt: ebenso ist der Menschengeist in der mannigfaltigsten Anschauungsweise der Jahrhunderte und in ruheloser Thätigkeit von Geschlecht zu Geschlecht in stufenweiser Fortentwicklung begriffen. Nicht nur hat er sich durch das Licht des Geistes und der Kühnheit des Willens zum Herren der Elemente emporgeschwungen, sondern er hat — vermittelst des Prometheusfunkens — selbst Zeit und Raum zu beherrschen begonnen, hat der Natur manches ihrer tiefsten Geheimnisse abgelauscht, und diese sind in seiner Hand zum Zauberstab geworden, durch welchen er Werke ausführte und ausführen wird, gegen die die Wunder des Alterthums nicht viel mehr als Kinderspiel sind. — Unverkennbar liegt diesem unersättlichen Forschen, diesen immer neu sich gestaltenden großartigen Schöpfungen ein unversiegbarer geistiger Quell zum Grunde, der in seiner ewigen Jugendfrische, in seinem unhemmbaren Lauf auch die Anschauungsweisen verändert, neue Begriffe schafft und so den Beweis leistet, daß heute Irrthum sein kann, was gestern noch als unantastbare Wahrheit galt, — der frische Lebensquell einer stets neuen geistigen Welt, die gleichsam durch die Arterien der Druckerpresse und der Schienbahn das geistige Princip bis in alle Verzweigungen, bis in die fernsten Extremitäten der menschlichen Gesellschaft mit der Schnelligkeit des electrischen Schlages vorzudringen zwingt. — Und inmitten dieser neuen geistigen Welt stehen die alten sichtbaren Pfeiler der Vorzeit, die mumienhaften sozialen Einrichtungen, angehörend einer längst verschwundenen Anschauungsweise, andern Begriffen, andern Verhältnissen und Bedürfnissen, auf keine andere Grundlage gestützt, als auf die Macht der Gewohnheit, des Ehrgeizes oder des Eigennutzes, — Strukturen, welche bei der leisesten Erschütterung wie verwittertes Gemäuer auseinanderzufallen drohen. Einzig der Verstocktheit gegenüber dem geistigen Wehen der Zeit, einzig der geistigen Verwahrlosung der Institutionen, einzig den einem ausgebrannten Krater gleichenden politischen Verfassungen muß also das die Staaten Europas durchzuckende Feuer zugeschrieben werden. Das Gewitter leuchtet, aber der europäische Staatenkoloß achtet seiner nicht, denn er schläft, — aber einen sehr gefährlichen Schlaf."

München, den 3. Juni. Der Herzog von Leuchtenberg hat diesen Morgen die Rückreise nach St. Petersburg angetreten. Dem Vernehmen nach wird im Laufe der nächsten Tage eine wesentliche Verminderung des Präsentstandes der sämmtlichen Infanterieabtheilungen in der baierischen Armee anbefohlen werden. (A. Z.)

Der „Volksbote" scheint eine Kammerauflösung für bevorstehend zu halten; wenigstens höhnt er fortwährend die Resultate des Landtags und zieht daraus die Moral,

daß die dirigirenden Abgeordneten des Centrums, Hegnenberg, Lerchenfeld und Thinnes, nicht mehr gewählt werden sollten. (F. J.)

Frankfurt, den 5. Juni. Der Fürst Metternich hat sein Schloß Johannisberg der Kaiserin von Rußland zur Verfügung gestellt.

Gotha, den 3. Juni. Heute hielt die allgemeine deutsche Lehrerversammlung ihre Schlußsitzung. Die Mitgliederliste zeigte gestern 300 Personen.

Eisenach, den 3. Juni. Nach einer kurzen Vorberathung am gestrigen Abend wurden heute die Conferenzen der von beinahe allen deutschen Regierungen abgeordneten Repräsentanten evangelisch-protestantischer Landeskirchen eröffnet. Die Deputirten begaben sich Morgens acht Uhr auf die Wartburg, um dort in der Schloßkapelle in der Nähe der Lutherstube durch einen kurzen Gottesdienst sich zu ihrem ernsten Geschäfte vorzubereiten. Dieser Gedanke war schön, wenn auch die vom Präsidium bestimmte Wahl des Redners (Vilmar aus Cassel) den Gesinnungen der meisten Abgeordneten keineswegs entsprach. Manche Deputirten meinten sogar, wenn der alte, große, deutsche Dr. Martin Luther da droben noch lebte, er würde zum zweiten Male nach dem Dintenfaß greifen. Heute wurden nur die Vollmachten geprüft, der Vorsitzende und die Secretäre gewählt und über äußere Einrichtung der Verhandlungen berathen. Auch von der österreichischen Regierung ist ein Deputirter für die lutherische und reformirte Kirche des Kaiserstaats gestern eingetroffen. (Fr. J.)

Berlin, den 3. Juni. Die „Neue Preuß. Ztg." berichtet: „Die Mitglieder der Fachcommission zur Erörterung von normativen Bundesbestimmungen für die deutsche Presse haben nunmehr Frankfurt verlassen. Zu einem Abschluß sind die Arbeiten nicht gediehen. Eben so wenig ist eine Einigung zwischen den Commissionen selbst erreicht worden. Der preußische Fachmann hat sich genöthigt gesehen, in ausführlicher Motivirung ein Separatvotum abzugeben, indem von anderer Seite ein Entwurf aufgestellt wurde, dessen Bestimmungen gleich gefahrdrohend für die Freiheit der Meinungsäußerung, wie für die offene Vertretung der besonderen vaterländischen Interessen erschien. Es kann nicht Preußens Absicht sein, die deutsche Presse nach einem von Wien aus dictirten, den österreichischen Bestrebungen erwachsenen Schema regieren zu lassen."

Die Frage wegen Rückerstattung der freiwilligen Beiträge zur deutschen Flotte, welche sich nach einer amtlichen Zusammenstellung auf 193,000 fl. belaufen, soll in der Bundesversammlung zur Sprache gekommen sein. Es ist wahrscheinlich, daß die ganze Summe der freiwilligen Beiträge in die Bundescasse „zur Förderung gemeinnütziger Zwecke" fließen wird.

Der sächsische Plan, eine freie Conferenz nach Dresden einzuberufen, ist nicht wieder aufgetaucht; dagegen ist es factisch, daß das österreichische Cabinet den diplomatischen Verkehr mit Preußen über die Zollfrage (vorerst wenigstens) geschlossen hat. Die Note des Grafen Buol-Schauenstein vom 23. Mai erklärt dieß ausdrücklich als natürliche Consequenz davon, daß Preußen die wohlgemeinten Vorschläge Oesterreichs abgelehnt habe, was officiell zum leztenmal in der preußischen Note vom 10. Mai an das k. k. Kabinet geschehen war. Die Gegner der preußischen Vorlagen schließen sich immer enger zusammen. „Ihre Zuversicht steigt, sagt die N. Pr. Ztg." (Allgm. Ztg.)

Hamburg, den 2. Juni. Auf die Mitglieder der Deutschkatholiken wird ordentlich Jagd gemacht, und selbst Damen, wenn solche als Beförderer des Deutschkatholicismus oder der unschuldigen Fröbel'schen Kindergärten bekannt sind, bleiben von den policeilichen Vexationen nicht verschont. Ein Fräulein v. Meisenbug, deren Bruder badischer Gesandter in Berlin ist, welche seit längerer Zeit hier gelebt, zur hiesigen deutschkatholischen Gemeinde gehörte, und für die Kindergärtnerei eine besondere Vorliebe hat, wurde kürzlich aus Berlin, wohin sie gereist war, ausgewiesen, nachdem zuvor bei ihr gehaussucht und ihr viele Papiere weggenommen worden waren. Ihre Berufung auf ihren Bruder konnte nicht einmal bewirken, daß man sie anständig behandelte. — Außerdem fanden verschiedene Ausweisungen statt.

Mit welchem Rechte darf der Commandeur des dänischen Wachtschiffes „Elbe," welches bei Altona liegt, eine Hamburgische Jolle anhalten und die darin befindlichen Hamburger arretiren lassen, weil sie „Schleswig-Holstein meerumschlungen" gesungen? Es ist dies ein Factum, welches sich am ersten Pfingstfest zugetragen hat. Der deutsche Elbstrom ist jezt in dänischer Gewalt. (Fr. J.)

Frankreich.

Paris, den 2. Juni. Der bekannte Gelehrte Pouillet, Mitglied des Instituts und Professor der Physik an der wissenschaftlichen Facultät zu Paris, hat seine Pensionirung beantragt. — Die Regierung beabsichtigte, von sämmtlichen Geistlichen, die vom Staate Gehalt beziehen, nämlich von der Prälatur, den Generalvicaren und den Pfarrern, die Eidesleistung zu fordern; mehrere von ihr zu Rath gezogene Bischöfe hoben jedoch die ernsten Hindernisse, auf welche die Ausführung dieses Vorhabens beim Clerus stoßen dürfte, so einleuchtend hervor, daß das Vorhaben aufgegeben wurde. — Die „Gazette du midi" will wissen, daß die berüchtigte Mad. Laffrage definitiv begnadigt und der Befehl zu ihrer Freilassung vom Präfecten ertheilt worden sei. — Der Präfect der Niederalpen hat ein Kaffeehaus, wo Jemand Reden hielt, welche die öffentliche Sicherheit bedrohten, sofort schließen und den Redner verhaften lassen.

— den 3. Juni. Der „Moniteur" publicirt heute den schon am 4. Febr. 1848 abgeschlossenen Vertrag zwischen Frankreich und Baiern zur Erbauung einer Eisenbahn von Straßburg nach der Pfalz mit einigen seitdem nöthig gewordenen Abänderungen, u. A. die Richtung der Eisenbahn betr., die von Weißenburg über Landau nach Neustadt gehen und sich dort an die Bahn von Berbach nach Ludwigshafen und Mainz anschließen soll. — Der Professor der Philosophie an der Sorbonne, Simon, und sieben hiesige Gymnasialprofessoren haben dem Eide ihre Entlassung vorgezogen. Aus den Departements meldet man noch immer Eidesverweigerungen einzelner Generalrathsmitglieder, u. A. auch des Exrepräsentanten Canet von der constitutionell-republikanischen Partei. Am meisten Aufsehen macht der von einem namhaften Legitimisten angekündigte Widerruf seines schon vor einem Monat geleisteten Eides in Folge der Instructionen des Grafen Chambord. Der Graf de la Suze, Gemeinderathsmitglied zu Courcelles im Mainedepartement, zeigt nämlich in dem zu Mans erscheinenden Journale öffentlich an, daß er seine Entlassung einreiche, weil er den vor einem Monat geleisteten Eid zurücknehme, um Wünschen zu entsprechen, die er erst am 26. Mai erfahren habe. — Lamartine begibt sich nicht nach Smyrna, sondern auf sein Landgut bei Macon.

Die Präfecten, welche eben auf ihren Sommer-Rundreisen begriffen sind, können sich nicht lobend genug über den „guten Geist" im Volke aussprechen. Daß aber auf die Berichte der Präfecten nicht allzuviel zu geben sei, hat schon Carl X. zu seinem Schaden erfahren.

— den 4. Juni. Es ist abermals die Rede von Creirung neuer Steuern, namentlich einer Erbschaftssteuer, um das Deficit zu decken.

Spanien.

Dem „Lloyd" wird aus Paris, 25. Mai, über die spanischen Zustände geschrieben: „Briefe aus Madrid, von sicherer Hand, melden, daß die untrügerischen Symptome einer allgemeinen Bewegung in ganz Spanien zu offenbaren sich anfangen, Angesichts deren das gegenwärtige Ministerium Bravo Murillo es nicht mehr wagt, die

projectirte Aenderung der Verfassung eigenmächtig vorzunehmen. Alle nur einigermaßen einflußreichen Männer kehren dem Ministerium den Rücken, so daß Bravo Murillo Niemanden finden kann, welcher das erledigte Portefeuille des Seewesens übernehmen wollte. Man bezeichnet allgemein den General Narvaez als den künftigen Conseilspräsidenten.

Eine halbe Meile von Aranjuez ist ein der alten Maurenfeste La Oreja gegenüberliegender Berg in sich zusammengestürzt. Es wandern täglich viele Leute hin, dieses Naturereigniß in Augenschein zu nehmen. Unsere Geologen können über die Gründe, die das Einstürzen verursacht haben sollen, noch nicht einig werden.

Rußland.

Petersburg, den 19. Mai. Die „Senats-Nachrichten" veröffentlichen einen Ukas des Kaisers, dessen Inhalt einen neuen Beweis liefert, wie hartnäckig bis jetzt der polnische Adel den Verlockungen der Regierung widerstand und wie wenig er deren Absicht Folge gab, ihn durch die Militär- und Civil-Carriere der Dienstclasse des übrigen russischen Adels einzuverleiben. In dem gedachten Ukas heißt es: „Es war der Gegenstand Unseres Wunsches, daß der polnische Adel mit dem großrussischen Adel aller Glaubensbekenntniße wetteifern möchte in der Bethätigung seiner Gefühle treuunterthäniger Pflichterfüllung im Dienste Unseres siegreichen Heeres oder indem er sich der Civil-Carriere widmet. Zu Unserem größten Bedauern haben sich aber Unsere Hoffnungen nicht verwirklicht, abgesehen von einigen seltenen Ausnahmen, die deßhalb um so mehr Lob und Anerkennung verdienen. Der größere Theil des jungen Adels, welcher den vermögenden Familien angehört, bleibt müßig und entfremdet sich gänzlich dem Dienste. Diese, der einfachen Pflicht des wahren Edelmannes zuwiderlaufenden Gesinnungen können fortan nicht mehr geduldet werden, und deßhalb befehlen Wir: 1) Die Söhne von adeligen Gutsbesitzern in den obigen Gouvernements, die sich nicht zur russischen Kirche bekennen, und die nicht weniger als 100 Seelen Vermögen besitzen, sollen, wenn sie das Alter von 18 Jahren erreicht haben, in den Dienst geschickt (d. h. also ausgehoben) werden, um als Fähnriche oder Junker einzutreten, wenn sie das Examen bestehen, oder sonst als Soldaten mit Adelsrechten. 2) Ausgenommen sind die, welche sich freiwillig, aber zwischen dem 16. bis 18. Jahre ihres Alters, zum Dienste melden. Sie können das Regiment und die Waffengattung, in der sie zu dienen wünschen, frei wählen, doch auch nicht ohne vorher bestandenes Examen." — Es folgen hierauf noch 6 Paragraphen, die sich theils auf den Civildienst, theils auf die Umstände beziehen, unter welchen der auf diese Weise zum Dienste herangezogene Adel vom Dienstzwange befreit bleibt.

Türkei.

Konstantinopel, den 20. Mai. Der Sultan hat nunmehr für die in seinen Staaten lebenden fremden Buchdrucker eine Art Censur eingeführt.

Ostindien.

Man kennt jetzt die näheren Details über die Kriegsoperationen an der Küste von Birma. Die Einnahme Martabans erfolgte schon am 5. April und war binnen 4 bis 5 Stunden vollbracht, worauf die dabei verwendeten Madraser Truppen gemeinsam mit der bengalischen Abtheilung gegen Rangun vorgingen. Außer dieser Hafenstadt wurden auch die den Fluß weiter hienauf gelegenen Pfahlwerke von Kemmindine genommen, jedoch erst nach einem heftigen Widerstande, so daß das Schiff „Serpent", welches dieses Fort beschoß, sich Succurs hatte erholen müssen. Die Einnahme Rangun's wurde beschleunigt durch das Auffliegen eines Pulvermagazins, wodurch die Birmanen viele Leute verloren. Im englischen Heere starben mehrere Offiziere und Soldaten am Sonnenstich, und die Cholera zeigte sich unter den Truppen, jedoch nur sporadisch. Es heißt: der Generalstatthalter Lord Dalhousie habe dem König von Ava einstweilen eine Rechnung von 250,000 Pf. St. Kriegskosten bis zum 31. März überschickt, und ihm bedeutet, daß jeder Tag bis zur Beendigung des Kriegs ihm 10,000 Pf. St. kosten werde.

Neueste Nachrichten.

München, den 4. Juni. Der Ministerpräsident v. d. Pfordten begibt sich am 15. d. zu einer mehrwöchentlichen Cur nach Kissingen. (A. Z.)

Die Regierung hat dieser Tage tausend Individuen aus der Oberpfalz in den reichen Torflagern an der Eisenbahn zwischen München und Augsburg beschäftigt.

Nicht geringe Sensation macht unter der hiesigen Bevölkerung der heute erfolgte Selbstmord des Bierbrauers Floßmann, eines der geachtetsten Bürger unserer Stadt und Besitzers der renommirten Brauerei zum Stubenvoll. Verschiedene Umstände, insbesondere die für das Bräuergeschäft höchst ungünstigen Zeitverhältniße, scheinen diesen Selbstmord — den dritten seit wenigen Tagen — veranlaßt zu haben.

Nürnberg, den 4. Juni. Vorgestern fand in dem Wohnhause des Schneidermeisters Huber dahier eine strenge Haussuchung statt; es wurden, während derselbe mit seiner Frau auswärts war, verschlossene Schränke 2c. geöffnet. Ueber das Resultat selbst verlautet nichts, doch wurde der Sohn des Hrn. Huber, der erst kürzlich nach längerem Aufenthalt in London auf seiner Rückreise von Hannover zwangsweise über München hieher geschafft worden ist, in policeiliche Haft genommen. Eine weitere Haussuchung wurde in der Tümmel'schen Druckerei, dem Vernehmen nach nach „einem Aufruf an die Soldaten," gestern vorgenommen, aber nicht das Gewünschte gefunden. Der Glasergeselle Hasen aus Ansbach sitzt immer noch in Untersuchungshaft. (N. K.)

Von der untern Donau. Vor kurzer Zeit hat sich unweit Vilshofen ein schauderhafter Vorfall ereignet: Aus der dortigen Frohnveste entkam nämlich ein sehr sicherheitsgefährliches Individuum. Es wurde eine Streife auf dasselbe gemacht, und wirklich gelang es zweien Gerichtsdienersgehülfen, dessen Spur in einem Holze zu entdecken, indem sie, jeder mit einer Doppelflinte bewaffnet, das Holz auf beiden Seiten durchschritten. Einer der Gerichtsdiener war des Entsprungenen ansichtig und schoß, da dieser fliehen wollte, zweimal das Gewehr auf ihn ab, worauf derselbe, zwar nur unbedeutend an den Beinen verwundet, zu Boden stürzte. Der Gerichtsdiener wollte ihm nun mit einer kleinen Kette beide Hände fesseln; der verwundete Bursche jedoch zog schnell ein in Bereitschaft gehabtes Messer und erstach den Gerichtsdienersgehülfen in dem Augenblicke, als der andere zu seiner Hilfe herbei eilte; allein es war zu spät, und er konnte nur noch sein Gewehr auf den Mörder abfeuern, welcher Schuß auch selben augenblicklich tödtete, und am Platze lagen nun zwei Leichen. (B. L.)

(Modernes.) Aus **Köln** wird der Weser-Ztg. mitgetheilt, daß die am 29. Mai erschienene ultramontane „Deutsche Volkshalle" allem Anscheine nach wegen eines Artikels, überschrieben: „Das herrliche Kriegsheer und der Herr der Heerschaaren" mit Beschlag belegt worden sei. Es heißt darin mit gesperrten Lettern: „Der herrschende Geist in dem preußischen Heere ist kein anderer als der des trivialsten Rationalismus" 2c. Der Artikel stand ursprünglich im Hallischen Volksblatte, das von dem frommen v. Tippelskirch redigirt wird, ohne mit Beschlag belegt zu werden: aber dem Reinen ist alles rein, scheint es zu heißen. Die Deutsche Volkshalle druckt es stets mit Vergnügen nach, wenn ein protestantisches Blatt über den Verfall der Religion Klage führt; denn sie sagt dann: „Das ist, wohlverstanden, der Verfall des Protestantismus!" Uebrigens hat die Redaction zu dem fetten Braten auch den eigenen Senf nicht sparen wollen. Sie schließt mit der Bemerkung: „Ohne Christus ist das herrliche Kriegsheer — Koth!"

Gotha, den 4. Juni. In der Schlußsitzung der

vierten allgemeinen deutschen Lehrerversammlung einigte sich die Versammlung darin, daß die Zusammenkunft im nächsten Jahre zu Salzungen stattfinden sollte.

Berlin, den 3. Juni. In Ermangelung aller bestimmten Aussichten, für die in der That sowohl in den handelspolitischen Stellungen als auch in der preußischen Verfassungsfrage der sichere Boden geschwunden, unterhält man sich wieder von einem Monarchencongreß in Warschau, auf welchem für alle Schwierigkeiten und Differenzen die endlichen diplomatischen Ausgleichungen gesucht und gefunden werden sollten. Wie wir näher erfahren, liegt es allerdings in den getroffenen Verabredungen, daß der König von Preußen seine Schwester, die russische Kaiserin, auf ihrer Rückreise bis nach Warschau begleiten werde, woselbst man dann auch den Kaiser von Rußland noch anwesend glaubt. Von unterrichteten Personen wird aber durchaus in Abrede gestellt, daß an dieser Zusammenkunft auch der Kaiser von Oesterreich Antheil nehmen werde, oder daß irgendwie schon Verabredungen zu einem förmlich abzuhaltenden Congreß in Warschau beständen. (A. Z.)

Die Berliner Kaufmannschaft erklärte sich für die Anbahnung der dereinstigen Zolleinigung mit Oesterreich durch den vorläufigen Abschluß eines Handelsvertrags.

Der Weser-Ztg. wird aus „guter Quelle" mitgetheilt, daß mehrere Officiere, die aus preußischen in schleswig-holsteinische Dienste übergetreten waren, jetzt wieder in Preußen angestellt worden sind.

— den 4. Juni. Die Frist für zollfreie Einfuhr von Getreide ꝛc., ist vom 1. Sept. bis zum 1. October verlängert worden. — Ein Correspondent der Kölner Ztg. behauptet, wenn von Seite Preußens auf die Anträge der coalisirten Staaten in der Zollsache überhaupt eine Antwort erfolge, so werde dieselbe blos eine ausweichende sein. — Das „Deutsche Volksblatt" will wissen, es sei dem badischen Gesandten am preußischen Hofe unzweideutig ausgesprochen worden, „das Verfahren der großh. Regierung, welches den Conflict mit dem Erzbischof hervorgerufen, sei dem preußischen Cabinete durchaus unerklärlich." (?)

Wien, den 1. Juni. Vom k. k. Kriegsgerichte in Udine wurde Clara Marchetti wegen Majestätsbeleidigung im zweiten Grade zu 4monatlichem Gefängniß, sodann Giuliano Pezatta, Priester, wegen Besitz verbotener Bücher, und Giov. Battista del Menego, Priester, wegen Predigen im revolutionären Sinne, zu je einem Jahre Festungsarrest in Eisen verurtheilt.

Paris, den 5. Juni. Der heutige „Moniteur" enthält das Decret, die Ausführung des Handelsvertrages mit Sardinien betreffend. — Granier de Cassagnac richtet in der neuesten Nummer des „Constitutionnel" einen neuen Drohartikel gegen Belgien.

Proudhon ist, da die drei Jahre Gefängniß abgelaufen sind, zu denen er vom Assisenhofe verurtheilt ward, heute in Freiheit gesetzt worden. — Die Arbeiten zur Vollendung des Louvre haben gestern ihren Anfang genommen.

Zu Havre sind mehrere Fabrikanten zu Geldstrafen bis 800 Frcs. verurtheilt worden, weil sie ihre Leute über die festgesetzte Stundenzahl hinaus arbeiten ließen.

London, den 4. Juni. Nach der Morning Post ist in der Neuenburger Frage nichts weiter geschehen, als daß in London ein Protokoll von den fünf Großmächten unterzeichnet ward, in welchem ausgesprochen ist, daß die Ansprüche Preußens auf das Fürstenthum Neuenburg von den bei diesem Instrumente betheiligten Mächten „in Erwägung gezogen werden sollen," während die endgültige Erledigung der besagten Ansprüche auf unbestimmte Zeit bis zu einer passenderen Gelegenheit vertagt wird.

New-York, den 19. Mai. Eine unserer Fregatten wird nach dem mittelländischen Meer abgehen, und soll zugleich in Griechenland die Thatsachen über die Behandlung unsers Missionärs Dr. King genau prüfen, um die nöthige Genugthuung zu fordern.

Miscellen.

Die Dampfmarine von Frankreich und Großbritanien. Nach Mittheilungen, welche kürzlich im Parlament gemacht wurden, hatte England 174 königliche Dampfschiffe, mit 44,480 Pferdekraft. Zieht man Paketschiffe, Tenders ꝛc. ab, so bleiben 103 Kriegsdampfer, nemlich 4 Linienschiffe, 23 Fregatten, 48 Sloops und 28 Kanonenboote, zusammen mit 32,327 Pferdekraft. — Die französische Kriegsflotte besaß 1849 an Dampfern nur 58, nemlich 17 Fregatten, 15 Corvetten und Sloops und 26 Aviso's erster Classe, welche den englischen Kanonenbooten entsprechen, zusammen mit 15,740 Pferdekraft. Die brittische Dampfflotte war also mehr als doppelt so stark, als die französische. Aber noch weit größer ist der Unterschied in der Handelsdampfmarine. Die französische bestand 1849 nur aus etwa 10,000 Tonnen mit 3000 Pferdekraft; dagegen hatte England an 1300 Dampfer mit 300,000 Tonnen und 100,000 Pferdekraft. Nach einem dem Parlament vorgelegten Bericht belief sich die Zahl der registrirten Dampfschiffe des vereinigten Königreichs am 1. Januar 1852 auf 1218 Dampfer; seitdem sind etwa schon 100 neue hinzugekommen oder doch der Vollendung nahe.

Die Behörden von **New-Foundland** haben einem Herrn Tibatts und Consorten die Erlaubniß ertheilt, einen elektrischen Telegraphen über die Insel zu führen, wodurch derselbe sein Project einer Dampf- und Telegraphen-Verbindung zwischen New-York und Liverpool resp. London, zu fördern gedenkt, so daß in fünf Tagen zwischen beiden Puncten Mittheilungen gemacht werden können. Die Verbindung zwischen St. Johns und Galway soll nemlich durch Dampfer bewerkstelligt werden.

Der aus dem badischen Insurgentenkriege bekannte Siegel soll am Kap der guten Hoffnung im englischen Heere eine Stelle gefunden haben.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1053²] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einer Stadt der Pfalz wird ein braver und wohlerzogener junger Mensch von einem Conditor in die Lehre aufgenommen. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[1046³] **Soolbad Dürkheim in der Pfalz.**

Das Sool-, Dampf- und orientalische Bad ist dieses Jahr mit beginnendem Mai eröffnet worden. Zu dessen Gebrauch ladet höflichst ein:

Die Badecommission.

[1052²] **Hausversteigerung zu Mannheim.**

Das zur Verlassenschaft des verlebten Metzgermeisters Johann Michael Grobe gehörige Wohnhaus Lit. D. 4 Nro 10 am Fruchtmarkt dahier wird

Montag, den 21. ds. Mts. Nachmittags 4 Uhr, auf hiesigem Rathhause

einer nochmaligen Versteigerung ausgesetzt werden.

Unter Hinweisung auf die Bekanntmachung der ersten Versteigerung, Nro. 123, 127 und 131 dieser Blätter, wird dieses mit dem weitern Anfügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß auf das Haus bereits 15,800 fl. geboten sind, und daß sich auswärtige Steigerungsliebhaber mit legalen Vermögenszeugnißen an der Steigerungstagfahrt über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Mannheim, den 4. Juni 1852.

Großh. Stadtamts-Revisorat:
Winther.

vdt. Schwarz.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 138 | den 9. Juni 1852.

Deutschland.

° Betrachtungen. „Die Democratie kann nur negiren, nicht bauen," hat ein Reactionär gesagt, und die andern Reactionäre werden seitdem nicht müde, es ihm nachzureden. Und doch kann die seit 3 Jahren siegreiche Reaction nicht damit fertig werden, dasjenige niederzureißen, was die Democratie in den wenigen Monaten, in denen man sie nur einigermaßen gewähren ließ, aufbaute. — Ablösung der Grundlasten, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Schwurgerichte, Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, Gleichheit der Confessionen und der Stände vor dem Gesetze 2c. 2c. — wem verdankt man sie? und wem verdankt man hinwieder ihre Negation? Wer wollte aus Deutschland einen Staat, wer daraus ein Zollgebiet machen? und wer machte wieder das Gegentheil daraus? Es ist erbaulich, wenn die Beschränktheit auf dieses Gebiet herausfordert, angesichts der kläglichen Lage der Dinge, wie die Reaction dieselbe gestaltete!

° Speyer. In den Gesetzentwürfen, welche die baier. Abgeordnetenkammer in ihren letzten Sitzungen verwarf, und über deren Verwerfung nun mehrfach als über etwas gewaltig Unrechtes und Unkluges geredet wird, gehört insbesondere auch das „Gesetz über die bäuerlichen Erbgüter." Der erwähnte Umstand veranlaßt uns, in Kürze auf den Gegenstand zurückzukommen. Fürst Wallerstein erklärte sich in der Debatte mit dem Grundgedanken einverstanden, daß bäuerliche Majorate sollten gebildet, sonach das Gut blos Einem der Kinder sollte zugetheilt werden können; nur tadelt er die Art der Ausführung nach dem Regierungsvorschlage. Diese Entwicklung veranlaßte das nachstehende Votum des Abg. Kolb, aus welchem verschiedene der einzelnen Bestimmungen des ministeriellen Vorschlags zu ersehen sind, und woraus auch Jedermann selbst entnehmen kann, welcher Art das Glück wäre, das durch die Annahme eines solchen Gesetzes entstünde.

„Der Gesichtspunct, von welchem der Hr. Vorredner ausging, veranlaßt mich, um das Wort zu bitten, um einige Bemerkungen von meinem Standpuncte aus zu machen. Ich bin auch principiell auf das Allerentschiedenste gegen alle derartige Einrichtungen. Ich glaube überdies, keine Zeit ist übler gewählt, als gerade die jetzige, solche Einrichtungen in das Leben einführen zu wollen. Ich glaube, es dürfte Hauptaufgabe unserer Zeit sein, in sozialen Verhältnissen allen billigen Anforderungen zu entsprechen, um der sozialen Frage die Spitze abzubrechen. Statt dessen wird uns ein Gesetzentwurf vorgelegt, der dahin führt, daß Brennmaterial zu dem Feuer gebracht wird.

Ich will die Nachtheile, welche nationalöconomisch durch eine derartige Einrichtung entstehen, nicht auseinandersetzen. Freiheit der Personen und Freiheit des Bodens sind die Grundbedingungen eines Aufblühens der landwirthschaftlichen Bevölkerung; und in dieser Beziehung darf die freie Verfügung über das Grundeigenthum nicht beschränkt werden. In unserer Zeit darf dies um so weniger geschehen, als jene Verhältniße längst entschwunden sind, zu deren Zeit unter dem Namen „Eigenthum" im höhern Sinne nur das Grundeigenthum verstanden wurde. Die Industrie hat sich seit längerer Zeit geltend gemacht und macht sich täglich mehr geltend.

Welches würde aber der Erfolg sein, wenn ein solches Gesetz eingeführt würde?

Sie würden eine Brandfackel in die Familien werfen. Ich verweise Sie auf die Bestimmung in dem Gesetze, wonach der Nutznießer (denn das ist er eigentlich nur), das Recht hat, seinen Nachfolger zu bestimmen. Vergegenwärtigen Sie sich einmal die Familienverhältnisse; bedenken Sie, welche Masse von Intriguen und Machinationen in Folge dessen herbeigeführt würden; denken Sie sich den Fall einer zweiten und dritten Ehe, die Einmischung von Stiefmüttern und dergleichen! Es wird Unheil geschehen, das gar nicht zu übersehen ist.

Auf der einen Seite wird auch der Privilegirte, Derjenige, welcher bestimmt ist, das Gut zu übernehmen, gehindert, sich im gewöhnlichen Alter ansäßig zu machen, weil der Vater aus Rücksicht auf seine übrigen Kinder das Gut nicht bei seinen Lebzeiten abtritt. Daraus entsteht Demoralisation. Auf der andern Seite wird der Vater selbst dahin wirken, daß er — gegen die Bestimmung des Gesetzes — den andern Kindern möglichst mehr zuwendet, als er sollte; daraus entsteht Demoralisation auch nach der andern Seite.

Und welches ist im Uebrigen das Loos derjenigen, die unter diesem Gesetze ständen? Würde selbst der Privilegirte nur glücklich sein? Ich rede natürlich nur von den äußern Zuständen, von den Vermögensverhältnißen. Er würde sehr häufig eine Erziehung bekommen, die in ihm einen Stolz, einen Dünkel, erweckte, der vielfach hinderlich sein würde, — eine Erziehung, gemäß welcher ihm die Befähigung und die Kraft dazu mangelte, etwas Tüchtiges zu leisten. — Und dann muß er anfangen mit Schulden. Denken Sie sich, es kommen Mißjahre oder Unglücksfälle. In solchen Verhältnißen sah ich viele Landleute sich dadurch helfen, daß sie einen Theil ihres Grundvermögens veräußerten, um der Schulden ledig zu werden und ein gehöriges Betriebscapital zu bekommen, und nach wenig Jahren waren diese Leute in ihrem frühern Stande und selbst in blühenderen Verhältnissen als zuvor. Ein Mann dagegen, der gebunden ist, wie der Gesetzentwurf vorschlägt, kann sich nicht helfen; das Gut ist vielleicht schon von seinem Vorgänger so weit verhypothezirt, als es verpfändet werden darf; der Kredit fehlt, es können weitere Unglücksfälle kommen, und er kann aus Mangel an Betriebskapital das Feld nicht bewirthschaften, wie es nothwendig wäre; also selbst der Begünstigte käme in eine ungünstigere Lage, als wenn er nur einen Theil des Bodens besäße, aber diesen als freies Eigenthum.

Ferner: Wie ist das Verhältniß der andern Kinder? Stellen Sie sich vor, ein Mann hinterläßt ein Gut im Werth von 20,000 fl., und hat außer dem Nachfolger noch fünf Kinder. Diese fünf Kinder bekommen zusammen höchstens zweitausend Gulden, also jedes 400 fl. — Aber sie bekommen selbst dieses nicht einmal. Es wird die Summe verzinset zu zwei Procent; sie bekommen in der Wirklichkeit ein jedes — acht Gulden jährlich. Kinder, die erzogen sind in Verhältnißen, die sich ergeben, wenn der Vater 20,000 fl. Vermögen hat, erhalten höchstens acht Gulden jährlich! Hier haben Sie Bettler, ja noch etwas weit Schlimmeres als Bettler, denn diese Leute sind an Bedürfniße gewöhnt, an welche der Bettler nicht gewöhnt ist!

In jeder Beziehung also betrachte ich das Gesetz als verwerflich, und freue mich, wenn es fällt."

München, den 3. Juni. Aus dem Regensburger Tagblatt entnehmen wir: Fürst Metternich wird auf seiner Reise von Wien nach Johannisberg dahier erwartet. Als derselbe im vorigen Jahre bei seiner Reise von Brüssel nach Wien durch Donauwörth gekommen, ist bekanntlich Hr. v. d. Pfordten zur Begrüßung des Nestors der deutschen Diplomatie dahin abgereist. Dieses überaus freundliche Entgegenkommen mag den Fürsten veranlaßt haben, nun selbst hieher zu kommen.

Würzburg, den 3. Juni. Uebermorgen, als am 5. Juni Abends, beginnt in dem Bisthume Würzburg das vom Papste Pius IX. verliehene Jubiläum und wird bis zum 4. Juli dauern. Bereits sind mehrere Büchlein über den Jubiläumsablaß im Drucke erschienen. Das Interesse des Volkes scheint aber, aus verschiedenen Indicien zu schließen, nicht in dem von dem Klerus gewünschten Grade vorhanden zu sein. — Aus diesem Grunde scheint man auch keine Missionen abhalten lassen zu wollen. (Nürnb. Kur.)

Darmstadt, den 5. Juni. (Sitzung der 2. Kammer der Stände.) Der Abg. Schmitz hatte vor Kurzem, mit Rücksicht auf das seitherige erfolglose Bemühen, auf dem Wege der Bundesgesetzgebung eine allgemeine Regelung der Preßverhältniße vorzunehmen, den dringlichen Antrag gestellt, die Berathung und Beschlußfassung über den, der Kammer längst vorgelegten Entwurf eines „Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse“ auf eine der nächsten Tagesordnungen zu setzen. Gleichzeitig sollte die Regierung, der Berathung beizuwohnen, eingeladen und eventuell ersucht werden, die Gründe mitzutheilen, aus welchen sie sich etwa von der Discussion fern halten wolle. Hierauf ist nun heute von Seiten des großh. Staatsministeriums eine Eröffnung an die Kammer erfolgt, nach welcher die baldige Promulgation eines Bundespreßgesetzes in Aussicht gestellt und der Kammer anheimgegeben wird, vorerst in eine Berathung über den großherzogl. Preßgesetzesentwurf nicht einzutreten. Die Kammer wird darüber beschließen, in welcher Weise sie nunmehr in der Preßangelegenheit vorschreiten will.

Stuttgart, den 4. Juni. Der heutige „Schwäbische Merkur“ enthält wiederum einhundert und neunzehn Gantausschreibungen!

Berlin, den 5. Juni. Das Londoner Protocoll enthält, wie die Kreuzzeitung aus guter Quelle versichert, erstlich die ausdrückliche Anerkennung des Rechtes Sr. Maj. des Königs auf Neuenburg; zweitens implicite die Anerkennung des Rechtes Sr. Maj. des Königs, mit bewaffneter Hand seine Autorität herzustellen, und drittens die ausdrückliche Uebernahme der Verpflichtung Seitens der 4 Mitcontrahenten, auf dem Wege der Unterhandlung die Autorität Sr. Maj. des Königs in Neuenburg zu retabliren. Dabei ist von keiner Macht irgend eine Reservation aufgestellt.

Die Berliner „National-Zeitung“ bringt folgende Mittheilung: „Breslau, den 27. Mai. In Schlesien wird sich jetzt, wie es scheint, ein heftiger Kampf auf religiösem Gebiet entwickeln. Wir erwähnten schon eines Sendschreibens des Generalsuperintendenten Dr. Hahn gegen die Bestrebungen der Jesuiten. Dasselbe sagt u. a.: „Da jetzt offener und lauter als je das Bekenntniß der evangelischen Kirche als ein falsches und ihre Glieder als Irrende bezeichnet, und der Wahn, welchen die glaubensstarken und frommen Väter aus Gottes Wort verworfen haben, in allen Formen und mit allen Mitteln wieder als göttliche, alleinseligmachende Wahrheit gepredigt werde, so sei es Pflicht, den unerwartet mit großer Leidenschaft eröffneten Kampf aufzunehmen.“ Das Sendschreiben weist hierauf insbesondere auf die Thätigkeit der Väter der Gesellschaft Jesu hin, „welche im Lande herumziehen, um in dieser ihnen besonders günstig erscheinenden Zeit mit alten und neuen Waffen ihre alte Aufgabe zu lösen.“ Wie gering die Erkenntniß und schwach der Glaube vieler unserer Zeitgenossen sei, beweise auch, wie das Sendschreiben ferner sagt, „die Aufnahme, welche in den letzten Jahren Sectirer aller Art gefunden haben.“ „Darum, geliebte Brüder,“ so schließt das Sendschreiben, „erhebet Euch zum heiligen Kampfe mit heiligen Waffen, wie die wahrhaftigen, beglaubigten Apostel und Propheten sie führten (2. Corinth. 10, 3 ff.) und der göttliche, allmächtige Held, der uns vorangegangen ist in seinem Worte, seinem Vorbilde und den Mitteln der Gnade, sie uns darbietet, womit er uns nahe ist alle Tage, bis an der Welt Ende.“ — Gegen die erwähnten Sectirer, die Irvingianer, ist für die Kreise Liegnitz und Lübben der Vicar Roth entsendet und ihm durch Regierungsrescript die Unterstützung der Landrathsämter zugesprochen worden.

Die neulich gegebene Mittheilungen über die Nachforschungen, welche die französische Regierung in Betreff der in Folge des Widerrufs des Edikts von Nantes nach Deutschland emigrirten französischen Protestanten anstellen läßt, wird auch aus andern deutschen Ländern (wie z. B. Kurhessen) bestätigt. Wie das „C. B.“ erfährt, sind die Superintendenten von den Kirchenbehörden angewiesen, die von der französischen Regierung gewünschten Materialien zu sammeln und einzusenden. Ueber Zweck und Charakter dieser Forschungen des Präsidenten fehlt es an jeder Andeutung. (N.-Z.)

Wien, den 1. Juni. Man wird zugestehen, daß in dem Augenblicke, wo Frankreich seine 5procentige Rente auf 4½ zurücksetzt, wo der Ueberfluß von Geld den Zinsfuß mehr und mehr herabdrückt, das Anlehen eines großen Staates wie Oesterreich zu 90 mit 5pCt. das Zugeständniß der äußersten Hülflosigkeit enthält.... Zwölf Millionen Silber sind allein nöthig, um die circulirende Papierscheidemünze aus dem Verkehre zu ziehen; einen Theil wird man wol den Kellern der Bank überweisen müssen. Frage: was bleibt aber dann noch übrig zur Einlösung der 260 Millionen betragenden Banknoten, Reichsschatzscheine, ungarischen Cassenanweisungen und was unter sonst noch für Namen Papier circulirt? Das vorjährige Anlehen wird bis Juli in seiner letzten Rate eingezahlt sein. Seine Hauptbestimmung war, das Deficit zu decken: nicht der zehnte Theil ist zur Vernichtung des Papiergeldes verwendet worden. Wer garantirt dafür, daß, wenn es in der „Wiener Zeitung“ heißt, es seien heute so und so viele Millionen Reichsschatzscheine auf den Glacis verbrannt worden, nicht morgen die gleiche oder größere Summe wieder ausgegeben wird? Welche Mittel bleiben aber, um das jährliche Deficit, betrage es auch nur 20 Mill., zu decken? Da wird es jedes Jahr einer Anleihe bedürfen, oder man hilft sich mit fortdauernder Ausgabe neuen Papiergeldes. (Köln. Ztg.)

Schweiz.

Der Kanton Freiburg. Man schreibt der Nat.-Ztg.: Als im vorigen Jahrhundert den lievländischen Bauern Aufhebung der Leibeigenschaft und der Prügelstrafe angekündigt wurde, protestirten sie dagegen als einen Eingriff in ihre Privilegien. Nicht gar unähnlich ist das Benehmen des Freiburger Völkchens, welches sich bei den demokratischen Einrichtungen seit 1847 unglücklich fühlt. Die Aelteren wenigstens verabscheuen größtentheils, wie es scheint, die edlen Gaben der Neuzeit, mit welchen das jüngere Geschlecht bereits vertraut und zufrieden ist. Das wirksamste Mittel, um die guten Freiburger zu kuriren, wäre ohne Zweifel, daß man ihnen gestattete, sich behaglich wieder das schmachvolle Jesuitenjoch aufzuhalsen. Man vergesse aber nicht, daß die Eidgenossenschaft gerade als solche die dringendsten Gründe hat, die Vormundschaft über Freiburg noch fortdauern zu lassen. Der Theil eines größeren Ganzen ist nirgends in der Lage, zu thun, was er will. Der Theilsouveränität sind überall von der Volkssouveränität Grenzen gesteckt. Der deutsche Bund duldet in keinem Einzelstaate unmonarchische Einrichtungen. Die nordamerikanische Union gestattet auf ihrem Gebiete keine Mo-

narchie, keine Oligarchie. Gerade so hat die Eidgenossenschaft die Jesuiten geächtet und wacht sorgfältig, daß sie sich nicht irgendwo einnisten. Daher ihre Ausnahmepolitik gegen Freiburg. Man hat diesem Kanton sämmtliche Rechte freier Völker gewährt, mit Ausnahme des Rechts, seine Rechte an Jesuiten und Römlinge abzutreten und dadurch die Schweiz überhaupt wieder in Verwirrung und Bürgerkrieg, wie vor fünf Jahren, zu stürzen. Sehr sonderbar sind daher die Krokodillsthränen, welche die Reactionäre in und außer der Schweiz über die Tyrannei, in der die armen Freiburger schmachten, zu vergießen verstehen.

Frankreich.

Paris, den 1. Juni. Der ganze Gang der Politik geht jetzt, sowie überhaupt seit Jahren, von Persigny aus, und man muß den Stand der Dinge gar nicht kennen, um einen Augenblick glauben zu können, daß Persigny in der Gunst des Präsidenten gelitten hat. Er heißt eigentlich Fialin und ist der Sohn eines Huissiers im Departement de la Loire, der daselbst ein ganz kleines Landgut, das den Namen Persigny führt, besaß. Nach diesem Landgut nannte er sich Fialin (von Persigny), so wie sich Hr. Granier seinen Geburtsort Cassagnac und Michel seine Vaterstadt Bourges beilegt. Vor dem Pairshof hatte Persigny seinen Adelstitel nicht rechtfertigen können. In London nannte sich Persigny auf seinen Visitenkarten Vicomte und jetzt hat man auf den Geschenken, die er seiner Braut machte, eine Grafenkrone gesehen. Es gab eine Zeit, in welcher er von hundert Francs monatlichen Einkommens lebte. Dies war im Jahre 1833. Persigny war Unteroffizier in einem berittenen Jägerregiment gewesen, weßwegen ihn seine Feinde noch jetzt den Unterofficier nennen. Er verließ diese seine Stellung, um Mitredacteur einer legitimistischen Correspondenz zu werden, die jedoch nicht gut ging. Persigny reiste hierauf mit einer Empfehlung Belmontets zur Königin Hortense nach der Schweiz und wurde von da an intimer Freund L. Napoleons. Die Expedition nach Boulogne war auf sein Anstiften gemacht worden, er hatte L. Napoleon zum Repräsentanten, zum Präsidenten gemacht, und später zum Staatsstreich getrieben, er ist es auch, der nun die Kaiserthumspolitik angibt. Man citirt von ihm das Wort: Je l'ai déjà jeté à l'eau quatre fois, je l'y mettrai bien une cinquième. (Ich habe ihn schon viermal ins Wasser geworfen, und werde ihn bald ein fünftes Mal hineinbringen.)

Die „Independance Belge" läßt, um öfteren Beschlagnahmen vorzubeugen, für Frankreich eine besondere Ausgabe drucken, aus der die nicht officiellen Berichte über Kammersitzungen u. s. w. wegbleiben. — Die „Patrie" kündigt die nahe Absendung von 200 Kindern nach Algerien an, wo sie in das Waisenhaus von Ben-Aenour aufgenommen werden sollen. — Der Präfect des Loire-et-Cher-Departements hat ein Caffeehaus, das er auf verläumderische Berichte hin hatte schließen lassen, vor dem versammelten Gemeinderath des Ortes in Person wieder eröffnet.

Italien.

In **Florenz** ist der Marquis Ferd. Bartolommai wegen Verbreitung geheimer Druckschriften verhaftet worden.

Großbritanien.

London, den 30. Mai. (Eine constitutionelle Lection.) Lord Palmerston hatte in einer kürzlichen Sitzung des Unterhauses, nicht ohne selbstgefällige Rückblicke auf sein eigenes Wirken, mancherlei von den Fortschritten des Constitutionalismus gestunkert und wie das constitutionelle, das liberale System dermalen fast in ganz Europa blühe und in Geltung sei. Dafür liest ihm der „Examiner" in folgender Weise trefflich den Text: Der edle Wahnsinnige des Horaz saß im leeren Schauspielhause und sah ausgezeichnete Trauerspiele. Lord Palmerston sitzt in der Mitte eines leeren Raums und sieht ausgezeichnete constitutionelle Regierungen. Orlando kömmt mit dem Zaum seines Gauls in der Hand auf die Bühne, hält eine lange Lobrede auf das Roß, die damit endigt, daß es bloß einen Fehler habe, es sei nämlich krepirt. Das eben ist die Lücke in Lord Palmerstons Rede. Er bemerkt nämlich nicht, daß der Gegenstand seiner enthusiastischen Lobrede die eine kleine Schattenseite hat — nicht mehr zu sein. Man hat berechnet, daß wenn einer der entferntesten Sterne in diesem Augenblick vernichtet würde, wir sein Licht noch 2000 Jahre lang sehen würden, weil es eben 2000 Jahre braucht, um bis zu uns zu gelangen. Lord Palmerston's Sehvermögen scheint von einem gleichen Phänomen affizirt zu sein; gewisse constitutionelle Schönheiten in Europa haben auf dasselbe einen solchen Eindruck gemacht, daß selbst nach ihrer Vernichtung ihr Bild auf seiner Netzhaut hängen bleibt. Wie gewaltig wird Lord P. überrascht und enttäuscht sein, wenn kommende Zeiten ihm die leere Stelle zeigen werden. Jetzt sieht dieser alte Staatsmann in dem großen Käfig, den man Europa nennt, noch immer eine mehr oder minder glückliche constitutionelle Thierfamilie,*) bei welcher die Freiheit Regel und der Despotismus Ausnahme ist. Kann ein Don Quixote phantastischere Ansichten haben? — Der Examiner macht es im Verlauf des Artikels dem Lord zumeist zum Vorwurf, daß er in seiner Rede Frankreich ganz vergessen, und schildert die angenehme Ueberraschung Preußens, Portugals und Griechenlands, wenn die Bürger dieser Staaten von einer so hohen Autorität hören werden, daß sie so glücklich sind, frei zu sein. Der Lord müsse aber das noch lernen, daß constitutionelle Regierungen keine Schmeichler, sondern Freunde brauchen, praktische Hülfe in der Stunde der Noth und keine windigen frommen Wünsche. Was die letztern betrifft, so könne man sie eben so gut von Lord Malmesbury haben wie von dem wegen seines Liberalismus hochberühmten Lord Palmerston.

Rußland.

Petersburg, den 25. Mai. (Eine Enttäuschung.) Die neuesten Berichte vom Kaukasus betreffen einen Naib, von dessen Uebergang zu den Russen die Berichte dieser s. Z. so viel Aufhebens gemacht haben und der, wie sich zeigt, in ganz anderer Absicht kam. Im vorigen Herbste nämlich war der awarische Naib Hadschi-Murat unter dem Vorwande, sich dem Czaren zu unterwerfen, mit mehreren seiner Vertrauten, wahrscheinlich als Kundschafter, zu den Russen gekommen, indem er jedoch gleich bei der Ankunft sein Bedauern darüber aussprach, daß er seine Frau und Familie nicht habe aus den Bergen mitbringen können. Dies erregte Mißtrauen, weil bekanntlich die Hinterbliebenen eines Verräthers kein erfreuliches Schicksal erwartet und sie für die Schande des Vaters den Fluch des Volkes als Strafe ernten. Das Mißtrauen mehrte sich, als die Bemühungen des Naib, im Laufe des Winters die Seinigen aus den Bergen mit sich zu vereinigen, fruchtlos blieben. Mit dem Beginn des Frühlings erbat er sich die Erlaubniß, nach Nuchu gehen zu dürfen, von wo aus er mehr Hoffnung habe, für die Rettung seiner Familie zu wirken. Die Ortsbehörden gingen auf seine Bitte ein, ließen aber alle Vorsichtsmaßregeln treffen, welche bei solchen Gelegenheiten erforderlich sind. Hadschi-Murat wurde demnach unter strenge Aufsicht gestellt. Am 3. Mai fuhr er unter Aufsicht mit seinen vier Gefährten Abends vor die Stadt und streckte plötzlich mit einem Pistolenschuß den ihn begleitenden Policeiofficianten von Nuchu zu Boden; im selben Augenblick erschoß einer seiner Gefährten einen andern von den Aufsehern, und alle Tscherkessen ergriffen die Flucht in die Berge. Allein der Chef des Nu-

---

*) „Glückliche Thierfamilie" nennt man in England jene Rarität, wo feindliche Thiere, z. B. Katze und Maus, Wolf und Lamm, in einem Käfig zusammengesperrt, sich friedlich vertragen.

chinski-Kreises, Oberstlieutenant Korganoff, rief sofort die Ortspolicei auf, der sich auch die von Elissu und Krabach anschloß, und ereilte in einigen Stunden Hadschi-Murat, der umzingelt und nach einem hartnäckigen Kampf sammt zweien seiner Gefährten getödtet wurde. Die andern beiden wurden zu Gefangenen gemacht. Dies ist das Ende des vielbesprochenen Ueberläufers, von dem man sich so viel versprach.

Neueste Nachrichten.

* **München,** den 5. Juni. Da in den letzten Tagen des Beisammenseins des Landtags nichts weiter von dem Ministerwechsel verlautete, so glaubten Manche diese Frage beseitigt, indem man auf eine gewisse Unschlüssigkeit rechnen zu können meinte. Nunmehr wiederholen sich aber die Gerüchte über Ministerwechsel aufs Neue. Man bringt damit die Badreise des Hrn. v. d. Pfordten und die erwartete Rückkunft des Hrn. Dönniges in Verbindung.

Stuttgart, den 6. Juni. Eine königl. Verordnung von Baden, 4. Juni datirt, verfügt den Wiederzusammentritt der vertagten Stände auf Dienstag den 15. Juni d. J.

Ein Stuttgarter Correspondent der Allgem. Zeitung bringt folgende bemerkenswerthe, aber nichts weniger als erfreuliche Meldung: „Ueber den Ausgang der Berliner Zollconferenzen ist man hier sehr beruhigt, da man die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Regierungen der Darmstädter Uebereinkunft von demjenigen unter keinen Umständen abgehen werden, was das Beste ihrer Länder erfordert. Man glaubt mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß wenn Preußen für jetzt es auch vorziehen sollte mit Thüringen (Hannover wird ohne Süddeutschland schwerlich den Septembervertrag aufrecht erhalten wissen wollen) eine Sonderstellung für einige Jahre einnehmen zu wollen, es alsdann um so sicherer wieder zum großen deutschen Zollverein zurückkehren werde, den es jetzt gekündigt hat, und dessen Wiederaufrichtung im alten Umfang, oder durch Oesterreich ausgedehnt, es jetzt erschwert und verschmäht."

Kassel, den 6. Juni. Die neue Ständeversammlung ist auf den 30. d. Mts. einberufen. — Die Wahl der Grundbesitzer ist auf den 16. d. M. festgesetzt worden und findet zu Marburg statt. — Der functionirende Oberbefehlshaber Generalmajor Schirmer dahier hat die Anordnung erlassen, der gemäß zur Aufrechthaltung des Kriegszustandes die Entwaffnung der Bürgergarden und Schutzwehren in Stadt und Land, soweit dieselbe noch nicht geschehen ist, alsbald vorgenommen werden soll.

Köln, den 3. Juni. Nach der „Elberfelder Ztg." hat am 2. ds. hier eine Versammlung der Actionäre der „Volkshalle" stattgefunden, die sehr ungünstig für den Redacteur derselben, Professor Müller, ausgefallen ist. Derselbe soll aus dem Verwaltungsrathe förmlich eliminirt und unter dessen Controlle gestellt worden sein, weil seine feindselige Tendenz gegen Preußen nicht mehr geduldet werden soll.

— den 5. Juni. Daß die Nachrichten, welche von den Flüchtlingen in Amerika wissen wollen, daß deren Vermögensverhältniße zerrüttet seien, meistens aus der Luft gegriffen sind, zeigt u. a. ein Brief mit 300 Thalern, den Hecker jüngst an eine deutsche Wittwe schickte, die nach dem Tode ihres Mannes, welcher in den Revolutionsjahren eine nicht unbedeutende Rolle spielte, in eine bedrängte Lage gerieth. (Fr. J.)

Eisenach, den 4. Juni. Der erste Gegenstand der Kirchenkonferenz betraf die Frage wegen Abfassung eines deutschevangelischen Gesangbuchs. Es wurde schließlich eine Commission gewählt, welche die Abfassung einer Sammlung von evangelischen Kernliedern unternehmen soll, die als Anhang zu allen vorhandenen protestantischen Gesangbüchern benützt werden könnte.

Breslau, den 3. Juni. Nachdem der Prediger der hiesigen vorläufig geschlossenen christkatholischen Gemeinde, Hofferichter, seit beinahe sieben Jahren — hunderte von Taufhandlungen und Trauungen nach den von der Gemeinde eingeführten Gebräuchen unangefochten vollzogen hat, ist nunmehr gegen denselben Anklage „wegen unbefugter Vornahme geistlicher Amtshandlungen" erhoben worden. (N. Oder-Ztg.)

Glarus. Das Säcularjubelfest des Eintritts unseres Kantons in die Eidgenossenschaft fand in der erfreulichsten Weise statt.

Amsterdam, den 4. Juni. Berryer ist im Haag angekommen, wo er mehrere Tage verweilen wird.

Paris, den 5. Juni. In dem neuen Artikel Graniers von Cassagnac gegen Belgien sagt derselbe u. a.: „Welchen ernsten Mann würde man überreden, daß wir, die wir die Ehre und die Pflicht haben, dem Staatsoberhaupte zu nahen, bis zu dem Puncte gegen die seiner Person und seiner Gewalt schuldige Achtung gefehlt hätten, daß wir in so höchst ernsten und delicaten Gegenständen die Richtung seiner Politik angedeutet haben würden, ohne uns zuvor von seiner Ansicht und seiner Willensmeinung Kenntniß verschafft zu haben? Also nicht in unserem eigenen Namen, man möge es wol glauben, haben wir von dem Falle gesprochen, wo die Handelsbeziehungen Belgiens zu Frankreich abgebrochen werden könnten.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 5. Juni. Weizen 21 fl. 41 kr., Korn 18 fl. — kr., Gerste 13 fl. 42 kr., Haber 7 fl. 43 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

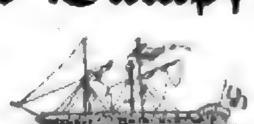
[1055²] **Grasversteigerung.**

Donnerstag, den 17. Juni 1852, Nachmittags 2 Uhr, im Erben'schen Wirthschaftslocal in Bolanden, läßt der kgl. Kreisbaurath, Hr. Paul Camil Denis von Ludwigshafen, das diesjährige Gras — vorzüglicher Qualität — von seinem 35 Morgen großen Wiesenland „die Hofwiesen" (ehemals Hilgard'sches Besitzthum) im Banne von Bolanden, in 35 Loosen auf Credit versteigern.

Kirchheimbolanden, den 6. Juni 1852.

Gießen, Notär.

[1054] **Rheinische Dampfschifffahrt.**

Kölnische  **Gesellschaft.**

Tägliche Abfahrten vom 1. Juni an.

Von Mannheim nach Köln 7 Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Speyer-Neustadt. In Köln im Anschluß an die Nachtzüge nach Berlin und Brüssel.

„ „ „ Mainz 5¼ Uhr Nachm., nach Ankunft des von Straßburg kommenden Boots, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Pariser Post-Schnellzuges von 5 Uhr 20 Min.

„ Mannheim nach Straßburg 11 Uhr Abends.

„ Mainz nach Mannheim 8 Uhr Morgens und 3 Uhr Nachmittags.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Mittwoch (Zu Nro 138.) den 9. Juni 1852.

Deutschland.

Berlin, den 7. Juni. Preußen hat in der heute stattgefundenen Sitzung der Zollconferenz erklärt, daß es die Anträge Baierns, Sachsens 2c. **ablehne.** Preußen hat diese Erklärung ausführlich motivirt. (Frankf. Journ.)

— den 6. Juni. Man vernimmt heute, daß von der Staatsregierung die Octroyirung eines Gesetzes über Neubildung der ersten Kammer nicht zu erwarten ist, und daß man auch nicht geneigt ist, eine nochmalige außerordentliche Berufung der Kammern eintreten zu lassen, um mit diesen ein Gesetz über die Neubildung der ersten Kammer zu vereinbaren. Die Frage über neue Constituirung des ersten Hauses und über die Reorganisation der Gemeinde- und Kreisordnung berühren sich immerhin so sehr, daß schon von diesem Gesichtspuncte aus der Regierung schließlich eine Vorlage an die ordentlich neu einzuberufenden Kammern auch in Betreff der Umbildung eines Theiles der Landesvertretung angemessen erschien. Wir glauben, daß dies letztes Resultat der gepflogenen Berathungen ist und daß weiter zu dem Erlaße einer Verordnung mit Gesetzeskraft, betr. die Bildung der Wahlbezirke für die im Artikel 65 der Verfassung vorgeschriebenen Wahlen zur ersten Kammer, eine Einberufung der Kammern aus den naheliegenden Gründen nicht für entsprechend erachtet worden ist. (Frankf. Journ.)

Aus Baden, den 4. Juni. Das „Deutsche Volksblatt" berichtet in bemerkenswerther Weise: „Sicherem Vernehmen zufolge haben Se. k. Hoh. der Regent vor sechs Tagen ein höchstes Handschreiben an den hochwürdigsten Herrn Erzbischof Hermann von Freiburg gerichtet, dessen Inhalt die erfreuliche Gewißheit gewährt, daß der vielbesprochene Conflict die höchste Region nicht berührt hat."

Frankreich.

Paris, den 3. Juni. Die Neuenburger Angelegenheit ist nicht nur, wie das J. des Debats berichtet, noch im bloßen Zustand einer diplomatischen Besprechung im Foreign-Office geblieben, sondern hat auch, wie mir versichert ward, wenig Aussicht auf die friedliche Lösung, welche man voraus angekündigt hat. Der französische Gesandte in London hat wol den Auftrag erhalten, in dieser Frage den Ansichten des englischen Cabinets beizutreten, dieses erkennt die Rechte des Königs von Preußen auf Neuenburg an und ist bereit alle Maßregeln zu billigen, welche die nordischen Mächte zur Geltendmachung dieser Rechte beschließen könnten; allein der Gesandte in der Schweiz hat zu gleicher Zeit den Auftrag erhalten, die Bundesregierung zu versichern, daß der Prinz-Präsident nie seine Einwilligung, geschweige seinen Beistand zu Zwangsmaßregeln gegen die Schweiz in Bezug auf die Neuenburger Angelegenheit gewähren werde. Diese Zusicherung muß, wie auf der Hand liegt, die Schweizer zum Widerstand aufmuntern, so daß die Beschlüße und Anforderungen der Conferenz ohne Erfolg bleiben, falls die andern vier Mächte nicht einseitig zu handeln entschlossen sind. (A. Z.)

— den 6. Juni. Garnier aus Cassagnac wird heute im Moniteur zurechtgewiesen. Es heißt in dem officiellen Blatte: „Es ist ganz natürlich, daß man der Regierung die Ideen beilegt, welche die Journale aussprechen, von denen sie gewöhnlich unterstützt wird. Wenn sie aber diese Ideen als den besondern Ausdruck der Gesinnungen des Staatsoberhauptes hinstellen, so setzen sie sich dem Vorwurf der Untreue oder der Uebertreibung aus. Sie nehmen in der That dadurch eine officielle Sprache an, die ihren Artikeln eine Wichtigkeit verleiht, welche sie niemals haben dürfen. Wenn die Regierung ihre wirkliche Ansicht kund geben will, so vertraut sie dieselbe dem „Moniteur," ihrem einzigen Organe, an. Ihre Verantwortlichkeit könnte durch keine Veröffentlichung in einem andern Blatte getroffen werden. Der Artikel des „Constitutionnel" vom heutigen Tage (6.) nöthigt uns zu dieser Erklärung."

Großbritanien.

Der unterseeische Telegraph zwischen der englischen und der irischen Küste, resp. zwischen Holyhead und Dublin ist vollendet.

Ostindien.

Eine außerordentliche London Gazette veröffentlicht die amtlichen Depeschen über die Einnahme von Martaban, Rangun und die Pfahlfestung Kemmendine. Die ganze gegen Birma verwendete Streitmacht besteht hiernach aus 19 Kriegsschiffen, meist Dampfern, 8037 Mann, worunter 5767 Mann Landtruppen, und 159 Kanonen, wovon 143 auf den Schiffen. Den Schilderungen der Depeschen sowie der Privatbriefe zufolge muß das 48stündige Bombardement Ranguns und seiner großen Pagode und das Blutbad unter der dichtgedrängten Besatzung furchtbar gewesen sein; ein Privatschreiben sagt: „Wir können nicht weniger als 100,000 Pfähle verbrannt haben, alle so dick wir unser Hauptmast." Unter den Todten in der Festung fand man eine Anzahl vergoldeter Sonnenschirme, das Abzeichen der Wungies oder höhern Offiziere der Birmanen. Diese schossen übrigens nicht schlecht, und man spricht von europäischen Ueberläufern die ihnen bei der Bedienung ihres Geschützes zur Hand gegangen.

---

* **Die Auswanderung.** (Schreiben eines nach Texas ausgewanderten Deutschen an seine Eltern und Freunde.) San Antonio, Berar County, Texas, den 16. Febr. 1852. Mein Schreiben von Neworleans vom letzten December v. Js., worin ich Euch unsere Ankunft in Amerika meldete, werdet Ihr erhalten haben. Hernach fuhren wir mit dem Steamschiff Louisiana nach Indianola. Wir blieben einen Tag daselbst im Wirthshause von Dahmen, wo wir für Logie und Verkostigung ½ Dollar per Person zahlten. Wir trafen daselbst eine Gesellschaft Pommern und Ostpreußen, durchgehends tüchtige und gebildete Leute, welche lange nach uns von Europa abgereist waren. Der ganze andere Tag ging darauf, unser Gepäck auszuladen. Für Uebergewicht mußten wir mit Einschluß der Schafe 15 Dollars zahlen. Allen, welche nach uns nach Texas reisen, rathe ich, wenn es nur thunlich, direct von Bremen oder einem andern Seehafen nach Galveston oder noch viel besser nach Indianola zu fahren.*) Alle, welche den letzten Weg genommen, sind sehr zufrieden gestellt. Nach einem

*) Das letzte empfiehlt auch der Verfasser des in der Beilange zu Nro. 136 der Speyerer Ztg. abgedruckten Briefes, welcher eine Landung zu Indianola für weit vortheilhafter erklärt, als eine zu Galveston. D. Red.

Aufenthalt von 4 Tagen reisten wir nach S. Antonio ab. Wegen der vielen Auswanderer und des lebhaften Güterverkehrs war gutes Pferdefuhrwerk rar, und wir mußten per Centner 2¼ Dollar Fracht zahlen. Müller ritt auf einem spanischen Schimmel, ich auf einem halbwilden Mustang. Die Frauenzimmer und Kinder setzten sich oben auf den Wagen, die Tauben und Canarienvögel wurden hintenangebunden, und die Schafe trieben wir hintendrein. Wenn ich nun anfangen wollte, alles Interessante zu schildern, was man auf solchem Zuge sieht und erfährt, käme ich gar nicht zu Ende; ich will dies nur oberflächlich behandeln. Nachdem wir unsre Jagdlust an den Bayous und Küsten von Indianola einigermaßen befriedigt hatten, wo es Königsschnepfen, Beccasinen, Enten, Gänse, nicht zu Hunderten, sondern zu Tausenden gibt, ging es nun in den unermeßlichen Prairien wieder auf die Hühner los. Einen Hahn schoß ich von der Größe eines Haushahns, aber schwer von Fett und kostbar von Geschmack. Der erste Lagerplatz war am Chocolate, einem kleinen Bache. Ein Dutzend Emigranten und Güter trafen wir schon dort; Frau und Kinder schliefen in einem kleinen Häuschen, wir Uebrigen alle unter freiem Himmel. Am großen Feuer wurde gekocht und gebraten. Es ist ein eigenes Gefühl, so in Gottes freier Natur, bei wundervoll besterntem Himmel und milder Luft zu lagern. Bei unserer Parthie waren Mehrere musikalisch; es wurde daher musizirt, gelacht und gescherzt, bis sich Alles dem Schlummer überließ. Morgens vor Sonnenaufgang wird aufgestanden, die Fuhrleute suchen ihre Pferde oder Ochsen in der Prairie, während dessen wird Kaffee gekocht und das Frühstück fertig gemacht, und nun geht es wieder vorwärts. Wenn es schönes Wetter ist, kann die Landreise nur angenehm genannt werden, geht der „Norther," oder es regnet viel, ist sie unangenehm. Die Wege, welche das ganze Jahr hindurch gut sind, werden dann unfahrbar, weil der Boden größtentheils aus klebrigem Humusstoffe besteht, und die Fuhrleute müssen dann oft einige Tage stilliegen. — Der zweite Lagerplatz war an der Quadaloupe, wo wir bei einem Amerikaner unter Dach schliefen. Die andern, sehr feine Leute, zogen vor, unter freiem Himmel zu schlafen. Den dritten Tag kamen wir nach „Victoria," wo wir bei Bäcker Meyer logirten. Ich muß diesen artigen Mann allen Auswandrern empfehlen. Am andern Tage passirten wir auf einer Fähre die Quadaloupe, und folgten der neuen Route, welche das Gouvernement ausgelegt hat. Ungefähr 30 Meilen (10 Stunden) führte dieselbe durch Wälder von Lebens- und Paßeichen. Letztere gleicht der deutschen Eiche ungemein, nur fehlt ihr der schöne schlanke Wuchs. Eigentlichen Urwald, im vollen Sinne des Wortes, sieht man nur an den Flüssen. Die Bottoms (Flußniederungen) erstrecken sich meilenweit ins Land und tragen die herrlichsten Pekan- und Wallnußbäume, Ulmen, Platanen u. s. w. Bis da, wo das Hügelland in Texas anfängt, sieht man allenthalben das spanische Moos in langen Bärten an allen Zweigen hängen, welches diesen Waldungen einen eigenthümlich düstern Anblick gewährt. Das Unterholz, mit dichtem Rohr vermischt, ist beinahe undurchdringlich, und der eigentliche Aufenthalt des Raubwildes. Anders ist es in den eigentlichen Waldungen, sie sind unten licht, mit wenigem jungen Holze, weil die ewigen Prairiebrände dasselbe gewöhnlich beschädigen. Nachdem wir eine Tagreise die Quadaloupe hinter uns hatten, fing die Gegend an abwechselnder zu werden. Waldungen wechselten mit sanften, hügeligen Prairien, in denen Hirsche in Rudeln von 150 Stück weideten. Der texanische Hirsch ist bekanntlich dem Dammhirsch sehr ähnlich und wenig scheu. Die Creeks und kleinen Bäche waren bedeckt mit Wasservögeln, besonders Enten. In dieser Hinsicht finde ich die Berichte Mancher, welche das Meiste über Texas übertreiben, noch hinter der Wahrheit. Wir sahen an der Route einen See, von circa 10 Acres Größe, buchstäblich bedeckt mit vielerlei Gattungen Enten, von der kleinsten Krukente bis zur großen bunten Packente. Wir schossen mit Kugeln mehrere aus der Menge, ohne daß die andern aufgingen. Mein großer Teppich that mir gute Dienste. Wir machten Abends davon ein Zelt, besonders an den beiden letzten Tagen, an welchen es sehr kalt war. Wir kamen nach einer 10tägigen Reise nach San Antonio, ritten in die Stadt um Quartier zu bestellen, doch 20 Dollars Miethe für 2 Zimmer sagte mir nicht zu; ich zog also vor, bei einem meiner schon länger dort wohnenden Freunde zu wohnen, bis mein Schwager und die andern Beiden nachkamen, wo wir uns dann ein bequem eingerichtetes Haus für 9 Dollars monatlich mietheten. Mein Schwager hatte ein schönes spanisches Maulthier, ich kaufte mir ebenfalls eins für 40 Dollars, damit wir ein Gespann hatten. So hatte ich in Begleitung meines Freundes K. einen großen Theil des westlichen Texas bereist, wo wir auf allen Farmen, ohne Unterschied, sehr gastfreundlich aufgenommen wurden. Das Hügelland von Texas muß ich als wirklich schön bezeichnen, namentlich die Medina, Leone, Cibalo, Comal und Quadaloupe; diese sind sehr fruchtbar, mit dem üppigsten Grase bewachsen und gut bewaldet. Das gesunde Clima und der bessere Absatz der Producte zieht viele deutsche und amerikanische Ansiedler, sogar aus den vielgepriesenen Gegenden am Nil und Cominscreek hieher. Das für den frisch eingewanderten Deutschen gesundeste Clima fängt hier bei San Antonio und Neubraunfels erst an. An dem Saladoflusse fanden wir ganze Striche, wo sich Farm an Farm reihte, viele schon hübsch eingerichtet, manche erst im Entstehen. Nahrungssorge oder überhaupt Sorge, nach europäischen Begriffen, habe ich hier, wie überhaupt auf meinen Reisen, gar nicht gefunden; für sich und seine Familie eine sichere Existenz zu bereiten ist für den practischen und thätigen Mann ein Leichtes, sogar die Unmasse gebildeter Deutschen, welche meistens mit den lächerlichsten Vorurtheilen und quersten Ideen ans Land geschneit sind, bringen sich, nachdem sie durchgehends eine bittere Schule der Erfahrung durchgemacht, und das Ideelle dem Reellen gewichen, gut durchs Leben. Hier trifft man Gelehrte, Künstler, Offiziere, glänzende Namen, sehr geehrte Mitglieder deutscher Kammern als Ochsenführleute, Rangers (Schützen) oder schlichte Handwerker. Hier wird nicht gefragt: was hast Du früher gelernt, oder welche Carrière hast Du gemacht; nein! sei fleißig und brav, und Du bist geachtet wie der höchste Beamte oder Plantagenbesitzer mit Hunderttausenden von Vermögen. Wer nur Neubraunfels und die Umgegend sieht und weis, mit welchen traurigen Verhältnissen die Leute im ersten Jahre zu kämpfen hatten, wird damit einverstanden sein, daß diese Leute es weit gebracht. Wo vor 4 Jahren noch wilde Thiere hausten, reiht sich nun Farm an Farm. Zufriedenheit liest man in den gesunden Gesichtern. Neubraunfels ist mehr, als ich mir die Stadt gedacht, doch ist auch in Folge des Zusammenlebens so vieler Deutschen, deutsche Kleinigkeitskrämerei und lächerlicher Luxus schon ziemlich heimisch. Schönes, fruchtbares Land, gesunde Lage, herrliches Wasser und Holz. Neubraunfels ist wirklich eine Stadt mit allem, was nur ein erst sechs Jahr alter Platz bieten kann; Kirche und Schule, Mühlen und Kaufmannsläden, Handwerkeretablissements ꝛc., jedoch immer noch nicht nach europäischen Begriffen. Am erstaunlichsten hat sich San Antonio seit 2 Jahren gemacht; wo früher noch elende mexicanische Pfahlhütten standen, reiht sich ein steinernes Haus an das andere, und wird die projectirte Eisenbahn nach Port Lavacca oder Indianola erst gebaut, so wird sich die Stadt noch mehr heben. (Schluß folgt.)

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[946] **Zu verkaufen.**

Eine noch wohlerhaltene 4sitzige Chaise (Wiener Wagen), woran besonders das Eisenwerk vorzüglich ist. Frankirte Anfragen befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 139 | den 10. Juni 1852.

* Das Wachsen der Vereinigten Staaten.

Das Pariser „Journal des Debats" hat kürzlich mit Schrecken entdeckt, daß die Vereinigten Staaten Nordamerika's in 40 Jahren eine größere Bevölkerung haben werden, als ganz Westeuropa, d. h. als Frankreich, Großbritanien, Holland, Belgien, Spanien und Portugal zusammengenommen, und dies zwar, wenn man nur den Maßstab der letzten 10 Jahre bei Berechnung der Vermehrung zu Grund lege.

Washington hat in seinem Testamente seinen Landsleuten empfohlen, sich nicht in ausländische Händel zu mengen, sich nur ausschließlich mit ihren innern Angelegenheiten zu befassen. Kossuth hat diese Maxime auf seinen Zügen durch die Union mit Nachdruck und Geschick bekämpft; er hat gezeigt, daß Washington eine Klugheiteregel ausgesprochen, welche für seine und die nächste Folgezeit galt, daß er aber eine Lehre für andere, für ganz veränderte Verhältniße nicht gab, — nicht geben konnte, noch auch nur geben wollte.

Indeß man nun in den Vereinigten Staaten streitet, welche der beiden Ansichten zu befolgen sei, — hat man eigentlich längst schon das Abschließen auf sich selbst — thatsächlich aufgegeben. Dies zu beweisen, genügt es wol, an den Umstand zu erinnern, daß die Union zu Washington's Zeit ein Gebiet von höchstens 40,000 deutschen Quadratmeilen umfaßte, indeß dieselbe vor 10 Jahren bereits 83,000 hatte, und jetzt 125,000 solcher Quadratmeilen in sich begreift. — Durch Abschließen in sich selbst kam man selbstverständlich nicht zu dieser Vergrößerung.

Die Vereinigten Staaten sind die sechste Großmacht geworden. Sie sind die einzige unter den sechs, die sich *naturgemäß* vergrößert, die sich in Folge dessen weiter und weiter ausbreiten muß, und die es überdies auch sogar ohne alle und jede Gefahr beliebig thun kann. —

Mexico und Centralamerika befinden sich, in Folge der durch die Spanier begründeten Pfaffenwirthschaft, in einem solchen jämmerlichen Zustande, daß sie nur durch eine Einverleibung in die Union zu Ruhe und Wohlergehen gelangen können. Niemand wird zu bestreiten im Stande sein, daß eine solche Einverleibung die größte Wohlthat für jene Länder, das größte Glück für seine Bewohner sein wird. Mit welcher wunderbaren Raschheit die „Amerikaner" andere Länder mit dem ihrigen verschmelzen und in ihrem Wesen und Sein aufgeben machen, dies beweisen Texas und Californien auf eine in der Geschichte noch niemals vorgekommene Art.

Die jämmerliche Mexicanische Regierung ist aber eben im besten Zuge, die Regierung der Vereinigten Staaten zu *nöthigen*, nochmals mit Waffengewalt gegen sie einzuschreiten. Seitdem Californien seine jetzige Bedeutung erlangt hat, muß sich die Union eine gute Verbindung zwischen diesem Gebiete und den östlichen Ländern, und zwar eine Verbindung über die *Landenge* zwischen Nord- und Südamerika, zu verschaffen suchen. Weitaus am Günstigsten ist in dieser Beziehung der Isthmus von Tehuantepec. Die frühern Mexicanischen Regierungen haben während eines Jahrzehnts Concessionen zur Schiffbarmachung und zur Anlage einer Eisenbahn ertheilt und dann wiederholt bestätigt. Sechs nach einander folgende Regierungen in Mexico ertheilten solche Freibriefe und Bestätigungen. Jetzt, wo das Werk ausgeführt werden soll, will es das Mexicanische Gouvernement nicht dulden.

Es handelt sich zwar zunächst nur um eine Privatgesellschaft, welche hiedurch in ihrem Rechte gekränkt wird. Berücksichtigt man aber, daß die „Amerikaner" ebenso wie die Engländer, im wahren Sinne des Wortes eine *Nation* sind, — eine Nation, die auch nicht den Geringsten ihrer Angehörigen schutzlos im Auslande läßt, oder der Willkür der Fremden preisgibt; — bedenkt man, daß durch die projectirte Verbindung der bisherige Seeweg von New-York (um das Cap Horn) nach Californien von 14,200 auf 3800 Seemeilen reducirt wird, und ebenso von New-Orleans sogar von 14,300 auf 2700 Seemeilen; — erinnert man sich endlich, daß bei den letzten Friedensverhandlungen der amerikanische Gesandte Vollmacht hatte, den Mexicanern für das Recht einer Eisenbahnanlage über die Landenge im äußersten Falle bis zu 30 Millionen Dollars zu bieten, — so wird sich nicht bezweifeln lassen, daß die Union dem guten Rechte einer Anzahl ihrer Bürger ganz besonders in diesem Falle die volle Geltung verschaffen wird. Befinden sich aber zum zweiten Mal 50,000 Soldaten der Union in der Mexicanischen Hauptstadt, so werden sie dieselbe wahrscheinlich nicht früher mehr verlassen, als bis Mexico als Stadt der Vereinigten Staaten, überhaupt keines Militäres mehr bedarf. —

Wird hier die Union, durch Eigensinn und Dummheit, *genöthigt*, die reife Frucht zu brechen, so fällt ihr dieselbe anderwärts von selbst in die Hände. Sehr bald werden Gesandte der *Sandwichinseln* auf dem Congreße zu Washington mit dem Ersuchen erscheinen, auch ihr Vaterland in die Union aufzunehmen. —

Es ist wunderbar, wie die Dinge sich entwickelt haben. Vor wenigen Jahren hatte noch kein Mensch diesen Gedanken gefaßt. Hätte ihn Jemand ausgesprochen, so wäre Lachen die Antwort gewesen. Die Entdeckung des Goldreichthums in Californien erzeugt unendlich weiter gehende Wirkungen, als man ahnete. Dieser Goldreichthum ruft die rasche und mächtige Colonisation ganz Westamericas hervor. Dadurch erhält der große stille Ocean alsbald seine höhere Bedeutung. Die Australischen Inseln werden nun für die Cultur schon in einer Spanne Zeit gewonnen sein, denn sie bilden die *Stationen* zum neuen Weltverkehr zwischen dem wunderschnell sich entwickelnden Amerika und dem so lange stagnirenden und versumpfenden Asien, — diesem Asien mit seinen Hunderten von Millionen Einwohnern in China, Japan und Indien, — dreier Länder mit einer Menschenmenge, welche die aller Gebiete Europas zusammengenommen weit um das Doppelte übersteigt. — Haben die Britten begonnen, die äußern Hinderniße eines Verkehres mit dem „Reiche der Mitte" hinweg zu räumen, so werden deren, — und der Deutschen — Söhne es sein, welche diesen Verkehr selbst in höherer Bedeutung ins Leben rufen. — Von welchem vielleicht ungenügenden Erfolge auch die nächsten Maßnahmen der Union gegen Japan sein mögen, auch dieses Reich — das *allein unerschlossene* auf der ganzen Erde, — es wird sich in Bälde öffnen müßen, und es wird eine Verjüngung seiner, die chinesische bedeutend übersteigenden, Cultur erfahren.

Wie lange wird sich Westindien dem Verbande mit den Vereinigten Staaten entziehen können? Wir reden zunächst nicht von den kleineren Inseln. Wir haben zunächst das lächerliche Negerkaiserthum Hayti, dann aber allerdings auch Cuba, die Perle der Antillen, im Auge. Sobald die Union nur *will*, hat Cuba aufgehört, ein spanisches Besitzthum zu sein.

Man hat in Europa ein Paar Jahrzehnte lang mit

der Lehre vom „monarchischen Princip" ein gefährliches Spiel getrieben, indem man, wenn es sich um eine democratische Verfassung handelte, deren Existenz nicht duldete, weil sie unverträglich sei mit dem „monarchischen Princip." Sehr bald wird das auf dieses Gebiet herausgeforderte Amerika allein im Stande sein, dieser Herrschaft politischer Principien in größerm Umfange Geltung zu verschaffen. Selbst unangreifbar — denn das hier allein in Betracht kommende England wird keinen Kampf in dieser Richtung beginnen — kann dieser Staat, mit einer schon heute zum Theil überströmenden Fülle von Kräften; mit einer großentheils kampflustigen Bevölkerung, und mit einem unbegrenzten Credit, gegenüber den von Schulden erdrückten Staaten Europas, — leichter und gefahrloser als England vor 150, ja noch leichter als dieses vor 50 Jahren, seine Banner nach dem Festlande der alten Welt senden, ohne daß diese nur daran denken könnte, den Kampfplatz über den Ocean hinüber zu verlegen. —

Heute ist die Union die jüngste — wenn auch schon nicht mehr die mindest bedeutende — der Großmächte, — bald wird sie aber die einzige Weltmacht sein. *)

Deutschland.

• Der Zollverein. So ist denn also der zunächst entscheidende Schritt geschehen: Preußen hat das Verlangen der Darmstädter Coalition zurückgewiesen (siehe unsere gestrige Zeitungsbeilage). Man verließ sich darauf, daß Preußen, wenn man die Sache nur auf die Spitze stelle, hier ebenso wie zu Olmütz, nachgeben werde. In Wirklichkeit aber geschah, was nach unserer zum Voraus ausgesprochenen Ansicht geschehen mußte: das Gegentheil dessen, was Jene verlangten.

Noch kennen wir natürlich die umfassende Motivirung der Preußischen Erklärung nicht; noch vermögen wir nicht zu ermessen, inwieferne die bisherigen Unterhandlungen etwa dennoch fortgesetzt werden können, oder in wieferne dieselben schon jetzt als völlig abgebrochen betrachtet werden müßten. Was aber keinem Zweifel unterliegt, ist, daß auch im günstigsten Falle die für alle Unternehmungen, für Industrie, Handel und Verkehr jeder Art so grundverderbliche, insbesondere alles Vertrauen an der Wurzel angreifende Ungewißheit und Unsicherheit der Zukunft, auf lange Zeit fortdauern wird.

Nun mag man Denjenigen den gebührenden Dank erstatten, welche höhnten und spotteten, als Weiterblickende warnten, daß die eingeschlagene „Politik" auch den Zollverein gefährde; welche jedem Schritte zu dessen Wahrung hemmend entgegen traten; welche mit einer erborgten Phrase jene Warnung für „baaren Unsinn" erklärten, und welche dabei insbesondere unsern Weinproducenten den Trost gaben: daß ihre guten Weine sich doch Bahn brächen, die schlechten aber keine Berücksichtigung verdienten! —

Das ist wieder ein Stück der „Einigung Deutschlands," an deren Zustandebringen die deutsche Nationalversammlung das Hinderniß war!

Niemand kann sich freuen über dieses Ereigniß, als das mißgünstige Ausland. Und dieser Schlag erfolgt in dem nemlichen Augenblicke, in welchem Frankreich in so bezeichnender Weise auf einen Zollverein mit Belgien, Italien und Spanien hinarbeitet. —

• Betrachtungen. Die Haltung Napoleons gegenüber der Schweiz und gegenüber Belgien ist sehr geeignet, die ganze Aufmerksamkeit des übrigen Europa in Anspruch zu nehmen.

Sind die neueren Berichte über die Stellung der Großmächte zur Schweiz richtig (siehe den Artikel der Allg. Ztg. „Paris, den 3. Juni" in der gestrigen Beilage), so hat die französische Politik in dieser Sache gerade genug gethan, um aus einem dynastischen Interesse einen ernsten Streit anzufachen, und dann, wenn der entscheidende Moment wirklich eingetreten, völlig ungebunden — mit Kriegs- und Eroberungsgelüsten — nach Maßgabe der Gestaltung der Umstände — hervorzutreten. Wie, wenn eine französische Politik ein Interesse dabei hätte, die andern Mächte zu einem gewaltsamen Einschreiten in der Schweizer Angelegenheit anzustacheln, wenn sie die Regierung der Schweiz unter der Hand zum Widerstand ermuthigte, und dann, nachdem die fremden Mächte so weit vorangegangen, um nicht mehr zurück zu können, — sich, das Schwert in der Hand, zum Schiedsrichter, zum „Médiateur" aufwürfe, um der alt-napoleonischen „Vermittler"-Rolle in der Schweiz eine neu-napoleonische an die Seite zu stellen? —

Noch bedeutungsvoller ist die Haltung Frankreichs, Belgien gegenüber. Die öffentliche ausdrückliche Berufung des berüchtigten Granier auf die eigene Kenntnißnahme der Willensmeinung Napoleons grenzt an das Unbegreifliche. Hat auch, wie wir erwarteten, ein nachträglicher Artikel des Moniteur den Constitutionnel desavouirt, — der Staatsstreich und so viele Erfahrungen seitdem haben uns gezeigt, wie es mit der Ausstreuung und dem Widerrufe und dann der schließlichen Verwirklichung solcher Gerüchte zu Paris gehalten wird. —

Belgien ist dasjenige Land, welches einem Eroberungslustigen in Frankreich zunächst als die lockendste Beute erscheinen mag. Belgien soll gegenwärtig dahin gebracht werden, Frankreichs Vasall zu sein, und den Winken des Herrschers dieses Landes gleichfalls willenlos zu folgen. Als Lohn dafür stellt man eine Einverleibung in den französischen Zollverband in Aussicht! Beides zusammengenommen wäre im gegebenen Falle beinah' eine politische Vernichtung, und mehr als die Anbahnung — es wäre gleichsam die Hälfte der Verwirklichung — eines materiellen Einverleibens des Landes in Frankreich!

Und während dies vorgeht, ist man bei uns beschäftigt, den bestehenden Zollverein völlig zu zerreißen, und Maßregeln gegen den freien Geist zu ergreifen, der, wenn die Dinge in der bezeichneten Richtung sich weiter entwickeln, (wie die Erfahrung einerseits 1807 und 1809, anderseits 1813 bis 1815 gezeigt hat,) allein zu helfen im Stande ist.

Frankfurt. Ganz richtig heißt es in einem Art. des „Frkftr. Journals": „Unsere Aufgabe wäre die Germanisirung der 30 Millionen Magyaren, Slovaken, Rußniaken, Zigeuner und sonstigen nichtdeutschen Oesterreicher? Eine Aufgabe, für deren Lösung die österreichische Regierung unsern Professoren noch nicht einmal die nöthige Lehrfreiheit gewährt! Warum wandern denn die 200,000 deutschen Brüder, welche wir in diesem Jahre der Heimath den Rücken kehren sehen, nicht gen Ungarn, um das Werk der Germanisirung an der Theiß und Donau mit einem Mal fertig zu bringen? Es sind ja Industrielle, und der Osten winkt ihnen. Warum ziehen sie denn Alle westwärts?"

München, den 4. Juni. Dem Regensburger Tagblatt schreibt man: Dieser Tage sind nun die letzten Ueberbleibsel von Bärten aus dem Jahre 1848 von den Gesichtern der Beamten und Angestellten verschwunden. Es sollen den Betreffenden „unter der Hand" Winke zur Entfernung derselben zugekommen sein. Die vorerst behaarten Gesichter erscheinen nun hübsch glatt geschoren.

Weimar, den 6. Juni. Wie man bei uns die Bestrebungen der in Eisenach gegenwärtig tagenden Kirchenconferenz auffaßt, mögen Sie u. A. aus folgenden Aeußerungen des verbreitetsten thüringer öffentlichen Organs entnehmen, in Betreff der Herstellung eines allgemeinen protest. Gesangbuchs: „Möge ein an sich guter Gedanke rechte Ausführung erhalten! Nur aber ja keine glaubenszwängende und gewissenbeschwerende Lieder- und Gesangdressur! Die Vögel unter dem Himmel, sie singen auch nicht nach gleichen Noten und aus einem Buche; aber sie loben alle Gott den Herrn!" — Aus guter Quelle

*) Wir verweisen hier auf den Aufsatz in Nro. 61 der diesjährigen Speyerer Zeitung über „Intervention der Amerikaner in Europa."

vernehme ich auch, daß der aufgeklärte Herzog von Coburg-Gotha die Eisenacher Conferenz gar nicht beschicken wollte, weil ihn die starrorthodoxe Richtung der meisten Mitglieder störte, und erst noch in den letzten Tagen sich zur Vertretung des Coburg-Gothaer Kirchenregiments daselbst entschloß. Aber die Wahl Seiner Hoheit fiel auf den entschieden rationell-gesinnten Generalsuperintendenten Gensler in Coburg, nicht auf dessen der strengeren kirchlichen Richtung zugethanen Collegen in Gotha, und auch jener ward dahin instruirt, die Verhandlungen nur mit anzuhören, in keinerlei aber selbst irgend bindende Erklärungen abzugeben. (Fr. J.)

Berlin, den 5. Juni. Den in Eisenach zur evangelischen Kirchen-Conferenz nicht deputirten zahlreich anwesenden Geistlichen wurde der Zutritt nicht gestattet. Das „Correspondenz-Bureau" will dennoch wissen, daß es bis jetzt nicht eben sehr einig hergehe. Die Elemente, die hier zusammenzuwirken haben, sind nichts weniger als homogen. Herr Vilmar aus Kassel ist, wie ein Schreiben aus Eisenach meldet, vorgestern in die Versammlung getreten und wird mit den gleichgesinnten Mitgliedern den milden schwäbischen Theologen und den lichtfreundlichen Thüringern einen schweren Stand bereiten. Die preußischen stehen in der Mitte; gegen sie soll aber Hr. Vilmar, trotz mancher Verwandtschaft in der Behandlung der kirchlichen Fragen, ja trotz der aus frühern Zeiten stammenden persönlichen Beziehungen, den ganzen Preußenhaß mitgebracht haben, der in Kassel jetzt für Patriotismus und für conservativ gilt.

Oesterreichische Staaten.

Aus **Brody** vom 10. Mai wird berichtet: Eine furchtbare Feuersbrunst hat die unweit gelegenen Städte Krasnopolje und Sokolawka heimgesucht. Nach gestern hier eingelaufenen brieflichen Nachrichten ist das letztere Städtchen ganz eingeäschert und am erstern Orte brennt es noch immer, während der größte Theil der Häuser und 2 Menschenleben ein Raub der Flammen geworden sind.

Schweiz.

Bern. Das „Berner Vaterland" macht eine grelle Schilderung von der Zunahme des Vagantenlebens im Kanton. Das ist merkwürdig, da schon seit zwei Jahren „Religion und Ordnung" herrschen. Vielleicht, daß durch die „Prügelstrafe," auf die der Policeidirector schon längst antrug, die Sache gebessert würde!

Tessin. Wie dem „Bund" berichtet wird, läßt die sociale und politische Stellung der Männer, welche in die Untersuchung wegen des Mordes an Hrn. Soldini bis jetzt verflochten wurden, schließen, daß hier einerseits lang genährter Familienhaß, anderseits aber auch politische Eifersucht und Rachedurst thätig waren. Dieser Tage hat auch unter den in Thun versammelten Militärs eine mit jener Untersuchung in Zusammenhang stehende Verhaftung stattgefunden.

Freiburg. Wie der „Bund" berichtet, hat das Comite von Posieux (die HH. Charles und v. d. Weid) unterm 3. d. zwei Zuschriften an den Präsidenten des Gr. Rathes und an den Bundesrath erlassen. Im ersten Schreiben nimmt das Komite einen gar befehlshaberischen Ton an und drückt seine hohe Verwunderung aus, daß in diesen zehn Tagen seit der Volksversammlung von den Behörden nichts unternommen worden. „Wir glaubten nicht nöthig zu haben, die Wünsche des Volkes noch einmal vor die Behörde zu bringen und sie zu Schritten zu veranlassen, welche die Situation des Kantons erheischt... In dieser Beziehung stellt das Volk die Versammlung des Gr. Raths in die erste Linie. Da nichtsdestoweniger derselbe noch nicht einberufen wurde, so können wir Ihnen nicht verbergen, daß sich unter dem Volk eine gewisse Bewegung kund gibt." Später folgt die Drohung: „Da wir die Dispositionen des Volkes kennen, so glauben wir Ihnen erklären zu können, daß halbe Maßregeln zu keinem Resultate führen würden." — In dem Schreiben an den Bundesrath wird diese Behörde von der Constituirung des Comite's von Posieux in Kenntniß gesetzt, sowie von jenem beim Großrathspräsidenten gemachten Schritt. Ferner wird gesagt, daß eine Petition an die Bundesversammlung werde gerichtet werden, wenn der Gr. den Wünschen des Volkes nicht entgegenkomme, wobei sie der Bundesrath gefälligst unterstützen möge. Schließlich werden vier neue in Murten, aus Anlaß der Volksversammlung, vorgenommene Verhaftungen signalisirt, wogegen die Bundesbehörde gemäß der Bundesverfassung einschreiten möge. — Der Gr. Rath ist bei Eiden auf den 15. d. einberufen.

Neuenburg, den 4. Juni. Es war letzten Montag ein volles Jahr, daß ein harmloser, braver junger Mann, Namens Fiva, aus dem Theater von Lachaux-desonds nach Locle ging. Des andern Morgens wurde dem Vater, dessen einzige Stütze er war, der blutige Leichnam des Sohnes ins Haus getragen. Der Unglückliche trug Augengläser, welche nebst seiner Statur und einigen andern Umständen dazu beitrugen, daß man ihn für einen unserer Deputirten, August Lambelet, hielt. Der Mord mußte einen politischen Grund gehabt haben, denn man hatte das Geld Fiva's nicht berührt, und er muß von Mehreren begangen worden sein, denn der Leichnam war nach der That mit großer Anstrengung nicht geschleppt, sondern wenigstens zehn Minuten weit getragen worden. — Heuer, fast auf den Tag ein Jahr nach diesem Morde, begibt sich der Friedensrichter von Locle, Hr. Renaud, von seinem Schwager Girod begleitet, auf demselben Wege nach Hause. Sie werden beide von fünf Burschen meuchlerisch angefallen, und Hr. Renaud erhält Stockschläge über die Augen, welche, wenn sie ein Paar Linien höher gegangen wären, unsern Kanton eines seiner redlichsten und in jeder Beziehung geachtetsten Bürger beraubt hätten. Hr. Renauds Tode wäre für Locle ein öffentliches Unglück gewesen! Zum Glücke ist er auf dem Wege der Besserung. Zum Glücke auch sitzen die beiden Banditen. — Bis zu welchem Punct eine falsche politische und religiöse Erziehung die gesundesten Körper verwirren kann, mögen Sie aus folgenden Worten abnehmen, welcher sich ein bedeutender Royalist dem früheren Redactor des Republicain gegenüber bediente, nachdem ihm dieser von der versöhnenden und nachgiebigen Regierung der Republik gesprochen hatte: „Ihr straft nicht, weil Ihr euer Unrecht fühlt, wir im Gegentheil, wir haben gestraft und wir werden strafen, denn wir haben das Recht dazu von Gott erhalten." (Schw. Nat.-Z.)

Italien.

Turin, den 1. Juni. In der Garnison von Annecy ist der Typhus ausgebrochen. Der ehemalige Minister Galvagno hat sein Notariatsbureau wieder eröffnet.

Neueste Nachrichten.

Berlin, den 6. Juni. Unter diesem Datum bringt das lithographierte Correspondenzbureau folgenden Artikel (dem die telegr. Depesche vom 7. um einen Tag voraus eilte): „Was die Zollvereinsconferenzen betrifft, so hat unsere Regierung sich deutlich gemacht, daß ein längeres Zögern Resultate nicht haben würde, und daß man den Rücktritt einiger dem Zollverein angehörender Staaten schlimmsten Falls riskiren müsse, um überhaupt die neue Vereinigung alsdann bald constituiren zu können. Es herrscht in diesem Puncte nach allen Seiten hin Uebereinstimmung, und drängt diese gerade zu einer Entscheidung, die eine Auflösung des alten und eine Constituirung eines neuen Zollvereins zur Folge haben dürfte."

Königsberg, den 4. Juni. Den hiesigen Buchdruckereibesitzern Kiewning und Kroß ist durch Plenarbeschluß der Regierung die Druckerconcession entzogen worden; als Gründe sind angegeben mehrfache Bestrafungen wegen Preßpoliceiübertretungen und der Umstand, daß Kiewning der freien Gemeinde beigetreten ist. Hierzu mag bemerkt werden, daß die seit beinahe einem Jahre polizeilich geschlossene freie Gemeinde noch keineswegs durch Richterspruch verurtheilt ist.

Halle, den 3. Juni. Die hiesige, bereits seit 1846 bestehende, von Wislicenus gestiftete freie Gemeinde ist durch policeiliche Anordnung — ohne richterlichen Spruch — geschlossen worden. Die Policeibehörde hat nemlich aus den im December confiscirten Schriftstücken die Ueberzeugung gewonnen, daß die freie Gemeinde „ein politischer und staatsgefährlicher Verein" sei.

Wien, den 5. Juni. Bei der nächsten Versammlung der Abgeordneten des österreichisch-deutschen Postvereins wird der Antrag gestellt werden, das Vereinsporto für Briefe in verhältnißmäßiger Weise herabzusetzen.

Paris, den 7. Juni. Der heutige „Moniteur" enthält ein Decret in Betreff der Zinsenreduction der Cassenscheine.

Es ist neuerdings die Rede davon, daß der Prinz-Präsident demnächst eine Reise nach Corsika und Algerien machen werde.

In öffentlichen Blättern findet man den am 7. Juni beginnenden Verkauf des Mobiliars angezeigt, welches sich in dem Schlosse von Eu, dem Eigenthume der Familie Orleans, befindet. — Vor dem Kriegsgerichte zu Lyon hat jetzt der Proceß gegen 11 Militär- und 13 Civilpersonen begonnen, die beschuldigt sind, ein Complott zur Ermordung sämmtlicher Offiziere des zu Lyon garnisonirenden 13. Linienregiments gebildet zu haben. Einer der Verschworenen, dem zur Ausführung der Muth fehlte, hat es enthüllt. Zwei der angeklagten Militäre und acht Civilisten sind flüchtig. Die Militäre, größtentheils Serganten, gehören fast alle dem 13. Regiment an, das Complott aber scheint auch über andere Regimenter verzweigt gewesen zu sein. (?)

Wie verlautet, sollen nach beendigter Session mehrere Deputirte zu Präfecten ernannt werden. — Das „Univers" läßt sich aus Marseille schreiben, daß in den Süddepartementen die geheimen Gesellschaften thätig an ihrer Neubildung arbeiten. Unter einem hervorragenden italienischen Carbonaro soll sich schon ein Verein von etwa hundert Mitgliedern, meist flüchtigen Neapolitanern und Sicilianern, gebildet haben. Wie es heißt, soll dieser Verein sich hinter den Namen des Prinzen Murat und die Freimaurerei, deren Großmeister er ist, stecken, und die Absicht vorgeben, im Königreiche Neapel Sympathieen zu seinen Gunsten zu erwecken. (?)

Ob das Dementi Graniers im „Moniteur" in Belgien befriedigen wird, ist eine andere Frage; denn, wohl gemerkt, werden ja durchaus nicht die Angaben und Drohungen Graniers, sondern nur die Form, in welche er diese eingekleidet und den Präsidenten darein verwickelt hat, desavouirt. Nicht unwichtig ist, daß Granier noch gestern Morgen eine Audienz beim Prinz-Präsidenten hatte.

* **Die Auswanderung.** (Schreiben eines nach Texas ausgewanderten Deutschen. Schluß.) Es ist wirklich erstaunlich wie sich hier alles ändert; wo vor zwei Jahren wenig in Läden zu haben war, findet man in manchen Stores (Läden) nun Alles, was einer als Handwerker, Farmer und sonst zum Leben nöthig hat. Darum ist es auch nicht gut thunlich, im Allgemeinen zum Mitschleppen von Effecten aus Deutschland zu rathen. Geld, Kopf und tüchtige Arbeitshände soll Jeder mitbringen. Das texanische Volk gefällt mir, mit Ausnahme mancher frisch eingewanderten Irländer und Deutschen, sehr gut; es sind durchgehends Männer im wahren Sinne des Wortes; hier kommt Heuchelei und knechtische Kriecherei, läppischer Dünkel auf äußere Glücksumstände, beinahe gar nicht vor. Niedrige Dieberei und kleiner Betrug ist im hohen Grade selten; sogar im Betrug ist der Yankee hier nobel; eine Kleinigkeit ist ihm nicht der Mühe werth, aber eine großartige Prellerei macht er mitunter gern; dies und der Hang zum Whiskytrinken (Brandweintrinken) sind sein Hauptlaster. Eine außerordentliche Achtung genießt das weibliche Geschlecht. Eine Frau genießt sehr großen Schutz durch das Gesetz; das Erscheinen einer Dame ist hinreichend, den wüthendsten Streit zwischen betrunkenen Amerikanern zu schlichten. Es fehlt noch an ordentlichen jungen Mädchen. Mein Dienstmädchen heirathete in den ersten 4 Wochen hier einen jungen Mann Namens Meinhold, welcher eine Farm und sonstiges Vermögen, zusammen gewiß 2000 Dollars, hat. Die Deutschen in der Gegend von Neubraunfels hatten im Monat Januar d. Js. noch den größten Theil ihres Korns in den Kornhäusern, wohl das sicherste Zeichen ihres Wohlstandes bei den jetzigen hohen Kornpreisen, nämlich 1¼ Dollar für 50 Pfund. Hier ist Absatz genug für Alles. Das Gouvernement allein kann sämmtliche Producte, welche Texas bei seiner noch spärlichen Bevölkerung erzeugt, für seine Fuhrleute und Soldaten brauchen. Jeder Fuhrmann erhält monatlich von der Regierung 25 Dollars und mit Ausnahme der Kleider alles frei. Das Land steigt mit jedem Monate, besonders hier in der Umgegend, im Preis. Wir haben hier so viele Landsleute, daß wir Abends glauben zu Hause zu sein. F. Mullberg, der Schmied beim Gouvernement ist und monatlich 45 Dollars frei Geld hat, hat sich schon viel erspart. Adolph R. verdient ebenfalls monatlich 25 Dollars beim Gouvernement. Dem armen Sültenfuß geht es hier sehr gut, er hat so viel zusammen, um sich eine kleine Farm zu kaufen, und wünscht nur seine zurückgelassenen Kinder hieher; jeden Morgen kommt er mit Milch und Eiern in die Stadt, und hat mir heute Mittag, wo er mit mir speiste, seine traurigen Verhältnisse drüben und sein zufriedenes Leben hier geschildert. An guten Schulen und Kirchen fehlt es nicht. Hier ist eine große alte steinerne Kirche, wo täglich Messe gelesen wird. Doch ist der Unterschied hier, daß der Geistliche seine Autorität zu sonstigen Zwecken nicht mißbraucht. Es fällt Manches vor, was Euch gewiß unbegreiflich erscheint. Vorige Woche traf ich einen schlicht gekleideten Mann hier in einem Laden, der sich einige Cigarren kaufte; er sprach englisch, und fragte mich, ob ich meine Maulesel nicht verkaufen wollte; ich konnte nicht mit ihm einig werden; als er fort war, hörte ich, daß es der Bischof von Neumexico war.

Ehrlichkeit finde ich im Allgemeinen mehr als bei Euch; es fällt gewiß Niemanden ein, seine Thür Nachts aus Furcht vor Diebstahl zu schließen. So viel ist gewiß, daß ich mich nur in der Nähe der Stadt ankaufen werde und mein Geschäft nebenbei treibe. H. S. R.—

☞ Eine Beilage zur gestrigen Zeitungsnummer ward nachträglich gestern Abend ausgegeben.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

☞ **Großes Tapetenlager**

eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl,**
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057] in Mannheim.

[1056] **Heu- und Ohmet-Grasversteigerung zu Geinsheim.**

Montag, den 21. laufenden Monats Juni, um 8 Uhr des Morgens anfangend, läßt Frau Wittwe Rothpletz geborne Schuster von Neustadt, den diesjährigen Graswuchs von ihren im Banne von Geinsheim liegenden 280 Morgen Wiesen, im Wirthshause zum Hirsch in Geinsheim, bis Martini nächsthin zahlbar, versteigern.

Den Steigliebhabern werden auf Verlangen von dem Wiesenschützen Joa zu Geinsheim die einzelnen Wiesenloose gezeigt.

Königsbach, den 7. Juni 1852.

Wolf.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag Nro. 140 den 11. Juni 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Der „Nürnberger Kurier" suchte in seinem neuesten Blatte die Frage: „wer trägt die Schuld" (nemlich daran, daß die Erwartungen vom Landtage in Beziehung auf Verbesserungen nicht in Erfüllung gingen), weiter zu besprechen. Seine diesmalige Erörterung erfuhr jedoch eine policeiliche Beschlagnahme, so daß wir vorerst nur die Ueberschrift, nicht den Inhalt des Artikels kennen, bis das Nürnberger Gericht, wie es bisher bei dem genannten Blatte jedesmal (und wahrlich jedesmal mit Recht!) gethan, erkannt haben wird, daß kein Grund zu einer gerichtlichen Verfolgung vorliege.

Die Veranlassung zur Besprechung des erwähnten Themas lag bekanntlich in der Rede des Fürsten Wallerstein beim Schluße der Kammersitzungen. Er beklagte, daß so viele, selbst die bescheidensten Wünsche, nicht erfüllt worden, sah aber den Grund ausschließlich in der äußern Gestaltung der Verhältniße, und kam dabei zu dem Ergebniß, daß es weder die Schuld der Kammer noch auch die der Minister sei, wenn die Dinge so gekommen.

Kaum waren diese Worte gesprochen, so beeilten sich die reactionären Zeitungen (was sonst gar selten bei ihnen vorkömmt,) die Wallerstein'sche Aeußerung vollständig und genau abzudrucken. Mehre von ihnen stimmten eine Art Jubellied darüber an, obwol es sehr leicht zu erkennen und zu ermitteln war, daß der Redner hier eben seine individuelle Ansicht, keineswegs die der „Linken" ausgesprochen hatte, deren Mitglieder in ihrer großen Mehrzahl eine entgegengesetzte Ansicht hegen.

Allein wir wollen heute davon ganz absehen. Als höchst bemerkenswerth und bezeichnend erscheint uns dagegen der Umstand, daß die reactionären Blätter mit solcher Hast, solchem Eifer und solcher Freude die Wallerstein'sche Aeußerung abdruckten. Es liegt ein merkwürdiges Bekenntniß darin: das Bekenntniß nemlich, (welches sich freilich einem Jeden längst aufdringen mußte,) daß statt der goldenen Berge, welche die Reaction versprochen, statt aller Verbesserungen und Volksbeglückungen, die im Großen und im Kleinen, im Ganzen wie im Einzelnen, in solcher überschwenglichen Fülle verheisen wurden, wenn man nur die Democratie „unschädlich" mache, — daß statt alles dessen, sagen wir, — die Organe der Reaction unbedingt zugestehen müßen: Nichts ist verwirklicht von allen jenen Verheisungen und Versprechungen, statt ihrer liegt Noth und Zerrissenheit und Unglück jeglicher Art vor; — und daß sie sich glücklich schätzen, in einer allzugutmüthigen Aeußerung eine Entschuldigung aufzufinden, die blos dahin geht: „es ist aber doch nicht unsere Schuld!" —

Das Thema ließe sich unschwer weiter entwickeln. — Wir beschränken uns für heute einfach auf die Frage: Wer ist es denn, der die Schuld trägt, nachdem das früher bezeichnete einzige Hinderniß, die Democratie, seit Jahren niedergeworfen ist?!

Die Thatsachen. Die „Nat.-Ztg." sagt in einem größeren Artikel:

Den Demokraten ist schon oft vorgeworfen, sie trügen den Thatsachen zu wenig Rechnung.

Mit dem Vorwurf hat es seine eigenthümliche Bewandtniß; es kann darin ein begründeter Tadel, es kann auch darin umgekehrt ein gebührendes Lob liegen. Denn es kömmt darauf an, was mit dem Verlangen, den Thatsachen Rechnung zu tragen, gemeint ist. Daß die Demokraten sich den Thatsachen gegenüber anders verhalten, als die Konservativen, geben wir von vorn herein zu.

... Da loben wir uns den konsequenten Götzendienst, den das thatenlose oder thatverehrende konservative Bewußtsein mit den Thatsachen treibt.

Als ein Februartag ohne Schwertstreich Louis Philipp mit seiner Quasilegitimität und seinem Lügenabsolutismus gestürzt hatte, und er, der als ungetreuer Vormund die Krone, die er für einen Unmündigen bewahren sollte, unterschlagen und in eigenen Gebrauch genommen hatte, dem nach drei Julitagen vertriebenen Karl X. in die Verbannung gefolgt war, und nun ohne eines Menschen Widerspruch, selbst ohne einen Protest des Grafen von Chambord die Republik erst vom Volk und von der provisorischen Regierung, nachher am 4. Mai von der Nationalversammlung proklamirt war: da war von Legitimisten und Orleanisten in Frankreich, von hohen Geistlichen, von Generalen, alten Ministern, Diplomaten, Staatsräthen und Richtern in Frankreich, da war von Konservativen aller Länder einmüthig zu hören: ja, man muß es anerkennen: in Frankreich hat sich die Monarchie durch eigene Schuld unmöglich gemacht; es bleibt diesem Lande keine andere als die republikanische Regierungsform übrig.

Aber kaum hat Louis Napoleon die Republik zu seiner Disposition, wie die Katze die Maus, mit der sie noch spielt, ehe sie sie verschlingt; kaum ist das Kaiserthum im Begriff eine Thatsache zu werden: so heißt es im Munde der konservativen Weisheit: ja, wir haben es immer gesagt; in diesem alten Europa, das durch und durch monarchisch organisirt und von royalistischen Traditionen getragen ist, kann höchstens in der Schweiz, in Hamburg, Lübeck, Bremen und Frankfurt eine Republik existiren.

Als wieder im Jahre 1848 in Neapel, in Rom, in Sardinien, in Oesterreich, in Preußen Konstitutionen eingeführt wurden, erschien das dem konservativen Bewußtsein unerläßlich; ward die Kurzsichtigkeit beklagt, die so lange, zu lange damit gewartet habe. Sobald aber irgendwo wieder eine Konstitution abgeschafft ist, so setzt der konservative Unterthanenverstand mit wenig Witz und viel Behagen auseinander, daß die Eigenthümlichkeit des Landes sich einmal mit parlamentarischer Regierung nicht vertrage.

Sobald es hieß: Mobilisirung der Armee zum Kriege gegen Oesterreich, so erklärten die Konservativen, man dürfe sich der Einsicht nicht verschließen, daß um Preußens, um Deutschlands, um des Zollvereins, der deutschen Einheit, der Reformation, der deutschen Wissenschaft und Kultur willen endlich einmal das Schwert definitiv entscheiden müsse zwischen Habsburg und Hohenzollern. Nach dem Abschluß des Olmützer Abkommens dagegen hatte der konservative Unterthanenverstand von Anfang an gesagt, daß eine gegenseitige Zerfleischung der deutschen Bruderstämme, um dynastischer Interessen willen und zum Frohlocken der östlichen und westlichen Feinde Deutschlands, eine Unmöglichkeit sei, unmöglich sein müsse.

Auf diese Weise können allerdings Demokraten den Thatsachen nicht Rechnung tragen. Sie vermögen nicht in jeder Thatsache ein Gottesurtheil zu erblicken, da ein geordneter Instanzenzug nicht besteht und das aufhebende oder vernichtende Urtheil sehr oft erfolgt, ehe das vorangehende hat in Vollzug gesetzt werden können. Die

Demokraten prüfen, unterſcheiden und würdigen die Thatſachen nach ihrem Werth und ihrer Bedeutung, ebenſo fern von idealiſtiſcher Verachtung als von abergläubiſcher Vergötterung derſelben.

Eine Betrachtung Lamartine's. „Hinter dieſem öffentlichen Geiſte, der einen Augenblick erlöſcht, gibt es ein anderes Land und einen anderen öffentlichen Geiſt, gibt es eine andere Generation von Ideen, die ſich nicht ſchlafen legt, die wacht mit denen welche wachen, die keine Reue fühlt mit denen welche Reue fühlen, die ſich nicht aufgibt mit denen die ſich aufgeben, die eines Tages ganz mit uns ſein wird." —

München, den 7. Juni. Wir freuen uns, unſeren Leſern mittheilen zu können, daß die Verhandlungen mit dem Chemiker Liebig in Gießen wegen ſeiner Berufung an die hieſige Univerſität zu einem erfreulichen Reſultate gediehen ſind, nämlich zur Annahme des Rufes von Seiten des hochberühmten Mannes. (B. Ztb.)

Nürnberg, den 5. Juni. (Religiöſer Wahnſinn.) In voriger Woche kam hier der Fall vor, daß zwei Schweſtern an einem und demſelben Tage wahnſinnig wurden. Sie legten ihre alte Mutter gewaltſam auf das Sopha und ſagten betend, daß dieſe heute ſterben werde. Wäre der armen Frau nicht Hilfe geworden, ſo hätte der prophetiſche Geiſt der Wahnſinnigen recht gehabt, denn ſie wäre unter den Betten gewiß erſtickt. Beide Unglücklichen befinden ſich im Krankenhauſe.

Freiburg, den 4. Juni. Es ſind in jüngſter Zeit mehre Zöglinge aus der hieſigen jeſuitiſchen Schule entlaſſen worden, deren Ausſagen dieſe Exercieranſtalt in ein eigenthümliches Licht ſtellen. Die armen Kinder erregten den Zorn der heiligen Väter angeblich, weil ſie auf der Straße den Leuten ins Geſicht geſehen, ſogar mit andern Menſchen zu ſprechen gewagt hätten. Einer dieſer Knaben hatte gebeten, man möchte ihm noch ſo lange ein Obdach gewähren, bis er ein Unterkommen gefunden, was in Betracht, daß die Kinder meiſtens aus den ärmſten Volksclaſſen und dazu aus der Fern herbeigezogen worden, eine Bitte war, welche Menſchen (nicht einmal den Namen Chriſten zu erwähnen) wol eine nothwendig zu gewährende geſchienen haben ſollte. Nichtsdeſtoweniger wurde der Jeſuitenzögling aber auf die Gaſſe geſetzt und würde vielleicht in Elend untergegangen ſein, wenn nicht ein mitleidiger Bürger ihn aufgenommen hätte. Möge das deutſche Volk aufmerkſam werden auf dieſe und viele ähnliche Fälle, daß nicht Schulen moraliſcher Ungeheuer ſich bilden, welche die neue Geſittung, wenn nicht vernichten, ſo doch bedrohen und bedeutend gefährden können. (Fr. Z.)

Braunſchweig, den 3. Juni. In den heutigen Anzeigen wird die Nachricht mitgetheilt, daß von dem Miniſterium die zur Begründung einer deutſchen Flotte geſammelten und bisher bei der preußiſchen Hauptbank niedergelegt geweſenen Gelder, im Geſammtbetrage von 449 Thaler dem Leſſingsfonds überwieſen worden ſind.

Berlin. Die Gränzboten bemerken: „Daß man durch die Unterzeichnung des londoner Protocolls den Herzog von Auguſtenburg .... Preis gibt, iſt ſchon ſehr ſchlimm; aber noch ſchlimmer, daß man ſich gleichſam als Entſchädigung dafür die Wiederherſtellung der Souverainetätsrechte in Neufchatel ausbedungen zu haben ſcheint. Der Noth des Augenblickes zu weichen, iſt mitunter auch Verhängniß des Starken; aber ſich dafür kleine Vortheile zu erwerben, die im Grunde nur Illuſion ſind, das ziemt ſich nicht für die Politik eines Staates, der ſich gern zu den Großmächten rechnet."

Berlin, den 6. Juni. Die „Elberf. Ztg." bringt unter vorſtehendem Datum folgenden, die Situation furchtbar bezeichnenden Artikel: „Wenn Sie dieſe Zeilen empfangen, iſt die Zollvereinsfrage in ihrem erſten Stadium bereits entſchieden. Preußen hat die Forderungen der Darmſtädter Coalition auf Zulaſſung eines öſterr. Bevollmächtigten und gleichzeitige Verhandlung über den unter Lit. A in Wien berathenen Handelsvertrag zurückgewieſen, und die Darmſtädter haben ihre Erklärung wiederholt, unter ſolchen Umſtänden in keine weiteren bindenden Unterhandlungen wegen Reconſtituirung des Zollvereins treten zu wollen. Die preußiſche Regierung wird alsdann nicht zögern, den ſüddeutſchen Bevollmächtigten ihre Päſſe zu geben und die Conferenz für abgebrochen zu erklären. Was aber dann? — Zuerſt erwarten wir von dem Patriotismus des preußiſchen Volks, daß es dieſen von der Ehre und Würde des Staats dictirten Schritt als ſolchen anſehen werde. Wir hoffen, keine Jeremiaden über die großen Verluſte zu hören, die die Sprengung des Zollvereins der preußiſchen Induſtrie und dem preuß. Handel zufüge. Der Moment iſt da, wo die preuß. Induſtrie zu beweiſen hat, daß dieſelbe Hingebung, dieſelbe Aufopferungsfähigkeit, ja — ſagen wir es nur — derſelbe Todesmuth, der das preuß. Volk vor allen in der Welt auszeichnet, auch ſie durchweht. Jede Klage würde die Regierung compromittiren, würde von den Coaliſirten als Vorbote der Nachgiebigkeit des Cabinets angeſehen werden. Von dem Standpuncte der Ehre Preußens iſt aber keine Nachgiebigkeit möglich. In weiterer Folge muß aber dieſes ſelbſtbewußte Zuſammenſtehen des preußiſchen Volks mit ſeiner Regierung den Zollverein wieder herſtellen. Wenn jene ſüddeutſchen Sonderbündler erkennen, daß ihre Drohung die Wirkung verfehlt, daß man ſich finanziell und volkswirthſchaftlich in dem kleineren Hauſe einrichtet und daſſelbe ſo wohnlich als möglich macht; dann wird und muß ihnen der Muth vergehen, das ſchnöde Spiel mit den Intereſſen der eigenen Bevölkerung fortzuſpielen; und ſie werden es ſein, die um Wiederaufnahme der Verhandlungen nachſuchen. Wir verargen es der Regierung nicht, wenn ſie in ſolchem Falle, wie es in ihrer Abſicht liegt, von einer Gleichberechtigung der Mitglieder, von einer Vertheilung der Zollrevenüen nach der Kopfzahl nichts mehr wiſſen will; wenn ſie von Denen, die muthwillig den Bund brachen, Ergebung auf Gnade oder Ungnade fordert, und den Zollverein nur unter Bedingungen fortſetzt, die Preußen dictirt hat."

— den 7. Juni. Seitens der hannoverſchen Regierung ſind in der letzten Zeit noch mehrfach Verſuche gemacht worden, die Staaten der ſüddeutſchen Coalition umzuſtimmen und auf die Forterhaltung des Zollvereins in ſeinem jetzigen Umfange nach allen Seiten hin zu wirken. Man hat ſich in ſpecie Seitens Hannovers Conzeſſionen nicht abgeneigt gezeigt, wenn dadurch alle ältern Mitglieder dem zu erweiternden Verbande erhalten bleiben. — Die mecklenburgiſchen Regierungen haben für die hieſigen Zollvereinsconferenzen ein großes Intereſſe an den Tag gelegt. Man ſcheint von dieſer Seite gerade eine Lostrennung der ſüddeutſchen Staaten von der neuen preußiſch-hannoveriſchen Zollverbindung nicht ungern zu ſehen, indem man ſo eine lediglich Vertretung der norddeutſchen Handelsintereſſen von dem neuen Vereine erwarten darf. (F. Z.)

Die Verſammlungen höherer Polizeibeamten einzelner deutſcher Staaten, welche im vorigen Jahre zuerſt ſtattgefunden haben, werden auch in dieſem Jahre fortgeſetzt. Als Ort der nächſten Zuſammenkunft wird München genannt.

Wien, den 5. Juni. Dem Vernehmen nach ſteht eine große Veränderung in der Armee bevor. Die Landwehr und ſämmtliche Grenadierbataillone ſollen aufgelöſt werden. Jedes Regiment beſtände aus fünf Bataillonen, wovon vier ſtets vereint ſtationirt würden; jedes dieſer vier Bataillone bekäme die erſte Compagnie als Grenadierbataillon, welche die um 1 kr. erhöhte Löhnung erhielte. In Kriegszeiten würden dieſe vier Grenadiercompagnien zu einem Bataillon vereinigt. Der Ausfall durch die Landwehr würde dadurch erſetzt, daß jeder Ausgediente noch zwei Jahre Reſervemann bliebe.

Digitized by Google

Nürnberg, den 8. Juni. Hier sind am 6. die Getreidepreise merklich herabgegangen; die Zufuhr war weit stärker als der Absatz. Am nemlichen 6. haben dagegen die Getreidepreise in Regensburg wieder etwas angezogen.

Würzburg, den 5. Juni. Das Abendbl. schreibt: „Die Vorlesungen über bayerische Geschichte an der hiesigen Universität, von dem Rektorate durch einen Anschlag so warm und dringend empfohlen, haben in diesem Monate begonnen, jedoch nicht mit solcher Theilnahme, wie sich von der hohen Bedeutung der Kunde vaterländischer Vergangenheit hätte erwarten lassen."

Frankreich.

Paris, den 6. Juni. Es heißt, daß unser Cabinet mit Spanien wegen der Summen, die letzteres von 1823 her an Frankreich schuldet, eine Uebereinkunft abgeschlossen habe.

Die „Gazette de France" stellt heute der Fusion einen Todtenschein in aller Form aus. Sie sagt: „Wir sind im Stande, aufs bestimmteste zu versichern, daß alle von Neuem in Umlauf gekommenen Gerüchte über die Versöhnung der Prinzen Orleans mit dem Chef des Hauses Bourbon keinerlei Begründung haben. Die Familie Orleans beharrt trotz der lebhaften Vorstellungen ihrer ehemaligen Rathgeber bei ihrer revolutionären Stellung. Sie verweigert bis jetzt jede Annäherung an den Grafen Chambord. Jede andere Behauptung wäre irrig und könnte nur zum Zwecke haben, die immer falschere Position, in die das nur zu lange Warten unsere Freunde seit 1848 gebracht hat, zu verlängern." Die „Gazette de France" läugnet also die Fusion. Ganz wohl, — aber keine Verwechslung! Die Fusion von oben ist null oder unsichtbar, aber die Fusion von unten ist wirklich und sogar sichtbar. (K. Z.)

Paris, den 3. Juni. Man liest seit einigen Wochen öfters im Moniteur, daß Officiere „ihre Ansprüche auf Abschied" geltend gemacht und denselben erhalten haben. In der legitimistischen Partei wird jedoch in dieser Beziehung behauptet, daß mehrere von diesen Officieren nicht den Abschied verlangt, sondern bloß den Eid verweigert haben, und man aus leicht begreiflichen Gründen zur Anzeige ihres Austritts aus der Armee die angeführte Formel jeder andern vorziehe. Wenn dem so wäre, würde der Brief aus Venedig sogar die Armee in den Kreis seiner Wirkung gezogen haben. Die Legitimisten haben nach der Julirevolution, mit Ausnahme einiger höheren Officiere, es durchaus nicht gegen ihr politisches Gewissen gehalten, Dienste in der Armee fortzusetzen oder anzutreten. Unter der Republik hatten sie keinen Eid zu leisten. Allein jetzt, wo eine neue Regierungsform und als deren Trägerin eine neue Dynastie im Anzuge ist, Regierungsform und Dynastie, die sich ausschließlich auf Bajonnette und Stimmzettel der Massen stützt, jener Massen, für welche kein anderes Frankreich existirt als das 1804 erschaffen worden, glauben viele legitimistische Officiere eine auf solche Grundlage gestützte Regierung nicht mit ihrem Blute schützen zu dürfen. (A. Z.)

— den 7. Juni. Der kategorische Widerspruch, welchen der „Moniteur" den Versicherungen des Hrn. Granier v. Cassagnac ertheilt hat, der seine Drohungen gegen Belgien für einen Ausdruck der Ansichten des Staatsoberhauptes ausgegeben, veranlaßt Hrn. Veron, den Geranten des „Constitutionnel," seiner Seits zu einer Erklärung; er habe den Artikeln des Hrn. Granier v. Cassagnac gegen Belgien nur deßhalb die Spalten seines Blattes geöffnet, weil dieser letztere ihm die Versicherung gegeben, daß er im Namen des Prinzpräsidenten spreche; und trotz des Widerspruches des offiziellen Journales könne er noch immer nicht annehmen, daß Hr. Granier v. Cassagnac ihn zu täuschen beabsichtigt habe, und er glaube auch jetzt noch, daß derselbe „autorisirt" gewesen sei. — Hr. Granier v. Cassagnac gibt ebenfalls eine Erklärung ab; sie lautet sehr lakonisch; er sagt ganz einfach: „Man wird bemerken, daß das „Mitgetheilt" des „Moniteur" nicht die Politik desavouirt, welche wir Belgien gegenüber zu befolgen angerathen haben."

Am nächsten 15. August, an welchem Tage die Adlervertheilung an die Nationalgarden stattfinden wird, soll dem Vernehmen nach eine umfassende politische Amnestie verkündet werden. Die verschiedenen Behörden der Departemente sind bereits aufgefordert worden, über die Individuen, welche die Amnestie umfassen würde, nähere Mittheilungen zu machen.

Schweiz.

Wallis. Die Volksabstimmung über die Verfassungsrevision ist auf den 20. Juni angesetzt. Die nichtabstimmenden Bürger werden nicht gezählt, sondern die absolute Mehrheit der Stimmenden entscheidet.

Belgien.

(Die Reaction in Belgien.) Auch in Belgien soll's losgehen. Der W. Z. schreibt man die verbürgte Nachricht, daß in Belgien sich wichtige Ereigniße vorbereiten. Der bekannte Hr. v. Stockmar, der in der neueren Geschichte Belgiens eine wichtige Rolle spielte und auch während des Frankfurter Parlaments sich bemerklich machte, ist als der einzige Vertraute des Königs Leopold in diesem Sinne thätig. Es handelt sich nämlich nicht von Aufhebung der belgischen Verfassung, wol aber von einer solchen, wo möglich auf gesetzlichem Wege zu erzielenden Modification derselben, die es der Krone möglich macht, den früheren Kompromiß zwischen den beiden Parteien, der katholischen und liberalen, wiederherzustellen, mit Beseitigung des herrschenden Exclusivismus auch Anhänger der katholischen oder klerikalen Partei in Aemter und Würden zu bringen, mehrere von dem Ministerium Rogier ausgegangene Gesetze, als einseitig liberal und antikatholisch, zu modifiziren und überhaupt den Wünschen der Gesammtbevölkerung gerecht zu werden. (!!) Damit hängt wesentlich zusammen die Wiederherstellung der Armee auf denselben Fuß, auf welchem sie vor 1848 war, und in Folge dessen Zurückgabe des Portefeuilles des Kriegsministeriums an den General Chazal, der den von Rogier durchgeführten Aenderungen im Heerwesen von Anfang an entgegen war. Auch die auswärtigen Kabinette sollen damit einverstanden sein, daß das Königthum in Belgien seine Stellung wieder über den Parteien nehme und nicht zu einem Werkzeug des „intoleranten" Liberalismus herabgewürdigt werde.*)

Vereinigte Staaten.

Californien. Im Mai 1848 ließ ein Schweizer, Namens Suter, einen Graben zu einer neuen Mühle ziehen. Die geöffnete Schleuße brachte statt Mehl — Gold. Der Fund konnte nicht geheim gehalten werden. Gegen 4000 Goldsucher fanden sich ein. Sie beuteten in 8 Monaten 7500 Kilogrammen aus, im Werthe von 26 Millionen Francs. Schaaren aus allen Ländern folgten ihnen. Die Ausbeute belief sich im Jahre 1849 auf ungefähr 178 Mill. Frs.; 1850 auf 250 Mill., und 1851 auf 322 Mill. Für 1852 schätzt man sie auf mehr als 400 Mill. Sonach wäre der Gesammtertrag in weniger als 5 Jahren gegen 1200 Mill. Er wird aber voraussichtlich so sehr zunehmen, daß man die Gesammtausbeute am Schluße des ersten Jahrzehnts zu 3600 bis 4000 Mill. Frcs. wird annehmen können.

Neueste Nachrichten.

München, den 7. Juni. Aus dem Regierungsblatte ist zu ersehen, daß Professor Geibel aus Lübeck, unter Vorbehalt seiner bisherigen Staatsbürgerrechte, das Indigenat verliehen bekam. — Nach einer Ministerialverfügung müssen diejenigen Civilstaatsdiener, welche den Prozessionen am Frohnleichnamstage beizuwohnen verpflichtet sind, allenthalben in der Gallauniform erscheinen. — Hof-

*) Soll damit das Vertrauen zum „Constitutionalismus" gestärkt werden? Schwer begreiflich! D. Red.

rath Dr. Buchner ist, 70 Jahre alt, gestorben. — Im Monat Mai wurden hier gegen 40,000 Eimer Bier weniger getrunken als sonst.

Regensburg, den 2. Juni. Gemäß Regierungsentschließung wurde der hiesige „Turnverein" von der städtischen Policei geschlossen.

Karlsruhe, den 8. Juni. Die Conferenzen der Bevollmächtigten derjenigen Regierungen, welche zur oberrheinischen Kirchenprovinz gehören, sind jetzt beendet und die betreffenden Bevollmächtigten sämmtlich heute von hier abgereist. Sicherem Vernehmen nach ist das Resultat dieser Conferenzen ein für die Regierung erwünschtes zu nennen, indem man im gegenseitigen Austausch am Schluß der Verhandlungen zu vollständiger Einmüthigkeit gelangt ist.

Wie man hört, ist die Keßler'sche Maschinenfabrik nunmehr vom Staat angekauft. (Fr. J.)

Berlin, den 7. Juni. Die Erklärung der Regierung in der Zollsache geht dahin, dieselbe werde auf das Project einer österreichischen Zolleinigung gar nicht, auf das eines Handelsvertrags, wie schon früher erklärt, erst nach der Reorganisation ihrer Zollverbindungen eingehen. Die bisherigen Zollvereinsregierungen werden aufgefordert, ihren Beitritt oder ihre Ablehnung in dieser Beziehung auszusprechen, damit die preußische Regierung in letzterem Falle die nöthigen Maßregeln hinsichtlich der neuen Grenzbewachung treffen könne. (Köln. Z.)

Bremen, den 5. Juni. Die Untersuchung wegen des Complotts „der Todtenbund" sind noch immer im vollen Gange. Neue Verhaftungen in dieser Angelegenheit haben wieder stattgefunden und nach außerhalb sind Requisitionen ergangen zur Verhaftung einiger mitcompromittirten Bremer Cigarrenmacher. Im Preußischen sind auf diesseitige Requisition 2 Cigarrenmacher verhaftet und nach Minden ist ein hiesiger Policeibeamter gesandt worden. Die Zahl der bis jetzt hier Eingezogenen dürfte schon über 20 betragen.

Wien, den 8. Juni. Die heutige Wiener Zeitung bringt in halbamtlicher Fassung die Grundzüge eines neuen Finanzplanes, nach welchem die Regierung künftig vorzuschreiten gedenkt. Zur Verbesserung des österreichischen Finanzwesens seien (heißt es darin) freiwillige Anlehen ein sehr geeignetes Mittel. Silbermünzen werden künftig nur mit 20procentigem Kupferzusatz ausgeprägt. In dem laufenden Jahre 1852 seien, gegen das Jahr 1851, 20 Millionen Mehreinnahme des Staates zu hoffen. Die vor kurzer Zeit an die Börsenplätze von Frankfurt, Amsterdam, London und Paris zur Unterzeichnung gebrachte Anleihe von 35 Millionen wird heute hier bekannt gegeben.

Auch der Kirchenstaat ist dem deutsch-italienisch-österreichischen Postvertrag beigetreten.

Brüssel, den 7. Juni. Die Herren Labarre und Patoin, Redacteure des Journals „La Nation" wurden heute wegen der beleidigenden Artikel, welche sie in ihrem Jornale gegen den Präsidenten der französischen Republik veröffentlicht hatten, vor dem Assisenhofe von Brabant freigesprochen. Nachdem die Berathung der Geschwornen eine Stunde gewährt, gaben sie ein verneinendes Verdict auf alle Fragen ab.

— den 8. Juni. Von den bis jetzt bekannten Wahlen zur Repräsentantenkammer sind 30 liberal, 19 oppositionell.

Paris, den 8. Juni. Die der Familie Orleans zugehörigen Schlösser zu Eu sind vom Fiscus in Besitz genommen worden.

Aus Veranlassung der Art, wie der „Constitutionnel" sich über die Communication des „Moniteur" in Betreff Belgiens äußerte, ist diesem Blatte eine förmliche amtliche Warnung ertheilt worden.

Nach Briefen aus **Florenz** vom 31. Mai sind dort mehrere Verhaftungen vorgenommen worden. Der einige Tage vorher wegen Verbreitung politischer Flugschriften verhaftete Marchese Bartolommei ist auf 6 Monate nach Piombino verbannt worden.

Miscellen.

Die Voß'sche Zeitung meldet aus **Berlin:** Die hier kürzlich eines unnatürlichen Verbrechens halber zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilten (hochadeligen) Personen haben nicht appellirt, aber Gnadengesuche eingereicht, in denen sie mit Rücksicht auf ihren Stand (!) und ihr Alter (!) die Umwandlung der Zuchthausstrafe in Festungsstrafe beantragen. Einen Theil derselben Personen werden wir binnen kurzem in einem andern Kriminalprocesse ziemlich verwickelter Natur wieder auf der Anklagebank sehen.

Augsburg, den 5. Juni. Die Klosterschwester Kath. Dußmann wurde durch alle Instanzen hindurch von hier ausgewiesen, weil sie Kranke durch Gebet heilte und dafür Geschenke annahm und auf kirchliche Weisung hin, das nicht unterließ. Bei der letzten Magistratssitzung kam nun ein Gesuch dieser „Schwester" Dußmann um Heimathsrecht zur Verhandlung. Einer der Herren Räthe meinte: „Nicht nur alte Weiber und Kinder, sondern Männer von Geist und Verstand gäben der Dußmann eidlich das Zeugniß, daß die Kraft ihres Gebetes ihnen geholfen hat, wo ärztliche Macht erschöpft gewesen sei. Das Collegium des Magistrats habe gewiß nicht das Recht, der Stadt diesen Trost zu entziehen." Das Gesuch wurde jedoch abgewiesen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

☞ Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleistet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreisung sein wird, mit der Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft.

Königl. bayerisch und königl. würtembergisch concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geschwollene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken- und Kopfschmerzen, auch Seitenstechen.

Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen und königl. würtembergischen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchst preislichen Ministerien in Baiern und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ „ 30 kr.

In Speyer ist das Hauptdepot einzig und allein bei

[1059²⁶] **Louis Cron.**

[1046³] **Soolbad Dürkheim in der Pfalz.**

Das Sool-, Dampf- und orientalische Bad ist dieses Jahr mit beginnendem Mai eröffnet worden. Zu dessen Gebrauch ladet höflichst ein:

Die Badecommission.

[1058²] **Versteigerung einer Gutsparzelle zu Ludwigshafen am Rheine.**

Montag, den 21. Juni nächsthin, des Nachmittags um 2 Uhr, zu Ludwigshafen am Rheine, im deutschen Hause bei Görg, wird durch den Unterzeichneten ein daselbst unmittelbar am Bahnhofe, am Hafen, am Kohlenwege und am Rheine gelegenes Stück Land, enthaltend 290 nürnberger Ruthen, in mehrere Hausplätze eingetheilt, oder auch im Ganzen, öffentlich unter vortheilhaften Bedingungen versteigert werden. Dabei ist man nicht abgeneigt, bis zum Versteigerungstage diese Gutsparzelle im Ganzen oder zu einzelnen Bauplätzen um billige Preise käuflich abzutreten, und bittet, sich deßfalls an den Unterzeichneten gefälligst wenden zu wollen.

Mutterstadt, den 8. Juni 1852.

C. Moré, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | **Nro. 141** | **den 12. Juni 1832.**

Deutschland.

• Ueber die projectirte Bundespreßgesetzgebung. Bekanntlich ist eine Einigung darüber bis jezt nicht zu Stande gekommen. Es stehen sich insbesondere die Preßprojecte Oesterreichs und Preußens gegenüber, von denen das Erste Bestimmungen über alle Einzelnheiten verlangt, das Lezte aber dem Bundestage die Befugniß dazu bestreitet, und nur die Aufstellung verschiedener allgemeiner Normative zugibt. — Beide wollen freilich eine Gesezgebung in gleicher Richtung, nur verschieden in dem Maße der vorzuschreibenden Preßbeschränkung.

In der lezten Zeit ist durch öffentliche Blätter die „Oesterreichische Denkschrift über die Competenz des deutschen Bundestags zur Erlassung eines „Bundespreßgesezes" bekannt geworden. Man staunt über die Aufstellungen, welche in der gedachten Denkschrift versucht werden.

Die ganze Argumentation läßt sich übrigens auf die beiden Säze zurückführen: 1) der Bundestag ist competent, ein Gesetz über die Presse zu erlassen, weil der Art. 18 der Bundesacte einer Regelung der Preßverhältniße durch die Bundesversammlung erwähnt, und 2) diese Competenz ist auch von allen deutschen Regierungen jederzeit unbedingt anerkannt, und es sind die Beschlüsse des Bundestags von denselben stets vollzogen worden, sowol in Beziehung auf das Bundesgesetz von 1819, als hinsichtlich der zu verschiedenen Zeiten befohlenen Unterdrückung einzelner Zeitschriften. —

Darauf nur ein Paar Bemerkungen.

Die Bundesacte — über deren rechtliche Gültigkeit, den deutschen Völkern gegenüber, wir hier gar nicht weiter verhandeln wollen — hat im angezogenen Art. 18 unter verschiedenen „den Unterthanen der deutschen Bundesstaaten *zugesicherten* **Rechten,"** namentlich auch das *Recht* der „Preßfreiheit" garantirt, und gleichzeitig die Bundesversammlung *verpflichtet*, dieses Recht „bei ihrer *ersten* Zusammenkunft" zu *verwirklichen*. Wenn nun aus einer Garantie der „*Preßfreiheit*" die Befugniß abgeleitet werden will, nach 47 Jahren — nicht etwa jene Bestimmung endlich zu verwirklichen, sondern statt der *Preßfreiheit* im Gegentheile neue *Preßbeschränkungen* einzuführen, so halten wir jedes Wort zur Bekämpfung einer solchen Argumentation für vollkommen überflüssig. —

Allein der Verfasser der österr. Denkschrift hat das durchaus Unhaltbare seiner Aufstellung selbst so sehr gefühlt, daß er sich auf die vormärzliche *Auslegung* jener Bestimmung, auf den Vollzug, den Gebrauch und das Herkommen beruft. Wie verhält es sich aber damit, insbesondere im Hinblick auf Baiern?

Unterm 20. Sept. 1819 wurden bekanntlich zu Karlsbad — nicht einmal von der Bundesversammlung zu Frankfurt! — die bekannten preßbeschränkenden provisorischen Beschlüße gefaßt, und dann auf das Dictat Oesterreichs und Preußens allerdings auch vom Bundestage nachträglich genehmigt. —

Wie wurden diese s. g. Bundesgesetze in Baiern amtlich promulgirt? Das Regierungsblatt von 1819, Stück 49, und das Amtsblatt des Rheinkreises Nro. 8, geben die Antwort. Es erging unterm 16. Oct. 1819 eine k. Verordnung, des Inhalts: Nachdem der Bund die folgenden Beschlüße gefaßt, „machen Wir dieselben bekannt „und verordnen, daß Unsere sämmtlichen Behörden und „Unterthanen, mit Rücksicht auf die *Uns* nach den bestehenden Staatsverträgen und der Bundesacte zustehende „*Souveränität*, nach der von Uns Unserem treuen „Volke *ertheilten Verfassung* und *nach den Gesezen Unseres Königreiches* sich hiernach geeignet achten."

Ganz diesen *Worten* entsprechend, war auch der *Vollzug*. Der Bundesbeschluß verfügte, daß keine Druckschrift unter 20 Bogen ohne Censur (vorgängige Genehmigung) der Behörden sollte erscheinen dürfen; die baier. Verfassung hingegen unterwarf nur die Zeitungen einer Censur; in Wirklichkeit blieben alle und jede Druckschriften, welche nicht periodische Blätter waren, gleichviel ob sie über oder unter 20 Druckbogen umfaßten, ja wenn sie nur aus einem einzelnen Blatte bestanden, *vollkommen censurfrei*. Die *Verfassung* ward also als *maßgebend* betrachtet, und das s. g. Bundesgesetz, wo es dieser entgegen stand, ward gar *nicht vollzogen*. —

Aber der Bundestag hat auch zu verschiedenen Zeiten Maßregeln angeordnet zur Unterdrückung bestimmter Schriften. Wurden etwa diese Maßregeln in Baiern zur Ausführung gebracht? Gerade ebenso wenig!

Baiern kam ein einziges Mal in einen, diesen Staat unmittelbar berührenden derartigen Fall. Unterm 2. März 1832 beschloß der Bundestag: „Die in Rheinbaiern erscheinenden Zeitblätter: die „deutsche Tribune" und der „Westbote," dann das zu Hanau erscheinende Zeitblatt: „die neuen Zeitschwingen," sowie diejenigen Zeitungen, die etwa an die Stelle der drei genannten — unter was für einem Titel — treten sollten, werden hiedurch unterdrückt und in allen deutschen Bundesstaaten verboten." Dieser Beschluß wurde durch k. Verordnung vom 31. März, (von sämmtlichen Ministern contrasignirt) in folgender Weise bekannt gemacht:

„*Ludwig* rc. rc. Die deutsche Bundesversammlung hat in der neunten Sitzung vom 2. März d. Js. den nachstehenden Beschluß gefaßt: (Folgt dieser Beschluß.) Da Wir in eigener bundespflichtmäßiger Fürsorge für die Erhaltung des Friedens und der Ruhe im Bunde bereits unterm 1. März d. J. in Beziehung auf die im Rheinkreise herausgekommenen Zeitblätter, die „deutsche Tribüne" und der „Westbote," jene *verfassungsmäßigen* Verfügungen getroffen haben, welche den ausgesprochenen Zweck der deutschen Bundesversammlung zu erreichen geeignet sind, und da obige Verfügungen bereits in Vollzug gesezt werden, so verbieten Wir im Sinne des Bundesbeschlusses in Unsern Staaten das in Hanau erscheinende Zeitblatt: „die Neuen Zeitschwingen" oder die etwa an ihre Stelle tretende Zeitung, und weisen Unsere sämmtlichen Beamten und Staatsangehörigen zur Darnachachtung an."

Also wurde in Baiern, troz des Bundestagsbeschlusses, weder die „deutsche Tribüne" noch der „Westbote" verboten; die eigenen Verfügungen gingen dahin, daß die gedachten Blätter gezwungen werden sollten, sich der in der Verfassung für Zeitungen damals vorgeschriebenen Censur zu unterwerfen, dessen sie sich geweigert hatten. Sobald Dr. Siebenpfeiffer die Erklärung abgab, daß er, der Gewalt weichend, sein Blatt der Censur unterstelle, ward der Herausgabe desselben an sich, troz jenes Bundestagsbeschlusses, *kein Hinderniß* mehr in den Weg gelegt.

Dies ist das factische Verhältniß, und darauf will man sich berufen!

* **Baden.** Sogar die „Augsb. Allgem. Ztg." bringt einen entschiedenen Artikel gegen die fort und fort wiederholte Verlängerung des Kriegszustandes in Baden. Die Erscheinung eines solchen Aufsatzes in dem genannten Blatte gehört allerdings zu den sehr ungewöhnlichen Vorkommnißen, und es liegt darin wohl die Andeutung, daß die ultramontane Partei den jetzigen Zustand endlich auch unbequem findet, — jetzt, da derselbe, wenn auch nur in homöopathischem Maßstabe, doch auch sie trifft. Wie dem sei, der Aufsatz lautet wörtlich folgendermaßen:

„Durch ein Staatsministerialrescript vom 26. Mai ist im Großherzogthum Baden der Kriegszustand wieder verlängert worden. Man mag dort an diese Art des Regierens gewöhnt sein, aber im übrigen Deutschland fällt es je länger je mehr auf, daß man noch immer nicht zum gewöhnlichen Rechtsstand zurückkehrt. — Nach amtlichen Berichten ist die allgemeine Stimmung der Bewohner, so wie der innere Zustand des Landes vortrefflich; überall zeigen sich unzweideutige Merkmale der Ergebenheit und der Treue für das Fürstenhaus; die badischen Blätter rühmen die Achtung, deren sich das gegenwärtige Ministerium erfreut; und dennoch verkünden eben diese Blätter am Ende jedes zweiten Monats ein Decret, welches alle Verhältniße des Landes einer außerordentlichen Gewalt unterwirft. Dieser Widerspruch konnte Niemanden entgehen, und darum hat man die Aufrechthaltung des Kriegszustandes um so weniger erwartet, als ängstliche Vorsicht dem ritterlichen Jugendmuth des Regenten nicht zusagen kann. — In der österreichischen Monarchie besteht freilich auch noch der Kriegszustand, aber dort haben feindliche Nationalitäten in großem Kampf einander gegenüber gestanden, dort bestehen Verhältniße, welche sich mit denen keines anderen Staates und am wenigsten mit jenen des kleinsten deutschen Mittelstaates vergleichen lassen. In der baierischen Rheinpfalz, einer vom übrigen Staatsgebiete getrennten und von aufgewühlten Ländern umschlossenen Provinz, hat der Ausnahmezustand nur sieben Monate, im Kurfürstenthum Hessen nicht einmal so lang gewährt, und in Frankreich hat ihn der Präsident drei Monate nach einer Katastrophe aufgehoben, welche eine vollkommene Revolution war. Im Großherzogthum Baden besteht er für die oberen Theile schon vier und für das ganze Land schon drei Jahre. — Zwei Landtage waren während dieses Ausnahmestandes versammelt; man hatte Zeit und Gelegenheit um Gesetze sowol als organische Einrichtungen zu ändern; und schon im Jahre 1850 wurde den Kammern erklärt, daß die Regierung zum gewöhnlichen Zustand zurückkehren werde, sobald gewisse Gesetzesbestimmungen beseitigt seien, welche die bisherige Erfahrung als gefährlich oder als unzureichend erwies. Die Kammern haben, mit geringen Ausnahmen, alle Vorlagen der Regierung genehmiget; wenn aber diese Bewilligungen nicht genügten, warum hat man nicht größere gefordert? Um den Ausnahmestand los zu werden, hätte sich der liberale Bestandtheil der Kammer auch diesen gefügt, und noch weniger hätte die zahlreiche Staatsdienerschaft im Ständesaal an einen Widerstand gedacht. Wenn es nun leicht war, sehr bedeutende Aenderungen durchzuführen und die Regierung hat sie doch nicht gemacht, so mußte man glauben, daß der öffentliche Frieden und ihr Ansehen durch die gegenwärtige Gesetzgebung und mit der bestehenden Organisation der Verwaltung vollständig gesichert sei. Wozu aber bei dieser Lage der Kriegszustand? — Die Verhandlungen der zweiten Kammer haben im Jänner d. Js. auf die Gefahren aufmerksam gemacht, welche aus der französischen Katastrophe für die benachbarten Staaten entstehen könnten. Diese Gefahren wurden nicht näher bezeichnet, aber die zweifelhaften Zustände mußten im unmittelbaren Gränzlande freilich wol das unheimliche Gefühl der Unsicherheit aller öffentlichen Verhältniße erregen. Als aber im Monat März, unmittelbar nach dem Schlusse des Landtages, der Ausnahmstand wieder verlängert wurde, da war die Möglichkeit einer Störung von außen fast gänzlich verschwunden, die neue Gewalt in Frankreich hatte sich festgestellt und was diese, von den Eigenthümlichkeiten ihrer politischen Lage getrieben, etwa später unternehmen möchte, das kann der Kriegszustand im Großherzogthum Baden nicht hindern. — Die Rückkehr zur gesetzlichen Ordnung der Dinge hätte gezeigt, daß der Regent seiner innern Kraft sich bewußt ist; sie wäre ein Act des Vertrauens gewesen, welches die aufrichtige Trauer des Volkes um den verewigten Großherzog und die Liebe verdient hätte, mit welcher alle Angehörigen des Staates dessen erl. Sohn als Oberhaupt empfingen. Warum hat man dem jungen Fürsten das gerechte Selbstgefühl nicht gegönnt; warum hat man ihm die Gunst des Augenblickes — warum ihm den Vortheil eines großen Eindruckes entzogen? — Um einen mißliebigen Redacteur zu entfernen — um die Entstehung oder die Verbreitung eines unbequemen Blattes zu hindern — um den möglichen Folgen eines kirchlichen Streites zu begegnen — um einen Ministerwechsel zu verschieben — oder um ähnlichen Zweckes willen stellt man nicht 1,400,000 Menschen unter militärische Gewalt, legt man nicht den Gewerben, dem Handel, dem Verkehr und dem ganzen Leben eines Volkes so fühlbare Beschränkungen auf — so klein denken wir von keiner Regierung. Unser Standpunct liegt außer den Grenzen des Großherzogthums Baden, und auf diesem Standpunct ist die fortwährende Verlängerung des Kriegszustandes nur das einfache Zugeständniß der Thatsache, daß die badische Regierung außerhalb des Ausnahmszustandes nicht den Vollzug der Gesetze und nicht die Aufrechthaltung des innern Friedens zu verbürgen vermag. — In den badischen Kammern wurde von der Ministerbank wie von den Sitzen der Abgeordneten behauptet, und in den badischen Blättern war häufig zu lesen, daß in gewißen andern Ländern die innern Zustände nicht besser seien als im Großherzogthum Baden. Da man aber diese andern Länder ohne Kriegsstand regiert, und doch keine Störungen bemerkt, so muß der Unterschied doch ein bedeutender sein. Wenn nun 3 Jahre der fast unbeschränkten Gewalt das Ansehen der Behörden und deren Wirksamkeit nicht zu sichern vermochten, so folgt, daß 3 fernere Jahre dies ebensowenig vermögen. Welche Folgerungen werden daraus die Regierungen anderer Staaten ziehen?"

Die Redaction der Allgem. Ztg. fügt dem Aufsatze (in der vorletzten Zeile) folgende hinkende Bemerkungen bei: „In dieser Folgerung liegt ein Sprung; wir theilen obige Betrachtungen aber mit, weil sie aus ganz konservativer Quelle kommen, also zeigen, daß man in diesen Kreisen, die Aufhebung der durch die Vorgänge nur zu sehr gerechtfertigten Ausnahmszustände als eine dem Ansehen der Regierung mehr förderliche als schädliche Maßregel zu betrachten anfängt."

München, den 7. Juni. Der Bierbrauer Floßmann, ein sehr geachteter, aber von verschiedenem Unglück verfolgter Mann, der in einem Augenblick der Trostlosigkeit seinem Leben ein Ende gemacht, wurde heute früh um 6 Uhr ohne Sang und Klang begraben. Trotz der frühen Stunde, in welcher man seinen Leichnam gleichsam verstohlen einscharrte, war eine große Menschenmenge versammelt, die ihre Mißstimmung zu erkennen gab über den mittelalterlichen Geist, der selbst am Rande des Grabes noch verdammend und strafend auftritt, da wo vielleicht ein höherer Richter, erhaben über irdische Unpersönlichkeit, schon das Wort der Vergebung gesprochen hat. — Dank der durch Nichts beirrten Aufmerksamkeit der Künstlergesellschaft zum „Stubenvoll" ging der Act denn doch mit nicht weniger Würde und Erhebung vor sich, als gar manche Leichenfeier, welche sich des größten Pompes zu erfreuen hat. 12 Künstler in schwarzer Kleidung, mit Flören und brennenden Wachslichtern, geleiteten den mit einem frischen Blumenkranze gezierten Sarg, welchem die sehr zahlreich vertretene Künstlergesellschaft und gewiß einige Tausend Personen aus allen Ständen folgten.... Der tiefe Ernst und die Theilnahme wahrer Humanität und Sittlichkeit ersetzte bei dieser traurigen Feier das, was fehlte, in hinreichen-

dem Maße und jeder Denkende ging mit dem Bewußtsein von dannen, jenen ewigen Gefühlen den gebührenden Ausdruck gegeben zu haben. (Volksb. u. Eilb.)

Herr Knorr, einer der reichsten und größten Brauer Münchens, hat sein Geschäft aufzugeben beschlossen, und wird seine sehr umfassenden Braulocalitäten zu andern Zwecken verwenden. Der noch immer andauernde Bierwiderstand wirkt auf viele Brauer sehr empfindlich.

Karlsruhe. Der Staat hat die Keßler'sche Maschinenfabrik um 250,000 fl. gekauft. Die Actionäre dieser berühmten Fabrik werden nun gegen 45 Procent, also nicht ganz die Hälfte ihres Capitals, zurückerhalten.

Mannheim. Im Monat Mai sind 3700 Personen über Mannheim ausgewandert.

Frankfurt, den 9. Juni. Unter dieser Ueberschrift enthält das Frankfurter Journal folgenden Artikel: „Ein Soldat des k. preußischen 29. Infanterieregiments hatte einen hiesigen Bürger vorsätzlich verwundet (den Kiefermeister H.) und war deßhalb zur Untersuchung gezogen worden. Jetzt ist gegen denselben ein kriegsrechtliches Erkenntniß ergangen, und von dem Könige bestätigt worden, wonach jener Soldat zur Ausstoßung aus dem Soldatenstande und zu zweijähriger Zuchthausstrafe verurtheilt worden ist. — Die Schwere dieser Strafe vermag nur Der zu beurtheilen, der die preußischen Gesetze und innern Verhältniße, so wie die wahrhaft furchtbaren Folgen der Ausstoßung aus dem Soldatenstande zu beurtheilen vermag, welche mit dem Verluste aller Ehren- und bürgerlichen Rechte verknüpft ist. Die Zuchthausstrafe erscheint hier gleichfalls besonders schwer, da Soldaten sonst bei schweren Vergehen nur mit Festungsstrafe belegt werden können, und der Verbüßung der Zuchthausstrafe die Ausstoßung aus dem Soldatenstande vorhergehen muß. Daß aber Derjenige aus dem Soldatenstande ausgestoßen wird, der ohne Grund gegen seinen Mitbürger (unbefugt und unberechtigt) die Waffen gebraucht, die ihm zu anderen Zwecken gegeben sind, daß in solchem Falle die Gesetze mit unerbittlicher Strenge zur Anwendung kommen, gereicht der preußischen Armee wie der preußischen Gesetzgebung zu hoher Ehre."

Köln. Ein Wiener Correspondent der „Kölnischen Ztg." bemerkt sehr bezeichnend: Die „Oesterr. Correspondenz" macht viel Wesens von der Unterstützung, welche Oesterreich der preußischen Regierung bei ihren Ansprüchen auf Neuenburg zu Theil werden lasse. Oesterreich weiß sehr wohl, daß der Besitz jenes Schweizer-Cantönli nicht den geringsten Nutzen bringt, und sucht, wie es scheint, Preußen nach Kräften in jene unfruchtbaren Streitigkeiten hinein zu hetzen, aus denen nichts für uns erwachsen kann, als Verdruß und Gehässigkeit. Jeder wahre preußische Patriot wird wünschen müssen, daß Preußen alle seine Kraft und Energie auf die große entscheidende Zollfrage concentrire.

Berlin, den 7. Juni. Die Jesuitenfurcht, die selbst das sonst so frivole Berlin in einem kaum glaublichen Maße ergriffen hat, vermag, wie es scheint, auch der Erlaß des Oberkirchenrathes nicht vollständig zu bannen. Es soll eine besondere Organisation gegen die gefürchteten Einflüße der Missionsprediger ins Leben gerufen werden. Das Resultat wird voraussichtlich auf das Veranstalten von Gegenmissionen durch auszusendende Reiseprediger hinauslaufen. — Der „Kath. Anz." beklagt sich darüber, daß die Anfragen eines „ächten Jesuitenfressers" bereits amtliche Maßregeln hervorgerufen zu haben scheinen. Im Posenschen seien zwei Jesuiten, von denen der eine in dieser Provinz und der andere in Schlesien schon über ein Jahr ungestört thätig waren, an dem Missioniren durch oberpräsidentliches Rescript wegen mangelhaften Paßvisa's verhindert worden ꝛc. — Der projectirte Extrazug von Breslau nach Wien kommt „eingetretener hindernder Umstände wegen" nicht zu Stande.

— den 8. Juni. Die „neue Preußische (Kreuz-)Ztg.," indem sie die Erklärung Preußens in der Zollfrage mittheilt, fügt bei: „Der erste entscheidende Schritt zu einem gesunden handelspolitischen System ist gethan, und gleichzeitig kräftigt sich das Vertrauen wieder, daß Preußen es doch noch versteht, den Abfall, die Undankbarkeit und die Intrigue gebührend zu bestrafen." — Wir vernehmen, sagt ferner dasselbe Blatt, daß die Abreise des k. preuß. Bundestagsgesandten Geheimen Legationsrath v. Bismark-Schönhausen nach Wien mit dem jetzigen Stande der handelspolitischen Lage zusammenhängt und namentlich Beziehung hat zu der in der gestrigen Zollconferenz abgegebenen Erklärung. Augenscheinlich sind mit dieser Erklärung die Zolleinigungsverhandlungen mit Oesterreich für jetzt völlig abgebrochen. Das hat auf die Freundschaftlichkeit der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Großmächten aber nicht den mindesten Einfluß, und da gerade jetzt der preußische Gesandte am Wiener Hofe zur Herstellung seiner leidenden Gesundheit eine Erholungsreise antreten muß, so geht Hr. v. Bismark nach Wien, um dort als Vertreter Preußens auch in der Zwischenzeit die ungestörte Fortdauer des guten Einvernehmens zwischen beiden Staaten zu repräsentiren.

Breslau, den 4. Juni. Der Buchdruckerlehrling Feldmann, der Schneider Falkenhayn und der Malergehülfe Lawatschek, vor einiger Zeit wegen Verbreitung aufrührerischer Plakate verhaftet, wurden gestern von dem hiesigen Stadtgerichte verurtheilt, und zwar Falkenhayn zu 3 Jahren Gefängniß und ebenso langer Stellung unter Polizeiaufsicht, Lawatschek zu 1½ Jahren Gefängniß und demnächstiger Stellung unter Polizeiaufsicht, Feldmann zu 1 Jahr Gefängniß, sowie sämmtliche Angeklagte zu Tragung der Kosten und zeitweiligem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Oldenburg, den 6. Juni. Bekanntlich hat der Landtag den Beitritt zum Septembervertrag davon abhängig gemacht, daß Hannover eine oldenburgische Eisenbahn auf seinem Gebiete fortsetze. Die deßfallsigen Verhandlungen waren aber bis jetzt vergeblich. Damit ist nun aber auch Oldenburgs Beitritt zum Zollverein wieder in Frage gestellt.

Wien, den 7. Juni. Ungeachtet der verbreiteten günstigen Nachrichten über die Anlehensubscriptionen in London und Frankfurt, steht das Silberagio wieder auf und über 21 Procent, das Goldagio auf 30 Procent!

Der Kaiser hat vorgestern um 3 Uhr Morgens seine Reise nach Ungarn angetreten. In Pesth herrscht ein solcher Zudrang von Besuchern, daß, wie die Oesterreich. Corresp. anführt, einzelne Zimmer mit 30 bis 40 fl. für den Tag bezahlt werden!

Belgien.

Antwerpen, den 7. Juni. Noch nie seit dem Bestehen unseres jungen Staates hatten die Parteien bei ihren Kämpfen zu solchen Mitteln gegriffen, wie jetzt; noch nie hatte man den Unpatriotismus bis dahin getrieben, die Hülfe des Auslandes anzurufen, sogar die Existenz des Staates aufs Spiel zu setzen, um einen momentanen Sieg über seine politischen Gegner feiern zu dürfen.

Frankreich.

Paris, den 4. Juni. Man hatte auf eine ungeheure Menge von Petitionen zu Gunsten des Kaiserthums gerechnet, so wie denn auch der 2. December durch eine große Petitionsbewegung vorbereitet worden war; die Petitionen sind auch in Gang gesetzt worden, es hat sich hier ein Comite zu diesem Behufe etablirt, der Senat hat auch eine gewisse Anzahl von imperialistischen Petitionen erhalten. Aber plötzlich gerieth Alles in Stockung, die Petitionen blieben trotz allem Antriebe aus. Das erste Kaiserthum war gleichfalls aus Petitionen hervorgegangen. Savary sagt in seinen Memoiren, daß täglich Wagen voll Petitionen um das Kaiserthum bei dem ersten Consul anlangten, heut zu Tage kommen die Petitionen nicht einmal korbweise. Im Jahre 1804 hatte der Wunsch nach dem Kaiserthum, namentlich in der Armee, Wurzel gefaßt. Zuerst begehrten die Dragoner das Kaiserthum, sodann kamen die Kürassiere, endlich bemächtigte

sich der ganzen Armee ein Rausch der Gloire, der nach der Form des Kaiserthums schrie. Jetzt ist die Armee kalt wie Eis, und der Coup, der am 16. Mai versucht worden war, mißglückte. Es ist kein Zweifel, daß die Regierung eine künstliche Petitionsbewegung hervorrufen könnte; allein man scheut sich davor, daß die Coulissengeheimnisse entdeckt werden könnten und macht daher vor der Hand keinen Schritt dazu. (Nat.-Ztg.)

Paris, den 7. Juni. Zu Nantes dauert unter den Schreinergesellen eine hartnäckige Arbeitseinstellung fort. Mehrfache Verhaftungen haben nichts genutzt. Etwas Aehnliches soll sich auch bei den hiesigen Möbeltischlern im Faubourg St. Antoine vorbereiten.

War Dr. Veron schon über das „Communiqué" des „Moniteur" so aufgebracht, daß eine andere Feder seine Antwort bedeutend mäßigen mußte, ehe sie in den „Constitutionnel" eingerückt wurde, so ist er jetzt, nach der amtlichen Verwarnung, ganz wüthend. Die „Patrie" — welcher Verdruß! — ist jetzt das einzige napoleonische Blatt, das noch kein „Avertissement" in der Weiche sitzen hat. Jetzt fehlt nur noch der „Moniteur" zu 40 Franken, um Dr. Veron's Unglück voll zu machen.

Italien.

Das „Univers" hat Briefe aus Rom, wonach das Urtheil des Tribunals der Consulta gegen den Engländer Murray in der ersten Woche des Monats Juni wirklich vollstreckt werden sollte. Die Zahl der Verurtheilten, welche wie Murray die Todesstrafe erleiden sollen, beläuft sich auf nicht weniger als 30.

Neueste Nachrichten.

München, den 8. Juni. Durch die telegraphische Verbindung der Pfalz mit dem diesseitigen Baiern, mit deren Herstellung man eben beschäftigt ist, erhalten wir auch eine etwas schnellere Verbindung mit Frankfurt, da in Offenbach eine Telegraphenstation errichtet wird; es dürfte dies um so erwünschter erscheinen, als noch immer keine Aussicht vorhanden ist, daß die baierischen Telegraphen bis Frankfurt verlängert, und in dieser Stadt eine baierische Telegraphenstation errichtet werde. (A. Z.)

Fulda, den 7. Juni. Bei hiesiger Stadt ist ein Forstfrevler erschossen worden!

Eisenach, den 8. Juni. Die Kirchenconferenz wird schon morgen zu Ende gehen. Die Resultate sind nicht von Bedeutung.

Gotha. Die allgemeine Lehrerversammlung war von 330 Theilnehmern besucht, welche 18 verschiedenen deutschen Staaten angehörten.

Brüssel, den 8. Juni. Der Obristlieutenant Charras, ehemaliger Volks-Repräsentant, hat, um seine Verweigerung der Eidesleistung als Mitglied des Generalrathes des Puy de Dome zu motiviren, einen Brief an die französische Regierung gerichtet, der an Heftigkeit alles dasjenige übertrifft, was bis jetzt gegen Louis Napoleon geschrieben worden ist.

Brüssel, den 9. Juni. Das Endresultat der Wahlen zur Repräsentantenkammer ergibt 32 Liberale und 22 Oppositionelle.

Paris, den 9. Juni. Der „Constitutionnel" ist wegen der Polemik Cassagnac's zum zweiten Male verwarnt worden. (Die Ursache ist ohne Zweifel der Rechtfertigungsversuch des Dr. Veron, in welchem gesagt ist, derselbe habe um so weniger Bedenken tragen können, den Artikel Granier's aufzunehmen, als Hr. Mocquard, der Chef des Cabinets des Präsidenten, schriftlich 100 Exemplare der Nummer des „Constitutionnel" bestellt habe, worin der erste Artikel abgedruckt gewesen.)

Unter den als mit der Rentenumwandlung im innern Zusammenhang stehend zu erwartenden Finanzmaßregeln nennt man auch die Herabsetzung des Sparcassenzinsfußes, eine Maßregel, die gerade die Unbemittelteren trifft.

Der Staatsrath wird am 12. die Orleans'sche Angelegenheit berathen.

Der Minister des Innern hat dem Maire zu Lille Recht gegeben, welcher, im Widerspruche mit dem Präfecten, die Frohnleichnamsprocessien verboten hat.

Der bisherige Postconducteur Sentini, früher Huissier des kaiserlichen Hauses und Begleiter des Kaisers nach Elba, in dessen Testament er mit 20,000 Frcs. bedacht wurde, ist mit 3000 Frcs. Gehalt als Wächter des Grabmals von Napoleon in der Invalidenkirche angestellt worden.

Amerika. In der Stadt Mexico soll eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen sein.

Südamerika. Die Republik Neugranada hat den Republiken Peru und Aequator den Krieg erklärt.

Australien. In Folge der enormen Steigerung der Preise aller Lebensmittel mußten die Gehalte der Beamten um 50 pCt. erhöht werden.

Miscellen.

In Antwerpen sind schon neue Kartoffeln auf dem Markte verkauft worden. Am weitesten ist die Gartencultur in Bezug auf Gemüse und Früchte in Gent gediehen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 8. Juni. Weizen 6 fl. — kr., Korn 4 fl. 45 kr., Gerst 3 fl. 55 kr., Spelz 4 fl. 5 kr., Hafer 4 fl. 1 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 5. Juni. Weizen 5 fl. 59 kr., Korn 5 fl. 3 kr., Spelz 4 fl. 10 kr., Gerst 4 fl. 6 kr., Hafer 4 fl. 2 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 8. Juni. Weizen 5 fl. 31 kr., Korn 4 fl. 33 kr., Spelz 3 fl. 52 kr., Gerst 3 fl. 43 kr., Hafer 3 fl. 35 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 4. Juni. Weizen 11 fl. 23 kr., Korn 8 fl. 3 kr., Gerste 6 fl. 30 kr., Hafer 4 fl. 10 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1060] **Haus- und Fabrik-Vermiethung.**

Montag, den 28. Juni nächsthin, Nachmittags 2 Uhr, im Gasthause zu den 3 Königen in Landau (Pfalz), lassen Herr Johann Friedrich Trauth, Tabaksfabrikant in Landau wohnhaft und dessen Kinder, öffentlich auf 6 Jahre vermiethen:

Ein dreistöckiges Wohnhaus mit 2 Remisen, 2 gewölbten Kellern, Fabrikgebäuden, 2 Ställen, Waschküche, einem Vorder- und einem Hinterhofe und Zugehör, gelegen zu Landau an der Marktstraße, enthaltend einen Flächenraum von 23 Decimalen.

Dieses Immöbel wird zuerst in folgenden zwei Abtheilungen und dann en bloc versteigert:

Die erste Abtheilung umfaßt: das dreistöckige Vorderhaus, die Keller, den Vorderhof, die mittlern Wohngebäude, die Waschküche, 2 Remisen, von welchen die große neben Leonhard Köbler als Scheuer dient, und einen als Einfahrt in diese Scheuer bestimmten Theil des Hinterhofes.

Die zweite Abtheilung enthält: die sämmtlichen Fabrikgebäude bis an die Wallstraße, die Stallungen und den größten Theil des Hinterhofes.

Sodann werden mit abgegeben: zur ersten Abtheilung: 2 Fässer von 24 und 25 Hectolitern im großen Keller und 20 Fässer verschiedener Größe von circa 80 Hectolitern Gehalt im kleinen Keller. Zur zweiten Abtheilung: die sämmtlichen Tabakfabrik-Geräthschaften, welche — sofern sich kein Pachtliebhaber hiezu finden sollte — auch zu Eigenthum abgesetzt werden.

Landau, den 9. Juni 1852.

Keller, Notar.

[42] **Lotto.**

Zu München kamen den 8. Juni heraus:

30. 33. 75. 84 44.

Die nächste Ziehung ist den 17. Mai zu Regensburg.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 142 | den 13. Juni 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 11. Juni. Als sich kurz vor dem Beginne der ersten französischen Revolution zu Paris die berüchtigte „Halsbandgeschichte" zutrug, fand man es gewaltig anstößig, daß die Königin Marie Antoinette ihren Ruf so wenig gewahrt hatte, daß ihr Name mit dem von so anrüchigen Personen zusammengebracht werden konnte. Man hatte dies sehr zu tadeln, obwol kaum irgend Jemand bezweifeln konnte, daß die Königin im speciellen Falle durchaus unbetheiligt war.

Welchen Eindruck muß nun aber die Geschichte mit Granier aus Cassagnac und Dr. Véron in Beziehung auf Ludwig Napoleon hervorbringen? Schon die Verbindung an sich, in welche die drei Namen gebracht werden, wenngleich dies nicht zum ersten Male geschieht! Sodann diese Behauptungen, diese Widersprüche, und vor Allem die Antworten auf die letzten, — die Enthüllungen. Erklärte der Moniteur selbst in weit entschiedenerer Weise, als es geschehen ist, die Angaben des Constitutionnel für unberechtigt, erklärte er sie selbst für unwahr, — so wird doch im gegebenen Falle Jedermann den Versicherungen Graniers und Vérons glauben, für so unzuverläßig sie im Uebrigen allerdings bekannt sind. Damit ist ein häßliches Spiel enthüllt, und ein sehr schlimmer persönlicher Eindruck erzeugt! Eine Zweizüngigkeit der übelsten Art ist offen dargelegt. Die moralische Wirkung muß eine um so stärkere sein, als die bisher schrittweise weiter gegangenen Enthüllungen bei jedem Schritte in höherm Grade andeuteten, daß Granier und Véron noch mehr zu sagen im Stande wären! Insbesondere wird dies Jedermann nach der letzten Erklärung Vérons glauben, welche dem Constitutionnel die zweite Warnung zuzog. — Welcher Zustand im eigenen Lager der „Retter der Gesellschaft" ist nebenbei durch alles dieses enthüllt.

Der Scandal ist offenkundig, und ärger als Jemand erwarten konnte. Der Aerger darüber muß wol aber um so größer sein, da der beabsichtigte Zweck, die Einwirkung auf die Wahlen in Belgien, glücklich vereitelt ist. Alle Bemühungen, alle Drohungen waren im Ganzen umsonst. Vergebens hat eine perfide Partei, eine Partei die eigentlich kein Vaterland besitzt, viele Tausende besonderer Abdrücke des Granier'schen Artikels in Belgien den Leuten unverlangt zugesendet und im letzten Momente noch die maßlosesten Machinationen versucht: wieder hat die freisinnige Partei im Ganzen gesiegt, wieder ist die ultramontane der Hauptsache nach unterlegen. Es hatte sich beiläufig die Hälfte des Landes auszusprechen, — der Angriff der Reaction ward, zum ersten Mal in der jüngsten Zeit, abgeschlagen.

Die Rückschrittspartei setzt nach ihren Aeußerungen einige Hoffnungen auf den König Leopold persönlich. Es scheint allerdings, daß dieser der ultramontanen Partei geneigter ist als der freisinnigen, und daß er namentlich reactionäre Minister wünscht. Allein darum wird er es noch keineswegs mit Octroyirungen, mit einer offenen Verfassungsverletzung versuchen; er wird sich im Gegentheile, zumal in diesem Augenblicke, da ein die Abentheuer liebender Nachbar seine Augen auf Belgien geworfen hat, — ganz gewiß hüten, mit der belgischen Verfassung auch seinen eigenen Thron anzugreifen oder zu untergraben!

* **Auswanderungssache.** Schreiben eines ausgewanderten Deutschen aus Friedrichsburg in Texas, vom 23. März 1852. Geehrter Freund! Nach einer sehr glücklichen See- und Landreise bin ich mit den Meinigen gesund und wohlbehalten hier in Friedrichsburg angekommen, und beeile mich nun, Ihnen einen treuen Bericht über den ersten Versuch einer directen Fahrt von Deutschland nach Indianola in Texas zu erstatten.

Am 18. October wurde unser Schiff durch einen Dampfer aus dem Hafen von Hamburg bis 1 Meile oberhalb Stade bugsirt; dort verließ er uns, und wir warfen Anker. Da Wind und Wetter sehr ungünstig waren, so gelangten wir erst am 22. in See. Der Wind wehte an diesem und folgendem Tage stark und günstig, schon am 26. hatten wir den Canal passirt. Wir fuhren bis zum 17. Gr. Nördl. Br. Von den Azoren (uns zur Rechten) und Madeira (zur Linken) bekamen wir nichts zu Gesicht. Am 30. Nov. erreichten wir die Inseln Antigua, Montserat (uns zur Rechten) Guadeloupe (zur Linken). Die Fahrt durch das Caraibische Meer bis zur Insel Cuba war eine sehr angenehme. Nachdem wir die Caimans-Inseln (zwischen Cuba und Jamaica) passirt hatten, bekamen wir einen tüchtigen Nordsturm, der uns ziemlich weit südlich, der Küste von Yucatan zu, drängte. Am 12. Decbr. passirten wir Cap St. Antonio und waren nun im Golf von Mexico. Am 18. Dec., etwa 11 Uhr Morgens, erblickten wir endlich die Küste von Texas, und am andern Tage warfen wir auf der Rhede von Galveston Anker. Unser Schiff („Johann Friedrich") hatte sich auf der ganzen Reise als ein sehr gutes Schiff, namentlich als ein tüchtiger Segler, erwiesen. Capitän, Steuerleute und Mannschaft verdienen das größte Lob; es geschah von ihrer Seite Alles, den Passagieren die Reise so angenehm als möglich zu machen. Aus diesem Grunde, und da auch Seitens der Passagiere Alles aufgeboten wurde, um den Seeleuten ihren schweren Beruf möglichst zu erleichtern, wurde das gute Einvernehmen nie unterbrochen, so daß die Reise in diesem Punkte zu der angenehmsten, die je gemacht worden sind, gehörte.

Am 21. Dec. wurden durch einen Schooner diejenigen Passagiere, welche über Galveston ins Land gingen, mit ihren Sachen vom Schiffe abgeholt. Capitän Behrens begleitete sie, um das Schiff in Galveston ein- und auszudeclariren und dann mit den übrigen 52 Passagieren nach Indianola weiter zu segeln. Die Einwanderung nach Texas über Galveston ist für diese Stadt eine Lebensfrage; ein großer Theil derselben ernährt sich davon. Bis jetzt sind alle Emigrantenschiffe aus Europa, welche nach Texas bestimmt waren, auf Galveston dirigirt worden, und es ist dadurch viel Verkehr in der Stadt entstanden. Von hier aus müßen die Einwanderer für Weiterbeförderung selbst sorgen. Diese geschieht durch Dampfschiffe, deren wöchentlich mehrere über Houston rc., andere nach Indianola fahren, um Passagiere und Güter zu befördern.

Die Passage von Galveston nach Indianola kostet per Person in der Kajüte 6 Dollars, Gepäck wird besonders bezahlt, auf dem Deck 4 Doll. ohne Verköstigung. Rechnet man einen mehrtägigen Aufenthalt in der Stadt per Tag à Person ½—1 Doll., so kommt schon auf eine Person ein hübsches Sümmchen, was aber zu einer bedeutenden Summe wird, wenn eine zahlreiche Familie die Reise nach Indianola auf diese Weise macht. Diese Summe wird durch eine directe Reise auf Indianola erspart. Die Fahrt von Galveston nach Indianola war eine rasche und sehr glückliche. Etwa um 2 oder 3

Uhr des andern Nachmittags lagen wir ſchon an der Matagorda-Bay vor Anker. Ein Schooner, auf welchem ſich auch Hr. Runge aus Indianola befand, holte uns und unſere Sachen des andern Tages vom Schiffe und brachte uns nach einer kurzen Fahrt von wenig Stunden nach Indianola, da unſer Schiff bei 11 bis 12 Fuß Tiefgang die Barre, welche am Eingang der Matagorda-Bay (wie vor Galveſton) ſich befindet, nicht in die Bay einlaufen konnte. So war dieſe directe Fahrt bis Indianola glücklich vollbracht. Möchten dem „Joh. Friedrich" bald andere Schiffe aus Deutſchland nachfolgen, und alle ihre Paſſagiere ſo wohlbehalten und glücklich, wie es bei uns der Fall war, bei Indianola ans Land ſetzen. Ich rathe jedem deutſchen Auswanderer, der nach Texas zu gehen geſonnen iſt, ſich über Hamburg (auf einem der Schiffe, welche die nord- und ſüdamerikaniſche Schifffahrtsgeſellſchaft, deren Dirigent Capit. Valentin iſt, jährlich zum Herbſte und Frühjahr abgehen läßt) einzuſchiffen. Die Verproviantirung dieſer Schiffe iſt die beſte; die Behandlung der Paſſagiere durch Capitän und Schiffsmannſchaft iſt ſehr gut geweſen. Die beſte Zeit, die Reiſe hieher zu machen, iſt im Herbſte. Man ſchiffe ſich Ende Auguſt oder in der erſten Hälfte des September ein, dann iſt man bei guter Zeit hier, und kann die Reiſe ins Innere bequem bis Neujahr oder Mitte Januar ſelbſt zu den entfernteſten Anſiedelungen zurücklegen, hat mithin noch Zeit, ſich gehörig zu orientiren und die Verhältniße des Landes kennen zu lernen, und darnach die Wahl ſeiner Niederlaſſung, falls man nicht ſchon früher darüber entſchieden hat, zu treffen. Wer ſpäter, z. B. Mitte oder Ende October und Anfangs November erſt Deutſchland verläßt, kommt hier gerade zu einer Zeit an, in welcher das Fuhrwerk nach dem Innern knapp wird, er muß dann hohe Frachtſätze zahlen und noch froh ſein, weiter befördert zu werden. Schon im Januar nämlich beginnen hier die Arbeiten auf dem Acker z. B. das Landbrechen, Pflügen, Fenceen ꝛc. und die Fuhrleute, meiſt Farmer, fahren dann nur zu hohen Preiſen. Ueberdies iſt die Ankunft im Winter hier für die Geſundheit und die Acclimatiſation ungleich beſſer als im Frühjahr und Sommer. Jedem Emigranten kann es nicht genug angerathen werden, ſich bei ſeiner Landung ſo ſchnell als möglich von der Küſte nach dem Innern zu begeben, er müßte denn die Abſicht haben, ſich an der Küſte niederzulaſſen. Die Küſte von Texas ſowie eine Strecke von 80 bis 90 engl. Meilen (an manchen Stellen noch weiter) landeinwärts halte ich zur Niederlaſſung für einen deutſchen Ankömmling nicht für geeignet. Es iſt hierüber ſchon ſehr oft davor unendlich gewarnt worden, aber immer noch laſſen ſich manche unſerer Landsleute bei ihrer Ankunft in Texas bethören, und bleiben in dieſer für ſie höchſt ungeſunden Region. Im glücklichſten Falle büßen ſie dafür mit jahrelangem Siechthum, ſehr oft mit dem Leben. Der Unterſchied zwiſchen dem deutſchen und dem texaniſchen Klima (der in Rede ſtehenden Strecke) iſt zu groß, als daß er ohne nachtheiligen Einfluß auf den Körper ſein ſollte. Es iſt wahr, die Fruchtbarkeit des Bodens iſt dort ungeheuer, die Gegend iſt ein großes Treibhaus, aber was nützt das, wenn man dabei ſein Leben nicht froh wird; Krankheit (Fieber!!), Ungeziefer (unzähliche Schwärme von Muskiten!), verbittern einem das Daſein, und machen das Leben daſelbſt unerträglich. Je höher ins Land hinauf deſto geſünder iſt es, und wenn der Boden auch nicht mehr die enorme Fruchtbarkeit hat, als weiter unten, ſo iſt derſelbe doch immer noch ungleich ergiebiger, als der beſte in Deutſchland. Ich habe Friedrichsburg zu meinem Aufenthaltsorte gewählt, und dies bis jetzt noch keinen Augenblick bereut. Nicht allein, daß die Luft hier außerordentlich rein, geſund und erquicklich iſt, ſondern auch die Gegend iſt ſo anmuthig, ſo reizend, daß ſie unſtreitig den ſchönſten von ganz Deutſchland gleich kommt. Krankheiten ſind hier ſelten; die Aerzte, welche ſich ſeit der Exiſtenz Friedrichsburgs niederließen, haben jetzt alle nach und nach die Stadt verlaſſen; eine Apotheke iſt zwar im Orte, es werden aber in derſelben ſicherlich mehr Medikamente für beſchädigtes und krankes Vieh, als für kranke Menſchen gemacht. Die vorzügliche Geſundheit dieſer Gegend findet auch immer mehr Anerkennung im Lande, dies beweist der ſtarke Zuzug von unten. Die Grundſtücke in der Stadt und Umgegend ſind in Folge deſſen ſeit einem Jahre um das Drei- und Vierfache im Preiſe geſtiegen. So koſtet gegenwärtig ein Stadtloos, das im vorigen Jahre zu 25 Dollars gekauft wurde, 90 bis 100 Dollars (ein Stadtloos iſt ½ Acre). Die Umgegend der Stadt iſt (bis auf 10 Meilen) zum Theil ſchon ſtark beſettelt (angebaut), namentlich die Gegenden von Baronscreek, Live Oakreek, Pedernales u. ſ. w. Zwiſchen den Bergen ſind ſchöne fruchtbare Thäler. Aber auch die Berge haben einen des Anbaues fähigen, zum Theil ſehr fruchtbaren Boden. Jetzt gewähren ſie dem Vieh die herrlichſte Weide; vielleicht iſt die Zeit nicht mehr fern, da ſie mit den ſchönſten Weingärten prangen, denn zu Anlagen von ſolchen eignen ſie ſich unſtreitig am beſten. Reben aus ſüdlichen Gegenden (aus dem ſüdlichen Frankreich, Spanien, beſonders von Madeira) ſcheinen mir zur Anpflanzung hier beſonders geeignet, da das Klima von Texas dem vom ſüdlichen Frankreich, dem von Spanien und Madeira ſehr ähnlich iſt. Die Berge ſind kalkſteinhaltig, an manchen Stellen liegt der Kalkſtein zu Tage.

Außer dem Maisbau wird in Zukunft auch der Wein- und Tabaksbau bedeutend werden. Angeſtellte Verſuche haben die überraſchendſten Reſultate geliefert. So gab in der Stadt Friedrichsburg ein Stück Land von 24 (?) Quadratfuß (amerikaniſches Maaß) alſo noch nicht ganz ¼ Acre mit Tabak bebaut, eine Erndte von 500 Pfund. Das Pfund zu 10 Cents (wofür der Tabak hier in der Stadt verwerthet wurde) gerechnet, gibt die Nummer 50 Dollars. Noch muß ich Ihnen mittheilen, daß nunmehr der neue Weg über Friedrichsburg nach El paſſo del Norte und Santa fe angelegt iſt. Er ſoll viel näher und beſſer als alle anderen früheren ſein. Beſtätigt ſich dies, was ſich binnen kurzem zeigen wird, da das Gouvernement auf dieſem Wege in einigen Wochen ein Train von 1½ hundert Wägen dahin abgehen läßt, ſo wird hier in Friedrichsburg der Verkehr ſehr lebhaft werden, und Handwerker, namentlich Wagner, Schmiede und Sattler, ſowie Kaufleute und Farmer werden gute Geſchäfte dabei machen.

L. Ferd. Töpperwein.

♂ **Vom Haardtgebirge.** Der gemeine Angriff des nicht fleckenloſen Correſpondenten des Mainzer Journals über die Thätigkeit des Herrn Buhl von Deidesheim in Halle hat die beabſichtigte Wirkung in der Pfalz vollkommen verfehlt.

Man iſt nämlich bei uns der Anſicht, daß Buhl in der Zollvereinsangelegenheit ganz im Sinne und Intereſſe der Pfalz in Halle geſprochen und gehandelt hat. Wenn man über dieſe Lebensfrage die Anſicht der Pfälzer kennen und eine Abſtimmung veranlaſſen wollte, würde man erfahren, daß Buhl aus unſerm Herzen geſprochen, und daß nichts Verletzenderes für uns ſein kann, als die vom Mainzer Journal vertretene Anſicht. Möchten doch die frommen (?) Herren bei ihrem Leiſten bleiben und ſich nicht in Sachen miſchen, die ſie nicht verſtehen und für welche ſie weder Sinn noch Herz haben können.

München. Die geringe Bierconſumtion wirkt auch auf andere Gewerbe zurück. So hat ein Garkoch in den letzten vier Wochen um 20,000 Würſte weniger verkauft als in der entſprechenden Zeit im vorigen Jahre.

Die „Augsburger Abendzeitung" will wiſſen, daß König Max im Laufe dieſes Sommers eine Reiſe nach Spanien beabſichtige und ſeit geraumer Zeit das Studium der ſpaniſchen Sprache betreibe.

— den 8. Juni. Die „Neue München. Ztg." enthält folgenden, gar keines Commentars bedürfenden Artikel aus der Pfalz: „Durch die k. Regierung iſt den Volksſchullehrern nunmehr gänzlich unterſagt worden, Schriften von Diſterweg in ihren Leſezirkeln und

Digitized by Google

Bibliotheken zu halten, und was davon schon angeschafft ist, soll, wofern es nicht in Privatbesitz übergegangen, abgeliefert werden. Grund dieser Maßregel ist die destructive Tendenz, welche dieser fruchtbare, ehedem hochgefeierte Schriftsteller gegen Kirche und Staat eingeschlagen hat, sowie die Früchte, welche seine Schriften in der Pfalz bereits getragen. Die revolutionären Schullehrer waren sämmtlich Anhänger Diesterwegs. Die Emancipationslust von der Kirche, die maßlosen Ansprüche an den Staat und die Gemeinden, die tollen Hoffnungen und Pläne, welche das Treiben so vieler Volkslehrer in den Jahren 1848 und 49 auszeichneten, sind hauptsächlich durch Diesterweg'sche Schriften geweckt worden." (!!)

Karlsruhe, den 8. Juni. Wir glauben aussprechen zu können, daß der Bundesversammlung zu Frankfurt, nachdem eine deutsche Flotte nicht zu Stande gekommen, **kein Recht** zusteht, über die freiwilligen Gaben für die deutsche Flotte zu verfügen. Auch sind wir der festen Ueberzeugung, daß es nicht im Willen der Geber gelegen, ihre Beiträge zur deutschen Flotte der Bundesversammlung, die damals gar nicht mehr bestand, zur Verfügung zu stellen. Um jedoch einigermaßen einen patriotischen Zweck damit zu erreichen, erlauben wir den Vorschlag: „Die freiwilligen Beiträge zur Unterstützung der vertriebenen schleswig-holsteinischen Militär- und Civilbeamten dem Kieler Comite zur Verfügung zu stellen." (Frkftr. Journ.)

Berlin, den 8. Juni. Bekanntlich hat der diesseitige Bundestagsgesandte v. Bismark-Schönhausen zur Anknüpfung einer Vermittlung eine Mission nach Wien erhalten. Ob dessen Wahl eine glückliche zu nennen ist, muß dahin gestellt bleiben. Hr. v. Bismark ist der österreichischen Regierung von Frankfurt aus sicherlich keine persona grata. (D. A. Z.)

Frankreich.

Paris, den 9. Juni. Man versichert, die Budgetcommission habe aus Ersparnißgründen eine Reduction des Heeres um 30,000 Mann verschlagen wollen; um sie von diesem Entschlusse wieder abzubringen, habe man ihr Documente vorgelegt, aus welchen hervorgehe, daß die geheimen Gesellschaften mehr als je, besonders in gewissen südlichen Departementen, organisirt und regsam seien; in einem einzigen Departement hätten sie 63,000 Verbündete; aus diesen Gründen könne von einer Verminderung der Vertheidigungsmittel der Ordnungspartei nicht die Rede sein. Immerhin ist es auffallend, daß die Regierungsblätter seit Monaten versichern, der Staatsstreich vom 2. Decbr. habe der anarchistischen Partei und ihren Umtrieben für immer ein Ende gemacht. (!)

Neueste Nachrichten.

München, den 9. Juni. Legationsrath Dönniges wird von seiner Pariser Reise am kommenden Montag hier zurückerwartet.

Ein offiziöser Referent der „Augsb. Abendztg." sagt, weder Oesterreich noch die Coalitionsstaaten seien Willens, von ihren Zoll-Beschlüssen abzugehen.

Berlin, den 9. Juni. Die Bevollmächtigten der Coalitionsstaaten haben die Erklärung der preußischen Regierung einfach zum Berichte an ihre Regierungen genommen. Es hat sie dies nicht gehindert, die Einladung zu einer Sitzung auf heute wie gewöhnlich anzunehmen.

Aus Holstein, den 8. Juni. Die Dänen haben ehemalige schleswig-holsteinische Officiere als Trainkutscher verwendet!

Wien, den 7. Juni. Zu Pesth finden aus Veranlassung der Anwesenheit des Kaisers die pomphaftesten Feste statt.

Triest, den 4. Juni. Die Aufführung von Schillers Wilhelm Tell ist hier dem deutschen Theater verboten worden.

Brüssel, den 9. Juni. Die Kammer wird nach den neuen Wahlen aus 59 liberalen, 45 ultramontanen und 4 neutralen Repräsentanten bestehen. Trotz einzelner Verluste, wird sonach die freisinnige Partei eine sichere Majorität von 10 Stimmen haben.

Paris, den 9. Juni. Ein paar Damen der Halle hatten den Pfarrgeistlichen von St. Sulpice ersucht, die Büste Louis Napoleon's der Messe beiwohnen zu lassen, der Pfarrgeistliche es aber bis auf Weiteres, als den kirchlichen Gebräuchen zuwider, abgelehnt. Der Erzbischof hat sein Benehmen gutgeheißen.

Die gerichtlichen Journale kündigen für den 15. Juni den öffentlichen Verkauf mehrerer Waldparzellen im Obermarnedepartement an, welche das Eigenthum der Wittwe Ludwig Philipp's sind; der Ausbietungspreis beträgt 1'248,950 Frcs.

Dr. Veron, der Eigenthümer des „Constitutionnel," hatte schon vor mehreren Wochen Einladungen zu einem glänzenden Diner auf morgen ergehen lassen. In Folge des entstandenen Conflictes haben nun sämmtliche Minister die bereits angenommenen Einladungen nachträglich abgelehnt.

Es soll im Ministerrathe darüber verhandelt worden sein, ob der „Constitutionnel" nicht suspendirt werden solle. Man sei blos in Betracht der früher geleisteten Dienste dieses Blattes davon abgegangen.

Die Nachricht der deutschen Blätter, daß der „Kladderaddatsch" hier verboten sei, ist unwahr.

Venedig, den 5. Juni. Fortwährend ergehen neue Todesurtheile gegen Räuber. Man geht mit dem Plane um, eine eigene Erziehungsanstalt für die durch solche Hinrichtungen verwaisten Kinder zu errichten.

Mailand, den 5. Juni. Ein Vagabund, aus Frankreich, der schon wegen Diebstahl bestraft war, wußte sich bei den Behörden so einzuschmeicheln, daß er mit einem Gehalte von 3300 Zwanzigern als Oberbeamter angestellt ward. Kaum war er hier auf seinem Platze erschienen, so wurden seine Geschichten bekannt, und bilden nun das Tagesgespräch. (A. Z.)

Miscellen.

Nach belgischen Blättern befindet sich in der Nähe von Tirlemont ein siebenzehnjähriges Mädchen, welches schon sechs Wochen ohne Nahrung, ohne irgend eine natürliche Verrichtung des Körpers, in einem todähnlichen Zustande ist. Der Puls geht regelmäßig.

London, den 5. Juni. Mr. Goldstone, ein bekannter Luftschiffer, wurde vorgestern in Manchester ein Opfer seiner waghalsigen Kunst. Er fuhr aus den Bellevuegärten mit einem neuen 23,000 Fuß Gas haltenden Ballon auf, der nicht ganz gefüllt werden konnte, weil der dortige Apparat zu klein ist. Es hatte heftig geregnet und der Himmel drohte mit Sturm. Einige Meilen von Manchester, im Dorfe Stone Breaks, als der Luftschiffer Ballast auswarf, um höher zu steigen, gingen die Klappen auf, er sank mit furchtbarer Schnelligkeit, das Enterseil verfing sich an einem Dachgiebel und er stürzte aus der Gondel und blieb in Netzwerk hängen, während sein Kopf gegen die spitzigen unbehauenen Mauersteine mehrerer Häuser geschleudert ward. Gehirn und Blutspuren bezeichneten den Weg, den der Ballon nahm, bis er endlich zur Erde fiel und die Leiche aus der Gondel gehoben wurde.

Genf. Die Nachricht, der Neffe des bekannten Baron von Grenus, der zwölfjährige Sohn des k. belgischen Generalconsuls bei der Eidgenossenschaft, Baron Grenus von Stürler, sei am 2. Mai entführt worden, ist an und für sich richtig. Ein Umstand, welcher der Nachricht einen guten Theil ihres mysteriösen Anstrichs nimmt, ist der, daß die Entführung den nächsten Anverwandten der von ihrem Gatten geschiedenen Mutter des Knaben zugeschrie-

den wird. Das Einzige, was dieser Familienangelegenheit ein allgemeineres Interesse verleiht, ist das, daß der Vater durch die Regierung von Genf bei derjenigen von Bern die Auslieferung seines Sohnes verlangen ließ, und daß ihm diese bis jetzt verweigert worden sein soll.

Goldcourse.

Frankfurt, den 11. Juni. Pistolen 9 fl. 46 — 47 kr., Ducaten 5 38½ — 39½. 20-Franken-Stücke 9 33 — 34 Holländische 10fl.-Stücke 9 fl. 57 — 58 kr.

Hiezu eine Beilage

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1053²] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einer Stadt der Pfalz wird ein braver und wohlerzogener junger Mensch von einem Conditor in die Lehre aufgenommen. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[1027] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

[1063²] **Großes Kleider-Magazin**
in Ludwigshafen am Rhein in dem neuerbauten Hause der Herren Kaufmann & Glöcklen.

Unterzeichneter empfiehlt dem geschätzten Publicum sein neu eröffnetes

Etablissement

und wird derselbe stets dahin streben, durch solide und billige Waare, sowie überhaupt durch prompte und reelle Bedienung, sich die Zufriedenheit und das Vertrauen seiner verehrten Gönner zu erwerben und dauernd zu erhalten.

Sommerröcke von 2 fl. 42 kr. bis 18 fl. Tuchröcke von 13 bis 30 fl. Beinkleider von 1 fl. 30 kr. bis 12 fl. Westen von 1 bis 7 fl. Schlafröcke von 2 bis 13 fl.

M. Koppel.

[1064] **Fässer-Versteigerung.**

Donnerstag, den 17. Juni 1852, des Morgens 8 Uhr anfangend, zu Forst in der Wohnung der Wittwe des verlebten Gutsbesitzers Georg Spindler, werden aus dessen Beneficiarmasse zur Versteigerung gebracht:

1) 55 Stücke Fässer, zusammen etwa 98 Kiloliters haltend; hierunter befinden sich: 20 Stückfässer, 1 Zweistückfaß, 3 Dreistückfässer, 12 Vierstückfässer, die übrigen sind Halbstückfässer, Ohmfässer und von verschiedener Größe.
2) Gleichzeitig werden 1 eiserne und 2 hölzerne Keltern zur Versteigerung gebracht, sowie eine Chaise und verschiedenes Schreinerwerk, dann eine Kuh und Ackergeräthschaften.

Dürkheim, den 10. Juni 1852.

Schuler, Notar.

[1062] **Zu verkaufen.**

In einem größern Orte in der Nähe von Kandel ist unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen:

Ein zweistöckiges Wohnhaus, worin viele Jahre mit gutem Erfolge eine Wirthschaft betrieben wurde, mit einer ganz neuen, durch Kupferschmied Becker in Speyer verfertigten, Dampfbranntweinbrennerei, nebst drei großen Ställen, einem großen Schoppen, einer Scheuer, Waschküche, zwei Kellern ꝛc. Auf Verlangen wird die Dampfbrennerei auch allein abgegeben. Der großen Gebäulichkeiten wegen läßt sich leicht ein jedes Geschäft, namentlich eine Essigsiederei, berrichten. Nähere Auskunft ertheilt

Kandel, den 9. Juni 1852.

Fischer, Geschäftsmann.

[1065] Von der bei **Engelhorn & Hochdanz** in Stuttgart erscheinenden

Allgemeinen Muster-Zeitung,
Album für weibliche Arbeiten und Moden,
Preis vierteljährig 54 kr.,

ist die erste Nummer des 2ten Semesters für 1852 bereits ausgegeben, und werden hierauf, so wie auf die **verflossenen Quartale**, von jeder Buchhandlung und allen Postämtern Bestellungen angenommen; namentlich von **G. L. Lang** und **F. C. Neidhard** in Speyer, **Kaußler** und **Schießel** in Landau.

[1051] **Niederländische**

Dampf- **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Beilage zur Neuen

Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro 142.) den 13. Juni 1852.

Deutschland.

Baden. Dieser Tage erschien folgende Entschließung: „Ich finde Mich bewogen, den Oberbefehl über Mein Armeekorps künftig Selbst zu führen. Karlsruhe 2. Juni (gez.) Friedrich.“ Der Kriegspräsident, Generalmajor von Roggenbach, hat diese Entschließung dem Armeecorps mit einer folgendermaßen lautenden Ansprache bekannt gemacht: „Kameraden aller Grade und Waffengattungen! Se. Kön. Hoheit der Regent, unser gnädigster Kriegsherr, wird künftig den Oberbefehl über Höchstsein Armeekorps unmittelbar Höchstselbst führen; mit diesem Höchsten Entschluß ist uns die höchste Ehre, das höchste Glück des Soldaten geworden.“

Freiburg, den 5. Juni. Circulare, die von Karlsruhe aus im Lande verbreitet wurden, und die Bürger zu Unterschriften gegen die Anordnung des Hrn. Erzbischofs aufforderten, und worauf der letztere den Regenten in einem zweiten Schreiben eigens aufmerksam machte, wurden sogleich inhibirt, und erklärt, daß keine solche Adresse entgegen genommen werde. (Schw. M.)

Berlin, den 7. Juni. Die Zweifel über den wahren Inhalt des „Londoner Protocolls“ vom 24. Mai in Betreff „Neuenburgs“ beginnen sich mehr zu zerstreuen. Die ausführlicheren Mittheilungen der „Times“ beweisen, daß weiter nichts vorliegt, als eine mehr theoretische „Anerkennung“ der „Rechte“ des Königs von Preußen auf die Souveränität des „Fürstenthums und Kantons Neuenburg,“ mit der Verwahrung, oder doch Tendenz-Erläuterung, daß diese Anerkennung, „die als Basis der Verhandlungen mit dem schweizerischen Bunde dienen würde, den König von Preußen der Mühe entheben werde, sein Recht durch andere Mittel zu verfechten, und daß dieses Uebereinkommen nicht in der Absicht gemacht werden soll, um die übrigen Mächte zu irgend einer activen Einmischung (interference) zu verpflichten, sondern bloß um den einzuleitenden Verhandlungen die Sanction Europa's zu geben.“ Die „Times“ deutet die Motive Englands näher an. „Vor wenigen Monaten“ — sagt sie — „hatte man gewichtige Motive, zu besorgen, daß die Cabinette von Oesterreich und Frankreich eine mehr directe und separate Einmischung in die Angelegenheiten der Schweiz aus selbstsüchtigen Absichten und Vorwänden beabsichtigten. Damals bemerkten wir, daß, wo immer eine internationale Streitfrage über die Verhältniße der Schweiz entstanden war, sie geziemender Weise von allen Mächten, welche deren Integrität und Selbstständigkeit im Jahre 1815 garantirten, discutirt wurden, und daß England der Boden ist, wo derartige Fragen mit der größten Unparteilichkeit in Betracht gezogen werden könnten.“ Es sollte also ein Anlaß möglicher Conflicte durch Aufnahme friedlicher Vermittlungs-Versuche beseitigt werden, und diese nachträgliche Protocollirung der schweizer Revolution von 1847 und 1848 hat keinen anderen Grundgedanken, als die londoner Protocollirung der belgischen Revolution in den Jahren 1831—33, — nämlich: die Befestigung des Friedens durch diplomatischen Austrag eines sehr schwierigen Rechtsconflictes.

Berlin, den 8. Juni. Der preußische Bevollmächtigte beim Zollcongreß, v. Pommer-Esche, gab in der gestrigen Sitzung eine klare und entschiedene Beurtheilung aller Einzelnheiten. Zuerst fanden die Anträge Baierns auf Unterhandlung mit Oesterreich unter Zugrundelegung der Wiener Conferenzentwürfe ihre Erledigung; der preußische Bevollmächtigte erklärte, daß die Handels- und Zolleinigung mit Oesterreich, besonders wie sie in dem Entwurfe B. vorgezeichnet, zur Ausführung für die Zollvereinsstaaten unmöglich sei. Die gegenwärtigen Culturverhältniße des österreichischen Staates, seine oeconomischen, industriellen und besonders finanziellen Bedingungen seien so wesentlich von denen Norddeutschlands verschieden, daß eine solche Verbindung zu den Unmöglichkeiten gehöre, wenn nicht Preußen und die übrigen mit ihm auf gleichem Culturstandpuncte stehenden Staaten ruinirt werden und um ein halbes Jahrhundert zurückschreiten sollen. Es sei nicht unmöglich, daß für spätere Zeiten eine solche Vereinigung ins Leben gerufen werden könne, wenn die gegenseitigen Bedürfnisse und Fähigkeiten der jetzt gegenüberstehenden Verhältniße eine allmähliche Ausgleichung erfahren haben werden; einstweilen sei dieses jedoch eine Unmöglichkeit, und die preußische Regierung müsse deßhalb einen solchen Antrag unter allen Umständen zurückweisen. Was hingegen den zweiten Theil jenes Antrages betrifft, der auf eine Unterhandlung zum Abschluß eines Handelsvertrages unter Zugrundelegung des Entwurfs A. hinausgeht, so hat die preußische Regierung zu wiederholten Malen die Erklärung abgegeben, daß sie zu Unterhandlungen zu diesem Zwecke gern bereit sei, sobald die Verhandlungen zur Herstellung des Zollvereins beendet seien; sie bestätigt auch jetzt dasselbe, muß jedoch ausdrücklich hervorheben, wie eben die Sicherstellung des Zollvereins erst das Maß und das Bedürfniß herausstellen wird, und in wie weit jene Unterhandlungen eine Ausdehnung erhalten können. Da die preußische Regierung diesen Gesichtspunct festhält, so konnte sie dem Antrage auf Discussion jener baierischen Anträge innerhalb der Conferenzen um so weniger Folge geben, als der Ausfall derselben ohne allen Erfolg in Bezug auf die Gestaltung der Verhältniße hätte sein müssen. Zum Schluß weist der preußische Bevollmächtigte nach, wie die bis jetzt geführten Verhandlungen ohne irgend einen Nutzen und ohne ein Resultat geblieben seien. Dieser Zustand könne aber unmöglich länger dauern; denn schon machen sich durch die Unsicherheit der Verhältniße, durch das Schwanken des Systems sehr traurige und nachtheilige Wirkungen geltend. Handel und Industrie fangen an zu stocken, und den Gewerbtreibenden aller deutschen Staaten wird ein fühlbarer Nachtheil dadurch erzeugt. Preußen trage die Schuld nicht an diesem beklagenswerthen Ereigniß, es hat die Hand zur Herstellung des Zollvereins geboten. Dieser Zustand könne nicht länger andauern, ohne erheblichen Schaden dem deutschen Handel- und Gewerbfleiße zuzufügen; die preußische Regierung fordert deßhalb die sämmtlichen Bevollmächtigten auf, den Entschluß der preußischen Regierung ihren resp. Regierungen unverzüglich mitzutheilen und dann so bald als möglich eine Entscheidung nach einer bestimmten Richtung hin zu treffen. (Köln. Z.)

Der Handelsminister hat die Verfügung erlassen, daß die in Hildburghausen erscheinende „Dorfzeitung“ wegen ihrer der preußischen Staatsregierung „feindlichen Tendenz“ nicht ferner von den preußischen Postanstalten debitirt werden solle.

Aus der Provinz Preußen, den 3. Juni. Das

öffentliche Auftreten der Jesuiten wird an Orten mit überwiegend protestantischer Bevölkerung nicht mehr gestattet und demnach in unserer Provinz auf das Ermeland beschränkt. Speciell in Königsberg und weiter östlich werden die Jesuiten nicht auftreten dürfen.

Wien, den 5. Juni. Die Entwerthung des Papiergeldes hat alle Preisverhältniße außerordentlich gesteigert, Oesterreich ist aus einem der wohlfeilsten Länder Europas eines der theuersten geworden, und am wenigsten soll Jemand der Oeconomie wegen nach Wien kommen. In jeder anderen Stadt des Continents lebt es sich dermalen mit geringeren Ausgaben angenehmer. Nun sucht man an den ohnehin geringen Besoldungen der mittleren und niedern Beamten zu sparen, und drängt damit zu Bestechungen, indeß die Gehalte der hohen Beamten maßlos sind.

Frankreich.

Paris, den 7. Juni. Die Besitznahme des Schlosses von Eu fand vorgestern Statt. Der Verwalter hatte alle Gitter und Thüren schließen lassen und verweigerte dem Domainendirector, der vom Maire und einem Gensd'armeriecapitän begleitet war, den Einlaß mit dem Bemerken, daß er nur von seinem Gebieter, dem Herzoge von Nemours, Befehle annehme. Man ließ einen Schlosser holen, der, nach umsonst durch den Maire erfolgter dreimaliger Aufforderung zum Oeffnen, die Ketten des Gitters mit Gewalt sprengte. Um in das Schloß selbst zu gelangen, mußte man, da das Thor allen Oeffnungsversuchen trotzte, eine Fensterscheibe zerschlagen, durch diese einsteigen und die Thorriegel von Innen beseitigen, worauf dann der Domainendirector und seine Begleitung eintraten. Eine große Volksmenge hatte sich vor dem Schlosse versammelt, gab ihren Unmuth aber bloß durch Worte zu erkennen. Auf heute hatte der Verwalter der Güter des Hauses Orleans den Verkauf der im Schlosse von Eu befindlichen Möbel anberaumt; man erfährt aber, daß die Domaine dieselben beansprucht und den Verkauf daher nicht zugeben will. Die Domänenverwaltung hat vor zwei Tagen die diesjährige Heuernte zu Monceaux und Neuilly um Spottpreise zugeschlagen, da Niemand ein nur irgend dem Werthe entsprechendes Gebot legte.

Die Regierung soll die Absicht haben, wenn der Staatsrath die Competenz des Gerichtshofes in Sachen der Orleans'schen Güterconfiscation anerkannt und das Tribunal sodann den Orleans Recht gibt, in einer Denkschrift zu beweisen, daß die Orleans sich als Prätendenten benehmen und conspiriren, und sodann durch ein Decret die Confiscation des gesammten unbeweglichen Vermögens der Familie Orleans aussprechen.

Zu Bayonne hat man bei einem Schenkwirthe einen geheimen Vorrath von Patronen und Kugeln weggenommen.

— den 8. Juni. Ein nicht unwichtiger Conflict ist aus Veranlassung der diesjährigen Frohnleichnamsfeier zwischen den weltlichen und den geistlichen Behörden ausgebrochen. Zu Lille, zu Rouen und selbst zu Paris ist in den Kirchen angesagt worden, daß die Procession in diesem Jahre öffentlich Statt finden werde. Zu Lille hat aber bekanntlich der Maire auf Grund des Concordats die öffentliche Procession durch einen Erlaß verboten und mit seiner Entlassung gedroht, wenn der Präfect denselben cassiren sollte. Das Ministerium des Innern, an das der Präfect berichtete, hat nun dem Maire, der allerdings nur nach der bestehenden Kirchenordnung handelte, Recht gegeben, und es werden daher wohl die Frohnleichnamsprozessionen für dieses Jahr wenigstens noch unterbleiben.

Italien.

Rom, den 31. Mai. Verschiedene öffentliche Blätter haben wiederholt Artikel gegen den gegenwärtigen römischen Finanzminister gebracht, dessen Papierfabriken das Papier für die Cassenscheine liefern, während seine Ziegelbrennereien Staatsbauten nöthig machen und seine Geldwechselgeschäfte den Cours des Papiergeldes reguliren sollen. Jetzt hat nun der frühere Director der Staatsdruckereien eine förmliche Anklageschrift gegen denselben gedruckt, die gegen 80 Klagepuncte enthalten und von nicht weniger als acht Cardinälen unterstützt sein soll. Ein Prachtexemplar derselben ist dem Papste selbst überreicht worden. Die Sache wird natürlich möglichst verheimlicht. (!!) (K. Z.)

Miscellen.

Paris. (Hört.) Der Verfasser des Werkes „Neue Astronomie" hat an Arago einen Brief gerichtet, worin er in seiner bekannten lichtvollen Weise beweist, daß sich die vier Satelliten des Jupiter nicht in dem Sinne wie der Mond um die Erde bewegen. Wenn sich diese Angabe bewahrheiten sollte, so stürzte sie das System der alten Astronomie um, welches den Satz aufstellt, daß alle Gestirne, Planeten und Satelliten sich in gleicher Weise wie der Mond bewegen. Der berühmte Director des Bureau der Höhenmessungen wird die Arbeit des Hrn. Charles Emmanuel gewiß einer gründlichen Prüfung unterziehen.

Der Bildhauer Royer in Amsterdam hat die zwölf Fuß hohe Statue Lorenz Koster's (der nach der Behauptung der Holländer die Buchdruckerkunst erfunden haben soll) im Model vollendet. Dieselbe soll in Erz ausgeführt und diesem „Erfinder der Buchdruckerkunst" wie die Holländer behaupten, in seinem Geburtsorte Haarlem als National-Denkmal errichtet werden. Der Künstler hat den Koster in reichem Mantelgewande, bedeckten Hauptes dargestellt, mit dem rechten Fuße vorschreitend. Die ausgestreckte Rechte hält eine bewegliche Type, die Linke drückt ein Buch an die Brust. Linien und Bewegung der kolossalen Figur sollen gleich schön sein.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 9. Juni. Weizen 5 fl. 36 kr., Korn 4 fl. 32 kr., Spelz — fl. — kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige — fl. — kr., Hafer 3 fl. 33 kr., Kartoffeln 1 fl. 24 kr., per Centner.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1061] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 1. bis 10. Juni: H. Bitter a. Mannheim. — H. Götz a. Wiesbaden. — H. Dr. Krätzer aus Musbach. — H. Worms aus Carlsruhe. — H. Forstmeister Erb a. Winnweiler. — H. Dettweiler mit Bedienung a. Oberflörsheim. — H. Knöckel a. Neustadt. — H. Feldwebel Lorber aus Germersheim. — H. L. u. H. F. König a. Blieskastel. — H. Münzer a. Erlangen. — H. Walter a. Knöringen. — Fr. Gebhardt mit Frl. Schwester a. Haßloch. — H. Lieutenant Baron v. Riedheim a. Speyer. — H. Lieutenant v. Hundsdorfer a. Germersheim. — H. Martha a. Straßburg. — H. Professor Häberle a. München. — H. Sundheimer a. Neustadt. — Fr. Sitzler mit Bedienung a. Kitzingen. — H. Racke a. Eischweiler. — Fr. Seyb a. St. Ingbert. — H. Dreyfuß a. Lauterburg. — H. Fiack mit Frl. Schwester a. St. Ingbert. — H. Hoy a. Kutzenhausen. — Frl. Schneider a. Landau. — 50. u. 51. Baron v. Sacken u. Frl. v. Campenhausen a. Rußland. — 52. u. 53. Fr. Helwerth u. Fr. Dürr a. Heidelberg. — 54. bis 61. H. Tenge mit Familie a. Rietberg in Westphalen. — 62. H. Kopp a. Rauschbach. — 63. u. 64. Fr. u. Frl. Bumiller a. Scheibenhardt. — 65. H. Kaplan Schäfer a. Landau. — 66.—68. Frhr. v. Bellersheim mit Gemahlin u. Tochter a. Darmstadt. — 69. H. Hirsch a. Homburg. — 70. H. Bordollo a Neustadt. — 71. H. Schäffer a. Homburg. — 72. Fr. Behret a. Bergzabern. — 73. Hr. Bürgermeister Lang a. Landau. — 74. H. Schmidt a. Straßburg. — 75. Frl. Stein a. Waldfischbach. — 76. Frl. Appel a. Hermersberg. — 77. Frl. Häcker a. Kaiserslautern. — 78. Fr. Unger a. Neustadt. — 79. u. 80. H. u. Fr. Kotter a. Gantersweiler.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 143 | den 15. Juni 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 14. Juni. Wir erhielten dieser Tage von Würzburg eine Broschüre zugesendet, welche dort unter folgendem Titel erschienen ist: „Der baierische Staat und die fränkische Industrie, geschildert in den Schicksalen der Handlungshäuser G. A. Gätschenberger und J. J. von Hirsch in Würzburg; nebst einem Beitrag zur Beantwortung der Preisfrage: wie der Verarmung zu steuern und dem Wohlstand Bayerns aufzuhelfen ist? von Stephan Gätschenberger." Der Ertrag dieser durch alle Buchhandlungen zu beziehenden Schrift ist für die Armen der Rhön und des Spessarts bestimmt.

Es wird uns bemerkt, die Schrift habe in Würzburg bedeutendes Aufsehen erregt. Indessen verdient sie auch in weitern Kreisen Beachtung. Man würde sich nemlich auf einem sehr falschen Standpunct befinden, wenn man in dem Gegenstande, den die vorliegende Broschüre behandelt, nichts weiter als eine Angelegenheit zweier ganz oder theilweise verunglückten Handelshäuser erblicken wollte. Wir sehen vielmehr darin zwei sprechende Beispiele, wie wenig die Wichtigkeit der Industrie und somit des Nationalwohlstandes überhaupt, von der Bureaucratie richtig erkannt wird, und wie wenig die Verhältniße der Industriellen die gebührende Würdigung und nöthigenfalls auch thatsächliche Unterstützung von Seiten des Staats finden. — Wir geben von vorn herein gerne zu, daß die Auffassungs- und Darstellungsweise des Verfassers der erwähnten Schrift eine einseitige sein mag. Dies auf jede Weise in Rechnung gebracht, wird aber doch immerhin das richtig bleiben, daß sowol Hirsch als ganz besonders Gätschenberger mehre Jahrzehnte hindurch eine lange Reihe solcher industriellen Unternehmungen ausführte, durch welche der Volkswohlstand in ganzen Gemeinden, ja in ganzen Gauen aufs Augenscheinlichste und Unzweifelhafteste, und zwar sehr nachhaltig, belebt und befördert ward; es wird sich — wenn nicht Alles trügt — kaum irgend bestreiten lassen, daß namentlich Gätschenberger eine wahrhaft seltene Uneigennützigkeit besaß, und selbst dann noch erprobte, als das große Vermögen, mit dem er begonnen, zumeist in Folge von Veränderungen, welche der Staat im Zollsysteme u. s. f. vorgenommen, bereits aufgeopfert war; es liegt endlich evident vor, daß wenn solche Männer, an welche sich die Beamten selbst, in Fällen, die ihnen Verlegenheit brachten, so oft gewendet, — daß, sagen wir, solche Männer, wenn sie in einer Zeit ungewöhnlicher commercieller Crisen in Noth gerathen, unter den dermaligen Verhältnißen und Einrichtungen, eine kräftige Unterstützung, ja selbst nur eine solche Berücksichtigung, wie sie unter gleichen Verhältnissen sogar der Privatmann nicht selten gewährt, beim Staate zu finden nicht im Stande sind, obwol jeder mit dem Leben vertraute Mann erkennen wird, daß häufig durch das Arbeiteinstellen in großen Etablissements, zumal in Zeiten der Crisen, an sich schon dem Gemeinwesen ein weit größerer Nachtheil zugefügt wird, als die Summe beträgt, welche zum Forterhalten solcher Geschäfte aufgeopfert werden müßte. —

Es kann die Aufgabe eines Zeitungsartikels natürlich nicht sein, in die Einzelnheiten der Geschichte jener beiden Handelshäuser einzugehen, um so weniger, als wir uns nicht im Falle befinden, diese Einzelnheiten kritisch prüfen zu können. Dagegen wollen wir diese Veranlassung nicht vorübergehen lassen, ohne wiederholt auf den maßlosen Mißstand in unsern staatlichen Einrichtungen aufmerksam zu machen, daß die Industrie — im weitesten Sinne des Wortes, also Ackerbau, Gewerbs- und Fabrikwesen und Handel — von der Bureaucratie durchaus nicht mit gehöriger Kenntniß beurtheilt, und daß sie durchaus nicht so gewürdigt wird, wie sie es nicht blos verdient, sondern wie es unter den jetzigen Concurenzverhältnißen mit andern Ländern geschehen müßte. Unsere gesammten deßfallsigen Staatseinrichtungen sind der Art mangelhaft, daß, sogar wenn der Wille und die Absicht einer Unterstützung der Industrie entschieden vorwaltet, und wenn die Geldmittel dazu gegeben sind, — man nicht einmal weiß, wie diese Mittel nur zweckmäßig verwendet werden können! Wir selbst sind weit entfernt, die in solchen Fällen obwaltenden großen Schwierigkeiten zu verkennen. Allein sind diese Schwierigkeiten wol aus einem andern Grunde gleichsam unübersteiglich, als weil man nicht allseitig und jederzeit die Hebung des materiellen Volkswohlstandes für eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des Staats ansieht und consequent auf dieses Ziel hinarbeitet? — sind diese Schwierigkeiten nicht eben um deßwillen so groß, weil man in den kritischen Zeitperioden, wenn es vorzugsweise zu helfen gilt, gleichsam gar nichts vorbereitet findet, — noch mehr, weil ein solches Streben, in seiner Allgemeinheit, unvereinbar mit der gesammten Einrichtung der Bureaucratie ist?!

Wir haben es absichtlich vermieden, auf irgend welche Einzelnheiten einzugehen, selbst abgesehen von den Fällen jener beiden Würzburger Häuser, deren Fortbestehen oder Untergang so tief auf den Wohlstand eines großen Theiles von Franken einwirken mußte. Damit man uns aber nicht beschuldige, ohne alle Begründung in solcher Weise zu reden, wollen wir wenigstens an eine Thatsache erinnern: Bei der Crise im J. 1848 bewilligten die Kammern eine Million zur Unterstützung der Gewerbe in Baiern. Diese Million war aber nach Jahren noch bei weitem nicht vollständig verwendet (irren wir nicht, so ist sie es heute noch nicht!) weil man — nicht wußte, wie das Geld zweckmäßig angewendet werden könne!! Daß überdies von den Summen, welche man wirklich verausgabte, manche wirklich in nicht zweckmäßiger Weise vergeben wurde, hat sich seitdem zur Evidenz ergeben. — Nochmals: In einer Zeit der Crise, da es überall fehlte, wußte man nicht, wie das eigens zur Unterstützung der Industrie bestimmte Geld angewendet werden könne! In dieser Zeit war es, daß man dagegen — dies nach der Versicherung Gätschenbergers — einem der bedeutendsten industriellen Häuser (Hirsch) wegen einer winzigen Restforderung von 1200 fl. Holzkaufpreis, — das gesammte Holzlager mit Arrest belegte, und dadurch den durch die Zeitverhältniße allgemein wankend gewordenen Credit bezüglich dieses Hauses geradezu vernichtete. —

Obgleich wir gerade bei den vorstehenden Betrachtungen von allen speciellen und persönlichen Verhältnißen so viel nur möglich, absahen, so bietet die vorliegende Schrift doch so viele Daten, die einer besondern Erwähnung verdienen, daß wir uns vorbehalten, in einem zweiten Artikel um so mehr darauf zurück zu kommen, je dringender das Bedürfniß des gesammten Volkes eine allgemeine und durchgreifende bessere Einrichtung zur Förderung seines materiellen Wohles erheischt. —

** **Auswanderungssache.** Texas. Ein Bericht der frühern Commissäre des General-Landamtes gibt eine sehr klare und befriedigende Uebersicht von dem gegenwärtigen Stande der texanischen Angelegenheiten. Es ist

darin nachgewiesen, wie viel Land unter mexikanischen und spanischen Besitztiteln vergeben ist, wie viel für Universitäten, Collegien und Gemeinschulen reservirt wird, wie viel der Staat Texas abgab und wie viel Land noch zu kaufen ist. Nach der Acte von 1836 besaß Texas 379,054 (engl.) Quadratmeilen oder 242,494,560 Aker. Gemäß des letzten Compromißgesetzes wurden den vereinigten Staaten 67,000,000 abgegeben, was Texas 185,594,560 Aker ließ. Unter spanischen und mexikanischen Besitztiteln stehen 25,517,391 Aker. Die Gesammtmasse der Landansprüche, welche unter der frühern Republik und dem jetzigen Staate entstanden, beträgt 33,265,663 Aker. Somit ist im Ganzen durch Rechte und Ansprüche jeder Art über 63,783,054 Aker verfügt, folglich verbleiben Texas, nachdem jeder gesetzliche Anspruch, den man amtlich kennt, befriedigt worden ist, 111,812,079 Aker zur Verfügung. Schlägt man den Aker zu 50 Cents an, so gibt dies eine Summe von beiläufig 56 Mill. Doll. Für das Erziehungswesen sind folgende Länder bei Seite gesetzt: für zwei Staatsuniversitäten 199,102 Aker, für Confessionscollegien 31,106, für Primärschulen in jeder County 175,654, zusammen 405,862 Aker. — Dieses Schulland schließt nur die bereits vermessenen und patentirten Ländereien ein. Ein neues Gesetz bestimmt, daß noch weitere 300,000 Aker zu Schulzwecken vermessen werden sollen.

Betrachtungen. Die „Nat.-Ztg." bemerkt u. a.: Was wir heut zu Tage rings um uns in Europa sehen, ist ein Conservatismus, der conserviren möchte, er weiß nur nicht, was und wie, und eine Restauration, die das Alte wiederherstellen und doch eine neue Organisation schaffen möchte. — Die Regierungen sprechen so viel von Einrichtungen, Verfassungen, Ordnungen, mit denen sich nicht regieren lasse. Aber wir finden, daß je mehr die Regierungen solche Einrichtungen, Verfassungen, Ordnungen bekommen, mit denen sich regieren läßt, d. h. welche augenblicklich die Regierung in nichts hindern, was ihr vorzunehmen beliebt, um so weniger die Regierungen sich befähigt zeigen, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen. Die ganze moderne Regierungskunst löst sich in das Bemühen auf, einen Windmühlenkampf gegen Verschwörungen, Anarchie, Communismus, Atheismus zu führen; sich Schwierigkeiten zu bereiten und sich Feinde zu machen, so daß sie vor dieser negativen unproductiven Beschäftigung zu keiner Thätigkeit kommen kann. — Wir sehen in Europa Regierungen, die laviren und sich treiben lassen; aber wir suchen vergeblich nach einer Regierung, welche positiv, productiv, nachhaltig, fördernd, erleichternd, wohlthuend regierte.

München. Das „kathol. Sonntagsblatt" (Nro. 23 vom 6. Juni) enthält einen Aufsatz über das Sectenwesen in Nordamerica, der mit folgenden Worten beginnt: „Seit der Zeit, wo jener entlaufene Mönch, welchen verblendete Secirer den „großen Reformator" zu nennen belieben, getrieben von den Geistern des Eigendünkels und des Spottes, der Selbstsucht und der Wollust, von der alleinseligmachenden Kirche abgefallen ist, und habgierige Fürsten, die der giftigen Schlange gleich schillernde Fahne der sog. Gewissensfreiheit entfalteten, um unter diesem verruchten Panier nicht allein ihr Gewissen von Sitte, Zucht und Ordnung zu kehren, sondern auch um die irdischen Güter der Kirche zu rauben und zu plündern; seit dieser Zeit hat die Geschichte die abenteuerlichsten Secten, unter dem Namen von Religionsgesellschaften, entstehen und wieder untergehen sehen u. s. w." — Wir sind keineswegs gemeint, die Hülfe der Polizei gegen solche Niederträchtigkeiten anzurufen, wol aber fordern wir für alle entgegengesetzten Meinungsäußerungen die nemliche Freiheit. —

München, den 10. Juni. Die Königin ist diesen Nachmittag nach Berlin abgereist. Der König hat sich diesen Abend wieder nach Schloß Berg begeben.

Aus dem „Mainzer Journal" erfahren wir, daß dem von den geistlichen Gerichten für abgesetzt erklärten Pfarrer Tafel von Zweibrücken bereits vom Bischof von Speyer ein Nachfolger ernannt, die königl. Genehmigung zu dieser Ernennung aber „noch immer" nicht erfolgt ist. Das „M. Journ.," dessen Richtung bekannt ist, will „den Gedanken nicht aufkommen lassen," daß die Genehmigung des neuen Pfarrers durch Tafel's Appellation vom Urtheil zweiter kirchlicher Instanz an die weltliche Behörde aufgehalten werde.

Kassel. (Wie es wirkt.) Die ministerielle Kasseler Zeitung ergehet sich in Reflexionen über die auffallende Abnahme der Fremden-Frequenz!

Berlin, den 9. Juni. Es ist schon von mehreren Seiten zu erkennen gegeben worden, daß eine Verständigung unter sämmtlichen deutschen Regierungen über die Anwendung gleicher Grundsätze bei Emanirung, Wiedereinziehung ꝛc. von Papiergeld wünschenswerth erscheine. Von durchgreifender Wirkung würde in der That nur eine Vereinbarung der Regierungen darüber sein, bis zu welcher Höhe in den Einzelstaaten Papiergeld überhaupt emanirt werden dürfe.

In einem von der hiesigen Kaufmannschaft dem Handelsministerium erstatteten Bericht ist der Umstand wieder hervorgehoben worden, daß Rußland sich noch immer nicht hat dazu verstehen wollen, mit dem Zollverein als solchem in Unterhandlung zu treten, sondern in Handelsverhältnissen nur mit den einzelnen Zollvereinsstaaten Verträge abschließen. Bekanntlich hat Preußen die Begünstigungen, welche Rußland ihm allein angeboten hat, aus Rücksicht für die übrigen Zollvereinsstaaten von der Hand gewiesen. Die hiesige Kaufmannschaft setzt nunmehr dem Handelsministerium aus einander, wie dringend nothwendig der Abschluß eines Handelsvertrags mit Rußland sei.

— den 10. Juni. Die belgische Regierung soll in zwei gleichlautenden Noten, wie hier erzählt wird, die Vermittlung Preußens und Rußlands in den drohenden Tarifverwickelungen mit Frankreich in Anspruch genommen haben. (Köln. Z.)

Aus Westpreußen, den 3. Juni. Die Jesuiten rücken von drei Seiten in unsere Provinz ein, aus dem Posenschen her und von Danzig aus, und werden auch in Marienwerder heilige Väter zu Missionspredigten dieser Tage erwartet.

Prag, den 7. Juni. Der Selbstmord greift bei uns auf eine erschreckende Weise um sich, und scheint epidemisch zu werden. Bis zur sechsten Morgenstunde des heutigen Tages hatten sich drei Personen aus Lebensüberdruß in die Moldau gestürzt. Vor einigen Tagen ertränkte sich ein Mann, und ein bereits bejahrtes Frauenzimmer stürzte sich in einen Wasserkasten; letztere wurde jedoch gerettet. Die allgemeine Noth, vielleicht auch die ungewöhnliche Hitze, mögen Schuld an diesen bedauernswerthen Fällen sein. In den Casernen soll die ägyptische Augenentzündung herrschen. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, den 10. Juni. Während die ultramontane Partei in Freiburg Geld sammelt, um in Posieux eine Kapelle zu bauen, haben die Liberalen des Kantons in Murten das Kantonalschützenfest eröffnet; am ersten Tage waren 3000 Personen anwesend. Die Conservativen haben mit Geräusch bekannt gemacht, der Präfect der Greyse habe den 80jährigen Herrn Marilley, Vater des Bischofs, gefangen gesetzt, um ihn am Besuche der Volksversammlung in Posieux zu verhindern. Nun ergibt sich, daß der Greis schon am 15. März d. J. gestorben ist. — Der Bundesrath hat ein Schreiben an die Regierung von Freiburg gerichtet, in welchem er die Behauptung des Comite von Posieux, es handle unter den Auspizien der Bundesbehörde, entschieden zurückweist.

Aargau. Nach einer amtlichen Zusammenstellung sind im abgewichenen Jahre aus dem Kanton Aargau über 1500 Personen nach America ausgewandert, und es

dürfte nach Ansicht der Armenkommission im laufenden Jahre diese Zahl um ein Namhaftes überschritten werden.

Frankreich.

Paris, den 9. Juni. Eine Verminderung des Effectivstandes der Armee gehört zu den Vorschlägen, für welche die Budgetcommission, trotz der dringenden Gegenvorstellungen des Kriegsministers, sich unwiderruflich entschieden hat; man glaubt jedoch nicht, daß ihr Antrag die Majorität des gesetzgebenden Körpers für sich haben werde.

Granier de Cassagnac behauptet überall, er sei doch mit dem Präsidenten einverstanden gewesen, habe ihm sogar seine Artikel vorgelesen u. s. w.

— den 10. Juni. Die Erklärung der Regierung, sich in die Sonntagsfeier-Angelegenheiten nicht einmischen zu wollen, hat bei der hiesigen Bourgeoisie große Befriedigung verursacht. — Die Jesuiten wollen das prächtige Schloß von Ecouen, einst Eigenthum des Connetable von Montmorency, an sich bringen, um dort eine höhere Lehranstalt zu errichten. — In Algerien wird man Versuche mit Verwendung der Dromedare für militärische Zwecke machen.

Heute hat Louis Napoleon zum zweiten Mal seinen Staatsrath präsidirt. Doch hat er diesmal zum Voraus dafür sorgen lassen, daß er nicht wieder ein Schattenbild des alten parlamentarischen Wesens mit oratorischen Triumphen der Opponenten gegen die Minister zu sehen bekäme. Die langen Reden sollen hinfüro verpönt sein!

Italien.

Aus Mittel-Italien, Anfangs Junius. Unter dieser Ueberschrift bringt die Allg. Ztg. einen Artikel, der mit den Worten beginnt: Das politische Sectenwesen in Italien greift um sich. Dieß ist eine Thatsache die keiner italienischen Regierung fremd ist; nur frägt es sich, ob irgendeine Regierung im Stande sei, dem Unfug einen haltbaren Damm entgegen zu stemmen. Die wiederholten größern oder kleinern Schilderhebungen, die Italien seit mehr denn 30 Jahren theils wirklich erschütterten, theils nur beängstigten, waren alle das Werk seiner politischen Secten, des Carbonarismus und des jungen Italiens. Beide haben sich in eine dritte geheime Gesellschaft verschmolzen, die den Namen des „vereinigten Italiens" führt. Dieser nun, wenn es erlaubt ist nach ihrer Ausdehnung und ihrem Umfang zu urtheilen, scheint es vorbehalten zu sein, früher oder später einen wiederholten Handstreich zu versuchen.

Rom, den 1. Juni. Der hohe Klerus befaßt sich gegenwärtig vorzugsweise mit der Mission, zur Wiederherstellung des Corporationswesens auf kirchlicher Basis aus allen Kräften mitzuwirken.

Großbritanien.

London, den 10. Juni. Die Pariser Correspondenten mehrer hiesiger Blätter sind durch Ludwig Napoleon's Agenten verwarnt worden. Die hiesigen Journale äußern sich nun über diesen Vorgang. In einem Leitartikel spricht das „Chronicle" die Ueberzeugung aus, daß kein englisches Blatt sich dem der englischen Presse von der französischen Regierung zugemutheten Schreibsystem unterwerfen werde, indem es dies ohne Unehre nicht thun könne. „Es ist überflüssig, zu bemerken," fügt das Peelitenblatt hinzu, „daß wir, unbekümmert um die Folgen, nach wie vor bei unserer bisherigen Schreibweise verharren werden." „Daily News" erörtern denselben Gegenstand. „Der Agent L. Napoleon's," sagen sie, „spricht von der Verbreitung „„falscher Nachrichten;"" allein es sind nicht falsche Nachrichten, welche Anstoß erregen, sondern wahre. . . . Falsche Nachrichten! Da haben wir wieder den alten Vorwand. Falsche Nachrichten schützte Karl II vor, als er die Presse unterdrückte, und derselben Entschuldigung bedienten sich Jacob II. von England und Karl X. und Louis Philipp von Frankreich, als sie ihre Verfolgung gegen die Presse begannen. Aber diese drei Könige wurden sämmtlich durch eben dieses Schlachtopfer gestürzt, welches sie sich zur Befriedigung ihres wahnsinnigen Zornes auserwählt hatten. Die Zeitungen waren zu stark für sie. Jeder von ihnen hatte während seiner Verbannung Muse, sich von dieser Wahrheit zu überzeugen. Und woher diese Erscheinung? Weil die Presse in ihrer Integrität eine Nothwendigkeit der modernen Civilisation ist, weil sie in ihrer Integrität ein Ding ist, welches die Welt täglich bedarf, und da sie es bedarf, auch haben will. Ist ihr die Freiheit der Erzählung und die Freiheit der Kritik abgeschnitten, so ist ihre Integrität dahin, und sie wird zum todten, wesenlosen, hohlen Scheinbilde, wie die Presse in dieser Stunde in Paris. Mit einer solchen seelenlosen Leiche wird aber heut zu Tage ein civilisirtes Volk nicht lange zufrieden sein. Zwei der Vorgänger Louis Napoleon's führten, die Wahrheit fürchtend, eine Zeit lang mit Erfolg, einen intoleranten Krieg gegen die Presse. Louis Napoleon kennt ihr Schicksal."

Dänemark.

Kopenhagen, den 8. Juni. Alle von 1848 bis 1851 von Schleswig-Holstein unter dem Namen von Staatsanlehen, sowol freiwilligen als gezwungenen, gemachten Schulden sind nicht anerkannt und für die Staatskasse für unverbindlich erklärt. Die dazu gehörigen Verschreibungen sind der Staatskasse gegenüber null und nichtig. Die Kieler Professoren Pelt, Olshausen, Stein, Chalybäus, Scherk, Meyn und Ravit sollen abgesetzt werden. (Weser-Ztg.)

Vereinigte Staaten.

New-York, den 29. Mai. Das neue Drama: „Lola Montez in Baiern," in welchem die Gräfin von Landsfeld die Hauptrolle spielt, ist im Broadway-Theater zu New-York mit großem Beifalle aufgeführt worden. (Köln. Ztg.)

Neueste Nachrichten.

München, den 11. Juni. Letzten Samstag wurde der Münchener Eilbote wegen eines Artikels über die Jesuiten im Allgemeinen und der Nürnberger Kurier wegen einer Abhandlung über die Jesuiten in Schlesien insbesondere, mit Beschlag belegt. (Volksb.)

Die Allgem. Ztg. schreibt: Geh. Legationsrath Dr. Dönniges ist von seiner Reise nach Paris und London wieder hieher zurückgekehrt. Nach einer Mittheilung des „Volksboten" stände die Berufung des Hofpredigers Harleß in Dresden an die Spitze unseres protestantischen Oberconsistoriums in Aussicht. — Für den in Ruhestand versetzten Staatsminister des Cultus, Dr. von Ringelmann, hat vorerst der Staatsminister v. Zwehl das Cultusministerium übernommen. Hr. v. Zwehl wird aber am 13. d. eine Badreise antreten, worauf die beiden Ministerien interimistisch vom Staatsrath Frhrn. v. Strauß geführt werden. (Nach andern Nachrichten wäre die Kunde von der Portefeuillesenthebung dem Hrn. Ringelmann ungeahnet durch königl. Handbillet zugekommen.)

Stuttgart. Die Regierung hält die Steuererhöhung für so dringend, daß sie bereits der Finanzcommission den Entwurf eines Gesetzes wegen provisorischer, vom 1. Juli an auf die Dauer von 6 Monaten beginnender Erhebung der neuen Steuern, der Accise von Schlachtvieh, von Wein und Obstmost, so wie der erhöhten Malzsteuer zugehen ließ, damit bis zum Zusammentritt der Stände der hierüber zu erstattende Bericht vorläufig in Arbeit genommen werden kann. (Beob.)

Der „Staatsanzeiger für Württemberg" bringt nicht weniger als Einhundert sieben und achtzig Gantnummern!

Kassel, den 8. Juni. Die Frankfurt Postzeitung, welche seither gleich nach ihrer Ankunft durch die Post ausgegeben werden durfte, ist nunmehr auch der Durchsicht des Oberbefehlshabers unterworfen worden und muß Quarantäne halten.

Berlin, den 10. Juni. Heute ist der baierische Bevollmächtigte, Oberzollrath Meixner, von hier nach München abgereist, ohne Zweifel zur persönlichen Berichterstattung über die schwebenden Verhältniße. (K. Z.)

Graf Nostiz ist nach Hannover abgesendet worden, um die Differenzen, welche den Beitrit Oldenburgs zum Zollverein noch aufhalten, beseitigen zu helfen.

Seitdem Mennoniten ebenfalls zum Militärdienste beigezogen werden, wandern dieselben massenhaft aus. Die Mennoniten des Kreises Marienberg in der Provinz Preußen haben wegen ihrer Uebersiedelung nach Rußland mit den russischen Behörden verhandelt, und schon in den nächsten Tagen werden hundert mennonitische ganze Familien die im Samara'schen Gouvernement ihnen angewiesene neue Heimath aufsuchen.

Breslau. Der projektirte Extrazug von Breslau nach Wien zur Frohnleichnams-Prozession kam „eingetretener Hinderniße wegen" nicht zu Stande. Das Hinderniß bestand aber blos in Mangel an Theilnahme, und war somit diese Speculation auf den um sich greifenden Katholicismus Schlesiens fehlgeschlagen.

Wien, den 8 Juni. Die im Jahre 1848 ergangene Verordnung, womit der Jesuitenorden aufgehoben wurde, dürfte in kurzer Zeit außer Wirksamkeit gesetzt werden. Doch scheint es beabsichtigt, die Wiedereinführung nicht gleichzeitig auszusprechen, sondern von Fall zu Fall besonderem Beschluß vorzubehalten.

— den 9. Juni. Die „Wiener Ztg." bringt in dem nichtamtlichen Theile ihres Blattes den Finanzplan, dessen wesentlicher Inhalt bereits gemeldet ward. Darnach will Oesterreich seine Finanzen nicht durch außerordentliche Besteuerung, sondern ausschließlich durch freiwillige Anlehen in Ordnung bringen.

Paris, den 11. Juni. In den Departementen folgen sich die Verwarnungen von Journalen Schlag auf Schlag. Einige der von dieser Maßnahme betroffenen Blätter wollen den Todesstreich nicht abwarten, sondern ziehen es vor, sich zu einer freiwilligen Suspendirung ihrer Veröffentlichungen zu entschließen.

Nach dem Regierungsentwurfe soll die Steuer von Luxuswagen zu Paris für vierräderige Fuhrwerke 120, für zweiräderige 60 Fr., in Städten über 50,000 Einwohner 90 und 45, in Städten von 4000 bis 50,000 Einwohnern 60 und 30, und in kleineren Orten 30 und 15 Fr. betragen. Im Verhältnisse sollen auch die Luxuspferde besteuert werden. Die Hundesteuer ist zu 5 Fr. per Kopf angesetzt.

Die Frohnleichnamsprocessionen sind noch im letzten Augenblicke, und zwar angeblich auf ausdrückliches Verlangen L. Napoleons, vom Minister des Innern durch telegraphische Depeschen gestattet worden.

Die große legitimistische Conferenz bereitet sich allen Ernstes in Wiesbaden vor. Schon treffen hier viele hervorragende Partisane dieser Partei Anstalten, um sich dahin zu begeben.

Drei Correspondenten englischer Journale („Expreß", „Daily News" und „Morning-Advertiser") sind mit Ausweisung bedroht worden.

Rom, den 4. Juni. Bei dem gestrigen Adlerfeste zeigten die französischen Truppen keinen Enthusiasmus. In das dreimalige Hoch der versammelten Officiere stimmten die Soldaten der Regimenter gar nicht ein; ja vielfältig will man sogar in ihren Reihen sehr spöttische Bemerkungen über die ganze Feier vernommen haben. (A. Z.)

Miscellen.

Dem Vernehmen nach beabsichtigen mehre Zeitungen, die ihr Format maßlos vergrößert hatten, dasselbe wieder zu verkleinern. Jene Vergrößerung war eine blinde Nachahmung der französischen und englischen Journale, ohne daß die nemliche Ursache vorhanden war. In jenen beiden Ländern veranlaßte die Stempelabgabe die Vergrößerung.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1066a] **Bekanntmachung.**

Da theils des heuer spät eingetretenen Frühjahrs wegen in manchen Gegenden die Sommersaat sich verzögert hat, theils manche Winterfelder umgepflügt und mit Sommergetreide besäet werden mußten, so wurde, um für diejenigen Landwirthe, welche durch dergleichen Unfälle bisher verhindert waren, ihre Feldfrüchte zu versichern, Zeit zu gewinnen, dem Hagel-Versicherungs-Vereine für das Königreich Baiern beizutreten, auf eine allerunterthänigste Vorstellung durch eine höchste Entschließung des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 7. Juni die im §. 94 der Satzungen festgesetzte Frist bis 21. Juni allergnädigst erstreckt.

Nachdem dieser neu gebildete Verein auf Gegenseitigkeit begründet ist und zwar der Art, daß alle Glieder sich verpflichten, durch einen der Größe der Beschädigung entsprechenden Beitrag den Beschädigten den verursachten Schaden an den Feldfrüchten ganz zu ersetzen, folglich kein Gewinn gesucht wird, so muß es jedem Landwirthe eine große Beruhigung sein, sein für den Feldbau verwendetes Kapital versichern zu können; denn unter allen Einflüssen, welche die Ackerproducte gefährden, ist der Hagel das bedeutendste Ereigniß, welchen abzuwenden Niemand Mittel hat, und welcher überall, wenn auch in langen Abständen, erscheint, daher keine Gegend davor sicher ist.

Ein bedeutender Hagelschaden ist selbst für Bemittelte ein für lange Zeit empfindlicher Verlust. Eine erfreuliche Erscheinung ist es, daß eine bedeutende Anzahl Großbegüterter bereits dem Vereine beigetreten, und dadurch die Versicherungesumme auf eine ansehnliche Höhe gestiegen ist.

Es werden die Herrn Agenten des Vereins hiemit aufgefordert, ihre bisherige Thätigkeit bis 21. lauf. Monats fortzusetzen; denn je mehr Glieder der Verein zählt, desto geringer werden die Beiträge, desto gemeinnütziger ist der Verein.

München, den 11. Juni 1852.

Directorium des Hagel-Versicherungs-Vereins für das Königreich Baiern.

Muffat.

[1067] **Kunstverein in Mannheim.**

Den Mitgliedern des Vereins haben wir die Ehre anzuzeigen, daß dem Herrn A. Roesinger junior, von hier, das Amt als Vereins-Cassirer übertragen worden ist.

Mannheim, den 10. Juni 1852.

Im Namen des Vorstandes.

[1047²] **Soolbad Dürkheim.**

Meine Bäder und möblirten Zimmer, in schöner freier Lage, ganz nahe am Curgarten, bringe ich in empfehlende Erinnerung.

Dürkheim, im Mai 1852. Johann Cron.

[1055²] **Grasversteigerung.**

Donnerstag, den 17. Juni 1852, Nachmittags 2 Uhr, im Erben'schen Wirthschaftslocal in Bolanden, läßt der kgl. Kreisbaurath, Hr. Paul Camil Denis von Ludwigshafen, das diesjährige Gras — vorzüglicher Qualität — von seinem 35 Morgen großen Wiesenland „die Hofwiesen" (ehemals Hilgard'sches Besitzthum) im Banne von Bolanden, in 35 Loosen auf Credit versteigern.

Kirchheimbolanden, den 6. Juni 1852.

Grehen, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch Nro. 144 den 16. Juni 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 15. Juni. Wir haben in unserm gestrigen Blatte im Allgemeinen der G. Gätschenberger'schen Schrift erwähnt: „der baierische Staat und die fränkische Industrie, geschildert in den Schicksalen der Handlungshäuser G. A. Gätschenberger und J. J. von Hirsch." Der durchgreifende Mangel genügender Berücksichtigung der industriellen und überhaupt der materiellen Interessen wird es rechtfertigen, wenn wir, wie bereits angekündigt, wenigstens aphoristisch einige Einzelnheiten besprechen.

In einem „dem Könige" gewidmeten Vorworte erwähnt der Verfasser, wie, trotz der langen Friedensjahre, „die Reichthumsquellen des fruchtbarsten Landes (Frankens) dem Versiegen nahe kamen," wie „das Flittergold, mit dem wir uns und Andere getäuscht, beim ersten Sturm wich und uns entblößt von Allem zeigte." Und wenn das Unglück nicht noch ärger sich einstellte, wem verdanken wir es? dem Beamtenthume oder der Geistlichkeit? „Nein, außer dem Segen, den die gütige Natur auf das herrliche Land ausgoß, muß man dieses Verdienst den Männern zugestehen, die trotz aller ihnen von einer falschen Handelspolitik in den Weg gelegten Hindernisse, unermüdlich nur darauf sannen, nur dahin wirkten, dem Lande neue Industriezweige, neue Absatz-Quellen zu verschaffen, die Landesproducte zu veredeln, das Geld des Auslandes herein zu ziehen und das unsrige dem Lande zu erhalten, die weniger an sich selbst denkend, den Gewerbsleuten aller Art und den ärmeren Volksclassen Beschäftigung und lohnenden Verdienst gaben und sie in den Hungerjahren, wo die Speicher der Regierung verschlossen blieben, speisten. Es läßt sich bis auf die einzelnen Gaue, wo diese Männer unmittelbar wirkten, nachweisen."

Zu einzelnen Bemerkungen übergehend, wenden wir uns insbesondere zu solchen, welche vorzugsweise practischen Werth haben, wobei wir natürlich außer Stand sind, die Beweise im Einzelnen selbst zu untersuchen. Der Verfasser beklagt wiederholt, daß in Baiern die Industrie weitaus nicht diejenige Unterstützung finde, wie z. B. schon in Preußen, — anderer Staaten nicht weiter zu gedenken. So sei ein Hr. vom Rath, der sich mit einer Rohrzucker-Raffinerie bereits in Baiern ansäßig gemacht hatte, in Folge dessen veranlaßt worden, sein Etablissement in Baiern wieder aufzugeben, und statt dessen, mit seinen großen Capitalien, ein neues in Preußen zu gründen, wo man ihn mit offenen Armen aufgenommen habe. Dagegen wird das gewiß nicht zweckmäßige Verfahren angeführt, daß eine (frühere) Oberzollbehörde in Baiern, nachdem v. Hirsch, unter fortwährender Ermunterung der Regierung, eine Zuckerfabrik mit großen Kosten hergestellt, demselben den indischen Zucker mit Beschlag belegt, und erst nach Abfluß von zwei Jahren die Verarbeitung desselben erlaubt habe. Mittlerweile seien aber die Zuckerpreise enorm herabgegangen, und der größte Theil des Materials sei ganz verdorben! —

Der Verf. tadelt, daß man das dem Staate gehörende Getreide oft in einer unbegreiflichen Weise aufgespeichert und, zur Erzielung höherer Preise, nicht abgegeben habe. So sei z. B. 1846 auf dem ärarialischen Speicher zu Werneck und auch anderwärts der Fall vorgekommen, daß die aufgehäufte Frucht förmlich verdorben sei. — Er behauptet ferner, die Flachsspinnerei, welche der Staat zu Baireuth mit 100,000 fl. fundirte (wenn wir nicht irren aus der Million zur Unterstützung der Industrie) werde ganz falsch betrieben und nütze dem Lande nichts. — Wie es sich nun auch mit solchen Einzelnheiten, deren noch manche angeführt sind, verhalten möge, unzweifelhaft ist, daß das Beamtenthum, selbst bei gutem Willen, die Industrie richtig zu fördern meistens nicht im Stande ist. Der Verf. klagt aber oft sogar über Mangel an dem von uns hier vorausgesetzten guten Willen.

Beachtenswerth finden wir einige gelegentliche Aeußerungen Gätschenbergers über die jetzigen Zollverhältniße. Er tadelt, gewiß mit Recht, die Zollbefreiungen, welche die vormals Reichsunmittelbaren genießen. Die deßfallsigen „Zurückvergütungen, welche Baiern aus dem Staatssäckel an den Zollverein abliefern muß, sind sehr bedeutend, sie betrugen im Jahre 18⁴⁄₅ allein in München die Summe von 16,569 fl. und im darauffolgenden Jahre 19,741 fl. Man bedenke, wie groß der Werth der aus dem Auslande bezogenen Waaren gewesen sein muß, da der Zoll darauf allein so viel ausmachte. Und der Bürger muß zum Danke dafür, daß der Adelige seine Erzeugniße verachtet und das Geld aus dem Lande schickt, auch noch mit seinem Gelde die fremden Erzeugniße, welche ihn ruiniren, zollfrei und dadurch konkurrenzfähig machen! Das thut der englische Adel nicht, dort kleidet sich die Königin stets nur in englische Stoffe, und Denjenigen würde der allgemeine Haß treffen, welcher die Erzeugniße des einheimischen Fleißes verachten würde!"

Gätschenberger führt an, welche großen Nachtheile seinem elterlichen Hause durch das Zustandekommen des Zollvereins erwuchsen; die gesammte Oelfabrikation im jenseitigen Baiern sei dadurch fast zu Grunde gerichtet worden. Wir führen dieses Beispiel nur darum an, weil es zeigt, wie jede Veränderung im Handelssysteme, selbst die im Allgemeinen nützlichste, dennoch von bedeutenden Verlusten für Einzelne begleitet ist, und sonach von blosen Experimenten dringend abmahnen muß. Der Verf. fügt bei: „Sollten später einmal gar für Oesterreich die Zollschranken fallen, so wäre das eben Gesagte ein weiterer wichtiger Grund zur sorgfältigsten Berücksichtigung; denn Ungarns reiche Repsfelder würden dem inländischen Oelhandel den vollständigsten Ruin im Vereine mit den schon obwaltenden Mißständen in Aussicht stellen." — Er äußert ferner: „Wir wollen hoffen, daß Baiern mit Händen und Füßen sich gegen die projectirte österreichische Zolleinigung stemmen wird; denn die paar Fabrikzweige, die uns die Gnade Preußens noch übrig gelassen hat: als Glas-, Porzellan-, Tabaksfabriken, Baumwollenspinnereien und unser Weinbau, gingen einem sichern Ruin entgegen, auch der Werth des Bodens würde geringer in Folge der Ueberschwemmung mit österreichischem Getreide ꝛc." Dies die Stimme eines augenscheinlich wohl erfahrenen Mannes vom Fache.

Wir schließen mit der Bemerkung des Verfassers: „Es hat nicht allein der Glaube und die Politik, es hat auch die Industrie ihre Märtyrer." —

* **Pfalz.** Das Publicum in allen deutschen Gauen hegte von dem angekündigten „deutschen Wörterbuche" der Bruder Jacob und Wilhelm Grimm die größten Erwartungen. Diese sind aber durch die erschienenen ersten Lieferungen so vollständig getäuscht, daß man jeden Kauflustigen aufmerksam machen muß, das Werk vorerst anzusehen und zu prüfen, ob es ihm dienen könne, ehe er es bestellt oder kauft. Abgesehen von der in einem deut-

ſchen Wörterbuche ſeltſamen lateiniſchen Schrift, und einer ebenſo ſeltſamen Schreibart, werden die Meiſten das Buch für ihren Zweck faſt ganz unbrauchbar finden. Für den gewöhnlichen Gebrauch iſt es gewiß nicht geeignet; aber auch der Gelehrte hat tauſend Dinge daran auszuſetzen. — Wirklich unwillkürlich wird man daran erinnert, daß ſolche — wenn auch noch ſo ehrenwerthe und gelehrte — Profeſſoren das Unglück der Nationalverſammlung ſein mußten.

†† **Bad Homburg,** den 12. Juni. Unſere Saiſon ſcheint, wie die Saiſon der Taunusbäder überhaupt, eine ſehr günſtige zu werden. Unſere heutige Kurliſte nennt 2468 Fremde, worunter namentlich viele Rheinländer und ſpeciell Pfälzer.

Zur Sittengeſchichte. Bekanntlich haben öffentliche Blätter kürzlich mit ein Paar myſteriöſen Zeilen eines großen Criminalproceßes gedacht, bei welchem Vornehme betheiligt waren. Ein Schreiben aus Berlin im Stuttgarter Morgenblatt bringt wenigſtens einen leiſen Anfang einer Enthüllung. Es heißt darin: „Es verlautete zwar, daß in den letzten Decennien ein anderer Umſtand das Auge der Sicherheitsbehörden und den Arm der Gerechtigkeit abgehalten habe, die Gönnerſchaft, oder, wie man ebenfalls behauptete, die Mitgenoſſenſchaft einer Perſon von vornehmer Abkunft und hohen Würden. Dieſe ruht jetzt längſt mit ihrem weißen Haar unter einem grünen Raſenhügel oder in einer gewölbten Gruft, und wird vor einem andern Richterſtuhl Rechenſchaft zu geben haben, ob hier ein Verbrechen vorlag, über das menſchlichen Richterſtühlen die Cognition zuſteht; aber das aufgefundene Tagebuch einer andern, durch ihre Geburt hochgeſtellten Perſon, lieferte ſo ſchlagende und zugleich merkwürdige Documente, daß diesmal der Arm der Gerechtigkeit eingreifen mußte. Sie warf ihr Netz in einen Sumpf, und that leider einen Fang von einer Ausdehnung und Bedeutung, wie man es nicht erwarten konnte. Die Thatſachen waren ſo klar, daß an der Findung des Schuldig nicht wohl zu zweifeln war. Man fand, wovon eine dunkle Kunde auch ſonſt ſchon umging, daß die Theilnehmer am fraglichen Vergehen in einer Art Bundesbrüderſchaft leben, gewiſſermaßen einen geheimen weit verbreiteten Orden bilden, deſſen Mitglieder ſich an gewiſſen Zeichen erkennen. Einer der zuerſt Ergriffenen, der unglückliche Verfaſſer des Tagebuchs, erkärte vor den Richtern: wie er nie geglaubt, daß die weltliche Juſtiz ſich in Das zu miſchen habe, was Jeder nur vor ſich ſelbſt zu verantworten hätte. Wenn es nöthig erſcheine, ſolche Geſetze für die nicht gebildeten untern Stände zu geben (!), ſo habe er doch immer geglaubt, daß man in den höhern die Beurtheilung jedem Einzelnen überlaſſen müße (!). Anders dachte man in gewiſſen Kreiſen der Ariſtocratie. Anfänglich erhob ſich zwar ein Schrei des Entſetzens, und man ſcheint den Thron mit Bitten angegangen zu ſein, die Sache zur Vermeidung des öffentlichen Scandals aus königl. Machtvollkommenheit zu unterdrücken (!). Andere aber erinnerten an die Corruption und Demoraliſation am Hofe Ludwig Philipps in den letzten Jahren, an die Teſte, Choiſeul-Praslin, Gudin, und daß es gerade die Corruption geweſen, welche den Untergang ſeines Thrones und ſeiner Herrſchaft zur Folge gehabt. Einen Augenblick war man von dieſer Seite ſehr beſorgt (!), als verlautete, daß Se. Maj. der König die Acten habe einfordern laſſen. Es hatte aber keine andere Bedeutung, wenigſtens keine andere Folge, als daß die implicirten Militärperſonen durch kgl. Befehl ſofort aus dem Militärſtande entlaſſen wurden, und das Criminalgericht über alle Betheiligten zugleich aburtheilen konnte. Die Gerichtsverhandlung fand natürlich (!) bei geſchloſſenen Thüren ſtatt. Wie viele Perſonen das Urtheil getroffen, weiß man nicht, auch über die ganze Gerichtsverhandlung herrſcht ein tiefes Schweigen, doch erfährt man, daß viele bekannte und darunter ſehr leuchtende Namen mit ſchweren bis 10jährigen Gefängnißſtrafen belegt ſind.“ Der Correſpondent des Morgenblatts fügt bei: „Wer aber hindert die Corruption und Demoraliſation in einer Zeit, wo alles ſtagnirt, weil man ſich vor jeder Bewegung und Regung fürchtet? Es gibt eine ärgere, weit tiefer in die Säfte eines Volkslebens eindringende Demoraliſation, als jene, und es iſt jetzt recht die Periode dafür. Dagegen helfen keine Miſſionen, auch nicht des Generalſuperintendenten Büchſel Predigten, obgleich ſeine neue Kirche ſo zum Erdrücken voll iſt, daß man ſie erweitern will. Am wenigſten aber hilft unſer Disciplinargeſetz und der Disciplinargerichtshof; denn wenn er auch davor ſchützt, daß unſere Beamten und Richter nicht mehr democratiſche Wühler werden können, ſo zieht er aus dem preußiſchen Beamtenſtande allmählig den Nerv aus, welcher ihn vor einer andern Corruption und Fäulniß ſchützte, und zu einem Inſtitut machte, das, unbequemen Eigenſchaften ungeachtet, die preußiſche Verwaltung zu einer leuchtenden und ſeltenen Macht in der Geſchichte der geſitteten Völker erhoben hatte. Der berühmte Tomaſcheck'ſche Proceß iſt noch ausgeſetzt, weil die Vertheidigung Zeugen oder Zeugniße aus Dänemark zu Hülfe rufen will. Außerdem ſind wir von „celebren“ Criminalfällen wahrhaft umgürtet, in Oſtpreußen, Bromberg und Magdeburg: dort Mordthaten, wenigſtens aus Liebe und Eiferſucht, wenn auch gräßlich accompagnirt durch Rudel menſchenfreſſender Hunde, welche das corpus delicti verſchlingen; hier ein Mann, ein angeſehener Kaufmann, der allmählich und gemüthlich ſeine ganze Familie vergiftet zu haben ſcheint ꝛc.“

München, den 12. Juni. Das ſchon geſtern vielfach verbreitete Gerücht, daß der Staatsminiſter des Cultus, Dr. Ringelmann, ſeines Portefeuille enthoben wurde, beſtätigt ſich vollkommen; in Folge deſſen ſoll auch der Miniſterpräſident und wie es heißt, auch zwei andere Miniſter um Enthebung nachgeſucht haben. Vorläufig hat der Miniſter des Innern, v. Zwehl, auch die Leitung des Miniſteriums für Kirchen- und Schulangelegenheiten übernommen und wird ſonach ſeine Urlaubsreiſe, welche auf heute anberaumt war, erſt kommende Woche antreten. (Volksbötin.)

Das königliche Staatsminiſterium des Unterrichts hat auf allerhöchſten Befehl eine Verordnung erlaſſen, betreffend das Verhalten der Schuljugend. Im Eingange heißt es: „Es iſt die Wahrnehmung gemacht worden, daß bei der Schuljugend auf dem Lande und in den Städten die früher kundgegebene Anſtändigkeit und das ſittſame Benehmen, namentlich gegenüber höher geſtellten Perſonen, weltlichen wie geiſtlichen Standes, und ſo auch gegen bejahrte Leute mehr und mehr verſchwinde, und hiefür ein von Mangel an Zucht und Ehrbarkeit zeugendes Benehmen, das oft in Rohheit ausarte, zu Tage komme ꝛc. ꝛc.“ Es werden nun ſämmtliche Lehrer der Schulen angewieſen, die Pflicht eines ſittſamen und anſtändigen Betragens oft und in eindringlicher Weiſe ihren Schülern und Schülerinnen an das Herz zu legen und ſie durch angemeſſene Zucht kräftig zu unterſtützen. Eben ſo werden die Local- und Diſtrictsſchulinſpectoren aufgefordert, mit allen ihnen zu Gebote ſtehenden Mitteln mitzuwirken. Endlich wird verfügt, daß bei allen Schulviſitationen dem Verhalten der Schuljugend eine beſondere Aufmerkſamkeit zuzuwenden, und keinem Kinde ein Preis zu verleihen ſei, dem nicht auch in dieſer Beziehung ein günſtiges Zeugniß zur Seite ſteht.

Die neuen Helme der Hartſchiere koſten 10,000 fl. Es wurden 150 Stück angefertigt. So berichtet die Volksbötin. (Jeder Helm käme alſo faſt auf 67 fl.).

Am Frohnleichnamstag, während des vormittägigen Gottesdienſtes, wurde die Gütlerin Maria Obermaier von Neufahrn, Gerichts Freiſing, in ihrem Hauſe ermordet und ſämmtliches Geld ſammt Habſeligkeiten geraubt. Der Thäter iſt bekannt, aber flüchtig. (Vksbtn.)

Aus Mittelfranken, den 10. Juni. Unter dieſer Ueberſchrift meldet die Deutſche Allg. Ztg. Folgendes: Unſere Regierung hat unterm 7. Juni ein Reſcript erlaſſen, wodurch ſämmtlichen Stadtcommiſſariaten und

Digitized by Google

Polizeibehörden des Kreises eingeschärft wird, alle etwa versuchten Agitationen zur Hervorrufung von Adressen für den Fortbestand des Zollvereins durch geeignete Maßregeln zu unterdrücken, und insbesondere Fremde, welche etwa für derartige Adressen sich thätig zeigen sollten, sofort an die Gränze bringen zu lassen, alles Dieß jedoch „unter Vermeidung von öffentlichem Aufsehen und der Publication derartiger Anordnungen."

Wiesbaden, den 12. Juni. Die „Mittelrh. Ztg.," welche sehr wohl unterrichtet zu sein scheint, ergänzt eine ihrer früheren Mittheilungen dahin, daß der Abbruch der Zollverhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen mittelst einer Depesche des Grafen Buol-Schauenstein an Hrn. v. Prokesch dem Berliner Hofe notificirt wurde, daß diese Depesche das Datum vom 23. Mai trägt, daß dieselbe übrigens nur die Antwort auf eine Schlußerklärung des Hrn. v. Manteuffel vom 17. desselben Mts. war. Wir können dieser Nachricht (sagt bemerktes Blatt) die andere nicht minder „auffallende," aber eben so thatsächliche hinzufügen, daß das Wiener Cabinet den sämmtlichen Coalitionsregierungen seinen Entschluß, nicht weiter über diese Frage mit Preußen verhandeln zu wollen, in einer besondern Circulardepesche kundgegeben hat. In diesem Actenstück heißt es wörtlich, „daß eine jede weitere Verhandlung in dieser Beziehung mit der preußischen Regierung weder im Interesse der Sache, noch der Würde der österreichischen Regierung entsprechend sei."

Wiesbaden, den 12. Juni. Gestern hat sich in hiesiger Kaserne wieder ein Soldat erschossen; seit kurzer Zeit der vierte Fall. (Mittelrh. Ztg.)

Breslau, den 7. Juni. Die „Neue Oderzeitung" schreibt durchaus unwiderlegbar richtig: Die Jesuiten treten mit prinzipieller Kraft und Energie für den Katholizismus auf; wollt Ihr protestantische Prediger sie bekämpfen, so müßt Ihr das Prinzip des Protestantismus in den Kampf führen. Das Prinzip des Katholizismus ist die Auctorität, das des Protestantismus, die freie Forschung, die Freiheit überhaupt. Die Jesuiten fassen das erstere in seiner vollen Schärfe auf, während das protestantische mehr und mehr dem katholischen genähert, d. h. die „protestantische Freiheit" in die „katholische Auctorität" verwandelt wird. Die Augsburgische Confession oder der Oberkirchenrath ist die „Auctorität" der protestantischen, wie der Papst die „Auctorität" der katholischen Kirche. Gestattet Ihr nicht die freieste Forschung, so bekämpft Ihr nicht die Auctorität durch die Freiheit, sondern ebenfalls durch die Auctorität, nicht den Katholizismus durch den Protestantismus, sondern ebenfalls durch den Katholizismus — und wohin dann der Sieg fällt, ist nicht schwer zu entscheiden. — Die evangelischen Erlasse und Hirtenbriefe klagen über „Sectirerei", und doch ist Sectirerei ein Ausfluß des eigentlich-protestantischen Wesens, weil der freien Forschung. Die deutsch-katholischen, freien Gemeinden ꝛc. sind durch und durch protestantisch; ihre Unterdrückung nützt einzig und allein dem Katholizismus, weil sie dem Prinzipe des Protestantismus widerstrebt. — Noch eins. In den Jahren 1848 und 1849 hörte man nichts von Jesuiten; ihr Auftreten hängt mit der Blüthe der Reaktion vollständig zusammen. In Nordamerika und selbst in England, so große Angst auch das englische Volk zeigt, sind die Jesuiten unschädlich. Nur der frische Luftzug politischer Freiheit vermag die religiöse Dämmerung zu zerreißen und den klaren Himmel vor die Blicke der großen Masse zu bringen; nur die Macht der öffentlichen Meinung ist im Stande, der vernunftgemäßen Weltanschauung eine breite Bahn zu brechen.

Bremen, den 11. Juni. Die americanische Bark „Arethusa," mit Auswanderern nach Newyork bestimmt, verließ am 4. Juni Bremerhafen, um sogleich in See zu gehen. Auf der Weser ward das Schiff von den hannover'schen Behörden angehalten und durch die Drohung, vom Fort aus zu schießen, gezwungen, auf der Rhede zu ankern. Sechs amerikaniche Matrosen, welche in Bremehafen Schulden gemacht hatten, wurden im Auftrage des hannoverschen Gerichtes zu Lehe von Bord geholt; da nämlich nach bremischen Gesetzen der Bremerhafener Gläubiger die Matrosen in Bremerhafen nicht festhalten konnte, so hatte derselbe seine Forderung an Herrn Meyerholz in Lehe übertragen, der die Klage beim Gericht Lehe anhängig machte. Der americanische Consul in Bremen erlaubte dem Capitän andere Matrosen zu engagiren, so daß das Schiff am 6. in See gehen konnte, und legte außerdem bei der hannoverschen Regierung Protest gegen das ganze Verfahren ein, forderte die sofortige Freilassung der Matrosen und verlangte, daß dieselben mit dem ersten nach Amerika gehenden Schiffe nach den Ver. Staaten zurückgeschickt würden. Auch hat er Schadenersatz für Aufenthalt der Bark „Arethusa" beansprucht. Zugleich hat er um Aufklärung über die Ausdehnung der Jurisdiction, welche Hannover über die Rhede beansprucht, gebeten, damit künftig die amerikanischen Schiffe von und nach Bremerhafen jener Jurisdiction ausweichen können. (Weser-Ztg.)

(Ein Opfer der Barbarei.) Man schreibt aus **Wien,** 7. Juni: Vor einigen Tagen wurde eine junge Dame, aus Hannover gebürtig, in die Irrenanstalt überbracht, deren Schicksale leidensreich genug sind und deren Persönlichkeit schon einmal mit der Tagesgeschichte in Berührung gekommen ist. Dieselbe war 1846 Gouvernante im Hause des Fürsten der Walachei zu Bucharest und wurde dort in Folge eines Wortwechsels mit der Fürstin Stirbey auf Befehl des jähzornigen Fürsten durch einen Kammerdiener mit Peitschenhieben gezüchtigt. Die Unglückliche verließ sofort das Land, indem der österreichische Generalconsul, der die hannoverschen Unterthanen damals in den Donaufürstenthümern vertrat, jede Intervention hartnäckig verweigert hatte, (was würde ein englischer Konsul gethan haben!!) und fand hier in einem befreundeten Hause eine Unterkunft, bis zuletzt der stille Gram, der seit jener schimpflichen Behandlung an ihrem Herzen nagte, plötzlich in der Form der Geisteszerrüttung zum Ausbruch gelangte.

Schweiz.

Freiburg. An vielen Orten im Kanton sind die Polizeiverordnungen gegen die Maikäfer nicht befolgt worden, da diese Insecten eine Strafe Gottes seien, die sobald aufhören werde, als es ihm gefalle!

Thurgau. An die Spitze des Erziehungsraths ist Seminardirektor Scherr gewählt worden.

Frankreich.

Paris, den 9. Juni. Das Verhalten des Prinzen gegenüber Belgien erweitert immer mehr den Kreis der Enthüllungen über seine äußere Politik. Man sagt, daß im Kabinet des Prinzen mehrere dahin lautende Projecte fertig vorliegen. In einem derselben ist die Gründung der politischen und commerciellen Vereinigung der Staaten von Südeuropa entwickelt, welche den doppelten Zweck hat, die Interessen Südeuropas im Mittelmeere gegen das Uebergewicht Englands zu schützen, andererseits dieselben Interessen im südlichen Amerika gegen die Vereinigten Staaten zu wahren.*) (!) Dieser Verein unter der Leitung des Papstes und L. Napoleons soll Frankreich, Belgien, Schweiz, Piemont, die italienischen Staaten mit Ausschluß des österreichischen Antheiles, Spanien und Portugal umfassen. L. Napoleon ist von dem Gedanken, etwas Großes nach Innen und nach Außen zu bewerkstelligen, gemartert — und stößt sich immer an der unfreundlichen Realität. Er macht unaufhörlich Pläne und Combinationen, die er hin und wieder vertagt, aufnimmt und wieder zurücklegt nach Umständen — aber nie aufgibt. (Nat.-Ztg.)

---

*) Es fehlt nichts, als daß die Vereinigten Staaten, und gleichzeitig auch noch England, in solcher Art herausgefordert würden!

D. Red.

Italien.

Lombardei. (Zensur.) Die „Sferza" ist wegen ungebührlicher Ausdrücke in einer Korrespondenz unter dem Titel „Cronaca di Friuli" mit 8 Tagen Suspension bestraft worden. Die Direktion macht daher ihren Korrespondenten bekannt, daß sie, um künftig derlei vorzubeugen, eine Commission aus drei gelehrten wohlverdienten Bürgern, darunter ein geistlicher Professor, niedergesetzt habe, denen sie die Artikel vor dem Drucke zur Durchsicht unterlege.

Neueste Nachrichten.

Augsburg. Die „Allgemeine Ztg." schreibt: Die Darmstädter Verträge waren bis jetzt nicht dem Wortlaut nach bekannt. Der Constitutionnel bringt nun den Text vollständig. Der dritte, der wichtigste Vertrag, besagt ausdrücklich, daß Oesterreich den sechs in Darmstadt vertretenen Regierungen verspricht, den in Wien verabredeten Vertrag C mit ihnen abzuschließen, und ihnen alle ihre bisherigen Zolleinkünfte zu verbürgen, während dagegen jene sechs Regierungen die Verantwortlichkeit übernehmen, in keinem Fall vor dem 1. Jan. 1853 irgendeinen Vertrag mit Preußen über Verlängerung des Zollvereins abzuschließen, wenn nicht vorher irgendein ihre Zoll- und Handelsinteressen betreffender Vertrag zwischen Oesterreich und allen Staaten des Zollvereins zu Stande gekommen ist.

Stuttgart, den 13. Juni. Das württembergische politische Wochenblatt bemerkt heute: Die württembergische Correspondenz weiß, daß die Ablehnung der Beschlüsse der Darmstädter Coalition durch Preußen an diesen nichts ändern werde. In diesem Falle wäre der bisher bestandene Zollverein als gesprengt zu betrachten und die Sendung des Hrn. v. Bismark-Schönhausen nach Wien vergeblich. Wir glauben indessen nicht, daß die württembergische Correspondenz in diesem Puncte der getreue Dolmetscher der Gesinnungen des württembergischen Cabinets sei.

Frankfurt, den 11. Juni. Die nächste Sitzung der Bundesversammlung ist auf morgen anberaumt. Bei der zu erwartenden längeren Abwesenheit des preußischen Bundestagsgesandten, welcher nicht, wie es hieß, durch einen anderen preußischen Gesandten vertreten werden soll, und bei dem Umstande, daß die Zoll- und Handelsfrage sämmtliche übrigen Fragen absorbirt, dürfte eine Vertagung der Sitzungen der Bundesversammlung bevorstehen. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte würde ein Bundestagsausschuß niedergesetzt werden. (Allg. Ztg.)

Gotha, den 12. Juni. Die Mitglieder des vormaligen ritterschaftlichen Standes haben auch gegen die neue Verfassung protestirt!

Berlin, den 12. Juni. Man hört, daß der Kurfürst von Hessen neuerdings beabsichtige, in Böhmen Güter für seine Gemahlin, die Gräfin Schaumburg, zu kaufen, dies jedoch davon abhängig mache, daß seine Gemahlin in den österreichischen Fürstenstand erhoben werde. Vor nicht all zu langer Zeit war man noch dafür thätig, den Kindern des Kurfürsten und der Gräfin Schaumburg das Anerkenntniß ihrer Legitimität und ihrer Erbfolgerechte auf den kurfürstlichen Thron zu verschaffen.

Hamburg, den 11. Juni. Wie unerwartet unserer Börse die Nachricht von der Nichtanerkennung der schleswig-holsteinischen Zwangsanleihen kam, wollen Sie schon daraus entnehmen, daß Tags zuvor noch bedeutende Geschäfte in diesen Papieren (einzelne bis zum Belauf von 20,000 Mark Banco) zu 76½—77 pCt. abgeschlossen wurden. Es ist daher kein Wunder, daß unsere gestrige Börse dermaßen aufgeregt war, daß die gewöhnlichen Geschäfte beseitigt wurden. Der Verlust, den unser Platz durch diese höchst unbillige und ungerechtfertigte Maßregel des dänischen Cabinets erleidet, ist mindestens auf 1 — 2 Mill. Mark Banko zu rechnen. (F. J.)

Bremen, den 10. Juni. In der „todtenbündlerischen Untersuchung" werden fast täglich Einige ihrer Haft entlassen und wieder Andere dafür eingezogen, die aber auch nur kurze Zeit ihrer Freiheit beraubt bleiben. Zu einem wirklichen Resultat ist man noch nicht gelangt (F. J.)

Haag, den 11. Juni. Am 8. hatte die Erneuerung der Wahlen für die Hälfte der zweiten Kammer statt. Von den 22 bekannten Wahlen gehören 18 den Liberalen, 3 der Opposition und 1 der ultra-reactionären Partei an.

Paris, den 12. Juni. Aus den ministeriellen Vorlagen an die Budgetcommission ergibt sich nun doch, daß selbst die Regierung die Zahl der Mitglieder der geheimen Gesellschaften nicht so groß angibt, als es kürzlich geschehen war. Doch sollen im Heraultdepartement 20,000, im ganzen Süden 63,000 Geheimbündler sein.

Miscellen.

Die „Nat.-Ztg." bemerkt: In dem geselligen Verkehr hat sich allmälig eine Art ungeschriebenen Rechts, ein Ganzes von Höflichkeitsregeln und conventionellen Formen gebildet, das ohne eine richterliche Bureaucratie, ohne eine Prozeßordnung, ohne Instanzenzug, ohne Execution, also völlig anarchisch, dennoch beobachtet wird, ja sehr oft besser und gewissenhafter beobachtet wird, als ein mit allem möglichen Zwangsapparat ausgestattetes Staatsgesetz oder eine Religionsvorschrift.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 12. Juni. Weizen 20 fl. 45 kr., Korn 16 fl. 52 kr., Gerste 13 fl. 16 kr., Haber 7 fl. 30 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1066a] **Bekanntmachung.**

Da theils des heuer spät eingetretenen Frühjahrs wegen in manchen Gegenden die Sommersaat sich verzögert hat, theils manche Winterfelder umgepflügt und mit Sommergetreide besäet werden mußten, so wurde, um für diejenigen Landwirthe, welche durch dergleichen Unfälle bisher verhindert waren, ihre Feldfrüchte zu versichern, Zeit zu gewinnen, dem Hagel-Versicherungs-Vereine für das Königreich Baiern beizutreten, auf eine allerunterthänigste Vorstellung durch eine höchste Entschließung des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 7. Juni die im §. 94 der Satzungen festgesetzte Frist bis 21. Juni allergnädigst erstreckt.

Nachdem dieser neu gebildete Verein auf Gegenseitigkeit begründet ist und zwar der Art, daß alle Glieder sich verpflichten, durch einen der Größe der Beschädigung entsprechenden Beitrag den Beschädigten den verursachten Schaden an den Feldfrüchten ganz zu ersetzen, folglich kein Gewinn gesucht wird, so muß es jedem Landwirthe eine große Beruhigung sein, sein für den Feldbau verwendetes Kapital versichern zu können; denn unter allen Einflüssen, welche die Ackerproducte gefährden, ist der Hagel das bedeutendste Ereigniß, welchen abzuwenden Niemand Mittel hat, und welcher überall, wenn auch in langen Abständen, erscheint, daher keine Gegend davor sicher ist.

Ein bedeutender Hagelschaden ist selbst für Bemittelte ein für lange Zeit empfindlicher Verlust. Eine erfreuliche Erscheinung ist es, daß eine bedeutende Anzahl Großbegüterter bereits dem Vereine beigetreten, und dadurch die Versicherungssumme auf eine ansehnliche Höhe gestiegen ist.

Es werden die Herrn Agenten des Vereins hiemit aufgefordert, ihre bisherige Thätigkeit bis 21. lauf. Monats fortzusetzen; denn je mehr Glieder der Verein zählt, desto geringer werden die Beiträge, desto gemeinnütziger ist der Verein.

München, den 11. Juni 1852.

Directorium des Hagel-Versicherungs-Vereins für das Königreich Baiern.

Muffat.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 145 | den 17. Juni 1852.

Deutschland.

* **Die Zollfrage.** Welches sollte die erste und wichtigste Aufgabe der ganzen Diplomatie eines jeden Landes sein? Unserer Ansicht nach keine andere, als die Förderung des Volkswohles. Für die Politik Englands ist dies in Wirklichkeit der Cardinalpunct, nicht so für die der Continentalstaaten. Darum erfreut sich aber auch das englische Volk — trotz ungeheuerer Mißstände in Folge der Entwicklungsgeschichte des Staats — eines Reichthums, wie keine andere Nation. —

Daran wurden wir recht lebhaft erinnert, als wir in der Allgemeinen Zeitung (siehe die „Neuesten Nachrichten“ in unserm vorigen Blatte) ganz besonders betont fanden: in dem (irrthümlich als erst jetzt bekannt geworden bezeichneten) dritten Vertrage der Darmstadter Coalitionsregierungen sei wesentlich bestimmt, daß Oesterreich den gedachten Staaten ihre bisherigen Zolleinkünfte verbürge, wogegen sich diese verbindlich machten, ohne Oesterreich in keinem Falle vor dem 1. Jan. 1853 irgend einen Vertrag über Verlängerung des Zollvereins mit Preußen abzuschließen.

Wir wollen heute nicht näher erörtern, daß der betr. Darmstadter Vertrag vom 6. April d. J. nur von den Coalitionsregierungen, keineswegs aber auch von Oesterreich abgeschlossen ist; daß derselbe also nur bezeichnet, was die Contrahenten von Oesterreich fordern, und was sie diesem dagegen versprechen; daß man daher noch gar nicht daraus zu ersehen vermag, in wieferne Oesterreich selbst irgendwelche bindende Verpflichtungen einging.

Wir wollen zunächst nur auf zwei Umstände aufmerksam machen:

1) Als wichtigstes Moment wird von der Allg. Ztg. hervorgehoben, daß Oesterreich den Betheiligten die bisherigen Zolleinkünfte garantiren soll. Wir haben einiges Bedenken gegen jeden derartigen Tractat, and insbesondere dürfte eine andere Geldentschädigung, die Oesterreich in Folge der nicht erfüllten Verheißungen des Rieder Vertrages alljährlich mit 100,000 fl. an Baiern leistet, als angebliches Aequivalent für die nicht hergestellte Contiguität, keineswegs sehr lockend erscheinen; wir verhehlen ferner auch gar nicht, daß wir unter den obwaltenden Verhältnißen selbst Bedenken über die Sicherheit jeder derartigen Garantie hegen. Allein bestünde auch die beste Bürgschaft, so drängt sich für uns eine ganz andere Frage in den Vordergrund, — eine Frage, welche die Allg. Ztg. hier nicht mit einer Silbe berührt, — nemlich die Frage: was ist für den Volkswohlstand am besten? — Nicht darum handelt es sich in erster Linie: wie erhält die Staatscasse ihre bisherigen Einkünfte auf andere Weise wieder; sondern: wie wendet man Verluste von den Einwohnern des Landes ab, wie verschafft man ihnen die beste Gelegenheit, für ihre unausgesetzten Anstrengungen und Mühen, für all' ihren Fleiß, all' ihre Entbehrungen, auch den so wohl- oder vielmehr so schwer verdienten Lohn zu erlangen! — Die „conservativen“ Publicisten verwechseln also durchaus, um was es sich in Wirklichkeit vor Allem handelt!

2) Die Coalitionsstaaten sollen ohne Oesterreich vor dem Jahre 1853 in keinem Falle einen Vertrag über Erneuerung des Zollvereins mit Preußen abschließen. Und das sagt ein conservatives Blatt so ohne alles Bedenken?! In dieser Stipulation, wenn sie wirklich getroffen sein sollte, liegt allein eine Fülle von Unheil. Die Ungewißheit soll also mindestens noch bis zum Beginne des Jahres 1853 forterhalten werden? Während dieses ganzen Jahres — und wer weiß wie viel länger noch — soll also Niemand erfahren, wo inskünftige die Zollgrenze sein wird, — soll Niemand Gewißheit darüber erlangen, ob nicht Schlagbäume wieder in seiner nächsten Nähe entstehen werden? Wer kann unter solchen Verhältnißen neue industrielle Anlagen beginnen? wer, der ein Geschäft besitzt, wird bedeutendere Unternehmungen wagen? Hat denn die bisherige Ungewißheit nicht schon längst hemmend und störend genug gewirkt?

Oft haben wir es ausgesprochen: wenn eine Einigung Gesammtdeutschlands erzielt wird, so ist uns kein billiges Opfer zu groß (freilich die Dreingabe von Ungarn und Italien wünschen wir nicht). Allein wenn es sich unter Vernichtung des Zollvereins von einem Anschluße an Oesterreich handelt, so müssen wir die enormen Nachtheile ins Auge fassen, welche durch denselben insbesondere für unsere Producenten von Wein, Tabak, Oelgewächsen, Getreide und Rindvieh entstehen müssen. Was kann uns Oesterreich dagegen bieten? Man nenne denn doch einmal die Gegenstände der Landwirthschaft oder der Gewerbeindustrie, welche wir in größeren Massen nach Oesterreich abzusetzen Aussicht haben. Vergeblich fragt man darnach, — sie sind nirgends zu entdecken! Und dafür soll der bestehende Zollverein aufgegeben, dafür mindestens die unglückliche Ungewißheit und Unsicherheit so lange noch forterhalten werden? Wir begreifen es nicht. —

Deutsche Diplomatie. Bei der letzten Sicilianischen Revolution hatte sich ein deutscher, in Neapel früher ansäßiger, sonst sehr verdienstvoller Gelehrter, Namens Peters, lebhaft betheiligt, war nachher geflohen, und soll jetzt in der Türkei angestellt sein. Seit dieser Zeit fahndet die Neapolitanische Polizei mit besonderem Eifer auf alle Peters, wo sie auch seien. Zufällig trug ein preußischer Kaufmann, der, dringende Handelsgeschäfte in Neapel abzumachen, mit einem Dampfboot hinkam, diesen ominösen Namen; obwohl er sonst in keinem Stück die mindeste Aehnlichkeit mit dem gefürchteten Revolutionair hat, und seine Papiere in der vollkommensten Richtigkeit sind, so wird ihm doch das Aussteigen verwehrt, und sogar eine Wache auf's Schiff gestellt, daß er ja nicht an's Land könne. Der gute Mann glaubt, das müßte eine Irrung sein, die sich gleich aufklären werde, wartet Angesichts der Stadt acht Tage auf dem Schiffe; endlich verliert er doch seine deutsche Geduld, benachrichtigt den Gesandten von seiner fatalen Lage, ruft die Hilfe desselben zur Beseitigung des Mißverstandes an. Dieser begibt sich sofort zum Minister des Auswärtigen und setzt dem die Sache auseinander. Der Minister thut sehr überrascht, bedauert anscheinend, und verspricht sofortige Abhilfe. Der Gesandte glaubt nun die Sache in Ordnung, und geht mit gerechtem Stolz auf seinen mächtigen Schutz ruhig nach Hause. Wirklich wird dem armen Peters auch die Ausschiffung erlaubt; kaum ist er aber am Lande, so fällt ein Haufen Häscher über ihn her, und er wird in Ketten in ein elendes Gefängniß auf einer Insel, wenn ich nicht irre, unter den Auswurf der Menschheit, zu Räubern und Mördern geworfen, ohne Verhör, ohne Angabe eines Grundes, kurz ohne alle Dinge, die in civilisirten Staaten sonst Sitte sein sollten. Vier Wochen muß der Unglück-

liche da zubringen, bis es ihm gelingt, einen der Gefangenwärter durch Versprechungen aller Art zu bestechen, daß er ihm die Mittel verschafft, den Gesandten von seiner Lage in Kenntniß zu setzen. Dieser, dem man nachsagen muß, daß er alles das in der Sache that, was man thun kann, wenn man im Voraus weiß, daß gegen eine solche Bagatelle zu Hause doch keine Patrone mehr fabricirt wird, der Gesandte also läuft gleich zur letzten Instanz, um sich zu beklagen und Genugthuung zu verlangen. Dort zuckt man die Achseln, verspricht aber doch Abhilfe. Wirklich wird der arme Peters auch seiner Fesseln entledigt, und als Satisfaktion und Schadenersatz erhält er schriftlich bescheinigt, daß er unschuldig sei, jedoch sofort, d. h. ohne nur seine Geschäfte verrichten zu können, das Land zu verlassen habe. Und dabei blieb es; der Mißhandelte hatte dem Himmel zu danken, daß er ihn wenigstens einen Preußen, und nicht gar einen Reuß-Greizer oder Bückeburger hatte werden lassen, denn da säße er wahrscheinlich heute noch, während er doch jetzt, Dank der großmächtigen Verwendung, bloß mit vier Wochen Gefängniß und einigem pecuniärem Ruin für das Vergehen, Peters zu heißen, davonkam. Es kommt noch besser! Herr von ...., großer Gutsbesitzer, Baron etc. in Preußen, ein sehr bekannter und geachteter Mann, hat nach einem Aufenthalte in Neapel die Marotte, eine Fußreise nach Rom machen zu wollen. Der Herr Baron hatte Geld und Paß bei sich in der Tasche; Beides wird ihm in der Nähe von Fondi bei Terracina, noch auf Neapel'schem Gebiet, von Räubern abgenommen, und er bis auf's Hemd ausgezogen. Hoffnungsvoll schleppt er sich zurück nach Fondi, zeigt dort sein Unglück an, und bittet, ihm die Mittel zur Rückreise nach Neapel zu verschaffen. Statt dessen wird er als ebenfalls höchst verdächtiges, paßloses Individuum in ein elendes Loch gesteckt. Er bittet und fleht nun, ihn doch wenigstens gnädigst auf dem Schub nach Neapel bringen lassen zu wollen, wo er sich ja ausweisen könne, oder ihn wenigstens schreiben zu lassen. Beides wird ihm verweigert, und man läßt ihn noch einige Wochen sitzen, bis es ihm auch, gleich Peters, durch Versprechen reicher Belohnung gelingt, doch ein Briefchen an den Gesandten durchzuschmuggeln. Natürlich erläßt dieser sogleich eine donnernde Note, auf die der Herr Baron von .... wenigstens freigelassen wird, von Genugthuung oder Schadenersatz war jedoch eben so wenig die Rede. Es muß recht angenehm sein, Gesandter zu heißen, wenn man so lebhafte Unterstützung hinter sich weiß. — Auch ein deutscher Künstler soll sich in Sicilien bei der Revolution compromittirt haben; das hat denn zur Folge, daß jetzt kein deutsches Menschenkind auf dessen Paß architetto, pittore oder scultore halbwegs leserlich geschrieben steht, in die glückselige Insel hinüber darf, um dort nicht als laufender Feuerbrand neue Gluthen anzuschüren. — Die Geschichte, wie die durch das Bombardement von Messina ruinirten deutschen Kaufleute endlich nur durch Verwendung des englischen Konsuls Schadenersatz erhalten konnten, ist ja bekannt genug, und überhaupt ließen sich dergleichen Dinge noch gar viele erzählen, aber was thut das der deutschen Bureaucratie? Die Rechnung für die zerbrochenen Töpfe des Dom Pacifico in Griechenland war freilich groß, und alle alten Weiber in Deutschland haben sie unbillig gefunden und den Kopf geschüttelt, aber daß ein solches Beispiel von Zeit zu Zeit statuirt wird, das hat für Englands Macht und Ansehen, für die Sicherheit und Bequemlichkeit seiner Reisenden und Kaufleute die unermeßlichsten Folgen, und die allerwohlthätigsten auf das Selbstgefühl der Nation.

Nürnberg, den 12. Juni. Der Schneidergeselle Huber von hier ist nach dreitägiger Haft, da das hiesige Stadtgericht keinen Grund zur Einleitung einer Untersuchung gegeben sah, wieder in Freiheit gesetzt worden. (Nürnb. Kur.)

(Bierliches Kuriosum.) Nach dem Wochenblatt der Stadt Neuburg vom 5. Juni d. Js. wird von der k. Regierung von Schwaben und Neuburg den dortigen Bräuern durchaus nicht erlaubt, das Sommerbier um 6 kr. verleit zu geben. Nur jenen Bräuern, welche gleich Anfangs um Herabsetzung des Preises gebeten haben, wurde erlaubt, das Bier um 6 kr. 2 pf. auszuschenken, alle Uebrigen haben bei strenger Ahndung den Satz von 7 kr. einzuhalten. (N. K.)

Würzburg, den 11. Juni. Die Gätschenberger'sche Schrift über den baierischen Staat und die fränkische Industrie ist hier policeilich mit Beschlag belegt worden.

Frankfurt, den 14. Juni. Dem Vernehmen nach wird der Bundestag von Anfang des Monats August an auf 8 Wochen Ferien halten.

Kassel, den 7. Juni. Am gestrigen Abend ist hier eine auffallende Arrestation vorgekommen, von der heute viel geredet wird. Es wurden nemlich am späten Abend die Gesandten von Oesterreich und Frankreich von einer Schildwache in der Königsstraße, an der sie mit brennenden Cigarren vorübergingen, arretirt und nach der Schloßhauptwache abgeführt, daselbst natürlich von dem wachthabenden Officier sogleich entlassen, nachdem sie recognoscirt waren. Herr Hassenpflug wurde ebenfalls vor nicht langer Zeit am hellen Sonntage auf dem Gange zur Kirche von einer Schildwache am Kragen gefaßt, als er etwas zu nahe an den aufgestellten Gewehren eines in der Kirche versammelten Bataillons vorüberging, und verdankte seine Befreiung aus den unsanften Händen des Gardisten erst einem herbeikommenden Hauptmann, der ihn persönlich kannte. (Nordd. B.)

(Modernes.) Der Reichsztg. schreibt man: Die Verlobung unseres präsumtiven Thronfolgers mit einer Princessin von Preußen und die dabei bereits zur Sprache gebrachten Wünsche und Erwartungen in Betreff der Betheiligung des Thronfolgers an der Regierung haben arge Zwietracht gesäet und die Intriguen von verschiedener Seite sind in vollem Gange. Der Kurfürst und Herr Hassenpflug wollen natürlich von einer solchen theilweisen Uebertragung der Regierung nichts wissen, und mancher Artikel in den Zeitungen hat Herrn Hassenpflug oder einen seiner Getreuen zum Verfasser oder doch intellectuellen Urheber und findet in der Abneigung dieser Partei gegen Preußen seine Erklärung. Um auf alle Fälle den Plan zu vereiteln, soll es Herrn Hassenpflug gelungen sein, den Kurfürsten zu bewegen, sich von der Gräfin von Schaumburg scheiden zu lassen und sich ebenbürtig zu verheirathen, wodurch dann vielleicht die Thronfolge und Regierung in der Linie des Kurfürsten verbleiben würde. — Die Gräfin von Schaumburg, eine Dame von großer Schlauheit, dagegen möchte um keinen Preis der Welt einer andern Gemahlin Platz machen. So kreuzen sich dem Vernehmen nach hier die Interessen und es wird sich bald entscheiden, wer Sieger im Streit bleibt. Freilich lassen sich diese Angaben noch nicht verbürgen, allein sie werden hier in sehr vertrauten Kreisen besprochen und haben viel Wahrscheinlichkeit für sich.

Jena, den 13. Juni. Dieser Tage fand hier auf Einladung des Führers der letzten Landtagslinken, Advocat Fries in Weimar, eine Versammlung statt, um über die Frage zu berathen, ob die demokratische Partei sich bei den nächsten Landtagswahlen betheiligen solle. Einige Stimmen traten dafür auf. Dagegen machten jedoch die meisten Mitglieder der Versammlung geltend, daß das parlamentarische Wirken nur so lange Bedeutung habe, als mit der Einigung der beiden Factoren in der Gesetzgebung die Entscheidung gegeben werde, daß aber die ganze Repräsentation zu einem Puppenspiele werde, sobald außerhalb der Versammlung noch eine dritte Macht (der Bund) stehe, ohne welche die Gesetzgebung des Staates sich nicht bewegen könne. Nach längerer Berathung fiel die Entscheidung der Versammlung dahin aus, daß keiner sich weder an einer Wahl activ betheiligen, noch eine demungeachtet auf ihn fallende Wahl annehmen sollte. Schon früher hatte man sich dahin geeinigt, daß sämmtliche Erschienenen den Beschluß der

Versammlung, er möge nach der einen oder andern Richtung ausfallen, als für sich bindend zu erachten hätten. (Frkftr. Jour.)

Odenthal, im Regierungsbez. Köln, den 12. Juni. Als bei der gestern stattgehabten Frohnleichnamsprozession der Zug auf der Dhünbrücke angelangt war, brach diese unter dem Gewichte der frommen Wanderer ein, so, daß mehre hundert Menschen, Männer, Frauen und Kinder, plötzlich in den angeschwollenen Strom stürzten. Glücklicher Weise ist kein Menschenleben zu betrauern, und es haben selbst, außer einigen Arm- und Beinbrüchen, keine bedeutenden Verletzungen stattgefunden; die Mehrzahl der Pilger kam mit dem Schrecken und dem kalten Bade davon. (F. J.)

Berlin. (Der klarste Beweis für die Wirksamkeit der Jesuiten.) Das „C. B." bemerkt: Eine wirkliche Missionsthätigkeit der Jesuiten in Berlin, wo die Bevölkerung überwiegend protestantisch, wird, auch wenn sie versucht werden sollte, nicht stattfinden.

Breslau. Heinrich Simon, Mitglied der Nationalversammlung, sowie der Reichsregentschaft, ein Stadtgerichtsrath in Breslau, jetzt Flüchtling in der Schweiz, ist von der Universität Zürich zum Dr. juris creirt.

Frankreich.

Paris, den 13. Juni. Der gesetzgebende Körper hielt gestern Nachmittag eine Sitzung, die, wie gewöhnlich, nur von einstündiger Dauer war. Es wurde ein Gesetzentwurf, welcher Zusatzbestimmungen zu dem Budget von 1853 enthält, vorgelegt; er betrifft 1) eine neue (höhere) Bestimmung der verhältnißmäßigen Einregistrirungsgebühren bei Ueberschreibungen gewisser liegender Güter, 2) eine Erhöhung der Verbrauchssteuer auf Branntwein, 3) eine Steuer auf Papier, 4) eine Steuer auf Wagen.

Italien.

Mailand, den 5. Juni. Heute wurde ein gewisser Michele Capoelli, Buchdrucker aus Mailand, 33 Jahre alt, der wegen Widersetzlichkeit mit bewaffneter Hand gegen die öffentliche Gewalt vor einigen Tagen verhaftet worden war, vom hiesigen Militärgerichte zum Tode verurtheilt und um halb zwei Uhr Nachmittags auf dem gewöhnlichen Richtplatze außerhalb Porta Sempione erschossen.

Rußland.

Ueber eine am 22. Mai in der finnischen Stadt Björneborg ausgebrochene Feuersbrunst enthält die Hamb. Börsenhalle Details. Die ganze Stadt bis auf 15 oder 20 Hütten, die an dem äußeren Ende gelegen, ist zerstört worden. Die Kaufleute haben sämmtlich ihre Häuser verloren, auch nicht eines ist gerettet. Die ganze Bevölkerung ist ohne Obdach und 6000 Menschen sind dem größten Elend preisgegeben. (A. Z.)

Vereinigte Staaten.

Aus St. Louis wird gemeldet, daß die Eisenbahn durch die Prairien nach dem stillen Meere bereits in Angriff genommen, viele hundert Arbeiter bei derselben beschäftigt sind und man das Riesenwerk in 10 Jahren, wenn die Regierung, was keinem Zweifel unterworfen, das nöthige Land unentgeldlich der Gesellschaft abtritt, vollendet zu haben gedenkt.

China.

Hongkong, den 23. April. Die chinesischen Insurgenten haben die Stadt Nigchan eingenommen, sie jedoch gegen ein Lösegeld von 30,000 Taels wieder verlassen. Die Sache der Insurrection scheint übrigens im Ganzen nicht gut zu stehen; einige Haufen von Tienteh's Heere haben sich nach Südwesten geworfen; Tienteh selbst habe sich nach Sinjingkien zurückgezogen.

Hinterindien.

Rangun, den 23. April. Die Birmanen versuchten die Wiedereroberung von Martaban, wurden jedoch zurückgeworfen.

Neueste Nachrichten.

München, den 13. Juni. Man glaubt, daß für das Cultusministerium von nun an kein eigener Minister mehr werde ernannt werden, vielmehr würde an die Spitze desselben nur ein Director kommen, die oberste Leitung aber dem jeweiligen Staatsminister des Innern übertragen werden, ebenso wie das Ministerium des Handels &c. mit jenem des k. Hauses und des Aeußern einen gemeinschaftlichen Chef hat. Der dermalige Staatsminister des Innern, Hr. v. Zwehl, hat diesen Mittag eine Reise nach Salzburg und Bad Gastein angetreten, und sind die beiden Portefeuilles desselben heute von Herrn Staatsrath Frhrn. v. Strauß übernommen worden. Die Reise des Hrn. Ministerpräsidenten nach Kissingen bleibt auf morgen festgesetzt, und es werden dessen Portefeuilles von Hrn. Staatsrath Pelkhoven übernommen. Das hier verbreitete Gerücht, als habe der Ministerpräsident gestern Sr. Maj. dem König seine Entlassung eingereicht, ist unbegründet. Die Gründe der Quiescirung des Ministers v. Ringelmann datirten wol von der Zeit der letzten Ministerkrisis. Damals hatte bekanntlich Hr. v. Ringelmann, ohne vorher die Entscheidung Sr. Maj. des Königs eingeholt zu haben, die vorläufige Erlaubniß zu Abhaltung von Jesuitenmissionen in Franken gegeben. Sein Rücktritt stand von da an festgesetzt, und wurde, wie es scheint, nur verschoben, um nicht während des Landtags eine Störung in die Vertretung der Verwaltung zu bringen. (A. Z.)

Noch sind die Verhältniße nicht enthüllt, unter denen Hr. v. Ringelmann entlassen ward. Die Nachricht scheint grundlos, daß Hr. v. d. Pfordten seine Entlassung darauf selbst verlangt habe. Ringelmanns Pensionirung erfuhren die andern Minister erst, als dieselbe vollendete Thatsache war.

Karlsruhe, den 14. Juni. Mit Morgen, 15. d., beginnt ein directer Güterverkehr zu festen Frachtsätzen und Lieferzeiten auf den Bahnen des mitteldeutschen Eisenbahnverbandes mit directen Frachtbriefen. Eine Umladung ist z. B. zwischen Haltingen und Berlin nur in Heidelberg nöthig, wie denn bereits auch in Heidelberg Waggons von den entferntesten Bahnen erschienen sind. (Karlsr. Ztg.)

Kassel, den 10. Juni. Der hiesige Handelsstand hat dem Ministerium eine Petition für Forterhaltung des Zollvereins übergeben.

Berlin, den 13. Juni. Die „Lithogr. Corr." bringt einen kriegerischen Artikel über Neuenburg. Sie äußert: „Es werden jedenfalls dem londoner Protocoll Schritte folgen, die mit einer Besetzung Neuenburgs durch Preußen enden müßen."

Wien, den 10. Juni. Der „Lloyd" behauptet, Ludwig Napoleon werde seine Cousine, die Nichte des Herzogs von Leuchtenberg, Tochter Dom Pedros, heirathen. Die Vermählung würde jedoch erst nach Herstellung des Kaiserthums erfolgen.

Tessin. Der Regierung ist vom Bundesrathe eine sehr gereizte Protestation des päpstlichen Nuntius gegen die Säcularisation des Unterrichts übersendet worden.

Paris, den 12. Juni. Der treffliche Mathematiker und Legitimist Cauchy, Professor an der hiesigen mathematisch-naturwissenschaftlichen Facultät, hat den Eid verweigert. — Bei den öffentlichen Bauten sind jetzt dahier täglich 3680, bei Privatbauten etwa 15,000 Arbeiter beschäftigt. — Das vom Staatsrathe genehmigte Gesetzesproject über die Einführung einer Steuer auf verschiedene Luxussachen wird dem Vernehmen nach im gesetzgebenden Körper auf mehr oder weniger heftigen Widerstand stoßen, was sich schon heute dadurch manifestirt hat, daß der Antrag, zur Prüfung des Projects eine besondere Commission zu wählen, angenommen wurde. In diesen Kreisen findet man die Sache etwas socialistisch.

— Der Maire von Lille hat wegen seines Unterliegens in der Prozessionsfrage definitiv seine Entlassung genommen.

In einigen Tagen schon wird man, des Morgens 5¼ Uhr von Straßburg abfahrend, des Abends 9¼ Uhr hier eintreffen.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1070] Sonntag, den 20. ds.: wohlbesetzte

Regimentsmusik

in den Gartenanlagen zu

Bad Gleisweiler.

[1069] Bei **Hetterich** in Neustadt a. d. H. ist eine ganze Einrichtung für einen Feilhauer, nebst Eisen-Härten-Ofen aus freier Hand zu verkaufen.

[1068] **Gasthaus-Versteigerung.**

Den 5. Juli 1852, Nachmittags 2 Uhr, wird das zur Verlassenschaft von weiland Ludwig Hoffmann gehörige, in der sogenannten Wormser Straße zu Frankenthal gelegene Gasthaus zum goldenen Pflug, worin seit langen Jahren und mit dem besten Erfolge die Gastwirthschaft betrieben wird, Abtheilungshalber öffentlich an den Meistbietenden auf Eigenthum versteigert.

Dasselbe enthält zu ebener Erde 4 Zimmer, Küche und Waschküche, — im obern Stocke 6 Zimmer und eine Küche; — ferner hat dasselbe geräumige Speicher, Keller, Scheuer, Stallung, Remise und Hofraum und im Ganzen 20 Ruthen Grundfläche.

Der Zuschlag ist sogleich definitiv und findet dahier im Gasthaus zum weißen Lamme statt.

Frankenthal, den 12. Juni 1852.

Neumayer, Notar.

[1066^{a}] **Bekanntmachung.**

Da theils des heuer spät eingetretenen Frühjahrs wegen in manchen Gegenden die Sommersaat sich verzögert hat, theils manche Winterfelder umgepflügt und mit Sommergetreide besäet werden mußten, so wurde, um für diejenigen Landwirthe, welche durch dergleichen Unfälle bisher verhindert waren, ihre Feldfrüchte zu versichern, Zeit zu gewinnen, dem Hagel-Versicherungs-Vereine für das Königreich Baiern beizutreten, auf eine alleruntertänigste Vorstellung durch eine höchste Entschließung des k. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 7. Juni die im §. 94 der Satzungen festgesetzte Frist bis 21. Juni allergnädigst erstreckt.

Nachdem dieser neu gebildete Verein auf Gegenseitigkeit begründet ist und zwar der Art, daß alle Glieder sich verpflichten, durch einen der Größe der Beschädigung entsprechenden Beitrag den Beschädigten den verursachten Schaden an den Feldfrüchten ganz zu ersetzen, folglich kein Gewinn gesucht wird, so muß es jedem Landwirthe eine große Beruhigung sein, sein für den Feldbau verwendetes Kapital versichern zu können; denn unter allen Einflüssen, welche die Ackerproducte gefährden, ist der Hagel das bedeutendste Ereigniß, welchem abzuwenden Niemand Mittel hat, und welcher überall, wenn auch in langen Abständen, erscheint, daher keine Gegend davor sicher ist.

Ein bedeutender Hagelschaden ist selbst für Bemittelte ein für lange Zeit empfindlicher Verlust. Eine erfreuliche Erscheinung ist es, daß eine bedeutende Anzahl Großbegüterter bereits dem Vereine beigetreten, und dadurch die Versicherungssumme auf eine ansehnliche Höhe gestiegen ist.

Es werden die Herrn Agenten des Vereins hiemit aufgefordert, ihre bisherige Thätigkeit bis 21. lauf. Monats fortzusetzen; denn je mehr Glieder der Verein zählt, desto geringer werden die Beiträge, desto gemeinnütziger ist der Verein.

München, den 11. Juni 1852.

Directorium des Hagel-Versicherungs-Vereins für das Königreich Baiern.

Muffat.

[1052^{2}] **Hausversteigerung zu Mannheim.**

Das zur Verlassenschaft des verlebten Metzgermeisters Johann Michael Grobe gehörige Wohnhaus Lit. D. 4 Nro. 10 am Fruchtmarkt dahier wird

Montag, den 21. ds. Mts. Nachmittags 4 Uhr, auf hiesigem Rathhause

einer nochmaligen Versteigerung ausgesetzt werden.

Unter Hinweisung auf die Bekanntmachung der ersten Versteigerung, Nro. 123, 127 und 131 dieser Blätter, wird dieses mit dem weitern Anfügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß auf das Haus bereits 14,800 fl. geboten sind, und daß sich auswärtige Steigerungsliebhaber mit legalen Vermögenszeugnißen an der Steigerungstagfahrt über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben.

Mannheim, den 4. Juni 1852.

Großh. Stadtamts-Revisorat:
Winther.

vdt. Schwarz.

[1058^{2}] **Versteigerung einer Gutsparzelle zu Ludwigshafen am Rheine.**

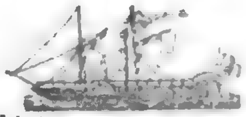
Montag, den 21. Juni nächsthin, des Nachmittags um 2 Uhr, zu Ludwigshafen am Rheine, im deutschen Hause bei Görg, wird durch den Unterzeichneten ein daselbst unmittelbar am Bahnhofe, am Hafen, am Kohlenwege und am Rheine gelegenes Stück Land, enthaltend 290 nürnberger Ruthen, in mehrere Bauplätze eingetheilt, oder auch im Ganzen, öffentlich unter vortheilhaften Bedingungen versteigert werden. Dabei ist man nicht abgeneigt, bis zum Versteigerungstage diese Gutsparzelle im Ganzen oder in einzelnen Bauplätzen um billige Preise käuflich abzutreten, und bittet, sich deßfalls an den Unterzeichneten gefälligst wenden zu wollen.

Mutterstadt, den 8. Juni 1852.

C. Moré, Notar.

[1054] **Rheinische Dampfschifffahrt.**

Kölnische Gesellschaft.



Tägliche Abfahrten vom 1. Juni an.

Von Mannheim nach Köln 7 Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Speyer-Neustadt. In Köln im Anschluß an die Nachtzüge nach Berlin und Brüssel.

" " " Mainz 5¼ Uhr Nachm., nach Ankunft des von Straßburg kommenden Boots, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Pariser Post-Schnellzuges von 5 Uhr 20 Min.

" Mannheim nach Straßburg 11 Uhr Abends.

" Mainz nach Mannheim 7 Uhr Morgens und 3 Uhr Nachmittags.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro 145.) den 17. Juni 1852.

Deutschland.

Auswanderungssache. Der biedere Claussen aus Schleswig-Holstein, bekanntlich Mitglied der deutschen Nationalversammlung, nun, in Folge der Wiederherstellung der Dänenherrschaft in seinem engern Vaterlande aus diesem verbannt, hat der „N. Oder-Ztg." folgenden aus Davenport in Jowa vom 9. April datirten interessanten Brief zugehen lassen:

„Das gegenwärtige Schreiben bezweckt nicht, irgend Jemanden zur Auswanderung nach Amerika zu bestimmen, sondern blos die Aufmerksamkeit Derjenigen, welche ohnehin entschlossen sind, nach Amerika auszuwandern, auf den Staat Jowa zu lenken, der einen Flächenraum von ungefähr 50,000 engl. Quadratmeilen, beinahe ⅞ von dem Areal der preußischen Monarchie enthält, worauf gegenwärtig etwa 250,000 Einwohner leben, worunter sich eine große Anzahl Deutsche und Schweizer befinden. Das Land ist bekanntlich im Osten von dem Missisippi und der größere Theil im Westen von dem Missouri begrenzt, zwei Flüße, wovon jeder wohl länger als ganz Europa ist, indem der Missouri bis zur Verbindung mit dem Missisippi 2900 engl. Meilen und der Missisippi bis zu dieser Verbindung 2800 engl. Meilen enthält; von dieser Verbindung bis zur Mündung sind noch 1200 engl. Meilen. Auf diesen beiden Flüssen und ihren Nebenflüssen, dem Ohio, Illinois, Arcansas, u. s. w. mögen wohl gegen 1000 Dampfschiffe, große, schwimmende Paläste, sich bewegen. Das letzte Ende der Eisenbahn, welche bei Davenport den Missisippi mit dem atlantischen Meere, den großen Städten des Ostens, New-York, Boston, Philadelphia, Washington u. s. w. und durch die Centraleisenbahn vom Michigan bis zum mexikanischen Meerbusen mit Mobile verbindet, wird am Ende des Jahres 1853 fertig werden. Wer sich nun in Jowa Land erwirbt, der kann seine Producte, insofern sie nicht zu schwer und zu umfangreich sind, ziemlich wohlfeil mittelst Dampf nach den reichen Städten des reichen Südens, z. B. St. Louis, New-Orleans und Mobile, oder nach den Städten am atlantischen Meere bringen. Gegenwärtig ist noch etwa 2 deutsche Meilen vom Missisippi Congreßland in Jowa zu erlangen. Das Land gehört zu den gesündesten in der Union; die Luft ist hier die meiste Zeit des Jahres so klar, rein und durchsichtig als am Genfersee in der schönsten Jahreszeit. Der Boden ist meistens etwas wellenförmig, hügelig; nur an wenigen Stellen sumpfig und dabei ungemein fruchtbar. Eine schwarze fruchtbare Erde, zwischen 1 bis 4 Fuß tief, findet sich meistens an der Oberfläche. Der Boden ist vortrefflich für Weizen, Welschkorn, Gerste, Roggen, Hafer, Kartoffeln, gut für Tabak und Castoröl, und ganz vorzüglich für Vieh- und Schafzucht. Die Farmer pflügen das Land regelmäßig im Jahre nur Einmal und bauen darauf Jahr aus Jahr ein Korn, ohne den Boden zu düngen oder zu brachen. Da das meiste Land Prairie ist, so kostet die Cultivirung wenig Arbeit. Man bricht die Prairie im Frühjahr, pflanzt sofort Welschkorn ein und hat im Herbst schon eine Ernte. An Holz ist gleichwol kein Mangel, theils weil den Missisippi hinunter von Wisconsin und Minnesota viel Holz in Flößen gebracht wird, und weil eine Fülle von Steinkohlen, namentlich auch unweit Davenport, sich finden, theils weil die Prairien untermischt sind, und weil Boden zu ergiebigen Anpflanzungen im Ueberfluße vorhanden.

Das von dem Missouri und Missisippi umgebene Land ist außerdem durchschnitten von einer zahllosen Menge Flüße, wovon die bedeutendsten, der Momes, Jowa, Cedan, Wapsipinicon u. a. für flache Dampfschiffe leicht schiffbar gemacht werden können, theilweise es schon sind. Das Land hat, besonders in der Nähe von Dubuque, unerschöpfliche Bleiminen, außerdem Zink, Eisen und Steinkohlen im Ueberfluß.

Jowa liegt zwischen dem 40. Grad 30 Minuten und dem 43. Grad 30 Minuten nördlicher Breite, also ungefähr parallel mit dem Theil von Italien, der zwischen Neapel und Florenz liegt. Dennoch ist das Klima im Winter ungefähr eben so kalt, als im nördlichen Deutschland. Der letzte Winter, der einzige, den ich hier erlebt habe, ist freilich, wie die Vergleichungen des Thermometerstandes in den Zeitungen ergeben, ungewohnlich kalt gewesen. Die Dampfschiffahrt auf dem Missisippi wurde bei Davenport durch das Eis behindert in der 2. Woche des Decembers und begann erst wieder den 7. oder 8. März. Ungefähr 2 Monate war das Eis des Missisippi, des groß und stark fließenden Stromes, mit Pferden und Wagen passirbar. Eine sehr scharfe Kälte haben wir hier nur 8 Tage gehabt, 2 Tage 27 (?) Grad nach Reaumur. Im Januar war das Wetter theilweise so milde, daß ich am Tage in einer nach Süden gehenden Stube der Ofenwärme nicht bedurfte, wenn ich im Zimmer saß zu lesen oder zu schreiben. Die Luft ist auch im Winter meistens hell und klar, die größte Zeit des Winters Sonnenschein. Schnee haben wir hier wenig gehabt. Die Sommer sind bekanntlich in Amerika im Juli und August sehr warm, indeß ist hier die Hitze nicht so drückend, weil über die Prairien regelmäßig ein so erfrischender Wind geht, als auf dem Ocean zwischen den tropischen Gegenden. Ich habe von sehr vielen deutschen Farmern, die hier eine Reihe von Jahren gelebt haben, auf die Frage nach der Gesundheit des Klimas immer dieselbe befriedigende Antwort erhalten, die den Leuten auch auf den Gesichtern zu lesen ist.

Die deutschen Auswanderer vermeiden gern die Sclavenstaaten, theils aus Grundsatz, theils aus Interesse, weil sie die schwarze Bevölkerung häufig nicht so behandeln, daß deren Arbeit ihnen Nutzen bringt. Ueberdies sind die Sclavenstaaten für die Gesundheit vieler Deutschen unzuträglich, weil das Klima dort im Sommer zu heiß ist. Will man aber die Sclavenstaaten Missouri, Kentucky, Virginien und die weiter südlich gelegenen vermeiden, will man nicht nach Californien oder dem Oregongebiete gehen, wo die Cultur noch zu sehr erst im Beginn, will man nicht im Osten bleiben, wo das Land viel theurer und weniger fruchtbar ist: so verdient Jowa nach meiner Ansicht den Vorzug vor allen übrigen Staaten. Denn Wisconsin und Michigan haben sehr lange und sehr kalte Winter, Illinois hat sehr viele ungesunde sumpfige Gegenden, in Ohio und Indiana ist das gute und gut gelegene Land schon theuer. In Jowa dagegen kann man jetzt noch etwa 2 deutsche Meilen vom Missisippi entfernt Congreßland haben. In einer mir vorliegenden nordamerikanischen Erdbeschreibung, deren Verfasser einen Theil der Union nicht auf Kosten der anderen erheben wird, heißt es von Jowa: Kein Land in der Welt verspricht in jeder Beziehung mehr für den Landmann. Fruchtbar und ergiebig, die schätzbarsten Mineralien gewährend, durchschnitten von zahlreichen schiffbaren Flüssen, begrenzt von dem edlen Missisippi, leicht zugänglich und frei von manchen, neu angesiedelten Ländern inne woh-

nenden Gefahren, bietet es den großen Reiz für Einwanderer und Andere, sich hier eine Heimath zu gründen. Das Klima ist ausgezeichnet, besonders in den Prairien, und das Land ist so frei von epidemischen Krankheiten, als der am meisten begünstigte Theil der Union. Periodische Winde wehen über die Prairien so regelmäßig und so erfrischend, als auf dem Ocean zwischen den tropischen Ländern.

Was die Verhältniße der Civilisation betrifft, so bieten die kleinen Städte am Mississippi wegen ihrer täglichen Verbindung mit St. Louis, New-Orleans u. s. w. beinahe dasselbe, was man in großen Städten haben kann. Kapital und Arbeitskraft sind hier ein großes Bedürfniß. Die reichen Schätze in der Erde, Blei, Eisen, Steinkohlen, bedürfen der Hände und des Capitals, um gehoben zu werden. Der reiche Boden liegt unbeackert, das üppige Prairiegras verfault oder wird verbrannt. Man bedarf Kapital, um Häuser zu bauen, Vieh und Ackergeräth anzuschaffen, Dienstboten zu halten. Die Speculanten kaufen das Land, um es liegen zu lassen, da in einigen Jahren der Preis sich verdoppelt oder verdreifacht, so wie die Ansiedelung dichter wird. Daraus erklärt sich leicht, daß das Capital hier hohe Zinsen trägt; 20—30 Procent Zinsen, zuweilen noch höhere Interessen sind hier gewöhnlich. Jeder Zinsvertrag ist klagbar. Wucher kennt die Gesetzgebung von Jowa nicht. Die Capitalisten können sich gegen ganz sichere Hypotheken und unter dem Schutze einer dem Capitale sehr günstigen Gesetzgebung ihr Capital sehr fruchtbringend machen, in 3 bis 4 Jahren es verdoppeln, ja durch Speculation es noch vervielfachen. — Eben so finden hier Handwerker und Gehilfen der Landwirthschaft einen guten Verdienst; ein Bauhandwerker erhält meistens 1¼ Dollar täglich, ein Knecht neben Beköstigung 12 Dollar monatlich. Landleute mit einigem Capital können sich hier bald eine Farm einrichten, die ihnen eine unabhängige, sorgenfreie Lage gewährt. — Gelehrte und Literaten dagegen haben hier, wenn sie nicht so viel Capital besitzen, um davon zu leben, keine sonderlichen Aussichten. Lehrer und Prediger werden nicht hoch besoldet, und nicht auf lange Zeit angenommen. Für deutsche Zeitungen ist hier auch kein sonderliches Feld, da ein politischer Schriftsteller, welcher sich Einfluß auf die Wähler verschaffen will, sich der englischen Sprache bedienen muß. Die Kenntniß des Englischen ist jedem Einwanderer ungemein nützlich; die Unkenntniß dieser Sprache Vielen verderblich.

In Jowa ist jeder 21jährige Bürger der Vereinigten Staaten, nach 6monatlichem Aufenthalt daselbst, Wähler. Die Wahlen geschehen durch Stimmzettel. In directer unmittelbarer Wahl werden von jedem 21jährigen Bürger gewählt: Die höchste vollziehende Gewalt, der Governor, auf 4 Jahre; der Staatssecretär, der Schatzmeister und der Oberaufseher des Rechnungswesens (auditor) auf 2 Jahre; ferner von allen Bürgern eines Gerichtsdistrikts, die Distriktsrichter, auf 5 Jahre, eben so alle Communebeamten von den Bürgern der Commune. Blos die Richter des höchsten Gerichtshofes und die Senatoren für den Congreß werden durch die beiden Häuser der Gesetzgebung, und zwar auf 6 Jahre, erwählt; alle übrigen Aemter und Würden werden direct und unmittelbar vom Volke und nur auf kurze Zeit verliehen. Der Governor hat keine Gewalt, Aemter zu verleihen, von zeitigen, durch ihn zu ernennenden Commissionen abgesehen, aber er hat ein aufschiebendes Veto bei der Gesetzgebung und das Recht der Begnadigung. In Jowa gilt, wie in der ganzen Union, das Zweikammersystem.

Die Gehalte der Beamten sind sehr niedrig. Der Governor, die Richter des höchsten Gerichts und die Districtsrichter erhalten jeder 1000 Dollars, der Staatssecretär 500 Dollars, der Auditor 600 Dollars. Die gesammte Staatsausgabe für die beiden Jahre 1849 und 1850 betrug 90,444 Dollars. (Neunzigtausend vierhundert und vierundvierzig Dollars.)

Die Steuer für den Staat und Communen ist eine Vermögensteuer. Alles Vermögen muß eidlich angegeben werden und wird abgeschätzt.

Der Sitz der Regierung ist Jowacity. Die Städte am Mississippi: Dubuque, Davenport, Muskatine, Burlington, Koekuk sind die bedeutendsten. In denselben sind eine Menge schöner Häuser und Kaufläden, so wie gebildeter Menschen. Davenport hat eine romantische Lage, gegenwärtig 3000 Einwohner, und verspricht, weil hier die erste Eisenbahn in den Mississippi vom Osten einmündet, noch sehr bedeutend zu werden."

Berlin, den 10. Juni. Auf Veranlassung des Consistoriums der Provinz Brandenburg wird jetzt in den evangelischen Gemeinden eine Ansprache zur Vorbereitung auf eine kirchliche Collecte verbreitet, welche zur Besoldung von Reisepredigern die Mittel herbeischaffen soll. Im Eingang wird auf die Gefahren des Abfalles hingewiesen, welche die Jesuitenmissionen über viele der unter katholischer Bevölkerung lebenden Evangelischen brächten. Die vor kurzem in Berlin angelangten Jesuiten haben sich nur wenige Tage aufgehalten und ihren Weg nach Westen genommen. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, den 10. Juni. Barthelemy Saint-Hilaire, Professor der Philosophie am Collège de France, hat dem Unterrichtsminister in folgendem Schreiben vom 31. Mai seine Eidesverweigerung angezeigt: „Hr. Minister! Die für die Leistung des Eides gesetzte Frist läuft heute ab. Ich glaube ihn nicht leisten zu dürfen. Das Gewissen ist das einzige unverletzliche Asyl das uns gelassen ist, und das meinige spricht zu laut, als daß ich seine Stimme verkennen könnte. Die Philosophie, deren Lehrer zu sein in dieser ruhmwürdigen Anstalt des Collège de France ich die Ehre habe, hat mich längst gelehrt, was man vorziehen soll, einen materiellen oder einen moralischen Ruin, und Dank diesen unfehlbaren Vorschriften — ist meine Wahl nicht einmal zweifelhaft gewesen. Ich erleide daher, Hr. Minister, die Absetzung, die mich nach 27jährigen dem Staat geleisteten Diensten trifft. Ich ziehe sie dem verlangten Eid vor, und ich bin so weit entfernt, denen, die diese Absetzung aussprechen werden, etwas anhaben zu wollen, daß ich ihnen, wiewohl ohne es zu hoffen, aufrichtig wünsche, daß sie, die sie unterzeichnen, dieselbe Seelenruhe empfinden mögen, wie ich, der sie erleide. Ich bitte Sie, Hr. Minister, meine Begrüßungen zu genehmigen." Im Ganzen rechnet man, daß 11 Mitglieder der Universität den Eid verweigert haben.

Das Tabakmonopol, welches am 1. Jan. nächsten Jahrs erlischt, wird von der Regierung für abermalige 10 Jahre in Anspruch genommen, und es ist bereits dem legislativen Körper ein deßfallsiger Gesetzentwurf vorgelegt.

Die Unterstützungen, welche die polnischen Emigranten bisher erhielten, sollen ihnen für die Zukunft entzogen werden.

Italien.

Rom, den 5. Juni. Es ist Pflicht Ihres Berichterstatters, darauf aufmerksam zu machen, daß das an den Stufen der St. Peter-Basilica wiederholte französische Adlerfest in der gestrigen officiellen römischen Zeitung sich in einem wesentlichen Puncte nicht der Wahrheit treu abspiegelt. Denn wesentlich mußte jedenfalls der Augenblick der Uebergabe der Adlerfahnen und ihre Aufnahme seitens des Militärs erscheinen. Da bemerkte man aber, nicht ohne Ueberraschung, daß nur die aus Gemeau's Händen die neuen Banner empfangenden Officiere das von ihm vorgesprochene Vive le Président de la République! Vive Napoléon! wiederholten, während in den langen Reihen der über 7000 Mann zählenden ganzen übrigen Division dumpfes, tiefes Schweigen herrschte. Dennoch schreibt die römische Zeitung: Le truppe risposero con replicati evviva al discorso del Signor Generale. (A. Z.)

Der Erzbischof von München, Monsignor Graf von Reisach, ist heute hier eingetroffen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue
Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 146 | den 18. Juni 1852.

Deutschland.

* **Betrachtungen.** In den Jahren 1848 und 49 gruppirten sich die Leute allerdings zunächst nach der Verschiedenheit des *Endzieles* das sie erstrebten. Bei Vielen, welche überhaupt nur einen Fortschritt zum Bessern wollten, ward aber *die* Frage entscheidend: *wie* ein solcher Fortschritt am besten zu erlangen sei. Darnach wählten Manche ihre politische Fahne. Es ist unzweifelhaft, daß gar Manche bei der democratischen und gar Manche bei der wirklichen, ehrlichen Mittelpartei nicht sehr weit aus einander gingen in dem *was* sie wollten. Der Aufstand war in verschiedenen Ländern Deutschlands ausgebrochen und mit Waffengewalt unterdrückt worden. Viele Democraten hatten ihn von Anfang an nicht gewünscht, gerade ebenso wenig als die Angehörigen der Mittelpartei. Aber sie hielten es nicht blos nicht für *passend*, zu irgendwelchen Verfolgungen oder nur Hintansetzungen den Angehörigen der besiegten Partei mitzuwirken, sondern sie erkannten auch weiter, daß eine jede Unterstützung und Förderung der nun einmal im Siegeszuge begriffenen Reaction, sicherlich blos beitragen werde, dieselbe in ihrem Uebermuthe ungenügsamer und maßloser zu machen. —

Dagegen gaben die Andern — wenngleich der freien Richtung innerlich entschieden hold, — sich dem guten Glauben hin, was von der andern Seite in der Zeit des beginnenden oder des noch unentschieden schwankenden Kampfes *versprochen* worden, werde auch treulich, wie sie wünschten, *erfüllt* werden. Und diese Versprechungen, — umfaßten sie nicht beinahe Alles, was man wünschte? So halfen diese guten Leute mit, die Reaction nach allen Seiten hin anzubahnen und zu fördern. Sie gaben sich dem Wahne hin, dem Rückschritte *Halt* gebieten zu können, wenn er je versuchen sollte, zu weit gehen zu wollen!

Die Ersten hatten, weiter blickend, richtig vorausgesehen, wohin dies führe. Die Andern, befangen in ihren Täuschungen, ließen sich dagegen meistens verleiten, auch die Verfolger der Ersten zu werden.

Hatte Einer zur Zeit des Sturmes irgend persönliche Unbilden erlitten, so war er, nach dem Wesen der menschlichen Natur, um so mehr geneigt, die Andern zu verdammen.

Eine spätere Zeit wird die Haltung Derjenigen um so mehr zu würdigen wissen, welche, den Aufstand nicht wünschend, darum sogar persönlich mißkannt und selbst verfolgt, — dennoch, nach entschiedener Niederlage, es verschmähten auf die Seite der Verfolger zu treten, vielmehr offen die Besiegten zu schützen suchten, so weit sie es nur vermochten. Ihnen kann wenigstens *das* Zeugniß nicht versagt werden, nicht nur daß sie nicht nach *Vortheilen* haschten, sondern daß sie in der großen Sache des Gemeinwesens nicht kleinliche persönliche Unannehmlichkeiten zum Maßstabe aller Beurtheilung machten; daß sie die Tugend der Selbstverläugnung wirklich, als wahre Patrioten, als wahre Democraten, an sich *erprobten*.

Seit längerer Zeit aber hat sich die s. g. Mittelpartei — was gleichfalls vorauszusehen war — in zwei Haupttheile gespalten. Die Einen, welche bei Annahme dieser Fahne nur durch gemeinen Eigennutz getrieben waren, sind in das Lager der entschiedenen Reaction übergelaufen, und verrichten nun dort — wie immer und überall die Renegaten thun — die allerniedrigsten Handlangerdienste, im Grunde des Herzens verachtet selbst von Denen, welchen sie dienen. Jene aber, denen es ernst war, nach einer „richtigen Mitte zu streben," sie vermögen nicht länger mehr zu verkennen, daß die von ihnen Getadelten, oft selbst Geschmähten und Verfolgten, in Wirklichkeit *nur weiter geblickt*, nur richtiger den Fortgang der Dinge *vorhergesehen* hatten, als sie. — Die jetzige gemeinsame Bedrängniß und Noth ermangelt nicht, tagtäglich mehr das ihrige in dieser Beziehung zu thun. —

* **Speyer,** den 16. Juni. In Nro. 61 der Speyr. Ztg. kündigte Dr. Galette von Mainz an, daß das bekannte Heilmittel, der Boiveau-Laffecteur'sche Rob, bei ihm zu haben sei. Der damalige Redacteur der Speyr. Ztg., Friedr. Stiner, ward daraufhin, wegen Ankündigung eines *Geheimmittels*, vor das Zuchtpoliceigericht in Frankenthal geladen. Die Sache kam gestern zur Verhandlung, nachdem sie früher auf den Antrag des Vertheidigers des Beschuldigten, Anwalts Spatz, ausgesetzt worden war, da dieser sich zu dem Beweise erbot, daß der Verkauf des gedachten Mittels, (welches längst kein Geheimmittel mehr ist,) von der franz. Regierung in der Zeit erlaubt worden sei, in welcher die Pfalz Frankreich einverleibt war. — Bei der Verhandlung führte der Vertheidiger diesen Beweis, erhob übrigens zugleich die Einrede der *Incompetenz* des Zuchtpoliceigerichts, da nach der ausdrücklichen Bestimmung des Preßedicts über alle Vergehen, welche durch die Presse begangen werden, ausschließlich die Geschworenen zu erkennen haben. (Preßedict §. 6: „Ueber Anklagen wegen Verbrechen oder Vergehen, begangen durch die Presse, haben nach öffentlichem und mündlichem Verfahren Schwurgerichte zu erkennen.") — Das Gericht erklärte sich jedoch *competent*, weil in dem Preßgesetz ein derartiges Vergehen nicht erwähnt sei, und, wollte man es als Preßvergehen betrachten, es in die Kategorie derjenigen gehöre, welche blos *policeilicher* Natur seien. Es sprach sodann eine Strafe von 25 Frcs. gegen den Beschuldigten aus, weil Dr. Galette persönlich eine Verkaufsconcession von der baier. Regierung nicht besitze. — Der Beschuldigte wird das Rechtsmittel der Appellation ergreifen.

* **Auswanderungssache.** Bei der großen Wichtigkeit, welche *Texas* in der jüngsten Zeit für die deutsche Auswanderung gewonnen hat, und bei dem Umstande, daß die früher erschienenen Schriften über die Vereinigten Staaten nur sehr ungenügende Angaben über dieses Land enthalten können, scheint es uns geeignet, den dortigen Verhältnißen in unserm Blatte dermalen eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es ist uns, außer den in der letzten Zeit in der Speyr. Ztg. abgedruckten, ganz neuen Briefen, namentlich auch das folgende Schreiben mitgetheilt worden. Da dessen Inhalt den Stempel der Glaubwürdigkeit unzweifelhaft in sich trägt, wie denn der Verfasser selbst als ein Mann von strenger Wahrheitsliebe bekannt, und zur Beurtheilung in höherm Maße befähigt ist, so nehmen wir dasselbe mit Vergnügen in unser Blatt auf, obwol es nicht mehr von ganz neuem Datum ist. — Ueber die Person des Verfassers selbst haben wir nur dieses zu bemerken: Der Brief ward durch Pfarrer *Eisenlohr* geschrieben, einen ebenso gebildeten als geachteten Mann, der sich an dem Aufstande in Baden bekanntlich betheiligte. Er wurde deßhalb zu zweijährigem Gefängniße verurtheilt, und sein Vermögen confiscirt. Endlich gestattete man ihm die Auswanderung nach Amerika. Er begab sich zuerst nach den ältern Staaten der Union, dann nach Texas, wo

ihn die Deutschen zum Prediger erwählten. — Hier nun das Schreiben:

Neubraunfels, den 18. Juni 1851. Lieber Freund! Die Pfeife dampft von texanischem Kraute; die Sonne lacht noch hoch vom Himmel herab, während Ihr schon längst in Nacht begraben liegt; friedlich liegt Neubraunfels unter mir ausgebreitet, ich lasse meine Gedanken nach Emmendingen schweifen, um Dir Antwort zu geben auf Deinen Brief, der gerade am Pfingsttage hier eintraf. Die Briefe werden hier nicht ausgetragen, man muß sie selber holen, und zufällig erfuhr ich an jenem Sonntag vom Bürgermeister Klappenbach, daß ein Brief für mich auf der Post sei. Ich bin nun der Besorgniß überhoben, Du mögtest nach Neu-Richmond geschrieben haben, und der Brief dort liegen geblieben sein. Zu der Vermehrung Deiner Familie meinen herzlichen Glückwunsch. Mit je größerer Familie Du hieher kömmst, desto besser; hier sind Kinder noch Gottes Segen, während sie draußen nur zu oft die Noth vermehren. Die erste Nachricht von Emmendinger Persönlichkeiten erhielt ich in Neuorleans. Als ich kaum ausgestiegen einem Gasthofe zuging, rief es hinter mir: Herr Diakonus, Herr Diakonus! und als ich mich umsah, war es der Schuhmacher Diehr, der vor 3 Wochen gelandet war und auch gleich beim Schuhmacher Heimburger aus Breisach Arbeit erhielt. Dieser führte mich auch zu Koch, der mit Messer- und Scheerenschleifen gute Geschäfte macht, aber beide wollen des Klimas wegen nicht in Neuorleans bleiben. Eure Deputation nach — riecht so ganz nach der alten Kriecherei, daß ich mich beim Lesen eines Gefühles des Ekels nicht erwehren konnte. Wie ganz anders ist es hier zu Lande, wo das Volk seine Beamten selbst, höchstens auf 4 Jahre wählt; da bildet das Beamtenthum keine besondere Klasse, denn es ist hier eben das Volk, welches sich selbst regiert. So oft ich Nachrichten von drüben lese, danke ich Gott, daß ich fort bin, und unter diesen Verhältnißen möchte ich um keinen Preis zurückkehren. Hier lebe ich still und friedlich, aller Politik fern, und die Nachrichten aus der Welt und ihren umliegenden Dörfern tönen nur aus weiter Ferne an mein Ohr. Ich habe mit dem europäischen Leben so entschieden gebrochen, daß es mir unmöglich wäre, mich wieder hineinzufinden. O! wie viel leichter athmet man, wenn man die Zwangsjacke europäischer Verhältniße abgestreift hat. Und muß man dieses Leben der Freiheit auch mit manchen Opfern erkaufen, so würdest Du es doch nicht bereuen, und wenn Du auch dein halbes Vermögen zum Opfer gebracht hättest. Von einem Hasse der Armen gegen die Reichen weiß man in Texas nichts, weil hier auch der Aermste zum Wohlstand gelangen kann, und bei Thätigkeit auch wirklich dahin gelangt, wie wir dies in Neubraunfels sehen. Wo ist in Deutschland eine Gemeinde, die keinen Armen zu versorgen hat? Meine Gemeinde, ungefähr so groß als die Freiburger, hat keinen Armen! Und doch sind die Leute beinahe arm hierhergekommen, und die Schilderungen ihres Elendes — dank der damaligen Verwaltung des Adelvereins! — sind furchtbar. *) Jetzt sehnt sich kein Einziger nach Deutschland zurück; Alle leben zwar nicht im Ueberflusse, aber im Wohlstande. Aber hier ist auch kein Unterschied zwischen Herr und Bauer, Staatsdiener und Bürger; der höhere oder der geringere Grad von Bildung macht im geselligen Leben den einzigen und natürlichen Unterschied. In den großen Städten Amerikas findet sich allerdings, neben dem größten Luxus, auch dasselbe Elend wie in Europa, und dieselbe moralische Verworfenheit. In Texas gibt es keine große Städte, und wird es, wills Gott! nicht geben, und den Comfort des Lebens vermisse ich gerne, wenn mein Auge nur nicht auf jenem Elend zu verweilen braucht.

Doch ich wende mich zur speciellen Beantwortung Deiner Bedenken, über die ich auch mit verschiedenen Personen gesprochen habe, die schon lange, zum Theil 12 Jahre, hier im Lande sind und die ganze Entwicklungsgeschichte mitgemacht haben. (Schluß folgt.)

*) Bekanntlich ist Neubraufels durch den Adelsverein gegründet worden. Die ganze Sache war aber so durch und durch schlecht angelegt, daß die Einwanderer in das tiefste Elend kamen, und größtentheils darin zu Grunde gingen. Die Speyr. Ztg. brachte in jener Zeit wiederholte Warnungen vor Auswanderungen nach der Adelscolonie. D. Red.

Zur Zollfrage. Ein Artikel der „Deutschen Allg. Zeitung" über den Freihandel schließt: Wenn ein Volk mit seiner Arbeit und seinem Verkehre der ungehemmten Weltconkurrenz ausgesetzt werden soll, so müssen gewisse politische Vorbedingungen für dasselbe vorhanden sein; dahin gehört Befreiung des Grund und Bodens von allen Feudallasten, Freiheit der Presse, Freiheit des Individuums, eine Nationalbank, eine Flotte, ein großer Staatskörper mit einheitlicher Regierung und tüchtige Männer an deren Spitze, mit praktischen Kenntnissen der Nationalökonomie und Staatswirthschaftslehre versehen. Nordamerika, die Schweiz und England haben diese Vorbedingungen schon lange ihren Völkern geschafft und naturwüchsig darin werden lassen. Diese Länder mögen frohen Muthes den Reigen zum Freihandel eröffnen, er wird ihnen zum Segen werden. Was haben wir aber von alledem in Deutschland? — Der Freihandel schwebe auch ferner als leitender Stern den edlern Geistern des deutschen Volks vor, damit sie nach Kräften die Hindernisse wegräumen helfen, die der Einführung desselben in Deutschland entgegenstehen.

München, den 14. Juni. Die plötzliche Pensionirung des Kultusministers Dr. Ringelmann hat auf den übrigen Bestand des Ministeriums bis jetzt keinen Einfluß geübt. Es wurde kein Entlassungsgesuch eingereicht. (B. Eilb.)

Prinz Luitpold soll mit dem Commando des ersten baier. Armeecorps betraut werden, dagegen das Artilleriecorpscommando aufhören. Fürst Thurn und Taxis soll wieder das Commando des zweiten Armeecorps zu übernehmen haben, für welches Generallieutenant Frhr. von Gumppenberg die Präsidentschaft des Generalauditoriats erhalten soll. (B. Eilb.)

Im October sollen aus allen Kreisen Sachverständige zur Berathung einer neuen Gewerbeordnung in München zusammenkommen.

München, den 14. Juni. Die im März 1848 ergangene Verfügung, das Militär auch auf die Verfassung zu beeidigen, ist durch allerhöchste Entschließung vom 9. d., gleichwie in andern deutschen Staaten, so auch für Bayern wieder aufgehoben worden, und hat der herkömmliche, einfache Diensteid an die Stelle der aufgehobenen Formel zu treten. Einem Theil der Mannschaft wurde derselbe bereits heute abgenommen. (Vksbtn.)

Ministerpräsident v. d. Pfordten ging heute nach Bad Kissingen und will 5 Wochen ausbleiben; die Ministerien des Auswärtigen und des Handels führt unterdeß der k. Staatsrath v. Pelkhoven.

Rechtsconcipient Maierhofer, seit Monaten in polizeilicher Untersuchungshaft, ist gestern wieder in Freiheit gesetzt worden.

Seit einigen Tagen kann man wieder klar sehen, daß der Loyalismus der Ultramontanen, mit dem sie sich bei jeder Gelegenheit brüsten, weiter nichts als Lojolaismus ist. In jedem Artikel beinahe sucht der Volksboten-Jander sein Gift wegen der Wiederkehr von Dönniges, wegen der Berufung Liebigs und Harleß' und wie es scheint auch wegen der Entlassung Ringelmanns von sich zu spritzen und seiner Bissigkeit steht keine Persönlichkeit zu hoch. (Fränk. Kur.)

Bei der Frohnleichnamsprocession in Marktgruhn (Oberfranken) wurde während des Feuerns der Landwehrcompagnie ein Dienstknecht tödtlich geschossen. (Vkbtn.)

Bei dem Gewitter, das sich Freitag din 11. d. Vormittags halb 11 Uhr über dem Markt Burgfarnbach (bei Nürnberg) entlud, erschlug der Blitz die auf dem Felde

beschäftigte Dienstmagd des Gastgebers Winkler. Der Blitz scheint durch die Sichel, welche das Mädchen in der Hand hatte, angezogen worden zu sein. Die Sichel war nemlich ganz zerschmolzen, das Holz daran aber unversehrt; die Kleider der Getödteten waren in Stücke zerrissen.

Vorgestern ist zu Planegg ein 4jähriges Kind, welches ohne Aufsicht gelassen, zum Feuerherd kam, wo seine Kleider Feuer fingen, im wahren Sinne des Wortes verbrannt.

Regensburg, den 13. Juni. Waizen ist um 32 kr., Korn um 1 fl. 44 kr., Haber um 36 kr. gefallen.

Bamberg, den 13. Juni. Das Tagblatt schreibt: Dem nunmehr in Bamberg bestehenden Franziscanerkloster ist die Autorisation zum Terminiren ertheilt.

Köln. Die „Kölnische Ztg." bemerkt u. a.: Daß Oesterreich uns in die Neuenburger Händel zu verwickeln bemüht ist, erklärt sich leicht; sehr schwer ist es, zu glauben, daß Frankreichs Cooperation eine aufrichtige, dauernde sein wird. Uebrigens hat sich Preußen auf der londoner Conferenz verpflichtet, so lange die Verhandlungen schweben, von kriegerischen Maßregeln abzustehen. Hoffentlich werden die Verhandlungen zu einer friedlichen Ausgleich führen.

Zwickau, den 13. Juni. Gestern Nacht um 11 Uhr entstand in der Stadt Kirchberg eine Feuersbrunst. Man schätzt die Zahl der abgebrannten Wohnhäuser auf 44. Die Stadt ist arm und hat schon öfters durch Brand gelitten.

Wien, den 11. Juni. Die Justizsection des Reichsraths hat sich für das Fortbestehen des Notariats und der Staatsanwaltschaft ausgesprochen.

Schweiz.

Freiburg. Die Oberamtmänner sind angewiesen, von den Gemeindepräsidenten Auskunft über die Zahl der beeidigten und nichtbeeidigten Activbürger, sowie der Theilnehmer an der Versammlung zu Posieur zu verlangen; in Bezug auf die letzteren soll nachgeforscht werden, wie viel dabei waren, die nicht eigenen Rechtes sind und aus welchem Grunde sie nicht eigenen Rechtes sind.

Genf. Das eidg. Turnfest ist auf den 28. bis 31. Juli angesetzt.

Frankreich.

Paris, den 10. Juni. Eine zur Zeit viel genannte Dame, die Geliebte des Louis, lebt gegenwärtig nicht gerade in der Verbannung, aber doch in genugsamer Entfernung von den Palästen, daß Niemand mehr sie als ein Hinderniß für dynastische Heirathsprojecte betrachten kann. In der Vorstadt Batignolles ist ihr eine Wohnung mit einer Jahrespension von 40,000 Fr. angewiesen worden. (Fr. K.)

Spanien.

Madrid, den 9. Juni. Der Kriegsminister hat, wie man vernimmt, seine Demission eingereicht. Es heißt ferner, drei oder vier Generale würden wahrscheinlich diesem Beispiele folgen.

Italien.

Rom, den 5. Juni. „Die bekannten wunderbaren Vorkommniße auf dem Madonnenbilde zu Rimini sind von der geistlichen Curie mit allen begleitenden Umständen und Zeugnißen zu Protocoll gebracht, zuständigen Orts geprüft und jetzt von der höchsten geistlichen Autorität als wahr und richtig befunden!!! (Fr. K.)

Neueste Nachrichten.

Aachen, den 15. Juni. Gestern Mittags ist General Lamoriciere hier angekommen, in der Absicht, die Aachener Bäder zu gebrauchen, welche ihm ernstlich verordnet waren. Kaum war hier seine Ankunft bekannt geworden, als ihm, in Folge höherer Vorschrift, polizeilich mitgetheilt wurde, daß er unverzüglich wieder nach Belgien zurückzukehren habe. Der General, welcher die gegen die Verbannten beschlossene Maßregel kennt, ist nicht aufs Geradewohl hieher gekommen, er hatte vorher an den General v. Rochow, welchen er, als er ebenfalls Gesandter in Petersburg war, kennen gelernt hatte, geschrieben, und ihn unter Darlegung der besonderen Umstände um dessen Verwendung bei dem preußischen Gouvernement gebeten. Er hat darauf von demselben eine sehr freundliche Antwort erhalten, in welcher General v. Rochow seine Freude ausdrückte, daß das Ministerium den leidenden Geächteten gern den Gebrauch der Aachener Bäder gestatten wolle. Im vollen Vertrauen auf dieses Schreiben reiste General Lamoriciere ab. (General Lamoriciere hat Vormittags um 9 Uhr Aachen wieder verlassen.) (Aachener Ztg.)

Berlin, den 14. Juni. Heute fand eine längere Conferenzsitzung statt, welche bis 3 Uhr Nachmittags währte. Die Besprechungen waren ausnahmeweise sehr umfangreich und betrafen die im Septembervertrage festgestellte Modification einer Anzahl Tarifsätze auf Kaffee, Zucker, Syrup, Wein, Tabak 2c., so wie den Theil über die Einführung des neuen Tarifs in Hannover. In Betreff der Modificationen mehrerer Positionen fand eine starke oppositionelle Entgegnung der süddeutschen Bevollmächtigten Statt, und sprach sich besonders der badische Bevollmächtigte gegen diese Beeinträchtigung der Zollvereinscasse, wie er es nannte, sehr mißliebig aus. Seitens des hannover'schen Bevollmächtigten erfolgte eine Vertheidigung der im Septembervertrag entworfenen niedrigen Tarifsätze; derselbe hob namentlich hervor, daß die noch niedrigeren Tarifsätze auf diese Gegenstände gegenwärtig im Steuerverein eine bedeutend höhere Einnahme durch vermehrte Einfuhr lieferten. (K. Z.)

Durch ein Ministerialrescript ist verfügt, daß in allen den Landestheilen, in welchen die Bevölkerung nur sporadisch (?) katholisch ist, Jesuitenmissionen nicht geduldet werden; dagegen soll ihnen, wo die katholische Bevölkerung eine zahlreiche, nicht entgegengetreten werden. (F. J.)

Frankfurt, den 15. Juni. Die Nachricht von einer beschlossenen achtwöchentlichen Vertagung des Bundestages ist grundlos.

Gotha, den 15. Juni. Gestern ist hier die Publikation des neuen Staatsgrundgesetzes, welches bekanntlich von unserem jetzigen Landtage en bloc angenommen wurde, durch das Regierungsblatt erfolgt.

Oldenburg, den 12. Juni. In der heutigen geheimen Sitzung hat der allgemeine Landtag die einzige noch übrige Bedingung, an welche derselbe seine Zustimmung zum Anschlusse des Herzogthums Oldenburg an den Septembervertrag geknüpft hatte, dem wiederholten Widerspruch Hannovers in der Eisenbahnfrage gegenüber mit 25 gegen 20 Stimmen zurückgenommen.

Hannover, den 14. Juni. Das sogenannte Ultimatum der Regierung, die Erwiederung dieser auf die Erklärung der Bevollmächtigten, ist von sämmtlichen Ritterschaften in der heutigen Sitzung der Verständigungscommission abgelehnt worden.

Paris, den 13. Juni. Der Staatsrath hat in seiner gestrigen Gesammtsitzung, der alle Minister bis auf den Polizeiminister beiwohnten, den Gesetzentwurf für einstweilige Neuwahlen der General-, Bezirks- und Gemeinderäthe nach den bisherigen Gesetzen einstimmig genehmigt und sodann die Berathung der von der Budgetcommission des gesetzgebenden Körpers vorgeschlagenen Amendements begonnen, die eine Ersparniß von im Ganzen 20 Millionen bezwecken. Eines derselben verlangt bekanntlich eine Verminderung der Armee von 30,000 Mann. Persigny erklärte, daß L. Napoleon keine Verminderung des Heeres zugeben und im Nothfalle auf ein derartiges Ansinnen mit dem Antrage auf Vermehrung des Effectivstandes antworten werde. Der Minister beklagte sich lebhaft über die Feindseligkeit der Commission, die jedoch, wie er hinzusetzte, keineswegs das treue Organ des gesetzgebenden Köpers sei, den der beste Geist beseele; man kenne ja die Mittel, durch welche die „Geschickten" ihre Wahl zu Mitgliedern der Commission bewirkt hätten. Alle gestern geprüften Amendements, deren Zahl beträcht-

lich war, hat der Staatsrath mit Ausnahme von drei oder vier, welche Persigny guthieß, verworfen. Die Prüfung der übrigen Amendements wird noch eine oder zwei Sitzungen erheischen, und die Amendements können daher nicht vor dem 15. oder 16. an den gesetzgebenden Körper zurückgelangen, was die definitive Abfassung des Berichts sehr verzögern muß. Rechnet man die zum Drucke und zur Veröffentlichung des Berichts erforderliche Zeit hinzu, so werden für die Discussion des Budgets in öffentlicher Sitzung nur wenige Tage oder vielmehr nur wenige Stunden übrig bleiben, da die Session am 28. schließt. An Berathung der neuen oder erhöhten Steuern, welche die Deckung des Deficits bezwecken, ist daher in der jetzigen Session schwerlich mehr zu denken.

Die zur Quasi-Opposition gehörenden etwa 30 Deputirten pflegten sich bei einem unserer ersten Restaurateure zu versammeln und dort nicht bloß zu speisen, sondern auch ziemlich freimüthig zu raisonniren. Der Wirth hat sie jetzt sehr höflich ersucht, ein anderes Local mit ihrer Gegenwart zu beehren (!)

Die Maßregel, daß den polnischen Flüchtlingen keine Unterstützung mehr gewährt werde, ist plötzlich zurückgenommen worden; sie erhalten dieselbe fortwährend.

Wie man vernimmt, hat Lord Cowley bereits bei den Ministerien des Aeußern und der Polizei sich eifrig für die mit Ausweisung bedrohten hiesigen Correspondenten mehrerer Londoner Journale verwendet. In einem ähnlichen Falle ist von Seiten der deutschen Diplomatie kein derartiger Schritt geschehen.

New-York. Anfangs Mai ist im hiesigen Spitale der Buchhändler Heinrich Hoff von Mannheim gestorben.

Miscellen.

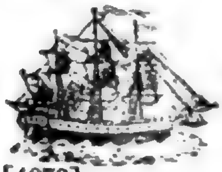
Kladderadatsch bringt eine „unterthänigste Petition deutscher Schneidergesellen an den Berliner Gewerberath, Wohlgeboren," worin es heißt:

„In Bremen hat sich ein Todtenbund gebildet, und zwar hauptsächlich durch und für Cigarrenmacher. Die Ehre unsres Gewerks ist gefährdet, indem man uns so ins Handwerk pfuscht! — So wenig wir einem übrigens respectablen Unternehmen irgendwie hinderlich sein möchten — so sehr wir andrerseits anerkennen müssen, daß durch den Buchstaben des Gesetzes unsrer Innung ein Privilegium auf Stiftung von Todtenbünden nicht ausschließlich garantirt ist: ebenso sehr müssen wir uns gegen die Auffassung verwahren, daß „das geschriebene Gesetz die Summa unsres ganzen lebendigen Rechts sei." Unser Recht wurzelt vielmehr „in dem Bewußtsein und der Tradition" unsres Volkes, und darauf und allein darauf berufen wir uns wenn wir uns jetzt an den hohen Gewerberath mit dem unterthänigsten Ansuchen wenden: „„Hochderselbe wolle beschließen und, wenn es nicht anders geht, mit der mächtigen Beihilfe des hochweisen Magistrats dahin wirken, daß den **Cigarrenmachern** die Stiftung von Todtenbünden für die Zukunft ernstlich untersagt und dieselben ermahnt werden sich auch der Panzerhemden, Dolche, Handgranaten, Verschwörungseide und ähnlicher Artikel, in welchen seit Menschengedenken Niemand anders als **Schneidergesellen** gemacht hat, gänzlich zu enthalten.""

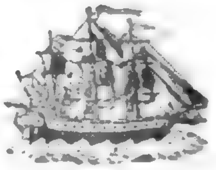
Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1071] **Zweibrücker Cäcilienverein.**

Sonntag, den 20. Juni 1852, des Abends:
Aufführung des Oratoriums:
Die Jahreszeiten
von Joseph Haydn,
unter Mitwirkung mehrerer Solisten aus Frankfurt und der Musik des kgl. 4. Infanterieregiments.
Montag, den 21. Juni:
Festball im Casinosaale
gespielt durch genannte Regimentsmusik.



„Die Fürsorge."



Von der großh. bad. Regierung concessionirtes Haupt-Unternehmen für Auswanderung.

Neue Post-Dampfschiff-Linie.

[1072]

zwischen

Liverpool, Philadelphia & New-York

mittelst

nachbenannter ausgezeichnet schönen neuen, eigens zu diesem Dienst erbauten Dampfboote.

City of Manchester, Capt. Robert Leitch, 2125 Tonnen.
City of Glasgow, „ William Wylie, 1610 „

Bestimmte Abfahrten:

In **Mannheim** am	16. Juni	und in **Liverpool** am	23. Juni.
„ „ „	14. Juli	„ „ „ „	21. Juli.
„ „ „	4. August	„ „ „ „	11. August.
„ „ „	1. September.	„ „ „ „	8. September.

Bei Einrichtung dieser Dampfboote wurde insbesondere auf die Beförderung von Zwischendecks-Passagieren resp. Auswanderer Rücksicht genommen und sind daher auch den Passagieren dieses Platzes alle nur wünschenswerthe Bequemlichkeiten geboten.

Außer einer eigenen geräumigen und zweckmäßigen Schlafstelle erhalten die Reisenden die vollständige Verpflegung durch den Capitän während der Fahrt in reichlicher Quantität und bestens zubereitet, und haben daher auch die Auswanderer dieser Linie nicht nöthig, extra Lebensmittel mit sich zu führen oder anzuschaffen.

Ferner befinden sich auf jedem dieser Dampfschiffe ein erfahrener Arzt und die übrige nöthige Bedienung.

Die Fahrten von Liverpool nach Amerika werden in 14 bis 17 Tagen zurückgelegt.

Die Preise sind äußerst billig und nur um ein Geringes höher gestellt als die der gewöhnlichen Segelschiffe, um dem auswandernden Publicum es um so eher möglich zu machen, sich dieser schönen und zweckmäßig eingerichteten Reisegelegenheit bedienen zu können. Wegen näher zu wünschender Auskunft über die weitern Bedingungen und Preise dieses Unternehmens so wie wegen Vertragsabschlüßen beliebe man sich an uns oder unsere bekannten Herren Agenten zu wenden.

Neufreystädt & **Mannheim**, im Juni 1852.

Die Unternehmer:
Huth & Cie.

Das Central-Bureau:
Wm. Bissinger,
General-Agent.

Neue
Speyerer Zeitung.

Samstag **Nro. 147** **den 19. Juni 1852.**

Anzeige.

Da mit dem nächsten Monat ein neues Abonnement auf die Neue Speyerer Zeitung beginnt, so ersuchen wir, die Bestellungen möglichst bald bei der zunächst gelegenen Posterpedition einzureichen. Nur Bewohner der Stadt Speyer und der nächsten Umgegend belieben ihre Bestellungen an die Expedition dieses Blattes unmittelbar zu richten. — Die Speyerer Zeitung, welche mit Ausnahme des Sonntags täglich, und zwar häufig mit Beilagen, erscheint, kostet halbjährlich 3 fl. 20 kr., vierteljährig 1 fl. 40 kr., und wird um diesen Betrag, ohne weitern Aufschlag, durch alle Posterpeditionen des Königreichs Baiern geliefert. — Privatanzeigen, welche portofrei einzusenden sind, werden gegen eine Einrückungsgebühr von 4 Kreuzer für die gewöhnliche Druckzeile aufgenommen.

*** Die Anstrengungen, welche von der Rückschrittspartei in täglich ausgedehnterm Maße gemacht werden, um der Speyerer Zeitung entgegen zu wirken, deuten wol besser als alles Andere an, von welcher Bedeutung die Verbreitung eines unabhängigen Blattes für die Freunde der freien Richtung in der Pfalz, oder vielmehr für alle Jene sein muß, welche etwas Besseres als den schrankenlosen Absolutismus in Staat und Kirche herbeigeführt wünschen. — Die Speyerer Zeitung ist nicht zurückgeschreckt und wird nicht zurückschrecken vor allen Opfern, welche nothwendig sind, um unter den obwaltenden Verhältnißen als unabhängiges, die Volkssache vertretendes Blatt zu bestehen. So bequem es ist, persönliche Vortheile auf der entgegengesetzten Seite zu erlangen, so hat die Speyerer Ztg. ihrerseits, mit vollem Selbstbewußtsein und ungeachtet vorgängiger Drohungen, bekanntlich eher zweimal förmliche Unterdrückung über sich ergehen lassen, als daß sie ihre Grundsätze verläugnet hätte. Sie wird natürlich auch inskünftige der nemlichen Fahne treu bleiben, und — nicht für Anarchie, Communismus und dergleichen Verirrungen wol aber — für Einheit des Vaterlandes, für Recht und Freiheit in Staat und Kirche sprechen, durch deren Sieg allein auch die Begründung des materiellen Wohlstandes des Volkes herbeigeführt, und ein ruhiger Genuß der Früchte seiner Mühen demselben gesichert werden kann. — Die Speyerer Zeitung glaubt, angesichts der jetzigen Lage eines freisinnigen Blattes, ein Recht zu besitzen, die allseitige thätige Unterstützung der Gleichgesinnten und überhaupt aller Derjenigen fordern zu dürfen, welche wünschen, daß das Treiben der Reactionäre nicht über alle Verhältniße des Lebens, zumal in unserer Pfalz, sich völlig widerspruchslos ausbreite.

☞ Wir haben uns wiederholt mit der vorstehenden Ansprache an das Publicum, insbesondere an die Bewohner der Pfalz gewendet, und unsere Erwartungen sind nicht getäuscht worden. Für die hinwegcommandirten Leser sind andere in gleicher Anzahl gekommen, die unter keinem Dictate stehen. Mit der nemlichen Befriedigung dürfen wir unserseits auf die Leistungen der Speyerer Zeitung hinblicken; trotz aller Verfolgungen wurden sie gewiß nicht geringer. Kein wichtiges Ereigniß ging unbesprochen vorüber, und die Speyr. Ztg. beschränkte sich dabei nicht auf den Abdruck gewöhnlicher Tagesberichte. In umfassenden, zusammenhängenden und gründlichen Darstellungen wurden die Zustände Deutschlands, der Pfalz und Baierns insbesondere, dann aber auch die des Auslandes beleuchtet, namentlich jene Frankreichs, der Schweiz, Englands und Amerikas, aus welchen Ländern sämmtlich wir werthvolle Originalmittheilungen zu geben im Falle waren. Eben wendet die Speyr. Ztg. der Auswanderungs- und der Zollfrage ihre besondere Aufmerksamkeit zu, und das, was sie in dieser letzten Beziehung längst warnend vorhergesagt, hat leider nur allzusehr seine thatsächliche Bestätigung erhalten. Sehen wir uns auch bei dem Mangel wahrer Preßfreiheit tag-täglich genöthigt, nicht nur gegen uns selbst, sondern ebenso gegen unsere Mitarbeiter eine wahre Censur auszuüben, so sprechen doch, lauter als irgend ein Mensch es vermöchte, die Thatsachen, und so ist weder unsere Ueberzeugung irgendwie gebrochen, noch unser Vertrauen in den endlichen Sieg der gerechten Sache des Volkes im geringsten erschüttert. —

Deutschland.

* **Die Zollfrage.** Wir werden nun damit getröstet, der von Berlin nach Wien gesendete Hr. v. Bismark-Schönhausen sei mit Unterhandlungen in der Zollfrage beauftragt. Ein schöner Trost! Preußen unterhandelt also mit Oesterreich, und zwar wieder unter Ausschließung der Coalitionsstaaten, und darüber sollen wir uns freuen, und darauf unsere Hoffnungen setzen! Nehmen wir an, es finde eine Uebereinkunft zwischen jenen beiden Regierungen statt: wessen Interesse wird darin vorzugsweise gewahrt, wessen Interesse vorzugsweise preisgegeben sein? Mit andern Worten: wird Hr. v. Bismark-Schönhausen den Oesterreichern nicht sehr bereitwillig solche Zugeständniße machen, welche die Coalitionsstaaten vorzugsweise treffen? und werden die Oesterreicher nicht schließlich zustimmen, wenn man ihnen in dieser Richtung dreimal mehr gewährt, als wenn vorzugsweise Norddeutschland das Opfer zu bringen hätte? Allerdings kann man einwenden: es werden nur Punctationen, vorläufige Verständigungen ohne bindende Wirkung, abgeschlossen werden. Was wollen denn aber die kleineren Staaten anfangen, wenn die beiden Großmächte sich einmal geeinigt haben, geeinigt auf ihre Kosten?!

Nach unserer Ueberzeugung hat sich somit die Sachlage eben nur noch übler gestaltet. Die Politik der Coalitionsstaaten, die wir von vorn herein nicht begreifen konnten, hat nicht einmal die Vorsicht angewendet, sich von Oesterreich die Verpflichtung zu erwirken, seinerseits auch nicht ohne sie mit Preußen zu verhandeln. — Kommt also eine Convention zu stande, so können wir vorhersehen, daß zwar die Mauthlinie an der österreichischen Grenze gegen uns fortbestehen bleibt, daß aber unser Land namentlich für die österreichischen Naturproducte Wein, Getreide, Oelgewächse u. s. f. eröffnet wird.

Es steht also entweder ein für uns ganz ungünstiger Vertrag mit Oesterreich, (wie er gerade mit dem Schutzzollsysteme ganz unvereinbar ist) oder die Sprengung des Zollvereins in Aussicht. —

* **Auswanderungssache.** (Schreiben des Pfarrers Eisenlohr aus Neubraunfels in Texas. Beschluß.) In Bezug der Gesundheit gibt es in einem so großen Lande wie Texas natürlich auch ungesunde Gegenden. Von Neubraunfels nur die statistische Thatsache: Voriges Jahr gab es hier nach den Kirchenbüchern 70 Taufen und nur 21 Sterbfälle; seit meinem Hiersein

hatte ich 13 Geburten und 4 Leichen. Vor 2 Jahren starben allerdings Viele, weil die Cholera hier herrschte, die auch in die allergesündeste Gegend kommen kann. Allerdings wird nicht jeder das Land mit so enthusiastischen Augen anschauen, wie der gute Victor Bracht, der hier für enthusiastisch unpractisch gilt, doch ein Land, „das solche Enthusiasten machen kann, muß doch ein herrliches Land sein," — über Sibirien ist noch Niemand in Entzücken gerathen. — Texas theilt hierin dasselbe Schicksal mit Italien. Vollkommen irrig aber ist es, daß der Strom der Einwanderung sich nur spärlich dem texanischen Gebiete zuwende und der spekulative Amerikaner ihm nur wenig Aufmerksamkeit schenke. Seit dem letzten Census d. h. vor 2 Jahren, hat die Bevölkerung des Staates um 50,000 zugenommen; im vorigen Jahre sind allein über Galveston und den Red-River 25,000 eingewandert, meistens Amerikaner aus den Südstaaten. Nach dem neuesten Census hat Texas 168,000 weiße und 64,000 schwarze Bewohner, also 232,000 Einwohner. Die Einwanderung aus Amerika ist viel bedeutender als aus Europa, was gewiß für's Land spricht, aber auch eben so sehr wünschen läßt, daß recht viele Deutsche hierherkommen möchten. Eine Bevölkerung von 232,000 Menschen ist allerdings wenig für ein Land von der Größe Frankreichs; bedenkt man aber, daß es 1836 nur 30,000 hatte und in den letzten 2 Jahren um 50,000 zunahm, so kann man doch gewiß nicht von langsamer Entwickelung reden. Der Strom europäischer Auswanderung mit seinem furchtbaren Proletariate kommt nicht hierher, dem Himmel seis gedankt; namentlich sind wir von den Irländern verschont, die massenweise die östliche Union überschwemmen. Desto bedeutender ist die amerikanische Einwanderung, die fast nur bemittelte Leute ins Land bringt. Da Ackerbau und Viehzucht die Hauptsache ist, so können die Menschen nicht so dicht auf einander wohnen, sie müssen Raum für ihre Herden haben. Wächst Neubraunfels nur unbedeutend, so wird dafür die Umgegend umher desto reichlicher besettelt und das ist wünschenswerther, als wenn sich alles in Städten zusammendrängt. Wer das Farmen im Großen treiben will, darf sich nicht hier in der Stadt oder in ihrer nächsten Umgebung niederlassen. Hier herum sind lauter kleine Farmen, aber 8 bis 10 englische Meilen von der Stadt entfernt, namentlich die Quadaloupe hinauf, ist gutes Land genug zu haben. Was für furchtbare Schilderungen mußte ich im Norden*) hören, die sich alle als falsch erwiesen. So hieß es dort, es gebe kein Geld in Texas. Ja so wars zur Zeit als Neubraunfels gegründet wurde, jetzt ist verhältnißmäßig mehr Geld da, als im Norden, wo man nur Papiergeld sieht, und wo ich während meines einjährigen Aufenthaltes nur 3 Silberthaler zu Gesicht bekam. Hier hat man lauter mexikanische Silberdollars; nur Kupfergeld kennt man nicht, und die kleinste Münze ist ein fünf Centstück (7¼ kr.), was gewiß nur für Wohlhabenheit des Landes spricht. Langsam ist die Entwickelung des Landes nur in gewerblicher Hinsicht, da außer Mühlen und Schindelfabriken fast gar keine Fabriken im Lande sind, und also von Industrie nicht viel zu sagen ist. Der Grund davon liegt aber nicht etwa in der geringen Wasserkraft der Flüsse, denn diese ist mehr als hinreichend, wenigstens in höher gelegenen Gegenden, sondern in dem Mangel an Arbeitskräften. Da Jeder hier in kurzer Zeit so viel verdienen kann, um selbstständig zu werden, d. h. Land zu kaufen und zu bebauen, so wäre es rein unmöglich, hinlänglich Arbeiter in die Fabriken zu bekommen, und wenn man sie auch bekäme oder mitbrächte, so wäre der Lohn so hoch, daß sie nicht bestehen könnten. Der geringste Lohn eines Taglöhners ist 75 Cents, beinahe 2 Gulden täglich, und auf einer Farm, nebst Kost 10 Dollars, gewöhnlich aber 12—18 Dollars monatlich. Ausgemiethete Kinder erhalten mindestens 4 Dollars monatlich.

Der Landmann setzt seinen Mais, der hier das Hauptproduct bildet, nicht nur an die Einwanderer, die noch lange seine Abnehmer bleiben werden, und an die Regierung zur Verpflegung der Truppen ab, sondern auch nach San Antonio hin, um das herum wenig Farmen sind. Der Mais gilt hier der Bushel (52 Pfund) 50 bis 70 Cents, in San Antonio bezahlte man voriges Jahr 1 Dollar, in Friedrichsburg 1 D. 25 Cents. Selbst Butter und Eier werden nach San Antonio zu Markte gebracht. In einigen Jahren müßen die Maispreise fallen und der Kornbau abnehmen, dann aber wird um so mehr Baumwolle und Tabak gepflanzt werden, und Weinbau und Seidenzucht aufkommen, wozu das Land ohne Zweifel vortrefflich geeignet ist. Einstweilen macht man mit Kartoffeln vortreffliche Geschäfte, indem das Pfund zu 5 Cents verkauft wird. Das wäre etwas für die deutschen Bauern, wenn sie das Pfund zu 7¼ kr. verkaufen könnten! Der Weinbau hat ebenfalls die überraschendsten Resultate geliefert, indem man die deutsche Rebe mit der wilden texanischen veredelte. Die deutsche Rebe entwickelt sich sehr früh und leidet bei strengen Northers oft noth. Der Obstbau ist ebenfalls in seiner Kindheit, doch sind bereits sehr gelungene Anfänge damit gemacht. Leider habe ich noch keine Kirschen zu sehen bekommen. Pfirsiche werden sehr viel gezogen. Einigermaßen Ersatz für das Obst liefert eine ungeheuere Masse Wassermelonen. Das westliche und östliche Texas stehen nur in geringem Verkehr miteinander, und es ist wahrscheinlich, daß sie sich später als zwei besondere Staaten von einander trennen werden, was für die Erhaltung des deutschen Elements im westlichen Texas wünschenswerth ist. Friedrichsburg soll nun nach harten Anfangsjahren gut prosperiren. Es war Unsinn, dort eine Colonie anzulegen, bevor das dazwischen liegende Land mehr angesiedelt war. In der Stadt selbst leben nur Wenige, die Meisten zogen auf Farmen in der Umgegend. Durch die dortige Besatzung haben die Leute einen guten Markt. Mühe und Arbeit warten genug auf jeden Einwanderer, selbst wenn er bemittelt ist, denn will er nicht selbst arbeiten, so schwinden seine Mittel zusammen. — Die Aussichten sind nun folgende: Das Land, das unbebaute nemlich, kostet etwa 2 Dollars per Acre, es gibt auch Land zu 25 Cents, dies ist jedoch unbrauchbar.

Das Umbrechen und Einfenzen kann man zu 10 Dollars per Acre rechnen; die jährliche Bearbeitung 5 D., die man freilich selbst verdienen muß. Der Ertrag von Mais ist 30—60 Bushels per Acre; nehmen wir nun durchschnittlich 40 Bushels an, so macht das für 20 Acres 800 Bushels, die hier wenigstens 400 D., in San Antonio 6—800 D. liefern. Derjenige, der gleich einige hundert Dollars in Vieh stecken kann, fährt besser, da der Ertrag von Viehzucht auf 35 Procent zu rechnen ist. Um aber die Viehzucht im Großen betreiben zu können, muß man entlegene Gegenden ohne oder mit wenigen Nachbarn suchen. Gewöhnlich geben sich die Amerikaner mehr mit Viehzucht, die Deutschen dagegen mehr mit Ackerbau ab. Uebrigens kommt immer ein schöner Ueberschuß heraus. Was hat der deutsche Bauer? Es ist in Texas seit dem Anschluße an die Union schon ungeheuer viel geschehen, aber in 5 Jahren konnte noch nicht Alles geschehen. Ich wiederhole, was die Bevölkerung und den Anbau betrifft, so zeigt sich großer Fortschritt, in industrieller Beziehung wenig. Handwerker finden hier einen goldenen Boden, namentlich Schuhmacher, Schneider, Bäcker, Wagner, Schreiner, Schmiede, Zimmerleute; Mancher will bauen, kann aber keine Arbeiter bekommen.

Hierher Einwandernden rathe ich, nicht über Neu-Orleans, sondern direct nach Indianola zu gehen, weil ihnen die Reise fast noch einmal so hoch kommt. Von Neu-Orleans gehen wöchentlich 2 Dampfer, Galveston anlaufend, nach Indianola, die aber ein wahres Prellsystem eingeführt haben. Ich mußte für uns 3 von Neuorleans bis Indianola 50 Dollars Passage und 15 Dollars Fracht zahlen, war genöthigt, in Galveston einen Tag im Wirthshause zu liegen, und hatte noch, da das Dampfboot nicht ganz bis Indianola hinan geht, 3 Dollars extra zu zah-

*) Wahrscheinlich in den östlichen Staaten.

len. Niemand soll hierher kommen, dem europäische Bequemlichkeit zum Bedürfniß geworden, denn die kann man hier selbst für Geld nicht immer haben. Wem aber das Leben der Freiheit in einer herrlichen Natur, bei Mühe und Arbeit, aber auch bei reichlichem Lohne und sicherer Aussicht auf eine sorgenfreie Zukunft werth ist, der komme herüber, und findet er auch Manches anders wie er sichs gedacht, so wird er doch bald mit Liebe am neuen Vaterlande hängen.

Den Thermometerstand schreibe ich täglich auf; die größte Wärme war bis jetzt 28 Grad, gewöhnlich aber Nachmittags 26 Grad. Doch ist die Hitze viel erträglicher als in Cincinnati, und besonders angenehm sind die herrlichen Nächte die immer kühl sind, während sie in Cincinnati unerträglich sind.

München, den 13. Juni. Nebst der Reise des Erzbischofs nach Rom, bringt man auch die in Ingolstadt abgehaltenen Jesuitenmissionen in Verbindung mit der Enthebung des Cultusministers von seinem Posten. Von verläßiger Seite wird jetzt jedoch wiederholt versichert, daß weitere Ministerialveränderungen nicht stattfinden.

Zu den Auffallenheiten der neueren Zeit gehört gewiß, daß die Gendarmen mit ihrer Stellung durchaus zerfallen sind. So viele Abschiede wurden noch nie verlangt als jetzt. (Fränk. Kur.)

— den 14. Juni. Heute wurden sämmtliche Familienhäupter der aufgelösten deutschkatholischen Gemeinde dahier, welche ihren Austritt aus derselben noch nicht genommen haben, resp. zu einer andern christlichen Gemeinde übergetreten sind (ungefähr 30 an der Zahl,) vor die Policei geladen, um in Betreff des Schulbesuches und des Religionsunterrichts ihrer Kinder zu Protocoll vernommen zu werden.

München, den 15. Juni. Die „Neue Münchener Ztg." widerruft heute die Nachricht, daß Ministerpräsident v. d. Pfordten bereits nach Kissingen abgereist sei. Derselbe befindet sich zur Zeit noch hier. Die Dienstesnachrichten des nemlichen Blattes nennen die in Ruhestand-Versetzung des Cultusministers Ringelmann eine wiederholt erbetene.*)

Bei einem in Neuses, Gerichts Kronach, am Frohnleichnams-Tage stattgefundenen Rauf-Exceß wurde dem Floßknecht Joh. Schadel von da durch einen Steinwurf die Hirnschale zerschmettert. — In Taubliß, Gerichts Burglengenfeld, entstand am Frohnleichnamstage Abends unter den ledigen Burschen im Wirthshause eine Rauferei, wobei der Gürtlerssohn Joh. Plank durch Messerstiche lebensgefährlich und 2 andere Bursche bedeutend verwundet wurden. Der Thäter ist verhaftet.

Bamberg. In den beiden Cursen des hiesigen Schullehrerseminars sind im ganzen zwölf Zöglinge. Niemand will seine Söhne einem Stande zuführen, der neben der kärglichen Besoldung noch allseitiger Bevormundung anheimgegeben ist. (Fr. K.)

Augsburg, den 14. Juni. Gestern Morgen wurde Gustav Diezel seiner anderthalbjährigen Haft entlassen. Unter Gendarmeriebedeckung wurde er in einer Droschke nach Gersthofen, der ersten Eisenbahnstation von hier nach Nördlingen, gebracht, um daselbst weiter nach Württemberg geschafft zu werden. Die letzte Maßregel ward getroffen, damit keine Demonstrationen stattfinden könnten.

Frankfurt. (Resultate der Reise des Czars.) Der Hamb. Börsenhalle werden von hier die bezeichnenden Worte geschrieben: „Ob Preußen, ob Oesterreich nachgibt, mag für jetzt dahingestellt bleiben; aber das unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der Kaiser von Rußland die beiden deutschen Großmächte in einer Weise einander näher gerückt hat, die die kleineren Zollvereinsstaaten in die zweite Reihe verweisen und eine Form für den definitiven Abschluß herbeiführen wird, der die beiden deutschen Großmächte einander gegenüber weniger compromittirt, als sie bisher durch die Zwischenstellung der Mittelstaaten sich compromittirt glaubten."

Stuttgart, den 16. Juni. Heute begannen wieder die Sitzungen der 2. Kammer. Unter den Petitionen waren besonders solche gegen die neu einzuführenden Steuern. Bei der Budgetberathung stellte Pfeifer den Antrag, die Regierung zu ersuchen, eine Revision des Gesetzes über die lebenslängliche Civilliste des Königs (welche 857,000 fl. beträgt) zu initiiren. Der Antrag ward nach längerer Verhandlung mit 62 gegen 14 Stimmen verworfen.

Koblenz, den 12. Juni. Heute ist der bisherige Oberbürgermeister, Hr. Bachem, — nachdem bekanntlich die erste Wiedererwährung von der Staatsregierung nicht bestätigt war, — vom Gemeinderathe fast einstimmig zum zweiten Male wiedergewählt worden.

In Paderborn wollen die Jesuiten eine große Schule errichten, von welcher aus ganz Deutschland mit Jesuiten versehen werden soll.

Berlin, den 14. Juni. Nach Angabe einer Berliner Correspondenz der „H. N." hat Hr. v. Bismark die Instruction, auf den vorläufigen Abschluß einer Punctation, die die Umrisse und allgemeinen Principien zu einem später zu vereinbarenden und genau festzustellenden Handelsvertrag enthalten soll, einzugehen, diese resp. zu beantragen.

Es sollen alle Anzeichen dafür vorhanden sein, und von Seiten der Regierung erwartet man es sogar mit einiger Bestimmtheit, daß die Mission des Hrn. v. Bismark zu einem befriedigenden Resultate für die diesseitige Regierung führen werde, d. h. daß Oesterreich durch geheime Zusagen oder geheime Vereinbarung der Constituirung des Zollvereins kein Hinderniß in den Weg legen wird. Die Wirkung der Wiener Unterhandlung dürfte sich schon bei der Erwiederung der Darmstädter Regierungen zeigen. (D. A. Z.)

Königsberg, den 10. Juni. Wie die „K. Z." hört, hat das hiesige Stadtgericht die Beschlagnahme der Broschüren: „Ueber Jesuitenfurcht" von Dr. Rupp und „Anschauung eines schlichten Landmannes" von Deutsch, wieder aufgehoben.

Wien, den 13. Juni. Der Fürstbischof von Wien hat einen Hirtenbrief erlassen, dessen erster Theil von der „Wiener Ztg." mitgetheilt wird. Er spricht von der Klage „über den gegenwärtigen Zustand des gesellschaftlichen Lebens der Menschen." Jeder werde erkennen, daß Ruhe, Ordnung und Friede von der Erde gewichen seien. Das Uebel erscheine dem denkenden Beobachter „als eine Geisteskrankheit, die sich gleichsam epidemisch über die Menschen verbreite." Auf dieser Grundlage bewegt sich der Inhalt fort, bis er zu dem vom Papste ausgeschriebenen vollkommenen Ablaß in der Form eines Jubiläums gelangt.

Schweiz.

Nach dem „Bund" verlautete in Bern, daß laut Berichten der Regierung von **Freiburg** aus Anlaß der Großrathsversammlung ein massenhaftes Zuströmen von Landleuten beabsichtigt war und daher die Möglichkeit von Unordnungen vorliege. Darauf hin habe der Bundesrath die frühern eidgenössischen Commissarien wieder nach Freiburg beordert. Hr. Oberst Kurz ist Montag Abends spät noch dahin abgereist, Hr. Delarageaz wurde durch Expressen berufen. Auch von andern Vorsichtsmaßregeln werde gesprochen.

Frankreich.

Paris, den 15. Juni. Der gesetzgebende Körper berieth in seiner heutigen Sitzung über den Gesetzentwurf für Verlängerung des Tabaksmonopols bis zum

---

*) Ist damit etwa gesagt, daß dieselbe auch gerade unmittelbar vor der Entlassung erbeten worden sei? Wir bezweifeln dies. D. Red.

1. Januar 1863. Er genehmigte den Entwurf einstimmig, mit 211 Stimmen.

Nachdem sich die ultramontane Pariser Zeitung „Univers“ schon früher von Seite des Erzbischof eine Bedrohung mit der Excommunication zugezogen, hat jetzt der Bischof von Orleans eine Verfügung erlassen, worin er sich gegen die Angriffe gewisser religiöser Journale, namentlich des „Univers,“ verwahrt, und allen Obern, Directoren und Professoren seiner Diöcesanseminarien, verbiet, sich auf den „Univers“ zu abonniren.

Wir haben den Wortlaut des Briefes vor uns liegen, worin der nach dem 2. Decbr. geächtete Oberst Charras als Mitglied eines Localraths im Puy de Dome den Eid verweigert; die Sprache ist so heftig, daß wir es nicht wagen, ihn hier abzuschreiben. ...„Ich verweigere den Eid, schließt er. Für die Republikaner gibt es nur eine Verpflichtung zu übernehmen, und die habe ich schon übernommen, nämlich mit allen ihren Kräften den Augenblick herbeizuführen, wo Frankreich das Joch zerbrechen wird, das ihm an einem Tage der Ueberraschung und Ohnmacht von einer Handvoll ...... auferlegt worden ist, die den öffentlichen Schatz plündern und sogar den Namen des Vaterlandes entehren.“

Neueste Nachrichten.

Kassel, den 12. Juni. Der vormalige Bezirksdirector Rhode von Hanau ist heute vom permanenten Kriegsgerichte zu vierwöchigem Festungsarreste verurtheilt worden.

Paris, den 16. Juni. Der Staatsrath hat sich gestern vertagt, ohne in der Orleans'schen Sache ein Urtheil zu fällen; dasselbe wird am Samstag verkündet werden.

Paris, den 15. Juni. Durch präsidentliches Decret wurde einem gewissen Stupuy, der in den Decembertagen gegen den Aufstand kämpfte und verwundet ward, eine Pension von 2000 Frcs. verliehen. — Barbes soll gestorben sein. — Nach der „Patrie“ ist von einem Gesetzentwurfe die Rede, dessen Zweck die Aufhebung des Decrets vom 18. Octbr. 1848 über die Jury sein würde. — Das Journal des Debats macht Opposition! Es eröffnet einen zweiten Artikel über die australischen Goldminen mit dem beißenden Axiom: „Es gibt gewisse Perioden der Geschichte, die das Bedürfniß schaffen, sich zu den Antipoden zu verfügen.“ Ganz Paris spricht heute von dieser Phrase. — Der „Corsaire“ spottet heute bitter über die Legitimisten, die den Eid geleistet haben. Er meint, es werde nun in Zukunft Legitimisten ohne obrigkeitliche Bewilligung, und Legitimisten mit obrigkeitlicher Bewilligung geben. Ein zweiter Legitimist, der seinen schon geleisteten Eid wieder zurücknimmt! Hr. v. Villiers, Gemeinderathsmitglied zu St. Nazaire im unteren Loiredepartement, hat dem Maire einen Brief zugeschickt, worin er sagt: er habe den durch das ministerielle Circular auferlegten Eid leisten zu müßen geglaubt, um sein bescheidenes Mandat bis zu Ende erfüllen zu können, aber in der Absicht, den aus der Verbannung kommenden Rathschlägen Folge zu leisten, nehme er den vor einem Monat geleisteten Eid zurück und reiche seine Entlassung ein.

Die Verhandlung über die Orleans'schen Güter haben heute im Staatsrathe wirklich stattgehabt. Nur die Verkündigung des Ausspruches wurde vertagt.

Aus Algier wird über einige siegreiche, obwol nicht sehr erhebliche Gefechte berichtet, welche die vom 20. bis 27. Mai zu El-Milia lagernde Colonne des Generals Mac-Mahon gegen die Cabilen bestand. — Als Grund der gegen das heimliche Waffentragen von Ausländern erlassenen Verfügung des Generalgouverneurs gibt man die Ermordung eines Policeicommissärs zu Algier durch einige Spanier an, die Nachts in den Straßen lärmend umherzogen. — Der Proceß vor dem Lyoner Kriegsgerichte wegen des Unterofficiercomplotts ist zu Ende. Zwei Sergeanten des 13. Linienregiments und ein Geschäftsführer des Hrn. Cremieux sind zur Deportation, 3 andere Personen zu 6 Monaten Gefängniß und 100 Frcs. Geldstrafe verurtheilt, und 7 Angeklagte, worunter der übrigens schuldig befundene Angeber, freigesprochen worden. Die Verurtheilten empfingen den Spruch des Gerichts mit einem Vivat für die Republik.

Algier, den 10. Juni. Der Generalgouverneur hat eine Verfügung erlassen, wonach alle Ausländer, welche verbotene Waffen tragen, aus Algerien ausgetrieben werden sollen. — Briefe aus Bona melden einen Aufstand des unweit Ghelma hausenden Stammes der Ouled-Damo, welche Nachts ein Lager von Arbeitern angriffen, die ein Caravanserai erbauten; eine Marketenderin und zwei Soldaten wurden getödtet, der Rest entfloh. Da zu Ghelma keine Besatzung lag, so mußte man Truppen von Bona und Constantine entsenden. Der Oberst des 4. Regiments traf am 4. Abends mit 400 Mann zu Ghelma ein. Schon Tags darauf wurden 7—800 Feinde, welche den durch verbündete Araber vertheidigten Fluß Ouled-Salia überschritten hatten, durch 80 französische Reiter geworfen und nach Verlust von 25 Todten zur Flucht in die Gehölze genöthigt.

New-York, den 2. Juni. Die demokratische Partei beginnt um die Gunst der Deutschen zu buhlen, weil die Wahlen heranrücken. Man schätzt die Zahl der Deutschen in der Union auf 5 Millionen. Die der Irländer ist nicht viel stärker, weil die Sterblichkeit bei ihnen größer ist. Zu New-York leben 80,000 Deutsche und 125,000 Irländer. Die Zahl der Todtesfälle für die Deutschen ist 30—35, für die Irländer 60—75. Die Deutschen zählen zu $\frac{1}{10}$ zur demokratischen Partei. — Kossuth trifft Vorbereitungen zur Rückreise nach Europa.

Miscellen.

• Speyer. Die Stadt Speyer hat bekanntlich, ungeachtet ihrer von der Natur günstigen Lage, — Dank der bureaukratischen Weisheit, welche das Rheinoctroi so verderblich als möglich normirte!*) — ihren während Jahrtausenden besessenen großen Handel eingebüßt. Ein mit dem Rheinhandel der Stadt in früherer Zeit in Verbindung gestandener Industriezweig hat sich dagegen — freilich nur Dank der verständigen Thätigkeit der betr. Gewerbtreibenden — erhalten, nemlich der Schiffbau. In jedem Jahr werden hier Rheinschiffe, selbst von der größesten Art, bis zu 8, ja zu 10,000 Centner Ladungsfähigkeit erbaut. Sie sind meistens vom Niederrhein und Holland her bestellt. Eben liegen solcher Schiffe wieder mehre auf den Werften. Darunter befindet sich jedoch eines, welches für die Seeschifffahrt bestimmt ist. Irren wir nicht, so ist es das erste Seeschiff, welches an dem Oberrheine erbaut wird. Ein Holländer läßt dasselbe erbauen. Seine Form ist von jener der Flußschiffe in der bekannten Weise verschieden, daß es nicht einen flachen Boden, sondern einen durchgehenden Kiel hat.

*) Der Flußzoll ward so regulirt, daß vom nächsten Rheinoctroiamte bis Speyer blos die Abgabe einen größern Betrag ausmachte, als die Landfracht mit gewöhnlichem Fuhrwerke (ehe es eine Eisenbahn gab), wenn man die Waaren auslud, sohin den Strom, die natürliche Straße, verließ, und die Chaussee benützte!

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 15. Juni. Weizen 5 fl. 43 kr., Korn 4 fl. 50 kr., Gerst 4 fl. 6 kr., Spelz 4 fl. 3 kr., Hafer 4 fl. 6 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 12. Juni. Weizen 5 fl. 43 kr., Korn 4 fl. 34 kr., Spelz 4 fl. 9 kr., Gerst 3 fl. 47 kr., Hafer — fl. — kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 11. Juni. Weizen 10 fl. 43 kr., Korn 8 fl. 3 kr., Gerste 5 fl. 37 kr., Hafer 4 fl. 31 kr., per Malter.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Samstag **(Zu Nro 147.)** **den 19. Juni 1852.**

Deutschland.

Speyer. Die Gesetze über die Districts- und die Landräthe sind nunmehr im Gesetzblatte verkündet. Unserm zur Zeit der Verhandlung in der Abgeordnetenkammer gegebenen Versprechen gemäß, theilen wir nun dieselben in der definitiven Fassung vollständig mit.

Das Gesetz über die Districtsräthe (welches in der nächsten Zeit zum Vollzuge gebracht werden wird) lautet:

Art. 1. Jeder Amtsbezirk einer Districtsverwaltungsbehörde — in der Pfalz jeder Kanton — bildet eine Districtsgemeinde und in einem jeden derselben besteht als Vertreter dieser Corporation ein Districtsrath. — Werden in Folge einer Amtsorganisation mehrere Landgerichtsbezirke in einen Verwaltungsdistrict vereinigt, so kann jeder dieser Bezirke als Districtsgemeinde mit besonderer Vertretung fortbestehen.

Art. 2. Der Districtsrath wird gebildet: a) aus den Vertretern sämmtlicher zu dem Districte gehörigen Gemeinden in der Art, daß Gemeinden bis zu 2000 Seelen Einen, größere Gemeinden für je 2000 Seelen mehr Einen weitern Abgeordneten zu wählen haben; — b) aus den Eigenthümern desjenigen Grundbesitzes, von welchem die höchste Grundsteuer im Districte entrichtet wird, oder aus den Bevollmächtigten dieser Eigenthümer, mit Ein Achtel der Zahl der Vertreter der Gemeinden lit. a.; — c) aus den Vertretern des unter lit. b nicht begriffenen größeren Grundbesitzes mit Ein Viertel der Zahl der Vertreter der Gemeinden; — d) aus einem Vertreter des Staatsärars, wo dieses bei den Districtsumlagen betheiligt erscheint. — Ein Restbetrag von mehr als 1000 Seelen bei lit. a. wird vollen 2000 gleichgeachtet. Ergeben sich bei lit. b und c. Bruchtheile, so werden dieselben, wenn sie die Hälfte oder darüber betragen, der vollen Zahl gleichgehalten.

Art. 3. Die Vertreter der Gemeinden werden: a) in Gemeinden mit magistratischer Verfassung von den in Einen Wahlkörper vereinigten Magistraten und Gemeindebevollmächtigten, — b) in den Landgemeinden von dem Gemeindeausschusse, — c) in der Pfalz von dem Gemeinderathe, aus den wirklichen Gemeindemitgliedern — in der Pfalz aus den Ortsbürgern, — welche eine directe Steuer in dem Gemeindebezirke entrichten, nach absoluter Stimmenmehrheit auf die Dauer von drei Jahren mittelst Wahlzettel gewählt.

Art. 4. Die Eigenthümer des in Artikel 2 lit. b. bezeichneten Grundbesitzes sind nur dann zur Theilnahme an dem Districtsrathe und zur Bevollmächtigung eines Stellvertreters berechtiget, wenn sie das Indigenat besitzen. — Gehört ein solcher Grundbesitz einem Minderjährigen, einer inländischen Stiftung oder Corporation, so sind deren gesetzliche Vertreter zur Theilnahme an dem Districtsrathe oder zur Stellung eines Bevollmächtigten berechtiget. — Die Bevollmächtigten müssen baierische Staatsbürg.. sein, und können sich im Districtsrathe auf erhaltene Aufträge nicht beziehen.

Art. 5. Die Vertreter des größeren Grundbesitzes (Art. 2 lit. c) sind von den 50 höchst besteuerten Grundbesitzern des Districtes, welche nicht schon unter Art. 2 lit. b. begriffen sind, aus ihrer Mitte ebenfalls auf die Dauer von drei Jahren zu wählen. Hiebei hat lediglich die Grundsteuer in Berechnung zu kommen. — Die Wahl findet im persönlichen Zusammentritte der Wähler unter Leitung der Districtsverwaltungsbehörde mittelst Wahlzettel statt.

Art. 6. Zu einer gültigen Wahl (Art. 3 und 5) wird die Abstimmung von ¾ der Wähler und die absolute Stimmenmehrheit der Abstimmenden erfordert. — Die Beamten der vorgesetzten Districtsverwaltungsbehörde können nicht als Mitglieder des Districtsrathes gewählt werden.

Art. 7. Sämmtliche Mitglieder des Districtsrathes müßen das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt haben. — Was von der Wahl der Gemeindevertretung ausschließt, schließt auch von der Wahl (Art. 3 und 5) und dem Eintritte in den Districtsrath (Art. 4) aus.

Art. 8. Eine Ablehnung oder freiwillige Niederlegung der Wahl findet nur statt: a) wegen zurückgelegten 60sten Lebensjahres; — b) wegen nachgewiesener geistiger oder körperlicher Unfähigkeit; — c) wenn der Gewählte schon einmal die Stelle eines Distriktsrathes sechs Jahre lang ununterbrochen bekleidet hat. — Der Distriktsrath entscheidet hierüber ohne Zulassung einer Berufung. — Der Verlust der die Wählbarkeit bedingenden Eigenschaften hat den Austritt zur nothwendigen Folge.

Art. 9. Bei eintretender Erledigung der Stelle eines Distriktsrathes findet eine neue Wahl statt. — Der Gewählte tritt an die Stelle des Austretenden auf die Dienstesdauer, welche dieser noch zu erfüllen gehabt hätte. — Die ordentliche Erneuerung der Wahlen geschieht alle drei Jahre. — Die Austretenden sind wieder wählbar, soferne sie die die Wählbarkeit bedingenden Eigenschaften nicht verloren haben.

Art. 10. Die Wahlacten werden durch die Distrikts-Verwaltungsbehörde dem Distriktsrathe zugestellt, welcher über Wahlanfechtungen, sowie über die gehörige Bevollmächtigung der in Artikel 2 lit. b. und d. bezeichneten Vertreter selbst und ohne Zuläßigkeit einer Berufung beschließt. — Im Falle des Artikels 2 lit. b. kann jeder der dort bezeichneten Eigenthümer nur Eine Stimme in dem Distriktsrathe in Anspruch nehmen, und im Falle gemeinschaftlichen Besitzes dieselbe nur durch Einen Stellvertreter ausgeübt werden.

Art. 11. Zum Wirkungskreise des Distriktsrathes gehören alle Angelegenheiten, welche die der Distrikts-Gemeinde als Corporation zustehenden Rechte und Verbindlichkeiten betreffen insbesondere: a) die Prüfung und Feststellung des jährlichen Voranschlages (Etats) aller Distriktsausgaben; — b) die Beantragung und Vertheilung der nöthigen Distrikts Umlagen; c) die Prüfung resp. Anerkennung oder Beanstandung der Distrikts-cassa-Rechnung und der Rechnungen aller Distriktsanstalten; — d) die Aufnahme von Passivcapitalien zur Bestreitung außerordentlicher Bedürfnisse des Distriktes und die Festsetzung des deßfallsigen Tilgungsplanes; — e) die Erwerbung oder Veräußerung von Realitäten oder nutzbaren Rechten der Distriktsgemeinde; — f) die Beantragung von Einrichtungen und Anstalten, welche nicht schon gesetzlich erforderlich sind, aus Distriktsmitteln. — Die Verwaltung der Distriktsanstalten geschieht nach den von dem Distriktsrathe vorgeschlagenen oder geprüften, und von der Kreisregierung genehmigten Ordnungen. — g) Die Abgabe von Gutachten über Gegenstände, welche die Verwaltung und Wohlfahrt des Distriktes betreffen, auf Veranlassung der vorgesetzten Kreisregierung. — Nebstdem ist der Distriktsrath befugt: h) von den der Verwaltung einer Religionsgesellschaft nicht unterliegenden Distriktsstiftungen Einsicht zu nehmen, und die das Interesse des Districtes wahrenden Anträge zu

stellen; — endlich i) über den Zustand des Districtes und über etwa wahrgenommene Gebrechen der Verwaltung desselben sich zu äußern, und hierauf bezügliche Anträge und Beschwerden zu stellen.

Art. 12. Der Distriktsrath versammelt sich jährlich in der Regel einmal unter dem Vorsitze und der Leitung des Distriktsverwaltungsbeamten oder dessen Stellvertreters. — Bei dringender Veranlassung kann er zu außerordentlichen Sitzungen berufen werden, in diesem Falle aber nur über diejenigen Gegenstände berathen, wofür die außerordentliche Sitzung bestimmt ist. — Die Mitglieder desselben werden von der Distriktsverwaltungs-Behörde zu jeder Sitzung mit Bestimmung des Ortes, des Tages und der Stunde des Zusammentrittes und mit Angabe der Berathungsgegenstände, wo möglich vierzehn Tage vor der Sitzung schriftlich geladen. — Ohne diese Einberufung darf der Distriktsrath nicht zusammentreten, und nach dem von dem vorsitzenden Distriktsverwaltungsbeamten erklärten Schluße nicht versammelt bleiben. — Der König kann den Distriktsrath auflösen, in welchem Falle binnen acht Wochen eine neue Wahl statt zu finden hat. — Die Neugewählten versehen sodann ihre Stellen bis zur nächsten ordentlichen Wahl.

Art. 13. Zu einem giltigen Beschlusse des Distriktsrathes ist die Anwesenheit von wenigstens zwei Drittheilen seiner Mitglieder erforderlich. — Die Beschlüße werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. — Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet der Vorstand, der außerdem nicht mitzustimmen hat. — Die Uebertragung des Stimmrechtes ist nicht gestattet. — Im Falle des Artikels 11 lit. i. hat der Vorstand den Vorsitz an das hiefür von dem Distriktsrathe zu bestimmende Mitglied desselben abzugeben und an der Berathung und Beschlußfassung keinen Theil zu nehmen.

Art. 14. Jedes Mitglied des Distriktsrathes ist verpflichtet, bei den angesagten Versammlungen zu erscheinen. — Ueber die Zulässigkeit von Entschuldigungsgründen entscheidet endgiltig die Stimmenmehrheit der Erschienenen. — Kömmt die Versammlung wegen Nichterscheinens der erforderlichen Zahl von Mitgliedern nicht zu Stande, so ist dieselbe zwar wiederholt festzusetzen, es haben aber diejenigen Mitglieder, welche entweder ohne giltige Verhinderungsursache ausgeblieben sind, oder die ihnen zur Seite stehenden giltigen Verhinderungsgründe rechtzeitig anzuzeigen unterlassen haben, die Kosten der vereitelten Sitzung und die Entschädigung der erschienenen Mitglieder nach Feststellung der Distriktsverwaltungsbehörde zu tragen.

Art. 15. Der Districtsrath wählt auf die Dauer seines Bestehens aus seiner Mitte einen Ausschuß nach absoluter Stimmenmehrheit. Derselbe besteht aus 4 — 6 Mitgliedern, für welche gleichzeitig ebenso viel Ersatzmänner zu wählen sind. — Vater und Sohn, Bruder, Oheim und Neffe, Stiefvater und Stiefsohn, Schwiegervater und Schwiegersohn, Frauen-Bruder und Schwestermann, dürfen nicht zugleich Mitglieder des Ausschusses sein. — Die Gewählten werden durch den Vorstand für ihr Amt verpflichtet. — Ständiger Vorstand des Districtsausschusses ist der Districtsverwaltungsbeamte und in seiner Verhinderung dessen Stellvertreter.

Art. 16. Der Districtsausschuß hat: a) die Verwaltung des Vermögens der Districtsgemeinde zu leiten und die Districtsgemeinde in jenen Fällen zu vertreten, welche nicht zur Zuständigkeit des Districtsrathes verwiesen sind; — b) die Aufsicht auf die Districtsanstalten; — c) die Verrechnungs- und Zahlungsanweisungen durch den Vorstand an den Districtskassier zu erlassen; — d) alle an den Districtsrath zu bringenden Gegenstände vorzuberathen und vollständig vorzubereiten; — e) die Rechnungen des Districtscassiers und der Districtsanstalten vor der Vorlage an den Districtsrath zu revidiren; — f) den jährlichen Bedarfsvoranschlag (Etat) herzustellen, und denselben mit allen nöthigen technischen Erhebungen zu belegen, sodann mit dem vollständigen Repartitionsentwurfe der Districtsumlagen zu begleiten; — g) bei unvorhergesehener Erledigung der Stelle eines Districtscassiers einen andern vorbehaltlich der Bestätigung des Districtsrathes bei seiner nächsten Versammlung aufzustellen.

Art. 17. Der Districtsausschuß faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Zur Fassung giltiger Beschlüsse ist die Anwesenheit von wenigstens 3 oder 4 Mitgliedern des Ausschusses erforderlich, je nachdem dieser aus vier oder mehreren Mitgliedern besteht. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorstand. Glaubt der letztere nach pflichtmäßiger Ueberzeugung annehmen zu sollen, daß ein Beschluß des Ausschusses den Gesetzen oder Verordnungen zuwiderlaufe, so ist derselbe berechtigt und verpflichtet, die Vollziehung zu vertagen und die Verhandlungen der vorgesetzten Kreisregierung binnen acht Tagen vorzulegen. — Diese hat sodann ohne Verzug über die Aufrechthaltung oder Aufhebung des angefochtenen Beschlusses nach kollegialer Berathung zu entscheiden, und im Falle der Aufhebung unter Angabe der Gründe die Sache an den Districtsausschuß zu neuer Beschlußfassung zurückzuweisen. (Beschluß folgt.)

Großbritanien.

London, den 12. Juni. Von der neuen österreichischen Anleihe ist, wie mir glaubwürdig versichert wird, nur etwa die Hälfte gezeichnet. (Nat.-Ztg.)

Im verflossenen Monat Mai gingen aus Liverpool 70 Schiffe mit 26,827 Auswanderern ab. Aus keinem Hafen ist jemals in dieser Frist eine solche Zahl Emigranten abgereist. Noch im Lauf dieses Monats oder Anfangs des anderen gehen 44 Schiffe nach Australien mit mehr als 30,000 Last Tonnengehalt. Aus Manchester wird man eine Menge Schäfer nach Australien schikken, um der dort sehr wegen vernachläßigter Pflege heruntergekommenen Schafzucht wieder aufzuhelfen, da die Hirten fast alle nach den Goldminen gezogen sind. Man wird aber darauf Bedacht nehmen, nur unmündige Hirten dorthin zu senden, welche, nach den Landesgesetzen, nicht nach den Minen gehen dürfen.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 2. Juni. Ein bedeutendes Handelshaus in San Francisco importirt jetzt Steine aus China zur Errichtung eines großen feuerfesten Gebäudes. Chinesische Arbeiter sind beim Bau desselben beschäftigt. — In einzelnen Gegenden des Westens, z. B. in Illinois, Neu-Orleans und vielen Pflanzungen am Missisippi, richtet die Cholera große Verheerungen an.

Miscellen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Das Gothaer Regierungsblatt enthielt kürzlich eine Warnung vor

„Leichensteinen, welche die Gänse fressen."

Gewiß ist es ein schrecklicher Gedanke für einen Gothaer, daß von seinem Andenken dereinst nichts bestehen beiben könnte, als was Gänse daraus gemacht haben.

Mit der bevorstehenden Ankunft des Fürsten von Metternich auf Schloß Johannisberg erblüht die frohe Aussicht, daß man in diesem Jahre den ächten unverfälschten und so viel begehrten Johannisberger Cabinetwein wieder direct wird beziehen können. Uebrigens sollen doch die Jahrgänge vor 1848 den späteren vorzuziehen sein, welche bekanntlich in der Gährung umgeschlagen sind.

Für die **dänische Marine** werden bedeutende Holzeinkäufe in Stettin gemacht. Die deutschen Eichen, sprüchwörtlich geworden durch ihre Festigkeit, sollen sich ganz vorzüglich zur Verarbeitung eignen, und Dänemark hofft, seine Flotte werde um so herrlicher erblühen, je mehr deutsche Stämme ihretwegen geschlagen werden.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue
Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 148 | den 20. Juni 1852.

Deutschland.

*** München,** den 16. Juni. Die königl. Proclamation von 1848, welche an ihrem Schluße aussprach: „Bayern! Euer Vertrauen wird erwiedert, es wird gerechtfertigt werden!" besagte: „... ebenso befehle Ich die unverzügliche Beeidigung Meines Heeres auf die Verfassung." — Dieser Verfassungseid ist nun wieder abgeschafft, und — man muß es anerkennen — Militär und Civil waren gleichgültig bei dieser Aenderung.

Wenn die Neue Münchner Ztg. durch eine zweideutige Fassung ihrer Meldung über die Quiescirung des Cultusministers v. Ringelmann den Glauben erwecken will, derselbe habe diese Veränderung (eben erst) verlangt, so weiß man hier, daß dies in der jüngsten Zeit so wenig der Fall war, daß die Verfügung dem Herrn v. Ringelmann und seinen Collegen vielmehr ganz unerwartet kam. Etwas Anderes fällt aber auf. Bei den frühern Ministerkrisen haben die ministeriellen Blätter erklärt, es bestehe Solidarität unter allen Mitgliedern des Ministeriums, — einer stehe mit dem andern. Vergebens sucht man nun in diesen nemlichen Blättern nach einem Aufschluße, warum dies nun doch nicht der Fall ist. —

*** Zur Zollfrage. Vom Haardtgebirge,** den 16. Juni. Ein ganz ähnliches Rescript, wie das in Ihrem gestrigen Blatte erwähnte, nach Mittelfranken ergangene, um die dortigen Bewohner vom Petitioniren um Erhaltung des Zollvereins abzuhalten — ist schon vor länger als 4 Wochen auch bei uns ergangen.

*** Aus Württemberg.** (Aus einem Privatschreiben.) Die Gleichgiltigkeit des Volkes gegen alle Fragen des Gemeinwesens ist bei uns, und zwar gar nicht unmerklich, unterbrochen worden, — unterbrochen durch die neuen Steuern, die Wein- und die Fleischakzise. Ist es auch unbestreitbar, daß die Verarmung in ganz Deutschland furchtbar überhand nimmt, so gibt es doch nur wenige Landschaften, in denen dieses Unglück so massenhaft und so intensiv einreißt, wie bei uns. Bei Ihnen glaubt man es nicht. Und wenn der Schwäbische Merkur jede Woche über hundert Vergantungen anzeigt, und wenn man dies manchmal draußen erfährt, so liest man wahrscheinlich mit einem augenblicklich vorübergehenden Bedauern darüber hin, ohne sich länger darum zu bekümmern. Wie viele Ihrer Leser werden sich denn vergegenwärtigen, wie enorm der Jammer und das Elend, das der stumme Buchstabe einer jeden jener Wochennummern des Schw. Merk. in sich schließt? Dabei sollten Sie noch sehen, wie wenig von den zum zwangsweisen Verkauf ausgebotenen Immobilien nur überhaupt Kaufliebhaber finden. Da ist es kein Wunder, wenn neue Steuern doppelt drückend befunden werden. Wer Grundbesitz in Deutschland erwerben will, findet dazu die vortheilhafteste Gelegenheit in Württemberg. — Wenn aber im übrigen Deutschland wie bei uns die Volkslethargie erst durch die neuen Steuern (oder auch die Zollfrage) gebrochen wird, so fällt mir die Geschichte des alten Karthago nach dem zweiten Punischen Krieg ein, obwol ich damit einen einzelnen Stamm, und namentlich unsern Schwäbischen, gar nicht besonders anklagen möchte. („Als das Geld zusammengebracht werden mußte, welches die Karthager den Römern zu bezahlen übernommen hatten, da weinten Viele, auch angesehene Männer; Hannibal aber lachte mit zerrissener Seele über die Elendigkeit Solcher, welche erst dann das Unglück des Vaterlandes beweinen, wenn ihr eigener Besitz leidet, und welche den Verfall des gemeinen Wesens nur nach der Größe des Verlustes an eigener Habe berechnen. Dennoch gab er das Vaterland nicht auf."—)

*** Betrachtungen.** Die Reactionsblätter sind manchmal auch sehr unterhaltend, freilich gegen ihre Absicht. Seitdem Ludwig Napoleons Staatsstreich als vollkommen gelungenes Werk dasteht, hat eine solche Zeitung begreiflicher Weise den Muth nicht mehr, ihr Verdammungsurtheil dagegen mit den anfänglichen Kraftausdrücken zu wiederholen. Sehr natürlich. Denn käme aufs Neue die Fremdherrschaft über uns, so müßte man doch die Möglichkeit sich nicht selbst verschlossen haben, der alsdann bestehenden Regierung eben auch wieder dienen zu können. Ist ja doch das „Erreichbare" von jeher das Losungswort jeder derartigen Genossenschaft.

Seitdem nun also die weisen Absichten Ludwig Napoleons nicht mehr allzusehr verkannt werden, ist es die Regierung des Schweizer Kantons Freiburg, über welche jeden Augenblick der Unflath ausgegossen wird. Wir unser Seits fühlen keinen Beruf in uns, die Fehler der Freiburger Regierung zu vertheidigen. Wahrhaft komisch sind aber diese Angriffe darum, weil gerade alles Dasjenige an jener Regierung getadelt und geschmäht wird, was sie im nichtdemocratischen Sinne thut, — Dasjenige, worin sie eben dem Beispiele der absolutistischen und scheinconstitutionellen Gouvernements nachahmt. Wir haben uns kürzlich den Scherz erlaubt, in einem dieser Artikel der conservativ-sittlichen Entrüstung immer nur das Wort Freiburg hinwegzustreichen, und dafür den Namen eines beliebigen andern Staates zu substituiren. Das Experiment gelang ganz überraschend, und die Leser der Speyr. Ztg. würden sicherlich mit uns lachen, wenn wir ihnen das Muster mit der erwähnten kleinen Umgestaltung vor Augen legen könnten, d. h. wenn der Abdruck solcher Ausfälle gegen andere Regierungen ebenso ungefährlich wäre, als gegen Freiburg. Indeß kann Jedermann unschwer den Versuch selbst machen. Das wird man dabei freilich finden, daß die Freiburger Herrscher neben den Virtuosen in manchen andern Ländern, allerdings eigentlich nur Stümper sind. Wie könnten sie sonst es geschehen lassen, daß man Volksversammlungen abhält in der offen ausgesprochenen Absicht, die bestehende Regierung zu stürzen? wie könnten sie sonst die politischen Verbrecher, welche bei den frühern Aufständen bewaffnet in ihre Hände fielen, blos so gelind bestraft oder gar amnestirt haben? anderer dergleichen Dinge nicht weiter zu gedenken. Freilich ist es auch ein Bischen auffallend, daß eine so „tyrannische," so „despotische," so „abscheuliche," so „schändliche" Regierung, als welche die Freiburger geschildert wird, in einem Lande sich zu behaupten im Stande ist, in welchem man nicht einmal ein stehendes Heer besitzt, während uns die „Conservativ-Liberalen" doch sonst immer vordemonstriren, wenn man an dem Aufwande für die zahlreichen Armeen nur Einiges ersparen will: ohne diese könne keine ordentliche Regierung bestehen, gar keine wäre im Stande, sich zu behaupten. Man möchte darnach freilich meinen, in Freiburg müße die Regierung eben doch nicht so ganz allgemein verhaßt sein, zumal sie ohne stehende Truppen sogar verschiedenen Aufständen versuchen die Stirne bieten konnte. —

Eine andere Belustigung wird uns manchmal gewährt, indem die „conservativ-liberale" Presse Nichtswürdigkei-

ten von solchen Leuten erzählt, welche in der Zeit der Bewegung sich für freisinnig ausgaben und mit dem Wechsel des politischen Windes auch ihre Fahne gedreht haben. Da hat z. B. ein vormaliger „Gesinnungstüchtiger," (wie die Gesinnungs untüchtigen ihn bezeichnen) eine Gedichtsammlung der s. g. Gräfin Danner gewidmet. Gewiß etwas Niederträchtiges! Nur schade, daß die Niederträchtigkeit eben in dem besteht, was jenes Subject gethan hat seit es nicht mehr den Democraten, sondern dem großen Lager eben seiner Tadler angehört! Das Seltsamste dabei ist aber, daß man so weit greift, um ein Beispiel herbei zu holen; wir sollten meinen, jedes der reactionären Blätter wäre im Falle, die schönsten Exemplare von Ueberläufern in seiner allernächsten Nähe zu finden. Wir selbst könnten etwaigen schwachen Gedächtnißen durch Erinnern an diese oder jene Züge aus den Jahren 1848 und 49 aufhelfen, was sich, im Zusammenhalte mit spätern Thaten, als Stoff zu Parallelen doch gar mannichfach dürfte benützen lassen, und was sich sicherlich ganz gut ausnehmen müßte. —

Eine weitere Unterhaltung gewähren die zeitweiligen Zornausbrüche der „gutgesinnten Blätter" gegen diejenigen Rebellen, deren man nicht habhaft werden konnte. Daß sie in ihren Heimathländern meistens zum Tode verurtheilt sind, genügt noch lange nicht, das „sittliche Gefühl" zu befriedigen. Wo Gesetze bestehen wie in Preußen könnte man die Galgencandidaten außerdem etwa auch noch zum Verluste der Nationalcocarde condemniren oder was dergleichen sonst; zu viel kann da gar nicht geschehen. „Erst geköpft, und dann gehangen; dann gespießt an glühende Stangen," und so fort. —

* **Speyer,** den 18. Juni. Der in Ruhestand versetzte Pfarrer Franz erhält einen Quiescenzgehalt von nur — 250 fl.! Derselbe wird eine neue Zeitschrift unter dem Titel „Der Lichtfreund" herausgeben. (Siehe die Anzeige in der nächsten Zeitungsbeilage.)

Zweibrücken. (Assisenverhandlung.) Sitzungen vom 14. und 15. Juni. Catharina Erben, 58 Jahre alt, Ehefrau des Ackermannes Nicolaus Klag zu Bolanden. Im Monat November 1851 verbreitete sich das Gerücht, Christiana Klag, die Tochter der Angeklagten, habe heimlich ein Kind geboren. In Folge eines anonymen Briefes und daraufhin geschehener Anzeige, wurde eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Mutter und Tochter läugneten die Existenz eines neugebornen Kindes; die zugezogene Hebamme, so wie drei Aerzte gaben jedoch das Gutachten ab, daß Christiana Klag wirklich niedergekommen sei. In späteren Verhören gestand diese auch, daß sie am 11. November 1851 ein lebendes Kind, weiblichen Geschlechts, in einem Weinberge geboren habe; ihre Mutter habe dasselbe unmittelbar nach der Geburt, während sie selbst ohnmächtig gewesen, durch Erstickung getödtet und die Leiche hinweggeschafft. Die Angeklagte bestätigte diese Angabe und legte unter Bitten um gnädige Strafe, ein vollständiges Bekenntniß des von ihr verübten Verbrechens ab; sie habe dem Kinde so lange die Hand auf den Mund gedrückt bis es „ausgegangen." Die Leiche konnte trotz der sorgfältigsten Nachforschung, nicht aufgefunden werden, und es besteht die entsetzliche Vermuthung, daß die Angeklagte das Kind ihrer Tochter zwei Mastschweinen, die bald darauf geschlachtet wurden, zum Futter vorgeworfen hat. — Das Verbrechen scheint dadurch hervorgerufen worden zu sein, daß das geldstolze Weib die Verbindung ihrer Tochter mit deren Liebhaber verhindern wollte; der Sohn eines Feldschützen war ihr als Eidam nicht vornehm und reich genug. Christiana Klag wurde wegen Mangels zureichender Anzeichen einer strafbaren Theilnahme an dem Verbrechen außer Verfolgung gesetzt. — Nachdem die Geschwornen die Catharina Erben mit einfacher Stimmenmehrheit der freiwilligen Tödtung des neugebornen Kindes ihrer Tochter schuldig erklärt hatten, und die Majorität der Richter der Majorität der Geschwornen beigetreten war, verurtheilte das Assisengericht die Schuldigerkannte zur Todesstrafe und zu den Kosten der Procedur. — Die Verurtheilte ist Mutter von sechs Kindern; ihr Lebenswandel war bisher untadelhaft. (Zw. W.)

München, den 12. Juni. Unter dieser Ueberschrift sagt der Fränkische Kurier: „Der Präsident des prot. Oberkonsistoriums, Arnold, hat seine Entlassung von dieser Stelle, mit welcher zugleich die Reichsrathswürde verbunden ist, verlangt und dieselbe auch erhalten. Als sein Nachfolger ist Dr. Harleß von Dresden, früher Professor in Erlangen und Abgeordneter, bezeichnet. Der Hauptgrund, welcher Hrn. Arnold bestimmte, seine Entlassung zu verlangen, soll darin bestehen, daß derselbe diejenigen Geistlichen, welche der altlutherischen Richtung angehören, (2 Dekane und 7 Pfarrer) vom Amte suspendiren wollte (?), was höheren Ortes nicht zugegeben wurde. Wenn nun auch dieses Auftreten Arnolds nicht gerechtfertigt werden kann, am allerwenigsten von uns, die wir Freiheit für Alle wollen, so ist doch der Name des Mannes, der als sein Nachfolger bezeichnet wird, und sein Auftreten in der 1. Kammer in Dresden an Erinnerungen geknüpft, die keine Spur eines Willkomm's zulassen. Hr. Harleß hat zwar früher als baierischer Abgeordneter Opposition gegen Abel gemacht, was damals eine leichte Sache war. Herr Arnold dagegen hat noch in der letzten Zeit seine Stimme in der Reichsrathskammer gegen die zuletzt eingebrachten Gesetze über Aburtheilung bei politischen Vergehen und dgl. erhoben. Hat vielleicht dies beigetragen, daß seinem Gesuch um Entlassung so schnell willfahrt wurde? Nach dem Auftreten des Hrn. Harleß in Dresden zu urtheilen, darf die Regierung nicht in Sorge sein, daß er als Reichsrath je Aehnliches thun wird. Er wird mit der großen Majorität dieser Kammer gehen. Allein, um einen solchen Mann zu finden, hätte man unsers Erachtens nicht nach Dresden zu schicken brauchen. An solchen Männern haben wir zur Zeit in Baiern keinen Mangel."

München, den 16. Juni. Der Befehl zur schleunigen Abnahme des neuen Militärdiensteides ist nach allen Richtungen des Königreichs durch den Telegraphen befördert worden. Binnen 3 Tagen wird die gesammte präsente Mannschaft der Armee vereidigt sein. Die Beurlaubten sind bei den auswärtigen Kommandantschaften der nächstgelegenen Regimenter oder sonstigen Militärabtheilungen zu beeidigen. (Volksb.)

Nürnberg, den 16. Juni. (Wieder eine Ausweisung.) Der aus Nürnberg ausgewiesene Redacteur des „Nürnb. Kur.," Dr. E. Feust, hielt sich bisher zu Steinbühl (bei Nürnberg) auf. Nun ward ihm ein landgerichtliches Rescript zugestellt, worin es heißt: „In Erwägung ... daß jede Ausweisung die Zurückweisung in die Heimathsgemeinde von selbst in sich schließe, beziehungsweise unmittelbar gesetzliche Folge sei und sohin der von einer Polizeibehörde gefaßte Ausweisungsbeschluß von jeder Polizeibehörde außerhalb des Heimathsortes vollzogen werden müsse, (wird ihm) hiemit aufgetragen, sich binnen drei Tagen und zwar bei Vermeidung von Zwangsmaßregeln in seine Heimath zurückzubegeben."

Darmstadt, den 14. Juni. Heute hat unsere zweite Kammer, gemäß dem Antrage ihres Finanzausschusses, mit 23 gegen 15 Stimmen beschlossen, „die Regierung zu ersuchen, den aus den Mitteln des Staates unterstützten Kirchen gegenüber mit Sorgfalt die Majestätsrechte des Staates zu wahren, ohne ständische Zustimmung keines derselben aufzugeben und alle Bestrebungen und Handlungen zu reprimiren, welche die von Verfassung und Gesetz garantirten Befugnisse der Regierung und der Staatsbürger beeinträchtigen könnten." Der Finanzausschuß, welcher zu diesem Antrage gelegentlich der Berichterstattung über einige die Kirche betreffende Anträge von Kammermitgliedern gelangt war, hatte demselben längere Erwägungen vorausgeschickt, worin er, nach der Bemerkung: „die Zustände in der evangelischen und der katholischen Kirche seien in neuerer Zeit von der Art, daß sie leicht dem Staate nachtheilig werden, seinen verfas-

fungsmäßigen Zwecken entgegen wirken und die Rechte der Einzelnen verletzen können," besonders das Verfahren des Bischofs von Mainz und das zu nachsichtige Verhalten der Regierung gegen ihn tadelte.

Kassel, den 16. Juni. Die Behauptung eines öffentlichen Blattes, daß das, den neuen Landständen vorzulegende Budget keine neuen Steuern und Anlehen nöthig mache, ist aus der Luft gegriffen. (F. J.)

Gotha, den 16. Juni. Gestern Mittag ist unser Landtag mit einer Thronrede des Herzogs aufgelöst worden.

Berlin. Es ist eine nicht zu übersehende Thatsache, schreibt man der A. Z., daß dem Kaiser von Rußland kurz vor seiner Abreise von hier ein Memorandum, das von einflußreicher Seite kam, und aus geschickter Feder geflossen war, überreicht worden.

Berlin, den 14. Juni. Seit dem 7. d. M. haben die Mitglieder der Darmstädter Coalition vielfach berathen, um sich über ein gemeinsames Verfahren zu einigen und einen einigen Beschluß ihrer resp. Regerungen vorzubereiten. Von Seiten Bayerns soll der Austritt aus dem Zollverein am lebhaftesten befürwortet werden, sodann von Sachsen und den übrigen Mitgliedern der Coalition mit abnehmender Festigkeit. (A. Z.)

Elbing, den 10. Juni. Gestern Morgens ist hier die Schule des hiesigen deutsch-katholischen Predigers Rädisch polizeilich geschlossen worden. Dieselbe soll gegen 70 Schüler enthalten haben.

Wien, den 15. Juni. Der „Lloyd" bringt an der Spitze seiner heutigen Nummer folgende Erklärung: „Wir halten es für nöthig, nochmals auf das Bestimmteste zu erklären, daß die Sendung des Hrn. v. Bismark-Schönhausen nach Wien einzig den Zweck hat, in Abwesenheit des Grafen v. Arnim die Geschäfte dieses Ministers am hiesigen Hofe interimistisch zu besorgen. Preußische Journale und ihre Parteigänger suchen den Glauben zu verbreiten, diese Sendung bezwecke unter ostensibler Form das specielle Geschäft, die Zoll- und Handelsfrage zwischen Preußen und Oesterreich unter der Hand ins Reine zu bringen. Wir widersprechen dieser Unterstellung, ohne Gefahr zu laufen, Lügen gestraft zu werden. Die letzten preußischen Erklärungen lassen keine Ausgleichung zu! Von zwei Dingen kann man sich in Deutschland unbedingt versichert halten: Oesterreich wird erstens nie und unter keiner Bedingung einen Handelstractat ohne eine definitive Zoll- und Handelseinigung abschließen; und zweitens wird es nie irgend eine Unterhandlung anders, als mit vollem Mitwissen und im vollsten Einverständnisse mit den zu Wien in Vereinbarung getretenen deutschen Staaten eingehen. Oesterreich schließt keine Verträge hinter dem Rücken seiner Alliirten, oder gar seiner Mitcontrahenten, und das entgegengesetzte Beispiel, welches der Tractat Preußens mit dem Steuerverein gegeben hat, kann, Gott sei Dank, für österreichische Loyalität nicht maßgebend sein."

Schweiz.

In einer Züricher Correspondenz der Leipziger Zeitschrift „Europa" Nr. 39 wird über den verstorbenen Carl Todt behauptet, derselbe sei Hungers gestorben. Dies kann aus bester Wissenschaft für eine eben so grobe Unwahrheit erklärt werden, wie die fernere Behauptung, Todt habe zuletzt seine Gesinnung verleugnet. Er hat sein Leben rein und ehrenhaft zu Ende geführt.

Aargau. Nach der „Aarg. Ztg." wurde ein Aargauer mit Namen Sutermeister, Zögling der polytechnischen Schule in Karlsruhe, daselbst gefänglich eingezogen, weil er den König von Württemberg und den Regenten von Baden vermittelst Hutabziehens nicht grüßte. Den erstern will er nicht gekannt und den letztern nicht beachtet haben. Dennoch soll er einer Commission in Rastatt übergeben sein!

Tessin. Vier Geistliche, welche im großen Rathe für Säkularisation des Unterrichtes gestimmt haben, sind deßhalb vom Bischof von Como zur Verantwortung gezogen worden!

Genf. Unter den Verhandlungsgegenständen des auf den 16. einberufenen gr. Rathes befindet sich auch ein Decretsentwurf über Veröffentlichung der diplomatischen Unterhandlungen zwischen der Eidgenossenschaft und den fremden Mächten.

Belgien.

Brüssel, den 15. Juni. Wie verlautet, sollen die Kammern zu einer außerordentlichen Session für den nächsten Monat einberufen werden und zwar auf den 10. oder 15. Juli.

Frankreich.

Paris. Ich höre, schreibt ein Correspondent der A. Z., mit großer Bestimmtheit von einem Streich gegen die Juliusdynastie sprechen, der übrigens in gewissen zur Zeit des Confiscationsdecrets erschienenen Broschüren schon dunkel angedroht wurde: ich meine die Veröffentlichung der geheimen Correspondenz Ludwig Philipps mit Frau v. Feuchères, der jetzt auch noch sein Briefwechsel mit dem Grafen d'Argout über die Herzogin von Berry, während sie Blaye saß, beigefügt werden soll. Die Materialien zu dieser Broschüre, die ein wahres Furore von Scandal machen werden, wurden, wie im Verfolg des Briefes erzählt wird, in der Februarrevolution aus dem Tuilerienstürme gerettet und unter Siegel in den Staatsarchiven niedergelegt, wo die provisorische Regierung die Siegel achtete, L. Napoleon aber sie erbrach und die compromittirendsten Briefe jetzt drucken lassen will, um das voraussichtliche Urtheil des Staatsraths im Confiscationsproceße moralisch zu stützen.

Granier de Cassagnac fühlt sich dermaßen ruinirt, daß er sich dieser Tage als Associé einer Pomadefabrik angeschlossen hat.

— den 16. Juni. Der Staatsrath hat sich gegen das Amendement der Budgetcommission für Verringerung des Effectivbestandes des Heeres um 30,000 Mann erklärt. Die Budgetcommission selbst hat nunmehr dieses Amendement fallen lassen; sie hat den Beschluß gefaßt, den auf den Effectivbestand des Heeres bezüglichen Artikel ohne Aenderung anzunehmen.

China.

Garibaldi ist als Commandant des peruanischen Schiffes „Carmen" von Callao in Hong-Kong eingetroffen.

Neueste Nachrichten.

München, den 16. Juni. Der Hr. Ministerpräsident war vor seiner Abreise nach Kissingen mit der Abfassung einer Antwort beschäftigt, welche auf die Erklärung Preußens im Zollkongreß von Seite der Coalitionsregierungen erlassen werden wird. — Der Herzog von Leuchtenberg hat mit einem Capitale von 24,480 fl. mehrere Freiplätze im Cadettenhause gegründet. (A. Z.)

Augsburg, den 17. Juni. Die Allg. Ztg. meldet nun ebenfalls, daß Hr. v. Bismark keinen Auftrag zu handelspolitischen Unterhandlungen mit Oesterreich habe. Sie sagt: „Der deutsche Gewerbfleiß, die ganze deutsche Geschäftswelt leidet unter diesem fast undurchdringlichen Wirrwarr von Hoffnungen und Befürchtungen mehr, als die oberflächlichen Beobachter und die blinden Parteimänner glauben, und der Denkende erwehrt sich schwer der trübsten Ahnungen. Indeß die schlimmste Gewißheit ist besser als die Ungewißheit, da diese auf Entschluß und That lähmend wirkt, jene sie stärkt. Sagen wir es also offen heraus: die Spannung zwischen Wien und Berlin aus Anlaß der handelspolitischen Frage ist nie größer gewesen als in diesem Augenblick."

Freiburg, den 15. Juni. Der gr. Rath war heute von 8 Uhr Morgens bis 5 Uhr Abens versammelt. Die Berathung war lebhaft aber immer würdig. Die Reaktionäre hatten die Losung gegeben, in Masse nach Freiburg zu kommen, um auf den Gr. Rath einschüchternd zu wirken und nöthigenfalls einen neuen Handstreich zu versuchen. Aber die Patrioten vereitelten den Plan, indem sie selbst in großer Zahl gingen: es stellten sich etwa

400 Männer von der äußeren Garde civique ein, die nur als Bürger und aus eigenem Antrieb ohne höhere oder officielle Zusammenberufung kamen. Um die Ordnung aufrecht zu halten, war die Bürgergarde von Freiburg unter den Waffen. Sobald das Komite dies erfuhr, gab es seinen Leuten Gegenordre. Der Staatsrath erstattete dem Gr. Rath einen Bericht über die Lage und stellte folgende Anträge: 1) Billigung der bei Gelegenheit der Versammlung von Posieur getroffenen Maßregeln; 2) Anhebung einer amtlichen Untersuchung über die Lage und Bedürfnisse des Landes; 3) Einreichung einer Petition an die Bundesversammlung um ganzen oder theilweisen Erlaß der Sonderbundkriegskosten, so wie 4) um Errichtung einer polytechnischen Anstalt in Freiburg. Der Staatsrath gab auch Kenntniß, daß er versuchen würde, die Unterhandlungen mit der geistlichen Behörde wieder anzuknüpfen, um dem Lande den Frieden wieder zu geben. Alle diese Anträge wurden mit Mehrheit angenommen. Ferner wurden die folgenden Anträge gestellt und nach einer sehr lebhaften Discussion angenommen: 1) Aufhebung des Wahleids (der Staatsrath muß schon morgen in dieser Beziehung einen Entwurf vorlegen); 2) ein Gesetz über Incompatibilitäten, das der Staatsrath in der Herbstsitzung vorzulegen hat; 3) Einladung an die ernannte Commission, auf die Mittel Bedacht zu haben, um den finanziellen Verlegenheiten des Landes abzuhelfen; endlich 4) und dieß ist der wesentlichste Beschluß, der angenommen wurde: Auflösung des von der Versammlung von Posieur ernannten Agitationskomite's. Die sieben ultramontanen Großräthe des Sensebezirkes gaben ihre Entlassung ein, weil sie das Vertrauen des Volkes nicht mehr hätten. Der Tag, von dem man mit Recht besorgte, daß er sehr stürmisch werden würde, ist in der größten Ruhe vorübergegangen. Es wird sich jetzt zeigen, wie das Comite seine Auflösung aufnehmen wird. (Schw. Nat.-Ztg.)

Brüssel, den 16. Juni. Von Neuem circuliren beunruhigende Gerüchte über das Verhalten Frankreichs. Es vergeht kein Tag, wo unserem Bevollmächtigten nicht neue Schwierigkeiten von Seiten der französischen Unterhändler in den Weg gelegt werden; ein Punkt welcher heute entschieden ist, wird morgen wieder in Frage gestellt, und unser Handelsvertrag wird ein wahres Penelopengewebe. Diese Schwierigkeiten haben dieser Tage einen solchen ernsten Charakter angenommen, daß unser Gesandter in Paris, Herr Firmin Rogier, nach Brüssel kommen mußte, um dieselben dem Cabinette vorzulegen. (Köln. Ztg.)

Paris, den 17. Juni. Einem Gerüchte zufolge hat der Staatsrath mit 9 gegen 8 Stimmen den Act des Orleansdecrets als eine obligatorische Verwaltungsmaßregel anerkannt.

☞ Eine Beilage zu gegenwärtigem Blatte wird heute Abend ausgegeben.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1063²] **Großes Kleider-Magazin**

in Ludwigshafen am Rhein in dem neuerbauten Hause der Herren Kaufmann & Glöcklen.

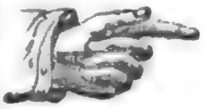
Unterzeichneter empfiehlt dem geschätzten Publicum sein neu eröffnetes

Etablissement

und wird derselbe stets dahin streben, durch solide und billige Waare, sowie überhaupt durch prompte und reelle Bedienung, sich die Zufriedenheit und das Vertrauen seiner verehrten Gönner zu erwerben und dauernd zu erhalten.

Sommerröcke von 2 fl. 42 kr. bis 18 fl. Tuchröcke von 13 bis 30 fl. Beinkleider von 1 fl. 30 kr. bis 12 fl. Westen von 1 bis 7 fl. Schlafröcke von 2 bis 13 fl.

M. Koppel.



Großes Tapetenlager

eigener Fabrik,

sowie auch Fensterrouleaux,

anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,

bei **v. Derblin & Pehl,**

breite Straße dem Kaufhause gegenüber

[1057¹⁴] in Mannheim.

[1027] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

[1073] **Offene Lehrlingsstellen.**

Junge Leute die sich der Handlung zu widmen gesonnen sind, können durch Unterzeichneten in verschiedene Geschäfts-Branchen untergebracht werden.

L. Dalembert,
Waaren-Sensal in Mannheim.

[1054] **Niederländische**

Dampf- **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an

von Ludwigshafen am Rhein täglich:

4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	}	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	}	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	}	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro 148.) den 20. Juni 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 19. Juni. Der aus Frankenthal gebürtige seit vielen Jahren hier wohnhafte Geschäftsmann Weiß ist aus hiesiger Stadt polizeilich ausgewiesen worden.

Kaiserslautern, den 14. Juni. Unter dieser Ueberschrift berichtet das „Frankfurter Journal:“ Wegen Aufführung der bekannten bereits in vielen deutschen Städten, namentlich auch in der unter dem Belagerungsstand stehenden Stadt Heidelberg gegebenen Oper: „Die Mordgrundbruck bei Dresden,“ von Julius Otto, durch den hiesigen Liederkranz wurde derselbe, durch Beschluß des k. Landcommissariats, aufgelöst, da die Regierung eine politische Demonstration darin erblicken wollte. Es war vor der Aufführung der Oper die Genehmigung des Land- und Polizeicommissariats eingeholt und auch das Textbuch eingesandt worden.

Karlsruhe, den 17. Juni. Wie ich höre, sind in den letzten Tagen einige auffallende Krankheitsfälle hier vorgekommen. Die Anfälle waren jedoch ziemlich leichter Natur und hatte keiner einen tödtlichen Ausgang. (F. J.)

Berlin, den 17. Juni. Die Kreuzztg. drückt ihre Freude darüber aus, daß nun auch die Organe des Wiener Cabinets erkennten, wie zu Zollverhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich jetzt kein Anlaß vorhanden sei. Sie fährt fort: „Als Zollverbündete Preußens sind gegenwärtig Hannover, Oldenburg, Lippe, Braunschweig, Anhalt, Thüringen unzweifelhaft zu betrachten, mit den andern deutschen Staaten besteht nach Ablauf des Zollvereinsvertrages keine Uebereinkunft mehr. Es wird sich nun darum handeln, zunächst die Bedingungen aufzustellen, zu welchen die obigen Staaten mit den Süddeutschen wieder eine Verbindung eingehen wollen.“ Als Grundlage fordert aber die Kreuzzeitung: den Tarif von 1818, und ein Präcipuum für alle Norddeutschen Staaten!

Breslau. Der hiesige Fürstbischof hat am Frohnleichnametage einen Hirtenbrief erlassen, worin er das officielle „Sendschreiben an die evangelische Geistlichkeit der Provinz Schlesien“ bekämpft.

Wien, den 14. Juni. Aus verläßlicher Quelle bestätigt sich, daß die Rückkehr des Kaisers aus Ungarn nach Wien kaum vor anfang Augusts erfolgen dürfte.

Schweiz.

Freiburg, den 16. Juni. Der gr. Rath hat heute in Folge des gestrigen Beschlußes ein Projectdecret auf Abschaffung des Wahleids angenommen. Der Präsident des Staatsraths, Hr. Pitter, verlangte darauf eine Erklärung oder Auslegung des gestern gleichfalls gefaßten Beschlußes, über die Auflösung des Comites von Posieur. Darüber entstand eine verworrene Discussion. Der Staatsrath stattete folgenden Bericht ab: „Nachdem der gr. Rath die Auflösung des Comites von Posieux beschlossen, hält der mit Vollziehung dieses Beschlußes beauftragte Staatsrath dafür, daß das Comite aufzulösen ist, sobald es sich von dem gesetzlichen Wege entfernt und Unruhe und Aufregung verbreitet, aber daß die Mitglieder wie alle übrigen Bürger nicht in der Ausübung ihres Petitionsrechtes gebindert werden dürfen. Der Staatsrath macht dem gr. Rath diese Mittheilung, um sich zu überzeugen, daß er die Absicht desselben richtig verstanden.“ Gegen diese Auslegung erhob sich der Deputirte Weizel energisch. Er wolle nicht mit Auflösung des Comites warten, bis dieses den gr. Rath aufgelöst.

Der Bericht des Staatsraths wurde mit großer Mehrheit genehmigt. Drei Mitglieder des Staatsraths hatten mit ihrer Entlassung gedroht, wenn der Beschluß des gr. Rathes ausgeführt werden sollte. Der Deputirte Weizel gab darauf seine Entlassung ein, indem er nicht neben einem Comité sitzen könne, das sich als Gewalt der Gewalt gegenüber hinstelle. Der gr. Rath beschloß, die Entlassungsbegehren auf seine nächste Versammlung zu verschieben. (Schw. N.-Z.)

Frankreich.

Paris, den 13. Juni. Die „katholische Partei“ benimmt sich als Herrin der Situation: sie debattirt über die Gesetzgebung in Bezug auf den öffentlichen Unterricht, als ob die Nation bei ihr in die Schule gehen müßte; sie balgt sich unter einander über die Frage herum, ob die „heidnischen“ Schriftsteller des Alterthums im Schulunterricht beibehalten werden sollen oder nicht, und während der Erzbischof von Reims den „Univers“ wegen seiner Angriffe der Klassiker in Schutz nimmt, verbietet der Bischof von Orleans den ihm untergeordneten Geistlichen den „Univers“ zu lesen. Es ist kein Zweifel, daß Louis Napoleon in seinem Innern diese Pfaffenwirthschaft verabscheut, obschon er sich jetzt der Geistlichkeit als eines guten Mittels bedient. Allein seine Agenten nehmen den Schein für Ernst und wenn Sie den Text der Warnung lesen, der einem protestantischen Blatte ertheilt wurde, weil es den Uebertritt von 5 Katholiken zur protestantischen Kirche meldete, so werden Sie finden, daß wir von der Zeit des Edicts von Nantes nicht weit entfernt sind.

Großbritanien.

London, den 15. Juni. Im Unterhaus interpellirte Lord John Russell die Regierung in Bezug auf die Angelegenheit des Hrn. Mather (welcher bekanntlich in Florenz von einem österreichischen Offiziere beleidigt wor- war) und auf die öffentliche Lage im Allgemeinen. Er tadelte das Verfahren des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, des Lords Malmesbury, als welcher es für genügend finde, wenn einem britischen Unterthan eine Geldsumme zur Genugthuung für erlittene Gewaltthätigkeiten angeboten werde. Lord John Russell richtete sodann einen heftigen Angriff gegen die Regierung wegen ihres Mangels an Principien und wegen der Beharrlichkeit, mit der sie ihre Absichten dem Lande verberge. Lord Stanley erwiederte in Betreff der Mather'schen Sache: Es handle sich in diesem Falle keineswegs um die Nationalehre, sondern um eine einfache Privatstreitigkeit; es würde unbillig und unpassend sein, Oesterreich allein verantwortlich für solche Vorgänge machen zu wollen und in solcher Weise die Occupation Toscana's durch Oesterreich anzuerkennen, was England niemals gethan habe. Lord Palmerston entgegnete dem Minister: es sei absurd, wenn man Toscana, also den Staat verantwortlich für die Thatsache, die derselbe nicht begangen, mache, bloß zu dem Zwecke, dessen Unabhängigkeit anzuerkennen. Lord Palmerston äußerte das Verlangen, daß die Regierung ihre Beziehungen zu den Mächten benütze, um der bedauerlichen Lage ein Ende zu machen, in welcher sich mehrere Theile Italiens befänden. Der Schatzkanzler, Hr. D'Israeli, schloß sich den Erklärungen Lord Stanley's an; das Verhalten der britischen Regierung in der Mather'schen Angelegenheit hänge mit der allgemeinen Politik der Regierung bezüglich Italiens und mit dem Grundsatze zusammen, eine Suprematie Oesterreichs in Italien nicht anzuerkennen. Hr. D'Israeli wies den Angriff Lord John Russell's, die gegenwärtige Re-

gierung besitze keine festen Grundsätze und habe ihre früheren staatsöconomischen Ansichten gewechselt, mit Entschiedenheit zurück; er bemerkte, die Ungerechtigkeiten von 1846 (gegen die Ackerbauinteressen) würde man abzustellen haben, jedoch mit allen Rücksichtnahmen, welche man den Interessen schuldig sei, die von den wichtigen Reformen Sir Robert Peel's Vortheil gezogen. Die Interpellationen Lord John Russell's blieben ohne weitere Folgen.

London, den 16. Juni. Das Ministerium Derby hat wieder ein seltsames Lebenszeichen von sich gegeben. Die amtliche „London Gazette" enthält nemlich eine vom gestrigen Tage datirte königliche Proclamation, welche sich auf eine aus den Zeiten Georgs IV. herrührende Parlamentsacte stützend, den katholischen Priestern verbietet, irgendwo anders, als in den katholischen Kirchen, eine kirchliche Ceremonie zu verrichten, zu predigen oder in geistlicher Tracht zu erscheinen, weil dadurch Veranlassung zur Störung der öffentlichen Ruhe gegeben werde.

Ostindien.

Auf Sumatra und Samarang, Java und Borneo wüthete, der neuen Ueberlandpost zufolge, die Cholera, welche unter andern den Herrscher von Bajor (Bateling) auf der Insel Bali sammt seinem Neffen und Nachfolger binnen wenigen Tagen hinraffte.

Miscellen.

Kürzlich wurden in der Nähe Hamburgs mit dem neuerfundenen englischen Löschapparat, fire annihilator, überraschende Versuche angestellt. Der „Hamburgische Correspondent" berichtet darüber Folgendes: Zuerst wurde ein etwa 30 Fuß langer und 5 Fuß breiter Kasten mit Theer gefüllt, auf den man Hobelspäne und Terpentin geschüttet; dieses ward sodann angezündet und als die Masse in vollem Brande war, ergriff einer der englischen Arbeiter einen jener Apparate, welche bekanntlich durch Ausströmung eines Gases, welches durch Kohlensäure entwickelt wird, das Feuer löschen, näherte sich dem Flammenmeere auf einige Schritte und ließ aus der trichterförmigen Oeffnung der Maschine, welche er wie eine Gießkanne vor sich trug, das Gas auf die Flammen strömen. Und siehe da, die Flammen, welche haushoch emporprasselten, verschwanden und binnen zwei Minuten, ja es mochte noch schneller gehen, war die in hellen Flammen lodernde Masse gelöscht. Ein donnerndes Bravo begleitete diesen ersten gelungenen Versuch. Man entzündete hierauf nach einer kurzen Pause ein daselbst aus Brettern aufgerichtetes Haus, welches mit 5 Fenstern und einer Thür versehen, dessen Inneres mit Hobelspänen, Theer und sonstigen leicht brennenden Stoffen angefüllt war. Bald züngelten die Flammen lichterloh aus den Fenstern und leckten an dem Dache; jetzt, als das Haus in lichten Flammen stand, stürzten sich zwei mit dem Löschapparate bewaffnete Personen durch die offenstehende Thür, aus der bereits die Flammen schlugen, mit einer Todesverachtung, die den Umstehenden einen Schrei der Bewunderung und des Schreckens entlockte. Die kühnen Männer verschwanden unter Rauch, Flammen und Dampf und einen Augenblick erfaßte die Zuschauer unwillkürlich der Gedanke, daß den Leuten ein Unglück passirt sei, aber auch nur einen Augenblick; denn wie durch Zauber gebannt, verschwanden plötzlich die Flammen, der schwarze Rauch der Brennstoffe mischte sich mit dem weißen Dampfe des löschenden Gases, und 3 Minuten darauf erschienen an den untern, von der Hitze sämmtlich geborstenen Fenstern die beiden Engländer, welche herzlich über die Besorgniße lachten, die man ihretwegen gehegt. Der Beifall, der diesen zweiten Versuch begleitete, war noch stürmischer. Hierauf zündete man noch einmal den zuerst erwähnten Kasten mit Theer an, der auf dieselbe Weise gelöscht wurde.

Bremen. Es sind Nachrichten von Herrn Rechten eingetroffen, der bekanntlich, um einen von ihm erfundenen galvano-electrischen Apparat zur Tödtung von Wallfischen zu erproben, nach der Südsee gereist war. Seine Erfindung soll sich practisch durchaus bewähren.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 17. Juni. Weizen 5 fl. 46 kr., Korn 4 fl. 53 kr., Spelz 3 fl. 31 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige 4 fl. 10 kr., Hafer 3 fl. 35 kr., Kartoffeln 1 fl. 40 kr., per Centner.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1074] **Ankündigung.**

Vom 1. Juli an werde ich, anstatt des bisher von mir herausgegebenen Kirchenblattes und Sonntagblattes, eine neue Zeitschrift herausgeben unter dem Titel:

Der Lichtfreund,

ein Sonntagsblatt für vernünftiges Denken und Leben.

Dieses Blatt wir in Commission bei Hrn. Buchhändler Kaußler in Landau wöchentlich einmal erscheinen und kann sowohl durch die Post als durch den Buchhandel bezogen werden. Preis jährlich 1 fl. 36 kr., halbjährlich 48 kr., vierteljährlich 24 kr.

Nachdem es den fortgesetzten Bemühungen meiner Gegner endlich gelungen ist, meine Amtsentsetzung (d. h. Quiescirung mit 250 fl. Ruhegehalt) zu bewirken, so darf ich wohl um so mehr hoffen, daß Diejenigen, welche mein bisheriges Streben billigen, zur Verbreitung meines neuen Blattes beitragen werden.

Da dasselbe schon mit dem Anfang des nächsten Monates beginnen soll, so ist sehr zu wünschen, daß die Bestellungen darauf möglichst bald gemacht werden.

Wer es einzeln beziehen will, wird es am besten auf der Post bestellen. Wenn an manchen Orten vielleicht eine größere Anzahl (von wenigstens 10 Stück) zusammen bestellt werden wollte, so wäre es für mich am vortheilhaftesten, wenn die Bestellung bei mir selbst gemacht würde; doch wäre es nöthig, daß in diesem Falle vierteljährlich oder halbjährlich vorausbezahlt würde.

Außerdem gedenke ich eine bereits vollendete größere Schrift herauszugeben, welche den Titel führt:

Die Offenbarung in der Natur.

Es wird in dieser Schrift das Dasein Gottes, die Vorsehung und die Unsterblichkeit der Seele ausführlich, klar und für Jedermann verständlich nachgewiesen. Preis 1 fl. 20 kr.

Ich darf es wohl aussprechen, daß ich durch den Absatz dieses Buches einen Theil der Kosten zur Erbauung einer Wohnung zu gewinnen hoffe. Aus diesem Grunde gebe ich dasselbe auf Pränumeration (Vorauszahlung) heraus. Wer den Betrag dafür an mich einsendet, wird das Buch, sobald es gedruckt ist, zugeschickt erhalten.

Ingenheim, den 15. Juni. Fr. Th. Frantz.

[1075²] **Grasversteigerung.**

Freitag, den 25. Juni 1852, Morgens 8 Uhr, in der Rose zu Hanhofen und Nachmittags 2 Uhr im Löwen zu Harthausen, läßt Gutsbesitzer Wagner den diesjährigen Graswuchs auf 70 Morgen Wiesen im Hanhoffer Bann und auf 20 Morgen Wiesen im Harthauser Bann versteigern.

[1076] **Versteigerung.**

In Lit D 4 Nro. 10 werden Donnerstag, den 24. d. M., Vormittags 9 und Nachmittags 2 Uhr, die zu dem Nachlaß des verlebten Metzgermeisters J. M. Grohe gehörige Fleischvorräthe, bestehend in Schinken, Bauchlappen, Kinnbacken, Zungen, Fett, Salamiwürste und dergleichen mehr in schicklichen Abtheilungen, der Erbvertheilung wegen öffentlich gegen gleich baare Zahlung versteigert.

Mannheim, den 18. Juni 1852.

J. Ch. Fischer, Waisenrichter.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 149 | den 22. Juni 1852.

Deutschland.

*** Der Geldabfluß nach Amerika.** Es ist unberechenbar, welche enorme Geldsummen in der neuesten Zeit unausgesetzt aus Deutschland nach Amerika gehen. Die massenhaften Auswanderungen sind es nicht mehr allein, durch welche unser Vaterland fort und fort Millionen verliert. Es besteht noch eine andere Abzugsart. Viele Capitalienbesitzer legen ihr Vermögen in Amerikanischen Staatspapieren, Eisenbahn- und Canalactien an. Ist es bei der Auswanderung das democratische Element, welches vorwaltet, so ist es hier im Gegensatze das s. g. conservative Element. Auch die Conservativen hegen keinen Vertrauen mehr in die Dauer der jetzigen Zustände; auch sie sind dahin gekommen, daß sie nach allen völlig ungehinderten, maß- und namlosen „Volksbeglückungen" ihr Vermögen im Vaterlande nicht mehr gehörig sicher glauben, daß sie dasselbe vielmehr über den Ocean hinüber senden, weil sie, die „Conservativen," dort, im Lande der Democratie, vor jenen ungünstigen Wechselfällen sicher sind, welche die Zukunft Europas in Aussicht stellt. Das sind die Früchte so vieler, seit Jahren immer mehr angehäuften „rettenden Thaten!" Selbst deren Vertheidigern bangt nun vor der Zukunft!

Noch vor wenigen Jahren hörte man in Deutschland äußerst selten, in Süddeutschland fast gar nie davon, daß Jemand sein Vermögen in amerikanischen Papieren angelegt hätte. Heute ist es etwas Gewöhnliches. Nicht blos in unsern Seeplätzen oder in dem Hauptwechselplatze Frankfurt, sondern auch in Wien und Berlin, ja selbst in München, Stuttgart, Carlsruhe, Mannheim — überall finden Käufe solcher Papiere statt!

Nur durch den bezeichneten doppelten Geldabfluß aus Deutschland ist der hohe Cours des Goldes erklärbar. Ungeachtet der ganz außerordentlichen Goldfülle, welche Californien, Südaustralien und auch der Ural liefern, wonach sich unter normalen Verhältnißen längst ein sehr bedeutendes Sinken der Goldpreise hätte einstellen müßen, stehen die Preise heute höher als seit langer Zeit; ebenso die Preise derjenigen Silbermünzen, welche in den Vereinigten Staaten Cours haben, wie namentlich die französischen.

*** Vom Haardtgebirge,** den 19. Juni. Unsere Herbstaussichten mindern sich täglich. Hält die Näße noch länger an, so werden die bereits beginnenden Verheerungen des Wurms sehr bedeutend sein.

(::) Vom Donnersberg, im Juni.*) Die neuliche Behauptung der Speyerer Zeitung, daß die Jesuiten und die Mucker nur bis zu einem gewissen Punkte und so lange die Erstern die Letztern gebrauchen können, mit einander Hand in Hand gehen, hat sich jetzt schon in Preußen bewährt. Die protest. und die kathol. Jesuiten, bisher im größten Einverständniß, wo es sich zur Unterdrückung einer freien Religionsanschauung handelte, sind plötzlich einander in die Haare gerathen. Die protestant. Mucker, die bisher dem Jesuitismus den größten Vorschub leisteten, sie wollen jetzt die kath. Jesuiten verhindern, ihr Schäfchen, das die Mucker ihnen halfen herbei treiben, ins Trockene zu bringen! — Allerdings hat die protest. Kirche nöthig, sich aus dem Todesschlummer, in den sie Reaction und Pfaffthum gewiegt hat, zu erheben und mit den Waffen des Geistes für ihre edelsten Rechte zu kämpfen; aber die Protestanten werden sich nicht an solche Führer anschließen, die bisher ganz dem Wesen des Protestantismus entgegen waren. ... Viele Mucker klagen über schlechten Kirchenbesuch. Ist leicht zu erklären. ... Namentlich beklagt sich bitter ein gewisser Pfr. B. in E., ein eifriger Agitator und Tractätchenvertheiler jener Partei in der hiesigen Gegend, der, wie man sagt, seine Inspirationen von einem Mennonitenprediger in einem hessischen Dörfchen erhält. Derselbe sagt sogar in der liebenswürdigen „Pfälzerin," gelegentlich eines sehr weichherzigen Artikels über die Noth der Armen, daß es nicht gut wäre, wenn ein armes Kind bei einem Reichen zu essen bekäme, weil ihm dadurch Lehren eingeimpft würden, die mit dem positiven Christenthum im Widerspruch ständen, und weil es einige Gemeinden gäbe, in denen kein Christenthum zu finden sei. Mit diesen Gemeinden meint er offenbar die seines Wohnortes. Zur Steuer der Wahrheit diene, daß in diesen Gemeinden seit sehr langer Zeit, ja seit Menschengedenken, ein sehr starker Kirchenbesuch war. —

*) Kann nur bruchstückweise mitgetheilt werden. Fernere Beiträge sind übrigens willkommen.

*** Von der hessisch-preußischen Gränze,** den 16. Juni. Aus der benachbarten Gemeinde Z. erfahre ich von glaubwürdiger Seite Folgendes: In diesem Orte mit einer confessionell gemischten Bevölkerung fand vor einigen Wochen eine Prozession statt. Kaum war der Zug außerhalb der Kirche, als ein Bursche aus einem benachbarten Orte vorbeiging, und die Mütze auf dem Kopfe behielt. Da tratt der Pfarrer aus seiner Reihe und schlug jenem Burschen dieselbe mit seinem Buche vom Kopfe. Dann ging er wieder an seinen Platz. —

*** Speyer,** den 20. Juni. Gestern starb im Wildbade Hr. Peter Eberle von hier, früher Mitglied der baier. Abgeordnetenkammer, im 59. Altersjahre. Er war mit seinem schlichten klaren Verstande, seiner Herzensgüte, seiner Rechtlichkeit und seiner unerschütterlichen Ueberzeugungstreue das ganze Leben hindurch ein wahres Muster eines edeln Bürgers in der schönsten Bedeutung des Wortes.

Schleswig-Holsteinisches. Unter dieser Ueberschrift sagt der „Bayer. Eilbote:" Es ist eine alte Geschichte, aber leider — sie bleibt immer neu. — Ein Dankesvotum hat man den Kommissären Oesterreichs und Preußens gebracht, welche in Dänemark gewesen, um die Angelegenheiten Schleswig-Holsteins zu ordnen. — Nicht das Volk allein hat in Schleswig-Holstein gegen den Dänenkönig das Schwert erhoben — wäre dies der Fall gewesen, so ließen die neuesten Ereigniße in jenem Lande sich eher begreifen — der Bundestag hatte den Kampf aufgenommen, Truppen, von deutschen Regierungen gesandt, sind in dem Felde gestanden, Offiziere aus deutschen Armeen haben sie geführt. — Die neuesten Ereigniße in Schleswig-Holstein zeigen deßhalb um so mehr die ganze Fülle unseres politischen Elends. — Es war schon des Jammers genug, daß man im großen römischen Reiche deutscher Nation es über sich bringen konnte, die Rechte eines Staates, auf dessen Anschluß Deutschland gegründete Anwartschaft hat und dessen Verbindung mit Deutschland diesem eine Fülle von Vortheilen bietet, einem so ohnmächtigen Gegner gegenüber so lässig zu verfechten: Jammers genug, daß am Ende Unterhandlungen entscheiden sollten. Wird da jetzt gegen Neuenburg wieder von Seite des Preußenkönigs der Herrschaftsanspruch gestellt

und wohl bald geltend gemacht, obgleich Neuenburg der Krone Preußen immer mehr geſchadet als genützt und ihr auch in Zukunft immer mehr ſchaden als nützen wird. — Eines aber war man zu glauben berechtigt, daß, wenn man auch den Kampf gegen Dänemark aufgegeben, die Kommiſſäre Oeſterreichs und Preußens wenigſtens dem Rechtsgefühle, der eigenen Ehre und der Ehre Deutſchlands ſo weit Rückſicht zuwenden werden, um nicht Diejenigen preiszugeben, welche, von den deutſchen Mächten ſelbſt angeſpornt, das thaten, was ſie gethan. — Was iſt geſchehen? Ein großer Theil derer, welche im beſten Glauben für die von Seite der deutſchen Regierungen ſelbſt als legal anerkannte Sache Schleswig-Holſteins eingetreten, wurde von der Amneſtie ausgeſchloſſen, indeß die Kommiſſäre Oeſterreichs und Preußens in Kopenhagen ſaßen. — Die Anlehen, welche die proviſoriſche Landesverwaltung Schleswig-Holſteins geſchloſſen, die Landesverwaltung, welche unter den Auſpizien aller deutſchen Mächte — mit Ausſchluß Oeſterreichs — eingeſetzt, von allen deutſchen Regierungen anerkannt worden: dieſe Anlehen ſind nunmehr von der däniſchen Regierung für ungültig erklärt worden. Auch dabei ſaßen die Kommiſſäre Oeſterreichs und Preußens in Kopenhagen. — Acht Profeſſoren in Kiel wurden abgeſetzt, „weil ſie einer unrechtmäßigen (d. h. der von Deutſchland anerkannten ſchleswig-holſteiniſchen) Regierung ihre Ordensinſignien eingeſandt.“ Auch bei dieſem Act ſaßen die Kommiſſäre Oeſterreichs und Preußens in Dänemark. — Es liegt in der Natur der Verhandlungen, daß jeder Theil von ſeinen Anſprüchen etwas aufgibt. Die Kommiſſäre Oeſterreichs und Preußens haben Alles aufgegeben, der Dänenkönig nichts. Auch das kennzeichnet im Allgemeinen Unterhandlungen, daß der Stärkere weniger, der Schwächere mehr von ſeinen Anſprüchen abgeht. Hier hatte der Schwächere gar nicht abzuweichen, der Stärkere iſt von allen Anſprüchen abgegangen. — Hinweg das Auge von dem Bilde des Jammers. Möge man aber wenigſtens jenen acht Männern eine neue Heimath öffnen, die lediglich darum brodlos gemacht wurden, weil ſie Ehrenmänner ſind.

München, den 17. Juni. Heute fand in der Gegend von Schleißheim, ein Feldmanöver ſtatt, welchem König Max beiwohnte. — Der heutige „Volksbote“ wurde wegen eines Artikels über Legationsrath v. Dönniges confiscirt und erſchien hiefür eine Erſatznummer.

In dem Floßmann'ſchen Schuldenweſen figuriren allein weit über 400,000 fl. Wechſelforderungen und man erfährt über die Natur dieſer Darlehen, welche dem unglücklichen Verſtorbenen gegeben wurden, über den Zinsfuß, über die Perſonen der Gläubiger, Allerlei, womit freilich der Volksbote keine Verdächtigungen von Juden herausſtaffiren kann. Wir haben es da mit Chriſten zu thun, und das nicht mit gewöhnlichen Geſchäftsleuten, ſondern mit wohltönenden Namen aus der Crême der Geſellſchaft, die wohlerworbene Rechte auf Ahnen- und andere Tafeln haben, mit Darleihen aus dem zarten Geſchlechte, mit Perſönlichkeiten, die um ein paar Gulden Mitglieder von dem und jenem Vereine ſind und als edle Philanthropen gelten, im geheimen aber Geſchäfte machen, bei denen 25 pCt. nichts Ungewöhnliches und 10 pCt. noch die niedrigſten Zinſen ſind! (B. Eilb.)

Frankfurt, den 19. Juni. Das Protokoll C der *Darmſtädter Uebereinkunft* hat, wie wir hören, nach kurzen Verhandlungen eine *allſeitige Ratification erfahren.* Oeſterreich hat ſich den Darmſtädter Coalirten gegenüber verpflichtet, in keine Separatunterhandlungen über die Zoll- und Handelsfrage mit Preußen zu treten. (F. Z.)

Der Ausſchuß des Volkswirthſchaftlichen Vereins für den deutſchen Zollverband hat eine Anſprache an den Gewerb- und Handelsſtand des Zollvereins erlaſſen, worin es heißt: „Die Induſtrie hat bisher keineswegs die entſprechende Thätigkeit entwickelt, wenn es ſich um Geltendmachung ihrer eigenen Anliegen, ſelbſt da, wo von denſelben Aufblühen oder Untergang abhing, handelte. Dieſer Indifferentismus der meiſten Betheiligten muß aufhören und einem thatkräftigen Zuſammenwirken Platz machen, wenn man den Induſtriellen nicht den gerechten Vorwurf machen ſoll, ſie hätten es ſelbſt verſchuldet, daß ſie in die unglücklichſte Lage gekommen ſind. Wir wenden uns deßhalb an Alle, die in der gewerblichen und commerciellen Wohlfahrt Deutſchlands einen Hauptzielpunct erkennen, beſonders aber an die Betheiligten des Handels und der Gewerbthätigkeit im Zollverein mit der Bitte, ſich unſerem Vereine anzuſchließen.“

Stuttgart. Der „Beobachter“ ſagt ſehr richtig am Schluße eines Artikels über die Budgetberathung und die ſpärlichen Ergebniße der erzielten Erſparung — d. h. eigentlich blos der kleinen Verminderung an dem geforderten *Mehr*aufwande: „Die Verlegenheiten, welche die Kammer bedrohen, kommen vornehmlich von zwei Urſachen her; einmal von dem Unglück Deutſchlands, dann aber daher, daß unſer Ländchen durch Napoleon zu vornehm gemacht worden iſt, ſo daß es, wie früher unter den Herzogen, die Landesvergrößerung, ſo jetzt die Rangerhöhung zu bezahlen hat. Mit kleinen Etatsſtrichen kann man die Wunde vorübergehend etwas kühlen, aber gegen das Uebel im Ganzen wird kein Heilkraut der Theebüchſe des Hrn. v. Linden zu finden ſein.“

In der Abgeordnetenſitzung vom 18. Juni — am Jahrestage der Sprengung des Parlaments (1849), — ward ein Geſetzentwurf eingebracht, wodurch die Beſtrafung von Verbrechen gegen den *deutſchen Bund* wieder hergeſtellt werden ſoll. — Bei der Budgetberathung veranlaßte die Feſtſetzung der *Miniſtergehalte* eine lange Verhandlung. Schließlich wurde 1) der Antrag, es bei dem bisherigen Gehalte von 3600 fl. zu belaſſen, mit 56 gegen 24 Stimmen verworfen; 2) der Regierungsantrag auf 6000 fl. mit 60 gegen 20 Stimmen gleichfalls verworfen; 3) der Commiſſionsantrag von 5000 fl., wovon 1400 fl. Functionszulagen, mit 55 gegen 25 Stimmen angenommen.

Darmſtadt, den 17. Juni. Bei der Budgetberathung wurde das Verhältniß der katholiſchen Facultät zu Gießen wieder zur Sprache gebracht. Die Abgg. Müller-Melchiors, Mohr, Kraft von Gießen, Paulſackel ꝛc. äußern ſich aufs Schärfſte darüber, daß die Staatsregierung in dieſer, ihre Macht und das Intereſſe der Landesuniverſität ſo ſehr compromittirenden Angelegenheit bis jetzt nichts Energiſches unternommen habe. Der Abg. *Kraft* von Gießen fragt, „ob die Regierung eine Macht über ſich wolle entſtehen laſſen, der ſie am Ende nicht mehr gewachſen ſei?“ Abg. *Paulſackel* glaubt, daß die Staatsregierung mehr Urſache habe, gegen den renitenten Biſchof von Mainz einzuſchreiten, als wie ſ. Z. gegen einzelne Lehrer, deren Privatinſtitute geſchloſſen worden ſeien. Abg. *Mohr* erwähnt das feindſelige und intolerante Verhalten des Biſchofs gegen Andersdenkende, wie die Deutſch-Katholiken in Mainz ꝛc. Der Regierungscommiſſär *von Rieffel* gibt auf Alles dieſes ausweichende Antworten, vorgebend, daß die Verhandlungen mit den Biſchöfen der oberrheiniſchen Kirchenprovinz noch nicht zu Ende gediehen ſeien. Die Kammer beſchließt jedoch mit großer Mehrheit: „die Regierung zu erſuchen, ohne allen Verzug zu verordnen, daß die Verleihung eines katholiſchen Pfarramtes künftig nur zu Gunſten derjenigen Theologen ſtattfinde, welche eine deutſche Univerſität beſucht und auf Grund akademiſcher Abgangszeugniſſe durch eine Prüfung von der kathol. theologiſchen Fakultät in Gießen ihre genügende Befähigung beurkundet haben.“

Leipzig, den 15. Juni. Die letzten Kammern haben auf eine Verminderung des Armeebeſtandes angetragen, in der ausgeſprochenen Hoffnung, daß eine allgemeine Herabſetzung des Bundescontingents zu ermöglichen ſein werde. Ueberraſchender Weiſe hat darauf die Regierung erklärt: „dem unter gewiſſen Vorausſetzungen geſtellten Antrage auf Vorlegung eines verminderten Militärbudgets beim nächſten Landtage ſolle Berückſichtigung zu Theil werden,“ ſo daß man glauben muß, die Erfül-

Digitized by Google

lung jener von den Kammern ausgesprochenen — Voraussetzungen — die Verminderung des Bundescontingents — stehe in bestimmter Aussicht.*) — Die Einschüchterung unserer Geistlichen und Lehrer durch den Gewissenszwang ist so groß, daß auf einer Predigerconferenz der vorsitzende Superintendent den dringenden Wunsch aussprach, daß doch ja nicht ein Austausch religiöser Ansichten unter den Anwesenden Statt finden möge. Damit stimmt es denn ganz harmonisch zusammen, daß der von auswärts hieher berufene Lehrer der Dogmatik an hiesiger Universität seinen Zuhörern seine dogmatischen Ansichten in der Form kategorischer Heischsätze, ohne alle Begründung und wissenschaftliche Entwicklung, in die Feder dictirt. Das sind treffliche Aussichten für die geistige Cultur des nachwachsenden Geschlechts! (Köln. Z.)

Von Preßprozeßen schwebt jetzt noch in erster Instanz eine dreifache Anklage wegen Beleidigung des Prinz-Präsidenten von Frankreich. . . . Die Incrimination scheint die Anerkennung des Präsidenten von Frankreich als „legitimen Herrschers" vorauszusetzen; denn das Gesetzbuch unserer Monarchie will und kann füglich nur legitime Staatsoberhäupter sammt „den Mitgliedern ihrer Familien," mithin dynastische Regenten schützen. Es versetzt Patrioten in eine eigenthümliche Stimmung, sieht man deutsche Bürger gerichtlich incriminirt, weil sie die Rechtmäßigkeit gewisser Dinge in Frankreich anzweifeln. Zum Glück für die Incriminirten haben die Wiener Verträge noch gültigen Bestand, nach welchen sämmtliche Mitglieder der Familie Bonaparte von der Herrschaft in jedwedem europäischen Land ausgeschlossen sind. Der Präsident Louis Napoleon ist unsers Wissens der erste Beamte der Republik, nicht legitimer Herrscher von Frankreich. (Allgem. Ztg.)

Berlin, den 17. Juni. Die Abreise des Königs nach Stolzenfels bleibt auf den 24. ds. Mts. festgesetzt.

Nach der „Schlesischen Ztg." sind die Cardinäle und Bischöfe in Preußen übereingekommen, im Falle der König einen von ihnen zum Mitgliede der ersten Kammer ernennen sollte, diese Ernennung nicht anzunehmen.

Koblenz, den 18. Juni. Gestern kam von Köln ein päpstlicher Offizier hierselbst an, der eine Anzahl in Holstein für den Dienst des Kirchenstaates geworbener junger Leute bei sich führte. Wir erfahren, daß darunter ein Theil, dreißig Mann, preußischer Unterthanen, befindlich waren, welche als noch militärpflichtig in Köln verhaftet worden sind. Mit den übrigen setzte der Offizier seine Reise fort. (Kobl. Z.)

Köln, den 18. Juni. Die Herzogin v. Orleans, welche heute Abend hier durchkam, bewohnte zu Lüttich den nämlichen Gasthof, wie General Changarnier.

Aachen, den 18. Juni. Dem General Lamoriciere ist nach einer eben eingetroffenen Nachricht der Aufenthalt in Aachen zum Gebrauch der Bäder höheren Ortes gestattet worden. Von Hrn. Nuellens in Verviers abgeholt, traf derselbe heute Nachmittags hier ein.

Bremen, den 18. Juni. Gestern sind die Pressen der Dubber'schen Druckerei, in welcher eine Flugschrift: „Bremische Zustände von M.", erschienen war, auf Verlangen der Policeidirection versiegelt worden. (Wes.-Z.)

Wien, den 13. Juni. Die zunehmende Auswanderung aus Böhmen fängt bereits an, der Regierung bedenklich zu werden, und es sind Befehle an die Ortsbehörden erlassen, keinen Abzug aus dem Lande anders als nach eingeholter Erlaubniß der Statthalterei zu gestatten. Trotz der abschreckenden Beispiele des vorigen Jahres will man es wieder mit Ungarn versuchen, und obgleich man sich veranlaßt sah, in officieller Kundgebung jede Solidarität mit der gewissenlosen Speculation des Hrn. Ehrenberg in Abrede zu stellen, sind doch neuerdings mit ihm Unterhandlungen eröffnet worden. Von 1456 unglücklichen Menschen, meist aus Oberösterreich und Salzburg, die den Verlockungen folgten, sind 126 an Ort und Stelle gestorben, 1076 aber im fürchterlichsten Elend und Kummer wieder zurückgekehrt; die Uebrigen haben sich auf gut Glück durch eigene Faust fortgeholfen. Unsere deutschen Landsleute von der Einwanderung nach Ungarn abzuhalten, ist, Gott sei Dank, nicht nöthig. Allein noth thut es die Deutsch-Oesterreicher über das Grab aufzuklären, welchem sie dort entgegeneilen. Freilich ist das keine ganz leichte Sache. Eine Presse, wie die wiener, welche täglich die Ruthe küßt, die sie schlägt, wird natürlich das Schweigen nicht brechen, und von draußen her ist jede Stimme der Wahrheit verpönt. Wollte man den unglücklichen Gedanken aufgeben, die Magyaren mit einer Handvoll österreichischer Bauern zu germanisiren, so böte sich dermalen eine andere äußerst günstige Gelegenheit, Bevölkerung nach Ungarn herbeizuziehen. Man dürfte nur den in Bosnien und der Herzegowina verfolgten Christen, Rajah's, die Gränzen öffnen. Aber freilich, es sind Slawen und griechischer Confession und würden ein Zuwachs zu der Opposition werden, welche seit den Täuschungen des Jahres 1849 das ganze Slawenthum gegen Oesterreich beseelt. Wenn irgend einem Volke seine äußerste Hingabe und Aufopferung für das angestammte Herrscherhaus mit Undank belohnt worden ist, so sind es die Croaten, sie bilden das Seitenstück zu den Tyrolern vom Jahre 1809. (Köln. Z.)

— den 15. Juni. In dem mährischen Dorfe Polleschowitz, gegen die ungarische Grenze hin, ist, während die Bewohner auf dem Felde arbeiteten, plötzlich Feuer ausgebrochen. Ehe man nach Hause gelangte, stand das ganze Dorf in Flammen. Neun Personen wurden todt aus den Flammen getragen, 18 schwer verletzt. Alles Hausvieh, Ackergeräthe und Mobiliar ist vernichtet, 200 Häuser in Asche. Ein anderer heftiger Brand im Städtchen Schwabenic äscherte 108 Bauern-, 46 Chaluppner- und Ausgedingenhäuser und 44 Scheunen ein, bei welcher Gelegenheit sehr viel Vieh mitverbrannte und an Obstbäumen allein der Schaden, gering gerechnet, auf 20,000 fl. C.-M. angeschlagen wurde. Auch 2 Menschen kamen bei dem Brande um und mehrere Personen erlitten Brandverletzungen.

*) In Baiern ist der Armee-Etat um fast 30,000 Mann größer, als er nach dem Bundescontingent sein müßte (siehe die deßfallsigen Kammerverhandlungen, welche die Speyr. Ztg. seiner Zeit mittheilte.) D. Red.

Oesterreichische Staaten.

Zara, den 9. Juni. In der Nacht auf den 8. ds., gegen 12¼ Uhr, ward hier eine heftige Erderschütterung verspürt.

Schweiz.

Neuenburg. Die Finanzen Neuenburgs stellen sich nach der letzten Staatsrechnung sehr günstig. Die Einnahmen von 1851 betrugen 150,000 Fr. mehr und die Ausgaben 53,000 Fr. weniger, als veranschlagt worden. Eine neue Abzahlung von 50,000 Fr. hat die Staatsschuld, die unter der royalistischen Verwaltung auf nahezu eine halbe Million angewachsen war, auf 138,000 Fr. vermindert.

Frankreich.

Paris, 15. Juni. Gestern wurde vom Assisenhofe ein junger Mann, welcher bei den hiesigen Decemberunruhen auf einer Barricade befehligte und das Volk zum Aufstande anfeuerte, zu achtjähriger Zwangsarbeit verurtheilt. Vergebens behauptete er, daß er ein geheimer Agent der Policei gewesen sei.

Paris, den 17. Juni. Der gesetzgebende Körper, dessen Sitzungen am 28. Juni aufhören sollen, wird wahrscheinlich um etwas verlängert werden. — Der „Moniteur" veröffentlicht abermals Personalveränderungen in der Magistratur, die nicht weniger als 5 Spalten einnehmen. — Die Familie Orleans hat bereits zum Verkaufe der ihr angehörigen Güter schreiten lassen, die nicht unter das Decret vom 22. Januar fallen, d. h. ihr dem Privatrechte nach angehören. Es sind dies die im Ober-Marnedepartement gelegenen schönen Waldungen, welche das Eigenthum der Wittwe Ludwig Philipp's sind. —

Wenn die beabſichtigten neuen Steuern in Kraft treten, ſo wird, wie man berechnet, ein Journal, das täglich 20,000 Nummern abzieht, jährlich 67,000 Fr. an Steuern zu zahlen haben, und der Pappdeckel je nach ſeiner Güte auf einmal um 15 bis 100 Procent theurer werden. — Zu Valenciennes hat die Zollbehörde eine Anzahl zu London gedruckter Pamphlete, betitelt: „Die Geheimniſſe des 2. Decembers," mit Beſchlag belegt. Die Unterſuchung iſt eingeleitet. — Hr. Blot, Generalinſpector des Policeiminiſteriums, hat den Auftrag erhalten, ſich von Marſeille nach Montpellier zu begeben, um an Ort und Stelle die Wirkungen der furchtbaren Gewitter von Anfang Juni zu ermitteln und der Regierung darüber Bericht zu erſtatten. — Nicht überall ſcheint die öffentliche Frohnleichnamsproceſſion gleichen Erfolg gehabt zu haben. Aus Nancy ſchreibt man z. B., daß dort nur Wenige ſich vor dem Allerheiligſten entblößt haben, daß hier und da energiſcher Tadel gegen die Ceremonie laut wurde und daß man ſich darüber freute, daß die Juſtiz-, Civil- und Militärbehörden nicht, wie unter der Reſtauration, in corpore beiwohnen mußten. Zu St. Quentin, wo der Unterpräfect, der Maire und andere Beamten, ſo wie die Gymnaſialſchüler die Proceſſion mitmachten, ſoll von den Proteſtanten eine Gegendemonſtration verſucht worden ſein. (Köln. Ztg.)

In der Bretagne iſt ein proteſtantiſches Blatt unterdrückt worden, weil es die Nachricht brachte: die und die Perſonen haben an dem Tage „die Irrthümer der katholiſchen Religion abgeſchworen" und ſind zur proteſtantiſchen Kirche übergetreten. Man muß nun wiſſen, daß es bei den katholiſchen Blättern ſtehende Formel iſt, bei ſolchen Gelegenheiten von den „Irrthümern des Proteſtantismus" zu ſprechen, ohne daß je darum ein katholiſches Blatt unterdrückt worden wäre.

Spanien.

Madrid, den 11. Juni. Am 28. d. Mts. wird die Königin in Madrid eine große Revue abhalten. Unſere Politiker glauben, da die Mehrzahl der angeſtellten Officiere royaliſtiſch geſinnt iſt, daß die Truppen bei der Gelegenheit „Viva la Reina absoluta" rufen und dann die Conſtitution begraben werden würde.

Italien.

Das „Giornale di Roma" veröffentlicht eine Liſte von dreizehn Perſonen, die das franzöſiſche Kriegsgericht wegen Verwundung franzöſiſcher Soldaten zu Gefängnißſtrafen von 6 Monaten bis 5 Jahren verurtheilt hat. Ein anderes Individuum iſt zu dreimonatlichem Gefängniß verurtheilt worden, weil man Munition in ſeinem Beſitze gefunden hate.

Neueſte Nachrichten.

München, den 18. Juni. König Max wird in dieſen Tagen einen Beſuch in Schlangenbad machen, um die Kaiſerin von Rußland zu begrüßen. Gleichzeitig wird daſelbſt der König von Württemberg eintreffen.

Am Sonntag den 13. ds. früh waren alle Berge der Umgebung von Oberſtdorf, Landg. Sonthofen, mit Schnee bedeckt. Die Nacht über hat's ſogar im Thal geſchneit. Im Gebirg iſt die Natur ſo galant, den Leuten im Sommer manchmal was Gefrornes aufzutiſchen. (Vksbtn.)

Hannover, den 17. Juni. Die täglich zahlreich einlaufenden Petitionen beweiſen, daß die Gefahr, in welcher die Verfaſſung ſchwebt, allgemein erkannt wird.

Berlin, den 18. Juni. Es dürfte wol noch 14 Tage dauern, bis die Vertreter der Coalitionsregierungen ihre Erklärung abgeben werden. So viel will man bereits wiſſen, daß dieſe Antwort der diesſeitigen Erklärung vom 7. ds. an Entſchiedenheit wol gleichkommen dürfte.

Kiel. In Folge der neueſten däniſchen Reſcripte wird ſich die Univerſität Kiel wahrſcheinlich ſelbſt auflöſen. Den Studenten wurden ihre liebſten Profeſſoren abgeſetzt und den noch bleibenden alle ſeit 1848 bewilligten Zulagen geſtrichen.

Teſſin. Der Staatsrath hat eine ſehr energiſche Proclamation erlaſſen, in welcher er den Biſchof von Como wegen ſeines Einſchreitens gegen geiſtliche Mitglieder des gr. Rathes ſchuldig erklärt, ſich einen Angriff auf die Unabhängigkeit des Gr. Rathes und damit einen ſtrafbaren Uebergriff erlaubt zu haben. Zugleich wird der Biſchof aufgefordert, den an ſich rechtsungültigen und als nicht beſtehend erklärten Maßregeln gegen jene Geiſtlichen keine weitere Folge zu geben. Endlich wird allen Behörden und Beamten weltlichen und geiſtlichen Standes bei einer Strafe von 100 bis 10,000 Fr. und Entziehung des Platzes für die Geiſtlichen, unterſagt, ohne Bewilligung der Regierung zu irgend welchem Schritte des Biſchofs gegen irgend ein Mitglied des gr. Rathes die Hand zu bieten. Dieſe Proclamation iſt in großem Placatformat veröffentlicht worden.

Paris, den 19. Juni. Die jetzige Seſſion des geſetzgebenden Körpers wird weder verlängert, noch derſelbe ſpäter außerordentlich zuſammenberufen werden. — Der Moniteur enthält den Beſchluß des Staatsrathes, wodurch der Act des Orleansdecrets in Bezug auf Neuilly, Monceau und diejenigen Beſitzungen, welche Ludwig Philipp vor ſeiner Thronbeſteigung beſaß, als Verwaltungsmaßregel anerkannt, dagegen die Competenz der Gerichtsbehörden für zuläſſig erklärt wird in Betreff der Güter, welche theils nach der Thronbeſteigung des Königs erworben, theils von Letzterem mit der Prinzeſſin Adelaide von Orleans gemeinſchaftlich beſeſſen wurden. (K. Z.)

An der Gränze wurden mehrere Ballen Bücher mit Beſchlag belegt. Es war die Schrift Victor Hugos: „Myſterien des 2. December," zu welchem Werke ein Londoner Verleger das Manuſcript um 50,000 Frcs. ankaufte. Trotz aller hermetiſchen Mauthdämme wird dasſelbe doch unter das Volk dringen, ebenſo wie der heftige Brief des Oberiſten Charras, der in Tauſenden und Tauſenden von Exemplaren unter den Arbeitern in den Vorſtädten circulirt. (K. Z.)

Athen, den 8. Juni. Als Thatſache ſteht feſt, daß die in Kallavrita aufgefundenen Briefe den Beweis liefern, daß eine weitverzweigte Verſchwörung im orthodoxen Sinne unter den Kloſtergeiſtlichen im ganzen Lande bis zum Berge Athos und nach Konſtantinopel beſteht. In Folge dieſer Briefe und der weiteren Unterſuchung werden ſowohl in Athen als auch allenthalben im Lande Verhaftungen herumziehender Mönche und Geiſtlichen vorgenommen. Allenthalben tauchen Prediger auf, die im Verſchwörungsſinne auf das Volk wirken. Der Mönch Papoulaki verſchwindet bald, bald erſcheint er wieder predigend vor dem Volke.

Geldcourſe.

Frankfurt, den 19. Juni. Piſtolen 9 fl. 47 — 48 kr., Ducaten 5 $38\frac{1}{2}$ — $39\frac{1}{2}$, 20-Franken-Stücke 9 33 — 34 Holländiſche 10fl.-Stücke 9 57 — 58, Preußiſche Thaler 1 $45\frac{1}{2}$—$45\frac{3}{4}$, Fünffrankenthaler 2 fl. $22\frac{1}{4}$—$22\frac{1}{2}$ kr.

Redacteur und Verleger: G. Fr. Kolb.

[1078²] **Zu verkaufen.**

In Bergzabern iſt bei Wittwe Winckler eine Drehbank ganz von Eiſen mit Ueberſetzung, auch eine Bohrmaſchine und ein Ambos aus freier Hand zu verkaufen.

[1077] **Zu verkaufen.**

Von zwei alten, ſehr guten Violinen iſt eine, nach Auswahl, verkäuflich. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieſes Blattes.

[42] **Lotto.**

Zu Regensburg kamen den 17. Juni heraus:

17. 47. 57. 59. 62.

Die nächſte Ziehung iſt den 26. Juni zu Nürnberg.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch **Nro. 150** **den 23. Juni 1852.**

Deutschland.

• **Die Zollfrage.** Das deutsche Volk wird aus der Entwicklung der Zollfrage bereits die volle Ueberzeugung erlangt haben, daß ihm die Diplomatie eine wahre Zolleinigung eben so wenig verschafft, als eine politische Einigung. Noch immer sind die Aussichten auch nicht im mindesten günstiger geworden. Die Regierungsblätter hatten früher gespottet, wenn man vorhersagte, die eingeschlagene Politik führe auch zur Erschütterung des Zollvereins. Heute müssen sie zugestehen, daß die Gefahren für diese Union größer sind als sie je waren. Ganz Deutschland muß die traurigen Folgen empfinden, am härtesten werden aber wir Bewohner Südwestdeutschlands darunter zu leiden haben. Jetzt reden die subventionirten Blätter von Hoffnungen, die sie auf Hannover setzen. Auf Hannover! Als ob dieses nicht am meisten nach einem Zollsysteme verlangte, welches dem in Südwestdeutschland erstrebten geradezu entgegengesetzt ist, nemlich nach dem Freihandelsysteme. Erlangte Hannover einen entscheidenden Einfluß, so würden gerade die Schutzzölle auf Wein, Tabak u. s. f. aufgehoben, und durch geringe s. g. Finanzzölle ersetzt. Schon der Septembervertrag konnte nur durch Concessionen in dieser Richtung erkauft werden. Und doch soll dorther das Heil kommen! — Welche Aussichten sind heute vorhanden? Preußen hat bereits in jenem Septembervertrage Zugeständnisse gemacht, die vorzugsweise Südwestdeutschland treffen. Eine Convention mit Oesterreich, welche gerade die Darmstädter Coalitionsstaaten erstreben, stellt die Eröffnung unseres Marktes für die wichtigsten österreichischen Producte ohne genügenden Gegengewinn in Aussicht. Die gegenseitig genährte Animosität hat bereits dahin geführt, daß die mächtige Kreuzzeitungspartei in Preußen sogar ein Präcipuum für ganz Norddeutschland von uns fordert. Und mittlerweile dauert die grundverderbliche Ungewißheit ins Unabsehbare fort! —

• **Bemerkungen.** Die Nichtanerkennung der Schleswig-Holsteinischen Anleihe hat eine gerechte Entrüstung in ganz Deutschland hervorgerufen. Aber allerdings geschieht es mit dem nemlichen, oder selbst mit noch eclatanter als bei den Schleswig-Holsteinern hervortretendem Rechte, wenn die Staatsgläubiger des ehemaligen Königreichs Westphalen an ihre so maßlos schnöde mit Füßen getretenen Rechtsansprüche erinnern. Ihre Forderungen sind so unzweifelhaft begründet, als nur irgend welche Forderungen es sein können. Die Regierung, um deren Verbindlichkeiten es sich handelt, war in feierlichen Staatsverträgen als das Gouvernement jenes Landes aufs Förmlichste anerkannt. Dessen ungeachtet können jene Staatsgläubiger nicht zum kleinsten Theil ihres Guthabens gelangen. So hat man namentlich die Domänenkäufer gewaltsam aus ihrem Besitze getrieben; man hat das, was rechtlich ihr Eigenthum geworden, als Domänen wieder eingezogen, aber man hat ihnen nicht einen Heller ihres bezahlten Kaufpreises zurückerstattet. Fast vier Jahrzehnte sind seitdem verflossen. Einst wohlhabende Familien sind an den Bettelstab gebracht. Sie können nirgendwo zu ihrem Rechte gelangen! —

Ludwig Napoleon sucht nach allen Richtungen hin alte Rechtsansprüche hervor, um für gelegene Zeiten andere Ansprüche daran zu knüpfen. In welche Lage hätte man sich selbst gebracht, wenn auf einmal von dieser Seite her eine Intercession zu Gunsten der Westphälischen Staatsgläubiger erfolgte? Man würde sie zurückweisen, — kein Zweifel! Wie wenig man aber auch eine fremde Einmischung gutheißen oder billigen wird, — wer könnte bestreiten, daß die Forderung an sich eine gegründete ist, daß somit durch einen derartigen Schritt ein sehr wunder Fleck berührt würde. — Die Kasseler u. s. f. werden eine neue Auflage des „Königreichs Westphalen" wahrlich nicht wünschen; gerade eben so wenig können sie aber über Dinge erfreut sein, wie die der eben berührten Frage, die sich übrigens bekanntlich noch bedeutend über die Grenzen des Kurfürstenthums Hessen hinaus ausbreitet. —

• **Speyer.** Aus Weißenburg wird uns berichtet, daß man an der dortigen französischen Grenze ganz gewaltig nach der Speyerer Zeitung fahnde, damit dieselbe ja nicht auf das französische Gebiet gebracht werde. Die Personen würden darnach durchsucht, und als man in ein altes, schon vor dem Jahre 1848 erschienenes Blatt dieser Zeitung irgend Etwas eingehüllt gefunden habe, so sei auch diese Nummer, trotz ihres Datums, hinweggenommen worden. — Wir wissen nicht, inwieferne alles Dieses auf Anordnung der Regierung geschieht, oder vielleicht Ausfluß eines Diensteifers untergeordneter Art ist. Sollte das Erste der Fall sein, so hätten wir nur Eines zu bemerken: Eine Regierung, welche gegen ein bloses Zeitungsblatt in solcher Weise Krieg führt, gibt dadurch doch wahrlich allzusehr zu erkennen, wie sehr sie selbst fühlt, nicht auf gesunden Füßen zu stehen. —

• **Speyer.** An der Reaktion gehen alle Erfahrungen spurlos vorüber. Man lese: „Wie sich die Zeiten ändern. Der Empfang des preußischen Königspaars in Schlesien ist bemerkenswerth Diese Provinz, welche noch vor zwei Jahren überwiegend demokratisch war, huldigt jetzt mit derselben Hingebung wie die Provinz Brandenburg und Pommern, denn die einflußreichsten Männer der demokratischen Opposition sind theils vertrieben, theils bekehrt, alle verstummt!" — Darüber jubelt man, daß man die Einen „vertrieben", die Andern (wie man es nennt) „bekehrt", und Alle „verstummen" gemacht hat! Was beweisen solche Dinge, was beweisen die befohlenen Huldigungen? Karl X. konnte im Jahre 1830 in seinem Exile in England Betrachtungen anstellen über den Triumphzug, der ihm so kurz zuvor, namentlich im Elsaße, bereitet worden war. — Wie groß ist doch stets und überall die Zahl Derjenigen, welche auf Täuschung der Fürsten hinwirken! —

• **Aus dem Kanton Kandel.** Vor einigen Tagen ist uns nachstehender Erlaß des kgl. Landcommissariats Germersheim zu Gesicht gekommen, welcher nach unserer Ansicht verdient, auch in weitern Kreisen bekannt zu werden:

„An sämmtliche Bürgermeisterämter, Kirchen- und Armenfondsverwaltungen des Bezirkes. (Den Buchbinder Engel in Kandel betreffend.) Die unterfertigte kgl. Behörde sieht sich veranlaßt zu verfügen, daß wofern für die Zukunft auf Rechnung der Gemeinden-, Kirchen-, Armen- oder sonstigen öffentlichen Cassen Bestellungen aus dem Verlage des Buchbinders Engel in Kandel gemacht oder Buchbinderarbeiten demselben übertragen werden sollten, die Auslagen hiefür von Revisions-Wegen werden abgestrichen und dem Besteller persönlich zur Last gelegt werden. Germersheim, den 10. Mai 1852. — K. Landcommissariat. (Unterz.) Kollmann."

Wir überlassen es Jedem, selbst zu beurtheilen, in wie ferne eine solche Maßregel gegen einen biedern Familienvater und ehrenhaften Bürger, der allerdings freisinnig ist, geeignet sein kann, die so oft hervorgehobene „Beruhigung der Gemüther" zu befördern. Leider hört man längst von vielen Fällen ähnlicher Art aus allen Theilen des Landes.

Speyer. Der „Nürnb. Kur.", bekanntlich eines der wenigen in Baiern noch vorhandenen freisinnigen Blätter, — eine der wenigen Zeitungen, welche mit Ueberzeugungstreue, Verstand und Kenntniß redigirt werden, — bringt eine Ansprache seines nun auch aus Steinbühl (bei Nürnberg) ausgewiesenen Redacteurs Dr. E. Feust, worin derselbe sagt: „Unter Androhung von Zwangsmaßregeln in die Heimath gewiesen, begebe ich mich heute nach Bamberg, um meine Thätigkeit für den Nürnberger Kurier von dieser Stadt aus fortzusetzen. — Der Nürnberger Kurier wird in der bisherigen Weise, mit der bisherigen Tendenz und mit den bisherigen Kräften forterscheinen. Ich selbst hoffe, durch die Entfernung vom Druckorte mancher laufenden Arbeiten überhoben, um so mehr Zeit zu gewinnen, in leitenden Artikeln die Verhältnisse nach allen Seiten zu beleuchten. — Daß die letzter Zeit eingetretenen Verhältnisse, daß die „Maßregeln", welchen ich und mein Blatt bis jetzt ausgesetzt waren, an meiner Gesinnung, an der Tendenz und Haltung des Nürnberger Kuriers nichts geändert haben, werden mir die Leser des Nürnberger Kuriers bezeugen. — Mit um so größerer Entschiedenheit kann ich jetzt die Versicherung wiederholen, daß ich auch jetzt und was immer noch folgen möge, — so lange überhaupt noch eine unabhängige Meinungsäußerung möglich ist — unter allen Umständen fortfahren werde, was ich für wahr und recht erkenne, zu verfechten. — So lange das Verfassungsedikt über die Freiheit der Presse noch in Kraft ist, habe ich hierzu ein sehr gutes Recht, das ich mir mit meinem Willen niemals verkümmern lassen werde."

München, den 17. Juni. Dem Regensburger Tagblatt schreibt man von hier: Das Redactionspersonal bei der „N. Münchener Ztg." ist vermehrt worden. Dr. Müller, früher als offiziöser Correspondent der „Neuesten Nachr." unter der Chiffer „x" bekannt, ist als dritter Redacteur mit 600 fl. jährlich angestellt worden, weil die HH. Haller und Vogel — ersterer mit 2200 fl., letzterer mit 1200 fl. jährlich besoldet — diesem höchst wichtigen und aufopfernden „Geschäft" ohne Gefahr ihrer Gesundheit, nicht mehr vorzustehen vermögen. Das „Deficit" dieses Blattes, das mit amtlichen Inseraten reichlich versehen und auf Regiekosten gehalten werden muß, wurde bisher unter Zustimmung der Kammern (d. h. der Majorität der zweiten Kammer) aus dem Reichsreservefond gedeckt. Die von der Regierung im letzten Budget geschaffene neue Position: „Regierungspresse 20,000 fl.," wurde in der Kammer gestrichen, aber gleich beigefügt, der nöthige Bedarf könne aus dem Reichsreservefond genommen werden. Kann es noch Jemanden wundern, wenn das Institut der „N. M. Ztg." zu einer Art Versorgungsanstalt für Literaten wird.

München, den 17. Juni. Der Volksbote schreibt: Die Ernennung des Dr. Harleß (an die Stelle des Hrn. v. Arnold) zum Oberconsistorialpräsidenten soll noch nicht erfolgt sein. Er soll nemlich den bisher in Bayern noch nicht dagewesenen Titel „protestantischer Landesbischof" verlangen, was wol mehrseitige Anstände finden dürfte!

München, den 19. Juni. Gemäß einer Bekanntmachung des Finanzministeriums wird die von den Kammern bewilligte Erhöhung aller directen Steuern in der Art festgestellt, daß von jedem Gulden der Grund- und Dominicalsteuer **17** Kreuzer, und von jedem Gulden der Häuser-, Gewerbe- und Einkommensteuer **7** Kreuzer als Steuerzuschlag und zwar für das laufende Jahr sofort und für die 3 nachfolgenden an den bestehenden Steuerzielen zu erheben ist.

Die Abreise des Königs Ludwig nach Edenkoben in der Pfalz ist auf den 30. d. Mts. verschoben, da Königin Therese noch immer etwas leidend ist; die Aerzte sollen eine Ortsveränderung dringend gerathen haben. (Volksbötin.)

Hr. Staatsrath Dr. v. Ringelmann soll als Präsident des Appellgerichts nach Neuburg an der Donau kommen. (B. Eilb.)

Die Centralveterinärschule erhält eine neue Organisation und wird über den Unterrichtsplan und die Einrichtung in dem Regierungsblatt das Nähere bekannt gegeben.

Augsburg, den 19. Juni. Die gestrige Schranne brachte einen durchgängigen Abschlag der Fruchtpreise. Weizen sank um 17 kr., Korn um 40 kr., Gerste um 1 fl. 6 kr.

Hr. Gustav Diezel wurde unter polizeilicher Begleitung nicht blos bis an die württembergische Grenze gebracht, sondern von derselben nach Stuttgart abgeliefert, um, wie verlautet, auch von der württembergischen Behörde abgeurtheilt zu werden.

Kempten, den 17. Juni. Gestern Abend erfolgte die Confiscation der Nro. 169 der „Kemptner Zeitung" unter Allegirung der Art. 10—12 und 22 des Preßgesetzes. Ein Artikel, den wir wörtlich der Neuen Münchener Ztg. (!) entnommen, soll, wie wir hören, Veranlassung zu dieser Beschlagnahme gegeben haben. (K. Z.)

Darmstadt, den 18. Juni. Der Bericht des Finanzausschußes über den Müller-Melchiors'schen Antrag in Betreff der Zollverhältniße ist endlich erschienen. Abgeordneter Kraft von Gießen, vom Präsidenten des Ausschußes, Abg. Zöppritz, zum Referenten ernannt, stellte sich damit an die Spitze einer das bisherige Verfahren der Staatsregierung schützenden Ansicht, und hatte die Abgg. Draudt und Kraft aus Dieburg zu Beipflichtenden, während die Ausschußmitglieder Zöppritz, George, Volhard und Müller-Melchiors, also die Majorität, vom entgegengesetzten Standpuncte ausgingen. — Selbst die Minorität stellt übrigens folgenden Schlußantrag: „Die Kammer wolle, unter Verweisung auf einen früheren, der Erneuerung der Zollvereinsverträge mit Preußen im Allgemeinen günstigen Kammerbeschluß, der Regierung erklären: 1) daß sie zur Ausführung jeden Zollvereinigungsvertrages ohne Zuziehung Preußens oder zu einem Handelsvertrage mit Oesterreich, der sich auf seine außerdeutschen Länder erstrecke, die Zustimmung der Stände für wesentlich nothwendig halte, und 2) daß sie, so lange eine Erneuerung der bisherigen Zollvereinigungsverträge mit Preußen auf einer gerechten und billigen Grundlage möglich sei, zu einem anderen, Preußen ausschließenden Zollvereinigungsvertrage nie ihre Zustimmung ertheilen werde — im Uebrigen aber dem Antrage des Abg. Müller-Melchiors und den angeführten Petitionen keine Folge zu geben."

In dem Berichte der Majorität heißt es u. a.: „Wenn die süddeutschen Länder Ursache haben, sich über manche Bestimmung der Zollvereinsverfassung zu beklagen, warum sind die sechs Regierungen der Coalisirten nicht alsbald bei Abschluß des zweiten Protokolls vom 6. April dahin übereingekommen, die Ausgleichungsabgaben auf Wein, Tabak und Bier unter sich aufzuheben? Warum haben sie die Bestimmung der Einstimmigkeit zur Veränderung der Tarifsätze beibehalten? Wissen sie nicht, daß in Kurhessen, Sachsen und Baiern jene bezahlt werden müssen? und war es ihnen nicht in Erinnerung, daß die Erhöhung einiger Tarifsätze aus der kasseler Zollconferenz nur an der Stimme Braunschweigs scheiterte?" Nach einem besonderen Tadel gegen die hessische Regierung wegen der belassenen Ausgleichungsabgaben und nach Verwerfung des „Weges des Trotzes" gegen den Verein, wird dann ausführlicher entwickelt, welchen Nachtheilen eine dritte Zollgruppe „als Trutzbündniß gegen Preußen" voraussichtlich ausgesetzt sei, daß das Ausgeschlossensein vom Norden durch die Zolleinigung mit Oe-

sterreich und die Verbindung mit dem Süden nicht ersetzt werde u. s. w., und zuletzt der Antrag gestellt: „Die Kammer wolle erklären: 1) daß sie mit dem tiefsten Bedauern den Inhalt der drei darmstädter Protocolle vom 6. April 1852 kennen gelernt, durch die Ausführung derselben das materielle Wohl des Landes aufs Entschiedenste gefährdet und die Existenz des Zollvereins, des letzten nationalen Bandes Deutschlands, in Frage gestellt erachte; 2) daß sie erwarte, daß die großh. Regierung die Genehmigung der Stände zu den fraglichen drei Verträgen vorbehalten habe; 3) die Kammer wolle die Staatsregierung ersuchen, mit Aufbietung aller Kräfte auf die alsbaldige Neugestaltung des Zollvereins mit Preußen und den übrigen norddeutschen Staaten hinzuwirken, sich für Aufhebung der Ausgleichungsabgaben und sonstiger Nachtheile der Zollvereinsverfassung nach Kräften zu bemühen und erst nachdem die Neubildung des Zollvereins eingetreten, mit Oesterreich einen Handels- und Zollvertrag abzuschließen und auf Grund der sich durch ihn ergebenden Erfahrungen einen auf gesunden nationalöconomischen Grundsätzen beruhenden Zoll- und Handelseinigungsvertrag anzubahnen."

Vom Neckar, den 17. Juni. Preußen hat mit dem 1. Juli die Zeitungspresse mit einem Stempel auf die Größe des Papiers beschwert und diese Stempelabgabe trifft auch die Blätter der nichtpreußischen Länder. Da nun durch den Zollvereinsvertrag festgesetzt ist, daß kein Staat die Erzeugniße des andern einseitig besteuern darf, durch diese Stempelabgabe aber die Erzeugniße der nichtpreußischen Presse besteuert werden, während die preußische Presse es von diesen Staaten nicht wird, so dürfte es Sache der übrigen Zollvereinsstaaten sein, dagegen Einsprache zu erheben. *)

Homburg, 14. Juni. Der eine der Gebrüder Blanc (Spielpächter) ist vor wenigen Wochen plötzlich wahnsinnig geworden und in Folge davon gestern gestorben. Die beiden Zwillingsbrüder sahen sich übrigens so ähnlich, daß man sie kaum unterscheiden konnte. Der Verstorbene hinterließ 2 Millionen Francs Vermögen, die der gleichfalls kinderlose Bruder erbt.

Berlin, den 17. Juni. In der neuesten Preußischen Denkschrift in der schleswig-holsteinischen Sache wird, nach einer Kieler Correspondenz der „Deutschen Reichs-Zeitung", durchgeführt: 1) daß die Bewegung der Herzogthümer ein unberechtigter Aufstand gegen den Landesherrn gewesen sei, und 2) daß der Anspruch der Herzogthümer Schleswig und Holstein auf eine immerwährende, unzertrennliche Verbindung verfassungsmäßig unbegründet sei.

— den 19. Juni. Wir können melden, daß die Bevollmächtigten der süddeutschen Zollvereinsstaaten mit der durch den Septembervertrag vorgeschriebenen Modification einzelner Steuersätze auf Consumtabilien — Kaffe, Wein rc. — im Allgemeinen einverstanden, und nur in einzelnen unwesentlichen Beziehungen Bedenken geäußert worden sind, die jedoch nicht oppositioneller Natur waren.

Nach den Intentionen des Staatsministerii ist die Sistirung der Gemeindeordnung von 1850 allenthalben zu erwarten, wo sie nicht bereits vollständig zur Ausführung gekommen ist.

Unter den Weibern, welche wegen Trunkenheit und Obdachlosigkeit täglich zum Policeigewahrsam eingeliefert werden, befanden sich neulich an einem und demselben Tage zwei Damen aus bekannten adeligen Familien, welche eben durch Trunk und Liederlichkeit bis zu dieser untersten Stufe der Existenz herabgesunken sind.

Swinemünde, den 16. Juni. Heute Vormittag traf der Herzog von Leuchtenberg auf dem preuß. Postdampfschiff „Königin Elisabeth" von Stettin hier ein und ging Nachmittags mit der russ. Kriegsdampffregatte „Chrabry" nach St. Petersburg von hier in See.

*) Würde geschehen, wenn es sich nicht um die verhaßte Presse handelte! D. Red.

Ratzeburg, den 14. Juni. Durch eine Verfügung der Regierung vom 12. d. M. wird das öffentliche Singen des Liedes: „Schleswig-Holstein meerumschlungen" unter Androhung einer arbitrairen Policeistrafe verboten.

Wien. Das in Oesterreich umlaufende Staatspapiergeld beträgt gegenwärtig 168 Millionen Gulden!

Frankreich.

Paris, den 15. Juni. Es sind bisher nur 23 Petitionen auf Wiederherstellung des Kaiserreichs beim Senat eingelaufen; ihre Unterzeichner imponiren nicht durch Zahl noch durch Stand. Sie werden ad acta gelegt, da man jetzt keine Kaiserpläne verfolgt. Auch einige Petitionen gegen die Orleansdebatte sind eingelaufen; die Mitglieder der betreffenden Petitionscommission wollen sich nicht eher darüber aussprechen, als bis der Staatsrath in der Orleansfrage entschieden hat.

Das Project für das Departemental- und Communal-Gesetz hebt die Oeffentlichkeit der Sitzungen auf.

Paris, den 19. Juni. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers, theilte der Präsident Billault der Versammlung ein auf die neuen Steuern bezügliches Schreiben mit, welches er von dem Staatsminister erhalten; in diesem Schreiben wird eröffnet, daß auf die Bemerkungen, welche Hr. Billault im Namen einer großen Anzahl von Abgeordneten gemacht, die Gesetzentwürfe über die neuen Steuern auf eine andere Session verschoben sind.

Spanien.

Madrid, den 14. Juni. Am 12. d. machte in der Nähe von Calatayud, in der Provinz Saragossa, ein gewisser Calvo an der Spitze von 14 Bewaffneten, welche den Ruf „Nieder mit dem Ministerium, Verringerung der Steuern" anstimmten, einen Aufstandsversuch. Die Localbehörde schickte eine Truppenabtheilung gegen diese Schaar aus, die aus exaltirten Carlisten und Republikanern zusammengesetzt war; Calvo und 7 seiner Genossen wurden gefangen genommen, sie sollten sofort erschossen werden; die übrigen flüchteten sich.

Griechenland.

Athen, den 8. Juni. Ein Gendarmeriemajor mit 60 Mann Soldaten mußte sich vor den Weibern der Maina zurück ziehen und eiligst einschiffen, um nicht gesteinigt zu werden. Dasselbe geschah auch dem General Germanos Mauromichalis, dem aber die Weiber noch überdies seinen weißen Bart ausrauften. Gegen diese Wuth der Weiber gibt es keinen Schutz, da nach uralter mainotischer Sitte das Weib unter allen Verhältnissen unverletzbar ist.

Vereinigte Staaten.

Californien. Der Einwanderungsstrom aus allen Welttheilen beträgt in San Francisco 84,000 Personen jährlich; das himmlische Reich lieferte im April 2500 „bezopfte Colonisten."

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 21. Juni. Auch am hiesigen Handelsplatze fängt man an Besorgniße zu äußern über das seltsame Project einer Regelung der Vermögensverhältniße der Friedrich-Wilhelms-Nordeisenbahngesellschaft. Es sollen nemlich Papiere ausgegeben werden, deren Betrag augenscheinlich nicht fundirt ist. Die Kaufleute von Kassel haben bereits erklärt, daß sie dieses Papiergeld nicht annähmen. Es wird sich nun zeigen, ob die Kasseler Regierung wirklich, wie es den Anschein hat, das fragliche verderbliche Börsenspiel gutheißen wird.

Die meisten benachbarten Bäder sind noch ziemlich schwach besucht.

Berlin, den 18. Juni. Heute kann ich Ihnen, be-

richtet jetzt wieder die „D. Allg. Ztg.," die verbürgte Mittheilung machen, daß die Mission des Herrn v. Bismark völlig gescheitert ist, natürlich nur insofern, als man an dieselbe die Hoffnung auf die Anbahnung einer Verständigung mit Oesterreich knüpfte.

— den 19. Juni. Auf heute ist wieder eine Sitzung der Zollvereinsconferenz angesagt. Es handelt sich um die einzelnen Bestimmungen des Septembervertrags.

Die „N. Preuß. Ztg." will wissen, die Einberufung der Provinciallandtage sei bereits auf die ersten Tage des September bestimmt. Das Correspondenzblatt dagegen behauptet, es sei noch gar keine Bestimmung getroffen.

Posen, den 16. Juni. Gestern wurde ein Mädchen aus der dienenden Klasse (Polin und Katholikin) deßhalb aus der St. Adalbertskirche gewiesen, weil man das einjährige Kind, das sie auf dem Arme trug, für ein — Judenkind hielt, was indeß nicht der Fall war. Das sind kleine, aber sehr bemerkenswerthe Anfänge.

Wien. Nach den neuesten Beobachtungen ist die Versandung an der österreichischen Küste des adriatischen Meeres stark im Zunehmen. Auch will man bemerken, daß seit Anfang dieses Jahrhunderts an der Westküste die gewöhnliche Fluth beinahe um 4 Zoll zurückgetreten ist. Malghera, welches zur Zeit der französischen Belagerung eine Insel war, hängt jetzt auf der einen Seite mit dem Festland zusammen.

Schweiz. In Neuenburg wird von den Royalisten die Frage in Erwägung gezogen, ob man nicht mit einer Volksversammlung à la Posieur eine Demonstration zu Gunsten Preußens erwirken könne. Bekanntlich ist aber die Mehrheit der Neuenburger eidgenössisch gesinnt. — Allerdings war eine große Volksversammlung nach Freiburg auf den 15. angesagt, um den gr. Rath einzuschüchtern, und die ganze männliche Bevölkerung solcher Dörfer, wo die Contreordre nicht frühe genug hinkam, schon auf dem Marsche.

Paris, den 19. Juni. Ein neues präsidentielles Decret bringt Verfügungen für die Strafcolonien in Algerien. Diejenigen transportirten Insurgenten von 1848, welche seit ihrer Ankunft zu einer schweren Strafe wegen Insubordination ꝛc. verurtheilt wurden oder es werden, sind nach Cayenne zu deportiren; die Andern erhalten dagegen einige Erleichterungen. — Ein weiteres Decret betrifft die Reorganisirung der Miliz in Algerien. — Der „Moniteur" zeigt heute an, daß er vom 1. Juli an seinen Preis auf 40 Frcs. jährlich herabsetze. Bisher betrug der jährliche Preis 112 Frcs. Durch diese Preisverringerung des officiellen Blattes soll den nichtofficiellen Blättern entgegengewirkt werden.

Die Subscription für Familien der bei den Decemberaufständen gefallenen Gendarmen ist so reichlich ausgefallen, daß das verzinslich angelegte Capital für einzelne Familien eine jährliche Pension bis zu 1500 Frcs. abwirft.

New-York, den 5. Juni. General Caß wird wahrscheinlich der Candidat der democratischen Partei für die nächste Präsidentschaftswahl sein.

Miscellen.

* Die Gottschick'sche Buchhandlung zu Neustadt strebt schon seit Jahren mit erfreulichem Erfolge dahin, die schönsten Ansichten der Pfalz, insbesondere des Haardtgebirges, in bildlichen Darstellungen zu verbreiten. Das Weis'sche Werk über die Pfalz mit 24 Stahlstichen, Bruckners „Führer durch die Pfalz," und das große und gelungene „Panorama des Haardtgebirges" geben davon Zeugniß. Eben hat dieselbe Buchhandlung eine hübsche lithographirte Zeichnung der sehr schön gelegenen Gegend der „Villa Ludwigshöhe bei Edenkoben" veröffentlicht. Die Ausführung ist das Werk des Kupferstechers J. Buhl, und den Preis finden wir sehr billig gestellt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 19. Juni. Weizen 21 fl. 11 kr., Korn 17 fl. 5 kr., Gerste 13 fl. 30 kr., Haier 7 fl. 37 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1080²] **Offene Lehrerstelle.**

In eine Privaterziehungsanstalt wird ein Reallehrer gesucht, der gute Zeugnisse aufweisen kann. Portofreie Anfragen bei der Expedition unter Chiffre A. B.

[1081] **Anzeige.**

So eben erschien bei uns:

Die Villa Ludwigshöhe bei Edenkoben,

auf Stein gezeichnet von J. Buhl.

Tondruck der May-Wirsing'schen Officin in Frankfurt a. M.

Preis: schwarz 54 kr.

„ fein colorirt 2 fl. 24 kr.

Diese schöne Ansicht eines der schönsten Punkte der Pfalz halten wir zu geneigter Abnahme empfohlen.

Neustadt a. d. H., den 22. Juni 1852.

A. H. Gottschick's Buchhandlung.

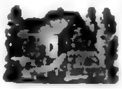
[1083³] **Zu verkaufen.**

Eine vollständige Seifensiederei und Lichtermacherei nebst einem Apparate zur Fabrikation von Parfümerien, im besten Zustande, ist billig zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

[1075²] **Grasversteigerung.**

Freitag, den 25. Juni 1852, Morgens 8 Uhr, in der Rose zu Hanhofen und Nachmittags 2 Uhr im Löwen zu Harthausen, läßt Gutsbesitzer Wagner den diesjährigen Graswuchs auf 70 Morgen Wiesen im Hanhoffer Bann und auf 20 Morgen Wiesen im Harthauser Bann versteigern.

[1082²] **Versteigerung einer Mühle sammt Zugehör.**



Montag, den 23. August laufenden Jahres, des Nachmittags um 2 Uhr, zu Berg, in dem Wirthshause des Bürgermeisters Jos. Mayer, wird der Untheilbarkeit wegen die in dem Orte Berg an der Lauter nahe bei Lauterburg gelegene Berizzi'sche Mühle sammt allem Zugehör öffentlich versteigert. Diese Mühle besteht in einem großen zweistöckigen Wohnhause mit bedeutenden Speicherräumen, der Mühle mit 5 Mahlgängen, einem Schälgange, Oehl- und Gypsmühle, Hanfreibe, Wasch- und Backhaus, bedeutenden Oeconomiegebäuden, Remisen und Magazinen, nebst 12 Tagwerken Gärten, Wiesen- und Ackerland, ein Ganzes bildend, und ist sowol wegen ihrer günstigen Lage in einer fruchtbaren Gegend, als ihrer großartigen innern Einrichtung nach, eine der bedeutendsten der ganzen Vorder-Pfalz.

Kandel, den 20. Juni 1852.

Jung, Notär.

[1079] Bestellungen auf das täglich zwei Mal erscheinende, mit dem Unterhaltungsblatte „**Didaskalia**" begleitete

Frankfurter Journal

für das mit dem 1. Juli beginnende dritte Quartal nehmen alle Postämter Deutschlands, der Schweiz und Belgiens an. Vierteljährlicher Preis innerhalb des fürstl. Thurn- und Taxis'schen Postverwaltungsbezirkes **2 fl. 30 kr.**, außerhalb desselben **2 fl. 49 kr.** excl. gesetzlich bestehender Stempel- und Bestellgebühren.

Neue

Speyerer Zeitung.

Donnerstag Nro. 131 den 24. Juni 1852.

Deutschland.

* **Die Bundespreßgesetzgebung.** Nachdem den baierischen Kammern die bekannten Preßgesetzentwürfe vorgelegt waren, suchten feile Blätter durch die Drohung zu schrecken: wenn die Kammern die Entwürfe nicht annähmen, so würden noch strengere Gesetze auf Veranlassung des Bundes octroyirt. Wir haben uns sogleich über diese Art, wie der Regierung von ihren eigenen Organen ein *Verfassungsbruch* unterstellt wurde, ausgesprochen. Nun — die Gesetze wurden *nicht* angenommen und es ist auch nicht octroyirt worden. Wir sagten dies voraus, wobei wir uns zunächst auf die gesammte Tradition der baier. Politik, und ferner darauf stützten, daß man nicht selbst die Mediatisirung Baierns werde anbahnen wollen.

Was wir ferner damals bemerkten, hat sich ebenfalls als Thatsache erwiesen: der Bund konnte sich noch gar nicht einmal *einigen* über irgend ein Preßgesetz; vom Octroyiren eines solchen kann daher um so weniger auch nur die Rede sein.

Aber *wenn* er sich einigt?! hören wir antworten.

Wir wollen die Sache etwas näher in das Auge fassen, und zwar von dem durch die Regierungen selbst behaupteten Rechtsstandpuncte aus.

Die Erlassung eines Bundespreßgesetzes involvirte ohne Zweifel eine „*organische* Bundeseinrichtung." So viel bekannt wird dies von keiner Seite bestritten, auch beim Bundestage selbst nicht. Nun bestimmt der Art. 7 der Bundesacte, in welchen Fällen blos eine einfache, in welchen eine Zweidrittelsmajorität bei der Abstimmung erforderlich ist. Dann lautet aber der vierte Absatz dieses nemlichen Artikels wörtlich also: „Wo es aber auf Annahme oder Abänderung der Grundgesetze, auf *organische* Bundeseinrichtungen, auf jura singulorum oder Religionsangelegenheiten ankommt, kann weder in der engern Versammlung noch in Pleno ein Beschluß durch Stimmenmehrheit gefaßt werden." — Hier handelt es sich um organische Bundeseinrichtungen *und* die jura singulorum (insbesondere die Souveränitätsrechte, Art. 1 der Bundesacte) sind ebenfalls unverkennbar in Frage; hier wird also zu einem gültigen Bundesbeschlusse *Stimmeneinhelligkeit* erfordert.

Wir wollen nun einmal annehmen, der principielle Zwiespalt, welcher gerade in der Preßfrage zwischen Oesterreich und Preußen besteht, wäre völlig ausgeglichen; wir wollen annehmen, *alle* andern deutsche Regierungen seien geneigt, einem Preßgesetzentwurfe zuzustimmen, und alle seien durch ihre Landesverfassungen dazu berechtigt, — so bleibt noch zu untersuchen, wie es sich mit der baierischen Regierung verhält. Wir wollen einen Augenblick unterstellen, sie habe selbst den eigenen *Wunsch*, zuzustimmen. *Kann* sie es?

Soferne ein Bundespreßgesetz nicht mehr Beschränkungen enthält, als das auf verfassungsmäßige Weise zustande gekommene baier. Preßgesetz, unterliegt die Sache in dieser Beziehung keinem Bedenken. Ganz anders gestattet sie sich, wenn man in irgend einem Puncte darüber *hinaus* gehen will. Die baier. Regierung hat weder die Befugniß, einseitig eines der entscheidendsten *Souveränitätsrechte* sich zu entäussern — nemlich des Rechtes, daß der Staat nur nach denjenigen Gesetzen regiert wird, welche er *sich selbst* gibt,*) — noch kann sie Rechte vergeben, die sie *garnicht besitzt*, nemlich das Recht, Gesetze zu erlassen, welches nicht ihr allein, sondern nur unter Mitwirkung der beiden Kammern zusteht. —

Wenn also die baier. Regierung es selbst *wollte*, so *könnte* sie rechtsgültig gar nicht zustimmen zu einem Preßgesetze, das weitere Beschränkungen enthielte, als das bestehende Landesgesetz.

Das Zustandekommen eines Bundespreßgesetzes der bezeichneten Art ist somit selbst nach dem Bundesrechte von vorn herein eine absolute Unmöglichkeit.

Zum Ueberfluße befinden sich auch noch viele andere Staaten im gleichen Falle wie Baiern. Und zu noch weiterm Ueberfluße wollen wir an den Art. 56 der Wiener Schlußacte erinnern, der wörtlich besagt:

„Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden."

Der Verfassungseid beim Militär. Unter dieser Ueberschrift bemerkt der „Nurnb. Kur.": Durch Kriegsministerialrescript vom 12. d. M. ist die in der bekannten, vom König Ludwig erlassenen und von dem jetzt regierenden König Max als Kronprinzen mitunterzeichneten Proclamation vom 6. März 1848 angeordnete Beeidigung des Heeres auf die Verfassung — weil der Verfassungseid „in einer die Disciplin der Armee gefährdenden Weise mißverstanden werden *könne*" — wieder aufgehoben und eine neue Beeidigung des ganzen Heeres angeordnet, sohin der Eid auf die Verfassung für diejenigen Soldaten, die ihn bereits abgeleistet haben, für ungültig erklärt worden. — Wenn wir uns auch des Jubels, mit welchem die Anordnung der Verfassungsbeschwörung für das Heer im Jahre 1848 nicht etwa von Civilisten, sondern namentlich und vor Allem von den Officieren des Heeres aufgenommen worden war, weil sie dadurch die sie selbst schwer drückende Scheidewand zwischen ihnen und dem Bürgerstande beseitigt sahen, noch sehr wol erinnern, so legen wir doch auf diese Verfügung des Kriegsministers *materiell* nur geringes Gewicht: die Erfahrung der letzten Jahre hat nur zu deutlich gezeigt, wie wenig Ausschlag gebend politische Eide, sie mögen so oder so lauten, in kritischen Zeitläuften sind. Je nachdem die Umstände eben liegen, wird die Weglassung der Verfassung aus dem Eide, so gut wie deren Aufnahme in denselben, den beabsichtigten Erfolg nicht haben. Ein *formelles* Bedenken jedoch konnten wir bei Durchlesung jenes Rescriptes nicht unterdrücken: ob es nämlich einem Kriegsminister, oder überhaupt einer weltlichen Gewalt, zustehen könne, einen abgeleisteten Eid für unwirksam und nicht geschehen zu erklären, die Gewissen nach jeweiliger Konvenienz zu lösen und zu binden? — Wenn Jemand *mir* eidlich etwas angelobt, kann ich ihn ohne Zweifel mit vollem Recht von seinen dadurch übernommenen Verpflichtungen entbinden. Wenn aber einem *Dritten*, wie dann? Kann *ich* auf die Rechte eines *Dritten* verzichten? Die Frage bietet ein mehrseitiges Interesse, vom logischen, rechtlichen, politischen und nicht am wenigsten vom religiösen Standpuncte. — Freude hat uns doch eine Stelle in dem neu vorgeschriebenen Eide gemacht, wo

---

*) *Vattel*, droit des gens: Quels sont les états souvrains? — Toute nation qui se gouverne *elle-même*, sous quelque forme que ce soit, sans dépendence d'aucun étranger, par sa *propre autorité* et par *ses* lois, est un état souvrain.

es nämlich heißt, daß der Soldat die Treue bewähren solle „zu Wasser und zu Land." Wir wissen nämlich für diese Worte keine andere ernsthafte Deutung, als daß die königl. Regierung die Gründung einer deutschen Flotte fest im Auge hat, was nach ihrem bisherigen Verhalten in dieser nationalen Angelegenheit um so angenehmer überraschen muß.

Nürnberg, den 20. Juni. Die Auswanderungsagenturen des hiesigen Kaufmanns Jacob Schmitt*) für die Handlungshäuser Knorr und Holtermann in Hamburg und für den Schiffsmakler Schrader sind laut einer Bekanntmachung im Kreisintelligenzblatt „auf Anordnung des Staatsministeriums des Innern" durch Entschließung vom 21. Mai d. Js. eingezogen worden. Es wurden deßhalb auch gestern alle Plakate an den Straßenecken und in den öffentlichen Lokalen entfernt. (N. K.)

Ulm, den 17. Juni. Ganz unerwartet kam hieher die Nachricht, daß Professor Haßler das Rectorat am hiesigen Gymnasium nicht erhält. Man sieht, das Märtyrerthum kommt auch an die Gothaer, und zwar auch an solche, die in den letzten Jahren jeder politischen Wirksamkeit fern geblieben sind. (Ulm. Schnellp.)

Vom untern Neckar, den 17. Juni. Gestern hat sich in Laufen a. N. ein Vorfall ereignet, welcher in der dortigen Gegend, der damit verflochtenen Umstände wegen, großes Aufsehen erregte. Der Bauer Gottfr. Weigle, 42 Jahre alt, verheirathet, Vater von 6 Kindern, worunter 3, die seine Frau aus erster Ehe ihm zugebracht, vermöglich und im Rufe besonderer Frömmigkeit stehend, pflegte nach den von ihm bereits gemachten Geständnißen schon einige Jahre vertraulichen Umgang mit seiner erwachsenen Stieftochter, in Folge dessen die letztere vor 14 Tagen einen Knaben geboren. In der Angst, sein frommes Ansehen, in dem er bis jetzt gestanden, zu verlieren, wenn dieser Fehltritt aufkäme, erwürgte der Vater kurz nach der Geburt, bei welcher er und seine Frau anwesend waren, mit Wissen der Frau und Tochter das Kind durch Zuschnuren des Halses mit seinem Halstuche. Das todte Kind wurde sodann von Weigle in einer Butte mit Gülle auf einen seiner Aecker getragen und daselbst begraben. Weigle, seine Frau und Tochter sind verhaftet. (Staatsanz.)

Aus dem Oberamt Spaichingen. Da sich in gegenwärtiger Zeit die hohe Kammer damit beschäftigt, den Hrn. Departementschef ihre Besoldungen zu erhöhen, so wird es nicht ungeeignet erscheinen, eine Scene aus dem Leben derjenigen Bürger zu geben, welche in gegenwärtiger Zeit ihr Leben nur auf die kümmerlichste Weise fristen müßen, nemlich von dem armen Taglöhnerstande auf dem Lande. Es war in Aldingen am Donnerstag Morgen, als ein armer aber braver und fleißiger Bürger, Vater von 7 Kindern, welcher zugleich Nachtwächterdienste versah, mit den Seinen nicht das Mindeste zu essen hatte. Um nun seinen hungrigen Kindern etwas zu essen geben zu können, ging er zum Gemeindepfleger und bat denselben um eine kleine Abschlagszahlung auf seinen Gehalt; aber hier hatte der arme Mann schon 8 fl. zum Voraus eingenommen, und so wurde er von der Gemeindepflege mit seiner Bitte abgewiesen. Nachher sahen einige Bürger ihn mit weinenden Augen seiner Wohnung zugehen, und nach Verfluß von einer Stunde verbreitete sich das Gerücht, der arme Mann habe sich erhängt. Am andern Tage begaben sich der Oberamtsarzt, der Oberamtsactuar und Oberamtswundarzt-Amtsverweser an Ort und Stelle, um die Legalinspection und Section vorzunehmen. Dieses macht beiläufig 23 fl. Unkosten, welche nun die Gemeinde bezahlen muß. — (Beob.)

Troppau, den 16. Juni. Früher durfte sich hier kein Jude niederlassen, nicht einmal in der Stadt übernachten. Seit 1848 aber haben sich sehr viele Juden hier niedergelassen und auch Häuser gekauft. Seit gestern ist aber mehreren die Weisung ertheilt, die Stadt zu verlassen und denjenigen, welche Häuser besitzen, eine Frist zum Verkauf der Grundstücke gestellt worden.

*) Jac. Schmitt war Mitglied des aufgelösten Landtags von 1849. D. Red.

Königsberg, den 15. Juni. Zur Errichtung eines Denkmals für Kant hat sich ein Comite gebildet. Auf einem beliebten Spaziergange des großen Philosophen — dem sogenannten Philosophendamme — soll eine aus Erz gefertigte Statue desselben aufgestellt werden, deren Ausführung Rauchs Meisterhand übernehmen wird.

Wien, den 17. Juni. In Hermannstadt wurden mehrere Contumacialerkenntniße wegen Theilnahme am ungarischen Kriege publicirt und vollzogen. Alexander Graf Karacsay jun., Josef Ballo, Franz Desvay, Franz Vincze und Nicolaus Kriszbay, sind zum Tode durch den Strang verurtheilt und in effigie aufgehängt worden.

Schweiz.

Bern. Auch gegen das Vereinsrecht ist jetzt ein großer Schlag ausgeführt. Die Regierung hat ein Decret über die Aufhebung des Grütlivereines erlassen.

Frankreich.

Paris, den 16. Juni. L. Napoleon ist eine kalte, verschlossene Natur. Einer solchen Natur wären exaltirte Freundschaften, warme Aufopferungen, die Sonne, die Poesie, musikalische und literarische Eindrücke ein Bedürfniß. Aber er verabscheut die Dichter, hat ein Mißtrauen gegen alle Redner, vermeidet sorgfältig die brennenden Eindrücke, verachtet die Formen der Kunst und sucht so wenig als möglich Freundschaften. Außer Mocquardt und Persigny steht Niemand dieser schweigsamen Natur nahe, höchstens könnte noch von Morny und Fould die Rede sein. Sonst aber concentriren sich seine Neigungen auf einige wenige ganz obskure Personen, die nicht einmal das Pariser Publicum kennt, und die ihm Gastfreundschaft erwiesen, als er das erste Mal im Februar und das zweite Mal definitiv im December 1848 nach Paris kam. Es lebt hier eine Wittwe, die ein sehr bescheidenes Vermögen besitzt, mit ihrem Sohne und ihrer Tochter. Früher hatten sie in der Schweiz gelebt und vor vielen Jahren daselbst L. Napoleon eine Gastfreundschaft gegeben, die dieser nicht vergessen hat und von Zeit zu Zeit die Wittwe besucht, so mäßig auch der Aufwand ist, den sie in ihrer Wohnung macht. Jeder Versuch, den er bisher machte, diese Frau und ihre Kinder zu beschenken, ist noch vergebens gewesen; der Sohn ist ein arger Republikaner und schmollt mit L. Napoleon, weil dieser nicht seinen schweizer Ansichten treu geblieben ist. Es gibt mehrere solche Familien, die L. Napoleon wegen seiner Politik nicht versöhnen kann, obschon er gern wieder ihre Freundschaft gewinnen möchte. Der ehemalige Director der Nationalbuchdruckerei, Hr. Peauger, gehörte in diese Kategorie; er hatte diese Bedienstung von L. Napoleon, den er seit vielen Jahren kannte, angenommen; als ihm aber kein Zweifel mehr übrig blieb, daß L. Napoleon die Republik verleugnen wolle, schrieb er einen Brief an ihn, in dem er sich von ihm lossagte, seine Demission gab und nach dem der entlegensten Departemente von Frankreich mit seiner Familie abreiste. Als L. Napoleon seinen Brief erhielt, veränderte er keine Miene und ernannte Hrn. St. Georges zu seinem Nachfolger, von dem er zum Voraus überzeugt war, daß er ihm keine so garstigen Briefe schreiben werde. ... Das schmerzliche Gefühl der Ungewißheit, auf welche Art er das Kaiserthum fortsetzen solle, nagt an ihm; das Geheimniß seines Geistes liegt in der Angst und Ungewißheit, die sein Name ihm gibt. Er möchte gern die Vergangenheit des Kaiserthums mit der Zukunft der Republik versöhnen. Deswegen finden wir in ihm jene Doppelnatur, die Jedermann an ihm irre werden läßt, und derentwillen er eben so von der reactionären als von der republikanischen Partei verabscheut wird, während er sich gegen die Fraction des Centrums, die Bourgeoisie, mit Macht auflehnt, damit man ihn nicht mit ihr vermische. (Nat.-Z.)

— den 18. Juni. Die mit einem Schisma drohende Spaltung des katholischen Klerus in Frankreich tritt immer entschiedener hervor und trägt nicht wenig dazu bei, die Bemühungen der Regierung, zur Hebung des Ansehens der Kirche, zu paralysiren. Der Abbé de Cassan Floyrac resümirt heute in der katholischen „Gazette de France" die Tendenzen der ultramontanen Partei des Univers in vier Hauptdoctrinen: 1) Negirung aller Vernunftphilosophie, 2) Negirung aller profanen Literatur, 3) Negirung jeder Civilregierung, oder mindestens das Unterordnen aller weltlichen Angelegenheiten unter die Autorität des Kirchenoberhauptes, 4) endlich, die nicht eingestandene aber sichtbare Negirung der Autorität der Bischöfe in den inneren Angelegenheiten der Kirche. Der Abbé bekämpft diese Tendenzen in einem Tone, der schon viel von der Leidenschaftlichkeit seiner Gegner des Univers an sich trägt, so daß man deutlich abmerken kann, wie sich die Parteien gegenseitig zu erhitzen anfangen.

Großbritanien.

London, den 15. Juni. (Französischer Credit.) Im Hause der Lords zog Graf Malmesbury im Namen der Regierung die Bill zur Legalisirung des neuen Vertrages mit Frankreich über Verbrecherauslieferung zurück. Diese Maßregel, welche in der That einem Bedürfniß abhelfen sollte, war auf großes Mißtrauen im Haus gestoßen, welches mit dem allgemeinen Mißtrauen gegen den jetzigen Stand der Dinge in Frankreich klärlich zusammenhing. Man besorgte: die französische Regierung könnte das mehr summarische Verfahren, das diesem Vertrag gemäß hinsichtlich der Verhaftung und Auslieferung flüchtig gegangener Angeschuldigten oder Verurtheilten eingeführt werden sollte, dazu mißbrauchen, politische Flüchtlinge unter dem Schein einer auf ihnen lastenden Anklage gemeinen Verbrechens in ihre Gewalt zu bekommen. (A. Z.)

Australien.

In der Society of arts zu London hielt ein Mr. Schilling, der kürzlich aus Australien zurückgekehrt, einen interessanten Vortrag über die Goldgräberei und Wäscherei, der sehr geeignet war, die übertriebenen Erwartungen herunter zu spannen, mit denen Viele jetzt auf Australien sehen oder schon zu der Reise rüsten. Mr. Schilling glaubt, daß der Ertrag der Minen bisher den Betrag der aufgewandten Kosten und Arbeitskräfte um wenig überstiegen habe. Das Geschäft sei ganz und gar Lotterie; man dürfe im Durchschnitt annehmen, daß unter 100 Gräbern einer 20 bis 30 Schilling täglich, 50 nur 10 Schilling täglich und 49 kaum das gewinnen, was sie zum nothdürftigen Leben gebrauchen. Allerdings habe eine Zeitlang die wöchentliche Escorte 5—6000 Unzen nach Sydney gebracht, aber damals seien auch 25,000 Personen in den Gruben gewesen. Wenn man von einem glänzenden Erfolge höre, dürfe man nicht vergessen, daß von 100 fehlgeschlagenen Versuchen Niemand rede. Für andere Beschäftigungen biete Australien ein sicheres und lohnendes Feld; man könne als Schäfer oder Ochsenhirte ein recht wohlhabender Mann werden.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart. Wir haben nachträglich zu melden, daß in der Sitzung der 2. Kammer vom 18. Juni Frhr. v. Geisberg einen Antrag auf Einführung einer Tabaksteuer eingebracht, um die neu angesonnenen Steuern, Malzaufschlag, Schlacht- und Weinakzise, entbehren zu können.

Liegnitz, den 17. Juni. Großes Aufsehen erregt die provisorische Verhaftung eines früher hieselbst fungirenden, seit einiger Zeit aber pensionirten Untersuchungsrichters. Eine hübsche und nicht ungebildete Frauensperson, welche vor einiger Zeit durch das Schwurgericht wegen Diebstahls verurtheilt worden, hat eingestanden, und es ist durch die Umstände bestätigt worden, daß sie wirklich die in verschiedenen hiesigen Kaufläden abhanden gekommenen Effecten entwendet und solche dem oben erwähnten Inquisitoriatsbeamten, mit dem sie schon früher, als er noch zu Görlitz in gleicher Eigenschaft amtirte, ähnliche Geschäfte getrieben, anvertraut habe.

Hamburg, den 19. Juni. Jede Erinnerung an das ehemalige Schleswig-Holstein ist so sehr in den Herzogthümern verpönt, daß die Blätter gezwungen sind, diesen Namen zu umschreiben oder auch nur anzudeuten, welche Andeutung aber nur für den verständlich, der mit den Verhältnißen bekannt ist.

Bern, den 20. Juni. In Bern wurde gestern Nachmittags 3 Uhr ein Erdbeben verspürt; man hat deutlich zwei Stöße von Nordost nach Südwest wahrgenommen.

Luzern, den 18. Juni. Letzter Tage starb hier eine Frau Zurgilgen, geborne Staub von Männedorf, Kantons Zürich. Ihre Leute beschlossen, sie in ein Familiengrab unter den Hallen des katholischen Kirchhofes zu bestatten. Weil sie der reformirten Glaubensconfession angehörte, so opponirte der (bekannte) katholische Stadtpfarrer Rickenbach diesem Vorhaben. Allein die Polizei schritt ein und die Frau wurde auf dem kathol. Gottesacker bestattet. (Zür. Z.)

Paris, den 20. Juni. Die erste Nummer des schon seit längerer Zeit angekündigten, von Vielen für eine Fabel gehaltenen Blattes „Journal de la Cour" ist gestern erschienen. Als Vignette prangt auf dem „Hofblatte" ein gewaltiger Adler. — Nach dem Inhalte der ersten Nummer zu urtheilen, will das Blatt nicht ein vollständig politisches Journal sein; es scheint dazu bestimmt, in der bonapartistischen Partei dieselbe Stelle einzunehmen, welche die „Chronique de Paris" in der legitimistischen versieht; es wird vorzugsweise eigentliche Hof- und Personalnachrichten bringen, nebst Aufsätzen zur Vertheidigung der Parteiinteressen.

Auch die ministeriellen Blätter kündigen jetzt an, daß das Fest zur Feier des 15. August so großartig werden soll, wie seit der Kaiserzeit nichts gesehen worden ist.

Ein hiesiger Brauereibesitzer, der durch Benutzung von Bleizucker (essigsaurem Bleioxyd) zum Abklären des Aepfelweines oder Ciders Krankheiten und Todesfälle verursacht hatte, ist zu 18 Monaten Gefängniß und 24,000 Frcs. Schadenersatz verurtheilt worden. Seine Associé's, Commis u. s. w. sind mit geringeren Strafen davon gekommen.

Das Kriegsgericht zu Lyon hat über die December-Insurgenten von Villars, welche die Post von Mühlhausen mit bewaffneter Hand aufgehalten, einen Gendarmerieposten angegriffen hatten u. s. w., sein Urtheil gefällt. Von den 53 Angeklagten sind 4 zur Deportation in einen befestigten Raum, 10 zur einfachen Deportation, 1 zu fünfzehnjähriger, 6 zu zehnjähriger, 10 zu fünfjähriger Zuchthausstrafe, 9 zu geringeren Gefängniß- und Geldstrafen verurtheilt und 13 freigesprochen worden.

Wie ich höre, wird dieser Tage vom Grafen Villemar eine Broschüre erscheinen, die eine Geschichte des Todes des Herzogs von Condé enthalten und aus den Protocollen der geheimen Untersuchung von 1834 nachzuweisen suchen wird, daß die Baronin von Feuchères den unglücklichen Prinzen erdrosseln ließ und Louis Philippe ihr moralischer Mitschuldiger war. In der Vorrede kündigt Graf Villemar die Absicht des Fürsten Rohan an, auf Revision des Untersuchungsprocesses wegen Ermordung seines Oheims antragen zu wollen.

Paris, den 21. Juni. Personen, welche der Regierung nahe stehen, versichern, die neuen Steuerprojecte seien zwar verschoben, jedoch nicht aufgehoben. (K. Z.)

Miscellen.

Ein neues Opfer des afrikanischen Klimas: Capitän Forbes, bekannt durch seine Sendung nach Dahomey im Jahr 1849 und sein Werk über diesen merkwürdigen Räuberstaat, ward im vorigen Jahr (wie in der Allg. Ztg. gemeldet) nach Abbeokoutah geschickt, um die dortigen

Christen, welche einen Angriff des Königs von Dahomey fürchteten, etwas in den Waffen zu üben und die Stadt besser zu befestigen. Dort ward er von Fieber und Dysenterie ergriffen, begab sich zwar schnell an die Küste und schiffte sich nach St. Helena ein, starb jedoch auf der Ueberfahrt. (A. Z.)

Hiezu eine Beilage

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1086] **Bad Gleisweiler.**
Curliste vom 11. bis 20. Juni: H. Dr. Krätzer a. Musbach. — H. Forstmeister Erb a. Winnweiler. — H. Dettweiler mit Bedienung a. Oberflörsheim. — H. Knöckel a. Neustadt. — H. Feldwebel Lorber aus Germersheim. — H. L. u. H. F. König a. Blieskastel. — H. Münzer a. Erlangen. — H. Walter a. Knöringen. — Fr. Gebhardt mit Frl. Schwester a. Haßloch. — H. Lieutenant Baron v. Riedheim a. Speyer. — H. Lieutenant v. Hundsdorfer a. Germersheim. — H. Martha a. Straßburg. — H. Professor Häberle a. München. — H. Sundheimer a. Neustadt. — Fr. Sitzler mit Bedienung a. Kitzingen. — H. Racke a. Eischweiler. — Fr. Seyb a. St. Ingbert. — H. Dreyfuß a. Lauterburg. — H. Fiack mit Frl. Schwester a. St. Ingbert. — H. Hay a. Kutzenhausen. — Frl. Schneider a. Landau. — Baron v. Sacken u. Frl. v. Campenhausen a. Rußland. — Fr. Helwerth u. Fr. Dürr a. Heidelberg. — H. Kopp a. Rauschbach. — Fr. u. Frl. Bumiller a. Scheibenhardt. — H. Kaplan Schäfer a. Landau. — Frhr. v. Bellersheim mit Gemahlin u. Tochter a. Darmstadt. — H. Hirsch a. Homburg. — H. Bordollo a. Neustadt. — H. Schäffer a. Homburg. — Fr. Behret a. Bergzabern. — Hr. Bürgermeister Lang a. Landau. — H. Schmidt a. Straßburg. — Frl. Stein a. Waldfischbach. — Frl. Appel a. Hermersberg. — Frl. Häcker a. Kaiserslautern. — Fr. Unger a. Neustadt. — H. u. Fr. Kolter a. Guntersweiler. — 81. u. 82. H. u. Fr. Scharrer a. Nürnberg. — 83. u. 84. Fr. Beger u. Frl. Reisel mit Bedienung a. Heidelberg. — 85. H. Wigka a. Germersheim. — 86. H. Putter a. Bissersheim. — 87. Fr. Bitter a. Mannheim. — 88. H. Karcher a. Kaiserslautern. — 89. Gräfin v. Degenfeld a. Baden-Baden. — 90. Fr. Bertrand a. Bischweiler. — 91. Fr. Lenfrey a. Straßburg. — 92. H. Hoffmann a. Hördt. — 93. Fr. Fiack a. St. Ingbert.

[1087] **Offene Stelle.**
Für einen Practikant der Landwirthschaft ist eine Stelle zur practischen Bildung auf einem bedeutenden Gute in der Pfalz offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1020³] **Für Baumeister.**
Cement von vorzüglicher Qualität für Wasserbauten, Keller-, Magazin- und Speicherböden, für Trottoirs, Bestiche im Feuchten rc. rc. sehr gut geeignet und zu dem billigen Preise von 1 fl. 6 kr. per Centner, ohne Faß, ist zu haben bei Wm. Fliesen in Kaiserslautern.

☞ Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleistet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreisung sein wird, mit der Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft. ☜

Königl. bayerisch und königl. würtembergisch concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

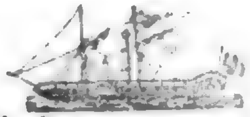
gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geschwollene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken- und Kopfschmerzen, auch Seitenstechen.
Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen und königl. würtembergischen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchst preislichen Ministerien in Baiern und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.
Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ „ 30 kr.
In Speyer ist das Hauptdepot einzig und allein bei
[1059²⁴] **Louis Cron.**

[1085²] **Immobilienversteigerung.**

Dienstag, den 6. Juli 1852, des Nachmittags 2 Uhr, zu Germersheim in der Wohnung von Johann Georg Fischer, läßt Hr. Eberhardt, Bäckermeister, in Germersheim wohnhaft, sein zu Germersheim in der Oberamtsgasse gelegenes, zweistöckiges, in Stein erbautes Wohnhaus, mit Scheuer, Stallung, Backhaus und Hofraum, begrenzt von Ferdinand Kahn Wittib und Johannes Vollmer, — sowie seine sämmtlichen auf dem Banne von Germersheim und Westheim gelegenen Güter mit einer Gesammtfläche von ungefähr 9 Tagwerken — beabsichtigter Wohnsitzveränderung halber — in Eigenthum versteigern.
Das Wohnhaus, in dem bisher mit dem besten Erfolge das Bäckergeschäft betrieben wurde, liegt in einer der belebtesten Straßen der Stadt Germersheim, und ist zum Betriebe eines jeden bürgerlichen Gewerbes vorzugsweise geeignet.
Bis zum Tage der Versteigerung können sämmtliche Realitäten aus freier Hand gekauft werden.
Die Veräußerungsbedingungen liegen bei dem Versteigerer zu Jedermanns Einsicht offen.
Germersheim, den 21. Juni 1852.

[1084] **Versteigerung.**
In Lit. D 4 Nro 10 werden Donnerstag, den 24. d. M., Vormittags 9 und Nachmittags 2 Uhr, die zu dem Nachlaß des verlebten Metzgermeisters J. M. Grobe gehörige Fleischvorräthe, bestehend in circa 200 Stück Schinken, 100 Stück Bauchlappen, 50 Stück Kinnbacken und ungefähr 20 Centner Fett, Zungen, Salamiwürste und dergleichen mehr in schicklichen Abtheilungen, der Erbvertheilung wegen öffentlich gegen gleich baare Zahlung versteigert.
Mannheim, den 18. Juni 1852.
J. Ch. Fischer, Waisenrichter.

[1054] **Rheinische Dampfschifffahrt.**

Kölnische  **Gesellschaft.**

Tägliche Abfahrten vom 1. Juni an.
Von Mannheim nach Köln 7 Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Speyer-Neustadt. In Köln im Anschluß an die Nachtzüge nach Berlin und Brüssel.
„ „ „ Mainz 5¼ Uhr Nachm., nach Ankunft des von Straßburg kommenden Boots, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Pariser Post-Schnellzuges von 5 Uhr 20 Min.
„ Mannheim nach Straßburg 11 Uhr Abends.
„ Mainz nach Mannheim 7 Uhr Morgens und 3 Uhr Nachmittags.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro 151.) den 24. Juni 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Gesetz über die Districtsräthe. (Schluß.)

Art. 18. Der Districtsausschuß versammelt sich nur auf Einladung des Vorstandes. Die Einberufung hat jedoch zu erfolgen, wenn wenigstens die Hälfte der Mitglieder des Ausschusses darauf anträgt. — Die Bestimmungen des Art. 14 gelten auch für den Ausschuß.

Art. 19. Im Falle der Auflösung des Districtsrathes hat der Districtsausschuß seine Verrichtungen bis dahin fortzusetzen, wo der Districtsrath neu gewählt und der Ausschuß aus seiner Mitte neu bestellt sein wird.

Art. 20. Neben dem Districtsausschusse wählt der Districtsrath mit absoluter Stimmenmehrheit für die Erhebung, Verwendung und Verrechnung des Districtsgemeindeeinkommens einen Districtscassier, welcher von der Districtsverwaltungsbehörde für sein Amt verpflichtet wird. — Ob und welche Kaution derselbe zu leisten habe, bleibt dem Beschlusse des Districtrathes anheimgegeben.

Art. 21. Der Cassier hat am Schlusse eines jeden Verwaltungsjahres Rechnung zu stellen, welche nach vorausgegangener Revision im Ausschusse der Berathung des Districtsrathes (Art. 11. lit c.) unterstellt wird. — An der dießfallsigen Abstimmung haben die Mitglieder des Ausschusses keinen Antheil zu nehmen. — Die Rechnung wird sodann sammt den Beschlüssen durch die Districtsverwaltungsbehörde an die Kreisregierung zur schließlichen Prüfung und Bescheidung vorbehaltlich der Berufung eingesendet. — Die Rechnungsergebnisse werden durch das Kreisamtsblatt zur öffentlichen Kenntniß gebracht. — Die festgestellten Etats, an deren Einhaltung der Districtsausschuß und Cassier gebunden und hiefür haftbar sind, bilden die Grundlage für die Verrechnung. — In dem Etat nicht vorgesehene Ausgaben können in dem Falle des Artikels 25 von dem Districtsausschuße, außerdem nur mit Zustimmung des Districtsrathes angewiesen werden.

Art. 22. Die Sitzungen des Districtsrathes sind öffentlich, soweit diese Oeffentlichkeit dem Staate, einer Gemeinde oder den Einzelnen nicht nachtheilig zu werden droht. — Die Frage, ob ein solcher die Oeffentlichkeit ausschließender Fall vorliege, wird in dem Districtsrathe in geheimer Sitzung selbst beurtheilt und entschieden.

Art. 23. Die Verhandlungen des Districtsrathes werden durch die Districtsverwaltungsbehörde der vorgesetzten Kreisregierung vorgelegt und von dieser in collegialer Berathung alsbald beschieden. — Die Entschließung der Kreisregierung wird den Mitgliedern des Districtsrathes und jeder betheiligten Gemeinde durch die Districtsverwaltungsbehörde eröffnet. — Gegen einen von der Kreisregierung bestätigten Beschluß des Districtsrathes findet keine Berufung statt. — Jeder betheiligten Gemeinde und jedem der in Art. 2 lit. b. bezeichneten Mitglieder des Districtsrathes steht die Befugniß zu, die Berufung gegen die Entschließung der Kreisregierung an das Ministerium des Innern zu ergreifen; dem Districtsausschusse in denjenigen Fällen, in welchen Beschlüsse des Districtsrathes von der Kreisregierung nicht bestätiget werden. — Die Beschwerdeausführung ist bei der Districtsverwaltungsbehörde einzureichen, und von dieser ungesäumt mit den Verhandlungen einzubefördern.

Art. 24. Den Berufungen kömmt aufschiebende Wirkung nicht zu, wenn Gefahr auf dem Verzuge haftet.

Art. 25. Ist in einzelnen Fällen die Ergreifung augenblicklicher Maßregeln zur Abwendung dringender Gefahren oder erheblicher Nachtheile erforderlich, so steht dem Districtsausschusse die Befugniß zu, die erforderlichen Leistungen innerhalb der Grenzen des unabweisbaren Bedürfnisses sogleich zu beschließen. — Die Genehmigung des Districtsrathes muß bei seiner nächsten Versammlung eingeholt werden. Zu diesem Zwecke ist eine außerordentliche Versammlung einzuberufen, wenn wenigstens die Hälfte der Mitglieder des Ausschusses darauf anträgt. — Die Nichtgenehmigung kann auf das gemäß Absatz 1 des gegenwärtigen Artikels bereits Vollzogene nicht erstreckt werden.

Art. 26. Die Mitglieder des Districtsrathes verrichten ihr Amt unentgeltlich. — Den Mitgliedern des Ausschusses und dem Cassier können von dem Districtsrathe angemessene Vergütungen aus Districtsmitteln bewilligt werden.

Art. 27. In Bezug auf die Bestreitung der Districtslasten kommen insbesondere folgende Vorschriften zur Anwendung: a) jede Districtsgemeinde ist verbunden, alle Leistungen zu bestreiten, welche ihr nach Gesetz, besonderen Rechtstiteln oder in Folge der Beschlüsse des Districtsrathes obliegen; — b) als gesetzliche Districtslasten sollen insbesondere angesehen und behandelt werden: 1) die Verzinsung und Tilgung der Districtsgemeindeschulden; 2) die Ergänzung des Grundstockvermögens der Districtsgemeinde; 3) die Unterhaltung bestehender oder künftig neu entstehender Distriktsanstalten; 4) die Anlegung und Unterhaltung von Distriktsstraßen; 5) die Beischaffung und Erhaltung der zum gemeinsamen Gebrauche bestimmten Feuerlöschmaschinen; 6) die Kosten des Unterrichtes der Schülerinnen der Entbindungskunst; 7) die Unterhaltsbeiträge für die nach Maßgabe der jeweiligen Gesetze oder Verordnungen angestellten Thierärzte. — Ueber die Art und Weise der Erfüllung der unter Ziffer 1. bis 7. aufgezählten Verbindlichkeiten beschließt nach Maßgabe des Artikels 23. der Distriktsrath.

Art. 28. Als Districtsstraßen sollen nur jene Straßen erklärt sein, welchen eine besondere, jedoch nur auf den Distrikt beschränkte Wichtigkeit zukömmt. — Bei eingelegtem Widerspruche des Distriktsrathes entscheidet in erster Instanz in collegialer Berathung die vorgesetzte Kreisregierung und in zweiter und letzter Instanz das zuständige Staatsministerium.

Art. 29. Andere, als die in Artikel 25, 27 und 28 bezeichneten Distriktslasten erfordern die Zustimmung des Distriktsrathes. — Die Deckung der gesetzlich begründeten Distriktsgemeindebedürfnisse darf dagegen von dem Distriktsrathe nicht verweigert werden und muß im Falle entgegengesetzten Verfahrens des Distriktsrathes von der vorgesetzten Kreisregierung durch Anordnung der nöthigen Distriktsumlage, vorbehaltlich der Berufung an das betreffende Staatsministerium, bewirkt werden.

Art. 30. Die Mittel zur Bestreitung der Distriktsbedürfnisse sind vor Allem: a) aus den Nutzungen des Distrikts-Gemeindevermögens, welches jedoch im Grundstocke ungeschmälert erhalten werden soll; — b) aus den, auf Gesetz oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Leistungen des Staates, der Stiftungen, der Gemeinden oder anderer juristischer oder physischer Personen; — c) aus den freiwilligen Zuschüssen von Staats- oder Kreisfonds oder von den aus der Unternehmung zunächst Vortheil ziehenden Gemeinden und Privaten; — zu schöpfen, und in Ermangelung oder bei Unzureichenheit dieser Quellen durch Distriktsumlagen zu decken. — Für

solche Zwecke, welche nach Artikel 29. Absatz 1. von der Zustimmung des Distriktsrathes abhängig sind, wird hiemit ein Maximum und zwar auf fünf vom Hundert der jährlichen Steuersumme festgesetzt, über welche sich in keinem Jahre der Betrag der hiefür bestimmten Distriktsumlagen erhöhen darf.

Art. 31. Die Vertheilung der Distriktsumlagen geschieht vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 32 nach dem Gesammtbetrage der in dem Distrikte zur Erhebung kommenden directen Steuern, wozu jedoch die Wittwen- und Waisenfondsbeiträge und die Einkommensteuer, letztere mit Ausnahme der Fälle des Artikels 36. nicht zu zählen sind. — Bezüglich des Staatsärars macht es keinen Unterschied, ob die Steuern wirklich erhoben oder nur in Vormerkung geführt werden. — Die Naturaldienste werden nach dem Geldanschlage umgelegt mit der Rücksicht, daß sie, wo thunlich, den nächstgelegenen Gemeinden gegen Abrechnung der sie treffenden Geldleistungen zugewiesen werden.

Art. 32. Dem Districtsrathe ist vorbehalten, die Beitragsquote für einzelne Gemeinden oder abgesonderte Gemarkungen je nach der Theilnahme an den Vortheilen der betreffenden Anstalt oder Einrichtung verschieden abzustufen. — Die deßfallsigen Beschlüsse des Districtsrathes unterliegen der Genehmigung der vorgesetzten Kreisregierung.

Art. 33. Bezüglich der Beitreibung der Districtsumlagen finden die Vorschriften über die Beitreibung der Gemeindeumlagen Anwendung.

Art. 34. Wenn eine Districtslast das Interesse mehrerer Districtsgemeinden berührt, so haben diese nach dem Verhältniße ihrer Betheiligung beizutragen. — Ist eine Uebereinstimmung in den Beschlüssen der einzelnen Districtsräthe nicht erzielt worden, so sind die betreffenden Districtsausschüsse in einer gemeinschaftlichen Versammlung zu vernehmen, welche unter der Leitung eines von der Kreisregierung bestimmten Verwaltungsbeamten abgehalten, und wobei die Abstimmung für jeden einzelnen Ausschuß besonders vorgenommen wird. — Die Verhandlungen werden von der vorgesetzten Kreisregierung vorbehaltlich der Berufung beschieden (Art. 23). — Gehören die betheiligten Districte verschiedenen Regierungsbezirken an, so hat das zuständige Staatsministerium diejenige Kreisregierung zu bezeichnen, welche die Abordnung des Beamten zu der Versammlung und die Beschlußfassung über die Verhandlungen zu übernehmen hat.

Art. 35. Auf die einer Kreisregierung unmittelbar untergeordneten Städte findet die Bildung von Districtsräthen keine Anwendung. — Im Falle des Art. 34 sind je zwei Mitglieder des Magistrates und der Gemeindebevollmächtigten in die Versammlung der vereinigten Distriktsausschüsse abzuordnen.

Art. 36. Die Distriktsarmenpflege richtet sich nach den dieselbe diesseits regelnden gesetzlichen Normen. — Distriktsumlagen zum Behufe derselben fallen dem Wirkungskreise des Distriktsrathes nach Maßgabe des Artikels 27 lit. a. gegenwärtigen Gesetzes anheim. — Die Anregung derselben kommt dem Distrikts-Armenpflegschaftsrathe zu, welcher berechtigt ist, seine Anregungen und Vorschläge in dem Distriktsrathe durch Abgeordnete zu vertreten. — Bezüglich der Behandlung der Kriegs- und Einquartierungslasten, dann der Uferschutz- und sonstigen Bauten verfügen die besonderen Gesetze.

Art. 37. Einzelnen Gemeinden bleibt vorbehalten, für Unternehmungen und Einrichtungen, die ihren ausschließenden Gemeindenutzen betreffen, oder bezüglich welcher ihnen ausschließliche Verpflichtungen obliegen, unbeschadet der Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes in besondere Verbindung zu treten oder in solcher zu verbleiben.

Art. 38. Alle Berufungen in Distriktsgemeinde-Angelegenheiten sind an die Nothfrist von vierzehn Tagen von dem der Eröffnung der beschwerenden Verfügung folgenden Tage an gerechnet, gebunden, und bei der betreffenden Distrikts-Verwaltungsbehörde einzureichen oder zu Protokoll zu erklären. — Das zuständige Staatsministerium bildet in solchen Angelegenheiten die letzte Instanz.

Art. 39. Vorstehendes Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung durch das Gesetzblatt und das Amtsblatt der Pfalz in Wirksamkeit. — Von diesem Zeitpunkte an sind alle entgegenstehenden Bestimmungen, namentlich das Gesetz vom 11. September 1825 über die Behandlung der Distriktsumlagen, und die einschlägigen Vorschriften des Gesetzes vom 22. Juli 1819, die Umlagen für Gemeindebedürfnisse betreffend, aufgehoben.

Griechenland.

Athen, den 8. Juni. Der Mönch Papulakis treibt in der Maina sein Wesen fort, und die Maßregeln, welche die Regierung zu nehmen für nothwendig findet, führen nicht zu der Ueberzeugung, daß die Maina sobald beruhigt sein werde. Wenn aber auch das Drama in der mainotischen Provinz ausgespielt ist, so ändert dies in der ganzen Angelegenheit wenig. Der predigende Mönch ist eben nur einer der vielen Apostel, welche die Klosterverschwörung gerade jetzt auszusenden beliebte. Denn darüber liegt kein Zweifel mehr vor, daß eine weitverzweigte, vorzüglich in den Klöstern des Landes wurzelnde Verschwörung vorhanden ist, der auch Nichtmönche angehören. Der Knotenpunct für Griechenland scheint das Kloster Megaspilion zu sein, und in zweiter Reihe die Städte Patras und Kalavrita. Außerhalb Griechenland sind es die Klöster des Berges Athos, wo byzantinische Orthodoxie in ihrer Reinheit gepflegt wird. Wenn auch die Zwecke dieser Mönchsverschwörung nicht so klar vor Augen liegen, so ist doch aus den Reden des Christophoros Papulakis manches zu entnehmen. Er predigt Haß gegen alle Andersgläubigen, glühenden, tödtlichen Haß. Er verdammt die ganze Richtung, welche die Neuzeit seit Errichtung des Königthums eingeschlagen hat. Schulen, Gymnasien, Universität, heilige Synode sind nach seiner Anschauung Pflanzschulen und Anstalten des Teufels und für Teufel. Dabei würzt er seine Reden mit handgreiflichen Obscönitäten, die verhüten, daß er einförmig und langweilig wird, wenn er fortwährend über denselben Gegenstand spricht. Ihm gleich sollen in Livadien, in Gortyne und an andern Orten predigende Mönche aufgetreten sein. Die Zeitungen berichten von mehreren Verhaftungen von Mönchen und Geistlichen; in Athen sollen deren drei vorgenommen worden sein. Der Minister des Innern erließ an alle Nomarchien die Weisung, daß von nun an kein Geistlicher oder Mönch einen Reisepaß erhalten solle, der nicht die Erlaubniß seiner Obern zur Reise nachweise. Die heilige Synode erließ neuerdings eine Epistel an den Klerus und das Volk von Lakonien, worin sie dasselbe auffordert, den Irrlehren des Mönchs kein Gehör zu schenken. Uebermorgen früh soll von hier eine Abtheilung Artillerie mit einigen Berggeschützen in die Maina abgehen. Der Bischof Assinis der Maina, welcher zuerst den Mönch als einen Heiligen darstellte, scheint sich bekehrt zu haben, um auf das Volk im entgegengesetzten Sinn zu wirken. Indeß wirklich Vortheile haben weder die Truppen errungen, noch die als Commissäre von Athen dahin Abgeordneten. Der Gendarmeriemajor Kanzionopulos mit einigen 60 Mann Gendarmen und andern Truppen war genöthigt, sich rasch in Gythion einzuschiffen, um der Volkswuth zu entgehen. Tausende von Weibern und Kindern mit Steinen bewaffnet bilden eine undurchdringliche Phalanx, die zu durchbrechen der Soldat — mainotische Sitte kennend — sich scheut. Den letzten Nachrichten zufolge soll in der Maina Blut geflossen sein, wir wissen nicht ob zwischen den Regierungstruppen und dem fanatisirten Volke, oder zwischen den feindlichen Parteien der Maina, Mauromichalis und Pierakos. (A. Z.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Mainz. Markt vom 18. Juni. Weizen 11 fl. 2 kr., Korn 8 fl. 17 kr., Gerste 6 fl. — kr., Hafer 4 fl. 37 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 152 | den 25. Juni 1852.

* Französische Zustände.

Die französische Regierung will, unter andern neuen Auflagen, die sie zur Deckung des Deficits beabsichtigt, auch eine solche auf Papier einführen; von jedem metr. Centner sollen 25 Frkn. entrichtet werden. Der Gesetzentwurf wurde zwar zurückgelegt, soll aber keineswegs als beseitigt angesehen werden können. Er verdient deßhalb eine nähere Prüfung.

„Es ist eben blos eine neue Steuer mehr!" meinen die Meisten. Die Sache hat aber noch eine andere, viel weiter reichende Bedeutung. Die Spitze der neuen Belastung ist gegen die Geistesbildung gerichtet.

Die Journale kommen hier wenig in Betracht. Sie werden freilich ebenfalls wieder betroffen, allein mit ihnen weiß man ja schon auch auf andere Art fertig zu werden. Und handelte es sich blos um den Finanzpunct bei den Zeitungen, so hätte man einfach den Stempel von jedem Blatte um einige Centimen erhöht.

Aber nicht blos das Papier der Zeitungen, sondern alles Papier soll besteuert werden; das zum Schreiben wie das zum Drucken bestimmte. Das Schreibheft jedes Schulkindes würde durch die neue Auflage vertheuert. Es ist nicht gut, daß das Volk zuviel lerne! Die frommen Väter von der Gesellschaft Jesu werden ohne Zweifel vollkommen mit der Maßregel einverstanden sein. —

Der Buchhandel liegt in Frankreich noch mehr als in Deutschland darnieder. Entschließen sich die Verleger ohnehin schon sehr schwer zu neuen Unternehmungen, so werden sie solche nach Einführung der, bei jedem Werke immerhin einen ansehnlichen Betrag ausmachenden, neuen Steuer, um so weniger wagen.

Hier kommen wir aber noch auf einen weitern Punct. Frankreich verdankt seinen Einfluß in Europa weit mehr seiner Literatur, als den Siegen seiner Waffen. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts lebte kein Ludwig der XIV., keiner seiner Feldherren mehr; die Schlacht von Roßbach war eine furchtbare Demüthigung für jede militärische Ueberhebung der Franzosen; und dennoch ward ihr Einfluß eben damals größer als zuvor; die Schriften Voltaires, Rousseaus, Montesquieus drangen dahin, wohin keine Bajonnette gelangten. Bis zur Neuzeit hat die franz. Literatur ihren Einfluß behauptet.

Wir gehören nun gar nicht zu denjenigen, welche sich freuen, wenn in Deutschland die werthvollern Leistungen in unserer Sprache den geringern in der französischen nachgesetzt werden; ohnehin erweitert sich auch, in glücklicher Concurrenz mit den französischen Büchern, der Leserkreis der im Allgemeinen weit gediegeneren englischen Werke täglich mehr. Wir sind auch der Ueberzeugung, daß der höhere Theil der frühern Mission des französischen Volkes — die Menschheit voranzubringen — jetzt schon auf das englische Element, zumal auf Nordamerika, übergegangen ist. — Allein gerade unter solchen Verhältnißen wird es sich fragen, wie lange die französische Nation zu den ohnehin hervortretenden natürlichen Hindernissen, auch noch künstliche schaffen zu lassen Lust haben wird. —

Die ganze neuere Geschichte Frankreichs wird für dieses und für das übrige Europa eine nachhaltig wohlthätige Wirkung hervorbringen. Sie wird mehr als alles Andere die Franzosen von dem Wahne heilen, als komme Alles nur auf ihre Nation an. Sie wird diesen Dünkel brechen und den damit in Verbindung stehenden Hang nach Uebergriffen mäßigen; sie wird endlich den verständigen Franzosen klar machen, daß das Glück der Völker von einer gegenseitigen Achtung und einer gewissen Solidarität der Völker bedingt ist. —

Deutschland.

Bemerkungen. Die „National-Ztg." äußert in einem größern Aufsatze u. a.: Es ist natürlich, daß, je weiter die Restauration fortschreitet, je mehr es Tendenz wird, die vormärzlichen Zustände zurückzuführen, um so mehr diejenigen in den Vordergrund zu treten sich berufen glauben, welche bis zum Frühjahr 1848 regiert hatten. — Unmittelbar nach den Ereignißen vom Februar und vom März waren diese Staatsmänner verschwunden, sie hatten sich zurückgezogen und waren sehr still geworden. Wo waren diesen Staatsmänner, nachdem sie die Staaten, die ihrer Leitung anvertraut waren, in die Revolution hineinregiert hatten? Wo war Metternich? wo war Guizot? beide nach England geflüchtet. — Wie Hr. Blittersdorf, selbst einer der vormärzlichen Staatsmänner, denen die Geschichte ein so unverkennbares Mißtrauensvotum gegeben hatte, es ausdrückte, waren die 1848 „ins Wasser gelegten" Staatsmänner seit 1849 bemüht, wieder aufs Trockene zu kommen. — Das ist ihnen in soweit unbedingt gelungen, als sie wieder übers Wasser herüber aufs feste Land gekommen sind. — Eine Restauration in seine frühere amtliche Stellung aber hat noch keiner der „ins Wasser gelegten" Staatsmänner erlebt. — Um das, was den vormärzlichen Verdiensten, die sie sich zuschreiben, an äußerer Anerkennung noch fehlt, zu ersetzen, sind sie bemüht, sich selbst, wo nur eine Gelegenheit dazu sich bietet, zu loben: den Märtyrer, der so Vieles erduldet, und den Weisen, der vorausgesehen, was kommen mußte, und der leider verhindert gewesen, das Widerstandssystem mit allen Consequenzen durchzuführen. — Nach der Vorstellung dieser bewährten Staatsmänner ist erst der ein rechter Minister, der es zu einer Revolution bringt. Ein Mensch wie Peel ist ein Stümper; nur ein Polignac, ein Straford sind Hrn. Guizot und seinen Excollegen ebenbürtig. —

Betrachtungen. Der nachfolgende Artikel des „Nürnb. Kuriers", welcher polizeilich beschlagnahmt worden war, ist kürzlich freigegeben worden: „Wer trägt die Schuld? — Niemand trägt die Schuld in Deutschland, wenn man den gemüthlichen Herren glauben darf. — Ja, Niemand trägt die Schuld! Es ist gekommen, wie der Mehlthau auf das Obst, wie der Hagelschlag auf die Felder, wie das große Wasser, wie die Pest von 1609 und der „Rheumatismus des Hrn. Pastors." — „Es ist halt so gekommen" und Niemand trägt die Schuld, nicht die nachmärzlichen Kammermajoritäten und nicht die nachmärzlichen Ministerien und kurzum gar Niemand. — Aber in, in — — Schellobers Namen, Jemand muß doch die Schuld tragen! Da haben die Herren gar gemüthlich die „Revolution besiegt" und „besiegen" helfen; die Einen haben auf den Bundestag hingearbeitet mit Macht, auf den alten, von ihnen selbst und in einer Weise verpönten Bundestag, wie sie heut zu Tage schwerlich polizeilicher und staatsanwaltschaftlicher Freundlichkeit freundlich entschlüpfen würde; die Andern haben dazu gelächelt und geschwiegen und Vertrauensvotirt und sonstige Allotria getrieben und nun es geht, wie es eben geht, nun kommen die Herren und sagen, wir tragen keine Schuld, bei Leibe nicht, Niemand trägt die Schuld

oder im ungünstigsten Falle trägt der Bundestag die Schuld. — Ach guten Morgen, Herr von Bundestag, aber wo bist du her und wer bist du denn eigentlich? — Ei, sagt der Bundestag, zunächst bin ich der Bundestag, aber dann geruhe ich auch zu sein eine Vereinigung von Abgesandten verschiedener Staaten, die nach Instructionen handeln. — Und von wem haben denn die Hrn. Abgesandten ihre Instructionen? — Von ihren Regierungen. — Und wie steht's denn mit diesen Regierungen? — Ei, da fragt sich's um die Ministerien, welche nach konstitutionellem Recht an den Willen der betreffenden Kammern gebunden sind, welchen nach konstitutionellem Recht diese Kammern Einsprache thun und Vorschriften geben können. — Sehr hübsch und Ihr tragt noch immer keine Schuld? — Gewiß nicht, unbequemer Frager! — Denn, nachdem der Bundestag, d. h. Oesterreich in erster und Preußen in letzter Potenz, von Rußland abgesehen, einmal da war, was konnten wir machen? — Sehr schön, meine Herren, sehr schön! Aber wer hat denn den Bundestag gemacht, wer ist, ohne sich vorzusehen und Vorsorge zu nehmen, in die Bundestags-Sackgasse gerannt? — Ihr, Ihr, in Ewigkeit Ihr und Ihr tragt keine Schuld? — Und jetzt, da der Bundestag da ist, der alte, von Euch selbst verpönte Bundestag, und da Ihr Euch immer auf den Bundestag, d. h. Preußen und Oesterreich, hinaus redet, habt denn Ihr dreißig und so und so viel andern Bundeshelfer nicht so viel Gewicht — und hätten sogar einige von Euch vordem gar ersprießliche Bundesdienste geleistet — um auch gegen Oesterreich und Preußen ein Wort darein zu reden, und hätten auch diese Kammermajoritäten, die gleichfalls ihre guten Dienste geleistet, nicht so viel Gewicht, um ihr bescheidenstes Wörtlein darein zu reden? — Und Ihr tragt nicht und Niemand trägt die Schuld? — „Ja, leider! Niemand trägt die Schuld oder höchstens trägt der Bundestag die Schuld!" — Bequeme Ausrede für Alle und Jede! Allein um sagen zu können, man trage keine Schuld, müßte man — Alle, welche an diesen Dingen Theil gehabt und welche die Geschichte richten wird — zweierlei für sich haben: erstens, daß man nichts gethan, und zweitens, daß man nichts unterlassen, um diese Dinge zu fördern oder zu verhindern. — Aber wo Ministerien, aus diesem oder jenem Grunde, mit allen Kräften auf den Bundestag und was ihm nothwendig und naturgemäß, selbst nach der einfachsten menschlichen Berechnung, folgen mußte, gar freudiglich hingearbeitet; aber wo Kammermajoritäten zu all Dem ihre Vertrauensvoten gegeben oder, „um keine Verlegenheiten zu bereiten," sittsam geschwiegen haben; aber wo das Volk bei Dem all die Hände bescheidentlich in den Schoß gelegt und höchstens, in Erwartung der bewußten Tauben, den Mund geöffnet hat: da trägt Viel, gar Viel die Schuld und Jeder, der nicht für seine Person das Seine gethan, trägt die Schuld mit. — Ja, sagt man freilich, wir haben den besten Willen, wir hätten's gern anders gemacht, aber was vermögen wir allein? Das gemahnt uns jedoch, wie die alte Geschichte vom Heidelberger Faß. Wollte nämlich einmal der Pfalzgraf aus dem großen Heidelberger Faß trinken und schrieb an den Bürgermeister der Stadt, es solle jeder Bürger eine Maß Wein in das Faß schütten, er wolle dann davon trinken. — Dachte da der Bürgermeister von Heidelberg, ob ich nun Wein hineinschütte oder Wasser, das thut nichts zur Sache, auf mich kommt's nicht an. Schüttete selber Bürgermeister sodann ein Maß Wasser hinein. Als aber der Pfalzgraf den Wein probte, siehe, da war's nichts als Wasser, denn jeder Bürger selbiger guten Stadt Heidelberg hatte gedacht, wie der Herr Bürgermeister Gestrengen, hatte gedacht: Auf mich kommt's nicht an. Laßt nur die Anderen das Ihre thun."

München, den 21. Juni. Die Volksbötin äußert: Die Preßungebührlichkeiten conservativer und religiöser Journäler dauern noch immer fort, so wurde vorgestern wieder Hrn. Westermaier's, des muthigen und behäbigen Vorkämpfers religiöser Freiheit und kirchlichen Wohlergehens: „Kath. Volksfreund" mit policeilichem Beschlag bedacht. Auch die Landbötin, obwol selbe fortwährend die Anstandsdame spielt, wurde arretirt. So viel wir wissen, brachte sie nur eine Notiz aus der „Breslauer Zeitung," zur Abwechslung Hrn. v. Dönniges betreffend.

Stuttgart, den 18. Juni. Hr. Gustav Diezel wurde zwar von der baierischen Grenze hierher escortirt, aber bei seiner Ankunft gleich freigelassen und hat seitdem nicht die geringste Beeinträchtigung seiner Freiheit erfahren.

— den 22. Juni. (Abgeordnetensitzung.) Nach Registrirung mehrerer Petitionen gegen die neuen Steuern verliest Frhr. v. Gaisberg eine Motion auf Besteuerung des Tabaks, indem er hofft, eine solche Luxussteuer werde die Projecte der Regierung, wodurch die nothwendigsten Lebensbedürfnisse getroffen werden, überflüssig machen. Finanzminister v. Knapp erwiedert aber, die Zollvereinsverhältniße machen sowol eine Tabaksteuer als ein Tabaksmonopol unmöglich. Frhr. v. Varnbüler, der früher schon einen ähnlichen Antrag gestellt hat und hierin eine Position im Zollkriege zu erblicken scheint, wünscht, daß die Kammer wenigstens ihre Geneigtheit zu einer Tabaksteuer aussprechen möchte. Der Antrag geht, wie früher der Varnbüler'sche, an die volkswirthschaftliche Commission. (Beob.)

Dr. v. Lenz in Tettnang ist seiner Unteramtsarztstelle im Wege des §. 47 der Verfassung entsetzt. Vor der Vermuthung der „Unbrauchbarkeit," welche dieser Paragraph angibt, schützt ihn jedenfalls seine ungemein ausgedehnte Praxis, welche das beste Vertrauensvotum ist und ihn auch über diese kleine Anfechtung hinlänglich trösten wird. (Beob.)

Katzenstein, Oberamts Neresheim. Ein schauderhafter Fall ereignete sich dieser Tage hier. Ein kurz verheirathetes Frauenzimmer (vorher Vorsteherin des seit der Mission bestehenden Jungfernbundes) kam mit einem von einem andern Manne erzeugten Kinde nieder. Um die Niederkunft zu verheimlichen, brachte der Mann das Kind durch Halsabschneiden um's Leben, und versteckte es in einem Steinbruch. Die Behörden kamen alsbald auf die Spur, worauf der Mann auch sich durch Halsabschneiden tödtete. Die Untersuchung ist in vollem Gange. (Staatsanz.)

Darmstadt, den 22. Juni. In nächster Woche wird eine längere Vertagung der zweiten Kammer eintreten. Es steht dann bei dem Wiederzusammentritt der zweiten Kammer eine rasche Vollendung der Thätigkeit des dermaligen außerordentlichen Landtags zu erwarten.

Köln, den 17. Juni. Der Geldwechsler Cohen hatte die Unvorsichtigkeit begangen, gegen des Urtheil des Zuchtpoliceigerichts zu appelliren. Gestern hat die betreffende Appellkammer das Strafurtheil bestätigt, und nur darin eine Aenderung eintreten lassen, daß es die Geldstrafe von 200 Thlrn. in eine fernere Gefängnißstrafe von drei Monaten umwandelte.

— — den 18. Juni. Die nächsten Assisen werden am 26. l. M. beginnen. Die Sitzung wird ein großes Interesse haben, da der Monsterproceß gegen das communistische oder socialistische Complott zur Verhandlung kommen wird. Der Anklageact umfaßt einige 50 Bogen.

Aachen, den 17. Juni. Hier nimmt die Frömmigkeit zusehends zu (?!); bereits sind hier 3 Nonnenklöster entstanden, besonders dadurch, daß ältere unverheirathete Damen, welche, da sie zu der Gesellschaft gehörten, die das Gelübde gethan, keinen Akatholiken zu heirathen und alle Gesellschaft zu vermeiden, wo evangelische Civil- und Militärbeamten waren, unvermählt geblieben waren, ihr Vermögen zusammengeschossen hatten.

Berlin, den 18. Juni. Die (ultramontane) „Deutsche Volkshalle" wird dem Vernehmen nach zum 1. Juli eingehen.

Berlin, den 19. Juni. Es hatte die österreichische Regierung schon früher die Coalitions-Staaten davon in

Kenntniß gesetzt, daß der auf die Zollfrage bezügliche Schriftwechsel zwischen dem Wiener und dem hiesigen Cabinette gänzlich abgebrochen sei; es ist dies, unter Beifügung eines kurzen Schreibens, durch abschriftliche Mittheilung der österreichischen Note vom 23. v. M. geschehen. Dem ist jetzt noch ein zweites Circularschreiben gefolgt, in welchem das österreichische Cabinet die Regierungen der Coalitions-Staaten von dem Character der Sendung des Hrn. v. Bismark-Schönhausen mit dem Bemerken in Kenntniß setzt, daß es gar keine Veranlassung habe, mit Hrn. v. Bismark-Schönhausen oder der preußischen Regierung in irgend welche Unterhandlung über die Zollfrage zu treten. Der eigentliche Character der Sendung des Hrn. v. Bismark-Schönhausen wird in dem von den österreichischen officiellen Blättern ausgesprochenen Sinne in dem Circularschreiben angegeben.

Königsberg, den 17. Juni. Gestern ist die Nachricht hieher gelangt, daß das Appellationsgericht zu Insterburg die freie Gemeinde zu Tilsit von den gegen dieselbe erhobenen Anschuldigungen freigesprochen hat. Bereits in erster Instanz hatte das tilsiter Kreisgericht ein freisprechendes Urtheil ergeben lassen, wogegen jedoch der dortige Staatsanwalt Appell eingelegt und die Policibehörde die Fortdauer der Schließung der Gemeinde angeordnet hatte.

Wien, den 17. Juni. Der heutige „Wanderer" enthält in Betreff der Zollvereinsfrage einen geharnischten Artikel gegen Preußen. Er meint, Oesterreich werde sich nie herbeilassen können, „die Bundesacte zu zerreißen und eine Parität herbeiführen zu sehen, welche von Preußen als Befriedigung einer politischen Laune verlangt, für Oesterreich eine Niederlage wäre. Hier sind die Interessen, die eisernen Gebote der Nothwendigkeit, für Oesterreich so klar, so unumstößlich vorgezeichnet, daß ein Rütteln an denselben von Norddeutschland aber auch nur wieder Eisen, den kriegerischen Stahl aus seiner Scheide hervorrufen könnte."

Schweiz.

Aus dem Simmenthal, den 16. Juni. Die Scenerie des Wetters hat sich vollständig geändert. Es schneit in unseren Thälern bis in die Nähe von Zweysimmen und Boltigen herunter, und unter lustigem Gejodel der Senner rollen die Milch- und Käseproducte der höher gelegenen Alpen auf Schlitten herab. Der Simmen, die Saane, die Jaun u. s. w. rauschen mit Ungestüm einher, und wenn der heftige Regen noch 24 Stunden anhält, so erleben wir neue Ueberschwemmungen, und vielleicht den Ruin der eben erst mit Fleiß und großen Kosten wiederhergestellten Fahrstraßen. Den Saanenmöser könnte man heute bequemer im Schlitten als im Wagen überschreiten, und die Pässe des Bädermooses und der Clus sind vollständig eingeschneit. Die Auswanderungen aus den Thälern des Simmen und der Saane nehmen in auffallendem Grade überhand.

Frankreich.

Paris, den 19. Juni. Mehreren reformirten Geistlichen, die gegen das Umherziehen von Processionen außerhalb der Kirchen reklamirt hatten, soll geantwortet werden sein, daß ihre Beschwerde unberechtigt und unbegründet sei.

Italien.

Turin, den 14. Juni. Die Witterung, welche fortwährend feucht und kalt ist, uns noch immer mit ewigem Winter bedroht, die Seidenwurm- und Getreideerndte verderbt, und uns neuerdings mit der schrecklichen Traubenkrankheit an verschiedenen Orten heimsuchen zu wollen scheint, hat vielleicht auf das Nervensystem mancher Gemüths- und Körperkranken Einfluß, und treibt sie, die Hand an sich selbst zu legen.

Eine Correspondenz aus **Neapel,** 9. Juni in „Daily News" schildert den politischen Proceß gegen die Theilnehmer an den Ereignißen vom 15. Mai 1848. Seit einigen Tagen, heißt es darin, ist der Gerichtshof damit beschäftigt, die Zeugen für die Anklage zu vernehmen. Die Aussagen, auf welche der Staatsanwalt seine Anklage gründet, werden im Geheimen gemacht*) und bei der öffentlichen Verhandlung werden die Zeugen aufgefordert, ihre im geheimen Verhör gemachten Enthüllungen öffentlich zu erhärten. Aber unter Dutzenden von Anklagezeugen war kaum einer im Stande das zu thun. Ja, in mehreren Fällen haben die Zeugen erklärt, daß sie von der Policei durch Drohungen zur Unterzeichnung der geheimen Verhörsprotocolle gezwungen wurden. Trotzdem bleiben diese Protocolle als giltig in den Prozeßacten stehen. Neulich hörte ich sogar, wie der Präsident einem Gendarmen eine Strafpredigt über seinen Meineid hielt, weil der Unglückliche öffentlich erklärte, er wisse kein Wort von dem, was die Policei in sein Protocoll hineingeschrieben. Ein Soldat, Namens Carpentieri, Bruder des berüchtigten Denuncianten gleichen Namens, sagte aus, er habe am 14. und 15. Mai alle 45 Gefangene (darunter auch Sign. Leopardi, welcher sich damals zu Turin befand) auf den Barricaden fechten gesehen. Darauf erhob sich der Angeklagte Viscusi und überreichte dem Gerichtshof ein „Dienstzeugniß," welches vom General Saluzzi, dem Inhaber des Regiments, in welchem Zeuge dient, unterzeichnet ist und beweist, daß der Soldat Carpentieri am 14. und 15. Mai in seiner Kaserne consignirt war. Der Gerichtshof mußte dieses Document annehmen, weil es ein militärisches Zeugniß war. Ein anderer Zeuge erklärte, er habe gesehen, wie einer der Angeklagten am 15. Mai 50 Schweizer todtschlug, worauf der Angeklagte den Gerichtshof daran erinnerte, daß nach dem officiellen Bericht an jenem Tage nur 45 Schweizer gefallen sind.... Mehr als einer der Angeklagten hat dem Gerichtshof erklärt, er wisse sein Schicksal voraus. Aber was am meisten erschreckt, ist, daß der König sich nach Gaeta zurückgezogen hat, wo er keine Audienzen gibt. Sollten sie zum Tode verurtheilt werden, so würde Niemand dem Throne nahen können, um für die unglücklichen Opfer der Verfassung von 1848 um Gnade zu bitten.

Neueste Nachrichten.

Regensburg. Das Intelligenzblatt für die Oberpfalz enthält folgende Verfügung der Kreisregierung, den Aufenthalt der Handwerksgesellen in Bremen betr.: „Nach amtlichen Anzeigen wird zufolge einer Anordnung der k. preußischen Regierung einem jeden fremden Handwerksburschen, der überhaupt in Bremen sich aufgehalten hat, das fernere Wandern in den preußischen Staaten bis auf Weiteres nicht mehr gestattet, sondern es wird ein solches Individuum sofort in seine Heimath zurückgewiesen. Diese Anordnung wird hiermit allgemein bekannt gemacht, damit die Betheiligten von den erheblichen Hindernissen Kenntniß erhalten, welche sie sich durch den Besuch und Aufenthalt in Bremen bei ihrer Wanderung zuziehen. Zugleich werden übrigens auf Grund eines höchsten Ministerialrescripts vom 7. d. M. im Hinblicke auf die bekannten Erfahrungen über das Treiben der Propaganda an diesem Orte und die vielfachen Einwirkungen auf den Handwerkerstand daselbst die Polizeibehörden angewiesen, den wandernden Gesellen den Aufenthalt in Bremen bis auf Weiteres ausdrücklich zu verbieten und in den Wanderbüchern hierüber die geeignete Vormerkung zu machen."

Bruchsal, den 21. Juni. Vor kurzem starb in Pforzheim der Mechanikus Oechsle, weithin berühmt geworden durch die Erfindung seiner Mostwaage.

---

*) Das heißt: es besteht das heimliche (Inquisitions-) Verfahren in der Voruntersuchung, welches ja leider auch noch bei uns eingeführt ist, welches aber ein Brite gar nicht begreifen kann, der das Glück hat, auch die Voruntersuchung öffentlich geführt zu sehen, und wobei selbst in Neapel solche Dinge nicht möglich wären, wie sie dort vorkommen. D. Red.

Mannheim, den 22. Juni. Unter diesem Datum schreibt das „Frankf. Journal": Gestern Abend traf mit dem letzten Dampfboot die Herzogin von Orleans mit dem Grafen von Paris hier ein, um sofort mit der Eisenbahn der Schweiz zuzureisen. Da indessen kein Eisenbahnzug mehr wegging, auch keine Extraposten mehr zu haben sind, nahm dieselbe einen Omnibus, um ihre Reise nach Heidelberg fortzusetzen, woselbst sie auch gegen 12 Uhr Nachts eintraf.

Stuttgart, den 22. Juni. Gestern hielt die Finanzcommission Sitzung in Betreff der provisorischen Verwilligung der drei neuen Steuern. Die Commission erklärt sich für Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Fulda, 17. Juni. Die hiesigen Nonnen sind angewiesen worden, des ihnen vom früheren Bischof gestatteten deutschen Breviers fortan sich zu enthalten und nach früherer Sitte wieder lateinisch zu beten.

Frankfurt, den 22 Juni. Die Versammlung der Industriellen in Halle hat u. a. zur Gründung einer neuen „Monatsschrift für den deutschen Zollverein" geführt.

Sondershausen, den 19. Juni. Auf dem hiesigen Landtage ist von Mitgliedern desselben geradezu ausgesprochen worden, man müsse die dem Landesfürsten im Jahre 1848 aufgezwungene Civilliste wieder abschaffen, und ihm neuerdings das Kammergut (die Domänen) übergeben!

Berlin, den 21. Juni. In der Gegenerklärung der Coalitionsstaaten werden zuerst die Erörterungen Preußens bekämpft, und am Schlusse gesagt, daß, wie die preußische Regierung, so auch die antragstellenden Staaten den dringenden Wunsch hegen müssen, daß die jetzt herrschende Ungewißheit möglichst bald ein Ende nehme, damit sie nicht abgehalten seien, auch ihrerseits diejenigen Anordnungen und Vorbereitungen zu treffen, welche zur Durchführung des von ihnen eventualiter für nöthig erachteten Schrittes erforderlich. Zu diesem letzteren soll, wie ich höre, nachträglich noch ein scharf gefaßter Schlußsatz in Vorschlag gebracht und von den hiesigen Bevollmächtigten der Coalitionsstaaten auch genehmigt worden sein. (K. Z.)

Nach amtlicher Aeußerung der russischen Gesandtschaft bedarf es zur Niederlassung in den russischen Staaten 1) der Concession der russischen Regierung, 2) eines Zeugnisses über die politische Unverdächtigkeit und sonstige Unbescholtenheit des Auswandernden, und 3) eines Nachweises darüber, daß der Auswandernde sich im Besitze von 4 bis 500 Thlrn. befindet.

Wien, den 9. Juni. Dem Vernehmen nach wird das neue Gewerbegesetz auch Bestimmungen enthalten, nach welchen Gewerbeleuten, welche wegen Majestätsbeleidigungen und derartigen hohen Verbrechen bestraft werden mußten, nach abgebüßter Strafzeit die Concession zu Gewerbsausübungen entzogen wird. Die §§. 71 und 72 der preußischen Gewerbordnung enthalten ähnliche Bestimmungen. (Kann es im Interesse des Staates liegen, einen Theil seiner Angehörigen unfähig zu machen, seinen Lebensunterhalt zu erwerben?!)

Basel, den 21. Juni. Gestern machte eine Anzahl von 70 bis 80 deutschen Rekruten, die für den päpstlichen Dienst angeworben worden, Miene, den Schweizerboden zu passiren, wurde indeß von einem Detaschement Landjäger, das die hiesige Polizei sofort hinbeorderte, daran verhindert. Die Truppe lagerte sich einstweilen auf der Schusterinsel. (Schw. Nat.-Ztg.)

Graubünden. Der eben versammelte Gr. Rath wird sich mit dem Bürgereinkaufsgesuch zweier Flüchtlinge, der HH. Wirth von Sigmaringen in Rorschach und Simon von Breslau in Zürich, beide Parlamentsmitglieder, zu beschäftigen haben.

Freiburg. Einem conservativen Blatte wird von hier geschrieben, wenn alle Volksversammlungen und Protestationen nicht helfen, die Forderungen von Posieur zu verwirklichen, so beabsichtige man schließlich zu dem Mittel einer allgemeinen Steuerverweigerung zu greifen. (In diesem Falle werden die „conservativen" Blätter vollkommen einverstanden sein mit der Steuerverweigerung, da es ihrer Partei nützen zu können scheint!)

Brüssel, den 19. Juni. Die meisten Journale des Königreichs, die in französischer wie flämischer Sprache geschrieben, sprechen sich mit Entrüstung über das Treiben und Wühlen der klerikalischen oder ultramontanen Partei aus.

Paris, den 22. Juni. Die Veranlassung des gestrigen Steigens der Course wird dem Gerüchte zugeschrieben, daß der Wiedereintritt eines Ministeriums Fould-Rouher bevorstehe. — Es heißt, das Decret über die Güter der Orleans solle modificirt werden.

Ein Rundschreiben des Ministers des Innern verbietet den Lycealprofessoren die Ertheilung von Privatunterricht, sowie die Aufnahme von Zöglingen in ihre Wohnung. — Die Flugschrift des Vicomte von Villemur über Leben und Tod des Prinzen Condé ist jetzt erschienen.

Der Bericht der Budgetcommission ist gestern vertheilt worden. Der Staatsrath will, wie darin mitgetheilt wird, statt der 18 Millionen, welche die Commission am Ausgabenbudget zu streichen vorschlug, nur etwas über 9 Mill. fallen lassen, wovon 7 Mill. den für die Bahnen nach Cherbourg und Cette begehrten Credit ausmachen. Die Commission beharrt jedoch trotz des gegentheiligen Gutachtens des Staatsrathes auf der Forderung weiterer Ersparniße; sie will nemlich die Credite für den Ausbau des Louvre um 2 Millionen, die Zuschüsse für die große Oper und das italienische Theater um 100,000 Franken, die Voranschläge für das Marinematerial um 1,500,000 Franken, für die Straßenbauten in Corsika um 500,000, für andere Straßenbauten um 250,000 Frs. vermindert und die für geheime politische Ausgaben des Ministeriums des Innern angesetzten 800,000 Frs., so wie den dem Policeiministerium für Inspectionskosten in den Departements bewilligten Credit gänzlich gestrichen wissen. Man zweifelt aber sehr daran, daß die Kammer diesen Anträgen ihrer Commission zustimmen wird.

Nach Berichten aus **Algerien** hatten sich die aufrührerischen Karactas unterworfen.

Madrid, den 16. Juni. Die angekündigte große Revue wird nicht stattfinden. Man fürchtet Aufstände in den Provinzen, wenn man die Truppen von dort wegzieht.

London, den 21. Juni. Die Ratification des dänischen Erbfolge-Vertrages vom 8. Mai 1852 wurden vorgestern Nachmittags im auswärtigen Amte in Downingstreet ausgewechselt.

New-York, den 8. Juni. In mehreren Gegenden des Südens und Westens wüthet die Cholera.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1088a] **Bauplätze zu Ludwigshafen.**

Nächst dem Bahnhofe, sehr vortheilhaft gelegen, werden in Ludwigshafen noch vier Bauplätze, jeder zu circa 21 Ruthen Flächenraum einzeln oder im Ganzen gegen baares Geld oder in vier Jahresterminen zahlbar, auf Eigenthum zu 1600 Gulden einer, verkauft.

Dabei wird die Zusicherung ertheilt, daß diese Plätze, nach der Richtung zum Bahnhofe in rechtwinkliche von demselben Flächenraum und derselbe Lage ohne weitere Vergütung umgestaltet werden, wenn sie nach den Figuren, welche sie jetzt bilden, in Folge des zu ertheilenden Allignements keine rechte Winkel mehr, der bezeichnete Fronte zu, abgeben sollten.

In Folge specieller Aufträge, wird der Unterzeichnete von heute an noch 10 Tage zu Ludwigshafen im deutschen Haus sich aufhalten, um Kaufliebhabern jede mögliche Auskunft zu ertheilen, und die sich ergebenden Käufe abzuschließen.

Mutterstadt, den 22. Juni 1852.

C. A. Wolff,
Fabrikbesitzer zu Ansbach.

Neue
Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 153 | den 26. Juni 1852.

*Der Tod des Prinzen Condé.

Seitdem Ludwig Napoleon die Verfolgung der Orleans begann, hört man fortwährend, und namentlich eben wieder, von bevorstehenden Enthüllungen über diesen mysteriösen Todesfall. Die große Mehrheit selbst des lesenden Publikums weiß von der ganzen Sache wol wenig mehr, als daß jener Prinz Condé, welcher einst, nach dem Beginne der ersten franz. Revolution, das Corps der bewaffneten Emigranten anführte, im Jahre 1830, bald nach den Julitagen, durch Selbstmord das Leben verloren habe. Selbst eine ziemlich breite Erzählung der nach diesem Todesfall stattgefundenen Untersuchung im s. g. „Neuen Pitaval" gewährt keine irgend richtige Einsicht, aus dem doppelten Grunde, weil der ganze Aufsatz im Sinne des blinden Orleanism geschrieben, und weil dem Verfasser selbst ein Theil der nöthigen Vorkenntniße (z. B. was die Bedeutung verschiedener französischen Ausdrücke anbelangt) gebrach. Sehr auffallend fanden wir dagegen schon vor vielen Jahren Dasjenige, was Louis Blanc über den Vorfall in seiner Histoire de dix ans, 1830—1840, mittheilte, und wobei er im Falle war, sich auf Urkunden zu beziehen, welche bis dahin noch nicht veröffentlicht worden waren.

Bei der fortgesetzten, eigenthümlichen Wiederanregung der Sache glauben wir, zur bessern Orientirung unserer Leser eine gedrängte Zusammenstellung Dessen geben zu sollen, was bis jetzt ermittelt ist. Wir theilen eine solche um so mehr mit, als wir in dem Ganzen einen nicht uninteressanten Beitrag zur Bezeichnung der Zustände in gewissen Schichten der Gesellschaft erblicken.

— Als die Revolution im Juli 1830 ausbrach, lebte der Prinz Condé, Herzog von Bourbon, ruhig auf seinen Besitzungen, völlig unbekümmert um die politischen Vorgänge. Das Unglück, welches seinen Verwandten Karl den X. betraff, brachte übrigens einen tiefen Eindruck auf seinen Geist hervor. Er fürchtete für diesen, er fürchtete für sich selbst; die Schrecken der ersten Revolution tauchten bei dem alten Manne in magischer Gestalt wieder auf. Indessen konnte die Erinnerung daran, daß die Stelle eines Condé in der Zeit der Gefahr neben seinem Könige sei, — den gebrechlichen Greis zur Thatkraft begreiflicher Weise nicht mehr entflammen.

Der Herzog von Bourbon (Prinz Condé), stand damals ganz unter der Herschaft eines Weibes, — einer Frau von dunkler Herkunft, deren Familiennamen selbst ungewiß ist, und welche, wie man behauptet, früher auf dem Coventgarden-Theater zu London aufgetreten war. Später, an einen reichen Mann sich anschließend, lebte sie zu Turnbam-Green von dem Lohne einer ungesetzlichen Verbindung; erlangte dann eine unbeschränkte Macht über das Herz des Prinzen Condé, und ließ sich mit einem Baron Feuchères verheirathen, einem loyalen Soldaten, dessen betrogene Treuherzigkeit eine Zeit lang dazu diente, den Scandal eines ehebrecherischen Verhältnißes zu verdecken. — Durch ein Zusammentreffen verschiedener Umstände entstand eine Gleichheit der Interessen dieses Weibes mit jenen der Familie Orleans.

In den Jahren 1824 und 25 war es der Feuchères gelungen, den Prinzen zu vermögen, ihr testamentarisch die Güter (Domainen) St. Leu und Boissy, und außerdem eine Million an Geld zu vermachen. Sie begehrte nach Weiterem. Sie gelangte schon jetzt in den anticipirten Genuß jener beiden Besitzthümer; die Waldungen von Enghien wurden ferner beigefügt, und auch dies befriedigte sie noch nicht. Dabei war sie aber von einer innern Unruhe geplagt. Sie fürchtete, daß nach dem Tode ihres Wohlthäters dessen natürliche Erben sie auf alle Weise, gerichtlich und außergerichtlich, angreifen würden. Daher das Streben, sich dadurch in den höchsten Regionen eine Stütze zu schaffen, daß sie den Prinzen vermöchte, den Herzog von Aumale, Sohn Ludwig Philipps (des damaligen Herzogs von Orleans) an Kindesstatt anzunehmen.

Sie bot im Jahre 1827 der Herzogin von Orleans (der nachmaligen Königin) in dieser Hinsicht ihre Dienste an. Dieselbe antwortete ihr: „Ich bin sehr dankbar für das, was Sie mir von Ihren Bemühungen sagen, um das Resultat herbeizuführen, welches nach Ihrem Erachten den Wünschen des Herzogs von Bourbon entsprechen dürfte; und verlassen Sie sich darauf, daß wenn ich das Glück habe, daß mein Sohn sein Adoptivsohn wird, Sie in uns zu allen Zeiten und unter allen Verhältnißen, für Sie und die Ihrigen, jene Stütze finden werden, um welche Sie mich bitten, und wofür Ihnen der Dank einer Mutter die sicherste Bürgschaft ist." Es war indessen beigefügt: „Wir haben geglaubt, uns jedes Schrittes enthalten zu sollen, der den Anschein hätte, als suchten wir eine Wahl zu veranlassen oder einer solchen entgegenzuwirken."

Der Herzog von Orleans scheint übrigens dieses letzte Bedenken nicht getheilt zu haben. Nachdem er von Frau v. Feuchères vernommen, daß sie in einem dringenden und leidenschaftlichen Briefe ihrem Geliebten die Adoption des Herzogs von Aumale vorgeschlagen, wendete er sich am 2. Mai 1829 unmittelbar an den Fürsten. In einem überaus artigen Briefe drückte er demselben aus, wie sehr er durch den Schritt der Frau v. Feuchères gerührt sei, und wie sehr er stolz darauf sein würde, wenn eines seiner Kinder den ruhmreichen Namen der Condé's führte.

Bei diesem unerwarteten Streiche verfiel der Herzog von Bourbon in eine tiefe Bekümmerniß. Obwol er in seinen Beziehungen zur Familie Orleans stets die ausgesuchteste Höflichkeit beobachtet hatte, verkehrte er doch so wenig als nur möglich mit Ludwig Philipp, empfing nur mit innerm Widerstreben dessen seltenen Besuche und schrieb ihm nur selten, und zwar blos über Etikettefragen, denen Ludwig Philipp, trotz seines „Bürgerthums," eine ganz besondere Wichtigkeit beilegte. (Die Correspondenz, soweit dieselbe heute bekannt ist, betrifft Dinge wie diese: ob Orleans und Condé bei einem Hoffeste mit 8 Pferden zu fahren hätten; ob ihnen bei einer andern Feierlichkeit Lehnstühle gewährt würden, wie den königl. Prinzen der ältern Linie; ferner die Verleihung des Titels „königliche Hoheit" an den Herzog von Orleans 2c.!) Dem alten Haupte der Emigration schien es wie ein Frevel und fast wie eine Gottlosigkeit, das Erbthum der Condé's einer Familie zu übertragen, welche die Feinde des Adels und der Monarchie zu Häuptern gehabt. Er konnte nicht vergessen, daß ein Orleans, seinen Hof in eine Versammlung von Königsmördern versetzend, für den Tod Ludwig des XVI. gestimmt, und daß ein anderer Orleans (Ludwig Philipp) unter den Fahnen Dumouriez's gekämpft hatte. Allein wie konnte er ohne Beleidigung das ablehnen, was man als seinen eigenen Wunsch supponirte? Und wie anderseits die Zudringlichkeiten der Frau v. Feuchères zurückweisen, durch welche ihm sogar bereits anticipirte Danksagungen zukamen?

Auch hatte das verſchmitzte Weib ihm geſchrieben: „Der König und die königl. Familie wünſchen, daß Sie einen Prinzen Ihrer Familie als künftigen Erben Ihres Namens und Ihres Vermögens erwählen. Man glaubt, daß ich das einzige Hinderniß der Verwirklichung dieſes Wunſches ſei. ... Ich flehe Sie an, dieſer grauſamen Poſition durch Wahl eines Erben ein Ende zu machen. ... Sie werden hiedurch, my dearest friend, das Wohlwollen der königl. Familie ſichern, und eine weniger unglückliche Zukunft Ihrer armen Sophie.“

Konnte auch der Greis Zudringlichkeiten ſolcher Art nicht widerſtehen, ſo erregte doch dieſes Verfahren ſeine volle Indignation. Er beſchwerte ſich bitter gegen Frau v. Feuchères, daß ſie eine ſo wichtige Sache ohne ſein Vorwiſſen mit dem Herzog von Orleans eingefädelt habe. — Das Weib ließ aber das Gewitter gleichgültig an ſich vorüberziehen, und ſchrieb am nemlichen Tage noch dem Prinzen, daß der Herzog von Orleans auf dem Puncte ſtehe, nach London abzureiſen, daß ſie denſelben zum Frühſtück erwarte, und daß die Gelegenheit zu einer Beſprechung günſtig ſei.

So fort und fort gedrängt, konnte der Greis nicht widerſtehen. Die Zuſammenkunft fand ſtatt. Eine beſtimmte Anordnung erfolgte zwar auch darnach noch nicht, doch erachtete Ludwig Philipp ſeine Hoffnungen bereits ſo gut begründet, daß er insgeheim einen ſeiner Geſchäftsführer, den Hrn. Dupin, beauftragte, den Entwurf eines Teſtaments zu Gunſten des Herzogs v. Aumale zu bearbeiten. (In der noch vorhandenen Antwort Dupin's heißt es: Gemäß der ihm anempfohlenen Verſchwiegenheit ſende er das Original ſeines Entwurfes, da er Niemanden die Fertigung einer Abſchrift habe anvertrauen wollen.) Dieſer, dem Prinzen zu Unterſchrift vorgelegte Entwurf, ſollte die Verwirklichung des Planes fördern.

Die Feuchères verdoppelte ihre Zudringlichkeiten. Der Greis brach in Zorn und Klagen aus. Die Ruhe war von ihm gewichen. Oft verrieth er unwillkürlich vor Andern ſeine Aufregung. „Man hat nichts als meinen Tod im Auge,“ rief er eines Tages. Ein andermal ſagte er zu einem Hrn. v. Surval: „Wenn ſie einmal erlangt haben, was ſie wünſchen, ſo können meine Tage gezählt ſein.“ In jener ſeltſamen Art, zu welcher die Unentſchloſſenheit manchmal treibt, wendete er ſich an die Großmuth des Herzogs von Orleans ſelbſt. Unterm 29. Auguſt 1829 ſchrieb er ihm: „Die ohne mein Vorwiſſen und ein wenig leichtfertig durch Frau v. Feuchères eingeleitete Angelegenheit iſt mir, wie Sie bemerken konnten, unendlich peinigend.“ Er bat ſogar den Herzog, bei der Baronin (Feuchères) zu interveniren, damit ſie ihre Projecte mit dem Herzog v. Aumale aufgebe, dem er übrigens ein öffentliches und ſprechendes Zeugniß ſeiner Zuneigung zu geben verſprach.

Auf dieſe ſeltſame Aufforderung begab ſich der Herzog v. Orleans alsbald zur Frau v. Feuchères. Sie hatte Vorſorge getroffen, daß ein Zeuge nicht fehle. Ludwig Philipp erſuchte ſie in deſſen Gegenwart, ihre Bemühungen aufzugeben, worauf ſich aber die Baroneſſe unbeugſam zeigte. Natürlich hatte nun der Herzog von Orleans, ohne das Intereſſe ſeines Sohnes zu gefährden, ein ſeltenes Beiſpiel von Uneigennützigkeit gegeben. —

Das ganze Verhältniß führte zu heftigen Auftritten. So ward am Abende des 29. Auguſt 1829 Hr. v. Surval, nachdem er zuvor einen heftigen Wortwechſel gehört, herbeigerufen. Die Feuchères ſagte: „Sehen Sie doch, wie ſich Monſeigneur ohne alle Urſache ereifert; beruhigen Sie ihn doch!“ — „Ja Madame,“ rief der Greis, „es iſt abſcheulich, empörend, mir ſo das Meſſer an die Kehle zu ſetzen um mich zu einem Acte zu beſtimmen, vor dem ich, wie Sie wiſſen, ſo viel Widerwillen habe. ... Stoßen Sie denn das Meſſer gleich herein,“ rief er weiter, indem er die Hand der Feuchères ergriff und eine entſprechende Bewegung machte.

Am nächſtfolgenden Tage, den 30. Auguſt 1829, ſchrieb der Herzog von Bourbon in Abweſenheit der Frau v. Feuchères ein Teſtament, durch welches er den Herzog v. Aumale zu ſeinem Univerſalerben einſetzte, und der Baronin ſowol in Gütern als an Geld ein Legat von ungefähr zehn Millionen vermachte.

Dies waren die Beziehungen, welche zur Zeit des Ausbruchs der Julirevolution zwiſchen der Frau v. Feuchères und dem Herzog von Orleans beſtanden, den jene Revolution zum Könige machte. — (Fortſetzung folgt.)

Deutſchland.

* **Bemerkungen.** Ein Berliner Correſpondent der ſervilen Augsb. Allg. Ztg. ſagt: „Dieſe Agitation (für den Zollverein) dürfte an den Maßnahmen der ſüddeutſchen Regierungen ſelbſt ihre Gränzen finden. Die Lage des Zollvereins iſt überhaupt eine rein diplomatiſche geworden.“ — Und das ſagt man in der Mitte des 19. Jahrhunderts einer gebildeten Nation ins Angeſicht! Die Frage iſt „eine rein diplomatiſche geworden!“ Was iſt denn die Diplomatie, und wozu iſt ſie vorhanden, — wofür werden ihre Organe vom Volke unterhalten und bezahlt? Wir ſollten meinen — ausſchließlich zur Förderung des Volkswohles! So verſteht man in England, in Amerika die Sache. Freilich iſt man bei uns noch nicht zu gleicher Einſicht wie dort gekommen. So mußte bekanntlich Deutſchland ſeinen Handel nach Spanien einbüßen, weil man mit der Regierung der Chriſtinos, des „monarchiſchen Princips“ wegen, wie man es nannte, keinen Handelsvertrag abſchließen wollte. Allein ziemlich maßlos iſt es doch, wenn man auf die dringendſte Frage des Volkswohls mit dem Gegenſatze antwortet: „das iſt jetzt eine rein diplomatiſche“ Sache geworden. Alſo die „Diplomatie“ ſtünde darnach im offenen Gegenſatze zum Volkswohle und ſie wäre das entſchieden überwiegende Element, und das Volk dürfte nicht einmal ſein Bedürfniß zu erkennen geben!

Zur Zeit der „preußiſchen Union“ und des geträumten Sieges der Gothaer, hat bekanntlich Preußen mit verſchiedenen kleineren Staaten Verträge abgeſchloſſen, denen zufolge deren Truppencontingente der preuß. Militärmacht einverleibt wurden. Die Bundesverſammlung hat nun dieſe Sache, ſoweit ſie nicht ohnehin ſchon ihre Löſung erfahren, aufgegriffen, da jenes Verhältniß durchaus nicht geduldet werden ſoll. —

Bekanntlich hat man in verſchiedenen Staaten eine Verminderung des Militäretats verlangt. Leute, welche dies verhindern wollen, haben nun die Gelegenheit wahrgenommen, beim Bunde eine Vergrößerung der Contingente vorzuſchlagen. So ſteckt man ſich hinter den Bund. Zuerſt veranlaßt man ſelbſt einen Beſchluß bei demſelben, und dann beruft man ſich darauf: der Bundestag iſt es, der ſo beſchloſſen! Wer iſt denn der Bund?! —

München, den 22. Juni. König Max wird, wie jetzt beſtimmt verſichert wird, am 24. d. nach Regensburg ſich begeben. Die Reiſe nach Paſſau und dem bayr. Wald erfolgt erſt ſpäter. Das Reiſevorhaben des Königs nach Spanien ſoll auch noch im Laufe dieſes Sommers zur Ausführung kommen. — Geſtern Mittag verſchied dahier der berühmte Aſtronom Prof. Dr. Gruithuiſen, 78 Jahre alt. — Am Freitag den 18. d. Abends 7 Uhr ſchlug der Blitz in den Pfarrhof zu Abends, Gerichts Moosburg, und tödtete den Pfarrer Schallermayer in ſeinem Wohnzimmer. — In der Nacht vom 16. auf den 17. d. wurde Nachts 12 Uhr in Neuſtadt an der Waldnaab ein bedeutender Erdſtoß verſpürt.

Berlin, den 21. Juni. Wir theilten bereits mit, daß ſich die am 19. ſtattgefundene Zollconferenz mit der Beſteuerung des Rübenzuckers beſchäftigt hat. Schließlich verſtändigte man ſich vorläufig dahin, in eine Erhöhung der Rübenzuckerſteuer von 3 Sgr. pr. Ctr. auf 4½ Sgr. zu willigen, behielt ſich jedoch vor, nach genauerer Prüfung der bezüglichen ſtatiſtiſchen Zahlen noch einmal auf dieſen Gegenſtand zurückzukommen.

Elberfeld, den 22. Juni. Die hieſige Zeitung enthält einen längeren Artikel über „das Umſichgreifen

Digitized by Google

des Jesuitismus," welcher im Allgemeinen von dem trefflichen Grundsatze ausgeht, die religiöse Ueberzeugung jedes Individuums, als dessen wahrstes und eigenstes Heiligthum, zu achten. Die Elberf. Ztg. verlangt nur den sittlichen Boden, in dem jede Anschauung wurzeln soll. Aber gerade deßhalb, weil sie sich auf diesen Standpunct stelle, sei sie genöthigt, dem jesuitischen Treiben unserer Tage derb entgegen zu treten. „Ist auch da der sittliche Boden, den wir überall fordern, wenn der Grundsatz zur Geltung gebracht werden soll, daß der Zweck das Mittel heilige? Ist auch das sittliche Grundlage, wenn eine reservatio mentalis, ein stiller Vorbehalt im Gemüthe, dazu berechtigen soll, Versprechungen und Eide, die feierlich und offen gegeben werden, nicht zu halten? Diese Fragen wird auch der ehrliche Katholik unmöglich mit „Ja" beantworten können, und muß demnach mit uns dem Jesuitismus, der solche Grundsätze gut heißt, die Berechtigung versagen. Mehr noch, der Jesuitismus hat unbestritten seinem ursprünglichen Zwecke gemäß, die Bestimmung, dem Protestantismus entgegenzuwirken.... Sollen, wie man sagt, die Geister in ehrlichem Kampfe aufeinander platzen, damit das Rechte und das Wahre zum Siege gelange: nun, wir fürchten dann die Jesuiten nicht, unter der einzigen Bedingung, daß dann auch für uns in diesem Kampfe jede Fessel gelöst, daß dann jede ehrliche Waffe frisch und frei geschwungen werden könne, um dem angreifenden Gegner mindestens gleich zu stehen, um seine Hiebe nicht nur pariren, sondern auch mit gewaltiger Wucht unsere Schläge auf sein Haupt fallen lassen zu können. Laßt Jesuiten kommen, so vielen es gelüstet, und dann gebt uns das Recht der freien Volksversammlungen, gebt uns das Recht der freien Rede und der freien Schrift, und wir bürgen dafür, die Jesuiten sind aus dem Lande, noch bevor 6 Monde sich verjüngt haben. Wollt Ihr diesen ehrlichen aufrichtigen Kampf der Geister für das Rechte und das Wahre: wohlan, wir acceptiren diesen Kampf; aber wir protestiren dagegen, diesem Feinde mit gebundenen Händen überliefert zu werden. Wir fordern Nichts, als gleichen Wind und gleiche Sonne!"

Wien, den 20. Juni. Laut der letzten telegraphischen Depesche, welche die Ankunft des Kaisers zu Arad meldet, sollen mehr als 50 Gefangene entlassen worden sein.

— den 21. Juni. Die „Triester Ztg." behauptet, auf das Bestimmteste versichern zu können, daß die Mittheilung der „Mittelrheinischen Ztg." über den Abbruch der Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen in der Zoll- und Handelsfrage, welche dahin lautet, daß dieser Abbruch mittelst einer vom 23. Mai datirten Depesche des Grafen Buol-Schauenstein an Herrn von Prokesch dem Berliner Hofe notificirt wurde, daß diese Depesche die Antwort auf die Schlußerklärung des Herrn Manteuffels vom 17. desselben Monats war, und es in diesem Actenstück wörtlich heiße, „daß eine jede weitere Verhandlung in dieser Beziehung mit der preußischen Regierung weder im Interesse der Sache, noch der Würde der österr. Regierung entsprechend sei," vollkommen richtig sei.

Belgien.

Antwerpen, den 18. Juni. Gegenwärtig liegen in unserem Hafen allein fünf große amerikanische Dreimaster und ein belgisches größeres Schiff, welche Auswanderer nach Amerika führen. Die amerikanischen Schiffsbesitzer scheinen sich jetzt das Ueberführen der Auswanderer besonders angelegen sein zu lassen, weil sie dadurch viel eher zu Fracht und Ladung gelangen, als auf anderem Wege. Sie bringen Baumwolle, Harz und andere Producte herüber und fahren dann rasch mit neuen Ansiedlern zurück.

Schweiz.

Nidwalden. Das hochwürdige Priesterkapitel hat im Vereine mit der bischöflichen Kuria eine verschärfte Verordnung gegen das Heuen an Sonn- und gebotenen Feiertagen erlassen. Einverstanden, sagt das Wochenblatt, wenn man dem Landmann nur gutes Wetter auf die Werktage verschreiben könnte.

Wallis. Was zu befürchten war, scheint wirklich eintreten zu wollen, daß nämlich die von der hiesigen freisinnigen Behörde dem Volke freiwillig anerbotene Verfassungsrevision von der Pfaffenpartei dazu benutzt wird, um wo möglich das freisinnige Princip zu stürzen.

Frankreich.

Paris, den 19. Juni. Eine gewisse Fraction, welche sonst in sehr naher Beziehung zum Elysée stand, hat sich seit einiger Zeit von demselben ganz zurückgezogen und erscheint nicht mehr in den Salons desselben: es ist dies die ultramontane Fraction. (Nat.-Ztg.)

Italien.

Florenz, den 15. Juni. Trotz der absoluten Unmöglichkeit, Italien protestantisch zu machen, wird es doch nie an Anregungen zu einer kirchlichen Reform fehlen. So sah sich denn die Regierung zu verschiedenen Zeitpunkten in die Nothwendigkeit (??) versetzt, fremde Propagandisten, wie auch Eingeborne, unter andern erst voriges Jahr den Grafen Guicciardini, des Landes zu verweisen. Dieß hat Keime hinterlassen, die, wenn sie auch zuletzt keine nachhaltige Wirkung haben, doch zu traurigen Vorfällen Anlaß geben, wie der so eben stattgehabte Proceß und die Verurtheilung der Eheleute Madiai, die wegen protestantischer Proselytenmacherei mit vier- oder fünfjähriger Einsperrung bestraft wurden. Die Proceßverhandlung fand bei geschlossenen Thüren statt, nichtsdestoweniger wurde im Publikum bekannt, daß besonders die Frau ihre Grundsätze aufs unerschrockenste vertheidigte und sich als Martyrin darstellte, was einen gewissen Eindruck natürlich nicht verfehlen konnte. (!!) — So schreibt die Allg. Ztg.

Großbritanien.

London, den 18. Juni. Wenn die „gute alte Zeit" noch irgendwo existirt, so ists in den ministeriellen Blättern Standard und Herald. Der Standard schrieb vor 20 Jahren die Cholera dem Zorn des Himmels über die Katholikenemanzipation zu. Man glaube aber nicht, daß die Frömmigkeit dieses journalistischen Brüderpaars in 20 Jährchen sich um ein Haar geändert hat. Der Herald brachte am 17. Juni 1852 eine Epistel, die mit den Saubohnen anfängt und beim Papst aufhört. In Hartfordshire sind die Saubohnen, die als Viehfutter ein wichtiger Artikel sind, gänzlich mißrathen. Ich bin nicht abergläubisch, sagt der Schreiber der Epistel, allein es ist unmöglich zu verkennen, daß diese Saubohnenfäule eine Verwarnung von Seiten der Vorsehung wegen unserer „nationalen Sünden" ist. Wir haben in den letzten Jahren den „papistischen Götzendienst" so schmählich aufgemuntert, daß ich befürchten muß, es stehen uns noch härtere Strafen bevor. Wenn wir fortfahren, Maynooth aus Staatsgeldern zu unterstützen, so soll es uns gar nicht wundern, wenn der Herr seine Hand auch gegen die Kartoffeln, die Gerste, ja selbst gegen den Weizen ausstreckt!!

— den 21. Juni. Der „Morning Herald" berichtet, daß der Papst dem von den römischen Gerichten zum Tode verurtheilten Hrn. Murray das Leben geschenkt habe.

Griechenland.

Die Post aus **Athen** vom 16. Juni berichtet, daß die religiösen Unruhen in der Maina eine immer bedenklichere Gestalt gewinnen.

Neueste Nachrichten.

München, den 21. Juni. Wie ein Correspondent der „Augsb. Postz." vernimmt, wird in Kissingen ein kleiner Congreß süddeutscher Staatsmänner abgehalten und die von dem Herrn Ministerpräsidenten v. d. Pfordten auf die preußische Erklärung bezüglich der Darmstäd-

ter Beschlüsse ausgearbeitete Erwiderung berathen werden. Erst dann wird diese Erwiderung den einzelnen Regierungen vorgelegt.

Berlin, den 22. Juni. Die vertraulichen Besprechungen auf den hiesigen Conferenzen sind dem Ende nahe, ohne daß schon jetzt von der einen oder der andern Seite eine entscheidende Erklärung zu erwarten steht. Für Oesterreich naht aber der entscheidende Augenblick, wo es seinen Verbündeten die versprochene Garantie der Zolleinkünfte gewähren muß, welche in dem noch geheim gehaltenen Protokolle zugesagt ist. Das Wiener Cabinet hat deßhalb eine abermalige Conferenz nach Wien berufen, an welcher jedoch nur die Mitglieder des darmstädter Bundes Theil nehmen sollen. Es ist daher wol mit Sicherheit zu erwarten, daß erst nach Beendigung der Berathungen in Wien definitive Erklärungen über den Septembervertrag eingehen werden. (K. Z.)

Nach Privatnachrichten aus Schlawe in Pommern ist diese Stadt in der Nacht vom 18. zum 19. von einer furchtbaren Feuersbrunst heimgesucht worden. 60 Scheunen (nach anderen Berichten noch eine größere Anzahl) und 6 Häuser sind ein Raub der Flammen geworden.

Dem Herzog von Koburg-Gotha wird die Absicht untergelegt, bei Berathung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit im Schooße der Bundesversammlung durch seinen Bevollmächtigten namentlich auf Sicherung des Kriegsmaterials der Herzogthümer dringen lassen zu wollen. Man erzählt, daß sich der Herzog in der Zeit, in welcher die Verhandlung über diesen Gegenstand in Frankfurt stattfinden sollen, dorthin begeben werde.

Die Arbeitslosigkeit vieler Weber und Spuler im schlesischen Gebirge dauert noch immer fort.

Paris, den 23. Juni. Das gestern verbreitete Gerücht wegen Modificirung des Decretes in Betreff der Orleans'schen Güter erweist sich als unbegründet.

Der frühere Polizeipräfect Ducour hat als Generalrathsmitglied den Eid verweigert.

In die Departements sind Befehle zur Schließung vieler Schenken und Kaffeehäuser ergangen, die zu heimlichen Clubversammlungen der Democraten dienten. (!)

Graf Chambord hat durch ein neues, von ihm selbst verfaßtes Rundschreiben vom 10. Juni seinen Brief aus Venedig bestätigt und gleichzeitig die dagegen erhobenen Einwendungen beantwortet. Es steht also jetzt für alle Zukunft unumstößlich fest, daß die wahren Legitimisten, diejenigen ausgenommen, die in der Armee dienen, den Eid nicht leisten dürfen, und daß diejenigen, die ihn leisten, sich gegen den Willen ihres Oberhauptes auflehnen. Die „Gazette de France" behauptet ganz kategorisch, den Nachrichten deutscher Blätter zum Trotz, daß Graf Chambord und seine Gemahlin nicht im nächsten Monate nach Wiesbaden gehen werden.

Der „Moniteur" enthält ein Decret, wodurch der Gemeinderath von Toulouse für aufgelöst erklärt wird, so wie eine Reihe von Personalveränderungen in der Magistratur.

Der Präsident der Republik hat heute, was er bei der Nationalversammlung nie gethan, der Sitzung des gesetzgebenden Körpers beigewohnt. Ob er in seiner Loge von dem Hauptredner, der heute gesprochen hat, dem Ex-Legitimisten de Kerdrel, sehr befriedigt war, ist schwer zu sagen, aber leicht zu errathen, da derselbe gegen das Budget (und man weiß, was hinter diesem Namen steckt) einen so derben Angriff ausgeführt hat, wie man ihn im gesetzgebenden Körper gewiß nicht zu hören geglaubt hätte. — Ein neues nicht unbedeutendes Symptom von den politischen Tendenzen des gesetzgebenden Körpers: Die Commission für das provisorische Departemental- und Communalgesetz hat die Ernennung der Präsidenten und Schriftführer der General- und Kreisräthe durch den Präsidenten der Republik verworfen, und dieser Punct nimmt in dem Systeme der Regierung einen Hauptplatz ein.

London, den 21. Juni. Aus Lissabon wird mitgetheilt, daß das portugiesische Ministerium den Cortes einen Gesetzentwurf für Abschaffung der Todesstrafe wegen politischer und Civilverbrechen mit Ausnahme folgender Fälle: Mordversuch gegen den Souverän, Mord, falscher Eid, durch welchen der Tod einer unschuldigen Person herbeigeführt wird, Kirchenraub, Raub mit Gewalt, vorgelegt hat.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 22. Juni. Weizen 6 fl. 5 kr., Korn 4 fl. 58 kr., Gerst 4 fl. 6 kr., Spelz 4 fl. 20 kr., Hafer 4 fl. 3 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 19. Juni. Weizen 6 fl. 15 kr., Korn 4 fl. 49 kr., Spelz 4 fl. 36 kr., Gerst 4 fl. 9 kr., Hafer 3 fl. 56 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 22. Juni. Weizen 6 fl. 11 kr., Korn 5 fl. 16 kr., Spelz 4 fl. 19 kr., Gerst 4 fl. 4 kr., Hafer 3 fl. 35 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1080^2] **Offene Lehrerstelle.**

In eine Privaterziehungsanstalt wird ein Reallehrer gesucht, der gute Zeugnisse aufweisen kann. Portofreie Anfragen bei der Expedition unter Chiffre A. B.

[1089^1] **Offene Lehrlingsstelle.**

Für ein Kurz-Waaren-Geschäft in einer Stadt der vordern Pfalz, wird ein junger Mensch mit den nöthigen Vorkenntnißen unter annehmbaren Bedingungen in die Lehre gesucht. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[1090] **Zahnärztliche Anzeige.**

Ich werde den 26. d. Mts. Mannheim verlassen, und bis den 1. Juli in Heidelberg verweilen. Vom 2. Juli an bin ich wieder täglich in meiner Wohnung Lit. P. 5 Nro 1 am Strohmarkt zu sprechen.

Mannheim, den 23. Juni 1852.

J. Böhling, Zahnarzt.

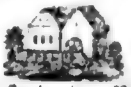
[1092] **Grasversteigerung.**

Mittwoch, den 30. Juni 1852, Nachmittags 2 Uhr, zu Bolanden, in der Behausung des Wirths Erben, läßt Herr Graf Ferdinand von Waldner-Freundstein, Rentner und Gutsbesitzer in Mannheim, das diesjährige Heu- und Ohmetgras auf seinen Wiesen, Bolander Gemarkung, größtentheils frisch gedüngt und 65 Morgen enthaltend, in 52 Loosen auf Credit versteigern.

Kirchheimbolanden, den 20. Juni 1852.

Giessen, Notär.

[1091] **Versteigerung einer Mühle.**



Dienstag, den 6. Juli nächsthin, Vormittags präcis 9 Uhr, zu Bellheim im Gasthause zum Einhorn, werden auf Betreiben von Herrn Heinrich Breinig auf der Holzmühle bei Westheim, gegen die Wittwe von Johann Ignaz Bisson in Bellheim, zwangsweise auf Eigenthum versteigert:

1) die unterhalb dieser Gemeinde an der Queich stehende „Fortmühle" mit 2 Mahlgängen, 1 Schälgang und 1 Hanfreibe nebst den Oeconomiegebäuden und dem unmittelbar dabei gelegenen Pflanzgarten,
2) 8,54 Decimalen Acker- und Wiesenland in 16 einzelnen Parzellen, theils bei der Mühle, theils zerstreut in der Gemarkung von Bellheim liegend,

was hiermit im besondern Interesse der Schuldnerin und Gläubigermasse bekannt gemacht wird.

Bellheim, den 23. Juni 1852.

Der committirte Notar: L. Köster.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 134 | den 27. Juni 1852.

Anzeige.

Da mit dem nächsten Monat ein neues Abonnement auf die Neue Speyerer Zeitung beginnt, so ersuchen wir, die Bestellungen möglichst bald bei der zunächst gelegenen Posterpedition einzureichen. Nur Bewohner der Stadt Speyer und der nächsten Umgegend belieben ihre Bestellungen an die Expedition dieses Blattes unmittelbar zu richten. — Die Speyerer Zeitung, welche mit Ausnahme des Sonntags täglich, und zwar häufig mit Beilagen, erscheint, kostet halbjährlich 3 fl. 20 kr., vierteljährig 1 fl. 40 kr., und wird um diesen Betrag, ohne weitern Aufschlag, durch alle Posterpeditionen des Königreichs Baiern geliefert. — Privatanzeigen, welche portofrei einzusenden sind, werden gegen eine Einrückungsgebühr von 4 Kreuzer für die gewöhnliche Druckzeile aufgenommen.

⁂ Die Anstrengungen, welche von der Rückschrittspartei in täglich ausgedehnterm Maße gemacht werden, um der Speyerer Zeitung entgegen zu wirken, deuten wol besser als alles Andere an, von welcher Bedeutung die Verbreitung eines unabhängigen Blattes für die Freunde der freien Richtung in der Pfalz, oder vielmehr für alle Jene sein muß, welche etwas Besseres als den schrankenlosen Absolutismus in Staat und Kirche herbeigeführt wünschen. — Die Speyerer Zeitung ist nicht zurückgeschreckt und wird nicht zurückschrecken vor allen Opfern, welche nothwendig sind, um unter den obwaltenden Verhältnißen als unabhängiges, die Volkssache vertretendes Blatt zu bestehen. So bequem es ist, persönliche Vortheile auf der entgegengesetzten Seite zu erlangen, so hat die Speyerer Ztg. ihrerseits, mit vollem Selbstbewußtsein und ungeachtet vorgängiger Drohungen, bekanntlich eher zweimal förmliche Unterdrückung über sich ergeben lassen, als daß sie ihre Grundsätze verläugnet hätte. Sie wird natürlich auch inskünftige der nemlichen Fahne treu bleiben, und — nicht für Anarchie, Communismus und dergleichen Verirrungen wol aber — für Einheit des Vaterlandes, für Recht und Freiheit in Staat und Kirche sprechen, durch deren Sieg allein auch die Begründung des materiellen Wohlstandes des Volkes herbeigeführt, und ein ruhiger Genuß der Früchte seiner Mühen demselben gesichert werden kann. — Die Speyerer Zeitung glaubt, angesichts der jetzigen Lage eines freisinnigen Blattes, ein Recht zu besitzen, die allseitige thätige Unterstützung der Gleichgesinnten und überhaupt aller Derjenigen fordern zu dürfen, welche wünschen, daß das Treiben der Reactionäre nicht über alle Verhältniße des Lebens, zumal in unserer Pfalz, sich völlig widerspruchslos ausbreite.

☞ Wir haben uns wiederholt mit der vorstehenden Ansprache an das Publicum, insbesondere an die Bewohner der Pfalz gewendet, und unsere Erwartungen sind nicht getäuscht worden. Für die hinwegcommandirten Leser sind andere in gleicher Anzahl gekommen, die unter keinem Dictate stehen. Mit der nemlichen Befriedigung dürfen wir unserseits auf die Leistungen der Speyerer Zeitung hinblicken; trotz aller Verfolgungen wurden sie gewiß nicht geringer. Kein wichtiges Ereigniß ging unbesprochen vorüber, und die Speyr. Ztg. beschränkte sich dabei nicht auf den Abdruck gewöhnlicher Tagesberichte. In umfassenden, zusammenhängenden und gründlichen Darstellungen wurden die Zustände Deutschlands, der Pfalz und Baierns insbesondere, dann aber auch die des Auslandes beleuchtet, namentlich jene Frankreichs, der Schweiz, Englands und Amerikas, aus welchen Ländern sämmtlich wir werthvolle Originalmittheilungen zu geben im Falle waren. Eben wendet die Speyr. Ztg. der Auswanderungs- und der Zollfrage ihre besondere Aufmerksamkeit zu, und das, was sie in dieser letzten Beziehung längst warnend vorhergesagt, hat leider nur allzusehr seine thatsächliche Bestätigung erhalten. Sehen wir uns auch bei dem Mangel wahrer Preßfreiheit tag-täglich genöthigt, nicht nur gegen uns selbst, sondern ebenso gegen unsere Mitarbeiter eine wahre Censur auszuüben, so sprechen doch, lauter als irgend ein Mensch es vermöchte, die Thatsachen, und so ist weder unsere Ueberzeugung irgendwie gebrochen, noch unser Vertrauen in den endlichen Sieg der gerechten Sache des Volkes im geringsten erschüttert. —

***Der Tod des Prinzen Conde.** (Fortsetzung.)

Gebrochen, wie er war, konnte der Herzog v. Bourbon der neuen Dynastie seine Anerkennung nicht verweigern. Sein Herz aber gehörte dem alten Königthume. Beim Namen Karl des X. vergoß er Thränen. „Zwei Revolutionen zu erleben ist zu viel!" hörte man ihn ausrufen. Er erwartete alle Gräuel der ersten Revolution und fürchtete namentlich Angriffe auf sein Eigenthum.

Dieser Schrecken verschwand. Im ganzen Lande herrschte alsbald die Ruhe wieder. Dennoch sah man den Herzog nicht beruhigt. Seine Dienerschaft bemerkte, daß seine Beziehungen zur Frau v. Feuchères, gestört waren. Schon die Nennung ihres Namens schien ihn mehrmals aufzuregen. Seine, übrigens zärtliche Sorgsamkeit für dieselbe schien von einer Art Schrecken begleitet. Endlich vertraute er einem Herrn v. Choulot, dem Vorstande seiner Jagden, und seinem vertrauten Kammerdiener Manoury, daß er eine große Reise beabsichtige. Gleichzeitig forderte er von seinem Intendanten Baron Surval eine Million in Bankbilleten. Die Ursache seines Planes vertraute er Niemanden; er empfahl überhaupt Geheimhaltung, und ganz besonders, daß man die Sache der Frau v. Feuchères verberge.

Die Baronesse ihrerseits war wegen Vollzug des Testamentes beunruhigt. Sie hatte gewünscht, daß das, ihr Bestimmte, ihr in Form einer Schenkung unter Lebenden gegeben würde. Die enormen Einregistrirungskosten bildeten ein Hinderniß, zu dessen Beseitigung denn verschiedene Plane ausgedacht wurden.

Indessen ließ sich der Fluchtversuch, wie er zuerst entworfen worden war, nicht ohne Aufsehen ausführen. Er scheiterte daher. Indessen bestand der Prinz wenigstens darauf, St. Leu zu verlassen.

Düstere Gerüchte verbreiteten sich im Schloße. So hatte man den Prinzen am Morgen des 11. Aug. mit blutunterlaufenem Auge gesehen. Er gab vor, sich am Nachttische gestoßen zu haben. Manoury erlaubte sich die Gegenbemerkung, daß das Bett höher sei als der Nachttisch. Der Prinz schwieg verlegen. Er erhielt kurz darauf einen Brief, der ihn sichtlich aufregte. Später äußerte er: Ich bin ein schlechter Lügner; ich habe gesagt, daß ich mich im Schlafe gestoßen; die Wahrheit ist, daß, als ich meine Thüre geöffnet, ich zur Seite gefallen bin.

Nach diesem Vorgange äußerte der Herzog gegen Manoury den Wunsch, daß derselbe an seiner Zimmer-

thüre schlafe. Diesermeinte, solches könnte seltsam befunden werden, und es möchte natürlicher sein, wenn der Prinz diesen Befehl an Lecomte, den dienstthuenden Kammerdiener richte. Allein der Herzog stand sogleich davon ab. — Lecomte war durch die Frau v. Feuchères in das Schloß eingeführt worden. —

Einige Tage später erhielt der Prinz einen Besuch der neuen Königin, die ihm den Ehrenlegionsorden überbrachte und ihn zu beruhigen suchte. Er schien zufrieden. Des Nachts aber kam Hr. v. Choulot heimlich zu ihm, und diesem erklärte er: „Mein Entschluß ist gefaßt. Die Königin selbst hat mir heute den Orden überbracht. Man wünscht, daß ich in der Pairskammer figuriere. Das ist unmöglich!" Die heimliche Abreise ward dann definitiv festgesetzt, und es wurden die Einzelnheiten besprochen.

Der Ludwigstag (25 Aug.) kam heran. Die Bewohner von St. Leu, welche den Prinzen liebten, gaben ihm Beweise von Zuneigung, die ihn höchlich erfreuten.

Auffallender Weise ließ sich Frau v. Feuchères an diesem Tage von dem Bankierhause Rothschild für eine halbe Million Wechsel auf London geben. Waren etwa Zerwürfniße mit dem Herzoge der Grund? — Gewiß ist, daß am nächstfolgenden Morgen gegen 8½ Uhr ein heftiger Auftrit zwischen beiden stattfand. Man hörte den Prinzen lebhaft den Namen Choulot aussprechen, und nachdem die Feuchères weggegangen war, fand Manoury seinen Herrn furchtbar aufgeregt auf einem Sopha sitzend; er ließ sich Kölnisches Wasser bringen. Dann sendete er einen Eilboten an Choulot, um ihm eine wichtige Mittheilung machen zu können.

Der Rest des Tages bot nichts Ungewöhnliches dar. Der Prinz behielt den ihn besuchenden Hrn. v. Cossé-Brissac bei Tische, bei welchem er nur nichts von Politik gesprochen wünschte. Im Uebrigen war er heiter, und spielte des Abends um 9 Uhr seine Whistpartie, welche Frau v. Feuchères ebenfalls mitmachte. Erst seit drei Tagen hatte er diese seine alte Vergnügung wieder aufgenommen. Er war dabei munterer als gewöhnlich; er verlor Geld, das er „morgen" bezahlen wollte.

Der Herzog wollte am 31. August abreisen. Die Ungeduld, St. Leu zu verlassen, war so groß, daß er seinem Architekten Dubois anempfohlen hatte, seine Wohnung zu Chantilly eiligst herzurichten und nöthigenfalls des Nachts daran arbeiten zu lassen.

Nach beendigtem Spiele begab sich der Prinz in sein Schlafgemach. Auf dem Vorplatze machte er seinen Leuten ein freundliches Zeichen, wie zum Abschiede. Sein Chirurg Bonnie und sein Kammerdiener Lecomte folgten ihm. Während des Verbindens seiner alten Wunde und des Auskleidens sprach er, wie gewöhnlich, nichts. Auf die Frage des Kammerdieners, wann er des Morgens in das Zimmer kommen solle, antwortete der Herzog mit seiner gewöhnlichen Ruhe: „um 8 Uhr."

Das Schlafzimmer des Herzogs von Bourbon war vermittelst eines kleinen Durchgangs mit einem Vorzimmer verbunden. Dieses letzte hatte Ausgänge, einerseits nach einem Ankleidezimmer, das seinerseits auf den großen Corridor des Schloßes ging, anderseits durch eine geheime Treppe, welche auf einen Stiegenabsatz (palier) führte, auf welchen die Wohnung der Frau v. Feuchères ging, und jene der Frau v. Flassans, ihrer Nichte. Von dem Stiegenabsatze ganz herab, kommt man nach einem Gange, der auf den großen Vorplatz (vestibule) am Eingange des Schlosses führt. Durch einen höhern Stiegenabsatz, den des Entresol, steht die geheime Treppe mit einem zweiten Corridor in Verbindung, auf welchen sich die Thüren der Zimmer des Abbé Briant (Secretärs der Baronin), der Witwe Lachassine (ihrer Kammerfrau), und der Eheleute Dupré (ebenfalls in ihrem Dienste) öffnen. Das Zimmer dieser Letzten befand sich unmittelbar unter jenem des Prinzen, dergestalt, daß sie selbst die in demselben gesprochenen Worte sehr leicht hören konnten.

In de Nacht vom 26. zum 27. hielten die Jagdhüter ihren gewöhnlichen Umgang im Parke. Lecomte hatte wie gewöhnlich die Thüre des Ankleidezimmers verschlossen und den Schlüssel zu sich genommen, denn der Herzog vergaß oft, den Nachtriegel in seinem Schlafgemache vorzuschieben. Frau v. Flassans wachte bis 2 Uhr, mit Schreiben beschäftigt: kein Geräusch störte sie. Die ganze Nacht hindurch herrschte die tiefste Ruhe im Schloße.

Als des Morgens um 8 Uhr Lecomte an die Thüre klopft, erhält er keine Antwort. Er entfernt sich, kehrt mit Bonnie zurück: das nemliche Ergebniß. Beunruhigt eilen beide zur Fr. v. Feuchères. „Ich will sogleich hinaufgehen," sagt sie, „wenn er meine Stimme hört, wird er aufwachen." Blos halb angekleidet eilte sie mit beiden hinauf, rufend: „Öffnen Sie doch, Monseigneur, öffnen Sie, ich bin's!" Stets keine Antwort. Schon hatte sich der Alarm im ganzen Schloße verbreitet; Manoury, Leclerc, der Abbé Briant und Hr. Méry-Lafontaine eilen herbei. Manoury sprengt die Thüre. Die Nachtläden waren geschlossen, es war dunkel, nur im Kamine brannte hinter einem blechenen Schirme ein Licht, das eine geringe Helle nach der Decke warf. Bei diesem schwachen Scheine bemerkte man undeutlich den Kopf des Prinzen, an den Nachtladen des nördlichen Fensterflügels gebunden. Es war, wie wenn ein Mensch lauschte. Manoury öffnete den südlichen Fensterflügel. Und nun welches Schauspiel! Der Herzog war an einer Fensterstange, (Spaniolettstange) aufgehängt. Frau v. Feuchères, die man unter der Thüre zurückhielt, ließ sich weinend auf einen Sessel im Ankleidezimmer niederfallen. Die gesammte Bewohnerschaft des Schlosses eilte herbei.

Der Herzog hing vermittelst zweier Sacktücher an der Fensterstange. Die Sacktücher waren eines durch das andere gezogen. Das am Halse hatte keinen in der gewöhnlichen Art geschlungenen Schlupf; es drückte nicht auf die Luftröhre, ließ den Nacken blos, und war so wenig fest zugezogen, daß man zwischen dem Halse und dem Tuche an den Falten leicht mit den Fingern durchfahren konnte. Der Kopf des Todten hing auf die Brust herab. Sein Gesicht war bleich. Die Zunge hing nicht aus dem Munde, sondern berührte blos die Lippen. Die Hände waren geschlossen, die Kniee gebogen; dessen ungeachtet berührten die Zehen den Boden, dergestalt, daß der Prinz bei den Schmerzen des letzten Kampfes sich nur an den Nachtladen anlehnen und seine Beine strecken durfte, um dem Tode zu entgehen. — Diese Verhältniße stritten sehr gegen die Annahme eines Selbstmordes, und setzten die meisten Anwesenden in Erstaunen.

Nun stellten sich die Behörden ein: zuerst der Maire von St. Leu, welcher den Zustand des Körpers constatirte; hierauf der Friedensrichter von Enghien, der denselben abnehmen und auf ein Bett legen ließ; später der Untersuchungsrichter von Pontoise, durch den eine Aufnahme der Localitäten stattfand. Der König seinerseits, gegen 11½ Uhr von dem Ereigniße unterrichtet, sendete seinen Secretär und vier Pairs. Ludwig von Rohan, obwol Blutsverwandter, wurde nicht benachrichtigt, und erfuhr erst durch die Zeitungen den Tod des Prinzen, von welchem ein nicht geahnetes Testament ihm die Erbschaft entrissen hatte. —

Die verschiedenen Protokolle schlossen alle, unter mancherlei Ungenauigkeiten, welche die spätere Untersuchung aufklären sollte, auf Selbstmord. In der That schien der von Innen vorgeschobene Nachtriegel den Verdacht eines Meuchelmordes auszuschließen. Es war unter der ausschließlichen Herrschaft dieser Voraussetzung, daß man in den ersten Momenten handelte. Diese vorgefaßte Meinung war so stark, daß Bonnie, in der Unmöglichkeit, den Selbstmord anders zu erklären, einen Stuhl als Mittel dazu bezeichnete, indem er in seinem Protokolle angab, der Prinz müße darauf gestiegen sein, um sich erhängen zu können. Später erklärte er vor dem Untersuchungsrichter, daß dies unmöglich gewesen, da der Stuhl zu entfernt vom Fenster gestanden, und er selbst denselben beim Eindringen ins Zimmer vorgeschoben habe.

Indessen verminderte sich die Voraussetzung des Selbst-

mordes immer mehr, selbst ehe man noch entdeckt hatte, wie es später geschah, daß sich an diesem Schloße der Nachtriegel vermittelst eines durchgeschlungenen Fadens von Außen ganz leicht zuziehen lasse. Das Alter des Prinzen, die geringe Energie seines Characters, seine allgemein bekannten religiösen Gesinnungen, das Entsetzen, welches er bei tausend Gelegenheiten bei dem bloßen Gedanken des Todes kund gegeben, seine Ansicht vom Selbstmorde, den er als eine Handlung der Feigheit ansah, die Heiterkeit seiner letzten Tage, — Alles erschütterte die Meinung, welche der vorgeschobene Nachtriegel erzeugt hatte. (Schluß folgt.)

† **Betrachtungen.** Kaulbachs wundervoller Karton vom babylonischen Thurmbau kann dem Beschauer unmöglich ein Bild solcher Sprachverwirrung und ihrer Folgen dergestalt wiedergeben, als ihn die politische Tagesgeschichte mit jedem Blatte, das sie dem Publikum zuwebt, darstellt. Nehmen wir z. B. das jetzt aussichtslose Wort Democratie, welches unter mehr versprechenden Augurien von so manchem Herrn als das Mene tekel gegen die Monarchie gebraucht wurde, auf das alle Parteien ihre Stempel schlugen, um ihre mehr oder weniger selbstsüchtigen Zwecke damit zu erreichen, während sie es heute nicht mehr auszusprechen wagen, ohne einen wirklichen oder affectirten Schauder zu empfinden und mit Verläumdungen zu verknüpfen. Auch die Worte haben ihre Schicksale, ihre Noth und ihre Geschichte. Denke man nur an das Wort Gnade und die damit verbundenen Begriffe. Welch' eine Fluth von Kämpfen jeder Art zieht an unserm Geiste vorüber. Wie viele heiße Zänkereien erfüllten darüber die berühmte Sorbonne, welche namenlose Scrupel und quälende Zweifel erweckten die hinreichende und die wirkliche Gnade in den Herzen der Gläubigen; wie viele grausame Verfolgungen schufen hierdurch die Jesuiten ihren jansenistischen Gegnern! Der Mangel der Gnade, die Ungewißheit, derselben selbst durch die christlichsten Werke theilhaftig zu werden, hat schon in manchem Lutheraner die tiefste Zerknirschung bewirkt. So manche seitdem zerknickte Hoffnung baute auf dies im Jahre 1849 mit so vielem Pompe ausgestellte Allerheiligste, „des schönsten Juwels der Krone!" — Die Thomisten, die Jansenisten, die Molinisten und die Jesuiten, sowie die Lutheraner, warfen die Anker der Gläubigen, wie in neuester Zeit die Monarchisten quand-même den Hoffnungsanker der unglücklichen Reichsverfassungskämpfer, allein in diesen Grund. —

So ging es mit dem Worte resp. Begriffe „Democratie." In ihr wollten Alle selig werden. Man zog die Sünden vergangener erlauchter Geschlechter ungescheut an das grellste Tageslicht und beichtete seine eigenen mit der erhebenden Freudigkeit einer vollbrachten moralischen Läuterung, welche, außer dem Gefühle wahrer Würde, auch noch das Beruhigende gesicherterer, neubefestigter Anrechte auf die Krone verlieh. Die Vergangenheit kam am Schlimmsten dabei weg; man trat die Pietät mit Füßen und schlug Allem Großen und Guten, was sie erzeugt und bewahrt, mit größter Rücksichtslosigkeit ins Angesicht. Der Democratie als Repräsentantin einer neuen beglückenden Zukunft, als Panacee der Fürsten und Völker, kam man mit schmeichelndem Lächeln und offenen Armen entgegen, um an ihrer starken Hand gerettet durch die Wirrsale der Zeit und die jugendliche Turbulenz der Geister zu schreiten. Alles wollte man auf sie bauen und gründen, mit ihr und auf sie den neuen Tempel der Eintracht errichten, unter dem Fürsten und Völker friedlich wohnen könnten — eine von der Zeit sehr abgezehrte Phrase, welche mit der Sprengung des Zollvereins Sinn und Verstand vollends zu verlieren die tröstliche Aussicht hat.

Ueber die Art und Weise der reellen Gestaltung, des Uebertragens der neuen Ideen in das Leben der Völker, kam die Verwirrung und mit ihr die Kämpfe, welche der Untergang des einheitlichen Strebens zum Ganzen herbeiführten. Während diese den Thurm der Monarchie auf breitesten democratischen Grundlagen unterbauen und aufs Neue befestigen wollten, rissen die Andern die Zinnen herab, um die democratische Republik zu errichten, wozu nach der Ansicht Dritter, der Socialismus die Basis abgeben sollte. Hier tauchte das democratische Kaiserthum auf, dort rufen heute noch einige Staatsfrösche laut in den Abend der altersschwachen französischen Legitimität nach democratischer Legirung, um dem abgegriffenen Metall der Kronen von Frankreich und Navarra wieder Eingang und größere Dauer zu verschaffen.

So wie dort auf dem theologischen Gebiete in der glänzendsten Epoche der Monarchie die Gnade, so war auf dem politischen der neuesten Zeit die Democratie die große Idee, welche alle Geister in Bewegung setzte. Jener Kampf ist verschollen und hat geläuterten Ideen Platz gemacht; der der Democratie ist unabgeschlossen und wird endlich dieselben Resultate der Läuterung in unsern staatlichen Zuständen herbeiführen, sei es durch zeitgemäße und baldige Zugeständniße von Oben, welche uns einer englischen Staatsverfassung allmälig entgegenführen, oder daß im negativen Falle Eine Stunde der Noth, wie Hölderlin sagt, Alles das schafft, was man Decennien, — von Jahrhunderten kann nicht mehr die Rede sein, — verweigern zu müßen für gewiegte Staatsweisheit hält. Endlich werden auch Gedanken — Thaten; und das in mächtiger Verblendung Geschmähte kann wieder, — obgleich dießmal den Göttern die besiegte Sache nicht gefiel, — Herr des Tages — nein! Herr einer großen Periode werden, auf deren Markstein die Geschichte den wirklichen Anfang jener unter großen Opfern verfehlten glücklichern Zustände unseres armen Vaterlandes schreiben wird.

Ideen kann man weder einsperren noch außer Landes weisen. Ihre Träger schmähen, um gesellschaftliche Zusammenkünfte damit zu motiviren, ist kleinlich und schon zu oft dagewesen, als daß man ein Wort weiter darüber verlieren möchte. Immerhin scheint es nach heutigen Werthverhältnißen auf dem Markte des politischen Treibens noch wohlangelegt, für eine Unterlassungssünde der Demokratie zu Leibe zu gehen, da der esprit de l'escalier, kraft dessen erst auf den Treppen statt im Salon die besten Einfälle kommen, sagt der Verfasser der Briefe eines Verstorbenen, wie jeder andere Geist, auch seinen Gegenstand haben muß, auf den er platzt. —

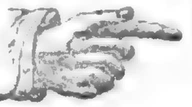
Frankreich.

Paris, den 23. Juni. Die Regierung hat das Hofjournal (Journal de la Cour) kurzweg verbieten lassen.

Hr. Guizot hat soeben zwei neue Werke aus seiner Feder „Shakspeare und seine Zeit" und „Corneille und seine Zeit" bei Didot erscheinen lassen.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.



Großes Tapetenlager
eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl,**
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057¹ᵃ] in Mannheim.

[1088³] **Bauplätze zu Ludwigshafen.**

Nächst dem Bahnhofe, sehr vortheilhaft gelegen, werden in Ludwigshafen noch vier Bauplätze, jeder zu circa 21 Ruthen Flächenraum einzeln oder im Ganzen gegen baares Geld oder in vier Jahresterminen zahlbar, auf Eigenthum zu 1600 Gulden einer, verkauft.

Dabei wird die Zusicherung ertheilt, daß diese Plätze, nach der Richtung zum Bahnhofe in rechtwinkliche

von demselben Flächenraum und derselbe Lage ohne weitere Vergütung umgestaltet werden, wenn sie nach den Figuren, welche sie jetzt bilden, in Folge des zu ertheilenden Allignements keine rechte Winkel mehr, der bezeichnete Fronte zu, abgeben sollten.

In Folge specieller Aufträge, wird der Unterzeichnete von heute an noch 10 Tage zu Ludwigshafen im deutschen Haus sich aufhalten, um Kaufliebhabern jede mögliche Auskunft zu ertheilen, und die sich ergebenden Käufe abzuschließen.

Mutterstadt, den 22. Juni 1852.

C. A. Wolff,
Fabrikbesitzer zu Ansbach.

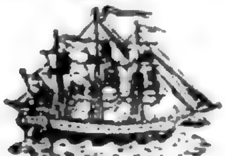
[1083ª] **Zu verkaufen.**

Eine vollständige Seifensiederei und Lichtermacherei nebst einem Apparate zur Fabrikation von Parfümerien, im besten Zustande, ist billig zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

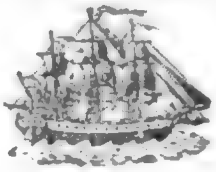
[1027] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.



„Die Fürsorge."



Von der großh. bad. Regierung concessionirtes Haupt-Unternehmen für Auswanderung.

Neue Post-Dampfschiff-Linie.

[1072]

zwischen

Liverpool, Philadelphia & New-York

mittelst

nachbenannter ausgezeichnet schönen neuen, eigens zu diesem Dienst erbauten Dampfboote.

City of Manchester, Capt. Robert Leitch, 2125 Tonnen.
City of Glasgow, „ William Wylie, 1610 „

Bestimmte Abfahrten:

In **Mannheim** am	16. Juni	und in **Liverpool** am	23. Juni.
„ „ „	14. Juli	„ „ „ „	21. Juli.
„ „ „	4. August	„ „ „ „	11. August.
„ „ „	1. September.	„ „ „ „	8. September.

Bei Einrichtung dieser Dampfboote wurde insbesondere auf die Beförderung von Zwischendecks-Passagieren resp. Auswanderer Rücksicht genommen und sind daher auch den Passagieren dieses Platzes alle nur wünschenswerthe Bequemlichkeiten geboten.

Außer einer eigenen geräumigen und zweckmäßigen Schlafstelle erhalten die Reisenden die vollständige Verpflegung durch den Capitän während der Fahrt in reichlicher Quantität und bestens zubereitet, und haben daher auch die Auswanderer dieser Linie nicht nöthig, extra Lebensmittel mit sich zu führen oder anzuschaffen.

Ferner befinden sich auf jedem dieser Dampfschiffe ein erfahrener Arzt und die übrige nöthige Bedienung.

Die Fahrten von Liverpool nach Amerika werden in 14 bis 17 Tagen zurückgelegt.

Die Preise sind äußerst billig und nur um ein Geringes höher gestellt als die der gewöhnlichen Segelschiffe, um dem auswandernden Publicum es um so eher möglich zu machen, sich dieser schönen und zweckmäßig eingerichteten Reisegelegenheit bedienen zu können. Wegen näher zu wünschender Auskunft über die weitern Bedingungen und Preise dieses Unternehmens so wie wegen Vertragsabschlüßen beliebe man sich an uns (oder unsere bekannten Herren Agenten zu wenden.

Neufreystädt & **Mannheim,** im Juni 1852.

Die Unternehmer:
Huth & Cie.

Das Central-Bureau:
Wm. Bissinger,
General-Agent.

[1051]

Niederländische

Dampf-

Schifffahrt.

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an

von Ludwigshafen am Rhein täglich:

4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.

Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.

Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.

Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.

Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 154.) den 27. Juni 1852.

Deutschland.

* **Vom mittlern Haardtgebirge,** den 24. Juni. Vor 14 Tagen haben die Reben zu blühen angefangen und wir können heute, in Folge des kaltregnerischen Wetters, nicht sagen, daß wir in der Mitte der Blüthe stehen. Verdorben ist noch nicht viel, gewiß ist aber, daß wir keinen Stichwein machen werden. Es ist daher nicht auffallend, daß zu dieser sonst so stillen Zeit viel nach älteren Weinen gefragt wird. (Glücklicher Weise hat sich das Wetter entschieden gebessert. D. Red.)

München, den 23. Juni. Heute früh starb dahier der Generallieutenant und Präsident des Generalauditoriats Wilhelm v. Balligand, am Schlagfluß.

Der im J. 1848 erschienene Befehl, das Ausgehen der Landwehr in Uniform betr., ist dahin abgeändert worden, daß von nun an nur mehr im Dienste die ganze oder theilweise Uniform getragen werden darf. Die 2 Grenadierunterofficiere, welche neulich dem „stillen" Begräbniß des Stubenvollbräu mit Schirmmützen beiwohnten, wurden deßhalb jeder mit 12stündigem Arrest bestraft. (!!) Auch soll dies die Ursache des obigen neuen Befehls sein. (Volksbtn.)

Gendarm Schillinger von der Au bekam Wind, daß sich die Familie Roßmaier, welche zum Schein Geschirrhandel treibt, eigentlich Schatzgräberei ausübt, resp. sich mit großartigen Betrügereien zum Nachtheile des Geldbeutels abergläubischer Leute befaßt; er machte ihnen daher eine Visite und nahm daselbst Papiere weg, welche den erstaunlichen Beweis liefern, daß diese Betrüger-Familie Gelder bis zur Summe von 6000 fl. von ihren Opfern erhob und sich zu diesem Zwecke falscher Zeugniße, angeblich von Geistlichen ausgestellt, bediente. Ein Metzger in Giesing ist um 1400 fl., ein Milchmann von Haidhausen um 400 fl., ein Hausknecht um 600 fl. geprellt. Und dennoch wollen gewisse Leute nicht zugeben, daß es eine Volksverdummung gibt. (Vbtn.)

Das Staatsministerium des Innern hat eine Entschließung an die Regierung der Pfalz erlassen, wonach gegen die Umtriebe der Einstandsmäkler in der Pfalz strengstens einzuschreiten ist.

Die Redaction der N. München. Ztg. erklärt die vom Regensb. Tagb. gebrachte Nachricht von der Vermehrung des Redactionspersonals durch Anstellung eines dritten Redacteurs, in der Person des Hrn. Dr. Müller, für unrichtig.

Vom Main, den 18. Juni. Man theilt uns aus Schlangenbad einige nicht uninteressante Notizen mit, welche die öconomische Seite des Aufenthalts der Kaiserin von Rußland betreffen. Dieselbe habe 8 Köche bei sich; jeder derselben erhalte monatlich 600 Fr. Aus Frankfurt seien drei Paar Wagen mit Pferden, aus Biebrich ein Paar Wagen dort. Für ein Paar dieser Wagen werden monatlich 600 fl. bezahlt, wobei Futter, Kutscher und dessen Verköstigung frei sei. Lohndiener seien 24 im Dienst, von denen jeder monatlich 120 fl. nebst freier Kost und Station erhalte. Die neue Livree, welche jeder der 8 Kutscher erhalten, koste 200 fl., die Kleidung des Portiers 600 fl. Der Herzog von Nassau habe der Kaiserin zu ihrem Gebrauch 24 Pferde und 4 Wagen zur Disposition gestellt. Für den Haus- und Hofhalt zu Schlangenbad sei zu Frankfurt die Summe von 1 Mill. Thlr. pr. Cour. angewiesen. Die Kosten der für die kais. Küche durch Hrn. Sarg besorgten Anschaffungen für jüngst verflossene Woche berechneten sich auf 35,000 Thaler. (!) (Karlsr. Z.)

Bad Liebenstein, den 22. Juni. Prof. Friedr. Fröbel, der besonders durch sein Erziehungsinstitut zu Keilhau bei Rudolstadt und durch die Kindergärten bekannt geworden, ist gestern Abend in dem nahen Marienthal, im 71. Jahr seines Lebens, gestorben.

Berlin, den 21. Juni. Man ist gegenwärtig im Staatsministerium mit der Berathung eines Gesetzes beschäftigt, durch welches die Circulation fremden Papiergeldes in Preußen verboten wird, wenn nicht die betreffende Regierung durch einen Vertrag mit der diesseitigen diejenige Bürgschaft gegeben hat, welche man diesseits fordern zu können glaubt. (A. Z.)

Wien, den 23. Juni. Durch Entschließung des Kaisers wurden 103 Offiziere, die wegen Betheiligung am ungarischen Aufstand zu mehrjährigem Festungsarrest verurtheilt waren, sofort freigelassen; bei 32 ward die noch laufende Strafzeit bedeutend abgekürzt.

Schweiz.

Basel. Gegenüber der Behauptung der Independance Suisse, daß bereits eine Kollektivnote wegen Neuenburg angelangt sei, versichert der Bund aufs bestimmteste daß dies aus der Luft gegriffen sei.

Neuenburg, den 22. Juni. Der Royalismus hat wieder eine Niederlage auf seinem ergebensten Terrain erlitten. Die Bürger der Stadt Neuenburg haben in ihren Verwaltungsrath 17 Republikaner und nur 11 Royalisten gewählt. Dadurch ist die Wahl der 9 Stadtregenten gänzlich in die Hände der Republikaner gelegt. (Schweiz. Nat.-Ztg.)

Frankreich.

Paris, den 23. Juni. Am Schluß der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers verlas Billault ein ihm eben zugekommenes Schreiben des Staatsministers, worin derselbe, im Namen des Prinz-Präsidenten, der Versammlung eröffnet, sie könne, wenn sie wolle, die ganzen Capitel, auf welche sich die von der Budgetcommission vorgeschlagenen Amendements beziehen, en bloc verwerfen, aber nicht mehr über diejenigen Amendements berathen, welche der Staatsrath nicht zugelassen habe. Diese Eröffnung brachte eine lebhafte Sensation hervor. Die Versammlung trennte sich in großer Bewegung.

Seit Jahren ist der Detailhandel in Paris nicht so flau gewesen, wie eben jetzt. Alle Läden feiern, und zwar in einer in dieser Saison ganz ungewohnten Weise.

Italien.

Die Mather'sche Angelegenheit setzt, wie Briefe aus **Florenz** mittheilen, die toscanische Regierung in große Verlegenheit, da diese die Genugthuung, auf welche man von Seiten Englands dringt (die Bestrafung des österreichischen Offiziers, welcher Hrn. Mather thätlich beleidigte), nicht selbst gewähren, und noch weniger Oesterreich zur Leistung einer solchen Genugthuung zwingen kann. Das Cabinet von Florenz wünscht sehr die Vermittlung Frankreichs in dieser Angelegenheit. Aber die französische Regierung scheint wenig geneigt, die Vermittlung übernehmen zu wollen.

Turin, den 17. Juni. Thiers tritt nächstens die Reise nach der Schweiz an.

Neueste Nachrichten.

Berlin, den 23. Juni. Auf der hiesigen Zollconferenz sollten heute die vertraulichen Besprechungen über die Ausführungsbestimmungen des Septembervertrages ihren Anfang nehmen und am Freitage fortgesetzt werden. Die Stellung der Darmstädter Coalition zu Oesterreich ist nicht geändert. Sie kennen bereits die Berufung einer neuen Conferenz nach Wien wegen Verhandlung über das Protocoll C, welches noch nicht ratificirt sein soll, wie ich von kundiger Seite hörte. — Gestern Abend fand im Ministerium des Auswärtigen eine auf die Zollvereinsangelegenheit sich beziehende längere Conferenz Statt. Die Berathung bezog sich, wie ich höre, nicht sowol auf die allgemeine Lage der Zollvereinsfrage, als vielmehr auf diejenigen, bereits in der Erklärung vom 7. d. M. angedeuteten Puncte in Betreff des von Preußen eventuell zu nehmenden Weges nach erfolgtem Eingange der Gegenerklärung der Coalition. In unseren „unterrichteten" Kreisen spricht man von einem energischen Beschluße, der gefaßt worden sei, ich glaube aber nicht daran; weil ein solcher Beschluß in den Ministerrath gehört, und die gestrige Conferenz somit nur begutachtender Natur sein konnte. (Köln. Z.)

(Anderer Bericht.) Wie ich von mehreren gutunterrichteten Seiten erfahre, ist die Stellung, welche gegenwärtig die Regierungen der darmstädter Coalition einnehmen, der Art, daß ein Austreten derselben aus dem Zollverein zu erwarten steht. (K. Z.)

Paris, den 23. Juni. Der Staatsrath wird nächstens einen neuen, die Familie Orleans und besonders den Herzog von Aumale betreffenden Proceß zu entscheiden haben, da er einen Antrag um Vollstreckung des Vermächtnisses des Prinzen von Condé zu Gunsten der Waisen der in der Vendee gefallenen royalistischen Kämpfer erhalten hat. — Das erste Schiff mit deportirten gemeinen Verbrechern, die Corvette „Allier", ist am 10. Mai nach sechswöchentlicher Fahrt in Cayenne angekommen. — In fünf Tagen hält der gesetzgebende Körper, wenn keine Sessionsverlängerung eintritt, seine letzte Sitzung, und noch ist kein einziger Posten des Budgets votirt.

Das Merkwürdigste in der gestrigen Kammerdebatte über das Budget von 1853 war eine fulminante Rede Montalemberts. Der edle Graf griff die Regierung mit seiner gewohnten Heftigkeit an. Montalembert will, daß alles reducirt werde, was die Commission vorschlägt und noch etwas mehr. Er will von keinen Polizeiinspektoren, von keinen geheimen Fonds etwas wissen, kurz, er spricht, als wäre er gar nicht noch so eben der Mann der Reaktion gewesen. Der Prinzpräsident, der in der Sitzung zugegen war, konnte sich überzeugen, daß er an den Ultramontanen eben nicht die besten Freunde habe. (K. Z.)

Ein von Dr. Veron zum Einnahmebudget vorgeschlagenes Amendement, welches die Straßenanschlagzettel mit einer Abgabe belegt, ist vom Staatsrathe gutgeheißen worden!

Turin, den 20. Juni. Die nach langem Warten und Harren endlich erfolgte Vorlage des Civilehegesetzes hat die clerikale Partei in Feuer und Flammen gesetzt. Sie regalirt das Ministerium mit zahllosen Angriffen, nennt das künftige Piemont ein Bordell, die künftigen Bürger Bastarde, und verlangt im Namen der Verfassung die Bestrafung des Justizministers, als welcher durch die Vorlage des Gesetzes ein Attentat gegen die öffentliche Moral begangen.

Rom. Die über den Engländer Murray verhängte Todesstrafe soll in lebenlängliche Galeerenstrafe mit schwerer Arbeit verwandelt worden sein.

Miscellen.

Bei Annecy in Savoyen fand man vor Kurzem einen Luftballon, dessen Strickwerk und Nachen sich in vollkommen gutem Zustande befanden. Alles ließ darauf schließen, daß das Gas auf natürlichem Wege ausgeströmt war. Auf dem Boden des Nachens fand man einen Herrenmantel, einen Damenhut und ein prachtvolles, in einen Shawl gewickeltes Album, in welchem eine Skizze des savoyer Berg-Panorama's mit Bleistift gezeichnet war. Diese Zeichnung war mit „Elisa R." unterzeichnet. Man hat nicht die geringste Vermuthungen über die Herkunft des mysteriösen Luftballons, über das Schicksal der Personen, welche sich demselben anvertraut hatten. Nach dem Striche des Windes schien der Ballon aus Frankreich gekommen zu sein. Wahrscheinlich hatten ein Mann und eine Frau in der Barke gesessen. Ob diese sich freiwillig den Tod gegeben, sich hinausstürzend, oder ob sie durch einen Stoß des Ballons hinausgeschleudert worden, das ist ein vor der Hand unaufklärliches Geheimniß.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 24. Juni. Weizen 6 fl. 8 kr., Korn 5 fl. 6 kr., Spelz 4 fl. 12 kr., Gerst, zweireihige — fl. — kr., vierreihige 4 fl. 16 kr., Hafer 3 fl. 36 kr., Kartoffeln 1 fl. 40 kr., per Centner.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1093a] **Bekanntmachung.**

Die Größe des Versicherungs-Capitals, welche im §. 94 der allerhöchst genehmigten Satzungen für den Hagel-Versicherungs-Verein für das Königreich Baiern festgesetzt ist, wurde durch die Beitritts-Erklärungen nicht nur erreicht, sondern weit überschritten.

Es treten sohin die Satzungen in Wirksamkeit und die Beitrits-Erklärungen sind giltig und bindend.

Sämmtliche Agenten wurden daher aufgefordert, die Versicherungs-Urkunden an die Vereins-Mitglieder auszuhändigen und die Beiträge zum Reservefond einzuheischen.

München, am 24. Juni 1852.

Directorium des Hagel-Versicherungs-Vereins für das Königreich Baiern.

Muffat.

[1094] # Rheinische Dampfschifffahrt.

Kölnische **Gesellschaft.**

Tägliche Abfahrten von Mannheim vom 26. Juni c. an

nach Köln 7½ Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Neustadt-Speyer. In Köln im Anschluß an die letzten Züge nach Berlin, Paris, London.

„ „ 11½ „ „ Schnellfahrt in 10 Stunden, nach Ankunft des 1. Zuges von Neunkirchen. In Köln im Anschluß an den letzten Zug nach Paris.

„ Mainz 5½ „ Nachmit., nach Ankunft des von Straßburg kommenden Boots, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Pariser Post-Schnellzuges von 5 Uhr 20 Minuten.

„ Straßburg 11½ Uhr Nachts.

☞ Bei der Schnellfahrt Morgens 11½ Uhr bis Köln wird Unterwegs nur mit Mainz, Bingen, Coblenz und Bonn verkehrt.

Neue

Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 155 | den 29. Juni 1852.

Deutschland.

• Aus der Pfalz. Das Landcommissariatsrescript, wonach Niemand, der unter der Verwaltungscuratel steht, bei dem Buchbinder Engel in Kandel ein Buch einbinden oder Schreibmaterialien kaufen darf, hat bedeutendes Aufsehen erregt. Im deutschen „Auslande" noch mehr als im Inlande. Selbst in Altbaiern ist die Sache so aufgefallen, daß dortige Zeitungen einen nochmaligen Abdruck des Rescripts der Mühe werth hielten. Dort kann man nicht einsehen, daß eine Curatel überhaupt für solche Dinge da sein könne.

In der Pfalz wundern sich nur noch Wenige darüber. Hört man doch längst schon, daß in den einzelnen Städtchen die Namen derjenigen Handwerksleute in eigenen Listen zusammengeschrieben seien, welche, weil sie democratische Gesinnungen hegten, bei der Concurrenz öffentlicher Arbeiten nicht mehr zugelassen werden dürften.

Sonst hört man, daß der „billigere Preis" maßgebend sei; hier wird das nicht mehr beachtet; oder etwa die „bessere Arbeit," hier scheint es auch darauf nicht mehr anzukommen. Die „schlechte Gesinnung" überwiegt bessere Arbeit und billigern Preis, trotz der Ebbe in vielen öffentlichen Cassen.

Man könnte allerlei „Betrachtungen" daran knüpfen. Statt ihrer eine einzige Bemerkung.

Nach dem Aufstand in der Pfalz las man — ich glaube in der „Neuen Münchener Zeitung," — etwa Folgendes: Dr. Hepp hat sich nur betheiligt, weil er in den 30er Jahren sich unschuldig verfolgt glaubte; Nic. Schmitt hat sich betheiligt, weil er nach den 30er Jahren keine Anstellung erhielt; Greiner hat sich betheiligt, weil er im Staatsdienst kein Unterkommen fand. —

Nun denn, wenn schon die vergleichsweise so wenig zahlreichen Zurücksetzungen oder Verfolgungen in den 30er und den folgenden Jahren solche Früchte trugen, — welche Früchte kann man erwarten, wenn die Maßregelungen so massenhaft stattfinden und sich bis auf die einzelnen Handwerker ausdehnen?

• Aus der Pfalz. Es liegt ein Brief vor mit dem Postzeichen: Speyer $\frac{VIII}{16-6}$ Germersheim $\frac{III}{16-6}$ Langenkandel $\frac{17}{6}$, angekommen an seine Bestimmung, Rheinbrücke, Gemeinde Pfortz, am 20. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, sohin am 5ten Tag nach seiner Absendung und im Augenblicke, wo sich der Absender selbst hinweg begeben hatte, weil ihm in einer dringenden Sache die erwartete Antwort nicht zugekommen war, während er doch vor Kurzem im Laufe des dritten Tages nach Absendung eines Briefes an das Handelshaus Carunac-Fleury u. Roy in Paris eine Antwort erhielt.

Bemerkung der Redaction. Aus den obigen Daten und dem uns im Original vorgelegten Umschlage des Briefes ergibt sich, daß die Spedition des Briefes rechtzeitig stattfand, so weit die Beförderung durch die eigentlichen Postexpeditionen erfolgte; die Verspätung fand auf der Strecke zwischen Kandel und Pfortz statt. Es ergibt sich daraus aufs Neue das dringende Bedürfniß solcher Ruralposten, durch welche jede Gemeinde eine wirkliche und tägliche Postverbindung erhält.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir wiederholt auf die maßlose Verspätung der aus München und Augsburg hieher gehenden Briefpostsendungen auf den Württembergischen oder Badischen Posten aufmerksam machen, in deren Folgen es möglich ist, daß wir z. B. sehr häufig Auszüge aus der Augsb. Allgem. Ztg., unter Angabe der Quelle, 18 und selbst volle 24 Stunden früher in den Stuttgarter Zeitungen abgedruckt finden, als das (ebenfalls über Stuttgart und Durlach gehende) Originalblatt hier eintrifft. —

München, den 23. Juni. Bei dem gestern stattgehabten Feldmanöver der hiesigen Truppen sind in Folge der großen Hitze sehr viele Soldaten unwohl geworden, so daß die Sanitätscompagnie vielfach in Anspruch genommen war. (N. C.)

Am 19. d. Nachmittags 4 Uhr wurde eine Pulverstampfe der Häusler'schen Pulverfabrik bei **Rosenheim** während der Arbeit mit einem Pulverquantum von 192 Pfd. in die Luft gesprengt, wodurch 3 Arbeiter augenblicklich getödtet und weitere 3 Mann so zugerichtet wurden, daß sie nach Verlauf von einer Stunde unter den fürchterlichsten Schmerzen ihren Geist aufgaben.

— den 24. Juni. Wie der Volksbote heute mittheilt, wäre die Reise des Erzbischofs von München nach Rom in Folge einer Berufung dahin erfolgt, und hätte diese Berufung hier ziemliche Sorge erregt, so daß der sich seit kurzem hier befindende baierische Gesandte in Karlsruhe, Frhr. v. Berger, dieser Tage von hier in besonderm Auftrag nach Rom gesendet worden sei, da es scheine, daß der baierische Gesandte beim heil. Stuhl, Graf Spaur, die Vertretung der Dinge, um die es sich handle, nicht habe übernehmen wollen; Graf Spaur habe sich bezüglich der obschwebenden Fragen „entschieden für das gute Recht der katholischen Kirche erklärt," befinde sich aber zur Zeit in Turin, und sei „aus Gesundheitsrücksichten" nicht im Stande nach Rom zu gehen. Uns scheint, wenn Graf Spaur sich geweigert hätte, die Weisungen des ihm vorgesetzten Ministeriums zu befolgen, so hätte von zwei Dingen eines geschehen müßen: Graf Spaur wäre abberufen worden, oder der Minister wäre zurückgetreten. Da keines von beiden erfolgt ist, so muß man wol bezüglich der obigen Nachrichten nähere Erläuterungen erwarten. (A. Z.)

Nürnberg, den 24. Juni. Gestern Nachmittag 3½ Uhr erhob sich unter Blitz und Donner ein gewaltiger Sturm, der in einem gar nicht breiten Striche von Südwest herkommend über die Stadt hinbrauste und, obwol nur höchstens acht Minuten anhaltend, bedeutende Verheerungen anrichtete. Es fielen große Schloßen in dichten Massen herab und zertrümmerten Fenster und Bedachungen, in den Anlagen um die Stadt wurden die stärksten Bäume entwurzelt und zu Boden geworfen. Die Ziegelei des Hrn. Klingenstein vor dem Frauenthor stürzte, vom Wirbelwind — in der Volkssprache Windsbraut genannt — erfaßt, zusammen; einige Arbeiterinnen, die auf dem Boden eines massiven Anbaues sich eben aufhielten, sprangen, als prasselnd Alles durcheinander fiel, herab und kamen glücklich durch. In dem Fabrikationsgebäude befanden sich gerade mehrere Arbeiter, von denen drei verschüttet wurden. Einen fand man beim Abräumen todt, einen zweiten lebensgefährlich verwundet und den Sohn des Besitzers, der fast zwei Stunden in dieser gräßlichen Situation zubringen mußte, unverletzt.

Stuttgart, den 25. Juni. In der heutigen Abgeordnetensitzung sollte die Berathung des Gesetzentwurfes

beginnen, nach welchem die von der Regierung vorgeschlagenen neuen indirecten Steuern provisorisch schon mit dem 1. Juli, also noch vor Erledigung des Budgets, zur Erhebung gebracht werden sollten. In umfassendem Vortrag stellte die Commission den Antrag, diesem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen. — Vor Beginn der Berathung ergreift der Finanzminister das Wort, um der Kammer den Vorschlag zu machen, es möchte diese Berathung verschoben werden, worüber der Präsident sich etwas verwundert ausspricht, denn die Regierung habe ja mit dem Gegenstande so geeilt. Sämmtliche Redner, die sich nach ihm erheben, erklären diesen Vorschlag für einen provisorischen Rückzug der Regierung, welcher zum definitiven werden werde. (Beob.)

Darmstadt, den 24. Juni. Der Bürgermeister und 18 Mitglieder des Stadtvorstandes von Mainz haben bei der zweiten Kammer eine Beschwerde eingereicht bezüglich zweier Ministerialrescripte, wovon das eine das bei Bürgeraufnahmen und Stellenbesetzung seither eingehaltene Verfahren der Abstimmung durch Ballotage (Kugelung) untersagte, und das zweite vom April 1851 den Inhalt eines im Februar 1850 nach anderer Seite ergangenen wiederholte, wonach nur bei Einstimmigkeit der Mitglieder des Gemeindevorstandes die Oeffentlichkeit seiner Sitzungen zulässig ist. Der Ausschuß der Zweiten Kammer wollte der Doppelbeschwerde keine Folge geben, während heute nach lebhafter Debatte die Kammer selbst, und zwar mit 30 gegen 2 Stimmen, die Beschwerde wegen untersagter Ballotage verwarf, dagegen die wegen verkümmerter Oeffentlichkeit mit 18 gegen 14 Stimmen billigte und zu der ihrigen machte.

Frankfurt, den 26. Juni. Mit Bezug auf den in Bremen entdeckten Geheimbund (!) stellte es ein hiesiges Blatt kürzlich in Aussicht, daß „in Bälde von Bundeswegen die zu Recht bestehenden Bundesbeschlüsse vom 5. Juli 1832 erneuert in Erinnerung gebracht werden dürften!"

Hannover, den 24. Juni. In der 2. Kammer kam heute u. a. folgender Commissionsantrag zur Discussion: „Stände finden sich um so mehr veranlaßt, ihren im vorigen Jahr erneuerten Antrag: daß die kgl. Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vor Allem auf die verheißene Repräsentation des deutschen Volkes bei der Centralgewalt hinwirken wolle, zu wiederholen, je deutlicher in den Verhandlungen der letzten Zeit das Bedürfniß hervorgetreten ist, den vorhandenen auflösenden Kräften und Tendenzen entgegen zu wirken. Zu diesen Mitteln der Einigung und der Befestigung des Vertrauens müßen Stände vorzüglich auch die Sicherung des Rechtszustandes in Deutschland durch die Errichtung eines Bundesgerichts zählen. Stände halten sich daher für verbunden, auch diesen Gegenstand der Thätigkeit der k. Regierung zu empfehlen." Die meisten Abgeordneten waren für den Antrag und betrachteten ihn besonders aus dem Gesichtspuncte, daß eine fortgesetzte Wiederholung eines Wunsches doch endlich eine Gewährung finden werde. Weinhagen und Bueren stimmten wie die Minister, wenn auch aus ganz verschiedenartigen Ansichten, gegen den Antrag.

Köln, den 25. Juni. Der König ist hier eingetroffen, und hat auf erfolgte Einladung den Schlußstein des ersten Bogens des Hauptportals am Dome (zwischen den beiden Hauptthürmen) eingesetzt.

Berlin, den 23. Juni. Heute oder morgen wird dem Vernehmen nach nochmals eine „vertrauliche Besprechung" der Bevollmächtigten der coalisirten Zollvereinsstaaten stattfinden. Der „Weser-Ztg." wird über diese vertraulichen Besprechungen gemeldet, es handle sich unter diesen Staaten darum, in Masse aus dem Zollvereine zu treten, diesen zu zerstören und damit auf Preußen alle die Folgen zu laden, die Hannover in diesem Falle durch Nichtausführung des Septembervertrages und Benutzung der von seinen Ständen angefügten Clausel herbeiführen kann." Nun aber warte ein Staat auf den andern.

Berlin, den 25. Juni. Die hiesigen Zollconferenzen gehen nunmehr raschen Schrittes ihrem Schlusse entgegen. Man ist bereits zur Besprechung des letzten Abschnittes des Septembervertrages, der Ausführungsbestimmungen, gelangt. Dieselben bilden den Gegenstand der heutigen Sitzung und werden in der nächsten, auf den 25. Juni angesetzten, weiter discutirt werden, so daß auch dieser Theil binnen Kurzem erledigt sein wird. Es ist fast mehr als wahrscheinlich, daß unmittelbar darauf die Regierungen der Darmstädter Coalition werden eingeladen werden, sich bis zu einem bestimmten Termine über ihr Verbleiben im Zollverein oder über ihr Ausscheiden unumwunden zu erklären. (D. A. Z.)

Der Entschluß, welchen bei den bevorstehenden Ernennungen zur preußischen ersten Kammer der hohe Clerus gefaßt und vor dem König durch den Fürstbischof von Breslau, Melchior v. Diepenbrok, in Form eines Wunsches hat aussprechen lassen, sich nicht bei der Vertretung des Landes in den Kammern betheiligen zu dürfen, steht zweifelsohne mit Verabredungen im Zusammenhang, denen auch die andern katholischen Bischöfe Deutschlands nicht fern geblieben sein werden. Es liegt nämlich offenbar in der Absicht der hohen katholischen Geistlichkeit, überall da an dem parlamentarischen Leben in Deutschland sich nicht zu betheiligen, wo beim Ueberwiegen der protestantischen Bevölkerung, also auch der protestantischen Vertretung, der katholische Klerus in den Kammern in die Lage kommen würde, sich Majoritäten derselben unterwerfen zu müssen! Von außerpreußischen Bischöfen soll zunächst erst der Bischof von Mainz (auch der von Fulda) eine gleiche Absicht kundgegeben haben.

Bremen. Die Verhaftung der beiden jungen Fräulein Meyer und Mindermann in Bremen ist erfolgt, nachdem der Buchhändler Geisler sie als die Verfasserinnen der bei ihm erschienenen „Briefe über bremische Zustände von M." genannt hatte. Geisler war zu dieser Denunciation von der Polizei durch Androhung der Concessionsentziehung gezwungen worden. Die Schrift, wegen welcher die beiden Mädchen ins Gefängniß gesetzt sind, ist übrigens nichts als ein Panegyrikus auf Dulon.

Wien, den 21. Juni. Die Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Kurhessen bezüglich der Erhebung der Gräfin Schaumburg in den österreichischen Fürstenstand sollen jetzt lebhafter, denn jemals gepflogen werden, ohne daß jedoch ein befriedigender Abschluß in Aussicht stehen dürfte, denn wenn auch der Kurfürst im Jahre 1850, als es eben galt, in Kurhessen das preußische Unionswerk zu sprengen, von Seite des österreichischen Hofes allgemeine Versprechungen erhalten haben mag, welche seinen Privathoffnungen schmeicheln mochten, so hat man sich gleichwol zu keinen förmlichen Verbindlichkeiten in dieser Hinsicht herbeigelassen. (Bresl. Ztg.)

Schweiz.

Freiburg. Der Präfekt von Freiburg lud das Comite von Posieux vor, um demselben den Beschluß des Gr. Rathes offiziell mitzutheilen. Dabei wurde dem Komite bemerkt, daß seine Mission zu Ende sei, sobald es die Petition an die Bundesversammlung abgegeben habe, und daß es sich nach diesem Akte aufzulösen habe.

Tessin. Nach der „Democrazia" hat die Regierung eine Zuschrift von dem Bischof von Como erhalten, worin dieser erklärt, daß er nie die Absicht gehabt habe, sich in die Angelegenheiten des Kantons zu mischen, und daß er gegen die Priester, die im Gr. Rath für die Säkularisation der höhern Lehrerstellen gestimmt, keine weiteren Schritte thun werde. Die Sache sei einstweilen beigelegt. (Schw. Nat.-Ztg.)

Genf. Hr. Thiers ist hier durchgereist und soll beabsichtigen, den Sommer in Vevey zuzubringen, um daselbst seine Geschichte des Kaiserreichs zu vollenden.

Belgien.

Verviers, den 21. Juni. Die Gefahr, welche der bestehenden Verfassung durch die Einwirkung der kleri-

kalischen Partei droht, scheint dem gesammten Volke bewußt zu werden, und besonders in den Provinzen romanischer Zunge, welche am eifrigsten angegriffen worden, die Freunde der Freiheit und Gesetzmäßigkeit für das bestehende Recht zu schaaren. Es ist offenkundig geworden, daß während der Zeit der jüngsten Wahlen allein 300 Geistliche aus Frankreich nach Belgien herüber kamen, um den hiesigen Amts- und Gesinnungsgenossen in Bearbeitung der Wähler behülflich zu sein. Sie haben freilich einige Stimmen für sich gewonnen, aber das Bekanntwerden einer so wenig mit christlicher Demuth und Bescheidenheit, mit Vaterlands- und Gesetzesliebe verträglichen Maßregel hat den ferneren Bestrebungen dieser Partei einen Damm vorgeschoben, welcher so bald nicht durchbrochen werden dürfte. (F. J.)

Frankreich.

In einem Schreiben aus **Paris** in der „Nat.-Ztg." liest man: Die Salons in St. Cloud haben ein eigenthümliches Aussehen, man glaubt sich ganz in die Kaiserzeit versetzt, wenn man einer dortigen Reception beiwohnt. Während das Elysee in dem feinsten, neuesten Geschmack und mit der modernsten, blendendsten Pracht möblirt ist, vermißt man wol in St. Cloud auch diesen Glanz nicht; allein die Möbel sind noch dieselben, die dem ersten Consul gedient haben, und namentlich sind die Verzierungen der Wände und Plafonds ganz unverändert geblieben. ... Die Mehrzahl der Gäste L. Napoleons sind Fremde „von Distinction": Engländer, Russen, Italiener, Spanier und sogar Deutsche. Man kann nirgends ein so schlecht gesprochenes Französisch hören, als in den Salons des Präsidenten der Republik. Namentlich sind die Damen größtentheils Ausländerinnen und einige derselben, wie z. B. Madame Manara (eine Mailänderin), Madame Doria (von Turin), die Marquise von Contades u. s. w., sind regelmäßig bei den Receptionen des Präsidenten anwesend. L. Napoleon ist nie gesprächig, auch nicht bei seinen Receptionen; wenn ihm der Graf Bacciochi einen Fremden vorstellt, so bleibt er eben so kalt, als er selbst in der Conversation mit seinen Ministern ist. Die einzige Galanterie, die er mit einer gewissen Coquetterie ausübt, besteht darin, daß er mit Fremden in ihrer Landessprache spricht. Namentlich spricht er englisch und deutsch mit der größten Reinheit, und wenn es ihm nicht hin und wieder beim Deutschsprechen passirt, nach einem Vorwort eine falsche Endung zu setzen, so würde man ihn eher für einen Deutschen, als für einen Franzosen halten, weil sein Französisch nicht den Pariser Accent besitzt.

Paris, den 23. Juni. L. Napoleon soll weit weniger ungehalten über die Angriffe Kerdrel's und Montalembert's, als über die Art sein, wie die Regierungscommissäre sich vertheidigt haben. Man scheint daher auch zu gewissen Zugeständnissen entschlossen. Gestern hieß es im Elysee, daß man Casabianca und Billault opfern werde. Letzterer wollte gestern Abends den Präsidenten sprechen, wurde aber nicht vorgelassen. — Zu Calais hat man bei einer Kammerfrau der Wittwe Ludwig Philipps ein Schreiben der Letzteren an Montalivet, so wie ein Schreiben ihrer Söhne an Herrn Bocher in Beschlag genommen. Die Prinzen erklären darin, daß sie einen Theil des ihnen gebliebenen Vermögens den durch die Decrete vom 22. Januar aller Einkünfte beraubten Söhnen der Herzogin von Orleans zuzuwenden beschlossen haben.

Man behauptet, daß Graf Montalembert von der Kammer die Ermächtigung begehren werde, seine Rede wörtlich drucken zu lassen. Sollte er dieselbe erhalten, so wäre dies eine entschiedene Oppositionshandlung, und ich zweifle daher, daß man den Muth dazu haben wird. Wie ich höre, hat sich eine aus mehr als 80 Mitgliedern der Sitzung bestehende Partei gebildet, die durch einen der ihrigen in der Kammer erklären wird, daß sie, da man ihre Absichten falsch gedeutet habe, der Regierung allein ganz die Verantwortlichkeit für das Budget und die neuen Eisenbahnentwürfe lasse, die der Staatsrath in Hast votirt hat und zu deren Verlesung in der Kammer kaum noch Zeit bleibt. Sie will ferner erklären, daß sie zwar für jetzt Alles in Masse votiren werde, jedoch nur, indem sie Vorbehalte für das künftige Jahr mache und ausdrückliche bemerke, daß der Weg, den man einschlage, verderblich für die Finanzen des Landes sei, und daß man einer Katastrophe zuschreite.

In einer der letzten Nächte haben freche Hände die Büste Ludwig Napoleons, welche auf dem Markt der Vorstadt Belleville aufgestellt war, in zwei Stücke zerschnitten. Auf mehreren der neuen Fünffrankenthaler soll man den Hals des Bildnisses L. Napoleons mit einem Messer quer durchgeritzt sehen.

Paris, den 24. Juni. Das vorgestern dem gesetzgebenden Körper mitgetheilte Schreiben des Staatsministers Casabianca beschränkt sich nicht darauf, zu erklären, daß die Versammlung sich mit den von dem Staatsrathe nicht zugelassenen Amendements der Commission nicht mehr beschäftigen, sondern nur noch die ganzen Capitel, zu welchen diese Amendements gehören, verwerfen könne, sondern erkennt der Versammlung dieses Recht zur Verwerfung nur insoweit zu, als dessen Anwendung nicht eine Hemmung der öffentlichen Dienste zur Folge haben würde.

Die strengsten Verordnungen sind ergangen, daß alle Arbeiten, welche die Regierung ausführen läßt, überall während des Sonntags unterbrochen werden sollen. — Die Verwaltung der Museen hat das Vermächtniß des Herzogs v. Feltre, eines bekannten Legitimisten, wodurch er dem Louvre seine werthvolle Gemäldesammlung schenkte, nicht angenommen, weil der Geber die Bedingung gestellt hat, daß sie in einem besonderen Saale aufgestellt würde und immer seinen Namen führen sollte. — General Goyon hat seine Mission in Betreff der zu Bicetre gefangen gehaltenen Decemberinsurgenten beendigt und 218 derselben sind jetzt nach Havre gebracht worden, um nach Lambessa deportirt zu werden. Dasselbe Loos hat auch 10, bisher zu St. Lazare aufbewahrte, Frauen getroffen, die ebenfalls in die Decemberereignisse verwickelt waren. Man nennt unter ihnen die Lehrerin Pauline Roland und eine andere Rednerin der Clubs, Rosalie Gobert, so wie die Schauspielerin Helene Gaussin. Die ehemalige Candidatin zur Nationalversammlung, Johanne Deroin, ist begnadigt worden. — Das Kriegsschiff „Duguesclin" geht nächstens mit einer großen Anzahl Deportirten, worunter 150 schon früher bestrafte gefährliche Verbrecher sind, die man zu Paris und in anderen großen Städten verhaftet hat, nach Cayenne ab. Dasselbe Schiff nimmt auch eine Anzahl von Familien solcher Deportirten, die bereits in Cayenne sind und sich durch gutes Verhalten ausgezeichnet haben, mit. — Zu Evreux hat sich die Behörde genöthigt gesehen, den Gemeinderath, der durch Eidverweigerungen und zufällige Umstände unter die beschlußfähige Stärke zusammengeschmolzen war, durch eine von ihr ernannte Commission zu ersetzen.

Jeder Präfekt will jetzt sein gewarntes Journal aufzuweisen haben, wie ein Wilder seinen scalpirten Feindesschädel, und es hagelt Avertissements über die ohnehin unglückliche Tagespresse. Manchmal sind die Avertissements länger als die anstößigen Journalartikel selbst, so daß es aussieht, als ob die Herren Präfecten selbst in die Krankheit verfielen, die sie curiren sollen.

Spanien.

Madrid, den 19. Juni. Um in Catalonien die Ruhe aufrecht zu erhalten, hat man sämmtliche französische Auswanderer, die in letzter Zeit bedeutend dort zugenommen hatten, über den Ebro geschickt. Selbst die in den Fabriken angestellten hat man nicht berücksichtigt. Der Befehl in Beziehung auf die Vertheilung der flüchtigen Franzosen lautet dahin, nicht mehr als zwei in einem Orte zu dulden; bei den Eisenbahnen will man keine verwenden.

Großbritanien.

London, den 21. Juni. Der „Herald" hat eine Correspondenz aus Konstantinopel, worin es heißt: 18 russische Offiziere haben die ganze nordöstliche europäische Türkei bereist und die Militärstärke und Positionen von Widdin, Schumla, Rustschuck und Varna aufgenommen, und jetzt befinden sie sich in den Balkangebirgen, um die Hauptpässe aufzunehmen.... Der Divan hat dem russischen Minister directe Vorstellungen deßhalb gemacht, welcher erwiederte, daß er nichts von solchen Schritten Seitens Rußlands wisse; wäre dies aber auch der Fall, so wären keine Erklärungen darüber zu geben, da Reisende ja die Türkei besuchen dürften, ohne der Pforte ihre Zwecke zu eröffnen zu brauchen. Der Correspondent macht England auf die russischen Pläne aufmerksam, und meint, würde Rußland die Donauprovinzen oder selbst die Türkei erobern, so würde der englische Handel den Schlag empfinden. *)

Die Times will wissen, daß die Herzogin von Orleans deshalb nach der Schweiz gereist sei, weil sie dem Drängen des Herzogs von Nemours, der sie zur Fusion beredete, habe entgehen wollen.

Türkei.

Konstantinopel, den 10. Juni. Die türkische Staatszeitung brachte einen kaiserl. Ferman, womit wesentliche Bestimmungen der neuern Gesetzgebung über das Darlehensgeschäft modificirt werden. Das Maximum der zu entrichtenden Zinsen wird darin auf 12 Procent jährlich festgesetzt; als äußerster Rückzahlungstermin wird eine Dauer von fünf Jahren bestimmt. Eine rückwirkende Kraft übt der Ferman nicht.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 12. Juni. Die mexicanische Post (bis zum 19. Mai reichend) bringt ein amtliches von dem Präsidenten Arista und seinen Ministern unterzeichnetes Actenstück, in welchem sich die mexicanische Regierung bereit erklärt, der Bildung einer Gesellschaft zum Bau eines Weges über die Landenge von Tehuantepec Vorschub zu leisten.

Der democratische Congreß von Baltimore hat mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, den General Franklin Pierce als Candidaten für die bevorstehende Präsidentenwahl vorzuschlagen.

Neueste Nachrichten.

Ludwigsburg, den 24. Juni. Ein Nachspiel zu dem großen Reutlinger Prozeß hat gestern begonnen. Nachdem sich nämlich Rechtsconsulent Klumpp, der seit drei Jahren flüchtig gewesen, vor einiger Zeit gestellt hatte, fingen gestern die Schwurgerichtsverhandlungen in seiner Sache an.

Schlangenbad, den 25. Juni. Die Kaiserin von Rußland fuhr nach dem Schloße Johannisberg und von da zu einem von unserem Herzoge der Kaiserin gegebenen Hofballe nach Biebrich. Dieselbe geht am 1. Juli von Schlangenbad über Stolzenfels, Potsdam nach Petersburg zurück.

Berlin, den 25. Juni. Hiesige Blätter legen ein Gewicht darauf, daß Hr. v. Bismark am heutigen Tage eine Audienz beim Kaiser von Oesterreich in Pesth habe. — Es wird der frühern Angabe widersprochen, daß der russische Kanzler, Graf Nesselrode, der preußischen Regierung irgend eine Denkschrift in der Zollfrage zugestellt habe. — Gestern fand eine Privatconferenz der Vertreter der coalisirten Staaten statt.

Die bisher gepflogenen Verhandlungen der Coalitionsstaaten mit Oesterreich in Betreff der Garantie des bisherigen Zollertrages sollen bis jetzt ohne Ergebniß gewesen sein, da, wie man hier wissen will, selbst eine Garantie blos bis zu 90 pCt. der frühern Einnahme von dem österreichischen Cabinet neuerdings beanstandet worden wäre.

Dem Vernehmen nach sind nunmehr Seitens des Steuervereins alle von ihm mit auswärtigen Regierungen abgeschlossenen Verträge und getroffenen Vereinbarungen gekündigt worden.

Stettin, den 23. Juni. Auf dem gestern früh von Kronstadt hier eingetroffenen Postdampfschiff „Der Preußische Adler" hat sich ein merkwürdiger Vorfall ereignet. Nachdem nämlich das Schiff bereits Kronstadt verlassen hatte, fand sich, daß mit demselben heimlich ein zehnjähriger russischer Leibeigner entwichen, der nach seiner Aussage seinem Herrn aus dem Grunde entlaufen war, weil er von demselben stets mit unbarmherzigen Schlägen behandelt worden sei; den Ort, von dem er entflohen, wußte er nicht anzugeben; so ist denn der Aermste, der von dem russisch-preußischen Cartel keine Kenntniß hatte, vorläufig dem hiesigen russischen Consul zur weiteren Verfügung überliefert worden.

Wien, den 23. Juni. Die zwischen unserer Regierung, Baiern, Sachsen und Württemberg in letzter Zeit gepflogenen Verhandlungen über gemeinschaftliche Consulatovertretungen im Auslande sind nun geschlossen; doch ist die Ratification der betreffenden Verträge bis zur Erledigung der Zoll- und Handelseinigungsfrage verschoben worden.

Basel, den 25. Juni. Unsere Wahlen für die eidg. Geschworenen sind vorüber und haben wol Manchen durch ihre weit überwiegend radicale Färbung überrascht. (Schw. Nat.-Ztg.)

Wallis. Die Verfassungsrevision durch einen eigenen Verfassungsrath ist mit großer Majorität beschlossen.

Paris, den 25. Juni. Das projectirte Adlervertheilungsfest der Nationalgarde soll am 15. August nicht Statt finden. Man will gewisse Symptome unter der Garde bemerkt haben, die einem derartigen Feste nicht ganz günstig scheinen. Der gute Epicier fängt sich an zu langweilen, und wenn sich der pariser Epicier langweilt, da macht er Weltgeschichte und ist unzufrieden. (K. Z.)

L. Napoleon hat das an den Park von St. Cloud angränzende Gut Villeneuve-l'Etang mit Ausschluß des Mobiliars um 1,100,000 Frcs. angekauft. — Der Gemeinderath von Toulouse ist wegen übler Gesinnung bei Berathung der Geldbewilligungen zum festlichen Empfange Ludwig Napoleons, durch präsidentliches Decret aufgelöst worden. Der dortige Circus wurde in Folge von Studentenexcessen auf einen Monat geschlossen.

— den 26. Juni. Das gegen den bekannten Orleanisten Bocher ergangene Urtheil ist heute vom Cassationshofe verworfen worden.

London, den 25. Juni. Ein scandalöser Prozeß ist eben entschieden worden. Der puseyitische Dr. Newman hatte den ausgetretenen katholischen Priester Achilli auf eine entehrende Weise in Betreff seines Privatlebens in einer Druckschrift angegriffen. Römischerseits hatte man mit großem Kostenaufwande Zeugen aus den entferntesten Gegenden herbeigebracht, aus Italien, Corfu u. s. f. Die Geschwornen erklärten dessen ungeachtet den Dr. Newman Schuldig.

London, den 25. Juni. Lady Franklin hat wieder ein Fahrzeug zur Aufsuchung ihres Mannes ausrüsten lassen. Es ist dies der Schraubenschooner „Isabel" unter dem Commando von Capt. Inglefield, der seine Reise im künftigen Monat antreten wird und die Absicht hat, zuerst den Joner und Smith's Sund und später die Westküste von Labrador und der Baffinsbay zu durchforschen.

---

*) Der „englische Handel!" Da denkt man in unsern „Großstaaten" weit großartiger; eine solche gemeine Betrachtung muß den „höhern politischen Rücksichten" weichen, wie man aus unsern „selbstständigen" Reaktionsblättern tagtäglich erfahren kann. D. Red.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 156 | den 30. Juni 1852.

***Der Tod des Prinzen Condé.** (Schluß.)

Auf dem Kamine fand man die Jagduhr des Prinzen, welche er am Tage zuvor wie gewöhnlich aufgezogen hatte, und unter dem Kopfpolster seines Bettes ein Sacktuch mit einem Knopfe, wie er deren beim Schlafengehen zu machen gewohnt war, wenn er sich am folgenden Tage an etwas erinnern wollte.

Mancherlei Bemerkungen drängten sich auf. — Der Körper hing nicht vollständig. Der Bediente Romanzo, der lange in Aegypten und der Türkei gewesen war, und sein Genosse der Irländer Fife, hatten viele Erhängte gesehen; sie erklärten, daß deren Gesicht nicht bleich, sondern dunkel gewesen; daß sie die Augen geöffnet, mit Blut unterlaufen gehabt, und daß ihnen die Zunge zum Munde heraushing, wovon hier in Allem das Gegentheil. Als man den Leichnam abnahm, löste Romanzo den Schlupf von der Spagnolettstange, und es kostete ihn dies große Mühe, da der Knoten sehr künstlich geschlungen und äußerst fest zugezogen war. Nun wußte aber jeder der Diener des Prinzen, daß derselbe in solchen Dingen gar keine Geschicklichkeit besaß. Er konnte nicht einmal seine Schuhe binden, und obwol er die Rosette an seinem Halstuche selbst zu knüpfen suchte, so vermochte er es doch nur, indem ihm jedesmal sein Kammerdiener helfen mußte. Seine Ungeschicklichkeit war um so größer, als er früher einen Säbelhieb über die rechte Hand erhalten hatte und ihm das Schlüsselbein auf der linken Seite gebrochen war, so daß er sich ausser Stand befand, die linke Hand bis zur Höhe des Kopfes empor zu bringen. Wäre selbst der bereits erwähnte Stuhl nahe genug gestanden, so war es bekannt, wie schwer es dem Herzoge wurde, nur eine Stiege empor zu steigen; er mußte sich dabei gleichzeitig am Geländer halten und auf seinen Stock stützen.

Hiezu kamen noch andere, gleich auffallende Umstände. Die Pantoffeln, deren sich der Prinz selten bediente, standen fast immer an dem Stuhle, bei welchem er sich auskleidete; jetzt fand man sie zu Füßen des Bettes. Der Herzog hatte die Gewohnheit, sich im Bette ganz vorn herauszulegen, so daß er Gefahr lief herauszufallen, auch konnte er nur aufstehen, indem er sich auf den Rand des Bettes setzte; nun aber fand man im Gegentheile die Mitte des Bettes niedergedrückt und den Rand beiderseits in die Höhe stehend. Die Personen, welche das Bett machten, schoben dasselbe stets hart an die Wand; an diesem Tage fand man es anderthalb Fuß vorgerückt. Auf dem Kamine standen zwei ausgelöschte Lichter; sollte der Prinz sie ausgelöscht haben, während er so verwickelte Vorbereitungen zu seinem Tode machte?

Was die Frau v. Feuchères betrifft, so unterstützte sie die Behauptung des Selbstmordes; der Vorfall vom 11. August schien ihr nur ein mißglückter Versuch gewesen zu sein. Sie erschrack, wenn man von dem geheimen Reiseplane des Herzogs sprach, und sagte zu Manoury, der rückhaltlos davon redete: „Hüten Sie sich, solche Gespräche könnten Sie beim Könige compromittiren." — Der Abbé Briant bekämpfte mit bemerkenswerther Hartnäckigkeit jede andere Annahme, als die des Selbstmordes, indem er von den geschwächten Geisteskräften des Todten sprach und den Selbstmord einem Anfalle von Delirium beimaß.

Die Begierde nach der Hinterlassenschaft gab sich bald kund. Man durchsuchte die Papiere. „Alles hier gehört der Frau v. Feuchères," sagte der Abbé Briant, indem er dem Silberbeschließer Dauvert empfahl, zu sorgen, daß ja nichts hinwegkomme. Auch die Feuchères zeigte sich sehr begierig nach den Papieren, gab aber den edleren Beweggrund an, ein Paar Zeilen des Lebewohles von dem Manne zu finden, der sie so sehr geliebt habe.

Jedermann fiel es auf, daß der Prinz auch nicht eine Zeile hinterlassen, in der er von seinem Entschlusse Kunde gäbe. —

Da entdeckte auf einmal, am Abende des 27., der Secretär des Königs, Guillaume, im Vorbeigehen am Kamine, in dem Schlafzimmer einige zerrissene Papierstücke, von der Hand des Prinzen beschrieben. Man setzte dieselben künstlich zusammen, und fand, daß zweimal unter einander ungefähr das Nemliche stand. Die zweite, offenbar verbesserte Fassung, welche man auch noch am vollständigsten zusammen brachte, lautete wörtlich:

Saint-Leu et ses dépend
appartiennent à votre roi
Philippe: ne pillés ni ne brûlés
la   le village
ne   mal à personne
ni   es amis, ni à mes gens.
On vous a égarés sur mon compte, je n'ai qu'à mourir en souhaitant bonheur et prospérité au peuple français et à ma patrie.

Adieu pour toujours,

L.-H.-J. De Bourbon,
Prince de Condé.

P.-S. Je demande à être enterré à Vincennes, près de mon infortuné fils.

Nun haben wir die Wahrheit gefunden, rief der Staatsprocurator. Allein sogleich erhoben sich bei den Andern Bedenken. Sollte dies der Abschied eines Selbstmörders vom Leben sein? Der Selbstmord bedingt einen Widerwillen gegen äußere Besitzthümer, und hier hätte die Furcht vor Plünderung vorgeherrscht? Und diese Furcht sollte in der Nacht vom 26. zum 27. vorgewaltet haben, nach den entschiedenen Beweisen von Anhänglichkeit, welche der Prinz am Ludwigstage (25.) erhalten, nach dem Besuche der Königin, und nachdem die Aufregung allenthalben aufgehört hatte? — Wie kam es überdies, daß diese Papiere der Aufmerksamkeit von Jedermann entgangen waren, obwol Herr v. Choulot, Manoury, Romanzo und Andere auch am Kamine gesucht hatten, — bis Ludwig Philipps Sekretär und Lecomte sie am Abende des 27. so ganz offen fanden? Wie auffallend sodann, daß man hier zerrissene Papierstücke entdeckte, auf der Asche von andern verbrannten? Sollten sie nicht später erst auf die Asche geworfen worden sein? — Endlich erklärte man sich den Inhalt der Scriptur dadurch, daß man ermittelte, der Prinz habe auf die ersten Nachrichten vom Juliaufstande hin, beabsichtigt, eine Proclamation zu erlassen, und diese an seinen Besitzthümern anzuschlagen.

Zur Leichenöffnung hatte man die Herren Marc, den gewöhnlichen Arzt Ludwig Philipps, und Pasquier und Marjolin gesendet. Sie schlossen auf Selbstmord. Allein dies genügte nicht zu verhindern, daß sich die entgegengesetzte Ansicht immer mehr festsetzte. Méry-Lafontaine hing sich in ganz gleicher Weise, wie man den Leichnam fand, an die Spaniolettstange auf, und es war ohne alle Gefahr. Man versuchte es, den Nachtriegel vermittelst eines Fadens von Außen zu öffnen, und es gelang mit überraschender Leichtigkeit. — Als der Inhalt des

Testaments bekannt wurde, steigerte sich der Verdacht. Man nannte wol geradezu Namen. Man erzählte, daß Lecomte in der erleuchteten Kapelle, wo der Leichnam aufgestellt war, von Gefühlen überwältigt, ausgerufen habe: „Ich habe eine Last auf dem Herzen!" — Bonnie versicherte, im Widerspruche mit den bestimmten Angaben Lecomte's, daß am Morgen des 27. der Riegel an der Thüre der geheimen Treppe nicht vorgeschoben gewesen sei, und daß die Feuchères, um diesen furchtbaren Umstand zu verbergen, sich auf dem weitern Wege, dem der großen Treppe, nach dem Sterbzimmer begeben habe! — Am 4. September fand die Todtenfeier statt. Die Rede des Abbé Pélier, des Beichtvaters des Herzogs, brachte einen unbeschreiblichen Eindruck hervor, als er ausrief: „Der Prinz ist unschuldig an seinem Tode vor Gott!" — Die Geistlichkeit verfuhr überhaupt nicht wie im Fall eines Selbstmordes. —

Frau v. Feuchères verließ eiligst St. Leu und begab sich nach dem Palais Bourbon, verfolgt von mancherlei Gedanken. Während 14 Tagen mußte der Abbé Briant in ihrem Bibliothek- und Frau v. Flassans in ihrem eigenen Zimmer schlafen, wie wenn sie fürchtete, daß irgend eine unheimliche Gestalt sich in der Stille der Nacht vor ihr erheben könnte. Bald aber überwand sie ihre Aufregung und zeigte sich gefaßt. — Durch Börsespielen gewann sie in dieser Zeit sehr große Summen.

Düstere Gerüchte erhoben sich nun aber von allen Seiten. Die Prinzen Rohan leiteten einen Civil- und einen Criminalproceß ein. Zu St. Leu, zu Chantilly fand die Unterstellung des Selbstmordes nur noch Ungläubige. Zu Paris gingen die Beschuldigungen bis auf Ludw. Philipp, und sie fanden ein Echo von den Salons bis in die Werkstätten herab. Man hob hervor, daß der Hof durch Vertraute sich seit dem 27. des Schauplatzes des Trauerspiels bemächtigt habe; daß der Beichtvater des Herzogs, obwol an Ort und Stelle, zur Abfassung der Protocolle nicht beigezogen worden war; daß man den Arzt des Prinzen, Hrn. Guérin, zur Leichenöffnung nicht berufen, womit man 3 Aerzte betraute, von denen zwei, Marc und Pasquier, in fortwährenden Beziehungen zu dem Hofe standen; man fragte, warum Hr. v. Broglie den Abdruck der Leichenrede des Abbé Pélier im Moniteur verhindert habe? u. s. w.

Das wirksamste Mittel, alle derartigen Gerüchte niederzuschlagen, wäre ein Ablehnen der Erbschaft durch Ludw. Philipp gewesen. Allein dazu verstand sich der Mann nicht, welcher, gegen die alten Gesetze der Monarchie, seine Besitzthümer am Tage vor der Thronbesteigung gegen eine Vereinigung mit den Staatsdomänen zu sichern suchte. — Statt dessen ward der Feuchères eine Protection zu Theil, welche ungemeines Aufsehen erregte. Sie ward an den Hof eingeladen, und ungewöhnlich aufgenommen. Der Schrei der öffentlichen Meinung machte eine gerichtliche Untersuchung unvermeidlich. Dieselbe begann zu Pontoise im Monate September, allein nichts ward unterlassen, die Sache einzuschläfern. Der Berichterstatter, Rath de la Huproie, zeigte sich entschlossen, nach der Wahrheit zu forschen; er ward plötzlich in Ruhestand versetzt, und eine Richterstelle, welche er längst für seinen Schwiegersohn gewünscht, wurde diesem verliehen. Die Untersuchung kam in andere Hände. — Schließlich ward der Herzog von Rohan wegen Injurien gegen die Feuchères zu dreimonatlichem Gefängniße verurtheilt. —

Wir können diese Darstellung nicht endigen, ohne noch einer Andeutung zu erwähnen, welche wir in der histoire de dix ans finden. Der Hof ward bald nicht mehr beunruhigt durch den entstandenen Lärm: Eines quälte ihn indessen dennoch. Er wußte, daß seit langer Zeit ein Geheimniß in dem Hause Condé bestand, das immer zwei Personen als Depositaren anvertraut war. Während der Anwesenheit des Herzogs von Bourbon hatte er dasselbe dem Sir William Gordon, im Dienste des Prinz-Regenten, und dem Herzoge de la Chartre anvertraut. Nach deren Tode war Hr. v. Choulet des Vertrauens des Prinzen gewürdigt worden. Nach einem gefährlich scheinenden Falle vom Pferde hatte dieser den Manoury den Grund seiner Gedanken erkennen lassen. Nie erfuhr man dieses Geheimniß, und noch kennt man es nicht; außer das weiß man, daß es wichtig und daß es furchtbar ist. —

Den Inhalt der in den letzten Tagen (während der Abfassung unseres Artikels) zu Paris erschienenen Schrift über den Vorfall kennen wir noch nicht. Wir haben nur noch beizufügen, daß die Zeitungen vor einigen Monaten davon sprachen, der Herzog von Bourbon habe den Grafen Chambord zu seinem Erben eingesetzt; die Feuchères habe dieses ächte Testament unterschlagen, und das andere unterschoben; in einem Brief von Ludwig Philipp beschwöre sie derselbe, „um jeden Preis" die Abreise des Prinzen nach dem Auslande zu verhindern, und diese Stelle habe das Weib in der schlimmsten Bedeutung ausgelegt. — Wir lassen dahin gestellt sein, was die neueste Zeit von diesen Angaben bewahrheiten wird.

Deutschland.

† **Maikammer,** den 26. Juni. Heute Abend kamen die Väter der Gesellschaft Jesu unter Glockengeläute hier an, um morgen ihre Missionen, wozu 14 Tage anberaumt sind, zu beginnen. Mancher hiesige Bewohner begrüßt sie freudig, aber ein großer Theil hat auch Mißfallen an den jesuitischen Erscheinungen. Bemerkenswerth ist, daß unter den Wenigen, welche den Patres mit ihren Chaisen entgegen fuhren, sich ein hiesiger Bürger befand, der in den Märztagen 1848 als freisinnig geltend, mit der großen Deputation nach München gereist war. —

München, den 26. Juni. Gestern hat der Hartschier Frank den Orden der Ehrenlegion vom Prinz-Präsidenten Louis Napoleon zugesendet erhalten, und zwar als nachträgliche Anerkennung der Verdienste, welche sich Frank in den zur Zeit des Kaiserreichs mitgemachten Feldzügen erworben!! — Der loyale und monarchische „Volksbote" hebt heute mit großen Buchstaben hervor, daß der König an einem Freitag große *militärische* Tafel in Nymphenburg gegeben habe.

München, den 26. Juni. Am Samstag reiste König Max mit seiner Gemahlin von Nymphenburg ab und zwar auf der Eisenbahn von hier nach Donauwörth, wo sie auf dem Dampfboot „Bavaria" zu Wasser die Reise nach Regensburg fortsetzen. — Der München-Salzburger Eisenbahnbau wurde am Samstag, 26. Juni, vom Staat förmlich übernommen. — Vom 29. Juli an kommen dahier in außerordentlicher Schwurgerichtssitzung interessante Fälle zur Verhandlung, nemlich: der Raubmörder an Reeb, — der Fall, wo Jemand sein Mädchen in einem Auer Wirthshause erschoß, — die Bande, welche die Gräfin Törring beraubte, — der Advocat Schöttl wegen Betruges und Urkundenfälschung.

Aus dem Großherzogthum Baden, den 26. Juni. Abermals ist falsches Geld in einigen Gegenden des Landes in Umlauf. Es sind dieses falsche badische Sechskreuzerstücke mit der Jahreszahl 1835.

Mühlheim, am Rheine, den 23. Juni. Unsere höhere Bürgerschule, welche vorzüglich durch das Streben unserer evangelischen Bürger gestiftet, aber mit ächt christlicher und staatsbürgerlicher Duldsamkeit allen Confessionen eröffnet wurde, welche seit einer Reihe von Jahren die schönsten Früchte trug, war in den letzten Jahren durch jesuitische Umtriebe als Simultananstalt gefallen und rein eine Jesuitenschule geworden. Mehrmalige Beschlüsse der Regierung, diese Schule zu schließen, waren erfolglos geblieben. Die Schule war geschlossen worden, aber die aus einer Thüre ausziehende Jugend, durch die andere Thür wieder eingezogen, hatte so frühe Unterricht in Richtachtung des Gesetzes und der Gesetzlichkeit erhalten. Endlich scheint aber die Regierung die Folgen solchen Treibens eingesehen zu haben: die Schule ist für jetzt geschlossen; es ist ein Verwaltungsrath aus Schulräthen beider Confessionen eingesetzt worden, dem es wohl gelingen wird, der Anstalt ihren früheren humanen Charakter, ihre frühere Wirksamkeit wieder zu geben. (Frankfurter Journal.)

Kassel, den 22. Juni. Der „Deutschen Reichsztg." schreibt man: Bekanntlich sind seit dem Eintritte des Hrn. Hassenpflug die bedeutendern Staatsgläubiger mit Gutscheinen ausgezahlt worden, welche im Mai 1852 entweder gegen baar oder gegen 4½proc. Obligationen eingelöst werden sollten. Es wird wol sobald noch keine Aussicht sein, dieser Verbindlichkeit zu genügen, denn in den letzten Tagen ist den Inhabern der Gutscheine durch Circular eröffnet worden, der Termin der Einlösung werde sich noch 4 bis 6 Monate verzögern; doch sollen ihnen von jetzt an 5 pCt. Zinsen zugestanden werden. — Die Untersuchung gegen den Obermedicinalrath Dr. Schuchard wegen Vergiftung eines außerehelich von ihm erzeugten Kindes ist in ein neues Stadium getreten. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters ist die Ausgrabung mehrerer Kinderleichen verfügt worden, welche, von Schuchard behandelt, eines plötzlichen Todes gestorben.

Aus dem Bisthum Fulda, den 26. Juni. Der in der gestrigen „Frankf. Postztg." gebrachten Behauptung, der Bischof werde in der ersten Kammer der neuen kurhessischen Landstände nicht fehlen, kann ich die bestimmte Nachricht entgegensetzen, daß der Bischof den Landtag nicht besuchen wird und gegen die neue Verfassung bezüglich deren §§. über das Verhältniß zwischen Staat und Kirche eine Protestation bei der Staatsregierung eingereicht hat. (Fr. J.)

Aus Thüringen, den 26. Juni. Am 19. haben sich heftige Gewitter weithin entladen und die Blitze haben häufig eingeschlagen. Sehr heftig waren die Gewitter im Thüringischen. Der Eisenbahnzug von Gotha nach Erfurt kam in den heftigsten Sturm. Einen eignen Anblick bot das Dörfchen Görey bei Dietendorf den Postreisenden. Lichter an allen Fenstern aber fast kein lebendes Wesen. Alles war vor den hereinbrechenden Wasserfluthen auf die nächsten Anhöhen geflüchtet und hatte das Vieh mit sich genommen.

Köln, den 25. Juni. Gestern hat der katholisch-conservative Preßverein sich definitiv constituirt.

Berlin, den 24. Juni. (Eine Beschränkung der Auswanderung in Aussicht.) Das Handelsministerium wendet seine Aufmerksamkeit nun auch dem Auswanderungswesen zu. Man hat es sich nicht verhehlt, daß namentlich in diesem Jahre ein sehr bedeutender Theil wohlhabender und gewerbthätiger Leute ausgewandert und daß die Auswanderung im progressiven Fortschritte begriffen ist. Ueber Hamburg und Bremen sind in den ersten 5 Monaten dieses Jahres circa 60,000 Auswanderer weggegangen; über Antwerpen, Brüssel, Havre und Liverpool circa 20,000, zusammen 80,000 Deutsche. Hiervon dürfte wol der dritte Theil mit 26,000 auf Preußen kommen. Anfangs hielt die Theorie sich, daß es meistens Democraten und sonstige Unzufriedene seien, die da auswandern, hievon ist man jedoch zurückgekommen und es soll mit einem Gesetz eingeschritten werden, welches das Auswandern erschwert. Es liegt hierzu eine bedeutende Menge Vorschläge vor, die einer genauern Prüfung entgegensehen. Einstweilen hat man auf administrativem Wege einen Erlaß an die Landräthe und Policeidirectionen erlassen, worin gegen reisende Agenten und Verführer zur Auswanderung im Policeiwege eingeschritten werden soll. Die erstern sollen nach ihrer Heimath mittelst Zwangspaß dirigirt, die letztern verwarnt und dann im fernern Verlaufe bestraft werden.

Hamburg. Die „Hamb. Nachr." wollen aus guter Quelle vernommen haben, daß der politische Ausschuß der Bundesversammlung laut einer vertraulichen Mittheilung, mit der Neuner-Verfassung durchaus nicht zufrieden sei und für den Fall nicht Abänderungen derselben geschehen, auf „erforderliche Vorkehrungen" Seitens der Bundesversammlung verweise. Auch an der staatlichen Stellung der Juden wird Anstoß genommen.

Wien, den 22. Juni. Es heißt, daß in den Bureaux des Ministeriums des Innern ein auf die Auswanderungsfrage bezüglicher Gesetzentwurf ausgearbeitet werde, wobei es auf eine Hemmung, ja, beziehungsweise Unterdrückung der Auswanderung abgesehen sein soll.

Schweiz.

Bern, den 25. Juni. Der protestantische Bezirk Murten im Kanton Freiburg denkt in Folge der letzten Bewegung ernstlich an einen Anschluß an den Kanton Bern.

Frankreich.

Paris, den 21. Juni. Bei der obligaten Langweiligkeit der Presse ist die Razzia gegen die alten Klassiker ein willkommener Unterhaltungsstoff. Der Streit hat nachgerade eine Wendung genommen, daß man ihn kaum mehr ernsthaft nennen kann. Das neueste Document ist eine Correspondenz eines ehemaligen Universitätsraths, des Hrn. Rendu, mit dem Redacteur des Messager du Midi, Hrn. Danjou, freilich schon vom 22. Febr. vorigen Jahres, aber jetzt erst vom „Univers" als guter Fund benutzt, um daraus Angriffswaffen gegen die Gottlosigkeit der klassischen Literatur zu machen. Der wunderlichste Einfall dieses Reformators ist der Vorschlag, statt der Jugend Ovid, Lucian, Homer und Virgil (er nennt die Klassiker in dieser Folge und Auswahl!) in die Hände zu geben, solle man auf die französische Grammatik die Anfangsgründe des Hebräischen folgen lassen und die Collège-Schüler mit Moses und David vertraut machen. Das nächste Schulbuch wäre dann eine Chrestomathie aus den griechischen und lateinischen Kirchenvätern, Origines, St. Athanasius, St. Augustin, St. Hieronymus, und erst zum Schluß für die gereiften Geister eine Auswahl aus den profanen Schriftstellern. Diese anders und früher als mit 16 oder 17 Jahren für den Schulunterricht benützen, ist Hrn. Rendu ein Gräuel wie Brunnenvergiften (c'était empoisonner les fontaines publiques).

Die 24 Briefe des Abbé Gaume an den Bischof von Orleans über „das Heidenthum im Unterricht" sind jetzt in einem Band zusammengedruckt erschienen. In welchem Geist diese Controverse geführt wird, davon gibt das „Univers" wieder einen schlagenden Beweis. Das Blatt des Hrn. Veuillot tritt als Bewunderer des chinesischen auf Kosten des altklassischen Heidenthums auf. Ein Artikel: „das Baccalaureat in China," verbreitet sich beifällig über das große und kleine Examen im Reich der Mitte, ohne an den beim Schulgebrauch üblichen Büchern des Confucius Anstoß zu nehmen, und kommt zu dem Schluß, daß „die chinesische Philosophie dem Christenthum näher steht, als die Philosophie Plato's, Cicero's oder — des Hrn. Cousin.

Die Worte des Tacitus, die der Herzog von Uzès im Corps Législatif citirte, waren folgende: Etiam muta atque inanima tecta et parietes circumspectabantur. (Sie pflegten auch die stummen und leblosen Dächer und Wände argwöhnisch anzusehen.) Der Herzog wandte sie auf die Polizei der Kaiserzeit an, die man wol wieder ins Leben rufen wolle.

— den 26. Juni. Die aufständige Bewegung, welche in letzterer Zeit unter mehreren Stämmen in Algerien ausgebrochen, ist noch nicht ganz unterdrückt. Einige Stämme haben sich zwar beim Erscheinen von Truppen hier und da nicht ohne hartnäckigen Widerstand, wieder unterworfen. Doch ist die Verbindung zwischen Bona und Constantine noch nicht in gesicherter Weise wieder hergestellt.

Der Ansicht des Bischofs von Orleans für die Beibehaltung der klassischen Werke der heidnischen, d. h. der römischen und griechischen Schriftsteller in dem Studienplane der Seminarien haben sich bereits mehr als fünfzig Bischöfe Frankreichs angeschlossen.

In den südlichen Departementen sind durch Ueberschwemmungen, in Folge heftiger Regengüsse, welche in den letzten Wochen gefallen, sehr bedeutende Verheerungen angerichtet worden.

Griechenland.

Athen, den 15. Juni. Papulaki hat die Streiter

für seine Sache nicht blos auf das Jenseits verwiesen, sondern ihnen auch diesseits reiche Belohnung und Beute versprochen. Eine Abtheilung Gendarmen, die ihn gefangen nehmen sollte, bekreuzte sich in Ehrfurcht vor ihm, der sie begleitende Major zerbrach seinen Säbel. (A. Z.)

Athen, den 16. Juni. Die Angelegenheiten in der Maina scheinen nicht gut zu stehen. Man ist in Athen sehr beunruhigt über deren Ausgang. Die Verhaftungen von Geistlichen und Mönchen in Athen und in anderen Städten dauern fort. Bei jeder Verhaftung zeigen sich neue Fäden. So wurde der verschworene Klostergeistliche Ignatius in Kalavrita und Klamiatos in Patmos ergriffen und in das Gefängniß gesteckt. Allein dies hindert nicht, sondern befördert nur die Ausbreitung jener fanatischen Meinungen, deren Durchbruch eben so sehr zu fürchten ist. Vor wenigen Tagen vertheilte in Athen auf dem Marktplatze ein Individuum Stückchen geweihten Brodes unter die Lastträger und sonstiges Volk, das sich dort geschäftslos herumtreibt. Hier wurde bemerkt, daß dieses Brod (welches nach griechischem Ritus den katholischen Hostien entspricht) von dem heiligen Mönche Papoulaki in der Maina komme. Das Volk bekreuzte sich und verschluckte mit größter Andacht das in Athen gebackene Brod. — Die heilige Synode in Athen erließ ein zweites Rundschreiben an die gesammte niedere Geistlichkeit und an das Gesammtvolk, des Inhalts, daß Niemand den Gerüchten, „die Religion sei in Gefahr," glauben möge. Dieses Rundschreiben brachte die ganz entgegengesetzte Wirkung hervor. Das Volk, welches vorher von keiner Gefahr etwas ahnte, da es die polemischen Zeitungsartikel nicht liest oder nicht versteht — und die Gefahr besteht auch in keiner Weise, sondern wird von den beiden streitenden Parteien als Kampfursache vorgespiegelt —, wurde durch dieses Rundschreiben der höchsten geistlichen Behörden erst darauf aufmerksam gemacht. Die niedere Geistlichkeit schürt das Feuer. Seit zwei Tagen hört man nun überall: „Die Religion ist in Gefahr!" Aus der Maina kommen die Nachrichten sparsam oder werden vielmehr vom Ministerium sparsam mitgetheilt; was aber ankommt, ist nicht günstig für die Regierung. Alle Generale mit ihren Truppen, alle Deputirten mit ihrem Einfluß und ihrer Beredsamkeit, und auch der geistliche Prediger, der dahin gesendet wurde, haben noch keinen Vortheil über den Mönch Papoulaki, der fortwährend in Begleitung von 1500 Weibern und Kindern und 500 bis 800 Mann Bewaffneten herumzieht. Nirgends kam es zu einem Kampfe. Die letzten Nachrichten lassen ihn noch in der Gegend von Kalamata stehen, umgeben von einem Haufen bewaffneten und unbewaffneten Volkes von 3000 Köpfen. Die Einwohner von Kalamata, die Raubgelüste der Mainotenrace kennend und fürchtend, flüchteten, was kampfunfähig war, mit ihrer besten Habe nach der Stadt Koron und Navarin. Ein Theil der kgl. Truppen war unter den Befehlen Kolokotroni's in Kalamata versammelt. Gestern Abend wurde noch ein Mirarch der Gendarmerie dahin abgeschickt, um den dortigen Gendarmeriemajor zu ersetzen, welcher sich hinlänglich als unfähig bewiesen hatte. (Bresl. Z.)

Vereinigte Staaten.

New-York, den 8. Juni. Im vorigen Monat überbot die deutsche Einwanderung die irländische, und die Mehrzahl der Einwandernden war wohlhabend. Am 8. Juni verließen unsern Hafen 8 Oceandampfer; am 2. Juni kamen 97 Schiffe an, darunter 28 aus fremden Häfen.

Neueste Nachrichten.

München, den 25. Juni. Die „Augsb. Postztg." schreibt: Hr. v. Zwehl hat nicht sechswöchentlichen, sondern einen „unbestimmten" Urlaub erhalten. Wie ich bestimmt vernehme, wird derselbe die Leitung der Cultusangelegenheiten so lange nicht übernehmen, bis die zwischen Staat und Kirche obschwebenden Fragen ihre Erledigung gefunden.

Karlsruhe, den 25. Juni. Durch eine Verfügung des Finanzministeriums sind die Neckarzölle herabgesetzt.

Von Pforzheim ist eine Deputation der Fabrikanten hierher abgegangen, um für Forterhaltung des Zollvereins zu petitioniren. Die Hoffnung auf Gewährung dieser Bitte will man in dem Umstande finden, daß man sich badischer Seits nicht für Genehmigung sämmtlicher Puncte der darmstädter Beschlüsse ausgesprochen habe.

Berlin, den 25. Juni. Die Frau Bettina Arnim hat eine neue Schrift: „Gespräche mit Dämonen, des Königsbuchs 2ter Band," herausgegeben. Es ist eine der merkwürdigsten Schriften, die wir jemals gelesen haben und sie macht deßhalb große Sensation. Das durchaus politische, fast überpoetische Buch gehört vorzugsweise der äußersten Linken an, hält sich jedoch so, daß man es wahrscheinlich nicht confisciren wird.

Wien, den 24. Juni. Die Oesterreichische Correspondenz schreibt: „Noch kürzlich verlautete die Nachricht, daß zwischen dem heiligen Stuhle und der piemontesischen Regierung eine Ausgleichung der beide Theile trennenden Differenzen zu erwarten sein dürfte. Hat sich die Nachricht bis zur Stunde nicht bewahrheitet, so dürfte dies jetzt noch weniger der Fall sein, seit das vom Justizminister Buoncampagni den Kammern vorgelegte Ehegesetz den Stachel der dießfälligen Gegensätze zu schärfen geeignet erscheint."

Fernerhin dürfen an den Universitäten zu Pavia und Padua nur solche Candidaten zu strengen Prüfungen behufs der Erlangung des Doctorgrades zugelassen werden, welche aus Kronländern gebürtig sind, in denen die italienische Sprache zu der Landessprache gehört. Angehörige anderer Kronländer (!) bedürfen der Erlaubniß des Ministeriums, wenn sie sich den rigorosen Prüfungen an einer der beiden italienischen Universitäten unterziehen wollen. (!!)

Paris, den 26. Juni. Montalembert verlangte gestern im gesetzgebenden Körper Ermächtigung, seine bekannte Rede zu veröffentlichen. Nach zweifelhafter Probe mit 75 gegen 59 Stimmen genehmigt. Auch Kerdrel erhält diese Erlaubniß. Der Präsident bemerkt jedoch, eine solche ausnahmsweise Begünstigung dürfe nicht zur Regel werden.

Die Prüfung des Budgets wird wahrscheinlich in der heutigen Sitzung beendigt werden. — Die Saison wird wird am Montage geschlossen.

Florenz, den 9. Juni. Gestern wurde bei verschlossenen Thüren das Urtheil gegen Madiai und seine Gattin und Casacci gefällt, die angeklagt waren, die römisch-katholische Religion mit der protestantischen vertauscht zu haben. Casacci hatte bereut und wurde freigesprochen. Die Verhandlung gegen das Madiaische Ehepaar dauerte 4 Tage, beide bekannten freudigen Muthes, daß sie durch ihren Aufenthalt in England die Bibel kennen gelernt und durch sie zu der Ueberzeugung gebracht seien, daß die römische Kirche Irrlehren predige. Das Urtheil lautete auf fünfthalb Jahre Galeerenstrafe gegen Madiai und drei Jahre zehn Monate gegen seine Gattin. (Tim.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 26. Juni. Weizen 21 fl. 37 kr., Korn 17 fl. 48 kr., Gerste 13 fl. 44 kr., Haser 7 fl. 44 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1095²] **Zu verkaufen.**

☞ Der unterzeichnete Wilhelm Henn, Müller auf der Neumühle bei Olsbrücken im Landcommissariat Kaiserslautern wohnhaft, hat 6 fette Ochsen, welche circa 50 bis 52 Centner wiegen, zu verkaufen. Wilhelm Henn.

[42] **Lotto.**

Zu Nürnberg kamen den 26. Juni heraus:

17. 7. 36. 84. 29.

Die nächste Ziehung ist den 6. Juli zu München.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag — Nro. 157 — den 1. Juli 1852.

Deutschland.

*Speyer. Der subventionirten „Pfälzer Ztg." ist die freisinnige Presse noch nicht genug gemaßregelt, noch nicht genug bedrückt, noch nicht genug geknebelt! Sie fühlt sich unbehaglich trotz allem was für sie, trotz allem was gegen die freisinnige Presse geschieht! — Es ist in ihren Augen noch nicht ausreichend, wenn die Oppositionsblätter in jeder Weise nach einem organisirten Plane, wie es früher unter allen Verhältnißen unerhört war, verfolgt werden; es ist ihr noch nicht hinreichend, daß man dagegen das „gutgesinnte" Journal auf jede Art, wie es gleichfalls bis zur neuesten Zeit noch niemals vorkam, unterstützt und den Leuten aufdringt, daß man die Gemeinden, die Minderjährigen, die Zwangsversteigerten sogar, für sie in Contribution, in Zwangssteuer, setzt; — diese „gute Presse" zeigt sich überwältigt von dem Gefühle, daß sie unfähig ist, auch nur unter solchen Verhältnißen ihrer Aufgabe nachzukommen! Die Oppositionspresse soll ganz vernichtet werden, wodurch die „gutgesinnte" Zeitung zwar aus ihrer innern Werthlosigkeit nicht herauskäme, wodurch aber doch wenigstens jeder unbequeme und mit Gründen nicht zu widerlegende offene Widerspruch beseitigt würde!

Wir finden es sehr begreiflich — jenes von der subventionirten Presse nicht zu verwindende Gefühl moralischer Nichtigkeit, um nicht zu sagen Nichtswürdigkeit. Ein Blatt, welches in der französischen Revolution nichts weiter zu sehen im Stande ist, als eine Schöpfung der revolutionären Presse; welches nicht zu ahnen befähigt ist, daß unter Karl X und Ludwig Philipp die Corruption aller Art, die Sittenverdorbenheit in den höhern Ständen, das verdummende Pfaffenregiment, die Feilheit serviler Deputirten, kriechender Bureaucraten und lobhudelnder (doch allerdings wenigstens nicht talent- und kenntnißloser!) Journalisten, sammt allem Unrathe, der damit in Verbindung war, jene Revolution leider gleichsam zur Naturnothwendigkeit machte, — ein solches Blatt wird es freilich niemals dahin bringen, daß es seines „gesunden Urtheils" wegen Beachtung findet. Und wenn es dann in seinem conservativen Eifer, um auf die Revolution zu schimpfen und das heute bestehende Regime zu lobpreisen, etwa noch hervorhebt: welche Lasten unter der Churpfälzischen Regierung auf den Bauern lagen; als ob es das heutige Gouvernement und nicht gerade die Revolution gewesen wäre, welche die Bauern von ihren Feudallasten befreite, — und wenn es sodann die Leute in der Auswanderungsfrage damit zu trösten sucht, daß ja jedes Jahr weit mehr Geld neu geprägt werde, als die Auswanderer fortnähmen, — so würde freilich nicht zu verhindern sein, daß ein Gelächter über solche Albernheit und Unwissenheit auch dann entstünde, falls gar kein Oppositionsblatt mehr in der Welt existirte.

Wenn das Subventionsblatt weiter die Noth des Volkes verhöhnt und den Bewohnern, die sich zu seinen Gunsten besteuert sehen, eine Masse Laster andichtet, so kann eben auch das Gefühl des Eckels vor solcher Erbärmlichkeit nicht ausbleiben.

Wie aber, wenn sich eine „gutgesinnte" Zeitung so weit vergißt, eine freisinnige Presse der Feigheit zu beschuldigen, weil diese zwar den Aufstand von 1849 nicht wollte, darum aber allerdings keineswegs gemeint war, der sich erhebenden Reaction in die Hände zu arbeiten; — wie, wenn eine solche „gutgesinnte" Zeitung damit in ihrem Unverstande so recht darauf hinweist, wie sie selbst damals wirklich zu feig war, dasjenige irgendwie offen auszusprechen," was sie heute als ihre Principien ausgibt, — wenn sie somit selbst auf die Frage hinlenkt: warum sie es denn unterließ, mit ihren heutigen Beschuldigungen damals, als es galt, hervorzutreten, warum sie statt dessen jämmerlich sich verkroch, und erst dann aus ihrem Verstecke wieder hervorkam, als der Kampf entschieden war, und warum sie selbst damals zunächst noch blos zu dem Mittel der Feigheit und Tücke — zum förmlichen Pasquill griff? — so wird eine solche „gutgesinnte" Presse eben trotz aller Subvention die allgemeine Verachtung nicht von sich abwenden können.

Kommt dazu, daß sie, zum Beweise ihrer als Lügen bezeichneten Behauptungen aufgefordert, fort und fort nichts Anderes zu thun weiß, als stumm über alle derartige Dinge hinweg zu schleichen; — kommt dazu ein so zartes Gewissen, das den widerstrebendsten Gewalten, wenn sie nur die Macht besitzen, sich anzuschließen weiß; das einmal gegen Cölibat und Mönchthum schreibt, dann sich als Anhänger des Ultramontanismus gerirt, hierauf die schwarz-roth-goldenen Farben ausdrücklich als die seinigen erklärt, für das Preußenthum den Mund übervoll nimmt, und nachdem sich gezeigt, daß die Pfalz eben doch nicht, wie solche conservative Genies gehofft, eine preußische Provinz wurde, hierauf bald specifisch baierisch-constitutionell, bald monarchisch-absolutistisch, bald wieder ultramontan schwätzt, — so wird eben auch das auf vollständigste Characterlosigkeit lautende Urtheil nicht abgewendet werden können.

Bei einem solchen Zustande der guten Presse, bei ihrem gänzlichen Mangel an Wahrhaftigkeit, Ueberzeugungstreue und Ehrlichkeit, bei ihrer Verläumdungssucht, ihrer grellen Unwissenheit und Jedem augenscheinlichen Characterlosigkeit, überhaupt bei solcher innern Fäulniß jener „guten Presse," ist es vollkommen begreiflich, daß ihr weder die eigenen maßlosen Begünstigungen, noch die Verfolgungen der freisinnigen Blätter weit genug gehen. Sie kann sich des Gefühles nicht erwehren, daß es nicht genügt, ihr Zwangsinserate zu verschaffen und Zwangsabonnenten, die das ihnen aufgenöthigte Blatt entweder gar nicht lesen oder nur mit Eckel und Verachtung darauf hinblicken. Sie empfindet, trotz alles innern Sträubens, die moralische Macht einer auf Ueberzeugung beruhenden öffentlichen Meinung, und zittert vor dieser moralischen Macht.

Wir wollten dem Herausgeber der Pflzr. Ztg. auf seine neuen Schmähungen gegen die Speyr. Ztg. ein umfassendes moralisches Sündenregister entgegenhalten; wir wollten namentlich eine Liste jener nichtswürdigen Behauptungen und Verdächtigungen zusammen stellen, welche in unserm Blatte als Lügen und Verläumdungen erklärt wurden, und für welche er die Beweise schuldig geblieben ist. Nachdem wir aber aus der neuesten Nummer seiner Zeitung ersehen, daß er nicht nur an Herz und Kopf (was längst Jedermann wahrnehmen konnte,) sondern auch am übrigen Körper krank ist, — verschmähen wir heute eine solche Veröffentlichung. *)

*) Den Lesern unserer Zeitung, welche das Blatt des Hrn. Jäger nicht besitzen, wollen wir nicht ermangeln, zum nähern Verständniß ein Paar Notizen zu geben. Hr. Jäger will entdeckt haben, daß die Speyr. Ztg. im Jahre 1847 so beiläufig diejenige hündische Rolle gegen die Gewalt gespielt

*** Aus Franken.** (*Die Zollfrage.*) In Ihrem geschätzten Blatte wurden unsere Zollverhältniße so oft und nach so vielen Seiten hin beleuchtet, daß es gewiß für Ihre Leser in der Pfalz nicht ohne Interesse sein wird, zu hören, wie hier in Franken, das bei dieser Angelegenheit nicht weniger interessirt ist als die Pfalz, die Stimmung im Volke ist, was man thut und wie man sich den Ausgang denkt. Wundern Sie sich nur nicht, wenn ich Ihnen sage, daß auch in dieser Sache hier in Franken und namentlich bei den zunächst Betheiligten eine Gleichgültigkeit herrscht, die man hier gewiß nicht erwarten sollte. Es ist allerdings bei den meisten Kaufleuten und bei dem Gewerbestand durchweg nicht das Vertrauen zu den Männern, die jetzt gerade darüber sind, den letzten weißen Rest von ihrem Blatt Geschichte von dieser Farbe zu befreien, sondern es ist vielmehr ihr richtiger Instinct, der ihnen sagt, die kleinen Staaten müßen am Ende doch nachgeben und der Zollverein wird nicht gesprengt. *) Mir scheinen nun zwar die in Nro. 147 Ihrer Zeitung ausgesprochenen Befürchtungen bezüglich der Sendung des Hrn. v. Bismark-Schönhausen nach Wien sehr gegründet, allein wie eben die Menschen sind, was sie nicht besonders berührt und ihnen wehe thut, wird nicht in Anschlag gebracht, — es greifen diese Bedenken bei uns weniger Platz. Deßhalb geschieht hier auch nicht das Geringste, um das drohende Unglück abzuwenden, wenn nicht etwa die Absendung eines Mitgliedes der mittelfränkischen Handelskammer zu dem Congreß in Halle als ein Lebenszeichen betrachtet werden will. Mit dem Erfolg dieser Sendung hat es aber eine eigenthümliche Bedeutung. Die mittelfränkische Handelskammer hat sich schon früher sehr energisch für den Fortbestand des Zollvereins ausgesprochen, wie dies auch nicht anders zu erwarten war. Nun waltet schon seit geraumer Zeit ein Unstern über den Wahlen Nürnbergs, sei es zum Parlament (siehe Kraft), sei es zum Landtag (siehe Tröger), welcher Unstern auch auf diese Wahl seinen Einfluß geltend machte. Es wurde ein gewisser Ley aus Fürth abgeordnet, von dem seine Freunde sagen, daß er ein tüchtiger Geschäftsmann und auch sonst sehr erfahren sei. Die Handelskammer hat nicht im Entferntesten daran gedacht, durch ihren Abgeordneten auf Sprengung des Zollvereins dadurch hinwirken zu lassen, daß derselbe den Anschluß an Oesterreich als äußerst nothwendig und heilbringend hinstellen sollte, wie dies aus einer Rechtfertigung, welche von Seiten des I. Vorstandes im „Fränk. Kurier" erschien, hervorgeht. Als nun diese Art von Vertretung durch die Presse, namentlich die Magdeburger Zeitung, welche das Votum des genannten Hrn. Ley ausführlich mittheilte, hier bekannt wurde, war der Unwille allgemein, und selbst diejenigen Herren, die denselben Standpunct im gewöhnlichen Leben wie Hr. Ley einnehmen, fanden kein Wort der Entschuldigung. Woher das kam, will ich Ihnen noch mittheilen. Als nemlich bekannt wurde, daß Ley nach Halle gehen solle, wurde er durch den Telegraphen zu Hrn. v. d. Pfordten nach München gerufen und dort erst auf die hohe Bedeutung, die er als Vertreter *Baierns* einnehme, aufmerksam gemacht. Von da ab kam nicht mehr der Kaufmann Ley von Fürth, sondern das Organ des Hrn. Ministerpräsidenten nach Halle. Daß übrigens Ley seine Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit des Hrn. Ministers gelöst, mögen Sie daraus ersehen, daß Hrn. v. d. Pfordten auf seiner Durchreise nach Kissingen im Nürnberger Bahnhofe Niemanden empfing, als den Hrn. Stadtcommissär Meier und Hrn. Ley, mit welch' Letzterem Hochderselbe Arm in Arm zu gehen geruhten. — Man erzählte mir dieser Tage, es gebe in Fürth noch etwa ½ Dutzend Männer, die es für eine Ehre für die Stadt hielten, daß ein Mann aus ihrer Mitte solch' Glück gehabt. Ich glaube jedoch nicht, daß dies wirklich wahr ist. Hr. Ley hat bereits den Michelsorden überkommen, wer weiß was noch nachkommt. Unsere Zeit ist eine armselige Zeit. Früher trugen derartige Posten doch etwas ein. Jetzt bekommt man für Plage und Aerger einen Orden, wird beifällig auf die Achsel geklopft oder wenn's hoch kommt in den Arm genommen.

Bisher hat Hr. Ley allen Angriffen in hiesigen Blättern ein verachtendes Stillschweigen entgegengesetzt, wie es großen Männern geziemt, die mit der Menge nichts zu thun haben wollen. Was läßt sich da auch machen? — Es sind Thatsachen, die nicht berichtigt werden können. O hätten wir nur Ihre Pfälzer Zeitung hier, die würde schon längst die Lanze eingelegt haben, um die ministerielle Politik des Kaufmanns Ley aus Fürth zu rechtfertigen.

*) In dieser Beziehung könnte man sich aber doch bitter täuschen! D. Red.

Frankfurt, den 28. Juni. Preußen wird in der nächsten Zeit durch das Drängen der Industriellen und Handelsleute des Zollvereins, welche den alle Geschäftsthätigkeit lähmenden Zwischenzustand nicht länger ertragen können, durch das eigne Bedürfniß, die Zollangelegenheiten mit den ihm bleibenden Verbündeten zu ordnen, genöthigt werden, der entschiedenen Erklärung vom 7. Juni einen gleichkräftigen Schritt folgen zu lassen.

---

hätte, wie heute seine Pfälzer Zeitung! — Schade nur, daß noch Abdrüke dieses Blattes von 1847 vorhanden sind; schade überdies, daß die Leser von damals sich noch recht gut erinnern werden, ob sie eine servile oder eine freisinnige Zeitung hielten; schade, daß die Reactionsblätter gerade damals (nachdem die Censur in engere Grenzen gewiesen worden) Gift und Galle gegen die Speyr. Ztg. zu speien hatten, und daß *gerade damals* die Angehörigen eines *ganzen Standes*, jeder einzeln auf seinen *Diensteid*, schriftlich erklären mußte, daß er nicht Mitarbeiter an der Speyr. Ztg. sei, die schon damals von Kanzeln herab bekämpft ward! Richtig ist es vollkommen, daß die Speyr. Ztg. mit *wahrem Vergnügen* den damaligen Sturz des *Abel'schen Regime's* sah, daß sie ihre *Freude* daran hatte, als die damalige baier. Regierung die projectirte Intervention in der Schweiz *vereitelte*, und daß sie, so weit es durch ein Zeitungsblatt nur geschehen konnte, dieselbe Regierung zu weiterem Vorangehen auf der betretenen Bahn zu bestimmen suchte, wobei sie wiederholt darauf hinwies, welchen *Anklang* diese Art des Auftretens im *Volk* finde. — Käme heute der gleiche Fall vor, — mit wahrem Vergnügen würde die Speyr. Ztg. gerade *ebenso wieder* auftreten. Hr. Jäger aber wird besser thun, sich zu seinen Verdächtigungen wenigstens solche Themata aufzusuchen, die nicht Jedermann kennt, sonst dürfte er doch allzusehr lächerlich werden, besonders, wenn ihm nebenbei noch die Ungeschicklichkeit begegnet, einem Blatte *gleichmäßig* eine beständige unbedingte Opposition *und* Servilität zum Vorwurfe zu machen!

Aber die gerichtlichen Anzeigen aus dem Kantone Mutterstadt wurden früher in der Speyr. Ztg. veröffentlicht. Also dieser Umstand soll unser Blatt mit der heutigen Pfälzer. Ztg. in eine Linie stellen?! Auch damals war die Speyr. Ztg. wahrlich nicht in Gnade. Aus *dreisig* Kantonen wurden die gerichtlichen Anzeigen *andern* Blättern zugewiesen, aus einem *einzigen* Kantone kamen sie in die Speyr. Ztg., und in diesem letzten Bezirke — hatte man eben gar kein anderes Blatt auffinden können! Und selbst diese, vor vielen Jahren erfolgte gerichtliche Verfügung geschah, biblisch zu reden, „ganz ohne unser Verdienst." Hr. Jäger vergißt aber selbst dabei, daß keine Notariatskammer sich dagegen erklärte; er vergißt, daß auch nicht *ein* Bürgermeister das Blatt auf Gemeindekosten auch nur halten *durfte*, indeß heute ein jeder *gezwungen* ist, eine Contribution aus der Ortskasse an Hrn. Jäger entrichten zu *müssen*.

Um das Maß der Albernheit voll zu machen, will Hr. Jäger der Speyr. Ztg. — *Feigheit* vorwerfen! Das sagt Hr. Jäger, der nicht einmal so viel Muth besaß, während der kurzen Zeit der Bewegung sein Blatt forterscheinen zu lassen; — Er sagt es einem Blatte gegenüber, das seit Jahrzehnten in gleicher Richtung kämpft, das seit Jahrzehnten sich Verfolgungen für seine Ueberzeugung aussetzt, und das insbesondere in den letzten Jahren fast tag-täglich neue Maßregelungen erfährt!

Die in diesen Blättern mehrerwähnte Newyorker Kunst- und Industrieausstellung aller Nationen wird, laut Beschluß der Direction, am 2. Mai 1853 eröffnet werden. Durch Decret des nordamerikanischen Hauptzollamts ist das Ausstellungsgebäude zu einem zollfreien Entrepot erklärt. Die Zahl der bis jetzt bei der gewerblich-statistischen Anstalt in Frankfurt a. M. angemeldeten deutschen Aussteller beläuft sich auf mehr als hundert.

Hannover, den 26. Juni. In der 2. Kammer stellte Ellissen den Antrag, die Regierung zu ersuchen, sich für Anerkennung der schleswig-holsteinischen Staatspapiere zu verwenden.

Berlin, den 27. Juni. Gestern Vormittag empfing der Ministerpräsident v. Manteuffel eine Deputation des hiesigen Freihandelsvereins. Die Deputation überreichte eine Adresse, welche im Sinne der neulich im Freihandelsverein gefaßten Resolution darum bat, daß Preußen mit oder ohne Zollverein zu der Zollgesetzgebung vom Jahre 1818 zurückkehren möge. Der Ministerpräsident erwiederte: „Ich danke Ihnen, meine Herren, für das Vertrauen, welches Sie mir durch Ueberreichung dieser Adresse beweisen. Sie erscheinen vor mir als die Vertreter eines Princips. Sie werden nicht von mir erwarten, daß ich das Princip näher erörtere, es ist längst darüber gerichtet; wenigstens steht meine Ueberzeugung für dasselbe fest. Sie werden nicht erwarten, daß ich für dessen *volle* Durchführung Ihnen Zusicherungen ertheile. So viel aber kann ich versichern, daß die preußische Regierung in ihrer Handelspolitik unablässig das Ziel im Auge behalten wird, welches das allgemeine Interesse fördert. Wir wenigstens werden unser Möglichstes dazu thun, und so hoffe ich auch, daß die *Bedenken*, welche wegen Abfalls der südlichen Staaten Anfangs so schroff sich äußerten, *immer mehr in den Hintergrund treten und endlich ganz verschwinden werden*. Man wird es uns nicht verdenken, wenn wir Elemente, welche sich etwa wie Blei an unsere Füße hängen möchten, *abzuschütteln suchen*, wie es denn auch unser Beruf ist, *vor Allem die Selbstständigkeit Preußens zu wahren*."

Wien, den 24. Juni. Die diesjährigen deutsch-österreichischen Polizeiconferenzen werden demnächst und zwar nicht, wie es ursprünglich bestimmt war, in München, sondern in Wien stattfinden.

Schweiz.

Bern. Innerhalb fünf Tagen haben hier nicht weniger als vier Selbstmorde stattgefunden!

In Bezug auf eine Correspondenz aus Paris in der Augsb. Allg. Ztg. wird der Neuen Zürich. Ztg. aus der Bundesstadt geschrieben: „Dem Bundesrathe wurde, wie ich Sie aus der besten Quelle versichern kann, weder von Seite des französischen noch irgend eines andern Gesandten oder irgend einer Regierung, irgend welche Mittheilungen betreffend Neuenburg gemacht oder Rath ertheilt ꝛc. Dieses alles ist, wie man sich ausdrückte, „von einem müßigen Kopfe erlogen," d. h. mit dem Bewußtsein der Unwahrheit der Augsb. Allg. Ztg. mitgetheilt worden. Wenn solche Mittheilungen, Noten ꝛc. erfolgen, so soll das Schweizervolk durch seine Behörden rechtzeitig davon in Kenntniß gesetzt werden. Darauf verlasse es sich und achte nicht auf das, was ihm in- und ausländische Feinde des Vaterlandes in die Ohren blasen!"

— den 26. Juni. In acht Tagen tritt die Bundesversammlung zusammen. Nicht nur die Behandlung der Freiburger Angelegenheit, sondern auch das vom gr. Rath in Bern angenommene und nun auf die Sanction des Bundesraths wartende Preßgesetz, sowie der Beschluß des hiesigen Regierungsraths über die Aufhebung des Grütlivereins und das Säcularisationsgesetz das eben in Tessin so bedeutende Aufregung bei den Ultramontanen hervorruft, werden ohne Zweifel durch Anträge von der einen oder andern Seite zur Sprache gebracht. Das kann man als sicher annehmen: wenn die reactionäre Partei, die eben so muthig das Haupt auch in der Schweiz erhebt, die Bundesbehörden schwankend und uneinig erblickt, dann geht sie vorwärts, und wird in kurzer Zeit alle ihr früher entrissenen Posten wieder im Sturm einnehmen. (F. J.)

Frankreich.

Paris, den 27. Juni. Die Nachricht bestätigt sich nicht, daß der Cassationshof den Spruch des Appellationsgerichts, wonach Hr. Bocher zu einer Geldbuße und zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt ist, annullirt habe. Der Cassationshof hat vielmehr dieses Urtheil aufrecht erhalten.

Dänemark.

Kopenhagen, den 25. Juni. Kjöbenhavensposten schreibt: „Die Ausarbeitung des Entwurfes zu den Grundzügen für eine *gemeinschaftliche Verfassung für die gesammte Monarchie*, welcher, wie man annehmen darf, ein Gegenstand für die Verhandlungen der bevorstehenden Reichsversammlung werden wird, ist, dem Vernehmen nach, Vieren von den Mitgliedern des Geheimen Staatsraths übertragen.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 29. Juni. Der Actenschluß in der Untersuchung wegen des Septemberaufstandes von 1848 ist nun erfolgt, und hierbei dem Ansuchen der in Haft befindlichen Angeschuldigten an dem Morde Lichnowsky's und Auerswald's entsprochen worden, welche das Urtheil nicht bis zur Einführung des Schwurgerichts verschoben zu sehen wünschten, so daß dasselbe nun auch bald erfolgen wird. (F. J.)

Darmstadt, den 28. Juni. Die Abgeordnetenkammer wird demnächst über die Civilliste des Großherzogs zu berathen haben, welche bekanntlich immer für die Lebensdauer eines Fürsten bestimmt wird. Im Ausschuße haben sich drei Meinungen gebildet: 1) die der Majorität, welche die Bedürfniße zwar nur auf 443,000 fl. berechnet, in Betracht früherer Verbindlichkeiten der Civilliste aber 581,000 fl. zu bewilligen beantragt; 2) von Müller-Melchiors, blos ein Provisorium zu bewilligen von 365,250 fl., vorbehaltlich aller später zu erörternden Rechte; 3) von Zöppritz, 450,000 fl. zu genehmigen.

Berlin, den 26. Juni. Die erwartete Collectiverklärung der darmstädter Coalition ist in der gestrigen Sitzung der Zollvereinsconferenz nicht übergeben worden; auch wurde sie für die heutige Sitzung nicht mehr erwartet. Man scheint es auf jener Seite für gut zu halten, aufs Neue die Taktik des Temporisirens zu versuchen, wozu wohl auch die neue wiener Zollconferenz hauptsächlich dienen soll. Daß diese Conferenz der Coalition wirklich nach Wien berufen worden, höre ich aus wohlunterrichteten Kreisen auf das bestimmteste bestätigen. Da nun auch, nach den Aussprüchen officiöser Correspondenten, die preußische Regierung die Politik des Abwartens als die ihr durch die Verhältniße gebotene (?) betrachtet, so wird voraussichtlich bei dieser von beiden Seiten stattfindenden Hinausschiebung der Sache die Entscheidung noch sehr lange auf sich warten lassen. (K. Z.)

Die „Elberfelder Ztg." will wissen, die Mittelstaaten hätten die Absicht auf Sprengung des Zollvereins aufgegeben.

Ein anderes Schreiben aus Berlin behauptet, in Betreff der Zollvereinsangelegenheit schienen von Wien aus günstige Nachrichten eingelaufen zu sein; in welchem Sinne „günstig," wisse man aber noch nicht.

Wien, den 26. Juni. Der bekannte Hofrath Friedrich Hurter, welcher im Jahre 1848 seines Amtes als Hof- und Reichshistoriograph entlassen wurde, ist durch den jetzigen Minister, Grafen v. Buol-Schauenstein, wieder in seine vorige Amtsthätigkeit eingesetzt worden. Die „Augsb. Postztg." will daran die „im Staate wieder zu Kraft gelangte Gerechtigkeit" erkennen.

Pesth, den 22. Juni. Aus Nemethi, im Szathmarer Comitat, wird von einem furchtbaren Orcan geschrie-

ben, der dort am 11. d. mit solcher Heftigkeit wüthete, daß er nicht nur die stärksten Bäume entwurzelte, sondern auch an Gebäuden großen Schaden anrichtete. Die kupferne Bedeckung der Cathedrale wurde klafterweit hinabgeschleudert, die im Frontispice befindliche 60 Centner schwere Bildsäule des Erlösers umgeworfen und auf den Chor geschleudert, wobei die Orgel zertrümmert wurde. Glücklicherweise hatten die Andächtigen ¼ Stunde vor dem Ausbruch des Sturmes die Kirche verlassen.

Paris, den 27. Juni. Es ist wieder sehr ernstlich von einem Ausfluge des Präsidenten nach Algier die Rede, aber von einem kriegerischen Ausflug. Der Prinz will sich nämlich, wenn die Nachrichten glaubhaft sind, an die Spitze einer Expedition gegen die Kabylen stellen, um sich den zu dem Namen eines Napoleon gehörigen Ruhmesglanz zu erwerben. Aber unter den Ministern soll nur Eine Stimme gegen das kühne, fast abenteuerliche Projekt sein.

Es sind dieser Tage abermals eine Menge Arbeiter ausgewiesen worden; ob aus politischen Gründen, ist unbekannt. — Seit mehreren Tagen circuliren hier in der revolutionären Partei Fünf-Frankenscheine mit der Unterschrift Louis Blanc's und Cabets. Sie bilden die Obligationen einer sogenannten Nationalanleihe. (?)

Man scheint höheren Orts den im gesetzgebenden Körper gehaltenen Oppositionsreden nicht eben eine größere Oeffentlichkeit zu wünschen. Eine amtliche Notiz im heutigen „Moniteur" verneint die Frage, ob die Journale die Reden, deren wörtliche Veröffentlichung die Kammer autorisirt hat, abdrucken dürfen, ganz entschieden und erinnert daran, daß die Verfassung den Journalen jeden andern Bericht über die Sitzungen, als das officielle Protokoll, streng untersagt. Aber abgesehen davon, daß eine Rede doch kein Sitzungsbericht ist, entsteht aus dieser Verordnung die Anomalie, daß ein Journal eine Publication, die ganz erlaubter Weise erschienen ist, nicht abdrucken darf.

Die Schrift über den 2. December ist nicht von Victor Hugo, dessen Broschüre erst später erscheinen wird, sondern von einem gewissen Hippolyte Magen.

Paris, den 28. Juni. Der gesetzgebende Körper hat die Berathung des Budgets beendigt. Eine Schlußbotschaft des Prinz-Präsidenten dankt für die loyale Mitwirkung der neuen Institutionen. Um unverkennbare Unvollkommenheiten zu beseitigen, wurden Gesetzentwürfe vorbereitet, welche die Lasten vermindern würden, soweit es der Dienst gestatte. Das sonst den Zügeln widerstrebende Paris habe begeistert die Rückkehr der Adler begrüßt, als die ruhmesstolze Armee vor Gott niederkniete. Die Verlesung schloß mit dem Rufe: Es lebe Napoleon!

Rom, den 18. Juni. Der Papst hat am Jahrestag seiner Erwählung einen Gnadenact erlassen, indem er allen zu öffentlichen Arbeiten und Zuchthaus Verurtheilten sechs Monate an ihrer Gefängnißstrafe schenkte, — davon aber diejenigen ausnahm, welche wegen gröblicher Betrügereien, Diebereien, Fälschungen und — Hochverrath in Haft gehalten werden, ebenso alle vom Kriegsgericht Verurtheilten. (Gemeine Verbrecher finden sonach der Mehrzahl nach Gnade, aber nicht die Politischen!)

Kalisch, den 15. Juni. Durch ein vom Warschauer Kriegsgerichts gefälltes und vom Fürsten von Warschau bestätigtes Urtheil sind abermals 20 im Ausland weilende Individuen wegen politischen Verbrechens zur Confiscation des Vermögens verurtheilt worden.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1098] **Anzeige.**

C. Loudet, Hofzahnarzt von Carlsruhe, wird den 2. und 3. Juli in Mannheim verweilen, und ist im deutschen Hof Nro. 9 zu sprechen.

[1096³] **Amerika.**

Bekanntmachung für Alle, welche Gelder aus Amerika zu beziehen haben.

Durch den Tod meines Associe **L. Bleidorn** hört die Firma **Schulz & Bleidorn** in New-York auf. Demzufolge habe ich meinen Sohn **Friz** nach New-York gesandt, um meinen bisherigen Geschäftsantheil zu übernehmen und auf meine alleinige Rechnung das seit 18 Jahren von mir daselbst errichtete **Wechsel- & Commissionsgeschäft** unter der Firma

Friedr. Gustav Schulz und Son

fortzusetzen. Diejenigen Freunde und Bekannte, welche mich bisher mit ihrem Zutrauen beehrt haben und mir solches fernerhin schenken wollen, ersuche ich hiemit, ihren Verwandten und Bekannten in Amerika zu schreiben, daß sie die Gelder nur an **F. G. Schulz & Son** in New-York bezahlen sollen, wo sie sich einer schnellen und sichern Besorgung versichert halten dürfen. Die Beförderung der Gelder und Vollmachten von hier aus nach Amerika geht ihren geordneten Gang fort.

Stuttgart, im Juni 1852.

Friedr. Gust. Schulz, senior.

☞ J. J. Tascher, Buchhändler in Kaiserslautern, nimmt Aufträge an.

[1085²] **Immobilienversteigerung.**

Dienstag, den 6. Juli 1852, des Nachmittags 2 Uhr, zu Germersheim in der Wohnung von Johann Georg Fischer, läßt Hr. Eberhardt, Bäckermeister, in Germersheim wohnhaft, sein zu Germersheim in der Oberamtsgasse gelegenes, zweistöckiges, in Stein erbautes Wohnhaus, mit Scheuer, Stallung, Backhaus und Hofraum, begrenzt von Ferdinand Kahn Wittib und Johannes Vollmer, — sowie seine sämmtlichen auf dem Banne von Germersheim und Westheim gelegenen Güter mit einer Gesammtfläche von ungefähr 9 Tagwerken — beabsichtigter Wohnsitzveränderung halber — in Eigenthum versteigern.

Das Wohnhaus, in dem bisher mit dem besten Erfolge das Bäckergeschäft betrieben wurde, liegt in einer der belebtesten Straßen der Stadt Germersheim, und ist zum Betriebe eines jeden bürgerlichen Gewerbes vorzugsweise geeignet.

Bis zum Tage der Versteigerung können sämmtliche Realitäten aus freier Hand gekauft werden.

Die Veräußerungsbedingungen liegen bei dem Versteigerer zu Jedermanns Einsicht offen.

Germersheim, den 21. Juni 1852.

[1093³] **Bekanntmachung.**

Die Größe des Versicherungs-Capitals, welche im §. 94 der allerhöchst genehmigten Satzungen für den Hagel-Versicherungs-Verein für das Königreich Baiern festgesetzt ist, wurde durch die Beitritts-Erklärungen nicht nur erreicht, sondern weit überschritten.

Es treten sohin die Satzungen in Wirksamkeit und die Beitritts-Erklärungen sind giltig und bindend.

Sämmtliche Agenten wurden daher aufgefordert, die Versicherungs-Urkunden an die Vereins-Mitglieder auszuhändigen und die Beiträge zum Reservefond einzuheischen.

München, am 24. Juni 1852.

Directorium des Hagel-Versicherungs-Vereins für das Königreich Baiern.

Muffat.

[1078²] **Zu verkaufen.**

In Bergzabern ist bei Wittwe Winckler eine Drehbank ganz von Eisen mit Uebersetzung, auch eine Bohrmaschine und ein Ambos aus freier Hand zu verkaufen.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro. 157.) den 1. Juli 1852.

Deutschland.

Auswanderungssache. Vor der Auswanderung nach Peru wird dringend gewarnt. Das Klima wirkt entnervend auf den Körper und läßt für den Nordländer keine ausdauernde Feldarbeit wie in Deutschland zu. Es herrschen viele Krankheiten, Faulfieber, Ruhr, Pocken, Schwindsucht, Wassersucht, Schlaganfälle u. s. f. Dem Hauptauswanderungsagenten für Peru, Rodulfo, werden schwere Vorwürfe gemacht; die Auswanderer müssen große Summen an ihn bezahlen.

Sobald die Deutschen einen Dienst gefunden, pflegt ihre Noth erst recht anzufangen. Viele haben sich verleiten lassen, sich zu Beschäftigungen zu verdingen, denen sie nicht gewachsen sind: Ackerbauer als Weinbauer, Handwerker als Bediente u. s. w. Auf dem Lande, bei angestrengter Arbeit, von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang, in einem ungewohnten, ungesunden Klima, erkranken die Deutschen gewohnlich nach wenigen Tagen. Die Herrschaft hält das für Arbeitsscheu und wird vollends ungehalten, wenn die deutschen Arbeiter sich über eine Kost beklagen, mit welcher die Neger vollkommen zufrieden sind. Nicht besser geht es den Dienstboten in der Stadt, die sich nicht wie Neger, Mulatten und Chinesen bequemen und fügen wollen. Da kommt es dann bald zu beständigem Streit mit den Herrschaften, die ihrerseits klagen, daß die Deutschen widerspenstig wären und ihren Contract nicht halten wollten. Die Deutschen werden eingesteckt; verständlich machen können sie sich ohnehin kaum, und die Policei, die in Peru, dessen freie Verfassung den Auswanderern gerühmt wird, mit der größten Willkür herrscht, läßt sie ohne Verantwortung und Verurtheilung mit den gemeinen Verbrechern die Straße kehren.

Peru ist kein Land, welches deutschen Auswanderern empfohlen werden kann. Chili ist schon mehr dazu geeignet. Es erfreut sich eines gemäßigten, gesunden Klima's, und die Zustände sind dort geordneter und leidlicher, als im ganzen übrigen südlichen Amerika. Die Regierung hat namentlich versucht, für die zum Ackerbau sehr geeignete Provinz Valdivia deutsche Einwanderer zu gewinnen. Aber auch Valdivia hat manche Schattenseiten. Das Land an der Küste ist schwer zu erlangen, im Innern sind die schönsten Erndten werthlos, weil es an Wegen und Straßen fehlt; das Land ist von feuchtem Urwald bedeckt, und ein chilenisches Sprüchwort sagt: „In Valdivia regnet es im Jahr dreizehn Monate.“ Die sicherste Aussicht gewähren den deutschen Auswanderern noch immer die Vereinigten Staaten, die glänzendste augenblicklich vielleicht Australien.

Aus Rheinhessen, den 26. Juni. Die Saat, welche das „Mainzer Journal“, die „Rhein. Volkshalle“ und ähnliche Missionäre des Glaubenshasses ausstreuen, fällt nicht überall auf unfruchtbaren Boden, wie u. A. einige Beispiele aus Gernsheim bezeugen. Dort hatte nämlich der Ultramontanismus die Entstehung einer protestantischen Gemeinde, was ihn aber noch mehr verdroß, auch deutschkatholischer Sympathien nicht verhindern können. Gegen letztere wurde nun kürzlich von verkappten Gesellen eine gedruckte Schandschrift gerichtet und an den Straßenecken Gernsheims angeschlagen, welche den Bürgern zuruft: „Macht sie unschädlich, diese Tollhäusler!“ — aber nicht etwa durch geistige Waffen, die freilich in dem Zeughause dieser Kämpfer fehlen; nein, vielmehr heißt es weiter: „Entzieht ihnen Verdienst, Nahrung, Existenz, damit sie verderben!“ Nun veröffentlicht das „Mainzer Journal“ eine Erklärung von dem Bürgermeister und den sechs Gemeinderäthen gegen die dortigen Freunde des Deutschkatholicismus, welche zwar nicht zur Lebensgefährdung derselben aufruft, wie der genannte Maueranschlag, wohl aber in Sittlichkeit und Anstand eine große Wahlverwandschaft mit diesem verräth und die Achtung mit Füßen tritt, welchen die großh. hessischen Gesetze der von ihnen anerkannten Religionsgesellschaft der Deutschkatholiken verbürgen. (Frankfurter Journal.)

Hamburg, den 25. Juni. Die arme, neunmal beklagenswerthe Neunerverfassung kann weder leben, noch sterben. Aus der Revision der endgültig beschlossenen, allein legalen Verfassung der constituirenden Versammlung hervorgegangen, soll sie — so will es die Bundesversammlung — noch einmal und zwar bevor sie überhaupt ins Leben getreten, revidirt werden! (Nat.-Z.)

Wien, den 24. Juni. Wie die „Laybacher Zeitung“ meldet, wurde dort am 21. d. um 3 Uhr Morgens ein leichtes Erdbeben wahrgenommen, welches sich am 22. um 2 Uhr früh bedeutend stärker wiederholte.

Botzen, den 23. Juni. Für die heurige Traubenernte scheinen sich die Aussichten sehr zu trüben. So üppig und vielversprechend sich die Blüthe zeigte, so bangt man doch allenthalben vor der jetzt in hiesiger Gegend überhand nehmenden Traubenkrankheit. Als erste schlimme Vorboten erscheinen an den jungen Schößlingen schwarze Flecken, worauf dann allmählig ein aschgrauer Schimmel die Beeren überzieht, die daran hängen. Auf einigen der bestgelegenen Weinhügel sind ganze Strecken von diesem Uebel heimgesucht, da wo es am stärksten herrscht, beginnt bereits die Traube zu welken. Wie oft in ähnlichen Fällen, z. B. gegen gegen die Traubenmotten, sind Bittgänge zur Abwendung der Mißernte angesagt worden. (A. Z.)

Frankreich.

In einem Schreiben der Allg. Ztg. aus Paris heißt es: Die Strenge der Preßgesetze und die immer schärfere Ueberwachung der ausländischen, namentlich der französisch geschriebenen Blätter, erlauben die Veröffentlichung gewisser Actenstücke durch den Druck nicht mehr; da dies Liebhaberei für derlei Actenstücke eher fördert als zügelt, so wird die handschriftliche Verbreitung derselben um so lebhafter betrieben, und es sollte mich nicht wundernehmen, wenn hieraus über kurz oder lang eine geheime Industrie entstände. Der Brief, durch welchen Oberstlieutenant Charras seine Eidesverweigerung als Mitglied des Generalraths seines Departements anzeigt und begründet, geht in diesem Augenblick als Manuskript von Hand zu Hand; so allgemein die Nachfrage danach ist, so wird sie doch ohne Schwierigkeit befriedigt, und nicht blos in den Regionen der Gesellschaft, wo die Nachrichten aus der politischen Welt leicht und häufig zuströmen, sondern in allen Ständen findet man Abschriften des Documents, denn fast jeder, dem es zu Gesicht kommt, copirt dasselbe zu seinem und seiner Freunde Gebrauch. Der Brief des Grafen Chambord war ungleich seltener zu sehen und schwerer zu bekommen. Der Brief von Charras aber, den die gemäßigten Republikaner, so unerschrockene Naturen, zähe Charaktere und tief verletzte Gemüther, mit mehr Eifer als Behutsamkeit in Umlauf setzen, ist, scheint es, vielleicht in Tausenden von Exem-

plaren vorhanden. Den Eindruck, den derselbe hervorbringt, können Sie sich leichter denken, als ich ihn schildern darf; (!) der Anstand, den ich nehme, Ihnen hierüber meine Beobachtungen mitzutheilen, mag Ihnen als Maßstab für die Wirkung dienen, welche das leidenschaftliche Schreiben des verbannten Officiers in den Kreisen der Unzufriedenen erregt hatte. (!)

Der Ausschußbericht aus der Feder des Hrn. v. Chasseloup-Laubat gibt eine vergleichende Uebersicht über die Budgetsätze von 1852 und 1853. Wir entnehmen daraus folgende Notizen: Die Anschläge im Entwurfe für 1852 beliefen sich auf 1447,091,096 Fres.; das Decret vom 17. März stellte sie fest auf 1513,898,846 Fres.; das Budget für 1853 entziffert 1489,341,358 Fres. Sonach ergibt sich ein Deficit für 1852 von 64,485,242 und für 1853 von 40,825,917 Fres. Die Ersparniß, welche die Rentenumwandlung mit sich bringt, ist nur so hineingeschlüpft, sie erscheint genau betrachtet ungleich geringer als 18 Millionen, wozu sie ursprünglich berechnet war. Außerdem vermindert sich das Deficit noch dadurch künstlich, daß in beiden Budgets einige außerordentliche Posten unter den laufenden Einnahmen sind: nämlich für 1852 62,628,333 Fr. (15 Mill aus Veräußerungen von Staatswaldungen, 47,628,333 Einzahlungen von Eisenbahncompagnien) und für 1853 wieder 40,872,635 Fr. von Eisenbahncompagnien, wozu noch kommt, daß die 78 Mill. Tilgungsfonds, wie seit 1848, auch in diesem und dem nächsten Jahr ihrer Bestimmung entfremdet bleiben. Ohne diese Summe wäre das Deficit weit beträchtlicher, und endlich muß man dazu noch die schwebende Schuld rechnen, die am 1. April 630 Mill. betrug, aber mit den Heimzahlungen gekündigter Renten (74,705,600) und dem heurigen Deficit am 31. Dec. 1852 auf 770 Mill. angelaufen sein wird.

Großbritanien.

Die Kohlengruben in England kosten jetzt im Jahr beträchtlich mehr Menschenleben als eine Schlacht gegen Kaffern oder Birmanen; vor einigen Tagen wurden in der Seaham-Park-Grube bei Sunderland wieder 6 Arbeiter durch eine Gasexplosion erstickt.

Bei Lloyd's ist die Nachricht von einem furchtbaren Schiffbruch eingegangen. Der „Nero" von Sunderland, der am 15. April mit 150 Auswanderern an Bord von Antwerpen absegelte, scheiterte an den Vogel-Inseln, und 83 Menschen ertranken. 67 Passagiere und 13 von der Mannschaft erreichten fast nackt eines der Eilande, und wurden nach fürchterlichen Entbehrungen von einem englischen Schiff aufgenommen und am 4 Junius in Boston gelandet. Noch andere Schiffbrüche mit Menschenverlust werden berichtet.

Miscellen.

In der „Tiroler Ztg." entwirft Chorherr Perthaler von Wilten eine ergreifende Schilderung der Bergrutschung bei Gries im Sellrain-Thale. Der Narötzerberg, ein Vorsprung des gegen 8000 Fuß hohen Freibutes, war mit seinen Absturz drohenden Steinmassen schon seit Jahren ein Gegenstand banger Besorgniß für die armen Bewohner der unten am Melachbache zerstreut liegenden Häuser. Im heurigen Frühjahre waren seine Steinablösungen bedeutend häufiger und heftiger als in anderen Jahren. Besonders am 28. Mai schien der ganze Berg lebendig zu werden. Unausgesetzt stürzten die Steine mit donnerähnlichem Getöse in das Thal, welches ganz in Staubwolken gehüllt war. Steine von massenhaftem Umfange machten thurmhohe Bogensprünge und zerschlugen sich nicht selten bei ihrem Falle in tausend Stücke, welche zischend durch die Luft, einige sogar bis auf die entgegengesetzte Bergseite des Thales, dahinflogen. Felsblöcke wälzten sich mit ungeheurer Schnelligkeit herab, zerknickten die stärksten Bäume wie zarte Strohhalme und wühlten — im Thale angekommen — fürchterlich in dem hoch emporgeworfenen Erdreiche. Betend zog an diesem Tage das aufgeschreckte Volk, den Seelsorger an der Spitze, in die Nähe der Verwüstung. Als später die Staubwolken sich etwas gelegt hatten, bemerkte man mit nicht geringem Entsetzen, daß der Berg unterhalb der Spitze beiläufig einige 20 Klafter abgesessen oder abgerutscht war. Von dem mit Riesenbäumen besetzten Walde ragte nur noch hie und da ein kleiner Theil gleich einer Oase aus der Steinwüste hervor. Der Berg entsendet noch immer seine Steinladungen Tag und Nacht, ganz ruhig war er seitdem noch keine Viertelstunde. Und so werden denn von Tag zu Tag die Verheerungen der Aecker und Wiesgründe bedeutender, auf welchen — theilweise ganz knapp an den Häusern und Scheunen — Steine von furchtbarem Kaliber liegen, wovon die größten ein Gewicht von 700 bis 900, wenn nicht 1000 Centner haben dürften.

Nürnberg, den 26. Juni. Heute wurde der bei dem Einsturz der Ziegeltrocknenhütte auf Glockenhof getödtete Johann Greim aus Hof beerdigt. Da er der freien Gemeinde angehörte, so geschah dies ohne Klang und Sang und ohne — Bahrtuch, das jedoch durch den angebrachten reichen Blumenschmuck nicht vermißt wurde. Am Grabe sagte Einer von der Begleitung: „Wer ohne Sünde ist, werfe einen Stein auf ihn." Die Policei verbot jedoch sogleich solche Reden. Bekannt ist, daß der Unglückliche des ausgezeichnetsten Leumundes genoß und sein Dienstherr über seinen Verlust untröstlich ist. (Fr. K.)

Der Bischof, der den Befehl gegeben, daß die Nonnen in Fulda nicht mehr deutsch, sondern wieder lateinisch beten sollen, scheint Gott zu versuchen, da dieser Befehl doch nichts Anderes heißt als: wir müssen zu Gott in Kurhessen in einer todten Sprache reden, weil er die Sprache der Lebenden nicht versteht. (Klad.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Mainz. Markt vom 25. Juni. Weizen 11 fl. 38 kr., Korn 9 fl. 4 kr., Gerste 5 fl. 58 kr., Hafer 4 fl. 46 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1097] **Bekanntmachung.**

Im Interesse unserer deutschen Landsleute und Freunde, welche gleich uns, den Entschluß gefaßt, nach den Vereinigten Staaten von Nordamerica auszuwandern, und ihren Weg über hier nehmen, empfehlen wir auf das Angelegentlichste die Lebensmittelniederlage der Herren Guérin und Benoist in Havre, indem man durch diese Herren, mit den besten Waaren aller und jeder Art, so wie man sie für die Seereise benöthiget, nemlich von den geringsten bis zu den feinsten Sorten, in bester Güte, und zu bei weitem billigeren Preisen, wie bei irgend einem derartigen Handlungshause oder Niederlagen versehen wird, so wie auch der Auswanderer in der Person des Hrn. M. P. C. Baumann, Geschäftsführer dieses Hauses, ein Deutscher aus Pirmasens in Rheinbaiern, einen warmen und theilnehmenden Freund findet, der einem Jeden freundlich und wohlwollend entgegenkommt, so wie auch ohne alles Interesse, mit Rath und That unterstützet.

Havre, in den Monaten April und Mai 1852.

Jacob Knorr von Nünschweiler (Rheinbaiern).
Adam Kudig von Altenkirchen.
Peter Wagner „ „
Jac. Schramm „ „
C. P. v. Gerichten von Mannheim.
Gg. Schramm u. Adam Hessel.
Jac. Horbach von Dittweiler.
Joh. Wagner „ „
Theob. Morgenstern ditto.
Jac. Knörr von Nünschweiler.
Andreas Neuschlein von Bischoffsheim.
Franz Plappert „ „
Franciska Werner von Andelfingen, aus dem Großherzogthum Baden.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag — Nro. 158 — den 2. Juli 1852.

Deutschland.

*** Münzwesen.** Nach Münchener Nachrichten sind vom 1. Aug. an die halben und Viertelskronenthaler auch in Baiern außer Kurs gesetzt.

Wir haben in Nro. 129 der Speyr. Ztg. bereits die Frage aufgeworfen, ob wir an den Zollwirren noch nicht genug haben, ob wir auch noch „Münzwirren" brauchen. Wir haben ferner gezeigt, daß, wenn der Staat eine Münze als „Cassageld" erklärt hat und jeder Bewohner hiernach gezwungen ist, dieselbe in dem vom Staate bezeichneten Werthe anzunehmen, es auch als Pflicht des Staats erscheint, diese Geldsorte im vollen Betrage einzulösen, wenn er dieselbe außer Cours setzen will. Wir haben endlich noch erwähnt, daß dieß im vorliegenden Falle sogar ohne allen Verlust des Aerars geschehen kann, indem die treffliche Münzanstalt zu München bisher schon ihre Kosten durch Umprägen des Kronengeldes, d. h. durch Ausscheiden des in demselben enthaltenen Goldes und Platinas deckt. —

Die neue Verfügung in Baiern überrascht uns um so mehr, als sie jetzt erst, hintennach, kommt. Wollte man ja dieselbe treffen, wollte man alle eben erwähnten Gründe nicht berücksichtigen, so hätte man denn doch wenigstens gleichzeitig mit den andern Staaten diese Maßregel verkündigen sollen. Statt dessen wartete man Wochen und Monate lang. Das Publicum mußte glauben, es trete keine Aenderung ein. Die in Baden und Württemberg entwertheten Münzen drängten sich zu uns. Jetzt, nachdem sie sich erst in ungewöhnlichen Mengen angehäuft haben, — jetzt erfolgt der Verruf. Natürlich sind nun die entstehenden Verluste weit größer, als sie sonst gewesen wären, während, wir wiederholen es, das Publicum vor derartigen Verlusten am Cassageld überhaupt unbedingt gesichert sein sollte.

*** Papiergeld.** Weit nothwendiger, als das Verrufen der halben und Viertelskronenthaler, wäre eine Vorsorge gegen das Hereinströmen aller Arten fremden Papiergeldes in unser Land. Die Maßregel, welche dem Vernehmen nach die Preußische Regierung beabsichtigt: nemlich ein förmliches Verrufen aller Arten Papiergeld, für dessen Einlösung nicht die vollständigste Sicherheit gegeben ist, — sollte sobald als möglich allenthalben ergriffen werden. Von Tag zu Tag kommt mehr Papier bei uns in Circulation, und verdrängt das Metallgeld. Was uns übrigens zunächst zu der vorstehenden Bemerkung veranlaßt, ist die eben aus Kassel gemeldete Nachricht: die dortige Regierung werde nicht leicht von dem — durch jeden Unbefangenen als schwindelnd erkannten — Plane in Betreff der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn abgehen, d. h. von dem Projecte der Ausgabe von 4¼ Mill. Thlr., also beinahe 8 Mill. Gulden so gut wie gar nicht fundirten Papiergeldes. —

*** Nürnberg,** den 25. Juni. (Auszug aus einem Privatschreiben.) Die Ruhe ist gesichert. Nur das Bier macht auch den Ruhigen zu schaffen. Die hiesigen Brauer hatten sich großentheils auch entschlossen, die (kleine baierische) Maas um 6 Kreuzer zu geben, allein gestern kam ein Regierungsrescript mit dem Befehl, sie müße 7 Krzr. kosten. Nun setzen aber unsere ruhigen Bürger auch wieder den Kopf auf, und — o Wunder! — trinken kein Bier mehr. Das kann noch eine ärgerliche Geschichte geben. Dieser Widerstand gegen die wohlgemeintesten Regierungsmaßregeln, und von Männern, die bisher gleich hinter der Fehme der Ordnung herliefen und sich heißer nach Ruhe schrieen, ist eine zu tolle Erscheinung, als daß man nicht darüber lachen müßte. Sonst geht bei uns Alles fein still und säuberlich. Abgefallen sind die Leute nicht von der Democratie, aber Niemand rührt sich. Unsere Stadtcommissare bekommen deßwegen aber doch keine Ruhe. Da müßen z. B. die Bahnhöfe besetzt werden, um zu sehen, ob nicht etwa Einer eine rothe Schnur an seinem Tabaksbeutel hat. Noch eine Anecdote muß ich Ihnen mittheilen. In „höhern Kreisen" macht man sich viel mit der Person Ihres Freundes Crämer (des Abgeordneten) zu schaffen. Unlängst erst hat ein genialer Kopf die Entdeckung gemacht, daß Crämer eigentlich ein ganz dummer Bursche sei, der sich seine Kammerreden ohne Zweifel von Andern habe schreiben lassen, und die er dann auswendig gelernt habe. Ist es richtig, was man sich erzählt, so läßt sich annehmen, daß Crämer wirklich schon verschiedene Besuche empfing, deren eigentlicher Zweck gewesen zu sein scheint, sich seines geistigen status ein Bischen zu vergewissern. Der humoristische Mensch scheint etwas davon gewittert oder einen Wink bekommen zu haben; denn er wußte es so zu machen, daß jene Besucher alles, was sie zuvor gehört, schönstens bestätigt gefunden haben sollen, und darüber höchlich vergnügt waren. Crämers Freunde lachten nicht wenig über den launigen Streich. —

*** Auswanderungssache.** Wir haben in der Beilage zu Nro. 127 unseres Blattes ein Schreiben an Hrn. J. G. Pelzer, Vorstand des Auswanderungsvereins in Düsseldorf, mitgetheilt, welches von einem Oeconomen Jenuth herrührt, der zur eigenen Prüfung der Verhältniße von Texas durch eine Gesellschaft dahin gesendet war, und jetzt in sein Vaterland zurückgekehrt ist, um seine definitiven Anordnungen zur Uebersiedelung nach jenem Lande zu treffen. Auf einige specielle Anfragen hat Hr. Jenuth ein weiteres Schreiben an Hrn. Pelzer gerichtet, welches wir nachstehend mittheilen, unter bloßer Hinweglassung desjenigen, was rein persönliche Verhältniße betrifft:

St. Leonhard (in Kärnthen), den 12. Juni 1852.

Obwol ich mit H. Richarz in St. Antonio selbst gesprochen habe, bin ich, trotz seiner gütigen Einladung, dennoch nicht auf seine Farm gekommen, und dies ist auch die Ursache, daß ich Ihren Hrn. Sohn nicht zu sprechen bekam; dieses dürfte nun aber wohl um so eher geschehen, da er sich nun bei Hrn. Stapper am Martine Creek befindet, da Hrn. E. Jones' Farm, die ich für mich und meine Gefährten gewählt habe, unmittelbar in der Nähe liegt. In Betreff des Hrn. Riotte's*) Biederkeit und Denkungsart kann sich wohl Keiner täuschen und er hat mich neuerdings hoch verpflichtet; ich glaube kaum, daß ich jemals so glücklich sein werde, diese Freundschaftsdienste abtragen zu können. Durch meine höchst widerwärtige Rückreise ist mir die Zeit verloren gegangen, die ich zur Schlichtung meines eingeleiteten Geschäfts hätte benutzen sollen. Hr. Riotte kam durch dies Mißgeschick von mir in eine sehr unangenehme Stellung, dennoch ist er der Mann, dem ich die Erhaltung der Farm am Cibolo zu verdanken habe.... Nun zur Sache, der Wahrheit getreu.

*) Bis 1849 Landgerichtsrath und Eisenbahndirector in Elberfeld, — bereits im frühern Schreiben wegen seiner besondern Gefälligkeit gegen Neueinwanderer rühmend erwähnt.

Der gute Grund und Boden von Texas läßt dem erfahrenen practischen Oeconomen nichts zu wünschen übrig. Vermöge der außerordentlich großartigen und günstigen Beschaffenheit, der so üppigen und großen Naturwiesen und des günstigen Klimas und der Viehzucht in allen ihren Zweigen, nimmt Texas wol den ersten Platz ein, und nicht allein für die gegenwärtige Zeit, sondern auch wol für immer wird es denselben behaupten. Denn hat Texas einmal die Eisenbahnverbindungen verfügbar, *) sowol nach dem fernen Osten als nach dem Westen, so dürfte Texas sowol für die östlichen als nördlichen Staaten wol dasjenige werden, was Ungarn und Polen für Europa ist. **) Die Race des Viehes, obwol wenig oder nichts noch in dieser Beziehung für Veredelung geschehen ist, läßt an und für sich schon durch eine zweckmäßige Paarung aus dem bereits vorfindlichen, etwas Vorzügliches erzwecken. Ebenso bei der Pferde-, Schafe- und Schweinezucht. Und besitzt man die nöthigen Mittel zur Einführung edler Racen, so ist wol um so schneller zu einem gewünschten Resultate zu gelangen. Fast bin ich zu behaupten versucht, daß man bei der Benützungsart bis jetzt die Hornviehzucht eher hemmt, als hebt. Der Landwirth findet ein herrliches Feld, und insbesondere ist über den Küstenstrich hinauf ein ungeheures Territorium, wo sich der deutsche Landwirth mit Fleiß und Ausdauer eine angenehme Heimath zu bereiten, mit Gewißheit rechnen kann. — Nebst dem Landwirthe werden sich noch ferner folgende Professionisten, nämlich: Zimmerer und Tischler, Maurer, Gestellmacher und Schmiede, im Verhältniß nach der Zunahme der Bevölkerung, recht gut stellen, da Einer bei Geschicklichkeit des Tages 2—2½ Doll. verdienen kann; Stellmacher, Tischler und Grobschmiede aber noch bedeutend mehr, wenn sie auf eigene Faust und mit Geschicklichkeit zu arbeiten verstehen.

Solchen, die nicht von jeher Landwirthe sind, möchte ich für immer gerathen haben, wenigstens zum Theil gebrochenes und cultivirtes Land zu kaufen; denn sich hier alles erst selbst zu schaffen, bleibt selbst für den eigentlichen Landwirth, bei aller möglichen Mühe und Sorge, immer eine Zeit der Prüfung, bis er sich Haus und Feld herzustellen vermögend ist; und um wie viel schwerer muß dies erst dem noch ganz unerfahrenen und an diese Arbeiten nicht gewöhnten Menschen werden; ja nicht nur Denen, welche die Landwirthschaft noch gar nicht betrieben haben, sondern allen denjenigen, die die Absicht hegen, dort den so lohnenden Ackerbau und Viehzucht zu ihrem sichern Erwerbszweig zu wählen, möchte ich gerathen haben, daß sich immer einige Familien mitsammen in uneigennütziger und redlicher Absicht auf 3, 4, 5 Jahre zu einem Körper vereinigen möchten, um sich fürs Erste ein geeignetes Stück Land zum Ackerbau in einer Gegend zu kaufen, wo sie in der Nähe auch gutes Weideland und Wasser für das Vieh erlangen können, und damit sie sich auch mit vereinten Kräften die nöthigen Wohnungen bauen und die gemeinschaftlichen Parzellen zum Ackerbau gegen Aussen einfenzen, dagegen die innern Grenzen einstweilen nur markiren, um sich überflüssige Arbeiten zu ersparen. Ein vereintes Zusammenwirken hat für dort unendlich viele Vortheile, die Einer wie der Andere mit großem Nutzen und Erfolg erndten wird.

Der Getreide-, Garten-, Obst- und Weinbau liegt noch fast ganz darnieder; der Baumwollen- und Maisbau ist jedoch schon bedeutend emporgekommen und diese Erzeugniße sind bereits zu einem ziemlichen Ausfuhrartikel geworden. Der Mais gibt nach allen Angaben per Acre zum Mindesten 30 Bushel †) und hat stets guten Preis. Tabak wird noch wenig gebaut; der, übrigens stets zunehmende Gartenbau bietet ebenfalls reichen Lohn, nicht minder die Obstbaumzucht, welche keinen Zweifel eines guten Erfolgs aufkommen läßt. Der Weinbau wird in nächster Zeit unfehlbar in Kultur genommen werden; ich bin aber vorzüglich für die so üppige, starke einheimische Rebe eingenommen, die ich bis zu einer Stärke von 10 — 12 Zoll im Durchmesser getroffen habe, und die auch bereits im wilden Zustande ein gutes, kühlendes Getränk liefert. Für die französische, wie für die Rebe am Rhein, scheint mir der texanische Boden durchaus nicht zu sein, und ist es eine, die man mit guter Aussicht von Europa hinüber verpflanzen kann, so dürfte es wol die italienische oder ungarische Rebe sein. Dies ist jedoch blos meine Meinung, und ich kann es nicht behaupten, da ich kein Weinbauer bin. Nach meiner Ansicht wird auch der Seidenbau erfolgreich sein, und dies aus dem Grunde, weil der Bau für die Raupe wild gedeiht und das Klima bis auf den starken Norther dem Venezianischen sehr nahe kommt. Die Bienenzucht ist ebenfalls ein noch fast ganz unbenütztes Gebiet.

Dies ist, was ich Ihnen von Texas ohne eigene practische Erfahrung mitzutheilen vermag, und ich behalte mir Thatsachen auf eine spätere Zeit zur Mittheilung vor. Sollten einige Herrn, die nach Texas auszuwandern gedenken, mit mir, zu einem vereinten Wirken, in Compagnie treten wollen, wo einem jeden nach Capital auch Gewinn und Boden zufallen muß, so bin ich bereit, redliche und thatkräftige Männer bis zur Gründung eines jeden einzelnen Besitzthums, auf diesem Farmcompler von 2200 Acres, wovon bereits 400 eingefenzt sind und 250 mit Mais bestellt wurden, wovon das Drittel vermöge Pacht- und Kaufvertrag, als Ertrag von diesem Jahr zu nehmen ist, in Gesellschaft zu nehmen. Es müßte mir aber so schnell als möglich Nachricht gegeben werden.

Jos. Jenuth, Oeconom.

*) Die erste Bahn von Indianola nach San Antonio de Berar ist bereits vermessen und soll ehestens gebaut werden.

**) Vielmehr sein könnte. D. Red.

†) Der Bushel ist gleich 35¼ Litres. D. Red.

München, den 27. Juni. Heute ist der zwischen den Postvereinsstaaten am 5. Decbr. 1851 zu Berlin abgeschlossene „revidirte Postvereinsvertrag“ publicirt und, da derselbe mit dem 1. Juli l. J. in Kraft tritt, an alle Postämter zum Vollzuge gesendet worden. In Bezug auf die „Behandlung der Zeitungen“ theile ich Ihnen einfach zwei hierauf bezügliche Artikel mit, es wird daraus jedem Unbefangenen klar, was man mit der politischen Tagespresse beabsichtigt. Art. 47 lautet: „Die Gebühr für die internationale Spedition vereinsländischer Zeitungen und Journale wird ohne Rücksicht auf die Entfernung, in welche die Versendung erfolgt, dahin bestimmt: 1) für politische Zeitungen, d. h. für solche, welche für die Mittheilung politischer Neuigkeiten bestimmt sind, beträgt die gemeinschaftliche Speditionsgebühr fünfzig Procent von dem Preise, zu welchem die versendende Postanstalt die Zeitung von dem Verleger empfängt (Nettopreis), jedoch soll a) bei Zeitungen, welche wöchentlich sechs oder siebenmal erscheinen, die Speditionsgebühr wenigstens 3 Gulden Conv.-Geld oder 2 Thaler preuß. und höchstens 9 Gulden Conv.-Geld oder 6 Thaler preuß., b) bei Zeitungen aber, welche weniger als sechsmal in der Woche erscheinen, wenigstens 2 Gulden Conv.-Geld oder 1 Thlr. 10 Sgr. preuß. und höchstens 6 Gulden Conv.-Geld oder 4 Thlr. preuß. betragen; 2) für nichtpolitische Zeitungen und Journale beträgt die Speditionsgebühr durchweg und ohne Beschränkung auf ein Minimum oder Maximum fünfundzwanzig Procente des Nettopreises, zu welchem das absendende Postamt die Zeitschrift von dem Verleger bezieht.“ Art. 48. „Eine Ermäßigung der in dem vorstehenden Artikel bezeichneten Speditionsgebühren, wenn im einzelnen Falle besondere Gründe dafür sprechen, ist dem Uebereinkommen der betheiligten Postverwaltungen überlassen.“ (Nürnb. K.)

München, den 28. Juni. Gestern den 27. d. wurde das 6 Jahre alte Mädchen des Schmiedgesellen Buscher von hier von der Wasserscheu befallen, in Folge dessen Mittags in das allgemeine Krankenhaus gebracht, wo es heute früh starb.

Nürnberg. Die preußische Regierung hat die Ein-

führung der unterm 11. März 1850 vom Könige sanctionirten Gemeindeordnung, in den Gemeinden, in welchen sie noch nicht zur Anwendung gebracht ist, suspendirt. Der Nürnb. Kur. bespricht die Sache in einem größeren Artikel, worin er sagt: man habe das Mittel erfunden, „wie man ohne Oktroyirung oder sonstige Gewalt mit einem zu Recht bestehenden, aber mißliebigen Gesetze fertig wird. Man suspendirt ein solches Gesetz, man ordnet an, daß mit dem Vollzuge desselben „nicht weiter vorzugehen sei" und spricht zugleich „das Vertrauen" aus, daß „es gelingen werde, mit den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt eine anderweitige Regelung der fraglichen Angelegenheit zu vereinbaren x."

Frankfurt, den 29. Juni. Wie man vernimmt, hat der betreffende Bundestagsausschuß seinen Bericht über die schleswig-holsteinische Frage beendigt, und wird derselbe schon nächster Tage Vortrag erstatten. In Beziehung auf die Bundesexecution soll nach dem Berichte das Verhalten der Bundescommissäre gebilligt, und an Oesterreich und Preußen der Dank der Versammlung für die Vollziehung des Bundesbeschlusses ausgesprochen werden. (!!) (Fr. J.)

Der Ausschuß des in Halle entstandenen volkswirthschaftlichen Vereins hat sämmtlichen Zollvereinsregierungen eine Eingabe überreicht, worin derselbe u. a. sagt, daß „gegenwärtig schon bei einigen Industriezweigen die Stockung größer ist, als selbst im Jahre 1848," und worin er schließlich die betreffende Regierung bittet: „Hochdieselbe möge im Verein mit den übrigen hohen Zollvereinsregierungen darauf hinwirken, daß die Entscheidung über die Zukunft des deutschen Zollvereins nicht länger verzögert, vielmehr in kürzester Frist dem betheiligten Gewerbe- und Handelsstand kund gegeben werde, was derselbe von der Folge zu erwarten oder selbst zu befürchten hat."

Kassel, den 24. Juni. Der hier im Castell inhaftirte v. Lotzberg, welcher wegen Theilnahme an dem Aufstand in Baden vom Kriegsgericht zum Tod verurtheilt ist, hatte einen Fluchtversuch gemacht. Man behauptete, daß er die Werkzeuge dazu aus bloßer Theilnahme von einer hiesigen jungen Dame erhalten habe. Dieses Gerücht scheint sich zu bestätigen, da im gestrigen Wochenblatt gegen Frl. Charlotte Draz ein Steckbrief der Staatsprocuratur erlassen ist, „weil sie sich wegen versuchter Befreiung eines Gefangenen in Untersuchung befinde, sich dieser aber vermittelst der Flucht entzogen habe."

Berlin, den 26. Juni. Ein ehemaliger Deutschkatholik heirathete zu einer Zeit, wo den Dissidenten noch kein Hinderniß in den Weg gelegt wurde und man die Trauung durch deutschkatholische Prediger geschehen ließ. Der Mann zeugte Kinder, bekam aber an dem Zusammenleben mit dieser Frau genug und richtete seine Blicke auf eine Andere. Er las dazu die obrigkeitlichen Erlasse, daß Trauungen von deutschkatholischen Predigern vollzogen null und nichtig seien und schloß darauf mit seiner neuen Liebschaft eine Ehe nach den gesetzlichen Vorschriften. Die erste arme verlassene Frau lamentirt jetzt mit ihren Kindern in bitterer Noth und der Staatsanwalt will eine Klage gegen den durch das obrigkeitliche Gesetz Gerechtfertigten wegen Bigamie stellen. Wer hat denn aber diese Störung aller sittlichen Ordnung hervorgerufen?

Bremen, den 23. Juni. Die Pressen des Herrn Dubbers sind von der Behörde wieder frei gegeben; wie wir hören, hat sich Hr. Dubbers verpflichtet, nichts was gegen Staat und Religion gerichtet ist, drucken zu lassen. — Die beiden jungen Mädchen, welche vergangenen Freitag in derselben Angelegenheit verhaftet wurden, sind schon an demselben Tage wieder entlassen worden. Dagegen ist außer der Verhaftung des Hrn. Emil Meyer noch die eines Cigarrenmachers Albrecht vorgenommen worden.

Oesterreichische Staaten.

Ungarn. Ein gewisser Baron W., als Spion bekannt, hat sich nach England begeben, wahrscheinlich um die dortigen Flüchtlinge zu überwachen, was wieder wichtiger zu werden scheint, da Kossuths Ankunft bevorsteht.

Schweiz.

Neuenburg. Letzten Sonntag schifften zwei Uhrenmacher von Locle und einer von Lachaurdefonds in le Brenets sich ein, um nach dem Saut du Doubs zu fahren. Unglücklicher Weise fuhren sie zu weit hinunter, so daß sie von der Strömung des Wassers ergriffen, und 80 Fuß tief in den Abgrund geschleudert wurden. Die Leichen der Unglücklichen waren am Montag Abends noch nicht gefunden.

Italien.

Rom, den 18. Juni. Die Memoiren der Gräfin Therese Spaur über die Flucht Pius' IX. nach Gaeta sind kürzlich zu Turin im italienischen Original nachgedruckt und mit vielen sarkastischen Glossen begleitet worden. Der heilige Vater, welcher von jeher die Veröffentlichung des Schriftchens lieber nicht gewünscht hätte, ist durch dessen neue Travestie gar sehr betrübt worden.

Der „Corriere Mercantile" will wissen, daß der Fürst von Monaco wegen des Verkaufs seines Ländchens, welches bekanntlich Piemont einverleibt ist, mit Oesterrich in Unterhandlung stehe, und daß sowol die englische wie die französische Regierung dem Hofe von Wien ihr Mißfallen darüber ausgesprochen habe.

Großbritanien.

Dem „Journal des Debats" wird aus **London** geschrieben, daß die Angelegenheit Mather's auf Grund der zuletzt von Lord Malmesbury gestellten Bedingung ihre Erledigung gefunden hat. Die toscanische Regierung, welche Anfangs die Verantwortlichkeit für die von Offizieren des österreichischen Occupationscorps auf toskanischem Gebiete begangenen Handlungen von sich abgelehnt hatte, erkennt gegenwärtig diese Verantwortlichkeit vollständig an und verpflichtet sich, indem sie ihr Bedauern über den Vorfall ausdrückt, zur Zahlung der geforderten Entschädigungssumme.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer**, den 1. Juli. Gestern fand die erste, zahlreich besuchte Generalversammlung der Mitglieder des Gustav-Adolphvereins in der Pfalz, zu Kaiserslautern statt.

Auswanderungssache. Hamburg, den 27. Juni. Das gelbe Fieber in Brasilien hat auch viele Hamburger und Altonaer hingerafft, fast lauter junge Leute. Wie der Freischütz berichtet, hat unsere Behörde vor Kurzem 50 Todtenscheine über das Ableben von Deutschen in Brasilien erhalten.

Darmstadt, den 29. Juni. Kraft eines im heutigen Regierungsblatte erschienenen Gesetzes sollen auch die Staatsauflagen für das dritte Quartal 1852 nach dem Finanzgesetz vom 7. Oct. 1845 erhoben werden.

Berlin, den 30. Juni. Der auf heute bei dem hiesigen Obertribunal angesetzt gewesene Termin zur endlichen Entscheidung der Hassenpflug'schen Prozeßangelegenheit wurde abermals zurückgesetzt, und auf den 12. Juli d. Js. ein neuer Termin bestimmt.

Die Spener'sche Ztg. behauptet, im Gegensatze zu anderweiten Nachrichten, daß der in München ausgearbeitete Entwurf für eine Gegenerklärung der Coalition ein „versöhnlicher" sei.

Jenni Lind, jetzt Madame Goldschmidt, ist mit ihrem Gemahl von Hamburg hier eingetroffen.

Bremen, den 26. Juni. Unsere Todtenbundgeschichte macht unserem Criminalgericht viel zu schaffen. Verhöre über Verhöre werden mit den achtbarsten Bürgern angestellt, neue Verhaftungen vorgenommen und Steckbriefe hinter flüchtigen Bürgern erlassen, wie das Organ unserer Policei, der „Bremische Beobachter," berichtet.

Paris, den 28. Juni. Die Botschaft des Präsidenten, mit deren Verlesung der gesetzgebende Körper geschlossen ward, lautet wörtlich:

„Meine Herren! In dem Augenblick, wo die Session von 1852 geschlossen wird, wünsche ich Ihnen für Ihre Mitwirkung und aufrichtigen Beistand, den Sie unserer neuen Einrichtung geliehen haben, zu danken. Sie haben der größten Gefahr zwischen versammelten Personen: den Verführungen des Corpsgeistes, zu widerstehen gewußt und haben sich mit Beseitigung aller Empfindlichkeit mit den großen Interessen des Landes beschäftigt, wohl begreifend, daß die Zeit der leidenschaftlichen, unfruchtbaren Reden vorbei und die der praktischen Angelegenheit gekommen sei.

Die Anwendung eines neuen Systems stößt immer auf Schwierigkeiten; Sie haben dies in Anschlag gebracht. Wenn Ihren ersten Sitzungen die Arbeit zu mangeln schien, so haben Sie begriffen, daß der Wunsch, die Dauer meiner Dictatur abzukürzen, und mein Eifer, Sie um mich zu versammeln, schuld daran waren, indem sie meine Regierung der nöthigen Zeit für die Vorberathung der Ihnen vorzulegenden Gesetze beraubte.

Die natürliche Folge dieser Ausnahmelage war die Anhäufung der Arbeiten am Schluße der Session. Nichtsdestoweniger hat die erste Probe mit der Verfassung von ganz französischem Ursprunge Sie überzeugen müßen, daß wir die Bedingungen einer starken und freien Regierung besitzen. Die Regierung ist nicht mehr das regungslose Ziel, gegen das die verschiedenen Oppositionen ungestraft ihre Pfeile richten. Sie kann ihren Angriffen widerstehen und hinfüro ein System verfolgen, ohne zur Willkür oder List ihre Zuflucht zu nehmen. Auf der andern Seite ist die Controle der Versammlungen ernsthaft; denn die Discussion ist frei und das Votum der Steuern entscheidend.

Was die Unvollkommenheiten betrifft, welche die Erfahrung wird haben erkennen lassen, so wird unsere gemeinsame Liebe des öffentlichen Wohles unaufhörlich dahin trachten, deren Uebelstände zu mildern, bis der Senat entschieden haben wird.

In der Zwischenzeit nach der Session werde ich alle meine Sorgfalt darauf verwenden, die Bedürfnisse des Landes zu erforschen und Projecte vorzubereiten, die eine Verminderung der Staatslasten gestatten, ohne etwas an den öffentlichen Dienstzweigen zu stören. Bei Ihrer Rückkehr werde ich Ihnen das Ergebniß unserer Arbeiten und die allgemeine Lage durch die Botschaft mittheilen, wozu mich die Verfassung alljährlich verpflichtet.

Bei Ihrer Rückkehr in ihre Departements seien Sie das treue Echo der hier herrschenden Gesinnung: Vertrauen in die Versöhnung und den Frieden. Sagen Sie Ihren Auftraggebern, daß Sie zu Paris, diesem Herzen Frankreichs, diesem Revolutionscentrum, das abwechselnd Licht oder Brand über die Welt verbreitet, ein unermeßliches Volk gesehen haben, das sich bemüht, die Spuren der Revolution auszulöschen, und sich mit Freude der Arbeit, mit Sicherheit der Zukunft hingibt. Dieses Volk, das jüngst noch in seinem Wahnsinne keine Zügel ertragen wollte, haben Sie mit Frohlocken die Rückkehr unserer Adler, Symbole der Autorität und des Ruhmes, begrüßen sehen.

Bei diesem imposanten Schauspiele, wo die Religion durch ihre Segnungen ein großes Nationalfest heiligte, haben Sie seine ehrfurchtsvolle Haltung bemerkt. Sie haben diese stolze Armee, die das Land gerettet hat, sich noch in der Achtung der Menschen erhöhen sehen, indem sie sich voll Sammlung vor dem Bilde Gottes, das ihr vom Altar herab dargehalten wurde, auf die Kniee warf.

Dies heißt, daß in Frankreich eine Regierung ist, beseelt vom Glauben, von der Liebe zum Guten, auf dem Volke ruhend, die Quelle aller Macht, auf der Armee, der Quelle aller Gewalt, auf der Religion, der Quelle aller Gerechtigkeit.

Empfangen Sie die Versicherung meiner Gesinnungen.

Louis Napoleon.

Es war davon die Rede, daß dem gesetzgebenden Körper, nachdem die neuen Steuerprojecte zurückgenommen worden sind, das Project einer Anleihe vorgelegt werden solle. Man behauptet nun, daß die Regierung, wenn sie eine Anleihe für nöthig finden sollte, sich nicht verpflichtet glaubt, ein Kammervotum darüber einzuholen, da ihr durch das Rentenumwandlungsdecret noch vorbehalten sei, bis zu einem gewissen Betrage neue Renten auszugeben! — Einer Anzahl von Elementarlehrern, die gegen den neuen Entwurf eines Unterrichtsgesetzes eine Collectivpetition an L. Napoleon richten wollten, ist dies von Amts wegen untersagt worden.

Die bonapartistischen Abgeordneten halten am 29. Juni ein Abschiedsbankett.

Der Regierung kam soeben eine telegraphische Depesche zu, die eine heftige Bewegung im Neuchateller Canton der Schweiz meldet. Es circuliren Petitionen, die zur Rückkehr unter die preußische Oberherrschaft auffordern. Der Schluß der Depesche lautet: Die katholische Partei in den Sonderbunds-Cantonen sei entschlossen, den letzten Streich zu wagen.

Corfu. Das Parlamentsgebäude ist niedergebrannt, wie es scheint, in Folge von Brandstiftung. Am folgenden Tage sollte die Eröffnung der Session stattfinden.

Californien. Nach den bis zum 18. Mai reichenden Nachrichten ist eine Acte erlassen worden, laut welcher jeder ausländische (d. h. nicht den vereinigten Staaten angehörige) Goldgräber monatlich eine Steuer von 3 Doll. zu entrichten hat.

Miscellen.

Der durch sein Werk über preußisches Staatsrecht rühmlich bekannte Flüchtling Heinrich Simon von Breslau, welchen die staatswissenschaftliche Facultät zu Zürich bekanntlich zum Doctor juris creirt hat, wird daselbst akademischer Docent werden und bereits Michaelis seine Vorlesungen beginnen.

Am 24. Juni traf in der Gegend von Schilde, bei Antwerpen, der Blitz eine Bauernwohnung, die er gänzlich zerstörte, ohne eine Frau und ein Kind, welche sich in derselben befanden, zu treffen, während er in einem benachbarten Stalle, wo er sich verlor, eine Kuh, ein Kalb und eine Ziege erschlug.

In Paris hat die Post eine neue Einrichtung zur Bequemlichkeit der Briefbesteller getroffen. Es fahren nämlich elegante Wagen durch die Stadt, welche die Briefe nach den Bureaux der verschiedenen Arrondissements bringen und deren jeder einen Briefkasten führt, in welche man die Briefe beim Vorbeifahren dieser Wagen werfen kann, wodurch also dem Publikum mancher Gang erspart wird.

Die bekannte Madame Lafarge wird sich wahrscheinlich mit einem Vetter, dem Director der Irrenanstalt im Hospital zu Montpellier, Hrn. Allard, verheirathen, der sie seit ihrer Freilassung zu sich genommen hat.

Geldcourse.

Frankfurt, den 30. Juni. Pistolen 9 fl. 45½—46½ kr., Ducaten 5 38½ — 39½, 20-Franken-Stücke 9 31 — 32 Holländische 10fl.-Stücke 9 56 — 57, Preußische Thaler 1 45⅞—45⅞, Fünffrankenthaler 2 fl. 21¾—22 kr.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1083a] **Zu verkaufen.**

Eine vollständige Seifensiederei und Lichtermacherei nebst einem Apparate zur Fabrikation von Parfümerien, im besten Zustande, ist billig zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag — Nro. 159 — den 3. Juli 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 1. Juli. Wir haben wieder einige directe Nachrichten aus Frankreich erhalten. Ihr Hauptinhalt läßt sich in Kürze so zusammenfassen: Briefe über politische Verhältniße darf man der Post immer weniger anvertrauen. Die Ueberwachung der Schreiben und der Zeitungen wird immer ausgebildeter. Freisinnige Blätter des Auslandes kommen immer seltener ins Publicum. Um so häufiger finden heimliche Verbreitungen statt, und zwar von ächten und nun wol auch von u n ä c h t e n Actenstücken; da man bei der Unterdrückung der Oeffentlichkeit die letzten nicht controliren kann, so dient die Verfolgung der Polizei als Garantie ihrer Aechtheit. — Der Glaube an die Dauer des jetzigen Regime fehlt. Bei den Arbeitern und den Bauern beginnt zum Theil die Ansicht sich festzusetzen, daß sie doch schon lange genug gewartet hätten, um einen Anfang derjenigen Verbesserungen zu sehen, welche man ihnen in Aussicht stellte. Was sie bis jetzt gewahrten, trägt weit mehr den Stempel des Gegentheils an sich. Die Bourgeoisie ist unbedingt still und schweigsam; daß sie grollt, bedarf keiner Erörterung; sie sehnt sich nach dem Augenblick, der sie von einer ihr durchaus feindlichen Gewalt befreie. Auf die Geistlichkeit kann Ludwig Napoleon keineswegs zählen. Der Adel ist der Mehrzahl nach erbittert über ihn. Bleibt sonach die Armee. Täuschen würde sich aber, wer glauben wollte, die republicanischen Gesinnungen seien in ihr ausgestorben, die Anhänglichkeit an die verbannten Generale und Obristen sei erloschen; der Eindruck des in zahllosen Abschriften circulirenden Briefes von Charras ist bezeichnend genug; und dann kann man auch Diejenigen nicht befriedigen, welche im „Krieg" eine glänzende Zukunft suchen. Die Finanzzerrüttung kann man nicht verschwinden machen. Der W i d e r s p r u c h s g e i s t, anfangs ganz niedergeschmettert, regt sich wieder, mehr als man auswärts annehmen kann. Das beste Kennzeichen ist der Erfolg. Die unbändigsten „Kaisermacher" finden die Situation dermaßen unheimlich, daß das ganze, anfangs so rasende Rennen nach dem Imperatorenthum, jetzt vollkommen eingestellt ist. Möge man nicht glauben, daß die zweideutigen Aeußerungen des Auslandes der einzige Grund seien; fühlte man sich feststehend im Innern, so würde man der halben Drohungen des Auslandes spotten, ja in ihnen sogar noch einen Stützpunct finden. Das abentheuerliche Project eines Feldzugs des Präsidenten in Algerien ging aus dem Bedürfniße hervor, wenigstens irgend einen Glanz an seinen Namen zu heften, und wäre er noch so wenig solid. —

Lamartine's jüngste Opposition. Hr. v. Lamartine, der geborne Legitimist, der gewordene Orleanist und der endlich ü b e r z e u g t e Republikaner, stellt an die Spitze seiner „G e s c h i c h t e d e r R e s t a u r a t i o n" sein „Glaubensbekenntniß." „Ich bin somit R e p u b l i k a n e r," sagt er in der Vorrede zu seinem Werke, „ich bin R e p u b l i k a n e r, weil ich die Dinge begreife, welche entstehen sollen und aus Hingebung für das Werk meiner Zeit. Ohne mir irgend eine der Gefahren der D e m o k r a t i e zu verhehlen, glaube ich dennoch, daß wir dieselbe heldenmüthig als eine A u f g a b e übernehmen müssen. Sie ist das Werkzeug, welches verwundet und die Hand des Staatsmannes zerschmettert. Allein sie ist auch das Werkzeug, um g r o ß e Dinge zu vollbringen. Auf diese Dinge muß man entweder verzichten, man muß das Bett der Gewohnheiten und Vorurtheile wieder suchen, oder man muß die R e p u b l i k wagen. Dies mein G l a u b e n s b e k e n n t n i ß!"

Das Schönste, der Glanzpunct des Werkes des Hrn. v. Lamartine, ist seine C h a r a k t e r i s t i k des Kaisers N a p o l e o n. Für diese hat er seine ganze geistige Kraft eingesetzt. Und das will viel sagen. Hier eine kleine Probe: „Falsch in den Institutionen, denn er geht zurück, falsch in der Politik, denn er erniedrigt, falsch in der Moral, denn er verdirbt, falsch in der Diplomatie, denn er steht allein, ist er nur im Kriege w a h r, denn das menschliche Blut weiß er zu vergießen. — — — Seine Berühmtheit, aus welcher er seine Moral, sein Gewissen und sein Princip gebildet, verdiente er wegen seines Wesens und seines tiefen Verständnisses des Krieges und des Ruhmes. Den Namen Frankreich hat er auch damit übergossen. Frankreich, das seine T y r a n n e i und seine F e h l e r annehmen mußte, muß auch seinen Ruhm mit ernstem Danke annehmen. — — — Dieser Mann, einer der ungeheuersten Schöpfungen Gottes, hat sich mit mehr Kraft, als je einem Menschen verliehen gewesen, in den Weg der Revolutionen und Verbesserungen der menschlichen Geister geworfen, gleichsam um die Ideen aufzuhalten und die Wahrheiten umkehren zu machen. Die Zeit hat ihn überschritten. Ideen und Wahrheiten gehen ihren Gang. Man bewundert ihn als Soldat, man würdigt ihn als Souverän, man beurtheilt ihn als Stifter. Groß in der Ausführung, klein in den Gedanken, Nichts an Tugend: das ist der Mann. — — —" Die Politik, der Character, die Moral, das Princip des a l t e n Korsen, das ist die Politik, die Moral, das Princip des j u n g e n Korsen, aber o h n e den R u h m des a l t e n.

München, den 28. Juni. Das Regierungsblatt bringt folgende Verordnung: „Maximilian II rc. Aus Veranlassung der hinsichtlich der Verrufung der halben und Viertels Kronenthaler in einigen Nachbarstaaten in jüngster Zeit getroffenen Anordnungen und Maßregeln und um die Nachtheile fern zu halten welche dadurch für Unser Land entstehen können, finden Wir Uns bewogen zu verfügen was folgt: I. Die halben und Viertels-Kronenthaler, welchen durch die Verordnungen vom 26. April und 4. Mai 1837 der Curs zum Werthe von 1 fl. 20 kr., beziehungsweise 39 kr. seither noch gestattet war, sind vom 1. Aug. d. J. an außer Cours gesetzt und von diesem Zeitpunkte an weder bei den königlichen Kassen noch im Privatverkehr als Geldmünzen mehr anzunehmen. II. Das königl. Hauptmünzamt zu München und das Einlösungsamt in Würzburg sind beauftragt, die außer Kurs gesetzten halben und Viertels-Kronenthaler nach dem Gewichte und dem vollen innern Silberwerthe d. i. die feine Kölner Mark zu 24½ fl. oder die rauhe Kölner Mark zu 21 fl. 26 kr. einzulösen.

— den 30. Juni. Die „Volksbötin" fragt: Was will denn im monarchiestützenden Volksboten das Motto sagen: „Sollen beten, daß Gott in seiner B a r m h e r z i g k e i t noch zu rechter Zeit J e m a n d e n die Augen öffnen möge!" *)

Ingolstadt, den 27. Juni. Die Augsb. Postztg. schreibt: Gestern langten der König und die Königin bei Gelegenheit ihrer Reise nach Regensburg in Ingolstadt an.

*) Es scheint, daß die Gebete vom Jahr 1847 wiederkehren?!

Beim Aussteigen aus dem Dampfschiffe aufs Land äußerte der König gegen den Stadtcommandanten: „Wo mein Militär ist, da ziehts mich hin und darum habe ich auch Ingolstadt betreten," und zum Bürgermeister sich hinwendend sagte er: „Ich liebe Ingolstadt, es ist noch eine alte, treue Stadt."

Hannover, den 27. Juni. Die Verhandlungen unserer Kammern über die Anträge des Finanzausschußes in Betreff der Volksvertretung bei der deutschen Centralgewalt, des Bundesgerichts und der deutschen Flotte sind gleichsam die letzten matten Wellenschläge der jugendlichen Aufwallung des durch die verjüngenden democratischen Ideen neubelebten deutschen Volkes. Diese Bewegung, an bitteren Enttäuschungen gerade eben so reich wie an freudigen Hoffnungen, hat in so weit ihren Kreislauf vollendet. Die Tage der jugendlich schönen Begeisterung sind dahin, und die ernste Arbeit des Mannes beginnt. Sie hat schon begonnen, überall, in allen Geistern. Dieses stille, unaufhörliche und unaufhaltsame Walten in den Tiefen des Volksgeistes bildet den Kern der Tagesgeschichte, zugleich aber auch die Quelle der künftigen Begebenheiten, deren Poesie weniger in ihrer Erscheinung als in ihren Folgen liegen wird. (Nat.-Z.)

Berlin, den 26. Juni. Aus sehr guter Quelle kann ich Ihnen die Nachricht geben, daß es mit dem ernstlichen Vorangehen Preußens in der Zollvereinsangelegenheit diesmal seine Richtigkeit hat. Es ist beschlossen worden, von den zu Darmstadt vertretenen Regierungen eine bestimmte Antwort zu fordern und ihnen einen bestimmten Termin dazu anzusetzen. Hr. v. Manteuffel soll dem hiesigen Vertreter eines deutschen Staates sein Wort gegeben haben, daß die Entscheidung dieser Angelegenheit in kurzem erfolgen werde. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Aufnahme die Hr. v. Bismark in Wien gefunden, zu dieser Entschließung wesentlich beigetragen hat. Nachdem der Versuch mit Oesterreich zu unterhandeln nicht gelungen ist (daß ein solcher gemacht worden, wird hier von allen Seiten angenommen,) wendet man sich im Verdruß hierüber von neuem der Idee eines norddeutschen Zollvereins zu, und es soll von einem hochgestellten Mann erklärt worden sei: es sei g u t, wenn der Austritt der süddeutschen Staaten erfolge. Der thüringischen Staaten sicher, glaubt man, daß das Königreich Sachsen und die beiden Hessen durch die Gewalt der Verhältnisse gezwungen würden, dem neuen Zollverein sich anzuschließen, in welchem die Stellung Preußens eine ungleich günstigere wäre, als im bisherigen. (Allg. Z.)

Berlin, den 29. Juni. Die „Spener'sche Ztg." theilt heute mit: „Durch die von Preußen unterm 7. d. erlassene Erklärung ist dasselbe in einen entschiedenen Gegensatz zu der Darmstädter Coalition getreten; seitdem man aber diese Position genommen, wird es auch möglich sein, einen W e g d e r V e r m i t t e l u n g aufzufinden, und einen solchen wünscht die preußische Regierung bis zum M o n t a g d e n 5. J u l i angebahnt zu sehen, um bis dahin die Principienfrage gelöst zu haben und sodann eine kurze F e r i e n z e i t für die Zollvereinsconferenz eintreten zu lassen. Die laufende Woche wird demnach zu wichtigen Erörterungen führen, und es ist zu hoffen, daß wir am nächsten Montag die Sache im Sinne der E r h a l t u n g d e s Z o l l v e r e i n s entschieden sehen. Wir machen diese Mittheilung nach der heutigen Sachlage, verkennen dabei aber nicht, daß die Sachlage in der That noch so bedenklich ist, daß die Entscheidung auch anders ausfallen kann. Indem aber unsere Regierung auf vertraulichem Wege den 5. Juli als den Termin setzte, bis zu welchem hin sie die Principienfrage gelöst zu sehen wünschte, hat sie die Lücke ergänzt, welche von vielen Seiten in der Erklärung vom 7. Juni vermißt wurde, nemlich die Festsetzung einer Präclusivfrist, bis zu welcher die Gegenerklärung der Darmstädter Coalition eingereicht sein müßte."

In den Zeitungen ist mehrfach eines, von Hrn. v. d. Pfordten ausgearbeiteten und zur Abgabe der Coalitionsstaaten an den Zollverein bestimmten Memoires gedacht worden. Man hat bereits sich weitläufig über den Inhalt desselben ausgelassen. Inzwischen gewinnt es immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß diese Denkschrift noch g a r n i c h t e x i s t i r t; Verbreitung selbst an die dem Münchener Cabinet in der Zollfrage eng befreundeten Regierungen hat sie wenigstens nicht gefunden. Die Gegenerklärung der süddeutschen Staaten ist noch nicht reif. (Corr.-Bur.)

Wien, den 26. Juni. Der Kaiser wird erst im August zurückerwartet. — In neuester Zeit hat sich bei dem österreichischen Adel das Bestreben, Majorate und Fideicommiße zu gründen, in hohem Grade vermehrt. Der große Grundbesitz wird auf jede Weise befördert und bevorzugt.

Aus Oberösterreich, den 23. Juni. Mit der viel besprochenen K l o s t e r r e f o r m scheint es nun Ernst werden zu wollen. Den Anfang macht der Orden der Benedictiner. Mit Beginn des kommenden Monats Juli treten die Aebte der Benedictinerklöster Ober- und Niederösterreichs, Steiermarks, Tirols, Illyriens und Böhmens im Stifte Kremsmünster zusammen, um über die wesentlichsten Punkte der Reform zu verhandeln und im Allgemeinen den Gang zu bezeichnen, nach welchem sie ins Leben treten soll. Zur Grundlage dient die „regula S. Benedicti," die specielle Anwendung bleibt dem Ermessen des Abtes überlassen.

S c h w e i z.

Neuenburg, den 29. Juni. Die Schw. Nat.-Ztg. schreibt unter diesem Datum: Man hat erfahren, daß die Royalisten mit der normalen, legalen Bourgeoisieversammlung zu Valangin eine politische Demonstration verbinden wollen. Die Mahnung hiezu soll von Berlin ausgegangen, und hier durch geheime Agenten und Conventikel fortgepflanzt worden sein. In dieser Art gedenkt man an der Spree, dem schleppenden Gange des londoner Protokolls nachzuhelfen. Es soll dem monarchischen Ausland eine royalistische Mehrheit des Neuenburger Volkes bewiesen, d. h. v o r g e g a u k e l t werden. Zu diesem Ende erhitzen sich sonstige Memmen und machen ihre Sprünge für den 6. Juli. Die Neuenburger Republikaner, die 1848 und 1849 mit gewaffneter Hand und hierauf in vielen Wahlschlachten ihre Gegner bezwungen haben, scheuen sich auch nicht vor einem d r i t t e n Feld, vor dem Feld der V o l k s v e r s a m m l u n g e n. Es wird sich nun einmal unter freiem Himmel, wie früher in der Kirche und im Rathssaal, offenbaren, w o die Mehrheit der Neuenburger steht, ob zur Schweiz oder ob zu Preußen. Der Platz zu einer solchen Versammlung ist schon gefunden, und die Republikaner werden ohne Ausnahme dem Rufe der Ehre und Pflicht folgen. Darauf kann sich eine unverbesserliche Minderheit von Intriguanten, Speculanten und bethörten Spießbürgern fest verlassen; darauf und auf die Wahrnehmung, daß die Republikaner der muthwilligen Herausforderungen faullenzender Junker und eines unheimlichen Treibens, welches ihr Geschäftsleben stört, nachgerade müde sind. So eben erscheint ein von vielen Großräthen, Offizieren und Richtern unterzeichneter Aufruf an die Republikaner folgenden Inhalts: „Liebe Mitbürger! Das finstere Werk der Royalisten ist in eine neue Bahn getreten. Nachdem sie vier Jahre lang in der Verborgenheit über dem Verderben des Vaterlandes gebrütet, treten sie mit einem letzten Versuch vor das Tageslicht. Die Generalversammlung der Bourgeoisie von Valangin ist der Vorwand, unter welchem sich die Streitkräfte der preußischen Partei vereinen werden. Preußische Sendlinge gaben das Losungswort; verkehrte Menschen, die unsern Kanton unter das Joch der Fremdherrschaft zurückführen möchten, horchten ihm. Neuerdings und noch einmal müssen wir Neuenburger, die Zukunft unserer Republik befestigen. Ermuthigt durch die bisherige milde Behandlung und sich berufend auf das aus falschen Berichten hervorgegangene Londoner Protokoll, halten die Royalisten diesen

Augenblick für den günstigsten zu einem öffentlichen Protest gegen unsere Freiheit und republikanische Verfassung. Bürger! Wollt ihr solchen freiheitsmörderischen Bestrebungen das Feld räumen? Wollt ihr den theuern, aus schweren Kämpfen errungenen Schweizernamen fahren lassen? Nein und tausend Mal nein!! Dafür stehen wir ein. So kommt denn und beweist durch euere Theilnahme an der republikanischen Manifestation des sechsten Juli, worüber die Kommission noch das Nähere bestimmen wird, daß ihr freie Schweizer sein und bleiben wollt. Sammeln wir uns unter dem Ruf: Es lebe die Republik!"

Frankreich.

Paris, den 25. Juni. Die Stellung der Parteien zu einander hat einen so gänzlichen Umschwung genommen, daß die alten Mittel derselben nicht mehr zur Anwendung kommen, und ihre Intriguen sich auf ganz andere Weise äußern, als dies bisher der Fall war. So war es bisher allenthalben das natürliche Mittel, einem politischen Feind zu schaden, gewesen, Angriffe gegen ihn zu veröffentlichen. Jetzt hat dieses System aufgehört: die Staatsmänner, die gelobt werden, sind verloren, und diejenigen, gegen welche sich die öffentliche Meinung ausspricht, stehen fest. Mehr als ein Beispiel ist in der letzten Zeit vorgekommen, daß man Personen, die man verdrängen wollte, blos in den inländischen und fremden Journalen übertrieben lobte und dadurch ihren Sturz veranlaßte. Es ist dies natürlich bei kleinlichen Zuständen, welche die gemeinsten Eifersüchteleien erzeugen und die es außerdem nothwendig mit sich bringen, daß Niemand hervorragen und von Niemanden gesprochen werden darf, als von einem Einzigen. Dies mag es Ihnen erklären, daß Sie selbst in den ministeriellen Journalen keinen Minister so gelobt finden, wie dies ehemals der Fall war. Selbst die Minister zittern davor, zu sehr gelobt zu werden; Jedermann sucht sich klein zu machen, zu verschwinden, zu schweigen. In der That gibt es hierdurch blos einen einzigen Mann in Frankreich, von dem die Rede ist, und das ist der Präsident der Republik. In Zeiten, in denen die öffentliche Meinung berücksichtigt wird, ist der Tadel gefährlich, in jenen Epochen, in denen dieselbe nicht mehr existirt und blos persönliche Interessen gelten, ist das Gegentheil der Fall: der Neid und die Mißgunst der Höflinge ist das Einzige, was zu fürchten ist. (N.-Z.)

— den 29. Juni. Aus Algerien sind sehr ernste Nachrichten eingetroffen. In der östlichen Provinz ist ein bedeutender Aufstand ausgebrochen. Mehrere der angesehensten Stämme empörten sich im Augenblicke, wo man es am wenigsten vermuthete, und der Aufstand verbreitete sich rasch weiter. Man besorgt, daß die in der Division von Constantine stehenden Truppen, selbst mit Hülfe der Truppen der Subdivision von Bona, nicht im Stande sein würden, die aufständische Bewegung zu unterdrücken. Der Commandant jener Provinz verlangt eine Verstärkung von 10,000 Mann. Die Expedition von Kabylien, welche gegenwärtig im Gange ist, gestattet nicht, aus den übrigen Theilen der Colonie Truppen herauszuziehen. Es müßen also die Verstärkungen aus Frankreich geschickt werden. Bis zum Abgange der letzten Berichte, aus Bona vom 21. d., hatten bereits viele Gefechte stattgefunden. Einige Stämme hatten Niederlagen erlitten. Auf anderen Puncten aber waren die Franzosen durch einen an Zahl weit überlegenen Feind am Vordringen verhindert worden. So konnte die Besatzung von Bona diesen Platz nicht verlassen, der von sehr zahlreichen feindlichen Haufen umschwärmt wurde. In Bona und Constantine soll eine unter den arabischen Einwohnern angezettelte Verschwörung entdeckt worden sein, welche die Einäscherung und Plünderung dieser Städte zum Zweck gehabt hätte. In Bona wurden über 20 der angesehensten arabischen Einwohner verhaftet. Die Empörer haben zu ihrem Aufstande mit kluger Berechnung den Augenblick gewählt, wo die Expeditionscolonnen, die nach Kabylien abgegangen, bis ins Innere dieses Landstriches vorgedrungen waren.

Großbritanien.

London, den 25. Juni. Ein Theil des irischen Klerus predigt jetzt offen den Aufruhr. Ein Reverend O'Brien in Limerick erheiterte seine Zuhörer mit der Aussicht auf einen Krieg Englands mit Frankreich oder Amerika. „Es sei gar nicht unmöglich, daß einmal ein Hunderttausend Mann mit irgend einem Feinde Englands gemeine Sache machten." Der Proclamation dürfe nicht gehorcht werden; der Redner werde sich nicht wundern, wenn im nächsten Monat jede Stadt, jedes Dorf, jeder Weiler in Irland seine Procession hielte.

London, den 29. Juni. Dem „Observer" zufolge wird die Königin in Person das Parlament am 1. Juli vertagen und unmittelbar auf die Vertagung wird die königliche Proclamation folgen, welche das Parlament für aufgelöst erklärt. Die Neuwahlen sollen dann sofort ausgeschrieben werden; doch wird das neue Parlament wahrscheinlich nicht früher, als Mitte October zusammentreten. Uebermorgen findet im Buckingham Palace eine Sitzung des geheimen Rathes statt, in welcher der Königin die Thronrede zur Genehmigung vorgelegt werden wird und auch die auf Auflösung des Parlaments bezügliche Proclamation zur Sprache kommen soll.

— den 28. Juni. Es ist die Rede von einem Circularschreiben Kossuths, das gegenwärtig in Ungarn verbreitet werde, und durch welches der Exdictator den durch die Anwesenheit des Kaisers auf die Bevölkerungen jenes Landes gemachten Eindruck wieder zu schwächen hoffe; Kossuth ermuthige in diesem Schreiben seine Freunde zur Standhaftigkeit und stelle ihnen eine baldige Verwirklichung seiner Emancipationsprojecte in Aussicht.

Griechenland.

In **Athen** wurde bei Abgang des letzten Dampfschiffes eine amerikanische Fregatte erwartet, welche den Auftrag hat, für gewisse Mißhandlungen, welche der amerikanische Viceconsul, M. Kent, zu erdulden hatte, Genugthuung zu fordern. *)

Athen, den 20. Juni. Der Mönch Christophoros Papulakis hat sich auf die Höhen des Taygetos geflüchtet. Die Kammer debattirt über die Attributionen der heiligen Synode.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 16. Juni. Aus Mexico wird unterm 19. Mai berichtet, daß die Unterzeichnung des die Landenge von Tehuantepec betreffenden Wegebauvertrages Seitens der contrahirenden Parteien bevorstand.

Neueste Nachrichten.

München, den 29. Juni. Der Volksbote berichtigt seine neuliche Angabe in Betreff des bayerischen Gesandten beim heiligen Stuhle dahin, daß sich Graf Spaur nicht in Turin, sondern in Rom befinde, aber unbäßlich sei. Da sich derselbe aber nach den letzten Nachrichten in Besserung befinde, so glaubt das genannte Blatt, daß die Absendung des Frhrn. v. Berger als außerordentlichen Gesandten neben dem ordentlichen um so auffallender sei. — Der aus politischen Gründen seit sechs Monaten verhaftete Commis Bogner von hier ist heute seiner Untersuchungshaft entlassen, und die Untersuchung aufgehoben worden. — Unser Landsmann Dr. Moriz Wagner ist am 7. Juni wohlbehalten in New-York angekommen, und wollte demnächst nach dem Westen Amerika's aufbrechen. (Allg. Ztg.)

Karlsruhe, den 28. Juni. In der letzten Sitzung des Staatsministeriums ist zur Aufhebung des Kriegsstandes ein Antrag gestellt worden. Ungeachtet des bedeutenden Widerstandes welchen dieser Antrag erfahren haben soll, hofft man, daß der Ausnahmsstand vom 31. Juli an nicht mehr werde verlängert werden. (A. Z.)

---

*) Man sieht, wie die Vereinigten Staaten, ganz nach dem Vorgange Englands, ihren Angehörigen bereits auch in Europa den vollen Schutz zu gewähren wissen. D. Red.

Darmstadt, den 30. Juni. Heute verhandelte die Abgeordnetenkammer über die Civilliste. Das Ministerium setzte durch, daß dies in geheimer Sitzung geschah. Das Resultat ist: Der Antrag des Abgeordneten Müller-Melchiors: „Die Versammlung wolle erklären, daß sie sich nicht in der Lage befinde, über die vorliegende Proposition endgültige Beschlüsse zu fassen," wird mit 33 gegen 15 Stimmen abgelehnt (zwei Mitglieder fehlten.) Der Antrag der Mehrheit des Ausschusses auf Bewilligung von 581,000 fl. wird dagegen mit 30 Stimmen gegen 18 angenommen.

— den 1. Juli. Durch großh. Regierungsrescript sind unsere Stände heute auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Nachdem auf ausdrücklichen Wunsch der Regierung die zweite Kammer von der bereits gedruckten Tagesordnung dieser Woche in so ferne abgegangen war, als sie die Verhandlung über die Civilliste der Verhandlung über die Zollvereinsfrage voran gehen ließ, und die Civilliste gestern in geheimer Sitzung ungeschmälert bewilligt worden, ist nunmehr die Verhandlung über die Zollvereinsfrage abgeschnitten. (F.J.)

Von der Oder, den 27. Juni. Was leicht vorauszusehen war, ist eingetroffen; unsere Regierung, welche den Jesuiten die Gränzen des Landes öffnete, sieht sich schon genöthigt, gegen dieselben Maßregeln, wie gegen die Demagogen zu ergreifen und der Polizei aufzugeben, sie im Betretungsfalle ohne Weiteres über die Gränze zu schaffen, wo sie nur irgend zu Reibungen Anlaß geben. Auch sind ihnen die Landestheile mit überwiegend protestantischer Bevölkerung gänzlich versagt. (D. A. Z.)

Hamburg, den 28. Juni. Die in Berlin beabsichtigte Maßregel, alles nicht fundirte Papiergeld zu verbieten, ist auch auf unsere Kaufmannschaft nicht ohne Rückwirkung geblieben. Dieselbe hat sich vorerst dahin vereinbart, folgende deutsche Valuten als volle Zahlungsmittel nicht anzunehmen: 1) Anhalt-Dessauer Kassenscheine; 2) Cöthen-Bernburger Eisenbahnscheine; 3) Kurhessische Leih-Kammerbanknoten; 4) Schwarzburg-Rudolstadter Kassenbillets; 5) Leipziger Banknoten à 20 Rthlr., 25—100 Rthlr. und zwar solche, welche die Nummer auf einer Seite haben, als falsche.

Bremen, den 29. Juni. Hr. Duson hat vor einigen Tagen, obwol die gegen ihn schwebende Anklage noch nicht erledigt ist, Bremen verlassen und, wie man behauptet, sich zunächst nach Helgoland begeben.

Paris, den 29. Juni. M. de St. Hilaire schreibt gegenwärtig eine Lebensgeschichte Louis Napoleons. — Diese Woche sind dahier eine nicht geringe Anzahl von niederen Angestellten der Policei wegen Mangels an Eifer abgesetzt und einige sogar verhaftet worden. — Auf dem Bahnhofe zu Valenciennes hat man den aus Belgien kommenden Sohn des verbannten Montagnards Rouet verhaftet, weil man eine Menge Briefe an die Führer der revolutionären Partei in Südfrankreich bei ihm fand. — Zu Toulouse hat der Präfect aus Anlaß der Auflösung des Gemeinderathes eine Municipalcommission eingesetzt, die aus einem Obersten, der als Maire fungirt, und vier Beigeordneten besteht, unter denen ebenfalls zwei Obersten sind!!

Nach Berichten aus Bona vom 21. Juni war die Gegend um Ghelma fortwährend der Mittelpunct des Aufstandes der Araber, mit denen man seit dem 7. öftere Gefechte bestand. Von Constantine und Algier waren eiligst Verstärkungen (von Algier allein 1400 Mann) nach Bona abgegangen. Am 13. hatte Oberst Demarçay einen Theil der Aufständischen abgeschnitten, sie geschlagen und ihnen 150 Mann getödtet. Trotzdem sollen die Araber den Ort Barral unweit Ghelma, und den Hafenort La Calle angegriffen haben; letzterem hatte man am 20. v. Bona aus zur See 50 Mann zu Hülfe geschickt. Der Aufstand scheint weit verbreitet und hartnäckig zu sein, obgleich seine Besiegung keinem Zweifel unterliegt.

— den 30. Juni. Die Regierung hat bis jetzt noch keine Nachrichten über den Aufstand im östlichen Algerien veröffentlicht.

Miscellen.

Berlin. Bei den vor einigen Tagen in Berlin angestellten officiellen Versuchen mit der Kraft des electrischen Lichts hat es sich erwiesen, daß man bei demselben in einer Entfernung von 1300 Schritt noch die feinste Zeitungsschrift zu lesen im Stande ist.

London, den 26. Juni. Der „Globe" hat ein Privatschreiben aus Port au Prince, wonach Kaiser Faustin seine Zustimmung dazu gegeben, daß Prinz Bobo, Oberkammerherr seines neuen Hofes, sich um die Hand der Lola Montez bewerbe; eine eigene Gesandtschaft soll zu dem Ende nach New-York gehen, um für den Prinzen um ihre Hand zu werben.

Der Amerikaner, der statt des Dampfes heiße Luft anwendet, soll seines Erfolges sicher sein. Der Erfinder der betreffenden Maschine machte neulich auf der Ostprovinzbahn eine Probe, die vollständig gelang. Er fuhr vermittels seiner Locomotiv-Luftpumpe zugleich mit acht Personen vier englische Meilen in sechs Minuten. Noch hat man das Problem des sicheren Anhaltens, einer allmählichen Verminderung der Wirkung des Dunstes, nicht vollständig gelöst; alles Uebrige soll vollkommen in der Ordnung sein.

Wer ein Project machen will, der mache eins, das auf die Einnahme Einfluß hat; es müßte mehr als toll sein, wenn es nicht wenigstens zur Untersuchung an die Behörde übergeben würde. Klinger.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 29. Juni. Weizen 5 fl. 50 kr., Korn 4 fl. 26 kr., Gerst 3 fl. 44 kr., Spelz 4 fl. 12 kr., Hafer 4 fl. 3 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 26. Juni. Weizen 6 fl. 7 kr., Korn 4 fl. 40 kr., Spelz 4 fl. 34 kr., Gerst 4 fl. 11 kr., Hafer 3 fl. 58 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 29. Juni. Weizen 5 fl. 43 kr., Korn 4 fl. 30 kr., Spelz 3 fl. 58 kr., Gerst 3 fl. 40 kr., Hafer 3 fl. 29 kr., Kartoffeln 1 fl. 30 kr., per Centner.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1099²] **Winzinger Kirchweihe.**

Nächsten Sonntag, als am 4., dann am 5. und 6. Juli, wird die **Winzinger Kirchweihe** und **Jahrmarkt** abgehalten.

[1095²] **Zu verkaufen.**

☞ Der unterzeichnete Wilhelm Henn, Müller auf der Neumühle bei Olsbrücken im Landcommissariat Kaiserslautern wohnhaft, hat 6 fette Ochsen, welche circa 50 bis 52 Centner wiegen, zu verkaufen. Wilhelm Henn

[1100] **Auszug aus einem Gütertrennungsurtheil.**

Durch Urtheil des königlichen Bezirksgerichts zu Frankenthal vom vier und zwanzigsten Juni 1852, gehörig registrirt, wurde zwischen Margaretha geborne Rieth, ohne Gewerbe in Oggersheim wohnhaft, Ehefrau des allda wohnenden Oeconomen Carl Schumann und ihrem genannten Ehemanne die Gütertrennung ausgesprochen.

Frankenthal, den 1. Juli 1852.

Für richtigen Auszug,
Der Anwalt der Klägerin:
L. Willich.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 160 | den 4. Juli 1852.

*** Schweizerische Zustände.** (Erster Artikel.)

Die Reaction hat in ganz Europa gesiegt, sollte sie ausnahmsweise die Schweiz im Genuße ihrer wirklichen „Errungenschaften" aus den Revolutionsjahren 1847—48 belassen? Das ginge gegen die Natur der Dinge.

Die „Republik" Schweiz war längst ein Stein des Anstoßes für das „monarchische Princip" — wie man es nannte, wenn es sich um den Absolutismus handelte, und man diesen nicht offen nennen mochte.

Zum dritten Mal ist es eben, daß in der Neuzeit die Schweiz selbst der Reaction die Pforten zu öffnen scheint. Die drei vormaligen Vororte scheinen dazu bestimmt, diese Pforten abzugeben. Zuerst war es Zürich, in welchem auf die Berufung des so unschuldigen Dr. Strauß die freisinnige Kantonalregierung gestürzt ward, und wodurch alle Rückschrittselemente in der ganzen Schweiz einen Krystallisationskern erlangten; dann Luzern, das sich an die Spitze des „Sonderbunds" stellte. Und jetzt ist sogar Bern, nunmehr der permanente Regierungssitz, Bern, der wichtigste der Kantone, in reactionären Händen, und da scheint denn die Niederlage des freien Princips um so gewisser.

Allein der Schein trügt auch zuweilen. Die pfäffische Herrlichkeit in Zürich dauerte nach dem anti-straußischen Putsch bekanntlich gar nicht lange; der Sonderbund führte zu der schmähligen offenen Niederlage des Jesuitismus und Absolutismus, und — wer weiß, welches das definitive Ende des heute auf Bern sich stützenden Reactionsversuches sein kann.

Indessen ist es unsere Absicht nicht, uns in Erörterungen über Möglichkeiten oder Wahrscheinlichkeiten zu ergehen. Wir beabsichtigen vielmehr zunächst, unsern Lesern eine übersichtliche Darstellung der Verhältniße zu geben.

Die Reaction suchte einen bedeutenden Haltpunct in der Schweiz selbst zu erlangen. In der Berner Kantonalregierung bekam die Rückschrittspartei allmählig die Oberhand. Die Bevölkerung des Kantons ist in ihrer Mehrheit unzweifelhaft freisinnig. Darauf rechneten Diejenigen, welche kürzlich die Absetzung der Regierung durch allgemeinen Volksbeschluß beantragten. Allein sie berücksichtigten nicht, daß bei weitem nicht alle Freisinnigen auch sofortige energische Handlungen lieben, besonders wenn dieselben nicht zur unmittelbaren Nothwendigkeit geworden zu sein scheinen. So kam es, daß jener Antrag auf sofortige förmliche Absetzung der Berner Kantonalregierung bei der allgemeinen Volksabstimmung verworfen ward, wenn gleich mit einer erstaunlich geringen Stimmenmehrheit.

Indessen — die moralische Wirkung des Sieges war weit größer, als der Sieg an sich. Bei den Freisinnigen stellte sich Niedergeschlagenheit, bei den Reactionären ein Siegesrausch ein.

Die schlauen Führer des Rückschritts wußten diesen Siegesrausch sogleich zu benützen. Die ganze Schweiz soll in ihrer politischen Verfassung umgestaltet werden. Nach dem Siege in Bern, wurden Freiburg und Neuenburg die nächsten Angriffspuncte, denen wo möglich Wallis (auch einer der „Sonderbundskantone") sogleich angereiht werden soll.

Die Aufgabe unserer beiden nächsten Artikel wird es nun sein, die Verhältniße von Freiburg und Neuenburg kurz und übersichtlich darzustellen.

Deutschland.

Und sie bewegt sich doch! Die Nat.-Ztg. bemerkt: Unter den Erkenntnißen, die jemals von einer richterlichen Behörde gesprochen sind, verdient eines, das für alle Zeiten merkwürdig bleiben wird, gerade jetzt besondere Beachtung.

Es ist das Urtheil, wodurch das heilige Officium der Inquisition in Rom die Verdammung über Galilei's Lehre von der Bewegung der Erde um die Sonne aussprach: Es lautete:

„Wir sagen, verkündigen, erkennen und erklären, daß Du Galilei durch die in dem Prozeß ermittelten und von Dir eingestandenen Thatsachen Dich in den Augen dieses heiligen Officiums im höchsten Grade der Ketzerei verdächtig gemacht hast, nemlich eine Lehre geglaubt und anerkannt zu haben, die falsch und der heiligen und göttlichen Schrift entgegen ist; das ist die Lehre, daß die Sonne der Mittelpunct des Weltalls ist; daß sie sich nicht von Osten nach Westen bewegt; daß die Erde dagegen sich bewegt und nicht der Mittelpunct der Welt ist;

„daß man eine Meinung, welche für mit der heiligen Schrift im Widerspruch stehend erklärt ist, auch nicht als wahrscheinlich annehmen und vertheidigen darf, und daß Du folglich alle die Censuren und Strafen verwirkt hast, welche in den heiligen Canones und durch andere allgemeine und besondere Verordnungen gegen dergleichen Delinquenten ausgesprochen und verfügt sind.

„Wir wollen jedoch uns begnügen Dich davon loszusprechen, unter der Bedingung, daß Du zuvor vor uns, aus aufrichtigem Herzen und aus ungeheuchelter Ueberzeugung, die vorgenannten Irrthümer und Ketzereien, die der römischen katholischen apostolischen Kirche zuwider sind, auf die Weise, die Dir von uns angegeben werden wird, abschwörst, verfluchst und verwünschest."

Die Männer des sogenannten Rechtsstaates müßen dies Inquisitionsurtheil gegen Galilei oder vielmehr gegen die Sonne, für die Aufrechthaltung des himmlischen Gleichgewichts, wie es durch Autoritätsacte bestimmt war, so legal wie möglich finden.

Das heilige Officium der Inquisition war durch kirchliche Gesetze für alle Fälle der Ketzerei competent erklärt, und die verschiedenen Fälle der Ketzerei waren ebenso durch Kirchengesetze mit Strafen bedroht. Die Verurtheilung Galilei's erfolgte ganz im gesetzlichen Wege.

Der Proceß hatte zu Anfang des Jahres 1633 begonnen und am 22. Juni ward das Urtheil mit den Gründen verkündigt. Das Gericht bestand aus frommen und gelehrten Männern, aus Kardinälen, Mönchen und Mathematikern, so daß auch das sachverständige technische Element vertreten war.

Die Männer der mechanischen Rechtsordnung müssen daher sagen, daß Galilei sein Recht geschehen.

Galilei war allerdings auch eine Autorität, aber eine rein wissenschaftliche; eine Autorität, wie Humboldt oder Arago oder Herrschel; eine Autorität, der weder Exekution, noch Gefängniß, noch Scheiterhaufen zu Gebote stand; die nichts weiter für sich hatte, als Beobachtungen und Berechnungen, Verstand und Vernunft; die nichts weiter für sich hatte, als die Einsicht und die Wahrheit.

Er hatte gegen sich die Autorität der kirchlichen Gewalt.

In dem Buche Josua befiehlt Jehovah der Sonne still zu stehen, damit Josua Zeit behält, seine Feinde niederzumachen. Deshalb war es in den Augen der Kirchengewalt göttliche Ordnung, daß die Sonne sich bewegt und die Erde still steht.

Als Copernicus sich unterstand zu beweisen, es sei

umgekehrt, die Erde bewege sich um die Sonne, erschien schon der Gedanke, so etwas zu untersuchen, der Versuch, so etwas beweisen zu wollen, als Abfall von der göttlichen Ordnung, als Revolution oder, wie es die Autoritätsmänner jener Zeit nannten, als Ketzerei, als das höchste, todeswürdigste Verbrechen: weil es nicht eine einzelne Empörung, nicht ein bloßer Aufruhract, sondern ein innerliches Lossagen, eine principielle Opposition gegen die göttliche Ordnung war; weil es sich selbst, die ganze Welt, Himmel und Erde auf den Kopf stellen, das Weltsystem anstatt auf göttliche Ordnung auf menschliche Einsicht, auf menschliches Wissen, Begreifen und Wollen gründen hieß.

Das Copernikanische System gestatten, hätte geheißen, Luther freisprechen, der die Autorität der päpstlichen Unfehlbarkeit für das kirchliche und politische Weltsystem nicht länger als bestimmenden, unwandelbar festen Mittelpunkt wollte gelten lassen.

Ließ die kirchliche Autorität sich die Bestimmung über die Bewegung der Himmelskörper entgehen, so konnte sie nicht darauf rechnen, die Bewegung der menschlichen Ueberzeugungen, Gewissen und Handlungen unter ihrer oberhirtlichen geistlichen Leitung zu behalten.

Die Autorität hätte sich freilich sagen sollen, daß die Himmelskörper nicht durch Bullen, Brevets und Dekrete zu regeln sind wie die Menschen; daß, wenn nun etwa wirklich die Erde sich um die Sonne bewegen sollte, das und nichts anderes die göttliche Ordnung wäre, und diejenigen, welche bis dahin umgekehrt sich eingebildet, die Sonne bewege sich um die Erde herum, sich im Irrthum befunden hätten.

Allein die Autorität darf nicht irren, und die päpstliche Autorität hatte sich ganz besonders für unfehlbar erklärt — allerdings nur in Glaubenssachen; aber die Bewegung der Gestirne ist auch eine Glaubenssache.

Auf den Rath des Jesuiten Bellarmin ließ Paul V. durch die Kongregation vom Index die Lehre von der Bewegung der Erde um die Sonne am 5. März 1616 für falsch und ketzerisch erklären und die sechs Bücher des Copernicus de orbium celestium revolutionibus verbieten, bis sie die nöthige Revision erfahren haben würden (donec corrigantur).

Durch Galilei war das Copernikanische System verbreitet und befestigt worden. Galilei hatte die Jesuiten gegen sich, weil er ihre Angriffe mit allzu schlagenden Gründen abgewehrt; er hatte außerdem auch die damals herrschende philosophische Schule der Aristoteliker gegen sich, und Gelehrte, die ihre Lehre angegriffen, das Monopol ihrer Weisheit bedroht sehen, können fanatisch sein, wie Mönche und wühlerisch wie Jesuiten. Man zog Papst Urban VIII. ins Interesse, indem man ihm zu verstehen gab, daß unter der Person des Simplicio, eines der drei Sprecher in den Dialogen Galilei's er selbst eingeführt sei, und die gekränkte Eitelkeit des Papstes, der sich als unfehlbar, natürlich für einen großen Gelehrten hielt, ließ daher der Verfolgung gegen Galilei ihren Lauf.

Welchen Triumph mußte das heilige Officium nicht empfinden, als es sein Erkenntniß in Sachen der positiven Autoritätssatzung wider das Recht des menschlichen Geistes auf Erforschung der Wahrheit, dem einer oder der andere Richter, fern von Autoritätsfanatismus oder persönlicher Antipathie, bloß um der Ruhe und Ordnung willen, zugestimmt haben mochte, zu Stande gebracht hatte; als es dem Delinquenten, den es, wie wenige Jahre zuvor noch Giordano Bruno, der auch das Copernicanische System auszubreiten sich unterfangen hatte, möglicherweise auf den Scheiterhaufen bringen konnte, dies Urtel verkündigte; und vollends als Galilei knieend vor ihm die Abschwörungsformel aussprach:

„Ich, Galilei, im siebenzigsten Jahre meines Alters, persönlich vor Gericht gestellt, schwöre ab, verfluche und verwünsche, auf meinen Knieen und das heilige Evangelium, das ich mit meinen Händen berühre, vor Augen, mit festem Willen und aufrichtigem Glauben die Absurdität, den Irrthum, die Ketzerei der Bewegung der Erde."

Die Wissenschaft mußte sich demüthigen vor der Autorität, mußte die Evidenz ihrer augenscheinlichen und mathematischen Ueberzeugung für eine Absurdität erklären, weil das Inquisitions-Tribunal zwar keine Gründe der Widerlegung, aber vermöge der Autorität die Mittel besaß, seinen Gegner unschädlich zu machen.

Trieb der Richterspruch die Sonne um die Erde? stand die Erde darum still?

Und sie bewegt sich doch! Das war die Zuversicht, mit der Galilei sich von den Knieen erhob, die er vor dem Tribunal der Unvernunft hatte beugen müßen! Einen schwachen Greis konnte die Autorität zwingen; aber über die Wissenschaft und über die Wahrheit vermochte sie nichts.

Die Verurtheilung Galilei's steht da in der Geschichte als ewiges Denkmal der Absurdität, zu welcher es die Consequenz des Autoritätsbegriffs gebracht hat. Galilei's: Und sie bewegt sich doch! ist der ewige, der Zukunft sichere, siegesgewisse Protest der Wahrheit und der Vernunft gegen die Gewalt, welche augenblicklich ihre beschränkte Einsicht, ihr engherziges Interesse, ihren Eigensinn für göttliche Ordnung zu erklären vermag.

Sind wir nach zweihundert Jahren dahin gekommen, daß die Wissenschaft, die Ueberzeugung und die Meinungsäußerung frei sind?

Das copernikanische System gilt nachgerade für eine alte und befestigte Wahrheit, wenn auch hie und da noch einmal vereinzelte Stimmen für das ptolemäische laut geworden sind. Der Ultramontanismus ist aber noch nicht damit auf dem Reinen. Dr. Cullen, der designirte Primas von Irland, hält bekanntlich noch heute fest an der Entscheidung der Congregation vom Index vom 5. März 1616 und des heiligen Officiums vom 22. Juni 1633; er hat jedoch noch kein heiliges Officium in Dublin.

Innerhalb der Autoritätspartei ist es streitig, ob das Studium der griechischen und römischen Klassiker zu gestatten, oder als ketzerisch, unchristlich und verderblich zu unterdrücken sei. Nicht blos in Frankreich, auch in Deutschland. Es ist streitig, ob der Unterricht in den Naturwissenschaften nicht noch verderblicher, noch mehr zur Revolution und zur Ketzerei verleitend; ob nicht im Vergleich mit den revolutionären Naturwissenschaften die klassische Philologie als konservativ und zur Autorität hinführend anzusehen sei.

Die Diskussion darüber ist sehr unschädlich. Aber das Autoritätsprinzip verlangt heut zu Tage die ausgedehnte Kompetenz, die Jurisdiktion sammt der Exekutive, wie vor zweihundert Jahren. Um die Civilisation zu retten, möchte es sie wieder richten.

Aus der Pfalz. Das „Mainzer Jour." theilt die vielbesprochene protestantische Excommunikationsbulle wörtlich mit. Sie lautet also: „Homburg, 25. Mai 1852. Nr. 240. An Hrn. Bahnhofverwalter B. zu H. — Confessionelle Uebertritte, hier die Excommunication des Bahnhofverwalters B. zu H. betreffend. — Durch Beschluß des Presbyteriums der protestantischen Pfarrei Homburg vom Heutigen ist der unterzeichnete Decan beauftragt, dem Hrn. Bahnhofverwalter B. dahier von nachstehender, heute hier angelangter Entschließung k. Consistoriums, Speyer den 24. Mai 1852. Ad Nrm. Exh. 997 m. Nro. Exp. 1233, nebigen Betreffs, sogleich Kenntniß zu geben." „„Nachdem der Bahnhofverwalter B. zu H., protestantischer Confession, die mit seiner Ehefrau Charlotte, einer gebornen M., ebenfalls protestantischer Confession, erzeugten zwei minderjährigen Söhne, Ludwig und Philipp, den ersten zu Lichtenthal, den anderen zu Homburg, in die katholische Kirche hat aufnehmen und das ihm von der Genannten vor zwei Monaten geborene Mädchen durch einen katholischen Geistlichen hat taufen lassen, und dadurch eine so unerhörte Geringschätzung gegen die protestantische Kirche an den Tag gelegt hat, daß mit Gewißheit angenommen werden kann, es werde allen lebendigen Gliedern derselben zum größten Aergerniße gereichen, wenn ein protestantischer Vater, der seine noch unmündigen Kinder, nicht etwa aus

Rücksichten auf eine katholische Gattin, sondern unter Anwendung moralischen Zwanges zur Erlangung der Zustimmung einer schwachen ebenfalls protestantischen Mutter seiner Kinder aus der Kirche, welcher die beiden Eltern angehören, austreten und in eine andere aufnehmen und hierauf sein jüngstes Kind von einem katholischen Geistlichen taufen ließ, länger in der Gemeinschaft der protestantisch-evangelisch-christlichen Kirche geduldet wird: so beschließt die unterfertigte Stelle, auf den wohlmotivirten Antrag des protestantischen Presbyteriums zu Homburg vom 20. d. M. kraft des ihr nach §. 19 der Vereinigungsurkunde zustehenden Rechtes die Excommunikation des Bahnhofverwalters B. zu Homburg und beauftragt das k. Decanat, denselben sogleich durch das Presbyterium von diesem Beschlusse in Kenntniß setzen zu lassen."" „Vorstehendes wird andurch, wie Eingangs gemeldet, dem Hrn. Bahnhofverwalter B. im Namen und Auftrage des protestantischen Presbyteriums dahier zur Wissenschaft und Darnachachtung eröffnet und mitgetheilt. — Der Decan, als Präses des Presbyteriums, im Auftrage desselben, Göppel."

Ludwigsburg, den 1. Juli. Der Proceß Klumpp ist gestern Abend zu Ende gegangen. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete so günstig, daß man ihn für freisprechend halten mußte. Aber die Geschworenen wurden mit ihren Fragen wieder und wieder hineingeschickt, und endlich lautete die Antwort so, daß der Hof den Angeklagten zu einer 4jährigen auf der Festung zu erstehenden Kreisgefängnißstrafe verurtheilte. (Stuttg. Beob.)

Aus Neckarthailfingen. Auch wir haben unsern frommen Senator Haase en miniature, nur daß dem unsrigen gehörig Zeit gelassen wurde, sich mit hübschen Summen auf den Weg nach Amerika zu machen. Es ist dieß der vormärzliche, — den Lesern Ihres Blattes vielleicht noch aus dem Jahr 1847 bekannte Schultheiß 2c. Fischer von hier, welcher aus früheren gerichtlichen Untersuchungen wegen Betrugsanschuldigungen immer glänzend und reingewaschen hervorging. Nur dem bewegten Jahre 1848 vermochte er nicht mehr zu widerstehen und mußte nach zähem Kampfe seine sämmtlichen Aemter und Würden hier niederlegen, um Schlimmeres von sich abzuwenden. Demungeachtet wußte er sich seitdem verschmitzter Weise als ganz frommer Mann von streng conservativer Richtung allmählich wieder bei christlichen und weltlichen Behörden in unbedingtes Vertrauen einzuschleichen, und wurde auch in dessen Folge mit folgenden Aemtern betraut: Königl. Ablösungscommissär, Verwaltungsactuar und Pfandhilfsbeamter von 6 Gemeinden, Pfarrgemeinderath, Gemeinderath, Anwalt der Hagelversicherungsanstalt, Verwalter und Kassier von Privaten, Wittwen und Waisen und einer Leihkasse 2c. Die Entdeckung eines groben Betrugs an der Hagelversicherungsanstalt konnte er trotz aller Gönnerschaften nicht mehr von sich abwenden, und so machte er sich am 12. Juni unter dem Vorwand einer Reise nach Ulm mit Urlaub aus dem Staube und ist am 16. bereits in Havre gesehen worden, während er am 18. endlich hier verhaftet werden sollte. — Er muß nicht unbedeutende Summen bei sich haben, da bis heute schon Tausende von unterschlagenen Gulden, von Staat, Gemeinden, Privaten, Wittwen und Waisen, bekannt sind und täglich weitere bekannt werden. ... Er war ein sehr dienstbereitwilliger Diener nach Oben und großer Democratenfresser. Zur Täuschung der Leute verhalf ihm aber seine große Frömmigkeit. Er wurde Pfarrgemeinderath, versäumte keinen Gottesdienst mehr, allwo man ihn immer mit aufgehobenen Händen beten sah, eiferte gegen die Sonntagsentheiligung durch weltliche Lustbarkeiten, fing sogar das Stundenhalten in seinem Hause an u. s. w. — Die Sache macht natürlich bei uns großes Aufsehen. Denn es sind nun seit wenigen Jahren in unserem Oberamte mehrere Gemeindebeamte wegen Betrügereien abgesetzt worden und dazu noch nicht weniger als 4 Ortsvorsteher und Gemeindebeamte (alle hochconservativ), die wegen solcher Dinge in Untersuchung standen, nach Nordamerika durchgegangen, nachdem sie, wie man sagt, Jahre lang die Leute um ihre Sachen gebracht haben. (Beobachter.)

Berlin, den 28. Juni. Die vertraulichen Besprechungen in Wien haben ihren Anfang genommen, doch ist die Vertretung der Coalition zur Zeit noch nicht vollständig. Die Verlegenheit im Lager der Coalition ist groß, namentlich dadurch, daß ihre Mitglieder sich in Darmstadt verpflichtet haben, nur gemeinsam zu agiren. Rathschläge, ihr den Rückzug zum Zollvereine zu erleichtern, scheinen diesseits zurückgewiesen zu sein. Man erwartet, daß sich Oesterreich in Betreff der Revenüengarantirung der Coalition willfährig erweisen wird. (H. Börsnh.)

Kassel, den 30. Juni. Die Deputirten beider Kammern haben sich heute Morgen in das Ständehaus begeben und ihre Legitimationen vorgelegt. Zum Dienst der Stände hat die Regierung eine Anzahl von Soldaten bestimmt, welche nicht blos zur Dienstleistung für die Geschäfte der Stände, wie Pedellen, sondern auch zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung unter den Zuhörern verwendet werden und eine Pedellenuniform, sowie 15 Sgr. täglich Zulage erhalten.

Hamburg, den 27. Juni. Die Rostocker Kaufmannschaft beschloß so eben, in einem Aufrufe die Bevölkerung zur Zurückforderung ihrer Beiträge zur deutschen Flotte zu veranlassen, um davon eine Navigationsschule zu gründen.

Schweiz.

Bern. Der Grütliverein. Am 26. Juni beschloß die Section des Volksvereins einstimmig, sich wegen Verletzung des in der kantonalen und eidgenössischen Verfassung garantirten Vereinsrechts durch die gewaltsame Schließung der Grütlivereine an den Bundesrath zu wenden. Die Statuten dieses Vereins sind ein Muster von Einfachheit und practischer Gesinnung und enthalten ihr gesammtes Ziel und Ende in folgenden Worten: „§. 3. Der Grütliverein ist ein vaterländischer und kein Kantonalverein; er soll daher auch seine Mitglieder anleiten, ihre Kantonalinteressen auf eine richtige Weise den vaterländischen Interessen unterzuordnen. §. 4. Er sucht mit Wort und That die Bestrebungen der freisinnigen Bevölkerung unseres Vaterlandes zu unterstützen. §. 5. Er bezweckt aber insonderheit die Entwicklung, welche den Schweizern zur kräftigen und gedeihlichen Theilnahme am Staatsleben befähigt, und erstrebt daher vor allem Entwicklung des Nationalbewußtseins, d. h. Einsicht in das Wesen der Demokratie oder der wahren Volkssouveränität, als unseres natürlichen und gemeinsamen Verfassungsgrundsatzes, Kenntniß unseres Volkes, unseres Landes, unserer vaterländischen Geschichte. §. 6. Dieses Ziel sucht der Grütliverein dadurch zu erreichen, daß er die Zeit, welche Berufs- und Familienpflichten einem Jeden frei lassen, zu jenem Zwecke benutzt und daher seinen Mitgliedern in ihren Freistunden Mittel zur Belehrung und Gelegenheit zur Erholung bietet, und beide unter den veredelnden Einfluß vaterländischer Bestrebungen stellt."

St. Gallen. In Voraussicht des Schlages, der den Grütliverein im Kanton Bern treffen werde, übertrug das Centralcomite die Hauptleitung der Vereinsangelegenheiten provisorisch an die Section St. Gallen. Das hiesige provisorische Zentralcomite hat jetzt eine Proclamation an alle Mitglieder des Vereins erlassen, worin es gegen die in dem Berner Regierungsdecret gemachten Zulagen feierlichst protestirt.

Freiburg. Das „Echo v. Moleson" berichtet Näheres über die Versammlung in Murten, an der eine Anzahl der angesehensten und einflußreichsten Männer aus sämmtlichen Gemeinden des ehemaligen Murtenbezirks Theil nahm. Es wurde beschlossen, eine Vorstellung an die Bundesversammlung zu richten, worin diese um Aufrechthaltung des dermaligen verfassungsmäßigen Zustandes im Kanton angerufen, und die Erklärung abgegeben werden soll, daß der Murtenbezirk bei einem weitern

Fortschreiten der Reaction im andern Kantonstheil, sich zu den äußersten Mitteln entschließen werde, um nicht von diesem Strome mit fortgerissen und in die voraussichtlich traurigen Folgen verwickelt zu werden. Es wurde im ferneren beschlossen, Gemeindversammlungen zu veranstalten, um die Ansicht der Bevölkerung zu vernehmen und wenn diese sich wie die Versammlung ausspreche, dann eine Volksversammlung zu berufen, welche ein definitives Komite mit bestimmten Aufträgen wählen soll. — Die Nationalräthe Dr. Bussard, Pittet, Glasson und Presset erklären im „Narrateur," daß sie ihr Mandat nicht niederlegen, indem sie es für ihre Pflicht halten, unter den schwierigen Umständen auf ihrem Posten zu bleiben.

Großbritanien.

London, den 29. Juni. Im Unterhause hat Lord Palmerston aus Anlaß der Murray'schen Angelegenheit eine sehr heftige Rede gegen Oesterreich gehalten.

Neueste Nachrichten.

Gießen, den 1. Juli. Gestern sind in dem benachbarten Dorfe Rödgen 35 Gebäude niedergebrannt.

Paris, den 30. Juni. Das Eidverweigerungsschreiben des Oberisten Charras ist besonders im Dromedepartement in Tausenden von Abschriften verbreitet, und selbst in Kaffehäusern aufgelegt. Mehre Verhaftungen haben wegen dieser Verbreitung stattgehabt.

Der „Constitionnel" schlägt alles Ernstes vor, gegen die mohammedanische Bevölkerung in Algerien die bisher geübte Toleranz nicht mehr fortzusetzen, sondern sie für ihren Aufstand zum Christenthume zu bekehren.

London, den 1. Juli. Die Königin hat eben in Person das Parlament geschlossen. In der Rede wird zunächst versichert, daß fortwährend zu den fremden Mächten freundschaftliche Beziehungen bestehen, und der Beilegung der dänischen, so wie der ägyptischen Frage und der Einnahme Rangun's erwähnt. Die Königin verkündet dann die Zufriedenheit über die Annahme der Milizbill und erklärt ihre Absicht, das Parlament unverzüglich aufzulösen. Schließlich drückt sie die Hoffnung aus, das neue Parlament werde die protestantischen Institutionen des Landes und als deren natürliche Folgen die Grundsätze der bürgerlichen und religiösen Freiheiten aufrecht erhalten.

New-York, den 16. Juni. Kossuth soll seine Abreise nach England auf unbestimmte Zeit verschoben haben.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1103] **Versteigerung eines Waldes.**

Mittwoch, den 7. Juli laufend, des Nachmittags um 1 Uhr, zu Fußgönheim im Wirthshause zum Pfluge, läßt Herr Johannes Koob einen schönen Wald (großentheils Hochwald), gelegen im Banne von Fußgönheim und enthaltend 29 Tagwerke, öffentlich an den Meistbietenden auf Zahlungstermine in Eigenthum versteigern. Diese Waldparzelle wird vor der Versteigerung auch aus freier Hand verkauft.

Mutterstadt, den 2. Juli 1852.

C. Moré, Notar.

[1101] **Literarische Anzeige.**

So eben ist erschienen und in allen guten Buch- und Musikalienhandlungen vorräthig:

Allgemeine **Volksmusiklehre,** oder didactische Darstellung alles dessen, was der **Musikunterricht in sämmtlichen Schulen,** von den Gymnasien und höhern Tochterschulen an bis herab zur geringsten Dorfschule, so wie in den verschiedenen dilettantischen Vereinen, als **Liedertafeln, Liederkränzen, Harmonieen** zur Erreichung seines eigentlichen Bildungszweckes nothwendig zu lehren hat. Von **Dr. Gustav Schilling.** 20¼ Bogen in gr. 8. Mit des Verfassers Bildniß in Stahlstich und mit den nothwendigen in den Text eingedruckten Notenbeispielen. Elegant in farbigen Umschlag broschirt; Preis 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 15 Ngr.

Es ist dies das **erste** Buch seiner Art. Sein Gegenstand greift tief in alles Volksleben, alle Volkserziehung ein. Wir enthalten uns indessen aller Anpreißung, **bitten aber Jeden,** der mit dem **Musik-Lehren, Musik-Lernen** und **Musik-Treiben** im Volke in irgend welcher Berührung steht, sich das Buch von der nächsten Buch- oder Musikalienhandlung **zur Einsicht** geben zu lassen, und wir sind überzeugt, daß sich Jeder durch den trefflichen Inhalt dieses Werkes mächtig angeregt fühlen wird. Die **Lehrer** in den Schulen und die **Lenker** genannter Vereine werden es namentlich als einen lange schwer entbehrten, ebenso umsichtigen als erfahrenen Führer bei der Lösung ihrer schwierigen Aufgabe begrüßen. Vielen vielleicht wird dieselbe dadurch erst recht klar werden. T. T. **Oberschulbehörden** insbesondere bitten wir angelegentlichst, dem Buche ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Verlag von Lampart & Comp. in Augsburg.

In Speyer vorräthig bei G. L. Lang, in Landau bei Schiesel, sowie in sämmtlichen baierischen Buch- und Musikalienhandlungen.

[1102] **Anzeige.**

Am 11., 12. und 13. Juli d. Js. wird das Einweihungsfest des **Dürkheimer Schießhauses,** verbunden mit einem Hauptschießen, abgehalten. Es wird um Silbergaben im Werthe von **350 Gulden** geschossen, wozu man alle Scheibenschützen höflichst einladet.

Dürkheim, im Juni 1852.

Der Vorstand.

[1094] **Rheinische Dampfschifffahrt.**

Kölnische Gesellschaft.

Tägliche Abfahrten von Mannheim vom 26. Juni c. an

nach Köln 7½ Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Neustadt-Speyer. In Köln im Anschluß an die letzten Züge nach Berlin, Paris, London.

„ „ 11½ „ „ Schnellfahrt in 10 Stunden, nach Ankunft des 1. Zuges von Neunkirchen. In Köln im Anschluß an den letzten Zug nach Paris.

„ Mainz 5½ „ Nachmit., nach Ankunft des von Straßburg kommenden Boots, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Pariser Post-Schnellzuges von 5 Uhr 20 Minuten.

„ Straßburg 11½ Uhr Nachts.

☞ Bei der Schnellfahrt Morgens 11½ Uhr bis Köln wird Unterwegs nur mit Mainz, Bingen, Coblenz und Bonn verkehrt.

Beilage zur Neuen

Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 160.) den 4. Juli 1852.

Deutschland.

Auswanderungssache. Schreiben aus **Burlington,** im Staate Jowa, den 27. April. Die Durchzüge der Auswanderer nach Californien und Oregon dauern fort. Dergleichen geben, wenn auch nicht so stark wie über Burlington, über Fort Madison, südlich, und über Davenport, Dubuque, nördlich von hier. Es sollen gegen 25,000 Americaner in diesem Jahre auf dem Wege nach den genannten Territorien sich befinden. In West-Jowa, am Missouri, Council-Bluffs, wo die meisten in große Züge zusammentreten, sind die Blattern ausgebrochen. Zu diesem Unglücke hat sich noch Mangel an Lebensmitteln gesellt, wie auch Rauhheit des Wetters, und in ihrem Leiden sollen viele von dort umgekehrt sein. Dies ist nun freilich unsern Landsleuten von Deutschland, wenn sie sich auf dem Atlant. Ocean befinden, nicht möglich. Aber diese Unbequemlichkeit ist mit den Gefahren jener Wanderzüge zu Land, welche 3—4 Monate dauern, nicht zu vergleichen. Die Erzählungen, welche man über die Wanderungen an den Küsten des Stillen Meeres vernimmt, sind — wenn man von den Leiden absieht, äußerst interessant. Bei Coucil-Blouffs oder Saint Joseph, wo eine längere Rast gemacht wird und das Zugvieh Erholung und Weide von größerer Dauer genießt, ist z. B. die weite Fläche von Wagen, Zelten und Feuern bedeckt. Dazwischen herum bewegen sich die Männer, besorgen die Frauen die fliegende Küche und Wäsche, und springen die Kinder. (Man denke: im Frühjahre 1849 sammelten sich dort in einem Zeitpuncte 30,000 Wanderer und ihre Züge hatten öfter eine Länge von 10 Meilen, denen ununterbrochen andere folgten.) Da und dort sitzt eine Gruppe um das Feuer eines hell auflodernden Baumes und Nachts gewährt diese rastende „Völkerwanderung," deren Leben noch in einzelnen Gesprächen und Rufen und friedlichem Brüllen des Weideviehs sich kund gibt, einen merkwürdigen Anblick, ein das Gemüth und die Gedanken bewegendes Bild. Gießt aber der Regen seine Wasser, dann schützen die auf dem Boden der Zelte ausgelegten Bretter, worauf denen ein Lager bereitet ist, welche in den bedeckten Wagen keinen Raum mehr finden, höchst unzureichend. Der zähe Yankee erträgt mit seinem unübertrefflichen Gleichmuthe die Strapaze am Besten. Doch unterliegen auch ihrer Manche im Verlaufe der Reise. Von dem Zugvieh dauert das Maulthier am besten aus.

Das Landrathsgesetz. Nachdem wir schon vor mehreren Wochen das Gesetz über die Distriktsräthe mitgetheilt, haben wir noch das über die Landräthe nachzutragen. Dasselbe lautet:

Art. 1. Jeder Regierungsbezirk bildet eine Kreisgemeinde und in jedem derselben besteht als Vertreter dieser Corporation ein Landrath.

Art. 2. Derselbe wird gebildet: a) aus den Vertretern der Distriktsgemeinden des Regierungsbezirkes; b) aus den Vertretern derjenigen Städte des Regierungsbezirkes, welche der Kreisregierung unmittelbar untergeordnet sind; c) aus den Vertretern derjenigen Grundbesitzer, welche nach dem Steuerdefinitivum mindestens 25 fl. als Grundsteuer-Simplum, oder, wo das Definitivum nicht eingeführt ist, eine jenem Betrage entsprechende Grundsteuergröße entrichten; d) aus drei Vertretern der wirklichen selbstständigen Pfarrer; e) in jenen Regierungsbezirken, in welchen sich eine Universität befindet, aus einem Vertreter dieser.

Art. 3. Die Wahl der Vertreter der Distriktsgemeinden (Artikel 2 lit. a) findet in der Art statt, daß je zwei der Distrietsräthe des Regierungsbezirkes in einen Wahlkörper vereinigt werden, und unter der Leitung eines von der Kreisregierung hiezu berufenen Verwaltungsbeamten mit absoluter Stimmenmehrheit durch Stimmzettel Einen Abgeordneten zum Landrathe und Einen Ersatzmann in zwei getrennten Wahlhandlungen wählen. — Kann ein Distriktsrath mit einem zweiten deßhalb nicht vereinigt werden, weil die Gesammtzahl der Distriktsräthe eine ungerade ist, so hat derselbe dennoch einen Abgeordneten und einen Ersatzmann zu wählen.

Art. 4. Die Vertreter der einer Kreisregierung unmittelbar untergeordneten Städte (Art. 2 lit. b.) werden in der Art bestellt, daß für jede dieser Gemeinden Ein, in Städten von mehr als 30,000 bis zu 60,000 Seelen zwei, in den Städten von mehr als 60,000 Seelen für je 20,000 Seelen mehr Ein weiterer Vertreter und ebenso viele Ersatzmänner durch die in einen Wahlkörper vereinigten Magistrate und Gemeindebevollmächtigten unter Leitung des Bürgermeisters mittelst Wahlzettel nach absoluter Stimmenmehrheit in zwei getrennten Wahlhandlungen gewählt werden. — In Städten von mehr als 60,000 Seelen wird ein Restbetrag von mehr als 10,000 Seelen der vollen Anzahl von 20,000 Seelen gleichgeachtet.

Art. 5. Die Vertreter des großen Grundbesitzes (Artikel 2 lit. c.) sind mit Ein Viertel der Zahl der Vertreter der Distrietsgemeinden (Art. 3) zu wählen. — Zu diesem Behufe werden die im Artikel 2 lit. c. bezeichneten Grundbesitzer des Regierungsbezirkes höchstens in vier Wahlbezirke vertheilt und haben unter Leitung eines von der Kreisregierung hiezu bestimmten Verwaltungsbeamten die zugewiesene Zahl von Abgeordneten zum Landrathe und die Ersatzmänner in getrennten Wahlhandlungen mittels Wahlzettel und nach absoluter Stimmenmehrheit aus ihrer Mitte zu wählen. — Ergeben sich bei Berechnung des Viertheiles Bruchtheile, so werden dieselben, wenn sie die Hälfte oder darüber betragen, der vollen Zahl gleichgeachtet.

Art. 6. Die Antheile der katholischen und protestantischen Kirche an der Vertretung im Landrathe (Artikel 2 lit. d.) werden nach dem Zahlenverhältnisse der betreffenden Pfarreien durch die Kreisregierung festgesetzt. — Zum Behufe der Wahl wird der Regierungsbezirk in so viele Wahlbezirke eingetheilt, als Landrathsmitglieder von einer Confession zu wählen sind. — An einem geeigneten Orte des Decanates versammeln sich die Pfarrer desselben, um unter Vorsitz eines durch das Loos Gewählten durch absolute Stimmenmehrheit mittelst Wahlzettel aus ihrer Mitte einen Wahlmann zu wählen. — Die Function eines Secretärs versieht das jüngste Mitglied der Versammlung. — Diese Wahlmänner wählen ebenfalls durch absolute Stimmenmehrheit und mittelst Wahlzettel das Mitglied zum Landrath und einen Ersatzmann aus der Zahl aller in dem Wahlbezirk wohnenden wirklichen Pfarrer. — Vorsitzender und Secretär bei dieser Wahlhandlung werden vorher durch Wahl oder durch das Loos bestimmt.

Art. 7. Der Vertreter einer Universität (Art. 2 lit. e.) wird unter Leitung des Rectors von den ordentlichen Professoren aus ihrer Mitte nach absoluter Stimmenmehrheit mittelst Wahlzettel gewählt.

Art. 8. Wählbar sind als Vertreter der Distrietsge-

meinden und der einer Kreisregierung unmittelbar untergeordneten Städte (Art. 2 lit. a. und b.) die für die Stelle eines Districtsrathes wählbaren Gemeindeglieder des Wahlbezirkes, für welchen die Abordnung zu geschehen hat. — Wahlstimmberechtigt und wählbar bei der Wahl der Grundbesitzer (Art. 2 lit. c) sind diejenigen derselben, welche baierische Staatsbürger sind, und keinem der Ausschließungsgründe unterliegen, die von der Wahl der Gemeindevertretungen ausschließen. — Sämmtliche Mitglieder des Landrathes müssen das 30ste Lebensjahr zurückgelegt haben. — Die Giltigkeit jeder Wahl ist durch die Abstimmung von zwei Drittheilen der Wähler bedingt.

Art. 9. Die Mitglieder der beiden Kammern des Landtages können, so lange diese ihre Eigenschaft verfassungsmäßig dauert, nicht zugleich Mitglieder des Landrathes sein. — Wird ein Mitglied des Landrathes in eine der beiden Kammern berufen, so hört dasselbe mit der Annahme der Stelle im Landtage auf, Mitglied des Landrathes zu sein.

Art. 10. Außer dem im Art. 9 Absatz 1 bezeichneten Falle kann eine Ablehnung oder freiwillige Niederlegung der Wahl nur aus denselben Gründen stattfinden, aus welchen die Wahl zum Districtsrathe abgelehnt oder niedergelegt werden kann. — Die deßfallsigen Gesuche sind bei dem Landrathe anzubringen, und werden von diesem ohne Zulassung einer Berufung beschieden. — Der Verlust der die Wählbarkeit bedingenden Eigenschaften hat den Austritt zur nothwendigen Folge.

Art. 11. Bei eintretender Erledigung der Stelle eines Landrathes tritt für den Ausgeschiedenen dessen Ersatzmann auf die Dienstesdauer ein, welche jener noch zu erfüllen gehabt hätte. — Ist kein Ersatzmann mehr vorhanden, so findet eine außerordentliche Wahl statt. (Schluß f.)

München, den 30. Juni. Das kgl. Staatsministerium des Innern hat verfügt, daß in Zukunft keinem Gesuche mehr um Ertheilung der Allerhöchsten Bewilligung zur Verloosung von Realitäten ein Folge gegeben werde.

Die Fragen, welche das Ausscheiden unseres Cultusministers vor ein paar Wochen veranlaßten, scheinen immer brennender zu werden und dürften vor der Hand nur durch die allseitigen Badereisen ausgesetzt sein. (F. J.)

Berlin, den 29. Juni. Von gut unterrichteter Seite wird versichert, daß die Reihe der Maßregeln, welche die dänische Regierung mit der Entlassung der Kieler Professoren eröffnet hat, noch nicht als geschlossen zu betrachten ist. Man will hier von weiteren Absichten einer aller Versöhnlichkeit sich verschließenden Verwaltung wissen. Die Acte der Rachsucht, die man noch vor hat, beziehen sich auf den gesammten Elementarlehrerstand in den Herzogthümern, in welchem man die gefährlichsten Werkzeuge der insurrectionellen Propaganda, d. h. die berufensten Conservatoren des deutschen Elements, entdeckt haben will. (Corr.-Bur.)

Frankreich.

Paris, den 26. Juni. Auch die Presse unterfängt sich wieder, da und dort freier das Haupt zu erheben. In Noyon hat der Ami de l'Ordre sich erfrecht, Sätze aufzustellen, wie diese: „Die Gewalt wird es doch nicht zu einem solchen Grad von Thorheit treiben, daß sie sich überredet, mit Warnungen, Unterdrückungen und Verurtheilungen gegen diese Macht (die Presse), die ihr als Controle zur Seite gestellt ist, Recht zu behalten,“ und ein andermal: „die Geschichte ist da, zu sagen, daß der Name Bonaparte kein Talisman ist, der gegen Sturz verwahrt,“ ja in der Nummer vom 20. Juni hatte es sogar die Juliusregierung auf Kosten der jetzigen gepriesen, und dieser einen retrograd für die öffentlichen Freiheiten verderblichen Gang zum Vorwurf gemacht. Für diese Unehrerbietigkeit ist dieses Blatt billigerweise verwarnt, und ihm bedeutet worden, daß der Sturz Napoleons sich mit dem Karls X. und Ludwig Philipps nicht vergleichen lasse, da jener vor einer europäischen Coalition, diese durch Volksbewegungen gefallen seien, und endlich, daß L. N. Bonaparte am 2. Dec. nur die Anarchie gebrochen, die wahre Freiheit aber hergestellt habe!!

Die „große Nation“ hat nicht blos in so manchen geistigen, sondern auch in einer der wichtigsten materiellen Fragen auf den Ruhm der Initiative verzichtet, sie nimmt in der Eisenbahnconcurrenz ihre Stelle bedeutend im Nachtrab ein. Das Journal des Debats findet das beschämend. Es gibt über den Stand des Eisenbahnbauwesens folgende Uebersicht nach Kilometern: Vereinigte Staaten 16,452; England 11,200; Deutschland 8547; Frankreich 3472; Belgien 851; Rußland 320; Italien 272.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1099²] **Winzinger Kirchweihe.**

Nächsten Sonntag, als am 4., dann am 5. und 6. Juli,

wird die **Winzinger Kirchweihe** und **Jahrmarkt** abgehalten.

Großes Tapetenlager

eigener Fabrik,

sowie auch Fensterrouleaux,

anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,

bei **v. Derblin & Pehl,**

breite Straße dem Kaufhause gegenüber

[1057¹⁶] in Mannheim.

[1051] **Niederländische**

Dampf- **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an

von Ludwigshafen am Rhein täglich:

4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.

Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.

Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,

„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.

Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.

Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 161 | den 6. Juli 1852.

* Schweizerische Zustände.

Zweiter Artikel — Neuenburg.

Neuenburg sammt Valengin umfaßt nur 16 Quadratmeilen, worauf etwa 60,000 Menschen wohnen. Der Boden ist keineswegs allenthalben fruchtbar, vielmehr herrscht in den höhern Gegenden ein 7- bis 8monatlicher Winter, der dort selbst in den Gärten keine Obstbäume und keine Blumen gedeihen läßt. Die Gewerbsindustrie, insbesondere die Uhrenfabrikation, ist dagegen ansehnlich. Preußen zog indessen aus dem Besitze des ohnehin unbedeutenden Ländchens seit Friedrich des II. Zeiten keinen materiellen Vortheil mehr.

Die „Rechte des Königs von Preußen auf Neuenburg" sollen nun „wiederhergestellt" werden. Welcher Art sind diese Rechte?

Im Jahre 1707 starb die letzte Fürstin von Neuenburg, ohne nähere Erben. Darauf Erbansprüche von allen Seiten. Die Frage, wer nun die Regierung des Ländchens zu führen habe, ward von den „drei Ständen" (trois-états) entschieden, welche allerdings die höchste Justiz übten, allein — was hier das Entscheidende — welche die einzige gesetzliche Volksvertretung bildeten. Unter den Bewerbern befand sich der König von Preußen. Sein Gesandter erwähnte „Erbansprüche" seines Herrn kaum leise; er hob aber die politischen Vortheile hervor, welche eine Verbindung mit Preußen dem Ländchen gewähren werde, und dabei ward auf die kirchlichen Verhältniße ein ganz besonderes Gewicht gelegt, um so mehr, als der Widerruf des Edicts von Nantes und die Verfolgung der Protestanten in dem angränzenden Frankreich, den reformirten Neuenburgern sehr natürlich grauenhaft vorschwebte. Auch an Geld- und sonstigen Mitteln ließ man es nicht fehlen. Wie dem sei, das Volk von Neuenburg übte im Jahre 1707 das Recht der Selbstbestimmung, indem es den König von Preußen zu seinem Fürsten erwählte. Es war um so mehr eine freiwillige Wahl, als dieselbe an gewisse Bedingungen geknüpft wurde. Er und jeder seiner Nachfolger mußte dem Ländchen insbesondere die Erhaltung seiner „vollen Unabhängigkeit und Unveräußerlichkeit" feierlich geloben (toute son indépendence, inaliénabilité, et indivisibilité,) ebenso seine alten Privilegien.

Unter Friedrich dem II. wurde einmal dies alte Herkommen (die coutumes) verletzt; die Gefälle wurden verpachtet, selbst an Ausländer. Dies rief einen Aufstand hervor, welcher unterdrückt ward. Allein Friedrich, hierin wirklich der Große, hielt damit die Sache keineswegs abgethan. Er untersuchte die Quelle der Unzufriedenheit; er that, was heute eine eingebildete „staatsmännische Weisheit" zur Verzweiflung bringen würde, er — stellte das verletzte Recht vollkommen wieder her. — In seinen hinterlassenen Werken, Bnd. 9. S. 360, findet man folgende, für das ganze Rechtsverhältniß bezeichnende Stelle: „Die Conventionen, auf welche das dortige Volk (in Neuenburg) seine Freiheit und seine Privilegien gründet, sind mir ehrwürdig, und ich schließe meine Macht in die Grenzen ein, die es selbst bestimmt hat, als es sich meinem Hause unterwarf."

Die allerbestimmteste der Bedingungen, welche die preußischen Könige gelobten, ward indessen in der Neuzeit unbestreitbar verletzt: die Unveräusserlichkeit. Nicht etwa erst in Folge der Niederlage von Jena, sonach nicht in Folge des äussern Zwanges, sondern fast ein Jahr vor jener Niederlage, veräusserte der König von Preußen Neuenburg an Napoleon. Es ging mit in den Kauf für Hannover, welches bekanntlich damals zu einer preußischen Provinz gemacht ward.

Napoleon verschenkte das Ländchen an seinen Marschall Berthier. Nach dem Sturze des gewaltigen Kaisers kam es wieder an Preußen. Kraft welches Rechtes? Kraft des Erbrechtes? Dieses war jedenfalls durch den Tauschvertrag von 1805 aufgehoben. Kraft Wahl und Willen des Volkes? Die Einwohnerschaft ward aber gar nicht befragt. — Genug, in der Wiener Congreßacte ward bestimmt: „Nachdem Se. Maj. der König von Preußen in Folge des letzten Krieges wieder in den Besitz mehrer Provinzen und Territorien gelangt ist, welche durch den Tilsiter Frieden abgetreten worden, so ist anerkannt und durch gegenwärtigen Artikel (23) erklärt, daß Se. Maj., deren Erben und Nachfolger von Neuem wie zuvor in voller Souveränität und vollem Eigenthum die folgenden Länder besitzen werden, nemlich: ... das Fürstenthum Neuenburg und die Grafschaft Valengin. ..." Wir wollen hier nur im Vorbeigehen erwähnen, daß der ganze Artikel eigentlich auf Neuenburg gar nicht paßt, weil Preußen dasselbe niemals „in vollem Eigenthum" rc. besessen hatte, und weil es schon beinahe 2 Jahre vor dem Tilsiter Frieden an Preußen abgetreten worden war. Wie dem sei, bei der Wiedervereinigung von Neuenburg mit der Schweiz im Jahre 1815 war folgende Bestimmung maßgebend: „Der souveräne Staat Neuenburg wird als Kanton in die schweizerische Eidgenossenschaft aufgenommen. Diese Aufnahme findet unter der ausdrücklichen Bestimmung statt, daß die Erfüllung aller Verpflichtungen, welche dem Staate Neuenburg als Glied der Eidgenossenschaft obliegen, die Theilnahme dieses Standes an der Berathung der allgemeinen Angelegenheiten der Schweiz, die Ratification und Vollziehung der Beschlüsse der Tagsatzung, ausschließlich die in Neuenburg residirende Regierung betreffen werden, ohne daß dafür eine weitere Sanction oder Genehmigung erforderlich sei." Die Eidgenossenschaft kennt danach gar keinen Fürsten von Neuenburg und Valengin, sondern lediglich einen Staat und zwar einen souveränen Staat Neuenburg. Die Eidgenossenschaft anerkennt ferner nur die in Neuenburg residirende Regierung.

Es ist bekannt, daß die Bevölkerung von Neuenburg, der unnatürlichen Stellung müde, die Verhältniße des Jahres 1848 benützte, das preußische „Fürstenthum" abzuschütteln; ebenso, daß die gesammte Schweiz die Zeitverhältniße richtig würdigte, und sich statt der aufgezwungenen, eine naturgemäße, zweckmäßige Verfassung gab, wobei Neuenburg ebenso wie jeder andere Kanton als Theil der Republik erscheint.

Nun ergibt sich dermalen folgendes Verhältniß: Neuenburg ist Kanton der Schweiz und die neue eidgenössische Verfassung von 1848 sagt in ihrem § IV. lit. b.: „Der Bund übernimmt die Gewährleistung der Kantonalverfassungen, insofern sie die Ausübung der politischen Rechte nach republicanischen Formen sichern." Das Schicksal der jungen Republik ist somit innig und untrennbar mit dem Bestehen der neuen Bundesverfassung verknüpft und eine Restauration des Fürstenthums Neuenburg nur möglich mit einer Vernichtung der neuen Bundesverfassung. Dessen sind sich auch die Reactionärs aller Länder und namentlich der Schweiz bewußt, — darum handelt es sich in Wirklichkeit!

Für Preußen hat die Frage practisch gar kein Interesse. Was könnte es damit gewinnen, wenn die alte Einrichtung wiederhergestellt würde, d. h. in Wirklichkeit: was könnte es gewinnen, wenn die Patricierfamilien, welche das Regiment ausschließlich führten, wieder zur Gewalt gelangten?

Man hat sich gewundert, daß die franz. Regierung an dem Londoner Protokolle sich betheiligte, worin die „Rechte des Königs von Preußen" auf Neuenburg speciell anerkannt sind. Wir wundern uns nicht im Entferntesten darüber. Erscheint Neuenburg wieder als Preußisches Fürstenthum, so ist Frankreich die bequemste Gelegenheit geboten, sich im Falle eines Krieges nicht nur des angrenzenden schutzlosen „preußischen Fürstenthums" zu bemächtigen, sondern ganz besonders seinerseits für dasselbe einen Abgeordneten in die Schweizerische Nationalversammlung zu senden, und die Schweiz im franz. Interesse, und gegen die dem Lande zugesicherte „Neutralität" in die großen Wirren hereinzuziehen. Eben darum sollte man aber auch deutscher Seits froh sein, daß jene Zwitterstellung Neuenburgs aufgehört hat.

Was übrigens die Gesinnung der Neuenburger selbst betrifft, so unterliegt es gar keinem Zweifel, daß dieselbe entschieden schweizerisch und antipreußisch ist, und die eben stattfindenden Versuche einer reactionären Minorität werden dies selbst unter den jetzigen Zeitverhältnißen und troz aller angewendeten Mittel, unzweifelhaft aufs Neue darthun.

Deutschland.

* **Speyer**, den 4. Juli. In den nächsten Tagen finden die Districtsrathswahlen statt. Während wir uns jedes Wortes enthielten, das in dieser, wesentlich die innern Localverhältniße der Districte betreffenden Angelegenheit, als eine Aufstachelung des Parteihasses ausgelegt werden konnte, fordert die subventionirte Pfälzer Ztg. gerade dazu auf, die Wahl zu einer Parteisache zu machen und Gegner der Democratie zu wählen.

Nachdem in solcher Weise rein muthwillig der Fehdehandschuh hingeworfen ist, werden die Wähler wissen, woran sie sind. Und wenn wir auch selbst auf diese ebenso unverständige als unprovocirte Herausforderung den Wählern nicht als Gegensatz etwa zurufen: „wählt nur Democraten," so wollen wir dieselben wenigstens darauf hinweisen, wie nothwendig es ist, solche Männer in die Districtsräthe zu bringen, welche auch den Muth besitzen, unpractischen Planen der ohnehin den Vorsitz führenden Beamten vorkommenden Falles zu widersprechen. Wer darauf keine Rücksicht nehmen will, möge es auch hintennach unterlassen, sich darüber zu beschweren, wenn die Districtsräthe den Beutel der Steuerbaren für Ausgaben in Anspruch nehmen, die ihm selbst nicht anstehen. Denn um Geldmittel wird es sich naturgemäß am meisten handeln. — Die Frage ist aber um so wichtiger, weil die Districtsräthe bekanntlich auch die Mehrzahl der Mitglieder des Kreislandraths zu wählen haben, der seinerseits die Kreisumlagen zu bestimmen hat, für welche bekanntlich in der Pfalz nur selten weniger als 50 Beischlagprocente zur Staatssteuer erhoben werden, während allerdings in den 7 jenseitigen Kreisen diese Rücksicht in den Hintergrund trit, weil dort nur 5, 6 oder höchstens 7 Beischlagprocente nothwendig sind.

München, den 1. Juli. König Ludwig und Königin Therese haben nun ihre Abreise nach der neuerbauten Villa „Ludwigshöhe" in der Pfalz auf den 4. Juli festgesetzt, und werden somit am 6. d. M. Abends dort eintreffen. Der Aufenthalt König Ludwigs daselbst soll bis zum Spätherbst dauern.

Die schon seit einiger Zeit gegen den kürzlich quiescirten Oberauditor Dörrer schwebende Untersuchung wegen seiner früheren Amtsthätigkeit als Rath am hiesigen Kreis- und Stadtgericht scheint in ein neues Stadium getreten zu sein, denn seit gestern ist die Wohnung Dörrers von einem Militärposten besetzt. (A. Z.)

Der Kommandant der bayr. Festung **Rosenberg**, Generalmajor v. Madroux, hat vom Prinz-Präsidenten Louis Napoleon eine mit Brillanten besetzte Tabatière im Werthe von 5000 Francs als Geschenk erhalten. Hr. v. Madroux hatte sich, als er noch Rittmeister war, des jungen Prinzen Louis Napoleon während seines Aufenthalts zu Augsburg (1817—25) angenommen und im J. 1822 die Großmutter des Prinz-Präsidenten, Frau Lätitia Bonaparte, von Augsburg nach Rom begleitet.

Würzburg, den 30. Juni. Zu einer unlängst gebrachten Notiz, betreffend die Heilung eines Starrkrampfes im Juliusspitale durch Cannabis indica, kann nachgetragen werden, daß die Anwendung dieses Mittels sich bewährt hat und die Heilung vollständig gelungen ist. (F. K.)

Karlsruhe, den 28. Juni. Der zum Tod verurtheilte Oberst v. Vogelbach hat bis jetzt weder um Gnade gebeten noch ein Cassationsgesuch eingereicht.

Mainz, den 2. Juli. Bei Fortdauer der schönen Erndteaussichten gingen die Getreidepreise im Laufe dieser Woche nicht unbedeutend zurück; trotzdem war der Umsatz sehr unbedeutend, da es an fremden Käufern fehlte.

Stuttgart, den 30. Juni. Zur Erhöhung der Sonntagsfeier dürfen künftig an Sonn- und Festtagen während des Vormittags- und Nachmittagsgottesdienstes weder Briefe angenommen noch ausgegeben werden.

Hannover, den 1. Juli. A. L. von Rochau ist (wie man der „Ztg. für Norddeutschland" meldet) wegen seiner Broschüre „vier Wochen französischer Geschichte" auf Requisition der französischen Regierung von der sächsischen wegen Beleidigung eines fremden „Regenten" angeklagt.

Berlin, den 1. Juli. Da die Staaten der Darmstädter Verbindung sich bis jetzt über ihre eigentliche Stellung zu dem Septembervertrage nicht ausgesprochen hatten, so mußte mit der Beendigung der vertraulichen Besprechungen über diese Angelegenheit für Preußen die Nothwendigkeit eintreten, schließlich nochmals den Zweck der Conferenz hervorzuheben. Die königliche preußische Regierung hat nun heute diesen Schritt mit derjenigen Rücksicht gethan, welche der Ernst der Sache erfordert. Der Inhalt des Septembervertrages war im Allgemeinen durch die Berathungen erschöpft. Der königl. preußische Kommissarius sprach in der heutigen Sitzung Namens seiner Regierung über deren Auffassung der Sachlage. Er wies in seiner Erklärung zunächst auf die frühere Auslassung vom 7. Juni hin. Da Preußen die Vorschläge der verbündeten Staaten über die Stellung zu Oesterreich habe ablehnen müssen, so entbehrte sie der allseitigen Zustimmung, weßhalb dieser Punct als erledigt zu betrachten sei. Die Lage der Verhältniße dringe aber auf eine Entscheidung, weßhalb Preußen den Wunsch ausspreche, daß nun in kürzester Frist die Entscheidung derjenigen Staaten über die Annahme des Septembervertrages erfolgen möge, in deren Interessen ein Festhalten der in Beziehung auf Oesterreich gemachten Vorschläge liege. Dieses soll der Sinn der Erklärung des preußischen Commissarius gewesen sein. Ein bestimmter Termin zur Rückäußerung der Staaten ist nicht festgesetzt. (Köln. Ztg.)

Aus Thüringen, den 27. Juni. Die Coburg-Gothaische Verfassung (nemlich die neue!) wird wahrscheinlich das Schicksal so vieler andern theilen, das heißt nicht zu Recht bestehen bleiben, und zwar dürfte die Bundesversammlung auch diese Nath nicht auftrennen!!

Wien, den 29. Juni. Der Criminalproceß gegen die des Betruges gelegenheitlich der Militäreinquartierung angeklagten Bürger und Beamten gewinnt fortwährend an Ausdehnung und fördert eine Menge pikanter Details ans Tageslicht. Nicht uninteressant dürfte es sein, zu erfahren, daß die Betrüger der Gemeinde in ihren Einquartirungsrechnungen Regimenter fungiren ließen, welche die Hauptstadt seit 30 Jahren nicht gese-

hen haben; sie rechneten in ihrer Unbefangenheit darauf, daß Niemand sich die Mühe geben werde, Alles im Detail zu prüfen. Als sie endlich die Bedeutung der Stadtbuchhaltung zu begreifen anfingen, wollten sie auch den Magistratsbuchhalter ins Einverständniß ziehen, doch dieser Biedermann wies den schimpflichen Antrag mit Entrüstung zurück, und auf diese Weise erfolgte die Entdekkung des großartigen Unterschleifs, der absichtlich geringer angegeben wird, um die allgemeine Indignation nicht noch zu steigern, sich aber ohne Zweifel auf 1 Million Gulden belaufen dürfte. Zwei der gefänglich Eingezogenen sind bereits in der Untersuchungshaft gestorben; auch von etlichen Selbstmordversuchen will man gehört haben, die übrigens vereitelt worden sind und vielleicht auch gar nicht ernstlich gemeint waren. Wir müssen noch bemerken, daß die Mehrzahl der Verhafteten zu der Classe der Berggesinnten gehörten, d. h. zu jener Kategorie von Menschen, die ihre Schlechtigkeit hinter Loyalität zu verbergen wissen, um Straflosigkeit für ihre Verbrechen zu gewinnen. Unter ihnen befindet sich auch ein Wirth, der bei allen Illuminationen sich hervorzuthun suchte und beim Ausbruch der Octoberrevolution sich zum Grafen Auersperg ins Hauptquartier begab und sich als ehemaliger Cuirassier zum Felddienst gegen die Wiener erbot, eine Komödie, bei der es, da der Betreffende ein alter Mann ist, lediglich auf die Erlangung einer Decoration abgesehen war. (Bresl. Ztg.)

Schweiz.

Bern, den 1. Juli. Das eidgenössische Budget für das Jahr 1853 zeigt an Einnahmen 12,565,000 Fr., an Ausgaben 12,025,000 Fr., somit einen Ueberschuß der Einnahmen von 540,000 Fr. Der muthmaßliche Vermögensstatus auf 31. Dec. 1853 wird sein: 12,619,470 Fr.

Waadt. Hr. Thiers, der sich bekanntlich nach Vevis begeben hat, wird wohl den Kanton wieder verlassen müssen, da der Bundesrath gegen ihn so gut wie gegen andere französische Flüchtlinge die Internirung verhängt hat. Nach den Erklärungen, die der „Nouvelliste vaudois" über die Maßregel gibt, sei indeß diese keine definitive, sondern noch von nähern Erkundigungen abhängig.

Frankreich.

Paris, den 26. Juni. Zwei Pariser Journale, die so ziemlich an den beiden entgegengesetzten Polen der Meinungsreihe stehen, der Siècle und die Assemblée Nationale sind mit einer Warnung bedroht. Der Siècle hatte heute das Deportiren getadelt und Mitleid für die Deportirten verlangt. Die Assemblée Nationale wurde neulich wegen des entgegengesetzten Verstoßes — sie hatte die Deportation des Hrn. Soucome verlangt und das Mitleid getadelt — officiös verwarnt. Heute war nun die Assemblée Nationale weder durch Loben noch durch Tadeln, sondern durch bloßes Fragen in denselben Fall gerathen: sie wünschte nämlich bloß zu wissen ob der Präfect Randouin, der gegenwärtig die Bourbonen verläugnet (Anspielung auf die Verwarnung des Ami de l'Ordre in Noyon) derselbe sei der sie einst anbetete.

Paris, den 30. Juni. Statt einer allgemeinen oder irgend umfassenden Amnestie, die vom Ministerrathe verworfen wurde, tröpfeln immer einzelne Gnadenacte, aber was für Gnadenacte! Die beiden zum Tode verurtheilten Decemberinsurgenten Millelot und Roux aus dem Nievre-Departement (man darf bei diesen Insurgenten nie vergessen, daß sie sich für die Verfassung gegen den Staatsstreich erhoben) sind zu „lebenslänglicher Zwangsarbeit" begnadigt worden! Hieraus wie aus andern ähnlichen Akten will man schließen, „daß die allgemeine Amnestie thatsächlich vorbereitet werde!" Unterdessen erhält man Bericht, daß wieder ein Transport von unglücklichen Deportirten in Cayenne angekommen ist. (S. N. Z.)

Der „Religionsfreund" hat es gerügt, daß der Präsident in seiner Botschaft gesagt hat: „Die Armee hat sich vor dem Bilde Gottes, das ihr von der Höhe des Altares vorgezeigt wurde, auf die Kniee geworfen." „Da der Erzbischof — sagt der „Religionsfreund" — der Armee die reine Hostie vorhielt, so war es nicht das Bild Gottes, sondern Gott selbst, und es hätte demnach heißen müssen: die Armee hat sich vor Gott, der ihr präsentirt wurde, niedergekniet." Und in der That bringt der „Moniteur" eine Berichtigung der bezüglichen Stelle in der Botschaft, der zufolge es heißen muß: „das ihr auf der Höhe des Altars vorgezeigt wurde." In diesem Sinne bezieht sich das Bild Gottes auf das Kruzifix am Altare und nicht auf die Hostie!

— den 1. Juli. Gestern Abends und heute früh wurden von der Policei dahier 25 Individuen verhaftet, wider welche die Beweise eines Complottes gegen die Sicherheit des Staates vorligen sollen. Dreizehn derselben wurden gestern in einem Hause der „Rue de la Reine Blanche" an der Barriere von Fontainebleau bei der Anfertigung von Pulver und Zurüstung von Schießinstrumenten auf frischer That ertappt. Man fand eine Anzahl Gasleitungsröhren vor, die wie Gewehrläufe eingerichtet waren. Gleichzeitig wurden Papiere mit Beschlag belegt, aus denen hervorzugehen scheint, daß es sich um ein socialistisches Rache- und Revolutionscomplott handelt. Die zwölf anderen Individuen wurden heute Morgens auf die vorgefundenen Anzeichen hin verhaftet. Das Haupt der Verschwörung ist der gewesene Volksvertreter Viguier.

Das hiesige permanente Kriegsgericht hat den nach Belgien geflüchteten Exrepräsentanten und Artilleriecapitän Bruckner zum Verluste seines Grades und in die Kosten verurtheilt. — Aus den Departements meldet man einzelne Begnadigungen politischer Verurtheilten.

Großbritanien.

London, den 30. Juni. Ein blutiger Streit hat gestern Abend in Stockport zwischen irländischen Katholiken und englischen Arbeitern stattgefunden, zu welchem die Proclamation gegen die Prozessionen der Katholiken die nächste Veranlassung gegeben haben soll. Einige Personen wurden getödtet, viele verwundet und über 70 verhaftet. Die Irländer hatten den Streit mit dem Einwerfen der Fenster einer protestantischen Schule begonnen; überhaupt wurde vieles Eigenthum zerstört.

Neueste Nachrichten.

München, den 2. Juli. Der Erzbischof Graf von Reisach wird um die Mitte Julis in München zurückerwartet. Nach seiner Rückkehr sollen die bayerischen Bischöfe und Erzbischöfe wieder eine Zusammenkunft haben. (B. E.)

Frankfurt, den 3. Juli. Man vernimmt von einer Note der niederländischen Regierung an sämmtliche deutsche Regierungen, welche in den letzten Tagen den Gesandten bei dem Bunde übergeben wurde, worin dieselbe das Ersuchen stellt, die Colonisation ihrer überseeischen Besitzung Surinam, in welcher sie deutschen Einwanderern alle nur mögliche Vergünstigungen zu Theil werden zu lassen bereit sei, zu fördern. Die betreffende Note soll dazu gedient haben, dem schon seit längerer Zeit ventilirten Gedanken, überseeische deutsche Strafcolonien zu gründen, einen positiven Ausgangspunkt zu geben. (F. J.)

Berlin, den 1. Juli. Die Gegenerklärung der Staaten des Darmstädter Bundes auf die preußische Erklärung vom 7. Juni soll den 7. Juli (?) abgegeben werden. Die Gegenerklärungen der Coalitionsstaaten sind angeblich nicht entscheidender, sondern lediglich hinausschiebender Natur. Es wird darin nichts bestimmt zugegeben, sondern von Seiten Preußens ein Nachgeben erwartet. (M. J.)

Trier. Nach der Saar- und Mosel-Zeitung erklärte der König bei seiner Durchreise der Deputation der Handelskammer aus Luxemburg, welche sich für Erhaltung des Zollvereins ausgesprochen hatte, „daß seine Regierung ihr möglichstes thun werde, sonst aber zu befürchten

sei, daß der Zollverein in seiner jetzigen Gestalt nicht zusammengehalten werden könne."

Paris, den 2. Juli. Die „Patrie" enthält folgenden Artikel über das angebliche Complott: Ein Complott gegen die Sicherheit des Staates ist zu Paris entdeckt worden. 13 Individuen, sämmtlich mit den Flüchtlingen zu London im Verkehr stehend, wurden gestern Nachmittags um 5½ Uhr durch die vom Polizeipräfecten abgeschickten Commissäre Balestrins und Nusse in einem ganz isolirt gelegenen Hause der Straße de la Reine Blanche, bei der Barriere von Fontainebleau, verhaftet. Die Polizeiverwaltung war unterrichtet, daß Agenten der sogenannten Gesellschaft der Rächer, deren Hauptchefs in London sind, unter Leitung eines gewissen Viguier häufige Reisen nach Paris machten und daß sie gemeinsam mit Brüdern oder Freunden, welche im Viertel Mouttetard wohnten oder dort sich versammelten, einen Aufstand organisirten. In dem Augenblicke, wo die Agenten der Behörde erschienen, waren die Verschwornen beschäftigt, aus Gasröhren gußeiserne Kanonen von einem drei Zoll im Durchmesser haltenden Kaliber zu machen. Dieselben waren am einen Ende leicht ausgebogen und auf dieser Seite mit einem Streifen von starkem Leinen überzogen, das mit einer Art Theer getränkt war. Zehn dieser Geschützröhren, deren jede eine große Anzahl Kugeln fassen kann, waren schon ganz fertig und wurden saisirt. Sofort bewerkstelligte Nachsuchungen in dem vorerwähnten Hause haben, wie es heißt, den Beweis geliefert, daß die Verschwornen eine neue Schilderhebung der Demagogie bezweckten, und daß dieser Aufstandsversuch die Flüchtlinge zu London und Brüssel zu Anstiftern hatte.

Außer den in der Rue de la Reine Blanche und Nachts darauf in ihren Wohnungen verhafteten 25 Individuen hat die Policei in Folge der abgehaltenen Haussuchungen und vorgefundenen Indicien in der Nacht von gestern auf heute noch 84 Personen festgenommen. Die Verhafteten, so wie die Höllenmaschine, sind auf die Präfectur gebracht worden. Letztere war so schwer, daß sie bei ihrer Ankunft mitten in der Nacht durch das Gerassel des Wagens die Leute aus dem Schlafe aufweckte. Da das Complott als ein gegen die Sicherheit des Staates gerichtetes qualificirt wird, so muß der Staatsgerichtshof einberufen werden, dessen Organisation dem Senate bereits im Entwurfe vorliegt und nun ohne Zweifel schleunig decretirt wird.

Der Finanzminister hat die nöthigen Weisungen ertheilt, um den Generalen Lamoriciere, Bedeau, Leflo und Changarnier ihren Gehalt auszahlen zu lassen. Cavaignac bezieht bekanntlich, nachdem er seine Entlassung eingereicht, die ihm zustehende Pension. — Ein vom Kriegsgerichte zu Lyon zum Tode verurtheilter Decemberinsurgent ist hingerichtet worden. — Die Nationalgarde zu Elbeuf wird wahrscheinlich aufgelöst, weil sie die vorgeschriebene neue Uniform nicht tragen will!

— den 3. Juli. Selbst unter den jetzigen Verhältnissen können einige Zeitungen ihren Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Verschwörung nicht unterdrücken. Jedenfalls scheint es, daß die Geschichte ebenso wie einst die Höllenmaschine, benützt werden soll, die napoleonische Herrschaft um einen entscheidenden Schritt weiter zu bringen.

Das Kriegsgericht zu Montpellier hat in dem so lange dauernden Prozesse Bedarigue folgendes Urtheil gefällt: die 6 abwesenden Angeklagten sind zum Tode, von den anwesenden 29 sind 11 zum Tode, 5 zur Galeerenstrafe, 4 zur Deportation nach Noukahiva, 4 zur einfachen Deportation, verurtheilt, und 2 sind freigesprochen worden.

Die zehn Buchdruckereien, welche die Jesuiten in Paris und in dessen nächster Umgebung besitzen, haben über 500,000 Exemplare der Rede des Hrn. Montalembert abgezogen. Man findet sie überall, bei den Restauranten unter den Servietten, bei den Gewürzkrämmern als Gratiszugabe. Die Concierges stecken sie den Hausbewohnern in die Hand. Bei dem gestrigen Feste in Bercy vertheilten sie die Commissionnärs an den Straßenecken.

Das „Univers" facht den Streit über den Gebrauch heidnischer Classiker von Neuem an, indem es einen vom Bischof von Arras erhaltenen Brief veröffentlicht, worin sich dieser Prälat gegen die Classiker und sehr schmeichelhaft für das Univers ausspricht. Das Univers gebraucht die Vorsicht, das Schreiben mit keiner Bemerkung zu begleiten, so daß der neue Streit, wenn die Herausforderung angenommen wird, direct zwischen geistlichen Autoritäten geführt werden muß.

Nach den letzten Berichten kann man die Insurrection in Algerien als vollständig unterdrückt betrachten.

Kirchenstaat. Man schreibt aus der Romagna, daß zu Velletri, berühmt geworden durch die Schlacht zwischen den Neapolitanischen und Garibaldischen Truppen, die Einwohner die Steuereinnehmer fortgejagt haben und in großer Aufregung waren; der Cardinal Machi soll entflohen sein, und das dort garnisonirende Jägerregiment wollte sich zur Unterdrückung des Aufstandes nicht gebrauchen lassen.

London, den 2. Juli. Die Auflösung des Parlaments ist verkündet. — Am Mittwoch erneuerten sich zu Stockport die Excessen gegen die Irländer.

New-York, den 12. Juni. Aus Honduras erfährt man, daß die Insel Ruatan und 5 andere Inseln in der Bay von Honduras die britische Autorität nicht anerkennen wollen. Der unabhängige Staat Honduras soll ihnen den angesprochenen Schutz zugesagt haben. Man fürchtet ernste Verwicklungen mit England.

Tauris, den 26. Mai. Die Nachricht, daß Herat definitiv in Persien einverleibt worden sei, bestätigt sich vollkommen.

Miscellen.

Auf der Industrieausstellung zu **Breslau** fällt eine vom Grafen Renard eingelieferte Vase mit Blumenbouquet in das Auge, in den ausgezeichnetsten zierlichsten Formen, aber alles farblos, schwarz. Die Vase ist nämlich aus Steinkohlen gedreht, das Blumenbouquet von papierdünnem Eisenblech gefertigt. Dieses Eisenblech ist ohne Zweifel eines der merkwürdigsten Producte der Ausstellung. Wer sollte nicht staunen, wenn er erfährt daß von der dünnsten Sorte 7000 Quadratfuß auf den Centner gehen! Referent hat einen Brief gesehen, der auf einen solchen Eisenblech-Bogen, natürlich mit weißer Dinte, geschrieben war, der dessen ungeachtet kein doppeltes Porto zu tragen hatte. Von demselben liegt ein Album in Stahl gebunden vor. Diese Bleche können auch auf galvanischem Wege mit Kupfer überzogen werden. Erhitzt man dann dieselben gelinde, so läuft das Kupfer mit den schönsten irisirenden Farben an. Diese dünnen Eisenbleche möchten sich vortrefflich zu Theater-Decorationen eignen, da sie natürlich absolut feuersicher und nur um ein weniges schwerer sind als die gewöhnlich angewendete Leinwand.

Die Redaction des „Lichtfreundes" legt der Speyerer Ztg. ihre erste Nummer als Probeblatt bei.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1105] Zu dem
Hauptschießen in Neustadt a. d. H.
mit 40 Preißen im Werthe von 600 fl., welches am 18. 19 und 20. Juli nächsthin abgehalten wird, ladet freundlichst ein
Neustadt a. d. H., den 1. Juli 1852.
Der Vorstand der Schützengesellschaft.

[1106] **Mehrere Cigarrenarbeiter** und **Arbeiterinnen** können in einer bedeutenden Fabrik der Schweiz dauernde Beschäftigung erhalten.
Das Nähere ist zu erfragen bei Joseph Stockinger in Speyer.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 162 | den 7. Juli 1852.

☞ **Anzeige.** Es kann fortwährend auf die Speyerer Ztg. abonnirt werden; die seit Beginn des neuen Quartals erschienenen Nummern werden nachgeliefert. Die Bestellungen ausserhalb Speyer und der Umgebung dieser Stadt sind aber nicht an die Redaction, sondern an die den Bestellern nächste Posterpedition zu richten, und nur wenn der Betrag (in ganz Baiern vierteljährig 1 fl. 40 kr., halbjährlich 3 fl. 20 kr.) baar entrichtet wird, kann unverzügliche Besorgung von den Posterpeditionen gefordert werden. Dagegen sind wir ganz außer Stande, auswärtige Bestellungen zu besorgen, die bei uns direct gemacht werden.

Die Expedition der Speyerer Ztg.

* Schweizerische Zustände.

Dritter Artikel — **Freiburg.**

Der Umfang dieses Kantons beträgt 28 Quadratmeilen (ungefähr so viel, als der vierte Theil der Pfalz), seine Bevölkerung nur einige 90,000 Seelen. Das Land ist großentheils unfruchtbar. Lange nannte man es die „helvetische Wüste," dann das Uechtland, Nüchtland, und Oedland. Von rauhen, unfruchtbaren Gebirgen durchzogen, nicht berührt von größeren Straßen, war es noch zu Ende des 18. Jahrhunderts beinahe eine ganz unbekannte Gegend, wie jedes geographische Buch aus jener Zeit beweist. Alle Umstände wirkten zusammen, eine geistige Bildung des Volkes zu verhindern. So gehören die Bewohner Freiburgs noch heute zu den unwissendsten Schweizern. Blos der an Bern angränzende Bezirk Murten, mit beiläufig 9000 Menschen, bildet eine Ausnahme. Zwischen diesem und den übrigen Bezirken des Kantons besteht aber eine um so größere Kluft, als die Murtener Protestanten, die übrigen Freiburger Katholiken sind.

In diesen Gegenden, wie überhaupt überall, regierte sich das Volk ursprünglich selbst. Die Volksversammlung entschied über alle wichtigen Fragen des Gemeinwesens. Allmählig, und besonders seit dem 14. Jahrhunderte, brachten einzelne Geschlechter die Gewalt in ihre Hände. Die Bewohner der Stadt, und von diesen jene Familien, beherrschten das Land. Die Macht der Geistlichkeit war gleichfalls sehr groß. Die Patricier behaupteten indessen mit Erfolg ihre Herrschaft. Es kam 1677 dahin, daß der übermüthige Bischof Strambino das Land mit dem päpstlichen Bannfluche bedrohte. Der patricische Senat ließ sich aber nicht einschüchtern, sondern stellte dem Clerus seinerseits weltlichen Bann in Aussicht, indem er jeden, der dem angedrohten Fluch Folge gäbe, mit Landesverweisung und Vermögensconfiscation bedrohte. Die Geistlichkeit mußte nach vieljährigem Streite nachgeben, der römische Hof selbst sah sich genöthigt, zuzugestehen, daß kein „Fremder" mehr auf den bischöflichen Stuhl erhoben werde. — Auch im 18. Jahrhunderte änderte sich wenig. So war kaum die Aufhebung des Jesuitenordens in Rom decretirt, als die Regierung, auf das blose Gerücht von jener Verfügung hin, eiligst alle Capitalien und sonstiges Vermögen jenes Ordens in Beschlag nehmen ließ.

Indessen begann doch allmählig bei Manchen das Licht der Aufklärung zu dämmern. Insbesondere waren es das Landvolk und die ärmern Bewohner der Stadt, welche sich im Jahre 1781 wenigstens wegen der materiellen Bedrückungen gegen die Oligarchie erhoben. Dieser gelang es aber mit Berner Hülfe, den Aufstand alsbald niederzuschlagen. Die Zeit der franz. Revolution weckte im Stillen auch einige geistige Keime.

Nach Vernichtung der Napoleonischen Mediationsacte bemächtigten sich die Patricier sogleich wieder der Gewalt. Indessen waren wenigstens verschiedene unter ihnen, die einigen Sinn für Volksaufklärung besaßen. Das größte Verdienst aber erwarb sich —, der Franciskanermönch Gregor Girard. Nach dem Beispiele Pestalozzi's und Fellenberg's rief er ein gutes Schulwesen ins Leben. Dieser edle, tugendhafte und in verschiedenen wissenschaftlichen Zweigen ausgezeichnete Mann, vereinigte ungeheuchelte Bescheidenheit mit einem Herzen voll Wärme für das Wohl seiner Mitmenschen; er hatte sich ihre geistige Bildung in dem Kantone zur Aufgabe seines Lebens gemacht. — Bald aber ward ihm entgegengewirkt. Der Bischof Jenni, der früher Girards Unterrichtswesen in Zuschriften an die Regierung nicht genug loben gekonnt, ward sein erbitterter Gegner. Nun fehlte es auch nicht an den schmähligsten Verläumdungen des edeln Mannes. Der Ultramontanismus stellte dem Patricierthum in Aussicht, daß auch die weltliche Macht, ebenso wie die geistliche, gefährdet sei. — Das Erste, was nun geschah, war die Berufung der Jesuiten nach Freiburg. Der große Rath beschloß dieselbe nach hartem Kampfe im Septbr. 1818. Damit aber noch nicht zufrieden, griff der Bischof Girards Unterrichtsweise und sein gesammtes Schulwesen alsbald direct an. Die seltsamsten Vorwürfe wurden demselben gemacht; nicht nur, daß zu viel „zeitliche Dinge" gelehrt würden, sondern auch daß der Unterricht nur „christlich" sei und keine „wahren Katholiken" bilde; auch daß die Schläge abgeschafft seien diente zum Vorwurfe, denn die Kinder müßten „von zartem Alter an's Joch gewöhnt werden." — Das Endergebniß war, daß der große Rath, entgegen den wärmsten Vorstellungen, im Jahre 1823 die Aufhebung der Girard-Schulen beschloß, und daß nun der Volks- wie der höhere Unterricht ausschließlich in die Hände der Jesuiten kam. — Girard selbst verließ trauernden Herzens seine Vaterstadt, und starb, so viel bekannt, im Franciskanerkloster zu Luzern. —

Das Jahr 1830 konnte selbst in Freiburg nicht ganz spurlos bleiben. Eine Partei des bescheidensten Fortschrittes erlangte auf kurze Zeit Einfluß. Allein sehr bald ward sie wieder verdrängt. Der Obscurantismus besaß mehr als je eine Allgewalt. Das Jesuitenthum stand in vollster Blüthe. Seine Schule zu Freiburg sollte bekanntlich insbesondere für Baiern alle künftigen höheren Staatsbeamten bilden. Wie finanziell gewirthschaftet wurde, mag man daraus ersehen, daß sich die Staatsausgaben von 350,000 Fres im Jahre 1837, schon im Jahre 1846, also noch vor dem Sonderbundskriege, auf 532,000 Fres. erhöht hatten,*) und daß der Staatsrath nicht einmal zu einer Rechnungsablage über den Stand des Staatsvermögens zu bringen war.

Welches Unglück jeder Art, insbesondere auch welche Kosten (da diese heut' zu Tage so gerne den Democraten vorgerechnet werden) gerade die Dunkelmänner dem Lande durch den Sonderbund verursachten, ist bekannt.

Nach der Vernichtung des Sonderbundes ward eine Verfassung eingeführt, die allerdings den Anforderungen der Democratie keineswegs vollkommen genügt; ebenso

*) Dagegen halte man den jetzigen blühenden Finanzustand Neuenburgs unter der Leitung der freisinnigen Partei.

beging die neue Regierung, neben zahllosem Guten, das sie wirkte, manche Fehler und Mißgriffe, die wir keineswegs zu vertheidigen gemeint sind. Dabei ist es aber eben so kopflos als unverschämt, wenn die Reactionsblätter nur von einer „unerträglichen Tyrannei" u. dgl. schwätzen. Weder nach dem Sturze des Sonderbunds, noch nach den offenen bewaffneten Aufständen die versucht wurden, proclamirte man hier ein Kriegs- und Standrecht. Die Untersuchungen wurden selbst im letzten Falle auf möglichst wenige Personen beschränkt. Man beeilte sich, dieselbe zu schließen. Ohne lange Untersuchungshaft erduldet zu haben, erfuhren die unzweifelhaft Schuldigen die mildesten Urtheile. Und was man selbst am meisten an der dermaligen Verfassung tadelt, daß das Volk dieselbe nicht sogleich ändern, seine Behörden nicht sogleich absetzen könne, — es ist dies gerade gar nichts anders als eben eine Nachbildung der *frühern* Verfassung! Damals, als die der Democratie *feindlichen* Subjecte die Obergewalt besaßen, da war es ganz in der Ordnung, daß im Artikel 97 der damaligen Verfassung bestimmt wurde, daß drei Jahre lang irgend eine Verfassungsänderung auch nicht einmal *vorgeschlagen* werden dürfe, eine wirkliche Veränderung aber auch alsdann erst erfolgen könne, wenn dieselbe vom großen Rathe in drei ordentlichen Sitzungen von drei zu drei Jahren genehmigt worden. Gerade Hr. Charles, der Häuptling der gegenwärtigen Bewegung, widersetzte sich damals der Vorlage, weil sonst „das Land vom Bürgerkrieg bedroht würde und Anarchie das Resultat wäre." Was im J. 1831 der bestimmende Grund war, das galt jedenfalls im J. 1847, wo das Volk sich zum schmählichen Krieg gegen die Eidgenossenschaft hatte verlocken lassen, in weit stärkerem Maße. Die nemlichen Leute, welche heute am meisten schreien, sprachen nicht ein Wort dagegen damals, als es galt, da die Ordnung der Dinge eingeführt ward. Kaum war aber das neue Regiment am Ruder, so begann die Agitation. Das Erste war ein Hetzbrief, den der Erbischof (der wüthende Marilly) unter die Geistlichkeit schleuderte, worin diese aufgefordert wurde, ohne Genehmigung mit der bürgerlichen Gewalt, als der geschwornen Feindin der Kirche und Religion, in keinerlei Verkehr oder Correspondenz zu treten und namentlich zu der Ausführung des Unterrichtsgesetzes, so weit die Geistlichen zu irgend einer Function berufen seien, nicht im Mindesten die Hand zu bieten. „Die Geistlichen," hieß es wörtlich, „sollen weder gemäß dem Gesetz die Schulen visitiren, noch irgend eine Ernennung in eine Schulcommission annehmen, noch die Wiedereröffnung der Schulen in der Kirche ankündigen, noch die Kinder examiniren helfen, noch der Vertheilung der Preise beiwohnen, noch diese Vertheilung in der Kirche vornehmen lassen." Kurz ein förmlicher geistlicher Bann, der über die Regierung und ihre Bildungsanstalten ausgesprochen wurde. Hier hieß es nicht, wie anderwärts: man muß der Regierung keine Verlegenheiten bereiten. Fort und fort ward geschürt und wahrhaft gehetzt. Nachdem endlich eine Art Petitionssturm von der Eidgenössischen Tagsatzung gebührend gewürdigt worden, und nachdem der banditenartige Handstreich vom October 1850 niedergeschlagen war, schien der Kanton Ruhe zu bekommen. Der Sieg der Reactionspartei in Bern gab den Dunkelmännern in Freiburg den Muth, den Kopf frecher als je zu erheben. Jetzt berufen sich Diejenigen auf die „Volkssouveränität," die sonst immer und überall dieselbe verhöhnen. Jetzt soll eine *Partikel* des Schweizerischen Volkes ein Souveränitätsrecht üben, das im directen Widerspruche zu *dem* steht, was die große Majorität des *gesammten* Schweizervolkes für nothwendig hält! Die Versammlung in Posieux, was war sie? Es fehlte den Versammelten, mit Ausnahme der Lenker, erweisbar jede Kenntniß der Sache. Man las ihnen ein Programm vor, das sie zum großen Theil gar nicht verstanden (nach Aussage der conservativen Blätter selbst waren 5000 Deutsche da, das Programm war französisch!) und doch nahm man dies Programm an; man warf 13 Namen hin, welche die Leute zum größten Theil wieder nicht kannten, und doch wählten sie die 13 Namen. Wer sind die Mitglieder des Komites? Vier Patricier, 5 Ultramontane, 7 *Sonderbündler*!

Wir schließen diesen Aufsatz mit einer Bemerkung, welche kürzlich die Schweizer National-Ztg. aussprach: „. . . So ist der Kanton Freiburg während der letzten 3 Jahre von innen wie von außen unaufhörlichen Umtrieben und Hetzereien ausgesetzt gewesen. Die ruhige Entwicklung, die das Volk wirklich zum Bewußtsein und zur Selbstständigkeit hätte führen können, sollte auf keine Weise gegönnt werden. Nur Politiker, die sich oder andere betrügen wollen, können jetzt thun, als wenn es sich um die Durchführung democratischer Grundsätze handelte. Die sogenannten octroyirten Einrichtungen sind nicht die *Ursache*, sondern der *Vorwand* der Aufwieglung. Der Kanton könnte constituirt sein wie er wollte, das Pfaffenthum würde nicht ruhen. Die große Sünde, die auf der herrschenden Ordnung lastet, ist, daß sie den alten theokratischen Staat gebrochen hat. Dafür hat sie der geistliche Fluch getroffen, dafür wird vor ihr wie vor der Pest gewarnt. Das Ziel der Bewegung ist, das Mutternest, in dem die ultramontane Propaganda während 30 Jahren so warm gesessen hat, wieder zu gewinnen."

• Auswanderungssache. *Indianola* (Texas), den 29. April. Der Verkehr unserer schnell aufblühenden Stadt ist durch Errichtung einer Dampfschiffverbindung mit Matagorda und Corpus Christi noch lebhafter als bisher. Der Dampfer „Major Harris" wird einmal wöchentlich nach Matagorda und einmal nach Corpus Christi gehen, und einmal bei Saluria, Decroos point Lamar, Copona und St. Joseph anlaufen. Vor 14 Tagen ging von hier ein großer Waarentransport über San Antonio und El paso del Norte nach Santa fé und Chihuahua ab, und wie ich höre, sind auch andere Santa fé-Händler Willens, die zu allen Jahreszeiten passirbare Straße nach Santa fé über hier einzuschlagen, und den von Missouri ausgehenden Weg aufzugeben. Kommt erst das Project einer Eisenbahnverbindung zwischen hier und San Antonio zu Stande, so gewinnt diese Route noch mehr Vorzüge vor jener. Wie vortheilhaft die Pferdezucht im westlichen Texas ist, mögen Sie aus folgendem Beispiele entnehmen: Herr John Carroll in De Witt County hat 400 spanische Stuten, welche jede 20 Dollars werth sind, obgleich sie ihn nicht 5 Doll. kosten; er hat 16 Hengste à 300 Doll., und 6 amerikanische Zuchthengste à 600 Doll. werth; Gesammtwerth also 15,200 Doll. Seit dem dritten Jahre des Bestehens seines Gestütes hat Hr. Carroll durchschnittlich 300 Füllen verkauft, welche, wenn 3jährig 50 Doll. kosteten, also 15,000 Doll. einbrachten. Rechnet man die Stuten nach ihrem vollen Werthe, so erzielt Hr. Carroll einen Gewinn von 100 Procent jährlich; rechnet man aber den ursprünglich bezahlten Preis für sie, so ist der Gewinn noch colossaler.

Nürnberg. In einem größern Artikel über die französischen Zustände sagt der Nürnb. Kur. u. a.: Als der alte Napoleon die Freiheit unterdrückte, da bestand parlamentarisches Recht kaum noch so viele Jahre in Frankreich, als es seitdem und bis zum Staatsstreich des jetzigen Bonaparte Jahrzehnte bestand. Es war noch jung, sehr jung in Frankreich und der Kaiser brachte es zum Schweigen. Aber kaum war das Mißgeschick über ihn hereingebrochen, als der Senat, sein eigener Senat sich gegen ihn erklärte und seine Absetzung aussprach, eine Erfahrung, welche nach des Kaisers eigenen Aeußerungen wohl bis dahin seine bitterste war. Daß *dieser* Senat, dessen Schwächen er wohl am besten kannte und kennen mußte, daß diese seine Kreatur, diese in seinem Glücke so geschmeidige und so stumme Körperschaft in seinem Unglück sich zuerst gegen ihn wandte, ihn zuerst öffentlich verdammte: das konnte der Tyrann nicht verwinden. Und doch, als er von Elba zurückkehrte, gab er — um die Geister zu gewinnen — eine neue, nach seiner Idee freisinnige Verfassung. Und das war der

alte Napoleon, der größte Mann der neueren Zeit. — Und nun neben ihm der verwischte Abklatsch seiner Größe steht, nun soll es in demselben Frankreich gelingen, den Drang nach Freiheit, nach Selbstregierung, die Kritik der Verständigen, den Unwillen der Redlichen, die Opposition alles dessen, was redlich, verständig und nicht erkauft ist, zu vernichten? — Solches lehrt die Geschichte nicht. — Es mag geschehen, daß die Häupter der Opposition verfolgt, vertrieben, vernichtet werden. Aber so lange noch Franzosen vernünftig denken, redlich fühlen können, so lange nicht der Wahnsinn permanent und die Schlechtigkeit epidemisch wird: so lange wird Opposition selbst aus den Gebeinen der Opfer erstehen.

Ratibor, den 26. Juni. Der Landrath des Ratiborer Kreises, Hr. v. Elsner, hat das Gut Nieder-Adelsdorf (Kr. Goldberg) von seinem Vater geerbt und an die dortige Gemeinde eine Ansprache in Druck erlassen, aus welcher wir zur Charakteristik folgende Stelle mittheilen: „Ich möchte gern das gute Verhältniß, welches zwischen der Gemeinde und meinem Bruder bestanden hat, und welches für die Gemeinde gewiß größere Vortheile bietet, als wie für mich, fortsetzen und ich möchte daher nicht gern in die Nothwendigkeit kommen, mich von der Gemeinde zurückzuziehen und Nichts von ihr wissen zu wollen, deßhalb spreche ich mich unumwunden aus und hebe dabei besonders hervor, daß, wenn z. B. der Fall eintreten könnte, daß bei Wahlen, welcher Art sie auch sein mögen, wo ich gewählt werden kann, die Gemeinde Nieder-Adelsdorf nicht zu allererst mich, sondern erst andere Personen wählen sollte — ich dies als einen Mangel an Vertrauen ansehen würde, den ich der Gemeinde nie verzeihen könnte! (N. O.-Z.)

Hamburg, den 1. Juli. In dieser Woche sind drei leichtsinnige Falliten zu resp. 12-, 9- und 6monatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt worden. — Ihre Leser werden bereits Kenntniß davon haben, daß der Commandeur des dänischen Wachtschiffes den Capitainen der Elbdampfer die Weisung hat zugehen lassen, nur halbe Dampfkraft anzuwenden, wenn sie bei dem Altonaer Hafen vorüber fahren. Diese Ordre wurde aber von einem der Dampfschiffe am 29. v. M. des Abends nicht respectirt und der Befehlshaber des Wachtschiffes ließ einen blinden Schuß auf das Dampfschiff abfeuern und drohte mit einem scharfen Schuß, wenn seiner Ordre nochmals zuwider gehandelt werden sollte. Wir wissen nicht, woher es kommt, daß nur die Elbdampfer und nicht auch die englischen und französischen Seedampfer, die ebenfalls mit voller Dampfkraft die Altonaer Hafengegend passiren, ohne daß sich der dänische Capitain erlaubt, ihnen dieß zu untersagen, so gefahrbringend sein sollten.*) (Fr. J.)

Frankreich.

Paris, den 3. Juli. Der „Moniteur" hat noch keine nähere Mittheilung über das Complott gebracht, ja noch nicht einmal Erwähnung davon gethan, daß eine Verschwörung entdeckt worden sei.

Es sollen Einrichtungen getroffen sein und demnächst in Vollzug kommen, auf den Eisenbahnen solche Quantitäten besten Trinkwassers aus den Umgegenden nach Paris zu schaffen, daß der Preis auf einige Centimen heruntergebracht werden könnte. Es wird dies eine unermeßliche Wohlthat besonders für die unteren Classen der Bevölkerung sein.

Italien.

Rom. Uebereinstimmende Nachrichten lassen keinen Zweifel, daß der Papst von einer verderblichen chronischen Krankheit befallen ist.

Neueste Nachrichten.

München, den 3. Juli. Die Antwort, welche die Regierungen der Darmstädter Convention auf die Erklärung der preußischen Regierung vom 7. v. M. ertheilen werden, ist nun, wie ich höre, vollständig gereift, und es dürfte mithin dieselbe alsbald an den Ort ihrer Bestimmung gelangen. (A. Z.)

Ein Münchener Correspondent des Frankfurter Journals bespricht die Schrift, in welcher Dr. Heine (von Germersheim) von der Politik Abschied nimmt. Der Correspondent theilt vom Inhalte dieser Schrift folgendes mit: Der Verfasser führt aus, wie in dem Kampf der Monarchie und Democratie das sogenannte constitutionelle Wesen erstere nicht zu halten vermöge, obgleich tagtäglich Errungenschaften geraubt werden. Nur die muthige Handlung einer Aufhebung der Verfassung — werde die unterdrückte Liebe zur Monarchie wiederherstellen, und der Clerus — fügt er ermunternd bei — würde um den Preis der „Freiheit der Kirche" dem Absolutismus gewiß die kräftigste Unterstützung angedeihen lassen.

Karlsruhe, den 2. Juli. Das Stadtamt zu Freiburg hat nun die vor einigen Monaten suspendirte bürgerliche Lesegesellschaft zu Freiburg gänzlich aufgelöst.

Berlin. Die neueste preußische Erklärung setzt den Coalitionsstaaten keinen Schlußtermin. Eine Gegenerklärung von Seiten der Coalitionsstaaten ist bekanntlich noch nicht erfolgt. Als Ursache bezeichnet man die Bedenken, welche nunmehr bei der sächsischen Regierung gegen ein thatsächliches Vorangehen im Sinne der Darmstädter Verabredung herrschen. Man findet es bedeutungsvoll, daß gerade Sachsen im entscheidenden Momente schwankt.

— den 3. Juli. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Zollconferenz höchstens noch zwei Sitzungen abhalten. — Der König soll das Ministerium angeregt haben, eine definitive Entscheidung zu beschleunigen, damit der für Handel und Industrie so nachtheiligen Ungewißheit ein Ende gemacht werde.

Bern. Durch die Maßregelungen in Betreff des Schullehrerseminars ist dieses ganze Institut seiner Auflösung nahe gebracht. Der Unterricht des Directors und des Religionslehrers wird gar nicht ertheilt; der interimistische Vorstand kann sich keine Achtung und keinen Gehorsam erzwingen; die übrigen Lehrer sämmtlich haben ihre Entlassung gefordert.

Lüttich, den 3. Juli. Die Unterhandlungen mit Frankreich wegen eines Handelsvertrags haben bis jetzt durchaus zu keinem Ergebniße geführt.

Paris, den 3. Juli. Ein Artikel des Debats schließt mit folgender Mittheilung: Die meisten der Verhafteten gehören der Arbeiterclasse an; man findet unter ihnen Schneider, Steinhauer, Schuster, Kunstschreiner, Kärrner, Nätherinnen, Stickerinnen u. s. w. Man bemerkt auch einen ehemaligen Schullehrer, Ch. Pelletier, einen Arzt, Dr. Favre, einen Advocaten, Corbet, einen Beamten, Martin, einen der Caussidiere'schen Montagnard's, Nouvel, und 5 Junideportirte.

An der Spitze der Tagesordnung für die heutige Senatssitzung steht die Berichterstattung über die durch ein Senatus consultum zu regelnde Organisation des politischen Gerichtshofes. Man darf dies wohl mit der „Entdeckung des Complottes" in Verbindung bringen, das der Verfassung gemäß vor das Forum jenes Gerichtshofes gehört.

Die Ausweisung des Hrn. Thiers aus dem Cantone Waadt und dessen Internirung durch die schweizer Polizei hat in Paris eine gewisse Sensation erregt. Wie man versichert, hat die schweizer Regierung diese Maßregel auf Verlangen der französischen Gesandtschaft in Bern genommen. Dieselbe stützt sich auf den Umstand, daß Thiers französischer Flüchtling sei und als solcher internirt oder ausgewiesen werden müsse. Der Aufenthalt der Herzogin von Orleans in Baden soll hauptsächlich Schuld an dem von der französischen Regierung genommenen Schritt gewesen sein. — Wie verlautet, wird der Graf v. Chambord dieses Jahr nicht in die Rheinbäder

*) Ist doch sehr leicht zu wissen! Freilich für deutsche Bureaucraten steht darüber „nichts in den Acten." D. Red.

gehen. Der Graf hatte die Absicht, sich nach Aix-les-Bains in Savoyen zu begeben; die französische Regierung vereitelte jedoch diesen Plan, da dieser Ort ganz nahe an der französischen Grenze liegt.

Heute heißt es mit aller Bestimmtheit, daß der Graf v. Chambord die unbedingte Unterwerfung seiner Vettern verlangt hat, keine Fusion will und überhaupt den Rebellen des Jahres 1830 keine Concessionen machen wird. Ein Theil der Prinzen des Hauses Orleans soll nicht abgeneigt gewesen sein, sich dem legitimen Chef des Hauses Bourbon zu unterwerfen. Die Herzogin v. Orleans hat aber einem derartigen Plane den energischsten Widerstand entgegengesetzt.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1107] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 21. bis 30. Juni: H. Knöckel a. Neustadt. — H. L. u. H. F. König a. Blieskastel. — H. Münzer a. Erlangen. — Fr. Gebhardt mit Frl. Schwester a. Haßloch. — H. Lieutenant Hundsdorfer a. Germersheim. — H. Martha a. Straßburg. — H. Professor Häberle a. München. — H. Sundheimer a. Neustadt. — Fr. Sitzler mit Bedienung a. Kitzingen. — Fr. Seyb a. St. Ingbert. — H. Dreyfuß a. Lauterburg. — H. Fiack a. St. Ingbert. — H. Hay a. Kutzenhausen. — Frl. Schneider mit Bedienung a. Landau. — Baron v. Sacken u. Frl. v. Campenhausen a. Rußland. — Fr. Helwerth a. Heidelberg. — H. Kopp a. Rauschbach. — Fr. u. Frl. Bumiller a. Scheibenhardt. — H. Kaplan Schäfer a. Landau. — Frhr. v. Bellersheim mit Gemahlin u. Tochter a. Darmstadt. — H. Hirsch a. Homburg. — H. Bordollo a. Neustadt. — H. Schäffer a. Homburg. — Fr. Behret a. Bergzabern. — Hr. Bürgermeister Lang a. Landau. — H. Schmidt a. Straßburg. — Frl. Stein a. Waldfischbach. — Frl. Appel a. Hermersberg. — Frl. Häcker a. Kaiserslautern. — Fr. Unger a. Neustadt. — H. u. Fr. Kolter a. Guntersweiler. — H. u. Fr. Scharrer a. Nürnberg. — Fr. Beger u. Frl. Reisel mit Bedienung a. Heidelberg. — H. Witzka a. Germersheim. — H. Putter a. Bissersheim. — H. Karcher a. Kaiserslautern. — Gräfin v. Degenfeld a. Baden-Baden. — Fr. Bertrand a. Bischweiler. — Fr. Lenfrey a. Straßburg. — H. Hoffmann a. Hördt. — Fr. Fiack a. St. Ingbert. — 94. Frl. Sundheimer a. Meisenheim. — 95. H. Hirschbühl a. Bühl. — 96. u. 97. Fr. u. Frl. Sadoul a. Weissenburg. — 98. u. 99. Frl. A. u. Frl. B. Löffler a. Mannheim. — 100. Frl. Geil mit Bedienung a. Bechtheim. — 101. Frl. Clauß a. Bechtheim. — 102. Fr. Riotte a. St. Ingbert. — 103. u. 104. Frl. Laur u. Frl. Larouette a. Saarlouis. — 105. Fr. Hoster a. Dieblkirchen. — 106. H. Dr. Vogel a. Hofweier bei Offenburg. — 107. H. Kaplan Göbel a. Heidelberg. — 108. bis 110. H. Perisch mit Familie u. Dienerschaft a. Mecklenburg. — 111. H. Anwalt Kaul a. Kaiserslautern. — 112. Frl. Jost a. Molsheim. — 113. Fr. Sezler a. Freinsheim.

[1108²] **Warnung.**

Der Unterzeichnete warnt hiermit Jedermann, von dem jetzt in Zweibrücken im Arresthaus sich befindlichen Joh. Mäurer I. aus Friedelsheim etwas zu kaufen, da sonst den Käufern wegen verschiedenen anhängigen Prozessen Schaden erwachsen könnte.

Mannheim, den 27. Juni 1852.

Peter Schmitt.

[1109²] **Apotheke-Verpachtung.**

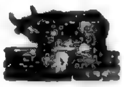
In dem westlichen Theile der baierischen Pfalz ist eine Apotheke, deren bisheriger Eigenthümer gestorben, unter sehr billigen Bedingnißen zu verpachten.

Der Sitz dieser Apotheke ist von wohlhabenden Ortschaften umgeben, und nach der örtlichen Lage müßen circa 10,000 Seelen ihre Medicamente von daher beziehen.

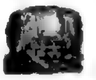
Lusttragende wollen sich wegen den nähern Verhältnißen an Hrn. C. Ch. Jacoby, Geschäftsagent in Zweibrücken, in portofreien Briefen wenden.

[1110] **Bekanntmachung.**

Montag, den 12. Juli nächsthin und die folgenden Tage, zu Weisenheim am Sande, lassen die Kinder und Erben des allda verlebten Gutsbesitzers Johannes Neckerauer, die zum Nachlasse desselben gehörigen Mobiliareffecten auf Credit versteigern; als:



3 Pferde mit Geschirr, 9 Kühe, eine Chaise mit Geschirr, Reitzeug, 2 Wägen, mehrere Pflüge, Eggen und sonstige Ackergeräthschaften, sodann Fässer, Weißzeug, Küchengeschirr, überhaupt Möbel aller Art.



Sodann am 2ten Tage:

In der Gemarkung von Weisenheim am Sande gezogene Weine, nämlich:

10,000	Liter	1846er,
5,000	„	42er,
1,000	„	48er,
4,000	„	50er,
6,000	„	51er,
2,000	„	44er,

wovon vor und während der Versteigerung die Proben genommen werden können.

Freinsheim, den 3. Juli 1852.

Schönlaub, Notar.

[1111²] **Gasthausverkauf oder Vermiethung.**

In einer Stadt der bayerischen Pfalz ist in der frequentesten Straße ein sehr vortheilhaft gelegenes geräumiges Gasthaus, worin schon seit vielen Jahren Gastwirthschaft mit dem besten Erfolge getrieben worden, unter billigen Bedingungen, zu verkaufen oder auch zu vermiethen. Nähere Auskunft wird ertheilt auf frankirte Briefe zu Zweibrücken auf dem Geschäftsbureau von

H. Kohl.

[1112²] **Die Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft,**

mit einem Grundcapital von **drei Millionen Gulden,** gewährt zu äußerst billigen Prämien Lebensversicherungen sowohl auf eine bestimmte Anzahl von Jahren als auf die ganze Lebensdauer.

Die Prämien können nach Wunsch der Versicherten in **halbjährigen** oder **vierteljährigen** Raten entrichtet werden.

Der Gewinnantheil der auf Lebenszeit Versicherten beträgt

für das Jahr 1848, — 10 % }
„ „ „ 1850, — 10 % } von den in jedem dieser Jahre bezahlten Prämien.
„ „ „ 1851, — 15 % }

Für diejenigen Personen, welche auf die Gewinnbetheiligung verzichten wollen, findet eine Ermäßigung der Jahresprämie von 10 Procent statt.

Die Gesellschaft übernimmt auch Capitalien, für welche sie außergewöhnlich hohe Leibrenten gewährt.

Auf Anfragen ertheilen sowohl die Direction in Frankfurt als auch deren Agenten und Geschäftsfreunde bereitwilligst nähere Auskunft.

Frankfurt am Main im Juli 1852.

Die Direction.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Mittwoch (Zu Nro. 162.) den 7. Juli 1852.

Deutschland.

Das Landrathsgesetz. (Fortsetzung.) Art. 12. Die Landräthe werden auf die Dauer von 6 Jahren gewählt. — Die Erneuerung der Wahl findet nach vollendeten Wahlen der Distriktsräthe statt. — Die Austretenden sind wieder wählbar, sofern sie die zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaften nicht verloren haben.

Art. 13. Die Wahlacten mit den Nachweisen über die Wählbarkeit der Gewählten werden der vorgesetzten Kreisregierung vorgelegt, welche die Wahlergebnisse in dem Kreisamtsblatte bekannt macht, und die Wahlacten selbst dem Landrathe bei seinem Zusammentritte mittheilt. Diesem steht es zu, über die Giltigkeit jeder Wahl selbst und ohne Zulassung einer Berufung zu beschließen.

Art. 14. Den Mitgliedern des Landrathes, welche nicht am Sitze desselben wohnen, ist die Hälfte der den Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten zum Landtage zustehenden Reise- und Taggebühren, und zwar die ersten für die Reise dahin und zurück aus Kreisfonds bewilliget.

Art. 15. Zum Wirkungskreise des Landrathes gehört: a) Die Prüfung des jährlichen Voranschlages aller nach Maaßgabe der bestehenden Gesetze von den Kreisgemeinden zu tragenden Ausgaben und der Antrag auf Feststellung der zur Deckung derselben erforderlichen Kreisumlagen. Hinsichtlich der Ausgleichung der Kriegslasten kommen die deßfallsigen besonderen Gesetze zur Anwendung. b) Die Prüfung der von den zuständigen Behörden nach den bestehenden Bestimmungen über das Rechnungsverfahren beschiedenen Rechnungen über die Erhebung und Verwendung der Umlagen und über die Verwaltung anderer besonderer Fonds und Anstalten der Gesammtheit des Regierungsbezirkes, dann die Beschwerdeführung bei den einschlägigen Staatsministerien gegen die hiefür, sowie für Einhaltung der Etats verantwortlichen Verwaltungsstellen. c) Die Befugniß, von den Rechnungen aller der Verwaltung einer Religionsgesellschaft nicht unterliegenden, für den ganzen Regierungsbezirk oder für mehr als einer Distriktsgemeinde in denselben bestimmten Stiftungen Einsicht zu nehmen, und die das Interesse der Kreisgemeinde wahrenden Anträge zu stellen. d) Die Befugniß, die aus Kreismitteln zu bestreitenden Leistungen oder Ausgaben für Kreiseinrichtungen und Anstalten, soweit sie nicht schon gesetzlich von der Kreisgemeinde getragen werden müssen — lit. a. — zu beantragen, und mit Zustimmung der Landesbehörde oder auf den Antrag der letzteren zu bewilligen. — Wo nicht die Gesetze oder besonderen Rechtstitel die Kreisgemeinden zu bestimmten Leistungen verpflichten, kann überhaupt die Verwendung der Kreisfonds nur mit Zustimmung des Landrathes geschehen. e) Der Entwurf oder die Prüfung der für die Kreisanstalten zu ertheilenden Instructionen und Ordnungen. f Die Beschlußfassung über Aufnahme von Passivkapitalien zur Bestreitung außerordentlicher Bedürfnisse der Kreisgemeinde. — Die Genehmigung zu solchen Schuldaufnahmen kann jedoch nur durch ein Gesetz erfolgen. g) Die Beschlußfassung über Erwerbung und Veräußerung oder Verpfändung von Realitäten oder Rechten auf Rechnung der Kreisgemeinde. h) Die Beschlußfassung über Rechtsstreite der Kreisgemeinden und Vergleiche. i) Die Einsicht und Prüfung der Pläne über die auf Kosten der Kreisgemeinde auszuführenden Gebäude, Straßen und sonstigen Bauwerke. k) Die Begutachtung in allen Fällen, wo nach erfolgter Durchführung der bevorstehenden Aemterorganisation eine Veränderung in dem Umfange eines Verwaltungsdistrictes oder eines Regierungsbezirkes vorgenommen werden soll. l) Die Aeußerung über den Zustand des Regierungsbezirkes und über die etwa wahrgenommenen Gebrechen der Verwaltung, sowie die Stellung hierauf bezüglicher Anträge zur Abhülfe und Verbesserung. — Beschwerden, welche von dem Landrathe gegen bestimmte Staatsdiener geführt werden, müssen auch mit den sie begründenden bestimmten Thatsachen belegt sein. m) Die Abgabe von Gutachten auf Veranlassung der Kreisregierung in allen die Verwaltung des Regierungsbezirkes berührenden Angelegenheiten, insbesondere über Gegenstände der Landescultur, Einrichtung gemeinnütziger Anstalten und dergleichen, dann in allen Fällen, wo der Landrath auf königlichen Befehl zum Gutachten aufgefordert wird. n) Endlich alle Gegenstände, bezüglich deren nach besonderen Gesetzen die Mitwirkung des Landrathes erfordert wird.

Art. 16. Der alle directe Steuerarten in sich begreifende Steuerfuß ist der Maßstab für die Beiträge zu den Kreisumlagen mit Ausnahme der Wittwen- und Waisenfondsbeiträge. — Von der Beitragspflicht findet keine Ausnahme, also auch nicht zu Gunsten des Staates, einzelner Stände, Stiftungen und Körperschaften statt. — Ein anderer als obiger Maßstab kann auf Antrag des Landrathes nur im Wege des Gesetzes eingeführt werden.

Art. 17. Wenn es sich um Ausgaben handelt, welche mehrere Kreisgemeinden berühren, und hierüber bei den betreffenden Landräthen Anstände sich ergeben, so erfolgt die Entscheidung hierüber nach den Bestimmungen des Art. 28.

Art. 18. Die Erhebung der Kreisumlagen ist von dem Antrage des Landrathes und der königlichen Genehmigung abhängig. — Der Landrath kann jedoch niemals die zu den gesetzlichen Kreisbedürfnissen erforderlichen Umlagen verweigern.

Art. 19. Der Landrath versammelt sich jährlich einmal. — Die Dauer jeder Versammlung soll sich nicht über 14 Tage erstrecken. — Dem Könige steht jedoch das Recht zu, die Landräthe zu außerordentlichen Sitzungen zu berufen, ihre Sitzungen zu verlängern und zu vertagen, und sie in ihrer Gesammtheit oder nach Umständen in einzelnen Regierungsbezirken aufzulösen. — In letzterem Falle soll binnen 2 Monaten eine neue Wahl stattfinden. — Die Neugewählten versehen ihre Stellen nur bis zur Wiederkehr der ordentlichen Wahlperiode.

Art. 20. Der Landrath kann sich nicht anders als nach Anordnung des Königs auf Einberufung der Verwaltungsstelle des Regierungsbezirkes und nur zu der Zeit und an dem Orte versammeln, welche die Einberufung bestimmt. — Er darf ohne ausdrückliche Bewilligung des Königs nicht über die gesetzliche Dauer versammelt bleiben.

(Beschluß folgt.)

***Auswanderungssache.** Während des vorigen Jahres landeten zu New-York 289,601 Fremde (Nichtbürger der Vereinigten Staaten). Darunter befanden sich 163,256 Irländer und 69,883 Deutsche. Die Irländer hatten sonach ein großes Uebergewicht. Der letzte Monatsbericht lieferte dagegen ein wesentlich anderes Ergebniß. Die Einwanderung während des Monats Mai betrug zu New-York 37,289 Personen. Davon waren 13,939 Deutsche und 12,875 Irländer. — Auch aus Norwegen hat sich eine bedeutende Einwanderung in die Vereinigten Staaten gebildet.

Hamburg. Ein kürzlich von Brasilien hierselbst angekommener glaubwürdiger Mann, der viele Jahre hauptsächlich in der Provinz S. Paulo wohnte, gibt uns die angenehmsten und wünschenswerthesten Nachrichten über den Zustand der deutschen Kolonisten daselbst im Allgemeinen, und vorzüglich derjenigen, die, vor wenigen Jahren aus Rheinbaiern für die Colonie des Senators Bergueiro engagirt, dorthin auswanderten.

München, den 1. Juli. Heute Nachmittag kam in der öffentlichen Sitzung des k. Kreis- und Stadtgerichts dahier eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung zur Verhandlung. Der Angeklagte, Valentin Siebenbürger, ein Arbeiter aus der Vorstadt Au, bereits zweimal wegen politischen Verhaltens in Untersuchung, ist beschuldigt, während er bei seinem Meister in Arbeit stand, im Herbste v. J. öfters Ausfälle gegen die Regierung, die Geistlichkeit, den Adel und gegen den regierenden König gemacht zu haben. Der Angeklagte leugnet und will nur ein paar Mal im Allgemeinen über die „hohen Herren" gesprochen haben. Sein Meister, dessen Sohn und ein Geselle constatiren eidlich die incriminirten Aeußerungen. Da dieselben privatim (in der Werkstätte) gesprochen worden waren, so wurde der Angeklagte nur des Vergehens der Verletzung der dem Monarchen gebührenden Ehrfurcht schuldig gesprochen und vom Gerichtshof zu 7monatlicher Gefängnißstrafe, zu erstehen in einem Zwangsarbeitshaus, verurtheilt.

— den 3. Juli. Der General der Kavallerie, Fürst Taxis, soll mit dem Kommando über sämmtliche Truppen Baierns unter Respicienz des Prinzen Feldmarschalls Karl betraut werden, dagegen sollen die Stellen zweier Armeecorpskommandanten eingehen. Generallieutenant Frhr. v. Gumppenberg, bisher Commandant des zweiten Armeecorps, soll Präsident des gegenwärtigen Generalauditoriats werden. Wie es einst Provinzialcommando's gab, so sollen wieder selbstständige Armeedivisionscommandos ins Leben treten. (B. Eilb.)

Vom Main, den 3. Juli, schreibt das Frankfurter Jour.: Es hat bereits früher verlautet, daß einige deutsche Regierungen manche Bestimmungen des deutsch-dänischen Arrangements als mit Deutschlands Interesse unvereinbar betrachteten. Wie man vernimmt, werden dieselben bei der bevorstehenden Abstimmung in der Bundesversammlung über dieses Arrangement nicht ermangeln, diesem ihrem Bedenken einen Ausdruck (!) zu geben, ohne ihm deßwegen jedoch ihre Zustimmung vorzuenthalten. (!!) Die Nachricht verschiedener Blätter, daß die Regierung von Sachsen-Koburg-Gotha der Uebereinkunft nicht beistimme, stellt sich als begründet heraus. Die Bundestagssitzung, in welcher die Abstimmung erfolgen wird, wird als nahe bevorstehend bezeichnet.

Aus Bosnien sind bereits über 3000 Köpfe in die österreichischen Staaten eingewandert.

Schweiz.

Bern. Am Morgen des 1. Juli hat bei Niederried, Gemeinde Brienz, ein kleiner Bergsturz stattgefunden und bedeutenden Schaden an Gebäuden, Pflanzungen und Bäumen verursacht, indeß glücklicherweise kein Menschenleben gekostet. In der nemlichen Nacht schlug der Blitz zu Waltrigen in ein Haus, tödtete den Bäcker Lang und verletzte seine Frau. Das Feuer konnte zur rechten Zeit gelöscht werden.

Neuenburg. Den Royalisten scheint es bei der Volksversammlung nicht geheuer zu sein. Sie thun jetzt, als handle es sich am 6. nur um eine unschuldige Corporationsversammlung und nicht um eine royalistische Demonstration.

Miscellen.

Graubünden. Am 24. v. M. sind sieben Schieferplattenarbeiter aus dem Kanton Glarus über den Panixerpaß in das Oberland gekommen, um sich in den neuen Schieferbruch oberhalb Parpan zu begeben. Es war regnerisches und stürmisches Wetter und ein 15jähriger Knabe, der mit seinem Vater sich unter diesen Männern befand, fing bald an zu frieren und mochte endlich vor Starrheit nicht mehr weiter. Einer der Männer mußte ihn auf dem Rücken forttragen. Es währte aber nicht lange, bis der Knabe von der Kälte erstarrt und todt war. Die Männer brachten die Leiche mit sich herüber über den Berg. — Vor wenigen Jahren sind bekanntlich auf dem nemlichen Paß zwei junge starke Männer aus dem Oberland, die von Einsiedeln kamen, im Monat August erfroren.

Auf der Themse, nicht weit von **Gravesend,** stieß am 2. Juli der stromab dampfende Ravensbourne gegen die herauf fahrende Duscheß of Kent und bohrte sie in den Grund. Fast alle Passagiere des letzteren Schiffes, 200 an der Zahl, befanden sich auf dem Verdeck und wurden wie durch ein Wunder von dem Dampfer Meteor gerettet. Ein Mr. Hale, ein Brauer, der sich vor Schwäche nicht von seinem Sitze erheben konnte, ging mit dem Schiffe in die Tiefe. Unter den Geretteten waren sehr viele Damen und Kinder. Ihr Durcheinanderrennen und gegenseitiges Rufen auf dem Verdeck des Meteor bot eine peinlich ergreifende Scene. Da die Ducheß of Kent im Augenblick des Zusammenstoßes sank und ein Stück des Vordertheiles ihr abgerissen wurde, so fürchtet man, daß noch einige Passagiere, die in der Vorcajüte saßen, ertrunken sind. Auch viel Hab und Gut ging verloren. So soll ein Mann ein Juwelen-Kistchen — sein ganzes Vermögen enthaltend — vermissen. Der Ravensboure erlitt eine unbedeutende Verletzung und ging nach Holland weiter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

☞ Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleistet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreisung sein wird, mit der Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft. ☜

Königl. bayerisch und königl. würtembergisch concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geschwollene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken- und Kopfschmerzen, auch Seitenstechen.

Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen und königl. würtembergischen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchst preislichen Ministerien in Baiern und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ „ 30 kr.

In Speyer ist das Hauptdepot einzig und allein bei
[1112²⁶] **Louis Cron.**

[1093³] **Bekanntmachung.**

Die Größe des Versicherungs-Capitals, welche im §. 94 der allerhöchst genehmigten Satzungen für den Hagel-Versicherungs-Verein für das Königreich Baiern festgesetzt ist, wurde durch die Beitritts-Erklärungen nicht nur erreicht, sondern weit überschritten.

Es treten sohin die Satzungen in Wirksamkeit und die Beitrits-Erklärungen sind giltig und bindend.

Sämmtliche Agenten wurden daher aufgefordert, die Versicherungs-Urkunden an die Vereins-Mitglieder auszuhändigen und die Beiträge zum Reservefond einzuheischen.

München, am 24. Juni 1852.

Directorium des Hagel-Versicherungs-Vereins für das Königreich Baiern.

Muffat.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | **Nro. 163** | **den 8. Juli 1852.**

Deutschland.

* **Der Zollverein.** Die von uns längst geäußerten Befürchtungen, daß selbst derjenige Theil Deutschlands, welcher wenigstens hinsichtlich des gegenseitigen Verkehrs geeinigt ist, nochmals durch Zollschranken getrennt werde, scheinen sich leider mehr und mehr zu verwirklichen. Aus Wien und aus Berlin bringt selbst die sonst immer so optimistische Allg. Ztg. Nachrichten, welche gleichmäßig das Eintreten eines solchen Ereignißes in Aussicht stellen (siehe unten die betr. Artikel). Die Reaction in den 30er Jahren war verständig und kräftig genug, wenigstens Etwas zu schaffen, den Zollverein ins Leben zu rufen, — die heutige Reaction kann nur noch zerstören! Solche Thatsachen sprechen lauter, als alle Schmähungen auf die „Wühlereien" der Democraten. Vorläufig stocken die Geschäfte und der Verkehr. Was aber wird weiter geschehen, wenn wirklich die neue Spaltung ins Leben tritt? Von manchen Industriellen in Süddeutschland hört man, daß sie ihre Etablissements nach Preußen verlegen würden; an einigen Puncten in Preußen soll das Umgekehrte stattfinden. Welche große Verluste werden schon dadurch herbeigeführt; wie werden Fabrikgebäude u. dgl. verschleudert werden? und wo finden die Arbeiter der eingehenden Anstalten Beschäftigung, sie, die nicht beliebig über die neuen Zollgränzen hinüber, nach weiten Entfernungen übersiedeln können? Diejenigen Industriellen aber, welche die Mittel nicht besitzen, jenseits der neuen Mauthlinien theuere Etablissements neu zu gründen — und sie bilden weitaus die Mehrzahl! — stehen in Gefahr, ganz zu Grunde zu gehen, — ihre bisherigen Arbeiter mit ihnen. Immer aber müssen wir darauf zurückkommen, daß man gerade die ausserordentlich große Anzahl der am allermeisten Betheiligten gar nicht berücksichtigt; wir meinen die Wein-, dann die Tabak-, selbst die Fruchtbauern. —

* **Speyer,** den 7. Juli. Die Schweiz ist dermalen das einzige europäische Land, welches nicht der Gleichgültigkeit und Erschlaffung in politischen Dingen verfallen ist. Dort hat der Meinungskampf erst wieder recht begonnen. Mit Interesse folgt man daher der Entwicklung der Dinge in jenem Lande, — mit einem Interesse, wie es daselbe seit dem Kampfe gegen den Sonderbund nicht mehr erweckte. Die Reaction strebt auch dort das freie Element niederzuwerfen. Es gewinnt aber den Anschein, daß sie sich glücklicherweise schon jetzt überstürzt hat. Noch läßt sich nicht absehen, wie die Verhältniße im Kanton Freiburg sich gestalten werden; doch ist es allerdings bezeichnend, daß die bisherige Regierung noch fortbesteht, trotz aller Machinationen, und obwol sie kein stehendes Heer besitzt. Bestimmter gestaltet sich Alles in Neuenburg. Der Uebermuth der Reactionäre wollte das Schauspiel von Posieux auch hier wiederholen. Die Freisinnigen nahmen den Fehdehandschuh sogleich auf. Sie hatten, was in keinem andern Lande geschah, Jahrelang die offen auf den Umsturz der bestehenden Verfassung gerichteten Machinationen, die offenen Huldigungen im Auslande, völlig straflos gelassen. Aber sie erkennen, daß es Zeit ist, einer factiösen Minorität Halt zu gebieten. Die neue Demonstration ruft eine Gegendemonstration hervor. Am nemliche Tage wie die Reactionäre, nemlich gleichfalls am 6. Juli, werden auch die Freisinnigen eine Volksversammlung abgehalten haben. Die Rückschrittsleute erkannten bereits nach den letzten Nachrichten, daß sie sich hier verrechnet haben. Vergebens suchen sie ihren Umtrieben nun einen andern Schein zu geben, vergebens möchten sie gerne ihre Trotzversammlung aufgeben, wenn sie die ihrer herausgeforderten Gegner ebenfalls abwenden könnten. Alles, was man bis jetzt vernimmt, bürgt dafür, daß der heutige Plan der Reactionäre in Neuenburg nur ihre Minderheit und Unmacht, und die Ueberlegenheit ihrer Gegner beurkunden wird.

* **Auswanderungssache.** Der nachstehende Brief rührt von einem kürzlich über Havre nach den Vereinigten Staaten ausgewanderten Pfälzer, dem Küfer Z—r aus Königsbach, her. Derselbe ist dem Einsender des Gegenwärtigen als ein sehr solider Mann bekannt. Er ist verheirathet, und besitzt ein hübsches Vermögen. Bei der Verlobung dachten die jungen thätigen Leute noch nicht an eine Auswanderung. Indessen drängte sich ihnen die Ueberzeugung auf, daß sie in ihrem Vaterlande, trotz Fleiß und Vermögen, nicht vorankommen könnten. Sie faßten daher schnell den Entschluß, lieber sogleich nach Amerika zu wandern, wohin sie sich am 10. März d. J. zu Havre einschifften. Das Uebrige besagt der nun folgende Brief selbst.

Milwaukie,*) den 3. Juni. Theure Eltern! Meinen Brief von New-York vom 5. April, worin ich Ihnen schrieb, daß wir am 30. März in New-York ankamen, werden Sie seiner Zeit empfangen haben. Den 6. April reisten wir in New-York ab, und kamen den 15. hier an. In Erie blieben wir 5 Tage, weil wir von da per Dampfboot bis hierher reisen wollten, allein des vielen Eises wegen konnte dieser Weg nicht passirt werden. Die Reise von New-York hierher hat mehr gekostet, als die von zu Hause nach New-York; wir haben nicht weniger als 80 Dollars gebraucht. Wären wir mit dem Emigrantenzug gefahren, hätte es uns auch weniger gekostet; um aber diese Fahrt auszuhalten, muß einer Vieles ertragen können. Wir sind bequem gereist, es hat vieles Geld gekostet, reuet uns aber nicht. Jedem, welcher es einigermaßen machen kann, ist es anzurathen nicht mit dem Emigrantenzug zu reisen.

Im Frühjahr, wenn die Dampfboote noch nicht gehen, ist es viel theuerer zu reisen, als im Sommer. Jetzt z. B. reist man von New-York hierher für 7 Dollars. Den Tag nach unserer Ankunft besuchten wir Priegers,**) welche uns sehr freundschaftlich empfingen. Mrs. Prieger sorgte gleich für eine Wohnung, half uns Möbel, Oefen rc. kaufen. Wir wohnen auf dem Berg, ganz in der Nähe von Priegers, was für Kathchen sehr angenehm ist.

Ich arbeitete 5 Wochen bei einem Küfer, jetzt bei einem Bierbrauer, wo ich bis Frühjahr bleibe. Wenn sich dann nichts Besseres darbietet, fang ich in einem Städtchen, welches im Wachsen ist, eine Brauerei an. Es ist ist nicht rathsam, gleich ein Geschäft selbst anzufangen, ehe man die Sprache und die Verhältniße hier kennt.***) Obschon ich bis jetzt noch wenig Geld verdient, und tüchtig habe arbeiten müßen, so gefällt es mir dennoch gut; ich gedenke auch nie mehr nach Deutschland zurückzukeh-

---

*) So schreiben die Deutschen häufig, die englische Schreibart Milwaukee (sprich Milwauki) beseitigend. D. Red.

**) Prieger ist ein Verwandter von Z—r; seine Frau ist gleichfalls eine Pfälzerin, aus Landstuhl.
Anm. des Einsenders.

***) Ist Jedem anzurathen. Anm. des Einsenders.

ren; Jeder, welcher arbeitet, weiß auch warum; der Arbeitslohn ist hoch, die Lebensmittel nicht so theuer; ist einer sparsam, wenn er auch kein Vermögen hat, so kann er sich nach 2—3 Jahren sein eigenes Geschäft, wozu er ein Betriebscapital von 6—800 Doll. nöthig hat, gründen.

Der Taglöhner verdient pr. Tag 6 Schilling, nach deutschem Geld 1 fl. 48 kr.; mit 2 Schilling kann er eine Haushaltung mit 2 Kindern führen und braucht er von keiner so erbärmlichen Kost zu leben, wie der arme, bedauernswerthe Taglöhner in Deutschland. Hier lebt der Taglöhner so gut wie in Deutschland ein Mann, welcher große Renten hat. Ich habe mich selbst überzeugt, was die Leute für einen noblen Tisch führen; sie können es auch thun, denn, wie schon bemerkt, verdienen sie 6 Schillinge pr. Tag, 2 brauchen sie zum Leben, es bleiben ihnen folglich noch 4 Schillinge übrig. Haben sie noch Kinder, welche verdienen, dann kommen sie in den Stand, sich in 3 Jahren eine Farm zu kaufen. Jedem, welcher hier ankommt und arbeitet, wo sich ihm Arbeit darbietet, gehts besser als in Deutschland. Amerika hat freilich auch keine Blutegel, welche das Land aussaugen. Die Abgaben hier sind sehr wenig, blos Häuserbesitzer und Farmer haben eine Kleinigkeit zu zahlen, was für Straßenbau verwendet wird.*) Von indirecten Steuern weiß man nichts.**)

Jeder Familienvater, welcher keine ganz gute Existenz für sich und seine Familie hat, ist es seinen Kindern schuldig, hierher auszuwandern. Wenn es einem in der ersten Zeit auch nicht gut geht, darf man nicht gleich verzweifeln, später wird er Gott danken, daß er draußen ist aus dem Land, wo er mit seiner Familie am Hungertuch hat nagen müßen, und jetzt in einem Lande ist, welches zwar noch nicht so cultivirt, nicht so schön, aber frei und wo er aller Nahrungssorgen enthoben ist.

Der Grund, warum ich die Bierbrauerei lerne, besteht darin: die Bierbrauerei ist eines der besten Geschäfte; Hopfen, Gerste sind billiger, als in Deutschland, und das Glas Bier kostet 5 Cents oder 7½ kr. Alle Bierbrauer hier haben mit Nichts angefangen und sind jetzt alle reich. Wenn ich dem Bierbrauer, bei dem ich jetzt bin, nicht mein Ehrenwort gegeben, daß ich hier keine Brauerei anfange, würde er mich nicht genommen haben; denn wenn sie wissen, daß einer Mittel hat und ist kein Bierbrauer, dann nehmen sie einem nicht.

Mit Wein sind auch Geschäfte hier zu machen, aber da wir nicht hier bleiben und ich immer in der Bierbrauerei bin, wollen wir vorerst noch warten.

Unser Geld, 300 Doll., haben wir Prieger gegeben, zum Ausleihen für 12 pCt. Er gab mir dafür eine Handschrift, als hätte er es von mir geliehen. Unsere Reise wie unsere schlechte Einrichtung hat viel Geld gekostet rc.

Frankfurt, den 5. Juli. Aus Berlin erfahren wir, daß man dort ernstlich daran denkt, die aufgehobenen Arbeiterbildungsvereine wieder herzustellen, nachdem man Grund hat, anzunehmen, daß von Seiten der Regierung einer solchen Wiederherstellung keine besonderen Schwierigkeiten werden in den Weg gelegt werden. (Frkftr. Journ.)

Dresden, den 1. Juli. Von der Polizei wurde die Schrift: „Eine Schrift zur Verständigung in Auslegung und richtiger Deutung der Lehre Jesu", mit Beschlag belegt. Als Autor nennt man einen gewesenen Zimmermeister Namens Holzweißig.

Berlin, den 2. Juli. Der Empfang der Freihandelsdeputation bei dem Ministerpräsidenten und die immer näher rückende Möglichkeit einer Auflösung des Zollvereins erfüllen unsere Industriellen mit großen Sorgen. (Allgem. Ztg.)

Bei dem Mangel an politisch Neuem haben in den letzten Tagen um so mehr zwei Processe Aufsehen erregt, die den Gerichtssaal mit einem eleganten Publikum füllten. Der eine ist ein Meineidsprozeß gegen die Geschwister Graf und Gräfin von Maltzahn. Derselbe Graf Maltzahn ist vor einiger Zeit schon in einem Processe wegen fleischlicher Vergehen der schmutzigsten Art, in welchem eine ganze Reihe Männer von adeligem Namen aus bekannten Familien figurirten, zu 10 Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Der jetzige Proceß hing durch verschiedene Zeugen und Theilnehmer mit jenem ersten zusammen und wurde der unsittlichen Verhältniße wegen größtentheils mit Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt. Der Gerichtshof sprach jedoch dießmal die Angeklagten frei, weil die Belastungszeugen unglaubwürdig und mehre derselben selbst meineidig seien.

— den 3. Juni. Das Mandat der durch den Bundesbeschluß vom 23. Aug. v. J. eingesetzten Commission, welche die Aufgabe erhielt, auf eine Beseitigung derjenigen Bestimmungen der deutschen Verfassung hinzuwirken, welche mit der allgemeinen Bundesverfassung in Widerspruch stehen, erlischt den ursprünglichen Festsetzungen nach mit dem gestrigen Tage. Dem Vernehmen nach wird aber das Mandat dieser Commission noch auf unbestimmte Zeit verlängert werden, um in ihr ein Organ zu behalten, welches bei jeder sich darbietenden Veranlassung sofort die geeigneten Schritte veranlasse.

Die „N. Pr. Ztg." und das „C. B." lassen sich heute ziemlich übereinstimmend über die neueste Erklärung Preußens in den Zollconferenzen aus. Von „glaubwürdiger Seite" ist der „N. Pr. Ztg." versichert worden, daß die Regierung beabsichtige, nach Ablauf einer in solchen Fällen üblichen Zeit (etwa 3 Wochen) einen ganz kurzen Termin für Abgabe der Erklärungen anzuberaumen, um sie, wie das „C. B." hinzufügt, zu zwingen, sich entweder ohne Weiteres für den Verbleib im Zollvereine zu erklären, und die Nichtigkeit aller bisherigen Opposition einzugestehen, oder sich blindlings den österreichischen Plänen hinzugeben.

Wien. Ein Correspondent der Allgem. Ztg. schreibt unterm 30. Juni: Es sei durchaus keine „Frage der Geschäftsordnung," sagt die heutige „Austria," zu welchem Zeitpunct bei den Berliner Conferenzen der Handelsvertrag mit Oesterreich discutirt werde, denn hätten die ehemaligen Zollverbündeten Preußen die Erneuerung der Verträge einmal zugesagt, so würde doch hintendrein für Oesterreich ridiculus mus! „ein winziger bedeutungsloser Handelsvertrag" herauskommen. Mit solchen lächerlichen Mäusen gibt sich Oesterreich nicht zufrieden, denn: „Eine fremde Macht schließt mit dem Fremden Handelsverträge, wie eine fremde Macht aber darf nimmermehr Oesterreich zu Deutschland stehen, dem es durch die heiligsten Bande des Blutes und der Geschichte, durch seine geographische Lage und seine Cultur angehört, dem es so oft als Hort und Schirm vorgestanden." Schließlich wiederholt das Blatt den Vorwurf, daß der ganze Streit wegen keines andern Motives geführt werde, als daß Preußen einen preußischen, von ihm bevormundeten Zollverein für sich allein haben wolle. Der ganze Ton des halbofficiellen Blattes läßt über den Gang oder vielmehr über das Stocken aller Verhandlungen richtigere Schlüße zu, als die lächerlichen Berichte in preußischen und andern deutschen Zeitungen, wo es heißt, „Hrn. v. Bismark ist es gelungen," oder „Hrn. v. Bismark ist es mißlungen," bald „im Lager der Darmstädter Coalition herrscht große Entmuthigung," oder „der Zollverein ist gerettet," bald ... doch Sie finden und lesen ja täglich ein Dutzend solcher Specimina.

Schweiz.

Freiburg. Das Komite von Posieur hat an den Bundesrath eine Beschwerde gerichtet. Bekanntlich wurde dasselbe vor den Präfecten zitirt und erhielt offizielle Mittheilung des bezüglichen Großrathsbeschlusses. Damit wurden folgende Weisungen verbunden: das Komite habe sich auf das Petitionsrecht zu beschränken; es habe sich jeder Handlung sowie jeder Organisation zu enthal-

*) Also für productive Zwecke! D. Red.

**) Außer dem Zoll, der, nebst dem Ländereienverkaufe, reichlich die Kosten der Centralgewalt, Armee und Flotte einbegriffen, deckt. D. Red.

ten, welche die öffentliche verfassungsmäßige Ordnung stören könnte; es habe sich aufzulösen, sobald die Petition, der eingestandene Zweck seiner Constituirung, der Bundesversammlung übergeben sei. In seiner Eingabe an den Bundesrath protestirt nun das Komite gegen die Bezeichnung eines „Agitationscomite," wie es im gr. Rath geheißen wurde. Es protestirt ferner dagegen, daß es sich nur noch mit der Petition an die Bundesversammlung befassen dürfe, und beansprucht vielmehr die volle Vereinsfreiheit; denn es habe im Sinn, an die Eidgenossen zu appelliren, wenn seine Begehren nicht in der Bundesversammlung Erfüllung finden, und ein solcher Schritt sei durch die Bundesverfassung gerechtfertigt. Zum ungehinderten Genuß dieser Rechte ruft das Komite den Schutz der Bundesbehörde an.

Neuenburg, den 2. Juli. Die Royalisten, bestürzt durch die allgemeine Erhebung der Republikaner, suchen sich noch durch eine Kriegslist zu helfen; sie verbreiten die Nachricht, es würden sich am 6. Juli nur wirkliche Bourgeois in Valangin einfinden; man habe, um jeden Anlaß zu vermeiden, die übrigen Royalisten gebeten, sich nicht einmal als Zuschauer einzufinden. Daß die Republikaner sich dadurch nicht beirren lassen, versteht sich von selbst. Zugleich warnt der Republicain die republikanischen Bourgeois von Valangin, ja keine Stimmkarten abzuholen, weil sie sonst in der Royalistenliste eingetragen würden. Es geht immer mehr hervor, daß einige Ränkeschmiede, welche gern wieder unter preußischer Firma das Neuenburger Land ausbeuten möchten, den König selbst mit Unwahrheiten bedient haben, und nun aufgefordert sind, sich über ihre Zifferangaben zu rechtfertigen. Von Berliner Blättern sind wir eine Auffassung der Neuenburger Verhältnisse gewohnt, wie sie etwa die Leute am Senegal von Europa haben. Daß aber auch ein Frankfurter Journal sich von einer im Frühjahr 1831 eingeführten Verfassung, von 198 fl. Jahresbesoldung der höhern Beamten (der Kanzler Favarger bezog allein 8000 Fr.) und von Zuschüssen der königlichen Kassa in Berlin schreiben läßt, das gehört zu den erlaubten Kühnheiten des deutschen Journalismus. Die Neuenburger Republikaner mußten von dieser „nichts nehmenden" Regierung, die wahrscheinlich deßwegen auch jede Rechnungsablage für höchst überflüssig hielt, nur 80,000 Fr. Schulden übernehmen. (Schweiz. Nat.-Z.)

— den 3. Juli. Gestern circulirte in den royalistischen Häusern eine Proclamation des Valanginer Bourgeoisie-Präsidenten Delachaux. Die Herren wundern sich darüber gleich dem Neuchatelois, daß man von ihrer „unschuldigen" Zusammenkunft so viel Aufhebens mache. Würdevoll gegenüber dem ärmlichen reactionären Machwerk erscheint die heutige Proclamation der Regierung. Sie lautet: „Werthe Mitbürger! Den 1. März 1848 hat das Neuenburger Volk sein unverjährbares Souveränitätsrecht wieder errungen. Den 30. April wurden alle activen Mitglieder der Neuenburger Familie berufen, sich über die Verfassung des Landes auszusprechen und die Republik ging triumphirend aus dieser feierlichen Prüfung hervor. Unsere republikanische Verfassung wurde einstimmig von den Ständen der Eidgenossenschaft gewährleistet. Sie hat uns einen gesicherten Platz in dem eidgenössischen Verbande verschafft. Das Schweizervolk selbst hat unser Werk sanctionirt durch die souveräne Abstimmung, die seiner gegenwärtigen Verfassung das für uns so denkwürdige Datum vom 12. Sept. gegeben hat. — Seitdem haben unsere Einrichtungen sich auf die friedlichste und regelmäßigste Weise entwickelt und befestigt. Die Vorsehung hat unsere Anstrengungen gesegnet. Unser Vaterland hat sich auf einen Grad der Wohlfahrt erhoben, den es bis dahin noch nie erreicht hatte. Die Wahlen vom 28. März d. J. für die Integralerneuerung der obersten Behörde der Republik haben den Arbeiten der ersten gesetzgebenden Versammlung eine entscheidende Sanction verliehen. Die Zukunft unsers kleinen Landes stellte sich unter einem so günstigen Bilde dar, daß man allgemein glaubte, fortan die ganze Sorgfalt den regelmäßigen und fortschreitenden Verbesserungen der innern Verwaltung und den productiven Arbeiten, die unsere betriebsame Bevölkerung beschäftigen, widmen zu können. Umstände, die wir uns enthalten, in Erinnerung zurückzurufen, haben anders entschieden. — Werthe Mitbürger! Die republikanische Bevölkerung des Kantons ist mit Recht in Bewegung gerathen durch die von den Feinden unserer Einrichtungen gepflogenen Umtriebe. Sie hat sich entschlossen, durch eine glänzende Kundthuung ihre unerschütterliche Anhänglichkeit an die republikanische Verfassung sowie an die Schweiz, unser einziges Vaterland, zu bezeugen. — Der Staatsrath ist froh und stolz, die Begeisterung der Republicaner zu sehen, sobald sie das nationale Princip irgend bedroht glauben. Ein Volk kann sich seine Freiheit nur dadurch sichern, daß es sich als wachsamer Hüter seiner Unabhängigkeit zeigt, daß es stets aufrecht steht, bereit, die Freiheit zu vertheidigen. — Aber damit eine Demonstration den großartigen Charakter trägt, den sie haben soll, muß, wie ihr wißt, die Haltung der Bürger dem Geiste des vorgesetzten Zweckes entsprechen. Ihr werdet der Schweiz beweisen, daß das republikanische Volk Neuenburgs das Gefühl seiner Pflichten sowol wie seiner Rechte hat. Seid also ruhig und würdig! Seid bei dieser feierlichen Gelegenheit das, was ihr an unsern Festen und Volksversammlungen immer gewesen. Laßt keine Herausforderung von euern Reihen ausgehen, erwidert selbst solche nicht, die sich gegen euch richten, überlaßt der Behörde, die mit euch wacht, die Sorge, die Störungen des öffentlichen Friedens zu unterdrücken. Verachtet die lügnerischen Gerüchte, die zu einem leicht begreiflichen Zwecke heimlich auf dem Lande verbreitet werden. Die Interessen unsers Kantons sind in den Händen der Bundesbehörden: sie werden nicht unterlassen, sie zu vertheidigen. — Werthe Mitbürger! Möge der Tag des 6. Juli wieder ein schöner Tag für die Republik sein!" (Schw. Nat.-Ztg.)

Frankreich.

Paris, den 2. Juli. Die zur Deportation verurtheilte Schriftstellerin und Lehrerin Pauline Rolland läßt hier drei Kinder zurück, deren einzige Stütze sie war.

Der von dem Lyoner Kriegsgericht zum Tode verurtheilte Decemberinsurgent Charlet ist endlich hingerichtet worden; vorher ist er, obgleich Protestant, von einem katholischen Geistlichen „bestimmt" (d. h. wohl genöthigt) worden, die Unterstützung der katholischen Religion anzunehmen. (Schw. N.-Z.)

Aus Lille schreibt man über, seit einigen Tagen fortdauernde Transporte mit Ketten an einander geschlossener Soldaten, die von St. Omer nach der Zitadelle von Lille unter Gendarmenescorte gebracht werden. Man vermuthet, daß ein Complott die Veranlassung dazu gegeben habe. (Schw. Nat.-Ztg.)

— den 4. Juni. Der „Corsaire" ist auf Grund seiner Verurtheilung vom 18. Mai, die jetzt erst rechtskräftig geworden ist, für 2 Monate suspendirt worden. Es ist dies die erste Einstellung eines Journals, mit Anwendung des § 2 des Organischen Preßdecrets vom 17. Februar 1852.

Der „Moniteur" bricht endlich in seiner heutigen Nummer sein Schweigen. Er bestätigt, daß in diesen letzten Tagen 32 Individuen verhaftet und 13 derselben „bei der Anfertigung von Kriegswaffen" betroffen worden. Er bemerkt dann: „Die Thatsachen, die bis jetzt festgestellt worden, haben nicht die Bedeutsamkeit, welche einige Journale damit verknüpften. Noch vager sprach man von einem Militärcomplotte, welches in St. Omer ausgebrochen wäre. Dieses Gerücht ist ohne allen Grund."

Der Prinz-Präsident hat bis jetzt im Schloße von St. Cloud wenig Besuche angenommen. Seine Gesundheit scheint — etwas angegriffen. — Der „Moniteur" enthält nachstehende Mittheilung: „Wir vernehmen, daß seit der Kunde, daß der Prinzpräsident demnächst eine Reise machen wolle, man bereits in einigen Städten es angeregt

hat, ihm Bankette anzubieten. Der Prinzpräsident, wir sind ermächtigt dieß zu erklären, hat den Entschluß gefaßt, die Einladung zu keinem Bankette anzunehmen, wie sehr ihn auch jene Beweise von besonderer Zuneigung erfreuten." — Diese officielle Abbestellung ist offenbar eine Bestätigung dafür, daß des Prinzpräsidenten Gesundheitszustand Schonung nöthig hat.

Die Reise des Präsidenten nach Algerien ist auf den Rath der Minister aufgegeben worden. Dagegen wird sich der Kriegsminister St. Arnaud im Herbste dahin begeben und eine große Expedition gegen die Kabylen commandiren.

Straßburg. Die Einweihung der Paris-Straßburger Eisenbahn wird jedenfalls noch im Laufe des Monats Julius stattfinden. Die Fahrten von Paris hierher werden im Anfang, so lange nämlich das doppelte Geleise nicht überall gelegt ist, etwa 10½ bis 11 Stunden in Anspruch nehmen. Sobald die zweite Schienenreihe benutzt werden kann, und die nach dem Crampton'schen System im Bau begriffenen Dampfmaschinen zur Verwendung kommen, hofft die Gesellschaft den Weg von Paris nach Straßburg in acht bis neun Stunden zurückzulegen.

Italien.

Mailand, den 29. Juni. Auf der Straße gegen Rho fanden in der gestrigen Nacht acht Raubanfälle statt. Die Gendarmen des Orts, hiervon in Kenntniß gesetzt, machten sich gleich zur Verfolgung der Thäter auf, und wirklich gelang es ihnen, einen davon einzubringen. Doch hatte dieser vor der Verhaftung noch dem ihn verfolgenden Gendarmen mit einem Stilett ein paar Wunden beigebracht. Morgen wird das Kriegsgericht zur Aburtheilung jener Missethäter zusammentreten, welche die Raubanfälle vor Porta Vercellina verübten. Wahrscheinlich werden sechs derselben zum Tode verurtheilt und sogleich hingerichtet werden. (A. Z.)

Rom, den 26. Juni. Die Conferenzen des Erzbischofs von München im Vatican dürften sich weit öfter wiederholen als es anfangs nöthig schien, da die Basis seiner Unterhandlungen während der Negotiationen selbst immer mehr nach allen Seiten hin an Ausdehnung zunimmt. So dürfte wol noch ein ganzer Monat verstreichen, bevor man zum Endresultat kommt. (A. Z.)

Australien.

Von den berliner Auswanderern nach Australien sind wieder Briefe eingegangen, die über die große Theuerung vieler Gegenstände klagen. So kostet ein Paar ordinärer Schuhe oft 3 Pf. St., während ein Pferd nur 1 Pf. kostet. Auf diese Weise dürfte es den Auswanderern allerdings bald gelingen, auf die Strümpfe zu kommen.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer**, den 7. Juli. König Ludwig und Königin Therese sind gestern auf der Villa bei Edenkoben angekommen. — Ebenso reisten der Großherzog und die Großherzogin von Hessen gestern hier durch.

* Auf dem gestrigen Fruchtmarkte sind die Fruchtpreise bedeutend gefallen.

Frankfurt, den 5. Juli. Wie man vernimmt, wünscht die niederländische Regierung, daß die deutschen Regierungen eine Prüfungscommission von Sachverständigen nach Surinam schicken, um daselbst alle nothwendigen Erhebungen über die Beschaffenheit des Landes vorzunehmen. Zugleich soll sie sich bereit erklärt haben, alle Kosten selbst zu tragen, welche mit der Absendung einer solchen Commission erwachsen würden. (F. J.)

Kassel, den 5. Juli. In der Sache gegen die Mitglieder des vorhinigen permanenten Ausschusses ist das Urtheil in letzter Instanz durch das Generalauditoriat dem Vernehmen nach gefällt, und wird wol morgen publicirt werden. Dasselbe lautet, wie es heißt, gegen Schwarzenberg auf ein Jahr Festung, gegen Henkel auf ein Jahr zehn Monate Festung, gegen Gräfe auf ein Jahr Festung und Dienstentsetzung (derselbe ist Director der hiesigen Realschule.) In erster Instanz war Schwarzenberg zu 2 Jahren, Henkel zu 3½ und Gräfe zu 3 Jahren verurtheilt und alle drei des Rechtes, die Nationalcocarde tragen zu dürfen, verlustig erkannt worden.

— den 6. Juli. Der erste Act unserer neuen Stände in der zweiten Kammer läßt bereits ziemlich System und Resultat des Landtags erkennen. Der Staatsrath Scheffer wurde mit allen gegen 3 Stimmen (dem Vernehmen nach die der Deputirten der Städte Hanau, Fulda und Eschwege) zum Präsidenten erwählt; die Deputirten vieler anderer Orte oder Bezirke hört man jedoch laut erklären, sie würden ihre Wahl auf andere Personen haben fallen lassen, wenn sie nicht nach dem Antrage des Herrn Scheffer hätten mündlich und öffentlich wählen müssen und sie dabei eingeschüchtert und befangen gewesen seien! — Die erste Kammer ist immer noch nicht beschlußfähig; die Zahl ihrer Mitglieder ist 23 und sind erst 15 Mitglieder anwesend; man vernimmt jedoch, daß die Eröffnung am 10. d. M. stattfinden wird. (Fr. J.)

Leipzig, den 3. Juli. Eine unlängst erschienene Verordnung des Ministeriums des öffentlichen Unterrichts schärft die Bestimmung ein, daß auf den Gymnasien kein Knabe aufgenommen werden solle, der nicht außer den Hauptlehren des Christenthums auch die dazu gehörigen Beweisstellen aus der Bibel und die Sätze des lutherischen Katechismus vollständig inne habe.

Berlin, den 4. Juli. Von der morgen stattfindenden Sitzung wird es lediglich abhängen, wann die Vertagung der Conferenzen eintreten soll. Spätestens werden jedoch bis Sonnabend den 10. ds. die Besprechungen erledigt sein und dann die Vertagung, nach der sich sämmtliche Conferenzmitglieder sehnen, eintreten. (K. Z.)

Die Mecklenburg-Schweriner Regierung hat bekanntlich eine Sachverständigencommission niedergesetzt, um zu untersuchen, ob ein Anschluß Mecklenburgs an den Zollverein wünschenswerth sei. Diese Commission hat sich nun mit Stimmeneinhelligkeit dafür ausgesprochen, daß die Regierung Mecklenburg unter allen Umständen gegen den Anheimfall an das Schutzzollsystem des Zollvereins wahren, und dem Großherzogthum die möglichst niedrigen Zölle erhalten möge. (Allg. Z.)

Köln, den 5. Juli. Der König äußerte hier: „Der Dom liegt mir am Herzen, er soll und muß fertig werden!"

Bonn. Am Nachmittage des 3. Juli wurde hier ein Erdstoß bemerkt.

Wien, den 2. Juli. Die „Presse" läßt sich aus Berlin melden, daß am 15. Juli eine Fortsetzung der Darmstädter Conferenzen in Berlin zu erwarten sei.

Paris, den 4. Juli. Die gewaltige Verschwörung schrumpft bereits so sehr zusammen, daß man schon davon redet, die Betheiligten nicht vor den Staatsgerichtshof, sondern blos vor die Zuchtpoliceigerichte zu verweisen. — Bis jetzt haben 44 Bischöfe dem das Schulstudium der heidnischen Classiker betreffenden Hirtenbriefe des Bischofs von Orleans beigepflichtet. — Die Adlervertheilung an die Nationalgarde der Seine wird am 15. August dennoch Statt finden. — Der Präfect des Pas du Calais hat eine Verordnung erlassen, der zufolge die Wirthshausbesitzer in Zukunft Personen beider Geschlechter in kein anderes Local, als in die für das Publicum bestimmten Säle aufnehmen dürfen. — Einiges Aufsehen hat es erregt, daß de Barral, Präfect des Cher, seine Entlassung eingereicht hat. Er ist verwandt mit Ludwig Bonaparte; seine Familie ist von jeher von Leib und Seele bonapartistisch gewesen und hat weder unter der Restauration noch unter dem Julikönigthum gedient. — Das schon lange nicht mehr gute Einvernehmen zwischen Belgien und Frankreich scheint sich nicht bessern, sondern verschlechtern zu wollen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 164 | den 9. Juli 1852.

Deutschland.

***Speyer,** den 8. Juli. Der Inhalt der Schrift des Herrn Dr. Heine, wie denselben die Zeitungen mittheilten (siehe Nro. 162 der Speyerer Ztg.), hat hie und da Aufsehen erregt. Wir theilen bekanntlich die politischen Ansichten des Hern. Dr. Heine in ihrem Endziele keineswegs. Dies kann uns aber nicht abhalten, die Consequenz und die Offenheit anzuerkennen, mit welcher derselbe seine Ueberzeugung hier wie anderwärts ausspricht. Auch stimmen wir in dem Puncte vollständig mit ihm überein, daß auch wir den Constitutionalismus, so wie er in Deutschland besteht, wirklich für unhaltbar erachten. Entweder muß ein wahres Repräsentativsystem aus demselben sich entwickeln, oder es wird der Absolutismus, die schrankenlose Gewalt, daraus entstehen. Das Erste ist, was wir erwarten; das Zweite, was Hr. Heine wünscht. Allerdings hegen wir dabei die Ueberzeugung, daß der Absolutismus auf der heutigen Bildungsstufe der Völker Mitteleuropas für die Dauer eine Unmöglichkeit ist. Darin finden wir eine weitere Garantie für den Sieg des wahren Repräsentativsystems. — Bei dieser Ueberzeugung erscheint es uns aber auch geradezu unbegreiflich, daß die Regierungen auf dem betretenen Wege fortschreiten. Wir finden dies um so unbegreiflicher, wenn wir die ganze Lage Europas ins Auge fassen. Es wäre wahrlich Grund genug vorhanden, von einer fortgesetzten Verfolgung der Democratie abzustehen. Wir können nicht bezweifeln, daß die heutigen Verfolger selbst dahin kommen werden, es noch am meisten zu bereuen, nicht eine andere, entgegengesetzte Richtung eingeschlagen zu haben.

Leipzig, den 5. Juli. Vor einigen Tagen war die Gattin Robert Blum's, die schon seit längerer Zeit in der Nähe von Zürich lebt, hier anwesend, um von ihren Freunden auf längere Zeit Abschied zu nehmen, indem sie sich nach Amerika begibt. Blum's Kinder bleiben bis zu ihrer vollendeten Erziehung in einem schweizerischen Pensionat.

Berlin, den 4. Juli. Es liegt ein Plan vor, hier in Berlin ein „christliches" Gymnasium nach dem Vorbilde des zu Gütersloh bestehenden zu errichten. Die Mittel sollen durch Privatbeiträge aufgebracht werden; die bisherigen Versuche, Beisteuern zu erlangen, sollen jedoch, obschon das Unternehmen an sich Gönner und Förderer hat, nur einen geringen Erfolg versprechen.

— den 5. Juli. In dem politischen Ausschuß der Bundesversammlung ist für die demselben zur Berathung vorliegenden beiden Bundespreßgesetzentwürfe der bayerische Bundestagsgesandte zum Berichterstatter erwählt worden.

Morgen soll es, (wie die „Deutsch. Allgm. Ztg." wissen will) entschieden werden, an welchem Tage die Vertagung der Zollconferenz eintreten wird, indem außer dieser Sitzung nur noch eine, am 10. Juli, statthaben wird. Preußen wird dann seiner Zeit durch ein Circularschreiben die sämmtlichen Staaten, auch die des Steuervereins, zu neuen Berathungen einladen. Die Bevollmächtigten sollen jedoch nur dann zugelassen werden, wenn sie auf „bindende und endgültige" Stimmenabgabe lautende Instructionen haben.

Schweiz.

Bern, den 4. Juli. Ein Beweis davon, daß in Genf die öffentlichen Angelegenheiten auch nicht so schlimm stehen, als sie oft von der reactionären Presse hingestellt werden, ist die Thatsache, daß gegenwärtig für mehr als 6 Millionen Häuser im Bau begriffen sind, daß die Materialien fehlen und in vielen Industriezweigen die Arbeiter mangeln; die materielle Wohlfahrt hat in Genf seit den 6 Jahren des radicalen Regiments fruchtbare Fortschritte gemacht. (Fr. J.)

Basel. Auch die hiesige Grütlivereinsection hat wegen Aufhebung des Grütlivereines im Kanton Bern eine Beschwerde an den Bundesrath erlassen. In dem Kreisschreiben an sämmtliche Sectionen des Vereins, worin die Beschwerdeschrift mitgetheilt wird, bemerkt die Baseler Section, daß, sollte der Bundesrath sich nicht veranlaßt sehen, seine Verwendung zu Gunsten der Vereinsbrüder im Kanton Bern eintreten zu lassen, noch der Recurs an die h. Bundesversammlung bleibt. Zu dem Ende trägt die Baseler Section darauf an: auf Sonntag den 1. August d. J. eine Versammlung von Abgeordneten sämmtlicher Grütlivereinssectionen in Aarau zu veranstalten. (Schweiz. Nat.-Ztg.)

Neuenburg, den 5. Juli. Die politische Reaction spricht überall dieselbe Sprache. Befindet sie sich in der Minderheit, so argumentirt sie: „Die Qualität ist Alles und die Quantität ist nichts; wir sind der Kern oder die Quintessenz; folglich gebührt uns das Geld." Hat sie aber irgendwo durch Mittel aller Art einen großen Haufen von Geistes- und Körperkrüppeln zusammengebracht, so raisonnirt sie: „Die Ziffer entscheidet. Zehn ist mehr als neun. Also übergebt uns das Regiment." Diese Logik ist schon alt; sie erinnert an den Wolf in der Fabel, der die Beute mit den Worten theilte: „Die eine Hälfte gehört mir und die andere Hälfte gehört demjenigen Sohne meines Vaters, der nicht mein Bruder ist." Die Neuenburger Royalisten spielen das gleiche Spiel. Erreichten sie bei irgend einem Wahlact einen kleinen Vortheil, so würden sie aus vollem Hals schreien: „Voilà la majorité." Unterliegen sie aber, wie das seit 4 Jahren regelmäßig zu geschehen pflegte, dann entschuldigen sie sich so: „Wir sind doch die eigentliche Majorität; eine Fraction unserer Partei hat sich eben — enthalten." So werden sie auch morgen oder übermorgen sprechen. „In Valangin sehen wir uns wieder!" Wir werden dort die „vile multitude" von 6000 Männern und ihr werdet dort das „eigentliche Volk," bestehend aus circa 600 betrogenen Betrügern sein. (Schw. N.-Z.)

Chauxdefonds, den 5. Juli. Stellen Sie sich von der republikanischen Volksversammlung keine langen Reden vor; sie wird kurz, einfach und erhaben sein. Nur zwei Resolutionen werden vorgeschlagen werden, nemlich die eidliche und geschriebene Versicherung, daß man republikanisch-schweizerisch bleiben und dazu alle seine Kräfte aufbieten will; sodann, daß das Neuenburger Volk von seiner Regierung ein kräftiges, entschiedenes Auftreten gegen die antinationale, verbrecherische Agitation und die augenblickliche Einberufung des großen Raths verlange. (Schw. N.-Z.)

Belgien.

Brüssel, den 4. Juli. General Changarnier ist gestern nach Deutschland abgegangen, wie die „Emancipation" wissen will, um eine Erholungsreise zu unternehmen.

Frankreich.

Paris, den 1. Juli. Der Oberst Charras und einige seiner militärischen Collegen von der Montagne sind und bleiben aus den Listen der Armee gestrichen und erhalten keinen Heller mehr aus der Staatscasse.

Ein Pariser Correspondent der Allg. Ztg. beginnt einen Artikel mit folgenden Bemerkungen: Wir kommen jetzt an die Schwierigkeiten und fahren an den Sumpf an. Da stecken die wahren Hemmnisse, von denen Kaiser Napoleon niemals ein tieferes Bewußtsein gehabt hat. Ein Volk unter die Beine zu kriegen, es auf der Reitbahn abzurichten, ist eine Kunst, aber nicht die schwerste Kunst. Dieses stolze Roß ist und bleibt immer ein stolzer Mensch, wenn man nicht willens ist, ihn bis zum Klepper abzureiten, wovor das Christenthum schon Sorge getragen hat. In ihm liegt die Kraft der Philosophie, der Wissenschaft, der Kunst, der Geselligkeit, der Politik. Ein mechanisch gehorchendes Volk kann einen chinesischen Staat abgeben, aber keinen christlichen. Ein christlicher Staat ist nicht möglich ohne geistige und ohne geistliche Freiheit. Wo die aber sich aufthun, tönt nothgedrungen einem System, wie dem des Kaisers Napoleon, ein moralisches Halt entgegen. Entweder ist es gezwungen, Geist und Gewissen zugleich zu knechten, oder mit Geist und Gewissen zu capituliren. Das hat lediglich nichts gemein mit der bloßen Parteilage einer Opposition, es hängt vielmehr mit den höchsten Gesetzen des menschlichen Geistes zusammen, gegen welche das ganze System des Kaisers Napoleon einen eigentlichen Kreuzzug unternommen hatte, denn es strebte dahin, den Geist zur Maschine zu knechten.

Paris, den 4. Juli. Ein scharf abgegränzter Zeitabschnitt ist für die gegenwärtige Regierung Frankreichs vorüber. Wir möchten denselben den der Ueberraschung nennen. Das Volk ließ sich bis jetzt Alles gefallen. Die Furcht vor den Rothen hielt es einestheils, Sehnsucht nach Aenderung und Neuheit in dieser Aenderung hielt es anderentheils in einer versteinerten Gleichgültigkeit. Nun ist es mit Einem Male anders geworden. Parteien, wie Einzelne, scheinen sich zu orientiren und, trotz der im Zaume gehaltenen Presse, gibt sich doch allenthalben eine öffentliche Meinung kund. Diesen Zustand der Dinge erfaßte man schon seit längerer Zeit im Elysee, daher die Verheißungen in der letzten Botschaft. Man hat einsehen gelernt, daß die jetzigen Einrichtungen, die dem Volke nach dem Staatsstreiche genügten, in der hergestellten Ruhe nicht mehr ausreichen dürften. Wenn man hie und da auf das dumpfe Grollen der Volkswogen horcht, so erfaßt einen die Ueberzeugung, daß es hohe Zeit ist, etwas Eingreifendes zur Befriedigung der Massen geschehen zu lassen. (Köln. Z.)

— den 5. Juli. Man hat sich heute viel mit einem Artikel von St. Marc Girardin in den „Debats“ beschäftigt, der in seinen diplomatischen Wendungen zu dem Schlusse, oder vielmehr zu der Insinuation führt, daß die französische Regierung, selbst wenn sie nicht von Außen herausgefordert wird, den Krieg kaum zu vermeiden im Stande ist. Der Autor sagt, daß die Lebensbedingung einer jeden Regierung darin bestehe, daß sie den öffentlichen Geist unaufhörlich beschäftige. Womit will aber eine Regierung, deren Armee im Innern nichts mehr zu thun findet, und die keine parlamentarischen Aufregungen zu bieten hat, den öffentlichen Geist beschäftigen? Mit Handel und Industrie? Das beschäftigt wohl dauernd Individuen, aber nicht den öffentlichen Geist. Und die Armee, die sich immer die Retterin des Staates nennen hört, wird sie ihren Ehrgeiz verläugnen und sich zur Unthätigkeit verdammen lassen? Folglich, ein auswärtiger Krieg ist unvermeidlich. Der Name des Verfassers hat dieser Argumentation eine gewisse Bedeutung gegeben, und sie hat, in Verbindung gebracht mit der Anspielung auf gewisse kriegerische Eventualitäten in der Rede des Präsidenten, womit er die Offiziere der neuangekommenen Regimenter begrüßte, eine vielleicht unverdiente Aufregung hervorgebracht.

Der Minister des Innern hat angeordnet, daß in dem Hengstdepot zu Pin am 28. Juli 13 Zuchtstuten und eine Anzahl von Füllen, sämmtlich englischen Vollbluts, ferner 4 Stuten von rein Arabischem und 6 Füllen von gemischtem Ursprunge, nebst 12 Dienstpferden, öffentlich verkauft werden sollen.

Noch 2 Flüchtige, die man seit den Decemberereignißen vergebens gesucht hat, Namens Caillat und Grense, sind in der Umgebung von Montelimar gefangen und sogleich nach Algier deportirt worden.

Man schreibt aus Nancy, daß trotz der doppelten Anzahl von Arbeitern, welche Tag und Nacht an der Eisenbahn von Straßburg arbeiten, dieselbe nicht vor dem 24. oder 25. dieses Monats fertig sein kann, so daß die auf den 17. angesetzte Einweihung derselben durch den Präsidenten verschoben werden muß.

Italien.

Mailand, den 30. Juni. Um 1 Uhr Nachmittags wurden heute auf dem Richtplatze vor Porta Sempione sechs von jenen Verbrechern hingerichtet, die in den ersten Tagen dieses Monates in Gesellschaft von noch 12 andern den Raub vor Porta Vercellina verübt hatten. Die Hingerichteten, meistens junge Leute, schienen Opfer der Verführung gewesen zu sein, und hatten gleich nach ihrer Verhaftung das begangene Verbrechen eingestanden. Gestern um 6 Uhr Morgens wurde neuerdings wieder ein Raubanfall in der Umgebung Mailands, und zwar in der Nähe bei Precotto in der Nähe von Sesto di Monza, verübt. Diese Verbrechen haben seit einiger Zeit in bedenkenerregender Weise zugenommen, und die dagegen angewendeten strengen Strafen haben bis jetzt nicht vermocht, dem großen Uebel zu steuern.

Turin, den 29. Juni. Die Ehegesetzdebatte wird fortgesetzt. Der Priester Robecchie spricht für Annahme des Gesetzes; er meint, die römische Kirche werde nicht zu Turin verdammen, was sie in Paris gutheißt (nemlich die Civilehe). Auch der Domherr Asproni räth wiederholt zur Annahme. Buoncampagni hält eine von häufigen Acclamationen unterbrochene Rede, worin er seinen guten katholischen Glauben betheuert, übrigens die Nützlichkeit und Nothwendigkeit des Gesetzes darzuthun sucht. Nur der bekannte Menabrea, Führer der Rechten, spricht sich für Verwerfung aus.

— den 30. Juni. Die Ehegesetzdebatte wird immer lebhafter. Die Abgeordneten Mamelli und Viora beziehen sich auf mehre von der römischen Kirche für verwerflich erklärte Lehrsätze des Professors Nuytz in Betreff der Ehe, was Anlaß zu großem Tumult gibt. Graf Revel erklärt, er finde die Vorlage und die Discussion des Gesetzes voreilig, denn es mache eine befriedigende Uebereinkunft mit Rom geradezu unmöglich. Hierüber steigt der Tumult aufs Höchste. Buoncampagni widerlegt Revel's Behauptung; dieser replicirt. Nach mehrfachen Hin- und Herreden wird die Debatte morgen fortzusetzen beschlossen.

Dem Vernehmen nach wird die Organisation der päpstlichen Armee, die 18,000 Mann stark werden soll, bis zum 1. Januar 1853 beendet sein. Der päpstliche Hof hat alsdann die Absicht, Frankreich und Oesterreich zu ersuchen, ihre Truppen aus den römischen Staaten zurückzuziehen. Erstere Macht scheint den Forderungen Roms willig Folge leisten zu wollen; Oesterreich soll jedoch seine Truppen aus der Romagna nicht zurückziehen wollen; es hat in der That auch immer die Organisation der römischen Armee eher verhindert, als begünstigt.

Großbritanien.

London, den 29. Juni. (Ein geistlicher Skandal in Birmingham.) Der hochkirchliche Localverein zur Bekehrung der Heiden hielt sein Jahresfest; die Platform war mit lauter Reverends (geistlichen Herren),

das Parterre vorzugsweise mit Damen besetzt. Nachdem ein Gebet gesprochen und der Jahresbericht verlesen war, bat ein Geistlicher, Mr. Gale, um die Erlaubniß, ein Amendement zu stellen. Diese Ankündigung erregte einen minutenlangen Tumult auf der Platform, indem sich endlich der Vorsitzende mit dem Ordnungsruf gegen Gale vernehmbar machen konnte. Gale versuchte zu protestiren und nun erfolgte nach der Schilderung des „Birmingham Journal" folgende Scene. Aufruhr und Geschrei: werft ihn hinaus! Mr. Gale: Meine christlichen Freunde — (Aufruhr, einige Reverends fassen Mr. Gale beim Kragen.) Im Namen der Gerechtigkeit, bedenkt den Zweck — (Aufruhr) Ich appellire — ich bin kein Feind der Gesellschaft — (Ein Nachbar ergreift Mr. Gale beim Arme und zerrt ihn vom Rande der Platform zurück unter allgemeinem Geschrei: ruft die Polizei!) Mr. Gale wird bedeutet, daß er nicht gehört werden könne, da er nicht Mitglied der Gesellschaft sei. Mr. Gale: Ich glaube, ich bin schon Mitglied und wenn nicht, so unterzeichne ich hiermit eine halbe Guinee; und darum, meine christlichen Brüder — (Tumult) es schmerzt mich — (verstärkter Tumult; Jemand springt auf ihn zu, schüttelt ihn und versetzt ihm einen Faustschlag an den Kopf, der die Brille zertrümmert. Geschrei: Er ist betrunken, werft ihn hinaus! Polizei! — Der als Thürsteher fungirende Pedell wird herbeigeholt und angewiesen, den sich Sträubenden mit Gewalt hinauszuschleppen. Actum, wie befohlen.) Zum Schluß Gebet und Gesang und Dank des Meetings für das christliche, unpartheiliche Benehmen des Vorsitzenden. Das brandstifterische Amendement, wie sich später ermittelte, ging dahin: „daß die Missionare vorzugsweise aus Teetotallern (Mitgliedern der Enthaltsamkeitsvereine) gewählt werden sollten." Den Reverends zuzumuthen, dem Portwein, dem Brandy zu entsagen! Entsetzlich! Nach Lord Derby's neuer Schulinstruktion würde diese Gesellschaft über die Moralität der Birminghamer Lehrer zu wachen haben!

Algier.

Nach dem Moniteur Algerien sind in einigen Kreisen, namentlich in dem von Tiaret, ungeheure Heuschreckenschaaren erschienen, auf welche aber, gemäß Befehl des Gouvernements, sofort Jagd gemacht wurde, und zwar mit solchem Erfolge, daß in einigen Kreisen täglich 150 bis 200 Säcke voll eingeliefert wurden. Man hofft, durch die angestrengteste Thätigkeit die Geißel des Landes abzuwenden, indem man die Heuschrecken vernichtet, ehe sie beflügelt sind. Im Süden hat man seit Menschengedenken so zahlreiche Schwärme nicht mehr gesehen, und nach allen Richtungen sind die Eingebornen zum Heuschreckenkriege aufgeboten. Kommen die geflügelten Schwärme aus dem Süden, was man sehr befürchtet, dann ist an keinen Schutz, an keine Rettung der Aernten mehr zu denken.

Australien.

Die jüngsten Berichte aus **Adelaide,** Süd-Australien, welche bis zum 7. Februar d. Js. reichen, bringen noch immer die unglaublichsten Nachrichten über den Reichthum der dortigen Goldminen, und über die gänzliche Umwälzung der dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse. So schreibt ein Correspondent, daß jedes Geschäft in der Stadt darnieder liegt, fast alle Läden seien geschlossen, die öffentlichen Bureaux ohne Beamten, die Gerichtshöfe ohne Richter, die Legislatur ohne Repräsentanten des Volkes. Jeder, vom Reichsten bis zum Aermsten, der nur irgend die Mittel zur Reise hat, zieht nach den Minen, und selbst der Lord-Bischof und der Archidiaconus haben sich auf den Weg nach Mount Alexander gemacht, um dort — das Wort Gottes zu predigen? — nein, um Gold zu graben und zu waschen! Von den Schiffen desertirt ein Mann nach dem andern, und für Matrosen werden für die Rückfahrt nach England vergebens 80 bis 100 Pfd. Sterl. geboten. Die Regierung hat alle Macht verloren, das Volk regiert sich selbst und wer nach den Minen geht, der bewaffnet sich bis an die Zähne.

Neueste Nachrichten.

Mainz, den 6. Juli. Auch in Bingen sind die Gemeinderathswahlen im Sinne der demokratischen Partei ausgefallen, was unter den Ultramontanen, die sich dort, freilich nur mit dem Munde, die Herren des Terrains nennen, einen schlecht verhehlten Aerger hervorrief.

Köln, den 5. Juli. In den Becker'schen Prozeß ist auch Freiligrath verwickelt. Es wird in contumaciam gegen ihn verfahren.

Bremen, den 5. Juli. Die Todtenbundsuntersuchung ist noch immer im Gang; einer der zuerst Verhafteten, Uhrenmacher Reimken, ist übrigens wieder in Freiheit gesetzt worden. — Dulon hat dem Criminalgericht schriftlich angezeigt, daß er zur Fortführung seiner Untersuchung sich wieder stellen werde, sobald in Bremen geregelte Zustände wieder eingetreten seien.

Kassel, den 5. Juli. Das den Mitgliedern des permanenten Ausschusses heute verkündigte Urtheil lautet, wie gestern angegeben; nur ist Schwarzenberg nicht zu einem Jahr, sondern nur zu 10 Monaten Festung verurtheilt. Auch soll sämmtlichen Verurtheilten der erlittene Vorarrest angerechnet werden, so daß bei Schwarzenberg 1 Monat, bei Henkel und Gräfe 4½ Monat in Abzug kommen; hinsichtlich Schwarzenbergs soll erst noch ermittelt werden, ob dessen Gesundheitszustand das Ertragen einer Gefängnißstrafe ermögliche.

Berlin, den 5. Juli. Ich habe schon neulich erwähnt, daß die preußische Erklärung in der Zollconferenz mit der Würde und Ruhe abgefaßt ist, welche dem so ernsten Ereignisse einer möglichen Auflösung des Zollvereins allein angemessen erscheint. Heute wird von anderer Seite der von mir angegebene Inhalt der abgegebenen Erklärung bestätigt. Doch ist er noch durch zwei Puncte zu bestimmen. Die preußische Regierung sieht sich nämlich zu ihrer Erklärung bestimmt besonders durch die Unsicherheit und die Stockung, welche in den Verkehrsverhältnißen durch die Ungewißheit über die Fortdauer des Zollvereins hervorgerufen werden, so wie durch die Wahrnehmung einer geringen Aussicht auf Verständigung. Der Wunsch, daß von Seiten der Regierungen die Erklärung über die Annahme des Septembervertrages erfolge, ist schließlich noch dadurch begründet, damit Preußen über die nothwendig zu ergreifenden Maßregeln beschließen könne. (K. Z.)

Ostrowo, den 2. Juli. Seit einigen Tagen treffen fortwährend Flüchtlinge aus dem benachbarten Kalisch hier ein, die wegen der daselbst in schrecklicher Weise grassirenden Cholera ihr Hab und Gut verlassen, um hier Obdach zu finden. In den ersten Tagen raffte diese leider einheimisch gewordene Krankheit größtentheils Kinder fort, ging aber gleich auch auf die älteren Personen über, so daß am vergangenen Sonntag an 40 Leichenbegängnisse waren. Es ist diese Zahl furchtbar groß, wenn man erwägt, daß Kalisch überhaupt nur 10—12,000 Seelen zählt. Gerüchten zufolge soll dieser Krankheit halber eine förmliche Sperre für Kalisch eintreten, doch ist bis jetzt davon nichts Amtliches bekannt geworden.

Paris, den 6. Juli. Einem sehr glaubwürdigen Gerüchte zufolge steht eine Veränderung des Ministeriums nahe bevor; auch sollen Veränderungen im diplomatischen Corps und dem Staatsrathe vor sich gehen.

Das „Univers" hat sich nun förmlich vom Elysee losgesagt. Die ultramontane Partei scheint die Hoffnung aufgegeben zu haben, unter Ludwig Napoleon zur Herrschaft zu gelangen.

Ein Decret im „Moniteur" schließt heute die Sitzungen des Senats für dieses Jahr. Ein zweites Decret löst den Municipalrath von Molières im Departement Tarn und Garonne auf. Ein drittes Decret endlich ernennt zwei neue Präfecten und ordnet drei Versetzungen von Präfecten an.

Der „Siecle," der heute einen Artikel über „Deutsch-

land während und nach 1848" bringt, setzt von seinem Standpunct auseinander, warum alle Freiheitsbestrebungen von 1848 in Deutschland mißglücken mußten, und kommt zu folgendem Schlußsatze: „Gehet nach Frankfurt und Ihr werdet dort alle die alten Werkzeuge von 1815 wiederfinden. Der Bundestag, der in die Hände des Reichsverwesers seine Abdankung legte, nachdem er die constituirende Versammlung um Verzeihung gebeten hatte, ist dort aufrecht, als ob Nichts vorgefallen wäre, mit seinem Plenum, mit seinem Ausschußrath, immer bereit auf die zeitgemäßen Ideen mit des Schwertes Knauf und Schneide loszuschlagen, nach der Manier des Götz von Berlichingen. Es ist nicht dieser Zweikampf zwischen dem Anachronismus und der Gegenwart, und sein Ausgang, der uns beunruhigt. Gott, der nicht will, daß die Todten herumspucken, wird hier schon seinen Willen geltend zu machen wissen. Was uns am Herzen liegt, das ist zu wissen: ob eine künftige deutsche constituirende Versammlung es begreifen wird, daß er drei Deutschländer gibt, die zur Vereinigung geeignet sind, die man aber nicht verwechseln darf, und daß für alle darin die Freiheit nur von dem Deutschland kommen kann, das seit Jahrhunderten sich auf den Arm und die Freundschaft von Frankreich gestützt hat. — Wir hoffen es!" —

Trotz der wiederholten Versicherungen der Algierischen Blätter, daß die Insurrection gänzlich gedämpft sei, kommen noch immer neue Berichte über wieder stattgehabte und mitunter sehr ernste Gefechte, an. Am 24. Juni hat der schon am 15. Juni geschlagene mächtige Stamm der Beni Senassen einen neuen Angriff auf die Colonne des General Montauban versucht, er wurde aber mit Verlust von 400 Todten, die auf dem Platze blieben, gänzlich auseinander gesprengt. In Constantine dauern die Verhaftungen der Eingeborenen fort. In der letzten Zeit wurden mehrere Araber, die einen religiösen Character bekleiden und zu den angesehensten Familien gehören, festgenommen, was eine gewisse Aufregung unter der übrigen Bevölkerung hervorgerufen hat. Der Markt wird seit einiger Zeit sehr dürftig mit Lebensmitteln versehen, was man außer der Insurrection, auch der so eben stattfindenden Heuerndte, welche die Landbewohner von der Stadt entfernt hält, zuschreibt.

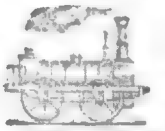
Miscellen.

In **Paris** bewundert man jetzt kunstvolle Möbel aus dem Holze einer Cactus-Art — Opuntia —, die in den heißen Strichen Algeriens wächst, und deren Holz, weil es im natürlichen Zustande durchbrochen ist, die „Spitzen der Sahara" genannt wird. Das Holz ist biegsam und stark, von schöner Farbe, und gibt an und für sich die herrlichsten Formen. Ein verabschiedeter Unterofficier der Spahis, Namens Toussaint, hat diese Holzart zuerst angewandt und kann jetzt nicht allen Bestellungen nachkommen; denn in der vornehmen Welt sind die Möbel aus dem Holze „der Spitzen der Sahara" einmal Mode, sollen sich aber auch durch Zierlichkeit, Seltsamkeit und Eleganz auszeichnen.

Wallenstein's astrologisches Instrument. Die kaiserliche öffentliche Bibliothek in Petersburg ist durch die Freigebigkeit der Großfürstin Helena Paulowna kürzlich durch ein astrologisch-astronomisches Instrument, welches einstens Eigenthum Wallenstein's war und von demselben bei seinen astrologischen Forschungen gebraucht wurde, bereichert worden. Jenes Instrument, welches aus Kupfer besteht, ist im Jahre 1568 in Löwen in Belgien durch G. A. Gemmi, Enkel des berühmten holländischen Astronomen Gemmi, verfertigt worden. Nach dem Tode Wallensteins gelangte dieses Instrument in ein Kloster nach Prag, von da nach Wien, und bald nachher war es im Besitze des Klosters in Seligenthal. Darauf befand es sich im Observatorium zu Mannheim von woher es, (unbekannt, warum und wann), wieder nach Seligenthal zurückgelangte. Hier wurde dasselbe einem Beamten des Fürsten Leiningen verkauft, von welchem für eine bedeutende Summe die Großfürstin Helena Paulowna es erstand, und der kaiserlichen Bibliothek zum Geschenke machte.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1115²] **Speyer-Lauterburger Eisenbahn-Gesellschaft.**



Die Actionäre obiger Gesellschaft werden hiemit zu einer **General-Versammlung auf Montag den 16. August 1852**, Morgens 9 Uhr im Harmoniesaale zu Speyer, eingeladen.

Gegenstand der Verhandlung ist: definitive Verfügung über die im Circularschreiben vom 20. Mai 1850 verzeichneten Haberschen Papiere.

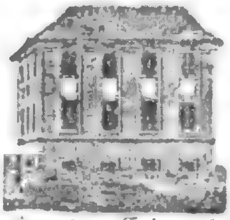
Speyer, den 6. Juli 1852.

Der Verwaltungs-Ausschuß:

Rebenack. G. F. Kolb. Mattern. Dr. Walz.

[1116] Dem Unterzeichneten ist ein großer weiß und braun geplackter langhäriger **Hühnerhund**, englischer Raçe, mit auffallend langer Ruthe, welcher auf den Namen „Flambeau" hört, entlaufen. Ich bitte den jetzigen Besitzer, denselben gegen angemessene Belohnung zurückzuerstatten. J. Rauch in Hambach.

[1114²] **Versteigerung des Gasthofes „zum goldenen Schaaf" in Landau** (bayerische Pfalz).



Montag, den 6. September laufenden Jahres, des Nachmittags 2 Uhr, in dem Locale selbst, wird der in der bayerischen Pfalz, zu Landau am Paradeplatz liegende Gasthof „zum goldenen Schaaf," unter vortheilhaften Bedingungen und Gestattung längerer Zahlungstermine, der Erbvertheilung wegen öffentlich in Eigenthum versteigert.

Dieser Gasthof, der seit undenklichen Zeiten sich eines guten Rufes und einer starken Frequenz erfreut, gelegen in dem belebtesten und schönsten Theile der Stadt, versehen mit den Erfordernißen eines vortheilbringenden Betriebs, enthält 2 geräumige Speisesäle, 8 schöne Logis mit Aussicht auf den Paradeplatz, 11 Fremdenzimmer, 12 Bedientenzimmer und Kammern, in den Nebengebäuden einen großen Tanz- und Reunions-Saal mit Restaurationslocalitäten, — 3 Keller, Stallungen für 30 Pferde, Remisen, Hofraum und Brunnen, — kann jedem Geschäftsmann als sehr rentabel empfohlen werden.

Bei der stets ansehnlichen Garnison, durch seine vortheilhafte Lage am Paradeplatz und nächst der Fruchthalle, dann der in Aussicht stehenden baldigen Eröffnung der Eisenbahn von Neustadt über Landau nach Weissenburg, der Nähe des königlichen Lustschlosses Ludwigshöhe und des Bades Gleisweiler, steht dem Gasthause eine immer mehr steigende Frequenz in Aussicht.

[1105³] Zu dem

Hauptschießen in Neustadt a. d. H.

mit 40 Preißen im Werthe von 600 fl., welches am 18. 19 und 20. Juli nächsthin abgehalten wird, ladet freundlichst ein

Neustadt a. d. H., den 1. Juli 1852.

Der Vorstand der Schützengesellschaft.

[1108³] **Warnung.**

Der Unterzeichnete warnt hiemit Jedermann, von dem jetzt in Zweibrücken im Arresthaus sich befindlichen Joh. Mäurer I. aus Friedelsheim etwas zu kaufen, da sonst den Käufern wegen verschiedenen anhängigen Prozessen Schaden erwachsen könnte.

Mannheim, den 27. Juni 1852.

Peter Schmitt.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 165 | den 10. Juli 1852.

Deutschland.

* Die Reaction und die „legale" Opposition.

Viele von Denen, welche im Jahre 1849 die Reaction förderten und unterstützten, waren weit entfernt davon, gar keine Opposition dulden zu wollen. Ja, Opposition muß sein — so urtheilten sie ungefähr — nur nicht diese ganz unbändige, diese maßlose Opposition; es müßen nur einige Schranken gezogen, es soll nur dem ärgsten Mißbrauche gesteuert werden. — Die guten Leute ahneten nicht, daß, wenn die Reaction einmal im entschiedenen Siege, sie nicht mehr im Stande seien, dieselbe aufzuhalten; sie ahneten ebenso wenig, daß die Reaction eben gar keine Opposition dulden will, eine zahme ebensowenig als eine wilde; sie ahnete nemlich nicht, daß man auf dem betretenen Wege gar leicht viel weiter kömmt, als man anfangs selbst nur für möglich gehalten hatte. —

In der ersten Hälfte des Jahres 1849 wurde dem damaligen bairischen Landtage der Entwurf des jetzigen Preßgesetzes vorgelegt. Das ist freilich viel zu arg, hörte man sagen; ein Preßgesetz, ja, um dem wirklichen Mißbrauche der Presse etwas Einhalt zu thun, aber ein solches Gesetz — nein! — Es kam vorerst nicht zu Stande. Die Presse wurde von selbst bedeutend zahmer, denn die Rückschläge des unterdrückten Aufstandes in Baden und der Pfalz machten sich von selbst geltend. — Aber trotz dieses Zahmwerdens der Presse, trotz dem, daß man also eines Gesetzes gegen die Presse weit weniger bedurfte als zuvor, ward dennoch das nemliche Preßgesetz nach 6 oder 8 Monaten für nothwendig erklärt und von allen Factoren der Gesetzgebung angenommen. — Unter der neuen Einrichtung ist nun die Mehrzahl der Oppositionsblätter zu Grunde gegangen; die meisten konnten nicht mehr fortbestehen, die wenigen übrig gebliebenen sehen sich von allen Seiten her so sehr eingeengt, daß sie oft selbst dem, was alle Welt fühlt, keinen Ausdruck mehr geben können. — Und nachdem die freie Presse wieder zahmer geworden, ja beinahe ganz verschwunden ist, — nachdem also ein Bedürfniß gegen die Uebergriffe, gegen die Schrankenlosigkeit der Presse wahrlich weniger als je vorhanden, — da sollte sich die Nothwendigkeit noch weiterer Beschränkung herausgestellt haben!

Wie hier mit der beispielsweise angeführten Presse, so geht es mit dem Vereins- und Versammlungsrechte, mit den freisinnigen Verfassungen, kurz mit Allem; — die Reaction kann gar keine Opposition brauchen, auch keine zahme, und sei sie noch so „legal."

Wir wurden zu diesen Bemerkungen durch ein Actenstück veranlaßt, das uns vor einiger Zeit mitgetheilt wurde. Es ist eine Ausarbeitung, wie es scheint für eine Regierung, und stammt aus dem Anfange der dreißiger Jahre. Die Ueberschrift lautet: „Die sogenannte legale Opposition." Nachstehend der Wortlaut der ersten Hälfte dieser Ausarbeitung.

„Wenn eine Partei ihre eigene Willkühr über die Schranken der sie umhegenden Gesetze erheben will, sei es nun daß die Machthaber die bestehenden Rechte und Freiheiten ihrer Untergebenen schmälern, oder daß umgekehrt die Unteren die Bande der Herrschaft lösen wollen: so stehen ihnen dazu zwei Wege offen, der der offenen Gewalt, oder der einer sogenannten gesetzlichen Opposition, unter welcher man die Kunst versteht, die Gesetze auf legalem Wege allmälig zu untergraben.

Nachdem auf diesen beiden Wegen, um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, die absolute Herrschaft auf Geld- und Militärmacht gestützt, sich zu einer unerhörten und unnatürlichen Hohe gesteigert hatte, ist seitdem der Umschwung eingetreten, in dem entgegengesetzten Bestreben, auf den Trümmern der absoluten Monarchie eine absolute Volkssouverainität zu gründen. Und wieder sind es jene beiden Wege, welche die Partei, die nach jenem Ziele strebt, eingeschlagen hat. Wo in der bürgerlichen Gesellschaft Gewalt sich erhebt, da tritt ihr die Gewalt entgegen, das Recht schweigt, und das Urtheil sprechen die Waffen. Das ist der einfache Gang der Sache.

Schwieriger dagegen ist die Aufgabe mit jener sogenannten legalen Opposition, wie diese ihre Taktik in einer 40jährigen Erfahrung ausgebildet hat, der Geldmacht das Steuerverweigerungsrecht, der in althergebrachten, stehenden Formen sich bewegenden Auktorität die Preßfreiheit, der Militärmacht die Bürgersoldaten und die mit Pflastersteinen bewehrten von Barricaden beschützten Volksmassen entgegenzusetzen.

Es ist der gewöhnliche in der Natur der Sache gegründete Gang einer jeden Revolution, daß sie anfänglich, wenn ihren Bekennern noch der Muth und die Kraft fehlt, und solange Anhänglichkeit oder Scheu vor dem Althergebrachten noch allzufest in der Masse wurzelt, ganz leise und kaum vernehmlich mit jener sogenannten legalen Opposition beginnt; nach und nach werden dann die Töne lauter, die Instrumente zahlreicher, bis sie zuletzt, wenn das also Bestürmte sich nicht auf Gnade und Ungnade ergeben will, in die andere Bahn der offenen Gewalt übertritt.

So hat bekanntlich die erste französische Revolution auch auf legalem Wege mit dem Widerstande der Parlamente gegen die Einzeichnung der königl. Befehle begonnen, rasch hat sie dann immer höher ihr Haupt erhoben, und in schnellem Wechsel sind Constitutionelle, Republikaner, Jacobiner, Terroristen und Anarchisten einander gefolgt.

Einen gleichen Entwicklungsgang hat das revolutionäre Princip seit der Restauration von neuem zu durchlaufen begonnen; denn auch hier fingen wieder die Journalisten ganz leise auf legalem Wege zu opponiren an, sorgfältig ihr letztes Ziel verwerfend. Sie haben so unter dem Schutze der Gesetze auf dieser Bahn unermüdet fortschreitend, ganz allmälig und beinahe unvermerkt eine völlige Umwendung aller Begriffe bei einem großen Theile des Volkes hervorgebracht.

Dieses Revolutioniren der Gesinnung auf legalem Wege hat ein geistreicher französischer Schriftsteller in seiner allmäligen Stufenfolge schon im Jahre 1819, warnend vor dem nothwendigen Ausgange, also geschildert: 1814 rief man: „es lebe der König! es lebe die Legitimität!" Einen Vendeer nannte man damals einen Heroen, den Jakobiner einen Banditen. — 1815 rief man: „es lebe der König! es lebe die Charte!" der Heros war nur mehr ein Freund des Königs und der Bandit nur noch ein Feind der königl. Gewalt. — 1816 rief man: „es lebe die Charte!" Der Freund des Königs (der Vendeer) war blos ein ehrlicher Mann und der Feind der königl. Gewalt (der Jakobiner) der Anhänger einer Partei. — 1817 hat man viel gerufen, aber man rief nichts. Der ehrliche Mann (der Vendeer) galt für einen überspannten und der Parteianhänger (der Jakobiner) für einen verirrten Franzosen. — 1818 rief man: „es lebe das Volk!" Der überspannte Franzose (der Vendeer)

wurde ein verirrter Franzose, und der verirrte Franzose (Jakobiner) war nun blos ein überspannter Franzose. — 1819 ruft man: „es lebe die Freiheit!“ Den verirrten Franzosen (den Vendeer) nennt man einen Parteianhänger, und den überspannten Franzosen (den Jakobiner) einen ehrlichen Mann.

Der Graf O'Mahony schließt daraus, daß man im folgenden Jahre den Parteianhänger (den Vendeer) einen Feind des Königs, und den ehrlichen Mann (den Jakobiner) einen Freund der königl. Gewalt nennen werde, und daß das Ganze zuletzt damit endigen müsse, daß man den Heroen von 1814 einen Banditen, und den Jacobiner (den ehemaligen Banditen) einen Heroen nennen würde, wie denn dies wirklich eilf Jahre später am 10. August 1830 mit den Heroen des Julius und den Banditen der Vendeer eingetroffen ist, denn die legale Opposition hatte nun Kraft genug, um in die Bahn der Gewalt überzuspringen.“

In der zweiten Hälfte der Schrift werden dann die ausgesprochenen Principien auf die Verhältniße der damaligen Zeit in Deutschland zur Anwendung gebracht. — Ueber das Resultat kann nach dem Mitgetheilten kein Zweifel sein; es geht darauf hinaus: die legale Opposition ist, wie zahm sie auch auftrete, eben auch nicht zu dulden, es muß unbedingter Gehorsam herrschen! —

Stuttgart, den 7. Juli. In der heutigen Abgeordnetensitzung ward über den Militäretat verhandelt. Wir entnehmen aus der Discussion Folgendes: Rödinger hätte über den Kriegsetat, der so viele gewerbtreibende Kräfte des Landes und ⅕ seines Einkommens verschlingt, Vieles zu sagen, will sich aber bei dem Zug der Zeit, der sich in Reactivirung des Bundes ausspricht, auf wenige Bemerkungen beschränken. Er glaubt, daß es ein einfaches Rechenexempel sei, daß durch einen solchen Etat das Land ruinirt werden müsse, möge man über einzelne Berechnungen streiten so viel man wolle. Deutschland stehe am Abgrund, und der Ruin werde ausbrechen, wenn der Zollkrieg noch länger fortdaure, bei dem es sich bekanntlich nicht um materielle Rücksichten, sondern um politische Interessen handle. Was ist unser Kriegswesen? Wir folgen dem großen Haufen, sind mit ihm nach Tirol, nach Oesterreich, nach Schlesien, wie nach Rußland und Frankreich gezogen. Was hätte uns unsre gerühmte Kriegsverfassung geholfen, wenn Frankreich in der ersten Begeisterung des Frühjahrs 1848 über uns hergefallen wäre? Zu einem großen Zwecke würde ich gerne große Summen votiren, zu einem Armeestande aber in solchen Verhältnißen nichts oder so wenig als möglich. Man beruft sich auf den Bund, aber man hat uns noch gar nicht einmal mitgetheilt, daß der Bund, den man für abgesetzt erklärt hat, wieder eingesetzt sei, und wir hätten deßhalb alles Recht zu erklären, daß wir davon nichts Officielles wissen. Er fragt den Ministertisch, wie es denn mit gewissen Militärconventionen stehe, welche neben der Bundeskriegsverfassung zwischen einzelnen Bundesregierungen geschlossen werden. — Die Antwort bleibt aus; der Kriegsminister verweist ihn an den Minister des Auswärtigen, der Finanzminister auf die Geschäftsordnung, wonach eine Interpellation vorher angekündigt sein müsse. Rödinger: Das gelte nicht von Interpellationen, die während der Discussion gestellt werden und auf dieselbe Einfluß haben sollen; die erhaltene Antwort allein schon müsse ihn bestimmen gegen das Budget zu votiren und gegen einen Militäretat, der in 30 Friedensjahren die ungeheure unproductive Summe von jährlich 2—2½ Millionen verschlungen und nichts andres herbeigeführt habe, als daß wir jetzt, bei einer künstlichen Spaltung Deutschlands in zwei Hälften — künstlich, denn das Volk sei eins — mit unsrem fleißigen und nüchternen Volke am Rand des Verderbens stehen, und innerhalb des angeblichen allgemeinen Bundes einen Partikularbund mit Oesterreich haben, so daß man sich eigentlich gar nicht auf die Bundeskriegsverfassung berufen könne, weil eine solche in Wahrheit gar nicht existire. (Haus v. Orw und Andre murren.) Tafel tritt dem Vorredner mit einer Beleuchtung unsres Kriegswesens zur Seite. — Der Antrag der Commission, mit Rücksicht auf die zu hohe Präsenz 30,000 fl. rund in Abzug zu bringen, ist angenommen mit 51 Stimmen gegen 31. Der Kriegsminister erhebt sich und erklärt, die Regierung könne sich an diesen Beschluß nicht binden, weil sie sonst ihre Bundespflicht nicht erfüllen könne. Rödinger: Das hat der Hr. Kriegsminister ganz auf seine Verantwortlichkeit zu nehmen; das Land wird nachher sprechen. Kriegsminister und Major v. Hardegg neigen das Haupt. Kriegsminister: Das weiß ich. (Beob.)

Das „Württembergische politische Wochenblatt“ berichtet über eine angebliche Versammlung von württembergischen Industriellen in Eßlingen, welche der Regierung eine Dankadresse über deren Verhalten, der Berliner Zollconferenz gegenüber, votirt haben sollte, daß jene von der Augsb. „Allgem. Ztg.“ und der „Württemb. Correspondenz“ gleichzeitig und fast gleichlautend aus Stuttgart gemeldete Nachricht, eine reine Erfindung sei. Die ganze Versammlung beschränkte sich auf die Herren Christ und Steinbeis, welche mit sieben anderen Herren in einem Gasthause eine Privatbesprechung hatten, bei der „Dr. Christ im Allgemeinen auseinandersetzte, was von Oesterreich zu erwarten sein werde, aber auf bestimmte specielle Fragen sehr zurückhaltend antwortete.“ Und diese Versammlung fand vor dem Bekanntwerden der Darmstädter Beschlüsse statt. „Sollte man wol glauben — fragt das „Württemb. politische Wochenblatt“ — daß solche halbofficielle Täuschungen über die Volksstimmung der Regierung nützen werden?“ (Fr. J.)

Frankfurt, den 7. Juli. In der letzten Sitzung der Bundesversammlung ist, dem Vernehmen nach, beschlossen worden, daß die durch die badische Revolution in der Bundesfestung Rastatt veranlaßten Schäden von dem Bunde zu ersetzen seien. Dieselben belaufen sich auf 100,000 fl.

Köln, den 3. Juli. Die gestern verhafteten vier Personen sind heute wieder in Freiheit gesetzt worden. Wie es heißt, soll man sich überzeugt haben, daß man durch eine falsche Denunciation getäuscht worden!

Berlin, den 4. Juli. Der Minister des Innern hat sich in einem Erlasse an die Strafanstaltsvorsteher dahin ausgesprochen, daß die Prügelstrafe (!) nur als Disciplinarstrafe im Interesse der Hausordnung zur Anwendung kommen soll, jedoch auch hier nur ausnahmsweise und nur dann, wenn die Gefangenen schon einmal wegen eines ähnlichen Vergehens oder Verbrechens zu einer Strafe verurtheilt worden sind.

Berlin, den 6. Juli. Gestern sind der französische General Changarnier, so wie mehrere Mitglieder der ehemaligen französischen Nationalversammlung hier eingetroffen. Dem Vernehmen nach beabsichtigen die Herren, sich einige Tage hier aufzuhalten, demnächst aber nach Wien abzureisen.

Wir haben schon früher bemerkt, daß zwischen den Staaten der Darmstädter Coalition nicht diejenige Uebereinstimmung herrsche, von welcher die Organe der Coalition beständig reden. Wir können dies aus guter Quelle jetzt dahin präcisiren, daß namentlich die sächsische Regierung jetzt, wo Baiern auf die Ausführung der Darmstädter Verabredungen dringt, sich nicht mehr so willfährig zeigt, wie früher. Wenigstens hat die sächsische Regierung sich dahin ausgesprochen, daß sie das Princip der Darmstädter Punctationen zwar nach wie vor theile, daß aber die Interessen des Landes erforderten, daß Sachsen sich für eventuelle Fälle den Weg zum Wiederanschluß an Preußen offen halte, weßhalb sie für jetzt ein entschiedenes Vorgehen im Sinne der Darmstädter Protocolle, wodurch alle Handelsbeziehungen mit dem Norden Deutschlands abgebrochen würden, für ihren Theil nicht für rathsam, wol aber noch ein vorläufiges Abwarten, wodurch für die eventuellen vortheilhaftesten

Entschließungen freie Hand gelassen würde, für angemessen halten müsse. In diesem Umstande soll auch das bisherige Zögern der Coalition in Betreff eines zu fassenden Beschlusses, resp. einer zu erlassenden Erwiederung auf die preußische Erklärung vom 7. Juni seinen Grund haben. (B. N.)

Wien, den 5. Juli. In den lombardisch-venetianischen Provinzen sind nach der „Triest. Ztg." in den letzten Tagen wieder Verhaftungen wegen politischer Vergehen vorgenommen worden.

Schweiz.

Bern, den 5. Juli. Der Nationalrath ward heute eröffnet. Zum Präsidenten ward Hungerbühler mit 64 Stimmen (von 78 Abstimmenden), und zum Vicepräsidenten Pioda mit 42 Stimmen erwählt. Die Petitionscommission, welche gewählt ward, ist so zusammengesetzt, daß die Conservativen — höchlich unzufrieden damit sind.

Basel, den 6. Juli. Gestern erschienen auf unserm Bureau drei junge Leute, ein Sachse und zwei Holsteiner, welche folgendes Schicksal gehabt hatten. In Hamburg waren sie von einem Hrn. v. Sturmfels für den päpstlichen Dienst angeworben worden; nach der uns vorgewiesenen Kapitulation sollten sie die Hälfte des Handgeldes im Depot zu Pontarlier und die andere in der Garnison selbst erhalten. In Pontarlier angekommen, wurden sie jedoch ohne Weiteres ausgeschossen, weil sie nicht katholisch seien; da den Leuten um das bischen Geld, wie sie sagten, ihr Glaube nicht feil war, so müssen sie nun ohne Reisemittel oder Entschädigung den Heimweg antreten. (Bas. Z.)

Graubünden. Als Director des Lehrerseminars in Chur ist berufen worden Hr. Zuberbühler aus dem Kanton Appenzell, einer der von Berns frommer Regierung fortgejagten Lehrer in Münchenbuchsee.

Großbritanien.

London, den 5. Juli. In Manchester besorgte man in diesen letzten Tagen ähnliche Unruhen, wie sie in Stockport stattgefunden, unter Anderem einen Angriff gegen ein Nonnenkloster. Bis jetzt jedoch hat ein beschwichtigendes Circular des anglikanischen Bischofs von Salford die Leidenschaften im Zaume gehalten und die Ordnung wurde nicht gestört.

Neueste Nachrichten.

*** Zweibrücken,** den 8. Juli. Soeben wurde das Urtheil des Appellhofs in der Correctionellsache gegen die bekanntlich im Criminalverfahren freigesprochenen Beschuldigten von Dürkheim, insbesondere Sauerbeck und Eppelsheim (gegen die drei übrigen Beschuldigten fand ein Contumacialverfahren statt) verkündet. Es lautet auf zweijährige Gefängnißstrafe gegen einen Jeden.

*** Bad Gleisweiler,** den 8. Juli. König Ludwig und dessen Gemahlin, sowie der Großherzog und die Großherzogin von Hessen, haben ihren ersten Ausflug von der Villa gestern hieher gemacht.

Mainz, den 8. Juli. Gestern Abend sind hier mehrere Häuser niedergebrannt. (In Köln trug sich am 7. ebenfalls eine bedeutende Feuersbrunst zu.)

Berlin, den 6. Juli. Es ist die Erfindung gemacht worden, aus den Zündnadelgewehren auch Brandkugeln, und zwar mit großer Sicherheit abzuschießen. Die zu diesem Zwecke erfundenen Kugeln sind von etwas länglicher Form, in der Mitte hohl und mit einer Zündmasse angefüllt, welche, sobald die Kugel einschlägt, ihre Hülle zersprengt und sich entzündet.

Göttingen, den 4. Juli. König Ludwig von Bayern hat dem hiesigen Comite für die abgesetzten Kieler Professoren 500 Gulden übersendet.

Paris, den 6. Juli. Der Kriegsminister General St. Arnaud, der sich bekanntlich mit seiner Familie in den Bädern von Vichy befindet, wurde bei einem Spazierritt, in Begleitung seiner Frau und des Unterpräfecten von Lapalisse, Hrn. von Rochefort, gröblich insultirt, und mit einem Steinwurfe am Kopfe verletzt. Man glaubt nicht, daß er erkannt wurde, und hält es für eine von Landbewohnern an vornehmen Städtern ausgeübte Rohheit ohne politische Bedeutung.

Heute hat die Regierung die Nachricht erhalten, daß die Zimmergesellen in der Stadt Mans und die Tischlerarbeiter in la Fleche, Departement Sarthe, die Arbeit eingestellt haben. — In Orleans scheint man gleichfalls einer geheimen Gesellschaft auf die Spur gekommen zu sein; es haben mehrere Verhaftungen stattgefunden. Drei der Verhafteten, Mazé, Paré und Chauveau sind nach Paris gebracht worden.

Von dem großen Gasröhren-Complot ist kaum mehr die Rede. Die „Patrie" muß nun für die Anstrengungen, die sie gemacht hatte, um die Sache als eine Verschwörung mit den ausgedehntesten Verzweigungen erscheinen zu lassen, büßen. Der „Constitutionnel" überschüttet seine Concurrentin in ministeriellen Mittheilungen mit unbarmherzigem Spotte.

Madrid, den 2. Juli. Morgen kommt der ganze Hof hierher, um dem großen für die Armen veranstalteten Stiergefechte beizuwohnen. (!)

London, den 6. Juli. Hr. v. Rothschild, der sich für die bevorstehenden Wahlen wieder als Candidat präsentirte, hat von einer großen Anzahl seiner früheren Wähler eine abschlägige Antwort erhalten. In dem Antwortsschreiben heißt es u. A.: „Wir glauben, daß heute für Sie stimmen, so viel heißt, als einem Manne Macht zu verleihen, der der rechte Arm der despotischsten Regierung von Europa ist. Man hat es öffentlich angezeigt, daß Sie von Oesterreich Ehrentitel angenommen haben, und ihm Geld geliehen, damit es seine unmenschliche Grausamkeiten gegen Italien und Ungarn ausüben könne, wie noch keine ähnlichen die Annalen der civilisirten Welt besudelt haben. Wir müssen Ihnen daher frei und offen erklären, daß wir ein Instrument Oesterreichs nicht für geeignet halten, freie Engländer zu repräsentiren." — Rothschild ist übrigens dessen ungeachtet in der Wahlversammlung zu Guildhall erschienen, und nach der Abstimmung mit Händeaufheben ist er nebst Russell rc. unter den proclamirten Candidaten.

Miscellen.

*** Speyer,** den 9. Juli. Hr. Dr. Jäger hat es geeignet gefunden, auf den seine gemeinen Angriffe zurückweisenden Artikel in Nro. 157 dieses Blattes nicht zu antworten. Statt dessen bringt derselbe in seiner Pfälzer Zeitung Nro. 160 eine Veröffentlichung, worin er „den guten Rath" geben will, vorsichtiger in Briefen an den Unterzeichneten zu sein, weil er, Dr. Jäger, in dem Besitze eines von einem politischen Flüchtlinge an den Unterzeichneten gerichteten Briefes sich befinde, in welchen (Brief) dann — — „Geld eingewickelt und verschickt worden" sei.

Der Unterzeichnete hält es kaum noch nöthig, seinen Freunden die Versicherung zu geben, daß er, insbesondere seitdem die Reaction ihr Nachspürungs- und Corruptionswesen so gewaltig ausgebildet hat, stets die allergrößte Aufmerksamkeit auf die unverzügliche Vernichtung alles Desjenigen verwendet, was unter den jezzigen Verhältnißen vernichtet gehört. Er fügt aber noch bei, daß er sich nicht im Entferntesten erinnert, jemals ein Schreiben des von Hrn. Jäger behaupteten Inhalts, noch Zeitungsartikel die hier gemeint sein könnten,*) irgend zu Gesicht bekommen zu haben; ferner, daß es eine lügenhafte Unterstellung ist, wenn Hr. Jäger den Glauben verbreiten will, als habe sich die Speyerer Ztg. jemals die Aufnahme von Artikeln, zumal von Flüchtlingen, bezahlen lassen; endlich aber, daß überhaupt gar kein Flüchtling auch nur im Falle ist, den Unterzeichneten ersuchen zu können, ihm, dem Briefschreiber, „noch weiteres persönliches Material gegen ... (wen?)

*) Hr. Jäger sagt freilich nicht mit einer Sylbe, was diese angeblichen zwei Zeitungsartikel enthalten.

und die andern Henkersknechte zu schicken," indem er mit aller Bestimmtheit versichern kann, niemals irgend einem Flüchtlinge irgend Etwas gesendet zu haben, was als „persönliches Material gegen ... und die andern Henkersknechte" bezeichnet werden könnte, und was doch die Vorbedingung wäre, wenn ihn Jemand um „noch weiteres persönliches Material" in Wirklichkeit ersuchen wollte. —

Der Unterzeichnete würde an eine stattgebabte Unterschlagung eines an ihn gerichteten Briefes glauben, wenn nicht der angebliche Inhalt desselben dessen Unächtheit andeutete, und an jenen vielbesprochenen Brandbrief erinnerte, der vor längerer Zeit der Pfälzr. Ztg. zufolge, von Democraten zu Speyer gelegt worden sein sollte, über den dieselbe aber hintennach den Schleier des Vergessens zu werfen nothwendig fand.

Die ganze Veröffentlichung des Hrn. Jäger gibt unter allen Gesichtspuncten ein so sprechendes Bild von dem Character der genannten Persönlichkeit; die ganze Veröffentlichung bezeichnet überdies so sehr die Mittel, durch welche die Moralität der Pfalz gebessert werden will, daß der Unterzeichnete nach Mittheilung dieser Thatsachen, jeden Beisatz für überflüssig erachtet.

G. F. Kolb.

München. Ein sauberes Ehepaar! Nachdem der Schuhmacher Brandhuber von der Au vorgestern an den Folgen der Selbstvergiftung durch Vitriol dem Tode in die Arme geeilt ist, hat sich gestern dessen Ehefrau Magdalena in der Frohnveste des Landgerichtes Au, woselbst sie wegen Betruges verhaftet war, erhängt.

München, den 3. Juli. Dieser Tage ereignete sich dahier folgender Vorfall: Ein kgl. Beamter wurde vor die Policei geladen und dort befragt, ob er nicht Tags zuvor auf dem Promenadeplatz einem Bettler ein Almosen gegeben habe. Als er dies bejahte, wurde ihm angedeutet, daß er eine Strafe von 3 fl. zu entrichten habe, wovon ein Drittheil dem Anzeiger, das Andere der Armencasse anheimfalle. Der Beamte konnte sich nicht erklären, wer in aller Welt den Anzeiger in dieser Sache gegen ihn gemacht habe. Der Policeibeamte löste ihm den dunkeln Schleier, indem er ihm eröffnete, der Bettler selbst sei der Denunciant gewesen.

Die Villemar'sche Broschüre über die Ermordung des Prinzen Condé. Der Verfasser beweist dreierlei bis zur Evidenz: daß der Prinz von Condé ermordet worden ist, daß die Frau de Feuchères das Verbrechen und daß Ludwig Philipp die Ungestraftheit des Verbrechens zu verantworten habe. ... Der greise Herzog v. Bourbon beschloß nach der Julirevolution, im Geheimen Frankreich zu verlassen, da er, wie er sich äußerte, nicht zum mannequin dienen wollte und keine Lust hätte, in der Pairskammer zu paradiren, um dort die Akte des revolutionären Gouvernements gutzuheißen. Ludwig Philipp erhielt Kunde von diesem Plan, und da er gleichzeitig erfuhr, daß der Herzog die Absicht habe, im Auslande sein Testament zu ändern, so verlor er ihn von jetzt an keinen Augenblick mehr aus den Augen. Er forderte die Frau de Feuchères in einem Briefe auf, die Abreise des Herzogs um jeden Preis zu verhindern. Der zur Abreise bestimmte Tag war der 27. August. Am 26. Aug. spielte der greise Herzog Whist bis zu Mitternacht, er war heiter wie nie seit der Julirevolution. Am andern Morgen fand man ihn aufgeknüpft in seiner Schlafstube. ... Die Cour royale instruirte die Sache. Hr. de la Huproie wurde zum Berichterstatter ernannt. Als Ludwig Philipp erfuhr, daß dessen Conclusionen dahin lauten würden, es habe ein Mord stattgefunden, versetzte er Hrn. de la Huproie in den Ruhestand. Hr. de Baligny ward Berichterstatter und dieser concludirte auf — Selbstmord. Hr. Gustave de Beaumont, Substitut am Tribunal erster Instanz, hatte in seinen Acten bezüglich auf den Proceß, welchen die Prinzen von Rohan gegen das Testament angetreten hatten, zwei Actenstücke, die den Gegnern der Prinzen Unruhe einflößten. Man that Schritte bei Hrn. Beaumont, um ihn zur Herausgabe der Actenstücke zu bewegen; da sie aber fruchtlos blieben, wurde Hr. de Beaumont abgesetzt und nach America geschickt — um das dortige Gefängnißsystem zu studiren. Aber die Actenstücke verschwanden. Der Herzog von Aumale nahm das Erbe in Besitz, und sein Vater erklärte in Bezug auf das Schloß Ecouen, die Gründung einer solchen Anstalt würde die Erinnerung an die bürgerlichen Kriege wieder erwecken. (F. K.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 6. Juli. Weizen 5 fl. 32 kr., Korn 3 fl. 30 kr., Gerst 3 fl. 22 kr., Spelz 3 fl. 58 kr., Hafer 3 fl. 54 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 3. Juli. Weizen 5 fl. 57 kr., Korn 4 fl. 18 kr., Spelz 4 fl. 19 kr., Gerst 3 fl. 44 kr., Hafer 3 fl. 46 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 6. Juli. Weizen 5 fl. 40 kr., Korn 4 fl. 16 kr., Spelz 3 fl. 42 kr., Gerst 3 fl. 22 kr., Hafer 3 fl. 32 kr., Kartoffeln 1 fl. 40 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 1. Juli. Weizen 6 fl. 8 kr., Korn 4 fl. 52 kr., Spelz 3 fl. 53 kr., Gerst — fl. — kr., 3 fl. 30 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 2. Juli. Weizen 11 fl. 52 kr., Korn 9 fl. 3 kr., Gerste 6 fl. — kr., Hafer 4 fl. 41 kr., per Malter.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1117] **Lotto.**

In München kamen den 6. Juli heraus:

7. 90. 22. 80. 3.

Die nächste Ziehung ist den 15. Juli zu Regensburg.

[1104]

Rheinische Dampfschiffahrt.

Kölnische Gesellschaft.

Tägliche Abfahrten von Mannheim vom 26. Juni c. an

nach Köln 7½ Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Neustadt-Speyer. In Köln im Anschluß an die letzten Züge nach Berlin, Paris, London.

„ „ 11½ „ „ Schnellfahrt in 10 Stunden, nach Ankunft des 1. Zuges von Neunkirchen. In Köln im Anschluß an den letzten Zug nach Paris.

„ Mainz 5½ „ Nachmit., nach Ankunft des von Straßburg kommenden Boots, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Pariser Post-Schnellzuges von 5 Uhr 20 Minuten.

„ Straßburg 11½ Uhr Nachts.

☞ Bei der Schnellfahrt Morgens 11½ Uhr bis Köln wird Unterwegs nur mit Mainz, Bingen, Coblenz und Bonn verkehrt.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Samstag (Zu Nro. 165.) den 10. Juli 1852.

Deutschland.

Das Landrathsgesetz. (Beschluß.) Art. 21. Die Versammlung wird eröffnet und geschlossen durch den Regierungspräsidenten oder einen andern vom Könige hiezu ernannten Commissär. — Derselbe empfängt in seine Hände den nachstehenden, von allen Mitgliedern des Landrathes zu leistenden Eid: „Ich schwöre Treue dem Könige, Gehorsam dem Gesetze, Beobachtung der Staatsverfassung und gewissenhafte Erfüllung der dem Landrathe obliegenden Pflichten, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium." — Von Nichtchristen ist der Eid mit Hinweglassung des Beisatzes: „und sein heiliges Evangelium" zu leisten. — In den folgenden Versammlungen wird dieser Eid nur von den neu Eintretenden geleistet.

Art. 22. Der kgl. Commissär übergibt dem Landrathe bei Eröffnung der Versammlung die Kreisfonds-Rechnungen und Etats zur Prüfung, sodann jene Gegenstände, welche auf die Anträge der betreffenden Ministerien von dem Könige unmittelbar ausgehen, und jene das Interesse des Regierungsbezirkes berührenden Gegenstände, welche dem Landrathe zur gutachtlichen Aeußerung überwiesen sind. — Die dem Landrathe nöthigen Erörterungen und Aufschlüße werden durch Mitglieder der Kreisregierung ertheilt. — Die Commissäre haben das Recht, den Sitzungen beizuwohnen, um jederzeit das Wort ergreifen zu können, und die Pflicht, auf Verlangen des Landrathes den Sitzungen desselben anzuwohnen und die erforderlichen Aufschlüße zu ertheilen.

Art. 23. Die Verhandlungen des Landrathes sind öffentlich. — Demselben steht frei, ausnahmsweise in geheimer Sitzung zu berathen und zu beschließen. — Dieß muß geschehen, wenn wenigstens ein Drittheil der anwesenden Mitglieder es verlangt.

Art. 24. Nach jedesmaliger Eröffnung der Versammlung wird unter der Leitung des an Lebensjahren ältesten Mitgliedes die Wahl eines Präsidenten und Secretärs für die Dauer der Jahressitzung durch absolute Stimmenmehrheit vorgenommen. — Der Präsident leitet die Verhandlungen, eröffnet und schließt die Sitzungen, und handhabt die Ordnung in der Versammlung. Er kann jeden Zuhörer aus dem Sitzungszimmer entfernen lassen, welcher öffentliche Zeichen des Beifalls oder des Mißfallens gibt, oder Unruhe in irgend einer Art verursacht. — Zur Beschleunigung des Geschäftsbetriebes können Ausschüße durch Wahl aus der Mitte des Landrathes gebildet werden.

Art. 25. Zu einem giltigen Beschluße des Landrathes ist die Anwesenheit von wenigstens zwei Drittheilen der Mitglieder erforderlich. — Die Beschlüße werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Der Präsident hat nur bei Stimmengleichheit seine Stimme abzugeben, wo sie sodann entscheidet. — Die Uebertragung des Stimmrechts ist nicht gestattet.

Art. 26. Zur Besorgung der Dienst- und Kanzleigeschäfte wird von dem Präsidenten und Secretär für die Dauer der Versammlung die erforderliche Anzahl verpflichteter Schreiber aufgenommen. Ein Bote wird dem Landrathe aus der Zahl der Regierungsboten zur Verfügung gestellt. — Die Regiekosten werden innerhalb des Etats aus Kreismitteln bestritten.

Art. 27. Der Landrath hat über seine Verhandlungen ein nach den Sitzungstagen abgetheiltes, von dem Präsidenten und Secretär zu unterzeichnendes Protocoll zu führen, welches der Kreisregierung übergeben und nach erfolgter Bescheidung in deren Archiv niedergelegt wird. — Dieses Protocoll nebst einer von dem Landrathe herzustellenden Uebersicht der Rechnungsergebniße der Kreisfondsrechnungen und des Etats ist sogleich nach geschlossener Versammlung durch das Kreisamtsblatt zu veröffentlichen. — Dem Landtage werden die Verhandlungen der sämmtlichen Landräthe mitgetheilt.

Art. 28. Von der Kreisregierung werden alsbald nach geschlossener Versammlung des Landrathes dessen Verhandlungen an das Staatsministerium des Innern eingesendet. — Die königl. Entschließungen hierauf werden in einem Abschiede zusammengefaßt, welcher durch das Regierungs- und Kreisamtsblatt öffentlich bekannt gemacht wird.

Art. 29. Der Landrath eines Regierungsbezirkes darf weder mit dem Landrathe eines andern Regierungsbezirkes, noch mit anderen Behörden als der Kreisregierung, noch endlich mit einzelnen Körperschaften oder Privaten in Geschäftsberührung treten, wohl aber ist ihm die Einvernehmung von Sachverständigen, soweit diese ohne Verzögerung geschehen kann, gestattet. — Beschließt der Landrath durch Majorität von zwei Drittel seiner Mitglieder die Einvernehmung von Sachverständigen, welche mit Kosten verbunden ist, so werden diese Kosten aus den Regiemitteln des Landrathes gedeckt. — Beschwerden im Sinne des Art. 15 lit. l. können von dem Landrathe sogleich unmittelbar an das Staatsministerium des Innern eingesendet werden. — Durch die Kreisregierung allein werden die Beschlüße der Landräthe zum Vollzuge gebracht, und durch sie alle nöthigen Erhebungen veranlaßt.

Art. 30. Der Landrath darf keine Instructionen einholen oder annehmen, keine öffentlichen Bekanntmachungen erlassen oder Deputationen abordnen noch empfangen. — Jedes Mitglied desselben ist verpflichtet, das Interesse der ganzen Kreisgemeinde und nicht blos seines Wahldistrictes zu vertreten.

Art. 31. Der Landrath wählt aus seiner Mitte einen Ausschuß mit absoluter Stimmenmehrheit. — Derselbe besteht aus 6 Mitgliedern, für welche gleichzeitig eben so viele Ersatzmänner zu wählen sind, und wird alle drei Jahre erneuert. — Bezüglich dieser Wahlen finden die Bestimmungen des Art. 15 Abs. 2 des Gesetzes über die Districtsräthe gleichmäßige Anwendung. — Der Ausschuß wählt aus seiner Mitte einen Vorstand und Secretär und zeigt diese Wahl der Kreisregierung an.

Art. 32. Dem Landrathe steht es zu, den gewählten Mitgliedern des Ausschusses eine angemessene Entschädigung aus Kreismitteln zu bestimmen.

Art. 33. Der Landrathsausschuß hat a) den Landrath, wenn derselbe nicht versammelt ist, in den Art. 15 lit. h, i und k bezeichneten Angelegenheiten zu vertreten, soferne sie nicht bis zur nächsten Sitzung verschoben werden können; b) sein Gutachten in allen Fällen abzugeben, welche ihm zu diesem Zwecke durch das Gesetz oder die Staatsregierung zugewiesen werden; c) in Bezug auf die Verwaltung des Vermögens der Kreisgemeinde und auf die Verwaltung der Kreisanstalten und Kreisstiftungen die ihm sachdienlich scheinenden Anträge zu stellen; zu diesem Zwecke ist der Ausschuß befugt, von den aus Mitteln der Kreisgemeinde entstehenden oder vorhandenen Einrichtungen und Anstalten persönlich Einsicht zu nehmen; d) dem Landrathe bei seiner Jahressitzung über seine Geschäftsführung Bericht zu erstatten,

Art. 34. Der Ausschuß versammelt sich in der Regel am Sitze der Kreisregierung und nur auf Einberufung derselben. — Die Einberufung hat jedoch zu erfolgen, wenn wenigstens 3 Ausschußmitglieder darauf antragen. — Er kann nur mit der Kreisregierung in Geschäftsberührung treten, und nur an diese Anträge stellen und Gutachten abgeben. Derselbe ist befugt, wenn seine Anträge von der Kreisregierung nicht beachtet werden, unmittelbar bei dem betreffenden Staatsministerium Beschwerde einzureichen.

Art. 35. Der Ausschuß kann nur berathen und beschließen, wenn zwei Drittheile seiner Mitglieder anwesend sind. — Er faßt seine Beschlüße nach absoluter Stimmenmehrheit. — Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet jene des Vorstandes. — Kann wegen Nichterscheinens der erforderlichen Mitgliederzahl die Sitzung nicht stattfinden, so kommen die Vorschriften im Art. 14 des Gesetzes über die Districtsräthe zur Anwendung.

Art. 36. Im Falle der Auflösung eines Landrathes hat der Ausschuß seine Verrichtungen fortzusetzen, bis der Landrath neu gewählt, und der Ausschuß aus seiner Mitte neu bestellt sein wird.

Art. 37. Das gegenwärtige Gesetz ist durch das Gesetzblatt und das Amtsblatt der Pfalz zu verkünden und tritt zugleich mit dem Gesetze über die Districtsräthe in Wirksamkeit. — Von diesem Zeitpuncte an erlöschen das Gesetz vom 15. August 1828 über Einführung der Landräthe, der §. 16 des Landtagsabschiedes vom 29. December 1831, und das Gesetz vom 17. November 1837, einige Abänderungen des Gesetzes über die Einführung der Landräthe betreffend, sodann die Bestimmungen im Art. VI. Nr. 5 des Gesetzes vom 23. Mai 1846, die Ausscheidung der Kreislasten von den Staatslasten und die Bildung der Kreisfonds betreffend, und alle sonstigen entgegenstehenden Vorschriften.

Frankreich.

Paris, den 2. Juli. Der Graf Laferronnays, welcher kürzlich aus Frohsdorf zurückgekehrt ist, hat ein Circular mitgebracht, das bestimmt sein soll, diejenigen Legitimisten einstweilen zu beruhigen, welche schon vor dem Manifeste des Grafen Chambord vom 27. April den Eid der neuen Regierung geleistet haben. In jenem Circular ist die Hoffnung ausgedrückt, daß dieselben, wenn sie auch in ihren dermaligen Aemtern und Stellen verbleiben wollen, doch die nächst-beste Gelegenheit ergreifen werden, auszuscheiden. Die früher ausgesprochenen Grundsätze, daß der dem Prinzpräsidenten geleistete Eid durchaus unverträglich mit legitimistischer Gesinnung sei, werden mit allem Nachdruck in dem neuen Circular aufrecht-erhalten.

Paris, den 6. Juli. Die hier anwesenden Präfekten und Unterpräfekten haben vom Ministerium des Innern die Ordre erhalten, sich sofort auf ihre Posten zu begeben. Die Ausdrücke der Ordre sollen sehr strenge lauten, so daß für diese Herren eine Verlängerung ihres Aufenthaltes in der verführerischen Hauptstadt nicht zu hoffen ist.

Die Zahl der Deportirten beträgt 1609 Individuen.

Das Budget der Stadt Paris für 1853, das sich in Einnahme und Ausgabe ausgleicht, beträgt 47,114,346 Fr.

Seit einiger Zeit bemerkt man das Erscheinen protestantischer Missionäre in einigen Gegenden von Frankreich. Aus Cannes schreibt man, daß der evangelische Prediger Hr. Vetter, der sich dort lange Zeit aufhielt, abgereist sei, ohne eine einzige Bekehrung zu Stande gebracht zu haben.

Vor einigen Jahren hat ein französischer Ingenieur, Hr. Tremblay, eine auf 50 Proc. Kosten reducirte bewegende Kraft für Dampfschifffahrt, mittelst Anwendung des Aethers mit dem Dampf combinirt, erfunden. Die Versuche gelangen vortrefflich, aber die Gefahr der zu leichten Entzündbarkeit des Aethers scheuchte die Regierung von der practischen Anwendung der neuen Methode zurück. Jetzt hat ein Marineoffizier, Hr. Lafond, diesem Uebel abgeholfen, indem er statt Aether Chloroform angewendet. Die Regierung hat bereits die Anfertigung von 2 derartigen Maschinen, jede von 60 Pferdekraft, angeordnet, welche für das zu diesen Versuchen besonders angefertigte Schiff Galilée bestimmt sind.

Algier. Am Abend des 29. Juni spürte man hier ein leichtes Erdbeben.

Großbritanien.

London, den 5. Juli. Die Wahloperationen haben heute in der City von London begonnen. Die Wiedererwählung der seitherigen vier Abgeordneten der City ist außer Zweifel; denn sie haben keine Concurrenten. Unter ihnen befinden sich bekanntlich Lord John Russell und Baron Lionel von Rothschild, dem es zwar seither wegen seiner Eigenschaft als Jude noch nicht gelingen konnte, einen Sitz im Unterhause einzunehmen, der aber nicht desto weniger wieder als Candidat auftritt und bestimmt wieder gewählt werden wird.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 22. Juni. Der Whig-Convent hat nach 53maliger Abstimmung den General Winfield Scott als Präsidentschaftscandidaten und William A. Graham aus Nord-Carolina als Candidaten für die Vicepräsidentschaft aufgestellt.

Miscellen.

Berlin. Man unterhält sich hier über den kolossalen Vorrath von Kostbarkeiten, der in dem Nachlaß einer vor Kurzem verstorbenen weiblichen „Kunstgröße zu Pferde" vorgefunden worden sein soll. Es glänzen dabei Brillanten in den verschiedensten Schmuckformen, seidene Roben schockweise, Marabouts, türkische Shawls, ächt chinesische Crepps, wie man sie bei Gorsen nicht schöner finden kann, Batist-Taschentücher, so fein, daß man eine Loupe zu Hülfe nehmen muß, um sie für das Auge als wirkliches Gewebe zu fixiren, — neben all diesen Herrlichkeiten aber nur — zwei Hemden! — Erinnert dies nicht an die sonntäglich überaus geputzten Berliner Kochkünstlerinnen, die — nach alter Tradition — auch nur zwei Paar Strümpfe zu besitzen pflegen, welche in der Regel mit den Nummern 21 und 22 bezeichnet sind, um die Wäscherinnen glauben zu machen, daß Nr. 1 bis 20 auch vorhanden?

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Hambach. Den Mitgliedern der Casinogesellschaft dahier kam zufällig die Beilage Nro. 27 des „christlichen Pilgers" zu Gesicht, welche einen Artikel † Maikammer d. d. 28. Juni enthält, der aber nicht allein seiner Fassung gemäß, sondern auch seiner der Casinogesellschaft gemachten Anschuldigung wegen, die rein aus der Luft gegriffen, nicht viel christlichen Sinn und Religionsgefühl verräth, vielmehr nur eine Rache oder Schmähschrift bildet.

Warum hat der Verfasser jenes Artikels die von einer einzelnen Person in einer Kirche, während des Gottesdienstes, gemachte Aeußerung: „daß sie Jesus Christus und der Teufel ihr Gast sei," selbst wenn sie wahr wäre, zur Sache einer ganzen Gesellschaft, ja einer ganzen Gemeinde gemacht, wenn ihn hiebei nicht gemeines Rachegefühl geleitet; oder sollte er hiezu durch frühere etwa vermeintliche Zurücksetzungen veranlaßt worden sein?

Beides aber ist nicht den Grundsätzen der christlichen Religion gemäß — welche auf Liebe und Versöhnung beruhen — gehandelt.

Ueberdies ist es aber eine gemeine Unwahrheit, daß sich ein Mitglied der Casinogesellschaft dahier der erwähnten hirnverrückten Ausdrücke — wenn solche überhaupt vorgekommen — bedient hat.

Möge deßhalb der Verfasser jenes Artikels, welcher, wie es scheint, ein frommer und heiliger Kirchenvater sein will, in Zukunft wahrheitsliebender werden, und begreifen lernen, was zu den Handlungen eines frommen Christen gehört.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 166 | den 11. Juli 1852.

Deutschland.

*** Speyer,** den 10. Juli. Die auch in der Schweiz in blindem Uebermuthe fortstürzende Reaction hat wirklich, wie wir vorhergesagt, in Neuenburg eine bedeutende Niederlage erlitten. Der Kampfstag von Valengin (6. ds.) hat anders geendet, als dessen Urheber hofften. Die vorliegenden Berichte lassen darüber keinen Zweifel. Wir erwarten, daß die drohende Gefahr und der erlangte Erfolg die freisinnigen Schweizer gleichmäßig auffordern werden, die bisherige Gleichgültigkeit abzustreifen, wach zu sein gegen die von so vielen Seiten drohenden Uebergriffe, und ihre Freiheit als Männer zu wahren. Ein auf das gute Recht sich stützendes entschiedenes Auftreten wird der Schweiz weit mehr Sicherheit gewähren, als eine Politik, die diesen allein festen Boden verläßt. Die Gefahren sind heute bei weitem nicht so groß, als sie im Jahre 1847 waren, mögen die Eidgenossen nur heute wie damals den Muth beweisen, ihnen ohne Zagen die Stirne zu bieten.

*** Stuttgart,** den 7. Juli. Die Folgen, welche sich aus der so hoch gesteigerten Verarmung und Erwerblosigkeit des Landes ergeben, machen sich selbst in dem Bereiche geltend, in welchem bisher unbedingte Ergebenheit gegen das Regierungssystem maßgebend gewesen, — im Schooße unserer Kammermehrheit. Weitaus in den meisten Finanzfragen unterliegt das Ministerium mit seinen Exigenzen, und selbst im Militäretat, in welchem die Regierung für die unabänderliche Nothwendigkeit ihrer Ansätze sich auf die Bundeskriegspflicht mit fast dictatorischer Entschiedenheit beruft, hat die Kammer mit bedeutender Mehrheit eine Ersparniß en bloc an der Präsenzhaltung der Mannschaft von jährlichen 30,000 fl. beschlossen. Noch empfindlicher war die Niederlage des Ministeriums in einer reinen Finanzfragen, die verfügbaren Mittel der Restverwaltung betreffend, welche der Finanzminister zur Deckung von Vorschüssen des Grundstockvermögens bestimmt, die Kammer dagegen für den laufenden Dienst zur Verminderung des Deficits verwendet haben wollte. Stockmayer entwickelte hiebei wieder einmal aufs Glänzendste sein finanzielles Talent, und nicht weiter als 8 Stimmen gegen etliche und 70 stimmten für das ministerielle Verlangen. Allerdings waren gerade in dieser Frage, welche mit der angesonnenen Steuererhöhung aufs Genaueste zusammenhängt, auch die Wortführer der Aristocratie gegen das Ministerium. Wie schon etliche Mal treten auch hier wiederum die Differenzen ans Licht, welche im Schooße der Reaction selbst zwischen dem nach einer höheren Machtstellung strebenden Junkerthum und zwischen der Bureaucratie bestehen und zu weiteren Verwicklungen führen müßen. Der Hauptvertreter der aristocratischen Tendenzen, Frhr. v. Varnbüler, nahm sich auf einmal der bedrängten Lage des Landes mit warmen Worten an, indem er es nicht für gerechtfertigt erklärte, im jetzigen Moment es mit den Verpflichtungen des laufenden Dienstes gegen den Grundstock so haarscharf zu nehmen. Zu gleicher Zeit erhebt auch die Hofpresse, die vielberüchtigte deutsche Chronik, ihre Opposition gegen das derzeitige Regime in der Weise, daß die Nothwendigkeit einer Vereinfachung und wolfeileren Verwaltung zugestanden, als der einzige Weg dazu aber — der offene Bruch mit dem Constitutionalismus, selbst in seinem Scheinbestande, bezeichnet wird. Diese absolutistische Partei ist rührig, scharfsichtig, und wenn es gelten sollte, um kein Mittel verlegen. Finanzminister v. Knapp wird die Unpopularität der angesonnenen Steuererhöhung, welche in ihrer Ausführbarkeit auf immer größere Schwierigkeiten stößt, vorzugsweise zu tragen haben, und ihn scheint sich zunächst die Schlauheit des Junkerthums als Sündenbock auszuersehen.

Unser Militäretat ist auf eine Exigenz von jährlich 2,300,000 fl. gestiegen. — Bemerkenswerth dürfte Ihnen sein, daß der Regierungscommissär zur Rechtfertigung der Regierungsexigenzen besonders betonte, wie sehr die sparsamen Einrichtungen und niederen Ansätze unseres Militäretats selbst von der äußersten Opposition in Baiern anerkannt und belobt worden seien.

Bemerkung der Redaction. Vollkommen richtig ist es, daß die Opposition in Baiern hervorhob, die Ausgabe für das Militär sei in Württemberg verhältnißmäßig weit geringer. Dies ist heute noch unbedingt wahr. Württemberg wendet bei einer Bevölkerung von 1'800,000 Seelen für das Militär 2'300,000 fl. auf. Baiern, bei einer Einwohnerzahl von 4'500,000, hätte im gleichen Verhältniße 5'750,000 fl. dafür aufzubringen. Statt dessen beträgt das Militärbudget hier nicht weniger als 10'042,000 fl., wovon 8'500,000 fl. auf die active Armee kommen, also ungerechnet Pensionen, topographisches Bureau, Gendarmerie rc. Dagegen haben die Vertreter des Ministeriums in Württemberg ganz unrecht, zu glauben, die dortigen Militäreinrichtungen seien von der Opposition in der baier. Kammer gleichsam als unübertreffbares Muster bezeichnet worden. Davon war auch nicht mit einer Silbe die Rede. Im Gegentheile vertheidigte die Opposition sehr entschieden und ausführlich die Ansicht, daß man zu dem Systeme der Volksbewaffnung sich wenden müße. Sie erinnerte dabei noch, was übrigens keineswegs maßgebend sein sollte, daß sogar nach der Bundeskriegsverfassung selbst, ein Theil des Bundescontingentes, nur nicht über die Hälfte, aus Volkswehr bestehen darf.

*** Dürkheim,** den 9. Juli. Wie man vernimmt, wollen die Herren Sauerbeck und Eppelsheim gegen das wider sie ergangene appellationsgerichtliche Urtheil (siehe die Neuesten Nachrichten in dem gestrigen Zeitungsblatte) das Rechtsmittel der Cassation ergreifen.

***† Speyer,** den 9. Juli. In hiesiger Stadt wurde vor Kurzem gegen eine große Anzahl von Specereihändlern Protokoll errichtet, weil sie, ohne das Patent als Großhändler zu besitzen, Waaren zum Wiederverkaufe an Krämer auf dem Lande verkauft hätten, wozu sie das einfache Patent als Specereihändler nicht berechtige. Das Polizeigericht zu Speyer hatte, dem Antrage des Polizeicommissärs gemäß, sämmtliche Beschuldigten wegen Uebertretung des Gewerbsteuergesetzes in die gesetzlichen Geldstrafen verurtheilt.

Diese Auslegung des Gesetzes stand mit einer mehr als dreißigjährigen Uebung im Widerspruche, da man bisher nur Diejenigen als Großhändler betrachtete, welche große Waarenniederlagen hielten, Preiscourante ausgaben, durch Reisende Bestellungen annahmen und in großen Parthien in Originalverpackungen ihre Waaren absetzten, während nun jeder als Großhändler besteuert werden müßte, der hie und da ¼ Centner Kaffee und einige Zuckerhüte an einen Landkrämer verkaufte.

Obwol der Steuerkasse durch diese neue Auslegung des Gesetzes eine jährliche Mehreinnahme von mehr als

100,000 fl. erwachsen würde, so erwarteten doch die meisten Betroffenen von einer Reclamation auf dem Administrativwege Nachlaß der ausgesprochenen Strafe und Beibehaltung der bisherigen Praxis, und unterließen deshalb die Appellation.

Nur Einer der Verurtheilten, Kaufmann Foltz dahier, ergriff die Berufung an das Zuchtpolizeigericht zu Frankenthal, und erlangte unterm 6. Juli abhin ein reformatorisches Urtheil, welches wir, der praktischen Wichtigkeit der Sache wegen, und bei dem Interesse, welches dasselbe für einen großen Theil des Handelsstandes der Pfalz haben dürfte, seinem wesentlichen Inhalte nach hier folgen lassen.

„In Erwägung, heißt es darin, daß das Gewerbsteuergesetz vom 14. April 1820 bezüglich der Gewerbsteuer zwischen Spezereihändlern und Spezereihändlern im Großen einen Unterschied macht, und als Gebühr für Erstere eine Klassensteuer ansetzt, welcher ein bestimmtes Bevölkerungsverhältniß des Wohnorts des Steuerbaren zu Grunde liegt, während sich die Gebühr für Letztere nach der Natur des Gewerbes ohne Rücksicht auf die Bevölkerung richtet; — In Erwägung, daß nach diesem, im §. 2 des Gesetzes ausgesprochenen Grundsatze, der Spezereihändler im ersten Tarife in der vierten Klasse, je nach der Bevölkerungszahl seines Wohnorts mit 12 fl., 10 fl., 8 fl. oder 6 fl. besteuert wird, während der Spezereihändler im Großen nach dem zweiten Tarife und ohne Rücksicht auf die Bevölkerung eine Steuer von 30 fl. zu entrichten hat, woraus folgt, daß im Geiste des Gesetzes nur derjenige als Spezereihändler im Großen angesehen wird, welcher, ohne Rücksicht auf die Bevölkerungszahl seines Wohnorts, seine Geschäfte nach Außen hin im Großen und mittelst Abgabe der Waaren in Originalverpackungen betreibt; — In Erwägung, daß in dem gegebenen Falle vor dem ersten Richter nicht bewiesen wurde, daß Appellant durch Verkäufe in Originalverpackungen und im Großen sein Geschäft nach Außen hin betrieben habe; — daß vielmehr die demselben zur Last gelegten angeblichen Verkäufe im Großen nur an Landkrämer aus der nächsten Umgebung der Stadt und einige Kleinverkäufer von Speyer selbst geschehen sind; — daß namentlich ein, an einen Krämer in Dudenhofen geschehener Verkauf von 50 Pfund Kaffee und 6 Zuckerhüten die obengestellten Merkmale eines Verkaufs im Großen nicht an sich trägt, indem das Gesetz keine nach Maaß- und Gewichtsgröße bestimmte Scheidelinie zwischen dem einfachen Spezereihändler und dem qualificirten Spezereihändler im Großen gezogen hat, daher es dem einfachen Spezereihändler ebenso unbenommen bleiben muß, seine Waaren in beliebigen Quantitäten an Land- oder Stadtkrämer zu verkaufen, ohne hierdurch die Natur seines Geschäfts zu verändern, als es ihm bisher noch niemals bestritten wurde, seine Waaren, selbst in Originalverpackung, an Nichtgewerbtreibende abzusetzen, ohne deßwegen eine höhere Steuer entrichten zu müssen; — daß es sich ebenso mit dem Verkaufe von 2 Faß Melis und einigen Säcken verschiedener Sorten Kaffee an eine Krämerin in Speyer verhält, und daß durch diesen Verkauf, obwol er in Originalverpackung geschehen zu sein scheint, die Natur des Geschäfts des Appellanten um so weniger geändert wird, als aus der Aussage der Käuferin erhellt, daß Appellant bei der Abgabe dieser Waaren mehr als beauftragter Besteller, denn als Großhändler gehandelt hat; — In Erwägung, daß sich aus der Verhandlung ergab, daß selbst das Steuercontrollamt zu Speyer die Ansicht ausgesprochen hat, daß ein Spezereihändler dadurch allein, daß er einige Landkrämer zu Abnehmern hat, noch nicht zum Großhändler wird;

Aus diesen Gründen: reformirt das Zuchtpolizeigericht, als Appellationsgericht sprechend, das Urtheil des einfachen Polizeigerichts zu Speyer vom 1. Juni 1852 und spricht den Appellanten von Strafe und Kosten frei. —

Wir haben diesem Urtheile nur noch die Bemerkung beizufügen, daß bei der Verhandlung der Sache in der Sitzung vom 29. Juni abhin, der Vertheidiger des Appellanten, Anwalt Spatz, im Wesentlichen dieselben Motive entwickelt, und unter andern ein Umschreiben des Justizministers vom 27. Brumaire des Jahres V der Republik vorgelegt hatte, welches von einem Großhändler folgende Definition gibt: „Großhändler ist der, welcher stets und gewöhnlich in Magazinen Faß- oder Ballenweise und unter Schnüren verkauft, Detailhändler aber ist der, welcher in offener Boutike in einzelnen mehr oder minder beträchtlichen Partieen verkauft, und er bleibt Detailhändler, wenn es gleich zuweilen geschehen kann, daß er an einen andern Kaufmann Faß- oder Ballenweise verkauft."

Es steht nun zu erwarten, daß das ergangene Urtheil letzter Instanz auch jenen Kaufleuten zu Gute kommen wird, die sich bei dem ungünstigen Ausspruche des ersten Richters beruhigt haben, und daß bei Ziehung der Grenzlinie zwischen Groß- und Kleinhandel die alte Praxis wieder hergestellt wird.

Freiburg im Breisgau, den 7. Juli. Die „Freib. Ztg." entwirft in ihrer neuesten Nummer ein trauriges Bild von dem Nothstande, der in der zweiten Stadt des Breisgaues, in Endingen, herrscht. Von einer Bevölkerung von 3000 Seelen hungern 200 Familien der Art, daß sie aller Lebensmittel entbehren und von der Wohlthätigkeit Anderer leben müssen. In Folge der französischen Kriege, hat diese Stadt ihr bürgerliches Vermögen verloren; Gelegenheit zum Erwerbe soll es dort nicht geben und die Felder und Weinberge überschuldet sein. (Aehnliches meldet der „Nürnberger Corresp." vom Fichtelgebirge.)

Mainz, den 8. Juli. Bei dem gestrigen Brande wurde die große Knußmann'sche Möbelfabrik ein Raub der Flammen.

Berlin, den 4. Juli. Von Trier ist die Nachricht hieher gelangt, daß der Bischof Arnoldi dem dortigen Professor der Philosophie im Seminar auf Befehl des Papstes das Verbot notificirt hat, weiterhin die Günther'sche Philosophie vorzutragen. Diese Maßnahme, welche, wie zugleich versichert wird, andere bald im Gefolge haben wird, berührt auch unser Unterrichtsministerium, da auf den paritätischen Universitäten in Preußen die Günther'sche Philosophie und Theologie von katholischen Lehrern vorgetragen wird. Zugleich erfährt man daher, daß der Bischof Arnoldi ehestens mehrere Klöster errichten wird. (A. Z.)

— den 5. Juli. Was ein hiesiges Blatt schon gestern meldete, hört man heute sich bestätigen: die Regierung sei für den Fall, daß auf die Anfrage, vom 1. d. M. von den Zollvereinsbevollmächtigten binnen 14 Tagen oder spätestens drei Wochen keine Antwort gegeben werde, Willens, nach Ablauf dieser Zeit einen kategorischen Termin zur Abgabe derselben zu stellen, und im Fall dann nicht geantwortet sei, anzunehmen, daß die Zollvereinsstaaten die nicht geantwortet, mit Ablauf des nächsten Jahrs als aus dem Zollverein ausgeschieden betrachtet werden müßten. (A. Z.)

Köln, den 4. Juli. Nach den Veröffentlichungen der deutschen Volkshalle hierselbst hat sich der katholische Preßverein definitiv constituirt. Der Zweck dieses Vereins ist dem §. 2 des Statuts zufolge „im engsten Anschlusse an das Episkopat das Princip der kirchlichen und weltlichen Autorität im conservativen Sinn von Recht und Wahrheit mittelst der deutschen Tagespresse zu fördern und zu stärken." Sechsundzwanzig deutsche Bischöfe haben ihre Zustimmung bereits erklärt, die des Papstes wird erwartet. Zum Präsidenten des Vereins, in dem der hohe Adel sehr stark vertreten ist, wurde der Graf Cajus Stolberg-Stolberg gewählt. Unter dem Einflusse des Centralausschusses werden sich Bibelvereine bilden; die Mittel erlangt der Verein durch bestimmte Geldbeiträge. *) (A. Z.)

---

*) Was würde geschehen, wenn ein gleicher Verein für die democratische Presse zu bilden versucht würde? Wir fordern nichts, als das gleiche Recht für Alle! D. Red.

Schweiz.

Neuenburg, den 6. Juli. Der Tag, auf den man mit gespannter Erwartung harrte, ist vorüber und hat den Hoffnungen unserer Freunde entsprochen. Die Gegendemonstration der schweizerisch Gesinnten hat die beabsichtigte Demonstration dieser unverbesserlichen Klasse, welche sich nicht scheuen würde, das Vaterland in Gefahr und äußere Verwicklungen zu bringen, in ihrem Keime erdrückt. Es ist bekannt, was mit der Zusammenberufung der Bourgeoisie von Valangin gemeint war, aber das wachsame Auge der jungen Republik und ihrer Söhne entdeckte bald die feinen Fäden, welche da gesponnen werden sollten, um ein Netz über den jetzt glücklichen Kanton zu werfen und dessen neue Freiheit zu ersticken. — Die Vorbereitungen beider Parteien sind bereits dem Publikum bekannt. Auf den 6. Juli also sollten die beiden Volksversammlungen in Valangin abgehalten werden, ein zweiter Tag von Münsingen, aber mit glücklicheren Folgen, wollen wir hoffen. Der Ort war auf einer an einem Abhange befindlichen Matte auf der rechten Seite des Seyerbaches, wo eine große geräumige Tribune aufgeschlagen war. Der bisherige Präsident der Bourgeoisie, Delachot, eröffnete die Verhandlungen und protestirte in seiner Rede gegen die Meinung, daß diese Versammlung eine politische Demonstration habe sein sollen. (!) Während sodann sich die Gemeinden zu den für sie aufgestellten Fähnlein stellten, um zur Wahl der neuen Verwaltungsräthe zu schreiten, begann auf der anderen (linken) Seite der Aufmarsch der republikanischen Kolonnen mit klingendem Spiele, Tambouren und hochflatternden Fahnen. Es dauerte dieser, wirklich in seiner Art einzige, sowohl malerische, als dann auch in seiner Bedeutung majestätische Aufzug, fünfviertel Stunden. Es waren nach den Berichten der Sectionschefs, welche je 100 Mann anführten, zwischen 7 bis 8000 Mann. Unansehnlich an Zahl stand drüben, diesen gegenüber, ein Häuflein, wenn gut gezählt, von 1800 Personen. Nachdem den müden und der Erfrischung bedürftigen Leuten einige Zeit zur Stärkung gelassen worden, traten die HH. Lambelet von Locle, Amadee Humbert und Major Philippin auf die Rednerbühne. Der erstere schlug den Versammelten folgenden Beschluß vor, der dann auch Punkt für Punkt mit Jubel angenommen wurde:

„Das neuenburgische Volk, heute in einer Volksversammlung zu Valangin vereinigt, erklärt Angesichts des Himmels und vor Gott: Daß es schweizerisch und nur schweizerisch bleiben wolle, daß es die neuenburgische Republik wolle, daß es auf die energischste Weise gegen die „menées", mögen sie sein welche sie wollen, protestire, welche zum Zwecke haben würden, die Revolution vom 1. März 1848 und ihre Folgen zu verleugnen, und daß es diese „menées" als verbrecherisch und antinational betrachte. Dieses erklären und bezeugen die Unterzeichneten durch ihre Unterschrift; sie übernehmen die Verpflichtung, diesem Geltung zu verschaffen durch alle in ihrer Macht liegenden Mittel."

Dieser durch Akklamation angenommene Beschluß wurde dann, in mehreren hundert Exemplaren zur Unterzeichnung bereit, von den Anwesenden unterschrieben.

Wir erhalten noch folgenden Nachtrag: Schon um 11 Uhr räumten die Royalisten im Gefühl ihrer Schwäche das Feld. Sie hatten unter Aufsicht dreier Regierungskommissäre, begreiflich einhellig, einen ziemlich gemäßigten Verwaltungsrath gewählt, und sodann nichts, auch gar nichts mehr dazu gethan. Die nach Berlin verheißene Courage ist also wieder einmal in die bekannte Feigheit umgeschlagen. Beim Anblick der republikanischen Uebermacht drückten sich viele gute Bourgeois abseits, um nicht beim Abzug in moralischer Beziehung das caudinische Joch zu passiren. Ich war auf der Preußenmatte und sah selbst mit Ausnahme einiger jungen Adeligen nur gesenkte Köpfe, die sich flüsternd zusammensteckten. Einen aber sah ich fortgehen, den ich mich nicht erinnere in Neuenburg gesehen zu haben, und der den Komplimenten der schwarzen Herren wenig Rechnung trug. Was er ihnen sagte, konnte ich nicht verstehen, jedoch in seinen Mienen schien mir der Satz zu liegen: „Ihr habt uns wieder einmal belogen." Um 2 Uhr zogen mit klingendem Spiel die Republikaner ab. Kein Exzeß von dieser Seite störte den für die ganze Schweiz wichtigen Tag. Einen sonst stillen Royalisten sah ich bei der Heimkehr, vermuthlich geflissentlich, sich betrinken und — weinen. Alles Militär ist entlassen worden. Die Royalisten werden mit dieser Lection um so mehr zufrieden sein, als man auf schweizerischer Seite ziemlich allgemein die Meinung hörte: „Das ist aber das letzte Mal, daß wir schonen." (S. N. Z.)

Bern, den 7. Juli. Der Nationalrath beschloß heute auf den Antrag der Petitionscommission in Betreff der Grütlivereine mit großer Mehrheit: 1) der Bundesrath soll die eingelangten Beschwerden der Regierung von Bern zur Beantwortung übermachen und Einsendung der Acten verlangen, auf deren Grundlage hin der Aufhebungsbeschluß gefaßt wurde; 2) der Bundesrath soll noch im Laufe dieser Sitzung der Bundesversammlung ein Gutachten wegen Erledigung dieser Beschwerde vorlegen.

Italien.

Venedig, den 2. Juli. Man vernimmt, daß in einer der lombardischen Städte (ich bin nicht sicher, ob in Mantua oder Brescia) sich ein neuer Clubb gebildet habe, der im Verein mit den überall thätigen Mazzinischen Sendlingen die Unabhängigkeit Italiens durchsetzen wolle. In den fünf letztverflossenen Tagen sind sowol hier als zu Mailand und Mantua zahlreiche Verhaftungen unter diesen neuen Verschwörern vorgenommen worden. Hier wurden im Ganzen acht Personen, als dem neuen Clubb angehörig, verhaftet. (A. Z.)

Vom Po, den 1. Juli. Während der letzten Tage haben in den bedeutendsten Städten des lombardisch-venezianischen Königreichs zahlreiche Verhaftungen meistens wohlhabender Leute stattgefunden, die man der Theilnahme an einer Verschwörung beschuldigt, deren Häupter in Mantua residiren und größtentheils dem geistlichen Stande angehören sollen. Zu ihrer Correspondenz mit London bedienten sie sich, wie es heißt, eines ganz sonderbaren Mittels. Aus London wurden nämlich verschiedenfarbige Foulardtücher geschickt, die, sobald man sie ins Wasser legte, die oberflächliche Farbe verloren und einen auf Seiden abgedruckten Brief wahrnehmen ließen. (A. Z.)

Mailand, den 1. Juli. Die gestrigen Hinrichtungen mit dem Strange wurden bei drei Verbrechern nach einer neuen Methode vollzogen, und es waren hiezu mehrere Aerzte des Civilstandes zur Abgabe ihrer Gutachten geladen. Die Execution aller sechs Individuen dauerte nicht länger als neun Minuten! (A. Z.)

Rom. Englischen Blättern, dem Globe namentlich, wird aus Rom geschrieben: Papst Pius IX sei von der Wassersucht bedroht, und sein Zustand, welchen man dem Publicum zu verheimlichen suche, errege seinen Aerzten große Besorgniß.

Großbritanien.

London, den 6. Juli. Bis jetzt haben wir aus sechs englischen Wählerschaften die Nachricht von vollendeten Wahlacten. Dieselben sind mit einer Ausnahme (Chippenham, wo zwei Derbyiten gewählt wurden) günstig für die freihändlerische Partei ausgefallen. In dem hauptstädtischen Wahlkreise Marylebone sind die radicalen Parlamentsmitglieder Sir B. Hall und Lord D. Stuart wiedergewählt worden. — Dem Vernehmen nach hat die Regierung beschlossen, 2000 irische Constabler nach Australien zu senden. Irland gilt für den wundesten Fleck des britischen Reiches und für einen der revolutionärsten Bestandtheile in demselben. Nichts desto weniger haben vorzugsweise die Irländer den Beruf, in England die Sicherheit der Personen und des Eigenthums zu wahren. Eine auffallend große Zahl der Constabler nämlich sind Irländer. — Bei der Zeugenvernehmung in Stockport kom-

men immer mehr Thatsachen ans Licht, die den beklagenswerthen Aufruhr als ein planmäßig vorbereitetes orangistisches Werk erscheinen lassen, (d. h. als ein Werk der äußersten Reactionäre.)

Neueste Nachrichten.

München, den 7. Juli. Die „Augsb. Postztg." bezeichnet das Gerücht von einer neuerlichen Zusammenkunft der baierischen Bischöfe als falsch, die Frage über den Vollzug des Concordats sei in ein anderes Stadium getreten, und fortan lediglich zwischen beiden contrahirenden Theilen, nemlich zwischen dem heiligen Stuhl und der baierischen Staatsregierung, zu erledigen. Die Instruction des in außerordentlicher Sendung nach Rom abgegangenen Frhrn. von Berger sei in diesem Sinne abgefaßt.

Aus Thüringen, den 7. Juli. Angeblich aus Veranlassung der Entdeckung des Todenbundes haben auch bei uns Haussuchungen und Verhaftungen statt gehabt.

Berlin, den 7. Juli. Man erwartet ein Abbrechen der Zollconferenz; Viele wünschen dasselbe. Auch erwartet man eine Aenderung im Ministerium. Der Ministerpräsident von Manteuffel beabsichtigt eine Urlaubsreise.

Gestern Abend brachte die Kreuzzeitung einen Leitartikel, der außerordentliches Aufsehen erregt hat, indem darin förmlich der Krieg gegen das jetzige Ministerium, besonders gegen den Ministerpräsidenten, erklärt worden ist.

Brüssel, den 7. Juli. Das ganze Ministerium zieht sich zurück. Dieser Beschluß soll in Folge der Verhandlungen des Herrn van Praet mit dem Könige zu Wiesbaden gefaßt worden sein. Es wird sich bald zeigen, daß es keiner Partei, als der liberalen, auf die Dauer mehr möglich sein wird, das Regierungsruder zu führen.

Paris, den 8. Juli. Der „Moniteur" enthält die Promulgation des Gesetzes, die Wahl der Departements-, Arrondissements- und Municipalräthe betreffend.

Am verflossenen Montag präsentirte sich der Maire der Stadt Vernon in Begleitung eines Domaineninspectors, eines Friedensrichters, eines Polizeicommissärs und eines Gendarmerielieutenants vor dem Gitter des Schlosses Bizy, das der Familie Orleans gehört. Der Schloßverwalter weigerte sich aufzumachen. Nach dreimaliger Aufforderung wurde das Schloß durch einen Schlosser gesprengt und die Regierungscommission nahm ohne weiteren Widerstand Besitz von dem Schlosse und der Domaine. — Eine ganze Familie, ein Möbelhändler, seine Frau und deren drei Kinder, wurden von einem kleinen Hund, den sie vor Kurzem im Boulogner Wald herrenlos gefunden hatten, gebissen. Die Frau ist gestern unter fürchterlichen Qualen an der Wuth gestorben. Man hat alle Präservativmittel angewendet, um die übrigen Personen vor der schrecklichen Krankheit zu bewahren.

Es ist jetzt festgestellt worden, daß der Präsident am 18. in Straßburg zur Einweihung der Eisenbahn eintreffen wird. Am 17. wird er in Nancy oder Luneville übernachten.

Der Minister des Innern erklärte auf gestellte Anfragen in einem Circular an die Präfecten, daß die an den Schulen angestellten Geistlichen nicht nöthig haben, den Verfassungseid zu schwören.

Die Franzosen genießen in Algier dieselben Civilrechte, wie in Frankreich. Die Beschaffenheit der ihnen einzuräumenden politischen Rechte, wird durch Decrete des Präsidenten bestimmt werden. Die Rechte der Eingeborenen werden gleichfalls durch Decrete geregelt werden. Die Fremden genießen in Algier alle Civilrechte, ihre Naturalisation ist zwar denselben Bedingungen wie in Frankreich unterworfen; trotzdem geben aber: eine landwirthschaftliche oder industrielle Einrichtung, eine erlangte Concession, verbunden mit einem dreijährigen Aufenthalt, den Fremden Ansprüche auf den Genuß von allen Rechten der Franzosen. Alle Bewohner von Algier sind den bestehenden Gesetzen und zu erlassenden Decrete unterworfen. Die gegenwärtige Eintheilung des Landes in Provinzen, in Militär- und Civildistricte wird beibehalten. Die Regierung von Algier gehört zum Ressort des Kriegsministeriums, der alle Branchen des Dienstes in sich vereinigt, bis auf die Douanen, die Steuercassen und die Post.

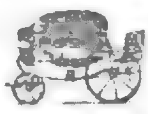
☞ Eine Beilage zu gegenwärtigem Blatte wird heute Abend ausgegeben.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1122] **Gold- und Silberborden, Uniformsstickereien, Ordensbänder ꝛc. ꝛc.,** werden fortwährend verfertigt bei Louis Cron, Posamentier zu Speyer.

[1121²] Bei Wittwe Hoffmann in Speyer steht ein Biber'schen Flügel von vorzüglicher Güte zu verkaufen.

[1119²] **Zu verkaufen.**



Zwei Droschken nebst einem Jalousiewagen und mehrere Jalousiekästen ohne Gestelle sind billig zu verkaufen in Lit. C. No. 49 in Heidelberg.

[1120²] Die in Cusel in der baierischen Pfalz erscheinende

Westricher Zeitung

mit ihrem Unterhaltungsblatte „Neue Didaskalia," wöchentlich 4 Blätter zu 1 fl. vierteljährlig, kann durch alle Postämter bezogen werden.

Die Redaction:

L. Schneider.

Großes Tapetenlager

eigener Fabrik,

sowie auch Fensterrouleaux,

anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,

bei **v. Derblin & Pehl,**

breite Straße dem Kaufhause gegenüber

[1057¹⁶] in Mannheim.

[1123] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

[1118] **Versteigerung.**

Donnerstag, den 22. Juli nächsthin, Morgens 8 Uhr anfangend, läßt Hr. Tabakfabrikant Trauth, vor seiner Behausung in Landau, nachbezeichnete Gegenstände freiwillig an die Meistbietenden versteigern, nemlich: 23 Weinfässer verschiedener Größe, eine Kelter, Hutten, Züber und allerlei andere Haus- und Küchen-Geräthschaften.

Nachmittags 2 Uhr desselben Tages, werden sämmtliche Tabakfabrikgeräthschaften vorgenommen, als: Schneidbänke, Mühlen, Schockelmesser, Einschlagblöcke, eine Vignetten-Presse mit circa 60 Lithographie-Steinen und sonstigem Zugehör, eine Brücken- und mehrere andere Wagen ꝛc. so wie auch Reste von amerikanischem und holländischem Cigarren-Tabake. Bezüglich der Presse wird bemerkt, daß, falls sich für selbige kein Liebhaber finden sollte, die Steine, Walzen ꝛc. besonders versteigert werden.

Landau, den 8. Juli 1852.

Gez. G. F. Schlee, Gerichtsbote.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 166.) den 11. Juli 1852.

Deutschland.

☞ **Anzeige.** Es kann fortwährend auf die Speyerer Ztg. abonnirt werden; die seit Beginn des neuen Quartals erschienenen Nummern werden nachgeliefert. Die Bestellungen ausserhalb Speyer und der Umgebung dieser Stadt sind aber nicht an die Redaction, sondern an die den Bestellern nächste Postexpedition zu richten, und nur wenn der Betrag (in ganz Baiern vierteljährig 1 fl. 40 kr., halbjährlich 3 fl. 20 kr.) baar entrichtet wird, kann unverzügliche Besorgung von den Postexpeditionen gefordert werden. Dagegen sind wir ganz außer Stande, auswärtige Bestellungen zu besorgen, die bei uns direct gemacht werden.

Die Expedition der Speyerer Ztg.

Pfalz. Die reactionäre Augsburger „Allgem. Ztg." enthält folgenden bezeichnenden Artikel: „Auf der ersten Jahresversammlung des Gustav Adolf Vereins in Kaiserslautern am 2. ds. war nach der „Frankf. Postz." nur die rationalistische Richtung vertreten, da die offenbarungsgläubigen, auf dem Boden der evangelischen Bekenntniße stehenden Geistlichen Grund genug haben, sich dem Vereine, wie er gerade in der Pfalz zur Erscheinung gekommen, nicht anzuschließen." (!!)

Baden. Die größte Rübenzuckerfabrik in Süddeutschland ist bekanntlich die in Waghäusel. Nach der Badischen Ldztg. hat sie dieses Jahr in 206 Gemeinden und mit 10,297 Landwirthen 1,246,340 Cntr. Rüben accordirt, zu welcher ungeheuern Quantität ein Areal von 6231¾ Morgen Ackerland nöthig ist. Bei der guten Aussicht auf eine vollkommene Rübenernte wird sie die ganze Centnerzahl geliefert erhalten; da aber die Verwaltung für den Centner Rüben 3 kr. mehr verwilligte als 1850 und 1851, so wird die oben angegebene Summe noch um 120,000 fl. vergrößert, der Betrag für Rüben allein 600,000 fl. übersteigen, und die Rübensteuer, jetzt auf 10½ kr. vom Centner erhöht, 214,000 fl. betragen.

Kassel. Vilmars halbofficieller „Hessischer Volksfreund" ist über die Entlassung der Kieler Professoren einer sehr andern Meinung, als die meisten deutschen Zeitungen. Er meint, daß „wie die Revolution von 1830 die sieben Göttinger Professoren als Nachzügler gehabt habe, worüber die Revolutionäre aller Farben damals in vorübergehende Aufregung gerathen seien, so auch jetzt die Revolution von 1848 ihre Nachzügler zu haben scheine, und die Furcht, daß eine Entlassung auch über sie selbst kommen könne, treibe die Papierseelen an, möglichst viel Lärm von der Sache zu machen." Er kommt zum Schluß: „daß die HH. Professoren sich, dadurch, daß sie die Orden zurückgesendet und sich gewiß auch mit Geldgaben und auf sonstige Weise an der schleswig-holsteinischen Erhebung betheiligt hatten, eines bestimmten klaren Hochverraths der Betheiligung an einem bewaffneten Aufstande gegen ihren König und Herrn, schuldig gemacht hätten, so daß diese „Martyrer ihrer Ueberzeugung" nichts als Aufrührer seien, die ihre wohlverdiente Strafe erhalten hätten." — (Sehr consequent vom Kasseler Standpuncte aus!)

Kassel, den 4. Juli. Die 6 katholischen Abgeordneten zur 2. Kammer haben der Regierung erklärt, daß **sie** den Verfassungseid nur „unbeschadet der Rechte der **Kirche**" (salvis ecclesiae juribus) leisten werden. (M.J.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, den 5. Juli. Schweizer Blätter machen darauf aufmerksam, daß derselbe Hr. Thiers, welcher jetzt als „Flüchtling" aus dem Kanton Waadt ausgewiesen werden soll, im Jahre 1838 die Schweiz mit einer hermetischen Sperre bedroht hatte, wenn dieselbe nicht den thurgauischen Bürger Louis Napoleon Bonaparte, den jetzigen Dictator Frankreichs, ausweise.

Frankreich.

Paris, den 7. Juli. Vor ungefähr 4 Jahren, kurz vor der Februarrevolution, als Odilon Barrot die Reformbankette organisirte, wäre Ledru Rollin beinahe in dem Allierdepartement, das der Reformbewegung keineswegs günstig gestimmt war, ums Leben gekommen. In Moulins, wo er ein Bankett organisiren wollte, schoß die Nationalgarde nach seinem Wagen, als er in die Stadt einfuhr, und nur mit genauer Noth entging der damalige Deputirte den Bajonetten der Nationalgarde. Seit jener Zeit hat sich die Stimmung in dem Allierdepartement bedeutend geändert, und dieses selbst in dem reichen Vichy, in dessen Umgegend man jetzt den Mann der Regierung angegriffen, wie vor Jahren den Mann der Opposition. — Billault, der Präsident des gesetzgebenden Körpers, ist in Ungnade gefallen. Die Haltung des gesetzgebenden Körpers in den letzten Tagen hat ihm viel geschadet, und Baroche, der gern wieder einmal einem gesetzgebenden Körper präsidiren möchte, sich diesen Umstand zu Nutzen gemacht. Die eifrigen Bonapartisten finden, daß Billault noch zu viel Republikaner ist. — In Folge des vor Kurzem entdeckten Complottes haben noch viele Verhaftungen stattgehabt. Man hält dieselben aber sehr geheim. — Es circuliren hier jetzt mehrere Broschüren, die den 2. December mit einer großen Schärfe und einer bis jetzt nicht dagewesenen Feindseligkeit beurtheilen. Eine derselben, die den Titel: „Le crime du 2. Decembre" führt und der ein Pamphlet: „Napoléon le petit" betitelt, vorangeht, hat V. Hugo zum Verfasser. Eine andere ist von P. Duprat und gibt eine Geschichte der Leute der gemischten Departementalcommissionen und der von ihr verurtheilten Personen. Sie führt den hochverrätherischen Titel: „Table de proscription de Louis Bonaparte et de ses complices" Diese und ähnliche Schriften werden mit um so größerer Begierde verschlungen, als alles, was die Regierung zu erscheinen verhindert, leer und nichtssagend ist. (Köln. Ztg.)

Großbritanien.

London, den 7. Juli. Gewählt sind bis heute im ganzen Lande 35 Mitglieder; darunter befinden sich 22 freihändlerische Liberale und 13 Derby-Disraeliten. — In der City-Guildhall war gestern großes Treiben und Drängen. Lord John Russell, der ganz außerordentlich freundlich empfangen wurde, hielt eine kurze aber markige Rede. Die Halle erdröhnte von Hurrahrufen. Dann erschien Baron Rothschild auf der Rednerbühne, mitten unter tobendem Beifall und ohrengellendem Zischen. Er trat, wie zu erwarten war, als Repräsentant des religiösen Gleichheitsprincips auf, sprach von Freiheit, Freihandel, Judenthum, Katholicismus und wohlfeilem Brod; zuletzt aber hielt er es für nothwendig, sich zu entschuldigen, daß er die neueste österreichische Anleihe übernommen habe, und zwar führte er als Entschuldigungsgrund an, daß in Oesterreich die Juden vollkommen emancipirt seien, daß es daselbst zwei Juden gäbe, die hohe Regierungs-

posten bekleiden, daß Oesterreich, was bürgerliche und religiöse Freiheit betreffe, England überflügelt habe.

Rußland.

Petersburg, den 28. Juni. Es ist seit längerer Zeit hier Niemandem erinnerlich, daß so viele russische Orden und an so viele Personen im Auslande vertheilt worden wären, als seit dem Jahre 1848 und besonders in dem laufenden Jahre. Abgesehen von den preußischen Beamten und Officieren, von österreichischen Militärs und Bureaucratie, wandern jetzt die russischen Ordensdecorationen zu den distinguirtesten Männern aller Staaten vom Westen bis Osten, mit Ausnahme — Englands.

Neueste Nachrichten.

* **Mannheim,** den 10. Juli. Der englische Luftschiffer Green wird am Sonntag den 18. d. eine zweite Luftfahrt hier vornehmen.

München. Das Stadtgericht München hat, in Erwägung, daß durch die Druckschrift: „Geschichte des deutschen Volkes für das deutsche Volk" S. 137 ein Mitglied der kgl. Familie Baierns durch Schmähung beleidigt ist, auf Unterdrückung derselben, so weit sie nicht bereits in Privatbesitz übergegangen ist, erkannt.

Kissingen, den 8. Juli. Heute findet hier eine Zusammenkunft der Minister derjenigen Staaten statt, welche die darmstädter Protocolle unterzeichnet haben. Es soll sich um eine Erwiederung auf die preußischen Erklärungen handeln.

Wien, den 6. Juli. Graf Chambord wird nun in der zweiten Hälfte dieses Monats nach Wiesbaden abreisen.

Neuenburg. Nach dem Bund betrug die officiell erhobene Zahl der Republikaner an der Versammlung von Valangin 9500, darunter 7000 Kantonsbürger und 2500 Schweizer aus andern Kantonen. Für die Bourgeoisversammlung hatten 3000 Royalisten Karten gelöst und von diesen waren 2400 in Valangin erschienen. Das republicanische Mehr stellt sich somit in runder Summe auf 7100.

Bern. Nach der Revue ist das Londoner Protocoll dem Bundesrath durch den franz. Gesandten konfidentiell und ohne Empfehlung mitgetheilt worden. Der Bund erklärt dies für eine Bestätigung seiner Behauptung, daß der Bundesrath noch keinerlei „offizielle" Mittheilung, geschweige denn eine Kollectivnote über diesen Gegenstand erhalten habe. Die konfidentielle Mittheilung scheint darnach jedenfalls ihre Richtigkeit zu haben.

— den 8. Juli. Der Nationalrath hat sich mit 69 gegen 22 Stimmen für das Princip der Eisenbahnbauten durch Privatgesellschaften erklärt.

Rom, den 2. Juli. Die Nachricht von den empörerischen Auftritten zu Velletri hat sich nicht bestätigt.

Miscellen.

* Das 8. Heft des schon mehrmals in diesen Blättern angezeigten Kunstwerkes: „Stahlstichsammlung der vorzüglichsten Gemälde der Gallerien von München und Schleißheim; nebst Text von O. A. Banck; Leipzig und Dresden, Verlag der englischen Kunstanstalt von Payne," ist erschienen und liefert so treffliche Stahlstiche, daß wir wiederholt auf das gedachte schöne und wohlfeile künstlerische Unternehmen anmit aufmerksam machen wollen.

Ein grausenhaftes Ereigniß hat am 3. Juli die Bewohner von Liegnitz in lebhafte Bestürzung versetzt. Der Besitzer eines Gehöftes, welches dicht vor der Stadt an einem vielbetretenen Wege liegt, hielt sich seit längerer Zeit 4 große und wilde Hunde, die schon längst der Schrecken aller Nachbarn waren. Diese Thiere fanden am besagten Tage, Morgens 3 Uhr, Gelegenheit, aus dem Hofe, in welchem sie eingeschlossen waren, zu entkommen, und fielen sogleich einen Mann an, welcher, wahrscheinlich betrunken, einen Theil der Nacht dort im Freien zugebracht hatte. Auf dessen Hülferuf eilte zwar ein anderer Mann, mit einer Stange bewaffnet, herbei, vermochte aber nur 2 der gierigen Thiere auf Augenblicke von dem zuerst Angegriffenen abzuziehen. Als mehrere Menschen herbeikamen und es endlich gelang, die Thiere zu bändigen, war der Verwundete bereits todt und bot ein gräßliches Schauspiel dar. Er war nicht nur furchtbar zerfleischt, sondern auch halb aufgefressen. Die Hunde hatten ihn eine große Strecke weit mit sich fortgeschleppt.

Das Berliner Publikum amüsirt sich jetzt an einigen merkwürdigen naturhistorischen Erscheinungen. Es sind dieß einige Personen, die mit ganz grünen oder blauen Haaren umhergehen. Die Unglücklichen sind durch die leidige Eitelkeit geblendet worden, ihr röthliches oder graues Haar mit einer angepriesenen Tinktur zu färben, und dabei an eines jener metallischen Mittel gerathen, welche höchst gefährlich sind und durch äußere Einflüsse leicht zersetzt werden. Das Haar kahl abzurasiren, wagt Mancher nicht, und so muß die bestrafte Eitelkeit denn einige Zeit mit der absonderlichen Farbe umherwandern, bis Zeit und Wetter dieselbe verschwinden machen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1124^{2}] **Chaisen-Versteigerung.**

Dienstag, den 20. Juli 1852, Morgens 9 Uhr, zu Speyer, läßt Sigismund Chariatte, Sattler zu Speyer wohnhaft, in seiner Behausung, in der Landauer Vorstadt, 1 Droschke und mehrere Chaisen verschiedener Bauart und neuester Façon öffentlich versteigern.

Speyer, den 9. Juli 1852.

Kissel, Notar.

[1051] **Niederländische**

Dampf-

Schifffahrt.

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an

von Ludwigshafen am Rhein täglich:

4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.

Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	bin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.

Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,

„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.

Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.

Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag — Nro. 167 — den 13. Juli 1852.

Deutschland.

• **Aus der Pfalz.** Folgendes Actenstück, welches der Excommunication des Bahnhofverwalters Bietenmeister zu Homburg sein Entstehen verdankt, dürfte ebenfalls Veröffentlichung verdienen. Es ist ein Rundschreiben des k. Generalstaatsprocurators zu Zweibrücken an die ihm untergeordneten Beamten, d. d. 26. Mai d. J. und lautet:

„Nach amtlicher Mittheilung des k. protest. Consistoriums zu Speyer vom 24. d. M. hat diese Behörde an diesem Tage auf Antrag des protest. Presbyteriums zu Homburg, Kraft des ihr nach §. 19 der Vereinigungsurkunde zustehenden Rechtes die Exkommunication des Bahnhofverwalters Bietenmeister in Homburg ausgesprochen. Daraus folgt für den Excommunicirten der Verlust aller politischen Rechte, da die im Königreiche bestehenden christlichen Kirchengesellschaften gleiche bürgerliche und politische Rechte genießen, nicht christliche Glaubensgenossen aber an den staatsbürgerlichen Rechten in dem Maaße Antheil haben, wie ihnen dasselbe in den Edicten über ihre Aufnahme in die Staatsgesellschaft zugesichert ist. Verf.-Urk. Tit. IV. §. 9. Denn der Excommunicirte gehört zu gar keiner Kirche, ist ausgestoßen und damit des durch den §. 4 cit. gewährten Rechtes zu einem öffentlichen Dienste zu gelangen, sofort verlustig. Zum öffentlichen Dienste (munus publicum) gehört unter Anderm auch die Vormundschaft, Curatel, das Amt des Geschworenen, des gerichtlichen Experten und des Zeugen bei öffentlichen Urkunden, welche öffentlichen Verrichtungen sämmtlich den vollen Genuß der staatsbürgerlichen Rechte voraussetzen.“

Abgesehen von dem speciell vorliegenden Fall, über welchen, wie man wissen will, der zunächst Betheiligte die Veröffentlichung einer eigenen Druckschrift beabsichtigt, verdiente wol die Doppelfrage eine wissenschaftliche Prüfung und Erörterung: 1) wie es sich mit der Excommunication selbst auf protestantisch-kirchlichem Standpuncte verhält, und 2) in wiefern eine solche Excommunication nach dem bestehenden Staats- und Civilrechte einen Einfluß auf die verfassungsmäßigen Rechte üben kann.

• **Aus der vordern Pfalz,** im Juli. Es ist ein erhebendes Gefühl, wenn man in Zeiten, wo die Menschen so oft geneigt sind, von einer Partei zur andern überzuspringen, wo so oft Heuchelei und Kriecherei an die Stelle der Aufrichtigkeit, Lauterkeit und Wahrheit trit, wenn man in solchen Zeiten, sagen wir, Männern begegnet, die unerschütterlich feststehen. Zu solchen characterfesten und ehrenhaften Männern gehört Pfarrer Frantz in Ingenheim. Unter allen Verhältnißen blieb er sich stets gleich, blieb er der Fahne des Lichts, der Freiheit und Wahrheit getreu. Trotz Suspension und Amtsentsetzung kämpfte er muthig für die Fahne, der er nach Ueberzeugung zugeschworen, unbekümmert um das Rasen und Toben der Mucker. Nach 1848 ließ der bissige Streit seiner Gegner einige Zeit nach; bald aber brach mit erneuter Heftigkeit und tobender denn je, das schwarze Heer der Mucker über ihn herein in Artikeln der Münchnerin, des Evangelischen Kirchenboten und in Petitionen. Lange Zeit schwebte das Damoklesschwert über seinem Haupte; jetzt ist er quiescirt mit einem Gehalte von nur 250 fl. Unter diesen Verhältnißen ist es, daß der überzeugungstreue Mann seine Zeitschrift „der Lichtfreund“ herausgibt. Möge diese Herausgabe recht zahlreiche Theilnahme finden.

• **Speyer,** den 11. Juli. Gestern Abend trafen ganz unerwartet König Ludwig und Königin Therese hier ein. Dieselben besahen die Malereien im hiesigen Dome, und reisten nach ungefähr anderthalb Stunden sehr befriedigt nach der Villa bei Edenkoben zurück. Die Mehrzahl der hiesigen Beamten soll sich ihrerseits gerade in dieser Zeit zu Edenkoben befunden haben.

Betrachtungen. Der „Baier. Eilbote“ bemerkt in einem größern Artikel über die „Höllenmaschine“: „Der alte Görres schrieb einmal, wenn man überall Revolutionen sehe, so beweise dies, daß man eine Handlungsweise führe, welche Revolutionen wahrscheinlich macht. — Der alte Görres schrieb dies, wenn wir nicht irren, im Jahre 1819, als man überall Revolutionen witterte, weil die bei den Befreiungskriegen gemachten Versprechungen nicht gehalten, weil dem Volke statt der Eier — Steine gegeben wurden. — Wenn die Gewalthaber in Frankreich überall Gestalten in Blousen und mit dem Verschwörungsdolche erblicken würden, wenn sie vom äußersten Ende des Landes bis in die innersten Gemächer des „wohlerworbenen“ Palastes sie zu verfolgen schienen, wenn ihnen nichts als Aufstand und Blut vorschweben würde: fürwahr der alte Görres hätte uns den Grund dafür hinlänglich angegeben.“

Eine Mahnung von Arndt. Morgen ist auch noch ein Tag! ruft der alte E. M. Arndt den Kleinmüthigen und Verzweifelten, dem ganzen deutschen Volke zu. Wie dunkel und leer und kraftlos und voll Schande und Schwäche die Gegenwart ist, sie bedeutet nicht den deutschen Tod. Keiner soll daran denken, sondern frisch Morgen! und Leben! rufen, und der Morgen wird einst lichter Tag werden. Das deutsche Gemeingefühl ist ein deutscher Gedanke geworden und wird zuletzt doch ein deutsches Vaterland und ein Volk der Ehre, Macht und Majestät schaffen. Wer, der nicht eigensinnig, blind und ungerecht sein will, möchte unser 19tes Jahrhundert mit dem 17ten oder 18ten vertauschen? Wir sind seit mehr als 100 Jahren, seit dem Jahre 1740, wo der große Preußenkönig sein siegreiches Schwert der Schlacht und des Geistes zog, trotz aller scheinbaren und wirklichen Rückläufe und Rückstöße im Fortschreiten. Vor 100 Jahren, wo war da Deutschland? Wo war da irgend ein Weheklang oder Wonneklang von einem deutschen Gemein- und Gesammtgefühl? Von Jahr zu Jahr ist das Gefühl und der Gedanke gewachsen. Zwar hat Gott noch nicht helfen, heilen und einigen gewollt, Deutschland hat seinen Heldenfürsten nicht gefunden, der das vergrabene Reichsschwert Barbarossas unter dem Stein herausheben konnte, — aber doch geziemt es deutschen Männern nicht, mit dem großen und kleinen Pöbel der Feigen und Jämmerlichen zu rufen: aus Deutschland kann und wird nichts werden! Am Rande des Grabes ruft Arndt sein Morgen! Morgen!

Ein Vorschlag des Muckerthums. Die Berliner „evangel. Kirchenzeitung“ des Hrn. Prof. Hengstenberg bringt u. a. einen bezeichnenden Artikel über die „Verbreitung christlicher Bilder,“ aus welchem wir folgende Stelle hier mittheilen: „Wer in katholischen Ländern gelebt hat, der weiß, wie viel gerade der gemeine Mann, wie viel das Kind auf Bilder hält, und eine wie große Macht der kathol. Klerus durch die religiöse Vertheilung der Bilder, die natürlich in seinem Sinne ausgeführt sind (!), auf die Gemüther übt. Ich habe . . . selbst in

den kleinsten Haushaltungen der kleinsten Dörfer, und gerade oft da am meisten, religiöse Bilder gefunden, die namentlich im Süden von den Bettelmönchen, diesen geschickten Colporteuren der katholischen Kirche, mit vieler Umsicht an die Kinder und in die Häuser gebracht werden, während sie sonst in jedem katholischen Badeorte und in jeder katholischen Stadt, auf jedem Jahrmarkt, bei jeder Kirmeß in vielen Buden zu kaufen sind und von den Kindern und Landleuten mit vieler Begier verlangt werden. Aehnliche Resultate erzielt die griechische Kirche, die namentlich in Rußland viel auf Bilder hält, und durch Vertheilung derselben einen gewaltigen und auch belehrenden Einfluß auf die sonst rohen Massen übt. — Gut ist es, daß die evangelische Kirche endlich in dieser Beziehung von ihren Schwestern, der römisch-katholischen und der griechischen Kirche lernt; noch besser, daß sie das Gelernte im Sinne des Evangelii ausbeutet." Da die Bettelmönche für die evangelische Kirche natürlich nicht vorhanden sind, so — fährt der Verf. des Artikels fort — „würden die Lumpensammler, wie ich durch eingezogene Erkundigung vernommen, sie gern kaufen, da sie dem Geschmack der Kinder und der gewöhnlichen Leute zusagen; sie würden auch die geeignetsten und billigsten Colporteure sein, um sie ebenso in die Häuser und Dörfer zu bringen, wie sie die Bilderbogen verkaufen oder gegen Lappen vertauschen, auch würden wir gewiß bald genug auf unsern Jahrmärkten, ähnlich wie in katholischen Flekken und Städten, Buden mit religiösen Bildern finden." — Dazu ist auch jeder Commentar überflüssig!

München. Das „D. Volksblatt" veröffentlicht eine wortgetreue Abschrift des vielbesprochenen königl. Erlasses an die baier. Bischöfe in Missionssachen. „Nr. 2995. Königreich Bayern. Staatsministerium des Innern für Kirchen und Schulangelegenheiten. Dem hochw. Hrn. N. N. wird unter Bezugnahme auf Ziff. 12 der Entschließung vom Heutigen Nro. 2994, den Vollzug des Konkordats betr., eröffnet, daß Se. Maj. der König in Erwägung, daß die einzelnen Diöcesen die erforderliche Anzahl von Missionspredigern bis jetzt noch nicht gebildet haben, die Abhaltung von Missionen durch ausländische Priester bis zum Ende des Monats October l. Js., vorausgesetzt jedoch, daß hiebei keine Friedensstörungen, Mißbräuche oder sonstige Unordnungen vorfallen, allergnädigst zu genehmigen, zugleich aber dem unterzeichneten k. Staatsministerium für jeden einzelnen Fall allerunterthänigste Antragstellung anzubefehlen geruht haben. Eben so haben Allerhöchstdieselben nach Umfluß des besagten Zeitraumes über den Verlauf und Erfolg der stattgehabten Missionen Berichterstattung anzuordnen und die sichere Hoffnung auszusprechen geruht, daß die PP. Redemptoristen Baierns im heurigen Jahre nicht wieder Missionen im Auslande abhalten, sondern ihre Kräfte ausschließlich auf Bayern verwenden. Zum Vollzuge dieser Allerhöchsten Aufträge wird der hochw. Hr. Bischof von N. nicht verfehlen, von einer jeden Mission, zu deren Abhaltung ausländische Priester beigezogen werden wollen, sechs Wochen vor dem Beginne derselben der einschlägigen Kreisregierung Nachricht zu geben, und über die Wirksamkeit sämmtlicher bis zum Schlusse des Monats October l. J. in der Diöcese stattgefundener solcher Missionen spätestens bis 10. November desselben Jahres unmittelbar an das unterzeichnete königl. Staatsministerium aufklärenden Bericht zu erstatten. München, den 8. April 1852. Auf Sr. k. Majestät allerhöchsten Befehl: Dr. Ringelmann. Durch den Minister der Generalsecretär: Ministerialrath Hänlein."

— den 6. Juli. Die „N. Münchener Ztg." meldet: „Unser Hochwürdigster Herr Erzbischof wird noch längere Zeit in Rom verweilen, da die Konferenzen mit dem Papste noch einen ganzen Monat dauern werden."

Frankfurt, den 9. Juli. Wie man vernimmt, dürfte bereits die Abstimmung der Bundesversammlung über das von Oesterreich und Preußen Namens des deutschen Bundes mit Dänemark abgeschlossene Arrangement in einer Sitzung vom 2. d. stattgefunden haben. An der Ratification desselben (als „vollendeter Thatsache und europäischer Nothwendigkeit!") wird nicht gezweifelt!! (Nach anderen Berichten wäre sie indeß noch nicht erfolgt.) — Das Mandat der Bundestagscommission für Herstellung der Uebereinstimmung zwischen den Einzelverfassungen und der allgemeinen Bundesverfassung soll auf unbestimmte Zeit verlängert werden.

Drei hiesigen geachteten Bürgern, welche einen Ausflug nach Oesterreich und Tyrol zu machen gedachten, und sich, um das benöthigte Paßvisa einzuholen, auf die kaiserl. österr. Residentur begaben, wurde dasselbe kurzweg abgeschlagen. Auf deßfallsige Beschwerde beim Herrn Bundespräsidialgesandten Grafen Thun wurde ihnen von demselben bemerkt, es sei das eingehaltene Verfahren der Residentur von der k. österr. Regierung gegen alle diejenigen Frankfurter Bürger vorgeschrieben worden, welche denjenigen beizählten, denen im vorigen Jahre der Eintritt in das Großherzogthum Baden von Seiten der dortigen Regierung untersagt worden sei. (Fr. J.)

Darmstadt, den 8. Juli. Ich kann ihnen die sichere Nachricht mittheilen, daß unsere Regierung einen Agenten, man sagt den Geheimen Rath von Bigeleben, im Geheimen nach Wien geschickt hat, um daselbst über die zu erwartende Entschädigung anzufragen, falls sich Hessen-Darmstadt vom Zollvereine trenne. (Köln. Ztg.)

Berlin, den 8. Juli. Die Kreuzzeitung setzt heute ihre Angriffe gegen den Ministerpräsidenten fort. Sie kommt darauf zurück, daß für sie in der Politik nunmehr die Zeit gekommen sei, „endlich von der Vertheidigung zum Angriff überzugehen!"

Heute ist der Legislationsrath v. Bismark aus Wien hier eingetroffen und hat sich Mittags nach Potsdam begeben, um dem Könige ein Handschreiben des Kaisers von Oesterreich zu überreichen. Wie ich höre, soll der Bundestagsgesandte auf seinen Posten nach Frankfurt zurückkehren, wo wegen der bevorstehenden Bundestagsferien mehrere Vorlagen einer beschleunigten Erledigung bedürfen. Da nun augenblicklich sich in Wien kein preußischer Gesandter befindet, so scheint entweder zwischen den Höfen von Berlin und Wien kein besonders dringender Gegenstand zur Verhandlung vorzuliegen, oder man hat bereits über die schwebenden Fragen, die Zollangelegenheit und Bundespreßgesetzgebung, ein Abkommen getroffen. (Köln. Ztg.)

Schweiz.

Basel. Die „Schw. Nat.-Ztg." schreibt: „Wie wir vernehmen, ist den badischen Sängervereinen von der badischen Regierung verboten worden, das eidgenössische Sängerfest zu besuchen. Es thut uns leid, wenn die Sänger im deutschen Nachbarlande dadurch abgehalten werden, unserm Feste beizuwohnen, aber wir begreifen die natürliche Sorge der badischen Regierung, die ihre glücklichen Unterthanen nicht gerne in die schweizerische Luft ziehen läßt, um die Brust im Gesange für einen Augenblick wenigstens freier zu fühlen."

Chauxdefonds, den 7. Juli. Von den heimkehrenden Männern der Valendiser Versammlung erfährt man, daß dieselbe auch die zweite Resolution des Centralcomites, Einberufung des Gr. Raths, Bestrafung der Agitatoren und Beendigung der Agitation, und zwar einhellig angenommen habe. Diese Maßnahme erscheint um so nothwendiger, als sich die unverbesserliche Auslandspartei durch die republicanische Großmuth nicht rühren ließ, in Savagnier (Val de Ruz) auf heimkehrende Traversthaler schoß und auch einen am Ohr verwundete, und in Neuenburg selbst einige junge Leute mit Messerstichen verwundete, die nun im Spital liegen. (S. N.-Z.)

Granbünden. Um auch die Klöster zur Förderung der Volksschule in Anspruch zu nehmen, decretirte der Gr. Rath, es soll ein Vermögensstatus der im Kan-

ton befindlichen Manns- und Frauenklöster aufgenommen und zu diesem Behufe eine Inventurkommission aufgestellt werden, welche die Aufnahme zu bewerkstelligen und Bericht zu erstatten hat.

Frankreich.

Paris, den 9. Juli. Der „Monitur" erklärt, warum er nicht alle Commissionsberichte des Senats veröffentlicht. Es geschieht dies aus Rücksichten für die Constitution!! Nachdem er die Prärogative und die Stellung des Senats der executiven Gewalt, und den anderen Staatskörpern gegenüber auseinandergesetzt hat, bemerkt der Moniteur, daß der Senat bei den Discussionen über die vom gesetzgebenden Körper votirten und ihm überwiesenen Gesetze nichts Anderes zu prüfen habe, als: ob sie Nichts gegen die Constitution und gegen das Grundprincip des Staates enthalten. So wie aber der Bericht der Commission auf die Beurtheilung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes eingeht, so überschreitet er die dem Senate gezogene Grenze, und der Moniteur kann ihn, im Interesse des Senates selbst, nicht mehr veröffentlichen! Diese Erklärung ist eine dem Senate vom Moniteur öffentlich gegebene Lection, die dieser sich wohl zu Herzen nehmen wird, die er aber gewiß lieber von einer andern Seite und unter vier Augen erhalten hätte. Die Zeit der Rücksichten gegen hochgestellte Körperschaften und Personen scheint vorüber zu sein. — Mehrere französische Officiere haben mit Erlaubniß der Regierung Dienste in der römischen Armee angenommen, die soeben reorganisirt wird. — Bei dem Begräbniß des unglücklichen Caffeewirths in Marsei..e, der sich aus Verzweiflung über die Schließung seiner Nahrung erstochen hat, hat die Obrigkeit außerordentliche Maßregeln getroffen. Die sehr bedeutende Menschenmenge, welche dem Begräbniße folgte, wurde nicht auf den Kirchhof zugelassen. Die Feierlichkeit verlief ohne Ruhestörung. — In St. Etienne haben die Gypsarbeiter die Arbeit eingestellt und verlangen höheren Lohn. — Am 15. August sollen mehrere neue Marschälle von Frankreich ernannt werden. Die Candidaten sind die Generäle Schramm, Castellane, St. Arnaud (!) und Magnan. — Hr. Bocher, ehemaliger Präfect und Deputirter, in letzter Zeit Verwalter der Orleans'schen Güter, der bekanntlich wegen Vertheilung einer Broschüre zu 1 Monat Gefängniß und zu 500 Frcs. Geldstrafe verurtheilt wurde, hat seine Gefängnißstrafe gestern angetreten.

Der pariser Eisvorrath ist durch die große Hitze fast gänzlich aufgezehrt worden. Ein pariser Spekulant hat drei Schiffe nach Schweden abgesandt, um 3000 Tonnen Eis zu holen.

Die „Union," die die Rückkehr des Grafen v. Chambord vorzubereiten wünscht, drückt heute ihr Bedauern, ihre Entrüstung aus, daß in den letzten 35 Jahren nur 139 Bücher verurtheilt worden sind, und meint, es hätten wenigstens hundertmal so viel verurtheilt werden müssen!!

Die neuliche Verhaftung französischer Unteroffiziere steht in gar keiner Beziehung zu dem entdeckten Complott, doch ist ihre Ursache wichtiger als die lächerliche Komödie der Verschwörer. Die Regierung hat nämlich erfahren, daß der sehr heftige Brief des Obersten Charras, worin er den Eid der Treue verweigert und den keine französische Zeitung zu bringen wagte, in den Kasernen in tausend Kopien zirculire und außerordentlichen Anklang finde. Man forderte die Kopien von den Soldaten und stieß auf einen sehr unverhofften Widerstand. Es sollen sich nicht zehn Soldaten gefunden haben, die den Brief herausgeben wollten, und im Allgemeinen sollen nur sehr wenige geleugnet haben, daß sie das verfolgte Actenstück kennen! Um ein Exempel zu statuiren, hat man nun die Unteroffiziere, die man als Verbreiter des Briefes, mit oder ohne Grund, betrachtete, verhaftet.

Italien.

Lombardei. Der A. A. Z. wird aus Venedig geschrieben: Aus den Registern der kriegsrechtlichen Commission zu Este geht hervor, daß seit ihrer Zusammensetzung 251 Individuen zum Tod und 313 zu mehrjähriger Kerkerstrafe verurtheilt wurden! Gegenwärtig befinden sich noch 957 in Untersuchung, welche Zahl von Tag zu Tag wegen der immer neu entdeckten, theilweise schon vor mehreren Jahren begangenen Verbrechen größer wird!

Der Großherzog von **Toscana** hat unterm 2. Juli ein Dekret erlassen, dem zufolge alle jungen Leute, die ein unregelmäßiges Leben führen und durch ihre Tollheiten die Ruhe ihrer Familien und die öffentliche Ruhe stören, unter die militärische Disziplin gestellt werden sollen. Beinahe eben so seltsam klingt ein Dekret des Herzogs von **Parma**, durch welches eine aus 18 Mitgliedern bestehende Ehren-Commission (?) zur Censur der Presse ernannt wird.

Turin, den 5. Juli. Die Deputirtenkammer hat das Gesetz, die Civilehe betreffend, mit 100 gegen 29 Stimmen votirt.

Römische Staaten. Vier Individuen wurden wegen Todtschlag (?) zum Tode verurtheilt. Am Tage der Sentenzvollstreckung verließen alle Bewohner von Forli, welche das Urtheil für ungerecht hielten, die Stadt, nachdem sie ihre Läden geschlossen hatten. Der apostolische Delegat veröffentlichte sofort eine Ordonnanz, welche den Einwohnern sofortige Rückkehr und Oeffnung der Läden befahl. (!) Der Militärcommandant bedrohte zugleich Alle mit Züchtigung, die den Befehlen des Delegaten nicht gehorchen würden. (!) Schließlich wurde eine Liste von 72 widerspenstigen Kaufleuten entworfen, die alle zu einer Geldstrafe von 40 römischen Thalern verurtheilt wurden. (!) (Das ist ohne Zweifel die „wiederhergestellte Ruhe und Ordnung!")

Großbritanien.

London, den 5. Juli. Sir James Macadam, der Erfinder der nach ihm benannten Straßen aus zermalmten und festgerollten Steinen, ist am 20. Juni in London gestorben.

London, den 9. Juli. In der City sind die vier alten Vertreter wieder gewählt worden, darunter Lord J. Russell. Die geringste Stimmenzahl erhielt jedoch Rothschild.

Griechenland.

Athen, den 28. Juni. Die Behörden haben an die Mainoten das Verlangen wegen Auslieferung des Mönchs Christophoros Populakis gestellt, allein diese Gebirgsbewohner weigern sich dessen auf das entschiedenste. Christophoros irrt in den Schluchten des schwer zugänglichen Gebirges, dessen Spitzen mitunter die Höhe von mehr als 7000 Fuß erreichen, von einem Häuflein Getreuer begleitet, umher.

— den 29. Juli. Hier wurde bei dem Geistlichen Oeconomus, der als einer der Mittelpuncte der geistlichen Verschwörung erschien, Haussuchung gehalten. Längst ist er im Ruf, daß er im Dienst einer auswärtigen Macht stehe. Einer der größten uneigennützigsten griechischen Patrioten, Lazarus Konduriotis, ist auf seiner Heimathinsel Hydra mit Tod abgegangen. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

München, den 8. Juli. Das Stadtgericht war heute von Zuhörern überfüllt. Als Beschuldigter war der Theaterintendant Dingelstedt vorgeladen, weil derselbe einen gewissen Literaten Vogt mit Stockschlägen im Odeon mißhandelt, und zwar aus Veranlassung einiger Ausfälle des letzten in seinem Blatte Jocus auf die Frau des Dingelstedt, die ehemalige Sängerin Luzer. Der Beschuldigte war nicht erschienen, sondern ließ sich durch Rechtsconcipient Hermann vertreten. Der Mißhandelte (eine in politischer und journalistischer Beziehung durchaus unbedeutende Persönlichkeit) mußte sich sagen lassen, daß er früher den Liberalen gespielt und heute im Sinne der Ultramontanen schreibe. Das Ergebniß der langen Verhandlung war die Verurtheilung

Dingelstedts zu einmonatlichem Festungsarrest, unter Vorbehalt civilrechtlicher Entschädigungsansprüche für den Mißhandelten. Dem Vernehmen nach wird Dingelstedt appelliren.

Wie ich erfahre, bestätigt sich die neuliche Mittheilung aus Leipzig in Betreff des Oberhofpredigers Dr. Harleß, der bereits zum Präsidenten des protestantischen Oberconsistoriums dahier bestimmt sei. (A. Z.)

München. (Beiträge zur Culturgeschichte.) Der ledige Bauersohn Johann Dießbacher von Breitenmoos, Gerichts Traunstein, wurde am 4. Juli früh 4 Uhr am Staufenberg von einem k. Forstgehilfen wegen Wilddiebstahls erschossen. — Die ledige Häuslerstochter Walburga Surbauer zu Sauerthal, Ger. Kelheim, wurde am 6. Juli wegen Vergrabens ihres neugebornen Kindes im lebendigen Zustande, in Untersuchung gezogen und verhaftet! (Volksbötin.)

Kissingen, den 7. Juli. „Von unserm kgl. Ministerpräsidenten," schreibt die Allg. Ztg., „läßt sich leider nicht sagen, daß ihm die Cur vollständig gut bekommt, was wol dem Umstande zugeschrieben werden muß, daß er sich auch hier viel und mit ernsten Dingen beschäftigt."

Berlin, den 8. Juli. Am 5. d. Abends 7 Uhr legten in Breslau 31 Protestanten in der St. Michaeliskirche das katholische Glaubensbekenntniß ab.

In wie weit die Schwankungen der diesseitigen Regierung in der Zollfrage und deren einzelne Theile ihre Begründung haben, möge man aus dem Umstande entnehmen, daß der schon feststehende Beschluß eines Antrages in der Zollconferenz auf Vertagung derselben wieder auf unbestimmte Zeit verschoben worden ist.

— den 9. Juli. Die Zollconferenzen werden auch während der Abwesenheit des Unterstaatssecretärs von Pommer-Esche in Westphalen fortgesetzt; auf morgen ist wieder eine Sitzung anberaumt.

Magdeburg, den 8. Juli. Eine heftige Feuersbrunst zerstörte vorgestern die große Wollendeckenfabrik des Kaufmanns Nicolai zu Calbe.

Wien. Aus den Kronländern laufen noch beunruhigend häufige Nachrichten über jene Ueberreste des Bürgerkrieges hier ein, welche als Raubanfälle und Brandlegung (?) eine so schreckliche Nachwirkung üben. Es vergeht keine Woche, wo nicht in Ungarn oder in Italien aus diesem Anlasse zahlreiche Hinrichtungen Statt finden. (A. Z.)

Wien, den 9. Juli. Der Kaiser hat den Eisenbahnbau von Szolnok nach Debreczin sofort angeordnet.

Bern. Nach dem „Bund" wären die Verhandlungen bezüglich des Freundschafts- und Handelsvertrages mit den Vereinigten Staaten zu einem glücklichen Ende geführt und der Vertreter dieser letzteren, Hr. Dudlay-Man, wird dieser Tage die Bundesstadt verlassen.

Die HH. Dufour und Dr. Kern sind als Deputirte an Louis Napoleon nach Straßburg bezeichnet worden. Ihre Mission besteht darin, „die freudige Anerkennung der Eidgenossenschaft auszusprechen über die Vollendung der großartigen Eisenbahn, welche, bereits auf schweizerischem Gebiet einmündend und unser Land unmittelbar mit dem Meere verbindend, die Interessen der Schweiz in so hohem Grade berührt."

Brüssel, den 10. Juli. Einem Gerüchte zufolge hat unser Ministerium gestern nach dem Ministerrathe dem Könige seine Entlassung eingereicht.

Paris, den 9. Juli. Außer O. de Barral soll noch ein anderer Verwandter des Präsidenten, Napoleon d'Ornano, Sohn des Generals dieses Namens, abgesetzt werden. Das Vergehen desselben soll jedoch nur seine Unfähigkeit sein, eine Präfectenstelle versehen zu können. — Der Kriegsminister St. Arnaud ist plötzlich hieher berufen worden.

Padua. Die große Cavalleriecaserne und drei nebenanstehende Häuser sind ein Raub der Flammen geworden. Eine 80jährige kranke Frau kam in den Flammen um.

London, den 9. Juli. Bis jetzt sind 156 Liberale und 81 Ministerielle gewählt. Ueber die Hälfte der Letzteren gehört jedoch zu denjenigen Conservativen, welche sich offen gegen eine Rückkehr zum Getreidezoll aussprechen. Von den 14 Vertretern Londons ist ein Einziger ministeriell. Die Regierung wird die ersten acht Tage des neuen Parlaments nicht überleben.

Belgrad, den 6. Juli. Es sind hier einige 40 Häuser und ungefähr 50 Scheunen niedergebrannt.

Miscellen.

Speyer. Aus Otterstadt werden dreißig Familien, 180 bis 185 Personen umfassend, auf Gemeindekosten nach Amerika übergesiedelt. Ihre Abreise ist auf den 14. Juli bestimmt. Der Kostenaufwand der Commune beträgt hiefür etwas über 10,000 fl.

Das Niveau des haarlemer Meeres, mit dessen Trokkenlegung man schon seit Jahren beschäftigt, ist im Monat Juni um fünf Zoll gesunken.

In einem Blatte liest man folgende Anzeige: „Aeußerst vortheilhaftes Anerbieten. Bei dem großen Mangel an ungeküßtem Fußstaub und der bedeutenden Nachfrage, die binnen Kurzem nach diesem Artikel in Ungarn entstehen könnte, offeriren wir hiermit mehrere Tausend Fuhren vorzüglichen Materials à 6 fl. per Fuhre franco Pesth. Wer von diesem Anerbieten Gebrauch machen will, wolle seine Adresse an die Redaction der berühmten Matrone am Lech übersenden, die sich in unterthänigster Devotion geschmeichelt fühlen wird, in solch heiligem, geweihtem Artikel Geschäfte zu machen. Baron Z . . . . . z, Graf Z . . . y."

Die österreichische Regierung scheint sich ein Museum der ungarischen Freiheitshelden anlegen zu wollen, denn sie hat schon wieder eine Partie davon im Bilde aufhängen lassen.

In **Brüssel** wird ehestens eine englische Schauspielertruppe erwartet, deren erster tragischer Held ein Neger ist, der jetzt in London ein ganz ungewöhnliches Aufsehen macht.

Geldcourse.

Frankfurt, den 10. Juli. Pistolen 9 fl. 46½—47½ kr., Ducaten 5 37 — 38, 20-Franken-Stücke 9 33 — 34 Holländische 10fl.-Stücke 9 56 — 57, Preußische Thaler 1 45⅞—45⅞, Fünffrankenthaler 2 fl. 21⅞—22 kr.½

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1125^2] **Soolbad Dürkheim.**

Bei Wittwe Geist sind größere und kleinere Wohnungen, sowie einzelne Zimmer, vollständig möblirt zu vermiethen. In dem Hause befindet sich eine Bad-Einrichtung; auch ist ein Garten dabei.

[1126^2] Ein solider **Uhrmachergehilfe** kann sogleich in Arbeit treten bei H. Roth jun. in Neustadt a. d. H.

[1108^3] **Warnung.**

Der Unterzeichnete warnt hiemit Jedermann, von dem jetzt in Zweibrücken im Arresthaus sich befindlichen Joh. Mäurer I. aus Friedelsheim etwas zu kaufen, da sonst den Käufern wegen verschiedenen anhängigen Prozessen Schaden erwachsen könnte.

Mannheim, den 27. Juni 1852.

Peter Schmitt.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 168 | den 14. Juli 1852.

Deutschland.

• Der Zollverein. Die Befürchtung, daß der Zollverein vernichtet werden könne, ward von der „guten Presse“ in mancherlei Formen bekämpft, erst als „baarer Unsinn,“ dann als unwahr, hierauf als höchst unwahrscheinlich erklärt, und den gläubigen Lesern zuletzt noch ein viertel hundert „Gründe“ der Reihe nach vorgeführt, um sie über diese Frage vollkommen zu „beruhigen.“ Heute sieht sich die subventionirte Presse aber dahin gebracht, sich auszureden wie ein Schuljunge: unsere Partei — „ist nicht Schuld daran!“

Wer ist denn Schuld daran? So, wie man sich in politischen Dingen ausredet: der Bund ist Schuld daran, so redet man sich jetzt aus: Preußen ist allein Schuld daran, weil es den Septembervertrag mit Hannover abgeschlossen hat.

Die Nachtheile, welche der Septembervertrag für Süddeutschland in sich schließt, sammt dem Verletzenden in dem Verfahren Preußens bei dessen Abschluße, haben wir gleich damals hervorgehoben und nachgewiesen. Damals aber fand die hochweise subventionirte Presse „baaren Unsinn“ in solchen Ausstellungen; sie pries jenen Vertrag als ein großes, glückbringendes Ereigniß, indem jetzt namentlich das hohe Ziel, die Erlangung der Nordseeküste, erreicht sei. Sollen wir ein Paar Artikel von damals zur Probe nochmals abdrucken? — Warum jetzt Beschuldigungen gegen Preußen statt der Lobeserhebungen und Glückwünsche bezüglich jenes Vertrags?

Genug, die Vernichtung des Zollvereins steht in nur zu gewisser Aussicht. Aber — „wir sind nicht Schuld daran.“

Und doch ist gerade die Partei der „guten Presse“ einzig und allein Schuld daran. Die Opposition hat nicht erst hintennach gefunden, sie hat es vorhergesagt und zum Voraus gewarnt, daß die eingeschlagene Politik auf die Zollvereinsfrage zurückwirken und hier Verderben bringen werde. Damals spottete man darüber; da hieß es immer: man muß der Regierung keine Verlegenheiten bereiten; heute sucht man Ausreden, daß man die Schuld nicht trage. —

Wir fühlen uns gar nicht berufen, dem Preuß. Ministerium das Wort zu reden. Der Septembervertrag aber war die Antwort auf das durch nichts zu rechtfertigende feindliche Auftreten gegen Preußen in der kurhessischen Angelegenheit. Und nachdem dieser erste enorme Fehler geschehen war, beging man den zweiten, den Abschluß der Darmstädter Verträge, und jetzt den dritten, daß man die Sache aufs Aeußerste treibt.

Wohin wir damit gekommen sind, zeigt bereits der Augenschein.

Wir wollen nicht bei den lächerlichen Trostgründen verweilen, welche die subventionirten Blätter heute zum Vorschein bringen, indem sie unsern Weinbauern in Aussicht stellen, wie dieselben ihre Erzeugniße — nach Oesterreich absetzen könnten! Nach Oesterreich, das die größte Weinproduction in der Welt besitzt, und wo die Naturerzeugniße so viel wohlfeiler sind als bei uns! Die „gute Presse“ wird es sich nie nehmen lassen, ihre Unwissenheit neben ihrer Unverschämtheit zur Schau zu stellen. — Heute weiß sie hundert Fehler am Zollverein. Und nun kommt man dahin, — nicht diese erdichteten oder wirklichen Fehler des Vereins zu verbessern, sondern — das Wohlthätige des Vereins eben auch wegzuwerfen. Das ist wahrlich nicht eine Verwirklichung des materiellen Wohlstandes, den man den Völkern verhieß, wenn nur erst die Freiheitsideen ein Bischen gebannt seien! Und Mancher, der anfangs gar nichts zu erinnern hatte gegen den Satz: man muß den Regierungen keine Verlegenheiten bereiten, — wird hintennach eben doch thatsächlich finden, daß es weit besser gewesen wäre, hie und da einem Ministerium eine kleine „Verlegenheit“ zu bereiten, als am Ende große Verlegenheiten dem eigenen Beutel verursacht zu haben. —

• Speyer, den 13. Juli. Als im verflossenen Frühjahre in der Pfalz wie in andern Gegenden Brände in den Waldungen sich mehrten, erlaubte sich bekanntlich das subventionirte Blatt die Behauptung, daß böswillige Brandstiftungen vielfach die Ursache seien, als deren Veranlasser die Democraten gelten mußten. Wir wiesen diese Verläumdung zurück, indem wir, gestützt auf möglichst genaue Erkundigungen, behaupteten, daß diese vielen Brände einfach das Ergebniß von Unachtsamkeit seien, welche in jener Zeit außerordentlicher Trockene weit schlimmere Folgen als sonst gewöhnlich hervorbringen müße. — Ein Schwall gemeiner Schmähungen und Verdächtigungen in dem subventionirten Blatte war die gewohnte Erwiederung. Dabei sollte es einen sprechenden Beweis gegen die democratischen Brandstifter bilden, daß die „gutgesinnten“ Gemeinden ganz ungewöhnlich leiden müßten, statt daß man aus einem solchen Umstande etwa die Folgerung hätte ziehen können, daß in den „gutgesinnten“ Gemeinden die Zahl der unachtsamen Leute größer, die Sorge gegen Feuersgefahr geringer sei als anderwärts. Diejenigen, welche jede Gelegenheit zu erhaschen suchen, um zu gewaltsamen Maßregeln hinzutreiben, ermangelten nicht, auch diese Veranlassung möglichst auszubeuten. — Wie dem sei: Heute sieht sich die subventionirte Pfälzer Zeitung selbst dahin gebracht, über die gerichtlichen Verhandlungen in dieser Sache aus Zweibrücken zu berichten, und in dieser Beziehung wörtlich Folgendes zu melden: „Nach den bisherigen Verhandlungen sind diese Brände zumeist durch Unvorsichtigkeit entstanden und großentheils durch Kinder gestiftet worden.“ — Wir haben dem nichts beizufügen, als den Wunsch, daß Diejenigen, welche vor ein Paar Monaten das Gerede der Pfälzer Ztg. so eifrig wiederholten, nun auch von dem erwähnten Geständniße Notiz nehmen möchten.

• Stuttgart, den 11. Juli. Die gestrige Etatsberathung über einige unmittelbare Einnahmen der Staatskasse, worunter auch der Ertrag des Regierungsblattes mit einem Satze von — drei Gulden (!), führte eine Beleuchtung der Verhältniße unserer officiellen Presse herbei, welche auch außerhalb Württemberg die Aufmerksamkeit auf sich ziehen dürfte. Bis zum Jahre 1850 bestand in Württemberg nur ein rein officielles Organ für die Bekanntmachung der Gesetze wie der Verordnungen und Verfügungen der Ministerien, das Regierungsblatt. Nach der Entfernung des Märzministeriums entschloß sich die Regierung zur Herausgabe einer eigenen Ministerialzeitung, des württembergischen Staatsanzeigers, in welchen ein Theil der amtlichen Bekanntmachungen des Regierungsblattes übergingen, während derselbe als Ministerialzeitung in die Reihe der politischen Journale eintrat. Im vorigen Jahre hatte die Kammer beschlossen, daß die Ausgaben hiefür unter näherer Begründung der Nützlichkeit und Nothwendigkeit des Staatsanzeigers besonders exigirt werden sollen. Die Ausgaben der Staatskasse für dieses Regierungsorgan belaufen sich jährlich auf 21,407 fl., wovon circa 9400 fl. auf die

Einnahmen der Kasse des Regierungsblattes überwiesen wurden, wodurch sich die obige curiose Position von drei Gulden ergab, während die übrigen Kosten theils auf den Etats der einzelnen Departements, theils auf der Postkasse als Ausfall für unentgeltliche Beförderung des Staatsanzeigers laufen. Zu dieser Manipulation kam noch weiter hinzu, daß das Ministerium des Innern den zur Herausgabe des Staatsanzeigers geschlossenen Vertrag selbst auf das Verlangen der Commission nicht mitgetheilt hat, obwol hieraus allein die Verwendung dieser Staatsgelder im Einzelnen sich ergeben würde. Sehr aufgefallen war, daß der Minister des Innern nicht in der Kammer erschienen war; die Vertretung desselben war dem Finanzminister Knapp überlassen. Auf diese Weise gedachte man sich unangenehmen Auseinandersetzungen zu entziehen. Allein sie blieben nichts desto weniger doch nicht aus. Pfeifer verglich zuerst den bedeutenden Kostenaufwand mit den Leistungen des officiellen Blattes, welche anerkanntermaßen unter der Mittelmäßigkeit geblieben, eine Erscheinung, welche zwar allen denen, die der Opposition gegen das herrschende System angehören, nicht unwillkommen sein können, deren Folgerungen aber nicht dazu dienen, um die Ausgabe zu rechtfertigen. Es wurde von ihm, um klar zu sehen, zunächst die Ausfolgung des vorenthaltenen Vertrags und Aussetzung der Beschlußnahme über diese Position beantragt. Zimmermann beleuchtete sofort mit glücklicher Ironie die bedenklichen Verhältniße eines Journals, welches gesicherte unentreißbare Abonnenten habe, und doch noch weiterer künstlicher Hülfe benöthigt sei! A. Seeger endlich ging daran, die am meisten verwundbaren Stellen zu berühren. Es ist hier allerwärts bekannt, daß ein Subject bei der Herausgabe des Staatsanzeigers beschäftigt wird, welches die traurigste Vergangenheit hinter sich und nach erstandenen Criminalstrafen die Rollen der schlimmsten Zweideutigkeit fortgespielt hat. Die Dienstleistungen desselben sind notorisch, und selbst die Augsb. Allg. Ztg., welche, wie die Karlsruher Ztg., die Frankf. Ober-Postamts-Ztg. und andere die lithographische Würt. Correspondenz dieser Feder benützt, mußte den mehrfach deßhalb erhobenen öffentlichen Rügen Stillschweigen entgegensetzen. Diese wunde Stelle war es, welche A. Seeger angriff. Es sei unbegreiflich, daß ein so sehr begünstigtes Organ der Presse wie der Staatsanzeiger nicht sollte ohne so bedeutende Opfer bestehen können. Nehme man die Vorenthaltung des Vertrags dazu, so erhalte offenbar diese Position den Charakter geheimer Fonds. Es lasse sich in der That denken, daß einige berüchtigte Subjecte auf die Revenüen des Staatsanzeigers hin in Thätigkeit gesetzt wären, die dann noch zu weiteren Zwecken benützt würden. Sei die Möglichkeit hievon vorhanden, so erscheine es nicht nur als Recht, sondern noch mehr als die Pflicht der Kammer, eine Position nicht zu bewilligen, solange nicht alles und jedes in ihr völlig klar und durchsichtig sei. Der Finanzminister verharrte in der peinlichsten Verlegenheit, — er schwieg, und hatte seiner früheren Aeußerung: man stehe jetzt am Etat und nicht an der Preßfreiheit, — lediglich nichts mehr beizufügen. Die Mehrheit indeffen, wie stets in allen politischen Fragen, blieb gut ministeriell. Pfeifers Antrag wurde mit 44 gegen 33 Stimmen abgelehnt; der der Commission auf den Durchstrich des Druckkostenersatzes mit 2722 fl. mit 47 gegen 31 Stimmen.

* **Vom Haardtgebirge**, den 11. Juli. Die anhaltend heiße Witterung berechtigt zur Hoffnung eines vorzüglichen Herbstes, wenigstens was die Qualität anbelangt. Auf eine sehr große Menge dürfen wir allerdings nicht rechnen.

München, den 7. Juli. Der „Augsb. Abendztg." entnehmen wir: Wie man hört, werden sich die Distriktsräthe, deren Wahlen in den verschiedenen Amtsbezirken dieser Tage vollendet werden, Anfangs künftigen Monats versammeln und nach Prüfung der Wahlacten sogleich die Abgeordneten und Ersatzmänner zum Landrathe wählen. Werden die zum Wirkungskreise des Distriktsrathes gehörigen Vorlagen geprüft, der Voranschlag der jährlichen Distriktsausgaben festgestellt, dann über Einrichtungen, Anstalten, wahrgenommene Gebrechen der Verwaltung rc. die gehörigen Beschlüsse erzielt und die Verhandlungen des Distriktsrathes von den vorgesetzten Kreisregierungen beschieden sein, so wird die Einberufung des Landrathes erfolgen. Da jedoch erst nach beendigter Versammlung des Distriktsrathes die zum Wirkungskreise des Landrathes ressortirenden Vorlagen geordnet werden sollen, so dürfte dessen Zusammentritt vor dem Monat Oktober nicht stattfinden.

Berlin, den 8. Juli. Das K.-B. schreibt: In Bezug auf die Frage wegen Uebernahme der Garantie seiten Oesterreichs für die bisherigen Zolleinnahmen der Coalitionsstaaten auch in den neuen Verhältnißen erfahren wir, daß Oesterreich allerdings im Allgemeinen sich zu der Uebernahme einer Garantie bereit erklärt hat, daß aber im Speciellen noch über die Höhe und den Modus der Garantieleistung Verhandlungen schweben.

Breslau. Das Kreisgericht hat am 3. Juli den katholischen Pfarradministrator Spiecke in eine Geldstrafe von 50 Thaler oder 4 Wochen Gefängniß, „wegen Anreizung zum Hasse gegen die evangelische Kirche," verurtheilt. Der Verurtheilte hatte in einer Versammlung der Gemeinde zu Oswitz sehr ungebührliche Ausdrücke gegen Luther und seine Lehre gebraucht. Die Anklage berief sich auf §. 100 und 135 des Strafgesetzbuchs, der Gerichtshof fand aber, daß der Fall nur unter Art. 100 gehöre, mit besonderer Hindeutung auf die Ausdrücke über gemischte Ehen, die sich der Prediger erlaubte, indem er deren Sprößlinge einen „ausgespieenen Unrath" nannte.

Frankreich.

Paris, den 6. Juli. Anstatt der geknebelten Tagespresse führen ungehindert Pamphlete das Wort; was der Oeffentlichkeit fehlt, hat die Heimlichkeit gewonnen, und was man im Inlande nicht drucken, aber doch lesen will, das druckt und verbreitet das Ausland. Die Zollbeamten an der belgischen Gränze haben zwar eine Anzahl Exemplare der „Geschichte des 2. Decembers" von Magen weggenommen, die Polizei zu Valence den Brief des Obersten Charras; aber ich frage: hat man alle Exemplare confiscirt, und circuliren nicht z. B. in den Salons andere Publikationen höchst feindseligen Inhalts, wovon meines Wissens bis jetzt nicht eine Nummer in die Hände der Polizei gefallen ist? Es heißt die materiellen Verhältniße, unter denen die Menschen in Europa leben, die Leichtigkeit und Lebhaftigkeit des Verkehrs, die Mannichfaltigkeit der Communicationswege ganz verkennen, wenn man es für möglich hält, sich durch Untersuchen eines jeden Blattes und Ballens die Kritik und Polemik vom Leibe zu halten. Jetzt bereiten sich wieder mehrere Schriften gegen das Decemberregime vor, und man kann im voraus versichern, daß sie trotz Mauth und Polizei nach Frankreich hereinkommen werden. Und wenn es selbst gelänge, jedes gedruckte Blatt, das Drucken selbst zu vernichten, so behaupte ich, daß doch noch wenig damit gewonnen wäre: man nennt jemanden, der den Brief des Obersten Charras eigenhändig achtzig und einigemal abgeschrieben hat, um ihn an seine Adresse, d. h. alle Welt zu befördern, und es ist kein Zweifel, daß der Brief auch wirklich an seine Adresse gekommen ist. Was aber niemand erhalten hat, ist eine Antwort auf den Brief, eine Vertheidigung der Regierung. Wann wird man endlich einsehen, daß Kritik und Meinungsstreit sich nun schlechterdings nicht tödten lassen? (Allg. Ztg.)

Paris, den 9. Juli. Der Kriegsminister St. Arnaud dürfte morgen in unserer Hauptstadt eintreffen. Seine Ankunft wurde durch einen eigens an ihn von Seiten der Regierung abgefertigten Courier beschleunigt. Zwei Gründe unterschiebt man diesem Vorfalle. St. Arnaud hat die Stimmung in der Provinz weit bedenk-

licher gefunden, als selbe von Seiten der Präfectur geschildert wurde. Der Geist der Unzufriedenheit ist nicht nur keineswegs aus den Massen gewichen, er ist durch ein unausgesetztes Wühlen der Parteien *) nach jeder Richtung hin nur noch aufgereizter geworden. Der Unfall, der dem Kriegsminister persönlich begegnete, seine Verletzung durch einen Steinwurf, kam um Vieles gemildert, ja, beschönigt, in die Öffentlichkeit; genau Unterrichtete wollen wissen, daß die Angreifenden den Kriegsminister nur zu gut kannten und sich an einem der Hauptträger der Ereignisse vom 2. Dec. rächen wollten. Sei dem, wie ihm wolle, das Volk ist in jenem Theile Frankreichs nicht zufrieden. Es sollen in Folge der gemachten Erfahrungen von Seiten des Kriegsministers energische Maßregeln ergriffen werden, um all den Gründen abzuhelfen, die als Ursache der Unzufriedenheit von demselben bezeichnet worden. (!) Dieses der eine Grund seiner beschleunigten Zurückkunft, der andere wird mit einer in der That bevorstehende Ministerveränderung in Zusammenhang gebracht. (K. Z.)

Großbritanien.

London, den 9. Juli. Das ministerielle Blatt weiß 230 Wahlen, und theilt dieselben in 83 ministerielle und 147 oppositionelle; nach den „Times" scheiden sich die ihnen bis jetzt bekannt gewordenen 220 Wahlen in 53 ministerielle und 167 oppositionelle.

Der deutsche Flüchtling Schurz, der Gottfried Kinkel befreit hat, vermählte sich am 6. d. in London mit einem Hamburger Mädchen, einer Schwägerin Ronge's, und will nach Amerika übersiedeln.

Vereinigte Staaten.

Ein Correspondent der Allg. Ztg. aus dem Staate Jowa schreibt u. a.: Für Europa ist der Wahlkampf in Nordamerika um die Präsidentschaft vielleicht einflußreicher, als es beim ersten Anblick erscheinen mag. Bekanntlich betreibt Kossuth hier seit December seine ungarische Agitation. Er stellt als Völkerrecht den Satz hin, daß jede Nation das Recht habe, sich selbst ihre Verfassung zu geben und zu ändern, und daß kein Staat befugt sei, sich in die Angelegenheiten eines andern Staates zu mischen, daß Rußland daher durch seine Einmischung in den ungarisch-österreichischen Krieg das Völkerrecht verletzt habe, daß jedes Volk, und namentlich das nordamerikanische, ein Recht und ein Interesse an der Aufrechthaltung dieses völkerrechtlichen Grundsatzes habe, daß deßhalb die Vereinigten Staaten eine abermalige Einmischung Rußlands in einen erneuerten Kampf Ungarns gegen Oesterreich zu verhindern sowohl berechtigt, als durch ihr Interesse und ihre Humanität gebunden seien. Diese mit großer Beredsamkeit von Kossuth ausgeführten und in allen bedeutenden Zeitungen der Vereinigten Staaten mitgetheilten, sowie von denselben theils bekämpften, theils unterstützten Ansichten, sind in die große Masse der Bevölkerung eingedrungen. Es ist kaum ein Dorf in den Vereinigten Staaten, kaum eine einsame Farm, wo diese Grundsätze nicht besprochen, nicht entweder vertheidigt oder angegriffen wären. Wir haben Gelegenheit gehabt, im Westen vom Mississippi, wo vor 20 Jahren noch die wilden Indianer hausten, mit dem Landvolk und den Bewohnern von Dörfern zu verkehren, und haben überall Kenntniß von den Kossuth'schen Ansichten und lebhaftes Interesse entweder für oder gegen dieselben gefunden. Die Frage ist nun: wird ein Präsident gewählt werden, der den Ideen Kossuths günstig oder abgeneigt ist? Im Allgemeinen sind die Whigs mehr gegen, die Democraten mehr für Kossuth. Namentlich hat Caß im Congreß sich ziemlich entschieden für das Noninterventionsprincip und insofern für Kossuth ausgesprochen. Es fragt sich: wie denkt Pierce über diese Frage? Zur Zeit ist das der Welt noch unbekannt, obwohl es wahrscheinlich ist, daß er die Ansichten der democratischen Partei in Neu-England theilt.

*) „Wühlen der Parteien!" Wer wühlt am meisten? Wir sollten meinen: die Thatsachen! D. Red.

Der Schwager Robert Blum's, Georg Günther befindet sich in Newport (Rhode Island), dem besuchtesten Seebade der Union, wo er eine Erziehungsanstalt begründet hat, welche bereits 13 Zöglinge zählt. Auch hat ihm selbst General Pierce, der präsumtive künftige Präsident der Vereinigten Staaten, seinen Sohn zur Erziehung übergeben; endlich ist Georg Günther von der American Oriental society in Folge eines von ihm verfaßten Artikels über vergleichende Sprachenkunde zum correspondirenden Mitgliede ernannt worden.

Aus Mexico hat man die officielle Nachricht erhalten, daß der Congreß dem eine amerikanische Actiengesellschaft repräsentirenden Obristen Sleo die Concession für den Bau eines Schienenwegs über den Isthmus von Tehuantepec ertheilt hat.

Türkei.

Smyrna, den 28. Juni. Die Hitze ist hier völlig unerträglich geworden, und seit 8 Tagen haben wir 36 bis 37° Reaumur im Schatten. Wolken von Heuschrekken sind ins Meer gefallen und fast am ganzen Golf weit und breit angespült. Sie verpesten wahrhaft die Luft, da sie in Fäulniß übergegangen sind. Wir erwarten zwar ein reiches, aber ungesundes Jahr.

Neueste Nachrichten.

Kissingen, den 10. Juli. Hier findet eben eine Ministerconferenz in der Zollsache statt. Es sind eingetroffen: der nassau'sche Minister Fürst Wittgenstein, der darmstädter Minister v. Dalwigk und der württembergische Staatsrath v. Neurath.

Karlsruhe. Der Prinz Friedrich, Regent von Baden, ist von Karlsruhe nach Berlin abgereist, wo er 10 bis 12 Tage verweilen wird. Man bringt damit die handelspolitische Frage in Verbindung.

Kassel, den 10. Juli. Aus ganz zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen die Mittheilung machen, daß eine Anzahl der Deputirten unserer neuen zweiten Kammer einen von dem Deputirten Weinzierl aus Fulda entworfenen Protest wegen des zu leistenden Ständeeids einreichen oder vielleicht schon eingereicht haben. Wie groß die Anzahl der Protestirenden ist, darüber kann ich noch keine Auskunft geben; die Zahl Derer, die aber mit der Regierung durch Dick und Dünn gehen, wird jedenfalls die größere sein. Bereits will man bemerkt haben, daß die Regierungsmänner in dieser zweiten Kammer neben der landständischen Thätigkeit vielfach auch persönliche Wünsche erreichen wollen. — Die erste Kammer ist immer noch nicht vollzählig; die Landgrafen von Philippsthal und die Fürsten von Isenburg versagen ihre Theilnahme, ebenso der Bischof von Fulda. Die Regierung soll aus vielen Gründen in Verlegenheit sein; namentlich steht auch noch ein Protest von den Katholiken unter den Ständen in Aussicht. Von großer Bedeutung wird auch die Entscheidung des obersten Gerichtshofes zu Berlin wegen Herrn Hassenpflugs Greifswalder Angelegenheit sein, da, wenn sie für denselben ungünstig lautet, er das Ministerium niederlegen wird. Die Chancen, die hiernach folgen können, sind unberechenbar. (Fr. J.)

Berlin, den 10. Juli. Oesterreich hat in der Zollfrage sein Ultimatum gestellt. Da Hr. v. Bismark nicht im Falle war dasselbe anzunehmen, so hat er dieses Ultimatum hieher gebracht, und das Ministerium wird nun zu entscheiden haben. (Köln. Z.)

Die „Weser-Ztg." will wissen, selbst der österreichische Entwurf eines Bundespreßgesetzes sei den Bevollmächtigten von Baiern und Hannover noch nicht scharf genug; dieselben möchten gerne die ganze Preßgesetzgebung der ständischen Einwirkung entzogen sehen.

Am nächsten Montag soll der Proceß Hassenpflug auf dem Obertribunal zur Verhandlung kommen.

Bei hiesigen Gerichten (ebenso zu Köln in Betreff der Elberfelder Ztg.) sind (durch die gewöhnlichen Gerichte) Freisprechungen in Preßprocessen erfolgt.

Bern, den 10. Juli. Die Klage des Comite von Posieux an den Bundesrath, betreffend die Tödtung von Thalmann, wurde der Regierung zugestellt; letztere berief sich auf die angehobene Untersuchung, worauf der Bundesrath diese Angelegenheit für erledigt erachtete.

Bei der Versammlung in Valangin war der preußische General von Reyer anwesend.

Basel, den 12. Juli. Heute fand hier das eidgenössische Sängerfest statt.

Paris, den 11. Juli. In der letzten Zeit sind wieder einige Fälle von Zurücknahme des geleisteten Verfassungseides vorgekommen. Hr. La Rochefoucault-Bayer hat seinen als Municipalrath von Bretignolles, und Hr. Dufresne de Thimars seinen als Generalrath von Loire Inferieure geleisteten Eid widerrufen.

Bei der totalen politischen Windstille in Frankreich suchen die Journale den ihnen mangelnden Stoff im Auslande, das sie früher so sehr vernachläßigten, daß ihre Leser kaum von den wichtigsten Begebenheiten in den Nachbarländern unterrichtet waren.

Der Kriegsminister hat ein Rundschreiben an die Gendarmerie erlassen, worin es heißt: „In keinem Falle darf die Gendarmerie, weder direct noch indirect, geheime Aufträge erhalten, welche geeignet sind, ihren ursprünglichen Character zu verändern. Der Regierung liegt daran, der Gendarmerie den Character einer bewaffneten Behörde, die Freiheit ihrer Handlungen und ihrer Würde zu bewahren, die ihren ganzen Einfluß und ihre Kraft ausmacht."

London, den 10. Juli. Von Wahlen sind bekannt: 96 Ministerielle und 223 Oppositionelle!

In verschiedenen Gegenden sind Wahlschlägereien vorgekommen. So soll in Dublin ein Policeidiener fast getödtet worden sein. Zu Wigan in Lancashire kam es gleichfalls zu einer Schlägerei zwischen Orangisten und Katholiken.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 10. Juli. Weizen 19 fl. 50 kr., Korn 15 fl. 31 kr., Gerste 12 fl. 26 kr., Haber 7 fl. 24 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Aufforderung an die Bewohner der Pfalz zur Unterstützung eines wissenschaftlichen Unternehmens.

Herr Hofrath und Lyceumsdirector Hautz in Heidelberg beabsichtigt die Bearbeitung und Herausgabe einer Geschichte der Heidelberger Hochschule, dieser ältesten wissenschaftlichen Bildungsanstalt Deutschlands und hat deßwegen vor kurzem in den dasigen Jahrbüchern einen Aufsatz „zur Geschichte der Universität Heidelberg" veröffentlicht, der auch seit einigen Wochen in besonderen Abdrücken im Buchhandel zu haben ist. In dieser Mittheilung gibt derselbe Rechenschaft über die ihm zu seinem wichtigen Unternehmen zu Gebote stehenden Hilfsmittel, so wie auch über die ihm bereits zu Theil gewordenen Unterstützungen und Beiträgen von Auswärtigen, fordert zugleich alle Freunde der Geschichte und des rheinischen Vaterlandes auf, ihm weitere literarische Hülfsmittel zukommen zu lassen.

Da der Herr Verfasser seinen wichtigen Gegenstand so erschöpfend als möglich zu behandeln gedenkt und mit gutem Grunde vermuthet werden kann, daß zweckgemäßes Material zu der beabsichtigten Geschichte sich auch noch in diesseitiger baierischer Pfalz, hier und da zerstreut vorfinden möchte, so ersuchte derselbe den Unterzeichneten, in den beiden verbreitetsten Zeitungen, eine deßfallsige Aufforderung an die Bewohner unserer Pfalz ergehen zu lassen, welchem Ansinnen ich hierdurch mit Vergnügen entspreche.

Nach demjenigen zu urtheilen, was wir bereits aus der Feder des Hrn. Hautz besitzen, steht zuversichtlich zu erwarten, daß die projectirte Geschichte der Heidelberger Hochschule nach zuverlässigen Acten und Urkunden, allen Anforderungen der Zeit und einer wissenschaftlichen Critik entsprechen, überhaupt eine gediegene Arbeit geben werde und um daher diesen würdigen Mann in seinem edeln Vorhaben möglichst zu unterstützen, so bitte ich alle gebildeten Bewohner unserer Pfalz, weß Standes sie auch sein mögen, wenn sie etwa im Besitze von Urkunden oder sonstigen wichtigen handschriftlichen Nachrichten und Nachweisungen über die gedachte Hochschule sein sollten, mir davon gefällige Anzeige zu machen, oder mir das Vorfindliche lieber sogleich zu übersenden, damit ich dasselbe meinem Freunde in Heidelberg überliefern kann, der nach gemachtem Gebrauche den bisherigen Besitzern alles wieder gewissenhaft zurückstellen wird. Besonders dringend richte ich die Bitte an diejenigen Männer, welche (oder deren Voraltern) in unserem lieben alten Neckar-Athen die angenehmsten Tage ihres Lebens zubrachten und ihre wissenschaftliche Bildung daselbst empfingen, daß sie, wenn sie es nämlich im Stande sind, das schöne Unternehmen durch Mittheilungen unterstützen und dadurch gleichsam eine alte Ehrenschuld gegen unsere ehrwürdige Ruperto-Carola abtragen. Die Geschichte dieser Hochschule gilt auch uns Pfälzern eben so gut wie denjenigen, die jetzt unter badischer Hoheit leben. Denn Heidelberg war, ist und bleibt eine von den alten edeln Pfalzgrafen gegründete pfälzische Hochschule und sie hat, seit ihrem mehr denn fünfthalbhundertjährigen Bestehen, unberechenbaren geistigen Segen nach allen Weltgegenden hin, über Deutschland, besonders aber über unser schönes Rheinland und dessen Bewohner ausgegossen, daher ich auch sicher hoffe, daß gegenwärtige Aufforderung nicht spurlos verklingen werde.

Nußdorf im Juli 1852.

J. G. Lehmann, prot. Pfarrer.

[1128] **Todesanzeige.**

Am 9. d. M. verschied nach kurzem Kranksein unsere liebe Mutter: Elisabetha **Sommer**, geborene Wertheimer. Den Freunden und Bekannten der Verblichenen (besonders jenen in Grünstadt) widmen diese Anzeige, um stille Theilnahme bittend.

Speyer, den 12. Juli 1852.

Die Hinterbliebenen.

[1127²] **Versteigerungsanzeige.**

Dienstag, den 10. August 1852, Nachmittags 2 Uhr, zu Bergzabern, im Wirthshause von Bierbrauer Heinrich Hertle, läßt Lorenz Hertle, der Junge, Müller und Gutsbesitzer von da, seine Mahl- und Schneidemühle, die sogenannte Sägemühle im Mühlenthale von Bergzabern, öffentlich auf mehrjährige Zahlungstermine versteigern.

Zu dieser sogenannten Sägemühle gehört namentlich: a eine Mahlmühle mit 3 Mahlgängen, einem Schälgang und einer Schwingmühle, nach der neuesten Art eingerichtet mit eisernem Räderwerk und Alles, Gebäulichkeiten und innere Einrichtung, ganz neu im Jahre 1846 aufgeführt; b. eine Schneidmühle; c. ein zweistöckiges Wohnhaus, ebenfalls zum größten Theil im Jahre 1846 neu gebaut; d Scheuer, Stallungen und Hofraum; e. Garten, Acker- und Wiesenland, — Alles 4 Tagwerke 53 Dezimalen, oder 6 Morgen 9 Ruthen Flächenraum einnehmend und ein zusammenhängendes Ganzes bildend.

Die Werke haben einen 18 Schuh hohen Fall mit nie fehlender Wasserkraft. Sie sind unmittelbar an der Chaussée von Bergzabern nach Dahn in dem sehr belebten freundlichen Mühlenthale gelegen, in der Nähe von Bergzabern und vielen wohlhabenden Landgemeinden. Von Dahn hat die Mühle eine wohlerhaltene Kundschaft, es könnte aber ihrer günstigen Lage wegen dabei mit dem besten Erfolge noch Mehl- und Holzhandel betrieben werden.

Bergzabern, den 10. Juli 1852.

Sartorius, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 169 | den 15. Juli 1852.

Deutschland.

*** Eine Excommunication in der protestantisch-evangelischen Kirche der Pfalz.** Die Excommunication des Bahnhofverwalters zu Homburg hat sowol in der Pfalz als ausserhalb derselben ein ungewöhnliches Aufsehen erregt. Es konnte dies um so weniger ausbleiben, als es der e r s t e Fall dieser Art ist, welcher seit dem Bestehen der vereinigten protestantischen Kirche unseres Landes vorkommt. Die Sensation erreichte aber den höchsten Grad, als man von dem Rundschreiben des k. Generalstaatsprocurators am Appellhofe zu Zweibrücken vernahm, und von den weltlichen Folgen, welche die kirchliche Excommunication nach sich ziehen soll.

Um die Person des Betroffenen, die wir durchaus nicht kennen, handelt es sich für uns nicht im Entferntesten. Wir haben nicht die geringste Verlassung, für diese seine Person Partei zu ergreifen. Es handelt sich vielmehr für uns einzig und allein um G r u n d s ä t z e, — um P r i n c i p i e n, die man nie ungestraft verletzt, und gälte es selbst einem Menschen, dessen ganzes Treiben man im höchsten Grade mißbilligte und sogar verabscheute.

Indem wir den nachstehenden — von dem eben bezeichneten Standpunct aus abgefaßten — Aufsatz der Oeffentlichkeit übergeben, haben wir einleitend nur noch Weniges zu bemerken:

Wir können uns nicht überzeugen, daß bei Abfassung der Vereinigungsurkunde auch nur entfernt beabsichtigt war, eine Excommunication aus solchen Motiven, wie sie in dem Erlasse angegeben werden, eintreten zu lassen. Die Tendenz der Aufklärung, der Humanität und der kirchlichen Freiheit war bei diesem Werke so entschieden vorherrschend, und seine Verfasser, den edlen und freisinnigen B u t e n s c h ö n an der Spitze, waren bekanntlich so entschieden von diesem Geiste erfüllt, daß für uns auch nicht der leiseste Zweifel darüber bestehen kann.

Die Vereinigung selbst beruht auf den Grundsätzen des Fortschritts, der Aufklärung, der freien Bewegung gerade auch auf dem kirchlichen Gebiete. Und doch sollten durch die Vereinigungsurkunde Maßregeln angebahnt sein, von welchen das starr-orthodoxe Kirchthum in unserm Lande auch schon in der Zeit v o r der Union, auf Decennien zurück, in gleichen Fällen nichts wußte? Es sollte Excommunication in Fällen eintreten, in denen die altlutherische und selbst die katholische Kirche solche vielfach nicht eintreten läßt? Wohin müßte eine solche Doctrin in allen gemischten Ehen führen? Und wenn man diese hier nicht unbedingt gelten lassen will, so erinnern wir an jenes bekannte Beispiel aus der Jetztzeit, in welchem ein König katholisch und seine Gemahlin lutherisch ist, und deren Kinder dennoch weder lutherisch noch katholisch, sondern g r i e c h i s c h werden sollen, ohne daß es weder der katholischen noch der lutherischen Kirche darum einfiel, eine Excommunication zu verhängen.

Aber noch weiter müßen wir beifügen: Als die Verfassungsurkunde erlassen ward, dachte gewiß kein Mensch daran, daß die Bestimmungen derselben über kirchliche Verhältniße so ausgelegt werden könnten, daß sie eine bis dahin nicht bestandene Beschränkung der Gewissensfreiheit enthalten sollten, — daß Jemand wegen seiner auf die kirchlichen Verhältniße bezüglichen Handlungen im bürgerlichen Leben m e h r beschränkt werden sollte, als es bis dahin der Fall war. Vor dieser Zeit aber wäre es gewiß nicht geduldet worden, daß man irgend Jemanden in seinen höhern staatsbürgerlichen Rechten darum beschränkt hätte, weil er — seine Kinder in einer andern christlichen Confession als der seinigen erziehen ließ. —

Diese wenigen Bemerkungen vorausgesetzt, lassen wir den zu Anfang erwähnten Artikel folgen, wobei wir nur unser tiefes Bedauern nicht unterdrücken können, daß wir dahin gelangt sind, solcher Beweisführungen, wie die nachfolgenden sind, überhaupt nur zu bedürfen:

Nach Inhalt eines in Nro. 160 der Speyerer Ztg. mitgetheilten Actenstücks wurde der der protest.-evangelischen Kirche der Pfalz angehörende Bahnhofverwalter B. zu H. von dem Consistorium zu Speyer aus dem Grunde excommunicirt, weil er die mit seiner ebenfalls dieser Kirche angehörenden Gattin erzeugten Kinder in die katholische Kirche aufnehmen ließ. Auf erfolgte Mittheilung der Excommunicationsbulle wurde ferner der Bahnhofverwalter B. durch den k. b. Generalstaatsprocurator der Pfalz der nach Tit. IV. §. 9 der Verf.-Urk. den Mitgliedern der verfassungsmäßig bestehenden vier christlichen Confessionen zustehenden bürgerlichen und politischen Rechte, zu Folge dieser Excommunication, für verlustig erkärt.

Der §. 19 der Vereinigungsurkunde sichert der unirten Kirche das Recht der Excommunication durch das Organ des Consistoriums, ohne Bezeichnung der Fälle, in welchen die Excommunication anzuwenden sei; er spricht nur von einem „F e h l e n d e n,“ der nach Abstufungen von dem Pfarrer angemessene Belehrungen und Verweise erhalten, vor das Presbyterium gestellt, durch letzteres temporär von der Kirchengemeinschaft ausgeschlossen, endlich durch das Consistorium mit der Excommunication belegt werden kann. So viel uns bekannt, ist der hier berührte Fall der erste, in welchem dieses kirchliche Strafmittel von Seiten der protestantischen Kirchenbehörde in Anwendung gebracht wurde. Wir wundern uns darüber nicht, finden vielmehr dieses Ereigniß ganz mit den heutigen Zeitumständen übereinstimmend. Wir erlauben uns aber, und finden es im Interesse des Rechts und der Rechtszuständigkeit, diese Thatsache nach zwei Gesichtspuncten einer kurzen Betrachtung zu unterstellen, und zwar zuerst in Beziehung auf den G r u n d der verhängten Excommunication, und dann b e z ü g l i c h i h r e s E i n f l u s s e s a u f d i e b ü r g e r l i c h e n u n d p o l i t i s c h e n R e c h t e d e s E x c o m m u n i c i r t e n.

Der G r u n d der Excommunication ist, nach Inhalt der Excommunicationssentenz, nicht unsittliches Leben, sondern lediglich d e r: daß ein protestantisches Ehepaar, oder vielmehr der Vater, seine Kinder katholisch erziehen läßt. Wir geben zu, daß dies von dem prot.-kirchlichen Gesichtspuncte aus zu mißbilligen sei, und daß dem Pfarrer der betreffenden Gemeinde Veranlassung gegeben sein konnte, durch Belehrungen und Ermahnungen angemessen dagegen zu wirken, weil es seine Pflicht ist, die Lehre seiner Kirche zur Geltung zu bringen, und weil es auch von einem überzeugten und überzeugungstreuen Protestanten gefordert werden kann, daß er diese Ueberzeugung in der Erziehung seiner Kinder geltend mache. Daß aber in einem solchen Falle die Excommunication, die höchste kirchliche Strafe, verhängt werden solle, d a f ü r s p r i c h t k e i n e B e s t i m m u n g d e r V e r e i n i g u n g s u r k u n d e, es scheint vielmehr dieß dem Geiste der unirten protest.-evangelischen Kirche der Pfalz gar nicht angemessen.

Die protest. Kirchengesellschaft anerkennt gewiß das Staatsgrundgesetz, welches Tit. IV. §. 9 ausdrücklich bestimmt: „Die in dem Königreiche bestehenden vier christ-

lichen Kirchengeſellſchaften genießen gleiche bürgerliche und politiſche Rechte.“ Mit der Anerkennung und Heilighaltung dieſer Beſtimmung des Staatsgrundgeſetzes ſcheint es uns aber keineswegs übereinſtimmend, wenn ein Genoſſe einer dieſer Kirchengeſellſchaften deßwegen aus derſelben ausgeſchloſſen wird, weil er ſeine Kinder zwar nicht der ſeinigen, aber doch eben einer ſolchen Kirchengeſellſchaft einverleibt hat. Die Gründe, warum nicht gerade der ſeinigen, hat er unſeres Bedünkens lediglich vor ſich ſelbſt und vor dem höhern Richter zu verantworten.

Die katholiſche Kirche, welcher der proteſtantiſche B. ſeine Kinder einverleibt hat, iſt aber nicht nur eine verfaſſungsmäßig berechtigte, ſondern auch eine chriſtliche, ihre Mitglieder ſind Chriſten wie jene der proteſt. Kirche, ſie haben denſelben Glaubensgrund, den die proteſtantiſch-evangeliſche Kirche der Pfalz in ihrer Vereinigungsurkunde §. 3 als den ihrigen aufgeſtellt hat, nämlich die hl. Schrift. Wenn es auch bei ihnen einen Glaubensgrund mehr gibt als bei den Proteſtanten, nämlich die Tradition, und wenn ſie auch mehr und andere Dogmen haben, ſo ſind ſie doch in dem poſitiven Punkte des §. 3 der Vereinigungsurkunde mit den Proteſtanten Eins. Die Katholiken erkennen auch in Chriſtus das unſichtbare Oberhaupt ihrer Kirche, wie die Proteſtanten, ungeachtet ſie in dem Papſte ein ſichtbares verehren. Es gehen ihnen alſo diejenigen Merkmale der Chriſtlichkeit nicht ab, welche die proteſtantiſche Kirche als die ihrigen feſtgeſtellt hat, ſie ſind Chriſten, und das Mehr oder, nach proteſtantiſcher Anſicht Zuviel kann ſie nimmermehr von dem Chriſtenthum ausſchließen. Was ſie aber nicht ausſchließt vom Chriſtenthum, das kann ſie, ſo weit wir die proteſtantiſche Freiheit verſtehen, gemäß dieſer auch nicht von der chriſtlichen Kirchengemeinſchaft überhaupt ausſchließen, es kann wenigſtens kein Grund zur Excommunication gegen Denjenigen ſein, der als Proteſtant ſeine Kinder der katholiſchen Kirche einverleibt, wenn es auch, wie bemerkt, mißbilligt werden mag. Dieſe Anſicht unterſtützen wir durch einen einſtimmig gefaßten Beſchluß der Generalſynode vom Jahre 1825 bezüglich des §. 3 der Vereinigungsurkunde, worin ausgeſprochen iſt: „daß keine Scheidewand gegen die übrigen chriſtlichen Kirchen aufgeſtellt werden ſolle, die den reinen Anſichten aufgeklärter Proteſtanten nicht gemäß wäre, welche nur eine chriſtliche Geſammtkirche unter dem gemeinſamen Oberhaupte Jeſus Chriſtus anerkennen,“ und daß die „Lehrnorm (der proteſtantiſchen Kirche) in den Worten der Vereinigungsurkunde: „„Nur Chriſtus iſt das Haupt der Kirche und ſeine Lehre der einzige Glaubensgrund und die einzige Lehrnorm““ klar genug ausgedrückt, und ihrem Zwecke gemäß, vollkommen entſprechend ſei.“ Erkennt ſonach die proteſtantiſch-evangeliſche Kirche der Pfalz nur eine chriſtliche Geſammtkirche unter dem gemeinſamen Oberhaupte Jeſus Chriſtus: ſo gehören ja Alle zu dieſer Geſammtkirche, welche dieſes gemeinſame Oberhaupt anerkennen, und ſo möchte es ſchwer mit dieſem Grundbekenntniß zu vereinigen ſein, Jemanden deßwegen von der Kirchengemeinſchaft auszuſchließen, weil er ſeine Kinder zwar dieſer chriſtlichen Geſammtkirche, jedoch nicht ſeiner Confeſſion einverleibt hat. Die Vereinigungsurkunde beſtimmt überdies in §. 9: „Die Taufpathen können aus jeder chriſtlichen Confeſſion gewählt werden,“ — welchen Taufpathen das II. Edict in §. 33 die Sorge für die confeſſionelle Erziehung der Täuflinge nach den verfaſſungsmäßigen Beſtimmungen mitüberträgt. Ein praktiſcher Fingerzeig, daß die hier beſprochene Ausſchließlichkeit im Geiſte der unirten proteſtantiſchen Kirche der Pfalz nicht liegen könne.

Wenn das Mehr oder Zuviel des katholiſchen Glaubens eine Ausſchließung von der proteſtantiſchen Kirchengemeinſchaft rechtfertigen ſoll: ſo müßte ein Genoſſe der proteſtantiſchen Kirche der Pfalz auch dann ausgeſchloſſen werden, wenn er ſeine Kinder in die lutheriſche oder reformirte Kirchengemeinſchaft aufnehmen ließe. Denn auch dieſe glauben, von dem Geſichtspuncte der Vereinigungsurkunde aus, mehr oder zuviel, indem ſie an den ſymboliſchen Büchern feſthalten, welche die vereinigte Kirche der Pfalz aufgegeben, und nur in gebührender Achtung gehalten wiſſen will, dieſes Maaß der Achtung aber in ſeinem Einfluße auf die Glaubensanſicht = Null ſein kann, jedenfalls aber das Feſthalten an den ſymboliſchen Büchern als Glaubensnorm eben ſo von der proteſt. evangeliſchen Kirche der Pfalz ausſchließen muß, als das Feſthalten an den Beſchlüſſen der öcumeniſchen Concilien. Es ſteht ja in beiden Fällen der freien proteſt.-evangeliſchen Kirche eine Autorität gegenüber, welche ſie nicht anerkennt. Eben ſo würde weiter daraus folgen, daß jene Pfarrer proteſt. Kirchengemeinden in der Pfalz, welche gegen den §. 3 der Vereinigungsurkunde die ſymboliſchen Bücher als Lehrnorm zur Geltung bringen wollen — und deren mögen jetzt nicht wenige ſein — vor Allem von der Gemeinſchaft der unirten Kirche ausgeſchloſſen werden müßten. Derſelbe Fall müßte eintreten, wenn in Miſchehen der proteſtantiſche Theil die Erziehung aller ſeiner Kinder in der katholiſchen Kirche zugibt, und dieſer Grundſatz müßte folgerecht, wenn Gleichheit in der Kirche beſtehen ſoll, auch auf regierende Familien angewendet werden.

Aber es ergibt ſich noch eine weitere Folge. Gleichwie, ſoll Conſequenz in dem Grundſatze liegen, auf dem die Excommunicationsſentenz beruht, alle Diejenigen ebenfalls von der proteſt.-evangeliſchen Kirche der Pfalz ausgeſchloſſen werden müſſen, welche etwa ihre Kinder in der ſtreng ſymboliſch-gläubigen lutheriſchen oder reformirten Gemeinſchaft erziehen laſſen, eben ſo müſſen die ſymboliſch-gläubigen lutheriſchen und reformirten Kirchengeſellſchaften Diejenigen von ſich ausſchließen, welche die ſymboliſchen Bücher nicht als Lehrnorm anerkennen oder ihre Kinder der proteſt.-evangeliſchen Kirche der Pfalz einverleiben. Wir wären hiermit auf dem Boden der alten Spaltungen und Verdammungen angelangt, den die großartige, aus echt chriſtlichem Geiſte hervorgegangene Einigung in der Pfalz mittelſt der Vereinigungsurkunde zerſtört hat. (Beſchluß folgt.)

• **Bemerkungen.** Die Verhandlungen in der Württembergiſchen Kammer über die Regierungspreſſe ſind auch recht erbaulich (ſiehe unſere vorige Zeitungsnummer.) Wenn ſolche Beſteuerung des Landes, wenn überhaupt ſolche Anſtrengungen nöthig ſind, wie im guten Schwabenlande, wie bei uns und in andern Theilen Deutſchlands, um die „gutgeſinnten“ Blätter zu erhalten, ſo iſt damit ein genügender Beweis geführt, welchen Anklang die in den bezeichneten Druckſchriften vertretenen Principien — im Volke haben oder vielmehr nicht haben. Schön ſind die übrigen damit zuſammenhängenden Dinge, bezeichnend in mancher Richtung, ſo z. B. wenn man die Unfähigkeit und Unwiſſenheit betrachtet, welche die Schreiber für die Reaction ſo vielfach documentiren, die faſt immer Ueberläufer vom Liberalismus ſind, — Leute, welche eben auf andere Art als durch Schweifwedeln ihre „Lebſucht“ nicht „herausſchlagen“ können! Würdige Werkzeuge einer ſchönen Sache!

• Wir haben früher ſchon darauf hingewieſen, daß die jetzige Jämmerlichkeit der Zuſtände in Frankreich u. a. ganz geeignet iſt, die Franzoſen ein Wenig von ihrem Wahne zu heilen, als ob ſie auf die ganze übrige Welt rein gar keine Rückſicht zu nehmen brauchten, und ſie ein Bischen darüber aufzuklären, daß ſie, ſogut wie die Deutſchen, einer gewiſſen Solidarität der Völker Mitteleuropas nöthig haben, um einen guten Zuſtand auf die Dauer zu ſichern. Nachgerade beginnt das beglückende Syſtem der „Rettung“ ihre Zeitungen zu nöthigen, ſich auch mit dem Auslande zu befaſſen, da es mit dem Inlande gar nicht mehr gehörig geſchehen kann. Daß dabei mancherlei Verkehrtheiten zum Vorſchein kommen, iſt natürlich, und auf längere Zeit ſogar unvermeidlich. Auch an Abgeſchmacktheiten fehlt es nicht, und eine ſolche hat der ehemalige franz. Geſandte zu Madrid, Baron Bourgoing,

Digitized by Google

in ziemlich starker Ausdehnung geliefert (siehe den Artikel „Paris, den 11. Juli," in unserer heutigen Beilage.) Die Diplomatie mag ihm dafür danken, daß, indem er über die nationalen Bestrebungen der Deutschen spottet, er zugleich die Sünden der Diplomatie recht grell hervorhebt. Der gute Mann begnügt sich aber damit nicht. Er spottet weiter: warum die Deutschen nicht auch die russischen Ostseeprovinzen und das Elsaß begehrt hätten?! Wir wollen ihm antworten. Wir glauben allerdings, daß die Zeit noch kommen wird, in welcher Deutschland auch seine Ostseeprovinzen von Rußland zurückzufordern im Stande sein wird. Wir wollen uns aber zunächst auf den Punct wegen des Elsaßes beschränken. Das Elsaß war bisher französisch, nicht blos weil die Verträge von 1815 es bei Frankreich beließen, sondern zumeist weil es von den Jämmerlichkeiten deutscher Zustände, zumal deutscher Zerrissenheit und Knechtung, nichts wissen wollte. Dieses Gefühl wurzelte so fest in den Elsäßern, daß, wenn man sie 1815 von Frankreich getrennt und wieder mit Deutschland vereinigt, wenn man z. B. den Fürsten von Oldenburg, Sachsen-Coburg, oder Hessen-Homburg u. s. f. auch dort noch Besitzthümer gegeben hätte, wie es in unserer Nähe geschah, diese neue Combination wahrscheinlich eben so wenig gehalten haben würde, als die Schöpfung des großen Königreichs der Niederlande durch den Wiener Congreß. Wir sind also gewiß aufrichtig und offen, indem wir ohne Umschweif anerkennen, daß eine solche Vereinigung des Elsaßes mit Deutschland wahrscheinlich das nemliche Schicksal gehabt hätte, wie die Zutheilung Belgiens zu Holland, d. h. im Jahre 1830 oder vielleicht noch früher, wäre auch dieses Werk des Wiener Congreßes vernichtet worden. Allein damit sind wir noch nicht zu Ende. Zur schließlichen Antwort auf die Herausforderungen des Hrn. v. Bourgoing darf man ihn, wenn denn doch einmal davon die Rede sein soll, daran erinnern, daß ein einiges und freies Deutschland für das Elsaß — und, fügen wir gleich bei, auch für Deutsch-Lothringen — allmählig eine andere Anziehungskraft äußern dürfte, als ein zerrissenes und im Schlamme des Feudalwesens erstarrendes Deutschland. Dabei läßt es sich gar nicht übersehen, daß gerade die jetzigen Zustände Frankreichs am allermeisten geeignet sind, die Elsaßer und Lothringer von einer blinden Gallomanie recht gründlich zu heilen. — Vielleicht gehört gerade dies mit zur welthistorischen Mission des jetzigen Regime in Frankreich. — Wir lieben derartige Erörterungen nicht, glauben aber, daß man von Seiten des deutschen Volkes (freilich nicht der Diplomatie!) gar keinen Grund hat, ihnen auszuweichen.

München, den 9. Juli. Die k. Polizeidirection hat gestern bei dem Schneidermeister Eisele eine Haussuchung vornehmen lassen. Der Genannte war im Jahr 1848—49 Redacteur eines von den untersten Klassen ziemlich stark gelesenen Localblattes, betitelt: „Finessen-Sepperl." Obige polizeiliche Maßregel soll auf auswärtige Requisition stattgefunden haben. (A. Abdz.)

Aus Baden, den 12. Juli. Der „Schw. Merk." meldet, daß die Freiburger Professoren Buß und Wetzer einen Verweis erhielten wegen einer von ihnen in Betreff der Deputirtenwahl für die Universität abgegebenen Erklärung, die das „Mainzer Journ." veröffentlichte. — Nach der „B. Ldztg." hat bei Freiburg ein Jagdaufseher einen Taglöhner, der dem Wilde nachstellte, im Mooswalde erschossen*) und ist deßhalb eingezogen worden.

Biberach. Abermals ist eine dem jesuitischen Tugendbunde angehörige „Bundesjungfrau" wegen einer den Bundeszwecken widersprechenden Handlung vom Schwurgerichte verurtheilt worden, jedoch dießmal nicht wegen Kindsmords, sondern bloß wegen Aussetzung ihres Kindes. (Beobachter)

*) Wer mag sich über solche Dinge verwundern? Stellt man die alten Zustände wieder her, so kann es auch nicht fehlen, daß die Wilderer wieder von den Jagdhütern todtgeschossen werden! D. Red.

Aus Thüringen, den 10. Juli. Der Prinz-Präsident von Frankreich hat, wie die „Thüringische allg. Ztg." berichtet, bei seinen tendenziösen Ordensspenden auch Weimar bedacht und dem dasigen Regimentstambour Ciofano das Kreuz der Ehrenlegion gesendet. Ciofano, von Geburt ein Sicilianer, hatte Napoleons Feldzüge als Tambourmajor bei einem französischen Linienregimente mitgemacht und war nach der Schlacht bei Leipzig in Weimarische Dienste getreten.

Breslau, den 9. Juli. Die Amtsentsetzung des Prof. Nees v. Esenbeck, welche durch Urtheilsspruch des Disciplinarhofes gegen den greisen Gelehrten verhängt worden, ist durch Beschluß des preußischen Staatsministeriums, an welches Nees ein Recursgesuch gerichtet hatte, bestätigt worden.

Schweiz.

Basel. Ueber das Eidgenössische Sängerfest wenigstens ein Paar kurze Bruchstücke. Rietschi, Vicepräsident des Luzerner Festcomite's, überreichte den Baslern die Fahne, indem er u. a. sagte: Mit schwer bewegtem Herzen überbringe der Luzerner Verein die eidg. Fahne. Als die Berner dieselbe im letzten Jahre nach Luzern gebracht, habe man dieselbe als einen Friedensboten begrüßt und sie sei es auch gewesen: man habe sich geeinigt zum friedlichen Feste und die Tage desselben seien unvergeßlich für die Luzerner. Aber auch mit herzlicher Freude überreiche er die Fahne. Auf der Reise habe man gesehen, was die Liebe zum Vaterlande sei. Tausende seien herbeigeströmt, das heilige Banner zu begrüßen. Er verweist auf die Feste, die, von unsern Altvordern begangen, in unserer vaterländischen Geschichte aufgezeichnet seien, aber er deutet auch gleichzeitig auf ihr muthiges Zusammenhalten in Noth und Gefahr, das durch die friedlichen Feste vorbereitet worden sei. Er erinnert an die heißen Tage von Laupen, Sempach und St. Jacob. Er möchte daher auch jetzt die Zeit des Friedens benutzt sehen zur Feier der herrlichen Volksfeste, wo die vereinigten Söhne des Vaterlandes sich gegenseitig kennen und lieben lernen.

Der Präsident des festleitenden Comite's, Dr. Karl Brenner, nahm die Fahne in Empfang und erwiederte den freundlichen Gruß. Er sagte u. a.: „Willkommen Alle, die ihr als alte Garde des Männergesanges schon so manchen Feldzug mit wehenden Fahnen an der Seite eurer Führer bestanden und im Feuer des Notenregens ausgeharrt habt, wie ihr auf dem Schlachtfeld auch den Kugelregen nicht scheuen werdet; die ihr die Strapazen der Uebungen heiteren Muthes ertruget und wenn auch manche Freunde erlagen, dem siegreichen Kampfe nicht untreu geworden seid. Willkommen aber nicht minder du gesanglustige Jugend, die du als freiwillige Recrutenschaar mit dem roth und weißen Blumensträuße oder dem sinnigen Grün der Hoffnung dich schmückest! Willkommen insbesondere „ihr singenden Gäste" aus unsern Nachbarlanden, die ihr als „Brüder im Geist und Gemüthe verwandt" unserer Einladung Folge geleistet und das Fest verschönert habt, auf daß sich erwahre, was der fränkische Barde mit prophetischem Geiste gesungen hat:

„Peuples formez la sainte alliance
Et donnez vous la main!"

Unter den Klängen und Sängen der Musik ist dieser Tag angebrochen, unter Kanonendonner haben wir uns hier versammelt, um das fünfte eidg. Sängerfest zu feiern und im Schatten der schweizerischen Bundesfahne sich die Hand zu reichen und der Kelch der Verbrüderung gehe von Mund zu Munde und der Ruf von Herz zu Herzen; „Heil dir Helvetia, Heil dir mein Vaterland!" — Nie genug, o ihr Eidgenossen, können wir die bedeutungsvolle Wahrheit beherzigen, daß wir nur den Segnungen dieses Vaterlandes das Glück zu danken haben, wenn wir auf unserer kleinen Oase der Freiheit solche Feste feiern. Heißer Kämpfe und unermeßlicher Opfer hat es Jahrhunderte hindurch bis auf die neueste Zeit bedurft, um unsere Selbstständigkeit und unsere freien Staatseinrich-

tungen zu erringen, zu vertheidigen und auszubilden, wie wir sie jetzt besitzen. Diese Vergangenheit wird das Schweizervolk nie vergessen, nie seiner Geschichte, sich selber untreu werden. Als freie Schweizer sind wir geboren, als solche wollen wir leben, wirken und sterben und auch einem künftigen Geschlechte die Republik bewahren, — die Republik, jenes Heldenwerk des Alterthums, lange geächtet und mit vornehm pedantischem Dünkel als eine träumerische Unmöglichkeit verlästert, mit Thränen und Blut gebenedeit, schmerzgebeugt, aber nicht zertreten, die Braut des Jahrhunderts!" — Die Eröffnungsfeierlichkeit schloß mit dem Liede: „Weih dem ächten Schweizerthume, Sohn der Alpen, Herz und Hand." Nach gemeinschaftlichem Mittagsmahle in der Festhütte zogen die Sänger um 2 Uhr in die Münsterkirche zu dem edlen Wettkampfe. Vierzehn Vereine nahmen an dem Wettgesange Theil. Um 7 Uhr begann das Abendessen und der munterste Festjubel machte sich bei Jung und Alt geltend. Der Comitepräsident Dr. K. Brenner unterbrach denselben endlich, um mit einem Toast auf das Vaterland, dessen heiliger Name ihm zuerst einfallen müsse, den Reigen zu eröffnen. Ein donnerndes Lebehoch auf die Eidgenossenschaft, begleitet von dem Tusch der Musik, schloß die kurze Rede. (Schweiz. Nat.-Z.)

Neuenburg, den 10. Juli. Es ist eine alte Sündergewohnheit, gerade den Punkt, woran man selbst am meisten faul ist, andern Leuten anzudichten. So weiß der royalistische „Neuchatelois" und sein Berner Echo „Independance" nicht stark genug hervorzuheben, daß bei dem republikanischen Zug das nicht-neuenburger Element vorgeherrscht habe. Diese kindische Lüge keiner Widerlegung werth haltend, wollen wir hier nur die Thatsache aus dem andern Lager berichten, daß einer der dortigen arretirten „Viveleroi-"Schreier ein freiburger Notar Namens Fastnacht war, und dazu ein Mensch, der wegen Fälschung vom Freiburger Gericht zu achtzehn Monaten Zuchthaus verurtheilt worden. Die rechtschaffenen Altroyalisten wollen eine Denkschrift abfassen, um in Berlin auseinanderzusetzen, daß man nicht länger zwischen zwei Stühlen niedersitzen könne, und also, nachdem die Wiedereinsetzung des Fürstenthums auf innere und äußere Hindernisse stoße, nothgedrungen aus familiaren, commerziellen und auch politischen Gründen der neuen Staatsverfassung sich anschließen müsse, deßhalb um Entbindung von früherer Lehenspflicht bitte. (S.N.Z.)

Tessin. Der Staatsrath von Tessin hat einen Geistlichen mit 100 Fr. gebüßt, weil er einen sog. Hirtenbrief des Erzbischofs von Mailand vor dem Altar verlesen hat, worin öffentliche Gebete gegen die vom Gr. Rath angeordneten Säcularisationsmaßregeln anempfohlen worden; überdies soll dieser Geistliche noch wegen Aufreizung zu Haß und Mißachtung gegen die Behörden zur Verantwortung gezogen werden.

Neueste Nachrichten.

* **Zollsache.** Es ist bemerkenswerth, daß bei der Ministerialzollconferenz in Kissingen Baden nicht nur nicht vertreten ist, sondern daß vielmehr gleichzeitig der Regent dieses Landes sich persönlich nach Berlin begeben hat.

Die Minister der Coalitionsstaaten beabsichtigen, der Besprechung zu Kissingen eine weitere Zusammenkunft folgen zu lassen. (Nach neuern Nachrichten sind dort die Berathungen schon beendigt.) (F. J.)

* **Speyer,** den 14. Juli. König Ludwig befand sich gestern wieder in hiesiger Stadt.

München, den 10. Juli. Nach der Augsb. Abendzeitung hat der König den speciellen Theil des Strafgesetzbuches dieser Tage unterzeichnet, und dessen Vorlage an den Ausschuß zur Berathung der Gesetzbücher anbefohlen, welcher Ausschuß am 1. Novbr. zusammentreten soll.

Berlin, den 9. Juli. General Changarnier fand als Militär bei den hiesigen Militärs viele Aufmerksamkeit, dagegen geht seine Erscheinung als Politiker und als Geächteter beim höhern Publicum gleichgültig vorüber. Seine Schwankungen und Schwenkungen seit 1848 haben sehr viel beigetragen den 2. Decbr. herauszuführen, und wenn er dessen Opfer geworden ist, so mag er es ohne Theilnahme der Welt mit seinem Verfolger ausmachen. (Allgem. Ztg.)

— den 12. Juli. In der heutigen Sitzung unseres Obertribunals wurde der kurhessische Minister v. Hassenpflug freigesprochen.

Sondershausen, den 12. Juli. Auch unsere Regierung ist nun dem Bundesbeschluß vom 23. August in einem Cardinalpuncte nachgekommen, nämlich in der Beseitigung unseres nach dem Kopfzahlsystem, ohne Census und ohne ständische Gliederung ruhenden Wahlgesetzes, welches allgemeine Wahlrecht der Bericht der zweiten Dresdener Conferenz-Commission als „offenbar dem Art. 57 der Schlußacte widerstreitend," bezeichnet hatte.

Stettin, den 10. Juli. Der Kaiser von Rußland ist hier eingetroffen, und in Begleitung des Königs nach Berlin weiter gereist.

Brüssel, den 11. Juli. Der „Moniteur" kündigt heute an, daß das Ministerium dem König seine Entlassung überschickt habe. Man glaubt, daß mehrere dieser Entlassungen nicht ernstlich gemeint seien, und daß nur eine partielle Ministerveränderung stattfinden werde.

In Folge des Rücktritts des Ministeriums sind die Unterhandlungen mit Frankreich wegen eines Handelsvertrags suspendirt worden.

Paris. Vor Kurzem ist an die Regierung ein seltsamer Vorschlag gelangt. Es solle nemlich von jeder Person, die sich auf der Policeipräfectur einfinden würde, um sich einen Paß ausfertigen zu lassen, ein Daguerreotypbild aufgenommen werden; dieses müße sodann auf der Reise von dem Paßinhaber zugleich mit dem Passe vorgezeigt werden; die Personalbeschreibung auf den Pässen würde noch zu vervollständigen sein.

Louis Napoleon hat 91 politisch Verurtheilte aus dem Herault-Departement begnadigt. — Die Angabe von dem Ankaufe des Schlosses Montretout durch den Präsidenten wird in Abrede gestellt.

Persigny ist in den Grafenstand erhoben worden. — Drei der Leute, welche den Kriegsminister insultirt und mit Steinwürfen angegriffen haben, sind verhaftet. Es sind Landleute, die berauscht gewesen zu sein versichern.

Bezeichnend für die Legitimisten ist, daß bei den Fusionsversuchen von Seite der ältern Bourbonen als einzige Concession die Bereitwilligkeit erklärt worden sein soll, der Wittwe Ludwig Philipps den Königstitel zu belassen!

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1109a] **Apotheke-Verpachtung.**

In dem westlichen Theile der baierischen Pfalz ist eine Apotheke, deren bisheriger Eigenthümer gestorben, unter sehr billigen Bedingnißen zu verpachten.

Der Sitz dieser Apotheke ist von wohlhabenden Ortschaften umgeben, und nach der örtlichen Lage müßen circa 10,000 Seelen ihre Medicamente von daher beziehen.

Lusttragende wollen sich wegen den nähern Verhältnißen an Hrn. C. Ch. Jacoby, Geschäftsagent in Zweibrücken, in portofreien Briefen wenden.

[1111a] **Gasthausverkauf oder Vermiethung.**

In einer Stadt der bayerischen Pfalz ist in der frequentesten Straße ein sehr vortheilhaft gelegenes geräumiges Gasthaus, worin schon seit vielen Jahren Gastwirthschaft mit dem besten Erfolge getrieben worden, unter billigen Bedingungen, zu verkaufen oder auch zu vermiethen. Nähere Auskunft wird ertheilt auf frankirte Briefe zu Zweibrücken auf dem Geschäftsbureau von H. Kohl.

Beilage zur Neuen

Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro. 169.) den 15. Juli 1852.

Deutschland.

Wien, den 7. Juli. Die Unterhandlungen der österreichischen mit der holländischen Regierung wegen Ueberlassung geeigneter Punkte im niederländischen Ostindien sind nunmehr so weit gediehen, daß sie in die Hand des Bundestags gelegt werden können, um durch diesen einem endlichen Abschlusse zugeführt zu werden, wobei ein für ganz Deutschland bindender Beschluß in Aussicht steht. Diese Deportationspuncte sollen für politische Verbrecher bestimmt werden, indeß sonstige Verbrecher zum Theil in den in Ungarn und Dalmatien projectirten Strafcolonieen einen Platz finden sollen. Baron Dobblhof wird bei seiner Durchreise in Frankfurt die hierauf bezüglichen Acten dem Präsidium des Bundestages mittheilen, um auf Basis derselben die Unterhandlungen fortan im Namen des Bundes selbst rüstig fortzuführen. Man darf keinen Augenblick verkennen, wie diese Idee unter Umständen leicht eine furchtbare Ausdehnung gewinnen könnte, während doch der erste Anknüpfungspunkt zu diesen Unterhandlungen lediglich in dem von Seiten Hollands ausgedrückten Wunsche bestand, es möge die deutsche Auswanderung von Bundes wegen nach Sumatra hin begünstigt werden. (Bresl. Z.)

Frankreich.

Ueber die Gußeisenverschwörung schreibt man der N. Pr. Ztg. aus **Paris:** „Ein paar böse Narren oder närrische Bösewichte machten Versuche, ob bei einer etwaigen, Gott weiß wann stattfindenden Rebellion, Gasröhren als Kanonen gebraucht werden könnten, weil sie vielleicht irgendwo gelesen oder gehört hatten, daß man alte Kanonenrohre zu Gasleitungen verwendet. Diese Idee und die Manier der Ausführung ist so abgeschmackt, daß Sie sich von dem gänzlichen Mangel an Wichtigkeit dieser Gasröhrenböllenmaschinenverschwörung selbst einen Begriff machen können. Was Sie aber nicht wissen werden, ist, daß die hiesigen Behörden erst von England aus durch einen zu diesem Zwecke besonders herübergekommenen englischen Polizeibeamten Kunde erhalten haben. Einer dieser abgeschmackten Verschwörer hatte darüber mit einem seiner Freunde in England correspondirt, dieser hatte die Sache als Curiosum weiter erzählt, und so war dieselbe zu Ohren eines englischen Policeman gekommen. Dieser hatte nun nichts Eiligeres zu thun, als sich auf das Dampfschiff zu setzen, nach Paris zu fahren, und seinen französischen Collegen jenen Verschwörungsfloh ins Ohr zu setzen. Der Engländer hat jedenfalls eine gute Speculation gemacht, indem er, wie wir hören, eine ansehnliche Belohnung bekommen hat. Ob seine Mittheilung das Geld werth war, muß die Untersuchung, die jetzt im Gange ist, zeigen."

Paris, den 10. Juli. Der Präsident hat den Municipalrath von Molières, Departement Tarn-Garonne, aufgelöst.

Am 12. werden 100 Findelkinder, welche für die Akkerbaucolonie in Algier bestimmt sind, abreisen. Ein jedes von ihnen hat eine Ausstattung an Kleidern und Wäsche im Werth von 40 Frcs. erhalten. Der Staat zahlt täglich für jedes derselben 80 Cent. bis zu ihrem 18. Jahre, nach welcher Zeit sie Land und Geräthe erhalten sollen, damit sie die Landwirthschaft für eigene Rechnung treiben können. Sie sind dem Pater Brumeaud übergeben worden, der in Algier schon mehrere Etablissements dieser Art eingerichtet hat, in denen 500 Kinder untergebracht sind. Er nimmt diesmal noch 100 andere Kinder mit, die ihm vom Wohlthätigkeitsbureau überwiesen wurden.

Der Prinz Canino soll zum Director des Jardin des plantes und der naturhistorischen Museen mit einem Gehalt von 30,000 Fr. ernannt werden!

Der Präsident hat wieder eine schöne Besitzung in der Nähe von St. Cloud gekauft, die Montretout heißt; sie soll, wie man versichert, zum Geschenke für den Prinzen Jerome bestimmt sein!

Der Maire von Nontron hat folgende Verordnung erlassen: „1) Es ist verboten, sich zu betrinken. Es wird sonach Jedermann, der im Zustande der Trunkenheit, gleichviel an welchem Orte der Gemeinde getroffen wird, nach dem Gesetze (!) bestraft werden. 2) Gasthofbesitzer, Wirthsleute, Weinhändler, Caffeehauswirthe und alle Verkäufer von Getränken, bei denen betrunkene Personen angetroffen werden, sind einer gleichen Strafe unterworfen, und in schweren Fällen werden deren Etablissements sogleich geschlossen werden." (Wenn Andere „maßregeln," warum sollte es da ein Maire von Nontron nicht auch versuchen?!)

— den 11. Juli. Der ehemalige französische Gesandte in Spanien, Baron Bourgoing, hat heute im „Pays" einen längern Artikel geliefert, worin er zuerst Dänemark und die deutschen Herzogthümer behandelt. Daß bei der Beurtheilung der Vorfälle Deutschland schlecht wegkömmt, und aller Ruhm und Ehre der legitimen Regierung Dänemarks und der Europäischen Diplomatie, für die endliche „gerechte" Lösung der Frage, verbleibt, konnte man schon im Voraus an dem Titel des Verfassers errathen. Daß aber Hr. Bourging über Alles, was Deutschland gewollt und nicht gewollt, gethan und nicht gethan hat, spottet, ist wol weniger diplomatisch, als der Hr. Baron glaubt, obwol nicht bestritten wird, daß der Aufsatz einen Orden einbringen kann. Der Verfasser spottet erstens über die Einheitsbestrebungen Deutschlands und über dessen Inconsequenz dabei. „Warum" frägt er, „hat Deutschland nicht Elsaß und die deutsch-russischen Provinzen reclamirt, und sich mit aller Wuth auf Schleswig und Holstein gestürzt?" Sodann spottet er über die deutsche Flotte und deren klägliches Ende in einer öffentlichen Versteigerung. Zuletzt gibt er den Holsteinern den Rath, sie sollten jetzt, nachdem sie sich überzeugt haben, daß das große Vaterland, dem sie sich anschließen wollten, nie existiren wird, ihre Augen wieder zu ihrem früheren, dem dänischen Vaterlande wenden. Im nächsten Artikel verspricht der Hr. Baron den Ungarischen Unabhängigkeitskrieg auf ähnliche Weise zu besprechen.

Italien.

Rom, den 30. Juni. Die Einführung der Gewerbsteuer macht der Regierung noch immer zu schaffen. Nachdem das betreffende Gesetz seit Jahren erlassen, fing man allmählig an, es in den ruhigsten Provinzen in Kraft zu setzen, wobei man überall auf große Unzufriedenheit stieß. Jetzt ist man mit dieser Maßregel bis nach der Romagna gelangt. Dort aber erscholl sofort der Ruf: „Tod dem, der die Steuer bezahlt!" An einigen Orten soll es zu Unruhen gekommen, einige Gensd'armen erschlagen sein, während die requirirten Oesterreicher erklärt hätten, sie

seien nicht dazu da, Steuern einzutreiben. Ueberall scheint man Pfändung dem Zahlen vorzuziehen. Als nun aber das gepfändete Gut verkauft werden sollte, da hieß es wiederum: „Tod dem Käufer!“ und Niemand kam, zu bieten. Dem Vernehmen nach hat die Regierung alle gepfändeten Gegenstände hieher bringen lassen, aber hier denselben passiven Widerstand gefunden. Die natürliche Folge davon ist stets wachsende Unzufriedenheit, selbst in den kleinen Orten, die sonst von Politik und Regierung wenig zu sagen wußten, und vor Allem ist der Finanzminister Ziel aller Anklagen und Verwünschungen, die man sich nicht scheut, auch an öffentlichen Orten laut werden zu lassen. (Köln. Z.)

Spanien.

Madrid, den 5. Juli. Die Königin wohnte mit ihrem Gemahle, dem Infanten Don Francisco de Paula und dem Hofe gestern dem großen Stiergefechte zum Besten der Armen bei! Die Zuschauerzahl betrug etwa 10,000, während mindestens 20,000, die Eintrittskarten begehrt hatten, des beschränkten Raumes wegen abgewiesen worden waren! — Von Zusammenberufung der Cortes ist seit einiger Zeit gar nicht mehr die Rede. Die Regierung erläßt im Namen der Königin Gesetze, deren Schlußformel stets lautet: „Meine Regierung wird gelegentlich den Cortes diese Maßregel mittheilen, um ihre Zustimmung zu empfangen.“ Bravo Murillo, von der Königin Christine unterstützt und bei Isabella entschieden in Gunst, schaltet jetzt in Spanien, trotz seiner Unpopularität, fast unbeschränkt; seine meist unbedeutenden Collegen im Ministerrathe wagen ihm nicht zu widersprechen.

Großbritanien.

Folgende romantische Geschichte macht die Runde durch alle englischen Blätter: Eine halbe Stunde ehe der Schraubendampfer „Arno“ von Livorno abfuhr, brachte man einen Sack an Bord und ließ ihn ins Lazareth unter anderes Gepäck werfen, nachdem die übliche Fracht dafür bezahlt worden war. Kaum war das Fahrzeug aus dem Hafen, so öffnete sich der Sack und heraus — trat ein 16jähriger italienischer Flüchtling, der den Capitän Hrn. Haram im Namen der leidenden Menschheit um seinen Schutz bat und einen Empfehlungsbrief an HH. M'Kean, M'Larty und Comp. in Liverpool vorzeigte. Der Knabe hatte, so heißt es, mit mehreren andern eine geheime Verbindung zur Verbreitung politischer und religiöser Schriften — darunter auch der Bibel — gestiftet. Die Behörden bekamen Wind davon; mehrere Mitglieder des Clubs wurden gefangen und kriegsrechtlich erschossen. Der junge Mann aber, dessen Eltern von seinem gefährlichen Treiben nichts wußten bis die Soldaten ihn suchen kamen, wurde zwei Tage lang in einer Hafenvorstadt von Haus zu Haus geschmuggelt und verborgen, bis der „Arno“ die Anker lichtete und ihn als ein Stück Gepäck mitnahm. Vorige Woche landete er glücklich in Liverpool. Capitän Haram, wird versichert, hatte selber keine Ahnung davon, daß der Sack einen lebendigen Inhalt barg; er würde sonst schwerlich wieder nach Livorno fahren. Den Namen des jungen Flüchtlings behauptet der Liverpool Standart, aus Rücksichten für seine Familie daheim, für den Augenblick nicht nennen zu dürfen.

Dänemark.

Kopenhagen, den 8. Juli. Der König soll sehr unzufrieden darüber sein, daß der Bürgermeister in Helsingör in seiner Anrede der Gräfin Danner gar nicht erwähnte, noch überhaupt von ihr Notiz nahm. Der König schlug die Bitte ab, ein von der Stadtbehörde angeordnetes Frühstück einzunehmen, und bestieg mit der Gräfin Danner sofort seinen Wagen wieder. Man ist sehr darauf gespannt, ob der König an dem Festessen der Schützengesellschaft heute theilnehmen wird; die Gräfin Danner ist nicht dazu eingeladen worden, obgleich vieles gethan worden sein soll, um eine Einladung zu bewirken. Wie Sie sehen, fängt das häusliche Verhältniß des Königs an, manche unangenehme Störungen herbeizuführen. (Allgm. Ztg.)

Miscellen.

In der Gemeinde **Montrevault,** Maine-et-Loire-Departement, fing in der Nacht vom 10. auf den 11. Juni ein Bauer einen 49 Pfund schweren Karpfen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch.“

Wäre es nicht möglich, daß es den Unterzeichneten während der heißen Sommermonate gestattet würde, im Costüm der Mediceischen Venus, oder wenn dieses den Anordnungen der Sittenpolizei zuwider laufen sollte, wenigstens mit gewickelten Mänteln zu erscheinen? Unsere Stellung fängt bei dieser Hitze nach gerade an unerträglich zu werden, und der Dichter sagt ja so schön: „Was hilft mich der Mantel, wenn er nicht gerollt ist?“

Opernplatz, 32° Réaum. 1852.

Blücher, Scharnhorst, Bülow.

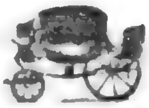
Wenn es wahr ist, was gewisse Blätter melden, daß in der Concession zur Erbauung eines Theaters in der Königsstadt die Bedingung enthalten ist, rings um das Gebäude müsse ein freier Platz von 80 Fuß Breite sein, so möchte das Zustandekommen jenes Theaters mit Recht in Frage gestellt werden; denn wo in ganz Deutschland, selbst mit Einschluß der österreichischen Staaten, wäre es jetzt möglich, 80 Fuß freier Erde zu finden!?

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Mainz. Markt vom 9. Juli. Weizen 11 fl. 24 kr., Korn 7 fl. 46 kr., Gerste 5 fl. 42 kr., Hafer 4 fl. 33 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1119²] **Zu verkaufen.**



Zwei Droschken nebst einem Jalousiewagen und mehrere Jalousiekästen ohne Gestelle sind billig zu verkaufen in Lit. C. No. 49 in Heidelberg.

[1105ª] Zu dem

Hauptschießen in Neustadt a. d. H.

mit 40 Preißen im Werthe von 600 fl., welches am 18. 19 und 20. Juli nächsthin abgehalten wird, ladet freundlichst ein

Neustadt a. d. H., den 1. Juli 1852.

Der Vorstand der Schützengesellschaft.

[1096ª] **Amerika.**

Bekanntmachung für Alle, welche Gelder aus Amerika zu beziehen haben.

Durch den Tod meines Associé **L. Bleidorn** hört die Firma **Schulz & Bleidorn** in New-York auf. Demzufolge habe ich meinen Sohn **Fritz** nach New-York gesandt, um meinen bisherigen Geschäftsantheil zu übernehmen und auf meine alleinige Rechnung das seit 18 Jahren von mir daselbst errichtete **Wechsel- & Commissionsgeschäft** unter der Firma

Friedr. Gustav Schulz und Son

fortzusetzen. Diejenigen Freunde und Bekannte, welche mich bisher mit ihrem Zutrauen beehrt haben und mir solches fernerhin schenken wollen, ersuche ich hiemit, ihren Verwandten und Bekannten in Amerika zu schreiben, daß sie die Gelder nur an **F. G. Schulz & Son** in New-York bezahlen sollen, wo sie sich einer schnellen und sichern Besorgung versichert halten dürfen. Die Beförderung der Gelder und Vollmachten von hier aus nach Amerika geht ihren geordneten Gang fort.

Stuttgart, im Juni 1852.

Friedr. Gust. Schulz, senior.

☞ J. J. Tascher, Buchhändler in Kaiserslautern, nimmt Aufträge an.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 170 | den 16. Juli 1852.

Deutschland.

*** Eine Excommunication in der protestantisch-evangelischen Kirche der Pfalz.** (Schluß.) Wir beschränken uns auf diese wenigen Bemerkungen über den Grund der verhängten Excommunication, und berühren die Frage, ob und welche Folgen dieselbe für die verfassungsmäßigen bürgerlichen und politischen Rechte des Excommunicirten mit sich bringe. Anfangs wurde die Excommunication in der Kirche nur durch einen feierlichen Act nicht ohne Zustimmung der Gemeinde verhängt, bürgerliche Folgen hatte sie nicht. Erst im 4. Jahrhundert bekam der Kirchenbann die Natur weltlicher Strafen; er brachte Verlust aller Ehre und aller natürlichen und bürgerlichen Rechte. Der Gebannte sollte einem Verpesteten gleichgehalten werden, den Jedermann meidet. Zuletzt hieß man sogar den Mord Desjenigen gut, der aus was immer für einer Ursache der Excommunication verfallen war. Gratian bestimmt Decret. II 23, V 47: „Wir erkennen Diejenigen nicht als Mörder, welche im Eifer für die eifrig katholische Mutter (die Kirche) einen oder den andern Excommunicirten getödtet haben." Jene Zeiten, in welchen die Könige selbst die Pfeile schärften, die gegen ihre Nachfolger so verhängnißvoll gerichtet werden sollten, sind vorüber, und unsere Staatsverfassung hat den kirchlichen Censuren jeden Einfluß auf die politischen und bürgerlichen Rechte der Staatsbürger abgeschnitten. Nach den Bestimmungen dieser Verfassung glauben wir, daß die Erklärung des kgl. Generalprocurators für die Pfalz, wonach der Excommunicirte B. vermöge der über ihn verhängten Excommunication die im Tit. IV. §. 9 garantirten Rechte verloren habe, schon in formeller Hinsicht der Giltigkeit und Wirksamkeit entbehre. Denn diese Giltigkeit und Wirksamkeit könnte nur vermittelst eines rechtsgültigen Urtheils der Staatsgewalt in den hiezu verfassungsmäßig erforderlichen Factoren eintreten. Diese Staatsgewalt ist aber hier keineswegs in dem k. Generalstaatsprocurator repräsentirt. Soll aber dessen Erklärung nur als eine Folgerung aus einem rechtskräftigen Erkenntniße angesehen werden: so bleibt die Sache dieselbe, da die verhängte Excommunication gar keinen Einfluß auf die politischen und bürgerlichen Verhältniße des Excommunicirten äußern kann, der Staatsgewalt gegenüber gar nicht existirt. Der §. 19 der Vereinigungsurkunde selbst, auf welchen die Excommunication begründet wird, sagt: „Die Strafen der Kirche gegen ihre Gläubigen können nicht in das Gebiet des eigentlichen bürgerlichen Strafrechts übergehen; sie bestehen daher nur in rein geistlichen Anwendungen, als z. B. in brüderlichen Ermahnungen, Entfernung vom hl. Abendmahle, interimistischer Ausschließung aus der Kirchengemeinde und in der Excommunication." Hätte die Excommunication den Verlust der politischen und bürgerlichen Rechte des Tit. IV. §. 19 zur Folge, dann würde sie allerdings in das Gebiet des bürgerlichen Strafrechtes übergehen; da sie das Letztere nicht darf, so ist auch das Erste nicht der Fall. Der Excommunicirte B. mag des Abendmahls, des kirchlichen Begräbnißes xc. beraubt werden, er bleibt aber in seinen politischen und bürgerlichen Rechten unberührt. Der angeführte §. 19 der Vereinigungsurkunde bestimmt ausdrücklich: „Der Pfarrer darf einem jeden Kirchspielsgenossen angemessene Ermahnungen und Verweise geben, jedoch mit Berücksichtigung der bestehenden allerhöchsten Edicte, besonders jenes vom 26. Mai 1818." Dieses Edict II kennt keine Folge der kirchlichen Excommunication für die politischen und bürgerlichen Rechte des Excommunicirten. Es spricht nur vom Falle der „Religionsänderung" und bestimmt deßfalls §. 10: „Durch Religionsänderung gehen alle kirchlichen Gesellschaftsrechte der verlassenen Kirche verloren; dieselbe hat aber keinen Einfluß auf die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte, Ehren oder Würden; ausgenommen es geschehe der Uebertritt zu einer Religionspartei, welcher nur eine beschränkte Theilnahme an dem Staatsbürgerrechte gestattet ist." Bei dem Excommunicirten B. ist aber durch die erlittene Excommunication nicht einmal eine Religionsänderung eingetreten, welche lediglich durch freien Entschluß stattfinden kann. Wird er nun auch durch die Excommunication der geistlichen Wohlthaten seiner Kirche beraubt: so kann er doch um so weniger seiner politischen und bürgerlichen Rechte dadurch beraubt werden, als er seine Religion nicht geändert, und zu keiner nicht gleichberechtigten Kirchengemeinschaft übergetreten ist. Der §. 38 beschränkt die Befugniß der Kirchengesellschaften in Beziehung auf „Kirchendisciplin" und „Gerichtsbarkeit" auf „rein geistliche Sachen, nemlich des Gewissens oder der Erfüllung der Religions- und Kirchenpflichten einer Kirche, nach ihren Dogmen, symbolischen Büchern und darauf gegründeten Verfassung;" und der §. 42 sagt: „Keine Kirchengewalt ist daher befugt, Glaubensgesetze gegen ihre Mitglieder mit äußerm Zwange geltend zu machen." Hätte die Excommunication aber zur Folge den Verlust der politischen und bürgerlichen Rechte, so würde sie sich nothwendig eben dadurch, als durch äußern Zwang, geltend machen, und umgekehrt wäre die kirchliche Excommunication ein Hebel der weltlichen Gewalt. Es könnte ein Leichtes werden, die mißliebigen Oppositionsmänner sammt und sonders excommunicirlich zu finden, und sie durch kirchliche Excommunication sofort von allen bürgerlichen Stellungen zu beseitigen. Glaubenseifrige Geistliche würden den Staatsverwaltungsbehörden wohl recht willig ihren Bannfluch leihen gegen die in Staat und Kirche licht- und freiheitsfreundlichen Opponenten, wenn hinwiederum die Staatsverwaltungsorgane sich zur Vollziehung der Maßregeln der glaubenseifrigen Geistlichkeit herbeiließen. Aber wie nach diesem §. 42 keine Kirchengesetze gegen die Mitglieder einer Kirche mit äußerm Zwange geltend gemacht werden dürfen, so bestimmt andererseits der §. 71: „Keinem kirchlichen Zwangsmittel wird irgend ein Einfluß auf das gesellschaftliche Leben und die bürgerlichen Verhältniße ohne Einwilligung der Staatsgewalt im Staate gestattet." Diese Staatsgewalt bethätigt sich aber zur Abänderung verfassungsmäßiger Bestimmungen und zur Entziehung verfassungsmäßiger Rechte nur in der Gemeinsamkeit der verfassungsmäßigen Factoren, keineswegs in dem Organe einer Staatsbehörde. Ganz in diesem Sinne geschieht es auch, wenn der Anhang zu dem 103ten §. des II. Edicts (Edict über die innern kirchlichen Angelegenheiten der protest. Gesammtgemeinde im Königreiche) in den §§. 10 und 11 „alle Gegenstände, welche die Aufrechthaltung der Religionsedicte und der Verordnungen über die öffentlichen und bürgerlichen Verhältniße der religiösen Gemeinden und Körperschaften" betreffen xc. der Competenz der weltlichen Gewalt zuweist, und den Wirkungskreis der kirchlichen Behörden „auf die Gegenstände der innern Kirchenpolicei, auf die Ausübung des mit der Staatsgewalt verbundenen Episcopats und die

Leitung der innern Kirchenangelegenheiten" ꝛc. beschränkt.

Unsere Meinung ist demnach folgende: Es wäre dem Geiste der protestantisch-evangelischen Kirche der Pfalz angemessen und den Interessen derselben, wie dem Ansehen und Einfluße der Geistlichkeit förderlicher gewesen, den Bahnhofverwalter B. aus dem angegebenen Grunde nicht zu excommuniciren; und es wäre ebenso dem in Baiern geltenden verfassungsmäßigen Rechtsstande gewiß nicht entgegen gewesen, wenn der k. b. Generalstaatsprocurator für die Pfalz seine auf jene Excommunication gegründete Erklärung unterlassen hätte. Wenn man übrigens durch kirchliche Excommunication seine politischen und bürgerlichen Rechte in Baiern verlieren könnte, welchen Werth besäße dann eine Verfassungsurkunde?

*** Bemerkungen.** In Hannover und in Gotha hat die Ritterschaft gegen Verfassung und Landesgesetze protestirt, und sich gegen die eigene Regierung an den Bund gewendet. Als im Jahre 1837 Ernst August die damalige hannöver'sche Verfassung eigenmächtig aufhob, da erklärte der Bund auf eingekommene Beschwerde der Landesvertretung — sich incompetent. Dagegen erachtete er sich bereits in einer Menge von Fällen competent, wenn der Adel, insbesondere der hohe Adel sich beschwerte. — Der Bundestag betrachtet sich wesentlich als politisches Institut, zumeist zur Wahrung des „monarchischen Princips." Daher die Zurückweisung jeder Volksbeschwerde. Auffallend ist es nun aber gewiß, daß selbst dieser leitende Grundgedanke in den Hintergrund trit, daß selbst das „monarchische Princip" zurückstehen muß, wenn der hohe Adel sich verletzt erachtet. —

* Wenn von dem österreichischen Papiergelde die Rede, so hört man die Vertheidiger einer Handelsverbindung mit Oesterreich gewöhnlich sagen: Niemand braucht ja dieses Papiergeld zu nehmen! Damit ist aber die Sache eben doch nicht abgethan. Hinsichtlich der öffentlichen Cassen genügt freilich eine einfache Verfügung. Nicht so im gewöhnlichen Leben, im gewöhnlichen Verkehre. Hier ist der Zahlende fast immer der Stärkere. Der Geldempfänger läßt sich ein etwas zu geringes Zahlungsmittel nur zu leicht aufdringen, um das nemliche seinerseits wieder Anderen aufzudringen. So ist es zu allen Zeiten gekommen, daß das geringhaltigere Zahlungsmittel nicht nur Eingang erlangte, sondern daß es das bessere geradezu verdrängte. So kam es z. B., daß man von dem alten Reichsmünzfuße zum 18fl.-Fuß, dann zum 20-, hierauf zum 24- und nun zum 24½fl.-Fuße — d. h. zu immer weiter gehender Verschlechterung des Münzfußes gedrängt ward. Gerade ebenso, wie das geringhaltige Metallgeld, drängt sich Papiergeld ein. Die mindest wohlhabenden Classen sind es gerade, die sich am wenigsten davor schützen, sie sind es, welche am wenigsten derartige Verluste von sich abwenden können. Kommen wir in einen Handelsverband mit Oesterreich, so kann es nicht fehlen, daß auch dessen Papiergeld, das Metallgeld theilweise verdrängend, Eingang bei uns erhält, — das Papiergeld desjenigen Staates, in welchem man „hofft," daß das Jahresdeficit bald auf — 50 Millionen herabgebracht werden könne!

*** Aus dem Kanton Edenkoben,** den 12. Juli. Die vor 14 Tagen zu Maikammer begonnenen und gestern beendigten Missionspredigten, haben u. a. auch die Frucht getragen, daß ein junger Mensch von dort, welcher die Predigten öfters besuchte, in religiösen Wahnsinn verfallen ist. —

München, den 12. Juli. Da sämmtliche Bearbeitungen der bayerischen Geschichte, welche bisher beim Cultusministerium auf das Ausschreiben vom 13. Jan. v. J. eingegangen sind, der gestellten Aufgabe (bei der Jugend das baierische Nationalgefühl zu wecken, zu nähren und zu befördern) als nicht genügend erachtet worden sind (!!), so ist zur Entgegennahme neuer Bearbeitungen der Termin bis zum 15. Novbr. ds. Js. erstreckt worden.*)

Kassel, Anfangs Juli. (Moderne Finanzwirthschaft.) Eine der ersten Aufgaben der neuen Ständeversammlung wird die Ordnung der finanziellen Lage des Staates bilden. Die Staatscasse hat sich nemlich seit anderthalb Jahren hindurch fort und fort in nicht geringer Verlegenheit befunden, alle nicht unumgänglich nothwendigen baaren Zahlungen wurden einstweilen aufgeschoben und den Staatsgläubigern 4½ Procent Zinsen tragende Bons ausgefertigt, was namentlich bei den Unternehmern und Lieferanten für die Bauten der Staatseinsenbahnen geschah. Sie wurden zu 93 Proc. angeboten, ohne Käufer zu finden. Später waren zwar bestimmte Termine zur Rückzahlung festgesetzt; aber als dieselben fällig geworden waren, sah sich die Generalcasse außer Stand, sie zu liquidiren, dagegen wurde zu einer Erhöhung der Jahreszinsen auf 5 Proc. geschritten. Wiederholt hatte Rothschild aus der Noth geholfen; aber immer nur unter ungemein lästigen Bedingungen, durch Vorschüsse auf die ihm hinterlegten, erst in Zukunft erhebbaren Zinscoupons von fremden Staatspapieren. Auf Beschaffung von Anleihen von einiger Bedeutung für Rechnung des kurhessischen Staates hatte sich sein Haus, so wenig wie andere Bankierhäuser im Inn- und Ausland, nicht einlassen wollen ohne landständische Garantie, die man ihm nicht gewähren konnte. Auch die Verpfändung von Prioritätsactien der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn in Berlin zu einem großen Betrag, welche sich im Besitze der Regierung befanden, hatte dazu gedient, dieser vorübergehend beträchtliche Summen zu verschaffen. Gleichzeitig war es gelungen, mancherlei Forderungen, die von Auswärts kamen, theils abzulehnen, theils deren Berichtigung zu verschieben. Die baierische Reclamation von zwei Millionen wegen Mobilmachung, Ausrüstung und Absendung einer Executionsarmee wurde geradezu zurückgewiesen, da ja Ministerpräsident v. d. Pfordten in München selbst in der baierischen Kammer erklärt hatte, daß diese Expedition im Gesammtinteresse aller Glieder des wiederhergestellten deutschen Bundes und nicht etwa lediglich in dem besondern Kurhessens unternommen worden sei, und die Kosten daher von allen gemeinsam zu tragen seien. Auch wurde der baierischen Regierung von dem hiesigen Ministerium bemerklich gemacht, daß 3000 Mann fremder Hülfstruppen vollkommen hingereicht haben würden, den beabsichtigten Zweck in Kurhessen zu erfüllen, und es dazu nicht eines Corps von 20,000 Mann bedurft hätte, der Kurfürst in Wilhelmsbad auch ein so starkes Corps von Hülfstruppen bei seiner Requisition am Bundestag in Frankfurt gar nicht verlangt habe. In der That hat auch nicht verlautet, daß von Seiten Oesterreichs wegen des Bataillons Jäger, welches vereinigt mit den Baiern in Kurhessen eingerückt war, irgend eine Entschädigungsforderung an die kurf. Regierung gestellt worden wäre. In Betreff mancher Geldsummen, wegen der bundestäglicher Seits die hiesige Staatscasse in Anspruch genommen worden war, waren von hier aus Gegenforderungen geltend gemacht, in Betreff anderer die Zahlung verweigert worden. Gleichwol ist vorauszusehen, daß wenn es auch glückte, mancherlei Forderungen abzuwehren, die völlig liquide schwebende Schuld des Kurstaates immer noch von so beträchtlicher Größe bleiben werde, daß die gewöhnlich, noch dazu in den letzten Jahren sehr geschwächten Staatseinkünfte bei Weitem nicht ausreichen würden. Man sieht daher den Regierungsvorlagen mit Spannung entgegen. (Schw. M.)

Wetzlar, den 12. Juli. Das auf den gestrigen Tag bestimmte Sängerfest hat nicht stattgefunden. Nachdem am Vorabend die Straßen und Häuser mit Maien, Kränzen und Blumen, mit Bändern und Fahnen geschmückt und vor jedem der Stadtthore Triumphbogen

*) Wir wissen es nicht, ob es wahr ist, was versichert wird, daß einer der schwunghaftesten Dichter der Neuzeit den verlängerten Termin zu einem Versuch benützen wird. D. Red.

mit Empfangsworten für die Sänger aus Preußen, Hessen und Nassau errichtet waren, auch bereits Böllerschüße der Stadt und Umgegend den Anfang des Festes verkündigt hatten, vernahm man spät Abends die betrübende Nachricht, daß das Fest durch ein eben eingelaufenes Schreiben des k. Oberpräsidiums zu Coblenz verboten sei. Man vermuthet, daß die Veranlassung hierzu ein ohne Wissen des Comite's entstandenes sinnwidriges Fragezeichen in einem am Feste zu singenden und zum Verkaufe mit andern abgedruckten Liede (Kriegerchor von Panny) „Welche Treu der Krone" gegeben habe. Die verschiedenen Sängervereine kamen zwar, jedoch nicht in Aufzügen, hierher und versammelten sich zu Lustpartien, verließen aber, wie die meisten gerade anwesenden Fremden, unsere Stadt mit dem Gefühle getäuschter Hoffnungen. (Fr. J.)

Frankreich.

Die Pariser Industrie hat sich auf die Anfertigung von Fächern geworfen, deren Tausende, das Stück um 4 Kreuzer, auf den Straßen colportirt werden.

(Vox populi) Dieser Tage hatte sich in **Havre** das Gerücht verbreitet, daß Haynau in der Stadt anwesend sei. Man hatte nämlich in den Journalen gelesen, daß er nach Frankreich kommen werde, und da das Volk einen deutschen Offizier mit einem sehr langen Schnurrbart wahrnahm, so rottete es sich zusammen, und hatte wahrscheinlich nicht die Absicht, ihm eine Huldigung darzubringen, wenn nicht die Polizei durch ihre Intervention ihn gerettet hätte.

Neueste Nachrichten.

München, den 11. Juli. Da der Staatsminister v. Zwehl vorgestern wieder hieher zurückgekehrt ist, hat sich der Finanzminister v. Aschenbrenner in Urlaub nach Bad Achselmannstein begeben. Auch der Staatsminister der Justiz, v. Kleinschrod, begibt sich demnächst zu einer Badecur an den Rhein und statt seiner übernimmt Staatsrath von Pelkhoven das Portefeuille des Justizministeriums. Ministerpräsident v. d. Pfordten wird noch einige Wochen in Kissingen verweilen. Staatsrath v. Ringelmann befindet sich seit längerer Zeit in Partenkirchen.

Haßfurt, den 11. Juli. Die Eröffnung der Bahnstrecke von Bamberg bis Haßfurt ist unwiderruflich auf den 25. Juli bestimmt. Die Strecke von Haßfurt bis Schweinfurt soll jedenfalls bis Mitte October dem Betriebe übergeben werden.

Leipzig, den 10. Juli. Von sicherer Hand wird uns eben ein Brief mitgetheilt, in welchem einer Aufforderung des preußischen Ministeriums an die Regimenter der preußischen Armee erwähnt ist, deren Unterofficieren die Erlaubniß ertheilt wird, sich zu Gränzwächterposten einschreiben zu lassen. Bestätigt sich diese Nachricht, so kann man sie wohl mit der Zollfrage in Verbindung setzen, welcher eine nahe, aber traurige Entscheidung drohen dürfte. (Fr. J.)

Berlin, den 11. Juli. Noch immer ist über den Inhalt der durch Herrn v. Bismark hieher überbrachten letzten österreichischen Forderungen und über die Antwort, welche auf dieselben von hieraus demnächst ergehen wird, noch nichts Sicheres ins Publicum gedrungen; so viel aber gibt sich bereits als nicht mehr bestreitbar, daß unsere Regierung ihren ursprünglichen Standpunct schon aufgegeben und zu näheren Unterhandlungen über einen künftigen „Handelsvertrag" mit Oesterreich auch vor Rekonstituirung des Zollvereins einzugehen sich bereit erklärt hat. (Köln. Ztg.)

Von der Oder, den 9. Juli. Auf dem Rittergut Miastowo im kostener Kreise in Posen ist soeben der Besitzer, Stanislaus v. Grabowski, verhaftet worden. Es ist ein nicht uninteressanter Beitrag zu dem polnischen Flüchtlingswesen. Der Verhaftete ist ein polnischer Flüchtling, der Jarmond heißt, er hat sich einen falschen Taufschein aus dem Kirchenbuch in Grabow verschafft, hat sich unter dem Namen Grabowski mehrere Jahre im Kreise Inowraclaw aufgehalten, ist von einem polnischen Geistlichen ohne Aufgebot und andere Formalitäten getraut, hat endlich auf Grund seiner falschen Atteste das Rittergut Miastowo erstanden, und als solcher die politischen Rechte eines Kreisstandes ausgeübt. (A. Z.)

Basel, den 13. Juli. Aus den Verhandlungen des Nationalraths ist eine Petition des Comite von Posieur zu erwähnen, welche dahin geht, es möchte die Verfassung des Kantons Freiburg dem Volke zur Genehmigung oder Verwerfung vorgelegt werden. Lusser aus Uri beantragte, diese Petition einer eigens zu ernennenden Commission zuzuweisen. Dieselbe wird jedoch auf die Bemerkung von Dubs, daß keine besonderen Umstände vorhanden seien, um für diese Petition ein exceptionelles Verfahren einzuschlagen, mit großer Mehrheit der aus lauter Radikalen bestehenden Petitionscommission zugewiesen. Hiermit dürfte zugleich das Schicksal der Petition ausgesprochen sein.

Paris, den 12. Juli. Der Präfect des Unterloire-Departements hat angeordnet, daß keine neuen Schenken, Caffee- und sonstige Wirthshäuser eröffnet werden dürfen!

Seit längerer Zeit sieht es der Präsident mit ungünstigen Augen, daß die Glieder seiner Familie, mit einer einzigen Ausnahme, sich so gar nicht mit den Staatsgeschäften befassen wollen! Der Präsident will in Zukunft einige seiner Vettern in das Joch des Staatsdienstes spannen, sie sich an die Seite nehmen und als tüchtige Regierungsbeamte heranbilden.

Kürzlich ist der berühmte Typograph Henri Didot im Alter von 87 Jahren gestorben.

Madrid. Das Stiergefecht vom 5. Juli kann nicht glänzend genug geschildert werden! Die Stierkampflehranstalt zu Sevilla hat gewaltige „Männer vom Fach" hervorgebracht. Diese Anstalt wurde im Jahr 1830 aus Hohn gegen die Menschlichkeit errichtet; dafür aber wurden sämmtliche Hochschulen des Landes geschlossen.

London, den 12. Juli. Gewählt sind: 136 Ministerielle und 223 Liberale.

Petersburg, den 1. Juli. Die auswärtige Schuld Rußlands beläuft sich gegenwärtig auf 400,678,000 Silberrubel.

Der Handelsverkehr auf der Petersburg-Moskauer Eisenbahn hat einen unbeschreiblichen Aufschwung genommen. Es läßt sich nicht berechnen, wie hiedurch auf die Cultivirung des Landes sowie auf die Aufklärung des Volkes, gewirkt wird. Die russische Regierung selbst wird am meisten nach einiger Zeit darüber erstaunt sein!

New-York, den 30. Juni. Nach langen Leiden ist der berühmte amerikanische Staatsmann Henry Clay gestorben. Er war am 12. April 1777 zu Hannover County, im Staate Virginien, geboren. Seine Eltern waren wenig bemittelt; sein Vater starb früh.

Cincinnati, den 15. Juni. Unter den Emigranten, welche von Neuorleans kommen, herrscht die Cholera und das Schiffsfieber.

Miscellen.

Der Haupt-Archivar der königl. Archive in **Brüssel**, Gachard, hat in einer der belgischen Akademie vorgetragenen Abhandlung eine der gräulichsten Blutthaten Philipp's II. beleuchtet, nämlich die geheime Hinrichtung des Floris von Montmorency, Barons von Montigny und von Leuze in dem zwei Stunden von Valladolid gelegenen Schlosse von Simancas in der Nacht vom 15. auf den 16. October 1570. — Montigny war als Gesandter nach Madrid gegangen, um Philipp II. um Mäßigung in seinem Verfahren gegen die Niederlande zu bitten. Aufs freundlichste aufgenommen, wurde der edle Mann lange durch alle Künste hingehalten und konnte den Urlaub zur Rückkehr nicht erlangen; selbst

alle Mittel zur Flucht waren ihm abgeschnitten. So wie er die spanische Gränze wider Willen, nur um seinem unglücklichen Vaterlande zu dienen, überschritten, war im Escurial sein Tod beschlossen. Als endlich Egmont's und Horn's Haupt durchs Henkerbeil gefallen, wurde Montigny auch verhaftet, in der Nacht des 19. Sept. 1568, und schmachtete zuerst zehn Monate im Schlosse zu Segovia. Nach einem mißlungenen Fluchtversuche brachte man ihn in das Schloß des Städtchens Simancas. Alba sprach am 4. Mai 1570 das Todesurtheil über Floris von Montmorency, Baron von Montigny, und verordnete die Confiscation seiner Besitzungen. Viele Stimmen hatten sich für den unglücklichen Gefangenen erhoben, selbst Philipp's II. dritte Gemahlin, Anna von Oesterreich, hatte man, als sie durch die Niederlande zu ihrem Beilager reis'te, dahin gebracht, Montigny's Gnadenvermittlerin bei ihrem Gemahle zu werden. Wie laut auch die Stimme des Rechtes gegen das Urtheil sprach, das gefällt wurde, ohne daß sich der Angeklagte vertheidigen konnte, Montigny's Tod war beschlossen, nur wagte man es nicht, ihn öffentlich hinzurichten. Don Velasco, Philipp's II. Minister, entwarf den Plan des blutigen Drama's und führte es aus im Namen seines Herrn. Im Schlosse und in der Stadt streute man aus, Montigny sei erkrankt, um so jeden Verdacht einzuschläfern. Am 14. Oct. 1570 erschien gegen Abend Alonzo de Orellano, Alcade von Valladolid, in Begleitung des Henkers zu Simancas. Um 10 Uhr wurde dem Gefangenen in Gegenwart des Gouverneurs Eugenio de Peralta das Todesurtheil, wie es Alba gefällt, verkündet. Montigny, der darauf nicht gefaßt war, empfing es aber wie ein Mann. Ein Dominicaner, Fray Hernando del Castillo, bereitete ihn zum letzten Gange. Ein Testament zu machen, wurde Montigny nicht erlaubt; einzelne Bestimmungen mußte er so fassen, als wenn er schwer erkrankt sei und seiner Auflösung entgegensehe. Montigny fügte sich. Zwei Ringe gab er dem Fray Hernando, um dieselben seiner Gattin und seiner Schwiegermutter zukommen zu lassen, und traf auch noch einige andere Bestimmungen. Um 1 Uhr in der Nacht vom 15. auf den 16. October erschien der Henker, und der edle Floris von Montmorency wurde, so wollte es Philipp II., wie ein gemeiner Verbrecher in seinem dreiundvierzigsten Jahre durch die Garrote erwürgt. Mit Anbruch des Tages ließ der Gouverneur verkünden, Montigny sei verschieden. In einer Kapuciner-Kutte wurde die Leiche in der Kirche ausgesetzt, und dem Pfarrer einfach mitgetheilt, Baron von Montigny sei, wie allbekannt, eines natürlichen Todes gestorben. Nachdem die Identicität der Leiche konstatirt war, wurde sie in der Hauptcapelle begraben. Philipp's II. mehr als grausame Politik hatte Mittel genug, das Geheimniß der Hinrichtung Montigny's zu bewahren. Alle, die um dasselbe wußten, Priester, Notar, Henker, mußten einen fürchterlichen Eid schwören und wurden mit dem Tode bedroht, falls das Mindeste über die Blutthat kund werde. Der Gouverneur des Schlosses von Simancas mußte zwei Briefe an den König schreiben, in welchem er ausführlich über die Krankheit und den natürlichen Tod des Barons von Montigny berichtete. Beide Briefe wurden in Madrid und Brüssel in Umlauf gesetzt. Jahrhunderte lang blieb die That verborgen, bis Gachard in den Archiven von Simancas die blutige Wahrheit fand; — eine Gräuelthat mehr in der langen Reihe derer, welche das Andenken des spanischen Philipp II. brandmarken.

Nudelmüller. Ist's denn wahr, daß in Frankreich der Kladderadatsch verboten is?

Breetenborn. Ja wohl, un das is ooch in der Ordnung.

Nudelm. Wuso?

Breetenb. De ganze Republik Frankreich is ja een Kladderadatsch, was brauchen se dort noch den Berliner?!

— Breetenb. Wie man adder in den Zeitungen liest, faßt Frankreich immer mehr Fuß in Rom.

Nudelm. Jaa, und Rom faßt immer mehr Fuß in Frankreich. Wurscht wieder Wurscht beeßts da. (Illust. D.)

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1129²] **Anzeige.**

Ich bringe hiermit in empfehlende Erinnerung, daß ich fortwährend eine schöne Auswahl von Schießwaffen jeder Art vorräthig halte und solche um billige Preise erlassen kann. Vielseitigen, von Auswanderern an mich ergangenen Nachfragen zu genügen, diene ferner zur Kenntniß, daß von den zur Jagd so beliebten Doppelflinten mit Bajonett resp. Genickfänger eben fertig geworden, die bezüglich ihres Preises sowohl, wie auch ihrer zweckmäßigen und soliden Construction wegen besonders empfehlenswerth sind.

Speyer, den 9. Juli 1852.

Melchior Heß, Büchsenmacher.

[1126²] Ein solider **Uhrmachergehilfe** kann sogleich in Arbeit treten bei H. Roth jun. in Neustadt a. d. H.

[1131²] **Gold- und Silberborden, Uniformsstickereien, Ordensbänder ꝛc. ꝛc.,** werden fortwährend verfertigt bei Louis Cron, Posamentier zu Speyer.

[1120²] Die in Cusel in der baierischen Pfalz erscheinende

Westricher Zeitung

mit ihrem Unterhaltungsblatte „Neue Didaskalia," wöchentlich 4 Blätter zu 1 fl. vierteljährlig, kann durch alle Postämter bezogen werden.

Die Redaction:

L. Schneider.

[1124²] **Chaisen-Versteigerung.**

Dienstag, den 20. Juli 1852, Morgens 9 Uhr, zu Speyer, läßt Sigismund Chariatte, Sattler zu Speyer wohnhaft, in seiner Behausung, in der Landauer Vorstadt, 1 Droschke und mehrere Chaisen verschiedener Bauart und neuester Façon öffentlich versteigern.

Speyer, den 9. Juli 1852.

Kissel, Notar.

[1130³] **Versteigerung eines Hauses zu Neustadt an der Haardt.**

Mittwoch, den 15. September nächsthin, Nachmittags 4 Uhr, im Gasthause zur Krone (Post) dahier, läßt Fräulein Ch. Kölsch, Rentnerin allda, der von ihr beabsichtigten Veränderung ihres Wohnsitzes wegen, ihr in hiesiger Stadt gelegenes (das früher Hepp'sche) Wohnhaus, welches 2 Salons, 12 Zimmer, 1 Küche mit darin befindlichem Brunnen, 1 Keller für circa 70 Stück Wein, 1 Gemüse- und 1 Blumenkeller enthält, mit Oeconomiegebäuden, geräumigem Hofe, einem mit den auserlesensten Ziergewächsen und veredelten Obstbäumen, nach englischem Geschmacke angelegten Lustgarten und einem Pflanzgarten, in deren Mitte das Wohngebäude gelegen ist, an den Meistbietenden versteigern.

Hierauf Reflectirende werden zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß die Versteigerin ferner 7 Morgen Weinberge hiesiger Gemarkung, Lagerfässer für ungefähr 70 Fuder, ihre Kelter und Herbstgeräthschaften zur Veräußerung bringen wird.

Neustadt a. d. H., den 12. Juli 1852.

Werner, Notär.

[1132] **Auszug.**

Durch registrirtes Urtheil des königl. Bezirksgerichts zu Frankenthal vom 7. Juli 1852 wurde auf Betreiben von Heinrich Heynemann, Ackerer in Grünstadt wohnhaft, die Interdiction von Philipp Ludwig Heynemann, Ackerer daselbst, ausgesprochen.

Frankenthal, den 16. Juli 1852.

Der Anwalt des Interdictionsklägers:

Kirchweger.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag — Nro. 171 — den 17. Juli 1852.

Deutschland.

*** Bemerkungen.** Im vielgetadelten Vormärz, nemlich im Jahre 1847, hat die kurhessische Regierung angefangen, Advocaten zunächst nur provisorisch anzustellen. Im Nachmärz ist die hessen-darmstädter Regierung diesem Beispiele gefolgt, indem sie die neu angestellten Advocaten ebenso wie die Verwaltungsbeamten, während der ersten 5 Jahre administrativ absetzbar erklärt. Vergeblich Remonstrationen dagegen; vergeblich daß man hervorhob, jene Bestimmung sei selbst bei den Verwaltungsbeamten einzig aus dem Grunde eingeführt worden, um das Land vor einer zu großen Pensionslast zu sichern, dieses Motiv greife aber bei den Advocaten nicht Platz. Vergebens sodann, daß man die Sache vor die Abgeordnetenkammer brachte: bekanntlich ward diese geschlossen, sobald sie die Civilliste des Großherzogs bewilligt hatte, so daß sie nicht einmal mehr über die Zollfrage berathen durfte. — Kanzler d'Aguesseau sprach in seiner berühmten Rede über die Unabhängigkeit des Advocatenstandes in der Audienz des Parlaments zu Paris im Jahre 1693 die Sachwalter also an: „Sie, die durch einen glücklichen Vorzug vom Himmel das reiche Geschenk einer vollkommenen Unabhängigkeit empfangen haben, erhalten Sie diesen kostbaren Schatz, und wenn Sie wahrhaft eifersüchtig auf Ihren Ruhm sind, verbinden Sie die Freiheit Ihres Herzens mit der Freiheit Ihres Standes!" So sprach ein Kanzler Ludwigs des Vierzehnten. Wo ist ein zweiter d'Aguesseau? — Diese Frage wirft sogar die Augsb. Allgem. Ztg. auf. Wir aber zweifeln gar nicht daran, daß wenn heute auch ein zweiter d'Aguesseau aufträte, er eben — nichts ausrichten, sondern als Wühler, der „den Regierungen Verlegenheiten bereite," verfolgt werden würde. Es ist überhaupt ungereimt, immer wieder auf eine einzelne Person zu kommen, und ihr alles Gute oder alles Schlimme beizumessen. Die jetzige Strömung ist derart, daß eben Rückschritte auf Rückschritte, Verschlimmerungen auf Verschlimmerungen folgen müssen; wäre diese Person nicht vorhanden, so würde eine Andere in gleichem Sinne handeln, was freilich die Handelnde nicht rechtfertigt. — Die Reaction durchläuft eben unaufhaltsam ihre Bahn. —

* In Oesterreich beabsichtigt man, Zeitungsnachrichten zufolge, die Auswanderung nach Amerika zu verbieten oder doch zu erschweren. Was wäre das anders als eine theilweise Wiederherstellung der Leibeigenschaft?! Sind die Leute nicht glebae adscripti, so kann man ihnen auch die Auswanderung nicht verbieten. Nun, die „Volksbeglückung" kommt eben noch auf mancherlei Dinge!

† Maikammer, den 12. Juli. Gestern wurden hier die Jesuiten-Missionen beendet, und die Patres reisten sogleich nach Beendigung mit dem Tags zuvor angekommenen Bischof von Speyer ab.

Während der 14tägigen Mission hielten die Patres Roder und Zeil 42 klug berechnete, in systematischem Zusammenhang stehende Missionspredigten. Und wahrlich, sie erreichten wenigstens den Zweck, immer viele Zuhörer zu haben, an Sonntagen gingen sogar nicht alle Anwesenden in die etwa 3000 Menschen fassende Kirche. Daß darunter eine große, sogar möchte ich sagen, die größte Anzahl Neugieriger war, bedarf kaum einer Erwähnung, da es allenthalben so ist. — Während der 14 Tage hörte ich sogar ihre treuesten Anhänger sagen: „wenn's nur einmal ein Ende hätte, man kann doch gar nicht an die Arbeit kommen." Fragte man sie weiter, was sie denn aus den Predigten zu sagen wüßten, so erhielt man zur Antwort: „sie haben schön gepredigt." Weiter wußten diese Leute nichts.

Aus verschiedenen Nachbargemeinden kamen Prozessionen. Die pomphafte Verkündigung in der Kirche, das Strafen mit Verachtung für die Nichtmitgehenden, die Einwirkung des leicht beweglichen und leicht gewonnenen weiblichen Geschlechts auf Mann und Sohn, denen ein solcher Weg als ein Weg zum Himmel bezeichnet wird 2c. 2c., brachten diese Processionen leicht zu Stande. Wenn Jemand nicht die gehörige Achtung vor den Prozessionen beweist oder es übersieht, kommt es zuweilen einem frommen Herrn auch nicht darauf an, dem Lauen die Kopfbedeckung zu Boden zu schmettern, was mit Erfahrung gesprochen werden kann, da es hier vorgekommen ist.

Welches werden die Früchte der Missionen sein? Nicht allein erst wieder heute, sondern auch während der Missionszeit hörte ich von Diebstahl in Häusern und auf dem Felde; auch bin ich überzeugt, daß Haß und Feindschaft nicht aufgehoben sind, überhaupt, daß noch alle Laster nach wie vor walten. O, wie genau wissen die Menschen was recht und gut und unrecht und schlecht ist; sie sollten nur der Gerechtigkeit nachstreben, bald würden sich die Zeiten ändern.

Was die Predigten selbst anbelangt, so würde es zu weit führen, diese näher zu besprechen; übrigens bemerke ich, daß ich nur wünschte, nicht länger als auch 14 Tage die Gegner dieser Jesuiten mit ihren geistigen Waffen dieselben bekämpfen zu hören, bekämpfen namentlich die Tendenz und das Wesen, den Zweck der Jesuiten; wahrlich, staunen würde man, die überzeugende Wahrheit als glänzende Siegerin über die feinen Spitzfindigkeiten beleuchtend hervorgehen zu sehen.

*** Auswanderungssache.** Es wurde uns das Schreiben eines Pfälzers, welcher sich in New-York niedergelassen hat, (Ph. Schmidt aus Bellheim) mitgetheilt. Wir geben daraus folgenden Auszug, wobei wir nicht unterlassen können, die Auswanderer ganz besonders auf diejenigen Stellen aufmerksam zu machen, welche geeignet sind, ihnen sowol bezüglich der Wirthshäuser als insbesondere bezüglich Ankaufs von Wechseln zur Warnung zu dienen. Sie werden gut thun, nur an durchaus solide und dafür bekannte Handelshäuser ihr Geld gegen Wechsel abzugeben.

„Mit der Temperenzgeschichte ging es gut; die Schwärmer sind unterlegen. Jetzt ist das ganze Land auf die Präsidentenwahl gespannt, und wir hoffen nun auch einen democratischen Mann an die Spitze zu bringen. Die Sonntags- und Feiertagsgesetze geniren sehr, hier zwar nicht, denn man hat nicht Muth genug, gegen die große Masse Deutscher und Franzosen mit diesen Gesetzen so strenge aufzutreten, sonst müßten ja hier Sonntags auch die Wirthshäuser und alle Geschäfte geschlossen sein. ... Meine Wirthschaft geht nun sehr gut. Wir haben Samstags und Montags Tanzmusik, Sonntags Soirée, Concert. Man schreibt immer „heilige Musik" für den Sonntag in den Annoncen aus, weil andere gesetzlich nicht erlaubt ist, deßwegen wird aber doch gespielt, was das Publicum gerne hört.

Vor einigen Tagen kamen Mechtersheimer Leute hier zu mir, die von Ihnen (dem Briefempfänger) an mich empfohlen waren. Ich habe sogleich dafür gesorgt, daß

sie ihr Geld bekamen und sie reisten dann weiter. — Es war Einer dabei mit einem Wechsel von 400 Doll., den er gekauft hatte, auf 60 Tage Sicht gestellt. Da mußte der arme Mann 5½ Doll. nachlassen, während der Aussteller doch dem Manne gesagt hatte, daß diese 60 Tage von der Zeit der Ausstellung des Wechsels an gemeint seien, da jener das Geld bekam, und es würde dem Manne der Betrag bei Vorzeigung sogleich gezahlt. Vor einer solchen Prellerei sollte man warnen.

Es ist auch ein Glück für die Einwanderer, wenn sie nicht sogleich bei hiesiger Ankunft in die Hände der Mäkler gerathen, die sie in die Emigrantenwirthshäuser am Wasser schleppen. Da bekommt der Makler ein Doll. pr. Kopf, und der Wirth von der Office, wo die Leute, die ins Land gehen, verhandelt werden, bekommt pr. Kopf 2 Doll., dann werden sie erst noch recht betrogen, indem sie eine viel theurere Fracht für ihre Reise zahlen müßen, als andere, die nicht in ihre Hände gerathen. Manchmal accordiren solche Leute auf mehrere hundert Meilen, und auf der zweiten oder dritten Station gelten ihre Billets schon nicht mehr, und sie müßen neuerdings zahlen. Die Leute sollten immer ein deutsches Haus in der Stadt aufsuchen, da sie in jedem besser aufgenommen sind, als in den Emigrantenhäusern.

Nürnberg. Der „Nürnb. Kur." bemerkt sehr richtig: Das Schicksal der widerrechtlich abgesetzten Kieler Professoren hat selbst in s. g. conservativen Kreisen und Blättern, wo man sonst nicht allzu eilig ist, beliebige Regierungsmaßregeln zu tadeln, die verdiente Theilnahme erregt. Namentlich haben bereits an mehreren deutschen Universitäten die Professoren gleichsam als Korporation sich zusammen gethan, um ihren Kollegen die nöthige Unterstützung zu leisten. . . . Hätte das deutsche Volk die Stimme in deutschen Dingen, die ihm von Rechts wegen gebühren, jene Absetzung hätte nie geschehen dürfen. . . . Wir sind weit entfernt, an der Sympathie für die Kieler Professoren als solcher irgend etwas bemäkeln zu wollen. Aber dennoch drängt sich ein Tadel in anderer Richtung bei dieser Veranlassung auf. Die Kieler sind nicht die ersten Professoren und Gelehrten in Deutschland, welche letzter Zeit und in Folge der letzten Ereignisse um ihrer Gesinnung willen gemaßregelt wurden. Warum wurde ihnen nicht die gleiche Theilnahme? Weil sie „Demokraten" und jene „Constitutionelle" sind? Wir erinnern beispielsweise an den Professor Nees v. Esenbeck in Breslau, welchen die preußische Regierung gleichfalls ohne Gehalt, ohne Entschädigung abgesetzt hat. Nees v. Esenbeck hat in seinem Fache für die Wissenschaft mehr geleistet, als irgend einer jener Kieler Professoren in den ihren. Die Kieler Professoren stehen noch in der vollen Manneskraft, Nees v. Esenbeck ist ein hochbejahrter Greis, ein Siebziger. Jene vermögen sich leicht einen andern Wirkungskreis zu schaffen, Nees v. Esenbeck steht am Ziele seiner Laufbahn. Warum ist für ihn nicht die gleiche öffentliche Theilnahme laut geworden? — Wir wissen, daß Einzelne ihre Sympathien für ihn offen bethätigt haben, eine Universität als solche hat sich nicht für ihn erhoben. Warum das? Wir wiederholen: weil Nees von Esenbeck ein „Democrat ist!" . . . Darum ist dies traurig, weil hier die Gelehrtenwelt in ihren Sympathien für die gemaßregelte Wissenschaft nicht jenen Muth zu besitzen scheint, von welchem die wahre Humanität getragen sein sollte. Der ächte Samaritaner fragt nicht, weß Glaubens der Mann sei, der seiner Hülfe bedarf. Wenn aber die Opferwilligkeit, die Humanität, der Gemeinsinn auf obere Gunst und Ungunst sich leiten lassen, so verlieren sie einen Theil ihres Werthes. Nees v. Esenbeck ist ein Demokrat; für ihn öffentlich zusammenzutreten konnte mißliebig erscheinen. Dagegen erfreut sich das schleswig-holstein'sche „Rebellenthum" bei manchen Regierungen einer gewissen Nachsicht und Duldung. Hier also durfte man mit seinen Sympathien unverhohlen hervortreten. Aber Nees v. Esenbeck ist ein Opfer seiner Ueberzeugung, und zwar blos seiner Ueberzeugung, wie jene. Wir wollen dieses unangenehme Thema nicht weiter verfolgen, sondern als Moral der Fabel nur noch an Folgendes erinnern. In den Vierziger Jahren suchte ein Freund des Schreibers dieser Zeilen für Dr. Eisenmann, damals noch in Haft, eine Adresse an die baierische Regierung zu Stande zu bringen. Diese Adresse sollte um des größeren Nachdruckes willen von möglichst vielen ärztlichen Notabilitäten Deutschlands unterzeichnet werden. Eine solche „Notabilität" sollte sich natürlich an die Spitze stellen, Bereitwilligkeit war genügend da, aber es fand sich keine „Notabilität," welche die Adresse zuerst unterzeichnen wollte, weil — — sie nicht hofmännisch genug, weil vom Recht zu viel, von der Gnade zu wenig oder eigentlich gar nicht darin die Rede war. .. Und so scheiterte die Sache, denn Eisenmann galt damals für eine Art Hochverräther, für eine höchst mißliebige Person. Wie aber hat sich die Sache im Jahre 1848 gewendet? Wer würde da noch angestanden haben, eine Adresse für ihn zu unterzeichnen?

München, den 13. Juli. In der letzten Zeit sind sehr häufig Fälle vorgekommen, daß sich Soldaten hier selbst entleibten. Gestern sollen sich sogar zwei solcher Fälle zugetragen haben. — Die Baulust ist hier wieder sehr groß; allein schon deutet wieder Einiges auf einen bevorstehenden Häuserbankerott.

Frankfurt, den 14. Juli. In Folge einer am Sonntag im „Essighaus" stattgehabten Schlägerei zwischen Militärs der verschiedenen unserer Garnison beizählenden Bundescontingente ist denselben der Besuch dieses Lokals von der Stadtcommandantur auf das strengste untersagt worden.

Köln, den 11. Juli. Vorgestern Abend traf, von London kommend, die Schwester des bekannten Studenten Schurz, der als Befreier Kinkel's gilt, am hiesigen rhein. Bahnhofe ein. Die Polizei, von deren Ankunft avertirt, hatte sich den Zollbeamten zugesellt, um bei der Visitation der Reise-Effecten dieser Dame mit thätig zu sein. Obgleich die Durchsuchung sehr minutiös erfolgte, so hat die Polizei doch keine Veranlassung zu einer Beschlagnahme finden können.

Berlin, den 12. Juli. In der vorgestern stattgehabten Sitzung der Zollconferenz wurden die Berathungen über den Septembervertrag und die diesem angeschlossenen preußischen Vorlagen bis zu Ende besprochen, und es bleibt jedenfalls zweifelhaft, womit die Zeit bei etwa ferner stattfindenden Sitzungen auszufüllen sei. Im Allgemeinen haben sich schon bei den oberflächlichen Discussionen folgende ebenso entschiedene wie principielle Differenzen zwischen den südlichen und nördlichen Staaten herausgestellt: beim Septembervertrage das an Hannover zu gewährende Präcipuum in seiner festgesetzten Höhe, die Ermäßigung der Tarifsätze auf Colonialwaaren und sonstige Verbrauchsgegenstände, wie sie im Separatartikel 14 des Vertrags enthalten sind. Der Gewährung von Freilagern, Entrepots und Freihäfen widersetzte man sich entschieden. Von den preußischen Vorlagen widersetzte man sich dem neuen Abstimmungsmodus, wie ihn Preußen in seiner Denkschrift befürwortend in Vorschlag gebracht, und verlangte gleichfalls die Beibehaltung des alten im gegenwärtigen Zollvereinsvertrage befindlichen Abstimmungsmodus, weil dieser den Einzelstaaten mehr Unabhängigkeit und Schutz gegen die Bestrebungen anderer Staaten, allein oder in Gemeinschaft, verleihe. Den in Vorschlag gebrachten Antrag über eine gemeinschaftliche Vertretung des Zollvereins durch Consuln im Auslande wollte man gänzlich gestrichen wissen, da verschiedene süddeutsche Bevollmächtigte erklärten, daß in dieser Angelegenheit sich ihre Regierungen nicht binden könnten, indem sie leicht in die Lage versetzt werden könnten, anderweitige Verbindungen zu treffen, zumal Entwürfe in dieser Frage in Umlaufe befindlich wären.

Die „Leipz. Ztg." meldet, daß, nach zuverläßig constatirten Namensverzeichnißen, während der jesuitischen

Missionspredigten über 1300 Katholiken in Schlesien zur evangelischen Kirche übergetreten sind.

Wien, den 11. Juli. Nach der „D. Volksh." hat der Kaiser bereits die Aufhebung des im Jahre 1848 ergangenen Patentes, die Ausweisung der Jesuiten aus Oesterreich betreffend, sanctionirt. — Die „Pesther Ztg." bringt eine Verordnung, durch welche wegen der häufig wiederkehrenden Brandfälle und der „in verwegener Weise verübten Raubanfälle" in dieser Beziehung eine Verschärfung des Kriegszustandes eintritt.

Schweiz.

Basel, den 14. Juli. Auf das eidg. Sängerfest, das jetzt verklungen und nur noch in freundlichem Andenken lebt, folgte gestern das Jugendfest, das zur Erinnerung an den Jahrestag von Basels Eintritt in den eidg. Bund gefeiert wurde. Trotz manchen störenden Verhältnißen, trotz der Ungunst der Erziehungsbehörden, fiel es recht glänzend aus und sprach durch seine treffliche Anordnung, wie den fröhlichen muntern Geist, die Freunde der Jugend und die zahlreichen Zuschauer allgemein an. Eine bunte Schaar von zwölf bis dreizehnhundert Knaben und Mädchen, die verschiedensten Fahnen und Sinnbilder tragend oder vorstellend, zog am Nachmittage um fünf Uhr vom Münsterplatz aus nach dem Schützenplatze, wo sich die Jugend mit sinnigen Spielen belustigte. Am Abend um 8 Uhr kehrte der Zug zurück in die Stadt nach der Sängerhütte wo ein Mahl bereitet stand. Hier ertönte jetzt der Jubel der Kinder, wie an den Abenden vorher der Jubel der Sänger (der Männerchor von Basel behauptete auch gestern noch ziemlich zahlreich den Posten), bis die kleinen Tambouren die Retraite schlugen und Alles heim in die Quartiere kehrte. (S. N.-Z.)

Neuenburg. Einer Correspondenz entnehmen wir, daß die republicanischen Unterschriften nahe an 14,000 betragen werden.

Frankreich.

Paris, den 13. Juli. Victor Hugo, dessen baldige Rückkehr nach Frankreich mehrere Journale vor Kurzem angekündigt hatten, trifft, wie man nun versichert, Anstalten, mit seiner Familie aus Belgien nach der Insel Jersey überzusiedeln.

Wenn man den Angaben aus der Umgebung des Prinz-Präsidenten Glauben schenken darf, so ist L. Napoleon niedergeschlagen. Es mag sein, daß sein Gesundheitszustand auf die Geistesstimmung einwirkt (er leidet an der sog. „Harnruhr"), aber es ist auch nicht zu verkennen, daß die Gestaltung der Verhältnisse nicht geeignet ist, seine Zuversicht auf den napoleonischen Glücksstern zu erhalten. In der franz. Armee spukt ein böser Geist, und wenn die Nachrichten aus Rom die Stimmung der Expeditionsarmee nicht befriedigend schildern, so erhält man in Frankreich jeden Tag sprechende Andeutungen, daß L. Napoleon nicht unbedingt auf die Armee rechnen kann. Die zahlreichen Verhaftungen von Unteroffizieren und Offizieren sind kein Geheimniß mehr; die Entfernung eines Regimentes aus Paris aus politischen Gründen, wobei die Unzufriedenheit des Offizierkorps sich laut aussprach, ist ebenso gewiß. Von Unzufriedenheit zum Komplott ist noch ein weiter Weg, aber es bleibt eine Thatsache, daß die Armee die Illusionen über die glorreiche Regierung L. Napoleons verliert. Andererseits ist in den Ansichten des Auslandes, d. i. Rußlands, über die Gestaltung Frankreichs, trotz der Mäßigung L. Napoleons, noch keine Aenderung eingetreten. Mit einem Wort, der Retter Frankreichs ist in üblem Humor. — Unter dem Pariser Militär sind es sonderbarer Weise die Gensdarmen, unter denen es am meisten spuckt, und bei welchen die meisten Entlassungsgesuche eingereicht werden. Sie geben vor, der häufige Uniformswechsel u. dgl. sei ihnen zu theuer. Dieß ist jedoch nicht der einzige Grund, sie sind mit den Dienstesaufgaben, die man ihnen stellt, nicht zufrieden, und noch weniger zufrieden mit denen, welche man ihnen im December gestellt hat. Ungefähr 1000 Gensdarmen sind nach und nach entlassen worden.

Großbritanien.

London, den 8. Juli. Vor einigen Tagen geleiteten 500 französische Flüchtlinge einen der ihrigen zu Grabe, einen Arbeiter Gousin aus Dijon, der, als er im December proskribirt wurde, an den Brandwunden schwer darniederlag, die ihm seine menschenfreundlichen Bemühungen bei einer Feuersbrunst eingetragen hatten. Die Reise im Winter und über See verschlimmerte seinen Zustand hoffnungslos. Ledru Rollin, Louis Blanc und Nadoud sprachen an seinem Grabe.

Vereinigte Staaten.

Newyork, den 14. Juni. General Franklin Pierce, der democratische Präsidentschaftscandidat und wahrscheinlich demnächstige Präsident der Vereinigten Staaten, geboren im J. 1806 zu Hillsborough, im Staate New-Hampshire, wo sein Vater, Benjamin, Pierce, später Gouverneur von New-Hampshire, damals die Stelle eines Obersheriffs bekleidete, wurde zum Rechtsgelehrten erzogen und wohnt gegenwärtig als Advocat in Concord, der Hauptstadt seines Geburtsstaates, wo er eine glänzende Praxis hat. Gleich ausgezeichnet als Staatsmann und Redner, welches zu zeigen er als Abgeordneter des Staates im Congresse und zuletzt als Sprecher des Hauses der Repräsentanten, sowie auch Mitglied des Senates Gelegenheit hatte, weßhalb ihm auch unter Polk's Präsidentschaft das Portefeuille des Justizministeriums angetragen wurde, das er jedoch ablehnte, ist er auch als Soldat ausgezeichnet, wovon er während des mexicanischen Krieges, den er als Freiwilliger mitmachte, und in welchem er sich durch Kaltblütigkeit und Muth rasch zum Oberst und General emporarbeitete, die glänzendsten Beweise ablegte. Nach beendigtem Kriege zog Pierce sich wieder ins Privatleben zurück und obgleich er die lebhafteste Theilnahme für alle politischen Fragen an den Tag legte, fiel es ihm doch so wenig ein, mit den demokratischen Candidaten Caß, Buchanan, Douglas, Marcy und Houston um die Präsidentschaft zu concurriren, daß er, als sich die democratische Delegation zu Baltimore nicht über die Aufstellung eines dieser fünf Candidaten einigen konnte und deßhalb ihn als Candidaten für die Präsidentschaft aufstellte, die telegraphische Meldung hierüber Anfangs für einen Scherz hielt. Franklin Pierce ist als Rechtsanwalt und parlamentarischer Redner, als Staatsmann, wie als Officier ausgezeichnet und ein vollendeter Gentleman.

Neuyork, den 6. Juni. Der mexicanische Congreß wurde am 21. Mai vertagt. Die Nachricht, daß der Vertrag mit dem Obristen Sloo wegen Baues der Eisenbahn von Tehuantepec unterzeichnet worden sei, hat sich nicht bestätigt.

Neueste Nachrichten.

** **Edenkoben,** den 15. Juli. Wie ich höre, ist der politische Angeklagte Bumiller von Edenkoben, dessen Prozeß heute durch das Appellationsgericht zu Zweibrücken entschieden wird, gestern nach Amerika abgereist.

Frankfurt, den 14. Juli. Darmstadt soll, wie es heißt, wieder zu dem Ort der nächster Tage abzuhaltenden Conferenz der darmstadter Coalition ersehen sein.

Die Homöopathen Norddeutschlands und des sogenannten rheinischen Vereins werden am 10. August hier zusammenkommen. (F. J.)

Karlsruhe, den 14. Juli. Den Offizieren des Großherzogthums ist durch höchsten Erlaß des Regenten der Besuch der Brauereien und Wirthshäuser verboten und nur der der Restaurationen, Cafés und geschlossenen Gesellschaften gestattet.

Berlin, den 12. Juli. Die „Kreuzzeitung" nimmt ihre Polemik gegen den Ministerpräsidenten wieder auf. Als einen ihrer Gründe bezeichnet sie: „daß uns nur zu viel nahe Anzeigen vorliegen, daß man in der Zollvereinsfrage, wenn auch nicht in der Sache, doch

in der Form nachgeben wolle, und daß, wenn man nicht nachgegeben hat, wir dieses weniger der Festigkeit der preußischen, als der der österreichischen Regierung und gewissen unerwarteten Thatsachen zu danken haben, ein Weniges vielleicht auch dem Umstande, daß man die Ueberzeugung gewonnen, wie die conservative Partei sich nicht bei dieser Probe der Stärke zu betheiligen wünschte."

— den 13. Juli. Gestern ist die Angelegenheit der Zollfrage, in so weit sie die Differenz mit Oesterreich betrifft, definitiv entschieden worden. Die Punctationen, welche bei Anwesenheit des Hrn. v. Bismark in Wien vermittelt wurden, und die dieser hieher brachte, sind gestern von Sr. Maj. dem Könige unter Vortrag des Hrn. v. Manteuffel genehmigt worden. Es ist kein vollständiger Handelsvertrag, sondern es sind nur die Präliminarien. Die Kreuzzeitung, welche gestern wegen ihrer feindlichen Artikel gegen das Ministerium in der Zollfrage mit Beschlag belegt wurde, weil sie, um nicht sogleich Alles heraus zu sagen, Oesterreich für fester hält, als unser Ministerium, geht heute zu directen und energischen Angriffen gegen Hrn. v. Manteuffel los und bekämpft diesen mit seinen eigenen Aussprüchen bei verschiedenen Gelegenheiten. (K. Z.)

Hannover, den 13. Juli. In beiden Kammern wurde das Ministerium wegen des Bundespreßgesetzes interpellirt; es erklärte jedoch über diese schwebende Unterhandlung keine Auskunft geben zu können.

Kassel, den 14. Juli. Es heißt, der Bischof von Fulda sei dennoch vermocht worden, hieher zu kommen, um die erste Kammer beschlußfähig zu machen.

Paris, den 14. Juli. (Wichtige Regierungsmaßregeln!) Eine officiöse Note ordnet an, daß alle öffentlichen Beamten, Civil und Militär, die zu der Einweihung der Straßburger Eisenbahn eingeladen oder zugelassen sind, in Uniform zu erscheinen haben. Für die Reise ist der Interimsanzug und für die Festlichkeiten an Ort und Stelle der Gallaanzug vorgeschrieben. — Früher schon ist verfügt worden, daß keine Damen den Zug mitmachen dürften, was vielen Aerger erregte. — Der Polizeiminister hat an alle Präfecten ein Circular erlassen, in welchem sie angewiesen werden, die strengste Ordre zu ertheilen, daß alle Hunde, die ungeknebelt auf der Straße oder öffentlichen Wegen herumlaufen, nicht nur in der heißen Jahreszeit, sondern das ganze Jahr hindurch todtgeschlagen werden.

Der bekannte Nachfolger Abdel Kaders, Bou Maza, ist aus dem Schlosse Ham, wo er gefangen saß, mit einem Tischlergesellen, der ihn bediente, entflohen.

Die Regierung hat die Nachricht erhalten, daß der Graf Chambord dieses Jahr nicht nach Wiesbaden gehen, sondern in Froschdorf verbleiben wird.

Der Präfect des Departements Sarthe hat den Zimmergesellen, welche seit einiger Zeit in Mans die Arbeit eingestellt haben, angezeigt, daß wer von ihnen nicht bis zum 14. zur Arbeit zurückgekehrt ist, eingesteckt wird.

Der Aufstand von Guelma kann als unterdrückt betrachtet werden. Andererseits ist die Expeditionskolonne, welche gegen Kleinkabylien agirte, nach Constantine zurückgekehrt. Die Mannschaft hat von der unerträglichen Sommerhitze furchtbar gelitten. Der Feldzug ist sonach bis zum Herbste aufgeschoben worden.

Turin, den 11. Juli. Die Unterhandlungen mit der Römischen Regierung wegen der Bestätigung der neuen Bischöfe sind abgebrochen. Der heilige Stuhl stellte als Bedingung sine qua non die Abschaffung der Siccardischen Gesetze, worauf die Sardinische Regierung nicht eingehen wollte.

Nizza, den 8. Juli. Hier hat man bereits reife Trauben. Heute ist zum ersten Male seit dem Monate April wieder Regen gefallen.

London, den 13. Juli. In Limerick haben ernstliche Unruhen stattgefunden. Mehrere Menschen sind schwer verletzt worden. Der Globe classificirt die bekannten Wahlen folgenderweise: 222 Liberale und 157 Derbyten.

Miscellen.

Leipzig. Das Tagblatt enthält folgenden Criminalrechtsfall: Vor dem königlichen Gerichte zu Döbeln hat sich im verflossenen Jahre nachstehender merkwürdiger Kriminalrechtsfall zugetragen. Am 16. Juni 1851 wird die Ehefrau des Hausbesitzers und Taglöhners Christian Friedrich Prager zu Mannsdorf bei Döbeln, während der Ehemann, ebengenannter Prager, in der Nähe sich auf Arbeit befindet, in ihrem Hause ermordet gefunden. Im Laufe der Untersuchung kommt dieser, ein stiller, in sich gekehrter und verschlossener Mann, der mit der Frau friedlich gelebt hat, in den Verdacht, der Mörder seiner Frau zu sein. Nach sechsmonatlicher Haft, und nachdem ihm Haus und Hof verkauft worden, erkennt das erste Urtel ihm 20 Jahre Zuchthausstrafe ersten Grades zu, und er läßt sich am 21. Dec. v. J. ins Zuchthaus zu Waldheim abführen. In Folge der zweiten Vertheidigung wird Prager im zweiten Urtel in Mangel mehren Verdachts freigesprochen, und im Frühjahre dieses Jahres wieder aus dem Zuchthause entlassen. Verarmt und verlassen kommt er in der Heimath an und wird als der vermeintliche Mörder geflohen, ja selbst sein Vertheidiger, der sich seiner warm annimmt, kommt in den Verdacht, als ob er das Verbrechen begünstigte. Am 17. April d. J. geht das Haus des Steinbrechers Hartmann in Greusnig in Flammen auf, und dessen Ehefrau wird halb verkohlt mit Verletzungen am Hinterhaupte aus den Flammen gezogen. Als muthmaßlicher Brandstifter wird der Steinbrecher Joh. Christ. Wohllebe aus Mannsdorf eingezogen, der neun Jahre bei Hartmann gearbeitet, und seit zwei Jahren bei Prager gewohnt. Dieser Mensch gesteht nun ein, daß er nicht bloß die Hartmann'sche Ehefrau, sondern auch die Prager'sche erschlagen habe, und daß der unglückliche Prager ganz unschuldig sei. Außer dem Hartmann'schen Hause hat er auch sein früheres Gut in Schweikertshain angezündet. Die Untersuchung gegen diesen vierfachen Verbrecher ist noch nicht geschlossen; für Prager steht aber ein völlig freisprechendes Urtel mit Sicherheit zu erwarten. Wohlwollende Menschen haben Prager beschenkt, daß er wieder zu einem kleinen Eigenthum komme und für sich und seine Kinder besser sorgen könne.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 13. Juli. Weizen 5 fl. 30 kr., Korn 4 fl. 8 kr., Gerst — fl. — kr., Spelz 3 fl. 58 kr., Hafer 4 fl. 9 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 10. Juli. Weizen 5 fl. 46 kr., Korn 3 fl. 49 kr., Spelz 4 fl. 8 kr., Gerst 3 fl. 20 kr., Hafer 3 fl. 43 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 13. Juli. Weizen 5 fl. 24 kr., Korn 4 fl. 8 kr., Spelz 3 fl. 35 kr., Gerst 3 fl. 11 kr., Hafer 3 fl. 33 kr., Kartoffeln 1 fl. 52 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 8. Juli. Weizen 5 fl. 50 kr., Korn 4 fl. 23 kr., Spelz 3 fl. 47 kr., Gerst 4 fl. 15 kr., 3 fl. 28 kr., Kartoffeln 1 fl. 40 kr., per Centner.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1133] **Bekanntmachung.**

Die auf den 20. l. Mts. angekündigte Chaisen-Versteigerung des S. Chariatte dahier findet nicht statt.

Speyer, den 15. Juli 1852.

Kissel, Notar.

[1134²] **Anzeige.**

Gold- und Silberborden, Gold- und silberne Porte d'épées und namentlich **Uniformsstickereien** werden nicht im Ausland durch einen Drittern, sondern fortwährend durch den Unterzeichneten selbst verfertigt.

Georg Lauterer,

Possamentier und Goldsticker zu Speyer.

Neue

Speyerer Zeitung.

Sonntag Nro. 172 den 18. Juli 1852.

Deutschland.

* **Betrachtungen.** „Lasset sie auswandern, es sind Unzufriedene,“ sagen so Manche, und freuen sich über die langen Züge der Europamüden, die nach den Küsten des Oceans ziehen, um jenseits desselben sich eine neue Heimath zu suchen. Die, welche jubeln über diese Auswanderungen, — sie haben kein Herz und keinen Sinn für die Leiden, für den Kummer und die Noth der Auswanderer; „es sind Unzufriedene, mögen sie alle fortziehen,“ hört man wieder. Die so sprechen, sie beachten auch den enormen Verlust des Vaterlandes nicht, nicht den Verlust an Arbeitskräften, nicht den an Capital. Weit höher als dies schlagen sie es an, daß die „Unzufriedenen“ fort müßen. Wir begreifen es, daß auch die Erwägung bei ihnen keinen Eingang findet, die Uebersiedlung so vieler Deutschen könne mit der Zeit auch von wesentlichem Einfluß sein auf Bestimmung der Politik der Union, — jener Vereinigten Staaten, welche bald die einzige Weltmacht sein werden, — ihrer Politik in Beziehung auf Deutschland. Dieser Punct liegt noch zu sehr im Unbestimmten, um heute schon eine positive Befürchtung in Beziehung auf concrete Dinge zu veranlassen. Aber etwas Anderes begreifen wir nicht, daß nemlich die „Conservativen“ nicht einsehen, wie jede derartige Entfernung eines „Unzufriedenen“ den Keim in sich trägt, die Zahl der „Unzufriedenen“ (was man denn nun einmal allein in ihnen sieht) später zu verzehnfachen. Jeder der Fortziehenden, er schreibt nach seiner Heimath; er schildert die Zustände, die in Amerika anders sind als bei uns; er lobt, was Alles die „Conservativen“ nicht gelobt haben wollen. Je schlichter der Briefschreiber, je weniger er sich in der Heimath um Politik bekümmerte, desto tiefer dringen seine Worte ein. Auch der einfachste Landmann schreibt von Zeit zu Zeit herüber in seine Heimath. Im ganzen Dorf und in den benachbarten Dörfern wird der Brief herumgetragen, gelesen, wieder gelesen und vorgelesen. Gerade was hierin geschrieben steht, das versteht, das begreift auch der „Bauer,“ das interessirt ihn am meisten. Und wo gar keine Zeitungen hingelangen, keine „guten“ und keine „schlechten,“ da dringt doch die Kunde von dem Inhalte solcher Briefe hin, da geht dieser Inhalt von Mund zu Mund. Der Erfolg zeigt, daß die Wirkung auf dem Lande sogar noch größer ist, als in den Städten, trotzdem, daß man (freilich etwas lächerlicher Weise) so gerne annimmt, die Landbevölkerung wolle gar keine andern, keine bessern Zustände. Dagegen helfen keine Preßgesetze, keine Gesetze gegen Verführung, gegen Vereins- und Versammlungsrecht; selbst „rettende Thaten“ lassen sich nicht anbringen. Es hälfe nur Eines, und gerade das will man nicht: durchaus freie, volksthümliche Einrichtungen. —

* Ueber die Verfolgung der Kieler Professoren, überhaupt über die Verfolgung der Deutschgesinnten in Schleswig-Holstein, wird viel und mit Recht geklagt. Wahrlich, es ist auch eine Schmach für Deutschland, daß die Dänen so hausen dürfen, wie es geschieht, und wir werden die Letzten sein, die solches zu vertheidigen Lust haben. Aber nur zu schneidend ist es, so Vielen gegenüber, die den wohlfeilen Muth besitzen, hier mit zu klagen und mit zu schreien, — nur zu schneidend lautet es, wenn die Dänen sich ihrer Milde rühmen, und diese zu beweisen suchen mit dem, was im übrigen Deutschland gegen so viele Reichsverfassungskämpfer geschah. „Wir setzen Diejenigen ab, sagen die Dänen, welche von der insurrectionellen Gewalt ein Amt erhalten haben, in Deutschland selbst aber setzt man solche Leute nicht blos ab, man macht ihnen den Proceß, man kerkert sie ein! Ihr wollt einwenden, das sei ein anderer Fall, bei Euch handle es sich um Insurgenten gegen die rechtmäßigen Herrscher — die Schleswig-Holsteiner waren aber in unsern Augen gerade eben solche Insurgenten gegen ihren rechtmäßigen Herrscher; ja der Fall ist noch ärger, denn man hat dänischer Seits nie ihre Versammlung als „constituirende“ Versammlung eigens zusammenberufen und anerkannt. Dessenungeachtet diese Nachsicht und Milde!“ Allerdings, es liegt etwas Herzzerreißendes darin, wenn die Dänen und Dänenfreunde so reden; — uns aber entfällt die Feder, wenn wir darauf antworten sollen!

* Vor dem Ausfluß der Elbe liegt eine kleine aber wichtige Insel. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Helgoland zu Deutschland gehört. Dennoch befindet es sich im Besitze der Briten, die hier herrschend auf deutschem Boden stehen. — Und dort, auf der durch Fremde von Deutschland losgerissenen Erde ist es, wo Dulon, wo andere freigesinnte Deutsche heute ein Asyl suchen müßen! —

* Der Evangelische Oberkirchenrath in Preußen ereifert sich gegen die Proselytenmacherei vieler katholischen Geistlichen; der Unwille darüber wird täglich größer mit der sich vermehrenden Zahl der Uebertritte zum Katholicismus; man fordert auf, mit Nachdruck entgegen zu wirken. — Was soll aber aus diesem gegenseitigen sich Abjagen der „Seelen“ werden? Alle Bemühungen werden der Hauptsache nach vergeblich sein, wenn man den Protestantismus nicht wirklich will sein lassen, was er seinem Wesen nach nur allein sein kann; Alles wird vergeblich sein, wenn und so lange das Princip der Forschung, des Fortschrittes, der Freiheit, nicht in der protestantischen Kirche selbst vollkommen anerkannt und zur unbedingten Geltung gelangt ist. Will man auf dem Kampfplatze des Autoritätsglaubens streiten, dann wird die protest. Kirche allerdings nicht im Stande sein, dem Katholicismus auf die Dauer zu widerstehen. Im freien Princip ist es, in dem der wahre Protestantismus wurzelt, und dort ist er unbesiegbar. —

* **Speyer.** Es ist uns ein sehr umfassender schriftlicher Bericht über die Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten mitgetheilt worden. Derselbe ist viel zu ausgedehnt, um in einer politischen Zeitung abgedruckt zu werden. Nachdem aber in der letzten Zeit äußerst bedeutende Capitalien aus Deutschland, nicht blos in amerikanischen Staats-, sondern nunmehr auch in amerikanischen Eisenbahnpapieren angelegt wurden und es noch werden, wollen wir wenigstens einige kurze allgemeine Bemerkungen mittheilen, zu denen uns eine Durchsicht jenes Manuscripts veranlaßt.

Der Ankauf von eigentlichen Actien wird nicht empfohlen; dieselben seien nicht auf den Inhaber (au porteur) sondern nur auf bestimmte Namen ausgestellt; die Dividendenerhebung so wie der Uebertrag auf einen andern Namen seien erschwert, indem dazu legalisirte Vollmachten gefordert würden. Dagegen empfiehlt man den Ankauf von Bonds, — von Scheinen (Obligationen), herrührend von Anlehen, welche die betr. Eisenbahngesellschaften aufnahmen, und die meistens zu 7 Proc. verzinst werden. Sie theilen sich in „convertible“ und

„nichtconvertible," und auf die ersten wird besonders aufmerksam gemacht.

Was uns aber mehr als diese Dinge ansprach, war ein Ueberblick über das gesammte Eisenbahnwesen der Union. Im Januar d. J. berechnete man die Gesammtlänge der im Betrieb befindlichen Bahnen auf 10,800 Meilen; beiläufig ebenso groß war die Länge der im Bau begriffenen. Die Kosten des Baues sind verhältnißmäßig äußerst gering, nur halb so groß als in Deutschland; indeß man in Belgien beinahe das Drei-, in Frankreich mehr als das Vierfache, in England mehr als das Fünffache der entsprechenden Summe dafür bedarf.

Was aber am meisten Verwunderung erregt, ist die erstaunliche Ausdehnung der Personen- und Waarenbeförderung, und der damit und mit den billigen Anlage- und Betriebskosten im Verhältniß stehende **hohe Ertrag** der Bahnen.

Hiebei noch eine Notiz. Die amerikanischen **Staatspapiere**, welche gegen baares Geld nach Europa herüber strömen, sind keineswegs mehr blos Schuldscheine der **Union**, sondern auch der einzelnen **Staaten**; und an sie reihen sich an die Schuldscheine von einzelnen **Bezirken** (Grafschaften) und selbst von einzelnen **Städten**. Die neuern Papiere dieser Art bieten auch meistens vollkommene Sicherheit dar, indem sie 1) von der Legislatur des betr. Staats durch besondere Gesetze gesichert, 2) vom Volke der betr. Grafschaft oder Stadt durch Votum speciell genehmigt, und 3) von dem obersten Gerichte (supreme court) als legal erklärt sind, — wobei gewöhnlich das ganze Vermögen des Bezirks ꝛc. als Unterpfand dient. Anlehen solcher Art haben um so mehr für sich, als sie keineswegs, wie so oft in Europa, für improductive, sondern im Gegentheil ausschließlich für **productive** Ausgaben verwendet werden, z. B. für Straßen-, Eisenbahnen-, Kanal-, Brücken-, Häuser- und sonstige Bauten, Wasserleitungen u. s. f. — In der jüngsten Zeit werden namentlich die Anlehenspapiere sowol von der Grafschaft als jene von der Stadt St. Louis empfohlen (St. Louis County- und St. Louis City-Bonds), und wir erhalten bei dieser Gelegenheit u. a. folgende Notiz vom Steigen der genannten Stadt: dieselbe zählte 1840 noch nicht mehr als 16,000 Bewohner, 1849 64,000, 1850 (bei der letzten Aufnahme) fast 83,000.

Baiern. Am 11. Juli Abends 8 Uhr brach in Moosburg Feuer aus, welches 6 Häuser in Asche legte, und wobei eine Person durch Einsturz erschlagen, eine andere lebensgefährlich beschädigt, und fünf weitere Personen minder verletzt wurden.

Baden. Wie sehr die gemeinste Speculation beflissen ist, die sinkenden Fruchtpreise auf unnatürlicher Höhe zu erhalten, beweist ein Vorfall im badischen Kinzigthal, wo zwei Fruchthändler ihre an der Straße liegenden **Kartoffelfelder mit Vitriol besprengt haben**, um an dem Kraute derselben die täuschenden Symptome der Kartoffelkrankheit zu erzeugen. In Folge gerichtlicher Untersuchung wurden die Frevler auf drei Wochen in die Rastatter Kasematten abgeführt. (S. M.)

Frankfurt, den 10. Juli. Die Kreuzzeitung enthält folgende Mittheilung, welche ein größeres Interesse beanspruchen dürfte: „Unsere Democratie trotzt der Policei. Trotz des ergangenen Verbotes sind heute an allen Straßenecken große rothe Placate angeschlagen, die zum morgigen „Feste der Democratie" einladen; in den hiesigen Blättern wird ebenfalls dazu eingeladen mit großen Lettern und frecher Stirn, ganz wie im Jahre 1848! Die Democratie regt sich hier, und es scheint sich somit das zu bewahrheiten, was Graf Thun neulich dem bei ihm zur Audienz gelassenen Democraten Dr. Textor sagte, als dieser ihm erklärte, er habe doch einen Paß von der „Frankfurter Behörde" erhalten, warum er denn Seitens Oesterreichs nicht respectirt werde? „Die **Frankfurter Behörde**," sagte Graf Thun, **ist gar keine Behörde**. Wenn man in 4 Jahren keine **Verfassung machen kann** und eine solche Schmachpresse, ein solches Treiben der Democratie duldet, kann man nicht Anspruch darauf machen, als eine „**Behörde**" zu gelten."

Wien, den 12. Juli. Der „Siebenbürger Bote" bringt eine Reihe (zwölf) kriegsrechtlicher Urtheile, die wegen Hochverrath oder Majestätsbeleidigung gefällt wurden und auf Festungsarrest oder Todesstrafe mit Vermögensconfiscation lauten. Bis auf einen der Verurtheilten, der noch zwei Jahre Arrest zu verbüßen, hat der Kaiser Alle begnadigt, jedoch mit **Aufrechterhaltung der Vermögensconfiscation**.*) Bei Einigen wurde das anhängige gerichtliche Verfahren niedergeschlagen.

Die offiz. „Oesterr. Corresp." begrüßt den Rücktritt des belgischen Ministeriums als einen Sieg der katholischen Partei, während sie sich über die „unerfreuliche" Nachricht von dem Wahlergebnisse in England damit zu trösten sucht, daß bei den Grafschaftswahlen die Interessen des Landbaues hoffentlich in den Vordergrund treten werden.

In den letzten zwei Tagen wurden in Venedig wieder sechs Verhaftungen politisch Compromittirter vollzogen. Die Meisten sind wohlhabende, seit einiger Zeit in Venedig weilende Fremde.

Schweiz.

Basel. Die geängstigten Seelen, die bei der ersten Nachricht über die Internirung des monarchischen Erzintriguanten, Hrn. Thiers, in tiefster Entrüstung über die Verletzung des Asylrechts einen Schrei des Entsetzens ausstießen, während sie Jahre hindurch keinen Laut von sich gegeben, wenn ein armer Democrat nach dem andern der unersättlichen Diplomatie zu lieb hin- und hergeschoben oder über die Gränze gewiesen wurde, — mögen wieder freier athmen und sich beruhigen. Hr. Thiers wird nicht internirt, Hr. Thiers kann in Vevey bleiben, das Asylrecht hat kein Loch bekommen. Der Bundesrath hat nämlich am letzten Samstag, auf einen umfassenden Bericht des eidgen. Justiz- und Policeidepartements hin, beschlossen, keine Maßregeln gegen Hrn. Thiers zu ergreifen. Die französische Regierung selbst habe durchaus nicht auf die Internirung gedrungen, sondern im Gegentheil gebeten, dem Aufenthalt des Hrn. Thiers kein Hinderniß in den Weg zu legen. Wir hoffen jetzt, daß die mitleidsvollen Blätter sich gelegentlich auch der gehetzten Republikaner etwas annehmen mögen.

— den 14. Juli. Die Nat.-Ztg. schreibt: Wir vernehmen, wurden gestern zwei eidg. Sänger von Solothurn, die einen Ausflug nach Lörrach machten und vergaßen, in den gesegneten Gefilden des Belagerungszustandes ihr Sängerzeichen und ihre Alpenrosen am Hute abzulegen, sofort arretirt und erst, nachdem man sie von Pontius zu Pilatus geführt, wobei die Civilbeamten sich besonders grob benahmen, während die Militärbeamten etwas höflicher waren, wieder freigelassen. Es bildet dies einen eigenen Contrast zu dem freundlichen Empfang, der den eidg. Sängern in Straßburg zu Theil wurde.

Frankreich.

Paris, den 11. Juli. Das Pantheon ist dem Cultus zurückgegeben, aber noch nicht dafür eingerichtet. Es werden jetzt die im Innern nothwendigen Veränderungen vorgenommen, so daß am 29. Oct. wieder der erste Gottesdienst gehalten werden kann.

Italien.

Mailand, den 10. Juli. Heute Nachmittag fand die Hinrichtung des Francesco Ceriani aus Rho statt.

Großbritanien.

Liverpool, den 4. Juli. Die Goldberichte aus Australien verfehlen ihre Wirkung nicht und die Auswanderung dahin nimmt so rasch zu, daß immer mehr Schiffe dahin angelegt werden.

Vereinigte Staaten.

Newyork, den 25. Juni. Wie wir aus der „N.Y.

*) Wird den kaiserlichen Finanzen doch schwerlich aufhelfen! D. Red.

Criminal-Zeitung" ersehen, ist eine Petition, von ungefähr 600 Bewohnern unterzeichnet, dem board of education übergeben worden, in welcher dieselben die Errichtung einer deutschen Freischule verlangen. — Der Sonnenstich fordert bei der drückenden Hitze bereits viele Opfer. — Das „Indiana Volksbl." zeigt an, daß die Legislatur den Druck der Gesetze in deutscher Sprache verordnet hat und somit einem lang gefühlten Bedürfnisse abgeholfen wird.

Pittsburg. Am letzten Samstag wandte sich eine Anzahl frisch eingewanderter Deutscher an den hiesigen Imigrationsverein um Schutz gegen die ihnen widerfahrenen Betrügereien. In Newyork accordirten sie mit einem deutschen Agenten, wobei ein deutscher Wirth, bei dem sie logirten, den Unterhändler spielte. Sie zahlten dort bis Pittsburg. Als sie in Buffalo ankamen, galt ihr Schein nichts und sie mußten also wieder bezahlen. In Pittsburg forderte man wieder 9 Doll. für Uebergewicht ab. Demnach waren sie auch in Buffalo geprellt worden und zwar wieder von deutschen Landsleuten. O, die deutsche Ehrlichkeit — wie lange wird sie in Amerika noch sprüchwörtlich bleiben! Dem Einen kostete die Fracht für seine Familie von Newyork bis Pittsburg blos 152 Doll.! — Das Ohiothal wird einst so berühmt als das des Rheins werden, und in wenigen Jahren, wenn keine unvorhergesehenen Umstände eintreten, wird die Zahl der Aecker Weinland anstatt bei Hunderten zu Tausenden gezählt werden. Die Traube als Tafelfrucht ist sicherer im Gerathen, denn irgend eine andere Tafelfrucht, die wir ziehen. Der Weinstock blüht spät und entkömmt den Maifrösten, wenn alle andern Früchte getödtet sind.

Der „Anzeiger des Westens" enthält Folgendes: Wichtig für Doctoren. Greiner, der Indianeragent für New-Mexiko, schrieb am 31. März nach Hause, daß er für einen unternehmenden Arzt eine Stelle wisse, da zufällig eine Vacanz eingetreten sei, die besetzt werden müsse. Er sagt: Einer der Eutaws am San Juanflusse erkrankte und ein Indianerarzt wurde von Rio Verde herbeigeholt, um die Behandlung des Kranken zu unternehmen. War die Krankheit schon bereits zu weit vorgeschritten, oder waren die Recepte des Doctors nicht geeignet, kurz der Patient starb und ward begraben. Nach dem Leichenbegängniß ergriffen die Freunde des Verstorbenen den Doctor, banden und scalpirten ihn und jagten ihm zum Ueberfluß noch eine Kugel durch den Leib. Der Frau des Arztes wurden die Haare abgeschnitten, sein Haus, welches sein ganzes Eigenthum enthielt, wurde niedergebrannt und seine Thiere getödtet. So ist das Gesetz, welches die Doctoren regulirt, unter jenen Indianern. — Die Stelle ist noch unbesetzt.

In **Oregon** ist bis jetzt noch wenig klingende Münze; um daher den Geschäftsverkehr nicht gänzlich ins Stocken gerathen zu lassen, hat man auf verschiedene Hausthiere feste Preise gesetzt und betrachtet dieselben als Geld. So gilt ein Schwein 1 Doll., ein Schaf 50 Cts., ein Puter 25 Cts., ein junger Hund 12½ Cts. Wenn Peter dem Paul 4 Doll. 12½ Cts. bezahlen will, so schickt er ihm 5 Schweine und erhält als Münze ein Schaf, einen Puter und einen jungen Hund, zusammen 82½ Cts., wieder heraus.

Neueste Nachrichten.

Kassel, den 15. Juli. Die Regierung scheint dem Bischof von Fulda das Versprechen gegeben zu haben, daß der §. 103 der Verfassungsurkunde, in Betreff der Rechte des Staats gegen die Kirche, einer Abänderung unterworfen werde. Der Bischof ist demzufolge hier beim Landtage eingetroffen, wodurch die erste Kammer beschlußfähig ward; er wird jedoch sogleich seine kirchliche Rundreise antreten.

Berlin, den 13. Juli. Die National-Ztg. schreibt: „Uns geht heute eine Nachricht zu, wonach schon in künftiger Woche die Regierungen der darmstädter Coalition mit Preußen zu einer Art von Einigung kommen werden, oder vielmehr die bereits bewerkstelligte Einigung zum Abschluß kommen wird. Die Grundlage dieser Einigung soll darin bestehen, daß die Coalitionsstaaten sich zu einer provisorischen Verlängerung des Zollvereins verstehen, damit, nachdem dieses geschehen, die Unterhandlungen mit Oesterreich begonnen werden können."

— den 14. Juli. Heute wurde, wie vorgestern und gestern, also ohne Unterbrechung, zum dritten Male die Kreuzzeitung confiscirt wegen ihrer Polemik gegen das Ministerium in der Zollfrage. Sie erklärt heute in Folge ihrer zweiten Confiscation, daß weder Confiscation, noch Verbote, noch Versiegelung der Pressen und selbst Ausweisung sie hindern werde, den einmal bezeichneten Weg fortzuwandeln, und daß diese Maßregeln nur dazu dienen können, ihre Partei mit der Verbindung Manteuffel-Quehl immer weiter auseinanderzusetzen.

* **Paris,** den 15. Juli. Der heutige „Moniteur" enthält die Promulgirung des „Senatus-Consultums," die Organisirung des hohen Gerichtsraths zur Aburtheilung von Staatsverbrechen betreffend. — Das gestern von uns bezeichnete Circular des Policeiministers, an die Präfecten, die Aufsicht über die nicht geknebelten Hunde betreffend, bildet (ganz passend) den Schluß des officiellen Theiles des Moniteurs.

Endlich ist der erste Artikel des „Neuen Frankreichs" von Dr. Véron im Constitutionnel erschienen, und man frägt sich, was diese aus Tausend schon gedruckten und abermals wiederholten Phrasen zusammengesetzte Abhandlung über Finanz- und Steuerwesen mit dem „neuen" Frankreich zu thun habe. Der Hauptinhalt der in 6 Colonnen gedehnten Abhandlung läßt sich in wenig Worten resumiren: „Die Finanzverhältniße Frankreichs sind schlecht, sie müssen verbessert werden. Die Grundsteuer ist zu groß, sie muß vermindert werden. Die gegenwärtige Regierung hat viel guten Willen etwas zu thun, sie hat noch sehr wenig gethan, hoffen wir, daß sie viel thun wird." Hr. Véron hütet sich, der Regierung zu rathen, auf welche Weise sie die Grundsteuer erleichtern, und doch die Finanzlage verbessern soll. Er hofft, er wünscht, das genügt ihm, für den Rest verläßt er sich — auf den festen Willen des Prinz-Präsidenten und auf die Weisheit dessen Regierung; das genügt ihm; was sagen aber die Leser? — Die sagen gar nichts, denn aufrichtig gesagt, sie haben nur Mäßiges von Hrn. Véron erwartet und sind nicht sehr böse, gar nichts gefunden zu haben.

Die Wahlen in England erregen hier, wie es ganz natürlich ist, das höchste Interesse. Es ist jetzt keinem Zweifel unterworfen, daß das Ministerium Derby in der Minorität bleiben wird, und daß die Tories abermals den Whigs den Platz räumen müssen. Tories und Whigs aber haben schrittweise dem Einfluße der öffentlichen Meinung nachgeben müssen und sind, ohne es selbst zu merken, von ihrem ehemaligen Standpuncte immer mehr nach Links gedrängt worden. Robert Peel, der die Macht des gewaltigen Stromes als der hellsehendste Staatsmann seines Landes zuerst fühlte, hat zuerst seine Partei ins Schlepptau genommen, und wider ihren Willen außer den Bereich des an sie anprallenden Wellenschlages gezogen. Die nach ihrer Art liberalen Whigs sahen sich in ihrem politischen Fortschritt von einer neuen, jüngeren Partei der Progressisten überflügelt, und fanden sich gezwungen, der neuen Meinungsrichtung gegen den eigenen Instinkt Rechnung zu tragen. Es frägt sich jetzt, ob die wieder zur Macht gelangenden Whigs den vor Kurzem verlassenen Standpunct wieder einnehmen können, oder ob sie die Unterstützung der neuen liberalen Partei gegen die Opposition der Tories, nicht mit neuen und wichtigen Zugeständnissen werden erkaufen müssen. In dieser Frage ist die ganze conservative Politik Europas interessirt, und schon richtet man die Augen auf den noch vor Kurzem als unverträglich verschrieenen Mann, der vielleicht jetzt allein im Stande ist, den Vermittler zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu spielen. Dieser Mann ist Palmerston. Das „Pays" sagt heute darüber: „Es ist nur ein Mann in der Whigpartei, der mit fester Hand die

progressive Bewegung dirigiren kann, welche England seinen künftigen Geschicken entgegen fortreißt. Dies ist der Lord Palmerston. Seine Popularität ist durch die Umstände, die ihn aus dem Ministerium getrieben hatten, vermehrt. Seitdem ist sie in stetem Wachsen begriffen durch sein zurückhaltendes, sehr geschicktes Benehmen, durch seine mit der öffentlichen Meinung sympathisirenden Reden, durch seine eigene Stellung die ihn zur Seele und zum natürlichen Chef der Fortschrittspartei macht, durch seinen vollendeten Character und seine Geschäftserfahrung. Es kann Niemand zum Heil Englands ans Ruder gelangen, als Lord Palmerston." Dies ist die Ansicht eines Elyseeischen Blattes!

Don Miguel hat aus Langenselbold im Kurfürstenthum Hessen eine Protestation an die gesammten europäischen Höfe und zur Veröffentlichung an die „Union" adressirt, worin er die Rechte des aus seiner Ehe mit der Prinzessin Adelaide von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg-Rochefort erwarteten Kindes auf die Krone von Portugal gegen den Einwurf wahrt, daß der muthmaßliche Throneibe nicht dem Grundgesetze des Landes gemäß auf dem Portugiesischen Gebiete geboren sei.

Der Erzbischof von Bordeaux hat einen zweiten Brief an den Bischof von Orleans wegen des Gebrauchs der heidnischen Classiker in den Unterrichtsanstalten gerichtet. Er will wol einige heidnische Autoren zulassen, sie müssen aber von Geistlichen interpretirt werden!!

Ein Schulknabe in Nuits hat, ohne Jemanden etwas zu sagen, einen Brief in Versen an den Präsidenten geschrieben, worin er bat, ihm sein Einkommen von einer Minute zu schenken. Er erhielt eine eigenhändige Antwort des Präsidenten mit einer Anweisung auf 25 Frcs. Das Einkommen des Präsidenten beträgt für jede Minute 23 Frcs. 4 Cent. — Bou Maza, der auf sein Ehrenwort die Erlaubniß erhielt, sich in die nächsten Umgebungen von Zeit zu Zeit begeben zu dürfen, hat sich freiwillig wieder in seinem Gefängniße gemeldet. Ein galantes Abentheuer hatte ihn etwas weiter, als er Erlaubniß hatte, verlockt, er dachte aber nicht daran, sein Wort zu brechen!

Dem Vernehmen nach haben fünf Bischöfe ihre Entlassung aus dem obersten Unterrichtsrathe eingereicht.

***London**, den 14. Juli. Nach der letzten Zusammenstellung zählen die Ministeriellen 179 und die Liberalen 232 Deputirte. — Die Unruhen in Limerick waren ernstlicher Natur. Die Dragoner wurden mit Steinwürfen empfangen; 13 Verwundete sind im Hospital. Am Abend wurden die Fenster aller Katholiken eingeschlagen, welche Hrn. Russell ihre Stimmen versprachen. Auch in Greenocke sollen Unruhen ausgebrochen sein.

Venedig, den 10. Juli. Die Verhaftungen politisch Compromittirter dauern noch fort. In den zwei letztvergangenen Tagen wurden wieder sechs Personen, die sich seit einiger Zeit hier aufgehalten hatten, wegen Theilnahme an dem jüngst zu Comacchio im Ferraresischen (nicht, wie ich vorher irrig andeutete, zu Mantua) entdeckten revolutionären Club in Haft gebracht. Viele Polizei-Agenten bereisen die Provinzen, um das tolle Complott mit Wurzeln und Zweigen auszuheben!! Durch die eingeleiteten Untersuchungen wird die Zahl der neuentdeckten Compromittirten immer größer. — Die Traubenkrankheit will auch heuer unsere, außerdem mit Fülle prangenden Weingärten nicht schonen. Das Uebel fügte namentlich dem bekannten Valpolicella-Thal, wo die edelste Weingattung im österreichischen Italien gewonnen wird, unermeßlichen Schaden zu. (Allgm. Ztg.)

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1135] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 1. bis 10. Juli: H. L. u. H. F. König a. Bliescastel. — H. Münzer a. Erlangen. — Fr. Gebhardt mit Frl. Schwester a. Haßloch. — H. Lieutenant Hundsdorfer a. Germersheim. — H. Professor Häberle a. München. — H. Sundheimer a. Neustadt. — Fr. Sitzler mit Bedienung a. Kitzingen. — Fr. Seyb a. St. Ingbert. — H. Dreyfuß a. Lauterburg. — H. Fiack a. St. Ingbert. — H. Hay a. Kutzenhausen. — Frl. Schneider mit Bedienung a. Landau. — Baron v. Sacken u. Frl. v. Campenhausen a. Rußland. — Fr. Helwerth a. Heidelberg. — Fr. u. Frl. Bumiller a. Scheibenhardt. — Frhr. v. Bellersheim mit Gemahlin u. Tochter a. Darmstadt. — H. Hirsch a. Homburg. Frl. Stein a. Waldfischbach. — Frl. Appel a. Hermersberg. — Frl. Häcker a. Kaiserslautern. — Fr. Unger a. Neustadt. — H. u. Fr. Scharrer a. Nürnberg. — Fr. Beger u. Frl. Reisel mit Bedienung a. Heidelberg. — H. Putter a. Bissersheim. — H. Karcher a. Kaiserslautern. — Gräfin v. Degenfeld a. Baden-Baden. — Fr. Bertrand a. Bischweiler. — Lenfrey a. Straßburg. — H. Hoffmann a. Hördt. — Fr. Fiack a. St. Ingbert. — Frl. Sundheimer a. Meissenheim. — Fr. u. Frl. Sadoul a. Weissenburg. — Frl. A. u. Frl. B. Löffler a. Mannheim. — Frl. Geil mit Bedienung a. Bechtheim. — Frl. Clauss a. Bechtheim. — Fr. Riotte a. St. Ingbert. — Frl. Laur u. Frl. Larouette a. Saarlouis. — Fr. Hoster a. Diehlkirchen. — H. Dr. Vogel a. Hofweier bei Offenburg. — H. Kaplan Göbl a. Heidelberg. — H. Anwalt Kaul a. Kaiserslautern. — Frl. Jost a. Molsheim. — Fr. Setzler a. Freinsheim. — 114 u. 115. H. Besancon mit Frl. Tochter a. Metz. — 116 u. 117. Se. Durchlaucht Fürst Barclay de Tolly mit Dienerschaft a. Rußland. — 118. Fr. Segler a. Freinsheim. — 119 u. 120. Fr. Pfifferling mit Töchterchen a. Heidelberg. — 121. Fr. Abenheimer a. Heidelberg. — 122. H. Walz a. Heidelberg. — 123. Fr. Mühlmichel a. Kirchheim a. d. Eck. — 124. u. 125. H. Reichard mit Sohn a. Kandel. — 126. u. 127. Fr. Schmidt u. Fr. Henrici a. Deidesheim. — 128. u. 129. Frl. A. u. B. Grumm a. Darmstadt. — 130. u. 131. Fr. Pfarrer Rompf mit Tochter a. Weidenthal. — 132. H. Laise a. Harxheim. — 133. Graf zu Solms-Laubach, k. preuß. General a. D. mit Bedienung a. Braunfels. — 134. u. 135. Frl. Fulda mit Frl. Nichte a. Worms. — 136. H. Theobald a. Frankfurt. — 137. u. 138. H. u. Frl. Laur a. St. Ingbert. — 139. H. Reichleser a. Worms. — 140. H. Fiack II. a. St. Ingbert. — 141. Fr. Mayer a. Landau. — 142. u. 143. H. Baurmann mit Sohn a. Bechtheim. — 144. H. Ruff a. Barr. — 145—147. Fr. Frank mit Frl. Töchtern a. Heidelberg. — 148. u. 149. Fr. Rott mit Fr. Tochter a. Hundsbach. — 150. Fr. Frank a. Thaleischweiler. — 151. Fr. Keßler a. Meissenheim. — 152. H. Kleehaas a. Gleisweiler. — 153. H. Ullmann a. Humbach. — 154. u. 155. Frl. v. Riedt mit Bedienung a. Carlsruhe. — 156. Fr. Steinfeld a. St. Ingbert. — 157. Fr. Frey a. Neustadt. — 158. Fr. Johannes a. Landau. — 159 u. 160. H. Stadtmüller u. H. Rossy a. Landau. — 161. Fr. Kern a. Böchingen. — 162 u. 163. H. Jäger u. H. Krehbiel a. Landau. — 164. H. Scherer a. Meissenheim. — 165. H. Hilger a. Neustadt. — 166. H. Greiner a. Straßburg. — 167. H. Buhl a. Frankfurt. — 168. H. Dr. Blümmerer, Professor in Bensheim. — 169 u. 170. H. u. Frl. Diehl a. Barr. — 171. H. Dreyfuß a. Bruchsal. — 172. H. Koch a. Bechtheim. — 173 u. 174. Fr. Meguin mit Frl. Tochter a. Saarlouis.

[1136] Ein israelitischer geprüfter Religionslehrer, der auch Vorbeter und Schlachter ist, wünscht bis gegen Ende Augustes in einer ansehnlichen Gemeinde eine Stelle zu erhalten. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1137²] **Zu verkaufen.**

Ein ausgezeichnet schönes und ganz fehlerfreies Wagenpferd (Fuchs), 8 Jahre alt, nebst einer zweispännigen Chaise, sehr solid gebaut, und doppeltem Chaisengeschirr, stehen zu verkaufen. Näheres bei Kaufmann **Müller** in Speyer.

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 172.) den 18. Juli 1852.

Deutschland.

Die Hegelianer. Der Stuttgarter „Beobachter“ enthielt vor einiger Zeit einen Aufsatz über „Heinrich Heine und die Hegelianer,“ dessen Schluß wir nachstehend mittheilen:

Wenn man an die jüngst vergangene Zeit zurückdenkt, so muß jedem Unparteiischen die Bemerkung sich aufdrängen, daß der Hegelianismus in seinen hervorragendsten Bekennern, sofern dieselben zum selbstthätigen Mitweben an dem Gewande der Zeit sich herbeiließen, eine überaus schlechte Probe gehalten hat. Die Hegelianer fühlten dieß wohl selbst und Strauß stellte darum, in der ausgesprochenen Absicht, die Hegel'sche Philosophie gegen den Vorwurf zu wahren, daß sie keine Charactere hervorbringe, den Würtemberger Christian Märklin, früheren Diakonus zu Calw und späteren Professor zu Heilbronn, vor den Augen der Welt als ein Characterbild auf.... Die Art, wie Strauß diesen „Charakter“ dargestellt hat, ist das größte Armuthszeugniß, welches jemals eine Partei sich ausgestellt hat. All die einzelnen Züge, welche Strauß zur Zeichnung Märklin's beigebracht, beweisen nur, daß dieser gewiß sehr ehrenwerthe Mann weder seine philosophischen Ueberzeugungen verleugnen, noch seine Stellung im Staate, d. h. sein Amt, aufgeben wollte. Aber ein Hegelianer und kirchlicher Seelsorger zu sein, das ist ein so unheilbarer Konflikt, daß man mit lügnerischer Dialektik und verpflasternder Wortquacksalberei darüber nicht hinweg kommen kann. Wir gehören nicht zu denen, welche in leichtfertiger Renommisterei es für ein Kleines ansehen, aus einer festgegründeten Existenz zu scheiden, und verargen es auch keinem Menschen, wenn er sich zehnmal besinnt, ehe er einen solchen Entschluß faßt: aber nur soll man von denen, welchen ein solcher Entschluß im Falle des Konflikts zu schwer fällt, nicht als von Characteren reden. ... Man hat schon oft gesagt, das Hegel'sche System sei der philosophische Konstitutionalismus oder die konstitutionalisirte Philosophie. Dieß ist jedenfalls in Beziehung auf das Verhalten seiner Bekenner richtig, welche vermöge der Balancirstange ihrer Dialektik vor dem März in den Kabineten des Absolutismus, nach dem März in den demokratischen Komite's des Republikanismus saßen und sich auf dem Katheder der Universität wie auf der Kanzel der Dorfkirche gleich gut zurechtfinden.

Auch damit hat es seine vollkommene Richtigkeit, daß die Hegel'schen Anschauungen eine Energielosigkeit ohne Gleichen, eine vornehm zuwartende Nichtsthuerei unter den gebildeten Klassen verbreitet haben. Das dritte Wort im Munde eines Hegelianers ist immer: auf die Persönlichkeit komme es im Grunde gar nicht an, d. h. dem Erfolge nach, man brauche sich der Widerlichkeit des Kampfes mit Persönlichkeiten nicht auszusetzen oder solle denselben wenigstens den untergeordneten Elementen überlassen. Freilich in der Portechaise der Idee befindet man sich sicher, wie in Abrahams Schoß: da läßt sich die Weltgeschichte, wie einst von Hrn. Dowiat, zuletzt auch bei Champagner und Rebhühnern machen.

Wir möchten nur, daß auch die Mächte dieser Welt einmal verhegelt würden. Was wäre das für ein herrliches Ding, wenn Kaiser Nikolaus, Louis Napoleon, Kaiser Franz Joseph u. s. w. auf „die List der Idee“ vertrauten, um die Democratie zu Schanden zu machen! Aber leider haben Fünffrankenthaler und Kanonenkugeln bei ihnen einen bessern Kurs, als alle Hegel'sche Weisheit.

Das Lager der Hegel'schen Philosophie ist für die Ideenanbeter eine Art Schlaraffenland, wo den Eingeweihten das Werden der Geschichte in Form einer gebratenen Taube in den Mund fliegt. Auch wir glauben an die Macht der Idee und ihren unaufhaltsamen Proceß: verachten aber, je inniger wir von solchem Glauben erfüllt sind, desto brünstiger dieses hegelianische Vollblut, welches — eine Wiederauferstehung der alten Sophisten — in dem Privilegium der Schulweisheit sich's wohl sein läßt, Brod essend in allen Regierungsformen, sich zurechtfindet, anstatt Hand anzulegen, dem Gang der Dinge mit der idee-geschliffenen Brille zuschaut, und über die täglichen Kämpfe Derer, welche streben und also auch irren, vornehm die Achsel zuckt.

... Heinrich Heine ging seiner Naturanlage nach rückwärts, indem er sich von den Hegelianern abwandte; die Democratie aber geht vorwärts, indem sie denselben den Rücken kehrt. Denn diese verhegelten Weltgeistpolitiker, die Ritter einer charakterlosen und charakterlos machenden Dialektik, sind nicht allein die abgeschmacktesten und unbrauchbarsten, sondern auch die zweideutigsten und feigsten Genossen, und es ist bezeichnend genug, daß der ganze Orden derjenigen, welche freisinnig sein und doch nirgends die Finger verbrennen wollen, bei diesem Hegel'schen Vollblut, um Heine's Ausdruck zu gebrauchen, die Schweine hütet.

Auch wir sagen: Behüte Gott uns vor der Verhegelung!

Schwerin, den 8. Juli. Der H. C. erzählt folgende traurige Begebenheit: „In dem nahegelegenen Dorf Trebbow lebte eine auf Altentheil gesetzte Bauersfrau, die, vielleicht wegen ihres nicht ganz gutartigen Characters, von den Dorfbewohnern der Ausübung von Hexenkünsten zum Schaden an Menschen und Vieh beschuldigt ward. Vor mehreren Jahren machten sich Spuren von Geistesstörung bei ihrem Sohn, dem Geschäftsinhaber Langpaap zu Trebbow, bemerklich — natürlich ward die im Unfrieden mit dem Sohn lebende Mutter als Urheberin auch dieses Uebels bezeichnet. Obgleich gänzlich wiederhergestellt, hat der Sohn dennoch vor einigen Tagen seine Mutter — in dem Wahn das Dorf von einer „Hexe“ zu befreien — meuchlings erschossen, und sich selbst, nachdem er verhaftet worden, gestern im hiesigen Amtsgefängniß erhenkt.“

Berlin, den 12. Juli. Der Ausschuß des evangelischen Kirchentags hat eine Bitte um Schonung für die deutsche Kirche in Schleswig an den König von Dänemark gesandt, und darauf eine Antwort erhalten, welche zu veröffentlichen man aus Rücksicht für jenen Monarchen Anstand nimmt. (!!) (Allgm. Ztg.)

Niederlande.

Amsterdam, den 9. Juli. Der Vertrag über die Eisenbahnverbindung zwischen Niederland und Belgien steht auf dem Punkt von den betreffenden Regierungen unterzeichnet zu werden.

Frankreich.

Paris, den 12. Juli. Mehrere hiesige Polizeibeamte, worunter Delahodde, sind abgesetzt worden.

In Tourcoing hat die Polizei eine Masse aufrührerischer Schriften, die im Lande verbreitet werden sollen, in Beschlag genommen.

— den 13. Juli. Die Provinzblätter berichten über

Stürme, Wolkenbrüche und Gewitter mit Hagelschlag, die in vielen Gegenden die Aernte sehr beschädigt oder vernichtet, Ueberschwemmungen verursacht, Häuser und Fabriken übel zugerichtet und mehreren Menschen, die der Blitz traf, das Leben gekostet haben.

Der Anschluß der belgischen Regierung an den Norden erregt hier Unmuth. „Ich bin Ihr Vortrab!“ sagte neulich der König von Belgien zum Könige von Preußen, als er sich längere Zeit mit demselben über die Eventualitäten eines französischen Einfalles in Belgien und des Ausbruches eines europäischen Krieges unterhalten hatte.

Unter den Personen, die auf den Deportationslisten standen, befand sich auch F. Flocon. Er erhielt jedoch Kenntniß von den freundlichen Absichten der Regierung und machte sich aus dem Staube.

Die höheren Officiere der pariser Nationalgarde sind dem Obersten des Generalstabes derselben, Hrn. Vieyra, nicht sehr günstig gesinnt. Sie haben dessen Absetzung verlangt.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1131³] **Gold- und Silberborden, Uniformsstickereien, Ordensbänder ꝛc. ꝛc.,** werden fortwährend verfertigt bei Louis Cron, Posamentier zu Speyer.

[1125²] **Soolbad Dürkheim.**

Bei Wittwe Geist sind größere und kleinere Wohnungen, sowie einzelne Zimmer, vollständig möblirt zu vermiethen. In dem Hause befindet sich eine Bad-Einrichtung; auch ist ein Garten dabei.

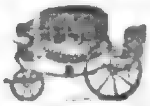
[1121²] Bei Wittwe Hoffmann in Speyer steht ein Biber'schen Flügel von vorzüglicher Güte zu verkaufen.

Großes Tapetenlager
eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl,**
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057¹⁴] in Mannheim.

[1123] **Anzeige.**

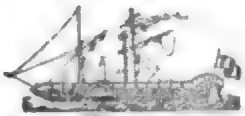
Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.
In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

[1119²] **Zu verkaufen.**



Zwei Droschken nebst einem Jalousiewagen und mehrere Jalousiekästen ohne Gestelle sind billig zu verkaufen in Lit. C. Nro 49 in Heidelberg.

[1104] # Rheinische Dampfschifffahrt.

Kölnische  Gesellschaft.

Tägliche Abfahrten von Mannheim vom 26. Juni c. an

nach Köln 7½ Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Neustadt-Speyer. In Köln im Anschluß an die letzten Züge nach Berlin, Paris, London.
„ „ 11¼ „ „ Schnellfahrt in 10 Stunden, nach Ankunft des 1. Zuges von Neunkirchen. In Köln im Anschluß an den letzten Zug nach Paris.
„ Mainz 5¼ „ Nachmit., nach Ankunft des von Straßburg kommenden Boots, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Pariser Post-Schnellzuges von 5 Uhr 20 Minuten.
„ Straßburg 11¼ Uhr Nachts.

☞ Bei der Schnellfahrt Morgens 11¼ Uhr bis Köln wird Unterwegs nur mit Mainz, Bingen, Coblenz und Bonn verkehrt.

[1051] # Niederländische

Dampf- Schifffahrt.

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	bin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 173 | den 20. Juli 1852.

Deutschland.

***Pfalz.** (Die Excommunication eines Protestanten.) Der ganze Vorfall wird mit Recht als ein sprechendes Kennzeichen der Zeit angesehen und — angestaunt. Die Sache verdient aber nicht blos deßwegen eine nähere Beleuchtung, sondern insbesondere auch der Consequenzen wegen, welche daran geknüpft werden würden, wenn das Verfahren ohne Widerspruch bliebe. „Ein Präcedenzfall,“ sagt der geistreiche Verfasser der Juniusbriefe in seiner Einleitung, „schafft andere Fälle. Bald vermehren sie sich und bilden das Gesetz. Was gestern blos eine Thatsache war, ist heute Doctrin. Beispiele müssen die gefährlichsten Maßregeln rechtfertigen, und wo sie nicht vollkommen passen, wird der Mangel durch Analogie ersetzt.“

In einer Zeit allgemeiner Bildung und principiell kirchlicher Duldung, in der man mit Staunen davon redet, wenn die katholische Kirche die Excommunication über Solche verhängt, die ausdrücklich und freiwillig ihren Austrit aus dieser Kirche förmlich erklärt haben (die Deutschkatholiken), — in einer solchen Zeit muß es auffallen, wenn Excommunicationen in der protestantischen Kirche vorkommen, und wenn sie insbesondere in der wesentlich rationalistischen unirten Kirche der Pfalz auftauchen, und zwar aus dem ausdrücklich angegebenen Grunde, weil Jemand seine Kinder in einer andern, und zwar in einer der privilegirten christlichen Kirchen, erziehen läßt. Und darum sollte er — das Ueberraschendste von Allem — sogar seiner höhern bürgerlichen Rechte verlustig werden? —

Nach der treffenden Erörterung des Gegenstandes in Nro. 169 und 170 dieses Blattes bleibt vorerst, und bis zu erfolgender Gegenentwicklung, nur Weniges darüber zu sagen übrig. Man hat sich offenbar von vorn herein nicht klar gemacht, was die „Excommunication“ ist und sein soll.

Die katholische Kirche, aus welcher die Sache in die protestantische herüber kam, kennt zwei verschiedene Arten des Kirchenbanns: den „kleinen“ und den „großen.“ Der erste besteht in der Entziehung blos einiger kirchlichen Rechte, insbesondere des Abendmahls, der zweite in dem Verluste aller kirchlichen Rechte und Güter, und der Ausstoßung aus der kirchlichen Gemeinschaft. Der kleine Bann heißt „excommunicatio,“ der große „anathema.“ Der „Excommunicirte“ ist und bleibt Glied der Kirche, der „Anathemasirte“ dagegen ist von derselben ausgeschlossen, wenn man will ausgestoßen, aber auch Er nur — bis zur Reue und Buße. Der Kirchenbann, der kleine wie der große, kann nach der Ansicht der ausgezeichnetsten Kirchenrechtslehrer rechtlich nur wegen eines begangenen groben, öffentlich bekannten und erwiesenen „**Verbrechens**“ (crimen) erfolgen, und zwar einzig und allein wegen eines solchen Verbrechens, gegen welches der Kirchenbann zuvor ausdrücklich **angedroht** war; er kann nur verhängt werden, wenn vorgängige Ermahnungen fruchtlos geblieben, und er kann überhaupt auch dann nur auf einem vorgängigen richterlichen Ausspruch, dem gerichtlich erwiesenen Verbrechen solcher Art, beruhen, resp. ihm nachfolgen.

Diese Sätze, denen schwerlich ein wirklicher Kanonist widersprechen wird, vorausgestellt, fragt es sich nun im vorliegenden Falle: ist es ein grobes „Verbrechen,“ wenn ein protestantischer Vater seine Kinder in den Lehren der katholischen Kirche erziehen läßt? und in welchem Gesetze ist gegen dieses „grobe Verbrechen“ de kirchliche Bann angedroht? Wir sehen hier von allen formellen Fragen ab, namentlich von der Frage, ob vorgängige Mahnungen stattgefunden (was wir wenigstens in dem Erkenntniße nicht constatirt finden), — auch von der weiteren: in wieferne das protestantische Consistorium der Pfalz (unter den besondern Verhältnißen der in diesem Lande bestehenden weltlichen Gesetzgebung) als Gerichtsbehörde angesehen werden kann, als Gerichtsbehörde, deren Entscheidungen weltliche Folgen nach sich ziehen, — und als Gerichtsbehörde, gegen deren Urtheil (zumal nach Beseitigung des Münchener Oberconsistoriums) gar keine Appellation zulässig wäre, was sogar die katholische Kirche nicht anspricht, nicht duldet. —

Allein im Materiellen der Frage selbst kommen wir mit Nothwendigkeit zu dem Schluße, daß eine Excommunication gar nicht stattfinden konnte, weil ein „grobes Verbrechen“, und zwar eines, gegen welches die Excommunication gesetzlich angedroht wäre, nirgends vorliegt.

Wenden wir uns nun zu dem Rundschreiben des k. Generalprocurators, resp. der Entziehung der höhern staatsbürgerlichen Rechte. Nehmen wir einen Augenblick an, der Kirchenbann sei unbedingt und unbestreitbar richtig verhängt, so fragt es sich: welcher Kirchenbann? der große oder der kleine? Unsers Erinnerns sind alle Kirchenrechtslehrer über den Satz einig: „die protestantische Kirche hat nur den kleinen Bann beibehalten.“ Ein Zweifel darüber kann aber in der Pfalz um so weniger entstehen, als ja die Vereinigungsurkunde selbst dem Consistorium unter allen Verhältnißen die Grenze setzte, nicht über die Excomunication hinausgehen zu können. Und in Wirklichkeit ist in der Entscheidung wörtlich die „excommunicatio“ verhängt, also doch, wahrhaftig nicht ein „anathema“ geschleudert! Die Excommunication hat aber nicht einmal den Verlust aller Rechte der betr. Kirche zur Folge, und — die Hauptsache — der Excommunicirte bleibt rechtlich Angehöriger dieser betr. Kirche; er kann rechtlich von ihr nicht ausgestoßen werden. Wir sehen uns deßhalb vergebens nach Motiven um, durch welche die generalprocuratorische Ansicht zu begründen wäre, daß der Excommunicirte aus seiner bisherigen Kirche „ausgestoßen“ sei und nun „zu gar keiner Kirche gehöre.“

Indem wir diese Bemerkungen den Erörterungen in Nro. 169 und 170 dieses Blattes ergänzend anreihen, haben wir nur den (im vorliegenden Falle vielleicht vergeblichen) Wunsch beizufügen, der Betroffene möchte der Entscheidung des Consistoriums gegenüber die appellatio ab abusu einlegen (2. Edict, §. 52) *), dem Rundschreiben des k. Generalprocurators gegenüber aber Beschwerde beim Justizministerium, und eventuell Beschwerde wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte beim Landtag erheben.

***Betrachtungen.** Der letzte große Sieg, den die Reaction in Europa erlangte, war die Einsetzung eines Hochtorryministeriums in England. Also selbst jenseits des Canals mußte der Rückschlag eintreten. Die kleine Schweiz war allein noch zu restauriren, — allein in dem

*) „Es steht auch den Genossen einer Kirchengesellschaft, welche durch Handlungen der geistlichen Gewalt gegen die festgesetzte Ordnung beschwert werden, die Befugniß zu, dagegen den königl. Landesfürstlichen Schutz anzurufen.“

ganzen Erdtheile! Und wie schien Alles hier selbst mitzuwirken, wie schien diese letzte Burg des freien Princips fast widerstandslos, da ihre Vertheidiger selbst sie zu übergeben sich bereit zeigten!

Aber wie haben sich die Dinge seit drei Wochen umgestaltet! Die Schweiz leistet einen ungeahnten Widerstand. Noch hält sich Freiburg, von dessen politischen Wällen man gehofft hatte, daß sie der blose Trompetenschall, wie einst Jerchio's Mauern, niederwerfen werde. Der Tag von Valangin, eigens ausgeschrieben um den Sieg der Reaction zu entscheiden und zu deren Triumph zu dienen, — er ist für sie ein Tag der offenen Niederlage, der Schmach, der Hoffnungslosigkeit geworden; er ward der Tag des Sieges für eben die, deren Untergang hier gefeiert werden wollte.

Noch entscheidender ist aber die Niederlage der Reactionspartei in dem vorzugsweise wichtigen England. Alle Hoffnungen, denen sie sich hingegeben, daß das Ministerium Derby-Disraeli sich behaupten könne, sind vollständig zu Schanden geworden. Das Volk hat durch seine Parlamentswahl geantwortet auf die an dasselbe erfolgte Appellation. — Man wird sich glücklich schätzen wenn „Lord Feuerbrand" das Staatsruder wieder übernimmt; er wird bereits als der Einzige Mann, der an jenem Posten möglich ist, bezeichnet; er hat keine Ursache, der Reaction jetzt holder zu sein, als er es früher war, wol aber wird er dem Fortschritt entschiedener huldigen, entschiedener in dieser Richtung wirken müßen!

Dabei die Aussicht auf die Wahl eines democratischen Präsidenten in den Vereinigten Staaten.

Wahrlich, die Gestaltung der Dinge in der letzten Zeit rechtfertigt nicht den Kleinmuth, von dem so Viele befallen sind. —

Nürnberg. Der „Fränk. Kur." sagt am Schluße eines größern Artikels über die französischen Zustände: Von 160 stimmenden Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers haben in der Budgetfrage 57 gegen die Regierung gestimmt. Das ist ungemein viel, zumal, wenn man bedenkt, daß der gesetzgebende Körper zur Zeit seiner Eröffnung noch kaum drei Mitglieder zählte, die nicht entschiedene Anhänger der Regierung waren. Hr. v. Montalembert sagte am Schluße seiner merkwürdigen, tiefeinschneidenden Oppositionsrede: „Meine Herren Collegen, Sie werden mir Gnade ertheilen, denn Sie müßen sich überzeugt haben, daß ich Ihnen in der Opposition nur um einige Monate vorausgeeilt bin. Sie werden, Sie müßen mir nachfolgen." So Hr. v. Montalembert, der alte Freund des Elysee! Ist das nicht der Anfang vom Ende?!

München, den 15. Juli. Der Staatsminister der Justiz, Hr. v. Kleinschrod, wird nächste Woche eine Urlaubsreise nach Wiesbaden antreten. — König Max läßt sich zu seiner für die Mitte Octobers beabsichtigten Reise nach Spanien vom k. Kämmerer, Frhrn. v. Karwinsky, Conversationsstunden in der spanischen Sprache ertheilen. — Dr. Guido Görres, Herausgeber der „Historisch-politischen Blätter," ist, 44 Jahre alt, mit Tod abgegangen.

Aus Baden, den 16. Juli. Das „Frkftr. Jour." berichtet, daß der Conflict wegen des Seelenamtes für den verstorbenen Großherzog durch den „wenn auch sehr sanften Hauch eines erzbischöflichen Hirtenbriefes von Neuem zur Flamme angeblasen" worden ist. Der Erzbischof von Freiburg hat sich nämlich veranlaßt gesehen, die Geistlichen, welche ein Traueramt hielten, wegen Ungehorsams zu geistlichen Uebungen ins Klerikalseminar zu St. Peter zu berufen; denjenigen Priestern aber, welche den von ihm angeordneten Trauergottesdienst gänzlich unterlassen haben, wird eine schriftliche Erklärung abverlangt, in der sie geloben, nie und nimmer den kanonischen Gehorsam ihrem Oberhirten zu versagen. Allen Denen, die sich in ihrem Gewissen bewußt sind, daß die Unterlassung des angeordneten Trauergottesdienstes eine Folge des Ungehorsams oder ungeziemender Menschenfurcht war, werden zugleich verpflichtet, daß sie nach Maßgabe ihrer Schuld zur Sühnung ihres Fehlers irgend ein gutes Werk, etwa zu Gunsten der barmherzigen Schwestern oder des Bonifaziusvereins u. dgl. (etwa auch des katholisch-conservativen Preßvereins?) verrichten. Da der Erzbischof seinen Schmerz nicht nur über den Ungehorsam, sondern auch über die Unwissenheit ausspricht, in der so Manche befangen seien, so bemerkt das Frkftr. Jour. u. a.: „Auch der Hr. Erzbischof war ja seiner Zeit in gleicher Unwissenheit befangen, als er für den verstorbenen Großherzog Ludwig ein feierliches Pontifikalamt celebrirte; ob er dafür auch seither geistlichen Uebungen in St. Peter sich unterzogen, wissen wir nicht."

Frankfurt. Der politische Ausschuß des Bundestags zu Frankfurt hat sich darüber einstimmig ausgesprochen, daß die Regierungsbehörden der vier freien Städte den Character „christlicher Staatsbehörden" behalten müßen, und daß demgemäß die Zulassung von Angehörigen nichtchristlicher Confessionen zu Regierungsämtern unstatthaft sei.

Frankfurt, den 16. Juli. Der Conferenz zu Kissingen soll keine zweite mehr folgen. Wie man hört, haben sich die in Kissingen versammelt gewesenen Minister über den Punkt, um welches es sich daselbst handelte, die Antwort der Coalirten an Preußen nämlich, vollkommen geeinigt und wurde diese Antwort dort sowol endgültig redigirt, als formell für diejenige der coalirten Staaten angenommen. Die Antwort entspricht, wie verlautet, principiell ganz dem Darmstädter Programme.

Der hiesige katholische Stadtpfarrer Beda Weber hat einen geachteten reformirten Geistlichen, Pfarrer Bonnet, angeklagt, er wolle einen katholischen Knaben zum Protestantismus bekehren; er klagte vielmehr eigentlich auf — „Menschenraub". Der Senat hat, nach der durch die Untersuchung sich herausstellenden Grundlosigkeit der Anklage, dem Hrn Beda Weber durch die gemischte Kirchen- und Schulkommission sein Bedauern über das in dieser Sache eingehaltene Benehmen aussprechen lassen. (Frankf. Journ.)

Kassel, den 16. Juli. Heute findet die feierliche Eröffnung der Ständeversammlung statt.

Hamburg, den 14. Juli. Die Versteigerung der in München gegossenen Gustav-Adolf-Statue fand wirklich am verflossenen Sonnabend auf Helgoland statt. Es hatten sich aber fast gar keine Käufer eingefunden, und wurde sie daher der Gemeinde von Helgoland für den Preis von 5000 Mark Cour. = 2000 Thlr. pr. Cour. zugeschlagen. Es wird also diese Statue, die ursprünglich eine schwedische Hauptstadt zieren sollte, auf Helgoland aufgestellt werden.

Da der Kapitän des Stader Dampfschiffes auf die Anmuthung des dänischen Wachtschiffes im Hafen von Altona nicht achtete, so sendete das letzte vier Mann mit dem Auftrage an Bord des Dampfers, dessen Capitän zu verhaften. Der Widerstand des Capitäns vereitelte aber nicht nur die Ausführung dieses brutalen Actes, sondern gab auch den dänischen Häschern eine nachdrückliche Lection.

Bremen, den 10. Juli. Die von den bayerischen Gerichten gegen die „Weser-Zeitung" wegen einiger Correspondenzartikel (welche bekanntlich in München zu Haussuchungen bei mehreren Literaten Veranlassung gaben) anhängig gemachte Untersuchung hat ein schnelles Ende genommen, indem das von Bayern an unser Untersuchungsgericht gestellte Ersuchen um Vernehmung des Redacteurs und Ertheilung sonstiger Aufschlüsse, abgewiesen worden ist, weil, wenn ein Bremenser sich gegen unsere Gesetze durch Beleidigung eines auswärtigen Staates vergangen hätte, unsere Gerichte ihn schon aburtheilen würden, daß aber ein solcher Fall nicht vorliege.

Berlin, den 16. Juli. Die Redaction der „Neuen Preuß. Ztg." gibt heute folgende Erklärung in einem Extrablatte oder, wie sie es nennt, in ihrer Nr. 164:

„Da die polizeiliche Confiscation der drei letzten Nummern unserer Zeitung vom 13., 14. und 15. d. M. zu beweisen scheint, daß es uns augenblicklich nicht gestattet ist, in der bisherigen Weise weiter zu schreiben, und es nach unserm wohlerwogenen Ermessen viel weniger darauf ankömmt, daß die Kreuzzeitung ununterbrochen erscheint, als darauf, daß sie unbedingt und rücksichtslos Farbe hält und gegenwärtig selbst den Schein vermeidet, als habe sie mit dem System Manteuffel-Quehl noch das Mindeste gemein, so haben wir uns entschlossen, das Erscheinen unserer Zeitung mit dem heutigen Tage vorläufig wenigstens so lange zu sistiren, bis über die polizeilichen Confiscationen Gerichtsseitig befunden sein wird."

Berlin, den 15. Juli. Die Kreuzzeitung sollte außer Confiscation auch noch die Ausweisung mehrerer ihrer hier nicht domicilirten Mitarbeiter erleben. Auch dem Redacteur des politischen Wochenblatts, Dr. v. Jasmund, war am 10. die Weisung zugegangen, in drei Tagen die Stadt zu verlassen, und zwar ohne Angabe der Gründe; allein dieser Befehl ist einstweilen sistirt worden. Herrn v. Bethmann-Hollweg wurde die Sache unverzüglich auf telegraphischem Wege mitgetheilt, der schon gestern deßhalb hier von Rheineck angekommen ist.

Görlitz. Der „Görlitzer Anzeiger" schreibt Folgendes über den Gang der Handelsgeschäfte: „Daß die großen Handelsgeschäfte in Folge der im Zollverein eingerissenen Wirren durchweg stocken, haben wir an den vergangenen Wochen auch am hiesigen Transitogeschäft wahrgenommen. In Böhmen aber soll es noch schlimmer stehen und die Noth der Arbeiter sehr groß sein."

Wien, den 12. Juli. Ein österreichischer General (Schönhals) sagt in seinem eben erschienenen Buche: „Erinnerungen aus den Italienischen Kriegen der Jahre 1848 und 49" über die österreichische Policei folgendes gewiß nicht schmeichelhafte Urtheil: „Schwer wird es uns werden, die Vorwürfe zu widerlegen, die man der österreichischen Polizei und Censur macht. Wir wollen das gar nicht einmal versuchen, weil wir keine Mißbräuche in Schutz zu nehmen gesonnen sind. Wir wissen recht wol, daß in einer Zeit, wie die unsrige, kein Staat ohne Policei existiren kann; aber es ist Pflicht, dieses nothwendige Uebel so wenig veratorisch als möglich zu machen, denn nichts ist so verhaßt, als dieses ewige Eingreifen in die persönliche Freiheit des Menschen, das Bevormunden aller seiner, auch der unschuldigsten Handlungen. Noch nie hat eine Polizei eine Revolution verhindert. Wie leicht artet sie dagegen in Angeberei und Verleumdung aus. Am Ende lastet sie nur auf dem ehrlichen Manne, nicht auf dem Schurken, der sich ihr, unbekümmert um die Mittel, zu entziehen weiß." Das sind die Worte eines österreichischen Generals, eines Aristocraten durch und durch!

Oesterreichische Staaten.

Ungarn. Die Leipz. Ztg. schreibt, daß viele Magnatenfamilien durch die Reise des Kaisers in ihren besten Hoffnungen auf eine nationale Reconstruction des Königreichs getäuscht, sich mißvergnügt zum Verlassen ihres Vaterlandes anschicken.

Schweiz.

Nach dem „Confédéré" werden von den Ultramontanen in der Voraussicht eines ungünstigen Entscheides von Seite der Bundesversammlung auf das Verlangen des Comite von Posieux bereits Anstalten getroffen, um die 50,000 Unterschriften zur Abstimmung über eine Bundesrevision zu erhalten.

Niederlande.

Amsterdam, den 15. Juli. Es wird der Angabe widersprochen, daß die niederländische Regierung die allergeringste Lust habe, Surinam zu einer deutschen Verbrechercolonie machen zu wollen.

Frankreich.

Paris, den 15. Juli. Nach Berichten aus Marseille herrscht dort große Gährung. Man räth dem Präsidenten den Besuch der genannten Stadt ab.

In Paris cirkulirt ein Pamphlet: „Die geheimnißvolle Stimme," worin die Regierung sehr heftig mitgenommen wird. Weder Verfasser noch Verbreiter waren zu entdecken. — Ein Gerücht aus einer nicht verwerflichen Quelle spricht von der Entdeckung eines Offizierscomplotts und vielen Verhaftungen.

Italien.

Eine Correspondenz aus **Bologna** in der Indépendance Belge bestätigt die neulich gemeldeten Vorfälle in Forli. Das Individuum, wegen dessen Tödtung oder tödtlicher Verwundung vier Personen hingerichtet und vier lebenslänglich auf die Galeeren geschickt wurden, war ein Policeagent. Jene vier giengen muthig und ihre Unschuld betheuernd dem Tode entgegen; die einzige Gnade die sie sich ausbaten war, nicht durch österreichische, sondern durch päpstliche Soldaten den Tod zu erleiden. Dieß wurde ihnen auch gewährt. Als ein zweites Anzeichen der übeln Stimmung in der Romagna führt der Correspondent einen Vorgang an, der sich in Ravenna zugetragen hat. Ein ziemlich übelberüchtigtes Individuum war verhaftet worden weil es einem seiner Feinde einen Dolchstich versetzt hatte. Am nächsten Tage erschienen vier als österreichische Officiere gekleidete Männer im Gefängniß, und ließen sich den Schuldigen ausliefern. Der Chef der Carabinieri, welcher den Posten befehligte, wagte nicht es zu verweigern. Seitdem ist der Gefangene unsichtbar geworden. Wenn die Oesterreicher die Legationen verließen, sagt der Correspondent, so würden ihnen viele Personen folgen, aus Furcht vor den Mißhandlungen, denen sie dann ausgesetzt sein würden.

Vereinigte Staaten.

Die Union wird immer mehr genöthigt, sich anderes Gebiet einzuverleiben. So ward zu Acapulco der americanische Gesandte insultirt und zuletzt durch die Behörden verhaftet.

Brasilien.

Zu **Rio Janeiro** wüthet das gelbe Fieber.

Hinterindien.

Bombay, den 8. Juni. General Campbell hat mit 4000 Mann und 10 Kanonen am Swat mehrere Gefechte bestanden, einige feindliche Forts zerstört, hin und wieder die Saaten verbrannt und die Feinde zu Paaren getrieben.

Rangun, den 26. Mai. Am 19. d. M. erstürmten die Engländer das birmanische Fort Basosin; ihrerseits blieben 3 Todte und 31 Verwundete, worunter 7 Offiziere. Weit empfindlicher ist der Verlust der Birmanen. Der Gouverneur von Rangun lief kürzlich Gefahr gefangen zu werden; eine seiner Gemahlinnen fiel in die Hände der Britten, die ihm besonders feind sind, weil er mehrere brittische Schutzbefohlene ohne Recht und Untersuchung hinrichten ließ. Ein bisher noch nicht beglaubigtes Gerücht will wissen daß in Pegu eine Revolution ausgebrochen, und der König von Ava gestorben sei.

China.

Canton, den 22. Mai. Die americanische Flotte unterhandelt mit Japan.

Hongkong, den 23. Mai. Die Insurgenten haben sich der Stadt Kewelin bemächtigt.

Neueste Nachrichten.

München, den 14. Juli. Changarnier hatte das Glück, einen Besuch der hiesigen Polizei in seinem Gasthofe zu empfangen, um nach seinem Passe gefragt zu werden.

Leipzig, den 10. Juli. (Kuratium Kurage.) Der Wes. Ztg. wird von hier geschrieben, daß mehrere Professoren Bedenken trugen, sich bei der Sammlung für die

Kieler Professoren zu betheiligen! Sie fragten daher bei der Regierung an und erhielten die Antwort, daß das Ministerium die Sammlung unbedenklich billige.

Hannover. Die Bürgerwehr zu Hannover hielt dieser Tage ihr Schützenfest. Am zweiten und dritten Tage des Ausmarsches der Bürgerwehr wurde das Lied „Was ist des Deutschen Vaterland" gespielt. Die Bürgerwehr begrüßte das Lied mit lautem Hurrah, viele Wehrmänner steckten ihre mit der schwarz-roth-goldenen Kokarde geschmückten Hüte auf die Bajonette der Gewehre, welche sie hoch in die Luft hinstreckten, um dadurch ihre Freude an den Tag zu legen. Draußen auf dem Rondel vor dem Schützenhause flatterte an einem riesigen Maste gleichfalls die schwarz-roth goldene Fahne.

Berlin, den 15. Juli. Ein Correspondent des Frkf. Journ. berichtet, angeblich aus „durchaus sicherer Quelle": Es ist durch Bismark-Schönhausen in der Zollfrage weder in Aussicht gestellt, daß Preußen den durch die Erklärung vom 7. Juni eingenommenen Standpunct aufgeben werde, noch hat sich die österreichische Regierung bereitwillig gezeigt, das bisherige, für Preußen notorisch ungünstige Programm zu ändern und dadurch die Hand zu einer Verständigung zu bieten. Was daher in der Mehrzahl der deutschen Zeitungen von einem durch Hrn. von Bismark nach Berlin überbrachten Ultimatum gesagt worden ist, gehört in das Reich der Erfindungen.

Auch die in der Zollfrage gewöhnlich von der Regierung inspirirte Spener'sche Ztg. scheint damit übereinzustimmen. Dagegen sagt der Correspondent der Deutschen Allg. Ztg. u. a.: Die Angelegenheiten in der Zollfrage zwischen Preußen und Oesterreich kann man jetzt als gänzlich abgeschlossen betrachten. Nur die Darmstädter Coalition steht noch zwischen beiden Staaten und muß auf eine versöhnliche Weise in ihr altes Geleise hineingeführt werden. Oesterreich hat es Preußen zur Bedingung gemacht, sich mit diesen Staaten abzufinden und soll dies in nächster Zeit bewerkstelligt werden.

Die „Köln. Ztg." erklärt aus amtlicher Quelle die Angaben von einer definitiven Entscheidung der Differenz mit Oesterreich rücksichtlich der Zollfrage rc. für eine leere Erfindung.

Die Kreuzzeitung hatte in ihrer letzten Nummer der Regierung vorgeworfen, dieselbe gehe in der Zollsache mit faulen Vermittlungen um und habe sich von der Kissinger Uebereinkunft unter russischem Protectorate zumuthen lassen, die hiesigen Zollconferenzen abzubrechen, und vorerst mit dem k. österr. Cabinet über eine Zolleinigung zu unterhandeln.

Wien, den 14. Juli. Ende August beginnen bei Pesth die großen Cavallerie-Manöver, wozu 14 Cavallerieregimenter concentrirt werden.

Basel. Schön ist die Erfindung der Gasfabrication, schöner die des elektrischen Telegraphen; aber wie schön wäre nicht die, beide in eine zu vereinigen? Eine seltsame Frage, die jedoch ihrer Lösung nahe zu sein scheint. Ein junger Chemiker, Hr. C. Meyer von hier, erfand das Medium, die Gaslichter mittelst der elektrischen Drahtleitung zu entzünden und wieder auszulöschen, so daß in einer Minute die Straßen einer ganzen Stadt durch eine einzige Hand beleuchtet werden können. (S. N. Z.)

Freiburg. Der in jüngster Zeit vielgenannte Berset von Cormerod, wegen dessen Mißhandlung während des Freischießens in Murten die ultramontane Presse ein so fürchterliches Geschrei erhoben hatte, wie es heißt Korrespondent der „Suisse" und „Independance Suisse," ist letzter Tage wegen Fälschung eingesteckt worden.

Tessin. Der Konflikt zwischen der Regierung und dem Bischof von Como scheint noch nicht so beigelegt zu sein, wie die Democrazia früher berichtete. Die Gaz. Tic. bringt nämlich ein Schreiben des Bischofs an den Staatsrath vom 20. Juni, worin derselbe sein Verfahren rechtfertigt und dabei beharrt. Der Bischof erklärt allerdings, er habe sich nie in weltliche Sachen einzumischen gesucht, aber er habe vier Geistliche zur Verantwortung aufgefordert wegen ihres Votums im Gr. Rathe in Betreff der Säkularisation geistlicher Stifte. Denn komme ihnen als Großräthen die Verwaltung des gemeinen Wesens zu, so habe er als Bischof die Pflicht, sie zu warnen und zu belehren, wenn sie Gott und die Kirche beleidigen, denn ihre Stellung im Gr. Rathe erhebe sie nicht über die Gesetze der Kirche!! Die Strafen dieser letztern träfen sie von selbst, ohne daß ein neues Urtheil zu publiciren sei, wobei der Bischof auf die Bestimmungen des Tridentinums hinweist, sowie auf ein Breve von Papst Gregor XVI. Dies Schreiben klingt allerdings natürlicher, da die Herren Bischöfe nicht so leicht nachzugeben pflegen. (S. N.-Z.)

Paris, den 17. Juli. Die Berichte über die Reise des Präsidenten lauten im Wesentlichen gerade so, wie einst jene über die Reisen Karl des X. und Ludwig Philipp's, welche beide bekanntlich dessenungeachtet nicht auf dem Throne starben. — Der General Vaudrey (bekanntlich einer der Haupttheilhaber an dem jämmerlichen Aufstandsversuche von Straßburg,) soll zum Generalgouverneur aller Nationalpaläste ernannt werden. — Man hat einen neuen Marsch von der Königin Hortense aufgefunden. Die Musikchöre der Regimenter üben ihn bereits ein, und er soll am 15. August bei den großen Festen zum ersten Male gespielt werden. — Die Reforme von Viviers ist verboten worden, weil sie skandalöse Artikel aus der Nation von Brüssel abgedruckt hat. — Der Bücherverkauf mit Prämien von Uhren rc. ist den Buchhändlern verboten worden. — Die Jagden Ludwig Napoleons sollen organisirt werden; zum Director der Hetzjagden soll E. Ney, zu jenem der gewöhnlichen Jagden ein Hr. v. Toulongeon ausersehen sein. — Man hat berechnet, daß während der heißen Tage zu Paris täglich eine Million Pfund Eis verbraucht wird.

Elsaß. In Mühlhausen ist der als Industrieller rühmlich bekannte Nikolaus Köchlin gestorben.

Madrid, den 12. Juli. (Achtung des Ausspruchs der Geschworenen:) Das Journal Barcelonae, welches von der Jury freigesprochen wurde, ist durch ein Decret der Königin unterdrückt worden.

London, den 16. Juli. Die Unordnung in Limerick hat nach der Wahl, bei der Hr. O'Brien unterlag, von Neuem begonnen. Mehrere Häuser der Katholiken, welche für Russell stimmten, wurden geplündert und die Meubeln in den Fluß geworfen.

China. Teen-Toh hat die kaiserl. Truppen in einer Hauptschlacht geschlagen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Neustadt. Markt vom 14. Juli. Weizen 5 fl. 40 kr., Korn 4 fl. 18 kr., Spelz 4 fl. 6 kr., Gerst 3 fl. 21 kr., Hafer 3 fl. 46 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 15. Juli. Weizen 4 fl. 56 kr., Korn 3 fl. 45 kr., Spelz 3 fl. 35 kr., Gerst — fl. — kr., Hafer 3 fl 15 kr., Kartoffeln 1 fl. 40 kr., per Centner.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1138] **Auszug.**

Durch registrirtes Urtheil des königl. Bezirksgerichts zu Frankenthal vom siebenten Juli 1852, wurde auf Anstehen von Christina geborne Brennemann, Ehefrau von Johannes Mäurer dem Ersten, Ackersmann in Friedelsheim, sie Ackersfrau daselbst wohnhaft, zwischen ihr und ihrem genannten Ehemanne die Trennung von Tisch und Bett ausgesprochen.

Frankenthal, den 17. Juli 1852.

Für richtigen Auszug:

Der Anwalt der Klägerin, Ehefrau Mäurer:

Kirchweger.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch **Nro. 174** **den 21. Juli 1852.**

Deutschland.

*** Die Zollfrage.** Wenn irgend Jemand noch im Zweifel wäre, wie es heute mit der Zollfrage steht — d. h. mit der Frage des Wohles und Wehes von so vielen Tausenden und abermals Tausenden — er brauchte nur die „gute Presse," die halbofficiellen Blätter aus den verschiedenen betheiligten Ländern zu lesen. Welche Erbärmlichkeiten aller Art, welche Widersprüche, Beschönigungen, Ausreden und Vorspiegelungen, — welche Jämmerlichkeit und Hohlheit, welche Unwissenheit und Gleichgültigkeit gegen das Volkswohl, die man auf die armseligste Weise zu verkleistern sucht, — treten fort und fort in sämmtlichen Organen dieser „guten Presse" hervor.

Welchen endlichen Ausgang aber wird die Sache nehmen? Man weiß es noch immer nicht; denn was die gute Presse am einen Tage mit Bestimmtheit versichert, wird am folgenden als Unwahrheit erklärt. Das Publikum wird seit Monaten getröstet, aber ein Trostgrund ist immer abgeschmackter und alberner als der andere. —

Unterdessen dauern natürlich die verderblichen Folgen der Ungewißheit über die fernere handelspolitische Gestaltung fort; alle größern Unternehmungen sind gelähmt, Niemand weiß, weder wo inskünftige die Mauthgrenze, noch welches der Zolltarif sein wird! —

Wir fügen hier nur eine Bemerkung bei. In welche doppelt schlimme Lage käme die Pfalz durch eine Sprengung des Zollvereins, wenn Baden, welches durch die freie Rheinstraße in der Lage ist, wählen zu können, sich an Preußen anschlöße? Verschiedene Wahrnehmungen stellen selbst diese Eventualität in Aussicht!

Nachschrift. Wir erhalten folgende Notizen zur Bezeichnung des jetzigen Standes der Sache:

Zur Orientirung in der schwebenden Zoll- und Handelsfrage, welche absichtlich oder unabsichtlich so vielfach entstellt wird, mögen folgende, vollständig verbürgte Thatsachen dienen:

1) Das österreichische Cabinet ist bis heute von dem Standpuncte der Circularnote vom 25. Mai ebenso wenig abgewichen, als die preußische Regierung von ihrer Erklärung vom 7. Juni.

2) Die Mission des Hrn. v. Bismark-Schönhausen nach Wien hat in dieser Lage der Sache durchaus nichts geändert.

3) Hr. v. Bismark hat keine Verständigungsvorschläge gemacht, keine Erklärungen abgegeben; es haben demnach Verhandlungen mit dem Wiener Cabinet gar nicht stattgefunden.

4) Von österreichischer Seite ist kein Ultimatum gestellt, solches also von Bismark-Schönhausen auch nicht nach Berlin gebracht, und ebensowenig daselbst berathen worden.

5) Wenn die coalirten Staaten vor Reconstruirung des Zollvereins die Einigung mit Oesterreich wollen, so wird Preußen jede fernere Verhandlung mit ihnen abbrechen. Denn so lange als der Zollverein nicht besteht, ist die zweite Persönlichkeit, welche zum Abschluße des Zollvertrags mit Oesterreich nothwendig ist, noch nicht vorhanden.

*** Aus der Pfalz.** Wie man vernimmt, hat das Ministerium des Cultus, auf Antrag der Kreisregierung, verfügt, daß bis zur Entscheidung der Sache des Pfarrers Tafel die kathol. Pfarreinkünfte zu Zweibrücken sequestrirt werden. Da Hr. Tafel, aus Veranlassung seines Aufenthaltes auf dem Landtage zu München, zufällig seine Besoldung seit dem 1. Jan. d. J. nicht erhoben hatte, so wird ihm dieselbe nun auch für diese längst vergangene Zeit vorenthalten, also ehe irgend eine Entscheidung in der Sache selbst von der Staatsgewalt vorliegt, und sogar in Betreff eines Zeitraumes, bezüglich dessen gar keine Anfechtung stattfinden kann! — Wir erinnern uns keines zweiten Falles solcher Art. —

Für Auswanderer. Wir entnehmen zunächst dem neuesten Bericht des Berliner Centralvereins für die deutsche Auswanderungs- und Kolonisationsangelegenheit das für unsre Zwecke Wesentliche. Nach diesem Berichte dauert die verstärkte Auswanderung im Süden und Südwesten Deutschlands fort, während in Preußen eine merkliche Verminderung stattfindet. Natürlich, denn in den kleinen Staaten empfindet man die Zustände noch härter als in den größern.

Die Auswanderung nach Nordamerika ging nur zum kleineren Theil über deutsche Häfen. Nach dem Monatsberichte der deutschen Gesellschaft zu New-York kamen dort im Monat April 11,694 deutsche Auswanderer an. Davon waren über Bremen: 2299 und über Hamburg (direct) 1071, zusammen über die deutschen Häfen 3370, über nichtdeutsche Häfen aber 8324 Personen (davon über Havre 2542, über Antwerpen 2540, über Liverpool 1567, über London 1136, über Rotterdam 477 u. s. w.) gegangen. Die vorgekommenen Klagen betrafen nur Schiffe der Liverpooler Linie.

Die Auswanderung nach Chili hat zugenommen, namentlich sollen viele wohlhabende Auswanderer aus Kurhessen sich nach diesem Lande gewendet haben, aus welchem übrigens die Nachrichten günstig lauten. — Dieser Notiz des Berliner Vereins haben wir beizufügen, daß uns dieser Tage ein chilenischer Zeitungsartikel (aus dem Mercantile Reporter von Valparaiso) zugekommen ist, welcher der Provinz Concepcion wegen ihrer überwiegenden Fruchtbarkeit vor Valdivia den Vorzug zu geben sucht — aus Concepcion seien 1850 mehr als eine Million Säcke feinen Mehls ausgeführt worden —, dabei jedoch den deutschen Einwanderern räth, nicht durch Agenten oder Auswanderungsgesellschaften, sondern selbst, aber in Kompagnien, Land anzukaufen und nach den Einzahlungen unter sich zu vertheilen, weil größere Landstrecken leichter zu bekommen seien als kleine.

Auch nach Australien, fährt der Bericht fort, gehen wiederum Deutsche ungeachtet der ungünstigen Verhältnisse, die sie nach Allem, was über die Wirkungen des Goldfiebers in neuester Zeit bekannt geworden ist, dort erwarten.

Der Centralverein, dessen Notizen wir hier schließen, warnt wiederholt vor Brasilien, und zwar sowol vor der Regierung als vor den bekannten „fünf größten Gutsbesitzern." — Dieser Warnung fügen wir eine vor Peru bei, woher die grauenhaftesten Schilderungen von schwäbischen Auswanderern gekommen sind, welche ihre Unterbringung daselbst bei Gutsbesitzern, von denen sie gleichsam auf einem Sclavenmarkt ausgelesen und unter völlig rechtlosen Verhältnißen in Dienst genommen wurden, in den grellsten Farben und mit Flüchen gegen die Beförderer ihrer Auswanderung erzählen, die wir mitzutheilen Anstand nehmen müssen. (Beob.)

München, den 15. Juli. Die Nachrichten aus Pe-

tersburg über das Befinden des Herzogs v. Leuchtenberg lauten nicht günstig. — Als Veranlassung der Reise des Königs und der Königin von Schweden nach Deutschland bezeichnet man die Absicht des Ordnens der Erbschaft der Königin, als Tochter der verstorbenen Herzogin von Leuchtenberg.

München, den 17. Juli. Vor dem hiesigen Stadtgericht wird dieses Jahr noch ein interessanter Prozeß verhandelt werden, nemlich das Lerchenfeld-Wrede'sche Duell. Da jedoch unsere neuere Gesetzgebung das Duell nicht kennt, ferner das alte kurfürstliche Duellmandat wegen seiner barbarischen Strenge nicht mehr anwendbar ist, so wird die Sache als Körperverletzung behandelt und Fürst Wrede ist der Angeschuldigte. (Volksbtn.)

Dem speciellen Theil des Entwurfes vom neuen Strafgesetzbuche sollen die wesentlichsten Strafbestimmungen aus jenem von der Kammer der Abgeordneten verworfenen Entwurf eines Disciplinargesetzes für die Beamten einverleibt worden sein. (B. Eilb.)

In Straubing sind letzten Sonntag in einer Stunde beim Baden drei Menschen ertrunken. — In Schambach bei Straubing, dann in Wurmsham bei Vilsbiburg und in Pempfling bei Cham gabs Raufereien mit Messerstichen, welche am letztern Orte sogar den Tod eines Betheiligten herbeiführten. — Der Bauer Jos. Brandstetter von Amsheim, Ger. Griesbach, mißhandelte seinen 74 Jahre alten Vater daß er 4 Tage darauf starb. — Auch in Augsburg erschoß sich ein Soldat in der Kaserne.

Aus **Neuth** im k. Landgericht Erbendorf schreibt ein Gemeindevorsteher aus eigener Anschauung über die dort noch herrschende große Noth Folgendes: „Es sind nicht wenige Familienväter, wovon ich mich selbst überzeugt habe, welche 5, 6 und noch mehr unmündige Kinder haben, die bisher mehrere Wochen keinen Bissen Brod, noch etwas Anderes zu essen haben, und ihre Kinder Abends zur Ruhe legen müssen, um sich nur des Hungers erwehren zu können, und der Vater sie mit der Ausrede tröstet: „Kinder, legt euch nur noch heute nieder, morgen bekommt ihr Brod;" und die armen Kleinen legen sich unter Schluchzen und Thränen nieder, voll der Erwartung, daß sie doch morgen von ihrem Vater Brod bekommen werden. Allein der Morgen kommt, es ist wieder kein Brod da und so müssen die armen Kleinen hungrig zur Schule und aus derselben gehen. Wie oft werde ich nicht auf der Gasse von Eltern und Kindern um des Himmels willen gebeten, ob ich denn gar keine Hilfe für sie weiß, sie müssen jetzt verhungern; und ich muß sie jedes Mal, obwol mit schwerem Herzen, von mir weisen, sie möchten nur getrost sein, es wird doch noch Hülfe kommen. — Mir möchte oft das Herz bluten, wenn ich die Einnahme des Schulgeldes ansagen lasse. „Ach ich wollte ja gern zahlen (sagen die Leute), aber ich habe keinen Bissen Brod, wie kann ich Schulgeld bezahlen!" Die Noth hier ist groß, indem viele Familien schon seit 4—5 Wochen nur von Kräutern und Gräsern mit Wasser und Salz (!!) gekocht leben." (N. K.)

Würzburg, den 16. Juli. Seit einigen Tagen beherbergt die hiesige kreisgerichtliche Frohnveste die Tochter eines sehr geachteten Beamten, die wegen einer sehr bedeutenden Urkundenfälschung processirt ist. — Gegen den vormaligen Redacteur der „Neuen fränkischen Zeitung," St. Gätschenberger, ist, wie wir vernehmen, eine Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden, die in dessen jüngster Broschüre, über die Frage, wie dem Nothstande der unteren Klassen abzuhelfen sei, deren Confiscation bereits in diesem Blatte berichtet wurde, enthalten sein soll. (Nürnb. K.)

Regensburg, den 16. Juli. Gestern Mittag 12 Uhr zog ein von anhaltenden Blitzen und Donnern begleitetes sehr heftiges Gewitter über unsere Stadt weg, das sich in der Flurmarkung des 1 Stunde von hier entfernten Pfarrdorfs Sinzing an der Donau entladen hat. Drei auf dem Felde arbeitende Weibspersonen wurden vom Blitze getroffen, eine blieb augenblicklich todt und wurde so gewaltig in den Boden hineingeschlagen, daß man in der um sie aufgewühlten Erde kaum eine Spur des Kopfes fand, die andere wurde so stark beschädigt, daß man an ihrem Aufkommen zweifelt; die dritte wurde nur betäubt. (R. T.)

Karlsruhe. Die Zahl der als „renitent" bezeichneten Priester, welche den von der erzbischöflichen Curie angeordneten, von der Regierung aber nicht genügend erklärten Trauergottesdienst gar nicht gehalten haben, und welche deßwegen nunmehr von dem Erzbischofe bestraft werden wollen, wird zu 45 angegeben.

Kassel, den 16. Juli. Heute Nachmittag um zwei Uhr wurde in dem Residenzpalais der Landtag mit folgender interessanter Anrede des Kurfürsten vom Throne eröffnet: „Meine Lieben und Getreuen die Stände des Kurfürstenthums! Es gereicht Mir zur besonderen Genugthuung, wirkliche Stände um Meinen Thron versammelt zu sehen, und Mein landesväterliches Herz findet Befriedigung darin, Sie mit dem vollkommenen Vertrauen auf Ihre verfassungsmäßige Thätigkeit willkommen zu heißen. Der Ihnen gewordene Beruf bringt es mit sich, daß Sie diese Ihre Thätigkeit auf neu gegebenen Grundlagen beginnen. Die unerschütterlichen Fundamente der Monarchie waren durch die im Jahr 1831 getroffenen Verfassungseinrichtungen in so bedenklicher Weise berührt worden, daß die dauernde Vereinbarkeit der einen mit der andern bezweifelt werden durfte. Man konnte sich jedoch früherhin der Hoffnung hingeben, es werde der vorhandene Widerstreit auf eine, den gegebenen Ordnungen der Staaten entsprechende, friedliche Weise ausgeglichen werden. Indeß haben die revolutionären Bewegungen der jüngstverflossenen Jahre die dem Bundesrecht feindlichen Richtungen, welche in Verfassungsbestimmungen eingeschlossen waren, zur vollen Erscheinung gebracht, und jene längst gehegten Gedanken zur unwidersprechlichen Gewißheit erhoben. Die Bundesversammlung hat die schwer bedrohten Grundlagen der Monarchie wieder hergestellt; durch ihre von Mir verkündigten Beschlüsse ist die Verfassungsurkunde aufgehoben, und bin Ich in den Stand gesetzt worden, die Verhältniße des Staates anderweit zu ordnen. Durch neue Verfassungsbestimmungen sind die, dem gottfeindlichen Gedanken der Volkshoheit angehörig gewesenen Anordnungen der früheren Landesverfassung mit ihren dem allgemeinen Wohl widerstreitenden Folgen dauernd beseitigt, und wird ein Rechtszustand mit voller Sicherheit verbürgt. Der die Steuern verweigernde Beschluß der letzten Versammlung, welche aus jenen verderblichen Grundlagen hervorgegangen war, hat das Land, nach dem Bundesrechte, nicht allein in den Zustand des Aufruhrs versetzt, sondern auch demselben, nachdem sogar die Organe der Staatsgewalt durch jene Irrthümer geblendet wurden, noch auszutragende schwere Lasten aufgebürdet. Aber auch den Zwangsmaßregeln gegenüber, zu denen Ich zu greifen genöthigt war, hat zu Meiner großen Freude die Treue Meines Volkes sich bewährt, der zu vertrauen Ich bei dem Eintritt der Bundesexecution verkündigte. In ruhigem Gehorsam haben Meine geliebten Unterthanen den nöthig gewordenen Maßnahmen sich gefügt, die den in Gesetzen und Einrichtungen enthaltenen, die monarchische Gewalt zerstörenden Elementen entgegengesetzt werden mußten, sowie nach der verkündeten Verfassung die erforderlichen Wahlen zu Meiner Zufriedenheit vorgenommen. Von der festen Ueberzeugung geleitet, Meinem Volke durch entsprechende neue Ordnung der öffentlichen Einrichtungen eine Wohlthat zu erzeigen, ist unter der von der Bundesversammlung genehmigten Mitwirkung der Bundescommissäre eine Reihe von Gesetzen erlassen, die noch zur Ertheilung auch Ihrer Zustimmung von Meiner Regierung Ihnen werden vorgelegt werden. Die Ordnung der Finanzverhältniße bedarf aber insbesondere Ihrer verfassungsmäßigen Mitwirkung und mit rückhaltloser Offenheit wird Meine Regierung die umfassenden Vorlagen machen, deren abhelfenden Beachtung, wie Ich mit ver-

trauensvoller Zuversicht erwarte, Sie sich nicht entziehen werden. Die Wunden, die eine traurige Zeit dem Lande geschlagen, habe Ich durch eingeführte Ersparungen zu mildern und einen verbesserten Finanzzustand anzubahnen gesucht. Um den Ausnahmezustand des Landes zum Abschluß bringen zu können, werden Sie, der Anordnung der Bundesversammlung gemäß, noch eine Erklärung über die als Gesetz erlassenen Verfassungsvorschriften abzugeben haben, und damit Niemand unter Ihnen durch die in dem landständischen Eide enthaltene Bezugnahme auf die Verfassung sich in seinem Gewissen gehindert finde, jene Erklärung mit der erforderlichen vollständigen Unabhängigkeit abzugeben, so habe Ich bestimmt, daß aus der Formel des Ihnen abzunehmenden Eides, jene Beziehung auf die Verfassung für dießmal hinweggelassen werde. Unter dem angerufenen Segen des allmächtigen Gottes wird dieser Landtag als wohlthätiger Anfang eines neuen Abschnittes des öffentlichen Lebens Meines Volkes, das hoffe ich zuversichtlich, in alle Zukunft gelten. Meiner landesherrlichen Gnade will Ich Sie noch besonders hiermit versichern."

— den 17. Juli. Von den Landgrafen von Philippsthal hört man, daß sie den Eintritt in die erste Kammer von einer Erhöhung ihrer Apanage abhängig machen!

Der jüngst vom Militärgericht in Kassel zur Eisenstrafe verurtheilte Hr. v. Loßberg wurde am 11. d. früh auf offenem Wagen, aber mit zweifachen Ketten belastet, und an den Wagen geschlossen, nach Marburg abgeführt.

Aus Thüringen, den 16. Juli. Der Landtag in Sondershausen hat in seiner vorgestrigen Sitzung die von der Regierung beantragte Verfassungsrevision angenommen. Landtag und Regierung erklärten aber, daß die Revision nur in Folge des Bundesbeschlusses vom 23. Aug. und also lediglich als äußere Nothwendigkeit stattgefunden. (F. J.)

Schleswig. In der schwergeprüften Stadt Husum, an der Westküste Schleswigs, wüthete am 11. d. von Mittags bis spät Nachts eine große Feuersbrunst. Dem Vernehmen nach ist dieselbe dadurch entstanden, daß der Blitz in die dortige Kirche einschlug. Es sind 31 Häuser abgebrannt, indem man wegen Mangels an Wasser in Folge der Ebbe erst in der Mitternachtsstunde das Feuer bewältigen konnte.

Wien, den 14. Juli. (Seitenstück zu den Jubelberichten.) Man greift immer höher und immer weiter zurück. Das kaiserliche Schreiben an den Policeiminister, welches den Frhn. v. Pillersdorf aus der Reihe der wirklichen geheimen Räthe und Ordensritter des heiligen Stephan entfernt, ist bereits unterzeichnet und zur Ausführung an die betreffende Stelle abgegeben. In Betracht der 46 Dienstjahre, sowie der angesehenen Familienverbindungen des Inculpaten, soll die Maßregel nicht officiell veröffentlicht werden, und allen hiesigen Journalen ist die gemessene Weisung des Stillschweigens zugekommen. Wir hören indeß, daß Hr. v. Pillersdorf diesem Gewaltacte sich nicht freiwillig unterworfen, sondern eine richterliche Entscheidung und eine Einberufung des Ordenscapitals verlangen wolle. Würde ihm dieses verweigert werden, so soll sein Entschluß feststehen, mit Familie auf immer Oesterreich zu verlassen. Seine Vermögensverhältniße sind so gut arrangirt, daß sie ihm allerwärts eine unabhängige Stellung gewähren können. An gleich schwachem Faden hängt das Damoklesschwert über seinem früheren Collegen im Ministerium, Herrn Doblhof, dermalen österreichischem Gesandten im Haag. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte derselbe einer Katastrophe durch das eigene Gesuch seiner Entlassung zuvorkommen. Ein beträchtlicher Reichthum setzt auch diesen Mann in den Stand, Noth und Elend zu trotzen. Mit der Verfolgung gegen die liberal-constitutionellen Persönlichkeiten geht die Verfolgung gegen die ungarischen Altconservativen Hand in Hand. Zwar sind nur sehr wenige derselben im Staatsdienste, dagegen findet man sie häufig in Hofämtern und militärischen Chargen. Hier soll eine allgemeine Reinigung vorgenommen werden, und selbst der Name eines Esterhazy und Palfy dürfte gegen die Consequenz des gegenwärtigen Systemes keinen Schutz verleihen. Es scheint wirklich, daß es auf gänzliche Beseitigung der alt-magyarischen Aristocratie abgesehen sei, denn die deutschen Edelleute braucht man nicht zu fürchten; sie werden der Fußschemel der Gewalt und die willfährigsten Werkzeuge der Vollstreckung bleiben. Dem Bürgermeister von Komorn, welcher Sr. Majestät in der Empfangsrede von nationalen Garantieen für die Ruhe und Ergebenheit des Landes sprach, hat der junge Kaiser mit einem heftigen Schlage an seinen Degen geantwortet: „Hier und dort" — indem er auf den Kreis der umstehenden Officiere zeigte — „ist die einzige und sicherste Garantie." Die Angebote zum Verkauf der großen ungarischen Herrschaften mehren sich von Tag zu Tag. Die Magnaten scheinen in Masse auswandern zu wollen, und so dürfte das flüchtige Volk der Polen an den Magyaren bald einen Leidensgefährten erhalten. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, den 16. Juli. Eine an Persigny übergebene Petition von 8—900 Vendee-Kämpfern ersucht Louis Napoleon dringend, eine Untersuchung über die Todesart des Prinzen Condé, sowie die Vollstreckung seiner Testamentsverfügung zu Gunsten seiner Waffengefährten anzuordnen. Letztere ward bekanntlich unter Ludwig Philipp vom Staatsrathe für nichtig erklärt. Sie glauben beweisen zu können, daß der Prinz nicht durch Selbstmord, sondern durch Mörderhand umgekommen sei.

Dem „Patriote Savoisien" wird folgendes Nähere über die jüngst in Belley erfolgte Hinrichtung von Charlet geschrieben: „Kein Blatt hat von dieser politischen Hinrichtung gesprochen, die in unserer Bevölkerung ohne Unterschied der Meinung einen tiefen Schmerz und eine tiefe Entrüstung erregt hat. Man erzählt in den gerichtlichen Blättern der Länge nach die Details der Hinrichtung gemeiner Verbrecher, aber über die eines wackern Republikaners, der von allen die ihn kannten, geliebt und geachtet wurde, schweigen die Spalten der französischen Zeitungen. Die allgemeine Verdämmung dieses juristischen Mordes war so groß in Belley, daß die Stadt das Aussehen der Trauer hatte; die ganze Bevölkerung protestirte durch ein vollständiges Fernehalten; alle Thüren, Fenster und Magazine waren geschlossen. Jeder beweinte den Verurtheilten in seiner Wohnung. Nur die Truppen sahen dem blutigen Schauspiele zu. Es war wirklich wie ein öffentliches Unglück für uns. Charlet starb jung (in einem Alter von 24 Jahren) und eben so würdig wie ruhig, tief betrauert von seiner trefflichen Mutter, die ihn auf's innigste liebte. Er ging gelassen zur Richtstätte, indem er bis zum Fuße des Schaffots rauchte."

Griechenland.

Dieses Land ist sehr unglücklich. Noch ist der Aufruhr kaum vollständig unterdrückt, so vernimmt man von einer großen landwirthschaftlichen Calamität; die Corinthenpflanzungen, die Weingärten und die Oelbäume sind nemlich von einer Krankheit, der Traubenfäule ꝛc. befallen worden. Dazu kommen diplomatische Wirrnisse mit Rußland; dieses hat eine Erklärung über eine bei dem russischen Pensionär Oeconomos vorgenommene Haussuchung verlangt.

Neueste Nachrichten.

Mainz, den 18. Juli. Heute Mittag hatten wir hier wieder eine bedeutende Feuersbrunst.

Griesheim a. M., den 18. Juli. Unsere Ernte ist für dieses Jahr eingethan, aber nicht durch die Hand des Schnitters, sondern durch ein fürchterliches Hagelwetter, welches sich heute gegen 3 Uhr über unserer Gemarkung entlud und Alles total zerstört hat.

Berlin, den 17. Juli. Unter diesem Datum schreibt die „Köln. Ztg.": Die zuerst von der N. Preuß. Ztg. gegebene Nachricht von dem auf den Wunsch der sächsi-

schen, baierischen, großherzogl. hessischen und nassauischen Ministerien von dem russischen Minister Nesselrode an das preußische Ministerium gerichteten „Vermittlungs-Vorschläge": „die Zollconferenz für jetzt abzubrechen und sich zunächst mit Oesterreich wegen der Zollconferenz zu verständigen," ist, wie ich aus verläßlicher Quelle erfahre, vollkommen begründet. Ich will nicht die Folgerungen erwähnen, die sich von selbst daraus ergeben, daß ein solcher Vorschlag nur gemacht werden konnte, um zu der erfreulicheren Thatsache überzugeben, daß derselbe Vorschlag von dem Kaiser von Rußland gestellt, aber, wie ich aus unverdächtiger und wohlunterrichteter Quelle erfahre, von dem Könige mit Bestimmtheit zurückgewiesen ist.

Die Zeitung für Norddeutschland schreibt: Von Manteuffel's Rath zum konsequenten Festhalten an den Propositionen und Abwarten hat die Oberhand behalten, und seine Stellung ist dadurch wesentlich befestigt worden. Vor der Hand wird Alles bleiben, wie es ist: man erwartet die Denkschrift der Coalition. Aber die endliche Versöhnung ist um so weniger zu bezweifeln, da trotz aller Ableugnung es dennoch gewiß ist, daß Baden, Würtemberg und Sachsen nicht mehr mit Bayern weiter wollen.

In demselben Blatte liest man: Die gänzliche Freisprechung des Ministers Hassenpflug von der Fälschungsanklage theilt unsere Juristen sowol wie die öffentliche Meinung in Parteien. Letztere ist aber überwiegend mit Denen einverstanden, die es auffällig nennen, daß zwei gültige Straferkenntniße durch eine Freisprechung umgestoßen wurden. Unglücklicher Weise ist der Präsident des Tribunals, Herr Götze, der intimste Freund des Herrn Hassenpflug, und in Glaubens- und Geistesrichtung ihm brüderlich verwandt. Es ist daher um so erfreulicher, daß das Tribunal sein Urtheil mit allen Gründen der Oeffentlichkeit übergeben will. (Fr. J.)

Ratibor, den 14. Juli. Nachdem wir hier mehrere Tage eine anhaltende drückende Hitze gehabt haben, kühlte sich gestern Nachmittags das Wetter auf kurze Zeit ab. Leider aber war der Regen wolkenbruchartig, so daß Getreide- und Kartoffelfelder, die er berührte, wie eine Tenne fast platt gedrückt sind.

Hannover, den 17. Juli. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer richtete Breusing folgende Anfrage an die Regierung: ob beruhigende Zusicherungen ertheilt werden könnten, daß die Zollverhandlungen auf dem eingeschlagenen Wege ihren ruhigen Fortgang nähmen, weitere Concessionen nicht gemacht und von den festgestellten Bedingungen abgelassen würde", worauf von Schele erwidert, daß er den dringenden Wunsch wiederholen müsse, den Inhalt der Interpellation in Zukunft einige Sitzungen zuvor anzukündigen, damit die Regierung dadurch in den Stand gesetzt werde, behufs der Mittheilung Rath zu pflegen. Er ertheile sogleich Antwort des nahen Schlusses der Diät wegen. Was nun die Sache selbst anlange, so lägen die Verhandlungen in der Schwebe, so daß es unthunlich wäre, darüber eine umfassende Mittheilung zu machen. Die Stände könnten jedoch in vollstem Maße zu der Regierung das Vertrauen haben, daß sie am Septembervertrage festhalten und Alles aufbieten würde, um einen Bruch des Zollvereins abzuwenden, selbst wenn es mit einigen Modificationen des Vertrags erkauft werden müßte. Nach stattgehabter Berathung verschiedener unwichtiger Gegenstände ist die Ständeversammlung heute auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

* **Paris,** den 18. Juli. Ein gewisser Herr ist gestern zu 1 Monat Gefängnißstrafe und zu 50 Fr. Geldstrafe verurtheilt worden, weil er den Brief des Grafen Chambord, welcher die Eidesleistung der Legitimisten behandelt, vertheilt hatte.

Die Pyrenäen werden von Wolkengüssen der furchtbarsten Art heimgesucht. Die Bergbäche treten aus und überschwemmen ganze Ortschaften. Bagneres wurde halb zerstört.

* **Madrid,** den 13. Juli. Den Nachrichten aus Portugal zufolge, erwartet man das baldige Verscheiden der Prinzessin Dona Maria Amalia. (Wittwe Don Pedros.)

London, den 17. Juli. Die Angaben der verschiedenen Zeitungen über das bisherige Resultat der Wahlen stimmen nicht überein. Das „Chronicle" zählt 295 Nichtministerielle und 219 Ministerielle; Daily News 277 Liberale und 248 Derbyten; Times: 59 Liberal-Conservative, 249 Liberale und 209 Ministerielle rc.

Miscellen.

*Ein Knabe, der in Arles drei oder vier Pfirsichkerne gegessen hatte, bekam darauf heftige Krampfanfälle, und verschied in wenigen Stunden trotz aller ärztlichen Hilfe, die man unmittelbar nach dem Vorfall in Anspruch nahm. Man weiß, daß die bitteren Pfirsichkerne Blausäure jedoch in geringer Quantität enthalten. Man vermuthet, daß irgend eine Krankheit der Frucht das furchtbare Gift in dem Kern concentrirt hat. Es ist sofort eine wissenschaftliche Untersuchung angeordnet worden.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 17. Juli. Weizen 17 fl. 47 kr., Korn 13 fl. 2 kr., Gerste 11 fl. 4 kr., Haser 6 fl. 38 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1139] Briefe nach

Bad Gleisweiler

wolle man mit der Adresse versehen:
„abzugeben bei Dr. Schneider in Landau,"
von welchem letztern Orte aus dieselben täglich hierher gelangen, währenddem solche mit der gewöhnlichen Adresse: „Bad Gleisweiler bei Landau," sogar mit der Adresse: „B. G. poste restante Landau" durch den Briefboten von Edenkoben sehr verspätet hier eintreffen; so Briefe von Speyer oder Dürkheim, 3 bis 4 Fahrstunden von hier entfernt, nicht selten erst am 4ten Tage!!!

Dr. Schneider.

[1140a] **Zu verkaufen.**

Wegen veränderter Mühleinrichtung sind bei Unterzeichnetem

8 bis 10 große, zum Theil konische, Räder von Gußeisen und etliche von Holz,
6 große, starke eiserne Wellbäume,
4 Paar Oelmühlsteine,
2 beinahe ganz neue 19 Fuß hohe Wasserräder nebst starken eichenen Wellbäumen und starken eisernen Schaufelzapfen, mehrere andere eichene und tannene Wellbäume, und verschiedene andere Mühlgegenstände und Eisen

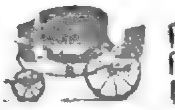
billigst zu verkaufen.

Von heute an in 4 Wochen liegen die Gegenstände zur Ansicht und zum Kauf bereit; später werden sie begeben sein.

Speyer, den 20. Juli 1852.

Casimir Lichtenberger.

[1137a] **Zu verkaufen.**



Eine zweispännige Chaise, welche sehr solid gebaut, und mit doppeltem Chaisengeschirr versehen ist, steht zu verkaufen. Näheres bei Kaufmann Müller in Speyer.

[1117] **Lotto.**

Zu Regensburg kamen den 15. Juli heraus:

53. 25. 33. 18. [illegible]

Die nächste Ziehung ist den 27. Juli zu Nürnberg.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 173 | den 22. Juli 1852.

Deutschland.

***Betrachtungen.** Da wähnen sie noch immer, die mittelalterlichen Zustände doch wieder herstellen zu können! Und während sie sich abarbeiten und allerdings Viele bedrücken, sind sie doch selbst genöthigt, mitzuwirken, jene Einrichtungen zu verbreiten, die dem Mittelalter den letzten Stoß bereiten müßen! Ueberall Eisenbahnen, Dampfschiffe, electrische Telegraphen, — unendliche Erleichterung jedes Zweiges des Völkerverkehrs, des Wissens, der Aufklärung. Selbst Rußland hat bereits Eisenbahnen, selbst Spanien und die Türkei werden deren ebenfalls in Kürze haben. In ein Paar Tagen gelangt man aus Amerika nach Europa. Und doch wollen sie bauen am neuen Mittelalter! Mir kommen diese Leute vor wie ein Mensch, der sich auf einem rasch forteilenden Eisenbahnzuge befindet, der aber in die entgegengesetzte Richtung gelangen möchte, und nun wie wahnsinnig auf den Einsteigtritten hinläuft vom ersten bis zum letzten Wagen, und der dabei zurück zu gelangen wähnt, und doch mit der Schnelligkeit von 8 oder 10 Stunden in einer Stunde vorangebracht wird, wider seinen Willen und trotz seines Sträubens. Zurückführen mittelalterlicher Zustände, während man sich nicht entschlagen kann, solche Einrichtungen selbst zu fördern! Die Erfindungen und Entdeckungen des 15. Jahrhunderts (Schießpulver, Buchdruckerei, neue Länder) haben die socialen Zustände der Welt umgestaltet, und heute, wo jede Entdeckung und Erfindung gleich hundertmal schneller und intensiver in das Volk dringt, — heute wähnen sie, alle jene Dinge könnten spurlos vorübergehen! Welche jämmerliche Kurzsichtigkeit!

***Aus der Pfalz.** Ist es richtig, daß vor einiger Zeit nicht weniger als drei Minoriten aus dem Oggersheimer Kloster hinweg, nach Amerika (Texas) ausgewandert sind, und was war wol die Veranlassung?

***Speyer**, den 20. Juni. König Ludwig ist heute wieder auf einige Stunden hieher gekommen.

****Stuttgart,** den 19. Juli. Der Bericht der volkswirthschaftlichen Commission der Abgeordnetenkammer über den Gesetzentwurf in Betreff der Branntweinsteuer ist von Moriz Mohl erstattet worden. Derselbe ist ungemein umfangreich. Wir konnten ihn noch nicht näher prüfen, wol aber zeigte uns schon eine flüchtige Durchsicht desselben, daß es eine Arbeit von ungewöhnlicher Gründlichkeit ist. In der Sache selbst sind wir zwar allerdings der Ansicht, daß das Deficit durch Ersparung inproductiver Ausgaben, statt durch Steuererhöhung, beseitigt werden sollte; allein darin wird man unbedingt zustimmen müßen, daß eine Besteuerung des Branntweins noch ungleich weniger übel ist, als alle zur Deckung jenes Deficits vorgeschlagenen Steuern auf Fleisch, Wein, Bier rc., oder gar als das Lotto. — Nächstens wird unsere Abgeordnetenkammer eine erbauliche Discussion bekommen über Wiedereinführung der Prügel- und Todesstrafe!! Was die Linke auch dagegen thun wird, so wird die Mehrheit von Rittern, Prälaten und Schulzen prügeln und köpfen lassen!

Bergzabern. Am 16. Juli hatten wir in Folge eines im Gebirge gefallenen Wolkenbruchs eine starke Ueberschwemmung. Als die Wassersnoth am größten war, ertönte der Feuerruf, indem ein in einem überschwemmten Keller befindlicher Vorrath von ungelöschtem Kalk sich entzündete. Glücklicherweise ging das doppelte Unglück noch vorüber wenigstens ohne größern Schaden verursacht zu haben.

Der Bundestag. Ueber die bisherige Thätigkeit des Bundestags und sein System sagt die Zeit. f. Nordd. bezeichnend genug u. a.: Der repristinirte Bundestag besteht noch nicht ein volles Jahr länger, als die deutsche Nationalversammlung überhaupt bestanden. Was diese geschaffen, die Grundrechte, die Reichsverfassung, die deutsche Flotte, das einige Schleswig-Holstein, die Verbindung der östlichen Provinz Preußens mit dem deutschen Reiche — das Alles ist entweder nur auf dem Papier geblieben oder schon zerstört. Der repristinirte Bundestag dagegen hat viel zahlreichere, noch dauernde oder werdende Schöpfungen aufzuweisen: die Exekutionen gegen Kurhessen und Holstein mit allen ihren Folgen, die Sprengung der preußisch-deutschen Union, die Auflösung der deutschen Flotte, die Aufhebungen und Abänderungen der meisten deutschen Verfassungen, und eine Menge in Aussicht stehende Maßregeln gegen die Presse, die Schwurgerichte, die Juden u. s. w.

München, den 17. Juli. Die Sommerhitze hat auch bei uns seit Anfang dieser Woche eine ungewöhnliche Höhe erreicht. Damit wohl Hand in Hand gehen zahlreiche Erkrankungen an katarrhalischen Affectionen des Magens und Darmcanals mit Neigung zu rascher und häufiger Diarrhoe, ja selbst einzelne Fälle von sogenannter Cholerine kamen bereits zur Beobachtung. Auch gewinnen die seit etwa zwei Monaten neben den Blattern herrschenden Masern immer mehr eine epidemische Verbreitung, doch überschreitet die Zahl der Todesfälle keineswegs die gewöhnliche Zahl.

Ansbach, den 15. Juli. Heute wurde als städtischer Abgeordneter zum mittelfränkischen Landrath im ersten Wahlgang mit 21 gegen 14 Stimmen Herr Lederhändler Carl Schening von hier*) gewählt. Möchten an allen Orten solche Männer gewählt werden, die, wie er, ebenso entschieden in politischer Beziehung, wie gemeinnützig im gemeindlichen Hauswesen sich zeigen! — (Fränk. Kur.)

Freiburg i. B. den 19. Juli. Vorgestern ward der hiesige Gesangverein, welcher selbst während der Zeit preußischer Occupation bestanden hatte, durch ein Ministerialrescript definitiv aufgehoben. (Fr. Z.)

Die Zahl der behufs Buße zu den Exercitien aufgeforderten Geistlichen beträgt 110.

Stuttgart, den 19. Juli. Von Nürtingen kommt uns die traurige Nachricht zu, daß das gestrige Gewitter großartige Verwüstung der Bedachung von Gebäuden und theilweise auch auf den Feldern angerichtet habe. In Böhmenkirch (O.-A. Geißlingen) schlug der Blitz in ein Bauernhaus, und warf zwei Kinder aus dem Bettchen heraus, ohne sie jedoch im mindesten zu verletzen. (Beob.)

Leipzig. Bei Gelegenheit der Aufforderung zur Unterstützung der acht entlassenen Kieler Professoren bringen die Blätter den am 30. Nov. 1847 erlassenen Aufruf des damaligen Lehrers des Pandecten-Rechtes an der hiesigen Universität, jetzigen bair. Ministers Dr. v. d.

---

*) Früher Landtagsabgeordneter, ein entschiedener, erprobter Democrat. D. Red.

Pfordten in Erinnerung, durch welchen für Beseler Beiträge verlangt wurden. „Der Kampf," hieß es in diesem Aufrufe, „welchen die Bewohner von Holstein und Schleswig für ihre Nationalität gegen den Uebermuth der Dänen kämpfen, fordert die lebhafteste Theilnahme Aller, die Deutsche nicht bloß heißen, sondern sein wollen. In diesem heiligen Kampfe des Rechts und der Ehre war die deutsche Sache in Gefahr, ihren edelsten und tüchtigsten Kämpfer 2c. Beseler zu verlieren... Der hochherzige Mann hat sich der Sache seines Volkes erhalten, durch ein großartiges Opfer auf den Altar des Vaterlandes gelegt. Ihm dieses Opfer einiger Maßen zu ersetzen, ist eine Nationalschuld der Deutschen, zu deren Tilgung in allen Gauen des Vaterlandes Sammlungen veranstaltet werden. Es wäre unserer Stadt unwürdig, wenn wir unsern Antheil an der Schuld nicht fühlen oder nicht abtragen wollten... Es gilt jetzt zu zeigen, daß wir gesonnen sind, fortan keinen Fuß breit deutscher Erde mehr aufzugeben, daß wir für unser Recht und unsre Ehre, für unser verjüngtes Nationalgefühl nicht blos Worte und Lieder, sondern auch Thaten haben, und daß, so viel an uns ist, Niemand mehr ungestraft uns verhöhnen soll." (!)

Berlin. Wir lesen in Berliner Blättern, daß sich der Mangel an Wohnungen für die sogenannten „kleinen Leute," namentlich für Arbeiterfamilien, beim letzten Halbjahrswechsel in wahrhaft erschreckender Steigerung herausgestellt habe. Die Kreuzzeitung macht dazu auf allerlei Uebervortheilungen und Quälereien aufmerksam, denen die kleinen Miether in Berlin von Seiten der Hausbesitzer ausgesetzt sind, und spricht von Scenen der Rohheit und Gefühllosigkeit, wie auf der andern Seite der Verzweiflung, welche durch die Obdachlosigkeit ärmerer Arbeiter hervorgerufen worden sind. So wird ihr von einem jungen Mann, einem Vater von zwei kleinen Kindern, berichtet, daß er in diesen Tagen seine Kinder der Polizeibehörde überliefert und dabei gleichgültig geäußert habe: er habe zwar noch die Miethe für seine alte Wohnung bezahlen können, habe aber noch keine neue gefunden, und da er seinen Kindern auch augenblicklich keine Nahrung geben könne, so möge die Polizei die Kinder nur so lange bei sich behalten, bis er beides gefunden habe.

Naumburg, den 14. Juli. Vor einiger Zeit ereignete sich in Suhl der Fall, daß der dasige Vorsteher der freien Gemeinde Hr. Eckoldt, in Ermangelung eines Pfarrers der freien Gemeinde, die Taufhandlung an dem neugebornen Kinde eines freigemeindlichen Ehepaares vollzog, zu welcher Handlung er statutengemäß verpflichtet war. Hr. Eckoldt wurde deßhalb wegen Ausübung einer unbefugten Amtshandlung angeklagt, von dem dortigen Kreisgericht aber von Strafe und Kosten freigesprochen. Das Appellationsgericht aber verwarf das Erkenntniß erster Instanz und verurtheilte den Angeklagten, auf Antrag des Staatsanwalts, zu 14 Tagen Gefängniß und in die Kosten, welche sich auf 45 Thaler belaufen mögen. Der Criminalsenat des Kammergerichts hat jüngst in einem ähnlichen Falle den Angeklagten freigesprochen, „weil das Strafgesetzbuch kein Gesetz enthalte, nach welchem die Ausübung einer unbefugten Amtshandlung zu bestrafen sei." Es ist demnach anzunehmen, daß auch der Gemeindevorsteher Hr. Eckoldt die Berufung an das Obertribunal in Berlin ergreifen wird.

Schweiz.

Graubünden. Der Bischof hat es rund abgeschlagen, der vom Erziehungsrath beschlossenen Berufung eines neuen katholischen Religionslehrers an die Kantonsschule seine Genehmigung zu ertheilen.

Italien.

Venedig, den 13. Juli. Die Berichte über die dießjährige Traubenkrankheit sind nach zuverlässigen Mittheilungen einiger Grundbesitzer der nächstgelegenen Provinzen sehr übertrieben. Es scheint viel mehr die Krankheit, im Vergleich zu den vorigen Jahren, viel an Intensität verloren zu haben, und man verspricht sich noch immer eine gesegnete Weinernte.

Piemont. Nach der „Opinione" haben die sardinischen Bischöfe gegen das Gesetz über die Civilehe protestirt!

Turin, den 14. Juli. Nach einigen Tagen Ferien wurde die Kammer heute einberufen, um eine Mittheilung der Regierung zu vernehmen. Ritter Pernati, Minister des Innern, verlas am Beginn der Sitzung das königl. Decret, welches das Parlament bis zum 18. November vertagt.

Kirchenstaat. Die hiesigen Zustände werden in einem italienischen Blatte kurz dahin geschildert: Alle Nachrichten, die von Rom und den übrigen Theilen des Kirchenstaates kommen, lassen keinen Zweifel übrig, daß die Anarchie von oben bis unten herrscht. Es streiten sich unter einander die Kardinäle, die Prälaten, die drei verschiedenen Polizeien. Das halbe Volk steht unter Aufsicht, die besten Aerzte und Chirurgen dürfen Nachts nicht ausgehen, so daß Kranke und Gebärende ohne Hülfe sterben. Die Abgaben nehmen zu, die Mittel, sie zu bezahlen, nehmen ab. Tumulte in Forli, Terni, Ferrara u. s. w.; Verwundungen und Tödtungen in Bologna, Rom u. s. w. Das baare Geld wird mit großer Mühe von den Pfaffen und Mönchen zusammengescharrt, um es in gewissen Zeiten, vor denen sie sich fürchten, bereit zu haben und das Papiergeld mit seinen großen Verlusten wird dem Volke gelassen. Allgemeiner Glaube vom Papste bis zum untersten Angestellten hinunter, daß die gegenwärtigen Verhältniße nicht dauern können — das ist die Ordnung, das Glück und der Segen der Regierung, die von den servilen Blättern gepriesen wird. (S. N.Z.)

Rom, den 10. Juli. In den letzten Tagen kehrten ununterbrochen französische Munitionswagen in der Engelsburg ein. Ich erfahre aus zuverläßiger Quelle, daß gegenwärtig im Mausoleum Hadrians nicht weniger als 11,000 (?) Fässer Pulver aufgehäuft liegen. Aus Mangel an Raum hat sogar die auf der Höhe des antiken Monuments befindliche Capelle des Erzengel Michael als Magazin dienen müssen. Die Kanone, welche den Bewohnern der ewigen Stadt von der Engelsburg herab täglich die astronomische Mittagsstunde durch einen Schuß verkündet, ist jetzt aus Vorsicht auf eine tieferliegende Bastion heruntergebracht.

Dänemark.

Kopenhagen, den 16. Juli. „Faedrelandet" zufolge sind in diesen Tagen 61 Unterofficiere, besonders aus der Commandeursergeantenclasse, plötzlich verabschiedet worden.

Großbritanien.

Es ist eine sonderbare theologische Zeit: während in England die Puseyiten, die in Oxford an der Weisheit Brüsten gehangen, zur römischen Kirche übergetreten, sagen sich in West-Irland, namentlich in der Grafschaft Galway, ganze Gemeinden einfacher katholischer Bauern von ihr los und treten in die protestantische Staatskirche ein.

Vereinigte Staaten.

Eine der merkwürdigsten Anstalten ist das am 1. Jan. 1848 eröffnete Girard-College zu Philadelphia. Der nordamericanische Wohlthätigkeitssinn äußert sich besonders durch glänzende Errichtung gemeinnütziger Anstalten. Ein Franzose, Stephen Girard, der erst vor wenigen Jahren gestorben ist, hatte sich in Nordamerika ein ungebeures Vermögen erworben, und bestimmte 2¼ Mill. Dollars, also über drei Millionen Thaler, zur Errichtung einer Unterrichts- und Erziehungsanstalt für weiße Waisenknaben, welche aus der Stadt Philadelphia oder aus dem Staat Pennsylvanien, der Stadt New-York oder der Stadt New-Orleans gebürtig sein und zur Zeit der Aufnahme im Alter von sechs bis zehn Jahren stehen müssen. — Dem Erblasser, welcher in seinem merkwür-

digen Testament die Details der Ausführung aufs genaueste bestimmte, schwebten drei Pariser Anstalten, die Polytechnische, die Bergwerks- und die Centralschule für Künste und Gewerbe vor, und „im Gegensatz zu dem veralteten Unterricht Europa's und den engherzigen Universitäten Englands insbesondere" verordnete er, daß den Waisenknaben seiner Anstalt eine anständige, vernünftige, bürgerliche Erziehung gegeben werden soll, welche sie für passende Beschäftigung des praktischen Lebens, als Landwirthschaft, Schifffahrt, Künste, mechanische Gewerbe und Manufacturen befähige. — Seine Anstalt zerfällt in eine Primärschule und in eine höhere Schulanstalt. In der letztern lernen die Zöglinge außer den modernen Sprachen (Englisch, Französisch, Spanisch u. s. w.) Naturgeschichte, Physik, Chemie, Zeichnen, Buchführung, Navigation, Astronomie, Mechanik, Landwirthschaft und Ingenieurwissenschaften. Die Erlernung der italienischen und griechischen Sprache verbietet er zwar nicht, empfiehlt sie aber auch nicht. Die Anstalt ist für dreihundert Alumnen bestimmt, deren Erziehung mit dem achtzehnten Lebensjahr vollendet sein soll. Die Beamten und Lehrer der Anstalt sind sehr reich besoldet. Der Director erhält außer Amtswohnung 3000 Dollars und sein Secretär 1000 Dollars, die Lehrer 1000 bis 600 Dollars. Die Kinder sind sehr anständig gekleidet, und die ganze Einrichtung ist einfach, aber prachtvoll gehalten, so daß man sogleich sich die Frage aufwirft, ob die Kinder (Zöglinge) sich dadurch nicht an einen über ihre Verhältnisse hinausgehenden Comfort gewöhnen? Eine sehr auffallende Bestimmung des Testaments verbietet jedem Geistlichen den Zutritt zu der Stiftung. Dieses Verbot ist auf der Einlaßkarte abgedruckt, und beim Eintritt muß man seinen Namen und Stand einschreiben, zur Controle, daß sich kein Geistlicher einschleiche. Es ist nicht Frivolität, welche dem Erblasser dieses Verbot dictirt hat, er erklärt im Testament: „daß er vor der Religion und ihren Lehrern die höchste Achtung habe, Streitigkeiten der Theologen aber von seiner Anstalt fern halten wolle, weil er überzeugt sei, daß die Geistlichen es seien, welche das einfache Wort unseres Herrn und Heilands entstellt und dadurch Unfrieden und Unglauben in die Welt gebracht hätten."*) Sieben Häuser von weißem Marmor, wovon das Hauptgebäude eine Copie des Parthenon ist, enthalten die Anstalten, sie würden eine große Zierde jeder europäischen Hauptstadt sein. Man darf behaupten, daß in Europa keine Erziehungsanstalt mit so verschwenderischer Pracht ausgestattet ist. Die Hörsäle würde ein Fürst als Empfangzimmer benutzen können.

Neueste Nachrichten.

Pfalz. Die Generalversammlung der pfälzischen Ludwigseisenbahn hat beschlossen, den Bau der Bahnstrecke bis Worms zu übernehmen, unter Betheiligung des Staats als Actionär für die Bausumme; sie übernahm ferner die Leitung der Geschäfte zur Bildung einer neuen Actiengesellschaft für die Neustadt-Weisenburger Strecke.

München, den 18. Juli. Nachdem in den jüngsten Wochen allenthalben **) im Königreich zum erstenmal die Wahlen zu den Distriktsräthen nach dem neuen Gesetz vorgenommen worden sind, haben nun unverzüglich auch die Wahlen zum Landrathe — der Kreisverwaltung — stattzufinden, und sind dieselben noch vor Schluß des Juli (?) zu beenden. Der Zusammentritt der Landräthe in den acht Kreishauptstädten dürfte im August, spätestens Anfangs September erfolgen. (A. Z.)

Berlin, den 18. Juli. Am kommenden Dienstag erwartet man die Vertagung der hiesigen Zollconferenz. Wahrscheinlich wird der preußische Commissar bei dieser Gelegenheit die Ansicht unserer Regierung über ihren ferneren Standpunct in der Frage darlegen.

In dem eine halbe Meile von Landsberg in Oberschlesien gelegenen polnischen Gränzorte Praschke brach Feuer aus; man wollte vom preußischen Gebiet aus Hülfe leisten, die russische Grenzwache hinderte dies aber lange Zeit. Der Ort brannte vollständig nieder. 3000 Personen sind ohne Obdach und Lebensmittel; 10 sollen umgekommen sein.

Wien, den 16. Juli. Das Städtchen Neumark bei Klattau in Böhmen ist beinahe vollständig abgebrannt.

***Paris,** den 19. Juli. Der Exdiplomat und Baron v. Bourgoing fährt mit seinen diplomatischen Artikeln über Deutschland im „Pays" fort, und tritt, was Styl und Tendenz betrifft, genau in die Fußtapfen des bekannten Nichtdiplomaten Capefigue, der auch ein tapferer Verfechter des status quo war. Der Hr. Baron, nachdem er versichert hat, daß das deutsche Volk von freien Stücken der Einheit Deutschlands entsagt habe, spricht zu den wenigen noch übriggebliebenen Verfechtern eines einigen Deutschlands folgenderweise, um sie zu bekehren: „Ich erkenne alle guten Eigenschaften und Verdienste der deutschen Nation an. Ich sehe aber den Vortheil nicht ein, den sie durch eine Einheit erlangen würde, noch weniger aber sehe ich ein, wie sie dazu gelangen will. Dies Volk hat andere Bedingungen der Größe und des Uebergewichts, und andere Ehrenansprüche als andere Nationen. Die germanische Race ist es, welche die Kaiser und Könige für ganz Europa geliefert hat, mit Ausnahme von höchstens zwei bis drei Ländern. Es ist ein Fürst von deutscher Abstammung, der über das unermeßliche Rußland herrscht. In neuerer Zeit hat Baiern dem wiedergeborenen Griechenland einen König gegeben. Das Haus Sachsen hat nach und nach acht souveraine Kronen erhalten, wovon vier Königskronen sind, nämlich die von England, Portugal, Belgien und von Sachsen." Man muß gestehen, daß es wirklich von dem Hrn. Bourgoing verdienstlich ist, den deutschen Nationalstolz auf diese separaten „Ehrenansprüche" aufmerksam gemacht zu haben, da derselbe sie, wie es scheint, noch nicht recht gewürdigt hat.

Es heißt, Von Maza habe den Entschluß gefaßt, zum Katholicismus überzutreten.

Strasburg, den 19. Juli. Unter den Festlichkeiten war die ziemlich bezeichnende einer Brückenschlagung über den Rhein. Der Präsident kam nach Kehl, wo er die badischen Truppen musterte. Bei der Rückkehr erschallte auch der Ruf: „Es lebe der Kaiser!" Außerdem Züge von Landleuten, verzierte Häuser, Illumination ꝛc.; dabei aber fortwährende Begleitung des Präsidenten durch starke Truppenabtheilungen.

Rußland. Die Ostseeprovinzen werden immer mehr russificirt. Während ihnen ihre Verfassung und Verwaltung auf dem Papiere garantirt ist, befiehlt auf einmal ein kaiserlicher Ukas die Einführung des russischen Gesetzreglements, unter geringen Modificationen.

***Amerika.** Die Hälfte der Mannschaft eines Amerikanischen Schiffes, welches 450 Chinesen nach Californien transportirte, wurde nebst dem Capitän von diesen ermordet und geplündert. Der Rest der Mannschaft wurde gezwungen, die Passagiere nach Formosa zu bringen, wo sie landeten. Die 7 amerikanischen Matrosen überwältigten die zu ihrer Bewachung zurückgelassenen 25 Chinesen, und segelten mit dem Schiffe ab und langten glücklich in Amoy an. Die Mannschaft eines andern amerikanischen Schiffes „The New Queen of West" wurde an der Küste von Madagascar im Hafen von Lewen bis auf den letzten Mann ermordet, das Schiff von den Eingebornen geplündert und verbrannt. Der Häuptling des Stammes, welcher diese Gräuelthat beging, Tsimiare, hat die Thäter bei dem Commandanten von Nossi Bé, Hr. Lapeyre, selbst denuncirt, und die Schuldigen befin-

*) Bei uns würde man wegen dieser einzigen Bestimmung schon die ganze Stiftung von Staatswegen nicht genehmigt haben! D. Red.

**) Ist nicht vollständig richtig. D. Red.

den sich bereits Alle in den Händen der franz. Behörden in Madagascar.

Miscellen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Warum ist während der Frankfurter Messe die strenge Sonntagsfeier befohlen worden? — Wahrscheinlich weil sich die Regierung überzeugt hatte, daß bei der jetzigen Zollvereinskrisis die Kaufleute nichts Besseres thun können — als ihre Buden schließen.

An einem Tage sind sieben Wahnsinnige in den Straßen von Paris aufgegriffen worden. — Die Zahl der Verrückten in Frankreich muß natürlich in demselben Maße steigen, in welchem ganze Völker an Frankreich irre werden.

Die französische Regierung läßt jetzt alle Hauptstraßen von Paris planiren und statt des Steinpflasters Chausseen anlegen. Es geschieht dies nur damit, nachdem die Menschen zum Schweigen gebracht sind, auch die Steine nicht mehr schreien sollen.

Hr. v. Mouillard zu Brüssel hat ein 12 bis 13 Franken kostendes chirurgisches Werkzeug erfunden, welches den Dienst der Blutegel versieht und dieselben angeblich mehr als ersetzt, da es nie seine Dienste versagt. Die in den brüsseler Spitälern damit gemachten Versuche sollen sehr befriedigend ausgefallen sein.

In Folge der großen Hitze ist dieser Tage in **Stettin** ein Maschinenheizer eines Dampfschiffes gestorben, ein zweiter wahnsinnig geworden.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neustadt. Wie wenig man in Zukunft mit den landesherrlichen Einkünften aus den Domänen und dem Grund- und Gewerbsteuergesetz, den neuen Auflagen u. a. mehr regieren d. h. ausreichen kann, zeigen die Anstrengungen von einer Seite, mit strikten Interpretationen u. dgl., so auch die Art, wie man die Zahl der nutzbringenden Regalien zu vermehren strebt. Von andern bedeutendern nicht zu reden, ist die Frage, ob ein Fischregal über den Speyerbach besteht. Nicht allein dies, sondern man sucht ein directes Wässerungsrecht den Ufereigenthümern streitig zu machen. Wie die Sache in den betreffenden Ortsgemeinden aufgenommen wurde, zeigte, daß die Leute sich keiner Maßregel als Ausflüsse einer Regalität erinnern, obschon der Art. 538 des code civil allgemein früher bekannt war. Die rezipirte römische Ansicht im germanischen Recht von „schiff- und floßbar" gibt kein Floßregal für die Flößerei von einzelnen Holzstücken (Daviel, traité 1. pag. 33); und wie der Speyerbach ein floßbarer Fluß ist, so ist es ziemlich jeder Bach in der Pfalz. — Sonach wird doch im Ganzen unser Landsmann Dr. Heine Recht haben, daß, wenn man auf diesem Wege frisch vorwärts gehen will, in staatsrechtlicher wie in civilrechtlicher Beziehung, man bald auch einsehen muß, die Landesgesetzgebung sei unzureichend und eine Verfassungsänderung nothwendig.

[1141²] **Wein- und Faßversteigerung.**

Mittwoch, den 4. August nächsthin, Vormittags 9 Uhr anfangend, in der Sterbebehausung zu Gimmeldingen werden die zu dem Nachlasse des allda verlebten Gutsbesitzers Christoph Köhler gehörigen, aus seinen eigenen Weinbergen in den Gemarkungen von Gimmeldingen und Mußbach gezogenen, Weine abtheilungshalber versteigert, und zwar:

5000 Liter 1844er Traminer,
3000 „ „ gemischter,
7000 „ 1846er,
5000 „ 1848er,
6000 „ 1849er,
12000 „ 1850er,
3000 „ 1851er.

Sogleich nach der Weinversteigerung wird zur Versteigerung der zu jenem Nachlasse gehörigen Fässer (worunter 14 große Lagerfässer), Kelter- und Herbstgeräthschaften geschritten.

Neustadt, den 20. Juli 1852.

Werner, Notär.

☞ Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleistet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreisung sein wird, mit der Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft. ☜

Königl. bayerisch und königl. würtembergisch concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geschwollene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken- und Kopfschmerzen, auch Seitenstechen.

Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen und königl. würtembergischen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchst preislichen Ministerien in Baiern und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ „ 30 kr.

In Speyer ist das Hauptdepot einzig und allein bei
[1113²⁶] **Louis Cron.**

[1109³] **Apotheke-Verpachtung.**

In dem westlichen Theile der baierischen Pfalz ist eine Apotheke, deren bisheriger Eigenthümer gestorben, unter sehr billigen Bedingnißen zu verpachten.

Der Sitz dieser Apotheke ist von wohlhabenden Ortschaften umgeben, und nach der örtlichen Lage müßen circa 10,000 Seelen ihre Medicamente von daher beziehen.

Lusttragende wollen sich wegen den nähern Verhältnißen an Hrn. C. Ch. Jacoby, Geschäftsagent in Zweibrücken, in portofreien Briefen wenden.

[1112ᵃ] **Die Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft,**

mit einem Grundcapital von **drei Millionen Gulden,** gewährt zu äußerst billigen Prämien Lebensversicherungen sowohl auf eine bestimmte Anzahl von Jahren als auf die ganze Lebensdauer.

Die Prämien können nach Wunsch der Versicherten in **halbjährigen** oder **vierteljährigen** Raten entrichtet werden.

Der Gewinnantheil der auf Lebenszeit Versicherten beträgt

für das Jahr 1848, — 10 %
„ „ „ 1850, — 10 %
„ „ „ 1851, — 15 %
} von den in jedem dieser Jahre bezahlten Prämien.

Für diejenigen Personen, welche auf die Gewinnbetheiligung verzichten wollen, findet eine Ermäßigung der Jahresprämie von 10 Procent statt.

Die Gesellschaft übernimmt auch Capitalien, für welche sie außergewöhnlich hohe Leibrenten gewährt.

Auf Anfragen ertheilen sowohl die Direction in Frankfurt als auch deren Agenten und Geschäftsfreunde bereitwilligst nähere Auskunft.

Frankfurt am Main im Juli 1852. **Die Direction.**

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro. 175.) den 22. Juli 1852.

Deutschland.

Für Auswanderer. Der „Amerikanische Botschafter," allerdings ein pietistisches, aber wohlmeinendes Blatt, gibt folgenden „kurzen und bündigen Rath für Einwanderer, die über Neu-York nach dem Westen reisen":

1. Verlasset Deutschland nicht und schifft euch nicht nach Amerika ein, wenn ihr blos so viel Geld habt, um bis Neu-York zu kommen. Denkt nicht, ihr würdet dort das zur Weiterreise Nöthige von Landsleuten oder mildthätigen Menschenfreunden borgen, oder durch Arbeit verdienen können. Tausende haben dies gehofft und haben sich nachher schmerzlich getäuscht gefunden. In Neu-York landen jetzt jährlich 100,000 deutsche Einwanderer: wie läßt sich vernünftiger Weise erwarten, daß die Deutschen in Neu-York ihren arm herüberkommenden Landsleuten das Geld zur Weiterreise vorschießen können? — Ueberdem ist in Neu-York, wie in allen großen Städten, Jedermann voll Hast und Unruhe, so daß ihr nicht einmal darauf rechnen dürft, man werde euch so viel Zeit schenken, um euch ruhig anzuhören, und dann mit Muße Rath und Hilfe zu leisten. Nur wenn ihr nahe Verwandte und zuverlässige Freunde in Neu-York habt, mögt ihr euch an sie wenden. Und was die Arbeit betrifft, so sind Arbeitskräfte im Innern des Landes allerdings sehr gesucht, allein in den Hafenstädten wimmelt's von solchen, die Arbeit suchen und keine finden: warum wollt ihr die Zahl noch vermehren? — Gleich weiter nach Westen! das sei eure Loosung; und um sie ausführen zu können, bleibt lieber ein Jahr länger in Deutschland, um zuvor das nöthige Geld zu erwerben.

2. Laßt euch weder in Deutschland, noch während der Seereise hieher verleiten, zum Voraus für eure Reise von Neu-York in's Innere von Amerika zu bezahlen. Bezahlt blos bis nach Neu-York und nicht weiter!

3. Noch ehe euer Schiff in Neu-York landet, werden zahlreiche Mäkler herangefahren kommen, oder werden, gleich nachdem ihr gelandet seid, euch umringen und versprechen, euch ins beste Gasthaus zu führen und die wohlfeilste und angenehmste Weiterreise zu verschaffen. Sie werden auf die Inschrift zeigen, die sie zum Theil an sich tragen: „Licensed emigrant runner," (das heißt: ein mit Erlaubnißschein versehener Mäkler für Einwanderer), und werden in allerlei Weise euch glauben zu machen suchen, sie seien von der Obrigkeit dazu angestellt, euch zu rathen und zu helfen. Glaubt's nicht! Die Obrigkeit hat sie nichts der Art geheißen, sondern ihnen blos erlaubt, ihr, in den meisten Fällen mit Schlechtigkeiten durchwebtes Gewerbe zu treiben, ähnlich wie manche Obrigkeit auch liederlichen Wirthen Erlaubniß zur Betreibung ihres Geschäfts gibt! Was sie auch euch vorschwätzen mögen, hört nicht auf sie! Thut, als ob ihr taub wäret und stumm dazu! Oder, wenn ihr ja etwas sprechen müßt, so sagt ruhig: „Ich werde schon wissen, was ich zu thun habe," oder etwas Aehnliches.

4. Wenn nach der langen Seefahrt der lang ersehnte Augenblick der Landung kommt, und das mächtige New-York mit seinen tausenden von Schiffen und hunderttausenden von Einwohnern vor den erstaunten Blicken des Einwanderers daliegt, so macht ihn das leicht verwirrt, — er verliert seine Fassung, seine Entschluß- und Thatkraft. Diese Gemüthsstimmung ist's eben, die es den Mäklern so leicht macht, die Einwandrer zu beschwätzen und zu übertölpeln. Und auch in sonstige Mißgriffe und Fehler geräth Einer in dieser Stimmung leicht hinein. Eilt daher nicht zu sehr! Nehmt euch Zeit! Ihr habt das Recht, zweimal 24 Stunden nach eurer Ankunft mit dem Gepäck auf dem Schiffe zu bleiben. Benutzet's dies Recht!

5. Was nun die Weiterreise betrifft, so thut der, welcher von New-York in der Richtung nach dem Erie-See, und von da weiter gegen Westen will, in der Regel am besten, sich einer der folgenden zwei großen Eisenbahnen zu bedienen, nämlich:

a) Die Eisenbahn von Albany nach Buffalo, 228 Meilen lang; (3 engl. Meilen sind 1 deutsche Stunde Weges.) Der Einwanderer-Bahnzug, welcher Mittags von Albany abgeht, erreicht Buffalo am folgenden Tage beinahe um dieselbe Zeit. Von Neuyork bis Albany reist man entweder mit dem Dampfboot, oder mit der Hudson-Stromeisenbahn (Hudson-River-Railroad), die den Strom entlang nach Albany geht. Der Fahrpreis von Neuyork bis Buffalo ist in beiden Fällen höchstens 4 Dollars. An Gepäck sind 50 Pfund frei. Für 100 Pfd. Ueberfracht zahlt man bis Buffalo 1 Dollar. Für Solche, die nach Buffalo und den zwischen Neuyork und Buffalo liegenden Orten, wie auch nach Obercanada reisen, ist diese Bahn im Allgemeinen besser geeignet, als die Neuyork-Eriebahn. Billets (tickets) erhält man entweder auf dem Bahnhof der Hudson-Stromeisenbahn, an der Ecke der Washingtonstraße und Canalstraße, oder auf den Dampfbooten, die nach Albany gehen, oder bei einem Fortschaffungsbureau, z. B. bei P. A. Löscher, Greenwichstraße 70, und W. Rischmüller, Greenwichstraße 104.

b) Die Neuyork-Erie-Eisenbahn geht in nordwestlicher Richtung gerade durchs Land nach dem Eriesee. Man fährt erst 25 Meilen weit den Hudsonstrom hinauf nach Piermont, und von da 444 Meilen weit nach Dünkirk am Eriesee (südwestlich von Buffalo). Der Einwandererbahnzug geht Abends von Neuyork ab, und kommt nach etwas mehr als 30 Stunden Morgens früh in Dünkirk an. Von hier bringt ein, dieser Eisenbahncompagnie gehöriges und sich daher unmittelbar anschließendes Dampfboot die Passagiere weiter nach Cleveland, Sandusky 2c. Der Fahrpreis von Neuyork nach Dünkirk ist 4 D., nach Buffalo ebensoviel, nach Cleveland 4 D. 50 Cents, nach Sandusky, Toledo oder Detroit 5 D., nach Chicago oder Milwaukie 7 D., Cincinnati 7 D. 50 C. An Gepäck sind 100 Pfd. frei. Für 100 Pfd. Ueberfracht zahlt man von Neuyork nach Dünkirk 1 D., von Neuyork nach Cleveland, Sandusky 2c. 1 D. 50 C., von Neuyork nach Cincinnati, Chicago oder Milwaukie 2 D. Diese Eisenbahn hat darin einen großen Vorzug, daß ihr Bahnhof in Neuyork ist; man kann, so zu sagen, an der Quelle selbst die Originalbillets kaufen; nicht dies oder jenes Fortschaffungsbureau, sondern die Eisenbahncompagnie selbst garantirt dem Einwanderer die Gültigkeit seines Billets. Wer demnach hier bis Cleveland oder Chicago bezahlt, hat nicht zu fürchten, daß ihm später noch einmal Geld abgefordert wird. Für das Gepäck, welches schon in Neuyork gewogen wird, erhält der Einwanderer einen Empfangschein (check), auf dessen Vorzeigung es ihm am Orte seiner Ankunft richtig abgeliefert wird. Er braucht sich daher unterwegs gar nicht um sein Gepäck zu bekümmern, noch auf denjenigen Zwischenstationen, wo die Beförderungsart wechselt, (z. B. in Dünkirk, wo man von der Eisenbahn aufs Dampfboot kommt), die Kosten der Fortschaffung und Umschaffung zu tragen. Bahnhof und Komptoir befindet sich am North-River oder Hud-

sonstrom, am Ende der Reade- (sprich: Rihd-)Straße, neben der deutschen Gesellschaft.

6. Von Buffalo nach Wisconsin oder dem nördlichen Illinois reist man am wohlfeilsten per Dampfboot über den Erie-, Huron- und Michigan-See; am schnellsten aber in folgender Weise: über den Eriesee per Dampfboot nach Monroe oder Detroit, und von da per Eisenbahn grade durch nach Chicago. Auf ersterm Wege zahlt man von Buffalo bis Chicago höchstens 2 D., auf letzterm höchstens 3 D.; für Reisende nach Manitouwoc, oder einem andern nördlichen Hafen Wisconsins ist der erste Weg vorzuziehen.

7. Um von Buffalo nach Cincinnati zu gelangen, reist man per Dampfboot nach Cleveland oder Sandusky und von da mit der Eisenbahn weiter; in beiden Fällen zahlt man 3 D. 50 C.

8. Von Philadelphia nach Pittsburg reist man jetzt fast ganz per Eisenbahn. Man zahlt dafür 4 D., im Winter 5 D. Der Bahnhof ist in Neuyork am North-River, dicht an der Battery (Pier Nr. 1); von Neuyork bis Philadelphia zahlt man 1 D. 50 C. Im Winter ist diese Bahn die einzige, auf der man von Neuyork aus nach Cincinnati oder St. Louis gelangt. Von Pittsburg nach Cincinnati per Dampfboot kostet höchstens 2 D.

9. Um von Neuyork nach St. Louis zu gelangen, reist man entweder auf einem der eben beschriebenen Wege nach Cincinnati und von da per Dampfboot den Ohiostrom hinab, oder nach Chicago, von da per Canal bis Peru, und von Peru per Dampfboot den Illinoisstrom hinab. Von Cincinnati nach St. Louis zahlt man höchstens 2 D. 50 C., von Chicago nach St. Louis höchstens 4 Dollars.

10. Zur Ersparniß in den Reisekosten trägt es viel bei, wenn ihr euch in Neuyork hinlänglich mit Lebensmitteln versehet. In der Nähe des Hafens gibt es deutsche Bäcker- und sonstige Kaufläden genug, wo ihr die nöthigen Einkäufe für wenig Geld machen könnt, während unterwegs oft übermäßig viel gefordert wird. Geht daher unbesorgt in jene Läden hin; Betrug habt ihr an dieser Stelle nicht zu fürchten. Hütet euch überhaupt davor, nicht Jedermann zu mißtrauen, und nicht alle Bewohner Amerikas für Betrüger zu halten, wie so viele Einwanderer in ihrem Verdruß über die Betrügereien der Mäkler thun.

11. Wünscht ihr, in Neuyork über eure Weiterreise ins Innere oder sonstige Angelegenheiten irgend eine Auskunft zu erhalten, so geht zur deutschen Gesellschaft in der Reade- (sprich Ridd-)Straße, nah am North-River. Mit großen goldenen Buchstaben steht da über der Thür geschrieben: „Deutsche Gesellschaft der Stadt Neu-York." Da wird man euch unentgeldlich Auskunft und Rath ertheilen. Sowol dem Agenten, Hrn. Degreck, als seinem Gehülfen, Hrn. Ebehalt, liegt das Wohl der Einwanderer am Herzen, und wer ihnen Gleichgültigkeit oder gar Eigennutz vorwirft, der thut ihnen Unrecht. Merkt wol: dies ist das einzige Bureau oder Local der „deutschen Gesellschaft der Stadt Neuyork." Führt man euch auf ein anderes, so mag es wol eine Gesellschaft deutscher Betrüger oder Schurken sein, aber nicht die Gesellschaft deutscher Menschenfreunde, die seit Jahren treulich auf den Schutz der Einwanderer bedacht gewesen ist und zu diesem Zwecke gegenwärtig die zwei eben genannten Männer besoldet. (Beobachter.)

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Speyer, den 20. Juli. Die Leser dieses Blattes werden sich erinnern, daß Dr. Jäger die Stirne gehabt hat, sich des Besitzes des Briefes eines Flüchtlings an den Unterzeichneten zu rühmen, durch dessen Inhalt mehre Personen compromittirt seien, und den Er, Dr. Jäger, dadurch erhalten, daß der Unterzeichnete — Geld in diesen Brief eingewickelt und versendet habe. —

Dr. Jäger ist lange die Antwort auf die in Nro. 165 abgedruckte Erklärung schuldig geblieben. Endlich versucht er eine Entgegnung, unter Voranstellung des lächerlichen Vorgebens, er lese die Speyr. Ztg. nicht, und habe insbesondere die Nummer, auf deren Inhalt er doch antwortet, nicht zu Gesicht bekommen, — durch welche Ausflucht er augenscheinlich über verschiedene unbequeme Momente ohne alle Erörterung hinwegzukommen, und worauf er sogar den Hauptpunct der Erklärung des Unterzeichneten entstellt seinem Publikum vorzutragen sucht. Das Neue in der Veröffentlichung des Dr. Jäger beschränkt sich — wenn wir nemlich von einem Schwall seiner gewöhnlichen Gemeinheiten absehen — darauf: es handle sich um einen Brief, den der ehemalige Bezirksgerichtsassessor Witt von Nancy aus an den Redacteur der Speyerer Ztg. gesendet habe.

Nun bekömmt allerdings die Sache ein anderes Ansehen, sie bildet aber nach wie vor eine würdige Fortsetzung des ganzen Verfahrens von Dr. Jäger, welcher bekanntlich damals, als es galt, die „conservativen Principien" offen zu vertheidigen, sich sorgsam verkroch, und dann, sobald die Bewegung unterdrückt war, seine gute Gesinnung durch die Herausgabe eines Pasquills bethätigte. —

Der Unterzeichnete unterläßt jede Erörterung darüber, welcher Charakter und welche Begriffe von Ehre und Recht im Allgemeinen dazu nothwendig sind, um einen an einen Andern gerichteten und jedenfalls dem Dr. Jäger nicht gehörenden Brief zu lesen und sogar durch verdächtigende Andeutungen daraus öffentlichen Mißbrauch damit zu treiben; es ist jedenfalls ein sprechendes Kennzeichen, wie es mit einem solchen Verbesserer der „Moralität" der Pfälzer bestellt ist. In der Sache selbst hat der Unterzeichnete vorerst nur dieses zu bemerken:

1) In der Speyr. Ztg. Nro. 165 ist gesagt: Kein Flüchtling sei im Falle, in dem von Dr. Jäger behaupteten Sinne, an den Unterz. zu schreiben; da er keinem derselben irgend etwas gesendet habe, was als „persönliches Material gegen .... und die andern Henkersknechte" zu bezeichnen wäre, so könne auch keiner **„noch weiteres** persönliches Material" von ihm verlangen. Obwol der Unterzeichnete gerade diesen Umstand hervorhob, als welcher ihn bestimmen müßte, auf eine Unächtheit des angeblichen Actenstücks zu schließen, so findet es Hr. Jäger dennoch geeignet, auf jene seine verdächtigende Behauptung von „noch weiterem persönlichen Material" gar nicht weiter einzugehen, und man ist daher wol berechtigt, anzunehmen, daß sich dies in einem wirklichen Briefe gerade nicht findet, daß diese Behauptung sonach auf Unwahrheit beruht. Jedenfalls wird der Unterzeichnete Hrn. Witt selbst, sobald er dessen jetzigen Aufenthaltsort ermittelt, zu einer Erklärung hierüber veranlassen, die jeden Zweifel vollständig beseitigen, und das hier Gesagte bestätigen wird.

2) Bereits vor langer Zeit — jedenfalls vor Jahr und Tag — bekam der Unterzeichnete eine Mittheilung, welche in ihm die Vermuthung erweckte, daß ein Schreiben des Hrn. Witt an ihn von Nancy abgegangen sein müsse, welches ihm nicht zugekommen war. Der Unterzeichnete selbst schrieb darauf augenblicklich seine Wahrnehmung an Hrn. Witt, und nun stellte es sich allerdings heraus, daß ein Schreiben desselben an den Unterzeichneten entweder verloren gegangen oder von irgend einer Seite **unterschlagen** worden war. Der Unterzeichnete kann keinen Augenblick bezweifeln, daß sich Hr. Witt dieses Umstandes ebenfalls genau erinnern muß, und er wird denselben auch darüber, und insbesondere über den Punct, daß gerade der Unterzeichnete den Hrn. Witt auf jenes Verschwinden eines Schreibens aufmerksam machte, um eine öffentliche Erklärung ersuchen. Dieser so seltsam verschwundene Brief ist dem Unterzeichneten bis zur Stunde nicht zu Gesicht gekommen. Er scheint sich nun in den Händen des Hrn. Jäger zu befinden!

Der ganze Vorfall ist so bezeichnend für die Einen, so warnend für die Andern, daß er die volle Beachtung des Publikums wohl verdient. G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag Nro. 176 den 23. Juli 1852.

Deutschland.

*** Betrachtungen.** Nachdem der Kaiser von Oesterreich in Ungarn einen Triumphzug gehalten, wollte der künftige Kaiser der Franzosen nicht zurückbleiben. Und man mag es unbedenklich zugestehen: was ein officielles Fest zu leisten vermag — und es ist dessen sehr viel an Aeußerlichkeiten — ward aufgeboten. Damit es auch in den Schilderungen an gar nichts fehle, damit die Festbeschreibungen vielmehr durch poetische Ergänzungen und theatralische Ausschmückungen sogar die Ungarischen überbieten, war treffliche Voranstalt getroffen. Die sonst so geringschätzig behandelten Journalisten von Paris erhielten (mit einziger Ausnahme der Redacteure der „Assemblée nationale") Einladungen zur Fahrt nach Straßburg, während sogar die (freilich aus einem andern Grunde etwas unbequeme!) Miß Howard zu ihrem großen Aerger sich ausgeschlossen sah. Kein Wunder, daß uns die schuldige Dankbarkeit der in Frankreich ohnehin nur allein noch vorhandenen Hofpublicisten zuruft: bei dieser Gelegenheit hat man das Volk gesehen, bei dieser Gelegenheit hat es seinen wahren Geist kund gethan, und wie die weiteren Ausdrücke lauten. Wer die Welt seit ein wenig länger als seit heute und gestern kennt, wird freilich lächeln über solche naive Behauptungen. Als ob nicht so Viele stets bereit wären, an jedem Festzuge Theil zu nehmen; als ob es der Bureaucratie schwer fallen könnte, unter Verhältnißen wie die obwaltenden, Festlichkeiten zu Stande zu bringen für jede Gewalt, welche (habe sie Namen wie sie wolle), gerade viel „nutzen" und „viel schaden" kann! Schwerlich gibt es in dieser Beziehung etwas Glänzenderes, als der Festzug Karl des X. durch das Elsaß im Jahre 1828 war. Und wie ging es dessen ungeachtet im Juli 1830? Und kann es anders sein in einem Lande, in welchem man die materiellste Corruption seit Jahrhunderten gehegt und gepflegt hat wie das theuerste Schoßkind?!

Napoleon, der Alte, hat einmal von einem mit Blumen überstreuten Abgrunde geredet. Wir wollen jetzt dabei eben so wenig verweilen, als bei den ungeheuern Summen, welche im Lampendunste commandirter Illuminationen und im Dunste von aus öffentlichen Mitteln bestrittenen Feuerwerken u. dgl. aufgingen, — in dieser Zeit der Noth so vieler Tausende und bei der bekannten Ebbe in der Staatscasse. In officieusen Berichten haben wir indeß mit einiger Verwunderung wenigstens Etwas constatirt gefunden: die starke militärische Bedeckung, welche den Präsidenten fortwährend umgab, und die militärische Absperrung der öffentlichen Orte, an denen er erschien.

Eines kam bei dem militärischen Feste in Straßburg vor, was, obwol zunächst nur ein Spiel, dennoch einige Beachtung in Deutschland verdient; es ist der vorbereitete Rheinübergang. Würde man wol in ganz Frankreich so völlig gleichgültig bleiben, wenn, zumal unter Reminiscenzen wie die Napoleonischen, ein Gebieter über die gesammte Militärmacht Deutschlands, etwa bei Breisach, eine Brücke über den Rhein schlüge, und einen Scheinübergang über den Strom nach dem Elsaß in Aussicht stellte? Muß jenes Spiel nicht als Erinnerung an die frühern Rheinübergänge der alten Armeen bei den Franzosen wirken, — in einer Periode, in welcher solche militärische Erinnerungen überhaupt bei ihnen so vielfach geweckt und aufgefrischt werden?

Auch darin dürfte man eine Mahnung finden für die Nothwendigkeit der Einigung Deutschlands, und eine Mahnung, den freien Geist des deutschen Volkes, dessen man schon einmal so dringend bedurfte, zu achten, statt ihn zu knebeln. —

*** Speyer.** In der Zeit der Erschlaffung des Volkes ist es immer der Fall, daß die Mehrzahl einzig und allein auf die unmittelbar vorliegenden materiellen Interessen Rücksicht nimmt, ohne viel Bekümmern darum, ob nicht gerade diese materiellen Interessen, mit den geistigen, für die Zukunft am allermeisten gefährdet werden. Könnte die Reaction fortschreiten wie sie es wünscht, d. h. fände sie nicht, trotz des Niederwerfens der Democratie, auch heute wenigstens noch in mancher Beziehung einen nicht so leicht zu übersteigenden Schutzwall des Volksinteresses in ihr, — die Gleichgültigen sollten staunen und die Hände über dem Kopf zusammen schlagen über Alles, was geschehen würde. Gleichheit der Rechte, Gleichheit der Besteuerung u. s. f. — man wähnte 1848 in ganz Deutschland sie für alle Zeiten erlangt zu haben. Die Nachrichten, welche unser Stuttgarter Correspondent (siehe unten) bringt, mögen ein Fingerzeig sein, und als Beispiel dienen, wohin die Neigungen in dieser Beziehung — wahrlich nicht blos in Württemberg, sondern überall — gerichtet sind. Nicht blos Ehrenvorrechte, sondern ebenso materielle Privilegien sollen wieder geschaffen werden, namentlich auch Privilegien in der Besteuerung. Ist erst einmal in einem solchen Lande wie Württemberg der Anfang gemacht, so wird es an guter Nachahmung anderwärts natürlich nicht fehlen. Worüber wir aber am meisten erstaunt sind, das ist, daß man auf die Weise, welche hier versucht wird, feindliche Gegensätze zwischen Groß- und Kleinbegüterten selbst schafft. Dieser unnatürliche Unterschied, er war wenigstens in den nächstliegenden Dingen verschwunden; durch Maßregeln wie die unten erwähnten wird er künstlich wieder hervorgerufen, es werden künstlich Parteien geschaffen, die sich alsbald mit aller Feindschaft des materiellen Interesses entgegen stehen und tödtlich hassen werden. Und das soll „conservativ" sein? — Doch man beurtheile selbst den Inhalt der folgenden Mittheilung:

*** Stuttgart,** den 19. Juli. In der Standesherrenkammer hat die Regierung einen Gesetzesentwurf zur Wiederherstellung der Befreiung vom Kriegsdienst für die vormals Reichsgräflichen und Reichsfürstlichen Familien eingebracht.*) Dieser Geneigtheit zur Begünstigung der Adelsvorrechte entsprechend, waren die Mittheilungen und Zusicherungen, womit der Minister des Innern, Staatsrath v. Linden, den Wünschen der Adelskammer in Beziehung auf die Herstellung einer andern Freiheit entgegenkam, nämlich derjenigen, die der grundbesitzende Adel hinsichtlich der Beitragspflicht zu den Gemeindelasten bis zum Jahr 1849 genossen hat. Die württembergische Gemeindeordnung gehörte seit Jahrzehnten zu den bessern in Deutschland. Durch die nachträglichen Gesetze im Sinne der Gleichberechtigung wurde der Adel in gleicher Weise nach seiner Steuerquote wie jeder andere Grundbesitzer zu den Gemeinde- und Bezirksumlagen beigezogen. Diese dem democratischen Princip **) sich annähernden Einrichtungen sind es, welche

---

*) Ist in Baiern ohnehin auch so eingeführt, trotz der Gleichheit der „Ehre des Waffendienstes" (siehe 4. Verfassungsbeilage, §. 11.)

**) D. h. den allernaturgemäßesten Principien von der Welt! D. Red.

dem Adel ein Hauptärgerniß sind. Der Prinz v. Wallerstein, der Graf v. Schüsberg, und der Schwiegersohn des Königs, Graf v. Neipperg, bezeichneten diese Nichtberücksichtigung*) des größern Grundbesitzes, für welchen sie eine hervorragende Stellung in der bürgerlichen Gemeinde in Anspruch nehmen, als eine Ungerechtigkeit (!); sie verlangen, „daß das mehr stabile Element eine größere Vertretung erhalte,**) und nicht der besitzlosen Menge das Uebergewicht gelassen werde." — Unter diesen „Besitzlosen" ist, dem Stande der Vermögensverhältnisse nach, die große Mehrzahl der landwirthschaftlichen Bevölkerung begriffen, da der größere Theil derselben aus Kleinhäuslern besteht. Der Minister seiner Seits stellte eine Revision der Gemeindeordnung in Aussicht, in der Richtung, wornach im Verhältniß der größern Steuer auch der Einfluß und die Gerechtsame in der Berathung und Beschlußnahme über die Gemeindeangelegenheiten sich bemessen sollen. Sonach geht das System des Ministeriums auf Herstellung einer grundbesitzenden Aristokratie, welcher durch neu zu schaffende Privilegien die Leitung der Gemeindeangelegenheiten in die Hand gegeben werden soll. Es sind aber diese Gerechtsame in dem Gebrauche, der von ihnen gemacht werden wird, einer völligen Steuerfreiheit nahezu gleich zu achten. Sie fragen wohl, wird die Kammer der Abgeordneten auch darauf eingehen? Hr. v. Linden scheint seiner Sache ziemlich sicher, wenn er zu gleicher Zeit der Adelskammer die für diese so erfreuliche Nachricht gab, es seien Einleitungen getroffen, um diejenigen Bestimmungen der Landesgesetzgebung zu beseitigen, welche dem Bundesrecht widersprechen. Mit dieser Wendung hat man die Kammermehrheit zur Derogirung der Grundrechte gebracht. Mittelst einer solchen Art von Bundesrecht wird die Krone einzig und allein maßgebend, und die Volksvertretung in ihren letzten schwachen Regungen paralysirt. — Es empfehlen sich aber solche Maßnahmen dem Regierungssysteme um so mehr, je unerwarteter die Ersparnißbeschlüsse dieser so fügsamen Kammermehrheit dem Ministerium kamen, und je verhaßter die angesonnenen Steuererhöhungen unter allen Klassen des Volkes sind.

Speyer, den 19. Juli. Louis Napoleon hat (nach dem „Mainzer Journal") dem Director der pfälzischen Eisenbahn, Hrn. Baurath Denis, das Kreuz der Ehrenlegion verliehen.

München, den 19. Juli. Der Göttinger Universitätsprofessor Waitz soll zweiter Vorstand des baier. Reichsarchivs werden mit der Befugniß Vorlesungen an der Münchener Universität zu halten. (Eilb.)

Auf der letzten Schranne waren Bauern mit Getreide aus dem Jahre 1848 erschienen!

(Beiträge zur Culturgeschichte.) Die Volksbötin sagt: Wenn das so fortgeht, hat die Volksbötin jeden Tag einen Straßenraub zu melden: Der Inwohner Franz Gruber von Bergham wurde am 12. d. auf dem Wege zwischen Kößlarn und Baierbach, Gerichts Rotthalmünster, von einem bereits ermittelten und eingefahndeten Burschen überfallen und seiner Baarschaft von 25 fl. beraubt. — Bei einer am 13. ds. im Geltinger'schen Bräuhause zu Bubach, Gerichts Dingolfing, unter den ledigen Burschen stattgefundenen Rauferei wurde der Söldnerssohn Jos. Heinzlsperger von Berg durch 6 Messerstiche getödtet. Der Thäter ist verhaftet. — Bei einer am 13. ds. im Wirthshause zu Leibersdorf, Gerichts Moosburg, stattgefundenen Hochzeit wurde der Dienstknecht Georg Rank von Winn durch 2 Messerstiche lebensgefährlich verwundet.

Man erfährt viele durch das Gewitter vom 15. Juli veranlaßte Unglücksfälle. So wurden namentlich bei Sinzig, Gerichts Kelheim, zwei auf dem Felde arbeitende Dienstmädchen vom Blitze getroffen, und zwar die eine getödtet, die andere schwer verwundet. Sodann zu Saltendorf, Gerichts Burglengenfeld, eine 22jährige Hirtentochter vom Blitze erschlagen. Endlich verursachte das Gewitter bei Harburg einen Brand, durch welchen mehrere Stücke Rindvieh umkamen.

Bamberg, den 18. Juli. Gestern Abend starb in Seußling, Ldg. Bamberg II, eine Frau an der Wasserscheu, welche ihr kleiner Hund vor mehreren Monaten gebissen hatte.

Mainz, den 20. Juli. Heute Mittag 2 Uhr wird Professor Roßmäßler unsere Stadt verlassen, — er ist — ausgewiesen! (M. Volksztg.)

Berlin, den 19. Juli. (Hochadelige Jämmerlichkeit.) In der heute wieder ausgegebenen „N. Pr. Ztg." gibt die Redaction folgende Erklärung: „Nachdem wir die Ueberzeugung gewonnen, daß wir den Zweck, welchen wir bei der Sistirung unserer Zeitung im Auge gehabt, vollkommen erreicht (!), und nachdem wir auf glaubwürdige Weise in Erfahrung gebracht, daß die incriminirten Stellen unserer Zeitung, um die es sich allein handelt, diejenigen sind, welche sich auf die Reconstruirung des Zollvereins beziehen, so liegt kein Grund vor, das Erscheinen unserer Zeitung länger zu suspendiren (!), nur daß wir uns natürlich im Gehorsam gegen die Gesetze, jedoch bei unbedingter Innehaltung des jetzt eingenommenen, offen ausgesprochenen Standpunctes vorläufig aller eigenen Raisonnements über die freilich sehr wichtige und folgenreiche Zollvereinssache enthalten."

Das nemliche Blatt meint, „daß die jüngsten Beschlüsse der Regierung in der Zollsache, welche es mit besonderer Genugthuung als energische bezeichnen könne, erst in einer am letzten Sonnabend abgehaltenen Conferenz gefaßt worden seien."

Die ministerielle „Zeit" bringt folgende, ihrer Fassung nach sehr tendenziös klingende Notiz: „Berichte aus Wien melden, daß das österreichische Gouvernement jetzt Bedenken hegt, die Zollrevenüen den Coalitionsstaaten zu garantiren, da es auf der Hand liegt, daß einige süddeutsche Staaten weniger für eine Zolleinigung mit Oesterreich, als für eine selbstständige süddeutsche Zollgruppe agitiren, und da Oesterreich unter solchen Umständen voraussetzen muß, daß die süddeutschen Staaten sich von einer österreichischen Zolleinigung los machen, sobald sie sehen, daß sie die Krisis, in welche sie durch eine Trennung vom Zollvereine gerathen, mit Hülfe österreichischen Geldes glücklich überstanden haben."

Breslau, den 18. Juli. Nach Berichten der hiesigen Zeitung wird der Schaden des Brandes, welcher die polnische Gränzstadt Praschke am 11. d. betroffen hat, auf mehrere Millionen angeschlagen. Ueber 4000 Menschen sollen verarmt und obdachlos umherirren und zwanzig Menschen, unter denen der Bürgermeister der Stadt und der Gränzbeamte, sowie 12 Kinder, verbrannt sein. Ein Correspondent der „Breslauer Ztg." aus Kempen sagt über die Feuersbrunst, daß die Stadt am hellen Tage ein Opfer der Flammen geworden sei, „weil die pflichttreuen Beamten des großen Kaiserreichs den zur Rettung ihrer Nachbarn herbeigeeilten Bewohnern der Gränzstadt Landsberg in Oberschlesien den Uebertritt über die Gränze verweigert haben."

Wien, den 17. Juli. Die offizielle „Oesterreichische Corresp." äußert sich über das von den hannover'schen Kammern angenommene Tadelsvotum gegen den hannover'schen Bundestagsgesandten; sie findet darin einen offenen Eingriff in die Rechte der obersten Executivgewalt des Landes (!), eine Mißachtung der souverainen Befugnisse der Krone (!) und endlich noch eine unzweideutige, entschiedene Mißachtung des deutschen Bundes. (!!)

Schweiz.

Bern. In einem belgischen Blatte wurde vor kur-

---

*) „Nichtberücksichtigung?" Ist er denn nicht gerade in dem nemlichen Verhältnisse berücksichtigt, d. h. allerdings: beigezogen, wie das geringste Bäuerlein?! D. Red.

**) Und gleichzeitig weniger bezahle! D. Red.

zem behauptet, daß die katholische Bevölkerung im Jura an einen Anschluß an Frankreich denke und daß deßhalb bereits Schritte gethan worden. (!!) Die „Independance suisse," deren Erklärungen freilich wenig Glauben beizumessen ist, protestirt jetzt dagegen.

Druey ist im Nationalrathe Referent über das Preßgesetz des Kantons Bern, und wird auf Nichtsanction antragen.

Frankreich.

Paris, den 18. Juli. Heute und gestern hat es telegraphische Depeschen über die Reise des Prinzpräsidenten geregnet. Auf jeder Station, wo er ausgestiegen oder, so zu sagen, nur aus dem Eisenbahnwagen geblickt hat, ist im überschwenglichsten Style nach Paris berichtet worden. Wir zählen von Meaux an bis nach Straßburg, wo „Seine Hoheit" am 18. um 1 Uhr 25 Minuten ankam, nicht weniger als dreizehn solcher Depeschen! Die Beamten überboten sich, den ungeheuren Enthusiasmus der Bevölkerung zu schildern. Schon im ersten Orte ist er „auf der Spitze" (au comble), nichtsdestoweniger lesen wir in einer der Depeschen von Nancy, „daß der Enthusiasmus immer wächst, je weiter der Präsident in dem braven patriotischen Lothringen vordringt." In Straßburg ist der Zulauf des Volkes trotz des fürchterlichen Wetters überall „unermeßlich."

Vom 19. Juli. „Alles Mitgetheilte wird von dem übertroffen, was ich jetzt sehe. Der Prinz, von Tausenden von Zurufen begrüßt, mit Blumen überschüttet, hält einen wahren Triumpheinzug. Der Enthusiasmus ist sehr lebhaft, sehr aufrichtig und allgemein. Die Einsegnung der Locomotiven bot ein erhabenes Schauspiel dar. Um 3 Uhr empfängt der Präsident die Behörden. Er befindet sich ganz wohl." (!) (Abends): „Der Festzug der Landleute ist soeben vorbei; es war ein einziges Schauspiel. Die Menge war trunken vom Enthusiasmus. (!) Der Prinz schien sehr zufriedengestellt (!) zu sein." rc. rc.

In dem Vardepartement soll große Aufregung herrschen. Die Journale von Toulon sprechen von der Reorganisation der geheimen Gesellschaften.

Die diplomatische Fürstin Lieven, welche Napoleon an Papa Nicolaus geschickt hat, um ihn über seine Ansichten über ein allenfallsiges Napoleonisches Kaiserthum auszuforschen, ist mit keineswegs günstigen Nachrichten zurückgekehrt. Für den Fall, daß Louis eine erbliche Kaiserdynastie gründen wollte, stünde ihm Rußlands Zustimmung nicht in Aussicht, und auf die vielgerühmten Sympathieen Frankreichs allein getraut er sich doch kein so gewaltiges Gebäude aufzuführen. So viel ist gewiß, daß das jetzige Paris-Straßburger Bahneröffnungsspectakel ohne Folgen bleibt und alle Gerüchte, als sollte mit dieser Eisen- auch eine Kaiserthumsbahn eröffnet werden, ungegründet sind. Wir haben, schreibt Einer aus Paris, für diesen Tag nichts als mehrere tausend Lämpchen, bemalte Leinwand, Gerüste, blind geladene Gewehre und Feuerwerk, aber dies Alles ohne Commentar, ohne Schlußfolgerung. Auch die Reisen, welche der Präsident demnächst unternehmen will, werden beweisen, daß dem Bonapartismus vor der Hand das Concept ausgegangen ist, und daß derselbe, um zu verbergen, daß er nicht mehr von der Stelle kommen kann, sich in einem Kreise herumbewegt. Auch die Reise L. Napoleons wird eben das sein, was sie sonst bei andern Menschenkindern ist: eine Reise. Aber sie wird kein Programm der Zukunft eröffnen und der Präsident wird seine Tribüne, wie er die Gastmähler genannt hat, diesmal nicht betreten oder, mit anderen Worten, er wird nicht essen und trinken, weil er nicht sprechen will. Die Bonapartisten fangen an ungeduldig zu werden, weil sie befürchten, daß Frankreich anfangen könnte, sich zu langweilen. Allein die Zähigkeit des Präsidenten läßt sich trotz dem Drängen seiner Freunde auch nicht zu einem einzigen Worte und noch weniger zu einer That verleiten. Der Bonapartismus hat jetzt seine Ferien. (Münchner Volksbtn.)

Italien.

(Pacification der Lombardei.) Die „Opinione" meldet nach Mittheilungen aus der Lombardei vom 12. Juli, daß die Verhaftungen zu Mailand, Padua und Mantua noch andauerten. Alle Gefangenen, die etwa 50 an der Zahl sind, werden vor eine Militärcommission verwiesen, welche zu Mantua in Permanenz ist. Es scheint, daß man sie förmlich in einem und demselben Prozeß aburtheilen will.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer,** den 22. Juli. Während eben das Pfälzische Reactionsblatt mit neuen Abgeschmacktheiten in der Zollfrage zu täuschen sucht, bringt sogar die „Augsb. Allg. Ztg." folgende wichtige Nachricht: Darmstadt, den 19. Juli. Sie haben die Nachricht gegeben, daß die verbündeten Regierungen über die Antwort auf die preußische Erklärung vom 7. Juni in der Zollvereinsfrage sich vollständig geeiniget hätten. Es ist dies zu berichtigen, indem außer Baden auch Württemberg von der collectiven Abgabe jener Antwort, die heute in der Zollvereinsconferenz wol schon erfolgt sein wird, sich getrennt hat und seinen eigenen, wie es scheint vermittelnden Weg, gehen will. Württemberg sucht die Spitzen der sich entgegenstehenden handelspolitischen Systeme zu brechen.

Eine Berliner Correspondenz in dem nemlichen Blatte sagt: Württemberg und Baden hatten sich der Erklärung nicht angeschlossen, welche die HH. v. d. Pfordten und v. Beust vor etwa dritthalb Wochen in Kissingen entworfen hatten. Sie war kategorisch gefaßt, und stellte die Zolleinigung mit Oesterreich als erste Forderung der Coalition auf. Jetzt verhandeln die betreffenden Regierungen über einen zweiten Entwurf, der dem Inhalte nach jenem früheren gleicht, indem er auch auf die Vorlage B den größten Werth legt, in der Form aber versöhnlicher gefaßt ist. Doch glaubt man hier, daß Württemberg und Baden sich auch diesem Entwurf nicht anschließen werden. Ihr Blatt bezweifelte kürzlich die Absicht Oesterreichs, in Wien Besprechungen mit den Regierungen der Coalition anzubahnen; wir können versichern, daß die Aufforderung in Wien zu erscheinen von Seite des k. k. Cabinets geschehen, aber aus andern Gründen nicht realisirt worden ist.

Das Mainzer Journal will wissen, es habe eine Verständigung dahin stattgefunden, daß zwischen dem Zoll- und Steuervereine einerseits, und Preußen anderseits ein (bloser) Handelsvertrag abgeschlossen werde (also kein Zollverein mehr)!

München, den 19. Juli. Den größeren baierischen Gesandtschaften, namentlich jenen in Paris, London und St. Petersburg, werden nun besondere Attachés aus dem Militärstande beigeordnet werden, und zwar, wie ich höre, jeder Gesandtschaft ein Hauptmann. (A. Z.)

Karlsruhe, den 17. Juli. Die Leihbibliotheken sollen ein Verzeichniß ihrer Bücher einreichen, und es sollen von den Behörden alle Bücher ausgeschieden werden, welche für die Sittlichkeit oder die öffentliche Ruhe gefährlich scheinen! Ferner sollen Leihbibliotheken an junge Leute unter 18 Jahren nur dann Bücher ausleihen dürfen, wenn diese vorher von den Eltern oder Lehrern eine schriftliche Erlaubniß beigebracht haben. Bei Uebertretung dieser Verordnung kann auf Geldbuße bis 100 fl. erkannt, und, nach Umständen, die Concession entzogen werden. (Allg. Ztg.)

Wien, den 17. Juli. Gestern Nachmittag brach in dem Markte Mölding eine heftige Feuersbrunst aus, welche binnen wenig Stunden etwa 20 Häuser einäscherte.

Brüssel, den 20. Juli. Der Generalprocurator am Cassationshofe, Hr. Leclercq, hat die Bildung eines neuen Ministeriums abgelehnt.

* **Frankreich.** Selbst in den ministeriellen Mit-

theilungen beginnen, wenn man nur ein Bischen zwischen den Zeilen liest, die Hiobsposten bereits nachzubinken. Man lese die „Pariser Correspondenz," welche Folgendes schreibt: Die meisten Journale, welche Correspondenten nach Straßburg sandten, erhalten nun deren Berichte, die ziemlich gleichlautend sind und nur (!!) in der Beschreibung der Aufnahme von Seiten der Bevölkerung von einander und von den telegraphischen Depeschen abweichen. So versichern z. B. die „Debats," daß in Châlons kein anderer Ruf gehört wurde, als: „es lebe die Republik!" und daß erst in Lothringen die enthusiastischen Rufe: „es lebe Napoleon!" allgemein wurden. Die „Presse" versichert dagegen, daß die Aufnahme in Châlons s. M. sehr warm gewesen sei. Sie erzählt ferner, daß man in Bar le Duc drei verschiedene Rufe gehört habe, und zwar: „Es lebe Napoleon!," „es lebe die Republik!" und „es lebe der Kaiser!"; der letzte Ruf war vorherrschend. Dem Präsidenten wurden daselbst politische Bittschriften überreicht. In Nancy bemerkte man eine große Menge Stadtsergenten, welche von Paris dahin geschickt wurden, um die Ordnung unter dem Volke aufrecht zu erhalten. *) Die Volksmenge in Nancy, unter der man mehr Blousen als Stadtanzüge bemerkte (!), war weniger enthusiastisch als in Bar le Duc. Die Rufe waren sparsamer und klangen verschieden. (!) Als der Präsident einen Spaziergang auf dem Stanislausplatze machte, rief mitten in einer Pause des Stillschweigens eine einzelne Stimme: „Es lebe Louis Napoleon, der Kaiser!" Der Effect war komisch und erregte allgemeines Lachen (!), das gleich von zahlreichen Rufen: „es lebe Napoleon! es lebe der Präsident!" unterdrückt wurde.

Ein Correspondent der „Köln. Ztg." berichtet im gleichen Sinne aus Nancy. Er hebt noch insbesondere hervor: der Präsident war von einer Escorte begleitet, die einer kleinen Armee ähnlich sah.

* **Paris**, den 20. Juli. Die schon seit lange im Umlauf gewesenen Gerüchte über eine nahe bevorstehende Modification des Ministeriums werden nun auch in Kreisen wiederholt, die man gewöhnlich für wohl unterrichtet hält. Sollte auch wirklich eine Modification stattfinden, was noch lange nicht gewiß ist, so wird sie auch auf keinen Fall von der Art sein, wie man sie in jenen Zirkeln voraussetzt.

Der Präsident, der diesen Abend zurückkehren sollte, hat seine Abwesenheit verlängert und wird nun nicht vor Donnerstag zurückerwartet.

Ein Decret des Präsidenten ordnet an, daß der „Moniteur" allen Mairs der Cantonshauptorte zugesendet wird, welche dessen Abonnementspreis aus den Polizei-Strafgeldern bestreiten sollen!**)

Der „Courier von Marseille" veröffentlicht bereits das Programm der Festlichkeiten, zur Aufnahme des Präsidenten, der in Marseille zwischen dem 15. und 20. September erwartet wird. — Alexander Dumas geht nach Piemont und der Lombardei. Er will dort die Schauplätze der letzten Kriegsereigniße besuchen und seine Notizen darüber zur Vollendung eines historischen Romans über das Haus „Savoyen" von Emanuel Philibert bis zum Tode des „Carl Alberts" benützen. — Die gegenwärtige Kriegsflotte Frankreichs besteht, außer den Dampfschiffen, aus 214 Segelschiffen, wovon 114 entwaffnet und abgetakelt sind. Unter den ausgerüsteten befinden sich 26 Linienschiffe, wovon jedoch 14 alt und nur zur Vertheidigung der Häfen und Küsten geeignet. Unter 37 ausgerüsteten Fregatten befinden sich nur 8 alte. Die 8 bewaffneten Corvetten sind alle in gutem Zustande. Was die 103 leichte Fahrzeuge betrifft, so hat die Prüfungscommission erklärt, daß sie zum größten Theile sich nur zum Verkaufe eignen. — Die Ingenieurs und Marineofficiere sind jetzt mit Versuchen beschäftigt, alle Segelschiffe der Kriegsflotte mit Dampfmaschinen zu versehen, die jedoch nur in dringenden Fällen anzuwenden wären.

* **Strasburg**, den 20. Juli. Der Prinz hat heute Morgens Strasburg verlassen, um die Großherzogin Stephanie nach Baden zu begleiten. Präcise um 11 Uhr verließ der Prinz Kehl mit einem Separatzuge. Die Garnison von Kehl war unter den Waffen und erwies dem Prinzen am Bahnhofe militärische Ehrenbezeugungen.

London, den 19. Juli. Heute geht das Gerücht von einer Modification des Ministeriums. Lord Malmesbury soll als Gesandter nach Paris gehen (!!) und im auswärtigen Amte durch Lord Stratford ersetzt werden. Lord Cowley würde Paris mit Konstantinopel vertauschen.

Rom. Die Staatseinkünfte sind zu 11,110,000 Scudi (61,108,000 Fr.), die Ausgaben zu 12,906,000 Scudi 70'985,000 Frcs.) veranschlagt! — In Mailand sind mehrere Juden aus politischen Gründen verhaftet worden.

Miscellen.

Auswanderungssache. Der „Amerik. Botschafter" sagt: In Betracht der großen Armuth, die in vielen Gegenden unsres alten Vaterlandes herrscht, und der schlechten Aussicht auf ein ehrliches und reichliches Fortkommen, die Unbemittelte daselbst haben, wäre es gewiß zu wünschen, daß häufiger die Vorangezogenen den Daheimgebliebenen die Hand bieten möchten, um sich der Segnungen America's mit zu erfreuen. Dies kann vornehmlich auf zweierlei Weise geschehen: entweder durch Uebersendung von Wechseln, oder dadurch, daß man einen Reiseschein von Europa nach Amerika kauft und den Angehörigen in Deutschland zuschickt. Solche Reisescheine sind giltig für ein Jahr, und wenn derjenige, auf welchen sie ausgestellt sind, keinen Gebrauch davon machen will, und sie binnen Jahresfrist zurücksendet, so erhält man das dafür bezahlte Geld zurück. Mehrere Handlungshäuser in Neu-York befassen sich hiermit, und zwar die meisten auf eine rechtliche, redliche Weise. Wer die Adressen von solchen zu erhalten wünscht, schreibe an den Agenten der deutschen Gesellschaft (Adresse: Agency of the German Society at New-York, Readstr., corner of West;, gebe ihm den Wohnort seiner Verwandten in Deutschland nebst sonstigen, hieher gehörigen Umständen an, und bitte sich seinen Rath aus: so wird ihm derselbe unentgeltlich ertheilt werden.

Mainz, den 18. Juli. Man soll kleine Kinder, auch auf dem Lande, nie ohne Aufsicht lassen. Aus Zornheim (etwa vier Stunden von hier) meldet man, daß einem Kinde Händchen, Ohren, Nase und ein Füßchen von einem Schweine, das ins Zimmer drang, angefressen wurden. Das unglückliche Wesen lebte noch zwei Stunden.

Der nicht gestorbene, sondern wieder hergestellte Freiherr A. M. v. Rothschild in Frankfurt ist wieder im Comptoir gewesen. Er trat mit Schillers schönen Worten ein: „Seid umschlungen, Millionen!"

Der Berliner Kladderadatsch enthält ein paar erbauliche Abbildungen: „ein Fleckenreinigungsprozeß," offenbar auf den Hassenpflug'schen Prozeß in den verschiedenen Instanzen sich beziehend. —

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1134²] **Anzeige.**

Gold- und Silberborden, Gold- und silberne Porte d'épées und namentlich **Uniformsstickereien** werden nicht im Ausland durch einen Dritten, sondern fortwährend durch den Unterzeichneten selbst verfertigt.

Georg Lauterer,
Possamentier und Goldsticker zu Speyer.

---

*) Vermuthlich blos um ein Ueberstürzen des nach den telegraphischen Depeschen gleich anfangs „aufs Höchste" gesteigerten Enthusiasmus zu verhindern? D. Red.

**) Also nicht einmal in Frankreich aus Gemeindegeldern? D. Red.

Neue
Speyerer Zeitung.

Samstag Nro. 177 den 24. Juli 1852.

Deutschland.

*** Speyer**, den 23. Juli. Mit dem letzten des gegenwärtigen Monats werden also die halben und viertels Kronenthaler außer Kurs gesetzt. Wir haben früher unsere Ansicht hierüber ausgesprochen, die dahin geht, daß dem Staat eigentlich die Verpflichtung aufliegt, dieses Geld im vollen Betrage einzulösen, wie Er dasselbe tarifirt und damit einen jeden Einwohner genöthigt hat, es anzunehmen. Wir wiesen ferner darauf hin, daß der Staatskasse hiedurch nicht einmal ein Verlust erwüchse, indem sie vielmehr beim Umprägen immer noch gewinnt. — Sehen wir aber ab von allem Diesem, so sollte wenigstens der Termin, innerhalb dessen die Staatskassen jenes Geld wenigstens in Zahlungen annehmen, verlängert werden, wenn man dasselbe nicht förmlich umwechseln will. Dadurch, daß der Verruf bei uns so spät erfolgte, nachdem derselbe längst in allen Nachbarländern stattgefunden hatte, konnte es sich nicht fehlen, daß alle in Baden, Württemberg, Frankfurt u. s. f. noch vorhandenen halben und Viertelskronenthaler zu uns, und namentlich in die beinahe blos Grenzland bildende Pfalz, herüberströmten. Um so mehr ist gewiß das Verlangen gerechtfertigt, daß wenigstens der Termin in der bezeichneten Weise verlängert würde. Indessen wird natürlich Jedermann gutthun, die bezeichneten Geldsorten so viel möglich noch vor dem 1. August an Zahlungsstatt in die Staatskassen zu liefern. Der gegenwärtige Artikel hat daher den Zweck, mindestens hierauf aufmerksam zu machen.

*** Speyer.** Selbst in der jetzigen argen Reactionszeit hat das Rundschreiben des Hrn. Generalprocurators zu Zweibrücken in Betreff des excommunicirten Protestanten ein allgemeines Erstaunen hervorgerufen. Trotz der jetzigen Gleichgültigkeit und trotz der so starken Beschränkung der Presse, werden beinahe überall Stimmen dagegen laut. Wir sehen ab von jenen öffentlichen Blättern, welche eine Mißbilligung aussprechen, ohne dieselbe zu begründen (eine Billigung fanden wir noch in keinem Blatte.) Dagegen scheint uns die Sache wichtig genug, um nachstehend die wohlmotivirte Ansicht mitzutheilen, welche der „Bayerische Eilbote" enthält:

„Eine Excommunication in der Pfalz. Wenn in Zeiten des Rückschritts auch der Protestantismus seiner Mutter untreu wird und zu Excommunicationen seine Zuflucht nimmt, so läßt sich am Ende nicht viel dagegen sagen. Die allgemeine Richtung der Zeit spiegelt eben dann auf einem speciellen Gebiete sich ab.

Wenn aber ein solcher Act der kirchlichen Gewalt von weltlichen Behörden in einer Weise Beachtung und Ausdehnung findet, wie es bei der jüngsten Excommunication in der Pfalz geschah, so verdient ein solcher Act allerdings öffentlich besprochen zu werden.

Der Generalstaatsprocurator hat nemlich, wie schon erwähnt, ein Rundschreiben an die ihm untergeordneten Beamten erlassen, worin er auszuführen sucht, daß aus der Excommunication für den Excommunicirten der Verlust aller politischen Rechte von selbst folge, da die im Königreiche bestehenden christlichen Kirchengesellschaften gleiche bürgerliche und politische Rechte genießen, nichtchristliche Glaubensgenossen aber an den staatsbürgerlichen Rechten nur in dem Maße Antheil haben, wie ihnen dasselbe in den Edicten über ihre Aufnahme in die Staatsgesellschaft zugesichert sei. (Verf.-Urk. Tit. IV §. 9.) Denn der Excommunicirte gehöre zu gar keiner Kirche, sei ausgestoßen und damit des durch den §. 4 cit. gewährten Rechtes zu einem öffentlichen Dienste zu gelangen, sofort verlustig. Zum öffentlichen Dienste (munus publicum) gehöre u. a. auch die Vormundschaft, Curatel, das Amt des Geschworenen, des gerichtlichen Experten und des Zeugnißes bei öffentlichen Urkunden, welche öffentlichen Verrichtungen sämmtlich den vollen Genuß der staatsbürgerlichen Rechte voraussetzen.

Die Verfassungsurkunde sowol als die Verfassungsbeilagen haben aber an keiner Stelle den Excommunicirten politisch so rechtlos gestellt, wie der Generalstaatsprocurator in Zweibrücken anzunehmen scheint. Die Verfassungsurkunde stellt die Angehörigen der drei christlichen Kirchengesellschaften bürgerlich und politisch gleich, räumt aber den Angehörigen von Privatkirchengesellschaften in Beziehung auf „Staatsbürgerrecht" nur diejenigen Rechte ein, die ihnen in den organischen Gesetzen über ihre Aufnahme zugesichert sind. Nun möchten wir doch den Hrn. Generalstaatsprocurator von Zweibrücken fragen, wie er dazu kommen kann, diese Verfassungsbestimmungen auf den Excommunicirten anzuwenden und zwar anzuwenden in der Weise, wie er gethan. Vor allem ist „Staatsbürgerrecht" und „politisches Recht" nach unserem positiven Staatsrecht weit von einander unterschieden; sodann sprechen die betreffenden Verfassungsbestimmungen nur von öffentlichen und Privatkirchengesellschaften, auf den Excommunicirten sind sie in keiner Weise anwendbar. Welcher Privatkirchengesellschaft gehört denn der Excommunicirte an? Wo sind denn die organischen Edicte über seine Aufnahme, von welchen die Verfassung spricht? Wo sind die besonderen Gesetze und Verordnungen, die über die bürgerlichen Verhältniße dieser Gesellschaft bestehen (II. Verf.-Beil. §. 25)? Der Generalstaatsprocurator von Zweibrücken hat in seinem Rundschreiben aus einem Excommunicirten ein Mitglied einer Privatkirchengesellschaft gemacht, ohne zu bedenken, daß die für Privatkirchengesellschaften geltenden Vorschriften, wenn auf Excommunicirte als solche angewandt, keinen Sinn geben. Excommunication ist etwas Negatives, Mitgliedschaft einer Privatkirchengesellschaft etwas Positives; schon dieser einfache Gedanke hätte den Hrn. Generalstaatsprocurator veranlassen sollen, von seinem Schritte abzustehen. Dazu kömmt aber noch der §. 71 der II. V.-Beil., welcher lautet: „Keinem kirchlichen Zwangsmittel wird irgend ein Einfluß auf das gesellschaftliche Leben und die bürgerlichen Verhältniße, ohne Einwilligung der Staatsgewalt im Staate gestattet." Die Excommunication ist nun offenbar ein kirchliches Zwangsmittel; der Generalstaatsprocurator der Pfalz ist weder die Staatsgewalt, noch hat derselbe eingewilligt, dem kirchlichen Zwangsmittel im Staate Geltung zu verschaffen, er hat blos aus dem kirchlichen Act Schlußfolgerungen gezogen und bekannt gemacht, die nach seinem Dafürhalten aus diesem Act sich von selbst ergeben; bürgerliche Verhältniße aber ist nicht in dem beschränkten Sinn von privatrechtlich oder geschäftlich zu nehmen, sondern im Gegensatz zu kirchlich, also in dem Sinne von weltlich; so allein hat die Vorschrift einen Sinn und in dieser Bedeutung findet sich das Wort „bürgerlich" in unserer Gesetzgebung auch häufig gebraucht.

Ueberblickt man nun das Ganze, so ist es gewiß Jedermann klar, daß dem Rundschreiben des Generalstaatsprocurators der Pfalz eine ganz irrige Auffassung unse-

rer Verfassungsbestimmungen zu Grunde liegt und der Betroffene mit Recht auf Abhülfe Anspruch macht.

*** Speyer,** den 22. Juli. Zwei Notizen, die uns über die Feierlichkeiten zu Straßburg mitgetheilt werden, stimmen darin vollkommen überein, daß der Enthusiasmus unter den Truppen gar nicht so sich zeigte, wie die Bonapartisten erwarteten. Die Cavallerie rief allerdings: es lebe Napoleon! Unter der Infanterie waren solche Rufe höchst vereinzelt, und die Artillerie blieb völlig stumm, — sprechend freilich für den wirklichen Beobachter.

Zollwesen. Die Ztg. für Nordd. behauptet, an einer Versöhnung im Zollkriege sei um so weniger zu zweifeln, als Baden, Württemberg und Sachsen nicht mehr mit Baiern „weiter wollen."

Speyer. Wie das hiesige Wochenblatt berichtet, hat der Regierungspräsident der Pfalz, Hr. Hohe, von Ludwig Bonaparte das Commandeurkreuz der Ehrenlegion erhalten.

München. Notiz für Missionsfreunde und Tugendbundschwärmer. Am 18. Juli während des Vormittagsgottesdienstes erhängte sich in Vilsbiburg der 30jährige Jos. Hau, Dienstknecht, nachdem er vor einiger Zeit in den sogenannten Jünglingsbund getreten und seitdem tiefsinnig geworden war. Man wird sich erinnern, daß neulich in Bieberach eine „Bundesjungfrau" wegen Kindsaussetzung verurtheilt wurde. Wo sind also die vielgerühmten Früchte der Wanderprediger? (Vksbtn.)

Stuttgart. Das 8. Bundesarmeecorps (Württemberg, Baden, Großherzogthum Hessen), 30,150 Mann und 60 Kanonen zählend, wird, wie man hört, im Laufe des Herbstes zu einem Manöver in Württemberg zusammengezogen werden.

Stuttgart, den 21. Juli. Der Bericht der Justizgesetzgebungskommission über den Gesetzesentwurf zur Wiedereinführung der Todes- und Prügelstrafe ist nun auch im Druck erschienen. Wir bemerken vorerst nur, daß die Commission in beiden Puncten Nichtzustimmung zu dem Entwurfe der Regierung beantragt. (Beob.)

Die Directoren der deutschen Eisenbahnen werden am 26. ds. hier ihre jährliche ordentliche Generalversammlung abhalten. Der Verein umfaßt 35 Eisenbahnverwaltungen, worunter die von 21 Privat- und 14 Staatsbahnen (unter Letztern 7 preußische). Die Länge der dem Verein angehörenden Bahnen übersteigt 1000 geogr. Meilen.

Riedlingen, den 19. Juli. Dem Donaustrom entlang zerschlug ein Gewitter mit furchtbarem Hagel Alles auf den Markungen Altheim, Grimmingen, Riedlingen, Dangendorf, Unlingen und theilweise noch vieler anderer Ortschaften, und leider hört man das Gleiche aus dem Oberamt Saulgau und Ebingen.

Rostock, den 17. Juli. Drei Professoren sind pensionirt worden.

Berlin, den 17. Juli. (Schlechte Zeiten!) Für drei Vorstellungen in Potsdam hat die franz. Schauspielerin Rachel von dem König 20,000 Frcs. erhalten; der Kaiser übersandte ihr eine Broche, die 6000 Rubel werth sein soll.

— den 19. Juli. Der Correspondent der „Deutschen Allg. Ztg." behauptet Folgendes: Oesterreich und die Coalirten haben sich beide getäuscht und demnach gespalten, ersteres will kein Geld geben, letztere will mit dem Gelde Oesterreichs sich von diesem wie von Preußen gleich unabhängig machen. In letzter Instanz werden sie dann aber doch zu Preußen und zu dem Zollverein durch Nachgiebigkeit zurückkehren, indem die Lage der Dinge und der Druck der Verhältniße sie dazu zwingen muß.

— den 20. Juli. Heute findet, wie schon gemeldet, eine Vertagung der Zollvereinsconferenzen statt, dieselbe wird bis zum 16. August währen. Die preußischen Bevollmächtigten werden heute Namens ihrer Regierung die Erklärung abgeben, daß dieselbe bei der am 16. August stattfindenden Wiedereröffnung der Zollconferenzen auch die Erklärung aller Regierungen über ihren fernern Verbleib in dem durch den Septembervertrag modificirten Zollverein erwarte. (Fr. J.)

Breslau, den 19. Juli. Der Superintendent und evangelische Stadtpfarrer Redlich zu Ratibor hat eine Beleuchtung des neuesten Hirtenbriefs des Cardinals und Fürstbischofs von Breslau in einem „Sendschreiben" an die evangelische Geistlichkeit in Schlesien und im ganzen lieben deutschen Vaterlande durch die Presse in die Oeffentlichkeit treten lassen, in welcher er u. a. sagt, es könne eine Stadt von etwa 8000 Einwohnern namhaft gemacht werden, wo auffallender Weise in den nächsten 4 Wochen seit der Jesuitenmission 5 oder 6 Personen geisteskrank geworden seien, die eine ganz entschieden in Folge der in 6 Tagen gehörten Predigten.

Schweiz.

Freiburg. Nach der Gazette de Fribourg hat der Erzbischof von Mailand unterm 25. Juni öffentliche Gebete verordnet „für den unglücklichen Kanton Tessin, wo die Kirche so grausame Prüfungen erduldet." Ein Gleiches sollen die französischen Prälaten für die französisch-katholische Schweiz beabsichtigen.

Neuenburg, den 19. Juli. Die Neuenburger Bourgeoisie hat durch ihren jüngst gewählten weiteren Rath den engeren gewählt. Sämmtliche sieben gehören zur republicanischen Partei, und an ihrer Spitze steht als Präsident der rühmlich bekannte Professor Ladame. Bekanntlich ist das Vermögen der Neuenburger Bourgeoisie mehr als fünfzig Mal größer, als dasjenige der Valendiser, und wird durch den republicanischen Caracter der neuen Stadtbehörde dem untersinkenden Royalismus ein letzter Halt entzogen. (Sch. N.-Z.)

Frankreich.

Paris, den 19. Juli. Zu Meaux richtete der dortige Bischof folgende Worte an den Präsidenten, die der Moniteur bis jetzt noch nicht gegeben hat: „Ich komme aus Rom an und der heilige Vater hat mir ausgedrückt, wie glücklich er über die die französische Regierung beseelenden Gesinnungen und die gegenwärtigen Zustände Frankreichs ist."

Ein Pariser Correspondent der Allg. Ztg. bemerkt: Ist es wahr, daß von allen Divisionsgeneralen keiner einen Anspruch auf den Marschallstab hat, noch in Feldzügen gegen die Demagogen erwerben kann, (indem dies nur im Kampfe gegen einen fremden Feind möglich,) so wird eben dadurch der auswärtige Krieg für sämmtliche Divisionsgenerale eine Art Bedürfniß. Es ist in diesen Spalten oft genug hervorgehoben worden, daß auf die Länge der Zeit die französische Armee sich mit der Mission im Innern, die Ordnung aufrechtzuerhalten, nicht begnügen werde, sie wird das um so weniger thun, wenn ihr diese Mission keine Möglichkeit bietet, die höchste militärische Würde zu erlangen.

Italien.

Römische Staaten, den 14. Juli. (Fortgesetzte Pacification Italiens.) Auf Befehl der österr. Militärbehörde wurden gestern der Graf Tancrede Mosti und 6 andere junge Leute aus vornehmen Familien von Ferrara in Fossa d'Albero verhaftet und nach der Citadelle von Ferrara gebracht.

(Toleranz.) Griech. Zeitgn. berichten, daß jüngst in **Rom** ein der griechischen Kirche angehörender Korfeot gestorben sei. Die päpstliche Regierung erlaubte nicht nur nicht die Beerdigung desselben, sondern sie ließ ihn auch nach sieben Tagen, nachdem der Körper des Verstorbenen bereits in Fäulniß übergegangen war, zur Nachtzeit in einen Winkel werfen. Auf den Jonischen Inseln hat diese unchristliche Handlung allgemeinen Unwillen erregt, und sie muß auch in einem jeden fühlenden Men-

schen gerechten Abscheu über solche Unduldsamkeit noch im 19. Jahrhundert hervorrufen.

Der zum Tod wegen seiner Theilnahme an der römischen Revolution verurtheilte Engländer Murray, hat von Ancona aus eine Adresse an das englische Volk erlassen, in welcher er seine Unschuld betheuert und behauptet, er habe zweimal verlangt vor ein aus Oesterreichern gebildetes Gericht gestellt zu werden.

Großbritanien.

Die Bevölkerung der Stadt London im Jahr 1851 bestand aus 2,526,870 Seelen.

Vereinigte Staaten.

Deutsche Kunst in Nordamerika. In den Tagen vom 19—22. vorigen Monats wurde in New-York ein Sängerfest abgehalten, zu welchem die deutschen Sänger aus allen Gegenden der Union, 1100 an der Zahl, zusammenkamen. Ein Bericht in der Allgem. Ztg. schildert den tiefen wohlthuenden Eindruck, welchen dieses, von dem trockenen Bruder Jonathan freudig aufgenommene Fest machte, mit begeisterten Farben.

In **Staaten Island** sind durch den Einsturz der großen eisernen Brücke am 5. Juli 150 Personen in den Strom geschleudert worden und 25 von ihnen ertrunken. — Der Dampfer St. James flog am 5. Juli in der Nähe von New Orleans in die Luft, und wieder büßten 50 Menschen bei dieser Gelegenheit ihr Leben ein.

Neueste Nachrichten.

• Pfalz. Der excommunicirte Bahnhofverwalter von Homburg ist, wie zu erwarten stand, in die katholische Kirche übergetreten. Für Diejenigen, welche in dem Vorfalle nichts weiter als eine persönliche Frage erblikken, ist dieselbe nunmehr zu Ende; nicht so für diejenigen, welche ausschließlich die Sache an sich im Auge haben.

München, den 20. Juli. Prinz Luitpold wird als Commandant der baierischen Artillerie nächste Woche seine diesjährige Inspectionsreise antreten.

Frankfurt. Der Bundestag beschäftigte sich neulich mit der Frage wegen der den Erfindern der Schießbaumwolle zu ertheilenden Belohnung. Es wurde das Resultat der seither angestellten Versuche vorgelegt, welches zu dem Beschluß führte, daß die Bewilligung der den beiden Erfindern in Aussicht gestellten Nationalbelohnung von 40,000 fl. vorerst noch auszusetzen sei.

Heidelberg, den 20. Juli. In Folge der unerträglichen Hitze, die namentlich in voriger Woche sehr groß war, wo sie auf 26 bis 28 Grad im Schatten stieg, wurden hier zwei Personen (ein Student und ein Fremder) geisteeverwirrt.

Mainz, den 20. Juli. Die „Mzr. Vlksz." bringt einen Artikel, worin das „Mainzer Journal" die Vorlesungen über Versteinerungen und die geologischen Bilder von Sigmund und Rhode als zur „Läugnung Gottes und zur Emancipation des Fleisches" führend, denuncirte, und schließt daran die Nachricht, daß Roßmäßler von Mainz ausgewiesen sei! — Sind dadurch (fragt die „Mittelrh. Ztg.") die Forschungen eines Alexander v. Humbold, Leopold v. Buch, Burmeister u. s. w. widerlegt?

Schwarzburg. Dem Landtage in Rudolstadt, der seit dem 1. d. zusammengetreten, ist amtlich angezeigt worden, daß alle Regierungen, welche das Oberappellationsgericht in Jena als oberste Justizbehörde anerkennen, nächstens durch Bevollmächtigte zusammentreten werden, um über Beschränkung der Schwurgerichte auf schwere Verbrechen sich zu verständigen, da die umfangreiche Competenz der Schwurgerichte dem Staate zu große Opfer koste. (!)

Wien, den 18. Juli. Einem Gerüchte zufolge hätte man sich veranlaßt gefunden, dem bisher in Klagenfurt lebenden Arthur Görgey einen andern Aufenthaltsort anzuweisen.

Wien, den 20. Juli. Der Kaiser betritt heute Siebenbürgen. Der König von Griechenland wird am 24. in Triest erwartet. Der Mönch Christophoros Papulakis, der so lange die Maina in Aufregung erhalten hatte, ist gefangen. Der österr. Finanzausweis für 1851 ist erschienen. Gesammtdeficit 55,168,432 Gulden. (Das Deficit betrug im Jahre 1850 56"384,391 fl.; sonach ist die Verminderung desselben winzig genug.)

• Paris, den 21. Juli. Der halbamtliche Theil des „Moniteurs" bringt folgende Note: „Der Prinz-Präsident hat sich entschlossen, 2 oder 3 Tage länger in Straßburg zu bleiben als er Anfangs vor hatte. Er wird von der Bevölkerung des Elsaß so warm aufgenommen, daß er ihr seine Erkenntlichkeit dadurch zu erkennen geben wollte, daß er einige Tage länger unter ihr verweilt." Das angegebene Motiv des längeren Aufenthalts stimmt aber nicht mit der Nachricht überein, der zufolge der Präsident nach Baden gereist ist.

Bei der gestrigen Vertheilung der Preise an die Künstler, deren Werk in der letzten Kunstausstellung von der Jury als besonders verdienstlich anerkannt wurden, hielt Persigny eine Rede, die folgenderweise schloß: „Wessen bedarf es, bei einem so kunstliebenden und ritterlichen Volke, damit die Künste gedeihen? Einer einzigen Sache. Einer Regierung, die in dem Volksglauben Wurzel gefaßt hat, und welche unbekümmert um die Parteien, dem Ausland Respect, den Factionen Furcht, und dem Volke Vertrauen einflößt. (!) Nun wol; diese Regierung, ich schwöre es Ihnen, haben Sie. Ich schwöre Ihnen, daß die, die es nicht sehen, blind sind. Ich schwöre Ihnen endlich, daß bei der Entwicklung des öffentlichen Reichthums die Kunst nicht vergessen wird, und daß diese Regierung Ihnen eine neue Epoche des Gedeihens vorbereitet." (Ist noch nicht bald genug „geschworen" in Frankreich?!) — Man versichert, daß in Nancy und Chalons Verhaftungen vorgenommen wurden, deren Motiv noch unbekannt ist. (Vielleicht ein Ueberstürzen des sogleich auf den Gipfelpunct gebrachten Enthusiasmus?!) — Gestern Nachts wurden in den elyseeischen Feldern Versuche mit der neuen Beleuchtung angestellt, welche bei den Festen am 15. August angewendet werden soll. Der Effect war großartig. — Der bekannte Chemiker und Begründer eines eigenen medicinischen Systems, Raspail, hat aus der Citadelle von Doullens, wo er gefangen sitzt (!), an den Siecle einen Brief gerichtet, worin er die Natur der Wasserscheu erklärt, und die von ihm erfundene Heilmethode dieser fürchterlichen Krankheit detaillirt. — Der 1. Band der „Geschichte der Restauration" von Lamartine ist soeben erschienen. — Der Präsident hat 131 alten Soldaten, welche sämmtlich in dem Departement der Vogesen wohnen, lebenslängliche Unterstützungen bewilligt.

Vom Grafen von Chambord wird ein neuer Brief an seine Anhänger mitgetheilt, worin er dieselben abmahnt, in die General- oder Gemeinderäthe einzutreten, da dies nur unter Leistung des ihnen unmöglichen Eides geschehen könne.

Dem Vernehmen nach, schreibt die Triester Ztg., soll in **Mantua** eine Commission gebildet worden sein, welche gegen die wegen politischer Umtriebe im lombardisch-venezianischen Königreich Verhafteten die Untersuchung mit aller Strenge der Kriegsgesetze einzuleiten haben wird. In Folge dessen sollen auch die in Venedig verhafteten Individuen, die an den jüngst entdeckten revolutionären Clubs Theil nahmen, wenn sich nicht bei der von der dortigen Behörden geführten Voruntersuchung ihre Unschuld klar herausstellt, nach jener Festungsstadt abgeliefert werden.

London, 20. Juli. Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß sich die Sache des Ministeriums in den letzten Tagen der Wahl entschieden gebessert hat. Wenn aber ministerielle

Blätter daraus folgern, daß Derby im Parlament eine Majorität haben werde, so ist dies eine Uebertreibung. Der Globe zählt heute 286 Liberale und 279 Derby-Disraeliten, während Daily News 291 Liberale und 274 Derbyten angeben. Chronicle führt in seiner Liste 246 Ministerielle und 321 Nichtministerielle auf.

* In Armagh sind nach den Wahlen Unruhen ausgebrochen, bei denen mehrere Menschen verwundet wurden.

* **Britisches Nordamerika.** Der Halifax North American zeigt an, daß man in Neu-Schottland sehr bedeutende Goldminen entdeckt hat.

Miscellen.

Auswanderungssache. In der „Europäischen Modenzeitung" finden sich nachstehende Notizen über die Aussicht, welche sich auswandernden Handwerkern in Amerika darbietet.

Architecten. Dieses Fach, dessen Studium in Europa mit so großem Aufwand von Geld und Mühe verbunden ist, wird leider in Amerika nur wenig geschätzt. Mehrere Herren dieser Kunst, die ich gekannt habe, mußten die schwierigsten Arbeiten in ihrem Fache für 4 bis 1 Doll. täglich ausführen, und Viele sehen sich genöthigt, die Art zu ergreifen.

Bildhauer finden dagegen leichter Beschäftigung, namentlich in den östlichen Theilen Amerikas. Ihr Lohn ist von 10 bis 16 Dollars per Woche.

Blecharbeiter sind ebenfalls sehr gesucht, indem fast alles Kochgeschirr von Blech angefertigt wird. Der Lohn eines solchen Arbeiters ist wöchentlich 6 bis 9 Doll.

Böttcher. Dies ist namentlich in den östlichen Staaten ein sehr gutes Geschäft, und der Wochenlohn eines Arbeits 7 bis 10 Dollars.

Barbiere werden im Sommer mehr als im Winter gesucht und nur solche, die ihr Fach gut verstehen, können auf beständige Arbeit rechnen. Der Amerikaner liebt es, sich dreimal hintereinander einseifen und rasiren zu lassen, denn keine Spur von Bart darf zurückbleiben. Zugleich wird jedem Herrn das Haar mit frisirt. Ein Gehülfe dieses Geschäfts verdient 8 bis 12 Dollars monatlich bei freiem Unterhalte.

Bäcker. Dieses Fach ist dort sehr unterschiedlich. Ein „Grünhorn" (so werden alle neuangekommenen Arbeiter genannt) muß sehr schwer arbeiten und erhält oftmals nicht mehr als 4 bis 6 Dollars monatlich. Wer jedoch erst der Sprache mächtig ist, kann leicht noch einmal so viel verdienen. Die Kenntniß der englischen Sprache ist dort überhaupt in vieler Hinsicht besser als baares Geld.

Brauer. Gute Bierbrauer können beständig Beschäftigung finden, namentlich in großen Städten, wie New-York, Philadelphia rc., wo sehr große Brauereien bestehen. Ein Arbeiter dieses Faches hat meist 25 Dollars monatlichen Lohn, ohne Beköstigung.

Cigarrenmacher. Dies Geschäft war vor wenig Jahren noch eines der besten in Amerika, jetzt eines der schlechtesten, und viele Arbeiter, welche von Europa dort ankommen, finden gar keine Beschäftigung. Der Lohn ist 4 bis 5 Dollars per Woche.

Conditor. Dieses Fach ist in Amerika sehr einträglich; denn Jung und Alt liebt die Näscherei, daher der Absatz in diesem Fache sehr groß ist. Der Arbeiter erhält gewöhnlich 6 bis 8 Dollars Wochenlohn.

Drechsler. Für den Europäer, der sich gern so manche übertriebene Vorstellung von Amerika macht, waren die Erwartungen in diesem Fache meist täuschend. Horndrechsler finden in ganz Nordamerica keinen höhern Lohn als 4 bis 5 Dollars per Woche, ohne Beköstigung. Holzdrechsler verdienen etwas mehr.

Färber, welche in Amerika ankommen, finden selten oder gar keine Arbeit, weßhalb diese Classe gewöhnlich Arbeit bei einem Farmer oder in Fabriken suchen muß.

Gerber stehen sich dagegen meist sehr gut; der Lohn eines Arbeiters ist 8 bis 10 Dollars per Woche.

Glaser. Dieser Erwerbzweig wird verschiedenartig betrieben. Der Amerikaner treibt es mehr fabrikmäßig; der Deutsche dagegen, in Amerika angekommen, nimmt sein Kästchen auf den Rücken, geht die Stadt auf und ab und sucht sich Arbeit. Der Verdienst ist mittelmäßig.

Goldarbeiter. Dies ist ein sehr gangbares Geschäft, und ein guter Arbeiter verdient seine 10 bis 14 Dollars per Woche. Es ist fast beständig Arbeit zu finden, zumal für Denjenigen, welcher etwas englisch spricht, denn die größten Etablissements sind von Amerikanern und Engländern errichtet.

Hutmacher haben ebenfalls sehr guten Verdienst. Die americanischen Hüte sind leicht und sehr schön gemacht, aber nicht dauerhaft, weshalb der Yankee nie einen Hut länger denn drei Monate trägt, und deshalb der Absatz der Hüte sehr groß ist. Der wöchentliche Verdienst eines Arbeiters ist von 7 bis 10 Dollars. Selbst Frauen, die sich auf das Hutstaffiren, Einsetzen des Leders und Futters verstehen, können ihre 5 bis 6 Dollars verdienen.

Kaufleute sind in Amerika gesucht, wenn sie die entsprechenden Eigenschaften im vollsten Maße besitzen. — Ein Etablissement auf dem Broadway in New-York beschäftigt 120 Commis. Es ist dies das größte Geschäft in New-York, wie in ganz Amerika. Da alle Amerikaner so zu sagen Kaufleute sind, der Eine im Großen der Andere im Kleinen, so sollte man glauben, dies Geschäft müsse auch für den Europäer dort gut sein, dies ist aber nicht der Fall. Nur durch Empfehlung und ganz besondere Eigenschaften gelingt es dem Deutschen, einen guten Platz zu finden, und der Auswanderungslustige dieses Faches würde besser thun, in seinem Vaterlande zu bleiben. (Schluß folgt.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 20. Juli. Weizen 5 fl. 5 kr., Korn 4 fl. 2 kr., Gerst 3 fl. 6 kr., Spelz 3 fl. 51 kr., Hafer 4 fl. 7 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Kaiserslautern. Markt vom 20. Juli. Weizen 5 fl. 11 kr., Korn 4 fl. 21 kr., Spelz 3 fl. 35 kr., Gerst 3 fl. 22 kr., Hafer 3 fl. 24 kr., Kartoffeln 1 fl. 12 kr., per Centner.

Neustadt. Markt vom 17. Juli. Weizen 5 fl. 41 kr., Korn 4 fl. 34 kr., Spelz 4 fl. 10 kr., Gerst 3 fl. 52 kr., Hafer 3 fl. 50 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 16. Juli. Weizen 11 fl. 26 kr., Korn 8 fl. 35 kr., Gerste 5 fl. 56 kr., Hafer 4 fl. 30 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1142²] **Versteigerung einer Bierbrauerei und eines Magazines zu Speyer.**

Dienstag, den 10. August 1852, Nachmittags 2 Uhr, zu Speyer im Gasthause zum Ochsen, lassen die Witwe und Erben des Bierbrauers Friedrich Wilhelm König

1. die schon seit langen Jahren mit bestem Erfolge betriebene **Bierbrauerei zu den drei Königen,** fast in der Mitte der Stadt Speyer an der Hauptstraße gelegen, in sich begreifend ein zweistöckiges Haus, wovon der erste Stock geräumige Wirthschaftslokalitäten, und der obere Stock 9 Zimmer und Küche enthält, ein Brauhaus, einen großen Malz- und zwei Bierkeller, alle gewölbt, doppelte Speicher, einen Hof mit Sommerwirthschaftslokal und alle Brauereigeräthschaften;
2. ein in der großen Greifengasse zu Speyer stehendes Magazingebäude mit mehren Luftspeichern und drei großen Kellern,

Alles in vorzüglichem Bau- und Unterhaltungszustande, in Eigenthum versteigern, auch falls keine annehmbaren Gebote auf Eigenthum für die Brauerei erfolgen sollten, diese auf längere Zeit verpachten.

Speyer, am 22. Juli 1852.

Hofens, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 178 | den 23. Juli 1832.

Deutschland.

* **Bemerkungen.** Da Excommunicationen, und zwar selbst mit den Wirkungen des großen Kirchenbannes, wieder in Uebung zu kommen scheinen, es aber sogar an einem recipirten Formulare für die Ausfertigung eines solchen Actes fehlen dürfte, so theilt man uns Nachstehendes mit:

Nach der Mecklenburgischen Consistorialordnung, aufgeführt in Justus Honning Böhmer's protestantischem Kirchenrecht, Buch 5, Tit. 39, §. 55, lautet die Excommunicationsformel, wie folgt:

„Derohalben ich, als dieser christlichen Kirche gemeiner Diener und Seelsorger, in dem Namen unseres Herrn Jesu Christi, diesen unbußfertigen offenbahrlichen Sünder dem Teufel jegund übergebe, zum Verderben des Fleisches, auf daß sein Geist selig werde am Tage des Herrn, wenn er sich wiederum bekehren wird. Verkündige ihm hiermit Gottes schrecklichen Zorn und Ungnade, und, daß er von der Gemeinschaft aller Heiligen im Himmel und auf Erden ausgeschlossen und abgeschnitten, und mit allen Teufeln in der Hölle verflucht, und ewiglich verdammt sei, so lange er in dieser Unbußfertigkeit verharrt. Versage ihm auch hiemit alle Kirchenrechte, und aller heiligen Sacrament Gemeinschaft, ausgenommen die Anhörung der Predigt. Bitte auch und vermahne alle Christen, daß sie mit diesem Menschen fortan nichts zu schaffen haben, und sich seiner Gemeinschaft ganz entschlagen, nicht mit ihm essen, oder trinken, ihn nicht zu Gevatter bitten, zu keiner Hochzeit oder anderer ehrlicher Gesellschaft laden, auch auf der Straße oder sonst nicht grüßen, damit er beschämet oder gedemüthiget werde, und seine Sünde desto eher bekenne, und sich zu Gott bekehre, und mit der christlichen Kirche, die er mit seinem Ungehorsam zum höchsten beleidiget und geärgert hat, versühne."

In der Weimar'schen Excommunicationsformel heißt es auf ähnliche Weise:

„Und dahero soll er mittler Zeit der Besserung und Wiederaussöhnung mit der Kirche zu keiner Gevatterschaft ersuchet, vielweniger bei der heiligen Taufe zugelassen, zu keinem Ehrenamt gebraucht, oder in christlichen Zusammenkünften (außer der Predigt göttliches Worts, als dadurch der heilige Geist die Herzen der fleißigen Zuhörer zu erleuchten und zu bekehren pflegt,) geduldet oder zugelassen werden."

Nicht milder ist die kurfürstlich sächsische Provincial-Ordnung vom Jahr 1580, worin bezüglich der bürgerlichen Folgen der Excommunication Folgendes gesagt ist:

„Nach Verlesung der Excommunicationssentenz soll der Custos die fürgestellte Person öffentlich durch das Volk aus der Kirchen führen und sie ihres Wegs ziehen lassen. Alsobald solches durch den Pfarrer verrichtet, soll unser Amtmann, Erb- und Gerichts-Herr, wie es ihm von Uns aus dem Synodo jederzeit, von jeder Person insonderheit befohlen wird, der ausgeschlossenen Person alle Hochzeit und andere ehrliche Gesellschaft, auch alle Wehr verbieten und darüber den andern Unsern Unterthanen verkündigen, wo einer oder mehr befunden, so mit derselben Person wissentlich in den ehrlichen Versammlungen Zechen halten, die sollen nach ihrer Gebühr gestrafet werden, darnach wisse sich männiglich zu richten, doch soll solcher Person ihre weltliche Handthierung mit kauffen nicht abgestrickt sein."

Ungleich kräftiger als selbst die mitgetheilten Muster, lauten aber die eigentlichen Bannflüche aus noch früherer Zeit; z. B. der, den Benedict VIII. gegen Diejenigen schleuderte, welche das Kloster Cluny bestohlen hatten: „Diese Belialskinder sollen, wie faule Glieder, vom Leibe Christi abgeschnitten werden, verflucht sein im Gehen und Stehen, beim Essen und Trinken, sogar ihre Speise, ihr Getränk, die Früchte ihrer Weiber und ihrer Aecker. Sie sollen die Plagen des Herodes empfinden, bis ihnen die Gedärme zerbersten, mit Dathan und Abiran von der Erde verschlungen werden, damit sie beim Teufel und seinen Engeln wohnen, und immer und ewig geplagt werden. Alle Flüche des alten und neuen Testamentes sollen über sie kommen." (S. das römische Gesetzbuch, Frankfurt und Leipzig. 1787, Seite 31 u. 32.) — Diesem nicht unähnlich lautet der Bannfluch, den Klemens IV. gegen Kaiser Ludwig den Baier (1346) schleuderte: „Wir bitten," heißt es darin, „die göttliche Allmacht, daß sie den Wahnsinn Ludwigs von Baiern zu Schanden mache. . . . Er falle in einen Abgrund, wo er es am wenigsten glaubt; wann er ausgeht, verfolge ihn der Fluch, und wann er eingeht. Der Herr treffe ihn mit Blindheit und Raserei! Blitze schleudere der Himmel auf ihn! Die ganze Welt waffne sich wider ihn. Die Erde öffne sich, und verschlinge ihn lebendig" rc.

Dagegen war bekanntlich der Bannfluch, den der Papst Pius VII. gegen den Kaiser Napoleon erließ, vergleichsweise ein Muster von Mäßigung. —

.*. **München,** den 12. Juli. Die vielfach verbreiteten, von Dresden her ausdrücklich bestätigten, nirgends widersprochenen Gerüchte von der Berufung des Oberhofpredigers Dr. Harleß an die Spitze des protestantischen Oberconsistoriums erhalten sich noch immer, obwol von vielen Seiten deren Verwirklichung aus innern Gründen bezweifelt wird. Diejenigen, welche in Regierungshandlungen Consequenz und ein System vorauszusetzen und jene aus diesem zu erklären gewöhnt sind, können sich eben nicht dazu verstehen, an die Möglichkeit zu glauben, man könne die Richtung, die man so eben bezüglich der kathol. Kirche durch Verweigerung wenigstens eines Theils der Forderungen der ultramontanen Partei desavouirt hat, zu gleicher Zeit durch Berufung des Hauptes der entsprechenden Partei in der prot. Kirche fördern und begünstigen. Es gewinnt aber schon die Möglichkeit dieser Berufung bedeutend an Gewicht und Interesse, wenn man die innere Bewegung in der protest. Kirche Bayerns, als deren Folge sie erscheint, einigermaßen kennt. Die kleine, in ihrem Eifer aber ungemein rührige Partei des orthodoxen Lutherthums, welche das Stabilitätsprincip des kath. Dogmas auf das protestantische übertragen, den Protestantismus in Lutheranismus verwandeln möchte, und welcher, da ihr leider die theologische Facultät unserer protest. Landesuniversität, die Pflanzschule unserer jungen Geistlichkeit, größtentheils angehört, ein steter Zuwachs wenigstens unter den letztern in Aussicht steht, würde nemlich durch diese Berufung den Sieg über die Ansichten der großen Mehrheit der protest. Bevölkerung Bayerns, welche ihren Ausdruck in der gegenwärtigen Richtung des Oberconsistoriums findet, errungen haben. Die Partei, die in streng orthodoxer Auffassung des Dogma jede Vermischung oder Accommodation mit andern Lehren zurückweist und in confessioneller Beschränkung und Exclusivität das, was sie reine Lehre nennt, zu bewahren sucht, ist in neuerer Zeit so weit gegangen, daß sie die Zulassung von Gliedern der reformirten oder unirten Kirche zum lutherischen Abendmahl, welche bei

gemischter Bevölkerung allgemein üblich war, für Sünde erklärte, auch einzelne Gemeinden so zu fanatisiren wußte, daß diese den Genuß des Abendmahls verweigerten, so lange, „der Altar auf solche Weise besudelt sei." Es wurde in einem dieser Partei angehörigen, in Nürnberg erscheinenden Blatte ausdrücklich aufgefordert, die prot. Soldaten, welche während der Besetzung der Pfalz das Abendmahl bei einem Geistlichen der unirten Kirche genossen hatten, nicht wieder zum Abendmahl zuzulassen, so lange sie nicht jenes als Sünde erkannt und gebeichtet hätten. Es wurde sogar vor dem Beitritte zum Gustav-Adolph-Verein abgemahnt, weil die wohlthätigen Spenden desselben auch unirten und reformirten Gemeinden zufließen könnten! Diese Agitation wurde, trotz der warnenden und versöhnenden Erlasse des Oberconsistoriums, welches die Entscheidung in der berührten Abendmahlsfrage dem Gewissen des einzelnen Geistlichen überließ, auf eine solche Höhe getrieben, daß dasselbe sich veranlaßt sah, in seiner Mehrheit auf Suspension von 7 der fanatischesten jener hyperorthodoxen Geistlichen anzutragen. Eine Entscheidung auf diesen, vom Cultusministerium begutachteten Antrag ist noch nicht erfolgt, aber es fällt bezeichnend genug gerade in diese Periode das Gerücht von der Berufung des Hrn. Harleß, der das Verfahren jener Geistlichen in der Abendmahlsfrage ausdrücklich gebilligt haben soll, also in seiner künftigen Stellung wahrscheinlich beispielsweise die Königin Marie vom Genuße des Abendmahls an der hiesigen protest. Kirche ausschließen würde.

Gehen auf der einen Seite die Bemühungen, Herrn Harleß, der seinen Einfluß namentlich auf die Besetzung der theolog. Lehrstühle in Erlangen, auch im Auslande beibehalten und geübt haben soll, wieder herbeizuziehen, von kirchlichen Standpuncten aus, so mögen auf der andern Seite auch politische Beweggründe die Entfernung des würdigen Oberconsistorialpräsidenten v. Arnold wünschenswerth machen. Seine Opposition gegen die bekannte Mehrheit in der Kammer der Reichsräthe, sowie seine jedem kirchlichen Parteitreiben und confessionellen Hader abholde versöhnliche Haltung in seiner Stellung als Chef der obersten Kirchenbehörde, wurden wenigstens gehörigen Orts in einer Weise ausgebeutet, die selbst den gegen jeden, welcher kirchlich auf eigenen Füßen steht, altherkömmlichen, nirgends aber weniger gerechtfertigten Vorwurf des Atheismus nicht scheute, um ihn zu stützen. Freilich war es den hiebei Betheiligten gerade nicht um Berufung des Hrn. Harleß zu thun, die vielmehr manchen ehrgeizigen Wünschen vereitelnd in den Weg treten dürfte.

Es wäre dies aber zugleich der erste Fall, daß ein dem geistlichen Stande Angehöriger zum Präsidium der höchsten Kirchenbehörde, welches bisher stets von Weltlichen geführt wurde, weil von diesen mehr Unbefangenheit in kirchlichen Dingen vorauszusetzen ist, berufen würde. Ist es wahr, daß die Unterhandlungen mit Hrn. Harleß sich deshalb verzögern, weil dieser den Titel „evangelischer Landesbischof" in Anspruch nehme, so wäre schon aus dieser mit der bestehenden Consistorialverfassung in Baiern unverträglichen Forderung das hierarchische Gelüste einer Partei zu erkennen, deren Geistliche nur zu gerne die Päpste im Kleinen spielen möchten. Wohin aber die Berufung des Hrn. Harleß, d. h. die Herrschaft der bezeichneten Partei, führen würde, geht aus dem Erwähnten wol klar hervor. Möge das Vaterland davor bewahrt bleiben!

*** Bergzabern**, den 22. Juli. Heute Nachmittag um 4 Uhr brach in dem benachbarten Dorfe Kapellen Feuer aus. Nicht weniger als 10 Gebäulichkeiten wurden in Asche gelegt. Der Schaden ist um so größer, als die Scheunen bereits mit Heu und Getreide angefüllt waren. Man vermuthet Brandstiftung, da die Flammen an zwei Stellen zugleich emporschlugen.

*** Auswanderungssache.** Wir werden von zuverlässiger Seite veranlaßt, Auswanderer nach Amerika auf folgende zwei Puncte aufmerksam zu machen:

1. Sie sollen ihr Vermögen, so weit sie das Geld nicht zur Reise selbst brauchen, nicht in Baarem mitnehmen, sondern sich allerdings gute Wechsel kaufen; sie sind hiedurch selbst vor Verlusten, Diebstahl u. s. w. mehr gesichert, und verlieren weniger am Curse des deutschen Geldes;

2. Dagegen sollen sie nur von ganz zuverlässigen und soliden Kaufleuten Wechsel kaufen, und sich dieselben nur in deutscher, nicht in englischer Sprache ausstellen lassen, damit sie selbst sehen können, was darin steht. In den großen amerikanischen Hafenplätzen finden sie durch diese Ausstellung in deutscher Sprache nicht die geringste Schwierigkeit.

Darmstadt, den 22. Juli. Der Großherzog hatte an Louis Napoleon den Ministerialdirector v. Dalwigk mit dem Großkreuz des Ludewigordens nach Straßburg gesendet. Darauf hat Napoleon dem Großherzog den Großadler der Ehrenlegion überschickt. Dalwigk erhielt ebenfalls das Officierkreuz der Ehrenlegion.

Frankfurt, den 20. Juli. In sehr vielen Dörfern in unserer Nähe sind Feuersbrünste vorgekommen. Das heiße trockene Wetter befördert solche ungemein.

Kassel, den 21. Juli. In der gestrigen vertraulichen Sitzung der zweiten Kammer ward eine Mittheilung über den Finanzzustand des Landes gemacht, wonach zur Deckung der angewachsenen Schuld 3—4 Mill. Thaler nöthig sein sollen. Auch ist die nachträgliche Zustimmung der Stände zu den provisorischen Gesetzen begehrt worden. — Die erste Kammer hält noch immer keine Sitzungen.

Berlin, den 21. Juli. Wir haben gestern mitgetheilt, welche Erklärung von der diesseitigen Regierung in der Sitzung der Zollvereinsconferenzen abgegeben worden ist. Wir haben nur hinzuzufügen, daß die Erklärung die Bereitwilligkeit ausspricht, auch vor dem 16. August, wenn es gewünscht wird, wieder die Berathungen aufzunehmen. An diese Erklärung schloß sich in der gestrigen Sitzung der Zollvereinsconferenzen eine Erklärung von Baiern, Sachsen, den beiden Hessen und Nassau (Württemberg und Baden haben dieselbe nicht unterzeichnet), welche den lebhaften Wunsch ausspricht, den Zollverein erhalten zu sehen und in gewundener Weise die Nothwendigkeit hervorhebt, Einleitungen zu dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Oesterreich zu treffen. Außer dem allgemeinen, nichts weniger als schroffen Inhalt der Erklärung, ist von größter Bedeutung, daß das Wort „Zolleinigung" in dem übergebenen Actenstück nicht vorkommt. Hiernach wird es sehr wahrscheinlich, daß zwischen Oesterreich und den Coalitionsstaaten eine wesentliche Differenz besteht. (Fr. J.)

Preußisch Sachsen. Die Hitze hat mittelbar viele Feuersbrünste verursacht. Namentlich werden solche aus der Gegend von Magdeburg gemeldet. Bei Naumburg ward ein Landmann in Folge der Hitze wahnsinnig. Außerdem kommen viele Selbstmorde vor.

Oesterreichische Staaten.

Ungarn. Es kommen auch einzelne Nachrichten zum Vorschein, welche die Kehrseite des Empfanges des Kaisers zeigen. So berichtet der londoner Examiner: „Auf die Nachricht hin, der Kaiser komme, schickte sich der größere Theil der in Pesth lebenden Magnaten an, die Stadt zu verlassen. Sogleich kam der Befehl von Wien, daß alle Kammerherrn, eine sehr zahlreiche Classe, und alle Ritter eines österreichischen Ordens sich bereit halten sollten, den Kaiser in der Hauptstadt zu empfangen. So wurden 200 Personen zusammen gebracht. Aber unglücklicher Weise war kein Befehl geschickt hinsichtlich der Frauen und Töchter; so gab es auf dem Balle des Erzherzogs nur 15 Tänzerinnen, und diese waren meist von Wien mitgebracht. Unter den 200 waren allerdings einige wenige, man sagt nur 20, die nicht nöthig hatten, zu erscheinen, und unter diesen einige Amtsgenossen Kossuth's und einige Mitglieder des Reichstages von Debreczin. Das waren Sykophanten, die vor jeder Gewalt knieen. Zwei oder drei waren auch zuge-

gen, die sich oder ihr Eigenthum sicher stellen wollten.... So kamen denn die wenigen Personen am Hofe von Ofen zusammen, aber selbst diesen zeigte der Kaiser seine Geringschätzung. Er empfing zuerst die Geistlichkeit, dann die Bürger, hierauf die Bauern und zuletzt die stolzen Magnaten. Er verschwendete auch wenig Zeit an sie, er soll nur zu zweien gesprochen haben. Sie gehörten zu den unbedeutendsten; aber sie hatten ein Amt angenommen.... Am folgenden Tage erschien der größere Theil der Magnaten nicht wieder. Die Bauern sollen für ihre Freudenbezeugungen wohl bezahlt sein; für einen ganzen Tag sollen sie drei Gulden erhalten haben u. s. w. u. s. w. — Diese Darstellung scheint einseitig; doch erhalten auch wir aus Ungarn Klagen über die Berichte in den österreichischen Blättern. Man schreibt uns z. B.: „Alle Ehrenbezeugungen und Empfangsfeierlichkeiten, welche bei der kaiserlichen Rundreise Statt finden, sind bis in die kleinsten Einzelheiten das Ergebniß gemessener Anordnungen, welchen die Dictatur des Belagerungszustandes den größtmöglichen Nachdruck verleiht. Wir wissen, daß die Ortsgemeinden selbst unter Androhung von Geldstrafen förmlich commandirt wurden, die Honneurs zu machen; wir wissen, daß die Polizeidirectionen auf die Anordnung der Beleuchtungen und sonstiger Schaustücke unmittelbaren Einfluß üben; wir wissen, daß die gemeinen Edelleute einzeln geradezu aufgeboten werden, die kaiserlichen Wagen zu Pferde zu begleiten." Und Aehnliches mehr. So viel ist gewiß, daß die österreichische Regierung an eine aufrichtige Versöhnung der Gemüther selbst nicht glaubt. Die Begnadigungen sind nur theilweise erfolgt, meist nur in der Art, daß ein Theil der Strafzeit erlassen wurde, und die Kriegsgerichte haben noch so eben in Siebenbürgen 35 harte Urtheile gefällt. Vor Allem aber ist durch die Reise des Kaisers der Bruch mit der nationalen Partei, als deren Häupter die Magnaten sich geberden, vollständig geworden. In Ofen durften sie nicht einmal ihre Wünsche vortragen, und als der Bürgermeister von Komorn von nationalen Bürgschaften zu sprechen wagte, schlug der Kaiser an den Degen. Die Politik der österreichischen Regierung ist es, sich auf das Landvolk zu stützen und die Nation durch materielle Verbesserungen zu gewinnen. Diese sind allerdings sehr anzuerkennen, namentlich die beschlossene Weiterführung der Eisenbahnen nach Debreczin, Groß-Wardein, Szegedin, Arad und Temesvar. Ihren vollen Nutzen werden diese Eisenbahnen freilich erst dann entfalten können, wenn Ungarn auch — Landstraßen erhält. Bis jetzt fehlten diese fast gänzlich, so daß in Pesth oft Mangel herrschte, während eine Tagreise davon die Landleute nicht wußten, was sie mit ihrem Ueberflusse anfangen sollten. Die Aufhebung der Zolllinie gegen Oesterreich, die Ablösung der Grundlasten, die Abstellung der Aviticität — diese und andere Maßregeln der österreichischen Regierung werden ohne Zweifel dazu beitragen, daß der natürliche Reichthum Ungarns besser benutzt und seine Steuerkraft erhöht wird, worauf Oesterreichs Finanzmänner sehr rechnen müssen. Aber mit den Gulden, welche die österreichische Regierung aus Ungarn jährlich bezieht, hat sie auch ihren Lohn dahin. Auf die Dankbarkeit einer fremden Nation kann kein Staat rechnen. Auch die Lombardei blühte vor 1848; aber sie schöpfte aus ihrem Wohlstande nur die Mittel, Krieg gegen Oesterreich zu führen. Wir bleiben unwandelbar der Meinung, daß Oesterreich zwar für jetzt wieder genietbet, aber nicht davor gesichert ist, daß plötzlich einmal, während der Krug triumphirend in die Höhe gehalten wird, der Henkel wieder ausreißt und — Kladderadatsch! (Köln. Z.)

Schweiz.

Bern. Nach dem letzten Bundesblatt sind gemäß einer Depesche des schweiz. Konsuls in Havre an den Bundesrath vom 1. Jan. bis zum 30. Juni d. J. 4341 Personen aus der Schweiz über Havre nach Amerika ausgewandert. Davon kommen 1812 auf den Kanton Bern, 444 auf Aargau, 315 auf Tessin, 300 auf Schaffhausen rc.

Frankreich.

Die „Schweizer. Nat.-Ztg." schreibt: Wir theilten bereits einiges Nähere über die Hinrichtung des Republikaners Charlet in Belley mit. Die belgische Nation bringt jetzt in einer Correspondenz aus Genf noch einige Einzelnheiten, die von Interesse sind. Die Mutter von Charlet diente früher in einer vornehmen Familie Genfs. Bei der Nachricht seiner Verurtheilung begab sich M. P. von R., welcher sich der Dienste seiner Mutter erinnerte, nach Paris. Alle Schritte, die er im Elysee that, waren vergebens. Der General Dufour schloß sich ihm an, aber umsonst, man antwortete barsch: „Charlet ist Schweizer, er muß daran glauben. Wenn man einen Schweizer begnadigt, muß man auch alle Franzosen begnadigen." Die Familie v. R. verbarg der Mutter Charlets das tragische Ende ihres Sohnes und noch in diesem Augenblick weiß sie nichts davon. Durch den Brief eines Pfaffen, Namens Penol, hätte sie seinen Tod auf dem Schaffot erfahren sollen. In dem Briefe hieß es, daß der Unglückliche mehrere Male um die Erlaubniß gebeten, seine Mutter noch einmal zu sehen, die Behörde habe ihm diesen letzten Trost abschlagen müssen. Dagegen könne die Mutter sich damit beruhigen, daß er im Angesichte des Todes — sich zur katholischen Kirche bekehrt habe. Zugleich habe er den Wunsch hinterlassen, daß die Mutter das Gleiche thun möge, damit ihre Seelen nicht getrennt würden. Dieser Brief wurde aufgefangen, so daß der Mutter der Kummer erspart wurde. Die angebliche Bekehrung war nichts als eine Lüge, wie aus einigen eigenhändigen Zeilen hervorgeht, die Charlet kurz vor seinem Tode seinem Freunde, dem Dichter Ph. C. in Genf zustellen konnte, und worin er versichert, daß er Kraft genug haben werde, der Tortur der Priester zu widerstehen, daß er unschuldig sterbe, ohne Jemand denunzirt zu haben, trotz dem Versprechen der Begnadigung.

Es macht in der pariser Gelehrtenwelt großes Aufsehen, plötzlich das Dictionnaire Universel von Bouillet von der Congregation in Rom auf den Index versetzt zu sehen, und zwar die letzte Ausgabe von 1851, welche vom Verfasser, dem Abbé Lacouture, dem geistlichen Censor des pariser Erzbisthums, zur Prüfung resp. zur Berichtigung möglicher Irrthümer vorgelegt worden war. Abbé Lacouture hatte gegen ein Honorar von 1500 Franken die Verbesserungen vorgenommen, das erzbischöfliche Ordinariat hatte das Werk anerkannt, und jetzt wird es auf einmal von Rom verdammt. Es ist dies das zweite Mal, daß ein vom Erzbischofe von Paris, Mgr. Sibour, approbirtes Werk auf den Index kommt; das erste war das Manuel du droit canon von Lequeu, Generalvicar der pariser Erzdiöcese.

Seit dem Eintritte der großen Hitze lassen mehrere Spinnereibesitzer zu Roubaix ihre Leute von 5 Uhr Nachmittags bis 5 Uhr Morgens arbeiten.

Die beliebten französischen Weinsorten Lunel und Frontignan werden dieses Jahr theuer werden, da in den dortigen Weinbergen die Traubenkrankheit so um sich greift, daß nur ein spärlicher Ertrag zu erwarten ist.

Großbritannien.

Aus Irland laufen empörende Schilderungen über den von den toryistischen Grundherrn geübten Wahlterrorismus ein. Im Westen sind dem Cork Examiner zufolge alle herrschaftlichen Hürden voll von weggenommenem Vieh, welches die Gutsherrn nur unter der Bedingung, daß die Gepfändeten für den Tory Candidaten stimmen, herausgeben wollen. „Dublin Evening Post" veröffentlicht ein Schreiben von Sir Richard Keane an einen seiner Pächter, worin es heißt: „Sir R. Keane hat keine Lust, auf seinen Gütern einen Mann zu behalten, der gegen das Interesse seiner Herrschaft stimmt. Entweder Sie lassen den liberalen Candidaten M. Esmonde fahren, oder Sie bezahlen bis nächsten Donnerstag auf Heller und Pfennig Ihren Rückstand bis 25. März 1852." Dieser Keane war unter dem vorigen Ministerium Whig, hat jetzt, wie man hier sagt, den Rock gewendet und ver-

langt, daß alle seine Pächter ein Gleiches thun. — Wo in englischen Grafschaften die Tories Terrain zu verlieren fürchten, treiben sie den Terrorismus eben so weit, als in Irland.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer,** den 24. Juli. Wir haben geahnet, daß die Politik des Hrn. v. d. Pfordten damit endigen werde, von einem Theile der andern coalirten Regierungen im Stiche gelassen zu werden. Dies hat bereits begonnen einzutreten. Mit Nothwendigkeit drängt sich die Frage auf: was sollte namentlich aus der Pfalz werden, wenn der Zollverein wirklich gesprengt würde, Baden und Würtemberg aber mit Preußen vereinigt blieben?

* Unsere Pariser Correspondenz ist heute nicht eingetroffen.

*† **Frankfurt,** den 22. Juli. Die österreichische Presse in und außer Deutschland fährt fort, die Zollfrage auf den sog. Rechtsboden des 19. Artikels der Bundesacte zu stellen, und Preußen das Recht streitig zu machen auf einem andern Wege als dem der freien Conferenzen den Zollverein zu reconstituiren und zu erweitern. Dieser Einwurf geht von derjenigen Bundesregierung aus, welcher wir es am meisten verdanken, daß außer Art. 19 auch noch ein großer Theil des Inhalts der übrigen dem deutschen Volke gemachten Versprechungen unerfüllt blieb. Jetzt findet man es bequem, sich auf ein Institut zu berufen, von welchem ein halbministerieller, ultramontaner Deputirter der badischen Kammer schon 1846 sagen durfte „es habe das Vertrauen der Nation verloren." Uns dünkt, dies Vertrauen sei seitdem auch selbst bei den Regierungen wankend geworden. In Handels- und Verkehrsangelegenheiten ist es wenigstens bestimmt nicht gekräftigt, was u. A. die Dresdener Conferenzen beweisen. Außerdem handelt sich's in Art. 19 um die deutschen Bundesstaaten; die österreichischen Lande liegen aber zum bei weitem größten Theil außerhalb derselben.

. . . Wir können der immer wieder auftauchenden Behauptung widersprechen, nach welcher das russische Cabinet zwischen Preußen und den Coalitionsregierungen eine Verständigung herbeigeführt haben soll.

München, den 21. Juli. Nach gestern aus Athen hier angelangten Nachrichten begibt sich König Otto von Griechenland zum Gebrauch der Cur nach Karlsbad. Se. Maj. dürfte schon in den ersten Tagen der kommenden Woche auf baierischem Boden eintreffen, und sich zunächst, wie man glaubt, zu dem königlichen Bruder nach Hohenschwangau begeben. (A. Z.)

Nachdem erst kürzlich der eine der Begründer und Herausgeber der „historisch-politischen Blätter", Guido Görres, in München gestorben, meldet die „Augsb. Postztg.", daß einer der Hauptmitarbeiter genannter Zeitschrift, Hofrath Dr. Jarcke in Wien, sich so leidend befindet, daß das Schlimmste zu befürchten steht.

Aus Westphalen, den 18. Juli. Am 11. d. M., Nachmittags, wurde eine Frau, welche in dem Zuchthause zu Herford über den vor ihrem Fenster angebrachten Kasten auf den Hof hinaussah und nach dreimaligem Anrufen der Schildwache, sich zurückzuziehen, sich wiederum blicken ließ, von dieser erschossen.

Berlin, den 21. Juli. In gestriger Zollconferenz, in welcher die Verhandlungen bis zum 16. Aug. vertagt wurden, ward nicht nur eine Erklärung Preußens, sondern auch eine der Darmstädter Verbündeten abgegeben, von letztern nämlich das Kissinger Programm. Dieses war aber nur von fünf Theilnehmern unterzeichnet; von Württemberg und Baden nicht. *) Die preußische Erklärung fordert auf, innerhalb der Vertagungsfrist (bis zum 16. Aug.) eine definitive Erklärung abzugeben. (A. Z.)

*) Diese Thatsache beweist, welchen Werth die Meldungen der „Pfälzer Zeitung" besitzen.

Es werden hier in der Hauptstadt in einzelnen Bezirken Adressen vorbereitet, welche die Beseitigung der Verfassung zum Zweck haben. Es wird diese Sache von einem hier wohlbekannten Manne betrieben! (Elbf. Z.)

Hamburg, den 20. Juli. Es sind in diesen Tagen drei von hier nach Neuyork beförderte Auswandererschiffe, der „Howard," „John Hermann" und „Nordamerika" zurückgekommen, welche resp. 68, 100 und 30 Auswanderer, die mit diesen Schiffen ihre Ueberfahrt bewerkstelligt hatten, wieder zurückbrachten. Bislang weiß man noch nicht den Grund dieser höchst auffallenden Erscheinung. Auch in Bremen ist ein Auswandererschiff mit mehr als 300 Emigranten zurückgekommen.

Bremen, den 18. Juli. Noch in voriger Woche haben neue Verhaftungen in der Todtenbunduntersuchung stattgefunden.

Paris, den 22. Juli. Der Marschall Excelmans ist in Folge eines Sturzes mit dem Pferde gestorben. — Der Präsident der Republik wird morgen Abends in Paris wieder eintreffen.

** **Philadelphia,** den 3. Juli. Der bekannte Karl Heinzen ist aus dem Lager der Democraten in das der Whigs übergelaufen, und sucht nun für den whigistischen Präsidentschaftscandidaten unter den Deutschen zu werben. (Wir haben nie im Geringsten Vertrauen zu Heinzen gehabt.)

Miscellen.

Uri. Einige junge Bauern von Wasern gruben dieser Tage auf der Göschneralp nach Krystallen. Nachdem sie eine kleine Mine gesprengt, öffnete sich eine Höhle, ganz von Krystallen angefüllt, mitunter Stücke von 90—100 Pfund Gewicht. Der Werth dieses Fundes wird auf etwa 2000 Fr. geschätzt.

Der Bombay Telegraph meldet mit Bedauern, daß Capitän James im Bohla-Contingent auf dem Todtenbette liegt. Dieser Gentleman ist der erste und legitime Ehemann der berühmten Lola Montez und ist niemals von ihr geschieden worden.

Breetenborn. Globste denn, Nudlich, daß aus dem Zollverein überhaupt noch was wärd?
Nudelmüller. Ich glob's nich.
Breetenb. Warum glob'st denn nich?
Nudelm. Weil de hohen Regierungen seit Anne 48 gegen alle Vereine en Bittern han.
Breetenb. Drum vereenen se sich wahrscheinlich och unter sich selber nich.
Nudelm. Kann sin. (Illust. Dorfb.)

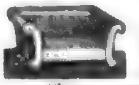
☞ Eine Beilage zu gegenwärtigem Blatte wird heute Abend ausgegeben.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1143a] **Versteigerung von mathematischen und geometrischen Instrumenten und Mobilien.**

Dienstag, den 10. August 1852, Morgens 9 Uhr, zu Speyer in der Gewerbshalle, läßt die bisherige Speyer-Weissenburger Eisenbahngesellschaft gegen gleich baare Zahlung an den Meistbietenden versteigern:

Nivellir-Instrumente mit Zugehör, Wasserwagen, ein Instrument zum Abstecken aller Winkel bis 180° und andere mathematische und geometrische Instrumente, dann eine starke Siegelpresse, Tische, Stühle, Schränke, Vorhänge und sonstige Bureau-Requisiten.



Zu gleicher Zeit läßt die Verwaltung der Gewerbshalle wegen Mangel an Raum versteigern:

Canapees von Plüsch, Seide und Wollstoffen, Causeuses, Thee-, Spiel- und andere Tische, Chiffoniers, Etageres, Commode, Fauteuils, Kleiderschränke, Bettladen, Schreibpulte, Pfeilerschränke, Stühle und andere Möbel.

Speyer, den 23. Juli 1852.

Kissel, Notär.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 178.) den 25. Juli 1852.

Deutschland.

München, den 21. Juli. Aus den im Policeianzeiger veröffentlichten Verfügungen, „die Sommerduld betr.“ entnehmen wir, daß jeder Wirth einen vertrauten Mann aufstellen muß, welcher der k. Policeidirection zu benennen und verpflichtet ist, im Hause genaue Aufsicht zu halten und für die Sicherheit zu wachen. Derselbe muß füglich zu jener Zeit, wo die Fremden nicht zu Hause oder nicht in ihren Zimmern sind, jene Personen, welche mit Päcken, Geldsäcken u. dgl. aus dem Hause gehen, ohne zu dem Hause selbst zu gehören, wol beobachten und nöthigenfalls anhalten.

Mannheim, den 21. Juli. Der Redacteur des hiesigen Journals, Dr. Eugen Huhn, ist dem Vernehmen nach wegen eines von ihm herausgegebenen Werkes: „Das Großherzogthum Baden“ zu mehrwöchentlicher Haft durch die Kriegspoliceibehörde verurtheilt. Er hat gegen dieses Urtheil den Gnadenweg bei dem Kriegsministerium eingeschlagen.

Mainz, den 23. Juli. In dem benachbarten Dorfe Mombach hat sich ein bedeutendes Brandunglück zugetragen.

Leipzig, den 21. Juli. In der sächsischen Bergstadt Marienberg brannten gestern Nacht 70 Gebäude nieder, ungerechnet die Nebengebäude.

Berlin, den 19. Juli. Der evangelische Oberkirchenrath hat einem Antrag des k. Consistoriums in Königsberg in Preußen sein Einverstanden ertheilt zu Repressalien gegen den katholischen Klerus, der zwar die Verfassungsurkunde (Art. 15) für sich, gleichwol aber in Ostpreußen den confessionellen Frieden gestört habe. Durch die Verfassungsurkunde ist nemlich diejenige Bestimmung des allgemeinen Landrechts, nach welcher zu pfarramtlichen Handlungen seitens des Klerus der einen Confession bei Angehörigen der andern ein Dimissoriale erforderlich ist, aufgehoben worden. Dessenungeachtet gieng die evangelische Geistlichkeit schonend zu Werke, und taufte, traute u. s. w. erst nachdem sie ein Dimissoriale dazu in Händen hatte. Seit einiger Zeit geht aber der katholische Klerus in Ost- und Westpreußen nach dem Wortlaut der Verfassung zu Werke. Das Consistorium zu Königsberg suchte vergebens eine friedfertige rücksichtsvolle Praxis bei den Bischöfen von Culm und Ermeland zu erwirken, und stellte schließlich beim evangelischen Oberkirchenrath den Antrag auf Genehmigung eines dem des katholischen Klerus entsprechenden Verfahrens, wofür sich der Oberkirchenrath erklärte. Die kirchliche Zukunft Deutschlands ist dem Kaiser von Rußland bei seinem letzten Hiersein als ein bedenklicher Punct erschienen, wogegen er für alle andern Fragen eine gute Abwicklung in Aussicht gestellt haben soll. (A. Z.)

Schweiz.

Freiburg. Von Seiten der Gemeinden des alten Bezirks Murten ist jetzt wirklich ein Memorial an die Bundesversammlung erlassen, durch welches der Wunsch und die Erwartung ausgesprochen wird, 1) daß die hohen Bundesbehörden auch ferner den Umsturzplänen kräftig entgegentreten, die gegenwärtige Verfassung aufrechterhalten und die auf deren Beseitigung abzielende Petition des sog. Komite von Posieux entschieden zurückweisen, oder aber 2) auf Mittel Bedacht nehmen möchten, damit der Bezirk Murten gegen die Folgen dieser fortwährenden Agitation im übrigen Kantonstheil geschützt sei, indem derselbe fest entschlossen ist, lieber zum Aeußersten zu schreiten, als sich fortwährend wider seinen Willen und gegen seine Interessen in Zustände hineinzwingen zu lassen, deren Druck er leider bereits schwer genug empfunden hat.

Vevey, den 17. Juli. Eine tropische Sonnengluth ist auch über unsre Fluren und Ufer hereingebrochen. Während die Hälfte der überreichen Kirschenernte den Sperlingen überlassen werden muß, verdorrt das Gras nach ächt italienischer Sitte an Wegen und Stegen, weil es an Händen fehlt alles zu sammeln, zu schneiden, zu pflücken. — Die große Noth welche in sehr vielen Thälern der Berner und Walliser Alpen herrscht, führt viele Leute in die Reihen der neuen päpstlichen Armee.

Niederlande.

Vor einigen Wochen hat sich in den Niederlanden ein Verein gebildet, der wiederum einen deutlichen Beweis liefert, wie vortrefflich die Herrschaft der fortschreitenden Mittelklassen sei. Der Verein bezweckt nämlich, die Hebung des Volksfleißes dadurch zu erreichen, daß er vermöge eines Capitals von 100,000 fl., die Actie à 3000 fl., an den passenden Puncten im In- und Auslande Nachweisebureaux und Instructeuragenten errichtet, bei denen jeder Niederländer für ein kleines Honorar die von ihm gewünschte Auskunft über die beste Verwerthung seiner Arbeit und Capitalien erhalten kann; außerdem wird der Verein durch die Presse, insbesondere die Localpresse, so wie Broschüren und Vorträge, auf die Erreichung desselben Zieles hinarbeiten.

Frankreich.

Straßburg, den 21. Juli. Die Ausgaben, welche der Paris-Straßburger Gesellschaft durch die von ihr den eingeladenen Ballgästen gewährte Bewirthung erwuchsen, belaufen sich auf 40,000 Frcs. Das Buffet wurde von dem Hause Potel in Paris bedient. Sechszig Aufwärter aus der Hauptstadt waren zu diesem Behufe hieher beschieden.

Italien.

Wie dem Mediterraneo aus **Mailand** unterm 17. d. Mts. geschrieben wird, haben die zahlreichen dort vorgenommenen politischen Verhaftungen ihren Grund in der Entdeckung einer weitverzweigten Verschwörung. Dem erwähnten Schreiben zufolge hatte Marschall Radetzky die verhafteten Verschwörer sämmtlich erschießen lassen wollen; doch war von Wien aus der Befehl eingetroffen, nicht zu einer solchen Maßregel der äußersten Strenge zu schreiten. Nichts desto weniger hatten einige Hinrichtungen Statt gefunden.

Der Opinione zufolge ist am 13. Juli in **Bologna** ein gewisser Amici, ein seines loyalen Eifers wegen bekannter Mann, von 62 Stichwunden durchbohrt, todt gefunden worden.

Rußland.

Kalisch, den 19. Juli. Unsere durch die so furchtbar und so lange wüthende Cholera schwer heimgesuchte Stadt erfuhr gestern Abend auch den Ausbruch eines Feuers, welches heute Mittag noch nicht gelöscht ist. Gegen 100 Gebäude sind bereits niedergebrannt. Herzzerreißend ist die Verzweiflung so unzähliger von der Cholera befallener Kranken, deren Fortschaffung aus den meist sehr engen Wohnungen, sowie deren sichere Unterbringung, nicht minder die Fortschaffung der vorhanden gewesenen Leichen, die größte Verwirrung und Bekümmerniß hervorruft.

Vereinigte Staaten.

Die amerikanische Brigg Dolphins ist von ihrer hydrographischen Kreuzfahrt zurückgekehrt. Sie hatte im Auftrag des Marine-Departements die Tiefen des Oceans durchforscht, und hatte täglich Beobachtungen über die Temperaturen über und unter dem Meere angestellt. Die Tiefe des Oceans war 1 bis 4 englische Meilen. Der tiefste Punct, den man gefunden, war 3860 Faden oder fast 4½ englische Meilen. Zur Sondirung der Tiefe hatte man ein sehr dünnes aber starkes Tau, an welchem ein Gewicht von 32 Pfd befestigt war, und welches man von einem Boot aus auf den Meergrund senkte. Die Brigg hat der Marinewissenschaft große Dienste gethan, indem sie die genaue Topographie vieler Inseln und Klippen aufgenommen hat. Die Brigg hat ebenfalls die vulkanische Region der Meere südlich des Aequators durchforscht.

Miscellen.

Zu **Montreal** (Canada) brach am 8. Juli eine Feuersbrunst aus, die in kurzer Zeit 300 Wohnhäuser — einen Flächenraum von 20 engl. Morgen bedeckend — verzehrt.

Der 18. Juli war in **Mecheln** der entscheidende Tag für eine große Wette einer Taubenfreundegesellschaft. Morgens waren in Lyon 128 Tauben der mechelner Gesellschaft L'Esperance um 5 Uhr aufgelassen worden, und noch an demselben Tage kamen zehn derselben in Mecheln an. Die erste um 1 Uhr 5 Minuten, fiel aber todt nieder, als sie den Taubenschlag erreicht hatte. Die zweite kam um 2 Uhr 59 Min., die dritte um 3 Uhr 30 Min. u. s. w. an. Die erste hatte also, trotz der mehr als drückenden Hitze, den Weg in acht Stunden zurückgelegt.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1131²] **Gold- und Silberborden, Uniformsstickereien, Ordensbänder** 2c. 2c., werden fortwährend verfertigt bei Louis Cron, Posamentier zu Speyer.

Großes Tapetenlager
eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl,**
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057¹⁶] in Mannheim.

[1123] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

[1051] **Niederländische**

Dampf- **Schifffahrt.**

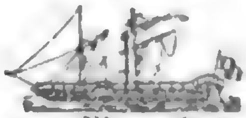
Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 Der Agent: **C. Aug. Exter.**

[1104] **Rheinische Dampfschifffahrt.**

Kölnische  **Gesellschaft.**

Tägliche Abfahrten von Mannheim vom 26 Juni c. an
nach Köln 7½ Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Neustadt-Speyer. In Köln im Anschluß an die letzten Züge nach Berlin, Paris, London.
„ „ 11½ „ „ Schnellfahrt in 10 Stunden, nach Ankunft des 1. Zuges von Neunkirchen. In Köln im Anschluß an den letzten Zug nach Paris.
„ Mainz 5½ „ Nachmit., nach Ankunft des von Straßburg kommenden Boots, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Pariser Post-Schnellzuges von 5 Uhr 20 Minuten.
„ Straßburg 11½ Uhr Nachts.

☞ Bei der Schnellfahrt Morgens 11½ Uhr bis Köln wird Unterwegs nur mit Mainz, Bingen, Coblenz und Bonn verkehrt.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 179 | den 27. Juli 1852.

Deutschland.

• Zur Zollfrage. Die Zerwürfniße sind mannichfacher, als man ahnete. Sie bestehen nicht nur zwischen Preußen und den Coalirten, — auch diese sind unter sich zerfallen, Württemberg und Baden halten nicht mehr den gleichen Gang mit den übrigen ein, — sie sind überdies, wie es sich nun zeigt, auch mit Oesterreich selbst nicht mehr im Einklang. Die Coalirten wollen wesentlich blos einen Handelsvertrag mit Oesterreich, dieses aber will sich zu einem solchen nur verstehen unter der Bedingung einer bestimmt nachfolgenden Zolleinigung. Nur dafür will es irgend Garantien leisten und Opfer bringen. In diesem Sinne bringt das Journal de Frankfort einen halbofficiellen Artikel gegen die Postzeitung, worin hingewiesen wird auf jene „Versicherung, welche die österreichische Regierung gar manche Male in den an deutsche Regierungen und besonders an das preußische Cabinet gerichteten diplomatischen Noten wiedergab, die Betheuerung: Oesterreich wird nie einen Handelsvertrag mit dem Zollvereine (sei es dem erweiterten oder verkleinerten) abschließen, wenn es nicht eine gleichzeitig genau formulirte Garantie für eine weitere vollständige und rückhaltlose Zolleinigung erhält."

So wenig hatte man also die eigene Sache, die brennende Frage durchdacht, daß solche Anstände hintendrein plötzlich sich erheben.

• Speyer, den 25. Juli. Die neuesten Pariser Nachrichten deuten an, daß die Straßburger Reise für Ludwig Napoleon eine Uebergangsstufe zur Begründung des Kaiserreichs und zur Herstellung einer neuen Dynastie bilden werde. Sie verschweigen nicht ganz die Befürchtungen, welche sich hieran knüpfen. Es scheint, daß man vorläufig die Fühlhörner ausstreckt. Täuscht man sich aber in Paris selbst nicht, so stehen allerdings wichtige, — möglicher Weise für ganz Europa folgenschwere Schritte in Aussicht. Das „Kaiserreich," — ließe es sich auch nur auf einige Dauer denken ohne Forderung der Rheingränze, ohne Belgien, ohne Piemont? Würden nicht die alten Ideen eines „Königreich Italien" sich daran knüpfen, und die einer Beherrschung, unter dem Namen einer „Vermittlung," der helvetischen Eidgenossenschaft, — dann jene des Versuches einer Wiederherstellung des „Rheinbundes?" — Hätten wir ein einiges und freies Deutschland, so wäre wahrlich nichts zu fürchten. Jedenfalls aber beginnt es dringend zu werden, daß man in Deutschland wache, und endlich diejenigen Mittel ins Auge fasse, welche dieses unser Vaterland allein gerettet haben, nachdem alle andern Mitteln zu Schanden geworden waren.

• Betrachtungen. Ludwig Napoleon hat aus Veranlassung seiner Reise nach Straßburg mehr Orden der Ehrenlegion vertheilt, als einst sein Oheim aus Veranlassung irgend eines seiner glänzendsten Siege.

† Maikammer, den 23. Juli. Der „Fränkische Kurier" brachte aus dem „Schwäbischen Merkur" die Nachricht, daß König Ludwig täglich die Missionen der Jesuiten in Maikammer besuche. Zur Ehre König Ludwigs, und zur Freude und Beruhigung eines manchen Pfälzers kann die wahrheitsgetreue Versicherung gegeben werden, daß der König diese Missionen nicht ein einziges Mal besuchte, die Kirche sogar nicht gesehen hat.

München, den 22. Juli. Nach einem heute vom k. Kriegsministerium erlassenen Rescript hat der König unterm 17. d. bestimmt, daß eine größere Truppenzusammenziehung vom 1. bis 27. Sept. d. J. in der Gegend von München stattfinden soll, und daß das hiefür zu concentrirende Armeecorps unter den Befehl des Commandirenden des 1sten Armeecorps, Generals der Cavallerie, Fürsten Taxis gestellt werde. Dieses Armeecorps wird gebildet werden aus 21 Bataillonen Infanterie, 24 Schwadronen Cavallerie und 8 Batterien Artillerie, wozu noch zwei Compagnien Genietruppen mit einer Kriegsbrücken-Equipage und die erste Sanitätscompagnie mit ihren Wagen kommen.

Aus dem Großherzogthum Baden, den 19. Juli, schreibt die Allg. Ztg. in ihrer jämmerlich hinkenden Weise: Eine Verfügung des Erzbischofs gibt, wie Sie wissen, den Pfarrern, die ein Traueramt hielten, achttägige Exercitien im Priester-Seminar zu St. Peter — welches Kloster zugleich der Haftort — discolorium — für fehlende Priester ist — nebst der Verpflichtung auf, irgend ein gutes Werk, zum Beispiel Beiträge für die barmherzigen Schwestern 2c., zu verrichten. Letzteres aber, mit einem Reverse künftiger Obedienz gegen die Verfügungen des Erzbischofs, wird jenen Pfarrern aufgegeben, die, an einem gewissen Standpunkte der Neutralität festhaltend, gar keine Feier veranstalteten. Was die Regierung bei dieser Wendung der Dinge thun werde, darüber verlautet noch nichts, wie auch die in ihrem ersten Erlasse in Aussicht gestellten Maßnahmen bis jetzt noch keinen zu Tag tretenden Erfolg gehabt haben. (!) Wir glauben nicht sehr zu irren, wenn wir vermuthen, daß sie ohne weitere Einmischung bis zur definitiven Abgränzung kirchlicher und weltlicher Rechte durch die oberrheinischen Conferenzen es den betreffenden Pfarrern überlassen werde, dem erzbischöflichen Erlasse Folge zu leisten oder nicht. (!!) Sie wird es im vorliegenden Fall umsomehr thun zu können glauben, als die erzbischöfliche Auflage nicht eine eigentliche Strafe ist, (oh!) deren Bestätigung durch die Staatsregierung es bedürfte, sondern vielmehr Aufforderung zu einem guten Werke (ah!), welchem der Erzbischof selbst und ein ansehnlicher Theil seiner Pfarrgeistlichkeit sich seit Jahren mehrmals freiwillig unterzogen haben. (!) So würde, die Unterwerfung sämmtlicher Betroffenen unter jenen Erlaß vorausgesetzt, eine friedliche Lösung nahe stehen. Wie aber, wenn ein Theil sich demselben nicht fügen wollte? Und wir vernehmen, daß dieß mehrfach in Aussicht stehe. Dann dürfte, was wir mit jedem der den Frieden liebt bedauern müßten, der bevorstehende Streit an Heftigkeit und Bedeutsamkeit den kaum gestillten Hader übertreffen.

Karlsruhe, den 21. Juli. Der Regent ist gestern Abends mit dem letzten Bahnzuge von Berlin hieher zurückgekehrt.

— den 23. Juli. Soeben (Mittags 1 Uhr) hat die Einweihung des Preußenmonuments auf dem hiesigen Friedhofe stattgefunden.

Kassel, den 23. Juli. Die erste Kammer ist immer noch thatenlos und bei der Abreise des Bischofs wieder beschlußunfähig! — Man ist hier begierig, endlich einmal etwas aus der Ständeversammlung in die Oeffentlichkeit kommen zu sehen, nachdem dieselben nunmehr 4 Wochen beisammen war; Stenographen sollen nicht angestellt werden und Protokolle sind dem Anscheine nach auch noch nicht gedruckt.

Köln. Seit Monatsfrist sind bei 20 Personen beim Baden umgekommen.

Wien. (Oesterreichische Staatspapiergeldfabrik.) Die Banknoten-Fabrication der Nationalbank wird durch eine Dampfmaschine von 20 Pferdekraft getrieben, welche in Verbindung mit 10 Druckpressen gebracht ist. Jede dieser Pressen, welche 9 Stunden des Tags in Bewegung gehalten wird, druckt 2000 Bogen und ist controlirt durch ein außerhalb des Bereiches der Arbeiter angebrachtes Ziffernsystem dergestalt, daß jeder Druck der Presse durch die sich verändernde Zahl dem Aufsichtspersonale sichtlich ist.

Wien, den 18. Juli. In allen Comitaten Ungarns, welche der Kaiser auf seiner Rundreise berührt, wird von dem commandirenden General ein Circular an sämmtliche adelige Guts- und Grundherren abgefertigt, worin sie zum persönlichen Erscheinen in vorgeschriebener Tracht und mit dem vorgeschriebenen Gefolge nach der Kreisstadt entboten werden. Dieses Circular ist von einem Jeden, als Beweis seiner Kenntnißnahme, zu unterzeichnen; dann geht es an den General zurück, welcher am Tage der Audienz die strengste Controle über die Erschienenen hält. Wehe dem Abwesenden! Kein Entschuldigungsgrund wird anerkannt, selbst nicht die Thatsache einer Krankheit, und in Veszprim ist es vorgekommen, daß ein Arzt, der Zeugniß dafür ausgestellt hatte, von seiner Praxis sofort suspendirt wurde. Mit dem kleinen Adel macht man gar keine Umstände; man dictirt ihm für das Ausbleiben meist Geldstrafen, die er bei seiner dermaligen Verarmung gar nicht zahlen kann, worauf dann eine Auspfändung vorgenommen wird. Den hohen Magnaten schreibt man aber ihr Nichterscheinen in ein Gedenkbuch, dessen Maß zum Ueberlaufen voll ist. Ob man übrigens mit allem diesem das Ziel erreichen werde, ist eine große Frage. Allzu scharf macht schartig! Aeußerlich unterwerfen sich die Ungarn, sie strömen in Massen herbei und überbieten sich in Ehrenbezeigungen und Huldigungen; innerlich aber wird sich ihre Gesinnung nicht um ein Haar breit ändern. Im Gegentheil, Haß und Feindschaft fressen um so tiefer, je mehr die Magyaren genöthigt sind, die Maske der Unterwerfung zu tragen. Nicht minder abgeneigt zeigen sich auch die Slawen den centralisirenden Tendenzen eines östereichischen Gesammt-Staates, und besonders unzufrieden ist Croatien. Seiner Aufopferung verdankte man im October 1848 die Bezwingung Wiens und die Rückkehr der nach Innsbruck geflüchteten Dynastie. Ihm sind auch damals die formellsten Zusagen einer föderativen Sonderstellung gemacht worden, und jetzt würde Croatien unendlich zufrieden sein, wenn ihm nur so viel gewährt worden wäre, als das ungarische Parlament bewilligte und weßhalb es zu den Waffen griff. ... Wer möchte auch glauben, daß ein so tief organischer Zwiespalt, wie hier obwaltet, durch die bloße vorübergehende Erscheinung einer Persönlichkeit, wie hoch dieselbe immer stehe, zu schlichten sei? Die servile Sprache der officiellen und officiösen Zeitungen in ihren Festberichten findet ihr Seitenstück wohl nur im Orient und in China. Uebrigens bemerkte mir ein Kenner der ungarischen Sprache, daß diese es hierin ihrem ganzen Charakter und Genie nach nicht so weit bringen könne, als die deutsche, und wollte damit die etwas mattere Schilderung des Pesti Naplo im Vergleich zur Pesther Zeitung entschuldigen. Was die Kosten der Reise betrifft, so sollen sie sich bereits jetzt auf mehr als eine Million belaufen. (Köln. Ztg.)

— den 20. Juli. Die heute erschienene Liste der vorwöchentlichen kriegsgerichtlichen Verurtheilungen ist nicht allein zahlreicher, als in letzter Zeit, sie enthält auch einige bemerkenswerthe Fälle. Wegen „aufreizender Demonstration" traf einen Pferdeknecht neunmonatliches Gefängniß und 15 Stockstreiche. Ein Schneidermeister mußte den Besitz „politisch aufreizender Druckschriften" mit sechs Wochen Stockhausarrest in Eisen büßen. Ein Doctor der Medicin ist „wegen Gründung einer Secte staatsgefährlicher religiöser Schwärmer und Verbreitung entsprechender Schriften" zu sechs Wochen Arrest verurtheilt. In Pesth wurde „wegen Uebertretung der Ausnahmegesetze und zwar wegen Vorschubleistung zur Desertion kais. Soldaten, erschwert durch Privatbesitz revolutionärer Bilder, Abzeichen und Schriften" die „Medicinä-Doctorsgattin" Amalia von Balogh vom Kriegsgericht zu sechsmonatlichem Profoßenarrest verurtheilt.

Vom Ministerium des Innern ist der Bescheid erfolgt, daß die Israeliten auch in Orten, wo sie die Mehrzahl der Bevölkerung bilden, die äußere Feier der christlichen Sonn- und Feiertage einzuhalten haben, dagegen, wenn dort die Markttage auf einen israelitischen Feiertag treffen, dieselben auf den nächstfolgenden Tag zu verlegen sind.

Schweiz.

Zürich, den 23. Juli. Gestern Abend etwas vor 4 Uhr flog die Pulvermühle zu Altstätten in die Luft, wobei zwei Menschenleben verloren gingen.

Frankreich.

* **Paris,** den 23. Juli. Die Festlichkeiten der Straßburger, oder vielmehr Badenser Reise sind vorüber. Die Senatoren, Staats- und andere Räthe haben ihre reichgestickten Uniformen dem sie noch wenig begreifenden Volke zum erstenmale producirt, und sind schon zum größten Theile nach Paris zurückgekehrt. Der Präsident wird heute seinen militärisch feierlichen Einzug in der Hauptstadt halten, und Alles kömmt zur Ruhe, selbst der electrische Telegraph, und die berichterstattenden Commis-Voyageurs der Journale, deren letzten Schilderungen in den heutigen Blättern so matt und übermüdet klingen, wie die letzten Geigenstriche eines Ballorchesters. Sie haben Alles beobachtet, Alles gesehen und gehört und oft mehr als da war; was aber in der Sommerresidenz der Großherzogin Stephanie während des zweitägigen Aufenthaltes des Präsidenten in Baden-Baden vorging, darüber weiß kein Mensch etwas zu berichten, und doch ist es mehr als wahrscheinlich, daß dort der eigentliche Prolog zu einem politischen Stücke aufgeführt wurde, das nach Umständen entweder zum Familienstück oder auch zum Drama werden kann, und wozu das Straßburger Einweihungsfest nichts als die Decorationen geliefert hat.

Jetzt leben noch 4 Marschälle von Frankreich: Reille, Jérome Bonaparte, Harispe und Vaillant. In Friedenszeit ist die Anzahl der Marschälle auf 6 beschränkt.

Viele Arbeiter hatten die Gewohnheit, ihre Sonntagskleider am Montag ins Leihhaus zu tragen und am nächsten Sonnabend wieder einzulösen. Der Director des Leihamtes hat im Interesse der Moralität, wie er sagt, dieses Manöver unmöglich gemacht, indem er anordnete, daß Kleidungsstücke vor 10 Tagen nicht eingelöst werden können. Es ist jedoch zu vermuthen, daß diese Leute, statt sich von der üblen Gewohnheit zu corrigiren, nun dem Wucher in die Hände fallen werden.

Im Departement der Niederalpen sind 3 Schullehrer abgesetzt worden, weil sie Wirthshäuser besucht haben. (!)

Aus mehreren Departements kommen Berichte über sehr bedeutende Schäden, welche Gewitterstürme und Hagel angerichtet haben. In dem einzigen Arrondissement Gaillac beträgt der angerichtete Schaden über eine Million Franken.

Heute ist die „Kölnische Ztg." auf der Post mit Beschlag belegt worden. Wenn wir gut unterrichtet sind, so ist es wegen einer Pariser Correspondenz, welche einen zweiten Brief des Grafen Chambord enthielt, worin die Legitimisten wiederholt zur Verweigerung des verfassungsmäßigen Eides ermahnt werden.

Ein Pavillion des Schlosses zu St. Cloud soll niedergerissen werden, damit der Präsident ungesehen den Park besuchen kann. — Der Minister Casabianca hat vor einiger Zeit den Grafentitel empfangen; auch noch andere Standeserhöhungen sind erfolgt, ohne daß bisher der Moniteur davon etwas kund machte.

Heute Abends sind sowol die Armee von Paris, wie

alle Beamten aufgeboten, den Präsidenten der Republik bei seiner Rückkehr von Straßburg im Triumphe zu empfangen.

Ein unbekanntes Individuum hat sich unter dem Namen Marescot wegen Theilnahme an dem Gent'schen Komplotte vom Kriegsgericht in Lyon zu 10 Jahren Gefängniß verurtheilen lassen, während der wahre Marescot nach Nizza entflohen ist. Der Verurtheilte wollte sich durchaus nicht vertheidigen lassen und als ihm nach Vorlesung des Urtheils der Präsident ankündigte, daß er 3 Tage zur Anmeldung der Revision habe, rief er: „Es lebe die Republik! das ist meine Revision."

Die A. Z. berichtet, es seien in Baden bei 400 Franzosen aus Straßburg angekommen, welche es vorgezogen, der dortigen Feierlichkeit auszuweichen.

In den Departementen wird die Agitation, Unterschriften zu Petitionen für Wiederherstellung des Kaiserthums zu sammeln, neuerdings mit großer Regsamkeit betrieben. Es gibt Präfecten, welche den Eifer so weit treiben, an die Journale Noten zu richten, worin in förmlicher Weise untersagt wird, daß dieser Agitation irgendein Hinderniß von Seiten einer Behörde entgegengestellt werde.

Großbritanien.

Der Hauptgrund, vermittelst dessen es das Ministerium dahinbrachte, daß es bei den Wahlen nicht ganz durchfiel, war, daß es ihm in vielen Fällen gelungen ist, die Schutzzollfarben unter dem Mantel des religiösen, d. h. protestantischen, Eifers zu verhüllen. „Im ganzen Lande" — sagt die Times — „hat der Protestantismus dem Protectionismus als Blitzableiter gedient, und die Benennung Papist ist als Schimpfwort vorzugsweise auf die Freunde des Freihandels angewandt worden."

Griechenland.

Athen, den 13. Juli. Endlich ist der Mönch Christophoros Papulakis von Gendarmen begleitet auf dem Dampfer Otto im Piräeus angelangt. Nach mehrstündigem Verhör durch den Untersuchungsrichter und Staatsprocurator ist er in das Hauptgefängniß von Athen abgeliefert worden. Zwei Mainoten, ein Geistlicher und ein Laie, hatten sich, wie es heißt, gegen eine Belohnung von 10,000 Drachmen anheischig gemacht, ihn aus seinem Versteck, einer Höhle, hervorzulocken, was ihnen unter verschiedenen Vorspiegelungen glücklich gelang. Dem Vernehmen nach soll der Staatsgefangene nach der im lepantischen Golfe gelegenen, unzugänglichen Veste Rhion gebracht werden.

Vereinigte Staaten.

Es hat sich eine dritte Partei bei der Präsidentschaftswahl gebildet, welche sich für Webster erklärt, statt für den General Scott. Durch diese Spaltung der Whigs steht die Sache der Democraten desto günstiger.

Neueste Nachrichten.

*** Speyer,** den 26. Juli. Unter den obwaltenden Verhältnißen, da die neufranzösische Politik einen neuen Rheinbund schaffen möchte, ist es nicht ohne Bedeutung, daß der Regent von Baden gerade in der Zeit nach Berlin gereist war, in welcher Ludwig Napoleon Straßburg und Baden besuchte. — Die Art des vorbereiteten Empfanges des Präsidenten zu Paris beweist ebenfalls, daß der Reise mehr als eine gewöhnliche Bedeutung beigelegt wird. Sehr bemerkenswerth erscheint es, daß der Empfang Napoleons bei seiner Rückkunft nach Paris entschieden kalt war, und zwar namentlich von Seite der gesammten Infanterie. — Die Pariser Nachrichten lassen keinen Zweifel, daß das Kaiserthum hergestellt werden wird, — zwar nicht am 15. August, wol aber später. Die Sache soll sich gleichsam von selbst machen. In den südlichen Departementen werden bereits zahlreiche Bittschriften an den Senat um Wiederherstellung des die künftige Ruhe Frankreichs sichernden Kaiserreichs zur Unterschrift colportirt. Die weiteren großen Rundreisen des Präsidenten sollen diesem Petitionssystem einen neuen Impuls geben. Die Rufe: „es lebe der Kaiser!" werden nach und nach gewissermaßen dienstverbindlich und stehen mit dem sich immer prunkvoller gestaltenden Hofstaate im Einklang. Der Senat soll bei seinem Zusammentritt unzählige Ballen mit unzähligen Unterschriften versehener Bittschriften vorfinden. Er wird nicht lange deliberiren, sondern Louis Napoleon energische Vorstellungen machen, daß es seine Pflicht sei, den Wünschen des Volkes nachzugeben. —

Augsburg, den 24. Juli. Gestern Nachmittag langte der König von Regensburg hier an, und reiste dann nach Hohenschwangau. — Ein Berliner Correspondent der Allg. Ztg. meldet, der Glaube sei allgemein verbreitet, „daß die Hrn. v. d. Pfordten und v. Beust die Bildung eines dritten Zollkörpers trotz aller russischen Antipathien vorbereiten." — Die Kosten für die im Herbst zu München stattfindenden Truppenmanöver werden zu 96,000 fl. angegeben.

Würzburg, den 22. Juli. In Folge einer wegen einer seit Ostern unter mehreren Schülern des ersten und dritten Cursus der Gewerbschule unter dem Namen: „Teutonia" reconstituirten Verbindung, wurden am 19. d. abermals vier derselben mit der Strafe der Demission belegt, zweien durch die Vorstandschaft betheiligten Schülern aber aus besonderen Milderungsgründen (?) der fernere Besuch des Unterrichts an der Anstalt gestattet. (W. B.)

Karlsruhe. Die Aufhebung des Kriegezustandes soll in der Art geschehen, daß nach Ablauf des Monats Juli keine weitere Bekanntmachung über dessen Fortdauer erfolge.

Berlin, den 23. Juli. Im Laufe des heutigen Tages haben uns bereits sämmtliche hier anwesende Bevollmächtigte der Zollconferenz verlassen und sich nach den Sitzen ihrer Regierungen verfügt, um dort sowol über das Resultat der gesammten Conferenz, als auch im Besonderen über die letzte preußische Erklärung Bericht zu erstatten.

Bern, den 23. Juli. Die zu einer Bundesversammlung zusammengetretenen beiden Räthe wählten heute mit 100 Stimmen von 141 im ersten Wahlgang Hrn. Bundesrath Näff zum Bundespräsidenten für das Jahr 1853. Munzinger erhielt 34 St. Zum Vicepräsidenten des Bundesraths für 1852 wurde mit 87 von 143 St. im ersten Wahlgang Herr Frei-Herose gewählt; Munzinger machte 51 St. Die beiden Gewählten gehören zur gemäßigt radikalen Partei; Munzinger zählt zu den Conservativen.

General Dufour und Präsident Kern sind am Donnerstag von ihrer Mission wieder in der Bundesstadt eingetroffen. Der Prinzpräsident sei über die Abordnung sehr vergnügt gewesen und habe Hrn. Kern das Kreuz der Ehrenlegion überreichen lassen, der aber als Mitglied der Bundesbehörden und mit Berufung auf die bezügliche Vorschrift der Bundesverfassung die Auszeichnung ablehnte.

Wallis. Der Courier de Valais entwirft eine Schilderung von der schmählichen Agitation der alten Sonderbündler gegen die freisinnigen Behörden und Institutionen. In ihrem Programm verlangen diese blos: Abschaffung der Vermögens- und Einkommensteuer, Integralrestitution der Güter des Clerus, Decentralisation im höheren Unterrichtswesen, im Militärwesen und in den kantonalen Finanzlasten; Abschaffung der Hypothekenbureaux, der Normalschule, der Primarschulen, Reduction der Zahl der Staatsräthe auf drei u. s. w. Alles von wegen der Versöhnung!

Neuenburg. Der Gr. Rath ist auf den 24. d. zu außerordentlicher Sitzung einberufen.

*** Paris,** den 24. Juli. (Weitere Zufriedenheitsbeweise im Lande.) Der „Moniteur" enthält in 9 Spal-

ten über 300 Ernennungen von neuen Maires und deren Adjuncten in verschiedenen Departements! — Der Präsident ist gestern Abend um 7¼ Uhr angekommen. Von 6¼ an verkündete der Kanonendonner der Invaliden und das Glockengeläute von Notre-Dame das Annähern des präsidentiellen Zuges. Die ganze Pariser Armee war auf den Beinen. Am Eisenbahnhof waren alle Minister in Gallauniform. Der Erzbischof von Paris, eine Menge Senatoren, Staatsräthe und andere hohen Würdenträger erwarteten im Empfangssaale den Präsidenten. Der Erzbischof begrüßte ihn zuerst und der Präsident dankte ihm, seine Hand drückend. Vor dem Eisenbahnhofe wurde der Präsident mit einem lebhaften Rufe: „Es lebe Napoleon!" empfangen. Die Gendarmerie rief einstimmig: „Es lebe der Kaiser!" Beim Einsteigen in den Wagen überreichte ihm eine Deputation der Damen der Halle einen Blumenstrauß. Zahlreiche Rufe: „Es lebe Napoleon!" und mitunter: „Es lebe der Kaiser!" begleiteten den Präsidenten bis zum Triumphbogen. Auf den Boulevards wurden sie jedoch seltener. Die meisten Infanterieregimenter riefen gar nicht. Um 8½ Uhr kam der Präsident in St. Cloud an, die Stadt war illuminirt und der Präsident lud die ihn begleitenden Generale, Minister, Senatoren ꝛc. zu einem splendiden Diner ein. — So sind denn die letzten Klänge der Straßburger Festreise, die man später vielleicht die „Brautfahrt" nennen wird, verklungen, und schon sind hundert Ateliers und Tausende von Händen mit Vorbereitungen zu den großartigen Augustfesten beschäftigt. — Man sagt, daß der General Lawoestine in seinem Obercommando der Nationalgarde bald einen Nachfolger erhalten solle.

Die „Kölnische Ztg." enthält folgende telegr. Depesche aus Paris vom 24. Juli: Bei seiner gestrigen Ankunft wurde der Präsident der Republik mit nicht sehr lebhaftem Enthusiasmus empfangen, auch wurden keine Rufe: „Vive l'Empereur!" gehört.

* **Turin,** den 21. Juli. Die Protestation der Piemontesischen Bischöfe gegen das neue Gesetz, die Civilehe betreffend, hat in der Bevölkerung eine große Erbitterung gegen die Geistlichkeit hervorgerufen.

* **London,** den 23. Juli. In Ryde (Insel Wight), sind bei den dortigen Wahlen gleichfalls Unruhen ausgebrochen. Mehrere Leute wurden mit Steinwürfen schwer verwundet. Drei Rädelsführer wurden verhaftet. — Es läßt sich sehr schwer die genaue Zahl der oppositionellen und ministeriellen Deputirten, die gewählt sind, ermitteln, weil Viele von ihnen von beiden Parteien reclamirt werden. Dem Globe zufolge sind jetzt 607 Wahlen bekannt, die er in 303 Liberale, 268 Ministerielle und 36 Neutrale eintheilt.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1144] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 11. bis 20. Juli: H. König a. Bliescastel. — Fr. Sitzler mit Bedienung a. Kitzingen. — Fr. Seyb a. St. Ingbert. — H. Dreyfuß a. Lauterburg. — H. Hay a. Kutzenhausen. — Frl. Schneider mit Bedienung a. Landau. — Baron v. Sacken u. Frl. von Campenhausen a. Rußland. — Fr. Helwerth a. Heidelberg. — H. Hirsch a. Homburg. — Fräulein Stein aus Waldfischbach. — Frau Beger und Fräulein Reifel mit Bedienung a. Heidelberg. — H. Putter a. Bissersheim. — Gräfin v. Degenfeld a. Baden Baden. Fr. Bertrand a. Bischweiler. — Frl. Lenfrey a. Straßburg. — H. Hoffmann a. Hördt. — Fr. Fiack a. St. Ingbert. — Frl. Sundheimer a. Meissenheim. — Fr. u. Frl. Sadoul a. Weissenburg. — Frl. Geil a. Bechtheim. — Frl. Clauss a. Bechtheim. — Fr. Riotte a. St. Ingbert. — Frl. Laur u. Frl. Larouette a. Saarlouis. — Fr. Hoster a. Diehlkirchen. — H. Dr. Vogel a. Hofweier bei Offenburg. — H. Kaplan Göbel a. Heidelberg. — H. Anwalt Kaul a. Kaiserslautern. — Frl. Jost a. Molsheim. — Fr. Segler a. Freinsheim. — H. Besancon mit Frl. Tochter a. Metz. — Fr. Pfifferling mit Töchterchen a. Heidelberg. — Fr. Abenheimer a. Heidelberg. — Fr. Mühlmichel a. Kirchheim a. d. Eck. — H. Reichard mit Sohn a. Kandel. — Fr. Schmidt u. Fr. Henrici a. Deidesheim. — Frl. A. u. Frl. B. Grimm a. Darmstadt. — Fr. Pfarrer Rompf mit Tochter a. Weidenthal. — H. Laise a. Harxheim. — Graf zu Solms-Laubach, kgl. preuß. General a. D. mit Bedienung a. Braunfels. — Frl. S. u. Frl. R. Fulda a. Worms. — H. Theobald a. Frankfurt. — Frl. Laur II. a. Saarlouis. — H. Reichleser a. Worms. — Fr. Mayer a. Landau. — H. Ruff a. Barr. — Fr. Frank mit Frl. Töchtern a. Heidelberg. — Fr. Rott mit Fr. Tochter a. Hundsbach. — Fr. Frank a. Thaleischweiler. — Fr. Keßler a. Meissenheim. — H. Kleehaas a. Gleisweiler. — H. Ullmann a. Humbach. — Frl. v. Riedt mit Bedienung a. Carlsruhe. — Fr. Steinfeld a. St. Ingbert. — Fr. Frey a. Neustadt. — Fr. Johannes a. Landau. — H. Stadtmüller u. H. Rossy a. Landau. — H. Jäger u. H. Kreybiel a. Landau. — H. Scherer a. Odenbach. — H. Greiner a. Straßburg. — H. Buhl a. Frankfurt. — H. Dr. Blümmerer, Professor in Bensheim. — H. u. Frl. Diehl a. Barr. — H. Dreyfuß a. Bruchsal. — H. Koch a. Bechtheim. — Fr. Meguin mit Frl. Tochter a. Saarlouis. — 175. Frl. Kaul a. Kaiserslautern. — 176. H. Müllner a. Frankfurt a. M. — 177 u. 178. Fr. Schumacher u. Frl. Kunz a. Wachenheim. — 179. H. Schauß a. Niefernheim. — 180. Frl. Greiner a. Niederroddern. — 181 u. 182. H. Hofopernsänger Flinzer nebst Gemahlin a. Mannheim. — 183. Frl. Spitzer a. Heidelberg. — 184. Frl. Syffert a. Zweibrücken. — 185. Baron v. Barsewisch a. Rußland. — 186. H. Körber a. Kandel. — 187 bis 190. Fr. Rott mit Familie a. Oberseebach.

Als Antwort auf mehrseitige Anfragen diene die Bemerkung, daß, obgleich während einiger Tage alle Wohnungen dahier besetzt waren, jetzt wieder täglich mehrere bequeme Logis im Curhause selbst zur Aufnahme von Badegästen und Fremden frei werden.

Dr. Schneider.

[1145] **Auszug.**

Durch registrirtes Urtheil des königl. Bezirksgerichts zu Frankenthal von sechszehnten Juli 1852 auf Anstehen von Maria Eva Schöffler, Ehefrau von Carl Philipp Pfannenstiel, früher Bäcker in Ludwigshafen, jetzt ohne Gewerbe in Oggersheim sich aufhaltend, sub Nro. 2992 zum Armenrechte zugelassen, die Gütertrennung zwischen ihr und ihrem genannten Ehemanne ausgesprochen.

Frankenthal, den 21. Juli. 1852.

Für richtigen Auszug.

Der Anwalt der Klägerin:
(Gez.) Kirchweger.

[1140³] **Zu verkaufen.**

Wegen veränderter Mühleinrichtung sind bei Unterzeichnetem

8 bis 10 große, zum Theil konische, Räder von Gußeisen und etliche von Holz,
6 große, starke eiserne Wellbäume,
4 Paar Oelmühlsteine,
2 beinahe ganz neue 19 Fuß hohe Wasserräder nebst starken eichenen Wellbäumen und starken eisernen Schaufelzapfen, mehrere andere eichene und tannene Wellbäume, und verschiedene andere Mühlgegenstände und Eisen

billigst zu verkaufen.

Von heute an in 4 Wochen liegen die Gegenstände zur Ansicht und zum Kauf bereit; später werden sie begeben sein.

Speyer, den 20. Juli 1852.

Casimir Lichtenberger.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch **Nro. 180** **den 28. Juli 1852.**

Deutschland.

• Speyer. Das „Großmacht"-Spielen ist ein wahres Verderben für Baiern, — ein Unglück für den Staat, ein Unglück für den Volkswohlstand.

Ihm haben wir die Expedition nach Kurhessen beizumessen. Welches waren deren finanzielle Wirkungen? Ein Aufwand von so viel Millionen, indeß man die Schulden des Staats vermehrte und überdies die Steuern vermehren muß. Und welches sind die politischen Wirkungen? Diese Frage mag man sich unschwer beantworten, wenn man berücksichtigt, daß Baiern nicht durch seine materielle Macht, gegenüber Preußen und Oesterreich, eine höhere Bedeutung haben kann, daß es sich eine solche wol aber hätte verschaffen mögen, wenn es, als der größte rein deutsche Staat, als Hort des Repräsentativsystems sich erprobt hätte, — während statt dessen in Kurhessen eine Verfassung zertrümmert ward! — Haben also die Steuerbaren oder hat der Staat als solcher Grund, sich zu jener Expedition Glück zu wünschen? — Gewiß beide nicht!

Dann kam die Zollfrage. Wohin ist man in dieser Beziehung gelangt? Gerade die Art des Auftretens des baierischen Ministeriums in der Kurhessischen Frage mußte — ohne alle Noth! — Preußen erbittern. Die Früchte davon sind unangenehm genug! Der nicht mehr zu ändernde Hannöver'sche Vertrag ist eigentlich zumeist auf unsere Kosten abgeschlossen. Wie stehen wir jetzt? 1) von Preußen erndten wir Haß; 2) von Oesterreich keinerlei Dank, vielmehr noch Schlimmeres; 3) die übrigen Mittelstaaten haben bereits begonnen, Baiern zu verlassen! Das heißt mit andern Worten: wir haben Oesterreich nicht genug gethan, es uns also nicht zum wahren Freunde gemacht (wenn davon überhaupt hier die Rede sein kann); wir haben es dagegen mit Preußen entschieden verdorben; und die übrigen Mittelstaaten endlich fangen auch an uns zu verlassen, weil sie von der Schädlichkeit eines südwest-deutschen Zwergzollvereins sich zu überzeugen beginnen. Das merkantilisch wichtige Frankfurt nahm von vorn herein keinen Theil an der Coalition. Baden und Württemberg haben sich eben den Wiederanschluß an Preußen angebahnt. Werden beide Hessen und Nassau diesem Beispiele nicht folgen, — wird es nicht ganz besonders auch Sachsen thun? Welches ist dann die Lage Baierns? welches ist seine Lage, selbst wenn die andern vier Staaten (Sachsen, beide Hessen und Nassau) bei ihm beharren würden? Der Nachtheil liegt so offen auf der Hand, daß doch wol schwerlich mehr viel darüber gestritten werden kann.

Auswanderungssache. Die Allgem. Auswanderungszeitung erwähnt die Ueberschiffung von ungefähr 180 armen Bewohnern nach Amerika auf Kosten der Gemeinde Otterstadt. In Betreff der, wie gesagt wird, von dem Hause Wichelhausen in Bremen übernommenen Verpflichtung, den Leuten am Ziel der Reise für entsprechende Arbeit zu sorgen, bemerkt das genannte Blatt Folgendes: „Die übernommene Verpflichtung, diesen Leuten nach Ankunft in Quebec Arbeit und Verdienst zu verschaffen, wird, den in amerikanischen Blättern enthaltenen Nachrichten zufolge, keine leichte Aufgabe sein. Das längst bekannte Elend fängt an sich fühlbar zu machen, da ein Zug Einwandernder den andern drängt. Irland schickt Ladungen unglücklicher Verkommener ins Land; 300 Weiber aus den Armenhäusern von Tipperary sind im äußersten Elend der Barmherzigkeit der Bewohner Toronto's in die Arme gestürzt. Die Folgen kann sich ein Jeder malen. So lautet ein Bericht aus Quebec von Anfang Juni."

München, den 24. Juli. Wie längst in Oesterreich exerciren Recruten des Jägerbataillons in Würzburg in einer für die Sommerhitze höchst zweckmäßigen Tracht leinener Röcke mit dem Zuschnitte des gewöhnlichen Waffenrocks und Verbrämung des Kragens in der Farbe des Jägerkragens. Solche billige Sommertracht dürfte auch für die übrigen Soldaten zur Schonung der Uniformen und aus Gesundheitsrücksichten vom Ministerium wol erlaubt werden.

Künftigen Montag werden die Räume des Schwurgerichtssaals überfüllt werden, da die Anklage gegen Treiber zur Verhandlung kömmt, welcher bekanntlich der Ermordung des Reeb (hier, am hellen Tage, im Cigarrenladen) angeklagt ist.

Die Bahnstrecke von Bamberg bis Haßfurt ($9\frac{4}{10}$ Stunden Länge) wird am 1. August d. Js. für den gesammten Eisenbahnbetrieb mit täglichen 4 Fahrten hin und zurück und mit Anschluß an die Post- und Eisenbahnfahrten von Kissingen, Würzburg und Bamberg, eröffnet. Die Bahnstrecke von Haßfurt nach Schweinfurt, $5\frac{7}{10}$ Stunden Länge, soll am 1. Oct. eröffnet werden.

Darmstadt, den 20. Juli. Die letzte Nummer des Regierungsblattes brachte „Bestimmungen über das äußere Erscheinen der Civilbeamten in Uniform." Im §. 7 heißt es wörtlich: „Der Hut wird stets so aufgesetzt, daß Gesicht und Nacken durch die abstehenden Ecken geschirmt sind." Bei berittenen Beamten hat die Borte der Pferdedecke „die Unterscheidungsfarbe des betreffenden Ministeriums." Der §. 14 verordnet: „Die Kopfhaare dürfen nicht so lange getragen werden, daß sie den Uniformskragen berühren." Die Schneider sind in voller Arbeit.

Kassel. Bezüglich des kurhessischen Verfassungs-Umsturzes und der jüngsten Thronrede bei Eröffnung der oktroyirten „Lieben und Getreuen" dürfte noch Folgendes zu beherzigen sein: Kurfürst Wilhelm II. schlug, als er die Verfassung von 1831 gegeben hatte, das Hülfserbieten des Bundestags zur Herstellung der alten Ordnung aus, und beharrte bei seinen Zusicherungen bis zu seinem Tode, was aus einem Schreiben desselben vom 8. Dec. 1841 an die Stände hervorgeht, in welchem es unter Anderm heißt: „Als für das Andenken an Uns bleibendes Denkmal hinterlassen Wir die Unserm Lande gegebene Verfassung. Möge sie bei allen Unsern Unterthanen Unsern Anspruch auf dankbare Rückerinnerung an die Zeit Unseres Lebens und Unserer Regierung begründen" u. s. w. Der Bestimmung gemäß wurde dieses Schreiben erst nach dem Tode des Kurfürsten eröffnet. — Ferner bezeichnet der Landtagsabschied vom 9. März 1831, vom Kurfürsten und Gesammtministerium unterzeichnet, die Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831 „als ein Grundgesetz, dessen Verbindlichkeit für den Regenten wie für die Regierten in allen Zeiten feststehen und niemals durch irgend ein die Thronfolge oder den Staat betreffendes Ereigniß erschüttert werden soll." — Der damalige Kurprinz Friedrich Wilhelm (der jetzige Kurfürst) erklärte ferner in einer Proclamation aus Wilhelmsbad, nachdem er zum Mitregenten ernannt war: „Vertraut Eurem Regenten, der bei dem

Antritt der Regentschaft die Staatsverfassung aufrecht zu halten feierlich gelobt hat, und dem es an Kraft und festem Willen nicht gebrechen wird, sie vollständig zur Ausführung zu bringen." (N. K.)

Berlin. (Beitrag zur Würdigung unseres Constitutionalismus.) Eine statistische Uebersicht derjenigen Veränderungen, die während der Dauer der letzten Sitzungsperiode der Kammern in dem staatsdienstlichen Verhältniß der einzelnen Abgeordneten vor sich gegangen sind, ergibt, daß diese von der Rechten 34 Personen betroffen haben, 2 vom Centrum und 8 von der Linken. Die letzteren 10 Veränderungen sind Dienstentlassungen oder Versetzungen wider Willen; die ersteren sind Beförderungen. (Fränk. Kur.)

Ascherdleben, den 19. Juli. Im Januar d. J. wurde die hiesige freie Gemeinde vorläufig policeilich geschlossen. Man stellte sie als politischen Verein dar, der dennoch, wider das Vereinsgesetz, Frauen und Kinder in die Versammlungen zuließe, mit anderen Vereinen in Verbindung stünde u. dgl. Heute fand endlich die gerichtliche Verhandlung vor hiesigem Kreisgerichte statt und endigte mit der Freisprechung der angeklagten Vorsteher.

Breslau, den 21. Juli. Wie die neue Oderzeitung berichtet, hat der Berliner Treubund an die Breslauer „Patrioten" die Aufforderung gerichtet, ihn in dem Streben nach Abschaffung der Verfassung zu unterstützen. „Die Patrioten scheinen dieser Aufforderung Folge geben zu wollen, da schon in Nächstem von ihnen eine Versammlung Statt finden soll."

Schweiz.

Freiburg. Die reactionären Blätter des In- und Auslandes drucken die Petition des Comités von Posieux nach, als ob es das wichtigste Actenstück der Zeit wäre. Um dessen heuchlerischen Inhalt zu würdigen, macht die Schweiz. Nat.-Ztg. auf Folgendes aufmerksam: Man sieht, das Komite von Posieux tritt als unschuldiges Lamm vor die Bundesversammlung. Es will den bisherigen Hader ins Meer der Vergessenheit senken und durch Versöhnung und wechselseitige Duldsamkeit dem armen zerrissenen Kanton Freiburg wieder Tage eines glücklichen Friedens bereiten. Zum Zwecke dieser Versöhnung und gegenseitigen Duldsamkeit hat man in Freiburg kein Mittel der Agitation gescheut, hat man das Volk unablässig gehetzt, und aufgewiegelt, hat man bischöfliche Bannflüche geschleudert und einen nächtlichen Handstreich nach dem andern gemacht, speit man Gift und Galle gegen Alles, was seit 1847 geschaffen worden! Zum Zweck dieser Versöhnung und gegenseitigen Duldsamkeit hat das Komite von Posieux die Concessionen, die der Gr. Rath in seiner letzten Sitzung machte, mit Hohn zurückgewiesen und verlangt nichts mehr und nichts weniger als den vollständigen Sturz der gegenwärtigen Ordnung! Zum Zweck dieser Versöhnung und gegenseitigen Duldsamkeit droht man mit der Bundesrevision, wenn sich die Bundesversammlung nicht unbedingt in den Willen des Komites fügen will! Ja Versöhnung und Duldsamkeit, wo es gilt, sich in die Herrschaft einzuschleichen, aber fort mit der Versöhnung und Duldsamkeit, wo man das Ruder in Händen hat oder dessen sicher ist. In demselben Augenblick, wo das Komite von Posieux mit diesen schönen Worten vor die Bundesversammlung tritt, treibt man in Wallis Spott mit der Versöhnung und Duldsamkeit. In der Freiburger Ztg., einem der Organe des Komites von Posieux, war noch in diesen Tagen zu lesen, wie der Regierung von Wallis höhnend zugerufen wurde: ihr habt uns durch eure Versöhnung und Duldsamkeit den Weg gebahnt, jetzt marschirt fort, jetzt werden wir euch den Meister zeigen! „Thoren, Unsinnige, Alle, welche nichts gelernt, nichts vergessen hätten." Ja wohl, die Reaction hat etwas gelernt, das läßt sich nicht läugnen. Aber man schaue rings um sich und sehe, was sie gelernt hat. Sie hat gelernt zu heucheln und das Volk zu betrügen, wo es gilt, die Democratie durch die Democratie zu tödten. Sie hat gelernt, auch den letzten Funken der Scham abzulegen und alle Grundsätze der öffentlichen Moral zu verläugnen. Sie hat gelernt, noch raffinirter, grausamer, rachgieriger zu sein, wie sie zu irgend einer Zeit gewesen ist. Das wird sie practisch auch im Kanton Freiburg zeigen, wenn man den unschuldigen Lämmern traut.

Waadt. Nach einer Correspondenz des „Courrier Suisse" haben einige Kinder von Wiflisburg, die im Murtensee badeten, beim Wühlen im Ufersande 70 Goldmünzen gefunden, die theils das Gepräge der Bischöfe von Basel und Luzern, theils dasjenige der Herzoge von Burgund tragen. Man vermuthet, diese Münzen möchten am Tage der Schlacht bei Murten hier verloren oder begraben worden sein.

Frankreich.

Paris. Das Haus des Prinzen Napoleon — man könnte ebensogut sagen der Hof des Kaisers — ist auf einem so großartigen Fuß eingerichtet, daß z. B. jeder Stallknecht 300 Fr. monatlich, der Stallmeister 800 Fr. monatlich Gehalt bekommt!

Die Assemblée Nationale hat eine Warnung erhalten, und zwar wegen einer Erwähnung der Reise Karl des X. nach dem Elsaß, worin man eine Anspielung sieht!

Italien.

Rom, den 15. Juli. Bekanntlich haben die Vereinigten Staaten, statt des früheren Consuls, jetzt einen diplomatischen Repräsentanten nach Rom geschickt, der in seinem Hôtel eine protestantische Capelle eröffnet hat. Merkwürdig ist diese neueste Station des Protestantismus in Rom besonders durch ihre sehr entschiedene, freie und unabhängige Stellung, welche sie bereits eingenommen. Während die preußische Regierung ihre vom König Friedrich Wilhelm III. auf dem Quirinal angekaufte Gesandtschaftwohnung wieder zu veräußern und sie in einen Winkel des vereinsamten Capitols zu verlegen genöthigt ward, weil der Gesang und das Orgelspiel ihrer protestantischen Capelle im nahen apostolischen Palast des Quirinals allzu hörbar sei; während auch die Engländer ihren Gottesdienst noch immer nur außerhalb der Stadtthore halten dürfen, wagte es niemand, dem nordamericanischen Repräsentanten zuzumuthen, sich mit seiner Capelle seitwärts oder im Versteck zu halten. Vielmehr findet der americanische Gottesdienst im Palast Lovati, also im eigentlichen fashionabeln Viertel Roms, mit vielem äußerlichen Pomp und Conflux von eleganten Equipagen der zahlreichen amerikanischen Familien der Union statt. Bedeutsamer noch ist die Wirksamkeit der sich seit der Eröffnung dieser Capelle hier aufhaltenden amerikanischen Geistlichen nach verschiedenen Seiten hin. Die gegenwärtige religiöse Bewegung unter den Waldensern in Piemont ist hauptsächlich von ihnen ausgegangen, und noch vor kurzem begab sich der durch seinen evangelischen Missionseifer bekannte Hr. Hastings von hier dorthin, um sie zu unterstützen. — Die gehoffte Herabsetzung unsers sehr hohen Briefporto's ist zu Gunsten des großen Publikums immer noch nicht erfolgt. Dagegen hat das Generalpostamt bereits mehreren geistlichen Orden, namentlich den Jesuiten, für die Beförderung sogenannter guter Flugschriften und Journale, unter denen natürlich die Civiltà Cattolica obenan steht, eine beträchtliche Ermäßigung zugestanden. (A. Z.)

Kaukasusländer.

Nach Berichten vom Kaukasus haben die Tscherkessen einen ziemlich ausgedehnten Angriff auf die russischen Linien versucht. Die Russen, welche zuerst vordrangen, mußten endlich wieder ihre alten Stellungen einnehmen. Indessen haben sie diesmal da und dort nicht den alten einen, sondern drei Mann verloren, obgleich sich annehmen läßt, daß sie auf dem Rückzuge etwas mehr an Mannschaft eingebüßt haben mögen.

Australien.

Die Goldminen von Victoria sind noch immer das Eldorado aller Glücksjäger, und der Strom der Auswanderung nach diesen Gefilden ist in der That überraschend groß. Vom letzten October bis Anfangs März haben die dortigen Gruben 653,270 Unzen Gold, im Werthe von ungefähr 2 Millionen Dollars, geliefert, und die Erde scheint immer ergiebiger, je mehr sie mit der Haue durchwühlt wird. Gäbe es nur immer Wasser genug, die Ausbeute würde sich bis ins Fabelhafte steigern. Es dürfte in Australien noch lange Brauch bleiben, daß der Menschenstrom sich nomadenartig je dorthin wendet, wo die Wasserströmungen eine ersprießliche Weide für das goldhungrige Menschengeschlecht in Aussicht stellen. Mittlerweile werden die Städte Süd-Australiens immer mehr entvölkert. Adelaide, das sich so sehr zu heben angefangen hatte, ist beinahe entvölkert. Binnen 3 Monaten sind von dort an 15,000 Individuen nach den Goldgruben von Melbourne ausgezogen, und nicht weniger denn 700 Frauen und Kinder, deren Männer und Väter auf und davongegangen sind, müßen jetzt von den Aushülfsgeldern der Regierung zehren, deren Aufgabe es ist, die armen Verlassenen vor dem Hungertode zu schützen. Es wurde Alles versucht, der massenhaften Auswanderung Einhalt zu thun. Vergebens. Die Journale von Adelaide spüren die Entvölkerung am allermeisten. 1851 gab es daselbst 12 Druckereien und 13 Journale, darunter 2 deutsche, die Deutsche Zeitung und die Süd-Australische Zeitung. Jetzt sind die Journale auf die Hälfte zusammengeschmolzen, und nur Eines davon erscheint täglich. — Wegen der zukünftigen Ernte ist man sehr in Angst, weil viele Pachtungen ganz leer stehen und in vielen Gegenden gar nicht gesäet wurde. Die Rheder sind ebenfalls schlimm daran, da sie keine Matrosen zur Rückfahrt auftreiben können.

Neueste Nachrichten.

München, den 24. Juli. Der Staatsminister der Justiz, Dr. v. Kleinschrod, wird diesen Abend eine mehrwöchentliche Erholungsreise antreten, wie ich höre nach Wiesbaden. Der Ministerpräsident Dr. v. d. Pfordten, wird in 8 oder 10 Tagen hier zurückerwartet. — Während gestern in Erding die Getreidpreise nur um wenige Kreuzer stiegen, sind auf der heutigen Münchener Schranne Weizen um 1 fl. 27 kr., Korn um 2 fl. 2 kr., Gerste um 36 kr., Haber um 23 kr. in die Höhe gegangen, und zwar wohl zunächst durch die sehr geringe Zufuhr, die andererseits ihren Grund in dem Umstande hat, daß der Landwirth gegenwärtig zu beschäftigt ist, um zur Schranne fahren zu können.

Von einem Besuch des Königs von Griechenland in Hohenschwangau ist zur Zeit am Hofe nichts bekannt. Die Reise des Königs Otto nach Karlsbad ist auf ärztliche Vorschrift erfolgt, und es ist wahrscheinlich, daß derselbe sich auf dem kürzesten Wege ohne Aufenthalt sogleich zum Gebrauch der Bäder begeben wird. (A. Z.)

Würzburg, den 23. Juli. Mehrfach wurde in diesen Tagen an öffentlichen Orten eine Kornähre herumgeboten, welche die Dicke eines Männerdaumens hat und 80 Körner zählt. — Selbst in den weniger bedeutenden Lagen um Würzburg fangen die Trauben an sich bereits zu senken, wie der Kunstausdruck lautet.

Stuttgart, den 25. Juli. Die Bürgerausschußwahl ist diesmal fast ganz im Sinne der demokratischen und der liberalen Partei ausgefallen, welche sich zu diesem Behufe gegen die conservative Partei verständigt hatten.

Hannover, den 21. Juli. Die am 17. d. ziemlich unerwartet erfolgte Vertagung der Kammern hat in vielen Kreisen die Ueberzeugung hervorgerufen, daß eine Auflösung, ja vielleicht noch energischere Maßregeln bald folgen werden! Der Versuch der Regierung, auf verfassungsmäßigem Wege mit den gegenwärtigen Kammern eine Revision der Verfassung zu Stande zu bringen, wie sie vom Bundestag verlangt, muß als gescheitert angesehen werden. Was nun? *) (Allg. Z.)

— den 24. Juli. Die „Hannov. Ztg." erklärt in ihrer heutigen Nummer die Nachrichten in Betreff des Standes unserer Verfassungsfrage, wie die Inaussichtstellung einer demnächstigen Auflösung der Kammern für gänzlich unbegründet; die Regierung werde auf dem legalen Wege verharren und alle friedlichen und gesetzlichen Mittel erschöpfen vor Anwendung der letzten, äußersten und auch nicht illegalen!

Berlin, den 23. Juli. Wie man nachträglich hört, ist in der letzten preußischen Erklärung an die Zollvereinsconferenz schließlich gesagt: daß man sich in die Nothwendigkeit versetzt sehen werde, mit denjenigen Staaten, welche bis zum 16. August eine bindende Erklärung nicht abgegeben hätten, die ferneren Verhandlungen abzubrechen und die Maßnahmen in Ueberlegung zu ziehen, wie man mit den noch ferner beim Verein verbleibenden Staaten ein geschlossenes Zoll- und Handelsganze bilde. Uebrigens werden mit Hannover Verhandlungen gepflogen, um Modificationen derjenigen Puncte des Septembervertrags zu erzielen, an welchen die süddeutschen Bevollmächtigten der Conferenz besonders Anstoß genommen haben. Die hannoverische Regierung ist mit voller Bereitwilligkeit auf die Verhandlungen eingegangen. Das „Corresp.-Büreau" weiß von einem Wunsche des Königs von Württemberg, „auf keine Weise die wieder arrangirten, wahrhaft freundlichen Beziehungen getrübt zu sehen," und von dem ausgesprochenen Willen des Prinzregenten von Baden, „mit Preußen, dessen Freundschaft sich so bewährt, durch die zeitherigen Bande in allen Richtungen verbunden zu bleiben." (A. Z.)

Wien, den 22. Juli. In welcher feinen Sprache die hiesigen Conservativen gegen eine andere conservative Regierung auftreten, mag folgender Artikel des Lloyd beweisen, in welchem derselbe seinen Spott über das preußische Ministerium und über die conservative Partei in Preußen ausgießt: „Ihre Uneinigkeit hat nicht allein zur Schwäche, sie hat auch zur Demoralisation geführt. Sie vermag weder im eigenen Lande noch über die Grenzen desselben hinaus Vertrauen einzuflößen. In ihrer Haltlosigkeit, in ihrer inneren Spaltung, in ihrer unconservativ gewordenen Tendenz liegt auch wohl die Hauptursache der Schwäche, welche selbst die ministerielle „Zeit" kürzlich zu dem Geständniße veranlaßte, daß Preußen allein jetzt zu schwach sei, einen Großstaat zu bilden, und nur mit Hülfe des Zollvereins seine europäische Stellung behaupten könne."

Die Militärisirung der Polizei im ganzen Umfange der Monarchie beginnt sich zu verwirklichen. So ist in Mailand bereits der bisherige Obrist des 14. Gendarmerieregiments zum Chef der Polizei ernannt.

Mailand, den 20. Juli. Wegen politischer Umtriebe wurden am letzten Sonntag wieder mehrere Personen eingezogen. Unter diesen befanden sich namentlich fünf Brüder Lazzati, die Söhne des seinerseits so bekannten Geldwechslers, lauter junge Männer die wegen ihrer Talente und sonstiger guten Eigenschaften die Achtung ihrer Mitbürger im hohen Grade genossen. Wie begreiflich machte die Sache das größte Aufsehen und bildete gestern das allgemeine Tagsgespräch. (A. Z.)

Paris, den 24. Juli. Wie ich höre hat der kaiserliche Empfang in den diplomatischen Kreisen eine gewisse Aufregung hervorgerufen, und schickten die Gesandten der Hauptmächte noch in der Nacht Couriere an ihre Höfe ab. Es ist bei alledem wol natürlich, daß jetzt alles Ernstes das Kaiserreich in aller Kürze erwartet wird. An der Börse sprach man heute schon von einem bestimmten

*) Ohne Zweifel octroyiren, um das Vertrauen zum derzeitigen „Constitutionalismus" zu erhöhen! D. Red.

Termine. — Der Banquier Goudchaux, Finanzminister der provisorischen Regierung, soll, wie das Gerücht geht, aus Frankreich verbannt worden sein. — Von Proudhon wird binnen Kurzem eine Schrift unter dem Titel: „Die sociale Revolution, bewiesen durch den Staatsstreich," erscheinen. Dieselbe soll äußerst heftig abgefaßt sein, und die Legitimisten, Socialisten, Republikaner und Bonapartisten ohne Ausnahme angreifen. In Bezug auf das jetzige Regime sagt Proudhon, daß ihm dasselbe eben so lieb sei, wie andere, da unter denselben ebenfalls nicht mehr Freiheit herrschen würde.

Heute verfügte sich eine kleine Anzahl Republikaner, jedoch nicht in gemeinschaftlichem Aufzuge, sondern einzeln nach dem Friedhofe von St. Mande, um an dem Grabe Armand Carrel's eine Immortellenkrone niederzulegen und ein Gebet zu verrichten.

London, den 24. Juli. Nach der Berechnung des „Globe" besteht das Unterhaus bis heute aus 315 liberalen Freihändlern, 274 Ministeriellen und 36 Zweifelhaften. Die ministerielle Morning-Post redet von 318 Ministeriellen und 297 Liberalen. — In Liverpool sind die Comite's beider Parteien übereingekommen, das sonst für Umzüge ꝛc. bei den Wahlen verwendete Geld, den Armen zu schenken.

Rußland. Der Nestor der russischen Diplomatie, Graf Nesselrode, wird wegen vorgerückten Alters seine Stelle niederlegen, und durch den Gesandten in Wien, Baron Meyendorff ersetzt werden.

Athen, den 13. Juli. In diesen Tagen (15./27. Juni) wurde im Piräus dem Helden Themistokles ein Denkmal gesetzt, wobei der Bürgermeister in einer kurzen Rede die Versammelten aufforderte, nach dem Vorbilde des großen Mannes „nicht zu schlafen über den Trophäen ihrer tugendhaften und ruhmreichen Vorfahren;" eine Ermahnung, die ganz an ihrem Orte war.

Miscellen.

Aus **Baden-Baden** wird geschrieben: „Kaum war das officielle Convoi, welches uns den Republik-Präsidenten und sein kaiserliches Geleit hieherbrachte, angekommen, als auch der ganze präsidentliche Hofftaat sich mit der Gier afrikanischer Heuschrecken über die Gefilde des trente und quarante herstürzte. Minister, Generale, Ingenieurs, Journalisten u. s. w. umlagerten mit Gewittereile den grünen Teppich und ließen sich in ein tolles Spiel mit Fortuna's Launen ein, bei welchem Herr Benazet, der Großmüthige, gnädigst schmunzelte, sich herzlich freuend über die Höflichkeit seiner Landsleute. Mit der jovialsten Miene verlor Hr. von Saint-Arnaud Schlag auf Schlag, während Bineau bei jedem fehlschlagenden Coup Gesichter schnitt. Mit echt stoischer Ruhe gewann General Waldner, und mit eben solchem Phlegma verlor Oberst Fleury, der Vertreter des prinzlichen Hauses, sowol der in Paris gebliebenen Mitglieder als der zur Reisegesellschaft gehörigen, für deren Rechnung er — 60,000 Fr. verspielte. Der Dichter Méry verlor, was er eben bei sich trug, 2000 Fr. und war gewiß mehr als zufrieden, als Benazet, der Großmüthige, ihm in seiner Großmuth 500 Fr. vorstreckte. Méry dankte ihm mit einem Calembourg, und war munter und guter Dinge, wie es überhaupt die ganze Reisegesellschaft auf der Heimkehr von Straßburg gewesen sein soll, trotz dem, daß sie meist den graziösen Herrn Benazet lange in theurem Andenken halten wird."

Zu den bekannten Wahrnehmungen über die schädliche Wirkung gewisser gefärbter Waaren ist eine neue, bisher noch nicht bekannte gekommen. Die Magdeburger Regierung hat bemerkt, daß auch die zum Schließen der Briefe dienenden Oblaten mitunter mit schädlichen Stoffen gefärbt werden. Namentlich soll diese für die Gesundheit nachtheilige Färbung bei den rothen und grünen Oblaten vorkommen, und in Magdeburg soll sich erst kürzlich der Fall ereignet haben, daß Kinder, die von dergleichen Oblaten genascht hatten, nicht unbedeutend erkrankten. Die Regierung hat deßhalb den Gewerbtreibenden, die sich mit der Anfertigung von Oblaten befassen, die Verwendung des Mennig- und des Schweinfurter- oder Kaisergrüns untersagt.

In dem Gouvernement Kaluga, südwestlich von Moskau existirt ein See von sehr eigenthümlicher Natur. Er hat die Form eines Ellenbogens, ist 1½ Werste lang und erstreckt sich von Süd nach Nord. Das Gras und die Pflanzen, welche seine Ufer bedecken, dringen, ohne daß man die Ursache davon recht erklären könnte, immer weiter in den See vor und nehmen ihn unter steter Zunahme ein. Diese Wasservegetation wurzelt in der geringen Menge Humus, der in den Fasern der in einander geflochtenen Wurzeln zurückgehalten ist, und wird auf diese Art an die Oberfläche des Wassers heraufgehoben. Der Gürtel der vordringenden Pflanzenmasse ist schon breit, und da sie jährlich sehr merkbar zunimmt, so kann man wol annehmen, daß bald die ganze Oberfläche des Sees bedeckt sein, und derselbe ein unsichtbares Wasserbehälter darstellen wird. Man kann auf dem Moosgürtel, der den See umgibt, ohne Gefahr des Einsinkens gehen; doch fühlt man bei jedem Schritt, daß es dem Boden an der rechten Festigkeit fehlt. Tritt man stark auf, so quillt sogleich das Wasser hervor und macht das Moos naß. Unter der Decke ist die Tiefe beträchtlich. Im See finden sich eine ziemliche Zahl vortrefflicher Fische, mit denen sich die in der Nähe wohnenden Bauern im Winter reichlich versehen. Sie warten zu dem Ende bis eine feste Eisdecke auch die Mitte des Sees bedeckt. Alsdann läßt man durch mehrere Oeffnungen, die man ins Eis haut, die Netze hinab. Man fängt große Karauschen und andere Fische mit weißem Fleisch.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 24. Juli. Weizen 19 fl. 14 kr., Korn 15 fl. 4 kr., Gerste 11 fl. 40 kr., Haser 7 fl. 1 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1146²] **Holländer Mühlsteine,** gemahlenen **Traß,** niederländer Backofensteine (Taugsteine), Asphalt, Cemment, Mineraltheer, stets auf Lager vorräthig bei

Ernst Glock in Karlsruhe.

[1096³] **Amerika.**

Bekanntmachung für Alle, welche Gelder aus Amerika zu beziehen haben.

Durch den Tod meines Associé **L. Bleidorn** hört die Firma **Schulz & Bleidorn** in New-York auf. Demzufolge habe ich meinen Sohn **Friz** nach New-York gesandt, um meinen bisherigen Geschäftsantheil zu übernehmen und auf meine alleinige Rechnung das seit 18 Jahren von mir daselbst errichtete **Wechsel- & Commissionsgeschäft** unter der Firma

Friedr. Gustav Schulz und Son

fortzusetzen. Diejenigen Freunde und Bekannte, welche mich bisher mit ihrem Zutrauen beehrt haben und mir solches fernerhin schenken wollen, ersuche ich hiemit, ihren Verwandten und Bekannten in Amerika zu schreiben, daß sie die Gelder nur an **F. G. Schulz & Son** in New-York bezahlen sollen, wo sie sich einer schnellen und sichern Besorgung versichert halten dürfen. Die Beförderung der Gelder und Vollmachten von hier aus nach Amerika geht ihren geordneten Gang fort.

Stuttgart, im Juni 1852.

Friedr. Gust. Schulz, senior.

☞ J. J. Tascher, Buchhändler in Kaiserslautern, nimmt Aufträge an.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 181 | den 29. Juli 1832.

Deutschland.

* **Speyer.** (Geschichtliche Erinnerungen.) Die Verhältniße in unserm westlichen Nachbarlande gestalten sich, wenn auch etwas langsamer als Manche erwarten mochten, doch jedenfalls derart, daß Deutschland allen Grund hat, die Möglichkeit eines Eroberungskrieges von daher ins Auge zu faßen. Es drängt sich von selbst die Frage auf: wie kam es, daß Deutschland in den Revolutionskriegen einen Theil seiner schönsten Gebiete an Frankreich verlor? Die Erörterung dieser Frage gewährt in einer Lage, wie unsere jetzige ist, ein erhöhtes, gleichsam ein practisches Interesse. Es ist nothwendig, daß man sich auch wieder damit befaßt. Darum wollen wir in nachfolgenden Bemerkungen einige Beiträge zu diesem Thema liefern.

Wir halten die materiellen Kräfte Deutschlands für größer, als die Frankreichs. Dessenungeachtet mußte das erste unterliegen, so lange deutscher Seits nur mit materiellen Kräften gekämpft ward, gegenüber den vereinigten materiellen und moralischen der Franzosen. Der erste Revolutionskrieg ward begonnen im rein dynastischen Interesse gegen das natürliche Recht der Selbstbestimmung des Nachbarvolkes. Er ward geführt, um das nachmittelalterliche System des Absolutismus zu erhalten, indeß die Franzosen für ihre Befreiung von diesem, und zugleich für ihre Befreiung von den drückenden Lasten des Feudalismus kämpften. Ja, es war eine furchtbare Last, wohin ihre zu ernährenden Heere, und (was diesen nicht vorgeworfen werden kann), wohin der länderaussaugende Schweif ihrer Lieferanten und Angestellten der mannichfachsten Art bei uns kam. Aber die Aufhebung der Frohnden, Zehnten und sonstigen Feudallasten, die Befreiung des Bodens und der Menschen, diese großen Ergebniße der Revolution, waren eben Vortheile, deren Wohlthätigkeit alsbald Jedermann empfand. Wendete sich der Sieg dagegen momentan auf die Seite der deutschen Heere, gelang es z. B. dem Erzherzog Karl, selbst nach dem Abfalle der Preußen im Basler Frieden, Vortheile über die Gegner zu erringen, — Siege, welche an sich jedes deutsche Herz erfreuten, — was war das Erste, das der Sieger in den wieder errungenen deutschen Gebieten anordnete? Die Wiederherstellung des alten Feudalunwesens! Da geriethen denn freilich die Liebe zum deutschen Vaterlande und die Erkenntniß der Nothwendigkeit einer Abschüttelung des alten Unwesens augenblicklich in Conflict, und naturgemäß mußte das erstbezeichnete Moment zurücktreten. Darum war es eine Unmöglichkeit, der Begeisterung der Franzosen eine Begeisterung der Deutschen entgegen zu stellen; darum mußten die letzten unterliegen, darum mußten sie ihre schönsten Provinzen verlieren, welche ihre Diplomaten schmählig preis gaben. —

Nicht die Liebe zum deutschen Gesammtvaterlande war es also, was den Krieg begonnen hatte, sondern blos das dynastische Interesse des Absolutismus. Was Wunder, daß dieses Interesse sich bald wieder spaltete, daß die Dynastie Hohenzollern — die ihr verbündete Dynastie Habsburg, gleichzeitig aber auch das deutsche Gesammtvaterland, preisgab, und den schmähligen Basler Separatfrieden schloß?! Freilich zeigte es sich ein Jahrzehnt später, daß die Preußische dynastische Pfiffigkeit sich gewaltig verrechnet hatte, und in der Jenaer Schlacht und im Tilsiter Frieden erlitt sie gebührende Züchtigung; schade nur, daß, mehr noch als die dynastischen Interessen, das gesammte preußische Volk darunter litt.

Trug in der früheren Zeit die „preußische Neutralität" (der Basler Friede) wesentlich bei zum Siege des Auslandes, so wirkte in der folgenden Periode die noch viel unverantwortlichere offene Verbindung eines Theiles der Reichsfürsten mit dem Reichsfeinde (der Rheinbund,) zum Unheile Deutschlands. Eine Schmach überbot die andere. Der Reichsfeind verlieh die „Souverainetät." Ein fauler Köder! Zur wahren Souveränetät fehlte gerade jetzt die materielle Macht. Diese, dem Namen nach „souverän" gewordenen Fürsten mußten nun den Dictaten des fremden Gewaltherrschers weit widerspruchsloser folgen, als früher dem Reichsoberhaupte! Sie hatten sich gewaltig getäuscht in dem Glauben, nach dem Sturze des Reiches selbstständig handeln zu können. Wie enorm und nie aufhörend war die Geld- und die Menschensteuer, welche man für fremde und vaterlandsfeindliche Zwecke willenlos leisten mußten!

So war es auch in dieser Beziehung wieder das, noch überdies übel verstandene dynastische Interesse, wodurch das Unglück Deutschlands besiegelt und forterhalten ward.

Ein ferneres Unglück war es, daß die Fremdherrschaft, wohin in Deutschland ihre Waffen sie führten, überall stets dienstbereite Werkzeuge in der vor jeder Gewalt kriechenden Bureaucratie fand. Ebenso, wie früher für den inländischen absoluten Herrscher, wurden nun für den fremden Eroberer alle Kräfte des Landes systematisch ausgesaugt. Das fand er anders in Spanien; darum konnte er dort nicht so leichthin vom Volke selbst die Mittel zum Unterhalt seiner Heere, zur Durchführung seiner Befehle, erhalten, die auf Vernichtung der Selbstständigkeit dieses nemlichen Volkes abzielten. — Die Bureaucratie, die man eben nach Französischem Muster in allen deutschen Ländern immer mehr ausbildete, und damit immer mehr die frühere Selbstregierung des Volkes vernichtete, sie war ein weiterer Grund des Unglücks und Verderbens, — indem sie die Unterdrückung systematisch gegen das eigene Volk durchführte. Das war die Frucht, die man davon erndtete, daß man willenlose Werkzeuge, als eine besondere Kaste im Staat, aufgestellt hatte. —

Einiges Weitere in einem zweiten Artikel.

* **Aus der Pfalz,** den 23. Juli. In Deidesheim waren bei der Durchfahrt König Ludwigs nach Dürkheim viele Häuser mit baierischen Fahnen geschmückt. An den bedeutendsten Häusern wehte neben den Landesfarben die schwarz-roth-goldne Fahne. Ich habe deren sieben gezählt und an der Spitze einer derselben, welche das Haus eines in der politischen Welt wohlbekannten Mannes zierte, einen Immortellenkranz beobachtet. Am Deidesheimer Rathhause war eine Tafel angeheftet auf welcher auf grünem Grunde mit Kornblumenschrift zu lesen war: „Es lebe hoch König Ludwig der Deutsche."

* **Pfalz.** Der in dem politischen Proceße correctionell verurtheilte Bumiller von Edenkoben, welcher kürzlich sein Heimathland verließ, um nach Amerika überzusiedeln, ließ seinen elfjährigen talentvollen und wackern Knaben krank zu Hause, und wird nun in der Verbannung die Kunde erhalten, daß derselbe gestorben ist. Dieser Knabe und ein durchaus kränkliches Mädchen waren seine einzigen Kinder. —

Betrachtungen. Der „Nürnb. Kurier" sagt in einem „Neu-Napoleonisches" überschriebenen Aufsatze: „Nachdem der bonapartistische Jubel einige Wochen geschwiegen, gleichsam als ducke er sich vor den ge-

runzelten Brauen, vor dem Quos ego! dem „Wart, ich will“ des Imperators aller Reußen in und außer Rußland: hat er sich jüngster Tage gelegentlich der Reise Louis Napoleons nach Straßburg neu aufgerafft und die Blätter erzählen von Huldigungen und Reden und Bällen und Enthusiasmus und Zubehör. Das Volk, sagen die bonapartistischen Organe, das treue Volk, das gute Volk, das verständige Volk — was doch das arme „Volk“ vortrefflich erscheint, sobald es den Machthabern zu Willen ist oder scheint — das Volk also habe den Wünschen und der Dankbarkeit Frankreichs seine Stimme geliehen.“ — Der Kurier hebt sodann das, der bekannten Miß Howard wegen erlassene Verbot, an Frauen Einladungen zur Straßburger Fahrt abzugeben, hervor. Er schließt mit folgender Erinnerung: „Inzwischen — und so Seltsames Louis Napoleon beginne und so Seltsames ihm nachgesehen werde — inzwischen kann man nicht umhin, des Tages zu gedenken, wo ein ganz anderer Napoleon, ein Sieger in hundert Schlachten, ein Mann, groß in Allem, nur nicht in der Herrschaft über seinen Uebermuth, an Bord des Bellerophon, am 30. Juli 1815, „im Angesichte des Himmels und der Menschen,“ die und deren Gesetze er bisher so wenig gekannt und geachtet hatte, gegen die Fahrt nach St. Helena machtlos, in leeren Worten protestiren mußte.“

Würzburg, den 24. Juli. Auf der heutigen Schranne zogen die Getreidepreise in Folge der starken Nachfrage von Händlern etwas an, etwa um 30 kr. im Mittelpreis.

Darmstadt, den 26. Juli. Das Verbot des Ankaufs von Kartoffeln zum Branntweinbrennen und überhaupt durch Branntweinbrenner ist durch höchste Ministerialentschließung vom 20. l. M. wieder außer Wirksamkeit gesetzt worden.

Wiesbaden, den 23. Juli. Wie wir hören, sagt die „Nass. Allg. Ztg.,“ ist in diesen Tagen der verantwortliche Herausgeber der „Mittelrh. Ztg.,“ Buchhändler Ritter dahier, wegen Schmähung des Königs von Württemberg (die „Mittelrh. Ztg.“ hatte, so bemerkt ebenfalls die „Nass. Allg. Ztg.,“ dem Könige bekanntlich vor mehreren Wochen seines Verhaltens in der Zollfrage wegen „Rheinbundsgelüste“ angeschuldigt) zu einer zweimonatlichen Correctionshausstrafe von dem hiesigen Hofgericht verurtheilt. — Von demselben Gericht soll auch kürzlich Scribent Feibel, bei Procurator Leisler dahier beschäftigt, Präsident des früher dahier bestandenen gegen Ende vorigen Jahres aufgelösten Arbeitervereins, wegen versuchten Hochverraths in eine einjährige Correctionshausstrafe verurtheilt worden sein.

Kassel. Der Bischof von Fulda, der sich getäuscht gesehen haben muß, ist wieder abgereist und hat der Regierung und Ständeversammlung die schriftliche Bitte hinterlassen, den Staatskirchenparagraphen aus der Verfassung zu streichen, weil er sonst an der Berathung keinen Antheil nehmen könne.

Schweiz.

Bern, den 25. Juli. Gestern Abend war ein großer Theil unserer freisinnigen Bevölkerung auf den Beinen, um der Serenade beizuwohnen, welche unsere treffliche Stadtmusik dem neugewählten Bundespräsidenten, dem wackeren Hrn. Näff, zu geben beabsichtigte, um durch ihre zahlreiche Gegenwart diesem Manne ihre Huldigung für die um das gesammte Schweizerland erworbenen, und auch durch die Bundesversammlung anerkannten Verdienste darzubringen. — Allein diese, den anderen zu dieser hohen Würde berufenen Männern zu Theil gewordene Ehrenbezeugung konnte nicht stattfinden; und warum nicht? etwa weil Jupiter pluvius seine Schleußen über die Stadt Bern ergoß? nein! Es war ein anderer sehr irdischer und menschlicher Gott, der durch einen Machtspruch der unter seinen Befehlen stehenden Musik verbot (hört es!) die Serenade zu geben. Also dem von den eidgen. Räthen gewählten Bundespräsidenten, verbietet unser kleiner Militär-Director eine Serenade zu bringen! (Schweiz. Nat.-Ztg.)

Frankreich.

Paris, den 24. Juli. Die Zahl der in Nantua und Pontarlier für den päpstlichen Dienst angeworbenen Soldaten beträgt ungefähr 4—6000; die Kantone Freiburg und Wallis haben am meisten Leute geliefert. Zwei Abtheilungen sind bereits nach Rom abgegangen.

Paris, den 25. Juli. Die Petitionsbewegung zu Gunsten der Wiederherstellung des Kaiserthums soll, wie man versichert, in der nächsten Zeit aufs umfassendste organisirt werden.

Italien.

Turin, den 20. Juli. Die savoyischen Bischöfe erklären Jedermann für excommunicirt, welcher sich nicht nach kanonischen Gesetzen trauen lassen würde. Sie bezeichnen in ihrem Hirtenbriefe das neue Ehegesetz als inconstitutionell, unmoralisch, anti-social und anti-katholisch. — Die hiesigen Gemeinderathswahlen sind meistens liberal ausgefallen.

Die Hinrichtungen in Forli. Unsere Leser erinnern sich der vor Kurzem erzählten Demonstration in Forli, wo die ganze Bevölkerung vor Trauer über die Hinrichtung von 4 Verurtheilten die Stadt verließ oder ihre Häuser schloß. Aus einer Flugschrift, die im Kirchenstaat verbreitet und von den piemontesischen Blättern mitgetheilt wird, erfährt man jetzt folgendes Nähere über den Proceß: Am 16. Dec. 1849, 6 Monate nach dem Falle von Bologna, Ancona und Rom, als der Belagerungszustand schon das einzige Gesetz der entwaffneten Romagna war, saßen einige junge Leute, Handwerker ihres Standes, die zu Treviso und Vizenza für die Unabhängigkeit Italiens gekämpft hatten, ruhig in einem Wirthshause in Forli, als sie von einer Bande elender Kerle angefallen wurden, die, belastet mit allen möglichen Verbrechen, unter dem Namen Brigands (wie der Urtheilsspruch selbst sie nennt) bekannt waren. Diese Bande unter der Anführung eines Roverino (berüchtigter Bandit, der wegen seiner Missethaten mehr als 20 Mal verurtheilt, aber nie bestraft worden), griff die jungen Leute mit Drohungen und Thätlichkeiten an. Letztere, von gerechtem Zorn hingerissen, vertheidigten sich, nachdem sie aus dem Wirthshaus gegangen, mit der einzigen Waffe, die der Belagerungszustand ihnen gestattete, mit Steinen gegen die Banditen und zwar so gut, daß der genannte Roverino tödtlich getroffen wurde. Die Policei verhaftete sodann die jungen Leute aber keinen von den Banditen! Die aus lauter Priestern zusammengesetzte „Consulta,“ die ein Specialgericht für politische Verbrechen bildete, brauchte anderthalb Jahre zu dem Processe und fand die Jünglinge schuldig: „eine bewaffnete Verbindung gebildet zu haben, mit dem vorbedachten Zwecke, die Anhänger der legitimen Regierung zu beleidigen, Aufruhr zu stiften und den Roverino zu tödten.“ Demgemäß verurtheilte sie durch Spruch vom 29. Juli 1851 einen Jüngling von 18 Jahren zu 20 Jahren Galeerenstrafe, vier andere zu lebenslänglichen Galeeren und endlich fünf zum Tode, nemlich Nicola Zanchini, Francesco Zanchini, Bartolo Baroli, Luigi und Odoardo Migliorini. Der erste von diesen konnte sich durch die Flucht entziehen. Ein ganzes Jahr hindurch wurden von allen Seiten Bitten um Begnadigung eingelegt. Der Municipalrath reichte ein flehentliches Gesuch ein. Auch der Kardinal Falconier, Erzbischof von Ravenna, damals Rector der Diöcese Forli, hat schriftlich und mündlich um Gnade; noch wärmer verwandte sich der neue Bischof von Forli. — Die vier jungen Leute erlitten den Tod mit der größten Fassung und unter dem lauten Ruf: „Es lebe die Republik! es lebe Italien!“

Neueste Nachrichten.

Karlsruhe, den 26. Juli. Durch eine Verordnung des Regenten wird bestimmt, daß der Kriegszustand noch bis zum 1. September fortzudauern hat. Nach einer zweiten hat die Entwaffnung nach Beendigung des Kriegs-

zustandes einstweilen noch fortzubestehen. Zufolge einer dritten können die Bezirksämter als Policeibehörden bei Handlungen, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden, insofern sie nicht gerichtlicher Strafe unterliegen, Freiheitsstrafen bis zu 8 Wochen Gefängniß oder Geldstrafen bis zu 300 fl. erkennen. Das Erkenntniß kann die Beschäftigung des Gefangenen innerhalb des Hauses und die Schärfung der Strafe mittelst Dunkelarrest und Hungerkost verfügen. Durch eine vierte wird die Frist zum Recurs gegen die von den großherz. Aemtern erlassenen Straferkenntniße auf 3 Tage festgesetzt.

Baden, den 22. Juli. Bei der Anwesenheit des Präsidenten der französischen Republik ist die Menge der französischen Policeiagenten aufgefallen, welche unter den mannigfaltigsten Larven hier einpassirten und die Gesellschaft zu bewachen suchten. (Fr. J.)

Während eines über dem höhern Schwarzwalde am 20. Juli sich entladenden Gewitters wurde die Spitze des Feldberges (des höchsten Gipfels des Schwarzwaldes) mit so dichtem Schnee bedeckt, wie wir ihn kaum im tiefsten Winter zu schauen gewohnt sind. (F. J.)

Vom Rhein, den 24. Juli. Wie wir hören, hat sich der seit zwei Monaten auf die in dem Rhein versunkene Locomotive gelegte Sand wieder weggespült und es ist deßhalb abermals die Möglichkeit gegeben, einen Versuch zur Rettung der Maschine zu machen.

Berlin, den 25. Juli. Das Ministerium des Innern hat den Polizeibehörden eine verschärfte Aufsicht über das Wandern fremder Handwerksgesellen zur Pflicht gemacht. Handwerksgesellen welche das 30ste Lebensjahr überschritten haben oder bereits 5 Jahre auf der Wanderschaft waren, welche in den letzten 8 Wochen nicht wenigstens 4 Wochen gearbeitet haben, welche nicht mit Reisegeld und Wäsche versehen sind, endlich solche bei welchen Erkennungszeichen, die auf unerlaubte Verbindungen schließen lassen, oder aufrührerische Schriften gefunden werden, sind, falls nicht Gründe zu weiterer Untersuchung vorliegen, sofort über die Gränze zurückzuweisen.

Köln, den 26. Juli. Der Proceß gegen Dr. Becker, Bürgers, Daniels und Genossen, welcher am 28. d. vor dem hiesigen Assisenhofe zur Verhandlung kommen sollte, wird wegen eines mangelnden Zeugen vertagt werden.

Hamburg, den 24. Juli. Während die politische Gleichberechtigung der Juden durch die Note des Bundesausschusses hier wieder in Frage gestellt ist, fängt eine neue Secte an, hier Terrain zu gewinnen, nämlich die Mormonen, die bereits eine öffentliche Andacht hier abgehalten, ein Sonntagsblatt hier gegründet und eine deutsche Uebersetzung ihrer Bibel hier veranstaltet haben. Ihre Missionäre suchen durch Wort und That (unter letzterer verstehen wir Geldgeschenke) zu wirken und ist es ihnen auf diese Weise auch wirklich gelungen, mehrere Proselyten hier zu machen. (F. J.)

Zürich, den 25. Juli. Diesen Morgen gegen 3 Uhr wurde ein heftiger Erdstoß verspürt.

* **Paris,** den 26. Juli. Der „Moniteur" bringt wieder zahlreiche Ernennungen von Maires und deren Adjuncten, und von einigen Präfecturräthen. Die von aller Welt angekündigten und täglich erwarteten Ministerveränderungen, die wir von Anfang in Abrede stellten, lassen noch immer auf sich warten. Die von uns angekündigten Modificationen in dem Wirkungskreise einzelner Ministerien und namentlich des Staatsministeriums kann man jedoch mit Zuversicht erwarten.

Die lithogr. Correspondenz schreibt: Es ist schon so oft und mehr als zu Genüge von oben und im Volke wiederholt worden, daß die Hauptstütze der Regierung die Armee sei. Dieses Berufen auf die bewaffnete Macht könnte nachgerade vermieden werden, denn es enthält immer etwas von Herausforderung und Mißtrauen gegen das Volk. Es war sonach keine glückliche Idee am Tage des Einzugs Louis Napoleons die ganze Armee von Paris auf die Beine zu bringen und auf diese Art den Präsidenten zwischen so unzähligen Waffen dahin ziehen zu lassen. Die Bevölkerung von Paris, welche sowol durch ihr respectvolles Schweigen (!) als durch ihre Acclamationen den Präsidenten auf das Beste empfing, war durch diese Schaustellung des militärischen Apparats an den Bürgerkrieg erinnert. Die so oft geschlagenen Wunden sind so schwach vernarbt, daß das Land von jeder neuen Erinnerung daran schmerzlich berührt wird. Es ist daher seit dem Tage der Rückkehr Louis Napoleons eine gewisse trübe Stimmung hier entstanden und dies um so mehr, als die widersprechendsten Gerüchte über die Zukunft geben.

Ueber das am 15. Aug. abzuhaltende Fest ist bereits ein Programm erschienen. Wir entnehmen daraus folgende Notizen: Gratisvorstellungen in den Haupttheatern von Paris. Eine colossale, brillante Gasillumination vom Triumphbogen bis nach der Barrière du Trone, auf einer Strecke von 1½ Stunden Weges. In der Mitte des Triumphbogens wird ein Feueradler prangen, dessen ausgebreitete Flügel 60 Fuß lang sind. Das Feuerwerk wird auf der Concordebrücke abgebrannt werden; es wird den St. Bernhardsberg mit dem Kaiser zu Pferde, wie auf dem Bilde von David, vorstellen; der Schnee wird unter einem Feuerregen täuschend ähnlich dargestellt werden ꝛc. ꝛc.

Die „Union" fordert alle Mächte auf, gegen die Schweiz zu ziehen und deren radicale Regierungen fort zu jagen, wenn sie die Ruhe in Europa, (nicht auch die Jesuiten?) erhalten wollen.

Am Morgen des 25. Juli wurde der Grundstein zum Ausbau des Louvre gelegt. — Die Flugschrift von Victor Hugo wird gestern zu Brüssel erschienen sein. Der Verfasser wollte sich sogleich nach der englischen Insel Jersey begeben, um allen Reclamationen zu entgehen. — Wie verlautet, steht die Einrichtung directer Eisenbahnzüge von Paris nach Berlin bevor. — Der Constitutionnel meint, nach Vollendung der Straßburger Eisenbahn müsse Havre der Hafen Süddeutschlands werden. — Der „Moniteur" erzählt, der Präsident sei incognito nach Baden gereist und habe dort u. A. der Prinzessin von Preußen einen Besuch abgestattet. Der Präfect der Vogesen redete ihn beim Vorstellen der alten Militärs mit „Eure kaiserliche Hoheit" an.

* **Turin,** den 23. Juli. Die Bischöfe von Savoyen haben eine Proclamation erlassen, in der sie Jeden, der eine Civilehe nicht von der Kirche einsegnen läßt, mit Excommunication für die ganze Lebensdauer bedrohen. — Die Verhaftungen in den römischen Staaten von Seiten der österreichischen Militärbehörden dauern fort. In Ferrara hat man sehr viel Personen, darunter den Dr. Passega, einen päpstlichen und zwei österreichische Officiere verhaftet. Auch in Livorno haben mehrere Verhaftungen stattgefunden.

Miscellen.

Stuttgart. Die heißesten Tage in diesem Jahrhundert waren (nach Graden Réaum.):

		Morg.	Mitt.	Abend.		Summa.
1801	den 8. Juli	18½	27	20	=	65½
1807	den 13. Juli	15½	30	20	=	65½
—	den 14. Juli	16½	28	20	=	65½
—	den 24. Aug.	16	29	20	=	65
1819	den 7. Juli	18	27	20	=	65
—	den 8. Juli	18	29½	17½	=	65
—	den 16. Juli	18	29½	21	—	68½
1845	den 7. Juli	16	30½	20	=	66½
—	den 8. Juli	16½	29	20½	=	66
1852	den 17. Juli	18	28	21	=	67

(Beiträge zur Culturgeschichte.) Die „Nordische Biene," eine Petersburger Ztg., erzählt von dem 50jäh-

rigen Dienstjubiläum eines hohen russischen Beamten. Bei dem Festmale wurde der Jubilar von den Gästen plötzlich in die Höhe gehoben und vor das Bild des Kaisers getragen. Der Jubilar kniete vor dem „vergötterten Bilde des gränzenlos gnädigen und geliebten Monarchen nieder." Die ganze Gesellschaft warf sich gleichfalls auf die Kniee und stimmte „Gott erhalte den Kaiser!" an.

Der neueste Kladderadatsch ist (wie alle preußischen Blätter in jedem Quartale einmal) mit dem Preußischen Zeitungsstempel versehen. Er knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Wir tragen den Stempel der Wahrheit an unserer Stirn; denn wir leben in einer Zeit, so lustig und so lächerlich, daß in ihr die Wahrheit zum Spott, und der Spott die einzige Wahrheit geworden ist.

Wir tragen den Stempel der Popularität, durch Myriaden von Lesern, die sich um unser siegreiches Banner schaaren, besser bewährt als durch Probefahrten nach Straßburg und durch Ovationen, welche „nicht mehr Begeisterung sondern Raserei" sind.

Wir tragen den Stempel der Frische und Gesundheit, deren rosig blühenden Wangen selbst die schwülsten Tage des gegenwärtigen Sommers „des Gedankens Blässe anzukränkeln" nicht vermocht. Denn angethan mit der Badekappe der Narrheit und den Schwimmhosen der Frivolität stürzen wir uns muthig kopfüber in das Wellenbad des Leichtsinns, und mit starkem Arme theilen wir die schaumspritzenden Wogen der Anarchie, welche leider mächtig genug war, andre weniger gesunde Kinder mit dem Bade zu verschütten.

Wir tragen den Stempel der Zeitungssteuer, welcher zugleich ein Stempel der Anerkennung unserer Macht ist; denn er beweist, daß es dem Humor ein Spaß ist dem Staate, daß aber der Staat nicht im Stande ist dem Humor zu steuern.

Darum sehe Jeder zu wie wir unsern Stempel tragen und ob wir ihn tragen; aber bald, noch bei dieser Nummer. Denn wer ein **ungestempeltes** Exemplar derselben besäße, könnte dasselbe nur durch Mittel erlangt haben, deren Bekanntwerdung ihm selbst nach zweimaliger Verurtheilung in unteren Instanzen ein freisprechendes Urtheil des Obertribunals zu garantiren schwerlich geeignet sein möchte."

Die Darmstädter „Bestimmungen über das äußere Erscheinen der Civilbeamten in Uniform" enthalten buchstäblich Folgendes: „§. 8. Die Halsbinde wird ohne vorstehenden Hemdekragen getragen. §. 14. Die Kopfhaare dürfen nicht so lang getragen werden, daß sie den Uniformskragen berühren." Es ist hieraus zu ersehen, wie neben der Aufklärung im Großherzogthum, welche den Zopf gänzlich beseitigt, auch die Moral gehoben wird, da kein Vatermörder hinfort ungestraft geduldet wird.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1148²] **Anzeige.**

Eine noch neue Circular-Säge, 25 Cent. Durchmesser mit 3 Meter langem und 1 Meter breitem Gestell, solid gebaut, ist wegen Veränderung des Platzes billig zu verkaufen. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[1150] **Verlorener Hund.**

Ein brauner Hühnerhund mit weißer Brust, weißen Hinterfüßen, weißem Bauch und langem Schweif hat sich verlaufen; eine angemessene Belohnung erhält derjenige, der denselben an Jacob Weinacht VII in Mutterstadt überliefert.

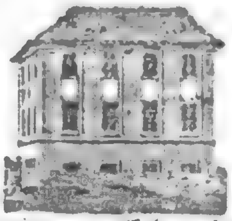
[1151³] **Zu vermiethen**

ein in der Hauptstraße zu Edenkoben an sehr frequentem Platze gelegener Laden mit Einrichtung, worin seit vielen Jahren ein Kurzeisenwaaren-, Spezerei- und insbesondere Cigarren- und Tabaksgeschäft mit vielem Vortheile betrieben wurde, nebst den nöthigen Räumlichkeiten; ferner ein daran stoßender Obst- und Pflanzgarten, Scheuer mit Stallung und ein Keller, worin 100 Fuder Wein gelagert werden können, einzeln oder im Ganzen und kann sogleich bezogen werden. Auch kann das ganze Haus unter vortheilhaften Bedingungen gekauft werden. Nähere Auskunft ertheilt daselbst die Frau von Xaver Bumiller.

[1149⁶] **Offene Lehrlingsstelle.**

Für einen mit den nöthigen Vorkenntnißen ausgestatteten jungen Mann ist in einem Speditions-Geschäft am Rhein eine Lehrlingsstelle offen. — Die Adresse ist auf frankirte Anfragen unter Nro. 1149 bei der Expedition dieses Blattes zu erfahren.

[1114²] **Versteigerung des Gasthofes „zum goldenen Schaaf" in Landau** (bayerische Pfalz).

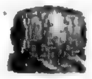


Montag, den 6. September laufenden Jahres, des Nachmittags 2 Uhr, in dem Locale selbst, wird der in der bayerischen Pfalz, zu Landau am Paradeplatz liegende Gasthof „zum goldenen Schaaf," unter vortheilhaften Bedingungen und Gestattung längerer Zahlungstermine, der Erbvertheilung wegen öffentlich in Eigenthum versteigert.

Dieser Gasthof, der seit undenklichen Zeiten sich eines guten Rufes und einer starken Frequenz erfreut, gelegen in dem belebtesten und schönsten Theile der Stadt, versehen mit den Erfordernißen eines vortheilbringenden Betriebs, enthält 2 geräumige Speisesäle, 8 schöne Logis mit Aussicht auf den Paradeplatz, 11 Fremdenzimmer, 12 Bedientenzimmer und Kammern, in den Nebengebäuden einen großen Tanz- und Réunions-Saal mit Restaurationslocalitäten, — 3 Keller, Stallungen für 30 Pferde, Remisen, Hofraum und Brunnen, — kann jedem Geschäftsmann als sehr rentabel empfohlen werden.

Bei der stets ansehnlichen Garnison, durch seine vortheilhafte Lage am Paradeplatz und nächst der Fruchthalle, dann der in Aussicht stehenden baldigen Eröffnung der Eisenbahn von Neustadt über Landau nach Weissenburg, der Nähe des königlichen Lustschlosses Ludwigshöhe und des Bades Gleisweiler, steht dem Gasthause eine immer mehr steigende Frequenz in Aussicht.

[1141²] **Wein- und Faßversteigerung.**



Mittwoch, den 4. August nächsthin, Vormittags 9 Uhr anfangend, in der Sterbebehausung zu Gimmeldingen werden die zu dem Nachlasse des allda verlebten Gutsbesitzers Christoph Köhler gehörigen, aus seinen eigenen Weinbergen in den Gemarkungen von Gimmeldingen und Mußbach gezogenen, Weine abtheilungshalber versteigert, und zwar:

5000	Liter	1844er Traminer,
3000	„	„ gemischter,
7000	„	1846er,
5000	„	1848er,
6000	„	1849er,
12000	„	1850er,
3000	„	1851er.

Sogleich nach der Weinversteigerung wird zur Versteigerung der zu jenem Nachlasse gehörigen Fässer (worunter 14 große Lagerfässer), Kelter- und Herbstgeräthschaften geschritten.

Neustadt, den 20. Juli 1852.

Werner, Notär.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro. 181.) den 29. Juli 1852.

Deutschland.

Baden. Wie man von mehren Seiten hört, ist es sehr zweifelhaft, ob die vom Erzbischof zu geistlichen Uebungen verurtheilten Priester erscheinen werden. Von manchen wird es nicht geschehen. Wie wird sich die Regierung aber bei dieser Sache verhalten? Wird sie den Geistlichen, welche, als Beamte des bürgerlichen Standes, ohne Erlaubniß der Regierung ihren Dienst nicht verlassen dürfen, Urlaub geben oder nicht? Zudem macht die Sache ein sehr großes Aufsehen in den kathol. Gemeinden. Viele werden erklären, sie wollten keinen Pfarrer haben, welcher schon „in der Kuh" — wie diese Pönitenzanstalt im Munde des gemeinen Volkes heißt — gewesen. Zudem sind in einzelnen Capiteln alle Geistliche zur Buße nach St. Peter verurtheilt. Wie werden dann deren Stellen versehen? (F. J.)

Gotha, den 28. Juli. Unser Tageblatt erzählt folgendes Curiosum. Alljährlich besucht eine hiesige Gesellschaft, nach dem Gasthofe, in welchem sie ihr Versammlungslokal hat, Mohrengesellschaft genannt, die Stadt und die Umgebung von Eisenach. Dieß geschah auch dieses Mal, doch wurde die Gesellschaft zu ihrem Befremden hinter der Stadt weggeführt. Dieß war (nach dem Tagblatt) nur der Erwägung zuzuschreiben, daß die Mohrengesellschaft eine Gesellschaft von Mohren sein werde und deßhalb die Ruhe der Stadt ernstlich gefährdet werden könne, wenn ein solch fremdländischer Aufzug mitten durch die Straßen der Stadt zugelassen würde.

Miscellen.

Auswanderungssache. Notizen über die Aussicht, welche sich auswandernden Handwerkern in Amerika darbieten. (Beschluß.)

Kleidermacher. Dieses Fach ist in Amerika eins der bedeutendsten, ich möchte sagen das ausgedehnteste von Allen. In New-York hat man Geschäftshäuser dieses Faches, in welchen mehr Arbeiter beschäftigt sind, als in mancher Stadt Europa's. Kommt man in die Werkstatt der Gebrüder Brooks, Ecke der Cathrinen- und Tjerry Street in New-York, so muß man erstaunen über dieses Etablissement. Es ist das größte in New-York und zugleich in ganz Amerika. Die unterste Etage ist mit Lagern von Tuch und Futter in allen Branchen versehen; zugleich findet man dort eine große Auswahl von Reisekoffern, Hüte, Regenschirme und sonstige Equipirungs-Gegenstände. Geht man die schöne Treppe hinauf, so gelangt man zunächst in einen großen Saal, welcher ringsumher mit Tischen versehen ist, an welchen die Zuschneider in voller Beschäftigung sind, deren Anzahl sich gewöhnlich auf 30 beläuft. In der Mitte dieses ungeheuern Saales stehen Tisch an Tisch, auf welchen fertige Kleidungsstücke ausliegen und mehrere junge Männer angestellt sind, welche den Verkauf vollziehen. In diesem Saale hat zugleich der „Vormann" seinen Platz, nach dessen Anordnungen sich jeder Andere zu richten hat. Er hat zugleich die Befugniß, Arbeiter anzunehmen und zu entlassen; sein Gehalt ist 30 Doll. per Woche. Jeder Zuschneider muß in diesem Etablissement bis 9 Uhr arbeiten; ihr Verdienst ist wöchentlich 12 bis 14 Dollars, mit Ausnahme von Vieren, welche in einem Seitensaale beschäftigt sind, und nur mit den feinsten und eigensten Kunden in Berührung kommen; diese erhalten 25 Doll. per Woche. Es ist hier alles so nobel und großartig, wie ich es nirgends in Amerika gefunden habe. In dem großen Saale hängen drei große Kronleuchter, welche denselben erleuchten, außerdem hat noch jeder Zuschneider des Abends sein eigenes Gaslicht brennen. Sechs dieser Zuschneider haben jedesmal einen Schreiber oder Buchführer, um Alles in gehöriger Ordnung zu halten. Geht man noch eine Treppe höher, so erblickt man eine Masse von fertigen Kleidungsstücken, wahrhaft zum Erstaunen. Hier sind wieder eine Anzahl Männer beschäftigt, welche die Kleider rein halten, ordnen und mit dem Einpacken zu thun haben. So ist ein Gentleman angestellt, welcher nichts anderes zu thun hat, als nachzusehen, daß alle Arbeiter beständig wirksam sind, und ihre Pflicht treu erfüllen. Sein Gehalt ist 30 Dollars per Woche. Die Anzahl der Arbeiter dieser Werkstatt ist im höchsten Grade zum Erstaunen; sie beläuft sich auf 14—1500. — Ein ähnliches Geschäft ist in der Nassau-Street, wo auch beständig 1200 Arbeiter beschäftigt sind. Die Zahl der Häuser in New-York, in welchen 100 bis 500 Arbeiter ihr Brod finden ist nicht gering. Die Anzahl der Kleidermacher daselbst beläuft sich in Allem auf 25,000, ohne die Anzahl der Maschinen, welche in Thätigkeit sind, und durch deren Beihülfe eine ungeheure Masse von Kleidungsstücken hergestellt wird. Wenn die Maschine hinlänglich zu thun hat, kann sie eben so viel nähen, wie 15 bis 16 Arbeiter und zwar eben so schön, wie nur eine menschliche Hand es im Stande ist. Wird aber die Maschine nur von einer einzigen Person bedient, wie es häufig geschieht, so daß Letztere das Fadenschlagen und Pressen besorgt, so wird in der Regel nicht mehr fertig, als 5 bis 6 Gehülfen ohne Maschine ausführen können. — Der Verdienst der Kleidermachergehülfen ist übrigens in Amerika sehr verschieden. Tausende, welche für die Shops (Magazine) arbeiten, bringen ihren Lohn durchgängig nicht höher als 4 bis 5 Dollars per Woche. Wer dagegen Costüm-Arbeit hat, verdient meist 7 bis 10 Dollars. Zuschneider in den Shops erhalten 8 bis 12 Dollars, in feinen Werkstätten von 20 bis 25 Dollars wöchentlich. Arbeiter, welche bei Maschinen angestellt sind, d. h. mit dem Einrichten und Pressen zu thun haben, erhalten 6 bis 8 Dollars. Viele arbeiten auch „auf Monat", und erhalten 5 bis 10 Dollars nebst Beköstigung. — Die beste Zeit für das Geschäft ist dort, von Mitte März bis zum Juli, und von Anfang October bis zu Neujahr. Wenn also der Europäer dieses Faches nicht in den bessern Monaten dort ankommt, so hält es sehr schwer, für ihn sogleich Arbeit zu bekommen; denn selbst die Shop-Arbeit geht von Jahr zu Jahr verhältnißmäßig schlechter, wozu die Maschinen vorzugsweise beitragen.

• Die Doctrinärs haben zu allen Zeiten nichts Anderes, als Phrasendrechseln verstanden. Damit haben sie namentlich die Geschichte Frankreichs seit lange her angefüllt. Hie und da kommen hintenher Enthüllungen nachgehinkt, welche wie ein unerwartetes Uebergießen eines heißen Körpers mit kaltem Wasser wirken. Eine solche Enthüllung findet sich in Lamartine's Geschichte der Restauration über eine bekannte angebliche Aeußerung des Marschalls Ney in seinem letzten Processe. Der seitdem so vielgenannte Advocat Dupin machte bekanntlich zu Gunsten des Marschalls geltend, daß er nicht mehr Franzose sei, indem seine Geburtsstadt Saarlouis

nicht mehr zu Frankreich gehöre, und er also wegen eines politischen Verbrechens von einem politischen Gerichtshof in Frankreich nicht abgeurtheilt werden könne. In diesem Augenblick wurde der Vertheidiger von dem Angeklagten mit den Worten unterbrochen: „Nein, nein, ich bin Franzose. Ich danke meinen edlen Vertheidigern für ihre Bemühungen, aber ich bitte sie, mich lieber nicht, als unanständig zu vertheidigen.“ Die Wirkung dieser Scene war elektrisch und nachhaltig. Lamartine zerstört diese Täuschung; er verräth, daß die herrliche Aufwallung nichts, als eine sehr gut einstudirte Komödie war. Hören wir ihn selbst, seine Erzählung ist zu bezaubernd und zu eigenthümlich, als daß eine bloße Inhaltsanzeige derselben genügen würde. „Der verhängnißvolle Augenblick, den der Marschall vorausgesehen hatte, war herangekommen. Man hatte alle Mittel der Verzögerung und der Empfindsamkeit, welche dem Advocaten eine solche Sache bot, erschöpft. Keines derselben hatte überzeugt, keines den Entschluß der Richter erweicht. Ihr Gesicht, ihre Blicke, ihre Unterbrechungen oder ihr Schweigen bedeuteten offenbar eine in ihren Herzen schon gefällte Verurtheilung. Dupin, der Vertheidiger des Marschalls, neigte sich gegen das Ohr seines Clienten, und sprach leise zu ihm: Alle Hoffnung ist verloren, nichts bleibt Ihnen übrig, als Ihr Unglück zu verherrlichen (il n'y a plus que la chûte à illustrer), und indem Sie französisch, indem Sie groß vor ganz Frankreich fallen, Ihren Ruhm zu bewahren. Ich verstehe Sie, antwortete der Marschall, gab vor, er müsse einen Augenblick Luft schöpfen, müsse sich Ruhe gönnen, und verließ, von den zwei Vertheidigern begleitet, den Gerichtssaal, um seine Haltung und seine Sprache mit ihnen zu verabreden. Sie bekräftigten mit peinlichem aber nothwendigem Freimuth ihre Ansicht von der Unbeugsamkeit der Pairs und der Gewißheit des Spruchs. Aber wir haben, fügte Dupin bei, Ihnen ein Mittel, in die Entwicklung Ihres Prozesses und die Katastrophe Ihres Lebens durch große und letzte Worte einzugreifen, vorbehalten. Wir kehren in den Saal zurück, ich werde das Wort zu Ihrer Vertheidigung begehren, ich werde damit beginnen, daß ich die Zuständigkeit eines französischen Gerichts wegen Ihrer Geburt in Saarlouis, einem jetzt von Frankreich abgerissenen Orte, bestreite. Wie Sie mich auf diesem Wege sehen, so erheben Sie sich, Sie fallen mir mit einem Ausbruch der Entrüstung, mit einem Ergusse der Vaterlandsliebe, die Sie zu heucheln nicht nöthig haben, ins Wort, und untersagen mir, Ihr Leben mit dem Verzicht auf Ihre glorreiche Nationalität zu erkaufen. Der Marschall dankte seinen Vertheidigern, und verabredete mit ihnen die wenigen Worte, die er zu sagen hatte, um Hrn. Dupin zu unterbrechen und sein Vaterland zurückzuverlangen. Er schrieb sie auf ein Blatt Papier auf, damit er sie durch die Gemüthsbewegung des Drama's nicht aus dem Gedächtniß verliere, und wickelte sie zwischen seine Finger ein wie eine jener flüchtigen Noten, womit die Redner einen Gedanken oder einen Antrag festhalten.“ Lamartine erzählt nun den Auftritt, und setzt hinzu: „Die ausgeklügelte Wirkung war unermeßlich (l'émotion préméditée fut immense.) Der Augenblick, der Ton, der Blick des Angeklagten thaten, was keine Vorbereitung zu thun vermochte. Die Natur ließ die Erwartungen hinter sich zurück. — Die Liebhaber von pomphaften Aussprüchen und declamatorisch vollbrachten Thaten, die schon den glorreichen Untergang des Vengeur, das „die Garde stirbt, doch sie ergibt sich nicht,“ und noch eine gute Anzahl von Heldensagen aus ihrer Liste streichen mußten, haben definitiv einen neuen schmerzlichen Verlust erlitten. — —

Vom 12. bis zum 19. Juli sind verschiedene Departements Frankreichs von furchtbar verheerenden Gewittern und Hagelstürmen heimgesucht worden. In Folge eines Wolkenbruches schwoll der Dadon, Departement Tarn, plötzlich so stark an, daß er in der Gemeinde Rialmont Alles zerstörte, Häuser, Aecker und Weinberge fortriß und Hunderte zu Bettlern machte. Am 15. Juli traf die Gemeinde Gaillac ein Gewitter, daß für eine Million Franken Schaden anrichtete. Im Departement Haute-Marne wurden, namentlich in den Gemeinden von Chaumont und Chateauvillain, die sämmtlichen Aernten durch ein Hagelwetter zerstört. In Chaumont wurden viele Häuser arg beschädigt. In der Gemeinde von Aisne und Braisne wurde nicht allein der größte Theil der Aernte vernichtet, sondern auch verschiedene Personen vom Blitz getroffen und einige von entwurzelten Bäumen erschlagen. In den Arrondissements von Soissons hat in den Gemeinden von Braine und Wailly ein furchtbarer Sturm gewüthet, dessen Gewalt selbst Pferde fortschleuderte. Mehr als 18,000 junge Bäume wurden in beiden Gemeinden entwurzelt, die Feldfrüchte zerhackt und alle Baumfrüchte abgeschlagen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch.“

In einer telegraphischen Depesche aus Straßburg vom 19. Juli, 12 Uhr 30 Minuten, (s. Voss. Ztg. vom 22. Juli) wird über den Empfang des Hrn. Louis Napoleon wörtlich Folgendes mitgetheilt: „Der lebhafte Zuruf begrüßte ihn auf dem badischen Gebiet; allein als er auf die französische Seite zurückkam, war es nicht mehr Begeisterung sondern **Raserei.**“ Der Telegraph scheint danach der einzige Franzose zu sein, welcher Scharfsinn genug besitzt, die gegenwärtige Stimmung der grande nation gegen den Prinz-Präsidenten richtig zu erkennen, und Muth genug, dieselbe mit ihrem wahren Namen zu bezeichnen.

Was heißt das: „der Bundestag hat sich mit **laufenden** Geschäften befaßt?“ — Das hat er immer, und am Vollständigsten anno 48 gethan.

Graf Thun hat der Frankfurter Behörde, welche bekanntlich keine Behörde ist, befohlen, dem gefährlichen Treiben der Singvereine Einhalt zu thun. Die deutschen Sänger sind von jeher dem Bundestage ein Gräuel gewesen; da ihm jedoch nicht darum zu thun ist, die Fröhlichkeit zu unterdrücken, so bleibt es den Frankfurtern gestattet, nach seiner Pfeife und seinen Noten zu — tanzen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Mainz. Markt vom 23. Juli. Weizen 10 fl. 22 kr., Korn 7 fl. 52 kr., Gerste 5 fl. 13 kr., Hafer 4 fl. 10 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1147a] **Mühlen- und Wappenschmied-Verpachtung.**

Die Unterzeichnete will wegen Familienverhältniße ihre in Hardenburg im Dürkheimer Thal, auf der sogenannten Bach Isenach gelegene Werke auf einen 6- oder 9jährigen Bestand unter sehr vortheilhaften Bedingungen verpachten.

1) Ein Wappenhammer mit drei verschiedenen schweren Hämmern, Schleifmühle, zwei Feuern mit Blasbälg.

2) Eine Mühle, bestehend in zwei Mahlgängen, Schälgang, Schwingmühle und Säuberer.

3) Für zwei Haushaltungen vollständige Wohnungen mit Kohlen- und andern Scheuern, Stallung, Schopp, Speicher und Keller, alles im besten Stande; sodann ungefähr 5 Morgen Gärten und Ackerland von bester Qualität.

Unmittelbar an den Werken befindet sich ein Weiher, zwei Morgen groß, durch welchen noch besonders auf diesem so standhaften Bach die Werke noch besonders mit einem großen Vortheil betrieben werden können. Von den Bedingungen kann bei der Eigenthümerin jederzeit Einsicht genommen werden.

Auch ist das ganze Werk aus freier Hand unter annehmbaren Bedingungen zu kaufen.

Hardenberg bei Dürkheim in der baierischen Pfalz, den 25. Juli 1852. Louis Kling Wittib.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 182 | den 30. Juli 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** (Geschichtliche Erinnerungen. Zweiter Artikel.) An das Gesagte knüpfen wir einige weitere Bemerkungen, die hier natürlich nur als Fragmente gegeben werden können. Es scheint uns aber nothwendig in der jetzigen Zeit, uns die damaligen Verhältniße ungeschminkt zu vergegenwärtigen.

In der ersten Periode der französischen Revolution ließen die deutschen Regierungen das ganze linke Rheinufer vom Vaterlande losreißen, weil das Ausland ihr dynastisches Interesse damit föderte, daß es den mächtigern Ständen auf Kosten ihrer Mitstände Gebietsvergrößerungen verhieß. Das Recht ward allseitig mit Füßen getreten. Wir sind einverstanden damit, daß das Verhältniß jener halbsouveränen Stätchen in Deutschland eine Anomalie war. Es wäre dies nicht gewesen, wenn eine kräftige Reichscentralgewalt wieder hergestellt worden wäre. Allein welches Beispiel gab man, indem die etwas größeren unter den gleichberechtigten Reichsständen über die schwächern unter ihren gleichberechtigten Mitständen herfielen und sich dieselben unterthan machten? Fast noch ärger war die Art, in der man die nun „Mediatisirten" zu beschwichtigen suchte. Man gab diesen fürstlichen Familien die Domänen zu Eigenthum, — diese Guter und sonstigen Besitzthümer, aus deren Ertrag nach dem alten deutschen Rechte die Kosten des Staate, der Landesverwaltung, bestritten werden mußten; man schenkte ihnen, über was man selbst nicht das geringste Verfügungsrecht besaß, — man schenkte ihnen das Eigenthum des Gemeinwesens, das Eigenthum der betr. Volksstämme.

In der zweiten Periode der Kriege handelte es sich nicht mehr blos um das Losreißen einer Provinz, sondern um die Herrschaft des fremden Eroberers über ganz Deutschland. Schon ehe Preußen in der Jenaer Schlacht besiegt war, hatte sich diese Herrschaft vollkommen befestigt. „Alle Fürsten," sagt Schlosser in seiner Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts mit Recht, „huldigten freiwillig, um unumschränkt zu herrschen; überall waren die eifrigen Freunde alter Mißbräuche die kräftigen Stützen der neuen fremden Gewaltherrschaft und die niedrigsten Schmeichler des Mannes, der allenthalben Gewalt für Recht geltend machte; allein schon damals murrte das ganze Volk im Stillen und wir können aus Erfahrung bezeugen, daß sich das Phlegma der Deutschen in der trüben Zeit als versteckte Federkraft bewährte. . . . — Wir können versichern, daß die Masse der Nation anders dachte und handelte, als die . . . . . besternten Knechte." Wir wollen hier ein Urtheil Thibaudeau's anführen. Er sagt: „Er sei nicht einig mit sich darüber, wer damals (er spricht von dem Zeitraume vom Mai bis Juli 1806) unverschämter und niederträchtiger gehandelt und gedacht habe, ob die Deutschen der vornehmen Welt, oder die seit 1799 vornehm gewordenen Franzosen ohne Ahnen." Ein anderer ebenfalls französischer Geschichtschreiber erzählt ganz offen: „Der Rheinbund, d. h. das Ein- und Umschmelzen der verschiedenen Staaten und Fürstenthümer Deutschlands, wurde eine Goldmine für gewisse Functionäre Napoleons. Sie verkauften den kleinen Fursten die Erhaltung ihrer territorialen Existenz, sie vergrößerten oder verringerten ihr kleines Gebiet nach dem Maßstabe, nach welchem diese Fürsten den Preis bezahlten, der ihnen unter der Aussicht auf Leben oder Tod abgefordert wurde. Es gab einen der Würdenträger des großen Kaiserthums, der auf diese Art 18 Millionen Frcs. erhielt für den Verkauf von Unterthanen und Gebieten an Mitglieder des theilweis in einen Rheinbund umgegossenen deutschen Reiches! Selten sah man mehr Käuflichkeit, mehr Begehrlichkeit; die diplomatischen Geschenke wurden wie Börsenangelegenheiten behandelt. Ein öffentlicher Functionär verlangte, daß ihm ein gewisser deutscher Fürst 200,000 Flaschen Champagner abkaufe, indem er sonst mediatisirt würde. Ein anderer Angestellter fordette 500,000 Frcs., 800,000 Frcs.; man kann sagen, daß die territoriale Existenz der kleinen Fürsten zur Versteigerung ausgesetzt war." — Wir wollen einige speciell beglaubigte Beispiele anführen. Dem Herzoge von Mecklenburg wurden 120,000 Friedrichsd'or abgefordert; er zahlte 40,000, und stellte für den Rest 2 Obligationen aus, bereute dies aber hernach und wandte sich an den Kaiser von Rußland. Dieser theilte Napoleon die Sache mit, bat aber, daß der, welcher das Geld empfangen hatte, es behalten dürfe, nur die Obligationen wurden vernichtet. — Die Hamburger zahlten eine sehr bedeutende Summe, um ihre Existenz zu retten; sie beklagten sich nachher, als sie dennoch dem großen Reiche einverleibt wurden, daß man sie um ihr Geld geprellt habe. Napoleon untersuchte die Sache; die Urheber der Prellerei mußten das Geld wieder herauszahlen, die Hamburger erhielten es aber nicht wieder; es kam in die kaiserliche Casse! —

Es erfolgte der Preußische Krieg. Die jämmerlichsten, erbärmlichsten, verächtlichsten Menschen, ein Haugwitz, Lucchesini und Genossen, hatten den größten Einfluß am Berliner Hofe. Es kam, was nicht fehlen konnte, die schmähliche Niederlage. In Preußen, wie 1805 und 1809 in Oesterreich, beeiferte sich nun das, von der Idee von Volk und Vaterland getrennte Beamtenthum, dem neuen Herrscher zu dienen, wie früher dem alten. Die bureaukratische Maschine ging in schönster Ordnung fort. „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht," verkündete man nach der Jenaer Schlacht feierlich in Berlin selbst! Ohne alles Aufsehen konnte der Sieger die Länder systematisch aussaugen; alles blieb in der „alten Ordnung," und so ließen sich mit dem besten Erfolge Deutsche gegen Deutsche gebrauchen. Man verstand es französischer Seits schon damals, das seitdem so oft gebrauchte Schlagwort „Erhaltung der Ruhe und Ordnung" im vollen Umfang auszubeuten. In einem Tagesbefehle des Herzogs von Auerstädt vom 29. Nov. 1806 bezeichnete derselbe seinen Kaiser und sich selbst als Stützen der alten Ordnung der Dinge, die Feinde dagegen als „Neuerer und Revolutionäre!" — Man meint, ein Actenstück aus unserer Zeit zu lesen.

Es bildeten sich geheime Verbindungen. In einer, heute schwer zu begreifenden Weise vereinigten sie die wärmsten Freunde des Fortschritts und die blindesten Anhänger des Alten. Die Ersten leider, waren sich durchaus nicht einmal selbst klar, indeß die Andern sie für ihre selbstsüchtigen Zwecke benützten und ausbeuteten. Treffend sind einige Stellen, die wir darüber bei Schlosser finden: „Napoleon reizte alle Welt dadurch gegen sich auf, daß er nie im Sinne der zu einem Reiche vereinigten Bürger und Provinzen, sondern immer nur im französischen Sinne (und nach seinem Eigenwillen) handelte. Dies trieb das deutsche Volk in die Arme der reactionären Partei, welche dadurch die nationale ward, daß Napoleon alles Nationale zu vertilgen drohte. Es

bildete sich in Deutschland ein Bund aller Derjenigen, deren Interessen bedroht waren, die Feudalaristocratie, also die bedeutendsten Grundbesitzer, die großen Kaufleute, die damals sehr mächtigen Romantiker und die Gelehrten nach alter Art, hatten alle ein Interesse ihr Palladium zu retten, es entstand der Tugendbund, dessen eigentlicher Zweck unter bezaubernde Worte, unter Patriotismus und alte Tugendsitte versteckt wurde. Die Jugend, die Bauern, die Bürger, getäuscht durch die Vortheile, welche ihnen der edlere Theil der aristocratischen, unbekannten, geheimen Obern des Bundes in Preußen verschaffte, und die man ihnen später durch Gentz und Frdr. Schlegel (welche Patrioten!) in Baiern und Tirol verhieß, ließen sich begeistern. Es ward geduldet, daß man von Freiheit und Vaterland eine Zeit lang rede, aber die englischen Tories, Pozzo di Borgo, die ganze verbündete Ritterschaft und die Diplomaten harrten der Zeit, wo sie die Maske abwerfen könnten und der deutschen Gutmütbigkeit lachen. ... Leider ward durch die geheimen Gesellschaften, durch ihre Spielerei mit dem Alten und durch Abneigung vor dem aufgedrungenen Neuen auch Romantik, Mystik, Spielerei mit der Religion und besonders mit dem Mittelalter herbeigeführt. Selbst v. Stein und seine Freunde fanden Ritterthum und Dynastenwesen, Burgen und Zwinger schön, sie setzten auf Bürgerschaften und Municipalitäten im engherzigen Sinne deutscher Juristen, auf unverbesserliche verjagte Fürsten und ihre Familien, auf Adel, Pfaffenwesen und blinden Glauben alter Zeit, ein zu unbegränztes Vertrauen, als daß sie nicht von einem Aeußersten ins Andere gerathen wären. Ihre geheimen Bündniße gegen Franzosenthum wurden daher später Bündniße für Feudalität und Hierarchie, und sie selbst halfen die Begeisterung für Freiheit ersticken, die sie früher geweckt hatten. Wie war auch je zu erwarten, daß ein Graf Münster, ein Frhr. von Stein, ein Mann, wie wir selbst den allerdings wackern Niebuhr gekannt haben, sich von Standesvorurtheilen, Schulsystemen und Vorliebe für eine seit Montesquieu ideal gewordene, in der Praxis furchtbar oligarchische Verfassung, wie die englische plutokratische ist, hätten frei halten, und den ächten und wahren Sinn der französischen Einrichtungen hätten würdigen können? ... Die Franzosen, denen Napoleon damals sein Ohr lieh, und die ihm knechtisch dienten, so lange er Geld, Güter, Würden und Orden zu vertheilen hatte, brachten ihm über die Ursache der Unzufriedenheit, welche allgemein herrschend ward und über die geheimen Gesellschaften, die besonders in Deutschland und Italien der bestehenden Regierung die besten Kräfte raubten und sie lähmten, dieselben Begriffe bei, welche den deutschen Fürsten seit 1815 von ihren Schmeichlern beigebracht wurden. Sie büteten sich wol, zu sagen, daß sich die Theilnahme an den geheimen Verbindungen vermehrt habe, weil die Civilisation unserer Zeit willkürliche, ungesetzliche Handlungen der Regierungen nicht mehr verträgt, daß die geheimen Umtriebe also Wirkungen des Verfahrens der Regierungen seien; das hätte Napoleon wie den Fürsten sehr mißfallen, sie machten daher umgekehrt die Umtriebe zu Ursachen der Unzufriedenheit. ... Stein und seine wahren Freunde eiferten in der That für Tugend, Wahrheit und Recht, sie gewannen die Jugend dafür, deren deutschen Patriotismus Davoust und Napoleon selbst so gefährlich fanden, wie ihn manche Regierungen unserer Zeit gefunden haben, welche lieber die größte Gemeinheit und Sinnlichkeit als Begeisterung für die edelsten Güter der Menschheit unter der Jugend dulden. ... Schon im August 1808 war Napoleon höchst unwillig über Stein und über die Verzweigung der von ihm beschützten patriotischen Verbindungen durch ganz Deutschland; am mehrsten aber über die aus Volkselementen gebildete neue preußische Armee und über ihren Geist, so wie über den deutschen freien Musterstaat, den v. Stein der von Napoleon überall eingerichteten Staatsmaschine entgegensetzte."

Der König von Preußen ward dahin gebracht, daß er Diener der kaiserlichen Policei werden mußte. Er erneuerte deßhalb die strenge Verordnung von 1798 über Ausforschung, Verhütung und Bestrafung geheimer Verbindungen. ... Es ward sogar durch einen in Berlin bei der Parole erlassenen Befehl allen Militärs untersagt, über politische Gegenstände zu sprechen. (Schluß f.)

Schwabach, den 22. Juli. Unter dieser Rubrik schreibt der „Frk. Kur.": Schiller von einem Landrichter mit Beschlag belegt und Untersuchung wegen Preßvergehen gegen denselben eingeleitet. Gestern stand in dem hiesigen Wochenblatte ein poetischer Nachruf an einen jüngst Verstorbenen, der Mitglied der aufgelösten freien Gemeinde gewesen war. Das Gedicht war völlig harmlos, bis auf einige Verse, welche aus äußerst bekannten Gedichten Schillers herausgenommen und in dasselbe eingewoben waren. Wegen dieser Verse wurde nun das Wochenblatt mit Beschlag belegt und Untersuchung wegen Preßvergehen eingeleitet.

Frankfurt. Wie uns Reisende aus Bremen versichern, hat die weiland zur deutschen Flotte gehörige, jetzt preußische Fregatte „Eckernförde" ihren ursprünglichen Namen „Gefion" wieder angenommen, angeblich weil die Dänen Anstand nehmen sollen, dieselbe unter dem „revolutionären" Namen „Eckernförde" den Sund passiren zu lassen.

Nach einem Berichte der A. Z. wurden kürzlich die Geräthschaften der Paulskirche öffentlich versteigert. Die Rednerbühne erkaufte die katholische Gemeinde Bürgel am Main und ließ sie zu einer Kanzel zurecht zimmern, welche hierauf von einer — Jesuitenmission eingeweiht wurde!

Hohenasberg. In der Nacht vom Samstag auf den Sonntag ist Dr. Rösler von Brachenheim entwichen, als er unter Begleitung eines Civilconducteurs im Postwagen von Balingen hieher fuhr. (Er ist bereits in Schaffhausen angelangt.)

Berlin, den 22. Juli. In sämmtlichen evangelischen Landeskirchen wurden Collecten veranstaltet, um protestantische Missionäre gegen die jesuitischen ins Feld rücken zu lassen. Es wurde eine Summe von 20,000 Thalern erzielt.

Schweiz.

Waadt. Ein schreckliches Ereigniß hat letzten Freitag in der Nacht zwischen 2 und 3 Uhr in der Papierfabrik der HH. Lepelletier und Komp. in Lasarraz statt gefunden. Der Heizer bemerkte, daß der Dampfkessel irgend einen Fehler haben müsse, den er sich nicht erklären konnte; er holte daher den Unteraufseher herbei und beide stiegen nun auf den Kessel, um nachzusehen, wo es fehlen möge. Kaum war dies geschehen, als der Kessel zersprang, das kleine Gebäude, in dem er eingeschlossen war, von Grund aus zerstörte und die beiden Unglücklichen weithin schleuderte. Der Körper des Heizers wurde auf dem Dache des Hauptgebäudes gefunden; die Leiche des Unteraufsehers, eines kräftigen Mannes im besten Alter, fand man mitten auf einem Felde, etwa 60 Schritte von dem Orte des Ereignisses.

Frankreich.

Paris, den 25. Juli. In einem halbamtlichen Theile stellt der Moniteur eine Anzahl Inschriften auf den Wagen des Bauernzugs in Straßburg zusammen. Folgende sind wol die originellsten darunter:

Unsere Wohlfahrt ist Dein Werk.
Der kaiserliche Adler hat über unsern Hügeln geschwebt.
Wir haben gebetet, daß Dein Reich komme.
Erwählter des Volkes, empfange seine Segnungen.
Der Cultus des Kaisers hat bei uns fortgedauert.
Unser Blut gehört Dir.
Louis Napoleon hat unsere Zukunft gesichert.
Du kommst zu uns, unsere Herzen gehen Dir entgegen.
Der Pflug immer, die Kanone nöthigenfalls.
Das Elsaß wird niemals undankbar sein.
Er hat uns gerettet, gedenken wir dessen.

Er wacht, Frankreich ruht.
Die Unordnung in den Städten ist das Elend bei uns.
Es sind unserer 7,500,000.
Wir verdanken ihm die Ordnung, wir werden es ihm mit Dankbarkeit bezahlen.
1852 trohte, 1851 sei gesegnet.
Dem Ruhme Deines Namens gesellt sich der Ruhm Deiner Werke.
Der Kaiser liebe uns, liebe uns auch.
Die Liebe der Franzosen ist Dein Lohn.
Zähle auf uns in Leben und Tod.
Unsere Herzen sind Dein, unsere Arme werden, wenn es Noth thut, auch Dein sein.
Gib uns Deine Liebe, Du besitzest die unsrige.
Wache für uns, wir beten für Dich.
Unsre Kinder werden lernen, Dich zu segnen.

In einer Pariser Correspondenz der Allg. Ztg. finden wir über die Straßburger Fahrt u. a. noch folgende, mitunter etwas seltsam lautende Notizen: Auf der dem Verkehr noch nicht eröffneten Strecke von Nanzig über Lüneville nach Saarburg war die Bahn allenthalben militärisch besetzt, theils von Linientruppen, theils von Reiterei und berittener Gendarmerie.... In der Champagne und Lothringen hatte allenthalben der tausendfache Ruf „Vive Napoléon" ertönt; die Elsäßer dagegen beobachteten mit wenigen Ausnahmen gänzliches Schweigen.... Der Grund dieses auffallenden Unterschieds war wohl der: die elsäßer Bauern genirt das Französische, und sie schämen sich des Deutschen! (!) In Lützelburg, einer hinter Zabern gelegenen Station in dem äußerst romantischen und durch Schillers Gang nach dem Eisenhammer illustrirten Vogesenthal, machte ein Unterpräfect übermenschliche Anstrengungen einige „Vive l'Empereur!" der schweigsamen Bevölkerung zu entlokken, aber es war ziemlich verlorene Mühe. Einige Forstschutzsoldaten antworteten mit präsentirtem Gewehr: Vive le Président! Von der Republik war es allenthalben mäuschenstill.

Sehr bezeichnend ist der heftige Angriff, welchen das elysäische „Pays" gegen das „Journal des Debats" richtet, weil dieses Blatt nach seinem Berichte über den Einzug des Prinz-Präsidenten in Paris einzelne Rufe „Es lebe die Republik" gehört haben will. Das „Pays" nennt diesen Ruf „eine unsinnige Protestation gegen das Bestehende." In den elysäischen Kreisen sieht man in einem solchen Rufe, welcher der gegenwärtigen Regierungsform gilt, eine Verletzung des noch nicht gekrönten Kaisers. Selbst der Ruf „Es lebe der Präsident" wird in diesen Kreisen fast schon als feindselig, als Negation des Kaiserthumes angesehen. Den Ruf „Es lebe Napoleon" betrachtet man als den der gegenwärtigen Lage entsprechenden.

Spanien.

Madrid, den 21. Juli. Die Regierung geht damit um, sämmtliche Jesuiten spanischer Nation, die sich derzeit in Belgien und Italien aufhalten, hieher zu berufen, um überall Missionen abzuhalten, zur Besserung der Sittlichkeit des Volkes. Es scheint aber, daß eine gewisse Partei befürchtet, man möchte diesen Herren die in vielen Städten bestehenden ehemaligen Klöster einräumen. Um dies nun so viel wie möglich zu verhindern, sind fast gleichzeitig zu Valladolid, Huesca, Barbastro, Zaragoza und Valencia ehemalige Klöster ein Raub der Flammen geworden; zu Valladolid brannten an Einem Tage nicht weniger als drei Klöster ab, und unter ihnen das prachtvolle Kloster der Trinitarier.

Die Nachrichten aus Malaga in Beziehung auf die Rosinenernte lauten sehr ungünstig. Eine eigenthümliche Krankheit hat sich der Trauben bemächtigt; sie werden welk und fallen ab.

Italien.

Rom, den 18. Juli. Die vom Cardinalcollegium gebilligte neue freiwillige Aushülfe des Staatsschatzes aus klerikalen Mitteln hat viele geistliche Obern Roms zu der Erklärung veranlaßt, sie würden in diesem Fall die den französischen Occupationstruppen bisher in Klöstern eingeräumten Quartiere fortan nur gegen einen angemessenen Miethzins überlassen, wie er von der römischen Municipalität den Bürgern für die einquartierten Offiziere gezahlt werde. Ueberhaupt aber sähen sie sich genöthigt, durch Erhöhung der Pachten und Miethpreise ihrer liegenden Gründe, sowie durch andere industrielle und ökonomische Operationen zum Nachtheil ihrer secularen Pächter und Clienten, das Patrimonium der unter ihnen stehenden geistlichen Stiftungen zu entschädigen. (!!)

Neueste Nachrichten.

München, den 26. Juli. Einer Bekanntgabe der Generaldirection der k. baier. Verkehrsanstalten zufolge werden die Lippe'schen Fürstenthümer vom 1. Aug. an wieder aus dem deutsch-österreichischen Postverein treten! Was diese Miniaturstaaten veranlaßte, aus dem genannten Verbande, dem alle von deutschen Fürsten regierten deutschen Lande angehören, wieder auszuscheiden, wird nicht angegeben. Der Ministerpräsident v. d. Pfordten, der erst bis Ende der Woche zurückerwartet wurde, ist bereits gestern Abends mit dem letzten Eisenbahnzuge von Leipzig kommend wieder hier eingetroffen. (A. Z.)

Nach der Augsb. Postztg. soll bis Ende dieses Jahres der Landtag einberufen und demselben die bei dem jüngsten Landtag abgeworfenen, sowie andere wichtige Gesetzentwürfe vorgelegt werden.

Lindau, den 25. Juli. Heute früh 2 Uhr 50 Minuten bemerkte man in Lindau einen Erdstoß. — Heute Nachmittag schwamm der k. b. Lieutenant vom 4. Jägerbataillon, R. Sleevogt, in 3¼ Stunden von Bregenz nach Lindau über den See.

Coblenz, den 26. Juli. General Lamoriciere hat sich veranlaßt gesehen seinen hiesigen Aufenthalt abzukürzen, indem er bereits gestern Mittag nach Mainz abreiste, wo er mehrere Tage zu weilen gedenkt. Man vernimmt, daß die Abreise des Generals eine unfreiwillige gewesen. (C. Z.)

Pleschen, (Posen) den 21. Juli. Am 10. d. M. brach auch hier die Cholera aus, vermuthlich von dem benachbarten Kalisch herübergebracht. Es sind bis zum 20. Mittags erkrankt 31 Personen, davon starben 17, genasen 2 und sind noch krank 12 Personen.

Wien, den 24. Juli. Die Zahl der bestehenden Cavallerieregimenter soll durch die Errichtung eines achten Dragoner- und eines zwölften Uhlanenregimentes vermehrt werden.

Der Kaiser hat den sämmtlichen an dem letzten Aufstande betheiligt gewesenen kriegsrechtlich verurtheilten Häuern der Aerarialbergwerke in Kremnitz und Schemnitz die Strafzeit erlassen.

Haag, den 24. Juli. Das „Handelsblatt" versichert, daß Unterhandlungen mit den deutschen Regierungen angeknüpft worden, die dahin gerichtet wären, den Strom der deutschen Auswanderung auf Surinam zu lenken.

* **Paris,** den 27. Juli. Ein Decret im heutigen Moniteur gestattet, (!) jedoch nur versuchsweise, den Tabakbau in den Departements Bouches du Rhône und Var. — Den Rest des officiellen Theiles füllen wieder lange Listen von Ernennungen der Maires und Adjuncten. — Der nichtamtliche Theil enthält einen Artikel an die Wähler gerichtet zu Gunsten der Regierungscandidaten für die bevorstehenden Wahlen der Generalräthe!

Die Nachrichten aus Algier lauten für die dortigen Armeeoperationen günstig. Die rebellischen Stämme sind überall nicht nur besiegt, sondern auch, und mitunter sehr hart, gezüchtigt. Am 13. überraschte der General Mac Mahon einen Theil der in der Auswanderung begriffenen Hannencha; er tödtete ihnen 3—400 Mann, nahm ihnen 1200 Zelte und alle Viehherden weg. Der Widerstand konnte nicht groß sein, denn die Armee verlor nur 4 Mann! — Das Journal „Pilot von Calvados" hat vom Präfecten eine amtliche Verwarnung erhalten, weil es in einem Artikel über die Straßburger Reise, die Feste und

Zurufe, womit der Präsident empfangen wurde, „eitlen theatralischen Pomp und werthlosen Enthusiasmus, der jeder Gewalt zu Diensten steht," nannte. — Der Divisionsgeneral Gourgaud, ehemaliger Adjutant des Kaisers Napoleon und des Königs Louis Philipp, Großkreuz der Ehrenlegion, ist gestorben. — Die Beerdigungsfeierlichkeiten in dem Invalidendom des Marschalls Excelmans sind mit großem Pomp gefeiert worden. Der Prinz Jerome ist von Havre zurückgekehrt, um der Ceremonie beizuwohnen. Der Präsident mit seinem ganzen Generalstab, alle Marschälle und Generale waren anwesend.

Das Bulletin de Paris stellt in einem halboffiziellen Artikel eine ausgedehnte Amnestie in Aussicht.

Als Nachtrag zu den Berichten über die Straßburger Reise wird gemeldet, daß der preußische General Hirschfeld, als er den Prinz-Präsidenten in Nancy in einer deutschen Anrede officiell begrüßte, dabei den Ausdruck „kaiserliche Hoheit" gebrauchte. — Nach einer officiellen Mittheilung sind in diesem Augenblick 60,000 Arbeiter in Paris bei den öffentlichen Bauten beschäftigt, wovon über die Hälfte Deutsche, namentlich aus Baden und Würtemberg.

* **Madrid,** 22. Juli. Die Regierung hat den französischen Flüchtlingen Sevilla als Aufenthaltsort angewiesen.

* **Turin,** den 24. Juli. Der bekannte Vertheidiger der Lagunen von Venedig, General Pepe, wurde auf seiner Reise von Nizza nach den Bädern von Acqui in der Stadt Remo von der Bevölkerung mit besonderen Ehrenbezeugungen und großem Enthusiasmus empfangen.

* **Rom,** den 15. Juli. Mehrere Personen sind hier auf eingegangene Angaben der französischen Regierung verhaftet worden. — Die päpstliche Regierung hat, um ihre Armee zu completiren, die Bedingung, daß die Recruten katholisch sein müssen, von der Capitulation gestrichen, es werden also auch Protestanten angeworben! (Wie nachsichtig!)

* **London,** den 26. Juli. In Ballina (Irland), haben bedeutende Unruhen Statt gefunden, die noch nicht gestillt sind. Mehrere Personen sind gefährlich verwundet worden. Zum erstenmale ist dort von Feuerwaffen Gebrauch gemacht worden. — Aus New-York ist die Nachricht eingegangen, daß Kossuth mit dem Schiffe Washington nach Bremen über Southamton abreisen werde.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Speyer. Dr. Jäger, welcher neulich seinen Lesern die den Beweis ihrer Wahrheit in sich selbst tragende Versicherung gegeben, daß er die Speyr. Ztg. „nicht lese," antwortet gleichwol in der Beilage zur Nummer 175 seiner „Pfälzr. Ztg." wieder auf die Erklärung des Unterzeichneten in Nro. 175 dieses Blattes, — er antwortet, indem er wieder, wie das vorige Mal, die ihm unbequemen Puncte überspringt. Es ist daher nöthig, auf den Inhalt der frühern Erklärungen zurück zu verweisen.

Der Unterzeichnete hat in Nro. 165 der Speyr. Ztg. nachdrücklich hervorgehoben: Gar keiner der Flüchtlinge sei im Falle, in dem von Dr. Jäger behaupteten Sinne an den Unterzeichneten schreiben zu können; da er überhaupt keinem derselben irgend Etwas gesendet habe, was sich als „persönliches Material gegen .... und die andern Henkersknechte" bezeichnen ließe, so könne auch keiner **„noch weiteres** persönliches Material" von ihm fordern. Der Unterzeichnete, eingedenk eines bestimmten Vorgangs, fügte gleich damals wörtlich Folgendes bei:

„Der Unterzeichnete würde an eine stattgehabte Unterschlagung eines an ihn gerichteten Briefes glauben, wenn nicht der angebliche Inhalt desselben dessen Unächtheit andeutete, und an jenen vielbesprochenen Brandbrief erinnerte, der vor längerer Zeit der Pfälzr. Ztg. zufolge, von Democraten in Speyer gelegt worden sein sollte, über den dieselbe aber hintennach den Schleier des Vergessens zu werfen nothwendig fand."

Dr. Jäger hielt es nun geeignet, von der denunciatorisch hervorgehobenen Stelle des angeblichen Inhalts sorgsam zu schweigen, und, unter mancherlei Gemeinheiten, zu erklären, der Brief rühre von dem ehemaligen Bezirksgerichtsassessor Witt her und sei aus Nancy geschrieben.

Hierauf Erklärung des Unterzeichneten: Vor langer Zeit — jedenfalls vor Jahr und Tag, — habe er eine Mittheilung erhalten, welche in ihm die Vermuthung erweckte, daß ein Schreiben des Hrn. Witt an ihn von Nancy abgegangen sein müsse, welches ihm nicht zukam. „Der Unterzeichnete selbst schrieb darauf augenblicklich seine Wahrnehmung an Hrn. Witt, und nun stellte es sich allerdings heraus, daß ein Schreiben desselben an den Unterzeichneten entweder verloren gegangen oder von irgend einer Seite **unterschlagen** worden war."

Der Unterzeichnete fügte bei, er werde, sobald er den jetzigen Aufenthaltsort des Hrn. Witt ermittelt habe, denselben zur öffentlichen Erklärung über die beiden Puncte auffordern:

1) Daß Hr. Witt nie im Falle war, „noch weiteres persönliches Material" der oben bezeichneten Art von ihm zu verlangen, und

2) daß gerade der Unterz. den Hrn. Witt auf die Nichtankunft einer Absendung eigens schriftlich aufmerksam machte.

(Der Unterz. schrieb augenblicklich an Hrn. Witt, und sendete diesen Brief mit der Bitte um Beifügung der Adresse an einen Ort, wo er hofft, daß der Aufenthaltsort des Hrn. Witt sich vielleicht ermitteln lasse.)

Dr. Jäger veröffentlicht nun den von Hrn. Witt an den Unterzeichneten geschriebenen Brief selbst, (unter Verschweigung des Datums).

Daraus ergibt sich bereits die vollständige Erledigung des ersten der in Frage stehenden beiden Puncte. Es ist gerade daraus das vollständig **Lügenhafte** der denunciatorisch-verdächtigenden Stelle des angeblichen Inhalts von „noch weiteren" Mittheilungen zu ersehen, indem vielmehr aus dem Schreiben des Hrn. Witt selbst zur Evidenz hervortrit, daß (im directen Widerspruche mit der Jäger'schen Angabe,) auch nicht eine einzige Mittheilung jener Art geschehen war! (Sprechende Wahrheitsliebe!) —

Mit der nemlichen Zuversicht, mit welcher der Unterz. von vorn herein erklärte, daß weder Hr. Witt noch sonst irgend Jemand in der Weise wie Dr. Jäger (unwahr, wie nun erwiesen!) behauptete, an ihn auch nur habe schreiben können, — mit der nemlichen Zuversicht, mit welcher er sich bezüglich dieses ersten Punctes geradezu auf das Zeugniß des betheiligten Hrn. Witt selbst berief, sieht er dessen Antwort auch bezüglich des zweiten Punctes entgegen. Vorläufig fügt er nur noch die Bemerkung bei, daß der in dem Briefe bezeichnete Verwandte des Hrn. Witt, an den eventuell eine Rechnung gesendet werden sollte, ganz gewiß der Angabe nicht widersprechen wird, niemals weder eine Rechnung, noch einen Abdruck ohne solche, noch irgend etwas darauf Bezügliches von dem Unterzeichneten oder der Expedition der Speyr. Ztg. erhalten zu haben! Der Grund ist einfach: weil, was nicht ankam, und auch in der Folge nicht nachgesendet ward, eben überhaupt gar nie abgedruckt werden konnte! —

Der Unterz. hat sich in der vorstehenden Erörterung auf eine Erklärung bezüglich der Thatsachen beschränkt. Nun aber noch eine Bemerkung. Wann hat jemals auch selbst der niedrigste Theil des so viel verschrieenen „literarischen Proletariats" sich der Veröffentlichung eines solchen Privatbriefes erfrecht? selbst ganz abgesehen von der Art, wie er in diese Hände gelangte. Welche Stirne gehört zu einer solchen, aller Sitte und allem Rechte Hohn sprechenden Handlung? Sind daneben nicht selbst jene Pasquille — Kleinigkeiten, mit welchen die zur Zeit der Bewegung feig verschwundene „gute Presse" ihr Werk hintendrein begann? Dieser ganze Vorgang, dieses Uebermaß von Cynismus, und die Möglichkeit, daß so Etwas geschehen kann, mag Jedermann zeigen, welches heute der Zustand der Pfalz und ihrer „guten Presse" ist. —

G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 183 | den 31. Juli 1852.

Amerikanische Zustände.

• **Philadelphia,** den 5. Juli. Ich schreibe Ihnen am 5. Juli, mitten unter Kanonendonner, Trommelwirbel und schmetternder Militärmusik, d. h. mitten unter all dem Lärm und Getöse, womit der Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten vom Joche Englands gefeiert zu werden pflegt.

Glauben Sie nicht etwa, daß ich mich im Datum geirrt, weil der 4. Juli der Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung ist. Der 4. Juli ward heuer am 5. gefeiert, weil zufällig der 4. Juli ein Sonntag war, und das streng puritanische Sonntagsgesetz der mittleren und Neuengland-Staaten eine so geräuschvolle Feier am Sonntage verbietet. In Europa wird man so etwas kaum möglich halten; hier ist das Sonntagsgesetz so sehr in das Fleisch und Blut des größern Theiles der Bevölkerung eingedrungen, daß man die Verlegung des Festtages ganz in der Ordnung findet.

Inzwischen wird von Jahr zu Jahr gewaltig an dem Sonntagsgesetze gerüttelt, und es hat schon bedeutend von seiner Strenge nachlassen müssen. Vorzüglich sind es die Deutschen, die sich die hergebrachte Weise, den Sonntag zu feiern, nicht nehmen lassen. Unsere Felsenkeller am Ufer der Schuylkill wimmeln am Sonntage von fröhlichen Besuchern, und hier ertönt in seiner schönsten Kraft und Fülle der deutsche Männergesang beim deutschen Gerstensafte. Kommt dann und wann ein Constabel, so ist er vernünftig genug einzusehen, daß solch ein Gesang den Sonntag nicht entweiht; er setzt sich zu den Zechenden und lauscht den Liedern der german singers.

Noch besser als in unserer frommen Quäkerstadt versteht man in New-York dem Sonntagsgesetze ein Schnippchen zu schlagen; dort hält man am Sonntage bereits Concerte und theatralische Vorstellungen! Da aber nach dem Gesetze nur fromme Musik (sacred music, Kirchenmusik, Oratorien u. s. w.) zur Aufführung kommen darf, so prangt über jedem Anschlagzettel mit großen Lettern: „Sacred Music“ Dann folgt das eigentliche Programm und da finden wir nichts weniger als geistliche Musik verzeichnet, als z. B.: Mozarts Ouvertüre zur Hochzeit des Figaro, ein Duett aus Rossinis diebischer Elster, das bekannte Zankduett aus Aubers Maurer und Schlosser u. s. w. Darnach fragt übrigens kein Polizeimann; wenn nur die Form gewahrt und das Sacred Music am Kopfe des Zettels nicht vergessen ist.

In den südlichen Staaten weiß man indessen von dieser puritanischen Sonntagsfeier ganz und gar nichts; dort belustigt man sich am Sonntage, wie man eben will und kann.

Doch nicht von der Sonntagsfeier, sondern von jener des 4. Juli wollte ich Ihnen erzählen.

Der 4. Juli ist der einzige allgemeine Festtag, das Nationalfest der Vereinigten Staaten. Da ist von frühster Stunde an Alles auf den Beinen. Ueberall weht das Sternenbanner; Musikbanden durchziehen die Straßen; die Unabhängigkeitsacte wird verlesen; große democratische und Whigmeetings finden statt; dabei fehlt es an splendiden Gastmahlen nicht; große Militärparaden, d. h. groß nach amerikanischem Maßstabe, z. B. 6—7000 Mann in Philadelphia, werden abgehalten; des Abends werden Theerfässer und Pechfackeln angezündet und an verschiedenen Plätzen Feuerwerke abgebrannt u. s. w. Dabei verführt den ganzen Tag über unsere souveräne Jugend einen höllischen Lärm mit sogenannten Fire-Brakers (Feuer-Krachern), Kanonenschlägen, Raketen, Sprühteufeln u. s. w. Nach einem mäßigen Anschlage wird an diesem Tage in Philadelphia allein für 4—5000 Dollars Pulver verpufft. Der Amerikaner liebt das Feuer, wie kein anderes Element, und ohne Pulver und Feuerwerk läßt sich kein amerikanisches Fest denken. Daß es an einem solchen Tage ohne Feuersbrünste nicht abgeht, versteht sich am Rande, und beständig durchrasseln die Feuerspritzen die Straßen. Das aber ist eben der Hauptspaß für unsere Feuerleute und unsere Straßenjugend. Doch ein andermal mehr über dieses interessante Kapitel!

In unserer Independencehalle, dem Saale des Stadthauses, in welchem gestern vor 76 Jahren die berühmte Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet ward, tagen heute Delegaten der 13 ältern Staaten, d. h. jener Staaten, welche Theil nahmen an dem Kampfe gegen England und durch ihre Delegaten die Acte unterzeichnen ließen. Sie berathen heute über ein würdiges Denkmal, das auf Kosten sämmtlicher 13 Staaten in dem Parke hinter der City-Halle, dem sogenannten Independence-Square, zum Andenken der kühnen Männer errichtet werden soll, die durch das Unterzeichnen der Unabhängigkeitsacte den Bruch mit England unheilbar gemacht und dadurch die Republik herbeigeführt haben. Fürwahr, sie verdienen ein solches Nationalmonument!

— Heute hat sich die Stadt der Bruderliebe in die Farbe der Freude gekleidet; am verwichenen Freitage war sie in das Gewand der Trauer gehüllt.

Am 29. Juni verstarb in Washington der edle Henry Clay, einer der größten Staatsmänner der Union, lange Jahre hindurch Mitglied und Sprecher unseres Repräsentantenhauses und zuletzt Senator in Washington. Dreimal, in den Jahren 1824, 1832 und 1844, war Clay als Präsidentschaftscandidat der Whigpartei aufgestellt worden, unterlag aber jedesmal den democratischen Candidaten: Adams, Jackson und Polk. Clay war es, der im Jahre 1850 die Bill bezüglich jener Maßregeln im Senate einbrachte, die unter dem Namen der Compromißmaßregeln so bekannt geworden sind und vorzüglich dazu beitrugen, die Aufregung zu beschwichtigen, welche durch die Sclavenfrage zwischen den südlichen und nördlichen Staaten entstanden war und die Trennung der Union herbeizuführen drohte. Im letzten Winter zwang zunehmende Kränklichkeit unsern Clay, seinen Sitz im Senate aufzugeben. Er lebte seitdem in Washington und schon seit mehreren Monden erwartete man stündlich sein Ende. Endlich erfolgte am verwichenen Dienstage seine Auflösung im 75. Jahre seines Alters, nachdem er 46 Jahre in ruhmvollster Weise dem Dienste des Vaterlandes gewidmet hatte.

Clays Hinscheiden hat die ganze Union in Trauer versetzt. Democraten und Whigs setzten augenblicklich den Kampf um die Präsidentenwahl bei Seite und reichten sich brüderlich die Hand, um das Andenken des großen Todten zu ehren, denn Clay war seiner Redlichkeit und seiner Verdienste willen von allen Parteien gleich geachtet.

Am 2. Juli Abends 8 Uhr kam Clays sterbliche Hülle, die nach seinem Wohnorte Lexington in Kentucky gebracht wird, um dort beerdigt zu werden, hier in Philadelphia an. Sie wurde am Eisenbahndepot von einem Arrangement-Committee in Empfang genommen, und in einer Procession, über 3 engl. Meilen lang, durch verschiedene Straßen der Stadt nach der City-Halle gebracht. Das war eine äußerst großartige, rührende und effectreiche

Scene zugleich. Der lange Zug, der sich unter dem Glanze von tausend Fackeln, den Tönen der Trauermärsche, dem Donner der Kanonen und dem gedämpften Läuten der Glocken durch die breiten schnurgraden Straßen bewegte, bot einen wunderbar feierlichen und ergreifenden Anblick. Dichte Volksmassen standen zu beiden Seiten der Straße, in feierlichem Schweigen verharrend und beim Nahen des Zuges das Haupt entblößend. Als der prachtvolle Sarkophag, von 8 kohlschwarzen Rossen gezogen, sich nahete, da ertönte ein lautes Schluchzen, kurz Alles deutete an, daß die Stadt der Bruderliebe einem großen Manne, dessen Verlust allgemein gefühlt und bedauert ward, die letzte Ehre erwies. Wer in diesem feierlichen Momente unser Volk gesehen, der konnte ihm seine tiefste Achtung nicht versagen.

Gerade als die Uhr auf dem Thurme des Stadthauses Mitternacht verkündete, erreichte der Zug den Independence-Square. Der Hauptmarschall des Zuges, Herr Fritz, übergab mit einer tief aus dem Herzen kommenden Rede den Sarg mit den theuern Resten den städtischen Behörden. Der Vormann der Arrangement-Committee, Hr. Wetherill, sonst einer unserer besten Redner, war von seinen Gefühlen so übermannt, daß ihm die Thränen die Stimme erstickten, als er zu antworten versuchte.

In der Halle des Stadthauses, in der vor 76 Jahren die Unabhängigkeitsacte unterzeichnet ward, ruhten die Nacht über die sterblichen Reste des unvergeßlichen Clay, über und über mit Kränzen und Blumen bedeckt, die liebende Hände und Herzen gespendet, und bewacht von der Bürgercompagnie, „Washingtons graue Garde" genannt. Wo hätte sich ein besserer Platz finden lassen? — Am folgenden Morgen ging der Zug weiter nach New-York, wo der Empfang nicht weniger rührend und feierlich war. So weiß ein freies Volk seine großen Todten zu ehren! Damit für heute Good by T.

* (Anderer Bericht aus Philadelphia vom 5. Juli.) Die Actien des democratischen Präsidentschaftscandidaten, General Pierce, sind im Steigen. Die Whigpartei im Süden, die Baumwollenpflanzer und Sclavenzüchter, sind mit der Nomination Scotts unzufrieden, weil sie ihn für einen Abolitionisten halten; die Eingewanderten, ohne Rücksicht, welcher der beiden Parteien sie angehören, sind gegen Scott, weil er ein eingefleischter Native-Mann ist. Dazu kommt, daß die Präsidentur Taylors uns den Beweis geliefert, daß ein guter General ein sehr mittelmäßiger Präsident sein kann. Auch der Umstand, daß die Whigs in ihrer Plateform in Baltimore sich gegen jede Aenderung in der seither befolgten Nichtinterventionspolitik ausgesprochen, ist nicht zu ihren Gunsten. Das fühlen sie wohl und sind furchtbar über Kossuth erbost, der sich offen auf die Seite der Deutschen gestellt hat.

— Wir lassen der vorstehenden Originalmittheilung nachstehende Bemerkungen folgen, unter Zurückweisung auf Dasjenige, was wir in verschiedenen Aufsätzen über die Zukunft der Vereinigten Staaten sagten, welche sicher in wenigen Decennien, über alle „Großmächte" sich erbebend, die einzige Weltmacht sein werden. Das neueste „Journal des Debats" bringt den Anfang einer vortrefflich geschriebenen Biographie des vor Kurzem in America verstorbenen Clay in 7 Spalten, welche zugleich die Geschichte Nordamericas während der Wirksamkeit des großen Staatsmanns und Bürgers ist. Es heißt darin unter Anderem: „Seit der Unabhängkeitserklärung ist die Macht der Nordamericanischen Freistaaten unendlich gewachsen und wird es noch bei weitem mehr. Die Vereinigten Staaten sind die Beschützer, ja man kann sagen Schutzherrn der ganzen neuen Welt. Es ist möglich, daß sie deren Besitzer werden. Diese colossale Macht lagert dann gleich einem Riesen zwischen den beiden Polen, die alte Welt von Osten und Westen überwachend und deren Geschicke ordnend. Es gibt keinen 15jährigen Knaben in America, der nicht diese Hoffnungen für sein Vaterland hegte, wie die jungen Römer unter Fabius und Paul-Emile überzeugt waren, daß Rom die Welt erobern werde."

Deutschland.

München, den 27. Juli. Heute Morgen verschied dahier der Sprachforscher Professor Dr. Schmeller nach längerem Leiden.

Heute wurde der Metzgerknecht Treiber, Mörder des jungen Cigarrenhändlers Reb, vom Schwurgerichte zum Tode verurtheilt. Er verhielt sich stumpf und gleichgültig.

Wiesbaden, den 28. Juli. Heute ist General Lamoriciere mit Familie hier angekommen und im Gasthaus zur Rose abgestiegen. Der General wird sich längere Zeit hier aufhalten.

Frankfurt, den 26. Juli. Auf die schließliche, wenn auch nur formelle Berathung der Bundesversammlung über die schleswig-holsteinische Angelegenheit darf man immerhin einiger Maßen gespannt sein, da, wie aus guter Quelle verlautet, bei dieser Veranlassung der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, im Namen der Ernestinischen Linie gegen die in dem londoner Vertrage bezüglich der Feststellung der dänischen Thronfolge bestimmte Einverleibung des Fürstenthumes Lauenburg in die dänische Gesammtmonarchie, — in eventueller Wahrung der Erbfolgerechte jener Linie in dem Fürstenthume — protestiren werde. Von einem anderen Proteste des Herzogs v. Sachsen-Coburg-Gotha über einzelne Bestimmungen der Pacification der Herzogthümer geschah bereits Meldung. (Köln. Ztg.)

Kassel, den 24. Juli. Für die Ankömmlinge in Spangenberg gibt es, (wie der „Berl. Nat.-Ztg." berichtet wird) eine Zeit, die sich zu den späteren Haftzuständen verhält, wie das Fegfeuer zum Orte der Seligen. Nur muß man die Vergleichungspunkte nicht in den nachfolgenden, sondern in den vorangehenden Zuständen suchen. Wochenlang müssen die Ankömmlinge ohne die Erlaubniß des täglichen Spazierganges, der erlaubten literarischen Beschäftigung, sei es lesend oder schreibend, der Bequemlichkeit des eigenen Bettes, der beschränkten Correspondenz mit den Angehörigen ihrer Familie rc. hinbringen. Glücklich diejenigen, für welche der Befehl zur Bewilligung solcher Zulässigkeiten bald, bemitleidswerth diejenigen, für welche er spät eintrifft. (Nat.-Z.)

Leipzig, den 26. Juli. Professor Roßmäßler, der vor einigen Tagen aus Mainz ausgewiesen wurde, ist vorgestern hier angekommen. Seine Ausweisung ist lediglich das Werk der Ultramontanen, mit dem Bischof von Mainz, Ketteler, an der Spitze, welche, bei ihrem starren Bibelglauben von der Erschaffung der Erde, an den naturwissenschaftlichen Vorträgen Roßmäßlers natürlich Anstoß nahmen. Roßmäßler wird hier wegen einer zur Erinnerung an Robert Blum im Jahre 1850 gehaltenen Rede eine einmonatliche Gefängnißstrafe zu verbüßen haben, die er nächste Woche antritt. (D. A. Z.)

Bremen, den 24. Juli. Gestern ist dem Fräulein Mindermann, der Verfasserin der „Briefe über Bremische Zustände," das in der wider sie verhängten Untersuchung wegen Preßvergehen gefällte Erkenntniß des Criminalgerichts publicirt worden; es lautet auf acht Tage einsame Haft oder 20 Rthlr. Geldstrafe. Außerdem hat Fräul. M. die Gerichtskosten zu tragen.

Kiel, den 25. Juli. Nicht blos in Flensburg, sondern auch hier (also auch in Holstein) ist heute die Schlacht bei Idstedt auf Befehl des dänischen Kriegsministers durch große Parade, vor dem General v. Bardenfleth, gefeiert worden. Morgen wird, wie man sagt, den Soldaten ein Ball gegeben werden.

Berlin, den 26. Juli. Sämmtliche bisher bekannt gewordene Bestrebungen des Ultramontanismus zur Erweiterung und Befestigung, selbst die Jesuitenmissionen, sind nichts im Vergleiche zu dem Plane, den derselbe nunmehr im nördlichen Deutschland auszuführen beabsichtigt und mit dem er bereits von einem hauptsächlichen Knotenpuncte seiner Verbindungslinie, von Dublin in Irland, aus offen hervortritt. Der Katholicismus (soll

heißen: Ultramontanismus) hält nämlich dafür, daß es, Oesterreich ausgenommen, in ganz Deutschland nicht eine einzige wissenschaftliche Bildungsanstalt gäbe, die seinen Zwecken vollständig entspricht. Das gut katholische Baiern genügt ihm in keiner Weise. Es soll daher eine rein katholische Universität in Norddeutschland, da in Oesterreich die Sache der religiösen und politischen Wiedergeburt stetig fortschreite, gegründet werden. Man wird sich wundern, daß dies nicht in Preußen unternommen werden soll, da der Katholicismus auf dieses Land und dessen Regierung die kühnsten Hoffnungen baut, sondern in einem Staate, der nur einem kleinen Theile nach aus Katholiken besteht. Allein in diesem Puncte, zu **Fulda in Kurhessen**, soll die katholische Oase in der norddeutschen Wüste gebildet und dort die rein katholische Universität gegründet werden. Wir können als Gewährsschrift für diese Behauptungen dasjenige Blatt anführen, welches als ultrakatholisches Organ bekannt ist, das Juliheft des „Dublin Review," wo man die so eben aufgestellten Behauptungen auf Seite 530 buchstäblich lesen kann. (Spen. Z.)

Vom 16. bis 18. Aug. wird in Dresden eine Generalversammlung deutscher Geschichts- und Alterthumsforscher stattfinden.

Die dießjährige Generalversammlung der Piusvereine findet in der Zeit vom 5. bis 12. September in Münster statt. Zu derselben Zeit wird die Generalversammlung der Gustav-Adolph-Vereine in Wiesbaden und der evangelische Kirchentag in Bremen abgehalten.

Der bekannte **Hassenpflug'sche Fall** erinnert die Berliner an einen früheren, einiger Maßen ähnlichen. Unter dem vorigen Könige hatte — wie dem Corresp. v. u. f. D. geschrieben wird — ein angesehener Baumeister zwei Brücken zu bauen. Bei der einen fanden sich Ersparnisse über den Anschlag, bei der anderen ein Deficit. Er modificirte die Rechnungen und glich, aus eigener Machtvollkommenheit, das Plus mit dem Minus aus. Der Unglückliche hatte zwar mit dem Plus keinen Mehrcomfort für **seine** Zimmer erzielt, er hatte nur für den Staat nach eigenem Gutdünken gut gewirthschaftet, er hatte auch, so viel bekannt, keinen unter ihm stehenden Baumeister bewogen, ein falsches Attest auszustellen; aber er ward zur Untersuchung gezogen und wegen Unterschlagung cassirt und zu Festungsstrafe verurtheilt. Der Schlag traf ihn vor Schreck. Keine Partei nahm sich seiner an, aber die Humanität des vorigen Königs Friedrich Wilhelm's III. ihn wieder in ein Amt zu setzen, wagte der gerechte Monarch nicht, aber er gab dem gelähmten Unglücklichen aus seiner Schatulle eine Pension, um ihn vor dem Verhungern zu schützen.

Schweiz.

Basel. Wie groß gegenwärtig die Zahl der fremden Reisenden in der Schweiz ist, ergibt sich aus folgender Liste: Von Basel in das Innere der Schweiz wurden per Post an Reisenden befördert: am 12. Juli 184 Personen, am 13. Juli 171, am 14. 165, am 15. 160, am 16. 164, am 17. 207, am 18. 157; in einer Woche 1208 Personen.

Schwyz. Bekanntlich sollte eine Jesuitenanstalt bei uns errichtet werden. Nun sind aber die hiesigen Jesuiten in Fallimentszustand gerathen. Ihre Schuldenmasse beträgt mehr als 142,000 Frcs. Weitaus das meiste davon ist verloren. Dieses Falliment, das hier in mancher Beziehung so großes Aufsehen erregt, gibt ein neues Belege, wie die Jesuiten und ihre Freunde es verstehen, den Leuten das Geld aus dem Sacke zu pumpen, und zwar Alles zur größeren Ehre Gottes.

Spanien.

Madrid, den 22. Juli. Der „Heraldo" erwähnt eines Gerüchtes, nach welchem Don Carlos die Entsagung auf die Thronfolge, welche er seiner Zeit in Bourges zu Gunsten seines Sohnes, des Grafen v. Montemolin, unterzeichnete, widerrufen hätte.

Großbritanien.

London, den 26. Juli. Mit dem Dampfboote „Africa" ist die Newyorker Post vom 14. ds. zu Liverpool eingetroffen. Unter den mit diesem Schiffe angelangten Passagieren befindet sich **Kossuth**, unter dem Namen Smith.

Australien.

Aus Australien vernimmt man, daß die chinesischen Einwanderer dort eben so wenig beliebt sind, wie in Californien, und daß man ihnen die Sträflinge vorziehe. Die europäischen Aufseher sollen Posten, wo Chinesen verwendet werden, verlassen, weil sie das störrige Benehmen der Letzteren, die beim geringsten Anlasse zum Messer oder Gewehr greifen, nicht vertragen können. Man sollte den Himmlischen, die mit ihren wässerigen, langgeschlitzten Augen, platten Nasen und langen Zöpfen bisher für das Sinnbild des Phlegmas galten — ein so heißes Blut gar nicht zutrauen, besonders wenn man damit die Nachrichten aus ihrem eigenen Heimathlande vergleicht, wo Tien-Teh und die Mandarinengenerale der herrschenden Dynastie die Fabius Cunctator-Strategie in allen möglichen Formen zur Anwendung bringen.

Neueste Nachrichten.

München, den 27. Juli. Der Ministerpräsident v. d. Pfordten ist seit seiner Rückkunft durch Unwohlsein zu Hause gehalten, und wird dem Vernehmen nach das Portefeuille erst später wieder übernehmen. (A. Z.)

Augsburg. Wir können als sicher melden, daß, einer Anordnung des k. Justizministers zufolge, fortan in ganz Baiern die zur Aburtheilung vor den Assisen kommenden Angeschuldigten zwischen dem Gefängniß und dem Gerichtslocal nicht mehr zu Fuß, sondern zu Wagen hin- und hergebracht werden sollen.

Mannheim, den 27. Juli. Gestern Nacht verschied zu Heidelberg plötzlich der pensionirte großh. Major **Riegel**, bekannt durch militärische Schriften, u. A. über den Krieg auf der pyrenäischen Halbinsel, welchen er selbst als Offizier der badischen Truppen mitgemacht hatte.

Stuttgart, den 26. Juli. Der Schaden, der durch die letzten Hagelschläge verursacht wurde, stellt sich in einzelnen Oberämtern des Landes als sehr bedeutend heraus, wenn er auch zu dem Gesammterträgniß des Landes nur in einem sehr geringen Verhältniß steht. Bei der Hagelversicherungsgesellschaft haben bereits 125 Orte Schadenersatzforderungen angemeldet.

Göttingen, den 26. Juli. Der Dr phil. J. G. Westphal hat in der Nacht des 24. Juli d. Js. auf der hiesigen königl. Sternwarte einen Kometen etwa 1½° südlich von dem Stern F Piscium entdeckt.

Wien, den 27. Juli. Aus Athen vom 20. d. wird gemeldet: Der russische Gesandte erließ ein Circular, worin die Solidarität Rußlands mit Christophoros Umtrieben abgelehnt wird. König Otto, der zunächst Karlsbad besucht, wird zwei Monate auswärts verweilen. Die Triester Ztg. bringt Konstantinopeler Briefe, wonach ein türkischer Ministerwechsel im russischen Sinne bevorstand. Halil Pascha, des Sultans Schwager, der nach Rhodus verbannt worden, soll zurückberufen werden.

Frankreich. Die lithograph. Correspondenz aus Paris ist uns heute nicht zugekommen. Aus einer telegr. Depesche der Kölnischen Ztg. ersieht man, daß eine Ministerveränderung bevorstehen soll, wonach Turgot zum Staatsminister, Drouin de L'Huys zum Minister des Auswärtigen und Magne zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt würde.

Da Marschall Excelmans arm gestorben ist — ein seltener Fall bei einem Marschalle, — so trägt der Staat die Kosten des Leichenbegängnißes. — Die angekündigte Schrift Proudhons wird, wie man hört, hier gar nicht erscheinen, nachdem man den Verleger eingeschüchtert habe.

Nun spricht man von einer Veröffentlichung der Broschüre in Brüssel. — Das Ministerium hat befohlen, alle politischen Internirten oder unter Polizeiaufsicht Gestellten, von den Wählerlisten zu streichen. — Zehn junge Leute wurden auf Befehl des Unterrichtsministers in die Normalschule nicht aufgenommen, weil sie Protestanten sind! (Köln. Z.)

Turin. Aus Rom wird gemeldet, daß der Papst das fanatische Verfahren der sardinischen Bischöfe mißbillige.

London, den 26. Juli. Das Endergebniß der Wahlen wird, wie der „Globe" muthmaßt, folgendes sein: 329 liberale, 289 ministerielle und 36 zweifelhafte Mitglieder.

Miscellen.

Ein Fräulein Emilie Luther, protestantische Lehrerin in Dortmund, nicht bloße Namensverwandte sondern wirklicher Nachkomme von dem Reformator, hat sich mit dem vormaligen katholischen Priester J. de Geest aus Mecheln verheirathet.

*Die „Allg. Ztg." bringt eine Notiz bezüglich des Uebertrittes des excommunicirten Protestanten zu Homburg in die katholische Kirche unter der Rubrik „Landgrafschaft Hessen." Wenn ein französisches Blatt Fehler in der Geographie der 38 deutschen Vaterländer macht, regnet es Spott, selbst in der Allgemeinen. Daß sie selbst den Schauplatz des fraglichen Vorfalls nach der Landgrafschaft Hessen verlegt, scheint in der sehr lobenswerthen Voraussetzung seinen Grund zu haben, daß so Etwas bei uns ja gar nicht vorkommen könne!

In Zeitz (Provinz Sachsen) ist unterm 17. Juli folgende Bekanntmachung des Magistrats erschienen: „Wegen der obwaltenden gedrückten Erwerbs-Verhältnisse können wir in diesem Jahre unsere Genehmigung zur Veranstaltung eines Kinderfestes nicht ertheilen, und bringen solches hiermit zur Kenntniß der betheiligten Eltern."

Eine Muckerin, ledigen Standes, die seit 20 Jahren in mehreren schwäbischen Städten und Dörfern Bet- und Wundergesellschaften gestiftet und sich als Vorsteherin gebildet hat, ist mit dem zehnten Kinde erfreut worden. Sie will diese Kinder von der andern Welt haben, mit der sie in vertrautem Umgang stehe; sie erwartet, daß (durch sie) ein Messias komme, der die lasterhafte Welt bessere; auch von verborgenen Schätzen weiß sie ihren zahlreichen Verehrern zu predigen. Bis jetzt scheinen die Behörden ihr sittenloses und unsinniges Treiben geduldet zu haben. (Didask.)

Folgende Nachricht wirft ein Streiflicht auf die traurige Lage mancher Elementarlehrer: Im Koblenzer Bezirk brannte jüngst ein großer Theil eines Dorfes ab. Der Lehrer, der zu den unglücklichen Bewohnern gehört, bittet in einem Rundschreiben seine Kollegen um eine Unterstützung, da er sich, Familienvater von 3 Kindern, unmöglich bei einer jährlichen Besoldung von 80 Thlr. selbst wieder aufhelfen könne.

Auswanderungssache. Im Monat Juni kamen zu New-York 49,225 Einwanderer an, d. i. fast 15,000 mehr, als im nämlichen Monat während des vorigen Jahres. Beinahe die Hälfte der Einwanderer bestand aus Deutschen, nämlich 22,339. Irländer waren es 15,896, Engländer und Schottländer 5412, Franzosen 2605, Schweizer 1826 2c. — Man hat berechnet, daß sich die Summe, welche jährlich von in Nordamerika lebenden Irländern an ihre Verwandten in der Heimath zur Bestreitung ihrer Uebersiedlungskosten gesandt wird, auf 1 Mill. Pfd. Sterl. (12 Mill. fl.) beläuft.

Speyer, den 30. Juli. Nachdem es bereits in der unzweifelhaftesten Weise feststeht, daß die denunciatorisch verdächtigende Behauptung des Dr. Jäger in der Briefgeschichte wegen des „noch weitern persönlichen Materials" eine nicht mehr hinwegzustreitende **Lüge** ist, sucht die genannte Persönlichkeit auf andere Weise ihr Verfahren zu beschönigen, über das die öffentliche Meinung wol bereits gerichtet hat. Ich sehe ab von der versuchten abgeschmackten Verschanzung hinter die Postbehörde (die baierische oder die französische?) ohne deren „schwere Pflichtverletzung eine solche Briefunterschlagung nicht habe geschehen können," und der daneben stehenden Angabe der nämlichen Persönlichkeit, wonach der Brief durch Privathände befördert worden sei. Dr. Jäger hat nun aber die Stirne, mit aller Bestimmtheit frech zu behaupten: „die beiden Aufsätze, welche dem (Witt'schen) Briefe beigelegt gewesen, seien in der Speyerer Ztg. wirklich abgedruckt erschienen."

Dieser positiven Behauptung gegenüber muß ich mich des nemlichen Ausdrucks bedienen, den vor einiger Zeit bereits der Bürgermeister der Stadt München, Hr. Dr. v. Baur, gegen eine andere unwahre Ausstreuung der Zeitung des Hrn. Jäger zu gebrauchen sich vermüßigt fand: ich erkläre die obige Behauptung des Dr. Jäger für eine **freche Lüge**.

An Dr. Jäger ist es nun, jene seine Behauptung zu rechtfertigen, und, sei es durch Vorlage der Originalmanuscripte und Gegenüberhalten der betr. Aufsätze in der Speyerer Zeitung, sei es auf welche Art sonst, einfach zu beweisen:

1) die behauptete Identität der in der Speyerer Ztg. erschienenen persönlichen Vertheidigung eines gewissen Krez — mit der in der Sendung des Hrn. Witt erwähnten „recht witzig geschriebenen" „Antipfaffiade," und

2) die Identität eines Aufsatzes des Hrn. Witt selbst mit irgend einem Aufsatze in der Speyerer Ztg. Ich erkläre meinerseits — und Niemand in der Welt kann mit Grund widersprechen! — daß die Speyr. Ztg. sowol im Spätjahr 1850 als seitdem, überhaupt auch nicht einen einzigen Aufsatz von Hrn. Witt enthielt! —

Beliebige Behauptungen, Verdächtigungen und muthwillige Angriffe sich zu erlauben ist freilich sehr leicht, das kann sogar jeder böse Bube. Es gilt aber auch zu beweisen was man behauptet.

So lange Dr. Jäger den Beweis seiner eben angeführten, so bestimmt in die Welt geschleuderten Behauptung nicht liefert, wird man es mir aber wol nicht zumuthen, auf fernere Angriffe und Gemeinheiten von Seiten der gedachten Persönlichkeit mit irgend etwas Weiterem zu antworten, als mit einer Hinweisung auf die fragliche **freche Lüge**. G. F. Kolb.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 27. Juli. Weizen 4 fl. 24 kr., Korn 3 fl. 37 kr., Gerst 3 fl. 9 kr., Spelz 3 fl. 13 kr., Hafer 3 fl. 45 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 24. Juli. Weizen 5 fl. 21 kr., Korn 4 fl. 8 kr., Spelz 4 fl. 16 kr., Gerst 3 fl. 20 kr., Hafer 3 fl. 52 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 27. Juli. Weizen 5 fl. 8 kr., Korn 4 fl. 21 kr., Spelz 3 fl. 30 kr., Gerst 3 fl. 21 kr., Hafer 3 fl. 30 kr., Kartoffeln 1 fl. 28 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 22. Juli. Weizen 5 fl. 4 kr., Korn 4 fl. 14 kr., Spelz 3 fl. 18 kr., Gerst — fl. — kr., Hafer 3 fl 25 kr., Kartoffeln 1 fl. 40 kr., per Centner.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1149a] **Offene Lehrlingsstelle.**

Für einen mit den nöthigen Vorkenntnißen ausgestatteten jungen Mann ist in einem Speditions-Geschäft am Rhein eine Lehrlingsstelle offen. — Die Adresse ist auf frankirte Anfragen unter Nro. 1149 bei der Expedition dieses Blattes zu erfahren.

[1117] **Lotto.**

Zu Nürnberg kamen den 27. Juli heraus:

31. 6. 30. 45. 52.

Die nächste Ziehung ist den 5. August zu München.

Neue

Speyerer Zeitung.

Sonntag Nro. 184 den 1. August 1852.

Deutschland.

• **Speyer,** den 31. Juli. In der politischen Luft herrscht eine solche Schwüle und unheimliche Stille, wie in der Atmosphäre wenn sich ein Gewitter zusammenzieht. Das Gefühl des Mißbehagens lastet auf Allen. Jedermann fühlt, daß die Dinge nicht so bleiben werden, wie sie sind. Wann und wie sich aber eine Umgestaltung bilde, das weiß Niemand.

Zunächst ist es Frankreich, in dem wenigstens eine bestimmte Umänderung vorherzusehen ist: das Kaiserthum wird in Kurzem ausgerufen sein. Was aber dann weiter? Wird es die Kehrseite seines Ursprungs, wird es Frieden statt des Krieges und der Eroberung zur Devise wählen, — wird es diese auf die Dauer behaupten können oder auch nur behaupten wollen?

Wenn ein Fürst von den ältesten Dynastien, wenn ein Kaiser von der völlig unbeschränkten Macht des russischen Czaars seine Hauptstadt auf ein Paar Tage verlassen hatte, um eine Eisenbahn einzuweihen, so kehrt er ohne Lärm, ohne Pomp, ohne Gepränge schließlich in seine Residenz zurück. Was bei keinem von ihnen dem ärgsten Servilismus bisher einfiel, — in Paris sehen wir es verwirklicht. Dieses seltsame Gepränge bei der Rückkunft Ludwig Napoleons von Straßburg kann wol Niemanden im geringsten Zweifel lassen, daß es auf etwas Ungewöhnliches abgesehen ist.

Friede! sagt man, — und läßt zum Symbol des Friedens das Heer wieder eine Brücke über den Rheinstrom schlagen, wie in den Zeiten der Eroberung. —

Ganz besonders bezeichnend müßte es aber sein, wenn sich wirklich bestätigte, was die Elbf. Ztg. gemeldet, daß Ludwig Napoleon sich bereits empfindlich gezeigt, da der Regent von Baden nicht zu seinem Empfange an die Landesgränze geeilt sei. Das wäre ein Zug, der doch allzustark und vorschnell an die düsterste Epoche der Rheinbundszeit erinnerte! —

• **Speyer,** den 31. Juli. Es ist früher in diesem Blatte berichtet worden, daß auf der hiesigen Werfte ein Seeschiff erbaut werde. Wir zeigen nunmehr an, daß das gedachte Schiff heute Abend um 5 Uhr vom Stappel gelassen wird.

• **Vom Haardtgebirge,** den 29. Juli. Unsere Weinberge haben sich durch das anhaltend gute Wetter seit vier Wochen sehr erholt. Wir waren aber zu weit zurück, so daß wir heute in Bezug auf Entwicklung, selbst mit mittelmäßigen Jahren, noch nicht auf einer Linie stehen. Die Frühschwarzen, von welchen man z. B. im Jahre 1840 am 26. Juli schon ganz gefärbte Trauben gefunden, fangen eben an sich zu färben. Behalten wir, wie es den Anschein hat, das gute Wetter fort, so kann es einen recht artigen, nimmer aber einen Stichwein, geben. Gute Jahre haben immer einen Charakter, das Jahr 1852 aber hat gar keinen. Was die Quantität anbelangt, so wird es keinen halben Herbst geben, da durch die Frühjahrsfröste die Weinberge sehr gelitten haben.

Der Vertrag zwischen der Schweiz und Amerika. Darüber bemerkt die Nat.-Ztg.: Am 24. Mai wurde in London ein Protokoll unterzeichnet von allen Mächten, die sich irgendwie für betheiligt halten konnten, mit Ausnahme der einen, die am nächsten und unzweifelhaftesten betheiligt war, der Schweiz. Auf Grund der Wiener Verträge, aus denen das Königreich Polen, der Freistaat Krakau und die Krone der Lilien herausgerissen und in die neben manchen andern Dingen das Königreich Belgien und der dänische Gesammtstaat hineinrevidirt sind, haben die größeren europäischen Staaten sich berechtigt gefunden, eine gewisse Beziehung der Schweiz „in Erwägung zu nehmen." In wieweit man die Schweiz an dieser Erwägung wird theilnehmen lassen, steht dahin; bis jetzt scheint noch nicht einmal eine officielle Mittheilung an die Bundesregierung ergangen zu sein.

Seitdem ist etwa so viel Zeit verflossen, als zu einer Rückfrage nach Washington erforderlich, und die Schweizer Blätter melden den Abschluß eines Handels- und Freundschafts-Vertrages zwischen der Schweiz und Amerika. Wir wissen, daß die Verhandlungen seit lange gepflogen sind; aber wir werden nicht irren, wenn wir annehmen, daß der Abschluß und wohl auch der Inhalt des Vertrages durch das Londoner Protokoll befördert und bestimmt worden sind.

Es ist klar, daß durch dieses Bündniß die Lage der Schweiz wesentlich verändert, den Rettungs- und Theilungsgelüsten Oesterreichs und Frankreichs ein sehr fühlbarer Zügel angelegt ist. Die Vorstellung ist zwar sehr geläufig, die Schweiz liege mitten im Lande und Amerika mitten im Weltmeere; und in der That würden Paris, Wien und die Rittersitze in der Mark im Falle eines Konfliktes einen unmittelbaren Angriff nicht zu befahren haben. Aber als ob der Einfluß des Kabinets von Washington sich nicht auf Umwegen geltend zu machen vermöchte! Welche Sympathien der Graf von Malmesbury auch haben mag, die öffentliche Meinung in England ist entweder einem freundlichen Verhältniß zu den Vettern jenseits des Wassers geradehin zugethan, oder doch jeder Entzweiung mit ihnen entschieden abgeneigt. Das Baumwollenband hält fest, das von den Ufern des Mississippi nach den Spinnereien von Manchester reicht, und täglich weben sich neue Fäden hinein. Sollten die Dinge in die Lage kommen, daß England zwischen der Feindschaft der europäischen Mächte und der Freundschaft Amerika's ernstlich zu wählen hätte, so würde es sich für die letztere entscheiden, und damit hat jeder Gedanke an militärische Operationen gegen die Schweiz ein Ende.

Unter den mancherlei Unglücksfällen, denen die preußische Politik immer häufiger begegnet, je conservativer sie wird, wäre es vielleicht der beklagenswertheste, wenn man um des Protocolls vom 24. Mai willen andere Puncte geopfert hätte. Es ist kein Zweifel, daß das Opfer vergebens wäre. Ein Blatt beruhigte kürzlich über die Besorgniß vor einer neuen Mobilmachung mit der Versicherung, daß ein paar Bataillone ausreichen würden. Wir sind überzeugt, daß auch die paar Bataillone keine Veranlassung haben werden, ihre Quartiere zu verändern. Die Aussicht zu einem Kriege, in dem das ganze conservative Europa auf der einen und die Schweiz auf der anderen Seite stünde, ist jedenfalls sehr getrübt.

Die ganze Neuenburger Angelegenheit ist ein merkwürdiges Beispiel von der „List der Idee," die Hegel durch das Bild des Kuckuckeies in dem Grasmückenneste ausdrückt. Preußen hatte die Hoheit über jenes Ländchen nach dem Sturze Napoleons ausdrücklich kraft der Eroberung wieder in Besitz genommen, nicht kraft des älteren Erwerbstitels. Eine Eroberung auszutauschen oder auf-

zugeben, das ist mit dem empfindlichsten Ehrgefühl vereinbar; übrigens hatte man in Wien ja auch kein Bedenken, angestammte Besitzungen abzutreten. Wenn die Mächte gleichwol dieses ganz anomale Verhältniß des preußischen Herrscherhauses zu dem Gliede eines republicanischen Staatenbundes aufrechterhielten oder wiederherstellten, so kann das füglich nur in der Absicht geschehen sein, eine Handhabe zu behalten, durch welche man jederzeit in eine mißliebige Entwickelung der Schweiz eingreifen könnte. Bei den neueren, in dem Protokoll vom 24. Mai abgeschlossenen Verhandlungen ist ferner von gewissen Seiten das Motiv deutlich genug ausgesprochen worden, daß es darauf ankomme, auch in dieser Beziehung jede Spur des Jahres 1848 zu verwischen. Und was ist der Erfolg dieser Bestrebungen? Sie haben den gefürchteten Augenblik gezeitigt, wo die Vereinigten Staaten ihr Gewicht in die Waage Europa's werfen.

Wir sagen: gezeitigt; denn kommen mußte der Augenblik. Zwar haben die Stifter der nordamerikanischen Republik ihren Nachkommen eingeschärft, sich von den Händeln der alten Welt fern zu halten; zwar ist dieß Gebot bisher mit fast religiöser Achtung befolgt worden: aber der weiseste Rath und die bereitwilligste Folgsamkeit können nicht auf immer von der Richtung abhalten, auf welche die naturgemäße Entwicklung großer Republiken treibt. Die ungeheure Revolution der Verkehrsverhältnisse, das Einschrumpfen der Erde unter dem Einflusse des Dampfes, mögen überdies den heutigen Amerikaner entschuldigen, wenn er den Vorschriften von Männern ungetreu wird, welche die Veränderung der Verhältnisse nicht ahnen konnten. Es gibt bereits in Amerika eine sehr starke Kriegs- oder, wie sie sich auf Yankeeisch nennt, Ruhmpartei. Es ist nichts Zufälliges, sondern ein sehr sprechendes Symptom, daß beide Kandidaten für die Präsidentur sich als Soldaten ausgezeichnet haben. Die Bürger der vereinigten Staaten haben eine sehr entschiedene kriegerische Neigung, die freilich mit dem militärischen Geiste der alten, europäischen Staaten nicht zu verwechseln ist. Sie wollen keine besondere Soldatenkaste, geizen nicht nach der Mitgliedschaft derselben und finden keine Befriedigung darin, sich ewig nur auf den Krieg vorzubereiten. Es ist auch nicht der Krieg an und für sich, der sie reizt oder ihnen als ehrenvoll erscheint. Wie der Ausdruck „Glory Party" es sehr bezeichnend wiedergibt, schwärmen sie für den Erfolg des Krieges, für die Erweiterung der Grenzen, für den Ruhm des Vaterlandes; und diesen Erfolg betrachten sie als die gemeine Sache Aller. Wie die römischen Dictatoren geben ihre Feldherren vom Pfluge oder von dem Schreibtisch weg zum Siege. Pierce, auf den sich mit seltener Einmüthigkeit die Stimmen der Democraten vereinigt haben, hatte als junger Mann von der Barre den Weg in den Senat gefunden. Als der Krieg mit Mexico ausbrach, trat er freiwillig als Gemeiner ein. Kaum war er eingetreten, so wählte man ihn zum Obersten; kaum in Mexico angelangt, wurde er zum Brigadegeneral ernannt, und kaum in das Commando eingetreten, führte er nach einer Reihe glänzender Siege über die schulgerechten Truppen der Gegner seine Milizen auf die Mauern von Veracruz und dictirte den Frieden. Sobald seine Ernennung zum Candidaten bekannt war, warfen die Whigs ihre bis dahin hoffnungslos zersplitterten Stimmen auf den General Scott, als den Einzigen, der in kriegerischem Erfolge als ebenbürtiger Nebenbuhler Pierce's dastand. Eine besondere, bisher erst theoretisch entwickelte Seite dieser Richtung ist die „aggressive Politik," zunächst auf die „Annexirung" americanischer Gebiete, in weiterer Ferne aber auch schon auf einen Zusammenstoß mit dem feindlichen Elemente auf europäischem Boden, wenigstens auf europäischen Gewässern, gerichtet. Daß Pierce für seine Person dieser Politik nicht zugethan sein soll, ist eine vorübergehende Erscheinung; die ganze Strömung drängt dahin. Ob sie dauernd zum Heile der vereinigten Staaten ausschlagen oder den Keim der Zersetzung hineintragen wird, ist eine andere Frage, deren theoretische Beantwortung man in der alten Geschichte zu suchen, mit deren practischer Lösung aber unsere Generation noch nichts zu thun hat.

München, den 28. Juli. Als am 24. d. der Maurermeister Sitzmann zu Weisbach, Gerichts Bischofsheim, in der Küche des dortigen Pfarrhofes einen Keller graben wollte, fand er unter einem Ziegelstein das Scelett eines Kindes, welches nach ärztlichem Gutachten zwischen 6 und 12 Jahre dortselbst gelegen haben mochte. (Volksbtn.)

Eßlingen, den 28. Juli. Heute wurde am hellen Tage, Mittags 1 Uhr, in einer der belebtesten Straßen der Stadt und in einem sehr bevölkerten Wohnhause unser Mitbürger Dr. Rambold von einem bis jetzt Unbekannten, nach einem furchtbaren Kampfe, wie die Spuren bezeugen, räuberisch ermordet. Es gelang dem Mörder, das Haus unangerufen, wie er es betreten hatte, wieder zu verlassen. Der Sterbende hatte noch die Kraft, den nach Ruchtbarwerdung der That Herbeigeeilten den Namen und Wohnort des Mörders zu nennen, einen Namen, der jedoch — sonderbarer Weise — in dem von Rambold genannten benachbarten Dorfe nicht zu finden sein soll. Die That, welche jedes Sicherheitsgefühl erschüttert, erweckt die ernste Frage, wie weit es denn jetzt mit der so eifrig genährten kirchlichen Sittlichkeit gekommen sei? (Beob.)

Stuttgart, den 29. Juli. (Sitzung der 2. Kammer.) Nagel bringt den scheußlichen Mord des Dr. Rambold zur Sprache. Ueber diesem unglücklichen Leichnam erhebt sich ein häßlicher Streit. Nagel will ihn nämlich zur Veranlassung nehmen, um auf Beschleunigung des Gesetzes über die Todesstrafe zu dringen, worauf Wiest v. E. erwidert, nichts wäre ungeeigneter als ein solches Gesetz unter dem augenblicklichen Eindruck einer solchen Begebenheit zu berathen. Aber unter steigendem Sturm verlangt die Ritterbank die Todesstrafe. L. Seeger: Man sollte meinen, das ganze Land sei voll Raub und Mord. v. Gaisberg und v. Eyb (heftig schreiend): Es ist auch nichts als Raub und Mord im Land! Rödinger: Das ist Verleumdung, schnöde Verleumdung des ganzen Landes! Die Ritterschaft behauptet, das Land verlange die Todesstrafe. S. Schott: Es sei auffallend, daß die Ritterschaft sich auf den Willen des Landes berufe, den sie sonst, z. B. wo es sich um ihre Standesvorrechte handle, keineswegs achte. Sturm und Protest von der Ritterbank. Frhr. v. Gemmingen verlangt eine Art von Ordnungsruf, aber keinen bestimmten, wie er hinzusetzt, und da der Präsident hierauf nicht eingeht, den er in dieser und der Todesfrage der Parteilichkeit beschuldigt, so erklärt er die Aeußerung Schott's für höchst ungeeignet, um welches Prädicat Schott sich nichts zu bekümmern erklärt. Die Justizgesetzgebungskommission legt den Stand ihrer Arbeit dar. Probst erklärt, ihr Bericht sei der Redaction nahe und nur dadurch aufgehalten worden, daß der Berichterstatter Weber mit sehr dringenden Arbeiten als Mitglied der Finanzcommission beauftragt sei. Wiest v. E., Mitberichterstatter, erzählt den auf die Todesstrafe so begierigen Herren, daß die Commission inzwischen die Entdeckung gemacht habe, die todeswürdigen Verbrechen haben gegen früher nicht zugenommen (Bravo!). Der Präsident bemerkt, im Jahr 1849 habe sich gegen die Aufhebung der Todesstrafe keine Stimme erhoben. v. Teuffel und etliche Ritter widersprechen 2c. (Beob.)

Berlin. In Preußen werden „evangelische Pfarrvicare" angestellt, welche die Jesuiten bekämpfen sollen! Die Jesuiten haben sich indeß seit einiger Zeit etwas zurückgezogen. Die allgemeine Aufregung der Gemüther war jedenfalls unangenehm und die Einschreitung der Regierung nicht mehr zu vermeiden, was kluger Weise jetzt von den katholischen Oberen vermieden wurde, indem sie die ausgesandten Apostel aus dem protestantischen Lande zurückgezogen. Der Mittelpunct aller jesuitischen

Bewegungen bleibt Münster, wo in kurzer Zeit 5 Klöster entstanden sind. — Zu beachten ist es, wie in manchen Städten die römische Kirche Anhänger findet. So lebten z. B. in der Stadt Bernau, einige Meilen von Berlin, vor 10 Jahren nur 5 Katholiken, jetzt gibt es deren dort über 100, größtentheils Tuchmacher, die zum Katholicismus übergetreten sind, dabei Geschenke von 50 Thalern empfangen haben und denen auch eine Kirche gebaut worden ist. Die Pfarrvikare, diese neuen Säulen der bedrängten protestantischen Kirche (!), werden einen Gehalt von 200 Thlr. jährlich empfangen. Es wird ihnen daher nichts Weiteres übrig bleiben, als die Jesuiten mit Haut und Haar zu verzehren, um nicht kläglich Hungers zu sterben. (Volksbötin.)

Die Jesuitenmissionen in Posen stehen augenblicklich: flau, da der Eifer der Patres durch die Furcht vor der herannahenden Cholera ein wenig abgekühlt wird.

Schweiz.

Zürich, den 25. Juli. Der Bundesrath hat für eine nachträgliche, in der ganzen Eidgenossenschaft stattfindende Einlösung der allfällig noch übrig gebliebenen alten Schweizermünzen einen Termin vom 15. bis zum 31. August nachkünftig bewilligt. — Handelsreisende aus Baiern bedürfen fortan keine Handelspatente mehr in der Schweiz, weil Baiern Gegenrecht hält.

Tessin. Wie die „Demokratia" berichtet, agitirt die Pfaffenpartei aufs eifrigste gegen das bekannte Säcularisationsgesetz. Es soll eine große Volksversammlung nach Bellinzona berufen werden, zu deren Einleitung bereits die nöthigen Unterschriften gesammelt worden sind. Das niedergesetzte Comite lud den Gemeinderath von Bellinzona zur Mitwirkung ein. Dieser lehnte es aber entschieden ab, mit im Ding zu sein. (S. N.-Z.)

Frankreich.

Alles zur Rettung der Gesellschaft. Ein 6 Fuß hoher und über 3 Fuß breiter Maueranschlag kündigt wieder Verkauf von Orleans'schen Gütern an. Es sind die dem Herzog von Aumale zugehörigen Waldungen in dem Ardennen-, Meuse- und Aisnedepartement, die auf 2,618,000 Fr. angeschlagen sind und am 10. August zur Versteigerung kommen sollen.

Neueste Nachrichten.

* **Stuttgart,** den 29. Juli. Kürzlich unterlag der Finanzminister mit seinem Ansinnen durch Steuererhöhung eine Summe von 300,000 fl. für öffentliche Arbeiten zur Beschäftigung der Armen aufzubringen, indem hiefür nur die Ueberschüße der Verwaltung aus dem laufenden Jahr angewiesen wurden. Unter dieser Rubrik war inbegriffen die Verbesserung der Staatsstraße von Stuttgart nach Berg, mit 10,000 fl. Auf Schoders Antrag wurde im Besondern diese Unternehmung als völlig überflüßig abgewiesen. Diese Niederlage trug dem Finanzminister die unverhohlenste Unzufriedenheit ein, und es verlautet davon, daß Staatsrath v. Knapp von seinem Posten ab- und auf seine frühere Stelle als Eisenbahndirector zurücktreten werde. Dem. Stubenrauch, das bekannte Mitglied des hiesigen Hoftheaters, ist die Besitzerin nambafter Güterstücke an der Linie, welche für die neue Straßenrichtung von hier nach Berg ausgewählt war. Durch die Ausführung jenes Unternehmens wurden diese Güterstücke als Bauplätze zu einem hohen Werth gelangen.

Unser über Gebühr belasteter Militärpensionsetat hat abermals Aussicht, noch weiter in Anspruch genommen zu werden. Generalmajor v. Troyff (?), ein noch rüstiger und sehr tüchtiger Officier, sah sich genöthigt, um seine Pensionirung einzukommen. Es wird seinem Gesuche entsprochen werden, sobald der Landtag zu Ende ist. Man hat dem Konstitutionalismus nicht mit Unrecht zum Vorwurf gemacht, seine Coterie- und Intrikenspiel sei darauf hinausgelaufen, daß immer der Eine am Sturz des Andern gearbeitet habe. Auch außerhalb des Konstitutionalismus, in der Bureaucratie wie im Militärdienst, ist mit dem Verlust der Gunst der der Stelle verbunden — aber auf Kosten des Volkes. —

Baden. Die wegen der Todtenfeier strafbar erklärten Geistlichen des Capitels Rastatt waren am 27. Juli in Rothenfels versammelt, um gemeinsame Schritte zur Abwendung der Strafe zu thun. Sie entwarfen eine sehr unterwürfige Bitte an den Erzbischof, worin sie ihre Schuld aus Uebereilung einbekennen.

Wien. Ein Correspondent der Allg. Ztg. behauptet, Oesterreich werde in der Zollfrage nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern unbeugsam an seinen Forderungen festhalten. — Die Wiener Zeitung wird inskünftige nach Art des Pariser Moniteur durch einen kaiserl. Beamten redigirt werden. — Görgey lebt unangefochten zu Klagenfurt. — Der Unterrichtsminister hat eine allgemeine Revision und Censur der alten Classiker angeordnet. Die Leipziger Ausgaben derselben gehören in den Schulen inskünftige zu den verbotenen Büchern!

† **Paris,** den 29. Juli. Endlich ist die so lange erwartete Modification des Ministeriums im „Moniteur" erschienen. Es ist nur, was bereits gemeldet, und hat keine politische Bedeutung. — In Montpellier haben an der Wahl der Municipalmitglieder von 13,441 Wählern nur 4,563 Theil genommen, und von den 97 Candidaten hat keiner weder die absolute Majorität, noch den gesetzlich vorgeschriebenen vierten Theil aller eingeschriebenen Wähler erhalten, so daß die Wahl verschoben werden mußte. — Die „Independance Belge" und die „Etoile Belge" sind heute auf der Post mit Beschlag belegt worden, weil sie einen für die Regierung sehr beleidigenden Brief des Hrn. Odillon Barrot an die Wähler des Cantons „Bougival" gebracht haben, worin er auf die Candidatur bei den Wahlen der Generalräthe verzichtet. Der ehemalige in der Nationalversammlung als reactionär verschriene Minister L. Napoleons sagt darin u. a.: „Heute, wo sich auf den Ruinen einer constitutionellen, parlamentarischen Regierung, die absoluteste Gewalt, vielleicht von der ganzen Welt, nicht als vorübergehende Dictatur, sondern als fortdauernde Regierung gründet; jetzt, wo Frankreich nach einem 60jährigen Kreislauf, von der äußersten Freiheit zu der concentrirtesten Gewalt ohne alle ernstliche Controlle zurückgekehrt ist; jetzt, wo unter der lügnerischen Form des allgemeinen Stimmrechts ohne alle Discussion und Verständigung der Wähler mit den Candidaten, den Regierungscandidaten aller Erfolg gesichert ist, die Form aber nur beibehalten wurde um mit dem Scheine der Freiheit, die traurigen und demüthigenden Wirklichkeiten des Despotismus zu maskiren; welchen Beistand könnt Ihr verlangen, daß ich einer solchen Regierung leisten soll?" — Es heißt, die Heirath Napoleons mit der Prinzessin Wasa werde noch vor dem 15. August stattfinden. — Zu Nimes wurden zwei Kaufleute wegen Aeußerungen, die sie auf dem Dampfschiffe gemacht, und die man als Aufreizung zum Hasse gegen die Regierung bezeichnet, verhaftet. — Die Prinzessin Wasa, Enkelin der Großherzogin Stephanie von Baden, ist am 3. Aug. 1833 geboren.

Ein Supplement des Moniteurs zeigt an, daß die Entlassung des Ministers Casabianca angenommen wurde, und daß er zum Senator ernannt sei.

Turin, den 24. Juli. Kirchliches Manifest: „Das Episcopat von Savoyen verdammt das neue Ehegesetz als verfassungswidrig, unsittlich, der Gesellschaft verderblich und unkatholisch. Es erklärt ferner 1) daß jeder ihrem Sprengel untergebene Katholik, welcher wagen sollte eine Ehe unter andern als von der Kirche vorgeschriebenen Formen einzugehen, in die schwere Excommunication verfallen wird; 2) daß jeder in solchem Irrthum Befangene von der Spendung der Sacramente Zeit seines Lebens und in der Stunde seines Todes ausgeschlossen werden wird, wofern er nicht die Ehe nach kanonischem Ritus weihen ließe, oder die Person von sich treibt, welche die Kirche nur als bloßen Beischläfer ansehen kann; 3) daß, wenn er ohne Versöhnung mit der Kirche verscheiden sollte, ihm kein kirchliches Begräbniß verstattet wer-

den darf. Endlich daß 4) die Kinder, welche dem Concubinat entspringen sollten, als illegitim erklärt und alle daraus folgenden kanonischen Rechtsnachtheile erleiden werden.“ (!!)

Florenz, den 20. Juli. Das Ministerium sollte gestürzt werden; der englische Gesandte verhinderte es.

* **London,** den 28. Juli. Das Morning-Chronicle veröffentlicht einen angeblich zwischen dem Kaiser von Oesterreich, dem Kaiser von Rußland und dem Könige von Preußen abgeschlossenen Vertrag, der ihre Haltung, Frankreich gegenüber, im Falle sich Louis Napoleon zum Kaiser ausrufen läßt, regeln soll. Nach der Auseinandersetzung der sie dabei leitenden Motive, beschließen die genannten Mächte Folgendes: „Für den Fall, daß der Prinz Louis Napoleon, gegenwärtig Präsident der französischen Republik, zum Kaiser auf Lebensdauer durch das allgemeine Stimmrecht erwählt würde, erkennen die Mächte diese neue Form der Wahlgewalt nicht eher an, bis sie über den Sinn und die Bedeutung des neuen Titels bei L. Napoleon Erklärungen eingeholt haben, und bis er sich verbindlich gemacht hat: 1) die Verträge zu respectiren, 2) die Gränzen des französischen Gebietes nicht erweitern zu wollen, und 3) bis er nicht ausdrücklich jeder Prätention, eine Dynastie fortsetzen oder gründen zu wollen, entsagt hat. Für den Fall, daß der Prinz L. Napoleon sich zum erblichen Kaiser ausrufen ließe, erkennen die Mächte den neuen Kaiser nicht an, und werden an die französische, so wie an alle übrigen europäischen Regierungen eine Protestation richten, die sich auf Rechtsprincipien und den Text der Verträge stützt. Für den Fall, daß L. Napoleon durch eine Volks- oder Militärbewegung gestürzt würde, oder sterben sollte, verpflichten sie sich mit allen Mitteln die Thronbesteigung des legitimen Kronerben, des Grafen Chambord, zu unterstützen.“

Hiezu eine Beilage

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1153] Ein anständiges, nicht zu bejahrtes Frauenzimmer, die einer größern Haushaltung vorzustehen und mit Kindern umzugehen weiß, auch sich häuslichen Arbeiten unterzieht, kann sogleich eine Stelle bekommen. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

Großes Tapetenlager
eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl,**
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057¹⁶] in Mannheim.

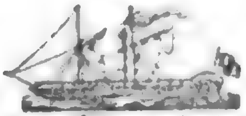
[1123] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

[1104] **Rheinische Dampfschiffahrt.**

Kölnische Gesellschaft.



Tägliche Abfahrten von Mannheim vom 26 Juni c. an

nach Köln 7½ Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Neustadt-Speyer. In Köln im Anschluß an die letzten Züge nach Berlin, Paris, London.
„ „ 11½ „ „ Schnellfahrt in 10 Stunden, nach Ankunft des 1. Zuges von Neunkirchen. In Köln im Anschluß an den letzten Zug nach Paris.
„ Mainz 5½ „ Nachmit., nach Ankunft des von Straßburg kommenden Boots, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Pariser Post-Schnellzuges von 5 Uhr 20 Minuten.
„ Straßburg 11½ Uhr Nachts.

☞ Bei der Schnellfahrt Morgens 11½ Uhr bis Köln wird Unterwegs nur mit Mainz, Bingen, Coblenz und Bonn verkehrt.

[1051] **Niederländische Dampf-Schiffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.
Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12, Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27, „ „ 13 30	
London	„ „ 16 6, „ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 184.) den 1. August 1852.

Deutschland.

Betrachtungen. Die Deutsche Ausw.-Ztg. theilt aus dem Cincinnati Commercial folgende Zeilen in wörtlicher Uebersetzung mit: „Wir können uns das Vergnügen nicht versagen, zu bemerken, daß die meisten deutschen Einwanderer fleißig, sparsam und ordnungsliebend sind; es würde eine endlose Arbeit sein, all das Gute aufzuzählen, welches sie diesem Lande bereits zugeführt. Der Reichthum an Geld, welchen sie in der letzten Zeit mitbringen, ist nur ein Tropfen im Vergleich zum Reichthum ihrer Industrie. Ihre Ankunft sichert mehr Gold, als die Minen Carliforniens, denn wenn diese erschöpft sind, werden die Resultate des Wirkens jener von ewiger Dauer sein.“ Hierzu bemerkt die Ztg. für Nordd.: „Augenblicklich empfinden wir freilich noch nicht die Schwächung unserer nationalen Lebenskraft, welche wir dadurch erleiden; aber die Thatsache jener Auswanderung weis't auf einen Verfall hin, den die Unterdrückungen der politischen Rechte des Volkes, die polizeilichen Maßregelungen und die kirchlichen Unduldsamkeiten gegen die individuelle Freiheit und das System der Beschränkungen gewerblicher und commercieller Thätigkeit wahrlich nicht aufhalten werden. . . . Freilich wäre es eben so thöricht, wie unmöglich, die nordamerikanischen Institutionen nach Deutschland verpflanzen zu wollen. Wie wir einmal sind, würden wir uns in unserer Gesammtheit traurig genug bei denselben ausnehmen. Aber so viel könnten wir an dem Beispiele Nordamerika's gelernt haben, daß politische Freiheit die Völker nicht schwach, gewerbliche Freiheit die Staaten nicht arm und kirchliche Duldsamkeit die Menschen nicht irreligiös macht.“

Kassel, den 25. Juli. Unter den Mittheilungen und Vorlagen der Regierung an die Kammern verdient nur die den Finanzhaushalt betreffende der Erwähnung; „mit rückhaltloser Offenheit,“ wie es in der Thronrede hieß, hat Hr. Hassenpflug und der Finanzminister Volmer der zweiten Kammer die erfreuliche Mittheilung gemacht, daß die zu deckenden Schulden nicht mehr als 3,383,000 Thlr. betragen, worunter die Bundesexecutionskosten nur mit circa 600,000 Thlr. aufgeführt sind; trotz der fortwährend erhobenen gesammten Steuern und trotz der durch ungeheure Holzverkäufe erzielten sehr bedeutenden außerordentlichen Einnahmen beträgt das neue Deficit nur circa 2,700,000 Thlr. in einem Zeitraume von 1½ Jahr. Wie dieses Deficit entstanden ist, welche Einnahmen und Ausgaben Statt gefunden haben, wie künftig die Einnahmen verwendet werden sollen, darüber hat die Regierung kein Wort verloren; das geht natürlich die Kammer auch nichts an, die ja nach der Thronrede die Finanzverhältnisse nur ihrer „abhelfenden Beachtung“ zu unterziehen, d. h. die erlangte Summe zu verwilligen habe. Man würde vielleicht auch dieses nicht für erforderlich halten, wenn ohne solche Bewilligung Hr. v. Rothschild nicht gerechte Bedenken bei Gutheißung der erforderlichen Summe hätte. „Vorläufig“ hat die Regierung von der Kammer die Zustimmung zu einer Anleihe von 1½ Mill. Thlrn., die durch 4½proc. Obligationen unter Bewilligung von 2 Proc. Provision rc. aufgebracht werden sollen, erlangt, und ist der Budgetausschuß mit der Berathung dieses Ansinnens beschäftigt. Ob sich viele Liebhaber zu diesen Obligationen finden, steht sehr dahin, da ohne allen Zweifel die Zustimmung der Kammer so gut wie gar keine Zustimmung der Landesvertretung ist.

Köln, den 25. Juli. Hr. v. Florencourt erhebt in der „Deutschen Volkshalle“ ein großes Geschrei gegen F.-M.-L. Schönhals, der sich in seiner Geschichte des italienischen Feldzugs oftmals tadelnd über den Papst und die Geistlichkeit äußert. Er behauptet, der ehrenwerthe General sei ein Protestant, und habe die katholische Kirche verläumdet. Schönhals wirft nemlich den italienischen Geistlichen vor, daß sie im Beichtstuhl darauf hingewirkt hätten, Soldaten zum Treubruch zu verleiten. Ganzen Bataillonen sei die Absolution versagt worden. Hr. v. Florencourt nennt das eine empörende Lüge, muß aber doch selbst zugeben, daß Einzelnes von der Art vorgekommen ist. (Fr. J.)

Berlin, den 26. Juli. Der Besuch des Prinzregenten von Baden am hiesigen Hofe hätte beinahe Veranlassung zu einer Spannung zwischen Frankreich und Baden geben können. Der Präsident L. Napoleon soll es mißfällig bemerkt haben, daß der Großherzog von Baden ihn nicht zu seiner Begrüßung an der Gränze des Landes empfing, und war sehr geneigt, darin eine absichtliche Verletzung der Etiquette zu sehen. Das ist denn wol nicht der Fall gewesen, und die Sache hat denn auch ihre Ausgleichung gefunden. Von einigem Gewicht dürfte es sein, daß dies in einer geheimen Zusammenkunft Louis Napoleons und des Großherzogs von Baden in Baden-Baden geschehen ist. Man hält in unterrichteten Kreisen diesen Schritt des Präsidenten für eine blose Demonstration gegen die Anwesenheit des Prinzen von Preußen bei der militärischen Feier in Karlsruhe, eine Demonstration, die kaum eine ernste Seite darbietet. (Elberf. Ztg.)

Wien, den 25. Juli. Von den vor einiger Zeit angekündigten Maßregeln zur Herbeiführung geregelter Finanzverhältniße ist es wieder still geworden. Die Wirkung der letzten Anleihe hat nicht allein keine weiteren Fortschritte gemacht, vielmehr steht Silber wieder nahe an 20 Proc., während die Veröffentlichung des Budgets, an welche die „Oesterr. Corr.“ so große Erwartungen knüpfte, gar keine Folgen an der Börse hatte. Jetzt richtet man, wie es heißt, wieder die Aufmerksamkeit auf die Agiotage, gegen welche man schon vor längerer Zeit mit polizeilichen Maßregeln einschritt, ohne einen besonderen Erfolg zu erreichen. Die Agiotage mußte doch wohl eine in den Verhältnissen begründete Ursache haben, daß sie gegen die Wünsche der Regierung operirte, und da die erfolgten Bestrafungen und Ausweisungen, selbst die Anwesenheit des Stadthauptmannes an der Börse, diese Ursachen nicht beseitigen konnten, so war es natürlich, daß man eigentlich nichts als eine Einschränkung des Verkehrs errichte. Jetzt scheint man vernünftiger zu operiren, wenn es sich bestätigt, daß man die Hülfe Rothschilds anruft, und denselben gegen die Agiotage ins Feuer schicken will; ob indessen ein besserer Erfolg erzielt werden wird, muß dahingestellt bleiben, da es auch kaum in Rothschilds Macht stehen dürfte, die Ursache der Entwerthung des Papiergeldes — das fehlende Vertrauen — nachhaltig zu heben. (Nat.-Ztg.)

Die Memoiren über die neuesten Kriege in Ungarn sollen nun noch durch zwei Werke von Notabilitäten vermehrt werden. Der Ban von Croatien, Baron Jellachich, sowie der Feldmarschallieutenant Baron Zeisberg, sollen nämlich gesonnen sein, ihre Erinnerungen aus dieser Periode in Druck zu geben. (N. Pr. Z.)

Frankreich.

Paris, den 27. Juli. Der Abbé Degerry, der zum Bischof von Montpellier ernannt worden und der in seiner Eigenschaft eines Pfarrers der Madeleine am letzten Freitage dem Präsidenten entgegen gegangen ist, gehörte früher zur socialistischen Partei. Im Jahre 1848 konnte man den ehrwürdigen Herrn in den Clubs der Hauptstadt sehen, wo er Reden hielt und als Candidat zur Nationalversammlung auftrat. Er hatte jedoch keinen besonderen Erfolg, obgleich er sich alle mögliche Mühe gab. Einst sprach er auch mit vielem Feuer in einem Club des Faubourg St. Antoine, als plötzlich mitten in einer Tirade einer der Anwesenden mit einer Donnerstimme rief: „Attention, citoyens, il va pleurer.“ Der außer Fassung gebrachte Abbé stieg von der Tribüne herunter, und dieser Unterbrechung ist es hauptsächlich zu verdanken, daß Degerry kein zweiter Lamennais geworden. Unter den Personen, die sich in der letzten Zeit der Regierung angeschlossen, befindet sich auch Mery, der die straßburger Reise im Moniteur besungen. Mery war in früheren Zeiten ein exaltirter Republikaner und ist Verfasser einiger sehr heftigen Artikel gegen den Präsidenten der Republik. Das Umsatteln ist aber heute in der Mode und wird noch häufiger werden, wenn erst ein Project der Regierung ins Leben tritt, demzufolge ein literarisches Journal von derselben herausgegeben werden soll. Dasselbe soll täglich erscheinen und jeden Tag für 750 Fr. literarische Artikel liefern. Es versteht sich von selbst, daß dasselbe eine Masse Schriftsteller zu Mitarbeitern haben und sich mancher anschließen wird, um auch seinen Theil an den 750 Fr. zu haben! (Köln. Z.)

Italien.

Parma. Der Herzog von Parma erklärt durch ein Decret vom 17. Juli alle Metall- und Mineralgruben und Heilquellen seines Landes für Staatseigenthum. Ausgenommen bleiben blos Kalk, Gyps und die Thonerden, deren Ausbeute auf Vorschlag des Finanzministeriums den Privaten überlassen werden kann!

Schweden.

Der Gothenburger Zeitung vom 24. Juli zufolge ist am Tage vorher in einer Versammlung des Magistrats und der Aeltesten der Bürgerschaft in Gothenburg beschlossen worden, daß, nachdem die für Gothenburg bestimmt gewesene Gustav-Adolph-Statue am 13. Juli auf Helgoland verkauft worden, sogleich eine neue Statue bei dem Director F. v. Miller bestellt werden soll. Man hofft, dieselbe vor Johanni nächsten Jahres hier anlangen zu sehen.

Vereinigte Staaten.

Neuyork, den 14. Juli. Im Senate zu Washington ist gestern eine Bill durchgegangen, welche gegen den Leichtsinn gerichtet ist, der das Leben der Dampfschiffpassagiere in so hohem Grade gefährdet. Im vorigen Jahre sind 1013 Personen durch Dampfer-Explosionen, Feuersbrünste und andere Dampferunfälle ums Leben gekommen. Die Zahl der Dampfer auf den Seen und Flüssen im Innern betrug 663, außerdem 50 Fährboote und 52 Schraubenschiffe.

Russische transatlantische Uebergriffe. Baltimore, Mitte Juni. Eine Entführung wunderbarer Art macht seit einigen Tagen hierselbst nicht geringes Aufsehen. Die russische Brigg Boleslaw lagerte hier auf der Heimkehr von einer Uebungsreise nach den Antillen. Zwei junge Seeofficiere hatten am Sonntag auf öffentlicher Straße Tabak geraucht, was nach hiesigen Begriffen eine Entheiligung, eine Sabathschändung ist. Sie waren arretirt, in ein Gefängniß gebracht worden und wurden erst nach acht Tagen auf Reklamation des Kapitains in Begleitung von vier Policemen und einem Policeoffizier ausgeliefert und unter der Bedingung strengster Bestrafung für ihren Frevel auf den Boleslaw gebracht. Der Kommandeur der Brigg empfing die Beamten und seine Offiziere sehr ernst, bat die Ersteren, in die Kajüte zu kommen, um Zeuge des Gerichts und der Strafe gegen die Frevler zu sein, ließ aber sofort das Tau lösen, mit welchem die Brigg an dem Hafendamm befestigt war und ging mit gutem Wind in die See. Der anwesende Lootse wollte zwar das Schiff nicht aus den Binnengewässern führen, wurde aber durch die Wahl zwischen einem halben Dutzend Goldstücke und einem ganzen Dutzend Hiebe mit dem aufgedrehten Tau zu anderer Ansicht gebracht, und die strengen Herren Policemen befinden sich jetzt auf einer ganz unfreiwilligen Reise nach Kronstadt und Petersburg. Man spricht über diesen Vorfall hier mit höchster Entrüstung und die Republik der vereinigten Staaten wird sich wohl vollständige Genugthuung zu verschaffen wissen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1152] **Mühlenverpachtung.**

Montag, den 16. August nächsthin, Nachmittags 2 Uhr, zu Albsheim an der Eis, in seiner Behausung, läßt Hr. Adam Wittner, Müller zu Albsheim, seine daselbst an dem Eisbach gelegene Mühle auf 9 Jahre verpachten. Dieselbe kann sogleich bezogen werden und besteht in einer Mahlmühle mit 3 Mahlgängen, einer Schälmühle mit Oelmühle, Scheuer, Stallung, Hof und zwei Gärten, alles beisammen liegend und einen Complex bildend.

Grünstadt, den 29. Juli 1852.

Rauh, Notär.

[1140a] **Zu verkaufen.**

Wegen veränderter Mühleinrichtung sind bei Unterzeichnetem

8 bis 10 große, zum Theil konische, Räder von Gußeisen und etliche von Holz,
6 große, starke eiserne Wellbäume,
4 Paar Oelmühlsteine,
2 beinahe ganz neue 19 Fuß hohe Wasserräder nebst starken eichenen Wellbäumen und starken eisernen Schaufelzapfen, mehrere andere eichene und tannene Wellbäume, und verschiedene andere Mühlgegenstände und Eisen

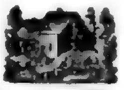
billigst zu verkaufen.

Von heute an in 4 Wochen liegen die Gegenstände zur Ansicht und zum Kauf bereit; später werden sie begeben sein.

Speyer, den 20. Juli 1852.

Casimir Lichtenberger.

[1147a] **Mühlen- und Wappenschmied-Verpachtung.**



Die Unterzeichnete will wegen Familienverhältniße ihre in Hardenburg im Dürkheimer Thal, auf der sogenannten Bach Isenach gelegene Werke auf einen 6- oder 9jährigen Bestand unter sehr vortheilhaften Bedingungen verpachten.

1) Ein Wappenhammer mit drei verschiedenen schweren Hämmern, Schleifmühle, zwei Feuern mit Blasbälg.
2) Eine Mühle, bestehend in zwei Mahlgängen, Schälgang, Schwingmühle und Säuberer.
3) Für zwei Haushaltungen vollständige Wohnungen mit Kohlen- und andern Scheuern, Stallung, Schopp, Speicher und Keller, alles im besten Stande; sodann ungefähr 5 Morgen Gärten und Ackerland von bester Qualität.

Unmittelbar an den Werken befindet sich ein Weiher, zwei Morgen groß, durch welchen noch besonders auf diesem so standhaften Bach die Werke noch besonders mit einem großen Vortheil betrieben werden können. Von den Bedingungen kann bei der Eigenthümerin jederzeit Einsicht genommen werden.

Auch ist das ganze Werk aus freier Hand unter annehmbaren Bedingungen zu kaufen.

Hardenberg bei Dürkheim in der baierischen Pfalz, den 25. Juli 1852. Louis Kling Wittib.

Neue
Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 183 | den 3. August 1852.

* Französische Zustände.

Wir lassen es dahin gestellt sein, ob, wie das Morning-Chronicle behauptet, wirklich (unterm 20. Mai d. J.) ein geheimer Vertrag zwischen den Saatsoberhäuptern von Rußland, Oesterreich und Preußen in Betreff eines Napoleonischen Kaiserthums förmlich abgeschlossen ward. Mag dem sein wie ihm wolle, eine Uebereinkunft, sei es eine förmliche oder nicht, scheint in dieser Frage allerdings getroffen worden zu sein. Der vom Chronicle mitgetheilte Inhalt stimmt wesentlich mit Demjenigen überein, was schon vor längerer Zeit die Times berichtete.

Mittlerweile ist die Sache selbst in ein neues Stadium getreten. Die Herstellung des Kaiserthums ist gleichsam zur Gewißheit geworden. Auch die Frage: ob ein lebenslängliches oder ein erbliches kann ziemlich als entschieden betrachtet werden. Das Kaiserthum ist für Ludwig Napoleon an sich schon die Erblichkeit, wie sie es für seinen Oheim war, als dieser das „lebenslängliche" Consulat mit dem Imperatorenthum vertauschte. Hat er doch selbst sich bereits schon auf sein „Erbrecht" aus jener Zeit förmlich berufen!

Nicht gleichgültig wird es in Frankreich aufgenommen werden, daß man an das Ende der jetzigen „factischen" Regierung wieder — das „legitime Königthum" stellt. Das ist die Anschauungsweise, welche von dem Tage von Pilnitz her des Unheils so viel gebracht hat!

Unterdessen tönen in Frankreich selbst manche Mißklänge in die officiellen Jubelberichte. Bei aller Furcht, aller Gewalt und bei aller momentanen Gleichgültigkeit der Masse des Volkes kommen Züge von Opposition zum Vorscheine, wie man sie dermalen nicht erwarten mochte. Ein Od. Barrot wagt eine solche Sprache, wie wir vernommen; der Pariser Advocatenstand zeigt sich völlig ungefügig; bei localen Wahlen in den verschiedensten Landestheilen ein entschiedenes Widerstreben gegen das jetzige Regime. Auch die Presse regt sich wieder. Kaum hat ein Provincialblatt den Pariser Triumphzug schneidend aber richtig bezeichnet, so fordert der Siecle offen auf, Democraten in die Generalräthe zu wählen, um die Regierung wo möglich auf ihrem schlimmen Wege einzuhalten.

Auffallend ist es auch, wie neuerdings mitunter selbst die erprobtesten Anhänger Ludw. Napoleons, so z. B. eben der Minister Turgot, von den Stellen entfernt werden.

Während nun, langsam aber sicher, die Dinge zu einer europäischen Crisis drängen, — was geschieht in Deutschland um jene Kraft zu erwecken, durch welche es, wie die bittere Erfahrung so deutlich gezeigt hat, allein sich retten kann?!

Deutschland.

*** Mainz.** (Die Jesuiten als Homöopathen.) Ein Correspondenzartikel im „Frkftr. J." von Gotha, 20. Juli, sagt: Ein für unsere gegenwärtige Umstände bemerkenswerther Umstand ist das überall hervortretende Ueberhandnehmen der Geisteskrankheiten. So hat auch hier bei der vergrößerten Anzahl der Irren eine Erweiterung der Irrenanstalt sich als nothwendig herausgestellt. Diesem fügt die Mainzer Jesuiten-Zeitung die Anmerkung bei: „Es ist doch in der That Schade, daß in „Gotha keine Jesuitenmissionen gehalten worden sind!" — Wer könnte jetzt noch die überraschende Neuigkeit bezweifeln, daß die Jesuiten von der conservativen Allopathie sich zur revolutionären Homöopathie bekehrt haben, denn: Similia similibus curantur!

Mainz, den 30. Juli. Heute wurde der Redacteur der hiesigen „Volkszeitung," Hr. Wohlfahrt, in seinem bekannten Zollvereinspreßprozeß (wegen eines Zollvereinsartikels aus der „Oderztg.," worin den Staatsmännern der Coalition der Vorwurf gemacht war, daß ihre Sonderpolitik ihnen höher stünde, als die Wohlfahrt Deutschlands) vom großh. Kreisgerichte zu 3 Monaten Correctionshausstrafe verurtheilt, Hellermann, der Verleger, aber freigesprochen.

Stuttgart. (Was schlägt die Glocke?) Nach sichern Nachrichten hat das evangelische Consistorium dem königlichen Studienrath die Einführung der Lectüre der Kirchenväter in die niedern theologischen Seminarien, wodurch das classische Studium beeinträchtigt werden muß, angesonnen. Man sieht, die evangelische Kirche ist auf dem besten Wege, ihrer alten Schwesterkirche nachzueifern.

Kassel, den 25. Juli. Wie es dermalen mit der Landesvertretung genommen wird, zeigt folgender Vorfall: Die Ritterschaft der Grafschaft Schaumburg hatte keinen Abgeordneten zur ersten Kammer gewählt. Da dieselbe aber kaum vollzählig erhalten werden kann, so ward ein Wahltermin anberaumt. Niemand erschien als der Vorstand der Ritterschaft, v. Bardeleben. Nun ward ihm eröffnet, daß er als zur Wahl erschienen angesehen werde, und zu wählen habe. Er gab seine Stimme einem Hrn. v. Münchhausen, und dieser ist nun erwählt erklärt. (Nürnb. Korr.)

Berlin, den 27. Juli. Die Verhandlungen über einen Postvertrag mit Frankreich sind abgebrochen. Die nächste Conferenz des deutsch-österreichischen Postvereins wird im künftigen Jahr in Wien stattfinden, und vorzugsweise die Regulirung des Güterporto's, die im vorigen Jahr nicht erledigt wurde, zum Abschluß bringen. An Herabsetzung des deutschen Briefporto's wird zur Zeit nicht gedacht, ja nicht einmal an die Aufhebung des Unterschieds im Porto für frankirte und unfrankirte Briefe. — Es verlautet, daß höheren Orts eine Besteuerung der Pässe zu Vergnügungsreisen in Ausland angeregt worden sei! — Der katholische Preßverein wird von der Behörde als politischer behandelt werden und daher nicht die Genehmigung erhalten. (A. Z.)

Magdeburg, den 28. Juli. Leider haben wir wieder zwei bedeutende Feuersbrünste in unserer Nähe zu melden. Die eine legte gestern Mittag 21 große Gehöfte in dem Dorfe Plötzky an der Elbe in Asche; die andere in der gestrigen Nacht soll einen Theil des Dorfes Groß-Rosenberg unweit Barby vernichtet und dabei mit solcher Schnelligkeit um sich gegriffen haben, daß nach einigen Berichten 10, nach anderen gar 12 Menschen ihren Tod in den Flammen fanden. — Am 7. und 8. August d. J. wird hier ein großes Turnfest stattfinden. Da die hiesigen Turner die Gastfreundschaft der benachbarten Städte seither so oft in Anspruch nahmen, so haben die hiesigen Stadtbehörden für das Turnfest die Summe von 100 Thlrn. bewilligt, die dazu verwandt werden sollen, den auswärtigen Turnern hier eine angemessene Aufnahme zu bereiten.

Breslau, den 23. Juli. 23 Nichtkatholiken haben wiederum feierlich das katholische Glaubensbekenntniß abgelegt.

Posen, den 27. Juli. Eine Bekanntmachung, welche

heute unser Oberpräsident v. Puttkammer erlassen, hat allgemeines Aufsehen erregt und namentlich die polnische Bevölkerung in Bestürzung versetzt. In Folge derselben scheint es, als ob eine neue Schilderhebung der polnischen oder, wie sie der Oberpräsident nennt, demokratischen Partei im Werke sei. Für diesen Zweck sollen außer mehreren bereits ausgewiesenen Emigranten vorzugsweise drei Flüchtlinge thätig gewesen sein, welche deßhalb steckbrieflich verfolgt werden. Jedem, wer denselben durch Aufnahme oder sonst durch Verheimlichung zur Flucht behülflich ist, wird die in den Gesetzen angedrohte Strafe, von 1 bis zu fünfjährigem Gefängnisse steigend, ins Gedächtniß gerufen.

Wien, den 27. Juli. Die Uebernahme der Waisen- und Depositengelder durch den Staat und die Abführung dieser Summen an die Staatsschuldentilgungsfonds — eine Finanzoperation, die man einem verdeckten Anlehen an die Seite stellen kann — ist, wie der „C. Ztg. f. S." geschrieben wird, eine Maßregel von weit größerer Wichtigkeit und Bedeutung, als sie Vielen vielleicht erscheinen dürfte, weil durch diese Verfügung eine Summe von wenigstens 250 Mill. (die Stadt Wien allein führt an Waisen- und Depositengeldern 43 Millionen ab) der Landescultur entzogen werden. Diese ungeheure Summe befand sich größtentheils in den Händen der kleinen Grundbesitzer, welchen sie von den früheren Dominien auf Jahre hin und zu sehr geringen Zinsen dargeliehen war. (Nat.-Z.)

Zur Bestreitung der Auslagen für die Feierlichkeiten bei dem Empfange des Kaisers soll der hiesige Gemeinderath die Summe von 30,000 fl. C.-M. votirt haben.

Die aus allen Theilen des Reiches einlaufenden Nachrichten über Feuersbrünste mehren sich auf höchst betrübende Art. So brach am 17. d. zu Kamanfalva in Ungarn Feuer aus, welches das ganze Dorf, mit Ausnahme eines Maierhofes, einäscherte. — Am 18. d. entstand zu Birnbaum nächst Lundenburg in Mähren ein Brand, welcher binnen anderthalb Stunden 103 Häuser und 54 Scheuern verzehrte, und endlich brach am 19. d. Nachts, in der Scheuer des Georg Bauer zu Unterbradisch in Mähren muthmaßlich durch Brandlegung Feuer aus, welches trotz der schnellen Hülfe 23 Häuser, 13 Scheuern und 13 Schopfen einäscherte.

Wien, den 30. Juli. König Otto ist gestern Abend eingetroffen.

Schweiz.

Bern, den 28. Juli. Der Bischof von Chur nimmt eine immer feindseligere Stellung gegen die obersten Landesbehörden von Graubündten ein, welches keine andere Folgen haben wird, als den schon längst projectirten Beschluß zur Aufhebung der Klöster zu provociren.

Basel, den 24. Juli. Ein Schauspieler Namens Vilsten und ein Amerikaner Howard haben letzter Tage den mühsamen Weg von Chamouny nach Martinach (Wallis) über Forcelay und Tete noire zu Fuß zurückgelegt, und nach kurzem Aufenthalt an letzterem Ort sich ohne Führer nach dem Bernhard-Hospiz aufgemacht. Dem durch die Fußtritte der Reisenden bezeichneten Pfad folgend, kamen sie bis auf eine Stunde ihrem Ziele nahe, als sie, vom Dunkel überfallen, sich gezwungen sahen an einer schmalen Stelle über einem furchtbaren Abgrund ihr Nachtquartier aufzuschlagen. Mit Tagesanbruch setzten sie ihren Marsch durch dichte Schneemassen fort. Gegenüber dem Berg Valan angekommen, wurden sie plötzlich von einer Lawine überschüttet. Der junge kräftige Howard konnte sich losmachen, und trotz seiner Ermüdung gelang es ihm, den Aufenthalt seines Gefährten zu entdecken, von welchem noch ein Arm aus dem Schnee hervorragte. Hätte die Lawine sie etwas weiter mit sich fortgerissen, so wären sie unfehlbar über eine 200 Schuh hohe Felswand hinuntergestürzt. Nach 2 Stunden erreichten sie in größter Erschöpfung das Hospiz, wo ihnen die freundschaftlichste Aufnahme und sorgfältigste Pflege zu Theil wurde.

Obwalden. Unter dieser Ueberschrift berichtet die Schw. Nat.-Ztg. u. a. Folgendes: Letzten Winter hat man in Zeitungen gelesen, daß in Sachseln eine unsaubere, geheime Gesellschaft entdeckt worden sei. In Altnacht hört man gegenwärtig von einer ähnlichen, der Gründer davon soll ein vom Sonderbund her noch wol bekannter fanatischer Pfaffe sein. Wahrscheinlich wird man ihm anrathen, im Stillen das Land zu verlassen, was in jüngster Zeit bei einem anderen auch geschehen ist. Wir möchten blos fragen: ob nicht die Pflicht von geistlichen und weltlichen Vorstehern forderte, solche Verführer der Unschuld unschädlich zu machen und nicht unbestraft anderen zu überliefern. — Ganz anders, als gegen den erwähnten Herrn, handelt man gegen einen anderen Geistlichen von Sarnen. Diesen hat man selbst zu einem Narren gemacht, will ihn mit aller Gewalt als solchen behalten, weil er es seit einiger Zeit mit den Liberalen gehalten und frühere Schändlichkeiten gewisser Leute bei etwas gereizter Gemüthsstimmung nicht mehr verheimlichte. Wie man mit diesem Manne früher verfahren, will ich nicht wiederholen; denn es ist seiner Zeit in öffentlichen Blättern zur Genüge bekannt gemacht worden, und niemand hat gewagt es zu widerlegen, da kein Grund vorhanden war. Vor Kurzem hielt sich derselbe in Beggenried auf. Herren, die mit ihm gesprochen, erklärten, sie hätten keine Spur von Narrheit an ihm bemerkt, wenn man nicht von seinen Verwandten rede. Von Beggenried ist er nun gegen seinen Willen auf einen von dem bekannten Ständerath und wirklichen Statthalter Wirsch an den dortigen Weibel ausgestellten Befehl nach Sarnen abgeführt worden. Was hier mit ihm werden soll, ist noch unbekannt; doch sind wir der Meinung, man werde ihn strenger behandeln, als vielleicht solche, die das Zuchthaus verdient hätten. Und warum? Weil er ein aufgeklärter Geistlicher wäre, wenn man ihn nicht ruinirte.

Belgien.

Brüssel, den 28. Juli. Die „Emancipation" berichtet, daß Victor Hugo gestern die Weisung erhalten, das belgische Gebiet zu verlassen. Als Motiv seiner Ausweisung wird eine sehr heftige Flugschrift angeführt, welche er kürzlich gegen Louis Napoleon herausgegeben. Er wird in den nächsten Tagen das Land verlassen.

Frankreich.

Paris, den 28. Juli. Im Calvados sind einige von der Regierung jüngst ernannte Bürgermeister nicht wieder in die Gemeinderäthe gewählt worden, denen sie früher angehörten.

Der Marschall Excelmans ist sehr arm gestorben, Gourgaud hat dagegen 150,000 Frs. Renten hinterlassen, die sein einziger, 30 Jahre alter Sohn erbt. Letzterer ist unverheirathet, und obgleich er keine öffentliche Stelle versieht und sich durch nichts ausgezeichnet hat, doch Ritter der Ehrenlegion. — Der pariser Advocatenstand zeichnet sich bekanntlich durch seine große Feindschaft gegen das neue Regime aus. Heute wurde der Rath der pariser Advocaten gewählt. Billault, der trotz seiner Stelle eines Präsidenten des gesetzgebenden Körpers immer noch auf der Advocaten-Liste figurirt, ist aus dem Rathe, von dem er früher Mitglied war, ausgeschlossen worden. Die Herren Berryer, Julius Favre und mehrere andere Oppositionsmänner wurden dagegen in denselben gewählt.

† Paris, den 29. Juli. Der Präfect von Pas de Calais hat das einem Hn. Cathelain gehörende Wirthshaus in Fampoux schließen lassen, weil in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag dort eine Art von Wahlclub gehalten worden sein soll. — Ein oft schon bestrafter Dieb, der kürzlich einem Dorfpfarrer das Silberzeug gestohlen hat, Namens Caillet, ist zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt worden. Derselbe hat im Jahre 1839 den Montyon'schen Tugendpreis und später eine Medaille von 500 Frcs. erhalten, weil er 2 Waisen bei sich aufgenommen und erzogen hatte!

Die „Union," die „Assemblee nationale" und die „De-

bats" heben den kleinen Sieg hervor, den die Opposition bei verschiedenen Municipalwahlen in dem Departement Pas de Calais davongetragen hat. In Arras ist von 20 Gewählten der vom Präsidenten ernannte Maire der 19. und sein 1. Adjunct der 20. aus der Wahlurne hervorgegangen. In St. Aubin-Anzin hat der ernannte Maire von 190 Stimmenden nur 18 Stimmen und sein Adjunct nur 15 Stimmen erhalten. In Avion hat der abgesetzte Maire dagegen von 148, 134 Stimmen erhalten.

Das „Chronicle" schreibt aus Paris: Die eheliche Verbindung L. Napoleons mit der Prinzessin v. Wasa soll auf ein neues Hinderniß gestoßen sein. Der Vater derselben, welcher als Feldmarschall in der österreichischen Armee dient, soll, vermuthlich auf Verlangen der kaiserlichen Regierung, seine Zustimmung verweigern. Es heißt jedoch, der Präsident werde sich dadurch nicht abschrecken lassen, und die Bewilligung der Mutter und Großmutter der Prinzeßin als gültig und ausreichend ansehen. (!)

Eine Zeitung hebt hervor, daß Napoleon schon seit lange mit den Vertretern der Großmächte persönlich gar nicht mehr verkehrt hat, wahrscheinlich um jedem Anlaße zu Erklärungen in Bezug auf die Kaiserfrage auszuweichen. — Wie es heißt, wird die Einführung eines neuen militärischen Grades zwischen den Divisionsgenerälen und den Marschällen beabsichtigt. Einige der ersten, die man belohnen will, sollen zu „Generalen en Chef" ernannt werden. — Minister Turgot hat seine Entlassung bekommen, ohne irgend eine Entschädigung zu erhalten. Dies fällt allgemein auf. Der Exminister ist nicht allein dem Präsidenten vor dem 2. December treu ergeben gewesen, sondern er hat demselben, als die Zeiten noch sehr gefährlich waren, sofort seine Dienste angeboten, und ist Minister geworden, als der Kopf auf dem Spiele stand. Wie man versichert, hat Turgot jedoch am letzten Samstage in dem Ministerrathe, wo der Rücktritt der beiden Minister beschlossen wurde, den Unwillen des Präsidenten erregt, weil er in Bezug auf die äußere Politik und die Consequenzen einer Aenderung des jetzigen Regime's nicht einerlei Meinung mit demselben war.

† **Paris,** den 30. Juli. Die „Patrie" will wissen, daß der ausgetretene Minister Hr. Lefebvre Duruflé mit seiner Ernennung zum Senator eine lebenslängliche Dotation von 30,000 Fr. per Jahr erhalten hat! — Man erwartet ein Decret, welches die Einführung der Brüder vom heiligen Geiste in ganz Frankreich für eine Einrichtung von öffentlichem Nutzen erklärt. Bekanntlich beschäftigt sich der Orden mit dem Primairunterricht. — Eine Madame de Vausleury hat dem Staate ein Vermögen von 120,000 Fr. unter der Bedingung vermacht, daß in der Stadt Laval, Departement Mayenne, die sie bewohnte, ein Bisthum errichtet werde.

Spanien.

Madrid, den 24. Juli. Der berühmte Toreador „Jmeney" ist gestern an den Wunden, die er bei dem letzten Stiergefechte erhalten hat, gestorben; es ist der dritte Stierfechter, der in den letzten 3 Monaten das Opfer seines Berufes wurde. (Schöne Phraseologie, — bezeichnend für das, was man im frommen Spanien als „Opfer" des „Berufes" ansieht!)

— den 25. Juli. Der „Correo de Andalucia" ist mit Beschlag belegt und der Gerant verhaftet worden. Die Jury, welche über den beschuldigten Artikel abzuurtheilen hatte, hat das Journal freigesprochen.

Italien.

Venedig, den 25. Juli. Die Mantuaer Commission zur Untersuchung des letzten politischen Complottes ist bereits seit einer Woche in Wirksamkeit getreten. Bis heute wurden ihr ungefähr 80 verhaftete Personen aus den verschiedenen italienischen Provinzen Oesterreichs zugeführt. (Allg. Ztg.)

Neapel. Die toryistische Londoner Post bedauert, um des conservativen Princips willen, daß die Verfolgung der politischen Gesinnung noch in der von Gladstone gebrantmarkten Weise fortdauert. Der Correspondent der Post theilt schauderregende Einzelheiten über die neuesten neapolitanischen Staatsprocesse mit.

Großbritanien.

Aus **Dublin** hört man fabelhafte Dinge über Wahlterrorismus. In Balbriggan zogen prügelbewaffnete Banden von Haus zu Haus, und preßten die Wähler in die Reihen ihrer Partei; 10 Wähler wurden gebunden fortgeschleppt. Ein Geistlicher erklärte bei einer Volksversammlung im Freien: dem Wähler, der für Hamilton oder Taylor stimmt, werde ich die Trauung verweigern, dem werde ich sein Kind nicht taufen, den werde ich auf dem Todtenbette nicht versehen. Ein anderer Geistlicher verlas in der Kirche die Namen der stimmberechtigten Pfarrkinder, ließ einen nach dem andern vor den Altar treten und gab ihnen ausgefüllte Stimmzettel. — In Forford sperrte der Grundherr seine Wähler mit einem hinreichenden Vorrath von Rostbeaf und Porterbier auf einige Tage ein, damit die Klerikalen sie nicht verführen könnten, für ihren Candidaten zu stimmen. Ueber Nacht wurde Feuer an das Gebäude gelegt, aber zeitig entdeckt. Am Sonnabend Abend kam der Ortspriester und verlangte im Namen Gottes, daß die Wähler losgelassen würden, um am folgenden Tage seine Predigt zu hören; natürlich ohne Erfolg.

Vor 27 Jahren, erzählt Lincoln Times, war Lord Stanley (der jetzige Lord Derby) Präsident eines Unterhauscomite's zur Untersuchung der Fortschritte in der Dampfschiffahrt. Als der berühmte Ingenieur Stephenson vor dem Comite seine Ansicht aussprach, es werde mit der Zeit dahin kommen, daß Dampfschiffe über den atlantischen Ocean gehen würden, sprang Lord Stanley von seinem Sitze auf und rief: „Wie können Sie so reden! Wenn Dampfschiffe über den Ocean gehen, so will ich den Dampfkessel des ersten Bootes fressen." Stephenson war so großmüthig, den edlen Lord nicht beim Worte zu nehmen.

Rußland.

Warschau, den 23. Juli. Alle Tage werden jetzt in den Zeitungen Namen von Polen bekannt gemacht, welche sich an dem Kampfe in Ungarn betheiligt, und deren Vermögen nun zu Gunsten der Krone confiscirt wird.

Griechenland.

Athen, den 20. Juli. Vorgestern (Sonntag) Abends 11 Uhr endigte der Proceß über die des Mordes an Korfiotakis und der moralischen Theilnahme an demselben Angeklagten. Der Mörder, ein Mainotte, ward schuldig befunden. Die übrigen drei Angeklagten wurden freigesprochen.

Neueste Nachrichten.

München, den 30. Juli. Bei der vorgestern stattgefundenen Beerdigung unseres berühmten Gelehrten Schmeller hielt Professor Dr. Muller, der Lehrer der orientalischen Sprachen, die Grabrede. Er stellte in derselben die Wirksamkeit des Verstorbenen, des deutschen Sprachforschers, als eine entschieden deutsche, und als das Streben dar, den deutschen Geist von fremdländischer Untersuchung, namentlich von der in unsern Tagen wieder um sich greifenden Verdummung zu bewahren. Als einen patriotischen Zug des Verstorbenen erzählte er, wie derselbe an jenem Tag, wo in Gegenwart von zwei Königen die deutsche Fahne auf der Feldherrnhalle aufgepflanzt wurde, vor Begierde braunte, dies Schauspiel zu sehen, und in Folge eines Beinbruches unfähig zu gehen, sich auf Krücken dahin führen ließ. Die ganze Rede machte großen Eindruck. (Volksbötin.)

Leipzig, den 30. Juli. Nach der „Freimüthigen Sachsen Ztg." ist der Weggang des Oberhofpredigers Dr. Harleß nach München entschieden.

Berlin, den 30. Juli. Nachrichten aus München

bezeichnen (nach der „Neuen Preuß. Ztg.) den Rücktritt des baierischen Ministerpräsidenten v. d. Pfordten als nahe bevorstehend.

Neuenburg, den 29. Juli. Den antischweizerischen Umtrieben soll nun ein für alle Mal ein Ziel gesteckt werden. Dem heut eröffneten Gr. Rath lagen zwei von vielen Mitgliedern unterschriebene Begehren vor; das eine verlangt Aufhebung der s. g. Bourgeoisie von Valendis, das andere Unschädlichmachung der Agitatoren. Die Royalisten hatten nicht geglaubt, daß den Republikanern endlich auch einmal der Geduldsfaden ausgehen könnte. (Schw. Nat.-Ztg.)

Graubünden. Die Werbung nach Neapel, schreibt der „Lib. Alpenbote," fängt nachgerade an, eine Art Seelenverkäuferei zu werden, vor der es Eltern ordentlich grauen muß. Wenn wir recht berichtet sind, haben letzter Tage wieder einige Kantonsschüler sich von Werbern ins Netz fangen lassen, und sollen bereits nach Feldkirch abgegangen sein.

Brüssel, den 29. Juli. Der „Messager de Gand" will wissen, daß das ganze Cabinet am Ruder bleibe, und daß es den Zusammentritt der Kammern abwarten wolle. Sollte Hr. Teich aus Gesundheitsrücksichten abtreten, so würde Hr. Orts das Portefeuille übernehmen.

† **Paris,** den 31. Juli. Der „Moniteur" bringt heute die Ernennung des neuen Staatsministers. Der ehemalige Finanzminister, Hr. Achille Fould, hat dies Portefeuille erhalten, das Hr. Turgot ausgeschlagen hat.

Die meisten Journale bringen heute den Text des angeblich für den Fall der Wiederrichtung des Kaiserreiches in Frankreich abgeschlossenen Vertrages der Großmächte nach der Angabe der Morning-Chronicle. Das Pays bemüht sich nachzuweisen, daß ein solcher Vertrag nie existirt habe. Es sagt weiter (was freilich gewaltig verlegen lautet!): „Welchem vernünftigen Menschen wird man einreden wollen, daß die Souveräne, deren Namen man hier compromittirt und die mit unserer Regierung in den freundschaftlichsten und friedlichsten Beziehungen stehen, unter sich Conventionen haben abschließen können, welche einer Verläugnung der Souveränetät des französischen Volkes auf seinem Gebiete gleich kämen. (Ist das etwa noch nie geschehen?) Zu verlangen, daß eine Nation von Fremden die Erlaubniß erbitten soll, ihre organischen Gesetze zu verändern, das wäre die absurdeste Negirung des Naturrechtes, welches durch das öffentliche Recht sanctionirt ist." Es zählt hierauf alle Veränderungen auf, welche die Verträge von 1815 erlitten haben, und deutet an, daß das Document des Chronicle, wie die Angaben der Times, nichts Anderes seien, als eine Tactik der alten Parteien, durch welche das Volk an eine Macht glauben soll, die sie nie besitzen werden. „Es gibt," sagt es zum Schluße, „keine andere Macht, als die die öffentliche Meinung ertheilt (!), und die sich durch die Abstimmung des Volkes äußert. (!) Frankreich kann die Bedingungen seiner Regierung ändern, wie es ihm beliebt. Niemand wird in dieser Beziehung seine absolute Allmacht verkennen, Niemand wird sie bestreiten." (Gut gebrüllt, Löwe!)

Emil Girardin hat seinerseits eine willkommene Gelegenheit gefunden, in der Presse seine Angriffe gegen das Prinzip des monarchischen Erbrechts zu wiederholen. Er fragt: ist etwa eine Regierung, welche eine ungeheure Majorität des Volkes begründet hat, minder einer Regierung des „Rechts," als eine Gewalt, welche, wie z. B. die russische, aus Usurpationen, Verschwörungen rc. hervorgegangen ist?

Die Festlichkeiten vom 15. August werden nicht weniger als etwa 600,000 Frcs. kosten. Unter anderm wird man ein Seegefecht auf der Seine aufführen. Der Platz „des Innocens" wird in einen Ballsaal verwandelt, worin ein Ball den Damen der Halle gegeben wird, und wobei 15,0000 Eingeladenen die ganze Nacht Erfrischungen verabreicht werden. — Der Verkauf des neuen Werkes von Proudhon ist verboten worden. — Zwischen dem Pascha von Tripolis und dem französischen Generalconsul Pelissier ist es zu einem Bruche gekommen. Zwei französische Desserteurs sollten gezwungen werden, die mohammedanische Religion anzunehmen; sie zogen es vor, sich dem Consul zur Verfügung zu stellen und ihre Strafe in Frankreich abzubüßen. Beide wurden von den Türken, der Eine bei seinem Austritt aus dem Consulargebäude, halb todt geprügelt. Der Consul konnte weder eine Genugthuung noch die Auslieferung der Unglücklichen erwirken. Die Regierung wird darüber zu entscheiden haben.

Es ist die Rede von neuen, noch strengeren Maßnahmen gegen den Buchhandel, gegen die Colporteure u. s. w.

In dem Departement Ile und Vilaine haben mehrere Mairs unter Zurücknahme des Eides, ihre Stellen niedergelegt.

Turin, den 25. Juli. Dem Vernehmen nach werden die savoyischen Bischöfe wegen ihres Protestes gegen das Ehegesetz vor die bürgerlichen Gerichte gestellt werden.

Kirchenstaat. Riole, den 25. Juli. Seit ein paar Tagen verbreiten 7 Räuber Schrecken in der Umgegend, sie haben eine Menge Gewaltthaten auf den Landstraßen begangen, ohne daß die zahlreichen österreichischen Patrouillen auch nur eines davon hätten habhaft werden können.

Mexiko. In Unter-Californien ist eine Revolution ausgebrochen, welche entweder die Gründung einer besondern Republik oder einen Anschluß an die Ver. Staaten bezwecken soll.

Miscellen.

Gegen die Traubenkrankheit scheint ein Heilmittel gefunden. Nach der offiziellen Savoyer Zeitung vom 23. Juli hat einer der Gutsverwalter der Grafen v. Borromeo, Joseph Anton Guida, auf der ausgedehnten Herrschaft von Dulzago, den Gedanken gehabt, daß die Krankheit von einer Verstopfung der Säfte herrühren könnte, und darauf ein Heilverfahren gebaut. Er machte nämlich am Fuß verschiedener Rebstöcke in einiger Entfernung auseinander Einschnitte, nicht zu tief um die Lebensbedingungen der Pflanze anzugreifen, aber tief genug um einen Abfluß der Säfte zu bewirken. Das Ergebniß war: wo die Aderlässe reichlich genug ausfiel, war die Krankheit wie weggezaubert, und die wenige Tage vorher noch stark angegriffenen Reben gewannen ihre alte Kraft und Schönheit wieder. Wo sie dagegen geringer, blieben mehr oder weniger Spuren zurück. Da die Traubenkrankheit ein so allgemeines Uebel zu werden droht wie die Kartoffelkrankheit, so sind diese Versuche auch den deutschen Landwirthen zur Prüfung zu empfehlen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1155] **Verlorener Hund.**

Ein halbjähriger rothbrauner Hühnerhund (Hündin) mit langem Schweif und langem Behange hat sich verlaufen; dem er zugelaufen wird ersucht, denselben in Haus Nro. 3 zu Oggersheim gegen Vergütung zurückzubringen.

[1154] **Zur Nachricht.**

Die auf den 10. August nächsthin fixirte Versteigerung der Lorenz Hertle'schen Mühle wird an dem angezeigten Tage, eingetretener Hinderniße wegen, nicht stattfinden.

Bergzabern, den 30. Juli 1852.

Sartorius, Notär.

[1149c] **Offene Lehrlingsstelle.**

Für einen mit den nöthigen Vorkenntnißen ausgestatteten jungen Mann ist in einem Speditions-Geschäft am Rhein eine Lehrlingsstelle offen. — Die Adresse ist auf frankirte Anfragen unter Nro. 1149 bei der Expedition dieses Blattes zu erfahren.

Neue
Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 186 | den 4. August 1852.

Deutschland.

• **Speyer,** den 3. Aug. (Die Districts- und Landrathswahlen.) Bekanntlich hat das Pfälzische Reactionsblatt vor einiger Zeit aufgefordert, die Democraten bei den Districtswahlen systematisch auszuschließen. Auf diese muthwillige Provocation, wie sie nur der augenblickliche Uebermuth und der Unverstand eingeben konnte, haben wir die Wähler aufmerksam gemacht, solche Männer als Mitglieder jener Räthe zu erwählen, welche nöthigenfalls auch den Muth und die Kenntniße besitzen, etwaige unzweckmäßige Vorschläge, deren Kosten die Bezirke treffen sollten, zurückzuweisen. — Der Erfolg ist, daß, nicht nur in „einigen Städten," wie die subventionirte Zeitung nun selbst zugestehen muß, sondern auch gerade in vielen Dörfern solche Männer gewählt wurden, welche jenes Blatt etwa als die „rothesten" im ganzen Orte bezeichnen mag, die aber in Wirklichkeit jene Wahl traf, weil sie als fähige, für das Wohl ihrer Mitbürger besorgte und uneigennützige Leute bekannt sind. — Es wird sich nun zu zeigen haben, wer am meisten Umsicht, Kenntniß, Thätigkeit und guten Willen in den Districtsräthen entwickelt. —

Die „Pfälzer Zeitung" hat aber mit ihrer muthwilligen Provocation bezüglich der Districtsräthe noch nicht genug. Sie fordert nun die „conservativen" Districtsrathsmitglieder förmlich auf, bei den bevorstehenden Landrathswahlen „fest zusammen zu halten und sich über die zu wählenden Männer im Voraus genau zu verständigen."

Wir unserseits haben auch in dieser Beziehung keinen andern Wunsch, als blos den, daß zu Landräthen solche Männer gewählt werden, welche die nöthigen Kenntniße, Eifer und Einsicht besitzen, um die unmittelbaren Interessen des Kreises zu fördern, denen es aber dabei auch nicht am nöthigen Muthe fehlt, die gerechten Ansprüche der Pfalz geltend zu machen und zu wahren. Wir erinnern in dieser Beziehung hier nur an zwei Puncte:

1) Die Pfalz hat seit langen Jahren sehr bedeutende, nach unserer festen Ueberzeugung aufs Beste begründete, zum Theil sogar von beiden Kammern des Landtags als gerecht anerkannte Forderungen an die Staatscasse, ohne bis jetzt zu deren Tilgung gelangen zu können. Diese Ansprüche wurden von früheren Landrathsversammlungen zu verschiedenen Zeiten geltend gemacht, und es ist in Folge der Einsprache eines Oppositionsmitgliedes der Abgeordnetenkammer jedenfalls anerkannt, daß dieselben nicht bereits als beseitigt angesehen werden können. (Siehe die Verhandlungen der Abgeordnetenkammer vom 23. Mai 1851.) Die Summen belaufen sich hoch in die Hunderttausende. Der Landrath vom Jahre 1848, der viele früher reclamirte Posten gar nicht weiter erwähnte, führte gleichwol in 8 Positionen einen Betrag von 341,868 fl. auf. Wie Vieles könnte mit dieser Summe zum Wohle des Kreises geleistet werden, was entweder unterbleiben, oder durch neue Steuerbeischläge aufgebracht werden muß.

2) In den 7 jenseitigen Regierungsbezirken betragen die Kreisumlagen durchschnittlich höchstens 6 Beischlagsprocente zur Staatssteuer; in der Pfalz dagegen betragen sie 48 (sage acht und vierzig!) Procente. Täuschen einige Wahrnehmungen nicht, so steht sogar eine Vermehrung dieser Umlagen in Aussicht, während ohnehin schon die Staatssteuern erhöht worden sind. Am Landrathe wird es sein, dieses augenscheinliche Mißverhältniß in seinen einzelnen Beziehungen zu erörtern, es nachzuweisen und auf möglichste Abhülfe zu dringen, und diese, soweit es in seiner unmittelbaren Befugniß liegt, selbst herbeizuführen.

Was in diesen beiden Beziehungen durch den nächsten Landrath etwa versäumt würde, wäre für alle Zeiten verloren.

Wem das „Hand in Handgehen mit der Regierung" und was darunter alles verstanden wird, für das höchste Ziel und die höchste Aufgabe des Landraths gilt, — wer nur immer daran denkt, ob er ja „keine Verlegenheiten bereite," — der muß die Forderungen der Pfalz aufgeben, und er kann nicht auf eine Verminderung der Steuerbeischläge hinwirken, er kann nur zu deren Erhöhung stimmen. Ob man auf ein solches Ziel hinsteuern will oder nicht, ist freilich Geschmacksache, über die wir mit der Pfälzer Ztg. gar nicht streiten. Wir danken ihr vielmehr dafür, daß sie durch ihren auf systematische Ausschließung der Freisinnigen gerichteten guten Rath uns zu der gegenwärtigen Erörterung Veranlassung gegeben hat, an die wir, wir müßen es gestehen, ohne ihre Provocation heute nicht gedacht hätten. —

• **Die Zollfrage.** Man gibt sich der Hoffnung hin, daß der Zollverein nun doch werde erhalten werden. Allein worauf gründet sich diese Hoffnung? Leider geben die Thatsachen, soweit dieselben bekannt sind, noch nicht den geringsten Anhaltspunct zur Annahme einer Aenderung zum Bessern in der bisherigen Sachlage.

Von Seiten der 5 übriggebliebenen Coalitionsstaaten hat man erklärt, nicht früher in einen bindenden Vertrag einzugehen, als bis zuvor Unterhandlungen mit Oesterreich angeknüpft seien. Von Seiten Preußens dagegen erfolgte der Ausspruch, vor Abschluß eines Vertrages über den Zollverein sich mit Oesterreich in nichts einzulassen, und zugleich scheint der 16. Aug. sogar als Präclusivtermin angesehen zu werden. Damit ist man sich nicht im Geringsten näher gerückt, die Kluft ist vielmehr recht offen vor Augen gelegt. Auf diesem Wege kommen wir gewiß nicht zum Ziele; auf diese Art kann gar nicht eine Vereinigung stattfinden! — Und so stehen heute die Dinge. —

Möglich ist es, daß der Zollverein in ganz anderer Weise erhalten wird: nemlich wenn die übrigen Coalitionsstaaten eben so verfahren wie Württemberg und Baden, d. h. wenn auch sie von der Politik des Hrn. v. d. Pfordten abfallen. Ob ein solches Ergebniß den Beweis bildete, daß derselbe das Interesse des Baierischen Staates richtig erfaßt, wäre dann freilich eine andere Frage.

Nicht oft und nachdrücklich genug können wir aber darauf aufmerksam machen, wie unberechenbar das Unglück insbesondere für die Pfalz und für Franken sein würde, wenn eine Sprengung des Zollvereins wirklich erfolgte, und namentlich gar, wenn in Württemberg und Baden die preußischen Mauthlinien gegen uns errichtet würden. —

Wir hoffen, daß die Landräthe bei ihrem ersten Zusammentrit es als ihre Pflicht ansehen werden, sich über die Zollfrage auszusprechen; wir erwarten dies um so mehr von ihnen, als der Landtag, im Vertrauen auf die vermeintliche Unmöglichkeit einer Sprengung des Vereins, eine deßfallsige Erklärung unterlassen, d. h. sich damit begnügt hat, dem Ministerium die verlangten Ermächtigungen nicht zu ertheilen, worauf dieses sein Ansinnen formell zurückzog.

Betrachtungen. Die Kölnische Zeitung bringt Auszüge aus einem Schriftchen über „Deutschlands Lage." Wir lassen einige Stellen daraus nachstehend folgen:

„Die Elemente einer deutschen Revolution liegen nicht in der Revolutionssucht der Massen. Aber Umwälzungen gehen nie von der Menge aus, nur von Wenigen, denen der große Haufe gehorsam folgt. Wenn die gelockerten Bande der Anhänglichkeit und des Vertrauens zwischen den deutschen Staaten und ihren Bevölkerungen nicht wieder zu kräftigen sind — und sie wären es vielleicht, — so werden bei dem nächsten Zeitsturme von außen unsere Regierungen ein widerwilliges, passives Volk, aber nirgends mannhafte, begeisterte aufopferungsfähige Helfer finden. Nicht in den positiven Kräften der Revolutionsparteien liegt, was die Gegenwart bedroht, sondern in der abnehmenden Widerstandsfähigkeit und Zahl der Elemente, die das Bestehende tragen. ... Das hat man in unserem Vaterlande selbst schon erlebt. Erhob sich ein deutscher Arm in den Rheinlanden, als man im Jahre 1801 ihre geistlichen und weltlichen Staaten zerstörte, um sie einer fremden Nation einzuverleiben? In stumpfer Apathie ließ Deutschland im Jahre 1806 die Auflösung seines heiligen römischen Reiches über sich ergehen. Als Napoleon später fast in jedem Monat einen deutschen Staat vernichtete oder zerstückelte, stieß er nirgends in der Bevölkerung auf den mindesten Widerstand.

„Die Ruhe, welche der Staatsstreich Europa gewährt, darf für Deutschland immer nur als eine „Frist" betrachtet werden, um „durch Reformen die Revolution abzukaufen;" nimmermehr aber darf man wähnen, daß sich die freiheitlich-nationale Umgestaltung Europas durch einen Handstreich so escamotiren lasse, wie ein Gewebe elender Complotte auf das voraus bestimmte Jahr 1852. Das neue Experiment des gemeinnützigen Despotismus wird wohl in Frankreich bald genug sich abgenutzt haben. Daß aber sociale Verbesserungen wie bürgerliche Sicherheit einzig auf dem Boden der Freiheit des Verkehrs und der Staatsordnung gedeihen, wird auch dort bald genug zu allgemeinerer Erkenntniß durchgedrungen sein."

Nürnberg. Der „Fränk. Kur." sagt in einem größeren, sehr geistreich geschriebenen Artikel: Die Franzosen haben seit dem 2. December einen neuen „heiligen Rock," sie haben den Napoleons-Rock, vor dem sie sich niederknieen und die obligaten Wunder erwarten. Die Franzosen haben alle Religionen abgeschafft, die katholische, die protestantische und die jüdische Religion. Es gibt dermalen in Frankreich nur eine alleinseligmachende Religion, das ist die sogenannte Napoleons-Religion! Napoleon ist die modernste heilige Dreieinigkeit, Gott Vater, Gott Sohn und der heilige Geist, Napoleon II. ist sein Statthalter auf Erden. Napoleon ist der Allah der osmanisirten Franzosen und Louis Napoleon ist sein Prophet Mohammed. Frankreich ist avancirt, es ist China geworden, ein himmlisches Reich, ein Reich der Mitte, wo die Menschen vor dem Himmelssohne, vor der schnurrbärtigen Vorsehung und der Gesellschafts-Retterei sich den Bauch aufschlitzen. Frankreich unterscheidet sich gegenwärtig von China nur dadurch, daß es nicht mit dem Bambusrohre, sondern mit dem Säbel der Gendarmen und Policeiagenten geschlagen wird. Die alte französische Republik hatte ihren eigenen Kalender, die neue französische Gendarmen-Republik hat gleichfalls ihren eigenen Kalender. Der altrepublikanische Kalender hatte die Sonntage abgeschafft, der jungrepublikanische Kalender hat alle Heilige abgeschafft. Es gibt in Frankreich nur noch einen Heiligen, nemlich den heiligen Napoleon, und sein Ehrentag ist der 15. August. An diesem Tage wird er in ganz Frankreich herumgetragen und muß seine Männchen und seine Mirakel machen. Die alten Könige von Frankreich hatten einst die Macht, durch ihre Berührung alle, auch die stärksten Kröpfe zu heilen. Wir wollen sehen, ob Frankreich durch die Berührung des Sct. Napoleon am 15. August auch seinen großen Kropf verliert, nemlich seinen Schulden-Kropf und Steuer-Kropf, und Bettler-Kropf und Sclaven-Kropf. Diese Napoleons-Religion ist jedenfalls eine sehr unterhaltende Religion. Ihre Kirchenfahne wird mit Blut besudelt, ihre Kirchenmusik ist der Zapfenstreich, ihr Gesang ist das bezahlte Vivatrufen hungernder Abenteurer, ihre Predigten sind Policeiproclamationen, ihr Weihrauch sind die Schmeicheleien und Heucheleien von Staatsschmarotzern, ihr Opferstock ist ein Budget von anderthalb Milliarden Franken und die Confiscation des Orleanistischen Vermögens! Genug! Alle guten Geister loben Gott — den Napoleon!

München, den 30. Juli. Die Einberufung der Landräthe soll in den nächsten Wochen erfolgen und zwar, wie man vernimmt, auf Anfang September. — In Betreff der bei Wiederbeginn der Berliner Zollconferenzen am 16. August von Seite der süddeutschen Regierungen abzugebenden Erklärung finden unter diesen Regierungen soeben Verhandlungen statt.

Würzburg, den 29. Juli. Der Volksbote brachte in einer seiner letzten Nummern aus Würzburg die Nachricht, daß ein protestantischer Bürger daselbst einem katholischen Soldaten, der jenem 7 fl. schuldig gewesen sei, die er nicht bezahlen konnte, das Ansinnen gemacht habe, protestantisch zu werden, in welchem Falle er ihm die 7 fl. schenken und noch 3 darauf zahlen wolle; außerdem würde er ihn unverzüglich verklagen; der Soldat habe einen Geistlichen um Rath gefragt, der ihm die 7 fl. zur Bezahlung seines Gläubigers gab, den Vorfall selbst aber dem Volksboten mittheilte. Wie nun der Würzb. Z. ein geachteter hiesiger katholischer Geistlicher versichert, ist an der Angabe jenes Soldaten kein wahres Wort, sondern das Ganze eine abgefeimte Betrügerei, deren Opfer jener vom Volksboten bezeichnete Geistliche geworden ist.

Mannheim, den 31. Juli. Der Redacteur des „Mannh. Journals" wurde unlängst von dem hiesigen Militärcommando zu einer zweimonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt. Derselbe hatte sich in dem von ihm herrührenden Texte zur zweiten Auflage einer in Darmstadt herausgegebenen Topographie Badens mit Stahlstichen, beleidigend gegen die Regierung und, wie man behauptet, gegen den Officiers- und Beamtenstand ausgelassen und sich auf diese Weise die oben angegebene Strafe zugezogen, die er seit Donnerstag in dem hiesigen Amtsgefängnisse abbüßt. Der Wortlaut der incriminirten Stellen ist nicht in die Oeffentlichkeit übergegangen, da das Werk, in welchem sie vorkommen, im Großherzogthum verboten ist. (Fr. J.)

Frankfurt, den 1. Aug. Die deutsche Bundesversammlung hielt letzten Donnerstag eine Sitzung. Die schleswig-holsteinische Frage wurde, wie man vernimmt, in derselben berathen. Diese Frage soll darin ihre nach Zeitungsmittheilungen schon seit mehren Wochen zu gewärtigende Erledigung(!) gefunden haben, indem sich, mit Ausnahme zweier Herzogthümer, sämmtliche deutsche Regierungen für die bereits bekannter gewordenen Anträge des Ausschusses erklärten (!) (F. J.)

Koburg, den 30. Juli. Ein großer Theil der meiningischen Stadt Eisfeld ist in vergangener Nacht durch eine Feuersbrunst zerstört worden.

Berlin. Die Cholera ist in Pleschen und Ostrowo sehr heftig, in Posen minder beunruhigend aufgetreten. In Berlin ist man ziemlich sorglos, da bis jetzt nur vereinzelnte Fälle vorgekommen sind. Doch hat die Behörde einem zur Armenpraxis verpflichteten Arzt in Berlin, der eine Reise machen wollte, in Rücksicht auf die nahe Gefahr, den Reisepaß nicht ertheilt.

Berlin, den 31. Juli. Die Erzherzogin Sophie betreibt die Verlobungsangelegenheit ihres Sohnes des Kaisers mit der Prinzessin Sidonie von Sachsen sehr eifrig. Der Abschluß der Verbindung wird in Ischl erwartet.

Der Breslauer Ztg. schreibt man aus **Berlin:** Nachdem nun schon seit lange alle diejenigen Vereine, welche

bestimmt ausgesprochene politische Zwecke verfolgten, aufgehört haben, insofern sie nicht eben von streng gouvernementaler Richtung waren, geht man immer weiter auch in der Ueberwachung aller derjenigen Verbindungen, bei denen man hinter anderm Namen eine „politisch-propagandistische" Thätigkeit vermuthet. Die Turnvereine, die schon ein Mal früher bei den Demagogenverfolgungen eine große Rolle gespielt hatten, waren die ersten Opfer dieser weiter ausgedehnten polizeilichen Thätigkeit; jetzt scheinen die Gesangvereine und die von dem Zusammentreten solcher Vereine gefeierten Sängerfeste an der Reihe zu sein. Wenigstens hören wir, daß die in letzter Zeit wiederholentlich vorgekommenen Verbote solcher Feste auf einem generellen Erlasse des Ministeriums des Innern beruhen, wonach einerseits von den Vorstehern aller Gesangsvereine eine polizeiliche Konzession nachgesucht, und dieselbe überall da nicht ertheilt werden soll, wo durch die Persönlichkeit dieser Vorsteher nicht eine hinreichende Garantie für die konservative Richtung der Vereine gegeben ist, und wonach andererseits die Abhaltung von Sängerfesten immer nur erst nach einer genauen Prüfung des Programms der aufzuführenden Stücke und auch alsdann nur da gestattet werden soll, wenn Personen von erprobter konservativer Gesinnung die Leitung übernommen haben. (All's drauf!)

Wien, den 29. Juli. (Auch eine Frucht der Reaction.) Die hohe Statthalterei in Prag hat dem Consistorium Nachstehendes mitgetheilt: „Es ist schon in mehreren Fällen vorgekommen, daß sich die evangelischen Pastoren in amtlichen Zuschriften den Titel „evangelischer Pfarrer" aneignen, so wie auch in dem von der k. Gesellschaft der Wissenschaften in Prag für das Jahr 1851 herausgegebenen Handbuch des Königreichs Böhmen die der Aufsicht akatholischer Superintendenten unterstehenden Districte „Diöcese" genannt worden. Da selbst die katholischen sogenannten Localcapläne, obgleich sie die Seelsorge in jeder Beziehung selbstständig verwalten, den Pfarrerstitel bis jetzt gesetzlich nicht führen dürfen, der Name „Pastor" zur Bezeichnung eines selbstständigen evangel. Seelsorgers der einzig und allein gesetzliche und in Gesetzbüchern angewendete, übrigens auch dem hierländigen Sprachgebrauche zusagende Ausdruck ist, ferner mit dem Hofkanzleidecrete vom 4. Januar 1816 dem Wiener helvetischen Consistorium ausdrücklich untersagt worden ist, den in Böhmen bestehenden 36 Gemeinden dieses Glaubensbekenntnißes den Namen „böhmische Diöcese" beizulegen, so treffe ich unter Einem im Wege des k. k. evangelischen Consistoriums die Verfügung, der evangelischen Geistlichkeit die Anwendung der beiden erwähnten Bezeichnungen auf evangelisch-kirchliche Verhältniße zu untersagen und ersuche das bischöfliche Consistorium, darüber zu wachen, daß sich von Seite der evangelischen Geistlichkeit und Gemeinden darnach benommen werde. Auch die k. Gesellschaft der Wissenschaften in Prag wurde angewiesen, bei Herausgabe des Handbuches des Königreiches Böhmen für das Jahr 1852 den Ausdruck: „Diöcese" an der obbezeichneten Stelle zu vermeiden. (Wand.)

Aus **Böhmen** wird dem Lloyd vom 27. d. geschrieben daß seit Einführung des neuen Zolltarifs auf der Elbe so viel englisches Eisen eingeführt werde, daß der Zollertrag davon in einer Woche oft 8 bis 10,000 fl. betrage, was also gleichbedeutend wäre mit 10 bis 12,000 Centner Einfuhr von Roheisen.

Frankreich.

Paris, den 31. Juli. Wie man versichert, hat der Pfarrer der Madelaine, Dequerry, die Stelle eines Bischofs von Montpellier ausgeschlagen, da sie ihm nicht einträglich genug ist, indem ihm seine hiesige Pfarrstelle 80 bis 90,000 Frs. jährlich abwirft!

Von der deportirten Schriftstellerin Pauline Roland, die trotz aller Verwendung ihrem traurigen Schicksal nicht entgehen konnte, ist vor wenigen Tagen in Paris ein Brief eingetroffen, der das innigste Mitleid erregt. Nach diesem Briefe, aus der in der Wüste liegenden Festung St. Grégoire datirt, werden die deportirten Frauen, 50 an der Zahl, nicht wie politische und weibliche, sondern wie die verderbtesten und verhärtetsten gemeinen Verbrecher behandelt. Sie müssen in sonnendurchglühten Gefängnissen auf altem Stroh schlafen und bekommen die Kost gemeiner Verbrecher. Der Hof, in welchem alle 50 täglich eine Stunde lang spazieren gehen dürfen, ist nicht 50 Schritte lang und kaum 20 breit. Außerdem sind sie in Reden, Thun und Treiben aufs Strengste und Roheste bewacht. Pauline Roland versichert, daß die Soldaten, die sie eskortirt haben, beim Anblik des Forts, das den Verbannten zum Aufenthalt bestimmt worden, Ausrufe des Schreckens und des Mitleides nicht haben unterdrücken können. Die meisten dieser Frauen sind unschädliche Geschöpfe, die sich unmöglich große Verbrechen haben zu Schulden kommen lassen oder dem jetzigen Zustand der Dinge hätten gefährlich werden können. Der Brief hat so viel Mitgefühl erregt, daß sogleich mehrere Frauen aus den besten Ständen, Gräfin d'Agoult an ihrer Spitze, sich zu einem Comité vereinigt haben, welches Sammlungen anstellen will.

Neueste Nachrichten.

München, den 29. Juli. Gestern wurden Rechtspraktikant Maierhofer, ehemaliger Vorstand des hiesigen Wanderunterstützungsvereins, und August Bogner, Commis, welche erst kürzlich von einer mehrmonatlichen Untersuchungshaft entlassen wurden, auf die Polizei geladen und ihnen daselbst eröffnet, daß sie, wegen ihrer seit mehreren Jahren durch Wort und That bewiesenen Feindschaft gegen die bestehende Ordnung und Gesetze unter besondere Polizeiaufsicht gestellt seien. (F. K.)

Frankfurt, den 2. Aug. Die Bundesversammlung wird sich erst gegen Mitte dieses Monats auf mehrere Wochen mit Hinterlassung eines ständigen Bundestagsausschusses vertagen.

Leipzig, den 31. Juli. Der Oberhofprediger Dr. A. Harleß erklärt zu der gestrigen Mittheilung der „Freimüthigen Sachsen-Ztg." über den nun entschiedenen Weggang desselben nach Baiern in demselben Blatte, daß er noch keine officielle Berufung in Händen habe; wenn es aber wirklich zu dem Schritte kommen sollte, so läge demselben nicht die vollzogene Erfüllung gegebener Zusagen zum Grunde, sondern nur eine Erwägung von Verhältnissen und Gewissenspflichten, welche in einem ganz andern Gebiete lägen als in dem der sächsischen Fragen und Zustände.

Rostock, den 27. Juli. Die hiesige Kaufmannscompagnie reclamirt ihre Beiträge zur deutschen Flotte und will sie dem Fonds einer künftigen Seemannsschule zuweisen. Es scheint wirklich als glaube man auf civilrechtlichem Weg wieder zu den Beiträgen gelangen zu können. Das Obergericht hat wenigstens einen peremtorischen Termin zur Anmeldung der Forderungen auf den 4. Octbr. angesetzt.

Köln, den 31. Juli. Die Frage, ob Lehrer und Geistliche für die Zukunft Steuern zu zahlen hätten, ist bejahend entschieden worden.

Berlin, den 30. Juli. Mit der Erweiterung der preußischen Marine wird es sehr ernstlich gemeint; außer dem beabsichtigten Ankauf noch einiger Schiffe aus der deutschen Marine, soll das Marinemedicinalwesen vermehrt und das Seeunterrichtswesen völlig reorganisirt werden.

Allen Berechnungen der Aerzte entgegen kommt uns die Cholera fortwährend näher. Von dem Gränzort Kalisch, wo bis zum 25. d. M. unter 12,000 Einwohnern 1800, und unter diesen besonders viele Juden, dieser Krankheit erlegen sind, hat sie sich schon bis Posen, und es heißt auch nach Danzig verbreitet. Auch hier hört man schon vielfältig über Beschwerden klagen, wie sie sonst vor und bei dem Erscheinen der Epidemie empfunden wurden, so daß auch die Mark von der Plage wol nicht ganz frei bleiben wird.

Bern, den 31. Juli. Der gr. Rath von Neuenburg hat gestern mit 59 gegen 31 Stimmen die Aufhebung der royalistisch gesinnten Bourgeoisie von Valangin beschlossen. Sie wurde von 1800 Petenten verlangt und dadurch motivirt, daß die Bourgeoisie von Valangin gar nicht in die Kategorie der übrigen Gemeinden falle und keines verfassungemäßigen Schutzes genießen könne, daß sie kein Gemeindegebiet und keine Gemeindezwecke habe, sondern einzig und allein ein politischer Staat im Staate sei.

Brüssel, den 1. Aug. Das Ministerium bleibt vorläufig. Unsere Unterhandlungen über einen Handelsvertrag mit Frankreich sind gänzlich abgebrochen. Was man französischer Seits verlangt geht in das Unbegreifliche. Zuerst fordert man die Revision des Gesetzes über die Presse; dann soll die belgische Legislatur alles, was fremd, und besonders was französisch ist, vom belgischen Boden entfernen, und die Journale sollen ausschließlich von Eingebornen redigirt werden. Außerdem verlangt man noch als Zugabe, daß alle politischen Flüchtlinge augenblicklich nach irgend einer beliebigen Grenze gebracht werden sollen.

Paris, den 21. Juli. Es ist, wie man versichert, im Ministerium der Beschluß gefaßt worden, daß fortan bloß Katholiken zum Lehramte, und zwar in jedem Fache, selbst in der Mathematik, bei der oberen Normalschule zugelassen werden sollen. Diese Nachricht hat in den Universitätskreisen die größte Sensation hervorgerufen. Den Schulamtscandidaten, welche sich um das Professorat bewerben, ist dem Vernehmen nach bereits die officielle Anzeige gemacht worden, daß nur diejenigen, welche sich zum katholischen Cultus bekennen, berücksichtigt werden würden.

Der Befehlshaber des kleinen nach Tripoli beorderten Geschwaders soll den bestimmten Befehl haben, die Stadt zu bombardiren, falls die diesseits geforderte Genugthuung nicht sofort bewilligt werde.

London, den 31. Juli. Daily News will aus guter Quelle wissen, daß im Torylager und im Cabinet ein ernster Zwiespalt ausgebrochen sei, indem einige Mitglieder das Schutzzollsystem nicht offen und unumwunden aufgeben wollten, während das Resultat der Wahlen eine offizielle Erklärung gebieterisch erheische.

Australien. Auf Otahaite ist nach mehreren Gefechten zwischen Republikanern und Royalisten die Republik proclamirt und ein Präsident eingesetzt worden. Königin Pomare hat sich an Bord einer französischen Fregatte geflüchtet.

M i s c e l l e n.

München. Die ledige Dienstmagd Barbara Helfer von Taubliz wurde am 27. Juli Abends 9 Uhr auf dem Fußwege unweit Katzdorf bei Burglengenfeld durch ihren eifersüchtigen Liebhaber, einen Bauernburschen, plötzlich überfallen und zu Boden geschlagen, worauf ihr der Bursche sofort die beiden Ohren hart am Kopfe mit einem Messer wegschnitt und sie am Kopfe mit mehreren Messerstichen verwundete. Zuletzt warf der zärtliche Liebhaber das Mädchen in den nahen Naabfluß, woraus sie sich jedoch durch Anhängen an überhängende Weiden rettete. Dieselbe liegt gegenwärtig lebensgefährlich krank darnieder.

Warum hat sich bei der Versteigerung der deutschen Flotte kein Oesterreicher und kein Preuße eingefunden? — Antw. Weil die Oesterreicher nichts b i e t e n wollen, und die Preußen nicht z u s c h l a g e n. (Volksbötin.)

Der Bischof von Straßburg hat die neue Eisenbahn eingesegnet als ein Institut, welches dazu beitragen werde, e i n e e i s e r n e K e t t e u m d i e g a n z e E r d e z u s c h l a g e n. Vom p r i e s t e r l i c h e n Standpunct ist dies die m e n s c h l i c h s t e und zugleich die irrigste Auffassung. (Klad.)

Homer's „geflügelte Worte" sind keine Fabel mehr. Die e n g l i s c h e n Journale vom 25. Juli Abends enthielten schon telegraphische Depeschen aus Straßburg, die am 25. Mittags daselbst abgegangen waren und die Strecke von 325 Stunden Wegs von Straßburg über Paris unter's Meer und nach London in wenigen Stunden zurückgelegt hatten.

Auswanderungssachen. Während des 8. und 10. Juni kamen in **New-Orleans** 6205 europäische Emigranten an.

St. Louis, den 18. Juni. Gestern kamen hier die beiden Dampfschiffe „Western World," ein schlecht renommirtes Schiff, und „Bunker Hill Nro. 3" mit 280 und 50 deutschen Emigranten an. Auf dem erstgenannten Schiffe waren 24 Emigranten unterwegs erkrankt, auf dem andern 5, welche starben. Die Krankheit der letzteren beiden entsprang aus dem unmäßigen Genusse von Früchten, was mich veranlaßt, hier die oft ausgesprochene Warnung zu wiederholen, daß Einwanderer, welche lange Zeit hindurch die schwere Schiffskost und häufig schlecht gewordenes Trinkwasser genossen, sich unter keinen Umständen verleiten lassen sollten, bei ihrer Landung sogleich, wie es nur zu häufig geschieht, mit einer unersättlichen Gier über Früchte, namentlich Wassermelonen, sowie über Eiswasser herzufallen. Ruhr, Schlaganfälle und andere Krankheiten sind die unausbleiblichen Folgen dieser Unbedachtsamkeit, die in nicht seltenen Fällen den Tod nach sich zieht. (Allg. Ausw. Ztg.)

Louisville, Kenntucky, den 8. Juni. Am Freitag landete das Boot „Midas" vollgepfropft mit deutschen Emigranten, sämmtlich aus der Gegend von Bretten im Badischen, in New-Albany. Die Cholera herrschte auf dem schmutzigen, ungesunden Boote und etwa 40 Personen starben unterwegs. Zwei junge Mädchen, das eine etwa 12 Jahre alt, Margarethe Renste, das andere etwa 10 Jahre alt, Wilhelmine Förster, beide Nachbarskinder aus Stein bei Bretten, verloren ihre Eltern zwischen New-Orleans und Kairo und wurden in New-Albany von einer anerkannten Kupplerin vom Boote gelockt und in ein Haus von üblem Rufe gebracht. Schuhmacher Weber aus der Marktstr., Stephan Schmidt, Kriegshaber und Scheidt nahmen die beiden Kinder, hübsche, gesunde und starke Mädchen, aus dem Hause und collectirten dann denselben Abend bei den Bekannten eine ansehnliche Summe, um die Mädchen zu kleiden und sonstige Unkosten zu decken.

Redacteur und Verleger G. Fr. K o l b.

[1156] **Versteigerung einer Mühle.**

Montag, den 9. August laufenden Jahres, Mittags 1 Uhr, auf der Mühle selbst, läßt Herr Franz Heinrich Görg, Müller auf der Galappmühle bei Kaiserslautern,

die ihm zugehörige Mühle, „Galappmühle" genannt, bestehend in: Mahlmühle mit zwei Mahlgängen und einem Schälgange, Oelmühle mit zwei doppelten Pressen, zwei paar Steinen und Schrotmühle, Schneidmühle, Wohn- und Oeconomiegebäuden mit Backhaus, ferner in 15¼ Tagwerk Ackerland und Gärten, 12¼ Tagwerk Wiesen, und 26½ Tagwerk Waldung,

unter annehmbaren Zahlterminen in Eigenthum versteigern.

Sämmtliche Werke, sowie die Gebäulichkeiten der Oel- und Schneidemühle und des Backhauses, sind ganz neu erbaut.

Alle Wiesen haben das Wasserrecht und die Mühle speciell Holzberechtigung aus den Reichswaldungen.

Die Versteigerung geschieht zuerst im Ganzen, alsdann die Mühle allein, und das Backhaus und die Güter einzeln. Bis zum Versteigerungstage können fragliche Immobilien auch aus der Hand erkauft werden.

Kaiserslautern, den 1. August 1852.

Böcking, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 187 | den 5. August 1852.

Deutschland.

• Speyer. (Geschichtliche Erinnerungen. Dritter Artikel.) Es begann der österreichische Krieg von 1809. Die Soldaten der Rheinbundesfürsten mußten wieder gegen Deutsche kämpfen. Oesterreichischer Seits rief man freilich die deutsche Nation im Namen des Gesammtvaterlandes auf. Aber allerdings, was hatte die Wiener Regierung geleistet, um Glauben zu finden und Vertrauen zu erwecken? Weniger als nichts! ... Die vornehme Gesellschaft zu Wien versammelte sich bei Rasumowski. Sie suchte sich des deutschen Patriotismus nur für ihre niedrig selbstsüchtigen Zwecke zu bedienen. Schlosser hat diese mächtige Clique mit den derben aber vollkommen wahren Worten gezeichnet: „In diesen scheinbar mit den frivolsten Belustigungen vornehmer Müßiggänger beschäftigten Kreisen, wurden die Plane ausgeheckt, zu denen das gute deutsche Volk die Fäuste hergeben sollte. Dort fanden sich die ritterschaftlichen Conspiranten zusammen, dorthin brachte Graf Stadion die Gentz und Schlegel, welche unser gutmüthiges, leicht und oft betrogenes Volk für alles Alte erhitzen sollten, dorthin kam nach seiner Rückkehr aus Paris auch Metternich. Was von dort aus gewirkt wurde, muß man sorgfältig von dem unterscheiden, was in Preußen und von Preußen aus geschah. — ... In Preußen begannen Männer vom ersten Stande und in den ersten Aemtern endlich einmal das Volk im Stillen zu wecken, statt es, wie sie sonst pflegten, einzuschläfern und niederzudrücken; Gelehrte, sonst nur auf ihre Studierstube beschränkt und Schmeichler jedes kleinen Despoten und seiner armseligen Hofleute, riefen das Volk zum Selbstbewußtsein und verhöhnten den deutschen Servilismus. Man denke nur an Arndt, an Fichte, an Schleiermacher. Leute wie Schill, Justus Gruner, Katt u. A. gehören freilich in eine andere Kategorie; aber wie die franz. Revolution der Robespierre und Danton bedurfte, so war auch die Befreiung Deutschlands durch rein moralische Menschen nicht zu bewirken. Im Hintergrunde standen Staatsmänner und militärische Genies, denen der Untergang des alten Preußenthums den Weg nach Oben gebahnt hatte, Hardenberg, Schladen, Niebuhr, Gneisenau, Scharnhorst u. A. Der Sinn, der überall geweckt ward, war das Wichtigste bei dem s. g. Tugendbunde, welcher für die Franzosen wie später für das wiederauflebende servile Geschlecht alter Zeit eine Popanz wurde. Dies gab den geheimen Verbindungen ihre Wichtigkeit; der Lärm, den Napoleon über den Tugendbund erhob, verlieh ihm politische Bedeutung, die grausame Verfolgung, welche Napoleon, sein Fürst von Eckmühl und dessen Schergen und Spionen in Deutschland organisirten, erbitterte die Gemüther, und als gar Preußen gezwungen ward (1809), den Bund zu verbieten erhielt jede geheime Verbindung einen neuen Reiz. — ... Daß man zu Wien mit dem Volke sein Spiel trieb, ist ausgemacht. Die Herren vom alten Adel und die österreichische Aristocratie, welche sich so patriotisch stellten, bekümmerten sich um das Wohl des Volkes und die Verbesserung seines Zustandes und seiner Verhältnisse, besonders um die Beschränkung der Usurpationen der privilegirten Classen sehr wenig, sie wollten es vielmehr absichtlich täuschen und seinen Enthusiasmus nur als Mittel gebrauchen, um die alte Ordnung der Dinge wieder herzustellen und die alten Privilegien wieder zu erlangen. Diese Herren versteckten ihre wahre Absicht unter Deutschthum und Haß gegen die Franzosen und den Kaiser derselben. — ... Selbst in andern Gegenden war der Enthusiasmus für Tugend und Recht oft sehr zweifelhafter Art. Was hatten die wackersten und achtbarsten Männer, wie der Feudalherr und Ritter v. Stein, beide Humboldte, Borstel, Nugent, Chazot, Dörenberg, Steigenteich, der aristocratische, auf Gelehrtheit höchst eingebildete Niebuhr, Stadion, Metternich, Graf Munster u. A. mit dem Volke gemein? Arbeitete man nicht für den Kurfürst von Hessen und trieb das Landvolk, sich für ihn aufzuopfern, als wenn sein Regiment Deutschlands Heil wäre? Ward nicht der wilde und wüste Sohn des bei Jena tödtlich verwundeten Herzogs von Braunschweig als Märtyrer für die gute Sache angesehen? Ward nicht Schill wegen seines Treibens vergöttert? Wer war der Sandwirth, der Abgott der Tiroler? Man wird sich daher nicht wundern, wenn die in ihrer Art geistreiche Gesellschaft in Wien, die der französische Gesandte Otto, ein ernster und religiöser Mann, in seinen Briefen an seinen Kaiser um 1811 so vortrefflich schildert, den Enthusiasmus durch Gentz, Schlegel, Hormayr, anregen und steigern ließ, und doch hernach der Enthusiasten lachte. — ... Wir fragen, wohin eine Volksbewegung führen konnte, die, wie dies um 1809 geschah, von Männern geleitet ward, die dem Volke und seinem Leben so fremd waren, wie die österreichischen Kreise des Grafen Stadion und die Doctrinärs, deren er sich 1809 und 1811 bediente. — ... Eine Anzahl Abentheurer, Glücksritter, Sophisten und Hofleute machte aus dem Eifer für das, was man rechtmäßige Regierungen nannte, mochte es nun die eines Ferdinand des VII von Spanien oder eines Kurfürsten von Hessen sein, ein Gewerbe, wie wir auf der einen Seite an Hrn. Cossard, auf der andern an dem westphälischen Obrist Dörenberg sehen, und Stadions Creaturen waren auf die verschiedenste Weise thätig. — Die Servilität der deutschen Vasallen Frankreichs war damals sogar noch geschäftiger als die französische vierfache Policei. Aus Baiern und Württemberg und von den Deutschen, welche dem Könige von Westphalen dienten, warnte man die Franzosen, und der Hr. v. Linden war in Berlin fast noch thätiger für Napoleon, als dessen eigener Gesandter Bignon. — Die ganze Welt begann schon um 1809 mit der Gewaltherrschaft eines großen Mannes unzufrieden zu werden, weil er gleich einem Gotte, allein für Alle denken und handeln wollte, den absoluten Werth der Freiheit also ganz verkannte; aber wie konnte Oesterreich hoffen, daß die Deutschen so einfältig sein würden, zu glauben, daß es Stadions und Metternichs Aposteln Ernst sei, wenn sie das Evangelium der Freiheit und des Rechts verkündigten? Zum ersten Mal in 200 Jahren suchte das Habsburgische Haus die Gunst deutscher Protestanten, wer konnte ihm trauen? Es zeigte auch leider bald genug, daß die österreichische Aristocratie und Bureaucratie immer noch die alte sei und bleibe. — ... Wir verschmähten die von den zum Papismus bekehrten Berliner Sophisten von Wien her verkündeten Lehren schon darum, weil wir wußten, daß dort unter allen Wissenschaften nur die Kochkunst allein hoch geehrt sei.“ (Schluß f.)

• Betrachtungen. Immer mehr zeigt es sich thatsächlich, daß sich die Reaction nicht blos auf das eigentlich politische Gebiet beschränkt. Sie gibt sich in den Zollwirren, sie gibt sich namentlich auch im kirchlichen Bereiche kund. Das haben nun freilich Viele zuvor nicht gedacht. Als es an die Deutschkatholiken ging, nun, meinte da noch Mancher, das sind eben doch

auch zum Theil Revolutionäre, da darf man es nicht so genau nehmen. Dann ward weiter da und dort so verfügt, wie es mit der früher verheißenen Gleichberechtigung der Juden nicht mehr Recht in Einklang zu bringen war; das fand man mitunter schon ein Bischen auffallend. Nun ist aber auch bereits die Reihe an die Protestanten gekommen. Wir reden gar nicht von dem, was die Jesuitenmissionen u. dgl. thun. Wir verweisen auf das, was von Staatswegen in Oesterreich geschieht. In Böhmen dürfen sich die protest. Geistlichen nicht einmal mehr Pfarrer nennen. In Frankreich werden sie vom Lehramt an der Normalschule bereits ausgeschlossen! Und keine Frage, man wird noch weiter kommen. Das und noch vieles Andere ist nothwendig zur dauernden Befestigung der „Ruhe und Ordnung," so, wie man dieselbe eben versteht. Auch die Excommunicationen, und was immer damit zusammenhängt, gehören hieher. —

Zu den „großen Grundsätzen von 1789," welche die „Retter der Gesellschaft" in Frankreich proclamirten, rechnet man freilich auch die Gleichberechtigung aller Franzosen ohne irgend eine Rücksicht auf ihren kirchlichen Glauben. Allein dieses Princip muß eben der „höhern Rücksicht" weichen, durch derartige Concessionen den Ultramontanismus zu gewinnen, — was indessen doch nicht erreicht werden wird. — In Frankreich selbst, dies sei noch bei der gegenwärtigen Gelegenheit bemerkt, fangen übrigens nunmehr sogar Anhänger des jetzigen Regime an, beunruhigt zu werden durch die enorme Nichtbetheiligung des Volkes an den Gemeinderathswahlen. Die Sache berührt doch die Leute unmittelbar. Eine solche massenhafte Nichtbetheiligung — was deutet sie anders an, als daß die Leute von dem jetzigen Regime eben nichts mehr erwarten. Und daß dieses doch ein bedenklicher Umstand ist, anerkennen auch eifrige Bonapartisten.

Aus der österreichischen Finanzgeschichte bringt der „Fränk. Kur." einige Erinnerungen, die allerdings heut zu Tage wieder besonders beachtenswerth sind. Er sagt u. a.: 1796 wurden im ganzen deutschen Reiche für Oesterreich Anlehen geworben, besonders in den geistlichen Staaten wurde diese Geldwerberei systematisch betrieben. Von Regierungswegen pries man die Betheiligung an diesem Anlehen als verdienstlich, patriotisch. Die reichen Stifte und Klöster gaben enorme Summen; die Privaten bis zu den Dienstboten herab, wetteiferten im Geldzutragen, und so konnte das Haus v. Bethmann und Wiener Stadtbank fabelhafte Summen negoziren, der Zinsfuß, besonders bei den Wiener Stadtbanko-Obligationen zu 5 fl. wiener Währung war die Lockspeise. Da endlich keine Anlehen mehr stoßen, so erschien 1799 das kaiserliche Decret, wonach Jeder von dem Kapitale, womit er sich an dem österreichischen Anlehen betheiligt hatte, bei Verlust seiner Forderung 30 fl. vom Hundert nachzahlen mußte. Das war Plünderung, die schreiendste Gewaltthat. Viele mußten nun Schulden machen, um die Nachschüsse decken zu können. Viele hatten ihre ganze Habe hingegeben, und verloren nun, da sie nicht nachzahlen konnten, ihr Vermögen. So unendlich viele mittlere Bürger und Dienstboten. Eine Gewaltthat gebiert die andere. Nachdem das letzte Geld herausgepreßt war, kam die Verordnung, wonach der 5procentige Zinsfuß auf 2½ Procent herabgesetzt wurde. Damit war der Angriff gegen das Eigenthum der Gläubiger jedoch noch nicht geendet. Die Verzinsung der Staatsschuld, wozu die von der Wiener Stadtbank aufgenommenen Kapitalien schon vorher erklärt worden waren, wurde dem Course unterworfen, der sich dergestalt normirte, daß nach 1805 und 1809 statt der herabgesetzten 2½ Prozent Zinsen zu 2 fl. 30 kr. W. W. für den Gulden 8 kr., also im Ganzen 20 kr. bezahlt wurden! Die Verzinsung blieb fortan der Fluktuation der Kurse unterworfen, sich im Ganzen nie auf ¼ des Betrags hebend. Unterdessen schlug eine Speculation die andere zur Hebung der Staatsschuld. Bald nach dem zweiten Pariser Frieden, der noch dazu die bedeutenden französischen Entschädigungsgelder mitbrachte, creirte man Metalliques-Obligationen zu 5, 4, 3, 2½ und 1 Prozent in Münze und ordnete eine successive Verloosung der Stadtbanko-Obligationen an. Diese Obligationen, wovon die Zinsen in baarer Münze bezahlt werden, konnten die Inhaber älterer (Bethmannischer zu 4½ Proc. und Stadtbanko-Obligationen zu 5 Proc. ursprünglich) dadurch erwerben, daß sie die ältern gegen die neuern eintauschten. Viele thaten dies, um in einen Zinsbezug baaren Geldes zu kommen und nicht den Chancen des Kurses unterworfen zu sein. Je nach dem Zinsfuße verloren nun die Gläubiger bei dem Umtausche die Hälfte und mehr ihres Kapitals. Die Verlosung der Stadtbanko-Obligationen hatte die Wirkung, daß die Obligationen, welche durch das Loos herauskamen, wieder zu 5 Prozent in Münze verzinst wurden, das Kapital aber nicht zurückbezahlt wurde. Dabei wurden stets nur sehr kleine Theile der ungeheuern Schuld zur Verloosung gebracht, so daß dieser Vortheil nur wenige der zahllosen Gläubiger traf. Tausende von Familien kamen herunter, und zum Theil an den Bettelstab. Die Krone aber von Allem war ein Publicandum, nach welchem alle von jenen Stiftungen, Corporationen und Anstalten, welche theils durch die Säcularisation vom Jahr 1803, theils durch die in jener Zeit so vielfachen Besitzveränderungen aufgelöst wurden und deren Vermögen titulo oneroso an die neuen Landesherrn überging, an Oesterreich geliehenen Gelder auf diesen Grund für verfallen erklärt wurden. Alle Reclamationen waren vergebens, es wurde nichts bezahlt, selbst bei den Anstalten, die kurz nach der Auflösung wieder reconstituirt wurden. Das war der Lohn, der den Reichlern, so nannte man die nicht österreichischen deutschen Lande, für ihre Aufopferung zu Theil wurde.

* **Pfalz.** Dem Vernehmen nach werden die verschiedenen Districtsräthe der Pfalz am 19. August die Wahl der von ihnen zu bestimmenden Landrathsmitglieder vorzunehmen haben.

Aus Thüringen, den 27. Juli. Unter den Thüringischen Landtagen ist der des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt von Zeit zu Zeit in manchen Zeitungen, der Gegenstand von Angriffen gegen die Befähigung der in ihm sitzenden Mitglieder gewesen, unter denen sich allerdings mehr Landleute als Beamte befinden. Allein dieser Landtag hat noch ganz kürzlich den Beweis geliefert, daß er wenigstens weit entfernt ist, darum, weil seine Mitglieder zum Theil einer höhern wissenschaftlichen Schulbildung entbehren, der Bildung als solcher feindlich zu sein. Er hat nämlich in einer seiner letzten Sitzungen, die das Budget betreffen, nicht nur die ministerielle Forderung einer Summe von 50,000 fl. für das Schulwesen angenommen, sondern diese Summe auch noch um 25,000 fl. zum Besten der Volksschulen vermehrt. Diese einfache Thatsache kann wol als ein Beweis dienen, von welcher Gesinnung und von welchen Ansichten jener Landtag in Betreff dessen, was dem Volke vor Allem noth thut, beseelt ist. Dies ist guter Unterricht und gründliche Schulbildung.

Oppeln. Die hiesige Regierung hat ein die Schule betreffendes Rescript erlassen, worin sie ausspricht, daß alles Heil von der innigen Verbindung der Schule mit der Kirche abhängt, und daß daher alle noch etwa gehegten „Träume einer sogenannten Emancipation der Schule von der Kirche als unstatthaft und verderblich aufzugeben seien." Die Pfarrer werden zur strengen Ueberwachung und die bemitleidenswerthen Schullehrer zum Gehorsam aufgefordert.

Berlin, den 29. Juli. Der Student Robert Schlehan ist bekanntlich wegen des Breslauer Maiaufstandes zu einer sechsjährigen Einsteckung in eine Festungsstrafabtheilung verurtheilt und in den Kasematten der Festung Silberberg inhaftirt. Wegen seines zweiten Fluchtversuchs wurde er zu weiterer sechsmonatlicher Einstellung in die Strafsection kriegsrechtlich verurtheilt. Das Ge-

neralcommando in Breslau hat dies Urtheil cassirt und eine neue Untersuchung eingeleitet. In diesen Tagen hat nun das neue Kriegsgericht über Schleban das Urtheil gefällt. Es lautet auf fünf Jahre Festungsstrafe wegen Desertion im Complot. Dasselbe bedarf indeß noch der Bestätigung.

Magdeburg, den 27. Juli. In dem nahen Städtchen Gommern soll die Cholera ausgebrochen und der hiesigen Regierung bereits die officielle Anzeige davon gemacht sein. Hier in Magdeburg grassiren der Cholera ähnliche Krankheiten, zumal unter dem Militär, ohne jedoch einen besonders bösartigen Character zu tragen; wenigstens ist die Sterblichkeit jetzt keine größere, als sie es in früheren Jahren um die nämliche Zeit war.

Wien, den 28. Juli. Die „Pesther Ztg." publicirt wieder zwei auf den Tod durch Pulver und Blei lautende vollzogene militärstandrechtliche Urtheile.

Von der Manie unserer Regierung, Papiergeld zu machen, haben sich in Pesth etwa 20 Personen anstecken lassen. Sie haben ganz gelungene Reichsschatzscheine à 10 fl. in großer Menge angefertigt, bis sich die Policei dazwischen legte, um das Privilegium, das sich die Regierung gegeben und ihr so wohl bekommt, zu wahren. — Die Jesuiten errichten in Oberösterreich ein zweites Noviziat. (Frk. Kur.)

Schweiz.

Bern, den 1. Aug. Bekanntlich wurde das Ständchen durch ein Intrigue vereitelt, welches dem neuen Bundespräsidenten Näff gebracht werden wollte. Gestern Abend wurde nun die Bundesstadt sehr angenehm durch das Eintreffen der Musikgesellschaften von Murten und Peterlingen (Waadt und Freiburg) überrascht, welche dieses Ständchen brachten.

Neuenburg, den 30. Juli. Die weiland berühmte Bourgeoisie von Valangin existirt, wie bereits gemeldet, nicht mehr. Heute Abend hat der gr. Rath in namentlicher Abstimmung mit 59 Stimmen gegen 11 deren Auflösung und die dergestaltige Verwendung ihres Vermögens beschlossen, daß die eigentlichen Urbürger im Rüzthale und in den Bergdistricten von Locle und Chaurdefonds die Hauptsumme, eine später geschaffene Bürgerclasse in den Vignobles verhältnißmäßige Entschädigungen und die erst 1831 eingedrungenen neuenburger Adeligen und preußischen Beamten und Officiere nichts erhalten. Von der ersten und wahren Bourgeoisclasse hatten nicht weniger als 1800 die Auflösung des seit 1848 verfassungswidrigen und sofort nur zu politischen Intriguen mißbrauchten Instituts verlangt. Die Haltung der Versammlung war ernst und würdevoll und von beiden Seiten ließen sich glänzende Reden vernehmen. Wunderbarer Weise stellten sich heute die neuenburger Royalisten ganz auf den Boden der republikanischen Constitution, die, wie sie meinten, jene Corporation garantire. (Durch ein ähnliches Wunder sind die freiburger Ultramontanen zu reinen Democraten geworden.) Mit nicht minder „constitutionellem" Eifer bekämpften sie in der Morgensitzung den Vorschlag, durch ein Hochverrathsgesetz die Constitution gegen ausländische Umtriebe zu schützen; doch auch hier wurde ihrer unverhofften Loyalität keine Rechnung getragen und mit gleichstarkem Mehr der sehr zeitgemäße Vorschlag zum Beschluß erhoben. Morgen wird das Gesetz selber behandelt und angenommen werden. Es hat, wie sich von selbst versteht, keine rückwirkende Kraft, und sein bloßes Erscheinen dürfte hinreichen, um es nicht zur Anwendung kommen zu lassen.

— den 31. Juli. Das Hochverrathsgesetz ist heute Abend vom Gr. Rath mit allen gegen 7 Stimmen angenommen worden. (Schwz. N.-Z.)

Tessin. Am 29. Juli, berichtet die „Democrazia," sollte die angekündigte Versammlung in Bellinzona stattfinden. Mit offenem Munde stand Alles da und erwartete das heilige Konzil, das einen Fluch gegen das Säkularisationsgesetz schleudern sollte. Aber siehe da, der Berg gebar eine Maus! Die Helden und Lenker des Stückes, von der Antwort des Gemeinderathes entmuthigt, erschienen nicht auf der Bühne. Einige Delegirte von Ascona, die sich ganz in der Stille bis an die Mauern der Stadt geschlichen hatten, stoben wieder auseinander und suchten durch Wiesen und Felder das Weite.' Andere Geworbene von Blenio, Riviera und aus dem untern Livinerthal, als sie die üble Lage der Dinge vernahmen, kehrten unterwegs ein. Nur acht Getreue, darunter ein Chorherr, fanden sich auf den Trümmern zusammen, um ihr Wehe zu rufen. Aber auch diese heiligen Reliquien des theokratischen Congresses sollten zerstreut werden. Eine auserwählte Schaar von 50 Bürgern von Bellinzona versammelte sich an dem nämlichen Orte und zu der nämlichen Zeit, wie das Comite ausgeschrieben, konstituirte sich förmlich, hielt sich streng an die Traktanden des Cirkulars und beschloß, an die Regierung eine Zustimmungsadresse zu richten, ferner den Staatsrath zu bitten, die bürgerlich-geistlichen Gesetze zu beschleunigen, die zusammengeweibelten Unterschriften als null und nichtig zu betrachten und den Priester Juri als Aufwiegler zu bestrafen. Nachdem so die hauptsächlichsten Punkte des Zirkulars behandelt waren, erklärte die Versammlung das Comite, da es keinen weiteren Zweck mehr habe für aufgelöst und ersuchte endlich noch die Regierung, jeden Akt des Comite's als aufrührerisch und hochverrätherisch zu betrachten und danach zu behandeln.

Genf. Am 29. Juli wurde das eidgenössische Turnfest eröffnet. Die Bevölkerung Genfs strömte in Masse zu dem schön geschmückten Festplatz zu Pleinpalais und nahm den lebhaftesten Antheil an den Wettübungen.

Frankreich.

Paris, den 29. Juli. Wie das berühmte allgemeine Wahlrecht, dessen die Regierung sich rühmt, bei den Wahlen der Generalräthe für die Departements behandelt wird, zeigt am besten der Präfect der Gironde. Dieser sagt geradezu in einem Ausschreiben an die Wähler seines Departements: „Andere Candidaten aufstellen, als die, welche die Regierung empfiehlt, unter dem Vorwande, eine bessere Wahl ihrer Freunde zu treffen, als sie selbst, ist nicht blos eine Handlung der Undisciplin, sondern einer offenbaren Feindseligkeit." Das ist ganz ebenbürtig mit der Insinuation der „Patrie", welche es für eine „unsinnige Protestation gegen das Bestehende" erklärt, wenn man den Präsidenten der Republik mit einem Hoch auf die Republik begrüßt. Wer also nicht als Feind der Regierung bezeichnet sein und den Regierungscandidaten nicht wählen will, der wählt gar nicht, was freilich große Majoritäten zu Gunsten der Regierung, aber auch eben so zahlreiche Wahlenthaltungen hervorbringt.

Italien.

Genua, den 27. Juli. Der Erzbischof von München ist auf dem französischen Dampfboote hier angekommen.

Rußland.

Polen. Nach Briefen aus Marggrabowa sollen dort russische Officiere hingesendet worden sein, um das Terrain behufs einer Truppenansammlung daselbst zu untersuchen.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer,** den 4. Aug. Wir haben bereits früher gemeldet, daß bei der Durchreise des Königs Ludwig durch Deidesheim eine Anzahl deutscher Fahnen aufgesteckt war. Man ersieht nunmehr aus der „Pfälzer Ztg.," daß das Regierungspräsidium das Ausstecken deutscher Farben als eine „regierungsfeindliche Demonstration" erklärt hatte. Jene Fahnen weheten u. a. an den Häusern der beiden Adjunkten Cörver und Heußler und der beiden Stadträthe Kimmich und Seiler (der Bürgermeister Jordan war abwesend). In Folge dessen wurden hierauf durch Entschließung des Regierungspräsidiums der Pfalz sowol die beiden Adjunkten als die genannten Stadträthe von ihren Stellen entlassen! (Wie

nahe mag vielleicht die Zeit sein, in der man in allen deutschen Ländern nur unter der deutschen Fahne wird Rettung finden können!)

München, den 30. Juli. Wie man vernimmt, wird der König die Reise nach Spanien über Wien und Triest machen und bis zu dieser Hafenstadt seinem Bruder, König Otto, bei der Abreise nach Griechenland gleichzeitig das Geleit geben. (N. K.)

Celle, den 25. Juli. Vorgestern Nacht ist das Dorf Westercelle fast ganz niedergebrannt.

Duisburg, den 31. Juli. Diesen Abend ist auf der Schiffswerfte des Hrn. Haniel ein furchtbarer Brand ausgebrochen.

Düsseldorf, den 2. Aug. Der erste Tag des Sängerfestes ist vorüber, es war ein wahrer Festtag.

Berlin, den 2. Aug. Die Preußische (Adler-) Zeitung erklärt, daß das vom Morning Chronicle gebrachte Actenstück eines geheimen Vertrages der nordischen Mächte eine leere Erfindung sei.

Königsberg, den 30. Juli. Aus Danzig trifft heute die traurige Nachricht hier ein, daß unter den polnischen Flößknechten auf der Weichsel die Cholera ausgebrochen ist; man fürchtet eine Verbreitung innerhalb der Stadt, da bei dem früheren Auftreten dieser Krankheit in Danzig der Gang ein eben solcher gewesen ist.

† **Paris,** den 1. August. Der „Moniteur" meldet heute einige bedeutende Veränderungen im Staatsrath. — Im Ganzen hat der Präsident bei der Straßburger Reise 2 Commandeur-, 17 Offiziers- und 57 Ritterkreuze der Ehrenlegion und 110 Militärmedaillen vertheilt.

Zwei zum Tode verurtheilte Insurgenten von Clamecy sind vorgestern hingerichtet worden.

— den 2. August. Von den gestrigen Modificationen im Staatsrathe wird besonders die Ernennung von zwei neuen Staatsräthen, des Hrn. Persil, ehemaligen Justizministers Louis Philipps, und des bekannten Hrn. v. Cormenin, dessen Pamphlete unter dem Namen Timon seiner Zeit so viel Aufsehen erregt hatten, in den politischen Kreisen lebhaft besprochen.

(Furcht vor der Presse.) Der Polizeiminister hat ein Circulair an alle Präfecten erlassen, in welchem er ihnen eine strenge Ueberwachung der geheimen Presse und der verbotenen Werke und Bilder anempfiehlt. Er macht darin auf die Taktik der Propagandisten, besonders des Auslandes, aufmerksam, welche Pamphlete und Broschüren in Briefpakets, in Waarenballen, an die Empfänger, oft unter falschem Namen, adressirt. Besonders häufig aber werden diese Broschüren in Bücher, die einen bekannten und unschuldigen Titel führen, eingebunden, und sodann von den Bücherhausirern besonders auf dem Lande verbreitet. (!) Deßhalb ordnet der Minister an, daß künftig keine Bücher und Bilderwerke zum Verkaufe angeboten werden dürfen, die nicht mit einem besonderen Stempel der Präfectur (!), von der sie vorher sorgfältig durchgesehen wurden, versehen sind. Jedes nicht gestempelte Buch oder Bild soll demnach von den Ortsbehörden sofort confiscirt werden. (!) Außerdem wird den Präfecten eine besondere Vorsicht bei der Ertheilung von Hausierscheinen empfohlen (!) und sie sind angewiesen, dem Ministerium monatlich alle derartigen Erlaubnißscheine, so wie ein Verzeichniß aller vom Präfecten verbotenen und erlaubten Werke anzugeben. (Das wird viel helfen!)

Die Berichte über den Ausfall der Getreideernte lauten sehr verschieden, so daß man sich bis jetzt eine Abschätzung derselben noch nicht erlauben darf. Während an manchen Orten die Getreidepreise sinken, sind sie an Anderen im Steigen begriffen.

Lamartine hat an das Journal de Saône et Loire nachstehende Zeilen adressirt: „Ich erfahre in meiner Zurückgezogenheit, daß eine gewisse Anzahl Wähler den verbindlichen Gedanken hatten, mich als Candidaten für die bevorstehende Wahl der Generalräthe aufzustellen. Wollten Sie wohl so gut sein, dieselben von meinem Entschluße: keine Wahl anzunehmen, und von meinem Danke für die ehrende Erinnerung, zu unterrichten."

Der Journalist Lemaire, Director einer lithographischen Correspondenz im legitimistischen Geiste, ist zu 5000 Frcs Strafe verurtheilt worden, weil er im Juli drei Schriften nicht in doppelten Exemplaren (auf der Preßdirection und dem Buchhandelsbureau) deponirt hatte. Er hatte sie bloß an die Preßdirection gesandt.

Im Observatorium der Künste und Gewerbe soll eine Büste von Columbus aufgestellt werde. Die Verwaltung fordert nun Jedermann, namentlich aber die Nachkommen des berühmten Mannes öffentlich auf, ihr ein Bild desselben, das zum Modell dienen könnte, zu verschaffen.

Paris, den 2. Aug. Nach dem heutigen Moniteur sind die Herren Maillard, Cornudet und Reverchon, ihrer orleanistischen Gesinnung wegen, als Mitglieder des Staatsrathes entlassen worden.

Turin, den 26. Juli. Die Bischöfe gehen in ihren kirchlichen Agitationen weit. So erscheint wieder ein Circular, welches bei Strafe der Ausschließung von den Sacramenten das Drucken, Verlegen und Colportiren aller vom heil. Stuhl verbotenen Werke verbietet, den Gläubigen das Lesen solcher Schriften untersagt, und ihnen anbefiehlt, vor dem Lesen eines Buchs oder einer Zeitschrift den Pfarrer zu befragen, ob es nicht auf dem Index stehe. (Vortrefflich!) Ebenso wird der Besuch von Schauspielen, welche dem Klerus Nachtheiliges enthalten, untersagt. (!!) (Allg. Ztg.)

Miscellen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Ernte-Berichte. Die große Verbreitung unseres Blattes macht es uns zur Pflicht, auch unsererseits Handel und Verkehr durch Mittheilung unzuverlässiger Nachrichten zu heben, nichtswürdigem Wucher zu steuern und dem armen Volke die Sorge für die Zukunft zu benehmen.

Die Saaten stehen in manchen Gegenden prächtig, und überall wird geerntet, was man gesäet hat. Zwar liegen uns vielfach Berichte von Junkern aus der Mark, aus Pommern u. a. O. vor, welche darüber klagen, daß sie in ihren Erwartungen getäuscht worden sind: ihr Weizen blühte am Anfange dieses Jahres vortrefflich und sie speculirten, durch die Geschäftsfreunde in Frankfurt und am Rhein ermuthigt, auf reichen Ertrag, während es jetzt durch die Ungunst der früher ihnen allzu gnädigen Sonne so weit gekommen ist, daß sie fast nur leeres Stroh dreschen.

Aus Oesterreich. Die Saat ist reif, doch fürchtet man für die Ernte in Frankreich. Wenn kein Unglück passirt, dürfte man dieses Jahr zu den gesegneten zählen, denn obgleich, namentlich in der Nähe von Paris, Alles stark ins Stroh geschossen und das Unkraut üppig aufgewuchert ist, so haben wir doch so viel aufgespeichert, daß wir uns bis jetzt vergeblich nach der erforderlichen Zahl von tüchtigen Dreschern umgesehen haben. Flegel sind hinreichend vorhanden.

Aus der Romagna. Die Felder haben von Hitze, Wild und Ungeziefer viel zu leiden gehabt mit Ausnahme der priesterlichen Besitzungen, welche eine sehr reiche Ernte erzielt haben.

Ungarn. Die Düngung vom Jahre 49 hält noch vor, und Haynaus Güter haben sich bedeutend vermehrt. Die Gegenden, in denen es trauriger aussieht, trösten sich damit, daß ihre Erntezeit noch nicht gekommen ist.

Geldcourse.

Frankfurt, den 3. Aug. Pistolen 9 fl. 46 — 47 kr., Ducaten 5 37 — 38, 20-Franken-Stücke 9 34 — 35 Holländische 10fl.-Stücke 9 57 — 58, Preußische Thaler 1 $45\frac{1}{4}$—$45\frac{1}{2}$, Fünffrankenthaler 2 fl. $22\frac{1}{4}$ kr.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro. 187.) **den 5. August 1852.**

Deutschland.

München, den 30. Juli. Die Augsburger Postzeitung bringt von hier aus folgende Neuigkeiten: Nachrichten aus Rom zufolge haben die Conferenzen zwischen dem Erzbischof Graf Reisach und dem Papste ihr Ende erreicht. So viel jetzt verlautet ist an den zu Freysing aufgestellten Grundsätzen nichts verrückt worden. Bestätigt sich dieses, so dürfte die Mission des Frhrn. v. Berger als eine fehlgeschlagene betrachtet werden.

Darmstadt, den 1. Aug. Unserem Ministerium steht demnächst eine Umgestaltung bevor. Es handelt sich um nichts weniger, als um die Sendung des bisherigen Ministerialdirectors des Innern rc. als Gesandter nach Wien und um die Ernennung des Generals v. Schäffer-Bernstein, jetzigen Kriegeministers, an seine Stelle im Cabinet. General v. Bechthold wird, wie man versichert, Kriegsminister werden. Dr. Breidenbach, Oberstudiendirector, soll das Justizministerium zugedacht sein und Ministerialrath von Bechtold Oberstudiendirector werden. (Köln. Ztg.)

Oesterreichische Staaten.

Ungarn. Ein hartnäckiges Gefecht zwischen Gendarmen und Räubern, wie sie in letzter Zeit nicht selten vorkamen, wird im Lloyd aus Maco vom 20. Juni umständlich geschildert. Auf der eine Stunde davon entfernten Tanya des Anton Ber hielten sich, wie gemeldet ward, zwei berüchtigte Räuber auf. Der Wachtmeister Georgevits ward zu deren Aufhebung befehligt. Zwei Gendarmen zu Pferd blieben in der Nähe der Tanya, um eine Flucht auf der Straße zu verhindern. Der Wachtmeister rückte mit den übrigen Gendarmen, in eine Plänklerkette aufgelöst, gegen den Versteck der Räuber. Als sie ungefähr 50 Schritte vom Hause entfernt waren, wurde gegen sie ein Gewehrfeuer eröffnet, worauf der Wachtmeister zum Angriff commandirte. Die Gendarmen eilten sofort unter die Vordächer der Tanya und feuerten ebenfalls durch die Fenster gegen die Räuber, als dem Wachtmeister durch einen Schuß die Kinnlade zerschmettert wurde. Trotz dieser Wunde nahm Wachtmeister Georgevits den Gendarm Jaczef bei der Hand, führte ihn ans Fenster und schoß mit ihm seinen Carabiner gegen die Räuber ab, erhielt jedoch in der Herzgegend einen zweiten Schuß, sowie auch der Gendarm Jaczef verwundet wurde. Die durch den bedeutenden Blutverlust geschwächten beiden Verwundeten wurden mittelst Wagen nach Maco gebracht, zu gleicher Zeit aber, da es nicht anders möglich war, die in der Tanya verborgenen mordlustigen Verbrecher unschädlich zu machen, die Tanya angezündet. Der eine Räuber, Popan, erhielt, als er sich nicht ergeben, sondern die Flucht ergreifen wollte, auf dem Dachboden einen Schuß ins Gesicht, und ist später halbverbrannt aus dem Schutt gezogen worden. Der zweite Räuber, Bodi Tonui, aber ergab sich, als er nach verzweifelter Gegenwehr keine Rettung mehr vor Augen sah. Für den unerschrockenen tapfern Wachtmeister Georgevits scheint wenig Hoffnung des Aufkommens vorhanden. Der Besitzer der Tanya ist als Hehler der Räuber ebenfalls verhaftet worden."

Miscellen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Die bonapartistische „Patrie" sagt, nach der Aufnahme welche der Prinz auf der Kehler Brücke gefunden, wisse sie nicht, ob die Benennung „**Ausland**" auf **Baden** noch angewandt werden könne. — Die Enfans de la „Patrie" scheinen übersehen zu haben, daß nicht alle Deutschen Kehler sind, und daß noch weniger die auf jener Brücke aufgestellten **Kehler** sämmtlich Deutsche gewesen sind.

Auszüge aus dem Wochenkalender: Montag, den 2. August. In Frankreich betrachtet man Baden nicht mehr als „Ausland." — ... Mittwoch, den 4. August. Nachdem sie sich auch mit den Nassauern befreundet, erklärt sie den Johannisberger für einen französischen Tischwein. — Donnerstag, den 5. August. Louis Napoleon singt: „Am Rhein, am Rhein, da wachsen **unsre** Reben!" — Freitag, den 6. August. Ja wohl; aber die Trauben sind sauer.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 31. Juli. Weizen 20 fl. 9 kr., Korn 15 fl. 51 kr., Gerste 11 fl. 49 kr., Hafer 6 fl. 51 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1157] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 21. bis 30. Juli. Fr. Sitzler mit Bedienung a. Kitzingen. — H. Dreyfuß a. Lauterburg. — Frl. Schneider mit Bedienung a. Landau. — Baron v. Sacken u. Frl. von Campenhausen a. Rußland. — Fräulein Stein aus Waldfischbach. — Frau Beger und Fräulein Reifel mit Bedienung a. Heidelberg. — Gräfin v. Degenfeld a. Baden-Baden. — Fräulein Lenfrey a. Straßburg. — Fr. Fiack a. St. Ingbert. — Frl. Sundheimer a. Meissenheim. — Fr. u. Frl. Sadoul a. Weissenburg. — Frl. Geil a. Bechtheim. — Frl. Clauß a. Bechtheim. — Fr. Riotte a. St. Ingbert. — Frl. Lauer a. Saarlouis. — Fr. Hoster a. Dielkirchen. — H. Dr. Vogel a. Hofweier bei Offenburg. — H. Kaplan Göbel a. Heidelberg. — H. Anwalt Kaul a. Kaiserslautern. — Frl. Jost a. Molsheim. — Fr. Segler a. Freinsheim. — H. Besancon mit Frl. Tochter a. Metz. — Fr. Pfifferling mit Töchterchen a. Heidelberg. — Fr. Abenheimer a. Heidelberg. — Fr. Mühlmichel a. Kirchheim a. d. Eck. — H. Reichert a. Kandel. — Fr. Schmidt u. Fr. Henrici a. Deidesheim. — Frl. A. u. Frl. B. Grimm a. Darmstadt. — Fr. Pfarrer Rompf a. Weidenthal. — Graf zu Solms-Laubach, kgl. preuß. General a. D. mit Bedienung a. Braunfels. — Frl. S. u. Frl. N. Fulda a. Worms. — H. Theobald a. Frankfurt a. M. — H. Reichleser a. Worms. — Fr. Mayer a. Landau. — H. Ruff a. Barr. — Fr. Nett mit Fr. Tochter a. Hundsbach. — Fr. Frank a. Thaleischweiler. — H. Kleehaas a. Gleisweiler. — Frl. v. Riedt mit Bedienung a. Carlsruhe. — Fr. Steinfeld a. St. Ingbert. — Fr. Frey a. Neustadt. — Fr. Johannes a. Landau. — H. Stadtmüller u. H. Rossy a. Landau. — H. Krehbiel a. Landau. — H. Siherer a. Orenbach. — H. Greiner a. Straßburg. — H. Buhl a. Frankfurt a. M. — H. u. Frl. Diehl a. Barr. — H. Dreyfuß a. Bruchsal. — H. Koch a. Bechtheim. — Fr. Megnin mit Frl. Tochter a. Saarlouis. — Frl. Kaul a. Kaiserslautern. — Fr. Schumacher u. Frl. Kunz a. Wachenheim. — H. Schauß a. Niefernheim. — Frl. Greiner a. Niederrebdern. — H. Hof-

opernsänger Flintzer nebst Gemahlin a. Mannheim. — Frl. Spitzer a. Heidelberg. — Frl. Syffert a. Zweibrücken. — Baron v. Barsewisch a. Rußland. — H. Körber a. Kandel. — Fr. Rott mit Familie a. Obersee-bach. — 191. H. Lindheimer a. Frankfurt. — 192 u. 193. H. Riotte mit Sohn a. St. Ingbert. — 194. H. Schwein a. Germersheim. — 195. H. Oberconsistorialrath Frey a. Darmstadt. — 196 u. 197. Fr. Dr. Schlözzer mit Frl. Tochter a. Cusel. — 198. H. Schwerdt a. Colgenstein. — 199. H. Schulz a. Herxheim. — 200. H. Wiedrich a. Hofwiller. — 201. H. Bourion a. Weissenburg. — 202. H. Linker a. Kuhlendorf. — 203. H. Rheims a. Landau. — 204 u. 205. Frau Notär Berg mit Frl. Braun a. Frankenthal. — 206 u. 207. H. u. Fr. Becher a. Saarbrücken. — 208 u. 209. H. Staatsanwalt Wernigk u. H. Regierungsaccessist Albert a. Meissenheim. — 210. H. Renner a. Mannheim. — 211. H. Deiß a. Offstein. — 212 u. 213. H. Feuerbach u. H. Roux a. Heidelberg. — 214. H. Sitzler a. Kitzingen. — 215. Fr. Dr. Winterhalter a. Neustadt auf dem Schwarzwald. — 216 u. 217. H. u. Fr. Pfarrer Wanzel a. Zell. — 218. Frl. Wagner a. Neustadt. — 219. H. Spanier a. Hauptstuhl. — 220. Fr. Löwenstein a. Obrigheim. — 221 u. 222. Frl. L. u. Frl. P. Schneider a. Strasburg. — 223. H. Löwenthal a. Mannheim.

[1148²] **Anzeige.**

Eine noch neue Circular-Säge, 25 Cent. Durchmesser mit 3 Meter langem und 1 Meter breitem Gestell, solid gebaut, ist wegen Veränderung des Platzes billig zu verkaufen. Frankirte Briefe befördert die Expedition.

[1158²] **Stammholzverkauf.**

Bei Bärenwirth Schweßinger in Neulußheim ist eine große Auswahl Eichstämme zu verkaufen.

[1146²] **Holländer Mühlsteine,** gemahlenen **Traß,** niederländer Backofensteine (Tangsteine), Asphalt, Cemment, Mineraltheer, stets auf Lager vorräthig bei

Ernst Glock in Karlsruhe.

[1143²] **Versteigerung von mathematischen und geometrischen Instrumenten und Mobilien.**

Dienstag, den 10. August 1852, Morgens 9 Uhr, zu Speyer in der Gewerbshalle, läßt die bisherige Speyer-Weissenburger Eisenbahngesellschaft gegen gleich baare Zahlung an den Meistbietenden versteigern:

Nivellir-Instrumente mit Zugehör, Wasserwagen, ein Instrument zum Abstecken aller Winkel bis 180° und andere mathematische und geometrische Instrumente, dann eine starke Siegelpresse, Tische, Stühle, Schränke, Vorhänge und sonstige Bureau-Requisiten.

Zu gleicher Zeit läßt die Verwaltung der Gewerbehalle wegen Mangel an Raum versteigern:

Canapees von Plüsch, Seide und Wollstoffen, Causeuses, Thee-, Spiel- und andere Tische, Chiffoniers, Etageres, Commode, Fauteuils, Kleiderschränke, Bettladen, Schreibpulte, Pfeilerschränke, Stühle und andere Möbel.

Speyer, den 23. Juli 1852.

Kissel, Notär.

[1151²] **Zu vermiethen**

ein in der Hauptstraße zu Edenkoben an sehr frequentem Platze gelegener Laden mit Einrichtung, worin seit vielen Jahren ein Kurzeisenwaaren-, Specerei- und insbesondere Cigarren- und Tabakgeschäft mit vielem Vortheile betrieben wurde, nebst den nöthigen Räumlichkeiten; ferner ein daran stoßender Obst- und Pflanzgarten, Scheuer mit Stallung und ein Keller, worin 100 Fuder Wein gelagert werden können, einzeln oder im Ganzen und kann sogleich bezogen werden. Auch kann das ganze Haus unter vortheilhaften Bedingungen gekauft werden.

Nähere Auskunft ertheilt daselbst die Frau von Xaver Bumiller.

☞ Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleistet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreisung sein wird, mit der Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft. ☜

Königl. bayerisch und königl. würtembergisch concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geschwollene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken- und Kopfschmerzen, auch Seitenstechen.

Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen und königl. würtembergischen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchst preislichen Ministerien in Baiern und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ „ 30 kr.

In Speyer ist das Hauptdepot einzig und allein bei
[1113²⁶] **Louis Cron.**

[1142²] **Versteigerung einer Bierbrauerei und eines Magazines zu Speyer.**

Dienstag, den 10. August 1852, Nachmittags 2 Uhr, zu Speyer im Gasthause zum Ochsen, lassen die Wittwe und Erben des Bierbrauers Friedrich Wilhelm König

1. die schon seit langen Jahren mit bestem Erfolge betriebene **Bierbrauerei zu den drei Königen,** fast in der Mitte der Stadt Speyer an der Hauptstraße gelegen, in sich begreifend ein zweistöckiges Haus, wovon der erste Stock geräumige Wirthschaftslokalitäten, und der obere Stock 9 Zimmer und Küche enthält, ein Brauhaus, einen großen Malz- und zwei Bierkeller, alle gewölbt, doppelte Speicher, einen Hof mit Sommerwirthschaftslokal und alle Brauereigeräthschaften;
2. ein in der großen Greifengasse zu Speyer stehendes Magazingebäude mit mehren Luftspeichern und drei großen Kellern,

Alles in vorzüglichem Bau- und Unterhaltungszustande, in Eigenthum versteigern, auch falls keine annehmbaren Gebote auf Eigenthum für die Brauerei erfolgen sollten, diese auf längere Zeit verpachten.

Speyer, am 22. Juli 1852.

Hoseus, Notar.

[1147³] **Mühlen- und Wappenschmied-Verpachtung.**

Die Unterzeichnete will wegen Familienverhältniße ihre in Hardenburg im Dürkheimer Thal, auf der sogenannten Bach Isenach gelegene Werke auf einen 6- oder 9jährigen Bestand unter sehr vortheilhaften Bedingungen verpachten.

1) Ein Wappenhammer mit drei verschiedenen schweren Hämmern, Schleifmühle, zwei Feuern mit Blasbälg.

2) Eine Mühle, bestehend in zwei Mahlgängen, Schälgang, Schwingmühle und Säuberer.

3) Für zwei Haushaltungen vollständige Wohnungen mit Kohlen- und andern Scheuern, Stallung, Schopp, Speicher und Keller, alles im besten Stande; sodann ungefähr 5 Morgen Gärten und Ackerland von bester Qualität.

Unmittelbar an den Werken befindet sich ein Weiher, zwei Morgen groß, durch welchen noch besonders auf diesem so standhaften Bach die Werke noch besonders mit einem großen Vortheil betrieben werden können. Von den Bedingungen kann bei der Eigenthümerin jederzeit Einsicht genommen werden.

Auch ist das ganze Werk aus freier Hand unter annehmbaren Bedingungen zu kaufen.

Hardenberg bei Dürkheim in der baierischen Pfalz, den 25. Juli 1852.

Louis Kling Wittb.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 188 | den 6. August 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 5. Aug. Bei dem alt'n Napoleon waren die Minister nichts weiter, als gleichsam die Commis des Kaisers, die Werkzeuge zur Vollziehung seiner Befehle. Kein eigener Wille, nicht einmal eine eigene Ansicht durfte sich geltend machen wollen. Denn alle Gewalt war ja Ausfluß der kaiserlichen Machtvollkommenheit. — Heute ist zwar das Kaiserthum noch nicht hergestellt, das eben erwähnte Verhältniß ist aber bereits schon zum Voraus restaurirt. Haben dies vor wenigen Tagen die Ministerwechsel dargethan, hat der „Präsident" mit seinen Ministern sogar weniger Umstände gemacht als ein Kaufmann, wenn er einen wirklichen Commis entläßt, — so ist es noch schreiender beurkundet durch die Absetzung derjenigen Staatsräthe, welche sich entschieden gegen die Confiscation der Orleans'schen Güter auszusprechen gewagt hatten. Freilich könnte man fragen: für was überhaupt ein Rathscollegium, wenn sich die verschiedenen Meinungen darin nicht geltend machen dürfen?!

Das jetzige Regime in Frankreich hat das Princip der „Stabilität" auf seine Fahne geschrieben. Und doch hat seit vielen Jahrzehnten noch nie eine Regierung so viele Veränderungen fort und fort vorgenommen, als die gegenwärtige, — Veränderungen in den Sachen, Veränderungen im Personale. An alle Stellen hat man blos willenlose Diener zu bringen gesucht. Seltsam, — heute schon ist es so vielfach dahin gekommen, daß selbst die eifrigsten Anhänger Napoleons da und dort eben doch Einspruch zu erheben sich gedrungen fühlen, — daß es sogar ihnen, die so Etwas anfangs gar nicht für möglich gehalten, in manchen Dingen doch zu weit geht, — und daß auch sie alsdann das Schicksal theilen, wie alte Lappen bei Seite geworfen zu werden! Heißt es doch jetzt, sogar Persigny stehe nicht mehr fest! — Wer steht denn aber da fest in ganz Frankreich? Etwa Napoleon allein? Ein bescheidener Zweifel wird gerade in dieser Beziehung erlaubt sein!

Es ergeben sich indessen auch noch andere Anstände. Indem man bei den Anstellungen auf nichts Anderes als „gute Gesinnungen" Rücksicht nahm, hat man viele Leute befördert, die nicht nur nichts verstehen, sondern die jetzt auch Tollheiten machen und die Regierung in persönlichen und andern derartigen Dingen geradezu compromittiren. Am meisten ist dies bei den äußeren Beamten der Fall. Die mangelnde Kenntniß der Menschen und der Verhältnisse freilich gilt als Nebensache. Aber man hat nicht blos mit unwissenden, sondern auch mit unfähigen Leuten zu thun, die doch manchmal geniren. Am meisten haben die „Communiqués" in den Journalen kleinen Aerger erzeugt. Schon waren Präfecten im Falle, bekannt zu machen, daß Niemand als sie selbst solche amtliche Artikel in die Blätter einrücken zu lassen ein Recht hätten. Nun aber hat das Ministerium selbst im gleichen Betreff auch Präfecten zu desavouiren sich veranlaßt gefunden. —

Das Kaiserthum ist gewiß. Schon schauen auch Vergrößerungsgelüste manchmal hinter dem Vorhange hervor. In Beziehung auf Belgien muß dies jedem unbefangenen Beobachter längst klar geworden sein. Aber daß man bei Belgien nicht stehen bleiben würde, kann wol Niemand verkennen. — Der Rheinübergang bei Straßburg bildet z. B. eine eigenthümliche Bekräftigung der friedlichen Verbindung. Noch auffallender erscheint, was sogar die Allg. Ztg. berichtet (s. unten), daß man die französische Gesinnung in den deutschen Rheinlanden zu ermitteln sucht.

Und bei solchen Dingen bleibt man so völlig gleichgültig, als ob „weit hinten in der Türkei die Völker aufeinander schlügen;" und unter solchen Verhältnißen ächtet man noch die deutschen Farben!

† **Maikammer,** den 2. Aug. In Folge der Jesuitenmissionen ist hier ein zweiter Fall des Wahnsinns, und zwar eines Wahnsinns im höchsten Grad, Raserei, vorgekommen. Es betrifft dies eine noch junge Frau, die vor etwa 8—10 Jahren einen Mann ehelichte, mit dem sie nicht leben konnte, den sie daher verließ und zu ihren Eltern ihre Zuflucht nahm. Durch allerlei Drohungen u. dgl., indem sie durchaus zu ihrem Manne zurückkehren sollte, wurde sie damals so weit gebracht, daß sie irrsinnig wurde, kein Wort mehr redete, und in diesem Zustande mehrere Wochen verblieb. Doch ihr Zustand besserte sich wieder, sie fing wieder an, vernünftig zu sprechen, half ihren Eltern arbeiten, und verlebte so, entfernt von ihrem Manne, 8—10 glückliche Jahre im emsigsten Fleiße, in strenger Tugend. In der Missionszeit hat sie täglich die Missionen besucht, auch gebeichtet, und — o Kummer und Schmerz für die Eltern — die thätig brave Tochter wird nun tobsüchtig (rasend), und zwar der Art, daß man ihr bereits die Zwangsjacke anlegen mußte. — Meiner Meinung nach ist ein solcher Vorfall ein größeres Unglück, als alle Missionen zusammen genommen Vortheil gewähren können.

* **Aus Süddeutschland,** den 5. Aug. Vor einiger Zeit haben die öffentlichen Blätter die Nachricht mitgetheilt, daß im Schooße der Bundesversammlung die Frage in Anregung gebracht worden sein soll, in sämmtlichen Bundesstaaten das Truppencontingent auf 1½ pCt. der Bevölkerung zu erhöhen. Diese Nachricht gab dem Abgeordneten Pfeifer Veranlassung, eine Interpellation an das Württembergische Ministerium des Auswärtigen in Betreff dieser Angelegenheit zu richten. Die Beantwortung dieser Interpellation fand in voriger Woche in einer geheimen Sitzung statt, in welcher zugleich von demselben Minister des Auswärtigen Aufschluß über den Inhalt einer anderweitigen Interpellation des Abg. Pfeifer gegeben wurde, welche sich auf die nach früheren Verträgen zugesagte, aber niemals zu Stande gekommene Herausgabe des vorderösterreichischen Studien- und Religionsfonds bezog. Wir vernehmen aus sicherer Quelle, daß die vom Ministerium ertheilte Auskunft in beiderlei Beziehung eine sehr befriedigende gewesen sein soll, und daß insbesondere die rückhaltlose Darlegung der bezüglich der Herausgabe jenes vorderösterreichischen Fonds geschehenen Schritte einen befriedigenden Eindruck hervorbrachte. Da der Gegenstand in geheimer Sitzung verhandelt ward, so lassen sich genauere Aufschlüße nicht ermitteln. — Was die Erhöhung des Bundescontingents auf 1½ pCt. der Bevölkerung betrifft, so scheint es nicht, als ob dieser Absicht von Seiten der württ. Regierung Vorschub geleistet würde. Wenigstens hört man seit der gegebenen Aufschlüße von keiner Seite her Besorgniße hierüber aussprechen.

* **Stuttgart,** den 4. Aug. So sehr Hof und Regierung bemüht gewesen, die Thatsache der jammervollen Nothstände und der mit Riesenschritten sich vermehrenden Verarmung zu desavouiren, das bleiche Gespenst des Elends trit dennoch aus dem Hintergrunde hervor und

mehr und mehr verzichten die Minister darauf, die Berufungen auf die Unmöglichkeit, erhöhte Steueransätze einzubringen, zu widerlegen.

* **Speyer.** Der Districtsrath des Kantons Speyer ist folgendermaßen gebildet:

I. Vertreter der Gemeinden. Speyer: Kaufmann Eberhardt, G. F. Kolb, Dr. Walz, Oeconom Uelaub, Buchhändler Lang. — Berghausen, Mattern; Dudenhofen, Kinnscherf; Hanhofen, Keller; Harthausen, Schreiner; Heiligenstein, Koch junior; Mechtersheim, Mohr I.; Otterstadt, Lehr; Schifferstadt, Tillmann u. Kuhn; Waldsee, Ziegler.

II. Höchstbesteuerte: Hospital zu Speyer, Gangolf Koch von Heiligenstein.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Weisenburger von Heiligenstein, Kaufmann Micheaux von Speyer, Georg Gund von Mechtersheim, Wirth Tremmel von Waldsee.

Indem wir uns vorbehalten, die Liste der Mitglieder des Districtsraths des Kantons Mutterstadt morgen nachzuliefern, ersuchen wir unsere Freunde in den übrigen Kantonen, uns die Listen von dort alsbald mitzutheilen, um dieselben gleichfalls abdrucken zu können.

Aus Baden, den 28. Juli schreibt der Fränk. Kur. wörtlich Folgendes: Das Gerücht einer projectirten Vermählung der Prinzessin Carola, Tochter der verwittweten Großherzogin Stephanie, mit dem „Retter der Gesellschaft," L. Napoleon, erhält sich noch fortwährend. Daß die jugendliche Prinzessin mit großer Begeisterung von der Bedeutung und Größe des Staatsstreichs gesprochen, ist bekannt; aber nicht minder verborgen, daß unser greiser, wackerer Geschichtschreiber Schlosser diese nächtige Handlung vor ihr und ihrer Mutter nicht nur in das rechte Licht stellte, sondern auch in einem Briefe an die Prinzessin von Heidelberg aus mit Schärfe und Offenheit sein verdammendes Urtheil gegen den Emporkömmling aussprach. —

Stuttgart, den 3. Aug. Die Abgeordnetenkammer hat mit 46 gegen 27 Stimmen die Erhöhung der directen Steuern (Grund-, Gebäude- und Gewerbsteuer) von 2 Millionen auf 2,600,000 fl. beschlossen.

Frankfurt, den 29. Juli. Dr. Jucho, der frühere Secretär der deutschen Nationalversammlung, ist wegen seiner andauernden Weigerung, die Urkunde der deutschen Reichsverfassung, welche sich in seinen Händen befinden soll, herauszugeben, vom Policeiamte in eine Geldstrafe von 50 fl. genommen worden.

Frankfurt, den 3. August. Die Arbeiten an der Paulskirche sind so weit vorgeschritten, daß dieselbe in Kurzem ihrer gottesdienstlichen Bestimmung wieder übergeben werden kann.

Köln, den 31. Juli. In unserm aufgeklärten Zeitalter, in unserm civilisirten Rheinlande erfolgt morgen eine Heiligsprechung. Die Stadt Aachen wird der Schauplatz dieses Dramas sein. Für diesmal kann ich nur kurze Daten über dies Ereigniß geben; sie sind: vor mehreren Jahrhunderten ist ein in dem 7 Stunden von Aachen entfernt liegenden Städtchen Sittard geborner Missionär nach Spanien gesandt und da erschlagen worden. Die undankbare, finstere Welt hat seither diesen Helden nur profan in der Geschichte fortleben lassen, der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist es vorbehalten, diese frivole Vernachlässigung wieder gut zu machen. (E. Z.)

Magdeburg, den 1. Aug. In seinem heutigen „Sonntagsblatt", das, beiläufig gesagt, dritthalb Tausend Thaler Caution stellte und für seine 4000 Exemplare starke Auflage in diesem Vierteljahre 133¼ Thlr. Stempelsteuer zahlte, führt Uhlich, der Herausgeber desselben, folgende Stelle aus Nro. 27 des Wochenblattes „der Protestant" an: „Ungleich gefährlicher als die Wander-Jesuiten sind die Haus- und Hof-Jesuiten. Die nisten in den Kellern und unterwühlen alle Fundamente, so daß uns das Haus auf den Kopf fällt. Die einheimischen, die protestantischen Jesuiten in Staat und Kirche — daß sind unsere gefährlichen Feinde!" — und fügt dann hinzu: „Protestantische Jesuiten? — Also schleichen doch wohl bei uns verkappte Jesuiten umher? — Kann sein! — Das weiß ich nicht. Wenn's verkappte sind, dann sagen sie's eben Keinem. Ist mir auch ganz gleichgültig. Darauf kommt gar nichts an, ob sie dem Orden der Jesuiten angehören oder nicht; das Wesentliche ist, daß sie jesuitische Grundsätze haben. Die Grundsätze des Jesuitismus gewinnen innerhalb unserer evangelischen Kirche, innerhalb der evangelischen Staaten immer mehr Terrain und immer mehr Leute; denn Jesuitismus ist überall, wo derselbe Zweck mit denselben Mitteln verfolgt wird, wie es die Jesuiten thun."

Breslau, den 29. Juli. (Proben jesuitischer Kanzelberedsamkeit.) Das vom Diaconus Weiß und Subsen. Crüger herausgegebene „Evang. Kirchen- und Schulblatt" enthält in seiner letzten Nummer (31) Proben jesuitischer Kanzelberedsamkeit. Eine Predigt, welche Pater Rieger über das Weltgericht hielt, war besonders characteristisch. Nachdem der Redner die Höllenstrafen geschildert, ergriff er das Crucifix, welches an der Seite des Catheders befestigt war, hob es empor und stellte mit demselben folgende Unterredung an: „Herzliebstes Jesulein, erlaube mir doch eine Frage: Gibt es denn für den Sünder keine Gnade?" Antwort mit veränderter Stimme (das liebe Jesulein gab nämlich Antwort): „„O ja, wenn er sich nur bekehrt und 36,000 Paternoster &c. betet, die aber auch in Messen umgewandelt werden können und so weit wirksamer sind."" — „Nun liebes Jesulein, erlaube mir doch noch eine Frage: Es gibt noch viele Irrgläubige, sind denn die auf ewig verloren? Gibt es für die keine Rettung, keine Erlösung?" „„O ja, antwortete das liebe Jesulein, wenn sie in den Schooß der alleinseligmachenden Kirche sich begeben; denn da ist der Himmel auf Erden und im Himmel wird Friede sein &c."" — „Nun aber liebes Jesulein, nur noch eine Frage: Gibt es denn für die Irrlehrer, für die, welche sie irre geleitet, keine Vergebung und Erlösung?" Da wurde das liebe Jesulein sehr unwillig und mit sehr kräftiger Stimme wurden wir (die evangelischen Geistlichen) nun verflucht und dem Teufel übergeben zu furchtbaren Martern und Höllenstrafen, wir müssen brennen, so lange als der Teufel noch einen Funken in seiner Vorrathskammer hat."

Wien, den 31. Juli. Durch das heute publicirte Reichsgesetzblatt wird die Aufnahme des souveränen Fürstenthums Liechtenstein in den österreichischen Zollverband ausgesprochen. Hiesige Blätter nennen es ein „Ereigniß, das seine Bemessung nicht aus dem Flächeninhalt des zollverbündeten Fürstenthums wissen will und eine größere Tragweite in sich birgt."

Schweiz.

Luzern, den 2. Aug. Gestern früh starb der Regierungsrath Eduard Schnyder, ein ausgezeichneter, trefflicher freisinniger Mann.

Tessin. Nach der Democrazia ist der berühmte Bildhauer Vela den 26. Juli unter Polizeigeleit aus der Lombardei in seinen Heimathskanton transportirt worden — weil er die Wahl zu einem Mitglied der Academie, neben Strassoldo und andern Generalen, ausgeschlagen hatte! Auf dieses Unterfangen erhielt er die Ordre, innerhalb zwei Stunden die Lombardei zu verlassen. Er verlangte vier Monate, um seine Geschäfte in Ordnung zu bringen, erhielt aber von Verona aus besonderer Gnade blos einen einstweiligen Aufschub. Vorletzten Sonntag ließ dann der ritterliche Radetzky bei seiner Anwesenheit in Mailand kurzen Prozeß mit dem Künstler machen und die großartige Maßregel ausführen.

Waadt. Vivis, den 31. Juli. Die Herzogin von Orleans ist heute Morgen im Hotel Byron zwischen Villeneuve und Chillon angekommen. Hr. Thiers ist von hier aus sogleich heimlich hinausgefahren. Man erwar-

tet die Orleans'schen Prinzen, die von Wallis aus hinkommen sollen. Gut daß nicht democratisch-republikanisch conferenzelt wird; es würde sonst Lärm geben. (S. N.-Z.)

Schwyz. Ein katholischer, vermögensloser hiesiger Mann, der lange Zeit in Afrika diente, wurde letzte Woche krank, und nach den Symptomen zu urtheilen, sah man, daß seines Bleibens hier nicht mehr von Dauer sei. Ein Geistlicher drang nun in ihn, zu beichten, — allein der Patient wies ihn ab. Er starb. Da ein solcher Ketzer nicht würdig sei auf geweihtem Boden zu ruhen, verordnete im grimmigen Zorn der hiesige Pfarrer, daß er außerhalb dem Orte begraben werde. Er wurde auch wirklich, in einen Sack gehüllt, auf einer Matte, unweit dem Galgen, in einer Grube verscharrt, während doch früher Selbstmörder auf den Kirchhof kamen!!

Frankreich.

In der Allg. Ztg. findet man folgenden, in diesem übervorsichtigen Blatte doppelt beachtenswerthen Artikel: Ueber zwei Punkte sind alle Pariser die in Straßburg waren einig. Sie haben gründlich ausgeleerte Taschen und sehr ungünstige Begriffe von der einst hochgerühmten Gastfreundschaft der gemüthlichen Elsässer mitgebracht, von denen man gern gesehen hätte, wenn sie sich in dem Einen Punct der Rechnungsmacherei noch nicht so ganz der „großen Nation" assimilirt, sondern die Sitten ihres alten guten Vaterlandes beibehalten hätten. Sodann hat den Parisern der simulirte Rheinübergang und das Gewehrpräsentiren der badischen Truppen vor dem Staatsoberhaupt Frankreichs durchweg sehr behagt und geschmeichelt. Die Gebietsvergrößerung ist eine jedem Volk mundende Vorstellung; denn sie ist die einfachste, der rohesten Phantasie zugängliche Affirmation und Bethätigung des Nationalgefühls.... Die Freude an dem Scheinbild des Besitzergreifens vom rechten Rheinufer war also bei den Franzosen eine sehr natürliche, durchaus nicht übelzunehmende Anwandlung, ein unschuldiger Eroberungsscherz, den die nüchterne Wirklichkeit bald wieder zurechtweisen konnte. Aber was mir durchaus nicht so harmlos vorkommen will, ist die Sorgsamkeit, womit gewisser Orten die Stimmung der Rheinbevölkerungen für oder wider das heutige Frankreich aufgesucht, aufnotirt und commentirt wird. Namen thun nichts zur Sache, und für Personen haben sie mitunter Uebelstände; ich sage daher nur so viel: daß alle Organe der öffentlichen Meinung längs des Rheins von diesem Gesichtspunkt aus schon lange scharf beobachtet werden. Der sehr „sympathische" Artikel eines katholischen Blattes vom Mittelrhein machte kürzlich wahrhaft furore, und wurde in einem hohen Ministerium wörtlich übersetzt, um ad acta gelegt zu werden. Ein avis au lecteur vom linken Rheinufer her dürfte deßhalb nicht übel angebracht sein. Ich weiß nicht, ob das rechte Ufer mit einem noli me tangere, oder irgendeiner neuen Auflage des Rheinliedes, zu antworten Lust und Kraft hat.

Vereinigte Staaten.

San Francisco, (Californien), den 31. Mai. Mit der chinesischen Einwanderung geht es immer voran, obgleich nicht in dem Maße, wie in der letzten Zeit, — auch werden diese Plattnasen nicht mehr so sehr von den Amerikanern beunruhigt. — Tausend Dank für die politischen Nachrichten, — die hiesigen sind nicht von Bedeutung! — Am 11. Juni wird ein Marquis Sabrousse d'Hoteville gehängt, der einen Franzosen ermordet hat; ich war bei seiner Verurtheilung zugegen; sein Urtheil wird in Sonoma vollzogen. — Die Sicherheits-Comités (vigilance comities) sind wieder aufgetaucht. — Die Brickhäuser nehmen sehr zu und die Stadt ist jetzt prachtvoll! (Ausw.-Z.)

Neueste Nachrichten.

München, den 2. Aug. Wie der hier erscheinende „Katholische Hausfreund" mittheilt, dürfte das Resultat der in jüngster Zeit von dem Erzbischof von München in Rom gepflogenen Unterhandlungen vorderhand noch nicht von Belang sein, da der außerordentliche Gesandte v. Berger in Rom die Erklärung abgegeben haben soll: die baierische Regierung unterhandle wegen des Religionsedictes direct mit dem heiligen Vater. Dasselbe, in dieser Angelegenheit wohl gut unterrichtete Blatt theilt auch mit, daß der Erzbischof Urban in Bamberg wegen eingetretener bedeutender Altersschwäche seinem Capitel Vorschläge bezüglich seines Nachfolgers gemacht habe, und es dürfte alsbald ein Weihbischof ernannt werden.

Durch ein Regierungsrescript wird, in Folge der fortdauernden ungünstigen Nachrichten über das Schicksal der seit Decennien nach Südamerica ausgewanderten Deutschen, wiederholt von der Auswanderung dorthin abgemahnt, und auch fernerhin Gesuche auswärtiger Schiffsvermiether u. s. f. um die Bewilligung zur Errichtung von Agenturen im Königreich Baiern zur Vermittelung der Ueberfahrt von Auswanderern nach Südamerica abgewiesen. Wollen trotzdem baierische Landesangehörige dorthin auswandern, was ihnen natürlich nicht verboten wird, so werden dieselben durch eben gedachtes Rescript vor fünf großen Grundbesitzern in der brasilischen Provinz Rio de Janeiro (N. A. Nogueira Valle da Gama, de Baependy, Braz Cameira Bellens, Donna Frank. Mar. Valle da Gama und Jose da Silva Carvalho) gewarnt, welche notorisch die deutschen Auswanderer als Aushülfe für Sclaven betrachten, ihnen dagegen die Colonien Donna Francisca und San Leopoldo in der Provinz Rio grande do Sul und die Colonie Blumenau in der Provinz St. Catharina als passende Ansiedelungsplätze bezeichnet.

Ein Artikel in der „Allgem. Ztg." erklärt: „Der Herr Erzbischof hat weder mit Sr. Heiligkeit persönlich, noch mit dem „Vatican" Verhandlungen oder Unterhandlungen gepflogen. Hiemit fallen denn auch alle weitern aus der angeblichen Thatsache gezogenen Folgerungen von selbst hinweg."

Auf dem Schlosse **Langenselbold** ist die Gemahlin des Dom Miguel am 28. Juli von einem Sohn entbunden worden. Dom Miguel sandte noch an demselben Tage durch Couriere an die sämmtlichen europäischen Höfe eine officielle Anzeige von der Geburt dieses Prinzen, des „legitimen Erben seiner Rechte auf die Krone Portugals." (!)

Berlin, den 2. Aug. Durch einen Erlaß vom 16. v. M. haben die Ministerien des Innern und der geistlichen Angelegenheiten eine frühere Verfügung in Erinnerung gebracht, nach welcher inländischen Studenten der Theologie das Studium im Collegium Germanicum zu Rom, oder bei der dortigen Propaganda, oder auf Anstalten, welche von Jesuiten geleitet werden, ohne vorgängige Erlaubniß nicht gestattet ist. Die kön. Regierungen sind durch denselben Erlaß angewiesen, ausländischen Jesuiten und Geistlichen, welche in Jesuitenanstalten studirt haben, die Niederlassung in Preußen nicht zu gestatten. (A. Z.)

Wien, den 1. Aug. Indem das Fürstenthum Liechtenstein das österreichische Zollwesen bei sich einführte, mußte es auch das Tabakmonopol und alles Uebrige einführen. Oesterreich besoldet und beeidet die Beamten, welche österreichische Uniformen tragen, dem Fürsten von Liechtenstein aber Gehorsam und Treue angeloben. Oesterreich verbürgt ein jährliches Reineinkommen von zwei Gulden für jeden Kopf der Bevölkerung. Der Vertrag dauert bis Ende 1863.

Der „Augsb. Pstztg." wird aus „guter Quelle" die Versicherung gegeben, daß das Anklageverfahren bei unseren Gerichten in kurzem mit dem alten Untersuchungsverfahren vertauscht werden wird. (!)

† **Paris,** den 3. Aug. Die telegraphischen Nachrichten des Moniteurs in seinem halbamtlichen Theile über mehrere Wahlen von Generalräthen bestätigen natürlich, daß die ministeriellen Candidaten mit wenig Aus-

nahmen überall mit großer Majorität gewählt wurden. An vielen Orten aber konnte die getroffene Wahl — keine Gültigkeit erlangen, weil sich nicht die gesetzlich erforderliche Anzahl von Wählern an der Wahl betheiligt hatte (!!), was der Moniteur dem Umstande zuschreibt, daß jetzt die größte Zahl der Landwirthe bei der Erndte beschäftigt ist. Die wahre Ursache liegt jedoch in der Gleichgültigkeit der Massen für die öffentlichen Zustände. *) Das Verschwinden der parlamentarischen Debatten, das Verstummen der Presse, das gewaltsame Unterdrücken jeder Opposition haben eben so viel dazu beigetragen, als die ins Volk gedrungene Ueberzeugung, daß alle Einrichtungen nur provisorisch sind, deren definitive (??) Regelung dem Kaiserreiche vorbehalten ist. . . . Diese Todtenstille, dieses Ersterben aller politischen Lebenskräfte hat etwas Unheimliches (ja wohl!), weil sie nach den Vorgängen der letzten Geschichtsepoche nicht natürlich erscheint. Dies Gefühl scheint auch bis in die höheren Regionen gedrungen zu sein, wo man doch mit diesen Zuständen besonders zufrieden sein sollte, und es scheint, daß man der Opposition einen etwas freieren Spielraum gestatten will. **) Das neue Werk von Proudhon war bereits in aller Form verboten, der Präsident hat aber gestern angeordnet, daß es frei gegeben werde. Mit dieser Erscheinung stimmt auch die nachsichtiger gewordene Behandlung der Pariser Oppositionspresse überein, die bei aller Mäßigung dennoch täglich, nach dem Geiste des Preßgesetzes, Stoff zu Verwarnungen liefert, den man unbeachtet läßt.

(Zur Bezeichnung der Situation.) Als früher Fould aus dem Ministerium trat, hieß es, es geschehe, weil er der Confiscation der Orleansschen Güter entschieden entgegen sei. Nun ist Fould wieder Minister, und das erste Document, welches er contrasignirt hat, ist die Ungnade der Hrn. Maillart, Reverchon und Cornudet, welche sich dieselben durch ihre Vertheidigung der Orleansschen Interessen im Staatsrathe zugezogen haben; die an ihre Stelle neu eintretenden Männer waren in Opposition gegen ihn, als er sich des Decretes wegen mit Morny und Rouher zurückzog!! Aus diesem geht hervor, daß 1) in der Orleansschen Angelegenheit keine Aenderung der präsidentiellen Politik zu hoffen ist, 2) daß Hr. Fould mit der vollständigen Verläugnung seiner früheren Ansichten und mit dem Willen, sich dem Willen des Präsidenten in jeder Beziehung zu unterordnen, ins Ministerium getreten ist. Diesem zufolge darf man sich auch nicht wundern, wenn v. Cormenin, der Autor der von L. Napoleon getödteten Verfassung von 1848, eines Tages beauftragt wird, die Verfassung des Kaiserreiches zu redigiren, und er wird es thun, denn sonst säße er jetzt nicht im Staatsrathe. (!!)

Man bereitet einen neuen Gesetzvorschlag, die Pensionirung der Beamten betreffend, vor. Jetzt bestehen sogenannte Pensionscassen für die verschiedenen Kategorien der Beamten, von denen manche in gutem, manche aber in schlechtem Zustande sind. Künftig übernimmt der Staat die Pensionirung und die Wittwengehalte auf seine Rechnung, wofür er bestimmte Abzüge der Gehalte macht. — Die Cautionen von Beamten bilden eine eigene Staatsschuld, deren plötzliche Zurückzahlung den Staatsschatz gewiß in Verlegenheit setzen würde, denn sie betragen 241 Millionen, die der Staat größtentheils verbraucht hat und verzinsen muß. Die 9319 Anwälte haben 10½ Mill., und 10,916 Notare 35 Mill. Caution deponirt. Die Steuer- und Generaleinnehmer haben 45 Mill. eingelegt. Der Hauptcassier und der Zahler des Staatsschatzes liefern jeder eine Caution von 200,000 Frs. und jeder Wechselagent, deren es in Paris 61 gibt, 125,000 Frs. — Die Regierung hat die berühmte Sammlung des bekannten Arztes und Renegaten Clot Bey in Alexandrien von Aegyptischen Alterthümern angekauft. Das Aegyptische Museum im Louvre wird jetzt das reichste der Welt sein.

Es ist das Gerücht verbreitet, der Kriegsminister St. Arnaud werde aus dem Ministerium ausscheiden, dagegen Rouher in dasselbe eintreten.

In einer Kaserne hat die Polizei neulich ein Lied, „Un Empereur qui n'est pas corporal" betitelt, mit Beschlag belegt. Dasselbe ist in einem äußerst höhnischen Tone gehalten und wird, wie man versichert, von den Soldaten im Geheimen viel gesungen.

*) Vielmehr in dem gänzlichen Mangel an Vertrauen, daß durch diese Generalräthe die Volkswünsche erfüllt werden könnten! D. Red.

**) „Was hilft's am Faden fliegen?"

* **Lissabon.** Das portugiesische Ministerium, welches bei einer Finanzfrage in der Kammer überstimmt wurde, hat seine Entlassung eingereicht. Man glaubt, daß der Marschall Saldanha und der Marquis Loulé mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt werden.

Athen, den 27. Juli. Die Königin hat heute die Regentschaft angetreten. An die Stelle von Danapulos, bisher Minister des Innern, wurde Palamides ernannt.

Miscellen.

Der größte Tunnel der Welt ist jetzt in Ungarn am Flusse Gran der Vollendung nahe. Er führt vom Ufer des Flusses, in der Nähe von Jarrowitz, bis zu den Minen von Schemnitz, zwei deutsche Meilen lang, und wird zum Fortschaffen des Erzes benutzt.

In **Donck** (Belgien) verbrannte bei einer Feuersbrunst ein Kind von 4 Jahren in einem Hause. In dem Hause befanden sich noch ein Mädchen von 6 Jahren und ein in der Wiege liegender 1jähriger Knabe. Das Mädchen stürzte sich durch die Flammen hindurch, um ihr kleines Brüderchen in der Wiege zu retten und als ihr dies gelungen war, wollte sie zurück, um den andern Knaben zu retten, doch sie wurde von den Umstehenden daran gehindert, weil die Flammen schon zu sehr um sich gegriffen hatten.

Eine der merkwürdigsten Eisenbahnbauten ist der Tunnel auf der straßburger Bahn, die Vogesen in einer Länge von 2700 Metres durchschneidend, und zwar gerade neben dem unterirdischen Canal der Marne zum Rhein. Der Eisenbahntunnel neigt sich aber nach und nach und geht dann eine Strecke unter dem Canal fort. Bei der größten Schnelligkeit braucht ein Zug 4 Minuten 5 Secunden, um durch den Tunnel zu laufen.

Vor mehreren Jahren machte ein junger Mechaniker, der in der Nähe von Montdidier lebte, Versuche mit Anfertigung einer Locomotive, die sich auf allen Wegen und an allen Wagen gebrauchen läßt. Dieselben fielen gut aus. Da er aber ohne alle Hülfsmittel war, um sich und seine Maschine nach Paris bringen zu lassen, so fuhr er in seiner eigenen Maschine nach der Hauptstadt. Dort gelang es ihm, Theilnahme für sein Unternehmen zu erwecken. Er baute eine neue Maschine. Die Versuche, die man mit derselben anstellte, gelangen, und wir stehen jetzt auf dem Puncte, auch ohne Eisenbahnen mit Dampf fahren zu können. Die Patrie behauptet, das Experiment mit eigenen Augen gesehen zu haben.

Auswanderungssache. Sogar in Pommern greifen die Auswanderungen um sich. So kamen am Nachmittage des 28. Juli mit der Stettiner Eisenbahn 91 Personen — Landleute aus dem Czarnikauer und Chodziesener Kreise — und an demselben Tage Abends einige 30 Personen — ebenfalls Landleute aus Vor- und Hinterpommern — zu Berlin an, um nach Amerika auszuwandern.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1149*] **Offene Lehrlingsstelle.**
Für einen mit den nöthigen Vorkenntnißen ausgestatteten jungen Mann ist in einem Speditions-Geschäft am Rhein eine Lehrlingsstelle offen. — Die Adresse ist auf frankirte Anfragen unter Nro. 1149 bei der Expedition dieses Blattes zu erfahren.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 189 | den 7. August 1852.

Deutschland.

*** Speyer**, den 6. Aug. Die Reactionspartei hat in ihrem momentanen Uebermuthe offen aufgefordert, die Democraten aus den Districtsräthen auszuschließen. Wir unserseits haben uns beschränkt, die Wähler darauf aufmerksam zu machen, Männer von Einsicht, Verstand und der nöthigen Selbstständigkeit zu wählen. Diese Eigenschaften genügen uns vollkommen, ohne daß wir es hiebei nöthig fanden, politische Schlagwörter zu gebrauchen.

Nach dem, was uns über das Ergebniß der nun wahrscheinlich in sämmtlichen 31 Kantonen beendigten Districtswahlen bekannt geworden, können wir im Ganzen mit vollständiger Befriedigung auf dieses Resultat hinblicken.

Nachdem aber von der andern Seite so muthwillig die politische Parteifahne aufgesteckt worden, wollen wir als Antwort nur auf eine Thatsache hinweisen.

Unter den Mitgliedern der Districtsräthe befindet sich eine ganze Reihe von dermaligen und von früheren Landtagsabgeordneten; neun sind uns bereits namentlich bekannt. Sie sämmtlich bekennen sich zu freisinnigen Grundsätzen, sie sämmtlich gehörten in der Kammer zur s. g. „Linken." Dagegen wird, so viel bekannt, auch nicht ein einziger Angehöriger der „Rechten" vom jetzigen oder von einem frühern Landtage in einem Districtsrathe erscheinen, soferne anders die Regierung nicht etwa einen oder den andern derselben zu ihrem Vertreter ernennen wird.

Noch eine Bemerkung drängt sich auf: Es sind vielfach ganz besonders die Wahlen der größeren Grundbesitzer, welche die Ernennung von unzweifelhaft freisinnigen Männern zum Ergebniße hatten. —

Wir sollten denken, die hier erlangten Erfahrungen seien geeignet, zu der Erkenntniß zu bringen, daß die von den reactionären Hetzblättern und deren Meister gepredigten Verfolgungen, zu dem von der Regierung selbst nothwendig gewünschten Ziele nicht führen, und daß man einen entgegengesetzten Weg einschlagen sollte.

Wenn von der nemlichen Partei eben aufgefordert und machinirt wird, um den Landrath mit „Conservativen" zu besetzen, so haben wir auch in dieser Beziehung, zumal im Interesse der Steuerbaren, keinen andern als den Wunsch auszusprechen, daß Männer von Erfahrung und Kenntniß, allerdings aber auch von derjenigen Selbständigkeit gewählt werden möchten, welche nothwendig ist, die Interessen des Kreises gebührend zu vertreten und zu wahren, und insbesondere die finanziellen Forderungen der Pfalz, der Staatskasse gegenüber, geltend zu machen, und, statt auf eine Erhöhung der Kreisumlagen, vielmehr auf eine Verminderung derselben in geeigneter Weise hinzuwirken, zumal ohnehin schon die Staatssteuern erhöht werden.

† Aus der Pfalz. Die Acten wegen des Empfangs König Ludwigs in Deidesheim sind noch nicht geschlossen. Am 3. August eröffnete Bürgermeister Jordan, welcher am Tage der Durchreise des Königs Ludwig wegen der Districtsrathswahlen in Dürkheim war, dem versammelten Stadtrathe ein Schreiben des Präsidiums der k. Regierung der Pfalz, dessen wesentlicher Inhalt folgender war:

1) Die beiden Adjuncten, Cörver (ein harmloser 68jähriger Greis) und Seifensieder Häußling, sind abgesetzt, weil es ihnen oblag, in Abwesenheit des Bürgermeisters den König zu empfangen, was nicht geschehen ist;

2) Die Stadtrathsmitglieder Kimmich und Seyler (zwei sehr angesehene und urconservative Männer, welche neben der Landesfarbe schwarz-roth-goldnene Fahnen aufgesteckt hatten,) sind abgesetzt:

3) Buhl, (das bekannte Mitglied des Fünfzigerausschusses,) dessen Schwager Deinhardt, (beide Jordans Schwäger,) sowie Frau Wittwe Eckel, bekommen, weil sie neben der Landesfarbe die deutsche Farbe entfaltet hatten, einen Verweis; (diese drei Familien gehören zu den reichsten und conservativsten der Stadt);

4) Einquartierung wird in Aussicht gestellt.

Zur Beleuchtung der Sache muß ich noch Folgendes beifügen: Bürgermeister Jordan wußte vor seiner Abreise nach Dürkheim nicht, daß der König sich in Deidesheim aufhalten würde, und überhaupt glaubte man, der König wollte nicht empfangen werden. Er hatte deshalb seinen Adjuncten blos aufgetragen, die Glocken zu läuten, die Böller abzufeuern, und die Straße mit Fahnen, Teppichen und Blumen zu zieren, was namentlich bei den Disciplinirten mit Aufwand geschehen ist. Kimmichs Stiege war z. B. mit einer Menge herrlicher Oleander und Granaten geziert. — Durch Entfaltung der deutschen Fahnen wollte die conservative aber echt deutsche Partei, den deutschen Sinn des Königs Ludwig ehren.

*** Speyer.** Der Districtsrath des Kantons Mutterstadt ist folgendermaßen gebildet:

I. Vertreter der Gemeinden. Mutterstadt: Dr. Biebinger und Adjunct Magin; Alsheim, Bürgermeister Frantz; Altripp, Bürgermeister Hoock; Assenheim, Beutelmann; Böhl, Christ; Dannstadt, J. W. Hertel; Friesenheim, Lehmann; Fußgönheim, J. J. Koob; Hochdorf, Schweitzer; Iggelheim, Bechtold; Maudach, Ginkel; Mundenheim, Ad. Metzner; Neuhofen, Striebinger; Oggersheim, N. Christmann; Rheingönheim, Bürgermeister Frei; Rugheim, . . . (uns zur Zeit noch nicht bekannt); Schauernheim, J. Feth.

II. Höchstbesteuerte: Metzner sen. von Mundenheim; Joh. Lehmann von Friesenheim.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: König von Oggersheim, Sorg v. Dannstadt, Krick, Bürgermeister v. Mutterstadt, Frey II. Wirth v. Rheingönheim, Ad. Koob v. Fußgönheim.

Was sie noch mehr wollen. In einem belgischen Blatte liest man folgende Betrachtungen über die Unersättlichkeit des belgischen Clerus, die ein allgemeines Interesse hat, da das Treiben der Ultramontanen überall das Gleiche ist.

„Der Clerus erhält vom Staate 4 Mill. an Besoldungen. In Ostflandern erhält er von der Regierung und der Provinz ungefähr 200,000 Frcs. für die Herstellung von Kirchen und Presbyterien; man kann also für das ganze Land die Zuschüsse, die zu Bauten dieser Art bestimmt sind, auf 1,800,000 Frcs. im Jahr anschlagen.

Jedes Dorf hat seine Kirche, jede Stadt mehrere; diese Kirchen gehören zu den prächtigsten und reichsten. Die Schätze, die sie enthalten, belaufen sich auf wenigsten 100 Millionen; eine einzige Kirche in Antwerpen besitzt deren im Werthe von 4 Millionen.

Die Kirchen auf dem Lande wie in der Stadt sind von wenigstens einem Pfarrer besorgt, der sehr häufig

von einem oder zwei Vikaren unterstützt wird! Die Landpfarrer können sagen, wie schwer ihr Dienst ist!

Es gibt in Belgien 800 Klöster und ungefähr 20,000 Nonnen und Mönche, von denen die meisten ohne Nuzzen fürs Volk sind. Diese Klöster sind reich, erwerben sich Besitzthümer, haben Staatsrenten und selbst Schiffe auf dem Meere; sie errichten so viele Kapellen und Glöcklein als sie wollen.

Fast alle Schulen gehören dem Klerus; er hat 51 Collegien gegen 23, die dem Staat oder Gemeinden gehören. Alle Pensionate mit wenigen Ausnahmen sind von Priestern gegründet und geleitet. Der Gewinn, den sie daraus ziehen, ist ungeheuer.

Die Geistlichen genießen nirgends eine absolutere Freiheit in Religionssachen; sie sind unabhängig im ganzen Sinne des Worts; sie haben als Priester nur ihren Oberen zu gehorchen. Alles, was die Religion betrifft, ist ihrem Gutdünken überlassen: die weltliche Macht hat nichts darein zu reden. Sie treiben in ihrem Tempel, was ihnen in den Sinn kommt; sie feiern so viele Jubiläen, beten so viele Heiligen an, als sie mögen; sie predigen über Politik wie über Religion und Gott weiß wie! Sie stellen so viele Opferstöcke auf und machen so viele Collecten, als sie Lust haben. Sie setzen nach Belieben die Taxen fest für die Taufen, Messen, Hochzeiten und Leichenbegängnisse.

Und doch sind sie nicht zufrieden! Was wollen sie denn mehr?

Sie wollen dieselbe Herrschaft über die weltlichen wie über die geistlichen Dinge. Sie wollen den Altar über den Thron setzen, die Suprematie in der Regierung wie in der Kirche haben. Sie wollen die Verfügung über die Minister des Königs, wie über die Seelen ihrer Gemeinde, über die Aemter des Staats wie über die Ernennung eines Dorfpfarrers. Sie wollen den Menschen in Allem beherrschen: in seiner politischen Meinung, seiner Erziehung, seiner Familie, seinen Interessen, seinem ganzen Leben, seinem Amte, wenn er Beamter ist. Sie wollen aus dem Menschen eine Puppe machen, die nur denkt und glaubt, was sie zu denken und zu glauben vorschreiben; die nur liest, was sie zu lesen erlauben. Die Vernunft darf nicht gehört werden, die Vernunft, die uns Gott gegeben, um das Gute vom Uebel, das Wahre vom Falschen zu unterscheiden.

Mit einem Worte, in ihren Augen sind die Menschen nichts als eine gemeine Schafheerde, die ihnen in Allem knechtisch gehorchen, sich vor ihnen beugen und niederwerfen muß. Um diese Macht zu erhalten, wollen sie die kostbarsten Güter vernichten: die Freiheit des Gedankens, die Freiheit der Prüfung, die Freiheit des Gewissens."

München, den 31. Juli. Die französische Gesandschaft dabier hat dem Staatsministerium des Aeußern die Anzeige gemacht, daß die bisherigen unentgeltlichen Visaertheilungen bei bayerischen Auswanderern, welche durch Frankreich reisen, aufgehört haben und fortan die Kanzleigebühren erhoben werden. Eine Ausnahme hievon wird die französische Gesandtschaft nur dahin eintreten lassen, daß Dürftige bloß die Hälfte der betreffenden Gebühr zu entrichten haben.

— den 2. Aug. Gestern Mittag ist Prinz Luitpold zur Inspizirung der Festungen in die Pfalz abgereist.

Wie wir vernehmen, wird Dingelstedt vorerst gar nicht nach München kommen, sondern von der Schweiz aus seinen in Kurhessen wohnenden Vater besuchen und von dort mit seiner Familie in ein Seebad gehen. (Volksbötin.)

Kassel, den 1. Aug. Der Geheimerath a. D., Koch, und der Kaufmann Weiß, welche als Staatsrathmitglieder den Eid auf die octroyirte Verfassung verweigert haben, wurden auf den 31. v. M. abermals aufs Rathhaus vorgeladen, um diesen Eid zu leisten, da die von ihnen vorgebrachten Gründe als „unerfindlich" von der Regierung zurückgewiesen worden seien. Beide sind im Termin nicht erschienen und haben Beschwerde bei dem Ministerium des Innern über dieses Verfahren erhoben. Die Revolution im Schlafrock und Pantoffeln ist noch immer nicht geschlossen. Die Leute können den Gedanken an einen Rechtsstaat nicht aus dem Kopfe bekommen und wollen sich der Herrschaft de facto nicht fügen. (N. C.)

Marburg, den 30. Juli. Professor Thiersch, der wegen seiner irvingianischen Richtung aus der theologischen Facultät Ausgeschiedene, sieht sich jetzt, da er keine theologischen Collegia lesen darf, in die traurige Nothwendigkeit versetzt, durch Unterrichtgeben in den Anfangsgründen der lateinischen und griechischen Sprache der Ebbe in seiner Casse zu Hülfe zu kommen. — Prof. Bayrhoffer's Familie ist dem Familienhaupte nach Amerika gefolgt. — Das zweite Mitglied des bleibenden landständischen Ausschusses, welches sich auf flüchtigem Fuße befindet, Dr. Kellner, ist verläßlichen Nachrichten zufolge in New-York angekommen, wohin ihm seine Familie gefolgt ist. Er soll aber durch die Haft geistig gebrochen sein und alle Politik abgeschworen haben. Sein Befreier aus dem Castell, der Sergeant Zinn, dessen kaltblütigen Muth selbst die Officiere bewunderten, hat sich, wie wir kurzlich aus sicherer Quelle erfuhren, noch vier Wochen nach Dr. Kellner's Flucht in Kassel versteckt gehalten und arbeitet jetzt in London in einer großen Buchdruckerei. Ebendaselbst verweilt bei Verwandten Fräulein Traz aus Kassel, die den verunglückten Versuch gemacht hat, den zum Tode verurtheilten und zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigten Lieutenant v. Loßberg aus dem Castell zu befreien. Weiter lebt in England noch ein hessischer Flüchtling, der Rechtscandidat Heise, welcher früher in Gemeinschaft mit Kellner die bekannten Hornisse redigirte. Ungebrochenen trotzigen Muthes erwartet er einen baldigen Umschwung der Dinge und will daher in England ausharren. Für jetzt hat er eine Lehrerstelle an einem Privatinstitut in Liverpool angenommen. (K. Z.)

Köthen, den 29. Juli. Ein Umlaufschreiben des bernburger Consistoriums besagt: Ein Katechumene, Gustav Herzog, der Sohn eines Tischlermeisters, habe sich bei der Konfirmation nicht gekniet; auch seien alle nachgängigen Warnungen und Drohungen, ihn zur unerläßlichen Buße zu führen, vergeblich gewesen. Das Rescript schließt: „Die Hrn. Geistlichen werden nach diesem höchst betrübenden Vorgange, dessen Wiederholung der Herr in Gnaden von unseren Gemeinden abwenden möge, angewiesen, den Knaben Gustav Herzog, bevor er nicht durch ein Pfarramtliches Attest über seine volle Rückkehr sich ausgewiesen haben wird, zu keinerlei kirchlichen Handlung zuzulassen, ihm also namentlich die Pathenschaft, das heilige Abendmahl, Aufgebot und Trauung und nach einem bösen unbußfertigen Tode, vor welchem Gott ihn bewahre, das christliche Begräbniß zu versagen." (!!)

Tilsit, Ende Juli. Am 18. Juli verfolgte ein zur Gränzbewachung gehöriger russischer Armeesoldat, Stephan Minin, den bäuerlichen Wirthssohn Anton Burblies aus Piplischken in Rußland, anscheinend weil er denselben für einen Schmuggler hielt, über die Landesgränze in der Nähe von Paszellischken, Kreis Tilsit, auf das diesseitige Gebiet und schoß hier den Verfolgten nieder. Der Soldat wurde mit dem Gewehr festgenommen und befindet sich in Haft. (Welche Genugthuung wird Preußen für diese Gebietsverletzung und Ermordung eines seiner Staatsangehörigen nehmen?)

Die Bewachung der Gränze zwischen Russisch-Polen und Preußen wird russischer Seits wieder verstärkt werden, und zwar so, daß auf der Gränzlinie alle 250 Schritt eine Wachtbude (mit 2 Kosaken) soll zu stehen kommen.

Wien, den 30. Juli. Ich widersprach der Nachricht hiesiger Blätter, daß unser Gemeinderath zur Bestreitung der Empfangsfeierlichkeiten für den Kaiser die Summe von 30,000 fl. aus Gemeindemitteln votirt habe. Heute kann ich mittheilen, daß der Gemeinderath in der Plenarsitzung vom 23. d. dem Bürgermeister und dem betreffenden Comité einen unbegränzten Credit bei

der städtischen Casse angewiesen habe, um das erhabene Fest in einer der Wichtigkeit des Momente würdigen und der ersten Commune des Reichs angemessenen Weise zu feiern. (!) (Allgm. Ztg.)

Ein neues Wort. In einem Wiener Blatte wird der Korrespondent eines Journals, der über die Reise des Kaisers in Ungarn nicht in den pflichtschuldigen officiellen Jubel ausgebrochen ist, nicht etwa „hochverrätherisch“, sondern „hochinsam“ genannt.

— den 31. Juli. Wie wenig man ungünstige Berichte über die Reise des Kaisers vertragen kann, beweist eine aus diesem Grunde am 27. v. M. vorgekommene Confiscation des engl. „Globe“. Wahrscheinlich wurde von unserer Gesandschaft in London telegraphisch hierher auf den Artikel aufmerksam gemacht, denn das gesammte Paket des „Globe“ wurde gleich im Momente seines Anlangens auf der Post mit Beschlag belegt. (Hat man nichts Besseres zu thun, und den Telegraphen zu nichts Wichtigerem zu verwenden?)

Schweiz.

Bern. Sitzung des Nationalraths vom 3. August. An der Tagesordnung ist die Petition von Posieux. Der Antrag der Petitionscommission geht dahin: die schweizerische Bundesversammlung, nach Einsicht einer Petition des von der Versammlung in Posieux ernannten Comites; eines Memoriales der Gemeinden des alten Bezirkes Murten; einiger weiterer sachbezüglicher Aktenstücke; sowie endlich eines Gutachtens des Bundesrathes d. d. 28./30. Juli, über die Eingangs erwähnte Petition; in Festhaltung des Beschlusses, welchen die Bundesversammlung unterm 18. December 1850 über Petitionen verwandten Inhalts aus dem Kanton Freiburg gefaßt hat, beschließt: Es sei der Petition des Komite's von Posieux keine Folge zu geben. — Escher: Zur Begründung dieser Anträge werde er versuchen, dieselben vom staatsrechtlichen wie vom politischen Standpuncte aus zu beleuchten. Vorerst verfolgt er die historische Entwicklung der Freiburger Verfassung. Da habe die alte Regierung sich geflüchtet, es sei daher sehr natürlich gewesen, daß eine provisorische Regierung niedergesetzt worden sei... Es sei nun Thatsache, und selbst von dem Posieux-Comite zugegeben, daß sich bei den damals vorgenommenen Großrathswahlen von 22,000 stimmfähigen Bürgern 13,000 betheiligt haben, worin doch wenigstens eine factische Sanction, eine Anerkennung der gewählten Behörde gefunden werden könne. Die Aufstellung und Einführung der Verfassung in Freiburg möge allerdings auffallend erscheinen, allein unbegreiflich sei dieselbe durchaus nicht; man müsse nämlich jede Verfassung unter den jedesmaligen Verhältnißen auffassen. Im J. 1830 sei die Verfassung dem Volke nicht vorgelegt worden, damals habe die Mehrheit des Verfassungsrathes genügt und der nemliche Charles, der jetzt aus diesem Grunde gegen die Regierung und Verfassung Sturm laufe, habe sich damals entschieden gegen eine Annahme durchs Volk ausgesprochen. In Ansehung alles dessen habe dann auch die Tagsatzung der Verfassung von Freiburg die Garantie ertheilt, und zwar seien es 20 Stände gewesen. Sodann geht der Redner auf die gegenwärtigen bundesstaatsrechtlichen Verhältniße über und widerlegt Schritt für Schritt das Raisonnement der Petition, nach welchem die der Verfassung ertheilte Garantie als rechtswidrig dahin fallen und die Bundesversammlung verpflichtet sein soll, die Regierung von Freiburg zur Vorlage der Verfassung und zur Anordnung neuer Wahlen anzuhalten. Er erinnert daran, wie 1846 die Bevölkerung von Murten vor die Tagsatzung getreten sei mit der Bitte: daß man sie doch gegen die dortige Regierung und die schweren Folgen des Sonderbunds schützen möge. Damals habe die Tagsatzung geantwortet: Wir bedauern euch, unsere Thränen begleiten euch; aber wir können euch nicht helfen. Heute sei jene Bevölkerung wieder da und verlange Schutz der Verfassung, der verfassungsmäßigen Zustände, dazu nun habe die Bundesversammlung das Recht und die Pflicht. Es könne sich nur noch fragen, ob wegen der Freiburger Verfassung, da eine Einmischung der Bundesbehörden nicht zulässig sei, die Revision der Bundesverfassung wünschenswerth sein möchte? Diese Frage müsse er entschieden verneinen. Auf den politischen Standpunkt übergehend, stellt er sich vorerst die Frage: ob denn die Verfassung von Freiburg so tyrannisch sei? und antwortet: nein! Er durchgeht alsdann die Verfassung vom Jahr 1830, unter welche man wieder zurückkehren wolle, mit der gegenwärtigen, und diese Vergleichung fällt total zu Gunsten der Letzteren aus. Um die Freisinnigkeit der Dreißiger-Regierung zu charakterisiren, verliest er ein Dekret derselben vom 9. Januar 1847, worin die Volksversammlungen verboten und die Urheber und Theilnehmer an solchen mit Gefängniß, Landesverweisung und schweren Geldbußen bedroht werden, auch für den Fall, daß keine Unordnungen entstehen. Die Verfassung von Freiburg entspreche der bei uns herrschenden politischen Richtung vollkommen und die Agitation gegen dieselbe sei nichts Anderes, als der Kampf, den man mit dem Sonderbundskrieg beendet glaubte. Die Seele der Agitation sei der Bischof Marilley; derselbe habe schon den Sonderbund angeschürt, im Sonderbundskriege sodann die Fahnen geweiht, Amuletten vertheilt und später gegen die Aufhebung der Klöster fanatisirt und die Durchführung des Unterrichtsgesetzes unmöglich gemacht. Er zählt eine ganze Reihe von Thatsachen auf, woraus der Starrsinn und der Widerstandsgeist dieses Prälaten genugsam ersichtlich ist. Es sei die Religionsgefahr, der Fanatismus, die dahinter stecken; reelle Beschwerden lägen keine vor. — Nachdem Allet, Lusser und Schwerzmann für die Petition von Posieux, und Druey, Bussard und Treichler dagegen gesprochen, wird die Fortsetzung der Berathung auf morgen verschoben. (Sch. N.-Z.)

Graubünden. In der letzten Woche des Juli schon wurden in Chur vollkommen reife Trauben (sogenannte Aeugstler) zu Markt getragen, was um diese Zeit noch nicht vorgekommen.

Tessin. Einem päpstlichen Erlaß an den Erzbischof von Mailand hat Pius IX. eigenhändig eine Belobung der Proclamation dieses Prälaten an das tessinische Volk beigefügt, in welcher der letztere mit so großem Recht die traurige Lage der Schweiz beweine!

Frankreich.

Die Jugend muß den Staatsstreich vertheidigen. Jedes Jahr findet bekanntlich in Paris ein Concurs statt. Nach einer Correspondenz in der Köln. Ztg. ist nun das Thema, das man dieses Mal den Schulen zum Bearbeiten geben will — der Staatsstreich vom 2. December. In der Aufgabe soll die Stellung und der Geist der Parteien vor dem 2. Dec., die damals in Aussicht stehende Anarchie und die muthige und kühne Haltung, die Frankreich gerettet und glücklich gemacht, besprochen werden! Für die beste Arbeit ist, wie bei allen dergleichen Gelegenheiten, ein Preis ausgesetzt.

Großbritanien.

London, den 2. Aug. In den londoner Hafen sind an einem Tage der vorigen Woche 124 fremde Schiffe eingelaufen. Abgesehen von den fremden Schiffen, war die Themse mit irischen, schottischen und englischen größeren und kleineren Fahrzeugen bedeckt. — Ein neuer Krystallpalast soll bei Plymouth gebaut und ringsherum ein Park von 30 englischen Morgen angelegt werden. Der Plan geht von der South-Devon-Eisenbahn-Gesellschaft und der Gartenfreundgesellschaft in Devonshire aus. Die Kosten veranschlagt man auf 25,000 Pfd., nach Abrechnung des Bodenwerthes.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 20. Juli. Henry Clay's Testament ist veröffentlicht. Er hat sein Vermögen vollständig seinen Kindern und seiner Wittwe das Asklandgut

vermacht. Diejenigen seiner Sclaven, die nach dem 1. Januar 1850 geboren sind, sollen im Lesen, Schreiben u. s. w. unterrichtet und frei nach Liberia gesandt werden, die männlichen, wenn sie das Alter von 23, die weiblichen, wenn sie das von 25 Jahren erreicht haben. Der Ertrag ihrer Arbeit in den letzten 3 Jahren vor der Freilassung soll ihre Transportkosten bestreiten. Was die älteren Sclaven betrifft, so bleiben sie Eigenthum der Familie.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer,** den 6. Aug. Die Wahl der Mitglieder des Kreislandraths, soweit dieselbe seitens der Districtsräthe erfolgt, ist auf den 19. August, Vormittags 11 Uhr, ausgeschrieben. Außer dem Kanton Neustadt, welchem, (bei ungerader Zahl der Kantone,) als dem bevölkertsten, eine eigene Vertretung zusteht, wählen je zwei Districtsräthe ein Mitglied des Landraths (und einen Ersatzmann). Vereinigt sind folgende Kantone, wobei wir bemerken, daß die Wahl jedesmal im Hauptorte des erstgenannten vorgenommen werden wird: Dürkheim und Neustadt, Speyer und Germersheim, Kandel und Bergzabern, Landau und Edenkoben, Annweiler und Dahn, Pirmasens und Waldfischbach, Zweibrücken und Hornbach, Homburg und Bliescastel, Landstuhl und Waldmohr, Cusel und Lauterecken, Otterberg und Wolfstein, Kaiserslautern und Winnweiler, Obermoschel und Rockenhausen, Kirchheimbolanden und Göllheim, Frankenthal und Mutterstadt.

München, den 2. Aug. Es freut mich *) Ihnen mittheilen zu können, daß die Berufung des königl. sächsischen Oberhofpredigers Dr. Harleß sicher nun entschieden ist, und derselbe an v. Arnolds Stelle, der in den Ruhestand treten wird, zum Reichsrath und Präsidenten des protestantischen Oberconsistoriums ernannt wird. (A. Z.)

Berlin, den 31. Juli. Was Ihnen unlängst aus Frankfurt wegen der Ausgleichungsvorschläge des russischen Cabinets in der Zollvereinsfrage geschrieben worden, hat seine Richtigkeit. Graf Nesselrode hat allerdings dem Ministerpräsidenten Frhrn. v. Manteuffel eine Aufzeichnung übergeben lassen; es sind aber, wie ich von wohlunterrichteter Seite weiß, diese Vorschläge hier abgelehnt worden, und haben in Wien nichts weniger als zu Dank verpflichtet. (Allg. Z.)

— den 2. Aug. Aus guter Quelle vernehmen wir daß die Darmstädter Coalition am 10. d. M. in Stuttgart eine Besprechung haben wird, in der sie über ihr Verhalten bei der Wiedereröffnung der Berliner Zollconferenz Beschluß fassen wird. Hr. v. Beust, wird hinzugefügt, hat kürzlich in Wien persönlich mit dem k. k. Cabinet conferirt. (Allg. Ztg.)

Chur, den 31. Juli. Im Oberengadin hat man 3 Tage nach einander, 27., 28. und 29. d. M., Erdstöße verspürt. Dies ist vielleicht um so bemerkenswerther, als diese Thallandschaft mit ihren 12 Ortschaften sehr hoch liegt.

† **Paris,** den 4. August. Ein Decret im heutigen „Moniteur“ bestimmt, daß die Kreisräthe am 12. dieses die erste Sitzung halten sollen, deren Dauer nicht über 5 Tage währen darf. (!) Der Sieg der ministeriellen Candidaten bei den Wahlen ist entschieden, eben so aber die Gleichgültigkeit der Wähler für diese so wichtige Operation constatirt, so daß selbst die Regierungsorgane in den Provinzen über das Absterben alles politischen Lebens klagen. Die Kantone, in denen sich mehr als ein Drittel der eingeschriebenen Wählern an den Wahlen betheiligte, gehören zu den Ausnahmen. An vielen Orten war es nicht möglich das gesetzlich erforderliche Viertel zusammenzubringen und die Wahlen mußten auf den nächsten Sonntag aufgeschoben werden. (!!) Diese Enthaltung ist so auffallend, daß sie in Perioden der Agitation als eine bedeutungsvolle Agitation betrachtet werden könnte. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber ist sie nichts als ein untrügliches Zeichen der Blasirtheit des Volkes für politische Zustände, und das numerisch bedeutende Uebergewicht der ministeriellen Candidaten über die der Opposition ist eben so wenig als Sieg der Regierung als eine Niederlage der Opposition zu betrachten. Ueberhaupt, wenn man die Zahl der Beamten und der abhängigen Wähler abzieht, so bietet der Rest der unabhängigen Wähler eine klägliche Apologie des allgemeinen Stimmrechtes. *) Soll man daraus schließen, daß die französische Nation nach dem 2. December die Politik aufgegeben hat und entschlossen ist, Alles über sich ergehen zu lassen? Nein, man muß sich sehr hüten diese Annahme zur Basis eines politischen Calculs zu machen. Die Initiative, welche die drei Revolutionen von 1789, 1830 und 1848 hervorgerufen hat, ist auch noch für künftige Bewegungen im französischen Volke vorhanden. — In Bolbec haben übrigens die Oppositionscandidaten eine große Majorität gehabt. In Calvados haben 11 Generalräthe den Eid verweigert. In Bressuire, Departement Deux Sèvres, ist der Marquis de La Rochejacquelin gewählt worden, welche Wahl zu erneuern sein wird, da man von ihm erwartet, daß er den Eid verweigern werde.

Ein Decret vom 31. Juli stellt dem Minister des Innern einen außerordentlichen Credit von 500,000 Frcs. zur Verfügung, die auf Rechnung der am 22. Januar ausgesetzten 10 Millionen zur Verbesserung der Arbeiterwohnungen in den großen Fabrikstädten verwendet werden sollen. — Am 15. August wird keine Revue stattfinden. Die Reiterstatue des Kaisers, an deren Fuße nach dem ursprünglichen Plane die Adler an die Nationalgarde vertheilt werden sollten, wird an der Fontaine der elyseeischen Felder aufgestellt sein, welche mit 62 sieben Meters hohen, mit Statuen, Blumen und Illuminationsapparaten verzierten Fontainen garnirt werden. Zwischen denselben werden 456 colossale Candelaber mit Gasflammen in Adlerform mit einem N aufgestellt sein, die mit den Fontainen und unter einander mit Guirlanden von farbigen Lampen verbunden sein werden. Die Tuilerien werden gleichfalls verziert und illuminirt werden. Auf den ganzen Boulevards von der Julisäule bis zur Madelaine, in der Rivoli- und Friedensstraße, sowie im Fauburg St. Honoré werden gleichfalls großartige Candelabers angebracht sein. Die Vendomesäule mit der Statue des Kaisers soll ein Meisterwerk der Beleuchtung bilden. Auf dem Bastilleplatz, beim Château d'eau, place Vendome, vor der Madelaine, vor dem Elysée und auf Platze Marigny in den elyseeischen Feldern werden den ganzen Nachmittag militärische Musikbanden und Orchester Symphonien und andere Musikstücke aufführen. Die unentgeldlichen Theatervorstellungen werden am Sonnabend den 14. Statt finden.

* **Kirchenstaat,** den 27. Juli. Die Räuberbanden nehmen immer mehr überhand, und nicht nur das Volk, sondern auch die Gendarmen und selbst österreichische Officiere klagen gewisse Beamten laut an, daß sie mit den Banden im Einverständniß sind, sie von den Verfolgungen benachrichtigen und von ihnen bezahlt werden. Die Nichtachtung des demoralisirten Beamtenstandes ist beim Volke so weit gestiegen, daß die erst verhaßten Oesterreicher, die hierin mit ihm sympathisiren, populär geworden sind. (Schöne Zustände!)

* **London,** den 3. August. In Toronto (Canada) haben am 12. Juli Unruhen stattgefunden. Bei einer Orangistischen Procession wurden mehrere Leute getödtet.

Nach den letzten Nachrichten aus Lissabon hat die Königin die Abdankung der Minister nicht angenommen, sondern die Cortes aufgelöst.

---

*) Uns freut es gar nicht, allein das sehen wir vorher, daß am Ende der Dinge Diejenigen am wenigsten Ursache zum „Freuen“ gehabt haben werden, deren Freude heute am größten ist. D. Red.

*) D. h. aber doch nur des Stimmrechts, wie es heute neben der polizeilichen Omnipotenz in Frankreich besteht, — eines Hohnes auf das wirkliche Stimmrecht!

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 190 | den 8. August 1852.

Deutschland.

* **Bemerkungen.** Manche werden gelacht haben darüber, daß auf der kleinen Insel Otaheite das Königthum abgeschafft und die Republik proclamirt worden ist. Andere werden dagegen ein gewisses Unbehagen darüber empfinden, daß der „antimonarchische" und „revolutionäre" Geist, trotz aller Maßregeln, ihn zu bannen, sich nun sogar schon auf der, durch Cook und seine Reisegefährten so reizend geschilderten Südseeinsel festgesetzt hat. Die Sache bietet aber auch noch eine andere Seite dar. Man darf nicht vergessen, daß sich die Franzosen seit Ludwig Philipps Zeit gleichsam als die Oberlehensherren von Otaheite betrachten. Wird Ludwig Napoleon bei der stattgehabten Veränderung ohne sein Zuthun vollkommen gleichgültig bleiben? wird er es namentlich dann, wenn die (durch ihr leichtfertiges Treiben längst seltsam renommirte,) abgesetzte Königin Pomare seine Hülfe anruft? Aber was steht eben in dieser Beziehung im Hintergrunde? Nordamerika, das sogleich bereit sein wird, ein quos ego zu rufen! — Wird Ludw. Napoleon Lust haben, mit den Yankee's anzubinden, über deren streitlustige Jugend ohnehin ein deutsches conservativ-liberales Blatt eben klagt, so wie über die weitschweifenden Hoffnungen, denen sich die gesammte junge Welt in der Union bezüglich alsbaldiger Republikanisirung der ganzen Erde hingebe. Die Amerikaner dürften um so leichter geneigt sein, hier, wenn nöthig, in eine Fehde sich einzulassen, als ihnen der Gedanke vorschweben könnte: es sei die Zeit gekommen, in welcher Amerika der französischen Nation gerade die Wohlthat vergelten könnte, welche dieselbe ihm erwies, als es sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts selbst für Erringung seiner Freiheit erhob, und in diesem freiheitlichen Bestreben durch Frankreichs Waffen und Geld unterstützt ward. Die Sache könnte möglicher Weise für Ludw. Napoleon eine sehr ernste werden, wenn das amerikanische Sternenbanner an den französischen Küsten erschiene, und eine Flotte der Union ein nur mäßig zahlreiches Heer an die Küste brächte, das dann der Vereinigungspunct für alle Unzufriedenen werden würde. — Eben darum glauben wir aber freilich, daß sich Ludw. Napoleon in dieser Sache nicht allzu kriegerisch geriren wird. —

† **Deidesheim,** den 5. Aug. Um Irrungen und Verwechslungen vorzubeugen, theile ich Ihnen die Namen der Sieben mit, welche bei der Durchreise des Königs Ludwig durch Deidesheim, am 23. Juli, neben den Landesfarben Schwarz-roth-gold aufgepflanzt hatten: 1) Eduard Giessen, Stadtrath, 2) Fried. Deinhardt, 3) F. P. Buhl, 4) Theodor Görg, 5) Wittwe Eckel, 6) J. B. Kimich, Stadtrath, 7) Fried. Seyler, Stadtrath. Die beiden Adjuncten J. W. Cörver und J. A. Häußling hatten kein Schwarz-roth-gold. Cörver, ein Greis aus den guten Zeiten des Fürsten Styrum, (welcher Fürst Styrum mißliebige Bürger ohne weiters ins Zuchthaus nach Bruchsal abführen ließ), hatte einen weiß-blaue Fahne, Häußling keine. Beide Adjuncten wurden abgesetzt, weil sie bei der Durchreise nichts thaten.

Die sieben schwarz-roth-goldnen Deidesheimer wollten durch Ausstecken der deutschen Fahnen den deutschen Sinn des Königs Ludwig ehren.

Im Schreiben des Regierungspräsidiums der Pfalz an das Bürgermeisteramt Deidesheim hingegen, wird die deutsche Fahne bezeichnet: als das Panier, das im Jahr 1849 von Hochverräthern zur Erregung von Aufruhr und allgemeiner Unordnung mißbraucht worden sei.

Die Stadträthe J. B. Kimmich und F. Seyler wurden nach Art. 20 des Gesetzes vom Pluviose VIII aus dem Stadtrathe entfernt, weil sie die Ehre der Stadt nicht zu wahren wüßten.

Am Schlusse des Schreibens des Regierungspräsidiums der Pfalz heißt es: Wenn die Bürger der Stadt Deidesheim nicht wissen, was sich ziemt, so mögen sie in dem Benehmen der Landgemeinden Belehrung suchen.

Nachträglich wurde der Stadtrath Ed. Gießen auch entlassen.

•†° **Vom Gebirge.** Seit den letzten zwei Jahren ist gewiß über die schwarz-roth-goldene Fahne nicht so viel gedacht und gesprochen worden, als in den letzten Tagen. — Wie man schon aus mehreren öffentlichen Blättern gesehen hat, wurde König Ludwig in Deidesheim mit dieser Fahne begrüßt; — doch die guten Deidesheimer ließen sich's wahrscheinlich nicht träumen, daß man jetzt schon so weit ist, in den Farben, welche heute noch das Militär eines deutschen Staates zieren, revolutionäre Tendenzen zu finden. Hätten sie es sonst unterlassen? ich glaube zu Ehren Deidesheim's sagen zu dürfen: nein! sie hätten sich nicht gescheut, das deutsche Banner vor einem Fürsten zu entfalten, den man einen „Deutschen" nennt und der es durch seine Gesinnungen gegen die hochherzigen aber unglücklichen Schleswig-Holsteiner genannt zu werden verdient. — Wie ich nun erfahren habe sind zwei, oder wenn ich nicht irre drei Stadträthe ihrer Stellen enthoben worden, *) und zwar weil sie wagten, ihre Häuser mit der deutschen Nationalflagge zu schmücken — einen andern Grund kann ich mir bei diesen, aller staatsgefährlichen Grundsätze baren Männern — nicht denken. — Ob diese Maßregel gerechtfertigt werden kann, will ich nicht untersuchen; so viel mir übrigens bekannt, existirt nirgends ein Verbot gegen diese Fahne, welche alle deutschen Truppen zierte, und welche in der Hand, einer der bedeutendsten deutschen Fürsten sich seinem Volke zeigte. **)

* **Speyer,** den 7. Aug. Wir werden eben um Aufnahme des nachfolgenden Artikels ersucht:

Aus dem Westrich. Auch in der kürzlich abgehaltenen Bezirkssynode zu Homburg war die Excommunicationsangelegenheit des B. B. in H. zur Sprache gekommen. Selbst einige Mitglieder der Synode äußerten Bedenken in der Sache. Es wurden jedoch von verschiedenen Seiten Aufklärungen gegeben, welche nicht nur jene Bedenken beseitigten, sondern auch diejenigen, von welchen sie ausgegangen waren, mit den Uebrigen zur einstimmigen Anerkennung der wohlverdienten Züchtigung vereinigten, wie sie im vorliegenden Falle nach unbestreitbarem Rechte der Vereinigungsurkunde einem schmählichen Spiele zu Theil geworden war, das man Seitens des Excommunicirten mit der Religion zu treiben beabsichtigte. Die Verhältniße, unter denen die Frau desselben, die er schon vor seinem Uebertritte eine protestantische Ketzerin schalt, jetzt getrennt von ihm lebt, mögen auf sich beruhen. Allein es wird zur Erhärtung des Gesagten hinreichen, wenn wir von dem Vielen, das hier

---

*) Siehe den obigen Bericht. D. Red.

**) Unsers Erinnerns sind die deutschen Farben heute noch sogar auf dem „Bundespalais" zu Frankfurt aufgesteckt. D. Red.

zu bemerken wäre, nur das Eine hervorheben, daß von einem Anwesenden in der Synode geäußert wurde, B. B. habe (was er auch gegen andere äußerte) zu ihm gesagt, sein Knabe sei ein geborner Jesuite; er habe alle Eigenschaften dazu; darum müsse er ihn auch diesem Stande widmen und folglich katholisch werden lassen. Hier nannte nun aber der prädagogisch so zärtlich besorgte Vater Eigenschaften seines Kindes, die allerdings in der protestantischen Kirche nicht empfehlen, wenn sie aber bekannt sind, in der katholischen wol eben so wenig. Kurz es ging aus dem Ganzen hervor, daß, wenn die seltene Strafe der Excommunication an ihrem Platze sein kann, sie dies im vorliegenden Falle immerhin gewesen sein dürfte. Und der „wohlmotivirte" Antrag des Presbyteriums mag ungeachtet der schonenden Fassung des Consistorialentscheids wol noch manche Erwägung enthalten, welche ein vorsichtiges Urtheil über die Behörden begründen dürfte, wenn man nicht wider Wissen und Willen ein Treiben in Schutz nehmen will, welches, im rechten Lichte dargestellt, den Unparteiischen, Vernünftigen und wahrhaft Religiösen in jeder Kirche als verabscheuenswerth erscheinen muß. Nach dem Stande der Sache dies Wenige zur Steuer der Wahrheit in einer Angelegenheit, die dem größern Publicum noch ziemlich dunkel und nur einseitig bekannt geworden ist. —

Bemerkung der Redaction. Wir haben den vorstehenden Aufsatz wortgetreu so aufgenommen, wie er uns übersendet wurde, weil er das Product wirklicher Ueberzeugung ist, die wir unter allen Verhältnissen zu achten, und sehr wol von jenem Gebaren zu unterscheiden wissen, das sich nach dem jeweiligen Winde richtet. In Beziehung auf den Inhalt des Aufsatzes und das Begleitungsschreiben desselben, gestehen wir ganz unbedenklich zu, daß auch wir das Verhalten des Excommunicirten, so wie es in seiner Totalität sehr übereinstimmend geschildert wird, für moralisch in hohem Grade tadelnswerth und verwerflich erachten; wir haben kaum nöthig, noch besonders beizufügen, daß wir die Proselytenmacherei und das — kirchliche wie politische — Wechseln aus Rücksichten des Vortheils wahrhaft verächtlich, und was auf diese speculirt, wahrhaft scandalös und niederträchtig finden. Allein dies Alles kann uns nicht von der Ueberzeugung abbringen, daß die protestantische Kirche ihr eigenes Fundament verletzt, wenn sie zu solchen mittelalterlichen Waffen, wie die Excommunication ist, greift, sowie wir vollkommen überzeugt sind, daß, wenn man solche Mittel aus Rücksichten auf persönliche Verhältniße gleichgültig hinnähme, diese nemlichen Mittel auch in andern Fällen alsbald zur Anwendung gebracht werden würden, bei denen Mancher die Hände über dem Kopf zusammenschlüge, der, so lang er nur die eine Persönlichkeit im Auge hat, nichts Besonderes zu erinnern haben mag. — Was dem vorliegenden Fall aber die höchste practische Bedeutung gibt, das ist die Wirkung, welche der Excommunication in weltlicher Beziehung beigelegt werden wollte, — ein Verkommniß, über welches die öffentliche Stimme in ganz Deutschland in der gleichen Richtung sich aussprach. Wir können daher von der Ansicht in gar nichts abgeben, welche über den Vorgang selbst in verschiedenen Artikeln dieses Blattes entwickelt wurde.

München. (Beitrag zur Culturgeschichte.) Der Schneidermeister Joh. Burghardswieser von Rupolding, Ger. Traunstein, wurde am 27. v. M. auf der Vicinalnalstraße nach Reitimwinkl von einem Burschen rückwärts überfallen, mit einem Prügel zu Boden geschlagen, und sodann unter weiteren Mißhandlungen seiner Baarschaft von **9** kr. beraubt.

München, den 3. August. Heute verhandelte das Stadtgericht den von Dr. Dingelstedt gegen seine Verurtheilung eingelegten Einspruch; der Staatsanwalt beanstandete dessen Erhebung durch den Vertheidiger, und da D. selbst nicht erschien, ward der Einspruch verworfen. — Heute nahm die Universität ihre Rectorswahl vor; sie fiel auf Prof. Streber, der zwar sehr wenig in der wissenschaftlichen Welt, dagegen desto mehr als Vorstand des Zander'schen Vereins für „constitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit" bekannt ist. Er erhielt 30, der Candidat der vereinigten liberalen Fractionen, Hofrath von Martius, nur 24 Stimmen.

Darmstadt, den 5. Aug. Die „Darmst. Ztg." bezeichnet die von der „Kölnischen" und der „Allg. Ztg." zuerst gebrachte Nachricht über bevorstehende Veränderungen in den großherz. Ministerien als unbegründet.

Stuttgart. Aus der Abgeordnetensitzung vom 28. Juni berichtet der „Beobachter" noch nachträglich Einiges über die Verhandlung in Betreff der Beschränkung des Postdienstes an Sonn- und Festtagen. Die Finanzcommission beanstandete diese Beschränkungen. Pfarrgemeinderath Nestle dagegen begrüßte dieselben als ein Senfkorn, aus welchem noch Größeres herauswachsen werde, und sprach die Hoffnung aus, man werde auch noch den Local- und Ausflugszügen der Eisenbahn die Sonntagsfeier auferlegen. Mit dem größten Nachdruck sprach Mohl. In Preußen, sagte er, ahme man freilich England nach, aber nicht in den großen politischen Principien, sondern in gewissen Nebendingen und schwachen Seiten, und so in der Sonntagsfeier, welche dort lediglich darin bestehe, daß die Leute am Sonntag ein Gesicht zu machen suchen, das vom Lachen möglichst weit entfernt sei, und daß eine Frau einem Hausfreunde, der am Samstag Abend eine Anecdote erzählte, den Vorwurf habe machen können: „Sie haben meinen Mann zum Lachen gebracht, so nahe am Sabbath." Uebrigens bis zum Einstellen der Localzüge habe der Pietismus es blos in Schottland gebracht, in England nicht, und gerade in der Hauptstadt entfliehen die Leute auf diesen Localzügen schaarenweise, um dem scheußlichen Londoner Sonntage zu entgehen. Es sei eine wahre Blasphemie, den Sonntag so anzusehen, die Herren sollen doch den Kosmos lesen und sich daraus belehren, daß Sonne, Mond und Sterne keiner Sonntagsordnung unterworfen seien. Freilich müßte so einer beim Eintritt in den Himmel ausrufen: O du unorthodoxer Gott! Und warum fangen denn die Herren ihre Sonntagsordnung mit der Post an, warum greifen sie nicht an das Ballet, an die Paraden, warum erinnern sie sich nicht, daß auch die Schildwachen Christen sind? Der Redner beleuchtete die Zweckwidrigkeit der Verfügung durch eine Reihe einzelner Beispiele, wie sie im Leben fast täglich vorkommen, welche aber von den geistlichen Rednern als „Kasuistik" abgefertigt wurden. Er schloß damit, daß er die Verfügung als einen abergläubigen Rückschritt bezeichnete. — Pfeifer erwähnte der Klagen aus seinem Bezirk, wo am Sonntag der Verkehr seit der neuen Verfügung todtgeschlagen ist, und da in dieser Sache so viel von Religion die Rede, so fragte er, ob es denn nicht auch Religion sei, wenn ein sterbender Vater seinen Sohn noch sehen wolle? Um 9 kr. kann nun zwar ein pressanter Brief trotz der Religion zur Beförderung kommen, aber wenn der Absender über der Dringlichkeit vergißt, daß der Brief am Sonntag ankommen kann, so bleibt eben der dringlichste Brief liegen. Preußen, spottet Pfeifer, sei freilich das echte Muster des Christenthums, das den Juden sogar die Führung christlicher Vornamen verboten habe. Süskind trat der Heuchelei der englischen Sabbathfeier mit Wärme entgegen, und empfahl den Volksunterricht als das einzige Mittel zu einer wahrhaft würdigen Feier dieses wie andrer Gedenktage. — Die Prälaten und andere Abgeordnete eiferten im entgegengesetzten Sinne. — Das Reultat war — die Verwerfung aller Anträge, sowol für als gegen diese Sonntagsfeier!

Berlin, den 4. August. Sicherem Vernehmen nach wird in Kurzem ein Verbot des Wanderns diesseitiger Handwerksgehülfen nach der Schweiz und eine Aufforderung an die sich dort bereits aufhaltenden zur Rückkehr innerhalb einer bestimmten Frist, erlassen werden, womit wahrscheinlich die Nichtgestattung des Eintritts ausländi-

scher Handwerksgesellen, welche sich nach Ablauf jener Frist in der Schweiz aufgehalten haben, in die preußischen Staaten Hand in Hand gehen möchte.

Die Spenersche Ztg. behauptet mit Bestimmtheit, daß am 16. August die Zollverhandlungen wieder aufgenommen und zu Ende geführt werden würden, ohne auf die Coalitionsstaaten zu warten, wenn diese etwa bis dahin noch keinen Entschluß gefaßt hätten.

Wien, den 2. Aug. Aus Debreczin wird berichtet, daß vor Kurzem in dem Dorfe Pokola der Bauer Jacob Szüts die Nachricht verbreitete, sein am Fieber dort darniederliegender Sohn wäre an seiner Krankheit gestorben, jedoch als Prophet wieder auferstanden. Von den benachbarten Dörfern strömten zahlreiche Abergläubige herbei, die, um die Stimme des angeblichen Propheten zu hören, den Vater desselben mit allen Gattungen Victualien reichlich beschenkten. Von Seite der dortigen Obrigkeit ist dem Scandale bereits ein Ende gemacht und sind mehrere in den Betrug verwickelte Individuen dem Gerichte zur Untersuchung und Bestrafung überliefert worden.

Schweiz.

Bern. Sitzung des Nationalraths vom 4. August. Fortsetzung der Berathung über die Freiburger Angelegenheit. Die Discussion wird durch Hrn. Bontems eröffnet. Als Augenzeuge gibt dieser eine umständliche Erzählung von den Ereignissen und Zuständen in Freiburg bei und nach der Uebergabe an die eidg. Truppen. Alles sei drunter und drüber gegangen, der Schrecken habe geherrscht, Raub und Plünderung sei an der Tagesordnung gewesen. Unter diesen Umständen habe die Theaterversammlung stattgefunden, zu der das Volk Zutritt gehabt hätte, denn erst am folgenden Abend sei die Stadt geschlossen worden; allein in der Bestürzung habe niemand daran gedacht, hinzugehen. Die Regierung sei formell rechtmäßig, indessen müsse dem Schrei des Freiburger Volkes einige Rechnung getragen werden. Er stellt demgemäß einen Mittelantrag, wonach die Versammlung, ohne in die Schlüsse der an ihn gerichteten Petition näher einzugehen, die Erwartung aussprechen soll, daß die Regierung des Kantons Freiburg die geeigneten Mittel zu finden und in Anwendung zu bringen wissen werde — welche Opfer ihr diese auch auflegen mögen — um die Zustände des dortigen Kantons mit dem Geiste der öffentlichen Institutionen der Eidgenossenschaft in Einklang zu bringen. — Fuog.: Bei den gestrigen Klagerufen der Hrn. Lusser und Schwerzmann habe er sich unwillkürlich an die Worte eines Obern der Jesuiten erinnert, der seinen Zöglingen gepredigt: „Thut Alles, leidet Alles um den Grundsatz, daß wir herrschen;" so sei es diesen gleich, sich bald der absoluten Monarchie, bald der Demokratie zu bedienen, wenn sie ihren Zwecken dienlich sei; aber er rufe der Versammlung zu: „Hütet euch, in die Falle zu gehen." — Glasson widerlegt Bontems und berichtigt die von ihm gemachte Schilderung der freiburgischen Zustände. Auch mustert er die Personen des Comite's von Posieux und findet sie alle auf Seite der exaltirtesten Sonderbündler. — Dapples ist für die Petitionärs; gegen die Mehrheit des Volkes könne keine Verfassung garantirt werden. — Weingart ergreift, von Bontems dazu veranlaßt, das Wort. Er vertheidigt die Regierung von Freiburg gegen dessen Angriffe. Die Regierung habe kein monarchisches Preßgesetz erlassen, kein Schullehrerseminar aufgehoben; es herrsche dort kein Siegwartsches Regiment. — Kehrwand ist für die Anträge der Kommission. — Thomas wiederholt das über die Regierung von Freiburg aufgenommene Sündenregister und rechtfertigt die Wünsche des Volkes. — Kopp kann nicht einer Agitation gegen die Bundesverfassung ruhig entgegensehen; der Sonderbund habe gezeigt, was Agitation und Volk vermögen. Er stelle sich auf den Boden des Rechts und nehme daher die Bundesverfassung und diejenige des Kantons Freiburg zur Hand, untersuche anderseits, was das freiburgische Volk verlange. Da findet er, die der Freiburger Verfassung gegebene Garantie stehe allen diesen Begehren im Wege. Er will das Volk an seinen großen Rath verweisen und ihn zur Revision der Verfassung zu bewegen suchen. Die Bundesbehörde habe kein Recht einzuschreiten und von einer schroffen Abweisung fürchtet er böse Folgen. — Gonzenbach sucht zuerst das Recht des freiburgischen Volkes und die Pflicht des Bundesrathes aus dem schweiz. Staatsrecht herzuleiten und sodann die politische Seite der Frage zu beleuchten. Das Gefährlichste sei die Nichtintervention. Er will hier aber nur durch die Kantonalbehörden interveniren und schließt sich dem Antrage von Bontems an. — Die Fortsetzung der Verhandlung wird auf Morgen verschoben.

Sitzung des Ständerathes vom 4. Aug. An der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission über die Petition um Nachlaß der Sonderbundsschuld. Die Kommission trennt sich in Mehrheit und Minderheit. Erstere beantragt die Erlassung von 5,527,000 Frcs. alt. Währung, die Letzte Nachlaß von einer Million neuer Währung. Bei der Abstimmung wurde der erste Antrag mit 27 gegen 13 Stimmen angenommen.

Belgien.

Brüssel, den 2. Aug. Den Beamten der Kammer ist eine Mittheilung zugekommen, wonach sie sich für eine am 10. Aug. beginnende außerordentliche Sitzung bereit zu halten hätten. Man glaubt, daß diese Session den handelspolitischen Fragen vorab gewidmet sein werde.

Frankreich.

Paris, den 3. August. Die Nachrichten aus den Departements berichten wiederum von der geringen Theilnahme der Wähler an den Gemeindewahlen. In Havre haben von 8000 eingeschriebenen Wählern kaum 1000 und in Ingouville von 3 bis 4000 kaum 4 bis 500 mitgestimmt. An mehreren Orten ist kein Resultat herausgekommen. — In Montpellier, wo die Regierung wenig Anhang hat, die Legitimisten und Democraten ihren alten Einfluß aber erhalten haben, war von den Behörden bei den Gemeinderathswahlen eine sogenannte Versöhnungsliste aufgestellt worden. Democraten sowol als Legitimisten hatten aber ebenfalls ihre Candidaten. Von der Regierungsliste gingen nur 2 Namen durch, die zugleich auf der democratischen standen. Außerdem wurden noch 13 Democraten und 21 Legitimisten in den Gemeinderath gewählt.

(Auch ein „Retter der Ordnung.") Ein Maire des Departements du Pas de Calais hat eine Verordnung erlassen, deren erster Artikel lautet: „Es ist verboten, sich zu betrinken." Jede Person, die im betrunkenen Zustand befunden wird, so wie die Wirthe, bei denen man sie findet, sollen nach dem Gesetz gerichtet werden.

Neueste Nachrichten.

München, den 4. Aug. Gestern starb dahier der Generalmajor Jakob v. Fritsch, in einem Alter von 66 Jahren.

Von der Murg, den 2. Aug. Das Gesuch, welches die jüngst in Rothenfels versammelten Geistlichen um Erlassung der ihnen angesetzten Strafe wegen des Trauergottesdienstes für Großherzog Leopold an den Erzbischof richteten und durch eine besondere Deputation aus ihrer Mitte überreichen ließen, ist von diesem abschläglich verbeschieden worden. Er hält das Erstehen der ihnen angesetzten Pönitenz für ihre Seelen eben so erfrischend und kräftigend, wie eine Badekur für den Körper. Gegen einen Geistlichen im Unterländer Kapitel ist besondere Maßregel vorbehalten, doch noch nicht bekannt, worin diese bestehen werde. (Schw. M.)

Köln, den 5. August. Der Erzbischof Geissel reiste diesen Morgen von hier nach Edenkoben ab, um den König Ludwig zur Besichtigung unseres Domes einzuladen. Außerdem sandte der Dombauverein noch eine besondere Deputation an ihn ab.

Berlin, den 1. Aug. Nicht durch seine ruhig ge-

haltene Form, desto mehr aber durch seinen Inhalt hatte hier der letzte Hirtenbrief des Fürstbischofs von Breslau alle evangelischen Gemüther verwundet. Die evangelische Kirche war darin, wenn man dessen Sprache in die übliche Ausdrucksweise übersetzen will, geradezu als das böse Princip in der Kirche bezeichnet, indem von ihr gesagt war, sie friste ihr kümmerliches Dasein nur durch Negation des Katholicismus, der andere Theil dagegen war von allen Flecken und auch von dem Vorwurfe, daß er jemals einer Unbill gegen die evangelische Kirche sich schuldig gemacht, rein gewaschen, während doch gleichzeitig in dem Briefe Verletzendes gegen die evangelische Geistlichkeit enthalten war. Den zweiten Punct hat die hiesige Allgem. Kirchenzeitung durch den Abdruck vieler Stellen des unter den Augen und mit Erlaubniß des Fürstbischofs zu Breslau erscheinenden katholischen Kirchenblattes bereits vollständig in sein rechtes Licht gesetzt. Unter dem 29. v. M. hat aber auch der evangelische Oberkirchenrath das Wort genommen, indem er zu dem besagten Hirtenbriefe nicht schweigen konnte, und an das Consistorium zu Breslau einen energischen Erlaß dagegen richtete. (Allg. Zt.)

Schweiz. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Nationalrath die Petition von Poseux mit entschiedener Majorität verwirft.

† Paris, den 5. Aug. Ein Decret im heutigen Moniteur ordnet an, daß die Generalräthe sich am 23. August versammeln und ihre Sitzungen bis zum 7. September beendigen sollen. — Sehr viele Wahlen sind wegen unzureichender Anzahl von Wählern für ungültig erklärt worden, darunter von 4 Kantonen der Stadt Rennes, von 4 Kantonen der Stadt Nancy, von 5 Kantonen der Stadt Lyon, von 3 Kantonen der Stadt Nantes, von 4 Kantonen der Stadt Marseille, von 3 Kantonen der Stadt Orleans rc. rc. — In Nonancourt, Departement l'Eure, hat der wegen der Decemberereignisse unter polizeiliche Aufsicht gestellte Hr. Claude Grosfillay die Majorität über den Regierungscandidaten erhalten. Der Präfect ließ ihn sogleich verhaften und mit Gendarmen nach dem ihm angewiesenen Aufenthaltsorte Granville bringen. *) — Die Unruhen, welche in Guadeloupe bei Ankunft des dahin gesandten Appellationsraths Hrn. Dain ausgebrochen sind, waren ernsterer Natur als man anfangs glaubte. Die Landung des Hrn. Dain konnte nur mit Hülfe der bewaffneten Macht bewerkstelligt werden. Es sind viele Verhaftungen vorgenommen worden. Alle Stadträthe von Basse Terre und alle Officiere der Colonialmiliz sowie alle Räthe des Gouverneurs haben sofort ihre Entlassung eingereicht. Man kennt noch nicht die Ursachen der allgemeinen Abneigung die sich Hr. Dain zugezogen hat. — Das von Proudhon erschienene Werk erregt ein ungemeines Aufsehen, es ist mit der größten Freimüthigkeit und mit der bekannten ätzenden Satyre des Autors geschrieben. Die Regierungsblätter verdammen es in jeder Hinsicht, als revolutionär und respectwidrig.

*** London,** den 4. August. Man wollte hier wissen, daß die französische Regierung unserem Cabinette den Vorschlag gemacht habe, in Mexico zu interveniren und in die dortigen verwirrten Regierungsangelegenheiten etwas Ordnung zu bringen. **) Die Königin Pomare ist mit Hülfe des französischen Geschwaders wieder eingesetzt worden. †) — Das Gerücht verbreitete sich, daß Nordamerika ein Kriegsschiff zum Schutz seiner Fischer nach Neu-Schottland gesandt habe, von wo die Engländer sie vertreiben wollten.

*) Das ist heute in Frankreich die **Wahlfreiheit** in Verbindung mit dem allgemeinen Stimmrecht, und da rühmt man sich mit den der Regierung günstigen Ergebnissen, und wundert sich, wenn hintennach ein solches Verfahren bittere, sehr bittere Früchte bringt! D. Red.

**) Nur angefangen; die Vereinigten Staaten werden dann auch ein Wort darein reden! D. Red.

†) Schwerlich ist aber die Sache damit definitiv zu Ende gebracht. D. Red.

Wie man uns aus **Venedig** vom 1. Aug. schreibt, stehen vor dem Kriegsgericht zu Mantua 83 Personen, darunter ein Bischof und 13 Geistliche.

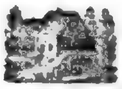
Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1159³] **Offene Lehrlingsstelle**
für einen Buchbinder. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1123] **Anzeige.**
Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.
In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Großes Tapetenlager
eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl,**
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057¹⁶] in Mannheim.

[1160] **Bekanntmachung.**
Unterzeichneter bringt hiermit zur Nachricht, daß seine, in Verbindung mit der polytechnischen Schule in Karlsruhe stehende landwirthschaftliche Schule, den ersten October (mit einem neuen Jahrescurius) beginnen wird. Der Unterricht wird ein desto vollständigerer sein können, da die reichsten Lehrmittel sowol von der polytechnischen Schule als auch von der Centralstelle des landw. Vereins, wie Modellsammlung, landw. Garten rc. rc. zu Gebot stehen.
Nähere Auskunft über Lehrgegenstände, Wohnung, besondere Bedingungen, wird auf Anfragen ertheilt werden.
Karlsruhe, den 4. August 1852.
A. v. Babo.

[1082²] **Versteigerung einer Mühle sammt Zugehör.**

Montag, den 23. August laufenden Jahres, des Nachmittags um 2 Uhr, zu Berg, in dem Wirthshause des Bürgermeisters Jos. Mayer, wird der Untheilbarkeit wegen die in dem Orte Berg an der Lauter nahe bei Lauterburg gelegene Berizzi'sche Mühle sammt allem Zugehör öffentlich versteigert. Diese Mühle besteht in einem großen zweistöckigen Wohnhause mit bedeutenden Speicherräumen, der Mühle mit 5 Mahlgängen, einem Schälgange, Oehl- und Gypsmühle, Hanfreibe, Wasch- und Backhaus, bedeutenden Oeconomiegebäuden, Remisen und Magazinen, nebst 12 Tagwerken Gärten, Wiesen- und Ackerland, ein Ganzes bildend, und ist sowol wegen ihrer günstigen Lage in einer fruchtbaren Gegend, als ihrer großartigen innern Einrichtung nach, eine der bedeutendsten der ganzen Vorder-Pfalz.
Die Mühle selbst ist mit keiner Gülte belastet; auch braucht der Müller nicht zu den Kunden zu fahren, indem diese selbst die Früchte in die Mühle verbringen und das Mehl wieder abholen.
Dem Gerüchte, als werde die Mühle nur unter den Miterben versteigert, wird hiermit förmlich widersprochen, indem die Versteigerung mit Zulassung aller fremden Steigliebhaber stattfindet.
Kandel, den 20. Juni 1852.
Jung, Notär.

Hiezu eine Beilage.

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 190.) den 8. August 1852.

Deutschland.

*Speyer. Der Districtsrath des Kantons Germersheim ist folgendermaßen gebildet:

I. Vertreter der Gemeinden. Germersheim: Bürgermeister Schmidt und Bierbrauer Frey; Bellheim, Bürgermeister Kramer; Freisbach, Joh. Löb; Hördt, Bierbrauer Brechtel; Knittelsheim, Bürgermeister Schott; Kuhardt, F. P. Geiger; Leimersheim, Müller Emmerling; Lingenfeld, Kaufmann Gutting; Neupfotz, Bäcker Gehrlein; Niederlustadt, J. G. Hoffmann II; Oberlustadt, Bürgermeister Gamber; Ottersheim, Bürgermeister Seither; Schwegenheim, Bürgerm. Silbernagel; Sondernheim, Wirth A. Stubenrauch; Weingarten, Bürgerm. Schäfer; Westheim, Bürgerm. Haaff; Zeiskam, P. Weber.

II. Höchstbesteuerte: E. Dreyfuß und A. H. Vollmer von Germersheim.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Wirth Baer v. Schwegenheim, Müller Breunig v. Westheim, Kaufmann Jos. Heß v. Germersheim, Wirth Seiler v. Zeiskam, J. J. Weiß v. Schwegenheim.

— Districtsrath des Kantons Kandel:

I. Vertreter der Gemeinden. Kandel: Bürgermeister Groß und Kaufmann Ph. Rothhaas; Berg, Bürgerm. Meyer; Büchelberg, P. A. Dudenhöfer; Erlenbach, Bürgerm. Runck; Freckenfeld, Bürgerm. Burg; Hagenbach, Gemeindeschreiber Fuhr; Hagenbühl, Wirth J. Müller; Hayna, Ph. J. Wagner; Jockgrim, Wirth Weirel; Minfeld, Jos. Schönlaub; Neuburg, Bürgerm. Weißenburger; Pfortz, Bürgermeister Weiß; Rheinzabern Fr. Cas. Brunner; Rülzheim F. Fieger und Kaufmann Harder; Schaidt, Müller Eckert; Scheibenhardt, Jac. Schweizer; Steinweiler, Wirth Schweickert; Vollmersweiler, J. Meyer; Winden, Bürgerm. Burg; Wörth, Bürgerm. Pfirrmann.

II. Höchstbesteuerte: Osthof-Hartmuth von Steinweiler, protestantische Kirchenschaffenei Guttenberg, J. Rapp v. Winden.

III. Gewählte der Höchstbesteuerten: Bürgerm. Blättner v. Steinweiler, Müller F. Pet. Brunner v. Rheinzabern, J. Krämer v. Kandel, J. Schwein v. Jockgrim, J. Volz v. Kandel, W. Bongerichten v. Steinweiler.

Leipzig, den 2. Aug. Dem hiesigen Buchhändler O. W., welcher ein böhmisches Bad besuchen wollte, ist das Paßvisum dahin von Seiten des hiesigen Generalconsulats verweigert worden, weil derselbe die österreichischen Staaten überhaupt nicht betreten darf. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf Diejenigen, welche als Freiwillige in Schleswig-Holstein gegen die Dänen gekämpft haben. (!)

Oesterreichische Staaten.

Pesth, den 31. Juli. Aus allen Theilen des Landes laufen die grauenhaftesten Nachrichten über Räubereien und Mordthaten ein. Man hört wieder von Scenen wie sie von Rothhäuten in den americanischen Wäldern erzählt werden. In Orkeny wurde am 13. d. M. der Pfarrer in der Nacht von sechs bewaffneten Männern überfallen, geknebelt und unter den unmenschlichsten Martern — die Kannibalen zwickten ihn mit Zangen und zerschnitten ihm die Fußsohlen — seiner Habe beraubt. In Rat an der untern Donau wurde ein reicher Gutsbesitzer von zwei Wegelagerern ausgeplündert, in denen man später den Dorfrichter und Notar erkannte. Es vergeht kein Tag, wo die Gendarmerie nicht einige dieser üblen Bursche ins Comitathaus liefert, und da diese Strauchritter nicht selten verzweifelt kämpfen, so wird mancher brave Gendarm, besonders wenn er einzeln patrouillirt, ein Opfer seiner Pflichttreue. Es ist daher seitens des Militärcommando der Befehl ergangen, daß von nun ab nie weniger als fünf Mann zusammen herumstreifen, und zur schnelleren Säuberung der untern Gegenden sind noch 200 Uhlanen dahin detaschirt worden. Das Standgericht zu Szegedin ließ am 24. d. drei berüchtigte Räuber hinrichten; an demselben Tag büßte hier ein Mörder, Al. Begh, für seine Unthaten. Besonders sind es die dunkeln Wälder der Bakonya, die den Verbrechern zum Aufenthaltsort dienen. Eine traurige Folie hierzu sind die vielen Feuersbrünste von denen unser Land in diesem Sommer heimgesucht wird. — Die africanische Temperatur hat aufgehört, und man hofft sogar, daß Kartoffeln und Mais eine reiche Ernte geben werden. In manchen Gegenden, wie in Neograder und Gömörer Comitat, ist fast alles Grün verschwunden, wodurch Futtermangel eintrat. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, den 3. Aug. Vor vier Jahren zählte die pariser Nationalgarde 200,000 Mann, heute ist sie auf ungefähr 17,000 zusammengeschmolzen, und doch traut man ihr noch nicht recht. Am 15. August wird die Nationalgarde, seit dem 2. December zum ersten Male, vor dem Präsidenten erscheinen. Um nun bei dieser Gelegenheit eine jede unangenehme Demonstration zu vermeiden, wird man vorher alle verdächtigen Elemente ausmerzen, damit die Rufe, die man diesen Tag in Paris hören wird, dem straßburger Jubelgeschrei ähnlich seien.

Louis Blanc erklärt das Gerücht für erfunden, daß er mit L. Napoleon Frieden gemacht, und nach Paris zurückkehren werde; er werde selbst eine Amnestie nicht benützen, sondern nach Frankreich erst zurückkehren, wenn dasselbe wieder frei sei.

Spanien.

Madrid, den 29. Juli. In der Provinz Malaga ist die Traubenkrankheit ausgebrochen und richtet daselbst große Verheerungen an.

* **Madrid**, den 30. Juli. Die Regierung beabsichtigt, wie man sagt, reglementarische Reformen für die Kammer, wie kürzlich für die Presse, einzuführen. (!)

Italien.

Rom, den 27. Juli. Im Staatssecretariat ist man jetzt beim Ertheilen der Reisepässe auffallend schwierig... Zugleich sind alle vor 1848 bewilligten permanenten Aufenthaltskarten für ungültig erklärt, und müssen erneuert werden. Inländer aber, die nur von hier nach Bologna wollen, bekommen nur selten den verlangten Paß nach einer Woche voll Laufereien. Inzwischen wird manchem natürlich das Reisen ganz und gar verleidet. Da auch hier wieder Verhaftungen fast täglich vorkommen, so nimmt die Zurückhaltung der Paßbehörden im gleichen Maß zu, je größer gegenwärtig im Centralbureau der Andrang nach Reisescheinen ist. (A. Z.)

Vereinigte Staaten.

Die indianischen Stämme im Westen der Union sind in so furchtbaren Nothstand gerathen, daß die Leute zu Hunderten Hungers sterben. Im Congresse wurde der Antrag gestellt, diesen Stämmen eine Unterstützung von 50,000 Dollars zu bewilligen. Es wurde aber dieser Antrag als nicht wirksam verworfen.

Miscellen.

Ein Betrüger, der sich Graf St. Alban nennt, und entlarvt, bereits aus verschiedenen Ländern ausgewiesen worden, scheint auch das in neuerer Zeit wieder sehr beliebte Mittel der Excommunication ausbeuten zu wollen. Wenigstens meldet die Allg. Ztg., daß er in einem von Stuttgart datirten Manifeste, in welchem er sich als Opfer der Intrigue darstellt, allen Denjenigen, welche an seinem officiellen Character als päpstlicher Delegat zweifeln, mit dem Anathema (also der großen Excommunication!) droht.

Im pariser Invalidenhause befindet sich jetzt ein 102 Jahre alter Soldat, der noch so kräftig wie der rüstigste Sechziger ist.

Speyer. Nachdem die erste denunciatorisch-verdächtigende Behauptung des Dr. Jäger in der Briefgeschichte, wegen „noch weiteren persönlichen Materials“ als **Lüge** erwiesen war, handelte es sich, seiner späteren Behauptung gemäß, davon 1) die Identität der in der Speyr. Ztg. abgedruckten Erklärung eines gewissen Krez, mit dem von Dr. Jäger behaupteten Artikel darzuthun, und 2) den behaupteten Abdruck eines betr. Aufsatzes von Hrn. Witt selbst nachzuweisen.

Nach langem Suchen in den ältern Blättern der Speyr. Ztg., nach vielfachem Kopfzerbrechen und Besinnen, weiß Hr. Jäger nun nichts weiter anzuführen, als — der Krezsche Artikel finde sich in Nro. 248 der Speyr. Ztg. von 1850. — Dies soll für vernünftige Menschen ein Identitätsbeweis sein! — Was aber den zu liefernden Beweis des behaupteten Abdrucks des Witt'schen Artikels selbst betrifft, so findet es Dr. Jäger, nachdem er anfangs den Mund so gewaltig voll genommen, nunmehr gerathen, auch nicht mit einer Sylbe mehr darauf zurückzukommen!

Unter diesen Verhältnißen haben wir — ganz abgesehen von dem ehrenhaften Verfahren des Abdrucks eines fremden Briefes — einfach die frühere Erklärung zu wiederholen, daß die ausgestreuten und alles Beweises entbehrenden Behauptungen — freche Lügen sind. —

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 3. Aug. Weizen 4 fl. 42 kr., Korn 3 fl. 40 kr., Gerst 3 fl. 7 kr., Spelz 3 fl. — kr., Hafer 3 fl. 40 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 31. Juli. Weizen 5 fl. 11 kr., Korn 3 fl. 52 kr., Spelz 3 fl. 49 kr., Gerst 3 fl. 12 kr., Hafer 3 fl. 48 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 3. Aug. Weizen 4 fl. 49 kr., Korn 4 fl. 12 kr., Spelz 3 fl. 16 kr., Gerst 3 fl. 21 kr., Hafer 3 fl. 29 kr., Kartoffeln 1 fl. 12 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 29. Juli. Weizen 5 fl. 9 kr., Korn 4 fl. 22 kr., Spelz 3 fl. 50 kr., Gerst — fl. — kr., Hafer 3 fl 26 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

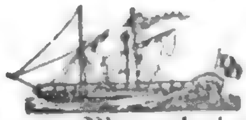
Mainz. Markt vom 30. Juli. Weizen 10 fl. 17 kr., Korn 7 fl. 59 kr., Gerste 5 | fl. 15 kr., Hafer 4 fl. 3 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1149*] **Offene Lehrlingsstelle.**

Für einen mit den nöthigen Vorkenntnißen ausgestatteten jungen Mann ist in einem Speditions-Geschäft am Rhein eine Lehrlingsstelle offen. — Die Adresse ist auf frankirte Anfragen unter Nro. 1149 bei der Expedition dieses Blattes zu erfahren.

[1104] **Rheinische Dampfschifffahrt.**

Kölnische  **Gesellschaft.**

Tägliche Abfahrten von Mannheim vom 26 Juni c. an

nach Köln 7½ Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Neustadt-Speyer. In Köln im Anschluß an die letzten Züge nach Berlin, Paris, London.

„ „ 11½ „ „ Schnellfahrt in 10 Stunden, nach Ankunft des 1. Zuges von Neunkirchen. In Köln im Anschluß an den letzten Zug nach Paris.

„ Mainz 5½ „ Nachmit., nach Ankunft des von Straßburg kommenden Boots, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Pariser Post-Schnellzuges von 5 Uhr 20 Minuten.

„ Straßburg 11½ Uhr Nachts.

☞ Bei der Schnellfahrt Morgens 11½ Uhr bis Köln wird Unterwegs nur mit Mainz, Bingen, Coblenz und Bonn verkehrt.

[1051] **Niederländische**

Dampf- **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an

von Ludwigshafen am Rhein täglich:

4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.

Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12, Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27, „ „ 13 30	
London	„ „ 16 6, „ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.

Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,

„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.

Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.

Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 — Der Agent: **C. Aug. Exter**

Neue
Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 191 | den 10. August 1852.

Deutschland.

* **Betrachtungen.** Die siegestrunkene Reaction hoffte vor Kurzem noch, auch in der Schweiz die freien Einrichtungen in einem Anlaufe niederwerfen zu können. Und wirklich schien es, als ob die ungeheuern Umtriebe, welche stattfanden, augenblicklich zum Ziele führen würden. Wie es aber gerade in der Schweiz schon mehrmals geschah, so jetzt wieder. Man erkannte noch zur rechten Zeit die drohende Gefahr. Ist auch dem unwürdigen und bundesfeindlichen Treiben in den beiden Kantonen Wallis und Freiburg noch keineswegs ein Ende gemacht, so sind doch die Machinationen in Tessin bereits zum Gegenstande des Spottes geworden, und jene in Neuenburg schlugen geradezu in der entgegengesetzten Richtung aus, welche von der schwarzen Partei beabsichtigt war. Besonders wichtig ist aber die Entscheidung des eidgenössischen Nationalraths über die Petition von Posieur. Die Verhandlung zeigte klar den wahren Stand der Sache; sie wies nach, wie hier der Name der Freiheit mißbraucht werden will, um die Sache selbst zu schänden; sie zeigte klar, daß, wenn auch in Freiburg, unter wahrhaft ungewöhnlichen Verhältnißen, für den Augenblick verschiedene Beschränkungen bestehen, diese doch nicht den zehnten Theil derjenigen Beschränkungen ausmachen, welche unter dem entgegengesetzten Regime sogar im Normalzustande aufrecht erhalten werden. Wo die Freiheit der Presse eine volle Wahrheit, und das Vereins- und Versammlungsrecht durchaus unangetastet ist, da kann wahrlich von einer „unerträglichen Tyrannei" und wie die Schlagwörter der Schwarzen sonst noch lauten, gar keine Rede sein. Die Reactionäre im Nationalrath erkannten selbst, daß sich Dasjenige nicht vertheidigen lasse, was vom Comité von Posieux gefordert ward; sie versuchten den Rückzug auf halben Weg, indem sie einen gemäßigtern Antrag stellten. Allein auch dieser wurde verworfen, und zwar verworfen mit eminenter Majorität! Allerdings wird der Kampf von den Schwarzen noch keineswegs aufgegeben werden; er ist somit noch nicht beendigt; allein es ist ein guter Anfang gemacht; — ein um so schönerer und würdigerer Anfang, als der Nachlaß der Sonderbundskriegsschuld thatsächlich beweist, daß die Freisinnigen zu Maßregeln wirklicher Versöhnung, selbst unter großen materiellen Opfern, gerne die Hand bieten.

⊙ **Heidelberg,** den 7. August. Dem scheidenden Professor der Theol. Dittenberger werden, wie es so Sitte ist, von verschiedenen Seiten Aschiedsessen gegeben und haben mehre Bürger bereits eine öffentliche Einladung an die hiesigen Einwohner ergehen lassen. Dittenberger ist Nationalist und vertrat hier gewissermaßen das freiere Element gegenüber den orthodox-reactionären Bestrebungen unserer Schenkel, Ullmann, Hundeshagen und Umbreit, den bekannten Ketzerrichtern in der Bremer Angelegenheit. Dulon's Antwort auf das Gutachten dieser Facultätsprofessoren wurde gestern für die Dauer des Kriegszustandes verboten nebst allen übrigen Broschüren, welche zur Beleuchtung dieses Streites in Bremen erschienen sind. Es würde mehr im Sinne der Gerechtigkeit und Billigkeit gewesen sein, dem angegriffenen und bestraften Dulon ein Wort zu seiner Vertheidigung gegönnt zu haben, als es ihm zu entziehen, zumal sich die deutsche Critik gegen die Heidelberger zu Gunsten Dulon's ausgesprochen hat. — Heute wird auf dem Schloße ein Festessen von österreichischen und hessischen Officieren gefeiert. Wenn's der Mühe lohnt, später mehr darüber.

* **Speyer,** den 8. Aug. Die Districtsräthe werden, wie bereits gemeldet, am 19. ds. die von ihnen zu bestimmenden Mitglieder des Landraths wählen; die großen Grundbesitzer dagegen werden ihre Wahlen schon am 17. ds. vornehmen. (Die Angabe in der neuesten Pfälzr. Ztg., welche das Datum in beiden Fällen gerade umkehrt, beruht auf Irrthum.) — Unsere mitgetheilten Listen der Districtsräthe haben wir bezüglich einiger Gemeinden noch zu vervollständigen und zu berichtigen. Gewählt wurde zu Dudenhofen J. A. Schanninger, zu Harthausen P. Flörchinger; sodann zu Friesenheim Bürgermeister Rickert und zu Rugheim D. Acker; zu Jockgrimm Meixel (nicht Weixel).

* **Speyer.** Der Districtsrath des Kantons Frankenthal ist folgendermaßen gebildet:

I. Vertreter der Gemeinden. Frankenthal: Hypothekenbewahrer Lehmann und quiesc. Friedensrichter Rybiner-Friedrich; Beindersheim, Bürgerm. Maquet; Bobenheim, Bürgerm. Knies; Edigheim, Bürgermeister Diehl; Eppstein, Bürgerm. Magin; Flomersheim, Bürgerm. Mack; Gerolsheim, Bürgerm. Burkholder; Großniedesheim, Bürgerm. Nic. Müller; Heßheim, Bürgrm. Gg. Müller; Heuchelheim, Bürgrm. A. Müller; Kleinniedesheim, Bürgerm. Gg. Müller; Lambsheim-Maxdorf, Bürgerm. Wendel; Mörsch, Bürgerm. Loy, Oppau, Bürgerm. Schmitt; Rorheim, Bürgerm. Hagenauer; Studernheim, Bürgerm. Sößer.

II. Höchstbesteuerte: Gemeinde Oppau und Gemeinde Lambsheim.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Gutsbesitzer Neudelhuber v. Lambsheim, Gutsbesitzer Riel v. Frankenthal, Gutsbes. Riede v. Oppau, Gutsbes. Janson v. Dirmstein.

— Districtsrath des Kantons Grünstadt:

I. Vertreter der Gemeinden. Grünstadt: Gutsbes. Catoir und Fabrikbesitzer Bordollo; Albsheim, Bürgerm. Schüller; Altleiningen, Wirth Zimmermann; Asselheim, Gutsbes. Nebb; Battenberg, Bürgerm. Rings; Bissersheim, Müller Puder; Carlsberg, Gmdeschbr. Graf; Colgenstein, Ackersmann C. Fuchs; Dirmstein, Gutsbes. Brandt; Ebertsheim, Bürgerm. Fetzer; Großbockenheim, Bürgerm. Lauermann; Großkarlbach, Oeconom Catoir; Hertlingshausen, Müller Göbels; Hettenleidelheim, Ackersmann Schmidt; Kindenheim, Burgerm. Seyb; Kirchheim am Eck, Bürgerm. Koch; Kleinbockenheim, Bürgrm. Klingel; Kleinkarlbach, Müller Lang; Laumersheim, Bürgerm. Kehr; Mertesheim, Bürgerm. Nastoll; Mühlheim, Joh. Keidel II; Neuleiningen, Gemeindeschbr. Nüttger; Obersülzen, Bürgerm. Lawall; Obrigheim, Müller Schiffer; Quirnheim, Adjunct Finck; Sausenheim, Bürgrm. Binder; Tiefenthal, Bürgerm. Böll; Wattenheim, Gemeinderath Riegler.

II. Höchstbesteuerte: Gutsbes. Camuzzi v. Dirmstein, Progymnasium Grünstadt, Gutsbes. Wittwe Janson v. Dirmstein, Gütsbes. Renz v. Heidesheim.

III. Gewählte der Höchstbesteuerten: Christ. Becker v. Grünstadt, Janson v. Kleinbockenheim, Laise v. Obersülzen, Fitting v. Großkarlbach, Fitting v. Tiefenthal, Christian Janson von Dirmstein, Eymann von Quirnheim.

* **Heidelberg,** den 8. Aug. Unsere Kirchenfrage

wird wol bald in ein neues Stadium treten. Nachdem der Erzbischof kraft seines oberhirtlichen Amtes den Geistlichen des Bezirks Ladenburg, welche bekanntlich die Feier für den verstorbenen Großherzog nach der Vorschrift des Ministeriums vornahmen, eine Strafe (geistliche Exercitien) in St. Peter abzustehen dictirte, beschlossen dieselben in einer schriftlichen Vorstellung die Gründe ihrer Handlungsweise der geistlichen Behörde vorzulegen und darauf gestützt zu erklären, daß sie der anbefohlenen Strafe sich nicht unterziehen würden. Wenn nun der Erzbischof, wie er consequenter Weise kommen muß, mit Entsetzung und andern Schritten gegen die Ungehorsamen voranschreitet, so werden einem umlaufenden und nicht unwahrscheinlichen Gerüchte zufolge diese sämmtlichen Geistlichen nebst ihren Gemeinden zum Protestantismus übertreten, ein Schlag, den die kath.-ultramontane Clerisei nicht so leichten Herzens hinnehmen würde. Der weitere Verlauf wird das Wahre alsbald an den Tag bringen.

Mittlerweile wurde ein neuer interessanter Zug des ehemaligen Reichsministerpräsidenten bekannt, den ich mich verpflichtet halte, Ihren Lesern mitzutheilen. Der russische Gesandte benachrichtigte nemlich seiner Zeit Hrn. v. Gagern, daß seine Regierung Deutschland in seiner einheitlichen, neuen Gestaltung sofort anerkennen und sich mit dem künftigen Reichsoberhaupte auf freundschaftlichen Fuß stellen würde. Das etwa ist der Sinn dieser Mittheilung, von welcher Hr. v. Gagern vor seinen Collegen und somit auch der Nationalversammlung keine Sylbe verlauten ließ. Welche ungeheure Verantwortung ein solches Benehmen dem Manne, „der damals Deutschlands Geschicke in seiner Hand hatte" zur Last legt, ist offenbar. Ich muß es dem Hrn. Redacteur dieses Blattes überlassen, seinen Lesern die Folgen dieses Verschweigens im Genauern anzugeben.

Daß Elende und Furchtsame in allen Theilen des Landes die Regierung bitten und mahnen, ja mit aller Strenge nach Aufhebung des Kriegszustandes, welche also wirklich Ende dieses Monats stattfindet, zu verfahren, ist erklärlich. Ich theile das mit, weil dies ebenfalls zu den Zeichen der Zeit gehört.

München, den 4. Aug. Wie man vernimmt, werden die Hrn. Rechtskoncipient Mayrhoffer, Literat Vechioni und Commis Bogner demnächst von hier nach Amerika auswandern.

München, den 5. Aug. Der König hat genehmigt, daß die nächstjährige Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe zu Nürnberg abgehalten werde.*) (A. Z.)

Augsburg, den 5. Aug. Mit welchem Bedauern und gleicher Verwunderung vernehmen wir, daß Preußen Frankreichs Anschluß an den deutsch-österreichischen Postverein abgelehnt hat. Das ist ein Entschluß, der in das Zeitalter vor Erfindung und Bau der Eisenbahnen gehört. (A. Z.)

Frankfurt, den 5. Aug. Die Nachricht, daß die Gemahlin Dom Miguel's von Braganza in vergangener Woche auf Schloß Langenselbold von einem Prinzen entbunden worden sei, ist eine voreilige und erwartet die Fürstin vielmehr erst ihre Niederkunft auf Schloß Heubach bei Miltenberg.

Berlin, den 5. Aug. Das Correspondenzbureau berichtet: Es bestätigt sich, daß die Coalition in Stuttgart tagen will. Wir bemerken hierzu, daß es nicht unwahrscheinlich ist, daß Württemberg und Baden an den Berathungen Theil nehmen werden. Beide Staaten werden jedoch Erklärungen abgeben, die den Gesichtspunct aufrecht erhalten, daß die Erhaltung des Zollvereins obenanzustellen, für jetzt die Zolleinigung mit Oesterreich außer Acht zu lassen und nur der Abschluß eines Handelsvertrages Seitens des Zollvereins mit Oesterreich im Auge zu behalten sei.

Am letzten Freitag hat dem Vernehmen nach, wie der L. Z. geschrieben wird, der Gesandte der französischen Republik, Hr. v. Varennes, beim auswärtigen Ministerium Beschwerde über einen Artikel der Neuen Preuß. Ztg. erhoben, welcher unter der Ueberschrift: „Eine Brücke und ein Hansorden," die Begrüßung des Prinz-Präsidenten auf deutschem Boden einer Critik unterwirft. Der Antrag des Gesandten auf Ergreifung von Maßregeln gegen das Blatt soll unter Hinweis auf das geltende Preßgesetz abgelehnt worden sein.

*) Sollte denn eine solche Versammlung nicht ohne alle specielle „Genehmigung" stattfinden können?! D. Red.

Köln, den 6. Aug. Gestern Abends gegen 11 Uhr wurde die Nachbarschaft des erzbischöflichen Palastes durch einen heftigen Knall aus der Ruhe geschreckt. Es stellte sich bald heraus, daß man einen Kanonenschlag an ein Fenster des Erdgeschosses des erzbischöflichen Palastes, links vom Eingange, gelegt hatte, dessen Explosion 8 oder 10 Scheiben zertrümmerte und den Rahmen ein wenig schwärzte, sonst aber kein Unheil anrichtete. Ueber Urheberschaft oder Zweck des Bubenstreiches bestehen keine Vermuthungen. (Köln. Ztg.)

Memel, den 27. Juli. Der Verkehr mit Rußland ist, wie wir hören, in der neuesten Zeit abermals beschränkt worden. Das Ueberschreiten der Gränze von Handwerkern jeder Art soll selbst dann, wenn sie von einem nambaften Mann verschrieben werden, welcher den Behörden gegenüber für ihre politische Unbescholtenheit die Garantie übernimmt, ferner nicht geduldet werde.

Bremen, den 2. Aug. Der heutige Auswandererexpeditionstag brachte wieder gegen 3000 Auswanderer hierher.

Wien, den 2. Aug. Auch hier ist der Fall vorgekommen, daß sich eine Person durch Haarsalbe die Haare blau gefärbt hat. Gegen den Verkäufer des indiscreten Mittels hat der Betroffene Klage erhoben. — Nach der heutigen Oesterr. Corr. ist das amerikanische Geschwader, welches nach Athen bestimmt ist um Genugthuung wegen Verhaftung des Missionärs King zu fordern, bereits im Hafen von Neapel eingelaufen. (A. Z.)

Wien, den 3. Aug. Nach zahlreichen Metamorphosen, nachdem er Hessen-Darmstadt, Hessen-Homburg und Liechtenstein, in allen Stellungen aber nach Kräften dem österreichischen Interesse gedient, ist Hr. v. Linde jetzt ganz in österreichische Staatsdienste übergetreten und befindet sich zur Zeit hier, um die Bestimmung über seine demnächstige Verwendung entgegenzunehmen. Welcher fürstlich liechtensteinische Staatsmann ihn als Bevollmächtigter am Bundestage ersetzen wird, ist zur Zeit nicht bekannt, aber freilich auch von sehr geringem Interesse.

Oesterreichische Staaten.

Ungarn. Was es mit der „tiefen Bedeutung" des Volksjubels auf sich habe, erhellt am besten aus einem kleinen Zuge, welchen der Wiener Correspondent des Morning Chronicle berichtet: Der Ruf „Eljen!" kam nur vereinzelt vor; „Vivat!" war die allgemeine Losung für das Landvolk. Das fiel dem jungen Monarchen besonders in einem Dorfe bei Neutra auf, wo die ländliche Bevölkerung, die von den Gensd'armen zusammengetrieben war, um den Kaiser zu begrüßen, auf beiden Seiten des Weges aufgestellt war. „Warum Vivat?" sagte der Kaiser zum Richter; können sie nicht Eljen rufen? „Herr" antwortete der Beamte, indem er sich hinter den Ohren kratzte, „es ist schwer, die Ursache Eurer Majestät auseinander zu setzen." „Fürchte nichts!" antwortete der Kaiser. „Sprich nur gerade heraus." „Nun, Herr, ich habe mir die größte Mühe mit ihnen gegeben; aber wenn sie Eljen rufen, so fügen sie immer den Namen Kossuth's hinzu, aus bloßer Gewohnheit. Ich hielt es daher für besser, ihnen beizubringen, Vivat zu schreien."

Schweiz.

Bern. Sitzung des Nationalraths vom 5. August. Fortsetzung der Freiburgerangelegenheit. Bützberger sieht in dieser Agitation nichts Anderes, als die Reaction in der Maske der Democratie einherziehen. Der Bund habe keine Befugniß zu interveniren, das ergebe sich leicht aus unserer Bundesverfassung. Es handle sich

nicht darum, die Zweckmäßigkeit der Bundesverfassung zu untersuchen, sondern schlechthin um sie zu vollziehen. Sodann fragt der Redner, wer eigentlich die Petenten seien? und gibt zu, daß deren viele seien; aber dann frage es sich, ob dieselben auch wissen, was sie wollen; es gehe bei dergleichen Vorgängen gar eigenthümlich her: Religionsgefahr, Communismus, Geld rc. spielen dabei eine große Rolle. Den Leuten sei es nicht zu verargen, aber Diejenigen, die das Elend und die Unwissenheit dergestalt ausbeuten, diese treffe der Fluch. Und wie haben sie petitionirt? in einer Sprache, die an Schamlosigkeit Alles übertreffe und nicht gegen einen einzigen Paragraph in der Verfassung. Im gegenwärtigen Augenblicke sei die Bundesverfassung gefährdet. Bereits sei die Energie der Bundesversammlung erkaltet, die Sprache der conservativen Presse sei deutlich genug und selbst liberale Regierungen benehmen sich zweideutig. Er schließt zum Antrag der Commission. — Blösch kennt keine Sympathieen, sondern einzig das Recht. Das Volk in Freiburg habe seine Sympathieen, aber die Pflicht binde ihn, gegen dasselbe zu stimmen. Er durchgeht sodann die Entstehung der Freiburger Verfassung. Indessen glaube er dennoch, es müße und könne Etwas gethan werden und findet, daß in dem Antrage von Bontems dem obwaltenden Rechtsverhältniße sowol, als auch dem Zeitbedürfniße Rechnung getragen sei. Weiermann. Es sei auffallend, daß gerade Diejenigen, die sonst nicht viel nach dem Volke fragen, sich desselben jetzt so warm annehmen; das müße wirklich Mißtrauen erwecken. Wenn Leute mit geistiger Freiheit prahlen und für sie kämpfen, die im Namen der Religion die schönsten Anstalten derselben zerstört haben, so müße das Mißtrauen erwecken. In Freiburg werde das Vereinsrecht und die unbedingteste Preßfreiheit respectirt und was das glänzendste Zeugniß für die dortigen Zustände sei: es werde kein Wort gegen die Justizpflege erhoben und wo die Gerechtigkeit tadellos gehandhabt werde, lasse es sich immer noch leben. Er wirft einen Blick auf Berner Zustände, wo Männer länger als Jahr und Tag unter Anklage gestanden seien, weil sie das Protokoll einer Volksversammlung unterzeichnet haben. Die Vermittlungspolitik tauge nicht; sie werde als Schwäche ausgelegt und ermuthige nur den Widerstand. — Auch Kern und Stämpfli vertheidigen energisch die Anträge der Commission. Letzterer bemerkt: Bontems beantrage eine moralische Intervention, die sich zur directen ungefähr verhalte, wie ein Schlag von hinten zu einem solchen ins Gesicht. Man klage über Unterdrückung und doch seien von dort nur zwei Beschwerden über rechtswidrige Behandlung von Bürgern bei den Bundesbehörden eingelangt, denen dann auch Rechnung getragen worden sei. Es werde Versöhnung und Versöhnlichkeit gepredigt, wie man aber auf diesem Wege, auf dem Wege der Concessionen dazu gelange, das zeige sich am besten aus der Zeit der Badener Conferenzartikel bis zum Sonderbundskriege; da sei man auch dem confessionellen Frieden zu lieb von demselben zurückgetreten und endlich habe man sich gleichwol auf dem Schlachtfelde begegnen müßen. — Endlich wird zur Abstimmung mit Namensaufruf geschritten. Nach Verwerfung aller übrigen Anträge (der von Bontems erhält 21 gegen 70) wird der Antrag der Commission auf einfache Tagesordnung mit 79 von 97 Stimmen (4 Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten), angenommen. (S. N.-Z.)

Frankreich.

Paris, den 3. Aug. Die offiziöse Journalistik thut, als ob die Regierung mit dem Gang der Wahlen außerordentlich zufrieden wäre. Wenn dieß der Fall ist, so ist sie sehr genügsam. Denn es sind lauter Minoritätswahlen, in denen sie ihre Candidaten durchsetzt, und so nicht einmal alle. Im Moniteur wird über das Unterliegen des Herzogs v. Uzès im Gard triumphirt, und wodurch hat es dieser harmlose Oppositionscandidat verdient? Weil er im gesetzgebenden Körper zum Budgetausschuß gehört hat, der sich beigehen ließ, einige bescheidene Ersparnißvorschläge zu machen. Kein Wunder, wenn ein gewöhnliches Mitglied dieses Ausschusses so übel angesehen ist, daß dann der Berichterstatter, Graf Chasseloup-Laubat, geradezu als Feind der Regierung behandelt werden konnte.

— den 2. Aug. Eine kleine Notiz im gestrigen Moniteur hat das Publicum glauben machen wollen, daß in Betreff der Zulassung zur Normalschule den Katholiken, Protestanten und Israeliten mit gleichem Maß gemessen wird. Ich fürchte aber sehr, daß die von den höchsten protestantischen und israelitischen Religionsbehörden getheilten Besorgnisse damit nur halb beschwichtigt sein werden. Es ist möglich, daß auch Nichtkatholiken das Examen haben mitmachen dürfen. Folgt aber daraus, daß ihnen die Normalschule selbst geöffnet werden wird? Daß sie auch nach beendigten Studien Staatsanstellungen als Professoren erhalten werden? Man will wissen, daß die Unterrichtsinspectoren, denen schriftlich allerdings nur eine höchst sorgfältige Untersuchung der Sittlichkeit, und besonders der politischen Meinungen der Normalschulcandidaten aufgetragen worden ist, gleichzeitig vertrauliche Anweisungen in Bezug auf die confessionellen Unterschiede erhalten haben. Man will ferner wissen, daß in Zukunft alle nichtkatholischen Candidaten des höhern Lehramts von allem, was nicht Mathematik und Naturwissenschaft ist, also vom Unterricht in der Litteratur, Geschichte, Sprachkunde, Philosophie, ausgeschlossen werden sollen; ja sogar, daß auch in den untersten Gemeindeschulen keine protestantischen Kinder mehr Zutritt haben werden, für die, wenn Mittel vorhanden sind, besondere Anstalten gegründet werden sollen. Wie aber wenn die Mittel fehlen, wie in den allermeisten Fällen anzunehmen ist?! (Allg. Ztg.)

Paris, den 4. Aug. Ludwig Napoleon hat das Monument und die Gebeine des Herzogs von Enghien aus dem Festungsgraben von Vincennes wegbringen und bei Seite schaffen lassen! — Die Broschüre V. Hugo's wird hier im Geheimen zu 20 Fr. verkauft. — Die bekannte Miß Howard hat Paris verlassen; sie hat gebeten, man möge sie zurückkommen lassen. Die bevorstehende Heirath hat die Erfüllung ihres heißen Wunsches vernichtet. — Fortoul hat nicht dulden wollen, daß die Academie eine Geschichte der parlamentarischen Beredsamkeit als Preisaufgabe aufstellte! — Die zur Errichtung eines Denkmals für den König Murat eröffnete Subscription hat bis jetzt nur 944 Fr. aufgebracht!

† **Paris**, den 6. Aug. Das Journal des Debats bringt einen sehr ausführlichen Bericht des Hrn. Coninck über den muthmaßlichen Ausfall der diesjährigen Getreideerndte in Frankreich. Seinen Beobachtungen zufolge wird die Erndte einen weniger als mittelmäßigen Ertrag und eine ziemlich geringe Qualität, besonders des Weizens, liefern, was er dem anhaltenden Regen während der Blüthenzeit und der darauf folgenden starken Hitze, welche eine Frühreife des Getreides veranlaßte, zuschreibt. Die Landwirthe sind erstaunt über die ganz außerordentlich geringe Schüttung des Getreides, das auf dem Halm dem Anscheine nach zu weit günstigeren Hoffnungen berechtigte. Einige östliche Departements, darunter Elsaß, machen hievon eine Ausnahme. — Die Krankheit des Weinstocks, welche sich namentlich im südlichen Frankreich außerordentlich rasch verbreitet, erregt sehr ernstliche Besorgniße der Weinbauern. Der Bischof von Montvellier hat um Abwendung des drohenden Uebels öffentliche Gebete veranstaltet. — Der Cardinal Bonald in Lyon hat gegen die Broschüre des bekannten Paters Ventura eine Note in ein dortiges Journal einrücken lassen, worin er die Schrift ein Pamphlet, eines Priesters und eines ehrlichen Mannes gleich unwürdig, nennt, und die gegen seinen Bruder, der Vicomte Bonald, darin vorgebrachten Insinuationen für böswillige, lügnerische Verläumdungen erklärt. — Der Minister des Innern hat an die Präfecten ein Circulair erlassen, in welchem er Aufklärungen über den auffallend häufigen Ruin der Theaterunternehmungen einfordert. (!) Gleichzeitig weist er sie an, den Theaterdirectionen allen möglichen materiellen Vorschub zu

leisten, aber eine strenge Censur der Theaterstücke und Ueberwachung aller öffentlichen Vorstellungen zu beobachten. (!) — Ein Brief aus Malta meldet, daß eine französische Escadre von Algier vor Tripolis angekommen sei. Der Admiral forderte die Auslieferung der beiden wegen Nichtübertritt zur mohammedanischen Religion mißhandelten Franzosen, und drohte im Weigerungsfalle mit sofortiger Eröffnung der Feindseligkeiten. Der Pascha scheint nicht nachgeben zu wollen. Beim Abgang der Post verweigerte er noch hartnäckig die Auslieferung der beiden Unglücklichen, von denen man deßhalb vermuthet, daß sie bereits hingericht sind. — Am 10. Aug. läuft der bestehende Handelsvertrag zwischen Frankreich und Belgien ab. Die Unterhandlungen über einen neuen Vertrag sind zwar schon seit längerer Zeit im Gange, der Abschluß aber ist durch die Ministerkrisis in Belgien verzögert worden. Es soll demnach morgen ein Abkommen unterzeichnet werden, dem zufolge der alte Vertrag auf eine kurze Zeit verlängert wird. — Die durch den Telegraphen hier angelangte Nachricht aus dem Haag, daß die Generalstaaten den mit Frankreich zum Schutz des literarischen Eigenthums abgeschlossenen Vertrag einstimmig verworfen haben, hat hier, namentlich unter den Verlegern (ohne Zweifel auch anderwärts!) einen unangenehmen Eindruck hervorgebracht.

Der Moniteur widerlegt die Nachricht von einem Aufstand auf den Gesellschaftsinseln und der Flucht der Königin Pomare. Ihm zufolge hat der Aufstand auf den 40 Stunden von Taiti gelegenen Inseln Raiatea, Huaheina und Borabora stattgefunden. Diese Inseln gehören aber nicht zu dem Reiche der Königin Pomare und stehen nicht unter französischem Schutze.

Italien.

* **Rom**, den 28. Juli. Die Regierung hat die Beerdigung eines jungen gestorbenen Joniers in geweihter Erde nicht gestattet. Nachdem der Leichnam 7 Tage unbeerdigt geblieben ist, hat man Ordre gegeben, ihn an einen entlegenen einsamen Platze zu verscharren. (!!)

Rom, den 31. Juli. In Forli wiederholten sich zu Anfang dieser Woche unangenehme Auftritte zwischen Policei und Einwohnerschaft, gegen welche letztere auch das österreichische Militär aufgeboten werden mußte. Der Ursprung des Haders datirt vom 25. v. M. her, wo vier junge Männer von guter Familie wegen Betheiligung an einem politischen Morde standrechtlich erschossen wurden. Die Forlinesen gaben sich das Wort, an jenem und dem folgenden Tage den öffentlichen Verkehr in der Stadt zu hemmen, keinen Kaufladen mit Einschluß der Bäcker und Fleischer zu öffnen, und auch das Theater nicht zu besuchen. Diese Trauerconvention ward pünctlich durchgeführt. Endlich sah sich die Policei genöthigt, die Kaufläden mit Gewalt öffnen zu lassen, wobei manche Härte vorgekommen zu sein scheint.

Portugal.

Aus Lissabon wird geschrieben, daß die Regierung aufs Höchste darüber aufgebracht sei, daß Mitglieder mehrerer der angesehensten Familien Portugals sich nach Deutschland begeben haben, um dem Dom Miguel aus Anlaß der bevorstehenden Entbindung seiner Gemahlin ihre Aufwartung zu machen.

Die Traubenfäule, welche in allen Weinländern des europäischen Continents so viel Besorgniß erregt, soll englischen Blättern zufolge auf der Insel Madeira die ganze diesjährige Ernte zerstört haben. Ja Unglückspropheten behaupten: die Reben selbst seien zerstört, und der berühmte Madeirawein werde künftig nur noch in der Erinnerung existiren. Die Einwohner haben die portugiesische Regierung um die Erlaubniß angegangen, Tabak bauen zu dürfen. (Die neuesten spanischen Blätter berichten das Gleiche von Malaga.)

Großbritanien.

* **London**, den 5. August. Am Sonnabend wird die Königin und der Prinz Albert sich nach Antwerpen einschiffen, wo sie der König der Belgier erwartet. — Die Morning Chronicle enthält einen langen Artikel, worin der Einsender des bekannten Vertrages der Großmächte, welcher so viel Aufsehen erregt hat, zu beweisen sucht, daß das Document ächt sei, und behauptet, es von einem sehr hochgestellten Legitimisten erhalten zu haben.

Donaufürstenthümer.

Ibraila, den 19. Juli. Ein furchtbarer Orkan hat hier gewüthet und mehrere Schiffe umgestürzt. Viele Menschen verloren ihr Leben. Auf dem festen Lande in der Strecke von 10 italienischen Meilen wurden Dächer und Rauchfänge umgeworfen, und es blieb kaum ein Halm Getreide oder Gerste auf den Feldern unversehrt.

Vereinigte Staaten.

Zufolge einer neuen Postbill, welche unlängst vom Congreß in Washington angenommen worden, tritt vom 30. Sept. d. J. an noch eine beträchtliche Ermäßigung bei den ohnehin sehr billigen Porto's für Zeitungen, periodischen Schriften, Pamphleten und Büchern innerhalb der Ver. Staaten ein: 2 Unzen Gewicht zahlen auf 3000 engl. Meilen Entfernung nicht mehr als 1 Cent (1½ Krzr.) und dieses Gewicht kann gegen Darauflegung von 1 Cent für jede weitere Unze bis auf 4 Pfund steigen.

Neueste Nachrichten.

München, den 5. Aug. Finanzminister Aschenbrenner ist von seiner Badreise gestern hierher zurückgekehrt. — den 6. Aug. Der Ministerialrath von Schilcher ist zum Staatsrath im ordentlichen Dienst ernannt worden.

Heute läuft die, wenn zwar nicht überraschende, so doch unter den gegebenen Verhältnissen interessante, Neuigkeit durch die Stadt, Hr. Dönniges sei an die Stelle des zum Staatsrath beförderten Hrn. v. Schilcher als Ministerialrath in das Ministerium des Auswärtigen getreten. (Eilbote.)

Karlsruhe, den 5. Aug. Der Hofgerichtsrath Prestinari ist zum Director des katholischen Oberkirchenraths ernannt.

Stuttgart, den 8. Aug. Das Budget ist nun in die Deputirtenkammer zurückgebracht. Dieselbe hat bereits die bedeutendsten Summen bewilligt, welche sie früher zu ersparen beschlossen hatte. Eine Steuererhöhung wird sonach nicht zu vermeiden sein.

Frankfurt, den 7. Aug. Die deutsche Bundesversammlung hielt vorgestern eine Sitzung, welche von langer Dauer war. Der „politische Ausschuß" brachte seinen Vortrag über die Preßangelegenheit ein, und die Versammlung beschloß die Instructionseinholung. Die nächste und letzte Sitzung wird nächsten Donnerstag stattfinden. (Frkftr. J.)

Leipzig. Mehr als 50 Leipziger Familien wollen gemeinschaftlich nach Amerika auswandern.

Berlin, den 6. Aug. Wie wir vernehmen (berichtet die Kreuzztg.), ist der Redacteur der zu Köln erscheinenden „Deutschen Volkshalle", Professor Müller, aufgefordert worden, Köln und den preußischen Staat zu verlassen. Prof. Müller ist bekanntlich ein Bayer.

Paris, den 4. Aug. Die Werbung des Prinz-Präsidenten um die Enkelin der Großherzogin Stephanie von Baden, die Prinzessin Carola Wasa, ist sicherem Vernehmen nach ablehnend beantwortet worden. (A. Z.)

* Unsere heutige lithographirte Correspondenz von Paris ist nicht eingetroffen; dagegen enthält die Kölnische Zeitung folgende telegraphische Depesche aus Paris vom 7. August: Der Präsident der Republik ist einer am 15. August nächsthin zu erlassenden General-Amnestie günstig, das Ministerium jedoch dagegen. Allen Demonstrationen, welche die Errichtung des Kaiserreichs bezwecken, wird von oben herab entgegen gewirkt.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 192 | den 11. August 1852.

Deutschland.

• **Speyer,** den 10. Aug. Aus verschiedenen Gegenden Mitteleuropa's, namentlich aus Frankreich, vernimmt man Klagen über den geringen Ertrag der diesjährigen Erndte; auch sind die Getreidepreise an verschiedenen Puncten nicht herab, sondern sogar eher etwas in die Höhe gegangen. Wir freuen uns sehr, melden zu können, daß, nach einzogenen Erkündigungen, die Erndte in unserer Gegend im Ganzen ein sehr befriedigendes Ergebniß geliefert hat; ebenso in dem uns benachbarten Elsaß. Allem Anscheine nach wird die Frucht dieses Jahr in Deutschland und den Nachbarländern einen Mittelpreis behaupten; sie wird nicht werthlos werden, aber ein Mangel steht eben so wenig zu befürchten.

• Man fragt sich, ob Hr. v. d. Pfordten nunmehr aus dem Ministerium ausscheiden wird, wenn wirklich, wie gemeldet, Hr. Dönniges zum Rath in seinem eigenen Ministerium (des Aeußern) ernannt ist, während Hr. v. d. Pfordten vor einem halben Jahre denselben sogar in seiner frühern Stellung nicht einmal in München duldete. Die Zollfrage hat eine solche Wendung genommen, daß Hr. v. d. Pfordten die Unmöglichkeit der Durchführung seiner Plane vielleicht ebenfalls erkennen dürfte. Das scheint uns die Hauptsache.

• Die Preuß. Kreuzzeitung ist verwarnt worden, in ihren heftigen Angriffen gegen Ludw. Napoleon fortzufahren. Möge man in Preußen eingedenk sein, welche Eventualitäten im Bereiche einer sogar sehr nahen Möglichkeit liegen, und möge man nicht vergessen, wohin man mit jener Pfiffigkeit gekommen ist, welche erst zum Basler Separatfrieden geführt, dann aber mit der Schlacht von Jena und dem Tilsiter Tractate geendigt hat. —

Speyer. Der Districtsrath des Kantons Kaiserslautern ist folgendermaßen gebildet:

I. Vertreter der Gemeinden. Kaiserslautern: Bierbrauer J. Gelbert, Rothgerber Carl Schwartz, Bierbrauer H. Jänisch, Rothgerber W. Stephanie und Kaufmann J. W. Jakob; Alsenborn, J. Heß I; Enkenbach, Bürgerm. Migeot; Erfenbach, Bürgrm. Müller; Erzenhausen, Adjunct Kaiser; Eulenbis, Peter Schmitt; Fischbach, Franz Gimbel I; Frankenstein, P. Kölsch; Hoheneck in und Dansenberg, Heinrich Heß und Schullehrer Gernle; Hochspeyer, Bürgermeister Friedr. Diemer; Krikenbach, J. Mangsen ; Morlautern, Bürgrm. Klein; Mölschbach, Jacob May; Pörrbach, Jacob Diehl; Rodenbach, G. A. Wagner; Stelzenberg, J. Wagner; Schwedelbach, J. Dieh; Stegelbach, J. Heinrich; Stockborn, J. Bachmann; Trippstadt, Bürgerm. Spanier; Weilerbach, G. Becker; Waldleiningen, V. Jung.

II. Höchstbesteuerte: N. Görg v. Kaiserslautern, G. Häberle v. Daubornerhof, D. Würz v. Enkenbach.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Wilh. Migeot v. Enkenbach; W. Neu v. Weilerbach; D. Häberle v. Hochspeyer, Bürgerm. Orth v. Kaiserslautern, Adjunkt Schuff v. Rodenbach, J. Wagner v. Krickenbach, Kaufmann Frz. Karcher v. Kaiserslautern.

— Districtsrath des Kantons Otterberg:

I. Vertreter der Gemeinden. Otterberg: Müller Aufschnaiter; Baalborn, Th. Simgen; Erlenbach, J. Hollstein; Heiligenmoschel, Adjunkt Rahm VII; Heimkirchen, N. Cornelius; Hirschhorn, Wirth Meisenheimer; Katzweiler, Bürgerm. Christmann; Mehlbach, Bürgrm. Klein; Mehlingen, J. Latschar; Morbach, G. Gauch; Neukirchen, J. Hemmer I; Niederkirchen, P. Braun V; Olsbrücken, P. Schneck; Otterbach, J. Dietrich; Obersulzbach, Adjunct Eicher; Sambach, P. Wernz; Schallodenbach, Schullehrer Eimer; Schneckenhausen, Bürgerm. Golsong; Untersulzbach, J. Jung; Wörschbach P. Christmann.

II. Höchstbesteuerte: D. Hach v. Otterbach, J. Schmitt v. Amoshof, C. P. Müller v. Mehlingen.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Joh. Hofmann v. Neuhof, P. Bender v. Hollbornerhof, J. Schmitt I v. Olsbrücken, J. Wilking sen. v. Katzweiler, F. Ruby II v. Neukirchen.

— Districtsrath des Kantons Winnweiler:

I. Vertreter der Gemeinden. Winnweiler: J. Schäfer; Breunigweiler, J. P. Ritter; Börrstadt, J. Werst; Falkenstein, B. Frank; Gonbach, Th. Buch; Gehrweiler, J. Kolter; Gundersweiler, Bürgrm. Kolter; Höringen, Bürgrm. Boblander; Hochstein, J. P. Ritzmann; Imsbach, Bürgrm. Trost; Imsweiler, Bürgrm. Limbacher; Lohnsfeld, Bürgem. Maaß, Langmeil-Alsenbrück, D. Eymann; Münchweiler, M. Busch I; Neuhemsbach, J. Bossong; Potzbach, Adjunkt Beutler; Sembach, Ph. Andiä; Sippersfeld, Bürgrm. Scholl; Steinbach, Bürgerm. Schneider; Schweisweiler, Wirth H. Kennel; Wartenberg-Rohrbach, Adj. Krebbiehl.

II. Höchstbesteuerte: Gebrüder Eichelberger v. Münchweiler, Frhr. v. Gienanth v. Hochstein, D. Ritter v. Sembach.

III Gewählte der Hochbesteuerten: Wirth Kremp v. Winnweiler, Wirth Frank und Müller Salomon auf der Langmeil, Bürgrm. Dick v. Börrstadt, A. Frank v. Alsenbrück.

München. In einem Publikandum des Kreis- und Stadtgerichts München wird ein Albert, Graf von Montecucolli, 20 bis 22 Jahre alt, ehemals österreichischer Kuirassierlieutenant, aufgefordert, sich gegen die Beschuldigung „ausgezeichneten Betruges" zu vertheidigen, begangen dadurch, daß er eine falsche Bürgschaftsurkunde fur eine Schuld von 30,000 fl., auf den Namen des Grafen Bassenheim ausgefertigt, und Gebrauch von diesem falschen Scheine gemacht habe.

— den 5. Aug. Es verlautet immer bestimmter, daß im Kreise Oberbayern die Gerichtsorganisation mit 1. Oktober ins Leben treten wird. — General Changarnier, der dieser Tage hier weilte, hat sich nach der Schweiz begeben und gedenkt derselbe, dort vorläufig festen Wohnsitz zu nehmen.

München, den 6. Aug. Der eben am Hoflager in Hohenschwangau weilende Legationsrath Dönniges ist (wie bereits gemeldet,) zum Ministerialrath im Ministerium des Aeußern befördert worden. Er hätte nun eigentlich in dem Ministerpräsidenten, der ihn erst kürzlich exilirt wissen wollte, seinen unmittelbaren Vorgesetzten; doch zweifelt man nicht, daß es mit der Subordination nicht allzu ernst wird, daß Hr. v. d. Pfordten auch diesen Kelch leert und Dönniges nach wie vor vorzugsweise im Cabinet thätig bleibt. Die Beförderung scheint nur in so ferne von Bedeutung, als eben jetzt auf die dem Zollverein günstigen Ansichten des Hrn. Dönniges besonderes Gewicht gelegt wird. (Fr. J.)

München, den 6. Aug. Vergangene Nacht quoll

plötzlich aus dem Erdboden in der Blumenstraße eine armsdicke Feuerflamme; Hinzukommende entdeckten, daß es Gas war, welches einer zersprungenen Röhre entquollen und wahrscheinlich von einem Vorübergehenden, der dem Geruch nachging, aus Muthwillen angezündet worden war.

In **Bayreuth** erschoß sich am 3. Aug. Nachts auf dem Posten vor dem Zuchthause der Soldat Georg Schrüfer vom 13. Inf.-Regiment mit seinem Dienstgewehr.

Stuttgart. Der Staatsanzeiger erzählt in Folgendem einen neuen Zug des unglückseligen holländischen Erbschaftsschwindels: „Abermals ist das Theobald-Mezger-Weidnom'sche Erbe aufgetaucht und bewegt dermalen wieder viele Gemüther. In Baden hat sich zu Betreibung dieser Sache ein Komite gebildet, dessen Sitz in Freiburg ist und dem sich die Betheiligten der Nachbarländer bereits angeschlossen haben. Auch unsere Leute sind wieder thätig, haben nicht nur einen Abgeordneten dorthin geschickt, sondern wirken auch durch Geldbeiträge mit. Da ihren Aussagen nach Holland nicht im Stande ist, dieses Erbe sammt Zinsen zu verabfolgen, so wollen sie nunmehr im Wege des Vergleichs mit 8 Millionen zufrieden sein. Die Bundesversammlung in Frankfurt und Frankreichs Regierung, glauben sie, werden ihrem Wunsche Nachdruck geben. Zu diesem Behufe werden sie eine Deputation nach Frankfurt und Paris schicken. Würden doch diese Leute ihr Geld nicht an diese hoffnungslose Sache verschleudern!"

Frankfurt, den 7. Aug. Der Zudrang von Fremden in den hiesigen Gasthöfen ist eben so stark, daß die Besitzer der ersten Hotels noch Privatwohnungen in der Nähe miethen mußten, um ihre Gäste alle unterzubringen.

Weimar, den 5. Aug. Eine ganz eigenthümliche Stellung dürfte unser nächster aus dem privilegirten Wahlgesetz hervorgehender Landtag einnehmen. Nach jenem Gesetze ist nämlich, wenn im ersten Wahltermine nicht die nöthige Anzahl (die Hälfte und bei den allgemeinen Wahlen $\frac{2}{3}$) Wahlberechtigter erschienen, in zweitem Wahltermin die Wahl in jedem Falle als vollendet zu betrachten. Nun sind aber an den meisten Orten, in den nicht privilegirten Classen eine so außerordentlich kleine Anzahl von Wählern erschienen (in einer Stadt bestand die Wahlkörperschaft sogar nur aus dem Amtmann, dem Actuar und dem Steuereinnehmer), daß eine und zwei Stimmen in dem zweiten Wahltermine schon die Wahl vollendeten. Man wirft also billig Seitens der Bevölkerung die Frage auf, ob ein solcher Landtag auch nur in dem bescheidensten constitutionellen Sinne als Repräsentant des Volkes betrachtet werden könne, und wird in diesem Bedenken nicht durch die Wahrnehmung zurückgebracht, daß in einigen Bezirken deßhalb eine größere Anzahl von Wählern erschien, weil ihnen bei Strafe das Erscheinen anbefohlen worden war. (Fr. J.)

Berlin, den 5. Aug. Die „Deutsche Volksh." erfährt Einiges über die Lage der zwischen den Bischöfen der oberrheinischen Kirchenprovinz und den betreffenden Regierungen schwebenden Verhandlungen, das wir in demselben klagenden Ton wiedergeben, mit welchem es das ultramontane Blatt mittheilt. „Preußen hat die Stellung, welche die Hoffnung der Katholiken ihm anwies, nicht eingenommen. Von den übrigen Regierungen hat keine einzige sich zu einer so freisinnigen Auffassung erhoben, um auch nur alles dasjenige, was bereits factisch bestehet, rechtlich anzuerkennen. Die Kirche ist nirgend befriedigt, weder durch das Gemeinsame, wozu man sich geeinigt hat, noch durch die besonderen Beschlüsse der einzelnen Staaten, in Betreff derjenigen Puncte, über welche eine Einigung nicht erlangt wurde. Kurhessen hat sich übrigens der Kirche am meisten genähert, obschon es sich von dem lächerlichsten Zopf des rationalistischen Staatsrechts (Placet, Verkehr mit Rom) noch nicht losmachen konnte. Nächst Kurhessen ist Darmstadt zu nennen; dann folgt Nassau, und hinter Nassau steht Württemberg, das non plus ultra von Illiberalität Baden überlassend."

— den 6. Aug. Der interimistische Redacteur der N. Pr. Z., Dr. Beutner (Wagner ist im Bade), zeigt heute an, daß ihn der Polizeipräsident in Folge eines Ministerialrescripts verwarnt habe, nicht ferner gegen auswärtige Staaten, speziell gegen den Präsidenten der franz. Republik, gehässige und heftige Angriffe zu veröffentlichen, weil sonst mit weiteren Maßregeln gegen das Blatt vorgeschritten werden müsse.

Wien. Wiener Blätter berichten, daß zwischen Oesterreich und der Schweiz, resp. den Kantonen Graubündten und St. Gallen, Verhandlungen eröffnet worden seien, welche den Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrages in Folge des mit Liechtenstein abgeschlossenen Handelsvertrags zum Gegenstande hätten. Doch bleibe der Abschluß des Vertrags von der Zustimmung des Fürsten von Liechtenstein abhängig. — Das österr. Maß- und Gewichtssystem wird in genanntem Fürstenthum eingeführt.

Frankreich.

Paris, den 5. Aug. Proudhon scheint in seiner neuen Schrift zu fürchten, daß der 2. December aus mißverstandener Sorge für sich selbst den logischen Pfad der socialen Revolution wieder verlassen und sich ihr entgegenstemmen werde. „Nein," ruft er aus, „man verschlingt nichts, was größer ist, als man selbst, und wenn der 2. December die Nation verschlingen will, so wird er daran platzen." Bleibt er aber seiner Bestimmung treu, meint Proudhon, so wird ihm auch die Politik dem Auslande gegenüber leicht werden. „Glaubt die Familie des Kaisers etwa," sagt er auf einer der letzten Seiten, „daß man sie ihrer Adelstitel wegen sucht, und meinen die Herren Louis, Jerome, Napoleon, Pierre, Charles, Antoine, Lucien, Bonaparte und Murat von dem Teig zu sein, woraus die Souveraine von Gottes Gnaden, die legitimen Fürsten, die absoluten Könige und die Knechte geknetet werden? Ja, Bürger oder meine Herren! ihr tragt den größten der Namen der Neuzeit; ihr gehört durch Fleisch und Blut zu dem, der am besten unter allen Menschen es verstand, die Massen zu fanatisiren und sie unters Joch zu beugen. Erinnert euch indessen, daß es ihm nur dadurch gelang, sie ein paar Jahre lang im Zaum zu halten, weil er in ihren Augen die Revolution in Waffen repräsentirte." — Die Heirathsangelegenheiten des französischen Staatsoberhauptes sind immer noch nicht geordnet. Es scheint in dem Plane gewisser Mächte zu liegen, dem Haupte der Napoleoniden keine ebenbürtige Gemahlin zukommen zu lassen. Man spricht von einer ziemlich unangenehmen Discussion, die Hr. v. Kisseleff mit L. Napoleon über die Weigerung Rußlands gehabt, den Vater der Prinzessin Wasa umzustimmen. Es bedürfte bekanntlich nur eines Gegenbefehles, um alle Schwierigkeiten zu beseitigen. — Nächsten Montag findet der jährliche Concurs Statt. Die den Schülern für ihre Arbeiten gegebenen Gegenstände sind folgende: „Der Brief Cäsar's an Cicero, um ihn für das Kaiserreich zu gewinnen," und „der Brief Portalis' an den Kaiser Alexander, um ihn zu bewegen, den Code Napoleon in Rußland einzuführen." Unter den Schülern gibt es auch Anarchisten. Einer derselben hat, statt eines Briefes Cäsar's an Cicero, Cicero einen Brief an Cäsar schreiben lassen, worin er in den stärksten Ausdrücken von dem kaiserlichen Regime spricht. (K. Z.)

Großbritanien.

London, den 5. Juli. Die Shipping Gazette meldet, daß aus unbekannten Gründen der Auswanderungsstrom nach Australien ins Stocken gerathen ist. Mehrere der in der Themse liegenden Schiffe, die ursprünglich nach Melbourne oder Sydney gehen sollten, haben plötzlich ihre Bestimmung verändert. Die Abnahme im Passagiergeld und in den Frachten beträgt 10 bis 15 Procent. In Liverpool, Glasgow und anderen Außenhäfen dauert die Bewegung ungeschwächt fort.

In Gloucestershire ist mit der Anwerbung der Miliz der Anfang gemacht worden. Earl Fitzhardinge, der Lordlieutenant der Grafschaft, hat den Vicelieutenants

eingeschärft, alles Mögliche zu thun, um Freiwillige zu bekommen, damit das unbeliebte und unbequeme Loosziehen vermieden werden könne.

Neueste Nachrichten.

* **Deidesheim,** den 9. Aug. In unserer Fahnengeschichte ist ein neuer Vorgang zu melden. Bürgermeister Jordan (der Landtagsabgeordnete) hat seine Stelle als Bürgermeister niedergelegt, da er dieselbe unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr bekleiden mag.

München, den 7. Aug. Gestern Abend wurde ein Student Kleinhenne nach dem allgemeinen Krankenhause gebracht, welcher inmitte der Stirne eine Schußwunde hatte, in der sich noch die Kugel befand. Der Verwundete gibt an, sich aus Unvorsichtigkeit verletzt zu haben, indessen vermuthet man ein Duell.

Der schon vor einigen Monaten angeordnete diesßjährige Garnisonswechsel zwischen Truppen im diesseitigen Baiern und der Pfalz wird unmittelbar nach Aufhebung des Münchener Lagers zur Ausführung kommen.

Heidelberg, den 8. Aug. An dem Festessen auf dem Schlosse nahmen nur österreichische und darmstadter Offiziere Theil; badische und würtembergische waren nicht dazu eingeladen.

Kassel, den 8. Aug. Der Ausschuß der 2. Kammer soll sich gegen ein Anlehen ausgesprochen haben. Auch sagt man, daß in beiden Kammern darüber ernste Bedenken erhoben werden, ob sie überhaupt berufen seien, Geld zu verwilligen, indem sie nach Bundesbeschluß nur allein berufen seien, eine Erklärung über die vorgelegte Verfassung abzugeben. (Fr. J.)

Wien, den 7. Aug. Der Kaiser wird am 14., Abends 6 Uhr, eintreffen. Glänzende Empfangsvorbereitungen. Die Erzherzogin Sophie und die Königin von Preußen sind in Ischl angekommen. Das Gesetz über die Aufhebung der Aviticitätsrechte in Ungarn wird nächstens veröffentlicht werden. Der päpstliche geheime Kämmerer, Fürst Gustav von Hohenlohe Schillingsfürst, der über die Fortdauer der französisch-österreichischen Besatzung des Kirchenstaates und über die Kosten der Truppenverpflegung unterhandeln soll, ist angekommen.

† **Paris,** den 8. Aug. Der „Moniteur" enthält heute zwei unerwartete wichtige Decrete. Das erste lautet: „Es können sogleich nach Frankreich zurückkehren: Die Hrn. Creton, Duvergier d'Hauranne, Chambolle, Thiers, De Remusat, Jules de Lasteyrie, General Laidet, Antony Thouret." Das zweite lautet: „Das Verbot des Aufenthaltes in Frankreich ist aufgehoben für die Herren: Michel Renaud, Signard, Th. Bac, Belin, Nesse, Millot." — Die heute decretirte Zurücknahme von verschiedenen Ausweisungen wird vielseitig besprochen und hat einen sehr günstigen Eindruck gemacht, weil man sie nicht nur für einen Vorläufer, sondern für einen Beweis der erwarteten umfangreichen Amnestie am 15. August ansieht. Die Gerechtigkeit verlangte es, daß die aus Staatsrücksichten Ausgewiesenen, denen man kein directes Vergehen zur Last legen konnte, zuerst und ausnahmsweise berücksichtigt werden.*) Sie gehören nicht in die Categorie der zu Amnestirenden. Zu der Categorie der Zurückberufenen gehören aber noch viele Personen, deren Namen man in den beiden Decreten mit Bedauern vermißt. Soll man daraus schließen, daß die durch obige Decrete Begünstigten besondere Garantien für ihr künftiges Verhalten gegeben haben? Es ist nicht wahrscheinlich, wiewol es vielseitig geglaubt wird.

Die „Patrie" bevorwortet mit Rücksicht auf den mangelhaften Ertrag der diesjährigen Getreideerndte, die Aufhebung der variirenden Zollscala, welche die Einfuhr fremden Getreides erschwert, und zwar im Interesse der Consumenten gegen den Vortheil der Gutsbesitzer. Da eine solche Tendenz nicht in den gewöhnlichen Ansichten der Patrie liegt, so glaubt man, daß die Regierung eine Aufhebung oder Abänderung der Zollscala wirklich beabsichtigt und mit dem Artikel der Patrie die öffentliche Meinung sondiren will.

Die Straßburger Eisenbahn wird am 12. ds. dem Publikum eröffnet werden. Die Direction läßt Cramptonsche Locomotiven anfertigen, mit denen man die Fahrt von Paris nach Straßburg in 9 bis 10 Stunden zu machen gedenkt.

Nach einer aus sicherer Quelle gekommenen Mittheilung ist es nicht der Vater der Prinzessin Wasa, wie englische Journale behaupteten, sondern ihre Mutter, die Prinzessin Louise, von deren Seite bis jetzt noch ein Widerstand gegen die bekannten Heirathspläne Statt findet. Man glaubt übrigens, daß dieselbe dennoch ihre Einwilligung ertheilen und daß bis zum 15. August die Verlobung officiell angekündigt werden könne.

Nach einem Gerüchte wäre Ludwig Napoleon seiner Heirathsangelegenheit wegen, blos von zwei Adjutanten begleitet, incognito nach Baden-Baden gereist.

Aus Tripoli erfährt man die Beilegung des Streites. Die beiden Deserteure wurden ausgeliefert, und somit unterblieb die Beschießung der Stadt durch die französische Flotte.

* **Lissabon.** Die Königin hat angeordnet, daß Alle, die zur Beglückwünschung des Don Miguel nach Deutschland gereist sind, vor 2 Jahren nicht nach Portugal zurückkehren dürfen.

* **Rom.** In Rom sind am 29. Juli sehr viele Personen verhaftet worden, welche beschuldigt sind, mit Paris und London in einer Verschwörungscorrespondenz gestanden zu haben.

Miscellen.

Lola Montez, die jetzt in New-York zu einem Theater dritten Ranges, dem Bowery-Theater, übergegangen, dessen höchste Einnahme 600 Dollars beträgt, bei Eingangspreisen von 1 Shilling und 25 Cents, hat sich jetzt ein neues Localstück: „Lola Montez in New York," schreiben lassen, mit welchem sie viel Glück macht, indem Kossuth und viele andere im öffentlichen Leben bedeutende Personen, Redacteure und Austernstuben-Kritiker in demselben auftreten. Man schildert diese Localposse als ein würdiges Pendant zu dem ersten Drama, mit dem sie auftrat: „Lola Montez in Baiern." (K. Z.)

Eine wunderbare Rettung erlebte ein nordamerikanischer Fischer, Namens Johnson, der in seinem Boote die Niagara-Stromschnellen hinabfuhr und hart am Rande des tosenden Abgrundes glücklich zwischen einem Felsen der Ziegeninsel und des canadischen Ufers eingeklemmt blieb. Um Mitternacht gerieth er betrunken dahin und verharrte in dieser gefährlichen Lage bis zum Morgen, wo ein gewisser Joel Robinson den seltenen Muth hatte, von oberhalb sich in einem Kahne bis zur Insel zu wagen, an der er ein Tau befestigte und Johnson glücklich an das Ufer brachte. Fünf Minuten darauf machte sich Johnson's Boot vom Felsen los und stürzte in die Tiefe. Die Besucher des Wasserfalles sammelten an 200 Dollars für Robinson.

Das schwierige Unternehmen des Austrocknens des Harlemer Meeres ist im Monat Juli zu Ende gebracht worden. Es sind nur noch einige große Wasserlachen vorhanden, denen eben auch Abfluß verschafft wird.

Von der polnischen Gränze wird der Posener Zeitung Folgendes geschrieben: „In Kalisch und an andern Orten des Königreiches werden Musikanten aus besonderen Fonds besoldet, damit sie auf Straßen und öffentlichen Plätzen spielen und so den gesunkenen Muth beleben und die Gemüther erheitern. Was die Medicin

*) Die „Gerechtigkeit verlangte" vor Allem, daß man keinen Bürger verbanne, dem „kein directes Vergehen zur Last lag!" D. Red.

(gegen die Cholera) nicht vermag, soll die Tonkunst bewirken und die Seuche verbannen.“

(Eine aufgewärmte Anekdote.) Bei Gelegenheit der Straßburger Einweihung haben die Legitimisten wieder eine Anekdote aufgewärmt, die früher schon erzählt wurde. Im Jahre 1836 dirigirte ein gewisser Herr Carmouche das Straßburger Stadttheater. Die Elsäßer zogen vor, zu den Kunstreitern zu gehen und Carmouche, obgleich ein vortrefflicher Dirigent, machte schlechte Geschäfte. Eines Morgens liegt er im Schlafrock am Fenster, als ein ungeheurer Lärm sein Auge gegen das Ende der Straße lenkt. Dort sieht er einen kleinen blonden Mann im grünen Frack mit dem Kaiserhütchen zu Pferde, hinter im Reiter und Offiziere. „So schlag ein Donnerwetter drein, rief der Theater-Director, wieder eine Kunstreiter-Gesellschaft, heute Abend mache ich meine Kosten nicht.“ Er irrte sich. Die eigentliche Komödie war da schon vorüber und die Reiter, die Hr. Carmouche sah, führten den Sohn der Königin Hortense in die Kaserne. (Nürnb. Kur.)

Lamartine hat seinen letzten Roman, den er eben vollendet, dem Siecle für die Summe von 40,000 Frcs. verkauft. Lamartine muß jetzt fast ganz von seiner Feder leben.

In der Ebene von **Sablonville** nahe bei den Festungswerken von Paris, fand man beim Ausgraben eines Fundamentes eine mächtige Lage von kieselsaurer natürlicher Soda, also natürliches Glas, dem man nur noch etwas Kalk zuzusetzen hat, um das schönste Glas zu erhalten. Der Akademie der Wissenschaften sind Proben dieses Stoffes vorgelegt, von dem die Arbeiter wenigstens schon 20,000 Kilo ausbeuteten. Noch hat aber Niemand die Entstehung dieses Conglomerats erklären können.

In **Rom** ist durch den Papst ein Haus gegründet worden, welches konvertirte protestantische Geistliche, die sich zum Priesterstande vorbereiten wollen, aufzunehmen bestimmt ist. Monf. Arrighi ist zum Vorstand ernannt.

In einer Zeit, wo das Widersinnigste zu glauben auf einer Seite zugemuthet und auf der andern Seite gläubig angenommen wird, darf es nicht befremden, wenn man, um den schrecklichen Folgen des Hundswuthgiftes vorzubeugen, nach Geheimmitteln greift, da die Heilkunde bis jetzt noch kein zuverlässiges radikal heilendes oder schützendes Mittel gegen den Ausbruch dieser schrecklichen Krankheit aufzustellen vermögend war. Da hat nun kürzlich die A. Z. von der Oder her die Nachricht gebracht, daß ein Graf Sandretzki sog. Giftsteine besäße, mit denen man den Biß eines wüthenden Hundes heilen und die Folgen davon beseitigen könne. Flugs bringt nun das bayerische ministerielle Organ, die Neue Münchn. Ztg. eine Mittheilung darauf, die Einer unter alten Familienpapieren gefunden hat. Es ist ein Rezept für die Anfertigung von Giftsteinen, das der Einsender aus dem Französischen übersetzt hat und die N. Münch. Ztg. „zur Beurtheilung“ Sachverständigen offerirt. Bemerkungen dazu zu machen, ist ganz überflüssig. Das Rezept lautet nun: „Um Steine zu bilden, welche das Gift aus Wuthbißwunden ziehen, nehme man von einem Ochsen den Knochen, der vom Knie (genou) bis zum Fuß (pied) geht; man säge ihn seiner Länge nach in zwei gleiche Theile von einem Zoll. Man lege sie in glühende Asche lebendigen Holzes und lasse sie darin bis sie deren Farbe angenommen haben. Dabei ist wohl zu beachten, daß die Asche nicht dergestalt glühe, daß sie etwa verbrannt werden. — Ist die Wunde frisch, so lege man diesen Stein flach darauf, er wird sich von selbst daran kleben; ist sie schon geschlossen, so öffne man sie zuvor mit der Lanzette. Dieser Stein fällt von selbst ab; dann lege man ihn in Milch, die das Gift wieder herauszieht, indem sich kleine Körperchen absondern. Man lege ihn hierauf wieder auf die Wunde, und dies so oft er daran kleben bleibt, bis er von selbst abfällt. Ein Zeichen, daß die Wunde keinen Giftstoff mehr enthalte, ist, wenn der Stein nicht mehr anklebt. — Der Knochen muß geglättet sein, was man mit Glas bewerkstelligen kann; auch muß er sorgfältig vom Knochenmarke befreit werden.“ (!)

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

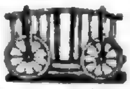
Büchelberg, den 8. August. Gestern kam hier ein sonderbarer, glücklicher Weise zur Zeit noch seltener Fall vor: dem Franz Ludwig Braun wurden durch den Steuerboten von Kandel verschiedene Mobiliargegenstände gepfändet, weil Joh. Baptist Braun für seine Kinder rückständige Umschreibgebühren schuldet. Bis das Ungereimte der Sache ins Reine gestellt ist, wird es dem Steuerboten ein Leichtes sein, sich wegen dieses Irrthums zu vertheidigen. Der Irrthum ist durch einen sehr eingebildeten klugen Herrn veranlaßt, der das Gras wachsen hört. —

[1163] **Medizinalrath Dr. Schmalz**
aus Dresden, wird den 17. Aug. in Speyer (Post), den 18. in Landau (Post), den 20. in Neustadt (Post), den 21. in Kaiserslautern (baier. Hof)

Gehör- und Sprech-Kranken

Rath ertheilen von 9 bis 1 Uhr.

[1162] **Haus- und Mobiliarversteigerung.**



Montag, den 16. August nächsthin, des Morgens um 9 Uhr, zu Hagenbach in seiner Wohnung, läßt Georg Gehrlein, Gutsbesitzer von da, folgende Mobiliargegenstände auf Credit versteigern, als:

2 Pferde, 2 Kühe, 1 Rind, 1 Schwein, 1 vollständigen Wagen mit 3 paar Leitern, 1 Karn, 1 Pflug, eine Egge, eine Chaise, Faßwerk von verschiedener Größe, Getüch, Schreinerwerk und sonstige Hausmobilien aller Art.

An demselben Tage, des Nachmittags um 2 Uhr, läßt Gehrlein sein in Hagenbach gelegenes zweistöckiges Wohnhaus mit bedeutenden Oeconomiegebäuden und einer Dampf-Brandwein-Brennerei öffentlich auf Zahlungstermine versteigern.

Kandel, den 7. August 1852.

Aus Auftrag:
G a ß.

[1161] **Hausverkaufs-Anzeige.**

Die Wittwe des zu Kandel verlebten kgl. Notärs Martin ist gesonnen wegen Wohnsitzveränderung aus freier Hand zu verkaufen:

Ein zweistöckiges, solid gebautes Wohnhaus mit Scheuer, Stallung, Schweinställen, Chaisen- und Holzremise, zwei Hofräumen und einem großen, schön angelegten Pflanz- und Baumgarten; das Ganze, welches 2 Morgen 29 Ruthen Fläche enthält, ist mit einer wohlerhaltenen Mauer umschlossen. Der untere Stock des Wohnhauses besteht aus 4 Zimmern, 1 großen Saale und 1 geräumigen Küche mit angränzender Waschküche; der obere Stock aus 7 geräumigen Zimmern, 2 Kammern und 1 Küche. Außerdem enthält das Haus 2 große Speicher und 3 Keller, wobei namentlich ein sehr großer gewölbter.

Dieses Anwesen, an einem der schönsten Punkte von Kandel an der lebhaften Landauer Straße gelegen, eignet sich nicht allein zu einem sehr angenehmen und bequemen Wohnsitze, sondern auch zum Betriebe eines jeden noch so ausgedehnten Geschäftes.

Freunden der Landwirthschaft ist mit Obigem zugleich Gelegenheit gegeben, dreißig Morgen des besten Acker- und Wiesenlandes zu kaufen.

Kaufliebhaber mögen sich wegen der nähern Bedingungen entweder an Hrn. Notär Jung dahier oder an den Unterzeichneten wenden.

Kandel, am 4. August 1852.

Fischer, Geschäftsmann.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 193 | den 12. August 1852.

Deutschland.

⊙ **Deidesheim.** Unterm 9. März 1848 erklärte die damals noch zu Recht bestehende Bundesversammlung als Bundeswappen das alte deutsche Wappen mit dem „Reichsadler" und als Bundesfarbe die alte deutsche Nationalfarbe — „schwarz-roth-gold." Natürlich, wenn es ein Deutschland, eine deutsche Nation geben soll, muß es auch ein deutsches Banner geben. So denkt der schlichte Menschenverstand. Die Bundesversammlung war todt, ist wieder aus dem Grabe erstanden und hat sich ohne weitere Umstände auf die alten Stühle gesetzt, um ihre Geschäfte fortzusetzen als wenn keine Unterbrechung stattgefunden hätte, und um ihre außer Kraft gesetzten früheren Beschlüße aufrecht za erhalten. Den Beschluß bezüglich des deutschen Banners hat sie bis heute noch nicht aufgehoben. Es ist daher unerklärlich, wie auch der treueste Anhänger des Bundestages in der von der Bundesversammlung selbst proclamirten Nationalfarbe etwas Aufrührerisches, etwas Unerlaubtes finden könne. Wundersam ist es ferner, wenn diese Nationalfarbe, nachdem sie von der Bundesversammlung selbst sanctionirt ist, von Provincialbeamten verpönt wird. Was würden die Nordamerikaner dazu sagen, wenn eine Provincialregierung das Sternenbanner verbieten wollte? Wir sehen daraus, wenn wir es nicht schon längst recht schmerzlich fühlen müßten, daß es noch keine deutsche Nation gibt. Auch das Bedauern hierüber und die Sehnsucht nach einem deutschen Vaterlande ist wohl verpönt. Wir haben uns lediglich mit dem glücklichen Besitze der auferstandenen Bundesversammlung zu trösten. Aber die Deidesheimer haben bei der erlittenen Zurechtweisung noch den besondern Trost, daß sie einen Beschluß der Bundesversammlung geehrt, als sie neben die baierische Fahne die deutche dreifarbige aufpflanzten. Sie mögen sich darum das erlittene Ungemach nicht allzusehr zu Herzen nehmen, und darin einen neuen Stoff zu heilsamen Betrachtungen über die deutsche Nationalität und Einheit zu finden verstehen.

• **Pfalz.** Aus glaubwürdiger Quelle wird gemeldet, daß von Seiten des k. Generalprocurators der Pfalz diejenigen Beamten, welchen dessen Weisung vom 26. Mai bezüglich des von dem protest. Consistorium zu Speyer excommunicirten Bahnhofverwalters B. zur Darnachachtung bei ihren öffentlichen Amtshandlungen zugegangen ist, wegen erfolgten Abdruckes jener Weisung in den Tagesblättern zu Erklärungen aufgefordert worden seien, um allenfallsigen angeblich dadurch begangenen Verletzungen des Amtsgeheimnißes auf die Spur zu kommen. Wir können uns nicht genug darüber wundern, daß ein Act unter den Schutz des Amtsgeheimnißes gestellt werden soll, der seiner Natur nach in die Oeffentlichkeit treten muß, und, wie jedes Interdictionserkenntniß, von vorn herein der amtlichen Veröffentlichung unterliegen sollte. Dabei drängt sich uns die Frage auf, ob jener amtliche Act, vermöge dessen der excommunicirte B. der im §. 9 Tit. IV. der Verf.-Urk. enthaltenen Rechte verlustig erklärt wurde, nunmehr, da B. katholisch geworden, von selbst aufgehoben, oder ob von jenem Standpuncte aus, der den Erlaß dictirte, eine amtliche Aufhebung desselben als erforderlich angesehen oder ergangen ist. Uns dünkt, nachdem die Wirkung der Excommunication auf die verfassungemäßigen Rechte nicht von selbst, sondern erst durch den Erlaß vom 26. Mai eintreten sollte, daß auch dessen Erlöschen erst durch ausdrückliche Aufhebungsurkunde erfolgen könne, gleichwie die Interdiction so lange in Kraft bleibt, bis sie von der competenten Behörde zurückgenommen ist. Jedenfalls halten wir den Grundsatz für einen sehr gefährlichen, und mit den ausdrücklichen Bestimmungen der Verfassung schwerlich in Einklang zu bringenden, wenn man kirchlichen Censuren ohne Dazwischentreten der allein competenten Staatsgewalt Einfluß auf die verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger einräumen wollte.

• **Bemerkungen.** Auf den Jubel der Straßburger Reise sind so entgegengesetzte Berichte unerwartet nach Paris gefolgt, daß man dort den angelegten Manifestationen für das Kaiserthum noch einmal Stillstand geboten hat. Die Opposition hat sich theils offen so mächtig gezeigt, theils durch Enthaltung von den Wahlen wenigstens passiv so massenhaft gewirkt, wie man es nicht für möglich gehalten hatte. Dazu kamen vielleicht doch auch einige Rücksichten auf das Ausland, in dessen Haltung zwar der alte Napoleon eine Herausforderung erblickt hätte, während der jetzige Kaiserprätendent dieselbe nicht so qualificirt. Offenbar würde man sich aber gewaltig irren, wollte man das neue Kaiserthum für aufgegeben halten. Es wird jedenfalls bald kommen, bälder vielleicht, als Jemand glaubt, wie überhaupt Napoleon seine Pläne immer vermittelst Ueberraschung ausgeführt hat.

• Wie sich doch immer Trostgründe finden! Kaum hat man mit Erstaunen vernommen, daß die protestantischen Geistlichen in Oesterreich sich nicht einmal mehr „Pfarrer" nennen dürfen, so kommt die Triester Ztg. mit der „beruhigenden" Nachricht, daß der deßfallsige Befehl wenigstens wol nicht auf die Freihafenstadt Triest ausgedehnt werde, da deren protest. Geistlichen schon von früher her jenen Titel führen dürften! — Welches namenlose Glück, und welcher ungeheuere Trost für die Protestanten im ganzen übrigen Oesterreich bezüglich ihrer Verhältniße überhaupt in diesem Lande! —

• Während die ministerielle Pfälzr. Ztg. die Nachricht von der Anstellung des Hrn. Dönniges als Ministerialrath im auswärtigen Departement so stark als nur möglich in Zweifel zieht, — ist die Sache bereits zur vollständigen Gewißheit geworden, und jene Angabe außer Zweifel gesetzt. Wir werden nun bald sehen, welche Wendung die Dinge mit Hrn. v. d. Pfordten nehmen. Ob er auch diese Niederlage überdauern wird, ist doch etwas zweifelhaft. —

• **Speyer,** den 10. August. Der Districtsrath des Kantons Speyer hat sich gestern constituirt. Zwanzig Mitglieder waren anwesend. Zu Mitgliedern des Districtsausschusses wurden gewählt: Weißenburger v. Heiligenstein (in der Versammlung nicht anwesend) mit 20 Stimmen, Kolb v. Speyer mit 18, Uslaub mit 17, Dr. Walz mit 16, Kuhn v. Schifferstadt mit 16 und Ziegler v. Waldsee mit 15 Stimmen. — Zu Ersatzmännern wurden gewählt: Michaux v. Speyer mit 18, Ad. Mattern v. Berghausen, J. Lehr v. Otterstadt und M. Koch jun. v. Heiligenstein mit je 14, Gund und Mohr v. Mechtersheim mit je 12 Stimmen. — Es bedurfte bei jeder Abstimmung nur eines Scrutins. (Dies zur Würdigung der ebenso unverständigen als muthwilligen Angriffe in der subventionirten „Pfälzer Ztg.")

Die Wahrheit schreitet vorwärts. (Aus der

Berliner Nat.-Ztg.) Der Reaction ist es schon oft gelungen, mit allen Wissenschaften der Welt ein Bündniß abzuschließen; nur mit der Naturwissenschaft vermag sie nichts anzufangen, mit dieser läßt sich nicht spaßen. Die Naturwissenschaft geht ihren Weg vorwärts, gleichviel ob man sie in den hohen Kreisen freundlich oder unfreundlich ansieht, gleichviel ob die Herren Hoftheologen sich darüber freuen oder ärgern, gleichviel ob die Polizei dazu ein freundlich oder unfreundlich Gesicht macht.

Zwar verstehen sich auch die andern Wissenschaften vortrefflich darauf, Löcher in das System der Reaction zu bohren. — Die Philosophie hat grade nicht wenig dem Aberglauben ins Fleisch geschnitten, dem Aberglauben, diesem liebsten Kind der Reaction. Allein die Reaction verstand es noch immer, einige Philosophen aufzutreiben, die fromme Lappen auf ihre Wunden hefteten und auf philosophischem Wege versuchten, die Menschen vom klaren Denken zum gläubigen Schauen zu führen.

In neuerer Zeit haben auch die Sprachwissenschaften und die Geschichtsstudien nicht wenig gewaltige Risse in das fadenscheinige Gewand des alten Aberglaubens gemacht und Fetzen der sogenannten wahrhaftesten Ueberlieferungen als unbrauchbare Lappen der Unwissenheit und des Truges nachgewiesen; aber immer noch verstand es die Reaction, Professoren aufzutreiben, die all' die Risse verkleisterten und die Wissenschaft unter das Joch des Glaubens zu bringen suchten.

Nur mit der Naturwissenschaft will und kann es der Reaction nicht gelingen. Diese läßt sich nie und nirgend auf ihren Autoritätsglauben ein, sondern reißt ihr Fetzen auf Fetzen aus der Hand und vernichtet ganz unfehlbar die veralteten Anschauungen und frömmelnden Gelüste der Vergangenheit. Sie stellt Tag für Tag den Geist der neuern Zeit in helleres und klareres Licht und zeigt den Fortschritt der Menschheit auf allen Gebieten ihres Forschens zum Spott aller Reactionen und Frömmler, die der Menschheit ein Rückwärts zurufen.

Da hat man den Professor Roßmäßler aus Mainz ausgewiesen, woselbst er Vorlesungen über „Versteinerungen" gehalten und namentlich über diejenigen versteinerten Pflanzen und Thiere, die man aus der Erde in der Nähe von Mainz ausgegraben und noch täglich ausgräbt. Man sollte nun freilich glauben, daß es der Reaction ganz willkommen sein könnte, wenn sich der Menschengeist mit solchen unschuldigen Dingen wie Nachgrabungen und Ausgrabungen beschäftigt. Allein die Naturwissenschaft hat diese alten Ueberreste einer untergegangenen Welt mit der Schärfe des Geistes durchforscht und aus dem todten Gesteine eine Geschichte des Lebens nachgewiesen, die dem frommen Bibelglauben gradezu widerspricht, die Entstehung der Pflanzen und Thiere weit zurück auf Millionen Jahre der Vergangenheit versetzt und in jedem Puncte die Vorstellungen alle vernichtet, welche ein wörtlicher Bibelglaube als unumstößliche Wahrheiten aufstellt. — Es kann uns daher nicht Wunder nehmen, daß man es versucht, durch Ausweisungen und Verbote von Vorlesungen die Stimme der Wissenschaft zu ersticken. Allein das hilft nichts. Der Reaction ist es noch nicht gelungen, fromme Naturforscher zu finden, die aus jenen Versteinerungen andere Resultate zu ziehen wußten als Roßmäßler, um sie mit der Bibelautorität in Einklang zu bringen. Im Gegentheil, von allen Seiten her überströmt die Naturforschung von neuen Untersuchungen und neuen Resultaten, die untrüglich darthun, was unsere Voreltern geschaffen.

Wir wüßten auch in der That nicht, was die Reaction, die mit altem Aberglauben gern die neue Welt in Fesseln schlagen möchte, jetzt anfangen soll, nachdem die Naturwissenschaft einmal eine solche gewaltige Stellung eingenommen hat, wie es jetzt der Fall ist. Zwar hat man in Rom das Werk von Alexander v. Humboldt, das alle Resultate der neuern Naturwissenschaft zusammenfaßt, das berühmte Buch „Kosmos" verboten, weil es auf jeder Seite Dinge enthält, die mit der Bibel nicht übereinstimmen; auch darf noch immer in Rom nicht gelehrt werden, daß die Erde sich bewege, weil es in der Bibel heißt: „und die Erde stehet in Ewigkeit." — Allein in Rom selber denken die Naturforscher nicht um ein Haar anders als bei uns, und de Vico, der Director der päpstlichen Sternwarte in Rom, der die Umdrehung der Erde leugnen muß, hat vorzügliche Beobachtungen über die Dauer der Umdrehung des Planeten Venus gemacht und ist nicht minder von der Umdrehung der Erde überzeugt als der heilige Vater selber.

Die katholische Kirche ist consequent und hat den Muth zu behaupten, die Erde bewege sich nicht um ihre Achse. Der starr-lutherischen Kirche indessen fehlt es an jenem Muth und jener Consequenz in Dingen, wo sie offenbar zugeben muß, daß man jetzt richtigere Ansichten hat als zu den biblischen Zeiten, obgleich im vergangenen Winter ein junger evangelischer Geistlicher in einer Berliner Kirche auch den Ausspruch that, daß die Lehre von der Umdrehung der Erde eine antichristliche, teuflische Lehre sei!

Es ist interessant, daß gerade in der Zeit, wo die Jesuitenherrschaft in Frankreich ans Ruder kam und aller Wissenschaften sich bemächtigte, daß grade im Jahre 1850 ein französischer Naturforscher Namens Foucault einen eben so sinnreichen wie einfachen Beweis für die Umdrehung der Erde gefunden hat, einen Beweis, den man den ersten directen, für Jedermann sichtbaren Beweis nennen kann, der seit Kopernikus Zeiten ersonnen worden ist. — Es ist hier nicht der Ort, dies schöne Experiment genauer zu beschreiben. Es beruht darauf, daß man ein großes Pendel schwingen läßt, das, so lange es schwingt, in seiner Schwingungsebene so fest beharrt, daß diese die Umdrehung der Erde nicht mitmacht. Bei diesem Versuch kann man schon nach 15 Minuten sehen, wie der Saal, in welchem das Pendel schwingt, sammt Allem, was sich im Saale befindet, die Umdrehung der Erde mitgemacht hat, nur die Schwingungsebene des Pendels ist unverändert dieselbe geblieben, ohne die Bewegung der Erde mitzumachen. Der schöne Versuch, der mathematisch genau erwiesen ist, wird im Augenblicke von Dr. Rauch im Treubundssaale in Berlin gemacht und ist in Köln und zwar im Kölner Dom,*) in London, in Parma, ja sogar in Rom gemacht worden und hat seine Wahrheit vor aller Augen demonstrirt, trotz der wörtlichen Bibelgläubigkeit und der Verfinsterungsversuche des Menschengeistes.

Mögen Alle, die es sehen, wie die Naturwissenschaft fort und fort unbekümmert um alle Reaction und Frömmelei ihren Weg vorwärts geht, des Wortes eingedenk sein, das einst Galilei aussprach, als er vor dem Papste gezwungen wurde zu leugnen, daß sich die Erde drehe. Er mußte der Gewalt weichen und öffentlich ableugnen, was ihm so sonnenklar war, wie die Wahrheit selber; aber er verließ den Saal mit den Worten: „Und sie bewegt sich doch!"

Wir haben einen ähnlichen Wahrspruch in unserer Verehrung der Wahrheit, und er lautet: „Und sie schreitet doch vorwärts!" Mag man verdammen und verbannen so viel man will, die Wahrheit schreitet vorwärts und der Sieg ist mit ihr!

München, den 7. Aug. Der geheime Legationsrath Dönniges ist zum Ministerialrath im Staatsministerium des Aeußern ernannt. Ministerpräsident v. d. Pfordten befindet sich auf dem Wege der Besserung, wird jedoch vor der Mitte des gegenwärtigen Monats die beiden Portefeuilles des Aeußern und des Handels nicht übernehmen können. (Allg. Z.)

Ein eben erlassenes Regierungsrescript beauftragt die einzelnen Districtspoliceibehörden, sämmtlichen Bierbrauern und Bierwirthen zu eröffnen, 1) daß Gesuche um Satzminderung mit dem Vorbehalt der spätern Erhöhung des Preises unzuläßig seien, vielmehr die betheiligten Brauer und Wirthe, falls solche freiwillig eine Verleitgabe des

*) Auch im Dome zu Speyer wurde der Versuch schon vor Jahr und Tag gemacht. D. Red.

Bieres unter dem Satze beabsichtigen, sich unbedingt über die Satzminderung zu erklären haben, außerdem sie lediglich die Abweisung ihrer Gesuche zu gewärtigen haben würden; 2) daß sie im Falle der Bewilligung ihrer Gesuche verpflichtet seien, den geminderten Bierpreis für die ganze Dauer der betreffenden Satzperiode einzuhalten, und 3) daß vor erlangter Bewilligung jede Verleitgabe unter dem Satze bei nachdrücklicher Strafe untersagt sei.

Augsburg, den 6. Aug. Ein bejahrter Privatier, Hr. Henle dahier, hat der Stadt 100,000 fl. unter der Bedingung der Einführung der barmherzigen Schwestern in dem hiesigen Krankenhause geschenkt. Vorgestern wurde in der Magistratssitzung die Annahme dieser Dotation beschlossen. Da jedoch die weitern deßfallsigen Kosten die Gemeinde zu tragen hat, und die Protestanten von der Pflege der barmherzigen Schwestern keinen Gebrauch machen können, das Krankenhaus daher 2 Abtheilungen erhalten müßte, so wollen sich dieselben gegen die der Gemeinde zu Last fallenden, also auch sie treffenden Kosten verwahren. Da sie in dem Rathe die Minderheit bilden, so werden sie ein Separatvotum eingeben. Wie mit den Verhältnißen des Geschenkgebers vertraute Personen aussprechen, halten sie die Verhältniße desselben, obgleich er sehr reich ist, aber doch auch noch leben will, nicht von der Art, daß er ein so großartiges Geschenk machen kann und meinen, es seien andere (!) gewichtige Hände im Spiel. (Fr. K.)

Bamberg, den 8. Aug. Die heutige Schranne war so stark befahren, wie es seit 2 Jahren nicht mehr der Fall war. Weizen kostete 17—18 fl., Korn 18—19 fl. per Schäffel. Korn und Weizen von der vorjährigen Erndte fanden keine Käufer.

Frankfurt, den 4. Aug. Nachdem fast durch die ganze deutsche Presse die Nachricht gelaufen, Dr. Jucho sei, als ehemaliger Secretär der Nationalversammlung, zu 50 Thlr. Strafe verurtheilt worden, weil er ungehorsam die Herausgabe des Originals der deutschen Verfassungsurkunde verweigert habe, wird jetzt dem Gerede im N. Corr. einfach widersprochen. Dr. Jucho hat sich nämlich gar nicht im Besitz jenes Documents befunden.

Köln, den 6. August. Heute ist den hiesigen Vorstandsmitgliedern des katholisch-conservativen Preßvereines offiziell angezeigt worden, daß von Seiten der Regierung dieser Verein als ein politischer betrachtet werde, daß derselbe also in seiner jetzigen Organisation nicht geduldet werden könne.

Berlin, den 5. Aug. Aus der heute früh erfolgten Abreise des baierischen Bevollmächtigten für die Zollvereinsconferenzen, Ministerialrath Meixner, nach München, der auf eine besondere Berufung seiner Regierung dorthin abgegangen, will man hier wie aus Allem und Jedem, eine Bestätigung der kritischen Lage herausfinden, in der sich die Coalitionsstaaten angesichts der wieder herannahenden Eröffnung der hiesigen Verhandlungen befinden.... Die Lage ist jedoch in diesem Augenblick dermaßen verwickelt und verdunkelt, daß es noch für eine Unmöglichkeit erklärt werden muß, die Erwartung auf eine bestimmte Seite hin zu lenken, am allerwenigsten aber eine so gänzliche Umkehr aller bisher so wirkenden Bedingungen vorauszusetzen. Das Verhältniß Preußens zu den übrigen süddeutschen Staaten hat sich nur wenig oder nur ganz scheinbar gebessert. Die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und Württemberg und der vor kurzem noch kaum erwartete preußenfreundliche Umschlag, der in der Sphäre des badischen Throns erfolgt ist, bilden in der That die einzige Veränderung, die in dieser Hinsicht für Preußen angeführt werden könnte. Dagegen hat sich das Widerstreben Hessen-Darmstadts gegen alle Stellungen und Folgerungen der preußischen Politik zu der Bedeutung einer systematischen Opposition verhärtet, und wird auch bereits in diesem Sinne von der preußischen Regierung aufgefaßt und gewürdigt. Einiges Aufsehen erregte in dieser Beziehung eine Frankfurter Correspondenz der Schlesischen Ztg., worin diese Opposition lediglich auf eine persönliche Empfindlichkeit zurückgeführt wird, welche ein dem regierenden Großherzog nahestehender Prinz (Emil?), der einen bedeutenden Einfluß auf die Entschließungen desselben übt, lediglich deßhalb geltend machen soll, weil er bei der Eröffnung des badischen Feldzugs von der gewünschten Oberbefehlshaberstelle über das damals aus Reichstruppen gebildete Maincorps zurückgewiesen worden sei. (Allg. Ztg.)

Spanien.

Madrid, den 30. Juli. Der Orden des heil. Vincent de Paul ist gesetzlich wieder hergestellt, und in allen Diöcesen des Landes sollen ein bis zwei Klöster errichtet werden. Diesem Orden werden demnächst die Dominikaner und Augustiner folgen. Nonnenklöster bestehen bereits 422, und im Laufe des Jahrs werden noch 42 bezogen werden.

Den Winzern um Malaga ist die Hoffnung auf eine gute Ernte nicht allein für jetzt zu Wasser gegangen, sondern auch für die Zukunft. Die Krankheit, welche die Trauben befallen, hat sich den Stöcken mitgetheilt, und zwar in der Art, daß sie in 24 Stunden ganz trocken sind. Die Krankheit besteht aus einer Art Spinnengewebe, das gleichsam aus der Luft fällt und schon ganze Weinberge total ruinirt hat.

Italien.

Genua, den 2. August. Die Nachrichten aus Rom haben einen eigenthümlichen Character: ich meine die geheimen Angelegenheiten. Einige Zeit nach dem Einzug der Franzosen in Rom war der General der Dominikaner mit Tod abgegangen. Den Ordensregeln zufolge rüsteten sich die 22 Klöster zur Wahl ihres neuen Oberhaupts. Pius IX. aber ließ, man weiß nicht warum, ihnen sagen, es sei unnütz, daß sie zu einer Wahl schritten, denn er habe bereits den ehrwürdigen Pater Jandel aus der Provinz Frankreich dazu ausersehen. Diese Entscheidung erregte großes Aufsehen bei sämmtlichen religiösen Orden; die einen schrieben sie dem Haß gegen die Wahlformen, die andern dem Einfluß Frankreichs zu. Pater Jandel kam aus der Freigrafschaft und trat an die Spitze der Klöster des Dominikanerordens. Allein seine Eigenschaft als Ausländer, seine Unkenntniß der italienischen Sprache, vielleicht auch irgend ein Fehler seines Characters verbreiteten die Unzufriedenheit in den Klöstern. Sie brach in Widerspenstigkeit aus. Als Pius IX. Nachricht davon erhielt, ergriff er strenge Maßregeln und setzte die Obern dieser Klöster, die verantwortlich sind, als Begünstiger dieser Unbotmäßigkeit ab. (A. Z.)

Rußland.

Petersburg, den 31. Juli. Die „Nordische Biene" veröffentlicht ein Manifest des Kaisers, wonach eine Rekrutenaushebung in dem westlichen Theile des Kaiserreichs zu 7 von 1000 Seelen stattfinden soll. Die Israeliten jedoch müssen 10 Recruten von 1000 stellen. (!)

Türkei.

Smyrna, den 26. Juli. Die Heuschrecken haben in der Umgegend bedeutende Verwüstungen angerichtet, namentlich in den Weingärten. In Vourla allein sind gegen 5000 Centner Weintrauben vernichtet. Einem Säugling wurden von den Heuschrecken die Oberlippe, Nase und Ohren abgefressen. Hier hatten wir von großem Glück zu sagen, daß der heftige Nordwind diese Landesgeißel in das Meer jagte, und nur unsere Geruchsorgane einige Tage zu leiden hatten. — Im nächsten Monat wird Hr. v. Lamartine hier erwartet, welcher im Verein mit französischen Capitalisten und Colonisten die ihm vom Großherrn geschenkten Ländereien anbauen will. Aehnliche Colonisationsversuche sind hier mehrmals mißlungen. Als Beispiel diene die Colonie des holländischen Generalconsuls van Lennep, leider größtentheils aus Badenern und Rheinbaiern bestehend, welche, der Landessprache nicht mächtig, theils dem Klima und den Fiebern erlagen, theils ein Opfer der Räuber wurden. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, den 9. August. Morgen werden, wie man nun bestimmt weiß, sämmtliche Bevollmächtigte der Coalitionsregierungen hier eintreffen und die Conferenzen selbst an den beiden folgenden Tagen in dem Berathungssaal des Gesammtministeriums und Geheimenraths abgehalten werden.

Berlin, den 5. Aug. Das officielle Dementi, welches die diesseitige Regierung (im Wetteifer mit der Pariser „Patrie") durch die „Preuß. Ztg." dem bekannten Actenstück im „Morning Chronicle" über den geheimen Vertrag der drei nordischen Höfe hinsichtlich der französischen Kaisereventualitäten gegeben, findet hier (wie man der „Allg. Ztg." sagt) in den diplomatischen Kreisen wenig Glauben. Man hält sich sogar für berechtigt die Bestimmtheit zu belächeln, mit welcher das Blatt des preußischen Ministeriums eine Widerlegung dieser Art geben mußte.

Wien, den 6. Aug. Vom nächsten Monate an werden strenge Bestimmungen gegen Verabredung von Handwerksgesellen, um sich durch Arbeitsverweigerung höheren Lohn zu gewinnen, in Kraft treten. Ausländer, die sich eines solchen Vergehens schuldig machen, werden aus Oesterreich ausgewiesen, jene aber, die sich als Rädelsführer betheiligen, mit Arrest bis zu 3 Monaten bestraft.

† **Paris**, den 7. Aug. *) Die fast allgemeinen Enthaltungen von Wahlen haben eine Mißstimmung im Elysee hervorgebracht, die mit dem allzugroßen Eifer der Regierungsagenten mehr zu schaffen hat, als mit den geringsten Anstrengungen der zum Schweigen gebrachten Opposition. (!!) Der Terrorismus mehrerer Präfecten, den sie bei den Wahlen ausgeübt haben, so wie deren einschüchternde Proclamationen, sind in präsidentiellen Schreiben an dieselben scharf getadelt worden. Die Aufgabe der Präfecten soll sein, durch die zu seinem Ressort gehörenden Beamten, nicht aber durch offizielle Zeitungsartikel und Maueranschläge einzuwirken, die gewöhnlich den entgegengesetzten Effect hervorbringen (ah!) und Mißtrauen erzeugen. Die Absetzungen oder Suspensionen von Mairs mit der Grundanführung, daß sie sich bei Unterstützung der Regierungscandidaten lau bewiesen haben, ist gleichfalls gemißbilligt worden; es hätte nach der von der Regierung erlassenen Weisung hingereicht, sich dieselben zu notiren und zu deren Bestrafung eine andere Veranlassung abzuwarten. (wie loyal!)

Die neue Verordnung des Policeiministers, den Hausierhandel mit Büchern betreffend, ist offenbar gegen die lucrativen Unternehmungen mehrerer bedeutenden Buchhandlungen von Paris gerichtet, welche seit 5 bis 6 Jahren die Werke von Voltaire, Esquiros, Eugen Sue, Pyault Lebrun ꝛc. illustrirt verlegten und in Heften zu 4 Sous in den Departements, besonders unter den Arbeitern und Landbewohnern colportiren ließen. Die sogenannten Journale der Ordnung, die „Assemblee nationale," die „Union" und besonders der Univers, haben schon seit lange gegen diesen billigen Buchhandel, der zur Sicherung seines Absatzes sich populaire Werke wählte (!), geeifert. Während seiner Dauer sind Hunderttausende von Exemplaren dieser Ausgaben im Volke verbreitet worden, weßhalb diese Maßregel des Ministers den gedachten Blättern nicht genügt. Sie wünschen, daß die Regierung ähnliche Ausgaben von frommen und moralischen Werken veranstalte (ah!), welche das verbreitete Gift paralisiren sollten (!), da die Verleger sich auf ein solches Unternehmen nicht einlassen können, weil es voraussichtlich bei der jetzigen Richtung des Geschmacks der Leser keinen pecuniairen Nutzen abwerfen kann. (!!)

Dr. Dupin in Venerque ist wegen revolutionärer Aeußerungen vom Zuchtpoliceigericht zu 3 Monat Gefängniß und 25 Frcs. Geldstrafe verurtheilt worden.

— den 9. Aug. Der Moniteur enthält ein Decret, durch welches die richterliche Section des Staatsrathes reorganisirt wird. — Die freundlichen Beziehungen mit der Türkei sind wieder hergestellt.

*) Verspätet hier eingetroffen.

Belgien. Bekanntlich wurde in Paris über eine 6monatliche Verlängerung des am 10. August ablaufenden französisch-belgischen Handelsvertrags verhandelt. Die betreffende Uebereinkunft soll nun den 8. mit den nöthigen Ratificationsurkunden durch den belgischen Unterhändler, Staatsminister Liedts, nach Paris überbracht worden sein. Mit dieser Convention soll nun das belgische Cabinet in seiner jetzigen Gestaltung, doch mit Ausnahme des Finanz- und des Justizministers, Willens sein, sich vor die schleunigst zu berufenden Kammern zu stellen und diesen ein Vertrauensvotum abzufordern.

* **Straßburg**, den 9. Aug. Der commandirte Enthusiasmus des Elsaß ist eben ein wenig in das richtige Licht gebracht, und der glühende Eifer der Kaisermacher ein wenig abgekühlt worden. Bei uns, wo nach den Berichten kriechender Scribenten jedes Fünkchen von Opposition verlöscht sein sollte, ist bei der Wahl für den Departementalrath der Regierungscandidat durchgefallen und ein ganz entschiedener Oppositionsmann gewählt worden. Regierungscandidat war Hr. Renouard de Bussieres, seit etwa 7 Jahren der Candidat jedes Ministeriums; sein Gegner Hr. Karl Börsch, der Redacteur des „Niederrheinischen Kuriers," so lange dieser sich frei bewegen konnte, — schon zur Zeit Ludw. Philipps ein ausgeprägter Republikaner.

Miscellen.

Wanderbuch eines Handwerksburschen.

Montag den 9. Aug. Weil 10 Jahre in Bremen gearbeitet habend, als verdächtig per Zwangspaß nach Hause zu dirigen.

Dienstag den 10. Aug. Die Heimathsbehörde muß den P. P. als beschäftigungslos ausweisen, und hat sich derselbe nach Bückeburg zu begeben.

Mittwoch den 11. Aug. Von Bückeburg per Zwangspaß zurück zur Heimath, weil verdächtig, nach der Schweiz wandern zu wollen.

Donnerstag den 12. Aug. Wegen Uebertretung des Ausweisungs-Befehles arretirt und —

Freitag den 13. Aug. Wegen Arbeitslosigkeit als Vagabund mit mehrwöchentlichem Gefängniß bestraft.

Sonnabend den 14. Aug. Moral: Was willst du in der Fremde thun? Es ist ja hier so schön!

Kladderadatsch.

Geldcourse.

Frankfurt, den 10. Aug. Pistolen 9 fl. 46½—47½ kr., Ducaten 5 37 — 38, 20-Franken-Stücke 9 34 — 35 Holländische 10fl.-Stücke 9 57 — 58, Preußische Thaler 1 45¼—45½, Fünffrankenthaler 2 fl. 22¼ kr.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1115²] **Speyer-Lauterburger Eisenbahn-Gesellschaft.**

Die Actionäre obiger Gesellschaft werden hiemit zu einer **General-Versammlung auf Montag den 16. August 1852,** Morgens 9 Uhr im Harmoniesaale zu Speyer, eingeladen.

Gegenstand der Verhandlung ist: definitive Verfügung über die im Circularschreiben vom 20. Mai 1850 verzeichneten Haberschen Papiere.

Speyer, den 6. Juli 1852.

Der Verwaltungs-Ausschuß:

Rebenack. G. F. Kolb. Mattern. Dr. Walz.

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro. 193.) den 12. August 1852.

Deutschland.

*Auswanderungssache. Aus New-York erhalten wir von dem Agenten der New-York- und Erie-Eisenbahn, G. E. Schultze, einen Rath an deutsche Auswanderer, dessen Hauptinhalt wir nachstehend folgen lassen:

Gewinnsüchtige, gewissenlose Agenten in deutschen, französischen und englischen Häfen überreden Emigranten sehr oft, Accord für die Reise nach dem Innern von Amerika abzuschließen. — Dieses ist Schwindelei; bezahlt ihnen kein Geld, denn solche Passagescheine sind hier vor Gericht nicht gültig und in New-York könnt Ihr weit billiger und sicherer accordiren.

Wenn Ihr im hiesigen Hafen ankommt, so bedient Euch durchaus keiner Makler, Gastwirthe und anderer Leute, um Contracte für die Weiterreise abzuschließen! — Solche Menschen kommen sogar bis zur Quarantaine um Euch zu verlocken mit ihnen zum Wirthshaus oder zum Bureau zu gehen. Haltet sie fern von Euch, wenn Euch Euer Geld und Eure Sachen lieb sind.

Hütet Euch aber noch mehr vor spitzfindigen Agenten, die sagen, sie kämen von der Gesellschaft, und Euch Zettel einhändigen, worauf mit großen Buchstaben: „Deutsche Gesellschaft" gedruckt steht. — Gebt Ihr zu dieser Gesellschaft, so umringen Euch eine Anzahl Leute, um Euch über Eure Reiseroute auszufragen. Diese sind nichts als feine Makler und falsche Agenten.

Den wahren, echten Agenten der Deutschen Gesellschaft erkennt Ihr daran, daß er sich der Hilflosen und Verlassenen annimmt und Euch nicht an ein befreundetes Passage-Bureau vermakelt, Euch nicht fragt ob Ihr Geld habt, und wenn Ihr arm seid, Euch den Rücken zukehrt. — Ein Bureau, wo Passage-Geschäfte offen oder geheim getrieben werden, ist nicht die Agentur der Deutschen Gesellschaft.

Uebrigens braucht Ihr Niemandes Rath, um in Amerika fortzukommen; Euer eigener Verstand ist Euer bester Freund. — Hier schenkt Euch Keiner etwas, selbst der uneigennützige Agent der Deutschen Gesellschaft muß vom Verdienst leben! Geht direct zum Eisenbahn-Bureau, Ihr könnt es ohne Makler und Agenten finden.

Speyer. Der Districtsrath des Kantons Bergzabern ist folgendermaßen gebildet:

I. Vertreter der Gemeinden. Bergzabern: Notär Sartorius; Appenhofen, Conr. Kuntz; Barbelroth, J. Gg. Speyerer; Billigheim, Bürgrm. F. K. Kuhn; Birkenhörd, Bürgerm. J. Müllecker; Blankenborn, G. Lang; Böllenborn, Adj. B. Eberle; Dierbach, Adj. H. Adam; Dörrenbach, Bürgerm. G. Gander; Gleiszellen-Gleishorbach, Bürgerm. F. J. Wendecker; Hergersweiler, Bürgerm. P. Hey; Heuchelheim, Bürgerm. J. Pfirrmann; Ingenheim, Bürgerm. C. Schau; Kapellen-Drusweiler, Bürgerm. A. Stoffel; Kapsweyer, Wirth J. Baumgarten; Klingen, Bürgerm. J. G. Alexander; Klingenmünster, Wirth J. Hoffmann; Mühlhofen, Bürgerm. Ph. J. Wiedrig; Niederhorbach, Bürgerm. F. J. Klein; Niederotterbach, Adj. M. Gast; Oberhausen, Ackersmann H. Stroh; Oberotterbach, Bürgerm. F. Neutz; Pleisweiler-Oberhofen, Adj. F. J. Silbernagel; Rechtenbach, Schullehrer M. Bajer; Rohrbach, Adjunct B. Pfister; Schweigen, Kaufm. J. A. Schadt; Schweighofen, Bürgerm. K. Masset; Steinfeld, Krämer J. Vogel.

II. Höchstbesteuerte: Die Gemeinden Billigheim, Ingenheim und Rohrbach.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Mich. Klein v. Niederhorbach, Val. Kunz v. Rohrbach, Joh. Wüst v. Dierbach, J. Adam v. Oberotterbach, J. Kuhn v. Heuchelheim, Bernh. Roos v. Ingenheim und Andr. Conrad v. Kapsweiher.

— Districtsrath des Kantons Annweiler:

I. Vertreter der Gemeinden. Annweiler: Bürgerm. A. Spanier u. Holzhändler D. Heß; Albersweiler, F. A. Stein; Bindersbach, Adj. M. Seiter; Darstein, Bürgerm. D. Seibel; Dernbach, Müller J. B. Höffner; Dimbach, Adj. J. Funk; Eussertbal, Wirth J. J. Pasquay; Gossersweiler, Ackerer G. J. Braun; Gräfenhausen, Wirth J. Bruder; Lug, Gemeinderath u. Leinweber J. Stern; Münchweiler, Müller J. Rink; Oberschlettenbach, A. Funk; Queichhambach, Adj. N. Flitinger; Ramberg, M. Ritter; Rinnthal H. J. Berger; Schwanheim, Wirth J. Hammer; Silz, Schullehrer J. Nunold; Spirkelbach, Bürgermeister H. Perret; Stein, Frdr. Aeckerle; Völkersweiler, Adj. J. Hammer d. A.; Vorderweidenthal, Handelsmann A. Blum; Waldhambach, Schullehrer J. B. Martin; Waldrohrbach, Wirth M. Zwick; Wernersberg, Bürgerm. Th. Graf; Wilgartswiesen, Revierförster F. L. Gümbel.

II. Höchstbesteuerte: Die Gemeinden Annweiler, Wilgartswiesen und Alsterweiler.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Friedr. Zingraff u. D. Barz v. Annweiler, J. Sieß v. Rinnthal, Val. Pfister v. Vorderweidenthal, Conr. Regula u. C. Neubauer v. Albersweiler.

— Districtsrath des Kantons Landau:

I. Vertreter der Gemeinden. Landau: Notär Keller, Bürgerm. Lang und M. Schuster; Arzheim, Dr. Schall; Birkweiler, F. Born; Bornheim, Bürgrm. Engel; Dammheim, Bürgrm. Bayer; Essingen J. Gruber; Eschbach, G. Laux; Frankweiler, G. Langel; Göcklingen, C. Sommer; Godramstein, H. Finck; Herxheim, Bürgrm. Brauner u. F. Schultz; Herxheimweyher, J. Raffenfoß; Ilbesheim, Bürgrm. Kast; Impflingen, G. Kaufmann; Insheim, C. Guth; Leinsweiler, Bürgerm. Erlewein; Mörlheim, J. A. Anton; Mörzheim, J. Silbernagel; Niederhochstadt, Bürgrm. Becker; Nußdorf, Bürgrm. Pfaffmann; Oberhochstadt, Bürgrm. Kuntz; Offenbach, Jac. Stark; Queichheim, Bürgrm. Beyer; Ranschbach, Bürgerm. Gerstner; Siebeldingen, J. J. Born; Walsheim, G. Böllinger I.; Wollmesheim, Bürgermeister Keller.

II. Höchstbesteuerte: Friedr. Schneiders Erben, P. Regenauer, Medizinalrath Pauli u. G. J. Clauß v. Landau.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: W. C. Clauß v. Landau, J. M. Volz v. Queichheim, F. Stöpel, Anwalt Böcking v. Landau, G. J. Keller jun. v. Göcklingen, Anwalt Mahla v. Landau, L. Bongerichten v. Offenbach u. L. Conrad v. Mörzheim.

— Districtsrath des Kantons Edenkoben:

I. Vertreter der Gemeinden. Edenkoben: Ph. J. Völker, Ph. Arnold und Ph. J. Doll; Altdorf, Bürgrm. Litty; Böchingen, Bürgrm. Becker; Böbingen, J. Gödelmann; Burrweiler, Bürgrm. Eberle; Diedesfeld, Bürgrm. Bossung; Edesheim, Ph. Tillmann; Flemlingen, Bürgerm. Minges I.; Freimersheim, Burgerm. Salm; Gleisweiler, H. Unger; Gommersheim, Bürgrm. Krebs; Großfischlingen, P. Minges; Hainfeld, Bürgrm.

Bilabel; Knöringen, Bürgrm. Bucher; Kleinfischlingen, Bürgerm. Wagner; Kirrweiler, Bürgrm. Jung; Maikammer, F. Schwarzwälder; Roth, G. Ch. Seitz; Roschbach, Bürgermeister Hasselwander; St. Martin, Bürgrm. Platz; Venningen, J. Gerhard; Weyher, Bürgrm. Hög.

II. Höchstbesteuerte: Hospital Deidesheim, M. Lederle u. F. Bilabel v. Edesheim.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Jacob Völker Weinhändler, und Fritz Völker Bürgrm. v. Edenkoben, Bürgrm. Kämmerer v. Edesheim, Oeconom Ludw. Kern v. Böchingen, Bürger. L. Spies IV. v. Großfischlingen, Oecon. G. M. Salm v. Freimersheim.

Frankfurt, den 9. Aug. Wer bisher noch im Zweifel sein konnte darüber, wie weit die Vaterlandsliebe oder das Interesse der Ultramontanen für das materielle Wohl des Volkes reicht, und welche Hände gegenwärtig an den Fäden der Politik weben, dem möge ein über die handelspolitische Frage sich verbreitender Artikel der in Köln erscheinenden „Deutschen Volkshalle" die Augen öffnen. Derselbe schließt mit folgenden Worten: „Für materielle Zwecke ist dieses Blatt nicht gegründet. Alle Zollverträge der Welt sind ihr Kleinigkeiten im Vergleich mit einer einzigen Regierungsmaßregel, durch welche die Freiheit des katholischen Glaubens beeinträchtigt wird. Eine einzige kirchliche Anstalt liegt uns mehr am Herzen, als alle Fabriken der ganzen Monarchie; und wir sind auch überzeugt, daß die Macht Preußens in Deutschland viel weniger von der Zolllinie abhängt, als von der — Jesuitenlinie. Man wird es erfahren."

Miscellen.

In der Rue de la Montagne-Ste.-Geneviève in **Paris** lebte ein junger, allgemein geachteter Arbeiter, der in ein Mädchen verliebt war und, um der Geliebten ein Geschenk machen zu können, sich zu einem Diebstahle verleiten ließ und zu 8 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde. Am 3. August hatte er seine Strafe überstanden und kam sogleich zu seiner Geliebten, die aber nichts mehr von ihm wissen wollte. Es kam zu einer Scene, und der junge Arbeiter brachte dem Mädchen mehrere tödtliche Dolchstiche bei, worauf er sich dann erschoß.

Ein Californier schreibt nach Boston: Hunderte von Handwerkern kommen nach Californien, gewöhnlich ohne einen Cent Geld, und es boten sich mir genug an, für bloße Beköstigung zu arbeiten. — Für dreißig bis vierzig Thaler kann man hier Hunderte dingen, und dieß ist zum Lebensunterhalt nicht hinreichend. Ein Mann, der in den östlichen Staaten 75 Cent verdient, thut besser als derjenige, welcher hier vier Thaler des Tages macht. Seit dem letzten Juli schlief ich fortwährend auf dem Boden, nur mit einem Teppich bedeckt, während öfters der Regen in Strömen herabfiel. Ich lebte wie ein Neger und arbeitete wie ein Sclave, und du weißt, wie viel des Stoffes, gewöhnlich Geld genannt, ich nach Hause sandte, und wäre es nicht der Schande halber, dann wäre ich schon längst wieder nach Hause. — Niemand weiß, welche Leiden ich ertrug. — Ihr sehet zwar oft glänzende Angaben in den Zeitungen von neuen Entdeckungen, allein diese sind neun aus zehn Fällen übertriebene Angaben. In meiner unmittelbaren Nachbarschaft befinden sich einige siebenzig, die mit Goldgraben beschäftigt sind, von welchen kaum Einer durchschnittlich mehr als 1 Doll. pr. Tag verdient.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

„Der Herr von Münchhausen hat endlich die erste Kammer in Kassel vollzählich gemacht." Um aus der Hassenpflug'schen Verfassung eine Wahrheit zu machen, fehlte bis jetzt nur ein Münchhausen.

Louis Napoleon und der Kaiser von Oesterreich lassen sich auf ihren Triumphzügen von bekannten Dichtern, Jener von Méry, Dieser von Hans Jörgel begleiten. — Wir würden auch ohne die Bekanntwerdung dieser Namen schon aus den bloßen Berichten ersehen haben, daß sich im Gefolge der hohen Herrschaften Dichter von starker Phantasie, Erfindungsgabe und großem Darstellungstalente befinden, welche Dichtung und Wahrheit klug zu vermischen wissen.

Auf Befehl des Anhalt-Bernburgischen Consistorii ist „dem **Knaben** Herzog die Pathenschaft, das Abendmahl, **Aufgebot, Trauung** und nach einem bösen, unbußfertigen **Tode** das christliche Begräbniß zu versagen."

Der Knabe Herzog soll sich in Folge dieses Befehles entschlossen haben, noch einige Zeit in ehelosem Leben zuzubringen.

Die Spenersche Zeitung vom 31. Juli enthält die Verlobungsanzeige von einem „Königl. Assistenzarzt, Wundarzt erster Classe und **Geburtshelfer im Kaiser Alexander Grenadier-Regiment.**" — Der gelehrte Lord Spiker, die jüngste Blüthe der spanischen Ritterschaft, wird um freundliche Auskunft darüber gebeten, ob im Kaiser Alexander Grenadier-Regiment etwa Amazonen dienen?!

Auf den Bergen ist Freiheit ——— So weit es erlaubt ist mit Paß, Wanderbuch, Arbeitsschein, Legitimations-, Militär-, Tauf-, Beschneidungs-, Confirmations-, polizeilichen Sitten-, politischen Führungs- und Gesinnungs-Zeugnissen und den nothwendigen Geldmitteln versehen, dieselben zu besteigen. Friedrich v. Schiller.

Wenn es wahr ist, was Herr F. v Buelow in der Vossischen Zeitung vom 5. August sagt, dass der Jesuitismus zum Pietismus sich verhælt wie die Cholera zur Brechruhr, so ist nach der Ernennung des Herrn Stahl zum Rector magnificus zu befürchten dass die Berliner Universitæt an der Kartoffelkranheit zu Grunde geht.

B. v. Fuelow.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 7. Aug. Weizen 19 fl. 47 kr., Korn 16 fl. 23 kr., Gerste 12 fl. 10 kr., Hafer 6 fl. 59 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1164²] **Mannheimer Kunstverein.**

Den Mitgliedern des Vereins und dem kunstliebenden Publicum zeigen wir hierdurch an, daß Hr. Professor Schlesinger in Berlin uns erlaubt hat, sein großes Bild,

„Lo Spasimo di Sicilia,"

nach Raphael, in dem Vereinslocale zur Anschauung aufzustellen.

Die gewöhnliche alljährliche Kunstausstellung beginnt am 7. August und dauert bis zum 29. August.

Mannheim, den 4. August 1852.

Der Vorstand.

[1158²] **Stammholzverkauf.**

Bei Bärenwirth Schwetzinger in Neulußheim ist eine große Auswahl Eichstämme zu verkaufen.

[1149⁶] **Offene Lehrlingsstelle.**

Für einen mit den nöthigen Vorkenntnißen a[illegible]teten jungen Mann ist in einem Speditions-Geschäft am Rhein eine Lehrlingsstelle offen. — Die Adresse ist auf frankirte Anfragen unter Nro. 1149 bei der Expedition dieses Blattes zu erfahren.

[1159³] **Offene Lehrlingsstelle**

für einen Buchbinder. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 194 | den 13. August 1852.

Deutschland.

*** Die Districtsrathswahlen in der Pfalz.** Wir haben uns zu wiederholten Malen dahin ausgesprochen, daß es bei Bildung der Districtsräthe darauf ankomme, solche Männer zu wählen, welche die Bedürfniße ihres Kantons richtig zu würdigen befähigt, und welche dabei in einer solchen Stellung sind, um dessen Interessen nach allen Seiten hin wahren zu können.

So wurde auch die Aufgabe von der großen Mehrheit der Wähler aufgefaßt.

Die subventionirte „Pfälzer Zeitung“ beging in ihrem lächerlichen Uebermuthe die Ungeschicklichkeit, die ganze Wahl zu einer nichtswürdigen Demonstration gegen die Freisinnigen verunstalten zu wollen; sie hatte die Stirne, den Wählern zuzumuthen — statt das Interesse ihrer Bezirke ins Auge zu fassen — vielmehr: die Freisinnigen systematisch von der Wahl auszuschließen!

Nachdem in so muthwilliger Weise provocirt wurde, fragen wir nach dem Ergebniße.

Hr. Dr. Jäger selbst, der in solcher Weise herausforderte, ist nicht gewählt worden: auch nicht Einem Wahlberechtigten fiel es ein, ihn zum Districtsrath ernennen zu wollen.

Von Landtagsabgeordneten aus der Pfalz sind überhaupt folgende Mitglieder des Districtsraths ihres Kantones: Aufschnaiter von Otterberg, Brunk von Winterborn, Jordan von Deidesheim, Kolb von Speyer, Ad. Müller von Gerhardsbrunn und Tillmann von Edesheim.

Sie sämmtlich gehören der linken Seite der Kammer an. Auch nicht ein Mitglied der Rechten ist, weder durch die Wahl noch in Folge seines Grundbesitzes, Mitglied eines pfälzischen Districtsraths geworden.

Wir könnten die obige Liste bedeutend vergrößern, wenn wir die Namen der gewählten Mitglieder früherer Kammern beifügen wollten. Auch unter ihnen ist nicht ein Einziger, der nicht in der Ständeversammlung mit der Opposition gestimmt hätte.

Als sehr bezeichnend führen wir wiederholt an, daß gerade die Wahlen der größeren Grundbesitzer ganz überwiegend auf freisinnige Männer fielen.

Wenn man den Gegenstand denn absolut auf das politische Gebiet bringen will, so mag man in diesen Thatsachen die Antwort der gesetzlich zur Entscheidung berufenen Männer auf die muthwillige Provocation eines Unberufenen erblicken. Die Regierung mag ihm dafür danken, daß er ihr mit solcher Ungeschicklichkeit diente, und sie durch seinen ungeschickten Eifer compromittirte.

Die Mitglieder der Districtsräthe aber, denen sich ein Hr. Jäger nun gar noch gleichsam zum Vormünder aufwerfen will, werden solche verletzende Anmaßung in Zukunft ebenso zu würdigen wissen, wie es dieser Tage geschehen ist.

In den Districts- und in den Landrathsversammlungen wird es sich zeigen, wer am meisten die Interessen des [illegible] und insbesondere der Steuerbaren zu wahren weiß. —

*** Aus Baiern.** Die Stadt Bayreuth wird unter etwas eigenthümlichen Verhältnißen eine Eisenbahn nach Neumarkt bekommen. Sie nimmt das Geld zum Bahnbau (zum größten Theile bei der Hypothekenbank) auf. Die Regierung hat ihr aber die Bahn auf eine Reihe von Jahren zum Voraus, ehe der Bau nur irgend begonnen, abgepachtet, und zwar um eine Summe, welche einem 4½procentigen Zinse des Capitals entspricht, während die Rente voraussichtlich viel kleiner sein wird. Schon während des letzten Landtags kannte man das Project; es trat aber formell nicht in die Oeffentlichkeit. Bekanntlich bedarf die Regierung zur Uebernahme einer Zinsgarantie eines besondern Gesetzes. Hier ist eine solche Zinsgarantie ebenfalls geleistet, wenn auch in abweichender Form, ohne daß die Frage vor die Kammer gebracht ward. Freilich dürfte der Fall nach Umständen nachträglich zu einigen Erörterungen auf dem Landtage führen. —

*** Oesterreichisches Finanzwesen.** Unter Jubel wurde vor nicht langer Zeit verkündet: das Anlehen ist gelungen; in Kurzem wird aller Verlust an dem Papiergeld aufhören, und dasselbe mit dem Metallgelde Pari stehen. Man hörte seitdem noch, daß der Staat die Verwaltung der Pupillengelder an sich gezogen habe. Mit dieser großen Summe und mit jener des Anlehens, hätte man allerdings denken sollen, daß man den Verlusten der Valuta ein Ende werde machen konnen. Aber — seltsame Erscheinung! der Curs des Papiergeldes ist wieder schlechter geworden! Er steht neuerdings so, daß 19½ Proc. daran verloren gehen. Auch lautet der neueste Bankausweis vom 3. Aug. ebenso wenig erfreulich. Der Baarfonds ist 42½ Mill., gegenüber einem Banknotenumlauf von nahezu 200 Millionen (genauer 199,942,000 fl.)! Dies ist seit dem letztvergangenen Monate (Juli) eine Verminderung des Baarfonds von 2000 fl., gegenüber einer Vermehrung der Banknoten von mehr als 300,000 fl. — In der Staatsverwaltung ohnehin hat man sich bekanntlich glücklich gepriesen, ein Deficit von **nur** 50 Millionen im Jahre zu haben!

*** Speyer,** den 11. August. Wie verlautet, soll der Rath am hiesigen Consistorium, Hr. Schüelein, quiescirt worden sein.

Speyer. Der Districtsrath des Kantons Dürkheim ist folgendermaßen gebildet:

I. Vertreter der Gemeinden. Dürkheim: Brgrm. Hafner, Einnehmer F. Resch und Ph. Barth; Bobenheim a. B., Brgrm. Spielmann; Dackenheim, C. Cloos; Deidesheim, Bürgrm. L. A. Jordan; Ellerstadt, J. Hammel II.; Erpolzheim, Brgrm. Wernz; Freinsheim, G. J. Retzer; Friedelsheim, A. Köster; Forst, J. Werle; Grethen, Ch. Kuhn; Gönnheim, Brgrm. Sorg; Hardenburg, W. Beret; Herxheim, H. Faßbender; Kallstadt, Brgrm. F. Weissenborn II.; Leistadt, Brgrm. Baumann; Niederkirchen, Brgrm. Reinhardt; Rödersheim, Brgrm. Martin; Pfäffingen, J. Fitz; Seebach, C. Altvater; Wachenheim, A. Adolay u. Brgrm. C. H. Wolf; Weissenheim a. B., Brgrm. Ph. Messer II; Weissenheim a. S., Brgrm. Kullmann.

II. Höchstbesteuerte: L. H. Wolf v. Wachenheim, F. Pet. Buhl v. Deidesheim und G. Fitz v. Dürkheim.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Ph. J. Renner v. Gönnheim, J. E. Hilgard v. Freinsheim, J. Lud. Wolf v. Wachenheim, B. Heuser v. Dürkheim, J. Häusling v. Deidesheim u. Ch. Biebel v. Forst.

— Districtsrath des Kantons Neustadt:

I. Vertreter der Gemeinden. Neustadt: H. Claus, F. Dacqué, J. Späth u. Brgrm. Goßweiler; Duttweiler, Brgrm. Pfaff; Elmstein, G. Schroer; Esthal, J. Knoll; Frankeneck, Brgrm. Goßler; Geinsheim,

Brgrm. Rhein; Haardt, Ph. Müller; Hambach, F. Nikolaus; Haßloch, Brgrm. Fusser u. Ph. H. Bug; Königsbach, Brgrm. Ziegler; Lambrecht-Grevenhausen, J. Marx; Lindenberg, F. W. Fuder; Lobloch, J. Wiedemann; Meckenheim, Brgrm. Hamann; Mußbach, Peter Fuchs; Neidenfels, C. Hemmer; Ruppertsberg, Ch. Eckel; Speierdorf, C. Mattil; Weidenthal, A. Haffen; Winzingen, Ph. Schaaf.

II. Höchstbesteuerte: Familie Retzer und Wolf gemeinsam, als Besitzer des Eethaler Waldes, L. H. Wolf v. Wachenheim, Pfälzische Ludwigseisenbahn.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Joh. Bergtold v. Duttweiler, A. Penner v. Neustadt, Adam Helmer v. Mußbach, J. Klein v. d. Sattelmühle, J. Reiß v. Gimmeldingen u. Brgrm. Arnold v. Lachen.

— Districtsrath des Kantons Homburg:

I. Vertreter der Gemeinden. Homburg: H. Scharpff u. Bürgrm. Fretz; Bechhofen, M. Kramer; Biedershausen, M. Wagner; Erbach, F. Roth; Großbundenbach, Bürgrm. Schweppenhäuser; Kirkberg, W. Dejon; Kleinbundenbach, P. Vollmar; Krähenberg, Ch. Brünesholz; Käshofen, Ph. J. Schäfer; Lambsborn, Bürgrm. Trautmann; Langwieden, M. Hoh; Martinshöh, J. Theis III.; Mörsbach, J. Hussung; Rosenkopf, J. Schmidt; Schwarzenbach, K. Maas, Wiesbach, Bürgermeister Vollmar II.

II. Höchstbesteuerte: H. Zott jun. v. Homburg, J. Krämer v. Bechhofen.

III Gewählte der Hochbesteuerten: Adam Schneider II v. Langwieden, J. Theis I. v. Martinshöhe, D. Vollmar VI. v. Käshofen, Ph. J. Maurer v. Kleinbundenbach.

— Districtsrath des Kantons Waldmohr:

I. Vertreter der Gemeinden. Waldmohr: Bürgrm. Emich; Altenkirchen, Bürgrm. Böhnlein; Altstadt, H. J. Schleppi; Börsborn, Ch. Becker; Breitenbach, Th. Lang; Brücken, F. Lavo; Dietzweiler, D. Müller; Dittweiler, G. Horbach; Dunzweiler, F. Müller; Elschbach, J. Barth; Frohnhofen, D. Pfaff; Gries, Ph. Klein; Haschbach, N. Harth; Höchen, Ch. Rothhaar; Jägersburg, J. Blum; Kirkel-Neuhäusel, L. K. Hussong; Kleinottweiler, A. Schleppi; Kübelberg, P. Kiefer; Limbach, J. G. Lehmann; Mittelberbach, Brgrm. Omlor; Münchweiler, Brgrm. Reinheimer; Nanzweiler, L. Lang; Niederberbach, B. Schleppi III; Niedermiesau, J. Roland; Oberberbach, J. Ruffing III.; Obermiesau, Brgrm. Becker; Sand, M. Wagner; Schmittweiler, M. Weis; Schönenberg, H. Löfheim; Steinbach, N. Ludwig I.

II. Höchstbesteuerte: J. Böhnlein I. v. Frohnhofen, W. Niergarth v. Schönenberg, G. Poller v. Mittelbach und K. Weis Bergwerksverwalter v. Altenkirchen.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Brgrm. Hierthes v. Limbach, Ch. Schleppi v. Altstadt, J. Omlor v. Mittelberbach, Th. Bischoff II. v. Niedermiesau, Brgrm. Pflüger v. Sand, J. Staudt v. Breitenbach, M. Buser v. Schmittweiler u. D. Hirsch v. Münchweiler.

— Districtsrath des Kantons Landstuhl:

I. Vertreter der Gemeinden. Landstuhl: J. Benzino III; Bann, H. Germann; Bettenhausen, D. Jenet; Bruchmühlbach, Brgrm. Munzinger; Limbach-Fockenberg, J. Rübel; Gerhardsbrunn, Brgrm. Müller; Gimsbach, Brgrm. Köbler; Hauptstuhl, N. Stadtmüller; Hitschenhausen, Brgrm. Rüp; Katzenbach, Joh. Schrär III.; Kindsbach, J. Martin; Oberheim-Kirchenarnbach, Brgrm. Müller; Kottweiler-Schwanden, G. P. Urschel; Linden, N. Wilhelm; Mackenbach, Ph. Bier; Matzenbach, J. Urschel; Miesenbach, C. Folz; Mittelbrunn, P. A. Hahn; Mühlbach, M. Schanne V; Nanzdiezweiler, Th. Seyl; Niedermohr, Ph. Nüb; Oberarnbach, Brgrm. A. Schneider III.; Obermohr, Brgrm. J. Schneider II.; Queidersbach, Brgrm. A. Straßer I.; Ramstein, J. Müller; Reichenbach, C. Rüb; Reuschbach, G. Zill; Reichenbachsteegen, P. Nagel; Schrollbach, Ph. Heil; Spesbach, K. Vollmar; Steinwenden, Brgrm. Becker; Vogelbach, J. Brabänder; Waltersbach, K. Müller.

II. Höchstbesteuerte: G. Löw u. H. Didier v. Landstuhl, J. Stuppi v. Unterschernau, Gemeinde Ramstein, H. Geiger v. Landstuhl.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Adam Müller v. Gerhardsbrunn, Val. Heinz v. Mittelbrunn, H. Burkhard v. Obernheim, D. Schneider II. v. Oberarnbach, M. Briegel v. Linden, Th. Klaus v. Hitschenhausen, G. Leppla v. d. Mohrmühle u. Bürgrm. Pfeiffer v. Kottweiler-Schwanden.

München, den 8. Aug. Der unter Polizeiaufsicht gestellt gewesene Handlungscommis Bogner ist bereits nach Amerika abgereist. Die HH. Vecchioni und Meyerhoffer, von denen letzterer unter polizeilicher Beaufsichtigung steht, haben sich um Pässe zur Auswanderung gemeldet. Der Bewilligung dieser Gesuche soll von Seite der Polizei jeder mögliche Vorschub geleistet worden sein. — Was die in andern Blättern gemeldete Ministerkrisis wegen der kirchlichen Fragen betrifft, so verlautet darüber, daß eine solche erst dann eintreten könnte, wenn die Unterhandlungen mit Rom beendigt sein werden, diese seien aber erst recht im Beginnen. — Die Ernennung des Hrn. Dönniges zum Ministerialrath im Departement des Aeußern macht gewissermaßen großes Aufsehen und manche sehen darin bereits eine Brücke zum Portefeuille des Aeußeren. Ministerpräsident v. d. Pfordten wird sich in einigen Tagen nach Reichenhall begeben. (N. K.)

Aschaffenburg, den 10. August. Das Städtchen Orb, in welchem bereits am 6. ds. ein Haus niederbrannte, ist in der Nacht vom 7. auf den 8. von einer furchtbaren Feuersbrunst heimgesucht worden. Mehr als 50 Häuser und Scheunen wurden in Asche gelegt.

Karlsruhe, den 8. August. Das Ministerium des Innern macht verschiedene Verordnungen zum Vollzug des provisorischen Gesetzes vom 24. Juli, die policeiliche Strafgewalt der Bezirksämter betreffend, bekannt. So ist u. A. der unerlaubte Besitz von Waffen und Munition bei 300 fl. Strafe oder acht Wochen Gefängniß verboten. Nur solche Personen, zu deren Dienstausrüstung Waffen gehören, sind zum Tragen der Waffen berechtigt. Wer aufrührerisches Geschrei erhebt, aufrührerische Lieder singt, sich Schmähungen gegen öffentliche Diener erlaubt, wer an Zusammenrottungen Theil nimmt, oder äußere Abzeichen trägt, durch welche sich die der Staatsordnung feindliche Partei bemerklich macht ꝛc., wird nach dem Gesetze über die Vergehen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung bestraft.

Frankfurt, den 10. August. Die Vertagung der Bundesversammlung wird mit dem 15. d. M. eintreten und soll auf 6 Wochen angesetzt sein.

Pleschen, den 31. Juli. Die Vossische Zeitung bringt folgende von ihr als „authentisch" bezeichnete Privatmittheilung über die hier ausgebrochene Cholera: Der erste Erkrankungs- und Todesfall kam am 10. v. M. vor; und mit rapider Schnelligkeit griff die Krankheit, einen panischen Schreck um sich verbreitend, um sich. Seit 21 Tagen steht die unglückliche Stadt unter dem Szepter der Seuche und doch ist keine Aussicht vorhanden, sie dorthin ziehen zu sehen, woher sie gekommen. Fast kein Haus, keine Familie ist von ihr verschont geblieben, und auf den Straßen sieht man entweder nur Leichenwagen und hin und wieder einen Arzt, oder den Todeskeim in sich tragende Einwohner der unglücklichen geängstigten Stadt. Die Krankheit forderte binnen 21 Tagen 250 Opfer. Die Stadt zählt etwa 5000 Seelen, es erlagen der Krankheit also etwa 5 pCt. Am 23. und 24. d. M. scheint die Krankheit das höchste Stadium erreicht zu haben, denn im Laufe des 25. wurden circa 55 Leichen zur Erde bestattet. Die Kreisbehörde sah sich auf den Antrag der Sanitätscommission veranlaßt, am 24. von der k. Regierung zu Posen ärztliche Unterstützung zu erbitten, weil die 4 Aerzte der Stadt

nicht mehr im Stande waren, überall Hülfe zu leisten. Die Krankheit ist zwar, wie es scheint, im Abnehmen begriffen, doch beträgt die Zahl der täglichen Sterbfälle immer noch 25 bis 30, also genug, um die Einwohner in Angst und Schrecken zu erhalten.

Wien. Aus dem statistischen Handbuche vom Ministerialsecretär Hain theilt die „Karlsr. Ztg." folgende merkwürdige Ziffern mit. Im Jahr 1850 kamen im Bereich des Kaiserthums 688 Uebertritte vom, und 454 zum Katholicismus vor.

Wien, den 5. Aug. (Versöhnlichkeit der Reaction.) Das in letzter Zeit verlautete Gerücht, daß der Baron v. Pillersdorf wegen seiner Haltung als Minister im Jahr 1848 seinen Geheimrathstitel verlieren soll, scheint nicht unbegründet gewesen zu sein. (!) Zugleich heißt es, daß auch gegen den ehemaligen Hofrath Grafen v. Breuner, welcher bekanntlich in der Märzbewegung eine hervortretende Rolle gespielt hat, sowie gegen eine Anzahl Kämmerer eine Untersuchung über ihr damaliges Verhalten eingeleitet werden soll. (!) (Allg. Z.)

Wien, den 8. Aug. Es ist ein kaiserl. Patent erschienen, wodurch das Landwehrinstitut aufgehoben, und dafür eine Armeereserve mit zweijähriger Verpflichtung ausgedienter Soldaten eingeführt wird.

Wien, den 8. Aug. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht „auf Ersuchen der französischen Gesandtschaft" eine Anzeige, wonach der bevorstehende 15. August als französisches Nationalfest in der St. Annenkirche durch eine große Messe und ein Tedeum gefeiert werden wird.

Oesterreichische Blätter halten sich nun heftig darüber auf, daß die protestantischen Curgäste in Teplitz und Karlsbad so eifrig das protestantische Bethaus besuchten; das sei Proselytenmacherei; man begnüge sich nicht mit dem angestellten Geistlichen, „sondern Prediger, woher sie immer kommen, geben dort Gastrollen!"

Oesterreichische Staaten.

Der Correspondent der Times berichtet, daß der Kaiser auf seiner Reise durch Ungarn am wenigsten gut bei den Slawen aufgenommen worden sei. Das kann nicht verwundern; denn wie sind ihre Hoffnungen 1848 aufgereizt, und wie sind sie nachher getäuscht worden? Am unzufriedensten sind die Croaten. Der Augsb. Allgem. Ztg. wird aus Wien geschrieben: „Die Reise des Kaisers nach Croatien im Herbste wird jetzt bezweifelt. In dieser Provinz würde ein Verschieben der Reise mit gemischtem Gefühle aufgenommen werden. Man erzählt, daß viele adelige Grundbesitzer in Croatien, welche Sr. Majestät ihre Aufwartung machen wollen, seit Verlust der Roboten genöthigt worden sind, ihre Prachtcostüme, das Erbtheil der Familie in jenen Gegenden, wie in Ungarn, zu versetzen, und daher nur mit bescheidenem Glanze aufzutreten im Stande sind; sie wünschen daher bei aller Anhänglichkeit und Ehrfurcht vielleicht im Geheimen, es möchte ein Aufschub der Reise ihrer Empfindlichkeit zu Hülfe kommen." Ein Jeder wird zwischen den Zeilen lesen.

Lombardei. In Verdara, bei Padua, sind die Jesuiten feierlichst wieder in den Besitz eines früheren Klosters eingesetzt worden, in welchem sie sofort ein Erziehungsinstitut eröffneten.

Frankreich.

In Proudhons Schrift kommen folgende Stellen zum Lobe des Staatestreichs vor: „Was man L. Napoleon nicht absprechen kann, ist das im Augenblick von Umwälzungen entscheidende Verdienst, alles gewagt zu haben, in wenigen Wochen alles angetastet, alles erschüttert, alles in Frage gestellt zu haben: Eigenthum, Rente, Zinsfuß, Unabsetzbarkeit, Privilegien der Notariatsstuben, Bourgeoisie, Dynastie, Constitution, Kirche, Armee, Schulen, Verwaltung, Justiz u. s. w. Was der Socialismus nur in der öffentlichen Meinung angegriffen hatte, davon hat der 2. Dec. durch seine Handlungen selbst, im Chaos seiner Ideen, in der Confusion seines Personals, dem Widerspruch seiner Decrete, den hingeworfenen, wieder zurückgenommen, dementirten Projecten, bewiesen, wie gebrechlich dessen Bau, wie armselig die Grundlagen, wie oberflächlich die Stabilität war. Diese alten Institutionen, diese geheiligten Ueberlieferungen, diese vorgeblichen Denkmäler des nationalen Genius hat er tanzen lassen wie chinesische Schattenbilder. Dank ihm, es ist nun nicht mehr möglich an die Nothwendigkeit und Dauer eines einzigen der Dinge zu glauben, die seit dreißig Jahren Gegenstand der parlamentarischen Discussion gewesen sind, und deren mißverstandene Vertheidigung der Republik so viel Blut und Thränen gekostet hat. Mag die Democratie, im December besiegt, wiederkommen wann sie will, sie wird die Geister vorbereitet, die Straße gebahnt, den Pflug in der Furche finden; sie wird obendrein noch, wie 1848, zum Verdienst des Radicalismus, auch das der Mäßigung und Großmuth hinzufügen können." — Was sind alle Feindseligkeiten von der Welt gegen obiges Lob?

Italien.

Turin, den 3. Aug. Daß der Redacteur des Patriote Savoisien, Julius Viard, ein Franzose, aber kein Flüchtling, ausgewiesen ward, werden Sie vielleicht bereits wissen. Auch Iwan Golowin, Redacteur des Journal de Turin, hat einen Ausweisungsbefehl erhalten, ihm aber bis jetzt nicht Folge geleistet. Golowin ist geborner Russe, seit zehn Jahre aber naturalisirter Engländer. Er will zuerst gerichtlich abgeurtheilt werden und verlangt Entschädigung für sein Blatt. Die Regierung besteht jedoch auf seiner Entfernung, und England erhält dadurch Gelegenheit, eine zweite Auflage der Pacifico-Geschichte zu veranstalten... Einige Tage vor Erscheinen des Verbannungsdecretes gegen ihn ließ er in seinem Blatte einen höchst feindseligen Artikel gegen Oesterreich abdrucken, ohne Quellenangabe und ohne Datum. Verfasser dieses Artikels ist der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Massimo d'Azeglio, der ihn im Jahr 1848 in die Florenzer Patria hatte einrücken lassen. Dieser Wiederabdruck hat, wie Sie sich denken können, nicht nur bei der Regierung, sondern beim ganzen diplomatischen Corps und in allen politischen Kreisen unseres Landes das größeste Aufsehen erregt, und die Regierung hielt sich für genöthigt, diese indiscrete Handlungsweise zu bestrafen. *) (A. Z.)

Rom, den 31. Juli. Letzte Woche ward zwischen der hiesigen russischen Gesandtschaft und dem Staatssecretariat lebhafter als sonst verkehrt. Kaiser Nicolaus wünscht, daß Rußland zum Kirchenstaat in möglichst nahe und lebhafte Handelsbeziehungen trete. Diesseits kam man dem Wunsch sehr willfährig entgegen, und ein Schifffahrtsvertrag ist bereits abgeschlossen.

Eine am Sonntag von den Mönchen des Convents neben der Zwölf-Apostelkirche in ihrem Klosterhof veranstaltete feierliche Procession ward in unangenehmer Weise gestört. Der Umzug hatte sich eben ganz entfaltet, als der an der Klosterthür Wache haltende französische Soldat, anstatt zu präsentiren, das Gewehr umkehrte und sich erschoß.

Cagliari, den 1. Aug. Auch auf der Insel Sardinien werden Proteste des Episcopats und des Clerus gegen das projectirte Ehegesetz vorbereitet.

Großbritanien.

London, den 5. Aug. „Mit Bedauern," sagt der Globe, „melden wir, daß die Berichte über die Kartoffelerndte in Irland im Allgemeinen ungünstig lauten."

Rußland.

Es wird berichtet, daß die russische Armee in Polen auf einen Standpunct der „Vollkommenheit" gebracht sei,

---

*) Das ist also eine „indiscrete Handlungsweise," wenn man den Ueberläufern ihre eigenen Worte entgegen hält! Es gehört eine wahre Characterlosigkeit dazu, so Etwas zu sagen! D. Red.

der „seines Gleichen" suche. Täglich gewahre man jetzt Vorbereitungsmaßregeln, die für den Fall, daß es nöthig werde, die schnellste Bewegung des Heeres zum Ziele haben. Hängt dies etwa mit dem, freilich von allen Seiten bestrittenen, aber aller Wahrscheinlichkeit nach doch (wenn auch nicht ganz in der veröffentlichten Form) bestehenden „Vertrag" zwischen Preußen, Oesterreich und Rußland zusammen?

Türkei.

Konstantinopel, den 29. Juli. Gestern Abend hat hier eine unermeßliche Feuersbrunst gewüthet, welche bei den großen Brücken zum Ausbruch kam und bis nach Mitternacht wüthete.

Neueste Nachrichten.

München, den 9. Aug. Der Ministerpräsident v. d. Pfordten ist in seiner Reconvalescenz noch so weit zurück, daß er erst vorgestern zum erstenmal eine Spazierfahrt unternehmen konnte. — König Otto wird noch im August nach Hohenschwangau zum Besuche kommen.

Freiburg, den 8. Aug. Nach einer von Seiten der Regierung beim Herrn Erzbischof dahier vorgestern angekommenen Anzeige wird die erstere dieser Tage an die katholischen Pfarrer des Landes ein Rundschreiben erlassen, worin sie denselben eröffnet, daß die in dem jüngsten Hirtenbrief des Herrn Erzbischofs gegen diejenigen Geistlichen, welche ihm in der Trauerfeier den Gehorsam versagt, ausgesprochene Strafbestimmung das Regierungsplacet nicht erhalten habe. Dabei stelle es die Regierung den einzelnen Geistlichen, die darunter begriffen sind, und von denen bekanntlich ein Theil in St. Peter Exerzitien machen soll, frei, dem Herrn Erzbischof zu gehorchen oder nicht; für den letzteren Fall hätten sie jedoch den Schutz der Regierung zu erwarten. Wie ich vernehme, wird der Erzbischof gegen alle die, welche ihm in dieser Sache nicht Folge leisten, die Suspension aussprechen. (Schw. M.)

Bremen, den 9. Aug. Die heutigen Wöchentlichen Nachrichten enthalten unter ihren amtlichen Bekanntmachungen eine Edictalladung in Untersuchungssachen wider Pastor Rudolph Dulon, Kaufmann Johannes Rösing, Redacteur F. W. Dralle wegen Verbrechen gegen den Staat ꝛc., wofür Termin auf Mittwoch den 11. August 12 Uhr Mittags anberaumt ist. Gegen Dulon und Dralle erläßt das Criminalgericht gleichzeitig einen Steckbrief, weil sie sich der gegen sie wegen oben angedeuteter Verbrechen anhängigen Untersuchung durch heimliche Entweichung entzogen hätten, ersterer unter Verletzung eines einfachen, letzterer unter Verletzung eines eidlich bestärkten Gelöbnisses.

† **Paris,** den 9. Aug. Eine Regierungscorrespondenz von heute, die wir zur Einsicht erhalten, enthält Folgendes: „Was immer klarer hervortritt, das ist die bevorstehende Heirath L. Napoleons. Es ist für Niemanden mehr zweifelhaft, daß die Ernennung des gewandten Hr. Drouyen de l'Huys zum Minister des Auswärtigen kein anderes Motiv hatte, als die Unterhandlung dieser wichtigen und delicaten Angelegenheit. Die Anhänger des Kaiserreichs beeilen sich hinzuzufügen, daß gleich nach der Trauungsfeierlichkeit Louis Napoleon das schon so lange erwartete Kaiserreich gründen werde. Das Kaiserreich kündigt sich mit allzu sichtbaren Zeichen an, um ihnen zu widersprechen. Andererseits wollen aber die ausschließlichen Bonapartisten eine Thatsache nicht zugeben, die ihre Eigenliebe verletzt, die aber dennoch besteht, nemlich die Aengstlichkeit, wenn nicht Widerstreben, mit welchem das Publicum dem entscheidenden Acte entgegensieht. ... Die nordischen Höfe müssen einsehen, daß der gekrönte Napoleon ihnen für das monarchische Princip ungleich solidere Garantieen bietet, als der absetzbare Präsident der Republik. Wer weiß, ob sich nicht die bevorstehende Reise des intimsten Ministers Napoleons, von der man spricht, auf diese Beweisführung bezieht. — Der Municipalrath von Toulouse hat 50,000 Frs. für die Empfangsfeierlichkeiten des Präsidenten votirt. — Die „Assemblee nationale" eifert gegen die gestern von der Patrie in Aussicht gestellte zollfreie Einfuhr des Getreides. — Der abgesetzte Staatsrath Cornuret hat sich wieder in die Liste der Advocaten des Appellationshofes eintragen lassen. — Der „Ami de l'Ordre" in Digne, Departement der Niederalpen, zeigt an, daß Bittschriften um Herstellung des Kaiserreichs an den Senat mit 30,000 im Departement gesammelten Unterschriften und mit 200 Zustimmungen der Municipalräthe abgegangen sind. —

† **Paris,** den 10. Aug. Der halbamtliche Theil des Moniteur enthält die einfache Nachricht: daß der Präsident am Sonnabend nach der Sologne gereist ist, um die Arbeiten zu besichtigen, die er dort ausführen läßt, und daß er nächstens zurückkehren wird. Dies „nächstens" beweist, daß über den Zeitpunct der Rückkehr nichts bestimmt wurde, oder daß man aus Rücksichten der Vorsicht nichts darüber bekannt machen will. Der Präsident ist gestern Abend zurückgekehrt. — Die Regierungsorgane kündigen an, daß die am Sonnabend und vorgestern stattgehabten Wahlen der Generalräthe mit einer großen relativen Majorität günstig für die Regierung ausgefallen sind. Nähere Details über die Theilnahme der Wähler hat man bis jetzt nur aus dem Departement der Seine inferieure. Im Arrondissement Rouen mußten in 5 Cantons von sechs die es enthält, die Wahlen erneuert werden. Die Wähler zeigten sich diesmal noch weniger eifrig, als das erstemal, wo sich von 26,890 eingeschriebenen Wählern nur 6622 betheiligt haben. Diesmal wählten von 24,000 Wählern nur 4200. In Havre sind die Candidaten mit 1070 Stimmen unter 8000 Wählern erwählt worden. — Die Conferenzen zwischen dem Minister des Auswärtigen und dem Bevollmächtigten Belgiens haben weder zum Abschluß eines neuen, noch zur Verlängerung des alten Vertrages geführt, der heute erlischt. Es bestehen also von heute an die allgemeinen Zollsätze für die Producte beider Länder, was auf die Weinpreise in Belgien und die Leinwand und Eisenpreise in Frankreich nicht ohne Einfluß bleiben kann. Es steht jedoch zu erwarten, daß die erhobenen Schwierigkeiten, die sich hauptsächlich auf den Nachdruck der französischen Werke in Belgien beziehen, bald gehoben werden. Man glaubt, daß die Unnachgiebigkeit der französischen Regierung auf die Bildung des neuen Ministeriums Einfluß ausüben soll.

Das „Pays" enthält heute einen ziemlich heftigen Artikel gegen die Times, welche die Wahl der Generalräthe eine Farce nannten, an der sich kein ehrenwerther Mann betheiligen sollte. Es erhitzt sich dabei so sehr, daß es auf seinen Angriff gegen die Orleanisten, denen es die Polemik der Times in den Schuh schiebt, zurückkommt und sie diesmal sogar beschuldigt, mit den Democraten bei den Intriguen der letzten Wahlen gemeinschaftliche Sache gemacht zu haben. — Einige auswärtige Blätter haben angezeigt, daß der Präsident incognito nach Baden gereist sei, was mit dessen Heirathsprojecten in Verbindung gebracht wird. Dies ist eben so unrichtig als die Nachricht der Augsburger Ztg., derzufolge sich die Heirathsunterhandlungen zerschlagen haben sollen. Wir wissen aus sicherer Quelle, daß diese wichtige Angelegenheit ihrer Lösung näher ist, als man allgemein glaubt. — Zum 25. August wird der Präsident in Lyon erwartet, um der Einweihung der Reiterstatue des Kaisers, welche am 15. in den Elyseeischen Feldern aufgestellt sein wird, beizuwohnen. Die Municipalität macht bereits großartige Vorbereitungen zu dieser Ceremonie.

* **London,** den 9. Aug. Die Abreise der Königin nach Antwerpen ist Sonnabend und Sonntag durch das schlechte Wetter verhindert worden und bis heute aufgeschoben.

Die englischen Sonntagsblätter sind äußerst erbittert über das Ministerium wegen dessen Streit mit America über die Fischereifrage. In der Union ist die Erbitterung gegen das engl. Ministerium enorm. Näheres Morgen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 195 | den 14. August 1852.

Deutschland.

*** Speyer,** den 13. Aug. In der Schweiz erkennt man vollkommen richtig, daß Festigkeit das beste und sicherste Mittel ist, das Land und seine Selbständigkeit zu retten. Die Umtriebe der Leute von Posieur sind für jetzt wenigstens vollständig gescheitert, nachdem nunmehr auch der Ständerath mit eminenter Majorität die eingebrachte Petition zu den Acten zu legen beschlossen hat. Auch in der Neuenburger Frage wird man festhalten. Schwanken ist es, was Verderben brächte. Wird Preußen Lust haben, einen Kriegszug zu unternehmen, um sein s. g. Recht auf jenen Kanton geltend zu machen? Daran glaube, wer keine Augen hat für die Gefahren, welche aus dem westlichen Nachbarlande drohen, wo das Kaiserthum sich eben doch erhebt, mit all' seinen Reminiscenzen der Rheingränze u. s. w. In Paris mag man einen Krieg Preußens gegen die Schweiz wünschen, um desto erfolgreicher im Trüben zu fischen, aber in Berlin muß man wenigstens diese Gefahr erkennen. Man muß sie um so mehr erkennen, als die Haltung der französischen Regierung gegen Belgien wahrlich deutlich genug kund gibt, daß die alten Erinnerungen an Napoleonische Dictate nichts weniger als ausgelöscht sind. An der Französisch-Belgischen Grenze hat man wenigstens bereits mit dem Zollkriege begonnen.

Der plötzlich aufgetauchte Zwist zwischen Amerika und England über die Fischerei bei New-Foundland hat eine unbeschreibliche Heftigkeit erlangt. Glücklicher Weise aber wird er, wie schon jetzt zu erkennen, nur dazu führen, das jetzige Londoner Reactionsministerium, das seine Unfähigkeit dabei recht grell beurkundet, stürzen zu helfen. Die Amerikaner und die Engländer erkennen das Bedürfniß, daß gerade sie einig sein müssen, und wir erwarten, daß der Vorfall nur dazu dienen wird, beiden Mächten dieses Bedürfniß noch klarer zu machen, als es je bisher erkannt ward.

Unterdessen werden in Deutschland die kirchlichen Zänkereien wieder mit solcher Erbitterung getrieben, daß man sich in das 17. Jahrhundert zurückversetzt glauben müßte, wenn nicht eine Reihe der gewaltigsten Erscheinungen bewiese, daß es eben doch unmöglich ist, jene Zeiten zurück zu bringen. Allein unübersehbar bleibt dennoch die Masse des Unfriedens und Unheils jeder Art, die ausgestreut werden und üppig wuchernde Früchte erzeugen.

*** Pfalz.** Die Ernennung des Hrn. Dönniges zum Ministerialrathe im Departemente des Aeußern ist bei uns mit Interesse und Beifall aufgenommen worden. Mit Beifall aus dem einfachen und naheliegenden Grunde, weil Hr. Dönniges als Vertheidiger des Zollvereins bekannt ist, und weil man hofft, er werde mit Erfolg die Pfordten'sche Politik in dieser Beziehung bekämpfen, und es werde vielleicht die für unser ganzes Land furchtbar drohende Gefahr der wirklichen Zollvereinssprengung abgewendet werden. Lächerlich lautet es, wenn die „Pfälzer Zeitung" Hrn. Dönniges als Democrat verdächtigen will. „Bezeichnend ist es," sagt sie, daß der Münchener Eilbote die Nachricht von seiner Beförderung „zuerst brachte, so wie denn hauptsächlich „die democratischen Blätter sich eines jeden Fortschrittes, „den Hr. Dönniges im Staatsdienste macht, am meisten „freuen." Wir finden etwas Anderes „bezeichnend;" nemlich daß diejenigen Anhänger des bisherigen Systems, welche früher so oft ausriefen: „man muß dieses Ministerium halten, damit kein reactionäreres nachkömmt," heute sogar in Hrn. Dönniges einen Förderer der Democratie erblicken. Selbst Hr. Sepp hat sich in seiner bekannten Kammerrede über die „Schmarozzerpflanzen" nicht so weit verirrt, wie heute das subventionirte Blatt. Was die Sache selbst betrifft, so ist es allerdings kaum zu glauben, daß Hr. v. d. Pfordten nun unmittelbar neben Hrn. Dönniges im Amte bleiben kann, nachdem er vor so kurzer Zeit sogar dessen Entfernung aus seiner frühern Stellung und selbst dessen Abreise aus München zur Bedingung seines Verbleibens im Ministerium gemacht hatte. Daß alsdann eine theilweise Aenderung des Systems, namentlich, wie schon berührt, in der Zollfrage, eintreten muß, hoffen wir allerdings. Und wenn es uns auch nicht im Traume einfällt, Hrn. Dönniges für einen Democraten zu halten, so können wir doch, (was wir bereits vor Monaten aussprachen,) vollkommen ruhig auch die politische Seite der Ministerveränderung hinnehmen, da wir die so lange als Aushängeschild einer Partei ausgebeutete Furcht vor einem „noch viel reactionäreren" Ministerium nie getheilt haben, und auch das ganze Publicum diese Furcht wohl längst schon überwunden haben wird. — Wir sind überzeugt, daß in dieser Beziehung nicht das Geringste zu fürchten steht.

Auch über den Theaterintendanten Hrn. Dingelstedt, den Freund des Hrn. Dönniges, gießt die Pfälzer Ztg. ihre Galle aus. Wir haben nun zwar gar keinen Beruf, diesen Angriff abzuwehren. Allein komisch nimmt sich ein solcher verbissener Ingrimm des gedachten Blattes eben doch aus. Als Hr. Dingelstedt nach München kam, war er bereits genau der Nemliche, der er heute ist. Damals überfloß die Pfälzer Ztg. von Lobeserhebungen der Talente, der gleich anfangs bewiesenen ganz ausgezeichneten Leistungen, und der Person des neuen Theatervorstandes. Heute verhöhnt dasselbe Blatt die Leistungen, die dichterischen Talente und den Character des nemlichen Mannes, und wirft ihm — das „Mantel nach dem Winde drehen" vor. Man traut freilich seinen Augen kaum, wenn man so Etwas in einer „Pfälzer Zeitung" liest. Es dürfte dies wol ein Zeichen starker Unbehaglichkeit sein. —

München, den 9. Aug. Die Frau Prinzessin Luitpold begibt sich nächste Woche zu den königl. Schwiegereltern nach Schloß Ludwigshöhe bei Edenkoben, wo bis zum 25. d., dem Geburts- und Namensfest König Ludwigs, auch Prinz Luitpold, die Frau Erzherzogin Hildegard v. Oesterreich und noch andere Glieder der königl. Familie eintreffen werden.

An die Stelle des jüngst verstorbenen Professors Dr. Schmeller hat die zweite oder philosophisch philologische Classe der hiesigen Academie der Wissenschaften den Professor der nichtbiblischen orientalischen Sprachen und Litteraturen Dr. Joseph Müller fast einstimmig zu ihrem Classensecretär gewählt.

Der Ministerpräsident v. d. Pfordten hat sich heute Vormittags nach Stuttgart begeben, wo vermuthlich die besprochene Zollconferenz der Darmstädter Verbündeten stattfinden wird.

Karlsruhe, den 10. August. Der Stand der Ruhrkranken ist hier nach glaubwürdigen Mittheilungen bis auf 700 angestiegen. In dem nahen Mühlburg soll die Seuche verhältnißmäßig noch stärker wüthen.

Stuttgart, den 11. Aug. Die Stuttgarter Coalitionszollconferenz ist zur Wahrheit geworden: der Merkur meldet den sächsischen und den baierischen Minister, die HH. v. Beust und v. d. Pfordten, als Gäste des Hotels Marquardt, wo man noch den badischen Minister Frhrn. v. Rüdt erwarte. (Beob.)

Darmstadt, den 6. Aug. Im nächsten Monat muß die vertagte Ständeversammlung wieder berufen werden, weil die Prorogation des Finanzgesetzes mit dem 1. Oct. zu Ende geht. Die Staatsregierung wünscht wenigstens, daß bis dahin die „große Frage" über die Zollfrage erledigt sei, damit sie damit antworten könne. Wenn keine Auflösung der Ständeversammlung erfolgt, was möglich wäre, so wird sie vor Ende des Jahres schwerlich geschlossen werden können, da namentlich das Budget noch nicht erledigt ist. (A. Z.)

Kassel, den 8. August. Die „Zeitung für Norddeutschland" will der Regierung den Kammern gegenüber einen harten Stand voraussagen, weil man neben Erhöhung der übrigen directen Steuern die Grundsteuereinnahme allein von 553,000 Thaler auf 753,000 zu steigern beabsichtige, und diese Last die Höchstbesteuerten treffe, welche ein Drittheil der zweiten Kammer ausmachen. Auch von Seiten der ersten Kammer soll keine große Geneigtheit zu Erhöhung jener Steuer sich zeigen.

Berlin, den 7. Aug. In Kalisch hat die Cholera an Heftigkeit nachgelassen, dagegen in den umliegenden Dörfern zugenommen; viele Menschen werden auf dem Felde von ihr ergriffen und müssen heimgetragen werden. Bei der Verwahrlosung, Unreinlichkeit und dem gänzlichen Mangel von Präventiv- wie Repressivmitteln ist die Nachricht nicht unglaublich, daß die Einwohner eines ziemlich großen Dorfes bis auf sieben ausgestorben. Die Stimmung ist sehr gedrückt, und die Behörden lassen Musikbanden auf Straßen und Plätzen spielen, um die Gemüther der Lebenden zu erheitern. Im Großherzogthum Posen breitet sich die Cholera in den Gränzstädten Ostrowo, Pleschen und Krotoschin aus; in den beiden ersteren zählte man bis zum 3. d. 400 Todte.

Aus der Uckermark, den 6. Aug. Die Agitation innerhalb der protestantischen Kirche in Preußen ist in stetem Wachsen begriffen. Noch beschränkt sie sich zwar vorzüglich auf die Prediger und die Vorsteher in den kirchlichen Gemeinden, aber es ist nicht zu verkennen, daß auch nach und nach alle Schichten der letzteren davon ergriffen werden, und es gewinnt fast den Anschein, daß sich eine mächtige religiöse Bewegung für die Zukunft vorbereitet. Ganz besonders in den Vordergrund drängen sich die Alt-Lutheraner, d. h. die von der evangelischen Landeskirche separirten Lutheraner. Sie fordern: 1) Restitution des lutherischen Namens; 2) die der lutherischen Kirche eigenthümliche Agende; 3) ein besonderes lutherisches Kirchenregiment; 4) lutherische Kirchenverfassung und Gemeindeordnung. Die Union selbst erachten sie nach dem Ausspruch Wachlers und Göschels ihrem Wesen nach durch die Cabinetsordre vom 4. März bereits abgethan und rechtlich vernichtet.

Wien. Der Vater des Kaisers von Oesterreich hat eine Wallfahrtsreise nach Mariazell angetreten. (Vbtn.)

Schweiz.

Bern, den 10. Aug. Sitzung des Ständeraths. An der Tagesordnung ist die Petition von Posieux. Berichterstatter Burki beantragt die Annahme des nationalräthlichen Beschlusses. Er stellt dem Revisionsbegehren die Bundesverfassung entgegen und bemerkt über das in Anspruch genommene freie, über allen Verfassungen stehen sollende Revisionsrecht: ein bernischer Magistrat habe die Abberufung einen Putsch mit dem Gesetzbuch in der Hand geheißen, was solle man denn von einem, außer jeder Verfassung stehenden Revisionsbegehren sagen? Ob das nicht die permanente Revolution einführen heiße? Ferner weist er auf die gerade entgegengesetzte Petition des Bezirkes Murten hin und erwähnt, daß diese Angelegenheit eigentlich schon im Jahre 1850 erledigt worden sei und sich seither die Verhältnisse nicht geändert hätten. Aus allen diesen Gründen schließt er auf einfache Abweisung, da eine Mahnung an die Freiburger Regierung nur eine, ihr gegenüber unloyale Aufmunterung der Petenten enthielte. Keiser tritt mit einem Minoritätsantrage auf, welchen er nicht durchzubringen hofft, da der Nationalrath eigentlich die Frage schon entschieden habe und auch im Ständerath keine Aussicht auf Erfolg sei. Er beantragt nun einen, dem von Allet im Nationalrathe vorgebrachten Antrag gleichlautenden Beschluß: da das freie Selbstconstituirungsrecht des Freiburgervolks geschmälert sei, da ferner die in Posieux versammelt gewesene Majorität des Freiburgervolks eine Aenderung der Zustände verlangt habe, da überdem der Gr. Rath von Freiburg einen Beschluß zur Erforschung des eigentlichen Volkswillens gefaßt habe und diesem Beschluß nur durch eine Verfassungsrevision Genüge gethan werden könne; da die Verfassung durch den Bund nur für, nicht gegen das Volk garantirt sein könne und da endlich die öffentlichen Zustände dieses Kantons schon zu eidg. Intervention durch Kommissarien geführt habe: sei der Bundesrath einzuladen, die geeigneten Maßregeln zu treffen, daß sich das Freiburgervolk so bald als möglich über die Frage einer Verfassungsrevision aussprechen könne. — Kurz muß vom staatsrechtlichen Gesichtspunkt aus dem Kommissionalantrag beistimmen, jedoch mit dem Zusatz, daß die Erwartung ausgesprochen werde, die Regierung von Freiburg werde von sich aus das Geeignete vornehmen, um dem anormalen Zustande des dortigen Kantons ein Ende zu machen. Planta, Fazy, Albrecht, Furrer und Weißenbach sprechen für einfache Tagesordnung. Aepli beantragt folgenden Zusatz zu dem Beschluß des Nationalraths: „in Erwartung, daß die Regierungsbehörden des Kantons Freiburg von sich aus alles das vorkehren werden, was zur Beruhigung des Kantons gereichen kann." Blumer für den Antrag Aepli's. Kurz schließt sich dem Antrage an, Munzinger und Kappeler bekämpfen ihn. — Abstimmung: Antrag Aepli 10 St.; dagegen 28. Für einfache Tagesordnung 29 gegen 9 Stimmen.

Frankreich.

Paris, den 9. Aug. Das Buch von Victor Hugo ist heute gleichzeitig in Brüssel und London erschienen. Der Observateur Belge, der daraus ein Capitel mittheilt, ist heute auf der Post mit Beschlag belegt worden. Das Buch heißt: „Napoleon der Kleine."

Aus dem obern Elsaß, den 9. Aug. In Willer bei Tann haben sehr ernste Arbeiterunruhen stattgehabt. Die Arbeiter in der Fabrik des Hrn. Isaak Köchlin hatten eine Lohnerhöhung verlangt, und als die ihnen nicht gewährt wurde, die Arbeit eingestellt. An der Arbeitseinstellung mögen ungefähr 1300 Personen beiderlei Geschlechts Theil genommen haben. Sie verhielten sich ruhig, bis der Friedensrichter von Thann am 4. d. in Willer erschien, um einen Rädelsführer zu verhaften. Derselbe wurde auch festgenommen, aber den Gendarmen durch die zusammengerotteten Massen wieder entrissen. Nun kamen 4 Gendarmen mit einer Infanterieabtheilung von 55 Mann, um den Befreiten, wie mehrere Arbeiter, die sich bei seiner Befreiung besonders hervorgethan hatten, zu verhaften. Auch diese Operation wurde durch die tumultuirende Menge, die sich zum Theil in trunkenem Zustand befand, vereitelt. Am andern Morgen, 5. d., erschienen nun der Unterpräfect und der Staatsprocurator mit einem Gendarmerieofficier, 6 Gendarmen und 170 Mann von der Garnison zu Thann in Willer. Die Straßen waren mit Menschen überfüllt, welche sich weigerten, sich zurückzuziehen. Das Militär lud vor ihren Augen die Gewehre und drang ein, ohne jedoch von den Waffen Gebrauch zu machen. Sofort wurde die Untersuchung eingeleitet, in deren Folge 17 Verhaftungen vorgenommen wurden. Am Abend zogen die Behörden und die Truppen mit den Gefangenen ab, verfolgt von Drohungen und Steinwürfen, so daß die Nachhut der Truppenabtheilung genöthigt war, die wüthenden Massen mit

dem Bajonett zurückzuweisen. Ein Arbeiter, der einen Bajonettstich erhielt, wurde hier noch festgenommen. So schien die Ruhe am Abend wieder hergestellt. Der Maire, der sich schwach benommen hatte, wurde sogleich abgesetzt. Die Verhafteten sind nach Kolmar gebracht worden. (Karlsr. Z.)

Italien.

Wie die in **Mailand** erscheinende Bilancia vom 29. Juli meldet, waren dort im Laufe der vorhergehenden Woche über 30 junge Männer wegen unsittlichen Verhaltens und Blasphemie eingekerkert worden.

Die piemontesische Regierung hat gestattet, daß der Herzogin von Orleans ein Paß nach dem savoyischen Badorte St. Gervais ausgestellt werde.

Großbritanien.

London, den 6. Aug. Es zeigt sich nun, daß Lord Aberdeen, als Minister des Auswärtigen unter der Peel'schen Verwaltung, im März 1845 wirklich den americanischen Fischern das Recht zugestanden, ihr Gewerbe in der Fundy-Bay zu betreiben, was am 26. April 1845 der damalige americanische Gesandte in London, Hr. Everett, an seine Regierung berichtete. Dieses Zugeständniß dehnten die amerikanischen Fischer freilich aus, und fischten längs der ganzen Küste der britisch-nordamerikanischen Colonien, ohne die durch den Vertrag von 1818 festgesetzten Gränzen zu achten. Die Fischer der Colonien beschwerten sich dagegen wiederholt, die englische Regierung aber ließ es bisher ruhig geschehen.

London, den 9. Aug. Das herausfordernde Verhalten des Ministeriums in Bezug auf die amerikanischen Fischereien hat in der liberalen Wochenpresse einen wahren Sturm erregt. Weekly Dispatch fordert auf, Meetings zu halten, um Petitionen an die Königin zur augenblicklichen Einberufung des Parlaments zu unterzeichnen, und dem amerikanischen Volke die Versicherung zu geben, daß England an der „Dandy-Frechheit" seines Ministeriums unschuldig sei. Ein ewiger Vorwurf für die Nation sei es, daß sie das „Cavalier-Cabinet" so lange geduldet, aber endlich müsse der „elenden Posse" ein Ende gemacht werden. Hinter der Eisenfresserei gegen Amerika stecke mehr, als man auf den ersten Blick gewahre. Die Derbyten, welche gegen Osten kriechen und gegen Westen den Fuß aufheben, hätten ihre despotischen Sympathieen einmal laut bekundet; den Autokraten zu Liebe wollten sie das Freundschaftsband mit der einzigen freien Nation der Erde gewaltsam zerreißen und zugleich versuchen, ob man nicht die Kornzufuhr aus Amerika precär machen könne. Von den einzelnen Ministern spricht Weekly Dispatch mit höchst unparlamentarischer Verachtung; Sir J. Pakington nennt sie, um den gelindesten Ausdruck zu gebrauchen, den Colonial-Esel. Morning Chronicle geißelt heute mit tausend Geißeln die tölpische Anmaßung der Minister, die gar nicht zu wissen schienen, daß sie eine flagrante Verletzung des Völkerrechts begangen haben; denn nicht mehr und nicht weniger sei die Wegnahme zweier amerikanischen Schiffe in der Bay von Fundy, nach der Concession von 1845.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 28. Juli. Die Aufregung gegen England wegen des gewaltsamen Auftretens Lord Derby's in der Fischereienfrage ist beinahe bis zur Fieberhitze gestiegen. Der New-York Courier and Enquirer, ein gemäßigtes Blatt, hält es für unmöglich, mit der jetzigen englischen Regierung zu unterhandeln; eine geringere Sühne für die Beleidigung Amerika's als den Sturz des Cabinets Derby könne man nicht annehmen. Webster hielt in Marshfield, wo er eine begeisterte Aufnahme fand, eine, wenn nicht geradezu kriegerische, doch sehr entschieden klingende Rede. „Bevor ich officiell sprechen kann," bemerkte er, „darf ich über den Gegenstand nicht viel sagen. Inzwischen seid versichert, die Rechte amerikanischer Bürger sollen gewahrt werden. Die Fischereien sind die Pflanzschule unserer Flotte; wenn unsere Flaggenschiffe je einen Seesieg erfochten, so danken sie es den Fischereien. Der Gegenstand ist daher von der größten nationalen Bedeutung. Und diese plötzliche, von Drohungen begleitete Unterbrechung eines dreißigjährigen Betriebs ohne Kündigung ist nicht zu rechtfertigen, um so weniger, als Lord Derby im Jahre 1845 Colonialminister war, und die von Lord Aberdeen und Hrn. Everett uns gemachte Concession nicht ohne sein Mitwissen, ja, nicht ohne sein Gutachten und Gutheißen geschehen konnte. Ich kann nicht anders denken, als daß er die Thatsache aus Unachtsamkeit übersehen hat. Aber wenn ein Fischerboot von englischen Kriegsschiffen gekapert wird, so ist England verantwortlich. Man kann nicht erwarten, daß Amerika seine Rechte dem Urtheil der kleinen Provincialtribunale anheim stellen und seine Schiffe von der Polizei Canada's, Neufoundlands, Neu-Braunschweigs oder Neu-Schottlands verdammen lassen wird. Nein, nein, nein! (Lauter Beifall.) Mehr kann ich in diesem Augenblick nicht sagen; aber seien Sie versichert, dies ist ein Gegenstand, der Niemand in Washington schlafen läßt!" Man hält diese Aeußerungen des Staatssecretärs, trotz der Verclausulirung im Eingange, für amtlich und erwartet energische Schritte von Seiten der Regierung. Nach einer telegraphischen Depesche aus Philadelphia von gestern kam auf dem dortigen Werfte der Befehl zur schleunigsten Ausrüstung der Dampffregatte Saranac an. Eine große Fischerflotte soll aus den Küstenstädten von Massachusetts auslaufen, sobald die Regierung sie des Schutzes gegen britische Kreuzer versichert hat. Dies sieht wie eine Demonstration aus, die zu Reibungen führen muß, wenn England nicht bei Zeiten nachgibt. Um die Erbitterung zu erhöhen, ist ein zweites amerikanisches Schiff, der Subeck, von dem britischen Dampfer Netly weggenommen und nach St. Johns geschleppt worden, und die Sprache der britischen Colonialpresse klingt nichts weniger als begütigend.

Aus Neu-Orleans telegraphirt man: Wir haben eine traurige Nachricht vom Fort Smith in Arkansas erhalten. 2000 Camanche-Indianer überfielen und ermordeten, nach zweitägiger heroischer Gegenwehr, den Capitän R. B. Marcy (Sohn des Ex-Gouverneurs von New-York) und sein ganzes Commando, welches bloß aus 80 Mann bestand. Die Indianer sammeln sich in Massen um das Fort.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer,** den 13. August. Der Rhein ist in den letzten Tagen wieder so sehr angewachsen, daß er an einigen Stellen bereits wieder über die Ufer getreten ist.

* **Frankenthal,** den 12. Aug. Von den 24 Districtsräthen des Kantons Frankenthal waren heute 22 versammelt, haben unter dem Vorsitze des kgl. Landcommissärs beschlossen, daß der Districtsrathsausschuß aus 4 Mitgliedern bestehen solle und folgende Personen dazu gewählt: 1) Mich. Riel, Gutsbesitzer u. Holzhändler in Frankenthal mit 14 Stimmen; 2) Val. Reudelhuber, Gutsbesitzer in Lambsheim mit 13 St.; 3) C. Lehmann, Hypothekenbewahrer u. Bürgermeister in Frankenthal mit 12 St.; 4) Wendel, Bürgermeister in Lambsheim mit 12 St. — Als Ersatzmänner wurden gewählt: 1) Nic. Müller, Brgrm. in Großniedesheim mit 15 St.; 2) G. Müller, Brgrm. in Heßheim mit 14 St.; 3) B. Riede, Gutsbesitzer in Oppau mit 13 St.; 4) F. Rybiner-Friedrich, quiesc. Friedensrichter in Frankenthal mit 13 St.

* **Mutterstadt,** den 11. Aug. Zu Mitgliedern des Ausschußes des Distriktsraths wurden gewählt: Rentmeister Pauli von Oggersheim, J. Koob von Fußgenheim, Joh. Lehmann v. Friesenheim, Metzner sen. v. Mundenheim, Sorg v. Dannstadt und Frey I. v. Rheingenheim. — Ersatzmänner: Frey II. v. Rheingenheim, Dr. Biebinger v. Mutterstadt, Brgrm. Striebinger v. Neuhofen, Brgrm. Krick v. Mutterstadt, Härtel v. Dannstadt und J. D. Koob v. Fußgenheim.

München, den 9. Aug. Auf das erledigte Kan-

tonsphysikat Winnweiler wurde der dermalige Kantonsarzt Dr. K. Schleip von Wolfstein, hiernach auf das Kantonsphysikat Wolfstein der dermalige Kantonsarzt zu Rockenhausen, Dr. D. George versetzt und die hierdurch sich eröffnende Kantonsarztstelle in Rockenhausen dem dortigen practischen Arzte Dr. J. Fleischmann in provisorischer Eigenschaft verliehen. — Zum Notär in Lauterecken wurde Rechtscandidat Forthuber ernannt.

Nach einem Gerüchte würde Hr. v. Zwehl definitiv und ausschließlich das Ministerium des Cultus übernehmen, und als Minister des Innern durch den dermaligen Präsidenten der Regierung von Oberbaiern, Grafen Reichersberg, ersetzt werden, an dessen Stelle der Präsident von Schwaben, Frhr. v. Welden, käme.

Herr v. d. Pfordten hat (wie sich die „Augsb. Postz." melden läßt) einen Entwurf einer an Preußen abzugebenden Erklärung ausgearbeitet, der sich auf die Erhaltung des Zollvereins stützt, aber von Preußen die Eröffnung der Unterhandlungen mit Oesterreich über die Zolleinigung fordert, sobald die Zollvereinsconferenzen in ein bestimmtes Stadium getreten sind. Zugleich sollten bei der Ratifikation der Zollvereinsverträge die Unterhandlungen mit Oesterreich bis zu einem gewissen Punkte gereift sein.

Karlsruhe, den 11. August. Der Stadtdirector von Freiburg, Frhr. v. Uria, ist zum Stadtdirector von Heidelberg und der Regierungsrath Burger von hier zum Stadtdirector von Freiburg ernannt worden.

Berlin, den 10. Aug. Von Wichtigkeit ist die Nachricht, daß die Regierung von Nassau in Bezug auf die Zollvereinsfrage sich Preußen nähert.

Breslau, den 6. Aug. Das katholische schlesische Kirchenblatt ward heute mit Beschlag belegt.

Bern. Der Gemeindspräsident von Mühleberg zeigt der Regierung durch das Statthalteramt Laupen an, daß die Erdäpfelkrankheit mit reißender Schnelligkeit zunehme, und daß, wenn nicht bald bessere Witterung eintrete, die Erdäpfeläcker in kurzer Zeit kohlschwarz sein werden.

Neuenburg. Am 7. hat die Uebergabe der Verwaltung und des Vermögens der Bourgeoisie von Valangin an den Regierungscommissär Grandpierre zu Handen des Staates stattgefunden. Sämmtliche Archive, Titel, Papiere, Siegel und Panner wurden auf das Schloß von Neuenburg gebracht, wo die Liquidationskommission ihre Sitzungen halten wird.

‡ **Paris,** den 11. Aug. Der „Moniteur" von heute meldet die Vertheilung von vielen Kreuzen der Ehrenlegion und an die Armee von Algier. Es sind 2 Commandeur-, 8 Offizier- und 54 Ritterkreuze der Ehrenlegion und 66 Medaillen vertheilt worden. — Der halbamtliche Theil des Moniteurs bringt den Artikel der Preußischen officiellen Zeitung, worin der von der Morning Chronicle mitgetheilte, angebliche Vertrag der drei großen Continentalmächte für die Erfindung eines Journalisten erklärt wird. — Diese Citation hatte offenbar zum Zwecke, den immer noch bestehenden Glauben an die Existenz eines ähnlichen Vertrages zwischen den drei Großmächten zu vernichten. Um diesen Zweck zu erreichen, hätte die Regierung eine officielle Erklärung darüber geben müssen. Das Umgehen derselben mittelst Berufung auf einen auswärtigen Zeitungsartikel, der eigentlich keinen officiellen Character an sich trägt, hat eher dazu gedient, obigen Glauben im Publicum zu verstärken als zu schwächen. Diese Besorgniß ist ernst genug, um die Regierung zu veranlassen, Alles zu versuchen, um vor Ausführung des großen Actes, die Zustimmung der betreffenden Mächte zu erlangen. Deßhalb spricht man auch in politischen Kreisen von der bevorstehenden Rundreise eines im Vertrauen des Präsidenten hoch gestellten Mannes, die er bei mehreren deutschen Höfen machen soll. Stößt er auf unüberwindliche Schwierigkeiten, so wird die Regierung nothgedrungen, an das jede fremde Einmischung hassende Nationalgefühl appelliren müssen, was im gelindesten Falle ein gespanntes, den Verkehr und mithin die Industrie und Handelsinteressen beeinträchtigendes Verhältniß zur Folge haben muß.

Der Municipalrath von Paris hat gestern einen Supplementarcredit von 200,000 Frcs. für das Fest vom 15. votirt. — Hr. v. Persigny hat die ansehnliche Besitzung von St. Vincent bei Roanne, welche früher dem Herzog v. Cadore gehörte, für 500,000 Frcs. gekauft. (!) — In St. Esprit ist der Socialistencandidat Hr. Sain und in Lyon Jules Favre zum Generalrathe gewählt worden. — In dem heutigen Ministerrath ist die Frage verhandelt worden, ob man nicht Mittel ausfindig machen solle, dem nicht länger zu ertragenden System der fortdauernden Beleidigungen der Regierung von auswärtigen Blättern Einhalt zu thun. Man schlug vor, Maßregeln, wie sie die preußische Regierung gegen die „Neue preußische Ztg." angewendet hat, allgemein hervorzurufen. Die Gesandten an den auswärtigen Höfen werden darauf Bezug habende Instructionen erhalten. (!)

Viele behaupten, trotz der Versicherung des Moniteurs, daß Ludw. Napoleon doch in Baden gewesen sei.

* **Rom,** den 6. Aug. Es ist wieder die Rede davon, die französischen und österreichischen Truppen zurückzuziehen. In Civita Vecchia soll eine Besatzung von 2000 Franzosen und in Ancona von eben so viel Oesterreichern zurückbleiben. Indessen ist aber die päpstliche Armee, welche bis jetzt nur 800 bis 1000 Schweizer und Deutsche angeworben hat, noch gar nicht organisirt, und wird es vielleicht nie, da die Hauptsache, nämlich Geld, fehlt.

* **Madrid,** den 6. Aug. Der Pfarrer von Quintar hat auf öffentlichem Platze seinen Vicar erschossen. Man kennt nicht die Ursache.

* **London,** den 10. Aug. Die Königin und der Prinz Albert mit ihren 4 ältesten Kindern sind um 7 Uhr Morgens nach Antwerpen abgesegelt; sie werden von einer vollständigen Escadre escortirt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 10. Aug. Weizen 4 fl. 42 kr., Korn 3 fl. 46 kr., Gerst 3 fl. 12 kr., Spelz 3 fl. 12 kr., Hafer 3 fl. 27 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 7. Aug. Weizen 4 fl. 38 kr., Korn 3 fl. 44 kr., Spelz 3 fl. 17 kr., Gerst 3 fl. 5 kr., Hafer 3 fl. 35 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 5. Aug. Weizen 4 fl. 53 kr., Korn 3 fl. 32 kr., Spelz 3 fl. 4 kr., Gerst 2 fl. 46 kr., Hafer 3 fl. 10 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 6. Aug. Weizen 10 fl. 29 kr., Korn 7 fl. 15 kr., Gerste 5 fl. 12 kr., Hafer 4 fl. — kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1165²] ☞ **Zu verkaufen:**

Ein 3¼ Jahre alter fehlerfreier brauner **Hühnerhund** von ausgezeichneter Race. Der Name des Eigenthümers ist bei der Expedition dieses Blattes zu erfragen.

[1166] **Bekanntmachung.**

Montag, den 23. August nächsthin, Nachmittags 2 Uhr, zu Weisenheim am Sande auf dem Gemeindehause, lassen Johannes Mayer und Johann Peter Bechaud von Freinsheim, nachbeschriebene, ihnen eigenthümlich zugehörige, im Banne von Weisenheim am Sande gelegenen Immobilien, abtheilungshalber auf mehrjährige Zahltermine in Eigentum versteigern, als:

Eine Ziegelhütte mit Wohnhaus, zwei Trockenscheuern, mit Stückwerkerwohnung, Brennofen, Stallung, Hofraum und Garten, 57 Decimalen Flächenraum; sodann:

142 Decimalen dabei gelegenes Ackerfeld, in 5 Parzellen.

Freinsheim, den 10. August 1852.

Schoenlaub Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 196 | den 15. August 1852.

Deutschland.

• Aus der Fremde, im August. Schwarz, roth und gold. Die deutschen Farben werden also bereits wieder verpönt in deutschen Landen. Männer aus dem Volke huldigen dem Könige, der freiwillig von seinem Throne stieg, als er eine neue Zeit angebrochen wähnte, indem sie ihm die schwarz-roth-goldenen Fahnen bei seinem Einzuge in ihre Stadt entgegen wehen lassen, — dem Könige, welcher der erste unter den deutschen Fürsten im Jahre 1847 die deutsche Sache in Schleswig-Holstein ermunternd förderte, — dem Könige, welcher der erste und letzte im Jahre 1852 seine Gabe darreichte, um die in Noth gerathenen Familien Schleswig-Holsteins zu trösten. Es ist schon oft da gewesen in der Geschichte, daß Völker den Kronprinzen und ihren Bestrebungen huldigten, um den Regenten zu zeigen, worauf ihre Hoffnungen gerichtet sind. Und die Regenten, obwol nicht erfreut durch derartige zarte Kundgebungen der Wünsche des Volks, hinderten doch nicht direct deren Ausdruck. Auch in Baiern ist Solches da gewesen und irren wir nicht, so sollte der Ankauf des weiland Hambacher Schlosses und dessen Uebergabe an den damaligen Kronprinzen Maximilian zum Theil eine Kundgebung der Art sein. Es ist aber trotz Uriel Acosta wol noch nicht da gewesen, daß die Regierung desselben zum Throne gelangten Kronprinzen, Huldigungen, dem vom Throne abtenen Regenten in schönster Form dargebracht, als „regierungsfeindlich“ verbieten und verfolgen zu müssen glaubte, und das zu derselben Zeit, in welcher der Abgesandte desselben Fürsten tagtäglich zu Frankfurt a. M. unter der schwarz roth-goldenen Fahne hin zu den Sitzungen schreitet, in welchen der deutsche Bund über das Wohl, aber auch über das Wehe des deutschen Volkes zu Rathe sitzt. Das ist wol noch nicht da gewesen! — Sollen wir darüber trauern? Wir haben allerdings Ursache zur Trauer, wenn wir uns jene Proclamation vom 6. März 1848 ins Gedächtniß zurückrufen und die Zeit, in welcher die Vertreter des deutschen Volkes unter der schwarz-roth-goldenen Fahne in die Paulskirche zu Frankfurt einzogen, um unter diesem Banner dem Volke die Freiheit und Einheit des Vaterlandes zu schaffen, — die Vertreter des Volkes, feierlich begrüßt von den deutschen Fürsten durch den deutschen Bund. Ja wir haben Grund zu trauriger Betrachtung, wenn wir der Tage gedenken, in welchen gerade die eifrigstthuenden Verehrer des Fürstenthums seine Männer mit Schmähreden verfolgten, welche die Paradirung in schwarz-roth gold für verfrüht erklärten, und die Zeit zu Feier und Jubel erst nach gethaner Arbeit gekommen erachteten. Ja wir haben Ursache zur Trauer; denn wie viele schöne Hoffnungen sind seit jener Zeit nicht zu Grabe getragen worden! Doch wir haben auch, wie am Grabe des hingeschiedenen Freundes von ächtem Schrot und Korn, Grund zum Trost und zur Freude. Sein Streben und seine Werke überleben ihn. Er hat Erben seiner Tugenden und seiner Thaten hinterlassen, die werden nicht ruhen und nicht Rast halten, bis der schöne Tag der neuen Zeit wirklich hereinbricht, an dem die schwarz-roth goldenen Farben ein Zeichen sind von Deutschlands Freiheit, Größe und Ruhm, verehrt und gefeiert in der Heimath, hochgeehrt und geachtet in fremdem Lande. Und dieser Tag wird und muß kommen, denn ein Volk an Kraft und Wissen so groß wie das deutsche, kann nicht untergehen trotz Raben-Prophezeiungen und Memmen-Lamento. Drum haltet diese Farben hoch in Ehren, und so man Euch verbietet, Euere Häuser damit zu schmücken und sie zu tragen an Euerem Kleide, tragt sie in Euerem Herzen bis zur frohen Stunde, und seid stets eingedenk: „Nur in diesen Zeichen können, wollen und werden wir siegen!“

• Stuttgart, den 9. Aug. Gegenwärtig wird in unserer Kammer ein merkwürdiges Schauspiel aufgeführt, characteristisch genug für den modernsten Constitutionalismus in Deutschland, überdies aber auch ein gerechtes Denkzeichen für die Abhängigkeit der politischen Mittelpartei. Um die Ersparnißbeschlüße im Budget zu beseitigen, reproponirte die Regierung weitaus die wichtigsten Exigenzen im Einzelnen mit der peremptorischen Erklärung, daß sie darauf beharre. Die Linke hatte im Ganzen nur Einmal den Kampf zu führen, als bei der ministeriellen Kampfesweise das Steuerbewilligungsrecht nach der bekannten Auslegung des monarchischen Princips beschränkt, und aus demselben die einfache Bewilligungs**pflicht** gemacht werden wollte. Der Hauptkampf galt der Mittelpartei, um diese durch den Ernst der Einschüchterung mit der unbedingt ministeriellen zu vereinigen. Als wirksamstes Mittel hiezu wurde eine Sprache so drohend, verletzend und selbst beleidigend auserwählt, wie sie auf parlamentarischem Boden wohl beispiellos dasteht. Allein die in Aussicht gestellte Auflösung bewirkte die Zustimmung zu den Exigenzen. — ... Irgend eine mißliebige Beschlußnahme aus dem Schooße der Mittelpartei zu dulden, ist die Regierung nicht gesonnen. Wie leicht ihr das wird, davon hat sie die Erfahrung oft genug machen können. So ist für sie die Zeit gekommen, in der sie ihre Willensmeinung als maßgebend und nöthigenfalls in einer Sprache geltend macht, welche an den Unterschied der Dinge zwischen jetzt und der Zeit vor 1848 zu erinnern geeignet ist. — Mittlerweile steigt das Verlangen, die Heimath zu verlassen, und vor den Bedrängnißen der Gegenwart und Zukunft sich zu retten, in den Kreisen des vermöglichen Bauernstandes von Tag zu Tag. Familien, welche 4, 8, ja 12,000 fl. Vermögen mit sich nehmen, gehen diesen Herbst noch ab. Weit mehr, wenn es ihnen gelingt, ihr Besitzthum zu verkaufen, werden im nächsten Jahr folgen. Ein Bauer, von dem Oberamtmann befragt, warum er denn auswandere, da er doch mit seinem Vermögen ganz unabhängig hier zu Land leben könne, gab nach einigen Ausflüchten diese treffende Antwort: „Herren und Bettelleute habe ich lange genug mit erhalten helfen und nun will ich einmal für mich selber zu sorgen anfangen!“ —

Die Vivatrufer und ihre Helden. Die Bürgerzeitung enthält über die stehende Claque jeweiliger Gewalten folgenden frisch und kräftig geschriebenen Artikel: „Es kommt uns nichts lächerlicher vor als das Gerede gutgesinnter Zeitungen, die Louis Napoleons jüngste Reise mit Betrachtungen begleiten, welche höchst schmeichelhaft für den Retter der Gesellschaft sind, und die Glück oder Verdienst Louis Napoleons nach den Bravo- und Vivatrufern abmessen, welche ihn in den einzelnen Städten empfangen haben. Es kommt uns nichts lächerlicher und im Ernst gesprochen nichts verächtlicher vor, wenn wir sogar hören, daß in Baden, also sogar im deutschen Vaterland, sich jene Bravo- und Vivatrufer an den Präsidenten herangedrängt haben, und daß auch diese Zeichen des Beifalls Vorbedeutungen des napoleonischen Glückes oder Zeugnisse seines Verdienstes

sein sollen! Wir fragen: welchem Gewalthaber haben jemals die Vivatrufer gefehlt? und welche Vivatrufer haben schon jemals den Sturz des Gewalthabers verhindert? — Man sollte meinen, daß die Gutgesinnten am besten die Natur der Bravo- und Vivatrufer kennen müßten. Sind sie ja selber die Bravo- und Vivatrufer jedes Zustandes und jeder Macht. Waren denn nicht unsere Gutgesinnten die Vivatrufer der Märzmänner? Waren sie nicht die Vivatrufer des allgemeinen Wahlrechts, die Vivatrufer des Vordringens der preußischen Armee in Jütland? — und waren sie nicht selber die Vivatrufer Wrangels, die Vivatschreier des Novembers, die Vivathelden der oktroyirten Verfassung, die Vivatverkünder der Kaiserdeputation, die Vivatjubler der Dreikönigsverfassung und des Dreiklassenwahlgesetzes, die Vivatposauner des Fürstenkongresses, die Vivattrompeter der Mobilmachung und die Vivattambours von Olmütz? Und nach solcher Vivatgeschichte des deutschen Vaterlandes in wenig Jahren, nach solchen Scenen, da ist noch immer die Gutgesinntheit blind genug, der Vivatruferei einen Werth beizulegen und die Dauer der Zustände nach dem Kehlenjubel zu messen? Wahrlich, ein Zeugniß größerer Blindheit vermag sich wohl die Gutgesinntheit nicht auszustellen, wenn sie, die so zum Narren aller Zustände geworden, noch der Narrheit ihrer Gleichgesinnten in andern Ländern einen hohen Werth beilegt. Vollends lächerlich aber wird die Geschichte, wenn man den offiziellen und offiziösen Charakter der Bravoruferei kennt und es weiß, wie Magistrat und Geistlichkeit obrigkeitliche Thränen zu weinen bereit sind, heute für weiß, morgen für schwarz und übermorgen, wenn's verlangt wird, für schwarz und weiß zugleich. Haben wir ja erst neulich die Geschichte einer Bravoruferei in Ungarn gehört, woselbst der Kaiser von Oesterreich seine Rundreise machte. Die Bravoruferei in Ungarn!!! — — Aber was thut es, die Vivatrufer der Jetztzeit werden auch die Vivatrufer der Freiheit sein. Die Weltgeschichte und die Weltgeschicke wandeln, nur die Vivatrufer bleiben und wir wissen nichts besseres ihnen gegenüber zu thun, als sie ihrem Triebe zu überlassen und ihrer blinden Narrheit anheim zu geben. Nur der Heiterkeit wegen wünschten wir, daß Jemand die Geschichte der Vivatruferei seit Anfang dieses Jahrhunderts bis auf die Gegenwart schreiben möchte. Es wird gar kein schwieriges Werk sein, denn man kann es rein aus offiziellen und offiziösen Zeitungen abschreiben und es würde zur Belehrung und Belustigung außerordentlich reichen Stoff darbieten. Man braucht nur beim Kaiser Napoleon anzufangen, namentlich bei seinen Einzügen in die großen Städte und Residenzen. *) Man braucht nur die Magistrate aufzuführen, z. B. den Berliner Magistrat in damaliger Zeit, ihre Reden und Proklamationen abzudrucken, um den ganzen Jammer des Vivatrufens näher kennen zu lernen und namentlich mit einem Blick zu übersehen, daß es stets dieselben Redensarten sind, die offiziell gespendet werden, und immer die sogenannte höhere Gesellschaft mit ihren Almosenempfängern und Bedienten es ist, welche die Jubelarmee für jede Gewalthaberei bildet."

Nürnberg. Die „Neue Münchener Ztg." hat Hoffnung, daß das demokratische Amerika eine Umwandlung im monarchischen Sinne erfahre. Der Grund, worauf sie ihre Hoffnung stützt, ist sehr ergötzlich und gereicht gewiß nicht zur Verherrlichung des monarchischen Princips. Ganz kurz gesagt ist ihre Weisheit in dem Satze enthalten: Amerika wird die Demoralisation gewinnen und dann wird sich die Democratie nicht mehr halten können! (Frk. K.)

Würzburg, den 10. Aug. Der confiscirte Volkskalender Gätschenbergers wurde nach neunmonatlicher Untersuchung wieder freigegeben, obwol es das Ansehen hatte, als würde der Verfasser deßhalb vor die Geschwornen gestellt werden. Natürlich ist jetzt der Kalender Maculatur. Aber nicht allein der Verleger, auch die Staatskasse hatte große Kosten wegen dieser unbedeutenden Sache, es sind ganze Aktenberge in dieser Angelegenheit angewachsen. Viel Lärm um nichts!

*) Bei solchen Gelegenheiten verdient es fort und fort ins Gedächtniß zurückgerufen zu werden, daß dieser Kriegsgewaltige bei seinem Einzug in Stuttgart vom Geläute derselben Glocken begrüßt wurde, deren Mitwirkung nachher die Geistlichkeit zu dem Feste der Enthüllung der Schillersstatue verweigerte. Anmerkung des Beobachters.

Aus Baden. In dem Städtchen Möskirch fiel die Gemeindewahl auf Persönlichkeiten, welche der Regierung mißliebig waren und wurde deßhalb für ungültig erklärt. Bei Vornahme einer neuen Wahl wurden 8 Wirthschaften auf unbestimmte Zeit geschlossen und mit Executionstruppen gedroht. Die Gemeinde nahm nun Veranlassung, der Regierung zu erklären, daß, da ihr kein Rechtsmittel zu Gebote stehe, die Regierung selber wählen solle. (Fr. K.)

Ellwangen. Barbara Feil, jene Vorsteherin des Tugendbundes von Katzenstein, welche in Gemeinschaft mit ihrem Manne, ihr mit einem Andern erzeugtes Kind ermordete, ist vom hiesigen Schwurgerichte zu 20jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. Zu ihrer Entschuldigung wußte sie sich nur auf die Schande zu berufen, welcher sie als Vorsteherin eines Tugendbundes entgehen wollte.

Vom Rhein, den 9. Aug. Nach neuern Nachrichten hat der Prinz Wasa in der Napoleonischen Heirathsangelegenheit nur erklärt, daß er in seiner Eigenschaft als österreichischer Feldmarschalllieutenant sich verpflichtet fühle, die Genehmigung des k. k. Hofes einzuholen, welche letztere bis jetzt noch nicht erfolgt ist. (A. Z.)

Leipzig, den 11. Aug. Die „Leipziger Ztg." enthält einen „Aufruf, den Ankauf eines Schiffes der deutschen Flotte durch sächsisch-deutsche Patrioten betreffend."

Belgien.

Brüssel, den 6. Aug. Proudhons neuestes Buch hat unter den hier in der Verbannung lebenden Gesinnungsgenossen des Verfassers allgemeine Unzufriedenheit erregt.

Frankreich.

Paris. Die Allg. Ztg. theilt anderthalb Strophen aus dem Soldatenliede „Ein Kaiser, der kein Korporal ist" mit, und fährt dann fort: Das Preßgesetz ist im rückschreitenden Fortschritt seiner Consequenz schon bei der Censur und dem Autorisationszwang von Manuscripten angekommen, wie ein Edict des Oberpräfecten beweist: aber gleichzeitig überschwemmt der Oppositionsgeist Armee, Beamten, Privatbürger mit gedruckten Erzeugnißen der ausgelassensten Licenz. So geht es denen, die gegen den Strom der Zeitbildung schwimmen wollen. — Man liest im „Bulletin de Paris" in Bezug auf die Wahlen zu den Departementalräthen: „Die Legitimisten zeigen sich im Loiret sehr rührig und eifrig; so zwar, daß sie mit den Republicanern eine Coalition zu gegenseitiger Unterstützung abgeschlossen haben. Wie wird dieser Vorgang wol in Frohsdorf aufgenommen werden?"

Neueste Nachrichten.

* **Dürkheim.** Der Ausschuß unseres Districtsrathes ist in folgender ziemlich bezeichnender Weise gebildet: Chr. Haffner von hier, Johs. Fitz von Pfäffingen, C. Heinr. Wolf von Wachenheim, Th. Wernz von Erpolzheim, Ed. Hilgard von Freinsheim, und Buhl von Deidesheim.

Speyer. Die protestantische Geistlichkeit hat zu ihren Vertretern beim Landrathe die beiden Decane Scholler von Landau und Moschel von Cusel erwählt.

München, den 10. Aug. Nach Beendigung der höchstens zwei Tage dauernden Conferenzen zu Stuttgart wird Hr. v. d. Pfordten am 14. oder 15. wieder hier eintreffen, und sodann die Leitung beider Ministerien übernehmen. (A. A. Z.)

Stuttgart, den 12. Aug. Die Conferenz der Minister der Darmstädter Coalition naht sich ihrem Ende. Heute Vormittag soll, wie man hört, eine Einigung unter denselben über die an Preußen zu erlassende Antwort erfolgt sein und heute Abend die Schlußsitzung zu Unterzeichnung des Protokolls stattfinden. Die Antwortsnote selbst soll unter württembergischem Einflusse so 'versöhnlich ausgefallen sein, daß gegründete Aussicht vorhanden ist, es werde auf diese Weise eine allseitige Verständigung mit Preußen sowol, als mit Oesterreich die erwünschte Folge davon sein. (F. J.)

Berlin, den 11. Aug. Die Bemühungen des Hrn. v. Beust in Wien sollen für die Darmstädter Verbündeten nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben. Oesterreich lehnt die Garantie der Zolleinnahme ab, und will schließlich eine Zolleinigung, zu der ein Handelsvertrag nur den Uebergang bilde. (Köln. Z.)

† Paris, den 12. Aug. Vorgestern sind 5 Arabische Familien, welche mit Abdel Kader in Amboise gefangen saßen, nach Marseille gebracht worden, wo sie sich nach Algier einschiffen sollen. Unter den Freigelassenen befinden sich 4 Brüder Abdel Kaders. Man weiß nicht unter welchen Bedingungen sie die Freiheit erhalten haben und nach welcher Gegend von Algier sie hingebracht werden. Die Anzahl der Gefangenen im Schlosse Amboise ist sonach auf 40 Personen reducirt. — Der Präsident wird nicht vor dem 15. Septbr. nach Bordeaux abreisen. — Jules Favre ist in Lyon und in St. Etienne gewählt worden. In Nancy ist auch ein Oppositionscandidat Hr. Blaise gewählt. — Die Directionen der Nord- und Straßburger Eisenbahn sind übereingekommen für 1 Monat gültige Karten zu herabgesetzten Preisen für die Rheinreise zu verabreichen. Die 1. Classe kostet 108 und die 2. 75 Frcs., dafür kann man vom 16. August den Rhein von unten herauf oder von oben herunter besuchen, sich in Straßburg, Mannheim, Mainz, Coblenz, Cöln, Aachen, Lüttich und Brüssel aufhalten.

In Ermangelung andern Stoffes bringen die Pariser Blätter das Schreiben Proudhons an den Präsidenten, auf welches hin die Freigabe seiner Schrift erfolgte. Wir finden dasselbe keineswegs besonders bemerkenswerth.

Ein Schuhmacher, der Drohungen gegen den Präsidenten ausgestoßen hat, ist vom Zuchtpoliceigerichte zu 13 Monaten Gefängniß und 100 Frcs. Geldbuße verurtheilt worden.

Brüssel, den 12. Aug. Die Königin von Großbritanien ist nebst Familie im Schlosse zu Laeken angekommen. (Es herrscht in Belgien die Ansicht, die Reise der Königin Victoria habe wesentlich den Zweck, eine noch intimere Allianz zwischen Belgien und England herbeizuführen.)

Mailand. Man liest in der „Bilancia": Vergangene Woche wurden in Verona in einer einzigen Nacht gegen 30 junge Leute verhaftet, fast lauter Studenten von noch nicht 20 Jahren. Sie sollen sich öffentlicher Gotteslästerung, sowie unanständiger Handlungen schuldig gemacht haben. In derselben Woche wurden einige junge Leute verhaftet, welche in einer Kirche während der Predigt eines Kapuziners durch laute Spöttereien Aergerniß erregten.

*** London,** den 11. Aug. Am letzten Sonntag wurde in allen katholischen Kirchen von London ein Circulair des Cardinals Wieseman verlesen, worin derselbe die Gläubigen auffordert, zu den Prozeßkosten des Dr. Newmann, die sich auf 7500 Pfd. Sterl. belaufen, nach Kräften beizutragen; 2500 Pfd. sind schon eingegangen. — Nach den neuesten Berichten aus Irland stellt sich die Kartoffelernte günstiger heraus, als man erwartete.

Warschau, den 8. Aug. In den zwei letzten Tagen sind an der Cholera erkrankt 554 Personen, genesen 240, gestorben 214.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Aufruf.

In der Nacht vom 7. auf den 8. d. Mts. brach dahier Feuer aus, welches vom Winde begünstigt, mit einer solchen Schnelligkeit um sich griff, daß schon nach wenigen Stunden 80 Wohnhäuser und 17 Scheunen — ohne die übrigen Nebengebäude — in Flammen standen.

Einhundert und sechzig Familien sind obdachlos und ihrer sämmtlichen fahrenden Habe beraubt; nicht einmal die nöthigen Kleider konnten sie retten.

In dieser Noth, die um so größer ist, als das Heu und Getreide bereits eingeheimst war, Orb in der ersten Hälfte dieses Jahres eine Hungersnoth zu bestehen hatte, vielen der Abgebrannten ein großer Theil des Heues durch Ueberschwemmung verdorben und in neuester Zeit der Rindvieh- und Pferdestand durch Milzbrand decimirt worden ist, wendet sich das unterfertigte Hilfscomité an edle Menschenfreunde mit der inständigsten Bitte, durch milde Beiträge, sie mögen in Geld, Kleidungsstücken oder Naturalien u. dgl. bestehen, das Loos der Unglücklichen zu mildern.

Man wird die milden Gaben auf das Gewissenhafteste verwenden und seiner Zeit hierüber öffentliche Rechnung stellen.

Orb, den 10. August 1852.

Das Hülfs-Comité:
Hopf, Pfarrvicar.
Seynstahl, Stadtschreiber.

[1169] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 1. bis 10. August. Fr. Sitzler mit Bedienung a. Kitzingen. — Frl. Schneider mit Bedienung a. Landau. — Fr. Beger u. Frl. Reisel mit Bedienung a. Heidelberg. — Frl. Lenfrey a. Straßburg. — Frl. Geil a. Bechtheim. — Frl. Clauß a. Bechtheim. — Fr. Riotte a. St. Jngbert. — Frl. Lauer a. Saarlouis. — H. Kaplan Göbel a. Heidelberg. — H. Anwalt Kaul a. Kaiserslautern. — Frl. Jost a. Molsheim. — Fr. Segler a. Freinsheim. — H. Besancon mit Frl. Tochter a. Metz. — Fr. Abenheimer a. Heidelberg. — H. Reichart, Sohn a. Kandel. — Frl. A. u. Frl. B. Grimm a. Darmstadt. — Fr. Pfarrer Rompf a. Weidenthal. — Graf zu Solms-Laubach, kgl. preuß. General a. D. mit Bedienung a. Braunfels. — Fr. Mayer a. Landau. — H. Ruff a. Barr. — Fr. Rott mit Fr. Tochter a. Hundsbach. — Fr. Frank a. Thaleischweiler. — H. Kleehaas a. Gleisweiler. — Frl. v. Rüdt mit Bedienung a. Carlsruhe. — Fr. Steinfeld a. St. Jngbert. — Fr. Frey a. Neustadt. — Fr. Johannes a. Landau. — H. Kreybiel a. Landau. — H. Scherer a. Odenbach. — H. Greiner a. Straßburg. — H. Buhl a. Frankfurt a. M. — H. u. Frl. Diehl a. Barr. — H. Dreyfuß a. Bruchsal. — H. Koch a. Bechtheim. — Fr. Meguin mit Frl. Tochter a. Saarlouis. — Fr. Schumacher u. Frl. Kunz a. Wachenheim. — H. Schauß a. Niefernheim. — Frl. Greiner a. Niederreddern. — H. Hofopernsänger Flinzer nebst Gemahlin a. Mannheim. — Frl. Spitzer a. Heidelberg. — Frl. Syffert a. Zweibrücken. — H. Körber a. Kandel. — Fr. Rott mit Familie a. Oberseebach. — H. Schwein a. Germersheim. — H. Oberconsistorialrath Frey a. Darmstadt. — Fr. Dr. Schlözer mit Frl. Tochter a. Cusel. — H. Schwerdt a. Colgenstein. — H. Schulz a. Herrheim. — H. Wiedrich a. Hofwiller. — H. Bourion a. Weissenburg. — H. Linker a. Kuhlendorf. — H. Rehns a. Landau. — Frau Notär Berg mit Frl. Scherer a. Frankenthal. — H. u. Fr. Becker a. Saarbrücken. — H. Staatsanwalt Wernigk u. H. Regierungsaccessist Alber a. Meissenheim. — H. Renner a. Mannheim. — H. Deiß a. Offstein. — H. Sitzler a. Kitzingen. — Fr. Dr. Winterhalter mit Bedienung a. Neustadt auf dem Schwarzwald. — Fr. Pfarrer Wanzel a. Zell. — Frl. Wagner a. Neustadt. — H. Spanier a. Hauptstuhl. — Fr. u. Frl. Löwenstein a. Obrigheim. — Frl. L. u. Frl. P. Schneider a. Strasburg. — H. Löwenthal a. Mannheim. — 224 bis 226. H. Neuken, H. Munke u. H. Grainger a. Mannheim. — 227. H.

Guntrum, Feldprediger a. Darmstadt — 228. H. Ludwig a. Darmstadt. — 229. H. Controleur Schmid a. Webenheim. — 230. Frl. Wohlgemuth a. Albisheim. — 231 u. 232. H. u. Fr. Nathan a. Großbodenheim. — 233. H. Reinbold a. Saarbrücken. — 234 u. 235. Fr. Greiner u. Frl. Lobstein a. Straßburg. — 236. H. Regierungsrath Wernigk a. Homburg v. d. Höhe. — 237. Graf G. zu Solms-Laubach, kgl. preuß. Major a. Braunsfeld mit Dienerschaft. — 238. H. Dr. med. Kubin a. Lorsch. — 239. H. Revierförster Fournier a. Enkenbach. — 240. Frl. Orth a. Framont. — 241. H. Schmitz a. Baumholder. — 242 u. 243. Fr. Mayer u. Fr. Otterburger a. Mannheim. — 244. H. F. Schwerd a. Colgenstein. — 245 u. 246. H. Advocat Wolf mit Gemahlin a. Weissenburg.

[1170] **Literarische Anzeige.**

In der Buchhandlung von G. L. Lang in Speyer und Ant. Schiesel in Landau ist zu haben:

Ludwig von Gienanth,
kgl. baierischer Reichsrath, Ritter und Hüttenwerksbesitzer
nach
seinem Leben und Wirken geschildert von
Carl Hollensteiner.
8° eleg. brosch. Preis 21 kr.

[1159a] **Offene Lehrlingsstelle**
für einen Buchbinder. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1164²] **Mannheimer Kunstverein.**

Den Mitgliedern des Vereins und dem kunstliebenden Publicum zeigen wir hierdurch an, daß Hr. Professor Schlesinger in Berlin uns erlaubt hat, sein großes Bild,

„Lo Spasimo di Sicilia,“

nach Raphael, in dem Vereinslocale zur Anschauung aufzustellen.

Die gewöhnliche alljährliche Kunstausstellung beginnt am 7. August und dauert bis zum 29. August.

Mannheim, den 4. August 1852.

Der Vorstand.

[1163] **Medizinalrath Dr. Schmalz**
aus Dresden, wird den 17. Aug. in Speyer (Post), den 18. in Landau (Post), den 20. in Neustadt (Post), den 21. in Kaiserslautern (baier. Hof)

Gehör- und Sprech-Kranken

Rath ertheilen von 9 bis 1 Uhr.

[1171³] **Andernacher Mühlsteine**
zu den billigsten Preisen bei
Joh. Wilh. Reinhardt jun.
in Mannheim.

Großes Tapetenlager
eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl,**
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057¹⁶] in Mannheim.

[1051] **Niederländische**

Dampf- **Schifffahrt.**

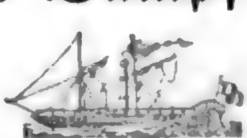
Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 Der Agent: **C. Aug. Exter**

[1104] **Rheinische Dampfschifffahrt.**

Kölnische  **Gesellschaft.**

Tägliche Abfahrten von Mannheim vom 26. Juni c. an
nach Köln 7½ Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Neustadt-Speyer. In Köln im Anschluß an die letzten Züge nach Berlin, Paris, London.
„ „ 11¼ „ „ Schnellfahrt in 10 Stunden, nach Ankunft des 1. Zuges von Neunkirchen. In Köln im Anschluß an den letzten Zug nach Paris.
„ Mainz 5½ „ Nachmit., nach Ankunft des von Straßburg kommenden Boots, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Pariser Post-Schnellzuges von 5 Uhr 20 Minuten.
„ Straßburg 11¼ Uhr Nachts.

☞ **Bei der Schnellfahrt Morgens 11¼ Uhr bis Köln wird Unterwegs nur mit Mainz, Bingen, Coblenz und Bonn verkehrt.**

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 196.) den 15. August 1852.

Deutschland.

Speyer. Der Districtsrath des Kantons Zweibrücken ist folgendermaßen gebildet:

I. Vertreter der Gemeinden. Zweibrücken: Brgr. Stengel, Adj. L. Schmidt, F. Schmidt und Adv. Petri; Battweiler, Ph. Oberer; Bubenhausen, L. Bachmann; Contwig, G. J. Guth; Dellfeld, J. Scherer; Einöd, Brgrm. Schwarz; Hengstbach, J. Baumann; Irheim, Brgrm. Theobald; Knopp, Brgrm. Mayer; Maßweiler, P. Germann; Mittelbach, Brgrm. Schneider; Mimbach, J. Schwartz VIII; Niederauerbach, D. Veith; Niederhausen, Brgrm. Weizel; Oberauerbach, A. Schunck; Oberhausen, Ch. Lang; Reifenberg, Brgrm. Steinacker; Rieschweiler, J. Keller; Stammbach, Joh. Grunder; Schmittshausen, A. Scherer; Wattweiler, G. Schneider; Webenheim, J. Schwartz III.; Winterbach, Ph. J. Becker;

II. Höchstbesteuerte: Kirchschaffnei Zweibrücken, J. J. Lochers Erben, G. N. Liliers Erben.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: M. v. Hofenfels v. Zweibrücken, D. Wild v. d. Fauster Mühle, Gemeinde Maßweiler, J. Wagner v. Contwig, Ch. Stalter v. d. Wahler Hof, Gemeinde Hengstbach, P. Hafner v. Einöd, D. Schmidt v. Webenheim u. D. Scherer v. Schmittshausen.

— Districtsrath des Kantons Blieskastel:

I. Vertreter der Gemeinden. Blieskastel: Brgrm. Knaps; Alschbach, P. Rothermel; Aßweiler, M. Steitz; Ballweiler, J. Berner; Bebelsheim, Brgrm. Thinnes; Bierbach, J. Matheis; Biesingen, J. Grob; Blickweiler, Jos. Grob; Bliesmengen, J. Brocker; Ensheim, P. Adt III.; Eschringen, Ph. Schwarz; Erfweiler, J. Luxenburger; Gersheim, J. Priester; Hassel, Ch. Beckle; Habkirchen, G. Langenbahn; Herbitzheim, J. Koch III.; Heckendalheim, J. Mohr; Lautzkirchen, F. J. Brixius; Niederwürzbach, J. Dahlem; Oberwürzbach, P. Becker; Ormesheim, P. Bourgett; Ommersheim Andr. Kihm; Rheinheim, F. Anna; Rubenheim, F. B. Barth; Rohrbach, J. A. Bader; St. Ingbert, J. Uhl u. J. Collin; Steinbeim, F. Anna; Wittersheim, Dr. Fries; Wolfersheim, M. Brengel jun.; Wörschweiler, F. Hanf.

II Höchstbesteuerte: F. Krämer u. Ph. H. Krämer v. St. Ingbert, F. Villeroy u. A. Walther v. Hasel.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Brgrm. Schaller v. Niederwürzbach, B. Koch v. Lautzkirchen, M. Conrad v. Biesingen, M. Wack v. Rheinheim, M. Frantz v. Eschringen, P. Koch v. Herbitzheim, N. Abel jun. v. Ensheim u. J. Hunsicker v. Wolfersheim.

— Districtsrath des Kantons Hornbach:

I. Vertreter der Gemeinden. Hornbach: Brgrm. Oberlinger; Altheim, Brgrm. Firmery; Althornbach, F. Brüderle; Bliesdahlheim, J. Andres; Brenschelbach, Brgrm. Schneider; Breitfurth, J. Bitsch; Bottenbach, Ph. Schweitzer; Böckweiler, D. Schwarz; Dietrichingen, J. Freyer; Großsteinhausen, D. Romer; Kleinsteinhausen, A. Schmitt; Mauschbach, Brgrm. Lötscher; Medelsheim, Brgrm. Wack; Neualtheim, J. Frenzel jun.; Niedergailbach, P. Gros; Peppenkum, A. Schöndorf; Riedelberg, H. Schäfer; Rimschweiler, Brgrm. Schneider; Seiweiler, P. Meyer; Utweiler, N. Rabung; Walsheim, P. Krämer; Walshausen, J. Esch.

II. Höchstbesteuerte: Kirchenschaffnei Hornbach, G. N. Liliers Erben v. Zweibrücken u. F. Maurer v. Altheim.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Lud. Mauß v. Hornbach, L. Schmidt IV. v. Brenschelbach, Brgrm. Hüther v. Großsteinhausen, L. Mai v. Rimschweiler, H. Brüderle v. Althornbach u. Ph. Lauer v. Mauschbach.

— Districtsrath des Kantons Cusel:

I. Vertreter der Gemeinden. Cusel: J. Emrich; Altenglan, F. Möser; Beddesbach, A. Leyser; Patersbach, A. Klink; Blaubach, W. Schneider; Bledesbach, W. Weingarth II.; Diedelkopf, K. Neu; Ehweiler, J. Bürtel; Körborn, A. Edinger; Rammelsbach, Ch. Bier; Schellweiler, Th. Becker jun.; Quirnbach, Ad. Drum; Frutzweiler, Th. Ludwig; Hüffler, P. Ullrich; Liebsthal, P. Heyd; Rehweiler, J. Ohliger III.; Trahweiler, Th. v. Mühlen; Wahnwegen, Th. Theiß; Godelhausen, D. Becker; Theisbergstegen, W. Schöfer; Haschbach, D. Jung III; Etschberg, J. J. Fauß; Eisenbach, L. Kesselring; Rutsweiler a. G., J. Niebergall; Ulmet, Ph. Drum; Dennweiler-Frohnbach, A. Schultheiß III.; Oberalben, J. Schneider; Erdesbach, F. Hertel; Rathsweiler, G. Basters; St. Julian-Obereisenbach, K. Kiehl; Eschenau, J. Emrich; Mühlbach, Ph. Draudt; Konken, A. Fauß V.; Albessen, Ch. Trapp; Herchweiler, D. Seyler jun.; Herschweiler-Pettersheim, J. Schellhaaß; Krottelbach, J. Trapp; Langenbach, J. Ludwig; Niederohmbach, P. Steiter; Oberohmbach, H. Göddel; Marth, J. Harth; Bubach, J. Lensch jun.; Hoof, Ad. Cullmann jun.; Niederkirchen, Th. Lang; Osterbrücken, A. Cullmann; Saal, A. Cullmann III.; Selchenbach, D. Seyler jun.

II. Höchstbesteuerte: J. Hauther v. Herchweiler-Pettersheim, Jac. Rabinger v. Albessen, D. Zimmer v. Krottelbach, J. Seiler v. Albessen, Ph. Hanß jun. v. Altenglan, A. Rech v. Albessen.

III Gewählte der Hochbesteuerten: P. Koch sen. v. Cusel, L. Benzino v. Cusel, P. Breith v. Rehweiler, P. Keller v. Oberalben, D. Schäfer v. Wahnwegen, D. Koch v. Körborn, Th. Theiß v. Hüffler, A. Christoffel v. Rathsweiler, Th. Harth v. Osterbrücken, M. Klink v. Patersbach, D. Schunk v. Krottelbach, J. Heil v. Herschweiler-Pettersheim.

— Districtsrath des Kantons Lauterecken:

I. Vertreter der Gemeinden. Lauterecken: F. Lehne; Lohnweiler, J. Fickeis II; Hinzenhausen, J. Engel; Hohenöllen, N. Leppla; Cronenberg, Ph. P. Wannemacher; Hundheim, A. Hegemann; Aschbach, P. Linn III; Gumbsweiler, A. Klinck; Hachenbach, J. Fabel; Hinzweiler, D. Lang I.; Nerzweiler, D. Fabel II; Adenbach, J. Ammann; Giesweiler, Ph. P. Bühler; Reiffelbach, P. Mattern; Schmittweiler, S. Eicher I.; Odenbach, H. Wallauer; Becherbach, W. Cörper; Gangloff, M. Dietz; Nußdorf, F. Schappert; Reipoltskirchen, A. Zapp; Roth, Ph. J. Haas.

II. Höchstbesteuerte: F. Schönbeck v. Jegweilerhof, F. Welsch v. Dielkirchen und J. Weber v. Naumburgerhof.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Wilh. Cappel u. C. Müller v. Odenbach, P. Zink v. Roth, J. Carra v. Ausbacherhof u. P. Reidenbach v. Becherbach.

— Districtsrath des Kantons Wolfstein:

I. Vertreter der Gemeinden. Wolfstein: D. König; Oberweiler-Tiefenbach, J. Leppla; Einöllen, C. Gauch; Roßbach, P. Wirth; Kaulbach, P. Hemmer;

Kreimbach, J. Scheidt I.; Frankelbach, J. Koch III.; Rutsweiler a. G., J. Diehl; Rothselberg, Ph. Hertel; Hefersweiler, J. Gauer; Relsberg, J. Geib; Berzweiler, N. Lahmers; Reichsthal, Ph. Rahm; Rathskirchen, Ph. Keiper; Rudolphskirchen, H. J. Geib; Seelen, V. Geib; Horschbach, J. Werner IV.; Welchweiler, Ph. Drum; Eßweiler, J. Dick; Oberweiler i. Th., A. Scheidt; Bosenbach, P. Fehrenz II.; Friedelshausen, C. Kuhn; Niederstaufenbach, D. Knapp; Neunkirchen, J. Weis; Föckelberg, H. Christmann; Oberstaufenbach, J. Rübel IV.; Jettenbach, J. Hertel I.; Kollweiler, D. Rübel; Albersbach, A. Weber.

II. **Höchstbesteuerte:** J. Gilcher II. u. J. Neu v. Horschbach, J. Krieger I. v. Jettenbach u. H. Geib I. v. Reichsthal.

III. **Gewählte der Hochbesteuerten:** G. Theobald v. Wolfstein, H. Krieger v. Jettenbach, J. Ph. Kohl v. Rothselberg, H. Scheidt v. d. Schweisbachermühle, K. Drum v. Neunkirchen, H. Klein v. Hefersweiler u. P. Schmidt VI. v. Bosenbach.

Aus dem Holsteinischen, den 9. Aug. Wieder ist eine Maßregel im gesammtstaatlichen gewaltsamen Sinne verfügt: die **Verlegung des holsteinischen Contingents in dänische Garnisonsplätze!**

Schweiz.

Aargau. Aus Rheinfelden wird ein großes Unglück berichtet. Ein in der dortigen Saline neu angelegtes Bohrloch, aus dem 5 Mann, und darunter zwei Familienväter mit einer ansehnlichen Kinderzahl, das eingedrungene Wasser pumpten, stürzte aus Grund der großen Nässe zusammen und begrub die Arbeiter unter dem Schutte. Einer der Unglücklichen ist bereits todt hervorgezogen, nach den andern wurde noch gegraben. Sie sind sämmtlich Einwohner des Großherzogthums Baden.

Frankreich.

Paris, den 10. August. Nach dem Moniteur ist also der Präsident in der Sologne gewesen; man braucht gewöhnlich die Eisenbahn von Orleans, um dorthin zu reißen. Der Präsident muß also einen großen Umweg gemacht haben und auch ohne Eisenbahnbedingungen sehr schnell gereis't sein, da er mit der **straßburger** Eisenbahn in Paris angekommen ist, wovon er durch die Rue St. Denis über die Quais und durch die Champs Elysees nach St. Cloud fuhr. Ich folgte seinem Wagen (er fuhr in einer offenen Calesche und ziemlich langsam) eine Zeit lang durch die Volksquartiere. Ueberall blieb man stehen und sah dem Wagen nach, auf dem zwei grüne Bediente saßen. „C'est L. Bonaparte", „C'est le Président", sagte man, aber fast Niemand grüßte, und kein Ruf wurde laut.

Spanien.

Madrid, den 4. Aug. Es fällt jetzt sehr auf, die Königin Isabella mit ihrem Gemahle verueint zu wissen, wie dies noch vor einigen Tagen der Fall war. Der König war eifersüchtig auf einen General, der nach San Ildefonso gekommen war, um am Namensfeste der Königin-Mutter dort seine Aufwartung zu machen, und länger bei der Königin verweilte, als dem Könige Gemahl dies passend erschien. Das hohe Paar hatte in Folge dessen mehrere Tage nicht mit einander verkehrt, bis der Beichtvater des Königs die Sache wieder ausglich. Die Königin war sehr aufgebracht wegen des ungerechten Verdachts ihres Gatten und hat sich nur aus Liebe zu ihrem Kinde wieder mit ihm versöhnt. — Ungeachtet man hier eine Masse herrenloser Hunde vergiftet hat, so herrscht doch die Hundswuth auf eine furchtbare Weise; seit zwei Tagen sind gegen 20 Menschen gebissen worden. Zwei Kinder, die vor einiger Zeit schon von ein und demselben Hunde in den Fuß gebissen wurden und deren Eltern die Heilung der Wunde vernachläßigten, sind gestern unter den fürchterlichsten Schmerzen gestorben.

Großbritanien.

London, den 10. Aug. Die Nachrichten aus Graham's Town (Cap) reichen bis zum 26. Juni und klingen sehr ungünstig. Am 12. Juni wurden fünf Wagen, die, bedeckt von Capt. Windie mit 34 Sappeurs, sich nach dem Hauptquartier begeben sollten, von Kaffern und Hottentotten überfallen. Zwei Kutscher und neun Sappeurs wurden getödtet und sieben Mann verwundet; die Bagage fiel den Rebellen in die Hände. Der South Africa Advertiser sagt: Gefahr, Unordnung und factischer Krieg sind auf 50 Milen auf beiden Seiten des an 150 Milen langen Gränzstriches allgemein geworden.

Im Widerspruche mit der neulichen Notiz der Shipping Gazette, daß in der Auswanderung nach Australien eine Reaction eingetreten sei, hört man jetzt, daß noch in diesem Monate 30 bis 40 große Schiffe (von 500 bis 2000 Tons jedes) aus London, Liverpool und Plymouth nach Port Philip, Sydney, Melbourne u. s. w. absegeln werden. Ja, eine ansehnliche Anzahl Commis mit vortrefflichen Stellen in der Bank, im East India House, in der Post, im Zoll- und Steueramt haben ihre Entlassung verlangt, um nach dem neuen Goldlande zu gehen. — In Limerick kamen am Donnerstag 160 anständig gekleidete Frauen aus dem Armenhause von Newcastle an, um nach Canada auszuwandern. Man sah ihnen an, daß sie einst bessere Tage gekannt hätten.

Nächstes Jahr, wenn die Dampfer der Australasian and Pacific Company ihre Fahrten zwischen Panama und Sydney beginnen, kann ein reiselustiger Engländer der nichts Besseres zu thun hat, 300 Pfd. St. in die Tasche stecken und dafür binnen sechs Monaten die Welt umsegeln, ohne einen Tag die vortreffliche londoner Küche zu vermissen.

Miscellen.

Der berühmte **Arago** hat in dem Journal de l'Agriculture pratique einen ausführlichen Artikel über die Unmöglichkeit, das Wetter voraus zu bestimmen, veröffentlicht und dabei erklärt, daß alle Prophezeiungen à la Nostradamus, die man ihm seit Jahren zugeschrieben, Erfindungen alter Weiber und gemüthliche Enten seien.

Redacteur und Verleger: **G. F. Kolb.**

[1123] **Anzeige.**

Concessionirte **Pâte Pectorale à la Reglisse** von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in **Speyer** bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. **Schmelzer,**
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. **König,**
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. **Heußer,**
„ Landau bei Hrn. A. **Schimpf,**
„ Ludwigshafen bei Hrn. **Rau,**
„ Pirmasens bei Hrn. **Wilken,**
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker **Roth.**

[1168] **Verpachtung einer Wirthschaft.**

Da die Wirthschaft zum „weißen Bären" in Arzheim, eine halbe Stunde von Landau, zum Gebrauche einer solchen nunmehr ganz eingerichtet ist, so bemerkt der Unterzeichnete, daß dieselbe sogleich in Pacht gegeben werden kann.

Die Localitäten derselben bestehen in einem Hause mit 7 geräumigen Zimmern, wovon 3 zur Wirthschaft eingerichtet, einer Küche mit Kunstherd und Backofen, Speisebehälter, Schenkkeller, einem Theil vom Speicher, geräumigem Hof mit zwei Holzremisen, Stallung für 8 Pferde, und einem Theil der Scheuer; sodann in einem zur Sommerwirthschaft angelegten Garten, welcher mit einer Einschenke versehen, aus der eine Treppe in drei auf einander stoßende Keller, wovon hauptsächlich der untere zum Aufbewahren des Sommer-Biers geeignet ist, führt.

Sämmtliche Wirthschaftseinrichtungen sind neu und bequem; auch können alle zur Wirthschaft gehörenden Geräthschaften abgegeben werden.

Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Briefe **Clauß,** Gutsbesitzer in Arzheim.

Neue
Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 197 | den 17. August 1852.

Deutschland.

* **Bemerkungen.** Seit der Zeit, in welcher die europäische Politik von dem Princip eines „Gleichgewichts" der Staaten anging, bildete Belgien (die spanischen, nachmals österreichischen Niederlande) gleichsam den Angelpunct dieses Systems. Die Geschichte der Diplomatie während des ganzen vorigen Jahrhunderts, dann des Wiener Congresses und der Londoner Conferenz, gibt zahlreiche Belege dafür. Heute aber scheint es, daß die europäischen Mächte — das vorsehende England vielleicht ausgenommen — sich nur wenig um die Händel bekümmern, welche Frankreich mit Belgien angefangen hat. Allerdings betrifft der Gegenstand des heutigen Zerwürfnisses zunächst nur eine „handelspolitische" Frage. Aber welche Bedeutung hat dieser Punct?! — Während des 16. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 17., wurde die Politik (zwar nicht so ausschließlich wie man meistens glaubt, aber doch vielfach) durch die confessionellen Rücksichten bestimmt; in der Folge, und zwar namentlich während des 18. Jahrhunderts, war die Eroberungssucht das leitende Motiv der Landmächte. Schon damals aber hatten die Seemächte (Holland und England) ein anderes leitendes Princip angenommen, nemlich den Nutzen, den der Handelsverkehr ihrem Volke gewähre, sonach die Forderung des materiellen Wohlstandes ihrer Landesangehörigen. Leider ist dieser Moment auf dem Continente noch immer nicht in seiner unberechenbaren Wichtigkeit practisch zur Geltung gebracht. Jene Völker, welche das eben bezeichnete leitende Princip angenommen haben, sind — trotz maßloser Mißstände in andern Dingen, und theilweise trotz höchst ungünstiger anderweitiger Verhältniße — reich und wenigstens vergleichsweise mächtig. Auch wird der Grundsatz, daß das materielle Volkswohl in Leitung der auswärtigen Politik maßgebend sein müße, allmählig überall zur Geltung gelangen. — Dies vorausgesetzt, drängt sich die Ueberzeugung auf, daß das gegenwärtige Zerwürfniß zwischen Frankreich und Belgien gerade deßhalb sogar eine erhöhte Wichtigkeit besitzt, weil es die Handelsverhältniße sind, welche den Gegenstand des Streites bilden. Gelänge es der franz. Regierung, in commercieller Beziehung Belgien zu beherrschen; gelänge es ihr, Belgien vom franz. Zollsysteme abhängig zu machen, oder gar es demselben einzuverleiben (wonach unverkennbar, wenn auch mit Vorsicht, gestrebt wird), dann wäre dieses Land wol bald auch politisch der Pariser Regierung so gut als unterworfen. Dies sollte man scharf ins Auge fassen, wir fürchten aber, daß man im Eifer der Democratenverfolgung nicht die genügende Zeit findet, darauf das gebührende Augenmerk zu richten. Ein von Frankreich beherrschtes Belgien würde nur der Vorläufer sein eines von ihm beherrschten Rheinlandes. —

* **Speyer.** Die Kölnische Zeitung veröffentlicht einen Auszug aus dem bisher so sorgfältig geheim gehaltenen Tarifprojecte des österreichischen Handelsvertrags. Wir empfehlen Allen, welchen die einschlägigen Verhältniße näher bekannt sind, sich die Frage zu beantworten: ob ein Resultat, wie das nach diesem Tarif zu erzielende, so lockend wäre, um den Bestand des gegenwärtigen Zollvereins dafür auch nur einen Augenblick zu gefährden? Die Pfälzer machen wir darauf aufmerksam: die Einfuhr fremden Weines in den Zollverein war bisher mit 8 Thaler der Centner besteuert; nach dem Hannöverschen Vertrage soll dieser Zollsatz auf 6 Thlr. herabgesetzt werden, und über diese Herabsetzung hat man bekanntlich bei uns mit vielem Grunde ganz entschieden geklagt; nach dem österr. Projecte aber würde der österr. Wein um blos drei Thaler im Zollverein zugelassen werden müßen, — das Erzeugniß desjenigen Staats, welcher bekanntlich gerade in der Weinproduction der reichste in der Welt ist. — Dagegen bemerkt man, daß Oesterreich bei denjenigen Erzeugnißen, bezüglich deren aus dem Zollvereinsgebiete ein irgend bedeutender neuer Absatz nach jenem Reiche denkbar ist, einen so hohen Differentialzollsatz aufrecht erhält, daß der Vortheil von vorn herein verschwindet.

* Proudhons Schreiben an Ludw. Napoleon bildet, wie seine Schrift, in der gegenwärtigen stummen und stoffleeren Zeit in Frankreich gleichsam das Tagesgespräch. Indessen wird weder der Brief noch die Broschüre irgend dauernde Bedeutung haben. Daß Proudhons Dialectik eine ausgezeichnet einschneidende ist — Niemand kann es bestreiten. Aber beiden Schriften fehlt die innere Wahrhaftigkeit. Proudhon spricht mit gewaltigem Nachdrucke, und mit einer besondern Ostentation, davon, wie er ein entschiedener Gegner der Plane des Präsidenten — gewesen sei, und unter der Maske dieser heut zu Tage in Paris für unerhört geltenden Freimüthigkeit, betheuert er nicht nur, daß er „keinen Haß, weder gegen die individuelle Würde noch gegen die Person" Ludwig Napoleons hege, und daß Er „keine Verschwörungen gegen ihn anzettle," sondern der ganze Inhalt des Buches geht von Anfang bis zu Ende darauf hinaus, den Angesprochenen als den nothwendigen „Mandatar der Revolution," ja sogar als die verkörperte „Revolution des 19. Jahrhunderts" selbst, — und damit als einen „Retter der Gesellschaft" im Proudhon'schen Sinne darzustellen! Eine Kniebeugung nur in etwas anderer als der gewöhnlichen Form, im innersten Wesen aber nicht um ein Haar mehr werth als die der alltäglichen Schmeichler einer jeden Gewalt. Der Gefeierte braucht freilich auf die Proudhon'schen Huldigungen nicht stolz zu sein, denn sie sind, wie schon neulich bemerkt ward, ärger als alle bisherigen Anklagen. Diese Huldigungen werden auch dem künftigen Kaiser gerade eben so wenig nützen, als dadurch die phantastischen und durch und durch unpractischen socialistischen Pläne Proudhon's zur Verwirklichung gelangen werden. —

* **Zweibrücken,** den 14. Aug. Gestern wurde vor dem Appellhofe über die Berufung verhandelt, welche der intermistische Redacteur der Speyerer Zeitung, Frdr. Stiner, gegen das Erkenntniß des k. Zuchtpoliceigerichts von Frankenthal eingelegt hatte, durch das er wegen Aufnahme einer Anzeige des Boiveau-Laffecteur'schen Rob in dieses Blattes, zu 25 Frcs. Geldbuße verurtheilt worden war. Der Vertheidiger des Beschuldigten, Hr. Anwalt Gulden, erhob vor Allem die Incompetenzeinrede, indem das Preßedict von 1848 und die nachfolgenden Preßgesetze von 1850, alle Preßvergehen mit der größten Bestimmtheit die möglich ist, vor die Assisen verweisen, während hier eine im betr. Gesetze selbst als „zuchtpoliceilich" qualificirte Strafe wegen einer durch die Presse begangenen Handlung, unter Ausschluß der Assisen verhängt werden solle. Auf den Grund der Sache eingehend, entwickelte der Vertheidiger zunächst, das betr. Gesetz vom 21. Germ. XI. sei in diesem Betreff veraltet

und derogirt; dasselbe sei schon in früherer Zeit in der fraglichen Bestimmung in der Pfalz nie vollzogen worden, indem noch nie Verfolgungen wegen solcher Anzeigen stattfanden, die bisher in Masse in allen Pfälzischen Blättern erschienen; insbesondere aber sei die gedachte Bestimmung durch das Gesetz von 1850 abolirt, welches die ganze Materie der Preßvergehen neu ordnete. Der Vertheidiger legte eine Reihe Pfälzischer Blätter vor, in denen die unzweifelhaftesten Geheimmittel ohne alle Beanstandung erschienen, insbesondere auch Blätter der „Pfälzer Zeitung;" was in diesen Blättern, wenn es ein wirkliches nicht approbirtes Geheimmittel betreffe, nicht strafbar sei, könne doch nicht ausnahmsweise bei der Speyerer Zeitung allein, sogar wenn diese blos ein durch das frühere Gouvernement ausdrücklich concessionirtes Heilmittel anzeige, als ein Delict betrachtet werden. (Das nemliche Heilmittel wird auch heute noch in der Allgem. Ztg. fortwährend angekündigt, während das Preßstrafgesetz unzweifelhaft Einheit und Gleichförmigkeit in der Preßstrafgesetzgebung in Baiern bezweckte.) — Der Vertheidiger führte sodann weiter aus, daß auch die factischen Requisite zur Anwendung des Gesetzes vom Germinal XI. mangelten, indem der Laffecteur'sche Rob kein Geheimmittel sei (die Bestandtheile desselben sind nicht nur in wissenschaftlichen Werken, wie der pharmacop. univers. von Geiger, sondern sogar in der officiellen Schleswig-Holsteinischen Pharmakopöe genau angegeben, auch gab Boiveau-Laffecteur schon im Jahre 1788 der Akademie der Medicin in Paris die Zubereitung seines Heilmittels an, und diese ließ den gedachten Rob durch eines ihrer Mitglieder darauf hin zur Prüfung selbst verfertigen); endlich wies er durch authentische Urkunden nach, daß das Mittel in jener Zeit, in welcher die jetzige Pfalz mit Frankreich vereinigt war, durch das Gouvernement selbst ausdrücklich approbirt und mit Privilegium versehen ward, — ein Privilegium, das bis heute nicht erloschen, auch nicht etwa durch Ankauf der Regierung außer Kraft gesetzt worden ist. — Der Vertheidiger stellte sonach den Antrag: das angegriffene Urtheil wegen absoluter Incompetenz aufzuheben und zugleich zu verfügen, daß wegen Mangels eines jeden objectiven Thatbestandes eines Vergehens, der Fall nicht gegeben sei, eine Verweisung vor das Schwurgericht oder den Untersuchungsrichter auszusprechen; sonach den Beschuldigten freizusprechen.

Die Verhandlung dauerte etwa 3 Stunden.

Die Staatsbehörde war durch Hrn. Staatsprocurator Lang vertreten.

Die Verkündigung des Urtheils ward auf 8 Tage verschoben.

§* **Von der preußischen Gränze**, den 12. Aug. In Oberkirchen, preuß. Kantons St. Wendel, starb vor einigen Tagen ein Protestant, Namens Wüst, der, bei seinem kathol. Tochtermann lebend, durch den dortigen kathol. Geistlichen veranlaßt, noch vor seinem Tode das katholische Glaubensbekenntniß annahm. Der eine Stunde von da zu Pfeffelbach wohnende, zu dieser Gemeinde gehörende protest. Pfarrer hatte alsbald diesen Vorfall an die kgl. preuß. Regierung berichtet, denn als eben die Leiche auf dem kath. Kirchhofe stund, traf derselbe an diesem Orte, in Begleitung des Ortsvorstandes mit dem höheren Befehle ein, die besagte Proselyte dadurch zu annulliren, daß die Leiche des Wüst auf den protestantischen Kirchhof beerdigt werde, was auch sofort geschah. — Dies die einfache Thatsache, wie sie uns von einem achtbaren Manne, der eben daher kam, erzählt wurde.

Die pfälzischen Grenzbewohner sehen mit Spannung auf den in München neuerdings wahrscheinlichen Ministerwechsel. Die Durchsetzung des bisher verfolgten Zollplanes hätte sehr viele Gewerbsleute total ihrer Existenz verlustig gemacht, welche, um diese zu erhalten, zu Dutzenden nach Preußen hätten übersiedeln müßen.

Pfalz. Zum Vertreter der katholischen Geistlichkeit im Landrathe wurde Pfarrer Ehmant von Kaiserslautern erwählt.

München, den 12. Aug. Wie man vernimmt, wird unter den Gliedern der königl. Familie die sich zum Geburts- und Namensfeste des Königs Ludwig auf der Ludwigshöhe einfinden werden, auch König Otto von Griechenland sein. (A. Z.)

Mainz. Bischof Ketteler soll nun definitiv mit Zustimmung der geistlichen Räthe zu Freiburg auf Vorschlag des päpstlichen Nuntius Viale Prela zum Coadjutor des greisen Erzbischofs designirt sein, obwohl seine Bestätigung von Seiten der badischen Regierung aus mannichfachen Gründen auf fast unüberwindliche Hindernisse stoßen wird. — Die Antworten der Regierungen der oberrheinischen Kirchenprovinz auf die Denkschrift der Bischöfe sind keineswegs befriedigend ausgefallen, weßhalb sich dieselben nach Rom wenden wollen, um von da aus Unterhandlungen mit den betreffenden Regierungen anknüpfen zu lassen. (F. P. Z.)

Frankfurt, den 14. Aug. Die Bundesversammlung hat sich vorgestern bis zum 20. October vertagt. In ihrer letzten Sitzung nahm sie die auf die Frankfurter Verfassungsangelegenheiten sich beziehenden Anträge des Verfassungsausschusses an, wonach der „Rechtsboden" der Frankfurter Constitutionsergänzungsacte von 1816 wieder hergestellt wird. Den israelitischen Bürgern ist die vollkommene bürgerliche, nicht aber die politische Gleichstellung zuerkannt. Eine solche wurde, wie wir hören, überhaupt als principiell unzuläßig für die vier freien Städte befunden, da sie bei den nicht monarchischen Verfassungen derselben ihren Character als christliche Staaten alteriren würde. (!) Die Annahme der Anträge des Ausschusses erfolgte mit einer bedeutenden Stimmenmehrheit; einige Gesandten konnten aus Mangel an Instructionen noch nicht zustimmen. (F. J.)

Stuttgart, den 13. Aug. Diesen Nachmittag hatte die zweite Kammer eine bis nach 7 Uhr Abends dauernde wichtige Sitzung, welche die Verständigung zwischen Regierung und Ständen hinsichtlich des Etats wieder mehr in die Ferne rückte. Hinsichtlich der Staatsschuld hatte die Kammer seiner Zeit gegen die ausdrückliche Einsprache vom Ministertische beschlossen, von der statutenmäßig festgesetzten Staatsschuldentilgung 40,800 fl. in Abzug zu bringen, welche in der vorigen Finanzperiode außerordentlicher Weise getilgt worden waren. Die Regierung trat diesem Beschlusse nicht bei und erklärte denselben in einer Finanzministerialnote für irrthümlich, verfassungs- und gesetzwidrig. Die Opposition ließ deutlich merken, es sei ihr darum zu thun, die Ausgaben zu vermindern, um neue Steuern zu vermeiden. So kam es, daß die Kammer mit 39 gegen 39 Stimmen den Beschluß faßte, die 40,800 fl. in Abzug zu bringen. Staatsrath v. Knapp gab sofort wörtlich folgende Erklärung ab: „Ich bedauere, hoher Kammer erklären zu müssen, daß die königliche Regierung sich außer Stande sieht, diesem Beschluß Folge zu geben." Hierauf kam die Berathung der indirecten Steuern an die Reihe, wurde jedoch nach einer sehr heftigen Vorberathung, wobei alle Aufschubsanträge verworfen wurden, abgebrochen und wird morgen früh fortgesetzt werden.

Wiesbaden, den 13. Aug. Die Gemeinde Seßenrod, im Amte Wallmerod, wandert nach America aus. Am 9. September l. J. wird das sämmtliche Vermögen der Gemeinde versteigert.

Kassel, den 13. Aug. Ueber den Stand der Anlehensfrage zur Tilgung des Deficits der Staatskasse von überhaupt ungefähr 4 Millionen, von welchen jedoch vorerst nach dem Vorschlage der Regierung 1¼ Million gedeckt werden sollen, kann ich mittheilen, daß der landständische Ausschuß auf ein Anlehen nicht eingehen will, sondern der Meinung ist, hierzu den Staatsschatz zu verwenden oder Kassenscheine zu emittiren. Man sagt aber, das Anlehen sei bereits mit Rothschild abgeschlossen (!) und man habe von ihm bereits einen Theil des Betrags des Anlehens in Händen. Die Regierung hat

nun sicherem Vernehmen nach dem landständischen Ausschusse eröffnen lassen, daß sie auf dem Anlehen stehen bleiben müsse, die Anträge des Ausschusses aber auf Heranziehung des Staatsschatzes und Emission von Papiergeld zurückgewiesen. *) (F. J.)

Berlin, den 12. Aug. Es steht, wie aus den Aeußerungen des Gesandten eines Coalitionsstaates angenommen werden muß, nicht zu erwarten, daß die Mehrzahl der zur Coalition gehörigen Staaten ihre Abgeordneten zu der am Montag den 16. d. wieder zu eröffnenden Zollconferenz hersenden wird. (?) (K. Z.)

Königsberg, den 10. Aug. Bei Gelegenheit des landwirthschaftlichen Provincialcongresses in unserer Stadt fand ein Festessen Statt, von welchem die Fama erzählt, daß bei dem Toast auf den König mehrere Gutsbesitzer sich nicht von ihren Sitzen erhoben hätten; dem Vernehmen nach hat der Oberpräsident in dieser Handlungsweise eine „Ehrfurchts-Verletzung" gegen die königliche Person gefunden und die Staatsanwaltschaft veranlaßt, eine Untersuchung gegen die betreffenden Herren einzuleiten.

Frankreich.

† **Paris,** den 13. August. Der „Moniteur" meldet schon wieder Vertheilungen des Ordens der Ehrenlegion. Hierauf folgen Ernennungen von Maires und deren Adjuncten, und die Anzeige der Auflösung der städtischen Compagnie der Sappeurs-Pompiers in Montpellier, ohne Angabe der Ursache. (!)

Italien.

* **Turin,** den 9. August. Die vom Senate mit der Prüfung des von der Kammer votirten Gesetzes über die Civilehe, beauftragte Commission hat sich gegen dasselbe ausgesprochen, nicht aber um der Geistlichkeit eine Conzession zu machen, sondern im Gegentheil, um an dessen Stelle die weit freieren Bestimmungen des französischen Gesetzes vorzuschlagen, was nothwendigerweise einen neuen Sturm von Seiten der Geistlichkeit hervorrufen wird.

Turin, den 6. Aug. Von der Traubenkrankheit, die uns seit einigen Jahren eines unserer kostbarsten Erzeugnisse beraubt, ist im ganzen Lande kein Winkel mehr frei; alle Mittel, welche man dawider vorschlägt, zeigen sich unwirksam, oder sind höchstens Palliative und hindern die Verbreitung des Uebels nicht.

Spanien.

* **Madrid,** den 8. Aug. Die Gazette von Madrid enthält die Ernennung des Ministers des Innern Dr. Manuel Bertrand de Lis, zum Minister des Auswärtigen an die Stelle des austretenden Marquis de Miraflores. Der Civilgouverneur von Madrid, Dr. Melchior Ordonez, ist zum Minister des Innern ernannt. Man glaubt, daß diese Maßregel ein sicheres Zeichen der Auflösung des Cortes sei.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 30. Juli. Aus der St. Laurence-Bay wird berichtet, daß die Briten von allen americanischen Fischerfahrzeugen eine Ankergebühr von 6 D. per Tonne verlangen. Wieder sind zwei americanische Fischerschaluppen von englischen Kreuzern aufgebracht worden. Vierzehn englische Kriegsschiffe kreuzen in jenen Gewässern und vier andere werden in St. John's ausgerüstet. Ein Theil des japanischen Expeditionsgeschwaders ist nach den streitigen Gewässern beordert, und der Missisippi, Commodore Perry, nimmt hier Kohlen ein, um gleichfalls dorthin abzugehen.

Ein Dampfschiff Armenia ist durch Ueberheizen der Maschinen in Folge einer Wettfahrt auf dem Hudson in Flammen aufgegangen. Ueber 100 Menschen sind dabei umgekommen.

Australien.

Ein Privatschreiben aus **Melbourne** vom 31. März entwirft folgende Schilderung des dortigen Lebens: „Unabhängig sind wir hier von jedem Comfort, wie von jedem geselligen Zwange. Von Gastlichkeit keine Spur. Die Goldgräberei gräbt ihre Spuren in jede Physiognomie. Gold ist der allgemeine Schrei; Männer, Weiber und Kinder denken an nichts Anderes. Fast Jeder war einmal in den Minen, und wunderbare Summen wurden heimgebracht; wir schätzen das Gold hier nur nach Pfunden und Centnern. Die Minen sind natürlich der Hauptanziehungspunct für alle Spitzbuben und Räuber Australiens; denn gelingt es nicht mit dem Graben, so gibt es glücklichere Arbeiter, denen man die Taschen leeren kann. Tausende und aber Tausende fliegen nach den Goldgruben, und Hunderte graben dort ihr eigenes Grab, in das Krankheit oder Mord sie wirft, meist ohne einen Freund in der Nähe, resp. ohne daß man je von ihnen hört. Statistische Tabellen erscheinen nicht im Goldlande; die Sterbelisten würden furchtbar groß sein. Lebensmittelpreise sind noch immer mäßig, Arbeit dagegen ist unglaublich theuer. Schuhe 21 S. (der Schilling = 36 Krzr.) das Paar, Stiefel 45 bis 63 S. Nichts aber ist so fabelhaft theuer, als Land. Ein englischer Morgen vor den Thoren von Melbourne kostet 1800—2000 Pf. St. Das Klima scheint nicht sehr gesund. Ruhr, Rheumatismus, Schwindsucht grassiren stark. Freilich kommen viele Invaliden ans Land und ruiniren sich durch maßloses Rauchen und Trinken.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer.** Einem uns aus Deidesheim zugekommenen Schreiben, (das wir in unserm nächsten Blatte vollständig mittheilen werden,) entnehmen wir für heute blos die Notiz, daß die wegen Ausstecken deutscher Fahnen abgesetzten Stadträthe den Recurs ergriffen haben.

Karlsruhe. Der unerlaubte Besitz von Waffen und Munition ist bei 300 fl. Strafe oder acht Wochen Gefängniß verboten.

— den 11. August. Das heute Abend ausgegebene „Regierungsblatt" enthält einen Erlaß, demzufolge die während des Kriegszustandes octroyirten Gemeindebeamten auch nach Aufhebung desselben bis zum Ablauf der gesetzlichen Amtsdauer in ihren Stellen verbleiben. Deßgleichen einen über Abänderung eines Paragraphen der Gemeindeordnung, die Dienstentlassung von Gemeindebeamten betreffend, sowie endlich über Unterkunft und Verpflegung von Executionstruppen.

— den 13. August. Die kirchlichen Wirren scheinen, nachdem jetzt die Staatsregierung sich gegen die über die renitenten Geistlichen von dem Erzbischof verhängte Strafe ausgesprochen hat, in ein weiteres, keineswegs erfreuliches Stadium treten zu wollen; denn man vernimmt, daß die zelotische Partei den Erzbischof zu einem offenen Bruche mit der Regierung drängt. Erfolgt eine Suspension der mißliebigen Geistlichen, so wird die Regierung ihrerseits sich weigern, die Temporalien zu sperren; die Gemeinden befinden sich dann de facto ohne Seelsorge. Die Ernennung des Hofgerichtsraths Prestinari zum Director des katholischen Oberkirchenraths kommt den Ultramontanen sehr ungelegen, da derselbe schon in der Kammer seine freie Richtung bekundet hat.

Die körperlichen und geistigen Leiden des Großherzogs Ludwig haben sich in neuester Zeit bedeutend verschlimmert. (Köln. Z.)

Stuttgart, den 12. Aug. Heute Nacht wird wahrscheinlich die Conferenz der Minister des Darmstädter Bündnißes zu Ende gehen. Was den Inhalt der Berathungen betrifft, so beschränke ich mich für heute darauf, zu sagen, daß ihnen der Entwurf einer Antwortsnote an die k. preuß. Regierung zu Grunde lag, welche von Hrn.

---

*) Man mag aus diesem neuen Beispiele wiederholt abnehmen, wohin die materiellen Interessen des Volkes gelangen, wenn nur „gutgesinnte" Deputirte vorhanden sind, die stets mit der Regierung „Hand in Hand" gehen. D. Red.

v. d. Pfordten verfaßt, sehr versöhnlich gehalten sein, und, wie versichert wird, zunächst davon abstrahiren soll, daß die Zolleinigung mit Oesterreich bei der Erneuerung des Zollvereinsvertrags bedungen, dagegen der gleichzeitige Abschluß eines Handelsvertrags mit Oesterreich stipulirt und gewisse Ansprüche der Coalitionsstaaten gewährt werden. (Allg. Z.)

Frankfurt. Sogar aus England und America kommen Rückforderungen von Beiträgen für die deutsche Flotte.

Berlin, den 12. August. Für das Heirathsproject Ludwig Napoleons ist man hier so wenig günstig gestimmt wie in St. Petersburg. Für den Fall, daß die Prinzessin, welcher der Präsident seine Hand zugedacht haben soll, zu einem Jawort geneigt wäre, dürften sich Einflüsse geltend machen, die eine Entscheidung im bejahenden Sinne erschweren würden. In der hiesigen katholischen Kirche wird eine besondere Todtenfeier zum Gedächtniß Napoleons nicht stattfinden. (A. Z.)

— den 13. Aug. Dem Ministerpräsidenten sind mehrere Adressen zugekommen, worin ihm für seine Haltung gedankt und er ersucht wird, von seinem Posten nicht zurückzutreten und namentlich in der Zollfrage in der bisherigen Weise voranzufahren.

Die Angelegenheit in Betreff der Liquidation der kurhessischen Bundesexecutionskosten soll in Frankfurt so weit vorbereitet sein, daß in Ansehung einiger Präjudicialfragen die Plenarberathung bald wird erfolgen können. Nach der Executionsordnung von 1820 ist die Regierung, welche eine Bundesexecution verursacht hat, zur sofortigen Erstattung der liquiden Kosten verpflichtet; Kurhessen hat bis jetzt weder dieser Verpflichtung genügt, noch auch sich über einen Zeitpunct bestimmt erklärt, wann dies geschehen soll. Hessischer Seits soll bis jetzt hauptsächlich versucht worden sein, eine Unterscheidung zwischen den Kosten, welche im Interesse der Regierung und zwischen denen, welche im Gesammtinteresse der Bundesstaaten aufgewandt worden seien, zur Anerkennung zu bringen.

Die zollfreie Getreideeinfuhr in die Zollvereinsstaaten, welche während des Zusammenseins der Kammern in Berücksichtigung des dermaligen Nothstandes bis zum 31. d. Mts. zugelassen wurde, wird, sicherm Vernehmen nach, über diesen Zeitpunct hinaus nicht verlängert werden.

Man ist hier noch immer von der Hoffnung erfüllt, daß der König von Württemberg und der Großherzog von Baden an dem Zollvereine mit Preußen festhalten werden.

Die Kölnische Zeitung enthält folgende, kaum glaubhafte Nachricht: Wie es heißt, droht auch unserer *Verfassung von Frankfurt* aus ein Einspruch im Namen des „Bundesrechts“. Es soll nach den letzten Verhandlungen der Bundesversammlung nicht mehr zweifelhaft sein, daß Seitens des „politischen Ausschusses“ und der zu Oesterreich neigenden Stimmen des Plenums die *politische Gleichstellung der Juden* mit den christlichen Staatsbürgern für den Bundesgesetzen widerstreitend, dagegen eine völlige *bürgerliche* Gleichstellung für durchaus zulässig erklärt werden wird. Für Preußen dürfte vor jedem ex-officio-Einschreiten den nächsten Kammern Frist gelassen werden, freiwillig die Verfassung mit der obigen Rechts-Interpretation in Uebereinstimmung zu bringen!!

Agram, den 5. Aug. Ban Jellachich hat eine Verordnung erlassen, zufolge deren das vormalige System der *Frohndienste* dort wieder eingeführt wird. Es zerfallen somit die Verheißungen, welche deßhalb unsrem Landestheil seiner Zeit gegeben worden, in Nichts.

Brüssel, den 13. Aug. Die Reise der Königin von England hat unsere französischen Nachbarn lebhaft bewegt. Ludwig Napoleon soll gesagt haben: „Die Königin von England ist nur nach Belgien gekommen, um meiner Reise nach Baden ein Gegengewicht zu geben!“ — Man kündigt als gewiß an, daß das jetzige Ministerium in seiner Stelle verbleiben werde.

Paris, den 14. Aug. Durch Decret im heutigen Moniteur ist General Ornano zum Großkanzler der Ehrenlegion ernannt worden.

Die französische Regierung hat eine Note an die englische gerichtet, worin sie Entfernung der französischen Flüchtlinge von der Canalinsel Jersey fordert. Die Antwort lautete aber nicht wie von einem Continentalstaate, sondern ging dahin, das Gouvernement könne der bestehenden Gesetze wegen nichts thun. — Es heißt, am Napoleonstage würden 800 individuelle Begnadigungen stattfinden; davon aber beträfen 500 — gemeine Verbrecher!

Die Vermählung des Prinz-Präsidenten wird, wie man behauptet, nur noch durch die Vorbereitung der zur Gemahlin L. Napoleon's bestimmten jungen Prinzessin zum Uebertritte von der protestantischen zur katholischen Kirche verzögert.

Victor Hugos leztes Werk „Napoleon der Kleine“ hat den reißendsten Absatz gefunden; in noch nicht 3 Wochen sind schon 10 große Auflagen vergriffen, worunter eine in Demanschrift (der kleinsten Schrift), in Westentaschenformat, um es leicht über die französische Grenze bringen zu können. Auf diesem Wege haben wenigstens schon 5000 Exemplare die Grenze passirt; denn Schnupftabaksdosen, Handschuhe, Portemonnais können doch nicht visitirt werden.

Vom Po, den 8. Aug. Während die Times sich zum Organ der Klagen eines englischen Touristen hergibt, der seine Landsleute vor Bereisung des lombardisch-venezianischen Königreichs warnt, weil die dortige Polizei es ganz besonders auf Engländer abgesehen habe, hat sich auch in unserer Nähe ein Zwischenfall zugetragen, der das mühsam hergestellte freundschaftliche Einverständniß zwischen Oesterreich und England wieder zu stören droht. Ein englischer „Lord,“ der Verona besuchte und auf den dortigen Festungswerken zeichnend angetroffen wurde, mußte seine barsche Weigerung, sich dem Verbot zu fügen, mit ein paar Tagen Haft büßen, und wurde, als er, nach erwiesener Identität, freigelassen, auf persönlicher Entschuldigung von Seite des Festungscommandanten bestand, ohne weitere Umstände fortgeschafft. Natürlich erfolgten sogleich Klagen beim englischen Gesandten, Grafen Westmorland. Diese in neuester Zeit so oft sich wiederholenden Fälle gefährden das die grellsten Dissonanzen ohnehin nur mühsam beschwichtigende concert européen jeden Augenblick. (A. Z.)

Konstantinopel, den 30. Juli. Aus Erzerum ist eine Hiobspost eingetroffen, dort zertrümmerte ein Erdbeben nahe an 500 Häuser und 17 Personen verloren dabei das Leben.

Buenos-Ayres, den 2. Juli. Urquiza hat sich zum Dictator aufgeworfen. Als Vorwand erklärte er, die Demagogen hätten die Ruhe gestört!!

Miscellen.

München, den 12. August. Wie man vernimmt, sind am hiesigen kgl. Kreis- und Stadtgericht die Acten der bekannten Wrede Lerchenfeld'schen Duellgeschichte zur öffentlichen Verhandlung gereift.

Die europäische „Gesellschaft“ wird bald sehr reingewaschen dastehen, denn der Besuch der Bäder ist enorm. Bis zu Anfang August zählte Kissingen 3402, Wiesbaden 11,510, Ems 4005, Aachen 3266, Karlsbad 3726, Norderney 1250, Swinemünde 1315, Baden aber 20,518 Fremde.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1171] **Zu verpachten.**

Ein vollständiges, eingerichtetes Weißgerbergeschäft, das bisher mit gutem Erfolg betrieben wurde, ist billig auf mehrere Jahre zu verpachten. Das Nähere ertheilt

Joh. Faulhaber Witb. in Neustadt a. d. H.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Dienstag (Zu Nro. 197.) den 17. August 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Wir erhalten folgende Zuschrift:

Herr Redacteur! Nachdem wie es scheint die Verhandlungen zwischen der „Pfälzer“ und der „Speyerer Zeitung“ bezüglich des von Hrn. Assessor Witt im Spätjahre 1850 geschriebenen Briefes vorläufig wenigstens geschlossen sind, erlauben Sie wohl einem in der Sache ganz Unbetheiligten diejenige Meinung öffentlich auszusprechen, welche er und mit ihm viele Andere sich gebildet haben.

Je nachdem nemlich Jemand freundlich oder feindlich zu Ihnen gestellt ist, kann und wird er der Angabe des Hrn. Dr. Jäger über die Art der Entstehung des Briefbesitzes Unglauben entgegensetzen oder Glauben schenken. Vor dem unparteiischen Richter heben sich die gegenseitigen Behauptungen auf. Der Beweis läge nun freilich demjenigen ob, der behauptet hat, d. i. Hrn. Dr. Jäger. Diese Seite der Sache scheint mir aber die bei weitem unbedeutendste zu sein, denn es kann Ihnen doch wohl Niemand aus dem Empfang und der Benüzzung der Beilagen des Briefes einen Vorwurf machen;*) im äußersten Falle würde Ihnen ein bedauerliches Versehen in der Verwendung des letztern zu Last gefallen sein. Daß die Art der Verwendung in diesem unterstellten, keineswegs hergestellten Falle, aus Sparsamkeit geschehen sei, hält wohl Hr. Jäger selbst für eine leere Schnurre. — Von viel ernsterer Bedeutung scheint mir aber die andere in Ihrem Blatte nur kurz berührte Seite des Falles zu sein. Denn einmal angenommen, die Sache verhielte sich ganz so, wie Hr. Jäger dem Publikum zu erzählen für gut fand, dann war eben aus Versehen ein ihm nicht gehöriger Brief, dessen Adressat ihm bekannt war, in seine Hände gekommen. Nun frage sich Jeder ehrenhafte Leser, was er in einem solchen Falle zu thun hat. Offenbar nichts Anderes, als was Jedem zu thun obliegt, dem fremdes Gut, das aus Versehen oder sonst wie verloren worden ist, in die Hände kommt. Er hat einfach die Pflicht, dem Eigenthümer das Gut zurückzustellen. Im äußersten Falle, wenn ihm die Zurückstellung mit Recht etwa große Unbequemlichkeit verursachen würde, könnte man ihm vielleicht keinen Vorwurf machen, wenn er das fremde Gut unbeachtet liegen ließe. Der Leser verliert z. B. seine Brieftasche oder steckt sie aus Versehen in den neben ihm liegenden Mantel eines Andern. Was erwartet er mit Recht von Demjenigen, in dessen Besitze sie gelangt? Er erwartet, daß dieser, sobald er den Eigenthümer kennt, diesem sie zurückstellt. Was von der Brieftasche gilt, gilt auch ebenso und unbestreitbarer Weise von dem einzelnen Briefe. Was hat nun aber Hr. Jäger gethan, nachdem er in den Besitz eines an einen Andern adressirten Briefes gekommen war? Er macht daraus eine giftige Waffe gegen den Adressaten, indem er nicht nur unter dem Scheine, Andere vor Schaden wahren zu wollen, diese von allenfallsigen Correspondenzen mit einem konkurrirenden Blatte abzuschrecken sucht, sondern auch zugleich in den Inhalt des Briefes, den er mystischer Weise an Bedeutung weit übertreibt, Stellen hineindichtet, die gar nicht darin enthalten sind, wie dies bezüglich des weiteren persönlichen Materials in nicht widersprochener und nicht zu widersprechender Weise wirklich geschehen ist. Ja noch mehr! Anstatt nach der allergewöhnlichsten Pflicht zu handeln, veröffentlicht Hr. Jäger das einem Andern gehörige Privatschreiben, von dem er selbst vorher anführte, daß hiedurch mehre Personen bedeutend compromittirt würden! Er macht also eigenmächtig die Privatmittheilung zu dem, was sie gerade nicht sein soll, zu ihrem Gegensatze, und vernichtet sie somit in ihrer Eigenschaft als Privatmittheilung. — Und der Mann will Andern sagen, was ihre Pflicht ist?

X, den 10. August 1852. +

*) Indessen hat Hr. Jäger vergeblich nach irgend einem Artikel gesucht, von dem sich auch nur mit dem leisesten Scheine von Wahrscheinlichkeit sagen ließe, daß er aus Hrn. Witt's Feder geflossen sein möge. D. Red.

Speyer. Der Districtsrath des Kantons Dahn ist folgendermaßen gebildet:

I. Vertreter der Gemeinden. Dahn: J. Keller; Bruchweiler, J. G. Burkhard; Bundenthal, F. Keller; Busenberg, Bürgerm. Korn; Schindhard, J. A. Schehl; Erfweiler, J. A. Naab sen.; Erlenbach, Brgrm. Stadelmann; Bobenthal, J. Willig; Niederschlettenbach, F. A. Deis; Fischbach, J. G. Schlick; Rosselsbrunn, F. Wanzel; Hauenstein, Brgrm. Meyer; Hinterweidenthal, Brgrm. Diequé; Rumbach, F. Jacky, Nothweiler, G. J. Dauber; Schönau, Ph. Helbling; Hirschthal, G. Sieffert.

II. Höchstbesteuerte: J. Rebholz v. Merzalben und die Gienanth'schen Erben.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Brgrm. Dauenbauer und L. Lambert v. Dahn, J. Schenk v. Hinterweidenthal, L. Merz v. Bobenthal.

— Districtsrath des Kantons Pirmasens:

I. Vertreter der Gemeinden. Pirmasens: Brgrm. Diehl, K. L. Schneider und Ph. Mann; Eppenbrunn, Brgrm. Jung; Fehrbach, J. Schiefer; Höheischweiler, Brgrm. Bißhort; Höhmühlbach, F. Hoffmann; Hengsberg, J. Pfeiffer; Windsberg, H. Scherer; Lemberg, H. Kieffer; Ruppertsweiler, K. Kehrwald; Münchweiler, J. Ehrgott; Nünschweiler, G. Hofmann; Rodalben, X. Kölsch; Donsieders, H. Ehrgott; Schweix, Brgrm. Schantz; Hilst, J. Jung; Simten, C. Weiß; Erlenbrunn, H. Traxel; Thaleischweiler, Brgrm. Fischer; Fröschen, J. Gölter jun.; Trulben, Ph. Hauther; Kröppen, A. Wagner; Vinningen, J. Maurer; Winzeln, G. Klein jun.; Gersbach, H. A. Weber.

II. Höchstbesteuerte: Brgrm. Rebholz v. Merzalben, A. Berger v. Pirmasens und Ph. Lacour v. Ranschbrunnerhof.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Frdr. Bruch v. Pirmasens, A. Hünerberger v. Thaleischweiler, Brgrm. Schmitt v. Nünschweiler, F. Guth v. Kröppen, J. Germann v. Kaltenbach, L. Licht v. Erlenbrunn u. S. Göbels v. d. Biebermühle.

— Districtsrath des Kantons Waldfischbach:

I. Vertreter der Gemeinden. Waldfischbach: Brgrm. H. Kieborz; Klausen, Brgrm. Germann; Heltersberg, Brgrm. Mutschenk; Geiselberg, J. Grunditsch; Hermersberg, A. Jacob; Horbach, J. Reichel; Herschberg, J. Schneider; Höheinöd, Brgrm. Matul; Leimen, G. A. Helfrich; Merzalben, Brgrm. Rebholz; Saalstadt, M. Weiß jun.; Schauerberg, M. Kettenring; Schmalenberg, F. Hauk; Schopp, J. Jacob; Burgalben, J. Kramer; Steinalben, H. Hekmann; Hettenhausen, A. Bender; Wallhalben, A. Baqué; Zeselberg, P. Diehl; Harsberg, D. Keßler; Weselberg, J. Keßler.

II. Höchstbesteuerte: J. Pletsch v. Landstuhl, K. v. Gienanth v. Hochstein u. Brgrm. Weiß v. Saalstadt.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: H. Hahn v. Schauerberg, J. Brügel v. Zeselberg, P. Stork v. Hermersberg, M. Munzinger v. Höheinöd u. J. Nic. Brügel v. Hettenhausen.

— Districtsrath des Kantons Göllheim:

I. Vertreter der Gemeinden. Göllheim: J. Groß; Biedesheim, Brgrm. Voltz*; Bubenheim, Brgrm. Magerkurth; Dreisen, Ph. Sebastian; Eisenberg, A. Schiffer; Harrheim, J. Schöner; Immesheim, J. Dauscher; Kerzenheim, Brgrm. *Brubacher; Lautersheim, M. Mann; Niefernheim, F. Schauß; Ramsen, Brgrm. Mayer; Rodenbach, A. Seewaldt II.; Rüssingen, Brgrm. Bernhard; Ottersheim, A. Jenson; Standenbühl, Brgrm. Martin; Stauf, J. Raby; Weitersweiler, Brgrm. Roos; Zell, L. Herr.

II. Höchstbesteuerte: Gemeinde Göllheim und Gemeinde Eisenberg.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Peter *Schäfer v. Gollheim, Brgrm. *Fisch v. Dreisen, Brgrm. *Laisé v. Harrheim, Brgrm. Bernhard v. Rüssingen, Ph. Wand II. v. Kerzenheim.

München, den 10. Aug. Die Volksbötin schreibt: Da die französische Gesandtschaft den Gottesdienst zur Feier des Geburtstages Napoleons, des Eroberers von Deutschland, auch in deutscher Sprache ankündigen ließ, so scheint sie auch den Deutschen zuzumuthen, dieser „erhebenden" Feier beizuwohnen und ihre heißen Gebete für das Gedeihen des uns keineswegs freundlich gesinnten „Napoleonischen Hauses" emporzuschicken. Da dieser „große Tag" zufällig auf nächsten Sonntag fällt, der zudem noch ein Frauentag ist, an welchem die Kirchen immer überfüllt sind, so wird man in Paris nicht ermangeln, zu schreiben, daß sich Tausende von Andächtigen hinzugedrängt hätten, um für die Dynastie Bonaparte zu beten. Was die hiesige französische Gesandtschaft unternimmt, geschieht an allen Orten, wo sich ein Vertreter der großen Nation befindet, so daß also der Geburtstag der einstigen Geißel der deutschen Fürsten und Völker in ganz Deutschland festlich begangen wird, ein Umstand, den eben nur das deutsche „Nationalgefühl" gleichgültig hinnimmt. Keineswegs sei hiemit über einen Todten nachtheilig gerichtet; wir vergönnen ihm den Gottesdienst zu seinem Gedächtniß von Herzen und erblicken in einem solchen Gebet, wenn es von seinen Landsleuten im Stillen vorgenommen wird, etwas Löbliches. Aber ein öffentlich angekündigtes feierliches Te Deum laudamus zu singen in einer deutschen Hauptstadt — das erinnert fast an die Schleswig-Holsteiner, welche die Jahrestage ihrer Unglücke festlich begehen müssen.

Wie die Neue Preuß. Zeitung aus München erfährt, wäre Hr. v. d. Pfordten für den Gesandtschaftsposten in Wien bestimmt.

Amberg, den 10. Aug. Der Herausgeber des Regensburger Tagblattes, J. Reitmayr, ist von den Geschworenen eines Preßvergehens ohne mildernde Umstände schuldig erklärt und zu 1monatlichem Gefängniße und 50 fl. Geldbuße verurtheilt worden. Er hat eine Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet.

Stuttgart. Die Abhaltung des Napoleonsfestes hat das hiesige katholische Stadtpfarramt wegen des Marienfestes für dieses Jahr abgelehnt.

Karlsruhe, den 8. August. Viele der Geistlichen, welche zu den Exercitien nach St. Peter berufen sind, haben den Erzbischof um Nachlaß der Strafe gebeten, er hat aber keines dieser Gesuche genehmigt und soll einem Oberkirchenrath, welchem die Regierung eine sehr einträgliche Pfarrei verlieh, die kanonische Weihe verweigert haben. Ich höre, daß er entschlossen sei, die renitenten Geistlichen, welche am 16. d. nicht in St. Peter erscheinen, sogleich von allen kirchlichen Verrichtungen zu suspendiren. Somit beginnt der Conflict von Neuem, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, so kann er einen sehr ernsten Character annehmen. (A. Z.)

Berlin, den 9. Aug. Seitens des nordamerikanischen Gesandten sind mehrfache Reclamationen in Betreff solcher Personen bei der diesseitigen Regierung erhoben worden, welche in den Vereinigten Staaten bereits das Bürgerrecht erhalten haben, bei ihrer Rückkehr hier aber als militärpflichtige Auswanderer ergriffen und in Untersuchung gezogen wurden. In Hannover sind ähnliche Fälle vorgekommen, die dortige Regierung hat aber die betreffenden Personen infolge der hier erwähnten gesandtschaftlichen Reclamationen wieder freigegeben.

Königsberg. Die Cholera, die bisher besonders in Kalisch und in den Posener Gränzbezirken ziemlich stark gehaust hat, ist jetzt auch in Königsberg aufgetreten, jedoch nicht sonderlich bösartig.

Wien, den 10. August. Mittelst eines aus Maros-Vasarhely datirten kais. Befehls ist eine neue Organisation der k. Armee angeordnet. Hiernach wird die Linieninfanterie aus 62 Regimentern bestehen. Jedes Regiment wird in 4 Feldbataillons mit einer Grenadier- und 4 Füsiliercompagnien, dann ein Depotbataillon eingetheilt und aus 5964, darunter 4720 Gemeinen, bestehen. Die Grenadierbataillone werden sonach aufgelöst und die 4 Grenadiercompagnien bilden von nun an integrirende Theile der Feldbataillone und die Elite derselben. Die Grenadiere erhalten die Czako als Kopfbedeckung und unterscheiden sich von den Füsilieren durch an den Patrontaschen und deren Riemen angebrachte Granaten und den Säbel, mit dem sie, mit Ausnahme der Schützen, bewaffnet bleiben. Die Jäger behalten ihre bisherige selbstständige Organisation. Diese neue Eintheilung trit mit dem 1. November in Wirksamkeit.

Schweiz.

Bern. Der Nationalrath hat in seiner Sitzung vom 12. August mit 63 gegen 26 Stimmen gänzlichen Nachlaß der Sonderbundskriegskosten genehmigt.

Tessin. Das Gesetz über die Säcularisation der religiösen Lehrinstitute hat angefangen, seine Ausführung zu erhalten.

Italien.

Rom, den 2. Aug. In Ancona ward vor Kurzem der durch seine Strenge im Dienst den Unruhigen verhaßte Oberbeamte der Policei, Canetti, von einem Unbekannten mit einem Dolche schwer verwundet. — Mit einem außerordentlichen Aufwand kirchlichen Pomps feierten die Jesuiten das Fest ihres Ordensstifters.

Türkei.

Konstantinopel, den 31. Juli. Der Schaden, welchen die hier und in der nächsten Umgegend vom 28. bis 30. Juli stattgehabten großen Feuersbrünste angerichtet, beträgt nach der Triester Zeitung 60 Millionen Piaster (6 Mill. Gulden), während ihn andere Blätter nur auf 10 Mill. Piaster anschlagen.

Miscellen.

Am 5. Aug. brach in der Gemeinde Pierrement in den Ardennen ein Gewitter aus. Ein Landmann, der mit seiner Frau, seinem Kinde und seiner Schwiegermutter auf dem Felde war, suchte mit ihnen Schutz unter aufgestellten Fruchtgarben. Der Blitz traf diese Garben. Als das Gewitter vorüber war, wollte die Schwiegermutter nach ihren Kindern sehen und fand nur Leichen; Vater, Mutter und Kind waren erschlagen.

*) Die mit * Bezeichneten sind zu Mitgliedern des Ausschusses gewählt.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch — Nro. 198 — den 18. August 1852.

Deutschland.

*** Die Distriktsrathswahlen in der Pfalz.** Es gibt kaum etwas Lächerlicheres und Alberneres als die neuliche Behauptung der Pflzr. Ztg.: „die Districtsrathswahlen sind überwiegend conservativ ausgefallen.“ Wenn in einem Ländchen von wenig mehr als 100 Quadratmeilen, wie die Pfalz, etwa 800 Personen zu Mitgliedern eines ganz neuen Instituts, der Districtsräthe, ernannt werden, und wenn deren Wahl überall, auch im kleinsten Dörfchen, auf die Bewohner des winzigen Ortes beschränkt ist, so erscheint es von vorn herein als Unmöglichkeit, daß die Mehrzahl aus Solchen bestehen kann, die bekannte politische Personen sind. So haben wir die Sache von Anfang angesehen, und darum haben wir uns auch in dieser, wesentlich die materiellen Verhältniße der Kantonsgemeinde betreffenden Sache, von Anfang an auf den Wunsch beschränkt, daß einsichtige und kenntnißvolle Männer gewählt werden möchten, welche aber allerdings auch den Muth besäßen, etwaigen unzweckmäßigen Plänen der Beamten, die auf Kosten des Districts ausgeführt werden sollten, entgegen zu treten.

Die Pflzr. Ztg. in ihrer boshaften Gehäßigkeit und Verfolgungssucht, hat dagegen verlangt, daß die Wähler, ohne Rücksicht auf Befähigung, guten Willen und Gemeinsinn, nur s. g. „Conservative“ wählen, und alle Democraten ausschließen sollten. Sie wähnte in kindischem Uebermuth, die Verfolgung der Democraten — hier zum Nachtheile des Säckels der Steuerbaren!! — noch weiter treiben zu können, als diese Verfolgung ohnehin schon stattfindet.

Was ist nun der Erfolg?

Mit ganz wenigen Ausnahmen gehören alle Mitglieder der Pfälzischen Districtsräthe, so weit sie irgend als politische Personen bekannt sind, der freisinnigen Richtung an, der „Linken,“ wenn wir uns hier dieses Ausdrucks bedienen dürfen. Wir haben neulich schon denjenigen Beweis für diese Behauptung angeführt, welcher nicht nur der nächstliegende ist, sondern den auch Jedermann beurtheilen kann: von den jetzigen Pfälzischen Landtagsabgeordneten, welche der Linken angehören, sind 6 in die Districtsräthe gewählt; von jenen Abgeordneten, welche der Rechten angehören, ist dagegen nicht ein Einziger gewählt! Und wir könnten jene Zahl beiläufig verdoppeln, wenn wir die Oppositionsmänner früherer Landtage dazu rechnen wollten. Wir sollten meinen, diese Thatsache sei sprechend genug, um den bereits mit halb verzweifelndem Gesichte gemachten Ausruf: „die Districtsrathswahlen sind überwiegend conservativ ausgefallen,“ in das rechte Licht zu bringen.

Unterhaltend ist es übrigens, die Schwankungen des Thermometers der Pfälzer Ztg. in dieser Sache ein wenig ins Auge zu fassen. Im ersten Stadium war sie so siegesgewiß, daß ein Fremder annehmen mußte, es hänge von ihr ab, keinen Mann von der Opposition in irgend einen Districtsrath kommen zu lassen. Im zweiten Stadium hieß es: „der weitaus größten Mehrzahl nach“ seien die Wahlen nach Wunsch der Pflzr. Ztg. ausgefallen, und wenn „hie und da“ auch ein Democrat aufgetaucht, so rühre dies blos theils von dem Mangel an Verständigung, theils von der „geringen Theilnahme“ an der Wahlhandlung her; wobei freilich zu vergessen beliebt ward, daß gerade bei diesen Wahlen sich die Wahlberechtigten so zahlreich als nur möglich betheiligten; daß gar keine Wahl stattfinden konnte, wenn nicht wenigstens ⅔ der Stimmberechtigten anwesend waren, und daß jeder Gewählte die absolute Majorität erlangt haben mußte. Nun drittes Stadium: Aerger über die Wahl zu Speyer (die übrigens keineswegs die einzige in dieser politischen Richtung ist, obwol allerdings hier die meisten politisch bekannten Namen vorkommen); dabei aber sogleich der tröstende Balsam: „es ist übrigens mit Sicherheit zu erwarten, daß dieselben (die Vertreter von Speyer) in der Versammlung selbst und namentlich auch bei den Ausschußwahlen ... ohne allen Einfluß bleiben.“ — Hierauf das vierte Stadium, blos 48 Stunden später: die Männer „ohne allen Einfluß“ sind beinahe einstimmig gewählt. (Die Districtsräthe müßen sich nun freilich die Ungezogenheit gefallen lassen, als unwissende Menschen dargestellt zu werden, weil sie sich nicht von der Pflzr. Ztg. commandiren ließen; eine Beleidigung, die freilich von dieser Seite einem Lobe gleichkommt.) Fünftes Stadium: die Pflzr. Ztg. kündigt an, daß die Democraten „höchstens“ in 7 bis 8 Kantonen eine Majorität besitzen. — Wir treten nunmehr in das sechste Stadium, die Landrathswahlen. Der verbissene Ingrimm und das ganze Gezappel der Pflzr. Ztg. zeigt wol klar, wie unheimlich sie sich bei dem „überwiegend conservativen“ Ergebniße befindet, nachdem sie so muthwillig auf dieses Gebiet herausgefordert, und so kindisch prophezeiht hat.

*** Speyer.** Die „Pfälzer Ztg.“ sucht unter allerlei Vorspiegelungen die Wahlmänner zu bearbeiten, damit sie reactionäre Landrathsmitglieder wählen sollen.

Sie deutet zu diesem Behufe an, alle Vorschläge, welche von Democraten herrührten, würden aus diesem Grunde schon von der Regierung nicht berücksichtigt. Ein schönes Compliment für die Regierung, indem darin die offene Beschuldigung liegt, daß bei ihr nicht die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit, nicht die Güte und die Gerechtigkeit einer Sache, sondern einzig und allein das Parteiinteresse maßgebend sei! Für eine solche Unterstellung mag sich das Gouvernement einmal wieder bei der Pfälzer Ztg. verdientermaßen bedanken! Ein Ministerium, das so verführe, nöthigte dadurch allein schon jeden ehrlichen Mann, im allgemeinen Landesinteresse, auf dessen Entfernung hinzuwirken.

Die Pfälzer Ztg. führt ferner ganz besonders an, daß durch die Angehörigen der Rechten „auf dem letzten Landtage Ersprießlicheres erzielt worden sei, als auf irgend einem frühern Landtage,“ und dies habe man ausschließlich den ministeriellen Abgeordneten zu verdanken. Darüber ein Paar Worte. Worin besteht denn das so außerordentlich Ersprießliche, welches erzielt ward? Vermuthlich darin, daß die directen Steuern der Mehrzahl nach um beinahe 12, die Grundsteuer aber sogar um mehr als 28 Procent erhöht wurden, von der Vermehrung der Staatsschuld gar nicht zu reden! Gegen diese Ersprießlichkeit haben allerdings die Mitglieder der Linken vergeblich angekämpft, und sie würden heute wieder dagegen ankämpfen!

Aber es sei niemals so viel „Ersprießliches“ erlangt worden, wie auf dem letzten Landtage. Und doch weiß Jedermann (nur das Wissen der Pfälzer Ztg. reicht nicht einmal so weit), daß das einzige Mal, in welchem eine bedeutende Lastenerleichterung für die Pfalz erzielt ward, 1831 war, wo dieser Kreis gerade nur durch Oppositionsmänner (Schüler, Culmann, Willich u. s. f.) vertreten ward!

Will man etwa davon reden, daß der Pfalz wenigstens ein Theil jener Last abgenommen wurde, die sie unbilliger Weise neben der Staatssteuer noch besonders an die Staatskasse entrichten sollte? Es geschah diese Abänderung nicht auf dem letzten, sondern bereits auf dem vorletzten Landtage. Aber war es jemand anders, als ein Mann von der Opposition, der die erste öffentliche Reclamation wegen dieser Steuerüberbürdung erhob? Und war es Jemand anders, als jener Abgeordnete, der auf eine viel weniger einträgliche Stelle gegen seinen Willen sich versetzt sah, von dem der erfolgreiche Antrag in der Kammer ausging? — War es überdies nicht ein Oppositionsmitglied, dem die Gewerbsteuerpflichtigen es zu verdanken haben, wenn sie nach Einführung des neuen Gewerbsteuergesetzes nicht neben dem Ergebniße des neuen Tarifs auch noch jedenfalls die weitern $11\frac{2}{3}$ Beischlagprocente an die Staatscasse entrichten müßen? Sollen wir nochmals an das „Griechische Anlehen" mit seinen „zarten Rücksichten" u. a. dgl. Dinge erinnern? —

Neulich schon haben wir darauf hingewiesen, welche große, zum Theil sogar von beiden Kammern des Landtags ausdrücklich anerkannte Forderungen der Pfalzkreis an die Staatscasse hat, die jetzt geltend gemacht werden müssen. Wir haben ferner erwähnt, wie es darauf ankömmt, jenes enorme Mißverhältniß zu beseitigen, daß in der Pfalz, neben den vollkommen gleichen directen Steuern wie jenseits, und neben dem enormen Enregistrement, 48 Beischlagprocente für Kreiszwecke nothwendig sind, jenseits aber, in Folge von Staatszuschüßen ꝛc., nur etwa 6 Proc. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß neben der bereits entschiedenen Erhöhnung der Staatssteuer, auch noch eine Vermehrung der Kreisumlagen zu befürchten steht. Wir sollten denken, diese Gründe lägen nahe genug für die Wähler, um sich nicht durch Dictate einer „Pfälzer Ztg." bevormunden und sich vorschreiben zu lassen, wem sie ihre Stimmen geben müßten, statt daß sie nach ihrer eigenen Einsicht Männer wählen, welche die nöthige Kenntniß und Erfahrung und dabei auch die nöthige unabhängige Stellung und den Muth besitzen, das Interesse des Landes, d. h. wesentlich das Interesse der Steuerbaren, unter allen Verhältnißen zu vertheidigen und zu wahren. Es dürfte dies insbesondere im jetzigen Augenblick erforderlich sein, in dem sogar der Zollverein in so hohem Grade gefährdet ist, und wo man schon die Ansicht äußern hörte: daß selbst das österreichische Tabakomonopol eben auch nicht ein gar so großes Uebel sein würde! —

Wir schließen mit der durch die ganze Geschichte bewährten Bemerkung: Wenn man bei einer Repräsentation blos Jaherren haben will, so ist es für das Volk besser, gar keine Repräsentation zu besitzen! —

• **Vom Gebirge.** In Nro. 192 der Pfälzer Zeitung lese ich einen Artikel, welcher im Interesse der „Unparteilichkeit" geschrieben sein soll, aber gerade das Gegentheil von dem ist. Es wird gesagt, die Deidesheimer Stadträthe seien nicht wegen Aussteckens der deutschen Fahnen an und für sich abgesetzt worden, sondern weil die Vertreter der Gemeinde sich offenbare „Widersetzlichkeiten" gegen die Anordnungen des Regierungspräsidiums zu Schulden kommen ließen. Worin besteht die Widersetzlichkeit der entlassenen Stadträthe? ich weiß es nicht, und schwerlich wird es außer der Pfälzer Ztg. Jemand wissen. Wären wirkliche „Widersetzlichkeiten" vorgekommen, so hätte man es sicher nicht bei einer einfachen Absetzung bewenden lassen, sondern es wäre weiter gemaßregelt worden. — Die einzige Ursache der Entfernung der Stadträthe, und des Mißfallens, welches das Regierungspräsidium den andern schwarz roth goldenen Deidesheimer Bürgern und Bürgerin zu erkennen geben ließ, ist: weil sie den Muth hatten, die Farben auszustecken, hinter welche sich im Jahr 1848 und 49 so Viele versteckten. Meiner Ansicht nach dürfen die Stadträthe Deidesheims auf ihre Entsetzung stolz sein. Daß die andern auch stolz sein dürfen — meine ich nicht.

Was den guten Rath der Pfälzer Zeitung betrifft, daß die wahrhaft Conservativen durch einzelne sie verletzende Regierungsmaßregeln ihren Grundsätzen nicht untreu werden, so scheint es derselben eben nicht sehr darauf anzukommen, ob deutsch oder nicht deutsch. Ich bemerke übrigens, daß der Kern der Deidesheimer der „Pfälzerin" längst untreu ist. — Der Bürgermeister Hr. Jordan scheint auch die väterlichen und klugen Ermahnungen der Pfälzer Ztg. nicht beherzigen zu wollen, da derselbe bereits seine Entlassung eingereicht hat.

Eben erfahre ich noch, daß die abgesetzten Stadträthe Recurs ergriffen haben, und man ist sehr gespannt, was man höhern Orts in dieser Sache beschließen, wie man das Verfahren des Regierungspräsidiums der Pfalz in Einklang mit dem Bundesbeschluß — zu dem ja auch der baierische Bevollmächtigte mitgewirkt hat — bringen wird; denn bekanntlich sind ja durch Beschluß des Bundestages die schwarz-roth-goldenen Farben, als die der deutschen Nation, anerkannt. —

•†•† **Vom Gebirge,** den 15. Aug. In Nro. 192 der Pfälzer Ztg. ist ein † Vom Hardtgebirge bezeichneter Artikel, in welchem der Wahrheit, à la Dr. Subvent, mit flacher Hand ins Gesicht geschlagen wird. Man sucht in der Deidesheimer Fahnengeschichte auf eine spitzfindige Art die Absetzung der beiden Adjuncten und der drei Stadtrathsmitglieder zusammenzuwerfen um so zu beweisen, daß die letztere nicht wegen des Aussteckens der deutschen Fahnen an und für sich geschehen sei. An und für sich! — — —

Die beiden Adjuncten, welche keine schwarz-roth-goldene Fahnen ausgesteckt hatten, wurden abgesetzt, weil sie bei der Durchreise Königs Ludwig nicht erschienen sind, und die drei Stadträthe, weil sie die schwarz-roth-goldene Fahne ausgesteckt hatten. Die andern Bewohner Deidesheims, welche die schwarz-roth-goldene Fahne ausgesteckt hatten, bekamen einen schriftlichen Verweis, welchen sie unterzeichnen sollten.

Im Schreiben des Präsidium der Regierung der Pfalz, die Reise Königs Ludwig betreffend, wurden die Stadträthe ganz aus dem Spiele gelassen, und es kann also von deren Bestrafung wegen Nichterscheinens bei der Durchreise Königs Ludwig keine Rede sein. Hätte der Stadtrath Verpflichtung gehabt, so hätte er in Masse abgesetzt werden müssen, weil kein Mitglied desselben erschienen ist.

Der Präsident der Regierung der Pfalz hat sich in seinen Schreiben an das Bürgermeisteramt Deidesheim, die Fahnengeschichte betreffend, scharf und entschieden ausgesprochen und wird bei Durchlesung des, die Pfälzer Ztg. characterisirenden, den offenen Pfälzersinn schändenden Artikels auszurufen Ursache haben: Gott bewahre uns vor unsern Freunden!

Wie reimt sich das zusammen?

In Deutschland will man die vom alten Bundestage gebotene deutsche Fahne verbieten, und in der französischen Republik den Ruf: es lebe die Republik!

München, den 13. Aug. Die „Volksbötin" schreibt: Die Pfälzer Zeitung erklärt sich über die Ernennung des Dr. Dönniges zum Ministerialrath sehr erstaunt und „weiß noch nicht," was sie dazu sagen soll. Das Staunen ist natürlich, denn in der sichern Ueberzeugung seines unausbleiblichen baldigen Sturzes, ist die Pfälzer Zeitung, welche immer den Ultramontanen im Stillen die Hände drückt, auch wacker gegen den „Dämon" losgezogen. Die plötzliche Ernennung kommt ihr nun wie ein Blitz aus heiterm Subventionshimmel. Wir können, schreibt Herr Dr. Jäger, hierüber gar nichts sagen. In der That, das war das Beste, was Hr. Jäger darüber sagen konnte, denn man muß erst sehen, ob die Sache Dauer hat, ob etwa der neue Ministerialrath gar noch weitere Schritte vorwärts thut u. s. w. Geschieht dieses, so wird der früher bekämpfte „Dämon" der Pfälzer Ztg. bald in freundlicher Lichtgestalt, vielleicht gar noch als Engel erscheinen. Vielleicht kommt auch bald die Zeit, wo ihre

ängstliche Zappelei zwischen Oesterreich und dem Zollverein aufhört und eine sichere Wendung der Dinge ihr endlich anzeigt, zu wem sie halten soll. Unlängst hatte Hr. Dr. Jäger eine schwache Stunde, wo sich der alte Gothaer in ihm rührte, und ihn zu einer Vertheidigung der deutschen Fahnen von Deidesheim verleitete. Vielleicht, daß bald die Reue nachkommt und wir das Schauspiel einer journalistischen Selbstkasteiung erleben.*) In dämonischer Beziehung hat übrigens das Pfälzer-Orakel, so sehr es sich auf doppelsinnige Aussprüche versteht, doch einen falschen Weg eingeschlagen. Wir wünschen Hrn. Dr. Jäger herzlich, daß er bald wieder den rechten Pfad finden möge.

München, den 14. Aug. Stabsauditor Dörrer ist durch Spruch der Kriegskommission der Stadtcommandantschaft zu 10 Jahren Festungsstrafe verurtheilt.

Krystallisationskern! Am letzten Sonntag gabs Raufereien und Messerstiche: 1) zu Arnbach, Ger. Dachau; 2) zu Deggendorf; 3) zu Otzing, Ger. Deggendorf; 4) zu St. Wolfgang, Ger. Griesbach; 5) zu Dettenhausen, Ger. Tittmoning; 6) zu Reichending, Ger. Trostberg. Am Dienstag darauf: 7) zu Puch, Ger. Bruck. Zwei Todte blieben auf dem Platz; 5 Bursche sind lebensgefährlich und einer am linken Oberarm bedeutend verwundet.

Frankreich.

† **Paris,** den 14. Aug. Heute Nacht ist im Elysee Feuer ausgebrochen, was durch Ueberheizen der Oefen, mit denen man frische Maurerarbeiten schnell trocknen wollte, entstanden ist. Das Cabinet des Präsidenten hat am meisten gelitten, alle seine Papiere sind verbrannt. — Soeben verbreitet man die Nachricht, daß die Zimmerleute, welche in den elyseeischen Feldern mit den Vorarbeiten zum Feste beschäftigt sind, die Arbeit eingestellt haben, weil sie schon 3 Tage und 3 Nächte ununterbrochen ohne Erhöhung des Taglohns zu arbeiten gezwungen waren. — Die Generale Cavaignac, Bedeau, Lamoricière und Changarnier sind nach dem neuen Militäralmanach aus dem Cadre des Generalstabes der Armee gestrichen. — Morgen werden die Beamten der verschiedenen Ministerien decorirt werden, jedoch nur in sehr geringer Anzahl. Der Präsident will künftig die Beamten nur nach 20jähriger Dienstzeit decoriren (er hofft also lange zu regieren). Dagegen sollen die Arbeiter der Staatsdruckerei (!) Decorationen erhalten, um die Arbeit zu ehren. — Die Versuche mit dem Dampf-Linienschiff Napoleon sind nach telegraphischen Nachrichten glücklich ausgefallen. Es legt 11½ und 12 Knoten zurück. Es ist das größte bekannte Dampfschiff, es hat 90 Kanonen, 900 Mann Besatzung, kann mit seinem Kohlenvorrath von 2 Millionen Pfund 1000 Lieues in 10¼ Tagen zurücklegen, und seine Maschinen sind von 1200 Pferdekraft. — Heute, am 14. August, dem Jahrestage der Schlacht von Isly, wird die Statue des Marschalls Bugeaud in Algier aufgestellt. — In Algier hat das Auffliegen eines Feuerwerklaboratoriums in der Nähe der Casba 5 Artilleristen das Leben gekostet, 2 sind lebensgefährlich verwundet.

Zum größten Verdrusse der französischen Regierung stellt sich jetzt heraus, daß bei den Departementalwahlen zum großen Theil, ohne daß sie es ahnte, ihre Feinde gesiegt haben oder vielmehr, daß überall Legitimisten und Orleanisten aus der Urne hervorgegangen sind. Sobald der Napoleonismus aus der Kaserne heraus- und nur mit Einem Schritt in's bürgerliche Leben hineintritt, muß er die traurige Erfahrung machen, daß es im Grunde keine napoleonische Partei gibt.

Der Prinz-Präsident hat einen ausgezeichneten Arzt aus Tours, Dr. Brettoneau, kommen lassen und ihn über seinen Gesundheitszustand consultirt. Dr. Brettoneau widersprach nach langer Prüfung der Ansicht, welche die meisten befragten Aerzte bisher ausgesprochen haben, daß nämlich Napoleon an einer Rückenmarkskrankheit leide, konnte aber nicht leugnen, daß eine große Zersetzung der Kräfte stattfinde, die bald gefährlich werden könne, wenn nicht die Ursache entfernt werde. Diese Ursache aber ist des Präsidenten furchtbares und fast ununterbrochenes Rauchen, eine Gewohnheit, die er, wie er den Aerzten sagte, in den Gefängnissen angenommen und die er schwerlich wieder aufgeben werde oder könne, trotz der Gefahr, mit der sie ihn bedroht. Ferner wird mitgetheilt, daß der Präsident am 9. ds. schon ganz reisefertig nach Baden (wegen seiner Heirath) war, als plötzlich eine telegraphische Nachricht von deutscher Seite her kam, die ihn wieder die Reise aufgeben ließ.

Paris, den 14. Aug. Der Kurfürst von Hessen ist hier eingetroffen.

Italien.

* **Rom,** den 8. Aug. Die Organisation der Armee rückt um keinen Schritt vorwärts. Die Desertion ist unter dem Jägerbataillon in Velletri eingerissen. Es scheint, daß die Proclamationen Mazzini's darauf eingewirkt haben. Der General Levaillant ließ die Tornister der Soldaten untersuchen und setzte den Capitän Impacciahti ab.

Vereinigte Staaten.

New-Orleans, den 19. Juli. Das Schiff „Living Age", welches am 15. Mai von Havre hier eintraf, brachte 250 Einwanderer aus der Gemeinde Neukirch in Baden, welche auf Kosten der Gemeinde verschifft waren. Noch niemals habe ich Einwanderer in einem so elenden Zustande hier ankommen sehen. Halb verhungert, mit Lumpen bedeckt, im schmutzigsten Zustande, wurden diese armen Menschen, ohne einen Cent im Sack, an unsere Levee geworfen. Ohne Obdach, ohne Freunde waren diese Unglücklichen der Verzweiflung preisgegeben und verfluchten in herzzerreißenden Ausdrücken die grausamen Urheber ihres Elendes. 250 Menschen, wovon die größte Hälfte aus Kindern und der Rest aus solchen Leuten bestand, welche größtentheils augenblicklich der Mildthätigkeit zur Last fielen. Die deutsche Gesellschaft suchte sogleich, so viel ihre Kräfte erlaubten, das Elend zu mildern. Es wurden Wohnungen gemiethet, Lebensmittel gekauft und ärztliche Hülfe und Medicin verabreicht. Ueber die Hälfte wurden auf Kosten der Gesellschaft nach St. Louis und Cincinnati befördert und dennoch fielen über 50 Personen allein hier in New-Orleans ein Opfer des Geizes ihrer Gemeinden, da durch die erbärmliche Beköstigung im Schiff ihre Kräfte ganz verzehrt waren. Pfui über die Gemeinden Neukirch und Stein in Baden, daß sie ihre Kinder so in die weite Welt treiben! Später kamen noch zwei Abtheilungen von Neukirch und von Stein in durchaus demselben Zustande hier an und nur dadurch, daß die deutsche Gesellschaft über 500 Dollars herbeischaffte, konnte ein Theil dieser Unglücklichen vom Hungertode gerettet werden. Außerdem hatten diese Unglücklichen mit rohen und hartherzigen Beamten im Schiff „Living Age" zu kämpfen; dafür wurde der Steuermann dieses Schiffes hier arretirt und konnte nur, indem er sich mit den Klägern für die Summe von 125 Doll. abfand, sich aus dem Handel ziehen. — Daß die Einwanderer über England hier fast immer im größten Elend ankommen, daß fast Alle mehr oder weniger gerupft werden, daß das Elend einer Seereise zwischen einem Haufen Irländer für Deutsche entsetzlich ist, und daß Tausende hier Diejenigen verfluchen, die durch falsche Vorspiegelungen diese unwissenden Leute verleiteten, über England zu reisen, sind Thatsachen, auf welche überhaupt aufmerksam gemacht werden muß. (Allg. Auswanderungs-Ztg.)

Neueste Nachrichten.

* **Speyer,** den 17. Aug. In Folge der Vollendung der Paris-Straßburger Eisenbahn trat mit dem gestrigen Tage auch eine Abänderung im Curse der Pfälzischen Bahn ein. Allein leider scheint es, daß dieselbe nicht die geringste Beschleunigung in Förderung der Post nach der

---

*) Ist bereits schon eingetreten! D. Red.

vordern Pfalz zur Folge hat. Die Sendungen treffen bei uns um zwölf Stunden später als bisher ein, wahrscheinlich deßwegen, weil zu Homburg ein Umpacken stattfindet. Geschähe dies auf der Bahn selbst, während der Fahrt, so würde allerdings ein bedeutender Zeitgewinn erzielt werden.

☞ So lange dieses Verhältniß dauert, wird die Speyr. Ztg., und zwar von Morgen an, um einige Stunden später als bisher ausgegeben.

* **Altenkirchen,** den 15. Aug. Gestern Abend zog ein anscheinend ganz unbedeutendes Gewitter über unser Dorf. Plötzlich aber ward Alles von einem gewaltigen Donnerschlage erschreckt, und bald nachher verkündigte ein wehmüthiger Hülferuf ein Unglück. Der Blitz hatte in das Wohnhäuschen eines hiesigen Bergarbeiters geschlagen. Die Hausfrau, welche arbeitend sich nebst drei Kindern in der Hausflur befand, war an der rechten Hüfte vom Blitzstrahle gestreift worden, welch Letzterer dann die Kleider eines 5jährigen Mädchens gezündet und dasselbe am ganzen Körper bedeutend beschädigt, und hierauf einen kleinen Knaben an der Wange leicht verletzt hatte. Der Arzt, Hr. Dr. Neuberger, welcher augenblicklich herbeigerufen ward, ordnete sogleich mit großer Sachkenntniß die nöthigen Heilmittel an. Leider aber ist das erwähnte Mädchen, vermuthlich in Folge der heftigen Erschütterung, sowie der Brandwunden, in verwichener Nacht gestorben.

München, den 13. Aug. Nach der Neuen Münchn. Ztg. soll das Brandunglück in Orb von Brandstiftung herrühren. — Das Frkftr. Jour. behauptet: Auf Vorschlag der Universität habe das Ministerium den Professor Dr. Prantl als Commissär zu den Gymnasialprüfungen in Augsburg abgeordnet. Sogleich sei ihm aber eine Depesche mit Abnahme seiner Aufträge nachgesendet worden; die Regierung gebe als Grund dieser Maßregel an: seine atheistische und pantheistische Richtung und seine Hinneigung zum Communismus!

Stuttgart, den 14. Aug. Die Mitglieder der hiesigen Zollconferenz haben bereits unsere Stadt verlassen.

Berlin, den 12. Aug. Die Antijesuitencollecte hat nach den bisher eingegangenen Anmeldungen nun mehr die Höhe von 27,600 Thlrn. erreicht. Die Altlutheraner haben nicht einen Groschen dazu beigetragen. Desto reger hat sich das dogmatisch enge Gewissen einer herrnhutischen Gemeinde an den Kampf angeschlossen.

Wien, den 15. Aug. Gestern vor 6 Uhr Abends traf Se. Maj. von Preßburg hier ein. Die Beleuchtung der Stadt war feenhaft. Als der Kaiser die Straßen durchfuhr brach überall wahre Begeisterung aus. *) (A. Z.)

Von der böhmischen Gränze, den 8. August. Aus sicherer Quelle kann ich die Mittheilung machen, daß die Festung Kufstein einen interessanten Gast mehr beherbergen wird, oder vielleicht schon in diesem Augenblick in ihren Mauern beherbergt. Dieser Gast wird höchst wahrscheinlich ein sehr getäuschtes Gesicht zeigen, wenn er sich aus der reizenden und gemüthlichen Gebirgsgegend so plötzlich zwischen die dumpfen und unheimlichen Gewölbe einer Festung versetzt sieht, deren Name allein im Stande ist, einen österreichischen Unterthanen mit Beben und Schrecken zu erfüllen. Er kommt nämlich von Klagenfurt und ist Niemand anders, als — Görgey!

Schweiz. Die Schwyzer Ztg., das Hauptorgan der streng katholischen Partei, gibt den Conservativen in Freiburg den „wohlüberdachten Rath:“ „Keine 50,000 Unterschriften! Keine Bundesrevision!“ (Die Trauben sind eben nicht reif!) — Bei zwei Ersatzwahlen in den waadtländischen großen Rath trugen die Candidaten der radicalen Opposition über die gouvernementalen den Sieg davon.

* **Speyer,** den 17. Aug. Die Pariser lithographirte Correspondenz vom 15. d. ist in der Stunde, in welcher wir unser Blatt zur Presse geben müßen, noch nicht eingetroffen. Dagegen enthält die „Köln. Ztg.“ folgende telegraph. Depesche aus Paris vom 15., Abends 8 Uhr.

Der heutige Moniteur enthält Decrete des Prinz-Präsidenten, wodurch über zwölfhundert theils wegen politischer, theils wegen nichtpolitischer Vergehen Verurtheilte begnadigt werden.

Das officielle Batt meldet auch zahlreiche Verleihungen von Decorationen.

Bis zu diesem Augenblicke ist sonst nichts von Bedeutung zu berichten.

Aus Rom vom 14. Juli läßt sich das „Münster'sche Sonntagsblatt“ über die Anwesenheit des Erzbischofs von München schreiben: „Gewiß seit Jahren ist kein deutscher Prälat mit solcher Auszeichnung empfangen worden, als es bei diesem der Fall war. Die Audienzen beim Pabste dauerten in der Regel mehrere Stunden. Fast alle Cardinäle traten zu ihm in nähere Beziehungen, und auch auszeichnende kirchliche Funktionen wurden ihm übertragen.“ Um so auffallender, bemerkt das Blatt weiter, sei die Ankunft eines Abgesandten in außerordentlicher Mission gewesen, der, wie man allgemein glaubte, in einer den Bestrebungen des Erzbischofs und der übrigen Bischöfe Baierns entgegengesetzten Weise wirken sollte. Sei es nun schon an sich eine merkwürdige Erscheinung gewesen, daß, nachdem der Papst den Hrn. Erzbischof zu einem persönlich abzustattenden Bericht aufgefordert hatte, rasch ein weltlicher Berichterstatter nachgesendet worden sei, so habe die Wahl der Person noch mehr verletzen müßen. Denn es sei in Rom nicht unbekannt geblieben, daß Hr. v. Berger als baierischer Gesandter in der Schweiz dem Sonderbunde gegenüber eine nichts weniger als katholische Gesinnung bewiesen habe.

*) Die Valuta hat sich aber wieder etwas verschlimmert. D. Red.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1174] **Anzeige.**

Das an der Hauptstraße gelegene neu erbaute dreistöckige Haus mit Ladeneinrichtung des Unterzeichneten ist ganz oder theilweise zu vermiethen, und sogleich oder bis Michaeli zu beziehen.

Sollten sich Liebhaber dazu finden, so kann dasselbe auch käuflich abgetreten werden. — Näheres bei:

Ziegler, Schneidermeister in Speyer.

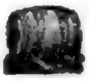
[1175] **Bekanntmachung.**

Alle diejenigen, welche noch an meinen Sohn Georg Friedrich Kessel von Grünstadt Forderungen zu machen haben, mögen sich gefälligst innerhalb einem Monat an die Gebrüder Bordollo daselbst wenden.

[1173] **Mobilien- und Hausversteigerung.**

Dienstag, den 24. August nächsthin, Morgens 8 Uhr, zu Meckenheim in nachgenanntem Hause selbst, läßt der Unterzeichnete zu Eigenthum versteigern:

1 nußbaumenen Kleiderschrank, ditto 6 kieferne, 7 Bettladen, 24 Stühle, 1 Kelter, 12 Ohm haltend, 1 Faß von 16 Ohm und verschiedene andere Gegenstände.



Sodann Nachmittags 1 Uhr: Das zu Meckenheim gelegene, „Gasthof zur Pfalz“ geschildete, neugebaute zweistöckige Gast- und Handelshaus, welches im untern Stock eine Ladeneinrichtung, 2 Zimmer, Küche, 3 Keller, Scheuer, 2 Ställe, Bordschoppen, und im obern: einen großen Tanzsaal, 2 Zimmer, Küche und Speicher enthält. Daselbe ist eines der schönsten und gelegensten Geschäftshäuser der Gemeinde Meckenheim, hat einen Garten, und sind in demselben seit langer Zeit mehre Geschäfte mit gutem Erfolge betrieben worden.

Meckenheim, den 15. August 1852.

Schäfer.

Beilage zur Neuen

Speyerer Zeitung.

Mittwoch (Zu Nro. 198.) den 18. August 1852.

☞ Da die Speyerer Zeitung in Folge der veränderten Ankunft der Posten, künftig erst zu einer bedeutend späteren Tageszeit als bisher ausgegeben werden kann, so lassen wir, zur Vermeidung einer größern Unterbrechung, zwischen dem Erscheinen der beiden Zeitungsnummern 198 und 199, die gegenwärtige Beilage ausgeben.

Deutschland.

• **Speyer,** den 17. Aug. Die höchstbesteuerten Grundbesitzer des Wahlbezirks Speyer (die 6 Kantone Speyer, Mutterstadt, Frankenthal, Grünstadt, Dürkheim und Neustadt umfassend) haben soeben die Wahl eines Landrathmitgliedes vorgenommen. Zahl der Anwesenden: 26. Gewählt wurden, jedesmal im ersten Scrutin, als Landrath: Karl Heinrich Wolf von Wachenheim (ehemaliger Abgeordneter, von der Opposition) mit 18 Stimmen; zum Ersatzmann: Georg Neudelhuber (gleichfalls ehemaliger Abgeordneter von der Opposition) mit 16 Stimmen. (Die „Pfälzer Zeitung“ hatte — wie es scheint ohne Wissen und Willen der Nächstbetheiligten — zwei der hiebei Wahlfähigen zu Candidaten bezeichnet: der Eine derselben erhielt eine Stimme, der Andere ward gar nicht genannt.)

• **Stuttgart,** den 16. Aug. Dem Vernehmen nach hat die hiesige Besprechung der Vertreter der coalirten Staaten im Laufe der verflossenen Woche zu dem Ergebniß geführt, daß die kategorischen Bestimmungen der Darmstädter Stipulationen nicht festzuhalten seien, vielmehr in der jetzigen Sachlage die Bedürfnisse der südwestdeutschen Staaten vorerst bei der Fortdauer des Zollvereins wahrzunehmen seien. Seit geraumer Zeit war dieses Ende der Coalition vorauszusehen. Wollten die kleinen Staaten eine selbständige Haltung mit vereinten Kräften in der Zollfrage einnehmen, so durften nicht die auseinander gehenden dynastischen Interessen der einzelnen Höfe das Maßgebende sein, sondern die einzig mögliche Stellung, in welcher auf einen Erfolg hingearbeitet werden könnte, war den kleineren Staaten in einer nationalen volkswirthschaftlichen Politik angewiesen, welche mit Entschiedenheit und mit der Selbstverläugnung jedes einzelnen Hofes Oesterreich und Preußen gegenüber verfolgt werden mußte. So aber, da die vereinzelten und einander widerstreitenden dynastischen Bezüge die Hauptsache sind, spielt das Russische Cabinet dieselbe schiedsrichterliche und in letzter Instanz entscheidende Rolle, welche seit dem dreißigjährigen Kriege nach einander die schwedische, und dann die französische Cabinetspolitik in deutschen Angelegenheiten behauptet hat.

Das unerquickliche Drama unserer Landtagsverhandlungen und Budgetsstreitigkeiten neigt sich seinem Ende zu. Nach einem heftigen Streit über das Ansinnen der Finanzcommission, daß der Finanzminister die Staatscassenberichte mittheile, um zu ersehen, ob nicht Ueberschüsse vorhanden, in welchem Staatsrath v. Linden seine sonstige kalte und dialektische Gewandtheit mit einem heftigen Echauffement vertauschte, — es war nämlich ein Staatsdiener, der Oberjustizrath Weber, der dieses Ansinnen als ein verfassungsmäßiges Recht der Kammer in Anspruch nahm, — blieb der von Steckmeyer gestellte Antrag abermals in der Minderheit, daß die Berathung über die vorliegenden indirecten Steuererhöhungen ausgesetzt bleiben solle, bis über etwaige Ueberschüsse Aufschluß gegeben sei. Sofort wurde die indirecte Steuererhöhung der Liegenschaftsaccise von ½ auf 1 Procent berathen und gegen die Ablehnung der Opposition bewilligt. Unter dem consequenten Nein der Linken wird dieser Tage das gesammte Finanzgesetz vollends angenommen und dann der Landtag für dieses Jahr vertagt werden. Die Mehrheit wird dann mit dem Zeugniße in den Schoß ihrer Mitbürger zurückkehren, um den Preis der so gefürchteten Steuererhöhung die Verständigung mit dem Ministerium erzielt zu haben.

Mannheim, den 14. August. Die Frau Prinzessin Wasa mit ihrer Tochter Carola verweilen seit einigen Tagen hier, werden sich aber in kürzester Zeit auf ihre Güter in Oesterreich begeben, um dort den Winter zuzubringen. Die angebliche Heirath zwischen der Prinzessin Carola und dem Prinzen Louis Napoleon wird nicht stattfinden und alle deßfallsigen Gerüchte sind unwahr. (Köln. Ztg.)

Frankfurt, den 16. Aug. Die im Jahre 1848 unter so großen Hoffnungen über dem Eingange des Bundespalais aufgepflanzte schwarz-roth-goldene Fahne ist am Freitag wieder herunter genommen worden! (F. J.)

Aus Thüringen, den 15. Aug. Auch in Sondershausen haben, wie man jetzt vernimmt, 7 Landtagsabgeordnete ihr Mandat niedergelegt, weil sie es nicht mit ihrem Gewissen vereinigen konnten, nach Annahme des revidirten Wahlgesetzes im Landtag zu verbleiben. — Es wird jetzt officiell bestätigt, daß das Gesammthaus der sächsisch-ernestinischen Linie neuerdings Schritte wegen der Ansprüche auf das Herzogthum Lauenburg gethan. (F. J.)

Schweiz.

Waadt. Hr. Thiers hat in Folge des bekannten präsidentlichen Decrets Vevay verlassen und ist nach Frankreich zurückgekehrt.

Belgien.

Brüssel, den 14. Aug. General Bedeau theilt in der Independance mit, das Gerücht, er wolle der Welt entsagen, sei durchaus unbegründet. Auch ferner werde er für Freiheit und Recht kämpfen.

Italien.

Rom, den 7. Aug. Unter dieser Aufschrift berichtet die Allg. Ztg.: Daß die Italiener ihren politischen Rausch von 1848 noch nicht vergessen wollen, dafür zeugen jetzt wieder die zahlreichen Verhaftungen fast in allen größern Städten der Halbinsel wegen gegründeten Verdachts revolutionärer Bündlerei. Die Revolution steht in Italien freilich nicht als eine dichtgeschlossene Phalanx für jedermann sichtbar da, aber sie besteht, und weil Proselytenmacherei dem Italiener seine angeborne Suada gewissermaßen zur andern Natur macht, kann man sich nicht wundern, wenn die politische Propaganda nie thätig zu sein aufhört. Betrübend ist dabei die Wahrnehmung, daß sie nicht allein unter den päpstlichen, sondern auch unter den österreichischen Occupationstruppen ihr Handwerk versucht. So wurden nach einem heutigen Umlaufschreiben des Policeiministers im Laufe letzter Woche vom päpstlichen Generalcommando 10 Soldaten, darunter 2 Schweizer und ein unlängst angeworbener Mainzer als Ausreißer angezeigt; vom österreichischen 5, wovon 2 Corporale aus Siebenbürgen, 1 Untercorporal nebst 2 Gemeinen aus Ungarn, welche nun alle mit Steck-

Digitized by Google

briefen verfolgt werden. Wahrscheinlich ging ihr Weg nach Piemont.

Nach einem Briefe aus **Piacenza** vom 9. Aug. im turiner Risorgimento hat die österreichische Regierung die Verwaltung des Herzogthums Parma dem gegenwärtigen Herzoge provisorisch aus den Händen genommen und an seiner Statt eine Regentschaft eingesetzt (?). Dieses auffallende Ereigniß, welches wir in keinem anderen Blatte erwähnt finden, stellt der Berichterstatter des Risorgimento als Folge eines ernsten Zwistes zwischen dem jungen Herzoge und seiner Gemahlin, der Tochter des verstorbenen Herzogs von Berry, dar. Dieser Zwist soll der Art gewesen sein, daß er die Herzogin von Berry veranlaßt hat, den Schutz der österreichischen Regierung nachzusuchen. Auf der anderen Seite wird behauptet, der Ex-Herzog Karl habe sich gleichfalls an das Cabinet von Wien gewandt, um den Beistand Oesterreichs gegen seinen Sohn zu verlangen, der ihm, wie es scheint, die bei seiner Abdankung festgesetzte Pension nicht verabfolgt. Dem erwähnten Briefe des Risorgimento zufolge befindet sich der Herzog gegenwärtig in Wien.

Rußland.

Kertsch, den 27. Juni (8. Juli). Von der Krimm sind traurige Nachrichten eingegangen: ein großer Theil der Getreidefelder, welche eine reichliche Ernte versprachen, ist von Heuschrecken vernichtet, die in ungeheuren Massen sich eingefunden haben und den Boden gegen 4 Zoll hoch bedecken. In manchen Gegenden konnte nur wenig Heu gemacht und in aller Eile das Korn abgemäht werden, um wenigstens das Stroh zu retten.

Amerika.

Nach Berichten aus Lima ist Garibaldi auf seinem Schiffe in genannter Stadt angekommen. Sowol die Bevölkerung als die Regierung empfingen den ehemaligen General der römischen Republik mit großer Begeisterung. Es wurde ihm von der Regierung der Republik des Aequator der Oberbefehl über die Armee angetragen; es scheint jedoch, daß Garibaldi ihn ausgeschlagen hat, da er unabhängig bleiben will für den Fall, daß es in der alten Welt wieder einmal drunter und drüber geht. — Eine andere merkwürdige Nachricht ist aus Mexico angelangt. Es heißt nämlich, der französische und der spanische Consul von Mazatlan und der americanische von Acapulco seien auf Befehl des Gouverneurs der ersteren Stadt verhaftet worden. Dieselben sind angeklagt, sich bei der letzten Insurrection, die in Mazatlan stattgehabt, betheiligt zu haben.

Hinterindien.

Bombay, den 5. Juli. Die Birmanen haben am 26. Mai einen zweiten Versuch gemacht, Martaban wieder zu nehmen, sind jedoch zurückgeschlagen worden. Am 3. Juni nahm eine unter Befehl des Generals Godwin stehende Truppenabtheilung Peyda; die Festungswerke wurden geschleift; der Verlust war englischerseits sehr unbedeutend.

Miscellen.

Speyer. Der Districtsrath des Kantons Kirchheim ist folgendermaßen gebildet:

I. Vertreter der Gemeinden. Kirchheim, Adj. C. Reinheimer und Ph. M. *Becker; Albisheim, Ph. Latter; Bennhausen, S. Busch; Bischheim, Brgrm. Butz; Bolanden, E. Ruppert; Dannenfels, Brgrm. *Gümbel; Einselthum, Adj. Ermerth; Gauersheim, K. Decker; Jakobsweiler, G. Kron; Ilbesheim, Brgrm. Hartmann; Kriegsfeld, Brgrm. *Finkenauer; Marnheim, Brgrm. Mattern; Mauchenheim, J. Neidlinger; Mörsfeld, J. Vogel; Morschheim, Brgrm. Klingenschmitt; Oberwiesen, F. Derheimer; Orbis, Brgrm. Steuerwald I; Rittersheim, J. Gottschell; Stetten, J. Kreiselmayer.

II. Höchstbesteuerte: Die Gemeinden Kirchheim und Bolanden und B. Brubacher v. Einselthum.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Jac. *Rittersbach v. Gauersheim, F. Rupprecht v. Bolanderhof, Th. *Ritter v. Kirchheim, Brgrm. Becker in Kirchheim u. Brgrm. *Schloßstein v. Albisheim.

— Districtsrath des Kantons Obermoschel:

I. Vertreter der Gemeinden. Obermoschel: Brgrm. Neu; Alsenz, Brgrm. *Müller; Altenbamberg, J. Leininger; Callbach, J. Hettesheimer; Cölln, J. Steitz; Duchroth, H. Frick; Ebernburg, F. Falger; Feilbingert, P. Fetzer; Hallgarten, Ph. Kipp; Hochstätten, H. Lamb; Kalkofen, Ph. Alexander; Lettweiler, J. Jung; Mannweiler, J. Schneider III.; Münsterappel, P. Rudolph; Niederhausen, J. Lippert; Niedermoschel, V. Bernhard II.; Oberhausen, J. Spies; Oberndorf, G. Graf; Odernheim, C. Scheib; Rehborn, J. Gräff; Schiersfeld, V. Keiper II.; Sitters, P. Wagner; Unkenbach, J. Keiper; Winterborn, R. Steitz.

II. Höchstbesteuerte: Kirchenschaffnei Obermoschel, F. *Brunk v. Winterborn u. Brgrm. *Günther v. Feilbingert.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: Georg *Hach v. Odernheim, M. Dietz v. Alsenz, G. *Anhäuser v. Oberndorf, F. Alexander v. Kalkofen, A. Schmidt v. Odernheim u. G. Fischborn v. Münsterappel.

— Districtsrath des Kantons Rockenhausen:

I. Vertreter der Gemeinden. Rockenhausen: Brgrm. Dr. Fleischmann; Bayerfeld-Steckweiler, B. Hettesheimer; Bisterschied, F. Mann; Dielkirchen, J. Steitz II.; Dörnbach, K. Klein I.; Dörrmoschel, K. A. Matheis; Finkenbach-Gersweiler, J. Neubrech; Gaugrehweiler, G. Breitenbach; Gerbach, B. Wenz II.; Katzenbach, Ph. Grimm; Marienthal, H. Hans; Ransweiler, A. Braun; Ruppertsecken, A. Porz; Schönborn, J. Buttighöfer; St. Alban, K. Becher; Stahlberg, V. Maurer; Steingruben, A. Graf; Teschenmoschel, H. Hoffmann; Waldgrehweiler, H. Haas; Würzweiler, J. Engel.

II. Höchstbesteuerte: D. Levi v. Kirchheim, G. *Wasem v. Neubau u. J. Wenz v. Schmalfelderhof.

III. Gewählte der Hochbesteuerten: L. *Steitz v. Dielkirchen, J. *Steitz II. v. Hengstbacherhof, W. *Dietz v. Gutenbacherhof, Brgrm. *Müller v. Bisterschied u. Notär Röbel v. Rockenhausen.

*) Die mit * Bezeichneten sind zu Mitgliedern des Ausschusses gewählt.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1176] **Warnung.**

Ich warne hiemit Jedermann, meiner Frau Katharina Krieg geborne Bayer, etwas zu leihen oder zu borgen, sollte Jemand etwas von ihr kaufen, so bin ich für nichts gut.

Ludwigshafen, den 16. August 1852.

Jacob Krieg, Steuermann.

[1177²] **Weinversteigerung zu Billigheim bei Landau.**

Mittwoch, den 25. August 1852, um 9 Uhr des Vormittags, in seinem eigenen Hause, läßt Hr. Notär Hochreuther zu Billigheim auf Termin versteigern:

60 Fuder

rein und gutgehaltenen Traminer-, Riesling- und Gutedelwein, eigenen Gewächses, von den Jahrgängen 1846, 1847, 1848, 1850 und 1851 und aus den Bännen von Burrweiler, Gleisweiler, Heuchelheim, Appenhofen und Mühlhofen.

Die Weine, welche theils zu Gleisweiler im Pfarrkeller, theils zu Billigheim lagern, sind größtentheils vorzüglicher Qualität, darunter namentlich der Burrweiler Schäber- und Heuchelheimer Waldwein. Proben werden zu Billigheim am Versteigerungstage verabreicht.

Bergzabern, den 16. August 1852.

Martini, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 199 | den 19. August 1852.

Deutschland.

*** Speyer.** Die bereits neulich gemeldete Nachricht bestätigt sich vollkommen, daß die Projecte wegen einer Vermählung Ludw. Napoleons mit der Prinzessin von Wasa durchaus gescheitert sind. Es scheint eine Verständigung unter den Mächten erfolgt zu sein, wonach eine Verbindung des künftigen französischen Kaisers mit einer Prinzeß aus einer der alten legitimen Familien überhaupt gar nicht dürfte stattfinden können.

*** Kaiserslautern,** den 17. Aug. Bei der heute hier stattgehabten Wahl der höchstbesteuerten Grundbesitzer wurden gewählt: zum Landrathe Peter Schäfer von Göllheim, zum Ersatzmann Daniel Ritter von Sembach. — Im Ganzen, und selbst abgesehen von der heutigen Wahl, kann man wahrnehmen, daß sich die Leute wieder mehr um die politischen Dinge bekümmern, als seit Jahren.

*** Landau,** den 17. Aug. Zum Landrathe wurde gewählt: Andr. Heinr. Vollmer, zu Edenkoben wohnhaft, zum Ersatzmanne: Franz Paul Regenauer von Landau.

*** Zweibrücken,** den 17. Aug. Bei der heutigen Landrathswahl wurde ernannt: Gottlieb Löw von Landstuhl, seit vielen Jahren Mitglied des Landraths, sodann zum Ersatzmanne Joh. Pleisch von Kaiserslautern, resp. Landstuhl.

*** Speyer,** den 18. August. Zu dem gestrigen Berichte über die Landrathswahl der höchstbesteuerten Grundbesitzer im hiesigen Wahlbezirke ist noch nachträglich zu melden, daß der auf der ursprünglichen Liste der Wahlfähigen aufgeführte Hr. Franz Peter Buhl von Deidesheim zur wirklichen Wahl nicht zugezogen ward, weil derselbe seit seiner Uebersiedelung aus Baden, noch nicht sechs Jahre in Baiern ansäßig sei.

* Die Zahl der Wahlberechtigten stellte sich nach den ursprünglichen Listen in den verschiedenen Bezirken so: 1. Bezirk Speyer, 30 Wahlfähige, 2. Bez. Kaiserslautern 25, 3. Bez. Landau 21, 4. Bez. Zweibrücken 31.

*** Speyer.** Die „Pfälzer Ztg." bringt einen ihrer würdigen Artikel gegen den Abgeordneten Advocaten Prell von Bamberg. Aus einem gedruckten Umschreiben des Hrn. Prell, worin derselbe ersucht, „das Urtheil bis zur endlichen Bescheidung der Untersuchung ausgesetzt zu lassen," weiß Hr. Jäger — mit Umgebung irgend einer Erwähnung dieser so natürlichen Bitte, — nichts hervorzuheben, als daß Hr. Prell in eine Untersuchung wegen Betrugs (die Pfälzer Ztg. hat das Wort eigens gesperrt gedruckt!) verwickelt sei. Zur Würdigung dieses neuen Zuges aus dem Treiben des Hrn. Jäger mag es vorerst genügen, die Thatsache anzuführen, daß das Verbrechen des „Betruges" bereits zu Anfange des Jahres 1847 stattgefunden haben, und dadurch begangen worden sein soll, daß Prell einen Clienten, dessen Prozeß an dem Oberappellgerichte zu München schwebte, unter der Vorspiegelung: eine günstige Entscheidung zu erwirken, bewogen habe, ihn, Advocaten Prell, gegen ein Honorar und Reisekosten von — 100 fl., sage: ein hundert Gulden! — nach München zu senden! — Hr. Jäger findet es ferner geeignet, zu verschweigen, daß gerade Hr. Prell auf Untersuchung dringt, und sich eigens dagegen verwahrt, daß man die Sache auf den Grund der Verjährung hin niederschlage, und daß er sich sogar erbietet, um einem etwaigen Einwande wegen unnöthiger Kosten zu begegnen, diese Kosten für alle Fälle aus seinen Mitteln zu bestreiten. — Wir glauben, daß diese wenigen Thatsachen genügen dürften, das Urtheil des Publicums — nicht sowol über Hrn. Prell, als vielmehr — über Hrn. Jäger festzustellen, — sofern es dessen überhaupt noch bedürfen sollte.

*** Speyer,** den 17. Aug. Dem Vernehmen nach befinden sich diejenigen armen Leute von Otterstadt, welche auf Gemeindekosten nach Amerika gebracht werden sollen (gegen 180 an der Zahl) noch immer zu Bremen. Der Schiffsbefrachter, mit welchem der Ueberfahrtsvertrag abgeschlossen, wollte ein altes, schlechtes Schiff benützen. Dies durfte nicht geschehen, und nun muß er, bis zur Herrichtung eines besseren Fahrzeugs, für den Unterhalt jener Leute zu Bremen sorgen. Allein die Zeit, welche verloren geht, hat für diese Armen doch auch einen Werth, und es ist jedenfalls zu bedauern, daß sie nun erst mit anbrechendem Winter nach dem kalten Canada und von dort in den Westen des Landes gelangen können.

**** Kaiserslautern.** Am 24. dies wird vor den Assisen zu Zweibrücken wieder ein Preßproceß zur Verhandlung kommen. Die beiden Buchdrucker Vatter (Vater und Sohn), sind angeklagt, weil sie in das „Kaiserslauterer Wochenblatt" einen (in verschiedenen andern deutschen Blättern gestandenen) Aufsatz von Dülon, überschrieben: „Die lange Nacht," aufgenommen. Die Vertheidigung wird Hr. Anwalt Golsen führen.

**** Pfalz.** Auf der Pfälzischen Ludwigseisenbahn hat seit dem 16. August eine Cursänderung stattgefunden. Der Einsender dieses macht seine Mitbürger darauf aufmerksam, damit sie nicht, wie es ihm und vielen Andern ergangen ist, sich in ihren Reiseplänen ganz unerwartet gestört sehen, nachdem es die Direction jener Bahn unterlassen hat, die Abänderungen gehörig bekannt zu machen, was sie, wie man denken sollte, doch eigentlich dem Publicum schuldig ist.

*** Winnweiler.** Districtsrathsausschuß des Kantons Winnweiler: Daniel Ritter von Sembach, Jacob Frank IV. von Langmeil, Samuel Eichelberger von Münchweiler, Michael Kremp von Winnweiler, Bürgerm. Dick von Börrstadt, Brgrm. Limbacher von Imsweiler.

München, den 15. Aug. Der Ministerpräsident v. d. Pfordten ist aus Stuttgart zurück diesen Nachmittag wieder hier eingetroffen. Die Herren von der französischen Gesandtschaft haben dem für den heutigen Napoleonstag in der St. Ludwigskirche angeordneten Tedeum beigewohnt — und zwar im schwarzen Anzuge, nicht in Uniform, auch trug die Kirche keinerlei besondern festlichen Schmuck. Da wir heute einen Festtag haben und die Abhaltung dieses Gottesdienstes in allen Blättern angekündigt war, so hatten manche erwartet, daß die Kirche übermäßig gefüllt sein würde, allein es war dieß keineswegs der Fall, auch war ohne Zweifel ein großer Theil der Anwesenden nicht dieses Gottesdienstes wegen gegenwärtig. (Allg. Ztg.)

Würzburg, den 13. Aug. Die für Hammelburg anberaumten Missionen, deren Beginn am 24. dortselbst erfolgen sollte, werden sicherem Vernehmen nach in Folge der seitherigen allzu großen (!) Anstrengung der Jesuitenväter dermalen nicht abgehalten werden.

Aus Württemberg, den 15. Aug. Es ist vielfach aufgefallen, daß württembergischerseits, wo sich in der Zollangelegenheit bisher eine so große Uebereinstimmung mit Oesterreich an den Tag legte, plötzlich eine Schwenkung gemacht worden ist. Vielleicht dürfte der Grund von ersterem darin liegen, daß das kaiserliche Cabinet den Staaten der Coalition das Ansinnen gestellt hat, mit ihm Militärconventionen einzugehen, wodurch unter Anderm in Ulm, wie nicht minder in Rastatt, das Besatzungsrecht ganz in die Hände Oesterreichs übergeben wurde. Von der einmal eingetretenen Mißstimmung hinsichtlich dieser politischen Erwägungen wäre es aber nur ein Schritt gewesen zu einer laxeren Behandlung der Frage über die Zolleinigung mit Oesterreich. (Fr. Postztg.)

Stuttgart, den 16. Aug. Eine Verständigung zwischen der Kammer und der Regierung wegen des Budgets hat noch nicht stattgefunden. Eine Genehmigung der weitern Steuererhöhung findet vorerst nicht statt. Die Kammer ist nemlich der Ansicht, daß es einer solchen nicht bedürfe. Staatsrath von Knapp wendet ein, daß die Berechnung der Finanzcommission, nach welcher weitere Steuern überflüssig erscheinen würden, noch nicht liquid sei, da die Regierung sich ihre Erklärung über mehrere Beschlüsse der Kammer noch vorbehalte. A. Seeger antwortete aber, daß die Kammer auf ihren Beschlüssen beharren werde, worauf Staatsrath v. Knapp bemerkte, daß alsdann keine Verständigung zwischen Regierung und Kammer erlangt werde. Diese Bemerkung gibt A. Seeger zu einer bemerkenswerthen Aeußerung Anlaß. Er sagte nemlich: Die Kammer hat das Bewilligungsrecht; ist die Regierung mit dem, was wir verwilligen, nicht zufrieden, so kommt eben kein Finanzgesetz zu Stande und eine Verwaltung, welche keine Mittel hat, muß abtreten; es wird dann schon andere Männer geben, welche die Verwaltung führen und Mittel finden werden.

Kassel, den 10. Aug. Unter den vielen durch das Kriegsgericht Verurtheilten war nur ein Einziger, welcher die landesherrliche Gnade angerufen hatte, der Buchdruckereibesitzer Hotop, welcher in letzter Instanz zu vier Monaten Gefängniß wegen Preßvergehens verurtheilt worden war. Hotop glaubte um so mehr einen Anspruch auf Strafnachlaß zu haben, als er frühzeitig seine Gesinnungsänderung durch den Druck und die sonstige Thätigkeit für die Kasseler Zeitung bekundet hatte. Indeß ist demselben sein unterthänigstes Gesuch in Gnaden abgeschlagen worden, und er muß die Strafe antreten.

Hannover, den 13. Aug. Die „Ztg. für Nordd." äußert sich heute: „Wir finden in der gestrigen Nummer der „H. Z." eine Einladung des hiesigen französischen Gesandten an die hier sich aufhaltenden Angehörigen seines Landes, sich an dem Gottesdienste, der zur Feier des 15. August in der hiesigen kathol. Kirche begangen werden soll, zu betheiligen. Bekanntlich wird auf den Wunsch der französischen Regierung eine gleiche Aufforderung auch in den übrigen deutschen Staaten an die dort wohnenden Franzosen erlassen. Es nimmt uns aber doch im höchsten Grade Wunder, wie die deutschen Regierungen, die doch sonst dem Volke gegenüber so eifrig auf ihre Souveränetätsrechte halten, ein so übermüthiges und herausforderndes Treiben einer fremden Macht auf fremdem Boden dulden mögen. Es handelt sich hier nicht um eine kirchliche, sondern um eine politische Feier, und zwar um eine Gedächtnißfeier des Mannes, dessen Herrschsucht und Feindseligkeit Deutschland seine Zersplitterung, seine tiefste Erniedrigung zu danken hat. Wir wissen recht wohl, daß die weisen Staatsmänner, wenn es eine Deferenz und Demüthigung gegen das Ausland gilt, kosmopolitische Phrasen von Gerechtigkeit u. s. w. in Fülle in Bereitschaft haben; aber wir lassen uns dadurch über den wahren Grund solcher Deferenz nicht täuschen und müssen es tief bedauern, daß man nicht erkennen will, welch bittere Verletzung des Nationalgefühls darin liegt, daß man französische Propaganda in deutschen Landen machen läßt. — Die „Neue Preuß. Ztg.," welche über die hier und da in Deutschland veranstaltete Napoleonsfeier keine weitere Bemerkung macht, als daß eine solche in Berlin nicht stattfinde, enthält dagegen einen Artikel mit der Ueberschrift „Preußens Nationalfeste," in welchem sie namentlich an die schmachvolle Zeit der napoleonischen Herrschaft und an die glorreichen Siege der preuß. Heere erinnert und den sie mit den Worten schließt: „Das sind unsere Nationalfeste — und wehe unserem Volke, wenn wir sie je vergäßen. Auf jenen blutgedrängten Schlachtfeldern fanden unsere Väter den Tod der Ehren, und unsere Brüder, die den Sieg mit erfochten über Napoleon und seine Heere, sie wandeln noch unter uns geschmückt mit dem eisernen Kreuz für ihre Königstreue und ihren Heldenmuth. Sie mahnen uns, daß auch wir in unwandelbarer Treue fest uns anschließen ans theure Vaterland, damit das fremdländische Wesen nicht über uns herrsche. Wachet und betet, schwer sind diese Zeiten! —"

Aus Thüringen, den 13. Aug. Ueber die Thätigkeit des letzten Sondershäuser meistens aus Beamten bestandenen Landtags müssen Sie noch etwas registriren. Die Localpresse hebt nemlich hervor, daß während der Militäretat in constitutionellen Staaten gewöhnlich die größten Kämpfe hervorrufe, man beim dortigen Landtage noch über die Forderungen der Regierung hinausgegangen, indem man auf Verstärkung der Garnison, auf Erhöhung des Soldes der Unterofficiere, auf Anstellung noch zweier Officiere über die bundesmäßige Anzahl, auf Erhöhung der Gehälter der Unterlieutenants und auf Errichtung eines neuen Musikcorps angetragen. (F. J.)

Wesel, den 13. Aug. Gestern ereignete sich in dem benachbarten Dorfe Brasselt das sonderbare Unglück, daß ein blinder Sohn seinen eigenen Vater tödtete. Beide kamen bei der Heimkehr des Sohnes, welcher auf einer nahe liegenden Weide die Kühe gehütet hatte, über das Zerreißen des Strickes in Wortwechsel und Streit, der sich so steigerte, daß der Vater dem Sohne eine Ohrfeige gab und dieser, um sich zu wehren, seinem ein scharfes Messer, das er in der Hand hatte, entgegenhielt, welches sich so tief in die Brust des Vaters drängte, daß er bald darauf todt zur Erde stürzte.

Berlin, den 14. Aug. Hr. v. Varennes hat, wie ich höre, seinen Wunsch, daß morgen in der katholischen Kirche ein Gottesdienst zu Ehren des Tages abgehalten werde, zurückgenommen, sobald er erfuhr, daß man der Erfüllung nicht sofort entgegen kam. Auch in Petersburg wurde ursprünglich ähnliches gewünscht, jedoch findet auch dort ein solcher Gottesdienst nicht statt. Daß er in Stettin abgehalten werden würde, zeigt zwar der betreffende Consul an, es möchte aber nach dem hiesigen Vorgang jetzt fraglich geworden sein. (A. Z.)

— den 15. Aug. Der baierische Bevollmächtigte bei der Zollconferenz ist nach Berlin zurückgekehrt.

Berlin, den 16. Aug. Auch heute fand noch keine Sitzung der hiesigen Zollconferenz statt. Dieselbe ist überhaupt, auf den Wunsch mehrerer, Preußen freundlich gesinnter Regierungen, noch auf einige Tage vertagt.

Schweiz.

Tessin. Von allen Seiten, meldet die Demokrazia, kommen Erklärungen von Leuten, daß sie getäuscht durch die angebliche Religionsgefahr, die Petition um Rücknahme des Säcularisationsgesetzes unterschrieben haben.

Belgien.

Antwerpen, den 14. Aug. Die Königin von England hat heute Nachmittag uns wieder verlassen. Gegen 5 Uhr fuhr die kleine Escadre den Fluß wieder herunter. König Leopold mit den Prinzen begleitet die Königin bis Lieffenshoek.

Frankreich.

Weit bitterer als durch alle Oppositionswahlen soll,

wie Eingeweihte sagen, die Regierung durch die Enttäuschungen berührt sein, welche sie bei der Protection von Legitimisten, Orleanisten rc., die sie für sich zu gewinnen hoffte, erfahren hat. Einmal im Besitze der Stellen, sollen diese Männer schon jetzt in einem anderen Sinne wirken, als die Regierung erwartet hatte. Das ist allerdings für ein Speculiren auf Gemeinheit und Characterlosigkeit ein gerechter Lohn.

Paris, den 15. August. Heute Morgen um 6 Uhr trat die Nationalgarde an. Gegen 7 Uhr setzten sich die verschiedenen Bataillone mit klingendem Spiel in Bewegung. Um 9 Uhr begab sich der Präsident nach der Madeleinekirche. Ein glänzender Generalstab begleitete ihn. Der Senat, die Deputirtenkammer, der Staatsrath rc., waren durch Deputationen beim Gottesdienste vertreten. Der Erzbischof von Paris war ebenfalls anwesend. Nach der Messe wurden die Fahnen eingesegnet. Um 10¼ Uhr stieg der Präsident zu Pferde und ritt an den Reihen der Nationalgarde vorbei. Der Exkönig Hieronymus ritt ihm zur Seite. Um 12¼ Uhr begann der Vorbeimarsch der Nationalgarden, der eine Stunde lang dauerte. Dem Gottesdienste in der Madeleine wohnten ungefähr 100 Soldaten des alten Kaiserreichs in großer Uniform bei. Das Schifferrennen begann um 2 Uhr; ungefähr 200 Kähne nahmen an demselben Theil. Ihm folgte um 4 Uhr der Kampf auf der Seine. Das Wetter ist dem heutigen Festtage nicht günstig; der Himmel ist mit schwarzen Wolken bedeckt, und nur der sehr heftige Wind verhinderte bis jetzt starke Regengüsse.

(Anderer Bericht.) Die Decorationen des Concordienplatzes und der elysäeischen Felder sind wahrhaft großartig und werden bei Beleuchtung einen feenhaften Eindruck hervorbringen. Auf der Terrasse des Marineministeriums ist ein prachtvoller Pavillon von rothem Sammt mit Gold hergerichtet, von wo aus der Präsident dem Feuerwerke zuschauen wird. Wie Sie bereits wissen, wird der Uebergang über den St. Bernhard dargestellt und dabei die Oesterreicher geschlagen werden. Auf den österreichischen Gesandten wird diese Wahl einen eigenthümlichen Eindruck machen.... Um 9¼ Uhr setzte sich der Zug vom Elysee in Bewegung. Voran das prachtvolle Regiment der Guiden in ihren neuen Uniformen, dann ein Regiment Lanciers, dem der Wagen des Präsidenten folgte. Der Prinz fuhr in dem großen kaiserlichen Galawagen, die Livree der Bedienten genau wie zu Zeiten des Kaisers. Hinter dem Wagen kam eine Schwadron Nationalgarde zu Pferde, dann eine Escadron Carabiniers und den Schluß machte ein zweites Regiment Lanciers. Sie können denken, welch' glänzender Zug. L. Napoleon wurde von der Menge, die auf der kurzen Strecke des Faubourg St. Honoré bis zur Rue Royale stand, mit Enthusiasmus empfangen. An der großen Treppe der Kirche wurde der Prinz vom gesammten Clerus empfangen und zu dem für ihn hergerichteten Throne auf das Chor geführt. Wie bei allen Gelegenheiten, sind auch dieses Mal der Policei Nachrichten zugegangen, wonach mehrere Fanatiker die Revue zu verbrecherischen Absichten benutzen wollen. Es ist zu hoffen, daß diese Nachrichten trügerisch sind, wie es bisher immer der Fall war. Die Revue ist vorüber; ich kann versichern, daß der Empfang im Allgemeinen ein guter war, daß ungefähr die Hälfte der Nationalgarde Enthusiasmus bezeigte, daß aber jedenfalls der Ruf „Vive Napoléon!" den Ruf „Vive l'Empereur!" bei Weitem beherrschte. Ich habe den Ruf „Vive la République!" nur einmal von einem Blousenmanne gehört, der sich schnell rettete, um der Verhaftung zu entgehen. (Kölnische Ztg.)

(Dritter Bericht.) Die eifrigen Bonapartisten hatten immer noch geglaubt, endlich wieder „Mon Empereur!" sagen zu können, aber der 15. August ist dahingegangen, wie das Fest vom 10. Mai, — kalt und ohne Begeisterung, die nöthig ist, wenn man sein Haupt mit einer kaiserlichen Krone schmücken will. Louis Napoleon ist ein trefflicher Reiter. Heute Morgens bei der Revue sah er gut aus, obgleich er gerade nicht sehr zufrieden schien. Seit ich ihn zum letzten Male gesehen, hat er sich sehr verändert; sein Haar ist dünn geworden und sein Gesicht liefert den Beweis, daß die Staatsgeschäfte eine abmagernde Wirkung haben. Die pariser Nationalgarde scheint dem Präsidenten nicht sehr günstig gesinnt zu sein. Er hat sie nicht mit der gehörigen Auszeichnung behandelt, die Armee, was Ludwig Philipp nie that, vorgezogen, ihr nur silberne Adler gegeben (die aus der Ferne aus Pappendeckel gemacht erschienen) und er sowol, als besonders auch seine Organe haben ihr zu oft seine wenigen Sympathieen zu erkennen gegeben. Die Rufe: „Es lebe der Kaiser!" „Es lebe Napoleon!" fanden daher bei der heutigen Revue keinen rechten Beifall; selbst die Nationalgarde des Weichbildes rief nicht mit großer Begeisterung, obgleich man sie L. Napoleon als ganz ergeben geschildert. Nationalgardisten, die vielleicht etwas übertrieben, wollen nicht zehn Hochs auf Napoleon gehört haben; andere sagen, das Weichbild habe viel gerufen. Ein Nationalgardist und Ordnungsmann erzählt mir, daß, als ein Bataillon vorbeimarschirt sei, ein General aus der Umgebung Napoleon's den Ruf: „Es lebe Napoleon!" angestimmt habe, der aber nur bei einigen jungen Offizieren aus dem Gefolge des Präsidenten ein Echo gefunden. Louis Napoleon hatte vielleicht auf einen herzlicheren Empfang gerechnet, obgleich er weiß, daß im allgemeinen die pariser Bourgoisie ihm feindlich gesinnt ist. Seit Jahren ist es heute das erstemal, daß er eine Heerschau über die Nationalgarde abhält; sie empfängt ihn kalt und fremd, denn kaum kennt sie ihn noch. Mit den Damen der Halle ist er öfters zusammen gekommen. Das Jubelgeschrei bei seiner Ankunft auf dem Balle wird ihn für die Kälte der Revue entschädigen. (Köln. Z.)

Der Prinz-Präsident hat durch einen Erlaß an den Finanzminister verfügt, daß alle Personen, welche sich in Schuldhaft (contrainte par corps) befinden wegen der Geldstrafen und Unkosten, zu denen sie in Folge von Vergehen gegen die Forst-, Fischerei-, Jagd-, Fahr-, und Weg-Gesetze verurtheilt worden, sofort in Freiheit gesetzt und die ihnen auferlegten Geldbußen ihnen gänzlich erlassen werden sollen.

— den 16. Aug. (Telegr. Dep. d. Frankf. Journ.): Das Ende des gestrigen Tages entsprach dem Anfange desselben. Die Witterung wurde günstiger und gestattete der Beleuchtung von Paris und den Feuerwerken ihre ganze Wirkung. Der Prinz genoß diesen herrlichen Anblick vom Ministerium der Marine aus, wo ein prachtvoller Pavillon für seine Aufnahme hergerichtet war. So oft er auf dem Balkon erschien, wurde er von lauten Zurufen empfangen.

Andere telegr. Depesche vom 16. Aug., 7 Uhr Abends: Der Ball in der Halle ist auf morgen Dienstag ausgesetzt, weil der Wind die Zeltenarbeiten theilweise zerstört hat.

Italien.

Rom, den 10. Aug. Man versichert hier, die Oesterreicher beabsichtigten, ihre Besatzungen in verschiedenen, durch eine überwiegend liberal gesinnte Bevölkerung bekannten Städten der Romagna zu verstärken. Die Gährung der Gemüther wächst dort; selten vergeht eine Woche, daß sich nicht die früheren Raufereien zwischen den Einwohnern und den fremden Soldaten wiederholten.

Großbritanien.

London, den 14. Aug. Der „Sun" will wissen, wegen unvermutheter Hindernisse werde eine Vermählung Louis Napoleon's mit einer Princessin aus dem Hause Wasa nicht stattfinden.

Die neuesten Berichte aus Irland in Bezug auf die Kartoffelernte lauten günstiger; alle Besorgniß, die man wegen derselben gehegt hatte, ist geschwunden. Die Getreideernte wird auf Irland sehr reichlich ausfallen.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer,** den 18. August. Wir erhalten eben die Pariser Correspondenz vom 15. und 16., und entnehmen daraus vorläufig Folgendes: Der „Moniteur" zeigt an, daß keine allgemeine Amnestie erscheinen könne, dagegen zahlreiche specielle Begnadigungen erfolgen würden. (Die Zahl derselben scheint man aber bedeutend übertrieben zu haben.) Es regnete Orden.

† **Paris,** den 16. Aug. Heute ist weder der „Moniteur" noch irgend ein anderes Journal erschienen. . . . Es war ein Schaufest, und hatte weder die politische Bedeutung des Festes vom 10. Mai, wo es auf die Haltung des Volkes und der Armee der neugeschaffenen Regierung gegenüber ankam, noch den Character eines Volksfestes, an welchem das Volk die geschichtliche Erinnerung an irgend eine in seine Existenz eingreifende Handlung, an eine electrische Erschütterung seiner Nationalgefühle, an eine heroische That bei der es mitwirkte, feiert. In den unglaublichen Massen, die sich drängten und stießen, herrschte keine Theilnahme, kein Enthusiasmus, nur Neugierde und Schaulust. Man fand Dies gut, Jenes schlecht eingerichtet, man spottete und lachte über die Verwüstungen, welche der Sturmwind in den leichten Drapperien der einzelnen Decorationen anrichtete, über den colossalen Adler am Triumphbogen der einen Flügel verloren hatte, über die leinwandenen Fontainen der elyseeischen Felder, deren Bassins das aufgefangene Wasser auf die Köpfe der Zuschauer durchregnen ließen. Als am Abende die zahlreichen Ballgäste am Eingange des colossalen Ballsaales auf dem Markte des Innocents abgewiesen wurden, weil man mit dessen Decorirung nicht fertig geworden, und weil der Wind das leinwandene Dach zerrissen hatte, da wurde die Heiterkeit allgemein. Das Volk ergoß sich in Sarcasmen, und der ganze Effect des so kostspieligen Festes war total verfehlt. — Es fiel auf, daß sich an der kirchlichen Feierlichkeit so wenige Beamten betheiligten. Auch die die außerordentlich vielen leeren Plätze in dem reservirten Theile der Kirche machten einen sehr schlechten Eindruck. Der Präsident benahm sich gegen die Zurufe der Nationalgarde kalt. Das Eisige der ganzen Scene wirkte niederdrückend auf die epurirte Nationalgarde zurück, die sich überhaupt nur in geringer Anzahl eingefunden hatte. Das sogenannte Seegefecht bestand aus nichts, als aus einer heftigen Kanonade und einem noch lebhaftern Musketenfeuer, welche die Schulfregatte mit zwei Dampfschiffen und einer Menge mit Jägern besetzter Kähne während beinahe 2 Stunden unterhielt; die Schiffe blieben fast immer auf derselben Stelle. — Die große Scene des Feuerwerks, die Besteigung des St. Bernhard, mißlang gänzlich, da der Wind die leinwandnen Felsblöcke mit sich fortnahm, und es blieben nur die äußerst zahlreichen Raketen und Leuchtkugeln übrig. Die Illumination der Elyseeischen Felder, an deren Vorbereitung die Arbeiter mitzuwirken schon am Sonnabend sich geweigert hatten, war ganz unvollständig und präsentirte nur einzelne Bruchstücke, welche eine Idee von dem Ganzen geben konnten, wenn es zu Stande gekommen wäre. Die wahrhaft schöne Beleuchtung der Vendomesäule war das einzige Gelungene aller Veranstaltungen!

Bei dem gestrigen Feuerwerk sind mehrere Personen im Gedränge beschädigt worden. — Alles ist ruhig, das Wetter ist schön und die Fremden drängen sich nach den öffentlichen Plätzen. — Alle Gesandtschaften, selbst die russische, waren gestern Abend mehr oder minder festlich beleuchtet. — Der Präsident wird in wenig Tagen nach Lyon gehen, und spätestens am 15. September seine Reise nach dem Süden antreten.

Die Nachrichten über die Erndte lauten sehr ungünstig. Dabei erfährt man aus dem Departement Isere, daß die Ueberschwemmungen daselbst große Verheerungen angerichtet haben.

Die Geschichte von Frankreich vom Pater Loriquet, welche noch in vielen Schulen im Gebrauch war, und worin das Kaiserreich ganz negirt war, indem darin der Marquis Napoléon als General und Statthalter Ludwig des 18. dargestellt wird, ist vom Unterrichtsminister als Schulbuch verboten worden.

Bern. Am dem kirchlichen Feste für Napoleon war das diplomatische Corps nur durch das Personal der französischen und sardinischen Gesandtschaften und durch zwei österreichische Gesandtschaftssecretäre vertreten; der englische und badische Gesandte, sowie die Attachés von Preußen, Spanien ꝛc. waren abwesend.

München, den 16. Aug. Bei dem gestrigen Napoleonischen Tedeum in der Ludwigskirche waren von Franzosen nur etliche 20 Bonapartisten anwesend. — Ein neuer Armeebefehl ist zur königl. Sanction nach Hohenschwangau abgegangen. — Der König und die Königin werden übrigens Ende dieser Woche von Hohenschwangau hieher kommen.

Peru. Das Schicksal der unglücklichen Deutschen, welche sich durch Rudolfo hieher verlocken ließen, ist mit wenigen Worten ausgesprochen in einer öffentlichen Annonce, die nicht scheußlicher sein könnte. Sie lautet: „Deutsche Einwanderer sind en gros und einzeln zu haben — um damit aufzuräumen."

Miscellen.

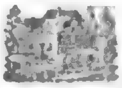
In einem Bache bei Solopisk in Böhmen haben die großen Wasser, welche im heurigen Frühjahre die Erde an vielen Orten aufwühlten, den oberen Theil des Kopfes eines Nilpferdes zu Tage gebracht. Derselbe ist über ¾ Ellen lang und zum Theil bereits versteinert. Der interessante Fund wird einstweilen im fürstlich Schwarzenberg'schen Schlosse zu Eriolib aufbewahrt.

☞ Wir ersuchen unsere Freunde in den verschiedenen Distrikten, uns das Resultat der am 19. stattfindenden Landrathswahlen unverweilt mitzutheilen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1165²] ☞ **Zu verkaufen:**
Ein 3¼ Jahre alter fehlerfreier brauner **Hühnerhund** von ausgezeichneter Race. Der Name des Eigenthümers ist bei der Expedition dieses Blattes zu erfragen.

[1082²] **Versteigerung einer Mühle sammt Zugehör.**



Montag, den 23. August laufenden Jahres, des Nachmittags um 2 Uhr, zu Berg, in dem Wirthshause des Bürgermeisters Jos. Mayer, wird der Untheilbarkeit wegen die in dem Orte Berg an der Lauter nahe bei Lauterburg gelegene Berizzi'sche Mühle sammt allem Zugehör öffentlich versteigert. Diese Mühle besteht in einem großen zweistöckigen Wohnhause mit bedeutenden Speicherräumen, der Mühle mit 5 Mahlgängen, einem Schälgange, Oehl- und Gypsmühle, Hanfreibe, Wasch- und Backhaus, bedeutenden Oeconomiegebäuden, Remisen und Magazinen, nebst 12 Tagwerken Gärten, Wiesen- und Ackerland, ein Ganzes bildend, und ist sowol wegen ihrer günstigen Lage in einer fruchtbaren Gegend, als ihrer großartigen innern Einrichtung nach, eine der bedeutendsten der ganzen Vorder-Pfalz.

Die Mühle selbst ist mit keiner Gülte belastet; auch braucht der Müller nicht zu den Kunden zu fahren, indem diese selbst die Früchte in die Mühle verbringen und das Mehl wieder abholen.

Dem Gerüchte, als werde die Mühle nur unter den Miterben versteigert, wird hiermit förmlich widersprochen, indem die Versteigerung mit Zulassung aller fremden Steigliebhaber stattfindet.

Kandel, den 20. Juni 1852.

Jung, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 200 | den 20. August 1852.

Deutschland.

* **Speyer**, den 18. Aug. Mit Interesse sah man dem Verlaufe des „Napoleonstages" zu Paris entgegen. Alles Mögliche war geschehen, ihn zu einem Tage der glänzendsten Feier zu machen, und dadurch „den Enthusiasmus" zu entflammen. An Kosten wurde wahrlich nichts gespart. Auch auf die Nationaleitelkeit ward speculirt, und (freilich nicht zur besondern Bekräftigung des „freundschaftlichen Einvernehmens," vielmehr beleidigend genug,) eine Niederlage der Oesterreicher zur Aufführung gebracht. Nur „Brod und Spiele" hieß es sonst. Aber schon hat es das jetzige Regime in Frankreich dahin gebracht, daß selbst die verschwenderischsten Spiele gar keinen Eindruck mehr hervorbringen, außer etwa den der Neugierde oder — des Spottes! „Nichts kann eine Idee geben von dem Enthusiasmus der Nationalgarde-Bataillone," hieß es zwar in subventionirten deutschen (!) Blättern, aber die seitdem eingetroffenen nähern Berichte lassen keinen Zweifel mehr, daß jener nicht zu beschreibende „Enthusiasmus" nichts anders, als eine poetische Ausschmückung ist, welche gerade an das Gegentheil der Wirklichkeit glauben machen soll! Aller Aufwand, aller Lärm war vergeblich; selbst der Veranstalter des Festes konnte seine Verstimmung, seinen Mißmuth nicht bewältigen! — Wie aber wird und muß Alles enden, wenn selbst diese starken Reiz- und Aufregungsmittel schon jetzt, so wenige Monate nach dem Beginne des dermaligen Regimes, ohne alle Wirkung bleiben?! — Das Kaiserfest verknallte, — auch die Heirath ward vereitelt. Es hieße aber L. Napoleon ganz verkennen, wenn man glauben wollte, er werde nun nicht nach andern Mitteln greifen, um durch sie sein Heil zu versuchen. Denn daß er einsieht, wie bei solchen offenen Anzeigen der Boden unter seinen Füßen nicht sicher ist, und daß er nicht gleichgültig in den ihm drohenden Abgrund hinabsinken will, dies liegt wol nahe genug!

* Trotz der unumschränktesten Gewalt, und trotz des verschwenderischesten Geldaufwandes, konnte es also Louis Napoleon nicht einmal dahin bringen, auch nur eine momentane Begeisterung an dem Tage zu schaffen, der, was man auch sage, den neuen Kaiserthron begründen sollte. Wenn der alte Napoleon Feste feierte, so vermißte man allerdings ebenfalls jene Begeisterung, die sich an den Festen der Freiheit zur Zeit der Republik kund gegeben; allein der glänzende Ruhm seiner Thaten blendete mindestens, und am wenigsten dachte dabei irgend Jemand an Spott und Sarkasmen. Als Ludwig Philipp zum ersten Male den Jahrestag der Julikämpfe feierte, hatte er freilich bereits die wahre Anhänglichkeit des Volkes verscherzt; aber die Erinnerung an eine große, heldenmüthige, patriotische That, die Erinnerung an die edle Begeisterung, mit der Tausende für die Freiheit ihres Vaterlandes sich in den Tod gestürzt, erfüllte mit Hochachtung und Bewunderung. Das Fest vom 15. August d. J. aber — es entbehrte jeder erhebenden Idee. Es war ein sehr theueres, dabei aber sogar noch in der Ausführung völlig mißrathenes Schauspiel, das der Neugierde eine Augenweide versprach, und dann, als das Unwetter sich darein mischte, und selbst jene Erwartung getäuscht ward, sogar zum Gegenstande des Scherzes und Spottes diente. Die Pariser Berichte wagen es zwar nicht zu sagen, es ist aber leicht zu errathen, daß der zahlreiche abergläubische Theil der Franzosen in der zerrissenen Leinwand der Felsen und in dem des Flügels verlustig gewordenen Adler, — schlimme Vorbereitungen für die Zukunft der kaum gegründeten und dennoch schon gänzlich des Volksbeifalls ermangelnden neuen Herrschaft erblicken. Uns erinnert diese Feier an jene ebenfalls kalten Festlichkeiten, mit denen man vor 39 Jahren (1813) zum letzten Male den Napoleonstag feierte. Das Herz des Volkes nahm keinen Antheil, aber doch galt es noch dem Siegesheros, der wenigstens Schrecken aller Welt einflößte. Und doch dauerte es kein Jahr mehr, und die Herrschaft des Gewaltigen lag in Trümmern! —

* **Speyer**, den 19. Aug. Heute finden die Landrathswahlen von Seiten der sämmtlichen Districtsräthe in der Pfalz statt. (Siehe neueste Nachrichten.)

Betrachtungen. Es ist doch ein sonderbares Volk, die Franzosen. Während es einem Charles X und Louis Philipp den Thron gekostet, weil sie es nur wagten, an den Grundpfeilern der Constitution zu rütteln — gebet es einem L. Napoleon ruhig hin — die ganze Verfassung und alle mit so vielem Blute, so ungeheuren Kosten errungenen und dem Volke heilig und eidlich garantirten Freiheiten über den Haufen zu werfen, und als Präsident eine Macht in seiner Person zu vereinen, wie sie kaum je einem Könige zugestanden, und mit der sich der Czar aller Reussen begnügt. — Doch meinen viele Franzosen, der Abend des letzten Tages sei noch nicht angebrochen und die Loose des Schicksals lägen noch im dunkeln Schooße der Zukunft. — — (Schw. M.-Z.)

München, den 14. Aug. Der gestrige „Volksbote" (der einen Aufsatz im gewöhnlichen Tone der „Pfälzer Ztg." enthalten haben soll), ist wegen eines Artikels über Hrn. v. Dönniges confiszirt worden.

— den 15. Aug. Hr. v. d. Pfordten wird morgen schon seine beiden Portefeuilles wieder übernehmen.

München, den 16. Aug. Die im Pfandhause vor dem Isarthor jetzt beendigte Revision wegen der bekannten Unterschlagung ergab die enorme Summe von 9000 fl. Deficit. Bei dem Umsturze der vorhandenen Pfänder fand sich auch ein werthvolles Damen-Armband, bestehend aus lauter Kossuth-Münzen. Außerdem sind daselbst auch viele prächtige Geschenke von Kaisern und Königen aufbewahrt.

Heute hat der Hr. Staatsminister der Finanzen, Dr. Aschenbrenner, sein Portefeuille wieder übernommen. Der Hr. Staatsminister der Justiz, v. Kleinschrod, wird gegen Mitte der nächsten Woche von seiner Urlaubsreise hier zurückerwartet. Man glaubt, daß dann alsbald die längst erwartete allerhöchste Entschließung in Betreff der Ein- und Durchführung der Gerichtsorganisation erfolgen dürfte.

Vom Neckar, den 12. Aug. Am meisten Aufsehen macht die Versetzung des Heidelberger Polizeiamtmanns nach dem kleinen Städtchen Bühl, nachdem derselbe die Jesuitenmission zu Heidelberg mit Feuereifer begünstigt und namentlich mehrfache Polizeistrafen über Solche verhängt hatte, welche ihr Mißfallen über das damalige Treiben der Missionsprediger kundgegeben hatten. Seine Versetzung nach dem unbedeutenden Städtchen frappirt um so mehr, als die über jene polizeilichen Maßregeln infolge eingereichter Klagen erhobene Untersuchung ihr Ende noch nicht erreicht haben soll, also nur eine vorläufige Disciplinarmaßregel vorzuliegen scheint.

Auch von der Versetzung anderer Heidelberger Beamten, namentlich des Stadtdirektors, wird mit Bestimmtheit gesprochen.

Darmstadt, den 13. Aug. Man kannte bisher den Streit im Schoße der Verwaltung der Mainzer Kleinkinderschule über die durch ein Verlangen sich erhobene Frage, ob der Bischof bei seinem Erscheinen in der Anstalt von sämmtlichen Kindern ohne Ausnahme des Glaubensbekenntnißes mit dem lediglich katholischen Gruße: „Gelobt sei Jesus Christus!" empfangen werden solle? Dieser Streit ist nun entschieden und zwar bejahend. Der Director der Anstalt, der für die Verneinung stimmte, hat sein Amt niedergelegt.

Kassel, den 16. August. Der dahier wegen Vergiftung eines Kindes in Untersuchungshaft gewesene Dr. Schuchard ist gestern Morgen an der Wunde, welche er sich mittelst einer Scherbe, beigebracht, verschieden. Er hatte sich eine Pulsader am Schenkel geöffnet.

Hanau, den 16. Aug. Gegen die Mitglieder des hiesigen Stadtrathes, der seiner Zeit die bekannt gewordene Adresse an den Kurfürsten gerichtet und ihn gebeten hatte, seine Residenz von Wilhelmsbad wieder nach Kassel zu verlegen, ist eine Untersuchung eingeleitet worden. Es haben die Stadträthe bereits Verhöre wegen dieser Adresse bestanden.

Leipzig, den 14. Aug. Dr. Brockhaus, Sohn des Chefs der Firma F. A. Brockhaus, soll in erster Instanz zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt sein, auf Grund eines Artikels in den von ihm redigirten Blättern für literarische Unterhaltung über die Feuerbach'sche Religionsphilosophie.

Kempen, den 12. Aug. In unserer Gegend greift das Nervenfieber in schlimmer Weise um sich. So wurden die Zöglinge des hiesigen Seminars deßhalb sämmtlich in ihre Heimath entlassen.

Berlin, den 16. Aug. Die „Neue Preuß. Ztg." bemerkt über den Aufschub der Wiedereröffnung der Zollconferenzen: „Auf den Wunsch des hannöverschen Bevollmächtigten, Generaldirectors der Steuern Hrn. Klenze, hat der hiesige Bevollmächtigte, Generalsteuerdirector Hr. v. Pommer-Esche, wegen äußerer Behinderungsgründe einzelner Mitglieder die erste Sitzung des wieder zu eröffnenden Zollcongresses auf übermorgen (Mittwoch) verschoben."

(Anderer Bericht.) Nachdem gestern Hr. v. Manteuffel hier eingetroffen, wurde ihm ein am gestrigen Tage im Ministerium des Auswärtigen eingelaufenes Schreiben übergeben, welches der baierische und einige andere Bevollmächtigte der Coalitionsregierungen, die sich hier anwesend befinden, in sehr freundschaftlichem und zuvorkommendem Ton eingesandt hatten; sie stellen darin das Gesuch, die Wiedereröffnung der Zollconferenzen um einige Tage aufzuschieben, da sie sich noch nicht im Besitz der ihnen in nächster Frist in Aussicht gestellten Instructionen befinden. Sie erwarten dieselben in einigen Tagen und werden solches sogleich nach Empfang kund geben. Indem sie der Willfahrung ihres Gesuchs entgegen sehen, bemerken sie noch, wie sie sich in der peinlichen Lage befinden, falls die Sitzung heute stattfinden sollte, derselben nur ohne alle Auslassung beiwohnen zu können. Es wurde denn auch diesem Gesuch gewillfahrt und die Wiedereröffnung der Conferenz auf einige Tage verschoben, ein bestimmter Termin steht bis heute noch nicht fest. (Köln. Ztg.)

Die Kreuzzeitung traut den friedliebenden versöhnlichen Nachrichten über die Pläne der Verbündeten aus Stuttgart wenig, da sie seit Jahren sich als die schroffsten Gegner Preußens gezeigt hätten und ihr Bemühen gegenwärtig sich „auf das Auffinden neuer Mittel zum gemeinsamen Kampfe gegen Preußen concentrire."

Dulon soll von der Insel Helgoland sich nach England begeben haben.

In der hiesigen Börsenwelt trit das Gerücht von einer neuen österreichischen Anleihe auf. Man spricht zwar von 750,000 Pf. St., zugleich aber von der Absicht der Regierung, die Anleihe im Kaiserreiche selbst zu negoziren. Die Anleihe soll eine 5procentige sein. (C. B.)

Flensburg, den 8. Aug. Wegen Verbreitung rc. der angeblichen Adresse an die Bundesversammlung soll eine Anzahl von Einwohnern des Kirchspiels Sörup in Untersuchung gezogen sein.

Wien, den 13. August. Wie großartig die Rüstungen zum Empfang des Kaisers schon in Preßburg sein werden, ergibt sich daraus, daß zu den Zügen, welche von dort den Kaiser hieher begleiten sollen, eilf Locomotiven erforderlich sind. (!) (Allg. Ztg.)

Wien, den 16. Aug. Nachmittags 4¼ Uhr. Der Kaiser ist nach Ischl abgereist. Ebendaselbst ist die Königin von Holland eingetroffen.

Oesterreichische Staaten.

Pesth, den 9. Aug. Es war im Primatialpalast zu Gran, als der Kaiser das Bildniß des ehemaligen Cardinals Pazman sah und sagte: „Der war auch ein Jesuit; von den Jesuiten erwarte ich vorzüglich die katholische Erziehung der Jugend, darum habe ich die Gesellschaft restituirt!" Der Primas war nicht wenig überrascht, solche Worte zu hören, da man schon geneigt war, an der Wiedereinführung des Ordens zu zweifeln. Schüchtern bat demnach der Primas Se. Majestät um die gnädigste Bewilligung nur zwei oder drei Jesuiten nach Tyrnau berufen zu dürfen, und der Kaiser sprach: „Zwei oder drei sind zu wenig, sie müssen mehrere Schulen im Lande übernehmen und Missionen halten." (Salzb. C.)

Die in **Este** tagende Militärcommission hat am 8. d. sechs Räuber zum Tode und fünfzehn zum schweren Kerker auf zwanzig und fünf Jahre verurtheilt. Der Präsident der Commission, Oberst Graf Hoyos, hat jedoch die Todesstrafe im Gnadenwege in Verurtheilung zum schweren Kerker auf zwanzig, achtzehn und fünfzehn Jahre verwandelt.

Schweiz.

Basel, den 13. Aug. In Appenzell hat ein Pfarrer allen Ernstes gepredigt: „So lange man nicht aufhöre schottische Tänze zu tanzen, so lange werde auch die Kartoffelkrankheit nicht aufhören." Der weise Kirchenvorstand fand sich hierauf bemüßigt, die schottischen Tänze bei Strafe zu verbieten.

Belgien.

Brüssel, den 17. Aug. Seitdem die alten Zolltarife zwischen Belgien und Frankreich wieder in Kraft getreten sind, hat sich die Lage Belgiens bei den Verhandlungen wesentlich gebessert, jene Frankreichs, der übeln Lage seiner Industrie wegen, verschlimmert. Die Fabriken in Lyon, die Weinproducenten in der Gironde haben seitdem ihre Einfuhren in unser Land einstellen müssen, und diese beiden Gegenstände machten den bedeutendsten Theil ihrer Einfuhr aus. Unsere Industrie dagegen leidet sehr wenig, namentlich nicht im jetzigen Augenblicke.

Frankreich.

Paris, den 11. August. Das Buch Victor Hugo's, „Napoleon der Kleine," ist nicht mit der bereits vor längerer Zeit angekündigten Parteischrift desselben Verfassers: „Das Verbrechen des 2. December," zu verwechseln. Diese letztere befindet sich unter der Presse und wird nächstens erscheinen. Was das veröffentlichte Pamphlet betrifft, so ist dasselbe lediglich eine Characteristik Louis Napoleons, die mit den Farben des Hasses geschrieben ist. Erlauben Sie mir heute, Ihnen einige kleine Züge zur Characteristik Louis Napoleons und seiner Freunde, welche in diesem Werke mitgetheilt werden, zu excerpiren. Sie werden dazu beitragen, das Räthsel dieses Lebens zu erhellen. Victor Hugo schreibt dem Präsidenten ein Talent zu: das des Schweigens. Vor dem

zweiten December gab es einen Ministerrath, der sich einbildete, etwas zu sein. Der Präsident präsidirte und nahm nie oder fast nie an den Discussionen Antheil. Während Odilon Barrot, Passy, Tocqueville, Dufaure, oder Faucher sprachen, machte er mit der größten Aufmerksamkeit kleine Thierfiguren aus Papier oder zeichnete Männchen auf die Aktenstöße. Seine Kunst besteht darin, sich todt zu stellen, er bleibt stumm und unbeweglich und blickt nach einer andern Seite hin, als er zu geben beabsichtigt, bis der Augenblick zur That gekommen ist. Mitte November 1851 aß der elyseeische Repräsentant J. bei L. Napoleon zu Mittag. Was spricht man in Paris und in der Nationalversammlung? fragte ihn der Präsident — Hm, hm, Prinz. — Nun, was denn? — Man spricht immer ... — Von was denn? — Vom Staatsstreich. — Und die Nationalversammlung, glaubt sie daran? — Ein wenig, Prinz. — Und Sie? — Ich gar nicht. — L. Napoleon nahm lebhaft die beiden Hände des Repräsentanten und sagte gerührt: Ich danke Ihnen, Hr. J., Sie wenigstens halten mich dessen nicht fähig. — L. Napoleon spricht mitunter von einem gefährlichen Project, man macht ihm Einwendungen, er hört sie an und antwortet nicht, gibt manchmal sogar für ein oder zwei Tage nach, dann aber nimmt er seine Absicht wieder auf und vollführt seinen Willen. In seinem Arbeitstisch im Elysée befindet sich eine häufig halboffene Schublade, er nimmt aus derselben bisweilen ein Stück Papier heraus, es ist ein Decret, das er dem Minister vorliest. Der Minister gibt entweder stille Zustimmung oder er macht Einwendungen. Im letzteren Falle wirft er den Papierstreifen in die Schublade zurück, in der sich noch viele andere alte zerknitterte Papiere, Träume eines allmächtigen Menschen, befinden, schließt die Schublade, nimmt den Schlüssel hiervon zu sich und entfernt sich, ohne ein Wort zu sagen. Den andern Morgen befindet sich das Decret im „Moniteur," mitunter mit der Signatur des Ministers. — Unter vielen andern Anekdoten, die man als die Zustände characterisirend aus den heftigen Angriffen gegen L. Napoleon wie aus dem Feuer herausnehmen kann, findet man auch noch folgende Züge. Quentin Bauchart geht einige Tage nach dem Staatsstreich zu Odilon Barrot: Begreifen Sie die Kühnheit dieses Bonaparte? Er hat mir den Platz eines Maitre des Requêtes angeboten. — Sie haben refusirt? — Gewiß. Den andern Tag folgt das Anerbieten eines Platzes im Staatsrath mit 25,000 Fr. Der indignirte Maitre des Requêtes wird ein gerührter Staatsrath; Quentin Bauchart nimmt an.

— den 13. Aug. An der Sorbonne fand heute die alljährliche academische Preisvertheilung für die Gymnasialschüler von Paris und Versailles statt. Ein Bruder des Academikers Nisard hielt die lateinische Rede. Die Jugend gab während derselben ihre politische Gesinnung, die der jetzigen Regierung wahrlich nicht günstig, deutlich zu erkennen. Als Hr. Nisard den Heldenmuth und Edelsinn eines Leonidas, Sokrates, Epaminondas u. s. w. pries, erhob sich unter der Jugend ein unauslöschlicher Jubel; als er aber Brutus einen undankbaren Verwandtenmörder nannte und Cäsar in den Himmel erhob, da herrschte ein tiefes Schweigen. (Man sollte nur wünschen, daß dieser edlere Geist der Jugend dauernd bliebe und nicht so schnell unter den Einflüssen eines öden Lebens erkaltete. Aber wie viele von denen, die unter Louis Philippe die Marseillaise sangen, sind heute würdelose Diener eines freiheitfeindlichen Regiments!) — Darauf hielt Hr. v. Fortoul eine specielle Lobrede auf den Prinz-Präsidenten, fand jedoch ein sehr unaufmerksames Publicum.

† Paris, den 17. August. Die Zeitungen sind heute nach dem Feste und nach dem Ausruhen von einem Tage, von einer merkwürdigen Bedeutungslosigkeit; sie füllen ihre Spalten mit Beschreibungen des Festes, die wir gestern erschöpft hatten. Die Regierungsorgane sind aufrichtig genug, um das Mißlungene darin einzugestehen, und die Oppositionsjournale sind hinreichend gemäßigt (!), um über die durch den Wind und das Regenwetter verursachten Verheerungen keine Schadenfreude zu äußern. Der heutige Ball kann als eine Nachfeier betrachtet werden. Die Policei hat eine Menge Billets mit Beschlag belegt, welche an den Schaufenstern der Tabakeläden à 100 Frcs. per Stück an neugierige Fremde ausgeboten wurden. — Während des gestrigen Seegefechtes auf der Seine sind 1000 Kanonenschüsse abgefeuert und 32,000 Gewehrpatronen verschossen worden.

Der „Moniteur," dem man heute mit einer gewissen Sehnsucht entgegensah, enthält noch nicht das erwartete Namensverzeichniß der gestern begnadigten politischen Verurtheilten. Ein Decret überträgt dem Justizminister Abbatucci das Ministerium der Finanzen während der Abwesenheit des Hrn. Bineau. (Man spricht davon, daß Hr. Rouher binnen Kurzem den Hrn. Abbatucci im Ministerium der Justiz ersetzen soll.)

Die Reise des Prinzen und Senatspräsiderten Hieronymus Bonaparte mit seinem Sohne Napoleon an der Küste der Bretagne, welche wahrscheinlich zum Zwecke hatte, die Popularität des Namens Napoleon aufzufrischen, erhält durch die bekannten democratischen Tendenzen des Cousins des Präsidenten einen eigenthümlichen Character. Während der Vater dem Zwecke seiner Sendung getreu die Sympathien der Bevölkerung auf den Repräsentanten seiner Dynastie zu lenken sucht, streut sein Sohn den Saamen der Popularität, die ihm künftig vielleicht zur Treppe seines Emporsteigens dienen soll, mit vollen Händen, und sucht den ihm beigelegten Namen: „Fürst der Montagne" geltend zu machen. In den Cirkeln des Elysée beunruhigt man sich sehr wenig um die präparatorischen Manövers des jungen Prinzen, da man weiß, daß sein Parteieifer nicht so weit geht, um die Interessen der gegenwärtigen Regierung ernstlich zu compromittiren.

Das Buch Victor Hugo's ist trotz der strengen Aufsicht an der Grenze in sehr zahlreichen Exemplaren verbreitet und macht in gewissen Kreisen eine leicht begreifliche Sensation.

Die schon seit längerer Zeit angekündigte Reise des Hrn. v. Persigny nach Deutschland scheint ihrer Ausführung nahe zu sein. Man weiß, welche Bedeutung diese Reise haben soll.

Nach einigen Nachrichten scheint es, daß man (vielleicht weil das Fest so gänzlich verunglückte) den Policeipräfecten absetzen will. — Daß 20 bis 25 Personen verunglückten, gilt übrigens als Kleinigkeit! — Cassabianca soll fortwährend sehr ungehalten über seine Absetzung sein; er erzählt überall, die jetzige Regierung sei auf einer Bahn, die sie zu ihrem Untergange führen müße.

Spanien.

Madrid, den 8. Aug. Ich schrieb neulich über die Wiedereinführung der Klöster. Heute führe ich nachträglich an, daß auch die Jesuiten quasi officiell wieder anerkannt sind, indem ihnen ihr Stammhaus zu Loyola in der Provinz Guipuzcoa übergeben worden ist.

Italien.

° Genua, den 14. Aug. Das Begräbniß der Mutter Mazzinis ist mit großer Feierlichkeit, mit Begleitung der Nationalgarde und einer zahllosen Menschenmasse, in aller Ordnung begangen worden.

Turin, den 13. Aug. Der gestrige Tag ist vielleicht für unsere clericale Bewegung, die berufen scheint, Piemont in ein Labyrinth von politischen und diplomatischen Verwicklungen zu stürzen, von einer tiefen Entscheidung gewesen. Es kam nämlich der vielbesprochene Preßproceß gegen den Cassationsgerichtsrath Costa della Torre zur Verhandlung, unter der brennendsten Spannung des Publicums und überstarkem Zudrang von Neugierigen. Sie wissen, daß Hr. Costa, Mitglied des höchsten Landestribunals und als solches unabsetzbar auf administrativem Wege, eine heftige Schrift gegen das Civilehegesetz publicirt hatte. Hr. Costa, ein bereits ältlicher Mann, wurde angeklagt: der Majestätsbeleidigung, des Bestre-

bens nach einer anderen (absoluten) Staatsform und der Verachtung gegen die bestehenden Gesetze. Um 11 Uhr wurden die Debatten eröffnet. Erst um 7½ Uhr Abends zogen sich die Geschwornen zurück, um ihr Verdict zu fällen, und eine halbe Stunde darauf erklärte der Präsident der Jury Herrn Costa della Torre schuldig in sämmtlichen 3 Anklagepuncten. Dieses Verdict machte einen tiefen Eindruck — wie es schien, in gemischtem Sinne — auf die zahlreiche Zuhörerschaft. Das Tribunal verurtheilte dann den Angeklagten zu zweimonatlichem Gefängniß und 2000 Frcs Geldstrafe. Gegen die Bischöfe Savoyens, die das Civilehegesetz und seine sämmtlichen gegenwärtigen und künftigen Anhänger in den Bann erklärt, scheint die Regierung noch keinen bestimmten Entschluß gefaßt zu haben. (Köln. Ztg.)

Großbritanien.

* **London**, den 16. Aug. Nach den neuesten Nachrichten aus New York haben die englischen Kreuzer noch 2 Fischerfahrzeuge an der Küste von Neuschottland genommen, die americanische Dampffregatte Missisippi ist sofort dahin expedirt worden, man besorgt ein feindliches Zusammentreffen. Hr. Baring, Chef des berühmten Bankhauses, ist mit ausgedehnten Vollmachten zur Schlichtung des Fischereiconflicts nach America abgesegelt.

Daily News und Chronicle geben heute das Zeichen zum Beginn der Agitation für sofortige Einberufung des Parlaments. Daily News setzt voraus, daß die Minister die Hinausschiebung vorschlagen werden, und die Königin ihnen diese Galgenfrist nicht wohl verweigern könne, obgleich Lord Derby durch seine Verachtung parlamentarischer Pflicht und Schicklichkeit die Krone in eine unwürdige Stellung versetzt; denn seit der Reformbill galt es für Regel, daß, wenn ein Parlament aufgelöst wird, weil das Cabinet sich in der Minorität befindet, der Zusammentritt des neuen Parlaments sogleich nach Beendigung der Wahlen Statt finden muß.

Persien.

Die Delhi „Gazette bestätigt“ die Besetzung Herats durch die Perser! Vor 14 Jahren hätte dieses Ereigniß ganz Ostindien in Aufregung versetzt; jetzt, da die Britten das Pendschab besetzt halten, in Birma beschäftigt sind, und jeden Hafen im persischen Golf durch ihre Dampfer bestreichen können, brauchen sie sich kaum mehr darum zu kümmern.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer**, den 19. Aug. Die vereinigten Districtsräthe der beiden Kantone Speyer und Germersheim haben eben ihre Landrathswahl vorgenommen. Zahl der Abstimmenden 46. Es fanden zwei Scrutinien statt, jedoch nur darum, weil die Freisinnigen sich bezüglich der Person nicht sämmtlich verständigt hatten. Im ersten Scrutin erhielten Dr. Walz v. Speyer 23 und Kaufmann Joseph Heß (der ablehnte) 13 Stimmen. (Der Candidat der Reaktionspartei erhielt 7, ein anderer von der Pfälzer Ztg. vorgeschlagener Candidat erhielt eine Stimme.) Im zweiten Scrutin ward Dr. Walz von Speyer mit 27 Stimmen zum Landrathe gewählt. Zum Ersatzmann im ersten Scrutin wurde gewählt: Jos. Heß von Germersheim mit 35 Stimmen.

München, den 17. Aug. Wie es heißt, wird der Kaiser von Oesterreich zu einem Besuche während der Lagerzeit in München erwartet. Officiere der verschiedenen Armeen werden zum Lager hierher kommen.

Graubünden. Nach dem Lib. Alpenboten hat das Kloster Disentis bereits gegen die in Folge des Großrathsbeschlusses vom kl. Rath angeordnete Inventarisirung des Klostervermögens aus Auftrag der päpstlichen Nunciatur in der Schweiz und in eignem Namen förmlich protestirt und erklärt, daß es nur der Gewalt weichen werde. — Der kl. Rath hat dem ernannten Commissär die Vollziehung des großräthlichen Beschlusses befohlen.

Die „Westfäl. Ztg.“ berichtet von folgendem entsetzlichem Vorfall aus **Bonn**, der sich Anfangs d. **Mts.** zugetragen und dessen Richtigkeit besonders verbürgt wird: „Ein hiesiger junger Theolog begab sich von hier, mit vier 8 Zoll langen Nägeln, einer Feile und einem Hammer versehen, nach Godesberg. Daselbst speiste er noch im Hôtel Blinener zu Mittag und ging dann in ein benachbartes Hölzchen, wo er sich einen der Form eines Kreuzes ähnlichen Baum aussuchte und an demselben sich kreuzigte. Er nagelte sich nämlich zuerst die Füße an den Baum fest, so daß der Nagel noch vier Zoll tief in den Baum hineingetrieben war. Dann nagelte er die linke Hand in den einen Baumast. Zuvor hatte er aber schon auf der rechten Seite einen Nagel eingetrieben und dessen Kopf mit einer Feile spitzig gemacht. Nachdem er nun die Füße und die linke Hand angenagelt, schlug er die rechte in den spitzigen Nagel, scheint aber anfangs nicht richtig getroffen zu haben, denn die Hand war ihm sehr zerrissen. Ob er nun von Schmerz übermannt um Hülfe rief, oder ob Leute zufällig vorbeikamen, genug der Gekreuzigte wurde bald darauf ohnmächtig gefunden. Da die Leute keine Werkzeuge besaßen um ihn vom Baume zu trennen, so hieben sie den letztern um und trugen ihn nach Godesberg. Da erst wurde der Fanatiker vom Baumstamm getrennt und bald darauf zu Wasser hierher in die Klinik gebracht, wo er sich bereits außer Gefahr befindet. Ich habe die Begebenheit aus dem Munde des Arztes selbst, der ihn behandelt. Ueberhaupt ist sie stadtkundig.“

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1179ª] Bei Louis Cron, Posamentier, ist wieder ein frisches Stück Bürgermeister-Ordensband fertig geworden.

[1178] **Kirchweihfest zu Oggersheim.**

Sonntag, den 22. August, findet die Kirchweihe statt, wobei bei Unterzeichnetem gutbesetzte Tanzmusik, sowie gute Speisen und Getränke anzutreffen sind.

J. Ganz,
Gastwirth zu den drei Königen.

☞ Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleistet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreisung sein wird, mit der Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft.

Königl. bayerisch und königl. würtembergisch concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geschwollene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken- und Kopfschmerzen, auch Seitenstechen.

Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen und königl. würtembergischen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchst preislichen Ministerien in Baiern und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ „ 30 kr.

Zeugniß,

mittelst welchem ich Unterschriebener bestätige, unter der Ankündigung: „Universal-Gicht-Leinwand gegen Gliederreißen“ gekauft, und mit verschiedenem Nutzen gebraucht habe, so zwar: daß ich durch den einmaligen Gebrauch dieser Gicht-Leinwand an der Hüfte und am Schienbeine, an welchen ich Monate lang Schmerzen litt, wunderbar so geheilt wurde, daß seither bei keinerlei Wetterveränderung sich mehr der Schmerz wiederholt, welches ich der Wahrheit gemäß hiermit bekräftige.

Raab, den 15. November 1847.

v. Fischer, k. k. Oberst.

☞ Diese Gichtleinwand ist in Speyer einzig und allein zu bekommen in der Handlung von **Louis Cron**, und in Kirchheimbolanden bei Buchhändler **Ruff**. [1113²ᵃ]

Neue

Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 201 | den 21. August 1852.

Deutschland.

*** Speyer.** (Geschichtliche Erinnerungen. Schluß.*) „Die deutschen Patrioten, welche von diesem Jahr (1809) an so rühmlich mit Wort und That für ihr Vaterland kämpften, konnten dem Volke nur die Hülsen der Frucht verschaffen, deren Genuß allein Denen zu Theil ward, die durch ihre Geburt oder durch Intelligenz oder durch Reichthum den Fürsten nahe standen; das erfuhren die andern Deutschen erst 10 Jahre später, die Tiroler erkannten schon im Jahr 1809 und 1810, daß man ihren Enthusiasmus fürs Alte mißbraucht habe, und daß sie Gut und Leben für ein Phantom geopfert hätten. Die Tiroler, von Enthusiasten, wie Hormayr und seine Freunde waren, geweckt, von Oesterreich ermuntert und durch Versprechungen und Demonstrationen ohne Nachdruck getäuscht, erhoben sich in Masse, wurden aber, als Oesterreich unterlag, der Rache der Feinde überlassen.**) — ... Daß herzlose, feige, elende Rathgeber den Kaiser Franz bewegen konnten, die freilich blinde, tolle und thörichte Treue der Tiroler Bauern auf dieselbe Weise zu belohnen, wie einst im Spanischen Successionskriege Karl der VI. die Anhänglichkeit der Katalonier belohnt hatte, zeigt, was Unterthanen von der väterlichen Güte der s. g. patriarchalischen unbeschränkten Herren zu hoffen haben. — ... Der Kampf, den die Tiroler heldenmüthig, oder, wenn man die Sache von einer andern Seite betrachtet, gleich den Kantonen des Sonderbundes, halsstarrig und eigensinnig begannen und fortsetzten, kann von uns nicht so geschildert werden, wie wir ihn schildern würden, wenn uns der Preis, um den man stritt, des Kampfes werth schiene. Wir erkannten und bewunderten in jener Zeit die Ausdauer der Tiroler, weil sie gegen die Schlaffheit der Deutschen und Italiener, welche ebenfalls den Uebermuth der Franzosen unerträglich fanden, einen starken Contrast bildeten und weil wir uns freuten, daß Spanien und Tirol dem bewunderten Helden bewiesen, daß das Volk mehr vermöge, als er ihm zutraute; die Zeit hat uns aber abgekühlt. — ... Wir billigen keineswegs den Enthusiasmus der Tiroler für ihr Regentenhaus, weil dieser nur daraus entsprang, daß es alle Vorurtheile geduldet, alles hergebrachte Unrecht gehegt, jeden Fortschritt zum Bessern gehemmt hatte, wir fühlen daher auch keinen Beruf, das Heldenthum der Tiroler Wirthe und Bauern und Kapuziner, die mit dem Crucifix in der Hand Aufstand gegen Baiern predigten, zu preisen. — ... Die Unternehmungen Schills und des Herzogs von Braunschweig-Oels scheiterten freilich ebenfalls, ihre Urheber waren auch bloße Soldaten, und das Alte herzustellen war außer dem Raufen und Rauben ihr Zweck; aber sie brachten die Stimmung aller Classen und Stände der Deutschen ans Licht, sie zeigten, daß der Nationalsinn nicht erstorben, die Deutschen nicht alle wie die Classen und Stände, mit denen es die Franzosen zu thun hatten, gleich den Italienern erschlafft seien. Hunderte hatten auf Leben und Tod gekämpft, sie wurden als Märtyrer gefeiert, ihr grausamer Untergang erregte einen solchen Enthusiasmus, daß man ihren Charakter ganz übersah, und daß ihr Tod mehr durch Theilnahme wirkte als unter den damaligen Umständen ihr Sieg hätte wirken können. — ... Die Oesterreicher unterstützten die Schaar des Herzogs v. Braunschweig schlecht. .. Wenn man die zum Kampf für deutsche Ehre und deutsches Recht unter dem Herzog Wilhelm vereinigten tapfern und allgemein als Helden gepriesenen Streiter besser unterstützt hätte, würde sich gewiß schon damals das Volk von seinen Regierungen getrennt haben, wie nachher wirklich geschah. — ... Der heldenmüthige Zug des Herzogs begeisterte die Gemüther der Deutschen, welche seitdem einsahen, daß die Schlaffheit und Servilität ihrer Regierungen und Bureaucratien allein Schuld an ihrer Unterdrückung sei. Jedermann schloß sich seit dieser Zeit immer enger an die wenigen Patrioten des Preußischen Bundes an, welche Alles wagen wollten, um Alles zu gewinnen, oder doch mit Ehren unterzugehen. — ... Zur Zeit der Schlacht bei Aspern trieben sowol die Fürsten und Aristocraten der alten Zeit, als Napoleon und seine Creaturen, die sich rühmten, eine neue Ordnung der Dinge und eine neue Art Monarchie begründet zu haben, mit dem Volke ein höhnendes Spiel. Die Ersten redeten zum ersten Mal von Volksthum und Freiheit und versprachen goldene Berge, drückten zum ersten Mal in ihrem Leben Bürgern und Bauern die Hände und sagten ihnen Artigkeiten aller Art; die andern rühmten sich, neue Throne, neuen Adel und Feudalismus begründet zu haben rc."

Nun kam das Jahr 1813. Seine Geschichte ist bekannter. Jedermann weiß von den damaligen Versprechungen, und von den ungeheuern Opfern des deutschen Volkes. Jedermann weiß auch von der Art, in der man die Verheißungen erfüllte! Wir wollen darüber heute nicht reden, sondern nur eine einzige Notiz mittheilen, wie sogar während der Zeit des höchsten Enthusiasmus schon gegen das Volksinteresse intriguirt ward.

Bignon hat bewiesen, daß Metternich und Alles was von ihm begünstigt wurde, der Bewegung der Zeit nicht nur fremd, sondern geradezu feindlich gegen diese gesinnt war. Er wollte durchaus nichts von einer Begeisterung für Vaterland und Nationalehre aufkommen lassen. Mehre patriotische österr. Officiere wurden schon im Februar 1813 verhaftet, unter dem Vorwande, daß sie einen Anschlag auf Metternichs Leben gemacht hätten. Der Letzte nannte die herrschende Begeisterung für Befreiung des Vaterlandes revolutionär und höchst gefährlich. Er sagte zum franz. Gesandten Otto: „Oesterreich kann, indem es sich mit Frankreich verständigt, diesem revolutionären Einbruch ein Ziel setzen und zur Ruhe kommen!" (L'Autriche, en se concertant avec la France, peut mettre un terme à cette invasion revolutionaire et arriver à la paix. — Siehe Bignon, XI. Bnd. S. 341.) Längst schon hatte Metternich den franz. Kaiser vor der ihm durchaus nicht günstigen Stimmung aller Preußen gewarnt. —

*** Landau,** den 19. August. Zum Landrathe wurde von den vereinigten Districtsräthen der Kantone Landau und Edenkoben, Hr. Notär Keller von Landau mit 47 Stimmen erwählt (22 Stimmen lauteten auf den Namen des — zu vielfachem Bedauern von der Pfälzer Zeitung empfohlenen — Hrn. Anwalts Mahla). — Als Ersatzmann erhielt Hr. Lederle von Edesheim mit 45 Stimmen die Majorität.

*** Neustadt,** den 19. Aug. Als Mitglied des Landraths wurde von unserm Districtsrathe gewählt: Guts-

*) Siehe Speyerer Ztg. Nro. 187.

**) Kaiser Franz versicherte in seinem Handbillet vom 26. Mai 1809, daß er keinen andern Frieden schließen werde, als einen solchen, der Tirol und Vorarlberg unauflöslich an seine Monarchie knüpfe. (S. Hormayr's Lebensbilder, 3. Bnd.)

besitzer Bergtold von Duttweiler; zum Ersatzmann: C. Mattil von Speyerdorf.

* **Dürkheim,** den 19. Aug. Bei der heute hier stattgehabten Landrathswahl der vereinigten Kantone Dürkheim und Grünstadt wurde der frühere Landrath Hr. Becker von Grünstadt mit 65 Stimmen unter 71 Wählern abermals als solcher gewählt, und Hr. Johannes Fitz von Pfäffingen (bekanntlich schon in den dreißiger Jahren seiner Gesinnung wegen verfolgt) mit 53 Stimmen als dessen Ersatzmann. Die Pfälzer Zeitung dürfte keine Veranlassung haben, diese Wahl als in ihrem Sinne zu bezeichnen!

* **Frankenthal,** den 19. Aug. Von den Mitgliedern des Frankenthaler und Mutterstadter Districtsrathes wurden heute im ersten Wahlgange Karl Wendel, Bürgermeister in Lambsheim, als Landrath, und Peter Christ, Bürgermeister in Böhl, als Ersatzmann, gewählt.

* **Landstuhl,** den 19. Aug. Unsere Landrathswahl ist gut ausgefallen: Leppla, von der Moormühle, unabhängiger Gutsbesitzer und entschieden freisinnig, ist Landrath, — und Böhnlein, von Frohnhofen, (wie behauptet wird wegen seiner Gesinnung abgesetzter Bürgermeister,) Ersatzmann.

* **Zweibrücken,** den 19. Aug. Landrath für Zweibrücken-Hornbach ist Friedensrichter Lorch von Hornbach, Ersatzmann: Bürgermeister Stengel von hier.

* Dem Vernehmen nach ist Hr. Substitut Molitor zum Bezirksrichter hier ernannt.

* **Edenkoben,** den 18. Aug. Ich habe Ihnen nachträglich noch die Bildung unseres Districtsausschusses zu melden. Gewählt wurden: Math. Lederle von Edesheim, Jac. Völker, Ph. Jac. Völker und Ph. Jac. Doll von Edenkoben, Christ. Seitz von Rhodt und Bürgermeister Krebs von Gommersheim.

* **Neustadt.** Mitglieder unseres Districtsausschusses sind: Bergtold von Duttweiler, Mattil von Speyerdorf, Dacqué jun. und Goldarbeiter Clauß von hier, Hammann von Meckenheim und Wiedemann von Lobloch.

⊙ **Aus der Pfalz.** Vom Jahr 1848 bis Freitag den 13. August letzthin war die deutsche Fahne vor dem Bundespallaste zu Frankfurt a. M. aufgepflanzt, von den Meisten unbeachtet, von Einigen mißachtet, von Vielen hochgeachtet.

Nun kommen die bösen sieben Deidesheimer Schwarz-roth-goldnen, pflanzen am 23. Juli Schwarz-roth-gold auf, wurden deshalb wie die sieben Göttinger und die sieben Kieler geächtet, und bekamen zum Schluß als Bürgermeister Hrn. Sieben, (als Nachfolger des Hrn. Jordan).

Hat wohl die Deidesheimer Fahniade dazu beigetragen, die halbvergessene schwarz-roth-goldne Fahne des Bundespallastes einzuziehen? Haben die sieben Deidesheimer deshalb eine Verantwortung, weil sie etwa dazu beigetragen haben, den letzten Schimmer des jugendlichen Aufschwungs zu verwischen? Ich glaube Nein! Die Saat war reif und die Schnitter nahe. Nach dem Herbst kommt der Winter und dann das Frühjahr mit seinen Blumen!

* **Dürkheim,** den 19. August. Mit der Reife der Trauben geht es dieser Tage etwas rascher; die Beeren beginnen weich und durchsichtig zu werden; wir bedürfen jedoch anhaltend gute Witterung um einen guten Wein zu erzielen. Die Traubenkrankheit findet sich nur bei den sogen. „Welschen" in unbedeutender Ausdehnung; von Schaden kann keine Rede sein.

⊙ **Heidelberg,** den 18. Aug. Heute wurde mit Stimmenmehrheit Kaufmann Anders zum ersten Bürgermeister gewählt. In der vorigen Wahl gelangte man zu keinem Resultate, weßhalb man sich endlich für diesen Candidaten entschied. Anders ist sehr reich, in religiöser wie politischer Beziehung durchaus conservativ oder reactionär. Man fand aber in der erleuchteten Musenstadt kein geeignetres Individuum für dieses Amt, wozu freilich manche üble Umstände das ihrige beitragen. Keinenfalls darf man von dieser Wahl aus auf die allgemeine Stimmung der Stadt schließen! — Heute wird das letzte Abschiedsessen für Professor Dittenberger gefeiert.

Kurhessen. Die neuliche Notiz der Frankf. Postztg. über Aufhebung des untern permanenten Kriegsgerichts beruht, laut der Zeitung für Norddeutschland, auf einem Irrthum. Weder dieses noch irgendein anderes militärisches Ausnahmegericht ist bis jetzt aufgelöst, und sie werden auch bis zur Beendigung des Kriegszustandes bestehen.

Berlin, den 17. Aug. Ueber die Stuttgarter Conferenz erfährt man, daß einer der hauptsächlichsten Zwecke derselben, Hannover zum Rücktritt vom Septembervertrage dadurch zu bestimmen, daß Modificationen desselben in Vorschlag gebracht wurden, welche einen andern Erfolg nicht hätten herbeiführen können, als mißlungen zu betrachten ist. (Fr. J.)

Die freien Gemeinden sind jetzt in Preußen fast sämmtlich aufgelöst, nur die Magdeburger, von Ublich gestiftete, hält sich noch unter dem Schutze der ihr von der Märzregierung des Jahres 1848 ertheilten Conzession. Der Anschluß von Filialen, so wie das Fungiren ihrer Geistlichen außerhalb Magdeburg ist untersagt.

Aus Oesterreichisch-Schlesien, den 8. Aug. Der Deutschen Allg. Ztg. schreibt man: Die öffentlichen Zustände der Protestanten in Oesterreich verschlimmern sich von Tag zu Tag, und während man in Deutschland der katholischen Kirche alle möglichen Concessionen macht und der Jesuitismus im Herzen protestantischer Länder sein siegreiches Banner erhebt, sind die Gemüther der österreichischen Protestanten von Furcht erfüllt über ein System von fortdauernden Hemmungen, denen sie unterworfen sind. Durch eifrige amtliche Wirksamkeit oder durch ihren Geist einflußreiche und von ihren Gemeinden geliebte Seelsorger werden ihres Amtes entsetzt, ohne daß zu einer derartigen Maßregel das Einverständniß oder die Mitwirkung des Consistoriums in Wien nothwendig und erforderlich wäre. Die Suspensionen der Pastoren Steinacker in Triest und Kossuth in Prag haben allgemein Sensation erregt. Die Triester Gemeinde hat Hrn. Steinacker als Anerkennung seiner Verdienste ein bedeutendes Geschenk gemacht und will auch durch fünf Jahre zur Erziehung seiner Kinder jährlich 500 Fl. beisteuern. Pastor Kossuth soll dagegen noch immer in Haft sein. In Grätz in Steiermark hatte sich die Mehrzahl der deutsch-kathol. Gemeinden der evangelischen angeschlossen; gegenwärtig müssen nun alle Deutsch-Katholiken wieder römisch-katholisch werden, dann erst können sie zur evangelischen Konfession übertreten. Auch hat es sich in derselben Stadt ereignet, daß bei Mischehen, wo der eine Theil nachträglich evangelisch geworden war, die Kinder dennoch eine katholische Erziehung erhalten müssen, und diejenigen, welche bereits die evangelische Schule besuchten, dieselbe verlassen mußten. Die Anzahl solcher Kinder soll mehr als 60 sein. Wollen die Evangelischen irgendwo eine neue Schule errichten, so wird ihnen die Bewilligung unter allerlei Vorwänden untersagt. Die Gemeinden Gotschdorf und Kleinbressel waren vor kurzem ebenfalls um Bewilligung zur Errichtung einer selbstständigen evangelischen Schule eingekommen. In dem bezüglichen Bescheide heißt es unter Anderm: die evangelischen Insassen jener Dörfer wären seit 30 bis 40 Jahren verpflichtet, ihre Kinder in die dasigen katholischen Schulen zu schicken und müßten es auch fernerhin thun, da es einerseits die zu geringe Kinderanzahl — aus beiden Gemeinden gegen 70—80 — nicht zulässig mache, eine eigene Schule zu gründen und auch die Unterhaltung des Lehrers und die Erbauung des Schulgebäudes mit zu vielen Kosten verbunden sei, die zu tragen die Gemeinden unvermögend wären; dagegen könnten sie sich einen eigenen Religionslehrer anstellen. Die schlesische Landesschulbehörde hat freilich nicht eingesehen, daß die Anstellung eines besonderen Religionslehrers eben so viel

kostet, als die Erhaltung eines eigenen Schullehrers, und was die kleine Kinderanzahl betrifft, so bemerken wir, daß eine Stunde von jenen Gemeinden entfernt ein Dorf Namens Langendorf liegt, wo vor mehreren Jahren für die dasigen 12—15 katholischen Kinder eine eigene Schule gebaut und ein Lehrer angestellt wurde, denn dem evangelischen Schulunterrichte beizuwohnen ist unter keiner Bedingung katholischen Kindern gestattet.

Fünfkirchen, den 13. Aug. Das Convict in Tyrnau hat der Primas den Jesuiten übergeben.

Frankreich.

Paris. Hier ein hübsches Schlagwort auf die verflossenen Wahlereignisse aus einem Salon der parlamentarischen Fronde. Ein englischer Staatsmann äußerte dort als leidenschaftlicher Anhänger der Wahlfreiheit: „Die Maires durch die Präfecten ernennen, die Wähler durch die Maires auswählen, endlich wieder die Candidaten durch Maires und Präfecten präsentiren, wie soll man das Verfahren nennen?" „„Mein Herr, entgegnete lächelnd die Dame vom Hause, wir nennen das: die Pyramide auf ihre Basis stellen!"" Treffende Anspielung auf gewisse Worte in der Kammereröffnungsrede.

Paris, den 17. August. Es bestätigt sich, daß ein Circular des Ministers der allgemeinen Policei an die Präfecte in Bezug auf den Mißbrauch erlassen worden ist, welchen sie von ihrer Befugniß machen, den Journalen Verwarnungen zukommen zu lassen.

Auf telegraphischem Wege soll die Regierung gestern die Anzeige erhalten haben, daß der Bischof von Luçon sich geweigert hätte, das Tedeum aus Anlaß des politischen Festes des 15. August zu celebriren.

Während der ganzen Dauer der Festlichkeiten des Napoleonstages war dem Vernehmen nach die Hälfte der gesammten Garnison von Paris in die Casernen consignirt.

Ueber die Ursache des Brandes im Elysee circuliren drei Versionen: Nach der einen hat man die werthvollen Papiere, Bankscheine und das Gold, welches dort aufbewahrt wird, gestohlen und hat den Diebstahl durch das Feuer vertuschen wollen. Nach einer andern Version hat man das Feuer angelegt, um Papiere zu vernichten, die für mehrere Personen compromittirend sind und die sie zwingen, dem Elysee zu gehorchen. Nach einer dritten endlich ist es der Präsident selbst gewesen, der durch eine brennende Cigarre, die er auf einen Teppich geworfen, das Feuer angezündet hat. Letzteres sagen die Beamten des Elysee: der Präsident war nemlich um 9 Uhr des Abends vor dem Brande in seinem Cabinet gewesen.

Die kaiserliche Propaganda in den Provinzen wird fortwährend sehr eifrig betrieben. Bereits haben mehrere Bezirksräthe, u. a. der von Bezieres, Wünsche um Wiederherstellung des erblichen Kaiserthums ausgesprochen. Man unterstützt diese Bewegung auf alle Weise, um dem Auslande sagen zu können: „Frankreich will es!" — Ludwig Napoleon hat gestern weder dem Diner beim Marineminister, wo er erwartet wurde, noch dem Seekampfe beigewohnt; wie verlautet, hatte ihn die Revue zu sehr ermüdet. — Einige Personen, welche gestern der Republik Vivat riefen, sind verhaftet worden.

Thiers mußte, um aus der Verbannung zurückkehren zu dürfen, sein Ehrenwort geben, sich aller Umtriebe gegen die jetzige Regierung zu enthalten. — Bis jetzt haben sich erst 14 gleich Herrn Thiers bereit erklärt, das geforderte Versprechen zu leisten.

— den 18. Aug. Auch der heute erschienene Moniteur theilt noch nicht die Liste der bei Gelegenheit des 15. August Begnadigten mit.

Großbritanien.

London, den 14. August. In London werden jetzt Anstalten gemacht, die verschiedenen Policeistationen der ungeheuern Stadt durch unterirdische electrische Telegraphendräthe miteinander in Verbindung zu setzen. Das Athenäum räth, diese Communication auch unter den verschiedenen Feuerwachen der Stadt herzustellen.

London, den 17. Aug. Der Standard glaubt die Versicherung geben zu können, daß der englisch-amerikanische Fischereienstreit bereits zu beiderseitiger Zufriedenheit ausgeglichen sei; die Bedingungen würden wahrscheinlich die einer absoluten Gegenseitigk it sein, so daß die Amerikaner die Erlaubniß haben sollen, in allen britischen, die Briten eben so in allen amerikanischen Gewässern — drei Meilen von der Küste, gleichviel, ob in- oder außerhalb einer Bucht — zu fischen.

Die ostindische Compagnie hat beschlossen, ihr asiatisches Reich mit einem großartigen Netze electrischer Telegraphen zu versehen.

Griechenland.

Athen, den 10. Aug. Der americanische Bevollmächtigte ist, nach Uebernahme der Gerichtsacten in Betreff des Missionärs King mit der americanischen Flotte nach Triest abgesegelt.

Türkei.

Konstantinopel, den 7. August. Der Großvezir Reschid Pascha hat abgedankt, an seine Stelle ist Ali Pascha zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt. Fuad Effendi sollte dieses Ministerium erhalten, hatte es aber nicht angenommen.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 3. Aug. Aus einem im Senat gestellten Antrag erhellt, daß die Regierung eine Correspondenz über die vorgeschlagene Abtretung der Sandwichinseln in Händen hat. Der Präsident glaubt aber die Vorlegung verweigern zu müssen. — Zu Rochester nimmt die Cholera erschrecklich überhand. 60 Erkrankungs- und 26 Todesfälle kamen dort in zwei Tagen vor. Auch in Buffalo ist sie ausgebrochen. — Die Einwanderung aus Europa betrug in Newyork im Juli 29,401 Personen; vom 1. Jan. bis 1. Aug.: 179,051 Personen, oder 16,472 mehr als 1851.

Die Nachricht von der Ermordung des Capitäns Marcy und seiner Soldaten bei Fort William in Arkansas hat sich nicht bestätigt.

Neueste Nachrichten.

München, den 18. Aug. Ministerialrath Dr. Dönniges verweilt wieder in München. — Der heute erschienene „Volksbote" wurde abermals confiscirt.

Unweit Groischberg, Landg. Mallersdorf, fand am 9. ds. ein im Holze umherlaufender Hund einen weiblichen Vorderarm, und brachte denselben einer am Felde beschäftigten Person, was auf eine begangene Frevelthat schließen läßt. Die an Ort und Stelle erschienene Gerichtscommission konnte jedoch trotz aller Nachforschungen keine weiteren Theile eines Leichnams auffinden.

Stuttgart, den 19. Aug. Gestern ist die Princessin Wasa mit ihrer Tochter Carola hier durch nach Oesterreich gereist. Die rasche Handlungsweise dieser Damen beschämt eine große Nation in mehr als Einer Hinsicht. (Beobachter.)

Die Abgeordnetenkammer hat fast einstimmig das Ersuchen an die Regierung um Vertagung gerichtet.

Frankfurt. In der vorletzten Bundestagssitzung, schreibt man der Allgm. Ztg., habe Preußen größere Geneigtheit als bisher zum Eingehen auf gemeinsame Preßmaßregeln an den Tag gelegt.

Schweiz. Am 15. August wurde das 14. eidgenössische Uebungslager eröffnet. Schon Vormittags 10 Uhr rückten vom linken Aarufer die Freiburger und dann die Waadtländer ein; diese mit schöner türkischer Musik. Der Ruf, der den Freiburgern vorangegangen, und der nachlässige Einmarsch, konnten den Zuschauer nicht mit diesen Leuten versöhnen. (Beim Abmarsch von Bern ließen sich

in dem Bataillon Stimmen (als Zeichen der Versöhnung!) vernehmen: „es lebe der Sonderbund!“) Nach etwa einer halben Stunde rückten von Thun her die Berner mit der trefflichen Stadtmusik an; gleich darauf die St. Galler, dann die Walliser, Graubündner und Luzerner, die Neuenburger-, Thurgauer- und Schwyzer-Scharfschützen und endlich, etwa 1 Uhr, das Neuenburger Bataillon. Durch kräftige Mannschaft und militärische Haltung zeichneten sich die Graubündner und Neuenburger vortheilhaft aus. Welcher Contrast zwischen diesen Neuenburgern und den Freiburgern! Diese freiheitglühende, freiheitstolze Schaar, die mit unermüdeter Wachsamkeit über ihrem kaum errungenen Kleinod wacht, wie sie den Kopf hoch trägt! Und diese Scharfschützen alle, diese flotten Leute, die nach dem langen Marsche sofort vor ihren Zelten „Allons enfans“ und „Was ist des Schweizers Vaterland“ anstimmten!

Tessin. Am 13. August wurden der Regierung Petitionen mit angeblich 5000 Unterschriften um Verschiebung des Vollzugs oder Rücknahme des Gesetzes über Säkularisation der geistlichen Lehranstalten eingegeben. Bekanntlich haben viele von den Unterzeichnern erklärt, daß sie nur in Folge von Täuschung ihre Unterschrift gegeben haben.

Paris, den 17. Aug. Der Bezirksrath von Bezieres, wie der von Thionville und Montreuil haben ihre ersten Sitzungen dazu benutzt, um den Wunsch nach Wiederherstellung des Kaiserthums durch ein Senatusconsultum auszusprechen. In demselben Bezieres sind am 13. (also zwei Tage vor dem großen Napoleonsfeste!) zwei zum Tode verurtheilte Decemberinsurgenten hingerichtet worden.

Miscellen.

Mainz. In der alten Bischofsstadt Mainz betrug die Seelenzahl der protestantischen Gemeinde bei ihrer Gründung im Jahr 1802 nicht mehr als 6—700, und gegenwärtig ist sie auf beinahe 7000 Seelen angewachsen.

Frankfurt, den 18. August. Es ist vor Kurzem durch mehrere Tagblätter die Nachricht von einer massenhaften Rückkehr deutscher Auswanderer aus Newyork, mit Schiffen von Hamburg und Bremen verbreitet worden. Nach sorgfältig eingezogener Erkundigung sind wir in Stand gesetzt, diese Mittheilungen als unbegründet darzustellen. Was in der letzten Zeit von deutschen Auswanderern aus Newyork zurück kam, beschränkte sich nur auf solche Individuen, welche entweder aus körperlicher Gebrechlichkeit oder zuweit vorgerücktem Alter sowie unzureichender Mittel, dort zurückgewiesen wurden, und auf jene, die einzelne Familienglieder aus Deutschland abholen. (Fr. J.)

Die Besorgniß, das Thor des Bundespalais werde die deutsche Fahne für immer verlieren, ist überflüssig; denn nach der Rückkehr des Präsidialgesandten und der Wiederaufnahme der Bundessitzungen wird sie ihre frühere Stelle einzunehmen haben, ob aber mit frischerem Aussehen, ist noch unbekannt. (Köln. Z.)

Leipzig, den 17. August. Die k. Kreisdirection macht bekannt, daß von dem Appellationsgerichte hierselbst auf Confiscation und Vernichtung des ganzen ersten Bandes der Druckschrift: „Der Nationalkrieg in Ungarn und Siebenbürgen in den Jahren 1848 und 1849 von Georg Klapka, Leipzig, Druck und Verlag von Otto Wigand, 1851“, so wie der 101. Seite des zweiten Bandes des nämlichen Werkes erkannt worden sei, welchem Erkenntnisse auch Hr. Otto Wigand sich unterworfen habe.

In einer böhmischen Ortschaft Poprschad (Bezirksgericht Rschitschan) hat sich vor Kurzem der schauderhafte Fall ereignet, daß ein 5jähriger Bube, der unbeaufsichtigt mit seinem 3jährigen Schwesterchen „Erhängen“ spielte, das Kind mit einer Schleife an einer Wagendeichsel wirklich aufhängte und ihm den Schemel unter den Füßen wegzog, so daß das Mädchen erstickt war, ehe die Mutter dazu kam.

In dem bekannten zu **London** verhandelten Verläumdungsprozeß des protest. Dr. Achilli gegen den kathol. Dr. Newman hat bekanntlich Dr. Newman, trotzdem daß er, um Dr. Achilli's Sittenlosigkeit zu beweisen, Zeugen bis von Malta und Sicilien kommen ließ, doch verloren. Die Proceßkosten machen bloß 75,000 fl. Dr. Newmann hat erst 25,000 fl. beisammen, das übrige soll gesammelt werden und Kardinal Wiseman ermahnt die Katholiken London's, an den Kirchenthüren Beiträge zu geben. Sogar in Köln hat die ultramontane deutsche Volkshalle, deren Redacteur bekanntlich aus Preußen ausgewiesen ist, eine Sammlung versucht, aber nicht zu Stande gebracht.

Am 3. August ist die Stadt Wasa in Finnland ganz abgebrannt, bis auf das Hofgerichtsgebäude und circa 3 bis 4 Häuser. Wasa zählt etwa 3000 Einwohner.

Geldcourse.

Frankfurt, den 19. Aug. Pistolen 9 fl. 46 — 47 kr., Ducaten 5 37 — 38, 20-Franken-Stücke 9 33½ — 34½ Holländische 10fl.-Stücke 9 57½ — 58½, Preußische Thaler 1 45¼—45½, Fünffrankenthaler 2 fl. 22¼ kr.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 17. Aug. Weizen 5 fl. 9 kr., Korn 4 fl. 13 kr., Gerst 3 fl. 28 kr., Spelz 3 fl. 38 kr., Haser 3 fl. 15 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 14. Aug. Weizen 5 fl. 10 kr., Korn 4 fl. 5 kr., Spelz 3 fl. 53 kr., Gerst 3 fl. 27 kr., Haser 3 fl. 19 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 17. Aug. Weizen 4 fl. 43 kr., Korn 4 fl. 7 kr., Spelz 3 fl. 10 kr., Gerst 3 fl. 7 kr., Haser 3 fl. 5 kr., Kartoffeln 1 fl. 4 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 13. Aug. Weizen 11 fl. 32 kr., Korn 7 fl. 57 kr., Gerste 5 fl. 36 kr., Haser 4 fl. 26 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1180ª] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einem der ersten Gasthöfe in Mannheim wird ein junger Mensch von guter Familie und Erziehung, welcher die Wirthschaft erlernen will, baldigst in die Lehre genommen, und gibt hierüber Auskunft:

W. Finninger, in Speyer.

[1181²] **Fässer-Versteigerung.**

Den dreißigsten August nächsthin, Morgens um acht Uhr, in dem Wohnhause des Herrn Simon Baader zu Oberhambach, in der Kirchgasse gelegen, läßt Joseph Mayer, Handelsmann in Maikammer wohnhaft, seine ihm zugehörigen, in dem Keller der obgedachten Baader'schen Wohnbehausung lagernde 18 bis 19 Stück Weinfässer von 2 bis 5 Fuder Gehalt auf angemessenen Zahlungstermin freiwillig versteigern.

[1182³] **Verkaufs-Anzeige.**

Der Besitzer einer seit vielen Jahren mit bestem Erfolg betriebenen Tabak- und Cigarrenfabrik, verbunden mit Detailverkauf, beabsichtigt Krankheitshalber das Geschäft mit Local nebst allen zur Fabrikation nöthigen Geräthschaften zu verkaufen oder auf längere Zeit zu vermiethen.

Das 180 Fuß tiefe und 96 Fuß breite gut und massiv gebaute Haus liegt in einer der lebhaftesten und gewerbreichsten Lage der Stadt Mannheim, enthält große Magazine, Speicher und Keller und würde sich wegen seiner großen Räume zu jedem Etablissement, insbesondere zu einem Commissions- und Speditionsgeschäft, vorzüglich eignen.

Nähere Auskunft ist zu erfahren auf dem Geschäftsbureau von Robert Pfeiffer in Mannheim Litra O 6 Nro. 1.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 202 | den 22. August 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 21. Aug. Vor Kurzem hatte das Pfälzische Organ der Reaction die Stirne, anzudeuten, daß die freisinnige Partei in der Pfalz bald auch aus ihrer „letzten Position" vertrieben sein werde. —

Als die Districtswahlen angeordnet wurden, wagte man es, den Pfälzern die Schmach ins Angesicht zuzumuthen, daß alle Freisinnigen, (ohne Rücksicht auf Befähigung und Tüchtigkeit!) blos dieser ihrer Gesinnung wegen ausgeschlossen werden müßten.

Das Ergebniß der Wahlen ist die beste Antwort darauf, — das Ergebniß der Districtsraths-, der Districtsausschuß- und nun ganz besonders das der Landrathswahlen.

Bei Ernennung der Landrathsmitglieder mußte sich nothwendig die politische Richtung der Districtsräthe auch für den Blinden kund geben, um so mehr, je offener man diese Ernennung ausdrücklich als einen politischen Act erklärt hatte. Das Resultat liegt bereits ziemlich vollständig vor: es ist ein wahrhaft erfreuliches. Wenn wir die ganze Reihe der von den höchstbesteuerten Grundbesitzern, und der von den Districtsräthen Gewählten, so weit die Letzten bekannt sind, überblicken, so finden wir darunter blos einen Gewählten, der sich etwa zur Farbe der Pfälzer Zeitung bekennen mag! Alle übrigen sind freisinnige Männer, die es, wie wir glauben überzeugt sein zu dürfen, als einen Schimpf ansehen würden, wenn man sie den Reactionären, den Conservativen nach dem Muster der Pflzr. Ztg., beizählen wollte.*) Auch kann es die Reactionspartei sich wohl selbst nicht mehr verheimlichen, daß der Pfälzische Landrath aus Männern gebildet ist, welche sowol die nöthigen Kenntniße besitzen, um die Interessen des Kreises und seiner Bewohner zu erkennen, als auch den nöthigen Muth, um dieselben zu vertheidigen und zu wahren, — aus Männern, die zwar keineswegs den blos als Hirngespinnst existirenden wahnsinnigen Communismus, die aber ebenso wenig die Fortsetzung der wirklich vorhandenen und bereits ins Maßlose getriebenen Reaction wollen.

Sehr bezeichnend ist es, daß die Wahl von Beamten, welche bei Bildung der letzten Landtagskammer eine so große Rolle spielte, mit einer Ausnahme vollständig aufgehört hat, (denn daß wir einen notorisch als selbstständig bekannten Notär nicht in die Classe der zu befördernden, zu versetzenden oder zu quiescirenden Beamten bringen, wird wohl keiner besonderen Rechtfertigung bedürfen.) Auch wird der Landrath nicht mehr in die Nothwendigkeit versetzt sein (wie es früher, bei der Auswahl unter den „Candidaten" durch die Regierung wiederholt der Fall war), einen Angehörigen des geistlichen Standes mit den Secretariatsgeschäften belästigen zu müssen.

Man hat die Art der Bildung des Landraths in sehr künstlicher Weise ausgedacht. Als Grundlage dienen die Districtsräthe, hervorgegangen aus der Wahl der Gemeinderäthe, die bei der Ernennung auf die Bewohner ihrer speciellen Gemarkung beschränkt sind, und der höchstbesteuerten Grundbesitzer, die nur aus ihrer eigenen Mitte wählen dürfen. Man hat diese Districtsräthe sodann noch mit der eigenthümlichen Beigabe besonderer Vertreter des Aerars ausgestattet, welche geradezu von der Regierung ernannt werden, und dann auch bei der Landrathswahl mitzuwirken haben. Man hat endlich nochmals eine eigene Vertretung des großen Grundbesitzes geschaffen. Aber die großen Grundbesitzer, wie die schlichten Dorfbewohner haben so gut als die Städter erkannt, daß es sich hier nicht um einen Zwiespalt unter ihnen, — sie haben erkannt, um was es sich beim Landrathe in Wirklichkeit handelt. Alle jene künstlichen Einrichtungen obendrein — haben zu keinem andern, als dem vorliegenden beruhigenden und erfreulichen Resultate geführt. Sprechen wir es offen aus, was jeder, die Verhältniße unbefangen würdigende Staatsmann erkennen wird: gerade das System der übertriebenen Strenge (um es nicht schärfer zu bezeichnen), ist es, dem man die heutigen Ergebniße, wenn auch allerdings ganz gegen die Absicht, dennoch vielfach zu verdanken hat. —

*) Bei den Wahlen schon konnte man in vielen Fällen wahrnehmen, daß es genügte, von der Pfälzer Ztg. vorgeschlagen zu sein, um — durchzufallen! Hr. Jäger griff in seiner Verlegenheit einigemal nach Männern, die das Mißgeschick wirklich nicht verdienten, von ihm empfohlen zu werden. In einem speciellen Falle konnte man aber ganz schlichte Wähler äussern hören: dem können wir aber doch unsere Stimme nicht geben, der ist ja sogar von der Pfälzer Ztg. empfohlen! In einigen Bezirken schlug die Pflzr. Ztg. wider Wissen und Willen der Nächstbetheiligten solche Candidaten vor, für welche gerade die Freisinnigen stimmten, und wider welche die Conservativen der Pflzr. Ztg. an Ort und Stelle (wenigstens in einem Bezirke) sogar Gegencandidaten aufstellten. Wir lassen es dahingestellt sein, ob totale Unkenntniß der Personen und ihrer ganzen Richtung seit Jahrzehnten, oder ob die Verzweiflung, irgend Jemanden durchsetzen zu können, der Grund war.

* **Kandel,** den 19. Aug. Mit Vergnügen beeile ich mich, Ihnen mitzutheilen, daß die Districtsräthe der Kantone Kandel und Bergzabern*) im freisinnigen Geiste gewählt haben. — Hr. Eckert, Müller in Schaidt, ein entschieden freisinniger Mann, erhielt als Landrath von 66 Stimmen 37, während die zwei Candidaten der Pfälzer Zeitung, der eine 10 und der andere 8 Stimmen erhielten; die übrigen Stimmen fielen zerstreut auf Andere. — Hr. Michael Klein, Gutsbesitzer in Niederhorbach, ebenfalls ein wackerer, vom Geiste des Fortschritts beseelter Mann, vereinigte auf sich als Ersatzmann 40 Stimmen, der Gegencandidat 14; die übrigen Stimmen fielen zerstreut auf Andere. — Werden dem Hrn. Vogesenjäger bald die Augen aufgehen, daß er im Volke keinen Halt hat?

* **Annweiler,** den 20. Aug. Die Districtsräthe von Annweiler-Dahn haben Hrn. Müller Stein von Annweiler zum Landrath, und Hrn. Dauenhauer von Dahn zum Ersatzmanne gewählt. Der Candidat, den die Pflzr. Ztg. octroyiren wollte, ward sonach — nicht gewählt!

* **Homburg,** den 20. Aug. Zum Landrath wurde hier Hr. Heinrich Krämer von St. Ingbert gewählt, der bekanntlich Landrath und in früherer Zeit Landtagsabgeordneter war. Als Gegencandidat hatten die s. g. Conservativen einen Beamten (Hrn. Rentmeister Freiburger) aufgestellt, der aber durchfiel. Ersatzmann ist Hr. Gastwirth Zott von Homburg.

*) Wahlbezirk des Hrn. Dr. Jäger zum Landtage, zu dem überdies noch die Kantone Germersheim und Annweiler gehörten!

† **Landau,** den 20. Aug. Wir sind der bringlichen Weisung der Pfälzer Ztg. gefolgt und haben, um das Vaterland zu retten, welches ob der Speyerer Districtswahlen bereits in Gefahr erklärt war, uns beeilt, vollkommen unabhängige und ehrenfeste Männer in den Ausschuß des Districtsraths zu wählen, namentlich: 1) W. Th. Claus mit 23, 2) Oeconom Conrad v. Mörzheim mit 23, 3) Oeconom Guth v. Insheim mit 23, 4) Bürgermeister Lang v. Landau 23, 5) Kaufmann Born v. Siebeldingen 23, 6) Bürgermeister Becker v. Niederhochstadt mit 21 Stimmen. Ersatzmänner sind: Bürgermeister Keller v. Wolmesheim, Anwalt Böding v. Landau, L. Bongerichten v. Offenbach, Bürgermeister Kunz v. Oberhochstadt, Volz v. Queichheim, Mahla Anwalt.

Inwiefern sich nun das Wahlcollegium die Zufriedenheit des obersten bestallten Leiters und Ventilators der öffentlichen Meinung und politischer Thätigkeit der Pfalz mit erster und zweiter Wahl erworben haben wird, ist bis jetzt erst zu vermuthen, und es kann sich gratuliren, wenn es sich keine öffentliche Rüge zuzieht, daß die letzten nicht die ersten geworden sind. Wer heut zu Tage nicht von der stricten Observanz ist, wie sie die Pfälzer Ztg. vorzuschreiben und namentlich bei den letzten Wahlen zu dictiren für gut hält, wer noch unabhängig ist und bleibt, darf sich auf dergleichen und noch mehr gefaßt halten. Doch dem Wollenden geschieht kein Unrecht; wenn auch die Wahlen anders ausfielen als die Vorschläge, die Stimme der Pfälzer Zeitung ertönt doch nie umsonst.

○ **Frankenthal,** den 18. Aug. Vor dem hiesigen Zuchtpoliceigerichte wurde Kaufmann Kölsch von Neustadt wegen unerlaubten Verkaufs von Fliegenpapier (arsenikhaltig) auf Grund des Gesetzes vom Germinal des Jahres XI. um 3000 Franken gestraft. (Wir veröffentlichen diesen Fall zur Warnung für so Viele, die nicht ahnen, welcher Strafe sie sich durch Verkauf eines derartigen Mittels aussetzen. Allerdings zeigt aber auch jedes derartige Vorkommniß die Nothwendigkeit der Abänderung eines solchen drakonischen Gesetzes.)

Betrachtungen. Der Nürnb. Kur. bemerkt u. a. aus Veranlassung des Verkaufs der Rednerbühne der Paulskirche an die von Jesuiten besuchte Gemeinde Bürgel:

Wahrlich, es ist eine Ironie des Schicksals, wie sie selten vorkömmt, daß gerade den Jesuiten die Rednerbühne des deutschen Parlaments in die Hände fallen mußte; eine Ironie des Schicksals, das damit andeuten will, daß von allem Gerede nichts heraus gekommen als die Freiheit der Jesuitenmissionen.

Und in der That, wenn die Steine und das Holz der Wände die Nationalversammlung waren, so ist die Nationalversammlung so gut wie nicht dagewesen. Die Paulskirche in Frankfurt a. M. wird ihrem Beruf wieder gegeben und wahrscheinlich wird bald ein Geistlicher voll von obrigkeitlicher Frömmigkeit die „Zeit der Schande" mit frommem Bannspruch belegen, in welcher die Paulskirche zur Rednerbühne des deutschen Volkes wurde. — Wenn die deutsche Reichsverfassung nichts ist als das Pergamentexemplar, welches Dr. Jucho sich weigert dem deutschen Bund auszuliefern, so ist auch die deutsche Reichsverfassung so gut wie nie dagewesen. — Wenn die Parlamentstribüne nichts weiter war als die Bretter, welche die Gemeinde Bürgel gekauft und von den Jesuiten zur Kanzel weihen ließ, so ist auch die Parlamentstribüne nur ein Traum des deutschen Volkes und nichts wirkliches gewesen.

Und wären die Jesuiten nicht und stände nicht noch der Verkauf der deutschen Flotte bevor, so wäre bald keine sichtbare Spur mehr vorhanden, daß Deutschland Zeiten wie die von 1848 vor sich gesehen!

Aber, Gottlob, noch gibt es Eines, das nicht zur Auction gebracht werden kann, das die Kabinette nicht in Beschlag zu nehmen verstehen und die Jesuiten nun und nimmer ankaufen werden, etwas das haltbarer ist als Holz und Stein der Wände eines Nationalversammlungslokals und besser gesichert ist als eine versteckte pergamentene Reichsverfassung, das sicherer steht als eine halbe Flotte und eine bretterne Rednerbühne; noch ist das Eine vorhanden, das jetzt in einen gesunden gesegneten Schlummer versunken ist, aber zur rechten Stunde erwachen wird, noch ist das Herz des deutschen Volkes vorhanden, ein treues, frommes, gläubiges Herz, das verrathen, aber nicht verkauft werden kann! Mag die deutsche Flotte, die ein Symbol der deutschen erwachten Macht sein sollte, jetzt zum Spott der deutschen Einheit versteigert werden, mag das Pergament der deutschen Reichsverfassung im Versteck des Dr. Jucho verbleiben oder dem Bundestag in die Hände fallen, mögen die Bretter der Rednerbühne zur Kanzel für die Jesuiten umgestaltet werden, — die Zeit, die wir erlebt haben, sie ist gewesen, und ist nie und durch keine Macht der Erde ungeschehen zu machen. Die Flotte ist hin, aber diejenigen, die reiche Gaben voll Liebe dafür gespendet, sie leben noch, um noch viel zu erleben. Die Nationalversammlung ist hin, die sie abgeordnet haben, existiren noch und werden noch vieles vor sich sehen. Die Reichsverfassung ist hin; aber was sie Kräftiges und Einigendes in sich trug, ist im Verlangen und im Bedürfniß des Volkes nicht erstorben. Die Rednerbühne ist hin; aber was Wahres, Großes und Erhabenes auf ihr erklungen, kam aus dem Herzen des deutschen Volkes und drang in das Herz des deutschen Volkes und wird nur erlöschen mit dem Herzen des deutschen Volkes, das fürwahr nur in Schlummer und nicht in das Grab gesunken ist.

Wahrlich, es ist Zeit, daß man dies dem Kleinmuth und dem Hochmuth zurufe: Dem Kleinmuth, der tief bedrückt von der Schmach der Gegenwart an der Zukunft verzweifeln will, und dem Hochmuth, der blind vom Siege der Jetztzeit so gern die jüngste Vergangenheit verleugnen möchte! Es ist Zeit, daß man es ausspricht und unablässig wiederholt, wie nichts, was gewesen ist, verloren geht, und nichts, was existirt hat, hinweggeleugnet werden kann. Alles, was eine Vergangenheit hatte, hat seine Triebkräfte in der Gegenwart, und alles, was in Triebkräften der Gegenwart lebt, tritt mit der Zukunft an das Tageslicht. Cabinetsverbindungen, diplomatische Verträge, Policeimaßregeln und Jesuitenmissionen und alle Künste der Reaction, sie können nicht einen Tag, nicht eine Stunde, nicht ein Wort, nicht einen Laut ungeschehen machen, der einmal dagewesen. Sie können die Zeugnisse der Wahrheit, aber nicht die Wahrheiten verbieten, und wenn die Zeit kommen wird, wo das Herz des deutschen Volkes erwacht aus seinem gesegneten Schlummer der Erholung des Völkerlebens, dann werden all' die Kunststücke nur Eines bewirkt haben, die Läuterung und Verklärung der Vergangenheit im Gedächtniß des deutschen Volkes.

. . . Die Reaction, die jenes momentane Erbleichen der Ideale im Herzen des Volkes klug benutzt hat, um ihr Panier aufzupflanzen, sie hat jetzt die Rolle unfreiwillig und unbewußt übernommen, wiederum einen Schein der Verklärung über sie zu verbreiten. — Sie überschüttet die Wünsche des Volkes mit dem verherrlichenden Märtyrerthum. Mit der Verfolgung schwindet auch das Andenken an das Unschöne und Thörichte, das sich am Edlen anheftet. — Wenn die bestehende zerrissene und unthätige Flotte den Einheitsgeist niedergedrückt hätte, so wird dereinst jedes Brett der verauctionirten Flotte ein Symbol des Einheitsgeistes in besseren Tagen werden. Die leblose Reichsverfassung erweckt Schauergefühle im Volke; die confiscirte Reichsverfassung wird dereinst eine Lebensquelle des Volkes werden. Die leerstehenden Wände des deutschen Parlaments würden Grabesgrauen erwekken; das wiederaufgerichtete frisch erneute Parlament werden dereinst Lebensströme durchpulsen. Die bestaubte Rednerbühne würde wie Moderduft unheimliche Gefühle erwecken; wenn aber dereinst die Gemeinde Bürgel heranziehen wird, um ihre Kanzel, die in den Zeiten des erstandenen Bundestages verauctionirt wurde, in den Zeiten des auflebenden deutschen Volkes, dem deutschen Volke

wieder zurückzubringen, dann wird der Glaube und der Jubel neu belebt sein, wie er neu belebt war zu den ersten Zeiten, als die deutschen verbotenen Farben wiederum vor den Augen des deutschen Volkes schwebten, und dann werden nicht nur die Kleinmüthigen und die Hochmüthigen, sondern selbst die Jesuiten auf der Kanzel der Gemeinde Bürgel es erkennen, daß das Herz des deutschen Volkes nur geschlummert, daß das Herz des schlummernden Volkes doch gelebt hat.

München, den 18. Aug. Hr. Ministerpräsident v. d. Pfordten hat gestern seine beiden Portefeuilles wieder übernommen.

Freiburg. Von den 55 zu den Strafexercitien nach St. Peter einberufenen Geistlichen, welche Exercitien der Pater Roh leitet, sind 49 Pfarrer eingetroffen. Die Ungehorsamen will der Erzbischof mit Suspension bestrafen. Die Regierung wird ihnen aber den Gehalt auszahlen. Der Conflict wird sonach nur desto größer werden.

Frankfurt, den 17. Aug. Der Adler, welcher letzten Sonntag vor dem Hôtel des französischen Gesandten mit den Buchstaben L N über dem Kopfe in glänzender Beleuchtung prangte, war nicht der französische. Man nahm es nämlich, wol aus ökonomischen Rücksichten, nicht so genau damit, und bediente sich eines großen transparenten Frankfurter Adlers, welcher im Jahre 1848 bei einer feierlichen Gelegenheit Dienste hatte leisten müssen. Der Vorgang gibt zu manchen heitern Bemerkungen Anlaß. (Allg. Ztg.)

Hannover, den 16. Aug. Auch der am hiesigen Hof beglaubigte französische Gesandte hatte durch wiederholte Inserate in der Hannov. Ztg. zu einem feierlichen Gottesdienst in der hiesigen katholischen Kirche zu Ehren des Geburtstags „de son Altesse le Président de la République" eingeladen. Dieser Umstand mag wol eine Gegendemonstration herbeigeführt haben, die jedes deutsche Herz begreifen wird. Bekanntlich ist die Waterloo-Säule auf der hiesigen Esplanade, inmitten der Militärcaserne und des neuen Zeughauses, 160 Fuß hoch, unten mit eroberten französischen Kanonen geziert, und trägt oben eine colossale Siegesgöttin. Im Innern führt eine Treppe bis zur Spitze. Gestern morgen früh nun, nachdem kurz vorher mehrere in weite Paletots gehüllte Herren auf der Waterloo-Säule die „schöne Aussicht" genossen hatten, sah man plötzlich die Figur der erhabenen Siegesgöttin mit Kränzen und Guirlanden reich geschmückt. (Allg. Ztg.)

Dessau, den 17. Aug. Durch eine herzogliche Verordnung sind die vielen, langjährigen Eichenprocesse implicite entschieden worden. Alle Eichen im Lande, auch die auf Privatgrund stehen, bleiben danach dem alten Herkommen gemäß landesherrliches Eigenthum.

Berlin, den 15. August. Die ministerielle „Zeit" bringt heute folgenden Artikel an der Spitze ihres Blattes: Der Wiedereröffnung der Zollconferenzen in Berlin, die in den nächsten Tagen bevorsteht, wird von allen Seiten mit großer Spannung entgegengesehen. Wir sagen: von allen Seiten; denn im Lager der Darmstädter Coalirten hat man, allem Anscheine nach, Ursache, darüber beunruhigt zu sein. Man hat sich, regierungsseitig, aus bloser Hinneigung zu Oesterreich oder, wol richtiger gesagt, aus bloser eifersüchtelnder Abneigung gegen Preußen, selber den Weg verrannt, der sich nun nicht ohne Schwierigkeit wieder wird ebnen lassen. Preußen hat, des lieben Friedens wegen, und um wieder festen und rechten Boden zu gewinnen, in den letzten Jahren mehr Nachgiebigkeit gezeigt, als von mancher Seite gewünscht worden ist. Wir tadeln das nicht. Der Krieg ist ein Unglück, dessen Folgen sich über viele Jahre erstrecken. . . . Alles aber hat seine Grenze; sie ist im Völkerleben da, wo das commercielle und wirthschaftliche Interesse des Volks nach Anerkennung verlangt. Die englische Regierung ist in rein politischen Fragen nicht halsstarrig. . . . Dagegen hörte ihre Nachgiebigkeit sogleich auf, wenn sie das nationale Handels- und Verkehrsinteresse verletzt sah. Die Monopole und hohen Tarife des österreichischen Finanzsystems passen nun einmal nicht für uns. Eine Zolleinigung mit Oesterreich wäre der Tod unserer Industrie. Daß das seit der letzten Revolution ausgesogen darniederliegende Ungarn unserem Handel geöffnet würde, könnte nur eine geringe Entschädigung für ungeheure Verluste sein. Möglich, daß die Regierungen der Coalitionsstaaten einen anderen Gesichtspunct für die Darmstädter Uebereinkunft gefunden haben; daß es der richtige nicht ist, darüber herrscht unter den Gewerb- und Handeltreibenden jener Staaten selbst nur eine Stimme. Wer sie hören will, hört sie in jeder Werkstatt und auf jedem Schritt. Die Reise des sächsischen Ministers von Beust nach Wien und seine Verhandlung mit dem Grafen Buol-Schauenstein hat vielleicht nirgend größere Besorgniße erweckt, als in Sachsen selbst. Die ganze sächs. Industrie erkennt in der Erhaltung des Zollvereins eine Lebensfrage für sich. Von Württemberg und Baden stehen in der jetzt wieder zu eröffnenden Zollconferenz befriedigende Erklärungen zu hoffen. Das Verhalten der übrigen Theilnehmer der Coalition ist wohl noch ungewiß. Wir hoffen auch hier auf ein Einlenken in eine gesunde deutsche Handelspolitik, die mit Oesterreich, seiner geographischen Construction und seiner finanziellen Verfassung nach, nun einmal nicht möglich ist. Wie sich die Dinge aber auch stellen mögen: wir hegen zu der preußischen Regierung die Zuversicht, daß sie unwandelbar festhalten wird an dem für unsere industriellen Interessen durchaus entscheidenden Principalgesetze: Keine Verhandlung mit Oesterreich vor abgeschlossenem Zollverein. So schmerzlich und so beklagenswerth es wäre, das letzte Band zerrissen zu sehen, das nicht blos die deutschen Staatsgebiete, sondern auch die deutschen Volksstämme zu einer sichtbaren und practischen Einheit verbindet, so würde es doch im äußersten und schlimmsten Falle immer noch viel besser sein, dieses Band zu zerreißen, als jenen Satz aufzugeben.

Wien, den 14. Aug. Der „Times"-Correspondent aus Wien will aus guter Quelle wissen, daß die Regierung gesonnen sei, noch vor dem Ende des Jahres ein heimisches 5pCt. Anlehen von etwa 50,000,000 fl. C.-M. zu contrahiren.

Italien.

In **Bologna** fanden Anfangs August wiederholt Verhaftungen statt. In einer Nacht wurden 28 Studenten gefänglich eingezogen. „Allzufreie Aeußerungen, lauter rücksichtsloser Tadel der Regierung" war ein Hauptgrund der gegen sie geübten Strenge. Hier und dort in der Romagna zeigt sich eine bisher nicht in diesem Grade bemerkte Bewegung in denjenigen Classen, welchen die jetzige Lage des Vaterlandes nicht gefällt.

Frankreich.

Paris, den 18. Aug. Der Ball der Damen der Halle fand gestern Abend statt. Der Prinz-Präsident fand sich nicht ein; er war an dem Besuche des Balls durch Erschöpfung verhindert, welche er in Folge der großen Anstrengungen empfand, die ihm die letzten Tage bereitet hatten. Nach einer andern Version erschien Ludwig Napoleon nicht, weil man eine Gasröhrenverschwörung entdeckt haben wollte! Bei dem Feste waren übrigens 22,000 Menschen. Trotz der doppelten Wachsleinwanddecke drang der Regen in die Halle herab.

Der Präfect des Cantal hat den kürzlich gewählten Gemeinderath von St. Flour aufgelöst, weil derselbe fast ganz aus Mitgliedern des früheren Gemeinderathes bestand, die wegen Eidverweigerungen ihre Stellen niedergelegt hatten.

Man versichert, daß 20 Arbeiter am letzten Sonntage verhaftet worden sind. Die Einen bringen diese Verhaftungen mit der Arbeitseinstellung, die Anderen mit einer entdeckten Verschwörung in Zusammenhang.

— den 19. Aug. Der Minister des Innern, Hr. v. Persigny, ist auf 2 Monate verreist.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 3. Aug. Der Senat der Vereinigten Staaten beschäftigte sich am 2. mit einer auf die Fischereidifferenz bezüglichen Botschaft des Präsidenten Filmore. Die Botschaft zeigt an, daß die Dampffregatte „Mississipi" abgegangen, um die Interessen der amerikanischen Bürger an den Küsten der britisch-amerikanischen Colonien in Schutz zu nehmen. Die Debatte, welche durch diese Botschaft veranlaßt wurde, ward mit großer Ruhe geführt. Zu einer Beschlußnahme kam es nicht. Der Ton der amerikanischen Journale ist weniger drohend und lärmend geworden, und man schien allgemein eine friedliche Erledigung der Differenz zu erwarten.

Neueste Nachrichten.

* **Kirchheimbolanden**, den 19. Aug. Als Landrath wurde gewählt: Hr. Reinhard Becker von Kirchheim, zum Ersatzmann Hr. Bürgermeister Schloßstein von Albisheim, beides gerade, redliche Männer, die sich nicht vorschreiben lassen, welchen Weg sie gehen sollen.

* **Stuttgart**, den 20. Aug. In der heutigen Kammersitzung gab es eine interessante Verhandlung über die außerordentlichen Kriegsrüstungsausgaben in Folge der Convention von Bregenz. Wie vorauszusehen, war das Ende: Uebergang zur Tagesordnung. (Näheres in unserm folgenden Blatte.)

† **Paris**, den 19. Aug. Der Moniteur und die übrigen Regierungsorgane sind mit Adressen und Beschlüssen der Bezirksräthe angefüllt, von denen die meisten offen die Herstellung des Kaiserreichs verlangen. Ohne wichtige unvorhergesehene Vorfälle in Anschlag zu bringen, kann man mit vieler Zuversicht vorhersagen, daß vor dem Zusammentritt des Senats im kommenden Frühjahre, an eine Proclamirung des Kaiserreiches nicht zu denken ist, so sehr auch von gewisser Seite dazu gedrängt wird. — Die Straße „Louis Philippe," welche nach dem 24. Februar den Namen „Rue de la Reforme" erhielt, hat ihre frühere Benennung wieder erhalten. — Der Plan des Architekten Beugny zu der neuen öffentlichen Bade- und Waschanstalt für Unbemittelte ist angenommen worden. Die Anstalt wird in dem Tempelviertel erbaut werden, sie wird 50 Badestuben für Männer und eben so viel für Weiber, mehrere Cabinets für Kräuter-, Dampf- und andere Bäder und 100 Waschplätze mit allen dazu nöthigen Einrichtungen enthalten. — Alle Gärten und Treibhäuser in der Umgebung von Paris sehen wie geplündert aus. Die Anzahl der Blumen, die sie zu den verschiedenen Festen geliefert haben, ist unglaublich. Der Hallenball hat allein über eine Million Blumentöpfe verbraucht.

Ein Soldat vom ersten Genieregiment ist wegen Ermordung seines Unteroffiziers zu Vincennes erschossen worden.

Zürich. Die Zahl der am 17. ds. in den 18 Gasthöfen der Stadt Zürich, ohne die Vorstädte, befindlichen Reisenden betrug 790 Personen.

* **London**, den 18. Aug. Die Emigration nach Australien nimmt immer colossalere Proportionen an. 40 große Schiffe erster Classe von 500—2000 Tonnen sind eingeschrieben, um noch in diesem Monat mit Auswanderern nach Australien abzusegeln. — Die Nachricht von der Abreise Hrn. Thomas Barings nach Amerika war voreilig. Er hat die Reise eines Todesfalls wegen in seiner Familie ganz aufgegeben. Trotz des friedlichen Tones der amerikanischen Blätter, welche eine schnelle Ausgleichung des Fischereiconflicts in Aussicht stellen, fürchtet man doch einen Zusammenstoß der englischen und amerikanischen Kriegsschiffe an der Küste von Neu-Schottland, ehe die Nachricht von der Ausgleichung dort anlömmt.

* **Algier**. Die europäische Bevölkerung von Algier vertheilt sich für die verschiedenen Nationalitäten auf folgende Weise: 67,433 Franzosen, 41,753 Spanier, 7607 Italiener, 7492 Malteser, 4178 Deutsche, 1698 Schweizer, 594 Belgier, 310 Portugiesen, 296 Polen 876 Engländer, 94 Griechen, 23 Russen und 628 von verschiedenen anderen Nationalitäten. 85,678 gehören der städtischen und 47,304 der ländlichen Bevölkerung an.

Türkei. Die Absetzung des Großveziers Reschid Pascha, der als der Schöpfer der liberalen Reformen in der Türkei betrachtet werden kann, wird allgemein bedauert, hat aber nicht die Bedeutung einer Aenderung der Politik des Cabinets, da gleichzeitig sein entschiedener Gegner, der einflußreiche Schwager des Sultans, Fethi Pascha verabschiedet wurde, und der vertraute Secretair Reschids, Fuad Effendi, zum Minister des Auswärtigen ernannt ist. Der neue Großvesier Ali Pascha ist übrigens als ein Mann des Fortschritts bekannt.

Miscellen.

Vom Neckar. Diese Blätter brachten jüngst die interessante Notiz, daß zur theilweisen Verdrängung der klassischen Literatur das Studium der Kirchenväter in unsern niederen Seminarien eingeführt werden solle. Es ist bis jetzt noch kein Plan ersonnen worden, der tiefer in das Herz der civilisirten Menschheit einschnitte, als der, die neue Welt von der Muttermilch des heidnischen Alterthums loszutrennen. Napoleon (der Oheim) hatte denselben Gedanken. Mit Recht hat jüngst die Nationalztg. bemerkt, „die moderne Menschheit habe zwei Augen, die ihr Licht ausmachen, das Auge des klassischen Alterthums und das Auge der Naturwissenschaften; sei nur erst das erste ausgerissen, so werde man alsbald auch an das zweite kommen." Der Kampf gegen die klassischen Studien ist ein Kampf gegen die Bildung überhaupt; denn ohne die Veredlung und Erwärmung an diesem „heidnischen Alterthum" würden wir gar bald in dieselbe Finsterniß zurückgesunken sein, von welcher die Menschheit — unbeschützt durch die Kraft des Christenthums — nach den Zeiten der Völkerwanderung bedeckt war. (Beob.)

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1185[a]] **Apotheke zu Ludwigshafen am Rhein.**

Der Unterzeichnete macht hiemit bekannt, daß er von hoher königl. Regierung die Concession zur Errichtung einer Apotheke auf hiesigem Platze erhalten hat; nachdem dieselbe bereits vollständig neu eingerichtet und eröffnet ist, bittet er um gütiges Zutrauen.

Ludwigshafen a. Rh., im August 1852.

H. Fertig, Apotheker.

[1184[a]] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einer Handlung mit verschiedenen Waaren zu N. ist eine Lehrlingsstelle für einen wohlerzogenen jungen Menschen, der sogleich eintreten kann, offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1186[a]] **Ohmetgrasversteigerung.**

Mittwoch, den 8. September 1852, Nachmittags 1 Uhr, zu Bolanden, im Wirthschaftslocale von Erben, läßt der kgl. Kreisbaurath, Herr Paul Camil Denis von Ludwigshafen, das diesjährige Ohmetgras (Grummet) von sehr guter Qualität auf seinem 35 Morgen großen Wiesenland „die Hofwiesen," (ehemals Hilgard'sches Besitzthum) im Banne von Bolanden, in 35 Loosen, welche zusammen circa 800 Centner abwerfen werden, auf Credit versteigern.

Und unmittelbar hierauf das diesjährige Obst an den am Ufer des durch vorbesagten Wiesencomplex ziehenden Bachs stehenden 160 Zwetschgenbäumen, in mehreren Loosen.

Kirchheimbolanden, den 20. August 1852.

Giessen, Notär.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 102.) den 22. August 1852.

Deutschland.

Auswanderungssache. Wir haben in Nro. 177 und 181 nach der europäischen Modenzeitung eine Zusammenstellung von Bemerkungen über die Aussichten von Handwerkern, die nach Amerika auswandern, gegeben. Das genannte Blatt bringt nun den Schluß dieses Artikels, den wir nachstehend folgen lassen:

Kupferschmiede. Dieses Fach ist für den Deutschen in Amerika nicht übel. Der Lohn eines Arbeiters ist ½ bis ¾ Dollars täglich und Arbeit ist leicht zu erhalten. Wer nach Havanna gehen will, kann dort das Doppelte verdienen.

Maler haben besonders im Sommer sehr guten Verdienst, und Arbeit ist in dieser Zeit immer zu erhalten. Der Lohn des Gehülfen ist von 8—12 Doll. per Woche.

Maschinenbauer ist ein gutes Fach in Amerika, dennoch muß der Europäer oftmals sehr lange müßig liegen, ehe er Arbeit findet. Hat er diese, so ist sein Lohn 6 bis 10 Doll. wöchentlich.

Maurer finden in den Sommermonaten stets Arbeit. Ihr Lohn ist von 1 bis 1½ Doll. per Tag. Sobald der Winter eintritt ist Jedem zu rathen, sich nach den südlichen Staaten zu begeben, wo dies Geschäft immer geht.

Musiker können immer Geld verdienen; denn der Amerikaner liebt Gesang und Musik in hohem Grade.

Mützenmacher. Dieses Fach wird sehr großartig durch Maschinen betrieben. So war ich in einer Werkstatt in der Gold-Street in New-York, wo 16 Maschinen fortwährend in Thätigkeit waren und durch Dampf getrieben wurden. Diese Mützenfabrik ist die größte in Amerika; Tausende von Mützen werden jede Woche verfertiget und die Mehrzahl nach dem Süden versandt. Der Arbeiter verdient von 5—7 Doll. per Woche.

Nagelschmidt. Dieses Geschäft ist für den Europäer in Amerika fast eines der schlechtesten, und Niemanden zu empfehlen, auf gut Glück als Solcher nach Amerika zu gehen. —

Pianoforte-Macher. Dies Geschäft gestaltet sich neuerdings in Amerika immer blühender. Es gibt große Fabriken, wo 150 bis 200 Arbeiter beschäftigt sind und wöchentlich 12—20 Doll. verdienen.

Schuhmacher. Dieses Fach ist ebenfalls ein sehr ausgedehntes; ich habe die schönsten Läden dieser Art gesehen. Das Fußzeug wird leicht, aber sehr schön gearbeitet; der Amerikaner läßt es selten oder gar nicht repariren, und hat die sonderbare Gewohnheit, es sofort an geeigneter Stelle aufzuschneiden, wenn es ihn drückt. Auf diese Art weiß er es sich bequem zu machen; denn Schuhe und Stiefeln dürfen ihn eben so wenig geniren, wie seine Kleider. Das Fußzeug ist sehr billig in Amerika, daher es für den Emigranten höchst unräthlich ist, sich mit diesem Artikel zu sehr zu versehen, bevor er sein Vaterland verläßt. Die Arbeiter dieses Faches müßen mehr als die Schneider auf der Werkstatt arbeiten. Es herrscht bei ihnen die übele Gewohnheit, daß die Mehrzahl das ganze Jahr hindurch des Abends bei Licht arbeitet. Ein thätiger Gehülfe, welcher bestellte Arbeit macht, kann von 6—8 Doll. per Woche verdienen, dagegen bei Shop-Arbeit nur 4—5 Doll.

Schlächter. In diesem Fache ist im Herbst und Winter gute Beschäftigung, und namentlich in den größeren Städten; in Cincinnati ist die größte Schlächterei. Der Lohn ist 8—10 Doll. monatlich nebst Beköstigung.

Seifensieder. Gute und geschickte Arbeiter in diesem Fache können leicht Beschäftigung finden; ihre Arbeitszeit ist von Morgens 5 bis Abends 7 Uhr, und der Lohn gewöhnlich 7 Doll. per Woche.

Sattler. Dieses Fach wird in Amerika ziemlich großartig getrieben. Man hat Werkstätten, wo 100—200 Arbeiter beschäftigt sind. Die größten Etablissements dieser Art sind gewöhnlich von Amerikanern oder Engländern errichtet, und der Arbeiter verdient wöchentlich 6—10 Doll. Allein für den dort angekommenen Deutschen hält es mitunter sehr schwer ein Unterkommen zu finden, wenn er der englischen Sprache nicht mächtig ist, und selbst ein geschickter Arbeiter in diesem Fache muß, wenn er dort ankömmt, noch Vieles lernen.

Schmiede. Dieses Geschäft, welches für den Gehülfen in Europa einen so kärglichen Lohn darbietet, ist in Amerika bedeutend besser; denn ein fleißiger und thätiger Arbeiter bekommt 7—9 Doll. für die Woche.

Schornsteinfeger finden in ganz Amerika keine Beschäftigung; denn diese Arbeit wird von Negern ausgeführt, die einmal schwarz von Natur sind, wie der Amerikaner sagt, und daher besser zu dieser schmutzigen Arbeit passen. Der Europäer, wollte er wirklich sich mit der Arbeit seines Faches dort beschäftigen, würde nur seine Ehre verletzen. Darum Schornsteinfeger, bleib in deinem Lande, denn in Amerika ist für dich nichts zu fegen, nicht einmal die Straßen, denn diese werden von alten Bürgern, welche dazu angestellt sind, gereinigt, wofür täglich 1 Doll. bezahlt wird.

Segelmacher. Dieses Geschäft ist sehr gut, indem fast alle Städte an Seen und Flüssen liegen, und bekanntlich die bedeutendste Schifffahrt in der Welt dort existirt. Der Arbeitslohn ist 7—10 Doll. per Woche. Wer sich auf Schiffe nach Californien engagiren läßt, erhält 25—35 Doll. per Monat.

Schirmmacher. Dieses Fach wird in Amerika meist fabrikmäßig betrieben; der Arbeiter erhält wöchentlich 6—8 Doll. Der Amerikaner braucht den Schirm um sich sowol gegen die Sonne als gegen den Regen zu schützen, daher der Absatz dieses Artikels dort ein bedeutender ist.

Steinhauer. Ebenfalls ein sehr gutes Geschäft, bei welchem ein gewöhnlicher Arbeiter 10—14 Doll. per Woche verdient.

Tuchmacher. Dies Geschäft taugt für keinen Europäer in Amerika; denn erstlich ist es sehr schwer Arbeit zu erlangen, und zweitens sind die amerikanischen Tücher nicht von solcher Beschaffenheit, daß der Arbeiter sich Kenntnisse in seinem Fache dort erwerben oder solche verwerthen kann. Der Amerikaner, welcher sonst alle seine Waaren und Arbeiten bevorzugt, setzt jene zurück und gibt den europäischen den Vorzug.

Tischler. Ein sehr ausgedehntes Fach, namentlich in New-York, wo viele tausend Arbeiter darin beschäftiget sind. Jeder dort Ankommende kann zu jeder Jahreszeit Arbeit finden, ist es nicht in Mobeln, so ist es in Bauarbeit, da viele hölzerne Häuser dort aufgeführt, auch gleich fix und fertig nach Californien versandt werden. Diese hölzernen Häuser sind in Magazinen vorräthig, und es ereignet sich, daß Häuser dieser Gattung des Morgens abbrennen, und des Abends schon wieder aufgebaut sind. Der Tischler hat also in Amerika nichts zu riskiren, indem sein Fach beständig geht. Der Lohn ist 6—10 Doll. für die Woche. (Schluß folgt.)

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1175] **Anzeige.**

Das an der Hauptstraße gelegene neu erbaute dreistöckige Haus mit Ladeneinrichtung des Unterzeichneten ist ganz oder theilweise zu vermiethen, und sogleich oder bis Michaeli zu beziehen.

Sollten sich Liebhaber dazu finden, so kann daselbe auch käuflich abgetreten werden. — Näheres bei:

Ziegler, Schneidermeister in Speyer.

Großes Tapetenlager

eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl,**
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057[14]] in Mannheim.

[1123] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

[1178] **Kirchweihfest zu Oggersheim.**

Sonntag, den 22. August, findet die Kirchweihe statt, wobei bei Unterzeichnetem gutbesetzte Tanzmusik, sowie gute Speisen und Getränke anzutreffen sind.

J. Ganz,
Gastwirth zu den drei Königen.

[1183[2]] **Handelsschule in Heidelberg,**
verbunden mit der Vorbereitungs- und Erziehungsanstalt.
Wintersemester: Anfang den 1. September und 15. October. Programme werden gratis versandt.

Dr. Fr. Schlossing.

[1177[2]] **Weinversteigerung zu Billigheim bei Landau.**

Mittwoch, den 25. August 1852, um 9 Uhr des Vormittags, in seinem eigenen Hause, läßt Hr. Notär Hochreuther zu Billigheim auf Termin versteigern:

60 Fuder

rein und gutgehaltenen Traminer-, Riesling- und Gutedelwein, eigenen Gewächses, von den Jahrgängen 1846, 1847, 1848, 1850 und 1851 und aus den Bännen von Burrweiler, Gleisweiler, Heuchelheim, Appenhofen und Mühlhofen.

Die Weine, welche theils zu Gleisweiler im Pfarrkeller, theils zu Billigheim lagern, sind größtentheils vorzüglicher Qualität, darunter namentlich der Burrweiler Schäber- und Heuchelheimer Waldwein. Proben werden zu Billigheim am Versteigerungstage verabreicht.

Bergzabern, den 16. August 1852.

Martini, Notär.

[1104] **Rheinische Dampfschifffahrt.**

Kölnische **Gesellschaft.**

Tägliche Abfahrten von Mannheim vom 26. Juni c. an

nach Köln 7½ Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Neustadt-Speyer. In Köln im Anschluß an die letzten Züge nach Berlin, Paris, London.
„ „ 11½ „ „ Schnellfahrt in 10 Stunden, nach Ankunft des 1. Zuges von Neunkirchen. In Köln im Anschluß an den letzten Zug nach Paris.
„ Mainz 5½ „ Nachmit., nach Ankunft des 4. Zugs von Neustadt-Speyer, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Zuges von 5 Uhr 20 Minuten.
„ Straßburg 11½ Uhr Nachts.

☞ Bei der Schnellfahrt Morgens 11½ Uhr bis Köln wird Unterwegs nur mit Mainz, Bingen, Coblenz und Bonn verkehrt.

[1051] **Niederländische**

Dampf- **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	bin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 Der Agent: **C. Aug. Exter**

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 203 | den 24. August 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 22. Aug. Die Landrathswahlen in der Pfalz sind sämmtlich bekannt. Nachdem die von der Pfälzer Ztg. aufgestellten Candidaten fast überall **durchgefallen** sind, (wovon man sich durch eine Vergleichung der Namen der Gewählten mit jenen der Empfohlenen unschwer vollkommene Gewißheit verschaffen kann), *) rühmt sich die Pflzr. Ztg. — ihres Sieges bei diesen Wahlen! Blos zwei Mann, gibt sie zu, habe ihre Partei an die Democraten verloren. Es scheint sich damit ähnlich zu verhalten, wie mit den viel bewußten „zwei Mann," welche die Russen in den Kämpfen im Kaukasus bei jeder Gelegenheit einbüßen. Wir wollen nicht verweilen bei der (einen jeden mit den Personen und Verhältnißen näher Bekannten zum Lachen bringenden) superpfiffigen Classification der Gewählten in Conservative, Liberal-Conservative, Liberale und Democraten; auch nicht bei der Art, wie die einzelnen Gewählten (freilich ohne sie im Einzelnen zu bezeichnen) in diese Classification sich von Hrn. Dr. Jäger einschachteln lassen mußten. Wir denken, das erwähnte Durchfallen jener Candidaten werde zur Beleuchtung vollkommen hinreichen, so wie es uns im Uebrigen durchaus genügt, unsern Lesern die Versicherung geben zu können, daß sie sich darauf verlassen dürfen: die Gewählten werden die Interessen und die Rechte des Kreises des „Hand in Hand gehens" und des „Keine Verlegenheitenbereitens" wegen, nicht preisgeben; sie werden nicht vergessen, daß die Finanzfragen den Kern der Thätigkeit der Kreislandräthe bilden; sie werden aber auch im Uebrigen der Reaction niemals zum Fußschemel dienen. — Das ist, was wir von Anfang an forderten. Dafür, daß nicht allzu viele persönliche Beförderungen u. dgl. vorkommen, haben ohnehin auch die Wähler schon mit richtigem Tacte gesorgt.

* Es ist das Gerücht verbreitet, Hr. Hohe werde von seiner Stelle als Regierungspräsident der Pfalz wegkommen. Wir sind nicht im Falle, untersuchen zu können, was an diesem Gerüchte wahr oder unwahr ist.

* **Kaiserslautern,** den 21. Aug. Bei der Wahl eines Landrathsmitglieds für die Districte Kaiserslautern und Winnweiler bedurfte es nicht weniger als 5 Scrutinien; jedoch keineswegs deßhalb, weil die Wähler zwischen einem sog. Conservativen oder Freisinnigen schwankten, sondern einfach darum, weil sich die Stimmen auf zwei freisinnige, mit Recht geachtete Männer, vertheilten, nämlich auf Hrn. Ritter von Sembach (schon 1831 Landtagsgeordneter und persönlicher Freund und Gesinnungsgenosse von Schüler), und Hrn. Franz Karcher von Kaiserslautern (bisherigen freisinnigen Landrathsabgeordneten). Schließlich wurde Hr. Ritter zum Landrath, Hr. Karcher (wider den Gegencandidaten Hrn. v. Gienanth) zum Ersatzmanne gewählt.

* **Otterberg,** den 20. Aug. Hier fiel die Landrathswahl auf Hrn. Gastwirth Mahler von Wolfstein, und die Ersatzmannswahl auf den Gutsbesitzer Hrn. Johann Hoffmann von Wörschbach, beides unabhängige und nicht servile Männer.

* **Kusel,** den 20. Aug. Für Kusel-Lauterecken ist Hr. Gerber Emmrich zum Landrathe, und Hr. Kaufmann Benzino, beide von hier, zum Ersatzmanne gewählt worden.

* **Rockenhausen,** den 20. Aug. Die vereinigten Districtsräthe von Obermoschel-Rockenhausen wählten gestern zu Obermoschel den als entschieden freisinnig bekannten Hrn. Müller Hach von Odernheim zum Landrath, und Hrn. Bürgermeister Neu von Obermoschel zum Ersatzmann.

* **Pirmasens.** Für Pirmasens-Waldfischbach ist Hr. Bürgermeister Diehl von hier zum Landrath und Hr. Wirth Bender v. Wallhalben zum Ersatzmann gewählt

* **Kaiserslautern.** Der Ausschuß des Bezirksraths für den hiesigen Kanton besteht aus den Hrn. J. W. Jacob, Kaufmann; Franz Karcher, Kaufmann und Posthalter; Spanier, Bürgermeister in Trippstadt; J. Schuff sen., Adjunct in Rodenbach; Migeot, Oeconom (nicht der Bürgermeister) in Enkenbach; Kölsch, Bürgermeister in Frankenstein.

* **Speyer,** den 22. Aug. Aus Zweibrücken erhalten wir die Nachricht, daß das Appellationsgericht das erstrichterliche Urtheil gegen den interimistischen Redacteur der Speyer. Ztg., Fr. Stiner, wegen Aufnahme einer Anzeige in Betreff des Rob Lafecteur, bestätigt hat. Mangel an Raum nöthigt uns, den nähern Bericht in unser folgendes Blatt zu verweisen.

* Wir vernehmen, daß auf der französischen Eisenbahn bei Nancy dem von Paris nach Straßburg und nach der Pfalz bestimmten vorgestrigen Zuge ein bedeutender Unfall zustieß; die Locomotive kam aus den Schienen, viele Wagen stürzten über einander, und mehre Personen wurden getödtet oder verwundet.

* **Stuttgart,** den 20. August. Die nachträgliche Rechtfertigung der Kriegsrüstungskosten vom Jahre 1850, wegen deren Nichtverwilligung die dritte Landesversammlung aufgelöst wurde, und welche sofort vom Ministerium auf seine Verantwortlichkeit verausgabt wurden, führte zu einer interessanten Verhandlung in der Kammer, an der sich Schoder einmal wieder nach längerm Stillschweigen betheiligt hat. Die ministeriellen Entwickelungen gaben ihm Veranlassung zu einer scharfen Zeichnung des jetzt herrschend gewordenen Systems. Köstlich war es, als er aus dem Protocoll der frühern Landesversammlung nachwies, daß nicht nur die „democratischen Menschen" der Landesversammlung, daß auch sämmtliche Gothaer, und fast alle Kammermitglieder, die damals der Landesversammlung angehörten, des Ministers „gesunden Menschenverstand" nicht besessen und gegen die Kosten gestimmt und protestirt hätten. Indessen sei wieder einmal eine Probe von der constitutionellen Theorie der Regierung gegeben, wornach sie allein in letzter Instanz Richter über alles sei, und daher fort und fort die Stände auflöse, bis sie eine gefügige Kammer finde. Stimme aber eine Kammer nicht zu, thue sie nicht, was man verlange, dann heiße man sie „eine ganz abscheuliche Friedensstörerin." Wie vorauszusetzen war, stimmte die große Mehrheit auf Tagesordnung, und lieferte damit einen neuen Beitrag zu dem modernsten Constitutionalismus.

---

*) Neulich schon haben wir angeführt, daß von den wenigen Gewählten hinwieder die Mehrzahl — die Grundsätze der „Pflzr. Ztg." nicht zu den ihrigen macht, dergestalt, daß gegen einen von der Pfälzer Ztg. Vorgeschlagenen, die s. g. „Conservativen" an Ort und Stelle — einen Gegencandidaten brachten!

*** Speyer.** Ueber das große Unglück, welches durch den Brand des Dampfschiffes Henry Clay in den Vereinigten Staaten verursacht wurde, erhalten wir folgende Originalmittheilung aus Philadelphia vom 31. Juli:

Der Dampfer Henry Clay verließ am Mittwoch Morgen Albany mit etwa 400 Passagieren, um nach New-York zu fahren. Einige Minuten später fuhr ein anderes Boot, die Armenia, ab. Augenzeugen sagen aus, daß während der ganzen Fahrt beide Schiffe in einem beständigen Wettfahrkampfe begriffen waren. Einmal drängte der Henry Clay die Armenia fast an das westliche Ufer und zwang sie, rückwärts zu steuern. Die tolle Wettfahrt verbreitete Angst und Schrecken unter den Passagieren, namentlich unter den Damen, die inzwischen von einigen der Schiffsbeamten mit der Versicherung beruhigt wurden, es sei keine Gefahr vorhanden.

Einige Minuten, nachdem der Henry Clay Yonkers passirt hatte, entdeckte man, daß das Holzwerk in der Nähe des Kessels brannte. Die Bestürzung wurde furchtbar; abermals versicherten die Beamten, es sei keine Gefahr. Der Steuermann sah ein, daß keine Zeit mehr zu verlieren war, und lenkte das Boot dem östlichen Ufer zu. Der Hudson ist hier zwei Meilen breit und das Schiff war etwa eine Meile vom Ufer entfernt. Bevor der Dampfer das Ufer erreichte, hatten die Flammen so rasch um sich gegriffen, daß jede Verbindung zwischen dem Vorder- und Hintertheile unmöglich war. Mit einem schrecklichen Stoße, in Folge dessen der Rauchfang umstürzte, prallte das Schiff an das Ufer. Der Vordertheil lag in einer Länge von 25 Fuß auf dem Lande, während der Hintertheil, auf dem sich unglücklicher Weise fast sämmtliche Passagiere befanden, sich tief ins Wasser senkte.

Im Augenblicke begannen die Passagiere über Bord zu springen. Jene auf dem Vordertheile retteten sich mit leichter Mühe. Ein am Ufer befindlicher Bretterzaun ward im Augenblicke niedergerissen und die Bretter ins Wasser geworfen. Mit großer Mühe und Anstrengung gelangte ein großer Theil der Passagiere ans Ufer, einige arg verbrannt, alle mit Verlust ihrer Kleider, Koffer rc.

Das immer heftigere Umsichgreifen der Flammen, welches sämmtliche Passagiere auf dem Hintertheile zwang, sich in den Fluß zu stürzen, war zunächst die Ursache, daß nicht alle Passagiere gerettet werden konnten, sondern eine beträchtliche Zahl den Tod in den Fluthen fand. Es war eine Scene, die an Schrecklichkeit wohl ihres Gleichen sucht: Mütter, mit brennenden Kleidern, die ihre Kinder zu retten suchten; Kinder mit den Wogen kämpfend, ohne daß ihnen die rettende Hand geboten ward; Mann und Frau, die lieber mit einander den Tod im Wasser fanden, als sich von einander trennten; dabei das wüthende Element des Feuers, das den letzten Standpunct der hülflosen Opfer ergriff.

Das ereignete sich gegen 4 Uhr des Nachmittags. Um 7 Uhr des Abends erloschen die Flammen und der Rumpf des Schiffes versank.

Man wird es erlassen, die einzelnen herzzerreißenden Scenen wieder zu erzählen, die durch die geretteten Passagiere zur öffentlichen Kunde gelangt sind. Nur das höchst traurige Resultat der schrecklichen Katastrophe wollen wir anführen:

Bis gestern waren 45 Leichname aus dem Wasser gezogen worden; mehrere davon waren durch das Feuer so gräßlich verstümmelt, daß man sie nicht wieder erkennen konnte. Außerdem weiß man mit Bestimmtheit, daß noch elf Personen, deren Leichname man bis jetzt noch nicht gefunden, sich unter der Zahl der Opfer befinden. Leider ist nur zu gewiß, daß die Zahl der Opfer sich noch weit höher herausstellen wird. Viele Passagiere versichern, es seien wenigstens gegen 100 Personen ein Opfer des schrecklichen Ereignisses geworden. Im Augenblicke, als das Feuer ausbrach, saß eine große Zahl von Passagieren im untern Raume an der Mittagstafel. Man vermuthet, daß von diesen nur die wenigsten sich zu retten vermochten.

Unter den Opfer befindet sich Herr Allen, ein Greis von 84 Jahren, früher Senator und Mayor der Stadt New-York.

Ueber die Zahl der Passagiere sind die Stimmen getheilt; einige sprechen von vier, andere von fünf hundert Personen. So viel ist gewiß, daß der Dämpfer mit Reisenden überfüllt war, von denen die meisten von Saratoga und anderen umliegenden Bädern nach Hause kehrten.

Daß das Unglück lediglich durch die tolle Wuth des Capitains, es an Schnelligkeit der Armenia zuvor zu thun, herbeigeführt ward, unterliegt keinem Zweifel. Das bestätigen alle an Bord befindlich gewesenen Passagiere. Der Clay rannte einmal so heftig mit der Armenia zusammen, daß man glaubte, einer der Dämpfer müsse in Trümmer gehen. Der Capitain eines westlichen Dampfbootes, der sich unter den Passagieren befand, versichert: man habe Theer in das Feuer geworfen, um die Macht des Dampfes zu steigern. Diese Angabe wird von anderer Seite bestätigt. Die übermäßige Hitze, die auf diese Weise an der Maschinerie hervorgebracht ward, theilte sich dem von der Julisonne ausgetrockneten Holzwerke mit, und dadurch allein kam das Feuer zum Ausbruch.

Erwiesen ist gleichfalls, daß mehrere Damen durch die tolle Wettfahrt geängstigt, den Capitain und die übrigen Beamten mit Thränen in den Augen beschworen, dem unsinnigen Treiben Einhalt zu thun; allein vergebens. Man ließ nicht nach, bis der Henry Clay die Armenia drei bis vier Meilen hinter sich gelassen. Das war wenige Augenblicke zuvor, ehe man das Feuer entdeckte.

Von den geretteten Passagieren wurden die meisten von einem kurz nach der Katastrophe ankommenden Eisenbahnzuge aufgenommen und nach New-York gebracht. Dort hielten sie gestern ein Meeting, dessen Zweck hauptsächlich war das schuldbare Benehmen des Capitains ins gehörige Licht zu setzen. Möge ihn die ganze Strenge des Gesetzes treffen! Mit einem Gefühle der tiefsten Entrüstung fügen wir bei, daß im Augenblicke des Unglückes Teufel in Menschengestalt sich einfanden, die, statt zu helfen, die gräßliche Verwirrung zum Rauben und Plündern benützten und selbst die Taschen an den Kleidern der Leichname nach Geld und Geldeswerth durchwühlten.

Nachträge. Gestern Nachmittag waren 56 Leichen aus dem Wasser gezogen. Außerdem hatte man die Kleidungsstücke mehrerer der vermißten Personen aufgefunden. Noch fehlten die Leichname von 11 Personen, von denen man mit Sicherheit weiß, daß sie sich auf dem Dampfer befanden, darunter auch die des Herrn Allen, des ehemaligen Stadtmayors von Newyork. Es ist demnach bis gestern Nachmittag der Tod von 67 Personen ermittelt. Unter den Opfern der Katastrophe befinden sich zwei ausgezeichnete Advocaten: Louis Robinson von New-York und J. J. Speed von Baltimore. Auch mehrere Deutsche haben bei dem Unfalle ihr Leben verloren.

Der Capitain des Henry Clay heißt Tallmann. In seinem Verhöre leugnete er, den entschiedensten Zeugenaussagen zum Trotze, daß er mit der Armenia um die Wette gefahren.

Nach den neuesten telegraphischen Depeschen aus New-York hatte man bis gestern Abend 59 Leichname an der Stelle aus dem Wasser gezogen, wo der Henry Clay verbrannt ist. Die Eigenthümer des Schiffes wollten heute den Rumpf aus dem Wasser hervorheben lassen. Sie haben eine Karte veröffentlicht, worin sie in Abrede stellen, daß das Boot mit der Armenia um die Wette gefahren sei. Es sei zwischen den Eigenthümern der beiden Boote ein Uebereinkommen getroffen, daß keines mit dem andern wettfahren dürfe. Diese Angabe steht mit dem Resultate, das die seither eingeleitete Untersuchung ergeben, im offenbarsten Widerspruch; es liegen eine Masse von Zeugenaussagen vor, die alle darin übereinstimmen, daß vom Augenblicke der Abfahrt in Albany bis wenige Minuten vor der Katastrophe die tollste und verwegenste Wettfahrt zwischen beiden Booten stattgefunden.

Einer der Passagiere des Henry Clay, der in der Un-

tersuchung vor dem Coroner vernommen ward, erzählt unter Andern, daß mehrere Damen, erschreckt durch die außergewöhnliche Schnelligkeit, in Ohnmacht gesunken seien und des Capitains eigene Frau vor Furcht aufgeschrieen habe. Mehrere Passagiere machten dem Capitain ernstliche Vorstellungen; dieser aber erklärte: sie möchten nur ruhig sein; sein und seiner Beamten Leben sei ihm eben so lieb wie das der an Bord befindlichen Damen und Herren; überhaupt wünsche er, es möge sich jeder um seine eigenen Angelegenheiten bekümmern.

Nachschrift vom 2. Aug. Man hat am Samstag Abend den Rumpf des Henry Clay aus den Fluthen gehoben. Mehrere Leichname von vermißten Passagieren sind seitdem aufgefunden worden. Bis heute beträgt die Zahl der Opfer 91. Die Aufregung in New-York über diesen „wholesale murder" (Mord im Großen) ist furchtbar. Ein alter Maschinist, der früher die Feuerung auf dem Henry Clay besorgte, hat erklärt, daß der Heizapparat höchst mangelhaft eingerichtet und in Folge dieses Fehlers das Holzwerk früher zu verschiedenen Malen in Flammen gerathen war, wenn man die Kraft des Dampfers steigern wollte. Solche Thatsachen tragen natürlich viel dazu bei, die herrschende Aufregung noch zu vermehren. Noch hat die Coroners-Jury ihr Verdict nicht abgegeben. T.

(Aus einem Zeitungsberichte aus **New-York** vom 7. Aug. entnehmen wir noch Folgendes: Gegen die Ingenieurs und anderen Officiere des Dampfers Henry Clay hat die Todtenschau Jury ein Verdict erlassen, welches sie wegen „Mord des zweiten Grades, begangen durch leichtsinniges Wettfahren," klagbar erklärt. Sie sind nur gegen schwere Bürgschaftsgelder auf freien Fuß gesetzt worden.)

München, den 19. Aug. Unser verehrter Geheimerath Dr. Fr. Thiersch benützt die eben beginnenden Ferien dazu noch, in seinem schon vorgerückten Alter eine Reise nach Griechenland zu machen, und ist gestern Morgen nach Athen abgereist.

In **Lug**, Landger. Passau, starb am 16. d. an der Tage vorher ausgebrochenen Hundswuth der Häuslerssohn Joseph Wimmer von dort, dermalen beurlaubter Soldat des 8. Regiments. Derselbe hatte vor neun Wochen in der benachbarten Ilz gebadet, und wurde, als er an's Land stieg, von einem kleinen Hunde in das Knie gebissen, so daß dadurch eine Wunde von der Größe eines kleinen Kreuzers entstand, die er nicht achtete und in deren Folge er nunmehr eines so entsetzlichen Todes sterben mußte.

Frankfurt. Der wegen Nichtherausgabe der deutschen Reichsverfassung zu 50 Thalern Strafe verurtheilte Dr. Jucho behauptet, das Document sei ihm, unwissend wie und wohin, abhanden gekommen, und wird nach dem letztinstanzlichen Urtheil zum Eid hierüber zugelassen. Die deutsche Reichsverfassung und die ungarische Krone — wo sind sie nun? (Beob.)

— den 19. Aug. Nähern Mittheilungen zufolge wird die von dem Thore des Bundespallastes abgenommene deutsche Fahne daselbst nicht mehr aufgesteckt. Von den hiesigen Garnisonstruppen sind es nur die Frankfurter, welche die deutsche Cocarde noch tragen. Wie lange noch?

Frankfurt, den 21. Aug. Dem Vernehmen nach hat die franz. Regierung eine Note wegen des Aufenthalts des Generals Lamoriciere im Großh. Hessen und Nassau an die betr. Regierungen gerichtet; wie wir erfahren, hält sich der bekannte General, nur seiner Muße lebend, jedoch von jedem politischen Treiben fern, im nahen Mainz auf.

Kassel, den 14. Aug. Allmählich beginnt das Ministerium, die renitenten Beamten vom Jahr 1840, deren Verhalten indeß nicht genügende Veranlassung gab, sie von einem Kriegsgericht verurtheilen zu lassen, durch die gesetzlich zustehenden Mittel der Versetzung die Folgen ihres damaligen Verhaltens fühlen zu lassen. Aus diesem Grunde sind gestern auch drei hiesige Prediger, worunter zwei Konsistorialräthe, auf Landpfarreien versetzt worden.

Kassel, den 20. Aug. Sicherem Vernehmen nach ist gestern von dem Abgeordneten Weinzierl und einer Anzahl von Mitgliedern der zweiten Kammer ein Antrag bei letzterer gestellt worden, vor allen andern die Zuständigkeit der Stände zur Verwilligung von Geld zu untersuchen, da die Antragsteller diese Zuständigkeit nicht anerkennen.

Weimar, den 19. August. Nirgends muß wohl der Geburtstag Napoleons in so solenner Weise gefeiert worden sein, als in unsrer thüring'schen Metropole, denn wie unsere Localpresse hervorhebt, sah man bei dieser Feier in der hiesigen katholischen Kirche „großherzogliche Minister und Beamte in voller Staatsuniform, in den amtlichen Abzeichen ihrer Würde."

Berlin, den 19. August. Seit einigen Monaten fährt der hiesige Fabrikbesitzer Hr. Fonrobert in einem Wagen, dessen Räder, statt mit eisernen Reifen, mit Gutta-Percha umkränzt sind, ohne daß dieser von Hrn. Fonrobert erfundene Beschlag sich abgenutzt hat.

Ebenso wie die Kreuzzeitung, ist auch der Kladderadatsch aus Veranlassung des französischen Gesandten wegen seiner Angriffe auf Ludwig Napoleon, verwarnt worden.

Schleswig-Holstein. Die dänischen Posten verweigern die Beförderung von Briefen, auf deren Adresse dem Ortsnamen die Bezeichnung „Schleswig-Holstein" beigefügt ist!

Wien, den 16. Aug. Das letzte Silberanlehen war nicht viel mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein, seine Wirkung ist längst vorüber und die Course zeigen wieder eine langsame, aber beharrliche Tendenz zum Steigen. Daß man der Bank etwas werde zufließen lassen, erweist sich als illusorisch. Die letzte Rate des vorjährigen, im Inlande contrahirten Papieranlehens ist eingezahlt, aber nicht, um versprochener Maßen die entsprechende Summe des umlaufenden Papiergeldes zu tilgen, sondern um das Deficit des Jahres 1850 auszugleichen. Inzwischen ist das Deficit des vergangenen Jahres mit 55 Millionen hinzugekommen, und es heißt nun auf Mittel und Wege sinnen, auch dieses zu decken. Die Steuern sind so überspannt, daß eine Steigerung ohne den Ruin ganzer Provinzen nicht möglich ist. Was bleibt dann weiter übrig, als neue Schulden zu machen? Wir können die Nachricht der Times, daß bis Ende des Jahres ein viertes Anlehen von fünfzig Millionen, zahlbar in Papier und auf das Inland berechnet, mit 5 Procent und dem Cours von 85, im Anzug sei, aus guter Quelle bestätigen. Da man aber nach den letzten Erfahrungen auf eine zureichende freiwillige Subscription nicht rechnen darf, so steht allem Vermuthen nach ein Zwangsanlehen zu erwarten. Mit dem neuen Jahre soll dann das Haus Rothschild mit einer zweiten Silberanleihe herausrücken. Bis jetzt reducirt sich die ganze Verminderung des Papiergeldes auf 4 bis 5 Millionen Scheidemünze, an deren Stelle die schlechten Silbersechser getreten sind, und noch bleiben von jener Scheidemünze gegen 8 Mill. einzulösen, bevor die Reihe an die Gulden kommt. Sodann steht mit Nächstem eine neue kolossale Vermehrung der öffentlichen Schuld zu erwarten, indem die den Grundbesitzern abgelösten Robote und Realrechte in Gestalt so genannter „Grundrentenbriefe" ausgegeben werden sollen. Bekanntlich ist die ganze Ablösung dermaßen eingerichtet, daß ein Drittel der Staat, ein Drittel der Pflichtige bezahlt; das andere Drittel verliert der Berechtigte. Nach einem mäßigen Ansatze wird der dem Staate zufallende Antheil auf das ganze Land wenigstens 120 Millionen betragen. Auch hier sollen 5 Procent gezahlt werden. (Köln. Z.)

Ungarn. Das tyrnauer Primatial-Convict ist nicht den Jesuiten übergeben, sondern es werden bloß drei

derselben als Professoren unter den übrigen 15 Professoren als Lehrer fungiren.

Frankreich.

† **Paris**, den 20. Aug. Frankreich wird auch in den Conflict der Fischerei von Neufoundland hineingezogen. Das englische Gouvernement hat sich beklagt, daß außer den amerikanischen auch französische Fischer an der Küste von Labrador in englischen Gewässern gefischt haben. Zur Untersuchung der Thatsachen ist eine Commission niedergesetzt worden. — In dem heutigen Ministerrathe in St. Cloud ist das Programm der Reise des Präsidenten nach dem Süden von Frankreich festgestellt worden. — Die Nachricht, daß die Heirath Ludw. Napoleons mit der Prinzessin von Wasa nicht stattfinde, erhält dadurch eine Bestätigung, daß die Engländerin Howard wieder hier eingetroffen ist! — Heute hat man aus dem Canal St. Martin einen weiblichen Leichnam gezogen, der allem Anscheine nach seit Kurzem erst im Wasser gelegen hatte. Das junge Mädchen von seltener Schönheit war in der feinsten Toilette und hatte sehr kostbare Armbänder an. Es circuliren schon eine Menge Romane über den tragischen Tod der Unbekannten. — Die Correspondenz Leymaries, welche vor Kurzem zu 3000 Frs. Strafe verurtheilt wurde, ist wegen falscher Nachrichten und andauernder böswilliger Interpretirung der Regierungshandlungen, suspendirt worden. (!)

Der Erzbischof ist gestern mit zweien seiner Großvicare nach Deutschland und zwar zunächst nach dem Rheine abgereis't. Wie verlautet, will er mehrere deutsche Universitäten besuchen.

Der Kurfürst von Hessen hat Paris wieder verlassen und sich nach Boulogne begeben.

Die Reise Ludwig Napoleons nach dem Süden ist bis in die Mitte des nächsten Monats verschoben worden. Wie verlautet, ist dies das Ergebniß einer Sitzung des Ministerraths, weil man hofft die Handelsverbindungen bis zum angegebenen Zeitpunkte mit Belgien erneuern zu können. Im Süden Frankreichs herrscht nemlich, seit der Handelsvertrag zwischen Frankreich und Belgien aufgehoben ist, eine große Aufregung, und man glaubt, daß vor der Erneuerung der Handelsverbindung mit Belgien der Präsident gerade nicht sehr gut empfangen werden würde.

† **Paris**, den 21. Aug. Die Gründung oder vielmehr Wiederherstellung des Kaiserreichs kündigt sich in langsamen aber sicheren Symptomen an. Der Präsident hat erklärt, daß das Kaiserreich nur auf ausdrücklichen Willen des Volkes hergestellt werden kann. Dieser Wille fängt an sich in den Beschlüßen der Arrondissementsräthe zu manifestiren, sie sind die Tirailleurs der großen Bewegung die sich vorbereitet, die durch die Beschlüße der Generalräthe ohne Zweifel einen größeren Impuls erhalten und in einer Fluth von Petitionen, womit der Senat bei seinem Zusammentritt im Frühjahr sich überschwemmt sehen wird, enden wird. An der Bereitwilligkeit des dem Präsidenten ergebenen Senats, den gesammelten, mit Millionen Unterschriften versehenen Bittschriften in einem Senatus Consultum einen constitutionsmäßigen Ausdruck zu geben, zweifelt kein Mensch, und so sieht bereits ein Jeder den Moment herannahen, der dem 2. December und den aus ihm hervorgangenen Zuständen eine Lösung geben soll. Das Publicum nimmt keinen Antheil mehr an dem politischen Leben der Gegenwart, wie die Theilnahmelosigkeit an den Wahlen der Generalräthe beweist, es ist schon so zu sagen mit einem Fuße im Kaiserreiche, dessen Geburtsstunde es schon kennt.

Italien.

* **Parma**, den 14. August. Der regierende Herzog Carl der III ist plötzlich verschwunden. Unzufrieden mit seiner Frau, die älter ist als er, stürzte er sich in Vergnügungen aller Art, welche seine Schwiegermutter, die Herzogin von Berry, gegen ihn aufbrachten; sie soll nach Wien geschrieben haben, um seine Absetzung zu bewirken, und man vermuthet, daß er heimlich dahin gereist sei, um den gegen ihn erhobenen Sturm wo möglich zu beschwören.

Genua. Die Beerdigung der Mutter Mazzini's ist mit großer Feier und einer allgemeinen Theilnahme vollzogen worden. Die Capitäne der englischen, americanischen, holländischen, schwedischen und dänischen Schiffe hatten ihre Flaggen als Zeichen der Trauer gesenkt, mehrere Damen hatten trotz der großen Entfernung des Kirchhofes sich an den Trauerzug angeschlossen; Damen trugen auch die Enden des Sargtuches. Die Emigranten, die Arbeitervereine von Genua, Santa-Piera d'Arena rc. stritten um die Ehre den Sarg zu tragen. Der Kirchhof von Stagliano, wo die irdischen Ueberreste der Mutter des Triumvirn der römischen Republik beigesetzt sind, ist eine Stunde von Genua entfernt. Der ganze dahinführende Weg war mit einer Menschenmasse, die man auf 100,000 Seelen schätzt, bedeckt; überdieß bildeten 15,000 Personen den imposanten Leichenzug. Alles ist in der größten Ruhe vorübergegangen.

Romagna. Die in Ferrara stattgehabten Verhaftungen waren die Folgen einer Benefice-Vorstellung der Tänzerin Maywood. Es wurden nemlich bei der Gelegenheit aufrührerische Schriften mit Sonnetten vermischt in das Paterre geworfen; dies führte zu einer Abführung von circa 25 Personen nach der Citadelle und nun zieht die Untersuchung täglich neue Verhaftungen nach sich. — Den 9. wurden in Ferrara zwei Raubmörder durch päpstliche Truppen allmälig erschossen, denn der eine starb erst nach dem zweiten, der andere nach dem dritten Gnadenschuß, die je 5 Minuten nach einander folgten. (!)

Großbritanien.

* **London**, den 19. Aug. Das Parlament ist bis zum 21. October prorogirt worden. Man ist sehr unzufrieden, daß es so spät zusammenberufen wird. — Die Getreidepreise steigen fort.

Die Untersuchung der Todtenschau-Jury in Sixmilebridge, wo sechs Personen vom Militär erschossen wurden, hat volle 14 Tage gedauert, und zum Resultat gehabt, daß 8 Soldaten und eine Magistratsperson wegen freiwilligen Mordes klagbar erklärt worden sind. Da die englische Presse fast einstimmig das Feuern der Soldaten für einen Act der Nothwehr erklärte, so wird der Spruch der irischen Todtenschauer hier einen aufregenden Eindruck machen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1187³] **Weinversteigerung.**

Montag, den 20. September nächsthin, Vormittags 10 Uhr anfangend, in ihrer Wohnung zu Mittelhambach, läßt Frau Wittwe Wagner, Gutsbesitzerin allda, nachverzeichnete, aus ihren eigenen, in der Gemarkung von Hambach gelegenen Weinbergen erzielte, rein gehaltenen Weine an die Meistbietenden versteigern, nämlich:

3500 Liter 1846er Rießling,
9500 „ 1848er gemischter,
1650 „ „ Traminer mit Roland,
5700 „ 1849er größtentheils Rißling,
9550 „ 1850er gemischter,
10200 „ 1851er „

Neustadt, den 21. August 1852.

Werner, Notär.

[1188³] **Bierbrauerei zu vermiethen in Landau.** (Rheinbaiern.)

Solche kann bis zum 1. October d. Js. angetreten werden, und ist das Nähere hierüber auf frankirte Briefe bei Friedrich Schneider, Weinhändler allda, zu erfahren.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 204 | den 25. August 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Wir haben in unserem gestrigen Blatte das Resultat der Entscheidung des Pfälzischen Appellhofs in Betreff der Ankündigung des Boyveau-Laffecteur'schen Rob in diesem Blatte, kurz angegeben. Da sich namentlich eine der wichtigsten principiellen Fragen für die Presse daran knüpft, so wird es gerechtfertigt sein, wenn wir eine nähere Mittheilung machen.

Die Motive des appellationsgerichtlichen Erkenntnißes sind im Wesentlichen folgende:

Bezüglich der Incompetenz wird gesagt: daß zwar sowol in dem Gesetze vom 4. Juni 1848 §. 6, als auch in dem Ges. v. 18. Novbr. 1849 Art. 1, im Allgemeinen der Grundsatz ausgesprochen sei, daß über die Verbrechen und Vergehen, welche durch die Presse begangen werden, die Schwurgerichte zu erkennen haben sollen; daß indessen beide Gesetze, als Gesetze über das Verfahren bei Preßvergehen, mit Recht unterlassen hätten, festzustellen und zu bestimmen, was unter dem Ausdruck „Preßverbrechen und Preßvergehen" zu verstehen sei und welche Thathandlungen als solche angesehen werden sollen; daß dieser mangelnden Begriffsbestimmung durch das Preßstrafgesetz vom 17. März 1850 Genüge geschehen sei, indem es in seinem II. Titel die **einzelnen** durch Mißbrauch der Presse verübten Verbrechen und Vergehen aufführe und mithin blos diese und keine andere durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen kenne; daß das dem Appellanten zum Vorwurf gemachte Vergehen weder im Titel II, noch an einem andern Orte des fraglichen Gesetzes als Preßvergehen aufgeführt sei und daher auch von dem Richter nicht für ein solches erklärt werden könne; daß es somit nach wie vor als eine durch das Zuchtpoliceigericht abzuurtheilende Zuwiderhandlung gegen eine medicinisch-policeiliche Anordnung erscheine und als solche schon nach allgemeinen Begriffen von Preßvergehen nicht unter letztere gerechnet werden könne.

Auf den Grund der Sache: daß der fragliche Rob nach Gutachten von Dr. Bettinger in Frankenthal als Geheimmittel zu betrachten sei; daß zwar Appellant nachgewiesen habe, daß dem Erfinder dieses Rob schon im Jahre 1778 und nach vorgängiger Berathung der kgl. medicinischen Societät zu Paris von König Ludwig XVI. in Frankreich ein Privilegium hiefür und die Erlaubniß ertheilt worden sei, dieses Heilmittel in ganz Frankreich zu verkaufen; daß sonach das Decret vom 25. Prairial XIII Art. 1 hier zur Anwendung zu kommen hätte und die fragliche Anzeige für straflos erklärt werden müßte, wenn nicht durch ein späteres Gesetz der Stand der Sache verändert worden wäre; daß aber das Decret vom 18. Aug. 1810 Art. 1 vorschreibe, daß die den Erfindern oder Eigenthümern von Heilmitteln oder Compositionen, wovon diese allein das Recept besitzen, ertheilte Erlaubniß, diese Heilmittel zu verkaufen und zu debitiren, von einem angegebenen Zeitpuncte an aufhören solle; daß dieses Gesetz wenigstens in der Pfalz noch seine volle Gültigkeit habe; daß, wenn es den Erfindern und Eigenthümern den Verkauf solcher Heilmittel verbiete, es folgerichtig auch zugleich die gedruckte Anzeige dieser Mittel zum Behufe ihres Verkaufes verboten haben wollte; daß daher das fragliche Factum als eine unerlaubte Anzeige eines Geheimmittels erscheine und unter die Strafgesetze vom 21. Germin. XI Art. 36 und 29. Pluv. XIII falle, da diese Gesetze nicht durch das Gesetz vom 17. März 1850 oder ein anderes Gesetz weder stillschweigend noch ausdrücklich aufgehoben worden seien.

— Zur nähern Erläuterung Folgendes. Der Vertheidiger des Beschuldigten, Hr. Anwalt Gulden, hatte vor Allem die Einrede der Incompetenz des Gerichts erhoben, und im Wesentlichen folgende Momente in dieser Beziehung näher entwickelt:

Das Verfassungsgesetz vom 4. Juni 1848, das Preßedict, bestimmt in seinem §. 6 wörtlich:

„Ueber Anklagen wegen Verbrechen oder Vergehen, „begangen **durch** die Presse, haben nach öffentlichem und „mündlichem Verfahren **Schwurgerichte** zu erkennen."

Das Gesetz vom 18. Nov. 1849, das Verfahren bei Preßvergehen in der Pfalz betreffend, verfügt in seinem Artikel 1:

„Ueber die Vergehen, welche durch die Presse „oder durch Gemälde, Bilder, Zeichnungen, Kupferstiche, „Erzeugniße der Lithographie, Holzschnitte, überhaupt durch „irgend eine Art oder Form sinnlicher Darstellungen und „Mittheilungen an das Publicum begangen werden, haben die Schwurgerichte zu erkennen, und es „findet bezüglich der Verweisung, Verhandlung und Ab„urtheilung das für Verbrechen vorgeschriebene Verfah„ren statt, jedoch mit folgenden Abänderungen."

Das Gesetz „zum Schutze gegen Mißbrauch der Presse" vom 17. März 1850 enthält keine Abänderungen bezüglich der Competenz. Demnach besteht nach der neuen Legislation die ausnahmslose Verfügung, welche sogar Verfassungsgesetz ist, daß über alle Preßvergehen die Schwurgerichte und nur diese zu erkennen haben. Nur allein diejenigen Handlungen, welche der Gesetzgeber speciell in dem Tit. III des letzten Gesetzes vom 17. März 1850 als Polizeiübertretungen qualificirt und der Cognition der Zuchtpolizeigerichte zugewiesen hat, fallen nicht unter jene Regel. — Alle andern gesetzwidrigen Handlungen ohne Ausnahme, begangen durch die Presse, insofern sie nach unserer Gesetzgebung Delicte sind und früher den Correctionellgerichten zur Aburtheilung zugewiesen waren, gehören jetzt zur Competenz der Schwurgerichte. — Dieser Satz kann in jure auch nicht dem mindesten Zweifel unterliegen.

Die Handlung, welche in specie den Gegenstand der Beschuldigung bildet, ist nun aber nach den angerufenen Strafgesetze ein „délit (Vergehen)." — Sie ist in den beiden von dem ersten Richter angewandten Gesetzen vom 21. Germ. XI und 29. Pluv. XIII von dem Gesetzgeber selbst als „délit" qualificirt. „Les individues qui se rendraient coupables de ce délit;" es ist ferner gesagt: „seront poursuivis par mesure de police correctionelle." Sie ist ferner ein Delict nach dem darauf gesetzten Strafmaße von 25 bis 600 Francs, indem die regelmäßige Competenz des Polizeirichters nur bis zu einer Strafe von 15 Frs. sich erstreckt. Sie ist daher auch expressis verbis den Correctionellgerichten zur Aburtheilung hingewiesen.

Auch nach der Definition des Code pén. im Art. 1 ist die Handlung ein délit und keine contrevention de police. Denn dieser sagt:

L'infraction que les lois punissent des peines de police est une contrevention. L'infraction que les lois punissent de peines correctionelles est un délit.

Wenn nun das Gesetz vom 4. Juni 1848 §. 6 und das für die Pfalz speciell erlassene Gesetz vom 18. Nov. 1849 bestimmt verfügen: „Ueber die Vergehen,

welche durch die Presse begangen werden, haben die Schwurgerichte zu erkennen;" — wenn ferner nicht nachgewiesen werden kann, daß das fragliche Delict von dieser gesetzlichen Regel durch ein späteres Gesetz ausgenommen wurde: so ist es augenscheinlich, daß die Incompetenz des Correctionellgerichtes vorliegt.

Die k. Staatsbehörde in Frankenthal hat dieses selbst in ihrem Antrage zu der Rathskammer-Ordonnanz vom 13. April 1852 anerkannt, indem sie die Verweisung vor das Schwurgericht beantragte. Sie hat auch bei der Verhandlung vor dem Correctionellgericht die Competenz nicht behäuptet.

Blicken wir auf die Motive, mittelst welcher der erste Richter die Incompetenzeinrede beseitigt hat: so sind diese offenbar unhaltbar und irrig. Der erste Richter sagt in seiner Verweisungsordonnanz vom 13. April und in dem Urtheile a quo vom 14. Juni abhin: „weil das Gesetz vom 17. März 1850 zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse das fragliche Vergehen nicht vorsehe, — deßhalb sei es kein Preßvergehen und gehöre es nicht zur Competenz der Jury." Hätte der erste Richter damit sagen wollen: deßhalb sei kein Vergehen vorhanden: dann wäre es richtig. Allein er nimmt ein Vergehen an, aber keine Competenz der Jury. — Das Ges. v. 1850 hat ja nicht die Competenz der Jury für Preßvergehen geschaffen, sondern die frühern Gesetze v. 4. Juni 1848 und v. 18. Nov. 1849 haben dieselbe eingeführt. Jenes Gesetz hat nur neue Strafbestimmungen etablirt, die Competenz war aber schon längst regulirt. — Das Ges. v. 18. Novbr. 1849 war nach seinem Art. 20 mit seiner Publication, also seit dem 27. Nov. 1849, in Wirksamkeit getreten, also lange vor dem Gesetze vom 17. März 1850. — Seit dem 27. Nov. 1849 mußten sonach alle und jede Preßvergehen vor den Schwurgerichten zur Aburtheilung kommen, mithin auch das fragliche. Der Code pénal sieht eine Menge Vergehen vor, welche durch die Presse begangen werden können, z. B. die Calomnien, Vorwurf des vice determiné, das Vergehen des Art. 207 ꝛc. Wer wird in dieser Beziehung behaupten wollen, daß es vor Erlaß des Gesetzes v. 17. März 1850 keine Preßvergehen gegeben habe? Dann wäre ja das Ges. v. 18. Nov. 1849 gegenstandslos gewesen und sein Art. 20 geradezu aufgehoben.

Das Raisonnement hätte demnach nur dahin führen sollen: daß — weil das specielle Gesetz vom 17. März 1850 die Bestimmung hat, alle strafbaren Vergehen, welche durch die Presse begangen werden können, vorzusehen und dabei für ganz Baiern eine **gleichförmige** Gesetzgebung bezüglich der Presse herzustellen, — eben deshalb das veraltete franz. Specialgesetz v. 21. Germ. XI bezüglich der Presse nicht mehr weiter gelte und aufgehoben sei; wahrlich aber nicht dahin, daß die fragliche Handlung noch forthin ein Delict sei, aber kein Preßdelict, wenn sie auch durch die Presse begangen werde, und daß deßhalb die Jury nicht competent sei.

Der erste Richter sagt weiter: „Wollte man das genannte Gesetz — was man nicht kann — analogisch anwenden, dann könnte das fragliche Vergehen offenbar nach Art. 35 und folgende als Policeiübertretung betrachtet werden und dann wäre ebenfalls das Zuchtpoliceigericht competent." — Der erste Richter sagt also selbst principaliter: man kann dieses Gesetz nicht analogisch anwenden. Gleichwol sagt er, daß bei einer analogischen Anwendung die fragliche Handlung als eine Policeiübertretung und nicht als ein Delict zu betrachten wäre. Bei diesem Ausspruche ist aber Zweierlei übersehen: 1) daß das Gesetz, das man angewendet, die fragliche Handlung expressis verbis als ein délit und nicht als eine contrevention qualificirt, und daß dieselbe diesen Character auch nach unserm ganzen Strafrechtssysteme hat; daß daher eine ausdrückliche neuere gesetzliche Verfügung nöthig wäre, um der fraglichen Handlung den Character des délit zu nehmen und sie auf eine einfache Contravention zu reduciren. Solches Gesetz besitzen wir aber nicht; — 2) daß es eines der ersten Fundamentalprincipien ist, daß Ausnahmen **niemals** per analogiam extendirt werden dürfen.

— Auf den Grund der Beschuldigung selbst eingehend, hatte der Vertheidiger insbesondere erörtert, daß die angezogene ältere franz. Gesetzgebung, ohnehin früher schon nicht vollzogen, durch das Preßstrafgesetz von 1850 abolirt sei, namentlich da durch dasselbe Einheit der Preßgesetzgebung in ganz Baiern bezweckt ward. „Was in allen Zeitungen des jenseitigen Baierns ungehindert und ungeahndet erscheinen darf, — warum sollte denn das Gleiche nicht auch in den Zeitungen der Pfalz erscheinen dürfen? Welcher vernünftige Grund ließe sich hiefür anführen? Keiner. Circuliren denn nicht überall bei uns auch die im jenseitigen Baiern erscheinenden Blätter? Wenn nun z. B. die Augsburger Allg. Ztg., die neue Münchner Ztg. u. a. Blätter ein gewisses Heilmittel ankündigen, — warum sollte denn ein Gleiches den Blättern der Pfalz verwehrt sein?

Wir finden daher auch in allen in der Pfalz erscheinenden Zeitungen, namentlich seit dem Erlaße des neuen Preßstrafgesetzes, sehr häufig Annoncen, welche wirklich unter das Gesetz vom 21. Germ. XI fallen würden, weil sie nicht approbirte Geheimmittel betreffen." — Der Vertheidiger legte zum Beweise eine Reihe von Blättern vor, darunter namentlich eine Reihe von Nummern der „Pfälzer Ztg.," des designirten Organs für alle amtlichen Publicationen, *) z. B. Nro. 239 vom 9. Oct., und Nro. 279 vom 25. Nov. 1851; Beilage zu Nro. 91 vom 17. April 1852, Beilage zu Nro. 97 vom 24. April 1852 ꝛc. ꝛc. — „Gegen alle diese Zeitungen, die ja auch unter den Augen unserer Behörden erscheinen, keine Verfolgungen. Was aber bei diesen Blättern kein Vergehen ist, selbst wenn von ihnen ein wirkliches, vom Gouvernement nicht approbirtes Geheimmittel annoncirt wird, — dieses kann doch nicht ausnahmsweise bei der Speyer. Ztg. ein Vergehen bilden, zumal wenn deren Annonce nur ein Heilmittel betrifft, das kein Geheimmittel und sogar förmlich von dem Gouvernement approbirt ist."

Die Vertheidigung führte sodann aus, daß der Laffecteur'sche Rob längst kein Geheimmittel im Sinne des Gesetzes mehr sei; seine Bestandtheile und Bereitungsart sind in wissenschaftlichen Werken und in officiellen Pharmakopöen angegeben; der Erfinder gab dieselben schon im vorigen Jahrhunderte der Pariser Academie genau an; als im J. 1850 in Folge einer Ankündigung in der Aachener Zeitung eine gerichtliche Verfolgung eingeleitet werden wollte, erkannte das Correctionellgericht 1. Instanz in Aachen durch Urtheil vom 19. Juli 1850 sofort, nach erfolgter Abhör eines Mediziners, auf Freisprechung des Beschuldigten, aus dem Grunde, weil nach der gepflogenen Verhandlung der Beweis mangle, daß der Rob Boyveau-Laffecteur als ein Geheimmittel betrachtet werden könne, — wobei es das Gericht für überflüssig erklärte, auch noch die Frage zu untersuchen: ob das Gesetz vom 21. Germ. XI nicht durch die neuen Gesetze über die Presse aufgehoben sei. Auch finden überall in Deutschland Ankündigungen des Mittels und dessen öffentlicher Verkauf statt; in der Allgemeinen Ztg. namentlich wird dasselbe fortwährend angezeigt, und in der Hauptstadt München selbst besteht bei F. A. Ravizza eine Niederlage davon.

Der Vertheidiger liefert nun den (im appellationsgerichtlichen Urtheile als geführt anerkannten) Beweis, daß das Heilmittel von der frühern Landesbehörde ausdrücklich approbirt und concessionirt worden ist. Er bezog sich sodann auf den Art. 1 des (gerade aus Veranlassung Laffecteurs erschienenen) kaiserl. Decrets vom 25. Pair. XIII, also lautend: „Das in Art. 36 des Gesetzes

*) Wir müßen hier bemerken, daß gerade die Pfälz. Ztg. in ihrer gewöhnlichen gehäßigen Weise auf die Ankündigung des Rob Laffecteur in der Speyr. Ztg. unmittelbar vor Einleitung der gerichtlichen Verfolgung, speciell aufmerksam gemacht hat!

vom 21. Germ. XI. ausgesprochene Verbot der Anzeige und des Verkaufs von Geheimmitteln, erstreckt sich nicht auf die Präparate und Heilmittel, welche vor der Publication des gedachten Gesetzes approbirt und deren Verbreitung in den damals üblichen Formen erlaubt worden." rc.

— Die Staatsbehörde berief sich in Beziehung auf den letzten Punct auf das kaiserl. Decret vom 18. Aug. und 26. Dec. 1810, wodurch das Aufhören der Privilegien für die Erfinder gegen Entschädigung ausgesprochen und Veröffentlichung der Composition aller approbirten Geheimmittel bezweckt wird. Der Vertheidiger entgegnete darauf, daß hiedurch der Stand der Sache nicht verändert sei, indem Laffecteur keine Entschädigung erhielt, dagegen sein Privilegium behielt, und indem ferner durch die fragliche Bestimmung das Decret vom 25. Pair. XIII nicht aufgehoben ward, folglich gar kein Strafgesetz gegen Ankündigung ausdrücklich approbirter Heilmittel bestehe. — (Der Richter erster Instanz hatte auch des Decrets von 1810 nicht mit einer Silbe erwähnt.) —

*** Speyer.** Nach Berichten von Berlin und von München soll „in Hinsicht auf den reichen diesjährigen Erndteertrag" die freie Einfuhr von Getreide rc. demnächst nicht mehr stattfinden. Wir wünschen sehnlich, daß der hier vorausgesetzte Reichthum der Erndte überall sich in dem Maße ergeben möge, wie es in einzelnen Gegenden wirklich der Fall ist. Berücksichtigen wir aber, daß aus manchen Ländern die Klage laut wird, daß der Erndteertrag den Erwartungen nicht unbedingt entspreche, und daß sich überdies die Kartoffelkrankheit häufig eingestellt hat; blicken wir dabei auf die Marktpreise, welche an den meisten Orten in die Höhe gingen, statt zu sinken, so wird wol das Verlangen gerechtfertigt sein, daß man nicht vorschnell Anordnungen treffe, die sich hintennach als schädlich erweisen konnen, die man aber, wenn eben erst befohlen, voraussichtlich nicht sogleich wieder wird aufheben wollen; wodurch dann der Nachtheil verdoppelt würde. Wir wünschen nichts weniger, als ein künstliches Steigen der Getreidepreise; das nächstliegende beste Mittel dagegen ist aber: die freie Fruchteinfuhr nicht zu unterbrechen! Wir wünschen darum, daß man wenigstens den weitern Verlauf ein wenig abwarte, ehe man jene freie Getreideeinfuhr aufhebt.

*** Speyer,** den 24. Aug. Der Rhein, welcher neulich bedeutend gestiegen war, dann nur sehr langsam fiel, ist neuerdings hoch angeschwollen, so daß er höher steht, als neulich. Tritt nicht ein sehr rasches Fallen der Fluthen ein, so wird man wieder außerordentlich große Verluste zu beklagen haben.

***† Landau,** den 23. Aug. Die jüngsten Wahlverhandlungen zur Bildung des Districts- und Landraths sind nicht ohne pikante Zwischenfälle abgelaufen. So waren zu Landau die vier höchstbesteuerten Grundbesitzer bereits einberufen, um an den Ausschuß- und Landrathswahlen Theil zu nehmen; die Districtsräthe aus den fünfzig höchstbesteuerten und jene der einzelnen Gemeinden waren ebenfalls bereits gewählt; da erhoben sich Reclamationen; zwei der vier Höchstbesteuerten wurden abberufen und machten zwei andern — wie sich jetzt genauer herausstellte — wirklich Höchstbesteuerten in dem Districtsrathe Platz.

Diese Berichtigung ist nun ganz in der Ordnung; eigenthümlich sind dagegen die Folgen. Die vermeintlich höchstbesteuerten zwei Grundbesitzer, welche jetzt aufhören im Districtsrath zu sein, sind durch diese Berichtigung um ihre sonstigen Wahlrechte gekommen; sie wählten nicht — wie sie sollten — mit den 50 Höchstbesteuerten, und konnten nicht von diesen noch von den Gemeinderäthen in den Districtsrath gewählt werden; denn zur Zeit dieser Wahlen waren sie scheinbar Mitglieder des Districtsrathes. Dagegen haben die nachträglich berufenen beiden Höchstbesteuerten zum Theil da, wo sie nicht sollten, gewählt, und Einer derselben war bereits Mitglied des Districtsraths in Folge der Wahl durch die Gemeinderäthe, als er nachher Districtsrath in Folge der gesetzlichen Bestimmung wurde.

Schreiber dieser Zeilen ist auf diesem Wege selbst seiner Wahl- und Wählbarkeitsrechte verlustig geworden und darf daher mit Recht — da das Gesetz in solchen Fällen keine Nichtigkeit verhängt — die Aufmerksamkeit seiner Mitbürger darauf hinlenken, daß ähnliche Vorkommniße in Zukunft vermieden werden. Ueberhaupt wäre es von Nutzen, dergleichen Fälle öffentlich zu besprechen, damit ein Jeder erfahre, wie er es einzurichten habe, das volle Maaß seiner Rechte nach dem neuen Gesetze ungeschmälert zu erhalten, weil es keine Gelegenheit gibt, Versäumtes nachzuholen.

Augsburg. Die Regierung von Schwaben und Neuburg warnt alle diesseitigen studirenden Jünglinge vor dem Studium der Medicin, da nur unglückliche Verhältnisse in Folge der Ueberzahl an Aerzten in Aussicht ständen.

Kassel, den 21. August. Heute fand eine geheime Sitzung des Landtags statt, um den Bericht des Ausschusses für die Finanzen über das Anlehen von 1'500,000 Thlr. zu berathen. Der Ausschuß hat in seiner Mehrheit darauf angetragen, die Proposition der Regierung zu genehmigen; die Stände in ihrer Mehrheit haben diesen Antrag pure genehmigt, so daß es der Regierung überlassen bleibt, für die Art und Weise des Anlehens nach Gutdünken zu verfahren. Es sollen jedoch dem vorausgehend sehr heftige Debatten wegen der Competenz der Kammer entstanden sein, indem der Abgeordnete Weinzierl mit beiläufig 20 Deputirten einen Antrag auf Untersuchung der Competenz gestellt hatte, welchen der Präsident Scheffer zwar vorgelesen haben soll, den er aber nicht zur Berathung und Abstimmung kommen ließ. Der Staatsminister Hassenpflug hat gelegentlich in jener Sitzung die Mittheilung gemacht, daß die Steuerverweigerer der vorhinigen Ständeversammlung zum Ersatz der Executionskosten angehalten werden würden. (F. J.)

Dresden, den 20. Aug. In diesen Tagen wurde in den Sälen der hiesigen Bildergallerie ein hoher preußischer Beamter wegen höchst unsittlichen Benehmens gegen die anwesenden Damen verhaftet.

Berlin. Der Umstand, daß die dänische Regierung sämmtliche deutsche Truppen aus dem Herzogthume Holstein zurückzieht und durch specifisch dänische Truppen ersetzt, so daß nicht einmal das vorschriftsmäßige deutsche Bundescontingent daselbst zurückbleibt, wird zum Gegenstande einer Remonstration gemacht werden, die für jetzt von Berlin aus bei dem österreichischen Cabinet in Anregung gebracht worden ist, um dann in Gemeinsamkeit erlassen zu werden. (Und dann??!)

Wien, den 19. August. Es wird der Nachricht widersprochen, daß Arthur Görgey nach Kufstein gebracht worden sei.

Helgoland, den 17. Aug. Dulon ist nicht nach London gereist. — Heute starb hier der bekannte Meteorologe und Herausgeber des Wetterpropheten „Zeus," Herr Professor Dr. Stieffel aus Karlsruhe.

Frankreich.

† Paris, den 22. Aug. Aus Marseille und Havre sind gleichlautende Nachrichten über den schlechten Ausfall der Erndte, begleitet mit Anträgen auf zollfreie Zulassung des fremden Getreides, eingegangen. — Gestern hatten die Bevollmächtigten Belgiens eine Conferenz mit dem Minister des Auswärtigen; der Handelsvertrag mit Belgien scheint seinem Abschluße nahe zu sein, da die Basis der Unterhandlungen wegen des Nachdrucks französischer Werke festgestellt ist. — Wie weit der Exzeß des Eifers einzelner Beamter geht, beweist die Inschrift, die der Präfekt der Dordogne auf dem Präfecturgebäude zum Feste des 15. August illuminiren ließ. Sie lautet: „Gott hat Napoleon gemacht, und ruhte sich aus." — Dupont de l'Eure, der Nestor der französischen Democratie, zeigt seine Entlassung, in Folge der auf ihn gefallenen Wahl im Canton Nonancourt für den Generalrath an. — Ein zum Tode verurtheilter Verbrecher, der einen Piemontesen ermordet hatte, hat in Marseille

das Stroh seines Gefängnißes angezündet, und ist 24 Stunden darauf an den Brandwunden gestorben.

Die Gazette de France will wissen, daß das von der Schwester Louis Philippe's (Mad. Adelaide) hinterlassene Vermögen sich nach vollständiger Liquidation auf 40 Millionen belaufen wird. Die Prinzen von Orleans sollen sich bekanntlich in Ungarn ankaufen wollen.

Die Summen, die man für den 15. August ausgegeben, sind sehr bedeutend. Man hat berechnet, daß das ganze Fest ungefähr sieben Millionen Francs, der Hallenball allein 1,800,000 Fr., gekostet hat. — Die auf Veranlassung des französischen Gesandten in Brüssel gerichtlich verfolgte Broschüre circulirt jetzt auch in Paris. Ihr vollständiger Titel lautet: „Les deux cours et les nuits de St. Cloud. Moeurs, debauches et crimes de la famille Bonaparte." Nach dem Titel können Sie auf den Inhalt schließen. Was ich davon gehört, so übertrifft sie alles, was bis jetzt gegen die französische Regierung veröffentlicht worden ist. (K. Z.)

Aus dem Elsaß, den 21. Aug. Die Getraidepreise fielen gestern auf den meisten Märkten des Elsaßes sehr stark. (Frankf. Journ.)

Italien.

Aus Florenz schreibt man, daß der dortige Circus auf Befehl der Behörden geschlossen wurde, weil einer der Kunstreiter angeblich politische Demonstrationen gemacht hatte, als er Napoleon darstellte. Es wurde die Erstürmung der Brücke von Arcole dargestellt, was vom Publikum mit Enthusiasmus aufgenommen wurde; den 18. Brumaire nahm das Publikum noch gut auf, als sich aber Kaiser Napoleon krönen lassen wollte, fing das Auditorium laut zu pfeifen an. Der Kunstreiter Napoleon hatte den guten Einfall, Krone und Zepter in die Arena zu werfen und sie mit Füßen zu treten. Das Gouvernement fürchtete sicherlich französische Remonstrationen, und so wurde der Circus auf 14 Tage geschlossen; der tragi-komische Kunstreiter aber mußte 24 Stunden in Arrest, weil er aus der Rolle gefallen.

Großbritanien.

London, den 17. Aug. Die Gesellschaft zur Förderung weiblicher Auswanderung, die unter der Leitung des ehrenwerthen Sidney Herbert und seiner Gemahlin steht, hat bis jetzt 1400 nothleidende Dienst- und Nähmädchen in Gruppen von 30 bis 40 nach Australien befördert, wo fast alle ein gesichertes Unterkommen fanden und viele glücklich verheirathet sind. Gestern ging die 26. Gruppe, aus 35 Mädchen bestehend, an Bord des Blackwall von Gravesend ab.

In den westlichen Districten von Sussex ist, vornehmlich in Folge zahlreicher Auswanderung, ein solcher Mangel an Arbeitern, daß die Landleute sich an die Commandanten der Truppen mit der Bitte wendeten, ihnen zur Einbringung der Ernte durch Soldaten behülflich zu sein. Es wurde diesem Gesuche bereitwillig entsprochen.

Neueste Nachrichten.

München. Die „Neue Münch. Ztg." sagt über die Zollverhältniße: die Coalitionsstaaten seien zu freundlichem Entgegenkommen gerne bereit, aber sie würden von ihren Principien nicht abgehen; „die Ueberzeugung aller betr. Regierungen von der Gerechtigkeit der Sache und der Heilsamkeit des Zieles, das sie verfolgen, stehen zu fest und unerschütterlich, als daß sie an ein Aufgeben desselben denken könnten." Von Preußens Entgegenkommen hänge also das Weitere ab.

Stuttgart, den 29. Aug. Der letzte Fruchtmarkt in Ulm war so stark befahren, daß die Getreidepreise bedeutend herabgingen. Dagegen stiegen dieselben zu Tübingen.

Berlin, den 20. Aug. Plötzlich taucht mit aller Stärke das Gerücht von der politischen Auferstehung des Hrn. v. Radowitz auf, den man in die Direction der Obermilitärstudiencommission berufen werden läßt. Die Nachricht ist noch nicht verbürgt, doch ist anzunehmen, daß sämmtliche Urtheile gegen die Berufung des in vielen Stücken ausgezeichneten Mannes in die genannte Stellung ausfallen würden, mit der einzigen Ausnahme der speciellen Anhänger des Hrn. v. Radowitz. (A. Z.)

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Annweiler, den 23. Aug. Wisset es hiemit, Ihr zur Wahl eines Landrathsmitgliedes versammelten Districtsräthe der Kantone Annweiler und Dahn, daß unter Euch Allen auch nicht Einer zu finden, der gehörig befähigt ist, diese Stelle vollkommen auszufüllen. —

Diese Aeußerung machte vorgestern in öffentlichem Wirthshause ein gewisser Herr von hier, einer der intimsten Freunde des Redacteurs der Pfälzer Ztg. Sonderbar, daß dieser gewisse Herr unter den Vielen auch nicht Einen zu finden weiß, während doch sein Busenfreund Hr. Jäger Einen zu nennen, wenn nicht zu empfehlen beliebte; sonderbar um so mehr, als beide Herren seit geraumer Zeit immer, ja ganz und gar, in politischer Beziehung wenigstens, durch und durch eines Sinnes sind.

Noch unbegreiflicher aber ist diese Aeußerung, wenn man weiß, daß unter diesen Districtsräthen ein schon betagter Oheim des gewissen Herrn sich befindet, der in Wahrheit, zum Nutzen und Frommen seiner Gemeinde während 18 oder 20 Jahren die Stelle eines Bürgermeisters, und in diesem Zeitraume während 6 Jahren die Stelle eines Landrathes bereits schon versehen hat.

So ist es eben, die Zeiten oder die Leute .... ändern sich.

Nach beendigter Wahlhandlung*) fragte der gewisse Herr mehrere Wähler, wen sie gewählt hätten, und auf ihre Antwort, den Gewählten nennend, sagte derselbe (wahrscheinlich in verbissenem Zorne über die Wahl): — „nun da habt ihr einen (oder den) rechten Krischer gewählt," so daß die Leute einander ganz verblüfft ansahen.

Also auch einen Krischer? **) — Was kann, was soll man über solche Ausfälle oder Anfälle von einem so fein gebildet sein wollenden Menschen sagen? — Wohl nicht viel ist davon zu halten. Doch jeder unbefangene ordentliche Mann, welcher politischen Ansicht er auch sein mag, wird zugeben, daß dies keine gewöhnliche Freiheit oder Keckheit, sondern — mehr als dies ist. —

Trösten Sie sich übrigens lieber gewisser Herr, denn das Gekrisch im versammelten Rathe wird Ihr zartes Gehör und feines Gefühl nicht unangenehm berühren, wird überhaupt auch nicht so groß werden, weil Sie, der Alles am besten Wissende, Alles Corrigirende, Alles besser Machende, ja Alles dominiren Wollende, dort nicht in Ihrer gewohnten Weise Opposition zu machen berechtigt sind.

Damit aber Niemand in Ungewißheit bleibe, wer denn eigentlich dieser gewisse Herr wol sein wird, so will ich denselben zum Schlusse mit Namen nennen: es ist der frühere Buchbinder und Spezereikrämer, hiebei später noch Salzniederlageführer und jetzt bei dieser letzten Stelle noch Posthalter, Posterpeditor und Gastgeber Georg Jacoby von Annweiler. F. A. Stein.

*) Bei der im ersten Scrutin beendigten Wahlhandlung erhielt dieser Oheim 8, der von der Pfälzr. Ztg. beliebte Candidat 5, und der Gewählte 35 Stimmen unter 55 Abstimmenden.

**) Hr. Dr. Jäger hat in Nro. 199 seiner Pfälzr. Ztg. bereits vier Categorien von gewählten Landräthen aufgestellt, nämlich: 13 Conservative, 4 Conservativliberale, 2 Liberale und 2 Democraten, und sein Busenfreund, der gewisse Herr, wird ihn wahrscheinlich an die vergessene fünfte, an die Categorie der Krischer erinnern wollen, falls der Betreffende nicht schon unter den 4 ersten Arten oder unter den 2 noch Unbekannten begriffen ist.

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Mittwoch (Zu Nro. 104.) den 25. August 1852.

Deutschland.

Auswanderungssache. Notizen über die Aussicht, welche sich auswandernden Handwerkern in Amerika darbieten. (Beschluß.)

Uhrmacher. Ebenfalls ein gutes Geschäft; denn Jeder, der nur irgend Rath schaffen kann, trägt eine Uhr, da es sehr gebräuchlich ist, nach Glockenschlag zu arbeiten. Ein Uhrmachergehülfe verdient wöchentlich 8 bis 12 Doll. Mit den Uhren wird übrigens der größte Wucherhandel und Betrug ausgeführt. In den Hauptstraßen von Newyork findet man Locale, wo der jüdische Speculationsgeist vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein Tausch und Handel treibt, und wer mit dieser gewissenlosen Bande in Berührung kommt, ist sicher betrogen.

Vergolder. Dieses Geschäft ist in den Hauptstädten ziemlich gut. Ein geschickter Arbeiter verdient 6 bis 10 Doll. per Woche.

Zimmerleute machen ein sehr gutes Geschäft in America, denn da es an Bauten nicht fehlt, so findet ein Jeder in den Sommermonaten namentlich in den östlichen Staaten überall Arbeit. Der Lohn ist 1¼ bis 1½ Doll. per Tag. Erstaunen muß man, wenn man die Bauart in America sieht; ganze Straßen sieht man empor steigen, Kirchen eine nach der andern. Die Anzahl der Kirchen in Newyork beläuft sich gegenwärtig bereits auf 250. Brocklin, eine Vorstadt von Newyork, durch den Hudson-Fluß getrennt, zählt allein deren gegen 60. — Auch Schiff-Zimmerer werden häufig gesucht und verdienen schönes Geld auf den Werften. Diejenigen, welche auf den großen Yankee-Schiffen als Zimmerer angestellt sind, erhalten 40 bis 50 Doll. per Monat und dieselbe Kost wie der Capitän. —

Schlüßlich noch einige Bemerkungen über verschiedene nicht gewerbliche Nahrungszweige.

Für den Arbeitsmann oder Taglöhner ist die beste Zeit, Arbeit zu finden, im Monat Mai, wo die Farmer nach allen großen Städten kommen, um sich Arbeiter anzuwerben, die sie gewöhnlich per Monat dingen und 8 bis 10 Doll. zahlen. Der Arbeiter dieser Art muß von Aufgang bis zum Untergang der Sonne arbeiten. Die auf Tag angenommen werden, erhalten gewöhnlich 1 Doll. per Tag. Nur wenige Farmer behalten ihre Leute das ganze Jahr hindurch in Arbeit; denn wenn die Erntezeit vorüber ist, werden sie entlassen. Diejenigen, welche auf ein ganzes Jahr angenommen sind, erhalten selten mehr als 6 Doll. für den Monat. Wenn Viele von dieser Classe im Herbst oder in den Wintermonaten dort einwandern, sieht es oftmals traurig für sie aus, indem keine Beschäftigung zu finden ist, und Viele Familienväter genöthigt sind, ins Armenhaus zu gehen, wo sie Lebensunterhalt und Obdach haben. Die Kinder erhalten auch Schulunterricht; eine sehr edle Einrichtung der americanischen Regierung. Der allgemeine Glaube in Europa: Daß am schönen Geschlecht, und namentlich an dienstsuchenden Mädchen in Amerika großer Mangel sei, ist durchaus falsch; denn Mangel an Frauen kennt man durchaus nicht, sie sind ebenso zahlreich wie in Europa. Man kann dies in den verschiedenen Miethcomptoirs sehen, wo die weibliche Classe Condition sucht. Hier trifft man junge Mädchen und Frauen aus allen Zonen in großer Menge an. Ein Mädchen, die gewöhnliche Hausarbeit verrichtet, erhält 4 bis 8 Doll. monatlichen Lohn; eine gewandte Köchin dagegen 12 bis 15 Doll.

Arbeitsleute an Eisenbahnen können fast immer Beschäftigung finden, denn in keinem Lande werden noch immer so viel Eisenbahnen gebaut, wie in America, daher diese Classe von Arbeitern oft zu Hunderten, ja zu Tausenden verlangt wird. Ihr Lohn ist 1 bis 1¼ Doll. per Tag.

Matrosen finden in allen Häfen Unterkommen. Diejenigen, welche sich als Küstenfahrer verdingen, erhalten 15 Doll. per Monat, andere, die auf größere Reisen, besonders nach Californien gehen wollen, erhalten auch 20 bis 22 Doll. Wieder Andere, die auf den großen Dampfschiffen nach Liverpool und Havre angestellt sind, bekommen 18 Doll. Ich muß noch bemerken, daß jeder Arbeiter, es mag sein in welchem Fache es wolle, in Amerika mehr Trieb und Thätigkeit entwickeln muß als in Europa, wenn er die Zufriedenheit seines Principals erlangen will; denn rasch wie mit Dampf muß dort Alles von Statten gehen, um nicht von dem Räderwerke des allgemeinen Verkehrs überrumpelt und erdrückt zu werden.

Kassel. Die Volksbötin bemerkt: In Kassel ist dem eingesperrten Dr. Gräfe ein „begrenzter Gebrauch der Feder" gestattet worden. Demnach ist dieser eingesperrte deutsche Schriftsteller der großen Majorität „nicht Eingesperrter" vollkommen gleichgestellt! — Die kurhessische Regierung selbst macht hingegen „unbegränzten Gebrauch" von der Druckfreiheit. Das Urtheil des Generalauditoriats gegen Schwarzenberg, Gräfe und Henkel ist, 9 Bogen stark, mit 25 Beilagen, auf deren Kosten veröffentlicht worden. Vor solchem Selbstverlag, mit Herrn Hassenpflug als Commissionär, möchte man sich bedanken.

Dresden, den 15. Aug. Ein Maiverurtheilter, der Arzt Gunther aus Potschappel, wird morgen in das Zuchthaus zu Waldheim abgeführt, woselbst er eine 10jährige Zuchthausstrafe verbüßen soll, und der Zahnkünstler Beckert von hier, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt, sieht in hiesiger Frohnfeste seiner baldigen Abführung entgegen. Vor Kurzem ist sein Vater gestorben und seine Frau liegt auf dem Sterbebette. Ein hiesiger Kaufmann, der gleich nach den Maiereignissen nach Amerika geflohen war, ist jetzt zurückgekehrt in der unbegreiflichen Hoffnung, man werde ihn vergessen haben. Am Tage nach seiner Rückkehr wurde er verhaftet und die Untersuchung gegen ihn eingeleitet; sein Vertrauen hat ihm die Aussicht auf jahrelanges Gefängniß zugezogen. Sie sehen, wir sind noch weit vom Vergeben und Vergessen! — Vor einigen Tagen hatten sich zwei Subalternoffiziere der Infanterie von hier entfernt; sie wurden eingeholt und gefangen hieher zurückgebracht und bilden nun den Stoff des Tagesgesprächs.

Berlin, den 16. Aug. Drei Reisen „hoher Herrschaften" haben jetzt wieder eine größere Bedeutung erlangt. Zunächst ist es die Reise der Königin Victoria nach Laeken, der man weitere Zwecke beilegt. Wie aus einer als zuverlässig erprobten Quelle verlautet, liegen dieser Reise Vermählungsprojecte zum Grunde, welche die königlichen Häuser von England und Belgien auf das innigste verknüpfen sollen. Dagegen ist man hier nicht wenig erstaunt über eine zweite Reise, nämlich über die des Kurfürsten von Hessen, der am 13. d. M. von Ostende aus in Paris eingetroffen ist. Ob dieser Reise nur auf die Erhebung der Gräfin v. Schaumburg in den Fürstenstand bezügliche Gründe zuzuschreiben sind, ob es sich dabei um die Thronberechtigung der Kinder des Kurfürsten (in Paris?) handelt, oder ob auch hiebei Ver-

mählungsprojecte eine Rolle spielen — das zu bestimmen ist augenblicklich nicht möglich. Wahrscheinlich wirken hier alle drei Fragen mit. Es ist jetzt wiederholt von einer projectirten Vermählung Ludwig Napoleons mit einer Tochter des Kurfürsten die Rede ist — die natürlich erst erfolgen könnte, wenn die Kinder der Gräfin Schaumburg für thronfähig erklärt wären. Die Mutter der Prinzessin Carola hat sich nämlich mit derselben plötzlich nach Oesterreich begeben; das ist die dritte Reise, welche hier mit Spannung verfolgt wird. Man ist hier davon fest überzeugt, daß das königliche Haus Wasa niemals mit den Bonaparte sich verschwägern werde. In diesem Falle könnten die Aussichten der Gräfin Schaumburg besser werden, wenn die Familie Rianzares sie nicht wieder zerstört. (A. Z.)

Wegen des bekannten Ministerialrescriptes, welches die Ansiedelung auswärtiger Jesuiten in Preußen nicht gestattet, sollen die Bischöfe, wie vielfach berichtet wird, Schritte vorbereiten, „um die Rechte der Kirche pflichtgemäß zu wahren," während die Laien durch Petitionen an den König thätig sein sollen. Aus Münster ging schon am 16. eine solche Adresse an den König ab mit dem Gesuch um Rücknahme jenes Rescriptes.

Frankreich.

† **Paris**, den 21. Aug. Der Regierungscommissär Sarda Carriga, unter dessen Aufsicht die nach Cayenne Deportirten gestellt sind, widerspricht in seinem Bericht an den Gouverneur dem verbreiteten Gerüchte, daß er einen Forçaden habe erschießen lassen. Er lobt nach wie vor das Betragen der unter seine Aufsicht Gestellten. Ein Einziger davon hat einen Mordversuch gegen einen Mitgefangenen verübt, er wurde zur lebenslänglichen Zwangsarbeit verurtheilt und nach der Insel des „Teufels" gebracht, wo er ganz allein in Ketten arbeiten muß.

Die Berichte aus Leipzig über die Feier des 15. August von alten sächsischen Veteranen, welche unter dem Kaiser gedient haben, haben im Elysee einen sehr angenehmen Eindruck gemacht. (!)

Eine Pariser Correspondenz der Allg. Ztg. bemerkt u. a.: „Im Gegensatz zu den Huldigungen bedauere ich Ihnen melden zu müssen, daß die Pamphlete, Satiren in Versen und Prosa ballenweise hier eintreffen, von den angesehensten Leuten im geheimen angenommen und mit den pfiffigsten Kunstgriffen ins Publicum geschleudert werden. 10,000 Exemplare der Voix mystérieuse hat ihr Verfasser, der legitimistische Exrepräsentant Callet, von London hierher durchzuschmuggeln gewußt. Victor Hugo's Broschüre kann man überall um 5 Fr. wie im Buchhandel beziehen!"

Mehrere Blätter hatten gemeldet, der Erzbischof habe am Napoleonstag in der Madeleine die Messe gelesen und das Tedeum angestimmt. Dies war nicht der Fall. Das Ansinnen soll an ihn gestellt worden sein, er sich aber damit entschuldigt haben, daß ihn höhere Pflichten an diesem Tag zur Himmelfahrtsfeier nach Notre-Dame rufen.

Italien.

Rom, den 11. Aug. Neue schlimme Symptome von Demoralisation zeigen sich unter verschiedenen Theilen der päpstlichen Truppen. Aus Velletri entwichen nach und nach mehrere kleine Abtheilungen des dortigen Jägerbataillons, in allem bis jetzt 62 Mann. Eben so aus Castelnuovo 21 Gendarmen: diese wie jene bewaffnet. Ihre Spuren scheinen übers Meer nach Sardinien zu führen.

Rußland.

Warschau, den 14. Aug. Wie bei uns das Petitionsrecht und zwar im petersburger Sinne, aufgefaßt und verstanden wird, davon liefert die heute veröffentlichte Verordnung des Verwaltungsrathes im Königreich Polen einen deutlichen Beweis. Es heißt darin unter Anderem: „Art. 1. Personen, die im Namen von Stadt- oder Dorfgemeinden die Ueberreichung von Petitionen an Se. Maj. vermitteln, sollen vorher die befugten, von den Gemeinden ihnen ertheilten Vollmachten ihren nächstvorgesetzten Behörden zur Legalisirung vorlegen, damit diese sich vorgängig überzeugen können, ob die betreffenden Gemeinden wirklich entschlossen sind, Beschwerde oder Bitte*) vor den Thron zu bringen. (Darnach können, wenn diese Bitten oder Beschwerden die zur Prüfung befugten Behörden selbst angehen, diese leicht den Fortgang derselben dadurch unmöglich machen, daß sie einfach in ihrem Gutachten oder Ermessen an der Willensmeinung der betreffenden Gemeinden die erforderliche „wirkliche Entschlossenheit" vermissen!) Der Art. II. ist aber noch weit interessanter. Es heißt darin: „Das Zusammentreten von Gemeinden zu Berathungen eines Petitions-Entwurfs ist unstatthaft und von der Policei überall zu inhibiren; ja, diejenigen, welche sich zu solchen Berathungen begeben, oder Gemeinden, welche in Masse Bittschriften Sr. Maj. überreichen wollen, soll die Policei zurückhalten, zu Protocoll nehmen und sie in ihre Heimath zurückweisen. Alle die aber, welche zur Versammlung und Ueberreichung von Petitionen anregten, sind sofort den Gerichten zur Bestrafung zu überliefern." Diese Verordnung schneidet vollends die Möglichkeit einer unmittelbaren Berührung zwischen Volk und Monarchen ab, und somit sind wir jetzt nicht mehr weit entfernt von der petersburger Usance, wonach jeder, der sich dem Czaaren nähert und mit ihm spricht, sofort verhaftet wird.

Australien.

Ein junger englischer Ansiedler schreibt aus **Adelaide**, den 1. März, seinen Eltern in London: „Diese Stadt ist wie eine Wüste, alle Geschäfte stocken, denn die Einwohner sind nach den Goldgruben fort. Vorigen December schloß ich mich einer Gesellschaft an, die zu Fuß 500 Meilen weit nach Mount Alexander pilgerte; aber meine Gefährten gefielen mir nicht; ich ging daher zur See nach Adelaide zurück und suchte mir eine passendere Gesellschaft. Meine Mühsale waren nicht gering; zehn Wochen lang schlief ich auf der harten Erde ohne Bett, und Wochen lang kam ich nicht aus den Kleidern. Ich habe Sümpfe durchwatet, bis an die Brust im Wasser, brennende Sandwüsten durchwandert von 30 Meilen Breite, bin mehrmals dem Verdursten nahe gewesen und konnte aus Mangel an Wasser mich Tage lang nicht waschen. Rathen Sie jedem, der in England zu leben hat, daß er daheim bleibt. Tausende erwartet hier die bitterste Enttäuschung; denn wer Gold graben will, muß im Stande sein, im Freien unter einem Baume zu schlafen, Sumpfwasser zu trinken, nichts Warmes zu essen, oder gar nichts zu essen, und sich dafür vom Ungeziefer halb auffressen zu lassen. Die Californier kommen herüber: bis jetzt aber sind schon 30,000 Goldgräber hier, alle wohl bewaffnet. Den Versuchen der Regierung, sie zu übersteuern, haben sie bis jetzt glücklich widerstanden. Das Lynchen hat bereits angefangen, und je eher es allgemein wird, desto besser, damit wir die Horden von Spitzbuben los werden, die uns umschwärmen. Für den ehrlichen Mann hat das Lynchgesetz keine Schrecken."

Miscellen.

Nach den letzten amerikanischen Blättern bis zum 3. August kommen unter den deutschen Einwanderern ungewöhnlich viele Selbstmorde vor. Nach dem New-York Herald kann man unter den deutschen Einwanderern fünf Selbstmörder auf einen aus anderem Lande, Frankreich ausgenommen, annehmen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 21. Aug. Weizen 20 fl. 6 kr., Korn 17 fl. 10 kr., Gerste 10 fl. 45 kr., Haber 6 fl. 11 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

*) Darnach muß man ja aber glauben, daß in dem gesegneten Lande der „Ruhe und Ordnung" auch noch — Beschwerden vorkommen! D. Red.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 205 | den 26. August 1852.

Deutschland.

*** Die Zollfrage.** Während man sich dieser Tage der Hoffnung hingab, die Zollfrage werde nunmehr doch endlich die gewünschte Lösung erhalten, kündigt zwar die officieuse Neue Münchn. Ztg. an, die Coalitionsstaaten wünschten eine Ausgleichung der Anstände und böten dazu die Hand, sie fügt aber gleichzeitig bei: ein Aufgeben der angenommenen Principien dürfe man indessen von denselben nicht erwarten, dazu würden sie sich nicht verstehen! So wäre uns denn neuerdings die Aussicht eröffnet, den Zollverein wirklich gesprengt zu sehen. Denn Preußen scheint sich wenigstens vorerst nicht dazu zu verstehen, seinen und unsern Weinen durch die Concurrenz der österreichischen und ungarischen Weine den Markt verderben zu lassen! Aehnlich in Hinsicht auf andere Producte!

Es ist wirklich entsetzlich! Es sind nahezu 6 Monate verflossen, seit die Berliner Zollconferenz begann, und noch immer stehen wir auf dem nemlichen Punkte wie damals, noch immer herrscht diese dem Verkehr und der gesammten Industrie so grundverderbliche Ungewißheit. Was soll daraus werden??

Gerade besteht auch zwischen Frankreich und Belgien die bekannte commercielle Spannung. Die politische Klugheit geböte eben so sehr, als das Handelsinteresse, daß wir diesen Moment benützten, um Belgien mehr mit Deutschland zu verbinden. Statt dessen — suchen wir bei uns selbst das letzte, wenigstens partielle Band der Einigung zu zerreißen!

„Man darf der Opposition nicht zustimmen" hieß es, als die Freisinnigen vor mehr als anderthalb Jahren warnend darauf hinwiesen, daß die eingeschlagene Politik zu einer Sprengung des Zollvereins zu führen drohe. Man verschloß sein Ohr den Vorhersagungen von dieser Seite. Wäre es nicht geschehen, so wären die Schritte des baierischen Handelsministeriums nicht möglich gewesen, eine den Zollverein gefährdende Coalition hätte sich nicht bilden können, und alle jetzt drohenden Gefahren wären von vorn herein abgewendet gewesen. Die reactionäre Partei verhöhnte und verdächtigte das Streben der Freisinnigen. Möge man wenigstens einsehen, wer es ist, dem man das drohende Unglück nicht beizumessen hat.

*** Zweibrücken,** den 24. Aug. Heute stand der Redacteur des „Kaiserslauterer Wochenblattes," Ludwig Vatter und dessen 19jähriger Sohn, Emil Vatter, vor dem Schwurgerichte, angeklagt, durch den Abdruck eines Artikels aus dem „Fränkischen Kur.," überschrieben: „die lange Nacht. (Von Rudolph Dulon)" sich des Spottes der in Baiern bestehenden Regierungsform schuldig gemacht zu haben. — Das Schwurgericht wird folgendermaßen gebildet: 1. J. Abreck, Gutsbesitzer in Wachenheim, 2. P. Schmidt VI., Bürgerm. in Bossenbach, 3. Notär F. Röbel in Rockenhausen, 4. J. Weber, Steuereinnehmer in Kallstadt, 5. J. Grüner, Steuereinnehmer in Schwegenheim, 6. J. Grieß, Kaufmann in Landau, 7. J. Litty, Bürgerm. in Altdorf, 8. P. Minges, Bürgrm. in Flemlingen, 9. K. Silbernagel, Ackerer in Klingen, 10. D. Becker, Bürgerm. in Goddelhausen, 11. D. König, Kaufmann in Pirmasens, 12. L. Stauch, Bürgermeister in Ramstein. — Nachdem der Polizeicommissär Kiefer über den Leumund der Angeklagten und über die Tendenz ihres Blattes als Zeuge verhört worden war, entwickelte Hr. Staatsprocurator Lang die Anklage in objectiver Hinsicht durch Hinweisung auf den Inhalt, als welcher gegen die monarchische Regierungsform, welche in Baiern bestehe, gerichtet sei; in subjectiver Hinsicht durch die Vorführung der Thatsache, daß der junge Emil Vatter eingestandener Maßen den Artikel abgedruckt, und der alte Ludwig Vatter das dem Landcommissariat vorgelegte Pflichtexemplar als verantwortlicher Redacteur unterzeichnet habe, die Vorlage bei dem Landcommissariat sei schon eine Veröffentlichung im Sinne des Gesetzes, wenn gleich der gesammte Vorrath der gedruckten Exemplare von der Polizei in Beschlag genommen und keinerlei Verbreitung unter das Publikum stattgefunden habe. Der Vertheidiger, Hr. Anwalt Golsen, entgegnete, was den objectiven Thatbestand betrifft: Wenn der Art. 16 des Preßgesetzes angewendet werden wolle, müsse erwiesen sein, a) daß ein Angriff auf die Regierungsform in Baiern geschehen und zwar ein Angriff auf die heute in Baiern bestehende, b) daß der Abdruck eines solchen Artikels und die Vorlage des Pflichtexemplars schon eine Veröffentlichung im Sinne des Preßstrafgesetzes sei, wenn auch das Blatt selber gar nicht ausgegeben worden. Beide Requisiten in objectiver Beziehung seien hier gar nicht vorhanden. Denn der ganze Artikel spreche ganz im Allgemeinen von einer vergangenen Zeit und von Zuständen, wie sie nur in absolutistischen Staaten vorgekommen und nur in solchen noch vorkommen. Von Baiern sei darin mit keiner Sylbe die Rede, und eben so wenig von der in Baiern bestehenden Regierungsform, welche keine absolutistische, sondern eine constitutionelle sei. Sei nun schon durch den Inhalt des Artikels das Gesetz nicht verletzt, so liege andrerseits auch nicht einmal eine Veröffentlichung vor. — Das Blatt sei ja gar nicht ausgegeben, sondern lediglich das Pflichtexemplar der Behörde vorgelegt worden, worauf die Beschlagnahme aller Exemplare erfolgte. In subjectiver Beziehung machte der Vertheidiger darauf aufmerksam, daß die Angeklagten keinerlei strafbare Absicht gehabt, indem sie auch nicht im Entferntesten eine Deutung des Artikels, wie sie die Anklage aufstelle, vermuthet hätten, dies um so weniger, weil ja derselbe Artikel im Fränkischen Kurier, in einem baierischen Blatte, ohne alle Anfechtung geblieben sei. Ferner sei dieser Artikel schon im Kaiserslauterer Wochenblatt abgedruckt gewesen, ehe noch die von dem Kaiserslauterer Bezirksgericht ausgesprochene Beschlagnahme der Dulon'schen Schrift, aus welcher jener Artikel stamme, bekannt geworden. Den Geschworenen bemerkte sodann der Vertheidiger, er vertraue auf ihr Urtheil, daß sie nicht straffällig finden werden in der geistig vorgeschrittenen Pfalz, was selbst die Behörden im jenseitigen Baiern nicht anstößig gefunden, und daß sie das in der Pfalz zu lesen nicht für unerlaubt erklären werden, was man im jenseitigen Baiern ungestraft lesen dürfe. — Da die Aeußerung des Policeicommissärs zwar für den jungen Vatter durchaus vortheilhaft, jedoch für den alten nicht durchaus günstig ausgefallen war, verlas der Vertheidiger ein Sittenzeugniß, welches der gesammte Stadtrath von Kaiserslautern unterzeichnet hatte, und welches den alten Vatter im vortheilhaftesten Lichte erscheinen ließ. — Die Replik der Staatsbehörde und des Vertheidigers bot keine neue Momente.

Den Geschworenen wurden drei Fragen gestellt: 1) ob durch den vom jungen Vatter geschehenen Abdruck des Artikels derselbe einer Veröffentlichung schuldig, in welcher die in Baiern bestehende Regierungsform dem Spotte und

der Verachtung Preis gegeben sei; 2) ob der alte Vater sich durch Unterschrift des ihm vorgelegten Pflichtexemplars gleichfalls dieses Vergehens schuldig gemacht; 3) ob mildernde Umstände vorhanden seien.

Nach einer halben Stunde kamen die Geschworenen aus ihrem Berathungszimmer und beantworteten durch ihren Präsidenten die zwei ersten Fragen mit Ja, die dritte mit Nein. Das Publicum war in der gespanntesten Aufmerksamkeit. — Die Staatsbehörde beantragte gegen die beiden Schuldiggesprochenen 4 Monate Gefängniß und 25 fl. Geldstrafe für Jeden sammt Kosten. Das Schwurgericht sprach aus: 1 Monat Gefängniß und 25 fl. Geldstrafe für jeden der Schuldiggesprochenen sammt Kosten. Der Schwurgerichtspräsident bemerkte noch den Verurtheilten, sie würden wol, nachdem die Geschworenen sie als schuldig erkannt, das Strafurtheil als mild erkennen müßen.

* **Speyer**, den 25. Aug. Der Rhein ist leider seit gestern neuerdings gewachsen, und hat alle außerhalb der Rheindämme liegenden Niederungen völlig überschwemmt. Schon ist der Schaden sehr bedeutend.

⊙ **Aus der Pfalz.** Hr. Dr. Jäger, über das Resultat der Landrathswahlen — freilich mit sauerm Gesichte — triumphirend, macht schon wieder seine Rechnung ohne den Wirth. Er will von den Freisinnigen gar nichts wissen, und überdies glauben machen, auf Leute rechnen und dieselbe zu den Seinigen zählen zu dürfen, welche ihm längst mit Verachtung den Rücken gekehrt haben, obschon sie ihn früher nach Kräften gestützt und ihm zur, wahrlich nicht beneidenswerthen, Stellung verholfen haben, in welcher er sich heute befindet. *) . . . Mit Gewißheit läßt sich auch voraussagen, daß vom ganzen, auf seinen Errungenschaften ruhenden Subvente, kein Einziger insfünftig in die Kammer gewählt werden wird, nicht einmal Herr Steuerkraft. —

München, den 20. August. Auch Professor v. Lassaulx hat eine wissenschaftliche Reise nach Griechenland angetreten. — Professor Wigard aus Dresden, welcher dem hiesigen Stenographen-Congresse beiwohnen wollte, ist von der Polizei ausgewiesen worden!

München, den 21. Juni. Durch Ministerialrescript vom 16. Juli wird angeordnet, daß von nun an alljährlich an dem Sitze jeder Kreisregierung, in welcher sich ein geprüfter Lehrer der Stenographie befindet, eine Prüfung für den stenographischen Unterricht stattzufinden habe, und zwar, um Denjenigen, welche sich um die Erlaubniß zur Unterrichtertheilung bewerben, die Möglichkeit zu gewähren, ihre Befähigung hiezu gehörig nachzuweisen, andererseits aber auch, um eine Auswahl tüchtiger Stenographen für den öffentlichen Dienst zu sichern. Die deßfallsige erste Prüfung für Oberbaiern wird bereits am 20. Oct. dahier abgehalten werden.

Nürnberg, den 22. August. Der Nürnb. Kur. schreibt: Der Nürnberger Magistrat, qua Polizeisenat hat gestern den stellvertretenden Redacteur dieses Blattes wegen der Aufforderung zu milden Beiträgen für die unglücklichen abgebrannten Orber zu einer Geldstrafe von 1 fl. 30 kr. und in Kosten verurtheilt. — Jeder, der mit den Bestimmungen unsrer Verfassung über die Presse, resp. mit dem Preßedict von 1848, auch nur einiger Maßen vertraut ist, wird sofort erkennen, daß dieses „Erkenntniß" des Stadtmagistrats Nürnberg, qua Polizeisenat, an unheilbarer Nichtigkeit wegen Mangels der Competenz leidet, weil nämlich nach §. 7 des allegirten Preßedikts die Judikatur der Polizeibehörden in Preßsachen, es handle sich nun um Verbrechen, Vergehen oder bloße Polizeiübertretungen, unter allen Umständen ausgeschlossen ist. — Der stellvertretende Redakteur dieses Blattes wird gegen das „Erkenntniß" des Magistrats Nürnberg, qua Polizeisenat, den Rekurs ergreifen und zweifelt nicht, daß die höhere Instanz, wie sie bereits (was dem Stadtmagistrate Nürnberg qua Polizeisenat bekannt sein muß) im vorigen Jahre in zwei ähnlichen Fällen gethan, jenes „Erkenntniß" wieder aufheben wird. Um sich jedoch gegen alle ferneren Behelligungen durch Zitationen und Verhöre, Zeit- und Geldverlust, wie sie mit solchen magistratisch-polizeilichen Untersuchungen, auch wenn dieselben schließlich (wie bez. des Redakteurs des Nürnberger Kuriers im vorigen Jahre) mit Kassirung des ganzen Verfahrens enden, unvermeidlich verbunden sind, ein für alle Mal sicher zu stellen, erklärt die Redaction, daß sie die eröffnete Sammlung für die abgebrannten Orber hiermit schließt und die Mühe menschenfreundlicher Kollekten in Zukunft Jenen überläßt, welche für solche wohlgemeinte Bestrebungen keine andere Anerkennung als polizeiliche Einschreitungen im Vorrathe haben.

*) Folgt nun im Originale eine Bemerkung, die wir aus Schonung für die Gesundheit des Hrn. Jäger wenigstens vorerst noch hinweglassen wollen.

Würzburg, den 21. Aug. Auf der heutigen außerordentlich stark befahrenen Schranne gingen die Preise zurück.

Stuttgart. Neueren statistischen Mittheilungen entnehmen wir folgende Thatsachen, die ein leider zu trauriges Licht auf unsere ökonomischen Zustände werfen. Die Zahl der Vergantungen vermehrte sich seit 1834 um das Dreifache und ist immer noch im Steigen; sie vermehrte sich von 727 im Jahr 1834 bis auf 3470 im Jahre 1848. Die Summe des bei Gantungen zur Vertheilung gekommenen Vermögens stieg von 1828, wo sie vier Millionen betrug, im Jahre 1847 auf vierzehn Millionen und im Jahr 48 und den folgenden noch viel höher. Von diesen vielen Gantungen kam der größte Theil, drei Fünftel, auf die Gewerbe, den Handel, und nur Ein Fünftel auf die Landwirthe.

Stuttgart. Erlaß des württembergischen Consistoriums an sämmtliche Decanatsämter, die gemischten Ehen betr.: „Es ist in der Synode zur Sprache gekommen, daß die wohlbegründete christliche Ordnung, wonach Brautleute, ihr Eheversprechen anzeigend, die Proclamation durch persönliches Erscheinen bei dem Pfarrer nachsuchen, an mehreren Orten in Abgang geräth. Die Synode wünscht daher alle Geistlichen zu erinnern, daß sie solche Ordnung, wo sie noch aufrecht steht, zu erhalten, wo sie wankt, befestigen, wo sie aber in Abgang gekommen sein sollte, sie wieder herzustellen sich keine Mühe verdrießen lassen. Einer besondern Berathung bedürftig erscheinen hiebei solche Verlobte, welche mit einem Angehörigen der anderen Confession sich zu ehelichen im Begriff stehen, und es ist Pflicht der Geistlichen, in ihrer Eigenschaft als Seelsorger der Einzelnen wie als Wächter der Gemeinden und Diener der evangelischen Kirche, den evangelischen Theil ernstlich und herzlich zu ermahnen, daß er seine und seiner Nachkommenschaft Freiheit nicht durch leichtsinnige Versprechungen binde und nicht, um nur zur Ehe zu gelangen, sich einen Strick um das Gewissen legen lasse. Es versteht sich dabei von selbst, daß von Seiten der evangelischen Geistlichen kein Eingriff in die staatsgesetzliche Freiheit der Eltern hinsichtlich der Erziehungsconfession ihrer Kinder versucht werde. Hievon wolle das Dekanatamt die Geistlichen seiner Diöcese in Kentniß setzen."

Ulm, den 23. Aug., 6 Uhr 50 Min. Der Wasserstand der Donau hat eine bedenkliche Höhe erreicht. — So eben (8 Uhr Morgens) wird aus Biberach gemeldet, daß heute Nacht zu Erolzheim in Folge einer starken Erderschütterung die Kirche und mehrere Gebäude eingestürzt seien.

Aus dem Herzogthum Meiningen, den 17. Aug. Vorigen Sonnabend wurde der Chef des bibliographischen Instituts in Hildburghausen, Hr. J. Meyer, wegen Beleidigung und Verleumdung des Oberappellationsgerichts in Jena in contumaciam zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt, nachdem derselbe vorher schon zweimal geladen, auch dießmal nicht erschienen war, sondern

dem Gerichtshof schriftlich die Mittheilung gemacht hatte, daß er auf eines seiner Kohlenbergwerke verreisen werde. Er hatte dem Oberappellationsgerichte Schuld gegeben, daß es in seiner Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung des Königs von Preußen, von Parteihaß dictirte Erkenntnisse gefällt, sie illegaler Weise vor der Publication in fast allen europäischen und amerikanischen Zeitungen veröffentlicht und ihm jede Vertheidigung aus Parteihaß und rechtswidrig abgeschnitten habe. (F. J.)

Berlin, den 22. Aug. Bei der gestern stattgehabten Versammlung der Conferenzbevollmächtigten im Finanzministerium wurde, ohne weitere Formalitäten, die Erklärung der Coalitionsregierungen von dem baierischen Bevollmächtigten Oberzollrath v. Meixner zu Protocoll niedergelegt. Dieselbe wurde vom preußischen Bevollmächtigten ohne alle Aeußerung entgegengenommen, wonach sich die Bevollmächtigten trennten. Eine folgende Sitzung ist noch nicht bestimmt. (K. Z.)

Die Allg. Ztg. theilt den Wortlaut der neuesten Erklärung der sieben Coalitionsstaaten mit. Die wichtigste Stelle scheint uns die folgende zu sein: „Was die Verhandlungen mit der k. k. österreichischen Regierung anlangt, so hat die k. preußische Regierung dieselben zwar auch für wünschenswerth erklärt und ihre Bereitwilligkeit zu denselben zugesichert, zur Bezeichnung der Grundlagen dafür jedoch nur im allgemeinen auf das Protokoll dd. Wiesbaden 7 Junius 1851 hingewiesen. Durch diese Hinweisung vermögen die von den Unterzeichneten vertretenen Regierungen zu ihrem Bedauern sich nicht befriedigt zu erklären. Für die commerciellen Verhandlungen mit Oesterreich sind nämlich jetzt viel bestimmtere Grundlagen gewonnen als zur Zeit der Wiesbadner Conferenzen. Es liegen die auf den Conferenzen zu Wien ausgearbeiteten Vertragsentwürfe vor, welche die Unterzeichneten unterm 25. Mai d. J. im Auftrage ihrer hohen Regierungen den gegenwärtigen Zollconferenzen als Proposition unterstellt haben. Die Unterzeichneten sind daher beauftragt worden, an die k. preußische Regierung das Ersuchen zu stellen: sich geneigtest darüber auszusprechen, inwieweit sie jene Entwürfe und insbesondere den Entwurf eines Zoll- und Handelsvertrags als Grundlagen der Verhandlungen mit der kaiserl. Oesterreichischen Regierung anzuerkennen, und in welcher Fassung sie den erwähnten Zoll- und Handelsvertrag demnächst anzunehmen bereit sei."

Wien, den 20. Aug. Aus allen Theilen der österreichischen Monarchie laufen sehr günstige Ernteberichte ein.

Wien, den 24. Aug. Durch eine allerhöchste Entschließung des Kaisers ist die Wirksamkeit der ungarischen Kriegsgerichte in Bezug auf die dortigen Ereignisse in den Jahren 1848 und 1849 als geschlossen erklärt. Zahlreiche Begnadigungen sind wieder erfolgt.

Schweiz.

Vevay, den 18. Aug. Von der Ernte ist leider die Hälfte zu Grunde gegangen. Man breitet hier das geschnittene Getreide auf den Aeckern aus, wo es bei anhaltendem Regen rasch verfault.

Basel, den 23. Aug. Von allen Seiten um den Genfersee herum berichtet man von Wasserverheerungen in Folge der anhaltenden Regengüsse. Die Arve bei Genf überschwemmte die Gärten vom Plainpalais und riß einen Theil der alten Bäder fort. Im Chablais wüthete eine Wasserhose. Die größten Ueberschwemmungen sollen aber in Wallis stattgefunden haben.

Belgien.

Brüssel, den 23. August. Der gegenwärtig hier anwesende österreichische Feldmarschallieutenant Baron von Haynau wurde gestern öffentlich verhöhnt und ausgezischt. (K. Z.)

Frankreich.

† **Paris,** den 23. Aug. Ein Decret im heutigen „Moniteur" beruft zum 20. September die Arrondissementsräthe für die zweite Abtheilung ihrer diesjährigen Sitzungen. — In den letzten Tagen haben sich mehrere Unglücksfälle auf verschiedenen Eisenbahnen zugetragen. Der Versailler Eisenbahnzug ist auf eine Locomotive bei Aniers gestoßen, der Zug von Beaucaire nach Nimes traf mit einem Güterzug zusammen und der Zug der Strasburger Eisenbahn gerieth an der Brücke von St. Phlin aus dem Schienenwege, die Locomotive rannte gegen eine Seitenwand und wurde zerschmettert. Bei allen Vorfällen wurden mehrere Reisende beschädigt, die Mehrzahl aber bei der letzten Catastrophe, wobei 37 Personen ins Spital gebracht werden mußten. Glücklicherweise kam Niemand ums Leben. An dem letzten Vorfall soll das Aufweichen des Bodens durch den langen Regen Schuld sein. (Nach einer Zeitungsangabe soll sich u. a. der Kurfürst von Hessen auf dem Zuge befunden haben.) — Der Handelsvertrag mit Belgien soll bereits abgeschlossen sein, und wird nach Auswechslung der Unterschriften veröffentlicht werden. — Der Policeiminister hat in einem Circulair den Präfecten untersagt, Verwarnungen den Journalen ihrer Departemente zu ertheilen, bevor sie nicht von ihm genehmigt worden, da Fälle vorgekommen, in denen man Journale wegen Artikeln verwarnte, die in Paris oder anderen Departements vorher ungeahndet passirten.

Italien.

Venedig, den 16. August. Vom Garda-See kommen die traurigsten Nachrichten über die Verwüstungen, die das jüngst gefallene Hagelwetter anrichtete. Die üppigen Felder zwischen Azzise und Bardoli, wo eine so reiche Ernte stand, liegen nun ganz wüst und öde. Auch die Citronenpflanzen auf der westlichen Küste des Sees haben sehr viel gelitten.

Der „Times" wird aus **Florenz** vom 7. August geschrieben, daß das Cassations-Gericht auf Andringen der Regierung die Appellation des Ehepaares Madiai verworfen habe. Beide sind demnach in die Kosten und zu Galeerenstrafe verurtheilt, der Mann zu 56, die Frau zu 45 Monaten, und, wie man sich erinnern wird, wegen keines andern Verbrechens, als wegen ihres Uebertrittes vom römisch-katholischen zum protestantischen Glauben, oder, wie es im Urtheile buchstäblich heißt, wegen ihrer Annahme der Lehre des reinen Evangeliums (puro Evangelo.)

* **Florenz,** den 17. Aug. Heute hat der Proceß des ehemaligen Ministers und Chefs der executiven Gewalt während der Epoche der provisorischen Regierung Guerazzi bei ungeheuerem Zulauf des Publicums begonnen. Guerazzi hat gegen die Competenz des Gerichtes protestirt. Es sind 359 Zeugen aus allen Theilen von Toscana vorgeladen. Das Publicum nimmt großes Interesse an dem Proceße, der voraussichtlich 3 Monate dauern wird.

* **Turin,** den 20. Aug. Der Erzbischof von Chambery hat eine Erklärung abgegeben, der zufolge die Protestation der Bischöfe von Savoyen gegen das Gesetz über die Civilehe zurückgenommen wird. — Man spricht von dem Wiedereintrit von Ratazzi und Cavour in das Ministerium.

Amerika.

Die Regierungen Sardiniens und der Schweiz haben in der Republik Neu Granada eine Nachahmung gefunden. Der Senat hat den Erzbischof von Bogota aus der Republik verbannt und ihm die Temporalien gesperrt. Der Erzbischof hatte gegen ein Gesetz vom 25. April 1845, welches der h. Stuhl als einen Angriff auf die Gewalt und die Freiheit der Kirche, als eine der katholischen Kirche, ihren heiligen Rechten, ihrer Gewalt und Immunität geschlagene Wunde erklärt hatte, Verwahrung eingelegt. Er sollte nun durch ein neues Gesetz angehalten werden, einen Stellvertreter zu ernennen und die erzbischöfliche Gerichtsbarkeit in dessen Hände zu legen. Er weigerte sich, und deßwegen wurde von Flores auf

die Verbannung des Erzbischofes und auf die Entziehung der Temporalien angetragen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Speyer. Das Ergebniß der Districtsraths-, der Districtsausschuß-, und nun in noch höherm Grade das der Landrathswahlen, hat auf den Hrn. Dr. Jäger beiläufig in der Weise gewirkt, wie ein Tarantelstich auf einen in den süßesten Träumen Schlummernden. In den komischsten Tänzen der Verzweiflung, die Hr. Jäger nun aufführt, zeigt er sich besonders rasend gegen die Speyerer Zeitung, die er zwar, wie er neulich mit seinem Worte versicherte (und Brutus ist ein Ehrenmann!) gar nicht liest, deren Inhalt er aber doch Tag für Tag ganz genau kennt, und auf die er nun die ganze reiche Sammlung seiner Kraftausdrücke ausschüttet, — diese seltene Frucht bester Erziehung und Jahrelanger schlafloser Nächte in Folge allzuanstrengender medicinischer Praxis. — Vor Allem plagt ihn schon seit einiger Zeit die fixe Idee, daß die Speyerer Ztg. seine Artikel nachdrucke, was er Diebstahl, Plünderung und Raub nennt, und worüber er den Beweis damit herstellt, daß er, (der die Speyerer Ztg. gar nicht liest!), dennoch, (vermuthlich im magnetischen Schlafe,) entdeckt hat, daß dieselbe auf seine schon neulich vorgebrachten deßfallsigen geistvollen Ergüße — keine Antwort gegeben hat. Daß die betr. Mittheilungen zum Theil sogar früher in der Speyerer Ztg., als in der des Hrn. Doctors erschienen, ist freilich der Aufmerksamkeit des erzürnten Herrn entgangen. Wenn aber diese Mittheilungen der Speyr. Ztg. auch noch anders lauten, als in der Pflzr. Ztg., so weiß das Kraftgenie (und ein bei den Landrathswahlen mit noch viel mehr Glanz, als schon bei den Kammerwahlen durchgefallener Genosse desselben) daraus die wundersame Entdeckung zu ziehen, daß die Mittheilung des köstlichen Eigenthums der Pfälzer Ztg. — nicht nur dieser geraubt, sondern auch noch obendrein gefälscht worden sei! Und dies selbst dann, wenn Zahlenangaben vorkommen, die man in jenem Blatte ganz vergeblich sucht, wie dies namentlich bei der Kandel-Bergzaberer Wahl der Fall ist. Wir bedauern, dem Hrn. Jäger in dieser Sache eben immer wieder den ihm bereits längst ertheilten Trostgrund von der raschen Fortführung des Baues einer gewissen Anstalt wiederholen zu müßen. — Hr. Jäger meint übrigens, wenn die Speyr. Ztg. nicht aus Feigheit und Unehrlichkeit ihre wahre politische Gesinnung verbergen würde, dann würde man recht sehen, daß die Leute etwas ganz Anderes erstrebten, als dieses Blatt. Zur Zeit hat nun freilich die Speyr. Ztg. den absonderlichen Muth noch nicht erprobt, den Hr. Jäger bewies, als er in der Epoche des Pfälzischen Aufstandes seine „Principien" so heldenmüthig und opferbereit in der Presse vertheidigte. Darum muß es sich die Speyr. Ztg. mittlerweile denn auch genügen lassen, daß die von Hrn. Jäger aufgestellten Landrathscandidaten eben in Masse bei den Wahlen durchgefallen sind, und daß die wirklich Gewählten in eminenter Majorität gerade denjenigen Anforderungen entsprechen, welche sie von Anfang bis jetzt consequent an dieselben stellte. — Nachdem übrigens Hr. Jäger unsere Aufmerksamkeit mit solchem Nachdruck wieder auf seine werthe Person gelenkt hat, so wollen wir denselben (da er das gegenwärtige Blatt der Speyr. Ztg. vielleicht ausnahmsweise doch lesen dürfte) daran erinnern, daß der Beweis wegen des Abdrucks des Witt'schen Artikels zur Zeit noch im Rückstande ist, (obgleich die etwas unzarte Qualification einer „frechen Lüge" damit in Verbindung gebracht ward), so wie auch namentlich die Entgegnung auf das Schreiben in der Beilage zu Nro. 197 dieses Blattes ebenfalls vermißt wird.

[1191] Freitag, den 27. ds.: wohlbesetzte

Militärmusik

in den Gartenanlagen von

Bad Gleisweiler.

[1189] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 11. bis 20. Aug. Fr. Sitzler mit Bedienung a. Kitzingen. — Fr. Beger u. Frl. Reifel mit Bedienung a. Heidelberg. — Frl. Jost a. Molsheim. — Frl. A. u. Frl. B. Grimm a. Darmstadt. — Fr. Pfarrer Rompf a. Weidenthal. — Graf zu Solms-Laubach, kgl. preuß. General a. D. mit Bedienung a. Braunfels. — Fr. Rott a. Hundsbach. — H. Kleehaas a. Gleisweiler. — Frl. v. Rüdt mit Bedienung a. Carlsruhe. — Fr. Johannes a. Landau. — H. Scherer a. Odenbach. — H. Greiner a. Straßburg. — H. Buhl a. Frankfurt a. M. — H. u. Frl. Diehl a. Barr. — H. Dreyfuß a. Bruchsal. — H. Koch a. Bechtheim. — Fr. Schumacher u. Frl. Kunz a. Wachenheim. — Frl. Syffert a. Zweibrücken. — H. Körber a. Kandel. — Fr. Rott mit Familie a. Oberseebach. — H. Schwein a. Germersheim. — H. Oberconsistorialrath Frey a. Darmstadt. — Fr. Dr. Schlötzer mit Frl. Tochter a. Cusel. — H. Schwerdt a. Colgenstein. — H. Wiedrich a. Hofwiller. — H. Bourion a. Weissenburg. — H. Linker a. Kuhlendorf. — H. Rehns a. Landau. — Frau Notär Berg mit Frl. Scherer a. Frankenthal. — Fr. Becker a. Saarbrükken. — H. Staatsanwalt Wernigk a. Meissenheim. — Fr. Dr. Winterhalter mit Bedienung a. Neustadt auf dem Schwarzwald. — Frl. Wagner a. Neustadt. — H. Spanier a. Hauptstuhl. — Fr. u. Frl. Löwenstein a. Obrigheim. — Frl. L. u. Frl. P. Schneider a. Strasburg. — H. Löwenthal a. Mannheim. — Frl. Wohlgemuth a. Albisheim. — H. u. Fr. Nathan a. Großbockenheim. — Fr. Greiner u. Frl. Lobstein a. Straßburg. — Graf G. zu Solms-Laubach, kgl. preuß. Major a. Braunsfeld mit Dienerschaft. — H. Revierförster Fournier a. Enkenbach. — Frl. Orth a. Framont. — H. Schmitz a. Baumholder. — Fr. Mayer u. Fr. Otterburger a. Mannheim. — H. F. Schwerd a. Colgenstein. — H. Advocat Wolf mit Gemahlin a. Weissenburg. — 247. H. Götz a. Mannheim. — 248. H. Klein a. Lambrecht-Gräfenhausen. — 249. H. Dr. med. Frees v. Wandsbeck in Holstein. — 250. H. Rechnungscommissar Desrayaux a. Straßburg mit Bedienung. — 251 u. 252. Fr. u. Frl. Piazolo a. Hockenheim. — 253. H. Pfarrer Dietsch a. Zeiskam. — 254. H. Heimlich a. Hatten. — 255. H. Brill a. Zeitz. — 256. H. Schröder a. Seebruch in Mecklenburg. — 257. H. Pütz a. Hamburg. — 258. H. v. Brunner a. Rheinzabern. — 259—261. H. Höhn u. Frl. Wohlhüter mit Schwester a. Runzheim.

[1190] **Versteigerung.**

Montag, den 6. September 1852, des Nachmittags um 2 Uhr, zu Edenkoben im Gasthause zum Schaaf, läßt Herr P. F. Wilhelmi, Mechanikus in Ludwigsthal bei Schriesheim wohnhaft, seine nahe bei Edenkoben in der Pfalz liegenden Fabrikgebäude, bestehend in Dreherwerkstätte mit Dampfkesselhaus, Gieshaus nebst Schlosser- und Schmiedwerkstätte unter sehr annehmbaren Bedingungen öffentlich versteigern.

Diese Gebäude, auf einem Flächenraum von 72 Decimalen, nebst Weinbergen und Ackerland, eignen sich nach ihrer Bauart zum Fortbetriebe einer mechanischen Werkstätte (wozu noch Werkzeuge abgegeben werden können) wie auch zu einer chemischen Fabrik.

Edenkoben, den 23. August 1852.

Aus Auftrag:

Keller, Notar.

[1192] **Hauptschießen zu Lambrecht-Grevenhausen.**

Am 5., 6. und 7. September d. Js. wird das diesjährige Hauptschießen dahier abgehalten. Es wird auf zwei weite, zwei freie Handscheiben und eine Flintenscheibe geschossen. Die Preise bestehen in lauter Geldpreisen, und zwar im Betrage von **350 fl.**

Alle Schützen und Freunde des Schießens werden zu diesem Feste freundschaftlichst eingeladen.

Lambrecht-Grevenhausen, den 23. August 1852.

Der Vorstand der Schützengesellschaft.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag — Nro. 206 — den 27. August 1852.

Deutschland.

*** Um was handelt es sich?** Die Reactionsgenossenschaft in unserer Pfalz, welche seit den Districts- und besonders seit den Landrathswahlen wie vom Veitstanze befallen ist, versucht die jämmerlichsten Mittel. Auch sie will nun wieder für „freisinnig" gelten, sie will die „Liberalen" in ihrem Abrahamischen Schoß aufnehmen und zu den Ihrigen zählen, die Hauptsache aber, — sie müht sich ab, ihre Gegner zu verdächtigen, als sei durch diese das Eigenthum gefährdet, weßhalb, wer Sicherheit wolle, sich ihr, der Reactionspartei, anschließen müsse. — Um was handelt es sich? Fortschritt oder Rückschritt, das und nichts Anders sind die sich widerstreitenden Principien; darum, und nur darum handelt es sich. Man untersuche denn einmal, wer diejenigen sind, welche am lautesten schreien, daß die Freisinnigen (in unserm Sinne) es aufs „Theilen" abgesehen haben; und man wird unschwer erkennen, daß gerade diese reactionären Verdächtiger am allerwenigsten Gefahr bei der Sache laufen, indem eben sie in ihrer Mehrzahl ja nur gewinnen könnten, wenn wirklich „getheilt" würde. Eben wer Ruhe und Ordnung will, — aber eine solid begründete Ruhe und eben deßhalb nicht eine faule Ordnung — der muß, der wahren Sicherheit wegen, dringend wünschen, daß dem schrankenlosen Unwesen der Reaction ein Ende gemacht werde, weil eben durch diese die Grundlage einer dauernden Ruhe und einer naturgemäßen Ordnung von Tag zu Tag tiefer untergraben und desto größeres und allgemeineres Unglück systematisch vorbereitet wird, das bei längerer Fortdauer jenes Systems, früh oder spät, hereinbrechen muß. Selbst Socialismus und Communismus, — wer ist es, der heute dieselben den Leuten immer zuruft und ins Gedächtniß zurückführt? Sind es Anhänger dieser Lehren? Nein! denn diese sind, wenn je bei uns vorhanden, durchaus verstummt. Die heuchlerischen Wortführer der Reaction sind es, welche an diese Lehren immer wieder erinnern, welche sie den Leuten vorreden und einprägen und nicht mehr aus dem Gedächtniß kommen lassen! Wer aber die, auf solche Weise künstlich genährten und künstlich verbreiteten Lehren des Wahnsinns, für die Zeiten der Erschütterung, die man uns muthwillig bereitet, auch local möglichst abwenden will, der sei eingedenk, daß Erfüllung der gerechten Forderungen des Volkes die erste und natürlichste Bedingung ist, und daß zu diesem Behufe einer rasenden, verfolgungssüchtigen Reaction vor Allem Einhalt gethan werden muß. — Solchen Einhalt zu thun, gilt es aber, ehe es zu spät ist. —

*** Speyer.** Ein Auswanderer, V. Raaders, äußert in einem Schreiben aus Antwerpen vom 15. Aug. den Wunsch, daß wir in der Speyr. Ztg. die Auswanderer warnen möchten, sich vor den Betrügereien zu hüten, denen sie in dem gedachten Hafenplatz ausgesetzt seien. Er äußert sich über die stattfindenden Prellereien mit der größten Entrüstung, und gibt namentlich an, daß dieselben beim Einkauf von Lebensmitteln verübt würden. Man müße deren in übermäßiger Menge anschaffen, und — die Hauptsache — sich dieselben von gewissen Agenten liefern lassen, wenn man zu Strrich kommen wolle. So werde Mancher um seine ganze Baarschaft gebracht. — Wir entsprechen zwar anmit recht gerne dem Verlangen des Briefschreibers, indem wir den Inhalt seiner Warnung mittheilen, müßen aber um so mehr bedauern, kein Mittel angeben zu können, solchen Prellereien zu entgehen. Längst wird vergeblich gewünscht, daß die Regierungen sich um unsere auswandernden Landsleute mehr annehmen möchten. Die vielverschrieene Reichsverfassung hatte es freilich anders beabsichtigt, indem sie im §. 136 (Grundrechte, Art. I.) u. a. wörtlich bestimmte:

„Die Auswanderungsangelegenheit steht unter dem „Schutze und der Fürsorge des Reiches!"

*** Speyer,** den 26. Aug. Seit gestern Nachmittag hat das Wasser des Rheines etwas zu fallen begonnen.

Die völkerrechtliche Seite der Kaiserfrage. In einem längeren Artikel stellt das „Preußische Wochenblatt" über das Verhältniß des Napoleonischen Kaiserthums zu den s. g. „europäischen Verträgen" gerade im jetzigen Augenblick interessante Betrachtungen an. Wir entnehmen denselben das Folgende: Mittelst Vertrages vom 20. November 1815 versprachen die vier Großmächte einander, was ihr Verhältniß zu Frankreich betrifft, die Bestimmungen des ersten Pariser Friedens (in Betreff der innern Verhältniße desselben) auch ferner als wechselseitig verbindlich zu betrachten, und über die strikte Ausführung des zweiten Pariser Friedens zu wachen; was aber ihre Stellung zu Napoleon und dessen Familie anlangt, so verpflichteten sie sich, die für ewige Zeiten ausgesprochene Ausschließung Napoleons und seiner Familie von der obersten Gewalt in Frankreich in ihrem ganzen Umfange und, wenn es nöthig wäre, mit allen ihren Streitkräften aufrecht zu erhalten. Dieser Vertrag ist an keinerlei Zeitbestimmung gebunden, und besteht daher auch heute noch in voller Kraft. — Napoleon hatte den im Jahre 1814 mit den Verbündeten für sich und seine Familie geschlossenen Tractat für nichtig erklärt; die Mitglieder seiner Familie waren seinem Beispiel gefolgt, und hatten an dem erneuerten Kampf gegen das verbündete Europa theilgenommen. Kein anderweitiger Vertrag ist seitdem zwischen Napoleon oder dessen Familie und den alliirten Mächten zu Stande gekommen. — Das Verhältniß beider Theile zu einander beruht demnach seitdem ausschließlich auf dem Boden des Thatsächlichen. — In diesem Sinne errichteten einerseits die vier Mächte unter einander ein ewiges Bündniß zu dem Zwecke, die Napoleoniden für immer von dem Besitze der höchsten Gewalt in Frankreich ausgeschlossen zu halten; andererseits ließen die Napoleoniden zwar die Gewalt der Thatsachen über sich ergehen, aber sie hielten nichts desto weniger seitdem fest an ihren meist nur kurze Zeit aufgegebenen, bald aber wieder in Anspruch genommenen angeblichen Rechten. Daß die Napoleoniden seit ihrem zweiten Falle in der That an diesem Standpuncte festgehalten haben, beweist der Schritt, welchen bei Louis Philippe's Thronbesteigung Joseph Bonaparte thun zu müssen geglaubt hat. Als vertretender Chef des Napoleonischen Hauses protestirte er in einer an die französische Deputirtenkammer gerichteten Adresse vom 18. September 1830 von Neuyork aus gegen die Thronbesteigung eines Prinzen aus dem Hause Bourbon, indem er die Rechte seines Neffen, des Herzogs von Reichstadt, feierlich verwahrte. Zu welchen Resultaten ein solcher Standpunct, consequent verfolgt, nothwendig führen muß, liegt auf der Hand. Niemals hat Napoleon die beiden Pariser Friedensschlüsse anerkannt; ebenso wenig die Wiener Congreßacte. Wer sich daher für seinen Nachfolger mittelst Erbrechts erklärt,

muß consequenter Weise das Kaiserreich in demjenigen Umfange beanspruchen, in welchem Napoleon es vor dem ersten Pariser Frieden besessen. — Noch mehr! Nach jener Auffassung müßten ihre damaligen Rechte auch den Seitenverwandten Napoleons noch heute auf diejenigen Länder zustehen, welche sie bis zu derjenigen Katastrophe der letzen französischen Kriege beherrscht haben! Daher würde man von dem Standpuncte der Napoleoniden aus die Ansprüche des einzigen jetzt noch am Leben befindlichen Bruders Napoleons, des Hieronymus Bonaparte, auf das ehemalige Königreich Westphalen, die des Sohnes seiner jüngsten Schwester (Karoline Murat, Gemahlin des im Jahre 1815 erschossenen Ex-Königs von Neapel) auf Neapel und die auf den jetzigen Präsidenten der französischen Republik von seinem ältern Bruder Ludwig Napoleon, ehemaligen Großherzog von Berg und 1831 kinderlos verstorben, übergegangenen Rechte auf das ehemalige Großherzogthum Berg als auch jetzt noch fortbestehend zu betrachten haben. —

München. Der Eilbote enthält einen Artikel über die Schwurgerichtssitzungen in Niederbaiern, aus dem wir folgende Angaben entnehmen: Ober- und Niederbaiern versammelten seit dem Bestehen des Anklageprocesses mit Mündlichkeit und Geschworenen, diese am öftesten und längsten. Niederbaiern allein hielt seit dem März 1849, in welchem die erste öffentliche Verhandlung vor dem Kreis- und Stadtgerichte Statt fand, 16 Schwurgerichte. Bei diesen Verhandlungen standen 357 Angeklagte vor den Schranken des Gerichtes. Hievon waren 15 des Verbrechens des Mordes, 3 des Versuches zu diesem Verbrechen, 6 des Kindsmordes, 24 des Todtschlages, 71 des Verbrechens der Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode, 5 des Verbrechens der Körperverletzung III. Grades (mit bleibendem Nachtheil für Gesundheit) angeklagt. Wegen Verbrechens des Raubes (verschiedener Grade) standen 69 vor Gericht, 13 wegen Brandstiftung verschiedener Grade, 4 wegen Betruges durch Urkundenfälschung und 128 wegen Diebstahls. — Politische Verbrechen kamen nur zwei vor, nämlich das Verbrechen des Tumults (beim Volksfest zu Kampsham), und ein Preßvergehen. Es dürfte nicht ohne Interesse sein, auszuscheiden, welchen Gerichten die Angeklagten angehörten und welche Verbrechen in diesem oder jenem Bezirke vorherrschend verübt wurden... Die Landgerichte Dingolfing, Landau, Straubing, Passau, Rottenburg, Eggenfelden, Abensberg, die ein so beträchtliches Contingent von Angeklagten zu den Schwurgerichten stellten, genossen bereits das Glück der geistl. Missionen, von denen man allein nach der Volksbotentheorie Verminderung der Verbrechen erwartet.

Darmstadt, den 23. Aug. Bei unserm Assisengerichte begehrte ein Geschworner, Bürgermeister Traupel von Lohnsheim, zweitägigen Urlaub, weil er Vorbereitungen zur Namensfeier des Großherzogs machen müsse! Und das Assisengericht bewilligte diesen Urlaub.

Wiesbaden, den 24. Aug. Heute wurde der hiesige „Gesellengesangverein" policeilich aufgelöst und ein Mitglied des Vorstands ausgewiesen, nachdem gestern durch die Policei bei den Mitgliedern des Vorstandes Haussuchungen vorgenommen worden waren. Auch bei dem Vorstande eines andern hiesigen Gesangvereins „Liederkranz" wurden gestern Haussuchungen vorgenommen. (Mittelrh. Ztg.)

Frankfurt, den 25. Aug. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Berlin dürften wol die Sitzungen der Zollconferenz im gegenwärtigen Augenblicke ihr Ende erreicht haben. Preußen wird den Coalitionsstaaten gegenüber fest auf seinem Programm beharren, und auf die Anmuthungen der Conferenz von Stuttgart nicht eingehen. (Fr. J.)

Kassel, den 23. August. In der vorgestrigen nicht öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer stellte, wie wir hören, ein Abgeordneter der ländlichen Wahlbezirke einen Antrag auf Wiederbeseitigung der Civilehe, als einer dem Grundwesen des Christenthums widerstrebenden Einrichtung (!), deßgleichen einen zweiten auf Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung (!) für Bubenstreiche, Bettel, Landstreicherei und dergleichen Fälle. (Kass. Ztg.)

Trier, den 23. Aug. Hoffmann von Fallersleben, der sich einige Tage hier aufhielt, um die Handschriften der Stadtbibliothek zu benutzen, ist wegen Mangels eines Passes von der Polizei ausgewiesen worden.

Berlin, den 22. Aug. Der König hat den Antrag der rheinischen Provinzialvertretung auf Einführung des Ordens der barmherzigen Schwestern in das Landarmenhaus zu Trier abgelehnt.

— den 23. Aug. Wie die Zollvereinssache jetzt liegt, ist es nicht unmöglich, daß von einem weiteren Verhandeln für die nächste Zeit keine Rede mehr ist, und von sehr beachtenswerther Seite wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Zollconferenz vorläufig als geschlossen angesehen werden kann. (F. J.)

Gestern fand wiederum eine Ministersitzung mit den in der Zollfrage betheiligten Räthen und Bevollmächtigten Statt; als Gegenstand wird die Erwiederung Preußens auf die Erklärung der Coalition bezeichnet, deren Abgabe man jedoch erst Ende dieser Woche erwartet. (K. Z.)

— den 23. Aug. Generallieutenant v. Radowitz wird in nächster Woche hier eintreffen und seine neue Stellung als Generalinspector des Militärerziehungs- und Bildungswesens übernehmen.

Hamburg, den 23. Aug., 1 Uhr Mittags. In der Deichstraße ist Feuer ausgebrochen, welches noch immer im Zunehmen ist. Auf der Brücke bei den Kajen brach soeben ein Geländer vom Andrang der Zuschauer ein, und circa 30 Personen stürzten ins Fleet.

Brake, den 18. Aug. Heute war der Tag, den Hr. Fischer für den Anfang des gänzlichen Ausverkaufs des Lagers von deutschen Kriegsschiffen festgesetzt hatte, und sollte die Fregatte Deutschland den Reigen eröffnen. Schlag 12 Uhr betrat also Hr. Fischer in Begleitung des Notars D. Trottens das Verdeck, leitete den würdigen Act durch eine passende und wohlgesetzte Rede ein, legitimirte sich durch Vorlesung seines Commissoriums, und forderte dann den Hrn. D. Trottens auf, mit dem Verkaufe der Fregatte Deutschland im Wege des „Aufschlags" zu verfahren, und bald hörten wir denn auch die erhebenden Worte: „Niemand mehr als 9200 Thlr., zum ersten, zum andern, zum dritten." Klapp! fiel der Hammer.

Schweiz.

Freiburg. Die Nationalrathswahl fiel, wie zu erwarten stand, auf Charles, den Mann von Posieux.

Tessin. In Lugano wurde am 16. Abends gegen 5 Uhr am Himmel ein breiter dunkler Streifen beobachtet, welcher sich wie ein Schleier vor die Sonne legte. Es zeigte sich, daß derselbe aus fliegenden Ameisen bestand.

Belgien.

Brüssel, den 23. August. Auch wir haben unsern Haynau-Crawall gehabt. Gestern Abends um 9 Uhr erregte der Eintritt des österreichischen Feld-Zeugmeisters in das Conzert des Vauxhall, wo sich täglich die Elite unserer Hauptstadt versammelt, den Ausbruch eines allgemeinen und offenen Unwillens. Alle Personen, an denen er vorbeiging, zogen sich mit Abscheu zurück indem sie ausspuckten. Die Zunamen, „Hyäne von Brescia," „Frauen-Auspeitscher" (der letzte Ausdruck besonders im Munde der Damen), circulirten mit halblauter Stimme. Vergebens ließ der Orchesterdirigent die geräuschvollsten Stücke ohne Unterlaß aufführen; der Lärm der Blasinstrumente wurde bald von dem Geschrei: „Hinaus mit Haynau!" „Nieder mit dem Henker!" übertäubt. Was den Helden (!) selbst anbetrifft, so wich er, gewohnt an einen derartigen Empfang, nicht von seinem Platze, und man bemerkte nur an der fieberhaften Lebhaftigkeit, mit welcher er in die Haare seines riesenhaften Schnurrbar-

tes hauchte, den inneren Zorn, der ihn verzehrte. Aber General Chazal stand auf, ging zu Haynau hin und reichte ihm die Hand, als wolle er ihn durch seine Nachbarschaft schützen. Das Murmeln und Pfeifen wurde immer stärker. „Hundert Francs", schrie alsdann der belgische General, „gebe ich demjenigen, welcher mir die Ruhestörer nennt!" Als diese Gasconade auch nichts fruchtete, so ließ General Chazal die Wache rufen, welche mit einem allgemeinen Ausbruche von Gelächter empfangen wurde. Doch erst dann sah man ein Schauspiel, das alle Herzen mit Unwillen erfüllte. Man sah einen belgischen Hauptmann, der sich nicht entblödete, die Rolle eines Angebers zu übernehmen, und der Polizei diejenigen bezeichnete, welche Antheil an dieser Manifestation genommen hatten. Eine große Anzahl von Verhaftungen wurden hierauf vorgenommen, und es sollen sich besonders mehrere sehr ehrenwerthe und bekannte Advocaten unter den Verhafteten befinden. Nicht lange nachher verließ Haynau, begleitet von dem General Chazal, zwischen zwei Reihen von Soldaten das Concert und kehrte in das Hotel de Flandres zurück, wo er logirt, umgeben von einer Menge Personen, welche nicht aufhörten ununterbrochen aufs heftigste zu schreien und zu pfeifen. Das allgemeine Gefühl ist eine Gutheißung jener Manifestation, welche diesmal nicht von der Arbeiterclasse, sondern von einer Auswahl der einheimischen und fremden Gesellschaft ausging. Schon einige Stunden vor dem Concerte erregte das Erscheinen des General Haynau im Café des Mille Colonnes eine solche Antipathie, daß der Eigenthümer den General bat, sich zurückzuziehen. — In einer andern Mittheilung wird noch berichtet, daß die in der oben angegebenen Weise ungesetzlich Verhafteten alsbald wieder in Freiheit gesetzt werden mußten.

Frankreich.

Die französische Polizei hat kürzlich die Grenzüberwachung gegen mißliebige Schriften verschärft. Wahrscheinlich hat Victor Hugo's Buch „Napoleon der Kleine" zu dieser staatsrettenden Maßnahme veranlaßt. Das Buch ist mit der äußersten Heftigkeit geschrieben. Victor Hugo nennt Personen und Dinge mit Namen, er scheut kein bezeichnendes Wort. Die Personen werden in der Beleuchtung des Eidbruchs vom 2. Dec. geschildert. Nach diesem Act mißt Hugo ihr früheres Leben und was sie später gethan. Das Proudhon'sche Buch konnte eine solche Wirkung im mindesten nicht haben. Kein größerer Gegensatz als zwischen diesen Beiden. Proudhon denkt vielleicht geringer als Victor Hugo von Louis Napoleon, aber er spricht es nicht aus; Hugo vergleicht ihn (Louis Napoleon) mit Alba, mit Cäsar Borgia rc., natürlich mutatis mutandis und indem den geänderten Zeiten Rechnung getragen wird. Nicht ohne Geist ist es, wenn er sagt: L. Napoleon ist der Stumme, durch den die Vorsehung den verrotteten Institutionen die Schnur schickt, damit sie sich, wie die Veziere des Sultan, selbst entleiben. Das läuft so ziemlich auf Proudhons Anschauung hinaus, in dessen dialectischem Gang der „socialen Revolution" Louis Napoleon eben nur ein Werkzeug ist, die Schnur, oder wenn man will, der Schleusenflügel, der sich dem Strom öffnet oder von ihm hinweggerissen werden wird. Das kann man ruhig abwarten, denkt Proudhon, daher die eisige Ruhe und Kälte des Buchs, die Niemanden aufregen wird und die L. Napoleon sogar für eine Art Adhäsion nehmen konnte. Hugo faßt seinen Gegner persönlicher, er zieht ihn zu sich in die Höhe, freilich nur, um ihn desto besser niederschlagen zu können. Die Frage: „Was dann?" läßt Victor Hugo unbeantwortet. „Die jetzige Lage, sagt er, ist für jeden denkenden Menschen eine gewaltsame. Wenn die öffentliche Moral verletzt wird, so zieht sich ein erschreckender Schatten über die gesellschaftliche Ordnung. Wird die gebildete Welt gegen Alles gleichgültig, so wird die Geschichte einst als Rächerin erscheinen, der Gerechte aber wird schon jetzt sein Haupt verhüllen vor dieser allgemeinen Erniedrigung und sich in die Wüste der Verachtung flüchten. Der jetzige Zustand ist die Orgie der Ordnung. Aber die Vorsehung wacht überall. Alle schlechten Institutionen sterben am Selbstmorde. Wenn sie lange genug gedauert haben, so schickt ihnen die Vorsehung, wie der Sultan seinen Vezieren, durch einen Stummen den Strick und sie tödten sich selbst. L. Bonaparte ist der Stumme der Vorsehung. Wie, was niemals möglich war, sollte es jetzt möglich sein? Das Schicksal geht seinen Weg. L. Napoleon sollte sich ihm entgegenstemmen, sollte sagen können: bis hierher? Ach, ihr steht nur vor einem schlechten Vorhang und bewundert die gemalten Dinge darauf, die Epaulettes, die großen Säbel hier, die Drahtpuppen, die man Senatoren nennt, die Carricaturen und Gespenster dort, und ihr haltet das für Wirklichkeit? Hört ihr die Schritte nicht hinter dem Vorhang? Seht ihr ihn nicht zittern vor dem Hauche der dahinter weht? Dahinter bereitet der große Maschinist den letzten Act, den Triumph der französischen Revolution."

Die Allgem. Ztg. sagt: Die Pariser Correspondenz der Indépendance vom 18. Aug. entwirft, abgesehen von der wahrhaft prachtvollen Ausstattung, ein schauerliches Bild von dem Volksball. Wenn die Schilderung nur halb wahr ist, so wäre es kein Wunder, daß die gebildete Classe sich so ziemlich fern gehalten hat, von officiellen Repräsentanten aber nur wenige erschienen und diese nicht lange geblieben sind. Wenigstens die Hälfte Gäste seien gekommen in einem Aufzug, wie sie Sonntags vors Thor hinaus in die Kneipe gehen, man habe Weiber im nachlässigsten Putz (toilettes heurtées, hybrides, même sauvages, robes de calicot à peine attachées), Männer in Blousen, in Jacken von Lakeien, sonst Ueberröcke und Paletots vorherrschend, und wieder dazwischen die reichsten Toiletten, Diamanten und Blumen in ungekämmten Haaren, Spitzenkrägen auf ungewaschenen Nacken gesehen. Die Männer, die Starken der Halle, hätten die Frauen gewöhnlich mit: Holà hé, toi! angeredet, oder sie um die Hüfte gefaßt und zum Tanz geführt — und welch ein Tanz — wie vor den Barrieren, nur mitunter noch ungenirter, weil die Polizei nachsichtiger gewesen! Der durch das Zeltdach eingedrungene Regen habe aus dem Saal einen wahren Morast gemacht und man sei förmlich im Koth gewatet. Der Versuch eines solchen Massenballs ist jedenfalls als gescheitert anzusehen und dürfte schwerlich in der nächsten Zeit wiederholt werden.

Paris, den 20. Aug. Wieder ein Pröbchen von der schauerlichen confessionellen Unduldsamkeit, die jetzt an der Tagesordnung ist. Der Bischof von Luçon, Baillet, weigerte sich am 15. Aug. ein Tedeum in seiner Diöcese singen zu lassen, indem er es wegen der Entheiligung der katholischen Kirche von Cügaud, woselbst man bekanntlich einen Protestanten beerdigt hat, nicht für angemessen hielt, ein Dankgebet zu begehen. Der Bischof hatte Klage bei dem Unterrichts- und Cultusministerium geführt; er behauptet jedoch, daß trotz der ihm günstigen Antwort des Ministers dessen Instructionen nicht befolgt und der katholischen Kirche die verlangte Satisfaction nicht gewährt worden ist. Die protestantische Leiche wurde nämlich nicht ausgegraben, sondern nur mit einer Mauer eingefaßt! — Der Präfect des Jura hat bei der Feier am 15. Aug. alle Präfekten an Eifer überboten, indem er an einem großen Diner folgenden Toast ausbrachte: „Meine Herren! Wir feiern das h. Napoleonsfest; ich erhebe mich, um Ihnen einen doppelten Toast zu Ehren des Kaisers und Königs Napoleons I. und des Prinzpräsidenten Napoleon II vorzuschlagen. Meine Herren! Dem Prinzen und dem Kaiser ein Hoch!" — Ein gewisser Ogo (Engländer) der 500 Exemplare des in London erschienenen „Nouveau bulletin français" von dort zum Verkauf in Paris hatte kommen lassen, ist vom Zuchtpolizeigericht zu 3000 Fr. Geldbuße und 6 Monaten Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Die 500 Exemplare waren von der Douane in Boulogne in einer Kiste mit einem doppelten Boden saisirt worden.

Einer der 15 durch das Sonntagsdecret begnadigten

Repräsentanten, der Montagnard Renaud, hat schriftlich erklärt, er werde seine vereinzelt dastehende Amnestie nicht annehmen.

† **Paris**, den 24. Aug. Der halbamtliche Theil des Moniteurs bringt bereits einige durch den Telegraphen mitgetheilte Berichte über die Beschlüsse der gestern versammelten Generalräthe, welche ganz so ausgefallen sind, wie wir es vorausgesagt haben. In drei Departements, Charente, Cher und Doubs drücken die Beschlüsse Gefühle der Dankbarkeit und der Ergebenheit an den Präsidenten aus, ohne Wünsche für eine Aenderung der Staatsform. Alle übrigen Räthe in den Departements: Côtes du Nord, Cote d'Or, Haute Garonne, Loire et Cher, Loiret, Nord, Pas de Calais, Nieder-Rhein, Saône et Loire, Seine inferieure und Somme haben sich für die Consolidirung der Gewalt des Präsidenten, das heißt für das Kaiserreich ausgesprochen und die meisten fordern den Senat auf: von seiner constitutionellen Gewalt zur Realisirung dieser Wünsche Gebrauch zu machen. Einige umgehen noch das Wort „Kaiserreich," während Andere es laut als diejenige Staatsform bezeichnen, welche das Interesse Frankreichs gebieterisch erheischt. Dieses Resultat hat Niemanden überrascht, es war vorausgesehen, da es angelegt war. Das Kaiserreich in Frankreich ist von nun an unvermeidlich geworden. Der Moniteur setzt seine Liste der Beschlüsse der Arrondissementsräthe fort, die ein getreues Echo der Vorangehenden sind.

Die Gazette de Languedoc, welche schon zwei Verwarnungen erhalten hatte, ist auf Ordre des Policeiministers wegen eines für den Präsidenten beleidigenden und das Andenken des verstorbenen Kaisers (ah!) angreifenden Artikels für 2 Monate suspendirt worden. — Seit dem 10. April sind 53 Verwarnungen an 48 Journale erlassen worden. Vier Pariser Journale haben 5 Verwarnungen erhalten und 2, der Corsaire und die obige Gazette sind suspendirt worden. — Der mit Belgien abgeschlossene Handelsvertrag soll erst am 10. December unterschrieben werden und am 1. Januar in Kraft treten, damit der König der Belgier nicht genöthigt werde, die Kammern außerordentlich zusammenzuberufen. Nach dem neuen Vertrage zum Schutze des literarischen Eigenthums werden künftig die aus Belgien nach Frankreich eingeführten Bücher 20 Frcs. per 100 Kilogrammes und die französischen Werke nur 10 Frcs. per 100 Kilogr. Eingangssteuer zahlen. — Der Minister des Innern hat den Präfecten aufgetragen, ihm im Monat September möglichst genaue Berichte über den muthmaßlichen Ertrag der Erndte, im Monat October aber die numerische Angabe der eingebrachten Garben und deren Schüttung einzureichen, damit er bei etwa drohendem Brodmangel fürs nächste Jahr die nothwendigen Vorkehrungen treffen könne. — Die Journale dürfen nichts aus den Sitzungen der Generalräthe veröffentlichen, als den Theil der Protocolle, den ihnen die Präsidenten mittheilen werden. (!) — Mehrere Wähler des Cantons Marennes haben gegen die Erwählung des Prinzen Murat zum Generalrath protestirt. Der Präfecturrath hat entschieden, daß die vorgebrachten Beschwerden nicht hinreichend begründet sind und hat die Wahl für gültig erklärt.

Die tief herabgekommenen Pariser Journale suchen sich nun dadurch zu heben, daß sie ihre Preise herabsetzen. Einige wollen kein höheres Abonnement fordern, als die Stempelgebühr beträgt, andere noch weniger. Der Ausfall soll durch Erhöhung der Anzeigegebühren gedeckt werden. Der Erfolg wird sein, daß die Blätter noch schlechter werden und sich gänzlich ruiniren.

Italien.

* **Turin**, den 20. August. Hr. Pernati hat gestern seine Entlassung gegeben, die angenommen wurde. Hr. Ponza di San Martino wurde zum Könige gerufen, man weiß indessen noch nichts Bestimmtes über die neue Ministerbildung.

Großbritanien.

* **London**, den 23. August. Die letzten Nachrichten aus New-York versichern, daß Hr. Webster sich aus dem Ministerium zurückziehen will.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 31. Juli. Die Eröffnung der hiesigen Industrieausstellung aller Nationen ist jetzt unabänderlich auf den 2. Mai 1853 festgesetzt und wird Roh- und Kunstproducte, Manufacturen und Maschinen aller Art umfassen. Auf dem Reservoir-Square wird ein großartiges Ausstellungsgebäude errichtet, das jedoch, trotz seiner enormen Dimensionen, wol schwerlich Raum genug für die Masse von Gegenständen bieten wird, welche zu erwarten sind.

Miscellen.

Den Text zu den am 15. August zum Andenken Napoleons abgehaltenen kirchlichen und andern Festlichkeiten hätte am besten die Statistik der Leichname abgegeben, welche dieser von gedankenlosen Menschen immer noch vergötterte Held allein in Rußland geliefert hat. Auf Befehl der kaiserlich russischen Regierung wurden nach einer vor uns liegenden Veröffentlichung jener Zeit nach dem Rückzug der Franzosen an Leichnamen von Menschen verbrannt:

im Gouvernement	Minsk bis 15. Jan. . . .	18,797
und blieben zu verbrennen übrig		30,106
die großentheils bei der Berezina gefunden wurden.		
Im Gouvernement	Moskwa bis 3. Febr. . .	49,754
„ „	Smolenzk bis 20. Febr. .	71,733
„ „	Wilna	72,203
„ „	Kaluga	1,017
		243,610

Ein großer Theil der Todten, die man in den Gouvernements gefunden, war bereits vor Eingang der kaiserlichen Befehle schon verbrannt oder begraben worden.

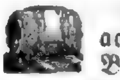
In einem Hotel zu **Antwerpen** fand dieser Tage ein schrecklicher Unfall Statt, der zur Vorsicht mahnen mag. Ein Deutscher hatte die Unvorsichtigkeit, eine noch brennende Cigarre in den Abtritt zu werfen, in welchem sich viel Schwefelwasserstoffgas angesammelt hatte. Das Gas zündete, und der ganze Abtritt flog in die Luft. Man eilte herbei und fand den Fremden furchtbar verwundet unter den Trümmern. Man hofft, daß er davon kommen werde.

London. Ueber das Schicksal des Reisenden Dr. Leichhard in Neu-Südwales scheint man nun die Gewißheit erlangt zu haben, daß er mit seiner ganzen Reisegesellschaft an dem Creek (Fluß) Bunderabella, 150 bis 200 engl. Meilen im Binnenland, von den Eingebornen ermordet worden.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1188a] **Bierbrauerei zu vermiethen in Landau.**
(Rheinbaiern.)
Das Nähere darüber bei Friedrich Schneider, Weinhändler allda, bis 1. October d. Js.

[1181b] **Fässer-Versteigerung.**



Den dreißigsten August nächsthin, Morgens um acht Uhr, in dem Wohnhause des Herrn Simon Baader zu Oberhambach, in der Kirchgasse gelegen, läßt Joseph Mayer, Handelsmann in Maikammer wohnhaft, seine ihm zugehörigen, in dem Keller der obgedachten Baader'schen Wohnbehausung lagernde 18 bis 19 Stück Weinfässer von 2 bis 5 Fuder Gehalt auf angemessenen Zahlungstermin freiwillig versteigern.

[1180a] **Offene Lehrlingsstelle.**
In einem der ersten Gasthöfe in Mannheim wird ein junger Mensch von guter Familie und Erziehung, welcher die Wirthschaft erlernen will, baldigst in die Lehre genommen, und gibt hierüber Auskunft:
W. Finninger, in Speyer.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 207 | den 28. August 1852.

Deutschland.

*** Speyer.** Das Kaiserthum — hat vor einigen Tagen unsere Pariser Correspondenz gemeldet — ist nun eine unabwendbare Sache: Napoleon hat erklärt, nur nach dem Volkswunsche eine Aenderung der Verfassung vorzunehmen; nun beginnen die Bezirksräthe die Petitionen um das Kaiserthum; die Generalräthe setzen die Sache in erhöhtem Maße fort, und der Senat wird im nächsten Frühjahre die endliche Entscheidung bringen; das ist bereits unabwendbar.

Die Entwicklung geht bis jetzt ganz so, wie sie voraus bestimmt worden: erst Bezirksräthe, dann Generalräthe; auch der Senat wird es nicht an sich fehlen lassen.

Und doch ist es eine eigenthümliche Sache um solche Vorausbestimmungen. Gerade Dasjenige, was man auf längere Zeit voraus festsetzte, und was alle Welt wußte, entwickelte sich fast immer anders, als man berechnet hatte.

Wir theilten gerade aus diesem Grunde die Erwartungen nicht, welche so allgemein auf den Mai 1852 gesetzt worden waren. Sollte es diesmal anders kommen? Möglich, aber doch noch nicht ganz wahrscheinlich.

Daß der Senat so gefügig sein wird, wie die Bezirks- und Generalräthe, wir haben es oben selbst ausgesprochen, und wir bezweifeln es keinen Augenblick. Aber fast immer treten bei solchen Vorausbestimmungen Umstände ein, die Niemand in Rechnung gebracht hatte, und welche das Facit mehr oder minder zu einem andern gestalten, als man erwartete.

Was aber dann, wenn das Kaiserthum wirklich proclamirt ist? Wie wird sich die auswärtige Diplomatie zu demselben stellen, und wie am Ende Frankreich selbst (das Volk und die Armee)?

Das Ausland erinnert sich bereits der Verträge, nach welchen jeder Verwandte des alten Kaisers von der höchsten Gewalt in Frankreich unbedingt und für immer ausgeschlossen sein soll; es wird sich um so mehr darauf hingewiesen sehen, als das ganze Auftreten und Streben des neuen Kaisers, was die Herrschaft betrifft, eine sorgsame Nachahmung der des alten Napoleon ist.

Und wird den Franzosen mit den Festlichkeiten einer neuen Kaiserkrönung genug gethan sein? ihnen, die schon am 15. August mit blosen Spielen nicht mehr zu befriedigen waren? Wird endlich die Armee vergessen, daß sie der alte Napoleon vor und nach der Kaiserkrönung zu Siegen geführt hat?

Doch, wie gesagt, in allen derartigen Dingen spottet die Wirklichkeit fast immer der Vorausberechnung, indem sie die ungeahnetsten Momente eintreten läßt.

*** Speyer.** Die Wuth und das nicht aufhörende Schimpfen des Pfälzischen Reactionsblattes nach stattgehabten Wahlen nimmt sich komisch genug neben dem behaupteten glänzenden Sieg aus. Es paßt dies übrigens sehr gut zu dem nicht wegzustreitenden Umstande, daß alle Landtagsabgeordneten, welche Mitglieder der Districtsräthe sind, mögen sie im Osten oder im Westen des Kreises, mögen sie von Städten oder von Landgemeinden gewählt sein, ausschließlich der Linken angehören, indeß nicht ein einziger von der Rechten gewählt ward; es paßt ebenso dazu, daß bei den Landrathswahlen (bei welchen bekanntlich Landtagsabgeordnete nicht gewählt werden können) die von jenem Reactionsblatte aufgestellten Candidaten fast überall durchfielen, und bei den Abstimmungen mitunter sogar blos eine einzige oder selbst gar keine Stimme erhielten, was freilich den glänzenden Sieg selbst dem mit den Personen nicht Bekannten in ganz eigenthümlichem Lichte erscheinen lassen muß.

Trotz ihres behaupteten großen Triumphes, hält es das Pfälzische Reactionsblatt doch nothwendig, es zu versuchen, ob sich den Gewählten nicht bange machen lasse, ob sie nicht einzuschüchtern seien. Zu diesem Behufe schimpft es recht tüchtig auf die „Rothen.“ Es wird wol auch dieses Kunststück vergebens sein. Wenn z. B. die Speyr. Ztg. wünscht, daß der Volkswille und das Volksinteresse als maßgebend betrachtet werde, damit nicht etwa aus „diplomatischen“ Beweggründen eine Sprengung des Zollvereins erfolge, so mag Hr. Jäger dieses Verlangen immerhin den Leuten als rothes Schreckbild vormalen, wir denken, sie werden dennoch nicht erschrecken vor unserm Verlangen. Oder wenn die Speyr. Ztg. behauptet, es müße an den improductiven Ausgaben gespart werden, so meinen wir, die Leute sollten eben die einschlägigen, wenn gleich als „roth“ verschrieenen Principien eben doch weit annehmbarer finden, als wenn ihnen Hr. Jäger die Annehmlichkeiten von Steuererhöhungen und von ihrer schlummernden Steuerkraft demonstriren will. Oder wenn die Speyer. Ztg. behauptet, man müße die Summen, welche der Pfalzkreis an die Staatscasse gut hat, auch reclamiren, und man sollte dahin wirken, dem enormen Mißverhältniß zu begegnen, daß in der Pfalz 48, wo nicht demnächst noch mehr, Steuerbeischlagprocente für Kreiszwecke erhoben werden müßen, indeß man in den jenseitigen Kreisen nur etwa 6 Proc. bedarf, (weil bei uns der Kreis an die Casse des Aerars, neben den gewöhnlichen directen Steuern, noch 100,000 fl. jedes Jahr entrichten muß, indeß jenseits die Staatskasse Zuschüsse an die Kreise gibt,) — so wird es sich ja sehr bald zeigen, ob der „überwiegend conservative“ Landrath wirklich dies als eine so entsetzliche rothe Ketzerei ansieht oder nicht. Wir dächten, man könnte dies abwarten.

*** Speyer,** den 27. Aug. Die Pfälzer Ztg. deutet an, das Gerücht „Hr. v. Hohe werde einen andern Wirkungskreis erhalten,“ sei „wahrscheinlich einem frommen Wunsche der Democraten entsprungen.“ Es ist diese Behauptung, nach dem was man in der ganzen Pfalz weiß, eine der gewöhnlichen Unwahrheiten jenes Blattes.

*** Aus dem Kanton Kandel.** In einem Artikel der Pfälzer Ztg. Nro. 201 mit der Aufschrift „aus dem Kanton Kandel,“ wird Hr. Eckert zu einem Anhänger der Pflzr. Ztg. gestempelt, und die Mittheilung der Speyerer Ztg., er sei ein entschieden freisinniger Mann, als ein Lügengewebe bezeichnet. Obgleich wir uns nicht gerne mit den Leuten in eine Fehde einlassen, deren ganze Kraft in Schimpfereien zu bestehen scheint, so können wir es uns doch nicht versagen, jener Behauptung entgegen zu treten. Hr. Eckert, „welcher in Amerika die Democratie aus eigener Anschauung kennen gelernt hat,“ ist ein Verehrer dort bestehender volksthümlichen und dem Volke Nutzen bringender Institutionen, und hat die Ueberzeugung, daß durch die gegenwärtige Polizei- und Finanzwirthschaft das Wohl des Volkes nicht gefördert werde; auch glaubt er nicht, wie die Anhänger der Pflzr. Ztg., daß im Volke noch große Steuerkräfte verborgen liegen, die man nur herbeizuziehen brauche, sondern er wünscht Verbesserung der jetzigen Zustände. Es ist im ganzen Kan-

tone zur Genüge bekannt, daß er der freisinnigen Richtung angehört, und dies sicherte seine Wahl zum Landrathe, während die Anhänger der Pfälzr. Ztg. sich vergebliche Mühe gaben, Männer ihrer Farbe durchzusetzen, als welche, wenn es denn doch gesagt sein muß, die HH. Kantonsarzt Baumann von Kandel und Bürgermeister Wendecker von Gleiszellen aufgestellt wurden.

Was nun den Passus des fraglichen Artikels der Pfälzr. Ztg. anbelangt, als wäre der Versuch, eine Landrathswahl im Sinne der Speyr. Ztg. durchzusetzen, aufs Kläglichste gescheitert, so muß dieß als eine grasse Lüge bezeichnet werden; ebenso jene Unterstellung, als wäre der Artikel in der Speyr. Ztg. mit Benützung der Quelle der Pfälzr. Ztg. in Speyer selbst gefertigt worden, welche Behauptung schon durch die in der Speyr. Ztg. vorkommenden, in der Pfälzerin fehlenden Zahlenangaben Lügen gestraft ist.

München, den 24. Aug. Da die hier gegossene Statue des Gustav Adolph jetzt auf Helgoland steht, soll nun ein zweites Monument des Schwedenkönigs, und zwar diesmal eine Reiterstatue gefertigt werden. Der schwedische Bildhauer v. Vogler ist deßhalb bereits hier eingetroffen.

Hr. v. Kleinschrod ist bereits gestern Namittags dahier eingetroffen und hat auch sein Portefeuille wieder übernommen.

München, den 24. Aug. Der bekannte Litterat Vecchioni ist heute mit seiner Familie nach Amerika ausgewandert.

Würzburg, den 16. Aug. Die Senioren der hiesigen Studentencorps wurden dimittirt. Ein Wortwechsel gab Veranlassung, daß ein Student einen Officier des hier garnisonirenden 3. Jägerbataillons zum Zweikampfe forderte. Dieser zeigte den Forderer bei der Behörde an, wobei obiges Resultat erfolgte. (Fr. K.)

Frankfurt, den 22. Aug. Man zweifelt hier sehr, daß ein Bundespreßgesetz überhaupt werde erlassen werden können, da es als ein neues organisches Bundesgesetz einstimmige Annahme bei der Abstimmung verlangt. Diese wird aber, bei der Stellung, welche Preußen in der Bundespreßfrage einnimmt, so leicht nicht zu erreichen sein. (A. Z.)

Stuttgart, den 25. August. Sitzung der 2. Kammer. Zum Schluße hält der Finanzminister einen Vortrag, worin er erklärt: dem beschlossenen Abzuge von 42,000 fl. am Tilgungsfonds der Staatsschuld könne nicht stattgegeben werden, auf der Exigenz der 83,000 fl. für Bundeszwecke müße die Regierung beharren, den Enbloc-Abzug der 15,000 fl. am Kriegsetat könne sie sich nicht gefallen lassen und der Adjutant des Artilleriecommandanten solle und müße ein Hauptmann sein; der Berechnung des Ertrags der Eisenbahnen auf 2,890,000 fl. könne keine Folge gegeben werden, sondern die Regierung müße auf ihrer Berechnung mit 2,850,000 fl., wobei sie bereits um 200,000 fl. hinaufgegangen sei, beharren; die Accise wolle sie zu 320,000 fl. berechnen, aber die Berechnung zu 350,000 fl. könne sie nicht annehmen; die des Ertrags der Hundesteuer wolle sie gelten lassen rc., das Deficit berechne sie nach dem jetzigen Stande der Sache auf 365,000 fl. im Ganzen oder jährliche 121,000 fl. im Durchschnitt, welche sie durch eine gleich nach der Vertagung zu berathende Malzsteuer mit 24 kr. für das Sri. eingesprengten Malzes, aus welchem Grunde sie sich auch die zu hohe Berechnung der Wirthschaftsabgaben mit 1,410,000 fl. gefallen lasse, decken wolle; die Erbschaftssteuer und die Ausschankungsabgabe von Wein und Most ziehe sie zurück. Dies sei aber ihr letztes Wort. (Beob.)

Nicht ein Erdbeben, sondern ein Erdrutsch war es, wodurch die Kirche von Erolsheim eingestürzt wurde.

Kassel, den 23. August. Nachstehend der erwähnte Antrag des Abgeordneten Weinzierl und einundzwanzig weiterer Abgeordneten der zweiten Kammer in Betreff der Competenz: „Hohe Versammlung! Bei Berathung der Proposition hoher Staatsregierung, das Anlehen von 1'500,000 Rthlr. betr., hat der Budgetausschuß nach der bestimmten Mittheilung der mitunterzeichneten Ausschußmitglieder beschlossen, hoher Versammlung darüber Nachricht zu geben, daß innerhalb des Ausschusses Bedenken über die Competenz der Kammer zur Verwilligung der geforderten Summe entstanden seien und stellt damit die Erledigung der Competenzfrage der Kammer selbst anheim. Genannter Beschluß des Ausschusses hat im Bericht des Herrn Referenten des Ausschusses keine Stelle gefunden. Die Competenzfrage ist jedoch von der größten Wichtigkeit und bedarf der gründlichsten Prüfung. Da eine Verfassung als solche dermalen nicht besteht; die dermalen nach Maßgabe der Verordnung vom 13. April 1852 berufenen Stände nicht als die definitiv verfassungsmäßigen erscheinen; da in Bezug auf Bewilligung des Staatsbedarfs bestimmte und anerkannte ständische Rechte selbst aus der Zeit vor 1831 bereits in Kurhessen bestehen, an welchen durch ein bloßes „Gesetz," als welches der vorgelegte Verfassungsentwurf nach Anordnung der hohen Bundesversammlung publicirt ist, nichts alterirt werden kann und soll; da der den Ständen vorgelegte Verfassungsentwurf vielmehr als „Gesetz" selbstredend vorerst nur insoweit zur Anwendung kommen kann und darf, als damit die Erfüllung der von hoher Bundesversammlung gemachten Auflage (Abgabe einer Erklärung über einen Verfassungsentwurf) ermöglicht werden soll; da ferner die hohe Bundesversammlung in ihrem Beschlusse aus der neunten Sitzung des Jahres 1852, kraft dessen die dermaligen Stände lediglich und allein versammelt sind, von ihnen auch nur diese Erklärung verlangt; da sonach jedenfalls also die Verfassung selbst geschaffen sein muß, ehe man aus ihr heraus die Gerechtsame der Stände ausüben kann; da in dem proponirten Verfassungsentwurfe aber ständische Rechte des Landes, die selbst vor 1831 bestanden und offenbar nach Maßgabe der Artikel 55 und 56 der Wiener Schlußacte nur auf „verfassungsmäßigem Wege" abgeändert werden können, ausgelassen und beseitigt sind; da die dermaligen Stände den Rechten des Landes, zudem, soferne sie nicht im Widerspruche mit den Bundesbestimmungen befunden werden, nichts vergeben können; da endlich ein Eid auf die proponirte Verfassung nicht geschworen ist und nicht geschworen werden konnte, somit den versammelten Ständen wiederum ein wesentliches Erforderniß zur Ausübung verfassungsmäßiger Rechte durchweg abgeht; auch hohe Staatsregierung selbst diesen Gesichtspunkt durch Erlaß dieses Eides als den richtigen anzuerkennen scheint; so halten wir diese Gründe für nöthigend, die Competenz der damaligen Ständen in beregter Beziehung in Zweifel zu stellen. — Indem wir daher hohe Versammlung auf die große Verantwortlichkeit aufmerksam machen, welche die dermalige zweite Kammer dem Lande, dem eignen Eide, dem eignen Gewissen gegenüber zu übernehmen im Begriffe steht, erwarten wir, daß sie die Nothwendigkeit der gründlichsten Prüfung der Competenzfrage vollkommen erkennen wird und beantragen: Hohe Versammlung wolle vor Berathung und Beschlußnahme über das von hoher Staatsregierung proponirte Anlehen die Frage über die mehrerwähnte Competenz zur Ausübung ständischer Gerechtsame beschlußmäßig entscheiden. Kassel, den 19. Aug. 1852" (Folgen die Unterschriften.) Der Antrag wurde von dem Präsidenten der zweiten Kammer zur Abstimmung darüber, ob er in Erwägung gezogen werden solle, nicht zugelassen, obgleich die Geschäftsordnung mit den klarsten Worten es nur der Kammer selbst überläßt, einen Antrag abzuweisen oder in Erwägung zu ziehen und es wol nie erhört worden sein mag, daß ein Präsident aus eigener Macht Anträge an eine Versammlung zurückweist. Der Grund der verweigerten Zulassung soll gewesen sein, daß er (der Präsident) nicht zugeben könne, daß die Kammer, nachdem sie bereits thätig gewesen sei, ihre

eigene Competenz bezweifle. Die Antragsteller selbst sprechen sich überall dahin aus, daß die Regierung außer Stande sei, die schlagenden Erwägungsgründe des Antrags zu widerlegen und daß darum in der größten Verlegenheit ein Gewaltschritt des Präsidenten habe aushelfen müssen. („Staatsrechtliche Nothwendigkeit!" Ist längst auch anderwärts schon vorgekommen!)

Berlin, den 24. August. Die Fortsetzung der Zollconferenzen ist bis zu Ende der Woche verschoben. Wahrscheinlich werden in der Zwischenzeit Vermittlungsvorschläge gemacht, da unsere Regierung auf die Anträge der Stuttgarter Conferenz nicht einzugehen Willens ist. Der Ministerpräsident hat seine Reise verschoben und bleibt in Berlin, um die Entscheidung abzuwarten. (K. Z.)

Magdeburg, den 24. Aug. Heute spricht man hier allgemein davon, daß die Cholera auch bei uns erschienen sei und einzelne Opfer gefordert habe.

Wien. Nach der letzten Veröffentlichung des Kriegsgerichts ist die Kleidermacherin Maria Swoboda wegen wörtlicher oder thätlicher Beleidigung von Militärpersonen zu 15 Ruthenstreichen und 14tägigem Stockhausarrest in Eisen verurtheilt worden.

— den 20. Aug. Die „Presse" läßt sich heute schadenfroh über die wässerige Feier des Napoleonstags in Paris, über die nassen Strümpfe und rheumatischen Erkältungen der Pariser Bevölkerung auf dem „Markte der Unschuldigen" vernehmen. Das Blatt stellt sogar den Bonapartismus dar, wie er an eigenem Marke zehre und das Versprechen hoher Emotionen, welches in dem Namen liege, der Nation schuldig bleiben müsse bis er an dem sichern Gifte der „Langenweile" in dem Herzen der Franzosen hinsterben werde. Daraus sieht man, daß in Wien noch ohne Gefahr über die „providentielle Mission" eines Bonaparte gescherzt werden darf.

Belgien.

Brüssel, den 24. Aug. Gestern Abend kam Haynau von Neuem in den Concertsaal der Vauxhall und nahm denselben Platz wieder ein, welchen er Tags vorher gewählt hatte. Der ganze innere Raum war gedrückt voll, und unter der Menge bemerkte man eine große Anzahl Polizeiagenten in Civil und in Uniform. Die französischen Flüchtlinge, welche sich dort befanden, begnügten sich damit, aufzustehen und das Local zu verlassen. Vom übrigen Publicum zogen sich diejenigen Personen, welche sich in der Nähe des Tisches befanden, an dem Haynau saß, zurück und bildeten so einen großen leeren Raum von allen Seiten. Nach der ersten Abtheilung verließ der General das Concert, um nach seinem Hotel zurück zu kehren, begleitet von einer großen Menge, worunter man viele Frauen bemerkte, welche patriotische Gesänge, die Brabançonne und den Chor von Karl VI: „Mort aux Tirans!" anstimmte. In dem Augenblicke, wo er sein Hotel erreichte, begrüßte ihn eine Ladung von Zischen und Pfeifen. Man bezeichnet sogar die Frau eines hohen Beamten, deren Aufregung so weit ging, ihm die Worte: „Hyäne von Brescia!" ins Gesicht zu sagen. Diesen Morgen verließ Haynau unsere Stadt, um sich nach Paris zu begeben. Wie es scheint, ist er von dem Generaladministrator der Policei dazu aufgefordert worden. (Köln. Ztg.)

(Aus einem anderen Berichte.) Alle Parteien sind einig darin, das unberufene Einschreiten des Generals Chazal und der belgischen Officiere zu tadeln. Haynau benahm sich noch viel unkluger: er erschien gestern Abends wieder in Vauxhall im Parke, an demselben Tische, wo Tags zuvor seine Gegenwart die Ursache zu dem ärgerlichen Vorfalle war. Zwar fielen da keine neuen Demonstrationen gegen den unberufenen Gast vor, kaum aber hatte er mit den ihn begleitenden fremden Personen die Anstalt verlassen, als sich ein großer Volkshaufe, worunter selbst Damen aus den gebildeten Ständen, versammelte, ihn unter Zischen, Geschrei und Singen des Nationalliedes und der Marseillaise durch die Straßen bis zu seinem Gasthofe verfolgte und bis Mitternacht auf der Place Royale blieb, wo wieder von der in Menge anwesenden Policeimannschaft einige Verhaftungen bewerkstelligt wurden. Die Sache wird wahrscheinlich zu einem Depeschenwechsel mit der hiesigen österreichischen Gesandtschaft führen. Indessen hat sich der Kriegsminister über die Sache Bericht erstatten lassen, da außer dem General v. Chazal seine beiden Söhne, welche als Unterofficiere im activen Dienste stehen, und zwei Ritmeister, wovon einer Ordonnanzoffizier des Königs, bei dem willkürlichen Einschreiten betheiligt waren. . . . Schon liegen Klagen wegen willkürlicher Verhaftung dem Staatsprocurator vor. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, den 23. August. Die Nachrichten, die aus dem Süden Frankreichs bei der Regierung einlaufen, sind keineswegs besonders günstig. Dort hat man sich noch nicht an den neuen Stand der Dinge gewöhnt und wird sich damit auch nicht so schnell versöhnen. Der Süden ist meistens von Republikanern und Legitimisten bewohnt, die sich zwar unter einander hassen, in der Regierung des 2. December aber einen gemeinschaftlichen Feind sehen. Diese Stimmung im Süden hat mehrere Minister bewogen, Louis Napoleon von einer Reise in jene Gegenden abzurathen; bis jetzt soll der Präsident noch fest entschlossen sein, dem südlichen Unmuth Trotz zu bieten.

Ein Pariser Correspondent der Köln. Ztg. bemerkt: Ich sah heute ein Porträt des Exkönigs Hieronymus, welches derselbe kürzlich hat malen lassen. Auf demselben ist er als König mit Scepter und Krone dargestellt, was einigermaßen auffallend sein möchte.

Der „Moniteur" kündigt jetzt den Abschluß der beiden Verträge mit Belgien an. „Der erste dieser Verträge stellt die gegenseitige Eigenthumsgarantie der geistigen und künstlerischen Werke definitiv fest und vermindert die resp. Eingangszölle auf Bücher, Druckpapier, Steindrücke und Lithographien. Durch den zweiten Vertrag wird die Herabsetzung einiger Eingangszölle bewilligt.

In **Lyon** haben am 22. durch das Anschwellen der Rhone bedeutende Ueberschwemmungen stattgefunden.

† Paris, den 25. August. Das Hauptinteresse des Tages ist in den telegraphirten Berichten des Moniteurs über die Beschlüße der Generalräthe enthalten. In der heutigen Liste finden sich mehre Departements, wo die Generalräthe sich in ihren Ergebenheitsbeschlüßen über das Kaiserreich gar nicht ausgesprochen haben, doch bilden sie die Ausnahme. Bloße Ergebenheitsadressen ohne den ausgesprochenen Wunsch für die Wiederherstellung des Kaiserreiches haben die Generalräthe nachstehender Departements votirt: Indre und Loire, Maine und Loire, Haute Marne, Morbihan, Tarn und Ober-Rhein. Die heute veröffentlichten Beschlüße der Arrondissementsräthe enthalten wieder mehrere directe Aufforderungen zur Proclamirung des Kaiserreichs. — Das „Pays" enthält heute einen Artikel, unterzeichnet von Amedee Cesena, worin es nachzuweisen sucht, daß durch die Gründung des Kaiserreiches in Frankreich der Europäische Friede nicht gestört werde. — Die sich immer mehrenden Luftschiffer werden morgen den Geburtstag des Erfinders der Ballone, Montgolfier, welcher am 26. August 1740 geboren wurde, feiern. — Ein englischer Lord hat die schöne Domaine Chantilly vom Herzog von Aumale für 10 Millionen Franken gekauft.

Italien.

Nach der „Triester Ztg." vom 19. August dürften in **Mantua** schon in der ersten Hälfte k. M. die meisten Urtheile über die jüngst Politisch-Compromittirten, deren Club den Namen „Società della Morte" führte, gefällt werden. Durch das Geständniß eines Verhafteten stelle sich bei den meisten das Verbrechen des Hochverraths heraus. Es läßt sich also das Loos der Betheiligten voraussehen.

* **Rom**, den 17. Aug. Der 15. August wurde hier mit einem Tedeum und mit einer Revue der französischen Garnison gefeiert, welcher der Prinz von Weimar in der Uniform eines russischen Obersten beiwohnte.

Spanien.

* **Madrid**, den 20. Aug. Die Raubanfälle in den Provinzen Sevilla und Cordua mehren sich auf eine sehr beunruhigende Weise. Der Minister des Innern hat den Ortsbehörden von Andalusien aufgetragen, die ganze Bürgergarde in Bereitschaft zu halten, um bei dem auf die Räuber zu veranstaltenden Treibjagen mitwirken zu können. — Man glaubt, daß die Regierung die Cortes nicht auflösen, und sie in ihrer jetzigen Zusammensetzung, die ihr eine große Majorität sichert, zusammenberufen werde. Die Auflösung soll erst erfolgen, wenn die Opposition wieder ihre aufregenden Debatten aufnehmen sollte.

Großbritanien.

Bei einem Brande, der vor einigen Tagen in Plymouth statthatte, ist eine Mutter mit zwei ihrer Kinder in den Flammen umgekommen.

Centralamerika.

In Berichten aus **Guatemala** klagt man über das Fehlschlagen der diesjährigen Cochenilleeinsammlung. Der Preis ist bedeutend gestiegen und das Pfund Cochenille wird mit 1 Piaster bezahlt.

Australien.

Nach den letzten Nachrichten aus **Sidney** ist die Goldausbeute der Minen in Australien noch immer im Zunehmen. Der bisherige Ertrag beläuft sich auf 24 Millionen Franken monatlich.

Miscellen.

Zürich, den 23. Aug. Letzten Donnerstag, berichtet die Eidg. Z., gab Jacob Winkler von Uster, Zögling der hiesigen Blindenanstalt, in der Sekundarschule Unterstraß erstaunenswerthe Beweise mathematischen Talentes. Er löste die schwersten Aufgaben mit einer unbegreiflichen Schnelligkeit im Kopfe. Er bestimmte die Quadrat- und Cubikwurzeln mit und ohne Decimalbrüche bis auf fünf Stellen, und zwar binnen 1 oder 2 Sekunden, während der geübteste Mathematiker dazu mindestens 7 Minuten auf der Tafel nöthig hat. Er löste mit eben so großer Schnelligkeit Gleichungen mit einer und mehreren unbekannten Größen auf und wiederholte eine aus 71 Ziffern bestehende Zahl, welche auf die Tafel geschrieben worden war, einige Secunden nachdem man ihm die einzelnen Ziffern nach der Ordnung von der Linken an genannt hatte, in derselben Ordnung sicher und fertig, und hernach auch von der Rechten zur Linken.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch.“

Wochenkalender. Montag, den 23. August. Die Zollkonferenzen scheinen zu einem günstigen Resultate führen zu können, wenn

Dienstag, den 24. August, nicht durch die in Stuttgart gezeigte Versöhnlichkeit in Folge einer von der Coalition hervorgerufenen Meinungsverschiedenheit sich Reuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein oder

Mittwoch, den 25. August, Lippe in seinen maritimen Interessen beeinträchtigt fühlen, und Nassau durch den österreichischen Einfluß

Donnerstag, den 26. August, Bedenken tragen könnte, die vor zu Stande gekommener Zolleinigung begonnenen Verhandlungen durch eine Separat-Conferenz auf einige Zeit zu verschieben, bis

Freitag, den 27. August sich die verschiedenen Bevollmächtigten genöthigt sehen zu erklären, daß sie erst Instructionen einholen müßen, um dann ohne Zögerung sich entscheiden zu können, ob

Sonnabend, den 28. August Deutschland einig wird.

Wenn „Deutschland“ 6000 Rthlr. werth ist, wie viel Pfennige kommen dann davon auf den letzten Anker, an den sich Deutschland geklammert hat? B. von Fuelow.

Die schwarzrothgoldene Fahne am Bundespalais in Frankfurt ist eingezogen worden. Es sind mit ihr lange genug die Deutschen Farben aufgezogen worden.

Uech muß mür söhr wundern über düsem Dernst Morütz Arndt. Wü kann är süch unterstöhen und sagen: „Das üst des Deutschen Vaterland, wo jöder Edle heußet **Freund!?**“ Auch üch bün eun Deutscher, auch üch bin ödel, aber üch heuße **Zwickauer.**

Bei dem letzten Treubundsfeste, zu dem der **große Bundesrath** die „geliebten Bundesbrüder“ entboten hatte, ist sehr darüber geklagt worden, daß die ausgestellten Becken unberücksichtigt und leer blieben. Es werden daher wol diese Geld-Becken ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben werden, da es dieselben sind, in denen sich mancher Bundesbruder schon — die Hände gewaschen hat.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 24. Aug. Weizen 5 fl. 14 kr., Korn 4 fl. 21 kr., Gerst 3 fl. 36 kr., Spelz 3 fl. 32 kr., Hafer 2 fl. 48 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 21. Aug. Weizen 5 fl. 17 kr., Korn 4 fl. 12 kr., Spelz 3 fl. 47 kr., Gerst 3 fl. 32 kr., Hafer 2 fl. 52 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 24. Aug. Weizen 4 fl. 45 kr., Korn 4 fl. 1 kr., Spelz 3 fl. 1 kr., Gerst 3 fl. 25 kr., Hafer 2 fl. 41 kr., Kartoffeln 1 fl. 4 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 19. Aug. Weizen 5 fl. 4 kr., Korn 3 fl. 43 kr., Spelz 3 fl. 4 kr., Gerst 3 fl. 45 kr., Hafer 2 fl 46 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 20. Aug. Weizen 9 fl. 39 kr., Korn 7 fl. 23 kr., Gerste 5 fl. 19 kr., Spelz 2 fl 42 kr., Hafer 3 fl. 27 kr., per Malter.

Geldcourse.

Frankfurt, den 26. Aug. Pistolen 9 fl. 46½—47½ kr., Ducaten 5 37 — 38, 20-Franken-Stücke 9 33½ - 34½ Holländische 10fl.-Stücke 9 57 — 58, Preußische Thaler 1 45½—45½, Fünffrankenthaler 2 fl. 22½ kr.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1194] **Kunst-Anzeige.**

Der acrobatische Seiltänzer Franz Knie wird Samstag den 28. und Sonntag den 29. August eine Kunstvorstellung auf dem gespannten Seil produciren. Samstag ist der Anfang um 5 und Sonntag um 4 Uhr. Der Schauplatz ist auf dem Königsplatze. Es ladet ergebenst ein Franz Knie.

[1185a] **Apotheke zu Ludwigshafen am Rhein.**

Der Unterzeichnete macht hiemit bekannt, daß er von hoher königl. Regierung die Concession zur Errichtung einer Apotheke auf hiesigem Platze erhalten hat; nachdem dieselbe bereits vollständig neu eingerichtet und eröffnet ist, bittet er um gütiges Zutrauen.

Ludwigshafen a. Rh., im August 1852.

H. Fertig, Apotheker.

[1193] **Auszug aus einer Gütertrennungsklage.**

Durch Ladung vom 24. und 25. August 1852 hat Margaretha Altvater, Wittwe erster Ehe von Michael Faulhaber, jetzt Ehefrau von Georg Bachmann, Bäcker von Seebach, sie daselbst wohnhaft, die Klage auf Gütertrennung (im Armenrechte sub. Nro. 3025) gegen ihren Ehemann, Georg Bachmann angestellt und den Advocaten Ludwig Willich als ihren Anwalt constituirt.

Frankenthal, den 25. August 1852.

L. Willich.

Neue
Speyerer Zeitung.

Sonntag Nro. 208 den 29. August 1852.

• Beiträge zur Kenntniß der kirchlichen Verhältniße der Katholiken in Nordamerika.

In ausdrücklichem „Auftrage der St. Louis-Gemeinde" (der katholischen Gemeinde) zu Buffalo im Staate New-York sind uns einige Mittheilungen, mit dem Ersuchen, Gebrauch davon zu machen, übersendet worden. Da der Inhalt einerseits zur Warnung dienen kann vor Unterstützungen, die in anderer Art weit zweckmäßiger anzuwenden wären, — anderseits ein nicht uninteressantes Bild der Verhältniße vieler Katholiken in Nordamerika gibt, so ermangeln wir nicht, Einiges aus diesen Mittheilungen auszuheben.

In Buffalo war man erstaunt, in hinübergekommenen Zeitungen aus Baiern einen ausgedehnten Bericht über den Vortrag eines Pfarres Francois Guth, Generalvicars von Buffalo, zu lesen, welchen derselbe am 18. Jan. d. J. in der Versammlung des Piusvereins zu Regensburg gehalten hatte, worin er die Verhältniße der Katholiken in Nordamerika, besonders ihre Unabhängigkeit von der weltlichen Macht, sehr glänzend schilderte, obwol er die Priester „alle" als „arm" bezeichnete, und worin er in der Hauptsache erklärte, Namens des Bischofs Timon von Buffalo nach Europa gesendet worden zu sein, um Beiträge „für die höchst dringenden Bauten eines Kranken- und Waisenhauses" in jener Stadt zu sammeln.

Darauf erschien in dem „Democraten," einer deutschen Zeitung von Buffalo, ein größerer Aufsatz unter der Aufschrift: „Wie der Ludwigs-Missionsverein in Regensburg gehumbuggt wurde." In diesem Aufsatze wird die Rede des gedachten Guth in verschiedenen Einzelnheiten scharf beleuchtet. Insbesondere wird die Thatsache vorangestellt, daß, wenn derselbe für „höchst dringende Bauten eines Kranken- und Waisenhauses" zu Buffalo Gelder gesammelt habe, zu erwägen sei, daß diese beiden Gebäude schon Jahre lang bestünden, daß aber das Erste für Kranke, namentlich für deutsche Kranke, blos gleichsam ein öffentliches Kosthaus sei, da kein deutscher Kranke Aufnahme finde, wenn er nicht wöchentlich 2 bis 4 Doll. (5 bis 10 fl.) bezahle; beide Institute seien „Wohlthätigkeitsanstalten für Irländer, auf Unkosten der Deutschen." Mit solchen Sammlungen werde überhaupt ein arger Mißbrauch getrieben; so habe im Anfange des Winters von 1850 der Bischof von Buffalo zu Straßburg Gelder zum Ausbau der angefangenen Bischofskirche gesammelt, während damals von einem Ausbau so wenig habe die Rede sein können, daß vielmehr noch nicht einmal ein Platz dafür angekauft gewesen. Wenn Hr. Guth in Regensburg gesagt: „Freiheit ist in Amerika keine Lüge," so müße dies auf die politische Freiheit beschränkt werden, denn eine kirchliche Freiheit für die Katholiken gebe es nicht, vielmehr eine wahre Sclaverei, besonders in einigen Diöcesen. „Denn die Gemeinden, welche nicht unbedingt geben, was ihnen vom Bischofe oder den Jesuiten abgefordert wird, werden mit Bann und Interdict belegt, wie die St. Louiskirche in Buffalo u. m. a. Mehrere Proceße vor den Tribunalen (Courts) fanden schon deshalb statt, wie im vorigen Monate der Riesenproceß der Dreifaltigkeitskirche in Philadelphia, wo einige gewissenlose Vorsteher das ganze Kirchenvermögen, 130,000 Doll. oder 320,000 fl. werth, für 1 Dollar oder 2½ fl. heimlich an die Jesuiten verkauften. Der Proceß wurde jedoch zu Gunsten der Gemeinde entschieden. So sind noch viele Proceße vor den Gerichten anhängig. Unter diesen ist auch einer gegen Bischof Timon eingeleitet, welcher sich durch Pfarrer Franz Guth &c. zwei Doll. oder 5 fl. für ein Grab auf dem, der St. Louiskirche von hiesiger Stadt geschenkten Kirchhofe, auszahlen ließ." Ein (mit Namen angeführter) Geistlicher „verweigerte alten sterbenden Weibern die hl. Sterbsacramente, weil sie zu der St. Louisgemeinde gehörten, welche ihre Kirche, 100,000 Doll. oder 250,000 fl. werth, weder an Bischof Timon, noch an die Jesuiten abtreten will. — ... Die römisch-katholische Religion wird allerdings in dieser Union nicht gehaßt, aber die Habsucht und die Art und Weise mancher Bischöfe (jedoch nicht aller) Geld aus den Gläubigen zu erpressen, — die Todten nicht ausgenommen, wird verabscheut, und gerade aus diesem Grunde verlassen auch so viele Katholiken in diesen Staaten den Glauben ihrer Väter, was selbst kath. Zeitungen nicht in Abrede stellen. — Wie arm die kath. Bischöfe und Pfarrer in dieser Union sind, mögen einige Beispiele zeigen. Einige Bischöfe sind im Besitze von Millionen von Kirchenvermögen, und sollen sogar Stockhalter von Banken, Eisenbahnen u. s. w. sein. Einer, ich könnte ihn mit Namen nennen, kaufte einen herrlichen Landsitz zu einem Begräbnißplatz für 90,000 Dollars oder 225,000 Gulden, und da dieser Platz einige Meilen von der bischöflichen Residenz entfernt ist, so werden die Leichen, ich glaube für 15 Dollars oder 37½ Gulden auf des Bischof's eigenem Dampfschiff der letzten Ruhestätte zugeführt, wo noch extra eine Taxe von 10 Doll. oder 25 Gulden für das Grab bezahlt werden soll. Wer diese Todtensteuer nicht zahlen kann, wird auf dem städtischen Begräbnißplatz beerdigt. Ein gewisser Bischof, welcher sehr arm zu sein vorgibt, soll 6 bis 10,000 Acker Land besitzen, dort eine eigene Land-Office halten, und schon 3 irländische Ansiedlungen haben. — ... Die katholische Bevölkerung in den Vereinigten Staaten beträgt ungefähr 2½ Millionen. ... Trotz der Ueberzahl der Deutschen liegen aber die deutschen Katholiken gänzlich in den Banden der irländischen und französischen Bischöfe (von ungefähr 37 Bischöfen sind nur 2 deutsche). Die Bischöfe haben die Satzungen der Kirchenversammlung von Trient nur in Glaubenssachen, nicht aber in der Kirchenordnung angenommen; sie halfen sich mit der sonderbaren Ausrede, daß die amerikanische Kirche auf jener Kirchenversammlung nicht vertreten gewesen, weil sie noch nicht bestanden habe. — ... Der Bischof ist Herr und Gebieter, er hat keinen Rath und kein Domcapitel zur Seite; macht Jemand Einspruch gegen seine willkürlichen Anordnungen, so wird der Geistliche der Ausübung seines Amtes enthoben, und der Gemeinde gedroht, die Kirche zu schließen (und wirklich geschlossen). Der Bischof läßt den Eigenthumsbrief der Kirche u. s. w. auf sich ausfertigen; die Gemeinde hat sie mit ihrem Schweiße erbaut, allein der Bischof kann sie verkaufen oder abreißen (oder den Irländern schenken, was öfters geschah). — ... Die Ungerechtigkeit, oder vielmehr die Furcht der Irländer vor den Deutschen geht so weit, daß die dringenden Anforderungen und Anerbietungen von Deutschland her, mit deutschem Gelde dort oder hier ein katholisch-deutsches Priesterseminar zu errichten, stets zurückgewiesen wurden. — ... Es sollten durchgreifende Maßregeln im kath. Deutschland ergriffen werden, und die Beitragsgelder nur 3 Jahre lang zurückgehalten werden, — welche nicht zum Erbauen kath. Kirchen für arme Gemeinden verwendet werden, sondern in die Kassen der Bischöfe — und Jesuiten fließen."

Aus einer Veröffentlichung vom 27. Juni ergibt sich, daß, als am Tage zuvor die Katholiken von Rochester in der ihnen angehörenden St. Peterskirche die Wahl der Trustees (Vertreter) vornehmen wollten, ein Pfarrer seinen Anhang aufgehetzt habe, so daß die Wähler thätlich angegriffen worden seien. Die Policei habe 9 Weiber und 5 Männer, die sich bei dem Unfuge hervorgethan, verhaftet, die Beschädigten würden aber außerdem jenen Geistlichen und seine Genossen wegen Riot verklagen.

Ferner liegt ein von einem Franzosen Namens Lecouteulx in englischer Sprache verfaßtes, vom 31. März datirtes Sendschreiben an den Erzbischof von New-York, John Hughes, vor, aus dem wir u. a. Folgendes entnehmen: Der Erzbischof habe die Vorlage einer Bill an die Legislatur des Staats New-York veranlaßt, welche nichts Anderes bezwecke, als ihm die ausschließliche Verwaltung und Controle des Kircheneigenthums zu sichern; „gewiß haben wir, denen das Eigenthum gehört, weil wir es bezahlten, ein Recht, gegen jedes Gesetz zu remonstriren, welches uns dieses Eigenthums berauben wollte; denn dies ist keine Sache der Religion, sondern blos eine Sache von Dollars und Cents, welche Sie besitzen möchten unter Ausschließung der rechtmäßigen Eigenthümer." Es wird dann u. a. weiter ausgeführt, der Widerstand der Gemeinde St. Louis von Buffalo sei der Grund, aus welchem der Oberhirte den Clerus von dieser Kirche abberufen und ein Interdict erlassen habe, so daß die Gläubigen aller Tröstungen ihrer hl. Religion beraubt seien. Der Erzbischof nenne die Katholiken von Buffalo und Rochester nur noch „the pretended Catholics of Buffalo and Rochester," und behaupte, sie nennten sich zwar Katholiken, „aber der Glaube sei von ihnen gewichen, bis auf einen Schatten von Erinnerung (except a shadowy remembrance), die sie feig mache, da sie den Muth nicht besäßen, sich offen als Protestanten zu erklären." Es wird dann angeführt, auf einer Synode zu Baltimore habe der Bischof Timon von Buffalo durchgesetzt, daß keine Kirche und kein Kirchhof eingeweiht werde, bis das Eigenthum auf den Erzbischof oder seine Bischöfe übertragen seien. Die Geistlichkeit suche sich einen unermeßlichen politischen Einfluß zu verschaffen. Schon seien die Kanzeln mißbraucht worden, um bei einer politischen Wahl einen Candidaten namentlich zu bekämpfen ꝛc. ꝛc.

Aus Allem ergibt sich, daß der Zustand ein nichts weniger als friedlicher und erfreulicher ist.

Deutschland.

*** Speyer.** Die Pfälzer Zeitung äußert unverholen ihre Freude über die Verurtheilung des Kaiserslauterer Wochenblatts. Darüber halten wir jedes Wort der Kritik überflüssig. —

Sie behauptet ferner: die Geschworenen hätten „den in solchen Fällen üblichen Einflüsterungen und Parteigehässigkeiten gegenüber" ihre Unabhängigkeit bewahrt. Sie beweise die hierin liegende Verdächtigung von versuchten unerlaubten Einwirkungen!

Sie hält den Geschworenen eine Lobrede, weil sie verurtheilt haben. Was würde sie sagen, wenn man dagegen gerade hier den Tadel wiederholen wollte, den sie selbst, dann den die Augsburger Allgemeine, die Neue Münchener Zeitung und der Volksbote über die Pfälzischen Geschworenen ausgossen, als dieselben in dem großen politischen Processe freisprachen?

Sie verlangt von den „Democraten," daß dieselben in verurtheilenden Erkenntnißen „die Aeußerung des Volksbewußtseins" achten und ehren müßten. Eine solche Logik können wir nur dann begreifen, wenn das angerufene „Volksbewußtsein" bei Bildung der Geschworenen maßgebend war, wie solches auch das Verfassungsgesetz vom 4. Juni 1848 über die „Grundlagen der Gesetzgebung" verheißt, dessen Art. 10 Nro. 4 bekanntlich wörtlich also lautet: „Die Geschworenen dürfen nicht ursprünglich von der Regierung ernannt werden, sondern müßen aus Volkswahl hervorgegangen sein." —

Die Napoleonsfeier in Deutschland. Die „Nat.-Ztg." schreibt u. a.: Es hat eine Zeit gegeben, wo es sich von selbst verstand, daß der 15. August, der Napoleonstag, ein Tag der offiziellen Feier mit Kanonenschüssen, Te Deum, Erleuchtung und dem sonstigen Apparat war, welcher, obwohl durch das Gebot des Machthabers hervorgerufen und darum völlig bedeutungslos, ein Schauspiel, inhaltsleerer als andere, dennoch als eine Kundgebung öffentlicher Theilnahme, Anhänglichkeit und Zufriedenheit erscheinen sollte. — Zu der Zeit, wo Napoleon der Dictator über Europa war, brachte es die gebietende Stellung des „kleinen Korporals" und ehemaligen Jacobiners mit sich, daß sein Tag als Festtag auf dem europäischen Festlande begangen wurde. — Ist aber der Mann, der auch Napoleon heißt, dem es beliebt hat und geglückt ist, sich vorläufig auf zehn Jahre die Präsidentschaft der französischen Republik, die er beschworen hatte, am ersten Sonntage des Monats Mai dieses Jahres nicht niederzulegen, nicht blos Dictator von Frankreich, sondern bereits Dictator von Europa? — Ist es schon so weit gekommen, daß L. Napoleon nur mit dem Finger zu winken oder die Stirne zu runzeln nöthig hat, damit geschehe, was er wünscht, oder unterbleibe, was ihm oder dem Kreise seiner Verwandten oder Getreuen nicht genehm ist? Die Regierungsweise L. Napoleons wird nicht allerseits als Bethätigung einer göttergleichen Weisheit, Gerechtigkeit, Ehrbarkeit, Milde und Uneigennützigkeit angesehen, wie die besoldeten Scribenten, welche die Spalten der officiellen französischen Blätter zu füllen haben, angewiesen sind, sie vor aller Welt auszuposaunen. — Aber die Regierung des Hrn. Präsidenten hat ein Verlangen nach Schmeichelei und in deren Ermangelung ein besonderes Wohlgefallen am Stillschweigen. — Es soll außerhalb Frankreichs sein, wie innerhalb. L. Napoleon wünscht — und es geschieht an vielen Orten Deutschlands. — Die Sache ist, daß L. Napoleons Regierung, von aller Rücksicht auf Polizei abgesehen, es wagen durfte, solche Festfeier in Deutschland zu veranstalten und zu publiciren. — Der 18. October ist eine Art deutschen Nationalfestes gewesen, bis man allmälig von zwei Seiten her sich bewogen fand, eine fernere Feier nicht mehr zu veranstalten. — Wäre der 18. October noch ein deutscher Nationalfesttag, so bezweifeln wir, daß die Gesandtschaften und Consulate einer deutschen Macht den Auftrag erhalten haben würden, an jedem ihrer Residenzorte in Frankreich einen solennen Gottesdienst zu veranstalten und eine Ankündigung dieser kirchlichen Feier in den französischen öffentlichen Blättern ergehen zu lassen. — Woher kommt der Unterschied? Ist es ein in den spezifischen Eigenthümlichkeiten Deutschlands und Frankreichs, oder in denen der Napoleonischen Regierung einerseits und der deutschen Regierungen andererseits begründeter Unterschied? — Es ist das, wie uns scheint, eine Frage, über die es schon einmal der Mühe lohnt, nachzudenken, ganz besonders an dem Tage, wo „Deutschland," das Schiff der nach kaum begonnenem Dasein zum Tode verurtheilten deutschen Flotte, das den Namen erhalten hat, von dem man vor 4 Jahren noch einmal glaubte, er sei berufen, eine Realität zu werden, öffentlich meistbietend versteigert werden soll. — Der Numidier Jugurtha rief aus, als er von dem verkommenden Rom heimkehrte: O urbem venalem, si emtorem invenerit (die ganze Stadt wäre zu kaufen, wenn sich ein Käufer fände). Es ist ein sehr beliebtes Thema für Bußpredigten, über den um sich greifenden Materialismus zu klagen. Kann man sich wundern, wenn er darin, was man die untern Schichten zu nennen beliebt, immer mehr überhand nimmt, wenn alles zum Verkauf ausgestellt wird, als ob es in der That keine anderen als Geldwerthe mehr gäbe, und wenn dem augenblicklichen Erfolg zu Ehren Tedeum gesungen wird?

Karlsruhe, den 26. Aug. Das heute erschienene Regierungsblatt enthält ein provisorisches Gesetz, wodurch bestimmt wird, daß die gemeinen Verbrechen der Militärpersonen — wie solches während der Dauer des Kriegs-

zustandes der Fall war, — auch ferner der Militärgerichtsbarkeit unterworfen bleiben. (K. Z.)

Frankfurt, den 27. Aug. Das „Frankfurter Volksblatt" hat aufgehört zu erscheinen. Gestern Nachmittag erschienen in der betr. Officin ein Policeicommissär nebst Rottmeister und Gendarmeriebegleitung, nahmen die vorhandenen Manuscripte in Beschlag und überbrachten das Verbot, wonach das Blatt von gestern an nicht mehr erscheinen darf. Im Beisein der Policeiofficianten mußte der Satz zu der Nummer, welche gestern Abend erscheinen sollte, auseinander genommen werden. (Fr. J.)

Kassel, den 23. Aug. In einer vertraulichen Sitzung der 2. Kammer ward am 21. August über die Proposition der Regierung, die Aufnahme eines Anlehens von anderthalb Millionen Thaler in 4½procentigen Staatsobligationen betreffend, verhandelt. Bei der Debatte wurde vorzugsweise die Unzuständigkeit geltend gemacht. Herr Hassenpflug widerlegte diese Erörterung des Deputirten Advocaten Fink dadurch, daß er sie vom Ministertische aus für „Advocaten-Geschwätz" erklärte, was zu einer Erörterung führte, in der sich Hr. Fink für die Zukunft derartige Ausfälle verbat, während Hr. Hassenpflug sich das Recht vindicirte, seine Ausdrücke nach freiem Ermessen zu wählen. So werden die „wirklichen Stände des Landes" behandelt. 22 Mitglieder beantragten, zunächst über die Frage der Zuständigkeit abzustimmen, was ohne allen Grund von dem Präsidenten verweigert wurde. Die Frage wurde vielmehr alsbald auf die Annahme der Proposition selbst gerichtet. Das Resultat war, daß die Proposition mit ansehnlicher Majorität abgelehnt wurde. Jetzt wechselte Bläße mit Zornesröthe; nach längerem Zwischenraume, in dem namentlich der Regierungscommissar trauliche Zwiegespräche mit den Deputirten führte, wurde ohne allen Grund die Abstimmung geschäftsordnungswidrig wiederholt, und nun erfolgte mit schwacher Majorität die Annahme der Proposition, was den Herren Ministern zur Befriedigung gereichte. Wie diese Wandlung vorgegangen, ob ein Geist von Oben die Häupter erleuchtet hat, ob das Gespenst der Bergfeste Spangenberg sichtbar geworden ist, wir wissen es nicht und müssen uns mit dem Factum begnügen. (Kölnische Zeitung.)

Kassel, den 26. Aug. Die erste Kammer ist abermals beschlußunfähig, da ein Mitglied derselben aus Familienrücksichten augenblicklich außer Stand ist, zu erscheinen.

Berlin, den 24. Aug. Die Spener'sche Ztg. schließt einen Artikel über die Zollfrage mit den Worten: „Es kann daher keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß eine Annahme der von der Coalition ausgesprochenen Bedingungen eine noch größere Unmöglichkeit ist, als eine österreichische Zolleinigung, und daß dieselben abzuweisen sind; und wir hören denn auch, daß dies in der nächsten Zollconferenz, die noch in dieser Woche stattfindet, geschehen soll."

— den 25. Aug. Es ist (so sagt das Corresp.-Bltt. im besondern gleichlautend mit der Spener'schen Ztg.) noch keine Entscheidung darüber getroffen, wann die Berufung der Conferenzmitglieder zur Entgegennahme der preußischen Rückerklärung erfolgen wird. Darüber ist in den unterrichtetsten Kreisen kein Zweifel, daß diese Erklärung entschieden ablehnend lauten wird. Wir können hinzufügen, daß eine solche Beantwortung der Coalitionsnote der allgemeinen Erwartung vollkommen entspricht. Ob und in welcher Weise alsdann die Verhandlungen fortgeführt werden, darüber fehlt es zur Zeit noch an einer festen Entschließung. Jedenfalls wird von einem Abbrechen der Verhandlungen nicht eher die Rede sein können, als bis feststeht, welche von den jetzt zur Coalition gehörenden Staaten sich entschließen möchten, an den weiteren Schritten dieser Verbindung ihre Betheiligung zu versagen und sich Preußen und den ihm adhärirenden Regierungen wieder anzuschließen. Daß diese Entschließung abgewartet werde, erfordert eben sowohl die Billigkeit als die Besonnenheit, obschon als Thatsache versichert werden kann, daß man hier auf den Rücktritt der Coalitionsstaaten vollständig gefaßt, und daß man entschlossen ist, diesen Rücktritt zuzulassen, wenn nur zwischen ihm und den Stuttgarter Propositionen die Wahl bleiben sollte. Von glaubwürdiger Seite wird versichert, daß bereits die Vorarbeiten für die Constituirung des neuen Zollverbandes, in welchem die Coalitionsstaaten fehlen, in Angriff genommen sind.

— den 25. Aug. Die Entscheidung der Regierung über den Antrag der Darmstädter Verbündeten wird erst nach einer Verständigung mit Hannover erfolgen. Deßhalb steht die Ankunft des hannover'schen Ministers v. Scheele bevor. (Köln. Ztg.)

Vor einigen Tagen hat in Berlin die erste Hinrichtung nach den Bestimmungen des neuen Gesetzbuches im verschlossenen Hofraume des Gefängnisses und im Beisein weniger Zeugen stattgehabt.

Posen, den 23. Aug. Nach dem Urtheil aller unserer Aerzte war das erste Auftreten der Cholera im Jahr 1830, wo sie hier am furchtbarsten grasirte, bei Weitem nicht so heftig wie ihre diesmalige Bösartigkeit. Am fürchterlichsten wüthet sie immerfort auf der so genannten Fischerei. Dort sind schon mehr als die Hälfte der Einwohner gestorben, nicht nur kein Haus, nein, keine Stube ist dort verschont geblieben, und damit nicht ferner mehr Kranke und Leichen in einem Zimmer bleiben dürfen, ist das dortige Spritzenhaus ausgeräumt worden, um die Leichen bis zu ihrer Beerdigung aufzunehmen.

Hamburg, den 24. Aug. Der Schaden, den der gestrige Speicherbrand hier anrichtete, beläuft sich auf circa 200,000 Mark Banco. Die Gothaer Feuerversicherungsbank ist zumeist dabei betheiligt. — Gestern wurde der Vice-Präsident des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereins verhaftet in Folge eines von Berlin eingegangenen Schreibens.

Von der ungarischen Grenze, den 20. Aug. Aus der Festung Peterwardein ist ein Festungsarrestant sammt dem ihn bewachenden Soldaten entwichen. Gleich nach dem Abfeuern von drei Allarmschüssen brachen 30 starke Patrouillen aus der Festung, um die ganze Umgebung an beiden Donauufern zu durchsuchen, was auch zum Ziele führte; doch da der Flüchtling zu entweichen Miene machte, indeß der Deserteur sich willig festnehmen ließ, wurde Ersterem nachgeschossen und eine Kugel durchbohrte den Brustkasten, so daß er sterbend in die Festung gebracht wurde. Der Soldat soll kriegsrechtlich erschossen werden, um ein Exempel zu statuiren, das die Mannschaft von jeder Sympathie für Abgeurtheilte heilen soll.

Schweiz.

Tessin. Die „Demokrazia" berichtet von einem Meuchelmord, der am 22. in Berzona an einem junge Manne, Pasquale Garbani, einem feurigen Democraten, begangen wurde. Der Mörder, Andrea Nottaris, habe politische Rache genommen, weil er bei den Wahlen im Februar von dem jungen Garbani verhindert wurde, für die „Schwarzen" zu stimmen, da er das gesetzmäßige Alter nicht hatte. „Du sollst dafür büßen," habe er damals gedroht und jetzt Wort gehalten. Der Mörder sei einer von den sich so nennenden „Gemäßigten" (!) und Unterzeichner der Bittschrift um Rücknahme des Säcularisationsgesetzes. Er habe sich den Händen der Justiz entzogen.

Frankreich.

† **Paris**, den 26. Aug. In seinem nichtamtlichen Theile antwortet heute der Moniteur der „Times" auf einen Angriff gegen Frankreich, in welchem dasselbe mit der Epoche des Verfalls des römischen Reiches verglichen und zur ewigen Kindheit verurtheilt wird. Der Moniteur erklärt zuerst, daß er die Times nicht als den Ausdruck der englischen Nation anerkenne, sonst müßte er die Times fragen: ob Englands beschränkte Wahlen, in Mitte aller Scandale der schamlosesten Agiotage vollzogen, ei-

nen Vergleich mit der Ruhe und Ordnung unserer allgemeinen Abstimmungen aushalten könne? „Könnte man," fährt er fort, „nicht der Times sagen, daß die Parlamentssitze Englands nur den Reichsten des Landes, in Frankreich aber Allen angehören, daß dort das Vermögen entscheidet und hier das Volk wählt, daß bei uns die ganze Staatseinrichtung der Ausdruck des Volkswillens ist, daß der Staatschef, der gesetzgebende Körper, die Departements-, Arrondissements- und Municipalräthe von der Gesammtheit der Bürger erwählt sind, daß aber jenseits des Canals bei Allem die Ungleichheit des Vermögens und die Beschränkung der Rechte sich bemerkbar macht." Er erklärt am Schlusse seines Artikels, warum der Präsident den 15. August und nicht den 2., 10. oder 20. December zum Volksfeste machte, gegen dessen welthistorische Bedeutung die Times so viel Sarkasmen schleudern, aus dem Schicklichkeitsgefühle desselben, womit er nicht seine eigenen Thaten und Erfolge aus der jungen Geschichte seiner politischen Bedeutenheit in den Vordergrund stellen wollte, während sich die glorreichsten Erinnerungen aus der thatenreichen Geschichte Frankreichs an die Bedeutung des 15. August knüpfen.

(Anderer Bericht.) Die englischen Journale sind nicht gut auf den Präsidenten der Republik und Frankreich zu sprechen. Vor einigen Tagen erklärte die Times alle Franzosen für Kinder, weil sie den Präsidenten noch nicht davon gejagt haben, wogegen der Moniteur sich heute auflehnt. Noch mehr ärgert sich aber der „Morning Advertiser," ein radicales Blatt Londons, dessen Correspondent in der heute nach Paris gekommenen Nummer darüber in den größten Zorn geräth, daß sein Exemplar auf der Post von den Händen der Polizei besudelt worden sei. (Folgt darauf die Behauptung, daß die französische Post über den Verdacht erhaben sei, Briefe zu erbrechen!)

Der Moniteur fährt fort, die mitunter ziemlich umfangreichen Beschlüsse der Generalräthe, welche ihm durch den Telegraphen zukommen, einzuregistriren.

Der Constitutionnel bringt einen humoristischen Artikel über das von uns bereits gemeldete Verschwinden des Herzogs von Parma, der vor seiner Abreise seinen vertrauten Staatsrath Thomas Ward, den sein Vater von England als Jokey mitgebracht, zum Regenten eingesetzt hat. Den vortrefflichen Eigenschaften des jetzigen Grafen Thomas Ward, welcher sich mehrerer diplomatischen Sendungen mit vielem Geschick entledigte, wird jedoch großes und wie es scheint verdientes Lob gespendet, und die österreichische Regierung wird aufgefordert, die Regierung in dessen Händen zum Wohle des Landes und des jugendlichen Herzogs zu belassen. — Nach einem „Mitgetheilt" des Moniteurs sind die Präfecten angewiesen, der Bevölkerung ihres Departements die Haltpuncte der Reise des Präsidenten bei seiner großen Reise nach dem Süden im Voraus anzuzeigen (!), da es ihm leid that, den herbeigeeilten Bewohnern auf der Tour seiner letzten Reisen, nicht seine Erkenntlichkeit für die ihm bewiesene Theilnahme bezeugen zu können. (!) — Die Arbeiter, welche vom Ertrage der Lotterie der Goldbarren nach Californien expedirt wurden, verlegen sich dort auf den Ackerbau und haben eine Stadt unter dem Namen: „Napoleon City" gegründet. — Hr. Persigny ist in Dieppe erkrankt. Man besorgte, daß die Krankheit einen ernsten Character annehme, die Gefahr ist jedoch jetzt gänzlich verschwunden.

Einem Gerüchte zufolge ist die Prinzessin Mathilde in Ungnade gefallen und zeitweilig vom Hofe verbannt. (K. Z.)

Paris, den 24. Aug. Die erste Messe in der Kirche des Pantheons soll am 1. Oct. gelesen werden.

— den 25. Aug. Der Artikel des Pays, in dem bewiesen wird, daß das Kaiserreich vom Auslande nichts zu fürchten hat, hatte allgemeines Aufsehen erregt. Man hebt bei demselben besonders die tiefe Ehrfurcht vor Rußland, den spöttischen Ton gegen Oesterreich, die angebliche Machtlosigkeit Preußens beim Ausbruche eines Krieges und die ganz neue Haltung gegen England hervor, das, als am Vorabend einer socialistischen Revolution sich befindend, dargestellt wird.

In einer Gemeinde des Oisedepartements, wo ein toller Hund 7 Personen gebissen hatte, ließ der Bürgermeister sofort sämmtliche Hunde todtschlagen.

Die Jesuiten haben jüngst in Paris ein Collège zum Preis von zwei Millionen angekauft. Dieses inbegriffen, besitzen sie jetzt in Frankreich zwölf Collèges, die seit dem 2. Decbr. und in Folge des neuen Unterrichtsgesetzes eröffnet sind. Die Städte, in denen sich dieselben befinden, sind: Paris, Lyon, Toulouse, Avignon, Aix, le-Puy, Laval und Saint-Acheul.

Großbritanien.

London, den 25. Aug. Große Aufregung herrscht in Dublin unter den Ultramontanen, in Folge der Absicht einiger Kronadvocaten, die Geistlichen Burke und Clune wegen Aufhetzung des Volkes gegen das Militär in Sixmile-Bridge vor Gericht zu ziehen.

Man hat berechnet, daß alle Jahre in den Kohlenminen von England über 1000 Menschen umkommen.

Rußland.

Petersburg, den 17. Aug. Vom Kriegsschauplatz im Kaukasus werden neue Nachrichten mitgetheilt, die wiederum keine besonderen Vortheile der russischen Waffen melden.

Miscellen.

In Brünn sollte unlängst aufgeführt werden „Adam und Eva", Posse mit Gesang in einem Act. Personen: Adam. Eva. Schlange. Eine Stimme. Die Handlung spielt — nicht im Paradiese. Nach den Bestimmungen der Censur-Behörde mußte dieser Titel folgender Maßen umgestaltet werden: „Er und Sie", Posse mit Gesang in einem Act. Personen: Adam, ein Bäckergeselle. Eva, eine Nähterin. Frau Zange, Hausmeisterin. Eine Stimme. (Köln. Z.)

Der Astronom Hind in London kündigt an, daß er in der Nacht vom 22. auf den 23. um 11 Uhr 30 Minuten einen neuen Planeten im Sternbild Aguarius entdeckt habe. Derselbe könne mit einem gewöhnlichen Teleskop gesehen werden und komme an Helle einem Stern neunter Größe gleich.

Das sogenannte Harlemer Meer ist, wie wir schon berichteten, ausgetrocknet. Da auf demselben im Laufe der Jahrhunderte eine Menge Schiffe gescheitert sind, außer der Flotte, die im Jahre 1573 bei der Belagerung von Haarlem ganz zu Grunde ging, so wird man beim Anbau des neugewonnenen Bodens sicher eine Menge kostbarer und seltener Dinge finden. Seltene Münzen sind schon gefunden worden. Man erwartet, die Regierung werde eine Commission niedersetzen, um die im Haarlemer Meere gemachten Ausgrabungen zu überwachen und in einem eigenen Museum zu sammeln.

Die Eisenbahn von Panama, welche das stille Meer mit dem Ocean verbindet, schreitet rasch vorwärts. Nach ihrer Vollendung werden Panama und Navy Bay die größten Waarendepots der Welt werden, da an beiden Orten die ankommenden Schiffe ausgeladen werden müssen. Die englische Regierung hat jedoch von ihren beiden mit Untersuchungen zum Behuf eines die beiden Meere verbindenden Kanals beauftragten Ingenieurs Fox und Henderson sehr günstige Berichte erhalten und es soll sofort der Kanal durch die Landenge von Darien gebaut werden, was die Bedeutung der Eisenbahn vermindern wird. Alex. v. Humbold hat schon vor vielen Jahren die Landenge v. Darien als den geeignetsten Punct für den beabsichtigten Durchstich bezeichnet.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 208.) den 29. August 1852.

Deutschland.

München, den 25. Aug. Die „Volksbötin" macht folgende Bemerkungen: „Aus der Pfalz wird gemeldet, daß bei der Landrathswahl die von dem Hrn. Jäger aufgestellten Kandidaten meistens durchgefallen sind, man weiß nicht, „obgleich" oder „weil" sie Hr. Jäger empfohlen hat. Es ist betrübend und zeugt noch von einer herrschenden politischen Reizbarkeit jenes Kreises, wenn die Landrathswahl zur Agitation und politischen Demonstration, gleichviel von welcher Seite, mißbraucht wird, wenn die scheinbar schlummernden Parteien jeden Anlaß mit Begier ergreifen, um sich an einander zu reiben und ihre gegenseitige Ringkraft zu messen. *) Die Pfälzer Zeitung sollte das Oelblatt sein, welches eine Taube, genannt Dr. Jäger, daherbrächte, freilich nachdem die Revolution verlaufen und alles schon hübsch trocken und sonder Gefahr zu betreten war. Wie schlecht die Pflzr-Ztg. aber ihr schönes Ziel, nämlich die Pazification der Pfalz, erreicht hat, zeigen die bei jeder Gelegenheit hervortretenden Symptome der Aufregung. — Was die Landräthe betrifft, so haben selbe nichts weniger als hohe Politik zu treiben oder für die Regierung Schwierigkeiten zu ersinnen, sondern sich lediglich mit den materiellen Vortheilen ihrer einschlägigen Kreise zu befassen, und so hoffentlich wird die Principienreiterei ihre Vorposten nicht bis auf die Straßenreparaturen und Flußregulationspläne erstrecken. **) Der ganze Streit zwischen den Erkornen des Hrn. Jäger und den „Liberalen" u. s. f. anderseits hätte also unterbleiben können, da er nun aber angefacht wurde, so scheint uns fast, als ob Hr. Jäger verloren hätte. Wenn er auch für den guten Willen die Subventionspalme in Anspruch nimmt, so wird er doch gestehen, daß sein Organ überhaupt die gewünschte und gehoffte Wirkung nicht hervorgebracht hat. In seiner Zeitung sind zwar immer einige Seiten mit vollkommen wahren und verläßigen Artikeln gefüllt, wir meinen die gerichtlichen Inserate, im übrigen aber verfolgt er kein festes Ziel, sondern: „auf und ab schwankt die Waage." Auf derselben Spalte bekämpft er den Volksboten und schwärmt doch wieder für die Jesuitenmissionen, macht Oesterreich ein Compliment, drückt Preußen die Hand und hofft, es werde sich alles noch recht schön ausgleichen. Wer aber schwankt zwischen schwarz und weiß und keine Farbe lassen und sich zu keiner bekennen will, der erscheint zuletzt in einem Gemisch dieser beiden Gegensätze, nämlich — Grau! Nur in einem Puncte hat sich Hr. Jäger entschieden — getäuscht. Als er noch gegen den Dämon, den politischen Nachtwächter u. s. f. loszog, und dieselben dabei so machtbewußt und stolz, so von oben herab behandelte, dachte mancher: Stolz lieb' ich den Spanier und hab' es gern, wenn die Pfälzer Ztg. überschäumt. Nun sieht aber die Sache ein wenig anders aus, und Herr Jäger „wußte neulich noch nicht," was er dazu sagen solle. — Möge ihm der hl. Antonius, der Schutzpatron der Unentschlossenen, einen guten Rath verleihen."

*) Man beliebe aber nur ganz einfach die Blätter nachzulesen, um sich zu überzeugen, wer es war, der eigens aufforderte, diese Wahlen zu einer politischen Demonstration zu machen! D. Red.

**) Vollkommen einverstanden. Auch werden gerade die freisinnigen Districts- und Landrathsmitglieder nützliche Einrichtungen, in zweckmäßiger Art ausgeführt, am allerwenigsten hindern, vielmehr am allermeisten fördern. D. Red.

Württemberg. (Zeichen der Zeit.) Im Jahr 1841 berechnete Memminger nach amtlichen Anzeigen das Nationalvermögen in Württemberg auf 1500 Millionen Gulden, während im Jahr 1848, gleichfalls nach amtlichen Nachrichten, nur noch ein Vermögen von 900 Mill. gefunden wurde. Bei dieser höchst betrübenden, allgemein verbreiteten Vermögenszerrüttung war die Landwirthschaft noch längere Zeit in einer scheinbar günstigeren Lage. Aber seit den letzten vier Jahren ergibt sich, daß auch hier das Meiste nur scheinbar besser war. Schon im Jahr 1847 fand sich, daß in den neun Jahren von 1838—1847 für 43 Millionen Gulden mehr auf die Liegenschaften aufgenommen als zurückbezahlt wurde.

Frankreich.

Paris, den 22. Aug. Obgleich jetzt alle Staatskörper aus Creaturen der Regierung bestehen, obgleich die Armee dem Anschein nach wenigsten, treu und ergeben ist, obgleich man sich bemüht hat, die Nationalgarden von allen gefährlichen Elementen zu reinigen und sich den Anschein gibt, nur das Wohl des Volkes und Frankreichs Interessen im Auge zu haben, so tritt die Opposition doch jeden Tag stärker auf und macht größere Propaganda, denn je durch Flugschriften, Broschüren u. s. w. „Victor Hugo's „Napoleon le Petit," eine „Geschichte der Verbrechen, der Sitten und der Unzucht der napoleonischen Höfe," eine Masse Spottlieder und sonstige Broschüren sind trotz der Argusaugen der Polizei in Masse verbreitet und werden mit Begierde verschlungen. Victor Hugo's Buch hat besonders Sensation erregt; man versammelt sich in den Faubourgs Abends und liest es vor. Die glühende Sprache weckt die alten Gefühle und die erlittene Schmach, die mit grellen Zügen gemalt ist, zwingt die Arbeiter zum Erröthen über das Joch, unter das sie sich geschmiegt. Das Pariser Zuchtpolizeigericht liefert selbst den besten Beweis, mit welchem Eifer die bonapartistische Propaganda betrieben wird. Die Regierung zittert vor diesem verborgenen Feinde, den Girardin das Manuscript-Journal genannt. Umsonst bietet sie Alles auf, um dasselbe zu vernichten, denn dasselbe hat Frankreich als Drucker und Frankreich als Colporteur. — (Fr. Kur.)

Hört die fromme Friedenspolitik! Das ultramontane Pariser Univers greift Preußen wegen der Verfolgung der „Volkshalle" und der katholischen Partei überhaupt an und fordert indirect Rheinpreußen zum Anschluß an Frankreich und Schlesien zum Anschluß an Oesterreich auf, da dort die katholische Religion jetzt frei und gesichert sei!

Miscellen.

Man schreibt aus Stettin vom 23. August: Ein furchtbar tragisches Ereigniß erfüllt heute die ganze Stadt mit Schrecken. Am gestrigen Sonntag Nachmittags hatten sich die beiden hiesigen Makler Buchholz und v. Dadelsen, zwei intime Freunde und geübte Schützen, in einem Boote zur Entenjagd auf den Damm'schen See begeben. Beim Nachhausefahren schwirrt noch eine vereinzelte Ente auf; v. D. legt an, aber in dem Moment des Losdrückens steht auch sein Freund B. hinten im Kahne auf und empfängt die ganze Schrotladung in den Hinterkopf. Der Getroffene stürzt zusammen, und sein unglücklicher Gefährte wird von Schmerz und Reue so übermannt, daß

Digitized by Google

er in übereilter That den zweiten Gewehrlauf unters Kinn setzt und sich den Kopf zerschmettert. So wurden die beiden unglückseligen Schützen von den Bootsführern nach Hause gebracht, v. D. als gräßlich verstümmelte Leiche, B. noch lebend, aber bereits mit dem Tode ringend. Er ist in der Nacht gestorben. v. D. lebte in den glücklichsten Verhältnißen und hinterläßt eine zahlreiche Familie, während B. unverheirathet war.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1171³] **Andernacher Mühlsteine**
zu den billigsten Preisen bei
Joh. Wilh. Reinhardt jun.
in Mannheim.

[1179²] Bei Louis Cron, Posamentier, ist wieder ein frisches Stück Bürgermeister-Ordensband fertig geworden.

[1123] **Anzeige.**
Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.
In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

[1184³] **Offene Lehrlingsstelle.**
In einer Handlung mit verschiedenen Waaren zu N. ist eine Lehrlingsstelle für einen wohlerzogenen jungen Menschen, der sogleich eintreten kann, offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Großes Tapetenlager
eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl,**
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057¹⁶] in Mannheim.

[1182³] **Verkaufs-Anzeige.**
Der Besitzer einer seit vielen Jahren mit bestem Erfolg betriebenen Tabak- und Cigarrenfabrik, verbunden mit Detailverkauf, beabsichtigt Krankheitshalber das Geschäft mit Local nebst allen zur Fabrikation nöthigen Gerätschaften zu verkaufen oder auf längere Zeit zu vermiethen.
Das 180 Fuß tiefe und 96 Fuß breite gut und massiv gebaute Haus liegt in einer der lebhaftesten und gewerbreichsten Lage der Stadt Mannheim, enthält große Magazine, Speicher und Keller und würde sich wegen seiner großen Räume zu jedem Etablissement, insbesondere zu einem Commissions- und Speditionsgeschäft, vorzüglich eignen.
Nähere Auskunft ist zu erfahren auf dem Geschäftsbureau von Robert Pfeiffer in Mannheim
Litra O 6 Nro. 1.

[1051] **Niederländische**

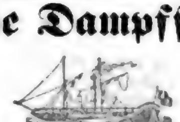
Dampf- **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.
Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 Der Agent: **C. Aug. Ex[illegible]**

[1104] **Rheinische Dampfschifffahrt.**

Kölnische  **Gesellschaft.**

Tägliche Abfahrten von Mannheim vom 26. Juni c. an
nach Köln 7½ Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Neustadt-Speyer. In Köln im Anschluß an die letzten Züge nach Berlin, Paris, London.
„ „ 11½ „ „ Schnellfahrt in 10 Stunden, nach Ankunft des 1. Zuges von Neunkirchen. In Köln im Anschluß an den letzten Zug nach Paris.
„ Mainz 5½ „ Nachmit., nach Ankunft des 4. Zugs von Neustadt-Speyer, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Zuges von 5 Uhr 20 Minuten.
„ Straßburg 11½ Uhr Nachts.
☞ Bei der Schnellfahrt Morgens 11½ Uhr bis Köln wird Unterwegs nur mit Mainz, Bingen, Coblenz und Bonn verkehrt.

Digitized by Google

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | **Nro. 209** | **den 31. August 1852.**

Deutschland.

[§] Pfalz. Mit den neuesten Wahlen in der Pfalz beginnt ein neuer Abschnitt in dem öffentlichen Leben derselben. Was bisher eingeschlummert schien, Kleinmüthige sogar für ganz erstorben gehalten — der Sinn für das Gemeinwohl, ist zu neuer Thätigkeit, zu frischer Selbstständigkeit erwacht, und hat, was bisher das Schmachvollste von Allem war, eine nur zu lange schon angemaßte Bevormundung abgeworfen und zu Schanden gemacht; eine Bevormundung, deren Verdächtigungs- und Schmähsystem gegen die freisinnige Partei der Pfalz gleichen Schritt mit den steigenden Revenuen der Publicationen der Pfälzer Zeitung gehalten hat. Die Wahlen für den Landrath und in die Districtsräthe haben diesem Treiben das längst erwartete Urtheil gesprochen. Es war Zeit, daß ein Zeichen geschah und die Pfalz sich ermannte!

Dieß hätte noch gefehlt, daß eine Handvoll Treubündler den Notabeln der Pfalz die freie Erwägung ihrer Interessen genommen und ihr die Organe, ihre Vertreter im Landrathe, so obenhin dictirt hätte. Aber dieser erste klar hervorgetretene Versuch eines noch dazu subventionirten, nie die öffentliche Meinung der Pfalz, sondern (die Herren Zöllner, welche von allen Seiten, von Gemeinden und Privaten, Mündeln und sonstigen Unmündigen Zwangscontributionen eintreiben, mögen sich doch ans edle Herz fühlen) nur die der Herren von der Landstuhler Versammlung repräsentirenden Blattes, den Wahldictator zu spielen, hat sich lächerlich gemacht. Mögen diese Vertreter im Landrathe einer politischen Nuançe angehören, welcher sie wollen, so viel ist und bleibt gewiß, sie sind nicht am Werbtische der Pfälzer Ztg. geholt worden. Die jahrelangen Bemühungen, den durch unglückselige politische Ereigniße, über welche leidenschaftslose und nicht von den Früchten des Unglücks sich mästende Männer den Schleier der Versöhnung längst gerne gezogen sähen, entstandenen Zwiespalt in der Pfalz noch größer zu machen; den gegenseitigen Haß zu erhalten und noch giftiger aufzustacheln; den Zwischeninnestehenden, Ruhigen, Vermittelnden moralischen Zwang anzuthun und sie in ihrer Beklommenheit oder zufällig abhängigen Stellung kopfüber in den conservativen Pferch einzutreiben; die Behaglichkeit des geselligen Lebens noch tiefer zu zerstören und jede Annäherung für die Zukunft unmöglich zu machen, haben den Protectoren und Obern des besagten Blattes [illegible] erfreulichen Früchte getragen. Conservative, Liberale, Democraten sitzen in Zukunft in jedem Rathe und wir versehen uns, wenn sie auch keine Männer der Wahl des Hrn. Dr. Jäger sind, von dieser in voller Unabhängigkeit **gehaltenen Wahl der Pfalz***) des Richtigen und Wahren nicht im Interesse dieser oder jener Partei, sondern im Interesse des ganzen Landes.

Wir sind während den verflossenen Jahren den Kämpfen und Reibungen in ruhiger Beobachtung gefolgt und haben uns oft die Frage aufgeworfen, wohin die andauernden Störungen des öffentlichen Friedens führen werden. Die ununterbrochene Heftigkeit ließ vorerst wenig von der heilenden Kraft der Zeit erwarten. Es blieb nur noch das Einzige übrig, daß eine oder die andere Partei bei irgend einer eclatanten Gelegenheit dadurch unterliege, indem der gesunde Sinn der Bevölkerung sich aufraffe und der aufgedrungenen Bevormundung und angemaßten, ekeligen Schulmeisterei einer besoldeten Coterie den Rücken zeige. Die Schwenkung en masse nach Links zeigen die Landrathswahlen en haut-relief und alle Maculatur der Pfälzer Ztg. kann sie nicht mehr verdecken.

Verlassen seit der Krise von einer weisen milden Hand, deren Aufgabe es längst gewesen, eine intelligente Bevölkerung der innern Ruhe und ihren wahren Interessen in Einigkeit entgegenzuführen, den Haß zum Schweigen zu bringen, der in seinen begünstigten Auslassen dem In- und Auslande zum Ekel war, hat sich die Pfalz endlich an der innern Wahrheit der Worte erkräftigen müßen: Aide toi et le ciel t'aidera.

*) Der Verfasser verschmäht es, über „Wahlumtriebe" zu reden, wie hintennach Hr. Jäger gethan. Wenn davon geredet werden will, so hatten gerade dessen Gegner mindestens zehnmal mehr Grund zu Klagen, als er. D. Red.

Bemerkung der Redaction. In ihrer neuesten Nummer bringt die „Pfälzer Ztg." eine eigenthümliche Berechnung, um darzuthun, daß die von ihr vorgeschlagenen Candidaten doch der Mehrzahl nach wirklich gewählt worden seien! Thatsächlich wahr ist aber Folgendes: Obwol die Pfälzer Ztg. für verschiedene Bezirke selbst drei und sogar vier Candidaten vorschlug, so sind doch im ganzen Landrathe nicht mehr als fünf Mitglieder, welche die Pfälzer Zeitung, wie sie nun bescheiden, den Ton herabstimmend, sagt, „nicht vorschlug, sondern nur nannte;" *) es sind dies die HH. Friedensrichter Lorch, H. Krämer, Becker von Kirchheim, P. Schäfer von Göllheim und Löw von Landstuhl. Außer diesen 5 ist kein Einziger ihrer „Genannten" Landrath. Unter diesen fünf sind aber überdies notorisch vier, die die Principien der Pfälzer Ztg. nicht zu den ihrigen machen, nemlich alle, mit Ausnahme des Hrn. Lorch. Wir unterlassen es vorerst, die Namen der andern, durchgefallenen Candidaten hier aufzuzählen. Weitere Thatsache ist es, daß verschiedene derselben blos theils eine einzige, theils gar keine Stimme erhielten. — Die Pfälzer Ztg. versuche es, diese unsere Aufstellung mit Namensangaben zu widerlegen!

*** Speyer.** Das Mainzer Journal erwähnt das, allerdings sehr verbreitete, Gerücht, Pfarrer Wagner von Haßloch, der Schwiegersohn des Ministerialraths Rust, werde zum Consistorialrath in Speyer ernannt. — Wir erinnern übrigens bei dieser Gelegenheit an den §. 17 der Vereinigungsurkunde, wonach bei Besetzung von Consistorialrathsstellen es „der Generalsynode unbenommen bleiben soll, auch ihre Wünsche hierüber zu äußern." Ohnehin ist es Zeit, daß die Generalsynode wieder zusammenberufen wird.

1813, 1848, 1852. (Aus der Berl. Nat.-Ztg.) Das deutsche Volk hat in den letzten Tagen ein Schauspiel erlebt, dem wenige in seiner Art gleichkommen.

*) Wenn die Pfälzer Ztg. behauptet, von ihren Candidaten hätten auch „zwei bei der Wahl die Mehrheit erhalten, dann aber abgelehnt," so erwiedern wir einfach: keiner der wirklich Gewählten hat abgelehnt, nirgends mußte man bis jetzt zu einem Ersatzmanne greifen. Wahr ist nur, daß zwei der von ihr Bezeichneten von der Candidatur sich selbst lossagten, nachdem sie bei der Abstimmung einige wenige Stimmen, aber keine absolute Majorität erhalten hatten. Wir nennen diese Männer nicht, da sie selbst ganz unschuldig daran sind, daß sie die Pflzr. Ztg. zu ihren Candidaten machte!

Es sind noch nicht 40 Jahre her, als dies Volk von seinen Fürsten zu den Waffen gerufen und feierlich aufgefordert wurde, alle höchsten Güter des Daseins einzusetzen im Kampfe gegen den Mann, der es geknechtet und entwürdigt durch Schmach aller Art, der es mit seinen Gewalthaufen überzogen und niedergeworfen, der es ausgesogen an Geld und Blut bis zu tödtlicher Erschöpfung, der zuletzt seine eignen Kinder auf die Schlachtbank geführt, Deutsche gegen Deutsche in den Mordstreit getrieben, dieser Mann hieß damals in der Sprache seiner Aufrufe „der Feind des Friedens und des Glückes der europäischen Menschheit;" und als er einmal besiegt, wiederkehrte, da erklärte der Spruch der Gebieter Europas ihn in die Acht als völkerrechtlosen Feind der Völker. Und aufs Neue ward das deutsche Volk wieder in die Waffen gerufen, die Heldengräber von Ligny und Waterloo wissen zu sagen: mit welchem Erfolge.

Schon damals gab es freilich deutsche Männer, welche den Kopf schüttelten zu jener Achterklärung, welche ein gekröntes Haupt, den Erwählten von dreißig Millionen, den Kaiser, „vogelfrei" hieß, und jedem das Recht verlieh, ihn zu tödten wie ein schädliches Raubthier des Waldes. Schon damals gab es Leute, welche es eine Herausforderung der Nemesis nannten, als man den gefangenen Adler nicht nur an den Felsen schmiedete, sondern auch mit Spott und Hohn das größte Schicksal neuerer Weltgeschichte übergoß, indem man den „Kaiser Frankreichs", den von allen Herrschern des europäischen Festlandes anerkannten Kaiser Napoleon zum „General Bonaparte" degradirte.

Die Nemesis ist angekommen und sie hat ihr Werkzeug gefunden.

Am 15. August des Jahres 1852 ward der zum Nationalfeste Frankreichs erhobene Geburtstag desselben Mannes in den Hauptstädten desselben Deutschlands als kirchliches Fest feierlich begangen.

Wir wissen nicht, ob der gegenwärtige Beherrscher Frankreichs dasselbe Verlangen auch an England und Rußland gestellt hat. Aber das Eine wissen wir: die Helden des Befreiungskrieges, wie Stein und Scharnhorst, York und Gneisenau — der Marschall Vorwärts, Blücher, an der Spitze — sie würden in ihren Gräbern sich umwenden, wenn die Todten wüßten und empfänden, was die Lebenden bewegt.

Wir sind keine „Franzosenfresser", keine Prediger des „angestammten Nationalhasses". Wir verdammen auch nicht das Werkzeug der Nemesis, die alle Ueberhebung des Siegers endlich rächt. Louis Napoleon kann — wenn auch sonst nirgends — so doch in diesem Falle von sich sagen, daß er eine „Mission" vollzogen.

Aber was wir fordern ist Gleichberechtigung. Selbst auf der Höhe des Siegesrausches ist es den deutschen Machthabern nicht eingefallen, den 18. Octbr. durch ihre Gesandten und Vertreter in Frankreich kirchlich feiern zu lassen, wie einst dieser Tag als Nationalfest gefeiert wurde in Deutschland. Und jetzt?

Soll dem deutschen Volke wirklich die Lehre gegeben werden, daß dieser Napoleon denn doch am Ende so übel nicht gewesen — auch für Deutschland? Oder der Trost, daß eben alles sich ändert?

„Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung!" so hieß die Schrift, um derentwillen Palm einst von Henkershänden den Tod erlitt. Welchen Titel sollen wir setzen auf die Beschreibung der Feier des 15. Aug. des Jahres 1852?

Es gab eine kurze Zeit, wo das deutsche Volk über solche Dinge mitzusprechen hatte. Wohlan denn, sagt an, ihr Schmäher des „tollen Jahres": welches Parlament und welche Versammlung der Vertreter des deutschen Volkes im Jahre 1848 würde geduldet haben, was am 15. Aug. des Jahres 1852 an vielen Orten Deutschlands geschehen ist?

München, den 25 Aug. Die gesetzgebungsausschüsse beider Kammern dürften bis Mitte October wieder zusammentreten.. — Der Director der Hof- und Staatsbibliothek, Dr. v. Lichtenthaler, ist in den Ruhestand versetzt worden, wogegen an seine Stelle der bisherige Hoftheaterintendant Dr. Dingelstedt rückte. Hoftheaterintendant wurde wieder Frhr. v. Frays, z. Z. Oberst und Vorstand des Armaturdepots. (?) (A. Abd.-Z.)

München, den 26. Aug. Während der gestrigen Firmung in der Auer Pfarrkirche wurden zwei Personen ihre Geldbeutel aus der Tasche herausgestohlen. — Am Dienstag Nachts wurde ein Bursche in der Sendlingergasse auf der Flucht von einem Gendarmen mit dem Bajonett in den Leib gestochen und sofort in's Krankenhaus gebracht. (Volksbötin.)

Nürnberg. Aus Veranlassung der Verurtheilung des Kaiserslauterer Wochenblatts wegen eines zuvor im Fränkischen Kurier erschienenen Artikels, bemerkt das letztgenannte Blatt vorläufig: „daß in Hannover, wo bekanntlich dieselbe Regierungsform, wie in Baiern gilt, und wo die „Hannover'sche Volkszeitg." diesen Artikel ebenfalls gebracht hat, die gewöhnlichen Gerichte den Redakteur dieser Zeitung, Hrn. Dr. A. Mensching freigesprochen haben. Die „Hannover'sche Volkszeitung" hat aber diese Artikel gebracht, wie sie im Original, in Dulons Buch: „Der Tag ist angebrochen" lauten, während wir sie nicht nur dem baier. Preßgesetz, sondern sogar unserer Konfiscationsbehörde, angepaßt haben."

Frankfurt, den 28. Aug. Es wäre nicht unmöglich, daß die Sitzungen des Bundestags, noch ehe die Ferien verflossen sind, wieder eröffnet werden. (F. J.)

Berlin, den 27. Aug. Nachdem gestern Abends der hannover'sche Minister-Präsident v. Schele hier eingetroffen, hatte derselbe heute Vormittags eine Besprechung mit unserem Minister-Präsidenten in den Zollangelegenheiten. Es wird behauptet, daß Hannover zu mehr vermittelnden, als zu energischen Schritten gerathen habe.

Das Ministerium hat der in Braunschweig erscheinenden Zeitschrift „Blätter der Zeit", den Postdebit entzogen.

Auf die Nachricht, daß in der posener Garnison die Zahl der Erkrankungen in der Zunahme begriffen sei, wurde der Befehl des Kriegs-Ministers auf telegraphischem Wege sofort erlassen, daß die Herbst-Uebungen dort in diesem Jahre ausfallen sollen. Zugleich ist nach allen Garnisonen, in welchen Krankheiten in beträchtlicher Zahl vorkommen oder besorgt werden, die Anordnung ergangen, die Lazarethe nicht zu überfüllen, sondern Kranke und Genesende wo möglich einzeln in Burger-Quartieren unterzubringen.

Aachen, den 27. Aug. In dem Dorfe Merken, Kreis Düren, fand allabendlich vor einem Hause ein großer Spectakel statt. Am 25. August wurden von Düren aus die sämmtlichen Gendarmen hingeschickt, um dem Unfuge Einhalt zu thun. Es wurden Verhaftungen vorgenommen. Schon dabei sahen sich die Gendarmen mit Steinwürfen angegriffen. Dieselben vermehrten sich außerordentlich, als sie endlich nach Düren zurückkehren wollten. Auf dem Wege von Merken bis Hoven waren sie zu oft wiederholten Malen gezwungen, Front zu machen und die Masse mit den Waffen zurück zu drängen; dieselben kamen auf diese Weise fortwährend umringt und kämpfend bis Hoven, wo die Verfolger abließen. Sämmtliche Gensd'armen sind mehr oder weniger durch Steinwürfe verletzt, vier auf längere Zeit dienstunfähig. Gestern Abends ist ein Militärkommando von 100 Mann aus Aachen nach Merken per Eisenbahn abgegangen. Die Justizbehörde ist in Thätigkeit, und der Untersuchungsrichter an Ort und Stelle.

Schleswig-Holstein. Die Altonaer Nachrichten bringen sehr interessante Details über das Schicksal der deutschen (schleswig-holsteinischen) Legion in Brasilien. Nach dieser Mittheilung sind die 6 vollzähligen Compagnien, welche die Legion Anfangs zählte, zu 4 in nicht

etatsmäßiger Stärke zusammengeschmolzen. Von den 15 abgegangenen Officieren arbeiten 3 als Ingenieure bei der projectirten brasilianischen Eisenbahn; einer hat noch kein Unterkommen gefunden, einer ertheilt musikalischen Unterricht in Petropolis; 4 sind auf verschiedene Weise in Rio selbst untergekommen; 2 sind am gelben Fieber gestorben; 1 hat sich als practischer Arzt in Montevideo niedergelassen; 4 sind nach Europa zurückgekehrt.

Wien. Die Wiener Ztg. vom 24. ds. enthält 106 einzelne Begnadigungen ungarischer politischer Verbrecher. Bei den meisten ist die Strafe oder der Rest der Strafe ganz nachgelassen.

Wien, den 25. Aug. Das Vermächtniß der Milde Kaiser Joseph's II, sein Strafgesetzbuch, ist dem Untergange nahe, und zwar durch einen Act kaiserlicher Machtvollkommenheit, welcher vom 1. September an für die gesammten Kronländer einen neuen Codex einführt und somit den frühern aufhebt. (K. Z.)

Belgien.

Brüssel, den 26. Aug. Ein Professor am Athenäum zu Gent ist durch ministerielle Verfügung vom Amte suspendirt worden, weil er seinen Schülern Stellen aus Victor Hugo's „Napoleon der Kleine" vorgelesen hatte.

Brüssel, den 26. August. Die „Independance" hat ein Privatschreiben aus Homburg, welches die seltsame Nachricht bringt, daß eine Deputation angesehener Einwohner Kurhessens sich nach Paris begeben, um die Vermittlung des früheren Königs von Westphalen Jerome Bonaparte's in Anspruch zu nehmen, damit Louis Napoleon Kurhessen vor den Bedrückungen in Schutz nehme, unter denen es jetzt zu erliegen droht. Man fügt selbst hinzu, daß der Kurfürst von Hessen, der zu Ostende im Bade gewesen, auf die Kunde von diesen Schritten plötzlich sich nach Paris begeben, um jenen Schritten entgegenzuwirken. (Die Sache verdient nur ihrer Wunderlichkeit wegen Erwähnung, da ihr alle Wahrscheinlichkeit abgeht.)

Frankreich.

† **Paris,** den 27. Aug. Ein Decret im heutigen „Moniteur" ordnet die Erhebung der vom Dr. Veron in der gesetzgebenden Versammlung beantragten Stempeltaxe für alle öffentlichen Anschläge an, und bestimmt die Strafen, denen die Contravenienten unterworfen sind. Alle Anschläge von einem Quadratmetre zahlen 50 Cent. und größere 1 Fr. Stempeltaxe. — Girardin sagt bei Besprechung der gestrigen Entgegnung des Moniteur auf die Angriffe der Times, „daß dadurch die Frage aufgetaucht ist und zur Entscheidung vorliegt: ob die individuelle Freiheit bei beschränktem Wahlmodus und bei freier Presse mehr Garantien geniest, als bei allgemeinem Stimmrecht und beschränkter Presse." (!) — Das „Univers" spricht heute von der Landesvertheidigung, um nachzuweisen, daß Frankreich B e l g i e n i n B e s i t z n e h m e n m ü s s e, wenn es seine Grenzen gegen den Osten zu gehörig decken wolle. — Der ehemalige Deputirte Astouin, dem in Tours ein beständiger Aufenthaltsort angewiesen war, ist in Marseille verhaftet worden. — In Brisac sind 32 Personen, darunter 11 Kinder, von zwei großen Fleischerhunden, die man für wüthend hält, gebissen worden. Die Angst, welche unter den Familien wegen der Folgen der Bisse herrscht, ist fürchterlich. — Die Regierung hat beschlossen, keine politischen Verurtheilten mehr zu amnestiren, die derselben nicht eine Unterwerfungserklärung einsenden. (ah!)

Das „Univers" veröffentlicht einen aus **Rom** vom 14. August datirten Brief des Cardinals Antonelli an den Erzbischof von Chambery, aus welchem hervorgeht, daß der bekannte Protest der savoyischen Bischöfe gegen das Civilehegesetz, weit entfernt davon, das Mißfallen Sr. Heiligkeit erregt zu haben, vielmehr im vollen Einklange mit dem Oberhaupte der kathol. Kirche steht.

† — **28. Aug.** Eine amtliche Mittheilung im Moniteur lautet: „In allen Städten die auf einen kurzen oder längern Aufenthalt des Prinzpräsidenten in ihren Mauern bei seiner Reise nach dem Süden rechnen, haben die Municipalräthe ansehnliche Summen für seinen Empfang votirt. Der Präsident sieht darin schätzenswerthe Zeichen der Sympathie, die ihn lebhaft berühren, und er fühlt sich glücklich jetzt schon seine Erkenntlichkeit dafür ausdrücken zu können. Da aber der Zweck der Reise des Staatschefs darin besteht, mit den Bevölkerungen, die zu besuchen ihm noch nicht vergönnt war, in Berührung zu kommen, über deren Interessen sich an Ort und Stelle zu unterrichten und sich mit ihnen über alle ausführbaren Verbesserungen zu verständigen, so würde er nicht ohne Bedauern zu kostbare Festlichkeiten sehen, und es wird ihm große Genugthuung gewähren, zu erfahren, daß ein Theil der votirten Summen zu Gunsten der bedürftigen Classe und für wohlthätige Werke verwendet werden könne."

Ferner enthält der „Moniteur" das Programm der Reise des Präsidenten nach dem Süden. Dieselbe beginnt am 15. September, und wird erst am 16. October enden. Der Präsident wird folgende Städte besuchen: am 19. Sept. St. Etienne, vom 20. bis 21. Lyon, 22. Grenoble, 23. Valence, 24. Avignon, 25. bis 26. Marseille, 27. bis 28. Toulon, 29. Aix, 1. Oct. Nimes, 2. Montpellier, 3. Narbonne, 4. bis 5. Toulouse, 7. bis 9. Bordeaux, 11. Angoulême, 12. Rochefort, 13. Rochelle, am 16. Rückkehr nach Paris.

Die Debats bringen wieder einen Bericht des Herrn Corinck aus Havre über den muthmaßlichen Ausfall der Ernte. Er behauptet, daß die Regierung nicht genaue Berichte erhalten kann, weil die Bauern selten die Wahrheit sagen, sobald sie wissen, daß man ihre Angaben zu amtlichen Berichten für die Regierung benützt. Haben sie viel geerndtet, so geben sie wenig an, damit die Getreidepreise nicht fallen. Haben sie wenig geerndtet, so geben sie mehr an, damit die Einfuhr des fremden Getreides nicht frei gegeben werde. Der Correspondent bleibt bei seiner früheren Behauptung, daß die Ernte schlecht und weit unter dem gewöhnlichen Durchschnitt ausgefallen sei, daß also die Einfuhr des fremden Getreides frei gegeben werden müße, wenn man dem Getreidewucher und einer bedeutenden Steigerung der Getreidepreise im nächsten Frühjahr steuern wolle.

Vor Ende August werden 400 Schiffe von 500 bis 2000 Tonnen nach verschiedenen Erdtheilen mit Auswanderern absegeln. Wöchentlich schiffen sich in den verschiedenen Häfen Englands 40,000 Personen ein, wovon die Hälfte ungefähr nach Australien geht. In Australien hat man eine Straße von 338 englischen Meilen zwischen Port Adelaide und den Minen angelegt, was deren Werth um ein Bedeutendes erhöht. — Die Wähler sind bei der Wahl der Municipalräthe eben so lau, wie bei der der Generalräthe. In Marseille sind beim ersten Scrutinium nur 13 Räthe und in Aix sogar nur ein Einziger gewählt worden. — Die Presse veröffentlicht nach den Angaben des Stempelamtes die Anzahl Exemplare, welche ein jedes Pariser Journal täglich absetzt. Der Constitutionnel 23,000, der Siecle 19,500, die Presse 19,500, die Patrie 14,000, die Debats 10,500, das Pays 9500, die Estafette 8000, die Assemblee nationale 6500, das Journal des faits 5500, der Univers 5000, die Union 4000 und die Gazette de France 3500. — Die Anwesenheit des Generals Haynau in Paris hat Anfangs Besorgniße bei der Regierung erregt, daß sich nicht etwa die Scenen von Brüssel wiederholen, und man hat deßhalb einige Vorsichtsmaßregeln getroffen, die jedoch, wie es sich gezeigt hat, unnöthig waren. Der General Haynau erscheint an allen öffentlichen Orten ohne Begleitung.

Ein Erdsturz, verursacht durch einen Wolkenbruch, hat eine Stelle der Eisenbahn von Havre überschüttet und die Fahrten 36 Stunden lang unterbrochen. — Die Unterschriften für die Errichtung eines Denkmals des Königs Joachim Murat gehen sehr langsam vor sich; es sind bis jetzt nur 1009 Frcs. gezeichnet. — Die Nachrichten, welche über die letzte Ueberschwemmung der Rhone ein-

gehen, enthalten mitunter sehr betrübende Einzelnheiten. Im Dorfe Dubouchage in dem Departement d'Isère sind über 60 Häuser, also der größte Theil des Dorfes, eingestürzt und alles Vieh, so wie alle Feldfrüchte verloren gegangen.

Paris, den 22. Aug. Die Amnestie vom 15. Aug. erstreckt sich auf 1300 Individuen, und obschon der „Moniteur" von politischen und gemeinen Verurtheilten gesprochen hat, so ist es doch jetzt gewiß, daß von letzteren so gut wie keine unter den Begnadigten sind. Der eingetretenen milden Strömung ist leider ein Stein des Anstoßes in den Weg gerathen, der sie für den Augenblick vielleicht in etwas hemmen wird. Einer von den zur Rückkehr ermächtigten Alt-Volksvertretern, Michel Renaud, der auf dem Berge saß, hat von Pampelona in Spanien aus an L. Napoleon persönlich einen stolzen, trotzigen und heftigen Brief geschrieben, worin er die ihm zugedachte Gnade mit Verachtung zurückweist, und ihm gar nicht das Recht dazu gegen ihn einräumen will. Am Schlusse seines Briefes (den er übrigens erst am 19. hat hier eintreffen lassen, damit er nicht auf die am 15. beabsichtigte Amnestie störend einwirken könne) finden sich Ausdrücke wie die folgenden: „Ich verfluche Sie, ich gelobe Ihnen bis in alle Ewigkeit nur Haß und Verachtung."

— den 26. Aug. Der heutige Artikel des Moniteur über die Times hat große Sensation erregt; er brachte die Börse zum Fallen; sie erholte sich zwar wieder von ihrem Schrecken, die Course konnten sich aber kaum auf ihrer gestrigen Höhe erhalten. Was dem Artikel noch einen besondern Werth gab, war das Gerücht, derselbe habe den Präsidenten der Republik zum Verfasser. Man ist hier sehr begierig auf die Antwort der Times, die gewiß nicht ausbleiben wird. Der Artikel des Moniteur ist übrigens nicht sehr energisch und nicht sehr fein abgefaßt. Man sieht ihm an, daß er sein Entstehen keineswegs einem geübten Journalisten verdankt. — Der Präsident der Republik soll fortwährend leidend sein und sich auf Anrathen des bekannten Dr. Bretonneaux einer Wassercur unterworfen haben.

Schweiz.

Bern. (Eidgenössisches Lager.) Nach dem „Narrateur" ist das saubere Freiburger Bataillon am 22. d. nahe daran gewesen, entwaffnet nach Bern geführt zu werden. Die Soldaten lehnten sich gegen die Officiere auf — weil sie die Messe nicht gehört hatten!

Italien.

Turin, den 22. August. Zufolge der „Sentinella Cattolica" wurden in der Nacht vom 14. auf den 15. die französischen Consularwappen in Nizza, Villafranca und Oneglia mit Koth beworfen und beschimpft.

*** Turin,** den 25. Aug. Außer der Verhaftung von 28 Studenten in Bologna sind in Perusa der Baron Dansetta, v. Borelli und v. Bellini nebst zwei Finanzbeamten verhaftet worden. Die Oesterreicher haben gleichzeitig im Hause des Grafen Montesperelli eine Haussuchung gehalten, deren Resultat jedoch unbekannt ist.

*** Chambery,** den 25. Aug. Eugen Sue hat während seines Aufenthalts am See von Annecy einen historischen Roman geschrieben, der im Journal la Presse unter dem Titel: „Die Marquisin Cornelia d'Alfi" erscheinen wird.

Großbritanien.

London, den 21. Aug. (Die „Times" gegen Frankreich.) „Frankreich hat seine Freiheiten verloren, aber dafür hat es einen St. Bernhard aus Pappendeckel der gaffenden Menge zu zeigen. Das Volk mit Spektakeln zu speisen, wie man sie in Vauxhall jeden Abend für eine halbe Krone sehen kann, darin besteht die Politik und Staatskunst der gegenwärtigen französischen Regierung; und seltsam genug, das Volk findet in solchen Zerstreuungen einen Ersatz für die verlorene Unabhängigkeit. (?) Die Zahl der Fêtes, welche die Regierung zu geben gezwungen ist, bietet einen Maßstab für ihren Mangel an populären Eigenschaften und Sympathien. Thäte sie mehr für das Volk, so brauchte sie weniger zu schauspielern u. s. w." Weiterhin sagt die „Times": „Viele Anzeichen verrathen, daß die jetzige Regierung keine Festigkeit oder Dauer besitzt, und kein Irrthum könnte größer sein, als die Lust am Feiertagmachen oder das kindische Vergnügen an Raketen und Schwärmern mit tiefer Hingebung oder fester Anhänglichkeit an das bestehende Regiment zu verwechseln."

*** London,** den 26. Aug. Heute ist Hr. v. Persigny hier angekommen; es werden die abentheuerlichsten Combinationen über seine angebliche Mission gemacht. Man spricht von Zerwürfnissen, die unter den Ministern ausgebrochen sein sollen.

* — den 27. Aug. Die englischen Blätter sind angefüllt mit Conjecturen über die Anwesenheit des Hrn. v. Persigny in London, worunter sich natürlicher Weise die Idee von der Gründung des Kaiserreiches mischt. In gut unterrichteten Kreisen aber glaubt man nicht, daß seine Anwesenheit eine politische Bedeutung habe.

Rußland.

Warschau, den 19. Aug. Die Choleraberichte vom Ende dieser Woche weisen endlich eine Verminderung der Erkrankungs- und Sterbfälle nach.

Griechenland.

Athen, den 17. Aug. Von allen Seiten laufen die traurigsten Meldungen über die Folgen der Korinthenkrankheit ein. Statt 62 Millionen Pfd., wie gewöhnlich, wird die dießjährige Ernte kaum 13 Millionen Pfund betragen. Auch auf den jonischen Inseln rechnet man ein volles Drittel Verlust.

Türkei.

Konstantinopel, den 14. Aug. Der Spener'schen Zeitung wird Näheres über eine angebliche Verschwörung gegen das Leben des Sultans berichtet. Die Alt-Türken wollten seinen Bruder auf den Thron erheben. Die Reise des Sultans nach dem Examen auf der Insel Chalky im Marmorameere, wo die neue Marineschule ist, sollte zur Ausführung ihres Vorhabens benützt werden, als die Sultanin Valide, welcher die Verschwörung verrathen wurde, rasch ein Dampfschiff dem Sultan nachsandte, damit er seine Vorsichtsmaßregeln ergreife. Es sind seitdem viele Arretirungen vorgenommen worden, auch sogar mehrere Pascha's spurlos verschwunden.

Persien.

Laut Berichten aus **Trapezunt** vom 3. Aug. ist in der persischen Provinz Aserbeidschan die Cholera furchtbar aufgetreten.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1195] **Beigebung eines gerichtlichen Beistandes.**

Durch Urtheil des kgl. Bezirksgerichts in Frankenthal vom 26. August 1852, wurde auf Ansteben von Anna Elisabetha Muth, Ehefrau von Heinrich Herkelrath, Gutsbesitzer, in Heuchelheim wohnhaft, und Letzterem der ehelichen Ermächtigung und Gütergemeinschaft wegen, Johann Adam Muth der zweite, Ackersmann, in Obrigheim wohnhaft, für einen Verschwender erklärt, und ihm verboten, ohne Mitwirkung des ihm in der Person von Carl Friedrich August Huber, Bäckermeister, in Obrigheim wohnhaft, ernannten gerichtlichen Beistandes als Kläger oder Beklagter vor Gericht aufzutreten, Vergleiche abzuschließen, Anleben zu machen, Mobiliarausstände zu erheben und zu quittiren; endlich Liegenschaften zu veräußern oder mit Hypotheken zu beschweren.

Für richtigen Urtheilsauszug:

Der Anwalt der Klägerin,

C. Spatz, Advocat.

Neue
Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 210 | den 1. September 1852.

Deutschland.

*** Zur Zollfrage.** Unbegreiflich, wie überhaupt so Vieles in der Zollfrage, ist uns namentlich das, worauf man heute von der einen Seite alle Hoffnung zu stützen scheint. Man glaubt: wenn die coalirten Staaten sich von Preußen lossagen, so wird auch Hannover und überhaupt der Norden nicht mit Preußen verbunden bleiben; dann muß das Letzte alsbald nachgeben. Welche fürchterliche Unkenntniß aller Interessen gerade Süddeutschlands liegt in diesem Satze ausgedrückt! Der Septembervertrag sieht eigentlich den hier angedrohten Fall bereits vor. Hannover ist durch diesen Vertrag verpflichtet, bei Preußen zu verharren, auch wenn ganz Süddeutschland sich vom Zollverein lossagte. Allein wir geben unbedingt zu, daß jener Tractat kein vollkommen ausreichendes Band ist, nachdem das Hannöver'sche Cabinet seit der Regierungsveränderung andere Strebungen als früher verfolgt. Was wird aber das Ergebniß sein? Nichts Anderes, als daß Preußen weitergehende Concessionen an Hannover machen muß. Und in welcher Richtung allein können diese stattfinden, um Hannover zu befriedigen? In der des Aufgebens des Schutzzollsystems! Nun ist es bekannt, daß Süddeutschland ohnehin schon fort und fort mit Preußen in Zerwürfnißen war, weil dieses das vom Süden verlangte Schutzzollsystem stets abzuschwächen suchte. Die ganze gegenwärtig befolgte Politik kann sonach im betreffenden Puncte nur dahin führen, daß Preußen, sobald eine förmliche Sprengung des Zollvereins erfolgt, den Principien des Freihandelssystems sich in die Arme werfen muß. Gerade die halbe Unzufriedenheit Hannovers mit dem jetzigen Zollsysteme, und gerade die für Preußen bestehende Nothwendigkeit, Hannover mit sich verbunden zu erhalten, müßte sonach die letzte Hoffnung Süddeutschlands, seine handelspolitischen Principien zur Geltung zu bringen, vernichten! Und jener Umstand, wähnt man, werde uns helfen! Wahrlich, wenn irgend Etwas die Nothwendigkeit eindringlich lehrt: daß die Leitung der Volkeintereſſen aus den Händen der Bureaucratie in jene der Männer vom Fach und aus dem Volke übergehen muß, wenn das Volkswohl wahrhaft gedeihen soll, so ist es die jetzige Zollcalamität in ihrer ganzen Entwicklung, von Anfang bis zu Ende!

*** Speyer.** Nachdem die Pfälzr. Ztg. auf alle Weise die „Democraten" geschmäht, gießt sie nun ihre Erbitterung über die Liberalen aus, und zwar aus Veranlassung der Landrathswahlen, von denen sie eben erst behauptete, dieselben seien so ganz und gar, bis auf einen winzigen Bruchtheil, in ihrem Sinne ausgefallen. Die „Liberalen" sollen nun auf einmal einer neuen Revolution — viel furchtbarer als die von 1848! — in die Hände arbeiten, weil sie — eben doch nicht so gewählt haben, wie der Pfälzr. Ztg. vorzuschreiben beliebte!

„Ihr bereitet die Revolution vor!" In diesem Vorwurfe steckt das große Gespenst zur Einschüchterung der Liberalen selbst und zur Einschüchterung aller Aengstlichen überhaupt. Jämmerliche Sophistik! Also die Liberalen sollen die Revolution von 1848 „gemacht" haben; denn dies ist der Kern solcher Schlagworte. Im Jahre 1848 selbst, und ebenso nach dem Ausbruche jeder irgend gelungenen Bewegung, konnte man es anders hören, — anders aus Aller Munde, und gerade auch aus dem Munde der s. g. „Conservativen," die freilich damals absolut für „Liberale" gelten wollten, wie es von Hrn. Jäger speciell bekannt ist. Die Verweigerung der gerechten Forderungen des Volkes, der Druck desselben, die Verfolgung der Freisinnigen, das sind die wahren Ursachen der Aufstände. Wer die Ruhe wahrhaft will, muß vor Allem ernstlich Versöhnung wollen und muß auf Abstellung der Beschwerden hinwirken, über welche mit Recht geklagt wird; er muß zurückweisen, was Ausfluß des Absolutismus und eines Verdummungssystems ist, muß den gedrückten Volkswohlstand zu heben suchen und das Verlangen des Geistes der Zeit anerkennen, und nicht wähnen, daß sich eine Nation aus der Mitte des 19. Jahrhunderts in die Nacht des Mittelalters zurückwerfen lasse; denn gerade dies ist es, was Revolutionen vorbereitet und sie endlich unabwendbar macht.

Als im Jahre 1848 eine Erschütterung in einem andern, blos benachbarten Lande stattfand, was war der Grund, daß dieselbe (wir möchten sagen: weit intensiver als dort selbst,) ganz Deutschland aufruttelte? Die Liberalen haben es verschuldet! so ungefähr lautet die weise Entdeckung des Hrn. Jäger. Hatte man denn nicht vor dem Jahre 1848 die freie Richtung genug niedergedrückt? hatte man nicht genug gemaßregelt, nicht genug die Freisinnigen verfolgt und in Kerker geworfen? Als das Gewitter über die Häupter hinzog, als man lebendig die gewaltige Erscheinung vor Augen hatte, — da leuchtete die Sache freilich einem Jeden ganz anders ein, da lautete auch das allgemeine Urtheil ganz anders, als heute die nachträgliche Entdeckung eines eingebildeten vermeintlichen Staatsmannes. In jener Zeit setzte sogar Herr v. Blittersdorf, der als freiheitfeindlich verhaßte badische Minister, der Bundestagsgesandte, der Hort der „Conservativen," mit den schärfsten Worten auseinander, daß die Revolution verschuldet, daß sie nothwendig und unabwendbar geworden sei — durch die Verkümmerung und Verletzung der Volksrechte, mit wenigen Worten: durch das fort und fort gehegte und gepflegte Reactionswesen. Und das Arkanum, welches schon 1830 zu so übeln Dingen geführt, und dessen Darreicher 1848 so schmählig bankbrüchig geworden, — man will aufs Neue Experimente damit machen, Experimente auf Kosten des Volkes. Die Liberalen sehen ein, daß dies mit Nothwendigkeit zu neuen Stürmen führt; aber weil sie dies einsehen und weil sie durch Beseitigung wenigstens der nächstliegenden Mißstände diese Stürme abzuwenden suchen, statt das Unwesen zu fördern, wie Hr. Jäger zu dictiren beliebt, — darum müßen sie sich Beförderer des Umsturzes schimpfen lassen, und zwar von solchen, die um des Lohnes willen heute schreiben und schreien, während sie in der Zeit der Bewegung mäuschenstille schwiegen und feig sich verkrochen. —

In den Vereinigten Staaten fürchtet man keine Revolutionen, trotzdem daß man nicht einmal Hochverrathsgesetze nach unserm Muster und eben so wenig die beliebten „Maßregelungen" kennt, und obendrein volle Preßfreiheit und unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht besitzt, während wir auf dem entgegengesetzten Wege gerade zu den Bewegungen von 1830 und 48 getrieben wurden. —

Nicht wer Mißstände beseitigen, sondern wer sie erhalten oder gar neue herstellen will, fördert die Revolution!

*** Neustadt,** den 30. Aug. Die pfälzische Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft hielt heute in Winzingen eine außerordentliche Generalversammlung, die von etwa 20

Actionären mit 158 Stimmen besucht war. — Sie hatte hauptsächlich zum Zwecke die Anschaffung eines neuen dritten Remorquers zu berathen und nach Antrag des Verwaltungsrathes zu beschließen. — Nach längerer Debatte wurde auf den Antrag mit 115 Stimmen gegen 43 eingegangen. Es steht zu erwarten, daß bei der Auswahl des Schiffes alle Interessen der Gesellschaft ins Auge gefaßt werden. — Aus dem erstatteten Berichte geht hervor, daß die Erträgniße pro 1852 als sehr bedeutend bezeichnet werden können, und aus Gesellschaftsmitteln die Anschaffung bestritten werden kann.

*** Stuttgart,** den 30. Aug. Die Kammer der Standesherren hat in Beziehung auf den *) Gesetzesentwurf, die Ablösung der auf Gutscomplexen ruhenden Lasten für öffentliche Zwecke betreffend, den Beschluß gefaßt, daß der Ablösungsmaßstab auf den 16fachen Betrag der Leistung festgestellt werde, einen Ablösungsmaßstab, der nach den Berechnungen ihrer Commission selbst das Ablösungscapital noch unter der Hälfte des Werthes der betreffenden Last läßt! Dieser Beschluß ist noch von einer andern weitgreifenden Kundgebung begleitet. Aus den Mittheilungen des standesherrlichen Commissionsberichtes und der hierüber geführten Verhandlung erhellt, daß die erste Kammer das Zehntablösungsgesetz sowie das zur Beseitigung der Ueberreste älterer Abgaben, als verfassungsmäßig nicht anerkennt, daß sie deren Revision verlangt, daß die Standesherren bereits gegen die genannten Gesetze den Recurs beim Bundestage angemeldet haben, und daß die Regierung sich zu Unterhandlungen mit denselben über die Sache herbeigelassen hat. Gleichwol verlangt diese erste Kammer in demselben Augenblick, in welchem sie die Abänderung jener Gesetze herbeizuführen sich bestrebt, für sich die Festsetzung des nemlichen Ablösungsmaßstabes! Noch weit bedenklicher erscheinen aber diese Beschlüsse der ersten Kammer, wenn man sieht, daß dieselbe als Aequivalent für eine Abänderung der Ablösungsgesetze eine Entschädigung der Gefällberechtigten durch Aushändigung von Staatsobligationen oder Gewährung von Staatsrenten auf Rechnung der Staatskasse anstrebt. . . . Während die Gefällpflichtigen ihre Ablösungsschuld in klingender Münze zu entrichten haben, soll den Lastenpflichtigen gestattet sein, ihre Zahlungen entweder in 4procentigen württembergischen Staatsobligationen nach dem Kurswerth, oder in württ. Ablösungsschuldbriefen nach dem Nennwerthe zu machen! — Der Antrag der Commission der zweiten Kammer geht dahin, die Wiederberathung auszusetzen, bis die dermaligen Anfechtungen der Gefällablösungsgesetze beseitigt seien. An der Annahme dieses Antrags in der zweiten Kammer ist nicht zu zweifeln.

Die materiellen Interessen. (Aus der Nat.-Ztg.) An die Schilderung des Garua — des dicken, undurchsichtigen Nebels, der wochenlang das regenlose Ufer von Peru bedeckt — knüpft Alexander v. Humboldt folgende Betrachtung:

„Nach dem, was uns die neuere Geologie über die alte Geschichte unseres Luftkreises vermuthen läßt, muß sein primitiver Zustand in Mischung und Dichte dem Durchgange des Lichtes nicht günstig gewesen sein. Wenn man nun der vielfachen Prozesse gedenkt, welche in der Urwelt die Scheidung des Festen, des Flüssigen und des Gasförmigen um die Erdrinde mögen bewirkt haben: so kann man sich nicht des Gedankens erwehren, wie nahe die Menschheit der Gefahr gewesen ist, von einer undurchsichtigen, manchen Gruppen der Vegetation wenig hinderlichen, aber die ganze Sterndecke verhüllenden Atmospäre umgeben zu sein. Alle Kenntniß des Weltbaues wäre dann dem Forschungsgeiste entzogen geblieben. Außer uns schiene nichts Geschaffenes vorhanden zu sein, als vielleicht Mond und Sonne. Wie ein isolirtes Dreigestirn, wurde scheinbar Sonne, Mond und Erde allein den Weltbau füllen. Eines großartigen, ja des erhabensten Theiles seiner Ideen über den Kosmos beraubt, würde der Mensch aller der Anregungen entbehren, die ihn zur Lösung wichtiger Probleme seit Jahrtausenden unabläßig geleitet und einen so wohlthätigen Einfluß auf die glänzendsten Fortschritte in den höhern Kreisen mathematischer Gedankenentwicklung ausgeübt haben.“

Hänge man dem Gedankengange nach, den Humboldt anregt, male man sich das Bild aus, dessen Umrisse er gibt, und man hat den zutreffendsten Vergleich für das Regierungssystem, dessen großer Meister der Fürst Metternich war. Was soll die Pflege und der Kultus der materiellen Interessen anderes sein, als eine dicke, dem Lichte feindliche Nebelschicht, in der es sich erträglich leben läßt, die gewissen Gruppen der Vegetation, Coupons z. B. und Backhähndeln, nicht hinderlich ist, aber jeden Blick in die Ferne abschneidet, und außerdem, was mit Händen zu greifen, nur ein oder zwei Gestirne sehen läßt, die kein scharfes Licht und keinen kräftigen Schatten werfen, sondern Höhen und Tiefen in eine gleiche, trübe Dämmerung hüllen!

Aber wie unsere Erde die gefährliche Krisis überwunden, wie Festes und Flüssiges sich glücklich geschieden und gemischt, wie der Dunstkreis dem Pflanzenblatt die derbe Nahrung und doch der Menschenbrust das flüchtige Feuer zuträgt, wie sich wohl vor die irdische Ferne, zu der unsere Füße uns tragen, ein duftiger Schleier hängt, aber kein Vorhang vor den Weltenraum, an dem wir messen und lernen, wie klein das alles ist, was dem gedankenlosen Auge das Größeste dünkt, und wie doch das Kleinste denselben ewigen Gesetzen folgt, die das Ungemessene und Unerreichbare beherrschen: so haben auch in der Entwicklung des Menschengeschlechtes Stoff und Licht sich so geschieden und gemischt, sich so mischen und scheiden müssen, daß kein Staatskünstler, auch nur für einen Winkel der Erde, den Luftkreis dauernd nach seinem Belieben zurichten kann. Das Frühjahr bringt Stürme, so that es vor 4 Jahren; und der Sturm hat den Garua so gründlich zerrissen, der hier dünner, da dicker über Europa zusammengezogen war, daß man ihn nicht wieder flicken wird, so eifrig die Jesuiten, die Brüder und Schwestern zum geheiligten Herzen Jesu, die Väter und Mütter des Glaubens, die Jünger des Schneidergesellen Paccanari, die Redemptoristen und Ligorianer — alles verschiedene Bezeichnungen für dieselbe Sache, sich auch daran gemacht haben. Die Thatsache, daß der Nebel einmal zerrissen war, die Augenzeugen, die ins Freie gesehen haben, sind nicht wieder aus der Welt zu schaffen.

Wir sehen denn auch, daß die Lehre nicht überall fruchtlos gewesen ist.

Louis Philippe hatte, mutatis mutandis, das Metternich'sche System befolgt. Auf einem vulkanschweren Boden und unter einem gewitterschweren Himmel wollte zwar der Nebel nicht recht gedeihen; aber der Bürgerkönig hatte ja sein Reich auch nur auf eine auserwählte Schaar gegründet, auf einige hunderttausend respectable, verständige Leute, und die ließen sich schon gewöhnen, wie die Made im Käse zu leben, ohne sich über den letzten Grund der Dinge schlaflose Nächte zu machen. Louis Napoleon folgt dem Beispiel, wieder mutatis mutandis. Von den Massen emporgehoben und getragen, lehrt er die Massen den Cultus der materiellen Interessen, verfolgt und ächtet Kunst, Wissenschaft, Character, Vaterlandsliebe, alles, was keinen Marktpreis hat. Er strebt darnach, la belle France in gutem Futterzustande zu erhalten, damit sie eine reiche Schur und fette Sahne gebe. Aber er findet es doch nothwendig, eine Hand voll Salz dem Futter beizumischen, eines Salzes, das sein Vorgänger unter Schloß und Riegel hielt.

Eine Beobachtung anderer Art machen wir in Preußen. Bei einer kleinen aber mächtigen Partei sind die materiellen Interessen ganz in Ungnade gefallen, für den eigenen Gebrauch scheinen die eifrigen Propheten keinen so unüberwindlichen Widerwillen zu haben, und ihre Ka-

*) Besonders auf Erleichterung der adeligen Gutsbesitzer berechneten. D. Red.

puzinaden würden ungleich unwirksamer sein, wenn sie selbst anstatt an Gehältern, Diäten, Wohnungsentschädigungen, Repräsentationsgeldern, Freistellen und Steuerexemptionen sich an dem härnen Gewande, der Kürbisflasche und den höheren Interessen genügen ließen.

Es ist allerdings eine böse Sache. Ein leerer Magen ist der gefährlichste Revolutionär, wie Pitt meinte; und satte Pferde sticht der Hafer, sagt das Sprüchwort. Wohlstand ist Macht; Wohlstand führt zur Erkenntniß, und Kenntniß ist noch einmal Macht. Für eine Regierung, welche das Regieren wie eine Art Kunstreiterei auf einem störrigen, bösartigen Thiere betrachtet, gibt es nur Eine Regel, den unsterblichen Ausspruch eines deutschen Staatsmannes: „Ein mäßig hungerndes Volk regiert sich am besten."

Der Mensch besteht einmal aus Körper und Geist; er braucht materielle Güter nicht nur für seine materielle Hälfte, sondern auch um von Andern geistige Güter für seine geistige Hälfte einzutauschen. Nur wer über den aufgesammelten Erwerb früherer Arbeit, seiner eigenen oder Anderer, zu verfügen hat, kann seine Zeit und Kraft höheren Interessen widmen, nur wer ein paar Thaler übrig hat, kann zum gemeinen Besten ein paar Thaler zeichnen.

Aber auch umgekehrt haben die materiellen Interessen kein dauerndes Gedeihen, keinen sichern Besitzstand, wo die geistigen verachtet sind. Es gibt eine andere krämerhafte Auffassung und für sie finden wir kein bitteres Wort zu bitter. Es gibt eine Partei, die da sagt: bürgerliche und religiöse Freiheit, Freiheit des Gedankens, Würde des Vaterlandes — was thu' ich damit? eine Partei, die um geistiger Güter willen nicht ein Viergroschenstück zum Opfer bringen will. Die Auffassung ist kurzsichtig, blind, verkennt die Natur der Dinge und rächt sich unausbleiblich gerade an den materiellen Gütern. Auch Freiheit oder Unfreiheit, Beamtenregiment oder Selbstregierung lassen sich sehr wol zu Buche bringen und wenn nicht am Schluße der Woche, doch nach dem Ablauf von Jahren balanciren. In der Schweiz betragen die Bundes- und Kantonalsteuern etwa 10 Frcs., in Preußen die Staatsabgaben 6 Thlr. auf den Kopf. In der Schweiz kommt auf je 20 Köpfe Einer, der Geld in der Sparkasse hat und zwar im Durchschnitte 250—300 Frcs. In Preußen kommen auf je 100 Köpfe nur 170 Frcs. Einlage. Für manche Regierungen ist freilich das am unangenehmsten, daß die materiellen Interessen zu gute Rechner machen.

Was für den Einzelnen gilt, gilt auch für das Volk, ja in höherem Grade. Der Einzelne mag sich 10 Jahre lang auf eine Säule stellen oder ins Kloster oder, wie jene asiatischen Gottesgelehrten, sein Lebenlang „Mu" sagen und über die Bedeutung nachdenken. Wo soll aber Essen und Trinken herkommen, wenn ein ganzes Volk das Experiment macht? Wir werden uns nicht einreden lassen, daß das Geld ein garstiges Ding sei und wir etwa denen zu danken haben, die uns davon befreien wollen. Wir wollen weder ewig im Nebel hausen, noch ewig über die Sternbilder grübeln.

München. Der Ausschuß des oberbaierischen Flottenvereins zeigt an, daß die Reclamation wegen der Ansprüche des Vereins an das Kanonenboot „Wendelstein" bereits an die Bundesversammlung abgegangen sei.

Kassel, den 27. Aug. Unsere Kammern schreiten in der That immer mehr mit sonderbaren Anträgen vor. So ist eine Eingabe über die Beschränkung der bürgerlichen Freiheit der Juden bei der zweiten Kammer gemacht und heute vom Abgeordneten Baumann Bericht darüber erstattet worden. „Nichts," heißt es (nach der „Kasseler Ztg.") in dieser Eingabe, „sei verderblicher gewesen, als die bürgerliche Gleichstellung der Juden; ihre Schlauheit und der Scharfsinn, der nur ihnen eigen sei, habe nicht allein materiell, sondern auch moralisch nachtheilig eingewirkt, namentlich auf die Landbewohner; denn der List derselben werde wieder List und ihrem Trug wieder Trug entgegengesetzt."

Bacharach, den 29. Aug. Gestern Mittag ist im Rheine, oberhalb Bacharachs, durch das Anfahren eines Kahnes gegen ein Dampfschiff wieder das Leben eines Menschen verloren gegangen. Der Kahn fuhr so heftig gegen das Boot an, daß durch den starken Stoß drei der Ueberfahrenden ins Wasser geschleudert wurden und einer derselben, ein 11jähriger Knabe, im Rheine seinen Tod fand, während die beiden Anderen von der Mannschaft des Dampfschiffes gerettet wurden.

Köln, den 24. Aug. Alle katholischen Bischöfe des preußischen Staats werden zu einer Conferenz hier erwartet. Die Zusammenkunft gilt einer Berathung über die Maßregeln, welche die Katholiken den neuesten, die katholische Kirche treffenden Anordnungen des Cultusministeriums gegenüber zu ergreifen haben. (A. Z.)

Vom Saalgrunde, den 26. August. Die Jesuitenprediger, welche gestern ihre Wirksamkeit in Hammelburg beginnen sollten, sind ausgeblieben, wie man behauptet, weil ihre Mission in Miltenberg sehr wenig Anklang fand, und sie daher mit Grund befürchteten, daß Hammelburg mit seiner fast durchgängig freisinnigen Bevölkerung und Stadtbehörde, welche nahe daran war, eine deutschkatholische Gemeinde zu gründen, sie noch ungünstiger aufnehmen würde. (Fr. J.)

Sondershausen, den 27. Aug. Ich berichte heute über ein neues Gesetz, welches dieser Tage publicirt worden, nämlich über das die Revision der Verfassung vom 12. Decbr. 1849 betreffende. Hiernach sind auch bei uns alle die Volksrechte wieder beseitigt, welche auch nur im Entferntesten mit den bundesrechtlichen Forderungen im Widerspruch sind.

Aus Mecklenburg, den 28. Aug. Die geheimnißvolle Reise des Großherzogs beschäftigt noch immer die allgemeine Neugierde und um so mehr, als auffallender Weise keine der inländischen Zeitungen über dieselbe berichtet. Man weiß nur, daß der Großherzog am 2. d. aus Doberan abgereist, am 4. Abends in Wien angelangt ist, und am 5. d. seine Reise nach Ungarn angetreten, auch dem Einzuge des Kaisers in Wien beigewohnt hat. Morgen wird er in Schwerin zurückerwartet.

Magdeburg, den 27. August. In dem 2 Meilen von hier entfernten Städtchen Groß-Salze brach gestern Nachmittags eine bedeutende Feuerobrunst aus, die gegen 20, zum Theil große Gehöfte in Asche legte.

Wien, den 26. Aug. Bei Gelegenheit des Erinnerungsfestes an den spanischen Heiligen, Ignatius von Lojola, wurde in Lemberg verkündet, daß die Jesuiten auch in Galizien in ihre früheren Rechte restituirt wurden. Vorläufig werden die Jesuiten in Lemberg, Tarnopol und in Starawies eingeführt werden. In dem letzten Orte befand sich deren Noviziat.

Es herrscht gegenwärtig eine Geldklemme, wie sie kaum schlimmer sein kann. Besonders sieht sich die Industrie wieder in den furchtbarsten Verlegenheiten.

Niederlande.

Von der holländischen Gränze. Das niederländische Ministerium hat den Beschluß gefaßt, auch den bisher noch bestehenden Scheinrest des Abiturienten-Examens aufzuheben und die Universität Allen ohne irgend ein Examenhinderniß freizustellen. Dagegen wird der Minister den Kammern den Entwurf eines Staats-Examens vorlegen, durch welches er die Bürgschaft zu haben glaubt, vor unfähigen Studirten geschützt zu sein. Die Gymnasien, meint er, würden jetzt ihre wahre Bestimmung besser erfüllen, nämlich zu bilden und zu entwickeln, statt nach ihrem Zuschnitte Wissenschaften zu lehren; jedes Abiturienten-Examen führe dieselben von dem rechten Wege, Vorbereitungs- und Allgemeinbildungs-Anstalten zu sein, auf den Irrweg, ein bestimmtes Maß von Kenntnissen als eine Garantie einer entsprechenden Entwicklung anzusehen.

Frankreich.

† **Paris,** den 29. Aug. Der halbamtliche Theil

des Moniteurs veröffentlicht einen Theil der vom französischen Gesandten in Konstantinopel eingesandten Depeschen, denen zufolge die hohe Pforte allen seinen Reclamationen eine vollständige Genugthuung gewährt hat. Der Pascha und der Militärcommandant von Tripolis sind abgesetzt ꝛc. ꝛc. — Der heute hier angekommene Artikel der Times, worin sie auf die Note des sie kritisirenden Moniteurs antwortet, erregt hier großes Aufsehen. Aber man (wer?) ist über die blind leidenschaftliche, ja cynische Sprache des Toryblattes, die an die Periode der Nationalkriege erinnert, in allen Kreisen aufs Höchste indignirt. Der Präsident, die Regierung, die Staatskörper, die Armee, die Richter, ja die ganze französische Nation werden darin nicht angegriffen, sondern beschimpft. (!!) Louis Napoleon ist ein blutdürstiger Tyrann, der nur mit dem römischen Kaiser Commodus verglichen werden kann. Der Senat ist eine Bande pensionirter Söldlinge. Die Generale sind bezahlte Wütheriche, die Armee eine Heerde wilder Thiere, die Richter bestochene Meineidige und das französische Volk eine versunkene Nation, die sich für den Verlust aller politischen Rechte mit Bällen und Feuerwerken entschädigt. — Der Morning Advertiser enthält in einer aus Paris datirten Correspondenz, wenn auch nicht so heftige doch sehr empfindliche Angriffe auf den Präsidenten wegen der im Moniteur eingerückten Note. Der Correspondent dieses Blattes, Hr. Boneer wurde vom Director der Abtheilung für Presse und Buchhandel im Polizeiministerium in sehr höflichen Ausdrücken, aber sehr ernstlich verwarnt, derartige Angriffe auf die französische Regierung nicht zu wiederholen, widrigenfalls man sich mit Bedauern gezwungen sehen würde, ihn auszuweisen.

Paris, den 27. Aug. Das Gerücht von der Ersetzung des Generals Gemeau durch den General Castellane in dem Oberbefehle über das Occupationsheer in Rom erhält sich. Im Elysee soll man der Meinung sein, daß General Gemeau sich allzu nachgiebig dem päpstlichen Hofe gegenüber zeige.

In neuerer Zeit hat man abermals Schritte bei Jenny Lind gethan, um sie zu bewegen, einige Vorstellungen in Paris in der Opera-National zu geben. Jenny Lind weigert sich beharrlich, eine Einladung nach Paris, wenn die Bedingungen auch noch so glänzend sind, anzunehmen. (!)

Italien.

Genua, den 23. Aug. Der Redacteur des Cattolico ist wegen Majestätsbeleidigung und Gesetzbeschimpfung zu 3 Monaten Haft und 800 Lire Geldbuße verurtheilt worden.

Großbritanien.

London, den 27. Aug. Am vorigen Sonntag und Montag ist eine gewaltige Flotte von Handelsschiffen in den Londoner Hafen eingelaufen, nicht weniger als 346. — Aus Irland wird berichtet, daß daselbst allenthalben die Ernte im Gange ist und dabei ein solcher Mangel an Arbeitern besteht, daß die Taglöhne bedeutend gestiegen sind. Die Getreideernte fällt sehr befriedigend aus und man glaubt, daß sie einen weit über den Bedarf hinaus reichenden Betrag liefern werde. Auch in Betreff der Kartoffeln lauten die Berichte mit jedem Tage günstiger, so daß kein Mangel an dieser Frucht zu besorgen sein wird.

— den 28. Aug. Die Times läßt sich heute über den gegen sie gerichteten Moniteur-Artikel vernehmen. Die französische Regierung, sagt sie, hat uns die einzige Ehre erwiesen, welche eine so geartete Regierung zu erweisen im Stande ist — die Ehre, uns zu fürchten und zu hassen. Im Moniteur, seinem officiellen Organ, bemüht sich der Präsident, unsere vorwöchentlichen Bemerkungen über die traurige Lage der französischen Nation zu bekämpfen.... Es scheint demnach, unsere Worte sind bis in jene kaiserliche Zurückgezogenheit gedrungen, wo Monsieur Louis Bonaparte jene glückliche und würdevolle Muse verbringt, welche die Zerstörungs- und Confiscationsarbeit ihm übrig läßt. Ein paar Zeilen, von unbekannter Hand, in einer fremden Sprache geschrieben, haben den kalten Schicksalsmann inmitten seines ungeheuren Kriegsheeres erschüttert, und haben die Tiefen eines Gewissens sondirt, welches sonst der Stimme der Wahrheit nicht leicht zugänglich ist. Der Mann hat ein Recht, gehört zu werden, sowol um seiner selbst, als um der 7'500,000 Stimmen vom 10. Decbr. willen. Nur wünschen wir, er möchte unserer Arbeit dieselbe ausgedehnte Oeffentlichkeit in Frankreich gönnen, welche wir seiner Rechtfertigung in England geben. Die Times will sich „durch die Sarkasmen Monsieur Bonaparte's gegen die englische Verfassung von der Hauptfrage nicht abziehen lassen," und wiederholt nochmals die gegen den Präsidenten erhobenen Anklagen. Auch Daily News antworten dem Moniteur. Am englischen Wahlsystem, bemerken sie, lasse sich Vieles aussetzen; man möge es krank nennen, das französische aber sei todt. Kein Denkender könne sich enthalten, über ein Gemälde, ein Dampfboot, eine Regierungs-Maschine u. s. w. sich ein Urtheil zu bilden und es auszusprechen. Er fordere ja damit nicht die Ummodelung des kritisirten Gegenstandes. Traurig genug, daß man die französische Regierung wieder im ABC der Gedanken-Freiheit unterrichten müsse.

Man ist in diesem Augenblick in England mit der Anfertigung von Drahtseilen zu elektrischen unterseeischen Telegraphen beschäftigt, und zwar zur Verbindung zwischen Harwich und dem Haag, zwischen Dover und Ostende, Kopenhagen und dem Festlande Dänemarks, Port Patrik und Donagbadee, Toulouse und Algier. Diese unterseeischen Telegraphen sollen noch alle in diesem Jahre gelegt werden.

Jonische Inseln.

Ein Brief aus **Syra** vom 4. Aug. meldet, die jonische Regierung habe auf die dem römischen Hofe gemachten Vorstellungen wegen der Hindernisse, welche den in Rom anwesenden Joniern bei der Ausübung ihres Cultus in den Weg gelegt werden, keine befriedigende Antwort erhalten, weßhalb auf den jonischen Inseln sofort alle katholischen Kirchen geschlossen und den kathol. Priestern die Ausübung ihrer Amtspflichten untersagt worden wären.

Dänemark.

Reisende, welche von **Kopenhagen** kommen, bringen Nachrichten über die trübe und aufgeregte Stimmung mit, welche dort herrscht. Die Volkspartei wittert aus der Verlegung der deutschen Regimenter nach Seeland eine Verfassungsverschwörung von oben herunter, die mit einem Thronwechsel verbunden sein werde.

Türkei.

Konstantinopel, den 15. Aug. In Adrianopel ist ein furchtbarer Brand ausgebrochen und hat den Bazar und mehr denn 400 Häuser vernichtet. Das Feuer soll angelegt sein, und wird der Schaden auf etwa 5,000,000 Piaster angeschlagen.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1199²] **Fässerversteigerung.**

Freitag, den 17. September nächsthin, Vormittags 10 Uhr, läßt Hr. Moritz Mayer, Lotto-einnehmer in Frankenthal, verschiedene weingrüne, sämmtlich in Eisen gebundene Fässer, nemlich: 2 Fässer von je 5600 Liter, sodann von 3000 Liter abwärts bis 800 Liter, im Ganzen 24 Stück, zusammen circa 60 Fuder haltend, öffentlich gegen baare Zahlung dahier versteigern.

Die Fässer können drei Tage vor der Versteigerung eingesehen werden und hat man sich deßhalb an den Eigenthümer, Hrn. Moritz Mayer dahier, zu wenden.

Frankenthal, den 1. September 1852.

Aus Auftrag:

Berg, Notär.

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Mittwoch (Zu Nro. 210.) **den 1. September 1852.**

Deutschland.

Göppingen. Es lieferte uns jüngst unser Wochenblatt folgenden Artikel, den wir gleichfalls zur Lehre und Warnung einem weitern Leserkreis übergeben, nur aber in einem andern Sinne und in anderer Absicht, als er uns von dem süßfrömmelnden Verfasser desselben zugedacht wurde. Er lautet von vornen herein also: „Der „liebe Gott hat uns gesegnet auf unsern Feldern und „möchte dies auch in unsern Scheuern thun, aber wir „sollten ihn auch mehr ehren. Darum laßt uns ihm heute „nicht schon wieder drohen auf den Sonntag wie vor 8 „Tagen, da sich's auch aufhellte und die Frevler trotz„ten: „„Heut bind ich nichts, morgen am Sonntag gibts „gute Garben."" Die haben nun wie ihre früheren Brü„der den lieben Gott gezwungen, zum Sonntag noch 4 „Tag Regen zu geben, damit sie aufmerken möchten, „und Feiertag hätten; aber damit fügten sie sich und „Andern Schaden zu, da Gott, wie bei den Kindern „Israel, den Fluch gebot statt Segen. Dieß haben wir „der Sonntagsentheiligung zu danken." — Es scheint, der Verfasser sei in dem Wahn befangen, ein frommer Betrug schade nicht nur nichts, sondern könne sogar Gutes stiften, nach dem bekannten jesuitischen Grundsatz: „der Zweck heiligt die Mittel." Darum entblödet er sich nicht, auf Kosten der gesunden Vernunft, und selbst der Gerechtigkeit und Majestät Gottes, darzuthun, daß die Göppinger darum den lieben Gott gezwungen haben, ihnen weitere 4 Regentage zu diktiren und als Strafzulage zu geben, weil sie sich beifallen ließen, ihre bereits dem Verderben ausgesetzten Früchte an einem durch die Witterung begünstigten Sonntage in die Scheune zu bringen. (Beob.)

Ems. An der Spielbank ist ein reges Treiben; besonders ist es der Fürst Hohenlohe, der Präsident des Vereins zum Schutze der deutschen Arbeit, der diesem fremden Industriezweige seine besondere Aufmerksamkeit schenkt. (Hohenloher Bote.)

Oesterreichische Staaten.

Von der ungarischen Gränze, im August. Nachdem es bekannt geworden war, daß die Moorgegend um Körös der Schlupfwinkel einer zahlreichen „Räuberbande" sei, die aus diesem schwer zugänglichen Winkel weithin das flache Land unsicher mache, so wurde beschlossen, gegen selbe einen Streifzug zu unternehmen, der, wo möglich, zu einer völligen Vernichtung der Buschklepper führen sollte. Ein k. k. Jäger-Bataillon nebst einer Abtheilung Ulanen wurden hierzu aufgeboten und das ganze Terrain umzingelt; die Zugänge zu den Sümpfen, in die sich die verfolgten „Räuber" geworfen hatten, hielt die Cavallerie besetzt, um einzelne Flüchtlinge, denen es etwa gelingen möchte, die Tirailleurkette zu durchbrechen, in Empfang zu nehmen, indeß die Feldjäger immer weiter vordrangen und den Kreis immer enger schlossen, in dem die Räuber sich befanden. Zuletzt war das Terrain, das selbe inne hatten, kaum mehr eine Meile im Umfang und bloß Sumpf mit hohem Schilf und Buschwerk bedeckt, in den man nicht weiter vordrang, sondern sich lediglich mit einer engen Cernirung begnügte, die um so mehr zum Ziele führen mußte, als die Meisten der Verfolgten bis an den Gürtel im Morast steckten und ihre Lage eine rettungslose war. Zwei Tage hindurch widerstanden die Räuber, doch am dritten ergab sich der Rest den Truppen auf Gnade und Ungnade, indem die Mehrzahl durch Kugeln und Erstikkung im Sumpfe ihr Leben eingebüßt hatte. Bloß 11 Räuber fielen in die Hände der Soldaten, durchweg ehemalige Honved und blutjunge, hübsche Leute, die in Pesth erschossen werden sollen. Weit größer dagegen ist die Zahl der Gebliebenen, von denen man, obschon Mancher im Morast spurlos verschwunden sein mag, nicht weniger als 27 Leichen hervorzog. Aber auch die k. k. Truppen kamen bei dem blutigen Strauß nicht so leicht davon und mancher entschlossene Räuber verkaufte sein Leben sehr theuer; das Jägerbataillon, das allein ins Gefecht kam, soll 12 Todte und 48 Verwundete zählen, worunter 3 Officiere.

Frankreich.

In einem Schreiben der Allg. Ztg. aus **Paris** vom 24. Aug. heißt es: Wenn dasselbe Frankreich, das 1814 und 1815 den Bourbonen entgegenjubelte, seit vier Jahren aus Millionen Kehlen Napoleons Loblied singt, so kann es wohl Leute geben, die auch seinen Schwager, den einst die Küste von Calabrien so kläglich scheitern sah, nach langem Vergessen in Süditalien wieder zu Ehren gekommen wähnen. Die Unzufriedenheit mit der Gegenwart umgibt so leichtfertig die Vergangenheit mit allem Guten, das man vermißt. Es ist gewiß, daß der Prinz Lucian Murat zahlreiche und thätige Anhänger hat, die schon seit mehreren Monaten die zerrissenen Fäden des süd-italienischen Liberalismus unter Anrufung seines Namens wieder aneinander zu knüpfen bestrebt sind, und daß alle bei der Ruhe der Halbinsel interessirten Regierungen nicht ohne Besorgniße deßwegen sind. Neue Nahrung werden jene Besorgniße vielleicht in der Thatsache finden, daß der Prinz Murat nach Afrika reist um seinen dort dienenden Sohn zu besuchen, aber in Wahrheit, wie die geschäftige Fama behauptet, um mit seinen politischen Freunden ungestörte Zusammenkünfte zu halten. Nur ein Umstand kann wieder beruhigen — das Gerücht behauptet, daß durch die Vermittlung des Prinzen v. Canino die Mazzinisten mit den Muratisten gemeinsame Sache machen (?) — nie wird ein Mann des imperialistischen Frankreichs eine solche Mesalliance mit der Revolutionspartei eingehen!

Schreiben des Hrn. Sain an den Loire-Präfecten. Hr. Präfect! Es ist mir, wie ich wohl weiß, unmöglich, das Mandat das die Wähler von St. Etienne mir ertheilt haben, zu erfüllen, ohne der Verfassung von 1852 und dem jetzigen Präsidenten Treue zu schwören. Niemand macht sich zwar heutzutage noch Illusionen über die Bedeutung des politischen Eides, nichtsdestoweniger will ich mich dieser Förmlichkeit nicht unterwerfen. Wenn die Freiheit nicht mehr existirt, wenn die Gewalt den Gesetzen verwehrt Vermögen und Leben der Bürger zu schützen, wenn Verfolgung so viele Familien in Verzweiflung setzt, so ist es für alle unabhängigen Männer eine Pflicht, gegen die Gewalt und die Willkür zu protestiren. Ich habe daher die Ehre, Hr. Präfect, Ihnen zu erklären, daß ich es verweigere, den Eid zu leisten. Paris, den 21. August 1852.

Großbritanien.

London, den 20. Aug. Die Sterblichkeit in London hat mit den Regengüßen und elektrischen Revolutionen ungemein zugenommen. Eine eigenthümliche Form

von Cholera wüthet besonders unter den Kindern. In einem Hause starben binnen 10 Minuten sieben Kinder. Alle andern in der Straße liegen darnieder. Die Epidemie ist den Aerzten ein Räthsel. Man scheint sie gar nicht erklären und behandeln zu können. Die Kinder bekommen plötzlich heftige Kopfschmerzen, die auf Gehirnentzündung schließen lassen, Diarrhoe und Krämpfe und sterben plötzlich, oft nach drei bis vier Stunden, wie der Arzt versicherte. Diagnostisch hat die Krankheit weiter keine Aehnlichkeit mit der Cholera, die übrigens bereits im Anzuge ist.

— den 26. Aug. In den letzten 5 Tagen sind von Plymouth allein 10 Schiffe mit 3000 Emigranten nach Australien und Van Diemens-Land ausgelaufen. In den London-Docks wird jetzt der große Schraubendampfer Cleopatra (300 Pferde Kraft und 1500 Tonnen Gew.) aufs Luxuriöseste eingerichtet, um Passagiere nach Port Philip und Sydney zu befördern. Die Fahrpreise werden auf 80, 55, 40 und 35 Guineen gestellt sein. — Die große Frei-Bibliothek in Manchester, zum großen Theil für die arbeitenden Classen bestimmt und zu welcher alle Stände mit vielem Wetteifer beigesteuert hatten (die Arbeiter allein schossen 800 Pfd. St. bei), soll am 2. September festlich eröffnet werden.

Die Bevölkerung Irlands hat unter dem beispiellosen Abflusse, der durch die Auswanderung nach den Ver. Staaten und andern Weltgegenden erfolgte, von 8 bis 9 Millionen auf ohngefähr 6 Millionen abgenommen. Eine der Folgen dieser unerhörten Thatsache war, daß es schwer fiel, in manchen Gegenden Irlands Arbeit zu erhalten, in andern den Preis derselben zu heben. Gewöhnliche Taglöhner waren vor wenigen Jahren für 9 Pence Sterling täglich zu haben, jetzt erhalten sie 15 Pence oder 28 Cents. Weber, die früher nur 6 Schillinge wöchentlich verdienten, bekommen jetzt gern 12. Diese Aenderung muß einen bedeutenden Einfluß auf die spätere Auswanderung Irlands äußern. Andererseits richtet sich jetzt der Emigrationsstrom theilweise nach Australien, für dessen Goldregionen gegenwärtig etwa 70 Fahrzeuge in den englischen Haupthäfen segelfrei liegen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 28. Aug. Weizen 19 fl. 30 kr., Korn 17 fl. 5 kr., Gerste 10 fl. 36 kr., Hafer 5 fl. 35 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1184³] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einer Handlung mit verschiedenen Waaren zu N. ist eine Lehrlingsstelle für einen wohlerzogenen jungen Menschen, der sogleich eintreten kann, offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1180³] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einem der ersten Gasthöfe in Mannheim wird ein junger Mensch von guter Familie und Erziehung, welcher die Wirthschaft erlernen will, baldigst in die Lehre genommen, und gibt hierüber Auskunft:

W. Finninger, in Speyer.

☞ Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleistet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreisung sein wird, mit der Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft. ☜

Königl. bayerisch und königl. würtembergisch concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geschwollene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken- und Kopfschmerzen, auch Seitenstechen.

Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen und königl. würtembergischen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchst preislichen Ministerien in Baiern und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ 30 kr.

Freiwilliges Zeugniß.

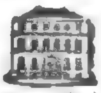
Daß diese Gicht-Leinwand mich von dem fürchterlichen Seitenstechen gänzlich befreit, so wie von gehabten rheumatischen Kopf- und Ohrenschmerzen binnen wenigen Stunden völlig geholfen hat, wofür ich früher nutzlos alle möglichen Mittel anwandte, bezeuge ich hiermit freiwillig der Wahrheit gemäß öffentlich.

Stuttgart, den 28. Februar 1850.

Frau des Bauraths v. Fischer.

☞ Diese Gichtleinwand ist in Speyer einzig und allein zu bekommen in der Handlung von **Louis Cron**, und in Kirchheimbolanden bei Buchhändler **Ruff**. [1113²⁶]

[1197] **Hausversteigerung in Landau.**



Donnerstag, den 16. September 1852, Nachmittags 3 Uhr, zu Landau im Gasthause zum Schaaf, wird auf Ansuchen von Frau Magdalena Fix in Landau ein in der Kornstraße allda, im Mittelpunkt der Stadt, neben Lutz und Levy gelegenes dreistöckiges Wohnhaus in Eigenthum definitiv versteigert.

Landau, den 23. August 1852.

[1198²] **Mühlenversteigerung.**

Dienstag, den 9. November 1852, Nachmittags 2 Uhr, zu Bergzabern im Wirthshause des Hrn. Heinrich Hertle, läßt Lorenz Hertle d. J., Müller allda, seine, im Jahre 1846 nach neuester Art eingerichtete Mahlmühle mit 3 Mahlgängen, 1 Schälgang, Schwingmühle, Schneidmühle, Wohn- und Deconomiegebäuden, Hofrecht, Garten-, Acker- u. Wiesenland, die sogenannte Sägmühle, auf 453 Decimalen, 6 Morgen 9 Ruthen Fläche, in dem Bergzaberer Mühlenthale gelegen, mit einem 18 Schuh hohen Fall, auf mehrjährige Termine in Eigenthum versteigern.

Aus Auftrag:
Sartorius, Notar.

[1196²] **Versteigerung eines Hofgutes.**

Dienstag, den 21. September 1852, Vormittags 9 Uhr in dem Heffert'schen Hause, auf dem Dreihofe, im Banne von Essingen, lassen die Kinder und Erben der zu Landau verlebten Eheleute, Herrn Georg Heffert, gewesenen Gutsbesitzers, und Frau Margaretha Fath, der Untheilbarkeit wegen, auf Eigenthum versteigern:

1. 50 Tagwerke 37 Decimalen Ackerland, Wiese und Weiher mit einem hierauf sich befindlichen Wohnhause sammt vollständig eingerichteter Brandweinbrennerei, Scheuer mit 2 Tennen, 2 Kellern, Fruchtspeichern, Pferde-, Rindvieh- und Schweinställen, Hofraum und Garten, begrenzt durch Franz Paul Regenauer, Friedrich Norbert Mahla, den offenbacher Wald und die offenbacher Straße.
2. 49 Tagwerke 98 Decimalen Ackerland, begrenzt durch den zeiskammer Pfad, Franz Paul Regenauer, Friedrich Norbert Mahla und den oberhochstadter Wald.

Die beiden vorbeschriebenen Immobilien, welche zusammen das Dreihofgut der Erblasser bilden, werden, je nachdem sich Steigliebhaber vorfinden sollten, sowohl als ein Ganzes, wie auch jeder der beiden Haupttheile für sich allein, als auch jeder Theil in passende Unterloose von 100 bis zu 400 nürnberger Ruthen eingetheilt, zur Versteigerung gebracht.

3. 251 Decimalen Ackerland, in 4 Parzellen.

Alles im Banne von Essingen bei Landau gelegen.

Landau, den 28. August 1852.

G. Keller, Notär.

Neue

Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 211 | den 2. September 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Die gesammte englische Presse, die Times aber vor Allen, greift Ludwig Bonaparte aufs Heftigste an. Ist es an sich schon kein gleichgültiges Vorkommniß, wenn eine Regierung von den sämmtlichen Blättern eines freien Landes, ohne Unterschied ihrer politischen Richtung, verdammt wird, so erscheint der vorliegende Fall noch aus einem besondern Grund um so bemerkenswerther. Es liegt in diesem Auftreten der englischen Presse gegen Ludwig Bonaparte allerdings ein furchtbares moralisches Verdammungsurtheil, — es liegt aber noch etwas weiter darin, was in den Augen gar Mancher viel ärger ist als eine moralische Verdammung: es liegt darin die Vorausverkündigung des nahenden Endes der jetzigen Herrschaft in Frankreich! Ein so sehr voraus berechnendes, so practisch voraus fühlendes Blatt wie die Times, greift eine bestehende Regierung in solcher Weise nicht an, wenn es nicht deren baldigen Untergang aus guten Gründen mit Bestimmtheit vorherzusehen glaubt. Die Times haben zwar ihren scharfen Tadel über Ludwig Napoleon alsbald nach dem 2. December schon ausgesprochen; sie haben aber eingelenkt, sobald das neue Regime sich zu befestigen schien. Und jetzt diese Heftigkeit, diese tiefe Verachtung gegen ein bestehendes Gouvernement in einer Zeitung, welche von je her gerade der Gesinnung der einflußreichsten und mächtigsten Classen der ganzen britischen Nation Ausdruck verleiht! Das ist nicht Laune, nicht Zufall! Es ist solches um so weniger, als Daily News, Advertiser und die andern Journale in der gleichen Richtung sich aussprechen. Es ist die Stimme der mächtigen Nation selbst, es ist die Stimme der vorsichtigsten Organe der den Frieden und das gute Einvernehmen unter den Staaten wünschenden Classen. — Da kommt nun die französische Regierungspresse gehinkt mit der Versicherung: der Artikel der Times hat einen, dem von ihnen erwünschten gerade entgegengesetzten Eindruck hervorgebracht! Eine Betheuerung, wie wenn sie aus unsern subventionirten Zeitungen abgeschrieben wäre! Warum läßt man denn den Aufsatz der Times nicht in Frankreich abdrucken und frei verbreiten? (denn daß er insgeheim verbreitet wird, bezweifeln wir keinen Augenblick.) Die Beschuldigungen des englischen Blattes werden als ein schamloses, empörendes Lügengewebe dargestellt. Warum dieses Ereifern? Nicht auf die Beschuldigungen kommt es an, sondern ob dieselben wahr sind oder nicht. „Die Times nennt den Prinz Präsidenten einen neuen Kaiser Commodus.“ Das ist freilich stark; aber was macht das? Unter Kaiser Titus wäre jedes in dieser Richtung schützende Strafgesetz überflüssig gewesen; wer einen Mark Aurel mit Domitian hätte vergleichen wollen, wäre eben für einen Narren gehalten worden, und Niemand hätte sich darüber zu ereifern brauchen. — „Den Senat schimpfen die Times eine Bande pensionirter Söldlinge.“ Nun, ein Aristides konnte lächeln, wenn man ihn etwa einen Söldling schimpfen wollte. — „Die Richter seien bestochene Meineidige!“ Wieder kommt es nicht auf die Beschuldigung, sondern auf die Wahrheit oder Unwahrheit derselben an. Das Volk erkennt am besten aus dem was ja vor seinen Augen vorgeht, ob seine Richter unbestechliche, vor keiner Gewalt, nur vor dem Rechte sich beugende Minos und Catone oder ob sie wirklich feile kriechende Creaturen sind, die in schnöder Selbstsucht das Recht höhnend mit Füßen treten. Ob in solchen Fällen ein Lob oder ein Tadel ausgesprochen wird, erachten wir für ganz gleichgültig, darauf kommt gar nichts an. Tyrannen haben die Richter der Sternkammern als Muster dargestellt, und mit Lob und Lohn überschüttet; Tyrannen haben gerechte Richter verfolgt und gemartert: das Urtheil über die Einen wie über die Andern stand fest, mochte auch nicht ein anderes Wort gedruckt werden dürfen, als im Sinne der herrschenden Gewalt. Niemand hätte es seiner Zeit in England wagen dürfen, eine Silbe des leisesten Tadels über einen Jefferys zu veröffentlichen; und doch bedurfte es nur einer Stunde des Umschlags, und die gerechte Nemesis hatte das Ungeheuer ereilt. — Warum also all' dieses Ereifern über die englische Preßfrechheit?! „Ist der Tadel unwahr, dann lachen wir darüber, ist er wahr, dann bessern wir uns!“ sagte recht treffend ein großer Herrscher. —

** **Ein Vivatrufer bis zur Blasphemie.** So ein officiell-begeisterter Vivatrufer darf sich doch gar Manches erlauben, was andern Menschenkindern, die den gewöhnlichen ehrlichen Weg wandeln, Haß und Verfolgung zuzuziehen pflegt. Da will ein ultra-bonapartistischer Präfect in Frankreich gelegenheitlich des Festes vom 15. August seine Napoleoniden-Verehrung, welche jetzt bekanntlich einen sehr einträglichen Artikel bei unsern Nachbarn abgibt, vor Gott und der Welt demonstriren und stellt bei der Beleuchtung seiner Stadt einen Transparent aus, auf welchem die mehr als überschwängliche Floskel zu lesen ist: Dieu créa Napoléon, puis il se reposa (Gott schuf Napoleon, dann ruhte er aus). Natürlich trug dem Hrn. Präfecten diese an Tollheit und Raserei gränzende Uebertreibung der Wichtigkeit Napoleons die Gunstbezeugungen des Tages von Unten und Oben ein und Leute von einer gewissen auch bei uns vertretenen Farbe machten sich bereits Hoffnung, daß zum Lohne für die äußerst originelle Huldigung und die hiedurch hervorgerufenen officiellen Herzensergießungen vom Gouvernement mindestens, — natürlich zum allgemeinen Wohl — dem Departement ein besonderer Vortheil zugewendet werde. Nun ist aber die Entdeckung gemacht worden, daß der Transparent ausstellende, seit dem 2. December ausgekrochene Kriecher die auch gar lächerliche Schmeichelei gar nicht einmal selbst erdacht, sondern sie einfach einem Andern nachgemacht hat, der bereits im Jahre 1806 dem Kaiser Napoleon damit huldigte und seitdem Gelegenheit gefunden hat, sich jenseits näher über seine neue Schöpfungsgeschichte zu erkundigen. Der Präfect wird zwar darum noch nicht wegen Blasphemie mit Excommunication und Anathem belegt werden, ja selbst die sonst in der Schöpfungsgeschichte allein gutunterrichteten Herren Ultramontanen scheinen den „Neuerer“ — aus gewissen Gründen versteht sich — ungeschoren und — ungefoltert gehen zu lassen, aber entsetzlich lächerlich ist die ganze Geschichte doch namentlich dadurch geworden, daß man jetzt auch die Spottverse veröffentlicht hat, welche damals (1806) auf den fanatischen Vorgänger des Präfecten gemacht wurden. Dieser Herr hieß nemlich La Chèse.*) Am Tage nach der Illumination und den transparenten Worten: Dieu créa etc. circulirten nun als Fortsetzung folgende Reime in der ganzen Stadt:

*) La chaise, „der Stuhl“ wird gerade so ausgesprochen wie dieser Eigenname.

Dieu ne resta pas là
Il créa encore la chèse
Puis il se reposa
Beaucoup mieux à son aise;

in freier Uebersetzung ohngefähr:

Willst Du's noch genauer erfragen,
So schuf Er noch Herrn von Sitz,
Setzt sich dann erst mit rechtem Behagen
Auf diesen Herrn ohne Witz.

:: **Neustadt**, den 31. Aug. Während die Pfälzer Zeitung sich abmüht, ihre Zufriedenheit mit dem Ergebniße der Landrathswahlen zu heucheln, kann dieselbe doch ihren Ingrimm darüber nicht zurückhalten und wird nicht müde, Verdächtigungen über ihre Gegner auszustreuen. In Nro. 205 beschuldigt dieselbe auch die Democraten der Einflüsterungen ꝛc. gegen die Wahl von Beamten zum Landrathe und ist voller Vorwürfe, besonders gegen die Wahlmänner vom Lande, daß dieselben namentlich die von ihr Vorgeschlagenen nicht berücksichtigten. — Allein die Landgemeinden haben eben schon zu viel gelernt und sie werden nicht vergessen, wie manche Erwartungen getäuscht, ja wie mitunter schon die ganze Vergangenheit, sogar gegebene Versprechen, verläugnet wurden von Solchen, auf die man Vertrauen gesetzt. . . . Anderseits wollen aber auch die Männer vom Lande solche Sühnopfer pflicht- und überzeugungstreuer Vertreter aus dem Beamtenstande nicht mehr, wie es nun auch der so geachtete und ehrenwerthe Abgeordnete Rebenack durch seine „Berufung" (wie die edle Pfälzerin es nannte) geworden ist. Darum war es gerade von den Wahlmännern der Landgemeinden des hiesigen Bezirks fester Grundsatz, durchaus keinen Beamten, sondern einen einsichtsvollen und ganz unabhängigen Mann zum Landrathe zu wählen. Es war denselben sogar ein ganz tüchtiger Bürger nicht unabhängig genug, indem er bei freisinnigem Auftreten doch die Mißliebigkeit des jetzigen Systems empfinden könnte. Wenn aber die Pfälzerin den zum Landrathe gewählten Hrn. Berchtold ihrer Partei beigezählt, so wäre dies, wenn nicht eine Fälschung, doch ein großer Irrthum über dessen Ehrenhaftigkeit, und ist derselbe nichts weniger als ein Handlanger der Jägerpartei. —

* **Aus dem Westrich**, den 30. Aug. Da hör' ich und les' ich: der Landauer Wunderdoctor, von dem die Landauer aber nichts wissen wollen — nemlich der Hr. Vogesenwolf-Jäger (wie ihn beiläufig ein Hr. Minister einmal geheissen hat), — sagt in seiner Zeitung und in der alten gemeinen (allgemeinen) von Augsburg, daß die Landrathswahlen in der Pfalz accurat so ausgefallen wären, wie er gewollt habe; nur 2 Democraten und 3 Liberale wären so mit unter gelaufen, was aber nichts zu sagen hätte, da 15 Stockconservative vorhanden, und obendrein 2 gute Freunde von ihnen, geheissen „Liberal-Conservative," und auch noch Einer von gar keiner politischen Gesinnung. — Das nimmt sich nun ganz schön auf dem Papier aus, besonders wenn keine Namen dabei stehen. Aber der Hr. Jäger könnt' doch zur Beruhigung der Glaubensschwachen gut thun, wenn er uns die 15 Namen seiner Gesinnungsgenossen, so wie dito der Andern, angeben wollte. Bei uns schwindelt den Leuten, es könnten so kleine Irrthümer unterlaufen sein. Wenn wir da z. B. lesen, bei uns im Westrich sei gut „conservativ" gewählt (d. h. natürlich: Jägerisch-conservativ), und wenn ich dann die Gewählten in meiner Nähe mir denke, einen Hrn. Ritter von Sembach, oder Leppla von der Moormühle oder Hach von Odernheim, so überkommt Einem ein gewisses Kopfschütteln, und wir da hinten meinen dann umgekehrt, wenn die Vorn nicht mehr im Sinn des Hrn. Jäger gewählt haben, so sieht's nach 3jähriger Müh' und Anstrengung desselben schlecht genug für ihn aus. Bitt' also um die Namen dieser Conservativen, — auch gut dafür, daß sich dieselben doch auch bei Hrn. Jäger schuldigermaßen bedanken können, für die wiederfahrene Ehr'.

München. Der Neuen Münchn. Ztg. scheint es nicht rasch genug mit Sprengung des Zollvereins zu gehen. Sie sagt unter Anderm: „Wenn mit dem Abbruch der Verhandlungen gewartet werden soll, bis die Spaltung unter den Darmstädter Verbündeten, auf welche das „Corresp.-Büreau" und seine guten Freunde speculiren, eintritt, und es in einschmeichelnder Sprenensprache als ein Akt der „Billigkeit und Besonnenheit" bezeichnet wird, zu warten, bis die Berliner Lockpfeife bei oder dort Gehör findet, so dürften die Berliner Verhandlungen wohl ins Unendliche sich hinausziehen, wenn nicht die durch die Darmstädter Uebereinkunft verbündeten Regierungen ihrerseits der Fortdauer der Ungewißheit, die nur nachtheilig auf alle Verhältniße wirken kann, durch entschiedenes Vorschreiten auf dem Wege, der ihnen die Rücksicht auf das Wohl ihrer Staaten und die Selbstachtung vorschreibt, ein Ende machen."

Wie in militärischen Kreisen verlautet, wird nun (nach einem Bericht der „Augsb. Abdz.") das Bundesarmeecorps unter dem preußischen Generallieutenant v. Schrekkenstein bei Frankfurt zusammengezogen und hierzu auch das betreffende baierische Contingent verwendet werden. (Dem Frankf. Jour. zufolge soll diese ganze Nachricht übrigens eine Erfindung sein.)

Amberg, den 27. Aug. Am 25. d. hatten sich zur Wahlverhandlung der großen Grundbesitzer für den Landrath gar keine Wähler gemeldet. Am 26. haben drei Wahlstimmberechtigte ihre Wahlstimmen abgegeben. Da noch eine Stimme abgeht, um das gesetzliche zwei Drittel der Stimmen zu ergänzen, wurden wiederholt Einladungen erlassen.

Stuttgart, den 30. Aug. In der heutigen Abgeordnetensitzung kam die Note der s. g. Standesherren in Betreff der Ablösungsfrage zur Verhandlung (siehe unsere gestrige Mittheilung). Aus der Debatte entnehmen wir Folgendes: Moritz Mohl fragte, wie denn das Volk noch irgend auf Zusagen vertrauen soll, selbst auf die von der Gesetzgebung förmlich erlassenen? Die Erklärung der Standesherren sei eine Appellation an das Ausland, eine Kriegserklärung gegen das Volk und dessen gutes Recht, kaum nach wenigen Jahren, indem man damals goldfroh gewesen sei, diese Gesetze zu erlangen: wer denn die Revolution von 1848 geschaffen habe, als die Privilegien des Adels, als der Bundestag selbst? Dagegen erhebt sich der Minister wie die Ritterbank. Mohl ruft aber dem Minister entgegen, das habe der Bundestag selbst ausgesprochen und zugestanden. Der Präsident erklärt, der Abg. Mohl sei mit dieser Erklärung zu weit gegangen, womit dieser Zwischenfall seine Erledigung findet. Sofort erläutert Mohl den Sinn der Concessionen welche der Minister im Auge habe, und wornach die Gefällherren in den Stand gesetzt werden sollen, jetzt zur Zeit der niedersten Güterpreise möglichst viele Güterkäufe zu realisiren. Was die Drohung mit dem Bunde betreffe, so solle man sich damit nicht einschüchtern lassen. In Oesterreich müße ja doch der Gefällherr ein Drittheil am Ablösungskapital selbst leiden. Es werde auch hier dem Bundestag mehr als schwierig werden, in die Gefällablösungsgesetzgebung fühlbar einzugreifen. Der Antrag von Mohl und Genossen, den Gegenstand an die Commission zur Berichterstattung über das Materielle zurückzuweisen, wird schließlich mit allen gegen 8 Stimmen angenommen. (Beob.)

Der Redacteur der ultra-reactionären „Deutschen Chronik" ist auf Klage des ehemaligen Ministers Römer wegen Verläumdung desselben zu 3 Monaten Festungsstrafe und 75 fl. Geldbuße verurtheilt worden.

Dresden, den 25. Aug. Unter unserer Artillerie soll, wie es heißt, die Mehrzahl der dieses Jahr ausdienenden Unteroffiziere abgelehnt haben, fortzudienen, obwol für die ihnen angebotene Stellvertretung eine Summe von 200 Thlrn. gezahlt wird, und die Aussicht auf Civilversorgung damit verknüpft ist. Für den in diesem

intelligenten Theile der Armee herrschenden Geist wäre dies jedenfalls bezeichnend. (Fr. K.)

Berlin, den 26. Aug. Die „Zeit," das Organ des Ministerpräsidenten Frhrn. v. Manteuffel, bringt folgenden Artikel: „Es hilft einmal nichts — Preußen und Oesterreich sind Rivalen auf der großen politischen Weltbühne und werden es bleiben. Das deutsche Element in Oesterreich ist, neben dem magyarischen, slawischen, czechischen und romanischen, nur von geringer Bedeutung. Die erbliche Reichswürde, welche früher bei dem Hause Oesterreich war, hat das Kaiserthum Oesterreich nicht deutsch gemacht. Durch eine hohe Zollmauer hat es sich fortgesetzt von Deutschland abgeschlossen. Es trägt in sich den Beruf einer Sondermacht, mit Interessen, welche den deutschen oftmals fremd sind. Es fühlt in sich selbst das Bedürfniß, vollständig zurückzugehen. Es hat die einseitig erlassene Verfassung einseitig über Bord geworfen; es hat die Oeffentlichkeit der Rechtspflege und der Gemeindeverwaltung wieder eingestellt; es hat in Frankfurt den Entwurf zu einem Preßgesetze vorgelegt, welches der Wiedereinführung der Censur außerordentlich ähnlich sieht. Wir wollen ohne weiteres annehmen, daß alles Dies den Interessen des österreichischen Staates entspricht. Gewiß aber wäre es sehr kühn, zu behaupten, daß die Interessen Deutschlands damit gleichbedeutend sind, daß Deutschlands Aufgabe eine Uniformität mit Oesterreich wäre. Darum klingt es denn etwas wunderbar, wenn die wiener officielle Presse jetzt, bei Gelegenheit der Zollvereinsfrage, nicht müde wird, von Oesterreichs deutschem Beruf und deutscher Machtstellung zu sprechen. Sollen wir daran erinnern, was Oesterreich für die deutsche Flotte gethan hat? Sollen wir fragen, wo die österreichischen Regimenter waren, als es galt, den Aufruhr in Sachsen und in Baden niederzuschlagen? Sollen wir endlich ins Gedächtniß zurückrufen, daß Oesterreich nur mit russischer Hilfe die Herrschaft im eigenen Lande hat behaupten können? Gewiß muß Oesterreich viel daran liegen, mit Deutschland in enger Beziehung zu bleiben. So wenig aber Oesterreich in Deutschland aufgehen kann, so wenig kann es Deutschland in Oesterreich. Verschiedene Interessen verlangen verschiedene Berücksichtigung. Wenn man in Wien sagt: Kein Deutschland ohne Oesterreich, so sagen wir dagegen: Kein Deutschland unter Oesterreich!"

— den 28. Aug. Es ist eine interessante Notiz, daß der Minister des Unterrichts der von der Akademie gestellten Preisaufgabe: „Geschichte der parlamentarischen Beredsamkeit in England", seine Zustimmung versagt hat.

Der österreichische Bundespräsidialgesandte zu Frankfurt, Graf Thun, hat auf die Wahrnehmung, daß das Luxemburger Bundescontingent den Anforderungen nicht entspreche, was man als Folge der Verfassung bezeichnet (!), — dem niederländischen Gesandten den Rath ertheilt, daß man diejenigen Veränderungen der Luxemburger Verfassung, von welchen eine Garantie für die Erfüllung der Bundespflichten bedingt erscheine, selbst herbeiführe und damit einem Einschreiten des Bundes, das sonst nöthig werden dürfte, vorbeuge. — Das Preußische Wochenblatt bemerkt dabei unter Andern: „Es ist das doch wichtig zu wissen, falls der Graf, die Verfassungen Deutschlands durchmusternd, sich gedrungen fühlen sollte, auch nach Berlin eines schönen Tages ein solches vertrauliches Schreiben zu senden."

Die letzten Briefe, welche die zur Erforschung des Innern Africa's dort befindlichen deutschen Reisenden Barth und Overbeck haben nach Berlin gelangen lassen, sind vom 25. August 1851 datirt. Demnach ist man gerade ein ganzes Jahr ohne irgend eine Nachricht richt derselben. Man besorgt fast, daß die kühnen Reisenden entweder klimatischen Einflüssen unterlagen oder durch wilde Stämme ums Leben gekommen sind.

Elbing, den 26. Aug. Herrn v. Riesen, Vorsteher der Stadt-Verordneten, ist auf einstimmigen Beschluß der königl. Regierung die Concession als Buchdrucker entzogen worden wegen der Neuen Elbinger Nachrichten die in seinem Verlage erschienen.

Schweiz.

Tessin. Am 24. sind die Servitenbrüder in Mendrisio, die ihr säcularisirtes Stift nicht gutwillig verlassen wollten, von einem Regierungscommissär gezwungen worden, von dannen zu gehen. Nach der Democrazia geht aus den Rechnungen hervor, daß die armen Väter in den 8 Monaten des laufenden Jahres 24,000 Fr. verbraucht oder wahrscheinlich zum Theil auf die Seite gebracht haben! Bei ihrem Fortgange hätten sie noch gerne eine Demonstration veranlaßt, woran sie indeß verhindert wurden.

Frankreich.

† **Paris,** den 30. Aug. In seinem halbamtlichen Theile bringt der Moniteur folgende Note als Entgegnung auf den gestrigen Artikel der Times: „Die Regierung kümmert sich wenig um Injurien. Sie antwortet nicht darauf; wenn es sich aber um mit frecher Stirn entstellte Thatsachen handelt, so ist es stets ihre Pflicht die Wahrheit herzustellen. Die Times, einer vorsätzlichen Lüge überwiesen, vertheidigt sich mit neuen Verläumdungen. In ihrer Nummer vom 28. August behauptet sie, daß nach dem 2. December 1851, 1200 ruhige und unbewaffnete Personen von trunkenen Soldaten in den Straßen von Paris ermordet wurden. Die Widerlegung einer solchen Verläumdung liegt schon in deren Uebertreibung. Alle Welt weiß es: die offizielle Zusammenstellung gibt die Zahl der während der Insurrection getödteten Personen auf 380 an. Ohne Zweifel ist dies schon zu viel. Was aber die zufällig verwundeten Personen betrifft, so beträgt ihre Zahl glücklicherweise nicht mehr als 8 oder 10. Nach Abschätzung dieser positiven Documente lügenhaften Versicherungen gegenüber, urtheile man über die Aufrichtigkeit des Journalisten."

Die Regierung beschäftigt sich, wie man versichert, ernstlich mit der Abfassung von Grundlagen zu einem künftigen Handels- und Zollvertrag mit Deutschland. Der Constitutionnel bemerkt darüber, daß in Folge der Hebung der Industrie in Deutschland die Ausfuhr Frankreichs sich in den letzten 30 Jahren dahin um die Hälfte verringert habe. Im Jahre 1820 betrug sie 96 Mill. Frcs. und im Jahre 1849 nur 42 Mill. Die Einfuhr aus Deutschland hatte sich in den ersten Jahren etwas vermehrt, ist aber in der letzten Zeit auf die ursprüngliche Ziffer zurückgekommen.

Hr. Emerand de la Rochette, Hauptredacteur der legitimistischen Esperance du Peuple in Nantes ist verhaftet worden und befindet sich noch im Gefängniß. — Der interimistische Minister des Innern, Hr. Magne, hat in einem Circulair an die Präfecten dieselben angewiesen, keinem Journale die Veröffentlichung der Verhandlungen der Generalräthe zu gestatten. Sie dürfen nichts als die Auszüge aus den Sitzungsprotocollen bringen, welche ihnen der Präsident des Rathes überweist. — Der ehemalige Secretär der ungarischen Gesandtschaft und Schriftsteller Hr. Szarvady ist ausgewiesen worden. Man glaubt, daß die Veranlassung dazu sein bekanntes Buch über Paris geliefert hat.

In Algier ist aus der Armee eine Compagnie Holzhauer und Waldanpflanzer gebildet worden, welche unter Anleitung von Forstbeamten in den herrlichen Waldungen am Fuße der Gebirge, die sich größtentheils noch im Naturzustande befinden, vortreffliche Dienste leisten.

Großes Aufsehen macht die Rede, welche der Ex-Legitimist Larochejacquelin bei der Eröffnung des Departementalrathes der beiden Sevres gehalten, zu dessen Präsidenten er von der Regierung ernannt worden war; er sagt sich in diesem Vortrage förmlich von dem politischen Glauben seiner Vorfahren los; er schwört die Legitimität ab, um sich ohne allen und jeden Vorbehalt der aus den Ereignissen des 2. December hervorgegangenen Ordnung der Dinge anzuschließen.

Die Gemeinderathswahlen sind an vielen Orten we-

gen Nichterscheinens der nöthigen Wählerzahl erfolglos gewesen. — Das Revisionsgericht zu Toulouse hat das kriegsgerichtliche Urtheil cassirt, welches gegen 11 December-insurgenten von Bedarieux auf Todesstrafe erkannte.

Die hiesige Regierung soll keineswegs sehr zufrieden mit dem Auftreten des russischen Geschäftsträgers sein, da er keineswegs große Sympathieen für die Restauration des Kaiserreiches hegt und auch gegen die Heiraths-Pläne des Elysée viel intriguiren soll. Ein gestern nach St. Petersburg an den General Castelbajac abgesandter Gesandtschafts-Attaché überbringt demselben u. A. den Befehl, bei der russischen Regierung wegen Kisseleff zu reclamiren. Man macht dem russischen Minister besonders den Vorwurf, sich bei allen Intriguen zur Hinderung der größeren Stabilität der Regierung L. Napoleon's zu betheiligen. Der Attaché überbringt dem französischen Gesandten zugleich ein Memorandum über die Lage Frankreichs, worin man zu beweisen sucht, daß das Kaiserreich bei der in Frankreich herrschenden Stimmung nothwendiger Weise hergestellt werden müsse. Es versteht sich von selbst, daß für den Fall in der Note die friedlichsten Versicherungen gegeben werden, zugleich aber auch die Hoffnung ausgesprochen wird, daß der Nationalwille von dem Auslande geachtet werde.

Italien.

Nach Briefen des „Univers" aus **Rom** dauert das Wunder von Rimini noch fort! Wenn die h. Jungfrau auch nicht fortwährend die Augen bewegt, so thut sie dieses doch von Zeit zu Zeit!

Großbritanien.

London, den 28. Aug. Morning Chronicle widerspricht einer Notiz der augsb. Allg. Ztg. über die Verhaftung eines englischen Lords, der die Festungswerke von Verona aufnahm. Englische Lords, sagt Chronicle, sind in der Regel nicht so geometrisch gebildet, um Festungspläne zu zeichnen. Die Sache verhält sich anders. Ein ganz unbetitelter Engländer, Mr. Newton, ging mit dem unvermeidlichen Murray in der Hand auf den Wällen Verona's auf und ab, und guckte dann und wann in sein unfehlbares Reise-Handbuch. Dieses Verbrechen verschaffte ihm die Ehre der Verhaftung und nachherigen Mißhandlung, für welche er so wenig Genugthuung erhielt, wie Mr. Mather für seinen gespaltenen Schädel.

Der Glaspalast im Hydepark wird nun bald von der Erde verschwunden sein; Hunderte von Wagen sind täglich beschäftigt, den Abbruch wegzufahren.

An der Subscription zur Deckung der Kosten für den wegen Verläumdung verurtheilten Dr. Newman betheiligen sich besonders Bischöfe. Der Cardinal Erzbischof von Reims hat 500 Fr. beigesteuert; andere Bischöfe 50 bis 100, Graf v. Montalembert 50 Fr. rc.

Miscellen.

Auch eine Ansicht über die Abschaffung der Klassiker. Der Stuttgarter „Beobachter" bringt unter dieser Ueberschrift u. a. folgende Bemerkungen: Nach einem Artikel des Beobachters könnte die Entfernung der Klassiker aus dem Unterricht der niederen Seminarien und die Einführung der Kirchenväter als der Untergang aller Bildung, ja als ein so allgemeines Unglück erscheinen, daß man nichts Eiligeres thun sollte, als mittelst Auswanderung dem Hereinbrechen der Barbarei auszuweichen. Ohne den vielseitigen Nutzen ächt klassischer Bildung im Allgemeinen bestreiten zu wollen, möchte Einsender zur Beruhigung ängstlicher Gemüther so wie zur Abkühlung klassisch erhitzter Köpfe gegen die exclusive Wirksamkeit der profanen Klassiker einige Bedenken und Fragen erheben. Was ist das neueste Resultat dieser Wirksamkeit? Antwort: daß unter der Vorbereitung dafür die Leiber verkümmern, die Geister erlahmen. Man bedenke, daß jeder Pfarrgemeinde ein klassisch gebildeter Mann vorsteht, gleichwol in unsrem Volk weder der Sinn für Schönheit, noch der kühne, freie Geist alter Griechen und Römer wallet, ja daß die Mehrzahl für höhere Güter abgestumpft ist. Zwar zeigt die Unkirchlichkeit der klassisch gebildeten Schichte eine Aufklärung bis zum Atheismus, allein andrerseits einen Götzendienst, gefährlicher als der des Apollo, Bacchus, Diana rc., ja gefährlicher als der Heiligendienst, wie er vor 300 Jahren aufgefaßt wurde; denn man betet sich selbst an und singt jedem über dem Haupt geschwungenen Säbel ein Tedeum. Der Christengott ist Erdengöttern gewichen. Unbegreiflich ist nur, wie man mit Entfernung der Klassiker den Machthabern einen Dienst zu leisten meinen kann. Welcher Classe gehörten die Märtyrer für Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit, Vaterland vorzugsweise an? Waren es Philologen, waren es jene Professoren zu Frankfurt, die zu kühnem Sprung bereit waren? O nein, o nein, o nein!! im Gegentheil, sie waren es, die mit gelehrter Miene auf die Geschichte der Griechen und Römer deutend vor der Volksregierung warnten und sich zum Mäcenat neigten.... Gewiß, so wie die Classiker bei uns anatomisch präparirt werden, strömt aus ihnen kein Leben, sondern der Moder der Verwesung, und man kann es nicht bedauern, wenn sie von Clemens Alexandrinus, Origenes rc. verdrängt werden. Vielleicht wächst aus diesen ein lebender Genius, der das Volk nicht handwerksmäßig bedient, sondern durch alle Hütten zu einer heiligen Flamme anfacht. Darum noch nicht ausgewandert.

Das Problem, Leinwand vermittelst Maschinen, durch mechanische Kraft, ohne Menschenhände zu weben, ist in Belgien vollkommen gelöst. Es hat dort Jemand ein System erfunden, welches, was das Merkwürdigste, an jedem Webstuhle angebracht werden kann, und vermittelst dessen er von dem feinsten Batist bis zum schwersten Segeltuch alle Sorten Leinwand webt, und zwar auf jedem Stuhle täglich acht- bis zwölfmal so viel, als der tüchtigste Handweber zu liefern im Stande ist. Das Gewebe soll sich durch Gleichheit auszeichnen, und die Proben, welche der Erfinder in der nach seinem System eingerichteten Fabrik liefert, sollen allen Anforderungen entsprechen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Die „Vossische Ztg." vom 24. August berichtet aus Nantes über die im dortigen Theater veranstaltete Feier des 15. August wörtlich Folgendes: „Das war natürlich ein Fest für das Volk und die Stoffe waren **gut gewählt.** Voran ging der **„Pariser Taugenichts"** rc. rc.

Unsere Mittheilung über die deutsche Fahne am Bundespalaste ist dahin berichtigt worden, daß dieselbe nur während der Vertagung des Bundestags eingezogen bleiben wird. — Ob die deutschen Farben in Frankfurt eingezogen oder aufgezogen werden — es bleibt derselbe Witz, und wir bleiben der Ansicht der Frankfurter Post, welche meint, man werde die Ferien dazu benutzen, um die alte zerrissene Fahne höchstens wieder mit neuen Flecken zu versehen.

Hr. Hassenpflug hat die Gefängnisse Kurhessens auf seiner Rundreise durch die Provinzen besucht und ist von allen Herren Verbrechern, mit Ausnahme der politischen, wahrhaft enthusiastisch empfangen worden. Alle sehen in ihm ihren Oberen, der sich der gefallenen Creaturen so gern annimmt und sie zu sich empor zieht. Auf die Bitte Vieler, der Hr. Minister möge doch recht lange unter ihnen verweilen, soll derselbe geantwortet haben, daß ihn höhere Berufspflichten davon abhielten, daß er jedoch nie vergessen werde, welchen Fond von Gemüthlichkeit, Liebe und Vertrauen er in diesen traulichen Kreisen gefunden habe.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1188³] **Bierbrauerei zu vermiethen in Landau.**
(Rheinbaiern.)
Das Nähere darüber bei Friedrich Schneider, Weinhändler allda, bis 1. October d. Js.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 212 | den 3. September 1832.

Deutschland.

Die Zollfrage. Die Kölnische Zeitung bringt folgende telegraphische Depesche aus Berlin vom 31. August, Nachmittags: Am gestrigen Tage hat Preußen in der Zollvereinsangelegenheit eine Erklärung abgegeben, welcher Hannover, Braunschweig, Oldenburg und die Thüringischen Staaten sich angeschlossen haben. Die Erklärung hält fest daran, daß die Neubildung des Zollvereins den Unterhandlungen mit Oesterreich wegen eines Handelsvertrages vorangehen müsse. Preußen sei ernstlich gewillt, nachdem der Zollverein neugebildet sei, die Unterhandlungen mit Oesterreich einzuleiten, wobei jedoch eine Zolleinigung grundsätzlich ausgeschlossen bleibe. Eine kürzere als zwölfjährige Dauer des neuen Zollvereins wird verworfen. Der Zollcongreß wird bis zum 15. September vertagt, wo eine schließliche Erklärung der Coalition erwartet wird.

* Aus dieser Mittheilung ist unzweifelhaft zu ersehen, daß die Gefahr der Sprengung des Zollvereins nicht im Geringsten vermindert ist, und daß jedenfalls die verderbliche Ungewißheit über die Zukunft noch länger fortdauert!

* **Speyer.** Von dem Verfasser des in der Beilage zu Nro. 197 abgedruckten Briefes erhalten wir folgende weitere Zuschrift:

Herr Redacteur! Ich bin zwar weit davon entfernt in allen Zwistigkeiten, welche Ihr Blatt mit dem des Hrn. Dr. Jäger auszukämpfen hat, interveniren, oder was man so sagt, den letzten Trumpf drauf geben zu wollen. Doch muß ich Ihnen, und falls Sie meinem Wunsche der Veröffentlichung entsprechen, auch Ihren verehrten Lesern, schon wieder mit ein Paar Zeilen beschwerlich fallen, in der Hoffnung, daß man sie nimmt wie ich sie gebe, als die einfache, unmaßgebliche, jedoch vollständig leidenschaftslose Meinung eines Mannes, der gewohnt ist, nicht die Personen, sondern die Sache in's Auge zu fassen und sein Urtheil auf wohlerwogene Gründe zu stützen. — Hr. Dr. Jäger erhob neulich gegen Sie eine Beschuldigung, die bereits in meinem frühern Schreiben ihre, wie es scheint, genügende Erledigung gefunden hat. Es darf nun wohl noch die Hoffnung ausgesprochen werden, daß Hr. Jäger, falls er wieder einmal in den Besitz fremden Eigenthums kommen sollte, sich zu dem entschließen wird, was Pflicht und Gewissen gebieten. Er wird dann für die Zukunft sich die traurige Erfahrung ersparen, die im gewöhnlichen Leben mit den Worten ausgedrückt wird: „Wer Andern eine Grube gräbt, fällt oft selbst hinein." — Auf die von Hrn. Jäger erhobene Beschuldigung waren Sie im vorliegenden Falle genöthigt zu antworten. Das kann wohl Niemanden zweifelhaft sein. Sie antworteten nach dem Sprichworte: „Wie man in den Wald schreit, so hallt es wieder" oder wie, wenn ich nicht irre, Hr. Jäger bei einer frühern Gelegenheit selbst ausgesprochen hat: „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil." Zudem war Ihre Indignation über den gemachten Mißbrauch eine gerechte. In dieselbe Zeit beinahe fiel die gleichfalls von Hrn. Jäger ausgegangene Provocation wegen der Wahlen zu den Districtsräthen und zum Landrathe in der Pfalz. Der Gegenstand war der Art, daß Sie sich einer förmlichen Pflichtverletzung schuldig gemacht hätten, wenn sie den Hrn. Jäger und sein Blatt nicht in die gehörige Schranke zurückgewiesen hätten. Der bisherige Erfolg hat es schon gezeigt und der zukünftige Erfolg wird es, so hoffe ich, noch mehr zeigen, wie richtig Sie die Provocation der Pfälzer Zeitung behandelt haben. Jedenfalls aber mußten Sie darauf eingehen. Die natürliche Folge war, daß in Ihrem Blatte während einiger Wochen wieder mehr von Hrn. Jäger die Rede war, als ihm, wie es scheint, lieb ist. Nun ruft Hr. Jäger in einem seiner jüngsten Blätter wieder in schon gewohnter Weise das öffentliche Mitleid an und klagt, neckischen Kindern vergleichbar, „Mutter, Mutter, er schlägt mich!" *) Zugleich aber beklagt er sich darüber, daß er auf eine andere Provocation wegen des angeblichen Nachdrucks noch keine Antwort erhalten habe und provocirt aufs Neue in nicht sehr manierlicher Weise, daß Sie sich mit ihm beschäftigen müssen. **) Hintendrein wird er dann wieder klagen, daß Sie ihm seinen Willen gethan haben. Ich frage nun den Leser, wie kann's Jemand dem Hrn. Jäger Recht machen, der haben will, daß man spricht und schweigt zu gleicher Zeit?

Wenn mein Brief nicht schon zu lang wäre, würde ich Ihnen noch ein Paar Worte über die Frage des Nachdrucks schreiben. Für diesmal will ich jedoch schließen und nur zur Vermeidung des Mißverständnisses beifügen, daß in Obigem keineswegs die Meinung ausgesprochen werden soll, die Polemik gegen Hrn. Jäger aufzugeben. Im Gegentheile halte ich diese im gehörigen Maße und vom Persönlichen so weit als möglich entfernt, für gut und zulässig. Ich glaube, daß einzelne Ihrer Correspondenten hierauf etwas mehr reflektiren sollten. Sie persönlich sind gezwungen, der Person des Hrn. Jäger gegenüber den „Keil" zu machen.

X, im August. +

Die wachsende Auswanderung aus Deutschland. Die auffallende Zunahme der Auswanderungen aus Deutschland während der letzten Jahre hat natürlicherweise die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Frage gelenkt: was wohl der Grund dieser Erscheinung sei? Ist es ein rein materieller — die steigende Nahrungs- und Erwerblosigkeit? Oder ist es ein politischer — die Unerträglichkeit unserer staatlichen und kirchlichen Zustände?

---

*) Hr. Jäger mag sich etwa — wohl oder übel — von seinen Herren und Meistern den Trost geben lassen, mit welchem weiland der Ritter von der traurigen Gestalt ein Pflaster auf die Wunde seines treuen Schildknappen legte: Als Sancho Pansa klagte, daß ihm von den Schlägen, die er bei dem Eselsschrei erhalten, der Rücken von den Hüften bis zum Nacken schmerze, erklärte Don Quixote, dies rühre ohne Zweifel davon her, daß der Prügel lang und breit war, und alle Theile des Rückens, die den Stallmeister schmerzten, berührt habe. Hätte er noch weiter gereicht, fügte er hinzu, so würde dir, Sancho, noch mehr wehe thun. Bei Gott, antwortete Sancho, ihr habt mir da von einem großen Zweifel geholfen, und mir die Sache in anmuthiger Klarheit auseinander gesetzt. War denn etwa die Ursache meiner Schmerzen so geheim, daß es nöthig war, mir zu sagen, es thue mir allenthalben wehe, wo mich der Prügel getroffen hat? Wenn mir die Hacken wehe thäten, da verlohnte sichs noch der Mühe, zu wahrsagen, woher es doch kommen möchte, daß es mir aber da wehe thut, wo sie mich geprügelt haben, das ist keine Kunst wahrzusagen. (Siehe Don Quixote, Tieck'sche Uebersetzung, 3. Band S. 407.)

Anm. d. Red.

**) Ist auch bereits geschehen. D. Red.

Treibt jenes oder dieses so Viele, ihr Vaterland zu verlassen und sich eine andere Heimath jenseits des Weltmeers zu suchen?

Eine vollkommene, zuverlässige Beantwortung dieser Frage würde nur dann erzielt werden können, wenn man die einzelnen Auswanderer über die Gründe ihres Entschlusses der Reihe nach vernähme. Dazu wären wol die Auswanderungsvereine, und überhaupt alle diejenigen, welche sich der Europamüden mit Rath und That annehmen, die erwünschtesten Beiträge zu liefern im Stande.

Unzweifelhaft scheint es indeß, daß von den Schaaren, welche in neuerer Zeit Deutschland den Rücken kehren, bei weitem die Meisten nicht durch wirklichen Nothstand dazu gezwungen sind. Recht viele von ihnen pflegen sich sogar in ganz behaglichen Vermögenszuständen zu befinden. Man könnte viele Familien namentlich aufführen, die sich in diesem Fall befanden, und gleichwohl den schweren Entschluß faßten, angenehme Verhältniße, liebgewordene Thätigkeiten, zahlreiche verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen aufzugeben — um in weit entlegenen Gegenden, unter völlig fremden Umgebungen, in einer neuen und ungewohnten Thätigkeit ihr Leben gewissermaßen von vorn anzufangen. Diese Personen konnte nur, entweder das Gefühl einer vollständigen Unverträglichkeit der gegenwärtigen Zustände ihres Heimathlandes, oder die Furcht vor einer, nach ihrer Ansicht unvermeidlich drohenden Zukunft, oder endlich die Unsicherheit der materiellen Güterverhältniße, welche eine natürliche Folge unserer politischen Verwicklungen ist, zu einem solchen Vorsatz bringen.

Daß eine massenhafte Entfernung dieser Gattung von Auswanderern für Deutschland ein höchst beträchtlicher national ökonomischer Verlust sei, liegt auf der Hand. Das ansehnliche Vermögen, welches diese Auswanderer mit sich hinwegnehmen, geht dem Ackerbau, den Gewerben, dem Handel unsers Vaterlandes ohne allen Ersatz verloren. Nicht minder wichtig ist das geistige Capital, welches ihm entzogen wird, wenn Leute von Talent und Bildung, Leute, die vielleicht als Gewerbsunternehmer oder Landwirthe oder Capitalisten der Mittelpunct eines kleineren oder größeren Kreises durch sie beschäftigter und mit ihrem Unterhalt auf sie angewiesener Arbeiter waren — wenn Leute dieser Art ihre Stellung aufgeben, und mit ihrem eignen Verhältniß im alten Vaterland zugleich eine Menge an sie geketteter Verhältniße zerstören, demzufolge aber Lücken hinterlassen, welche immer schwer wieder auszufüllen sind.

Endlich aber ist es in politischer Hinsicht allemal ein bedenkliches Symptom, wenn Personen von unabhängigem Vermögen oder gesicherter Lebensstellung, wenn Mitglieder jener Classen der Gesellschaft, die recht eigentlich den feststehenden und wandellosen Stamm der Bevölkerung ausmachen; wenn diese ohne jede äußere Nöthigung mit schwerem Herzen ihrer Heimat den Rücken kehren, weil ihr Rechtsgefühl und ihr vaterländischer Stolz oder gar ihr Ekel vor Zuständen, die ihnen als Männern und Bürgern unerträglich erschienen, sie nicht länger hier leben ließ; oder weil sie in gewissenhafter Sorge für ihre Kinder lieber das schwere Schicksal einer Verbannung aus dem Vaterland auf sich nehmen, als ihre Nachkommenschaft den Rückschlägen eines politischen Systems aussetzen wollen, dessen Unhaltbarkeit sie unwiderruflich eingesehen haben. Zwar möchten leichtsinnige oder kurzsichtige Anhänger dieses Systems, welche nicht sowohl das allgemeine als nur ihr eigenes Interesse im Auge haben, einen Vortheil darin erblicken, wenn alle Mißvergnügten das Land verließen; weil dadurch, wie sie meinen, die oppositionellen Elemente im Lande selbst vermindert, also die Gefahr eines Widerstandes gegen ihre Politik verringert werde. Aber selbst diese Berechnung — abgesehen von ihrer egoistischen Bornirtheit — dürfte leicht trügen. Als England unter der tyrannischen und verächtlichen Politik der ersten Stuarts seufzte, stieg die Verzweiflung Vieler an eine Verbesserung der vaterländischen Zustände auf einen so hohen Grad, daß während des 3. und 4. Jahrzehnts des 17. Jahrhunderts schaarenweise Personen aller Classen Alt-England verließen und mit ihrem Vermögen, ihren Kenntnißen und Talenten jene Länder jenseits des Oceans bereicherten, welche mit der Zeit so furchtbare Nebenbuhler der englischen Macht werden sollten. Nichts desto weniger blieben noch so viel oppositionelle Elemente im Lande zurück, und diese wurden durch dasselbe Elend, welches Jene von dannen trieb, so sehr zur äußersten Entschlossenheit angespornt: daß ein Jahrzehent später der große Kampf begann, welcher nach einer Reihe schwerer und zum Theil äußerst blutiger Wechselfälle dem englischen Volk zuletzt eine gesicherte Freiheit und eine weltgebietende Stellung verschaffte.

Für jede Regierung aber, welche das Wohl ihres Landes zum Maßstab ihres Handelns macht — und welche Regierung möchte nicht wenigstens in diesem Lichte gesehen werden? — kann es kein gewisseres Barometer der Richtigkeit oder Verkehrtheit ihrer Maßregeln geben, als die Zahl und Art derjenigen Personen, welche ohne äußerste Noth ihr Vaterland verlassen. Die Anhänglichkeit des Menschen an seine Heimat und an die durch Gewohnheit ihm lieb gewordenen Verhältniße ist so groß und so natürlich, daß für die Regierung eines Landes allemal ein nicht geringer Vorwurf darin liegt, wenn die Bürger ihres Landes diesen Zug der Natur zu verläugnen fähig werden. Denn entweder muß in solchem Fall der politische und religiöse Druck sehr empfindlich, oder die eingeschlagene Politik muß in ihren Rückwirkungen auf die allgemeinen materiellen und socialen Zustände eine von Grund aus verkehrte und unheilbringende sein. (Weser Ztg.)

München, den 30. Aug. Hr. Ministerpräsident v. d. Pfordten wird einen schon seit Wochen beabsichtigten Ausflug ins Gebirg morgen antreten, und sich auf 14 Tage nach Reichenhall begeben. Auch der Hr. Staatsminister des Innern, v. Zwehl, hat noch einen kurzen Urlaub angetreten, und sich auf sein Landgut bei Miesbach begeben. (A. Z.)

Kissingen, den 31. Aug. Literat St. Gätschenberger wurde (wie man der „N. Würzb. Ztg." meldet) gestern Abends, angeblich wegen Ausspuckens vor einem Gendarmen hier verhaftet.

Mainz, den 30. Aug. Nach einer Eingabe, welche der Verwaltungsrath der hessischen Ludwigsbahn bei dem hiesigen Stadtvorstande in Betreff mehrerer deßhalb nöthig werdenden baulichen Einrichtungen gemacht hat, wird diese Bahn noch im Laufe dieses Jahres eröffnet werden.

Frankfurt, den 1. Sept. Die „Allgem. Ztg." verbreitet in einem Correspondenzartikel aus Frankfurt vom 28. Aug. die Nachricht, daß hier die Cholera aufgetreten sei und im Laufe eines Nachmittags drei Erkrankungsfälle vorgekommen seien. Diese Nachricht ist durchaus falsch. Es ist hier nicht ein einziger Erkrankungsfall vorgekommen. (F. J.)

Kassel, den 29. Aug. Die „Kasseler Zeitung," nachdem dieselbe mit sich zu Rathe gegangen, ob sie mehrere in den lebhaftesten Ausdrücken abgefaßte Erwiederungen auf einen Artikel der ministeriellen „Zeit" aufnehmen sollte, gibt heute Preußen folgenden Rath: Möge Preußen mit sich zu Rathe gehen und seine Antwort fassen, sei es in dieser oder jener Weise, die sogenannte Coalition kann ihr mit größter Gemüthsruhe entgegen sehen. Der Stuttgarter Vermittlungsvorschlag ist an die äußerste Grenze der Möglichkeit gegangen, weiter nachzugeben verbietet die Ehre (denn auch kleinere Staaten haben eine Ehre!) so wie die Sorge für das Wohl der eigenen Länder.

Bremen, den 30. August. Der Bundescommissär Staatsrath Fischer zeigt den Herren Rössingh und Mummy durch den electrischen Telegraphen heute Morgen 10 Uhr 15 Minuten an, daß der Zuschlag des Schiffes „Deutsch-

land" für sie erfolgt sei; die officielle Ausfertigung werde das nächste Dampfschiff von Bremerhaven bringen.

Posen, den 26. Aug. Wenn ich seit längerer Zeit von hier aus keine Mittheilungen machte, so lag das lediglich daran, daß jetzt hier nur Ein Gedanke Alle erfüllt, der Gedanke an die entsetzliche Seuche, die unsere Bevölkerung gegenwärtig decimirt, und die alle Kunst der Aerzte zu Schanden macht. Heute vor 5 Wochen hatten wir hier die erste Choleraleiche, und 14 Tage hindurch trat die Krankheit noch so milde auf, daß wir uns schon der Hoffnung hingaben, sie habe ihren frühern bösartigen Character eingebüßt; da auf einmal aber gewann sie epidemische Verbreitung mit stärkster Intensivität, und seit 3 Wochen zählen wir, bei etwa 40,000 Einwohnern, täglich durchschnittlich 100 Erkrankungen, von denen regelmäßig 50 bis 60 der Seuche schnell — innerhalb 2 bis 10 Stunden — erliegen! Zunächst muß erwähnt werden, daß die Seuche diesmal anders auftritt als früher, und daß neben ihr alle andern Krankheiten, namentlich Wechselfieber, fortbestehen. Die Diarrhöen treten häufig, Erbrechen nur mäßig, oft nur einmal ein; darauf folgen Krämpfe; endlich lassen alle diese Erscheinungen nach, und der Kranke stirbt an bloser Erschöpfung und ohne begleitende Entstellung in Farbe und Zügen. Die Krankheit wählt sich einzelne Stadttheile als Nester, besonders solche, die tief und in der Nähe von Teichen, Gräben oder überhaupt stehendem weichem Gewässer liegen. Wir haben hier einen solchen Stadttheil, die Fischerei genannt, eine einzige von vielleicht 800 Menschen bewohnte Sackgasse, von denen bereits über 200 gestorben, und noch in der letzten Nacht wieder 17 erkrankt sind. Es scheint diese Gasse, wie bereits einzelne Häuser derselben, ganz aussterben zu wollen. So wurde gestern aus einem Haus die ganze Familie eines Tischlers — Mann, Frau und 3 Kinder — gleichzeitig zur letzten Ruhestätte gebracht. Und wunderbarer Weise ist von den 500 Schülern des am Ende dieser verpesteten Gasse gelegenen Gymnasiums, in welchem der Unterricht nicht eingestellt worden, bis heute nicht ein Einziger erkrankt! Freilich sind sie nur in den warmen Tagesstunden in dem Local! Ferner ist zu bemerken, daß die Seuche, wie früher, vorzugsweise die arme Bevölkerung ergreift, und daß die Wohlhabenderen bei gehöriger Vorsicht ihr entgehen. Die Ansteckung erscheint bedingt. Zum Ausbruch kommt die Krankheit fast immer in Folge einer plötzlichen Erkältung, oder eines wenn auch noch so unbedeutenden Diätfehlers. Daß eine regelmäßige Lebensweise das beste Schutzmittel sei, beweist unsere so sehr zahlreiche Garnison, von der erst 20 bis 30 Mann der Seuche erlegen sind. Gefährlich dagegen ist es, aus einer gesunden Atmosphäre plötzlich in eine angesteckte versetzt zu werden; so rückten hier vorgestern neue Truppen aus Schlesien ein, und heute sind schon drei Mann von ihnen der Cholera zum Opfer gefallen. Endlich ist noch zu bemerken, daß die Dauer der Krankheit an einem Ort diesmal fast die doppelte Zeit gegen früher in Anspruch nimmt. In den kleinen Städten in unserer Provinz, besonders den in der Nähe der Weichsel und Warthe gelegenen, sowie in den Niederungsdörfern, erliegt durchschnittlich der sechste Theil aller Einwohner der Krankheit. Schließlich füge ich noch hinzu, daß wir hier unter 24 Leichen immer 10 Kinder, 8 Frauen und 6 Männer zählen. (A. Z.)

Wien, den 28. Aug. Ueber den Reiseplan des Kaisers nach Croatien sind bereits die nähern Bestimmungen bekannt. Der Ausflug wird 23 Tage in Anspruch nehmen. — Das Blatt la Flavilla ist von dem Hrn. Statthalter des Küstenlandes wegen „Unzukömmlichkeiten und schädlicher Richtung" für die Dauer von 4 Wochen suspendirt worden.

Frankreich.

Paris, den 30. August. Schon vor einigen Tagen suchte das Pays zu beweisen, daß das Ausland sich einer Proclamation des Kaiserreiches nicht mit Erfolg widersetzen könne. Heute geht die Patrie nun noch weiter, indem sie gerade mit einem revolutionären Kriege droht, falls Europa keinen Kaiser in Frankreich dulden will. Man streitet nicht für Dinge, die man nicht ausführen will. Die Sprache der halbamtlichen Blätter und selbst die des Moniteur lassen daher noch mehr als die Wünsche der Generalräthe auf eine baldige Proclamation des Kaiserreiches schließen, obgleich sich dieselben fast alle für das kaiserliche Regiment ausgesprochen haben. — Die heutige Antwort des Moniteur auf den letzten Artikel der Times hat noch mehr Aufsehen erregt, als der erste. An der Börse, wo man diesen Artikel auf die verschiedenste Weise commentirte, fielen die Course. — Die Prinzessin Mathilde soll nicht in Ungnade gefallen sein, sondern nach wie vor bei ihrem Vetter in hohem Ansehen stehen. Der Fall Casabianca's und Turgot's ist ihr hauptsächlich zuzuschreiben. Sie konnte beide Herren nicht leiden. (!)

Haynau hat bis jetzt noch keine Demonstration erfahren. Man erzählt nur, daß er einen Engländer, der ihn um die Erlaubniß gebeten, die Hyäne von Brescia einen Augenblick bewundern zu dürfen, vor die Thür geworfen habe. Der Engländer soll diese Unhöflichkeit des Feldmarschalls nicht ganz ruhig hingenommen haben.

Der Präfect des Aisne hat in seinem Departement alle nicht ermächtigte religiöse Versammlungen verbieten lassen. Veranlassung zu dieser Verordnung gab eine in der protestantischen Schule von Fresnoy le Grand abgehaltene Versammlung, deren Zweck das Vorlesen von Predigten und religiösen Schriften war.

Der General Haynau lebt so zu sagen ganz unbemerkt in Paris. Nur vorgestern, als er die für Lyon bestimmte und noch in den Champs elysees aufgestellte Statue des Kaisers besichtigte, gab sich eine gewisse Aufregung unter der Menge kund.

Zu Dijon wurden neulich eine Somnambule und ihr Magnetiseur je zu acht Monaten Gefängniß und 500 Frcs. Geldstrafe verurtheilt, weil sie einem Kranken ein Heilmittel angerathen hatten, das den Tod herbeiführte.

Paris, den 31. August. Aus Anlaß der heftigen Timesartikel sind die Correspondenten der englischen Blätter mit Policeimaßregeln bedroht worden. (K. Z.)

Italien.

Lombardei. Nach Privatnachrichten aus Mailand — heißt es in der französischen lith. Corr. — hat man dort eine große Verschwörung, deren Zweck die Ermordung Radetzky's war, entdeckt. (??) Die Mitglieder dieser Verschwörung sollen meistens Ungarn sein; ein zwischen Mailand und Paris geführter Briefwechsel soll zu ihrer Entdeckung geführt haben. Bereits sollen 25 ungarische Soldaten und Officiere, die bei dieser Verschwörung betheiligt waren, im Geheimen erschossen worden sein.

Großbritanien.

London, den 28. Aug. Aus der Antwort der Times auf den bekannten Moniteur-Artikel trägt die Kölnische Ztg. noch folgende Stellen nach: „Die Sarkasmen Monsieur Bonaparte's gegen die englische Verfassung sollen uns von der Hauptfrage nicht abziehen. Wir haben gar nichts dagegen, daß sie von dem Manne in den Staub gezogen wird, der da geschworen hat, der Republik treu zu bleiben und alle ihm durch die Verfassung auferlegten Pflichten zu erfüllen; der da erklärt hat, daß dieser Eid sein zukünftiges Verhalten bestimmen solle, und daß er denselben als Mann von Ehre halten werde; der als Feinde Frankreichs und des Vaterlandes alle diejenigen angeklagt hat, welche durch ungesetzliche Mittel die von ganz Frankreich gegründete Verfassung zu stürzen versuchen würden, und welcher nach alle dem die Revolution vom 2. Decbr. 1851 gemacht hat. Ein solcher Mann hat kein Urtheil über Recht und Verträge, für ihn existiren sie nicht, und wir haben nichts dagegen, daß unsere glorreiche Verfassung durch seinen Haß geehrt und durch seine Furcht geheiligt wird. Auch die persönlichen Angriffe, zu

denen sich der Elysee-Autokrat gegen unser Blatt herabläßt, sollen uns nicht irre machen. Monsieur Bonaparte mag uns die leidenschaftlichen Dolmetscher feindlicher Parteien oder die Vertreter einer eigennützigen Opposition nennen. Wir sind nicht, wie der Moniteur, „„das Organ einer Nation,““ aber im vorligenden Falle sind wir etwas mehr, — das Organ des Gewissens der Menschheit, der Ausdruck jenes Bewußtseins, welches den Menschen vom Vieh unterscheidet, das Sprachrohr jenes unbeugsamen Sittengesetzes, das kein meineidiger Richter umstoßen und welches ein noch so glänzender Erfolg nicht umgeben kann. Nur auf eine Anklage, die sich Hr. Bonaparte in seiner Gereiztheit entschlüpfen läßt, müßen wir antworten. Er meint, wir billigten frühere Revolutionen (1830 und 1848) nicht wegen der sie begleitenden Volkserrungenschaften, sondern wegen des dabei vergossenen französischen Blutes. Wir tadeln wahrscheinlich den 2. und 4. December, weil er so blutlos war?... Weil bloß 1200 Spaziergänger am hellen Tage, auf offener Straße, ohne Widerstand von der besoffenen und zu dem Zwecke von Monsieur Bonaparte bestochenen Soldatesca ermordet worden sind?... Der St. Napoleons-Tag hätte eigentlich am 4. Decbr. auf dem Marché des Innocens gefeiert werden sollen. Die eigentliche Frage ist: Haben wir bis jetzt geträumt? Ist Frankreich nicht aller politischen Rechte enterbt, wie die Times zu behaupten wagt? Macht es vielmehr, wie Mons. Bonaparte behauptet, zum ersten Male einen Versuch mit der unbegränztesten Freiheit? Wenn Frankreich politisches Leben besitzt, so werden wir dies, wie jedes animalische Leben, in der Vollendung seiner Organe, im Senat, in der Legislatur, den Generalen, den Richtern, Localräthen und vor Allem in seiner Presse finden. Den Gerichten stehen jene Männer vor, die am 2. Decbr. zusammentraten und den Präsidenten wegen Meineid und Verrath absetzten; die im April demselben Präsidenten Treue schwuren und jetzt vom Gesetze gerade so viel gelten lassen, als er für gut findet. Die Armee befehligt derselbe General Magnan, der Hrn. Bonaparte, als derselbe vor dem Pairsgericht wegen des boulogner Attentats stand, mit seiner Verachtung niederschmetterte u. s. w. Der Senat ist eine Bande feiler Pensionäre u. s. w. Das allgemeine Stimmrecht ist ein leerer Schall, ein glänzendes Nichts. Um etwas zu sein, müßte der Wähler nicht bloß eine Stimme, sondern eine Wahl haben. Gehen wir von Institutionen zu Handlungen über, so finden wir in dem Raub an der Familie Orleans und in den Pontons von Lambessa und Cayenne den besten Beweis, daß der große Zweck der menschlichen Gesellschaft — Schutz für Personen und Eigenthum — nicht zu den Zwecken Mons. Bonaparte's gehört. Wenn dies ein getreues Bild der gegenwärtigen Lage Frankreichs ist — und wer kann die Treue des Bildes anfechten —, haben wir denn nicht ein Recht, über die Entartung einer Nation zu staunen, die unter der Wucht solcher Erniedrigung und solchen Elends Geschmack an Raketen und Feuerwerk, an Paraden und Processionen finden kann? Herr Bonaparte verlangt zu viel. Die französische Presse hätte dies alles längst gesagt, aber sie ist geknebelt. Die Tribune hätte es gesagt, aber sie ist stumm. Eine Nation kann frei und stolz, oder geknechtet und demüthig sein, aber vergebens müssen alle Versuche bleiben, Frankreich eitel auf seine Sclaverei und stolz auf seine Entehrung zu machen. Herr Bonaparte verbittet sich unsere Vergleichungen mit dem ersten byzantinischen Kaiserreich. Entdeckt er keine Familienähnlichkeit, wenigstens mit einer Person, in folgender Skizze, welche Gibbon von Kaiser Commodus entwirft? „„Inmitten des Beifalljauchzens eines schmeichlerischen Hofes vermochte er sich nicht zu verhehlen, daß er die Verachtung und den Haß jedes verständigen und tugendhaften Mannes in seinem Reiche verdient hatte; sein grimmiges Gemüth ward aufgestachelt durch das Bewußtsein dieses Hasses, durch seinen Neid gegen jedes Verdienst und durch die gerechte Furcht vor der Gefahr.““

— den 29. August. Die britische Regierung hat an das Cabinet von Lissabon eine energische Protestation in Betreff der Arrangements gerichtet, die für die Bildung einer Actiengesellschaft getroffen worden, welche eine Eisenbahn von Lissabon nach Santarem und nach Oporto bauen und deren Betrieb übernehmen soll. Die portugiesische Regierung sagt dieser Gesellschaft die Garantie eines Zinsenminimums von 6 pCt. zu und bestellt zur Bürgschaft einen bestimmten Theil der Abgaben, welche die Staatskasse von der Bank von Lissabon bezieht. Diese Einkünfte der Staatskasse wurden aber bereits den auswärtigen Gläubigern Portugals zur Bürgschaft bestellt, und mit Recht haben die britischen Inhaber portugiesischer Bons Beschwerde erhoben.

Rußland.

Petersburg, den 22. Aug. Die neuesten Berichte vom Kaukasus melden, daß die den Russen feindlichen Einwohner der drei am Argun belegenen Kistinskischen Dörfer oberhalb Schatil fortwährend den Tischino-Pschawo-Chewsurski-Bezirk beunruhigten. Es wurde deßhalb vom Chef dieses Bezirks, Oberstlieutenant Fürsten Tschelokajew, beschlossen, dieselben zu züchtigen. Er raffte 746 Milizen, 4 donische Kosaken zusammen, umstellte die drei Dörfer und übergab sie nach einem hartnäckigen Kampfe den Flammen. Er machte dabei 17 Gefangene und erbeutete dabei eine bedeutende Zahl Vieh. Auf Seiten der Russen fielen 3 Todte und 9 Mann wurden verwundet. (??)
(Hamb. N.)

Vereinigte Staaten.

New-York. Das Project einer Expedition nach Japan ist nun wieder definitiv aufgegeben.

— den 17. Aug. Im Senate wurde eine Resolution gefaßt, den Präsidenten um Absendung eines Agenten nach den Sandwichs-Inseln zu ersuchen, der über die Zweckmäßigkeit von Unterhandlungen zur Erwerbung jener Inseln berichten soll.

Aus **Californien** haben wir einige interessante Mittheilungen. Bei Viacita wurde 60 Fuß unter der Erde ein Goldklumpen von 26 Pfund Gewicht (an 5400 Dollars im Werth) gefunden. Die Ausbeute ist im Allgemeinen noch sehr groß, und lange Canäle sind im Bau nach goldhaltigen, aber wasserarmen Gegenden. Binnen zwei Wochen waren an 4000 Chinesen eingewandert, und als der 4. Juli in San Francisco durch eine festliche Prozession gefeiert wurde, spielten auch die Himmlischen eine Rolle dabei. Eine lange Reihe reich gekleideter Chinesen zog mit, ein gewaltiges Banner aus rother Seide voran, auf welchem der kaiserliche Drache in Goldstickerei prangte. Man sagt, sie ließen sich das Fest 12,000 Dollars kosten. Die Kornernte in der ganzen Provinz fiel ungemein ergiebig aus. In San Francisco selbst herrschen Ruhe und Ordnung; man kann die Stadt beinahe zu den civilisirtesten Colonieen der Welt zählen, und ihren kosmopolitischen Character bezeichnet die neuliche Gründung einer französischen, spanischen und deutschen Zeitung daselbst. Aber im Innern des Landes fehlt es noch immer nicht an Raub und Mord. Eine Abtheilung americanischer Truppen führt jetzt regelmäßig Krieg mit den räuberischen Indianern, die in kurzer Frist 57 Raubmorde begangen hatten. Die Herren des Landes, die Yankees, benehmen sich aber oft auch indianisch. — Nach einer Post von den **Sandwichsinseln** vom 26. Mai hat die Königin Pomare abgedankt. Ihr älterer Sohn ist dafür als König von Raiatea, der jüngere als König von Huahina, und ihre Tochter, die den Prinzen Kamehamea heirathen soll, als Königin von Bolobolo anerkannt worden. Pomare selbst wird wol den Titel Königin-Mutter und eine Apanage behalten.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1200] Freitag, den 3. September: Militärmusik im
Bad Gleisweiler.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 213 | den 4. September 1852.

Deutschland.

General Haynau. (Aus der Schw. Nat.-Ztg.) Mitten in der politischen Versumpfung, die überall um sich greift, bildet die Demonstration gegen den General Haynau in Brüssel eine eigene kleine Episode. Dieser lebendige Unwille, der sich gegen den größten Standrechtshelden geäußert, ist um so bezeichnender, als er nicht von einer einzelnen Klasse oder dem was man von gewissen Seiten „Pöbel" zu nennen beliebt, ausgegangen ist, sondern ohne Unterschied von allen Klassen der Gesellschaft und zwar der weiblichen so gut wie der männlichen. Um sich den Abscheu, der in der Demonstration seinen Ausdruck gefunden, vollständig zu erklären, muß man in die Geschichte der Jahre 1848 und 1849 zurückgehen. Wir können deshalb nicht umhin, nach der belgischen „Nation" eine kurze Skizze über diesen Mann mitzutheilen, der mit so frecher Stirne der öffentlichen Meinung in Mitte einer für Freiheit und Menschlichkeit empfänglichen Bevölkerung Trotz geboten.

Seine ersten großen Lorbeeren errang General Haynau bekanntlich in Brescia. Die Grausamkeiten, die hier begangen wurden, gingen dergestalt über alle Einbildung hinaus, daß man sie anfangs nur der Trunkenheit der kroatischen Horden, mitten in einer eroberten Stadt zuschrieb. Dem war indeß nicht so. Die Gräuel geschahen auf Commando und die Henker hatten den General zu ihrem Chef. In Brescia, der heldenmüthigen Stadt, fand man Männer mit aufgeschlitzten Leibern, zerstümmelte Weiber mit abgerissenen Brüsten, Kinder mit Pech überstrichen, die von den Soldaten wie Fackeln angezündet wurden. Diese Thatsachen lassen sich nicht bestreiten und werden auch nicht bestritten. Als Haynau im folgenden Jahr in Pesth einrückte, bezeugte er sie selbst. Er schrieb sich den Ruhm dieser Barbareien zu, indem er die Einwohner von Pesth an das Beispiel von Brescia erinnerte: bei der ersten Bewegung, hieß es in der Proclamation, werde die Stadt das gleiche Loos erfahren. Als die Russen, von Görgey's Verrath unterstützt, die hinausgeschlagene österreichische Armee wieder nach Ungarn zurückbrachten, fing Haynau an, seine ganze Wuth gegen die heldenmüthigen Vertheidiger auszulassen. Städte und Dörfer wurden verbrannt, Patrioten gehängt und erschossen, Weiber gepeitscht, Greise und Kinder eingekerkert. Hier ein Tagsbefehl, datirt Preßburg, den 22. Juni 1849: „Da die Einwohner von Vo Sarkony sich bei den Angriffen der Magyaren gegen die Brigade Wyß den kaiserlichen Truppen feindlich gezeigt und sich der Herstellung der Verbindungen, die ich angeordnet, widersetzt haben, so habe ich mich entschlossen, diesen rebellischen Acten ein Ende zu machen. Ich habe den Befehl ertheilt das Dorf in Brand zu stecken, was am 21. ausgeführt wurde. Die Kirche allein ist von dem Brande, der Plünderung und jeder Gewaltthätigkeit verschont geblieben." Unter den vielen gepeitschten Weibern nennt man eine edle Dame, Madame Maderspach: „Aus den Armen meines Mannes und den Liebkosungen meiner Kinder gerissen — erzählt sie selbst in einem Briefe, der in der Köln. Ztg. vom 9. Oct. 1849 abgedruckt war — wurde ich, ohne daß man irgend ein gerichtliches Verhör mit mir vorgenommen, in ein Quarrée von Soldaten gestellt, in meiner eigenen Stadt, in Mitte der Bevölkerung, die mich zu ehren gewohnt war. Hier wurde ich mit Ruthen gepeitscht." Man wird sich ferner des Schicksals des gewesenen Ministers Grafen Batthyany erinnern. Lange vor Beendigung des Kampfes hatte sich derselbe zurückgezogen, weil der Aufstand eine Richtung nahm, mit der er nicht einverstanden war. Aber dies rettete ihn nach Unterwerfung des Landes nicht vor der Rache Haynaus, er wurde mit Verletzung aller Formen gleich dem gemeinsten Verbrecher zum Strang verurtheilt. Um dem schimpflichen Ende zu entgehen, legte er Hand an sich selbst, aber der Schnitt, den er sich beibrachte, tödtete nicht. Infolge der Wunde am Hals war es nicht möglich ihn zu hängen. Man mußte die Hinrichtung verschieben und erstattete an Haynau Bericht darüber. Dieser gerieth in Wuth über den Verzug und ließ den Grafen auf der Stelle erschießen.

An einem einzigen Tage, am 6. Oct. 1849, erlebte Arad das fürchterliche Schauspiel, daß gemäß dem von Haynau ratificirten standrechtlichen Spruche neun der berühmtesten ungarischen Generäle und Obersten, die ihr Vaterland so ehrenvoll vertheidigt, an den Galgen gehängt und zwei erschossen wurden. Die Zahl aller kriegsrechtlich Gehängten und Erschossenen geht in die Hunderte. Der österreichische Hof selbst sträubte sich zuletzt, das ganze Odium der scheußlichen Barbareien mitzutragen und ließ den Wütherich wenigstens vor der Welt in Ungnade fallen. Wer will sich da wundern über die „Blutlache" vor dem Hotel de Flandre in Brüssel?

* Herr Redacteur! Kaum habe ich mein zweites Schreiben an Sie dem Boten gegeben, weiß daher noch gar nicht, ob es den Weg in die Oeffentlichkeit gefunden hat, und erlaube mir dennoch, Ihnen schon jetzt mit diesem dritten Briefe beschwerlich zu fallen. Meine Entschuldigung für diese wiederholte Belästigung liegt in der einfachen Betrachtung, daß möglicher Weise durch eine bezüglich der jetzt in der Pfälzer Presse schwebenden Differenzen ruhig fortgeführte Correspondenz ebensowol Sie, Hr. Redacteur, als auch das Lesepublikum vor später ewig und immer wiederkehrenden Streitigkeiten bewahrt werden könnten. Ein solcher jedenfalls möglicher Gewinn scheint mir schon groß genug zu sein, um die Mühe des Schreibens, Druckens und Lesens einiger weiteren Briefe zu rechtfertigen. Und gerade über das Lesen Ihrer Zeitung wollte ich Ihnen heute einige Zeilen zugehen lassen.

Ein französischer Journalist, der Hauptredacteur der in Paris erscheinenden „Presse", Hr. Emil Girardin war, wie dies unter Blättern, die den Reflex der verschiedenen Meinungsschattirungen im Volke bilden, von jeher vorgekommen ist und der Natur der Sache nach immer vorkommen wird, vor einiger Zeit mit dem gleichfalls in Paris erscheinenden „National" in Conflict gerathen. Im Verlaufe des Streites erklärte plötzlich der etwas erregbare Hr. v. Girardin, wenn sein Gegner fortfahre, in der ihm nicht genehmen Art zu polemisiren, so werde er den „National" gar nicht mehr lesen. Diese Erklärung des Hrn. v. Girardin erregte, was eine Drohung so lächerlicher Art erregen mußte, allgemeine Heiterkeit bei den Gegnern und deutlich ausgesprochene Unzufriedenheit bei den Freunden. Und was that der National auf die furchtbare Drohung des Hrn. v. Girardin? Er ignorirte sie, und fuhr fort, wie er begonnen. Und Hr. v. Girardin, was that der? Er fand für gut, selbst seine eigene Drohung zu ignoriren, und polemisirte vor wie nach gegen den National. — So weit dieser kleine Zwist, bei dem von den Personen ganz abzusehen ist, die größte Aehnlichkeit mit der zwischen der „Neuen

Speyerer" und der „Pfälzer Zeitung" entstandenen Differenz; nur ein Hauptunterschied scheint mir zwischen beiden zu bestehen: Hr. v. Girardin, von welchem angenommen wird, daß er es mit der Wahrheit eben auch nicht sehr genau nehme, ließ sich doch nicht so weit hinreißen, zu behaupten, daß er seine Drohung wirklich vollzogen habe und die Zeitung des Gegners in Wirklichkeit nicht mehr lese. Es hätte ihm dies freilich auch kein Mensch in ganz Frankreich geglaubt, und Spott hatte er für seine Drohung bereits genug geerndtet. Hr. Dr. Jäger aber, indem er zugleich selbst den Beweis gegen seine eigene Behauptung des Nichtlesens führt, sagt dem Publikum, er habe den Kopf in den Sand gesteckt, und sehe und höre nur noch, wenn es ihm beliebe, ihn zuweilen in die Höhe zu heben, oder seine Genossen ihm das Zeichen geben: „Erhebe dein Haupt, o Mann, es ist fern die Speyerer Zeitung!" Glaubt dies wirklich irgend Jemand? Oder vielmehr weiß Hr. Jäger nicht selbst, daß es ihm Niemand glaubt? Zu was also, erlaube ich mir zu fragen, diese Posse und die ewige Berufung auf's Nichtlesen? — Uebrigens scheint es mir bei ruhigem Vergleich der Artigkeiten, welche die beiden Zeitungen einander spenden, daß jene sich so ziemlich gegenseitig aufwiegen, ja, mir will es dünken, als ob im Punkte der Grobheit und der (hier bin ich in ernster Verlegenheit ein möglichst mildes Wort zu finden und doch den Gedanken auszudrücken) verbissenen galligen Malice Hrn. Jäger's Waagschale bedeutend tiefer geht, so tief oft, daß es nach dem Lesen Einem schüttelt, als wenn man aus einem Morast befreit worden wäre. Ich weiß daher nicht, wie Hr. Jäger dazu kommt, immer zu kreinen und zu jammern, als ob ihm das größte Unrecht geschähe. Verhehlen will ich nicht, daß es mir und wie ich aus dem täglichen Gespräche im Leben weiß, fast Jedermann willkommen wäre, wenn, so weit dies irgend thunlich ist, alle Persönlichkeiten zwischen den beiden Blättern gänzlich aufhören würden. Das wird aber wol wie vieles Andere für's Erste ein frommer Wunsch bleiben müßen, dessen Erfüllung um so weniger in Aussicht steht, je öfter Hr. Jäger seinen Kopf in den Sand steckt. So viel über die gegenseitigen Höflichkeiten. Nun noch ein Wort über den Anspruch, welchen Hr. Jäger an die Speyerer Zeitung macht. — Ich bin nemlich der Ansicht, daß es die Aufgabe der „Speyerer Zeitung" gewiß nicht sein kann, dem Hrn. Jäger zu gefallen. Im Gegentheil, es wäre gewiß das schlechteste Compliment für Ihr Blatt, wenn Hr. Jäger von ihm sagen könnte, daß er sein Gefallen daran finde. „Was will also Hr. Jäger," frage ich mich wieder, „daß die Speyerer Zeitung thue?" Ohne Zweifel wäre es ihm am liebsten, wenn sie kein Mensch mehr lesen würde oder, was dem gleich steht, wenn Sie, Hr. Redacteur, eines schönen Morgens erklären würden: „Nun, da Hr. Jäger unsere Zeitung nicht mehr liest, ist es nicht mehr der Mühe werth, sie forterscheinen zu lassen, — die Speyerer Zeitung hat zu erscheinen aufgehört." — Das versteht sich von selbst, daß eine solche Nachricht auch den grimmigsten Grimm in Freude kehren würde. Allein wie die Sachen liegen, kann die Speyerer Zeitung dem Hrn. Jäger diese Botschaft nicht in Aussicht stellen und hat dazu auch, wie ich glaube, einen viel zu nachhaltigen, weder von der Laune noch von der Gnade abhängigen Boden, aus dem sie ihre Nahrung zieht. Ein Blick auf den Bestand der Zeitung trotz der Ungunst der wechselnden Zeiten und der Ungnade der auch wechselnden Herren zeigt dies deutlich. Der Sturm kann einige Verheerung an der Oberfläche anrichten, aber der Boden und seine Kraft bleibt. Sollte einmal so ein Sturm, wie er seit Jahren über die Speyerer Zeitung wiederholt gekommen ist, über das lockere, abhängige Erdreich der Pfälzer Zeitung ergehen, dann könnte ein Gerölle beginnen, das nichts übrig ließe als eine kahle unfreundliche Fläche. Ich meine also, Hr. Jäger, Sie sollten, wenn dies Ihnen keine zu große Beschwerde macht — (Sie erlauben wohl den kleinen Scherz) — bonne mine à mauvais jeux machen und mache Ihnen den gewiß annehmbaren Vermittlungsvorschlag, bei welchem Sie ohnehin wie eine europäische Großmacht im Rechte bleiben, nachher zu thun, was Sie wollen: Erklären Sie, „daß Sie zwar fortfahren, die Speyerer Zeitung nicht zu lesen, daß Sie sich dieselbe aber jetzt vorlesen lassen." Dann hat dieser leidige Disput wieder ein leidliches Ende gefunden. — X. +

* **Edenkoben,** den 1. Sept. Die Gemeinde Böbingen wurde vorgestern und gestern von Gewitter und Hagelschlag hart betroffen. Nachdem nemlich vorgestern Abend ein sehr heftiges Gewitter, begleitet von starkem Hagelschlag, über die Böbinger Gemarkung gezogen und an den Felderzeugnißen, hauptsächlich am Tabak beträchtlichen Schaden angerichtet, wurde dieselbe gestern Nachmittag gegen 2 Uhr abermals durch ein heftiges Gewitter heimgesucht. Der Blitz schlug in das Wohngebäude des Daniel Becker, richtete daselbst große Zerstörung an, fuhr in die Wohnstube, wo beide Eheleute sich befanden und tödtete den Mann augenblicklich. Die Ehefrau, welche ebenfalls vom Blitze getroffen, zusammenstürzte, wurde wieder zu Leben gebracht, ihre Kleider aber hatten sich durch den Blitz entzündet und derselben eine beträchtliche Verbrennung verursacht. Die Frau scheint übrigens außer Lebensgefahr zu sein.

München, den 30. August. Die Einberufung der Landräthe ist bis Ende nächsten Monats beantragt. — Professor Dr. Liebig traf gestern hier ein. (N. K.)

Würzburg, den 1. Sept. Der gestrige Wolkenbruch hat den Heidelberger Eilwagen weggeschwemmt und zertrümmert; ein Reisender wird vermißt.

Karlsruhe, den 1. Sept. Publikandum: „Friedrich, von Gottes Gnaden Prinz und Regent von Baden &c. Wir haben Uns gnädigst bewogen gefunden, von einer weiteren Verlängerung des Kriegszustandes Umgang nehmend, von heute an Unsere bürgerlichen Behörden in ihre volle Wirksamkeit wieder eintreten zu lassen. Indem Wir hierbei von der Ueberzeugung geleitet werden, daß in Unseren Unterthanen der Geist der Sittlichkeit und der Gesetzlichkeit so weit erstarkt sei, um außergewöhnlicher Mittel zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung nicht zu bedürfen, sind Wir zugleich auch davon durchdrungen, daß die dauernde Befestigung des gesetzlichen Zustandes wesentlich bedingt ist durch den regen Pflichteifer, die sorgfältige Wachsamkeit und das umsichtige Zusammenwirken Unserer Beamten. Zu diesen Allen, welchem Berufskreise sie auch angehören, versehen Wir Uns daher, daß sie nicht nur durch ein ihrer Stellung angemessenes Verhalten, sondern auch durch gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten Unseren übrigen Unterthanen mit gutem Beispiele vorangehen. Wir fordern sie, und namentlich die mit der Justiz- und Polizeiverwaltung betrauten Beamten insbesondere auf, dem Unrecht und dem Frevel, in welche Form sich solche auch verhüllen mögen, schnell und kräftig zu begegnen, jede Auflehnung gegen die öffentliche Ordnung sofort mit Entschiedenheit zu unterdrücken und mit Strenge zu bestrafen, und auf diese Weise zu verhüten, daß es nirgends den Anschein gewinne, als sei durch Aufhebung des Kriegszustandes der den Gutgesinnten zu gewährende Schutz vermindert und den Uebelgesinnten zu neuem Unfuge Raum gegeben. Mit Zuversicht erwarten Wir, daß dieser Unserer Willensmeinung in ihrem ganzen Umfange genügt, und daß Dies geschehe, von Unseren obersten Behörden gebührend überwacht werde."

Stuttgart, den 1. Sept. (Sitzung der 2. Kammer.) Der Commissionsantrag, in Betreff der Steuern aus Apanagen, Kapitalien, Dienst- &c. Einkommen der Berechnung der Regierung beizutreten, wird mit 61 gegen 20 Stimmen angenommen. (Beob.)

Der Landtag ist mit der heutigen Sitzung, die bis Abends 5 Uhr dauerte, vorerst als beendigt zu betrachten, und die Vertagung wird ohne Zweifel noch in dieser Woche eintreten, indem nur noch der formellen Feststel-

lung und Endabstimmung wegen zwei kurze Sitzungen nöthig sein werden. Der noch zu deckende Ausfall von 120,000 fl. jährlich wurde durch eine Malzsteuererhöhung von 20 auf 24 kr. per Simri mit 46 gegen 35 Stimmen zu decken beschlossen.

Berlin, den 31. August. Die „Spener'sche Ztg." sagt über die von Preußen gegebene Antwort auf die Erklärung der Coalition u. a.: Die gesterwertheilte Antwort erkennt an, daß die definitive Erklärung über den Septembervertrag am 21. dieses Monats gegeben sei; dieser einen Voraussetzung für die Fortsetzung der Verhandlungen ist also genügt. Die Zustimmung zu dem von Preußen bezeichneten Zeitpunct für die Unterhandlungen mit Oesterreich dagegen ist von den Coalitionsregierungen weder ertheilt, noch versagt... Die gestrige Antwort gibt die verlangte Erklärung, setzt aber die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Coalitionsregierungen fernerweit und zwar äußersten Falls bis zur Mitte des künftigen Monats aus, bis wohin die Zustimmung zu dem Zeitpunct für die Unterhandlungen mit Oesterreich gegeben sein muß, widrigenfalls der Abbruch der hiesigen Verhandlungen erfolgt.

Man hört, daß Seitens der Bevollmächtigten von Baiern und Württemberg die Zusage gegeben ist, die Replik auf die gestern entgegengenommene Erklärung möglichst zu beschleunigen. An unterrichteter Stelle wird versichert, daß nur mit Hülfe dieser eine baldige Entscheidung der Sache in Aussicht stellenden Zusage diejenige Modification der Erklärung vom 30., welche sich in der Zulassung einer neuen Frist dargestellt, erreicht wurde. (C. B.)

Wien, den 28. August. Seither war es üblich, die Soldaten bei verschiedenen Handverrichtungen, deßgleichen als Statisten auf dem Theater, zu verwenden; eine Ordre des Kriegeministers untersagt diesen „Mißbrauch" auf das strengste, und es heißt darin ausdrücklich: „der Soldat gehöre nur dem Kaiser und habe Niemand Anderem zu dienen." Auch das Spielen der Regiments-Musik an öffentlichen Orten darf nur ausnahmsweise stattfinden. Das Verbot trifft am schlimmsten die Soldaten selbst, denen dadurch die Gelegenheit entzogen wird, neben der kargen Löhnung noch einigen hübschen Nebenverdienst zu machen. (Nat. Ztg.)

Olmütz, den 25. Aug. Der Erzbischof und apostolische Nuncius zu Wien hat unsrem Erzbischof Nachstehendes unterm 7. August mitgetheilt: „In der letzten Zeit haben nicht wenige, von verschiedenen Orten kommende Betrüger Deutschland durchreist, welche mit erdichteten Ehrenzeichen, Titeln und Würden die Frömmigkeit der Gläubigen hintergingen und mit falschen Urkunden sie zu täuschen unternahmen. Damit diesen verdorbenen Menschen jeder Weg abgeschlossen werde, Andere zu täuschen, wünscht der heilige apostolische Stuhl, daß Niemand als apostolischer Gesandter oder Delegat von den Bischöfen aufgenommen werde, wenn er nicht als solcher von der apostolischen Nunciatur zu Wien oder München besonders anempfohlen werde. Indem ich dies Ew. Eminenz bekannt gebe, ersuche ich zugleich, Ew. Eminenz wollen alle Pfarrer der Diöcese ermahnen, daß sie keinen jener bezeichneten Menschen aufnehmen, wenn er sich nicht früher mit einer Urkunde von den erwähnten apostolischen Nunciaturen ausgewiesen hat."

Triest. Das hiesige politische Tagblatt „la Favilla" welches von der Statthalterei bereits zwei Verwarnungen erhalten hatte, ist nun auf die Dauer eines Monats suspendirt worden. Nächste Veranlassung gab eine Notiz über das Leichenbegängniß der Mutter Mazzini's in Genua.

Schweiz.

Graubünden. Aus Poschiavo erfährt man, daß auch hier schon vor etwa 14 Tagen ein ungeheurer fliegender Ameisenschwarm, der zeitweise die Sonne wie ein leichtes Gewölk verdunkelte, sich gezeigt hatte, wie es aber scheint, dort zu größtem Theile umgekommen ist, indem am darauf folgenden Tage der ganze See wie von einer Decke überzogen war. — Die Traubenkrankheit herrscht, wie es scheint, im ganzen Veltlin, besonders in Tirano und Sondrio; ihre Verheerung ist so groß, daß die zu erwartende Erndte kaum dem Bedarfe des Veltlins genügen wird. Man hoffte von den letzten Regengüssen eine gute Wirkung; statt dessen hat sich das Uebel dadurch noch verschlimmert.

Frankreich.

† **Paris,** den 1. Sept. Der halbamtliche Theil des „Moniteurs" bringt folgende Erklärung, die mehrfachen Annahmen ein Ende macht: „Einige fremde Journale fahren fort, die Zurückberufung der französischen Truppen, welche in Rom und Civitavecchia in Garnison sind, als nahe bevorstehend anzukündigen. Diese Nachricht ist eben so grundlos als die Commentare, die sie begleiten, und wir können versichern, daß sie den wenigsten Glauben in Rom selbst finden wird." — Die beiden heute veröffentlichten Beschlüße der Generalräthe der Departements Gard und Sarthe enthalten keine Stabilitätswünsche. — Von den Beschlüßen der Arrondissementsräthe, welche heute der Moniteur bringt, enthalten nur 4 Wünsche für die Herstellung des Kaiserreichs. — Der Correspondent des Morning Advertiser in Paris, Hr. Bower, hat, wie schon gemeldet, vom Director der Abtheilung für Buchhandel und Presse, wegen einer für die Regierung beleidigenden Correspondenz eine Verwarnung erhalten, worauf das genannte Blatt mit den heftigsten Schmähungen gegen den Präsidenten, dessen Regierung und gegen die Postverwaltung antwortet, und die letzte beschuldigt: die ihm zugesandte Correspondenz geöffnet und beschmutzt zu haben. Hr. Bower wird nun wahrscheinlich ausgewiesen werden.

Ein Decret des Präsidenten rehabilitirt den im Prozesse des ehemaligen Ministers Teste vom Pairshofe verurtheilten General Cubières. — Die Wahlen der Municipalitätsräthe werden überall mit großer Lauheit betrieben. In Valence haben von 5000 eingeschriebenen Wählern nur 1600 und in Rouen von 26,890, nur 6,641 gewählt. Im Departement du Nord sind an mehreren Orten gar keine Wahlen zu Stande gekommen. — Der „Univers" zeigt an, daß bis jetzt alle Subscriptionen für die 250,000 Frcs. betragenden Prozeßkosten des Paters Newman sich auf 65,000 belaufen. Er fordert zur größeren Theilnahme auf und versichert, daß der Pater Newman bereits seine Schuld an die Subscribenten abzutragen angefangen habe, indem er alle Dienstag und Freitag für sie eine M e s s e liest. (!!)

Die „Presse" hat so eben vom Polizeiminister wegen des gestrigen Artikels des Hrn. Girardin gegen Hrn. Granier de Cassagnac, worin „verläumderische Insinuationen gegen die Regierung" enthalten sein sollen, eine z w e i t e Verwarnung erhalten.

Der berühmte Speisekünstler Chevet von Paris hat kürzlich ein Diner für die Königin Christine über Nantes nach Spanien expediren müßen. Der Transport des Diners bis Nantes hat allein 1300 Fr. gekostet. Lucullus, du nennst dich jetzt Christine!

Spanien.

Madrid, den 26. Aug. Die Königin Isabella hat über die Truppen zu San Ildefonso Revue gehalten und zum Beweise ihrer Zufriedenheit 16,000 Cigarren an die Mannschaften vertheilen lassen.

Italien.

Rom, den 24. Aug. Der zwischen Rom und Civitavecchia gehende Postwagen ist von einer Bande von 8 bewaffneten und maskirten Männern angehalten worden. Die Reisenden sind geplündert und die Regierungsdepeschen weggenommen worden. Einige Tage vorher wurde ein anderer Wagen ebenfalls geplündert.

Neapel, den 23. Aug. Dem neapolitanischen Polizeiminister ist aus Brindisi und anderen Orten die Nachricht zugegangen, daß eine Anzahl Taschentücher mit der

Inschrift: „Murat, König von Neapel," gefunden worden ist. In Folge davon hat man mehrere Verhaftungen vorgenommen. Der Correspondent des englischen Blattes hält es für keineswegs unwahrscheinlich, daß das Ganze eine Machination der Policei sei.

Messina, den 22. Aug. Nach eben hier eingetroffenen Nachrichten hat am 20. d. M. ein Ausbruch des Aetna begonnen, der seine Thätigkeit an mehren Stellen entwickelt. Seit 1843 hat keine Eruption des Aetna mehr stattgefunden.

Großbritanien.

***London**, den 31. August. Die Berichte über die Erndte in Irland lauten außerordentlich günstig, selbst die Kartoffel liefern einen unerwarteten Ertrag.

Rußland.

In **Warschau** sterben gegenwärtig an der Cholera täglich 100—120 Menschen. Es hat sich in dieser Stadt eine wunderliche, vom gemeinen Mann durchweg geglaubte Sage, gleich der in Sue's „Ewigem Juden," über die Cholera gebildet. Es heißt nemlich, die Cholera sei eine weißgekleidete Frau mit tiefliegenden hohlen Augen und eingefallenen Wangen, die mit der Post, Eisenbahn oder auf andere Weise von Ort zu Ort reise und die Seuche verbreite. Ein Droschkenkutscher, von dem sich die Nachricht verbreitete, er habe diese Frau nach dem Eisenbahnhofe gefahren, wurde vom Volke arg gemißhandelt und konnte nur durch die Polizei gerettet werden.

Miscellen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Warum wol der Kurfürst von Hessen am Tage der Illumination Kassel verlassen hat? Man sagt, die erleuchtete Stadt sei ihm zuwider; Andre meinen, die Kurhessische Regierung könne überhaupt keine Beleuchtung vertragen.

Warum wird bei der Erhebung Rothschilds in den Grafenstand nicht genauer nach den Ahnen geforscht? Weil man von ihm nur den wirklichen Beweis darüber verlangt, daß er von den Erz-Vätern abstammt.

Wie heußt Ahnen? Oesterreuch denkt: Ahnen wüll ich nücht, ich wüll bekommen, und ün Rothschild seunen Adern flüßt das ödelste Blut: jöder Tropfen ein Lujidor. Zwickauer.

Welche Kühnheit, zu behaupten, wir seien wegen unserer Angriffe auf den Prinz-Präsidenten verwarnt worden! — Angreifen kann nur der Feind, wir aber sind dankerfüllte Freunde, wol erwägend, wie viel wir dem Retter auch der humoristischen Gesellschaft verdanken. Auch machen wir Niemanden lächerlich, sondern überlassen Jedermann, sich selbst lächerlich zu machen.

Die Gelehrten des Kladderadatsch.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 31. Aug. Weizen 5 fl. 6 kr., Korn 4 fl. 25 kr., Gerst 3 fl. 32 kr., Spelz 3 fl. 24 kr., Hafer 2 fl. 49 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 28. Aug. Weizen 5 fl. 14 kr., Korn 4 fl. 22 kr., Spelz 3 fl. 47 kr., Gerst 3 fl. 35 kr., Hafer 2 fl. 56 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 31. Aug. Weizen 4 fl. 51 kr., Korn 4 fl. 11 kr., Spelz 3 fl. 5 kr., Gerst 3 fl. 27 kr., Hafer 2 fl. 21 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 26. Aug. Weizen 5 fl. — kr., Korn 3 fl. 58 kr., Spelz 2 fl. 58 kr., Gerst 3 fl. 57 kr., Hafer 2 fl 25 kr., Kartoffeln — fl. 50 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 27. Aug. Weizen 10 fl. 18 kr., Korn 7 fl. 36 kr., Gerste 5 fl. 40 kr., Spelz — fl. — kr., Hafer 3 fl. 39 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

(Aus einem Rundschreiben des Vorstandes des Badischen Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung.) In Durmersheim, einem Dorfe zwischen Rastatt und Karlsruhe, sind vor 1¼ Jahren 14, und in dem nahe dabei gelegenen Rheinorte Au 8 Familien, zusammen 128 Seelen, aus der katholischen in die evangelische Kirche übergetreten. Dazu wurden sie allein bewogen durch das Lesen des neuen Testaments und der Traktate des Dr. Marriott von Basel zur Verbreitung der evangelischen Wahrheit. Sie haben nach ihrem Uebertritt eine evangelische Gemeinde gebildet. Sie besuchen den sonntäglichen Gottesdienst in der evangelischen Kirche des 2½ Stunde entfernten Rastatt, und unterhalten eine evangelische Privatschule und eine Kleinkinderschule mit einem Lehrer und einer Lehrerin. Da die Mitglieder der jungen Gemeinde meistens unbemittelte Landleute, Taglöhner, Handarbeiter u. s. w. sind, so wären sie außer Stand gewesen, den Aufwand für ihre Schulen zu bestreiten, wenn ihnen nicht durch Vermittlung des Dr. Marriott eine Unterstützung zu diesem Zweck aus englischen Geldern zugekommen wäre. Sie besitzen aber noch kein Schulhaus, was sowol für die Schule, als für die Abhaltung gottesdienstlicher Versammlungen dringend nothwendig ist, und auch nicht die Mittel, den Aufwand für die Schule fortdauernd zu bestreiten. Es erscheint als eine um so dringendere Pflicht für ihre evangelischen Glaubensgenossen, sich ihrer fortwährend anzunehmen und sie zu unterstützen, da sie vielen Anfechtungen um ihres Glaubens willen in einem Orte und in einer Gegend ausgesetzt sind, wo bis jetzt nie Protestanten gelebt haben. Sie müssen viele Schmähungen und Verunglimpfungen erdulden und mußten im vorigen Jahre selbst den Bekehrungseifer der Jesuitenmissionäre über sich ergehen lassen, was jedoch keine weitere Folge hatte, als daß abermals 8 Katholiken zu ihnen übertraten. Sie ertragen aber Alles mit Geduld und Feindesliebe, und beschämen ihre Widersacher und Afterredner durch einen reinen und streng christlichen Lebenswandel.

[1201a] **Geschäfts-Bureau.**

Der Unterzeichnete bringt hierdurch zur Anzeige, daß er ein Geschäftsbureau dahier errichtet hat; seine Wohnung befindet sich in dem Hause des Hrn. Färber Waffenschmitt.

Mutterstadt, den 31. August 1852.

Otto Wagner.

[1202] **Verkauf eines Gasthauses.**

Das Gasthaus „zum großen Schoppen" an der Wörther-Knielinger Schiffbrücke sammt Stallungen für 46 Pferde, Gärten und Ländereien ist, wegen einer durch Familienverhältniße eingetretenen Wohnsitzveränderung aus der Hand zu kaufen.

Die Nähe von Karlsruhe, so wie die stets zunehmende Frequenz der Straße von Landau nach Karlsruhe haben dem Bewohner bisher ein erfreuliches Einkommen gesichert, welches sich bei Vollendung der Karlsruhe-Münchener Eisenbahn noch bedeutend erhöhen dürfte.

Die Bauten sind alle neu und massiv von Stein aufgeführt; das Haus mit vier gewölbten Kellern zwei geräumigen Wirthszimmern, Küche und drei Zimmern im Erdgeschosse, enthält in der obern Etage sieben schöne Fremdenzimmer und einen geräumigen Saal nebst anstoßendem Balkon mit der Aussicht auf den Rhein und die Schiffbrücke, worauf 40 Personen bewirthet werden können.

Diese Lokalitäten eignen sich nicht nur zur Wirthschaft, sondern auch zum Weinhandel nach Baden, Württemberg und Baiern, aus welchen Gegenden der nächste Weg nach dem pfälzischen Gebirge an dem Hause vorbei führt.

Liebhaber zu diesem Etablissement wollen sich an den unterzeichneten Eigenthümer wenden.

Berg, den 1. September 1852.

Jos. Berizzi, Müller.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 214 | den 5. September 1852.

Deutschland.

* **Aus der Fremde,** im August. (Die Consequenz soll leben!) „Die Reaction wähnt jezt „den ersehnten Augenblick gekommen, um die lezte Hülle „von ihren Plänen fallen zu lassen." Wie, was, die Reaction, die abscheuliche Reaction, sollte sie unverhüllt und nackt da sein im deutschen Lande, oder wollt Ihr nur dem Volke Gespensterfurcht einjagen, damit es — oder vielmehr die Regierung, der süßen Zufriedenheit nicht froh werde? Hört doch nur, was der kleine Gernegroß von der Queich fast täglich ins Land ruft: Vertraut der Regierung, sie sinnt ja Tag und Nacht darauf, wie sie Euer Wohl befördern, wie sie Euer Glück und Heil befestigen kann; seid doch keine Narren, Euch selber Sorgen zu machen, während das leibhaftige Wohlwollen Alles zu Euerem Besten lenkt! Betet höchstens mit den Worten jenes Gebetbüchleins, welche so sinnreich etwa lauten:

„Ei du liebes Jesulein
Sorge heut und morgen
Sorge für mich allezeit
Sorg — für mein Sorgen."

und kümmert Euch sonst um Nichts, denn das macht der Regierung, die ja auch den besonnenen Fortschritt u. dgl. m. will und besser weiß, was Euch Noth thut, als Ihr selber, nur Schwierigkeiten und Verlegenheiten. Freilich, wenn die Reaction wirklich da wäre im deutschen Lande, wenn die Regierungen daran dächten, in vormärzlicher Weise an sich selbst zuerst und an's Volk zulezt zu denken, ja, dann wäre die Sache eine andere. Aber die Reaction, Gott bewahre, und noch dazu die unverhüllte, nackte Reaction, die mag in Freiburg in der Schweiz sein, aber im gesegneten Deutschland ist sie gewiß nicht, da hat sie selbst noch kein Gendarmen-Auge erspäht. — Und doch, die Reaction muß wol da sein und unter uns wandeln, und zwar nicht erst seit heute oder gestern, sondern seit Jahr und Tag; denn nicht blos die vielgehaßte Wahrsagerin vom Rheine hat die großen Schatten nachgezeichnet, die sie wirft, nein die gutbezahlte Falschsagerin des Hrn. Jäger selbst hat es mit den Eingangs angeführten Worten Silbe für Silbe vor bereits 2 Jahren dem Volke verkündet; desselben Hrn. Jäger, der ja unfehlbar, und noch etwas, ja vielleicht noch viel mehr ist, als der Papst!

„Das ist schon lange her
Und freut uns" — doch nicht sehr.

„Wer wird Einem auch daran erinnern, was man vor zwei Jahren gesagt hat; das fällt ja in die Zeit, oder doch in die Nähe der Jugendjahre, und, aus den Vogesen hervor kann Einem wol eine Täuschung, eine „jugendliche Täuschung" zu gut gehalten werden. Seitdem hat sich gar Manches geändert!" Ja wol, seitdem hat sich gar Manches geändert; was sich aber seit dieser kurzen Zeit abermals wieder am meisten geändert hat, das seid Ihr selbst, Ihr Heuchler und Schmeichler; — und was sich im weitern Verlaufe der Dinge je nach den Verhältnißen und Umständen wiederum am meisten ändern wird, das seid wiederum Ihr, von denen man das Unerhörte sagen kann, daß Ihr nur ächt seid in der Falschheit. Oder habt Ihr nicht der Reaction damals mit dem „Bürgerkrieg" gedroht, wenn nicht eine „wahre Volksvertretung unverkümmert" in Frankfurt wieder zusammenträte, und als wenig Monde in's Land gegangen waren, da seid Ihr gar friedlich und vergnügt eingezogen in einträgliche Plätze und seitdem verlautet Nichts mehr von dem „schützenden Dache," das sich über der deutschen Nation hat wölben sollen. O ja, es ist seitdem Manches anders geworden. Wer aber hat die Frechheit, zu behaupten, daß es um Deutschland besser geworden sei? Antwortet auf diese Frage, Ihr schlecht verkappten Ritter vom Kreuze, und so Ihr sie verneinen müßt, wie könnt Ihr die Stirne haben, dem Volke täglich Vertrauen und Zufriedenheit einzupredigen, Ihr, die Ihr schon vor Jahren den Achtruf der Reaction ins Land gehen ließt. O, wie Ihr consequent seid, Ihr Priester des Eigennutzes, der Bosheit und des Dünkels. Wenn Ihr einmal die ersehnte Zeit gekommen wähnt, die „lezte Hülle" von Eueren saubern Plänen fallen zu lassen, dann mag gar Mancher sein Haupt verhüllen vor Trauer, daß er auch getäuscht dazu beigetragen hat, das Volk einzulullen, als es Zeit war, zu wachen und auf der Hut zu sein. O ja, Ihr seid consequent! Heute lobt Ihr „des Keiles dümmsten Theil," die Missionen einzelner vorgeschobener Jesuiten, — die Jesuiten selbst und ihren Orden lobt Ihr noch nicht. Dürft Ihr Euere Hülle aber nur einmal so weit fallen lassen, daß Ihr, wie jezt schon den Missionen, den Jesuiten selbst den Weihrauch streuen dürft — und das sehnt Ihr herbei im Grunde Eueres falschen Herzens — dann wird kein groß Stück Hülle mehr fallen können, bis Ihr am Ende Euerer teuflischen Consequenz angelangt seid. Drum, Hr. Jäger und Genossen! begannen und schließen wir mit den Worten: „Es lebe die Consequenz!" Aber es lebe auch die „Jesuitenlinie!"

* **Speyer.** Wenn unter dem alten Napoleon der Moniteur einen Artikel des Kaisers brachte, wie der, in welchem kürzlich der Prinz-Präsident aus Veranlassung seiner Fehde mit den Times die Institutionen Englands angriff, so war dies der sichere Vorläufer einer Kriegserklärung. In allen Lebensbeschreibungen des alten Napoleon ist zu lesen: am so vielten brachte der Moniteur einen heftigen Artikel gegen . . ., am so vielten folgte darauf die Kriegserklärung.

Troz alles Nachahmens ist es jezt doch anders. Der Groll des Moniteurbeherrschers wird sich blos an den englischen Blättern auslassen, ein Krieg — steht hier vorerst nicht zu befürchten.

Dessen ungeachtet ist der Vorfall beachtenswerth. Er ist es um so mehr, als in den Times, dem Advertiser, dem Chronicle, dem Daily-News, sich eben die Stimmung einer großen und freien Nation ausspricht, und weil, wie wir bereits andeuteten, in dem ganzen Auftreten der englischen Presse zugleich die allgemeine Ueberzeugung sich kund gibt, daß eine solche Napoleonische Herrschaft — die Bürgschaft für ihren baldigen Untergang schon in sich trägt!

Die Kölnische Zeitung bringt einen Leitartikel über den Timesstreit, der ein Muster des jämmerlichsten Geschaukels ist. Die erste Hälfte spricht sich ganz zu Ungunsten Napoleons aus, die zweite Hälfte ganz zu dessen Gunsten! Den Times will besonders zum Vorwurfe gemacht werden, daß sie von 1200 im Straßenkampf am 2. December unschuldig Niedergemetzelten geredet; wenn man der „Lügenbrücke näher komme, werde die Zahl wol auf die amtlich bekannte herabsinken." Also die amtlichen Berichte sollen als die reinste Wahrheit geglaubt werden? Das thue, wer — ausgelacht sein will. Und jene Behauptung will einem Jeden dadurch erwiesen werden, daß Napoleons eigenes Interesse es erfordert

habe, das Blutvergießen möglichst zu vermeiden. Als ob ihm nicht die Begründung einer **Schreckensherrschaft** zur Durchführung seiner Plane nothwendig gewesen und als ob Alles vergessen wäre, was wir über jenen Kampf wissen. — Die Kölnische Zeitung hebt es mit Emphase als Zeichen der ärgsten „Uebertreibungen des Parteihasses" hervor, daß die Times angedeutet, durch die Verschwendung der Feste werde die Staatscasse erschöpft; nur 7 Millionen habe die Feier vom 15. August gekostet; die schaulustigen Engländer hätten allein in Paris mehr wieder ausgegeben. Seltsamer Einwand. Wenn das letzte wirklich richtig wäre, (indeß gerade dies sichtlich eine Uebertreibung ist), so sollte sich doch vor Allen ein Freihandelsblatt fragen, ob denn die Ausgaben der Engländer beim letzten Heller als reiner **Gewinn** in die Taschen der Franzosen flossen, oder ob diese nicht **Werthe** dafür geben mußten? Dann, ob diese Ausgabe der Engländer sich der **Staatscasse** zuwendete? u. dgl. m. — Mit solchem Gerede werden die Times nicht widerlegt, und wenn die Köln. Ztg. zehnmal Phrasen anhängt wie heute: daß es ihr bei ihrem Raisonnement um nichts zu thun sei, als um „das Heiligste was der Mensch hat, die Wahrheit." Derartige Redensarten können nie übler angebracht werden, als in solchen Fällen.

Am erbaulichsten ist aber der Ton der Pariser Blätter selbst. Indem sie mit schuldigem Bedienteneifer gegen die englischen Zeitungen zu Felde ziehen wollen, dekken sie so recht die schwache Seite des Neu-Napoleonischen Frankreich auf. Wer kann folgenden Artikel des Pays ohne Lächeln lesen, — ohne Lächeln, weil er die Wunden des heutigen Frankreich am ärgsten bloslegt: „Es existirt also ein Land in unserm civilisirten Europa, wo die Schreibefreiheit bis zum Rechte des Beschimpfens gediehen ist! . . . Ja, dieses Land existirt; es heißt England! Ja, diese Presse existirt; sie wird in London erzeugt! Und was noch wichtiger ist, es ist ein ernstes Journal, (ah!) das anerkannte Organ gewisser politischen Parteien, (ah!) das seit langer Zeit dies System perfid berechneter und frech abgefaßter Injurien (so wird die Gewalt immer die Angriffe einer freien Presse bezeichnen!) angenommen hat. Vor wenig Tagen noch mußte der Moniteur im Namen der Würde (!) Frankreichs und seiner Regierung gegen die böswilligen Andichtungen des britischen Blattes protestiren; und gestern finden wir in den Spalten der Times neue Schmähungen, nicht blos gegen den Mann, den die Volksstimme (oh!) zum Staatschef ernannt, (!!) sondern gegen die ganze Nation. Die französische Magistratur wäre dem englischen Pamphletair zufolge nichts als eine Versammlung wahrheitverdrehender, durch Meineid an alle Gewalten verkaufter Richter (!), die Armee ein regelloses Corps von Prätorianern (!), der Senat, dieser unabsetzbare Wächter der Verfassung (oh!), eine Bande Söldlinge ohne Character und Macht, die gesetzgebende Gewalt, dieser unmittelbare Ausfluß der Nationalsouveränetät (!!), ein Körper ohne Macht und Autorität und das Volk endlich, diese Seele aller socialen Kräfte, eine lebende Ruine, die der politische Lebenshauch verlassen hat, und die auf dem Abhange des Verfalls dem Untergange zurollt!"

Auf die rechten Puncte wird hingewiesen, das muß man gestehen! Doch genug davon! Auffallend ist es, daß seit einigen Tagen die französischen Staatspapiere auf der Börse merklich herabgingen. Auch protestiren auf einmal die Zeitungen gegen die Bezeichnung: „eliseeisches" oder „ministerielles" Blatt.

Als bezeichnendes Moment für die jetzigen französischen Zustände erwähnen wir noch Folgendes: Der unter Ludwig Philipp vom Pairshofe wegen **Bestechung** verurtheilte General Cubières ist durch präsidentliches Decret nicht etwa blos **begnadigt**, sondern **rehabilitirt** worden! Welchen Eindruck macht es dagegen, wenn man gleichzeitig erfährt, daß der Assisenhof zu Aix abermals einen Polizeicommissär wegen Gelderpressungen zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt hat?!

*** Berlin,** den 2. Sept. Ihrem wesentlichen Inhalt nach lautet die von Hannover abgegebene Erklärung folgendermaßen: „Hannover hält die bisher stattgefundenen Meinungsverschiedenheiten durch die von den Coalitionsstaaten sowie von Preußen am 30. Aug. gegebenen Erklärungen für beseitigt, und hofft zuversichtlich, daß die Krisis nunmehr ihrem Ende entgegengehe; um dieselbe zu beschleunigen, tritt Hannover der preußischen Erklärung über Form und Inhalt des mit Oesterreich abzuschließenden Handelsvertrags vollständig bei, setzt dagegen voraus, daß auch die Coalitionsregierungen, nachdem durch die preußische Erklärung ihrem in der Collectiverklärung vom 21. Aug. in Bezug auf den Handelsvertrag mit Oesterreich ausgesprochenen Wunsche Genüge geschehen sei, den bindenden Abschluß des Zollvereinsvertrags nicht mehr aussetzen werden. Eben so hält Hannover die Erneuerung des Zollvereins auf 12 Jahre für durchaus nothwendig. Wenn auch im Laufe dieses Zeitraums über weitere commercielle Annäherungen an Oesterreich, und, sobald die Hindernisse geschwunden sind, über eine Handelseinigung verhandelt werden möge, so geht Hannover dabei doch von der Ueberzeugung aus, daß die Erreichung des vorerwähnten Zieles um so leichter sein werde, je mehr man diese so tief in die finanziellen Verhältniße und volkswirthschaftlichen Zustände der einzelnen Staaten eingreifende Angelegenheit ihrer zwanglosen Entwickelung überlasse."

*** Vom Gebirge,** den 2. Sept. Heute ließ König Ludwig bei seiner Durchreise nach Dürkheim die Pferde in Deidesheim wechseln. — Diesmal wurde aber nicht versäumt, **officielle** Anzeige davon zu machen. Der neue Bürgermeister mit dem Stadtrathe empfingen den König in vorschriftsmäßiger Anordnung, so daß heute wol kein Anlaß zu Absetzungen wegen mangelhaften Empfangs wird gegeben worden sein. Der König unterhielt sich längere Zeit mit dem Bürgermeister und einigen Umstehenden, wobei der neue Chef der Stadt eine große Rednergabe bewies. — Der frühere Bürgermeister Jordan war auch als Stadtrath unter den Empfangenden, hat sich aber dem Könige nicht genähert. Schwarz-roth-goldene Fahnen sah man diesmal nicht. Es ist also gelungen, durch Drohung das deutsche Banner zu verscheuchen, ob auch die Gesinnung, müßen wir bezweifeln. Zur Genugthuung der Deidesheimer Bürger, welche bei der ersten Durchreise des Königs die Reichsfahne ausgesteckt hatten, müßen wir berichten, daß dieselben, — mit Ausnahme von Wittwe Eckel und Görg — ihre Häuser ohne Fahnen schmückten und wir finden darin allerdings eine anerkennenswerthe Consequenz ihrer früheren Handlungsweise. — Der Recurs der abgesetzten Stadträthe dürfte vielleicht bewirken, daß man später wieder, ohne mit Einquartierung bedroht werden zu können, die Farben der Nation aufpflanzen darf; man ist auf die Entscheidung höchsten Orts in dieser für alle deutschen Baiern so wichtigen Sache, außerordentlich gespannt. Gesetz und Recht steht nach allgemeiner Ueberzeugung auf Seite der gemaßregelten Deidesheimer, und sollte dies nicht Anerkennung finden? Dies können und wollen wir nicht glauben.

München, den 1. Sept. Nach einer Notiz im neuesten Heft des Centralblatts des landwirthschaftlichen Vereins lauten die Berichte aus Baiern über die Kartoffel äußerst günstig, nur die Nierenkartoffel war an verschiedenen Orten, insbesondere in Gärten und fetten Böden ziemlich krank, und zwar die Knollen früher als das Kraut.

Stuttgart. Aus den Verhandlungen der Abgeordneten vom 1. Sept. haben wir (nach dem „Beobachter") noch Einiges nachzutragen. Die Steuer aus **Apanagen** der Prinzen sollte auf **acht** Proc. herabgesetzt werden.*) Dagegen sprechen **Pfeifer**, A. **Seeger** und **Schoder**. Der letztere erklärt mit dürren Worten, nach die-

---

*) In Baiern beträgt sie höchstens **zwei** Procent, indem sie der Abgabe aus schon versteuertem Einkommen (von Grundstücken, Gewerben, Capitalien u. s. f.) vollkommen gleich gestellt ist.

sen Ansätzen wäre das Ergebniß, daß während alle Klassen von Staatsbürgern höher angelegt würden, nur die Apanagirten erleichtert würden, was freilich der Richtung dieser Kammer entsprechend sei. Der Präsident hält dieses für einen unberechtigten Vorwurf und will Schoder zur Ordnung rufen. Dagegen spricht sich Schoder dahin aus, die Majorität dieser Kammer habe stets für ihre Hauptaufgabe gehalten, eine Verständigung mit der Regierung um jeden Preis zu erhalten, und habe nach seiner und seiner politischen Freunde Ansicht hiebei die Rechte und Bedürfnisse des Volkes und der Zeit nicht so gewahrt, wie nach seiner Ueberzeugung hätte geschehen sollen. Der Präsident fühlt sich nun in Etwas beengt, meint aber, Schoder habe denn doch der Kammermehrheit einen Treff geben wollen. Dieser entgegnet mit eisiger Kälte, es komme darauf an, was man unter einem Treff verstehe. Wolle der Vorwurf darunter begriffen werden, daß die Kammermehrheit, während alle Staatsbürger höher belastet werden, nur die Apanagirten begünstigen wolle, so habe er dagegen nichts zu bemerken; aber gegen den Ordnungsruf habe er zu bemerken, daß es ihm freistehe, nach seiner Ueberzeugung diesen Vorwurf zu erheben. Pfeifer weist nach, wie unverhältnißmäßig gering die Apanagensteuer sei, da dieses Einkommen lediglich ohne Arbeit und Anstrengung genossen werde und zudem die am Genuß Befindlichen noch weit weniger von den indirecten Steuern betroffen würden. Staatsrath v. Neurath erklärt die erhöhte Apanagensteuer vom Jahr 1848 für die größte Ungerechtigkeit und Ungleichheit, zu der es hoffentlich in Württemberg niemals mehr kommen werde, und dieser Ungerechtigkeit jetzt im Jahr 1852 ein Ende zu machen, könne der Kammer nur zur Ehre gereichen. Der Kommissionsantrag wird mit 61 gegen 20 Stimmen angenommen.

Frankfurt, den 2. Sept. Eine vom 1. Sept. datirte telegraphische Depesche aus Wien meldet, daß ein neues Anlehen von 80 Millionen 5 pCt. Met. im Inland aufzulegen in Aussicht stehet; (also Zwangsanlehen!) zur theilweisen Rückzahlung der Bankschuld, zur theilweisen Schatzscheintilgung für Eisenbahnbauten und zur Deckung des Budgets von 1853. (Fr. J.)

Köln. Die Augsb. Postztg. berichtet über die am 26. August beendigte Conferenz der Bischöfe (von Köln, Trier, Münster und Paderborn) u. a. wörtlich Folgendes: „Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernehmen, soll eine entschiedene Protestation gegen diese verfassungswidrige, die katholische Kirche knechtende Ministerialverordnung an den König seitens der versammelten Bischöfe bereits abgegangen sein und dieselbe sämmtlichen Bischöfen in Preußen mitgetheilt werden... Es soll das Ministerium auch das Ansinnen an die Bischöfe gestellt haben, den Etat der Diözese einzureichen, und soll sogar dieser ganz ungerechtfertigten Anforderung die Drohung beigefügt worden sein, im Falle der Weigerung die der Kirche vertragsmäßig zukommenden Staatszuschüsse nicht ferner auszuzahlen."

Hannover, den 30. August. Der hiesige Arbeiterverein, der an die Spitze seiner Bestrebungen geistige und sittliche Ausbildung gestellt hat, feierte gestern sein siebenjähriges Bestehen. Gesänge und Vorträge wechselten mit einander ab, und die ganze Feier machte einen sehr angenehmen Eindruck. Der Verein hat eine Bibliothek von fast 1000 Bänden; die Zahl sämmtlicher Mitglieder beläuft sich auf über 900. Der Zustand seiner Finanzen ist gut. Die Rechnen-, Zeichnen-, Buchführungs- und Gesangunterrichtsstunden in ihm werden hauptsächlich besucht. Einen festlichen Zug konnte der Arbeiterverein zum Tivolisaale nicht unternehmen, weil von der Policeidirection erklärt worden war, daß sie auf Grund der Sabbathsordnung von 1822 weder einen Zug mit Musik, noch einen ohne diese zulassen werde. Uebrigens war es eine wahre Freude, diese Arbeiter ihr Fest feiern zu sehen. Anstand, Sitte, Bildung, Liebe zu Deutschland machte sich bei allen diesen Männern bemerkbar. Mögen sie fortfahren auf diesem Wege. (K. Z.)

Frankreich.

Zur Erläuterung der zweiten Verwarnung der Presse diene Folgendes. Das Pays hatte den Staatsstreich folgendermaßen gerechtfertigt: „1815 bedeutend geschwächt, 1830 gemäßigt, hatte gleichwol das Princip der Initiative der Assembleen zu zwei Revolutionen geführt und machte sich in der Verfassung von 1848 triumphirend breit. Wohin hatte es Frankreich in zwei Jahren gebracht? Zu einem allgemeinen Plünder- und Mordsystem, dessen Organisation fertig, dessen Losungswort gegeben war, als Frankreich am Rande des Abgrunds durch den Donnerschlag vom 2. Dezember aufgeweckt wurde." — Gegen diese Fasconnade von dem allgemeinen Plünder- und Mord-System ließ Girardin seiner ganzen caustischen Suada, seinem ganzen verhaltenen Zorn alle Zügel schießen. Wenn das Gesetz vom 1. Mai abgeschafft worden wäre, meinte er, so wären die Wahlen im Jahre 1852 ruhig von Statten gegangen. Ist denn die französische Nation eine Nation von Plünderern und Mördern? Oder wenn nicht, ist sie eine Nation von Feiglingen? Denn gesetzt auch, daß alle 10,000 Verbannte oder Deportirte lauter Plünderer und Mörder wären, so müßten doch die 10 Millionen, die sich von ihnen hätten überwältigen lassen, lauter Feiglinge sein. Sind die 22,000 Gendarmen und die 400,000 Mann Linientruppen für Null zu zählen? Sie haben doch am 2. Dec. hingereicht, wo sie die Gesetze gegen sich, allgemeinen oder theilweisen Widerstand bei den Gerichts- und Verwaltungsbehörden zu fürchten hatten. Hat die allgemeine Abstimmung im April 1848, im December 1848, im Mai 1849, im März und April 1850, im December 1851, im Februar 1852 vor und nach der Verfassung von 1848, vor und nach der Verfassung von 1852 zu einem einzigen Plünderungs- oder Mordvorfall Veranlassung gegeben? Nein, ruft Girardin aus, tausendmal nein, zehn Millionenmal nein, die Wahl vom 9. Mai wäre weder eine allgemeine Plünderung noch ein allgemeiner Mord gewesen. Schmach über das Journal, das sich das „Vaterland" (Pays) nennt und dermaßen Frankreich verleumden kann!

Spanien.

Sogar die jetzige fromme Regierung ist dahin gebracht, nach dem Kirchenvermögen zu greifen. Sie hat eine Inventarisirung des Kirchenvermögens angeordnet. Dasselbe ist enorm. An Gold- und Silbergeräthen besitzen allein die beiden Kathedralen von Toledo und Sevilla jede über 60 Millionen Realen.

Italien.

Genua, den 25. Aug. Aus Rom vernimmt man, daß die Abwesenheit aller und jeder Prälaten bei der Napoleonsfeier eine officielle Anfrage bei Cardinal Antonelli hervorrief, der darauf geantwortet: Mariä Himmelfahrt sei eines der größten Kirchenfeste, und die geistlichen Würdenträger seien deßhalb in der Basilka von St. Peter nothwendig. (!)

Rom, den 23. Aug. Seit mehren Tagen athmen unsere Geldleute mit schwerem beklommenem Herzen. Denn es geht das Gerücht, die Regierung beabsichtige das von ihr ausgegebene älteste Papiergeld nicht unbedeutend herabzusetzen.

Großbritanien.

London, den 1. Septbr. Die Times bringt heute eine Duplik gegen die zweite Antwort des Moniteur. Die Athener, sagt sie, rühmten sich, daß sie die Spartaner gelehrt, ihre Einsilbigkeit fahren zu lassen; wir dagegen können uns freuen, daß wir den Moniteur in die Schranken officieller Kürze zurückgedrängt haben. Er prahlt nicht mehr mit der „unbegränzten Freiheit Frankreichs," sondern nennt unsere ganze Kritik der politischen Zustände Frankreichs einfach eine Reihe von Schmähungen, die keine Antwort verdienen, und überhebt sich dadurch der unangenehmen Nothwendigkeit, Angaben und Gründe zu wiederholen, die er nicht läugnen und nicht

widerlegen kann. Nur eine Angabe läßt er sich herab, zu bestreiten. Es sei eine Verläumdung, daß 1200 Menschen am 4. Decbr. niedergemetzelt wurden, da „officielle Documente" die Zahl der Getödteten auf 380 angäben. Solche Logik gebraucht man gewöhnlich Leuten gegenüber, die nicht widersprechen dürfen. Sie hält Stich gegen Franzosen, nicht gegen Engländer. Wir haben nie gesagt, daß Monsieur Bonaparte die Zahl der auf seinen Befehl begangenen Mordthaten selbst auf 1200 angab, noch glauben wir ihm jetzt aufs Wort, wenn er sich zu einem Drittel bekennt und zwei Drittel abläugnet. Wer hat jene offiziellen Actenstücke aufgesetzt? War es eine unparteiische dritte Person? Wer hat sie geprüft, welcher freien Discussion sind sie unterworfen worden? Diese Actenstücke beweisen gerade so viel wie die Behauptungen des Moniteur, daß Frankreich unbegränzte Freiheit besitzt, daß die Güter des Hauses Orleans gesetzlich verwirkt waren, und andere notorische Lügen, denen, zum Staunen und Schmerz Europa's, die französische Regierung ihre Sanction gab. Nachdem Times darauf zu beweisen sucht, daß die Zahl 1200 wahrscheinlich richtiger sei als 400, schließt sie mit der Bemerkung, daß es auf die Zahl gar nicht ankomme. Wir mögen zu viel, wir mögen zu wenig angenommen haben, und wir werden die wahre Ziffer wahrscheinlich nie erfahren. Das Menschenleben ist an und für sich heilig, und Mord bleibt Mord, gleichviel ob an einem oder 400 oder 1000 begangen. (Köln. Ztg.)

Der Morning Advertiser erklärt, er werde sich durch die etwa erfolgende Ausweisung seines Pariser Correspondenten nicht beirren lassen, und er habe schon längst die geeigneten Schritte gethan, um auch im Falle einer solchen Maßregel, nach wie vor von der französischen Hauptstadt aus mit Berichten versehen zu werden. Auch an persönlichen Angriffen auf den Prinzpräsidenten läßt es der Advertiser nicht fehlen. Er droht sogar mit Enthüllung der gemeinen Mittel, durch welche Ludwig Napoleon die englische Presse zu gewinnen versucht habe!

Miscellen.

In Meschede hatten am 22. August zwei junge Leute bei einer Seiltänzergesellschaft das Unglück, während einer Vorstellung auf dem dortigen Marktplatze von einem 20—40 Fuß hohen gespannten Seile, welches an einem Befestigungspunct entzwei brach, herunter zu fallen. Der eine davon, ein 22jähriger Mann, brach beide Arme und erhielt eine schwere Kopfverletzung, an deren Folgen er, trotz der sorgsamsten ärztlichen Hülfe, starb. Die zweite Person, eine junge Künstlerin, kam mit einer leichten Arm- und Beinverletzung davon.

Der Astronom Hind hat dem von ihm neu entdeckten Planeten den Namen Melpomene beigelegt.

Der auf dem Erie-See fahrende americanische Dampfer Atlantic ist am 20. Aug. mit einem anderen Dampfer, dem Ogdensburg, zusammengestoßen und in 30 Minuten untergegangen. Von den 500 Passagieren die er an Bord hatte, sind ungefähr 300 umgekommen.

Die Dänische Polizei warnt die Holsteiner vor „willkürlichen Brüchen," als ob es auf ein Paar Brüche mehr oder minder ankommen könnte, wo so viel willkürlich gebrochen worden ist und nur die Willkür ungebrochen dasteht. (Kladd.)

Geldcourse.

Frankfurt, den 3. Sept. Pistolen 9 fl. 47½—48½ kr., Ducaten 5 37 — 38, 20-Franken-Stücke 9 33 — 34, Holländische 10fl.-Stücke 9 57 — 58, Preußische Thaler 1 45¼—45¼, Fünffrankenthaler 2 fl. 22½ kr.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1203] **Kirchheimbolanden**, 28. Aug. (Eingesendet.) Ein gestern durch absichtliche Robheit des hiesigen Schloßgärtners hervorgerufener Vorfall hätte leicht höchst bedauerliche Folgen nach sich ziehen können: Bei Vermiethung des Schloßgebäudes an das k. Militär wurde von dem Eigenthümer, Hrn. Brunk, an sämmtliche Offiziere der Garnison die Erlaubniß ertheilt, den hinter der Kaserne befindlichen großen Schloßgarten besuchen zu dürfen, zu welchem Zwecke eigene Schlüssel angefertigt und den Offizieren übergeben wurden. Obwol von dieser Erlaubniß höchst spärlicher Gebrauch gemacht wurde, so erlaubte sich dennoch der Schloßgärtner, welcher die Abwesenheit seines Herrn benützte, den Spazierengehenden öfters unziemliche und ungeeignete Bemerkungen zu machen, und mußte derselbe deshalb auch öfters nachdrücklichst zurechtgewiesen werden. So gerieth besagter Gärtner auch gestern mit dem Bedienten des Hauptmanns P., welcher die Kinder seines Herrn im Garten spazieren führte, in einen heftigen Wortwechsel, der damit endigte, daß sich der Gärtner wohl zurückzog, jedoch hinter einem Gebüsch handgroße Steine sammelte, und von diesem Verstecke aus dieselben auf die Kinder des Hauptmanns P. herabschleuderte. Der Bediente, welcher nicht mehr im Stande war, die seiner Obhut anvertrauten Kleinen vor ernstlichen Beschädigungen zu schützen, rief in seiner Angst einige am Fenster der Schloßkaserne stehende Soldaten, welche diesem Auftritte mit höchster Entrüstung zugesehen hatten, zur Hülfe herbei, was auch augenblicklich geschah. Die herbeigerufenen Soldaten — durch andere Kameraden, welche die Neugierde herbeilockte, verstärkt — eilten sogleich auf den Gärtner zu, und liefen diesem bis in seine mitten im Parke gelegene Wohnung nach, vor welcher die Soldaten stehen blieben. Als ihnen aber der Gärtner von seinem Hause aus mit einer Vogelflinte drohte, nahm die bis jetzt von den Soldaten mehr in muthwilliger Ausgelassenheit durchgeführte Verfolgung des Gärtners einen ernstlicheren und drohenden Charakter an, und bereits hatten die Soldaten die Hausthüre erbrochen und ein Fenster eingeworfen, als ihnen besagter Gärtner abermals durch die Stallthüre entschlüpfte, und ein herbeigeeilter Unteroffizier die Soldaten von weiterer Verfolgung abhielt, und dieselben sogleich in die Kaserne zurückführte.

Bereits ist gegen den erwähnten Gärtner eine Untersuchung eingeleitet, und dürfte derselbe einer gerechten Bestrafung wohl nicht entgehen, zumal derselbe durch seine bekannte Robheit und Unverschämtheit schon öfters den allgemeinen Unwillen erregte. E.

[1204] **Kunst-Anzeige.**

Der acrobatische Seiltänzer Franz Knie wird Sonntag den 5. seine letzte Kunstvorstellung auf dem gespannten Seile produciren. Der Schauplatz ist auf dem Königsplatz. Anfang 4 Uhr Nachmittags. Es ladet ergebenst ein F. Knie.

[1205a] **Lehrlingsgesuch.**

In einem gemischten Waarengeschäft kann ein wohlerzogener junger Mann unter vortheilhaften Bedingungen in die Lehre genommen werden. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Großes Tapetenlager
eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl**,
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057¹⁶] in Mannheim.

Beilage zur Neuen

Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 214.) den 5. September 1852.

Frankreich.

Ueber General Haynau wird der A. Allg. Ztg. aus **Paris** geschrieben: „Ludwig Napoleon, als er die Ankunft des Siegers von Temeswar erfuhr, schärfte ganz besonders dem Polizeiminister ein darüber zu wachen, daß ein General, welcher seinem Monarchen treu gedient, ungestört in Frankreich jenes Gastrecht genieße, welches weder die britische noch die belgische Regierung ihm zu sichern wußten. Ludwig Napoleon will diese Gelegenheit ergreifen, um Europa zu zeigen, wie sehr seine Regierung ihre Autorität gegenüber den Umtrieben der revolutionären Parteien zu handhaben versteht. Auch soll der Prinz-Präsident den förmlichen Wunsch geäußert haben, den General Haynau persönlich kennen zu lernen (soll man sagen: „Arm in Arm mit dir, so fordere ich mein Jahrhundert in die Schranken?“) Wie verlautet, hat die österreichische Gesandtschaft in Brüssel eine energische Protestnote gegen die daselbst dem General Haynau zugefügten Beleidigungen dem belgischen Kabinet zugestellt, obwol der General selbst wollte, daß man die Sache auf sich beruhen lassen möchte.“

Die Einweihung der Kirche St. Geneviève (ehemals Pantheon) wird am 1. Novbr. stattfinden. — Auch die „Turiner Ztg.,“ ein durch seine Stellung zur englischen Regierung beachtenswerthes Blatt, sucht nachzuweisen, daß sich Napoleons Herrschaft nicht behaupten könne.

Speyer. Das Ergebniß der Landrathswahlen — welche bekanntlich bis auf eine winzige Ausnahme ganz accurat nach der Vorschrift des Hrn. Jäger ausgefallen sind! — hat denselben in eine solche gemüthliche und freuderfüllte Stimmung versetzt, daß er zuerst über die Democraten, dann über die Liberalen, und zuletzt sogar noch über die Unwissenheit und Lässigkeit der Conservativen schimpfte! Da sonach Niemand es dem Hrn. Doctor Jäger recht machen konnte, so läßt sich denken, daß auch die Speyr. Ztg. nicht so glücklich sei, seinen Beifall zu erwerben. Wirklich läßt er sich wieder mit dem verbissensten Ingrimm über dieselbe und ihren Redacteur aus. Indem Hr. Jäger dabei eigens das Schmähen als Kennzeichen „der niedrigsten Bildungsstufe“ erklärt, ergießt er sich selbst in einen solchen Schwall von Schmähungen, daß einem ruhigen Beobachter eine derartige hirnwüthige Selbstqualificirung nur erscheinen kann als der Ausdruck einer nicht mehr abzuwehrenden Erkenntniß des endlichen Zuschandenwerdens, wobei ein keine Ruhe lassendes Bewußtsein „das Hirn verrückt“ und zu solchen nicht beabsichtigten Selbstbrandmarkungen treibt, und überdies dazu, daß man sich auch noch lächerlich macht, indem man fortwährend den Inhalt eines Blattes begeifert, das man „nicht zu lesen“ vorgibt!

Hr. Jäger (der nun freilich in der letzten Zeit nichts mehr von seinen Wahltrumpfen hören läßt, bei denen Er selbst mit seiner gesammten Genossenschaft überall durchfiel), kommt wieder auf seine fixe Idee, die Speyr. Ztg. fülle ihre Spalten mit dem Abdrucke seines Blattes, und gebe dabei seine, Jäger'schen Artikel, als Originalmittheilungen aus. Diesmal beruft er sich auf das Verzeichniß der Districtsräthe der Kantone Hornbach Zweibrücken. Der blinde Eifer (oder das Resultat der Wahlen!) ließ aber den Hrn. Jäger gerade die Hauptsache übersehen, daß nemlich eben jene Liste gar nirgendwo als Originalartikel bezeichnet war; und Jedermann kann sich davon überzeugen, der die Beilage zu Nro. 196 der Speyr. Ztg. nachschlagen will! Die Wahrheit ist, daß, da uns die Berichte aus den genannten zwei Kantonen nur unvollständig zugekommen waren, (aus der Stadt Zweibrücken hatten wir das Ergebniß von zwei Seiten viel früher erhalten, als eine Liste in der Pfälzr. Ztg. erschien), wir unser Verzeichniß unter Mitbenützung der Pfälzr. Ztg. ergänzten, wie wir es z. B. aus dem Zweibrücker Wochenblatte hätten ergänzen können, wobei wir aber, abgesehen von unsern Originalnotizen, und abgesehen von der ganz andern Aufstellungsweise, gerade bei diesen Kantonen die Bezeichnung als Originalartikel unterließen. — Die „fixe Idee“ spielte dem Hrn. Jäger den übeln Streich, daß er u. a. sogar einen Originalaufsatz in unserm Blatte als Nachdruck angriff, in welchem Thatsachen und Zahlen angegeben waren, von denen man in der Pfälzr. Ztg. vergeblich nach irgend einer Spur sucht; worauf ihm bereits in Nro. 205 und 207 der Speyr. Ztg. der nöthige Trost gesagt wurde, und in welcher Beziehung er, wie gewöhnlich, den Beweis für seine wahnsinnige Behauptung schuldig bleibt, und, wie Jedermann sich überzeugen kann, schuldig bleiben muß.

Ohne den augenscheinlich kranken Geistes- und Gemüthszustand des Hrn. Jäger würde es aber wol Jedermann unbegreiflich erscheinen, wie dieser Mensch an Wahrung geschriebenen Eigenthums auch nur erinnern mag. Hat er denn ganz vergessen, daß er sich sogar erlaubte, an Andere gerichtete Privatbriefe abzudrucken, eine Handlung, welche selbst seine erwiesene und gar nicht bestrittene Herausgabe von Pasquillen, und alles Dasjenige überbietet, was sowol der Bürgermeister von München als was die Speyr. Ztg. als „freche Lügen“ bezeichneten, und in welcher Beziehung Hr. Jäger ebenfalls nicht einen Anfang von Beweis zu liefern auch nur versuchte.

In seiner Verzweiflung hat Hr. Jäger die Stirne, einen Vorgang aus der baier. Abgeordnetenkammer von 1850 anzurufen. Zur Erklärung und zur weitern Würdigung des Characters des darauf recurrirenden Hrn. Jäger, folgende Notiz: Die Speyr. Ztg. hatte zu Anfang 1850 der Majorität der Kammer, welche die Ausschüsse fast ausschließlich besetzt hatte, Unthätigkeit zum Vorwurfe gemacht. Man versuchte es damals, den Redacteur ganz unvermuthet in der Kammer mit der Behauptung, daß diese Beschuldigung unwahr sei, und mit künstlich gruppirten, zudem nicht einmal an sich richtigen Ziffern, zu überfallen; der Redacteur wies aber nicht nur alsogleich diesen versuchten Ueberfall so zurück, daß die unparteiische, selbst die ehrliche „conservative“ Presse ihren nachdrücklichen Tadel gegen diesen Angriff unverholen aussprach, sondern es brachte auch unverzüglich die Speyr. Ztg. solche Zifferbeweise, daß weder Hr. Jäger noch sonst Jemand im Stande war, eine Widerlegung derselben auch nur zu versuchen. Zudem stellte sich über die bestrittene große Thätigkeit jener Kammer das öffentliche Urtheil dermaßen fest, daß Blätter von den verschiedensten politischen Farben das Nemliche wie die Speyr. Ztg., nur mitunter in weit schärferer Weise aussprachen. Wir können jedes Wort von damals heute wiederholen. — Uebrigens muß es wol gleichfalls dem eigenthümlichen Geisteszustande des Hrn. Jäger beigemessen werden, wenn er überhaupt an Vorgänge in der Abgeordnetenkammer zu erinnern wagt, wo er, trotz der „conservativen Majorität,“ wegen eines der gemeinsten und boshaftesten persönlichen Ausfälle auf den Abgeordneten Reinhart zur Ordnung gerufen werden mußte, und dann, wegen des anfänglichen ganz seltsamen Verschwindens der betr. Stellen aus dem stenographischen Berichte, auf die Reclamation Reinharts, auch noch zum Gegenstande des wohlverdienten Spottes ward. —

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1185a] **Apotheke zu Ludwigshafen am Rhein.**
Der Unterzeichnete macht hiemit bekannt, daß er von hoher königl. Regierung die Concession zur Errichtung einer Apotheke auf hiesigem Platze erhalten hat; nachdem dieselbe bereits vollständig neu eingerichtet und eröffnet ist, bittet er um gütiges Zutrauen.
Ludwigshafen a. Rh., im August 1852.
H. Fertig, Apotheker.

[1184a] **Offene Lehrlingsstelle.**
In einer Handlung mit verschiedenen Waaren zu N. ist eine Lehrlingsstelle für einen wohlerzogenen jungen Menschen, der sogleich eintreten kann, offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

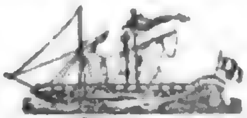
[1123] **Anzeige.**
Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.
In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
" Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
" Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
" Landau bei Hrn. A. Schimpf,
" Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
" Pirmasens bei Hrn. Wilken,
" Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.
Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

[1171a] **Andernacher Mühlsteine**
zu den billigsten Preisen bei
Joh. Wilh. Reinhardt jun. in Mannheim.

[1182a] **Verkaufs-Anzeige.**
Der Besitzer einer seit vielen Jahren mit bestem Erfolg betriebenen Tabak- und Cigarrenfabrik, verbunden mit Detailverkauf, beabsichtigt krankheitshalber das Geschäft mit Local nebst allen zur Fabrikation nöthigen Geräthschaften zu verkaufen oder auf längere Zeit zu vermiethen.
Das 180 Fuß tiefe und 96 Fuß breite gut und massiv gebaute Haus liegt in einer der lebhaftesten und gewerbreichsten Lage der Stadt Mannheim, enthält große Magazine, Speicher und Keller und würde sich wegen seiner großen Räume zu jedem Etablissement, insbesondere zu einem Commissions- und Speditionsgeschäft, vorzüglich eignen.
Nähere Auskunft ist zu erfahren auf dem Geschäftsbureau von Robert Pfeiffer in Mannheim Litra O 6 Nro. 1.

[1186a] **Ohmetgrasversteigerung.**
Mittwoch, den 8. September 1852, Nachmittags 1 Uhr, zu Bolanden, im Wirthschaftslocale von Erben, läßt der kgl. Kreisbaurath, Herr Paul Camil Denis von Ludwigshafen, das diesjährige Ohmetgras (Grummet) von sehr guter Qualität auf seinem 35 Morgen großen Wiesenland „die Hofwiesen," (ehemals Hilgard'sches Besitzthum) im Banne von Bolanden, in 35 Loosen, welche zusammen circa 800 Centner abwerfen werden, auf Credit versteigern.
Und unmittelbar hierauf das diesjährige Obst an den am Ufer des durch vorbesagten Wiesencomplex ziehenden Bachs stehenden 160 Zwetschgenbäumen, in mehreren Loosen.
Kirchheimbolanden, den 20. August 1852.
Giessen, Notär.

[1104] # Rheinische Dampfschifffahrt.

Kölnische  Gesellschaft.

Tägliche Abfahrten von Mannheim vom 26. Juni c. an
nach Köln 7½ Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Neustadt-Speyer. In Köln im Anschluß an die letzten Züge nach Berlin, Paris, London.
" " 11¼ " " Schnellfahrt in 10 Stunden, nach Ankunft des 1. Zuges von Neunkirchen. In Köln im Anschluß an den letzten Zug nach Paris.
" Mainz 5¼ " Nachmit., nach Ankunft des 4. Zugs von Neustadt-Speyer, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Zuges von 5 Uhr 20 Minuten.
" Straßburg 11¼ Uhr Nachts.
☞ Bei der Schnellfahrt Morgens 11¼ Uhr bis Köln wird Unterwegs nur mit Mainz, Bingen, Coblenz und Bonn verkehrt.

[1051] # Niederländische

Dampf- Schifffahrt.

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	" " 7 27,	" " 13 30	
London	" " 16 6,	" " 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
" Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852
Der Agent: C. Aug. Exter.

Neue
Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 215 | den 7. September 1832.

Deutschland.

• **Speyer.** Man hat es bezweifelt, und doch wird es bereits beinahe von allen Seiten bestätigt, daß die Oesterreichische Regierung schon wieder ein Anlehen (wie gemeldet wird von 80 Millionen), aufzunehmen sucht. Ein Anlehen folgt auf das andere, Schlag auf Schlag, und Niemand kann absehen, wie weit diese versuchten Belastungen der folgenden Generationen gehen werden. Uns scheint nur dies zweifellos, daß man sie fortsetzt, so lange Credit zu erlangen ist, wenn auch unter den drückendsten Zins- und Cursbedingungen, — und daß man dann eben zu Zwangsanlehen seine Zuflucht nehmen muß. Der neuliche Bericht von Frankfurt stellte dies bereits schon für die gegenwärtige Anlehe in Aussicht. An moralischem Zwange fehlte es bekanntlich schon das vorletzte Mal nicht!

In gleicher Finanznoth befindet sich u. a. der Staatsschatz des Römischen Stuhls. Dort sucht man sich in anderer Art zu helfen. Neulich schon wurde erwähnt, daß der Clerus sich der ihm zugemutheten Leistung des Beitrags zur Deckung des Staatsdeficits zu entziehen sucht. Die verlangte aufrichtige Auskunft über sein Vermögen ist so wenig ertheilt worden, daß die Sagra Visita Apostolica eine ernste Mahnung erlassen hat, in welchem Actenstücke gegen die Widerspenstigen mit allem Nachdrucke einzuschreiten gedroht wird, und zwar schließlich „mit denjenigen geistlichen Strafen, welche das Tridentiner Concil über alle verhängt, welche Rechte und Güter zu unterschlagen und zu usurpiren trachten, die Eigenthum der Kirche und frommer Stiftungen sind.“ —

• **Aus Baden.** Die „renitenten“ Geistlichen sind nicht mehr renitent — gegen den Erzbischof. Sie haben, mit Ausnahme von 5 wegen Krankheit entschuldigter, sämmtlich die Bußexercitien in St. Peter bestanden. „Sie kommen, sie kommen, die Himmlischen alle!“ hat spottend ein benachbartes (württembergisches) Blatt ausgerufen. Regierungszeitungen aber äußern ihre Freude, daß nun dieses Zerwürfniß beseitigt, und den Malcontenten damit die Freude verdorben sei. Den Malcontenten? Wen trifft der Schlag? Niemanden als die Regierung! Die Geistlichen unterwarfen sich der Buße, weil sie erkannten, daß sie das Gouvernement nicht so schütze, wie die Curie ihre Anhänger. Lasset nochmals einen Conflict entstehen zwischen dem Erzbischof und der Regierung; denkt Euch den Fall, daß der Erste nicht etwa blos gegen einen todten, nein, daß er gegen einen lebenden und regierenden Großherzog aufzutreten sich veranlaßt glaubte, — wer kann wähnen, daß alsdann auch nur noch ein einziger Geistlicher ungehorsam gegen seinen geistlichen Vorgesetzten sich erweisen wird? Jeder wird thun, was dieser befiehlt, möge er auch der weltlichen Obrigkeit noch so sehr zu Leibe gehen! Ihrer selbst wegen hätte die Regierung gar keine Bestrafung der ihr gehorsamen Geistlichen dulden dürfen. —

• **Obermoschel,** den 3. Sept. Bei der Wahl eines Ersatzmannes zum Landrath gab ein im Sinne der Pfälzer Zeitung „conservatives“ Districtsrathsmitglied in einer Wahlhandlung zwei Wahlzettel ab, (der eine wurde vom Wahlcommissär vernichtet); ein jeder dieser Wahlzettel enthielt den Namen des „conservativen“ Candidaten. Was würde der Pfälzer Steuererhöhungsvertheidiger sagen, wenn dieser Irrthum einem Democraten passirt wäre? Das hier Gesagte kann erwiesen werden.

Ein Landmann.

• **Frankfurt,** den 5. Sept. Die Messe wird allgemein als eine der schlechtesten bezeichnet, deren man sich erinnert. Offenbar ist an dem flauen Ausfall derselben die Ungewißheit über den Zollverein schuld. Käufer halten überall zurück, und viele Ausländer haben erklärt, daß sie zum letzten Male die hiesige Messe besuchten.

• Die Verfechter der österreichischen Pläne werden nicht müde in der Zollvereinsfrage nach Rechtspuncten zu haschen und entwickeln dabei oft ganz absonderliche Ansichten. Eine solche will sich u. a. in einer eben unter dem Titel „Die Zollconferenz zu Berlin, die preußische Erklärung vom 7. Juni und die deutsche Zolleinigung“ bei Remmelmann in Leipzig erschienenen Schrift geltend machen. In derselben wird nemlich der Zollverein, trotz der Kündigung Preußens, als zu Recht fortbestehend aufgeführt und behauptet, die übrigen Mitglieder des Vereins seien vom 1. Januar 1854 an auf weitere 12 Jahre gegenwärtig verpflichtet, und Preußen allein habe durch die Kündigung seines Antheils am Zollverein aufgehört Mitglied zu sein. Es scheint kaum erforderlich, einer solchen Auffassung der Sachlage entgegen zu treten; bei der nicht selten absichtlichen Verwirrung der Begriffe ist es aber doch nicht überflüssig daran zu erinnern, daß in den Zollvereinsverträgen nirgend die Befugniß zur Kündigung eines Antheils eingeräumt, noch denjenigen Staaten, welche sich an dem Ausspruch der Kündigung eines Mitgliedes nicht betheiligen, die Verpflichtung auferlegt wird, den Zollverein fortzusetzen. Der Art. 8 über die Fortdauer des Zollvereins lautet ganz einfach: „sofern der gegenwärtige Vertrag nicht spätestens 2 Jahre vor dessen Ablauf gekündigt wird, soll derselbe auf weitere 12 Jahre, und so fort von 12 zu 12 Jahren als verlängert angesehen werden.“ In der rechtlichen Natur des Zollvereinigungsvertrags liegt es, daß derselbe durch den Austritt eines einzigen Mitgliedes auch für alle übrigen Theilnehmer seine Verbindlichkeit verliert. Von dieser Auffassung sind bis jetzt alle zollverbundenen Regierungen ausgegangen, die öffentliche Meinung hat bislang von diesem Gesichtspuncte aus die ganze Zollfrage beurtheilt; dem ungenannten Verfasser der oben erwähnten Schrift ist es vorbehalten geblieben, für den gekündigten Zollverein einen ganz neuen Rechtsboden zu gewinnen, auf welchem Frankfurt und Braunschweig fortfahren würden den deutschen Zollverband zu bilden, wenn außer ihnen alle übrigen Staaten ihren Antheil gekündigt hätten.

München, den 2. Sept. Der Regierungspräsident der Pfalz, Hr. v. Hohe, ist von Reichenhall, wo er die Badecur brauchte, hier eingetroffen und wird sich nächster Tage wieder auf seinen Posten nach Speyer begeben. Das Todesurtheil gegen Treiber hat, wie zu vermuthen stand, die allerhöchste Bestätigung erhalten und wird wahrscheinlich am 11. d. vollzogen werden. (A. Z.)

— den 3. Sept. Nach der Ordre de bataille des Armeecorps im dießjährigen Lager bei München steht dieses Corps unter dem Commando des Generals der Cavallerie Fürsten v. Thurn und Taxis, und wird in zwei Armee-Divisionen eingetheilt. Der Commandant der ersten Division ist noch nicht ernannt, die zweite Division commandirt Generallieutenant Frhr. v. Hohenhausen.

Frankfurt, den 4. Septbr. Der seit gestern hier verweilende k. k. Feldzeugmeister v. Haynau wird sich nach Homburg begeben, wo er längere Zeit zu verweilen gedenkt. — Es ist nun gewiß, daß die nächste Conferenz

der Coalitionsstaaten in Bad Homburg stattfinden wird, die Erklärung derselben soll bereits in der nächsten Woche nach Berlin gehen. — In Niederrad fand dieser Tage eine große Schlägerei zwischen baierischen Soldaten und den dortigen Ortseinwohnern statt; eine Untersuchung ist deßhalb eingeleitet. (Fr. J.)

Man hatte gehofft, der Bundestag werde dagegen einschreiten, daß die holsteinischen Truppen nach Dänemark verlegt würden. Nun zeigt aber die offizielle Wiener „Presse" mit dürren Worten an, „daß keiner deutschen Macht in den Sinn kommen könne, den König von Dänemark in der freien Disposition über seine gesammte Armee zu hindern." (!!)

Der Hamb. Corresp. behauptet, dem Senate sei durch den französischen Gesandten eine Beschwerdenote überreicht worden, wegen der Angriffe in Frankfurter Blättern auf den Prinz-Präsidenten.

Kassel, den 2. Sept. Die erste Ständekammer erledigte, wie bereits angedeutet, gestern in einer längeren Sitzung eine Reihe von Gegenständen. Unter diesen befindet sich auch die von der Staatsregierung proponirte Anleihe, welche die Zustimmung der hohen Versammlung erhielt. Am Schlusse der Sitzung wurde ein Ausschuß zur Bearbeitung der Verfassung und der provisorischen Gesetze vom vorigen Jahre erwählt und in Anwendung des §. 33 der Geschäftsordnung vom 13. April d. J. vom Präsidenten mit Beziehung darauf, daß dermalen kein genügender Stoff für Kammersitzungen mehr vorhanden sei, die Beurlaubung der nicht zu jenem Ausschuß gehörigen Mitglieder auf unbestimmte Zeit ausgesprochen.

Dresden, den 30. Aug. Als betheiligt bei der versuchten Befreiung mehrerer Gefangenen in Waldheim ist Dr. med. Schulz zu 6, stud. med. Götz zu 3, Buchhändler Bromme zu 2, und Brauermeister Straßer zu 4, die Schwester des Gefangenen v. Glümer, Clara v. Glümer, ebenfalls zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Berlin, den 2. Sept. Es ist wiederholt davon die Rede gewesen, daß die Absicht Oesterreichs dahin geht, die Verhandlungen über die Zollfrage an den Bundestag zu verlegen. Es kommt uns nicht unwahrscheinlich vor, wenn in sonst gut unterrichteten Kreisen behauptet wird, daß bereits in Stuttgart von einer der wiener Politik besonders befreundeten Seite die Andeutung gegeben worden, daß ein ergebnißloses Verhandeln mit Preußen zu jenem Schritte führen möchte. (Köln. Z.)

Nach der „N. Preuß. Ztg." wäre die Antwort des Prinzen Wasa auf die Heirathsanträge L. Napoleons dahin gegangen: daß er, als Vater der Prinzessin Caroline, zwar keine persönliche Abneigung gegen die vorgeschlagene Heirath habe, daß ihm aber höhere Rücksichten, welche zu verletzen nicht in seiner Macht stände, die Pflicht auferlegten, seine Einwilligung von der Bedingung abhängig zu machen, daß die Regierungsform in Frankreich definitiv festgesetzt sei und daß auch die nothwendigen Garantieen für die Erhaltung derselben vorhanden wären. — In Folge dieser Erklärung ist es daher sehr wahrscheinlich, daß man sich in Paris mit der Proclamirung des Kaiserthums sehr beeilen wird, und es wird sich alsdann zeigen, ob durch diese neue Regierungsform die von dem Prinzen Wasa gestellte Bedingung erfüllt sein wird.

Osnabrück. Ehe Stüve Minister wurde, war er bekanntlich hier Bürgermeister. Am 28. August ist er nun abermals gewählt worden und so wird der frühere Minister, der die Wahl bereits angenommen hat, hier wieder Bürgermeister sein.

Aus Mecklenburg, Ende Aug. Die Katholiken einer kleinen Stadt unseres Landes hatten sich vor einiger Zeit an den Großherzog gewendet und unter Berufung auf Art. 16 der deutschen Bundesacte um die Erlaubniß zur Abhaltung des öffentlichen Gottesdienstes gebeten. Die großherzogliche Antwort lautete entschieden ablehnend, da die im Art. 16 der Bundesacte ausgesprochene Gleichheit der bürgerlichen und politischen Rechte für die verschiedenen christlichen Religionsparteien die Berechtigung zum öffentlichen Gottesdienste nicht in sich schließe und im Großherzogthum den Katholiken außer in Schwerin und Ludwigslust der öffentliche Gottesdienst nicht werde gestattet werden. (?!) (F.P.-Z.)

Hamburg, den 1. Septbr., Abends 6½ Uhr. Vor einer halben Stunde ist hier wieder eine große Feuersbrunst in der Nähe des Pferdemarkts ausgebrochen.

Wien, den 31. Aug. Die lauernde Absicht Oesterreichs, Preußen und Deutschland auch handels-politisch durch den frankfurter Bundestag zu beherrschen, tritt immer deutlicher hervor. So schreibt heute die „Presse": „Oesterreich war in der Lage, in jedem entscheidenden Falle dazu beitragen zu können, eine in Deutschland bis zur Unlösbarkeit verwickelte Lage wieder zu ordnen. So als es die Berufung des Bundestages in einem Augenblicke auf sich nahm, in welchem Deutschland ohne dauerndes Centralorgan nicht mehr bleiben konnte, und alle sonstigen, vielleicht scheinbar anziehenderen Versuche, ein solches herzustellen, scheiterten. Es ist nicht völlig unmöglich, daß Oesterreich eben so berufen sein dürfte, in der handels-politischen Frage, in welcher Preußen sich consequent auf die Negation angewiesen glaubt, ebenfalls eine Vermittelung anzubahnen; dies um so mehr, wenn die letzte entscheidende Antwort Preußens die Annäherung an Oesterreich und seine näheren Verbündeten nicht enthalten wird."

Die Oesterreichische Correspondenz behält sich zwar ihr Urtheil über die letzte preußische Erklärung vor, spricht sich aber doch bereits dahin aus, „daß das wahrhaft loyale und entgegenkommende Benehmen der unter sich und mit Oesterreich zu Darmstadt verbündeten Regierungen nicht die entsprechende Würdigung und Vergeltung von Seite der königl. preußischen Regierung gefunden hat."

— den 29. Aug. Für die Volksschullehrer soll eine Eidesformel entworfen werden, welche sie bei dem Antritt ihres Lehramtes zu sprechen haben werden.

Die Uebungen der bei Pesth concentrirten Truppen haben bereits begonnen. Die Corpsmanöver fangen am 13. Sept. an und enden am 29. Die Truppen sind theils in zwei großen Feldlagern untergebracht, theils cantoniren sie in Pesth-Ofen und der Umgebung. Sie bestehen an Infanterie aus 36 Bataillonen, welche in vier Divisionen eingetheilt sind, an Cavallerie aus 8 schweren und 4 leichten Regimentern in zwei Divisionen, deren jede zwei Brigaden aus drei Regimentern zählt. An Reiterei ist also die Zahl von 80 Schwadronen oder etwa 11,000 Pferden zusammengezogen, da die schweren Regimenter aus 6, die leichten aus 8 Schwadronen, jede beiläufig 130 Pferde stark, bestehen. An Artillerie ist außer den eingetheilten 13 Brigadebatterien zu acht Stücken eine starke Geschützreserve aufgestellt.

Schweiz.

Bern, den 2. Sept. Der kl. Rath von St. Gallen hat mehreren französischen Frauen von der Gesellschaft des heil. Herzens, welche ein Töchterinstitut in St. Gallen leiten sollten, den längeren Aufenthalt im Kanton versagt, weil diese Gesellschaft dem Jesuitenorden affiliirt sei.

Zürich. Die staatswissenschaftliche Facultät der Hochschule gewinnt wieder eine tüchtige Kraft. Der als kriminalistischer Schriftsteller berühmte preußische Appellationsdirector J. Temme, der bekanntlich bei der Anklage wegen Theilnahme am Stuttgarter Parlament von den Geschwornen in Münster freigesprochen, aber trotzdem von dem Ministerium Manteuffel aus dem preußischen Staatsdienste entlassen wurde, ist zum ordentlichen Professor für Kriminal- und Civilproceß und für vergleichende

Rechtsgeschichte ernannt worden und wird bereits mit Anfang nächsten Semesters seine Vorlesungen beginnen.

Zürich, den 2. Sept. In der am letzten Sonntage zu Winterthur abgehaltenen Schulsynode erörterte der Präsident, Seminardirector Zollinger, die Frage, obß die Lehrer sich an den kirchlichen, politischen und socialen Bewegungen der Gegenwart betheiligen sollen oder nicht. Er hielt dafür, daß in einem republikanischen Gemeinwesen jeder Stand, jeder Einzelne das Recht und die Pflicht habe, an der Gestaltung der Dinge Theil zu nehmen; die große und spezielle Aufgabe der Volksschule, die heranwachsende Generation auf das Leben vorzubereiten, verlange vom Lehrer sowohl das Verständniß der Regungen und Bewegungen dieses Lebens, als auch insbesondere diejenige Kraft und Begeisterung, die nur aus dem lebendigen Prozeß des Lebens selbst zu schöpfen seien. Das Parteileben sei die Form dieses Prozesses. Der Lehrer schließe sich einer Partei an, freilich nicht, um williges Werkzeug zu sein, sondern um mit Selbstständigkeit und Freiheit seine schönste Bürgerpflicht zu üben. Wie bedeutsam das Verhalten der Lehrer in öffentlichen Fragen sei, gehe daraus hervor, daß jede Partei der Lehrer sich zu bemächtigen suche, daß namentlich diejenige Partei, die jeweilen die Leitung des Staates in Händen habe, nichts Eiligeres anstrebe, als die Volksschule zu zerstören und ihre Lehrer zu verfolgen, wenn diese nicht mit jener Leitung einverstanden sind.

Frankreich.

† **Paris,** den 4. Sept. Die „Debats" classifiziren die Beschlüsse der Generalräthe folgenderweise: 40 haben sich für die Stabilität der Regierung in den Händen des Prinzen Louis Napoleon erklärt; 9 davon haben ausdrücklich die Herstellung des Kaiserreichs verlangt; 18 stimmten für die Stabilität der Regierung ohne Angabe der Form; 5 druckten ihre Zufriedenheit aus, ohne eine Aenderung zu verlangen; 21 votirten dankbar die Ergebenheitsadressen. — Bei den Municipalrathswahlen zeigt sich eine außerordentlich geringe Theilnahme. Eine Menge von Beispielen wird angeführt. In Metz erschienen von 9404 Wählern bei der ersten Abstimmung 3000, und bei der sonach nöthig gewordenen zweiten gar nur 2000. Aehnlich in andern Orten. Dagegen herrschte im Dromedepartement eine starke Aufregung. In verschiedenen Gemeinden sind die Regierungscandidaten durchgefallen. — Auf der Eisenbahn von Bordeaux nach Liborne sind im Tunnel von Lormont 2 Locomotiven an einandergestoßen; von 12 Reisenden sind 8 schwer verwundet und einer gestorben. — Der Charivari hat wegen seiner Angriffe auf den General Haynau eine Verwarnung erhalten.

Paris. In einem Correspondenzartikel der Allg. Ztg. heißt es: Das „enrichissez-vous" ist heute wie zu Ludwig Philipps Zeiten maßgebend, und dieses ist nur im und durch den Frieden möglich. Der Präsident pflegt in der Regel zu den obigen Worten hinzuzufügen: „mais dépensez de l'argent."

Bekanntlich hatten am 19. September 1846 mehrere Hirtenknaben, so erzählten zum wenigsten damals die „religiösen" Blätter, die heilige Jungfrau auf dem Berge la Salette (Alpen) gesehen. Der Bischof von Lucon hat nun einen Hirtenbrief veröffentlicht, worin er den Bau einer Kapelle auf dem Berge zum Andenken an das stattgehabte Wunder anordnet, die Gläubigen auffordert, sich durch Gaben dabei zu betheiligen und für den 19. September das Absingen der Litaneien der h. Jungfrau in allen Kirchen seiner Diöcese befiehlt. — Man bemerkt in dem Hirtenbrief des Bischofs folgende Stelle: „In Frankreich besonders ist das prophetische Wort Mariens immer in Erfüllung gegangen. Während einer langen Reihe von Jahrhunderten wurden ihre einstimmigen Lobpreisungen weder durch die Lästerungen des Judenthums noch durch die Beschimpfungen der lutherischen und calvinischen Ketzerei, noch durch die Excesse der Gottlosigkeit gestört."

— den 1. Septbr. Gestern wurde für die türkische Regierung eine 6proc. Anleihe von 35 Millionen Fr. zu 95 abgeschlossen. (Allg. Z.)

— den 2. Sept. Der „Moniteur de l'Armee" berichtet, daß durch ein Decret des Prinz-Präsidenten vom 21. August 40,000 Mann von der Klasse 1851 (wie gewöhnlich wurden in diesem Jahre 80,000 Mann ausgehoben) zum Dienst einberufen sind. Es haben dieselben im nächsten October sich bei ihren Regimentern einzufinden.

Der Correspondent des Advertiser ist jetzt definitiv ausgewiesen worden. Das strenge Auftreten gegen die fremde Presse dauert also fort. Nicht allein die Leitartikel des Moniteur, sondern auch die halbamtlichen Blätter ziehen jetzt gegen dieselbe zu Felde. Heute hat Hr. Cesena im Pays seinen Dolch gezogen und insultirt in 3 Spalten die wiener, londoner und berliner Presse, deren Angriffe gegen die Regierung des 2. Dec. er der Wuth dieser Journale über die jetzige Größe Frankreichs zuschreibt. Wie gewöhnlich, spricht er von dem Rechte Frankreichs, sich die ihm beliebige Regierung zu geben. Von allen Journalen jedoch hat die Independance Belge am meisten von der Policei zu leiden. — Bekanntlich haben die Personen, welche nach dem 2. Dec. aus Frankreich ausgewiesen worden waren, aber dennoch in Paris verbleiben durften, Befehl erhalten, Frankreich zu verlassen. Diese Maßregel ist jetzt auch auf die Personen ausgedehnt worden, welche diese Gunst in der Provinz genossen. Es scheint, daß man nur solche Personen in Frankreich dulden will, von deren politischer Reue man überzeugt ist. — Persigny ist wieder nach Paris zurückgekehrt; er hat heute schon eine Audienz in St. Cloud gehabt.

Paris, den 3. Sept. Man versichert, nach den bis jetzt eingegangenen Berichten seien die Wahlen zu den Stadträthen weniger einstimmig günstig für das Elysee, als es bei den Wahlen zu den Departemental- und Arrondissementsräthen der Fall gewesen war. Immerhin fallen die Wahlen in weit überwiegender Zahl auf die von den Behörden empfohlenen Candidaten.

Der ungarische Flüchtling Szavardy, der unlängst verhaftet, jedoch auf Verwendung des Fürsten Camerata freigelassen wurde, ist jetzt definitiv aus Frankreich ausgewiesen. Er war Correspondent eines ausländischen Journals.

Italien.

* **Florenz,** den 29. Aug. Das Gericht hat sich in dem Prozesse Guerazzi für competent erklärt, weil der Senat, vor dem derselbe eigentlich gerichtet werden sollte, nicht mehr existirt. Der Vertheidiger des Angeklagten wollte dagegen Appell einlegen, was ihm aber nicht gestattet wurde. Je mehr der Prozeß vorschreitet, desto lebhafter spricht sich die Sympathie des Volkes für Guerazzi aus.

Vom Po, den 28. August. Oesterreich spielt jetzt auch durch ganz Mittelitalien den unumschränkten Herrn, und der allerwärts noch fortdauernde Belagerungszustand lähmt die Thätigkeit der ordentlichen Civilgerichte. Es soll im Werke sein, mit Parma, Modena und Toskana Militärconventionen abzuschließen, in ähnlicher Weise, wie sie vor einiger Zeit Preußen mit mehreren deutschen Kleinstaaten eingegangen hatte. Darnach würden die italienischen Truppen mehrere Jahre lang österreichische Garnisonen in den deutschen oder slawischen Provinzen beziehen und dort ihre Ausbildung erhalten. — Die viel angekündigten Eisenbahnen im Kirchenstaate zur Vereinigung mit den toskanischen und lombardischen stehen bis heut zu Tage nur noch auf dem Papier; nicht einmal die Vermessungen sind geschehen, und mehrere englische und belgische Speculanten haben sich, bei näherer Einsicht in die trostlosen Zustände, wieder zurückgezogen. Bei den italienischen Capitalisten ist aber für dergleichen Unternehmungen nichts zu bekommen, abgesehen davon, daß sie schon aus politischer Opposition sich enthalten.

So können noch viele Jahre vergehen, ehe die kurze Verbindung von Mantua über Ferrara, Bologna nach Florenz hergestellt sein wird. Uebrigens geht es dermalen auch in dem österreichischen Italien sehr langsam mit dem Ausbau der nunmehr seit mehr als 12 Jahren bereits begonnenen Bahn zwischen Venedig und Mailand. Ueberall fehlt es an Geld, und nicht einmal die kurze Strecke von Verona bis Peschiera zum Gardasee wird in diesem Jahre fertig werden. Und doch sind der Schwierigkeiten so gut wie keine. (K. Z.)

Dem Vernehmen nach wird die Wittwe Ludwig Philipp's ihren bleibenden Aufenthalt in dem, ihrem Schwiegersohne, dem Könige der Belgier, gehörigen Schlosse Giulia am Comersee nehmen, wo bereits die nöthigen Restaurationsarbeiten mit Beschleunigung vorgenommen werden.

Großbritanien.

* **London**, den 3. Sept. Man erzählt sich, daß 2 Luftschiffer mit dem Nachen des Ballons heruntergefallen sind und umkamen. Man weiß aber über die Identität der Personen noch nichts Genaues.

Sogar eines der Organe des torystischen Ministeriums, der Morning Herald, bekennt in Bezug auf die Zustände auf dem europäischen Continent, daß seit Jahrhunderten die Freiheit nicht dergestalt unterdrückt gewesen wie jetzt. Die gegenwärtige unnatürliche Lage, behauptet er, könne nicht von Dauer sein. Nur drei verhältnißmäßig kleine und schwache Staaten vertreten noch das bedrohte System volksthümlicher und parlamentarischer Regierung. Die Schweiz, Sardinien und Belgien sind die einzigen Stätten der Freiheit auf dem Continent. Diese blicken natürlich zu England empor, wenn nicht um directen Beistand, doch wenigstens um Sympathie und moralische Unterstützung. Wir glauben nicht, schließt das ministerielle Organ, daß sie zur Täuschung verurtheilt sind und daß England unter irgend welchen Umständen bei der Unterdrückung der Freiheit die sie mit ihm theilen, gleichgültig zusehen könnte, es mag diese Unterdrückung durch offene Einschüchterung oder aus dem Grunde einer vorgeblichen Freundschaft geschehen.

In welchem überraschenden Zunehmen die Auswanderung aus England nach Australien, den Vereinigten Staaten und nach Ost- und Westindien ist, mag man daraus entnehmen, daß sich in diesem Jahre nach amtlichen Berichten die Zahl der Auswanderer aus Großbritanien wenigstens auf 500,000 Personen belaufen wird. Noch vor Ende August, heißt es, gehen 400 Schiffe von 500 bis 2000 Tonnen aus den Häfen von London, Liverpool und Plymouth mit Auswanderern nach den verschiedenen Theilen Australiens ab. Im Durchschnitt kann man 40,000 Personen annehmen, die monatlich aus England auswandern; Australien hat allein jährlich 200,000 Einwanderer erhalten.

Amerika.

* **New-York.** Der Zusammenstoß der beiden Dampfschiffe auf dem Eriesee, wobei von den darauf sich befindlichen 500 Auswanderern, worunter sich auch viele Deutsche und Schweden, die nach dem Staate Ohio wollten, befanden, 300 umgekommen sind, wird dem dichten Nebel und der Nachlässigkeit des Capitäns, der nicht mit der Schiffsglocke läuten ließ, zugeschrieben. Die Mehrzahl der Auswanderer waren Irländer. 200 der Passagiere sind von dem Dampfschiffe Ogdensburg, mit dem der Atlantik zusammenstieß, aufgenommen worden. Man hofft, daß sich noch Mehrere auf den allerdings überfüllten Booten des Atlantik gerettet haben. Der Atlantik setzte nach dem Zusammenstoß seine Fahrt nach dem Lande noch 2 Meilen lang fort, bis das durch den Leck hereinströmende Wasser das Feuer des Dampfkessels auslöschte.

Man schreibt aus New-York, daß sich eine neue Expedition gegen Cuba vorbereitet (?), die diesmal aus 25,000 Mann, lauter Amerikaner, bestehen soll. Kein Creole wird zu den Conferenzen zugelassen. Man will um jeden Preis diese Insel, welche eine der schönsten und fruchtbarsten der Welt ist, der „bigotten und barbarischen Regierung Spaniens" entreißen.

New-York, den 21. Aug. Die große nationale Partei, welche Hrn. Webster auf den Schild heben will, beginnt sich lebhaft zu regen. Die Webster-Freunde in Georgia zählen an 100,000 Stimmen. Massachusetts wird zunächst folgen. Schreitet die Bewegung fort, wie sie anfing, so macht sie jedenfalls Scott's Erwählung unmöglich und sichert den Triumph des democratischen Candidaten Pierce. Aber ich halte selbst Webster's Erhebung zum Präsidenten für nichts weniger als unwahrscheinlich. Vor ungefähr einem Jahre bildete sich im Süden der Orden des einsamen Sterns (Order of the lone Star), welcher in diesem Augenblicke über 25,000 entschlossene eingeborene Americaner zu seinen Mitgliedern zählt. Kein Creole wird in den Orden aufgenommen oder zu seinen Berathungen zugelassen. Ein großer Theil des Bundes besteht aus Männern von Vermögen und angesehener Stellung in der Gesellschaft; sie gehören allen möglichen Parteischattirungen und allen kirchlichen Secten, im Allgemeinen aber den höheren Classen an. Der Gründer und das Haupt des Ordens, D Wren aus Alabama, ist seit einigen Wochen in New-York, um die neuen Zweig-Vereine seines Bundes zu organisiren, und schon haben sich ihm sehr viele der achtbarsten und würdigsten Kaufleute, Advocaten und Politiker dieses Staates angeschlossen. Sein offen ausgesprochenes Ziel ist: „die Ausdehnung und Ausbreitung des Handels, der Macht und der Institutionen der Republik über die westliche Erdhälfte und die Inseln des atlantischen und stillen Weltmeeres." (Times.)

Miscellen.

Ultramontane Stylprobe. In einigen Städten Westphalens ist der 50jährige Anschluß an die preußische Monarchie feierlich begangen worden. Die Deutsche Volkshalle theilte die bezüglichen Berichte aus der „Pr. Z." mit und bemerkte dazu: „Was uns über diese Feier zugekommen, haben wir nicht aufgenommen, weil es unser Grundsatz ist, auch provocirten confessionellen Reibungen wo nur irgend möglich auszuweichen. Da wir aber nun erfahren, daß das Schweigen noch übler aufgenommen wird, als die Gegenrede, so theilen wir die halbamtlichen Berichte mit und bemerken nur zur Steuer der Wahrheit Folgendes. Man thut sehr Unrecht, jede Nichttheilnahme an diesem Feste „aus Parteirücksichten oder kleinlicher Gehässigkeit" zu erklären. Manche waren dieser „goldenen Hochzeitsfeier" entgegen, weil im Bereich der 50jährigen Vereinigung die mehrjährige Scheidung unter napoleonischer Oberherrschaft liegt. Andere glaubten als Katholiken einer Jubelfeier sich enthalten zu müssen, welche einen protestantischen Anstrich trage. Daß man ihnen Anlaß dazu gegeben, ist selbst aus den vorstehenden Berichten zu erkennen. Man denke sich z. B. einen ehrenwerthen katholischen Bewohner der Stadt Werden, der von dem Thurme der unter Karl dem Großen durch den heiligen Ludger gegründeten Abtei den protestantischen Choral: „Nun danket Alle Gott!" vom Militär blasen hört, und der noch nicht ganz vergessen hat, daß dieser tausendjährige Sitz der geistlichen und weltlichen Fürsten seiner Vorfahren, dieser reichsprudelnde Bildungsquell für das ganze nördliche Deutschland während derselben 50 Jubeljahre in ein großes Zuchthaus verwandelt worden ist! Man kann ein sehr treuer preußischer Unterthan und doch nicht im Stande sein, in ein solches „Nun danket Alle Gott!" einzustimmen. Wenn man so plump die heiligsten katholischen Gefühle mit Füßen treten will, so sollte man doch wol so viel Erbarmen mit den Katholiken haben, daß man von dem Schweigenden schwiege und nicht die edelste Trauer zum Verbrechen stempelte." (Es sollen namentlich diese Bemerkungen der D. V.-H. in Berlin sehr übel vermerkt und zu policeilichen Schritten gegen den Redacteur Professor Müller zunächst Veranlassung gegeben haben.)

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue

Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 216 | den 8. September 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Es sind uns neue Americanische Zeitungen zugekommen. Wir entnehmen denselben einige Notizen. Die Ueberzeugung, daß die Vereinigten Staaten und England einig sein müßen, scheint überall vorzuwalten, und gibt sich auf die mannichfachste Weise kund. So liegt z. B. ein Gedicht vor, an die americanischen Besucher des (auf canadischem Gebiete gelegenen) Schlachtfeldes von Lundy's Lane, am 27. Juli d. J., durch das der Gedanke geht: England und Amerika müßen vereint der bedrängten Menschheit als rettendes Licht erscheinen. — Ein Krieg zwischen beiden Staaten würde unfehlbar das britische Nordamerika zu einem Bestandtheile der Union machen, aber dennoch wünscht fast Niemand diesen Krieg. —

Am 18. Septbr. soll zu Wheeling in der City-Hall (Stadthaus) ein „Congreß des Revolutionsbundes" abgehalten werden. Näheres darüber finden wir nicht angegeben.

Fenner v. Fenneberg durchzieht den Staat Indiana und hält, „bezahlt von den Whigs, Stumpfreden" für den whigistischen Präsidentschaftscandidaten Gen. Scott. Beide Parteien lobpreisen ihren eigenen und setzen den gegnerischen Candidaten herab. Was die Whigs gegen Gen. Pierce besonders auszubeuten suchen, ist, daß er während des Mexicanischen Krieges einmal vom Pferde gefallen, weßhalb sie ihn „General Purzelbaum" nennen. Indessen finden sie allem Anscheine nach wenig Anklang.

In Californien erscheint nun auch eine deutsche Ztg., herausgegeben von Hähnlein und Walz. Die Schwierigkeiten, welche bei diesem Unternehmen zu überwinden, waren enorm; die Verleger konnten nicht einmal Papier von einem passenden Formate bekommen. Ueberhaupt ist der Papiermangel im Goldlande so groß, daß einige englische Zeitungen auf buntem Papier erscheinen.

Zu Philadelphia hat ein „Gambrinusverein," zum Aerger der Temperenzler, einen Umzug gehalten. Ueberhaupt scheint, den zahlreichen Ankündigungen nach zu urtheilen, das „Lagerbier" in der Quäckerstadt der „Bruderliebe" sehr viele Verehrer zu zählen. — Wie massenhaft auch das muckerische Element daselbst vertreten ist, so scheint doch namentlich die Zahl der Anhänger der „freien Gemeinde" ebenfalls sehr groß zu sein.

* **Speyer.** Ludwig Napoleons jetzige Plane lassen sich nicht sofort verwirklichen. Er findet immer neuen Widerstand, und findet ihn da, wo er im Gegentheil die Unterstützung blinder Werkzeuge erwartete. Er mag unzufrieden sein, der „Retter der Gesellschaft," denn die Dinge gehen nun einmal nicht nach Wunsch voran. Die projectirte Heirath ist gescheitert, und die öffentliche Stimme läßt sich nicht zurückhalten, so tief auch die Macht der öffentlichen Meinung in Europa herabgedrückt ist; und ob es vielleicht auch gelingen möge, die Presse auf dem ganzen Continente zum Schweigen zu bringen, jenseits des Kanals und des Oceans wird sie nicht verstummen, und ihr Laut wird herübertönen und alle Mauthlinien werden nicht im Stande sein, die Contrebande der Gedanken hinausgebannt zu halten. Das Wichtigste aber ist: die Stimmung Frankreichs selbst. Die Kaiserplane behagen durchaus nicht. Wer hätte geahnet, daß von diesen in der bekannten Art gebildeten Generalräthen ein Einziger sich so auszusprechen unterlassen würde, wie es der Wunsch des künftigen Cäsars ist? Betrachtete man es doch bei ihrer Ernennung als ihre erste Aufgabe, die Restauration des Napoleonischen Kaiserthums zu verlangen! Kaum konnte Jemand etwas Anderes erwarten, als daß dies im blindesten Eifer geschehe. Und nun nehme man die Classification zur Hand, welche das Debats aufstellt (siehe die vorige Nummer der Speyr. Ztg.): nicht mehr als neun unter den 85 Generalräthen sind es, die man dahin brachte, sich förmlich für das Kaiserthum zu erklären; 31 sprechen für Stabilität der Regierung in den Händen, denen man eben die Gewalt im Augenblicke doch nicht entreißen kann; die übrigen Alle bringen ganz vage Ergebenheits- oder Dankesphrasen. Alles in Allem, ist es klar, daß die Hoffnungen, die man auf die Generalräthe setzte, grandios gescheitert sind, und daß das Kaiserthum höchstens als Zangengeburt ohne Lebensfähigkeit sich zur Welt bringen läßt. — Napoleon wird sich nun wahrscheinlich auf die ihm ergebenen Cürassiere stützen. Dieselben wollen das Kaiserthum, — sie wollen damit, wenn nicht Alles täuscht, aber auch den Krieg!

* **Zweibrücken,** den 6. Sept. Wie ich vernehme, hat heute Hr. Pfarrer Tafel von der Ministerial-Entscheidung in seiner Sache Nachricht erhalten. (Daß das „Mainzer Journal" früher Nachricht davon bekam als der Nächstbetheiligte, ist unter den obwaltenden Verhältnißen gewiß kein Wunder.) Die Entscheidung geht einfach dahin, daß der Recurs von dem Ministerium für Kirchen- und Schulangelegenheiten zur Berücksichtigung nicht geeignet befunden worden sei. Ueber die Gehalts- und Pensionsverhältniße ist nicht mit einer Sylbe gesprochen. —

* Hr. Redacteur! Sie wissen, im alten Griechenland stritten sich die Städte um die Ehre, des größten Dichters, Homers, Geburtsstätte zu sein. Jede behauptete, der Dichter sei ihr Angehöriger und es sei Entstellung und Anmaßung, wenn noch eine andere Anspruch auf diese Ehre mache. Dieser Streit ist bekanntlich bis zum heutigen Tage nicht entschieden worden, und wird wohl auch unentschieden bleiben müssen. Werden nun auch die in der Pfalz gewählten Hrn. Landrathsabgeordnete schwerlich einen Anspruch auf die Bezeichnung homerischer Dichter machen, so glaube ich doch, daß der entstandene Streit um die Ehre, welcher Partei die einzelnen Gewählten angehören, ebenso wie der Streit um den Vater Homer, ein unentschiedener wird bleiben müssen. Auch hoffe ich ferner, daß wie die Werke Homers ganz unberührt bleiben und blieben ob dem Streite unter den Städten, das Werk der gewählten Landräthe unbeeinflußt bleibe von dem Streite unter den Parteien. Ich gebe Ihnen deshalb auch, Hr. Redacteur, in so ferne Unrecht, als Sie, freilich provozirt, zwei oder drei der Herrn Landrathsabgeordneten so ohne Weiteres der Pfälzer Zeitung in die Arme werfen wollen, gleichsam ausrufend: [illegible]! Hätten Sie vorher bestimmte Candidaten für die Wahl aufgestellt und ein Programm mit bestimmten Forderungen formulirt, und die vorgeschlagenen Personen nebst den Forderungen wären bei den Wahlen verworfen worden, dann freilich könnten Sie vor der Hand auf die Ehre verzichten, solche Wahlproducte, welche nach Ihrer Ansicht dem Interesse der Bevölkerung des Kreises widersprächen, willkommen zu heißen. Wie ich aus der Einsicht der betreffenden Nummern Ihrer Zeitung entnehme, haben Sie aber nur im Allgemeinen die Eigenschaften bezeichnet, welche nach Ihrer Ansicht einem

Landrathsabgeordneten zukommen müßten, und es ist bis zur Stunde für mich noch nicht dargethan, daß auch nur zweien oder dreien der Gewählten diese Eigenschaften abgehen. Außer den Hrn. Abgeordneten vom geistlichen Stande, die in Folge der bestehenden Staatseinrichtungen mehr oder weniger vom Staate abhängig sein müssen, aber als Vertreter eines Standes gesetzlich gewählt werden mußten, finde ich nur einen Staatsdiener in der Liste sämmtlicher Gewählten, und es scheint mir die Sache auf die Spitze getrieben zu sein, wenn man diesen Hrn. Landrathsabgeordneten schon deßwegen, weil er Staatsdiener ist, als Verehrer der von der Pfälzer Ztg. vertretenen Staatsmaximen qualifiziren wollte. Im Gegentheile hoffe ich auch von diesem Staatsdiener, der zugleich Staatsbürger ist, daß auch er gegen die Ehre sich verwahrt, zu den gläubigen Jüngern des Hrn. Lucas Jäger gezählt zu werden. „Denn," so frage ich mich, „welche Qualitäten hat denn Hr. Jäger für seine Candidaten vindizirt?" Wenn ich, um nicht zu weitläufig zu werden, Alles zusammenfasse, was darüber in der Pfzr. Ztg. zu lesen ist, so heißt die Quintessenz ungefähr so: „Wählt Männer, die Alles gutheißen, was die Regierung vom Landrathe will." *) Wer möchte nun so ohne Weiteres behaupten, daß auch nur Einer der Gewählten zu diesem Programme sich bekenne? Wenn aber dies der Fall ist, so dächte ich, sei es am besten, einstweilen den Streit über die Qualification der Gewählten zu suspendiren. Es wird ja ohnehin der Landrath bald berufen werden, und sich dann zeigen, was die Regierung von ihm verlangt und was er bewilligt. Erzählt wurde mir, daß in den öffentlichen Sitzungen des letzten Landrathes auch einmal ein Zuhörer erschienen sei, der sich aber rasch wieder entfernt habe, weil er fürchtete, die Hrn. Landräthe zu geniren. Ich hoffe, daß bei den Sitzungen des heurigen Landrathes solche zarte Rücksicht wegfallen wird, und so wird man denn auch in unsern entlegenen Orten wol hie und da einmal hören, was und wie in dem Sitzungssaale zu Speyer von dem Landrathe verhandelt wird. Dann wird sich auch sagen lassen, ob man mit dem oder jenem Vertreter zufrieden sei oder nicht, — ob er den Wunsch und Willen des Districtes oder des Kreises vertrete oder dagegen handle. Da aber im Sitzungssaale des Landraths schwerlich über die Begriffe „democratisch," „liberal," „liberalconservativ" und „conservativ" und die 60 Schattirungen, die man zwischen diesen vier Hauptweltgegenden auch noch wird annehmen müßen, — abgestimmt wird, so wird meine Eingangs aufgestellte Meinung, daß der hierüber entstandene Streit wol unentschieden bleiben müße, und deßhalb am besten aufgegeben werde, nicht unrichtig sein.

Die Schwankungen und Widersprüche, in welche Hr. Dr. Jäger im Verlaufe der Wahlberichte gerathen ist, waren, wie sich nachträglich herausgestellt hat, eine nothwendige Folge seines dem Publicum nun selbst bekannt gegebenen Gemüthszustandes. Er war des Sieges bei den Wahlen, nach eigener Angabe, „vollkommen gewiß," und war, wiederum nach eigener Angabe, über den Ausgang „in ängstlicher Spannung." Sie dürfen also, Hr. Redacteur, dem Hrn. Jäger nicht so gar übel nehmen, wenn er bei solch' widerspruchsvollem Gemüthszustande zu ganz eigenthümlichen Berechnungen kömmt, denn zum guten Rechnen gehört vor Allem —: Ruhe, und diese scheint von Hrn. Jäger vergeblich — erjagt zu werden. — Ich nehme nun zum Schluß noch an, Hr. Jäger käme auf den Einfall, in seiner Zeitung auszuschreiben: „Wir haben berechnet, daß von den gewählten Landrathsabgeordneten 15 zu Uns gehören; diese Berechnung wird als irrig angefochten. Um nun die Probe für unsere Rechnung zu machen, ersuchen wir Unsere lieben und getreuen 15, uns ihre Anhängigkeitserklärung einzusenden." Wie viele Erklärungen bekäme wohl Hr. Jäger? — Ich glaube, er könnte sie unfrankirt annehmen, ohne einen Kreuzer Kosten zu haben. —

X. +

*) Vergebens widerspricht die Pfälzer Zeitung jetzt — nachdem das Ergebniß der Wahlen bekannt ist! — diesem Satze; ihr ganzes Auftreten läßt keinen Zweifel darüber, und die Bezugnahme auf die Kammer, wo ja auch dem Ministerium entgegen getreten worden sei, ist um so ungeschickter gewählt, als die dortigen „Niederlagen" des Ministeriums zum großen Aerger der Pfzr. Ztg. eintraten. D. Red.

Noch ist Deutschland nicht verloren. Wie es eine öffentliche Ankündigung besagte, ist das Schiff „Deutschland" in einer Auction verkauft worden, und zwar an das Handlungshaus Rösingh und Mummey in Bremen. Die Thatsache ist so niederbeugend, daß man sich des Gedankens kaum erwehren kann, es werde bald die Zeit kommen, wo ein Theil des Vaterlandes nach dem anderen, wenn auch nicht in öffentlicher Auction, doch aus derselben „Solidarität der conservativen Interessen" werde verhandelt werden, die zu jenem schmachvollen Akte führte. Da ist es wohl an der Zeit, daß wir durch den Zuruf: „Noch ist Deutschland nicht verloren!" die Kraft und den Muth in unseren Seelen wecken, welche allein ein solches Geschick abwenden können. Die in Berlin erscheinende Urwähler Ztg. erhebt an dem Tage, da das klägliche Schauspiel den Völkern Europas und der Geschichte der spätesten Zeiten gegeben wurde, jenen Zuruf unter Betrachtungen, die denselben verdoppelt werden wiederhallen lassen überall, wo noch ein Rest von Vaterlandsliebe und nationaler Ehre lebt.

Am 18. August 1852, Mittags Punkt 12 Uhr, sagt die Urwähler Ztg., ward eines der besten Schiffe der deutschen Flotte, das den Namen „Deutschland" trägt, von dem Kommissär des deutschen Bundes Herrn Fischer in Bremerhaven, laut öffentlicher Ankündigung versteigert und dem bis dahin Meistbietenden zugeschlagen!

Das verkünden deutsche Zeitungen, müssen deutsche Zeitungen verkünden, denn die Auktion ist durch öffentliche Inserate angezeigt und weder Verheimlichen noch Verläugnen kann uns in den Augen des Auslandes rein waschen von dieser Schmach! —

Wir beneiden Die nicht, die solch einen Jammer zum Gegenstand eines Scherzes zu machen vermögen; wir beneiden die Völker, die solche Thatsachen nicht begreifen und die ein Ansinnen solcher Art als die tiefste nationale Beleidigung betrachten würden.

Wir blicken beschämt auf die Nachbarnationen hin, die nicht nur ihre Interessen, sondern auch ihre Ehre wahren und die für die Beleidigung eines einzelnen Landesangehörigen in der Fremde das höchste Maß der Genugthuung fordern, weil sie eine Beleidigung jedes Einzelnen als Beleidigung der Nation betrachten.

Wir aber, wir lernen die nationale Beleidigung tragen, unsere Interessen dienen der Intrigue zum Spielball und unsere Ehre wird mit unserem Namen öffentlich zu Markte getragen!

Und ist es nicht, als ob zu unserer tiefen Demüthigung gerade jetzt die Nationen von allen Seiten jenes nationale Gefühl so lebendig zu Schau stellen?

Zwei französische Bürger wurden jüngst in Tripolis verhaftet; was that Louis Napoleon, der Mann, dessen Zartgefühl wahrlich nicht allzusehr angeregt wird bei Ehrverletzung Anderer? — Er hat die Beleidigung der französischen Bürger als Beleidigung der französischen Ehre betrachtet. Er forderte die sofortige Freilassung, und als diese unter Vorwänden verweigert wurde, legten sich zwei französische Fregatten vor Tripolis, mit dem gemessensten Befehl, die Stadt zu beschießen, wenn nicht sofort die Freilassung erfolgte. — Die Fregatten waren am Morgen gelandet, auf den Mittag wurde die Beschießung der Stadt verkündet. Die Consuln und die Fremden in Tripolis begaben sich auf die Fregatten und die Kanonade sollte beginnen, als von der Stadt her nach dem Hafen der Ruf erscholl, daß die Gefangenen freigelassen waren.

Ein Engländer wurde in Florenz beleidigt. — Ganz England nahm diese Beleidigung als eine nationale Frage auf und man stritt nur öffentlich und heftig darüber, ob

eine Genugthung, die den Beleidigten befriedigt, auch der Nation genügen soll, oder ob außer dieser Genugthuung die Nation noch eine besondere für ihre eigene beleidigte Ehre zu fordern hat.

Nordamerikanische Fischer werden in ihrem Gewerbe durch englische Kriegsschiffe behindert, die ihnen den Raum an den Küsten streitig machen, und ganz Nordamerika nimmt diese Beeinträchtigung als Kriegserklärung auf und ist bereit, in einen Kampf auf Tod und Leben einzugehen, wenn nicht England, das mächtige, unüberwindliche England sich zurückzieht und Genugthuung den Beeinträchtigten und der Nation gibt.

Wir aber — die wir die mächtigste Nation Europas sein könnten, wenn die deutsche Ehre und das deutsche Nationalgefühl so weit reichten, wie die deutsche Zunge reicht, — wir sind von allen unsern Nachbarn ungestraft geplündert worden. England hat uns Helgoland genommen und hält sich seines Raubes so sicher, daß es diesen Posten nicht einmal befestigt, um ihn nöthigen Falls zu vertheidigen. Dänemark hat Schleswig und Holstein an sich gerissen und es sich einverleibt unter Schutz und Beifall deutscher Mächte. — Rußland besitzt deutsche Ostseeprovinzen und blickt lüstern auf unsere Strandländer; dafür ist es unser bester Freund! — Oesterreich spottet des deutschen Namens und ist bereit, bei der nächsten Gelegenheit Deutschland in Gesammtösterreich aufgehen zu lassen. — Limburg und Luxemburg sind fremden Nationen einverleibt, mit denen einige deutsche Fürstenthümer an Größe wetteifern. — Der Elsaß ist Frankreich zugefallen und hat sich jeder deutschen Sympathie längst entschlagen. Wir aber, wir verkünden durch die Zeitungen, wie beifällig L. Napoleon begrüßt wurde, als er die Straßburger Bahn einweihte, die seine Heere schnell bis an den Rhein bringen kann, und im Herzen Deutschlands, am Sitz des ehemaligen deutschen Parlaments wie in der Hauptstadt der Wittelsbacher, wird der Napoleonstag oder 15. August auf Wunsch der französischen Gesandtschaft durch öffentliche kirchliche Feierlichkeit festlich begangen; — und am 18. desselben Monats wird „Deutschland" verauctionirt!

Ja, es ruht ein Jammer auf Allem, was Deutschlands Namen trägt, all' seine Größe ist in einen Bann geschlagen, all' seine Gefühle sind gefesselt, all' seine Wünsche, all' seine Hoffnungen sind in tiefen Schlummer gesunken, sonst müßte es erwachen bei solchen Demüthigungen und fragen, wo seine Ehre bleibt?! — Dem Raub des Auslandes seit einem Jahrhundert preisgegeben, würde es jetzt erwachen, wo es dem Spott des Auslandes verfällt. — Ja, es ruht ein Bann auf uns, der übergroß ist — und käme nicht der tiefe Schmerz, der im Einzelnen lebt, dem Bann an Größe gleich, wir würden verzweifeln und das Schicksal Derer preisen, die jetzt den Rücken kehren dem deutschen Vaterlande und über das Meer dahinziehen, die traurige Heimath der Väter verlassend, um eine glücklichere Heimath für die Kinder zu suchen!

Du aber, Ueberrest des jüngst noch so lebendigen deutschen Nationalgefühls, du jungfräuliches Bretterwerk, von der Liebe der erwachten deutschen Nation gezeugt, du entflaggtes Schiff, das du zu unserem Schmerz den deutschen Namen an dir trägst und unter dem Hammer des Auctionators zugeschlagen wirst dem, der das Meiste für dich bietet, — o wärest du eine vermoderte Rarität aus einem verrotteten Jahrhundert des Mittelalters, du würdest dann sicherlich in Deutschland einen freigebigen kunst- und mittelalterbegeisterten Käufer finden, der dich für ein deutsches Museum erstehl, wo du dich verbergen könntest unter dem Staub der Sehenswürdigkeiten vor der öffentlichen Schmach. — Du aber bist ein Werk der jüngsten so verhaßten Zeit und wirst vielleicht dahin gegeben um winzigen Lohn in fremde Hand, wo dein Name herabgerissen wird von deiner Brust und fremde Zeichen dir eingebrannt und ein fremder Name dir aufgedrungen werden, damit „Deutschland" vergessen werde, wie Deutschland vergessen ist, im Rathe der Nationen. — Du unglückseliges Kind einer unglückseligen Nation! Dir widmen wir die letzte Thräne eines großen Schmerzes, der auf unserm Herzen lastet! Die letzte Thräne, um diesen Schmerz, damit wir den Blick fortan abwenden dürfen von diesem Jammer und ihn aufrichten zu allen Hoffnungssternen, die dem Lande noch leuchten, dessen Namen du getragen, ihn aufrichten an Jedermann im Volke, der ein deutsches Bruderherz in sich schlagen fühlt, an Jedermann im Volke, der eine deutsche Bruderhand ausreicht, an Jedermann im Volke, der in den tiefsten Demüthigungen des Stolzes sich nicht entschlägt, ein Sohn des unglücklichen deutschen Vaterlandes zu sein!

Zieh in Frieden, „Deutschland," wer dich auch ersteht! Das deutsche Vaterland, deß Namen du getragen, es ist noch nicht verloren.

Würzburg, den 3. Sept. Die Leiche des ehegestern mit dem Heidelberger Eilwagen durch den Wolkenbruch zu Grunde gegangenen Passagiers ist noch nicht aufgefunden worden. Möglich, daß er unter dem Geröll begraben liegt, welches viele Schuh hoch der reißende Gießbach herbeigeschwemmt hat. Ein eigenthümliches Verhängniß schwebte über diesem Unglücklichen. Er kam zu spät zur Post und sollte nicht mehr eingetragen werden und nur seinen dringenden Vorstellungen gelang es mitfahren zu dürfen, um — auf der Poststraße — zu ertrinken. — Prof. Virchow's neues Werkchen hat trotz seiner gemäßigten Sprache beim Clerus, dem er die Demoralisation der Spessarter zur Last legt, böses Blut gemacht. (F. J.)

Karlsruhe, den 4. Sept. Selbst in der hiesigen amtlichen Zeitung brechen Klagen hervor von der wegen Fortdauer des Zollvereins beunruhigten Bevölkerung. Namentlich groß ist die Angst der Tabaksbauer.

Kassel, den 4. Sept. Nunmehr ist der freie Fruchtverkehr in dem Kurstaate wieder hergestellt, und somit das Gesetz vom 11. Oct. 1817, welches jeden Ankauf von Getreide, Mehl und Kartoffeln zum Wiederverkaufe bei Strafe der Confiscation verbietet, wieder aufgehoben.

Berlin, den 4. Sept. Man ist hier noch ohne sichere Vermuthung über die Entschließungen, welche die coalirten Regierungen in der Zollfrage fassen möchten. Es liegen indeß Thatsachen vor, welche die Absicht einflußreicher Interessenten der Coalition erkennen lassen, die Entscheidung der Frage noch ferner hinauszuschieben. — Preußen, will man aber wissen, werde sich darauf nicht einlassen. — Nach der Elberf. Ztg. böte Oesterreich alles auf, eine Verständigung zu verhindern; es hätte sogar Sachsen seine Armee angeboten, falls dessen Bevölkerung über die Sprengung des Zollvereins unruhig würde.

Breslau, den 2. Sept. Eigenthümliches Frachtgut ist in der letzten Zeit aus Oesterreich hieher gelangt. Seit kurzer Zeit werden die Depots der Missionsvereine in Oesterreich von Seiten der Policei aufgehoben und die vorhandenen Bibeln unter gerichtlichem Siegel aus dem Lande geschafft. Es sind mehr als tausend Centner Bibeln jetzt hieher zurückbefördert worden. (N. O. Z.)

Wien, den 1. Sept. Mit dem heutigen Tage beginnt nicht nur de facto — denn dies ist schon längst der Fall — sondern auch wieder de jure die Büchercensur durch den ganzen Umfang der österreichischen Monarchie, und auch in denjenigen Provinzen, wo kein Belagerungszustand besteht. Jeder aus Leipzig ankommende Bücherballen muß von der Mauth direct an die Policei abgeliefert werden, welche ihn dann nach genauer Durchsicht und Zurückhaltung jeder verdächtigen Waare an den Buchhändler aushändigt. Der Staat verpflichtet sich zu keiner Vergütung der zu confiscirenden Bücher, eben so wenig will sich der Staat zu einer Zurücksendung an den Verleger verstehen. Dieser riskirt also bei Geschäften mit Oesterreich geradezu sein Eigenthum; denn manche Bücher sind im Augenblicke der Versendung noch nicht verboten, oder sie können z. B. in Prag und Gratz erlaubt sein, dürfen aber in Wien und Pesth nicht ausge-

geben werden. Rußland ist doch wenigstens so honnet, alles zurückzugeben, was es nicht zuläßt.

Niederlande.

Amsterdam, den 3. Septbr. Das „Handelsblad“ enthält nachstehende Mittheilung: „Die französische Regierung hat ihren Gesandten am niederländischen Hofe abberufen. Die Abberufung ist in Folge der Verwerfung des Vertrags über den Nachdruck.“

Frankreich.

† **Paris,** den 5. Sept. Der „Moniteur“ enthält ein Circulair des Polizeiministers an die Präfekten, worin denselben befohlen wird: die größte Vorsicht bei Ertheilung von Erlaubnißen zur Veränderung des Wohnortes der unter polizeiliche Aufsicht gestellten frei gewordenen Sträflinge oder Verurtheilten zu beobachten. Diese Erlaubniß darf künftig von Niemand Anderem, als dem Präfekten selbst ertheilt werden, der seinerseits über jede derartige Erlaubniß an den Polizeiminister berichten muß. (!!) — In Toulon sind 300 Galeerensträflinge nach Cayenne eingeschifft worden. — Der Präfekt des Departements Finistère hat 29 Kneipen schließen lassen. — Hr. Antony Thouret befindet sich in Ostende und will von der ihm durch das Decret vom 15. August ertheilten Erlaubniß zur Rückkehr nach Frankreich keinen Gebrauch machen. — In St. Etienne sind bei den Municipalwahlen lauter Oppositionscandidaten gewählt worden. — Die französische Regierung hat sich für die Rechte Peru's an die Insel Lobos gegen die Ansprüche der Amerikaner ausgesprochen.

Die sogenannte Murat'sche Verschwörung soll wirklich existirt haben; Prinz Lucian habe wirklich einen Aufstand in Neapel und Sicilien zu seinen Gunsten vorbereitet; der Policeiminister habe darauf eine Menge italienischer Flüchtlinge in Marseille ausweisen lassen; Prinz Lucian ward ebenfalls von hier entfernt.

Vor einigen Tagen hatte man eine Demonstration gegen Haynau beabsichtigt. Die Policei erhielt jedoch Wind davon und vereitelte dieselbe. Zwei Ausländer, welche sie vorbereitet hatten, erhielten sofort Befehl zur Abreise. Mehre Personen sollen noch verhaftet sein.

Italien.

Rom, den 28. Aug. Seit einigen Tagen machen aufreizende Flugschriften in Menge die Runde; man ist verwegen genug, sie auch an öffentlichen Orten in der Dunkelheit herumzustreuen. So sehen wir denn auf diesen Anlaß hin bei einbrechender Nacht starke Patrouillen von Sbirren wieder die Straßen durchschleichen, diesen und jenen anhalten, ihm die Taschen betasten oder sie durchsuchen nach der verbotenen Lectüre, gelegentlich ihn mit sich fortschleppen. Auch Haussuchungen und Verhaftungen (vorgestern 25, nicht viel weniger gestern) wurden von der Polizei vorgenommen. Die in Umlauf gesetzten Brandschriften sind: die Beschreibung des Leichenbegängnisses der in Genua verstorbenen Mutter Mazzini's mit argen Ausfällen auf Rom, eine Trauerrede auf die unlängst in Forli erschossenen vier politischen Delinquenten, ein Bericht über den Leichenpomp des eben verstorbenen Emigranten Viola voll glühenden Hasses gegen die Politik der Gegenwart Italiens, der Prozeß E. Murray's, welcher bereits seiner Haft entlassen sein soll. — Immer allgemeiner und lauter werden die Klagen über die Unsicherheit der großen Fahrwege. Nicht allein in der Romagna, auch ganz in unserer Nähe streift eine Bande von Wegelagerern umher. (A. Z.)

In Ravenna ward in diesen Tagen der Lieutenant Ponnesi von der päpstlichen Finanztruppe (Zollwache) durch einen Dolchstich von unbekannter Hand ermordet.

Großbritanien.

London, den 4. Septbr. Es ist kein Zweifel, daß die wichtigsten Weizendistricte ein bedeutendes Deficit erleiden werden. Die englischen und schottischen Kartoffelberichte klingen schlecht, die aus Irland widersprechend und ungewiß, und es ist klar, daß Irland während dieser Saison einer größeren Weizen- und Maiseinfuhr bedürfen wird, als gewöhnlich.

Miscellen.

Die Reise von Paris nach Marseille vermittels Eisenbahn und Dampfschiff kostet jetzt nur noch 40 Franken.

Der Betrag des californischen Goldes, insoweit es aus den Schiffspapieren bekannt ist, betrug im ersten Halbjahre 1852 nicht weniger als 19¼ Mill. Doll. Man schätzt, daß das, was die Passagiere mit sich nahmen, und das nicht in den Schiffslisten verzeichnet ist, ungefähr eben so viel betrage. Demnach wären im ersten Halbjahr zwischen 35 und 40 Mill. Doll. ausgeführt worden. — Zwischen dem 19. Februar und 6. Juni sind nicht weniger als 6770 Chinesen in Californien angekommen. Dießmal trafen auch 18 chinesische Frauen ein.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1207] **Literarische Anzeige.**

Bei uns erschien so eben in neuer verschönerter Gestalt als Prachtalbum in 3 Ausgaben und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Rhein-Pfalz.

Malerische Ansichten nach Originalzeichnungen in Stahl gestochen von den tüchtigsten Künstlern.

In elegantem Farbenumschlag gebunden quer Quart.

Preis der Ausgabe schwarz 4 fl. 48 kr.
„ „ „ in Tondruck 7 fl.
„ „ „ fein colorirt 20 fl.

Durch dies Prachtwerk ist die durchaus reich gesegnete Provinz der Pfalz am Rhein den andern wegen ihrer Naturschönheiten vielgerühmten Landstrichen des In- und Auslandes nun auch bildlich würdig angereiht und wir schmeicheln uns, ihr in dieser Beziehung nicht die letzte sondern die gebührende Stelle angewiesen zu haben. Von unserer Seite ist kein Opfer gescheut worden — es kostete die Herstellung dieser Pfalzansichten ein bedeutendes Capital, daher rechnen wird auch bei dieser neuen Ausgabe dieses vaterländischen Unternehmens auf die gefällige Beachtung der Pfälzer.

Es eignet sich dies Werk wie kein anderes zu Geschenken; für alle Fremde und die Pfalz Besuchenden ist es aber das köstlichste Erinnerungsbuch.

Neustadt a. d. Haardt.

A. H. Gottschick's Buchhandlung.

[1130a] **Versteigerung eines Hauses zu Neustadt an der Haardt.**

Mittwoch, den 15. September nächsthin, Nachmittags 4 Uhr, im Gasthause zur Krone (Post) dahier, läßt Fräulein Ch. Kölsch, Rentnerin allda, der von ihr beabsichtigten Veränderung ihres Wohnsitzes wegen, ihr in hiesiger Stadt gelegenes (das früher Hepp'sche) Wohnhaus, welches 2 Salons, 12 Zimmer, 1 Küche mit darin befindlichem Brunnen, 1 Keller für circa 70 Stück Wein, 1 Gemüse- und 1 Blumenkeller enthält, mit Oeconomiegebäuden, geräumigem Hofe, einem mit den auserlesensten Ziergewächsen und veredelten Obstbäumen, nach englischem Geschmacke angelegten Lustgarten und einem Pflanzgarten, in deren Mitte das Wohngebäude gelegen ist, an den Meistbietenden versteigern.

Hierauf Reflectirende werden zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß die Versteigerin ferner 7 Morgen Weinberge hiesiger Gemarkung, Lagerfässer für ungefähr 70 Fuder, ihre Kelter und Herbstgeräthschaften zur Veräußerung bringen wird.

Neustadt a. d. H., den 12. Juli 1852.

Werner, Notär.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Mittwoch (Zu Nro. 216.) den 8. September 1852.

Deutschland.

Stuttgart. In der Prozeßverhandlung des ehemaligen Ministers Römer gegen die reactionäre „deutsche Kronik" wurde vom Anwalte des Klägers u. a. hervorgehoben, daß die Märzminister gar nicht „zu schüren" brauchten, (wie ihnen vorgeworfen worden), indem selbst „Conservative vom reinsten Wasser" damals die Aufregung theilten. Da so viele Leute — in und ausserhalb Württemberg — so ganz vergessen zu haben scheinen, wie sie sich selbst in jener Zeit benahmen, so war es unterhaltend, den Beispielen zu folgen, welche der Anwalt, die amtlichen Kammerprotokolle in der Hand, anführte. Wir geben ein Paar Bruchstücke daraus: In der 116. Sitzung vom 13. April 1849 sagte Prälat Mehring zur Unterstützung des Antrags von A. Seeger auf unbedingte Anerkennung und Durchführung der Reichsverfassung mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln durch die würtembergische Regierung Folgendes: „Wenn wir das Wenige — denn es ist allerdings wenig — was wir bis jetzt für die Einheit Deutschlands errungen haben, aufgeben wollen, was wird dann kommen? Wollen wir wieder zu den alten Zuständen zurück? Ich denke, meine Herren, wir Alle (auch Hr. v. Linden waren darunter) in diesem Saale, keinen einzigen ausgenommen, werden einen solchen Wunsch nicht hegen. Wenn wir aber jenes nicht wollen, und wenn die gesetzliche Einheit Deutschlands, wie sie bis jetzt (durch die Reichsverfassung) besteht, zertrümmert wird, was liegt dann vor uns? Nichts als eine zweite Revolution. .." Frhr. v. Hornstein nahm an jenem Tage für die Wahl des Kaisers — das Urwahlrecht aller deutschen Reichsbürger in Anspruch. Prälat v. Gerock sagte: „Ich will weder zurück in die Zeiten des Bundestags und der Metternich'schen Politik, noch herabstürzen in einen bodenlosen Zustand. Wenn von einem Zerreißen Deutschlands gesprochen und der Nationalversammlung die Schuld daran zugeschrieben worden ist, so kann ich mir dies durchaus nicht erklären. . ." Und am 20. April sagte der nämliche Prälat Gerock, indem er sich auf die vorige Aeußerung berief und sie bestätigte: „Nach meiner innigsten Ueberzeugung gibt es keinen andern Weg, Ruhe und Ordnung, diese langersehnten Güter, auf sicherem Grund herzustellen rc., die errungenen Freiheiten zu bewahren rc., als ein entschiedenes Festhalten an der Reichsverfassung. Nur unter diesem Panier sehe ich den deutschen Volksstämmen und den Fürsten die Möglichkeit gegeben, den Sturm zu beschwören, der Alles in seinem tiefsten Grunde zu erschüttern und umzustürzen droht, wenn nicht jetzt im entscheidenden Augenblick ein fester Mittelpunkt und eine sichere Ordnung gewonnen wird. . . . Wird Alles, was in Frankfurt festgesetzt zu sein schien, mit Einemmal für's Erste wieder aufgelockert und sodann vielleicht in nächster Zeit völlig umgestoßen, so sind wir den schrecklichsten Parteikämpfen im Innern und dem Hohn und den Mißhandlungen des Auslands preisgegeben." Und wie dieser Prälat, so sprach sich damals die Mehrzahl der Conservativen aus, die nachher die Grundrechte in's Haus geschlachtet haben.

Frankreich.

Am 30. August Abends fand im Vaudevilletheater zu **Paris** ein bedeutender Scandal statt, der das sofortige Verbot des Stückes, das dazu Veranlassung gegeben hat, zur Folge hat. Dasselbe heißt: „Dominus Sampson." Es sagte nemlich eine der Personen darin: „Mein Recht macht meine Stärke," worauf ein Dieb oder Räuber ihm spöttisch und renommirend entgegnete: „Was mich betrifft, so ist es aber meine Stärke, die mein Recht macht." Darüber gab es im Saal des Schauspielhauses stürmischen Applaus und heftige Besprechungen, die das Stück als ruhestörerisch denunciren mußten. (Eine zweite Aufführung des Stücks ward, wie gesagt, verboten.)

Es besteht der Plan einer Eisenbahnanlage von Lyon nach Turin. Die Hauptschwierigkeit bietet die Durchbrechung des Mont Cenis dar. Es würde ein Tunnel von beiläufig 12,000 Meter Länge nothwendig werden, den man mit 13 Millionen Frcs. in 5 Jahren auszuführen zu können hofft.

(Persönliche Sicherheit.) Der Polizeiminister v. Maupas hat plötzlich zwei angesehene Kaufleute in Marseille, die Gebrüder Plutoni, verhaften lassen. Der Befehl ging aus Paris durch den Telegraphen ab und war so eilig, daß der Präfect selbst nicht einmal davon in Kenntniß gesetzt wurde, sondern der Centralcommissär der dortigen Policei, an den er direct gerichtet war, ihn sofort vollziehen mußte. Man kann sich denken, welches Aufsehen dieser Vorfall in Marseille erregen mußte, wo die beiden Verhafteten allgemein bekannt und geschätzt sind. Die Veranlassung ist noch nicht recht bekannt, doch will man versichern, daß Mazzinische Umtriebe dabei im Spiele sind.

Italien.

In **Spoleto** und anderen Orten des Kirchenstaates sind neuerdings wieder Verhaftungen vorgenommen worden

Rußland.

Warschau, den 27. Aug. Die Cholera wüthet hier furchtbar. In den Spitälern allein sind mehr als 5000 Menschen gestorben. Die Zahl der gesammten Opfer der Seuche schlägt man, indeß vielleicht etwas übertrieben, seither auf 20,000 an. Auf Karren, Frachtwagen, Britschken rc. führt man die Leichen nach den Kirchhöfen, und nach dem Podworzker und dem jüdischen Kirchhofe sind Sappeure zum Grabgraben beordert. Die Juden haben am meisten gelitten; ein frisches Grab reiht sich auf ihrem Begräbnißplatz an das andere. In der Nacht vom 21. auf den 22. Aug., vom Sonnabend zum Sonntag, sind nicht weniger als 162 Leichen dort eingescharrt, am Sonntag Morgens waren noch einige 60 unbeerdigt, und fortwährend kommen neue hinzu. Man sah sich genöthigt Militär zu beordern, um die Beerdigung ohne die gebräuchlichen Ceremonien, ohne vorheriges Waschen der Leiche, und nöthigenfalls in einer und derselben großen Grube zu erzwingen. Sofort strömten alle Juden, alt und jung, reich und arm, nach dem Kirchhof, und ihren vereinten Bemühungen gelang es, Gräber genug zu graben, um jede Leiche besonders zu legen. Bloß vom 8. bis zum 22. Aug. sind 1662 Juden gestorben. (A. Z.)

Türkei.

Die Triester Zeitung bringt ein Schreiben aus **Konstantinopel**, wonach der ehemalige Großvezir Reschid Pascha, Ali Pascha und Fuad Effendi wieder in ihre früheren Stellungen eintreten sollen. Durch die Feuersbrünste sind über 5000 Familien obdachlos geworden; 3000 haben keine Wohnung gefunden, und auf Befehl der Regierung sind zu ihrem Gebrauche Zelte aufgeschlagen worden.

Miscellen.

Man schreibt aus Ungarn mit Bezug auf die neuliche Reise des jungen Kaisers: Der magyarische Adel, welcher größtentheils in Wien seinen Wohnsitz hat, hatte sich vor der Ankunft des Kaisers nach Preßburg begeben und die alten Land- und Magnatentafeln waren wohl besetzt; denn es fehlten daran nur die Geächteten. In der Versammlung kam ein Antrag wegen feierlichen Empfangs des Kaisers zur Sprache, welchem sich einige mit dem Bemerken widersetzten, daß in voller Gala und mit allen Ehren nur der gekrönte Ungarnkönig empfangen werden dürfe. Die österreichisch Gesinnten verlangten diese Ehren für den Kaiser, der sich nur deßhalb noch nicht habe krönen lassen, weil die heil. Stephanskrone noch fehle. Die Magyaren betheiligten sich nicht am Empfange, und als der Kaiser, dies bemerkend, nach der Ursache fragte, ward ihm der erzählte Vorfall mitgetheilt. In Folge dessen hat Franz Joseph auf seiner Reise wiederholt die höchsten Prämien für die Wiederbeschaffung des Kronjuwels ausgesetzt; in Pesth hat er drei Magnaten, welche im Verdachte stehen, daß sie mit Kossuth correspondiren, eine Million Gulden Silberzwanziger für die Beischaffung der Krone versprochen; die Geistlichen fordern von den Kanzeln herab auf, es solle Jedermann der Statthalterei von allen Umständen Kenntniß geben, welche zur Wiedererlangung der Krone führen könnten. Bis jetzt ist man derselben nicht auf die Spur gekommen.

Die polnische Literatur hat in Warschau zwei ihrer Koryphäen durch die Cholera verloren, nämlich Adrian Krzyzanowski und Felix Bentkowski, Professoren der früheren warschauer Universität. Auch die junge Gräfin Stephanie Plater aus dem Großherzogthum Posen, welche sich in Warschau bei ihrer Familie aufhielt, ist dort der Epidemie erlegen.

Der hölzerne Viaduct auf der Bahn von New-York nach Buffalo nahe bei Portage über den Geneseestrom gebaut, ist vollendet und wird als ein in seiner Art einziges Meisterwerk der Zimmerkunst geschildert. Diese riesige Brücke ist 800 Fuß lang und erhebt sich 224 Fuß über einem Wasserfalle, unter dem noch zwei Wasserstürze, so daß der Viaduct eigentlich 500 Fuß über dem Bette des Flusses liegt. Wie gigantisch die Verhältniße dieses Baues sind, mag man daraus entnehmen, daß 1'500,000 Geviertfuß Holz dazu verwendet wurden und 50 Tonnen Eisen. Das ganze Werk, das in der Originalität seiner Construction als einzig bezeichnet werden kann, kostete etwa 200,000 Thaler, da der Preis des Holzes fast gar nicht in Betracht kommt.

Die Lebensretterin. Bei einem Kampfe mit einem Indianerstamme focht Perrot, ein Franzose, der in Diensten der Republik Texas stand, mit verzweifelter Wuth gegen einen Sioux-Krieger; sein Unglück wollte, daß die Pistole, welche er seinem Feinde auf die Brust setzte, versagte, worauf dieser ihm über den Kopf einen Streich versetzte, der ihn halb betäubt zu Boden streckte. Der Wilde trat über seinen Feind, schwang mit der rechten Hand sein Messer, ergriff mit der linken das Haar des Franzosen und wollte diesen scalpiren (die Kopfhaut abziehen); da entfiel plötzlich das Messer seiner Hand und starr vor Erstaunen und Entsetzen stand er einen Augenblick regungslos da. Das ganze Haupthaar des Feindes war in seiner linken Hand und der weiße Mann grinste ihn mit kahlem Schädel an. Mit lautem Geschrei warf der erschrockene Sioux Das von sich, was er für den Zauber-Scalp eines bösen Geistes hielt, und lief in wilder Flucht davon. „Bravo, meine gute Perücke!" rief Perrot, indem er aufsprang, „ich bin dir tausend Dank schuldig."

* Bei Theod. Fischer in Kassel ist in dritter Auflage erschienen: „Handbuch für Zollbeamte und Steuerpflichtige, bearbeitet und herausgegeben von von Georg Schröder, kurf. hess. Zollinspector." Obwol leider die Fortdauer des Zollvereins zur Zeit noch immer nicht gesichert ist, tragen wir doch kein Bedenken, das vorliegende Buch hier zu erwähnen, um so mehr, als dasselbe selbst dann noch von Werth bleiben wird, wenn bedeutende Aenderungen im bestehenden Zollsystem eintreten sollten. Bei weitem der größte Theil dieses Werkes besteht aus einem alphabetisch geordneten Waarenverzeichniße, mit Angaben über Ursprung, Bezug, Kennzeichen, Gebrauch der Waaren, deren Classification und Verzollung nach den Sätzen des Vereinstarifs. Wir kennen kein Werk, welches in diesen Beziehungen so practisch nützlich eingerichtet wäre, wie dieses. Es wird nicht blos den Zollbeamten, sondern insbesondere auch jedem Kaufmanne ganz vorzüglich dienen. — In den letzten Abtheilungen folgen dann Angaben über Ein- Aus- und Durchgangsbehandlung der Waaren, über die Zollstrafgesetze, in Betreff der Uebergangsabgaben, dann Verzeichniß der Zollämter ꝛc., Nachweisung der im Vereinslande bestehenden Münz- Maas- und Rechnungsarten, Notizen über die Handelsverträge mit andern Ländern, der Vereinszolltarif u. s. w. Der Verfasser ist ein Mann vom Fach, der seine gestellte Aufgabe vortrefflich gelöst hat. Der Preis dieses umfangreichen Buches ist blos 2 fl. 20 kr.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 4. Sept. Weizen 19 fl. 23 kr., Korn 17 fl. 10 kr., Gerste 10 fl. 51 kr., Haser 5 fl. 8 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1206] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 21. bis 31. Aug. Fr. Sitzler mit Bedienung a. Kitzingen. — Fr. Beger u. Frl. Reisel mit Bedienung a. Heidelberg. — Frl. Jost a. Molsheim. — Frl. v. Rüdt mit Bedienung a. Carlsruhe. — H. Scherer a. Odenbach. — H. Greiner a. Straßburg. — H. u. Frl. Diehl a. Barr. — Frl. Syffert a. Zweibrücken. — Fr. Dr. Schlöger mit Frl. Tochter a. Cusel. — H. Schwerdt a. Colgenstein. — H. Wiedrich a. Hofwiller. — H. Bourlon a. Weissenburg. — H. Linker a. Kuhlendorf. — Frau Notär Berg mit Frl. Scherer a. Frankenthal. — H. Staatsanwalt Wernigk a. Meissenheim. — Fr. Dr. Winterhalter mit Bedienung a. Neustadt auf dem Schwarzwald. — Frl. Wagner a. Neustadt. — H. Spanier a. Hauptstuhl. — Fr. u. Frl. Löwenstein a. Obrigheim. — Frl. L. u. Frl. P. Schneider a. Strasburg. — H. Löwenthal a. Mannheim. — Frl. Wohlgemuth a. Albisheim. — H. u. Fr. Nathan a. Großbockenheim. — Fr. Greiner u. Frl. Lobstein a. Straßburg. — H. Schmitz a. Baumholder. — Fr. Mayer u. Fr. Otterburg a. Mannheim. — H. F. Schwerd a. Colgenstein. — H. Advocat Wolf mit Gemahlin a. Weissenburg. — H. Klein a. Lambrecht-Gräfenhausen. — H. Dr. med. Frees a. Wandsbeck in Holstein. — H. Rechnungscommissär Desrayaux a. Straßburg mit Bedienung. — Fr. u. Frl. Piazolo a. Hockenheim. — H. Pfarrer Dutsch a. Zeiskam. — H. Heimlich a. Hatten. — H. Schröder a. Seebruch in Mecklenburg. — H. Pütz a. Hamburg. — H. v. Brunner a. Rheinzabern. — Frl. Wohlhüter mit Schwester a. Runzheim. — 262 u. 263. H. u. Fr. Fries a. Straßburg. — 264. Frl. Pfauth a. Straßburg. — 265 u. 266. H. u. Fr. Rosenthal a. Mannheim. — 267. H. Griesbach a. Straßburg. — 268—271. H. Lardau, H. v. Traitteur, H. Leidel u. H. Frank a. Heidelberg. — 272. H. Pfarrer Wundt a. Krugsheim. — 273. Fr. Hoff a. Speyer. — 274. Frl. Hoff a. Mannheim. — 275 u. 276. H. Fitting mit Sohn a. Dieffenthal. — 277 u. 278. Fr. Smith u. Fr. Taylor mit Bedienung a. London. — 279 u. 280. Fr. Levy mit Tochter a. Landau. — 281 u. 282. H. Pfarrer Hüter mit Sohn a. Pfalzburg. — 283. H. Oppmann, kgl. Hofkellermeister a. Würzburg. — 284. H. Pfarrer Le Beau a. Leimen bei Heidelberg. — 285. Fr. Noll a. Reilingen.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 217 | den 9. September 1852.

Deutschland.

*** Die versuchte Weltbeherrschung durch die Jesuiten.** Es gränzt an das Fabelhafte, daß in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts der Versuch wieder neu begonnen werden mochte, die Menschheit vermittelst der Jesuiten zu beherrschen, nachdem dieselben in früherer, dafür günstigerer Zeit, aufgegeben, ja sogar förmlich aufgehoben worden waren. Der Versuch an sich schon beruht auf einer eben so vollständigen Verkennung des Wesens jenes Ordens, als auf einer totalen Verkennung der Bedingungen der Zeit.

Der Jesuitenorden konnte von vorn herein seine Aufgabe nur entweder ganz erfüllen, oder sie gar nicht erfüllen. Der Orden muß vollständig die Welt beherrschen, oder er muß in seinem Streben vollständig scheitern. Er muß Alles gewinnen, oder total bankbrüchig werden. Ein Drittes gibt es nicht. Wir wollen dies zeigen.

Nur wenn es den Jesuiten gelingt, die öffentliche Meinung vollständig zu beherrschen, sind sie selbst gesichert. Mißlingt dieses Streben, so muß die entgegengesetzte öffentliche Meinung die Vernichtung jenes Ordens erwirken, der solche Pläne führt. Entschlüpft dem Orden daher die unbedingte Herrschaft über den Glauben und die Meinung der Völker, läßt der Geist der Zeit sich nicht vollständig bannen, so ist eben Alles verloren.

Dieses Verhältniß erkannten die alten Jesuiten alsbald klar und bestimmt. Sie sahen ein, daß ihre Absichten nur dann zu erreichen seien, wenn sie sich der öffentlichen Meinung, der allgemeinen Stimme bemächtigen und diese sich sogar dienstbar machen könnten. Sie waren auch darüber nicht im Zweifel, daß Solches nicht immer und überall in gleicher Weise und in gleichen Formen möglich sei, daß vielmehr Personen, Maßregeln, Mittel und Grundsätze nach den jedesmaligen Verschiedenheiten der Individuen, der Zeit und des Ortes verändert werden müßten. Und wahrlich, sie verstanden dies in ihrer Art mit unerreichbarer Meisterschaft. Sorgsam hüteten sie sich, in allzugrellen Widerspruch mit dem Geiste der Zeit zu gerathen. Sie schritten vielmehr sogar in den äußern Formen mit ihm voran, während sie nichts desto weniger fortdauernd entschieden diesen Zeitgeist bekämpften, indem sie jede freie Entwicklung des Geistes als Todfeinde haßten und verfolgten. In jedem Lande strebten sie, so weit es nur irgend thunlich, nach dem Geiste und Geschmacke des Volkes sich zu richten, ohne jemals dabei ihren Hauptzweck aus den Augen zu verlieren. Unabhängig von den besondern Verhältnißen des Momentes, bedienten sie sich überall jener gewaltigen, in frühern Perioden gleichsam allmächtigen Mittel der Missionen, der Beichtstühle und des Jugendunterrichtes. Die gegenwärtige Generation wie die folgenden Geschlechter, Hohe und Niedere, ja vorzugsweise die Ersten, sollten allgewaltig beherrscht werden. Allen Alles zu sein, und dabei vor keinem Mittel zurückzuschrecken, — dies schien zum Ziele — zur vollständigen Unterwerfung und zur absolutesten Beherrschung der ganzen Menschheit — fast mit Nothwendigkeit führen zu müßen.

Niemand kann in Abrede stellen, daß die alten Jesuiten zu Hunderten es nicht an Aufopferungsbereitwilligkeit fehlen ließen. Man sah, daß es sich bei ihnen vielfach wirklich um einen Grundsatz handelte; darum, und darum allein konnte der „blinde Gehorsam" hier in der Weise durchgeführt werden, wie es häufig geschah.

Aber nicht nur war die Grundlage des ganzen Ordens mit der feinsten Schlauheit entworfen; nicht nur zeigten die Ordensangehörigen in sehr vielen Fällen eine bewundernswerthe Opferbereitwilligkeit; nicht nur schreckte man vor keinem Mittel zurück, das dienen konnte, mochte es moralisch noch so verwerflich sein, — sondern es fand auch die Ausführung der Pläne mit einer Schlauheit statt, die fast ebenso, wie das Hinwegsetzen über die Moralität der Mittel — sprüchwörtlich geworden ist. Und dabei hatten die alten Jesuiten lange noch den unberechenbaren Vortheil auf ihrer Seite, daß sie in vielen Ländern die Alleingebildeten, die alleinigen Besitzer des höhern Wissens waren.

Und trotz alles Dessen — scheiterte der Jesuitenorden; trotz aller dieser Vorzüge mißlang ihm vollständig die Lösung seiner Aufgabe; trotz alles Dessen vermochte er nicht einmal seine förmliche Aufhebung abzuwenden. —

Und jetzt wiederholt man den bereits gescheiterten Versuch; — jetzt, wo die ganze Gefährlichkeit und die ganze Verwerflichkeit der Grundprincipien der Jesuiten kein Geheimniß mehr, sondern wo dieselben allgemein erkannt und gefürchtet sind; — jetzt unternimmt man den Versuch aufs Neue, wo der Religionsfanatismus im Innern gebrochen ist, weil die Skepsis, bewußt oder unbewußt, auf einen Jeden ihren Einfluß äußert, dem sich eben Niemand ganz zu entziehen vermag; — jetzt greift man zu diesem Versuche zurück, nachdem die alles durchdringende Oeffentlichkeit die Anwendung „jedes" Mittels vielfach zur Unmöglichkeit gemacht; — jetzt, wo die höhere Bildung nicht nur keineswegs mehr irgendwo ausschließlich auf die Patres des Ordens beschränkt ist, sondern wo diese im Wissen in allen Beziehungen vollständig überflügelt sind, und wo insbesondere die Kenntniß der Naturwissenschaften eine Entwicklung gewonnen hat, der die Jesuiten offen gar nicht folgen können und dürfen, weil diese Entwicklung Schritt für Schritt das Fundament jener Vorurtheile niederreißt, auf welchen die Herrschaft jenes Ordens und was damit zusammen hängt, nur ausschließlich sich behaupten kann. (Je höher die Cultur stieg, je mehr alle Zweige des menschlichen Wissens ausgebildet wurden, desto auffallender und in die Augen springender zeigten sich die Mängel der Art, wie die Jesuiten den Unterricht besorgt und wie wenig sie auch in den Wissenschaften mit der Zeit fortzuschreiten im Stande waren.)

Was in den finstern Zeiten früherer Jahrhunderte durchzuführen nicht möglich war, — was nicht möglich war in Zeiten und Ländern, in denen man die Menschen gleichsam hermetisch von ihren Nachbarn absperren konnte (wie in Paraguay), — was damals total scheiterte, — das wollen sie heute wieder versuchen, nach allen Lebenserfahrungen, welche die Völker Europas besonders seit 60 Jahren gemacht, — das unternehmen sie aufs Neue jetzt, wo das Denken überall angeregt, das Wissen in alle Klassen der Gesellschaft gedrungen ist, — sie unternehmen es in einer Zeit, in der bereits nach allen Richtungen hin Eisenbahnen die verschiedenen Völker und Stämme verbinden, in der man in 12 Stunden von der Seinehauptstadt nach dem Rheine gelangt, und in der die Mittheilung des Telegraphen jede Kunde fast mit der Schnelligkeit des Gedankens weiter trägt!

Eine Einrichtung wie die des Jesuitenordens konnte — in einer finstern Epoche — in einzelnen Ländern vor-

übergehend den Zeitgeist irre leiten; sie vermochte aber nie, denselben auf die Dauer, sie vermochte keinen Augenblick ihn **überall** zu unterdrücken. Daß aber ein solches Institut, welches der unaufhaltsam fortschreitende Zeitgeist unter den übeln Verhältnißen früherer Jahrhunderte schon einmal gestürzt hat, heute die ihm gesetzte Aufgabe erfüllen könne, dies wird nur **der** glauben, für den jede Erfahrung verloren ist. —

* **Speyer.** Aus einem Schreiben eines in Frankreich reisenden Deutschen werden uns u. a. folgende Notizen mitgetheilt, welche beizutragen geeignet sind, ein richtiges Licht über die dortigen Zustände zu verbreiten:

Wer jetzt nach Frankreich reist, muß mit einem durch die französische Gesandtschaft visirten Paß versehen sein, sonst setzt er sich den größten Schwierigkeiten aus. An jedem Bahnhof und auf jeder Haltstation steht ein Polizeicommissär mit Gendarmen. Kein Mensch entgeht ihnen. Beim Ein- und Aussteigen müssen die Reisenden einer nach dem andern durch die Stationshäuser die Paßrevüe passiren. Frankreich ist jetzt ein Land der Polizei und Gendarmerie. (!) — Für die Kaiserei wird auf das lebendigste agitirt. Man erzählte in Forbach, daß bereits sämmtliche Beamte die Petition um Herstellung des Kaiserthums unterzeichnen mußten, und daß sofort die Bürgerschaft **durch die Schelle** zur Unterschrift aufgeboten worden sei. Die Folge seien zahlreiche Unterschriften gewesen. (!)

* In unserer heutigen Pariser Correspondenz finden wir unter Anderem folgende Bemerkungen, welche gleichfalls geeignet sind die Zustände Frankreichs zu bezeichnen: Der wieder ganz elyseeisch gewordene Constitutionnel predigt in einem Artikel des Dr. Véron den Anhängern der alten Parteien Bekehrung zum Bonapartismus, und verspricht Vergebung zum wenigsten. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß die ehemaligen Staatsmänner, die Coryphäen der conservativen Parteien, mit offenen Armen von der fast ausschließlich aus neuen Namen bestehenden Regierung aufgenommen würden. Die Bekehrungen finden jedoch nur sparsam Statt und der leere Raum, der sich nach dem 2. Dezember um die Regierung rund herum, bis auf die Armee gebildet hat, besteht noch zum großen Verdruße des Elysee, obwohl viele der neuen Würdenträger damit ganz zufrieden sind, daß sich keine Capacität meldet, um der Ergebenheit Concurrenz zu machen. (!)

* Wir haben früher darauf aufmerksam gemacht, daß das Auftreten der Londoner Presse andeute, daß dieselbe kein Vertrauen auf die Dauer der Napoleonischen Herrschaft habe. Die Pariser Journalistik, in der neuesten Zeit so außerordentlich kriechend, und insbesondere der bisher jeder Gewalt dienende **Girardin**, zeigt sich ebenfalls täglich mehr von dieser Ueberzeugung durchdrungen. In einem Artikel über die Solidarität der Freiheit, die er nur auf Gegenseitigkeit gegründet sehen will, fragt Girardin seine Gegner, was er denn gethan habe, daß er im Jahre 1852 weniger Freiheit habe als vor und nach 1848? Man mache gegen die Plünderer und Mörder die strengsten Gesetze, man lasse aber den Tag nach ihrer Verurtheilung nicht deren Verbrechen andere Unschuldige entgelten; man prügle nicht den Peter weil Hans unartig gewesen ist. Was ist die öffentliche Ordnung? Sie ist, oder sollte es wenigstens sein, die individuelle Freiheit, garantirt durch die collective Gewalt. — Indem Girardin fort und fort behauptet, daß 1852 friedlich vorüber gegangen sein würde, erinnert er jeden Morgen Frankreich an das im December nutzlos vergossene Blut. Er will nicht mehr schweigen, ist aber auf die Suspension der Presse gefaßt. Zu Arago sagte Girardin: „in 3 Tagen erscheint die Presse nicht mehr." — Der „Corsaire" ist nunmehr wieder erschienen, hat aber ebenfalls weder Ton noch Tendenz geändert.

Die Zollwirren und der Bundestag. Noch ist die Zollfrage um keinen Schritt weiter gerückt, als daß man jetzt weiß: **Preußen** beharrt erstlich auf der **Reconstituirung des Zollvereins**, ehe von weiteren Unterhandlungen mit Oesterreich die Rede sein kann; zweitens **Preußen** im Bunde mit Hannover macht die Erneuerung des **Zollvereinsvertrags auf zwölf Jahre** zur Bedingung; und drittens **Preußen** will und kann während der Dauer desselben **zwar** auf Unterhandlungen wegen eines deutsch-österreichischen Handels- und **Zollvertrags**, aber nicht wegen eines deutsch-österreichischen Zoll**vereins** eingehen. Es fragt sich nun, ob die Coalitionsstaaten diese Bedingungen unbedingt annehmen, wie Hannover in seiner Erklärung von ihnen erwartet; oder ob durch weiteres Hin- und Herzerren der Frage Oesterreich Zeit gewinnt, die Entscheidung derselben, wie es schon lange beabsichtigt haben soll, in den Schoß des Bundestages hineinzuspielen, und sie damit zu verewigen.

Aber der Bundestag? der ist ja in diesem kritischen Momente gar nicht beisammen. Während die materielle Lebensfrage Deutschlands an allen Enden und Ecken verhandelt und besprochen wird, während an den einzelnen Höfen conferirt und repreponirt, unterhandelt und vermittelt wird, hat der Bundestag seine — **Ferien**. Naiv genug lautet unter diesen Umständen die officiöse Versicherung in einem Frankfurter Blatt: wenn auch die Mitglieder der Bundesversammlung in den Ferien sind, der Bundestag ist dennoch beisammen. Gewiß, denn der Bundestag stirbt nicht. Er ist nach der Versicherung des Hrn. v. Gagern eine „Leiche" gewesen, und ist doch niemals gestorben. Was könnte er auch in dieser wichtigen Frage für Deutschland thun, in der er seit 1815 nichts gethan hat? Schon seit 37 Jahren hat er die grundgesetzliche Aufgabe, eine Einigung für Handel und Verkehr zwischen den Bundesstaaten zu Wege zu bringen. Art. 19 der Bundesacte sagt: Die Bundesglieder behalten sich vor, bei der **ersten** Zusammenkunft der Bundesversammlung in Frankfurt wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten — in Berathung zu treten. Der Art. 65 der Schlußacte nahm diese Bestimmung wieder auf; aber statt daß irgend etwas Erhebliches für diesen wichtigen Zweck geschehen wäre, wurde im Jahre 1819 dem von List gestifteten **Handelsverein**, welcher diese Angelegenheit an die Centralbehörde Deutschlands bringen wollte, hemmend entgegengetreten. — (Beob.)

Aus Franken. (**Oesterreich contra Homer und Consorten.**) Unter dieser Aufschrift bemerkt der Nürnb. Kur. u. a.: Wer, wie wir jüngst gethan, von der laufenden Tagespolitik auch nur eine oder zwei Wochen sich fern gehalten und dann plötzlich zu den Entwicklungen der letzten Tage zurückkehrt, um aus den neu entfalteten Blüthen modernen Staatslebens einigen pragmatischen Honig zu saugen, der erstaunt zunächst über das ungemeine Wachsthum des **Policeiwesens**.... Die jüngste Zeit hat hierin wieder einen großen Fortschritt gemacht, **die Policei hat sich der classischen Bildung bemächtigt.** Oesterreich ist, wie in Andrem, auch hier vorangegangen und schon arbeiten einige seiner gelehrten und ungelehrten Zopfperücken an der „Verbesserung" der römischen und griechischen Dichter, Philosophen und Geschichtschreiber, um mit Rothstift und Scheere aus denen heidnischen Autoribus alles Staatsgefährliche oder sonst Verfängliche und Bedenkliche auszumerzen.... Das ist Alles sehr staatsweise, aber ein seltsamer Humor befällt uns doch, wenn wir uns so eine österreichische Policeimilbe, so eine „ämtliche" Eintagsfliege denken, wie sie etwa am alten Homer, der Jahrtausende in immer gleicher Herrlichkeit überstanden, oder am unerschütterlichen Tacitus herumzappelt, dessen Verdammungsurtheile die Tyrannei, das Imperatorenthum aller nachfolgenden Zeiten nur mit Schaudern gelesen hat. — Ja, wenn es noch anginge, so einen antiken Querkopf wegen Verletzung der dem österreichischen Staatsoberhaupte schuldigen Ehrfurcht vor das Kriegsgericht zu stellen, oder wegen Verbreitung wissentlich falscher zur Erregung von Unzufriedenheit geeigneter Nachrichten zu

Stockprügeln zu verdammen oder gar zur Reise durch die gebildete Welt ihm die Paßkarte zu verweigern. Aber das geht eben nicht und was in tausend Herzen lebt und in tausend Zungen sich fortpflanzt, das werden alle Censurscheeren und Policeistifte Ganz-Oesterreichs „mit vereinten Kräften" dem Menschengeiste nicht zu entziehen vermögen. Baut eine chinesische Mauer um Euer Land, wenn Ihr es vermögt, gebt jedem einzelnen Bürger einen gutgesinnten und wohl bezahlten Policeimann als alter ego bei, wenn Eure Finanzen es aushalten, und dann versucht, die Weltgeschichte in schwarzgelbe Stiefeln zu schnüren. Aber Ihr baut Eisenbahnen, Ihr laßt dem Telegraphen seinen Flug, Ihr müßt gewähren lassen, wenn die Menschen, wenn die Ideen sich näher und näher kommen, zum Austausch, zur Anregung, zur Belehrung, und Ihr wähnt, Eure schwarzgelben Kartenhäuschen werden dem nächsten Zugwind Stand halten? — O der armseligen, der kleinlichen Politik, die nicht einmal das Verdienst der Originalität, der Neuheit in Anspruch nehmen kann! — Oder meint Ihr, es sei nicht dies Alles schon da gewesen? — Der alte Napoleon, und der war doch ein anderer Mann, als Eure, früher liberal gewesenen, Minister Bach, als Eure zierlichen Generaladjutanten Grünne. Wo starb er, was hat es ihm genützt? Und ihm, nur ihm habt Ihr Eure neueste Erfindung abgelauscht.

Karlsruhe, den 3. Sept. Dem Vernehmen nach wird der Regent zum Besuche der großen Militärmanöver in Ungarn auf einige Zeit dort hinreisen. Man bringt andere Gründe damit Verbindung.

Stuttgart, den 6. Sept. Gestern blieb ein Zug, obschon er Vorspann hatte, zwischen dem Bahnhofe und dem Tunnel bei Ulm beinahe stecken. Als man der Sache auf den Grund forschte, ergab sich, daß viele Tausende Raupen auf den Schienen sich befanden und nur auf diesen sich fortbewegten und von den Rädern zerquetscht die Schienen ganz schlüpfrig machten. Eine ähnliche Erscheinung zeigte sich vor einigen Tagen bei Essendorf und Winterstetten.

Frankfurt, den 5. Sept. An unterrichteter Stelle ist man der Ueberzeugung, daß die Coalitionserklärung diesmal nicht so leicht und so rasch, als es der Termin will, zur Kenntniß der preußischen Regierung gelangt, da Oesterreich die entschiedene Abweisung Preußens, um so fester an der Zolleinigung halten, und sich auf den Bundesbeschluß vom 19. Mai 1848 stützend, sie vor die Bundesversammlung bringen will. (K. Z.)

Wiesbaden, den 6. Sept. Nach dem eben erschienenen Programme wird die 29. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte vom 18. bis 24. September hier abgehalten werden.

Sondershausen, den 2. Sept. Jetzt ist auch die Revisionsfeile an unserm Jagdgesetze vom 12. Sept. 1848 angelegt worden.

Leipzig, den 4. Sept. (Nicht endende polit. Processe!) Der Schriftsteller August Peters aus dem sächsischen Erzgebirge, der an dem badischen Aufstande im Jahre 1849 mit bewaffneter Hand theilnahm, gefangen und zu 4 Jahren Einzelhaft verurtheilt wurde, ist nach 2¼jährigem Aufenthalt im Zellengefängniße zu Bruchsal von dort entlassen worden. Sein musterhaftes Betragen wurde die Ursache zu seiner Begnadigung. Obwol aber in Baden begnadigt, wurde Peters gleichwol als Gefangener nach Rastatt gebracht, da er auf sächsische Requisition nach überstandener Strafzeit an Sachsen auszuliefern ist. (D. A. Z.)

Schwerin, den 3. Sept. Gestern kam der katholische Priester Johannes Holzammer aus Mainz in Begleitung eines Gendarmen hier durch, welcher Auftrag hatte, ihn über die Landesgrenze bis Wittenberg zu escortiren. Der Genannte war Hausgeistlicher des Kammerherrn v. d. Kettenburg und hatte bisher den Gottesdienst in Perow bei Petterow gehalten. Es war schon im Juli d. Js. Hrn. v. d. Kettenburg eröffnet worden, daß die Haltung eines römisch-katholischen Priesters in seinen Gütern zur Leitung katholischer Hausgottesdienste unstatthaft wäre. (Hr. Holzammer, „das interessante Opfer der Toleranz des neunzehnten Jahrhunderts," wie ihn das Mainzer Journal nennt, ist bereits in Mainz angekommen.)

Berlin, den 4. Sept. Nach dem „Danz. Dampfboot" wäre es ziemlich entschieden, daß Danzig zum preußischen Hauptkriegshafen bestimmt werden soll.

Hamburg, den 2. Sept. Allen Ernstes können wir Ihnen mittheilen, daß der hiesige Hayti'sche Consul Münchmeyer die erhabene Person seines Monarchen, des Kaisers Faustin I., gegen die spöttischen Angriffe unserer Presse, namentlich der „kleinen Zeitung" des Freischütz, und gegen alle caricaturartigen Darstellungen in öffentlichen Localitäten durchaus sichern will. Hr. Münchmeyer hat dies am besten dadurch zu erreichen geglaubt, daß er sich an den Syndicus für die auswärtigen Angelegenheiten, Dr. H. Merck, mit einer Andeutung der üblen Folgen wendete, welche die betreffenden Sarkasmen für die auf Hayti befindlichen Hamburger oder dorthin kommenden hamburger Schiffe haben könnten! Französische Kaufleute und Capitäne sollen wirklich schon recht erbauliche Erfahrungen hinsichtlich der Repressalien gemacht haben, welche Faustin I. wegen seiner Verspottung im Charivari und auf den kleinen pariser Theatern nehmen zu dürfen glaubte. (Weser-Ztg.)

Wien, den 3. Septbr. Das bevorstehende Anlehen von 80 Millionen soll noch in diesem Monate und zwar in London abgeschlossen werden.

Wahrhaftig, man kann bald ohne Spaß sagen, es fehle nur noch, daß die Generale auch zu Bischöfen ernannt werden, damit dann auch die Kirche wie der Staat militärisch organisirt und präsidirt sei. Der Statthalter des Küstenlandes, der Ban von Croatien, der Gouverneur von Dalmatien und andere hohe Würdenträger — mehr oder minder ganz tüchtige Haudegen und brave Soldaten auf dem Schlachtfelde — bekleiden zugleich das Marine-Obercommando, die Präsidentschaft der See-Behörden, die Finanz-Direction des Ober-Studienraths, der Zoll-Verwaltung und was sonst für oberste Stellen in der Provinz sind, in welcher das alter ego Sr. apostol. Maj. vertreten. Formell ließe es sich vielleicht entschuldigen. — Was sagen Sie aber zu den neuesten Maßregeln, welche das Handelsministerium, diese schöne Schöpfung des Herrn v. Bruck und unbedingt das thätigste und nützlichste Departement des neuen Oesterreichs, in Stücke schlagen und diese Stücke in Ruhestand versetzten alten Feldmarschalllieutenants nicht sowol nur zur Repräsentation, als zur eigenen Verwaltung übergeben! Der durch die holsteinische Expedition bekannte Husarengeneral Legeditsch wird Generalinspector der Eisenbahnen, Hr. v. Coronini Generalinspector der Telegraphen; ebenso erhält das Consularwesen eine militärische Oberleitung. Hier kann man wol ausrufen: „Noch nicht dagewesen!" Bei solchen Aspecten für die Zukunft sind Universitäten und Staatsprüfungen in der That nur eine Luxussache, und cameralistische, finanzielle und nationalöconomische Studien in der Kaserne und im Feldlager besser zu betreiben, als im academischen Hörsale und im practischen Geschäftsbetriebe des bürgerlichen Lebens. (K. Z.)

Als Probe des Geistes, der jetzt in Oesterreich gehegt und gepflegt wird, diene nachfolgender Schluß eines leitenden Artikels der Triester Zeitung: „Wenn man in Berlin darauf besteht, den Ruf: „„Hie Welf, hie Waiblinger!"" von Neuem in Deutschland erschallen zu lassen, so braucht Oesterreich gewiß am wenigsten zu zaudern, das Banner zu entrollen, an welches sich jedenfalls reinere und schönere Erinnerungen deutscher Ehre und Größe knüpfen, als an die Fahnen, unter denen der Verrath bei Molwitz siegte, und bei Jena den verdienten, wenn auch verspäteten Lohn, empfing."

Schweiz.

Graubünden. In Chur ist der trotz aller Bußen

und Warnungen stets unermüdliche Werber für neapolitanische Dienste, Cruser, verhaftet worden auf Veranlassung von der Gränze zurückgekommener Rekruten, die Klage gegen ihn geführt haben.

Neuenburg. Der hier jüngst verstorbene katholische Dekan Aebischer hat dem Confédéré zufolge sein ganzes Vermögen dem Bischof Marilley vermacht, obschon er in Freiburg dürftige Verwandte hinterließ.

Frankreich.

† **Paris,** den 6. Sept. Man druckt gegenwärtig in der Nationalbuchdruckerei Briefköpfe mit der Aufschrift: „Cabinet des Ministeriums des Innern, Reise des Prinz-Präsidenten." Diese Blätter sind für die Berichte bestimmt, die das Ministerium über die Details der Reise den Journalen und Behörden expediren wird, sobald sie der Telegraph überbracht hat. — Der Präsident hat Ordre gegeben, die um diese Zeit gewöhnlich stattfindenden Garnisonswechsel, welche sehr kostspielig sind, bis zum 15. Mai k. J. aufzuschieben. — Das Journal des Debats enthält eine von G. Smith im Namen des Herzogs Carl von Braunschweig gegebene Erklärung, worin er als Antwort auf eine in den Debats enthaltene falsche Nachricht versichert, daß der Herzog seinem Erbrechte auf Braunschweig nie entsagen werde. — Der artesische Brunnen in Grenelle, der bekanntlich 600 Meter tief ist, liefert zu allen Jahreszeiten 30 Grade warmes Wasser. Es hat sich nun eine Gesellschaft gebildet, welche in den verschiedenen Stadtvierteln von Paris 1000 Meter tiefe Brunnen bohren will, deren Wasser 70 bis 80 Grade Wärme haben soll. Dasselbe soll zu billigen Bädern, Waschanstalten und selbst zum Heizen der Zimmer verwendet werden. — Die Nachrichten über die Erndte lauten jetzt viel günstiger. In Paris ist der Mehlpreis um 1 Frcs. per Sack gefallen. Es ist die Rede von der Wiederherstellung der Bettelorden, die seit 1789 in Frankreich nicht mehr bestanden. — Man erzählt, daß Hr. v. Persigny in London mit seinen Anträgen auf Abschließung eines Handelsvertrages nicht besonders gut aufgenommen worden sei. Die Regierung rechnete darauf, mit der Mittheilung, daß die Abschließung eines Handelsvertrages mit England bevorstände, im Süden großen Enthusiasmus hervorzurufen, der bei dem Empfange des Prinz-Präsidenten Gelegenheit haben sollte, sich zu äußern.

Spanien.

* **Madrid,** den 1. Sept. Auch Spanien bekommt seine Eisenbahnen. Die Eisenbahn von Langreo nach Gijon, welche die Ausfuhr der Asturischen Steinkohlen begünstigen soll, ist mit großer Feierlichkeit eingeweiht worden. — Die dem Hrn. Sanchez Mendosa ertheilte Concession zur Erbauung einer Eisenbahn von Cadir nach Sevilla ist von der Königin unterzeichnet worden. Hr. Salamanca und Mendosa sind nach Paris und London abgereist, um sich das nöthige Material anzuschaffen.

Italien.

* **Turin,** den 3. Sept. Alexander Dumas hat gestern von hier aus sich nach Rom begeben.

* **Palermo,** den 25. Aug. Der Aetna ist seit der Nacht vom 21. in fortwährender Bewegung. Die Lava, welche sich zuerst nach Zafferano, Canette und Milo an der östlichen Seite des Berges gewendet hatte, hat die Waldungen von Baccali verheert. Die Donnerschläge der Ausbrüche sind meilenweit zu hören.

Miscellen.

In **Aberdeen** (Schottland) beschäftigt eine einzige Fabrik mit Horn-Manufacturen 600 Personen. Es werden dort 730,000 Ochsenhörner und bei 4,000,000 Pferdehufe jährlich verarbeitet, und zwar zum größten Theil zu den verschiedensten Arten von Kämmen. Aus einer Tonne roher Hörner im Ankaufspreise von 1400 Fr. werden in diesem Etablissement Kämme zum Verkaufspreis von 3750 Franken erzeugt. Eine Tonne Hufe im Ankaufspreis von etwa 300 Franken ergibt einen Werth von 900 Fr. an verarbeiteten Waaren; es kommen somit 200 Prozent auf die Façon oder den Arbeitslohn. Die Arbeitstheilung ist hier vollkommen durchgeführt. Beispielsweise sei hier nur des allereinfachsten der dort gefertigten Artikel gedacht, nämlich der kleinen Wickel- oder Papilottenkämmchen, zu deren Anfertigung der Pferdehuf dient. Diese erleiden, bis sie vollständig verarbeitet, in Papier verpackt und etikettirt sind, elf ganz verschiedene Operationen. Diese Art Kämme wurde noch vor 20 Jahren zum Preis von 4 Fr. 35 C. per Duzend verkauft, und gilt gegenwärtig nur noch 3 Fr. 10 C. das Gros (12 Duzend), was einer Preisherabsetzung von 1600 Prozent gleichkommt. Die genannte Fabrik allein liefert wöchentlich etwa 1200 Gros, d. h. 14,400 Duzend der verschiedenartigsten Gattungen von Kämmen. Ihre Mustersammlung weist in diesem alleinigen Artikel 1928 verschiedene Sorten auf. Das Büffelhorn, das man vorzüglich aus Ostindien bezieht, wird übrigens meistens zu Messergriffen und ähnlichen Artikeln verwendet, besonders für die Manufactur von Sheffield. Zu den Kämmen dagegen gebraucht man vorzugsweise das gewöhnliche Ochsenhorn, das vor allem von den Viehheerden Südamerica's geliefert wird, die, wie bekannt, in Brasilien und den Plata-Provinzen so zahlreich sind, daß man die Rinder fast nur der Häute und des Hornschmuckes wegen tödtet, indem man die Knochen und den größten Theil des Fleisches den Hunden und den wilden Thieren überläßt. Nun noch einige kurze Bemerkungen über die Verarbeitung dieser anscheinend so ungefügen Stoffe. Durch Circular-Sägen vorerst verschnitten, durch Dampf in Oefen besonderer Construction erweicht, gelangen die Hörner unter kräftige Blockpressen worin die einzelnen Stücke vollkommen abgeplattet werden. Hierauf werden die Platten, je nach dem zu erzielenden Producte, in die erforderlichen Formen geschnitten, wieder erweicht, auf kleinern Pressen neuerdings behandelt und hierauf getrocknet. Den Kämmen werden sodann auf der sinnreichen Lynn'schen Schneidemaschine die Zähne eingeschnitten, was durch dieselbe mit unglaublicher Schnelligkeit geschieht. Dann folgt die Ausarbeitung von Hand, Färbung und Marmorirung durch Säuren und Alkalien u. s. w. Einer ähnlichen Behandlung unterliegen auch die Hufe, nur ist bei ihnen die Anwendung eines bedeutend größern Druckgrades erforderlich. Zu diesem Zweck finden sich in dem oben erwähnten Aberdeen'schen Etablissement 14 speciell hiefür bestimmte hydraulische Pressen vor. Der übrigen Arten von Pressen besitzt sie gegen 130. Zwei Dampfmaschinen, die eine von 50 Pferdekräften, setzen die verschiedenen mechanischen Einrichtungen in Bewegung.

Den würdigsten Empfang hat Haynau in Paris erhalten. — Er ist bekanntlich dort sofort unter polizeiliche Aufsicht gestellt worden. (Kladd.)

* **Speyer.** Von der Gottschick'schen Buchhandlung in Neustadt wird angekündigt: „Die Rheinpfalz; malerische Ansichten nach Originalzeichnungen in Stahl gestochen von den tüchtigsten Künstlern." Es ist ein Album, bestehend zunächst aus den Stahlstichen zu dem Werke: „die malerische und romantische Pfalz, von Weis." Diese Ansichten sind bekanntlich der Mehrzahl nach vorzüglich gelungen, und die vorliegende neue Ausgabe in geeignetem Formate bildet daher eine sehr schöne Sammlung, ganz geeignet, als Album verwendet zu werden.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1208] Freitag, den 10. ds.: Militärmusik in
Bad Gleisweiler.

[1209[3]] **Zu verkaufen.**
Ein zweistöckiges zu Neustadt an der Hauptstraße gelegenes Haus mit gewölbtem Keller, Hinterbau, Hof und Garten, zu jedem größeren Geschäftsbetrieb geeignet, ist wegen Wohnungsveränderung unter annehmbaren Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 218 | den 10. September 1852.

Deutschland.

• Die Zollfrage. Die Regierung von Preußen hat bereits in ihrer vorletzten Erklärung eigens über die üblen Wirkungen der Ungewißheit in der Zollfrage geklagt; die Coalitionsregierungen haben sodann in ihrer Antwort diese Klagen ausdrücklich wiederholt; — obwol aber sonach beide Theile das Schädliche des jetzigen Zustandes einsehen, — kommt man eben doch nicht zu dem erwünschten Ziele!

Faßt man ins Auge, wie sich zuerst die halbofficiellen Wiener Blätter, und wie sich nun (s. unten) die halbofficièlle Neue Münchener Ztg. über die letzte Erklärung Preußens äußern, so überzeugt man sich, daß nach diesem letzten Actenstück keineswegs eine alsbaldige neue Zolleinigung gesichert ist (wie ein vertrauensvolles Subventionsblatt in seiner Unwissenheit glauben machen wollte), sondern daß im Gegentheile die Zollfrage heute übler als je steht. — „Die Nationalversammlung ist das einzige Hinderniß einer sofortigen Einigung Deutschlands," hat man so oft gesagt. Nun, die Nat.-Versammlung ward gesprengt, aber statt der Einigung steht uns nach vierthalb Jahren ein Zerreißen sogar derjenigen Verbindung bevor, welche zuvor bestand. Und dies entwickelt sich, während in unserm westlichen Nachbarlande der Kaiseradler seine Schwingen erhebt! Wahrlich, es gehört ein festes Vertrauen auf die innere Lebenskräftigkeit der deutschen Nation dazu, unter Verhältnißen wie die obwaltenden nicht an der Zukunft unseres Volkes zu verzweifeln; und dennoch verzweifeln wir nicht, obwol wir sehnlich gewünscht hätten, daß die endliche Entwicklung in einfacherer Weise vor sich gegangen wäre. — Des Unglücks und des Leidens hätte unserm Vaterlande so viel erspart werden können! —

• Speyer. Die ultramontanen Blätter sind entrüstet darüber, daß in Mecklenburg ein katholischer Prediger ausgewiesen worden ist. Wir stimmen unbedingt zu: ja, es ist weit gekommen in Deutschland mit den Ausweisungen, und damit, daß Jemand seiner kirchlichen Ansichten wegen verfolgt wird. Aber wir können keineswegs sagen, daß wir in diesem Falle gerade etwas besonders Ungeheueres finden. Es ist die Anwendung gerade derjenigen Grundsätze, welche die Ultramontanen fort und fort gegen ihre Gegner geltend machen, der nun eben auch einmal an einem der Ihrigen applicirt wird. Es ist arg, daß man einen Deutschen wegen Mißliebigkeit aus einem andern deutschen Lande „ausweisen" kann; nach den vielverläumdeten „Grundrechten" wäre dies nicht möglich gewesen. Seitdem man es aber so weit treibt, die Deutschen in ihren engern, 38 Vaterländern, d. h. also den Baiern aus einer bairischen, den Hessen aus einer hessischen Gemeinde fortzuweisen, können wir wenigstens nicht darüber erstaunen, wenn der Nichtmecklenburger aus Mecklenburg ausgewiesen wird. Wenn die Mecklenburgische Regierung behauptet, der Art. 16 der Bundesacte habe nur den Genuß der gleichen „bürgerlichen und politischen Rechte," nicht aber kirchliche Berechtigungen zugesichert, so ist dies eine Interpretation, die wir zwar gar nicht vertreten mögen, die aber eben von gleichem Gehalte ist wie tausend andere Interpretationen, die man über sich ergeben lassen muß! In Tirol duldet der Ultramontanismus, trotz der Bestimmung der „Bundesacte," nicht nur Keinen, der die Lehren des Protestantismus predigen will, sondern Keinen, der sich darauf beschränkt, diese Lehren auch nur für sich zu glauben. Was ist denn unter solchen Verhältnißen zu verwundern, wenn man in Mecklenburg hinwieder eine halbe Retorsion übt, und — zwar die Bekenner des Katholicismus duldet, dagegen — fremde Prediger des Katholicismus fortschafft!

Ja, es ist ein Jammer, nochmals sei es gesagt, daß solche Dinge in Deutschland vorkommen können, aber es ist, was hier geschah, nach den Principien, welche gerade von den Ultramontanen aufgestellt und durchgeführt werden, ganz und gar in schönster „Ordnung!"

Wir zwar wollen keineswegs eine solche „Ordnung." Wer sich ihrer aber gegen Andere bedient, muß sich dieselbe auch gegen die eigene Genossenschaft gefallen lassen. Wir rechnen sogar darauf, daß die Bureaucratie und die Clerisei in Zukunft recht oft einander in die Haare gerathen werden. Es kann sich dies gar nicht fehlen, nach der Stellung, die beide zu einander eingenommen haben. Uebrigens ist leicht vorauszusagen, daß die Bureaucratie hundertmal mehr Püffe von der Clerisei bekommen wird, als sie an diese auszutheilen im Stande ist.

• Speyer, den 9. Sept. Es hat sich die Nachricht verbreitet, der Ministerialrath Hr. Heintz in München sei quiescirt worden.

• Zur Culturgeschichte. Eine Kunstreitergesellschaft, deren Bude zur Vorstellung nicht fertig geworden, — ein Concertunternehmer, dem die Solosängerin ausgeblieben, finden es zuweilen nothwendig, wegen der deßhalb unvermeidlichen Verschiebung der gewünschten Production sich bei dem Publikum zu entschuldigen. In Oberbaiern, dem bekannten Kristallisationskerne der Kultur, ist man gegen das Publikum noch viel artiger geworden. Die in München erscheinenden „Neuesten Nachrichten" vom 2. September abhin bringen an der Spitze des Blattes eine Entschuldigung, daß die Hinrichtung des zum Tode verurtheilten Metzgerknechts Georg Treiber „erst im Laufe der nächsten Woche stattfinden" könne, weil — der Scharfrichter Scheler zur Zeit sich in Straubing befindet, wo er Ende dieser Woche eine Execution an dem zum Tode verurtheilten Joseph Schnauhuber vorzunehmen hat! An diese Mittheilung schließt sich unmittelbar die weitere Anzeige an, daß der gefeierte Hofsänger, Hr. Kästinger morgen zum ersten Male in der Oper „Jessonda" wieder auftreten wird. — Das ist auch Stoff zum Vergleich und zum Nachdenken!

München, den 7. Sept. Am 4. wurde zu Straubing der Raubmörder Schnauhuber, der wegen 5 fl. einen Menschen tödtete, und zwei andere lebensgefährlich verwundete, hingerichtet. Der hiesige Raubmörder Treiber wird am nächsten Donnerstage hingerichtet.

Die halbofficielle „N. Münchn. Ztg." stellt die Urtheile einiger Blätter über die jüngste Erklärung Preußens in der Zollconferenz vom 30. Aug. zusammen, und begleitet dieselben im wesentlichen mit folgenden Bemerkungen: „Es ist sicherlich von nicht geringem Interesse für unsere Leser, diese Urtheile in einer für die ganze Zukunft Deutschlands so hochwichtigen Frage zu kennen, und zu sehen, welchen Eindruck die Erklärung Preußens überall hervorgebracht hat. Dieser Eindruck läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß die allgemein gehegte Hoffnung und Erwartung, die königl. preußische Regierung werde das in so versöhnlicher Weise stattgefundene

thatsächliche Entgegenkommen der durch die Darmstädter Uebereinkunft verbündeten Regierungen in gleicher Weise durch thatsächliche Zugeständnisse erwiedern, und so den von ihnen im Einverständniß mit der kaiserl. österreich. Regierung bereitwilligst angebahnten und betretenen Weg zur Verständigung nun gleichfalls betreten, nicht in Erfüllung gegangen sei. Das „Dresdener Journ.“ hatte bekanntlich als Capitalpunkt, auf welchem die zu Darmstadt verbündeten Regierungen unter allen Umständen beharren müssen, den gleichzeitigen Abschluß des Zoll- und Handelsvertrags mit Oesterreich mit dem Abschluß der neuen Zollvereinsverträge bezeichnet und nachgewiesen. Preußen aber macht in seiner neuesten Antwort nur zur Anknüpfung von Unterhandlungen mit Oesterreich, ohne Sicherheit ob, wann und wie ein Abschluß desselben und ein Vertrag zu Stande komme, zu geben, sich verbindlich, und will den Darmstädter Verbündeten im voraus die Hände auf 12 Jahre binden, indem es dabei beharrt, daß selbst die Unterhandlungen mit Oesterreich erst **nach** der Reconstituirung des Zollvereins, nicht **vor** derselben begonnen werden. Während die Darmstädter Verbündeten so mit gebundenen Händen Preußen gegenüberständen, darf man nicht vergessen, daß sie auf der andern Seite durch Eingehen auf Preußens Verlangen alle Vortheile verlören, welche ihnen von Oesterreichs Seite dargeboten werden. Das Schlußprotokoll der Wiener Zollconferenz erklärt sehr bestimmt, daß die kaiserl. Regierung sich durch die damals von ihr abgegebene und von den bei der Wiener Zollconferenz vertretenen Regierungen angenommene Erklärung nur „so lange als gebunden betrachtet, als nicht die Verträge über die Erneuerung oder Neugestaltung des Zollvereins abgeschlossen sind.“ Wenn sonach die Darmstädter Verbündeten jetzt, dem Verlangen Preußens nachgebend, zu der Reconstituirung des Zollvereins die Hand bieten, endgültig darüber zu Berlin abschließen, ohne daß sie zuvor auch der durch das besagte Schlußprotokoll der Wiener Zollconferenz ihrerseits der kais. österr. Regierung gegenüber übernommenen Verpflichtung, dahin zu wirken, daß **diese Verträge** (jetzt der Zoll- und Handelsvertrag zwischen Oesterreich und den Staaten des Zollvereins auf den Grund der zu Wien übereingekommenen Entwürfe) **gleichzeitig mit jenen über die Erneuerung oder Neugestaltung des Zollvereines** zu Stande kommen, Genüge geleistet hätten, so wäre die natürliche und nothwendige Folge, daß die von der kaiserl. Regierung ihnen gegenüber übernommenen Verbindlichkeiten erlöschen, und damit die Hoffnungen auf die unschätzbaren Vortheile, welche das Zustandekommen einer innigeren handelspolitischen Verbindung mit Oesterreich ganz Deutschland und ihren Staaten insbesondere eröffnet, zu nichte gemacht wären. Die Bedeutung und Tragweite dieses letzteren Bedenkens wird niemand verkennen, und es ist wohl natürlich, daß dasselbe in den Entschlüssen, welche die Darmstädter Verbündeten nun zu fassen haben werden, vorzugsweise schwer wiegen wird. Diesen Entschlüssen haben wir natürlich nicht die Anmaßung vorgreifen zu wollen, aber das glauben wir als unsere innigste Ueberzeugung aussprechen zu dürfen, daß dieselben unter allen Umständen mit der ganzen bisherigen, consequent beobachteten Haltung der betheiligten Regierungen übereinstimmen, und den gewichtigen Rücksichten entsprechend sein werden, welche sie den höchsten Interessen und dem Wohl ihrer Völker, ihrer Ehre und ihrer Selbständigkeit schuldig sind.“

Karlsruhe, den 8. Sept. Heute ist der Großherzog (wie bereits angedeutet) nach Oesterreich abgereist.

Stuttgart, den 8. Septbr. Die Kammer ist auf unbestimmte Zeit vertagt, nachem sie am Montag noch in schließlicher Abstimmung die Formalität der Genehmigung des Etats vorgenommen hat, welcher von der Linken mit 16 Stimmen (4 Mitglieder sind verreist) verworfen wurde. Drei Mitglieder derselben motivirten ihr Nein folgendermaßen: „Die Unterzeichneten erklären, daß sie dem Beschluße über Verwilligung der angesonnenen Steuern, im Hinblick auf den §. 124 der Verfassung, wonach die Stände nur die nach gewissenhafter Prüfung für nothwendig erkannten Steuern zu verwilligen haben, aus dem Grunde nicht zugestimmt haben, weil die Unterzeichneten die Steuern in dem angesonnenen Maße nicht für nothwendig zu erkennen vermocht haben. Moriz Mohl. Schott. Siegel.“ — Auf Seiten der Majorität zeigten sich ähnliche Regungen. Die Abg. Redwitz, Metz und Steinbuch gaben gleichfalls eine motivirte Erklärung ab, des Inhalts, daß ein großer Theil der neuen oder erhöhten Ausgabenexigenzen ihnen nicht begründet erscheine, daß sie damit Angesichts der Finanzlage des Staats nicht einverstanden seien, daß die Einnahmerubriken oft **unter** dem wahrscheinlichsten Betrage angenommen worden, auch andere Mittel zur Deckung des Deficits unbenützt geblieben seien, daß sie es tief beklagen, daß die Kräfte der Steuerpflichtigen zu wenig ins Auge gefaßt worden seien und daß durch neu verwilligte Steuern die bedrängte Lage der Staatsbürger und einer einzelnen Classe derselben noch insbesondere ungleichheitlich getroffen worden sei (eine recht schlagende Motivirung für ein Nein, nicht wahr?) dennoch stimmen die drei Volksvertreter mit Ja, erstens im Hinblick auf die möglichen mit einer Steuerverweigerung verbundenen üblen Folgen (!) und zweitens „in der nahe liegenden Aussicht, daß ohne Zweifel die Zukunft über den tiefgesunkenen Wohlstand des Volkes weitere Aufklärung geben und Regierung und Stände bestimmen werde, mit Ernst und Nachdruck auf Abgabenerleichterung hinzuwirken.“ (Beob.)

Frankfurt, den 7. Sept. Der Gesandte der französischen Republik hat eine sehr energische Note an den Bundestag gerichtet, worin er sich über Angriffe gegen den Prinzen Louis Napoleon in der süddeutschen Presse beschwert. Die Note ist dem betreffenden Ausschusse übergeben worden. — Die Sitzung der Coalitionsminister dürfte jedenfalls noch im Laufe dieser Woche stattfinden. Möchten die Regierungen wenigstens in diesem Puncte den vereinten Wünschen ihrer Unterthanen nachgeben und sich nicht dem Wahne hingeben, als würde die Apathie, die in politischen Fragen gegenwärtig herrscht, auch bei den Fragen des **materiellen** Lebens dominiren. Hierin könnten sie sich sehr verrechnen! (Fr. J.)

Darmstadt, den 3. Sept. Weinhändler Feigel in Bensheim, Mitglied der 2. Kammer, hat auf einem neu erbauten Holzschoppen eine schwarz-roth-goldene Fahne aufstecken lassen. Derselbe wird nun von dem Landgericht Zwingenberg wegen Aufsteckens eines verbotenen Abzeichens zur Verantwortung gezogen.

Wiesbaden, den 7. Sept. Schon sind viele Fremde aus Veranlassung der Gustav-Adolf-Vereinsversammlung hier eingetroffen.

Kurhessen. Aus einem Referat des Finanzausschusses geht hervor, daß dem Kurfürstenthum seit dem Jahre 1848 eine Schuldenmasse von 6 **Millionen Thalern** erwachsen ist. Außerdem hat man für die nächsten Jahre ein Defizit von 450,000 Thalern zu erwarten. Schöne Finanzaussichten! Aber dafür genießt man den Segen der „Ruhe und Ordnung.“

Kassel, den 4. Sept. Wie es heißt, war das Gutachten des Medicinalcollegiums über den Gesundheitszustand des zu 10 Monaten Festungsstrafe verurtheilten ständischen Ausschußmitgliedes Schwarzenberg so ausgefallen, daß das Generalauditoriat, wenn auch nicht das Gesuch um Umwandlung der Strafe in Geld, doch die Bitte des Verurtheilten, dieselbe im hiesigen Castell abbüßen zu dürfen, unterstützt haben soll. Höheren Orts ist man darauf nun nicht eingegangen, hat dieselbe vielmehr abgeschlagen, und es bleibt dem Verurtheilten nunmehr nur noch die Anrufung der landesherrlichen Gnade zu jener Milderung der Strafe übrig. Man zweifelt indeß, daß Hr. Schwarzenberg diesen Weg betreten wird. Dagegen ist das auf Zwangsarbeitshausstrafe erkennende Urtheil des Kriegsgerichts gegen Maler Richter nicht be-

stätigt, sondern derselbe freigesprochen, da seine Denunciationen sich nicht als wahr erwiesen und er zur Zeit der Flucht Kellners, wie schon lange vorher, gar nicht mehr in der Lage war, von seiner Partei Mittheilungen über deren Absichten und Pläne zu erhalten. Er ist nunmehr an die Staatsprocuratur wegen seines begangenen Unterschleifs abgeliefert worden. (Z. f. N.)

Hannover, den 6. Sept. Die fünfzehnte Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe ist heute Morgen um 9 Uhr in dem Concertsaale des neuen Theaters durch den Grafen von Bernstorff eröffnet worden. Die Zahl der bis gestern Abend eingezeichneter Theilnehmer ist 648.

Berlin, den 3. Sept. Aus Frankfurt a. M. meldet man, daß die vom Bundeshotel abgenommene deutsche Fahne vernichtet worden ist. Ob dieser Vernichtungsact durch Zerstampfung erfolgt ist, wie in Preußen die ketzerischen Zeitungen und Bücher, oder durch Verbrennung, wie in den gottseligen dahingeschwundenen Zeiten die ketzerischen Menschen hingerichtet wurden, wird nicht berichtet.

Berlin, den 4. Septbr. Nach einem Schreiben der Bresl. Ztg. aus Wien würden die Auftritte bei der Anwesenheit des Baron Haynau in Brüssel mit großem Eifer besprochen, und es sei sehr bezeichnend für das gegen England herrschende Mißtrauen, daß just in den höhern Kreisen die Meinung feststehe, es sei bei allen gegen Haynau gerichteten Demonstrationen die feindliche Gesinnung des englischen Hofes im Spiel, der sich durch die schonungslose Hinrichtung des Grafen Leiningen-Westerburg zu Arad tief verletzt fühle.

— den 5. Sept. Die „N. Pr. Ztg.“ ist heute sehr kriegerisch gesinnt. Sie sagt: „Hoffen wir, daß unser Gouvernement mit Festigkeit auf Alles vorbereitet und gerüstet ist, auf Alles, selbst einen Krieg nicht ausgenommen, denn einen gerechten Krieg haben wir noch niemals gescheut oder gefürchtet. Das, worum es sich diesmal handelt, ist aber nichts Geringeres denn die Existenz Preußens als europäische Großmacht, und wir müßten über die Intentionen Oesterreichs weniger genau unterrichtet sein, als wir es in der That sind, um nicht zu wissen, daß man dort auf alle Eventualitäten vorbereitet und entschlossen sein soll, den Zollverein schließlich mit Pulver zu sprengen. (!) Zuerst — so soll man es in Stuttgart verabredet haben — zuerst die diplomatischen Minirer, dann die nöthigenfalls durch „Bundesexecution“ unterstützte Behauptung, daß Braunschweig und die thüringischen Staaten den Zollverein nicht rechtzeitig gekündigt, und dann als rühmlicher Abschluß der schon lange von Oesterreich getriebene Versuch, die Zollsachen, wie so manches Andere, mit vollständiger Isolirung Preußens vor den Bundestag zu ziehen. Ein wohlausgedachter Plan, doch, wie es heißt, der Mensch denkt und Gott lenkt,“ und es müßte uns Alles täuschen, oder es dürfte bald die Zeit kommen, wo Italien und Ungarn, Frankreich und manches Andere Oesterreich wieder daran erinnern werden, daß ein Riese mit thönernen Gliedern doch nur ein zerbrechliches Wesen ist. Schlägt man also dort an den Degen, wir werden das Echo nicht schuldig bleiben.“ (Wie wir vernehmen, soll die neueste Nummer der „N. Preuß. Ztg.“ in Berlin mit Beschlag belegt worden sein.) (Fr. J.)

— den 6. Sept. Mehre der hiesigen Conferenzbevollmächtigten haben unsere Stadt auf kurze Zeit verlassen und sich an die Sitze ihrer resp. Regierungen begeben, um daselbst an den weitern Berathungen in der Zollangelegenheit Theil zu nehmen. Schon in einigen Tagen, man nennt hier den 10. d. Mts., werden sich die Minister der Coalitionsstaaten nach Homburg v. d. Höhe begeben, und dort ihre letzten Beschlüsse fassen zur Entgegnung auf die preußische Erklärung. Nachdem die Neue Preuß. Ztg. in einigen Artikeln der preußischen Handelspolitik durch die abgegebene Erklärung ihren hohen Beifall zollt, geht sie heute zu einer Polemik nicht nur der preußischen Handelspolitik, sondern der gesammten Politik über, die Staunen erregen muß. (K. Z.)

Die officielle Kasseler Ztg. enthält einen äußerst heftigen Artikel gegen Preußens Verhalten in der Zollfrage. Derselbe soll aus Hassenpflugs Feder selbst geflossen sein.

Wien, den 4. Sept. Der Kaiser wohnte heute einem Feldmanöver auf der Schmelz bei. Sein Pferd stürzte in einen Graben, er kam aber glücklich aus dem Sattel, entging so einem drohenden Sturze und konnte das Manöver bis zum Schluß abhalten. — Wie man erfährt, wird der Kaiser jedenfalls die Reise nach München unternehmen, nur ist der Zeitpunct noch nicht festgesetzt.

Aus **Wien** vom 3. Sept. wird der Independance Belge gemeldet, ein Ministerrath unter dem Vorsitze des Kaisers habe über das Verfahren berathen, welches der neuen Erklärung Preußens gegenüber in der Zollvereinsfrage einzuhalten sei. Es sei darin beschlossen worden, die darmstädter Stipulationen mit Festigkeit aufrecht zu erhalten, indem man den coalirten Staaten so viel wie möglich billige Concessionen mache, um sie in dem Widerstande, der sie in eine delicate und schwierige Lage gesetzt hat, zu ermuthigen und ihnen Beistand zu leisten.

Schweiz.

Bern, den 6. Septbr. Gestern Morgen haben die eidgenössischen Truppen das 14. Uebungslager verlassen und nichts blieb zurück, als die leeren Zelte und Hütten und die nöthigen Genietruppen, um diese wegzuräumen. Es herrscht nur eine Stimme über den guten Verlauf des Lagers. Morgens 7 Uhr defilirten sämmtliche Truppen noch vor dem Lagercommandanten und traten dann den Heimweg an. Die Graubündtner, Waadtländer und Neuenburger bestiegen eine kleine Flotte von vierzehn Schiffen und ließen sich von den Wellen des raschen Bergstromes nach der Bundesstadt tragen, deren Bewohner dem Schauspiel der Landung in großer Zahl beiwohnten. In schönem Zuge und mit klingendem Spiele marschirten die Truppen durch die Stadt und gaben ihr ein recht militärisches Ansehen. — Der katholische Geistliche der genferischen Gemeinde Collonge Bellerive verfolgt Eltern, deren Kinder die Gemeinde- und nicht seine Privatschule besuchen, mit zelotischem Eifer.

Frankreich.

† **Paris**, den 7. Septbr. Der halbamtliche Theil des „Moniteur“ enthält folgende Anzeige: „Am 26. Juli hat der Finanzminister auf die dem Staatsschatze von der Bank im März vorschossenen 50 Millionen, 25 abgezahlt. Eine zweite Abzahlung gleicher Summe am 6. September tilgt die ganze Schuld des Staatsschatzes an die Bank. — Außerdem bringt der Moniteur ein Circulair des Bischofs von Chalons an die Geistlichen seiner Diöcese, die Reise des Präsidenten betreffend, in welchem ihnen angeordnet wird: für den „großen Mann, den Mann Gottes, der alle Wunden der 60jährigen Revolutionen zu heilen von der Vorsehung ausersehen ist,“ Gebete anzustellen, damit er seine Reise zum Heil des Vaterlandes glücklich vollende. — Die Journale fahren fort, nach wie vor zu vegetiren. Die Redactionen scheinen mehr darauf zu sehen, daß sich in die Spalten ihres Blattes kein Artikel einschleicht, der dem Generalprocurator oder dem Polizeiminister mißfällt, als das immer mehr einschlafende Interesse der Leser zu wecken. Die Regierungsblätter sind in der gegenwärtigen Periode der Stille in der Politik noch schlimmer daran als die Oppositionsblätter. Sie zerquälen sich, für denselben Stoff, d. h. für das ewig sich wiederholende unbedingte Anpreisen der Regierung, neue Saucen zu bereiten, und wenn der Moniteur keine allgemeinen Verordnungen bringt, kann man die Schweißtropfen an deren Artikeln zählen, die alle zusammen in hundertfach durchgekneteten Phrasen nichts Anderes enthalten, als daß die gegenwärtige Regierung die beste in der Welt ist, und daß gegen den

Ausspruch des Volkes, das sich mit 7 Millionen Stimmen für Louis Napoleon erklärt hat, nichts einzuwenden ist. Das „Pays“ bringt heute wieder ein solches schweißtriefendes Exercitium vom Hrn. Bavour, der als „Mitglied des gesetzgebenden Körpers“ unterzeichnet, worin er der Regierung so viel Weihrauch streut, daß man hinter dem blauen Dunst keinen einzigen neuen oder bedeutenden Gedanken erkennen kann, wenn es nicht der ist, daß Hr. Bavour ein rothes Band im Knopfloch, einen dotirten Sitz im Luxemburg oder eine Präfectenstelle für sehr wünschenswerthe Sachen hält. — Der Univers schimpft wie gewöhnlich über Virgil, Ovid und Cicero und heute ausnahmsweise über das Tridentinische Concilium, das die gottlosen Werke der verdammten Heiden nicht in Bann gethan hat. — Alle conservativen Journale bringen einen Auszug aus einem Artikel der Karlsruher Zeitung „die revolutionäre Propaganda der Deutschen in London und die Nationalanleihe“ betitelt, um darzuthun mit welcher Gefahr Europa alle Tage von den etwa 20 namhaft gemachten Flüchtlingen bedroht wird, obwol aus dem Artikel selbst hervorgeht, daß sie selbst unter einander in 4 verschiedene, sich anfeindende Comite's gespalten sind.

Der Kriegsminister hat angeordnet, daß es mit Ertheilung von Heirathserlaubniß an Offiziere inskünftige entschieden strenger genommen werde als bisher. — Die Verurtheilungen zum Tode wegen Capitalverbrechen mehren sich seit einiger Zeit in auffallender Weise. In voriger Woche sind von den verschiedenen Gerichten 7 Todesurtheile gefällt worden. — Es hat sich vor wenig Tagen in Paris ein Gesangverein, aus 200 Mitgliedern, Männern und Frauen bestehend, gebildet, der in kurzer Zeit, sobald er nämlich gehörig eingeübt sein wird, öffentliche Concerte zu wohlthätigen Zwecken für notbleidende Deutsche geben wird. Der Verein hat den Namen Concordia angenommen und wird seine ersten Productionen im Saale Sare geben. Der Musikdirector Schlosser, der sich um die Gründung des Vereins das meiste Verdienst erworben hat, leitet die Gesangsübungen. — Der Commandant der französischen Besatzung in Rom, General Gemeau, ist in Paris angekommen. — Der Polizeiminister hat ein Circulair an die Präfecten erlassen, worin sie angewiesen werden, nur solchen Individuen Pässe zur Auswanderung nach Algier auszustellen, welche entweder auf eigene Kosten dahin reisen oder vom Kriegsminister die Zusicherung der freien Ueberfahrt erhalten haben. Im letzteren Falle müßen sie noch nachweisen, daß sie dort nach ihrer Ankunft sogleich Arbeit finden, wenn sie selbst keine Subsistenzmittel besitzen.

Durch Rundschreiben sind die Bischöfe benachrichtigt worden, daß 100 neue Filialpfarreien errichtet werden sollen. — Während des Monats September werden viele Güter der Familie Orleans verkauft werden. — In Belleville bei Paris ist eine Person verhaftet worden, die des Nachts auf der Straße an mehrere Personen eine Rede hielt, die sie mit folgenden Worten schloß: „Ja, meine Freunde, die Stunde der Rache naht! Nieder mit dem Dictator! Nieder mit Louis Napoleon!“ — Vorgestern ist wieder ein Schiff mit 230 Auswanderern von Havre nach Californien abgegangen. Die Zahl der bis jetzt aus dem Ertrage der Goldbarrenlotterie dorthin gesandten Personen beträgt 3000.

Paris, den 4. Sept. Der Bischof von Grenoble denuncirt heute im Univers eine dort erschienene „infame, mit falschen Angaben, verläumderischen Unterstellungen, lügenhaften Behauptungen und groben Beleidigungen gegen das Wunder von la Salette angefüllte“ Broschüre.

Das Zuchtpolizeigericht von Saarburg hat 2 Personen, von denen die eine den Brief des Obersten Charras gezeigt und von dem die andere eine Abschrift genommen hatte, zu einem Monat Gefängniß und 25 Fr. Geldbuße verurtheilt.

Auf die Insel Siciliens sollen die Anhänger Murats ihr Augenmerk hauptsächlich gerichtet haben. In Palermo selbst soll der Sitz eines geheimen Comite's sein, das von dort aus die Agitation zu Gunsten Murats leitet. Man hofft, daß die Kriegspartei, an deren Spitze Murat steht, die Oberhand in Frankreich gewinnen, daß das Kaiserreich proclamirt, und dann die verstärkte französische Armee in Rom sich durch Einsetzung eines neapolitanischen Königs den Rücken decken wird.

Italien.

Mantua, den 26. Aug. Die Urtheile der politisch Angeklagten von der „Gesellschaft des Todes“ sind gefällt und dem Feldmarschall Radetzky zur Unterzeichnung der Vollziehungsclausel vorgelegt worden. Die Urtheile lauten wegen Hochverraths auf Tod.

* **Turin,** den 5. Sept. Alle Minister bleiben auf ihrem Posten. Hr. Pernati hat sein Entlassungsgesuch zurückgenommen und Hr. Ratazzi, so wie Hr. Cavour haben einen Beweis ihrer Selbstverläugnung gegeben, indem sie ihren Beistand dem Ministerium zusagten.

Wie die amtliche Zeitung von Savoyen meldet, hat Graf Sambuy, der sardinische Gesandte beim heiligen Stuhle, Rom am 26. August verlassen. Den Grund dazu erblickt man in dem Briefe des Cardinals Antonelli an den Erzbischof von Chambery.

Rom. Das Budget für das Jahr 1852 ist veröffentlicht worden; die Einnahmen werden mit 10,110,569, die Ausgaben mit 12,069,418 Scudi veranschlagt.

Großbritanien.

* **London,** den 6. Sept. Die Türkische Anleihe wird mit 1⅞ Prämie negocirt. — Briefe aus der Havannah melden, daß dort eine große Aufregung herrsche. Es circuliren eine Menge Proclamationen und die Verhaftungen dauern fort.

Rußland.

In der Nacht vom 25. auf den 26. August hat's in **Riga** (Rußland) bereits gefroren.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1213²] **Camphin**

von ausgezeichneter Reinheit, vollkommen harzfrei, sowie namentlich mit blendend-weißer Flamme geruchlos verbrennend von einer Lichtstärke (in einer Lampe, welche in 9 Stunden 1 Schoppen = 20½ Loth verbraucht), die 11 Sechser-Stearinkerzen gleichkommt, und demnach unserm anerkannt vorzüglichen Fabrikate von

Leuchtspiritus,

den wir auch dieses Jahr wieder in bekannter Qualität liefern, würdig zur Seite steht, ist en gros zu beziehen bei

J. N. Spreng & Sohn in Karlsruhe.

NS. Wir behalten uns vor, unsern werthen Abnehmern s. Z. ein Gutachten des hiesigen löbl. Gewerbvereins über Qualitätsbefund sowol, als Lichtstärke-Messungen andern Beleuchtungsmitteln gegenüber beizulegen; neue Geschäftsfreunde bitten wir, bei Ertheilung Ihrer Ordres sich auf ein solides Handlungshaus zu beziehen.

[1210²] **Wiesbaden.**

Das Anmelde-Büreau für die Herren Naturforscher und Aerzte befindet sich im

„Janus-Hotel,“

vis à vis der Eisenbahn.

[1211³] **Für Mechaniker.**

Ein tüchtiger Metall-Dreher und ein gewandter Maschinenschlosser finden fortwährende Beschäftigung in der Maschinenfabrik von

Johann Schweizer senior
in Mannheim.

[1212²] **Zu verkaufen.**

Ein zweistöckiges Haus, wegen seines Hofraums, Remise, Waschküche etc. leicht für jedes Gewerbe tauglich, ist zu verkaufen.

Neue
Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 219 | den 11. September 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Napoleon wird Kaiser werden, das bezweifelt wol Niemand mehr. Alle Notabilitäten Frankreichs halten sich, trotz der lockendsten Köder, entfernt von der neuen Herrschaft; der mächtigen Bourgeoisie ist dieselbe ohnehin ein wahres Gräuel; die Masse des Volkes ist nicht einmal mehr durch die theuersten Spiele auch nur für einen Abend zu gewinnen; selbst die zur Herbeiführung des Kaiserthums eigens geschaffenen diesmaligen Generalräthe waren nicht dahin zu bringen, sich so auszusprechen, wie man es wünschte und erwartete. Sogar die vorwiegend mächtige Partei, welche durch die englische Times repräsentirt wird, sogar diese Partei, welche vor Allem Ruhe und Ordnung fordert, zeigt, daß sie auf den baldigen Untergang des neuen Regime in Frankreich rechnet; ja selbst ein Girardin erklärt sich so stark als unter den obwaltenden Verhältnißen nur möglich ist, gegen dasselbe, dieser Mann, der immer nach der Seite sich wendet, welcher die nächste Zukunft angehört; auch Er brach bereits mit dem Neunapoleonism; und trotz aller Maßregelungen, trotz der enormsten Mittel, treten immer wieder Zeichen einer unvernichteten entschiedenen Opposition hervor.

Dennoch wird das Kaiserthum kommen. Es kann aber nur entstehen, indem sich Ludwig Napoleon auf die „Cuirassiere" stützt, wie wir dies neulich schon andeuteten.

Auf flacher Hand liegt es indessen, daß der Armee damit nicht gedient wäre, wenn die ganze stattfindende Veränderung sich darauf beschränken sollte, den jetzigen „Prinz-Präsidenten" — „Kaiser" zu heißen. Das wäre so gut als gar keine Veränderung; dafür bewegte keiner der Soldaten nur die Hand.

Stützt man sich ausschließlich auf die Armee, bedarf man ihrer zur Durchführung solcher Plane, so muß man auch etwas Nennenswerthes, einen Jeden Berührendes, für dieselbe thun.

Was aber kann man thun zur Befriedigung der gesammten Armee? Nur in Kriegszeiten hat jeder Soldat den Marschallsstab in der Tasche; nur dann gibt es Ruhm, rasches Avancement und Beute; — darum schließlich — Krieg!

Auch wiederholen sich bereits alle napoleonischen Reminiscenzen so sehr, daß man kaum an die Möglichkeit eines andern Ganges der Dinge glauben kann. Das Verfahren gegen Belgien hat es bewiesen, die Rückberufung des franz. Gesandten aus Holland beweist es aufs Neue, ein Schritt, der wahrlich nicht genügend dadurch motivirt ist, daß die holländischen Generalstaaten einen unter Vorbehalt ihrer Genehmigung abgeschlossenen Vertrag eben nicht annehmbar fanden.

Wie schaut man aber in Deutschland dieser Entwicklung der Dinge im Nachbarland entgegen? Was geschieht hier, um die Kräfte zu beleben und zu einigen, deren man im erwähnten Falle dringend bedürfen wird?

Warum wird nicht eine Quasi-Politik beseitigt, welche das deutsche Vereinigungszeichen, die schwarz-roth-goldenen Fahnen, ächtet und, die sie führen, verfolgt? eine Quasi-Politik, welche von Amnestie nichts wissen will, sondern eine Ausschließung und Verfolgung selbst derjenigen Freisinnigen nothwendig erklärt, gegen die man nicht das Geringste gesetzlich Strafbare aufzufinden im Stande ist? — Ja, der Kampf gegen den Neunapoleonismus wird wirklich nicht allzuschwer zu führen sein, aber nur dann, wenn er, wie 1813, zur Nationalsache wird.

Ganz richtig hat aber kürzlich ein baierisches Blatt darauf hingewiesen, daß man sich im gesammten Deutschland fragen möge, was man denn den verschiedenen Volksstämmen erklären und verheisen wolle, wenn es darauf ankomme, deren Kräfte wie 1813 aufzurufen, — falls ein furchtbar entscheidender Moment plötzlich hereinbreche? Was der Bundestag da versprechen werde? was Preußen zu sagen habe, das wie die Proclamation von Kalisch wirken könnte? und ob etwa Hr. Hassenpflug die Kurhessen zu begeistern im Falle sein werde? Gewiß Niemand vermag in Abrede zu stellen, daß ein Gewittersturm fast ungeahnet über unser Vaterland hereinbrechen kann; darum wäre es wahrlich keine müßige Aufgabe, den Fall jetzt schon alles Ernstes ins Auge zu fassen, um dem Unheil wo möglich sogleich begegnen zu können. Das kann aber nur durch vereinte Volkskraft geschehen.

* Ein Theil der französischen Geistlichkeit erschöpft sich in Speichelleckereien gegen den derzeitigen Gebieter Frankreichs, die gleichsam in die altnapoleonischen Zeiten zurückversetzen. Der Hirtenbrief des Bischofs von Chalons (siehe unten) kommt so ziemlich Demjenigen gleich, was vor vierzig und mehr Jahren in französischen Hirtenbriefen und den damaligen Katechismen zu lesen war. (Abgesehen von so vielen Ausschreiben geistlicher Oberhirten im eigentlichen Frankreich, erinnert man sich verschiedener Actenstücke des Bischofs Colmar von Mainz, von denen ein Gegner desselben, nach dem Einrükken der verbündeten Truppen, eine Sammlung veranstaltete, und deren Quintessenz, offenbar nicht zu sehr geistlichen Zwecken, den provisorischen Behörden übersendete.) Es verdiente doch die Frage etwas näher geprüft zu werden, wie es denn kommt, daß sowol der alte als nun auch der neue Napoleon in solchen Hirtenbriefen und dgl. Schriften als der „Mann Gottes," der „Retter" u. s. w. in einer Weise gerühmt wird, mit welcher sich gar nichts von dem vergleichen läßt, was zum Lobe der alten Fürstengeschlechter vorgebracht wird.

München, den 7. Sept. Die jungen Aegyptier, welche seit einigen Jahren zu ihrer wissenschaftlichen Ausbildung sich hier befinden und ihre Studien im Hause und unter der Leitung des Advocaten Baron v. Duprel betreiben, haben in letzterer Zeit ein so unbotmäßiges Benehmen gezeigt, daß Hr. v. Duprel genöthigt wurde, eine militärische Sicherheitswache zu sich ins Haus zu nehmen.*) (Volksbötin.)

Karlsruhe, den 9. Septbr. Die hiesige Zeitung meldet folgendes (trauriges!) Curiosum aus Sinsheim: „Kürzlich wurde in dem bekannten Dorfe W. ein zu 45 Gulden geschätzter Acker im Zwangswege versteigert. Er wurde zugeschlagen um — fünf Kreuzer, zahlbar in drei Terminen mit Zinsen!!!

Mainz, den 4. Sept. Wir lesen in dem „Hess. Volksbl.": In unserer hiesigen Festung, deren gewiß nicht dem Aufruhre oder der Störung des öffentlichen Friedens freundliches Gouvernement eben bekanntlich in österreichischen Händen sich befindet, müssen gerade in den höchsten Regionen ganz andere Ansichten über schwarz-roth-gold herrschen als bei dem Landgerichte in Zwingenberg, denn an sämmtlichen Festungsthoren prangen

*) Wie man vernimmt, beschweren sich die Aegyptier ihrerseits bitter über die Behandlung, schlechte Kost u. s. w.

heute noch die im Jahre 1848 angebrachten schwarz-roth-goldenen Wappen.

Frankfurt, den 9. Sept. Wie man uns mittheilt, ist es noch nicht bestimmt, an welchem Orte eine neue Conferenz der Minister der Coalitionsstaaten stattfinden wird, welche zum Zwecke hätte, die Antwort auf die preußische Rückäußerung vom 30. August zu berathen und zu beschließen. Daß eine solche stattfinden werde, darf als bestimmt angenommen werden. Drei Orte werden genannt, an deren einem die Zusammenkunft stattfinden dürfte: Töplitz, Homburg v. d. H. und Wiesbaden. (F. J.)

Wiesbaden, den 7. Septbr. Heute Nachmittag 4 Uhr wurde die 10. Generalversammlung des Gustav-Adolph-Vereins durch einen feierlichen Gottesdienst eröffnet. Prälat Zimmermann von Darmstadt predigte über den Text: „Herr bleibe bei uns, denn es will Abend werden," mit Kraft und Feuer. Um 6 Uhr war die erste vorberathende Versammlung der Abgeordneten im Saale des Gymnasiums, zu welcher sich Deputirte von 31 Hauptvereinen eingefunden hatten. Die Versammlung scheint eine der zahlreichsten zu werden. Gäste und Abgeordnete aus allen Gegenden haben sich eingefunden. Aus Liefland, Ungarn, Siebenbürgen, Frankreich, Belgien, der Schweiz, England und Holland sind Vertreter bei dem großen Liebesbund der deutsch-evangelischen Kirche angekommen. (Fr. J.)

— den 8. Sept. Der Gustav-Adolf-Verein ist endlich aus der Sorglosigkeit, in der er wegen der römischen Angriffe sich befand, herausgetreten; die Jesuiten haben ihm den Handschuh hingeworfen. Er hat ihn keck aufgenommen. Wenn aus allen Gegenden Deutschlands, aus Holland, Frankreich, Italien, Ungarn, Siebenbürgen Nachrichten von dem Aufblühen evangelischer Gemeinden heute gegeben wurden, so verbanden sich immer damit Klagen über die heimlichen und offenen Angriffe dieser neuen Gemeinden seitens der fanatisirten Ultramontanen. Der Protestantismus zieht endlich das Schwert des Geistes, um das Schwert wirklichen Bruderkrieges abzuwenden! Was heute zur Sprache kam, das wird fortballen. Derjenige Protestantismus aber, welcher alle Richtungen christlicher Ueberzeugung gewähren läßt, nicht der, welcher in einem blinden Autoritätsglauben nothwendig zu einem unfehlbaren Schiedsrichter in Streitigkeiten kommen muß, wird den Sieg über Rom behalten. Der letztere ist inkonsequent und darum dem Feinde gegenüber ohnmächtig. (Frank. J.)

Celle, den 1. Sept. Die Buchhändler Dankwerths und Reichenau aus Harburg, welche mit Rücksicht auf den Vertrieb der Dulon'schen Schrift „Der Tag ist angebrochen," der Beihülfe zum Verbrechen der Aufforderung zu staatsgefährlichen Handlungen angeklagt waren, sind in der heutigen Sitzung des Schwurgerichts freigesprochen worden.

Berlin, den 4. Sept. Der confessionelle Kampf ist bekanntlich in Schlesien am heftigsten. In dieser Provinz sind selbst die Führer der beiden Confessionen, der Fürstbischof und Generalsuperintendent, persönlich in die Schranken getreten, und nach Schlesien hin hat der Oberkirchenrath den größten Eifer und die entschiedenste Abwehr gerichtet. Außer der Jesuitenmission ist die Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen der hauptsächlichste Anlaß zu Zerwürfnissen.

— den 7. Sept. Glaubhaftem Vernehmen nach ist die von Paris gekommene Nachricht, Louis Napoleon habe seinen Gesandten eine officielle Beschwerde beim deutschen Bunde über die Haltung der deutschen Presse seiner Person und seinem System gegenüber einreichen lassen, unrichtig. Marquis de Tallenay hat weder vor noch innerhalb der Vertagung derartige Schritte in Frankfurt gethan. (Fr. J.)

Berlin, den 7. Septbr. Die „Neue Preuß. Ztg.", welche an ihrer Spitze wieder einen äußerst scharfen Artikel gegen Oesterreich trägt, sagt: „Die gestrige Nummer unseres Blattes ist polizeilich mit Beschlag belegt worden. Wir kennen den Grund der Confiscation nicht und haben auch keine Vermuthung darüber, ob dieselbe aus rein formellen oder auch aus materiellen Rücksichten hervorgegangen ist. Angesichts der ernsten Wendung, welche die handelspolitische Frage als Kernpunct der gegenwärtigen Politik Preußens genommen, müssen wir es fort und fort für unsere unabweisliche Pflicht erklären, offen die der gesammten Stellung des Vaterlandes drohenden Gefahren bloszulegen und alle Illusionen zu zerstören, in welche man in diesem letzten Moment der Entscheidung sich etwa einwiegen möchte. Es ist nicht genug, daß Preußen den Bestrebungen seiner Gegner blos die abweisende Negative entgegenstelle. Der Schwerpunct für eine zukünftige, wahrhaft ersprießliche Politik liegt unabänderlich in der Rückkehr zu den gesunden volkswirthschaftlichen Prinzipien selbst, und nur das feste, entschiedene Betreten dieses Weges kann die Wahrung der selbstständigen national-öconomischen Entwicklung des deutschen Nordens mit seinen eigenthümlichen Interessen verbürgen."

Von der Antwort der darmstädter Verbündeten macht man sich hier wenig Hoffnung, indem nach den vorliegenden Anzeichen wahrscheinlich eine ausweichende Rückäußerung zu erwarten steht. (K. Z.)

Wien, den 8. Sept. Heute wurde das neue Anlehen von 80 Millionen aufgelegt. Davon sollen 20 Millionen für die Eisenbahnen, 25 Millionen zur Einziehung von Papiergeld und 15 Millionen zur Verminderung der Bankschuld verwendet werden. *)

Ein Erlaß des Finanzministers trifft Bestimmungen über die Pensionen der Wittwen und Waisen der Staatsdiener, welche als Selbstmörder gestorben. Die Pensionen werden denselben abgesprochen, und zwar aus dem Grunde, weil der Selbstmord „als freiwilliger Act der Dienstentsagung" (!) anzusehen sei.

Frankreich.

† **Paris,** den 8. Septbr. Der halbamtliche Theil des „Moniteurs" enthält ein Rundschreiben des Policeiministers an die Präfecten, worin dieselben angewiesen werden, den Verkauf der Getränke in Buden oder unter Zelten bei Jahrmärkten und öffentlichen Festen strenge zu überwachen, und denselben keinen Personen zu gestatten, die sich nicht mit einer speciellen Erlaubniß dazu ausweisen können, da die Erfahrung gelehrt habe, daß solche Anstalten vorzugsweise zu Werbanstalten für geheime Gesellschaften dienten. — Ein Bericht des Generalcommissärs aus Cayenne an die Regierung schildert das Betragen der Deportirten als sehr zufriedenstellend. Sie sind nach Categorien eingetheilt, auf verschiedenen Inseln untergebracht, bis die Errichtung einer Strafanstalt, die man am Silberberge anlegen will, ihre Uebersiedelung nach dem Festlande möglich gemacht haben wird. Den politischen Deportirten ist die kleine Insel Mere zum Aufenthalt angewiesen. — Der „Univers" verfolgt unverdrossen die Angelegenheit der heidnischen Classiker und bringt die Abhandlungen des Abbé Gaume darüber, der die Frage angeregt hat. Die „Gazette de France" gibt einen Commentar für den Eifer des großen Abbé's in folgender Erzählung: „Ein hochgestellter Geistlicher, den wir nicht nennen wollen, erkundigte sich in der Buchhandlung Gaume, welche die sogenannten christlichen Classiker verlegt, nach dem Absatz derselben. Der Commis antwortete ihm, daß in Frankreich nur sehr wenige Exemplare verkauft werden, daß sie aber schon mehrere Expeditionen davon nach Cochinchina gemacht haben."

Das Kaiserthum wird im nächsten Frühjahre procla-

*) Darnach blieben noch 20 weitere Millionen disponibel, — wenn die Papiere al pari abgesetzt werden könnten, was in keinem Falle möglich ist. Nun beträgt aber das officiell anerkannte Jahresdeficit einige fünfzig Millionen, zu deren Deckung vermuthlich ein noch weiteres Anlehen erforderlich sein wird. D. Red.

mirt werden. Die Veränderung wird ohne Störungen vor sich gehen, da Alles, bis auf die Besetzung der Hofchargen, vorbereitet ist.

Ein Regierungsblatt bestätigt, was schon holländische Journale versichert haben, daß die Abreise des französischen Gesandten aus dem Haag in keiner Beziehung zu der Zurücknahme des Literaturvertrags stehe. (?) — Im Departement der Niederpyrenäen hat man im ganzen Thale von Gave bis Cauterets in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag ein glücklicherweise nicht sehr heftiges Erdbeben bemerkt. Diese Erscheinung hat sich auffallender Weise in diesem Jahre schon in mehreren Gegenden des südlichen Frankreichs wiederholt. — Die altconstitutionellen und die democratischen Wähler von Paris haben sich über die beiden Oppositionscandidaten für die Ersatzwahl am 26. September verständigt, und werden für Hrn. Goudchaux und den eben aus der Verbannung zurückgekehrten Jules de Lasteyrie stimmen. Ob der Erste das Mandat mit der Bedingung der Eidesverweigerung angenommen hat, ist noch nicht bekannt; es ist jedoch wenig Aussicht vorhanden, daß er gewählt wird, da eine große Anzahl Democraten nach dem Beispiele ihrer politischen Glaubensgenossen in den Departements, nicht mitwählen wird.

Die bezeichnendsten Stellen in dem Hirtenbriefe des Bischofs von Chalons über Napoleon sind folgende: „Er hat sich hochherzig aufgeopfert, er hat Alles gewagt, er hat Dinge gethan, woran Niemand vor ihm gedacht hatte. Gesegnet sei er dafür, dieser Mann Gottes, dieser große Mann; denn Gott ist es, der ihn zum Glück unseres Vaterlandes erregt hat, um alle seine Leiden zu heilen, die sechzigjährige Revolutionen und unendlich scheinende Kriege verursacht hatten. Nochmals gesegnet sei er dafür! Wir werden für ihn beten; das ist der Zoll, den er von uns zu fordern ein Recht hat für die ausgezeichneten Dienste, die er uns geleistet hat und die er uns noch leisten will; es ist eine Pflicht, deren wir uns mit Eifer gegen ihn entledigen werden."

Kossuth soll incognito hier gewesen sein und gegenwärtig auf Jersey leben.

Die Nachrichten aus den Provinzen hinsichtlich der Gemeinderathswahlen lauten noch immer dahin, daß sich meistens drei Viertel der eingeschriebenen Wähler der Theilnahme enthalten. An vielen Orten übrigens hat die republicanische Partei ihre Candidaten durchgesetzt.

In **Metz** ist unter Trommelschlag angekündigt worden, daß auf der Mairie die Petitionen zur Wiederherstellung des Kaiserreichs unterzeichnet werden können.

Spanien.

• **Madrid**, den 3. Sept. Der Schatz hatte große Mühe, seine Scheine diesen Monat unterzubringen; er sah sich gezwungen, mehreren Capitalisten, welche sich weigerten die abgelaufenen Bons zu erneuern, 14 bis 15 Proc. zu vergüten. (!)

Italien.

• **Nizza**, den 5. Sept. Mehrere französische Flüchtlinge, die hier seit dem December vorigen Jahres leben, haben von der Regierung den Befehl erhalten, sich sofort nach den ihnen angewiesenen Städten im Innern zu begeben. Diese Maßregel ist auf Reclamation der französischen Regierung und für die Dauer des Aufenthaltes des Präsidenten im Departement Var angeordnet worden.

Aus Oberitalien, den 31. Aug. Die allzugroßen Kosten des Militärcordons, welcher zur Verhütung des Schleichhandels längs der piemontesisch-schweizerischen Gränze aufgestellt war, verursachte zu Anfang dieses Jahres seine Auflösung. Derselbe hatte unstreitig gut gewirkt und den Schmuggel, wenn auch nicht ganz unterdrückt, doch wesentlich vermindert. Wer sich auf der That ertappen ließ, wurde standrechtlich behandelt. Auch duldeten die Schweizer Behörden im Kanton Tessin und Graubünden nicht mehr die offenen Schmuggeldepots und thaten überhaupt Alles, um ein freundnachbarliches Vernehmen zu erhalten. Nun soll die Contrebande wieder so arg im Gange sein, wie jemals und die Expeditionen von Lugano aus in großartigem Styl und ganz offen unter den Augen der Schweizer Behörde ausgerüstet werden. In Mailand ist die Schmuggelprämie bis auf 8 Prozent gefallen, und hauptsächlich sind es englische Waaren, die von Genua aus als Transit bis zur Gränze gehen, wohl nicht ohne stille Mitwissenschaft der piemontesischen Zollbeamten. Dazu kommt der passive Widerstand der Italiener, welcher in Ermangelung jeder andern Demonstration sich das Wort gegeben zu haben scheint, consequent österreichische Fabrikate zu perhorresciren und, sei es selbst für einen höhern Preis, fremde Waaren zu kaufen. Unter solchen Umständen ist das Ministerium mit dem Obercommando in Verona neuerdings in Verhandlung getreten, ob es nicht gerathen sei, den Militärcordon wieder aufzustellen; zugleich sind auch Reclamationen an den Kanton Tessin ergangen. Sollte es dazu kommen, so würde die bereits beschlossene Reduction der italienischen Armee unterbleiben müssen. (Lpz. Z.)

Rom, den 30. Aug. Der Papst hat von dem zurückgekehrten Finanzminister Galli einen Bericht über seine Rundreise einfordern lassen. Man versichert mir, daß der Verfasser in dem Bericht öfter von eigenen Enttäuschungen spreche, und den Falten des Kummers über Mangel und Noth in den verschiedensten Gestalten fast überall in den Provinzen begegnet sein will. Galli selbst hat deßhalb ganz gegen seine sonstige Taktik darauf hingedeutet, man würde sich künftig doch besser mit der Decretirung außerordentlicher Steuern an die Hauptstadt und das eigentliche Patrimonium Petri halten, wenn anders die einmal angesetzten Posten des diesjährigen Budgets festgehalten werden sollen. In Folge dessen ist man in Rom auch sofort zur Ausschreibung der neuen Gewerb- und Handelssteuer zu großem Mißvergnügen der Betroffenen geschritten. Die Maßregel wird selbst von Strengconservativen als unzeitig beklagt. Man hat der ungünstigen Stimmung der Hauptstadt halber fast zwei Jahre mit der Ausführung dieses Steuergesetzes gewartet; aber die Stimmung ist dieselbe, vielleicht noch schlimmer als vor zwei Jahren. — In dem etwa sieben deutsche Meilen von hier auf dem Sabinergebirge gelegenen Orte Rocco di San Stefano kam es vorige Woche zwischen Steuerbeamten und einem Theil der Bevölkerung zu offenem Kampfe. Das Volk stritt unter der Führung von vier jungen Leuten; die Steuerbeamten flohen vor den Steinwürfen und Knütteln ihrer Verfolger. Doch von zahlreichen Gendarmen unterstützt, kehrten sie Tags darauf wieder, und nöthigten die Rädelsführer zur Flucht in die nahen hohen Gebirge. (A. Z.)

Der ehemalige päpstliche Premierlieutenant Calandrelli, der während der Bewegung in kurzer Zeit zum Volksdeputirten, zum Obersten, zum republicanischen Kriegsminister und Triumvir stieg, ist nicht, wie es fälschlich hieß, begnadigt worden. Der unglückliche Mann befindet sich noch immer in der Darsena von Ancona in „einsamer Haft," wo sein seltener Geist unter den Leiden der Gefangenschaft immer mehr zusammensinken muß.

Großbritanien.

• **London**, den 7. Sept. Das Fieber der Auswanderung nach Australien ist fortwährend im Steigen. Mehrere Schiffsoffiziere der ostindischen Compagnie haben ihre Entlassung eingereicht, um auszuwandern.

London, den 4. Sept. Die evangelischen Missionen in Irland werden von der katholischen Geistlichkeit sehr eifrig, aber nicht immer mit den rechten Mitteln, bekämpft. Von dem Friedensgericht in Achill (Grafschaft Mayo) sind zwei katholische Priester, James Henry und W. Scully, wegen Aufruhrstiftung und persönlichen Angriffs vor das Geschwornengericht gewiesen. In Achill befinden sich zwei protestantische Schulen, bei welchen zwei von der Mission gewählte Bibelleser angestellt sind.

Scully und Henry fielen den einen Bibelmann auf offener Straße thätlich an und ermahnten den Pöbel, „die Teufel aus der Insel zu treiben" — „die Ketzer zu Tode zu hetzen und zu brühen," und drohten mit dem Fluche Gottes jedem, der ihnen „Butter, Eier, Milch, Kartoffeln verkaufen, der sie grüßen, mit ihnen reden oder über die Schwelle ihres Hauses geben würde." Der Pöbel, nicht faul, begann den einen Bibelleser, Hrn. Joyce, zu steinigen, so daß er mit Noth in ein Haus entkam und sein Leben rettete.

Auf der amerikanischen Flotte dienen gegenwärtig an 50,000 britische Matrosen, einfach aus dem Grunde, weil sie in Amerika besser bezahlt werden, als in England.

Englische Preßfreiheit! Zum Beweis, wie fleißig dieselbe von der klerikalen Partei benützt wird, theilen wir hier eine Kapuzinade mit, welche in einem irländischen Journale an die englischen Minister gerichtet wird. Die Ansprache lautet wie folgt: „Gott sei Dank, die Scene beginnt sich zu ändern, die Sonne Großbritaniens geht schnell zum Untergange. Euer Volk ist überall als betrügerisch und entartet gebrandmarkt. Eure beiden letzten Ministerien haben in Petersburg den Spaßmacher gespielt, den Revolutionär in Wien, den Mantelträger in Paris, den Ungläubigen in Rom, den Verräther in Neapel, den Hausbrecher in Madrid, den Meineidigen in Lissabon, den Unterdrücker in Bern, den Tyrannen in Athen, den Feigling zu Washington, den Heuchler zu Hause und den Teufel in Irland. Während Sie uns lästerten, kniete die französische Armee, die unbesieglichen Söhne der glorreichen Franken, vor dem Erzbischof von Paris, und als er die Hostie zu dem blauen Himmelsgewölbe aufhob, da war das Rasseln des französischen Stahles, als die Soldaten die Schwerter zogen und vor dem Gott der Schlachten (!) präsentirten, unter dem Donner von 100 Karthaunen, die bezeichnende und geeignete Antwort, welche das glorreiche katholische Frankreich mit dem Morgenwinde dem bigotten England auf seine parlamentarischen Lästerungen zusandte. Und als Ihr Eure Proclamation gegen die Processionen ausgeben ließet, die doch auf der Leiter Jacobs und im Tempel Salomons und in allen christlichen Gotteshäusern stattgefunden haben, bemerkten Ihre Herrlichkeit da nicht die schneidende Entgegnung, die Ihnen der Prinz unmittelbar zugeben ließ durch die geflissentliche Verbeugung, die er bei seiner Rückkehr von Straßburg dem Erzbischof und der Geistlichkeit machte? Und haben Sie gelesen, wie er auf der Fahrt durch die Boulevards sich vor dem Bilde des Kreuzes in seinem Wagen erhob, das Haupt entblößte und sich lange und ehrfurchtsvoll verbeugte? Für diese glorreiche That bringe ich dem Prinzen hiermit meine tiefgefühlte Dankbarkeit und aufrichtige Hochachtung dar, und zugleich mache ich ihm ein Geschenk mit der glühendenden Liebe einer Million meiner Landsleute, so treu und so brav, wie die Welt je ein Herz gesehen. Und ich muß Euere Herrlichkeit ferner benachrichtigen, daß der Prinz diesen Brief nächsten Donnerstag vor dem Frühstück lesen wird, und ich kann Ihnen ferner sagen, daß er mir mit nächster Post ein Dankschreiben senden wird, als einen Beweis der Artigkeit und guten Lebensart, die ich bei meinen Correspondenten in dem englischen Cabinette selten gefunden habe. Euer Name ist verabscheut in allen Nachbarländern." Das Individuum, welches dermaßen mit der Regierung spricht, ist Professor in Dublin. *)

Der Dampfer „Canada," der zwischen Liverpool und New-York regelmäßige Fahrten besorgt, war in Gefahr, auf offener See zu verbrennen; ein darauf befindlicher Narr legte das Feuer an, das jedoch durch schnelle Anordnung glücklich gedämpft wurde. (Ein angenehmer Passagier.)

*) Als das Preßgesetz in Baiern beschlossen wurde, hieß es: dasselbe ist viel freisinniger als die englische Preßgesetzgebung. Was geschähe aber bei uns, wenn Jemand so schriebe? D. Red.

Vereinigte Staaten.

* **New-York.** Nach einer telegraphischen Depesche aus St. Louis, sprang der Kessel des Dampfschiffes Franklin II unterhalb Louisville. 30 Personen sind verbrüht, 9 getödtet und 6 ertrunken. — Die geretteten 200 Passagiere des Atlantik haben eine Klage gegen die Eigenthümer des verloren gegangenen Dampfers erhoben, worin sie dieselben der unverzeihlichsten Vernachlässigung aller Vorsichtsmaßregeln beschuldigen, und auf Erstattung der erlittenen Verluste antragen. Es bestätigt sich leider, daß bei diesem Unglücksfalle nicht weniger als 300 Personen umgekommen sind.

Miscellen.

Vor einigen Tagen ist beim Neubau eines Hauses auf dem Weberbach zu Trier in einer Tiefe von ungefähr 10 Fuß ein prachtvoller, noch wohlerhaltener Mosaikboden mit Figuren in den lebhaftesten Farben gefunden worden. Wie Sachkenner versichern, ist er der schönste von denen, die im Reg.-Bez. Trier bisher entdeckt worden sind. Die dortige Gesellschaft für nützliche Forschungen wird denselben in ihr Museum schaffen lassen.

In Buttisholz (Schweiz) hat sich ein Weib freiwillig dem Flammentode überliefert. Sie zündete, höchst wahrscheinlich, das Haus ihrer Kostgeber an und wehrte sich mit Kraft gegen den Oeler Melchior Imgrüt von Hiltlingen, der sie aus dem obersten Stock herab retten wollte, mit der entschiedenen Erklärung: I chumme nid. Sie wurde später ganz verkohlt gefunden und beerdigt.

Ein excentrischer englischer Gentleman, Namens Neale, der vorige Woche, 70 Jahre alt, in Ashford (Kent) starb, setzte zur Universalerbin seines Vermögens, das von Einigen auf 300,000 L., von Anderen auf 1,000,000 L. geschätzt wird, die Königin ein.

Bekanntlich führte der französische Luftschiffer Le Poitevin das Kunststück aus, mit einem Pferde in die Luft zu steigen, welches mittels Stricken an den Ballon befestigt ist, während es mit den Füßen in der Luft schwebt. Zu London, wo er jetzt dieselben Experimente treibt, hat der Secretär der Gesellschaft zur Verhütung von Mißhandlungen der Thiere eine Klage gegen den Luftschiffer anhängig gemacht. Ein Thierarzt hat vor dem Policei-Richter das Zeugniß abgegeben, daß dieses Experiment eine furchtbare Grausamkeit gegen das arme Thier sei. Die Frau des Luftschiffers ist sogar auf einem Stiere in die Luft gestiegen, um die Entführung der Europa durch Jupiter darzustellen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 7. Sept. Weizen 4 fl. 58 kr., Korn 4 fl. 16 kr., Gerst 3 fl. 29 kr., Spelz 3 fl. 23 kr., Hafer 2 fl. 38 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 4. Sept. Weizen 5 fl. 9 kr., Korn 4 fl. 26 kr., Spelz 3 fl. 44 kr., Gerst 3 fl. 38 kr., Hafer 2 fl. 58 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 7. Sept. Weizen 4 fl. 56 kr., Korn 4 fl. 27 kr., Spelz 3 fl. 11 kr., Gerst 3 fl. 35 kr., Hafer 2 fl. 19 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 2. Sept. Weizen 5 fl. 17 kr., Korn 4 fl. 19 kr., Spelz 3 fl. 6 kr., Gerst 3 fl. — kr., Hafer 2 fl 13 kr., Kartoffeln 1 fl. 30 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 3. Sept. Weizen 10 fl. 26 kr., Korn 7 fl. 41 kr., Gerste 5 fl. 45 kr., Spelz — fl. — kr., Hafer 3 fl. 27 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1215] **In Bad Dürkheim**
vermiethet während der Traubenkurzeit Abr. Weil, Lehrer, ein Wohnhaus, in einem Garten gelegen, auch einzelne möblirte Zimmer aus demselben, mit oder ohne Küche.

Neue

Speyerer Zeitung.

Sonntag Nro. 220 den 12. September 1852.

* Amerikanische Zustände.

Mehre Briefe aus Philadelphia vom Ende Juni sind uns über Paris eben erst zugekommen. Wir wissen nicht, woher diese Verspätung rührt. Indessen hat der Inhalt der Briefe hiedurch an Interesse im Wesentlichen nichts verloren, und wir theilen dieselben vollständig mit, indem wir mit dem nachfolgenden beginnen.

Die Präsidentschaftsfrage. Philadelphia, am 23. Juni. Eben komme ich von dem Independence-Square zurück, d. h. von dem großen Parke hinter unserer Cityhalle, der gewöhnlich zu großen Massenversammlungen benützt wird. Das ist ein Leben, Wogen und Treiben unter den alten ehrwürdigen Bäumen. Zwei Rednerbühnen sind in den entgegengesetzten Ecken des Squares errichtet, von denen große Staatsmänner nicht nur aus Pennsylvanien, nein, auch aus dem waldigen Massachusetts, dem derben Kentucky, dem ritterlichen Polmettostaate (Süd-Carolina), vom Ohio, vom Mississippi, von den Fällen des Niagara, und weiß Gott, aus welchen andern Winkeln der Union, ihre Fellow-Citizens adressiren, die Kopf an Kopf gedrängt, die Rednerbühne umlagern und von Zeit zu Zeit bei treffenden Stellen ein Hurrah loslassen, daß Einem die Ohren brausen. Hat ein Redner geendet, so lassen Musikcorps ihre schmetternden Fanfaren ertönen. Fortwährend kommen Züge an, Musik an der Spitze, mit wehenden Fahnen und Standarten, mit Hunderten buntfarbiger Laternen. Bei ihrer Ankunft werden sie mit stürmischem Applause begrüßt. An verschiedenen Plätzen des Squares wandeln bengalische Feuer die Nacht in Tageshelle und machen die Tausende und aber Tausende Menschen sichtbar, die sich hier zusammengefunden.

Und wem zu Ehren wird dieses große Spectakelstück aufgeführt? Nun, zu Ehren des Generals Scott, den gestern die Nationalconvention unserer Whigpartei in Baltimore zum Candidaten für die Präsidentschaft nominirt oder aufgestellt hat. Unsere Whigs in der Stadt der Bruderliebe halten heute Abend ein sogenanntes Ratificationsmeeting, d. h. eine Versammlung, welche ihre Zustimmung zu den Beschlüßen der Nationalconvention ausspricht. Mit den Delegaten Pennsylvaniens sind viele Delegaten anderer Staaten von Baltimore herüber gekommen, um an der Versammlung Theil zu nehmen und zu den Bürgern von Stadt und County Philadelphia zu sprechen. Alle Redner sind nach Kräften bemüht, die Eigenschaften ihres Candidaten ins hellste Licht zu setzen. Da werden alle Schlachten, die der tapfere Scott vom Jahre 1812 bis zum letzten Kriege mit Mexico geschlagen, des Weitern und Breitern und mit einem Feuer und einer Lebendigkeit auseinandergesetzt, daß man fast vermeint, man rieche das Pulver und höre die Kanonen donnern. Da wird erzählt, wie der edelmüthige Scott, dieser Ritter ohne Furcht und Tadel, einst eine Schaar Irländer vom sichern Tode gerettet, die von den Engländern am Ontariosee gefangen worden waren, und in ihrer Eigenschaft als ehemalige britische Unterthanen gestandrechtet werden sollten; da wird gemeldet, wie dem Generale in der Schlacht bei Lundy Lane zwei Pferde unter dem Leibe erschossen wurden, und wie er, in der Seite verwundet, den Kampf fortsetzte, bis ein zweiter Schuß ihn besinnungslos niederstreckte; da wird berichtet, wie nach der Besiegung Mexico's der Senat dem Sieger die lebenslängliche Präsidentschaft der Republik angeboten, wie aber Scott diese Würde ausgeschlagen, weil er lieber ein einfacher Bürger der Union, als der erste Würdenträger in Mexico sein wollte. Und damit es dem Gemälde an Schatten nicht fehle, der die Lichtseite desto glänzer hervortreten läßt, fallen die Streiche hageldicht auf General Pierce, den democratischen Präsidentschaftscandidaten. Wer ist dieser Herr Pierce, oder vielmehr General Pierce? — ruft ein Redner aus. — Welche Heldenthaten hat er verrichtet? — Man weiß weiter nichts von ihm, als daß er im mexicanischen Kriege mit dem Pferde gestürzt ist und in Ohnmacht sank, als es zum Treffen kommen sollte. Das war ein Fall Fellow-Citizens! (Donnerndes Hurrah.) Doch Geduld, er wird noch einen ganz andern Purzelbaum machen, am Tage der Wahlschlacht. (Abermaliger, lang anhaltender Beifall.) — Als der Redner die Bühne verläßt, wird ein langes Loblied auf General Scott vertheilt, aus dem ich Ihnen als Probe nur eine Stelle anführen will:

Hurrah! Hurrah! Hurrah!
For Scott the brave and true,
Who never faints on battles fields,
But fights his battles through. *)

So viel ist richtig, und das müßen wir Democraten selber zugestehen: Was Kriegsruhm betrifft, kann General Pierce den Vergleich mit General Scott nicht aushalten, und wenn ein tüchtiger Degen, ein Paar hohe Reuterstiefel und eine herkulische Gestalt genugsame Eigenschaften für einen Präsidenten der Union sein würden, dann gäbe es keinen passendern Mann als General Scott. Allein bekanntlich verlangt man mehr von den ersten Würdenträgern unseres Freistaates.

Scott hat zwei Hauptfehler, die selbst Männer der eigenen Partei mit seiner Nomination unzufrieden machten. Er ist entsetzlich eitel und ein eingefleischter Native, der Alles haßt, was nicht auf dem Boden der Union das Licht der Welt erblickte und der alles Ernstes dafür war, daß man den Eingewanderten erst nach 20 Jahren das Bürgerrecht bewilligen sollte. So viel ist sicher: von den 4 Millionen Deutschen, welche die Union bewohnen, werden nicht Viele dem Native-Scott ihre Stimmen geben.

Wenden wir nun einen Augenblick unsere Aufmerksamkeit der Nomination der demokratischen Partei zu.

Unter den Präsidentschaftscandidaten, die bei der democratischen Nationalconvention in Baltimore in Vorschlag kamen, waren hauptsächlich drei, die um die Palme stritten: Lewis Caß, Buchanan, der sogenannte Lieblingssohn Pennsylvaniens, und Douglaß. Unter diesen dreien war offenbar Caß der Liebling der Democratie, und alle Anhänger der Fortschrittspartei harrten mit klopfendem Herzen seiner Nomination entgegen. Caß ist der entschiedenste Gegner der seither von unserer Regierung befolgten engherzigen Nichtinterventionspolitik, d. h. jener Politik, die blos für den eignen Haushalt sorgt, sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten mischt und ruhig zusieht, wenn die Freiheitsbestrebungen anderer Völker von dem ehernen Fußtritte des Despotismus niedergetreten werden. Diese Nichtinterventionspolitik rechtfertigt man bekanntlich mit einer Stelle des Testamentes von Washington, worin er sein Volk vor der Einmischung in die innern Angelegenheiten ausländischer Staaten und vor bestrickenden Bündnissen mit an-

*) Hurrah für Scott, den Braven und Wahren, der nie auf dem Schlachtfelde in Ohnmacht sank, sondern seine Schlachten durchfocht.

deren Nationen warnt. Für die Zeit, in welcher Washington schrieb, war dieser Rath offenbar ein sehr weiser. Der junge Freistaat, aus einem blutigen, lange andauernden Kampfe hervorgegangen, bedurfte der Ruhe und des Friedens, um sich nach Innen entwickeln und erstarken zu können. Aber was für den Knaben und den heranreifenden Jüngling gut und heilsam ist, ziemt nicht mehr dem kräftigen Manne! Die Union ist wunderbar schnell erstarkt und hat seit dem Tode des großen Washington eine Machtfülle entwickelt, die kein Mensch, Washington selber nicht, im Geiste voraussehen konnte. Die Union hat — das ist die Ansicht, die Caß zum öftern ausgesprochen — die hohe Mission, die Himmelsgabe der Freiheit, unter der sie selbst so groß und mächtig geworden, auch andern Völkern zu bringen, und wenn fremde Mächte sich in die inneren Angelegenheiten eines Volkes mischen, wie es z. B. Rußland im Kampfe der Ungarn mit dem Hause Habsburg gethan, dann muß auch der Union das Recht zustehen, ihr Veto einzulegen, und eben so für die Freiheit in die Schranken zu treten, wie es die absoluten Mächte für den Despotismus thun. Intervention gegen Intervention! das ist der Grundsatz der Politik von Lewis Caß, das ist die Lehre, für die der begeisterte Kossuth gesprochen, eine Lehre, die seit Kossuths Auftreten eine Masse Anhänger sich erworben hat und von Tag zu Tag unter der demokratischen Partei, die für den politischen Fortschritt ist, weitere Verbreitung findet. Darum wünschten alle aufrichtigen Democraten Lewis Caß als Candidaten für die Präsidentschaft ernannt zu sehen.

Auf der democratischen Convention in Baltimore schien sich Anfangs Alles günstig für Caß zu gestalten. Er erhielt Anfangs 116 Stimmen; — 192, die Zweidrittelmajorität war erforderlich —; bei dem 33. Ballottement stieg die Stimmenzahl auf 133; allein das war auch Alles. Die Delegaten von Pennsylvanien hatten sich in den Kopf gesetzt, die Ehre unseres Schlußstein-Staates (Kystone-State) erfordere es, daß auch einmal ein geborener Pennsylvanier Präsident werde; sie gingen darum durch Dick und Dünn für Buchanan und waren zu keinem andern Entschlusse zu bringen. Mit gleicher Zähigkeit hielten die Delegaten der südlichen Staaten: Alabama, Nord-Carolina, Virginien und Georgien zu Buchanan, denn den Männern des Südens ist Caß längst schon als heimlicher Gegner der Sclaverei verdächtig. Auch die politischen Ansichten von Caß über die Intervention gefallen dem Südländer nicht. Hätte Caß als Präsident nicht die Union in einen Krieg mit dem Auslande verwickeln können? — und dann gute Nacht Baumwollenmarkt. Aus diesem Umstande erklärt sich auch der verhältnißmäßig kalte Empfang, den Kossuth in den südlichen Staaten der Union gefunden. Der Südländer ist ein gar chevaleresker Mann; nur die Baumwolle und die Sclaven muß man ihm ungeschoren lassen.

Da die Caßleute, die sich Anfangs sehr nachgiebig gezeigt, zuletzt des schnöden Spieles überdrüssig und zu längerm Nachgeben nicht geneigt waren, schwand alle Aussicht, eine Mehrheit für einen der im Felde befindlichen Candidaten zu erlangen. Um nicht unverrichteter Dinge auseinanderzugeben, vereinigte man sich zuletzt über einen Mann, der nie die Absicht gehabt, als Candidat aufzutreten und von dem man seither wenig oder gar nichts gewußt. Und dieser Mann war — General Franklin Pierce von Newhampshire.

Den Intriguen der Delegirten von Pennsylvanien und der südlichen Staaten ist der wackere Caß erlegen. Er war offenbar der beste und populärste Mann, den die Democratie aufstellen konnte. Wir wünschen dem alten Kämpfer für Völkerfreiheit ein Herz, das groß genug ist, den Undank zu tragen, den die eigene Partei an ihm verübte! Σ.

Deutschland.

*** Uebersicht der Staatsausgaben in Baiern für Pensionen.** Die Pensionirung des Hrn. Ministerialraths Heintz hat in der Pfalz ein mehr als gewöhnliches Aufsehen erregt. Da Hr. Heintz sowol durch Geburt als durch langjährige Wirksamkeit der Pfalz angehört, so kennt man ihn und seine Richtung, und weiß, daß wenigstens die Schlagworte „antimonarchische Gesinnung“ oder dgl. auf ihn nicht angewendet werden können, obwol er allerdings keineswegs zu den Reactionären gehört. Auch weiß man, daß er sich gerade im kräftigsten Lebensalter befindet, und zum Arbeiten wol befähigt und bereit ist. Man fragt deßhalb von allen Seiten nach dem vermuthlichen Grunde dieser unerwarteten Quiescirung.

Wir sind nicht im Falle, den Schleier zu lüften, der dieses Geheimniß deckt. Aber allerdings erinnern wir uns aus dieser Veranlassung jenes Antrags der Opposition auf dem Landtage bei der vorigen Budgetberathung, wodurch namentlich eine Verminderung der Ausgaben auf Pensionen bezweckt werden wollte, unter Hinweisung darauf, daß man sich nicht so leicht dazu verstehen solle, brauchbare und tüchtige Arbeitskräfte, weil sie vielleicht eine abweichende Meinung geäußert, zu quiesciren.

Wir beabsichtigen indessen, auch bei diesem Puncte heute nicht zu verweilen. Der Vorfall ward nur die zufällige Veranlassung, uns ganz allgemein die Frage aufzuwerfen: wie groß ist die Summe, welche Baiern auf Pensionen verwendet? Aus dem veröffentlichten Staatsbudget ist dies nicht sofort zu ersehen, da die hier einschlagenden Ausgaben unter sehr verschiedenen Rubriken vorkommen, so daß nur der mit den Einzelnheiten der angenommenen Rechnungsweise Vertraute sich hier zurechtfinden kann.

Abgesehen also von allen speciellen Fällen, theilen wir nachstehend eine möglichst genaue Berechnung mit:

Der Pensions-Amortisationsfonds bedarf für wirkliche Pensionen dermalen noch jährlich	845,000 fl.
Die Pensionen an Militäre betragen . .	692,000
Jene auf die Etats Civilliste, Apanagen und Staatsrath	64,520
Ferner die Pensionen auf die Ministerien:	
des Aeussern	60,568
der Justiz	215,594
des Innern	285,936
des Kirchen- und Schulwesens .	26,932
des Handels u. der öffentl. Arbeiten	33,000
der Finanzen	93,359
Sodann beim Forstwesen u. den Rentämtern	158,697
Beim Zollwesen, Eisenbahnen, Post, Donaudampfschifffahrt, Kataster, Salinen- u. Bergwesen	98,042
Unterstützungsfonds für Staatsdiener, Aerzte, Schullehrer, Glasmaler	71,266
Hiezu die Pensionen an Wittwen u. Waisen	585,200
an Geistliche und deren Relicten . . .	79,390
Gesammtsumme . . .	3'283,044 fl.

Da unseres Wissens nirgends eine derartige Zusammenstellung veröffentlicht ist, so dürfte die vorstehende nicht ohne alles Interesse sein.

*** Speyer.** Wir haben in der Speyr. Ztg. vom 19. Aug. die Nachricht gemeldet, daß die mehr als 180 armen Leute von Otterstadt, welche auf Gemeindekosten nach Amerika gebracht werden, damals noch immer in Bremen (oder vielmehr Bremerhaven) liegen mußten, weil der Schiffsbefrachter ein altes schlechtes Schiff zu dieser Reise verwenden wollte, welches ungeeignet befunden ward.

Die Pfälzer Ztg. enthält nun einen breiten, langweiligen Artikel hierüber, in welchem die Quelle der Nachricht verdächtigt und über Ausbeutung dieser Nachricht, über Neid u. dgl. in den Tag hinein geredet wird.

Es ist uns an sich ganz gleichgültig, was die Concurrenten der betheiligten Agentur in der Sache sagen, und wir haben deßwegen nicht einmal untersucht, inwieferne es richtig ist, was diese behaupten, daß sie die ganze Expedition — wir glauben um circa 1000 fl. — wohlfeiler übernommen hätten. Wir haben ferner nicht einmal die Ansicht ausgesprochen, welche wir denn nunmehr gleichfalls äußern wollen, daß wir den Weg von Bremen über Quebeck nach Rochester überhaupt als sehr

übel gewählt ansehen. Was wir wirklich behaupteten, findet sich durch den Artikel in der Pflzr. Ztg. nicht widerlegt, sondern **bestätigt**; es ist die Thatsache, daß jene Leute, welche schon etwa am 14. Juli aus ihrer Heimath abreisten, und nach zwei Tagen in Bremen sein mußten, erst am 23. August abfahren konnten, daß sie also **über fünf Wochen im Seehafen zwecklos zubringen mußten**. Daß sie der Schiffsbefrachter dort auf seine Kosten zu unterhalten hatte, bestritten wir gar nicht, wir finden darin aber, wenn man es denn doch gesagt haben will, keine Entschädigung für den nicht zu berechnenden Nachtheil, der den armen Leuten dadurch erwächst, daß sie nun schon in der Winterszeit in dem kalten Canada und an ihren künftigen Wohnorten im Norden der Vereinigten Staaten ankommen, indeß, hätte eine **andere** Expedition stattgefunden, sie so frühzeitig hätten anlangen können, daß ihnen bei den Aerndtegeschäften noch so viel zu verdienen möglich gewesen wäre, um wenigstens einen Theil des Winters über davon zu leben, was keinenfalls mit 20 oder 22 fl., welche, wie es heißt, jede **Familie** in Quebeck noch eingehändigt erhalten soll (und wovon vielleicht auch noch die Reise nach Rochester ꝛc. zu bezahlen ist) geschehen kann.

München, den 7. Septbr. Der „Nürnb. Kur." meldet als neues Gerücht über Hrn. Ministerialrath Dr. Dönniges, daß derselbe zum Regierungspräsidenten in der Pfalz bestimmt sein soll. (?)

Darmstadt, den 8. Sept. Es heißt, daß der Landtag auf den 20. d. M. wieder zusammenberufen werden soll.

Schwerin, den 4. Sept. Aus zuverlässiger Quelle vernehmen wir, daß der Amtsverwalter v. Sukow zu Dömitz dem Großherzoge die Anzeige gemacht, er habe das große Glück gehabt, von der Gesellschaft Jesu als Mitglied aufgenommen zu werden. Es ist hierauf allerhöchsten Orts dessen sofortige Entlassung aus dem Staatsdienste verfügt worden und wird die betreffende Verfügung schon in den nächsten Tagen dem Amtsverwalter v. Sukow behändigt werden.

Lemgo, den 7. Sept. Die Bevölkerung des hiesigen Ortes wurde heute durch ein ganz unerwartetes Ereigniß in besondere Aufregung gebracht. Es war Lemgo nämlich der Druckort zweier Blätter, von denen das eine früher „Der Hahn für Stadt und Land" hieß, neuerdings aber in einen Anzeiger umgewandelt worden war, während das andere noch immer unter dem Titel: „Die Wage, Zeitschrift zur Besprechung der Angelegenheiten des Volkes," und schon seit dem Jahre 1848, fortbestand. Beide Blätter sind nun heute auf einmal, ohne alles vorhergegangene Verfahren, ohne jede Verwarnung sogar, unterdrückt worden. Der Ort, von welchem eine solche Unterdrückung ausgeht, ist das fürstliche Cabinet. Die Räthe des Fürsten sollen der ergriffenen Maßregel ganz fremd sein und jede Mitwirkung ihrerseits zu derselben geweigert haben. Es handelt sich also um einen in Deutschland seit längerer Zeit nicht vorgefallenen Eingriff in wohlerworbene Rechte. (Z. f. N.)

Berlin, den 6. Sept. Die neuen Kammern müßen im November zusammentreten, wozu die Neuwahl von 470 Mitgliedern beider Kammern noth thut, von denen die der ersten nach einem noch nicht bekannten Wahlgesetze zu wählen sind.

Breslau, den 6. Sept. Eine Erwiederung auf den Erlaß des Oberkirchenraths wird diesmal, wie uns versichert wird, nicht Seitens des Cardinals von Diepenbrock erfolgen, sondern das fürstbischöfliche Vicariatsamt wird eine solche erlassen. Der genannte Prälat befindet sich noch immer in leidendem Zustande auf dem Schloß Johannisberg.

Wien, den 6. Sept. In Betreff der Angelegenheit des Hrn. F.-Z.-M. Frhrn. v. Haynau sind (nach dem „Wanderer") Nachrichten aus Brüssel hier eingetroffen. Das belgische Cabinet hat die Protestnote ohne Verzug erwiedert und unter lebhaftem Bedauern des Vorfalls die strengste Untersuchung derselben und die Bestrafung der Urheber nach der vollen Strenge des Gesetzes zugesichert.

Frankreich.

† **Paris**, den 9. Septbr. Ein Decret im „Moniteur" bestimmt auf den Bericht des Polizeiministers, daß der „Corsaire", der am 5. wieder erschienen ist, unterdrückt bleibt. — Von den Bezirks- (Arrondissements-) Räthen haben 107 entweder keine Beschlüße über das Kaiserthum gefaßt oder bekannt gemacht; 166 haben Ergebenheitsadressen votirt, und 64 haben sich offen für die Herstellung des Kaiserreiches ausgesprochen. — Der Präfect des Departements Doubs hat die Municipalräthe von 5 Städten suspendirt. — Der Franzose Pierre Lafont, dem man außerordentliche Gebühren für die kirchlichen Ceremonien bei seiner Verheirathung mit einer Dem. Louise Meier in Orizaba (Mexico), abverlangte, hat sich in Vera-Cruz vor dem dortigen französischen Consul nach den in Frankreich existirenden Vorschriften trauen lassen. Bei seiner Rückkehr wurde er auf Befehl des Bischofs von Puebla eingekerkert und zu 4 Jahren Gefängniß verurtheilt. Die Reclamationen des Consuls blieben ohne Erfolg, und die hiesige Regierung hat nun kategorische Forderungen an die mexicanische Regierung gestellt, deren Nichterfüllung zu sehr ernsten Folgen führen kann. Die Absicht der Regierung, ihre Landsleute überall vor den Willkürlichkeiten der fremden Regierungen schützen zu wollen, hat sich schon in der Affaire von Tripolis kund gegeben und wird auch in dieser Angelegenheit sich eclatant manifestiren. — Die Interessenten des ehemaligen Anlehens von Don Miguel haben sich gestern im Saale der Börse versammelt, und haben eine Commission ernannt, welche die Reclamationen der Gläubiger, durch Vermittlung der französischen Regierung bei der portugiesischen Regierung geltend machen sollen.

Das Pays enthält einen Artikel, durch welchen die Strenge gegen die ausländischen Blätter, namentlich die deutschen, erklärt wird. Derselbe geht darauf hinaus: In den Rheinprovinzen, in Savoyen und Belgien bilde sich gegenwärtig eine französische Partei; man suche die dortigen Gemüther für Frankreich zu gewinnen, und könne daher nicht dulden, daß diesem entgegengewirkt werde! Cesena, der dies schrieb, ist der intimste Schriftsteller des Elysee! — Mehrere Personen haben neuerdings Frankreich verlassen müssen. Die betreffenden, ihnen jetzt erst zugestellten Decrete sind schon im März ausgefertigt worden.

Die Eröffnung der Saarbrücker Eisenbahn soll am 15. October stattfinden. — Der Generalgouverneur von Algerien soll in einem Berichte an den Kriegsminister die Verlegenheiten und Nachtheile, welche der dortige Aufenthalt so vieler politischen Verurtheilten im Gefolge habe, geschildert und zugleich bedenkliche Mittheilungen über die Stimmung der Armee von Afrika gemacht haben.

Ich könnte Ihnen die Details über einen grauenvollen Vorfall, wobei eine Dame aus den **höchsten** aristocratischen Kreisen Wiens eine traurige Rolle spielt, mittheilen, mag jedoch nicht zuerst den Schleier lüften, der ein entsetzliches Bild verhüllt, welches nächstens hier vor den Assisen gänzlich aufgerollt werden möchte. Ich bemerke nur, daß die Gräfin K., geborne Gräfin Z., sich in den Händen der Gerichte befindet. (K. Z.)

Zu **Toulon** werden während der Anwesenheit des Präsidenten Seegefechte vorgestellt. Die Hauptscene wird den Rückzug der englischen Flotte im Jahre 1793 vorstellen.

Italien.

Rom, den 31. Aug. Die hiesigen Geldverhältniße nehmen eine immer bedenklichere Gestaltung an. Trotz des vielen ausgegebenen Kupfergeldes kann man Papier nur mit Verlust gegen dasselbe umtauschen, in manchen Gegenden aber selbst dies nicht.

Dänemark.

Der Reichstag soll am 4. October eröffnet werden.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1210³] **Wiesbaden.**

Das Anmelde-Büreau für die Herren Naturforscher und Aerzte befindet sich im

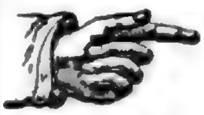
„Janus-Hotel,"

vis à vis der Eisenbahn.

[1211³] **Für Mechaniker.**

Ein tüchtiger Metall-Dreher und ein gewandter Maschinenschlosser finden fortwährende Beschäftigung in der Maschinenfabrik von

Johann Schweizer senior
in Mannheim.



Großes Tapetenlager

eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl,**
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057¹⁶] in Mannheim.

[1205³] **Lehrlingsgesuch.**

In einem gemischten Waarengeschäft kann ein wohlerzogener junger Mann unter vortheilhaften Bedingungen in die Lehre genommen werden. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

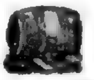
[1123] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

[1187²] **Weinversteigerung.**



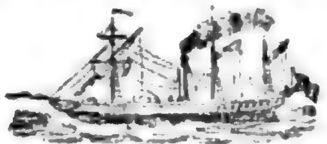
Montag, den 20. September nächsthin, Vormittags 10 Uhr anfangend, in ihrer Wohnung zu Mittelbambach, läßt Frau Wittwe Wagner, Gutsbesitzerin allda, nachverzeichnete, aus ihren eigenen, in der Gemarkung von Hambach gelegenen Weinbergen erzielte, rein gehaltenen Weine an die Meistbietenden versteigern, nämlich:

3500	Liter	1846er	Rießling,
9500	„	1848er	gemischter,
1650	„	„	Traminer mit Roland,
5700	„	1849er	größtentheils Rißling,
9550	„	1850er	gemischter,
10200	„	1851er	„

Neustadt, den 21. August 1852.

Werner, Notär.

[1051]. **Niederländische**

Dampf-  **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

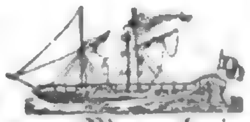
Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 Der Agent: **C. Aug. Exter.**

[1104] **Rheinische Dampfschifffahrt.**

Kölnische  **Gesellschaft.**

Tägliche Abfahrten von Mannheim vom 26 Juni c. an

nach Köln 7½ Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Neustadt-Speyer. In Köln im Anschluß an die letzten Züge nach Berlin, Paris, London.
„ „ 11½ „ „ Schnellfahrt in 10 Stunden, nach Ankunft des 1. Zuges von Neunkirchen. In Köln im Anschluß an den letzten Zug nach Paris.
„ Mainz 5½ „ Nachmit., nach Ankunft des 4. Zugs von Neustadt-Speyer, zu Ludwigshafen nach Ankunft des Zuges von 5 Uhr 20 Minuten.
„ Straßburg 11½ Uhr Nachts.

☞ Bei der Schnellfahrt Morgens 11½ Uhr bis Köln wird Unterwegs nur mit Mainz, Bingen, Coblenz und Bonn verkehrt.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 220.) den 12. September 1832.

Deutschland.

*** Auswanderungssache.** Wir haben den „fünften Jahresbericht der deutschen Gesellschaft von New-Orleans“ vor uns liegen. Aus demselben ergibt sich, daß die Zahl der deutschen Einwanderer in jener Stadt seit dem Bestehen der gedachten Gesellschaft betrug:

vom 1. Juni 1847	bis	dahin	1848 . . .	17,548
1848	„	„	1849 . . .	19,166
1849	„	„	1850 . . .	12,707
1830	„	„	1851 . . .	13,029
1851	„	„	1852 . . .	25,264

Dem Berichte entnehmen wir folgende Notizen für Auswanderer nach New-Orleans:

Die groben Betrugereien, über welche geklagt wurde, fielen meistens auf der Reise über Holland und England vor, wo sich viele Auswanderer wieder überreden ließen, Fahrbillets für die Weiterreise von New-Orleans nach dem Orte ihrer Bestimmung im Innern des Landes schon in Europa zu kaufen und dabei natürlich ihr Geld einbüßten, da diese Fahrbillets meistens nichts als gemeine Verfälschungen waren. Die meisten solcher verfälschter Fahrbillets waren in Rotterdam oder auf den von Holland nach England fahrenden Dampfböten erhandelt worden; fast alle waren unterzeichnet Delpas u. Fils; sie waren in englischer Sprache ausgefertigt und sollten angeblich für Dampfschiff und Eisenbahnfahrt nach dem fernern Westen gültig sein, wobin nur Dampfschifffahrt, bis dato aber noch keine Eisenbahn von hier aus existirt.... Wir haben von Jahr zu Jahr gegen solchen Abschluß von Contracten für Inland-Passage gewarnt. Der Preis dieser Inland-Passage ist kein fester; er steigt und fällt den Umständen nach. Abgesehen also von den Gefahren des Betruges, wie oben erwähnt, scheint es natürlich, daß bei einem solchen schon in Europa abgeschlossenen Contracte, der Spediteur, um sich sicher zu stellen, den höchsten Preis berechnet. Hat er aber den Contract zu billig angenommen, so folgt gewöhnlich eine unnütze Verzögerung der Weiterreise, die dem Einwanderer Geld und Zeit raubt und am Ende wird er auf schlechten Fahrzeugen fortgeschafft.

Eine andere Frage, nämlich der directen oder indirecten Ueberfahrt, scheint zu mehrfachen Polemiken in deutschen Blättern Anlaß gegeben zu haben. Wir theilen die Resultate der von den hier ankommenden Einwanderern eingezogenen Erkundigungen ohne Ausschmückung mit. Diese Resultate der durch uns eingezogenen Erkundigungen sind folgende: In den meisten Fällen war die Billigkeit auf Seiten der Einschiffung von England aus, in so fern es sich nur um das Ueberfahrtsgeld vom englischen bis zum americanischen Seehafen handelt. Es ist dabei also nur von dem Ueberfahrtspreise die Rede, keineswegs aber von den Reisespesen nach, und den Verzehrungskosten in England, welche letztern sich oft über mehr denn vier Wochen erstreckten, wodurch mehr als die bezweckte Ersparung verloren ging. Bei directer Fahrt hat sich selten Krankheit, über England aber sehr häufig, und selbst als Epidemie das lebensgefährliche Schiffsfieber (Typhus) an Bord gezeigt. — Bei directer Fahrt finden sich immer Bekannte und Landsleute zusammen und es finden wenig Händel statt. Ueber England sind sie mit Irländern vermischt, die, so wie Officiere und Matrosen des Schiffes, eine ihnen unverständliche Sprache sprechen, welches zu fortwährenden Mißverständnißen und Streitigkeiten Anlaß gibt und welche letztere fast immer zum Nachtheil der Deutschen ausfallen. — Daher sind denn auch Klagen über schlechte Behandlung auf fremden Schiffen viel häufiger, als auf deutschen. — Freilich bestehen überall, in England wie anderswo, Gesetze zum Schutz der Auswanderer. Diese Gesetze aber in Anspruch nehmen zu wollen, wegen, sei es auf der Fahrt und auf offener See, oder schon in England erlittener Unbillen, ist so zeitraubend und kostspielig, daß die Betheiligten meistens lieber den erlittenen Schaden verschmerzen. — Wenn nun aber dennoch die Auswanderung über England gehen soll, so sollten sich die Auswanderer nur an als solid und rechtlich bekannte Spediteure in der Heimath wenden. Sie müssen den Spediteur durch einen schriftlichen, in deutscher Sprache abgefaßten Contract zur Bestreitung aller Reisespesen, inclusive der Zehrungskosten am Lande von Anfang ihrer Reise (von Haus aus) bis zu ihrer Ankunft im americanischen Seehafen verpflichten. — Sie müßen sich wenigstens 2 bis 3 Tage Aufenthalt an Bord nach Ankunft im Hafen ausbedingen und darauf sehen, daß diese Bedingung vom Capitän gutgeheißen wird. — Diese schriftlichen Verträge aber müssen niemals aus den Händen gegeben werden, da sie bei vorkommenden Klagen als Beweisstücke dienen müssen.

Die deutsche Einwanderung dieses Jahres bestand durchschnittlich in wohlhabenden Leuten, für deren Thätigkeit und Industrie dieses Land ein großes Feld darbietet. Mit Betrübniß bemerken wir aber im vergangenen Monat die Ankunft von mehrern hundert Armen, welche auf Kosten von zwei Gemeinden, Neuenkirchen und Stein, in Baden, abgeschickt wurden, und denen in Havre drei Gulden ausbezahlt worden war. Diese wurden, von Allem entblößt, an's Ufer gesetzt. Andere Gemeinden, meistens Schweizer, haben auf ähnliche Weise, aber reichlicher, ihre Angehörigen mit zehn Dollars (25 Gulden), die ihnen hier bezahlt wurden, ausgestattet und sie dadurch in den Stand gesetzt, im Innern des Landes ihr weiteres Fortkommen zu suchen. — Es ist hier nicht der Platz ein Bild des Jammers und Elends zu entwerfen, dessen wir bei Versorgung und Berathung der Armen der obengedachten zwei Gemeinden Zeugen wurden. Als Thatsachen aber dürfen wir nicht verschweigen, daß, insoweit zu unserer Kenntniß gelangt, nicht weniger als 17 derselben innerhalb 2 bis 3 Wochen nach ihrer Ankunft ihren Tod hier fanden, mehrere davon Familienväter oder Mütter, eine trost- und rathlose Familie von theilweise unmündigen Kindern hinterlassend. Von elternlosen Kindern sind einige in hiesige Waisenhäuser untergebracht.

Schleswig. In diesen Tagen sind 6 bis 8 junge Leute aus Steerup in Angeln, zum Theil Söhne bemittelter Landleute, die in einem Wirthshause gesungen — aber, wie allgemein versichert wird, nicht „Schleswig-Holstein“ —, von dem Hardesvogt Schack verurtheilt worden, nicht, wie früher in ähnlichen Fällen gebräuchlich, zu einer Geldstrafe und zu einigen Tagen Wasser und Brod, sondern dazu, an einen Pfahl gebunden, durchgeprügelt zu werden, welche Strafe denn auch wirklich an ihnen vollzogen worden ist. Nur Einer, den der Physikus Esmarch in Flensburg zu schwach erklärte, um die Prügelstrafe aushalten zu können, ist zu Wasser und Brod begnadigt. Der Hr. Hardesvogt haben bei dieser Gelegenheit geäußert, aus Geld- und Kerkerstrafen mache man sich ja doch nichts, daher müsse zu schärferen Mitteln gegriffen werden.

Frankreich.

Paris, den 7. Sept. Man spricht von Anerbietungen die man England gemacht, welches man der kaiserlichen Krone durch Aufopferung einiger Handelsvortheile gewinnen will. Ob England Ja oder Nein gesagt, weiß ich nicht. Es scheint jedoch, daß man dort gewisse Anträge gerade nicht von der Hand gewiesen. (K.Z.)

Straßburg, den 6. Sept. Der Zug der Auswanderer durch unsere Stadt nach Havre erlangt mit jedem Tag eine größere Bedeutung. Zwei Unternehmer haben mit der Paris-Strasburger Eisenbahngesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge jeder derselben jährlich 18,000 Auswanderer der Eisenbahn zuführt. Der Vertrag ist, wie wir hören, auf fünf Jahre abgeschlossen, so daß die beiden Agenten innerhalb dieser Epoche als Minimum 180,000 Auswanderer auf unserem Schienenwege zu befördern verpflichtet sind.

Italien.

Aus **Rom** wird unterm 31. August gemeldet, daß die Staats-Consulta auf den 31. October einberufen ist. — Französische Truppenabtheilungen sind auf die Hauptstraßen in der Umgebung von Rom entsandt worden, um dieselbe von den Banditenschaaren, die dort seit einiger Zeit wieder mit großer Dreistigkeit ihr Wesen treiben, zu säubern. — Auch in **Perugia** sind politische Verhaftungen vorgenommen worden; dieselben scheinen im Zusammenhang zu stehen mit anderen Verhaftungen, die jüngst in Siena und anderen toscanischen Ortschaften stattgefunden haben.

Portugal.

Lissabon. Das amtliche Diario do Goberno vom 23. Aug. enthält ein Manifest des Marschalls v. Saldanha, sehr dictatorischen Inhalts. Es besagt: da die Cortes zur Zeit unfähig seien, Reformen auszuführen, so habe die Regierung diese Aufgabe in die eigene Hand genommen, werde jedoch später eine Indemnitätsbill in die Kammer bringen.

Großbritanien.

London, den 7. Sept. Zur Begründung ihrer Anschuldigungen gegen L. Napoleon und zur Widerlegung der Angaben des Moniteur bringt die Times heute einen Brief von einem Franzosen, der ebenfalls aus amtlicher Quelle wissen will, daß die Zahl der am 4. December in den Straßen Getödteten 1250 gewesen sei. Die später Gestorbenen sind hiebei nicht mitgerechnet.

Miscellen.

Der päpstliche Internuntius soll bei der französischen Regierung die Gründung eines Bettelordens (ordre des mendiants) befürwortet, und Hr. Fould ihm zur Antwort gegeben haben: dieser Orden bestehe ohnehin in Frankreich. (A. Z.)

Der alte Fritz als Mährchenfigur. Ebenso unbekannt als characteristisch für die Art und Weise, wie das Volk seine Mythen bildet, ist es wol, daß im Oberharz Friedrich der Große eine Mährchenfigur geworden ist. Gewöhnlich wird er dabei „der alte Fritz" oder „der König von Preußen," auch wol „der preußische Fritz" schlechtweg genannt, niemals Friedrich der Große, noch weniger der Einzige. Wir lassen hier ein Mährchen aus einem ungedruckten Sagenbuch vom Oberharz folgen, worin er ausnahmsweise als gemeiner Soldat auftritt, der nur noch einige Sechser in der Tasche hat; er schlägt sich aber um so tapferer mit Tod und Teufel herum und reitet endlich auf dem alten Molwitzer Schimmel in den Himmel ein, weil er bei einem Zusammentreffen mit Petrus sich „das Beste" zu wünschen vergessen hat. — „Es war einmal ein alter Soldat, der hieß der alte Fritz, der hatte nur noch drei Sechser in seinem ganzen Vermögen und damit ging er in die Welt. Nun wollte Petrus einmal prüfen, ob der alte Fritz ein gutes Herz hätte, setzte sich als Krüppel an den Weg, wo dieser alte Soldat vorbei kam und streckte ihm die Hand entgegen. Da gab ihm der sogleich den ersten Sechser. Wie er dann wieder eine Strecke weit fort ist, sitzt da Petrus wieder am Wege und hat die Gestalt eines noch jämmerlichern Krüppels angenommen. Gleich greift der alte Fritz in die Tasche und gibt ihm den zweiten Sechser. Darauf hat er noch einmal am Weg gesessen und das drittemal hat er am allerjämmerlichsten ausgesehen. Da ist der alte Fritz nicht faul und gibt den letzten Sechser her. Nun steht auf einmal Petrus selbst vor ihm und gibt ihm die Macht, drei Wünsche zu thun. Und wiewol er zugleich von Petro ermahnt wurde, das Beste nicht zu vergessen, so wünschte er sich doch nichts als eine Pfeife Tabak, ein Spiel Karten und einen Schnappsack, wo er hinein wünschen könnte, was er wollte. Seine Pfeife Tabak brannte sogleich, wie er sich das gewünscht hatte, und sein Spiel Karten und der Schnappsack war auch sogleich vorhanden. Der alte Fritz aber verirrte sich noch am Abend desselben Tages und kletterte endlich, um sich umzuschauen, auf einen hohen Baum. Da sah er in einem Hause oder in einem alten Schloß mitten im Wald ein Licht brennen und damit er die Richtung nicht verfehlte, so warf er den alten dreieckigen Hut, den er auf dem Kopf hatte, in der Richtung, in der das Schloß lag, vom Baum herunter. So fand er sich glücklich nach dem Schloß, das war ganz leer, und darin beschloß er zu übernachten. Es brannte aber in dem Schloß das Licht, das ihm von fern den Weg gezeigt hatte; daneben setzte er sich an den Tisch und wartete ab, was geschah, wie sehr auch eine alte Frau, die in dem Schloß war, ihn ermahnte, weiter zu gehen, weil es sonst sein Tod sein würde. Nach einiger Zeit klopfte es an die Thür und der alte Fritz rief: Herein, wenn es Solo spielen kann. Sogleich kamen 12 Geister herein, davon setzten sich 3 mit ihm zum Spiel, einer davon hatte einen Pferdefuß und einen Menschenfuß und im Gesicht Knopfaugen; dazu trug er einen dreieckigen Hut, einen großen Mantel und einen großen Stock. Das war der Oberste der Teufel. Als das Solospiel aus war, faßten ihn alle 12 Geister an und wollten ihn ermorden, er aber wünschte sie alle in seinen Schnappsack, darin fingen sie an, sich zu prügeln. Da holte er einen Pfahl herein und schlug die 12 Geister windelweich. Dann ließ er sie fliegen und sie flogen alle nach der Hölle zu. — So ging er weiter, und endlich kam der Tod zu ihm und wollte ihn holen. Da wünschte er den Tod auch in den Schnappsack. Als er den aber nach vielen Jahren einmal öffnete, sprang er heraus, denn er hatte sich von einigen Brodkrumen genährt, die in dem Ranzen waren. Die Menschen hatten unterdessen nun schon oft gesagt: was heißt doch das, daß gar keine Leute mehr sterben? Kaum aber war der Tod aus dem Schnappsack, da brachen an verschiedenen Enden der Welt große Seuchen aus und rafften alle Menschen hinweg, die er durch seine Gefangenschaft zu tödten verhindert gewesen war. Nur zum alten Fritz kam er niemals wieder, denn er fürchtete sich vor dem Schnappsack. Aus dem war zuletzt ein steinalter Mann geworden, der sehnte sich nach dem Tode. Da ging er zu Petrus vor die Himmelsthür, der aber wollte ihn nicht hineinnehmen, weil er sich das Beste auszubitten vergessen hatte, nämlich die ewige Seligkeit. Da kam einmal ein Teufel an, der unter den Zwölfen in dem alten Schloß nicht mitgewesen war, und wollte ihn mitnehmen. Er folgte ihm bereitwillig; als er aber mit ihm vor die Hölle kam, standen da die andern 12 Teufel herum, die er in seinem Schnappsack geprügelt hatte. Die erhoben ein großes Geschrei, denn sie fürchteten, daß er sie von neuem prügeln würde. Sie schlugen ihm also die Höllenthür vor der Nase zu." — Man wird erzählt, da hätte der alte Fritz einen alten Schimmel genommen, den er gehabt hat, und wäre mit Gewalt in den Himmel hineingeritten und wie sehr auch Petrus darüber lamentirt hätte, so hätte ihn unser Herr Gott doch drin behalten. (Köln. Z.)

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag — Nro. 221 — den 14. September 1852.

*** Amerikanische Zustände.** (Schluß.)

Der democratische Präsidentschaftscandidat. Philadelphia, den 25. Juni. Wer ist Franklin Pierce? Diese Frage tönte von allen Lippen, als am 5. d. der Telegraph von Baltimore meldete, General Pierce sei der nominirte Candidat der democratischen Nationalconvention.

Franklin Pierce ist, das gesteht selbst die Whigpartei zu, ein durchaus unbescholtener, in allgemeiner Achtung stehender Mann in der Stadt Concord im Staate Newhampshire. Er stammt, wie man so sagt, aus guter Familie, denn sein Vater, ein tapferer Krieger in dem Unabhängigkeitskampfe, war längere Zeit Governor (Gouverneur) dieses Staates.

Geboren ist Franklin Pierce im J. 1805 in Hillsborough im genannten Staate. Er studirte die Rechte und gilt für einen tüchtigen Gesetzeskundigen. Später ward er von seiner Vaterstadt als Repräsentant in die Legislatur von Newhampshire gesendet und im 25. Lebensjahre zum Sprecher des Hauses ernannt. Im Alter von 28 Jahren ward er in den Congreß von Washington gesendet und zwei Jahre später in den Senat gewählt. Nach vier Jahren gab er seinen Sitz im Senate wieder auf, um sich ganz seinen Berufsgeschäften zu widmen.

Im mexicanischen Kriege übertrug Präsident Polk unserm Franklin Pierce ein Generalspatent, das er auch annahm. In diesem Kriege fand Pierce keine Gelegenheit sich auszuzeichnen, indem eine Verletzung, die er sich bei einem Sturze mit dem Pferde zuzog, ihn auf längere Zeit unfähig machte, den Befehl über seine Brigade zu führen. Da er trotz der empfangenen Verletzungen sich an die Spitze seiner Colonne stellen wollte, sank er, von Schmerz überwältigt, in Ohnmacht, und mußte vom Kampfplatze weggetragen werden. Später erwies er sich als umsichtiger Officier, der von General Scott selbst mehrfach belobt ward.

Als die democratische Staatsconvention von Newhampshire die Delegaten zur Nationalconvention in Baltimore wählte, faßte sie einstimmig den Beschluß, General Pierce als Präsidentschaftscandidaten zu empfehlen. Pierce erklärte aber, er wolle nicht als Candidat aufgestellt sein, und so ward der Beschluß zurückgenommen.

Jetzt, nachdem die democratische Nationalconvention selber General Pierce als Candidaten aufgestellt, ist natürlich an eine Ablehnung nicht mehr zu denken. Dieser Tage hat General Pierce ein Schreiben veröffentlicht, worin er erklärt, die Candidatur annehmen zu wollen.

Uebrigens ist es nicht das erstemal, daß die democratische Nationalconvention sich über einen Mann geeinigt hat, der ursprünglich gar nicht als Candidat aufgetreten. Bei Polk war bekanntlich das Nemliche der Fall und Polk wurde erwählt und bewährte sich als vorzüglicher Präsident.

We poked the Whigs with Polk, we would pierce them with Pierce (Wir klopften die Whigs mit Polk (sprich Pok), mit Pierce wollen wir sie spießen.) Dieses Wortspiel, das ein Redner auf dem democratischen Ratificationsmeeting in New-York vorbrachte, hat großes Glück gemacht. Accipimus Omen. Möge die Prophezeihung Wahrheit werden!

Philadelphia, den 28. Juni. Derselbe Dampfer, der Ihnen diesen Brief bringt, wird auch Kossuth nach England zurückbringen. Mit ihm reist Gögg, der unermüdliche Agitator für den amerikanischen Revolutionsbund.

Was hat Kossuth in der Union gewirkt? Das ist eine Frage, die jetzt bei der bevorstehenden Abreise des großen Magyaren vielfach debattirt wird. Jene, die bei Allem, was da unternommen wird, gleich den augenblicklichen Erfolg sehen wollen, behaupten, Kossuth habe wenig oder gar nichts erreicht; wer aber weiß, daß der Samen, der auf dem Felde geistiger Agitation gesät wird, nicht über Nacht in die Aehren schießt und Früchte bringt, sondern längerer Zeit zu seiner Entwickelung und Reife bedarf, wer es versteht, dem Entwickelungsgange der Ideen zu lauschen, der wird sagen: Kossuth hat Vieles und Großes gewirkt. Er hat den Glauben an die Unfehlbarkeit der seither von der Regierung der Union befolgten Nichtinterventionspolitik in tausend und aber tausend Herzen wankend gemacht; er hat dem amerikanischen Volke die Augen geöffnet und ihm gezeigt, daß diese Politik weder eines großen Volkes würdig, noch seinen Interessen förderlich ist. Kossuth hat unsern Yankees die Worte in die Ohren gedonnert: „Volk von Amerika! Deine Thatkraft ist wunderbar! Aber um deiner selbst willen, um deiner und der Menschheit Zukunft willen hüte dich, daß du nicht dem Materialismus zum Raube werdest."

Und Kossuths Lehre, sie hat Wurzel geschlagen, und die Frucht wird nicht ausbleiben. Des Volkes Wille wird über kurz oder lang die Regierung zwingen, aus dem Kreise ihrer engherzigen Politik herauszutreten, und das Sternenbanner wird der Welt die Freiheit bringen. Und das werden wir hauptsächlich Kossuth und seiner Lehre von der Solidarität der Völkerfreiheit zu verdanken haben. Unsere besten Wünsche begleiten den Scheidenden! Σ

Philadelphia, den 29. Juni. Höchlich unrecht wäre es von mir, würde ich Ihnen nicht einige Worte wenigstens schreiben über das großartige deutsche Sängerfest, das in der verwichenen Woche in New-York gefeiert ward. Das war eine Manifestation des deutschen Geistes, die selbst dem selbstgenügsamen, unmusikalischen Amerikaner, der in der Regel nichts Höheres kennt, als seinen Yankee-Doodle, ein Gefühl der Bewunderung abnöthigte. Where are to-day the german singers? That's beauteful! I did never hear such a song! — Diese Exclamationen konnte man vielfach aus dem Munde unserer schönen Amerikanerinnen vernehmen!

Das Sängerfest war übrigens auch wirklich eine großartige Demonstration. Ueber 1000 Sänger hatten sich in der Empire-City — so nennt sich unsere stolze Schwesterstadt — zusammengefunden. Das Trefflichste, was die deutschen Gesangesmeister für Männergesang geschaffen, es kam hier, zum großen Theile in meisterhafter Vollendung, zur Ausführung.

Einer unserer Philadelphier Gesangvereine — wir zählen deren acht oder neun — der junge Männerchor, errang den Preis im Kampfe der Gesänge: ein herrlich gesticktes Fahnenband. Kossuths Frau schenkte ihm außerdem ihren Fächer. Als der junge Männerchor sein Lied vollendet, erstickte er fast unter dem Blumenregen, der von den Galerieen des Saales auf ihn niederrauschte.

Der deutsche Gesang wird hier mit einer Liebe gepflegt, wie kaum im alten Vaterlande. Namentlich in unserer Stadt der Bruderliebe finden Uhlands Worte ihre herrlichste Erfüllung: Singe wem Gesang gegeben, In dem deutschen Dichterwald, Das ist Freiheit, das ist Leben, Wenn's in allen Zweigen schallt.

Ich wünschte, Verehrtester! Sie könnten einmal vernehmen, wie prächtig der deutsche Gesang in der amerikanischen Freiheitsluft sich ausnimmt, und wie siegesfreudig das Hail Columbia von deutschen Lippen tönt! Σ

Deutschland.

Zollwesen. Bezeichnend für den Stand der Sache ist es, daß nunmehr sogar die Augsb. Allg. Ztg. Artikel wie den folgenden (aus Berlin vom 9. September) bringt: „Ich habe Ihnen seit 14 Tagen über die Zollfrage nichts mehr geschrieben, weil es peinlich ist, in einer Sache, die täglich eine trübere Färbung annimmt, Betrachtungen anzustellen, gleichsam Leichenreden des Zollvereins zu halten. Ich glaube nicht zu schwarz zu sehen, wenn ich Ihnen sage, daß hier mehr und mehr alle Parteien an den Gedanken der Auflösung des Zollvereins und seiner Umgestaltung in einen norddeutschen Zollbund unter Vortritt Preußens sich gewöhnen."

Nürnberg. Der „Nürnb. Kur." bemerkt u. a.: Als neulich in Brüssel freie Männer dem Schlächter Haynau sagten, was sie von ihm hielten, da ging ein Zeterruf durch die officiellen Blätter, und ihnen nach gegangen, hätte jeder Deutsche das Haupt mit Asche bestreuen müssen ob solcher Unthat gegen den „deutschen" Mann und berühmten Feldherrn. — Als aber die Kämpfer für Schleswig-Holstein verfolgt, gemaßregelt, der Noth preisgegeben, aus dem Vaterlande vertrieben wurden, da hatten diese selben Blätter keine Sylbe der Entrüstung. — Die dänische Wirthschafaft in den Herzogthümern ist vielleicht noch nicht auf ihrem Gipfelpuncte angelangt. Neues gebiert jeder Tag, wie lang wird's dauern?

München, den 9. Sept. Heute fand die Hinrichtung des Raubmörders Treiber statt. Schon von 8 Uhr an waren die Straßen, durch welche der (wie eine Festprozession angekündigte) Zug kam, mit Menschen angefüllt.... Der zweite Hieb des Scharfrichters trennte den Kopf vom Rumpfe... Es fielen bei der Hinrichtung einige Unglücksfälle vor, auch Taschendiebstähle wurden ausgeführt, und ein Individuum über der That ergriffen.

— den 10. Sept. Die k. Regierung von Oberfranken hat an die bestehenden Verordnungen neuerdings erinnern lassen, wornach keinerlei Deputationen an das k. Hoflager kommen dürfen, ohne vorher schriftlich darum nachgesucht und die erforderliche Erlaubniß hiezu erhalten zu haben bei Vermeidung strenger Ahndung und Abstrichs der Kostenansätze aus Gemeinde- oder anderen, amtlicher Aufsicht unterstellten Kassen, wornach sich Gemeinden oder Corporationen zu achten haben.

Vom Ministerium für Kirchen- und Schulangelegenheiten ist am 16. Aug. eine Entschließung folgenden Inhalts ausgegangen: Da es von höchstem Werthe ist, daß in den gemeinsamen Bibliotheken und den Lesevereinen der Lehrer keine Producte einer in christlicher und politischer Beziehung destruirenden Presse Eingang finden, und da eine gleichmäßige Wirksamkeit der Kreisregierungen in dieser Richtung sehr wünschenswerth ist, so werden zwei an die Regierung der Rheinpfalz unter'm 4. Mai und 13. August 1852 ergangene Entschließungen zur Befolgung den Kreisregierungen mitgetheilt und die letzteren aufgefordert, ein Verzeichniß von zweckgemäßen, dem Berufs- und Bildungskreise der Lehrer entsprechenden und von christlich und politisch conservativen Grundsätzen durchdrungenen Zeit- und anderen Schriften herzustellen, allenfalls vor dieser Herstellung die kirchlichen Oberbehörden, mit ihren Wünschen darüber zu hören, die Verzeichnisse den Districts- und Localschulinspectionen mitzutheilen, damit diese für Anschaffung und fleißige Benützung der verzeichneten Schriften sorgen, und endlich Exemplare dieses Verzeichnisses an das Ministerium einzusenden; unterzeichnet ist: Zwehl.

Die erwähnte an die pfälzische Regierung ergangene Entschließung vom 4. Mai 1852 hebt hervor, wie wichtig es sei, daß die Lehrer dem Einflusse der schlechten Presse entzogen werden und sich mit Schriften beschäftigen, durch die sie mehr und mehr mit den Grundsätzen und Lehren des wahren Conservatismus befreundet werden; es wird die besondere Thätigkeit der pfälzischen Kreisregierung in dieser Hinsicht besonders lobenswerth und nichts dagegen zu erinnern gefunden, wenn dieselbe nach ihrer Zuständigkeit unter Beseitigung der nach den gegebenen Auszügen höchst destruktiven rheinischen Blätter von Diesterweg aus den Cantonallesebibliotheken und Lesevereinen, angemessene Empfehlung der (in dem Regierungsberichte) vorgeschlagenen Schriften eintreten läßt. Unterzeichnet ist: Ringelmann.

Die ebenfalls erwähnte an die pfälzische Regierung ergangene Entschließung vom 13. August 1852 spricht die Nothwendigkeit einer unausgesetzten Beaufsichtigung der Cantonalleihbibliotheken der Lehrer und zugleich das Lob der hierauf von der pfälzischen Regierung gerichteten Thätigkeit aus; es wird für sehr betrübend gefunden, daß ein Districtsschulinspector in der Pfalz die Circulation der zoologischen Briefe von K. Vogt, eines Werkes, das sich zu dem gemeinsten Materialismus, dem Atheismus und darum auch zum subversivsten Radikalismus bekennt, unter den seiner Beaufsichtigung und Leitung anvertrauten Lehrern dulden und zusehen konnte, wie dadurch Männer, die für die Erziehung und Bildung der Jugend mitwirken sollen, mit den gefährlichsten Grundsätzen erfüllt werden; diese Pflichtvergessenheit des Districtsschulinspectors wurde mit seiner Entfernung bestraft. Damit Solches nicht wieder vorkomme, wird die pfälz. Regierung aufgefordert, sich ein Verzeichniß aller in den Cantonallesebibliotheken der Lehrer cursirenden Schriften herzustellen und bei ähnlichen Vorkommnißen, wie die von ihr gemeldeten sind, angemessen einzuschreiten. Unterzeichnet ist: Zwehl. (F. K.)

Wiesbaden, den 9. Sept. Der heutige Tag wurde wieder mit Gottesdienst und durch eine nach Form und Inhalt ausgezeichnete Predigt des Professor Dr. Schenkel von Heidelberg eröffnet. Sodann wurde nach kurzer Discussion der von den dortigen Priestern vielfach angefeindete Hauptverein in der baierischen Rheinpfalz einstimmig in den Verein aufgenommen. Es war erfreulich, daß selbst entschiedene Glieder der Partei, welche diesen Verein in der Heimath seit Jahren verläumdete und verfolgte, christliche Gerechtigkeit übten und nichts gegen die Aufnahme der rationalistischen Pfälzer einwendeten. (Fr. J.)

Frankfurt, den 9. Sept. Die schon vor längerer Zeit von einem hamburger Hause bei der Bundesversammlung gestellte Reclamation bezüglich der von Seiten der dänischen Regierung versagten Anerkennung einer Forderung an die, legal eingesetzt gewesene, Statthalterschaft Holsteins, ist, nachdem die Bundesversammlung in ihrer vorletzten Sitzung vor den Ferien den formellen Beschluß in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gefaßt, in der letzten Sitzung, mit Bezug auf diesen Beschluß, abgewiesen worden.

Kassel, den 3. Sept. (Moderne staatsmännische Logik.) Es muß noch ein Grund erwähnt werden, aus dem der Präsident der 2. Kammer, Staatsrath Scheffer, die Zweifel wegen der Zuständigkeit zu beseitigen suchte; er meinte: da die Deputirten kein Bedenken trügen, die Diäten anzunehmen, so müßten sie auch geständig sein, die Mittel zur Bezahlung der Diäten zu beschaffen. Ein anderes Factum, das denselben Mann characterisirt, ist folgendes: Als viele Mitglieder der zweiten Kammer Bedenken trugen, den Eid, wie er in der neuen Verfassung vorgeschrieben ist, zu schwören, eröffnete er ihnen, daß sie den Eid sehr wol schwören könnten, da die zu beschwörende Verfassung nicht näher bezeichnet sei und man sich ja auch die alte Verfassung von 1831 darunter denken könne. Man darf dies wol als einen Versuch bezeichnen, die Deputirten zu einer Reservatio mentalis zu verleiten; die Wirkung war, daß sich sofort 6 Personen weiter gegen den Eid erklärten. — Scheffer gehört der mystisch-frommen Partei an; er ließ 1847, als Vorstand des Ministeriums des Innern, auf gewöhnliche Weise be-

erdigte Deutschkatholiken wieder ausgraben und an die Kirchhofmauer verscharren; er trägt die Religion stets auf der Zunge und sprach noch neulich sehr erbaulich von einer „demoralisirten Opposition." — Der Stadtrath hiesiger Stadt ist noch immer nicht wieder vollständig besetzt, da die neugewählten Mitglieder sich beharrlich weigern, die neue Verfassung zu beschwören. (Wes.-Z.)

Rudolstadt, den 9. Sept. Unser neuestes Gesetzblatt stellt den Staatshaushalt auf die Finanzperiode 1852—54 fest. Hiernach beträgt die jährliche Einnahme 691,953 fl.; die Ausgabe 743,491 fl.

Hannover, den 7. Sept. In der heutigen allgemeinen Sitzung der Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe kam die Frage zur Berathung: „Steht der Ackerbau in Deutschland bereits auf einer solchen Stufe, daß die Auswanderung als eine Nothwendigkeit angesehen werden muß, oder erfolgt dieselbe aus andern Gründen?" Die bei weitem meisten Redner waren der Ansicht, daß man den ersten Theil der Frage verneinen müße. Die deutsche Landwirthschaft sei noch durchaus nicht zu der Vollkommenheit gediehen, daß man auch nur im Entferntesten von ihr behaupten könne, sie hätte die höchste Stufe erreicht. Dafür bedarf es nur eines Umschauens in allen Ländern deutscher Zunge; die Uebervölkerung, die Ueberfüllung der einzelnen Länder sei nur scheinbar; alle die Tausende, welche jetzt auswanderten, könnten bleiben und Erwerb finden, wenn der Staat und das Vaterland sich ihrer annehmen, wenn sie selbst nicht kleinmüthig verzagen wollten. Wenn man überall in Deutschland jene weiten Strecken wüsten Landes sehe, die noch keine Zeichen menschlichen Fleißes aufzuweisen hätten, so müße sich sofort die Ueberzeugung aufdrängen, daß hier die Rettung liege, der Friede für den Kampf der Gesellschaft, die Begründung des materiellen Glücks vieler Tausende, daß hier die sociale Frage zur Lösung gelangen könne und müße. — Bis gestern Abend belief sich die Zahl der Mitglieder auf 930. (Schw. M.)

Bremen, den 6. Sept. Der verflossene Auswanderer-Expeditionstag des 1. September verdient dem des 15. März d. J. würdig an die Seite gestellt zu werden: es sind circa 5000 Auswanderer hier eingetroffen und befördert worden.

Berlin, den 9. Sept. Abgesandte der Handels-Coalition sind jetzt in Dresden versammelt (sagt die „N. Preuß. Ztg."), um abermals eine gemeinsame Rückäußerung auf die jüngste von Hannover und den andern norddeutschen Bundesgenossen adoptirte Erklärung Preußens zu Stande zu bringen. Auch in Dresden sind wieder österreichische Agenten geschäftig und liefern damit zum Ueberfluß nochmals den handgreiflichen Beweis, daß es sich in den eigentlichen Tiefen der obschwebenden Streitfrage nicht um Differenzen zwischen Preußen und seinen Vereinsgenossen, sondern um die Durchführung der Wiener Pläne handelt.

Zu den zahlreichen bereits vorhandenen Conflicten zwischen Staat und Kirche ist, wenigstens in Schlesien, ein neuer hinzugetreten — ein Conflict über das Pfarreibesetzungsrecht. Der Cardinal-Fürstbischof ist eben jetzt beschäftigt, ein Promemoria an den König abzufassen. (A. Z.)

Berlin, den 9. Septbr. Aus Württemberg hört man, daß der König noch immer mit dem Auftreten seines Ministeriums nicht ganz einverstanden ist, und daß er den Coalitionsstaaten gegenüber eine Separatstellung eingenommen wissen will. (Lith. C.)

Holstein. Die Schleifung der Rendsburger Festungswerke wird — der „Berling'schen Zeitung" zufolge — am 17. d. Mts. begonnen werden.

Wien. Aus dem amtlichen Erlaß des Finanzministers über das neue Anlehen ersieht man Folgendes: Daßselbe soll im Kurse von 95 ausgegeben werden. Es wird zu 5 vom Hundert verzinst. Falls der Börsenkurs nicht über Pari steigt, soll vom 1. November 1853 an alljährlich der hundertste Theil durch den Tilgungsfond zurückgekauft und vernichtet werden. Wer für einen Betrag von einer halben Million oder mehr einzeichnet, erhält eine Provision von 1 Proc.

Der Frankf. Postztg. schreibt ein Correspondent aus Wien, der sich für sehr eingeweiht hält: „Wir glauben nicht zu irren, wenn wir behaupten, daß bei Beginn des neuen Jahres keine französische Fahne mehr weder in der ewigen Stadt, noch in Civitavecchia wehen wird. Es ist nur ein einziger Fall möglich, daß Rom von den französischen Truppen besetzt bleibt, wenn nämlich Frankreich das neue Jahr in seiner gegenwärtigen Regierungsform begrüßt; wie wenig dies zu erwarten steht, braucht wol kaum näher erörtert zu werden."

Wien, den 7. Sept. Der Kardinal-Fürsterzbischof von Prag hat dem Körper des heiligen Johannes v. Nepomuk zwei Rippen der linken Seite entnommen und dieselben nach Rom geschickt, von wo aus der Wunsch darnach zu erkennen gegeben ward. — Am 4. d. hat in der Dreifaltigkeitskirche zu Innsbruck die Feier der Seligsprechung des Pater Claver, Priesters der Gesellschaft Jesu, stattgefunden. Diese Feier war auch zugleich eine Danksagungsandacht für die vielen Gnaden, welche Gott der Gesellschaft Jesu zukommen ließ.

— den 9. Sept. Die ministerielle österreichische Correspondenz erklärt die letzte preußische Erklärung für nicht annehmbar, daher die Grundlage zu weiteren Verhandlungen in der Zollfrage, so wünschenswerth sie seien, fehle.

Schweiz.

Bern. Die österr. Gesandtschaft hat dem Bundesrath eine Note der lombardischen Statthalterei zugestellt, laut welcher die päpstliche Regierung die Unterstützung Oesterreichs angerufen hat, um den Ansprachen der Weihbischöfe von Como und Mailand auf das Pollegioseminar und das päpstliche Collegium von Askona Geltung zu verschaffen. Der Bundesrath hat die Note dem Staatsrath von Tessin mitgetheilt.

Belgien.

Am 7. Sept. weihte der Kardinal Erzbischof v. Mecheln die von den Jesuiten erbaute und als Capelle für ihr Colleg bestimmte St. Michaelskirche ein. Nicht weniger als „200 Priester" wohnten der Feierlichkeit bei. Zeichen, wie die Geistlichkeit in Belgien sich um die Jesuiten schaart.

Niederlande.

Haag, den 8. Sept. Baden und Württemberg haben den Vorschlag der niederländischen Regierung angenommen, Commissäre nach Surinam zu senden, Baiern dagegen hat abgelehnt. Außer freier Hin- und Herreise erhält jeder Commissär jährlich 2400 fl. von der niederländischen Regierung; die Zeit des Aufenthalts ist auf 3 Jahre bestimmt.

Frankreich.

† **Paris**, den 10 Sept. Die Angriffe der englischen Presse auf die französische Regierung üben bereits ihren Einfluß auf die französische Regierungspresse aus, welche keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um gegen die Allianz mit England, namentlich was die Handelsinteressen betrifft, zu Felde zu ziehen. Der Constitutionnel hebt heute hervor, daß die mit England abgeschlossenen Schifffahrtsverträge die französische Handelsmarine ruiniren müßten. Es gibt, sagt er, nur zwei Handelsmarinen in der Welt, welche mit der englischen Marine concurriren können, das ist die Amerikanische und die Marine der Ostsee; die Erste wegen ihrer ungemeinen Thätigkeit und ihrer außerordentlichen Resourcen, und die Zweite wegen der Billigkeit ihres Materials zum Schiffsbau und wegen des geringen Soldes ihrer Matrosen. Der Constitutionnel warnt ferner die französische Regierung vor einem nähern Anschließen an England, welches seine politische Allianz nur um den Preis von Handelsconcessionen verkauft, und sobald man sich darauf einließe, die französische Industrie eben so schnell ruiniren würde, wie sie es bereits mit

der Marine gethan hat. Es versteht sich von selbst, daß das die Schutzzölle patronirende Blatt die Gelegenheit nicht vorübergehen läßt, um in gewohnter Weise gegen das Freihandelssystem zu declamiren.—Die 25Cent.-Stücke hören vom 2. October an, auf zu circuliren.

Nach dem was im Kriegsministerium verlautet, wäre die als bevorstehend angekündigte Verminderung der Armee um 40,000 Mann jedenfalls noch nicht in der nächsten Zeit zu erwarten. — Die Gemeinderathswahlen sind, wie man immer mehr erfährt, nicht überall nach Wunsch ausgefallen. Der Präfect der Drome hatte in 11 Ortschaften die gewählten Municipalräthe wegen ihrer anarchistischen Farbe aufgelöst; der des Doubs hat dasselbe in 5 Ortschaften gethan; überall sind provisorische Municipalcommissionen von Oben herab ernannt worden.

„Ein Zeichen der Zeiten", nennt Cesena im „Pays" den ultramontanen Fanatismus, der den irländischen Geschwornen das Urtheil über Hrn. Delmege und die 8 englischen Soldaten eingeflößt hat. Von welchen Zeiten Cesena gibt es zu verstehen, wenn er am Schluß seines Artikels sagt: „Dasselbe Symptom, obgleich nicht in so auffallender Weise, gibt sich in Savoyen, in dem Hennegau und selbst in Deutschland, in der Gegend von Mainz und Köln kund. Auf allen Punkten macht sich eine katholische Partei bemerklich, die ihre Blicke nach unserm Lande richtet, eine Partei, die dem Anglikanismus entgegen aufsteht, dessen das Autoritätsprinzip zerstörender Einfluß in der Welt nur durch den Schutz der revolutionären, ihm seine Kraft gebenden Ideen groß geworden ist. Darin liegt vielleicht das Anzeichen großer Ereignisse, in denen Frankreich wieder zu der bedeutenden Rolle berufen werden kann, die ihm die Vorsehung in den Umgestaltungen Europas so oft zugetheilt hat." — Diese Andeutungen im französischen Regierungsorgan sind auch ein Zeichen der Zeit!

† **Paris,** den 11. Sept. Während die Pariser Zeitungen um Stoff verlegen sind, ihre Spalten zu füllen, sind die Departementalblätter überfüllt von Ueberschwänglichkeiten bezüglich der Empfangsfeierlichkeiten des Prinzpräsidenten. (Ganz Frankreich scheint nichts Anderes mehr zu thun zu haben, als Spiele vorzubereiten.) In allen Gemeinden finden die enormsten Ausgaben statt. In vielen Städten hat man dafür Summen von 30—40,000 Frcs., in Marseille selbst 100,000 Frcs. bestimmt; und diese Credite werden überall weit überschritten werden. Die Gemeinden stürzen sich in Schulden, zu deren Verzinsung dann wieder die heillosen Octrois dienen müßen. Diese Spiele werden sogar auf Algerien ausgedehnt. (Die officiellen Blätter widersprechen pflichtschuldig der Angabe einer Aufregung unter den Deportirten und in der Armee von Algerien.) — Es wird halbamtlich erklärt, daß, wenn der Prinz Murat insurrectionelle Pläne in Beziehung auf Neapel hegte, er am wenigsten Unterstützung vom Prinzpräsidenten zu erwarten habe.

Die jetzt immer zahlreicher einlaufenden Berichte über die verschiedenen Gemeinderathswahlen bestätigen nur die schon bei den Wahlen der General- und Arrondissementsräthe gemachte Bemerkung von der außerordentlichen Gleichgültigkeit der Bevölkerung. An den meisten Orten wird die nöthige Viertels-Majorität nicht erreicht und es muß ein zweites Mal votirt werden, wobei irgend welche Majorität und wenn es nur eine einzige Stimme wäre, genügt, um die Wahl gültig zu machen. Zu Pezenas haben auf 2142 Wahlberechtigte nicht mehr als 38 gestimmt.

Italien.

* **Turin,** den 7. Sept. Die großen Manövers, an denen 5 Infanteriebrigaden, 3 Jägerbataillone, 3 Cavallerieregimenter und 9 Batterien Theil nehmen sollen, werden am 13. bei Casal, Frassineto und Valenza beginnen. — Die Anwesenheit des Grafen Nesselrode, des Marquis Turgot, des Grafen Butenieff und mehrerer anderer Diplomaten in Neapel hat Veranlassung zu dem Gerüchte gegeben, daß dort ein diplomatischer Congreß stattfinden solle.

Rom. Die Eisenbahnen sollen aus dem gleichen Grund, wie unter dem vorigen Pontifikat, aufgegeben worden sein, nämlich aus Angst, daß die Polizei die Fremdenbewegung nicht mehr zu überwachen vermögend sein werde.

Das neue päpstliche Heer scheint die Schwierigkeiten des Kirchenstaates nur noch zu mehren. Die Angeworbenen sind größtentheils schlechte Subjecte. Zu Civitavecchia sind sie schon alle davon gelaufen und treiben selbst Straßenraub, denn ihnen schreibt man die Raubanfälle zwischen Rom und Civitavecchia zu.

Spanien.

* **Madrid,** den 5. Sept. Die Stadt Cadix ist autorisirt, die Mehrzahl ihrer Güter zu verkaufen, um dafür Actien für die Eisenbahn von Sevilla nach Cadix zu kaufen.

In Unteraragon und besonders in der Provinz Teruel wachsen die carlistischen Banden wie Pilze aus der Erde. Eine derselben, bereits zu 200 Mann herangewachsen, die alle gut bewaffnet sind, wird von dem berüchtigten „Estudiante" angeführt. Unserem Gesandten in London ist heute durch einen Cabinetscourier der Auftrag zugestellt worden, sollte Cabrera sich noch in England befinden, alle Schritte und Tritte dieses Carlistenführers überwachen zu lassen. Auch Valdegamas in Paris soll die französische Regierung darum angehen, ein wachsames Auge auf Cabrera zu haben und ihn anzuhalten, falls er französischen Boden beträte. Die Regierung ist in einer sehr schwierigen Lage, zumal sie noch nichts gethan, um die Basken zu beschwichtigen. Auch verursachen ihr die 50 Gesetze, die sie ohne Genehmigung der Cortes seit deren Vertagung hat ergehen lassen, jetzt viel Kopfzerbrechen; Murillo weiß nicht, wie er sich rechtfertigen will. Die Cortes noch länger vertagen, ist nicht mehr möglich; greift der Carlismus mehr um sich, so bleibt Murillo nichts Anderes übrig, als sich den Vertretern des Volkes in die Arme zu werfen und sich ihnen auf Gnade und Ungnade zu ergeben. (!) (K. Z.)

Großbritanien.

Daily News sagt über Napoleon: Hätte die Regierung Napoleon's II. Aussicht auf Dauer, so gäbe es immerhin einen stichhaltigen Grund, den Tadel, welchen seine Acte verdienen, ein wenig zu verschleiern und ein besseres Einvernehmen mit ihm zu erstreben; aber diese Nation wird den kaiserlichen Hochdruck nie ertragen, und ein politischer Dampfkessel, der aus so schwächlichem Material gebaut und dabei so ungeheurem Druck ausgesetzt ist, muß in nicht ferner Zeit platzen.

In **Dublin** wird am 5. Mai 1853 eine zweite Welt-Ausstellung eröffnet werden, zu welcher ein gewisser William Dargan allein die Kosten tragen will und schon 200,000 Thaler zur Bestreitung der ersten Ausgaben hinterlegt hat. Die Transportkosten sind alle frei. Die Preise werden in der Ausstellung bekannt gemacht.

Griechenland.

Athen, den 31. Aug. Die Regierung hat jene Bewohner Lakoniens, welche sich bei den, durch den jetzt in festem Gewahrsam befindlichen Mönch Christophoros Papulakis hervorgerufenen aufständischen Bewegungen betheiligt hatten, amnestirt. Nur sechs Individuen, worunter auch ein besonders fanatischer Geistlicher, wurden von der Amnestie ausgeschlossen. Basillari, welcher den Pater Christophoros in die Hände der Justiz geliefert hat, erhielt nebst einer Gratification von 6000 Drachmen noch eine monatliche Pension von 50 Drachmen. — Die Traubenkrankheit hat so verheerend gewüthet, daß die Korinthenernte von ganz Griechenland nebst den sieben Inseln höchstens 25 Millionen Pfund schlechter Qualität betragen wird. In der Umgebung von Patras beträgt die Erndte anstatt der gewöhnlichen 15 bis 16 Mill. Pfund dießmal nur eine Million. (Oest. C.)

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 222 | den 15. September 1852.

Deutschland.

Betrachtungen. Der „Frk. Kur." enthält eine größere Abhandlung „zur Kritik der Märzrevolution." Aus der letzten Abtheilung derselben entnehmen wir einige Bruchstücke, die uns eine besondere Beachtung zu verdienen scheinen.

Die bisherige Täuschung des Bürgerthums war nach zwei Seiten hin gerichtet; es glaubte, ein Sieg der Revolution, also der Democratie, würde nothwendig „Anarchie", Raub und Brand, Plünderung und Communismus, die Aufrechthaltung des bisherigen Regiments dagegen dauernde „Ruhe und Ordnung", Flor des Handels und der Gewerbe, Aufschwung des Credits u. s. w. zur Folge haben.

Ein verhängnißvoller, tiefeingreifender, heute noch weit verbreiteter Irrthum! Wir müssen ihm, ehe wir auf die Widerlegung eingehen, die er, wie so viele andere, größtentheils bereits durch die Thatsachen selbst gefunden hat, etwas tiefer auf den Grund zu kommen suchen. Seine Voraussetzung ist offenbar keine andere als die, daß die materiellen Interessen der Reaction und des Bürgerthums übereinstimmend, die des Bürgerthums und des Volkes dagegen entgegengesetzt seien.

Aber diese Voraussetzung ist falsch, die Sache verhält sich vielmehr gerade umgekehrt. Vor allen Dingen gibt es keine größere Solidarität von Interessen als die, welche zwischen denen des Bürgerthums, d. h. des arbeitenden Kapitals, und des Volkes, d. h. der kapitallosen Arbeit, besteht — sobald diese Interessen von beiden Seiten richtig verstanden werden.

... Es ist klar, daß alles Kapital, welches arbeitet, also alles bürgerliche Kapital, kein anderes Interesse hat, als daß möglichst viel gearbeitet wird; denn die Arbeit allein schafft und erhöht den Kapitalwerth. Haben nun aber etwa die Arbeiter, haben die „rohen Massen" ein anderes, ein diesem etwa gar entgegensetztes Interesse? Ist es nicht vielmehr ganz dasselbe? Muß ihnen nicht eben so viel, ja noch viel mehr daran gelegen sein, — denn sie hängen unmittelbar in ihrer Existenz davon ab — daß die „Geschäfte gehen," mithin also Alles da ist, was damit in Verbindung steht, also Sicherheit des Eigenthums und des Verkehrs, Beweglichkeit des Kapitals, Ungestörtheit des Credits u. s. w. Müssen sie nicht, wenn die Industrie in Stocken geräth, am allerersten und härtesten darunter leiden? Ist also hier nicht in der That die innigste Einheit des Interesses vorhanden, die sich nur denken läßt?

Ja, wird man uns hier von Seite des Aengstlichen entgegnen, das wäre alles ganz gut, aber die Arbeiter sehen es ja nicht ein! Betrachten sie nicht die Besitzenden als solche mit Abneigung, ja mit entschiedenem Haß?

Vor Allem ist nicht zu läugnen, daß der „Kommunismus," d. h. die Lehre von der Abschaffung des Privateigenthums, allerdings nicht ein bloßes Gespenst ist, sondern leibhaftig existirt. Er hat in Frankreich ein bedeutendes, in Deutschland wenigstens einiges Terrain gewonnen und während der Bewegungsjahre, so wie insbesondere in einigen Fabrikdistricten für seine Grundsätze ganz offen und rücksichtslos Propaganda gemacht. Aber ist denn der Communismus ein Product der Democratie, ja hat er mit dieser auch nur das Mindeste zu schaffen? Ist ein Sieg der Volkspartei zugleich ein Triumph des Communismus? Oder verhält sich die Sache nicht vielmehr ganz anders, geradezu umgekehrt? In der That, nicht die Democratie hat ihn erzeugt, sondern er ist im Gegentheil die reifste und ausgebildetste Frucht des Absolutismus und kann für die Dauer und von Grund aus nur durch die Freiheit, d. h. eben die Democratie besiegt und ausgerottet werden.

... Es ist eine alte Erfahrung, daß in solchen Ländern, wo die Freiheit darniederliegt, die absurdesten und haltlosesten Theorieen den üppigsten Boden finden, während sie in Ländern, wo auch nur ein bescheidenes Maß von öffentlichen Freiheiten und von Theilnahme des Volks am Staate besteht, wie z. B. in England, keine tiefern Wurzeln schlagen können. Wo dagegen alle natürlichen Bahnen der Entwicklung und der freien Bewegung versperrt sind, da graben die Noth, das Mißtrauen, und die Verzweiflung am Staate, diese furchtbarsten Minirer die es gibt, langsam aber ungreifbar ihre unterirdischen Gänge — bis auf einmal, wenn man es am wenigsten denkt, die ganze obere Schicht mit einem Krach in die Luft springt. Und dagegen hilft in die Länge — täusche sich doch Niemand darüber! — keine Polizei, kein Standrecht, keine Zuchthäuser und Strafkolonien, überhaupt keine „Macht der Erde" — nur die Freiheit und Nichts als die Freiheit, die allein im Stande ist, die arbeitenden Klassen über ihr wahres gesellschaftliches Interesse aufzuklären und ihnen die Möglichkeit einer menschenwürdigen Existenz zu bieten.... Und dies Recht, durch seine Arbeit Etwas zu sein und zu erwerben, und das weitere Recht, das, was er ist, auch im Staate zu gelten, nicht als Paria, sondern als Bürger behandelt zu werden, das und weiter Nichts ist es, was der intelligente Arbeiter in Anspruch nimmt. Und wer hat das Verdienst, den Arbeiter auf dieses Ziel hingelenkt, seinem Streben Maß und Haltung verliehen, ihn durch Aufklärung und Bildung dem Bürgerthum näher gebracht und dadurch wenigstens die Anfänge zur Ausfüllung der unheilvollen Kluft zwischen Besitz und Arbeit herbeigeführt zu haben? Niemand anders, als die Democratie — das läugne wer es kann!

Es ist wahr, wir dürfen es nicht verschweigen, daß im Anfange der Bewegung eine unklare Vermischung der democratischen und kommunistischen Elemente stattgefunden hat, wenn auch das letztere immer nur ein verschwindend kleines Bruchtheil der Bewegungspartei bildete. An dieser Vermischung war zunächst die anfängliche Abhängigkeit unserer Revolution von der französischen Entwickelung Schuld, vor Allem aber der lange und schwere Druck, der auf unserem Volke gelegen war und jedes Eindringen der Intelligenz in die Masse beinahe unmöglich gemacht hatte. Jetzt aber hat die deutsche Democratie so ziemlich überall diesen Bundesgenossen ausgeschieden und der Kommunismus steht für sich allein, nicht minder feindselig gegen die Democratie, wie gegen die übrigen politischen Parteien, ja gegen sie gerade mit dem stärksten Hasse erfüllt, (wie z. B. die Nothjung'schen Actenstücke zeigen) weil er mit Recht in ihr die einzige Macht erblickt, deren Sieg der Untergang seines Princips ist.

An vielen Tollheiten und Auswüchsen der 48er Bewegung, über die sich die Gebildeten mit Recht so sehr scandalisirten, trugen diese übrigens selbst zum großen Theil die Schuld. Es ist z. B. leider wahr, daß sich damals das Volk gar häufig von leeren Phrasenhelden, von eitlen bornirten Schwätzern, die nimmermehr zu Tribunen befähigt waren, von verrotteten Speculanten

und dergleichen Leuten am Gängelbande führen ließ; aber wo waren denn Bessere? Warum sind denn *sie* nicht aufgetreten, warum haben denn die Intelligenzen des Mittelstandes von Anfang an nicht den geringsten Versuch gemacht, auf die Massen einzuwirken und ihnen verständlich zu werden, warum haben sie sich von vorneherein auf den Kreis *ihrer* Klasse und deren Interessen zurückgezogen? ... Das ist *nicht wahr*, was unsere Gegner so oft sagen, als sei die „rohe Masse" ein democratisches Element; die Democratie hat ja im Gegentheil das Streben der möglichst entwickelten und ausgebreiteten *Individualisirung*; sie will die thierisch-verdummte Menge überall, wo sie ist, zur Selbstbestimmung, zum vernünftigen Denken, kurz zur Humanität heranbilden. Und es ist dies auch das eigentlichste tiefste Lebensinteresse der Democratie. Die rohen Massen haben sich in der Geschichte stets als die Werkzeuge und Verbündeten des geistlichen und weltlichen Despotismus gegen die Freiheit und Bildung der besseren Klassen erwiesen, wie unter tausend alten und neuen Beispielen die Lazzaroni's von Neapel zeigen, mit deren Hülfe man dort die constitutionelle Bourgeoisie massakrirt hat.

München, den 9. Septbr. Das Gerücht, daß das Ministerium des Innern eine andere Leitung erhalten werde, wiederholt sich und gewinnt durch die fortwährenden Urlaubsreisen des Ministers v. Zwehl an Consistenz. Als Nachfolger wird noch immer der Präsident der Regierung von Oberbaiern, Graf v. Reigersberg, bezeichnet. — An das Archivariat des Ständehauses ist die Weisung ergangen, die anbefohlenen Reparaturen der Localitäten baldigst beendigen zu lassen, woraus man auf baldige Einberufung des Landtags schließt. (?) (A. Abd.-Z.)

— den 11. Sept. Nach einer dreimonatlichen Abwesenheit von hier sind diesen Abend nach 9 Uhr unsere königl. Majestäten und mit denselben König Otto von Griechenland wieder hier eingetroffen.

Frankfurt, den 10. Septbr. Unter diesem Datum schreibt die Allg. Ztg.: Oesterreich verharrt dabei, daß der mit ihm einzugehende Handelsvertrag gleichzeitig mit der Erneuerung des Zollvereins und zwar auf fünf oder sechs Jahre wie der Zollvereinsvertrag abzuschließen sei, von dem er einen integrirenden Bestandtheil zu bilden hätte. Was die von den Coalitionsstaaten zu gewärtigende Antworterklärung betrifft, so wird bereits ziemlich angenommen, daß ihre wesentlichste an Preußen zu stellende Forderung diejenige der *Gleichzeitigkeit* sein werde. Es ist bekannt, daß die Verbündeten durch Unterzeichnung des Wiener Protokolls sich schon verpflichtet haben, nur gleichzeitig abzuschließen. Wie man vernimmt, haben sie dieselbe Verpflichtung Oesterreich gegenüber noch durch die Annahme besonderer *geheimer Artikel* übernommen, durch die sie sich auch verbindlich machen, den Zollvereinsvertrag mit Preußen vorerst nicht auf eine längere Zeit als fünf bis sechs Jahre zu erneuern. Deßwegen eben hob Preußen in seiner Antwort, welcher die betreffenden norddeutschen Staaten zustimmten, die Nothwendigkeit der Erneuerung auf zwölf Jahre so bestimmt hervor.

Nach einer Mittheilung in der „Köln. Ztg." wird die Wiederaufnahme der Zollconferenzen am 15. noch nicht stattfinden können, sondern vermuthlich vom 20. bis 22. verschoben werden.

Hannover, den 10. Sept. Die nächstjährige land- und forstwirthschaftliche Versammlung wird in *Nürnberg* abgehalten werden.

Minden, den 8. Sept. Hier ist kürzlich die Frau des letzten Präsidenten der deutschen Nationalversammlung, des Dr. Löwe aus Calbe, ausgewiesen worden, obgleich sie sich bei hiesigen Verwandten ruhig und in aller Stille aufhielt.

Berlin, den 10. Septbr. Die Provinciallandtage, welche großentheils schon versammelt sind (der rheinische kommt erst am 19. d. M. in Düsseldorf zusammen), werden so gut wie gar nicht beachtet.

Berlin, den 11. Sept. Bis heute sind an die hiesigen Vertreter der Coalitionsstaaten bei der Zollvereinsconferenz noch durchaus keine Instructionen über ihr ferneres Verhalten gelangt; nur so viel kann mit Sicherheit angegeben werden, daß bis zum 15. ds. Mts. noch keine Erklärung in dieser Hinsicht zu erwarten ist, weil der diplomatische Verkehr von sieben Regierungen bis dahin nicht abgeschlossen sein kann. — Das „Dresdener Journal verweist die Mittheilung der „N. Preuß. Ztg." von einer Versammlung Abgesandter der Handelscoalition in Dresden in das Bereich leerer Erfindungen. — Unter den neuerdings vom Criminalamte zu Leipzig verbotenen Schriften befinden sich auch Kinkel's Gedichte, 3. Auflage (Stuttgart, Cotta). (C.-B.)

Nach der Breslauer Ztg. ist der Inhalt der Erklärung des dortigen Domcapitels folgender: Die *politische Umwälzung* des Jahres 1848 habe der Kirche das ihr so lange entzogene Recht selbständig freier Entwicklung wieder gegeben, deßhalb müsse es ihre erste Sorge sein, das unter den früheren ungünstigen und drückenden Verhältnissen in einem großen Theile des Volkes schal und unwirksam gewordene Glaubensbekenntniß neu zu beleben. Dies sollte unter Anderem durch die altbewährten aber unterdrückt gewesenen Volksmissionen bewirkt werden. — Die protestantische Kirchenbehörde habe in dieser Beziehung nichts gethan. — Die *katholische* Kirche aber erstarkte innerlich durch die Volksmission in eben dem Grade als der Glaube in der *protestantischen* Kirche in einen noch weit bedenklicheren Zustand gerieth als zuvor. Gläubige Protestanten hätten es öffentlich ausgesprochen: die Kirche werde, *wenn sie die Rücklehne der Staatsautorität verliere, die Kraft zur Selbsterhaltung nicht besitzen*. Aus diesen Zuständen sei die Jesuitenfurcht und endlich das Sendschreiben des Hrn. Gen.-Super. *Hahn* (im Mai d. J.) entstanden, welches am Frohnleichnamstage durch den Hirtenbrief des Hrn. Cardinals beantwortet wurde. Hierauf sei dann der vom 29. Juli datirte Erlaß des evang. Oberkirchenraths erschienen. Dieser Erlaß habe Unrecht, wenn er behaupte, daß die evangelische Kirche zuerst gegen die Empörung aufgetreten sei. Es hätten zwar einzelne Organe (Pastoren und Kirchenblätter) sich gegen dieselbe vernehmen lassen, allein der Mund der *evangelischen Kirchenbehörden* (worauf es ankomme) seit in dem Jahre 1848 stumm gewesen. Dagegen habe der Fürstbischof *mitten im Aufruhr* jenen Hirtenbrief erlassen. Der Erlaß des Oberkirchenrathes behauptet ferner: die evangelische und katholische Kirche stimme in den alten Symbolen der Christenheit überein; und bezeichne nur die Lehre von der *Verehrung der Heiligen und Schätze ihrer überschüssigen Verdienste* als einen *Wahn*. Dagegen musse protestirt werden. (Es folgt hierauf eine dogmatische Erörterung in Betreff der Verehrung der Heiligen und der überschüssigen Verdienste derselben.) Wiederum sei aber die Frage aufzuwerfen: sind von dem in den alten Symbolen enthaltenen Keime christlicher Heilswahrheiten im 16. Jahrhundert nicht *göttliche Thaten* anstatt *menschlicher Zuthaten* hinweggenommen worden? Allerdings. Denn die apostolische Lehrkirche von *Gottes Gnaden* wurde verworfen und eine Lehrkirche von *Gemeinde-Gnaden* ins Leben gerufen. Durch den Umsturz der Unfehlbarkeit der Kirche sei die Revolution auch auf das politische Gebiet geleitet worden; nachdem man einmal den in *göttlicher* Ordnung erbberechtigten Träger der *dreifachen Krone*, so wie die mit ihm vereinigte rechtmäßige Episcopalkirche zu stürzen versucht hatte, so sei auch hiemit der Sturm gegen die in göttlicher Ordnung vorhandenen Träger der einfachen Krone und gegen die ganze Aristocratie in sichere Aussicht gestellt. — Daher habe es sich im Jahre 1848 so recht eigentlich gezeigt, daß die Durchführung der *politischen Revolution an dem noch stehenden Felsen der katholischen Kirche ihre Schranken fand*, und an demselben sich brach. Ferner sei die Behauptung des Erlas-

ses: die evangelische Kirche stimme in ihren Hauptartikeln überein — ein Irrthum; für ihre artikulirte Glaubenslehre lassen sich nicht so viele übereinstimmende einzelne Bekenner finden, als die katholische Kirche Millionen von Bekennern zählt. Endlich sei die Behauptung: die katholischen Missionen hätten einen leidenschaftlichen Kampf gegen die evangelische Kirche eröffnet, nicht richtig. — Das Actenstück schließt mit einer Ausrufung, ob man denn die Lehren des Jahres 1848 ganz vergessen habe?

Wien, den 7. Septbr. Aus allen Provinzen gehen Nachrichten ein von der unerbittlichen Strenge, womit die seit dem 1. d. M. wieder eingesetzte Censur ihr neues Amt angetreten hat. Verschiedene Bücher, welche bereits seit einem halben Jahre und mehr frei ausgegeben waren und jetzt in Fortsetzung nachfolgen, sind confiscirt worden, und die Besitzer der ersten Lieferungen und Bände mögen zusehen, woher sie die zweiten und dritten erhalten. Bei den harten Strafen und deren schonungsloser Vollstreckung dürften die Buchhändler es nicht wagen, die alte Contrebande, wie sie zu Metternich's seligen Zeiten so leicht und billig zugleich war, wieder anzufangen. Wer hätte uns je gesagt, daß wir nach jenem Regimente als einem durch seinen Liberalismus beneidenswerthen mit Sehnsucht seufzen würden! (N. Z.)

Die Fr. Postztg. läßt sich aus **Wien** schreiben: Wir hören, daß Anfangs des nächsten Jahres eine dritte Anleihe zu 80 Millionen abgeschlossen werden soll, und zwar im Auslande, zu deren Uebernahme sich bereits mehrere Häuser gemeldet haben sollen.

Schweiz.

Bern, den 10. Sept. Vorige Woche wollten einige Reisende von Sanetsch aus das Oldenhorn besteigen. Einer derselben glitt 40 Fuß tief in eine Glätscherspalte. Glücklicherweise gelang es der herbeigeeilten Hülfe, den Verunglückten vom nahen Tode zu befreien. Er hatte aber doch von Morgens 10 bis Nachmittags 4 Uhr im Eise verweilen müßen und wäre beinahe erfroren.

Frankreich.

Paris, den 11. Sept. Der Bischof von Montpellier wird schon dieses Jahr den griechischen und lateinischen Unterricht in seinem kleinen Seminar nach christlichen Autoren und nicht mehr nach den alten Classikern geben lassen.

Aus Dijon schreibt man, daß im Cote-d'or-Departement mehre Ortschaften ihre Gemeinderäthe außerhalb der offiziell empfohlenen Listen gewählt und insbesondere ihre kurzlich von Präfecten ernannten Bürgermeister und Beigeordneten ausgemerzt haben.

In den höchsten Kreisen soll man nicht ganz ruhig über den Empfang sein, den die Flotte L. Napoleon machen wird. Die Stimmung derselben — die fast täglich im Moniteur enthaltenen Demissionen von Marine-Offizieren beweisen es hinlänglich — soll nicht bonapartistisch sein. In dem Süden Frankreichs selbst, wie aus den Berichten der Präfecten hervorgeht, ist die Stimmung keineswegs die beste. Die getroffenen Anstalten werden aber die herrschende Kälte mit Begeisterung zudecken. Große Heiterkeit hat hier der Präfect des Cher-Departements erregt, der die Bewohner seines Departements durch Decret nach Bourges aufbieten und sie regimentsweise, d. h. nach ihren resp. Cantons mit Fahnen und klingendem Spiele, vor dem Präsidenten bei dessen Anwesenheit in der Hauptstadt des Cher vorbei defiliren lassen wird.

Italien.

Der Gemeinderath von Quasolo in **Piemont** hat eine Petition an den sardinischen Senat gerichtet, worin die Confiscation der geistlichen Güter, die Reduction der Bischofssitze und die Unterdrückung der geistlichen Ehrenstellen, deren Inhaber eine Pension erhalten sollen, verlangt wird.

Spanien.

Madrid, den 5. Sept. Weder Posten noch Eilwagen sind mehr sicher, und selbst die Fußgänger werden von den Räubern beraubt und erschlagen. Am traurigsten sieht es in der Provinz Ronda aus, die mit ihren vielen Schluchten und Höhlen den Banditen der sicherste Schlupfwinkel ist. Andalusien bietet uns jetzt das Schauspiel, daß ungefähr 10,000 Mann Truppen gegen 200 Räuber zu Felde ziehen müssen. Selbst der Herzog von Montpensier, der neulich incognito nach Sevilla gereist war, lief große Gefahr, von den Räubern aufgefangen zu werden, als er nach San Lucas zurückfuhr. Die Banditen hatten kurz vorher einen mit Extrapost reisenden Engländer rein ausgeplündert und dann erschossen. Der Herzog sah den Unglücklichen noch in seinem Blute schwimmen; Postillon und Kammerdiener waren an der Wagendeichsel festgebunden.

— den 6. Sept. Vier Compagnieen des Regimentes Zamora sind in der Gegend von Alcala de la Selva von dem Estudiante überfallen worden. Die Affaire fand am 3. d. M., Nachmittags 4 Uhr, Statt, und haben die Truppen der Königin dabei den Kürzeren gezogen. Sie ließen 10 Todte und 25 Verwundete auf dem Kampfplatz und die Carlisten machten mehrere Gefangene. Die Verwundeten wurden von den Carlisten nach Bosquevuela gebracht und dem Alcalden zur Verpflegung übergeben. Die Truppen der Königin flohen nach dem befestigten Mora de Rubielos, das ungefähr vier Meilen von der Stelle entfernt liegt, wo die Katastrophe vor sich ging. Die Carlisten erbeuteten deren ganze Bagage und viele Gewehre. Die Sache wird sehr geheim gehalten, und dem Capitängeneral von Aragon, der ein Schwager unseres Kriegsministers ist, ist die größte Strenge und unermüdliche Verfolgung der Insurgenten anempfohlen worden. Zwei Regimenter werden von hier nach Aragon, das ziemlich entblößt von Truppen ist, abmarschiren.

Unsere Minister haben nun vollauf zu thun. In diesem Jahre beträgt das Deficit gegen 400 Millionen Realen. (Köln. Ztg.)

Großbritanien.

London, den 10. Sept. Die Times enthält einen bittern und für uns Deutsche nicht besonders schmeichelhaften Artikel über festländisches Autoritätsprincip und deutsche Philisterei. Die Quintessenz der Times-Betrachtungen concentrirt sich in dem Satze, daß die Deutschen zum passiven Gehorsam und zum Geschundenwerden geboren sind, daß sie aber mit offenen Augen und nach allen Regeln der Philosophie geschunden werden sollen.

Miscellen.

Die russische Staatsschuld ist im Jahre 1851 von 386,309,693 Silberrubeln auf 400,667,799 gestiegen, was mithin 14,358,106 Rubel mehr ergibt.

Die Panama-Eisenbahn ist jetzt zur Hälfte fertig und bereits sind 600 Mann amerikanischer Truppen auf derselben nach Panama gezogen, um nach Californien geführt zu werden.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1218] **Todes-Anzeige.**

Meinen vielen auswärtigen Freunden mache ich die traurige Mittheilung, daß nach dem unerforschlichen Willen des Allmächtigen meine geliebte Frau **Barbara Carolina Friederika,** geb. **Stumpf,** nach einem beinahe 5monatlichen schmerzhaften Krankenlager heute Nacht 1 Uhr in einem Alter von 36 Jahren und 6 Monaten aus diesem Leben geschieden. Wer die Dahingeschiedene näher kannte, wird meinen Schmerz ermessen, 8 Kinder beweinen mit mir ihren Verlust.

Speyer, den 13. September 1852.

G. L. Lang, Buchhändler.

[1217] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 1. bis 10. Sept. Frl. v. Rüdt mit Bedienung a. Carlsruhe. — H. Sicherer a. Odenbach. — H. Greiner a. Straßburg. — H. u. Frl. Diehl a. Barr. — Fr. Dr. Schlözer mit Frl. Tochter a. Cusel. — H. Schwerdt a. Colgenstein. — H. Bourion a. Weissenburg. — H. Staatsanwalt Wernigk a. Meissenheim. — Fr. Dr. Winterhalter mit Bedienung a. Neustadt auf dem Schwarzwald. — Fr. u. Frl. Löwenstein a. Obrigheim. — Frl. L. u. Frl. P. Schneider a. Strasburg. — H. Löwenthal a. Mannheim. — Frl. Wohlgemuth a. Albisheim. — H. u. Fr. Nathan a. Großbockenheim. Frl. Lobstein a. Straßburg. — H. Schmitz a. Baumholder. — Fr. Mayer u. Fr. Otterburg a. Mannheim. — H. F. Schwerd a. Colgenstein. — H. Advocat Wolf mit Gemahlin a. Weissenburg. — H. Klein a. Lambrecht-Gräfenhausen. — H. Dr. med. Frees a. Wandsbeck in Holstein. — — Fr. u. Frl. Piazolo a. Hockenheim. — H. Heimlich a. Hatten. — H. Schröder a. Seebruch in Mecklenburg. — H. Pütz a. Hamburg. — H. v. Brunner a. Rheinzabern. — Frl. Wohlhüter mit Schwester a. Runzheim. — H. u. Fr. Fries a. Straßburg. — Frl. Pfauth a. Straßburg. — H. u. Fr. Rosenthal a. Mannheim. — H. Griesbach a. Straßburg. — H. Pfarrer Wundt a. Kriegsheim. — Fr. Hoff a. Speyer. — Frl. Hoff a. Mannheim. — H. Fitting mit Sohn a. Dieffenthal. — Fr. Smith u. Fr. Taylor mit Bedienung a. London. — Fr. Levy mit Tochter a. Landau. — H. Pfarrer Hüter mit Sohn a. Pfalzburg. — H. Oppmann, k. Hofkellermeister a. Würzburg. — Fr. Noll a. Reilingen. — 286 u. 287. Fr. Berlie m. Sohn a. Fürth. — 288. Fr. Hartmann a. Obermoschel. — 289—291. Freifrau v. Wessenberg mit Familie a. Freiburg. — 292. H. Huck a. Bechersbach. — 293. H. Fubro a. Colmar. — 294. Fr. Stahel a. Würzburg. — 295. Frl. Hitschler a. Landau. — 296. H. Pfarrer Zahn a. Stuttgart. — 297. H. Schädel a. Frankfurt a. M. — 298. H. Mohr a. Landau. — 299. H. Assessor Petri a. Detmold. — 300 u. 301. H. u. Fr. Rott a. Hochfrankenheim. — 302 u. 303. Fr. u. Frl. Greiner a. Selz.

[1201[a]] **Geschäfts-Bureau.**

Der Unterzeichnete bringt hierdurch zur Anzeige, daß er ein Geschäftsbureau dahier errichtet hat; seine Wohnung befindet sich in dem Hause des Hrn. Färber Waffenschmitt.

Mutterstadt, den 31. August 1852.

Otto Wagner.

[1210[a]] **Wiesbaden.**

Das Anmelde-Büreau für die Herren Naturforscher und Aerzte befindet sich im

„Janus-Hotel,"

vis à vis der Eisenbahn.

[1211[a]] **Für Mechaniker.**

Ein tüchtiger Metall-Dreher und ein gewandter Maschinenschlosser finden fortwährende Beschäftigung in der Maschinenfabrik von

Johann Schweizer senior
in Mannheim.

[1216] **Steinkohlenlieferung für das großherzogliche Hoftheater zu Mannheim.**

Das Hoftheater bedarf für den Winter 18⁵²/₅₃ zur Heizung circa 1000 Centner Berbacher Steinkohlen, deren Lieferung an den Wenigstnehmenden vergeben werden soll.

Lusttragende können die nähern Bedingungen auf dem Hoftheater-Bureau einsehen und haben ihre deßfallsigen Anerbietungen bis spätestens 20. d. Mts. daselbst schriftlich und versiegelt abzugeben.

Mannheim, den 10. September 1852.

Großherzogl. Hoftheater-Comité.

[1209[a]] **Zu verkaufen.**

Ein zweistöckiges zu Neustadt an der Hauptstraße gelegenes Haus mit gewölbtem Keller, Hinterbau, Hof und Garten, zu jedem größeren Geschäftsbetrieb geeignet, ist wegen Wohnungsveränderung unter annehmbaren Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1212[a]] **Zu verkaufen.**

Ein zweistöckiges Haus, wegen seines Hofraums, Remise, Waschküche ꝛc. leicht für jedes Gewerbe tauglich, ist zu verkaufen.

☞ Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleistet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreisung sein wird, mit der Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft. ☜

Königl. bayerisch und königl. würtembergisch concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geschwollene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken- und Kopfschmerzen, auch Seitenstechen.

Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen und königl. würtembergischen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchst preislichen Ministerien in Baiern und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ „ 30 kr.

Freiwilliges Attest.

Jahre lang litt ich in beiden Füßen und im Kreuz schrecklich an Gicht und Rheumatismus ꝛc.; nachdem ich **galvanische Ketten,** so wie alle mögliche Arzneimittel, fortgesetzt die Bäder der Heilquelle und Kaiserbad dagegen nutzlos anwandte, kam ich, an zwei Krücken gehend (wie mich Jedermann vergangenen Winter sehen konnte) zur Benützung dieser „Universal-Gicht-Leinwand" bezogen. Zum Staunen aller meiner Freunde und Bekannten wurde ich durch Anwendung von zwei Abschnitten pr. 1 fl. binnen wenigen Tagen so trefflich hergestellt, daß ich bei keinerlei Witterung die geringste Rückwirkung mehr verspüre und deßhalb freiwillig dies Zeugniß zum Nutzen der leidenden Menschheit veröffentliche.

Ofen, im Kaiserbad im Nov. 1850.

Johann Mihalek,
Inhaber des Kaffehauses daselbst.

Die Aechtheit der Unterschrift des obigen Attestgebers wird hiemit von Amtswegen bestätiget.

Ofen, Wasserstadt, den 9. Jänner 1851.

Eberling, V.-Stadthptm.

☞ Diese Gichtleinwand ist in Speyer einzig und allein zu bekommen in der Handlung von **Louis Cron,** und in Kirchheimbolanden bei Buchhändler **Ruff.** [1113[2 6]]

[1199[a]] **Fässerversteigerung.**

Freitag, den 17. September nächsthin, Vormittags 10 Uhr, läßt Hr. Moritz Mayer, Lotto-einnehmer in Frankenthal, verschiedene weingrüne, sämmtlich in Eisen gebundene Fässer, nemlich: 2 Fässer von je 5600 Liter, sodann von 3000 Liter abwärts bis 800 Liter, im Ganzen 24 Stück, zusammen circa 60 Fuder haltend, öffentlich gegen baare Zahlung dahier versteigern.

Die Fässer können drei Tage vor der Versteigerung eingesehen werden und hat man sich deßhalb an den Eigenthümer, Hrn. Moritz Mayer dahier, zu wenden.

Frankenthal, den 1. September 1852.

Aus Auftrag:

Berg, Notär.

Hiezu eine Beilage.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Mittwoch **(Zu Nro. 222.)** **den 15. September 1852.**

Deutschland.

** **Geschichtliche Erinnerungen.** (Ludwig Napoleons Empörungsversuch im Jahre 1836.) Louis Napoleon ist unbestreitbar der wichtigste Mann von ganz Europa. Noch einige Monate und er ist Kaiser von Frankreich. — Hat ein Mann diese Bedeutung erlangt — gleichviel: mit Recht oder mit Unrecht — so verdient seine Vergangenheit Beachtung. Manches, was an sich wenig wichtig, erhält Bedeutung. Die Vergangenheit dient dazu, den Mann richtiger kennen zu lernen, sie erklärt mannichfach die Gegenwart, und bildet ein wesentliches Moment, wenn man auf die Zukunft schliessen will. —

Der Straßburger Empfang von 1852 ist noch in Jedermanns Erinnerung. Ein interessanter Gegensatz bildet L. Bonapartes dortiges Auftreten im Jahre 1836. Wir wollen den Lesern aus Louis Blanc's „Geschichte der zehn Jahre" denselben vorführen, ganz ohne alle Bemerkungen.*) Diese Darstellung, (die wir nur an einigen Stellen ein wenig abkürzen,) ist um so beachtenswerther, als der Verfasser schon vor einem Jahrzehnt schrieb, und als heftiger Gegner Ludwig Philipps, Napoleons Auftreten im möglichst günstigen Lichte darstellte. Manche von Blanc's damaligen Aeusserungen sind geeignet, wahrhaft zu überraschen. Den Lesern überlassen wir es übrigens, ihre Betrachtungen über den jetzigen Beherrscher der Franken selbst anzustellen. —

„Von zwei Söhnen des ehemaligen Königs von Holland, des Bruders Napoleons, war der Aeltere in den Unruhen Italiens einem eben so mysteriösen als frühzeitigen Tode unterlegen, und was den Jungern, in die Schweiz geflüchteten betrifft, hatte er dort, ohne Unterbrechung, sich bemüht, Entwürfe vorzubereiten, welche seinem Ehrgeiz schmeichelten, und den lebhaftesten Wünschen seiner Seele entsprachen. Neffe desjenigen, welchen Frankreich den Kaiser, — vorzugsweise „den Kaiser" (Imperator) nannte, — zu den Qualen einer dunkeln Jugend verurtheilt, — der seine verbannten Verwandten zu rächen hatte, selbst verbannt durch ein ungerechtes Gesetz aus einem Lande, von dem man ohne Uebertreibung sagen konnte, daß Napoleon dasselbe noch mit seinem Schatten bedeckte, glaubte Louis Bonaparte sich bestimmt, zugleich die Ehre seines Namens zu erhalten, die Verfolger seiner Familie zu züchtigen, und seinem gedemüthigten Vaterlande einen Weg zum Ruhme zu eröffnen.

Obgleich er als Prätendent auftrat, schien ihm die Democratie eine zu mächtige Gewalt, als daß er glaubte, sie entbehren zu können. Sein Vorhaben war daher, den Zauber seines Namens zu versuchen, um die Dynastie der Orleans zu stürzen, vorbehaltlich nachher das Volk zu versammeln, um es zu berathen und ihm zu gehorchen. (?) Daß diese Achtung vor dem Grundsatz der Volksoberhoheit von Seiten des jungen Prinzen unverfälscht und aufrichtig war — ist ganz gewiß (??); aber eben so groß war der Antheil des Ehrgeizes an seinem Wunsche. Erbe der kaiserlichen Ueberlieferung, mußte er nicht durch das Volk berufen werden, besonders wenn er auftrat, umstrahlt vom Glanze eines glücklichen Aufruhrs? Das war es, was Louis Bonaparte nicht bezweifelte, wol überzeugt, daß jede Revolution, in den Zeiten der Unwissenheit und der Ungewißheit, nach dem

*) Wir erlauben uns deren einige wenige beizufügen. D. Red.

Programm sich erfüllt, den Fahnen, womit sie angefangen — annimmt, und leicht zum Vortheil der provisorischen Regierung, welche den folgenden Tag sich bildet — ausfällt.

Wenn höher begeistert und großmüthiger, hätte er den Ruhm gesucht in vollkommener Uneigennützigkeit, und vielleicht hätte er darin den Erfolg gefunden! Aber die Erziehung, welche die Prinzen erhalten, führt sie nicht auf so hohe Gedanken!

Begabt mit einer Offenheit (??), schädlich seinen Entwürfen, hatte der Prinz durch eine seltene Vereinigung: Seelenerhabenheit, welche die Wahrheit lieben macht, und Schwachheit, welche seine Schmeichler benützten. Um die Anzahl seiner Anhänger zu vermehren, war er verschwenderisch. Er besaß mit einem Worte weder die Kunst seine Hilfsquellen zu schonen, noch die, ihre Wichtigkeit geschickt zu erhöhen. Dagegen war er großmüthig, unternehmend, gewandt in den militärischen Uebungen, elegant und stolz in der Uniform. Kein tapfrerer Offizier (?), kein kühnerer Reiter! Obgleich seine Gesichtsbildung mehr sanft als energisch und gebietend war, obgleich er in seinem Blick eine Art Erschlaffung (!) hatte, in welchem die Träumereien sich abspiegelten, so ist es doch unbezweifelt, daß die Soldaten ihn geliebt hätten wegen seines freien Benehmens, der Aufrichtigkeit seiner Sprache, wegen seiner Gestalt, klein wie die seines Onkels, und wegen seines Namens. Auch hatte er gewünscht, seine Stüze in der Armee zu suchen, und um sich ihr zu zeigen, hatte er unter dem Titel: „Handbuch der Artillerie," ein Werk veröffentlicht, in welchem die Resultate der gelehrtesten Studien in einem festen, klaren und präcisen Styl erörtert sind.

Aber wie siegen ohne die Hülfe des Volks? Und einmal Sieger, wie sich erhalten ohne Beistimmung der Bourgeoisie?

Erzogen in der Landesverweisung, sein Vaterland nicht kennend, überredete sich Louis Bonaparte, daß die Bourgeoisie vom Kaiserreich nur die Erinnerung der gebändigten Revolution, der hergestellten Ordnung, des eingeführten bürgerlichen Gesetzbuches hätte. Um das Volk mit sich fortzureißen glaubte er, sei der Anblick des Adlers auf den Fahnen, und der Schall der Trompeten hinreichend. Doppelter Irrthum! Wessen die Bourgeoisie, den Künsten des Friedens ergeben, sich am nächsten erinnerte in der Geschichte Napoleons, das war sein Despotismus, durch den Krieg beschönigt, und unter dem Volk wußten die Gebildetsten, diejenigen welche das Signal gaben, wohl, daß, wenn auch Napoleon durch Eroberungen die Keime der Democratie in Europa ausgestreut*), er nichts versäumt hatte, sie in Frankreich zu ersticken. Den Kaiser fortsetzen! Allein weil sein Werk geendigt war, seine Sendung erschöpft, hatte man ihn sterben lassen auf jenem Felsen, wo, nach Chateaubriand's Worte, man ihn von der ganzen Erde aus sah. — Ferner, wenn Louis Bonaparte in Frankreich der bürgerlichen Classe gefallen wollte, war er unwiderstehlich genöthigt, seine kriegerischen Ideen zu verlassen, und in diesem Falle, was konnte er der Armee bieten? was konnte er dem Volke bieten? — Die Fortsetzung des Werkes Napoleons, ohne den Krieg, das wäre — es ist erlaubt es zu befürchten — der Despotismus ohne die Triumphe, die Höflinge über unsern Häuptern, ohne Europa unter

*) Aber nur wider Wille! D. Red.

unsern Füßen; ein großer Namen, ohne einen großen Mann, — das Kaiserreich endlich ohne den Kaiser! *)

Louis Bonaparte indessen war gedrängt zu handeln. Durch ergebene Unterhändler erforscht er die Stimmung der Truppen, befragt den Eifer der Officiere, geht Verbindungen ein mit wichtigen Personen, läßt sich Auskunft ertheilen über die Lage der Partheien. Das Resultat der erhaltenen Auskunft war weder ganz günstig, noch ganz entmuthigend. Keime der Gährung waren in der Armee vorhanden; kein Zweifel, daß sie, durch Erinnerung an den Kaiser, ihm gehöre. Unter den Vorständen der Abtheilungen versprachen einige ihren Degen, aber nur für den folgenden Tag nach einem günstigen Erfolge; und einflußreiche Personen, denen Eröffnungen gemacht wurden, zeigten sich eher wohlwollend als feindlich. Die republikanische Partei, die einzige welche Louis Bonaparte fürchtete und zu schonen entschlossen war, — sah sie sich nicht darauf beschränkt, ihre Hoffnungen aufzuschieben wegen Mangel eines Namens, wegen Mangel eines Hauptes? Dies glaubt gerne der junge Prinz, vertrauend den Worten Armand Carrels, die man ihm hinterbrachte, und deren Tragweite seine Täuschungen vergrößerten. Er verließ also das Schloß Arenenberg, und, frei von den allzusüßen Banden, mit denen die mütterliche Zärtlichkeit in ihrer aufgeregten Wachsamkeit ihn umschlang, begab er sich nach Baden-Baden, wohin ihn die Nachbarschaft des Elsaßes zog, und wo das Vergnügen die Entwürfe seines Ehrgeizes verdecken mußten. Hier war es, wo die Hauptfäden der Verschwörung angezettelt wurden. Hier war es auch, wo der Prinz den Obristen Vaudrey gewann, welcher in Straßburg das 4. Artillerieregiment befehligte; kostbare Eroberung für Louis Bonaparte, da Straßburg im ersten Rang seines entworfenen Planes erschien. —

Dieser Plan war gewagt, und wol überdacht. Man mußte zuerst die Beihülfe der elyseeischen Democraten erlangen, durch die Aussicht des loyal zusammenberufenen Volkes, die Besatzung von Straßburg mit fortreißen, mit dem Rufe: es lebe der Kaiser! die Bürger zur Freiheit rufen, und die Jugend der Schulen zu den Waffen, die Wälle der Nationalgarde anvertrauend, dann an der Spitze der aufgestandenen Soldaten nach Paris ziehen. Und alsdann, was sich natürlicherweise dem Geiste Louis Bonapartes vorspiegelte, das waren die überrumpelten Städte, die mit fortgerissenen Besatzungen, die jungen Leute, auf den Pfad eines solchen Abentheuers fortgerissen, die alten Soldaten von allen Seiten den Pflug verlassend, um den vorüberziehenden Adler zu grüßen, unter dem Lärmen fortgesetzten Beifallrufens, der Länge der Straße nach, von Echo zu Echo, — die unangenehme Erinnerung an die Invasion, das Andenken an die großen Kriege, erwachend auf allen Höhen der Vogesen, Lothringens und der Champagne. — Was wird alsdann die Regierung vermögen? Wird sie sich in die Hauptstadt einschließen, mitten in wachsender Aufregung der Vorstädte? Oder wird sie mit den Truppen, welche gewöhnlich zu ihrer Erhaltung dienen, in das offene Feld vorrücken, gestützt auf ihre zweifelhafte Treue, und hinter sich lassend das verwirrte Paris! In einem und dem andern Fall war ihre Lage schrecklich. —

Aber in Straßburg mußte man durchsetzen. Louis Bonaparte hatte sich daselbst Einverständniß verschafft: er begab sich im Geheimen dahin, um selbst den Stand der Dinge zu beurtheilen, beruft seine Freunde zusammen, berathet sie: Die Antwort täuschte seinen Wunsch. Er fand unentschlossene, obgleich der Erinnerung an seinen Oheim sehr ergebene Leute, die nur halb an den Erfolg glaubten. Er ging wieder über den Rhein, das Gemüth voller Unruhe. Aber man entsagt nicht so schnell solchen theuern Hoffnungen. Anderseits hatte der Prinz Leute um sich, die ihn anspornten, weil sie mit den Zufällen seines Glücks spielten. (Fortsetzung folgt.)

*) Eine wahrhaft prophetische Aeußerung Blanc's! D. Red.

München, den 14. Sept. Vor dem nächste Schwurgericht von Oberbaiern wird auch eine Preßstrafsache zur Verhandlung kommen, nämlich die Anklage gegen den Redacteur der Weserzeitung, Herrn Gildenmeister, wegen Beleidigung der bairischen Staatsregierung ꝛc. durch Veröffentlichung der seiner Zeit öfters genannten Münchener Artikel. Wahrscheinlich wird die Verhandlung in contumaciam gepflogen werden.

Frankreich.

Paris, den 9. Septbr. Seit einiger Zeit haben die Zuchtpoliceigerichte fast täglich Personen abzuurtheilen, die der Schmähung L. Napoleon's angeklagt. Fast immer sind es Leute der untersten Classe, Lumpensammler, Wasserträger, Handlanger ꝛc., welche halb- oder ganzberauscht in der Schenke Schimpfreden ausstoßen, die ihnen gewöhnlich außer der Vorhaft noch vierzehn Tage Gefängniß eintragen. — Zu St. Jean d'Angely gehören 16 der 23 neuen Gemeindeverordneten zur republicanischen Partei.

— den 10. Sept. Der Erzbischof von Cambray hat am Schluße der vor drei Tagen stattgehabten Synode seiner Geistlichkeit einen Brief des Cardinals Wiseman vorgelesen, worin derselbe um Unterstützung für den Dr. Newman bittet, da die englischen Katholiken nicht im Stande seien, dessen Proceßkosten allein zu bezahlen. Der Erzbischof forderte seine Geistlichen zu Gaben auf und steuerte selbst 200 Frs. bei. — Neulich habe ich eine Broschüre gesehen, die in Irland von französischen Agenten in großer Anzahl verbreitet werden soll. Sie ist in irischer Sprach abgefaßt und führt den Titel: „Geschichte des Prinzen Louis Napoleon, Retter des Papstes und Schutzherr der Gläubigen." Merkwürdiger Weise spricht man zu gleicher Zeit von einer Politik à la Palmerston, falls die Proclamation des Kaiserreichs einen Krieg zur Folge haben sollte. (!) — Es sind hier zwei Delegirte des Generalrathes von Corsica angelangt, die eine Petition überbringen, daß der Prinzpräsident von Toulon aus die Wiege seiner Familie besuchen möge. Dem Vernehmen nach wird L. Napoleon diesem Wunsche entsprechen. — Auf nächsten Dienstag ist das Journal Le Siecle vor das Policeigericht geladen, um wegen „Aufreizung zum Hasse gegen die Regierung" sich verurtheilen zu lassen.

Miscellen.

* Der General Yusuf ist vor Kurzem in einem mit zwei Mehavis, ächten weißen Dromedaren bespannten Wagen nach Algier gekommen. Er hatte die Thiere in Zeit von 2 Tagen vollständig eingefahren, und sie haben ohne Anstrengung 16 Kilometer in einer Stunde zurückgelegt. Der General hat das oft bezweifelte Problem, diese schnell laufenden äußerst dauerhaften Thiere als Gespann zu gebrauchen gelöst, was für die Communicationen für die Colonie mit Sahara von unberechenbarem Nutzen ist.

Durch die Trockenlegung des Harlemer Meeres, welche jetzt ihrer Vollendung entgegengeht, sind die Trümmer und Ruinen der durch ein merkwürdiges Naturereigniß zerstörten Städte und Dörfer schon sichtbar. Das Harlemer Meer entstand nämlich durch einen gewaltigen Sturm im Jahre 1539, welcher die Deiche wegriß und viele Hunderte von Quadratmeilen Landes mit Wasser bedeckte. An einer Stelle fand man einen großen Haufen menschlicher Knochen, und nach einer vorhandenen topographischen Karte vom Jahre 1513 stand daselbst die Stadt Nieuwekerk, welche mit ihren sämmtlichen Einwohnern von dem heranstürmenden Elemente plötzlich verschlungen wurde.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 11. Sept. Weizen 19 fl. 34 kr., Korn 17 fl. 39 kr., Gerste 11 fl. 52 kr., Haber 6 fl. 1 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue
Speyerer Zeitung.

Donnerstag Nro. 223 den 16. September 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 14. Sept. Die Speyr. Ztg. hat früher eine Reihe von Berichten über die Ansiedlungsverhältniße in Texas mitgetheilt. Obwol dieselben von durchaus glaubwürdigen Männern kamen, fürchteten wir doch, zufällige günstige Verhältniße könnten auf die Berichterstatter wider deren Willen einen Einfluß mit ausgeübt haben. Wir hielten es demnach gleichsam für Pflicht, so viel möglich auch in andern Gegenden der Vereinigten Staaten Erkundigungen einzuziehen, um so mehr, als gleichzeitig die Ansiedelung im Staate Jowa sehr empfohlen ward. Wir ersuchten namentlich einen Freund zu Philadelphia, der sich im Falle befindet, vielseitige Erfahrungen zu vernehmen, um Mittheilung hierüber. Nachstehend seine eben eingetroffene Antwort:

Philadelphia, den 19. Aug. Lieber Freund! Sie richten die Frage an mich: Ist Texas zur Auswanderung zu empfehlen? Nach Allem, was ich über die Sache vernommen, glaube ich die Frage unbedingt bejahen zu dürfen. Ich habe viele Personen gesprochen, die das Land aus eigener Anschauung kennen; sie konnten nicht Worte genug finden zum Lobe der Fruchtbarkeit des Bodens und der Milde des Klimas. Einer der berühmtesten Reisenden, der in letzter Zeit Texas besucht hat, ist der ungarische Gouverneur Ujhazi. Derselbe kam, wie Ihnen bekannt, zu Anfang des Jahres 1850 in die Union und ließ sich in Jowa (sprich Eiowä) nieder, wo er mit seinen Gefährten eine Strecke Landes bebaute, die ihm vom Congresse überlassen worden war. In Jowa wollte es dem Gouverneur nicht sonderlich gefallen. Der greise Held machte sich darum zu Pferde nach dem viele tausend Meilen entfernten Texas auf, um sich an Ort und Stelle zu überzeugen, ob Texas nicht eine wohnlichere Stätte biete, als Jowa. Ujhazi ist nun vor Kurzem „von seinem Ausfluge" nach St. Louis zurückgekehrt. Das Urtheil des berühmten Reisenden ist in folgendem Artikel des in St. Louis erscheinenden Anzeigers des Westens niedergelegt, den ich Ihnen wörtlich mittheile.

„Gouverneur Ujhazi noch in unserer Mitte, im gastfreundlichen Hause unseres achtbaren Mitbürgers Carl Mügge weilend, spricht sich über Texas, den Staat, aus welchem er reitend hieher kam, in der günstigsten Weise aus. Er schildert das Land mit den reizendsten Farben, meint, wenn seine seltenen Vorzüge nur erst allgemeiner bekannt und gewürdigt würden, so sei nicht zu zweifeln, daß Texas bald die Priorität unter den Staaten der Union werde einnehmen. Günstige Lage, herrliches Clima, fruchtbarer Boden und Ueberfluß an schiffbaren Strömen, tragen vereint dazu bei, ihm diese für die Zukunft zu sichern. Ujhazi zweifelt nicht daran, daß der belebende und kultivirende Strom der deutschen Auswanderung, statt den Nordwesten der Union zu bevölkern, bald hieher und zwar zu seinem großen Vortheile sich wenden werde und zwar um so mehr, als Hoffnungen vorhanden sind, daß der übergroße Staat sich demnächst in drei apparte Staaten theilen werde und zwei davon die Sclaverei für den Fall im Bereich ihrer Gränzen aufzuheben gesonnen sind. Die große Landstrecke, welche Kossuth in Texas besitzt, soll in jeder Beziehung herrlich sein. Es fiel dem würdigen Ujhazi namentlich schwer, sich von dem sehr nahe daran liegenden St. Antonio zu trennen. Nur die Sehnsucht nach den theuren Seinen, im fernen Jowa, hieß ihn endlich zu Pferd steigen und wie er die große Tour bis hieher, eine möglichst gerade Linie verfolgend, aller Hindernisse muthig spottend, und allenfalls den Weg versperrende Flüsse auf die einfachste Weise, nämlich schwimmend, übersetzend, reitend zurücklegte, so gedenkt er auch reitend nach New-Buda zu kommen. Gouverneur Ujhazi erzählte uns, daß er vergangenes Jahr im Hofraume seines Hauses zu Jowa allein in eigener Person 31 Klapperschlangen erschlug und eine sogar in seinen Wohnzimmern tödtete. Solche Lieblichkeiten in solcher Ueberschwenglichkeit, mögen allerdings mit Recht dazu beitragen eine Gegend zu verleiden und das rauhe Clima New-Budas noch obendrein das Seine thun, Land im sonnigen Süden doppelt schön erscheinen zu lassen. Gouverneur Ujhazi wird späterhin in der That nach Texas übersiedeln; wann? ist jedoch noch unbestimmt und hängt von äußeren Verhältnißen ab."

So weit der Anzeiger des Westens. Ich kenne Gouverneur Ujhazi persönlich und kann Sie versichern, daß er ein biederer, vorurtheilsfreier Mann von den gesundesten Ansichten ist und daß seine Angaben den vollsten Glauben verdienen. Herr Buchhändler Wesselhöft aus St. Louis, den ich dieser Tage hier sprach, hat aus dem Munde des Gouverneurs ganz dieselben Aeußerungen vernommen, wie sie in dem mitgetheilten Artikel des Anzeigers enthalten sind. — Was von der Ansiedelung in Jowa zu halten, darüber gibt der mitgetheilte Artikel genügenden Aufschluß. Mehr zu empfehlen dürfte die Auswanderung nach Wisconsin sein. Das Klima ist gut, fast jenem Deutschlands gleichkommend, der Boden fruchtbar und das Land reich an den mannichfaltigsten Erzeugnissen. Auch faßt dort das deutsche Element mächtig Wurzel. Als bezeichnende Thatsache führe ich an, daß in der Stadt Milwaukie jetzt 6 deutsche Blätter erscheinen, 2 mehr als in unserer Stadt der Bruderliebe, die gegen 80,000 deutsche Einwohner zählt.

Uebrigens muß ich hier nochmals wiederholen, was ich Ihnen schon früher bemerkte: Nur Landleuten, die viele kräftige Arme und einiges Vermögen mitbringen und die Muth und Ausdauer genug besitzen, einige Jahre die Mühseligkeiten und Strapazen des Pionier-Lebens zu ertragen, ist zur Auswanderung zu rathen. Wer sich im Besitze dieser Eigenschaften befindet, der komme getrost. Sind die ersten Jahre überwunden, dann erwartet ihn ein Loos, wie er es im alten Vaterlande nimmer finden wird. Hier in Amerika wird Schillers herrlicher Spruch zur vollen Wahrheit: „Arbeit ist des Bürgers Zierde, Segen ist der Mühe Preis!" Beneidenswerth ist das Loos des amerikanischen Farmers, wenn er sich einmal angebaut und wohnlich eingerichtet hat. Er ist ein Freiherr im vollsten und edelsten Sinne des Wortes.

Aber noch einmal, theuerster Freund! beschwöre ich Sie: erheben Sie mit aller Kraft und Energie, die Ihnen zu Gebote steht, Ihre Stimme gegen die Auswanderung auf Staats- oder Gemeindekosten, die das Proletariat nackt und von Allem entblößt an unsere Küsten wirft und es dann seinem Schicksale überläßt. So kamen z. B. im Monate Juni mehrere Hunderte armer Leute, die auf Kosten der Gemeinden Neuenkirchen und Stein in Baden abgeschickt worden waren, und denen man in Havre 3 Gulden, sage drei Gulden ausbezahlt hatte, von Allem entblößt in New Orleans an. Das Elend dieser Armen war wahrhaft gräßlich und haarsträubend. Nicht weniger als 17 von ihnen, meistens Familienväter und Mütter, fanden alsbald nach ihrer Ankunft in New-Orleans den Tod. Die übrigen wurden auf dem Dampfer

„Western World,“ einem der schmutzigsten und ungesundesten Schiffe, die die westlichen Ströme befahren, nach St. Louis gesendet. Unterwegs brach die Cholera auf dem Schiffe aus und raffte einen großen Theil der armen Einwanderer weg. Die übrigen kamen im schrecklichsten Zustande in St. Louis an. Dort quartierte man sie in einen engen Schuppen ein und überließ sie, auf nackter Erde liegend, aus Furcht vor Ansteckung ihrem Schicksale, bis mildthätige Frauenherzen sich ihrer erbarmten. Wollen Sie Näheres über das Schicksal dieser Unglücklichen erfahren, so lesen Sie den beifolgenden Bericht der deutschen Gesellschaft in New-Orleans und den Aufruf der Präsidentin des Frauenvereins in St. Louis, und Sie werden finden, daß ich die Farben in keiner Weise zu stark aufgetragen habe. Das erstere Actenstück empfehle ich Ihrer besondern Aufmerksamkeit; es enthält beherzigungswerthe Winke für Auswanderer und ist in jeder Beziehung der weitesten Verbreitung würdig.*)

Damit genug für heute. Wir haben eine Hitze von 96° Fahrenheit im Schatten und die Glocke schlägt Mitternacht. Ich bin herzlich froh, daß das traurige Kapitel hinter mir liegt. Morgen mehr und Freudigeres. Good night! Σ.

Die deutschen Farben. Der „Nürnb. Kur.“ bespricht den neulich erwähnten Fall, daß eine hessische Policeibehörde die schwarz-roth-goldene Fahne für hochverrätherisch erklärte. Er bemerkt u. a.: „Uebrigens ist die Sache nicht neu und wird auch, wie wir fürchten müssen, selbst wenn alle Policeien deutscher Nation dem Beispiel des Landgerichts Zwingenberg folgten, nicht von dem gehofften Nutzen sein. In den dreißiger Jahren waren die deutschen Farben gleichfalls aller Orten verboten, in Baiern z. B., weil „das Zeichen geheimer, staatsgefährlicher Verbindungen,“ bei einer Strafe von 10 fl. und den übrigen sich selbst zuzuschreibenden Folgen. Damals schienen die deutschen Farben wie vom Erdboden verschwunden; nirgends sah man eine schwarz-roth-goldene Fahne, Niemand trug eine schwarz-roth-goldene Cocarde, höchstens daß da oder dort ein ehemaliger Burschenschafter das schwarzrothgoldene Band in einem versteckten Winkel seiner Kleidung verbarg. — Es war damals still im Lande und die Policei waltete muthig ihres gesegneten Amtes. — Da — eines schönen Märzmorgens — war alle Welt über Nacht schwarzrothgolden geworden. — Fürsten liebten diese Trikolore, Minister, Bundestagsgesandte, Diplomaten, Policeileute, Staatsanwälte trugen sie, darunter vielleicht Mancher, der jetzt gern vergessen wissen möchte, daß seine schwarzrothgoldene Cocarde damals so groß gewesen und so hell in die Augen stach. — Kein Fest, kein öffentlicher Umzug, keine officielle Feier — ohne die deutschen Farben. Die Policei sah es, die Policei machte selbst mit. — Wo waren alle diese deutschen Fahnen, Cocarden und Bänder über Nacht hergekommen? Warum hatte die Policei über Nacht vergessen, daß sie Verordnungen gegen dieselben besaß?... Eins scheint uns unklug, nämlich daß die hessische Policei es so gerade heraus sagte, daß, was die deutsche Fahne repräsentirt, mit dem dermalen bestehenden Hessenreiche unverträglich sei. Diese Auffassung mag richtig, sie mag das Resultat einer tiefsinnigen diplomatischen Kunst sein, aber „ächte Staatsweisheit“ sollte nicht alle Wahrheiten an die große Glocke hängen und es ist stets vom Uebel, wenn man das Volk, die Unterthanenschaft, die „Menge“ allzusehr zum Denken reizt. — Brauchen denn die Hessen zu wissen und über die Bedeutung des policeilichen Conclusums zu grübeln, daß für ein großes, mächtiges und einiges Deutschland und ein hessisches Vaterland von 830,000 Einwohnern diese Welt zu klein ist?...“

Speyer, den 11. Sept. Das kgl. bayr. Landcommissariat an die Redaction der Speyerer Zeitung dahier. — Die Redaction der Speyerer Zeitung wird auf Grund des Art. 47 des Gesetzes vom 17. März 1850 „zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse“ aufgefordert, nachfolgende amtliche Berichtigung in das nächste oder zweitfolgende Blatt der Speyerer Zeitung einzurücken und von gegenwärtiger Mittheilung Bescheinigung einzusenden.

„Die Speyerer Zeitung Nro. 220 enthält in einem Artikel aus Speyer über die Beförderung der Otterstadter Auswanderer die Bemerkung, daß Agenten, welche um diese Beförderung concurrirt hätten, dieselbe um circa 1000 Gulden wolfeiler hätten übernehmen wollen.

Es versteht sich wol von selbst, daß bei einem solchen Unternehmen der Ueberfahrtspreis allein den Ausschlag nicht geben kann, da man sonst am zweckmäßigsten den Weg der Minderversteigerung betreten hätte; vielmehr muß vor Allem die Solidität des Schiffsbefrachters, die Wahl des Einschiffungshafens, die gesetzlichen Einrichtungen ebendaselbst, die Verköstigung, Verpflegung, Behandlung der Auswanderer während der Reise, die Wahl des Ausschiffungshafens u. s. w. berücksichtigt werden.

Ausweislich nun der bei den Acten liegenden Anerbietungen der verschiedenen hiesigen Auswanderungsagenten machte vor Abschluß des Vertrags mit Wichelhausen beim Bürgermeisteramte Otterstadt nur der für das Haus Carl Ahlborn concessionirte Agent Stockinger einen derartigen Vorschlag, auf welchen nicht eingegangen werden konnte, weil die Expedition über London nach New-York gerichtet und die unterfertigte Behörde aus wohlerwogenen und bekannten Gründen nicht in der Lage ist, von Amtswegen eine Auswanderungsbeförderung über einen nicht deutschen Hafen zu bevorworten.

Ein zweites ähnliches Anerbieten, durch welches jedoch die in der Speyerer Zeitung erwähnte Mindersumme nicht erreicht worden wäre, wurde vom Agenten Merkle gestellt.

Abgesehen davon, daß dieses Anerbieten erst nach Abschluß der Vertragspunctationen mit Wichelhausen eingereicht und der Letztere bereits benachrichtigt worden war, sich für diese Expedition zu rüsten, sowie, daß das Haus des erwähnten Agenten nur über Antwerpen nach New-York den Ueberfahrtspreis vorschlug, konnte dasselbe schon deßhalb nicht berücksichtigt werden, weil zur Erwirkung einer wolfeileren Expedition vom Agenten ein Mittel in Anwendung gebracht werden sollte, welches der unterfertigten Behörde unwürdig erschien.

Die Speyerer Zeitung bemerkt weiter, daß Quebek als Ausschiffungshafen sehr übel gewählt worden sei.

Es ist dem kgl. Landcommissariat sehr gleichgültig, ob die Speyerer Zeitung die Wahl für eine gute oder schlechte hält, da sie auf das Urtheil der Speyerer Zeitung bei ihrer Handlungsweise nicht reflectirt, sonach auf dasselbe auch gar kein Gewicht legt. Den Lesern der Speyerer Zeitung diene jedoch zur Aufklärung, daß der größere Theil der Otterstadter Auswanderer in Rochester und dessen Umgebung, Anverwandte und Bekannte hat, und eben deßhalb dort sich niederzulassen wünschte.

Diesem Wunsche ist um so lieber willfahrt worden, als nach Privatmittheilungen aus New York in jener Gegend durch Erweiterung des Erie-Canals und Anlegung mehrer neuer Eisenbahnen den einzelnen Arbeitern hinreichende Gelegenheit zum Verdienst gegeben ist. Als Uebergangspunct war nun entweder New-York oder Quebek zu wählen. Die Landung in New-York mußte verworfen werden, weil nach dem Gesetze vom 11. Juli 1850 keine arbeitsunfähigen Personen, insbesondere keine Krüppel, keine Personen über 60 Jahre alt, keine Wittwen mit ihren Kindern, keine schwangere ledige Weibspersonen ꝛc. ꝛc. angenommen werden, wenn sie nicht 300 Dollars oder 750 fl. Caution erlegen; zudem hat jeder Capitän für Einbringung solcher Personen von 25 bis 200 Pfd. per Kopf Strafe zu zahlen.

Man konnte also die Gemeindekasse von Otterstadt, welche ohnedies schon ein so bedeutendes Geldopfer gebracht hat, nicht noch der Gefahr aussetzen, für den einen oder anderen Auswanderer eine Cautionssumme zu zahlen.—Hausmann. Pfeufer.“

*) Wir haben Auszüge aus diesem bereits vor etwa zehn Tagen erhaltenen Actenstücke in der Beilage zu Nro. 220 unseres Blattes mitgetheilt. D. Red.

Berlin, den 12. Sept. In einem hier verhandelten Preßprozeße waren die Angeklagten: der hiesige katholische Oberkanzler Dr. Künzer und der katholische Lehrer Wels zu Bernau. Sie hatten den protestantischen Pfarrer Gerold geschmäht, weil derselbe den Katholicismus, wie er zur Zeit der Hussitenkriege bestand, angegriffen hatte. Beide Angeklagte wurden zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Die Jesuitenmissionen werden in Schlesien und Posen nächstens wieder beginnen, ebenso auch die allgemeine schlesische Kirchenvisitation evangelischerseits. Genug, der confessionelle Frieden ist aus! (A. Z.)

Breslau, den 8. Sept. Nach einer mehrwöchentlichen Unterbrechung beginnen wieder die Jesuitenmissionen in Schlesien. Mit großer Heftigkeit ist unter den katholischen Theologen Breslaus ein Streit um die Katholizität der Günther'schen Philosophie ausgebrochen. Während die Einen in Günther's (Professor in Breslau) Lehre eine glänzende Widerlegung der evangelischen Philosophie vom katholischen Standpuncte sehen, verlangen die Andern sogar die Censurirung event. das Verbot der Günther'schen Schriften.

Wien, den 10. Sept. Die mit Parma und Modena abgeschlossenen Zolleinigungsverträge werden mit dem 1. Februar künftigen Jahres in Wirksamkeit treten.

Die Frage, welche Stellung die Mächte Europas gegenüber Frankreich einnehmen werden, wenn die Proclamirung des Kaiserreichs erfolgt, ist schon vielfach, zum Theil jedoch nur auf unsicherem Boden, erörtert worden. Oesterreich betreffend, gibt jetzt ein Originalartikel der Wiener Zeitung, des amtlichen Organs der Regierung, deutlich zu verstehen, daß die Regierung Frankreich in der Kaiserfrage ruhig gewähren lassen werde, ja, mit diesem „zur Ordnung und Ruhe" führenden Uebergang vollkommen einverstanden sei.

Aus Oesterreichisch-Schlesien, den 6. Sept. Die Cholera hat nun auch die österreichische Grenze überschritten und ist in einigen Orten des Krakauer Gebiets mit einer Heftigkeit aufgetreten, die sie nur bei ihrem ersten Erscheinen in Europa 1830 hatte und welche ganz die ursprüngliche asiatische Wildheit dieser Seuche karakterisirt.

Aus Böhmen, Anfangs September. Auf sehr beunruhigende Weise mehren sich die Feuersbrünste auf dem Lande, da bei den meisten derselben Zeichen absichtlicher Brandlegung bemerkt wurden. Weil gar so oft Getreidescheunen ergriffen werden, so vermuthet man allgemein, daß häufig Erbitterung über die noch immer anhaltende Uebertheuerung der Lebensmittel bei diesen Unthaten im Spiel sei.

Schweiz.

Bei der Lehrerschaft des Kantons Zürich circulirt eine Adresse an den Berner Lehrerstand, in welcher dieser ermuntert wird, festzuhalten an den bisher bewährten Grundsätzen; wenn auch die jetzige Berner Regierung denselben nicht hold sei, so müsse ihnen der Sieg dennoch werden.

Frankreich.

Paris, den 7. Septbr. Der Urlaub, den Hr. v. Kisseleff von seiner Regierung erhalten hat, und die Rückkehr des Hrn. v. Castelbajac aus St. Petersburg sind zwei Facta, die — besonders durch ihre Gleichzeitigkeit — in der politischen Welt lebhaft und geheimnißvoll commentirt werden. (A. Z.)

† **Paris,** den 12. Septbr. Der halbamtliche Theil des Moniteurs bringt einen Artikel über die Beschlüße der Generalräthe, welche als der Ausdruck der ganz zu Gunsten der Regierung bekehrten öffentlichen Meinung dargestellt werden. Die geäußerten Wünsche für die Herstellung des Kaiserreiches werden darin nur leise, sehr leise berührt, und die Regierung findet es ganz natürlich, daß, nachdem die Vortrefflichkeit der gegenwärtigen Zustände, im Vergleich mit den vorangegangenen, anerkannt wurde, man auch deren Fortdauer wünschen müße, die durch eine Consolidirung der Gewalt in einer stabilen Staatsform erreicht werden kann. — Der Präsident hat dem Geranten des „Journals Bourgignone," Hrn. Rémond, 6 Monate Gefängnißstrafe, zu der er wegen Preßvergehen verurtheilt war, erlassen. — Mme. Laffarge ist in den Bädern von Ussat nach kurzer Krankheit gestorben. Der Todeskeim, den sie aus ihrer 12jährigen Haft mitgebracht hat, hat sich bei dem ihr vorgeschriebenen Gebrauche der Bäder rasch entwickelt.

Kürzlich brachten viele Zeitungen die Nachricht, General Haynau habe bei einem Diner vor zahlreicher Gesellschaft sein Betragen im ungarischen Kriege zu rechtfertigen gesucht und sein Ehrenwort gegeben, daß nie ein Frauenzimmer auf seinen Befehl gepeitscht worden sei. Diese Geschichte ist rein erfunden. — Am 11. fuhr der Präsident an Thiers vorüber, der ihn aus seinem offenen Wagen heraus nicht grüßte. Das Gefolge des Präsidenten war wüthend darüber; Louis Napoleon aber blieb ganz ruhig und sagte trocken zu dem neben ihm reitenden General St. Arnoud: „Il est fou, ce pauvre Thiers, j'ai grande envie de le mettre à Charenton" (K. Z.)

Der Bischof von Nevers hat den Gläubigen der genannten Stadt das Fleischessen am 15. September, der ein Festtag ist, gestattet, weil der Präsident der Republik an diesem Tag dort eintrifft und die Fastenspeisen deshalb sehr schwer aufzubringen sein würden!

In den Gemeinden des Arrondissements von Weissenburg wird zur Unterzeichnung eine an den Senat gerichtete Adresse herumgereicht, welche folgendermaßen schließt: „Die Unterzeichneten ersuchen Sie (vos seigneuries) um den Erlaß eines Senatusconsultums zu Gunsten des erblichen Kaiserthums, welches zum Oberhaupte Louis Napoleon den III. habe." (Also zählt auch der als Regent nie existirende Napoleon der Zweite, — ganz à la Louis XVII.!)

Italien.

Rom, den 5. Sept. Viele junge Leute aus Deutschland kommen hierher, um Theologie zu studiren, weil sie dies für vortheilhaft erachten. Sie täuschen sich aber darin aufs Bitterste. Wen die Propaganda oder das deutsch-ungarische Collegium aufnehmen, der muß — und das wissen die meisten Ausländer nicht — eidlich geloben, bei Verzichtleistung auf jeden eigenen geistlichen Lebensplan sich vielmehr als willenloses Organ nach dem Dafürhalten des Instituts verwenden zu lassen. Dieser Fahneneid hat Manchen, der schon die Schwelle zu überschreiten im Begriff war, wieder zurückgeschreckt. Ganz zu widerrathen ist es jungen Leuten, im Collegio Romano der Jesuiten und in der Sapienza sich auszubilden. Denn der Cursus ist bei der festgehaltenen scholastischen Methode ein weit längerer als in ähnlichen deutschen Lehranstalten, und wird auch der Unterricht von den Jesuiten unentgeldlich ertheilt, so ist doch das Leben in Rom bekanntlich in Kost und Wohnung theuerer als in jeder größern Stadt Deutschlands. Schon mancher deutsche Jüngling zehrte hier sein väterliches Erbe auf, bevor er noch der italienischen Sprache zum Verständniß des Unterrichts hinreichend mächtig geworden. Um doch hier bleiben zu können, gerathen dann solche junge Leute oft in drückende, zerstreuende Abhängigkeit. (A. Z.)

Rom, den 4. Septbr. Im gestrigen Giornale de Roma bemüht sich Abbate Coppi die von mehreren Tagsblättern verbreitete Nachricht über das Einreißen von Demoralisation in verschiedenen päpstlichen Truppencorps als grundlos darzustellen. Wer indessen die Sache aus der Nähe beobachtet, der weiß, wie viel er davon zu halten hat. Wohl mag hier und dort in der Angabe von Nebendingen gefehlt sein, in der Hauptsache aber verhält sich's vielleicht noch weit schlimmer als das größere Publicum es erfährt. Wer Gelegenheit hat die von der

Polizei monatlich zwei- oder dreimal in Umlauf gesetzten Steckbriefslisten einzusehen, der kann über die in der Rubrik immer und immer wiederkehrende Angabe des Verhaftungsgrundes „Diserzione" nur staunen. Eben aus diesen Elementen der demoralisirten päpstlichen Miliz bildeten sich während der letzten Wochen zwei Räuberbanden, welche mit jedem Tag mehr und mehr die Bewohner unserer Umgegend in Schrecken setzen. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, den 3. Sept. Der Herzog von Veragua, jener Nachkomme des großen Columbus, der neulich die Handschriften seines Vorfahren der Madrider Bibliothek schenkte, hat, wer sollte es glauben, der Regierung ein Gesuch eingereicht, die Toromaquia (Schule für die Heranbildung der Stierkämpfer), die Calomarde seligen Andenkens in Sevilla errichtete, durch Espartero aber aufgehoben wurde, wieder eröffnen zu lassen. Das Gesuch ist von 20 andern Titulados von Andalusien mit unterzeichnet, und läßt sich hieraus schließen, auf welcher Stufe geistiger Bildung unsere heutigen Granden stehen.

Großbritanien.

London, den 13. Sept. Das Morning-Chronicle berichtet, einem Gerüchte zufolge sei mit Frankreich ein auf freihändlerischen Grundsätzen beruhender Vertrag abgeschlossen; der höchste Eingangszoll betrage 15 Procent vom Werthe. Auch werden die Briefporto ermäßigt werden.

Auf der Sheffield-Lincolnshire-Bahn ereignete sich am 8. Sept. Abends ein entsetzlicher Unfall. Der Zug kam aus dem Geleise, und die Locomotive stürzte über einen 50 Fuß hohen Damm hinab. Ein Conducteur und ein Locomotivführer blieben auf dem Platze; jener brach, wie es scheint, beim Sturze das Genick und war augenblicklich tod, dieser lag eine Stunde lang mit brennenden Beinen und bald zerschmettert unter dem Feuerkasten und war noch bei Besinnung als man ihn aus dieser furchtbaren Lage erlöste. Der Arme starb erst Donnerstag Abends unter den schrecklichsten Qualen. Eine große Anzahl von Passagieren wurde mehr oder minder leicht verwundet.

Cap-Zeitungen schildern den Aufschwung der jungen Stadt Port Elizabeth als beinahe beispiellos in der Geschichte neuerer Städte.

Türkei.

Aus **Smyrna** wird vom 30. August berichtet, daß das Erscheinen zweier sardinischer Kriegsschiffe daselbst insofern einen mißlichen Eindruck gemacht habe, als zwischen der Mannschaft und den italienischen Flüchtlingen ein mehr als vertraulicher Verkehr stattfand und der Anlaß zu mancher ebenso lärmenden als feindseligen Demonstration nicht fern gehalten wurde.

Vereinigte Staaten.

Aus **New-York** meldet man vom 1. Sept., daß es im Handel lebhaft und durch einen Vertrag mit den Niederlanden den beiderseitigen Schiffen gleiche Rechte eingeräumt seien.

Der Congreß der Vereinigten Staaten ist geschlossen.

Miscellen.

Nach dem Morning-Chronicle will ein Engländer Namens Brown ein neues Constructionssystem für Schiffe erfunden haben. Er will Dampfer bauen, mit denen in 48 Stunden der Weg nach Amerika zurückgelegt wird und in 15 Tagen die Strecke nach Indien und zurück. Die Schiffe selbst sollen ungeheuer groß sein und Wogen und Stürmen leicht widerstehen können. Dabei ist ihre Bewegung so gleichförmig, daß es auf denselben keine Seekrankheit mehr gibt. (?) Was will man mehr?

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Die Verfassung von Liechtenstein ist modificirt worden, und soll diese Modification darin bestehen, daß die aus drei Mitgliedern zusammengesetzte erste Kammer künftig gebildet werden soll: aus den Mitgliedern des herzoglichen Hauses, aus den Reichsunmittelbaren und Standesherren, aus den zur erblichen Pairswürde vorgeschlagenen Rittern und einem von der Regierung gewählten Höchstbesteuerten, zusammen also aus zwei Personen. Der schon gefürchtete und für die Ruhe Europas so gefährliche Sturz des Liechtensteinschen Cabinets ist auf diese Weise glücklich beseitigt worden.

Alles drängt sich zur Betheiligung an der türkischen Anleihe, während man zur Oesterreichischen ungläubig den Kopf schüttelt. So wird durch die Ungläubigen ein Gläubiger nach dem andern gewonnen, während durch die Gläubigen der Unglaube vermehrt wird, und nur die Leichtgläubigen sich entschließen, an Oesterreich zu glauben.

Geldcourse.

Frankfurt, den 14. Sept. Pistolen 9 fl. 45 — 46 kr., Ducaten 5 38 — 39, 20-Franken-Stücke 9 31 — 32, Holländische 10fl.-Stücke 9 55 — 56, Preußische Thaler 1 45¼—45¾, Fünffrankenthaler 2 fl. 21¾—22¼ kr.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1220a] **Für Bierbrauer.**

Frische Untergähr-Sätze bei

C. Emonts in Lingenfeld
bei Germersheim.

[1205a] **Lehrlingsgesuch.**

In einem gemischten Waarengeschäft kann ein wohlerzogener junger Mann unter vortheilhaften Bedingungen in die Lehre genommen werden. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1221a] **Anzeige.**

C. Loudet, Hofzahnarzt von Carlsruhe, wird den 17. und 18. September in Mannheim verweilen, und ist im deutschen Hof Nro. 9 zu sprechen.

[1219] **Bekanntmachung.**

Das unterzeichnete Bürgermeisteramt bringt hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß der diesjährige Mathäusmarkt am 26., 27. und 28. September stattfindet und abgehalten wird.

Man hat wahrgenommen, daß immer noch auswärts Zweifel bestehen, an welchen Sonntagen der hiesige Jahrmarkt beginnt, obgleich dessen Regel unabänderlich ist, weil aus den Kalendern solches zweideutig genommen werden kann.

Die Regel ist diese:

Fällt der Mathäustag auf einen Sonntag, so ist mit jenem Sonntage des Marktes Anfang; fällt Mathäus aber auf Montag, Mittwoch, Donnerstag rc. rc. so ist immer den nachfolgenden Sonntag Marktanfang.

Nach diesem Maaßstabe kann sich Jedermann selbst außer Zweifel setzen und von einem Andern nicht irre machen lassen.

Edesheim, den 10. September 1852.

Das Bürgermeisteramt:

Kämmerer.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 224 | den 17. September 1852.

Deutschland.

***Worte Victor Hugo's.** Seit den englischen „Juniusbriefen" ist wol nie eine Schrift veröffentlicht worden, die für einen politischen Gegner vernichtender gewesen wäre, als Victor Hugo's „Napoleon der Kleine." Ja sie ist sogar vielfach noch zermalmender als sogar jene „Letters of Junius," die man heute, nach mehr als 80 Jahren, selbst auf dem mit den englischen Verhältnißen eigentlich so wenig vertrauten Continente noch mit wahrer Bewunderung liest. Kein Wunder, daß man Frankreich hermetisch vor Hugo's Schriftchen zu verschließen sucht! Kein Wunder aber auch, daß die Franzosen, welche ihre heutige maßlose Schmach fühlen, trotz aller Gefahren, nach demselben haschen, und es wie ein theueres aber hoch gefährdetes Kleinod gleichsam auf dem Leibe tragen. Diese zermalmenden Worte, diese haarsträubenden Schilderungen von Thatsachen, — sie werden ihre Früchte tragen! Leider stehen wir in Deutschland so, daß es als unmöglich erkannt werden muß, eine vollständige und treue Uebersetzung des in dem freien England gedruckten Werkchens bei uns zu veröffentlichen. Unmöglich in dem nemlichen Deutschland, in welchem namentlich 1813 bis 15 so viele Tausende sich zur Bekämpfung des nemlichen Princips in den Tod stürzten, welches in Frankreich wieder aufta chte, und welches Victor Hugo bekämpft; — unmöglich in der nemlichen Zeit, in der es sich um die Fortsetzung der 1813 bis 15 gestürzten Gewalt handelt, und überdies in der nemlichen Zeit, in der Deutschland nicht im Entferntesten gesichert ist, daß die Gelüste der Alt-Napoleonischen Herrschaft jeden Augenblick wieder hervorbrechen können, — und dies Alles trotz der viel angerufenen Verträge von 1814 und 15, wodurch alle Mächte sich verpflichteten, die höchste Gewalt in Frankreich niemals weder in den Händen Napoleons noch in denen irgend eines seiner Nachkommen oder Verwandten zu belassen!

Das jetzige System in Frankreich besteht eben! Allein wie lange wird es bestehen, wenn es nicht in der Verzweiflung des Bewußtseins der ihm drohenden Gefahr — das Spiel der Eroberung des zerrissenen Deutschlands versucht? Und wie dann?!

Es ist wahr, die große Masse der Menschen hält Alles, was vor ihren Augen erscheint und besteht, und nicht gerade am zweiten Tage zusammenstürzt, gleichsam von ewiger Dauer. Aber — besitzt es darum diese ewige Dauer?!

Oftmals hörten wir einen vor einigen Jahren gestorbenen Freund mahnend und warnend erzählen, wie er 1811 und 12 nach Paris kam und, von seinen Geschäften redend, so häufig von einem alten Bekannten hören mußte: Ihr da draußen in der Provinz habt mehr Vertrauen auf diese Wirthschaft (die Alt Napoleonische) als wir hier; das Ding kann nicht bestehen! — Und wie brach krachend der Bau jenes jedenfalls genialen Despoten zusammen?!

Die „legitimen" Bourbonen beherrschten darauf Frankreich wieder. Wie oft seufzten wir selbst in der Jugend, daß eine Aenderung, ein Besserwerden nun geradezu unmöglich geworden sei; unmöglich zumal nachdem der in ganz Europa mit spannendster Erwartung betrachtete Feldzug nach Spanien (1823) so vollständig gelungen war, und — nachdem Karl der X 1828 seinen Triumphzug — besonders im Elsaß! — gehalten. Allein wie lange dauerte es, bis der nemliche Greis (Karl X.) zu Englands Gestade als Flüchtling eine Zufluchtsstätte suchte?

Es kam Ludwig Philipp. Heute findet er nur Tadler. Und doch liegt die Zeit so nahe, in der er beinahe nur Bewunderer zählte. Wahrlich, es ist vergebens, diesem Manne Geschicklichkeit, Verstand und große Schlauheit abzusprechen. Im Beginne des Jahres 1848 war es, daß der kluge und schlau beurtheilende General von Radowitz „amtlich" nach Berlin berichtete: diese Herrschaft steht fester als je, fester als je eine! Vier Wochen darauf, und — auch Ludwig Philipp mußte verkleidet und elend die gastfreundliche Küste des freien Albion aufsuchen. Auch seine Herrschaft war wie ein Kartenhaus zusammengestürzt, denn, während man überall die Sittlichkeit im Munde führte, fehlte ihr die sittliche, die wahrhaft volksthümliche Grundlage. —

Und das jetzige Regime in Frankreich sollte von ewiger Dauer sein?! Victor Hugo bespricht auch diese Frage. Was er darüber sagt, gehört zum Glänzendsten nicht nur, sondern auch zum Wahrsten, was sich in dieser wunderbaren Schrift findet. Er gibt ein herrliches, majestätisches Bild. Hier ist es:

„Wir sind in Rußland. Die Newa ist gefroren; man baut Häuser darauf, die schwersten Wagen rollen über die Decke ihres Eises. Ihr Wasser hat sich zum Fels verdichtet. Fußgänger schreiten über diesen Marmor, der ehedem ein Fluß gewesen. Man improvisirt auf der Newa eine Stadt, man zieht Straßen, man errichtet Kaufläden — — — man ißt und trinkt und schläft und zündet Feuer an auf diesem Wasser. Man kann sich Alles auf ihm erlauben. Fürchtet nichts, thut was ihr wollt, lacht, tanzt, das ist ja fester als das feste Land. Das klingt ja unter dem Fuße wie Granit. Es lebe der Winter! Es lebe das Eis! Es ist für die Ewigkeit! Aber betrachtet den Himmel. Ist es Tag? Ist es Nacht? Ein mattes, blasses Licht zieht sich über den Schnee, man sollte glauben, die Sonne will — sterben! — — — Nein du stirbst nicht, Sonne der Freiheit. Eines Morgens, wenn man es am wenigsten erwartet — — — wirst du auferstehen. O Blendung! Man wird plötzlich dein Sternenantlitz aus der Erde steigen und am Himmel glänzen sehen. Auf all diesen Schnee, auf all dies Eis, auf diese harte und weiße Fläche, auf dieses zum Marmor gewordene Wasser, auf diesen garstigen Winter wirst du deine goldenen Pfeile schleudern und deinen glühenden und glänzenden Strahl, und dein Licht und deine Wärme und dein Leben! — Und dann hört doch! Versteht ihr dieses dumpfe Gebrause? Versteht ihr dieses tiefe und furchtbare Gekrache? Das ist der Eisgang der Newa! Das ist der Fluß, der seinen Lauf wieder aufnimmt! Das ist das Wasser, das lebende, muntere, das furchtbare, das die garstige, todte, eisige Decke hebt und zertrümmert! Das war Granit, habt ihr gesagt, und siehe da, dieser Granit ist geborsten wie Glas. Das war Eisgang, sage ich euch! Das ist die Wahrheit, die wiederkehrt, das ist der Fortschritt, der wieder beginnt, das ist die Humanität, die sich wieder in Bewegung setzt und in ihren Fluthen begräbt, gleich armseligen Möbeln eines baufälligen Hauses, nicht all-in das funkelnagelneue Reich des Bonaparte, sondern auch alle und jede Bauten, alle und jede Schöpfungen des alten ewigen Despotismus. Seht ihr, wie das Alles vor euren Augen verschwindet! Dieses halb ersoffene Buch das ist der Coder der Ungerechtigkeit! Das eine sinkende hölzerne Gerüst das ist der Kaiserthron, das andere sinkende Gerüst das ist das Schaffot! Und was hat es bedurft für dieses ungeheure Zu-

sammenbrechen, für diesen erhabenen Sieg des Lebens über den Tod? Nur einen deiner Blicke, o Sonne, nur einen deiner Strahlen, o Freiheit!!!"

*** Die Sammlung für Dr. Newman.** Noch immer dauern die Sammlungen für den Dr. Newman fort. Es ist eine sehr auffallende Erscheinung. Einer unserer Freunde bemerkt darüber u. a. Folgendes:

Man lasse nicht unbeachtet den nie dagewesenen Scandal, der neulich vor Gericht in England aufgeführt worden und nun in seinen Folgen noch unverschämter an's Licht tritt. Ein katholisch gewordener (früher protestantischer) Dr. Newman beschuldigt den protestantisch gewordenen Priester Achilli in öffentlichen Blättern der schmählichsten Handlungen. Um den Beweis der Wahrheit der ausgesprochenen Beschuldigungen zu führen, ladet Newman, oder vielmehr die hinter ihm stehende Partei, Zeugen, darunter viele weiblichen Geschlechts aus den entferntesten Gegenden in großer Anzahl mit ungeheuern Kosten vor Gericht, um die schmutzigsten Beschuldigungen dort aussprechen zu lassen. Die Intrigue mißglückt, und Dr. Newman wird verurtheilt. Nun fordert der Cardinal-Erzbischof Wiseman zu London die christliche Mildthätigkeit der Gläubigen auf, daß sie die auf 75,000 fl. erlaufenen Gerichtskosten des Convertiten Newman zusammenschießen sollen. Zu gleichen Beiträgen fordert die Deutsche Volkshalle die Katholiken Deutschlands und die Union de l'Ouest die Katholiken in Frankreich auf. Alles zur Ehre Gottes. Nachdem die schmutzige Beweisführung gegen Achilli zur Ehre Gottes mißlungen ist, wird es zur öffentlichen Angelegenheit christlicher Mildthätigkeit gemacht, die zum Nachtheile des als Verläumder Verurtheilten erlaufenen Kosten zur Ehre Gottes zu bezahlen! Wer hat jemals eine solche Anwendung von dem paulinischen Spruche gesehen, „daß die Frömmigkeit zu allen Dingen nütze sei?"

Wir fügen eine Bemerkung bei. In den bestehenden Preßgesetzen hat man ausdrücklich Strafen gegen Diejenigen verhängt, welche zu einer Subscription für Dekkung der Strafe und Kosten eines wegen Preßvergehen Verurtheilten auffordern. Und hier sind es hohe Würdenträger der Kirche, welche kein Bedenken tragen, solche Subscriptionen zu eröffnen! Was für den Einen strafbares Unrecht, ist also für den Andern — Recht!!

*** Speyer.** Die vorige Nummer der Speyer. Ztg. enthält eine so qualificirte „amtliche Berichtigung" des k. Landcommissariats Speyer.

Wir ersuchen die Leser, den betr. Art. in Nro. 220 nochmals zur Hand zu nehmen, und sich dann die Frage zu beantworten: welche von uns gemeldete Thatsache denn nun „berichtigt" ist?

Der ganze Art. in Nro. 220 betraf die Zurückweisung eines in der Pfälzr. Ztg. erschienenen Ausfalls auf eine frühere Nachricht in unserm Blatte. Die Thatsache, um welche sich Alles dreht, ist: daß die mehr als 180 armen, auf Gemeindekosten fortgesendeten Leute von Otterstadt über fünf Wochen lang in Bremerhaven müßig liegen mußten, so daß sie nun erst in der rauhen verdienstlosen Jahreszeit an ihren Bestimmungsort kommen können.

Ist etwa diese, den Kern der ganzen Verhandlung bildende Thatsache widerlegt? — Nein, sie ist gar nicht bestritten!!

Wir haben in Nro. 220 ferner, sogar blos gelegentlich, erwähnt: was die Concurrenten der betheiligten Agentur (welche Concurrenten in der Pfälzr. Ztg. angegriffen wurden) angebe, so sei uns dies gleichgültig, deßwegen hätten wir uns nicht einmal auf die Behauptung eingelassen, daß dieselben die ganze Expedition um circa 1000 fl. wohlfeiler übernommen haben würden. — Selbst diese nur zweifelhaft erwähnte Bemerkung — ist sie etwa als unwahr erklärt? Nein, sie ist der Hauptsache nach bestätigt. Aber es wird geltend gemacht: daß man in solchen Fällen nicht „den Weg der Minderversteigerung betreten" könne. — Haben denn wir irgendwo eine Minderversteigerung verlangt? Gewiß nicht! Wol aber sind wir allerdings der Meinung, daß man bei einer so bedeutenden Mehrausgabe eben auch mehr für die Auswanderer fordern kann, und daß namentlich der Schiffsbefrachter dieselben nicht über fünf Wochen lang im Hafen liegen lassen durfte.

Auf einen **deutschen** Hafen ward besondere Rücksicht genommen. Das ist im Allgemeinen recht löblich. Wir unserseits wissen den Werth der deutschen Marine sehr wol zu schätzen, und hätten auch — im Vorbeigehen bemerkt — sehr gewünscht, daß die deutschen Regierungen der deutschen Flotte mehr Aufmerksamkeit gewidmet haben möchten. Allein daraus geht eben doch noch nicht hervor, daß jede Expedition über Bremen gar nichts zu wünschen übrig läßt. Das directe Gegentheil zeigt z. B. die neueste Nummer der „Allgem. Auswanderungs-Ztg.," in welcher deren eben auf der Reise nach Amerika begriffener Herausgeber, G. M. v. Ross (auf den man aus nahe liegenden Gründen wol noch besondere Rücksicht nahm), eine Reihe selbsterlebter Thatsachen bei der Expedition über Bremen anführt, die wenigstens nicht geeignet sind, unsern obigen Satz zu widerlegen.

Wir hatten die Bemerkung geäußert, daß wir die Sendung von Bremen über Quebeck für übelgewählt erachteten. — Darauf wird erwiedert: dem Landcommissariate sei es „sehr gleichgültig ob die Speyerer Zeitung die Wahl für eine gute oder schlechte halte; es reflectire nicht auf das Urtheil der Speyr. Ztg." — Wir verschmähen es, in diesem Tone zu antworten. Wir haben über den fraglichen Punct gar nichts weiter zu bemerken, als daß uns eben das Schicksal jener 180 armen Auswanderer in keiner Hinsicht „gleichgültig" ist. —

Endlich folgt doch eine Erklärung, warum die Leute über Quebeck und nicht über New-York gesendet wurden: weil zu New-York arbeitsunfähige Personen, insbesondere Krüppel, Greise, Wittwen mit Kindern ꝛc. ohne entsprechende Geldmittel nicht gelandet werden dürfen. Was folgt daraus? Etwa daß man solche Leute über Quebeck schicken mußte, damit jenes gewiß sehr weise Gesetz gegen sie — nicht zur Anwendung gebracht werden könne? Wir meinen vielmehr, es sei daraus logisch zu folgern, daß man eben solche Personen gar nicht absenden, sondern unbedingt nach jenem sehr zweckmäßigen Gesetze sich richten sollte. Was kann aus Arbeitsunfähigen werden, wenn sie von Mitteln entblößt nach dem fernen Lande kommen? Die Berichte der deutschen Gesellschaften in New-York und New-Orleans (siehe letztere in der Beilage zu Nro. 220 unseres Blattes), so wie alle zuverläßigen Privatnachrichten (z. B. in Nro. 222 der Speyr. Ztg.) stellen nichts anders in Aussicht, als daß Viele jammervoll zu Grunde gehen! —

Nach allem Diesem vermögen wir nicht einzusehen, weder was durch die erschienene Reclamation bezweckt ward, noch warum speciell das königl. Landcommissariat Speyer sich in die in Nro. 220 dieses Blattes geführte Polemik mengte. —

*** Speyer,** den 16. Sept. Wir haben kürzlich erwähnt, daß das Gerücht verbreitet sei, Hr. Ministerialrath Heintz zu München sei quiescirt. Beinahe gleichzeitig meldete die „Pfälzer Ztg." diese Nachricht als bestimmte Thatsache. Nun wird aber aus München berichtet, die ganze Angabe entbehre zur Zeit aller Begründung; Hr. Heintz selbst habe bis heute keine Kenntniß von einer solchen Maßregel.

*** Vom Haardtgebirge,** den 15. Sept. Die Hoffnung, daß wir wenigstens in diesem Jahre einen guten Wein bekommen werden, schwindet bei der anhaltend ungünstigen Witterung immer mehr. Daß die Menge gering sei, wußte man ohnehin längst. Die Lage unserer Winzer ist äußerst traurig.

München. (Beitrag zur Culturgeschichte.) Am 2. d. machten unweit Triesing, Gerichts Pfaffenhofen, auf dem Felde mehrere Kinder ein Feuer auf; es entstanden Zwistigkeiten unter den Kleinen, und der 13 Jahre alte Joseph Birkmaier warf in Folge dessen boshafter Weise

das 3 Jahre alte Mädchen des Gütlers Forner in das Feuer, wodurch dasselbe so verbrannte, daß es rettungslos verloren ist. Der junge Wütherich ist den Händen des Gerichts eingeliefert. (Volksbötin.)

Oberfranken. Am 8. d. früh 3 Uhr entstand in dem Stadel des Bauern Georg Purucker zu Reinboldsgrün, Ger. Kirchenlamitz, Feuer, in Folge dessen 26 Gebäude abbrannten.

Kassel, den 13. Sept. Die „Kass. Z." bringt heute ein Ausschreiben des Finanzministeriums, die Aufnahme eines Anlehens von einer und einer halben Million Thaler betreffend.

Hamburg, den 12. Sept. Während der Anwesenheit des Königs von Schweden fand hier eine Demonstration Statt. Es ward demselben ein Ständchen gebracht, und er hatte sich auf den Balkon begeben. Da ertönte von der versammelten Volksmenge das Lied: „Schleswig-Holstein meerumschlungen!" Der König nebst seiner ganzen Familie und Gefolge zogen sich, als das Lied begann, sofort zurück und zeigten sich dem Publicum nicht mehr.

Erfurt, den 11. Septbr. Heute in der frühesten Morgenstunde ist ein hier wohnhafter wohlhabender Gewerbtreibender durch Policeibeamte in seinem Hause verhaftet worden. Nach dem, was darüber verlautet, soll er einen vor mehreren Jahren hier vorgekommenen Raubmord verübt oder wenigstens an demselben Theil genommen haben.

Berlin, den 13. Sept. Bewahrheitet sich die Vermuthung einer ungünstigen Rückäußerung der Coalition, so ist es die Absicht unserer Regierung, wie man hört, in jeder genehmen Weise eine unnütze Verlängerung der diplomatischen Correspondenz in der Zollfrage abzuschneiden. (C. B.)

— den 14. Sept. Auf morgen ist eine Sitzung der Zollconferenz angesetzt. — Eine eben erschienene kgl. Ordre ordnet die Ressortverhältniße der einzelnen Ministerien, dem Ministerpräsidenten gegenüber. Die ersten haben dem Ministerpräsidenten von jeder wichtigern Maßregel vorgängige Kenntniß zu geben.

Frankreich.

† **Paris,** den 14. Sept. Abreise des Präsidenten. Um 12 Uhr kamen die Minister und andere hohen Würdenträger an dem Eisenbahnhof von Orleans an, der festlich geschmückt war. Ein Bataillon der mobilen Gendarmerie war vor dem Bahnhofe aufgestellt. Alle in Paris anwesenden Generale waren zugegen. Um 1 Uhr kam der Präsident in einem 4spännigen Wagen an. Die Escorte war glänzend und bestand aus lauter Cavallerieoffizieren. Zu Bourges wird ein Theil der Begleitung zurückkehren; der Präsident behält nur 16 Personen bei sich. — Der Moniteur enthält ein Rundschreiben des Erzbischofs von Bourges an die Pfarrer seiner Diöcese, in welchem sie aufgefordert werden, an der Spitze ihrer Pfarrbefohlenen den Präsidenten auf seiner Reise zu begrüßen und Gebete für ihn zu veranstalten. — Der Religionsunterricht in den Lyceen wird in allen Classen wöchentlich einmal eine Stunde lang stattfinden, womit der Univers und die Union sehr unzufrieden sind. — Der Pachthof des Bischofs von Marseille ist boshafter Weise in Brand gesteckt worden.

Der „Constitutionnel" bringt einen langen Artikel über die Anwendung der Schraubendampfsmaschinen bei den Linienschiffen, welche Neuerung, nach seiner Meinung, der Suprematie Englands auf dem Wasser ein Ende machen muß, und es der Gefahr einer Landung an dessen Festlande aussetzt. Er sagt hierüber zum Schluße seines heutigen Streifzuges gegen England: „Der Tag ist nahe, wo die Flotten Großbritaniens unvermögend sein werden eine Landung an seinen Küsten zu verwehren. An diesem Tage wird das von England zu seinem Vortheile gestörte europäische Staatengleichgewicht hergestellt sein, und Europa wird es zur Rechenschaft ziehen können, wegen der gewaltsamen Besetzung von Gibraltar, Malta, Helgoland, dem Cap, der Ile de France, Aden, der Jonischen Inseln und anderer wichtigen Bollwerke, hinter denen sich der maritime Despotismus verschanzt hat." Daß an der gestern hier per Telegraphen angekommenen und von einem englischen Blatte aufgenommenen Nachricht von dem Abschlusse eines liberalen Handelstraktats zwischen England und Frankreich kein Wort wahr ist, begreift sich unter solchen Umständen von selbst.

Der Courier des Niederrheins macht die Bemerkung, daß sich auf der Liste der am 15. August begnadigten Deportirten kein einziger Elsäßer vorfinde! — In Dieppe kam es bei einem öffentlichen Balle zum Handgemenge zwischen Civilisten und Militär, wozu die Weigerung der Mädchen, mit den Soldaten zu tanzen, Veranlassung gegeben hat. — Bei einer Gemeinderathswahl in der Nähe von Metz waren 66 Candidaten vorgeschlagen, indeß sich nur 57 Wähler einstellten. Vom Gemeinderath zu Rochefort haben 6 Mitglieder den Eid verweigert. — Die Preise der Staatspapiere sind in den letzten Tagen gesunken; als Grund bezeichnet man die Befürchtungen, welche sich an die Reise des Prinzpräsidenten knüpfen.

Ein Gutsbesitzer des Geredepartements erhängte sich in seiner Scheune aus Furcht — als Dezemberinsurgent erhängt zu werden!

Paris. Große Transporte von farbigen Gläsern, chinesischen Laternen, Lämpchen, Pappendeckel, Fliedergold u. dgl. gehen von Paris nach dem Süden ab. Sie sollen bei den Festlichkeiten der Reise des Präsidenten benützt werden. (!!)

Italien.

* **Florenz,** den 8. Sept. Es ist, wie es scheint, dem englischen Gesandten gelungen, den Herzog von Modena der österreichischen Politik abwendig zu machen. Derselbe befindet sich gegenwärtig in Neapel, wo er, wie man sagt, mit dem Könige an einer süditalienischen Ligue gegen Oesterreich arbeitet.

Der Minister hat die Veröffentlichung aller im Guerazzi'schen Prozeße gehaltenen Reden verboten. Dagegen hat man alle zur Begründung der Anklage vorgebrachten Actenstücke drucken lassen! — Vor 1847 liebte und achtete das Volk seinen Herrscher Leopold II. Gegenwärtig ist alle Liebe und Achtung dahin.

Rom, den 3. Sept. Bubani, Präsident der Provinz Fermo während der republikanischen Periode, ist zu 20jähriger Kerkerstrafe verurtheilt worden.

Neapel, den 3. Sept. Der König hat 432 politisch compromittirte Individuen begnadigt. Der Ausbruch des Aetna währt verheerend fort. Das Decurionat von Catanea hat energische Maßregeln zur Sicherung der gefährdeten Bewohner von Zufferana ergriffen. In sämmtlichen Kirchen der Insel werden Bußgebete veranstaltet.

Spanien.

* **Madrid,** den 9. Septbr. Vier Zeitungen haben gestern aufgehört zu erscheinen, da deren sämmtliche verantwortliche Herausgeber sich im Gefängniß befinden! Gegen den Herausgeber des Constitucional ist auch ein Verhaftsbefehl erlassen, weßhalb auch dieses Blatt heute nicht erschienen ist.

Großbritanien.

London, den 11. Sept. Der „Morning-Advertiser" bringt folgende bedeutungsvolle Erklärung: „Auf gewisse Autorität hin sind wir im Stande, die Versicherung zu geben, daß die vornehmsten Mitglieder der liberalen Partei im Unterhause übereingekommen, unter keinen Umständen mehr Lord J. Russell als Chef anzuerkennen. Sie machen den Expremier dafür verantwortlich, daß Lord Derby und die Conservativen sich jetzt am Ruder befinden, und sie machen kein Hehl daraus, zu erklären, daß selbst, wenn Lord John Russell das populärste politische Glaubensbekenntniß ablegte,

dieß ihren Entschluß, sich ihm nicht mehr anzuschließen, nicht ändern konnte.

Ein tragisches Ereigniß von wunderbarer Natur traf jüngst die irisch sprechenden Arran-Inseln vor der Galway-Bay. Montag Morgen den 16. August standen 15 Männer auf dem Kliff auf einer der Arran-Inseln und fischten mit ihren Leinen, als plötzlich bei stillem und ruhigem Wetter eine Woge der atlantischen See kam, die über das Kliff brach und sie alle in die Tiefe hinabriß. Keiner ward gerettet. Viele von ihnen haben zahlreiche Familien in Armuth hinterlassen.

Vereinigte Staaten.

* **New-York.** In Newyork ist der Dampfer Prometheus von Californien angekommen, er bringt den stärksten bisher bekannten Transport von Goldstaub, im Werthe von 2,275,329 Dollars. Die Angriffe der Indianer gegen die Goldgräber nehmen einen sehr beunruhigenden Character an.

München. (Der Pensionsverein für Wittwen und Waisen baierischer Aerzte.) Einem schon lange gefühlten Bedürfnisse, einen Pensionsverein für Wittwen und Waisen baierischer Aerzte ins Leben zu rufen, wird in wenigen Monaten genügt werden. Einige kurze Mittheilungen hierüber, dürften auch für den Nichtbetheiligten von Interesse sein. Ein Capitalstock von 6000 fl. ist gebildet, 2000 fl. jährliche Staatszuschüsse sind bewilligt; auch Legate von Aerzten sind theils zugesichert, theils in Aussicht gestellt. Der Entwurf der Satzungen sammt Tariftabellen ist zur Kenntnißnahme sämmtlicher Kreisvereine baier. Aerzte gelangt. Diesen Satzungen liegen folgende Bestimmungen zu Grunde: 1) Die Gesellschaft wird durch freiwilligen Beitritt der Aerzte der Jetztzeit gegründet; nach der Constituirung ist jeder künftige Arzt zum Beitritte und zum Verbleiben gezwungen; letztere Bestimmung vorbehaltlich der pragmatischen Rechte als Staatsdiener. 2) Verheirathete Aerzte treten als ordentliche, unverheirathete als außerordentliche Mitglieder ein; die freiwillig eintretenden Aerzte können, ohne Versicherung ihrer Familien, auch als Ehrenmitglieder eintreten. Unter diesem Titel kann auch jeder nichtärztliche Wohlthäter der Gesellschaft Mitglied werden. 3) Die Mittel zur Bestreitung der satzungsgemäßen Pensionen bieten Baareinzahlungen beim Eintritte und Jahresbeiträge. 4) Die Größe der Geldleistungen hängt bei ordentlichen Mitgliedern von dem Alter beider Eheleute ab; außerordentliche zahlen festgesetzte Summen, ohne Unterschied des Alters; Ehrenmitglieder sind an festgesetzte Beiträge nicht gebunden. 5) Die Versicherungssumme eines ordentlichen Mitgliedes wird durch ein Drittheil als baares Eintrittscapital und durch zwei Drittheile als Jahresbeiträge getilgt. 6) Zur Bestreitung der Waisenpensionen im Allgemeinen werden alle Versicherungs-Einzahlungen der ordentlichen Mitglieder um 26 Prozent erhöht. 7) Eine ganze Jahrespension für eine Wittwe beträgt 100 fl., für eine einfache Waise 20 fl., für eine Doppelwaise 30 fl. 8) Die ganze Pension wird ertheilt, wenn der Familienvater volle vier Jahre ordentliches Mitglied gewesen ist. Stirbt derselbe im ersten Jahre nach seinem Eintritte als ordentliches Mitglied, so erhalten die Angehörigen keine Pension, wohl aber die eingezahlten Versicherungssummen zurück; erfolgt sein Tod vor dem vollendeten vierten Jahre als ordentliches Mitglied, gleichviel ob im zweiten, dritten oder vierten Jahre, so erhalten die Hinterbliebenen nur die halbe Pension. 9) Den Tarifberechnungen sind die Brune'schen Mortalitätstafeln und der 4procentige Zinsfuß zu Grunde gelegt. — Vermöge einer streng mathematischen Grundlage bietet dieser Theil der Grundbestimmungen den Pensionären die Sicherheit des satzungsgemäßen Pensionsgenusses und dem ärztlichen Stande künftighin Schutz gegen Noth seiner Wittwen und Waisen. Doch soll auch noch anderweitigen Anforderungen entsprochen werden. Zu diesem Behufe wird das Vermögen der Gesellschaft schon in seiner Entstehung in mehrere Fonds geschieden, je nach der Erfüllung der Zwecke, die damit verbunden sind. Mit dem Pensions- und Reservefond dürfen nur die satzungsgemäßen Verbindlichkeiten gegen die Pensionäre erfüllt werden; im günstigen Falle können diese Fonds eine Dividende an die Pensionäre ergeben, welche die satzungsgemäßen Pensionen erhöhen. Andere Bestimmungen und erhebliche Vortheile vor ähnlichen Versicherungsanstalten bietet der Stockfond; dieser wurde schon vor Constituirung der Gesellschaft gegründet und dürfte noch im Laufe dieses Jahres die Summe von 10,000 fl. erreichen. Durch freiwillige Beiträge entstanden, wird dieser Fond auch ohne Versicherungssummen vergrößert und bleibt unantastbar. — Die Zinsen dieses Stockfonds werden verwendet: a) zur Ermöglichung der Versicherung jener Aerzte, die aus eigenen Mitteln allein ihre Familien nicht versichern können; b) zur Vertheilung einer Jahresdividende pro rata an die Pensionäre. — Würdigen die baier. Aerzte diese Versicherungsanstalt für den ärztlichen Stand und die künftigen Leistungen mit den Zinsen aus dem Capitalstocke in ihrer vollen Bedeutung, dann ist das Gedeihen und die Dauer dieses Vereines gesichert!

Dr. Oettinger.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1223a] **Traubenkur.**

Neustadt an der Haardt,

in der Mitte des schönsten Theils der Pfalz gelegen, umgeben von den üppigsten Weinbergen, so wie den gepriesenen nahen Punkten, wie die Maxburg, die Haardter Anlage rc., verbunden durch die Eisenbahn und Omnibusse mit allen benachbarten Städten, ist durch diese günstigen Verhältnisse mehr als alle andern Orte des Gebirgs zum Gebrauche der Traubenkur geeignet.

Da der Unterzeichnete an diesem Orte einen wohleingerichteten Gasthof besitzt, auch billige Logis für längern Aufenthalt zu vergeben hat, so erlaubt er sich zum Besuche seines Etablissements freundlichst einzuladen.

P. Hornig,
Gastwirth zum Schiff.

[1221a] **Anzeige.**

E. Loudet, Hofzahnarzt von Carlsruhe, wird den 17. und 18. September in Mannheim verweilen, und ist im deutschen Hof Nro. 9 zu sprechen.

[1222] **Rheinische Dampfschifffahrt.**

Kölnische **Gesellschaft.**

Tägliche Abfahrten vom 15. September c. an

von Mannheim nach Köln 7¼ Uhr Morgens, nach Ankunft des 1. Zuges von Neustadt-Speyer.
" " " Coblenz 11¼ Uhr Morg., nach Ankunft des 1. Zuges von Neunkirchen.
" " " Mainz 5¼ Uhr Abends, nach Ankunft des 4. Zuges von Neustadt-Speyer,
" " " Straßburg 11¼ Uhr Nachts.

// Neue
Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 226 | den 19. September 1852.

Deutschland.

Die Zollfrage. Die Allgem. Ztg. bringt aus dem Journal des Debats Enthüllungen über die Zollfrage. Wir entnehmen diesen französischen Enthüllungen über die uns ganz unmittelbar berührenden deutschen Verhältniße folgende Notizen: Der dritte österreichische Entwurf habe einige geheime Artikel enthalten, welche vollständig über seine Tendenz aufklärten. Diese Artikel lauteten: „Der Vertrag Oesterreichs mit den in Wien vertretenen Regierungen tritt in Kraft: 1) wenn Preußen sich weigert, gleichzeitig mit dem Beginn der Berliner Verhandlungen über Erneuerung des Zollvereins mit Oesterreich über die (Wiener) Entwürfe A und B zu verhandeln; 2) wenn die Erneuerung des Zollvereins auf einer den Entwürfen A und B zuwiderlaufenden Grundlage erfolgen sollte; 3) wenn Preußen im Verlauf der Berliner Verhandlungen Oesterreich den Beitritt zum Zollverein verweigere oder ihn an solche Bedingungen knüpfe, daß Oesterreichs Eintritt dadurch verhindert würde; 4) wenn Preußen sich grundsätzlich weigerte, Garantien zu geben, daß es später mit Oesterreich und den in Wien vertretenen Regierungen einen Vertrag schlöße, der zu einem Beitritt aller österreichischen Staaten und des Herzogthums Modena zum Zollverein führen würde."

... Das Journal des Debats deutet darauf, eine „befreundete" Macht — das Kabinet von St. Petersburg — habe rasch den auflodernden Zorn Preußens zu beschwichtigen gewußt. Dieser Schritt passe auch vortrefflich zu der offiziösen Vermittlerrolle, welche dem Kaiser Nicolaus zukomme, und die er als der einzige Souverain, der in gleichen freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen und Oesterreich stehe, allein habe annehmen wollen, trotz der dringenden Begehren der beiden Rivale, von denen jeder gewünscht, daß Rußland seine Ansprüche thätlich unterstütze. Das Berliner Kabinet habe zuerst den Beistand des St. Petersburger angerufen, und dieses habe auf eine vertrauliche Mittheilung aus dem Monat Februar 1852 geantwortet: (folgt der Wortlaut, dahin gehend, daß Rußland über den Streitgegenstand selbst nicht hinlänglich unterrichtet sei, allein nicht begreifen könne, wie Oesterreich einer derartigen Zolleinigung bedürfen sollte, da es ja ein selbständig abgeschlossener Staat sei, wie England, Frankreich und Rußland (!).) Oesterreich habe dann seinerseits den Aufenthalt des Kaisers Nikolaus und des Grafen Nesselrode in Wien benutzt. Während nämlich der Kaiser noch in Berlin gewesen, sei Graf Nesselrode dort mit einem Conferenzprotocolle eingetroffen, welches die Grafen Buol und Nesselrode unter den Augen des Fürsten Metternich aufgesetzt haben. Es sei darin gesagt: das Berliner Kabinet sei in einem großen Irrthum, wenn es glaube, Oesterreich wolle Preußen aus der Leitung des Zollvereins verdrängen, vielmehr tadle es dasselbe, daß es darin nicht eine seiner Größe entsprechende Stellung eingenommen habe; die Verfassung des Zollvereins sei fehlerhaft, weil sie dem kleinsten Mitgliede dasselbe Gewicht und dieselbe Stimme einräume wie Preußen;*) würde Oesterreich in den Verband zugelassen, so würde es sofort darauf hinarbeiten, im Einverständniß mit Preußen den beiden Großstaaten darin dieselbe Stellung zu verschaffen, die sie im Bunde haben ꝛc. Hr. v. Nesselrode habe in Berlin sehr lebhaft für Oesterreich Partei ergriffen, Hr. v. Manteuffel Preußen vertheidigt, und der Kaiser Nikolaus sich einfach entschieden: Er lehne jede Vermittlung ab, es komme ihm nicht zu, Schiedsrichter in einer Sache zu sein, die er weder kenne, noch sich den Kopf darüber zerbrechen wolle; er habe dem Kabinet von Wien bereits eine versöhnliche Haltung empfohlen und werde dem von Berlin das Gleiche empfehlen.

*) Divide et impera.

„Dieß im Wesentlichen der Artikel des Pariser Blattes, setzt die Allg. Ztg. hinzu. Wir zweifeln nicht, daß ihm die Quellen dazu von bedeutsamer Hand zugekommen. Auch liegen uns von andrer Seite her Andeutungen vor, daß es mit dem, was über geheime Beschlüsse von Wien (und Stuttgart) gesagt wird, im Wesentlichen seine Richtigkeit habe. Das Journal des Debats hat aber nicht gesagt, wie man sich über die so breit als je klaffenden Differenzen geeinigt habe oder einigen werde" ꝛc.

Wir unsrerseits, bemerkt dazu der „Stuttg. Beobachter," haben diesen Enthüllungen wenig beizufügen. Erstens mag das deutsche Volk daraus ersehen, wie in der ganzen Streitangelegenheit eher von allem andern die Rede ist, als von bürgerlichen und volkswirthschaftlichen Interessen. Zweitens mögen die Coalirten aus dem Protocoll der Herren Buol und Nesselrode lernen, welche Stellung Oesterreich, an welches sie sich übrigens ziemlich fest gebunden zu haben scheinen, ihnen in einem deutschen Zollverein anzuweisen geneigt wäre. Drittens mögen Volk und Fürsten — wenn man sie überhaupt noch zusammen nennen kann — sich die oberherrlich-wegwerfende Sprache Rußlands zu Herzen nehmen.

Berlin, den 15. Sept. Es hat den Anschein, daß keine Collectiverklärung der Verbündeten zu erwarten sei, vielmehr jede einzelne Regierung ihre Ansichten darlegen werde. Ob dieser Weg eingeschlagen ist, um die Entscheidung Preußens in die Ferne zu rücken? Ich glaube, daß sich eine Auflösung der Conferenz nicht wird vermeiden lassen, wenn die Entscheidung der Verbündeten auch über den Anfang des kommenden Monats hinaus ungewiß bleiben sollte. Man behauptet, daß die Bevollmächtigten den 20. ds. als den Termin für die Abgabe einer Erklärung bezeichnet hätten. Daß Baden sich von der Coalition trennen werde, ist eine jetzt vielfach ausgesprochene Erwartung. (Köln. Ztg.)

München, den 11. Sept. Dem Augsb. Tagblatt wird geschrieben: In höheren Kreisen wird mit vieler Bestimmtheit die Hieherberufung des kgl. Regierungspräsidenten von Schwaben und Neuburg, Frhrn. v. Welden, besprochen; so viel soll gewiß sein, daß eine Veränderung der Stellen einiger unserer höhern Staatsbeamten demnächst eintreten wird.

Augsburg, den 14. Sept. Gestern ist in den hiesigen Buchhandlungen die bei Hurter in Schaffhausen erschienene Schrift: „Das Recht der Kirche und die Staatsgewalt in Bayern seit dem Abschluß des Konkordats. Eine kirchlich politische Denkschrift" mit Beschlag belegt worden.

Württemberg, Anfang Sept. Gegenwärtig ist die Ruhr über einen großen Theil des Landes verbreitet, ebenso in dem benachbarten Baden.

Mainz, den 14. Septbr. Es gewinnt immer mehr Wahrscheinlichkeit, daß die Eisenbahn von hier bis Oppenheim noch vor Ablauf dieses Jahres befahren werden wird.

— den 15. Sept. Heute Abend wird die erste Ver-

sammlung der Geschichts- und Alterthumsforschenden Vereine Deutschlands in dem hiesigen „Hessischen Hofe" ihre vorbereitende Zusammenkunft halten und morgen die Eröffnung der Versammlung im Akademiesaale des ehemals kurfürstlichen Schlosses stattfinden.

Frankfurt, den 16. Sept. Heute hielt der allgemeine deutsche Apothekerverein in dem Saale des Senckenbergischen Stifts seine erste Generalversammlung.

Karlsruhe, den 16. Sept. Heute ist die Kunde von dem im Wildbad erfolgten Ableben des Gartendirectors Metzger hier eingetroffen.

Wien, den 13. Sept. Die sogenannte Reform der österreichischen Klöster ist ihrem Abschluß nahe. Mit den Benedictinern und Franziskanern wird man beginnen und dann der Reihe nach an die übrigen Klöster gehen. Umfang und Ziel der Reform läßt sich sehr kurz angeben: man wird alle Neuerungen beseitigen und puro auf die ursprünglichen Klosterregeln zurückgehen. Auch die militärischen Mönche des deutschen Ordens werden übrigens in sehr annehmbarer Weise der Wohlthaten der Restitutionen theilhaftig werden, die jetzt an der Tagesordnung sind; nicht allein daß die dem Orden im Jahre 1848 entzogene Steuerfreiheit wieder hergestellt ist; es werden ihm sogar die bereits gezahlten Steuerbeiträge wieder zurückgezahlt werden. (Nat.-Ztg.)

Frankreich.

† **Paris,** den 16. Sept. Die Nachrichten über die Reise des Prinzpräsidenten lauten wie gewöhnlich. Nach Bourges hatte man sogar ein in Paris verfertigtes Feuerwerk kommen lassen, sowie man daselbst auch auf des Prinzen Anwesenheit eigens geprägte Denkmünzen austheilte. Von da reiste er nach Nevers, wo er ebenfalls vor Allem die Cathedrale besuchte, und auf die Begrüßung der Generalräthe erwiederte: „Wenn es sich um ein allgemeines Interesse handelt, so strenge ich mich an, der öffentlichen Meinung vorauszueilen, ich folge ihr aber, sobald es sich um ein Interesse handelt, welches persönlich zu sein scheint." — Um 11½ Uhr reiste der Präsident von Nevers ab und traf um 2 Uhr zu Moulins ein. — (F Nachschrift. 6½ Uhr Abends. Der Ministerrath ist noch beim Justizminister Abbatucci versammelt. Vor Beendigung desselben kann Niemand die heute eingegangenen telegraphischen Depeschen erhalten; wir sind außer Stand sie heute zu liefern.

Ueber die Gemeinderathswahlen erfährt man neue Einzelheiten, z. B.: In Clermont (Herault) sind 16 Oppositionscandidaten gegen 4 Regierungscandidaten und in Pezenes 15 gegen 8 gewählt worden. In St. Quentin haben von 6190 Wählern nur 1619 gestimmt. — In den aufgelösten Gemeinderath von Sauveterre (Aveyron) waren u. a. 3 December-Insurgenten gewählt.

Ein Decret des heutigen „Moniteurs" ordnet die Sammlung und den Druck von Volksliedern an, die sich durch ihr populäres oder historisches Interesse besonders bemerkbar gemacht haben. Es werden darin auch Lieder in den besonderen Mundarten einzelner Provinzen aufgenommen werden. Die Sammler volksthümlicher Gesänge erhalten besondere Belohnungen, die in werthvollen Medaillen bestehen sollen.

Paris, den 11. Sept. Ueber einen in Paris bevorstehenden Prozeß, in den eine Person von hohem Range verflochten sein soll, erhält das Pariser Journal Droit Andeutungen. Es erzählt, daß die Gräfin v. X., die einer fürstlichen Familie in einem kleinen Staate des Deutschen Bundes angehöre, frühzeitig schon eine ungemeine Leidenschaftlichkeit gezeigt habe. Man habe sich, um den gefürchteten Folgen vorzubeugen, beeilt, sie zu verheirathen, nach einigen stürmischen Jahren aber sei der Gemahl gestorben und die Gräfin habe sich nun zügellos der sinnlichen Lust ergeben, dabei in der Auswahl ihres Gegenstandes von Stufe zu Stufe sinkend. Nachdem sie mit einem Reisediener davon gelaufen, sei sie mit diesem in Paris erschienen und habe dort ein über alle Begriffe ausschweifendes Leben geführt. Endlich sei ihre Familie eingeschritten und habe den Reisediener von ihr getrennt. Das habe aber den beabsichtigten Zweck nicht erzielt. Sie habe sich nun an einen Juden gehalten, der sie endlich verlassen, nachdem er ihr Geld durchgebracht. So habe sie hülflos dagestanden, noch dazu im Begriff Mutter zu werden. Kurze Zeit nachher seien die äußern Zeichen ihrer Schwangerschaft verschwunden und es habe sich das Gerücht verbreitet, sie habe heimlich geboren und das Kind getödtet. Nun sei das Gericht eingeschritten und die Untersuchung habe ergeben, daß die Gräfin ein lebendiges Kind geboren, dasselbe erstickt und in einen Abzugsgraben geworfen habe. Die Gräfin wurde am 8. Sept. verhaftet und nach dem Gefängniße von St. Lazare gebracht. — Die Presse erzählt die Sache so: Die Person, welche das Droit die Gräfin von X. nennt, gehört einer sehr alten und berühmten fürstlichen Familie eines großen deutschen Staats an und hängt durch sehr enge verwandtschaftliche Bande mit einer Person zusammen, die sich jetzt von der Oeffentlichkeit zurückgezogen hat, die aber lange eine bedeutende Rolle in den Angelegenheiten ihres Landes gespielt hat. Der letzte Liebhaber der Gräfin war ein getaufter Jude. Die Verhaftung der Gräfin hat beinahe vor vierzehn Tagen stattgefunden. Bei der Haussuchung im Hotel der Gräfin hat man eine umfängliche Correspondenz gefunden. (N.K.)

Spanien.

Madrid, den 11. Sept. Die Königin hat mit ihrem Gemahl und Kinde eine Reise nach dem unweit von La Granja liegenden Segovia gemacht, ist aber von der dortigen Bevölkerung auffallend kalt empfangen worden. Kein Hochruf wie dies sonst der Fall war, erfüllte die Luft, und bei ihrem Empfange waren außer den dazu befohlenen und dienstfertigen Beamten fast keine anderen Personen zugegen.

Italien.

Rom, den 30. Aug. Viel zu reden im Publicum macht die vor einigen Tagen von der Polici gegen eine Mutter und ihren Säugling auf höheren Befehl geübte Härte. Die Frau, eine blühende Schönheit aus den niedern Klassen, hatte ein Verhältniß mit einem hochgestellten Prälaten, in Folge dessen sie vor vier Monaten Mutter eines Kindes ward. Man hatte gehofft, das Verhältniß werde dessenungeachtet bis auf einen gewissen Punct auch fortan noch Geheimniß bleiben, weßhalb das uneheliche Kind nicht, wie sonst hier das geistliche Gesetz erheischt, in das Findelhaus abgeliefert ward, zumal der Prälat sich als Vater dem Pfarrer bei der Taufe unter der Hand vorgestellt und eine vorläufige Erlaubniß, das Kind selbst erziehen und pflegen zu lassen, von ihm erhalten hatte. Allein ein dem Prälaten verwandter Kardinal, dem das Bekanntwerden der Sache den Ruf der Geistlichkeit zu sehr beeinträchtigen zu können schien, gab Befehl, das Kind der Mutter bei der Nacht entreißen zu lassen und es an einen Ort des großen Findelhauses zu bringen, wo sie es nicht wieder zu sehen bekommen könne. Der Befehl ward mit unerbittlicher Strenge durch Policeiagenten ausgeführt, während die unglückliche Mutter sich die Haare ausraufte und ihr Gesicht zerfleischte. (N.-Z.)

Großbritannien.

* **London,** den 15. Sept. Die Journale sind angefüllt mit Details über den Tod des Herzogs von Wellington und führen viele Einzelnheiten aus seiner Biographie an. Er ist an einem Anfalle der Fallsucht gestorben. — Das Parlament wird Anfangs November zur Erledigung der dringenden Geschäfte zusammenberufen.

Türkei.

Konstantinopel, den 1. Sept. Daß ein Complott gegen die bestehende Regierung und hauptsächlich gegen das Leben des Sultans von seinem Bruder und Thronfolger Asis Efendi, seinem Schwager Halil Pascha und mehreren anderen Großen, besonders Geistlichen, ange-

zettelt, und mehrere der Verschwörer ergriffen und heimlich strangulirt worden seien, soll sich bestätigen; Factum ist, daß der größere Theil jener Compromittirten unsichtbar geworden ist, unter denen man sogar den Bruder des Sultans, Asis Efendi, und Halil Pascha nennt. Man spricht von der nahen Wiedererhebung Reschid Pascha's zur Würde des Großwessiers. (A. Z.)

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1228] **Speyer,** den 16. Sept. Herr Redacteur! Von einer kleinen Reise zurückgekommen, lese ich in der amtlichen Berichtigung Ihres Artikels über die Otterstadter Auswanderer, daß ich mich unwürdiger Mittel bedient habe, weßhalb das königl. Landcommissariat auf meine jedenfalls sehr billigen Anerbietungen keine Rücksicht genommen habe. Ich bin es meiner Ehre schuldig mich von einem Verdachte zu befreien, welchen besagte Stelle ohne allen Beweis mir so freigiebig zuwendet, und gebe Ihnen die mir an gehörigem Orte gemachte Aufklärung darüber, indem ich die Ursache wortgetreu anführe.

Als ich bei königl. Landcommissariate erfuhr, daß ich keine Hoffnung haben würde die Otterstadter Auswanderer zu erhalten, selbst wenn ich billiger als die Bremer Concurrenz wäre, begab ich mich nach Otterstadt, weil ich annahm, daß der Gemeindebehörde die letzte Entscheidung zustehen werde, und diese den Vertrag noch nicht unterschrieben zu haben erklärte, und erbot mich, die Auswanderer über 12 Jahren zu 66 fl. 30 kr. und die Kinder von 1—12 Jahren zu 48 fl. 30 kr. mit Beköstigung und Logie von Ludwigshafen bis New-York und die Reise bis Rochester zu übernehmen, und diesen Preis noch zu ermäßigen, wenn billigere Anerbietungen gemacht werden sollten, und fügte die Erklärung bei: „daß ich Kinder, welche 13 und 14 Jahre alt seien und dem Aussehen nach noch zu 12 Jahren angenommen werden könnten, auch zu dem Preise für Kinder einschreiben wollte, worauf der Bürgermeister mir das Bedenken äußerte, daß das Alter durch die Pässe am Seeplatze offenbar würde. Dieses Bedenken widerlegte ich auf die einfachste und als unwürdig bezeichnete Weise, daß die Pässe nur noch in Ludwigshafen nothwendig seien, wo ich sie — da ich die Reise mit 2 Gemeindebevollmächtigten mitzumachen erklärte — zu mir nehmen und als zu Hause gelassen bezeichnen würde, falls sie begehrt werden sollten. Jeder, der weiß, daß sobald ein Auswanderer das Rheinschiff betreten hat, kein Mensch von da bis in den Ansiedelungsort in Amerika nach einem Passe fragt, wird sicher kein unwürdiges Mittel darin finden, wenn ich der Gemeindebehörde diese Zusicherung gab, die überdies keinen Nachtheil meinem Hause verursachte, weil ich in dieser Angelegenheit volle Freiheit des Handelns zugesichert erhalten hatte, wodurch ich also an gar keinen Preis und keine Altersgrenze der Kinder gebunden war und ich sonach die letzte einzig und allein zu bestimmen hatte. Dieser Altersunterschied ist bei der Berechnung sehr bedeutend und steigert sich um so höher, wenn berücksichtigt wird, daß über alle europäische Seehäfen das Alter der Erwachsenen mit dem 10. Jahre, also auch der Preis darnach angenommen wird, und würde schon allein hierbei, wenn nur 20 Kinder zwischen 10 und 14 Jahren bei den Auswanderern gewesen, 360 fl. bei mir ausgemacht haben, ungerechnet die bedeutendere Ersparniß bei den billigeren Preisen für die Erwachsenen.

Zum Schluße noch die Bemerkung, daß in meinen Augen nur der Agent unwürdig ist, der Verträge abschließt, wissend, daß kein Schiff dafür im Hafen liegt, der weder das Schiff worauf die Leute kommen noch seinen Kapitän anzugeben weiß, und der sich dafür hergibt Leute zusammen zu treiben, für die dann ein Schiff und wenn es das erste beste ist, sobald man eine Anzahl beisammen hat, miethet; für solche Agenten ist, weil sie gewissenlos, selbst der härteste Ausdruck zu mild.

Louis Merkle.

[1183a] **Handelsschule in Heidelberg,**
verbunden mit der Vorbereitungs- und Erziehungsanstalt. Wintersemester: Anfang den 15. October. Programme werden gratis versandt.

Dr. Fr. Schlossing.

[1220a] **Für Bierbrauer.**
Frische Untergähr-Säze bei

C. Emonts in Lingenfeld
bei Germersheim.

[1226a] **Offene Stelle.**
In einer Stadt am Rhein ist für ein im Kurzwaaren- und Stickereigeschäft erfahrenes und mit guten Zeugnissen versehenes Frauenzimmer ein Stelle offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1229a] **Mit allerhöchster Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern.**

Der ächte, seit 17 Jahren im In- und Auslande renommirte

Mailändische Haarbalsam, approbirt von höchsten Medicinalstellen und rühmlichst empfohlen durch Tausende der unverwerflichsten Zeugniße von Personen aus allen Ständen, großen Chemikern und Aerzten von europäischem Ruf und Namen, ist das beste Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haupthaare sowohl als zur Hervorrufung kräftiger Schnurr- und Backenbärte in schönster Fülle, und erfreut sich fortwährend des ausgezeichnetsten Beifalls und der größten Verbreitung. Preis 54 kr. das große und 30 kr. das kleine Glas sammt Bericht. Nicht weniger vortheilhaft bekannt sind:

Eau d'Atirona, oder die feinste flüssige Toilettenseife, ein bewährtes schon 13 Jahre bei beiden Geschlechtern in großen Ehren stehendes cosmetisches Mittel zur schmerzlosen Entfernung der Leber- und anderer gelber und brauner Flecken, Sommersprossen, Hitzblätterchen, Mitesser, Finnen und sonstiger Hautunreinheiten, sowie zur Erhaltung und Herstellung einer schönen, reinen, weißen Haut, welche diese flüssige Seife stärkt, den schädlichen Angriffen der wechselnden Witterung widersteht, vor Runzeln bewahrt und die Haut in jugendlicher Frische und belebtem Ansehen erhält, dabei sich noch besonders durch den angenehmsten Wohlgeruch empfiehlt so wie mit großer Superiorität alle andern Toilettenseifen und Schönheitswasser ersetzt, wie diese auch Namen haben mögen. Das ganze Glas wird zu 40 kr. und das halbe zu 20 kr. nebst Gebrauchsanweisung mit Zeugnißen berühmter Aerzte und Chemiker abgegeben.

Eau de Mille fleurs nach neuester Pariser Composition, das große Glas zu 36 kr. und das kleine zu 18 kr. Wenige Tropfen ertheilen den lieblichsten und dauerndsten Wohlgeruch, so daß man glaubt, sich in einem Gewächshause zu befinden, das voll ist von köstlich duftenden Blumen.

Duft-Essig, ein vorzügliches Räucherwerk und Luftreinigungsmittel, wovon 8 bis 10 Tropfen ein geräumiges Zimmer mit dem erquickendsten und belebendsten Duft erfüllen und die Luft von allen übelriechenden und schädlichen Dünsten reinigen. Preis 15 kr. das Glas. Die Kosten für Verpackung und Postschein sind bei 1 oder 2 Gläsern 6 kr. Briefe und Gelder franco, auch können letztere nachgenommen werden. Zur Erkennung der Aechtheit dieser bewährten und beliebten Fabrikate ist jedes Glas derselben mit meinem Petschaft gesiegelt und mit einer Etikette versehen, welche meinen Namen trägt.

Mein Haupt-Depot obiger Artikel für die Pfalz befindet sich bei Hrn. G. L. Lang in Speyer.

Carl Kreller, Chemiker in Nürnberg.

Von obigen Artikeln habe ich Hrn. C. Ruff, Buchhändler in Kirchheimbolanden, ein Depot für Kirchheimbolanden und Umgegend übergeben.

G. L. Lang in Speyer.

[1225ᵃ] **Für Blumenfreunde und Kunstgärtner.**

Ein Cactus Ficus indica (Indianischer Feigen-Cactus) von 15 Fuß Höhe, als Spalier gepflanzt, der schon vielseitig von Kennern als ein seltenes Exemplar anerkannt und bewundert wurde und sich seiner außergewöhnlichen Größe und schönen Wuchses wegen, besonders zur Zierde eines Gewächshauses eignen würde, steht aus Mangel an Platz zu verkaufen bei Carl Vollmer in Germersheim.

[1212ᵃ] **Zu verkaufen.**

Ein zweistöckiges Haus, wegen seines Hofraums, Remise, Waschküche ꝛc. leicht für jedes Gewerbe tauglich, ist zu verkaufen.

[1123] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

[1227] ☞ **Wurstmarkt in Dürkheim.**

Einem verehrlichen Publicum diene hiermit zur Nachricht, daß ich auf den Wurstmarkt, welcher den 26., 27. und 28. September nächsthin abgehalten wird, eine Bude — sogenannte Garküche — errichte, und bemerke dabei, daß ich stets bemüht sein werde, das mir geschenkte Vertrauen, durch reelle und pünctliche Bedienung zu erhalten; zugleich empfehle ich auch meine Restauration in der Stadt, die wie immer mit guten Speisen und Getränken versehen sein wird; für Stallung ist auch gesorgt.

Um zahlreichen Besuch bittet

Dürkheim, den 18. September 1852.

Reitz, Restaurateur.

☞ **Großes Tapetenlager**

eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl,**
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057¹⁶] in Mannheim.

[1213ᵃ] **Camphin**

von ausgezeichneter Reinheit, vollkommen harzfrei, sowie namentlich mit blendend-weißer Flamme geruchlos verbrennend von einer Lichtstärke (in einer Lampe, welche in 9 Stunden 1 Schoppen = 20¼ Loth verbraucht), die 11 Sechser-Stearinkerzen gleichkommt, und demnach unserm anerkannt vorzüglichen Fabrikate von

Leuchtspiritus,

den wir auch dieses Jahr wieder in bekannter Qualität liefern, würdig zur Seite steht, ist en gros zu beziehen bei

J. N. Spreng & Sohn in Karlsruhe.

N. S. Wir behalten uns vor, unsern werthen Abnehmern s. Z. ein Gutachten des hiesigen löbl. Gewerbvereins über Qualitätsbefund sowol, als Lichtstärke-Messungen andern Beleuchtungsmitteln gegenüber beizulegen; neue Geschäftsfreunde bitten wir, bei Ertheilung Ihrer Ordres sich auf ein solides Handlungshaus zu beziehen.

[1230] Von der bei **Engelhorn & Hochdanz** in Stuttgart erscheinenden

Allgemeinen Muster-Zeitung,

Album für weibliche Arbeiten und Moden.

Preis vierteljährlich 54 kr.

ist die erste Nummer des **4ten** Quartals für **1852** bereits ausgegeben, und werden hierauf, so wie auf die **ver-**
flossenen 3 Quartale und die früheren Jahrgänge von **jeder Buchhandlung und allen Postämtern**
Bestellungen angenommen. — Die Musterzeitung erscheint monatlich zwei Mal; jede Nummer besteht aus einem
Bogen Text, zu welchem abwechselnd entweder ein ganzer Bogen Muster, oder ein halber Bogen Muster und ein
Modebild gegeben werden. Wir machen darauf aufmerksam, daß bei der Wahl der Muster für das **4te** Quartal
hauptsächlich auf solche Gegenstände Rücksicht genommen wird, die sich zu Arbeiten für **Weihnachtsgeschenke**
eignen. — Zu Aufträgen empfiehlt sich:

G. L. Lang und F. C. Reidhard in Speyer. E. Kaußler und A. Schiesel in Landau und
A. H. Gottschick in Neustadt.

[1051]

Niederländische Dampf- Schifffahrt.

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 226.) den 19. September 1852.

Deutschland.

** **Geschichtliche Erinnerungen.** (Ludwig Napoleons Empörungsversuch im Jahre 1836.. Beschluß.)

Am 30. October Morgens 5 Uhr ertönte ein furchtbares Signal. In der Austerlitz-Caserne ließ Baudrey die Versammlung zusammenrufen. Das Wetter ist trübe, die Dächer decken sich mit Schnee. Vom Schall der Trompeten geweckt, erheben sich die Soldaten plötzlich, ergreifen ihre Waffen, und stürzen überrascht in den Hof. Diese von Louis Bonaparte so sehr gesuchte Gelegenheit, sie ist endlich da, sie ergreift, sie drängt ihn.

Die Soldaten des 4. Regiments erwarteten ihn, in zwei Reihen sich gegenüber stehend, ihre Blicke auf den Oberst Baudrey, allein mitten im Hofe stehend, gerichtet. Auf einmal erscheint der Prinz in der Uniform eines Artillerieofficiers. Er schreitet raschen Schrittes auf den Obrist zu, und dieser ihn den Soldaten vorstellend, rief: Soldaten, eine große Revolution fängt im Augenblick an; der Neffe des Kaisers steht vor Euch; er stellt sich an euere Spitze; er kommt auf französischen Boden, um Frankreich seinen Ruhm und seine Freiheit (!) wieder zu geben! Es handelt sich darum, zu siegen oder zu sterben für eine große Sache, die Sache des Volkes! Soldaten des 4. Artillerieregiments, kann der Neffe des Kaisers auf Euch zählen?

Bei diesen Worten ergriff die Soldaten eine unbeschreibliche Begeisterung. Es lebe der Kaiser schrie Jeder; sie rühren ihre Waffen, ein ungeheueres, anhaltendes Rufen steigt zum Himmel. Tief gerührt macht Louis Bonaparte ein Zeichen, daß er sprechen will.

„In Euerem Regiment hat der Kaiser Napoleon, mein Oheim, seine ersten Waffenthaten verrichtet, mit Euch hat er sich berühmt gemacht bei der Belagerung von Toulon, und euer tapferes Regiment hat ihm bei seiner Rückkehr von der Insel Elba die Thore von Grenoble geöffnet. Soldaten, eine neue Laufbahn ist Euch aufbewahrt," und den Adler, den ein Officier trug, ergreifend: „Hier ist das Sinnbild französischen Ruhmes, welches von jetzt an auch das Zeichen der Freiheit werden soll." (!) Das Beifallrufen verdoppelte sich, vermischt mit den Tönen kriegerischer Instrumente, und das Regiment setzte sich in Bewegung.

Aber ein Theil der Stadt schlief noch. In den Straßen, ganz von Schweigen erfüllt und verlassen, bot sich der Begeisterung kein Nahrungsstoff dar! Nur die Thüren öffneten sich hie und da; an der Schwelle ihres Hauses zeigten sich einige Bewohner mit erstauntem Gesicht, und wenn auch von den Vorübergehenden, denen man begegnete, einige, entflammt durch den Anblick des Adlers, sich ungestümm dem Zug anschlossen, so folgten doch andere demselben maschinenartig, oder blieben erstaunt stehen, um ihn vorbei ziehen zu sehen.

Am Hauptquartier präsentirte der Posten das Gewehr und rief: „Es lebe der Kaiser!", der Zug hielt und Louis Bonaparte ging zum General Voirol.... Es ist gewiß, daß der General, vom Prinzen aufgefordert, der Bewegung sich anzuschließen, in energischen Ausdrükken dies verweigert, und daß er durch die Kanoniere, unter dem Befehl des Commandanten Parquin, als Gefangener, in seiner eigenen Wohnung zurückgehalten wurde.

Während dieser Zeit schien Alles zum Gelingen dieses Unternehmens beizutragen. Mit einem Rufe, mit einer Handbewegung riß Lieutenant Laity das Bataillon der Pontonniers mit fort. Die Officiere Dupenhoët, Gros, Petri, v. Schaller, Couard, Poggi, Lombard, hatten glücklich die ihrer Kühnheit anvertrauten Aufträge besorgt. Der Telegraph gehörte dem Aufstand, Kanoniere, von Persigny befehligt, hatten soeben den Präfecten in Verhaft genommen. Die Proclamationen wurden rasch gedruckt. Das 3. Artillerieregiment stieg zu Pferd, die Stadt erwachte im Schooß eines furchtbar gewordenen Lärmens, und die Colonne, welche Louis Bonaparte folgte, gelangte an die Finkmatt Caserne. — Aber bald veränderte sich die Gestalt der Dinge.

Die Finkmatt-Caserne liegt zwischen der Peters-Vorstadt und dem Festungswall, in einer, denselben parallelen, Linie. Mit der Vorstadt durch ein sehr enges Gäßchen verbunden, welches in den Haupteingang des Viertels mündet, ist sie vom Wall nur durch einen länglichten Hof getrennt, welcher am einen seiner Enden mit einer eisernen Thür geöffnet wird. Nun war man übereingekommen, den Weg über den Wall zu nehmen, der einzige Gang, welcher der Entwickelung einer imponirenden Macht, bei einem Unfall, den Rückzug gestattete. Aber durch ein unerklärbares Mißgeschick verirrte sich die Spitze der Colonne, dringt in das Gäßchen ein, die Hauptmacht der Truppen in der Petersvorstadt zurücklassend, und so befindet sich Louis Bonaparte, im Kampfe, mit einer schwachen Begleitung in einem Hofe, welcher, wenn das Glück ihm untreu wird, ihm zum Gefängniß oder Grab dienen kann.

Bei dem magischen Namen des Kaisers, den sie aussprechen hören, kamen jedoch die Infanteristen von allen Seiten herbei; ein alter Sergeant rief, daß er in der Kaisergarde gedient und er neigt sich, um die Hände des Prinzen zu fassen, die er weinend küßte. Von diesem Schauspiel werden die Soldaten ergriffen, und schon umringen sie Louis Bonaparte, mit Zeichen ihrer Theilnahme, schon erhebt sich der Ruf: „Es lebe der Kaiser!" als plötzlich ein befremdendes Gerücht sich verbreitete: Man versichert, daß dies der Neffe des Obristen Baudrey sei, der sich unter dem Namen von Louis Bonaparte, den er abscheulicherweise sich anmaße, präsentire, und ein Lieutenant Namens Pleignier wirft sich auf den Prinzen, um ihn zu verhaften. Selbst von den Artilleristen verhaftet, wehrt er sich muthig, während seine Soldaten sich nähern, um ihn zu befreien.

Die Lage war entscheidend. Um die Gefahr zu beschwören, war vielleicht ein Pistolenschuß hinreichend. Louis Bonaparte konnte sich nicht entschließen, ihn abzufeuern. Er ließ selbst den Lieutenant befreien, welcher den Angriff wiederholend, einen neuen Kampf hervorrief. Während dieses vorging, war der Obristlieutenant Tailandier herbeigekommen, und auf seine Stimme veränderte sich der Argwohn in Zorn. Der Hof widerhallte von Drohungen, die Säbel blitzten. Von der Gefahr des Prinzen benachrichtigt, hatten die in der Vorstadt Peter zurückgebliebenen Artilleristen sich in Bewegung gesetzt. Plötzlich sah man sie in Haufen in die Caserne stürzen und mit ihnen vermischt, kamen 60 Kanoniere zu Pferd herbei. Gewaltthätig an die zwei Ende des Hofs zurückgedrängt, stießen die Infanteristen Wuthgeschrei aus, ordnen sich, und dringen mit wilder Miene auf die Anhänger des Prinzen ein, welche in die Enge getrieben, zusammen gepreßt und durch die Pferde an die Mauer des Walles gedrückt wurden. Das war ein schreckliches Schauspiel, ein schrecklicher Augenblick! Hier fällen die Infanteristen das Bajonett, dort schlagen die Artilleristen ihre Musketen an, bereit Feuer zu geben.

Auf dem Wall und längs demselben gab das Volk dem Prinzen seine Zustimmung und überhäufte die Infanteristen mit einem Steinhagel, mitten im verwirrten Geschrei, dem Rollen der Trommeln, dem Klirren der Waffen und Stampfen der Pferde.

Aber alles dieses war von kurzer Dauer. Man ist besiegt in einem Aufruhr, wenn man zögert zu siegen. Einige, auf Befehl des Obristlieutenants Taillandier in die Luft abgefeuerte Flintenschüsse schüchterten das Volk ein. Die Herren von Gricourt und von Querelles hatten Louis Bonaparte vorgeschlagen, ihm einen Weg mit dem Degen in der Hand zu bahnen: er wies das Anerbieten zurück und wurde verhaftet.

„Es galt Euch," rief man zu gleicher Zeit dem Obrist Vaudrey zu; er weigerte sich. Als aber Hr. Taillandier sich ihm genähert, und mit leiser Stimme gesagt, daß der Aufruhr in der Stadt für eine legitimistische Bewegung angesehen werde, befahl er endlich seinen Kanonieren sich zurück zu ziehen und ergab sich. Das war aus. General Voirol war entwischt. Der Commandant Parquin präsentirt sich in der Finkmatt-Caserne, in der Uniform eines Feldmarschalls; man verhaftet ihn, schleppt ihn fort, und er hat den Schmerz, eine seiner Epauletten sich abreißen zu sehen, ohne sich für eine solche Beleidigung rächen zu können. Das 3. Artillerieregiment war im Anzug; die Nachricht von der Verhaftung des Prinzen zerstreut es. Auch die Pontonniers, von Laity geführt, lösen sich auf, und ihr Anführer, in einer Aufwallung von edler Verzweiflung, eilt, das Unglück des Prinzen zu theilen, dessen Glück er nicht retten konnte. Madame Gordon wird überrascht, den Flammen Papiere voll wichtiger Geheimniße überliefernd. Man verhaftet sie. Aber durch ihre Geistesgegenwart beschäftigt sie die Wachsamkeit der Hüter, und Hr. v. Persigny benutzt dies, um zu entweichen.

Bald ist die Stadt nur noch von Bewegungen erfüllt, welche die Unruhe und den Zorn der Sieger bezeugen. Hierauf wieder Ruhe.

Man beschloß, Louis Bonaparte nicht vor Gericht zu stellen, da mehrere Pairs von Frankreich, alte Knechte des Kaiserreichs, zum voraus sich recusirten und die Jury den Männern, welche die Alleinherrschaft versuchten, eine zu untergeordnete Magistratur erschien, um über das Schicksal eines Prinzen zu entscheiden. (!) Der Lehrsatz von der Gleichheit vor dem Gesetz war wohl in die Charte eingetragen, aber der Ministerrath war der Ansicht, es sei ein böses Beispiel, den Neffen des Kaisers wie einen einfachen Bürger zu behandeln. Unschuldig hatte man ihn zu ewiger Verbannung verurtheilt; schuldig, stellte man ihn über das Gesetz. Unnatürliches Privileg, gegeben als Gegenstück zu einer unnatürlichen Ungleichheit!

Am 9. November 1836 sah Louis Bonaparte den Präfecten und den General Voirol in sein Gefängniß eintreten. Ein Wagen wartete vor dem Thor, man ließ ihn einsteigen, ohne auf seine Fragen zu antworten, ohne seine Klagen zu hören, und die Pferde nehmen schnell den Weg nach Paris. ... Er fürchtete, daß man sich begnügen würde, ihn nach der Schweiz zurückzuschicken, was aus ihm nur einen Verschwörer ohne Wichtigkeit gemacht haben würde, dessen Tollkühnheit man nicht zu bestrafen, noch dessen Unternehmungen zu befürchten brauche. Aber die Unfähigkeit seiner Feinde rettete ihn von dieser Erniedrigung: sie entschieden, daß ihr Gefangener ohne Verzug auf einem Staatsschiff nach Amerika gebracht werde.

Louis Bonaparte brachte wirklich nur 2 Stunden in Paris zu. Er wurde dort mit anständiger Rücksicht vom Policeipräfecten Delessert behandelt. ... In seiner allzugroßen (?) Aufrichtigkeit schrieb er einen Brief an den König, worin er für seine gefangenen Freunde bat, für sich selbst einige Ausdrücke der Dankbarkeit beifügend. Er hatte nicht vorausgesehen, daß die Hofleute, mit der Lüge vertraut, diesen Schritt auf eine gehässige Art entstellen, und ihn in ein feierliches Versprechen von ihm, während 10 Jahren in Amerika zu bleiben, umwandeln würden.

Es war am 21. Novbr. 1836 als der Neffe Napoleons von Frankreichs Erde entfernt wurde, wohin ihn Alles, was die Seelenkräfte erwecken kann, gezogen hatte; der Stolz des Namens, Gedanken des Ruhmes, legitime (?) Rückerinnerungen, Liebe zum Vaterland, vermischt mit der Hitze ehrgeiziger Wünsche. Besiegt ließ er hinter sich Verläumdung und Spott. Aber die Republikaner, welche ihn vielleicht verfolgt und niedergeworfen hätten im Schooße seines Siegs, schützten edelmüthig seine Niederlage, und verlangten Achtung für sein Unglück.*) — So weit L. Blanc.

Frankreich.

Paris, den 14. Sept. Die hiesige österreichische Gesandtschaft gibt sich alle erdenkliche Mühe, um die pariser Journale an der Besprechung der letzten Anleihe zu hindern. Oesterreich liebt bekanntlich das Licht nicht, besonders, was sein Finanzwesen betrifft. (Köln. Z.)

Miscellen.

Ein höchst seltenes Naturereigniß hat vor Kurzem in dem Dorfe Kolaczkowo bei Schubin, im Großherzogthum Posen, stattgefunden. Sonntag vor 8 Tagen nämlich, gegen 4 Uhr Nachmittags, zog eine Windhose, von Nordwesten kommend, heran und führte bis hoch an die Wolken eine Staubwolke mit sich. Einige Einwohner des Dorfes, welche dies von fern sahen, hielten es Anfangs für den aufsteigenden Rauch eines Feuers, bis das Unwetter mit einem furchtbaren Sturm mitten in das Dorf einbrach und eine schreckliche Verwüstung anrichtete. Zwei Häuser wurden gänzlich zerstört, von 7 Gebäuden wurden die Dächer und Giebel abgehoben und weithin auf die Felder zerstreut, 12 andere wurden mehr oder minder beschädigt. Ganze Scheunen und Ställe, welche kein Fundament haben, sind von ihrem Platze gehoben und mehrere Fuß weit fortgerückt worden. Zwei Schweine und eine Menge anderer kleiner Hausthiere sind bei dem Einstürzen der Gebäude erschlagen worden. Menschen sind dabei glücklicher Weise nicht ums Leben gekommen, da dieselben sich nach draußen auf freie Plätze geflüchtet hatten. Ein Bauer wurde, während er über sein Gehöft ging, mehrmals in die Höhe gehoben und mehrmals niedergeworfen, ein anderer wurde in eine Pfütze geschleudert und hat sein Leben nur mit Noth und Mühe gerettet.

In der ehemaligen carlistischen Bergfeste Ulizarra unweit Pennacerrada, in der baskischen Provinz Alava, hat man in einem verschütteten Brunnen sehr viel Gold- und Silbergeld, so wie zusammengeschlagene goldene Kirchengefäße, als Monstranzen und Kelche, aufgefunden. Das Ganze hat einen Werth von ungefähr 800,000 Piastern und soll von den Soldaten des Soult'schen Corps, nach deren Niederlage bei Vittoria, dort verborgen worden sein. Ein alter Grenadier der josephinischen Garde, der erst vor Kurzem aus Rußland nach Spanien zurückgekehrt ist, hat dem Präsidenten von Alava die Sache mitgetheilt, vorher aber ein Zehntel für sich beansprucht, das ihm auch von der Regierung zugestanden wurde. Die Carlisten hatten nicht die Zeit, den Brunnen herzustellen; denn sie waren mit der Feste noch nicht fertig, als sie belagert und erobert wurde. Espartero ließ sie später sprengen. Das Geld, so wie die anderen Kostbarkeiten befanden sich noch in den Tornistern, womit es die Soldaten hineingeworfen hatten. Man kann bei dieser Gelegenheit wieder wahrnehmen, wie das besagte Corps bei seinem Rückzuge aus Spanien mit Schätzen beladen gewesen sein muß. Es ist dies auch nicht der einzige Fund, den man seitdem gemacht. Es vergeht fast kein Jahr, wo nicht die Landleute beim Pflügen der Aecker, wo das französische Corps während der Schlacht gestanden, Geld und sonstige Kleinodien auffinden. Im Jahre 1832 fand ein Bauer ebenfalls in einem Tornister gegen 100,000 Piaster in Gold.

*) Und heute?

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Zweite Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Montag (Zu Nro. 226.) den 20. September 1852.

Deutschland.

Berlin, den 17. Sept. Die heutige „Kreuzzeitung" meldet: Heute Mittag hat eine Zollconferenzsitzung stattgefunden, wozu nur die Bevollmächtigten Hannovers, Oldenburgs, Braunschweigs und der thüringischen Staaten eingeladen waren. Diesen wurde mitgetheilt, **daß Preußen nur noch mit ihnen verhandeln und an den Verpflichtungen des Septembervertrags entschieden festhalten werde.**

(Nach einem Schreiben aus Berlin vom 16. Sept. wollte man daselbst wissen, der Entwurf einer Antwort von Seiten der Coalitionsstaaten sei schon seit einiger Zeit von Herrn v. d. Pfordten vollendet; an der Verzögerung der Berathung sei der Umstand schuld, daß man sich von München aus erst in Verhandlungen mit dem Wiener Cabinet eingelassen und diesem namentlich auch den Entwurf selbst zur bestimmten Begutachtung zugesandt hat. — Sollte diese Nachricht etwa zu dem entschiedenen Vorangehen der Preußischen Regierung beigetragen haben?)

Der „Bresl. Ztg." wird von Berlin aus zuverlässiger Quelle versichert, daß bei Gelegenheit der letzten Anwesenheit des hannoverschen Ministerpräsidenten v. Schele hier eine bestimmt formulirte Einigung mit Hannover auf alle Eventualitäten erfolgt ist, und daß das Auftreten Preußens sich vornehmlich auf die Gewißheit stützt, daß selbst in dem Falle einer Lostrennung der sieben Staaten der Darmstädter Coalition vom Zollverein, Preußen einen Ersatz in den norddeutschen Staaten finde.

Nachträglich wird auch noch berichtet, daß in der Conferenzsitzung vom 15. Sept. die Bevollmächtigten von Baden und Hessen-Darmstadt nicht anwesend gewesen seien.

München, den 15. Sept. Gestern fand im Hotel des Ministeriums des Aeußern eine Berathung von Bevollmächtigten der Coalitionsstaaten statt, deren Resultat, wie wir vernehmen, ein der letzten preußischen Erklärung wie überhaupt der Frage über die Fortexistenz des Zollvereins nicht günstiges war. (Eilb.)

— den 16. Sept. Gestern früh gingen die folgenden Herren Offiziere von hier zu den großen Truppenübungen im Lager bei Pesth ab: Generalm. v. Hailbronner, Oberst Heß, Oberst v. Schnitzlein, Oberst v. Liel, Major Graf Pappenheim, und Hauptm. Wolf vom Genieregiment. Außer diesen Herren geht auch der bekanntlich bei der k. b. Gesandtschaft in Wien attachirte Hauptmann Frhr. v. Zoller ebendahin ab.

Die Landräthe sämmtlicher Kreise sind auf den 11. October zusammenberufen.

Koburg, den 14. Sept. Ein trauriger Mißbrauch der militärischen Waffe ist in diesen Tagen hier vorgekommen. In der Umgebung der Stadt wurden neuerdings von Soldaten wiederholte Obstdiebstähle verübt. In dem nahen Dorfe Rohrbach bemerkte am vorigen Sonntag Abend der Schultheiß, ein geachteter Mann, mehrere Soldaten in seinem Garten, die seine Zwetschenbäume plünderten. Als er hinzutrat, die Diebe abzuwehren, erhielt er einen Hieb mit dem Seitenwehr über den Kopf, welcher ihm die Hirnschale spaltete und seinen Tod schon nach einer halben Stunde herbeiführte. Der Thäter wurde alsbald von einem Gendarmen ergriffen. Im Publicum hat dieser Vorfall begreiflicher Weise großen Unwillen erregt.

Berlin, den 14. Sept. Der Staatsanzeiger bringt die octroyirte Wahlordnung für die Bildung der ersten Kammer. Nach derselben ist das ganze Land in 58 Wahlbezirke getheilt, in deren jedem die aus den Höchstbesteuerten genommene Zahl der Wähler das Dreißigfache der in demselben zu wählenden Abgeordneten beträgt, also bei einem Abgeordneten 30, bei zweien 60 u. s. w. Da die Zahl der ländlichen Abgeordneten überhaupt 90 beträgt, so sind im ganzen Staate nur 2700 Personen zu deren Wahl berechtigt. In den 25 Städten, welche das Wahlrecht haben, wird dieses von dem Gemeinderath oder den Stadtverordneten geübt, und zwar stellen dieselben überhaupt 30 Mitglieder zu der ersten Kammer. Annahmeerklärungen über die Wahl unter Vorbehalt oder Protest gelten als Ablehnung und haben eine Neuwahl zur Folge. Wählbar ist jeder Preuße, welcher a) das vierzigste Lebensjahr vollendet hat, b) bereits fünf Jahre lang dem preußischen Staatsverbande angehört hat, und c) in derjenigen Stadt, für welche die Wahl stattfindet, die Befähigung zu den Gemeinwahlen besitzt. Der Tag der Wahl ist noch nicht bestimmt. Die Verordnung gilt provisorisch auf ein Jahr.

Breslau, den 13. Sept. Hr. Milde hat den Eintritt in den Provinciallandtag auf Grund seines Verfassungseides abgelegt.

Wien, den 14. Sept. Durch eine Verordnung des Chefs der obersten Polizeibehörde ist der in Nürnberg erscheinende „Fränkische Kurier", weil er eine mit der Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung unvereinbarliche Richtung in einer gegen die österreichische Regierung gehässigen Weise an den Tag gelegt habe, für den ganzen Umfang des Kaiserstaates verboten worden.

Aus Ungarn, den 12. Sept. Alle Welt spricht jetzt von der entsetzlichen Entdeckung einer Blutspelunke in Kaschau, wo ein junges Mädchen Männer an sich lockte, die alsdann von Bewaffneten in einer kleinen Kammer überfallen und grausam niedergemetzelt wurden, um sich deren Habe zu bemächtigen. Sieben Männer sind binnen etlichen Wochen in Kaschau spurlos verschwunden, ohne daß Jemand darüber hätte Auskunft ertheilen können, bis die Polizei die Mördergrube entdeckte, die Zeugen der That auffand und die Mordknechte festnehmen ließ.

Belgien.

Brüssel, den 16. Sept. Die „Emancipation" brachte heute Vormittag nachstehende Mittheilung: „Wenn wir gut unterrichtet sind, so sind unsere Beziehungen zu Frankreich noch nicht in einer definitiven Weise auf dem Fuße eines herzlichen Einverständnisses geregelt. Neue Schwierigkeiten würden nahe daran sein, sich zu erheben."

Frankreich.

† **Paris,** den 17. Sept. Man versichert, daß der Präsident vor seiner Abreise sein Testament gemacht habe, worin er seinen Nachfolger zur Wahl empfiehlt. Mehre Minister und Generale sollen einen Revers unterzeichnet haben, worin sie sich verpflichten, für den Fall des Todes des Präsidenten die testamentarischen Bestimmungen mit ihrem ganzen Einfluß zu unterstützen und zu vertheidigen. — Die Berichte über die Reise des Präsidenten bewei-

sen, daß alle Anstalten so gut als möglich getroffen sind, die Kaiserei zu unterstützen und zu fördern, besonders seit der Prinz-Präsident selbst erklärt hat, daß er den Wünschen des Volkes folgen wolle. — In welcher Art übrigens die Berichte über die Festlichkeiten lauten, kann man daraus abnehmen, daß es in einem derselben heißt: Der Wagen habe stillehalten müssen, weil die Pferde wegen der Menge auf den Weg gestreuter Blumen nicht mehr hätten gehen können!!

Der ehemalige Güterverwalter und Vertraute des Grafen v. Chambord, der Marquis de Pastoret, ist zum Präsidenten des historischen und linguistischen Comités, welches der Minister des öffentlichen Unterrichts eingesetzt hat, ernannt worden. Er hat diesen Posten mit eben so viel Bereitwilligkeit angenommen, wie der Marquis Larochejacquelin den Präsidentenposten des Generalraths vom Departement Deux Sevres. — Dagegen erfährt man, daß der in Moussy zum Gemeinderathsmitgliede ernannte Vicomte d'Arlincourt den Eid verweigert hat.

Die Handelskammer zu Algier hat beim Kriegsminister sehr dringend gegen eine Freilassung Abdel Kaders protestirt, selbst wenn ihm Mekka als Aufenthaltsort angewiesen würde.

Spanien.

* **Madrid**, den 12. Sept. Ein königl. Decret bestimmt, daß das dem Staate zukommende Fünftel von allen Verkäufen der Communalgüter zum Ankauf von Eisenbahnactien verwendet werden soll, deren Ertrag jährlich an den Schuldentilgungsfond abgeführt wird.

Italien.

Florenz, den 8. Sept. Bei dem Dörfchen San Raffore fiel zwischen den Grafen Medem und Kalergis ein Pistolenduell vor, in welchem Ersterer todt auf dem Platze blieb.

Rom. Selbst die A. Z. sagt rund heraus, der rein durch äußere Gewalt mühsam zusammengesetzte Bau der gegenwärtigen Zuständen des Kirchenstaats würde 24 Stunden nach dem Abzuge der fremden Truppen zusammenstürzen.

Großbritanien.

* **London**, den 16. Sept. Die englischen Journale sind noch mit der Lebensbeschreibung des verstorbenen Herzogs von Wellington angefüllt. Der Morning Chronicle zieht eine Parallele zwischen ihm und dem Kaiser Napoleon als Feldherrn, die ganz zu Gunsten des Ersteren lautet, was wahrscheinlich heftige Repliken der französischen Journale hervorrufen wird. — In Liverpool wurden bei der Nachricht von dem Tode des Herzogs von Wellington alle Läden geschlossen. Man läutete die Todtenglocke von allen Thürmen und alle Schiffe im Hafen senkten die Flagge bis an die Mitte des Mastes.

Rußland.

Petersburg, den 11. Septbr. Der Minister des kaiserl. Hauses, Fürst Wolchonski, ist am 9. d. in Peterhof gestorben.

Miscellen.

* **Auch ein Zeichen der Zeit.** Als nach den Julitagen von 1830 die Reaction unter König Ludwig Philipp in Frankreich sich wieder festsetzte, da betrachtete man es als ein Zeichen der Zeit, daß der liebenswürdige Liedersänger Beranger verstummte. Nichts vermochte ihn mehr, seine Stimme laut werden zu lassen. Erinnern wir uns recht, so sang er seitdem ein einziges Mal wieder — nach der Revolution von 1848. Jetzt aber ist er nochmals erwacht. Es ist der Ingrimm über die nie dagewesene Schmach seines Vaterlandes, was den 73jährigen Greis aufs Neue zur Leier greifen machte. Er, der Sänger Napoleonischen Ruhmes, ist abgefallen von der Napoleonischen Phrase. Sein neuestes Gedicht heißt: Le coq et l'aigle. Der gallische Hahn und der napoleonische Adler werden einander gegenüber gestellt. Es circuliren tausende von Abschriften davon. Die Pr. Ztg. theilt folgende (leider allerdings sehr „flüchtige") Uebersetzung mit:

Usurpator, Du mußt Dich bescheiden sehr,
Ich mißachte nicht Deinen Ruhm,
Doch Dein Adel, der ist von gestern her,
Der meine aus der Geschichte Heiligthum.
Mit meinen Söhnen Hoche und Marceau
Wie stolz die Tricolore flog!
Und eine Niederlage von Waterloo,
Ja, der alte Hahn, er erwartet sie noch!
Du hast vergessen den Schritt der Zeit —
Fanfaren erklingen vom Schlachtenzug,
Doch die Völker sie folgen im Grabgeleit,
Die Fahne drin, sie ist ein — Leichentuch.
Ich aber vom Fluge der Jahre weiß,
Meine Stimme ist stark und friedlich doch.
Sie singt in Hoffnung der Zukunft Preis —
Und, hörst Du! der alte Hahn er krähet noch!
Hochmüthiger Adler, Du hast mich verbannt,
Dein ist der Palast, Dein die Kriegspracht,
Deine Fahnen geweiht von Priesterhand —
Mir nur die Werkstatt, die Hütte lacht;
Ohne Gram sah' ich's mit an,
Daß Dich neuer Glanz umzog.
Ich sah schon manchen Nachbarsmann
Und manchen Andern, den seh ich noch!
Als Dich Römer hierher gebracht,
Die unsrer alten Freiheit gram,
O da stieg ich mit Verachst
Auf den Kirchthurm Notre Dame;
Tausend Jahr thaten vergehen,
Auf's Morgenlicht harrte ich doch,
Und zwei Mal schon glaubt ich's zu sehen,
Indeß der alte Hahn kann warten noch.
Sag, bist Du der schwarze Adler von Berlin,
Der so jung schon ein Riese war?
Bist Du der zweiköpfige Adler des Kremlin?
Oder Alt-Oesterreichs gefürchteter Aar?
Nenne das Land, wo Du geboren,
Gib ein Zeichen, wie erkenn' ich Dich doch?
Ich habe mein Zeichen nie verloren,
Den rothen Kamm den trage ich noch!
Ein verkleideter Römer, Adler, bist Du,
Ich aber von den Sporen bis zum Kamm
Bin ein Franzose, stolz, tapfer, dazu
Galant, fest hielt ich, was ich je nahm,
Und wenn ihr ein wenig prahlhaft mich seht,
So liebt und verehrt man mich doch.
Armseliger Adler, Du kommst zu spät,
Der alte Hahn beherrscht hier die Herzen noch!

Am 9. Sept. hielt Abends vor einem berliner Gasthofe ein eigenthümlich gebautes Fuhrwerk, in welchem ein Greis mit langem wallendem weißem Barte und eine jüngere Frau saßen. Der Wirth, der ihre Sprache nicht verstand, wollte sie nicht aufnehmen. Der Greis wandte sich nun in französischer Sprach an einen vorübergehenden Offizier, und es stellte sich heraus, daß er 1812 als Kriegsgefangener nach Sibirien gebracht, dort 40 Jahre gelebt und sich verheirathet habe, aber am Ende seiner Tage der Sehnsucht nach seiner Heimat, nach Nancy, nicht habe widerstehen können und, um den Geburtsort noch einmal zu sehen, die beschwerliche Reise unternommen habe.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1201³] **Geschäfts-Bureau.**

Der Unterzeichnete bringt hierdurch zur Anzeige, daß er ein Geschäftsbureau dahier errichtet hat; seine Wohnung befindet sich in dem Hause des Hrn. Färber Waffenschmitt.

Mutterstadt, den 31. August 1852.

Otto Wagner.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 227 | den 21. September 1852.

Anzeige.

Da mit dem nächsten Monat ein neues Abonnement auf die Neue Speyerer Zeitung beginnt, so ersuchen wir, die Bestellungen möglichst bald bei der zunächst gelegenen Posterpedition einzureichen. Nur Bewohner der Stadt Speyer und der nächsten Umgegend belieben ihre Bestellungen an die Erpedition dieses Blattes unmittelbar zu richten. — Die Speyerer Zeitung, welche mit Ausnahme des Sonntags täglich, und zwar häufig mit Beilagen, erscheint, kostet halbjährlich 3 fl. 20 kr., vierteljährig 1 fl. 40 kr., und wird um diesen Betrag, ohne weitern Aufschlag, durch alle Posterpeditionen des Königreichs Baiern geliefert. — Privatanzeigen, welche vortofrei einzusenden sind, werden gegen eine Einrückungsgebühr von 4 Kreuzer für die gewöhnliche Druckzeile aufgenommen.

*** Die Anstrengungen, welche von der Rückschrittspartei in täglich ausgedehnterm Maße gemacht werden, um der Speyerer Zeitung entgegen zu wirken, deuten wol besser als alles Andere an, von welcher Bedeutung die Verbreitung eines unabhängigen Blattes für die Freunde der freien Richtung in der Pfalz, oder vielmehr für alle Jene sein muß, welche etwas Besseres als den schrankenlosen Absolutismus in Staat und Kirche herbeigeführt wünschen.

Die Speyerer Zeitung glaubt, angesichts der jetzigen Lage eines freisinnigen Blattes, ein Recht zu besitzen, die allseitige thätige Unterstützung der Gleichgesinnten und überhaupt aller Derjenigen fordern zu dürfen, welche wünschen, daß das Treiben der Reactionäre nicht über alle Verhältniße des Lebens, zumal in unserer Pfalz, sich völlig widerspruchslos ausbreite.

Deutschland.

* **Speyer.** Von einem Pfälzischen Auswanderer ist uns ein Schreiben über die allgemeinen Beweggründe zur Auswanderung zugekommen, welche wir, so weit es uns unter den obwaltenden Preßverhältnißen thunlich scheint (einige Stellen glauben wir, zu unserm Bedauern, hinwegstreichen zu müssen), nachstehend folgen lassen:

Landau, den 11. Sept. Herr Redacteur! Sie haben jüngst in Ihrem vielgelesenen Blatte die Frage aufgeworfen: „Warum wir auswandern?"

Auch ich habe mir diese Frage in der Stille oft gestellt und im schmerzlichen Hinblick einer möglichen Trennung von meinen theuern Eltern, meinen lieben Geschwistern und Freunden reiflich hin und her erwogen, warum auch mich dieser Gedanke der Auswanderung erfaßt und warum von der schönen Heimath, Vaterland hat ja der Deutsche nirgends, geschieden sein muß.

Vorerst ist es der dem Menschen inwohnende natürliche Trieb nach Thätigkeit, und zwar nach einer Thätigkeit, welche die Mühe hinlänglich lohnt und die Aussicht auf ein frohes, sorgenfreies Alter gewährt. Es ist die Sehnsucht nach einer Lebensbahn, zwar voll Arbeit und Mühen, aber ohne die traurige Perspective eines frühen oder späten Verkommens, wie dies so häufig durch Mißjahre, fortschreitende Steuererhöhungen, Unruhen, welche aus Vorenthaltung längst versprochener Rechte und Freiheiten, oder gewaltsamen Besitzstörungen derselben wie in Kurhessen, Schleswig-Holstein, in erschreckendem Maßstabe bewirkt wurde und bewirkt werden wird, wenn die handelspolitische Krise in Deutschland noch einige Zeit aus diplomatischen Eifersüchteleien u. dgl. fortdauert. —

Jung und voll Gesundheit, mit gehörigen Kräften und hinlänglichen Kenntnissen versehen, wollen wir dieser Zukunft entgehen; wir wollen Bürger eines Staates werden, in dem wir unsere Kräfte ungestört durch jene Krebsschäden entfalten können. Dort ist noch Raum für mehr als eine deutsche Generation, dort im Lande der Freiheit, der großartigen Entwicklung des Handels und der Arbeit! — Darum wandern wir aus!

Wenn auch der Erwerb der materiellen Güter die erste Bedingung des leiblichen Lebens ist, ferner die Begründung der Familienwohlfahrt zur Erreichung des uns nothwendigen Bildungsgrades und dadurch insbesondere der geistigen Freiheit die Schlußforderung der Lebensaufgabe bleibt, so ist doch keineswegs mehr zu verkennen, daß der deutsche Bürgerstand fest und unabwendbar seinen Blick auf die Zustände der freien Nationen gerichtet und sich die heiligen und unveräußerlichen Rechte, deren sich jene schon längst erfreuen, anzueignen aufs Ernstlichste bestrebt ist. Aber die vergeblichen Kämpfe und Opfer, welche das deutsche Volk dafür seit 1848 dargebracht, die schlimmeren Gestaltungen seiner Zustände seit dieser Prüfungs- und Unglücksepoche; die Tyrannei der Reaction, ihre stupide Impotenz zu allem Großen und Nationalen; ferner die Unterdrückung der freien Gemeinden; die vielfache offene Begünstigung der Feinde der edlern geistigen Natur des Menschen und der wahren Christusreligion — der Jesuiten; die furchtbare Verletzung alles Rechtsgefühls in Kurhessen und Schleswig-Holstein, der Abgang der Großmuth gegen politisch Verfolgte, — erfüllen jeden Denkenden mit Schauder vor der Zukunft. — Darum wandern wir aus.

Wir sind, Eigenlob sei fern von uns, eben so gut und vielleicht richtiger als jene, welche um schnöden Lohn als Treubund in der Pfälzer Zeitung kaum aufgehört haben die Pfalz zu verdächtigen und zu schmähen, während er sich darin so wohl sein läßt; wir sind, sage ich, ebenso von den Pflichten durchdrungen, welche wir unter andern Verhältnißen einem freien Vaterlande schuldig wären. Aber jetzt als Soldat einzutreten, kann zwischen der alsdann auferliegenden Verpflichtung und der innern Ueberzeugung die grausamsten Conflicte zur Folge haben (wie gleichfalls Kurhessen beweist). — Darum wandern wir aus!

Von Verwandten und Freunden hinlänglich aufgeklärt über die Verhältniße in den freien Staaten Nordamerikas, übt nicht allein ihr Ruf an uns sondern auch die immer glücklichere und großartigere Entwicklung des Lebens der Union eine zauberische Anziehungskraft. Der Welthandel, der wohlfeile und unermeßlich fruchtbare Grund und Boden, die Höhe des Verdienstes, die nicht im Verhältniß zur Production stehende niedere Besteuerung; kein Soldatenzwang und keine Soldatenlast; keine Beamtenherrschaft und kein schmählicher Nepotismus; keine polizeiliche Bevormundung und vollkommene Freiheit der Presse und der religiösen Ueberzeugungen — dies Alles, was auf den meisten europäischen Staaten lastet, erweckt in uns eine unwiderstehliche Sehnsucht und drängt uns als Theile an den rastlosen europäischen Völkerzug. — Darum wandern wir aus.

Sollte die Verwirklichung des inhaltschweren Gedankens, der jetzt die gesammte Bevölkerung der nordamerikanischen Republik bewegt und als wichtiges Moment in die Wagschaale bei der Wahl des Präsidenten fällt,

den großen Tag erleben und schauen, daß die transatlantische Welt dem alten Germanien brüderlich die Riesenhand reichte, dann, alsdann werden auch d i e wiederkehren, welche bis jezt am Vaterland verzweifelten.

Leb wohl schöne Pfalz, groß und beständig sei dein künftiges Glück! Charles T. S c h n e l l.

* **Frankfurt,** den 18. Sept. Wenn auch in der jüngsten Zeit immer weniger an eine Einigung der deutschen Verhältniße, selbst jener die materieller Natur sind, gedacht werden darf, so ist es erfreulich zu sehen, wie so manche Fachgenossen des Gesammtvaterlandes sich vereinigen und über ihre Verhältniße berathen. Der Monat September wird so ziemlich mit Versammlungen ausgefüllt, die den berührten Zweck haben. In Hannover tagten in voriger Woche die Land- und Forstwirthe, hier seit drei Tagen die Apotheker Deutschlands, und heute schon beginnt die 29ste Versammlung der deutschen Naturforscher und Aerzte. Im Saale des Senkenbergischen Stiftes fand am 16. und 17. die allgemeine Sizung der ersten Versammlung des deutschen Apothekervereins statt. Sie wurde von den beiden Oberdirectoren Medicinalrath Apotheker Dr. Bley aus Bernburg und Apotheker Dr. Walz aus Speyer geleitet. Die Verhandlungen betrafen theils rein wissenschaftliche Gegenstände, theils Erfahrungen auf dem Gebiete der Praxis und im Geschäftsleben. Wenn auch die Zahl der Anwesenden, etwa 150, im Verhältniße zu jener der Mitglieder (gegen 2500) gering war, so fanden sich doch Vertreter aller Theile Deutschlands ein. Sie waren aus Hamburg und München, Berlin und Freiburg, Rostock und Regensburg, Altona und Landshut, vom Rhein und aus Schlesien, aus Franken, Baden, Hessen und Hannover u. s. w. gekommen, um gemeinsam die wissenschaftlichen und practischen Interessen der Pharmacie zu fördern und das Leiden dürftiger Fachgenossen und deren Angehörigen zu mildern. — An den Vorträgen und Verhandlungen betheiligten sich besonders, außer den beiden Vorsitzenden, Bertrand aus Schwalbach, Erlemeier aus Wiesbaden, Geiseler aus Königsberg, Dr. Leube aus Ulm, v. Beruff aus München, Dr. Mohr aus Coblenz, Herzog aus Braunschweig, Guilielmo aus Landshut, Dr. Riegel aus Karlsruhe, Overbek aus Lemgo, Merk aus Darmstadt, Dr. Mettenheimer aus Gießen, Sippel aus Würzburg, Schippe aus Mainz, Schmidt aus Freiburg u. s. w. Gegenstände von a l l g e m e i n e m practischem Interesse waren: der Arsenikgehalt der grünen Tapeten und deren giftige Wirkung, besonders in Schlafzimmern; dann die Geheimmittel. Es wurden in der That Mittheilungen gemacht, die jedem Förderer der allgemeinen Wohlfahrt den Wunsch aufdrängen, es möchten alle deutschen Regierungen nach dem Beispiele Badens eine Verordnung erlassen, die den Verkauf a l l e r Geheimmittel bei Strafe verbieten. Man zeigte Gegenstände vor, die keinen oder nur geringen Werth haben, und um enorme Preise verkauft werden, und besonders wurde beklagt, daß es auch Apotheker gibt, welche sich mit solchen Prellereien befassen und Geheimmittel bereiten. Man war ziemlich allgemein der Ansicht, durch Untersuchung und Veröffentlichung der Bestandtheile könne das Publikum belehrt und dadurch vor Schaden bewahrt werden.

Man schloß die Versammlung mit dem Wunsche, sich recht bald wieder in so collegialer Eintracht zu begegnen. — Die norddeutsche Abtheilung wird wahrscheinlich im nächsten Jahre ihre Versammlung in Schlesien abhalten, die süddeutsche dagegen in Nürnberg, wie leztes einstimmig beschlossen ward. — Heute trennte man sich; eine große Anzahl der Mitglieder ging nach Wiesbaden, um der dortigen Versammlung sich anzuschließen.

* **Speyer,** den 20. Sept. Schon wieder sind wir von Wassersnoth heimgesucht. Das Wasser des Rheines, welches sehr bedeutend herabgegangen war, steigt seit dem Samstage mit ungeheuerer Schnelligkeit. Wir geben nachfolgend die aus Basel gekommenen Nachrichten:

Statt der „Baseler Ztg." Nro. 222 ist blos folgende kurze Anzeige erschienen: B a s e l, den 18. September. Wir sind für heute in die Unmöglichkeit versezt, unser Blatt erscheinen zu lassen. In Folge des Steigens des Rheines, wie es seit 1817 nicht mehr der Fall war, ist unsere Druckerei unter Wasser gesezt, und wir können daher weiter nichts thun, als unsern Lesern diese kurze Anzeige, die in einer andern Officin gedruckt wird, mittheilen.

Die „Schweizerische Nationalzeitung" vom 18. Sept. (Abendblatt) enthält folgende Nachrichten aus B a s e l: Durch den anhaltenden Regen der letzten Tage ist der Rhein zu einer Höhe gestiegen, wie man seit vielen Jahren nicht erlebt, und bis auf den Augenblick ist er leider noch im Steigen. Das Wasser desselben ist bis auf die Mitte des Fischmarktes gekommen, wohin man durch die Schwanengasse mit einem großen Nachen fahren kann. Die auf der Schifflände lagernden 25 Baumwollenballen wurden über Nacht weggeschwemmt. ... Die Rheinbrücke, gegen die sich der reißende, allerhand Trümmer mit sich führende Strom mit fürchterlicher Gewalt wälzt, ist mit schweren Lasten belegt und die Passage für Fuhrwerke gesperrt. — Auch der Birsig erreichte eine Höhe wie seit Menschengedenken nicht. Viele Anwohner mußten aus den Erdgeschossen flüchten. Glücklicher Weise ist derselbe seit heute Morgen um mehre Fuß gefallen. — Die Wiese ist gleichfalls ausgetreten und hat beträchtliche Verwüstungen angerichtet. — N a c h s c h r i f t. Bis heute Nachmittag 3 Uhr war das Wasser des Rheins noch im Steigen. Wie wir hören hat es den höchsten Stand in diesem Jahrhundert (1801) um einige Zoll überschritten. Zum Glück hat sich das Wetter aufgeheitert. — Wasserstand am Pegel: Vorm. 11 U. 22'; Nachm. 3¼ U. 22' 3".

Aus der innern Schweiz erhalten wir heute Morgen halb 10 Uhr folgende telegraphische Depeschen: Mittheilung von A a r a u. Von der Erlisbacher Straße bis Schönenwerd alles unter Wasser, den dortigen Holzhändlern ist fast alles weggeschwemmt. Alles, Schachenland, Gärten, Bünten, Aecker und Wiesen unter Wasser. Nach und von keiner Richtung kann mit Aarau ein Postwagen correspondiren.

Mittheilung von Z o f i n g e n. Es sind in der Nähe von Zofingen mehre kleine Brücken zerstört, der Weg nach Aarau unfahrbar.

Mittheilung von Z ü r i c h. Der Basel-Zürich-Nachtwagen ist zwischen Wyl und Baden geblieben. Kein Unglück.

B e r n. Freitag Mittag. In Folge des seit Mittwoch Nachts anhaltend niederströmenden Regens sind Flüsse und Bäche überall ausgetreten. Die Waadtländerpost, welche gestern Abend 9 Uhr von Bern abfuhr, konnte bei Gümmenen die Sense nicht passiren; auch die Post, welche heute Morgen von dort ankommen sollte, ist bis jezt noch nicht angelangt. Bei Aarberg sei die Aare ebenfalls ausgetreten. — Gestern Abend fand die von Thun her fahrende Post im Muriholzli einen Eisenfuhrmann von Allmendingen erschlagen auf der Straße liegen. — Hier in Bern ist ein großes Stück der Stüzmauer bei der alten Neapolitanerkaserne neben dem Bundesrathhausplatze eingestürzt.

* **Aus dem Kanton Kandel.** Dem Vernehmen nach ist der Districtsrath unsers Kantons zu seiner ordentlichen Jahresversammlung auf den 30. d. M. berufen; nicht aber, wie zu erwarten war, nach Kandel oder sonst einem geeigneten Orte des Kantons, sondern nach dem außerhalb desselben gelegenen Germersheim. Abgesehen von dem Zeitverlust und den nicht unbedeutenden Mehrausgaben, welche hierdurch den — bekanntlich keine Diäten beziehenden — Mitgliedern erwachsend, und für Einzelne lästig sein möchten — entsteht die Frage: ob diese Verfügung dem Sinne des Gesetzes angemessen ist? Laut Art. 12 desselben ist die Verwaltung allerdings berechtigt, den Ort der Zusammenkunft zu bestimmen; indeß kann die Gesetzgebung hiermit doch wol nichts anders gemeint haben als die Befugniß, den geeignetsten Ort i n n e r h a l b des Districts (Kantons) zu bezeichnen: da

es doch ganz natürlich und auch allgemein üblich ist, daß jedes Collegium seine Thätigkeit auf eigenem Gebiete ausübt.

*** Speyer,** den 20. Sept. Unsere Pariser Correspondenz bringt uns täglich umfassende Berichte über den Fortgang der Reise des Prinzen Louis. (Nach den letzten Nachrichten war er am Nachmittage des 18. zu Roanne eingetroffen.) Der Inhalt aller einzelnen Mittheilungen gleicht sich in der Hauptsache ganz genau, und läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Ueberall Menschenmassen, welche sich sowol auf Commando als (ganz besonders) aus Neugierde herandrängen und in obligater Weise: „Es lebe Napoleon! Es lebe der Kaiser!" schreien. — Anreden, trotz des Verbots, in welchen Ansprachen die Kaiserei widerhallt, und die stets gnädig entgegen genommen werden. Nach dem Einzug in den Hauptorten allerwärts zuerst Besuch der Kirche. Abends Illumination, Lampendunst, und — Ball. Stets ungemeine Aufgebote von Militär, Gendarmerie und Policei. —

Die gemachten Huldigungen und die gemachten Verschwörungen. Die „Urw.-Ztg." macht folgende treffende Bemerkungen: Unsere Zeit ist so recht geeignet, den ganzen sittlichen Ekel des Volkes vor all' den gemachten Huldigungen und den vorgespiegelten Gefahren, dem angestifteten Volksjubel und den eingebildeten Verschwörungen hervorzurufen. Das wird uns besonders klar, wenn wir auf die französischen Zustände blicken.

Nimmt man eine gutgesinnte Zeitung zur Hand, so hat man auf den ersten Seiten nichts wie Huldigungsnachrichten. Napoleon wird auf den Rundreisen bejubelt, der Papst bei seinem Erscheinen angebetet, der Kaiser von Oesterreich mit übergroßem Enthusiasmus begrüßt, allenthalben lauter Jubel, unerschöpfliche Unterwürfigkeit und Behördenglück allüberall. — Kaum aber ist man mit den officiellen und officiösen Jubelscenen fertig, da gibts wieder allenthalben lauter Gefahren, pure Widerspenstigkeit, finstere Verschwörungslust, rothe Wühlerei und dergleichen entsetzliche Entsetzlichkeiten, die allenthalben Kriegsgerichte, Staatsrettung, Disciplinirung, Absetzung und Ausweisung nothwendig machen!

Welch' sittlicher Ekel muß nicht Jeden von gesundem Menschenverstand ergreifen, wenn er dergleichen officielle Doppellügen liest, von denen die eine geradezu der anderen widerspricht! Ist der Jubel wahr, so sind die Gefahren eingebildet; sind die Gefahren wahr, so kann ja der Jubel nicht wahr sein! —

Aber so sind einmal Polizei- und Diplomatenstaaten eingerichtet. Die Lüge ist ihnen System geworden, eine wirkliche Gesinnung ist ihnen unbegreiflich, ruhige stille Anhänglichkeit und freimüthige Unabhängigkeit kennen sie nicht und erkennen sie nicht. Sie sehen, was sie zu sehen wünschen. Sie malen die leiseste Anhänglichkeit mit den Farben der Unterwürfigkeit aus, als ob das Volk aus lauter beglückten Sclaven bestände. — Wen sie aber nicht zum beglückten Sclaven stempeln können, den stempeln sie zum schwarzen Verräther, und verfallen so von den erhabensten Huldigungen in die gräulichsten Verschwörungen.

So wirft denn in solchen Staaten ein an sich plumpes, aber durchweg immer noch gebrauchtes Lügensystem einen dicken Schleier um die wirklichen Zustände und verhüllt sie vor den Augen der Machthaber. —

Vom pfälzischen Rheinufer, den 14. Septbr. Bereits am 16. Juli l. J. hat die Generalversammlung der Actionäre der pfälzischen Ludwigsbahn ihre Beschlüsse bezüglich der beiden neuzuerbauenden Bahnstrecken von Neustadt nach Weissenburg und von Ludwigshafen nach Worms gefaßt. Da die günstigen Propositionen der kgl. Staatsregierung hinsichtlich der letzteren Strecke kein Hinderniß übrig ließen, so glaubte man allgemein, dieselbe werde noch im Laufe dieses Sommers in Angriff genommen werden. Indeß ist noch immer die allerhöchste Concession zur Uebernahme derselben durch die Ludwigsbahngesellschaft nicht erfolgt, und sonach ruht die ganze Sache noch völlig. Wir kennen die Gründe der Verzögerung nicht, zweifeln auch nicht, daß sie triftig genug sind; dessenungeachtet wird man uns nicht verargen wenn wir den Wunsch aussprechen, die königl. Concession möchte bald erfolgen. (A. Z.)

Berlin, den 18. Sept. Es ist richtig, daß Preußen zu der gestern stattgehabten Sitzung der Zollconferenz nur die Commissarien von Hannover, Oldenburg, Braunschweig und den Thüring'schen Staaten eingeladen hatte. Unrichtig dagegen ist, daß Preußen (wie die Kreuzzeitung berichtet) erklärt habe, mit den andern Staaten überhaupt nicht verhandeln zu wollen. Der k. preußische Commissarius erklärte ungefähr Folgendes: Die preußische Regierung habe bis zum 15. d. von den Regierungen, welche nicht schon in der Sitzung vom 30. August der preußischen Auffassung beigetreten waren, eine deßfallsige Erklärung erwartet. Dieselbe sei nicht erfolgt; Preußen könne aber nur noch mit den Staaten verhandeln, welche sich mit jener Erklärung einverstanden erklärten, werde also nur die zu den Conferenzen einladen, von denen solche Erklärungen erfolgen. (Frankf. Journ.)

Berlin. In Preußen hat die katholische Partei den Entschluß gefaßt, keine Geistliche mehr in die Kammern zu wählen, sondern die Wahl auf streng katholische Laien zu lenken.

Leipzig, den 15. Sept. Professor Roßmäßler, gewesenes Parlamentsmitglied, der auch in Stuttgart mittagte, befindet sich wieder auf freiem Fuße, nachdem er wegen einer vor 2 Jahren zur Erinnerung an Robert Blum gehaltenen Rede eine vierwöchentliche Gefängnißstrafe abgebüßt hat.

Wien. Der Hamburger Schneider Ruszak, ein geborner Ungar, der den in Hamburg anwesenden Oesterreichern zur Desertion verhalf, wurde bekanntlich mit nach Wien genommen, zum Tode verurtheilt und zu 18jähriger Schanzarbeit begnadigt. Seine Frau hat nun bekanntlich eine Reise nach Wien unternommen. Am 6. d. M. gelang es ihr, bei dem Kaiser vorzukommen, doch war es nur an einem allgemeinen Audienztage und die Unterredung, an deren Schlusse der junge Monarch versicherte, „er wolle sehen, was sich thun lasse," dauerte nur ein paar Minuten.

Wien, den 14. Septbr. Der Umlauf an Staatspapiergeld betrug mit Einrechnung des ganzen Bestandes in allen Staatscassen am Schluß des vorigen Monats nur noch 164'931,755 fl.!

Pesth, den 14. Sept. Der Kaiser wird vorderhand die im Schloß hergerichteten Gemächer beziehen, da ihm die Aerzte das Uebernachten im Zelt auf dem Lager bei Raposzta Megyer bei der jetzt herrschenden kühlen und feuchten Witterung aus Gesundheitsrücksichten aufs ernstlichste widerrathen haben. Das Zelt selbst ist aus Gutta Percha verfertigt, mit Fenstern vom feinsten Geflecht versehen und wurde von London hieher verschrieben, weil die inländischen Werkmeister überspannte Anforderungen stellten, während der Preis desselben in England nur auf sechzig Pfund Sterling zu stehen kam. (A. Z.)

Schweiz.

Tessin. Uebereinstimmend mit einem Artikel der „Democrazia" wird dem „Bund" geschrieben, der von den österreichischen Behörden nunmehr ausgelieferte Bernasconi habe das Geständniß abgelegt, er sei von seinem eigenen Vater zum Morde Soldini's mit dem Bedeuten gedrängt worden, daß sie im Falle des Gelingens 12,000 Lire erhalten werden. Am verhängnißvollen Abend habe der Vater ihm den geladenen Stutzer mit dem Auftrag übergeben, am Beinhaus auf Soldini zu warten; er wolle in's Kaffeehaus gehen und ihm dann ein Zeichen geben, wenn jener komme. So sei es geschehen; nach einer Stunde Wartens habe der Vater ihm gemeldet, Saldini werde bald kommen; er kam und während er seine Cigarre anzündete, fiel der meuchlerische Schuß und

mit ihm — sagt Bernasconi — „das Opfer der Rache.“ Der Vater des Mörders ist ebenfalls verhaftet.

Belgien.

Brüssel, den 18. Sept. Der literarische Vertrag, Frucht langer und mühsamer Unterhandlungen, schien jede Debatte beendigt zu haben, da von beiden contrahirenden Seiten erklärt wurde, daß dieser internationale Artikel als ein Pfand für fernere freundliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu betrachten sei. Frankreich, ohne selbst die Ratification dieses Vertrages abzuwarten, macht jetzt neue Ansprüche und verlangt, daß der für uns so unvortheilhafte Vertrag von 1845 wieder in Kraft treten müßte, und das in so gebieterisch drohenden Ausdrücken, die Jedem unbegreiflich sind. Das belgische Cabinet hat diesen Forderungen widerstanden, aber doch, um bis zu Ende den Beweis seines guten Willens zu geben, angeboten, die Unterhandlungen wieder aufzunehmen. Es soll zu diesem Endzwecke bereits Vorschläge gemacht haben, welche indeß von der französischen Regierung nicht angenommen worden sind. Von beiden Seiten ist man daher in gespanntester Erwartung der Dinge, die da kommen werden. Man sagt, daß die Notification von Frankreich gewisse Drohungen enthält, in dem Falle, daß man den Wünschen der französischen Regierung nicht entsprechen wird. — Nachschrift. Seit Langem haben wir Sie schon die Beendigung der ministeriellen Krisis vorher sehen lassen; Herr Rogier verließ gestern den König mit folgendem königlichen Decrete: „Die Demission des Hrn. Frère Orban ist angenommen; Hr. Liedts provisorisch mit dem Departement der Finanzen beauftragt. Die Kammern sind für den 27. dieses Monats zusammen berufen.“ (Kölnische Zeitung.)

Italien.

Palermo, den 1. Sept. Der Aetna setzt seine Verheerungen fort, und der Lavastrom wälzt seine feurigen Wogen nach der fruchtbarsten Gegend unter dem weithin tönenden Donner der Auswürfe, dem Brausen des Lavastroms, dem Geprassel der brennenden Bäume voll Früchte, oder der Reben voll Trauben — und dem Jammer der Einwohner, die alles unwiderbringlich verlieren. Herzbrechend ist die Verzweiflung dieser Unglücklichen, welche, mit ihren Kindern im Arm oder an der Hand, der Vernichtung der Früchte ihres mehrjährigen angestrengten Fleißes (die Bewohner jenes Bezirks werden weit und breit als fleißig und ordnungsliebend gekannt) händeringend zusehen, während die Lava bald auch ihre Wohnungen erreichen wird. Man eilt ihnen zu Hülfe, allein welche Hülfe wäre wol hinreichend für solchen Verlust und solchen Jammer? — Die leidige Traubenkrankheit richtet in ganz Sicilien nicht geringe Zerstörungen an, und keine Gegend darf sich rühmen davon verschont geblieben zu sein. Der Verlust ist für Sicilien unberechenbar, denn wenn auch nirgends die Ernte gänzlich vernichtet ist, wie wir es von Malaga und Madeira lesen, so ist dennoch eine unendliche Sorgfalt und Mühe erforderlich um durch Ausscheidung der kranken Beeren zu einem wenigstens trinkbaren Wein zu gelangen, während aus den kranken Trauben nicht einmal Essig bereitet werden kann. (Allg. Ztg.)

Großbritanien.

Da Wellington ein Alter von 83 Jahren erreichte, so hat sein Tod nichts Auffallendes. Auch übte er nicht mehr einen bedeutenden Einfluß auf den Gang der Ereignisse aus. Aber ein eigenes Zusammentreffen ist es, daß der gefeiertste Held der sog. Befreiungskriege gegen Napoleon in einem Augenblicke hingeschieden ist, wo das Kaiserreich in Frankreich vor der Thüre steht und damit alle imperialistischen Traditionen von dem Ruhm und der Größe Frankreichs wieder aufleben, in einem Augenblicke, wo die officiöse Presse in Paris, wenn auch noch unter dem Gewande der Friedenswünsche, die Frage einer Invasion in England bespricht und zu dem Schlusse kommt, „daß der Tag angebrochen sei, wo die Flotten Großbritanniens nicht mehr ausreichen würden, um eine Landung auf seinen Küsten zu verhindern.“

Englische Blätter sagen, die Nachricht vom Tode des Herzogs von Wellington habe den Eindruck eines Erdbebens hervorgebracht. Als die Nachricht sich in Deal und Walmer verbreitete schlossen alle Kaufleute und Krämer ihre Läden und Gewölbe, und die Flage auf dem Fort wurde zur Trauer gesenkt. Aehnliche Trauerdemonstrationen rief der Telegraph gestern gleichzeitig in ganz England hervor. Die große Heerstraße Londons, die Themse, ist von London Bridge bis zur Mündung ins Meer mit Trauerflaggen bedeckt. Die Schiffe aller Nationen folgten dem Beispiel der britischen Fahrzeuge. In Liverpool weht die Trauerfahne von allen öffentlichen Gebäuden; auf dem Mersey und in den Docks senkten sich alle Flaggen auf Halbmast. Die Börse, das Lyceum, das Athenäum, Clubs u. s. w. blieben den Tag über geschlossen. Auch in Manchester feierte die Börse. In Birmingham läutete die Grabglocke der Altkirche in abgemessenen Pausen den ganzen Tag und soll täglich fortgeläutet werden bis das Begräbniß des Herzogs vorüber ist.

Der verstorbene Herzog hatte von der Dankbarkeit der Nation im Jahre 1815 Appanagen im Betrage von 700,000 Pf. St. (fast 8¼ Mill. fl.) erhalten.

Rußland.

Petersburg, den 11. Sept. Durch Tagesbefehl des Kaisers vom 7. Sept. ist der Fürst Tschernitschew auf sein Ansuchen von dem durch ihn seit 25 Jahren bekleideten Posten des Kriegeministers entlassen und der Generallieutenant Fürst Dolgoruky I. mit der Leitung des Kriegsministeriums beauftragt worden.

☞ Eine zweite Beilage zum vorigen Zeitungsblatte wurde bereits gestern ausgegeben.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1232] **Todes-Anzeige.**

Unsern Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß es dem Allmächtigen gefallen, unsern theuern geliebten Sohn,

August,

nach längerem Leiden am 12. dieses Monats, Abends 8 Uhr, in einem Alter von 21 Jahren, in ein besseres Leben abzurufen.

Zugleich sagen wir allen jenen, welche die verwesliche Hülle des so früh Vollendeten zu ihrer letzten Ruhestätte begleiteten, unsern wärmsten und innigsten Dank, mit dem Wunsch, daß der Allliebende Sie noch recht lange vor solchen harten Schlägen bewahren möge.

Edesheim, den 17. September 1852.

Wilhelm Machol.
Regine Machol, geborne Kahn.

[1231] **Zahnärztliche Anzeige.**

Ich werde den 21. d. Mts. Mannheim verlassen, und bis den 27. in Heidelberg verweilen. Vom 28. dieses bin ich wieder täglich in meiner Wohnung Lit. P. 5 Nro 1 am Strohmarkt zu sprechen.

Mannheim, den 19. September 1852.

J. Böhling, Zahnarzt.

[1233²] **Annonce.**

Ein junger Kaufmann sucht ein frequentes Geschäft auf mehrere Jahre zu miethen oder zu kaufen, oder einem solchen als Geschäftsführer vorzustehen.

Nur briefliche Franco-Offerten unter Nro. 1233 befördert die Expedition.

Neue
Speyerer Zeitung.

Mittwoch Nro. 228 den 22. September 1852.

Deutschland.

* **Frankfurt a. M.,** den 19. Sept. *) „Die Fortdauer der Zollwirren," sagt der Stuttgarter Beobachter, „das ist die Revolution!" Zu dieser Fortdauer hat man uns leider alle Aussicht gegeben. Statt das zunächst „Erreichbare" zu erreichen und auf diese Weise den Wünschen und Interessen der eigenen Landesangehörigen zu entsprechen, hat man den Bogen über Maß angespannt und siehe da — er ist zerbrochen. Doch

„die Formen kann man zerbrechen
den Inhalt nimmermehr!"

und es gibt, wie die „Weserzeitung" sehr wahr bemerkt, „zum Glück auf der neuen Bühne, über deren Bretter die deutsche Gegenwart eben dahinzieht, Mächte, deren stille Wirkung früher oder später das letzte Wort haben werden." Wir treten aller Wahrscheinlichkeit nach von jetzt an in eine Kampfperiode, deren Entwickelung und Ausgang viele Illusionen zerstören werden. Suchen wir mit wenig Zügen ein Bild der nächsten Gegenwart, so weit sie durch den Bruch des Zollvereins bedingt sein wird, zu entwerfen. Die nächste Folge der Trennung des Nordens vom Süden wird eine große Bewegung der producirenden Kräfte sein. Hüben und drüben werden diejenigen Capitalien, welche in industriellen, auf Grund des einheitlichen Zollgebiets errichteten Etablissements angelegt waren, frei werden, Arbeitseinstellungen und Arbeitsentlassungen, Verkehrsstockungen und Rechnungswirren kleiner, großer und größter Art, Mißmuth und Unzufriedenheit, Unruhe und Auswanderung — das sind die unausbleiblichen Folgen der Sprengung des Zollvereins, welche wir auf dem öconomischen Gebiete zu erwarten haben. Dazu auf dem politischen Gebiete unausbleibliche andere Erscheinungen von nicht minder ernster Art: der Versuch zur Schöpfung der dritten Großmacht, die Einmischung jener Politik (der österreichischen), der es gelungen, unsern Hausfrieden zunächst zu stören. Wie viel wird sich noch an den verhängnißvollen Schritt anreihen?! Und doch sind die geknüpften Bande so stark, doch ist das gemachte Bette so weich, daß die heftigsten Kämpfe und Bewegungen schließlich immer wieder streben werden, jene neu zu fertigen, dieses wieder zu erreichen. ... Was die am 17. d. M. abgegebene Erklärung Preußens: „nur noch mit Hannover, Oldenburg, Braunschweig und den Thüringenschen Staaten über Fortsetzung des Zollvereins unterhandeln zu wollen," betrifft, so hat dieselbe hier am Orte Viele, welche es mit dem Zollverein ehrlich meinen, befriedigt; ob sich die Hoffnung, daß die Coalitionsstaaten jetzt einlenken werden, erfüllen mag, wagen wir nicht zu bejahen. So viel aber scheint gewiß, daß wir am Vorabend großer Ereignisse stehen.—

* **Speyer,** den 20. Sept. Ueber die zu München in der Zollfrage gefaßten Beschlüße ist noch nichts Genaueres bekannt. Alles, was man aber vernimmt, läßt keinen Zweifel, daß man sich dort durch die letzte Preußische Erklärung nicht befriedigt hielt, abgesehen von dem mittlerweile durch Preußen weiter geschehenen, ziemlich entscheidenden Schritte. Die halbamtliche „Neue Münchener Ztg." tadelt die Preußische Erklärung vom 30. August in ihren Einzelnheiten, und entwickelt die Behauptung, daß die Coalitionsstaaten darauf durchaus nicht eingehen würden. Sie fügt wörtlich bei: „Daß die Darmstädter Verbündeten solches weder mit ihrer Ehre und Selbstständigkeit, noch mit den Interessen ihrer Völker, noch mit denen von Gesammtdeutschland überhaupt verträglich erachten können, darüber kann im Mindesten nicht ein Zweifel obwalten, und sie werden vielmehr unter allen Umständen auf der Gleichzeitigkeit der Verhandlungen mit Oesterreich, mit jenen über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins und auf Gleichzeitigkeit des Abschlusses beider Verträge bestehen müßen. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir unsere Meinung dahin aussprechen, daß in diesem Sinn auch die collective Antwort der Darmstädter Verbündeten auf die preußische Erklärung vom 30. August ausfallen dürfte. Von der Aufnahme, welche ihre jetzt zu ertheilende Antwort in Berlin finden wird, wird es wol abhängen, ob dieses Wort ihr letztes ist." — Auch die Allgem. Ztg. schreibt aus München unterm 17. Sept.: „Unterrichtete behaupten, daß unter den Conferenzmitgliedern Einstimmigkeit herrscht, und jedenfalls eine entschiedene Richtung gegen die preußische Erklärung vom 30. Aug. genommen werden würde." — Dem wird beigefügt: „Da die hier zu fassenden Beschlüße jedenfalls noch der Ratification der betreffenden Regierungen bedürfen, so kann die auf die Erklärung der preußischen Regierung vom 30. Aug. zu ertheilende Antwort wol kaum vor den letzten Tagen dieses Monats in Berlin abgegeben werden." — Das nemliche Blatt sagt in einem weitern Artikel: „Trügt nicht Alles, so wird der Gegensatz der beiden Standpuncte in den nächsten Tagen dazu führen, daß die Regierungen des Darmstädter Bündnisses einerseits, Preußen mit seinen Verbündeten andererseits nicht ferner in Berlin mit einander verhandeln." Die Allg. Ztg. setzt dann ihre einzige und letzte Hoffnung darauf, daß dann unter Hannovers Mitwirkung Zollverhandlungen in Wien angeknüpft werden möchten, die vielleicht zum Ziele führen könnten.

*) Wir bedauern, den vorstehenden Artikel nur unter Abstrich einiger Stellen veröffentlichen zu können.

* **Speyer.** Der „Kirchentag" zu Bremen scheint eine schlechte Wendung genommen, und alle Welt unbefriedigt gelassen zu haben. Nachdem sich Hr. v. Bethmann-Hollweg der Versammlung als Präsident selbst octroyirt hatte, fanden Verhandlungen statt, die großentheils einem Muckerconventikel Ehre machen würden. Wird man endlich einsehen, daß auf diesem Wege dem Protestantismus nicht zu helfen ist, sondern daß man ihm eben seine naturgemäße, freie Grundlage doch lassen muß, wenn er zu etwas Anderem, als zu einer Brücke für den Jesuitismus dienen soll?!

* **Speyer,** den 21. Sept. Leider steigt das Wasser noch immer, und hat bereits eine größere Höhe erreicht, als bei den frühern Ueberschwemmungen in diesem Jahre.

München, den 17. Sept. Der Staatsminister des Innern, Hr. v. Zwehl, ist nun ebenfalls von seiner Urlaubsreise zurückgekehrt, und hat gestern die Portefeuilles des Innern und das für Kirchen- und Schulangelegenheiten wieder übernommen.

München, den 18. Sept. Morgen früh treffen dahier folgende Lagertruppen ein, wenn das anhaltend schlechte Wetter keine Störung verursacht: 1) aus Augsburg: 2 Bataillone des 3. Inf.-Reg. und das 4. Chevauxlegers-Reg.; 2) aus Ingolstadt: je 2 Bataillone des 7. und 10. Inf.-Reg., und die 2. reitende Batterie; 3) aus Straubing: 1 Bataillon des 8. Inf.-Reg.; 4) aus Passau: 1 Bataillon desselben Regiments; 5) aus

Regensburg: 2 Bataillone des 11. Inf.-Reg.; 6) aus Burghausen und Reichenhall das 2. Jägerbataillon; 7) aus Lindau: das 4. Jägerbataillon; 8) aus Landshut und Freising: das 2. Kürassier-Reg.; 9) aus Dillingen: das 3. Chevauxlegers-Reg. (eine Escadron des 2. Chevauxlegers-Reg. kommt heute noch an). Jedes Inf.-Bataillon zählt 500 Mann und jedes Jägerbataillon 550; die Cavallerieregimenter zählen je 730 Pferde; die 2. Batterie reit. Artillerie hat 120 Mann mit 130 Pferden und die Escadron des 4. Chev.-Reg. 120 Pferde. In Summa kommen also 8530 Mann mit 2440 Pferden an; rechnet man hiezu die schon anwesenden 2 Geniecompagnien von Ingolstadt (jede zu 330 Mann mit 240 Pferden), so zählen die hier anwesenden Truppen auswärtiger Garnisonen: 9190 Mann mit 2920 Pferden. (Volksbtn.)

Mainz, den 19. Sept. Die Versammlung deutscher Alterthums- und Geschichts-Vereine ist beendigt. Die Zahl der Theilnehmer betrug 178. Als Ort der nächstjährigen Versammlung ward Nürnberg bestimmt.

Wiesbaden, den 19. Sept. Die Liste der angekommenen Naturforscher und Aerzte und ihrer Freunde zählt bereits über 600.

Hanau, den 19. Sept. Die seither auf den Rathhäusern der Ortschaften unserer Provinz aufbewahrten Waffen und Fahnen der Ortsbürger werden soeben sämmtlich hierher gebracht, um dann zusammen von hier nach Kassel transportirt und dort aufbewahrt zu werden.

Berlin, den 17. Sept. Großes Interesse erregen im gegenwärtigen Augenblicke die gesammelten und eben erschienenen Schriften des Generals v. Radowitz, deren zweiter Band die Geschichte der nationalen Bewegung Deutschlands vom Beginn der frankfurter National-Versammlung bis zum Anfang des erfurter Parlaments darstellt. Der so eben „reactivirte“ Staatsmann spricht sich darin mit Freimuth über die weltgeschichtliche Bedeutung der ganzen Bewegung aus, er erkennt in ihr nur den ersten Act eines gewaltigen Herganges, dem noch manche andere bis zur endlichen Peripetie folgen werden, und gibt nicht undeutlich zu verstehen, welches Unheil die Nichtbeachtung der nationalen Sehnsucht des Volkes und deren Niederhaltung durch Policeigewalt im Gefolge haben müsse. Die gegenwärtige traurige, fast trostlose Lage der Angelegenheiten des Zollvereins, eine böse Consequenz des Tages von Olmütz, für dessen Fortwirken noch gar nicht das Ende abzusehen ist, macht hier in fast allen Kreisen die Gemüther um so empfänglicher für bedenkliche Rückblicke und bange Ahnungen dieser Art. Auffallend ist es, wie in den letzten Tagen selbst der N. Preuß. Ztg. Angst geworden scheint, und wie sie jetzt wiederholt mit liberalen Leitartikeln debutirt. In ihrem jüngsten lehnt auch sie sich — mit ähnlichen Worten, wie Hr. v. Radowitz — gegen die Ueberschätzung der politischen Policei auf und schließt: „Das Bequemste mag allerdings das Policeiregiment sein, doch hat es daneben die Schattenseite, daß es auch das kürzeste zu sein pflegt, und wir freuen uns deßhalb um so mehr, wenn man in Preußen je länger desto mehr zu der Erkenntniß gelangt, daß die Wege, welche die österreichische Regierung wandelt, nicht diejenigen sind, auf denen ein Volk groß und stark wird, und daß wir sehr irre gehen würden, wenn wir uns durch das Irrlicht momentaner scheinbarer Resultate täuschen ließen.“

In einem Privatschreiben in der Allg. Ztg. aus Berlin vom 17. Sept. heißt es: „Gegen die Zolleinigung mit Oesterreich ist das ganze Land, und hierin liegt, wie Sie selbst wissen, keine Uebertreibung; mit welchem Recht oder Unrecht ist hier nicht zu erörtern. Der Grund liegt in der Forderung einer selbständigen handelspolitischen Bestimmung Preußens. Einer Forderung die aber hier so allgemein auftritt und von der Demokratie bis zu den Kreuzrittern erhoben wird, kann die Regierung nicht Nichtbeachtung entgegensetzen, weil sie in den herannahenden Krisen der Zustimmung des Volkes bedarf. Daß die Entwickelung der Dinge in Frankreich ohne Einfluß auf Deutschland bleiben sollte, glaubt wohl kein Besonnener, und dann wird man die Gefühle der deutschen Nationalität wieder mehr beachten müssen.“

Die Kreuzzeitung äußert sich in ihrer Erbitterung über Oesterreich und die Coalition in einem Leitartikel, den wir zur Bezeichnung der Stimmung anführen, folgendermaßen: „Der entscheidende Schritt ist geschehen, und Niemand kann die entschlossene That unseres Cabinettes mit größerer Freude begrüßen als wir, die wir uns lange danach gesehnt, der kurzsichtigen Pfiffigkeit und sich selbst verstrickenden Intrigue der österreichischen Diplomatie principiell und consequent entgegentreten zu können. Abgebrochen, und damit ein dicker Strich durch die Rechnung, welche immer noch auf die endgültige Nachgiebigkeit Preußens calculirte; abgebrochen, und damit die Intriguanten so vieler deutschen Höfe vor eine Alternative gestellt, wo persönliche Gereiztheit und kleinliche selbstsüchtige Zwecke den Interessen und Sympathien der Völker Rede und Antwort geben müßen; abgebrochen, und damit dem österreichischen Cabinet der handgreifliche Beweis geliefert, daß Preußen nicht gesonnen ist, mit Sachsen und Bayern Pagendienste in Wien zu thun, oder sich zum Colporteur der österreichischen geldwerthen Lumpen herzugeben. Preußens Haushalt ist geordnet genug, daß wir keiner Anderen bedürfen, und Preußens Macht wird von uns nicht so unterschätzt, daß wir auch nur einen Augenblick stutzen könnten, die „Fahnen, unter denen der Verrath bei Mollwitz siegte,“ mit fröhlichem Muthe von Neuem zu entfalten.“ Die Kreuzzeitung fährt dann fort, auseinanderzusetzen, man dürfe sich nicht der Täuschung hingeben, daß jetzt schon Alles geschehen sei. „Seien wir daher wol auf unserer Hut: nur ein consequentes energisches Fortschreiten auf dem betretenen Wege, nur eine Politik, welche in den Principien nicht allein der handelspolitischen, sondern der ganzen Politik des österreichischen Cabinettes sowol nach Innen als nach Außen diametral entgegengesetzt ist, nur eine solche Politik, eine solche aber auch gewiß, wird die Wirkung haben, das begonnene Werk siegreich hinauszuführen und Preußen als den Vorkämpfer der wahren Freiheit in Deutschland zur Geltung und Anerkennung zu bringen.“

Der Elberfelder Zeitung wird geschrieben: „Von vollkommen zuverlässiger und glaubwürdiger Seite wird mir die bestimmte Versicherung, daß ein Festhalten Hannovers an den mit Preußen eingegangenen Verträgen in keiner Weise zu bezweifeln sei und daß dafür alle Garantieen gegeben sind. Es ist vorläufig nicht an der Zeit, in dieser Angelegenheit detailirtere Mittheilungen zu geben!“

Berlin, den 17. Sept. Man spricht hier viel davon, daß der Graf von Chambord damit umgehe, demnächst einen Kreis Vertrauter um sich zu sammeln und in demselben die Eventualität der Proclamirung des Kaiserreichs zu besprechen. Es soll die Absicht des Grafen sein, für diesen Fall eine Note an die Unterzeichner des Pariser Friedens und die Garanten der Wiener Verträge zu erlassen, in welcher gegen diese Verletzung derselben auf das Nachdrücklichste Protest erhoben wird.

Posen. In Posen erkrankten am 13. an der Cholera 50 Personen und starben 16. — Sehr traurig lauten die Nachrichten aus Xions. Dort herrscht — wie die „Pos. Ztg.“ schreibt — eine Niedergeschlagenheit, die sich nicht beschreiben läßt! Fast alle deutschen Familien sind ausgestorben, und Armuth und Noth, die seit Jahren schon vorherrschend und fühlbar genug waren, steigern sich von Tag zu Tage. Stumpfsinn und Gleichgültigkeit liest man auf den Gesichtern der Wenigen, die noch in dem fast verödeten Städchen umherschleichen; Niemand denkt an Geschäfte und Leben, Alles geht in starrer Resignation dem Tode entgegen.

Hamburg, den 15. Sept. Sicherem Vernehmen nach dürften auf Anregung von Preußen die Bevollmächtigten von Preußen, Hannover, Mecklenburg, Oldenburg,

Bremen und Hamburg hier zu einem Congreß sich zusammenfinden, um in den wichtigsten Fragen der Auswanderung eine Verständigung zu erzielen. — Laut Anzeige des Capitäns Eugen Laun in Bremen wird die von ihm erstandene Fregatte „Deutschland" Ende dieses Monats nach Hong-Kong expedirt werden.

Bremen, den 17. Sept. Laut einer Bekanntmachung des schleswigschen Ministeriums in Kopenhagen vom 14. d. M. ist die „Weser-Zeitung" für das Herzogthum Schleswig verboten worden.

Wien, den 16. Sept. Die Pforte hat, wie der „Agr. Ztg." gemeldet wird, bei Rußland wegen der Unabhängigkeitserklärung Montenegro's protestirt.

Dem Vernehmen nach hat der Kaiser angeordnet, daß die Zahl der bestehenden Cavallerieregimenter um zwei vermehrt werden soll. Es werden ein serbisches und ein italienisches Lanziersregiment errichtet werden.

Frankreich.

† **Paris,** den 18. Sept. Von Clermont, Departement Puy de Dôme, berichtet man: „In Aubière meldeten sich bei den Municipalwahlen mehre aus den Listen gestrichene Wähler, die mit aller Gewalt mitstimmen wollten. Einige davon wurden verhaftet. Den Abend darauf fielen 2 Schüße auf die Polizeipatrouille, wovon ein Einwohner der Stadt leicht verwundet wurde. Von dem Generalprocurator ist eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Um 1½ Uhr rückte der Divisionscommandant Jacquemin an der Spitze einer ansehnlichen Truppe mit Artillerie versehen in die Stadt und hielt am Markte folgende Anrede an die Bewohner: „Gestern hat man in dieser Gemeinde Unordnungen begangen, die nicht an der Zeit sind. Die Zeit der socialistischen Morde und Orgien ist vorüber. Die Bösen müssen jetzt, wie es eine erhabene Stimme erklärte, zittern. Zittert also, denn bei der ersten Manifestation würde die Unterdrückung fürchterlich sein. Ihr seht diese Mörser, sie sind nöthigenfalls im Stande Euere Räuberhöhlen zu verbrennen. Rührt Euch nur, und Ihr werdet sehen, ob ich Wort halte. Wir werden nicht mehr abwarten bis Ihr uns holt, wir werden Euch selbst zu finden wissen. Sagt das Euern Brüdern und Freunden." Diese mit kurzem militärischem Accent gehaltene Rede machte einen tiefen Eindruck auf die Einwohner, die den General ehrerbietig grüßten. (!!) Am selben Tage wurden 12 Individuen verhaftet; 8 sind flüchtig.

Die angebliche Verschwörung der Rue de la Reine Blanche ist gewaltig zusammengeschrumpft. Man konnte nichts weiter daraus machen, als eine unerlaubte Verbindung. Das Zuchtpolizeigericht hat heute über 15 Beschuldigte entschieden und zwar von 3 Jahren bis zu 15 Monaten Gefängniß, und 1000 bis 300 Frcs. Geldbuße erkannt.

Die legitimistische Provincialpresse hat in Frankreich sehr abgenommen. Im Jahre 1849 zählte dieselbe 60 Organe, heute hat sie deren noch 24, wovon viele einmal und mehrere sogar schon zweimal verwarnt worden sind.

Das Buch Victor Hugo's: „Napoleon der Kleine" betitelt, hat den Schmugglern an der belgisch-französischen Gränze einen vortheilhaften Erwerbezweig eröffnet. Es kostet in Belgien 2½ Franken, und kann leicht zu 5 oder 6 Fr. abgesetzt werden. Außerdem suchen die von Belgien kommenden Reisenden diese Broschüre in Frankreich einzuführen.

Spanien.

Madrid, den 12. Sept. Die Madrider Zeitung veröffentlicht ein k. Decret, kraft dessen die Zölle mehrerer Artikel herabgesetzt werden, zu dem Zwecke (wie der Finanzminister in seinem Berichte sagt), die Einkünfte des Staats durch Ausdehnung des Consumos zu vermehren.

Italien.

Mailand, den 15. Sept. Die „Bilancia," ein österreichisches halbofficielles Blatt, meldet aus Turin: Ein 2. December sei für Piemont nahe bevorstehend. Louis Napoleon sei den gegenwärtigen Institutionen Piemonts abgeneigt; es circulire hierüber in Turin ein offenes Schreiben des Grafen von Cavour.

Rom, den 10. Sept. Mehrere revolutionäre Winkelpressen sind entdeckt und aufgehoben worden; doch circuliren noch zahlreiche Pamphlete, welche die Bevölkerung gegen das neue Besteuerungssystem aufzuwiegeln trachten.*) Die Mallepost zwischen Rom und Civitavecchia ist ausgeplündert worden.

Rom, den 10. Sept. Bulwers Anwesenheit gab zu Reibungen mit dem römischen Generalpolizeidirectorium Anlaß. Er hatte den Dr. Pierazoli, eine Notabilität unter den italienischen Aerzten, aus Florenz mit sich herübergebracht, obgleich derselbe wegen Theilnahme an der Constituirung der römischen Republik als Mazzini's Freund stark betheiligt und exilirt war. Auf die Forderung des Polizeiministers, Msgr. Savelli, er möge Rom verlassen, antwortete der englische Minister mit einer sehr accentuirten Erklärung und wies darauf hin, Pierazoli stehe in seinem Dienste. Der Cardinal Staats-Secretär Antonelli wünschte weitere Recurse zu vermeiden und befahl, den Doctor nicht weiter zu behelligen.

Catanea, den 6. Sept. Der Ausbruch des Aetna hat etwas nachgelassen; doch sind die Lavaströme noch etwa 20 Klafter hoch und fallen 10 Minuten Weges von Zufferana nieder.

Schweden.

Stockholm, den 10. Sept. Der „Malmö Snällpost" zufolge hat Frau Jenny Lind-Goldschmidt 400,000 (?) Rthlr. Zettel zur Errichtung von Mädchenschulen in Schweden geschenkt.

Vereinigte Staaten.

Newyork, den 27. Aug. Im Repräsentantenhause fand das Gesetz zum bessern Schutz der Dampfschiffpassagiere unter großer Majorität Annahme, und wir hoffen fernerem Unglück, durch Muthwillen oder Unvorsichtigkeit herbeigeführt, durch die strenge Ausführung dieses Gesetzes vorgebeugt zu sehen.

Miscellen.

In den letzten Tagen der ersten Septemberhälfte sind in Braunschweig schon wieder etwa 600 Auswanderer nach Bremen auf der Eisenbahn durchgereist. Der Hauptstamm sind wiederum Baiern, doch finden sich auch jetzt mehr und mehr Sachsen ein, und etwa 40 waren aus der Umgegend von Osterwieck und Börsum.

Der Gazette de Liège wird aus Seraing geschrieben, daß dort in sogenannten Terrisses, verlassenen Stellen, wo früher auf Steinkohlen gebaut wurde, immerfort Feuer brenne. Unter Anderem in dem Hofe eines Gärtners Dowans, dessen Gebäude Rue St. Eloi, auf einer solchen Terrisse errichtet, brauche man nur einen Fuß tief mit dem Stocke in den Grund zu bohren und der Oeffnung ein angezündetes Schwefelhölzchen nahe zu bringen, um die schönste blaue Flamme zu haben. Macht man eine größere Oeffnung und setzt ein Rohr darauf, so hat man eine 6 Fuß hohe Feuergarbe. Dowans hat diese Erscheinung zu seinem Bedarf benutzt: er heizt mit dem Gas seine Treibhäuser, seine Küche und Wohnzimmer, indem er dasselbe durch einfache, von Ziegeln gemachte Canäle hinleitet, wo er es haben will. Die Bewohner der umliegenden Häuser haben auf dem Hofe ganz einfache Kochherde angelegt über in den Boden gegrabenen Oeffnungen. Man sieht dort am Tage ganze Bataillone Kochtöpfe schmoren und brodeln, ohne daß man die Flamme gewahrt. Man glaubt, die Töpfe ständen da, um abgekühlt zu werden, und nicht, um zu kochen.

---

*) Das Hauptaufwiegelungsmittel ist aber doch die Steuererhöhung selbst! D. Red.

Seit drei Jahren sind diese Küchen schon in vollster Thätigkeit.

Beirut, den 31. Aug. Aus Bagdad geht uns die Nachricht zu, daß ein Engländer bei den Ausgrabungen von Babylon eine Statue von bedeutender Größe aus reinem Golde aufgefunden habe, und daß man glaube, es sei das Standbild Nebukadnezar's.

St. Louis, den 17. Aug. Eine Nähmaschine, dieses so oft als Humbug verschrieene Kunstwerk, wird jetzt in unserer Stadt exhibitirt. Die Maschine ist durchaus nicht complicirt, sondern das Einfachste, was man sich denken kann. Mit unglaublicher Schnelle näht sie nicht allein in gerader Linie, sondern durch Richtung des zu nähenden Zeuges, auch in Bogen, Schnörkeln ꝛc. Ebenso können die Stiche verlängert oder verkürzt werden. Der ganze Prozeß des Nähens ist dem des Webens sehr ähnlich und die gemachten Nähte sind so fest, wie die menschliche Hand nur machen kann.

Wie bedeutend der Verkehr in Californien ist, mag man daraus entnehmen, daß der am 31. Juli von San Francisco abgehende Dampfer Oregon 60,000 Briefe und 30,000 Journale nach den Vereinigten Staaten mitnahm. Die Journale erscheinen nicht ganz regelmäßig, weil es den Druckereien in Californien oft an Papier gebricht.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 18. Sept. Weizen 19 fl. 49 kr., Korn 16 fl. 49 kr., Gerste 12 fl. 2 kr., Haser 5 fl. 39 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1223ᵃ] **Traubenkur.**

Neustadt an der Haardt,

in der Mitte des schönsten Theils der Pfalz gelegen, umgeben von den üppigsten Weinbergen, so wie den gepriesenen nahen Punkten, wie die Maxburg, die Haardter Anlage ꝛc., verbunden durch die Eisenbahn und Omnibusse mit allen benachbarten Städten, ist durch diese günstigen Verhältnisse mehr als alle andern Orte des Gebirgs zum Gebrauche der Traubenkur geeignet.

Da der Unterzeichnete an diesem Orte einen wohleingerichteten Gasthof besitzt, auch billige Logis für längern Aufenthalt zu vergeben hat, so erlaubt er sich zum Besuche seines Etablissements freundlichst einzuladen.

P. Hornig,
Gastwirth zum Schiff.

[1238ᵃ] **Anzeige.**

Bei Unterzeichnetem findet bis Dienstag den fünften October ein Israelitischer Ball statt, wozu alle Ballliebhaber höflichst eingeladen werden.

Mutterstadt, den 20. September 1852.

Peter Magin, Adlerwirth.

[1237] **Bekanntmachung.**

Dem Soldaten des k. 5. Chevauxlegers-Regimentes, Johann Berninger aus Elsenfeld wurden im Jahre 1849 in Zweibrücken während der dort herrschenden Unordnungen außer andern Effekten auch die beiden von der Sparkasse-Verwaltung zu Obernburg ausgestellten Einlagscheine

vom 22. August 1846 Nro. 271 über 100 fl. und vom 10 October 1846 Nro. 276 über 150 fl. entwendet.

Wer nun Ansprüche an diese beiden Scheine geltend zu machen gedenkt, wird aufgefordert, solche binnen

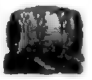
drei Monaten

a dato dahier anzubringen, außerdessen nach Umfluß dieser Zeit dieselben für null und nichtig erklärt werden würden.

Obernburg am 15. September 1852,

Königl. Landgericht
Fürst, Ldr.

[1236] **Weinversteigerung.**



Montags den 4. October nächsthin, Morgens 9 Uhr, zu Edenkoben, läßt die Wittwe des daselbst verlebten Gutsbesitzers Herrn Johannes Born in ihrer Wohnbehausung allda, nachstehende, gut und rein erhaltene Weine öffentlich in Eigenthum versteigern, als:

4300	Liters	1834er Edenkober Traminer,	
4300	„	1842er ditto,	
14000	„	1844er St. Martin u. Edenkober ordinärer,	
4300	„	1845er Edenkober ordinärer,	
3300	„	1846er Edenkober Traminer	vorzgl.
4300	„	1846er Diedesfelder Bergtraminer	Qual.
6200	„	1847er Hambacher ordinärer,	
1200	„	1848er Gräfenhäuser rother,	
4900	„	1849er Edenkober ordinärer,	
9400	„	1850er Hambacher (gemischt.),	
4200	„	1851er Edenkober ordinärer.	

Die Proben werden am Tage der Versteigerung verabreicht.

Venningen, den 20. September 1852.

Schauberg, Notar.

[1117] **Lotto.**

Zu Regensburg kamen den 16. Septbr. heraus:

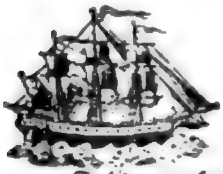
79. 64. 9. 1. 88

Die nächste Ziehung ist den 28. Septbr. zu Nürnberg.

[1234] Bestellungen auf das täglich zwei Mal erscheinende, mit dem Unterhaltungsblatte „Didaskalia“ begleitete

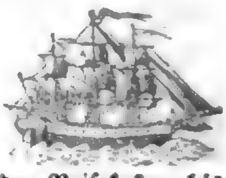
Frankfurter Journal

für das mit dem 1. Oct. beginnende vierte Quartal nehmen alle Postämter Deutschlands, der Schweiz und Belgiens an. Vierteljährlicher Preis innerhalb des fürstl. Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirkes **2 fl. 30 kr.,** außerhalb desselben **2 fl. 49 kr.** excl. gesetzlich bestehender Stempel- und Bestellgebühren.



„Die Eintracht,“

großh. bad. concessionirtes Hauptbureau für Auswanderung.



Anzeige für Weingärtner & Küfer, welche nach Australien auszuwandern beabsichtigen.

Solide verheirathete Leute, welche als Weingärtner tüchtig sind, können gegen Vergütung der Reisekosten bis Hamburg und der Consulats-Gebühren freie Ueberfahrt nach Australien gestattet erhalten durch

Conrad Renner, am Speisemarkt in Mannheim.

Nähere Auskunft ertheilt Friedrich Hoff im Adler zu Speyer. [1235]

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 229 | den 23. September 1852.

Deutschland.

*** Speyer**, den 22. Sept. „Wir wollen gar nichts von politischen Fragen mehr wissen," hat man den Leuten seit dem Siege der Reaction vorgeredet; „wir bekümmern uns nichts mehr um Politik, dann wird unsere materielle Wohlfahrt sich bessern." Wohlan! seit einer Reihe von Jahren hat man sich so viel wie gar nicht mehr um Politik bekümmert; man hat nirgends den Regierungen „Verlegenheiten bereitet." Hat man damit das ersehnte Ziel der Wohlfahrt erlangt? Hat sich der Volksreichthum gehoben? Die massenhaften Auswanderungen, und — namentlich die eben ganz Deutschland beunruhigende „Zollfrage" mögen die Antwort geben!

Es regnet von gegenseitigen Beschuldigungen. „Ihr seid die Ursache," ruft man von Berlin, von Wien, von München den Gegnern zu. Wir glauben, kein Theil hat Recht, sich als ganz unschuldig hinzustellen. —

Auch das deutsche Volk kann es nicht mit Recht; es selbst trägt Theil an der Schuld! Hätte es die Reichsverfassung gewahrt, so könnte nimmermehr von dem Entstehen einer Zollschranke inmitte Deutschlands auch nur die Rede sein; hätte es nur in der Folge sich um „politische Fragen" bekümmert, hätten alle seine Vertreter nur ohne jegliche Rücksicht ausgesprochen und geltend gemacht, was das materielle Wohl der Länder in der Zollfrage wirklich erheischt, so würde man in dem diplomatischen Kriege nicht immer weiter und weiter gekommen sein, bis zu dem verderblichen Puncte, auf dem man heute steht. Es ist nur zu wahr, daß in dieser Sache nicht alle Vorwürfe die Regierungen allein treffen können. Als sie auf die abschüßige Bahn sich begaben, da ertönten warnende Stimmen. Allein ihre Warnungen, ihre Anträge wurden verhöhnt; die Handlanger jeder Gewalt drängten sich auch jetzt heran und erklärten es für „baaren Unsinn", wenn man voraussagte, daß der betretene Weg zu einer Sprengung des Zollvereins führe; und — Alles ward gutgeheißen, was die Regierungen bis dahin gethan, ja sie konnten sich sogar angeeifert sehen, noch weiter in der eingeschlagenen Richtung voranzugehen! Das Volk selbst aber — schwieg, als ob es einverstanden sei mit Allem; es „kümmerte sich nichts um Politik!"

Mögen die verschiedenen deutschen Volksstämme aus der bittern Erfahrung, die sie eben gemacht und aus deren voraussichtlich noch viel bittreren Folgen wenigstens die Lehre ziehen: daß man das unmittelbare materielle Volkswohl nicht ärger gefährden kann, als wenn man sich, wo man seine Stimme geltend machen sollte, in Unthätigkeit dem Wahne hingibt: wir bekümmern uns nichts um „Politik," dann wird unser Wohlstand am meisten gehoben!

*** Speyer.** Schon öfter ist davor gewarnt worden, Arme nach Amerika zu senden, selbst wenn sie durchaus arbeitsfähig sind. Solche Unglückliche ziehen großentheils geradezu ihrem Untergang entgegen. Wer nicht die Mittel besitzt, ausser den Ueberfahrtskosten auch jene seiner Bedürfniße in der ersten Zeit der Anwesenheit in Amerika zu bestreiten, sollte keinenfalls auswandern, noch weniger nach jenem fernen Lande gesendet werden. Abgesehen von Erkrankungen, kann Niemand darauf rechnen, gleich in den ersten Tagen oder selbst Wochen nach der Ankunft ein Unterkommen zu finden, besonders wenn er nicht in der allergünstigsten Jahreszeit anlangt.

Unser Correspondent zu Philadelphia hat kürzlich Bezug genommen auf einen Aufruf der Präsidentin des Frauenvereins zu St. Louis. Wir lassen denselben zur Warnung nachstehend wörtlich folgen:

An ein geehrtes Publikum in St. Louis.

Die drei hundert unglücklichen Badenser, die von ihren Gemeinden höchst dürftig gekleidet, ohne alle Mittel, weggeschickt und ein weiteres Opfer der infamen Behandlung auf dem Dampfboote Western-World wurden, sind, obgleich ein Monat seit ihrer Ankunft verflossen ist, immer noch in einer höchst unglücklichen Lage. Die Wenigen, die noch zu arbeiten fähig waren, erlagen bald, durch die ausgestandenen Entbehrungen und Leiden aller Art, dem ungewohnten Klima, und der größte Theil der armen Einwanderer liegt krank auf dürftigen Lagern, den Stichen der Musquitos preisgegeben auf der Erde, während ihr Gemüth von schmerzlicher Trauer um ihre Angehörigen, die ihrem Elende bereits erlegen sind, erfüllt ist. Obgleich unsere Rechnungen für Arzneien, Hülfe und Lebensmittel vierfach so groß sein werden, und wir ihnen, unsere Kräfte übersteigende Summen zukommen lassen, um ihre Rente zu bezahlen, und ihren Kranken die nöthige Erquikkung zu verschaffen, ist unser Thun nur Stückwerk. Geehrte Mitbürger von St. Louis, die ihr wohlhabend und glücklich im Kreise Eurer Angehörigen in geräumigen Zimmern vor allen Unbequemlichkeiten geschützt, Euch von einem solchen Elende, ohne eigene Anschauung kaum einen Begriff machen könnt, vergesset in Eurem Glück nicht der Noth unserer armen Landsleute, helft uns da, wo noch zu helfen ist; denn mancher Familienvater, manche Mutter wäre nicht dem Tode verfallen, hätten wir so viele Kräfte, als guten Willen gehabt, gleich überall thätig und kräftig einzuschreiten. Vorige Woche kamen 3 Familienväter, die 6 bis 7 Kinder und deren Mütter verloren hatten, mit ihren jüngsten auf den Armen und baten uns weinend zu helfen, da sie die armen kranken um ihre Mütter jammernden Kleinen nicht verlassen könnten; oft wurden wir zu spät von weinenden Angehörigen um ärztliche Hilfe für einen Sterbenden gebeten, die sie früher zu erbitten bei ihrer Armuth nicht gewagt hatten. Gestern kam ein 72jähriger Greis, dem eben ein 24jähriger Sohn gestorben war und bat weinend und zitternd ihm gleich für den 2. Sohn einen Arzt zu schicken, doch war es auch für diesen zu spät, er schied kurz nachher. Die Schilderung, die ich gestern in meinem offenen Danksagungsbriefe an die Herrn Redacteure und Herausgeber der democratischen Presse von der Lage dieser Unglücklichen entwarf, hatte den erfreulichen Erfolg, daß ein biederer Bürger uns einen Pack mit guten Kleidungsstücken einhändigte, und etwas Geld mit den einfachen bescheidenen Worten: Ein Jeder nach seinen Kräften, auf den Tisch legte, und ich zu Hause einen Brief fand, worin eine 5 Dollarsnote eingeschlossen war, und uns ein geachteter hiesiger Arzt nicht nur seine unentgeltliche Hilfe, sondern auch einen Beitrag von einem Dollar den Monat anbot. Inniger Dank den beiden Edlen, möge ihr gegebenes schönes Beispiel nicht ohne Nachahmung bleiben, und wir uns besonders auch durch Beiträge an entbehrlichen Kleidungsstücken und Zeugen jetzt in den Stand gesetzt sehen, der vielseitigen Noth an solchen Dingen abzuhelfen. — Caroline Kreuzbauer, Präsidentin des Frauenvereins.

*** Geschichtliche Erinnerungen.** (Ludwig Napoleons Aufstandsversuch in Boulogne.) Ein Freund der Speyr. Ztg. hat sich kürzlich der Mühe unterzogen, Ludwig Napoleons Straßburger Abentheuer, unter Zugrunde-

legung von Ludw. Blanc's geschickter, und für den Nächstbetheiligten möglichst günstiger Darstellung, zu schildern. Wir reihen daran einen ganz einfachen Bericht über den Boulogner Aufstandsversuch. Beide Vorgänge sind sehr geeignet, ein richtiges Urtheil über den Mann zu begründen, in dessen Händen heute die Geschicke Frankreichs ruhen.

Zur Einleitung nur Dieses: Der Gnade des Königs Ludwig Philipp verdankte es Ludwig Napoleon, daß er, nachdem er in dem Straßburger Attentate, den gewöhnlichen Hochverrathsgesetzen gemäß, unzweifelhaft den Kopf verwirkt, frei nach Amerika gebracht ward. Dort blieb er aber nicht, sondern eilte nach der Schweiz zurück, was diesem Lande, Dank dem Hrn. Thiers, die „hermetische Blokade" in Aussicht stellte. Die Schweiz that mehr, als man — zumal wenn man blos ein Individuum im Auge hat — von ihr erwarten mochte. Indessen würde sie auf die Dauer dem Andringen doch nicht widerstanden haben, und so begab sich Ludwig Napoleon nach England. Als 1840 das große Zerwürfniß zwischen diesem Staate, (eigentlich zwischen allen andern Cabinetten) und der Regierung Ludwig Philipps — unter dem kriegslustigen Ministerium Thiers — entstand, da war es, daß der Prätendent einen neuen Ueberfallversuch zu Boulogne ausführte. —

Ludwig Napoleon hatte von einer Schiffsgesellschaft das Dampfschiff „Stadt Edinburg" gemiethet. Der Capitän erfuhr nicht, zu welchem Zwecke und kannte auch die Personen durchaus nicht, die er an Bord nahm. Man machte ihn anfangs glauben, es sei eine Vergnügungsreise nach Hamburg. Am Vormittage des 4. Aug. 1840 fuhr man von London ab. Die Zahl der Passagiere betrug 56 oder 57. Auf der Fahrt ward unmäßig getrunken. Im Momente der Landung erhielt jeder der Angeworbenen 100 Franken. (Zeugenaussage des Schiffskapitäns James Crow.)

Am Morgen des 6. Aug. gegen 3 Uhr landete man bei dem Fischerdörfchen Wimereux, etwa eine Stunde von Boulogne; das Schiff fuhr dann nach dem Hafen. Der am Landungsplatze befindliche Posten der Zollwache ward gezwungen, als Wegweiser nach der Stadt zu dienen. Zwischen 5 und 6 Uhr langte der Haufen bei der Caserne an. Ein Lieutenant Aladenize war gewonnen. Er rief die Soldaten (zwei Compagnien vom 42. Regiment) zu den Waffen. Ludwig Napoleon erschien mit einem „zahlreichen Stabe", versprach den Soldaten, daß er sie alle zu Offizieren machen und sie decoriren würde, und erklärte, daß er gekommen sei, die Schmach zu rächen, welche seit 10 Jahren auf ihnen laste. Unterdessen hatte sich ein Soldat weggeschlichen, um den Hauptmann Puygollier zu benachrichtigen. Dieser ward bei seinem Erscheinen festgenommen. Napoleon sagte ihm: „Capitän, seien Sie einer der Unsrigen und Sie sollen haben, was sie wünschen." Er erhielt die Antwort: „Seien Sie Prinz Louis oder nicht, ich weiß nichts von Ihnen; Napoleon, Ihr Vorfahrer, machte der Legitimität ein Ende, und Sie haben kein Recht, zu verlangen, dieselbe zu restauriren!" So redend, kam der Hauptmann, unter beständigem Ringen mit den Napoleonisten zu seinen Leuten, welche sogleich auf ihn zueilten und die Insurgenten zum Kasernthore hinausdrängten. Nun suchten die Abentheurer zu unterhandeln. Da dies nicht zu ihrem Zweck führte, feuerte Ludwig eine Pistole auf den Hauptmann ab. Dieser Schuß fehlte ihn zwar, traf aber einen Soldaten lebensgefährlich. Sobald der Hof frei war, theilte der Hauptmann Patronen unter seine Leute aus. (Bericht des Hauptmanns Puygollier.)

Von der Caserne zurückgetrieben, zog der Haufen durch die Stadt, überall Proclamationen und Geld vertheilend. Der Unterpräfect, Launay Leprovost, forderte vor seiner Wohnung die Aufrührer auf, auseinander zu gehen, ward aber, auf Ludwigs Ruf, mit der Fahnenstange zurückgestoßen. Er eilte nach dem städtischen Wachhause. Auf das Wirbeln der Trommeln versammelten sich daselbst die Nationalgarden. Sobald sie zahlreich genug waren, brachen sie gegen die Insurgenten auf. Diese hatten unterdessen es versucht, in die untere Stadt zu dringen, wo sie aber die Thore verschlossen fanden, und sich nun um die Napoleonssäule lagerten. Beim Anblicke der Nationalgarden entstand eine allgemeine Flucht unter ihnen. Niemand hielt Stand. — Mittlerweile hatten sich auch die Zollwächter des unvertheidigten Schiffes „Stadt Edinburg" bemächtigt. Die meisten Aufständischen ließen sich ohne allen Widerstand festnehmen. Andere, worunter Prinz Ludwig, versuchten es, schwimmend eine Barke zu erreichen, wurden aber gleichfalls gefangen und in das Schloß gebracht. Von den Insurgenten wurden im Ganzen zwei getödtet und zwei verwundet. (Bericht des Unterpräfecten Launay Leprovost.)

Unter den Begleitern des Prinzen hatten sich General Montholon und Obrist Voisin befunden, dann Persigny und Parquin. Als Gegenstand des Spottes diente es aber ganz besonders, daß Ludwig Napoleon — einen lebendigen Adler mit sich geführt hatte!

Ausserdem fand man eine Menge Proclamationen und Decrete. Ein Aufruf an die Armee begann mit den Worten: „Soldaten! Frankreich ist bestimmt zu herrschen, und es ist dahin gebracht, zu gehorchen. Ihr seid die Elite des Volkes, und Ihr werdet wie eine gemeine Herde behandelt!" — In einem Aufruf an das französische Volk liest man: „Was haben die, welche nun regieren, gethan, Euere Liebe zu verdienen? Sie versprachen Euch Frieden und brachten den Bürger- und den verderblichen Afrikanischen Krieg. Sie versprachen Euch eine Verminderung der Steuern, und doch genügt alles Gold, das Ihr besitzet, nicht, ihre Habgierde zu sättigen. Sie verhießen Euch eine ehrliche Regierung, und sie herrschen blos durch Corruption.... Landleute, sie belasteten Euch in einer Zeit des Friedens mit schwereren Auflagen, als Napoleon in der Epoche des Krieges. Gewerb- und Handeltreibende, Euere Interessen sind den Fremden aufgeopfert.... Seit 10 Jahren fanden 10 Ministerveränderungen statt, und diese mögen noch 10 Mal wiederholt werden, so bleiben dennoch die Leiden und das Elend des Landes die nemlichen. Wenn ein Mann die Ehre hat, an der Spitze eines solchen Volkes, wie das französische, zu stehen, so besitzt er ein unfehlbares Mittel, Großes zu vollbringen: er muß nur den Willen dazu haben. In Frankreich gibt es heut zu Tage nichts als Unordnung und Gewalt auf der einen, und Zügellosigkeit auf der andern Seite. Mein Wunsch ist, Ordnung und Freiheit wieder herzustellen... Franzosen! Ich sehe eine glänzende Zukunft unseres Landes vorher. Ich fühle, daß ich den Schatten des Kaisers hinter mir habe, der mich zum Vorangehen auffordert, und ich werde nie Halt machen, als bis ich das Schwert von Austerlitz wieder ergriffen, die Adler wieder auf unsere Standarten gebracht, und das Volk in seine Rechte wieder eingesetzt habe."

Ohne die geringste Gewalt, begann der Prinz mit — Decreten zu herrschen! Ein Decret, welches zu characteristisch ist, als daß wir es nicht vollständig wieder geben sollten, lautete: „Prinz Napoleon, im Namen des französischen Volkes, decretirt was folgt: Die Dynastie der Bourbonen von Orleans hat aufgehört zu regieren. — Das franz. Volk ist in seine Rechte wieder eingesetzt. — Die Truppen sind ihres Eides der Treue entbunden. — Die Pairs- und die Deputirtenkammer sind aufgelöst. Ein Congreß soll berufen werden, sobald Prinz Napoleon zu Paris anlangt. — Hr. Thiers, Präsident des Ministerraths, ist zu Paris zum Präsidenten der provisorischen Regierung ernannt. — Marschall Clauzel ist zum Obercommandanten der in Paris versammelten Truppen ernannt. — General Pajol behält das Commando der ersten Militärdivision. — Alle Truppenanführer, welche sich nicht unverzüglich diesen Befehlen conformiren, sind abgesetzt. Alle Officiere, Unterofficiere und Soldaten, die eine energische Sympathie für die Nationalsache beweisen, sollen Namens des Vaterlandes in eminenter Art belohnt werden. — Gott beschütze Frankreich!" (Schl. f.)

***Die Ueberschwemmung.** Leider ist das Wasser neuerdings gestiegen; es hat eine furchtbare Höhe erreicht; die Dampfschiffahrtsverbindung mit Straßburg ist schon seit dem letzten Sonntag unterbrochen. Die neuesten Nachrichten aus Basel (siehe unten) lassen glücklicherweise ein Sinken des Wasserstandes hoffen, doch ist hier zur Zeit noch nichts davon zu bemerken. Wir stellen die eingetroffenen Nachrichten unten zusammen.

Aargau, den 18. Sept. Schon in der Nacht vom 16. und 17. schwoll die Aare über dem andauernden Regen zu einer solchen Höhe an, wie sie seit dem Jahre 1801 nie mehr zu sehen gewesen sein soll.... Und doch war alles dieses nur ein Vorbild von dem, was da kommen sollte. Diesen Morgen sehen wir den Aarfluß in so furchtbarer Weise angestiegen, daß das Wasser an vielen Orten sich von dem Fuße des eines Berges bis zu dem andern ausdehnt. Sämmtliche Wohnungen in dem Schachen stehen mehrere Fuß tief unter Wasser; alles muß sich in das erste Stockwerk flüchten. Das Gebrüll der Hausthiere, die man aus dem Wasser zu retten sucht, der Jammer der Menschen, die in ihre Wohnungen gebannt sind und zusehen müssen, wie ihnen die Fluth ihre Holz- und andern Vorräthe wegspühlt, — das Sturmläuten in einigen benachbarten Gemeinden, wo die Häuserbewohner umsonst nach Kähnen rufen, die nirgends zu finden sind, um aus ihrer unfreiwilligen Gefangenschaft erlöst zu werden, — das große Wassermeer, das von Minute zu Minute Holzstämme, Laden und Trümmer der verschiedensten Art mit sich fortstürzt, — alles das macht einen herzerschütternden Eindruck. (Schwzr. B.)

Zürich, den 18. Sept. In Albisrieden brachte der Bach zentnerschwere Steine durch das Dorf herunter und die Keller waren so mit Wasser angefüllt, daß die vollen Fässer herumschwammen. In Hirslanden und Rießbach hat der Wehrenbach übel gehaust. Auch von Fluntern, Hottingen, Affoltern hört man von Wasserschaden. Die hochangeschwollene Reppisch richtete in Dietikon großen Schaden an, das ausgetretene Wasser hat viele Keller plattvoll angefüllt, manches Haus mußte gänzlich geräumt werden; ein neues Wohngebäude sammt Werkstätte, einem dürftigen Schlosser gehörend, ist vom Boden weggespült worden. Vieh ist ertrunken. Die Eisenbahn ist für einige Zeit unpraktikabel; an einer Stelle sind die Schienen unterspült. Auch die Hauptlandstraße bei der Krone gegen der Brücke zu lag so tief unter Wasser, daß diese Strecke für Wagen unfahrbar war. Die Hauptbrücke mußte abgedeckt werden. (N. Z. Z.)

Bern. Bei Luzens im Kanton Waadt wurde die Brücke über die Broye weggerissen, bei Moudon stark beschädigt; an letzterem Ort sind zwei Häuser eingestürzt. Die Genfer Post, die Freitag Morgens 4 Uhr in Bern sein sollte, traf erst Samstag Morgens ein; sie war genöthigt, von Gümmenen nach Peterlingen umzukehren. Auch die am Samstag nach Murten abgehende Post mußte den Weg über Neuenegg und Freiburg einschlagen, weil bei Gümmenen die Straße von der übergetretenen Aar stark unterfressen war.

Die Stadt **Freiburg** wurde am Freitag Morgen um 2 Uhr allarmirt. Die Wasser der Saane waren nach 24stündigem Regen so angeschwollen, daß die untere Stadt überschwemmt ward und zwar mehr als bei der Ueberschwemmung im letzten Jahr. Eine ganze Straße mußte geräumt werden. Gegen 3 Uhr fing das Wasser an zu sinken, doch blieb die Ueberschwemmung noch sehr ausgedehnt.

In Baselland hat die Ergolz fast alle Brücken und Stege von Sissach bis nach Augst weggeschwemmt und sonst Verheerungen angerichtet.

Basel, den 20. Sept. Nachdem sich der Rhein bis Samstag, den 18., tief in die Nacht hinein, somit über 20 Stunden, ungefähr auf der gleichen furchtbaren Höhe erhalten, ist derselbe endlich stärker und stärker gesunken und befindet sich jetzt wieder in seinem gewöhnlichen Bette. Eine Menge Waaren ist theils in Kaufläden, theils in Magazinen beschädigt und zu Grunde gerichtet worden. Eine ziemliche Partie Zucker löste sich in Wasser auf; im Rheinlagerhause haben eine Menge Krappfässer mehr oder minder gelitten u. s. w.; daß eine Partie Baumwolle fortgeschwommen, haben wir bereits gemeldet. In den Kellern wälzten sich die Fässer in den Fluthen und mischten ihren Inhalt mit denselben. Ein Schweinstall mit seinen Bewohnern wurde weggeschwemmt; ebenso starke Partieen von Brenn- und Bauholz. In Binningen ist ein Mann, der den überflutheten Steg verfehlte, im Birsig ertrunken. Um Mönchenstein herum war Alles unter Wasser. Gegen Aarau liegt der niedere Theil des Landes ganz unter Wasser, wodurch die Kartoffelfelder, meistens der ärmern Classe gehörend, ganz zu Grunde gerichtet sind. Zunächst unterhalb Schönenwerth hat die Aare eine Breite von einer halben Stunde; sie verursacht daselbst eine Masse von Erdschlüpfen, wodurch die Passage den gestrigen Tag ganz geschlossen war. In Aarburg ist der Sohn eines bedrängten Vaters beim Retten der Möblen ein Opfer der Fluthen geworden. — Aus der Gegend von Solothurn vernimmt man, daß der ganze obere Theil in einen See verwandelt ist; im Dörfchen Altryi hat man in Ermangelung einer Lärmkanone und Sturmglocke ein Haus angezündet, um Hülfe herbeizuziehen. — In der Richtung von Olten nach Luzern war die Straße ebenfalls ganz unter Wasser; ebenso kommen Erdschlüpfe längst derselben vor. Die Straße ist fahrbar. Selbst am Hauenstein, zunächst Trimbach, ist ein Kartoffelacker bergab gerissen. Am Hauenstein selbst Erdabrutschungen durch erhebliche Risse schon avancirt. — In Groß-Hünningen wurde am Samstag Morgen die fliegende Brücke fortgerissen. Dasselbe Schicksal hatte die dortige Schiffmühle, die der Brücke folgte, nachdem die Müllerknechte dieselbe kaum verlassen hatten. In Hüningen lief das Rheinwasser bis auf den „Platz;" beim Kanal wurden zwei kleine Häuser gänzlich zerstört. — Mühlhausen war ebenfalls an einzelnen Stellen bis auf 4 Fuß Hohe überschwemmt und viele Waare ist beschädigt worden.

München, den 17. Sept. Nicht blos jene Offiziere, welche aus andern baierischen Garnisonen zum Besuche des Lagers hierher kommen, werden in hiesiger Stadt auf Dach und Fach einquartirt; ein Reskript des Kriegsministers besiehlt, daß auch die Generale, Stabsoffiziere und Offiziere auswärtiger Staaten, wenn sie es wünschen, in hiesiger Stadt auf Dach und Fach einzuquartieren sind.

Der künftige Präsident des Oberconsistoriums, Harleß, soll zur Bedingung der Annahme dieser Stelle gemacht haben, daß die bisherige Sacramentsgemeinschaft zwischen der lutherischen und reformirten Kirche aufhöre. (Fränk. Kur.)

— den 18. Sept. Auch nach einer heute stattgehabten langen Sitzung sind die Zollconferenzen noch nicht beendigt worden. Der österreichische Gesandte und Ministerialrath Hermann wurden beigezogen. Die Ergebnisse werden, wie es scheint, wenig geheim gehalten, denn so viel verlautete heute bestimmt, daß man bisher von der Erklärung vom 21. August noch nicht abgewichen ist, und sich ein bestimmtes Festhalten an derselben voraussehen läßt, was Freunde der Coalition sogar nicht oft genug erwähnen zu können glauben. — Unser Lager scheint zu Wasser werden zu wollen. Seit mehren Tagen regnet es und so wurden heute jene Truppenabtheilungen, welche kürzlich dasselbe bezogen hatten, in die Stadt in Quartiere verlegt, um nach dem Eintritte einer günstigeren Witterung wieder nach dem Lagerplatze einzumarschiren. Der Fremdenzug von Officieren auswärtiger Staaten ist übrigens ein ungemein großer. (N. K.)

Die Berliner „Nat.-Ztg." läßt sich aus München unterm 16. Sept. Folgendes schreiben: „Wenn man den Nachrichten, die übrigens aus guter Quelle stammen, trauen darf, so haben sich bereits bei den Conferenzen der Minister der coalirten Staaten Symptome einer **beträchtlichen Spannung** gezeigt, die ein Aus-

einanderfallen der Coalition erwarten lassen. Sollten auch Baiern und die beiden Hessen ihre Neigung, dem österreichischen Einfluße nachzugeben, fürs Erste nicht aufgeben wollen, so soll doch Sachsen durch die geführten Unterhandlungen schon bedenklicher geworden sein, und Baden und Württemberg sich bereits geneigter zeigen, sich an Preußen wieder anzuschließen. Wie die Sachen augenblicklich liegen, fängt man an zu glauben, daß der Zollverein, wenn auch vielleicht nicht in seinem ganzen Umfange, doch in der Mehrheit seiner Staatengruppen in Verbindung mit dem Steuerverein werde reconstituirt werden." (??)

Schweinfurt, den 19. Sept. Die Eröffnung der Eisenbahn wird nun bestimmt den 12. Octbr. stattfinden.

Stuttgart, den 19. Sept. Der „Staatsanzeiger für Württemberg" erklärt Dasjenige, was ein Artikel der „Neuen Münchener Ztg." über den Inhalt der von den Darmstädter Verbündeten auf die preußische Erklärung vom 30. August zu ertheilenden Antwort, worüber zur Zeit des betreffenden Artikels noch gar nichts Näheres bekannt sein konnte, ins Publicum zu bringen sucht, als voreilig.

Darmstadt, den 18. Septbr. Das Oberappellationsgericht hat den Redacteur des eingegangenen „Hess. Zuschauers," den Abg. August Becker, und den Verleger, Sartorius, freigesprochen. Ersterer war wegen eines Artikels gegen den Prälaten Dr. Zimmermann, die bekannten Ausfälle gegen die Deutschkatholiken in der ersten Kammer betreffend, vom großh. Hofgericht zu Gießen zu 3 Monaten Correctionshaus verurtheilt worden; Sartorius zu 6 Wochen Gefängniß. Die Vertheidigung der Angeklagten führte Hofgerichtsadvocat Metz.

Münster, den 19. Sept. Man erwartet hier in den nächsten Tagen die sechste Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands.

Berlin. Das Obertribunal hat die Vernichtung von Thomas Payne's „Menschenrechte" ausgesprochen.

Breslau, den 16. Sept. Von Katholiken Breslau's und der Provinz Schlesien unterzeichnet, circulirt gegenwärtig ein an alle Katholiken gerichteter Aufruf ein katholisches Organ für Schlesien ins Leben rufen zu helfen. Der Aufruf verlangt Zeichnungen für das Kapital von 20,000 Thlrn., welches zur Gründung der „Katholischen Schlesischen Zeitung" erforderlich sei, und zugleich Subscriptionen auf ein mindestens einjähriges Abonnement.

Posen, den 17. Sept. Aus dem Regierungsbezirk Posen sind auf Grund des mit Rußland bestehenden Kartellvertrags laut einer offiziellen Zusammenstellung im Monat Juli d. J. 54 Individuen über die Landesgränze nach Rußland ausgewiesen worden.

Hamburg, den 17. Sept. Gegen die Reform hat eine abermalige gerichtl. Verhandlung wegen bildlicher Beschimpfung der 5 Großmächte stattgefunden. Das betreffende Bild zeigt einen Luftballon mit Gondel, in welcher 3 männliche Personen und ein Weib sitzen. Der Prinzpräsident hängt mit den Füßen unten an der Gondel und 2 allegorische Figuren, Jesuitismus und Zopfthum blasen, als bewegende Kräfte des Staats den Ballon in die Höhe. — Das Urtheil lautet auf 75 Mark Crt. Strafe und Tragung der Prozeßkosten, da die in dem incriminirten Blatte der Reform erschienene Caricatur ersichtlich darauf berechnet und auch geeignet sei, die befreundeten 5 Großmächte und insbesondere den gegenwärtigen Präsidenten der französischen Republik zu verhöhnen.

Bremen, den 14. Sept. Wir wissens jetzt, warum Deutschland nicht einig wird. Auf dem Kirchentage hier sagte Herr von Bethmann: „Es wird zur Einheit des deutschen zerrissenen Vaterlands nicht genug gebetet."

Wien, den 17. Sept. In Folge der in Wirksamkeit getretenen Preßordnung ist in dem neuen Postgebäude eine eigene Bücherrevisionscommission aufgestellt worden, bei welcher alle aus dem Auslande hier einlangenden Bücher, bei Gelegenheit der Zollbehandlung einer Revision unterzogen werden, und erst nach Beendigung dieser zwei Amtshandlungen und Entrichtung der Zollgebühren behoben werden können.

Niederlande.

Haag, den 18. Sept. Die Session der Kammern wurde heute von dem Minister des Innern geschlossen.

Frankreich.

† **Paris**, den 19. Sept. Der Polizeipräfect fordert officiell alle Bewohner von Paris auf, die Kriegswaffen die sie besitzen, sofort an das Arsenal abzuliefern, ohne Rücksicht darauf, ob sie sie selbst angeschafft oder geliefert bekommen haben, wenn sie den gerichtlichen Verfolgungen entgehen wollen.

Als Curiosum ist von der Reise L. Napoleons zu berichten: Bei Roanne hat, wie der Telegraph berichtet, eine Menge Arbeiter den Staatschef eine viertel Stunde vor der Stadt erwartet, wo sie einen Triumphbogen von Steinkohlen in sehr sinniger Weise errichtet hatten.

* Die neuesten Nachrichten melden den Einzug des Präsidenten in Lyon, und seinen Aufenthalt daselbst. Die Schilderung ist ganz die gewöhnliche. In einer amtlichen telegraphischen Depesche heißt es: „Es ist eine allgemeine Trunkenheit!"

† **Paris**, den 20. Sept. Der Minister des Innern hat in einem vertraulichen Circulair die Präfekten getadelt, welche die Gemeinderäthen suspendirten, welche aus Oppositionscandidaten gebildet wurden, weil dies als eine Beschränkung des allgemeinen Stimmrechtes angesehen werden kann. — Die Subscription für ein Nationaldenkmal des Königs Joachim Mürat belauft sich auf 1,524 Fr. (Wenig genug!)

Ein Pariser Correspondent der Kölnischen Zeitung berichtet: Wenn die Reise Seiner präsidentschaftlichen Hoheit die Provinz auch in die größte Aufregung versetzen mag, so erregt sie doch in Paris selbst sehr wenig Theilnahme. Man lies't kaum die begeisterten Depeschen des Moniteur, und was das Pays und die Patrie anbelangt, so finden ihre Berichte wenig oder gar keine Leser. Der Berichterstatter des Siècle dagegen hat bei dem Publicum mehr Beifall; denn statt der immer gleichen Begeisterung, von der die halbamtlichen Blätter erzählen, berichtet er über seine eigenen Abentheuer. Auf die Börse hat bis jetzt die präsidentschaftliche Reise noch keinen Einfluß ausgeubt; die Course stiegen zwar, aber nur in Folge des Gerüchtes, daß nächste Woche ein Decret die Reduction der Armee und dadurch eine Ersparniß von 30 Mill. Frcs. verfügen werde.

Auf dem Hallenball sind dem „Wiederhersteller des Eigenthumsprincips," der das Fest gab, 80 Stück Silber gestohlen worden.

Italien.

Genua, den 17. Sept. Hr. Odillon Barrot ist heute hier angekommen, er begibt sich nach Neapel.

Großbritanien.

London, den 18. Sept. Die Leiche des Herzogs von Wellington soll, wie dieser es stets gewünscht, ohne alles Gepränge in der Gruft von Strathfieldsaye neben den sterblichen Ueberresten seiner im Jahr 1831 verstorbenen Gemahlin beigesetzt werden.

Man versichert, daß nun auch auf Van Diemensland Goldlager entdeckt worden seien.

Dänemark.

Kopenhagen, den 17. Sept. „Flyveposten" berichtet, daß Major Wasmer, einer von den früheren schleswig-holsteinischen Officieren, die sich vor einigen Monaten sistirt hatten, vom Kriegsgerichte auf Gottorf zum Tode verurtheilt worden sei!!

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue

Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 230 | den 24. September 1852.

Anzeige.

Da mit dem nächsten Monat ein neues Abonnement auf die Neue Speyerer Zeitung beginnt, so ersuchen wir, die Bestellungen möglichst bald bei der zunächst gelegenen Posterpedition einzureichen. Nur Bewohner der Stadt Speyer und der nächsten Umgegend belieben ihre Bestellungen an die Expedition dieses Blattes unmittelbar zu richten. — Die Speyerer Zeitung, welche mit Ausnahme des Sonntags täglich, und zwar häufig mit Beilagen, erscheint, kostet halbjährlich 3 fl. 20 kr., vierteljährig 1 fl. 40 kr., und wird um diesen Betrag, ohne weitern Aufschlag, durch alle Posterpeditionen des Königreichs Baiern geliefert. — Privatanzeigen, welche portofrei einzusenden sind, werden gegen eine Einrückungsgebühr von 4 Kreuzer für die gewöhnliche Druckzeile aufgenommen.

⁂ Die Anstrengungen, welche von der Rückschrittspartei in täglich ausgedehnterm Maße gemacht werden, um der Speyerer Zeitung entgegen zu wirken, deuten wol besser als alles Andere an, von welcher Bedeutung die Verbreitung eines unabhängigen Blattes für die Freunde der freien Richtung in der Pfalz, oder vielmehr für alle Jene sein muß, welche etwas Besseres als den schrankenlosen Absolutismus in Staat und Kirche herbeigeführt wünschen.

Die Speyerer Zeitung glaubt, angesichts der jetzigen Lage eines freisinnigen Blattes, ein Recht zu besitzen, die allseitige thätige Unterstützung der Gleichgesinnten und überhaupt aller Derjenigen fordern zu dürfen, welche wünschen, daß das Treiben der Reactionäre nicht über alle Verhältniße des Lebens, zumal in unserer Pfalz, sich völlig widerspruchslos ausbreite.

Deutschland.

* **Was will die Democratie?** Es ist ein schon oft angewendeter Kunstgriff der Feinde der Volkssache, daß sie das Streben der Democratie — der Volksfreunde — verlästern und verläumden. Sie, deren vor Augen gestelltes Haschen nach persönlichen Vortheilen ihre Beweggründe so vielfach kennzeichnet, — sie wollen die Welt belehren, welche abscheuliche, grundverderbliche, verabscheuungswürdige Zwecke ihre Gegner verfolgen, — ihre Gegner, die keinen goldenen Lohn, die nur Verfolgung zu gewärtigen haben, und diese mit einem Muthe hinnehmen, der nur in der unerschütterlichen Ueberzeugung des Rechthandelns wurzeln kann! —

Was die Democratie will? Sie hat keinen Grund, es vor irgend einem Menschen zu verheimlichen. Sie braucht das Licht nicht zu scheuen. Wol aber kann und muß sie fordern, daß man als ihre Grundsätze das nicht annimmt, was die Lästerzunge verläumdungssüchtiger Feinde ihr zu unterschieben für gut findet. Was sie will, hat sie selbst zu sagen!

Von diesen Ansichten ausgehend, theilen wir mit wahrem Vergnügen den folgenden Aufsatz mit, in welchem ein erprobter Bekenner democratischer Grundsätze die Frage behandelt. —

Die Verläugnung des Bekenntnißes ist dessen Herabwürdigung und Besudelung. Die Democratie hat in dieser Hinsicht das Tageslicht nicht zu scheuen. Ihr Ziel liegt klar und offen vor aller Welt Augen. Ausgehend von der Fundamentalwahrheit gleichheitlicher Menschenwürde, gleichheitlicher Berechtigung und Verpflichtung, erstrebt sie einen Zustand der Menschengesellschaft, daß es Allen möglich werde, in freier und allseitiger Entwickelung all ihre Kräfte und Anlagen zur möglichst höchsten Stufe menschlichen Wohlseins zu gelangen, indem nicht nur jeder für sich, sondern Einer für Alle und Alle für Einen diesen Zweck verfolgen. Sie läßt Nichts gelten als Wahrheit, Gerechtigkeit und Wohlwollen; sie glaubt Nichts, als was in freier Prüfung sich als wahr bewährt, sie achtet jedes Religionsbekenntniß, das mit Ueberzeugung geübt die Einheit der Menschen in Liebe vermittelt und die Frucht der Liebe im Leben erzeugt, sie findet überhaupt den sittlichen Werth des Menschen und das, was man Tugend nennt, im überzeugungstreuen Handeln, und ist der festen Ueberzeugung, daß wer seine irdische Lebensaufgabe in solcher Weise löst, sie auch für die Ewigkeit am würdigsten gelöst hat. Die Formen der politischen und religiösen Gesellschaften sind ihr ehrwürdig, so weit sie diese Lebensaufgabe der Menschen nicht hindern sondern fördern, und diejenige Form ist ihr die wünschens- und erstrebenswertheste, welche die Lösung dieser Lebensaufgabe am gründlichsten, vollkommensten und leichtesten zu Wege bringt. Die Menschheit für diesen Standpunct zu gewinnen, sie darauf zu erheben, das ist der Zweck des Strebens der Democratie. Die Wahrheit wird nur erkannt, wo das unverkümmerte Licht waltet, wo der Geist frei um sich blickt, wo man ihm nicht sagt: so weit darfst du denken, aber hier hat das Denken seine Grenze. Die Autoritäts- und Glaubensbinde darf keinem denkenden Wesen um die Schläfe gelegt werden, jeder hat seine Augen, um selbst und mit eigenen Augen zu schauen, wie er nicht auf fremden, sondern auf eigenen Füßen geht. Die Freiheit ist das Grab der Willkür, der Knechtschaft und knechtschaftlichen Bevormundung, sie ist der unerschütterliche Grund des Gesetzes, der Gesetzlichkeit und Ordnung, und zugleich ihr wahrer Schutz. Die Freiheit Aller schafft sich selbst das Gesetz und hütet es, und damit erhält und hütet sich die Freiheit selbst. Die Gerechtigkeit waltet unumschränkt, wo die Freiheit des Menschengeistes in Jedem geachtet, und wo die Freiheit selbst zum Grund und Schutz des Gesetzes geworden ist. Die Menschenliebe, die rechte Menschenliebe herrscht da und muß da herrschen, wo die gleichheitliche Menschenwürde, gleiche Berechtigung und Verpflichtung zur Anerkennung gelangt ist. Nur da hat das einfache und große Wort des Christenthums seine lebendig wirksame Bedeutung: „Was du nicht willst, daß man dir thue, thue auch den Andern nicht, und was du von Andern verlangst, das leiste du auch ihnen.“ Dies sind Grundsätze der Demokratie, sie brauchen das Licht nicht zu scheuen, sie liegen offen am Tage, sie dulden keine unsittlichen Mittel. Diesen Grundsätzen und deren Verwirklichung gilt das Wirken und Streben der Democratie, und das Wirken und Streben für deren Durchführung bringt, nach dem Zeugnisse der Geschichte bis auf den letzten unserer Tage, keine Gunst der Großen, keine Aemter und Würden, keine Orden und Güter, wohl aber Haß, Verfolgung, Verläumdung, Kerker und Banden, Verbannung und gewaltsamen Tod — zuweilen sogar das Wuthgeschrei einer abergläubisch fanatisirten, belogenen, betrogenen, verknechteten und entsittlichten Menge. Die Pharisäer, die glaubenseifrigen Zeloten aller Kirchen, die so salbungsvoll von der Unterthanentreue reden, wie Reinecke, wenn er den Hühnern predigt, indem sie zugleich jede staatliche Gewalt untergraben, welche sich nicht zu ihrem Werk-

zeuge machen läßt, sind es einer Seits; — die Höflinge und Stellenjäger, mit dem sie umringenden Troß loyaler Unterthanenseelen und polizeienden Ordnungshandhabern aller Klassen, welche die obrigkeitlich vorgeschriebene Religion als die erste Eigenschaft eines guten Unterthanen preisen, und dem Höchsten im Himmel die Ehre geben, so weit sie des Allerhöchsten Ungnade auf Erden fürchten oder dessen Gnade suchen, diese sind es andererseits, welche heuchelnd und in feiger Selbstsucht in die Welt hinaus jammern: die menschliche Gesellschaft, Staat und Kirche seien in Gefahr, die Democratie zernichte den Glauben, sie zerstöre die Religion, sie untergrabe den Staat, sie erschüttere die Ordnung, sie gefährde die Ruhe, sie bedrohe den Besitz, sie wolle den Communismus, sie sei, mit einem Wort, gott-, gewissens- und glaubenslos das zum Anzünden bereite Pulverfaß, auf welchem die Welt stehe. Um dieser höllischen Lüge Eingang zu verschaffen, unterschiebt man der Democratie nicht nur Grundsätze und Absichten, welche sie nicht hat und welche sie selbst verabscheut, und spricht ihr ihre wirklichen Grundsätze und Absichten ab, sondern man wirft sich mit allem Gift satanischer Lüge auf die Personen, um in diesen das verhaßte Princip zu beschimpfen, und was man mit den Waffen des Geistes und der Wahrheit nicht angreifen oder überwinden kann, in dem Pfuhle der Verläumdung unter gleisnerischem Augendrehen und hündischem Scherwenzeln nach oben zu ersticken. Diese Mittel sind Denjenigen natürlich, welche die Wahrheit, die Freiheit und freie Geistesentwickelung, die gleichheitliche sittliche Menschenwürde, die gleiche Berechtigung und Verpflichtung nicht zur Anerkennung und Geltung kommen lassen dürfen, ohne daß ihr eigenes Lügengebäude der Geistesknechtschaft, der Verdummung und Menschenentwürdigung, an welches sie das Aushängschild des Glaubens, der Ordnung, der ewigen Glückseligkeit befestigt haben, zusammenstürzt und sie selbst in seinem Schutte begräbt. Ihre Selbsterhaltung gebietet ihnen, die lange Nacht auf Erden recht dick und finster zu erhalten, die sittliche Unmündigkeit der Masse zu pflegen und zu mehren, die Last der Gewissensangst und des Schreckens vor Teufel und Hölle immer schwerer zu machen, im Nebeldunst des Pietismus und Jesuitismus die vom Aberglauben umfangenen Seelen fort und fort zu berauschen, daß sie nicht zur Ernüchterung, zur Erkenntniß ihrer sittlichen Versunkenheit und Knechtschaft gelangen, um sich davon zu befreien. Denn Erkenntniß ist Licht, und Licht ist Wahrheit und in der Wahrheit liegt die Freiheit und die Zernichtung dieser Hölle. Wie könnte denn auch der unbefangene Mensch der Lehre widerstehen: du hast das Recht selbst zu prüfen und dir deine Ueberzeugung zu bilden und bist um deines Glaubens und deiner Ueberzeugung willen Niemand Verantwortung schuldig als dir selbst und Gott, an den du glaubst. Du bist sittlich frei, und was du selbst für recht und gut erkennst, das thue, darin liegt deine Tugend und dein Werth. Jede Religion ist gut, welche dich stützt und führt auf diesem Wege der freien Ueberzeugung und freien Tugendhaftigkeit. Das Gute kommt nicht von außen sondern von innen, Niemand kann dich gottgefällig machen, als du selbst. Hiezu gelangst du nicht durch mechanische Mittel, sondern durch deinen eigenen Willen und deine eigene Kraft, die Gott schon gesegnet hat, als er dir sie gab, und die er segnet, so weit und so lange sie der Wahrheit und der Tugend dienen. Du bist ein Mensch und darum so berechtigt und verpflichtet, wie die andern Menschen und die andern sind es wie du. Die Anerkennung dieser Wahrheit und ihre Verwirklichung hängt von Niemand ab als von den Menschen selbst. Du kannst und sollst daher deiner Seits nach der Anerkennung und Verwirklichung dieser Wahrheit streben, so gewiß du sie als solche erkennst. Du hast Anspruch auf menschliche Geltung und auf menschliches Wohlsein, du sollst und darfst daher auch mitbauen helfen an den Grundpfeilern, auf welchen diese Geltung und dieses Wohlsein ruht. Diese Grundpfeiler sind das Gesetz und seine Erfüllung, gegeben von der freien Gesammtheit und gehandhabt durch gleiche Gerechtigkeit. Du sollst die Menschen lieben, ist kein Gebot, keine beschwerliche Pflicht, sondern das glücklichste, unveräußerliche Bedürfniß des vernünftigen sittlichen Menschen; an dem Grade dieses Bedürfnißes und seiner Erfüllung magst du deine Würdigkeit messen. Für vernünftige, sittliche Wesen gibt es keinen Feind, als die Lüge, die Wahrheitsfälschung, den verdummenden und fanatisirenden Aberglauben, die Verknechtung und überhaupt Ungerechtigkeit, Unsittlichkeit, Unmenschlichkeit, es gibt daher für sie auch keine persönliche Rache, sondern nur Abwehr und Kampf gegen diese der Hölle entstiegenen Ungethüme mit den Waffen der Wahrheit, der Gerechtigkeit und Menschenliebe in williger und begeisternder Hingabe für das Beste der Menschheit und des Vaterlandes. — Welcher ehrliche, geistig und sittlich noch nicht gefangene Mensch könnte solche Lehren vernehmen, ohne von ihnen erleuchtet, ergriffen, gehoben, begeistert zu werden? ohne tief zu fühlen und auszurufen: „ja das ist die Wahrheit, das ist die Aufgabe der Menschheit, nur so ist es werth gelebt zu haben und nur nach einem solchen Leben tröstlich zu sterben; nur so ist der Mensch das Vernunftwesen und Gottesbild, würdig der Erde und würdig des Himmels?!

***† Frankfurt a. M.**, den 21. Sept. Es ist eine auffallende, für den Geschichtsforscher besonders interessante Thatsache, daß die Sorge um eigene Selbsterhaltung der kleineren deutschen Staaten sich wie der rothe Faden durch unsere Zollvereinswirren zieht. Diese Sorge schien an ihrem Platze zu sein, als die Throne einen Augenblick durch den Aufstand der Massen bedroht waren; sie war noch in dem Moment begründet, in welchem aus Volkshänden die deutsche Kaiserkrone angeboten wurde. Wie man aber, nachdem jene Gründe vollkommen beseitigt, jetzt aus der Erneuerung der Zollvereinsverträge Nahrung für die Mediatisirungssorgen schöpfen kann, ist auf den ersten Anschein völlig unerklärlich. Handelt es sich hier doch eben um Anerkennung der Selbstständigkeit aller Theilnehmer und wird dieselbe durch solche Verträge nur aufs Neue rechtlich anerkannt. Es müssen daher wol noch andere innere Motive bei dieser Furcht mit unterlaufen. Wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß die Mehrzahl der mittleren und kleineren deutschen Staaten sich der erlittenen Erschütterung noch wol bewußt sind. *) Ob der Bruch des Zollvereins dazu beitragen wird, das Vertrauen in die eigene Kraft zu stärken, ob die Trennung zur glücklichen Befestigung des innern staatlichen Organismus der Einzelnen führen kann, muß die Folge lehren. Man dürfte wol gerade das Gegentheil annehmen. Wenn aber Baiern es ist, welches eigentlich den Ton in der Mediatisirungssorge angegeben hat, und eine Abschwächung des preußischen Einflusses in Deutschland für nothwendig hält, so sollte der Mann am Steuer des baierischen Staatsschiffes sich doch erinnern, daß es Preußen war, welches den wiederholten Versuchen Oesterreichs unter Joseph II., die Alleinherrschaft an sich zu reißen, einen Damm entgegensetzte. Ohne das energische Einschreiten Preußens wäre Baiern nach dem Tode des Churfürsten Max Joseph auf die Hälfte seines Umfanges reducirt worden. In Oesterreich mag man es vergessen haben, aber die Baiern und alle übrigen Deutschen sollten sich daran erinnern, daß Oesterreichs ehrgeizige Eroberungsgelüste in der baierischen Erbfolge durch Preußen zu Nichte gemacht worden. **)

*) Die „Großstaaten" nicht eben so? Wir sollten meinen, beide Großstaaten hätten Grund, sich dieser Erschütterungen und — der damaligen Versprechungen ebenso zu erinnern, wie die mittleren und die kleinen Staaten. D. Red.

**) Ohne dem exclusiven „Preußenthum" irgendwie das Wort reden zu wollen, kann man auch darauf hinweisen, wie die baier. Staatsschuld großentheils in den Verhältnißen dieses Landes zu Oesterreich ihren Grund hat. Allein alles dieses muß in den Hintergrund treten vor der Rücksicht, welche die allein maßgebende sein sollte, nemlich der Rücksicht auf den Volkswohlstand. D. Red.

* **Speyer,** Donnerstag den 23. Sept. Diese Nacht fing endlich das Wasser zu fallen an. Seit dem Nachmittage des vorigen Sonntags herrscht auf unsern weitausgedehnten Niederfeldern eine unbeschreibliche Thätigkeit, um die noch nicht eingebrachten Erzeugnisse zu retten. Gerade diese Ländereien sind vorzugsweise mit Zukkerrüben, dann mit Dickrüben und Kartoffeln bepflanzt; auch viel Grummet befand sich noch auf den Wiesen. Nicht nur am Tage, sondern selbst des Nachts dauerten die Anstrengungen zur Rettung dieser Producte fort. Man brachte sie vielfach zunächst nur auf die erhöhten Puncte, indem man sie auf den Dämmen, den höhern Wegen und selbst auf den Straßen und freien Plätzen niederlegte. Aus den ausserhalb des Ueberschwemmungsgebiets des Stromes gelegenen Ortschaften kamen Fuhren herbei. Allein bis jetzt konnte noch nicht alles eingeheimst werden. — Unterdessen entstand große Gefahr an den Dämmen. Die Gewalt des Wassers drohte dieselben vielfach zu durchbrechen und ebenso zu übersteigen. Es bedurfte großer Anstrengungen sie zu erhalten, um so mehr, als dieselben auf der hiesigen Gemarkung eine ungeheuere Ausdehnung besitzen. Da das Wasser jedenfalls unter dem Boden durchsickerte, so stellte sich auch hinter den Dämmen immer mehr s. g. Quellwasser ein, so daß die Leute auf den Feldern häufig im Wasser und im Moraste arbeiten mußten. — Dazu kam, daß die Bewohner der nieder gelegenen Häuser dieselben räumen und verlassen mußten, indem das Wasser in viele derselben eindrang.

Nürnberg. Der „Nürnb. Kur.,“ den Polizeicongreß zu München besprechend, sagt u. a.: Während die Regierungen im Hader liegen und die offiziellen und nicht offiziellen Zeitungen sich ereifern und einander in die Haare gerathen, in Sachen des Zollvereins nämlich; während Oesterreich droht und Preußen renommirt und die Coalition demonstrirt und Hannover sophistizirt, während die Tage und die Wochen und die Monate vergehen, ohne daß man im Wesentlichen der Einigung um ein Haarbreit näher käme, während dem ruft die Polizei mit der Jungfrau von Orleans:

Kümmert das Loos der Schlachten,
Mich der Streit der Könige?

Also ruft sie und mitten im zollvereinischen Kriegsgetümmel beschickt sie ein friedliches Parlament an der Kieselreichen Isar rauschendem Gestade. Zähle nach, deutscher Michel! und siehe zu, ob „Einer Deiner Lieben“ fehle. Glaubst Du etwa, die preußische Policei habe sich ausgeschlossen, weil Hr. v. d. Pfordten dem Berliner kaiserthum entgegen- und die Darmstädter Coalition eingetreten ist? Blicke hin nach München und erkenne in Hrn. v. Hinkeldey den Präsidenten der Berliner Policei. — Oder wähnst Du, die Oesterreichische Policei habe die Theilnahme verweigert, weil ein preußischer Vertreter zugelassen wurde, während Preußen bekanntlich die österreichischen Bevollmächtigten von der Berliner Conferenz ausschloß? Blicke hin nach München, Ungläubiger, und erkenne in Hrn. v. Weiß den vielgewaltigen Stadthauptmann von Wien. Und ob Du nach Hannover fragst oder nach Stuttgart und Karlsruhe; die Regierungen mögen nicht einig sein, aber die Policeien sind's und ihre Vertreter tagen im Münchener Policeiparlament.

München, den 19. Sept. Auch heute, Sonntag, hat eine Sitzung der Zollconferenz stattgefunden. Den Herren Bevollmächtigten zu Ehren hält heute der Herr Ministerpräsident große T a f e l im Gebäude des Staatsministeriums des Aeußeren, zu welcher sämmtliche Minister und andere Notabilitäten geladen sind. (N. C.)

Wiesbaden, den 21. Septbr. Als Ort der Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte im künftigen Jahre wurde T ü b i n g e n gewählt.

Berlin, den 20. Sept. Es ist davon die Rede, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Unterhandlungen wegen Herabsetzung der Eingangszölle auf verschiedene Artikel mit dem Zollvereine beabsichtige und wegen Einleitung solcher bereits vor längerer Zeit durch ihren hiesigen Gesandten Wünsche habe äußern lassen. Es soll dabei die Aussicht eröffnet worden sein, wichtigen Erzeugnissen des Zollvereins namhafte Begünstigungen zuzugestehen. (C. B.)

Wien, den 19. Sept. Nachdem früher schon sowol von Seite des Justizministeriums als jenem des Innern nach der veränderten Grundlage unserer Staatseinrichtung, erkannt worden ist, daß Israeliten weder zu gerichtlichen, noch politischen Aemtern zugelassen werden können, sind nun Verhandlungen über die weitere Frage im Gange, ob die Anstellung bei technischen Behörden, z. B. bei Baudirectionen, Staatseisenbahnen u. dgl. zulässig sei?

Die Deckung des österreichischen Anlehens erklärt sich namentlich dadurch, daß insbesondere die Gemeinden „veranlaßt“ wurden, alle verfügbaren Mittel, vorzüglich die Ablösungsgelder, dafür zu verwenden.

(D u r c h p r ü g e l u n g e i n e r g a n z e n G e m e i n d e.) Wie die Justizpflege in Ungarn trotz der neuen Gerichtsorganisirung und der Einführung des österreichischen Gesetzbuches noch immer häufig gehandhabt wird, zeigt ein neuerlicher Vorfall im Dorfe Czerjen nächst Serard, wo die Bauern mit dem ehemaligen Grundherrn wegen Benutzung der Hutweide in Streit liegen. Wie auch immer die Rechtsansprüche der Dorfinsassen beschaffen sein mögen, so war es jedenfalls barbarisch, daß die Bauern, welche das Vieh des ehemaligen Gutsherrn mit Gewalt von der Weide trieben, deshalb mit S t o c k s c h l ä g e n gezüchtigt wurden. Allein es kam noch besser, denn als die gewitzigten Bauern auf den Einfall kamen, ihre Weiber und Töchter, mit Besen und Heugabeln bewaffnet, gegen die feindliche Heerde anrücken zu lassen, glaubend, daß gegen die weibliche Bevölkerung ein galanteres Verfahren Platz greifen würde, wurden am andern Tag Männlein und Weiblein vor den Richterstuhl geladen und bei Beiden die Strafe der körperlichen Züchtigung in Anwendung gebracht, wobei nur in Bezug auf die Dimensionen des Strafmittels eine galante Berücksichtigung stattfand. Auf solche Weise wurde v o n M o r g e n b i s A b e n d s d i e g a n z e e r w a c h s e n e P o p u l a t i o n d e s O r t s w a k k e r d u r c h g e p r ü g e l t, mit Ausnahme einiger schwangern Weiber, so daß diesmal die leer ausgegangene Jugend ihre gestraften Eltern auslachen konnte, was ohne Zweifel zur Stärkung des sittlichen Gefühls nicht wenig beitragen möchte! Das publicistische Ehrgefühl ist in der österreichischen Presse so sehr erstorben, daß die meisten Blätter diesen empörenden Auftritt mit dem schmunzelnden Lächeln frivoler Gedankenlosigkeit melden, ohne das leiseste Wort des Tadels daran zu knüpfen. (Br. Z.)

S c h w e i z.

Zürich. Der die Ortschaften Nürenstorf, Breite, Oberwyl und Birchwyl sonst ruhig durchfließende Bach hat Brücken, Steg und Weg vernichtet, angesäete Felder unfruchtbar gemacht, in Bassersdorf die mit schweren Platten belegte Brücke und einen großen Theil von einem schönen Garten weggerissen, steinerne Brunnentröge mit sich genommen und einem Familienvater das Leben gekostet; ebenso übel hauste dieser Bach in Kloten, setzte fast alles unter Wasser, so glich am 18. Morgens das ganze Glatt- und Tößthal einem See. Der Besitzer der Säge in Hochfelden, von welcher weg alle, mitunter gewaltige Sägblöcke verschwunden sind, mußte sammt Familie durch fremde Hülfe aus derselben geholt werden. Die vor einem Jahr bei der Niedermühle in Bülach neu erbaute Brücke ist unbrauchbar gemacht, in Oberhöri sind zwei fortgerissen. Von Wald nach Fischenthal war die Passage gesperrt durch einen Erdschlipf, nach Rüti hin durch die hoch angeschwollene Jona, welche im Tobel ein Stück von beiläufig 100 Kubikklafter von der Straße wegspülte. In Sellenbüren, Gemeinde Stallikon, wo über 10 Erdschlipfe zu zählen sind, nahm die Reppisch ein 3½ Jahr altes Kind mit sich, welches am 18. in Birmenstorf in einem Garten liegend, unbekleidet gefunden wurde. Wie wir hören, soll eine Abtheilung der im Dienst sich befindenden Sappeurs beauftragt sein, wo es nöthig, mit

Räumen der Straßen, Schlagen von Nothbrücken ꝛc. den Verkehr wieder herzustellen. — Das ganze Kemptthal gleicht einem See, Alles steht unter Wasser, die Verheerungen an Matten, Straßen und Brücken sind unberechenbar, die schöne neue Brücke über die Kempt bei der Thalmühle ist zusammengestürzt, und es wird das Holzwerk, vermittelst Ketten an nahezu stehenden Gebäuden, gefährlich zurückgehalten. Zu diesem Elende ertönte noch am 18. der Feuerruf, indem sich durch naß gewordenen Kalk die Riselsche Scheune bereits entzündet hatte, zur rechten Zeit aber noch gedämpft werden konnte. (Zür. Z.)

Thurgau, den 18. Sept. Von Matzingen wird berichtet, daß 2 Häuser, sowie die dortige steinerne und hölzerne Brücke mit fortgerissen wurden, ein drittes Haus habe bis jetzt mit Noth vor dem gleichen Schicksal gerettet werden können.

Bei **Genf** hat die Arve noch größere Ueberschwemmungen angerichtet als im vorigen Monat. Auch die hydraulische Maschine setzte sie unter Wasser, so daß sämmtliche Brunnen der Stadt zu laufen aufhörten und dieselbe vor lauter Wasser des Wassers beraubt ward.

Bern. In Wangen stieg die Aar zu einer Höhe, wie sie seit 1758 nie erreicht hat.

Baselland. Auf der Insel bei Augst büßte der Hauseigenthümer das Leben ein, indem unter ihm der Boden rutschte, als er den Stand des Rheins beobachten wollte. (Sch. N.-Ztg.)

Auch die Herzogin von Orleans hat auf ihrer Reise in Folge der Ueberschwemmung Schaden genommen. Sie wollte am 17. d. von Lausanne nach Bern reisen. In Moudon gewahrte der Zug wegen der weggeschwemmten Brücke die Unmöglichkeit, weiter zu kommen und lenkte nach Oron ein, um die Straße von Rue und Romant zu gewinnen. Vor dem ersten Freiburgischen Dorfe Promasens stürzte der Wagen um und fiel in einen Graben voll Wasser. Die Herzogin soll das Schlüsselbein gebrochen haben (nach einer Nachricht im „Genfer Journal" wäre die Herzogin nicht schwer verletzt.)

Frankreich.

† **Paris,** den 21. Sept. Der „Moniteur" enthält heute nachstehendes unerwartetes Decret: „Vom 1. October ab, ist die Eingangssteuer für die zu Lande eingehenden Steinkohlen in der Zone zwischen Halluin und Longwy auf 30 Cent. für 100 Kilogrammes und für Roheisen zwischen Blancmisse und Longwy auf 5 Francs für 100 Kilogrammes festgestellt." Der halbamtliche Theil des Moniteur enthält nachstehende Erklärung für die Steuererhöhung auf benannte Belgische Producte: „Die eröffneten Unterhandlungen mit dem Brüsseler Cabinette um den am 13. December 1845 abgeschlossenen Handelsvertrag zwischen beiden Ländern wieder in Wirksamkeit zu bringen, haben keinen befriedigenden Erfolg gehabt, wie es zu hoffen stand. Es war daher nothwendig, Maßregeln zu ergreifen, um die Gleichheit in den Consequenzen des allgemeinen Handels und Eingangsrechts, das jetzt zur Basis des Verkehrs zwischen beiden Ländern dient, herzustellen. In diesem Gedanken hat die Regierung des Prinz-Präsidenten obiges Decret erlassen." Nach diesem Decrete sind alle früheren Nachrichten von der Erneuerung eines Handelsvertrags zu berichtigen. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß dieser Zustand, unter dem die Producenten beider Länder leiden, ein definitiver ist. Die belgische Regierung wird hoffentlich einsehen, daß sie hinsichtlich des französischen Nachdrucks, der strenge genommen keine ganz rechtliche Erwerbsquelle ist, nachgeben muß, wenn sie nicht das Gedeihen so vieler anderer Industriezweige ihres Landes compromittiren will. Der kürzlich gemeldete Ministerwechsel ist hoffentlich das erste Zeichen der gehofften Nachgiebigkeit.

Zu Lyon hat der Prinzpräsident bei der Einweihung der Reiterstatue des Kaisers Napoleon eine Rede gehalten, in welcher er ausdrückt, daß er die Rufe: „Es lebe der Kaiser!" nicht auf sich, sondern auf seinen Oheim beziehe, und daß man sich wegen Wiederherstellung des Kaiserthums bedenken möge. Er sagte: Euere Stadt, war die Erste, die dem Kaiser ein Denkmal errichtet. Diese Thatsache hat ihre Bedeutung. Niemanden werden Reiterstatuen errichtet, als den Souverains, die geherrscht haben. (?) Deßhalb haben alle Regierungen, die mir vorangegangen sind, diese Ehrenbezeugung einer Macht verweigert, deren Legitimität sie nicht zugeben wollten. Wer war indessen **legitimer**, als der Kaiser, dreimal vom **Volke** gewählt, **gesalbt** vom Oberhaupt der Kirche, anerkannt von allen Mächten des Europäischen Continents, die sich mit ihm durch Bande der Politik und des Blutes verbanden? Der Kaiser war der Vermittler zwischen zwei feindlichen Jahrhunderten; er vernichtete das alte Regierungssystem, alles Gute davon bewahrend; er tödtete den revolutionären Geist dadurch, daß er den Wohlthaten der Revolution überall den Triumph bereitete. Deßhalb haben die, welche ihn stürzten, sobald ihren Triumph zu bereuen gehabt, und seine Vertheidiger — habe ich nöthig daran zu erinnern, wie sehr sie seinen Fall beweint haben? — Deßhalb auch hat das Volk, sobald es sich frei fühlte, seine Blicke nach den Erben Napoleons gerichtet, und aus diesem Grunde erhob sich von Paris bis Lyon auf allen Puncten meiner Reise der einstimmige Ruf: „Es lebe der Kaiser!" Dieser Ruf ist aber in meinen Augen mehr ein **Andenken**, welches mein Herz rührt, als eine **Hoffnung**, die meinem Ehrgeiz schmeichelt. Als treuer Diener des Landes werde ich nie einen anderen Zweck haben, als die Gründung eines Friedens in diesem großen, von so vielen Erschütterungen und Utopien bewegten Lande, der sich auf die Versöhnung der Individuen, auf die Unbeugsamkeit der Autoritätsprincipien, auf die Moral, auf die Liebe für die arbeitenden und leidenden Classen, und auf die Nationalwürde stützt. Wir treten kaum aus den Momenten der Crisis heraus, wo man die Erkennungszeichen des Guten und des Bösen verwechselte, worin die besten Geister sich verwirrten. In solchen Momenten verlangt es die Klugheit und der Patriotismus, daß die Nation sich erst geistig sammle, ehe sie über ihr Geschick bestimmt; und für mich ist es noch schwer zu erkennen, unter welchen Namen ich die größten Dienste dem Lande zu leisten vermag. Wenn der **bescheidene Titel** des Präsidenten, die **mir anvertraute Mission**, vor der ich nie zurückwich, erleichtern könnte, so würde ich es gewiß nie sein, der aus persönlichen Interessen, diesen Titel gegen den des Kaisers vertauschen wollte." (!)

(**Verdienter Dank!**) Der Policeicommissär Baudesson von Richebourg, welcher den General Bedeau in der Staatsstreichsnacht arretirte, ist, weil er legitimistischer Familienverbindungen verdächtig, auf einen untergeordneten Posten versetzt worden.

China.

Ueber den Gang der **chinesischen Revolution** sagt der Overland Friend of China vom 23. Juli: Die Tage der tatarischen Dynastie scheinen gezählt. Chon, oder Tson, der Prinz aus der alten Ming Familie, hält sich noch vorsichtig im Hintergrunde, wartet aber auf den Augenblick der höchsten Zerrüttung, um sich die Krone aufzusetzen. Die Insurgenten gewinnen einen Sieg nach dem andern, und nach einem Angriff auf die Hauptstadt der Provinz Kwangsi fielen sie in zwei Heerhaufen in die Provinz Hunan ein, nahmen erst die Stadt Tsinen im Norden, dann Tan und Keem-wha, welches sie um 30,000 Taels brandschatzten. Zahlreiche Banden fielen in Hunan zu den Aufständischen; sie tragen, zur Unterscheidung, blaue Mützen oder Turbans; die Kwangsimänner tragen rothe. Commissar Seu stürmte am 19. Juni mit 4000 Mann einen von den Rebellen besetzten Bergpaß und verlor über die Hälfte seiner Truppen, darunter zwei talentvolle Offiziere, durch die vom Feind gegrabenen Minen und Fallgruben. Er zog sich darauf bis an die Gränze der Provinz zurück.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Freitag (Zu Nro. 230.) den 24. September 1852.

Deutschland.

***Geschichtliche Erinnerungen.** (Ludwig Napoleons Aufstandsversuch in Boulogne. Beschluß.)

Napoleons Genossen erschienen meistens in Uniformen des franz. 40sten Linienregiments. Ein großer Theil von ihnen war, als die Landung stattfand, betrunken. Der Prinz selbst soll, nachdem er in die Citadelle gebracht war, seinen — zahmen - Adler begehrt haben! — Er wurde zuerst nach Ham, dann nach Paris abgeführt, wo er in der Nacht des 11. Aug. anlangte, und die nemliche Wohnung einnehmen mußte, in welcher früher die Königsmörder Fieschi, Alibaud u. A. untergebracht worden waren.

Der ganze Vorfall verursachte eigentlich weit mehr Erbitterung als Sensation. Das von allen Seiten ausgesprochene Urtheil konnte nicht demüthigender für den Prinzen sein. Der Wahnsinn, sagten namentlich die Regierungsblätter, und insbesondere das Debats, dürfe nicht immer Straflosigkeit zur Folge haben; Wahnsinnige müße man unschädlich machen, sie einsperren. Englische Blätter enthielten sich jedes Raisonnements, indem sie ausdrücklich bemerkten: der ganze Streich sei so verrückt, daß es unnöthig erscheine, auch nur ein Wort darüber zu verlieren. — Wirklich kann man sich kaum etwas Ungereimteres denken, als sowol der Plan an sich, als die Ausführung war. Zudem hatte die franz. Regierung zum Voraus Kunde von dem seltsamen Projecte! —

— Die Sache wurde diesmal von der Regierung dem Pairshofe zur Aburtheilung überwiesen. Die Verhandlungen fanden vom 28. Sept. bis 2. Oct. statt. Sie boten sehr wenig Bemerkenswerthes dar. Wir heben nur Folgendes daraus hervor: Prinz Louis sprach u. a. nachstehende Worte, die heute besonders auffallen müßen: „Mein Oheim, der Kaiser, zog es vor, vom Throne herabzusteigen, statt fortzufahren, über d a s d u r c h d i e V e r t r ä g e v o n 1 8 1 5 v e r k l e i n e r t e F r a n k r e i c h zu h e r r s c h e n. ... Meine Herren! Ich stehe vor Ihnen als Repräsentant eines Princips, einer Sache, einer Niederlage; das Princip ist das der Volkssouveränität, die Sache die des Kaiserthums, die Niederlage Waterloo, — diese Niederlage, die Sie alle zu rächen wünschen.“ — Louis' Vertheidigung trug Berryer vor, die Anklage der Generalprocurator Frank Carré. Der Letzte schloß seine Rede mit folgenden Worten, die man heute besonders darum wieder lesen möge, um sich der Wandelbarkeit politischer Zustände zu erinnern: „Sie (Prinz Louis) haben das politische Gesetz angerufen; dieses Gesetz ward bei Gelegenheit des ersten Attentats im Jahr 1836 angewendet, jetzt aber wird als eine Gnade das gewöhnliche Gesetz mit dem politischen verbunden. Sie sind nicht mit der Strenge behandelt worden, welche Ihre halsstarrige Hartnäckigkeit verdiente. Das erste Mal verfuhr man gegen Sie wie gegen die Herzogin von Berry; und wenn Sie nun größerer Strenge begegnen, so geschieht es, weil es nothwendig geworden, Ihren tollen Unternehmungen, welche die Ruhe Frankreichs gefährden, Einhalt zu thun. Dies heißt aber nicht, daß Ihre unsinnigen Attentate irgend einen Einfluß auf die Zukunft Frankreichs haben können. Nein! dies sind Sie vollkommen überzeugt; allein Ihre Tollkühnheit ist nicht das Leben eines Menschen werth, und Ihre Hand hat französisches Blut vergossen. Sie kamen nach Frankreich mit der Absicht ein Verbrechen zu begehen. Sie werden wie alle derartigen Verbrecher gerichtet, und werden die Strafe erhalten wie Alle, die schuldig befunden werden.“ — Der Generalprocurator trug übrigens auf T o d e s s t r a f e an.

Erst am 6. Oct. verkündete der Pairshof sein Urtheil. Durch dasselbe wurden condemnirt: Prinz Louis zu lebenslänglichem, in einer Festung des continentalen Gebiets zu erstehendem Gefängniße; Lieutenant Aladenize zur Deportation; Graf Montholon, Parquin, Lombard und Fialin, genannt Persigny, zu 20jährigem engem Gefängniße, Mesonan zu 15jährigem, Voisin, Forestier und Ornano zu 10jährigem, und Bouffet, Montauban, Bataille und Orsi zu 5jährigem Gefängniße. Nach Ueberstehung dieser Strafe sind die Letztgenannten sämmtlich unter Aufsicht der hohen Policei gestellt, alle aber ihres Ranges, ihrer Titel und Ehren verlustig. rc. rc. Gegen die übrigen Betheiligten wurden geringere Strafen ausgesprochen.

München, den 20. Sept. Gestern von 12—1½ Uhr fand das Defiliren der Truppen statt. Das ganze Armeecorps bestand aus: 20 Bataillonen Infanterie, 4 Regimentern Cavallerie, 8 Batterien Artillerie, 2 Genie- und 1 Sanitätscompagnie, und 2 Escadronen Vor- und Nachtrab. Die Truppen der hiesigen Garnison kehrten am Siegesthor seitwärts und zogen wieder in ihre Casernen, die auswärtige Cavallerie kehrte dort ebenfalls um und wurde in der Stadt einquartiert (auf 9 Tage); nur die auswärtige Infanterie bezog das Lager. — Nächsten Mittwoch wird auf der k. Hof- und Nationalbühne dahier militärisches Freitheater stattfinden, und dabei „Wallensteins Lager,“ sowie die beiden „letzten Fensterln“ zur Aufführung kommen.

Generalmajor v. **Flotow** ist zum Generallieutenant ernannt worden.

Mit der heute stattgehabten Sitzung der Zollconferenz scheint dieselbe beendet zu sein. Die Bevollmächtigten Badens haben unsere Stadt bereits diesen Mittag wieder verlassen, und die anderen Bevollmächtigten werden theils diesen Abend, theils morgen abreisen. Die hier stattgehabten Verhandlungen dürften sich, wie ich höre, nicht blos auf die Preußen zu ertheilende Antwort, sondern auch auf das weiter einzuschlagende Verfahren seitens der Darmstädter Verbündeten bezogen haben. (A. Z.)

Ein Berliner Correspondent der Allg. Ztg. behauptet, auf die Aeußerung des preußischen Bevollmächtigten, daß nunmehr der Moment zu weitern Verhandlungen ohne die Coalition, gekommen, sei von Hannover, Oldenburg u. s. w. die Meinung geltend gemacht worden, daß man die Antwort der Coalition, die in wenigen Tagen eintreffen müsse, wol erst abwarten könne. Dabei habe die Sache vorerst ihr Bewenden gehabt.

Aus **Wien** schreibt die „Köln. Ztg.“ unterm 18. Sept.: Schon seit geraumer Zeit werden die m e i s t e n f r a n k f u r t e r B r i e f e o f f i c i e l l e r b r o c h e n unter dem Vorwande vermutheter Zulage verbotener Loose, wie auf der Rückseite des Couverts bemerkt ist. Ob damit der angebliche Zweck erreicht wird, steht sehr dahin, wie es überhaupt die Frage ist, ob sich dafür die Anwendung eines solchen Mittels rechtfertige. Die frankfurter Collecteurs dürfen die Briefe nur in Offenbach, Hanau, Mainz, Darmstadt oder wo sonst in der Nachbarschaft aufgeben und werden damit die ganze Maßregel auf die einfachste Art vereiteln. Allein neben den Loosen scheint man auch anderen Dingen nachspüren zu wollen, und es

ist mit dem Briefgeheimniß, das unter der Bruck'schen Verwaltung gewissenhaft beobachtet und gegen verschiedene Zumuthungen von Seiten der Policei und selbst des auswärtigen Departements geschützt wurde, jetzt sehr bedenklich geworden. Briefe nach Ungarn zum Beispiel unterliegen in Wien einer speciellen Controlle, so daß sie in der Regel um einen ganzen Tag verspätet an ihre Adresse kommen, wenn sie überhaupt dahin gelangen; denn von verschiedenen Seiten hört man unter der Hand Klagen über den Nichtempfang an sie abgesandter Briefe. Natürlich unterlassen sie in der Furcht, sich noch mehr zu compromittiren, weitere Schritte zu thun; unmittelbar schreitet auch die Polizei nicht gegen sie ein, weiß sie aber zu beobachten, und wählt dann auf indirecte Weise einen anderen schicklichen Anlaß und Zeitpunct.

Wien, den 17. Sept. Einer allerhöchsten Vorschrift zufolge ist den k. k. Staatsbeamten das Tragen von sogenannten Vollbärten und Spitzbärten verboten.

Den Liguorianern (Jesuiten) werden sämmtliche Klöster in Niederösterreich zurückgegeben. — Der Bestand der polnischen Universität zu Krakau ist in Frage gestellt, da nicht alle Professoren gutgesinnt sein sollen.

— den 19. Sept. Das neue Staatsanlehen ist bereits weit mehr als vergriffen. Es müssen daher Reductionen der Zeichnungen eintreten.

Aus **Este** wird berichtet: „Von 25 des Raubes mit bewaffneter Hand überwiesenen und durch kriegsgerichtlichen Spruch zum Tode verurtheilten Individuen wurden 18 hingerichtet, die übrigen mildernder Umstände halber zu je 10-, 15-, 20jährigem schwerem Kerker begnadigt."

Breslau. Der kirchliche Streit steht in Preußen mit dem handelspolitischen auf gleicher Höhe. Das „Schlesische (katholische) Kirchenblatt" führt eine Sprache, die von der Energie Zeugniß gibt, mit welcher der Ultramontanismus sich dem Protestantismus gegenüberstellt. In einem Artikel gegen die N. Oder-Ztg. sagt es: „Weiß denn der Zeitungsschreiber nicht, daß wir die Oberhoheit der weltlichen Obrigkeit in kirchlichen Dingen niemals anerkannt haben, weiß er nicht, daß wir die Uebertragung der apostolischen Macht an die weltlichen Fürsten, wie sie im Protestantismus stattgefunden, als Abfall von der Satzung Christi verwerfen, weiß er nicht, daß wir auf unserem einzig christlichen Standpuncte nur den Papst und den Bischöfen das Recht, die Kirche zu regieren, zuerkennen?"

Miscellen.

Am Niagara-Falle wird eine Hängebrücke zur Fortführung einer Eisenbahn construirt. Es geht dieselbe in einer einzigen Spannung von 800 Fuß über den Fall. Die Bahn der Schienen soll 24 Fuß breit sein. Die Ketten werden auf beiden Seiten im Felsen selbst 25 Fuß tief verankert; die Thürme, über welche sie gehen, haben 600 Tonnen Tragkraft, sind 60 Fuß hoch, haben 16 Fuß im Gevierte an der Basis und 8 an der Spitze.

Vom 1. Juli 1848 bis zum 30. Juni 1852 sind nach einer in Neuyork erschienenen Uebersicht von Europa aus 120 Mill. Dollars in amerikanischen Staatspapieren und Eisenbahnactien angelegt worden.

Ein Amerikaner will eine Flinte erfunden haben, die wenig schwerer als eine gewöhnliche sei und mit der man in anderthalb Minuten 50 Schüsse losfeuern könne.

In der sibirischen Provinz Jakutsk, deren Flächenraum einem Drittel von Europa gleichkommt, haben die griechisch russischen Missionare eine tragbare Kirche bauen lassen, die man aus einander nehmen und leicht wieder zusammensetzen kann. Seit 8 Monaten haben sie mit dieser auf mehrere große Wagen geladenen Kirche, in welcher bereits 1500 Heiden die Taufe empfingen, den größeren Theil der Provinz durchzogen und mehr als 2200 Stunden zurückgelegt.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1240] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 11. bis 20. Septbr. H. Greiner a. Straßburg. — H. Schwerdt a. Colgenstein. — Fr. Dr. Winterhalter mit Bedienung a. Neustadt auf dem Schwarzwald. — Frl. L. u. Frl. P. Schneider a. Strasburg. — H. Löwenthal a. Mannheim. — Frl. Wohlgemuth a. Albisheim. — Frl. Lobstein a. Straßburg. — H. F. Schwerd a. Colgenstein. — H. Advocat Wolf mit Gemahlin a. Weissenburg. — H. Dr. med. Frees a. Wandsbeck in Holstein. — Fr. u. Frl. Piazolo a. Hockenheim. — H. Heimlich a. Hatten. — H. Schröder a. Seebruch in Mecklenburg. — H. Pütz a. Hamburg. — H. B. Brunner a. Rheinzabern. — H. u. Fr. Fries a. Straßburg. — Frl. Pfauth a. Straßburg. — H. Griesbach a. Straßburg. — H. Pfarrer Wundt a. Kriegsheim. — Fr. Hoff a. Speyer. — Frl. Hoff a. Mannheim. — H. Fitting a. Dieffenthal. — Fr. Smith u. Fr. Taylor mit Bedienung a. London. — Fr. Levy mit Tochter a. Landau. — H. Pfarrer Hüter mit Sohn a. Pfalzburg. — H. Oppmann, k. Hofkellermeister a. Würzburg. — Fr. Berlin m. Sohn a. Fürth. — Fr. Hartmann a. Obermoschel. — Freifrau v. Wessenberg mit Familie a. Freiburg. — H. Huck a. Becherbach. — H. Fuhro a. Colmar. — H. Pfarrer Zahn a. Stuttgart. — H. Schädel a. Frankfurt a. M. — H. Assessor Petri a. Detmold. — H. u. Fr. Rott a. Hochfrankenheim. — Fr. Greiner a. Selz. — 304—306. H. Senator Dr. Gwinner mit Gemahlin und Tochter a. Frankfurt. — 307 u. 308. H. Hofrevisor Jost mit Gemahlin a. Carlsruhe. — 309 u. 310. H. Provincialbaumeister Koblermann mit Gemahlin a. Darmstadt. — 311. H. Oberappellationsgerichtsrath Hesse a. Darmstadt. — 312. H. Seib, Photograph in Frankfurt a. M. — 313. H. Keßler a. Rheinzabern. — 314 und 315. Hr. Staatsrath v. Ludwig, Leibarzt Sr. Maj. des Königs von Württemberg, u. H. Dr. med. Diener a. Stuttgart. — 316. H. Harder a. Rheinzabern. — 317. H. Beseler a. Braunschweig. — 318 u. 319. H. u. Fr. Schumm a. Maßweiler.

[1226a] **Offene Stelle.**

In einer Stadt am Rhein ist für ein im Kurzwaaren- und Stickereigeschäft erfahrenes und mit guten Zeugnissen versehenes Frauenzimmer ein Stelle offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1239a] **Weinversteigerung.**

Mittwoch, den 3. November nächsthin, Morgens 10 Uhr, läßt Herr Georg Theobald, Gutsbesitzer zu Rhodt, in seinem Wohnhause allda, öffentlich versteigern:

40 Fuder 1846er Traminer,
75 „ „ gemeiner, gemischter, Riesling Traminer, Hambacher, Gimmeldinger, Rhodter und Mußbacher Gewächs,
25 „ 1848er und 1849er,
1 Stück 1846er rother Kallstadter.

Edenkoben in der Pfalz, den 22. September 1852.
Keller, Notar.

[1225a] **Für Blumenfreunde und Kunstgärtner.**

Ein Cactus Ficus indica (Indianischer Feigen-Cactus) von 15 Fuß Höhe, als Spalier gepflanzt, der schon vielseitig von Kennern als ein seltenes Exemplar anerkannt und bewundert wurde und sich seiner außergewöhnlichen Größe und schönen Wuchses wegen, besonders zur Zierde eines Gewächshauses eignen würde, steht aus Mangel an Platz zu verkaufen bei Carl Vollmer in Germersheim.

[1209a] **Zu verkaufen.**

Ein zweistöckiges zu Neustadt an der Hauptstraße gelegenes Haus mit gewölbtem Keller, Hinterbau, Hof und Garten, zu jedem größeren Geschäftsbetrieb geeignet, ist wegen Wohnungsveränderung unter annehmbaren Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 231 b | den 25. September 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 24. Sept. Die Gewässer gehen allmälig zurück. Glücklicherweise haben die Dämme dem Andringen der Fluthen bei uns überall Widerstand geleistet. Dagegen vernimmt man von einem Dammbruche bei Neuburg, wodurch großes Unglück herbeigeführt ward.

* **Speyer.** Wir haben die uns zugekommenen Beschwerden von Auswanderern stets veröffentlicht, ohne alle und jede Rücksicht darauf, von welchem Seehafen aus sie ihre Reise antraten. Darum haben wir aber auch kein Bedenken zu tragen gehabt, es entschieden zu rügen, daß die 180 armen Otterstatter über fünf Wochen lang in Bremen müßig liegen mußten und damit den Rest der günstigen Jahreszeit verloren. Die „Allgem. Auswanderungs-Ztg." rügt es nun ihrerseits, daß solche Vorkommniße gerade in Bremen nichts Seltenes seien; sie führt verschiedene, diese Behauptung bestätigende Thatsachen an, und spricht ihren gerechten Tadel darüber aus.

Aus Veranlassung jenes von uns erwähnten Vorfalls ist uns ein Aufsatz von Frankfurt zugekommen, den wir nachstehend wenigstens im Auszuge folgen lassen:

Frankfurt a. M., den 21. Sept. Die Geschichte mit den 180 armen Otterstadter Auswanderern, die aus Mangel an Schiffen über einen Monat in Bremen liegen mußten, ist bekannt. Die achtbarsten Blätter haben diesen skandalösen Vorfall seiner Zeit mit Entrüstung gemeldet, die öffentliche Stimme ihn längst gerichtet. Nun fällt uns heute durch Zufall die „Pfälzer Zeitung" vom 10. Sept. in die Hand, in welcher ein Correspondent aus Speyer unter dem allerdings imponirenden Zeichen des Kreuzes und des Sterns es nicht nur versucht, jene Begebenheit zu *beschönigen*, sondern davon sogar Veranlassung zu *Lobpreisungen* nehmen will! Er wagt es, geradezu zu behaupten: „Anstatt daß dieser Vorfall die für Manche gewünschte Gelegenheit geben kann, die Bremer Auswanderungs-Expedition zu verdächtigen, muß er vielmehr zum klarsten *Beweise* dienen, wenn es eines solchen noch bedürfte, daß die Auswanderung über Bremen die *sicherste* und daß in keinem Seehafen so *vortrefflich* für die Auswanderer gesorgt ist, wie in Bremen." Er fällt sodann über die Auswandererexpeditionen her, wie dieselben in England stattfinden! — Daß die armen 180 Otterstadter Auswanderer aber über einen Monat lang in Bremen liegen mußten, ist eine *Thatsache*, die kein Correspondent der Pfälzer Ztg. (und wäre er neben seinem Kreuze und Stern auch noch mit der Sonne und dem ganzen Thierkreis im Kalender decorirt), umstoßen kann. Aus welchen Gründen sich nun aber diese unerhörte Verzögerung ergeben haben mag, ob aus Baufälligkeit eines alten Seeschiffes, oder sogar einem gänzlichen Mangel eines solchen, ist für die Lage und den großen Zeitverlust, in welche dadurch die armen

Leute geriethen, höchst gleichgültig. Genug, mehr wie genug, daß sie sich darin befanden. — ... Man ließ also das Schiff Everthop, das in Hull Waaren geladen hatte, und auf dem man an nichts weniger als an den Transport von Auswanderern dachte, nach Bremerhaven kommen. Dies Schiff soll nun bei der Visitation nicht tauglich zum Transport von Auswanderern befunden worden sein. Der Pfälzer Zeitung gibt dies Veranlassung zu behaupten: es würde in England mit der Visitation der Schiffe, die zum Auswanderertransport zugelassen, nicht so genau genommen wie in Bremen. Sie befindet sich aber im dicksten Irrthum, denn von sehr glaubhafter und wohlunterrichteter Seite wissen wir, daß in Bremen mitunter Schiffe mit Auswanderern befrachtet werden, welche zu diesem Zwecke keiner englischen Hafenbehörde auch nur vorgeschlagen werden können. Factum ist, daß in England kein Schiff, welches nicht ein Dreimaster 1. Classe, ein Schiff, welches bei Lloyd A. 1 classificirt ist, Auswanderer transportiren darf, daß dagegen in Bremen Briggs, Schooner, sogar Barken, kurz Alles, was nur irgend möglicherweise nach Amerika schwimmen kann, so viel Leute mitnehmen darf, als die nordamerikanischen Gesetze erlauben. Häufig nehmen sie sogar noch mehr ein, was die schon so oft vorgekommenen, über Bremer Capitäne verhängten Strafen in Nordamerika zur Genüge beweisen. Es ist uns freilich ein Fall bekannt, daß auch ein von England kommendes Schiff in Amerika gestraft wurde, weil es 14 Leute zu viel an Bord hatte. Der Hafenlieutenant Hotter in Liverpool, welcher den Fehler gemacht hatte, das Schiff nicht genau nachzumessen, mußte sein Versehen aber auch schwer büßen; obwol ein Greis und schon 30 Jahre im Amte, wurde er sofort abgesetzt. Daß aber in Bremen wegen solchen Unfugs ein Beamter bestraft oder gar abgesetzt worden wäre, davon ist uns noch nichts bekannt geworden.

— So weit der uns zugekommene Artikel. Wir selbst sind gar nicht der Meinung, zu behaupten, daß jede Expedition über England gut, jede über Bremen schlecht sei; wir wissen im Gegentheil den Werth der Bremer Marine zu schätzen, obgleich sie z. B. der Hamburger in mancher Beziehung noch keineswegs gleich steht. Indem wir daher den vorstehenden Auszug aus der uns gewordenen Mittheilung veröffentlichen, haben wir keine andere Absicht, als die: darauf aufmerksam zu machen, daß man sich vorsehe; und solche Vorsicht scheint uns doppelt geboten, wenn es sich um arme, auf Gemeindekosten beförderte, und der eigenen Willensbestimmung bezüglich der Art der Ueberfahrt entbehrende Auswanderer handelt. Wir glauben aber überdies, daß man eine vollständige Garantie namentlich dann zu fordern hat, wenn man eine sehr bedeutende Summe mehr ausgibt, als von anderer Seite für dieselbe Beförderung gefordert wurde.

München, den 21. Sept. Die Zollconferenz hielt gestern ihre Schlußsitzung. Leider konnte der Hr. Ministerpräsident v. d. Pfordten derselben wegen Unwohlseins nicht mehr anwohnen, und ist in vergangener Nacht noch mehr erkrankt. Die Nachricht hiesiger Blätter, als wäre die päpstliche Confirmation der königlichen Ernennung des Domdechants v. Reindl zum Coadjutor des Erzbischofs von Bamberg aus Rom bereits hier eingetroffen, ist irrig. (Allg. Ztg.)

Vor dem Cassationshof für die Pfalz dahier werden am 25. ds. die Cassationsbeschwerden des Kaufmanns Sauerbeck und Gutsbesitzers Eppelsheim aus Dürkheim verhandelt werden.

Karlsruhe, den 20. Sept. Die Uebungen in St. Peter sind vorlängst geschlossen und die Berufenen, wie man sagt, zufrieden mit der dortigen Aufnahme und Behandlung in ihre Heimath zurückgekehrt: indessen soll die erste Abtheilung sich größerer Milde zu erfreuen gehabt haben, als die nachfolgende. Damit scheint aber das tiefer liegende Zerwürfniß zwischen einzelnen Geistlichen und ihrer kirchlichen Oberbehörde noch keineswegs gehoben. Man versichert uns, daß nicht nur den in St. Peter versammelten, sondern sämmtlichen Geistlichen des Landes ein bestimmt formulirter Revers vorgelegt worden sei, in welchem Jeder an Eidesstatt geloben muß, dem Erzbischof in allen seinen Anordnungen und Befehlen unbedingten Gehorsam zu leisten. Daran schließt sich eine strenge Ueberwachung der Thätigkeit der Geistlichen in ihren Gemeinden, um zu erfahren, ob der Einzelne die vorgeschriebenen und für sich adoptirten Grundsätze auch thatsächlich in seinem Seelsorgerberufe ins Leben einführe. Zuwiderhandelnde werden mit Entfernung vom Amte und andern kanonischen Strafen bedroht, und daß es nicht bei der Drohung bleibe, davon liegen sprechende Beispiele bereits zu Tage. So schreitet das Kirchenregiment mit bekannter Consequenz vor, nicht blos bei uns, sondern im ganzen deutschen Vaterlande. Daß daraus ein harter Zusammenstoß mit den Regierungen erfolgen müsse, sieht Jedermann ein, um so mehr, als die früher verhüllten Ziele allmälig deutlicher hervortreten.*) (S. M.)

Mainz, den 21. Septbr. Vorgestern Abend wurde ein Bäckerbursche aus Budenheim, welcher hier in Arbeit stand und von seinem Geburtsorte hierher zurückzukehren im Begriffe war, gegen 7 Uhr Abends in der Nähe von Gonsenheim überfallen und durch viele Stiche so arg verwundet, daß er, als man ihn entdeckte, bereits völlig besinnungslos war und wenige Stunden darauf verschied. Eine silberne Uhr, welche der Gemordete bei sich gehabt und eine Baarschaft von etwa 7 Gulden waren der Preis des schrecklichen Mordes.

Die Ztg. f. Norddeutschland meldet aus **Duderstadt** vom 20. Sept.: Eine furchtbare Feuersbrunst hat bereits 250 Häuser und 110 Scheunen und Stallungen in der unteren Stadt in Asche gelegt und noch ist dem Feuer kein Einhalt gethan.

Ueber den Ausbruch der Cholera in **Berlin** schreibt man der A. P. Z.: Leider hat in den letzten Tagen auch hier die Cholera sich als fest eingekehrt angemeldet und die große Menge von Familien, die namentlich aus dem Posenschen hierher geflüchtet waren, um hier eine Freistatt vor der Krankheit zu finden, mag vielleicht zum hiesigen Ausbruche beigetragen haben. Am Anfange dieser Woche langte eine arme kränkliche Frau aus Posen hier an und wandte sich in ihrer Noth an die katholische Geistlichkeit, die ihr Aufnahme im katholischen Krankenhause vermittelte. Abends wurde sie dort in einen der größeren Säle gebettet, in der Nacht brach die Krankheit mit der größten Heftigkeit aus und am Morgen war die Frau eine Leiche. An demselben Tage erkrankten in derselben Anstalt siebenzehn Personen, darunter mehrere Wärter und Wärterinnen, von denen binnen 24 Stunden 8 starben. Seitdem hat sich die Krankheit in der Stadt ausgebreitet, man weiß nicht, in welcher Ausdehnung, da von der Behörde noch nichts veröffentlicht wird, mündlich aber die Beamten kein Geheimniß aus dem Vorhandensein dieser Krankheit machen.

Berlin, den 21. Sept. Sicherem Vernehmen nach hat der sächsische Provinziallandtag einmüthig eine Adresse votirt, durch welche derselbe dem Könige für das energische Abbrechen der Verhandlungen mit den Darmstädter Coalitionsstaaten seinen unterthänigsten Dank darbringt.

Der Berliner Treubund hat eine Dankadresse an das Ministerium gerichtet, weil dasselbe „in den Zollkonferenzen alle Verhandlungen mit den Bevollmächtigten der auf Preußens Schwäche rechnenden Coalition abgebrochen habe."

Ein Correspondent der „Köln. Ztg." schreibt: Ich kann Ihnen mit Bestimmtheit melden, daß bereits die Bevollmächtigten für Braunschweig, Oldenburg und Thüringen im Besitz von Instructionen sind, welche sich einem

---

*) Wer aber kann erwarten, daß die das erste Mal preisgegebenen Geistlichen sich, der Regierung wegen, noch einmal irgend Ungelegenheiten aussetzen werden?! D. Red.

sofortigen Verhandeln ohne die Coalitionsstaaten zur Reconstituirung des Zollvereins zustimmig erklären. Von Seiten der hannoverschen Regierung ist noch keine Aeußerung in Betreff der letzten Anfrage an den diesseitigen Bevollmächtigten Dr. Klenze gelangt, doch wird dieselbe in einigen Tagen erwartet; sie ist in diesem Falle von ganz besonderer Wichtigkeit, da von ihr die Möglichkeit der Verhandlung ohne die Coalition abhängt.

Durch eine gerichtliches Urtheil ist eine im Jahre 1848 von Gutzkow herausgegebene Schrift vernichtet worden.

Schleswig-Holstein. Die invaliden schleswig-holsteinischen Officiere haben an den Bundestag und an sämmtliche deutsche regierende Fürsten eine Eingabe gerichtet, in welcher sie auf ein Einschreiten des Bundestages gegen ein von der dänischen Regierung gegen sie beobachtetes Verfahren angetragen, welches ihnen nur die Wahl läßt: entweder des Hungertodes zu sterben oder ihr Brod vor fremden Thüren betteln zu müssen. Die invaliden Officiere legen in Abschrift die Actenstücke und Protocolle bei, durch welche dargethan, daß am 20. März 1851 von den Commissarien des deutschen Bundes und der damaligen obersten Civilbehörde für Holstein die Bestimmung getroffen ist, daß „zur Unterstützung der Invaliden so wie der Wittwen und Waisen der Gefallenen ein Holsteinischer Landesfond errichtet, und demselben eine jährliche Summe von 60,000 Thlr. Crt. zugewiesen werde." Diese Bestimmung ist am 14. April 1851 vom Könige von Dänemark ratificirt, und diese Ratification am 22. April 1851 den Commissarien des deutschen Bundes und der obersten Civilbehörde mitgetheilt worden. Trotzdem haben die invaliden Officiere nur während eines einzigen halben Jahres die zugesicherte Pension erhalten; die fernere Zahlung ist ohne Weiteres sistirt.

Triest, den 18. Sept. In diesen Tagen wurde die hiesige Buchhandlung Schubert, welche sich mit dem Vertrieb verbotener Schriften befaßte, geschlossen, und einer ihrer Angestellten eingezogen.

Schweiz.

Aus der Schweiz, den 17. Sept. Dem bekannten Dr. Ludwig Snell zu Küßnacht, Bruder des unlängst verstorbenen Prof. Wilh. Snell, ist von der preußischen Regierung die ihm gerichtlich zuerkannte Pension auf administrativem Wege entzogen worden.

Niederlande.

Haag, den 20. Septbr. Die Session der Generalstaaten für 1852—53 wurde heute vom Könige eröffnet.

Frankreich.

* Es regnet Berichte über die Reise des Prinzpräsidenten, alle im Wesentlichen in gleicher Weise lautend. Wir verweilen deßhalb nicht dabei, sondern beschränken uns auf die Anzeige, daß die letzten Nachrichten aus Grenoble kommen. Nur einige Notizen fügen wir noch bei. Zu Lyon hatten sich mehrere Dorfgemeinden mit Fahnen eingefunden, auf welchen noch die republicanischen Inschriften standen: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!" Es wird beigefügt, man dürfe darin keine Demonstration erblicken, sondern die armen Gemeinden hätten eben keine Mittel gehabt sich andere Fahnen anzuschaffen. — Ein Umstand, der den Präfecten von Lyon persönlich betrifft, wurde vielseitig in Lyon besprochen. Während die Tochter des Präfecten auf dem Balle mit dem Präsidenten tanzte, lag ihre Schwester zu Hause, seit langer Zeit brustkrank, im Sterben.

† Paris, den 22. Sept. Auf die Nachricht von der Ueberschwemmung des Rheins hat der Minister des Innern den Präfecten des Ober- und Niederrheins, jedem 12,000 Fr. zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen überwiesen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat 100,000 Fr. für die dringendsten Uferarbeiten angewiesen.

In Die klebte eben ein Unbekannter ein aufrührerisches Plakat an der Kirchthüre an, als er vom Polizeicommissär und vom Feldhüter überrascht wurde. Er ergriff die Flucht und wurde verfolgt. Plötzlich drehte er sich um, und schoß ein Pistol auf den Polizeicommissär ab, der schwer verwundet wurde. Der Missethäter entwich, ohne daß man bis jetzt seine Spur auffinden konnte.

Der Cardinal Erzbischof von Bordeaux, Donnet, hat an Hrn. Veuillot, Redacteur, ein ziemlich scharfes Ermahnungsschreiben erlassen, in welchem er ihm droht, sein Blatt in der ganzen Diöcese zu verbieten, wenn er nicht endlich einmal den Streit über die heidnischen Classiker fallen lasse.

Der Observateur Belge, der Courrier du Calais, das Journal de Savoie und der Messager de Gand sind auf der Post wegen regierungsfeindlicher Artikel mit Beschlag belegt worden.

Zu Commercy ist ein Gasthof, wo beleidigende Aeußerungen gegen L. Napoleon vorgekommen waren, vom Präfecten geschlossen worden. — Zu Aubiers, wo neulich Wahlexcesse vorfielen, hat der Präfect sechs Wirthshäuser schließen lassen. — Zu Lille ist eine zum Andenken der Wiedereinführung der öffentlichen Frohnleichnamsprocession geprägte Münze verboten worden, weil sich das alte Stadtwappen mit der Lilie darauf befindet.

Die feindlichen Maßregeln gegen Belgien haben hier auf einmal Besorgnisse erregt. Die Staatspapiere, deren Preis in den letzten Tagen fortwährend gestiegen war, ist auf die Kunde hievon gesunken. — Ein Correspondent der Kölnischen Zeitung schreibt: „Die hiesige Diplomatie, die von den kaiserlichen Departemental-Demonstrationen nicht sehr erbaut ist, scheint die belgisch-französische Differenz für sehr ernst zu halten. Heute Morgens fand sofort bei Herrn von Hübner eine diplomatische Conferenz Statt. Der preußische Gesandte wohnte derselben nicht bei. Wenn ich recht unterrichtet bin, so hat Herr Drouin de l'Huys neulich Herrn von Hübner zu verstehen gegeben, daß bei der Proclamation des Kaiserreichs Oesterreich Nichts, Preußen aber Alles zu befürchten habe. Man will sogar wissen, daß die Rheingrenze Frankreich als Entschädigung für eine Begünstigung der österreichischen Interessen in Italien überlassen werden solle (?). Das Wort ,,frontières naturelles" ist in der Umgebung des Präsidenten in der letzten Zeit auf der Tagesordnung."

Paris, den 16. Sept. Durch ein Circularschreiben des Ministers des Innern erfährt man jetzt, daß die Personen, die der großen Milde und Herzensgüte Louis Napoleons ihre Gnade verdanken, eigentlich gar nicht begnadigt worden sind, sondern nur unter der Bedingung, tiefe Reue für die Vergangenheit und große Aufopferung für die Zukunft an den Tag zu legen, einstweilen in Freiheit gesetzt worden sind. Wenn sie diesen beiden Bedingungen nicht entsprechen, so wird die ihnen erlassene Strafe doch in Ausführung gebracht werden.

Die „Allgem. Ztg." bringt folgendes salbungsvolles Schreiben aus **Paris** vom 18. Sept.: „Während der Präsident den Weihrauch der provinciellen Huldigungen von Hunderttausenden, ja von Millionen empfängt und, welche Theile des Landes er auch besuchen mag, sich des belohnenden, ermuthigenden Zurufs einer Menge erfreut, die in ihm den Retter des Landes sieht, wird in Paris wie in den Departements, im Civil wie unter dem Militär, eine L. Bonaparte im höchsten Grad feindliche Propaganda mit ungemeinem Geschick, unermüdlichem Eifer und großer Verwegenheit in Gang gebracht. (!) Schriften, in denen der Freimuth bis zur Verunglimpfung geht, satirische Verse, ehrenrührige Geschichten sind, ohne daß es die Polizei verhindern kann, (!) in Umlauf, und man ersieht aus diesen Erzeugnißen, die von Hand zu Hand gehen, welch eine Fluth von Ingrimm den Bau (!!) des 2. Dec. zu unterhöhlen sucht. Allenthalben mischt sich der Haß mit der Verachtung; wie bei den Bauern die Verehrung des Onkels in warmes Wohlwollen für den Neffen überging, so dehnt in jenen Kundgebungen der besiegten Parteien die Abneigung gegen den Neffen auch auf den Ohm sich aus, und in Versen, die man dem Sänger des 5. Mai, dem Dichter aller Napoleonischen

Erinnerungen, mit Einem Wort Beranger zuschreibt, wird der Adler von Austerlitz verhöhnt, und dem republikanischen Hahn das tröstliche Lob gespendet, daß er sein Waterloo noch zu erwarten habe. Am meisten aber wird Victor Hugo's Buch verbreitet, und von Lesern, welche die Ansicht der Patrie über dasselbe nicht zu theilen scheinen, (ach!) gierig verschlungen, auszugsweise abgeschrieben, in seinen Hauptstellen mündlich weiter gebracht, und es ist merkwürdig, (!) welche Stärke die Leidenschaft einem sonst mittelmäßigen Gedächtniß mittheilt. Wenn ich nicht falsch unterrichtet bin, so wird vorzüglich in dem Heer eine bedeutende Thätigkeit um Hugo's Buch in die Hände der Unzufriedenen oder Schwankenden zu spielen entwickelt, und von höheren Officieren, welche in diesem Sinn arbeiteten, hört ich reden. Die Republicaner von der Farbe Cavaignacs sollen in den Geschäften sich besonders hervorthun und nicht ohne Hoffnung sein. Welch eitler Traum! Als wenn derlei Künste, die nur im Dunkeln, nur im Kleinen wirken, zu etwas führen könnten! Als wenn überhaupt menschliche Mühe ohne Berechnung die Geschicke der Völker zubereitete!"

Der legitimistische Correspondent der Kreuzzeitung schreibt aus Bourges: „Ich habe Alles gesehen, aber auch keine Spur von Enthusiasmus; einige dreißig Kerle, die hinter dem Pferde des Kaisers herliefen, schrien Vive l'Empereur! Am Bahnhof wurden mehrere Personen wegen aufrührerischer Rufe verhaftet. Die Bauern aus dem ganzen Berry waren auf Befehl des Präfecten und auf Kosten der Regierung auf Karren hieher spedirt worden."

Auch die Mystik taucht mit dem spannenden Dunkel ihrer Geheimnisse, Weissagungen ꝛc. auf, und A. Dumas, der Allerweltsmann, erzählt in der „Presse" die wunderbarlichen Prophezeihungen einer 11jährigen Somnambule. Wenn dieser Sybille zu glauben ist, wird das gegenwärtige Regime so wenig von Dauer sein als die vorangegangenen und auf den Thron der Zukunft wird — Heinrich der V. steigen. Er wird über Grenoble und Lyon in Paris einziehen, und zwar durch die Vorstadt St. Martin, geführt und gefolgt von den — Arbeitern. Da er als Katholik sich nicht scheiden lassen kann, so läßt die Prophetin seine gegenwärtige Frau inskünftige an einer Brustkrankheit sterben, und nachdem dies geschehen, wird er ein — Mädchen aus dem Volke heirathen, eine Tischlerstochter, Namens Leontine, die er beim Einzug im weißen Kleide und mit einem grünen Zweig in der Hand erblickt. Diese wird ihm, glücklicher als ihre Vorgängerin, einen Sohn gebären, den er, weil so viel Unheil auf den Namen Karl und Heinrich lastet, Leo nennen wird ꝛc. Nicht wahr, eine artige Mixtur von Legitimismus in diesem altbourbonischen Arbeiterkönigthum? Der Traum hat wenigstens das Verdienst, die Monarchie auf ihre uralte democratische Grundlage zurückgeführt zu haben, aus welcher die Volkslieder von „König und Schäferin" ꝛc. stammen. Vielleicht trägt er dazu bei, die herrschende Gedankenverwirrung um ein hübsches zu vermehren.

Spanien.

Madrid, den 15. Sept. Der Verkauf der geistlichen Güter geht sehr gut von Statten.

Italien.

Dem Corriere Mercantile zufolge hat der Bischof von Massa dem Herzog von Modena seine Aufwartung gemacht, um gegen gewisse die Civilehe betreffende Bestimmungen des Civilgesetzbuches zu protestiren. Der Herzog soll sich geweigert haben, die Vorstellungen des Bischofes bis zu Ende anzuhören und ihn mit der Aeußerung verabschiedet haben, „daß die Gesetze nicht um der Bischöfe willen da seien, sondern dazu, daß ihnen Gehorsam geleistet werde."

Großbritanien.

London, den 20. Sept. Das Schiff Bhurtfore, welches vorigen Donnerstag von Liverpool nach New-Orleans absegelte, ist vorgestern auf den Longsand aufgefahren und gesunken. 400 Personen waren an Bord; fünf davon ertranken.

Rußland.

Warschau, den 16. Sept. Man will hier von einer planmäßigen Heerescombination der nordischen Armeen und einem gewissen einheitlichen Zusammenwirken bei vorkommenden Fällen wissen und man meint, daß besonders in diesem Sinne die gegenseitigen Beschickungen der Manöver mit Officieren stattgefunden haben. Den nach Wien zurückkehrenden österreichischen Generalen folgten mehre russische, welche sich nach Pesth zum Manöver begaben.

Vereinigte Staaten.

Nach den letzten Nachrichten aus **New-York** hat der spanische Gesandte dem Cabinette von Washington angezeigt, daß sich in den Nordamericanischen Freistaaten eine Expedition gegen Cuba vorbereite, welche im October oder November Stattfinden solle. Er forderte die Americanische Regierung auf, dieselbe zu überwachen und durch ihre Autorität zu verhindern. Er zeigte zugleich an, daß der Gouverneur von Havannah entschlossen sei, Alle die, welche gegen die Regierung mit Waffen in der Hand auftreten werden, sobald er ihrer habhaft wird, erschießen zu lassen. Die Blätter aus Havannah melden, daß seit der Entdeckung der Presse des Blattes El Voz wieder 9 Verschwörer entdeckt sind, welche in Eisen gelegt wurden. Der Herausgeber eines revolutionairen Journals ist aus dem Gefängniße entwischt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 21. Sept. Weizen 5 fl. 30 kr., Korn 4 fl. 35 kr., Gerst 3 fl. 41 kr., Spelz 3 fl. 38 kr., Hafer 2 fl. 38 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 18. Sept. Weizen 5 fl. 26 kr., Korn 4 fl. 24 kr., Spelz 3 fl. 53 kr., Gerst 3 fl. 44 kr., Hafer 2 fl. 50 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 21. Sept. Weizen 5 fl. 3 kr., Korn 4 fl. 26 kr., Spelz 3 fl. 16 kr., Gerst 3 fl. 43 kr., Hafer 2 fl. 22 kr., Kartoffeln — fl. 50 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 16. Sept. Weizen 5 fl. 15 kr., Korn 4 fl. 19 kr., Spelz 3 fl. 12 kr., Gerst 3 fl. 15 kr., Hafer 2 fl 14 kr., Kartoffeln 1 fl. 12 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 17. Sept. Weizen 10 fl. 21 kr., Korn 8 fl. 18 kr., Gerste 5 fl. 55 kr., Spelz — fl — kr., Hafer 3 fl. 58 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1241] Umlaufende Gerüchte veranlassen mich zu erklären, daß das Quantum Eis welches ein Lieferant für die Hofhaltung S. M. des Königs Ludwig, während der Monate Juli und August bei mir kaufte, in ungefähr Einhundert fünfzig Centnern bestand, wofür ich den Preis von 1 Kreuzer per Pfund bezahlt erhielt.

Mannheim, den 22. September 1852.

C. H. Hoff, Conditor.

[1242] **Bekanntmachung.**

Bis 2. October 1852, Mittags 1 Uhr, auf der Dammmühle, ¼ Stunde von Kaiserslautern im Lauterthale, läßt Hr. Georg Huber seine daselbst gelegene Ziegelei, Wohn- und Wirthschaftsgebäude mit 21 Tagwerk Aecker und Wiesen zu eigen versteigern.

Haas, Notär.

[1233²] **Annonce.**

Ein junger Kaufmann sucht ein frequentes Geschäft auf mehrere Jahre zu miethen oder zu kaufen, oder einem solchen als Geschäftsführer vorzustehen.

Nur briefliche Franco-Offerten unter Nro. 1233 befördert die Expedition.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 232 | den 26. September 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 25. Sept. Die vorige Nummer der Speyer. Ztg. enthielt einen Artikel unter der Aufschrift: **„Lehren von Jesuiten,"** in welchem die bekannten, von Jesuiten aufgestellten Grundsätze, unter Angabe der Quelle und ohne alle weitere Beifügungen, meistens wörtlich, citirt sind.

Wegen dieses Artikels erfolgte gegen die gestrige Nummer unseres Blattes eine Beschlagnahme, und zwar unter Anrufung des Art. 19 des Preßgesetzes, durch welchen eine Strafe verhängt wird gegen Solche, welche in einer Schrift „wissentlich falsche zur Beunruhigung „der Staatseinwohner, zur Störung des öffentlichen Vertrauens oder zur Erregung von Gehässigkeiten geeignete „Nachrichten oder Gerüchte ausstreuen."

In dem ganzen Aufsatze kommt von irgend einer „Nachricht" oder einem „Gerüchte" auch nicht das Geringste vor; folglich auch nicht von einer „falschen" und am allerwenigsten von einer „wissentlich" falschen Nachricht oder einem solchen Gerüchte, und somit auch nicht von einem solchen, wodurch Beunruhigung oder Gehässigkeiten gegen irgend eine physische oder moralische Person in ganz Baiern erregt werden könnte.

Was die Lehren von Jesuiten betrifft, so sind dieselben weltbekannt. Es sind diejenigen Lehren, wegen welcher sogar der Papst Clemens der XIV. durch die Bulle Dominus ac Redemptor noster den [illegible] Jesuiten im Jahre 1773 förmlich aufhob. Dieser Orden ist in Deutschland, und namentlich in Baiern, verboten, er ist hier zu keiner Zeit wieder eingeführt oder wieder erlaubt worden.

So trübe sich auch die Verhältnisse gestaltet haben, so können wir uns doch nicht denken, es sei so weit gekommen, daß man die verwerflichen Lehren von Jesuiten nicht einmal mehr dadurch bekämpfen dürfe, daß man dieselben ohne alle Bemerkungen dem Publikum zur eigenen Prüfung vor Augen legt.

Um unsern Lesern indessen wenigstens die Tagesneuigkeiten mittheilen zu können, veranstalteten wir, soweit nöthig, eine andere Ausgabe unsers gestrigen Blattes (Nro. 231 b), in welcher die übrigen Artikel nochmals abgedruckt sind. —

* **Zweibrücken,** den 24. Sept. Der politische Monsterproceß vom Jahre 1849 hat noch immer seine Nachzügler. Dieser Tage hat sich der in Contumaciam verurtheilte Hr. Deutsch aus Edenkoben freiwillig sistirt, und seine Sache wird wol bei der nächsten Assise zur definitiven Aburtheilung kommen.

* **Vom Haardtgebirge,** den 24. Septbr. Die Herbstaussichten haben sich sehr ungünstig gestaltet. Die Reife der Trauben ist in den letzten Wochen durchaus nicht mehr in dem Maße vorangeschritten, wie man erwarten mußte. Dagegen hat die Fäulniß bedeutend überhand genommen, besonders in einigen Gegenden. Zwar hat der Regen nunmehr aufgehört, und es ist trockene Witterung eingetreten; allein die Kälte der Nächte hindert nunmehr eine rasche Entwickelung der Trauben.

München, den 22. Sept. Heute ist ein Armeebefehl erschienen. In demselben sind 2 Generallieutenants (v. Kunst und v. Hailbronner), 5 Generalmajore (Krazeisen, v. Bölderndorff-Waradein, Weniger, Fels und v. Binder), 3 Obersten, 10 Oberstlieutenants, 11 Majore, 4 Hauptleute erster Classe, 3 Rittmeister, 5 Hauptleute zweiter Classe, 7 Oberlieutenants, 12 Unterlieutenants und 11 Junker ernannt worden.

München, den 22. Sept. Heute früh ist Ministerialrath v. Hermann mit der hier beschlossenen Erklärung für die Zollvereinsconferenz und mit besondern Aufträgen nach Berlin abgereist. Dem Vernehmen nach ist der Kriegsminister v. Lüder zum Generallieutenant, und der Generalmajor Graf Berri zum Generaladjutanten des Königs an die Stelle des kürzlich verstorbenen Grafen Paumgarten ernannt. — Während der Dauer der Krankheit des Hrn. Ministerpräsidenten wird dessen beide Portefeuilles wieder der Hr. Staatsrath v. Pelkhoven führen; leider scheint die Krankheit nicht unbedeutend zu sein, ohne indessen im Geringsten Besorgniß einzuflößen. Die für Berlin beschlossene Antwort soll versöhnlichen Tons und Inhalts sein. (A. Z.)

Frankfurt, den 23. Sept. Wie wir vernehmen, wird der erste Gottesdienst in der Paulskirche von keinerlei außerordentlichen Feierlichkeiten begleitet sein. Man erachte es für passender, die Kirche in einer Weise ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückzugeben, als ob sie nie eine andere gehabt hätte, und man werde sich das erste Mal in ihr versammeln, um sich wie in jeder andern Kirche ferne von allen politischen Anklängen zu erbauen.

Heute in der Früh wurden in Bornheim [illegible] geschah in Folge einer, wegen unehrerbietiger, in einer Eingabe an unsere Staatsbehörde gebrauchter Ausdrücke, gegen die betreffenden Personen erkannten Policeistrafe, welcher sie sich nicht unterziehen wollten. Die Verhafteten sollen einer in Bornheim unter dem Titel „Kinder Gottes" bestehenden religiös-politischen Gesellschaft angehören. (Fr. J.)

Kassel, den 19. Sept. Der Präsident des landständischen permanenten Ausschusses, Hr. Obergerichtsanwalt Schwarzenberg, hat seit acht Tagen seine zehnmonatliche Festungsstrafe im hiesigen Castell angetreten. Das General-Auditorat wie auch das Kriegsgericht haben weder bei ihm, noch bei dem Herrn Obergerichtsanwalt Henkel, der ebenfalls seine Strafe bereits angetreten hat, die Suspension von der Advocatur, weder für immer, noch für die Zeit der Haft, ausgesprochen. Dennoch sind Beide durch Justizministerialverfügung von ihren Advocaturen für die Dauer der Haft suspendirt; die strafgerichtlichen Urtheile sind somit bei Beiden noch verschärft worden. (K. Z.)

Weimar, den 20. Sept. Unsere Regierung hat die Nachricht erhalten, daß ein kürzlich in Paris verstorbener wohlhabender Mann, Namens Leidersdorf, den Nachkommen Schillers in männlicher Linie eine ewige Rente von 400 Thalern Preuß. vermacht hat.

Braunschweig, den 17. Septbr. Ein vor Kurzem dahier verstorbener Schuhmachermeister hat in seinem Testament, als dessen Executor er einen hiesigen Anwalt bestellt hat, ein namhaftes Legat an dasjenige preußische Bataillon vermacht, welches im Jahre 1848 zuerst seine Hilfe gegen das Volk versagte. Ist aber dieses Bataillon nicht zu ermitteln, so soll das Legat andern, näher bezeichneten democratisch gesinnten Personen (Soldaten) ausgezahlt werden. Weiter hat der Erblasser bestimmt, daß mit Lieferung der zu seinem Leichenbegängnisse erforderlichen Dinge nur Democraten zu

beauftragen seien, so wie daß er nur von Democraten zum Friedhof getragen sein wolle. (D. Reichsz.)

Berlin, den 21. Sept. Heute wurde ein Prozeß gegen den ehemaligen Redacteur der hier erschienenen Zeitschrift: „Ewige Lampe," Dr. Arthur Müller, verhandelt. Derselbe war angeklagt der Verspottung der evangelischen Kirche durch eine von ihm verfaßte Schrift: Jahrbuch der römisch-katholischen Kirche, worin die evangelische Kirche in der Person ihres Stifters und der ihr zuerst beigetretenen Fürsten geschmäht sein soll. Die Staatsanwalt stellte den Antrag auf 6 Monate Gefängnißstrafe gegen den Angeklagten, so wie auf Vernichtung der incriminirten Stelle der qu. Schrift. Der Gerichtshof trat den Ausführungen des Staatsanwalts überall bei, erachtete aber bei der Schwere des Vergehens eine sechsmonatliche Gefängnißstrafe nicht für entsprechend, sondern hielt nur eine neunmonatliche Freiheitsstrafe dem Vergehen angemessen und spricht die Vernichtung der incriminirten Stelle der qu. Schrift aus.

Berlin, den 22. Sept. Wie man mit Bestimmtheit wissen will, ist von Seiten Hannovers vorerst keine Aeußerung auf die letzte preußische Erklärung vom 17. d. zu erwarten, da man dort erst die Antwort der Coalition abwarten will, bis man sich zu einer Entschließung über Separatverhandlungen versteht, weßhalb dann auch vorerst weiter keine Conferenzen mit den Anhängern Preußens in Aussicht stehen. (K. Z.)

Wien, den 19. Sept. Mit der Türkei wird die Spannung immer schroffer, und die Rückkehr Omer Pascha's nach Bosnien dürfte ernste Conflicte zur Folge haben. Man weiß jetzt, daß dieser unversöhnliche Feind Oesterreichs als Bedingung zur Uebernahme des ihm angebotenen Kriegsministeriums die Aufstellung eines Observationscorps längs der Gränze machte. — Auch gegen Montenegro stehen Verwicklungen bevor. Die Pforte ist nichts weniger als geneigt, den eigenmächtigen Act [illegible] Vladika zum souverainen weltdrücklichen Protest vorbereiten. England verkennt am wenigsten die politische Tragweite jenes Schrittes, wird daher seine Anerkennung gleichfalls versagen und die Pforte, so weit sich thun läßt, kräftig unterstützen. Auch das wiener Cabinet ist wegen Dalmatiens mit der Unabhängigkeit des kriegerischen und eroberungssüchtigen Staates nicht ganz einverstanden; allein es wird nicht wagen, gegen den Willen des Czaaren zu opponiren. (K. Z.)

Wien, den 21. Sept. Die heutige „Wiener Ztg." enthält 15 kriegsgerichtliche Urtheile gegen eben so viele aus Galizien gebürtige Personen, „wegen Theilnahme an neuerlichen revolutionären Umtrieben und beziehungsweise Mitschuld an dem Verbrechen des Hochverraths," welche gegen 10 auf mehrjährige Schanzarbeit in leichtem und schwerem Eisen und mehjährigen Festungsarrest, gegen 5 aber theils auf Freisprechung, theils auf erfolgte Strafverbüßung durch die Untersuchungshaft lauten.

Das Aufstecken der blau-weiß-rothen Fahne, eines Symbols des Slavismus, dem es jedoch an jeder diplomatischen Begründung gebricht, ist bezüglich Croatiens und Slavoniens, wo es häufig vorkam, untersagt worden. Der Gebrauch der berechtigten Landesfarben bleibt vollkommen frei. Nur hat die schwarz-gelbe Fahne, als das Symbol der österreichischen Reichseinheit und der Gesammtheit aller Nationalitäten des Kaiserstaates, überall obenauf zu wehen.

Schweiz.

Zürich. Der Neuen Züricher Ztg. wird aus Winterthur folgendes „merkwürdige Phänomen" berichtet: Letzten Samstag wurde fast in allen hiesigen Kellern eine unangenehme, nach Schwefelwasserstoffgas riechende Atmosphäre verspürt, welche die Lichter auslöschte und das Athemholen bedeutend erschwerte. Bei einem ziemlich tiefen Zieh- oder Pumpbrunnen war die Gasentwicklung so stark, daß ein die Oeffnung deckendes Brett in die Höhe gehoben und in eine schwankende Bewegung gebracht wurde, die selbst durch ein ziemlich starkes Beschweren nicht aufhörte. Nach einer oberflächlichen Untersuchung stellt sich heraus, daß das Gas aus einer Mischung von kohlensaurem (fixe Luft) und Stickstoffgas bestand, da die Lichter mehre Fuß vom Boden entfernt schneller auslöschen als tiefer. Nebstdem war die Temperatur sehr warm und bei Sonnenschein schwül. Es wäre die Frage, ob diese Erscheinungen nicht vulkanischer Natur sein möchten, welche auch zu den ungemein vielen Erdschlipfen das ihrige beigetragen haben.

Frankreich.

† Paris, den 23. Sept. Der halbamtliche Theil des „Moniteurs" bringt einen sehr bezeichnenden Artikel über das Kaiserreich. Zum ersten Male geht der Moniteur direct auf diese Frage ein und behandelt sie als eine Nothwendigkeit, welche nicht allein dem Volkswillen sondern der ganzen Situation entsprungen sei. Die Ovationen, deren Gegenstand der Präsident bei seiner Reise durch die Departements ist, sind dem Moniteur zufolge, natürliche Ausdrücke der Sympathie und der Dankbarkeit des Volkes. „Die Geistlichkeit sieht in Louis Napoleon nicht allein den Erwählten der Nation, sondern den Erben dessen, der die Altäre in Frankreich wieder aufgerichtet hat. Der Magistrat begrüßt in ihm den Wiederhersteller des Ansehens der Gesetze. Der wahre Adel ehrt ihn, weil er jeden Nationalruhm ehrt und weil der Präsident keinen anderen Platz usurpirt hat, als den der Anarchie. Die Bourgeoisie dankt ihm, weil er das Vertrauen, den Credit wieder hergestellt und die Industrie und den Handel belebt hat. Der Feld- und Industriearbeiter weiß, daß er sich mit ihrem Wohl fortwährend beschäftigt. Das Volk ruft ihm daher: „Es lebe der Kaiser!" entgegen, weil es ihn im Besitze aller Bedingungen sehen will, welche die Dauer seiner Regierung garantiren. Er hat darauf geantwortet wie er konnte, wie er mußte. Wie kommt es auch in der That den Männern der göttlichen Sendung auf den Titel an, unter dem sie sie vollbringen. Ihr persönlicher Ruhm wird in der Nachwelt dadurch weder vermindert noch erhöht. Die Nationen haben aber einen Instinkt, dem man Rechnung tragen muß, weil er gewöhnlich mit ihren wahren Interessen harmonirt. Indem sie die Gewalt des Staatschefs consolidirt, will die Nation ihre eigene Wohlfahrt garantiren. Frankreich, bereits stolz geworden, weil es an seiner Spitze den glorreichsten Namen seiner Geschichte sieht, will sich eine lange Zukunft von Größe und Frieden sichern, indem es dem Prinzen, der es gerettet hat, eine dauernde Gewalt ertheilt." Dieser Nachsatz bestätigt, was wir schon früher behaupteten. Frankreich wird und soll durch seine Demonstrationen Louis Napoleon zur Errichtung des Kaiserreichs zwingen, und er wird es nur proclamiren, nicht weil er es gewünscht und darauf hingearbeitet hat, sondern weil er nicht anders kann. (!!)

Der Morning Advertiser enthält einen Brief des Generals Teleki, ehemaligen Gesandten Ungarns in Paris, an den General Haynau, der in den heftigsten Ausdrücken abgefaßt ist. Dieser Brief ist vom 14. August datirt, und bezieht sich auf ein früheres Schreiben vom 11. Sept. 1850, in welchem der Graf Teleki dem General die Ermordung von 13 Ungarn in Arad und mehreren anderen Opfer vorwarf, und von ihm in seiner Eigenschaft als Verwandter und Freund mehrerer Ermordeten Genugthuung verlangte. Er hatte dem General die Wahl der Zeit, des Orts und der Waffen überlassen. Da dieser Brief unbeantwortet blieb, so veröffentlicht der Graf jetzt denselben als die einzige mögliche Genugthuung die ihm übrig bleibt.

Der Precurseur von Antwerpen ist auf der Post mit Beschlag belegt worden, weil er eine verläumderische (!) Correspondenz aus einem verbotenen Blatte, dem Observateur belge, entlehnt hat.

Nach den glänzenden Triumphberichten kommen nunmehr auch andere Meldungen, deren wir einige hier fol-

gen lassen: **Privatberichte sprechen von einem merklichen Unterschied** zwischen dem Empfang in St. Etienne und in Lyon. Dort war er entschieden, augenfällig imperialistisch und volksthümlich, (?) hier wurde auch manches Vive la Republique! laut und der Prinz war mehr mit den Beamten und dem Militär, als mit dem Volk selbst in unmittelbarer Berührung. Zu Nevers und Moulins hatte man ihn sich in den Straßen unter die Spaziergänger mischen gesehen, in Lyon dagegen erschien er nur zu Pferd und zu Wagen im Publicum, was sich übrigens an diesem Orte vollkommen begreift. Während zu St. Etienne die Arbeiter mit vorgetragenen Fahnen eine metamorphosirte Marseillaise sangen, die mit den Worten schloß: „Marchons, marchons — sous les drapeaux du grand Napoléon!" waren in Lyon die alten Fahnen mit ihren rothen Schleifen und der republicanischen Inschrift: „Liberté, égalité, fraternité" hervorgeholt worden.

(Anderer Bericht.) Die bis jetzt so glanzvolle Reise des Prinzpräsidenten hat durch den Empfang in Lyon eine düstere Schattenseite erhalten. Lyon war schweigsam, die Bevölkerung illuminirte kaum einige Theile der Stadt, und der Geist der Opposition war in der Stimmung des Fabrikquartiers unverkennbar. Die zweite Hauptstadt Frankreichs hat also ihr Votum gegen das Kaiserreich abgegeben. Es kommt nun noch viel auf den marseiller Empfang an, der sich jedoch bei der vorherrschenden legitimistischen Gesinnung in den höheren Schichten der Gesellschaft und der durch und durch radicalen bei dem Volke, trotz allem Eifer des Präfecten Suleau, nicht allzu enthusiastisch gestalten dürfte. Somit blieben dem Prinz-Präsidenten doch immerhin die Massen des Landvolkes.

Einen komischen Contrast mit der Reisebegeisterung des „Moniteur" bilden die Berichte über die Gemeinderathswahlen. Gleichgiltigkeit der Wähler — Nie dagewesener Sturmjubel — Nicht ein Viertel der Wähler stimmt — Alle Bewohner des Departements strömen nach der Departemental-Hauptstadt — Wenn die Wähler zahlreich stimmen, fallen die Regierungscandidaten durch — In der Provinz ruft Alles Vive l'Empereur und jauchzt dem Manne zu, von dessen Candidaten man nichts wissen will. Es scheint, daß sich die Behörden bei den Wahlen nicht so viel Mühe geben, als bei dem Triumphzug des Präsidenten. Die mißliebigen Gemeinderäthe kann man auflösen, aber die Auflösungsdecrete eines schlechten Empfanges hat das neue Regime noch nicht erfunden.

Alle Nachrichten aus den Weingegenden Frankreichs stimmen dahin überein, daß, außer der allgemeinen Traubenkrankheit, der anhaltende Regen wenigstens noch zwei Drittel der Erndte verdirbt.

Wieder ein Eisenbahnunfall. Auf der Bahn von Avignon nach Marseille sind zwei Locomotiven zusammmen gestoßen und viele Personen schwer verwundet worden.

Nach einem Schreiben aus **Marseille** vom 20. Sept. ist das für die präsidentschaftlichen Feierlichkeiten dort vorbereitete Feuerwerk durch das Zerplatzen einer Bombe in die Luft geflogen. Mehrere Personen wurden schwer verwundet, u. A. der Director der Fabrik, an dessen Aufkommen man zweifelt. Die Fabrik selbst wurde zerstört.

Paris, den 19. Sept. Sie erinnern sich der Schwierigkeiten, die im gesetzgebenden Körper über die Anmaßung der Regierung entstanden, die Dotationen der Senatoren, die doch damals wenigstens nur auf 10 Jahre gemeint sein konnten, in die lebenslängliche Staatsschuld einzutragen. Die Kammer gab nach — der damalige Zeitcharacter war Schlaffheit und Unterwerfung. Aber man hätte glauben können, daß die Regierung aus Klugheitsrücksichten diesen wunden Fleck nicht so leicht wieder berühren würde. Diese Hypothese sehe ich vollkommen widerlegt durch ein vom 11. Sept. ausgestelltes Decret, wodurch abermals 400,000 Fr. in die allgemeine Staatsschuld eingeschrieben werden, um für bis jetzt unbekannte Senatoren als Dotationen zu dienen. Das Factum ist außer allem Zweifel. Es fragt sich nur noch, wie der gesetzgebende Körper, der schon 770,000 Fr. für Senatorendotationen so zu sagen mit bösem Gewissen votirt hat, und dem das besprochene Decret zur Ratification aufbehalten bleibt, die Sache nehmen wird. Die hier anwesenden Deputirten — und es sind deren viele — sind ohnehin nicht vom besten Geist beseelt. Es hat ihr Körperschafts- und Unabhängigkeitsbewußtsein verletzt, daß die beiden Budgetberichterstatter, Gouin und Chasseloup-Laubat, wie gemeine Missethäter aus den officiellen Generalrathscandidaturen ausgemärzt worden sind, und es wird sicherlich in irgendwelcher Form eine Protestation gegen diese Verachtung der freien (!) Nationalvertretung erfolgen. Was wird das Ende sein? (A. Z.)

Paris, den 20. Sept. Ein ultramontanes Blatt von Lyon ist heute sehr unwillig, daß die Arbeiter am vorletzten Sonntag auf der Eisenbahn gearbeitet haben. Der Rest von Moralität, der noch unter der dortigen Bevölkerung zu finden sei, würde dadurch vernichtet! Das „Univers" zieht gegen den Protestantismus fortwährend zu Felde: Heute enthält es einen Artikel über die „protestantische Unwissenheit." Das „Univers" sagt ferner, in England existire keine wahre Freiheit und behauptet, dort herrsche „politisches Heidenthum."

Italien.

Ueber den Ausbruch des Aetna bringt das St. Galler Tagblatt folgende Mittheilungen von einem in **Catania** ansäßigen St. Galler: „Der Morgen des 21. August (halb 3 Uhr) ging für die Nachbarschaft des Aetna ernst und traurig auf, und erfüllte ihre Herzen zugleich mit panischem Schrecken; denn siehe, der am Abend des 20. gleichen Monats noch so ruhig scheinende Koloß war nun mit einer dichten grauschwarzen Rauchwolke umhüllt, und gleich dem unaufhörlichen Donner des schweren Geschützes krachte und dröhnte der ganze Berg. Es war eine Eruption. Die Bewohner Catania's sahen am Morgen des 21. Aug. ½ 3 Uhr plötzlich an den Seiten des Berges 3 Krater sich öffnen, aus denen die lichte Lohe himmelhoch emporschoß, mit entsetzlicher Kraft Felsstücke bis zur Größe von kleinen Häusern mit sich in die Luft nehmend, welche dann mit furchtbarem Gekrach wieder herunterfielen. Der Hauptkrater blieb ganz ruhig und rauchte kaum mehr als gewöhnlich. Der Aufgang der Sonne, welche rein und herrlich, wie hier immer, aufstieg, ließ dem Auge alles in Rauch gehüllt erscheinen, aus welchem man immer lauter und schrecklicher den Donner vernahm. Der Abend mußte entscheiden, wohin sich die Lava ergieße, ob gegen Catania, Bronte oder Giarre. Der ersehnte Abend kam, und mit seiner Herandämmerung färbten sich die Rauchwolken nach und nach feuerroth, und die hereinbrechende Nacht endlich zeigte uns den Aetna als eine von Rauch und Gluth erfüllte Masse, die sich jedoch immer mehr links zog. Die Krater der vorhergehenden Nacht hatten sich wieder geschlossen, und 3 bis 4 Stunden von ihnen entfernt hatte die unterirdische Kraft drei andere Krater gebildet, aus deren mittlerem sich eine Feuersäule erhob, welche nun seit dem 21. ds. eine erstaunliche Menge Lava, Schwefel und Asche auswirft. Am 22. Abends besuchte der Berichterstatter den Berg, wo man dem Lavastrom bis auf 20 Schritte sich nähern konnte. „Der Eindruck, fährt er fort, den dieses Schauspiel auf mich machte, war furchtbar. Schon hatte der Feuerstrom etwa zwei Stunden vom Krater sich fortgewälzt, während letzterer immer mit neuen Massen den Umfang des erstern vergrößerte. Als wir ankamen hatte die Lava etwa eine halbe Stunde Breite, und die Höhe des Stromes war der eines hohen Palastes gleich. Die Hitze, welche das entsetzliche Feuermeer um sich verbreitete, dörrte auf eine Viertelstunde Entfernung alles Leben der Natur aus und bereitete Bäume, Sträucher und Gräser so vor, bei seiner Ankunft sogleich ein Raub seiner Wuth zu werden. Ein dichter Regen von Asche und Bimsstein fiel auf 3 bis 4 Stunden im Umfang zur Erde, und wir waren am Morgen rußig wie Kaminfeger. Und während dieses

entsetzlichen Schauspiels hörte der Donner nie auf, denn jeder Auswurf war von einem furchtbaren Gekrache begleitet. Merkwürdig war zu beobachten, wie die großen Bäume z. B. beim Herannahen der Lava sich zuerst mit lautem Knistern aller Blätter entluden, dann aufflammten, und, wie der Strom sie berührte, in einem Nu umfielen. Etwa um 8 Uhr Morgens erreichte das unaufhaltsame Verderben den ersten herrlichen Kastanienwald, und eine Stunde später unter dem lauten Geheul und Wehegeschrei der Dorfbewohner den ersten Weinberg, dessen herrliche Trauben zu schönen Hoffnungen berechtigten. Langsam und majestätisch wälzt die glühende Masse sich vorwärts. Bei dem geringsten Widerstand, auf den sie stößt, staut die vorderste Welle — wenn man sich so ausdrücken kann — sich auf und wächst zu beträchtlicher Höhe an, sendet links und rechts kleine Nebenarme aus, überstürzt endlich, dehnt sich gleichmäßig aus und wälzt sich wieder ruhig vorwärts. Ein fortwährendes Geräusch, ähnlich dem Springen der Fensterscheiben bei einem Brande, bezeichnet das unerbittliche Werk der Zerstörung, und wird nur hier und da, wo die Masse auf größern Widerstand oder auf Wasser stößt, durch eine Art Explosion unterbrochen. Bei Tag hat die Masse viel ähnliches mit einem Schlammstrom; der röthliche glasige Schimmer, der durch das Graue der erkalteten Oberhaut durchbricht, verräth allein ihre vulcanische Herkunft. In der Nacht gewährt der Strom den Anblick eines in dunkelm Roth glühenden beweglichen Dammes, der, hier und da von Aschenwolken und Schwefeldünsten überlagert, sich über die Fläche hinzieht. An einzelnen Stellen, bei kleinen Ausläufern, darf man demselben sich so weit nähern, daß man große Kupfermünzen hineinwerfen kann, die dann mit der sie umgebenden Lava mit Stöcken herausgerissen werden. Wenn die Lava kalt und fest geworden, schlägt man die Münze los und behält dann das Gepräge in der versteinerten Masse. Der Auswurf aus dem Krater ist stets von einem dumpfen, rollenden, donnerähnlichen Getöse begleitet, und öfters leuchten dabei die hellen Flammen auf, so daß wie durch einen riesigen Leuchtthurm weit umher die ganze Gegend magisch beleuchtet wird."

* **Turin**, den 20. Sept. Eine Ordonnanz des Cassationshofs entsetzt den durch seine Schrift gegen die Civilehe bekannten Grafen Costa della Torre seines Amtes als Rath desselben Tribunals. — Man schreibt aus Rom, daß es dem General Cotte gelungen ist, den Papst zur Ergreifung halbconstitutioneller Maßregeln zu bestimmen und daß der heil. Vater eine Consulta der Finanzen für den 20. October zusammenberufen hat.

Großbritanien.

* **London**, den 22. Sept. Lord Hardinge ist zum Oberbefehlsbefehlshaber der Armee, an Stelle des Herzogs v. Wellington, ernannt worden.

London, den 21. Sept. Die „Morning-Post" theilt mit, das feierliche Leichenbegängniß des Herzogs von Wellington werde wahrscheinlich nicht vor sechs oder acht Wochen stattfinden; eine solche Frist sei durchaus nothwendig, um alle Vorbereitungen zu vervollständigen. Das Begräbniß der sterblichen Ueberreste des „eisernen Herzogs" soll, wie nunmehr entschieden ist, mit dem größten Pompe stattfinden.

In **Irland** sind die ultramontanen Blätter noch immer damit beschäftigt, das Andenken des Herzogs von Wellington zu verunglimpfen. Das Tablet sagt: „Möge Erin nie wieder einen solchen Sohn aufziehen, der sein Genie dem Dienst des Unterdrückers widmet." Der Galway Vindicator faßt den Herzog als einen gemeinen, schwunglosen Condottiere auf, der that, wofür man ihn bezahlte, nicht mehr, und der ohne die — leider! — zahllosen Irländer unter seiner Fahne keinen Sieg erfochten hätte. „England" — sagt der Vindicator — „weint am Sarge eines Irländers, der gegen Britanien loyal und gegen sein Geburtsland als Verräther handelte. Mit ihm und Peel sind Englands beide Augen erloschen. Fortan wird England ganz auf seine eigenen Söhne angewiesen sein — auf die dummen, verstockten, schweinischen Engländer!" u. s. w.

Jonische Inseln.

Corfu, den 17. Sept. Das Parlament ist bis 1. März 1854 (!) vertagt worden.

Amerika.

Californien. In den Minenbezirken machen sich die Chinesen breit, und chinesische Dörfer wachsen aus der Erde. Schon gibt es ein Peking, Canton, Hongkong, und die Einwanderung aus dem himmlischen Reiche ist in unglaublichem Wachsthum begriffen. Der Hauptzug kommt vom Cantonsfluß und dessen Umgebung. Im August schätzte man die chinesische Bevölkerung auf 27,000 Seelen. Sie dürfte bis Ende des Jahres ums Fünffache und darüber gestiegen sein. Nur wenige kehren wieder in ihre Heimath zurück.

Westindien. Die Stadt San Jago de Cuba ist durch ein fürchterliches Erdbeben halb zerstört.

China.

Canton, den 23. Juli. Die chinesischen Insurgenten haben die kaiserlichen Truppen unter Seu auf das Haupt geschlagen. Sie gewinnen täglich mehr Terrain und Zulauf von allen Seiten.

Miscellen.

Nach der Canadian Tribune starb in der Nähe von Montreal, in Berthier, ein Hr. Karl Boucher, 106 Jahre alt. Er war dreimal verheirathet und Vater von sechzig Kindern. Es überleben ihn 43 Kinder, 66 Enkel, 13 Urenkel, 20 Neffen, 70 Ur-Neffen und 12 Ur-Ur-Neffen.

Einige Seemeilen von der Westküste Irlands entfernt, will man kürzlich bei ungewöhnlich niedriger Ebbe zwei Schiffsrumpfe entdeckt haben, die der hier theilweise zu Grunde gegangenen spanischen Armada angehören sollen. Man wird bei der nächsten Springflut Versuche machen, etwas von den nun seit 300 Jahren unter Wasser befindlichen Schiffsgeräthen ans Licht zu schaffen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1243a] **Offene Lehrlingsstelle.**

In eine Material- und Farbwaarenhandlung wird ein gesitteter junger Mensch in die Lehre gesucht. Frankirte Briefe befordert die Expedition dieses Blattes.

[1123] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

Großes Tapetenlager

eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl**,
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057'6] in Mannheim.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 232.) den 26. September 1852.

Anzeige.

Da mit dem nächsten Monat ein neues Abonnement auf die Neue Speyerer Zeitung beginnt, so ersuchen wir, die Bestellungen möglichst bald bei der zunächst gelegenen Posterpedition einzureichen. Nur Bewohner der Stadt Speyer und der nächsten Umgegend belieben ihre Bestellungen an die Expedition dieses Blattes unmittelbar zu richten. — Die Speyerer Zeitung, welche mit Ausnahme des Sonntags täglich, und zwar häufig mit Beilagen, erscheint, kostet halbjährlich 3 fl. 20 kr., vierteljährig 1 fl. 40 kr., und wird um diesen Betrag, ohne weitern Aufschlag, durch alle Posterpeditionen des Königreichs Baiern geliefert. — Privatanzeigen, welche portofrei einzusenden sind, werden gegen eine Einrückungsgebühr von 4 Kreuzer für die gewöhnliche Druckzeile aufgenommen.

⁂ Die Anstrengungen, welche von der Rückschrittspartei in täglich ausgedehnterm Maße gemacht werden, um der Speyerer Zeitung entgegen zu wirken, deuten wol besser als alles Andere an, von welcher Bedeutung die Verbreitung eines unabhängigen Blattes für die Freunde der freien Richtung in der Pfalz, oder vielmehr für alle Jene sein muß, welche etwas Besseres als den schrankenlosen Absolutismus in Staat und Kirche herbeigeführt wünschen.

Die Speyerer Zeitung glaubt, angesichts der jetzigen Lage eines freisinnigen Blattes, ein Recht zu besitzen, die allseitige thätige Unterstützung der Gleichgesinnten und überhaupt aller Derjenigen fordern zu dürfen, welche wünschen, daß das Treiben der Reactionäre nicht über alle Verhältniße des Lebens, zumal in unserer Pfalz, sich völlig widerspruchslos ausbreite.

Deutschland.

München, den 23. Sept. Der k. Regierungspräsident Graf v. Reigersberg hat sicherem Vernehmen nach das Ministerium des Innern und Hr. v. Zwehl das Cultusministerium erhalten. Hr. v. Widder versieht interimistisch das Präsidium der Regierung von Oberbaiern. Es ist noch nicht entschieden, ob diese Stelle Baron v. Welden in Augsburg oder Ministerialrath Graf Hundt erhalten wird. (Volksbötin.)

Vorgestern Abend war militärisches Freitheater. Besonders gefiel den Kriegsleuten in „Wallensteins Lager" die Kapuzinerpredigt. (Volbtin.)

Posen, den 20. Sept. In unserer Stadt und Provinz steht noch immer alles unter dem Einfluß der asiatischen Cholera, die heute gerade zwei Monate in Posen haust und von den 40,000 Einwohnern derselben etwa dritthalbtausend weggerafft hat. Seit wenigen Tagen ist die Seuche beträchtlich im Abnehmen und scheint nunmehr ihre Wanderung, die dießmal auffallend langsam geht, nach Westen fortsetzen zu wollen. In unserer schönen Friedrichsstraße ist eine ganze Reihe der größten Häuser gänzlich geschlossen, weil ein Theil der Bewohner gestorben, die übrigen geflohen sind! So arg nun hier auch die Krankheit gehauset, so ist das Mortalitätsverhältniß hier noch überaus günstig im Vergleich mit den kleinen Städten und dem Plattland: nach einer officiellen Bekanntmachung z. B. ist in dem Städtchen Dobrzyca (1600 Einwohner enthaltend) jeder 3te Mensch von der Krankheit befallen worden und jeder 7te an derselben gestorben; ja in den Dörfern soll es noch schlimmer stehen. Unter solchen Umständen hat hier alle Bewegung aufgehört: alle Schulen sind geschlossen und die öffentlichen Gerichtssitzungen sind ausgesetzt; die großen Militärmanöver finden gar nicht statt, und zu dem Provinziallandtag, der gestern eröffnet werden sollte, haben sich gar keine Deputirten eingefunden, so daß derselbe ebenfalls auf unbestimmte Zeit hat vertagt werden müssen. Nur ein Ereigniß hat bei der Mehrzahl der Bewohner unserer Provinz freudige Sensation gemacht, nämlich die höchst wahrscheinliche Sprengung des Zollvereins. (A. Z.)

Italien.

Rom, den 15. Sept. Der angestrengten Thätigkeit der Vincennerjäger ist es zu danken, daß die Räuberbande in Roms Umgegend schon jetzt nach verschiedenen Seiten hin zersprengt ist. Obgleich die Banditen vollkommen bewaffnet sind und auch mit Munition reichlich versehen scheinen, so sind sie doch wo sie sich blicken lassen meist im Nachtheil, da die französischen Schützen mit ihren Stutzen in einer Entfernung von 7 bis 800 Schritt ihren Mann aufs Korn nehmen und selten fehlen. Andrerseits bieten die hohen Dornenhecken, die dichten oft undurchdringlichen Rohrpflanzungen, womit die Waldungen wild umkränzt werden, die mit Gestrüpp bedeckten und unwegsamen Thäler und Berge unserer Gegend den Verfolgten viele sichere Schlupfwinkel, aus denen sie Excursionen ausführen können. Da die Franzosen ihre Schützen täglich von frischen Abtheilungen ablösen lassen, so werden die Gegner bald den ununterbrochenen Anstrengungen und Gefahren erliegen müssen.... Was ich Ihnen über die Zusammensetzung der Bande bemerkte, bestätigen auch französische Officiere: sie besteht großentheils aus fortgelaufenen päpstlichen Soldaten, denen sich dann andere Verbrecher zugesellten. Es ist jetzt stadtkundig, daß die ganze in Viterbo formirte, wenn auch noch nicht vollzählige Compagnie päpstlicher Jäger sich auflöste und unter ihrem eigenen Anführen ausriß. (A. Z.)

Großbritanien.

London, den 22. Sept. Alle Morgenblätter bringen eine Zuschrift des „evangelischen Vereins in Genf" an den Earl von Shaftesbury, worin die baldige Ankunft des Grafen von St. George in London angezeigt wird, um im Verein mit der englischen Protestant Alliance die nöthigen Schritte zur Erlösung von Francesco und Rosa Madiai zu berathen. Die Verurtheilung dieses Ehepaares zu den Galeeren wegen Abfalles vom Katholicismus sei kein isolirtes Factum; denn die Richter in Toscana beriefen sich auf das canonische Gesetz und erklärten sich damit competent, sogenannte Ketzer zum Galgen oder Scheiterhaufen zu verdammen; mit andern Worten, die Inquisition sei im Begriff, ihre Todesfackel auf dem Continent wieder anzünden. Francesco und Rosa Madiai hätten vergebens an die Gnade des Großherzogs von Toscana appellirt, sie seien mit abgeschorenem Haar, in der Züchtlingsjacke nach den Maremmen gesandt und dort unter den gemeinsten Verbrechern eingesperrt worden. Die Allianz gibt aber die Hoffnung auf die Gnade des Großherzogs nicht auf, sondern beschließt, eine feierliche Deputation nach Florenz zu senden, die dem Fürsten das begangene schwere Unrecht und dessen moralische Folgen vorstellen soll. Es wird gewünscht, daß sich einige Repräsentanten aus Deutschland, Frankreich und Holland der Deputation

anschließen möchten. Der ministerielle Herald bemerkt dazu, daß „eine, unter sehr hoher Sanction abgefaßte Denkschrift an die Königin Victoria" um Verwendung für die unschuldig Verurtheilten circulirt und im ganzen Lande zahlreiche Unterschriften erhalten werde. Der Deputation an den Großherzog von Toscana werden sich als Vertreter Englands zwei Mitglieder des Oberhauses und ein Mitglied des Unterhauses anschließen.

Miscellen.

Bezüglich des Aetnaausbruches wird folgendes berichtet: Ein seltsamer Vorfall trug sich wenige Stunden vor dem Ausbruch ganz in der Nähe desselben zu, der wiederum auf einen fast wunderbaren Instinct der Thiere hinweist; er rettete diesen, d. h. einer Heerde Schafen und Ziegen und den sie hütenden zwei Männern das Leben. Der eine der letzten stand spät Abends auf, ging vor den Stall hinaus und bemerkte eine eigenthümliche Helle; er rief seinem Collegen, und während beide ganz verblüfft über diese eigene Helle in ihrer nächsten Umgebung in die Nacht hinausstarrten — ein anderes Phänomen zeigte sich nicht — stürzte plötzlich die ganze Heerde, ein paar Böcke voran, in wildester Hast zur offenen Stallthüre hinaus, erst über ein unabsehbares Lavafeld, dann bergabwärts. Die Hirten natürlich folgten der fliehenden Armee: Nach kurzer Zeit erfolgte ein Donnerschlag der den Berg ringsum erbeben machte, denn der Ausbruch war ganz in der Nähe des Stalls. Dies Ereigniß ist in aller Mund.

Gemüsereinigung. Wer nicht Lust und Zeit hat, die Schnecken und Würmer vom Gemüse, Salat ꝛc. abzulesen, der lege die Pflanzen nur ein paar Minuten in Salzwasser, worauf alles Ungeziefer schnell die Pflanzen verläßt und todt umherschwimmt. In England steht daher zu diesem Behuf stets ein Gefäß mit Salzwasser in der Küche.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1244] **Erklärung an die Pfälzer & Würzburger.**

Bei meiner jüngsten Anwesenheit in Würzburg machte ich die Bemerkung, daß man über meine Person sehr aufgebracht ist und mir in jeder Beziehung zu schaden sucht.

Die Ursache hiezu kann nur Stephan Breitenbach's Familie, oder die democratische Partei sein.

Ist Ersteres der Fall, so möge die Stephan Breitenbach'sche Familie hiemit erfahren, daß ich nach ihren Angriffen auch gar nichts frage, durch welche ich sowohl in moralischer als pecuniärer Beziehung systematisch ruinirt werden soll; allein die projectirten Pläne werden an meiner Festigkeit scheitern.

Den Democraten diene Folgendes zur Notiz: Bei den Réfugiés (Flüchtlingen) wurde ich in Folge eines im Jahre 1849 in München mit der Studentenverbindung „Suevia" gehabten Disputes als Mouchard der baierischen Regierung ausgeschrieen. Da ich nun in meinem guten Rechte bin, so überging ich die seit einiger Zeit gegen mich begangenen Gemeinheiten mit Stillschweigen. Allein seit ich auf deutschem Boden bin, sucht man mich auch da bei der liberalen Partei zu verdächtigen. Ich erkläre deßhalb sämmtlichen Democraten auf mein Ehrenwort, daß ich mich nie mit Mouchardiren ꝛc. befaßte und mich auch unter keiner Bedingung zu diesem niederträchtig schlechten Métier hergebe.

Uebrigens gehöre ich selbst nicht zu den Reactionären, und die Würzburger können überzeugt sein, daß ich auf fremdem Boden etwas gelernt habe und mich besser auskenne als Mancher glaubt.

Die übrigen üblen Nachreden sind ebenfalls aus der Luft gegriffen und kann ich mich getrost auf meine früheren Chefs berufen, und auch die Behörden von München, Metz, Schaffhausen und Straßburg werden mir nichts Nachtheiliges nachsagen.

François Breitenbach,
né à Wurzbourg, domicilié
à Arzheim (Palatinat).

[1223a] **Traubenkur.**
Neustadt an der Haardt,

in der Mitte des schönsten Theils der Pfalz gelegen, umgeben von den üppigsten Weinbergen, so wie den gepriesenen nahen Punkten, wie die Maxburg, die Haardter Anlage ꝛc., verbunden durch die Eisenbahn und Omnibusse mit allen benachbarten Städten, ist durch diese günstigen Verhältnisse mehr als alle andern Orte des Gebirgs zum Gebrauche der Traubenkur geeignet.

Da der Unterzeichnete an diesem Orte einen wohleingerichteten Gasthof besitzt, auch billige Logis für längern Aufenthalt zu vergeben hat, so erlaubt er sich zum Besuche seines Etablissements freundlichst einzuladen.

P. Hornig,
Gastwirth zum Schiff.

[1245a] **Lehrlingsgesuch.**

In einer der größeren Städte der vordern Pfalz wird in ein Eisen- und Kurzwaarengeschäft ein junger Mensch mit den nöthigen Vorkenntnissen in die Lehre gesucht. Nähere Auskunft gibt auf portofreie Anfragen Herr A. Steitz in Speyer.

[1051] **Niederländische**

Dampf- **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Neue
Speyerer Zeitung.

Dienstag Nro. 233 den 28. September 1852.

Deutschland.

*** Speyer.** Der Umzug des französischen Prinz-Präsidenten konnte, aller angewendeten Anstrengungen ungeachtet, nicht überall zu den erwünschten Demonstrationen führen, und trotz der Gefahren, welche mit der Erstattung ungünstiger Berichte verbunden sind, ist es kein Geheimniß geblieben, daß die „Menge" in Lyon ebenso wie in Paris das Kaiserthum nicht will. Wir legen aber auf diese unzweifelhafte Thatsache zunächst gar keinen Werth. Das Kaiserthum wird dennoch kommen, und zwar jedenfalls ehe lange Zeit vergeht. Auch läßt es sich vorhersehen, daß eine Opposition gegen das jetzige Regime von Unten herauf sich erst dann gründlich bilden wird, wenn das Kaiserthum als vollendete Thatsache einmal vorhanden ist. Jetzt glauben Viele den Gebieter noch nicht im Vollbesitze der Macht, um alle möglichen Verbesserungen, die sie erwarten, ins Leben zu rufen; jetzt haben sie die Augen darauf und nur darauf gerichtet. Man ist sich nicht klar, man träumt von einem unendlich glücklichen Zustande, der alsdann eintreten soll. Darum heute nur das Streben nach Herstellung des Kaiserthums. Wie aber dann, wenn dasselbe einmal wieder hergestellt ist? wie, wenn das gehoffte Glück dann ausbleibt und die abgeschaffte freie Bewegung erst recht vermißt wird? wie, wenn kein neues Ziel des Strebens in dieser Richtung mehr von den nächstliegenden Bedürfnissen ablenkt, und wenn es überdies einem Jeden klar geworden sein wird, daß das neue Kaiserthum weder den Ruhm noch die Beute des alten gewährt? Dann wird die Hauptstadt, gegen deren Willen man in der jetzigen Epoche zum ersten Mal eine große Umänderung durchführt, wieder als tonangebend sich hervorthun; die andern großen Städte werden zustimmen und die ganze Masse des Volkes wird die Gefühle geltend machen, deren Ausdruck heute gleichsam auf Aller Lippen erstirbt. Was ist dann anders zu gewärtigen, als daß das bestehende Regime den Versuch macht, vermittelst des Kriegsruhmes und der Eroberung sich zu erhalten, d. h. eher an das Kriegsglück zu appelliren, als unthätig seinen Untergang kommen zu sehen. Und was man auch sagen möge, schon jetzt ist dahin die Voraussicht desselben gerichtet.

Wir wissen uns der Ansicht nicht zu entziehen, welche eben die Schw. Nat.-Ztg. ausspricht: Das Kaiserthum wird kein langes Friedenthum sein. Die einmal auf den Thron erhobenen imperialistischen Traditionen werden mit unabweislicher Consequenz zu dem Streben führen, auch das alte Kaiserreich, die sogenannten „natürlichen Gränzen" Frankreichs herzustellen. Wollte Louis Napoleon selbst vor der Consequenz zurückschrecken, so würde die mit falschem Ruhm getränkte, von Uebermuth erfüllte, lüstern und gierig gemachte franz. Armee ihn dazu zwingen. Aber hundert Zeichen haben längst offenbart, was die Gedanken im Elysee selbst sind. Einer der ersten officiellen Berichte nach dem 2. December in Bezug auf die militärische Eintheilung Frankreichs nahm Bedacht auf eine solche Erweiterung der Gränzen. Ein klerikales, bonapartistisch gesinntes Blatt in Belgien hat vor Kurzem in Uebereinstimmung mit früheren Angaben von entgegengesetzter Seite das Decret zur Wiedervereinigung Belgiens mit Frankreich veröffentlicht, das bereits von Louis Napoleon unterzeichnet gewesen und einstweilen nur zurückgenommen worden. Weder der Moniteur noch sonst ein Regierungsblatt hat bis jetzt das Decret bestritten, obgleich alle belgischen Blätter voll davon gewesen sind! Dagegen weist die officiöse Presse bedeutungsvoll darauf hin, wie sich rings eine „katholische Partei" bilde, „die ihre Blicke nach Frankreich richte." „Darin," sagte das neue große Regierungsorgan Pays, „liegt vielleicht das Anzeichen großer Ereignisse, in denen Frankreich wieder zu der bedeutenden Rolle berufen werden kann, die ihm die Vorsehung in den Umgestaltungen Europas so oft zugetheilt hat." In dem Sinne werden in Irland von französischen Agenten in Menge Broschüren vertheilt unter dem Titel: „Geschichte des Prinzen Louis Napoleon, Retters des Papstes und Schutzherrn der Gläubigen." Auch die Möglichkeit einer Invasion in England mit Hülfe von „Napoleonsdämpfern" ist auf eine Weise besprochen worden, die einen Blick in die Pläne werfen läßt, mit denen man sich in Paris tragen mag. Dazu der Ausspruch des Marineministers in Cherbourg: „der Prinz liebt die Marine, weil er weiß, daß eines Tages das Schicksal der Nationen durch die großen Spiele der Seeschlachten entschieden werden kann." Endlich ist der „Rheinübergang" bei den Festlichkeiten in Straßburg sicher nicht ohne Absicht ein Fingerzeig gewesen für das, was die Zukunft bringen könnte, wie die an allen Orten angestellte „Napoleonsfeier" gleichfalls dazu dienen sollte, alte Kaisersympathieen wieder zu wecken. Die officielle Sprache lautet freilich immer friedlich und beruhigend, aber daneben läuft diese unverkennbare imperialistische Propaganda, die sich von dem ganzen Napoleonscultus unmöglich trennen läßt und die nur auf den günstigen Moment wartet, um zur That überzugehen.

Nicht oft, nicht dringend genug kann man unter diesen Verhältnißen mahnen, den schlimmsten Fall vorzusehen, und zu dessen Bekämpfung und Abwehr das einzige ausreichende, das 1813—15 so trefflich erprobte Mittel (nachdem jedes andere zu nichte geworden), wieder zu Hülfe zu rufen, — nemlich den freien Volksgeist!

Speyer, den 24. Sept. Das kgl. bayr. Landcommissariat an die Redaction der Speyerer Zeitung dahier. — In Gemäßheit des Art. 47 des Gesetzes vom 17. März 1850 „zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse betr." wird die Redaction der Speyerer Zeitung aufgefordert, nachstehende amtliche Berichtigung in das nächste oder zweitfolgende Blatt der Speyerer Zeitung aufzunehmen.

In Nro. 231 — b der Speyerer Zeitung ist in einem Artikel aus Speyer die Bemerkung enthalten, daß die Otterstadter Auswanderer über 5 Wochen „müßig" in Bremen hätten liegen müßen. Diese Angabe ist falsch.

Nach zuverläßiger Mittheilung aus Bremerhaven haben die arbeitslustigen Auswanderer ihren Aufenthalt daselbst zweckmäßig benützt, den dortigen Taglohn sich zu Nutzen gemacht, an den neuen Hafenbauten tüchtig gearbeitet und dadurch Gelegenheit erhalten, eine kleine Summe sich zu erwerben, welche als reiner Sparpfennig zu betrachten ist, da sie für keinerlei Bedürfniße, namentlich nicht für Kost und Wohnung, zu sorgen hatten. — D. A. Pfeufer.

München, den 22. Sept. Die „N. Münch. Z." erklärt gegen den „Staatsanzeiger für Württemberg," daß, was sie am 17. d. über den wahrscheinlichen Sinn der Antwort der Darmstädter verbündeten Regierungen gesagt, sie jetzt mit noch mehr Grund seinem ganzen Inhalte nach aufrecht erhalten zu können glaube.

München, den 24. Sept. Nach dem gestrigen Manöver hat auch die leichte Cavallerie das Lager bezogen. — Am Sonntag wird große Kirchenparade auf dem Lagerplatze abgehalten werden. Am Montag findet das letzte Feldmanöver statt; am Dienstag werden die verschiedenen Truppenabtheilungen den Marsch in ihre Garnisonsorte antreten.

Ministerialrath Dr. Daxenberger soll die neu ins Leben tretende Stelle eines Generaldirectors für Kirchen- und Schulangelegenheiten erhalten.

Wiesbaden, den 25. Septbr. Gestern wurde die dritte und letzte allgemeine Sitzung der deutschen Aerzte und Naturforscher gehalten und die Versammlung geschlossen. Das einstimmige Urtheil der Mitglieder und Theilnehmer lautet, daß die dießjährige Versammlung gleich wie sie eine der zahlreichsten war, an wissenschaftlichem Interesse die meisten der bisherigen übertroffen habe.

Kurhessen. Hr. Hassenpflug schreitet consequent weiter und soll, wie man der „Z. f. Nordd.“ schreibt, beabsichtigen, die Privat- und Ohrenbeichte in der reformirten Kirche Kurhessens einzuführen.

Dresden, den 19. Sept. Der Preuß. Ztg wird ein Rescript des Cultusministeriums mitgetheilt, welches den Geistlichen und Schullehrern fortan die Ausübung der Jagd verbietet.

Hildesheim, den 22. Sept. Die hiesige protestantische Beamtenwelt ist in großer Aufregung und hält den Protestantismus seit vorgestern ernstlich gefährdet, weil bei der an diesem Tage stattgehabten Beerdigung eines höheren Verwaltungsbeamten (des Regierungsraths Leue), trotz der ergangenen Anzeige, sämmtliche katholische Geistliche und fast alle katholischen Beamten die Theilnahme verweigert haben.

Köln, den 25. Sep. Außer dem politischen Proceß gegen Dr. Becker und Genossen, welcher vom 4. bis 16. Oct. vor den Geschworenen dahier zur Verhandlung gelangt, wird in der nächsten Assisensession über die Anklage gegen Dr. D'Ester wegen Hochverraths entschieden werden.

Münster, den 23. Sept. Auf die von hier abgegangene Adresse um Zurücknahme der Verfügung wegen der Reisepässe nach Rom ꝛc., ist eine ministerielle Antwort erfolgt, im Wesentlichen des Inhalts: Es handle sich um Dinge, welche dem Gebiete der Staatsverwaltung angehörten; die Verordnung bezwecke weder eine Erweiterung noch Verschärfung, sondern lediglich die fernere Gültigkeit der bisher angewendeten Vorschriften. Eine Beeinträchtigung der katholischen Kirche sei darin nicht enthalten.

Berlin, den 23. Sept. In der nächsten Woche dürfte eine Zollconferenz stattfinden. Es werden an derselben natürlich nur die Bevollmächtigten Theil nehmen, welche in der Sitzung vom 17. d. M. zugegen waren. Eine Verzögerung der Antwort der Coalirten wird keinesfalls auf diesen Beginn der Weiterverhandlungen irgend welchen Einfluß ausüben. (C. B.)

Berlin, den 23. Sept. Sollte Preußen (schreibt man der „Voß'schen Zeitung“ aus Wien) mit den Coalirten sich nicht einigen können, so dürfte die Fortsetzung der Verhandlungen in Frankfurt, nicht hier, geschehen; denn der Kaiserstaat betrachtet die endliche Einigung in der handelspolitischen Frage als die Spitze seiner gesammten Staatsthätigkeit und wird unfruchtbaren Einzelcongressen nicht weiter das Wort reden.

Luxemburg, den 15. Sept. Durch einen Hirtenbrief des apostolischen Vicariats werden alle Lehrer des Landes aufgefordert, sich in Luxemburg einzufinden, um vom 20. bis zum 25. den geistlichen Exercitien beizuwohnen, die in der Normalschule abgehalten werden sollen. Die Lehrer werden im Namen des apostolischen Vicars eingeladen und allen Kirchspielspfarrern wird anbefohlen, daß sie dieselben zwingen zu kommen und nicht zugeben, daß irgend welche Furcht sie zurückhalte. Die Regierung konnte eine solche Maßregel nicht autorisiren, denn dieselbe entzieht nicht nur die Lehrer auf einige Zeit den Schulen, sie ist auch der stärkste Ausdruck jenes Zwanges, den die Kirche überall auf den Unterricht zu üben beginnt.

Wien, den 21. Sept. Man will das Eisen schmieden, so lange es noch warm ist. Der glückliche Erfolg der letzten Anleihe hat den Muth gehoben und es ist alles Ernstes die Rede davon, eine sofortige zweite Auflage folgen zu lassen, und zwar nicht in Papiergeld, sondern in Silber, zum Betrage von 30 Millionen und unter ähnlichen Modalitäten, wie sie im Frühjahre abgeschlossen wurde. Von anderer Seite wird eine Lotterieanleihe empfohlen mit möglichst niedrigen Apoints und mit einem dem badischen nachgebildeten Ausspielungsplane. Oesterreich hat seit 1849 vier Anleihen (die jetzige einbegriffen) im Betrage von 275 Millionen gemacht. Die Deficits während derselben Periode haben betragen 231 Mill., bleiben also netto nicht mehr als 44 Mill. Nehmen wir an, daß diese zur Tilgung der Schuld an die Bank, ferner zur Einziehung des vom Staate ausgegebenen Papiergeldes verwendet worden, der gesammte Papierumlauf aber 380 Mill. ausmacht, so ist das Resultat all dieser ungeheueren, mit den größten Opfern erkauften Anstrengungen nichts weiter, als eine Verminderung von 12 pCt. der Gesammtsumme der Insolvenz. Dieß heißt denn doch nicht viel mehr, als ein Tropfen auf einen heißen Stein. (Köln. Z.)

Die ministerielle Presse gibt heute dem belgischen Staate nicht blos den Rath, seine Institutionen zu modificiren, d. h. den Constitutionalismus factisch abzuschaffen, sondern sie erlaubt sich sogar förmliche Drohungen in dieser Richtung.

Die Oesterr. Corr. bringt einen Artikel gegen die preußische Ausschließung von den Zollverhandlungen. Sie nennt das Verfahren eine „alte Komödie“ und wünscht daß Preußen noch entschiedener herausgetreten wäre. Denn: „Es wäre etwas Würde in einem solchen Vorgange gelegen, denn auch unter Irrthümern und auf falschen Wegen läßt sich einige Würde behaupten.“

Schweiz.

Luzern. Wie der „Volksmann“ berichtet, ist ein Zögling des Klosters Engelberg, mit den besten Zeugnissen versehen und von Pfarrer Rölli besonders empfohlen, wegen eingestandener unnatürlicher Unzucht, Erpressung und qualifizirtem Betrug verhaftet worden.

Belgien.

Brüssel, den 24. Sept. Belgien feiert soeben den 22. Jahrestag seiner nationalen Unabhängigkeit. Das Wetter, welches die letzten Tage schon sehr unfreundlich gewesen war, hat sich plötzlich verändert, und wir haben den herrlichsten Sommertag. So begünstigt, war die große Revue der Bürgergarde und der Armee, die heute Statt gefunden, ein glänzendes Schauspiel. Nie hatte der Enthusiasmus eine solche Höhe erreicht, nie hatte Vivatgeschrei der Menge so sehr das Geränsch der Musik und den Donner der Kanonen bedeckt. Bei dem Defilee, welches vor dem Palaste Statt fand, brach die Bürgergarde, welche bis dahin ihren Eifer etwas zurückgehalten, in wahrhaft betäubendes Vivatgeschrei aus; selbst die Armee, gewohnt an die strengste Zurückhaltung, wollte dieses Mal nicht zurückbleiben, und ihre ehernen Stimmen vereinigten sich mit denen des Volkes. Wir glaubten uns wieder in 1848 versetzt, als bei den Nachrichten der Proclamation der Republik die Liebe des Volkes für unsere Institutionen sich so herrlich bewährte. Unter dem glänzenden Generalstabe, welcher den König umgab, bemerkten wir gleichfalls einen höheren preußischen Officier; ausnahmsweise sah man dieses Jahr keine französischen Uniformen in seinem Gefolge; auch die französische Le-

gation, welche bis jetzt stets dem Requiem beigewohnt hatte, welches zum Andenken der im September Gefallenen jährlich gefeiert wird, fehlte dieses Mal, was natürlich zu den abentheuerlichsten Gerüchten Anlaß gibt. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, den 23. Sept. Der mitgetheilte Artikel des Moniteur über das Kaiserthum ist, wie ich erfahre, nicht hier im Staatsministerium redigirt, sondern von Lyon aus eingeschickt, also wohl von L. Napoleon selbst inspirirt. Alle Briefe aus der Umgebung des Präsidenten, so wie, was hier in den Bureaux der Ministerien und in sonstigen eingeweihten Kreisen verlautet, stimmen darin überein, daß die Proclamirung des Kaiserreiches auf constitutionellem Wege sofort nach der Rückkehr des Präsidenten und in aller Eile vor sich gehen wird.

Die Reise des Präsidenten geht glücklich von Statten. In Lyon aber hätte dieselbe leicht ein unerwartetes Ziel finden können. Wie ich aus sonst guter Quelle erfahre, hatten die dortigen geheimen Gesellschaften beschlossen, dem Leben Louis Napoleon's ein Ende zu machen. (???) Das Loos traf einen Apotheker, und derselbe entleibte sich, weil er den Streich nicht auszuführen wagte. In Lyon soll, wie ein Privatbrief meldet, im Geheimen eine Untersuchung eingeleitet worden sein, und binnen Kurzem wird man wieder hören, daß mehrere ehemalige Sträflinge und in contumaciam verurtheilte Decemberinsurgenten nach Cayenne deportirt worden sind. Sonst sagt man: „Die Todten sprechen nicht," und heute heißt es: „Cayenne ist still, wie ein Grab." (Wenn an der Nachricht etwas Wahres ist, so mag der Vorfall ausgebeutet worden sein — für die plötzliche Beschleunigung des Kaiserthums.) — Hrn. Leymarie, dem man vor Kurzem seine orleanistische Correspondenz unterdrückte, ist jetzt auch seine Buchdruckerconcession entzogen worden. (K. Z.)

Die legitimistische, in Arras erscheinende Liberté, bereits zwei Mal verwarnt, zeigt ihren Abonnenten an, daß sie zu erscheinen aufhört, indem sie zugleich verspricht, ihre Pflicht wieder zu erfüllen, falls Frankreich kein Glück und keine Ruhe in seinen neuen Institutionen finden und traurige Tage wiederkehren sollten. Man spricht noch von anderen Blättern dieser Farbe, die eingehen werden.

† Paris, den 24. Sept. Ein Decret im heutigen Moniteur unterdrückt das Ackerbauinstitut in Versailles. Ein anderes Decret ertheilt den Hrn. Cusin, Legendre und Duchesne eine Concession zur Errichtung eines großen allgemeinen Fabrikatendepots, das unter der Aufsicht des Staates den Producenten von Frankreich doppelten Nutzen gewähren soll. Einerseits soll es zum großen Bazar dienen, wo die Käufer die verschiedenen Fabrikate gegen einander vergleichen können, andererseits sollen die auf einen bestimmten Werth lautenden Niederlagsscheine, der den Inhabern von der Regierung garantirt wird, und die folglich wie alle anderen Werth repräsentirenden Papiere frei zirkuliren können, den Fabrikanten die Realisirung eines Theils vom Werthe der unverkauften Waaren erleichtern.

Alle Offiziere und Beamten haben, wie die Präfecten, Befehl erhalten, sich auf ihre Posten zu verfügen. Kein Offizier wird vor dem dem 1. Januar Urlaub erhalten. Diese Maßregel hat Sensation erregt und zu vielen Vermuthungen Veranlassung gegeben.

Die Gazette de France erzählt, daß die Lyoner Metzger oder Schlächter in ihrer Anrede an den Prinzen demselben „ihre Mitwirkung" angeboten, wenn er ihrer bei der Erfüllung seiner Aufgabe bedürfen sollte.

† Paris, den 25. Sept. Der Policeiminister verfolgte seit längerer Zeit ein Complott gegen das Leben des Präsidenten in Marseille. Man hat jetzt die Urheber entdeckt und verhaftet. Man fand außer einer Höllenmaschine 250 geladene kleine Gewehre und 4 große Geschütze für Kartätschenladungen.

Die letzten Nachrichten über die Reise des Prinzpräsidenten sind aus Avignon. In Grenoble hatte sich eine ansehnliche Anzahl alter Soldaten aus dem Kaiserreiche eingefunden, die sich in ihren alten abgetragenen Uniformen unter einer Fahne sammelten, welche die auffallende Inschrift trug: „Von 1805 bis 1815!"

Das protestantische Consistorium hat in Grenoble dem Präsidenten seine Aufwartung gemacht und er hat auf dessen Anrede erwiedert: „Obwohl guter Katholik, werde ich doch stets die Gewissensfreiheit in Frankreich beschützen."

Der Peruanische Gesandte in Rom, der gegenwärtig in Paris anwesend ist, adressirt an die Journale eine Protestation gegen den Artikel des Courier de Lyon, worin es heißt: „Die deutschen Auswanderer, die sich nach Peru begeben, werden wie Waare behandelt &c." Er erzählt seinerseits, daß die Emigration von 800 Deutschen, wovon nur 3 bei der Ueberfahrt gestorben, sich sehr wohl befinde. Alle seien bis sie selbst ein Unterkommen gefunden hätten, vom Unternehmer Rudolpho anständig verpflegt worden. Gegenwärtig verdienten die geschickten Arbeiter 10 bis 15 Fr. täglich, und die nur zu Taglöhnerarbeit Tauglichen verdienten 50 Fr. monatlich, bei freier Kost und Wohnung; die Arbeit auf den Guano-Inseln werde mit 10 Fr. per Tag bezahlt. Die Fremden seien frei von Militärpflicht, man nehme sie aber als Freiwillige an, und sie erhielten als solche 1 F. 60 C. täglichen Sold, außer den gewöhnlichen Rationen. Der Gesandte halte sich zu dieser Bekanntmachung verpflichtet, um die Familien der Ausgewanderten über deren Schicksal zu beruhigen.

Der „Siecle" eifert sehr gegen die Aufhebung des Agronomischen Instituts in Versailles, welches am 3. October 1848 unter der Regierung Cavaignacs gegründet wurde. Er bemerkt, daß die Agricultur, die wichtigste aller practischen Wissenschaften, ohne Theorie bleibe, wenn man nicht neue Anstalten, welche den Zweck des aufgehobenen Instituts erfüllen, einrichte. Der Constitutionnel dagegen ist mit der Aufhebung desselben sehr zufrieden. Er nennt das Institut eine geplatzte Seifenblase der modernen Ideologen, welche den Bauern den Kopf mit unnöthigen Wissenschaften vollpfropfen wollten. Er scheint vergnügt zu sein, daß wieder ein Product der provisorischen Regierung vom Jahre 1848 vernichtet worden ist.

In Lille haben die Sackträger ihre Arbeit eingestellt, weil sie einen höheren Taglohn verlangen.

Zu Montpellier ist die Deputirtenwahl nicht zu Stande gekommen, weil kaum ein Neuntel der Wähler sich einfand. — Im Eber-Departement hat man zu Ehren Granier de Cassagnac's Triumphbogen errichtet. — Der Präfect des Var hat 15 Gemeinderäthe aufgelöst, weil „sie in ihrer Majorität aus Demagogen und December-Insurgenten zusammengesetzt waren." — Am 9 Sept. begaben sich die Domänenbeamten und zwei Brigaden Gendarmerie nach dem der Familie Orleans früher angehörigen Schlosse Lepaud bei Bourganeuf um Besitz von demselben zu nehmen. Der Generalwächter des Schlosses protestirte, und man war genöthigt, die Thüren mit Gewalt zu sprengen.

Paris, den 23. Sept. Der Doubs setzte von Besancon an die ganze Gegend unter Wasser und richtete große Verheerungen an. Eine große Anzahl Schiffe gingen unter und eine Masse Holz (im Werthe von 200,000 Fr.) wurde fortgeführt. Sechs Waschhäuser der Stadt, 60 bis 70,000 Franken werth, wurden ebenfalls von den verheerenden Fluthen fortgerißen. In Besancon selbst hat man nur ein Menschenleben zu beklagen. Was Montbeliard anbelangt, so hat das Wasser dort nicht minder fürchterlich gewüthet. Die Straßen waren während 56 Stunden mit einem sich wild dahin stürzenden, beinahe 7 Fuß hohen Strome bedeckt. Mehrere Häuser sind eingestürzt, andern droht ein ähnliches Schicksal; Möbel, Holz, Vieh u. s. w. wurden in Masse von dem Wasser fortgeführt und vier Brücken zerstört. Man hat jedoch nur ein Menschenleben zu beklagen.

Der französische Marineminister hat bei seiner Anwesenheit in Bordeaux das Tauch-Schiff des Dr. Payerne

untersucht. Mit diesem Schiffe kann man nicht allein auf dem Meeresgrunde (die Luft wird durch chemische Processe erneuert) so lange arbeiten, als man will, sondern der Doctor hat auch das Mittel gefunden, sein Schiff durch Dampf zu dirigiren, und das Problem einer unterseeischen Schifffahrt gelöst. Der Doctor hat sich verpflichtet, von Frankreich aus, einerlei, von welchem Puncte, mit seinem Schiffe England zu erreichen. Die Erfindung ist von großer Wichtigkeit, da sie dem Kriegsmarinewesen eine ganz andere Gestalt geben kann. Wir würden in Zukunft dann nicht allein unterseeische Telegraphen, sondern auch unterseeische Seeschlachten haben.

Italien.

* **Turin**, den 20. Sept. Die Arbeiten an der Eisenbahn von Suza haben bereits begonnen. Bekanntlich liegt Suza am Fuße des Mont Cenis.

* **Rom**, den 15. Sept. Der Papst, welcher immer noch im Castel Gondolfo residirt, hat die Auflösung und Neuorganisirung des Douanencorps angeordnet.

Spanien.

* **Madrid**, den 19. Sept. Der Redacteur des Journals La Actualidad, Hr. Rin, hat den Bischof von Barcelona wegen Injurien verklagt. Der Alcade hat den Bischof, der im angesetzten Termin nicht erscheinen wollte, zu einer Geldstrafe verurtheilt. Der Kläger hat jetzt seine Klage vor den obersten Gerichtshof gebracht.

Großbritanien.

* **London**, den 23. Sept. Gestern brachte das Schiff „Parana" Nachrichten aus Westindien. In Martinique, Barbados und in Jamaica herrscht das gelbe Fieber. In Lima herrschte wegen der von Nordamerika erhobenen Ansprüche auf die Inseln Lobos große Aufregung. Peru hat 10,000 Mann an die Grenze der Aequatorstaaten abgeordnet.

* **London**, den 24. Sept. Die Recrutirung für die Miliz in London geht sehr langsam von Statten. Man zweifelt, daß man die nöthige Anzahl wird zusammenbringen können.

Die Bank beabsichtigt 5 Schillingstücke von Gold zu prägen, da die Silbermünzen immer seltener und das Gold immer häufiger wird.

Rußland.

St. Petersburg, den 16. Sept. Der Generaldirector des Postdepartements, General der Infanterie, Graf Adlerberg I., ist zum Minister des kaiserlichen Hauses, und der Generalgouverneur von Podolien und Volhynien, General der Infanterie, Bibikow I., zum Minister des Innern ernannt.

Odessa, den 10. Sept. Ein großes Militärmanöver wird zu Wosnesensk im Beisein des Kaisers, welchem Fürst Woronzoff entgegengereist ist, abgehalten werden.

Vereinigte Staaten.

Privatnachrichten aus **Panama** melden, daß das Dampfschiff, welches am 10. August mit 1100 Passagieren von dort nach San Francisco abfuhr, wieder zurückkehren mußte, weil auf dem Schiffe Cholera und Fieber im hohen Grade wütheten. Die Reise über die Landenge wird in gegenwärtiger Jahreszeit als überaus gefährlich geschildert, weil während der Regenzeit die Wege glitschig und unsicher sind. Die ganze Straße war, wie ein Reisender es schildert, mit todten Maulthieren, die ausgeglitscht und gestürzt waren, und zurückgelassener Bagage wie besäet.

Miscellen.

Die mit der brasilianischen Regierung von dem Bundescommissarius Dr. Fischer eingeleiteten Verhandlungen wegen Ankaufs der unverkauften deutschen Kriegsschiffe haben bis jetzt zu einem Resultate nicht geführt und es ist neuerdings der brasilianischen Regierung unter Aufstellung einer letzten Offerte kundgegeben worden, daß man bei Beginn des nächsten Monats einer bestimmten deßfallsigen Rückäußerung entgegensehe.

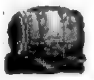
Die große Rivolistraße in Paris ist jetzt nach 8monatlicher Arbeit so weit vorgerückt, daß sie am 10. oder 20. December eingeweiht werden kann, indem L. Napoleon sich durch sie nach dem Stadthause begeben wird. Sie ist 22 Meter (gegen 70 Fuß) breit und hat 240 Häuser mit 12,000 Einwohnern aus der Stelle gedrängt. Sie kostet der Stadt Paris 17½ Mill., wozu aber noch 7 Mill. für die Verlängerung der Arcaden bis in die Louvregegend kommen werden.

In Wien ist am 18. Sept. von einer ledigen Wäscherin ein eigenthümlicher Mord begangen worden. Dieselbe machte selbst bei einer dortigen Behörde die Anzeige, daß sie an diesem Tage auf dem Wege von Mauer nach Atzgersdorf, wohin sie sich zu ihrer Schwester begeben wollte, beim atzgersdorfer Teiche einem bei vier Jahre alten Knaben begegnete, den sie unversehens erfaßte und in den genannten Teich warf, wo derselbe ertrunken ist. Sie will dies aus Verzweiflung gethan haben, weil sie die Eltern verloren, seit längerer Zeit weder Erwerb noch Unterstand finden konnte und ihres Lebens überdrüssig war.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1247] Ein Kalander, hauptsächlich für eine Bleichanstalt oder Färberei passend, mit Walzen aus Beckholz, welche sehr hübsch mangen und sich nicht verziehen oder Risse bekommen, ist billig zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Anfragen Georg Stoll in Mannheim.

[1246] **Wein- und Fässerversteigerung.**



Dienstag, den 5. October nächsthin, Morgens 9 Uhr zu Edenkoben im Mayer'schen Bierkeller, läßt Michael Dreifuß, Privatmann zu Edenkoben wohnend, wegen Wohnsitzveränderung, folgende gut und rein gehaltene Weine öffentlich versteigern:

12,000 Liter Freinsheimer 1844er Riesling,
19,500 Liter Edenkober 1849er,
2,200 Liter Weyherer 1850er,
3,300 Liter Hambacher dito,
11,600 Liter Alsterweiler dito,
8,800 Liter Edenkober 1851er,
4,400 Liter Hambacher 1851er,
8,800 Liter Weyherer dito.

Die Proben werden am Tage der Versteigerung verabreicht.

Sodann werden unmittelbar nach dieser Versteigerung die in Eisen gebundenen Fäßer, worin die Weine liegen, von 44 Ohm bis zu 1 Ohm abwärts, mitversteigert.

Venningen, den 24. September 1852.

Aus Auftrag:
Schauberg, Notar.

[1238²] **Anzeige.**

Bei Unterzeichnetem findet bis Dienstag den fünften October ein Israelitischer Ball statt, wozu alle Ballliebhaber höflichst eingeladen werden.

Mutterstadt, den 20. September 1852.

Peter Magin, Adlerwirth.

[1225³] **Für Blumenfreunde und Kunstgärtner.**

Ein Cactus Ficus indica (Indianischer Feigen-Cactus) von 15 Fuß Höhe, als Spalier gepflanzt, der schon vielseitig von Kennern als ein seltenes Exemplar anerkannt und bewundert wurde und sich seiner außergewöhnlichen Größe und schönen Wuchses wegen, besonders zur Zierde eines Gewächshauses eignen würde, steht aus Mangel an Platz zu verkaufen bei Carl Vollmer in Germersheim.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch — Nro. 234 — den 29. September 1852.

Deutschland.

* **Speyer**, den 28. Sept. In Frankreich hat man also wieder Verschwörungen und Höllenmaschinen entdeckt! Die Sache hätte in unsern Augen keine Bedeutung, wenn wir darin nicht den beinahe nothwendigen Vorläufer des Kaiserthums erblickten. Ein Paar Verschwörungen und eine Höllenmaschine bahnten das erste Mal dem Kaiserthume den Weg, und die ganze heutige Entwicklung ist ja nur das (freilich sehr geschwächte) Abbild der damaligen. Jetzt kann man sagen: die Factionen haben die Verfassungsänderung nothwendig gemacht; jetzt ist das Laue in der angefeuerten Begeisterung ergänzt; jetzt lassen sich alle Phrasen über Sicherheit und Stabilität der Regierung wiederholen und — wir glauben nicht, daß die neue Krönung bis zum nächsten Jahre auf sich warten lassen wird. Was mag sich aber weiter an dieselbe noch knüpfen? — Wir haben unsere Ansicht darüber, die freilich von unsern Wünschen weit abweicht, wiederholt ausgesprochen. —

Auf der Rundreise wird Napoleon vielfach als der „Dritte“ bezeichnet. Napoleons Sohn, den Herzog von Reichstadt, zählt man als Napoleon den Zweiten. Er wird sonach als Kaiser in partibus betrachtet! Als der Graf Provence den Namen Ludwig der XVIII. annahm, da lachte und spottete man, weil noch kein Ludwig der XVII. auf dem Throne gesessen hatte; man gab diesen Titel dem unglücklichen Kinde des hingerichteten Königs. Und doch war dieses Verfahren als Ausfluß des Prinzips des göttlichen Rechtes wenigstens nicht inconsequent. Dagegen ist ähnliches noch nie vorgekommen, wenn es sich um ein Herrscherthum handelte, das sich auf den Volkswillen, sonach die Volkssouveränität, (mit Recht oder Unrecht,) stützen und berufen will.

* **Speyer**, den 28. Sept. Aus America erhalten wir folgende Nachrichten:

** **Philadelphia**, den 25. Aug. Wichtig sind die Nachrichten aus dem englischen Goldlande, aus Australien. Dort steht die Trennung der Provinz von dem Mutterlande (?) und die Errichtung einer republicanischen Regierungsform in naher Aussicht. Die Vorbereitungen zu diesem Schritte wurden mit dem größten Eifer betrieben. — Der Ertrag der Goldminen war im Zunehmen; doch herrschte an den Minen große Trockenheit. Aus Californien wandern große Schaaren nach Australien aus und von Tag zu Tag nimmt die Auswanderungslust zu.

** Schon wieder ein Dampfbootunglück. Es scheint, der Monat August des Jahres 1852 wird reich werden an schrecklichen Dampfbootunfällen. Innerhalb drei Wochen haben wir drei solche Ereignisse, verbunden mit dem Verlust zahlreicher Menschenleben, zu beklagen. Zu dem Brande des Henry Clay und dem Untergange des Atlantic hat sich vorgestern ein ähnliches, wenn auch in seinen Resultaten minder schreckliches, doch immer höchst beklagenswerthes Ereigniß gesellt. Der Dämpfer Franklin war vorgestern Nachmittag von St. Louis nach Louisville abgegangen und hatte kaum 6 Meilen zurückgelegt als einer der Dampfkessel mit furchtbarem Getöse zersprang und Tod und Verderben rings verbreitete. Das Boot wurde völlig zertrümmert. Bis jetzt weiß man von neun Personen, die in Folge der Explosion das Leben verloren; dreißig andere sind arg verbrüht und so schwer verletzt, daß sie den Unfall nicht überleben werden: sechs Personen werden vermißt. — Nach einer spätern Depesche betrug die Zahl der Getödteten 15, jene der schwer Verwundeten gegen 40.

* **Speyer**, den 28. Sept. Eine „amtliche Berichtigung“ in der vorigen Nummer dieses Blattes hebt hervor, daß die armen Otterstadter Auswanderer zu Bremen nicht „müßig“ hätten liegen müssen, sondern daß die Arbeitslustigen an den Hafenbauten gegen Bezahlung arbeiten gekonnt hätten. Wir glaubten, jeder Leser werde den Ausdruck „müßig“ auf den Zweck der Reise beziehen, wollen indessen darüber um so weniger streiten, als es uns in dieser Sache von Anfang an einzig und allein nur auf den Cardinalpunct ankam, daß jene Leute fünf Wochen lang hingehalten wurden, bis sie zur Abreise gelangten. Diese Thatsache aber ist bis zur Stunde noch nicht bestritten worden.

ζ= **Aus der Pfalz.** Aus dem Gesträuch der Pfälzer Ztg. ist wieder einmal ein Schuß gefallen, der die Aufkündigung des Waffenstillstandes bedeutet und aufs Neue den kürzlich erst so weinerlich erflehten Frieden stört. Eine beachtenswerthe Stimme hat vor einiger Zeit in der Speyr. Ztg. diesen täglichen Friedensbruch hinlänglich gebrandmarkt und die Redaction jener Eingangs besagten Zeitung hat sich mit einer lamentablen Rechtfertigung und lächerlichen Aufzählung ihrer Verdienste sowol als auch ihrer Opfer (die klingenden Aequivalente hat sie vergessen) solchergestalt zu beschönigen gesucht, daß sie eine Abdikationsurkunde ihrer Schmähsucht und Verdächtigungsmonomanie veröffentlichte. Doch dem Waagbalken ihrer still aufzehrenden, untilgbaren Leidenschaftlichkeit scheint keine Waagschaale kühlen Verstandes das Gegengewicht zu halten, denn vereint mit dem edlen Zander bricht der kaum verwundene Grimm gegen die Demokratie aus dem tückischen Hinterhalte hervor, den sie sich aus dem bekannten Wucherprozesse bildet, um das Gift der Schmähung und Verdächtigung anezuspritzen. Wohlan, nur zu! wir waren darauf gefaßt, daß über kurz oder lang die innere Natur wieder Herr werden muß über äußern Zwang; Ueberraschungen gibt es keine mehr für uns! Bei einer jeden Makulaturversteigerung wird es dann dem kuriosen Liebhaber möglich werden, um den bekannten Münchener Preis eine Sammlung voll Schmähungen ähnlich jener des großen Philologen Scioppius, welche derselbe (wegen seiner Bissigkeit „der grammatikalische Hund“ genannt,) großmüthiger Weise für seine hierin schwächern Feinde aufgestellt hatte, billig zu acquiriren. Darin wird dann auch die schwere Unterlassungssünde einer Nichtveröffentlichung der Verhandlungen des Wolff'schen Wucherprozesses mit allen saftigen Epitheten Platz finden, wie sie bekannter Takt und Schicklichkeit schon längst auf den bekannten Markt bringt, um einer Partei eine so grob lügenhafte Solidarität aufzubinden. Wir übergehen im Allgemeinen die publicistische Flibusterei der Pflzr. Ztg. und wenden uns gegen die nun aufgestellte Solidarität der Democratie mit dem sogenannten revolutionären Judenthum, gegen welches der von Börne so geistreich verhöhnte und von Gutzkow in den Grund seiner Unwissenheit (als deutscher Geschichtschreiber) gebohrte Menzel eine verächtliche Lanze brach. Wenn die Redaction der Pflzr. Ztg. in ihrem **so ausschließlichen Judenhaß** die Schriftsteller des ehemaligen jungen Deutschlands darunter versteht, die auch das Morgenblatt damals als die „Judenjünglinge“ so schofel zu persifliren suchte und das Glaubensbekenntniß lästerte, weil es

der Geistlosigkeit an edlern Mitteln gebrach, — gut, so erklären wir ohne Anstand, daß wir die geistreichen Leute, welcher Religion sie auch angehören, stets hochschätzen und alle gerne in unsern Reihen sehen, wenn sie mit ehrlichen Waffen gegen jede Unterdrückung kämpfen. Dagegen überlassen wir gerne der conservativen Partei die von ihrer Ferse Unzertrennlichen, welche in zu sorgsamer Wahrung ihre Interessen ins Uebertriebenste stellen und conserviren, unbedacht um die allgemeine und spezielle Wohlfahrt derer, welche ihnen blind vertrauen, da sie bekannter Maaßen, um die Früchte ihrer niederträchtigen Habsucht zu erhalten und zu sichern, „Ruhe um jeden Preis" zum Aushängeschild ihrer guten Gesinnung zu machen pflegen, wie der berüchtigte Lengkerke in Hamburg und Haase in Bremen unter dem Mantel der christlichen Frömmigkeit und Liebe zur Ordnung ihr Leben lang gestohlen und betrogen haben.

Mit diesem Gelichter hatte die Democratie nie etwas gemein. Was sich ihr als gemeiner Troß in der Zeit der Bewegung angehängt, ist durch die Zeit der Krise schon längst wieder ins andere Lager geschoben und hat durch Kriecherei und Denunciationen die zerknirschendste Reue nicht ohne schielenden Blick nach guter Belohnung an das grelle Licht des Tages gelegt. Die formale Beschwichtigung dieser politischen Transsubstantiation heißen die Gebildeten: „Fortbildung ihrer politischen Ueberzeugungen," und sie werden und bleiben conservativ bis auf Weiteres.

München, den 24. Sept. Daß dem Regierungspräsidenten Grafen v. Reigersberg das Portefeuille des Innern übertragen worden, wird von ihm selbst in Abrede gestellt, zugegeben aber, daß solches in Aussicht stehe. Bis vor Postabgang hat auch noch der seitherige Minister des Innern, v. Zwehl, in diesem Departement fungirt. — Die Nachricht, daß Kriegsminister Lüder zum Generallieutenant befördert wurde, entbehrt der Begründung. (Nürnb. Kur.)

München, den 25. Sept. Ministerpräsident v. d. Pfordten liegt am Schleimfieber krank darnieder. — Bezüglich der Gerichtsorganisation erfährt man, daß die Durchführung derselben auf den 1. October 1853 verschoben ist. (Volksbotin.)

Die „Neuesten Nachr." sprechen von einer Verordnung der geistlichen Oberbehörde der Erzdiözese München-Freysing, welche demnächst erscheinen soll und wodurch den Geistlichen der Besuch von Gasthäusern bei Strafe der ipso facto eintretenden Suspension untersagt würde, welche Strafe sich auch auf jeden Geistlichen, Dekan, Pfarrer ꝛc., der von solcher Verbotsübertretung Kenntniß hat und keine Anzeige macht, erstrecken soll.

Darmstadt, den 25. Septbr. Die vertagten Verhandlungen des außerordentlichen Landtags werden mit dem 29. Sept. l. J. wieder beginnen.

Darmstadt, den 26. Sept. Das hier bisher erschienene „Hessische Volksblatt," welches vom 1. October an unter dem Titel „Volksblatt für Rhein und Main" fortgesetzt werde sollte, ist am ferneren Erscheinen polizeilich verhindert worden, weil der Redacteur, A. Becker, der sich augenblicklich bei seinen Wählern befindet, nicht am Druckort des Blattes wohnt.

Leipzig, den 24. Sept. Die Besorgniße, welche man schon im Voraus wegen eines schlechten Ausfalles der hiesigen Michaelismesse hegte, sind leider in noch höherem Grade, als man befürchtet hatte, in Erfüllung gegangen. (Frankf. Jour.)

Bremen, den 21. Sept. Der Dulon-Rösing-Dralle'sche Prozeß ist nun so weit gediehen daß die Acten einer Universität zum Spruch vorliegen.

Hamburg, den 24. Sept. Es soll nun wirklich an die Verkürzung der staatsbürgerlichen Rechte der Israeliten des Freistaates Hamburg Hand angelegt werden. Die Veranlassung hierzu sollen neuerdings hier eingelaufene Bundesnoten gegeben haben.

Dem Schriftsteuer Adolph Glasbrenner droht in Folge einer österreichischen Beschwerde die Ausweisung aus hiesiger Stadt.

Köln, den 26. Sept. Nach der gegen D. D'Ester öffentlich erlassenen gerichtlichen Citation lautet die Hochverrathsanklage näher dahin, daß derselbe „in den Monaten Mai und Juni 1849 durch seine Betheiligung an dem Aufstande in der Pfalz ein Attentat verübt habe, dessen Zweck war, die Verfassung des deutschen Bundes und in so fern die Staatsverfassung des Königreichs Baiern und die der übrigen deutschen Bundesstaaten gewaltsam zu ändern und die Bürger und Einwohner dieser Staaten gegen die verfassungsmäßige Gewalt ihrer Landesherren zu bewaffnen."

Berlin, den 24. Sept. Vor hundert Jahren wurden Berlin und seine Geheimniße von 3 Policeiräthen, 1 Policeiinspector, 2 Policeimeistern und 11 Sergeanten bewacht. Die gegenwärtige Policeiverwaltung dagegen zählt 1) an Bureaubeamten: 1 Präsidenten, 1 Oberregierungsrath, 2 Regierungsräthe, 5 Abtheilungsdirigenten, 8 Räthe und Assessoren, 46 Subalternbeamte, 6 Cassenbeamte, 4 Kanzleibeamte, 1 Botenmeister, 12 Boten und Diener, 1 Castellan, und 2) an Executivbeamten: 1 Policieobersten, 10 Hauptleute, 60 Lieutenants, 190 Wachtmeister und 1050 Schutzmänner, wovon 53 beritten sind. (!)

Berlin, den 25. Sept. Ein Artikel der als officiöses Organ geltenden „Zeit" sagt heute u. a., „der Schritt Preußens vom 17. d. M. schneide alle Ausweichungen und Weiterungen ab; er habe keinen Bruch herbeigeführt, aber er könne möglicherweise constatiren, daß ein Bruch vorhanden ist." — Ebenso sagt heute das „Preuß. Wochenblatt," „da man auf die diesseits mit Recht als conditio sine qua non geforderte 12jährige Dauer der neuen Verträge nicht eingegangen sei, ein Abbruch unvermeidlich würde, wenn derselbe nicht bereits unwiderruflich erfolgt wäre."

Die Kölnische Zeitung schreibt: Heute traf der baierische Ministerialrath von Herrmann hier ein und überbrachte den von der Coalition in München angenommenen Entwurf dem baierischen Bevollmächtigten bei der hiesigen Zollconferenz. Derselbe ist baierischerseits bereits ratificirt; sobald derselbe auch von den übrigen Staaten ratificirt sein wird, erhalten die Bevollmächtigten die Weisung zur Ueberreichung desselben. Die nächste Zollconferenzsitzung dürfte demnach im Laufe der nächsten Woche Statt finden, und wird der 30. d. Mts. als der Sitzungstag bereits bezeichnet. (K. Z.)

Ostrowo, den 24. Sept. Heute früh 7 Uhr wurde im Hofraum der hiesigen Frohnveste die Hinrichtung durch das Beil an vier Raubmördern vollstreckt, welche die Gastwirth Schippke'schen Eheleute in Zduny ermordet hatten. Der fünfte Verbrecher, Jankowski, wurde zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt.

Wien, den 21. Septbr. Es ist über ein Jahr als eine Anzahl Hörer des polytechnischen Instituts wegen politischer Umtriebe, in welche sie sich neuerdings eingelassen, arretirt worden sind. Sie standen in Verbindung mit andern Genossen ihres Gelichters in Galizien, und das ganze Complott wieder mit den Häuptern der politischen Flüchtlinge im Ausland. Die Conspiration trug einen, wenigstens was die Theilnehmer betrifft, fast ausschließlich polnischen Character. Die heutige Wiener Ztg. veröffentlicht die über sie gefällten Strafurtheile. Unter 15 Angeschuldigten sind 7 als schuldig, theils des Verbrechens revolutionärer Umtriebe und der Mitschuld am Hochverrath, theils der Mitwissenschaft und Theilnahme an denselben befunden, und zur Strafe von 12 Jahren Schanzarbeit bis herab zu 7jährigem Festungsarrest verurtheilt worden. Die andern 8 Individuen wurden wegen Mangel an zureichenden Beweisen ab instantia freigesprochen. Erstere waren sämmtlich geborene Galizier, und unter ihnen dem Stande nach 2 Techniker, 1 Inhaber eines Privaterziehungsinstituts, 1 Hörer der Rechte, 1 Buchhändler in Krakau, 1 Maler und 1 Güterverwal-

ter. Wegen einiger Compromittirten, namentlich des Adjuncten K. am polytechnischen Institute, dauert die Untersuchung noch fort, welche als Mitschuldige des hier hingerichteten Emissärs Pieringer dringend verdächtig sind.

— den 22. Sept. Das Ehegesetz ist der Triester Ztg. zufolge vom Kaiser, jedoch mit Vorbehalt der Zustimmung des päpstlichen Stuhles genehmigt worden. (!)

Die Rückkunft des Baron Haynau ist, wie der „Bresl. Ztg." geschrieben wird, in Folge einer Abberufung des Kaisers erfolgt, welcher in richtiger Würdigung der Stimme in der Armee die abenteuerlichen, die Ehre der österreichischen Uniform stets bedrohenden Irrfahrten des Helden zu beschließen, für angemessen hielt; doch hört derselbe Correspondent von militärischer Seite her versichern, daß der genannte General stets mit geheimen Aufträgen reise, und dessen gute Aufnahme in Paris vorzugsweise der an das Elysee gerichteten Botschaft zuzuschreiben sei.

— den 23. Sept. In Folge eines zwischen Oesterreich und dem Kirchenstaate abgeschlossenen Uebereinkommens erhalten die österreichischen Finanzcassen eine jährliche Entschädigung von einer halben Million Gulden für die Besetzung einiger Legationen durch kaiserliche Truppen.

— den 24. Sept. Das Secretariat der hiesigen Hochschule hat von Seiten des Unterrichtsministeriums die Weisung erhalten, keine Sammlungen für die von der dänischen Regierung entlassenen Professoren der Universität zu Kiel weder unter den Professoren, noch unter den Studenten zu dulden, (!) indem in einer solchen Theilnahme eine Demonstration erblickt werde, da Oesterreich nie an dem Krieg gegen Dänemark Theil genommen und den militärischen Anstrengungen der Herzogthümer niemals hold gewesen sei. (Bresl. Z.)

Niederlande.

Haag, den 22. Sept. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer hat die Wahl der Candidaten für das Präsidium stattgefunden und ein die Stärke der Parteien bezeichnendes Resultat geliefert. Die ernannten Candidaten sind die Herren Dullert, van der Linden und Baron van Zuylen van Nyevelt. Alle gehören der eminent liberalen Fraction der Kammer an.

Frankreich.

† **Paris**, den 26. Sept. Der Moniteur bringt über das Complott von Marseille folgende Einzelnheiten: „Seit einiger Zeit war der Polizeiminister auf der Spur einer geheimen Gesellschaft, deren Zweck täglich klarer hervortrat. Sie hatte sich vorgesetzt, nach dem Leben des Präsidenten zu trachten. Die Stadt Marseille wurde zur Ausführung dieses Planes gewählt. Der Generalinspector der Polizei, Sylvain Blot, verfolgte mit Sorgfalt die Entwickelung des Planes. Nachdem die Anfertigung einer Höllenmaschine beschlossen wurde, legten mehrere Verbündete Hand ans Werk, und die Maschine wurde schnell fertig. Sie bestand aus 250 Gewehrläufen und 4 großen Feuerschlünden zu Kartätschenladungen. Dies Alles war in 28 Theile getheilt. Aus Vorsicht wurden diese Abtheilungen an verschiedenen Oertern niedergelegt, bis man ein passendes Local gefunden hat, um die Höllenmaschine aufzustellen. Die Verschworenen beschäftigten sich nun mit der Aufsuchung einer Wohnung, die sich natürlicherweise auf der Passage des Prinzen befinden mußte. Sie suchte sich erst ein Local in dem ersten Stocke eines Hauses der Straße Aix aus, wo sie die Nacht vor der Ankunft des Präsidenten die Maschine aufstellen wollten. Einige Verdachtsgründe veranlaßten die Verschwörer diese Wahl aufzugeben. Es wurde ein zweiter Ort aufgesucht, der gleichfalls auf der Passage des Prinzen, Grand Chemin d'Air gelegen war. Es wurde ein kleines Haus im Ganzen gemiethet, das aus ebener Erde und einem Stockwerk mit 3 Fenstern Fronte bestand. Die Höllenmaschine sollte im ersten Stockwerk aufgestellt werden, und dort hat man sie auch mit Beschlag belegt. In dem Augenblicke der Hinwegnahme war einer der Verschworenen im Hause anwesend, die Uebrigen verhaftete man theils in der Wohnung, theils an anderen Orten. Der Generalprocurator beim Appellhof von Aix begab sich auf die Benachrichtigung des Generalinspectors der Polizei am 23. nach Marseille um sich mit dem Präfecten des Departements Bouches du Rhone über die zu nehmenden Maßregeln zu verständigen."

Die Chronique von Paris, eine halbmonatliche Zeitschrift vom bekannten Legitimisten Vilmessant redigirt, ist nach zweimaliger Verwarnung vom Generalprocurator unterdrückt worden. — Heute haben die Ergänzungswahlen in Paris begonnen. Es haben nur wenige Wähler ihre Karten gelöst. Im 3. District ist der Erfolg für den Candidaten der Regierung gesichert, dagegen gewinnt es den Anschein, daß Hr. Goudchaux im 4. District den Sieg davon tragen wird. — In Bordeaux hat man in den Tabaksläden eine große Anzahl Gypspfeifen mit den Bildnißen von Ledru Rollin und von Raspail mit Beschlag belegt.

Ein Corresp. der „Köln. Ztg." berichtet: Ich kann heute wiederholt, und gestützt auf äußerst sichere Mittheilungen, die von mir bereits ausgesprochene Ansicht bestätigen, daß das Kaiserreich noch vor Ablauf des Monats October proclamirt werden wird. Nach einer mir eben zugehenden Nachricht beschäftigt man sich sogar eifrig mit einem Plane, der es möglich machen würde, daß L. Napoleon bereits als Kaiser in Paris wieder einzieht. Dieser Plan ist der folgende: Die Mitglieder des Senates versammeln sich bei der Rückkehr des Präsidenten und gehen ihm bis Tours entgegen. Dort ersuchen sie L. Napoleon, ein Decret zu erlassen, welches sie zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen beruft. Diese Sitzung findet dann sofort in Tours Statt, und seance tenante erlassen sie den Senatsbeschluß, der L. Napoleon zum erblichen Kaiser der Republik von Frankreich erklärt, worauf er dann als Kaiser in Paris einzieht. Das ist der Plan, für dessen Ausführung in diesem Augenblick bei den Mitgliedern des Senats geworben wird und der ohne Zweifel ausgeführt wird, wenn nicht, was allerdings möglich aber unwahrscheinlich erscheint, ein Veto des Prinz-Präsidenten selbst daran hindert.

Paris, den 23. Sept. Bei der Gebundenheit der französischen Presse, muß man ihre enthusiastischen Berichte über die Reise des Präsidenten, die den Barometerstand für das nahende Kaiserthum abgibt, fortwährend controliren durch die Correspondenzen unabhängiger Blätter. Die legitimistischen Berichterstatter der „Berliner Kreuzzeitung" sehen nirgends Enthusiasmus, sondern allwärts nur Wohldienerei und Komödie. Ein Hr. v. B. schreibt dem genannten Berliner Blatt aus Roanne vom 17.: „Hr. v. Persigny ist wüthend; der Empfang des Präsidenten in seiner Vaterstadt war kühl, kühler als bisher an irgendeinem Ort, die Bourgeoisie grollte, weil sie nicht reich genug mit Einladungen zu dem Feste bedacht und die Beamtenschaft überall vorgezogen worden war. Der ländliche Enthusiasmus wollte nicht recht losgehen, es gab Momente einer unheimlichen Stille. (!) Der Präsident besuchte die Kirche nicht, was allgemein erwartet wurde, das verdroß, und endlich ging er, den Hut auf den Kopf, an einer Gruppe von Damen vorüber. Man sagte ganz laut: unsere alten Könige, so stolz sie auch waren, vor den Damen nahmen sie den Hut ab! Sonst vertheilte der Präsident auch hier viele kleine Gold- und Silberschmucksachen an Frauenzimmer, er muß einen ganzen Bijouteriewaarenladen mit sich führen. Einige Personen wurden, wegen lauten Denkens an die Republik, verhaftet."

Derselbe napoleonfeindliche Legitimist berichtet aus Lyon vom 19. d. Abends u. a.: „Nach 1 Uhr kam der Präsident Louis Napoleon Bonaparte hier an, man präsentirte ihm auf dem Perron des Eisenbahnhofs die Schlüssel der „zweiten Stadt des Reichs;" er spielte in der That den Kaiser recht artig, und die 1200 „anständigen" Menschen, die Einlaßbillets zum Bahnhof erhalten, riefen ziemlich einstimmig: Vive l'Empereur! Dann stieg

der prince-restaurateur, wie ich gelesen habe auf der 10. oder 12. Policei-Ehrenpforte, zu Pferde. Man hatte ihm ein sehr schönes Pferd gebracht. Er ritt den prachtvollen Rhone-Kai hinunter, rechts formirten die Truppen Spalier und links die Schulkinder; auf beiden Seiten scholl's, hier donnernd, drüben kreischend: Vive l'Empereur! Vive l'Empereur! Hier commandirten Staatsstreichgenerale, dort commandirten Schulmeister, le cordon pour toutes les bêtes im Knopfloch. Auf dem Platze Bellecour mußten einige Verhaftungen vorgenommen werden; ein Polizeidiener versicherte mich, es seien Menschen, die in ihrem Enthusiasmus für den prinzlichen Kaiser alle Schranken überstiegen hätten. Die höhere Policei hat ihre Sache sehr gut gemacht, der Präsident hat heute keinen andern Ruf gehört als Vive l'Empereur! und doch habe ich bei den Massen keine Spur von Enthusiasmus entdecken können. Ich weiß nicht, ob das französische Volk überhaupt noch enthusiasmusfähig ist. General Castellane hat gegen 1000 Personen für die Zeit der Dauer des Aufenthalts Bonaparte's hier in entfernten Localitäten interniren lassen. Die Zahl der Verhaftungen war heute sehr zahlreich."

Man liest in der Gazette de France: Ein Journal erinnert daran, daß im Jahre 1818 ein Attentat gegen den Herzog von Wellington in Paris stattgefunden hat. Angeklagt und freigesprochen wurde ein ehemaliger Unterofficier der kaiserlichen Garde, Namens Cantillon. In seinem 4. Codicill, datirt von Longwood (Helena), 24. April 1821, vermachte Napoleon dem Cantillon eine Summe von 10,000 Fr., welches also motivirt war: „Cantillon hatte ebenso viel Recht, jenen Oligarchen zu ermorden, als dieser mich auf den Felsen von St. Helena zu schikken, um hier zu sterben. Wellington, welcher dieses Attentat vorgeschlagen hat, suchte es durch das Interesse Englands zu motiviren. Cantillon, wenn er wirklich den Lord getödtet hätte, würde sich durch dieselben Motive gerechtfertigt haben: das Interesse Frankreichs, sich eines Generals zu entledigen, welcher außerdem die Capitulation von Paris verletzt und sich dadurch des Bluts der Märtyrer Ney und Labedoyère und der Beraubung der Museen schuldig gemacht hatte."

Zu Lyon haben etwa 120 Verhaftnahmen aus Veranlassung tüchtiger Hochs auf die Republik stattgefunden. Auch soll es einen schlimmen Eindruck auf den Präsidenten gemacht haben, als er auf einer Masse von Fahnen die alten drohenden Worte: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" erblickte.

Großbritanien.

Die „Gesellschaft zur Beförderung weiblicher Auswanderung" setzt ihre wohlthätigen Bestrebungen fort. Am 16. Sept. schiffte sich das 27ste Contingent, bestehend aus vierzig Frauenzimmern (armen Näherinnen u. dgl.) an Bord des „Carnatic" nach Sydney (Neu-Südwales) ein. Die Auswanderinnen werden mit strenger Rücksicht auf Sittlichkeit ausgewählt, und die Nachrichten die bisher von den vorausgegangenen (die meisten haben sich nach Australien gewendet) eingelaufen sind, lauten fast durchaus sehr günstig. Die meisten haben eine schnelle Versorgung durch anständige Heirath gefunden, wozu die Aussichten in England, wie überhaupt in Europa, für so viele Mädchen immer mißlicher werden. Freilich ist diese menschenfreundliche Hülfe nur ein Tropfen im Meer, und welche Noth verschämter Hausarmen in einer Stadt wie London herrscht, davon erzählt Spectator folgendes neueste Beispiel: „Zwei unverheirathete Schwestern, welche bessere Tage gesehen, Töchter eines Schullehrers auf dem Land und zu Erzieherinnen gebildet, hatten sich vor ungefähr einem Monat in der Edgeware-Road eingemiethet, und zahlten ihre Wochenmiethe regelmäßig. Unlängst hielten sie sich mehrere Tage eingeschlossen, und erregten dadurch den Verdacht der Hausfrau. Unter einem Vorwand gelangte sie in ihr Zimmer, und fand die Schwestern dem Hungertod nah. Sie bot ihnen Nahrung an, welche sie ablehnten, und nach Entfernung der Hausfrau schlossen sie sich wieder ein. Am nächsten Tag hörte man ein Stöhnen aus dem Zimmer, man sprengte die Thür, und fand die Schwestern die sich umarmt hielten, in äußerster Schwäche auf dem ärmlichen, aber reinlichen Bett liegend. Die Behörden legten sich ins Mittel, und ließen die Unglücklichen nach dem Krankenhaus des Kirchspiels Marylebone bringen, wo sie jedoch noch nicht außer Gefahr sind. Seit längerer Zeit ohne Stelle, hatten sie ihren unbemittelten Eltern nicht länger zur Last fallen wollen, und waren nach London gekommen um sich durch ihre Nadel fortzubringen. Das schlug ihnen fehl, und nachdem sie ihre geringe Baarschaft verzehrt, beschlossen sie lieber zu sterben als sich an die Armenpflegschaft zu wenden und dadurch „Unehre über ihre Familie zu bringen." Und wenige Schritte von solcher Armuth schwelgt der ungemessenste Reichthum, herzlos und hochmüthig, in Palästen! Man braucht wahrlich kein Socialist zu sein, um einen solchen Gesellschaftszustand wenigstens nicht christlich im Sinn des Evangeliums zu finden, und zu finden, daß der britische Staat dem Herzog v. Wellington den Sieg bei Waterloo mit 400,000 Pf. St. doch etwas zu theuer bezahlt hat. (A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, den 17. Sept. Durch kgl. Patent werden die Wahlen zur schleswigschen Provincialständeversammlung angeordnet und als äußerster Termin für die Beendigung derselben das Ende des Januars 1853 bezeichnet.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1248] **Anzeige.**

Wir machen anmit die ergebenste Anzeige, daß Herr P. Schrob in Speyer beständig ein Lager unserer optischen Fabrikate unterhält und besonders eine schöne Auswahl unserer bekannten vorzüglichen gefaßten und ungefaßten Brillengläser besitzt.

Stuttgart, den 19. September 1852.

Gebrüder Koch. Herrmann Koch.

☞ Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleistet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreisung sein wird, mit der Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft. ☜

Königl. bayerisch und königl. würtembergisch concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geschwollene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken- und Kopfschmerzen, auch Seitenstechen.

Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen und königl. würtembergischen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchst preislichen Ministerien in Baiern und Würtemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ „ 30 kr.

Aerzliches Gutachten.

Diese neu erfundene Gichtleinwand habe ich für sehr practisch gefunden und wenn dieselbe nach Vorschrift bei Rheumatismus und Rothlauf angewendet wird, eine weit schnellere Wirkung hervorbringt, als Gichtpapier und galvanische Ketten.

Außerdem hat sie noch den Nutzen, daß dieselbe nicht zerreißt (wie solches beim Gichtpapier der Fall ist) die leidende Stelle bleibt daher bedeckt und ist vor Luft geschützt; und möchte ich deßhalb diese Gichtleinwand sehr empfehlen. Menicken, pract. Arzt.

Nachdem Wundarzt Menicken die vorstehende Unterschrift als ächt anerkannt hat, wird dieß hierdurch beurkundet.

Stuttgart, den 25. Mai 1849.

Kgl. Stadtdirection.

Bölz, O.-A.-Actuar.

☞ Diese Gichtleinwand ist in Speyer einzig und allein zu bekommen in der Handlung von **Louis Cron**, und in Kirchheimbolanden bei Buchhändler **Ruff.** [1113[2c]]

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 235 | den 30. September 1852.

Deutschland.

* **Aus Württemberg,** den 27. Sept. Je mehr die Zeit der deutschen Erhebung hinter uns rückt, und je strenger die Zügel zur Handhabung von Ruhe und Ordnung angezogen werden, desto unverhohlener richtet sich das System der Landesherrlichkeit wiederum auf dem altgewohnten Fuße ein. Nur daß bei aller Mühe, welche die Hofsprache sich gibt, der alte Anschein des patriarchalischen Regiments sich nicht mehr finden will. Der tiefe Ernst einer traurigen Wirklichkeit blickt durch alle Kundgebungen der officiellen Loyalität hindurch, wobei sie sich auf den Stelzen des Hofdienstes und der Bureaucratie bewegen, oder im lauten Getöse des militärischen Pomps auftreten. Wie die österreichischen Staatsanleihen in ihrer raschen Aufeinanderfolge über die wahre Natur der Kaiserlichen Finanzprosperität Aufschluß geben, so beleuchten die Steuererhöhungen in den Kleinstaaten die Anforderungen, die man jetzt wieder an die Steuerkraft des Volkes machen zu können glaubt. In Württemberg geht man hiebei von der Voraussetzung aus, daß die Klagen über den Rückgang der volkswirthschaftlichen Leistungsfähigkeit alles Grundes entbehren und eine wesentliche und nachhaltige Erleichterung in den Staatsausgaben keineswegs geboten sei. Anders wenigstens lassen sich die neuesten Verfügungen und Ernennungen nicht erklären. Nachdem das Jahr 1848 endlich eine Verminderung der zahlreichen Generalität gebracht hatte, und die Einrichtung getroffen wurde, die vier schwachen Reiterregimenter als Brigade zu formiren, die unter das Commando Eines Generals gestellt wurde, so erging nun in den letzten Wochen die Verfügung, daß die Reiterbrigade wiederum eine Division bilde, und da natürlich ein Brigadegeneral nicht als Divisionsgeneral functionirt, so steht wiederum die Ernennung eines solchen, und außerdem eines zweiten Generalmajors in Aussicht. Die Ernennung der fünf Departementschefs zu Ministern ist Ihnen bekannt. Die Staatscasse wird dadurch für den Fall der Pensionirung um jährliche 10,000 fl. belastet. Die successive Publication der beschlossenen Finanzgesetze wird indessen die Folge haben, daß es immer mehr ans Licht tritt, welche Bewandniß es mit der Zahlungsfähigkeit der Steuerpflichtigen habe, zumal nachdem es u. a. auch zu den Früchten des letzten Landtags gehört, daß während alle Classen des Volkes höher besteuert wurden, nur allein den Appanagirten und Besoldeten eine Erleichterung zu Theil geworden ist. — Die Zollvereinskrisen fangen an, gerade derjenigen Classe die Augen zu öffnen, welche sich am unbegreiflichsten von den goldenen Bergen hat täuschen lassen, welche die Reaction seiner Zeit versprochen. — Die große Zahl des besitzenden Mittelstandes lernt allmälig aus dem Spiel der Diplomatie erkennen, wessen man sich auch in den handelspolitischen Nationalfragen von den Groß- und Kleinstaaten zu versehen habe. Man fängt immer mehr an, Dasjenige zu suchen, anzuerkennen und hochzuschätzen, dessen Mangel und dessen in der Minderheit gebliebene Thatkraft der deutschen Sache den schwersten Stoß gegeben hat: — die Entschiedenheit des Characters. Und wenn diese Selbsterkenntniß in der schweren Trübsal der Zeit eine immer mehr nachhaltige Stärke gewinnt, so mag die Democratie es wohl zufrieden sein, wenn auch sie von dem Feuer der Läuterung nicht verschont bleibt, sondern fortfährt, jenen Grundsätzen Achtung zu verschaffen, welche als die „einer idealen, durch Sittlichkeit geläuterten Democratie" gerade von Seiten Derjenigen prädicirt werden, welche sich selbst zur Entschuldigung behaupten, daß sie von diesen Grundsätzen als von denen „einer wirklichen mitkämpfenden und mitringenden Partei unter den politischen Fractionen des Tages" nichts hätten entdecken können. — Unser politisches Wochenblatt, das Organ Römers, liegt derzeit wieder im harten Streit mit dem Staatsanzeiger und der Hofpresse, und die Blößen, welche dieser halbofficiellen Presse durch die fortwährenden Provocationen, wie sie gerade von Persönlichkeiten dieser Art ausgehen, gegeben werden, sind immerhin ein beachtenswerthes Zeichen der Zeit. Warum, muß man fragen, kann die Regierung es geschehen lassen, daß ihre Stellung und ihre Interessen von Männern einer solchen Vergangenheit bevorwortet werden? Und welchen Eindruck muß es im übrigen Deutschland machen, wenn das politische Wochenblatt, ohne Behelligung der Policei, ohne Confiscation und ohne Einschreitung des Staatsanwalts, es sagen kann: daß, so wie die Dinge stehen, der Staatsanzeiger eine Unterkunftsanstalt für entlassene Strafgefangene sei!? —

** **Geschichtliche Erinnerungen.** Auf die erste Kunde von der zu Marseille angeblich entdeckten Höllenmaschine konnte man mehrfach Bemerkungen vernehmen, daß dies nur ein Mittel zur Förderung der Kaiserplane sei. Wenn man den Bericht des Moniteur über die Entdeckung liest, wird man sich in dieser Meinung nur bestärkt finden. Wie kam es, daß die Policei vom ersten Anfang an alles so genau wußte?! Es dürfte unnöthig sein, darüber viele Worte zu verlieren.

Ludwig Bonaparte bereist gegenwärtig großentheils die nemliche Route, welche sein Oheim im Frühjahre 1814 durchziehen mußte, als er, nach der ersten Abdankung, sich nach der Insel Elba zu begeben hatte. Welcher Stoff zu Parallelen! Man hat jene Reise des Kaisers wenig beachtet und selten von ihr geredet. Es wird daher eine kurze Mittheilung darüber heute hier nicht am unrechten Orte sein.

Es war am 20. April 1814, als Napoleon von Fontainebleau abfuhr. In der ersten Zeit ward er überall mit dem Rufe: „Es lebe der Kaiser!" und mit Aeußerungen des Widerwillens gegen die Alliirten empfangen, und die fremden Kommissarien wurden mit Beschimpfungen überhäuft. Auffallend war es, wie Napoleon mit boshafter Freude alle die Ausfälle über Preußen wiederholte, hingegen den Commissarien der andern Staaten sein Bedauern aussprach, daß sie unaufhörlich beleidigt würden. Am 21. kam man bis Nevers, immer im Geleit der gleichen Begrüßungen und Verwünschungen gegen die Verbündeten. In Villeneuve-sur-Allier blieb die letzte Abtheilung der Garde, die den Kaiser von Nevers aus begleitet hatte, zurück; die angebotene Begleitung durch Truppen der Verbündeten wies er von der Hand, und äußerte gegen die Kommissarien: „Ich will nicht das Aussehen eines Staatsgefangenen haben, und zu meiner Sicherheit brauche ich die fremden Soldaten nicht." Zu Moulins, am 23., kamen ihm zum ersten Mal die weißen Kokarden und der Ruf: „Es leben die Alliirten!" entgegen. Gegen 11 Uhr Abends langte er in Lyon an, wo ihn wieder zahlreiche Haufen Volks mit dem Rufe: „Es lebe der Kaiser! Es lebe Napoleon!" begrüßten. Bis hierher glich seine Reise eher einem Triumphzug, als der Reise eines abgesetzten Kaisers; bald aber änderte sich die Scene. Von seiner Ankunft in Orange an (den 25.), bis zum Tage der Einschiffung

bei Frejus, hatte der Kaiser alle Arten von Erniedrigungen, von Drohungen und Beschimpfungen von dem Pöbel der Provence zu erdulden. Sobald er in Avignon angelangt war, und während man die Pferde wechselte, drang eine Menge Volks, das seine Ankunft erwartet hatte, um den Wagen, und stießen die fürchterlichsten Drohungen und Beschimpfungen, begleitet mit den Ausrufungen: „Es leben die Verbündeten! Nieder mit dem Tyrannen!" aus. Alle Bemühungen der Commissarien waren vergeblich. Mehre der Rasenden gingen so weit, daß sie mit angeschlagenem Gewehre den Kutscher des Kaisers zwingen wollten, „Es lebe der König!" zu rufen, was dieser aber dennoch standhaft versagte. Mittlerweile waren die Pferde angespannt und Napoleon reiste in gestrecktem Galopp. So wie in Avignon ging es überall her. In dem kleinen Dorfe Orgon war sogar vor dem Wirthshause, wo der Kaiser anhalten mußte, ein Galgen aufgerichtet, an welchem eine Figur in französischer Uniform hing, mit der Aufschrift auf der Brust: „Das wird früh oder spät das Schicksal des Tyrannen sein!" Um sich der Wuth der Rasenden zu entziehen, fand Napoleon für nothwendig, sich als Courier zu verkleiden; er zog daher einen schlechten blauen Ueberrock an, setzte einen runden Hut mit weißer Cocarde auf, und ritt auf einem Postpferd vor seinem Wagen her. Auf diese Art verkleidet langte er bei einem schlechten Wirthshause, la Calade, eine halbe Stunde von Saint-Canat, lange vor den Commissarien an, die ihn, da sie ihm nicht schnell genug folgen konnten, den größten Gefahren preisgegeben glaubten. Dort wurde ein Mittagessen bestellt und man setzte sich zu Tische; allein die anhaltenden anstößigen Aeußerungen der Hausleute und die unterwegs erfahrenen Mißhandlungen und Drohungen erfüllten den Kaiser mit Widerwillen und Besorgnißen; er aß von keiner Speise, und begnügte sich mit Brod und Wein, das er sich in den Wagen geben ließ und das er mit den Kommissarien theilte. — Man mußte endlich auf Mittel denken, wie man durch Aix kommen könne, woselbst, wie man benachrichtigt war, ein Haufen rasenden Pöbels an den Thoren der Stadt Napoleon erwartete. Man machte mehre Vorschläge. Der Kaiser pflichtete sogleich demjenigen bei, der dahin ging, auf der Straße nach Lyon zurückzukehren und eine andere Hauptstraße einzuschlagen, um sich einzuschiffen; die Commissarien erklärten aber, daß sie auf keinen Fall das zugeben könnten, und somit mußte an etwas anderes gedacht werden. Man kam indeß doch so weit überein, daß man die Straße nach Toulon oder Frejus über Digne einschlagen wolle. Inzwischen hatte sich ein Mann, in den der Kaiser Vertrauen setzte, angeboten, dem Maire von Aix ein Schreiben von Napoleon zu überbringen, und er äußerte große Hoffnungen für den Erfolg, daß es nemlich dem Maire gelingen werde, die Ruhe und Ordnung in Aix zu erhalten. Der Mann brachte auch wirklich die besten Zusicherungen zurück. Das beruhigte den Kaiser. Die Abreise ward auf Mitternacht gesetzt und eine Verkleidung angemessen erachtet. Man gab ihm die Uniform des Generals Koller, die Kopfbedeckung von Graf Waldburg-Truchseß und den Mantel des Generals Schuwaloff; der Adjutant dieses Generals setzte sich in den Wagen Napoleon's, und Napoleon selbst begab sich zum General Koller. Man passirte Aix ohne Unfall. Am Morgen langte man in Saint-Maximin an; der Kaiser vernahm, daß der Unterpräfect von Aix am Ort sei, und ließ ihn rufen. „Sie sollten", sprach er ihn an, „beschämt sein, daß ich mich verkleiden muß, um gegen die Beschimpfungen der Provençalen sicher zu sein. Ich hätte sechstausend Mann meiner Garde mitnehmen können; ich kam aber aus vollem Zutrauen zu Euch, und treffe nun Verrückte an, die nach meinem Leben trachten. Die Provençalen sind eine böse Race. Während der Revolution haben sie alle Scheußlichkeiten und Verbrechen verübt, und schon sind sie bereit, wieder anzufangen; wenn sie sich aber mit Muth schlagen sollen, dann sind sie feig. Die Provence hat mir kein einziges Regiment geliefert, mit dem ich hätte zufrieden sein können. Vielleicht sind sie morgen über Ludwig den XVIII. so aufgebracht, wie sie es heute über mich zu sein scheinen. Sie glauben, daß sie nichts mehr zu bezahlen haben, und wenn sie sich überzeugen werden, daß die Abgaben nur den Namen ändern, werden sie so geneigt zum Aufstande sein, wie sie es im Jahre 1790 waren." Er erzählte hierauf den Kommissarien, daß er vor 18 Jahren in diesem Lande zweien Royalisten, die, weil sie weiße Cocarden getragen, zum Tode verurtheilt waren, mit vieler Mühe das Leben gerettet hätte. — Zu Saint-Maximin vernahm man, daß in Luc 2 Schwadronen österreichischer Husaren standen, denen sogleich der Befehl zuging, die Ankunft des Kaisers zu erwarten, um ihn nach Frejus zu begleiten. Man reiste ungesäumt. Der Kaiser brachte die Nacht (vom 26. auf den 27. April) in Luc zu; während derselben wurde seinem Hausmeister, der die Reisekosten zu bestreiten und noch ungefähr 60,000 Franken in Händen hatte, die Kasse entwendet. Die Diebe konnten nicht entdeckt werden; nur bemerkte man, daß in dieser Nacht mehre Personen der Suite des Kaisers, die ihn bis dahin begleitet hatten, zurückgereist waren. — In Begleitung der österreichischen Husaren langte man am 27. in Frejus an; der Kaiser wieder in seinem Wagen und in seiner gewöhnlichen Kleidung. Die Equipagen waren Tags vorher angekommen, nachdem sie in Avignon (Sonntags) angehalten worden, und den Bedienten nichts anders übrig geblieben war, wollten sie Plünderung verhüten, als ihre Livreen auszuziehen, die weiße Cocarde aufzustecken, und, unter Verwünschungen Napoleons, Geld unter den Pöbel zu werfen. — Zu Frejus traf man den Obrist Campbell, der mit der englischen Fregatte the Undounted (der Unbezähmte), bestimmt zur Escorte des Kaisers, von Marseille angelangt war.

Welchen Contrast bildet dagegen heute die Reise des Neffen!

* **Heidelberg,** den 27. Sept. Der neue Stadtdirector v. Uria ist bereits hier angekommen und hat die Vertreter der Gemeinde ferundlichst empfangen. Ob es diesem Vorfechter der ultramontanen Partei gelingen wird, zu Gunsten seiner kirchlichen Partei hier zu wirken, ist eine Frage, die man wohl ziemlich sicher zum Voraus mit Nein beantworten kann, da man seine Schritte Seitens der Protestanten, — die nicht nur die Mehrzahl bilden, sondern auch wachsam und rüstig sind — voraussichtlich nicht unbeachtet lassen wird. Für Ruhe und Ordnung zu sorgen, wird sein mühevolles Amt nicht erschweren, da selbstredend in dieser Hinsicht nichts mehr zu wünschen übrig ist. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes hat keine Aenderung zu bewirken vermocht. Von einer öffentlichen Meinung kann eigentlich keine Rede sein, aber so weit sie sich dennoch bemerklich macht, ist das Interesse für die Zollvereinsangelegenheit immer noch groß, größer jedenfalls, als das für die Zusammenkunft der katholischen Vereine in Münster. — Auf zwei literarische Erscheinungen darf ich wohl die Leser Ihres Blattes aufmerksam machen. Der „Kreislauf des Lebens" von J. Moleschott, fand allenthalben die günstigste Beurtheilung, die es auch verdient. Das berühmte „Handbuch des franz. Civilrechts von Zachariä" erschien hier vor Kurzem in der fünften Auflage. Dieselbe enthält die nachgelassenen Zusätze des Verfassers und wurde die Literatur, die Doctrin und der Gerichtsgebrauch in bündigen Noten von dem seines Faches kundigen Herausgeber Dr. Anschütz bis auf die neueste Zeit fortgeführt. Die allgemeine Verbreitung dieses Werkes auch in Frankreich ist bekannt.

München, den 25. Sept. Das Ueberhandnehmen der Raufexcessen und schweren Körperverletzungen veranlassen die Regierung des oberbayerischen Kreises, nicht nur die bisherigen Anordnungen wiederholt strengstens einzuschärfen, sondern den Gemeindevorstehern noch zu bedeuten, daß sie bei vernachlässigter Handhabung der

Localpolicei namentlich in Betreff der Aufsicht auf die Wirthshäuser nicht nur Disciplinarstrafen treffen, sondern dieselben auch für alle entstehenden Entschädigungen in Zukunft haftbar gemacht werden. Es ist ferner gegen alle bei einem Raufereesse Betheiligte das Verbot des Wirthshausbesuchs auszusprechen und dies auf deren Kosten in allen Wirthshäusern der Umgegend anzuschlagen. Wirthe, die solchen Individuen Bier verabreichen, können bis zu 20 fl. bestraft werden. Dieses und noch vieles Andere wird den Polizeibehörden zum genauen Vollzug mit dem Bemerken bekannt gegeben, daß in Zukunft jedem eines Raufereesses wiederholt Schuldigen zu Protocoll zu eröffnen ist, daß er im nächsten Falle die Ablieferung in ein Zwangsarbeitshaus zu gewärtigen habe!! (N. K.)

Berlin, den 24. Septbr. Die „Spenersche Ztg." sagt heute: „Der k. baierische Ministerialrath Hermann, Bevollmächtigter Baierns bei den letzten Wiener Zollconferenzen, ist hier eingetroffen. Er ist der Ueberbringer der Erwiderung, welche die Coalition auf die Erklärung Preußens vom 30. Aug. ertheilt. So weit uns bekannt geworden, ist darin nichts enthalten, was einer „Ausgleichung" ähnlich sei. rc."

In Münster ist **Wien** zum Versammlungsorte der katholischen Vereine für das nächste Jahr gewählt worden.

Wien, den 24. Septbr. Die Ratification des dänischen Erbfolgevertrages vom 8. Mai d. J. ist vor einigen Tagen hier im Amte des Ministeriums des Aeußern in üblicher Weise ausgewechselt worden.

Prag, den 20. Sept. Der Tod des in den Kasematten von Olmütz als Staatsgefangener schmachtenden ehemaligen k. k. Feldmarschallieutenants Baron Hrabowsky hat die Aufmerksamkeit der Welt wieder auf die Tragödie der ungarischen Wirren hingelenkt, deren Wunden noch immer zahllos bluten und der Hand eines Arztes entgegen sehen, welcher im Stande wäre, sie nachhaltig zu schließen. Denn auch Hrabowsky war ein Opfer jener kolossalen Zweideutigkeit, welche die Regierung in Ungarn im Jahre 1848 vorwalten ließ, wovon man vielleicht kaum ein zweites Beispiel in der Weltgeschichte findet; nach dem Abtritt des Baron Lederer, der die ihm dargebrachte Katzenmusik mit Waffengewalt abwehren ließ, ward Baron Hrabowsky zum commandirenden General in Ungarn ernannt und im Laufe des verhängnißvollen Sommers ohne alle Instruction gelassen, so daß er lediglich den eigenen Eingebungen und dem Drang der ihn umringenden Verhältniße folgen mußte. Mit Beginn der offenbaren Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Ungarn verschwand Hrabowsky ohnedieß vom Schauplatz, aber gleichwol wurde er vor das Kriegsgericht gestellt und zum Kerker verurtheilt, wobei die Hauptbeschuldigung war, daß er die Bildung der Honvedbataillone gestattet habe, obschon damals das ungarische Kriegsministerium vollkommen legal war und folglich Hrabowsky den Anordnungen des Generals Meszaros unbedingt gehorchen mußte. Der Tod seiner treuen Gattin, die ihm nach Olmütz gefolgt war, der aber bald der Gram das Herz brach, scheint auch seine Auflösung beschleunigt zu haben, und wahrscheinlich ist er, wie der Feldmarschall-Lieutenant Blazeovich, mit Thränen im Auge über sein herbes Schicksal, aus der Welt geschieden. (Bresl. Z.)

Schweiz.

Bern, den 25. Sept. Auch in der Schweiz regt sich der ultramontane Geist wieder gewaltig und sucht Boden zu gewinnen, freilich nicht immer mit dem von ihm gewünschten Erfolg. In Graubündten hat der Bischof von Chur allen Geistlichen des Landes verboten, an der paritätischen Kantonsschule sich zu betheiligen, und er weigert sich beharrlich, eine ihm gesetzlich zustehende Religionslehrerstelle zu besetzen. Aber trotzdem blüht die Kantonsschule wie nie zuvor und ein Geistlicher, dem der Bischof verboten hat, eine Professur an derselben anzunehmen, sagt in einer öffentlichen Erklärung: „ich werde nun, statt der italienischen Sprache, an der obersten Schule des Kantons das Evangelium im engeren Kreise predigen und so lange ich lebe, ihnen vorsprechen: Liebet euch unter einander! Und kein Bischof in der Christenheit soll mich daran hindern."

Biel. Am 24. ist eine Barke im See untergegangen; vier Schiffer ertranken.

Vom Bodensee, den 25. Sept. Die Herzogin von Orleans befindet sich zu Lausanne in der ärztlichen Behandlung. Das Schicksal stellte hier abermals mit bitterer Ironie die schroffsten Extreme neben einander: Louis Napoleon durchzieht Frankreich hoch zu Roß im glänzendsten Triumph, auf alle erdenkliche Weise geschmeichelt, gepriesen, gelobhudelt; und die einst zur Königin dieses Landes bestimmte Frau, jetzt eine vielgeprüfte Verbannte, wird in fremdem Lande — in welchem sie Stärkung für ihre leidende Gesundheit gesucht — von einem betrunkenen Kutscher in einen Wassergraben geworfen und dem Tode nahe gebracht! (A. Z.)

Genf. Nach der „Democratie Genevoise" ist eine Auflage von Victor Hugo's Schrift: „Napoleon der Kleine," die hier bei einem Buchhändler gedruckt wurde, von der Polizei mit Beschlag belegt worden. Die Democratie nennt dies eine feige Concession.

Belgien.

Brüssel, den 27. Septbr. Die belgischen Kammern sind heute zusammengetreten. Der Minister des Innern kündigte für Morgen eine Mittheilung an.

Frankreich.

Ein Schreiben aus **Paris** vom 23. Sept. im Schw. Merkur sagt: Es ist nicht möglich, daß der Präsident der Republik in heiterer Stimmung Lyon verlassen hat. Alle Privatberichte stimmen darin überein, daß nicht bloß das Bürgerthum eine große Zurückhaltung beobachtet hat, sondern daß auch die kaiserlichen Kundgebungen der herbeigeeilten Gemeinden und der Arbeiter einen socialistischen Beigeschmack hatten, welcher für den Präsidenten keineswegs schmeichelhaft war. Die Zahl der Häuser, deren Fenster geschlossen waren, war auffallend groß, die Beleuchtung der Stadt sehr spärlich, und wenn es in dem Arbeiterviertel Guillotière keine öffentlichen Gebäude gäbe, die tiefste Dunkelheit würde in diesem Theil der Stadt geherrscht haben. Eine bedeutende Menschenmasse war aus der Umgegend herbeigeeilt mit Fahnen; aber die kaiserlichen Abzeichen fehlten auf denselben. Die Inschriften waren die nemlichen wie zur Zeit der provisorischen Regierung: Liberté, fraternité, égalité oder Vive la Souveraineté du peuple. Das verhinderte jedoch nicht, daß diese Fahnen unter dem Ruf Vive l'Empereur! geschwenkt wurden. Dieser Widerspruch erklärt sich ganz einfach aus der instinctmäßigen Ueberzeugung der Massen, daß derselbe Mann, dessen Sendung es war, die Socialisten als streitende Partei zu vernichten, von der Gewalt der Dinge zur Anerkennung der socialistischen Grundsätze verurtheilt sei. Ludwig Napoleon weiß dieß besser als irgend ein anderer, aber in einem Augenblick, wo es ihm vorzüglich darum zu thun ist, das conservative Frankreich und Europa zu gewinnen, muß eine solche Kundgebung ihm nicht wenig peinlich sein. Wer weiß, ob er nicht eine offenbar feindselige vorgezogen hätte. Viele Verhaftungen hatten in Lyon vor der Ankunft und während des Aufenthalts des Präsidenten stattgefunden, und letzterer hat sich nicht, wie in Moulins und Bourges, ohne militärische Begleitung in den Straßen gezeigt. Der Enthusiasmus der Truppen soll ein ganz außerordentlicher gewesen sein, besonders der Reiterei und der Artillerie. Dagegen schreibt man mir, daß ein Geniebataillon stillschweigend am Präsidenten vorbeimarschirt sei.

† **Paris,** den 27. Sept. Die letzten Jubelnachrichten sind aus Marseille, wo sich Napoleon heute früh eingeschifft hat. Die geheime Gesellschaft, aus deren Schoße das Attentat hervorgegangen ist, nennt sich „die Rächer". Die Wirkung der Maschine war auf die Ver-

nichtung von 800 Personen berechnet. Alle Läufe waren schon geladen. Die Verhaftung fand am 24. um 10 Uhr Abends Statt. Die Thäter haben sich durch das Hinterhaus gesichert und nur durch das Einschlagen eines Fensters, durch welches die Polizeiagenten ins Lokal drangen, konnte die Flucht des anwesenden Verschwörers verhindert werden. Man fand außer der Höllenmaschine noch einen ansehnlichen Vorrath von Pulver und Kugeln nebst einer Menge revolutionärer Aufrufe. — Gestern bezog zum erstenmale die Nationalgarde die ihr anvertrauten Posten. — Die bei Chalons sur Saône begonnene Weinlese kündigt sich sehr schlecht an.

In Toulouse sind 7 Personen unter der Anklage, die Anschlagzettel der Oberbehörde abgerissen und mit Koth bedeckt zu haben, verhaftet worden.

Die officiellen Berichte aus Südfrankreich strozen weniger von Kaiserrufen, und deuten somit einen kühleren Empfang an.

Aus den jetzt eingehenden umständlicheren Reiseberichten ersieht man, daß der Empfang zu Valence nicht sehr begeistert war. — Es kann nicht fehlen, daß das Marseiller Complott in gewissen Kreisen für ein Policemanöver gehalten wird. Hier haben ebenfalls mehre Verhaftungen stattgefunden, die man damit in Verbindung bringt. — Der Kriegsminister hat den Befehl, den Militärs bis zum Januar keinen halbjährigen Urlaub zu ertheilen, auf die Soldaten und Unterofficiere beschränkt. — Wie man versichert, bereitet der Seinepräfect in Gemeinschaft mit der pariser Gemeindecommission dem Präsidenten der Republik bei seiner Rückkehr aus den Departements einen Empfang vor, der mit dem der Provinz rivalisiren kann. — Dem Staatsrathe soll binnen Kurzem ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Ehescheidungsgesetzes zur Berathung vorgelegt werden. — Meine gestrige Nachricht hinsichtlich der Absicht der Mitglieder des Senates, L. Napoleon in Tours zum Kaiser zu erklären, kann ich heute nach den gewissenhaftesten und vielseitigsten Erkundigungen durchaus bestätigen. Das Complott von Marseille macht die Ausführung natürlich noch gewisser. — Ueber die Heirath des Prinzpräsidenten circuliren abermals allerlei Gerüchte und Vermuthungen. Ein süddeutsches Blatt bestimmt die Braut des Präsidenten, die Prinzessin Wasa, einem anderen mächtigen Fürsten. Aus ganz verläßlicher Quelle kann ich Ihnen versichern, daß die Prinzessin ihr Jawort Louis Napoleon bereits ertheilte und daß es erst der Einmischung Rußlands und Oesterreichs bedurfte, um Gründe und Ursachen zur Verzögerung der Vermählung aufzufinden. (K. Z.)

Von Toulouse und Toulon aus sind ausführliche Instructionen an die Maires ergangen über die Art, wie sie die Bauern in die Stadt führen sollen. (!) Die Gemeinden müssen Trommeln, Pfeifer, Hörner und Musikanten mitbringen, welche Hüte und Knopflöcher mit Bändern verziert haben, Veteranen und Ehrenlegionnärs werden zu Fahnenträgern genommen, die Fahnen mit gesinnungstüchtigen Wahlsprüchen versehen und dergleichen mehr.

Grenoble. Dem Bischof von Grenoble antwortete Louis Napoleon in folgenden Worten: „Ich bin von den Gebeten, die die Religion für mich zum Himmel sendet, sehr gerührt; ich bin von denen, die ein so ehrwürdiger Prälat wie Sie hören läßt, sehr gerührt. Die Bemühungen des Episcopats, dessen bin ich gewiß, werden sich mit den meinen verbinden, um die Geistlichkeit vollends zu beruhigen." Dem Bischof von Gap, der auf die Mitwirkung der Geistlichkeit zur Beilegung der December-Aufregung hinwies, entgegnete Louis Napoleon: „Ich weiß, wie sehr der unter Ihnen stehende Clerus zur Aufrechthaltung der Ordnung und Wiederbefestigung des Autoritätsprincips unter den Bevölkerungen der Berge beigetragen hat, von wo Sie hergekommen sind, um mich zu sehen. Gestatten Sie mir, Ihnen als Zeugniß der geleisteten Dienste, und Beweis meiner Hochachtung das Kreuz der Ehrenlegion zu geben." Als zuletzt die Mitglieder des Generalraths, die Friedensrichter, gegen 400 Maires u. s. w. mit dem Ruf: Vive l'Empereur! an ihm vorbeidefilirten, erwiederte er mit lauter Stimme: „Meine Herren! Nichts für mich, Alles für und durch Frankreich!" (!)

Italien.

Aus Savoyen und Piemont Nachrichten von Ueberschwemmungen. Ebenso aus dem Lombardischen, besonders aus Gallarate, wo Stürme und Ueberschwemmungen viel Unheil anrichteten. Die „Gazetta di Sardegna" vom 14. dagegen berichtet, daß überall auf der Insel die größte Dürre herrsche, welche den Weinbergen und Saatfeldern gefährlich zu werden beginne.

Briefe aus **Messina** vom 13. Septbr. melden uns, daß der Aetna noch immer stark im Arbeiten begriffen; es glaubt niemand an ein baldiges Aufhören der Eruption. Giarre und Zaffarano sind, obschon die Lava bei geringerem Abfall des Terrains nur langsam vorwärtsschreitet, dennoch stets bedroht; auch ist keine Aenderung in der Richtung des Hauptlavastroms bis jetzt vorgekommen. Je nach der Richtung des Windes müssen Catania, Messina, Girgenti, Castragiovanni abwechselnd von Aschenregen leiden (A. Z.)

Miscellen.

Wiesbaden. In der katholischen Kirche hier haben die versammelten Naturforscher Experimente zur Veranschaulichung der Erdbewegung angestellt. Wenn das Hr. Wieseman erfährt!

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Das verkaufte „Deutschland" ist zu einer Reise nach China bestimmt, und wir werden wahrscheinlich nächstens die erfreuliche Mittheilung erhalten, daß Deutschland, durch gründliche Restauration dazu in Stand gesetzt, mit vollen Segeln auf China lossteuert.

Die Holsteinischen Invaliden haben den Bundestag um Gerechtigkeit und Hilfe angerufen. — Das Schicksal dieser Armen thut uns in der Seele weh, denn wie invalide müßen die Deutschen sein, die sich in ihrer Verzweiflung vom Bundestage Hilfe versprechen.

Man versichert, Napoleon habe vor seiner Reise nach dem Süden sein Testament gemacht. Obgleich Viele daran zweifeln, daß darin wirklich sein letzter Wille ausgesprochen sei, so kann man doch mit Gewißheit annehmen, daß es besser als irgend ein Testament dieser Welt gesorgt habe — für lachende Erben.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1250²] Mannheim. Sonntag, den 3. October, Abends 4 Uhr, wird Unterzeichneter seine

dritte Luftreise

in Mannheim unternehmen. Die Aufsteigung findet bei der Gasfabrik statt. Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein

C. Werzinger aus Karlsruhe.

[1249] **Bierbrauerei-Verkauf in Germersheim.**

Dienstag, den 5. October nächsthin, Nachmittags zwei Uhr, im Gasthause zur Stadt Paris in Germersheim, wird auf Ansuchen von Hrn. Ludwig Gemeiner, Bierbrauer allda, die Versteigerung seiner im neuen Stadttheile daselbst in der Nähe zweier Casernen an der Lilien- und Langenstraße gelegenen neuerbauten Bierbrauerei mit zweistöckigem Wohnhause, geräumigen Wirthschaftslokalen, vorzüglichen Doppelkellern, Malzspeichern, und allen zum Betrieb der Brauerei gehörigen Geräthschaften, stattfinden.

Dieses Anwesen kann auch vor der Versteigerung aus freier Hand abgegeben werden.

Der Bevollmächtigte:

Schubart.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 236 | den 1. October 1852.

Deutschland.

• Die Zollwirren. „Die Zollfrage ist eine politische Frage,“ sagt man immer wieder. Wir können nur wiederholt auf unsere frühere Bemerkung zurückverweisen: die „Politik“ sollte dasein, um vor Allem den Volkswohlstand zu fördern; sie sollte zunächst nur als Mittel zu diesem Zwecke dienen, nicht aber umgekehrt, den Volkswohlstand als etwas ihr Untergeordnetes und Nachstehendes betrachten dürfen. So, wie wir diese Frage ansehen, wird sie in England und Nordamerika behandelt, und als Erfolg ergibt sich, daß die englisch-amerikanische Politik die vortheilhafteste für das Volk, und gleichzeitig auch die am meisten Macht nach Aussen gewährende ist.

Darum, weil wir den eben bezeichneten Standpunct einnehmen, handelt es sich für uns auch in der jetzigen Zollkrise von nichts weniger als der Frage, ob wir die preußisch-dynastische „Politik“ der österreichisch-dynastischen, oder diese jener vorziehen. Wir sind gegen ein Zerreißen des Zollvereins, weil wir ein solches Zerreißen als ein Unglück für das deutsche Volk, und als ein Verderben für seinen ohnehin so tief erschütterten Wohlstand ansehen.

Wenn wir uns sonach heute wie bisher gegen die österreichischen Zollpläne aussprechen, so geschieht es, weil wir eine nähere Zollverbindung mit Ungarn, Galizien, der Lombardei, und nun sogar noch mit einer Anzahl italienischer Staaten, in der projectirten Weise als höchst nachtheilig für uns ansehen, und weil uns dabei das österreichische Tabakomonopol und das österreichische Papiergeld und Staatsschuldenwesen überhaupt, durchaus nicht zusagen, und weil wir eine Handelsverbindung mit Gesammtösterreich am allerwenigsten mit dem Verluste des Zollvereins erkaufen möchten.

Hinwider verwahren wir uns ausdrücklich dagegen, als ob wir an den Rodomontaden der Kreuzzeitung und anderer preußischer Blätter Gefallen fänden. Wir müssen im Gegentheil aussprechen, daß, wenn es sich wirklich um einen Anschluß an die preußische „Politik“ handelte, wir so wenig als irgend Jemand davon wissen möchten. Diese Politik können wir kaum anders betrachten, als diejenige, welche einst mit dem Basler Friedensschluß begann, und mit den Tagen von Jena und Tilsit endigte. Auch können jene Blätter nichts Uebleres thun, als den deutschen Patriotismus für die preußische Politik anzurufen, was, nach den Erfahrungen seit Jahren, dem deutschen Volke gegenüber fast wie ein Hohn klingt!

Wir glaubten, um etwaigen Mißdeutungen zu begegnen, diese Bemerkungen dem nachstehenden Frkfrtr. Correspondenzartikel vorausſenden zu sollen.

GA* **Frankfurt a. M.**, den 28. Septbr. Wenn die österreichische Presse wiederholt versichert, es sei nicht zu befürchten, daß die herrschenden Wirren zu ernsten Dingen führten, so könnte man sie wol an die zwischen Belgien und Frankreich eben obwaltenden Differenzen erinnern, von denen Niemand den Ausgang vorhersagen kann. Vom Streite über Eisenzölle bis zum Ernst des eisernen Würfels ist vielleicht gar so weit nicht. Wir mögen auch nicht daran glauben, daß es in Deutschland dahin kommen könnte, daß zwischen Brüdern das Schwert gezogen und gebraucht werden müßte; aber wir fürchten, daß die Andauer der jetzigen Zollwirren, und noch mehr, daß die Zersprengung des Zollvereins für die Nation ganz ähnliche Folgen haben werde als ein wirklicher Krieg. Nicht blos auf den Waarenverkehr, auch auf die ganze geistige Bewegung, nicht blos auf Handel und Industrie, sondern auf alle höheren Thätigkeiten und Güter des Lebens der deutschen Nation würde die Wiederaufrichtung gefallener Schlagbäume den allernachtheiligsten Einfluß ausüben. Wäre es Oesterreich wirklich um den Frieden und die Wohlfahrt des deutschen Volkes zu thun, läge wirklich hinter der sogenannten centraleuropäischen Idee kein politischer Herrschergedanke auf der Lauer, so hätte sich diese zuwartende Haltung Oesterreichs längst in eine vermittelnde verwandeln müßen. Statt dessen schüren österreichische Hände das Feuer, aus welchem die Coalirten die Castanien holen sollen. Wenn die Handelseinigung mit Oesterreich, über allem Zweifel erhaben, der Erfüllung sicher ist, wie ja alle Tage versichert wird, so gönne man ihr Zeit, ihren Weg zu machen. Vor der Hand können wir Oesterreich und Oesterreich uns nicht brauchen. — Oder wären die schnell aufeinander folgenden Anleihen Oesterreichs, die an die Zeiten der Regentschaft in Frankreich erinnernden Finanz- und Börsenmanövers, wären die systematischen Angriffe auf constitutionelle Institute, auf Schwurgerichte, auf die Presse, wäre der österreichische, in vielen Positionen viel höhere Tarif als der unsere, für uns einladend? Oesterreich hat seit 1849 bis heute 275 Millionen aufgeliehen, von denen es zur Dekkung seiner Deficits 231 Mill. gebraucht, also nur 44 Mill. übrig behalten hat. Damit ist ein Theil der Schuld an die Bank, ein Theil des vom Staate ausgegebenen Papiergeldes getilgt, aber von dem letztern sind für 380 Mill. in Umlauf gesetzt und die Gesammtsumme des Manco ist um nicht mehr als 12 pCt. vermindert. Das Sprichwort sagt: wer Schulden zahlt, verbessert sein Vermögen; der österr. Staat macht Schulden, um diese Verbesserung zu erreichen. Auch nach anderen Seiten hin müßen in Oesterreich große und gefährliche Experimente gemacht werden, um das Staatsgebäude zu befestigen; die Einigung mit Deutschland, wie es ist, wäre dazu wenig tauglich, denn in Deutschland weiß man es jetzt überall, daß keine Regierung ohne Fortschritt, Bildung und Freiheit, Dauer und Sicherheit hat. Oesterreich bereite sich und seine Völkermischlinge vor Allem erst auch zu diesem Bewußtsein vor. Aber das scheint nicht in den Plänen der gepriesenen österreichischen Staatsmänner zu liegen, und darum werden keine feurige Kohlen auf das Haupt Preußens gesammelt werden; und deßhalb schließen wir uns bei aller Anerkennung der Vorzüge Oesterreichs, der Meinung Derjenigen an, welche vorläufig und bis zur festen Wiederbegründung des Zollvereins, von keiner Einheit mit Oesterreich wissen wollen, denn diese Einheit würde nicht blos um den Preis der Abschwächung des Preußischen Einflusses in Deutschland, sondern mit Untergrabung des ganzen deutsch-nationalen Elementes und culturhistorischen deutschen Fermentes erkauft werden. —

• Wiesbaden. Ein protestantischer Pfarrer aus einem deutschen Bundesstaate, welcher der hier abgehaltenen Naturforscherversammlung beiwohnen wollte, war bei seiner vorgesetzten geistlichen Behörde um den hiezu nöthigen Urlaub eingekommen. Derselbe ward ihm aber nicht nur verweigert, sondern ihm auch noch ein warnender Verweis beigefügt, weil er an einem Vereine Theil nehmen wolle, der mit Nothwendigkeit zur Untergrabung jeder positiven Religion führen müße! — Also

auch in der protestantischen Kirche sucht solcher Zelotismus in solch' greller Weise sich breit zu machen! Und dies in der nemlichen Zeit, in der so viele Angstrufe vor dem Jesuitismus laut werden. Wie kann man diesen bekämpfen, wenn man eine solche Stellung einnehmen will? Dann müßte man es vielmehr billigen, daß die Inquisition einen Galilei verurtheilte; das Gegentheil verräth eine augenscheinliche Inconsequenz.

*† **Pfalz,** den 26. Sept. Von denjenigen Personen, die in dem Monsterprozeß von den Geschworenen freigesprochen, nachträglich aber durch die Zuchtpolizeigerichte verurtheilt wurden, haben 11 eine Auswanderung nach Amerika dem Gefängniße vorgezogen, 15 hingegen befinden sich in Haft. Unter den Letzten sind von Annweiler 7, Landau 1, Neustadt 2, Rockenhausen 2, Jettenbach 1, Pirmasens 1, Lauterecken 1. Mehrere davon haben bereits die Hälfte ihrer Strafe abgesessen. Strafminderung ist bis heute Keinem zu Theil geworden. Ob sich die Zahl 15 noch um 2 Dürkheimer vermehren wird, werden wir demnächst erfahren. Wenn es der Fall sein sollte, daß sich, so wie Teutsch von Edenkoben, allmählig noch Andere jetzt Flüchtige bei den Gerichten stellen sollten, so wird die Pfalz das Ende eines Prozesses, der nun über 3 Jahre dauert, auch in diesem Jahre noch nicht erfahren.

* **München,** den 26. Sept. Das Cassationsgesuch der Herren Sauerbeck und Eppelsheim von Dürkheim ist vom Cassationshofe verworfen. Advocat Riedl, welcher den Cassationsrecurs plaidiren wollte, sah sich durch ein anderes dringendes Amtsgeschäft genöthigt, zu verreisen, und ließ daher durch Adv. Simmerl um Vertagung bitten. Dieses Verlangen wurde indessen abgewiesen, und so fand eine contradictorische Verhandlung nicht statt.

* **Germersheim,** den 28. Sept. Heute hielt der Districtsrath des Kantons Germersheim seine erste ordentliche Sitzung. Nachstehend einige Notizen darüber: Der Antrag wurde angenommen, das Districtsrathsgesetz drucken zu lassen, um jedem Mitgliede ein Exemplar zu behändigen. Deßgleichen: die Protokolle in ähnlicher Weise drucken oder lithographiren und vertheilen zu lassen. — Der Districtsraths-Ausschuß erklärte, auf einen Bezug von Diäten zu verzichten. — Der Gemeindeeinnehmer von Germersheim wurde auf ein Jahr als Districtsrechner beibehalten. — Eine Strecke noch ungebauter Straße zwischen Freisbach und Gommersheim wurde der Regierung zur Mitwirkung des Ausbaues anempfohlen. — Bezüglich der Kosten für das Kantonsgefängniß faßte der Districtsrath auf den Antrag des Hrn. Heß den Beschluß, den Staat anzugeben, daß derselbe seinen Antheil an den Verwaltungs- und Regiekosten trage, und diese nicht ausschließlich den Kantonsgemeinden zu Last bleiben. — Für einen Districts-Thierarzt setzte man, auf den Antrag der Landwirthe, 100 fl. aus, wogegen derselbe die kranken Thiere armer Leute unentgeldlich zu behandeln hat, und für den Fall des Ausbruchs einer Epidemie keinen Anspruch auf weitere Vergütung für seine Dienste hat. — Das Hebammenwesen wurde, als schon durch die Gemeinden geordnet, ganz übergangen. — Für Verification der Civilstandsregister wurde ein Betrag von 100 fl. eingesetzt. — Die Districts-Hilfscasse verursachte am meisten Debatten; — es wurde vorläufig als Versuch 1 Proc. Steuerauflage bewilligt. — Das Armenwesen wurde nur besprochen. — Zum Schluße ward noch der Wunsch ausgedrückt, die Regierung möge in dem Landcommissariat Germersheim, wegen der so häufig vorkommenden Mutationen (Güterwechsel) einen zweiten Geometer für den Kanton Kandel anstellen, damit die Arbeiten mehr befördert würden. *)

Würzburg. In der öffentlichen Sitzung des k. Stadtgerichtes in Würzburg am 22. Sept. wurde der k. Landgerichtsassessor Benedikt Stenger von Gemünden wegen Vergehens der Amtsehrenbeleidigung, verübt an dem Magistratsrathe Schüßler von dort, zu einer vierwöchentlichen Festungsstrafe verurtheilt.

*) Wir bitten unsere Freunde in den übrigen Kantonen, es nicht zu versäumen, uns Mittheilungen zukommen zu lassen, wenn in den Sitzungen ihres Districts etwas Bemerkenswerthes vorkömmt. D. Red.

Frankfurt, den 27. Sept. Zu den ersten Geschäften, welche die Thätigkeit der Bundesversammlung nach Ablauf ihrer Ferien in Anspruch nehmen werden, dürfte dem Vernehmen nach das vielbesprochene Bundespreßgesetz gehören. Bekanntlich sind von Seite der Fachmänner zwei bei näherer Betrachtung wesentlich nicht verschiedene Entwürfe vorhanden, ein österreichisch-sächsisch-hessischer und ein preußischer. Auch in dem Bundestagsausschusse für die politischen Angelegenheiten ergaben sich zwei Gutachten, von denen indeß das der Minderheit nur in einigen Puncten milder ist, resp. eine mildere Fassung beliebt; in der Hauptsache stimmen beide überein. Der vom Ausschuß in der Sitzung der Bundesversammlung vom 5. August vorgelegte Entwurf selbst nun soll sehr strenge sein und würde, ins Leben getreten, die Preßzustände weit hinter 1848 zurückführen. Selbst ein ehemaliger, mit der vormärzlichen Presse vielfach beschäftigter Bundestagsgesandte und bekannter Publicist soll, wie es heißt, in diesem Entwurfe nicht jene staatsmännische Mäßigung und Weisheit gefunden haben, wie sie den gegenwärtigen Verhältnißen entspreche (!); und ebenso vernimmt man, es seien bereits an mehrere Gesandte Instructionen ergangen, daß man auf keinen Fall auf den Entwurf eingehen solle. (Fr. J.)

Kassel, den 27. Sept. Alle Anzeichen lassen befürchten, daß das Anlehen von 1½ Mill. Rthlr. nicht zu Stande kömmt.

Münster, den 24. Sept. Gestern Abend wurden die Verhandlungen der katholischen Vereine geschlossen. Der wichtigste der gefaßten Beschlüße ist, daß allen Fürsten eine Denkschrift über den Standpunct und die Bestrebungen der katholischen Kirche übermacht werden soll. Für die Redaction derselben ist eine Commission ernannt worden.

Berlin, 26. Sept. Der Punct, welcher nach den neuesten Münchener Beschlüssen für die Stellung des Darmstädter Vereins zu Preußen und seinen Verbündeten zum entscheidenden wird, ist die bestimmte Ablehnung der zwölfjährigen Abschlußzeit für den neuen Zollverein, welche Dauer sowol nach den Verträgen des gekündigten Zollvereins als auch nach dem Septembervertrag festgesetzt ist, und von Hannover ebenso wie von Preußen festgehalten wird. Als nebensächlich erscheinen dagegen die Wendungen, welche z. B. in der Frage über die Zeit des Abschlusses mit Oesterreich eingetreten sind. Der Glaube an die Nichtunterbrechung des bisherigen Zollvereins ist übrigens nur selten noch anzutreffen, wohl aber der an die Wiederherstellung desselben nach einiger Unterbrechung. (Allg. Ztg.)

Das Preuß. Wochenbl. sagt über die Beschlüsse der Münchener Zollconferenz: Nach dem was bisher über den Inhalt dieses Schriftstücks verlautet, hat sich die Coalition keineswegs auf den preußischen Standpunct gestellt. Schon daß sich, wie es scheint, Baden von der Erklärung ausgeschlossen, weist darauf hin. Ueberdieß wird aber auch versichert, daß man auf die diesseits mit Recht als conditio sine qua non geforderte zwölfjährige Dauer der neuen Verträge nicht eingegangen sei. Ein Abbruch würde hienach selbst dann unvermeidlich werden, wenn derselbe nicht bereits unwiderruflich erfolgt wäre.

— den 27. Sept. Gegenüber der Annahme, daß am Bundestage doch ein Bundespreßgesetz und zwar in kurzer Zeit doch zu Stande kommen werde, glauben wir (berichtet die „N. Pr. Z.") mit Zuversicht behaupten zu dürfen, daß die preußische Regierung an ihrer bisherigen betreffenden Erklärung festhalten wird, nach welcher sie ein ohne ihre freie Zustimmung am Bundestage beschlossenes Preßgesetz als verbindlich nicht ansehen wird, weil

sie die betreffende Frage als eine solche ansieht, über die mit Einstimmigkeit beschlossen werden muß.

Die „Neue Preuß. Ztg." schreibt: Im hiesigen Ministerium des Auswärtigen haben vorgestern und gestern über den Inhalt der Rückäußerung und über die in der Zollfrage nunmehr zu thuenden Schritte zwischen den betreffenden Ministern, unter Zuziehung mehrerer Räthe, so wie der preußischen Commissarien, Berathungen stattgefunden, und es sollen, ohne die officielle Uebergabe der Coalitionserklärung abzuwarten, bereits der Sachlage entsprechende definitive Beschlüsse gefaßt worden sein. Wie die Dinge liegen, kann naturgemäß eine mildere Tonart in der gegnerischen Aeußerung nicht den Effect haben, Preußen zu Concessionen zu vermögen, welche den deutschen Norden im Voraus an ganz unübersehbare Verpflichtungen binden würden.

Wien, den 25. Sept. Aus Verona schreibt man, daß Marschall Radetzky bei der gesicherten und beruhigten Lage Italiens allen Ernstes daran denke, sich für den Rest seines Lebens von den Geschäften zurückzuziehen. Da die Subscription auf den Bau einer seinen Namen tragenden Fregatte nicht in dem erforderlichen Betrage zu Stande gekommen ist (!), so ist das Comite Willens, die Summe dem Staat unter der Bedingung zu überlassen, daß sie zu einem Nationaldenkmal des Marschalls verwendet werde. (Leipz. Z.)

Schweiz.

Bern, den 26. Sept. Die Berichte über die Weinernte im Veltlin in Graubünden lauten traurig. Während man in früheren Jahren 1000 Fässer machte, gibt es in diesem Jahre kaum einige Dutzend. Die Kartoffeln stehen hier sehr hoch im Preis; man fürchtet, der Normalpreis werde bis auf 70 Batzen pr. Sack steigen.

Aargau. Vulkanische Erscheinungen wie im Kanton Zürich sind den 17. und 18. auch im Wynenthal bemerkt worden. Die ganze Luft war am 18. Morgens zwischen 3 und 4 Uhr mit schweflichten Dünsten geschwängert; aus tiefern Ziehbrunnen strömten unter heftigem Brausen und Zischen schweflicht riechende Gase, in welchen brennende Späne augenblicklich verlöschten; ebenso wollten in den Kellern, besonders wo das Wasser aus dem Boden aufstieg, die Lichter nicht brennen; sogar in Aeckern und auf Straßen stiegen aus dem Boden kleine Gasbläschen auf, über denen Feuerspäne erlöschten. — In den Wolken zeigte sich wiederholt, wie auch schon Freitag Abends, sekundenlang ein phosphoreszirendes Leuchten, wie Wetterleuchten, ohne begleitenden Donner. Mehrere Leute wollen Erderschütterungen empfunden haben; so wurden namentlich in einem Hause die Bewohner dadurch erweckt, daß aufgehängte Ketten heftig rasselten und theilweise von der Wand fielen. Die Zerklüftungen in den Bergen sind bedenklich, nicht nur ist die Erddecke auf viertelstundenlange Strecken zerrissen, sondern sogar Felsen sind gespalten. Eigenthümlich ist auch das Gerede unter dem Volk, daß das Wasser nicht bloß von oben herabgekommen, sondern noch fast mehr aus der Erde hervorgebrochen sei. (S. N.-Z.)

Tessin. Die Regierung hat den Gemeinderath und den Pfarrer von Personico jeden um 10 Frcs. gebüßt, weil sie einen gesetzlich abgeschafften Festtag kirchlich gefeiert haben. Die Strafe wäre schärfer ausgefallen, wenn nicht der Pfarrer am vorhergehenden Sonntag die Gemeinde von der Kanzel aus erinnert hätte, daß Niemand gezwungen sei, die bevorstehende Feier mitzumachen.

Belgien.

Brüssel, den 28. Sept. In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer beschäftigte man sich mit der Wahl des Präsidenten. Hr. Delehaye, der frühere Vicepräsident, erhielt 54, Hr. Verhaegen, ehemaliger Präsident, 46 Stimmen. Da das Ministerium aus der Ernennung des Hrn. Verhaegen eine Cabinetsfrage gemacht hatte, so lehnte Hr. Delehaye die auf ihn gefallene Wahl ab, worauf nun zu einem neuen Scrutinium geschritten wurde, in welchem Hr. Verhaegen 50, Hr. Delehaye 48 Stimmen erhielt. Hr. Verhaegen lehnte ebenfalls ab. Die Kammer vertagte sich hierauf bis morgen. (K. Z.)

Frankreich.

† **Paris**, den 28. Sept. Napoleon ist gestern zu Toulon angekommen. — Nach dem bestehenden Reglement vom 15. August 1851, konnte der Staatschef von der Flotte nicht anders, als mit dem Rufe: „Es lebe die Republik!" begrüßt werden. Auf den Bericht des Marineministers, der diesen Ruf mit den gegenwärtigen Verhältnißen für unvereinbar erklärt, hat der Präsident das Decret aufgehoben und bestimmt: „daß der Staatschef von der Flotte mit dem Rufe: „Es lebe Louis Napoleon!" empfangen werden soll." — Bei den Ergänzungswahlen für den gesetzgebenden Körper wurden in beiden Wahlbezirken die Regierungscandidaten gewählt, doch mit geringer Majorität. Namentlich erhielt der Regierungscandidat Jappy 11,379 Stimmen, sein republikanischer Gegner Goudchaux aber 10,504. — Die Marseiller Blätter enthalten sehr viel Declamationen aber keine neuen Details über das Complott. Die Gesellschaft: „die Rächer," soll bereits unter Louis Philipp alle Attentate und eine Menge Verschwörungen organisirt haben. (?!) — Es heißt, die Angeklagten würden vor die gewöhnlichen Assisen gestellt, und sonach der Staatsgerichtshof nicht zusammenberufen.

Für die „Presse" ist die marseiller Höllenmaschine ein „neues und schmähliches Plagiat" derer von der Rue St. Nicaise im Jahr 1800 und von Fieschi im Jahre 1835, welch letztere damals zu den Septembergesetzen gegen Jury und Presse den Vorwand lieferte. „Diesmal," ruft Girardin aus, „wird man nicht, wie 1835, das projectirte Attentat dem durch die Preßfreiheit angeregten Gähren der bösen Leidenschaften zuschreiben können. Die Presse ist stumm, und wenn sie spricht, so ist es nur noch, um durch Vorbereitung der öffentlichen Meinung der Regierung ihre Pläne zu erleichtern."

In der Gemeinde Montmartre vor den Thoren von Paris circulirte in den letzten Tagen eine merkwürdige Petition an den Senat, die für L. Napoleon das Consulat auf Lebenszeit verlangte. Auffallender Weise hatte der Policeicommissar einer der Ersten diese Petition unterschrieben. Vorgestern nun ist dieselbe auf Ordre der Regierung angehalten und dem Commissar ein derber Verweis ertheilt worden.

Es ist bemerkenswerth, daß seit der Rede von Lyon viele der Adressen an den Präsidenten ihn mit besonderer Betonung als den rechtmäßigen Erben des Kaisers bezeichnen und ihn bitten, die rechtmäßigste aller Kronen, weil sie Stimmen von 9,000,000 Franzosen zur Grundlage haben werde, auf sein Haupt zu setzen. Es wird Niemanden entgehen, daß damit die napoleonische Bewegung einen neuen Character angenommen hat. Das allgemeine Stimmrecht wird hiernach das Kaiserreich nicht zu schaffen, sondern nur zu bestätigen haben.

Zu Marseille konnte der Bürgermeister die von ihm beantragte Adresse im Sinne des Kaiserreiches beim Gemeinderathe nur mit einer Mehrheit von 4 Stimmen durchsetzen; vom Generalrathe war sie mit allen gegen 2 Stimmen genehmigt worden.

Die Familie Orleans fährt fort, ihre Privatbesitzungen in Frankreich zu veräußern. In Kurzem läßt Joinville wieder eine Domaine in der Loire Inferieure, zu 1,160,000 Fr. veranschlagt, und Montpensier seine Domaine Randay (im Puy de Dome und Allier) versteigern.

Eine Broschüre über die Wiederherstellung des Kaiserthums wird dieser Tage unter dem Titel: „Le rétablissement de l'Empire" erscheinen. Der Verfasser hat sie vom 15. Aug. datirt, und auf das Titelblatt als Motto die bekannten Worte Napoleons gesetzt: „Was ganz besonders an meinem Sturz schuld war, war das zu geringe Alter meiner Dynastie. Ich würde mich vom Fuß

der Pyrenäen her wieder emporgerichtet haben, wenn ich mein Enkel gewesen wäre." Als Verfasser bezeichnet man den Prätendenten selbst. Napoleon ist und bleibt darnach der von der Vorsehung erweckte Genius, der im Innern die Errungenschaften der Revolution mit weisem Maß befestigen und nicht minder auch im Ausland verbreiten sollte, und „trotz seines Sturzes kann man sagen, daß er in keiner dieser beiden Rollen scheiterte." „Denn im Innern trotz unserer Spaltungen ist Frankreich napoleonisch, nach außen, trotz unserer Niederlagen, ist Europa französisch." (!) Fürchtet man etwa den Krieg der aus dem Kaiserthum hervorgehen könnte? „Die fremden Mächte, antwortet das Buch, hegen keine feindseligen Absichten, und obschon gewiß Pyrenäen, Alpen und Rhein als Frankreichs natürliche Gränzen zurückzuwünschen sind, so hat doch Louis Napoleon nur friedliche Absichten, und wird sogar das stehende Heer durch Errichtung einer Reserve vermindern. Vielleicht werden die fremden Könige eines Tags sich von selbst dazu verstehen jene Gränzen wiederherzustellen." (!)

Aus dem Elsaß, den 27. Sept. Die Sammlungen für die durch die Ueberschwemmungen Verunglückten nehmen den besten Fortgang; allein trotz der großmüthigsten Mildthätigkeit ist der erlittene Schaden nur theilweise zu ersetzen, wenn man bedenkt, daß derselbe im niederrheinischen Departemente allein 2¼ Millionen beträgt. — Mit dem ersten October treten beschleunigte Postverbindungen zwischen Frankfurt und Strasburg ein. Die Reise von Frankfurt nach Paris über Strasburg wird von diesem Tage an in 21 Stunden zurückgelegt werden. — Die rheinischen Dampfschiffe werden von nun an ihren Dienst auf dem Oberrheine das ganze Jahr (beim Eisgange ausgenommen) einhalten und denselben im nächsten Jahr bedeutend ausdehnen. (F. J.)

Italien.

Piemont. Wir entnehmen der offiziellen Zeitung von Savoyen folgendes Schreiben aus Turin vom 22.: „Der Herzog von Parma ist in Wien und der Herzog von Modena, sein Nachbar, in Neapel. Was Sir Henry Bulwer, den englischen Gesandten in Florenz anbelangt, so ist derselbe mit einer wichtigen Mission und nicht bloß mit der Befreiung Murray's beauftragt: Er hat sich nemlich nach Rom begeben, um mit dem römischen Hof den Abschluß eines Koncordats für Irland zu unterhandeln." (?)

Spanien.

Madrid, den 24. Septbr. In dieser Nacht endete sein glorreiches und thatenvolles Leben der Nestor aller europäischen Armeen, der 95jährige General Castanos, Herzog von Baylen.

Großbritanien.

London, den 25. Septbr. Nach einer Anzeige des Kriegszeugamtes sollen die Thürme und Batterien an der Nord- und Südseite der dubliner Küste ausgebessert werden. Diese Forts (Martello Towers) sind vor etwa 50 Jahren gebaut worden, als Napoleon England mit einer Landung bedrohte. — Zwei Soldaten des 31. Regiments, welches wegen der Sixmile-Bridge-Geschichte verhaßt ist, wurden vorgestern nicht weit von Cork, auf dem Wege nach ihrem Garnisonsorte von Bauern angefallen; der eine kam mit genauer Noth lebendig davon: den anderen ließen die Mörder todt auf der Landstraße liegen. Sein Leichnam war zerfleischt und verstümmelt. — Murphy, ein geachteter katholischer Gentleman in Meath, hatte die Kühnheit, für H. Grattan zu stimmen. Einige katholische Wähler schossen ihm dafür zwei kostbare Pferde todt; zugleich erhielt er einen anonymen Brief mit der Mahnung, sich glücklich zu schätzen, daß er so gelinde davon gekommen; denn eigentlich hätte er statt der Pferde bluten sollen.

— den 27. Sept. Seit einigen Tagen beginnt die Furcht vor einer französischen Invasion sich wieder in mehreren der bedeutendsten Organe der englischen Presse z. B. in Times und Chronicle, zu äußern. — Der Kentish Mercury bringt die Nachricht, daß auf Befehl des Feldzeug-Amtes die Insel Wight stark befestigt und in gehörigen Vertheidigungsstand gesetzt werden soll. Eine große Anzahl Kanonen vom schwersten Caliber wird nach der Insel geschafft. Die Kosten lassen sich auf wenigstens 60,000 L. veranschlagen.

Miscellen.

Die Gesandten der Hansestädte am Hof des Kaisers Napoleon. Zur Vergleichung über die Kunst, Enthusiasmus zu lügen, dürfte folgende Anekdote nach den letzten Vorgängen in Frankreich zweckdienlich sein. Als Napoleon im Jahr 1811 die Hansestädte seinem Reich einverleibt hatte, wurden die letzteren aufgefordert, Deputirte nach Paris zu schicken, um der kaiserlichen Regierung die erforderlichen „Renseignemens" über die Einrichtungen, die Verhältnisse und die Eigenthümlichkeiten der neuen Gebietserwerbung zu ertheilen und ihr zur Organisation des nunmehr zu errichtenden französischen Regiments das Material zu liefern. Lübeck schickte Overbeck und Cost, Hamburg den Syndikus Doormann neben den Senatoren Schulte und Jenisch, Bremen Gröning, Smidt und Vollmers, sämmtlich Rathsmitglieder. Die hanseatischen Deputirten traten natürlich in Paris in Verkehr mit dem Ministerium des Innern; wurden aber auch als Abgeordnete seiner neuen Unterthanen dem Kaiser selbst vorgestellt. Bei dieser Gelegenheit mußte eine feierliche Ansprache an Se. Majestät gehalten werden, eine Pflicht an deren Umgehung nicht wohl zu denken war. Diese Ansprache ward von dem des französischen Styls in seltener Weise mächtigen Syndikus Doormann aufgesetzt und in jenem Ton allgemeiner Ehrfurchtsversicherungen gehalten, welche im Jahr 1811 selbst die gekrönten Könige Europas dem siegreichen Soldatenkaiser nicht vorenthielten. Indessen war die Klippe damit noch nicht umschifft. Der Minister des Innern erklärte Hrn. Doormann, die Etiquette erlaube es nicht, eine Ansprache an Se. Majestät zu halten, die nicht zuvor allerhöchsten Orts gelesen und gebilligt worden ist. Das Schriftstück ward daher dem hamburgischen Deputirten abgenommen und ihm erst als er in den Wagen stieg, um zur Audienz zu fahren, wieder zugestellt. Aber es hatte sich in der Zwischenzeit gewaltig verändert. Ganze Sätze, angefüllt mit Betheurungen ersterbender Unterwürfigkeit und begeisterter Anhänglichkeit an den Kaiser, waren hinzugefügt; andere zu laue Stellen waren gestrichen worden. Der Wagen rollte in den Tuilerienhof, die Empfangssäle öffneten sich, der Kaiser trat herein und der Syndikus Doormann ward vor den Herrscher geführt, um die Ansprache zu verlesen, die der Minister des Innern oder vielleicht Napoleon selbst redigirt hatte und die ihm erst wieder in die Hand gesteckt worden war, als eine Remedur bereits zu den Unmöglichkeiten gehörte. Tags darauf erschien die Ansprache der hanseatischen Deputirten im Moniteur; aber nicht einmal in jener ministeriellen, sondern in einer Fassung, welche die Schmeicheleien und Loyalitätsbetheurung noch erheblich verstärkte. Die hanseatischen Deputirten haben jene Adresse erst durch den Moniteur kennen gelernt.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1245a] **Lehrlingsgesuch.**

In einer der größeren Städte der vordern Pfalz wird in ein Eisen- und Kurzwaarengeschäft ein junger Mensch mit den nöthigen Vorkenntnissen in die Lehre gesucht. Nähere Auskunft gibt auf portofreie Anfragen Herr A. Steitz in Speyer.

[1226a] **Offene Stelle.**

In einer Stadt am Rhein ist für ein im Kurzwaaren- und Stickereigeschäft erfahrenes und mit guten Zeugnissen versehenes Frauenzimmer ein Stelle offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag — Nro. 237 — den 2. October 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Ludwig Napoleons jetzige Rundreise wird von seinen Anhängern ausgegeben und ausgebeutet als Zeichen des Triumphs einer „Socialistischen Umgestaltung!" Das ist nun das Ergebniß, in welchem Jene ihre innere Befriedigung finden mögen, welche zuerst so eifrig die „Rettung der Gesellschaft" unterstützten! Wir glauben es gerne, Ludwig Bonaparte wird fortgerissen. Wir geben zu, daß er eine solche Rolle nicht beabsichtigte zu übernehmen; allein die Verhältniße sind stärker als Er. Er will den Gipfel der Macht und des Glanzes ersteigen und sich auf demselben behaupten, und um dies zu können, wird er genöthigt zu Dingen, die er vielleicht gerne vermeiden möchte. Genug, er gilt heute Vielen als der Führer einer socialen Umgestaltung! Er ist gedrängt dazu, man macht ihn dazu, und er widersetzt sich nicht, weil er damit das Ziel seines Strebens erlangen und wahren zu können glaubt. — So wird es ihm bald auch mit der Frage des Krieges und Friedens gehen. —

Wir sind zu diesen Bemerkungen veranlaßt durch die nachstehenden Aeußerungen unserer gestrigen Pariser lithog. Correspondenz, welche hierin ohne Zweifel der Bonapartistischen Anschauungsweise blos Worte zu verleihen sucht:.

„Der Präsident stützt, wie es schon seit dem December ersichtlich war, seine ganze Macht auf die politischen Instinkte (!) und religiösen Gesinnungen (!) des Volkes, ob aus Ueberzeugung, ob aus Berechnung, bleibt sich gleich; genug er hat die Saiten gefunden, die man beim französischen Volke anschlagen muß. Wer am wenigsten damit zufrieden ist, das ist die sogenannte Bourgeoisie, welche unverlanzte Freiheitsprincipien (!) mit ihrem Uebergewicht über die arbeitenden Klassen vereinbaren will. Louis Napoleon, der den Parteien der Ordnung durch die unzweideutige Bekämpfung des Sozialismus hinreichende Garantien gewährt hat, hat das Recht, die Interessen der arbeitenden Classen (!) überall gegen die Uebergriffe des sie ausbeutenden Capitals in Schutz zu nehmen. Er thut es auch, ohne sich an die Runzeln der kleinen Industrien, die bei einzelnen Maßregeln den Kopf schütteln, zu kehren. Er hat damit erreicht (?), daß die Democratie (!) es für ein großes Unheil ansieht, wenn durch irgend einen Unfall, der dem Präsidenten widerführe, die Regierung Frankreichs in Frage gestellt werden sollte. Er hat keine activen Tendenzen gegen sich, als die der beseitigten Dynastien. (!) Die historische Bedeutung seiner Sendung liegt in der Lösung der socialen Verhältniße, wie sie vorhanden sind, und nicht wie sie von verschiedenen Secten geträumt werden. Diese Lösung kann nur in einem Fortschritt bestehen, das ist klar, und daß ein solcher trotz der erlangten Allmacht der Polizei, trotz des Druckes, der auf der Presse haftet, existirt, beweist die Stimmung der democratischen Partei (ob!), die, darüber ist kein Zweifel, sich vor allen durch Eventualitäten zu erwartenden politischen Veränderungen, zum Regime des Präsidenten neigt. (!)"

Es wird uns wahrlich nicht einfallen, diese Phraseologie für richtig und wahr ausgeben zu wollen. Allein das unterliegt wol kaum mehr einem Zweifel, daß man in Frankreich die „arbeitende Classe" für das jetzige Regime zu gewinnen sucht, indem man ihr mit dem Kaiserthum goldene Berge in Aussicht stellt. Und wenn sie dann nicht zu finden sind, — wird man einen Augenblick Bedenken tragen, wenn die Forderungen nach Verwirklichung der Verheisungen „gefahrdrohend" zu werden beginnen, — ein anderes Bild vorzuführen, — das des Krieges? Man wird sich auch dazu „gedrängt" sehen, der Selbsterhaltung wegen! —

* **Speyer,** den 30. Sept. „Die großen Ereigniße, welche die Geschichtsbücher und die Gräber füllen, wie die kleinen, welche in dem Rahmen eines Herzens entstehen und ersterben — alle, ob sie Schmerz veranlassen oder Freude, haben doch stets das Eine Resultat: daß sie die Menschheit vorwärts rücken, mit oder gegen ihren Willen. Die Macht der größten Führer reicht nicht hin gegen dieses Naturgesetz, und die siegreichste Reaction erobert höchstens einen Raum, auf welchem ihr Untergang der ganzen Welt sichtbar wird. — Daher die Berechtigung des Vertrauens, wenn auch alles Vertrauen getäuscht scheint; daher der Glaube an eine bessere Zukunft, welcher die Edlen der Nation aufrecht erhält selbst in den Augenblicken, wo jeder Glaube an das Gute als ein Aberglaube verlacht wird. — Solch eine Zeit ist über Deutschland gekommen; trüber als je schien seine Zukunft; das Land selbst, ohne welches es kein Deutschland mehr geben würde, schien eine Waffe in den Händen seiner Gegner geworden zu sein."

Mit diesen Worten beginnt die Kölnische Zeitung einen Leitartikel. Mit wahrem Vergnügen lasen wir dieselben als eine viel Wahrheit in sich schließende Aeußerung. Allein ein wahrer Eckel erfüllte uns, als wir, unmittelbar daran gereiht, die folgenden Bemerkungen fanden:

„Eine glücklichere Aussicht hat sich in wenigen Tagen gestaltet. Nach längerem Zögern ist endlich der einzig und allein der Ehre Preußens entsprechende Entschluß am 16. September in einer Conferenz gefaßt worden, welcher der Ministerpräsident, der Handelsminister, der Finanzminister und die drei preußischen Zollconferenz-Bevollmächtigten beigewohnt haben. Die Räthe Sr. Majestät haben sich darüber geeinigt, der am 30. August abgegebenen Erklärung treu zu bleiben, und die preußische Regierung hat ihren treu gebliebenen Verbündeten diesen Entschluß am 17. September eröffnen lassen."

Und nun geht ein gleiches Gesalbader durch beinahe anderhalb der Riesenspalten des bezeichneten Blattes, — einzig und allein Lobhudeleien des Auftretens des Preußischen Ministeriums in der Zollfrage enthaltend.

Wir begreifen es vollkommen, wenn man sagt: Preußen ist durch die Politik Oesterreichs und der andern Staaten der Bregenzer Union dahin gebracht und dazu genöthigt worden, die Politik des Temporisirens aufzugeben; wir begreifen es, obwol man die Tage von Bronnzell und von Olmütz in Berlin nur zu sehr verschuldet und selbst herbeigeführt hat. Wir begreifen die Erzürnung Preußens um so mehr, als wir schon vor anderthalb Jahren vorhersagten, daß die „Politik" der süddeutschen Staaten zu einer Sprengung des Zollvereins führen werde, jene „Politik," der wir nie das Wort reden werden. Allein das übersteigt alles Maß, wenn eine Partei die jetzige Haltung der preußischen Regierung so darstellen möchte, als ob nun die Hoffnungen und Wünsche Deutschlands mit einem Male erfüllt seien! —

Wir haben uns längst überzeugt, daß unter der „Mittelpartei", den s. g. „Gothaern", sehr viele Leute sind,

die so sehr als irgend Jemand das Wohl des Vaterlandes wünschen; solche, die sich von den Democraten weit weniger einer Verschiedenheit des zu erstrebenden Zieles wegen trennten, als weil sie mit „Vertrauen" auszureichen hofften, während die Democraten „Garantien" zu fordern für nöthig erachteten. Der Erfolg hat hat längst entschieden, wer weiter geblickt. Das Vertrauen war ein unglückliches, verderbliches, aber es trübt die Reinheit der Absicht nicht. Dagegen befindet sich in jener Partei eine Classe, die wirklich unverbesserlich ist. Sie gibt sich eben im vorbemerkten Aufsatze der „Köln. Ztg." in lauter Weise wieder kund. Dieser Fraction der Gothaer kann man im vorliegenden Falle kaum etwas anderes erwiedern, als was dieser Tage Kladderadatsch sagte, und was wir — blos auf diese Fraction angewendet, — wiederholen:

„Die Herren Gothaer werden dringend gebeten sich nun endlich gefälligst entscheiden zu wollen, welche Stellung sie in der handelspolitischen Frage einzunehmen zu gedenken sich entschließen zu können in der Lage sein möchten, da alles so weit fertig ist, daß es jetzt nur ganz allein noch von **ihrer** Entscheidung abhängt."

Von der Weser, den 20. Sept. Der Nationalzeitung entnehmen wir folgende, sehr ernst stimmende Schilderung: Fast keinen Morgen kann man jetzt auf einen Bahnhof kommen, ohne Gruppen von Auswanderern zu sehen. Sie bilden den stehenden Hintergrund des Jammers zu all den fröhlichen oder geschäftlichen Leuten, welche bei den Wagen sich tummeln. Sie machen den unaufhörlichen Abfluß aus von rüstigen Menschen, Geld, Geistes- und Arbeitskräften, durch welchen Deutschland ganz in der Stille ärmer wird, um mit seinem Vermögen die Umstände anderer Völker zu verbessern. Nie wurde mir der Verlust, den Deutschland durch die jetzige Auswanderung leidet, so deutlich, als am vorigen Dienstag, als ich mit dem ersten Zuge von Hamm nach Minden fuhr. Wenn ein verheerender Krieg diese Gegend durchzogen hätte, er würde ihr nicht so viel an Menschen und Capitalien gekostet haben, als einige Auswanderungswochen mit sich fortnehmen. Auf jedem Bahnhofe drängten sich Hunderte von Abreisenden und Abschiednehmenden, in einem einzigen Waggon standen anderthalbhundert Auswanderer, und dennoch war die Reihe der Wagen unabsehlich. Jede Stunde wiederholten sich dieselben Scenen. Der Zug kommt an, die Thüren der Wartesäle und Sperrgitter öffnen sich und herzu strömt eine Fluth von Auswanderern, alle in der wohlbekannten Tracht dieser Gegend, durchgängig junge oder doch noch kräftige Menschen, die Alten und Schwächlichen blieben zurück. Mit den Auswanderern kommen Eltern und Geschwister und Bekannte, um das letzte Lebewohl zu sagen. Hinter ihnen erhebt sich regelmäßig die stattliche Figur der Gendarmen mit Schnurrbart und Pickelhaube, die armen Leute waren aber schon so verschüchtert und verstört, sie hielten Ordnung auch ohne Gendarmen. Lachen und Singen war vergessen, aber traurige Abschiedsrufe, Schreien der Kinder, weinende Menschen, das war Tagesordnung auf jedem Bahnhofe. Man liest so gefühlvoll, wie auf Sklavenmärkten von den unbarmherzigen Händlern Eltern und Kinder aus einander gerissen werden, hier sah man mehr als eine Mutter zum letzten Male ihre 12jährigen Söhne ans Herz drücken; der ältere Bruder nahm diese mit sich, weil sie in Amerika nicht wie hier die Kost der andern schmälern. „Nur schreibt bald, dann kommen wir nach!" Das waren Worte, welche sich oft vernehmen ließen. Die Briefe der Ausgewanderten werden nicht ausbleiben, diese Briefe sind die geschäftigsten Werber für Auswanderung; ein Wegziehender zieht über kurz oder lang zehn Andere nach sich. Ich habe viele solcher Briefe gelesen, von denen ich später erfuhr, daß die glänzenden Schilderungen darin waren, um des eigenen Interesses wegen Ansiedler herzulocken, durch welche man Gesellschaft hat und Boden und Vieh im Preise steigen. Es dauerte lange auf den Bahnhöfen, ehe diese Massen Menschen untergebracht waren. Bemerkenswerth war das Benehmen der übrigen Zuschauer des kläglichen Schauspiels. Manche junge Herren und feingeputzte Damen sahen lächelnd den Menschenknäuel sich entwirren, sie fühlten sich angeekelt durch die Noth und den Schmutz der armen Leute; in den Mienen der Eisenbahnbeamten und vieler Gebildeten las man wahres Mitleid; die Eisenbahnarbeiter vom Stande der Auswanderer sahen finster vor sich nieder auf ihre Arbeit, sie kannten wol die Noth, welche zur Auswanderung treibt; die meisten Zuschauer sahen ernst darein, als wüßten sie nicht, ob sie die verdammen sollten, welche leichtsinnig ihre Heimath verlassen, oder die beklagen, welche es müßen. Endlich erscholl die Glocke und fort brauste der Zug, die Wegreisenden in den Wagen und die Zurückbleibenden auf dem Perron beugten sich vor, um die letzten Blicke von einander aufzufangen, aber die Entfernung ließ im Nu Mienen und Gesichter sich verwirren, die meisten hatten sich zum letzten Mal gesehen; ganz in der Ferne sah man noch unbeweglich stehen die Haufen der Zurückbleibenden. Wenn sie nach ihren Hütten und Häusern zurückkehren unter die Last ihrer Arbeit, nehmen sie den Gedanken an das freie Amerika mit sich, sie stellen sich nur das Glück der Weggezogenen vor und wissen nicht, wie viele Leiden, Krankheiten und harte Arbeiten die Anderen durchzumachen haben, ehe sie sicher am neuen Heerde wohnen können. Hab und Gut der Ausgewanderten aber geräth dann in die Hände der wenigen Wohlhabenden der Gegend.

München. Durch die neue Organisation des Forstwesens sollen von den etwa 90 Forstämtern 27 eingehen, wogegen die übrig bleibenden mehr den Character von Inspectionsämtern annehmen. Die Revierförster werden in 3 Classen 600, 800 und 1000 fl. Besoldung haben.

München, den 28. Sept. Da mit dem gestrigen Manöver bei Föhring das Lager sein Ende erreicht hat, fand bereits heute früh schon der Abmarsch verschiedener Truppenabtheilungen theils in die früheren, theils in die neuen Garnisonsorte statt.

München, den 28. Sept. Der Abmarsch der Truppen aus dem Lager erfolgte diesen Morgen in Gegenwart des Königs und der Generalität. Die zum Garnisonswechsel in der Pfalz bestimmten Abtheilungen haben den Marsch dahin, die übrigen in ihre resp. Garnisonen angetreten. Gleichzeitig wurde heute die Mannschaft der hiesigen Infanterie-Abtheilungen bis zu dem gewöhnlichen Präsentstand beurlaubt. — Bei mehreren alt- und neutestamentlichen „Geschäftsleuten" unserer Stadt wurde gestern von der Polizei Haussuchung gehalten, und bei einigen derselben Papiere mit Beschlag belegt; die betreffenden Personen sollen in Verdacht stehen Winkelversatz und andere nicht gesetzliche Geschäfte zu treiben. (Allg. Ztg.)

Nürnberg, den 28. Sept. Der ehemalige Landtagsabgeordnete Bestelmeyer ist gestorben.

Karlsruhe, den 25. Sept. Das „Frankf. Journ." schreibt: Bei uns spuckt der ultramontane Geist der Unduldsamkeit gegen die evangelische Kirche wieder in allen Ecken. In Nachfolgendem einige Pröbchen davon. Neulich trat aus sehr unedlen Motiven eine Frau in Mannheim von der evangelischen zur katholischen Kirche über. Der katholische Geistliche, statt eine einfache Anzeige hiervon dem evangelischen Pfarramte zur Notiz mitzutheilen, überschickte diesem einen Auszug aus dem bürgerlichen Standesbuch, wornach die betreffende Frau von der Ketzerei absolvirt worden sei. Und dies geschieht in einem Lande, dessen Regentenfamilie eben diesem s. g. Ketzerglauben angehört. — In dem Orte Aobach leben zwei Verlobte gemischter Confession. Der katholische Geistliche läßt die nun Getrauten, deren eheliche Verbindung er lange Zeit hintertrieben hatte, eines Tages zu dem Bürgermeister rufen und erklärt denselben: 1) daß sie, wenn der evangelische Gatte sich nicht zur katholischen Kirche bekenne, nicht mehr zum heiligen Abendmahle gehen könnten; 2) daß ihre eingegangene eheliche Verbindung nichtig sei, und daß sie 3) in der Unzucht lebten.

Dergleichen Fälle sind aber nicht vereinzelt, und es ist außer Zweifel, daß die Curatgeistlichkeit nach erzbischöflichen Instructionen handelt. Und wenn Sie mich fragen, was die evangelische Oberkirchenbehörde thut, um dergleichen Uebergriffe zurückzuweisen, so muß ich zwar gestehen, daß in einzelnen Fällen Beschwerde geführt wird, die aber selten den gewünschten Erfolg hat. Es wäre wahrlich an der Zeit, diesem finstern Treiben ein Ziel zu setzen ehe es zu spät ist.

Frankfurt, den 29. Sept. Ueber der Homburger Spielbank scheint in diesem Jahre kein guter Stern zu walten. Erst kommt F.-Z.-M. v. Haynau und holt sich einige hunderttausend Francs, und jetzt wird sie sogar gesprengt. Und durch wen? Durch einen Napoleoniden. Herr Lucian Bonaparte brachte dieß gestern zu Wege. Er leerte ihre Kasse bis auf den Grund, indem er nur mit Sätzen von 10,000 Fr. spielte und fortwährend gewann. Sein Gewinnst dürfte sich über 300,000 Fr. belaufen. (Fr. J.)

Aachen, den 29. Sept. Die Wittwe Ludwig Philipps und der Prinz von Joinville sind hier durchgereist.

Berlin, den 28. Sept. Gleich dem sächsischen Provinziallandtage hat nun zunächst auch der pommersche in einer Dankadresse an den König der Staatsregierung seine innigste Anerkennung für den energischen und wahrhaft heilsamen Schritt ausgesprochen, welcher mit der preußischen Erklärung vom 17. d. M. zur endlichen gedeihlichen Lösung der Zollfrage gethan worden sei.

Die österreichische Regierung hat, wie man hier ziemlich glaubhaft hört, das Project, die frühern Wiener Zollconferenzen jetzt fortzusetzen, ernstlich aufgenommen und in dieser Richtung nicht bloß den Coalitions- sondern auch andern Staaten vorbereitende Mittheilungen resp. Einladungen zugehen lassen, so auch der k. hannoverischen Regierung. (C. B.)

Die „Köln. Ztg." schreibt: Die Uebergabe der in München entworfenen Coalitionserklärung wird jetzt von verschiedenen Seiten nicht mehr erwartet, weil die Lage der Verhältnisse durch die Ablehnung weiterer Verhandlungen auf der hiesigen Conferenz mit den Bevollmächtigten der Coalition von Preußen wesentlich verändert ist. Die Regierung hat ihre Ansichten über die Gründe dieses Schrittes den politischen Vertretern Preußens, wie ich vernommen, in einer Circulardepesche entwickelt und diese zugleich zu der Erklärung an die betreffenden Cabinette autorisirt, daß der Ministerpräsident zur Entgegennahme von ferneren Mittheilungen über die Zollangelegenheit bereit sei.

Wien, den 25. Sept. Characteristisch ist das Gerücht, daß in Böhmen ein großes Lager werde gebildet werden; factisch ist, daß bereits mehre Truppentheile nach Theresienstadt zusammengezogen worden sind. (N.-Z.)

Im Cavallerielager bei Pesth ist die Pferdeseuche ausgebrochen, so daß täglich im Durchschnitt 3 bis 4 Thiere ihr Leben einbüßen.

— den 26. Sept. Die ministerielle „Presse" enthält folgendes bemerkenswerthes Geständniß: „Der Geldmangel äußert sich empfindlich in allen commerciellen und industriellen Beziehungen. Uebereinstimmende Klagen kommen uns darüber aus Triest, Pesth und Wien zu. In Triest ist der Disconto 7 Prozent, in Pesth werden erste Papiere nur schwer zu 8—9 Proc. escomptirt, und es wird daraus die für die jetzige Saison fast unerhörte Unthätigkeit erklärt."

Schweiz.

Freiburg. Der „Bern.-Ztg." wird über die letzten Sonntag stattgehabten Gemeindewahlen berichtet: Die Radicalen haben in der Stadt glänzend gesiegt; gegen alles Erwarten gehen bis jetzt auch die günstigsten Nachrichten von den umliegenden Gemeinden ein. In Bulle, Estavayer und Murten haben ebenfalls die Liberalen gesiegt. In der Stadt Freiburg waren von 1275 Stimmberechtigten 1262 anwesend. Die radicale Mehrheit war durchschnittlich 280 St. Noch nie war der Kampf so heiß. Es ward von den Conservativen mit Geld und Wein gefochten.

Neuenburg. Nicht auf dem Bielersee, sondern auf dem durch einen Sturm aufgewühlten Neuenburgersee ist am 24. d. die Barke des Hrn. Chippot untergegangen.

Belgien.

* **Brüssel**. Die Minister haben dem Könige ihre Entlassung übersandt. Die Kammer ist bis zum 26. October vertagt.

Frankreich.

† **Paris**, den 20. Sept. In seinem halbamtlichen Theile enthält der Moniteur 14 Adressen verschiedener Gemeinden, wovon wir Eine beispielsweise anführen. „Gemeinde St. Agnan (Departement Drôme)": „Nach der unsterblichen That vom 2. December, welche die Gesellschaft gerettet hat, haben Sie, Prinz, gesagt: „Wollt Ihr die Kräftigung meiner Gewalt?" Die Stimme Gottes antwortete: „Ja." In diesem Momente ist eine heilige Verbindung zwischen Ihnen und Frankreich geschlossen worden. Prinz, die französische Nation ist stolz, sie möchte gerne auf dem Haupte ihres Verlobten eine Krone sehen. Die Reihe zu fragen ist an ihr; Sie frägt: „Wollen Sie den kaiserlichen Scepter annehmen?" Sagen Sie „Ja" und es wird eine gute Heirath werden." — Der offizielle Theil des Moniteurs enthält den Studienplan und das Programm für den Cursus der höheren Normalschule. Die heidnischen Classiker sind darin an der Seite des heiligen Augustinus beibehalten worden. — Ueber das Complott in Marseille und die Höllenmaschine sind nur wenig neue Details bekannt geworden. Die Maschine bestand aus zwei Reihen über einander gelegter Patronen (die Berichte sprechen nicht mehr von Läufen), welche an zwei sie theilenden Brettern stark befestigt waren. — Nach der Constitution müssen alle Verbrechen des Hoch- und Landesverraths vom hohen Gerichtshof, dessen Organisation dem Senate anheimfiel, gerichtet werden. Der Senat hat zwar die Grundlagen dieses Gerichtshofes festgestellt, man ist jedoch unsicher darüber, ob nicht der Senat zusammengerufen werden muß, um auch die Zusammensetzung desselben zu decretiren. Diese Frage ist unter den gegenwärtigen Umständen von hoher Wichtigkeit, da es keinem Zweifel unterworfen sein kann, daß der zu diesem Zwecke einberufene Senat sich auch mit der Frage des Kaiserreihs beschäftigen und sie zur Lösung bringen wird. — Das bonapartistische „Pays" hat nun die Entdeckung gemacht, daß die in der Fremde verfertigten Pamphlete und die giftigen Artikel der auswärtigen Zeitungen nicht ohne Einfluß auf die Attentäter von Marseille gewesen sein möchten!

Wie unlängst der „Corsaire," ist nun auch die „Chronique de Paris" nach mehrmaliger Verwarnung gänzlich unterdrückt worden.

Viele der prachtvollen Castanienbäume in dem großen Baumgange des Luxembourg in Paris stehen jetzt wieder in voller Blüthe. Die Hitze und Trockenheit des Juli und August hatte sie fast aller ihrer Blätter beraubt, und siehe da, mit dem Regen der letzten Zeit kommt wieder frisches Leben in die Bäume; sie treiben Blätter und Blüthen.

Im Frankftr. Journal werden u. a. folgende Thatsachen gemeldet: Ende Juli starb im Departement der Vendee ein Reformirter und wurde, dem französischen Gesetze zufolge, auf dem Communalkirchhofe zu Lügand begraben. Doch der ultramontane Clerus glaubte diese Beerdigung nicht dulden zu dürfen und rüstete sich zu einer That, wie wir sie unlängst zu Linz am Rhein mit Entsetzen ausführen sahen. Der Municipalrath wurde aufgefordert, die sterblichen Ueberreste des Protestanten wieder auszugraben und von dem Kirchhofe zu entfernen. Die heilige Kirche (sollte heißen: „die ultramontane Partei") könne es nicht dulden, daß durch die Beerdigung eines

Ketzers der Begräbnißplatz entweiht und mitten in der katholischen Welt ein Sacrilegium begangen werde. Der Gemeinderath ließ sich aber nicht einschüchtern, sondern hatte Muth genug, das Recht des Protestanten gegen die eigene Priesterschaft zu schützen. Nun wandte sich die ultramontane Partei an den Cultusminister und fand hier leider ein geneigtes Ohr. Es erschien ein Ministerialdecret, nach welchem den Wünschen des Clerus willfahrt werden sollte. Der muthige Gemeinderath indeß läßt sich auch jetzt noch nicht beugen. Selbst gegen die oberste Staatsbehörde vertritt er siegreich die durch so hohe Opfer errungene bürgerliche Freiheit; er schützt das Grab des Protestanten. Da sendet der Romanism seinen Diöcesanbischof in's Feld. Hr. Baillet, Bischof zu Luçon, erläßt ein oberhirtliches Circularschreiben, dessen Schluß lautet: „Die Diöcese liegt in tiefer Trauer darnieder, weil den Verordnungen des Cultusministers wegen des Kirchhofs zu Cüzand nicht Folge gegeben ist. In einer so beklagenswerthen Lage wären Dankgebete wenig passend; darum wird Seine bischöfliche Hoheit dann erst ein Tedeum für den 15. August (das letzthingefeierte Napoleonsfest) anordnen, wenn das Aergerniß entfernt ist. Wir haben die Regierung hievon in Kenntniß gesetzt." Jeder Commentar zu diesen Worten ist für unsere Leser überflüssig. Das Tedeum blieb ungesungen. — Noch in diesen Tagen wurde die neue protestantische Kirche zu Trouville (Calvados) von der Regierung geschlossen; sie darf nicht eingeweiht und eröffnet werden, weil man für den Katholizism der Umgegend Gefahr fürchtet. Mit tiefem Bedauern hören wir auch, daß in diesen Tagen der Pfarrer Recordon lediglich darum zu einer Geldstrafe verurtheilt worden ist, weil er in seiner Gemeinde Epiffac bei Troyes Gottesdienst gehalten hat. Ebenso ist in diesen Tagen der protestantische Cultus zu Fresnoy-le-Grand (Aisne) untersagt worden. Für diese Gewaltmaßregeln gibt es keinen andern Grund, als den, daß diese reformirten Gemeinden sich, vor etwa zwei Jahren, aus ehemaligen Römischen gebildet haben.

Italien.

*** Turin,** den 25. Sept. Der letzte Ausflug des Papstes auf dem Meere hat zu dem Gerüchte Veranlassung gegeben, daß er entfliehen wollte, und das Vorhaben aufgab, weil er das ihn begleitende und überwachende Dampfschiff des Capitains Olivier nicht überholen konnte. Daran knüpfen sich andere Gerüchte von der Einladung, die dem Papste von dem Marquis Turgot und Herrn Rayneval gemacht wurden, den Prinzen Louis Napoleon in Paris zu krönen. Der furchtsame Hof hat ihm eine Gefangenschaft in Fontainebleau in Aussicht gestellt und ihn so zu einer Flucht beredet, die von dem französischen Dampfschiff verhindert wurde. Die officielle Gazette von Turin enthält darüber eine Menge Details, die die Wahrheit des Gerüchtes begründen sollen.

Nachrichten aus **Turin** vom 24. Sept. in der amtlichen Zeitung von Savoyen zufolge sind die Beziehungen zwischen Sardinien und Rom keineswegs freundlicher geworden. Das heilige Collegium hat sogar dem Bischofe von Savona, Msgr. Riccardi, Vorwürfe gemacht, weil er nicht feindlich genug (!) gegen das Civilehegesetz aufgetreten.

Großbritanien.

*** London,** den 28. Sept. Eine Deputation angesehener Engländer begibt sich nach Florenz um vom Großherzog die Freilassung der zu 4 Jahren Galeeren verurtheilten Ungarn zu erbitten.

Norwegen.

Christiania, den 24. Sept. Der zweite Sohn des Königs, Erbprinz Franz Gustav Oscar, Herzog von Upland, geboren am 18. Juni 1827, ist am heutigen Tage mit Tode abgegangen.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 14. Sept Die Fischereien-Frage ist noch immer in Statu quo und die Nachrichten von angeblich Seitens des englischen Cabinets gemachten Zugeständnissen scheinen verfrüht zu sein. — Wie die Union in diesem Augenblicke mit **Peru** steht, weiß eigentlich kein Mensch, weder hier noch in Washington, zu sagen. Capitän Jewett hat einen Brief an Webster geschrieben, mit der Anzeige, daß er und andere Offiziere zusammen 15 Schiffe und 5 Barken nach den Lobos-Inseln geschickt haben, um dort Guano zu laden, und daß sie, gestützt auf die Zusicherungen des Staatssecretärs, fest auf die Unterstützung der americanischen Flagge rechnen, falls sie angegriffen würden. Es ist auch anzunehmen, daß sie in einer solchen Lage von der in den peruanischen Gewässern liegenden americanischen Fregatte unter Commodore Aulay nicht ohne Succurs gelassen werden; denn es ist immerhin möglich, daß die Zurückberufungsordre des Präsidenten für Commodore Aulay zu spät kommt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 28. Sept. Weizen 5 fl. 27 kr., Korn 4 fl. 42 kr., Gerst 3 fl. 42 kr., Spelz 3 fl. 51 kr., Hafer 2 fl. 43 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 25. Sept. Weizen 5 fl. 23 kr., Korn 4 fl. 35 kr., Spelz 4 fl. 1 kr., Gerst 3 fl. 50 kr., Hafer 2 fl. 51 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 28. Sept. Weizen 5 fl. 15 kr., Korn 4 fl. 26 kr., Spelz 3 fl. 24 kr., Gerst 3 fl. 51 kr., Hafer 2 fl. 26 kr., Kartoffeln 1 fl. 6 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 23. Sept. Weizen 5 fl. 17 kr., Korn 4 fl. 24 kr., Spelz 3 fl. 10 kr., Gerst 3 fl. 5 kr., Hafer 2 fl 8 kr., Kartoffeln 1 fl. 8 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 24. Sept. Weizen 10 fl. 36 kr., Korn 8 fl. 51 kr., Gerste 5 fl. 57 kr., Spelz — fl — kr., Hafer 3 fl. 42 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger, G. F. Kolb.

[1252⁶] **Das überseeische Geschäftsbureau**

von

Bitz, Kapp & Cie. in Newyork,

Chatam Street Nro. 67,

besorgt alle Rechts- und Erbschaftsangelegenheiten, welche eine in Amerika und Europa zusammenwirkende Thätigkeit verlangen und vermittelt Geldsendungen nach Amerika.

Die Einzahlungen geschehen an den unterzeichneten General-Agenten, welcher demnächst dem Zähler die beglaubigte Original-Quittung des Geldempfängers kostenfrei einhändigt.

Mainz, den 23. September 1852.

Dr. Müller-Melchiors.

[1251] **Licitation.**

Samstag, den 23. October l. Js., des Nachmittags um 2 Uhr, zu Edenkoben im Gasthause zum Schaaf, werden durch den damit beauftragten Notar Keller in Edenkoben nachverzeichnete, zum Nachlasse von Philipp Jacob Walter, lebend Müller in Edenkoben, gehörige Liegenschaften, der Untheilbarkeit wegen, in Eigenthum versteigert:

Ein zweistöckiges Wohnhaus nebst einer Mahlmühle und zwei Mahlgängen, einem Schälgange und Schwingmühle, Kelterhaus, Scheuer, Stallung, Hofraum und übrigen Zugehörungen. Zu dieser Mühle gehören noch 2 Tagwerke 69 Dec. Acker und Wiese und 54 Dec. Pflanz- und Baumgarten, gelegen zu Edenkoben in der Obergasse (genannt Klostermühle).

Die Eigenthümer sind die Kinder des Erblassers, als: 1) Johann Philipp Walter, Seminarlehrer in Kaiserslautern, 2) Carolina Walter, Ehefrau von Peter Mathes, Kaufmann in Frankweiler, 3) Johann Jacob Walter, Müller von Edenkoben, jetzt abwesend, vertreten durch seinen Curator Philipp Heinrich Walter, Mehlhändler in Edenkoben, 4) Johann Nicolaus Walter, Müller von Edenkoben, dermalen in Cincinnati in Nordamerika wohnhaft.

Edenkoben, den 29. September 1852.

Keller, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 238 | den 3. October 1852.

Amerikanische Zustände.

** **Kossuth in Amerika.** New-York, den 6. Sept. Unter den Deutschen in der Union findet man seit einigen Wochen ein kleines Schriftchen viel verbreitet, welches „Reden von Kossuth und Gögg" enthält, — nemlich die letzten Reden, welche Kossuth in den Vereinigten Staaten hielt, und die an die Deutschen gerichtet waren. Nach der Lage der Dinge betrachtete es der ungarische Agitator als die Hauptaufgabe seines Hierseins, auf die Americaner zu wirken, sie herauszureißen aus ihrer bisherigen passiven Politik — passiv jedoch weit mehr blos scheinbar als wirklich, wie die fortwährenden Gebietsvergrößerungen der Union unwiderlegbar beweisen, — sie dahin zu bringen, daß sie sich mit dem Gedanken vertraut machen, und von ihm durchdrungen werden: „die Vereinigten Staaten müßen ihr Gewicht in die Wagschale der politischen Entscheidung legen, sie dürfen nicht gleichgültig zuschauen zu dem, was den andern Staaten zu thun beliebt; damit handelt Amerika in seinem wohlverstandenen Interesse und es trägt eine alte Schuld an Europa ab, ohne dessen hülfreiche Hand es nie zu dieser Fülle von Macht und Glück gelangt wäre; es trägt damit eine Schuld ab an die gesammte Menschheit." Wie immer auch die Behauptungen der verschiedenen Parteiorgane lauten mögen: Kossuth's Worte haben in der Brust von Hunderttausenden eine Flamme angefacht. Ich möchte nicht sagen: er hat hier einen Samen ausgestreut. Nein! der Keim war vorhanden, Kossuth hat nur dessen Entwicklung, er hat nur den Fortgang eines Cristallisationsproceßes gefördert, — gefördert, so sehr dies bei der augenblicklichen Weltlage denkbar sein konnte. Die Frucht wird reifen, — unfehlbar. Handelte es sich blos darum, daß Jemand, und sei es der ausgezeichnetste Mensch, durch hervorragende Rednergabe da oder dort den gewaltigsten Eindruck hervorgebracht: ich würde die Sache mit Gleichgültigkeit betrachten, denn der Eindruck einer blosen Rede, deren Zweck nicht sofortiges augenblickliches Handeln ist, verwischt und verschwindet bald wieder aus dem Gedächtniß der Hörer; die Begeisterung erkaltet, und an ein feuriges Entflammen nach Jahren wird kein Besonnener glauben. Aber Kossuth hat voraussehend verkundet, was die nicht aufzuhaltende Entwicklung der Union in wenigen Jahren als Naturnothwendigkeit wird erscheinen lassen. Man wird staunen, wie bald diese Nothwendigkeit sich geltend macht. Wer ein Paar Jahre vor dem wunderbaren Feldzuge nach Mexico von einem solchen gesprochen, hätte viel Unwahrscheinlicheres, viel Unmöglicheres gefordert, als heute Kossuth. —

Daß sich Kossuth vor Allem um seine Landsleute, die Ungarn, bekümmerte, verstand sich von selbst. Bemerkenswerth ist es indeß, daß er von allen andern europäischen Nationen fast immer und überall die Deutschen ins Auge faßte, sich fast ausschließlich an sie wendete. Nicht so kleinmüthig, wie so viele im Vaterlande selbst, verzweifelt er keinen Augenblick an Deutschlands Zukunft, die er vielmehr mit dem Enthusiasmus eines begeisterten Sehers im glänzenden Lichte erschaut. Glauben Sie nicht, daß dies ein bloses Bild der Sprache sei. Auch Kossuth glaubt an eine „Mission." Die Art seines persönlichen Auftretens gewährt dem kalten Beobachter den Beweis dafür, und er selbst verhehlt es nicht. „Ich betrat meine Bahn in Amerika mit dem hohen Selbstgefühl meiner Mission," sagte er zu Buffalo, „geheiligt durch das Leiden von Millionen der alten Welt. „— Mein Vollmachtsbrief war das ehrende Vertrauen „meines Volkes, mein eignes Pflichtgefühl, die Menschenwürde in entschlossener Brust, und das Bruderband . . . „das Nationen an einander bindet. — Schön war das „Ziel und gering meine Kraft, ein Strohhalm gegen einen Felsen von Schwierigkeiten. Doch ich hatte den „unerschütterlichen Glauben an die Nothwendigkeit des Rechts, den Glauben, der Berge versetzt, „und unbekümmert um die Wuth der Feinde, um die „Lästerungen des Neides, und um den Hohn des Aberwitzes ging ich ans Werk, allein mit mir selbst, mit „meinem Glauben und mit meines Willens Eisenkraft."

Kossuth ist nicht blos ein Mann der kalten Praxis, er ist auch erfüllt von einer feurigen, glühenden Phantasie. Nur so läßt sich auch jene unaustilgbare Stimmung unter den Ungarn begreifen, die sich so eigenthümlich ausspricht in jenem durch europäische Zeitungen berichteten Zuge, daß man noch bei des Kaisers Reise „Eljen" nicht rufen lassen konnte, weil sich unwillkürlich Kossuths Name daran gereiht hätte. —

** **Von den Deutschen in Amerika.** Eine volle, wahre Einigung der Deutschen in Amerika besteht nicht. Sie haben die Keime der alten Zerrissenheit aus dem Vaterlande über den Ocean herüber gebracht, und das politische Unglück hat jenes Uebel nicht vertrieben, sondern nur vergrößert. Man erblickt darin einen Erbfehler der Deutschen; ich erblicke darin nichts weiter als die ganz natürliche Folge der Verhältniße, unter denen immer und überall die gleichen Zustände entstehen, weil sie unter solchen Bedingungen eben gerade so entstehen müßen. Man hat Unrecht, bei einer derartigen Lage der Dinge das Entgegengesetzte zu fordern. Das Beispiel der Polen, der Ungarn, der Italiener in der Verbannung bewahrheitet meine Ansicht. Allein ich halte mich jetzt blos an die Thatsache, und berichte darüber. Zunächst ist es die landsmannschaftliche Zersplitterung der Deutschen, welche eine Einigung verhindert. Der einzelne Deutsche ist ein tüchtiger, politisch nicht ungebildeter Mann; die Deutschen aber in Masse sind weder einig noch politisch. Nur die — aber eben unter ganz andern Verhältnißen herangewachsenen und sich befindenden — Irländer machen es anders! Die Irländer sind im Ganzen ein ungebildetes, in der Erziehung vernachläßigtes, von fanatischen Priestern völlig unterjochtes Volk, mit einem Worte: Leute von jener Sorte, „mit deren Hirnkasten man Wände einzurennen vermag." An Bildung stehen sie weit hinter den Deutschen zurück. Gilt es aber, eine Maßregel durchzusetzen, die dem irischen Stamme irgendwie zur Ehre oder zum Vortheile gereicht, dann stehen die Irländer wie Ein Mann und geben ihr Votum ab. So kommt's, daß überall die Irländer zu Amt und Würde gelangen. Bei den Deutschen ist's gerade umgekehrt; die stimmen für Alles, nur nicht für Das, was Deutsch ist. Wird irgend einmal ein deutscher Candidat für ein Amt aufgestellt, so kann er versichert sein, daß er die Stimmen der meisten seiner Landsleute nicht erhalten wird, denn sie scheinen in ihrer Bescheidenheit gar nicht zu glauben, daß ein Deutscher zu einem andern Amte, als zu dem eines Nachtwächters und Gassenkehrers, fähig sein könne! Allerdings muß man nicht glauben, daß die Deutschen sich gar nicht zu einigen im Stande seien. Die Zahl der deutschen Vereine

ist im Gegentheile — Legion. Alle diese Vereine haben ihr Gutes: Entweder gewähren sie den Mitgliedern Unterstützung in gesunden und kranken Tagen, oder sie geben ihnen die Mittel an die Hand, sich nach und nach ein kleines Capital zu sammeln und sich eine eigene Heimathstätte zu erwerben, oder sie wirken auf Veredlung des Geistes und Herzens und auf Uebung der Körperkraft, und es würde Unrecht sein, das Gute, das diese Vereine gewähren, nicht anzuerkennen; aber in einer Beziehung wirkt diese Unzahl von Vereinen auch nachtheilig. Sie zersplittern die Gesammtheit sowol als die Kraft des Einzelnen und vor lauter Vereinen und Gesellschaften kann es zu keiner Einigung unter den Deutschen überhaupt kommen. — Das sind meiner Ansicht nach die Hauptgründe weßhalb eine Vereinigung und feste Gestaltung des deutschen Elementes in der Union nicht gedeihen will. Der Deutsche einigt sich so gerne zu Bündnissen aller Art: zu Gesang- und Turnvereinen, zu Unterstützungs- und Sparvereinen, und es ist anerkannte Thatsache, daß kein Volk mehr Hang zur Verbrüderung, mehr Associationsgeist besitzt, als gerade das Deutsche; nur in politischer Hinsicht scheint eine Einigung der Deutschen fast eine Sache der Unmöglichkeit. — Das neue Vaterland verdankt dem deutschen Fleiße und Kunstsinne unendlich viel; vor allen waren es deutsche Hände, die die Wildnisse der neuen Welt in blühende Gärten und lachende Felder umgewandelt haben; noch unendlich mehr aber wird es der deutschen Emigration verdanken, wenn diese sich einigt und Hand in Hand schlägt, um die schönen Vorzüge des deutschen Volksstammes auf dem freien Boden der freien Union, wo keine rauhe Hand störend in die Entwickelung eingreifen kann, zu pflegen und immer weiter und weiter zu verbreiten. — Vor allen scheint dem deutschen Volke die Mission zu Theil geworden zu sein, den Saamen der Kultur nach allen Ländern und allen Himmelsstrichen zu tragen, die Schößlinge des deutschen Geistes in fremde Erde zu verpflanzen. Dazu wirkt aber am meisten fördernd: die Einigkeit! — Uebrigens gäbe es einen unrichtigen Begriff von den Zuständen, wenn ich der häufigen wirklich schönen Vereinigungen zu nichtpolitischen Zwecken nicht weiter, als es oben geschehen, gedächte. So waren wir kürzlich Zeuge eines schönen, ächt deutsch gemüthlichen Festes, der Feier des achtjährigen Bestehens und der Fahnenweihe der Liedertafel zu Philadelphia. Eine ungeheure Menschenmasse hatte sich eingefunden und wogte auf dem Platze umher, bald den Gesängen lauschend, welche die in Gruppen geschaarten Vereine ertönen ließen, bald an den Uebungen unserer Turner sich ergötzend, oder in muntern Spielen sich unterhaltend. Es herrschte ungetrübte Lust und Fröhlichkeit unter den Tausenden von Festbesuchern vom Morgen bis zum Abend und kein Unfall, nicht die geringste Disharmonie störte die Lust.

Deutschland.

* **Frankfurt**, den 30. Sept. Bei Gelegenheit der unlängst hier stattgehabten Apothekerversammlung wollten einige dieser Herrn im Vorbeigehen das Palais des deutschen Bundes in der Eschenheimer Gasse besuchen. Am Thor standen zwei Oesterreicher Soldaten schildwache. Einer der eintretenden Herren redete die Schildwache (in deutscher Sprache) an, ob der Eintritt in das Haus der deutschen Bundesversammlung wohl erlaubt sei? worauf der Soldat antwortete: „nir deutsch," „nir deutsch." (Ist auch Characteristisch.)

* **Speyer**. Die „Allg. Ztg." liefert folgenden kleinen „Beitrag für die Zolleinigung," wodurch sie eine Verbindung mit Oesterreich zu empfehlen glaubt: „In Reichenball bezahlt man an der sonst billigen Tafel des Badhotels den Schoppen Forster mit 33 kr.; in dem eine halbe Stunde davon entfernten Großgmain (dem österreichischen Gränzorte) erhält man den Schoppen Ungarwein, Ruster Ausbruch, feurig wie Madeira, um 15 kr."

Die Allgemeine Zeitung enthält folgende wichtige Correspondenz aus Berlin vom 28. Sept.: Der Ausgang bei der gestrigen Ministerberathung ist, wie ich sicher vernehme, der Art gewesen daß die Rückerklärung der Coalition im Plenum der Zollconferenz nicht mehr angenommen werden soll. Die nunmehrige Verhandlung soll von Regierung zu Regierung gehen, und damit ist wohl gesagt, daß die Conferenzen vorerst abgebrochen sind. Es ist freilich noch nicht aller Tage Abend. Die badische Regierung hat übrigens, wie zuverlässig verlautet, schon in München die gemeinsame Unterschrift der Erklärung versagt, und die Haltung des badischen Bevollmächtigten ist eine ganz unsichere. Wie ich höre, erwartet derselbe seine Instruction von Wien, wo Frhr. v. Rüdt den Prinzen-Regenten zu treffen gehabt hat. Für den Augenblick stehen die Sachen ziemlich trostlos.

München, den 26. Sept. Es ist noch nicht entschieden, wer an die Stelle des zum Staatsminister des Innern designirten Grafen Reigersberg treten wird, indem neuerdings zu den bekannten Namen, auch noch der des königl. Regierungspräsidenten Hr. v. Bolz hinzugefügt wird.

— den 29. Sept. In dem Krankheitszustand des Hrn. Ministerpräsidenten v. d. Pfordten will noch immer keine entschiedene Besserung eintreten. Die vergangene Nacht war wieder eine sehr unruhige. (Vlksbtin.)

Die zur Verherrlichung des Octoberfestes aufzuführenden „olympischen Spiele" werden jetzt täglich unter der Leitung des Turn- und Fechtmeisters Hrn. Gruber in der Reitschule eingeübt. Diese Spiele bestehen aus Wettrennen zu Pferd und zu Fuß, Diskuswerfen, Ringen, Springen und Faustkampf. Die dichterischen Wettkämpfe, wie sie vor dem Tempel des olympischen Zeus bei der Stadt Olympia gehalten wurden, fallen freilich weg. Dagegen wurden eigene Blechblasinstrumente angefertigt, wie solche zur Zeit der olympischen Spiele (776 vor Christo) existirt haben, und wozu Musikdirector Streck bereits Musikstücke komponirt hat. Die Kostüme, von dem Hoftheaterkostümir Hrn. Fries, sind nach der damaligen, antiken Tracht gefertigt. Standarten und Embleme, welche bei dem Zuge vorausgetragen werden, sind ebenfalls altgriechisch.

Frankfurt, den 29. Sept. Fallmerayer, der Fragmentist, verweilte gestern in Frankfurt und begab sich von hier nach Heidelberg. Ein neues Fragment über Rußland aus Fallmerayers Feder verläßt demnächst die Presse.

Darmstadt, den 30. Sept. In der heutigen ersten Sitzung der zweiten Kammer wurde der nach langer Discussion zur Abstimmung gebrachte Antrag der Regierung, die Prolongation der Steuern für das 4. Quartal auszusprechen, mit 22 Stimmen gegen 16 für dringlich erklärt und die Bewilligung der Steuern darnach mit 26 St. gegen 12 ausgesprochen. — Im Laufe der Debatte kam die Zollvereinsfrage wiederholt zur Sprache und es fielen dabei von der linken Seite sehr heftige Vorwürfe. Auf der Ministerbank saß Hr. Schenk, welcher u. A. äußerte: er verfolge eine andere Richtung, als die befürwortete und wisse wohl, daß er sich dabei des Vertrauens der Kammer nicht erfreue; das sei ihm jedoch lieb. Müller-Melchiors, Metz und Widmann heben wiederholt die Nothwendigkeit hervor, die Zollvereinsfrage zur Verhandlung zu bringen. Dieselbe steht auf der Tagesordnung für nächsten Montag. Die Regierung soll einen viel weniger günstigen Ausgang der heutigen Sitzung erwartet haben. (Fr. J.)

Aus der Verhandlung selbst theilt das Frankf. Journ. u. a. Folgendes mit: Zuerst erhob sich das Haupt unserer Gothaner, Hr. Reh, gegen die dringliche Behandlung des vorgelegten Steuerprolongationsgesetzes. In längerem, an bei einem Manne dieser Partei nicht gewohnten scharfen Aeußerungen gegen Oben reichem Vortrage schilderte er die seitherige Regierungspolitik des Ministeriums Dalwigk. So weit seine Kenntniß reiche, sagte er, besitze dasselbe im ganzen Lande kein Vertrauen und natürlich auch nicht das seinige. Es thue ihm leid, be-

merkte er dabei, dies einem Manne gegenüber, wie dem anwesenden Präsidenten des Finanzministeriums, aussprechen zu müßen. Dem Antrage auf sofortigen Eintritt in den Gesetzentwurf über die Steuerprolongation könne er nicht beistimmen; des Ministeriums eigene Schuld sei es, wenn die letzte Minute, in welcher eine neue Steuerbewilligung nothwendig erscheine, am Ablaufen wäre. Der Redner erinnert an andere hochwichtige Fragen, an die große deutsche Frage wegen des Zollvereins, an das Preßgesetz rc., die vor Allem zu behandeln wären. — Der Abg. Müller-Melchiors, welchen die Rede seines Vorgängers zu der Bemerkung veranlaßt, daß endlich der Gothaer Vertrauensdusel zu der Erwachung gekommen zu sein scheine, will gleichfalls zuerst Vornahme seines Antrages wegen des Zollvereins. Darnach, sagt er, sei es noch immer Zeit, die Steuern zu bewilligen. Man habe keine Garantie dafür, was es gebe, wenn zunächst die Steuern bewilligt würden; die Abgeordneten seien Steuerbewilligungsmarionetten, wenn sie auf den Vorschlag des Präsidenten eingingen. — Der Präsident des Finanzministeriums, v. Schenk, indem er sein Bedauern darüber ausdrückt, daß eine wiederholte Prolongation des Finanzgesetzes angesonnen werden müße, erklärt, dies sei nicht die Schuld der Regierung. Als einzigen Grund der Auflösung der Kammer gibt er den an, daß man dem Finanzausschuße der 1. Kammer habe Zeit und Muße zur Erledigung der nöthigen Budgetvorarbeiten lassen und dem Lande durch das Beisammensein der ganzen Kammer keine unnöthigen Kosten habe machen wollen. — Hiergegen bemerkt indessen später der Abg. Metz, daß ja nach der Verfassung mit der Vertagung der Kammer alle und jede Thätigkeit derselben habe aufhören müssen und daß also auch kein Ausschuß inzwischen habe fortarbeiten können. — Der Präsident des Finanzministeriums erklärt sodann weiter, die Verhandlungen wegen des Zollvereins seien noch nicht geschlossen und die Regierung könne in so lange an keiner Kammerdebatte Theil nehmen. Indessen sei die Kammer nicht verhindert, darüber zu verhandeln. — Der Abg. Frank, zugleich Ministerialrath, sieht auch von seiner Seite in dem Acte der Kammervertagung eine arglose Vornahme der Regierung. Er bekämpft sodann, namentlich in lebhafter Entgegnung gegen den Abg. Reh, die Meinung, als seien die Stände lediglich der Steuern wegen zusammenberufen. Unter Bezugnahme auf Art. 69 der Verf. glaubt er, daß die Staatsregierung im Fall sei, die Steuern einseitig weiter zu decretiren. Diese nicht sehr constitutionelle Doctrin gibt Veranlassung zu längerem Zwischenstreit, wobei der Abg. Reh gelegentlich erwähnt, daß die in neuerer Zeit zahlreich stattgehabten Beförderungen und Decorirungen von Ständemitgliedern als eine wahrhafte Corruption, wenn nicht der Personen, doch der Sache erscheinen. An derben Ausdrücken war bei der heutigen Verhandlung überhaupt kein Mangel. Die Abgeordneten Breidenbach, Krug und Kraft von Gießen sprechen noch für die Dringlichkeit des Prolongationsgesetzes. Nachdem der Abg. Metz, zur Rechtfertigung der Dringlichkeit des Antrags wegen des Zollvereins noch erwähnte, es sei ihm die amtliche Erklärung eines Beamten einer der ersten Städte des Landes (Offenbach?) zugekommen, „daß mit Sprengung des Zollvereins 6000 Arbeiter jener Stadt brodlos und der Häuserwerth auf ½ sinken würde," wird, bei auffallender Weise schwach besetzter Kammer, abgestimmt.

Leipzig, den 27. Sept. Gestern hat sich hier plötzlich das Gerücht von einer in Dresden ausgebrochenen Minister-Krisis verbreitet. Die Minister des Innern und der Finanzen sammt dem Ministerpräsidenten, heißt es, hätten dem Könige in Folge ihrer von denen des Herrn v. Beust abweichenden Ansichten in der Zollfrage ihre Entlassung angeboten, es sei jedoch diese nicht angenommen worden, vielmehr Herr v. Beust entlassen worden. Ich gebe alle diese Gerüchte nur als das, was sie zur Zeit noch sind, eben bloße Gerüchte.

Oederan, (Sachsen), den 24. Sept. Am 20. Sept. sind die hiesigen Maiangeklagten, sieben an der Zahl, unerwartet Nachts zwischen der 10. und 11. Stunde in die Gefängniße zu Augustusburg abgeführt worden. Des andern Tages wurden denselben die Urtheile publicirt, welche, wie bis jetzt verlautet, bei Barbier, Mordt, Webermeister Herold und Buchbindermeister Kunze auf Todesstrafe, bei Tischler Range und Matthes auf 6, bei Kunze sen. auf 5 und bei Webermeister Winkler auf 4 Jahre Zuchthaus lauten.

Berlin, den 29. Sept. Die Erklärung der Coalitionsstaaten ist auch heute noch nicht übergeben. — Was Hrn. v. Hermann betrifft, so ist derselbe, wie wir schon früher erwähnten, ebensowenig in Verhandlungen mit der diesseitigen Regierung getreten, als er der Ueberbringer der erwähnten Erklärung ist. (C. B.)

Aus der Provinz Schlesien, den 25. Septbr. (Excommunication.) Das Schles. Kirchenblatt enthält Folgendes: In dem Dorfe O. bei St. sendet ein Protestant, der in gemischter Ehe lebt, seine Kinder in die katholische Schule. Damit unzufrieden hat nun der dasige „Gemeindekirchenrath" einen ersten Grad der Excommunication gegen den betreffenden Vater in folgender Weise ausgesprochen: „Nachdem der Freistellbesitzer C. K. zu O. durch Uebergabe seines Kindes an die hiesige katholische Schule eine thatsächliche Verachtung seiner, der evangelischen, Kirche bekundet hat, so wird demselben hiedurch eröffnet, daß ihm deßhalb nach §. 5 des Localstatuts das Stimmrecht entzogen werden muß und daß solches der Gemeinde bekannt gemacht werden wird. Die hieraus sich ergebenden und andere mögliche Folgen hat sich der K. selbst zuzuschreiben. O., den 23. Juli 1852. Der Gemeindekirchenrath."

Die Zerstörung der deutschen Festung **Rendsburg** durch die Dänen geht rasch von statten. Man schreibt darüber dem Hamb. Corresp. aus Kiel vom 26. Sept.: Nachdem jetzt während der vorigen Woche mit 500 Mann an der Demolirung des Kronwerks gearbeitet worden, ist die nördlichste Bastion desselben, das wegen seiner trefflichen Bauart bekannte Büdelsdorfer Fort, beseitigt, so daß sowol das Mauerwerk als auch der aus Erde bestehende Theil der Umwallung abgetragen ist. Von der übrigen Umwallung des Kronwerks ist die auf der Mauerkrone befindliche Erdlage fortgeschafft, und wird in dieser Woche die Abtragung des Mauerwerks in Angriff genommen werden.

Wien, den 28. Sept. Die heutige „Wiener Zeitung" enthält eine Kundmachung des Finanzministeriums, welche den Gesammtbetrag der Einzeichnungen auf das letzte Anlehen auf 116,062,000 Gulden angibt. Die Reduction findet unter den näher festgesetzten Modalitäten in dem abgerundeten Verhältniß von 100 auf 70 Gulden statt.

Wien, den 29. Sept. Der Kaiser ist heute Nachts angekommen. Der Großfürst-Thronfolger ist bereits wieder abgereist. Nach den Berichten aus Syrien sind die Drusen kampfgerüstet, und wird ein Aufstand in Palästina befürchtet.

Schweiz.

Freiburg. Das freiburgische Dorf Tour-de-Treme (zwischen Gruyeres und Bulle) ist am Montag Morgen zum großen Theil ein Raub der Flammen geworden. Etwa 50 Häuser sollen in Asche liegen.

Frankreich.

Paris, den 30. Sept. Der Prinz-Präsident hat sich gestern (Mittwoch) von Toulon wieder nach Marseille eingeschifft. — Einer der wegen des Complottes Verhafteten hat eingestanden.

Italien.

Giarre (Sicilien), den 15. Sept. Das Feuer des Aetna schreitet mit großer Heftigkeit in der Richtung nach Milo fort. In der letzten Nacht, um 24 Uhr (2½ Uhr) trafen hier Couriere über Couriere ein, welche den Syndicus anflehen, zur Fortschaffung der Habe behülflich zu

sein. Viele Menschen brechen zu diesem Zweck dahin auf. Auch der Capellan schickte um Hülfe bei Herabnehmung der Glocken. Die Gluth nähert sich den ersten Häusern Milo's immer mehr, und der Untergang dieses Orts ist kaum mehr zu bezweifeln. Zaffarano ist für den Augenblick gerettet.

Vereinigte Staaten.

Die Besorgniß, daß es zwischen den peruanischen Regierungsschiffen und den americanischen Guano-Händlern Angesichts der Lobos-Inseln zu einem blutigen Zusammenstoße von allgemeinen, unberechenbaren Folgen kommen könnte —, eine Besorgniß, die noch vor Kurzem die Times zu heftigen Drohungen gegen Webster und America veranlaßte — ist verschwunden. Es ist nemlich ein offizielles Schreiben Webster's an Capitän Jewett veröffentlicht worden, worin letzterem mitgetheilt wird, daß die peruanische Regierung einen Rechtsanspruch auf jene Inseln geltend mache und im Jahre 1842 ein Decret erlassen habe, wonach es ausländischen Schiffen nur gegen einen früher gelös'ten Erlaubnißschein gestattet sei, Guano zu laden; daß die americanische Regierung unter solchen Verhältnissen erwarte, daß die von Capitän Jewett ausgerüsteten Fahrzeuge sich jedes gewaltsamen Widerstandes gegen die peruanischen Behörden enthalten werden, widrigenfalls sie als Piraten betrachtet werden müßten, denen die Regierung der Vereinigten Staaten in keiner Weise Unterstützung gewähren könnte. Die nöthige Weisung für solche Fälle sei bereits an den Commandanten der in den peruanischen Gewässern stationirten Regierungsfregatte abgegangen.

Auf einem Canalboot, nahe **Freemansburgh** (Pennsylvanien), ereignete sich am 17. Aug. ein wahrhaft erschütterndes Unglück. Ein Deutscher, Namens Schmidt, hatte seine Frau und 4 Kinder auf dem Boote, um dieselben nach Philadelphia mitzunehmen. Doch das Schicksal hatte es anders beschlossen. Am Abend, als die Familie sich zusammen in einem Zimmer befand, zersprang die Gaslampe; das brennende Gas schoß unter sie und Mutter und Kinder standen in hellen Flammen. Ehe ihnen geholfen ward, waren sie so schrecklich verbrannt, daß Frau Schmidt bereits an den Folgen gestorben ist und 3 Kinder in hoffnungslosem Zustande liegen.

Miscellen.

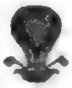
Die neueste Nummer der vom Polizeirath Stieber redigirten „Amtlichen Zeitung" des Policeipräsidiums zu Berlin enthält nicht weniger als 117 Steckbriefe!

Für die Steindruckerei hat man eine ganz neue Erfindung in Frankreich gemacht, nämlich die Kunst, durch das Licht selbst die Abbildungen auf dem vorbereiteten Steine hervorzubringen, und dieselben so zu fixiren, daß Abdrücke davon, wie von jeder andern Zeichnung auf Stein, genommen werden können. Der berühmte Arago hat darüber Bericht erstattet und versichert, daß dadurch der Steindruckerei ein ganz neues Feld eröffnet werde.

Basel. In Rieben ist ein trauriges Unglück begegnet, indem zwei Kinder, die in Abwesenheit ihrer Eltern wahrscheinlich mit Zündhölzchen spielten, verbrannt sind; die heimkehrenden Eltern fanden nur die halbverkohlten Leichen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1250²] Mannheim. Sonntag, den 3. October, Abends 4 Uhr, wird Unterzeichneter seine



dritte Luftreise

in Mannheim unternehmen. Die Auffsteigung findet bei der Gasfabrik statt. Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein

C. Werzinger aus Karlsruhe.

[1253] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

Großes Tapetenlager
eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl,**
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057¹⁶] in Mannheim.

[1243³] **Offene Lehrlingsstelle.**

In eine Material- und Farbwaarenhandlung wird ein gesitteter junger Mensch in die Lehre gesucht. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1254] **Niederländische**

Dampf- **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	bin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 238.) den 3. October 1852.

Deutschland.

München, den 30. Sept. Wie wir hören, ist seit gestern die Ernennung des Hrn. Grafen v. Reigersberg zum Staatsminister des Innern definitiv; Präsident der Regierung von Oberbayern: Hr. v. Welden; der Regierung von Schwaben und Neuburg: Ministerialrath Graf Hundt. (Eilbote.)

Vermöge allerhöchster Entschließung vom 28. ds. wurde der durch den jüngsten Armeebefehl zum Generalmajor beförderte Karl Krazeisen zum Commandanten des Truppencorps in der Pfalz ernannt. (A. Z.)

Am obersten Gerichtshof ist das Urtheil in der Untersuchung gegen den deutschkatholischen Pfarrer und Redacteur der Zeitschrift „Kirchenfackel" zu Ulm und Consorten, wegen Preßvergehen, begangen durch Angriffe auf eine im Staate bestehende Religionsgesellschaft, publicirt worden. Der oberste Gerichtshof verwarf die Nichtigkeitsbeschwerde des k. Oberstaatsanwalts am Appellationsgerichte von Schwaben und Neuburg, welche derselbe gegen das freisprechende Erkenntniß der zweiten Instanz eingelegt hatte und überwies die Kosten an die Staatscasse. Es verbleibt demnach bei der Freisprechung. (Volksbötin.)

Berlin. In den Reden des Generals v. Radowitz findet sich folgende Stelle (S. 345 f.): „Nicht Wenige erblicken in der eröffneten Unabhängigkeit der katholischen Kirche eine eröffnete Thür, um den Jesuitenorden in Deutschland einzuführen. Dieses Schreckbild wirkt auch auf das Urtheil in der Hauptfrage zurück. Auch Diejenigen, welche den Kirchen volle Freiheit gönnen, glauben ihrer bessern Ueberzeugung Schranken setzen zu müssen, um nicht in jene Folgerungen zu gerathen. Es ist bekannt, daß die sichtbare katholische Kirche einen lebendigen Organismus darstellt, der an Haupt und Gliedern vollständig geordnet ist. Nur diese Ordnung ist wesentlich und nothwendig, alles Andere ist vorübergehend, ist lediglich eine Aushülfe für augenblickliche Zwecke, für augenblickliche Bedürfnisse. Der Jesuitenorden war im 16. Jahrhundert eine solche Aushülfe, um augenblicklichen Bedürfnissen der katholischen Kirche zu genügen. Es kommt hier durchaus nicht darauf an, diese kirchengeschichtlichen Verhältniße näher darzulegen. Ein solches Bedürfniß besteht für Deutschland jetzt (am 24. August 1848 wurde die Rede gehalten) in keiner Weise. Der deutsche Episcopat, der deutsche Clerus bedürfen dieser Hülfe nicht, um ihre Aufgabe zu erfüllen; die deutsche Wissenschaft bedarf keiner Unterstützung dieser Art. Der Nutzen, welchen man sich aus dem Jesuitenorden für die katholische Kirche Deutschlands versprechen könnte, würde daher in gar keinem Verhältniße zu den tiefen Störungen und Gefahren stehen, welche seine Gegenwart hervorrufen müßte. Obgleich wir uns gegen den Antrag erklären müßten, die allgemeine Kirchen- und Vereinsfreiheit durch gesetzliche Ausschließung irgend eines Ordens anzutasten, so würden wir dennoch, wenn uns von irgend einer Seite der Vorsatz entgegenträte, in einem deutschen Lande den Jesuitenorden einzuführen, aus höherm Interesse der katholischen Kirche gegen die Ausführung eines solchen Planes uns mit höchster Entschiedenheit aussprechen." — Man lese auch die „Betrachtungen" S. 66—78.

— den 29. Septbr. Ueber den Stand der Zollvereinsverhandlungen enthält das „Corresp. Bur." mehrere Mittheilungen von großer Wichtigkeit, wenn sie gegründet sind. Die Vorarbeiten zur Aufrichtung neuer Zollgränzen innerhalb des alten Zollvereins sollen so weit gediehen sein, daß den preußischen Kammern Vorlagen gemacht werden könnten. Endlich behauptet noch die offiziöse Quelle: „Die nächste Zollconferenz soll möglichst beschleunigt werden. Sie hängt lediglich von der Erledigung mehrerer Vorarbeiten ab. Ganz unabhängig hiervon wäre eine Fortverhandlung mit den Coalitionsstaaten auf diplomatischem Wege denkbar."

Wien, den 28. Sept. Zwischen Oesterreich und Frankreich wird jetzt Depeschenwechsel geführt, der die aus Oesterreich nach Frankreich gezogenen Zigeuner betrifft, die dort seit Jahresfrist in verschiedenen Gegenden zum Vorschein kommen und deren Zahl sehr bedeutend sein soll. Dieselben behaupten, französische Unterthanen zu sein, und fordern von der Regierung die Transportation nach Algerien, ihrem eigentlichen Vaterlande. Es werden dieselben bis zur Feststellung ihrer Heimatsverhältniße vorläufig in einzelnen Gemeinden untergebracht. Aus Ungarn wegzuziehen wurden sie angeblich durch die jetzt eingetretene strenge Wachsamkeit der Behörden veranlaßt.

Frankreich.

† **Paris,** den 30. Sept. Eine amtliche telegr. Depesche aus Toulon vom 29. Sept. besagt wieder: „Die von allen Seiten herbeigeströmten Bewohner des Departements haben einen Enthusiasmus manifestirt, der ans Delirium grenzte." — Die Mitglieder des Friedensgerichts vom Kanton Saarburg (Niederrhein) haben an den Präsidenten eine Beglückwünschungsadresse, wegen des glücklichen Entgehens den Anschlägen auf sein Leben, gerichtet, an deren Schluß es heißt: „Geben Sie den Wünschen der Bevölkerung, die wir repräsentiren, nach, und machen Sie, daß wir bald in Ihrer Nachkommenschaft die Sprößlinge eines Prinzen segnen können, der, während er seinen Völkern eine Zukunft voll Wohlstand gesichert hat, immer das kaiserliche Banner Frankreichs hoch voranzutragen wissen wird. Werden Sie unser Kaiser!" — Wir können in der nächsten Zeit einer wahren Fluth von Ergebenheitsadressen entgegensehen. — In den meisten Städten von Frankreich ist wegen der glücklichen Abwendung der den Präsidenten bedrohenden Gefahr ein „Te Deum" gesungen worden. — Ueber das Marseille Complott und dessen Urheber schweigt der Moniteur noch immer, und selbst die Regierungsblätter sind genöthigt die Details, die sie darüber geben, den auswärtigen Correspondenzen zu entlehnen. Der Verfertiger der Höllenmaschine, von der man fälschlich behauptete, daß sie im Arsenal von Toulon angefertigt und stückweise nach Marseille gebracht wurde, ist ein Uhrmacher, Namens Gaillard, der sich bei der Arretirung seines Gefährten, des Grobschmied Bäckler, durch einen kühnen Entschluß rettete. Er sprang nemlich in einen Brunnen, der einen Ausgang nach dem benachbarten Hause hatte und entkam über das Dach desselben. Bäckler, der beim Anklopfen an der Hausthüre das Licht auslöschte, ein Fenster öffnete und die Agenten der Polizei erblickte, fiel in der Dunkelheit beim Aufsuchen einer Hinterthüre und wurde von den Agenten, die mittlerweile ein Fenster einschlugen und ins Haus drangen, ergriffen. Seitdem ist auch Gaillard in St. Etienne verhaftet worden und soll bereits die umfassendsten Geständniße gemacht haben. Das Complott selbst soll auf

folgende Weise entdeckt worden sein. Der Policeminister hatte Kenntniß erhalten, daß im Departement Var eine geheime Gesellschaft französischer und piemontesischer Socialisten existirt, die dem Präsidenten nach dem Leben trachteten. Er sandte einige der gewandtesten Agenten dahin, und Einem davon gelang es, von einem zu der Gesellschaft gehörenden piemontesischen Republicaner genaue Aufschlüße zu erhalten, welche auf die Spur führten, daß in Marseille eine Höllenmaschine vorbereitet werde. Es scheint jedoch, daß die Entdeckungen noch nicht vollständig sind, denn die Policei sucht noch nach einer zweiten Höllenmaschine, die in Marseille oder in der Umgebung existiren soll. Dadurch würde sich das fortdauernde Stillschweigen der Regierung erklären. Nach den Aussagen von Sachverständigen müßte die aus mehren über einander gelegten Reihen von eisengefütterten Cartouchen bestehende Höllenmaschine einen furchtbaren Effect hervorbringen, sie konnte die ganze Breite der Straße mit einem Kugelregen wie eine Gartenspritze bestreichen. Die Einrichtung, daß alle Patronen zu gleicher Zeit Feuer fangen, war sehr sinnreich und für den Abfeuernden keine Gefahr vorhanden.

Der Generalinspector der Policei, Hr. Sylvain Blot, der das Complott entdeckt hat, hat das Commandeurkreuz der Ehrenlegion erhalten.

Die „Gazette de France" stellt über die merkwürdige erwartende Stellung von ganz Europa Betrachtungen an, und gibt zu verstehen, daß sich aus so vielen Complicationen, leicht eine Crisis entwickeln könnte.

Ein Decret vom 26. Sept., aus Marseille datirt, ordnet die Erbauung einer Kathedrale von Marseille an, wozu ein Credit von 2½ Millionen angewiesen ist. Der Bau soll beginnen, wenn die Stadt Marseille im Stande sein wird, die Mehrkosten zu decken.

Paris, den 29. Septbr. Bemerkenswerth sind die Worte, die der Prinzpräsident bei Grundsteinlegung zur neuen Börse in Marseille auf die Anrede des Präsidenten der Handelskammer sprach: „Er schätze sich glücklich, dies Zeugniß des Interesses für den Handel in Marseille abzulegen, das die Idee des Kaisers: d a s m i t t e l l ä n d i s c h e M e e r z u e i n e r f r a n z ö s i s c h e n S e e z u m a c h e n (!!) verwirklichen soll."

I t a l i e n.

Die k. k. Intendanz in Mailand, welche seit 1848 die Jesuitengüter verwaltet, ist zur Rechnungelegung aufgefordert worden, da die Liegenschaften dieses Ordens in Italien demselben ungeschmälert zurückerstattet werden sollen.

* **Rom,** den 22. Sept. Die Sendung des Herrn Bulwer, der eine diplomatische Verbindung mit dem päpstlichen Stuhle anknüpfen sollte, ist gänzlich fehlgeschlagen. Der Cardinal Antonelli hat ihm erklärt: daß der römische Hof keine andere Politik befolgen könne, als die ihm von Frankreich und von Oesterreich vorgeschrieben ist. Diese sind jetzt die Herren des Kirchenstaates.

G r o ß b r i t a n i e n.

Die irische Agitation für Religionsfreiheit hat ein erstes Lebenszeichen gegeben. Der Dr. M'Hale, ein Bischof, zeigt dem Grafen Derby in einem offenen Schreiben an, daß das irische Volk entschlossen sei, die protestantische Kirche in Irland mit Stumpf und Stiel auszurotten. „Die Axt sei bereits an die Wurzel gelegt." Der Doctor theilt gleich seinen Plan mit. Alle Beamte der Staatskirche sollten auf den Aussterbeetat gesetzt werden und ihre Revenuen so nach und nach der katholischen Kirche zufallen zur beliebigen Verwendung. Gegen jedes Mitreden der Regierung wird im Voraus entschieden protestirt. Das Mittel zur Durchsetzung dieses Planes soll darin bestehen, daß die irische Brigade gegen jede Maßregel jedes Ministeriums stimmen wird, so lange ihr nicht in diesem Puncte gewillfahrt ist. Wenn etwas — sagt der Corr. der N.-Z. — der irländischen Staatskirche noch ein langes Leben sichern kann, so ist es diese Agitation. Daß diese für einen kleinen Bruchtheil der Bevölkerung bestimmte, mit den Gütern der früheren katholischen Nationalkirche ausgestattete Anstalt ein Unfug ist, darüber sind alle Liberalen einig, und Hume kann sich rühmen, 6 oder 8 Bischofssitze weggeschnitten zu haben. Die democratische Presse wird nicht müde, die Ungerechtigkeit zu denunciren, und es geht selten eine Session hin ohne einen Antrag, die Güter und Einkünfte dieser Minoritätskirche irgendwie zum Besten des Ganzen zu verwenden, namentlich für das Unterrichtswesen. Auch O'Connell war und viele gebildeten Katholiken sind noch heute diesem Plane geneigt. Den ganzen Besitz aber den Ultramontanen in die Hände zu geben, das wird bei allen englischen Parteien, mit Ausnahme der Puseyisten, den entschlossensten Widerstand und bei einem großen Theile der Katholiken keine Zustimmung finden.

A m e r i k a.

Das Erdbeben in **Santiago** hat einen Schaden von 2½ Millionen Piastern verursacht. Viele Gebäude wurden beschädigt, man beklagt auch leider so manchen Verlust an Menschenleben.

M i s c e l l e n.

Gletscher-Grab. Den 2. Herbstmonat, Abends halb neun Uhr, ging Hr. Welf, Syndik von Gressoney, im sardin. Bezirk Aosta in Gesellschaft mit Nicolaus Biler über den Cervin-Gletscher, um sich nach dem Wallis zu begeben. Herr Welf fiel in einen Gletscher-Spalt; sehr gewandt und stark von Körper, konnte er sich jedoch im Fallen mit seinem Stocke halten, in der Art, daß er über dem finstern Abgrunde hängen blieb. In dieser schrecklichen Lage rief er seinem Begleiter herauf, ihm die drei Seile zuzuwerfen, an welchen die mitgeführten Ziegen gebunden waren. Diese reckten jedoch nicht bis zu Welf hinunter, er rief andere Seile zu holen; allein kaum hatte er diese Worte gesprochen, glitschte sein Stock aus, er rief: „Es ist nicht mehr Zeit, bete für mich!" und rutschte in den Abgrund. Sein Gefährte eilte 6 Stunden weit in die nächsten Wohnungen am Fuße des Monte Rosa. Sechszehn Männer kamen an den Ort des Unfalls. Einer wurde ungefähr 70 Klafter tief in den Gletscherspalt hinabgelassen; hier angekommen fand dieser, daß der bisher senkrechte Spalt in einer schiefen Ebene sich fortsetze; eine Fackel wurde an einem Seile weiter über diese Ebene hinabgelassen, und es fand sich, daß ungefähr 50 Klafter weiter der Spalt wieder senkrecht ward. Weitere Bemühungen zur Wiederauffindung des Unglücklichen mußten deßhalb aufgegeben werden.

M i t t e l g e g e n d e n K o r n w u r m. Man kann den Schaden, welchen jährlich die Kornwürmer auf allen Getreideböden Europas anrichten, auf mehr als 50 Millionen Gulden schätzen. Eine Gegend von diesen schädlichen Insecten befreien, wäre also eine große Wohltbat. Hr. Retif, ein Arzt in Sens in Frankreich, hat ein Mittel dagegen gefunden. Man legt auf den Boden, nachdem er gekehrt und gereinigt ist, einige Hände voll frische Hanfdolden, in denen der Samen noch enthalten ist. Der Geruch des Hanfes ist diesen Insecten so zuwider, daß sie die Stellen, wo sich solcher befindet, fliehen. Hr. Retif hatte 200 Hectolitres Korn auf seinem Boden, wovon schon ein Theil von den Kornwürmern aufgezehrt war. Zufälliger Weise ließ er ungereinigten Hanfsamen auf denselben Boden bringen und am folgenden Tage sah er mit Erstaunen, daß die Kornwürmer zu allen Oeffnungen des Bodens hinausflogen. Er ließ das Korn umwenden und sah seit dieser Zeit keinen einzigen mehr. Dieser Versuch wurde an mehren Orten gemacht und bewährt gefunden.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1255] **Pollichia.**

Die Jahresversammlung der P o l l i c h i a, eines naturwissenschaftlichen Vereines der Pfalz, wird am 6. October, Vormittags 9 Uhr, im Stadthause zu Dürkheim statt haben. Alle Freunde der Naturwissenschaft ladet hiemit ein

Der Ausschuß.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 239 | den 5. October 1852.

Deutschland.

*** Speyer**, den 3. Oct. Die Zollvereinsconferenzen zu Berlin sind aufgegeben! Seit beinahe zwei Jahren sahen wir vorher, daß die eingeschlagene „Politik" zu einer Sprengung des Zollvereins führen werde, und dennoch können wir uns, da die Wirklichkeit eintreten soll, des Gefühls eines tiefen Schmerzes nicht erwehren. Einige Zeitungen suchen zwar das Ereigniß als nicht so wichtig, wol sogar in einzelnen Beziehungen als Vortheil bringend (!) darzustellen, und es jedenfalls blos als höchst vorübergehend zu bezeichnen, — wir können uns aber allen diesen Trostgründen nicht hingeben, und sind überzeugt, Niemand kann es, der den vollen Umfang der Veränderung richtig zu würdigen weiß. Wir wollen gar nicht bestreiten, daß, wie dieser Tage die Allg. Ztg. hervorhob, eine Zollverbindung mit Oesterreich den Wein, besonders an der baier.-österr. Grenze, im Preise herabdrücken wird; wir wissen aber, daß nicht Jedermann darin eine *günstige* Veränderung erblicken kann, und was die *Wichtigkeit* der Umgestaltung anbelangt, so sind wir überzeugt, daß dieselbe in unberechenbarer Ausdehnung auf alle Verhältniße des Verkehrs in ganz Deutschland wirken wird. „Die Sache wird bald vorübergehen!" behauptet man, ohne zu ahnen, wie *jede* einzelne Phase, ja selbst die im Ganzen unzweifelhaft zum Bessern führende, nicht ohne empfindliche Nachtheile für zahllose Landesbewohner bleibt. Die ganze Gewerbsindustrie hat sich entwickelt nach Maßgabe der Bedürfniße und sonstigen Verhältniße des *jetzigen* Zollvereinsgebiets. Die bisherige Ungewißheit schon brachte eine Stockung hervor, deren Schädlichkeit für den Volkswohlstand in den Erklärungen sowol Preußens als der Coalitionsstaaten wiederholt ausdrücklich hervorgehoben ist. Dann steht die wirkliche *Trennung* bevor. Die Industrie *muß* sich nach den Verhältnißen richten, wie sie sich eben alsdann gestalten. Die Umänderung wird um so größer, die Opfer werden um so mannichfacher sein, als es sich um eine *zweifache* Umgestaltung handelt: Trennung von Preußen rc., dagegen Eröffnung einer *neuen* Concurrenz: aus Oesterreich, Ungarn, Italien. — Verwirklichte sich sodann der uns vorgehaltene Trostgrund, so würde diese Gestaltung kaum stattgefunden haben, und man hätte wieder eine neue, die der Wiedervereinigung mit Norddeutschland zu gewärtigen. So wohlthätig eine solche im Ganzen gewiß wirkte, so wäre sie eben doch gleichfalls nur mit vielfachen Opfern zu erkaufen. Zahllose einzelne Industrielle müßten dieselben bringen, die sich nach den Verhältnißen eingerichtet, wie sie sich eben durch die Sprengung des Zollvereins ergeben.

Der ganzen vorhandenen Industrie steht sonach nicht etwa *eine* einzelne Umgestaltung, sondern eine ganze *Reihe* von Umgestaltungen bevor, von denen auch *nicht eine* ohne die bedeutendsten nationalökonomischen *Verluste* sich durchführen läßt. Dieß gilt von der ganzen *bestehenden* Industrie. Es bezeichnet aber nicht einmal den vollen Umfang der Nachtheile. Wer wird, wer kann einen *neuen* Industriezweig begründen? wer ein *neues* Etablissement errichten, wer seine *Capitalien* dazu verwenden, so lange er nicht im Entferntesten gesichert ist, ob dieses oder jenes *Zollsystem* zur Geltung gebracht wird, — ob da oder dort die vorhandenen *Schlagbäume fallen*, oder da oder dort, vielleicht in der nächsten Nähe, deren ganz *neue* sich erheben werden?! *Ein* Federzug der Diplomatie kann ja das ganze Vermögen vernichten. Wahrlich, *diese* Unsicherheit wirkt so unheilvoll, als sich nur irgend eine denken läßt! Und sie wirkt so in einer Zeit, in welcher die Industrie des *Auslandes* tagtäglich fortschreitet auf der Bahn mannichfachster Entwicklung! —

Nachfolgend lassen wir denn die verschiedenen Nachrichten und Actenstücke der Reihe nach folgen.

Berlin, den 30. Sept. Die heutige „Voss. Ztg." enthält den Wortlaut der in München vereinbarten Antworterklärung der Coalitionsstaaten. Die Erklärung ist wundersamer Weise bis zur Stunde hier noch nicht übergeben. Die Fassung, wie sie jetzt dem Publicum vorliegt, kann die Meinung nur bestärken, daß dieselbe die Basis für eine Resultate gewährende Fortverhandlung zwischen Preußen und den Coalitionsstaaten auf diplomatischem Wege (dieser allein ist noch offen!) schwerlich wird abgeben können. — Obschon, wie oben erwähnt, die Erklärung auch heute hier noch nicht vorliegt, so rüsten sich doch bereits einige Zollbevollmächtigte der Coaliirten zur Abreise. — Zwischen Wien und München werden zur Zeit Verhandlungen gepflogen, in welcher Weise man die Zollangelegenheit bald nach der am 21. October bevorstehenden Wiedereröffnung der Bundestagssitzungen zur Debatte bringen solle. Daß dieß überhaupt geschehe, ist sowohl die Absicht der österreichischen als der bayerischen Regierung. Ganz unabhängig hiervon wird Oesterreich zur Fortsetzung der Handels- und Zollconferenzen in Wien einladen und während es in Frankfurt prinzipiell für den Bund das Recht einer Zolleinigung in Anspruch nehmen wird, werden in Wien die Conferenzen den Zweck haben, Grundlagen für die neue dritte deutsche Zollgruppe in ihrer Verbindung mit Oesterreich zu vereinbaren. (C. B.)

Aus der jüngsten Coalitionserklärung, wie dieselbe von der Vossischen Ztg. mitgetheilt wird, entnehmen wir Folgendes: Die Coalitionsregierungen sprechen aus, daß sie in der preußischen Erklärung vom 30. August mit Befriedigung einen fördersamen Schritt auf dem Wege der gegenseitigen Einigung erblickten; doch stimme die preußische Auffassung mit der abgegebenen (Coalitions-)Erklärung nicht ganz überein, welche dahin gegangen, daß dem Septembervertrag mit Modificationen zugestimmt werden könne, „sofern über die übrigen noch unerledigten Puncte und insbesondere über die commerciellen Verhältniße zu Oesterreich das nöthige Einverständniß erzielt werde. Damit aber dieses Einverständniß, welches die gedachten Regierungen als eben jene Bereitwilligkeit sonach bedingend betrachteten, baldigst erzielt und ihnen dadurch die Möglichkeit geboten werde, die Annahme des Septembervertrags und den Abschluß der neuen Zollverträge definitiv auszusprechen, richteten sie an die königl. preuß. Regierung die Frage, inwieweit sie die mit der Collectiverklärung vom 25. Mai d. Js. vorgelegten Entwürfe und insbesondere den Entwurf eines Zoll- und Handelsvertrages als Grundlagen der Verhandlungen mit der k. k. österreichischen Regierung anzuerkennen und in welcher Fassung sie den erwähnten Zoll- und Handelsvertrag demnächst anzunehmen bereit sei." Sodann wird gefordert, daß Preußen einen nicht allzufernen Termin für den Beginn von Verhandlungen über eine allgemeine Zolleinigung bezeichne; jenes Einverständniß, „welches als die Annahme des Septembervertrages und die Abschließung der neuen Verträge bedingend bezeichnet wird," könne erst dann als erreicht betrachtet werden,

„wenn das Zustandekommen des Zoll- und Handelsvertrags keiner Ungewißheit mehr unterliegt." Dieses Zustandekommen sei aber nach der preuß. Erklärung keineswegs gesichert; die verbündeten Regierungen sprächen sonach die Erwartung aus, „Preußen werde den „Verhandlungen über den Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich diejenigen weitern Folgen geben, welche nothwendig sind, um den Abschluß dieses Vertrages sicher zu stellen und damit die genannten Regierungen in den Stand zu setzen, zu dem Abschluß der Verträge über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins zu schreiten." Sodann wird die Nothwendigkeit hervorgehoben, sich über die Dauer der abzuschließenden Verträge zu verständigen. „Jedenfalls könnten sie (die Coalitionsregierungen) es mit ihrer Ueberzeugung nicht vereinigen, daß auf 12 Jahre hinaus die Möglichkeit abgeschnitten werde, über die allgemeine Zolleinigung mit völliger Freiheit des Entschlusses zu verhandeln." —

In der Depesche, welche unterm 27. September in der Zollvereinsangelegenheit an die preußischen Gesandtschaften bei den Zollvereinsregierungen ergangen ist, wird zuerst Bezug genommen auf die preußische Erklärung vom 30. August, worin die Hoffnung ausgedrückt war, daß die gewünschte Rückäußerung wegen einer gemeinschaftlichen Grundlage der Verhandlungen, in der ersten Hälfte des Septembers erfolgen werde. Dann heißt es wörtlich weiter: „Indem wir jene Hoffnung aussprachen, glaubten wir uns des allseitigen Einverständnisses damit um so mehr versichert halten zu dürfen, als wir überzeugt waren, man werde von allen Seiten erkennen, daß es durch die ganze Lage der Sache und durch Gründe der innern Nothwendigkeit geboten sei, einer Ungewißheit ein Ziel zu setzen, welche unläugbar nachtheilig auf alle Verhältniße einwirken und deren baldigste Beseitigung im gemeinsamen Interesse liegen muß; wir befinden uns indeß, zu unserem aufrichtigen Bedauern, auch bis heute noch, Seitens der dortigen Regierung ohne eine zustimmende Erklärung dazu, daß die Verhandlungen mit Oesterreich über einen Zoll- und Handelsvertrag erst nach Abschluß des Vertrages über Erneuerung und Erweiterung des Zollvereins zu eröffnen seien. Wir sind somit in der Unmöglichkeit, die Verhandlungen der Zollconferenz mit der Gesammtheit fortzusetzen, und haben deßhalb diese Verhandlungen nur mit denjenigen Staaten wieder aufgenommen, welche sich bereits der diesseitigen Erklärung vom 30. Aug. d. J. angeschlossen haben. Von dem Wunsche geleitet, wie bisher, so auch ferner alles zu thun, was zur Förderung und Erreichung des Zieles, der Erneuerung des Zollvereins, unter Hinzutritt des Steuervereins, möglich und mit dem allseitigen, wie mit dem Interesse des eigenen Landes vereinbar ist, werden wir indessen, so lange es der Zeit überhaupt zulässig erscheint, nicht Anstand nehmen, auch mit der dortigen Regierung wieder in Verhandlung zu treten, sofern dieselbe uns dazu durch eine zustimmende Erklärung über die oben erwähnte Frage in den Stand gesetzt haben wird."

Das „Dresdener Journal" bringt folgende Correspondenz aus **Berlin** vom 28. Sept. „Wie ich vernehme, haben die Bevollmächtigten von Bayern, Sachsen, Württemberg, beiden Hessen und Nassau heute dem Vorsitzenden der Conferenz, Herrn v. Pommer-Esche, angezeigt, daß sie zu Abgabe einer Collectiverklärung in Erwiederung der preußischen Erklärung vom 30. Aug. ermächtigt seien und deßhalb um Anberaumung einer Conferenzsitzung gebeten. Es wird jedoch behauptet, die preußische Regierung wolle die Anberaumung einer solchen Sitzung ablehnen... Würde dieser Weg wirklich eingeschlagen, so wäre damit freilich der Bruch, und zwar von Preußen, ausgesprochen, zugleich aber dessen bedauerlichste Erklärung geliefert, da bei solchen Maximen eine Verhandlung für jede ihrer Aufgabe und Stellung einigermaßen bewußte Regierung überhaupt zur Unmöglichkeit werden würde."

— den 1. Oct. Wir berichteten, die Bevollmächtigten der Coalitionsstaaten rüsten sich zur Abreise. Bereits heute treten zwei (die von Nassau und Frankfurt) ihre Reise an. Morgen folgen die sämmtlichen anderen Bevollmächtigten; nur der bayerische, Hr. Oberzollrath Meixner, welcher Mitglied des hiesigen Central-Vereins-Büreau ist, bleibt hier. (C. B.)

Aus Sachsen, den 30. Sept. Es ist Thatsache, daß vorgestern die Bevollmächtigten der Coalitionsstaaten (mit Ausnahme Badens) den Vorsitzenden der Berliner Conferenz um Anberaumung einer Conferenzsitzung gebeten haben, um in derselben eine Collectiverklärung als Erwiederung der preußischen Erklärung vom 30. August abzugeben, daß aber die preußische Regierung nicht gesonnen ist, eine solche Sitzung anzuberaumen, vielmehr unter Hinweisung auf die von ihr erlassene Circulardepesche darauf besteht, nur mit den der Erklärung vom 30. Aug. ausdrücklich und vollständig beigetretenen Regierungen ferner noch in der Conferenz zu verhandeln. (Allgem. Ztg.)

München, den 1. Oct. Ministerialrath v. Hermann ist heute hier wieder angelangt, nachdem er durch den Telegraphen von Berlin abberufen worden war. Der baierische Bevollmächtigte bei der Zollconferenz, Ministerialrath Meixner, ist zwar in Berlin verblieben, aber lediglich in seiner Eigenschaft als ständiges Mitglied des Centralbüreaus des Zollvereins. (A. Z.)

Aus dem Großherzogthum Baden, den 19. Sept. Es ist nicht unerwähnt zu lassen, daß mehrere Geistliche in verschiedenen Theilen des Landes, welche auf Pensionirung Anspruch machen konnten, es vorzogen, lieber aus dem activen Dienste der Kirche auszutreten, als nach St. Peter sich zu begeben, wenn sie auch nicht gerade dieses Motiv in ihren Gesuchen um Quiescirung aussprachen. (F. J.)

Stuttgart, den 2. Oct. Dem Vernehmen nach ist das ganze Dorf Lonsee auf der Alp ein Raub der Flammen geworden.

Frankfurt, den 2. Oct. Wie wir vernehmen, wird sich die democratische Partei bei den Wahlen für die im November zusammentretende neue gesetzgebende Versammlung abermals nicht betheiligen. — Das frühere „hessische Volksblatt erscheint seit gestern unter dem erweiterten Titel „Volksblatt für Rhein und Main." (Fr. J.)

Leipzig, den 29. Sept. Bei der Beerdigung des deutsch-katholischen Predigers v. Belitzki in Dresden folgte der Einladung des Gemeindevorstandes zur Theilnahme an der Begräbnißfeierlichkeit nur der jüdische Rabbiner Dr. Frankel; der evangelische Superintendent entschuldigte sich mit Amtsgeschäften, die Geistlichkeit der übrigen Confessionen lehnte stillschweigend die Einladung ab.

Ludwigstadt, (Meiningen), den 30. Sept. Das gewerbfleißige Städtchen Gräfenthal ist größtentheils ein Raub der Flammen geworden.

Rostock, den 25. Septbr. Dem Candidaten der Theologie und Vorsteher einer Privatschule zu Sülz, Herrn Cordua, Mitglied der constituirenden mecklenburgischen Abgeordnetenkammer und in derselben zur Fraction der Linken gehörig, ist durch ein Ministerialrescript die Concession zur Unterhaltung seiner Privatschule entzogen worden.

Aus Rheinpreußen berichtet das „Mainzer Journal", daß bereits ein Candidat der evangelischen Theologie die (Wiesbadener) Verhandlungen des Gustav-Adolph-Vereines vom Jahre 1852 bei Hoffmann in Bremen herausgegeben habe. Die preußische Polizei habe jedoch die Schrift gleich nach ihrem Erscheinen confiscirt.

Düsseldorf, den 29. Sept. In der gestrigen Sitzung des Rheinischen Provinziallandtags wurde gegen eine Minorität von 18 Stimmen der Beschluß angenommen, den König in einer Adresse um den Befehl zu bitten, daß die ministeriellen Erlasse wegen Beschränkung in

Ausbildung und Niederlassung katholischer Geistlichen aufgehoben würden. Die Minorität von 18 Stimmen wird eine Separatadresse abgeben lassen.

Der Deutschen Volkshalle schreibt man aus **St.-Johann-Saarbrück** vom 21. Sept.: „Wir haben heute den Fall erlebt, daß von protestantischer Seite ein gemischtes Brautpaar nicht getraut wurde, weil diese kirchliche Handlung schon von dem katholischen Pfarrer vollzogen war. Das neue Pastoralverfahren macht um so mehr Aufsehen, da Diejenigen, gegen welche dasselbe zuerst angewendet wurde, der distinguirten Classe angehören."

Aus dem **Genesenschen** berichtet man der „Posen. Ztg.": Man hat schon gehört, daß die Cholera die Bevölkerung eines Ortes dezimirt hat; ja in diesem Jahr ist es sogar vorgekommen, daß in Dörfern des Pleschener Kreises der siebente und der fünfte Theil der Einwohnerschaft von der Seuche hingerafft worden. Aber daß in einem Dorfe von kaum 100 Einwohnern mehr denn fünfzig der Cholera erlegen sind, ist bis jetzt etwas noch ganz Unerhörtes gewesen. Und dieses traurige Factum ist leider! in dem Dorfe Karcewo vorgekommen, wo die Seuche etwa 2 bis 3 Wochen lang grassirt hat. Jetzt ist sie daselbst als erloschen anzusehen.

Wien, den 29. Sept. In der galizischen Kreisstadt Kolomea hat sich, wie dem „Lloyd" berichtet wird, ein bedauernswerthes Ereigniß zugetragen. Am jüdischen Versöhnungstage waren Tausende von Israeliten in der Synagoge versammelt, als sich das Gerücht verbreitete, im obern Stockwerk, wo sich die Frauen befanden, sei Feuer ausgebrochen. Angst und Schrecken bemächtigten sich der Frauen, und ein großer Theil derselben drängte sich über die schmale Stiege dem engen Ausgange mit solcher Heftigkeit zu, daß viele erstickten, was um so eher geschah, als alle in Folge des Festtages durch 24 Stunden weder Speise noch Trank zu sich genommen hatten und daher nicht hinreichende Kraft besaßen, sich einen Weg ins Freie zu bahnen. Bei manchen erwiesen sich die rasch angewandten Wiederbelebungsversuche als wirksam, 36 Individuen aber erlitten den Tod in Folge des durch eine Diebesbande absichtlich erzeugten Feuerlärms, welche die Verwirrung benutzen wollte, um den Judenfrauen im Getümmel den mit Perlen und Diamanten besetzten Kopfputz (die sogenannten Sternbündel) zu rauben, was auch zum Theil geschah. Unter den Verunglückten befinden sich mehrere schwangere Personen und drei Kinder.

— den 1. Octbr. Der Kaiser ist heute nach Agram abgereist.

Schweiz.

Freiburg. Hier wird unter Zustimmung der kirchlichen Behörden eine Petition herumgeboten, die auf Abschaffung oder Abänderung des Eides geht, den die öffentlichen Beamten zu leisten haben. Dieser Beamteneid lautet nun dahin: „Ich schwöre treu zu sein der Verfassung des Kantons Freiburg, die Rechte und Freiheiten des Volkes und der Bürger zu achten, die Gesetze des Staates streng zu befolgen und die Pflichten meines Amtes getreu und gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe." Diesen Eid können, wie die Bittschrift sagt, gut katholische Leute nicht leisten, ohne sich gegen die Gesetze der Kirche zu verstoßen! Da sieht man recht deutlich, wie die Agitation im Kanton ihren Grund in den pfäffischen Gelüsten hat, die sich wieder über die Autorität des Staates zu erheben suchen. Uebrigens wird in der Petition auf ächt jesuitische Weise hinzugefügt: daß, wenn die Petenten auch den Eid leisten, sie damit jedenfalls nicht meinen, die Rechte und Gesetze der katholischen Kirche zu verletzen; nach den Worten Christus werden sie Gott geben, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist! (Schw. Bltr.)

Glarus. Am 27. Sept. fiel ein junger Mann von Netstal, der in der Nähe der Alp Auern Wildheu sammelte, über die hohe, kahle Felsenwand hinunter, die sich fast senkrecht über dem Büttener Tobel erhebt. Ganz zerschmettert wurde der Leichnam an der Klönthalstraße gefunden.

Frankreich.

† **Paris,** den 1. Oct. Die Reiseroute des Prinzpräsidenten von Toulon nach Aix ist abgeändert worden, indem sie nicht zu Lande, sondern über Marseille stattfand. Von dort begab er sich nach Nimes. — Aus der Rede des Präsidenten bei der Grundsteinlegung der Cathedrale in Marseille heben wir folgende Stelle hervor: „Meine Regierung, ich sage es mit Stolz, ist eine von den wenigen, welche die Religion um der Religion Willen unterstützt, sie leistet ihr Vorschub nicht als einem politischen Werkzeug, nicht um einer Partei zu gefallen, sondern einzig und allein aus Ueberzeugung und aus Liebe zum Guten, das sie inspirirt, und aus Liebe zur Wahrheit, die sie lehrt." — Es werden jetzt viele Deportationsdecrete gegen gefährliche Individuen ausgefertigt.

Man versichert, gleich nach der Rückkehr des Prinz-Präsidenten nach Paris würden mehre Prälaten zu Senatoren ernannt werden.

Aus Roanne, derselben Stadt, wo L. Napoleon vor wenigen Tagen mit so großem Enthusiasmus empfangen worden, und wo ein Triumphbogen mit der Inschrift: „Roanne se donne à L. Napoléon!" errichtet war, ist heute eine auffallende Nachricht eingegangen. Es haben dort die Gemeinderathswahlen Statt gefunden, und die ganze Liste der Opposition hat dabei die Majorität erhalten; ja, unter den Erwählten ist ein Individuum, welches nach den Dezemberereignissen zur Internirung verurtheilt worden war. Dieses Resultat, dem enthusiastischen Empfange gegenübergestellt, ist um so unerklärlicher, (!) als durch den Einfluß des Hrn. v. Persigny, dessen Heimat Roanne ist, bestimmt war, daß diese Stadt an der Stelle von Montbrisson zum Hauptorte des Departements und Sitze des Präfecten gemacht werde. (!) (Köln. Ztg.)

Der Berichterstatter des Siecle sagt über den Empfang des Prinzpräsidenten in Marseille: „Wenn ich diesen Einzug mit denen von Nevers, St. Etienne, und besonders Grenoble vergleiche, so scheint er mir ein wenig kalt. Die Bevölkerung ist ungeheuer, aber die Rufe sind wenig zahlreich. Die sonst so lebhafte, bewegte und wenn es ihr einfällt ebensowol mit Augen und Geberden, als mit der Stimme schreiende Marseiller Bevölkerung hat sich heute ruhiger gezeigt, als ich geglaubt hätte, besonders nach der Tags vorher stattgehabten Entdeckung der Höllenmaschine."

Man unterhält sich heute hier viel von einem Manifest der französischen Regierung, welches vor der Kaiserfahrt an die Großmächte gerichtet worden sein soll. In demselben wurde das Kaiserreich weitläufig besprochen, dessen Proclamation als von Frankreich gewünscht dargestellt, aber auch zugleich gesagt, daß man nur den dringenden Vorstellungen der Nation nachgebe, sich aber sonst mit dem Präsidententitel begnügen würde. Friedliche Gesinnungen gegen das übrige Europa wurden darin natürlich auch zur Schau getragen. Fünf Gesandtschaftsattachés gingen mit diesen Documenten an die Höfe ab. Bis jetzt soll außer England noch keine Macht eine Antwort ertheilt haben. Was die der englischen Regierung anbelangt, so ist sie sehr zurückhaltend und spricht die Befürchtung aus: wenn Louis Napoleon sich zur Annahme des Kaisertitels zwingen lasse, so werde er später wahrscheinlich auch den ungestümen Forderungen seiner kaiserlichen Armee nicht widerstehen können. Englands Antwort hat viel böses Blut erregt. Rußland soll dagegen einer Proclamation des Kaiserreichs nicht feindlich gesinnt sein, aber schon früher durch Hrn. v. Kisseleff haben erklären lassen, daß es die Consequenzen desselben nie billigen würde. (Köln. Ztg.)

† **Paris,** den 2. Oct. Die heutigen Jubelberichte sind aus Montpellier, von wo der Präsident nach Narbonne reiste. Zu Tarascon veranstaltete man ihm zu

Ehren ein Stiergefecht. Zu Toulon erließ er ein Decret, wodurch die unverzügliche Vergrößerung der Befestigungswerke von Toulon angeordnet wird. Die Stadt soll dadurch erweitert und zugleich bedeutend fester gemacht werden. Beim Empfang der Behörden in Toulon wurde der Präsident vom Bischof von Frejus mit einer Rede begrüßt, worin dieser ihn mit Konstantin und Karl dem Großen auf eine Linie stellt.

Beim Einzug des Präsidenten in Toulon hat das zufällige Losgehen eines Gewehrs eine augenblickliche Verwirrung unter der versammelten Menge veranlaßt, und es haben sich Gerüchte von einem neuen Attentate verbreitet, die ganz unbegründet sind. Das Losgehen des Gewehres ist der Unvorsichtigkeit eines Soldaten zuzuschreiben und fand nicht einmal in der Nähe des Präsidenten statt.

Der italienische Astronom Gasparis hat einen neuen Kometen von ungewöhnlicher Größe entdeckt. Fast zur selben Zeit entdeckte Chacornac, Eleve des Observatoriums in Marseille, einen neuen Planeten in dem Sternbilde der Fische. Es ist der 20ste der neu entdeckten kleinen Planeten. Der Director des Observatoriums hat vorgeschlagen, ihm den Namen Massalia zu geben.

Hr. Bower, Correspondent des „Morning Advertiser," hat Hrn. Morton, Correspondent des „Daily News," aus Eifersucht mit einem Messer erstochen, während dieser dem Hrn. Bower einen freundschaftlichen Besuch machte. Die Veranlassung dazu hat der Umstand gegeben, daß die Mad. Bower in ihrer letzten Krankheit den Namen Morton öfters wiederholte. Hr. Morton war ein Coloß und Bower ist klein und schmächtig, so daß es ihm wahrscheinlich schlecht gegangen wäre, wenn Hr. Morton noch etwas Lebenskraft behalten hätte.

Paris, den 29. Sept. Auf einem hier abgegebenen Stimmzettel standen die Worte: „Wenn L. Napoleon sich zum Kaiser macht, so werde ich ihn tödten; ich habe es geschworen."

— den 30. Sept. Der Präfect des Cotes d'Or hat die Eröffnung neuer Schenken, Kaffeehäuser ꝛc. gänzlich verboten. — Zu Chamboret bei Limoges sind ebenfalls zwei Decembercompromittirte in den Gemeinderath gewählt worden. Ein zur Verbannung Verurtheilter des Ortes, der bisher dort geduldet worden war, erhielt sofort Befehl, Frankreich zu verlassen.

Italien.

Venedig, den 27. Sept. Der öffentliche Gesundheitszustand in den venezianischen Provinzen ist leider nicht sehr befriedigend. Wenn uns auch heuer die Cholera verschont hat, so leiden wir dafür an zwei andern nicht minder gefährlichen Uebeln: an der sogenannten Milliara, einem weißen, hirsenförmigen Ausschlag, der, wenn er den Kopf angreift, keine Rettung mehr hoffen läßt, und seit einigen Tagen auch an den schwarzen Blattern.

* **Florenz,** den 27. Septbr. Heute hielt Guerazzi seine Vertheidigungsrede, welche 5 Stunden dauerte. Er hat darin die Politik Mazzini's eine dunstige Politik ohne Kenntniß der Sachen und Menschen genannt.

Turin, den 27. Sept. Ein abermaliger, und zwar der dritte Conflict mit der römischen Curie, droht auszubrechen oder ist bereits ausgebrochen. Diesmal wird Se. Maj. selbst indirect davon berührt. Die römische Curie hat nämlich gegen den Bischof von Savona, Mons. Riccardi, eine Disciplinaruntersuchung eingeleitet, weil er vergangenes Jahr bei dem Besuche des Königs in Genua die Fahnen der dortigen Bürgergarde geweiht habe. Diese Angelegenheit soll zu einem hitzigen Notenwechsel zwischen Hrn. Sambuy und Cardinal Antonelli geführt haben. Auf das stürmische Verlangen um Aufklärung antwortete Se. Eminenz kalt und trocken, daß die Curie keine Erklärungen schuldig sei, sondern auf dem üblichen Weg und unter Beobachtung aller Formen den Monf. Riccardi aus seiner Diöcese entfernen werde. Der Betroffene hat sonderbarerweise sich nicht geweigert, der Verwahrung seiner Collegen gegen das berüchtigte Ehegesetz beizutreten. Er hat im Gegentheil die Agitation gegen dieses Gesetz in Genua befördert und in Gestalt eines Gelöbnisses in der Liebfrauenkirche sie einzuleiten gewußt. — In Genua cursirt neuerdings ein heftiges Rundschreiben eines Capitularvicars mit Wehrufen über ein „infernalisches Complott gegen das Tridentiner Concil," über die Unflätbigkeit der Presse, über den Mangel an Religiosität und Kirchlichkeit, über den hereinbrechenden Protestantismus, dem er den Vers von Jesaias: Terra infecta ab habitatoribus suis quia transgressi sunt leges, mutaverunt jus et dissipaverunt fœdus sempiternum, entgegenschleudert. (A. Z.)

Rom, den 22. Sept. Wie der römische Clerus seine Asylrechte gegen die weltliche Obrigkeit zu vertheidigen versteht, davon mag folgender Vorfall Zeugniß geben. Ein hiesiger Metzger, Namens Pezzetti, erstach unlängst in leidenschaftlicher Aufwallung einen seiner Gehülfen, weil er ihm eine Menge Fleisch heimlich verkauft und so nach und nach ein hübsches Sümmchen veruntreut hatte. Pezzetti flüchtete sich gleich nach der That in die Kirche der Madonna delle Grazie, bis wohin der Arm der ihn verfolgenden weltlichen Justiz nicht reichte. Eine Woche war verflossen, da erschienen an der Kirchthür mehrere, des langen Wartens überdrüssige Gendarmen und suchten ihn zu bereden, er möchte nur getrost herauskommen, der Cardinal-Generalvicar habe bereits seine Fortschaffung anbefohlen. Pezzetti überschritt in gutem Glauben die Schwelle der Kirche und ward sofort gefesselt ins Gefängniß geschafft. Kaum aber hatten die Mönche des mit der Kirche verbundenen Klosters erfahren, daß die Gendarmen den Befehl des Generalvicars anticipirt hatten, so reclamirten sie auf der Stelle den Mörder. Wirklich wurde er vorgestern in einem verdeckten Wagen von denselben Polizeisoldaten ins Asyl zurückgebracht, welche ihn herausgelockt hatten. (A. Z.)

Nach einem Briefe aus **Rom** ist ein von einer starken Eskorte begleiteter französischer Munitionswagen zwischen Castel di Guido und La Maglionella auf der Straße von Civita-Vecchia von einer zahlreichen Räuberbande angegriffen worden. Das Resultat des stattgefundenen Kampfes kannte man in Rom nicht.

* **Neapel,** den 24. Septbr. Der Prozeß vom 15. Mai, welcher der letzte politische Prozeß aus dem Jahre 1848 sein soll, naht sich seinem Ende. Der Generalprocurator Angellilo hat gestern sein Requisitorium vorgetragen, worin er auf Todesstrafe gegen 9 Angeschuldigte und auf 30jährige Galeerenstrafe in Eisen gegen 17 anträgt. Gegen die Uebrigen sind kürzere Gefängnißstrafen beantragt.

Großbritanien.

* **London,** den 30. Sept. An der Küste von Irland hat ein furchtbarer Sturm gewüthet, bei dem mehrere Schiffe verloren gingen.

* — den 1. Oct. Die letzten Stürme haben im Canal eine Menge Fahrzeuge beschädigt, und man erfährt alle Augenblicke einen neuen Schiffbruch.

Dänemark.

Kopenhagen, den 28. Sept., Vormittags. Am vorigen Sonntag kam es, „Flyveposten" zufolge, an zwei Stellen in Wirthshäusern und Tanzsalons zwischen gewöhnlichen Besuchern derselben und holsteinischen Soldaten zu ziemlich ernsten Schlägereien, an denen angeblich zuletzt gegen 200 Soldaten Theil genommen haben sollen. — Außerdem berichtet „Fädrelandet" und „Dagbladet" von einer am vorigen Donnerstag Abend bei Christianshavn vorgefallenen ziemlich bedeutenden Schlägerei zwischen dänischen und deutschen Soldaten.

Rußland.

Petersburg, den 25. Sept. Dem römisch-katholischen Pater Lukachewicz ist wegen jesuitischer Umtriebe durch Schrift und Wort von dem Kaiser die Festung Schlüsselburg zur Buße angewiesen. (Fr. J.)

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 240 | den 6. October 1852.

Deutschland.

*** Betrag der Beamtenbesoldungen in Baiern.** Die Speyerer Ztg. brachte kürzlich eine Zusammenstellung der Pensionen in Baiern. Wir sind angegangen worden, eine gleiche Berechnung des jährlichen Staatsaufwandes für die Beamten überhaupt zu liefern, da sich aus dem Staatsbudget, so wie dasselbe im Gesetz- und Amtsblatte veröffentlicht ward, eine solche Uebersicht nicht entnehmen läßt. Unsere Materialien sind in einzelnen Positionen nicht ganz genau. Dessenungeachtet wird sich unsere Berechnung keinenfalls weit von der Wirklichkeit entfernen.

Wir bemerken dabei noch Folgendes: Es sind nachstehend blos die Gehalte der Civilbeamten in Rechnung gebracht, sonach ungerechnet die Bezüge der Militärbeamten, der Beamten der Civilliste und jener auf Rechnung der Staatsschuldentilgungsanstalt; ebenso bleiben ungerechnet: die blosen Functionsbezüge, die Umzugsgebühren und die Pensionen; endlich sind ebenfalls nicht einbegriffen die Bureaubedürfniße. Darnach finden wir folgenden Bedarf für Civilbeamte:

	fl.
Staatsrath	53,706
Ministerien:	
des k. Hauses und Aeußern	306,863
der Justiz	1'008 549
des Innern	410,523
des Kirchen- und Schulwesens	32,277
des Handels und der öffentlichen Arbeiten	66,000
der Finanzen (ungefähr)	600,000
Landgerichte	1'441,389
Für Gesundheit	177,000
Baubeamte	130,000
Catasterbeamte	28,150
Staatsanstalten: Akademie, Universitäten, Lyceen, Gymnasien, polytechn. u. Specialschulen	742,000
Glasmalerei und Münze	14,000
Berg- und Salinenwesen	323,141
Zollwesen	726,100
Post	325,664
Eisenbahnen	525,000
Donaudampfschifffahrt	34,972
Steuererhebungsbeamte	686,136
Malzaufschläger (circa)	288,000
Forstbeamte	1'215,750
Total	9'135 220

Wir bemerken hiebei noch, daß sich die ganze Berechnung auf die Verhältniße zur Zeit der Aufstellung des gegenwärtigen Staatsbudgets gründet, welche sich seitdem nicht wesentlich verändert haben, daß dagegen die Bedürfniße bedeutend steigen dürften, wenn die „Gerichtsorganisation" in den 7 jenseitigen Kreisen durchgeführt werden sollte, wozu freilich gegenwärtig wenig Anschein vorhanden ist.

Man wird übrigens aus der vorstehenden Zusammenstellung ersehen, daß vermittelst des von uns vertheidigten, von so Vielen dagegen angefeindeten und geschmähten Princips des „Selfgovernment" des Volkes jedenfalls gar viele und äußerst große Summen erspart werden könnten, wenn es uns auch wahrhaftig gar nicht einfällt, zu verlangen, daß jeder öffentliche Dienst unentgeldlich besorgt werden solle. —

† Germersheim, den 3. Octbr. In den Bericht über die erste Districtsrathssitzung dahier, in Nro. 236 der Speyerer Zeitung, hat sich der kleine Irrthum eingeschlichen, daß darin gesagt ist: „Der Gemeindeeinnehmer von Germersheim wurde auf ein Jahr als Districtsrechner beibehalten," während es heißen muß, „daß der Steuereinnehmer und bisherige Kantonalrechner bis auf Weiteres zum Districtscassier bestellt wurde."

München, den 2. Oct. Die schon seit einiger Zeit erwartete Ernennung des bisherigen Oberhofpredigers Dr. Harleß in Dresden zum Präsidenten des protestantischen Oberconsistoriums dahier, ist nunmehr durch kgl. Entschließung vom 30. v. Mts. erfolgt. Der bisherige Präsident, Staats- und Reichsrath v. Arnold, tritt in den zeitlichen Ruhestand und mit ihm gleichzeitig der zweite geistliche Rath des Oberconsistoriums Dr. Kapp. Des letztern Stelle wurde dem dritten geistlichen Rath Dr. Böckh verliehen, und zum dritten geistlichen Rath der ordentliche Professor der Theologie an der Universität Erlangen, Friedrich Höfling, ernannt. Dr. Harleß ist durch sein neues Amt zugleich Mitglied unserer ersten Kammer. (A. Z.)

München. Im verflossenen Quartal hat die Volksbötin ihren Lesern nicht weniger als 224 Feuersbrünste angezeigt. (Volksbötin.)

Der „Volksbote" erzählt von einem bei den letzten Haussuchungen entdeckten christlichen Justizmann, der von den ausgeliehenen Gliedern 150$ nahm.

— den 1. Oct. Diesen Abend wurde dahier die Generalversammlung baierischer Aerzte im Local des Münchener ärztlichen Vereins eröffnet. Zu derselben haben sich bestimmungsgemäß je ein Abgeordneter aus den acht baierischen Regierungsbezirken eingefunden (aus der Pfalz Dr. Meuth). Es ist dieses die dritte Generalversammlung baierischer Aerzte, welche seit dem Jahr 1848 dahier abgehalten wird, und der Zweck derselben zunächst nur die Berathung über die Satzungen des Pensionsvereins für Wittwen und Waisen baierischer Aerzte.

Aus Oberbaiern. In den letzten Wochen steigt ein junger hübscher Bursche, der am Königsbau von Berchtesgaden beschäftigt war, in einer freien Stunde an einer nackten Bergwand auf — Edelweiß zu suchen, die geheimnißvoll lockende Blume, die so viele in den Tod treibt, so schwer ist sie zu erreichen, und so unüberwindlich ist doch die Lust, der Ehrgeiz des Wagnisses für den „Bua." Er stürzt in einen Felsenabgrund und zerschmettert sich den Kopf; sechs Edelweiß hält noch die festgeschlossene Hand. Holzknechte finden ihn, und tragen ihn einen schwindelnden Steg am Obersee herunter, zu seinem alten Vater und seiner alten Mutter am See (Königssee). Nach den ersten erschütternden Klagen suchen die Armen ein Pferd zu erhalten, um das unglückliche Kind nach Berchtesgaden auf den Friedhof zu führen. Aber die Wirthin am See und alle Umwohner weigern sich der Bitte: „ein Roß, das einen Todten führe, erlahme bald." Da muß das greise gramgebeugte Elternpaar sich selber vor den Karren spannen um den Sohn zur ewign Ruhestätte zu bringen. Diese grausame Härte des Aberglaubens unter derselben Bevölkerung, die eine, äußerlich durchaus werthlose Gebirgsblume zu holen jede Stunde ihr Leben zu wagen bereit ist — welcher Contrast! (A. Z.)

Darmstadt, den 2. Oct. Bekanntlich hat es unsere Staatsregierung seiner Zeit abgelehnt, dem Finanz-

ausschuß der zweiten Kammer in Bezug auf die Zollfrage irgend welche Mittheilungen zu machen. Nach den Aeußerungen des Präsidenten des Finanzministeriums in der vorgestrigen Kammersitzung wird auch Niemand von Seiten des Ministeriums den, nächsten Montag über die Zollfrage stattfindenden Verhandlungen beiwohnen. — In einer der letzten Sitzungen der ersten Kammer nahm der Prälat Zimmermann, bei den Rubriken „Landesuniversität" und „bischöfliches Seminar in Mainz" unerwartet Veranlassung, sich in scharfen Aeußerungen über das kecke Auftreten der Römlinge und insbesondere über die mehrerwähnte Trockenlegung der katholisch-theologischen Fakultät in Gießen auszulassen. Er fand es u. A. unerhört, daß dort, an dem Seminar in Mainz, ein Lehrer fungire, der s. Z. von der Universität Gießen wegen seines Verhaltens habe entfernt werden müssen. Zugleich sprach er die Hoffnung aus, der Großherzog werde eingedenk sein, daß er ein Enkel Philipp's des Großmüthigen sei. — Ein anderes Mitglied der ersten Kammer, Hr. Humann aus Mainz (wie man sagt, eifrigstes Mitglied des Piusvereins), suchte dagegen die Nothwendigkeit eines Seminars in Mainz darzulegen. Der Landesbischof v. Ketteler, gleichfalls Mitglied der ersten Kammer, wohnt nur höchst selten den Verhandlungen bei. Was mag ihn auch wohl unser Staatswesen kümmern? Ist ja doch die Anfrage des Abg. Kraft von Gießen, ob der Hr. Bischof von Mainz den Unterthaneneid geleistet habe, mit Stillschweigen darauf verneint worden. (Fr. J.)

Frankfurt, den 4. Oct. Lucian Bonaparte ist, nachdem er gestern Vormittag abermals um 50,000 Fcs. die Homburger Spielbank erleichterte, gestern Mittag 1 Uhr von dort wieder hierher zurückgekehrt. — Die Königin Marie Amalie, Wittwe des Königs Louis Philipp und der Prinz von Joinville, trafen gestern Abend von Bonn kommend hier ein. (F. J.)

Kassel, den 3. Oct. Heute Mittag ist der Kurfürst nach München abgereist. — Nur dadurch, daß die von der Staatsregierung ausgegebenen Gutscheine für Lieferungen und insbesondere für Arbeiten der Staatsbahn als Einzeichnungen nachträglich noch angenommen worden sind, ist das Anleben von 1½ Mill. Thaler zu Stande gekommen; jedoch fehlt immer noch eine nicht unbedeutende Summe, zu deren Ergänzung ein hiesiger Banquier sich gegen höhere Provision angeboten haben soll. (F. J.)

Gotha, den 2. Oct. Bei den Landtagswahlen herrscht eine unbeschreibliche Gleichgültigkeit. Die demokratische Partei enthält sich beinahe gänzlich des Wählens. Im ersten städtischen Wahlbezirke wählte nur ein Zehntheil (von 456 nur 46), welches beinahe ganz aus Beamten und Kaufleuten gebildet war.

Berlin. Höchst unangenehm ist in den höhern und höchsten Kreisen das Gebahren der Provinziallandtage. (!) Diese sind von der Regierung zu ihren Erklärungen über bestimmte Vorlagen einberufen, und haben das Maß ihrer Aufgaben im vergangenen Jahre auch nicht überschritten. Dieses Jahr tragen deren mehrere auf Abänderungen der Verfassung an, mischen sich in die Zollfrage, in die Eisenzollangelegenheit u. s. w., und petitioniren in einem Sinne, als ob ihnen die allgemeine Landesrepräsentation obläge. (!) Da die Verfassung Art. 32 das Petitionsrecht unter einem Gesammtnamen nur Behörden und Corporationen gestattet, ein Provinziallandtag aber keines von beiden ist, wenn auch Corporationen darin sitzen, so wird die Regierung wahrscheinlich nicht gute Miene zu diesem Spiele machen, schon weil durch dasselbe die schwebenden Wirren nur vermehrt, und jedenfalls die härtesten Conflicte mit den Kammern nicht ausbleiben werden, denen, nebst dem Könige, das Recht, Verfassungsänderungen zu beantragen, allein zusteht. Ebensowenig ist man außerdem mit dem Verfahren über die ihnen gemachten Vorlagen zufrieden. Es kann daher nicht ausbleiben, daß auf Veranlassung dieser Vorgänge Fragen von principieller Wichtigkeit bald zur Entscheidung kommen, die ohne jene sich wahrscheinlich noch lange bis zu ihrer Erledigung hingeschleppt und viel Unmuth erzeugt hätte. *)

Zur Beurtheilung der ständischen Bestrebungen auf den Landtagen enthält die „Köln. Ztg." folgende statistische Notizen: In den 6 östlichen Provinzen gibt es 11,238 Rittergüter, 758 Stadtgemeinden und 29,722 Landgemeinden. Die Städte haben auf den Kreistagen nur etwa 1000, die Landgemeinden zusammen 1566 Vertreter. Gegen 11,238 Stimmen des ritterschaftlichen Interesses stehen also 2566 St. der übrigen Besitzenden. (!)

— den 1. Oct. In Wien schmeichelt man sich mit der Zuversicht, daß Hannover nach einem Zerfall des Zollvereins unter keiner Bedingung in einen norddeutschen Separatverein mit Preußen willigen werde.

Man versichert, daß die Kammern zum 28. Nov. einberufen werden sollen.

Berlin, den 2. Oct. Die officielle „Preuß. Ztg." gibt heute eine Uebersicht über den Gang der Zollfrage von dem Abschluße des Septembervertrages bis auf den Erlaß der preußischen Circulardepesche vom 27. Septbr. Die gesammte Darstellung ist offenbar von dem Gedanken dictirt, daß der Zollverein nicht mehr bestehe und wenig Aussicht sei, ihn wieder herzustellen. Die Darstellung enthält im Ganzen nichts Neues. Die Pr. Ztg. schließt den Artikel mit folgenden Worten: „Indem wir diese Darstellung schließen, erwarten wir mit ruhiger, aber ernster Fassung die Ergebniße der Zukunft. Das bisherige Bündniß, welches Preußen mit dem überwiegenden Theile der Staaten Deutschlands zu einem gemeinschaftlichen Zoll- und Handelsgebiete vereinigte, beruhte auf der Grundlage gleichartiger materieller Interessen. Die Bedingungen seiner Dauer lagen in dem Geiste gegenseitigen Vertrauens und aufrichtiger Eintracht, welcher alle Mitglieder des Vereins beseelte. Preußen hatte sich die Aufgabe gestellt, auf der gegebenen Grundlage den vorhandenen Bau zu erweitern. Von dem Bewußtsein treu erfüllter Verpflichtungen getragen, durfte es sich wol für berechtigt halten, auf das Einverständniß seiner bisherigen Vereinsgenossen für die Erweiterung des Bündnißes zu zählen."

Mittheilungen aus guter Quelle (berichtet die „Kreuz-Ztg.") sprechen von dem Aufsehen, welches umfassendere militärische Zurüstungen in Oesterreich zu machen beginnen. Thatsächlich ist, daß in Böhmen etwa 35,000 Mann ziemlich concentrirt stehen. In und um Wien befinden sich 25,000 Mann, während 16,000 in Mähren und den angrenzenden Theilen von Ungarn aufgestellt sind. Mit Bestimmtheit wird außerdem versichert, daß Oesterreich nach dem guten Ausfall, welchen man dem letzten inländischen Anlehen zu geben gewußt hat, nunmehr binnen Kurzem zu einer neuen ansehnlichen ausländischen Anleihe schreiten werde, um disponible Geldmittel zu erhalten.

Berliner Briefe in mehreren Blättern wollen wissen, der König habe auf seiner letzten Reise in Hannover und Oldenburg feste Zusicherung erhalten, daß man an dem mit Preußen abgeschlossenen Vertrag unverrückt festhalten werde. Indeß beschränkt sich bis jetzt alles auf Gerüchte.

Striegau, den 28. Septbr. Die hiesige freie Gemeinde, welche durch landräthliches Decret vom 27. Aug. c. policeilich vorläufig geschlossen, ist durch Gerichtsbeschluß vom 3. d. M. wieder freigegeben worden. Ursache der policeilichen Schließung ist ein am 6. Juni vor der Gemeinde gehaltener Vortrag gewesen, durch den der betreffende Prediger das politische Gebiet betreten haben sollte.

Königsberg, den 28. Sept. Heute stand vor der Criminaldeputation des Stadtgerichts der bekannte L. Walesrode, angeklagt, in dem neuen Elbinger Anzeiger

*) Wessen Schuld ist es denn aber, daß die Provinzialvertretung in der jetzigen Weise componirt ist? D. Red.

den Gemeinderath in Bezug auf dessen Beruf beleidigt und die Anordnung des hiesigen Policeipräsidiums verhöhnt zu haben. Er wurde als schuldig befunden und zu zweimonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt.

Königsberg, den 29. Sept. Dr. Rupp ist von der hiesigen Todtenkopf-Loge mit 96 gegen 6 Stimmen ausgeschlossen worden. — Der Conflict mit dem Prediger an der hiesigen französisch-reformirten Kirche, Detroit, ist nun beendigt, indem demselben heute das Erkenntniß in der wider ihn eingeleiteten Untersuchung publicirt ist. Dasselbe lautet auf Amtsentsetzung ohne Ansprüche.

Elbing, den 29. Sept. Das kgl. Obertribunal in Berlin hat die unterm 18. Mai c. von der hiesigen kgl. Policeidirection angeordnete vorläufige Schließung des Vereins der hiesigen freien Gemeinde mittels Verfügung vom 8. d. M. aufgehoben.

Magdeburg, den 1. Oct. Heute Morgens 7 Uhr wurde in dem inneren Hofe des hiesigen Criminalgerichtsgebäudes der Schuhmacher Mergener von hier, welcher vor etwa Jahresfrist seinen Vater ermordete, durch das Beil hingerichtet.

Belgien.

Brüssel, den 30. Sept. Was den Inhalt des amtl. Berichtes über unsere Unterhandlungen mit Frankreich betrifft, so scheint derselbe fast zu beweisen, daß es von Seiten des pariser Cabinets vorgefaßter Plan war, eine freundschaftliche Lösung unmöglich zu machen. (K. Z.)

Frankreich.

Die Allg. Ztg. schreibt aus **Paris** vom 29. Sept.: Statt sich aufzuhellen, scheint die Marseiller Complottgeschichte sich eher zu verdunkeln. Wenn der ganze Plan schon durch seine Abenteuerlichkeit eine nahe Verwandtschaft mit der Gasröhren-Höllenmaschine der Rue de la Reine blanche darbietet, so könnte nun leicht auch das parturiunt montes sich wiederholen. Der Prinz-Präsident, der sich das Mordinstrument in Marseille zeigen ließ, soll beim Anblick desselben die Achseln gezuckt haben, und sein Urtheil hat eine gewisse technische Autorität, denn er hat ein Buch über Artillerie geschrieben, oder es wenigstens unter seinem Namen erscheinen lassen. Welchen andern als einen verächtlichen Eindruck konnte ihm auch eine Maschine machen, wenn sich nachgehends zeigt, daß sie aus zwei Reihen orgelpfeifenartig übereinander gelegter und zwischen zwei Brettern befestigter Patronen bestand? So beschreibt sie das Präfecturblatt, die Gazette du Midi. Die geladenen Kanonen- und Flintenläufe sind in dieser Version verschwunden, und wenn sie eine andere Version noch beibehält, so sind es doch nicht mehr lauter wirkliche Kanonen- und Flintenläufe, sondern mehrere sind aus Leder und Pappdeckel verfertigt, übertheert und bloß in metallene Röhren hineingesteckt. Damit ließ sich etwa ein Feuerwerk machen, aber die Berechnung einer mörderischen Wirkung erscheint einigermaßen problematisch, gleichwie auch die Darstellung der offiziösen Presse, namentlich in Patrie und Pays, die in diesen Verschwörern anfänglich Mordkünstler erblicken wollten, gegen welche Fieschi noch ein Stümper wäre, dem Vorwurf der Uebertreibung selbst in den Augen derer, die keinen geringern Abscheu vor dem Attentat empfinden, kaum entgehen dürfte. Wie man die Sache höhern Orts ansieht, darüber ist noch nichts officiell bekannt. Wahrscheinlich jedoch ist man auch dort von dem ersten Schrecken zurückgekommen. Von der Einberufung des Staatsgerichtshofs ist keine Rede mehr. Der Gerichtshof von Aix hat nicht nur die Untersuchung in die Hand genommen, sondern es ist ihm auch die Aburtheilung übertragen.

Im Programm für die höhere Normalschule ist im philosophischen Unterricht das Studium der neuen Philosopie ausgelassen; er geht nur bis Leibnitz. (!) Der historische Unterricht schließt mit 1815 ab. (!) Frankreich soll seine constitutionelle Periode vergessen lernen.

Paris, den 28. Sept. Vor einigen Tagen erschien ein sehr elegant gekleideter Mann auf der Polizeipräfectur und verlangte eine Stiefelputzererlaubniß (médaille de décrotteur) in den Straßen. Der betreffende Beamte glaubte, der Herr verlange diese Erlaubniß für einen seiner ehemaligen Bedienten und fragte nach dem Namen des Bittstellers: „Marquis v. Villemessant" war die Antwort. „Dieß sind Sie vielleicht, mein Herr, aber wie heißt der Mann für den Sie um eine Stiefelputzermedaille anhalten?" „Der heißt ebenfalls so." „Sie scherzen, Herr Marquis." „Nicht doch. Da man mir mein Blatt (Pariser Chronik) unterdrückt, so seh' ich mich darauf angewiesen, mit Hülfe meiner Collegen eine Stiefelputzeranstalt anzulegen." Die Präfectur hat den Bittsteller abgewiesen, derselbe soll jedoch höhern Orts seine Bitte anhängig gemacht haben. (A. Z.)

Paris, den 1. Oct. Bei der Anwesenheit L. Napoleon's in Romans wurden zwei Personen, ein Uhrmacher, der zum Spott im Costume des Kaisers die Straßen durchzog, und ein Bauer, der drohende Reden führte, verhaftet.

Aus unbekannten Gründen wurde zum großen Verdruß der Bewohner und Gäste von Toulon das Seegefecht, das am 28. von den im Hafen zusammengezogenen zahlreichen Kriegsschiffen aufgeführt werden sollte, abbestellt, und der Prinz beschränkte sich auf einen Besuch an Bord der Kriegsschiffe.

Spanien.

Madrid, den 25. Sept. Castannos hinterläßt seinen Erben nichts als seinen Herzogtitel und den damit verbundenen Ruhm. An baarem Geld hat man nur 800 Realen (56 Thlr.) vorgefunden; der Marschall war sehr mildthätig und theilte sein großes Einkommen mit den Armen. Er selbst hatte von jeher wenige Bedürfnisse, Luxus war ihm ein Gräuel, weßhalb auch seine Einrichtung sehr einfach war und kaum 1000 Realen gekostet hat. Castannos war der populärste Mann in Spanien. Die Carlisten haßten ihn Anfangs, weil sie ihm die Schuld beimaßen, daß Ferdinand VII sich zum viertenmal verheirathete. Die apostolische Partei ist aber seit langer Zeit wieder mit dem General ausgesöhnt.

Italien.

Aus Coni in Piemont wird unterm 25. Septbr. berichtet: Wir sind in vollem Winter, Schnee eben so viel, wie Ende Januar. Hagelschlag hat die Erndte größtentheils zerstört und die Trauben ganz vernichtet. Man befürchtet dabei noch Ueberschwemmungen.

Die Allg. Ztg. bemerkt bezüglich der Nachrichten von einem Fluchtversuche des Pabstes, dieselben schienen ihr fabelhafte Erfindungen; sie fügt jedoch bei: Nur so viel scheint seit längerer Zeit sicher, daß die Franzosen zwar den Papst mit vieler Artigkeit behandeln, aber für seine Sicherheit auf eine Weise sich besorgt zeigen, die von einer Bewachung schwer zu unterscheiden scheint. Und da alle Napoleonischen Erinnerungen wieder erwachen, so stehen eben auch die über die einstige Gefangenschaft des Papstes wieder auf.

Nach einem Briefe aus Bologna im Corriere Mercantile haben zu Lugo im Kirchenstaate am 17. September zwei Mordversuche Statt gefunden, die man politischen Beweggründen zuschreibt. Es wurde an jenem Tage ein Jahrmarkt abgehalten und die Straßen waren daher ungewöhnlich mit Menschen gefüllt. Ein Notar, Namens Zaccari, Gonfaloniere der Stadt und wegen seines Eifers für die Sache des Papstes bekannt, ward, als er nach Hause zurückkehrte, auf der Schwelle seiner Wohnung erdolcht. Auf den Procurator Montanari ward gleichfalls ein mörderischer Angriff gemacht, und zwar mitten auf dem Marktplatze, jedoch ohne tödtlichen Erfolg.

Großbritanien.

London, den 1. Octbr. Ueber den Empfang des

Prinzpräsidenten in Marseille wird der Times von einem außerordentlichen Correspondenten berichtet: „Ich stand bei seiner Ankunft auf der Place St. Ferreol, einem ziemlich großen viereckigen Markte, hart an der Policeipräfectur, wo der Prinz absteigen sollte. Der Platz war hübsch verziert und in ein Blumenparterre verwandelt, welches von allen Seiten eine dichte Soldatenmasse umstand; Einlaßkarten zu dem Platze erhielten nur bekannte und respectable Personen. Ich beobachtete die Menge auf dem Markte und außerhalb desselben, und ich kann Ihnen versichern, daß sich keine Begeisterung für den Prinzen zeigte; mit Ausnahme einiger weniger, sehr weniger und schwacher Rufe: „Vive Napoléon!" beobachtete die Menge ein bedeutungsvolles düsteres Schweigen. Die Truppen gaben keinen Laut von sich. Der Präsident sah sehr leidend, hager und sorgenvoll aus." — Daily News und andere liberale Blätter zeigen nicht übel Lust, Lärm darüber zu schlagen, daß der Prinzpräsident in Marseille die Aeußerung gethan haben soll: Das **Mittelmeer muß ein französischer Binnensee** werden. (Dazu kommt nun die stärkere Befestigung Toulons.)

Heute tritt die verbesserte Passageracte (Passengers Act, Amendement Act) in Wirksamkeit. Das Gesetz betrifft alle Schiffe, die nach außer-europäischen Häfen, in Colonien oder fremden Staaten segeln, und enthält 91 Bestimmungen zum Schutze von Schiffepassagieren; unter andern gibt sie jedem Passagier das Recht, 48 Stunden nach der Ankunft des Schiffes am Ziel der Reise an Bord wohnen zu bleiben und die Schiffskost mit zu genießen. Schwere Geldbußen treffen den Capitän, der einen Reisenden ohne dessen früher eingeholte Erlaubniß auf einem anderen Puncte, als dem contractlich festgesetzten, landet, u. s. w.

Algier.

***Algier.** Ein Fort, das ¼ Stunde von Tunis liegt, ist in die Luft geflogen. Die Häuser und die Moschee, die außerhalb der Pforte Ben Sadoun liegen, sind sämmtlich eingestürzt, und eine Menge Menschen sind ums Leben gekommen. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht ermittelt.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 18. Septbr. Die Wahlen für die gesetzgebenden Körperschaften der verschiedenen Staaten der Union haben stattgefunden. Fast allenthalben haben die Democraten die Majorität.

Westindien.

Ueber das am 20. August in Santiago auf Cuba Statt gefundene Erdbeben berichten die amerikanischen Blätter: „Alle Straßen sind mit Trümmern aller Art bedeckt, denn nur wenige Häuser blieben verschont — alle sind unbewohnbar. Die Einwohner der unglücklichen Stadt haben in den Estancias und Landhäusern der Nachbarschaft, auf den Schiffen und öffentlichen Plätzen Zuflucht gesucht. Allenthalben Scenen des größten Elendes und Schmerzes. Wenige Todte waren bis zum 22. August ermittelt; in der Verwirrung hatten sich viele Familien getrennt und können sich die Mitglieder nicht zusammen finden. Der stärkste Stoß fand um 3 Uhr 35 Minuten Morgens Statt, dem aber mehre minder heftige Erschütterungen folgten. Die Luft war schwer und dunkel, gleichsam Unglück drohend. Am 21. spürte man gegen Mittag und gegen 9¼ Uhr wieder Stöße, wie denn auch am 22. Morgens bei heftigem Regen, welcher die fortwährende Dunkelheit etwas gelichtet. Fortwährend stürzten einzelne Gebäude ein. Die Kirchen waren alle geschlossen. Man schlägt den Schaden der Stadt auf wenigstens 2 Millionen Piaster an. Mehrere Dörfer der Nachbarschaft, wie Sulladero u. s. w., der Hafen Baracoa haben dasselbe Schicksal wie Santiago gehabt.

Miscellen.

München. Die Volksbötin sagt: Der zu Würzburg wegen politischer Antecedentien verhaftete Schneidergeselle sitzt noch immer fest. Die Polen sind ruhig und zufrieden, die Juden sind ruhig und zufrieden, die Literaten sind ruhig und sehr zufrieden, die Franzosen sind bis zu einer an Wahnsinn gränzenden Wonne ruhig und zufrieden; nur Ihr, Schneidergesellen, macht diesen herrlichen Welttheil Europa und seinen zweimaligen Umkreis immer wieder von Neuem erzittern! Wehe Euch, Schneidergesellen mit politischen Antecedentien!

Bekanntlich wurde vor längerer Zeit eine Anklage wegen Meineides gegen den Reichsgrafen und die Reichsgräfin von Maltzahn und den Küchenmeister Huth beim Criminalgerichte zu Berlin verhandelt, die damit endete, daß die letzten beiden Angeklagten für nicht schuldig erklärt, das Erkenntniß gegen den Grafen v. Maltzahn bis nach näheren Ermittlungen ausgesetzt wurde. Am 29. Sept. stand beim Criminalgerichte abermals Termin zur Verhandlung dieser Anklage an. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einer achtzehnmonatlichen Strafarbeit, Verlust des Adels, Verlust der Nationalcocarde und ordnete zugleich die öffentliche Bekanntmachung des Urtheils an.

In **Baltimore** fand am 31. August kraft eines alten, in Maryland noch geltenden englischen Gesetzes, eine Zwangstrauung Statt. Die Näherin Sophie Barkmann hatte den Vater ihres Kindes, den Tischler Benjamin Spardon, belangt, und als diesem vom Richter die Alternative gestellt wurde, Sophien zu heirathen oder sich ein Jahr einsperren zu lassen, entschloß er sich zu den süßeren Fesseln.

Auch in Nordamerika wüthet die Kartoffelseuche; in Neu-Jersey und in Pennsylvanien soll sie größere Verheerungen als jemals anrichten. So schreibt ein Farmer aus der Bucks-Grafschaft, daß er von einer Erndte von 3000 Bushels kaum 600 retten wird.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 2. Oct. Weizen 20 fl. 4 kr., Korn 16 fl. 30 kr., Gerste 11 fl. 52 kr., Haser 5 fl. 55 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1256] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 21. bis 30. Septbr. Fr. Dr. Winterhalter mit Bedienung a. Neustadt auf dem Schwarzwald. — Frl. L. u. Frl. P. Schneider a. Strasburg. — H. Löwenthal a. Mannheim. — Frl. Wohlgemuth a. Albisheim. — Frl. Lobstein a. Straßburg. — H. Advocat Wolf mit Gemahlin a. Weissenburg. — H. Heimlich a. Hatten. — H. v. Brunner a. Rheinzabern. — Frl. Pfauth a. Straßburg. — H. Pfarrer Wundt a. Kriegsheim. — H. Fitting a. Dieffenthal. — Fr. Taylor mit Begleitung a. London. — H. Pfarrer Hüter mit Sohn a. Pfalzburg. — H. Oppmann, kgl. Hofkellermeister a. Würzburg. — Fr. Berlin m. Sohn a. Fürth. — Fr. Hartmann a. Obermoschel. — H. Huck a. Bechersbach. — H. Fubro a. Colmar. — H. Pfarrer Zahn a. Stuttgart. — H. Assessor Petri a. Detmold. — Fr. Rott a. Hochfrankenheim. — Fr. Greiner a. Selz. — H. Senator Dr. Gwinner mit Gemahlin und Frl. Tochter a. Frankfurt. — H. Seib, Photograph in Frankfurt a. M. — H. Keßler a. Rheinzabern. — Hr. u. Fr. Schumm a. Maßweiler. — 320. H. Grieß mit Bedienung a. Landau. — 321. Graf Lambert, Obrist und Adjutant des Großfürsten Thronfolgers von Rußland mit Bedienung. — 322. H. Otto a. Erdeborn in Preußen. — 323 u. 324. H. u. Fr. Scholl a. Stetten. — 325. H. Ebers a. Gothenburg. — 326. H. Inspector Hollensteiner a. Winnweiler. — 327. H. Krauß a. Nürnberg. — 328. H. Professor Debes a. Würzburg. — 329. H. Janson a. Norwegen. — 330 bis 332. H. Müller mit Familie a. Stettin. — 333. H. Dr. Schaum a. Berlin. — 334 u. 335. H. Buchhändler Mohr mit Sohn a. Heidelberg. — 336. Hr. Francke, Gymnasiallehrer a. Weilburg.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 241 | den 7. October 1852.

Deutschland.

➣ **Geschichtliche Erinnerungen.** Es war ein inhaltsschwerer Wahrspruch, den Machiavelli dem Cardinal Rohan zurief: „daß die Franzosen sich nicht auf den Staat verstehen." Und welchen Werth haben ihre Beifallsbezeugungen, ihr Enthusiasmus? Bald wird er den edelsten Menschen, bald mittelmäßigen Leuten zu Theil. Wie weit man sich aber in dem Lande der politischen Phantasmagorie schon verirrte, zeigten in höchster Potenz die Jahre 17$\frac{8}{9}$. Könnte man es möglich halten, wenn es nicht in aller Art erwiesen wäre, was Lamartine in seiner Geschichte der Girondisten erzählt, — das grellste Beispiel, das wol noch je vorgekommen:

Als das Ungeheuer Marat vor dem Revolutionstribunale, vor das ihn die Girondisten nur nach außerordentlichen Anstrengungen gedrängt hatten, freigesprochen worden war, wie dies ein kühlerer, von (wenn auch in ihren Motiven edlen) Leidenschaften freier Scharfblick hätte voraussehen müssen, erhob sich ein Triumphgeschrei im Saale, welches von den außen versammelten Massen wiederholt wurde. Der Wiederhall schlug an die Pforten des Nationalconvents und verkündete den Girondisten die Befreiung ihres Feindes. Die Cordeliers und die Vorstädte, welche das Urtheil dictirt hatten, hatten den Triumphzug vorbereitet. Vier Männer erhoben Marat und trugen ihn auf einem thronähnlichen Sessel. Dies war der Schild des Gesetzbruches, worauf die Proletarier den König des Bettels erhoben. Die Damen der Halle und des Blumenmarktes krönten sein Haupt mit mehreren Lorbeerkränzen. „Das Volk," rief Marat aus, „krönt sich auf meinem Haupte!" ꝛc. Der Pöbel setzte sich in Marsch gegen den Convent, unter dem Rufe: „Es lebe der Volksfreund!" (Titel des Maratschen Journals.) Der Zug, aus verlumpten Männern, Weibern, Kindern, Bettlern bestehend, bewegte sich langsam über die Quais und den Pont-Neuf gegen die Straße St. Honoré und schwoll auf seinem Wege durch die unzählbare Masse von Arbeitern, welche feierten, um ihren Repräsentant zu ehren und zu vertheidigen. Die Thronsesselträger wechselten ab. Auf den Brücken, auf den öffentlichen Plätzen, an den Straßeneingängen, erwarteten Marat Deputationen der verschiedenen Gewerke, und schlossen sich an. An den Fenstern der Häuser drängten sich die Frauen und warfen eine Wolke von Bändern, Kronen und Blumen herab. Man klatschte in die Hände auf seinem Vorüberziehen, so daß das Ganze vom Gerichtspallast bis zum Sitzungslokale nur ein Beifallsdonner war. „Meine Freunde, schont meiner Rührung", rief Marat, „ich habe zu wenig für das Volk gethan!" — Mitten in der St. Honoréstraße hielten die Marktweiber von Paris den Zug auf und begruben unter Blumenhaufen den Thron und den Volksfreund. Marat, dessen Stirn mit Kronen überladen, dessen Schultern, Arme und Beine mit Laubkränzen bedeckt waren, verschwand so zu sagen unter den Blumen. Der häßliche Schmutz seines Anzugs contrastirte seltsam mit der Frische der Gewinde. Dieser in Marat versinnlichte Wahnsinn des Volkes war mehr geeignet gegen die Trunkenheit der Menge Verachtung zu erzeigen, als Eifersucht zu erregen. — Darauf zog er im Triumphe in den Nationalconvent, und nahm seinen Platz ein mit der Krone in der Hand und bedrohte laut seine Feinde, welche ihm stille Verachtung entgegensetzten. Von hier wurde er auf demselben Sessel zu einem Bankett unter den Säulen der Halle gebracht und zog von da in den Club der Cordeliers. Alle Fenster, selbst die Dächer der Straßen, waren beleuchtet wie bei dem Einzuge eines Retters. — So weit Lamartine.

Wir sind weit entfernt die Helden dieser Triumphe auf eine Stufenleiter zu stellen mit irgend andern in Frankreich; den Einen dadurch zu ehren und den Andern so schmählich herabzuwürdigen; dies wird keinem Vernünftigen einfallen. Vor Allem fällt nun aber der Werth solcher Demonstrationen an und für sich sowol, als auch die Leichtgläubigkeit und der Wankelmuth des Volkes ins Auge, das bald aus den tiefen dunkeln Schichten der Gesellschaft bald aus höhern und bessern Regionen seine Idole holt, Wünsche und Hoffnungen an sie knüpft um sehr oft mißbraucht und sich am Ende betrogen zu sehen, wenn der Gang der Ereignisse das Urtheil geklärt und neues Elend die Augen geöffnet. Auch für die Völker gilt das verhängnißvolle „Zu spät!" Die verschiedenen Epochen der französischen Revolution von 1789 bis zum 2. December 1851 bilden nur ein großes Hazardspiel, bei dem das Volk immer noch mehr als den Einsatz an edler Kraft und Blut verlor, nemlich noch ein Stück Freiheit nach dem andern. Jetzt lebt es von der Gnade des Glücklichen, der am 2. Decembertage vorigen Jahres das verhängnißvolle Va banque an der großen Roulette der Völkerschicksale nicht unerwartet ausrief.

CA° **Frankfurt,** den 4. Oct. An der Sprengung des Zollvereins kann man jetzt nicht mehr zweifeln, nachdem die coalirten Regierungen aufgehört haben, an der Berliner Conferenz Theil zu nehmen. Ein schwacher Trost mag darin liegen, daß die Verträge noch beinahe 15 Monate in Kraft bleiben; es ist der Trost von Schiffbrüchigen, welche auf sinkendem Fahrzeuge die verschlingende Fluth von Stunde zu Stunde wachsen sehen. Jeder wird während dieser Frist sich nach Selbsterhaltung umsehen, der Eine das Rettungsboot, der Andere den Strohhalm erfassen. So hebt denn der centraleuropäische Bund den Fuß, um den ersten Schritt über einen Sterbenden zu thun; die romantische Politik der wiener Hofburg sieht das größte Hinderniß schwinden, welches ihr factisch zunächst im Wege stand. Der deutsche Zollverein ist beschädigt und mit ihm das letzte volksthümliche Band der getrennten Deutschen, mit ihm der wenn auch langsame, doch sichere Fortschritt, mit ihm der mißliebige Einfluß Preußens gebrochen. Sollte der Diplomatie das Meisterstück auch wirklich gelingen, die allgemeine Auflösung zu verhindern, so gehen wir doch sicher einer höchst verwickelten und verwirrten Zeit entgegen, die bereits angefangen hat, sich empfindlich fühlbar zu machen. Diejenigen sind nicht zu beneiden, welche diese Zustände heraufbeschworen haben. — — Nicht blos die pommerschen und sächsischen Landtage, auch außerhalb Preußen haben sich viele Stimme befriedigt über die Haltung der preußischen Regierung in dieser Angelegenheit vernehmen lassen. Die Erklärung der Verbündeten ist zwar von freundlicher Form und anscheinend versöhnlich abgefaßt, weicht aber im Wesentlichen von dem Programm der Coalirten gar nicht ab. Welche Aussicht aber die Entstehung und Erhaltung einer dritten Zollgruppe und dritten Großmacht in Deutschland hat, zeigt wohl gerade der Einfluß der österreichischen Politik auf die deutsche Zollvereinsfrage; wie diese ihr im Wege stand, wird ihr Alles im Wege stehen, was der deutsche Süden an die Stelle des Zoll-

vereins setzen könnte, und hier dürfte es noch leichter sein, die Hindernisse zu beseitigen, wie dort. Aber der Trialismus wird jetzt practisch werden, oder die Coalirten müßten noch einen Weg kennen, auf dem die Rückkehr möglich ist. Dann würden sie wahrscheinlich preußischer Seits willkommen geheißen werden. Vorläufig scheint sich Preußen die Nothwendigkeit zu eröffnen, wieder in die Stellung vom Jahre 1818 zurückzutreten; und daß dies kein verlorener Posten in Deutschland ist, dafür bürgt der Flor des preußischen Haushaltes, die Höhe der Bildung des preußischen Volkes, die europäische Geltung des preußischen Staates.*)

* — den 5. Oct. Die Course sämmtlicher Staatspapiere sind gefallen; namentlich sind auch die aus Süddeutschland häufig angeboten.

* **Speyer**, den 5. Octbr. Heute starb Hr. Regierungsdirector Marc.

München, den 2. Oct. Im Befinden des Ministers Dr. v. d. Pfordten ist heute eine entschiedene Besserung eingetreten und keine Gefahr mehr für denselben in Aussicht, da sich nun bestimmt annehmen läßt, daß ein nervöser Karakter nicht vorhanden ist. — Das Appellationsgericht von Mittelfranken hat in der Untersuchung gegen den Glasergesellen Christoph Haasen von Ansbach wegen Hochverraths ein freisprechendes Urtheil erlassen, gegen das der Oberstaatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde ergriffen hat. Die Sache wird übermorgen am obersten Gerichtshof dahier verhandelt. — Bekanntlich wird der „kath. Volksfreund“ von dem Landtagsabgeordneten Pfarrer Westermayer redigirt. Die heutige Nummer des genannten Blattes sagt nun gegen einen kürzlich in den „Neuesten Nachrichten“ erschienenen Artikel, worin das Verbot des Wirthshausbesuchs der Geistlichen bei Strafe der Suspension in Aussicht gestellt war, „daß eine solche Verordnung lediglich unausführbar sei.“ (Nürnb. Kur.)

— den 3. Oct. Die Gasfabrik des hiesigen Bahnhofes ist abgebrannt.

Karlsruhe, den 4. Octbr. Man spricht mit ziemlicher Bestimmtheit davon, daß in Kurzem in Freiburg ein größeres Organ der liberal-constitutionellen Partei ins Leben treten solle.

Frankfurt, den 5. Oct. Der König von Hannover ist hier eingetroffen; er soll sich nach Stuttgart begeben wollen.

Darmstadt, den 4. Oct. Auf der heutigen Tagesordnung der großherzogl. hessischen 2. Kammer stand die Berathung über den Antrag des Abgeordneten Müller-Melchiors, wegen Neugestaltung des deutschen Zollvereins. Für Annahme des, die Haltung der Regierung in der Zollfrage tadelnden Antrags sprachen Müller-Melchiors, Metz, George, Zöppritz, Reh, welcher Letztere einzelne Verbesserungen beantragte; Hr. v. Rabenau brachte einen Antrag auf motivirte Tagesordnung, welcher von Lang, Breidenbach und Krafft unterstützt ward. Um 3 Uhr waren die sehr lebhaften Debatten noch nicht geschlossen. Auf den Ministerplätzen vermißte man die Vertreter der Regierung. (F. J.)

— den 5. Oct. Das Resultat der Kammerverhandlungen ist dieses: Der erste Antrag des Ausschußes „zu erklären, daß die Kammer mit dem tiefsten Bedauern den Inhalt der drei Darmstädter Protocolle kennen gelernt habe, daß sie durch die Ausführung derselben das materielle Wohl des Landes aufs Entschiedenste gefährdet und die Existenz des Zollvereins, des letzten nationalen Bandes Deutschlands, in Frage gestellt erachte“ — ward mit 24 gegen 24 Stimmen abgelehnt, dagegen der folgende, dem Wesentlichen nach durchaus gleichbedeutende, mit 25 gegen 23 Stimmen angenommen: „Die Kammer erklärt durch Ausführung der Verträge vom 6. April (Darmstädter Bündniß) das materielle Wohl des Landes gefährdet und die Existenz des Zollvereins bedroht; sie ersucht die Staatsregierung, mit Aufbietung aller Kräfte auf die alsbaldige Neugestaltung des Zollvereins mit Preußen und den übrigen norddeutschen Staaten hinzuwirken, sich für Aufhebung der Ausgleichungsabgaben und sonstiger Nachtheile der Zollvereinsverfassung nach Kräften zu bemühen, und erst nachdem die Neubildung des Zollvereins eingetreten, mit Oesterreich einen Handels- und Zollvertrag abzuschließen und auf Grund der sich durch ihn ergebenden Erfahrungen einen auf gesunden nationalöconomischen Grundsätzen beruhenden Zoll- und Handelseinigungsvertrag anzubahnen.“

Stuttgart, den 4. Octbr. Der pensionirte Major Glaser, ein rechtschaffener, bescheidener, bürgerlich gesinnter Mann, wurde gestern früh, als sein Bedienter von der Wache kam, mit zerschmettertem Kopfe im Zimmer liegend gefunden. Der Diener machte sogleich Lärm, Nachbarn und Aerzte eilten herzu, aber der Verwundete, der noch Lebenszeichen gegeben hatte, starb alsbald in ihren Armen. Das völlig geronnene Blut wies darauf hin, daß der Mord nicht erst diesen Morgen begangen sein konnte. Das Criminalamt entwickelte sofort eine energische Thätigkeit, und es dauerte nicht lange, so war der muthmaßliche Mörder, ein früherer wegen Diebstahls entlassener Bedienter Glasers, beurlaubter Soldat und Einsteher, verhaftet. Aus verschiedenen Umständen geht hervor, daß schon am Samstag etwa um 7 Uhr der Mörder zu Glaser in's Zimmer getreten ist, ihm einen Brief überreicht und während der Unglückliche denselben las, zwei blutige Hiebe auf den Kopf beigebracht hat. (Beob.)

Aus **Köln** schreibt der Allg. Anzeiger für Rheinland und Westfalen: „Schon seit längerer Zeit treibt hier am Ort eine Anzahl Personen ihr Unwesen im Handelsverkehr, indem solche von auswärtigen Handlungshäusern durch Vorspiegelungen aller Art sich Waarensendungen zu verschaffen wissen, die dann sofort à tout prix versilbert werden, so daß nicht nur der Verkäufer kein Geld erhält, sondern die soliden Kaufleute in ihren Geschäften dadurch wesentlich behindert und der Credit der Stadt in schlechten Ruf gebracht wurde. Die Art und Weise, wie die Personen sich Waaren zu verschaffen suchen, war fast immer eine und dieselbe. Meisterhaft schön im kaufmännischen Styl geschriebene Anfragen um Preise und Probesendungen giengen an das zum Opfer ersehene Handlungshaus ab, man bat um billigste Notirungen, da man nur comptant kaufe und viel brauche, stellte dem Hause frei, den Betrag gleich visita zu entnehmen, oder fügte schon Wechsel auf irgend eine andere Person bei. Gewöhnlich bezog sich A auf B und B bei einem andern wieder auf A oder auch auf A C und D Da die, worauf sich bezogen wurde, aber mit dem Geschäft einverstanden waren und am Gewinn participirten, so lautete selbstredend die Auskunft überaus günstig, die Waaren wurden abgesandt und von den Empfängern sofort versilbert, die Wechsel blieben aber natürlich unbezahlt, denn das ganze Mobiliarvermögen der Aussteller oder Acceptanten bestand gewöhnlich in einem alten Stuhl, einem Tisch von 10 bis 15 Sgr. Werth und einer alten Bettlade. An Pfänden war somit nicht zu denken, und ebensowenig mochte einer der Betrogenen bisher die Kosten für Personalarrest oder Falliterklärung anlegen. Wie großartig die Geschäfte dieser Art betrieben wurden, mag der Umstand darthun, daß aus Italien ganze Kisten Guitarren und Violinen, aus Ungarn Weine, Wolle 2c., vom Oberrhein Weine, von Pforzheim und Hanau Gold- und Schmucksachen, von Hamburg ganze Wagen voll Schinken und Rauchfleisch eintrafen, die natürlich zu Spottpreisen verschleudert wurden. Die Schinken z. B. sollen das

*) Wir müßen übrigens hier auf unsere alte Ansicht zurückkommen, daß Preußen als Großmacht nur in jenen Momenten eine Bedeutung erlangte, in denen es als Vorkämpfer eines (nach den Anforderungen der Zeit minder oder mehr entwickelten) freien Princips auftrat: unter Friedrich dem II. und 1813—15. Diesen Weg hat aber Preußen ganz und gar verlassen, und eine ebenso natürliche als gerechte Folge davon sind die Demüthigungen, welche es seit 1849 erlitt, oder vielmehr sich selbst zuzog. D. Red.

Stück zu 1 Thlr. verkauft worden sein. Eine Liste der bekannten Personen dieser Art hängt in dem Cassenzimmer mehrerer hiesiger Bankhäuser offen, und dieses Verfahren der offenen Schaustellung dürfte vielleicht gute Folgen haben." — Aehnliches weiß die Kreuzztg. aus Berlin zu berichten.

Köln, den 1. Oct. Hiesige katholische Vereine sollen Adressen zum Sammeln von Unterschriften in Umlauf gesetzt haben, gerichtet gegen die bekannte Auffrischung des Gesetzes in Betreff des Eintrittes eines preußischen Unterthanen in das collegium germanicum zu Rom und der Niederlassung der Jesuiten. Das Resultat der Bemühungen besagter Vereine scheint kein sehr günstiges werden zu wollen, da gegen die ministerielle Verordnung hier nur die kleine, streng klerikale Partei Opposition macht, der bei weitem größte Theil der Bevölkerung aber der Verordnung keine feindseligen Absichten gegen die Freiheiten der katholischen Kirche unterschiebt. (Pr. Z.)

— den 4. Oct. Heute begann die Assisenverhandlung in dem großen Hochverrathsprocesse. Die Angeklagten sind: 1) Peter Gerhard Röser, 37 Jahre alt, Cigarrenmacher in Köln wohnhaft; 2) Joh. Heinr. Gg. Burgers, 32 Jahre alt, ohne Gewerbe, zu Köln wohnhaft; 3) Peter Nothjung, 30 Jahre alt, Schneidergeselle, zu Mülheim a. Rh. wohnhaft; 4) Wilh. Jos. Reiff, 30 Jahre alt, ohne Gewerbe, zu Köln wohnhaft; 5) Herm. Heinr. Becker, 32 Jahre alt, Dr. jur., zu Köln wohnhaft; 6) Roland Daniels, 33 Jahre alt, Dr. med. und practischer Arzt, in Köln wohnhaft; 7) Karl Wunibald Otto, 43 Jahre alt, Chemiker, in Köln wohnhaft; 8) Abraham Jacobi, 22 Jahre alt, Dr. med., in Berlin wohnhaft; 9) Joh. Jac. Klein, 34 Jahre alt, Dr. med. und practischer Arzt, in Köln wohnhaft; 10) Joh. Ludw. Albert Erhard, 29 Jahre alt, Handlungscommis, in Köln wohnhaft; 11) Friedr. Leßner, 27 Jahre alt, Schneider, zu Mainz wohnhaft, — sämmtlich angeklagt im Laufe der Jahre 1848, 1849, 1850 und 1851 zu Köln ein Complott gestiftet zu haben, dessen Zweck war, die Staatsverfassung umzustürzen und die Bürger und Einwohner gegen die königliche Gewalt und gegen einander zur Erregung eines Bürgerkrieges zu bewaffnen. Verbrechen gegen Art. 87, 89 und 91 des Rheinischen und § 61 Nr. 2 und § 63 des Strafgesetzbuches für die preußischen Staaten. — Dieselbe Anklage ist 12) gegen Ferdinand Freiligrath gerichtet, der sich jedoch auf flüchtigem Fuße befindet. — Die Verlesung des Anklageacts begann in dieser ersten Sitzung.

Von der preußisch-polnischen Grenze, den 26. Sept. (Kuriose Kontrolle.) Zu den Neuerungen des Grenzverkehrs, welche seit dem Wechsel der Grenzbeamten eingeführt sind, gehört, daß jeder Reisende bei seinem Eintritt in Polen seine ganze Baarschaft vorzeigen und die Zwecke angeben muß, für die er sie zu verwenden gedenkt; ebenso muß bei der Rückreise angegeben werden, wie viel man in Polen verausgabt hat und zu welchem Zwecke. Findet sich bei etwa vorkommenden Visitationen eine Unrichtigkeit in der Angabe des vorhandenen Geldbestandes vor, so setzt man sich der Konfiscation des Mehrbetrages aus.

Wien, den 2. Oct. Wie man einem Correspondenten der „Brünn. Ztg." zu Venedig erzählte, hat die Regierung drei Dampfer der weiland deutschen Flotte an sich gebracht.

Wildbad-Gastein, den 21 Septbr. Unsere Gletscher glänzen seit voriger Woche im frischen Weiß. Die Bergbewohner wollen allerlei Anzeichen eines frühen und strengen Winters entdeckt haben. In den höheren Theilen des Möllthales in Kärnthen war das Wetter bisher dem Getreideschnitt ungünstig, und es wird schwer werden dasselbe vor dem Schneefall heimzubringen. Die Pflaumen sind dort noch grün.

Belgien.

Aus Brüssel schreibt man, daß die Stadt am 2. Oct. zwischen 10 und 11 Uhr Vormittags von einem furchtbaren Sturme heimgesucht worden sei. Der Park ist von einem Ende bis zum andern verwüstet, fast alle Bäume haben Aeste und Zweige verloren, eine ungeheure Eiche wurde niedergeschmettert. Die Flaggen auf dem Palaste und andern öffentlichen Gebäuden flogen alle fort. Mehrere Personen wurden vom Winde umgeworfen, andere verwundet durch von den Häusern stürzende Steine, Schilder u. s. w.

Frankreich.

† **Paris,** den 3. Oct. Der halbamtliche Theil des Moniteurs enthält eine amtliche Erklärung, welche die Bedeutung des Marseiller Complotts bedeutend reducirt und den vielen Glückwünschungsadressen der Städte ein Ende machen wird. Sie lautet: „Der Prinz Präsident ist von den zahlreichen Zeichen der Sympathie tief gerührt, die er in Folge der Entdeckung des Marseiller Complotts erhält. Man darf jedoch die Gefahr nicht übertreiben, der der Prinz ausgesetzt war. Die Vorsehung wachte über ihn und hat es gewollt, daß diese, übrigens sehr mangelhafte Maschine vor der Ankunft des Präsidenten in Marseille entdeckt wurde. Frankreich möge mit seiner Verachtung die nichtswürdigen Projecte einiger Elenden bedecken. Ueberdies gehören sie jetzt der Justiz an." — Nach der Rückkehr des Präsidenten wird derselbe sogleich Fontainebleau und nicht St. Cloud beziehen. Seine Equipagen, Pferde und Meuten sind bereits dort eingetroffen. Er wird viel empfangen und die Jagden werden im großartigen Style organisirt. Das Palais ist ganz neu eingerichtet, und die alten Meublen aus der Kaiserzeit, welche im Garde des meubles aufbewahrt waren, sind hingeschafft worden. — Der Marquis de Dammartin, Maire von Uzes ist am 30. um 6 Uhr Morgens, als er eben aus dem Hause gehen wollte, erschossen worden. Man kennt noch nicht die Ursache, welche diese That veranlaßt hat.

Unter den Offizieren der pariser Besatzung kamen in der letzten Zeit häufige Duelle vor, deren Ursache meist Discussionen über Aeußerungen Betreffs des Kaiserreichs sind.

Italien.

Messina, den 23. Sept. Der Aetnaausbruch ist noch nicht zu Ende, hat aber, nach dem letzten heftigen Erguß in der Richtung von Milo und Giarre, sehr abgenommen.

Großbritanien.

Der pariser Correspondent des Chronicle liefert einige picante Anecdoten als Commentar zu den telegraphischen Depeschen des Moniteur. Unter Anderem erzählt er: „In Valence begnügte sich der Präfect damit, kund zu thun, daß ein Protocoll gegen alle diejenigen aufgenommen werden solle, die nicht illuminiren würden. In Toulon wurden diejenigen, die sich von der Illumination ausschließen würden, mit Geldbußen bedroht. Der päpstliche Nuncius, welcher einige Tage vor dem Prinzpräsidenten in Marseille angekommen war, erfuhr nicht die zarteste Behandlung. Er hatte Audienz und überreichte dem Präsidenten einen Brief vom heiligen Vater. Louis Napoleon las das Schreiben sogleich und mit augenscheinlicher Befriedigung; aber kaum war er mit dem Lesen fertig, als er die kostbare Epistel in der Hand zusammenknitterte, als wär's Maculatur. Beim Abschied ladet Louis Napoleon den Vertreter Sr. Heil. zum Diner, und die Einladung wird natürlich angenommen. Aber kaum ist der Nuncius aus dem Hause, als ihm ein Adjutant nacheilt, mit der Berichtigung, die Einladung sei auf morgen, und nicht auf heute, wie der Präsident aus Zerstreuung gesagt habe. Der Prälat ist einiger Maßen überrascht. Als er aber später in seiner Wohnung bei Tische sitzt, läßt sich derselbe Adjutant wieder anmelden, mit der Botschaft, daß die Einladung doch für heute gelte. Das war zu stark. Der Prälat ließ sich daher entschuldigen, indem er dinirt habe, und

nicht gewohnt sei, zweimal an einem Tage zu Mittag zu speisen."

Die Abnahme des Pauperismus in England ist, nach einem heute erschienenen parlamentarischen Ausweis, so bedeutend, daß man sie unmöglich der Auswanderung allein zuschreiben kann. Nach dem ersten Vierteljahre von 1851 erhielten 222,937 Personen weniger als 1850 die Unterstützung des Kirchspiels (Armenhauses). Mehr als in demselben Verhältniß hat der Pauperismus seit vorigem Jahre abgenommen, obgleich man die Zahl noch nicht genau angeben kann.

Australien.

Melbourne, den 17. Mai. Die glänzende Niederlassung hat auch ihre Schattenseiten. Victoria z. B. befindet sich, Dank der Dummheit der Regierung und den Horden, die aus allen Welttheilen herstürzen, in einer abscheulichen Lage. Zwischen 60,000 und 70,000 Menschen arbeiten in den Minen, und die Stadt ist so dicht bevölkert, daß Tausende in Zelten und Hunderte unter dem blauen Himmel schlafen. Die glänzendsten Geschäfte werden von den Schenkwirthen gemacht, die sich nach 5—6 Monaten ins Privatleben zurückziehen. Mord, Raub und Brand sind an der Tagesordnung; nach Sonnenuntergang wagt sich Niemand ohne Pistolen auf die Straße.

Ostindien.

Bombay, den 1. Sept. Sehr bedeutende Verstärkungen sollen nach Rangun abgehen, worauf die brittische Expedition in das Innere des Reiches von Ava vordringen wird. Die Affridis beginnen ihre Angriffe zu erneuern.

Miscellen.

Aus Stettin wird vom 27. Sept. berichtet: Der Bauerhofsbesitzer und Kreisboniteur Dräger zu Pommerensdorf wurde vor 8 Tagen auf der Rückfahrt nach seinem Dorfe von einer Fliege auf der Oberlippe gestochen. Anfänglich glaubte er den Schmerz, welchen er an dieser Stelle empfand, durch Auflegen kalten Wassers zu beseitigen, was jedoch nicht gelang; vielmehr bildete sich daselbst eine Geschwulst. Er suchte nun Hülfe bei einem hiesigen Arzte, dessen Substitut, da ersterer verreist war, die Geschwulst für eine sich entwickelnde Gesichtsrose erklärte und demgemäß behandelte. Als trotz dessen die Geschwulst immer mehr um sich griff und den Kopf in wahrhaft unförmliche Gestalt versetzte, wurden zwei andere Aerzte hinzugezogen, welche unzweifelhafte Symptome des Milzbrandes erkannten und leider zu spät dagegen einschritten, da gestern Abends der Kranke unter heftigen Schmerzen gestorben ist. Höchst wahrscheinlich war der Stich der Fliege durch das von einem von Milzbrand gefallenen Stück Vieh eingesogene Gift die Ursache des Todes geworden.

Die preußischen Telegraphen. Die Uebelstände, welche bei dem preußischen Telegraphensystem bis jetzt zu so manchen Störungen Anlaß gaben, werden in kurzem ganz beseitigt sein. Die oberirdischen Drathleitungen sind auf allen Puncten ihrer Vollendung nahe. Außerdem werden jetzt alle Leitungen doppelt und dreifach angelegt, so daß bei einer Häufung von Depeschen doppelt gearbeitet werden kann. Die früheren Zeigertelegraphen sind jetzt auf den Staatstelegraphen überall verschwunden, da sie zu langsam arbeiten, und trotz der Anwendung sehr starker elektrischer Batterieen den elektrischen Strom nur etwa 10 Meilen weit leiten, so daß eine Menge Zwischenstationen mit einer jedesmaligen Unterbrechung nöthig werden. Man bedient sich jetzt überall der sogen. amerikanischen Telegraphen, welche die Depesche sofort auf einen Papierstreifen ohne Ende in bestimmten aus Puncten und Strichen zusammengesetzten Zeichen abdrukken, und bei welchen sich der Telegraphist nicht um den Gang des Apparats zu kümmern und nicht jedes Zeichen ängstlich zu beobachten braucht, da die Maschinerie ganz von selbst alle Zeichen correct wiedergibt. Ueberdieß ist die Construction dieser Apparate viel einfacher als die der Zeigertelegraphen, und man entdeckt sofort jede Unregelmäßigkeit im Mechanismus. Der Hauptvorzug dieser letzteren Apparate besteht aber darin, daß solche schon durch eine geringe electrische Kraft bewegt werden, und den electrischen Strom daher ohne alle Unterbrechung Hunderte von Meilen fortpflanzen. Man hat in diesen Tagen bereits das überraschende Resultat gewonnen, daß man von Berlin direct ohne alle Zwischenstationen nach Wien hin und zurück telegraphirt hat, und man wird in wenigen Tagen ein gleiches Resultat direct zwischen Berlin und Brüssel erzielen. Auch zur Verhütung der vielfachen Störungen, welche der Blitz auf den Drahtleitungen herbeigeführt hat, hat man jetzt sehr zweckmäßige Blitzableiter erfunden, welche bei den meisten Stationshäusern bereits angebracht sind. In dem stenographischen Verein zu Berlin wurden am 13. Sept. Mittheilungen gemacht über die Anwendung der Stenographie auf die Telegraphie. Der Vortragende suchte darzuthun, daß die vorhandenen Telegraphen-Apparate sich leicht zur Anwendung der stenographischen Methoden einrichten ließen, und daß dadurch nicht blos größere Schnelligkeit, sondern auch größere Deutlichkeit und Correctheit der Depeschen erreicht werden würde, da (wenigstens nach dem Stolze'schen System) der Stamm des Worts von den Vorsylben und Endungen sich sogleich unterscheiden läßt, und die meisten Irrungen gerade durch das falsche Abtheilen und Zusammenfügen der Sylben und Buchstaben entstehen.

Auf der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn ist das Project, bei jedem Zug einen der mitfahrenden Conducteure mit einer Telegraphenbatterie zu versehen, damit von demselben bei etwaigen Unglücksfällen oder sonstigen wichtigen Ereignissen auf jeder Strecke der Bahn nach den Bahnhöfen telegraphirt werden könne, bereits in Ausführung gebracht. Der Preuß. Ztg. zufolge dürfte diese Einrichtung in kurzem auf allen preußischen Bahnen durchgeführt werden.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1257] **Einladung zum Abonnement auf den**

Eulenspiegel.

Mit Nro. 40 unseres Blattes beginnt ein neues Abonnement auf das 4. Quartal des laufenden Jahrgangs.

Die Geschichte geht bergauf — — warum sollte Eulenspiegel nicht lustig sein?! — Wer sich daher den Aerger vom Leib halten will, der nehme ihn zum Begleiter. —

Der Preis des Blattes, welches wöchentlich Einmal erscheint und reich an Holzschnitten ist, beträgt vierteljährig — **45 kr.** — Alle resp. Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen darauf an. Neue Abonnenten können die bisher erschienenen Nummern nachgeliefert erhalten. Ebenso sind auch von den frühern Jahrgängen noch complette Exemplare zu haben bei der

Stuttgart im October 1852.

Expedition des Eulenspiegel.

[1258[a]] **Wein-Verkauf.**

Wegen Räumung der Keller werden die zum Nachlasse des verlebten Herrn J. B. Heiligenthal in Landau gehörigen Weine in größeren und kleineren Partien, billigst abgegeben.

[1259[a]] **Zuckerfabrik Friedens-Au.**

Von heute dem 6. October an sind jeden Tag, ausgenommen Sonntags, gekochte Zucker-Rübenschnitze zu 6 kr. pr. Ctr. und Rübenabschnitte zu 8 kr. pr. Ctr. bis auf Weiteres zu haben.

Joh. Conr. Reihlen.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 242 | den 8. October 1852.

Deutschland.

***Amerikanische Zustände.** Bei dem Umstande, daß sehr viele Teutsche in der Gegend von Buffalo (am Eriesee, im Westen des Staates New-York) sich angesiedelt haben, wird man die folgenden Mittheilungen nicht ohne Interesse lesen. Dieselben rühren von einem Pfälzer her, der seit mehr als vier Jahren daselbst wohnt, den wir als einen unbedingt glaubwürdigen und streng wahrheitsliebenden Mann kennen, und dessen Angaben um so zuverlässiger sind, als er auch ein sehr aufmerksamer Beobachter ist.

Buffalo, den 8. Aug. Das Klima hier ist, nach meiner Erfahrung, dem von München am ähnlichsten; im Winter etwas rauher, wenn auch nicht kälter, aber mehr Wind und Sturm; im Sommer etwas heißer, aber mehr durch frischen Wind (von den Seen her) erfrischt als in der Pfalz. Der Frühling ist rauh, gutes Wetter, so daß die Vegetation gewöhnlich erst Mitte Mai recht beginnt, dann geht aber auch alles Wachsthum rasch und ununterbrochen fort. Seit 4 Jahren beobachte ich den Verlauf der Blüthe von Reben, deren es welche hier gibt, meist in schlechten Lagen, dann der Aepfel, Birnen, Kirschen, die alle hier sehr gut gedeihen, und fand denselben viel rascher und die Blüthe weniger dem Verderben ausgesetzt als draußen. In südlichern Gegenden, wie Ohio (bei Cincinnati), Missouri (bei St. Louis und Herrmann), Pennsylvanien (bei Philadelphia und Reading) ist das Klima für Reben und Obst noch geeigneter, nur thut keine deutsche Rebe da gut. Die hiesige beste Sorte Reben, Cattawa genannt, gibt einen feurigen Wein, bei Cincinnati sollen 12,000 (?) Acres damit bepflanzt sein. Der Herbst ist schöner und trockener als in der Pfalz.

Producte sind Weizen (keine Spelz), Korn, Gerste, Hafer (sehr viel), Welschkorn, breiter (deutscher) Klee, (kein sogenannter ewiger), Erbsen (keine Linsen), Bohnen, kein Krapp. Reps, Mohnsamen und Tabak habe ich noch nirgends gesehen in hiesiger Gegend, als in einer deutschen Pietisten Colonie, Ebenezer, 2 Stunden von hier, wo etwa 1500 fromme Seelen circa 10,000 Acres Land (vor 8 Jahren zu 15 Doll. angekauft), mit herrlichen Fluren von Früchten wie in Deutschland, 3 stattliche Dörfer mit Säge-, Oel und Mahlmühlen, Druckerei und Webereien, besitzen. Auch versehen sie den hiesigen Markt mit Kraut, Gemüsen, die alle sehr gut gedeihen, nur etwas später als in der Pfalz wachsen. Statt des ewigen Klees baut man sehr viel Thymothygras, das wie der ewige Klee und Getreide gesät, 4 bis 6 Jahre ausfüllt, und sehr gutes Heu gibt; circa 30 bis 40 Centner auf den Morgen. Die Tonne Heu, 20 leichte Centner (17—18 deutsche) gilt hier durchschnittlich 25 fl. (10 Doll.) Kartoffeln, die hier sehr gut gediehen, wachsen seit fünf Jahren schlecht und faulen. Das Bushel davon (circa 40 Pfund) gilt von 1 bis zu 1¼ Doll.; dazu herzlich schlecht. Der Ertrag in Früchten steht dem draußen, wo das Land gleich gut gebaut und gedüngt wird, im Allgemeinen nicht nach; wenigstens habe ich das in Ebenezer schon mehre Jahre gesehen; aber meist ist das Land noch voller Stumpfen und Wurzeln, schlecht und wenig gepflügt; oder das klare alte Land ausgemergelt, nicht gehörig gedüngt. Das Land unter 4 Stunden um Buffalo ist durchschnittlich nicht so gut, als das weiterhin gelegene. Die Waldungen sind indeß schon ziemlich gelichtet. In 4 Jahren weiter dürfen nach meiner 4jährigen Erfahrung noch manche Wälder und Felder mit Stumpfen verschwinden. Deutsche graben manchmal die Stumpfen aus; jetzt bringt man immer mehr die Stumpfenmaschinen in Anwendung, welche einen großen oder mehre kleinere Stumpfen eben so schnell herausbringen, als mancher Zahnarzt einen Backenzahn. Gedroschen mit Dreschflegeln wird nur von armen Bauern. Von jetzt an bis Mitte October fahren die Dreschmaschinen im Lande herum, von Hof zu Hof, dreschen eines Bauern ganze Erndte in kurzer Zeit um eine Kleinigkeit. Manche Dreschmaschine drischt 1000 Bushel (der Bushel Weizen wiegt 60 Pfd.) oder über 300 Malter an einem Tage. Alle Werkzeuge, Ackergeräthschaften, Geschirre für Pferde &c. sind besser als draußen. Schlechtes Zeug kauft man eben nicht. Jeder Arbeiter, Bauer, Handwerker sucht eben das beste Werkzeug zu bekommen, wenn er auch etwas mehr dafür zahlen muß, weil er es bei der Arbeit wieder vielfach profitirt. Um Buffalo herum verlegen sich viele, meist kleine Bauern, auf Gemüsebau, bringen Milch, Butter und Käse in die Stadt. Gemüse werden gut bezahlt: das 100 Kraut z. B. 3—4 Doll. (7½ fl. bis 10 fl.) im Herbste. Milch gilt von 3—4 Cents = 4½—6 kr. der Liter das ganze Jahr hindurch, Butter von 12—24 Cts. = 18—36 kr. 28 Loth sind 1 Pfd. Meist ist sie gesalzen, oft weither von Westen in Fässern geschickt. Frische ungesalzene Butter gilt immer 1—2 Cts. mehr per Pfund. Butter wird enorm viel in diesem Lande consumirt; sie darf auf keinem Tische Morgens, Mittags und Abends fehlen. Käse wird eine eigene Art, wie ich in München mich erinnere gegessen zu haben, bereitet, aber nur in großen Milchereien von 40—100 Kühen. Manche Farmer, die ihre 500—1000 Acres Land besitzen, weiter von der Stadt weg, haben nur wenig Ackerbau; ein Theil des Landes ist mit Thymothygras für Heu bepflanzt, auf dem übrigen Lande weidet das Vieh von April bis December. Im Winter wird das Vieh gefüttert, doch läuft es auch meist frei herum. Des Viehes wegen hat man hier die Fensen (Einzäumungen) meist von gespaltenem Holz, manche auch von Brettern, oder von ausgerissenen Stumpfen oder von zusammengerollten Steinen, durchaus nöthig. Durch diese Fencen ist Gut von Gut, Ackerfeld von Weideland und dieses von Wald geschieden. Bei Reps und Magsamen habe ich vergessen, daß beide, soviel ich in Ebenezer sah, sehr gut zu gerathen scheinen, wo der Boden dazu geeignet ist, und die Gallone oder 4 Liter gutes Brennöl, Salat- (Magsamen-) Oel mit 1½ Doll. = 3 fl. 45 kr. bezahlt werden. Hanf und Flachs wird noch keiner gebaut meines Wissens. Ein Acre oder 160 Ruthen Land gilt 10—30 Meilen von hier, zwischen 20 und 50 Doll.; 2—8 Meilen von hier von 50—200 Doll. Bei einem Stück von 10—160 Acres, wovon oft nur der vierte Theil klares Land, das übrige noch Stumpfen oder Waldland. Stehen gute Gebäude darauf mit Obstgärten und Bäumen, so erhöht dieses noch den Werth dieses Landes im Verhältniß; kurz das Land hier herum ist theuer, aber der Markt ist auch gut. Für die Wege ist viel gethan. Es gibt nicht gar weit von hier (etwa 4 Stunden) noch Gegenden, wo man den Acre für 20 Doll. haben kann, lauter Wald; das Holz würde nach Abzug aller Kosten, das Land mehr als bezahlen, aber es müßte für den Transport des Holzes alles großartig eingerichtet, betrieben, dann eine Sägemühle an Ort und Stelle errichtet worden, wozu außer bedeutendes Capital auch noch viel Erfahrung und Thätigkeit nöthig wäre. — Der Taglöhner bekommt hier per Tag 4 Schilling = 1 fl.

15 kr. mit Kost; der Knecht 6—15 Doll. oder 15—37 fl. per Monat, je nachdem die Arbeit und der Arbeiter. An Arbeitsleuten fehlt es nicht. Rindvieh ist schöner Mittelschlag, Mittelpreis 25 Doll. oder 62 fl. 30 kr. für eine Kuh, für ein Gespänn Ochsen 75 Doll. oder 187 fl. 30 kr., Pferde, flüchtig, schöner Mittelschlag, theuerer als draußen, ziemlich viel Schafe, aber keine besonders gute Wolle; Alles ist jederzeit verkäuflich. Käse gilt in großen Kuchen 5—6 Cents das Pfund (8—9 kr.), Branntwein (Whisky) ist sehr billig, die 4 Litres zu 14 Cents oder 21 kr. Weizenmehl gilt jetzt 10 fl. die 200 leichten Pfunde, Gerste 1¼—2 fl. das Buschel oder ¼ Malter, Weizen 2 fl.—2 fl. 30 kr., Hafer 45 kr. bis 1 fl., Welschkorn 1 fl.—1 fl. 30 kr. Eier gelten selten unter 1¼ kr. das Stück, im Winter 3—4 kr. Geflügel wird gut bezahlt. Mahl- und Sägemühlen gibt es mit Dampf und Wasser getrieben, auch einige große Brennereien, doch sind die Mahlmühlen und Brennereien nicht so bedeutend wie in Ohio, Illinois, weil hier weniger Weizen für Mehl, und Welschkorn für Whisky gebaut wird. Mehl ist ein Haupthandelsartikel. Mit Mehl werden oft in einer Woche viele tausend Barrels (Faß) hier verladen. Dasselbe kommt meist zu Wasser aus dem Westen (Ohio, Michigan, Illinois, Wisconsin) und geht von hier auf Canalbooten nach New-York. Wie bedeutend der Transport auf dem Erie-Canal ist (von hier bis Albany etwa 350 Meilen), geht daraus hervor, daß über 11,000 Canalboote darauf gehen, die Canalgebühr darauf nahe 4 Millionen Gulden per Jahr beträgt, obgleich dieses Canalgeld so niedrig ist, daß wir jetzt den Centner Waaren zu 33 Cents oder 55 kr. von New-York bis hierher (über 500 Meilen) bekommen, Mehl per Faß und Anderes noch viel billiger. Schweinenfleisch gilt jetzt das Pfund 7—9 Cents., sonst nur 4—5, Schmalz 10 Cents, sonst 7, Rindfleisch 6—9 Cents, sonst 3—5 (je nach dem Stück), Schaffleisch 6 Cents, Kalbfleisch 6—8 Cents, Bier wird hier viel und gut gebraut. Wasser ist sehr gut, aber doch werden unsere Temperenz-Männer es nicht durchsetzen, daß hier, wie in den Staaten Maine und Massachusetts alle geistigen Getränke verboten werden. Der bedeutende Zufluß von Geld aus Californien und Europa setzt die Amerikaner in den Stand, eine Menge Eisenbahnen zu bauen, wodurch der Verkehr erleichtert, der Transport billiger, manche Gegend zugänglich wird, die früher von aller Welt abgeschlossen war. Wir fahren jetzt in 16 Stunden nach New-York, über 500 Meilen, — in 24 Stunden nach Chicago, über 600 Meilen, ebenso nach Cincinnati; in 2 Jahren weiter fahren wir bis an den Mississippi, in das Innere von Canada, Wisconsin, Jowa in 30—40 Stunden, Gegenden die bisher ganz verschlossen oder nur mit großen Beschwerden und Zeitverlust zu erreichen waren. Meine Schwäger hausen jetzt im Innern Wisconsin auf Indianerland; vor 2 Jahren brauchte ich 7 Tage, um dahin zu kommen, jetzt erreiche ich es in etwa 4 Tagen; in 2 Jahren vielleicht in 30 bis 40 Stunden. Der Centner Waare kostet jetzt von dort bis hieher, ganz zu Wasser mit Dampfschiffen 1 Doll., in 2 Jahren hoffe ich nur das halbe Geld. So kommt es, daß der Werth der Produkte im Westen, wo früher alles spottwohlfeil war, fast den hiesigen Preisen gleichsteht. Aber bei all den Vorzügen, dem raschen Fortschritt des Landes, darf man nicht erwarten, alles so zu finden, wie man es sich draußen vorstellt. Gar vieles, was man draußen nicht achtet, weil man es eben hat, lernt man hier erst schätzen, weil man es entbehren muß. Die Menschen sind hier wie dort, nur mit dem Unterschied, daß es hier keine Privilegirten gibt.... Unkenntniß der englischen Sprache ist außerdem für den frisch Eingewanderten (selbst für die meisten schon eingebürgerten Deutschen) ein großes Hinderniß, das ihm oft das Land im falschen Lichte erscheinen läßt. Mir, für meine Person, gefällt es ausgezeichnet; ich möchte nie mehr auf die Dauer in Europa hausen.

***Pfalz.** In den beiden bis jetzt abgehaltenen Districtsrathsversammlungen, nemlich in denen der Kantone Germersheim und Kandel, *) wurde die Ansicht ausgesprochen: daß eigentlich der Staat die Kosten der Kantonsgefängniße decken sollte.

Diese Ansicht ist gewiß die richtige. Allerdings besteht zur Zeit noch die Bestimmung des französischen Gesetzes, wonach die Kantonsgefängniße auf Kosten der Kantonsgemeinden unterhalten werden müßen, und es ist daher den Districtsräthen die Möglichkeit versagt, ihre Gemeinden von dieser, in der Billigkeit und Gleichheit nicht begründeten Last, sofort zu befreien. Wol aber sind sie gewiß im Rechte, wenn sie die Abänderung der deßfallsigen gesetzlichen Bestimmung fordern.

Als jenes franz. Gesetz erlassen wurde, bestand ein anderes Verhältniß als jetzt. Die Bestimmung galt für den ganzen Staat ohne Ausnahme, und kein Theil ward somit dadurch besonders belastet: denn wenn die gedachte Ausgabe auf die Staatscasse übernommen worden wäre, so hätte eben von allen Bezirken der entsprechende Antheil an diese Centralcasse mehr entrichtet werden müßen.

Ganz anders ist es heute in Baiern. In den sieben jenseitigen Kreisen trägt die Staatscasse die erwähnte Last unbedingt. Nur in der Pfalz ruht dieselbe principaliter auf den Kantonen. Hiedurch entsteht eine nicht zu rechtfertigende Ungleichheit. Die Pfälzer müßen die Kosten ihrer Kantonsgefängniße allein tragen, und sie müßen außerdem noch beitragen zur Deckung aller jenseitigen Districtsgefängnißkosten.

„Gleichheit der Besteuerung" ist in der Verfassung zugesichert. Die Pfalz sieht sich angehalten, sogar für den Malzaufschlag alljährlich ein Aequivalent zu entrichten, obwol die ältere baier. Staatsschuld (zu deren Dekkung jener Aufschlag bestimmt ist) sie nach der klaren Anerkennung des Gesetzes nicht berührt, und obschon Enregistrement und Stempel weit höhere Lasten sind, als deren in den jenseitigen Taxen ꝛc. bestehen. Um so weniger wird man die Billigkeit der Forderung bestreiten können, diesen Kreis den jenseitigen Regierungsbezirken auch in jenen Puncten gleich zu stellen, in denen der Pfalz dadurch eine Erleichterung erwachsen würde.

Uebrigens sind es verschiedene derartige Lasten, welche bei uns den Gemeinden auferliegen, während sie jenseits aus der Staatscasse gedeckt werden. Wir meinen hier nemlich:

1) die (ebenbesprochenen) Kantonsgefängniße,
2) die Kosten der Localitäten der Friedensgerichte,
3) ditto der Landcommissariate, und
4) Besoldung der meisten Policeicommissäre.

In allen diesen Puncten erheischt es die „Gleichheit" der Belastung, daß man in der Pfalz die betr. Gemeinden ebenso davon befreie, wie unter gleichen Verhältnissen alle jenseitigen Gemeinden davon befreit sind. —

München, den 3. Oct. Die „Neue Münchn. Ztg." nennt den Abbruch der Conferenz einen Vorgang, der „völlig unerwartet gekommen" sei und „dessen materielle Bedeutung für den Augenblick kaum noch vollständig überblickt werden könne."

Nürnberg, den 2. Oct. In der heutigen Sitzung des hiesigen Stadtgerichts kam die Anklage gegen den Advocaten Dr. Sieger von Neustadt a. d. Aisch wegen Amtsehrenbeleidigung zur öffentlichen Verhandlung. Der Angeklagte, welcher nicht persönlich erschienen war, ist beschuldigt, in einem Briefe an einen Klienten einiger, ein bezeichnetes Appellationsgericht, das dessen Prozeß zu entscheiden hatte, berührender, sehr beleidigender, Ausdrücke sich bedient zu haben, u. s. f. ferner in einer Beschwerdeschrift an den Staatsrath mit specieller persönlicher Bezeichnung von „an Blödsinn gren-

*) Die Pfälzer Ztg. vom 1. Oct. behauptete, die Districtsräthe würden erst nach Beendigung der Landrathsversammlung einberufen. Indessen hatte der Districtsrath von Germersheim schon am 28., jener von Kandel am 30. Sept. seine Jahressitzung abgehalten!

zendem Unverstand" gesprochen und in einer weitern Eingabe an das Ministerium einen Civiladjuncten der größten Parteilichkeit beschuldigt zu haben, indem derselbe alle Prozesse, die er (Sieger) zu vertreten habe, zu Ungunsten seiner Klienten entscheide. Ferner lag noch eine für „polizeilich strafbar" erkannte „Injurie" vor, indem Sieger öffentlich die Unbestechlichkeit von Richtern in Baiern angegriffen habe. Die Staatsanwaltschaft stellte den Antrag, auf Schuldig zu erkennen und den Angeklagten zu 9 Monat Gefängniß, zu erstehen auf einer Festung, zu verurtheilen. Der Vertheidiger, Dr. Hermann aus München, verneinte, daß der Angeklagte absichtlich eine Behörde oder Beamten habe beleidigen wollen, er habe die incriminirten Aeußerungen lediglich zur Durchführung und als Beweismittel für einen aufgestellten Satz gebraucht. Er beantragte Freisprechung. Der Gerichtshof erkannte den Angeklagten für schuldig des Vergehens der Amtsehrenbeleidigung gegen ein k. Collegium in Concurrenz mit demselben Vergehen an einer Gerichtsperson und verurtheilte denselben zu 8 Monaten Gefängniß, zu erstehen auf einer Festung, und in die Kosten. (Nürnb. Kur.)

Das Kreis- und Stadtgericht zu Aschaffenburg hat gegen eine Menge Bücher, welche bei dem Sectionsquartier Heinrich Schmidt aus München gefunden wurden, die Vernichtung ausgesprochen. Es sind dies theils religiöse Schriften, von denen im Erkenntniße gesagt ist, daß sie die Grundsätze der christlichen Religion und insbesondere die Lehren der katholischen Kirche mit Spott und Verachtung angreifen, theils politische, welche „mittel- und unmittelbar die Realisirung der social-democratischen Republik durch Umsturz bestehender Regierungsformen anpreisen und letztere mit Spott und Verachtung behandeln," dann Schriften, welche sich Schmähungen gegen die baierische Staatsregierung erlauben.

Dresden, den 2. Oct. Nach der „Freim. Sachsen-Ztg." ist Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig als interimistischer Redacteur der Blätter für literarische Unterhaltung wegen eines von ihm aufgenommenen kritischen Aufsatzes über Feuerbachs Religionsphilosophie, vom hiesigen Appellationsgerichte zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Hamburg, den 3. Oct. Der gestrige Sturm war orkanartig und hat bedeutenden Schaden an Gebäuden und Gärten angerichtet. Auch Menschenleben gingen dabei verloren. In der Gegend am Hafen stürzte die äußere Wandmauer eines Hauses theilweise ein und erschlug einen 10jährigen Knaben, und in Ottensee wurde in einem Garten durch einen umgefallenen Baum der Sohn eines Apothekers aus Apenrade, der daselbst in Pension war, auf der Stelle getödtet. ... Nicht minder wüthete der Orkan auf der Elbe, wo Ewer umgeschlagen wurden, Schiffe untergingen, ein mit Salz beladener Elbkahn, der in unserem Hafen befestigt war, losgerissen, nach Altona abwärts getrieben wurde und dort versank. Was auf der Elbe weiter abwärts oder gar bei Cuxhafen der Orkan für Schaden angerichtet haben mag, darüber konnte man bis jetzt noch nichts erfahren, weil auch der Telegraph gerissen ist. — Gestern mit dem Nachmittagszuge langte die Frau des unglücklichen Ruschack von Wien wieder hier an, ohne ein bestimmtes Resultat erzielt zu haben. Vage Hoffnungen sind es nur, die sie mitgebracht und die Beruhigung, ihren Mann so ziemlich gesund verlassen zu haben.

Altona, den 3. Oct. Morgen tritt der dänische Reichstag in Kopenhagen zusammen, der zweite, seitdem Dänemark in die Reihe der constitutionellen Staaten getreten; er dürfte vielleicht aber auch der letzte sein, denn wie Männer versichern, die wol vertraut sind mit Dem, was in den höhern Regionen in Kopenhagen vorgeht, soll dieser Reichstag nur zusammenberufen worden sein, um wieder aufgelöst zu werden, nachdem der König die Abdankungsacte unterzeichnet haben wird. Eine provisorische Regierung, eine Art Uebergangsregierung, wird dann gebildet werden, welche die jetzige Verfassung aufheben wird, wozu der König die Hand nicht bieten will. Nachdem dieß geschehen und auch in Dänemark die vormärzlichen Zustände wieder Platz gegriffen haben werden, wird die provisorische Regierung zurücktreten und die absolute Gewalt in die Hand des Prinzen Christian von Glücksburg niederlegen, der als Christian IX. den Thron des dänischen Gesammtstaates besteigen wird. Die heutige „Altonaer Ztg.," die von Kopenhagen aus inspirirt wird, deutet in ihrem Leitartikel auf eine solche Eventualität, nemlich auf die Rückkehr zum Absolutismus, hin. (!!)

Düsseldorf, den 4. Oct. Der Sturmwind, von dem wir vorgestern heimgesucht wurden, hat sich, wie zu vermuthen stand, über einen größeren Theil unserer Provinz erstreckt. Leider gehen von mehreren Seiten betrübende Nachrichten über Unglücksfälle ein, die in seinem Gefolge waren. Allein auf der Rheinstrecke von hier bis Emmerich sind, wie glaubhaft versichert wird, etwa 30 Schiffe verunglückt, von denen 10 gänzlich untergesunken, die übrigen aber mehr oder weniger beschädigt sind.

Breslau, den 2. Oct. Gestern Morgen hat Herr Appellationsgerichtsdirector Temme mit seiner Familie unsere Stadt, in der er sich 1½ Jahr aufgehalten, verlassen und seine Reise nach Zürich angetreten, wohin er als Professor einen Ruf erhalten hat. Er beabsichtigt dort zunächst über gemeines deutsches Strafrecht, über das Strafrechtsverfahren und über den Civilproceß Vorlesungen zu halten.

Berlin, den 4. Oct. Die „Hannov. Ztg." gibt folgender Nachricht des „Neuen Volksfr." Raum, von der die Bestätigung zu erwarten bleibt: Herr Klenze sei von Berlin abberufen und eine diplomatische Verhandlung zwischen hiesiger und der dänischen Regierung wegen der „Uebergriffe, welche sich die Dänen auf der Elbe erlaubt," im Gange. — In Breslau soll heute eine Zusammenkunft schlesischer Industrieller stattfinden, um in einer Petition an das königliche Ministerium die Zolleinigung mit Oesterreich anzuempfehlen.

Der Handelsminister hat folgende allgemeine Verfügung erlassen: „Das zu Frankfurt a. M. erschienene von dem Literaten Nic. Hadermann redigirte „Frankfurter Volksblatt" ist durch das Resolut des Polizeigerichtes daselbst vom 26. v. M. wegen Beleidigung des deutschen Bundes und revolutionairer Tendenz unterdrückt worden. Die Postanstalten werden angewiesen, den ferneren Debit des Blattes event. zu versagen."

Binnen Kurzem muß sich entscheiden, ob Hannover gleichfalls keinen Antheil an den Conferenzen nehmen und auch den Weg diplomatischer Verhandlungen mit Preußen betreten will. — Die verschiedentlich erwähnte Truppen-Concentration in Böhmen von 35,000 Mann höre ich bestätigen. Sie sind bestimmt, wie ich weiter vernehme, auf den Ruf des Hrn. v. Beust Sachsen mit ihrer Gegenwart zu beglücken, falls wegen der Zollangelegenheit daselbst Unruhen ausbrechen sollten. Indessen hofft hier Jedermann, daß die sächsischen Industriellen und Arbeiter die Trennung des Zollvereins mit Geduld ertragen werden. (Köln. Ztg.)

Die neueste Nummer der Kreuzzeitung ist mit Beschlag belegt worden.

Berlin, den 4. Oct. Die Landtage Pommerns und Preußens sind bereits geschlossen, der letztere mit einer Rede des Oberpräsidenten, aus welcher wir hervorheben, daß die Provinzialordnung „aus Rücksicht auf die bestehende Verfassung" die Billigung nicht erhalten hat. Auch der pommersche Landtag konnte die nothwendige Zweidrittelmajorität für die Provincialordnung nicht erzielen. Die „Nordd. Ztg." wirft einen Blick auf die Verhandlungen des pommerschen Landtages und gewahrt vor allen Dingen: „daß die alte Einmüthigkeit von ihm gewichen sei, und daß die Ritterschaft von der einen, Städte und Landgemeinden von der andern Seite, sich schroff gegenüber standen. Bei Berathung der Gemeinde-, Kreis-

und Provincialordnung habe die Ritterschaft mit Beharrlichkeit am Alten festgehalten, oft sogar eine Neigung gezeigt, darüber hinausgehen zu wollen: es sei aber leicht erklärlich, daß Städte und Landgemeinden bald zu der Ueberzeugung gelangten, eine gemeinsame feste Stellung einnehmen zu müßen, wozu ihnen die Regierungsvorlagen die sicherste Basis gaben. So sei es denn gekommen, daß die Ritterschaft die Opposition gegen die ministeriellen Gesetzentwürfe bildete, während die beiden anderen Stände Schritt für Schritt das Terrain vertheidigten, welches jene Entwürfe ihnen angewiesen hatten."

Der hiesige × Correspondent der „D. Allg. Z." theilt in dieser mit, daß „auf Denunciation eines Individuums, das sich bei ihm Eingang zu verschaffen gewußt," eine polizeiliche Haussuchung bei ihm stattgefunden, und er sich bei dieser Gelegenheit als Verfasser der von ihm herrührenden Briefe in der genannten Zeitung bekannt habe. Da diese Briefe keineswegs im preußenfeindlichen, sondern vielmehr in dem entgegengesetzten Sinne geschrieben sind, so scheint es der Polizei nur auf Befriedigung der Neugierde angekommen zu sein.

Auch der „Publicist" theilt eine Geschichte von der Sicherheit des Hausrechtes mit: „Es erschien in einem unserer ersten Hotels, berichtet das genannte Blatt, ein Executor in Begleitung eines Civilisten und fragte nach einem im Hotel abgestiegenen Fremden. Der Wirth des Hotels versicherte, daß derselbe bereits ausgegangen, fand aber bei dem Diener der Gerechtigkeit selbst dann keinen Glauben, als der Wirth das Zimmer des Fremdem aufschloß und nachwies, daß sich der Fremde nicht darin befinde. Nun sollte der Hotelbesitzer auf Verlangen des Executors seine sämmtlichen Zimmer aufschließen, und als er sich weigerte, holte der Executor polizeiliche Hülfe, und die Zimmer mußten wirklich alle geöffnet werden. Inzwischen aber kehrte der gesuchte Fremde nach dem Hotel zurück, und es ergab sich nun — daß es gar nicht der Gesuchte war."

Von der preußisch-hannoverschen Gränze, den 3. Oct. Aus einer durchaus zuverläßigen Quelle sind wir im Stande die Mittheilung zu machen, daß die hannoversche Regierung beabsichtigt, mit dem 1. März k. J. die erhöhete Steuer für das Königreich ins Leben treten zu lassen, und bereits die erforderlichen Einleitungen zu einer schärferen Besetzung der in Frage kommenden Grenzen trifft. (Wes. Z.)

Wien, den 2. Oct. Zwischen Oesterreich, Sachsen und Baiern ist ein Uebereinkommen zum gegenseitigen consularischen Schutze der Staatsangehörigen im Auslande getroffen worden.

Belgien.

Brüssel, den 5. Oct. Der Staatsminister Heinrich von Brouckere hat vom Könige den Auftrag erhalten und angenommen, ein neues Cabinet zu bilden.

Der Ex-Montagnard Lagrange, der in der letzten Zeit in **Brügge** wohnte, ist aus Belgien ausgewiesen worden.

Frankreich.

Paris, den 4. Oct. Für Cayenne soll gleich nach L. Napoleon's Rückkehr ein Bischofssitz errichtet werden.

Die Kaiserfahrt Louis Napoleon's durch die Provinzen findet wenig Theilnahme bei den Parisern. Hier liest man kaum die telegraphischen Depeschen und die langen Berichte der gouvernementalen Presse läßt man ganz ohne Berücksichtigung. Das Einzige, was unsere Pariser in den letzten Tagen aus ihrer ruhigen Haltung gebracht, ist der belgisch-französische Streit, den man, wie es scheint, von dem Felde des Handels auf das der Politik hinüberspielen will. Die Wiederanstellung des Professors Novent hat hier besonders viel böses Blut gemacht. — Das strenge Auftreten der pariser Policei dauert fort. Sie scheint jetzt ihr Augenmerk auf die wenigen Flüchtlinge in Paris gerichtet zu haben.

Heute Nachmittags präsentirten sich zwei Arbeiter in den Bureaux der „Presse" und verlangten, den Haupt-Redacteur zu sprechen. Zu Hrn. Neffzer geführt, erklärten dieselben, daß sie Belgier wären und im Namen einer großen Anzahl ihrer Landsleute — Arbeiter in Paris, wie sie —, kämen und die Veröffentlichung einer Adresse wünschten, in der sie sich für die Vereinigung Belgiens mit Frankreich aussprächen. Hr. Neffzer wies diesen guten Patrioten natürlich die Thür, worauf dieselben, wie ich vernehme, nach der Patrie gegangen sind, um dort ihr Heil zu versuchen. Wir werden sehen, ob die Patrie es für gut findet, sich zum Organe dieser Demonstration zu machen, die vielleicht nur absurd und lächerlich ist, der leicht möglicher Weise aber ernstliche Intriguen zu Grunde liegen können. Es ist wenigstens wohl schwerlich anzunehmen, daß Arbeiter auf eigene Faust und ohne dazu inspirirt oder gar angewiesen zu sein, einen solchen Schritt unternehmen. — Nach den Nachrichten, die heute aus dem Süden angelangt sind, haben in Nimes und zuletzt in Bordeaux zahlreiche Verhaftungen Statt gefunden. In beiden Orten sind zugleich heimliche Pulverfabriken und bedeutende Depots dieses Materials entdeckt worden. Immerhin scheint es, daß diese Verhaftungen mit dem marseiller Complotte **nicht** in Verbindung stehen. (Köln. Z.)

Der neue Gemeinderath von Montreal ist durch Decret des Tarn-Präfecten aufgelöst und durch eine Gemeindekommission ersetzt worden.

Paris, den 5. Oct. *) Der Prinzpräsident hat in Montpellier 130 wegen politischer Vergehen Verurtheilte begnadigt. Als auf dem Handwerkerballe der Ruf laut wurde: „Es lebe die Amnestie!" bemerkte der Prinz, die Amnestie liege ihm sehr am Herzen, man solle sich derselben durch weises Benehmen würdig machen, worauf begeistert der Ruf erscholl: „Es lebe der Kaiser!"

Nach den neuesten Berichten ist der Prinzpräsident am 4. Oct. Nachmittags in Toulouse angekommen.

Berichten aus Neapel zufolge ist König Ferdinand II. ein leichter Unfall auf der Eisenbahn zugestoßen und auch der Kronprinz unbedeutend verletzt.

Aus dem Elsaß, den 4. Oct. Mit dem Beginne des neuen Schuljahres gehen sehr viele Lehranstalten in die ausschließliche Leitung von Geistlichen über.

Großbritanien.

In englischen Blättern findet sich die Behauptung, der Papst sei wirklich angegangen worden, sich behufs Vornahme der Kaiserkrönung nach Paris zu begeben, er habe dies jedoch zwar in durchaus höflicher, allein ganz entschiedener Weise abgelehnt.

Miscellen.

Die Fischer-Schaluppe Etoile du Nord aus Ostende fand ein schwedisches Schiff auf offener See, welches schon 14 Stunden auf der Seite schwamm. Den Anstrengungen der Fischer gelang es, die Equipage zu retten, und nach Ostende zu bringen. An der Küste von Ostende und Vliessingen sind mehrere Schiffe aufgeworfen worden.

---

*) Unsere Pariser Correspondenz trifft seit einigen Tagen immer verspätet hier ein. Die Schuld trifft jedoch nicht die baierische, sondern die französische oder preußische Post. D. Red.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1245a] **Lehrlingsgesuch.**

In einer der größeren Städte der vordern Pfalz wird in ein Eisen- und Kurzwaarengeschäft ein junger Mensch mit den nöthigen Vorkenntnissen in die Lehre gesucht. Nähere Auskunft gibt auf portofreie Anfragen Herr A. Steiz in Speyer.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Freitag (Zu Nro. 242.) den 8. October 1852.

Deutschland.

Hof. Am 29. Sept. fiel einem Bergarbeiter im Bergwerke zu Leinitz der Leuchter in einen 7 Klafter tiefen Schacht. Er wollte ihn holen, der Schacht war jedoch mit Stickluft angefüllt, weßhalb der Mann seinen Tod fand. Seine drei Brüder suchten ihn zu retten, sind aber gleichfalls im Schacht erstickt, und wurden erst um Mitternacht todt aus demselben hervorgezogen.

Dresden, den 3. Oct. Wie so eben zuverlässig bekannt wird, hat sich der Minister des Innern, Hr. v. Friesen, veranlaßt gesehen, den König um Enthebung von der Stelle an der Spitze dieses Ministeriums zu bitten und ist ihm auch sein Gesuch alsbald bewilligt worden. (Man bezeichnet die Zollfrage als die Ursache, indem der abtretende Minister dagegen gewesen sein soll, daß man die Coalitionspolitik bis zur Sprengung des Vereins fortsetze.)

Berlin, den 2. Oct. Die Ministerialcommission für „Verfassungsänderungen" hat wieder Sitzung gehalten. Nach Angaben der „N. Preuß. Ztg." handelt es sich so ziemlich wieder um eine Umgestaltung von Kopf bis zu den Füßen, um eine neue Bildung der ersten, ein Wahlgesetz für die zweite Kammer und eine Gemeinde-, Kreis- und Provincialordnung.

Wien. In der österreichischen Festung Munkacz ist ein furchtbarer Brand ausgebrochen; mehrere Verbrecher, die dort saßen, sollen, da der Commandant aus Vorsicht die Pforte allzuspät geöffnet hatte, in den Flammen ihren Tod gefunden haben. (Volksbtn.)

Schweiz.

Nidwalden. Hier hat der hohe Landrath einen 14jährigen Brandstifter in Anbetracht seines unreifen Alters zu 15 Jahren Zuchthaus verurtheilt! Nach 5 Jahren bei gutem Verhalten mag derselbe jedoch anderwärts untergebracht werden.

Waadt. Eine Räuber- und Heldengeschichte, die vor einiger Zeit die Runde durch die Blätter machte (wir verschonten unsere Leser damit), wonach eine Prinzessin Colonna durch einen Hrn. Brun von Vivis aus den Händen von Gott weiß wie vielen Räubern ritterlich errettet wurde und nichts zum vollständigen Roman fehlte, als daß der junge Held auch die „Prinzessin" heimgeführt hätte, stellt sich jetzt nach einem Bericht des schweiz. Consuls in Rom — als ein Puff dar!

Frankreich.

† **Paris,** den 4. Oct. Der Moniteur erzählt nachstehende Episode aus den Ergebnißen der Reise. Der Aumonier des Linienschiffes Jena, Hr. Abbé Bourgade, hat aus den Händen des Präsidenten das Kreuz der Ehrenlegion erhalten und dankte dem Prinzen mit folgenden Worten: „Ich bin tief gerührt, das Kreuz aus den Händen des Helden, der Frankreich gerettet hat, zu empfangen. Ich werde es als ein ruhmvolles Andenken des Kaisers tragen, der die Kirchen wieder geöffnet hat und als theures Geschenk Ew. Hoheit bewahren, der verhindert hat, daß sie geschlossen wurden."

Die Regierungsblätter führen, seit der Veröffentlichung der Unterhandlungen wegen Erneuerung des Handelstractates von Seiten des belgischen Ministeriums, eine s e h r f e i n d l i c h e Sprache gegen die belgische Regierung. Das „Pays" enthält heute folgenden Artikel: „Die Lage Belgiens und seiner Regierung in Bezug auf die gehässige Complicität, welche in diesem Lande den Verschwörern und Mördern die Hand bietet, ist in diesem Journale bereits gewürdigt worden, und wir haben zu den gemachten gerechten Bemerkungen Nichts mehr hinzuzufügen. Nachstehenden Vorfall können wir jedoch nicht mit Stillschweigen übergehen. Vor einigen Tagen ist es einem Professor des kgl. Athänenms in Gent eingefallen, seinen Schülern einige Fragmente aus einem der wüthendsten und für den Erwählten des Volkes, so wie für die ganze französische Nation beleidigendsten Pamphlete öffentlich vorzulesen, die nur in Brüssel in der letzten Zeit erschienen sind. (Es war die Broschüre von Victor Hugo.) Dieser Scandal konnte nicht ungestraft bleiben. Der Professor, der aus seinem Course ein Echo der Verläumdung gemacht hat, wurde abgesetzt. Diese Absetzung ist jetzt zurückgenommen worden. Es scheint, daß in Belgien die Beleidigung Frankreichs für ein unbedeutendes Vergehen angesehen wird. Der Professor hat seine vorige Stelle wieder eingenommen. Ein unter dem 28. Sept. im Moniteur Belgiens erschienenes Decret kündigt diese unerhörte Handlung an. Wir haben nicht die Gewohnheit, Nationalempfindlichkeiten aufzurühren, wir lieben den Frieden und arbeiten an seiner Befestigung; aber dies ist in der That zu stark, als daß wir nicht in dieser Handlung des sich zurückziehenden Ministeriums ein Vergessen aller Rücksichten und Convenienzen, welche die Würde der Staatsmänner und Regierungen ausmachen, signalisiren sollten."

Loriot, der angebliche Genosse des Höllemaschinenverfertigers Gaillard, läugnet jede Theilnahme am Complott, und stellt sogar seine Anwesenheit in Marseille in Abrede.

Der Tabaksbau macht in Algier ungewöhnliche Fortschritte. Man schätzt die diesjährige Erndte auf 1½ Millionen Kilogramms, wovon die Provinz Algier allein 500,000 Kilogr. liefert. — Der bekannte Wiener Literat Maler wurde vorgestern verhaftet und seine Papiere mit Beschlag belegt. Hr. Maler hat sich während seines Aufenthaltes nur mit industriellen Unternehmen beschäftigt. — Der Maire von Antreville, Canton Chauny, Hr. Natier, ist in seiner Wohnung ermordet gefunden worden. Sein Kopf war mit einer Axt gespalten. Man hat bis jetzt keine Ursache dieser Mordthat entdecken können. — Die Emanzipation Belge ist heute auf der Post mit Beschlag belegt worden.

Paris, den 1. Oct. Ein bedeutendes Moment in der Südfahrt des Prinzenpräsidenten ist seine wahrhaft fürstliche Freigebigkeit, die sich auf Einzelne wie auf ganze Landschaften erstreckt. Ludwig Philipp war nicht in dieser glücklichen Lage; eine Legion von Bitten um Unterstützung, um Pensionen, die heute nur von Beamten empfohlen zu sein brauchen um Erhörung zu finden, konnte er nicht so ohne weiters befriedigen. Was in dieser Großmuth Uebertriebenes liegt, wird die Zeit, das sich mindernde Bedürfniß der Popularität, die Rücksicht auf die Finanzen, von selbst mäßigen. Der Zudrang der Bettelbriefe ist bereits so ins Ungeheuere angewachsen, daß eine Beschränkung der Gaben auf durchschnittlich 30 Fr. zur unabweislichen Nothwendigkeit geworden ist. Die Ehrengeschenke an das schöne Geschlecht, kostbare Schmucksachen, Andenken in Brillanten, womit der Prinz auf seiner Reise gegen Frauen und Töchter seiner Anhänger so verschwenderisch ist, sind eine Anticipation kaiserlicher Herrlichkeit, die sich ohne Zweifel noch reicher und glänzender entfalten wird, wenn der Hof erst seine Sonne in

eigenthümlicher Sphäre leuchten lassen kann. Zuvor muß das allgemeine Wahlrecht zum letztenmal seine Schuldigkeit gethan haben; denn man darf überzeugt sein, daß er den bürgerlichen Zuschnitt der Juliusmonarchie nicht zum Muster nehmen wird. In allen Dingen ist ein vergrößerter Maßstab. Die Macht will nicht mehr durch Einfachheit gewinnen, sie will imponiren, blenden. Daher dieser unerhörte Luxus in den Schlössern, die überall für den Erben des Kaisers eingerichtet werden.

Paris, den 2. Oct. Aus mehreren Orten werden Oppositionssiege bei den Gemeinderathswahlen gemeldet. Zu St. Nazaire ging die ganze Oppositionsliste durch.

— den 3. Oct. Der Minister des Innern hat alle Präfecten durch Rundschreiben aufgefordert, alle, selbst die kleinsten Einzelheiten der Reise Napoleons sorgfältig aufzuzeichnen, um sie für die Geschichte (!) in ihrer ganzen Wahrheit aufzubewahren. — Aus Lille schreibt man, daß wegen eines möglichen Einfalls der belgischen Steinkohlenarbeiter in Frankreich nicht nur dort, sondern auch zu Douai, Cambrai, Valenciennes, Maubeuge 2c. Vorsichtsmaßregeln ergriffen worden sind. Die Truppen haben Munition und Lebensmittel auf einen mehrtägigen Marsch erhalten, und die Gensd'armerie übt eine scharfe Aufsicht an der Gränze aus. Ein belgisches Blatt der Gegend erklärt hingegen alle Besorgniße, die diesen Maßregeln als Anlaß dienen, für nichtig.

In diplomatischen Kreisen hat eine Proclamation des Präfecten von Toulouse, Hrn. Chapuis Montlaville, die heute hier bekannt geworden ist, Aufsehen erregt. Der genannte Beamte geht nämlich in seinem imperialistischen Eifer so weit, daß er die Maires seines Departements auffordert, herbeizueilen, um die Wünsche des Volkes „pour le retablissement de l'Empire de Charlemagne et de Napoléon le Grand" zu den Füßen Seiner kaiserlichen Hoheit zu legen. Es ist zwar hinlänglich bekannt, daß Hr. Chapius Montlaville, als früherer Literat der romantischen Schule angehörend, in seinem Style immer sehr überschwenglich ist; allein es muß trotzdem Aufsehen erregen, daß ein Beamter sich in einem officiellen Actenstücke erlaubt, von der Wiederherstellung eines Zustandes zu sprechen, der eine totale Umwälzung der staatlichen Verhältnisse Europa's bedingt. (K. Z.)

Wie sehr es dem Präsidenten mit dem Confiscationsdecret Ernst ist, beweist wieder ein aus Grenoble datirter Erlaß, wodurch als außerordentlicher Credit 500,000 Fres. auf Rechnung der durch jenes Decret zu verschiedenen wohlthätigen Zwecken ausgesetzten Summen für das Schloß von Elsaß-Zabern (Zufluchtsstätte für die Wittwen hoher Staatsdiener) flüssig gemacht werden.

Großbritanien.

Die Allgem. Ztg. theilt aus dem Londoner Examiner (wie sie selbst angibt, sehr abgeschwächte) Auszüge aus einem größern Artikel mit, worin es u. a. heißt: „Es gibt keinen Feind Ludwig Napoleons, der nicht wünschen müßte, ihn in seines Oheims Kaisermantel zu sehen. Er wird dadurch weder größere Macht, noch größere Hülfsquellen erhalten, es werden ihm aber dadurch Feindschaften und Erwartungen erweckt — Feindschaften unter den Legitimisten, Erwartungen in der Armee — denen zu widerstehen er viel schwieriger finden dürfte, als gegenwärtig. ... Und wenn der schimmernde goldene Reif um das Haupt des Prinzen Präsidenten gelegt ist, was wird der Kronenträger beginnen? Es ist schwer vorauszusagen. Alle Welt muß aber einsehen, was er nicht thun kann. Er kann von einer der aufgeklärtesten und gebildetsten Nationen der Erde nicht stummen Gehorsam gegen schrankenlosen Absolutismus verlangen. Und kann er bürgerliche Freiheit gewähren, um die Art, wie er seine letzte Wahl durchsetzte, vergessen zu machen? Repräsentativregierung und er sind Feuer und Wasser. Seine Organe verfolgen den bloßen Namen Constitutioneller mit derselben heißen Begier, mit der Marat jeden Aristocraten zu verzehren bereit war. Dieselben Organe nennen ihn einen zweiten Augustus. Aber Augustus bemühte sich in jeder Weise das römische Patriciat und den alten Senat sich freundlich zu erhalten, und lebte nicht unter den Centurionen, sondern unter den Rednern und Dichtern, überhaupt unter den höhern Intelligenzen seiner Zeit. Ehe Cäsar Augustus auf den Lorbeern seines Reichs ausruhte, hatte er seine Legionen zum Siege geführt, und diese Siege bildeten die Macht seines Titels — Imperator. Diesen Titel zu erwerben, vermöchte Ludwig Napoleon nur unter Gefahren, die herauszufordern er zu besonnen sein wird. Muß er aber auf Krieg verzichten, so wird er um so mehr Geist aufbieten müssen, und immerhin möchte die Kaiserregierung Napoleons II, wie die Napoleons des Großen, so sein, daß es schwer sein dürfte, immer im Frieden mit ihr zu leben. Auch wird ein großer Theil der Franzosen sich nicht anders zufrieden geben, als ihren Helden auf dem Kriegsschild des alten Ruhmes erhoben zu sehen. ..."

Miscellen.

Electrischer Telegraph nach Amerika. Die unverkennbaren Schwierigkeiten einer Drahtlegung direct von England nach Amerika über den Ozean, der auf diesem Wege unergründete Tiefen und vorzüglich auch Boden, der mit dichtverschlungenen Seepflanzen bedeckt ist, aufweist, aus denen das Drahtseil, in Bedürfnißfällen, nie wieder herauszuholen wäre, hat den betreffenden Projecten eine andere Richtung gegeben. Im hohen Norden läßt sich ein Weg mit kürzeren Seestrecken, die nirgends bodenlos tief und frei von Seepflanzen sind, einschlagen, von der Nordspitze von Schottland über die Hebriden, Orkneyinseln, Island, Grönland und Labrador. Dabei hätte man nur 500 Meilen See, mit zahlreichen Zwischenstationen und die größere Hälfte der Linie käme auf dem Lande zu liegen, wo die überirdische Drahtlegung unter keinen Umständen große Schwierigkeiten haben kann und kaum namhafte Gefahren laufen möchte. Die dabei nothwendige Bereitwilligkeit der dänischen Regierung zu der Beihülfe, die sie leisten kann, soll schon eingeholt und zugesichert worden sein. Das Unternehmen, das mit möglichst wenig Geräusch verfolgt wird, ist übrigens in sehr entschlossenen Händen und wenn es überhaupt möglich, kann man sich auf baldigen Angriff gefaßt machen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1252⁶] **Das überseeische Geschäftsbureau**

von

Bitz, Kapp & Cie. in Newyork,

Chatam Street Nro. 67,

besorgt alle Rechts- und Erbschaftsangelegenheiten, welche eine in Amerika und Europa zusammenwirkende Thätigkeit verlangen und vermittelt Geldsendungen nach Amerika.

Die Einzahlungen geschehen an den unterzeichneten General-Agenten, welcher demnächst dem Zähler die beglaubigte Original-Quittung des Geldempfängers kostenfrei einhändigt.

Mainz, den 23. September 1852.

Dr. Müller-Melchiors.

[1260] **Bekanntmachung.**

Donnerstag, den 14. ds., Vormittags 8 Uhr anfangend, werden durch die Filial-Oeconomie-Commission des königl. Artilleriecommandos der Festung Landau auf dem deutschen Thorgebäude eine größere Anzahl Artillerie- und Fuhrwesens-Polisons, Mäntel, Helmkästen, Säbelscheiten, Patrontaschen 2c. 2c., dann Pferdgeschirre und Eisentheile öffentlich versteigert, wozu Kaufliebhaber eingeladen werden.

Landau, den 5. October 1852.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 243 | den 9. October 1852.

Deutschland.

*** Speyer,** den 8. Oct. Indem man überall nur die s. g. „politischen Rücksichten" beachtete, ist man leider bereits bis zur Sprengung des Zollvereins gekommen. Wir beabsichtigen nicht, uns hier in nutzlose Vorwürfe zu ergießen. Wir beschränken uns deßhalb auf den Ausdruck der ernsten Befürchtung, daß selbst *noch ärgere* Uebel eintreten könnten, wenn nicht der bisherige Weg der Politik verlassen wird. Es scheint uns darum dringend nothwendig, daß man sich die möglichen Folgen eines jeden weitern Schrittes klar mache.

Zu diesen Befürchtungen werden wir durch folgende Betrachtung veranlaßt: Es heißt, man wolle von den s. g. Thüringischen Staaten fordern, beim „Zollvereine" verbleiben zu *müssen*, weil *sie* nicht den Vertrag rechtzeitig gekündigt hätten. Die s. g. Thüringischen Staaten ihrerseits betrachten aber den Zollverein ohnehin als gesprengt, und sie haben sich neuerdings an *Preußen* angeschlossen, wie es von vorn herein nicht anders zu erwarten stand.

Was könnte nun geschehen, wenn man die Forderung an jene Staaten wirklich weiter betriebe? Sie würden sich voraussichtlich *weigern*, dem Ansinnen zu entsprechen. Dann werde man, heißt es, die Sache vor den Bundestag bringen. Vermuthlich entschiede er im Sinne Oesterreichs. Die Thüringischen Staaten würden sich aber, wie leicht zu errathen, einem Majoritätsbeschluße nicht fügen, indem sie geltend machten, die Zollfragen beträfen jura singulorum, und da sei nach den Bestimmungen der Bundesacte *Stimmeneinhelligkeit* zu jedem verbindlichen Beschlusse erforderlich. Wollte man dann die Sache noch weiter treiben, einen solchen Bundesbeschluß zur Execution bringen, so könnte es dann nur vermittelst — *Waffengewalt* geschehen; es müßte das Schwert gezogen werden! Nun könnte Preußen seine Verbündeten nicht gleichgültig von sich abreißen lassen, um so weniger, als jene kleinen Staaten voraussichtlich schon beim Abschluße der neuen Verträge von Preußen die Uebernahme eventueller Garantien fordern werden. Da hätten wir denn Deutschland wieder in zwei feindliche Heerlager gespalten. Man rechne dabei nicht allzusehr auf die schließliche Nachgiebigkeit Preußens. Gerade das Zurückweichen desselben bei Bronzell und zu Olmüz würde ihm einen neuen derartigen Schritt um so mehr erschweren. —

Darum ist es gewiß dringend nothwendig, abzustehen von jedem Gedanken, dessen Verwirklichung die Dinge *noch schlimmer* gestalten könnten; abzusehen davon insbesondere in einem Augenblick, in welchem sich gar nicht vorhersehen läßt, welche Gefahren Deutschland von Aussen her überraschen können. —

*** Speyer.** Nach Briefen aus der *Schweiz* ist man in verschiedenen Kantonen ängstlich besorgt, die „fremden Regierungen," insbesondere den Nachbar Napoleon, gegen Angriffe der Presse zu schützen. So hat der Basler große Rath am 4. Oct. eine Bestimmung in diesem Sinne angenommen. Dieselbe scheint hauptsächlich gegen die freisinnige „Schweiz. National-Ztg." gerichtet zu sein, ein Blatt, das sich u. a. kürzlich das wirkliche Verdienst erwarb, nachzuweisen, welches denn das (auch von Freisinnigen) viel gepriesene Glück der Schweiz zur Zeit der alt-napoleonischen Mediation war, — ein Zustand, den man nur im Gegenhalte zu dem 1815 restaurirten Patricier- und Pfaffenthum besser, d. h. blos minder übel, nennen kann. — Das jetzige Deutschland wird es leider ganz gleichgültig ansehen, wenn die Schweiz mehr und mehr dazu gedrängt wird, dem französischen Kaiserthum dienstbar zu werden, während das höchste politische Interesse geböte, hiebei — nicht indifferent zu sein! —

**** Vom Rheine,** im October. Während uns aus Oesterreich und Preußen die betrübendsten Nachrichten über den Druck gegen die freien religiösen Gesellschaften zukommen, erfahren wir gleichzeitig, daß dort der dem Zeitgeiste angemessene freie religiöse Geist, statt schlafen gegangen zu sein, nicht nur fortlebt, sondern gerade als natürliche Folge des Druckes an Innerlichkeit zunimmt. Daß hier von Staatsgefährlichkeit nicht die Rede sein kann, davon hat sich die ganze Welt längst überzeugt. Diese Confessionen gehören sich selbst an, nicht einer äußern, mit den Staatsregierungen um der Oberherrschaft willen stets in Conflict liegenden Macht; sie haben keinen äußern und keinen innern Grund, nach einer solchen Suprematie zu streben und gerade Oesterreich sollte hierin die meiste Erfahrung haben. Dort sind die *Unitarier* längst vom Staate anerkannt, haben Kirchen und freie Religionsübung, und doch unterscheiden sie sich in ihren Religionsgrundsätzen von den *Deutschkatholiken*, welche in Oesterreich so sehr verfolgt und geächtet sind, blos durch den Namen. Die Unitarier sind als stille, sittliche Bürger bekannt; die Deutschkatholiken können hiernach bei gleichen Grundsätzen dasselbe sein und sind es wirklich, wie die Erfahrung längst dargethan; die Verläumdung wird nicht im Stande sein, auf die Dauer über Grundsätze zu täuschen, die längst von den weisesten und rechtlichsten Männern getheilt wurden.

***† Mannheim,** im Oct. Es hat seine vollkommene Richtigkeit, daß, als jüngst eine früher protestantisch gewesene Frauensperson zum Katholicismus dahier übertrat, ihr der Verwalter der hiesigen untern Pfarrei ein Zeugniß ausstellte, daß sie nun in die alleinseligmachende Kirche aufgenommen und von der hæresis befreit sei.

*** Von der Haardt,** den 7. Oct. Der Herbst hat an manchen Orten bereits begonnen. Das Erzeugniß scheint besser zu sein, als Viele zu hoffen wagten. Die Menge ist aber gering. Was indeß unsere Hoffnungen am meisten herabdrückt, ist die unglückliche Gestaltung der Zollfrage. — Der Zustand der Atmosphäre war in der letzten Zeit ein ganz ungewöhnlicher. Der Barometerstand wechselte, bald steigend bald fallend, in einem Maße, wie man sich gar nicht erinnert. Wiederholt stellten sich Stürme ein, die an die Orkane auf den Antillen erinnern. Die Electricitätsverhältniße der Luft waren und sind noch ganz abnorm.

München, den 4. Okt. Die Generalversammlung baierischer Aerzte hat heute noch spät Abends ihre Aufgabe zu Ende gebracht, und der „Pensionsverein für Wittwen und Waisen baierischer Aerzte ist nunmehr constituirt.

Das Schleimfieber, an dem Minister v. d. Pfordten darniederliegt, hat eine nervöse Wendung genommen, doch steht zu hoffen, daß der Verlauf der Krankheit günstig sein werde. — Durch die letzten Feldmanöver ist den betreffenden Feldbesitzern ein bedeutender Schaden zugefügt worden, indem auf vielen Feldern bereits die Wintersaat bestellt, auf andern die Kartoffeln noch nicht ausgegraben waren. Man ist bereits mit der Abschätzung

des Schadens beschäftigt, für welchen volle Entschädigung geleistet werden soll. (M. L.)

München, den 5. Oct. Professor Kreuzer, bekanntlich wegen seines Deutschkatholicismus von der Centralveterinärschule entfernt, ist wieder reactivirt worden. (Baier. Eilb.)

— den 6. Oct. Gestern Nachts haben circa 30 Kettensträflinge in der Au einen Ausbruch versucht, wurden aber noch rechtzeitig erwischt, und wieder in den Käfig gebracht. Einer aber ist durchgekommen, wird jedoch in seinem Kostüm nicht weit laufen. — Gestern Abends kam auf der Eisenbahn der Kurfürst von Hessen dahier an und stieg im „baierischen Hof" ab. Das Militär brachte ihm eine Serenade. — In den hiesigen Buchhandlungen ist Victor Hugo's Schrift: „Napoleon der Kleine" confiscirt worden. (Volksbötin.)

Vom Main, den 2. Octbr. Dieser Tage ist uns eine Münze unter die Hände gekommen, die uns bei den gegenwärtigen Verhältnißen zu allerlei Betrachtungen Stoff gegeben hat. Es ist ein Württembergischer Kronenthaler, mit der Jahreszahl 1833, welcher auf der einen Seite, wie gebührend, das Bildniß des Königs trägt, auf der anderen die Symbole des Handels, der Schifffahrt und des Wohlstandes zeigt, mit der Umschrift: „Handelsfreiheit durch Eintracht." Die Denkmünze ist, wie ersichtlich, auf die Gründung des deutschen Zollvereins geprägt. Angesichts der dermaligen Lage der Zollverhältnisse, drängte sich uns nun die dreifache Frage auf: 1) was aus der Eintracht geworden ist und aus der Handelsfreiheit zu werden droht? 2) wie viel Kronenthaler man durch die neue „Handelsfreiheit" und „Eintracht" zu erübrigen hofft? 3) ob man auch die Sprengung des Zollvereins durch Prägung von Denkmünzen verewigen wird? (Nürb. Kur.)

Stuttgart, den 6. Oct. Der König von Hannover ist hier erschienen, um den vollständigen Bruch des Zollvereins zu verhindern und die Vermittlung zwischen den Coalitionscabinetten mit Berlin zu übernehmen. Wie wir aus guter Quelle erfahren, ist Aussicht vorhanden, daß dieser Versuch, was Württemberg betrifft, gelingen werde. Zugleich hören wir, daß Diejenigen, welche sich der Besorgniß oder der Hoffnung hingegeben haben, Hannover werde den Septembervertrag nunmehr zu lösen wissen, durch die lautgewordenen Gesinnungen des Königs von Hannover gänzlich enttäuscht worden sind. Derselbe soll sich bestimmt dahin erklärt haben, an dem genannten Vertrage fest halten zu wollen. (Fr. J.)

Hannover, den 3. Oct. Der k. preuß. Staatsminister Graf v. Alvensleben, der sich in außerordentlicher Mission hier befand, ist heute wieder abgereist, zunächst nach Braunschweig, um sich von dort nach Berlin zurückzubegeben. Die (handelspolitische) Mission dieses Staatsmannes ist, wie wir vernehmen, hier wirklich fehlgeschlagen. Im engsten Zusammenhang hiemit und mit der angenommenen entschiedeneren Haltung Hannovers in der Zoll- und Handelsfrage steht natürlich die nunmehr erfolgte Abberufung des diesseitigen Commissarius zu den Berliner Zollvereinsverhandlungen, Generalsteuerdirectors Dr. Klenze, welcher heute hier erwartet wird. (A. Z.)

Köln, den 6. Oct. Nachdem die Verlesung des Anklageactes in dem großen Proceße heute beendigt ward, begann die Staatsbehörde die Begründung der Anklage. Die ganze behauptete Verbindung wird als rein communistisch bezeichnet. Die ersten Spuren des Complottes gingen bis zum 8. December 1847 zurück, von welchem Tage die Statuten datirt sind; einzelne Mitglieder des Bundes hätten sich am 11. Februar 1848 zu London bei dem Stiftungsfeste des dortigen Arbeitervereins eingefunden; am 3. März 1848 sei beschlossen worden, den Sitz der Centralbehörde nach Paris zu verlegen, sodann am 15. Dec. 1850, ihn nach Köln zu transplantiren. Von da seien Emissäre ausgesendet worden, und auch die Aufrufe ausgegangen, durch welche zur Zeit der Truppenmobilmachung die Landwehr zum Treubruch habe verleitet werden wollen ꝛc. Die Zahl der vorgeladenen Zeugen beträgt 52, die jedoch nicht sämmtlich erschienen sind.

— Nach den letzten Nachrichten sind bei dem heftigen Orkan vom 2. Oct. auf dem Niederrhein folgende Unglücksfälle vorgekommen: Bei Lobith sind 2 Schiffe gesunken, bei Emmerich 4 und 2 haben Lecke, bei Grieth 1, bei Götterswickerham 1, bei Ruhrort 4, bei Kaiserswerth 1, bei Düsseldorf 1 und 1 Grießnachen, bei Heerdt 2. Außerdem sind mehrere Schiffe entmastet; die näheren Berichte werden leider wol noch mehr melden.

Aus Westfalen, den 5. Oct. Sicherem Vernehmen nach ist der königl. Provinzialsteuerdirector von Westfalen höheren Orts beauftragt, sofort Einleitungen zu treffen, um mit dem 1. Januar 1854 die Gränzen gegen die beiden Hessen und Nassau besetzen zu können, und hat bereits die zu diesem Ende erforderliche Bereisung der betreffenden Bezirke angetreten. (K. Z.)

Berlin, den 4. Oct. Wie die „N. Pr. Z." hört, wird sich die Londoner Conferenz im Spätherbst wieder mit der „Neuenburger Angelegenheit" zu beschäftigen haben.

Für den Augenblick sind hier nicht blos die Zollconferenzen mit der Coalition, sondern im Grunde die Zollconferenzen überhaupt abgebrochen. Auch Hannover zieht sich einstweilen zurück und läßt es zweifelhaft, ob es dabei blos den Zweck verfolgt, die „Vermitlung" auf diplomatischem Wege leichter betreiben zu können, oder ob es wahr ist, wie die Organe der Coalition glauben machen möchten, daß Hr. v. Scheele entschlossen sei, den wesentlichen Inhalt der Münchener Erklärung zu unterstützen und die Annahme desselben durch Preußen eventuell zur Bedingung seines Verharrens bei dem Septembervertrage zu machen. (Köln. Z.)

Die „Lithogr. Corresp." behauptet, baierischer Seits dringe man in die Coalitionsregierungen, auch auf diplomatischem Wege nicht eher mit Preußen in Verhandlungen einzugehen, als bis von diesem selbst hiezu einladende Schritte geschähen.

(Aussicht auf ein frommes Geschlecht.) Es werden hier jede Woche 11 Kindergottesdienste gehalten und außer diesen noch ein Kindergottesdienst für die Heidenmission.

Wien, den 3. Oct. Einige Blätter theilten mit, die österreichische Regierung habe schon eine Einladung zu einer Zollconferenz in Wien ergehen lassen. Diese Mittheilung ist unrichtig. Als begründet gibt sich hingegen in unterrichteten Kreisen die Ansicht, daß in nächster Zeit eine solche Conferenz von hier aus und am hiesigen Orte veranlaßt werden dürfte, um die durch den Gang der Zoll- und Handelsfrage nothwendig gewordenen Verhandlungen zu erleichtern. (Fr. J.)

Schweiz.

Tessin. Wie der Operajo berichtet, fand am 26. v. M. in Bellinzona eine Generalversammlung der Tessiner Arbeitervereine statt. Ueber 150 Arbeiter aus allen Bezirken des Kantons nahmen an derselben Theil. Die Verhandlungen betrafen ein von dem Centralkomite vorgelegtes Programm, dessen Verwirklichung sich die Vereine zur Aufgabe stellen sollen. Folgendes sind die darin aufgestellten Punkte: 1) Directe und progressive Steuer statt des bestehenden ungerechten Abgabensystems. 2) Verwirklichung des allgemeinen Stimmrechts. 3) Reform des Gerichtswesens mit Einführung der Geschworenen. 4) Beförderung der Interessen des Ackerbaues, des Handels, der Künste und Gewerbe; Einführung einiger für den Kanton sich besonders eignender Industriezweige; Hypothekar- oder Unterstützungskassen für die Arbeiter; Gewerbeausstellungen ꝛc. 5) Genaue Abgränzung der geistlichen Competenzen oder ein Gesetz, das die Aufhebung der sogenannten geistlichen Gewalt oder Jurisdiction sowie die Wahl der Pfarrer durch die Gemeinde zur Grundlage hat, ferner Vereinigung der

Kirchengüter mit den Staatsgütern; Uebertragung der Zivilregister an die Gemeindsbehörden; Zivilehe ꝛc. 6) Die Kantonalverfassung in Einklang mit der Bundesverfassung zu setzen, besonders was die Gewissensfreiheit betrifft. 7) Förderung der Eisenbahnangelenheiten. Alle diese Punkte wurden nach einer mehrstündigen lebhaften und würdigen Discussion ganz oder mit kleinen Modifikationen einstimmig von der Versammlung angenommen. Aus der Versammlung selbst wurden noch einige andere Anträge gestellt und angenommen, unter anderem die Aufhebung aller Klösterkorporationen und schleunige Entfernung der Benediktiner.

Belgien.

Brüssel, den 5. Oct. Firmin Rogier hat an den König das Gesuch gerichtet, von dem Gesandtschaftsposten in Paris abberufen zu werden.

Seit Menschengedenken erinnert man sich keines so starken Sturmes auf dem Meere als der vom 2. October war. In Antwerpen hat man bereits von 7 untergegangenen Schiffen Nachricht.

Frankreich.

† **Paris,** den 5. Oct. Zu Nimes hat der Präsident wieder den Grundstein zu einer Kirche gelegt. Im Heraultdepartement hat Michel Chevalier als Präsident des Generalraths eine als lang und merkwürdig bezeichnete Anrede an den Präsidenten gehalten. Der Redner, heißt es, entwickelte darin Alles was das Land unter Napoleonischer Politik versteht, nach dem Resumé der Handlungen der gegenwärtigen Regierung und nach den Schriften Louis Napoleons; alle Wünsche und Hoffnungen des Landes, die sich auf die entwickelte Tendenz basiren, sind darin ausgedrückt. Der Präsident antwortete darauf: „Indem ich den Hrn. Michel Chevalier zum Präsidenten des Generalraths des Departements Herault ernannte, wußte ich, daß ich einen beredten Mann erwählt habe; was mich aber tief und innerlich ergreift, das ist die Entwicklung von Principien einer Politik, in der zu verharren mich die Zurufe des Volkes anspornen." — Ein bereits erwähnter Vorfall wird (in Napoleonischen Berichten!) so erzählt: Als der Präsident in den Ballsaal trat, wurde er mit dem jubelnden Rufe: „Es lebe der Kaiser!" empfangen. Einige Stimmen riefen dazwischen: „Amnestie!" Der Präsident blieb augenblicklich stehen, drehte sich um und sagte mit ruhiger und lauter Stimme: „Ich höre den Ruf: „„Es lebe die Amnestie!"" Die Amnestie ist stärker und spricht lauter in meinem Herzen, als in Euerm Munde. Wenn Ihr sie ernstlich verlangt, so macht Euch ihrer durch Euere Besonnenheit und durch Eueren Patriotismus werth." Diese Worte wurden durch einen stürmischen Ruf: „Es lebe der Kaiser!" beantwortet, und mitten unter einem Regen von Blumen bestieg der Präsident seinen Wagen. — In Bordeaux wurde eine geheime Pulverfabrik und ein Waffendepot entdeckt, was zu allarmirenden Gerüchten Veranlassung gegeben hat. So viel wir aus authentischer Quelle darüber erfahren haben, ist diese Entdeckung von keiner großen Bedeutung. Die Fabrication des Sprengpulvers war ein rein geschäftliches Unternehmen und die Entdeckung von Waffen reducirt sich auf einen alten geladenen Flintenlauf, einige Kugeln und Pistolen. — Die Stadt Paris votirte einen Triumphbogen für den Prinzen auf dem Platze von Austerlitz.

Seit dem 1. Oct. nimmt die Pariser Post nach Wien den Weg über Forbach, Frankfurt, Leipzig und Prag.

Paris, den 2. Oct. (Aufgang des Kaiserthums. Untergang des Wahlrechts.) Der Allg. Ztg. wird geschrieben: Man versichert, das Decret zur Einberufung des Senats auf den 9. d. M. in Paris befinde sich bereits in den Händen des Prinzen Jerome, Senatspräsidenten. Weitern an ihn gerichteten Instructionen zufolge hätte der Senat die im Volk allgemein kund und laut gewordenen Wünsche zur Herstellung des erblichen Kaiserthums in Erwägung zu ziehen, und darüber Beschluß zu fassen. Mit diesem Senatskonsult in der Hand hätten die HH. Senatoren in Masse nach Tours sich zu verfügen und dort die Ankunft des Prinzen abzuwarten, seiner Weisheit die Genehmigung ihres Beschlusses und den Erlaß eines Plebiszits anheimzustellen. Auf diese Weise würde die Rückkehr nach Paris dann ganz das Gepräge des Einzugs eines Souveräns haben, dem nichts als die Krönung und Salbung fehlt, um welche der Papst schon angegangen ist. An die verschiedenen Ministerien, welche bei den Empfangsfeierlichkeiten mitzuwirken haben, sind die nöthigen Vorschriften ergangen. Einem Gerücht zufolge, dessen Wahrscheinlichkeit ich durchaus nicht bestreiten mag, würde der erste Act der kaiserlichen Regierung eine durchgreifende Modification des allgemeinen Stimmrechts, und zwar eine weit durchgreifendere sein, als diejenige war, welche dasselbe durch das seitdem so verrufene Gesetz vom 31. Mai erlitten hat. Wenn dieses Gerücht sich bestätigt, könnte der Gesetzgeber dem neuen Gesetz das Motto voranstellen: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan — der Mohr kann gehen."

Die „Allgem. Ztg." schreibt aus **Paris** unterm 3. Oct.: Der heutige Artikel im „Pays" ist in der That ein Manifest, das Hrn. Granier v. Cassagnac und seiner bekannten Polemik gegen das Brüsseler Cabinet, den Dementis des Moniteurs und den Verwarnungen des Constitutionnel gegenüber, die schlagendste Ehrenrettung gewährt. Belgien kann nicht in seiner jetzigen hohen Freiheit neben dem in Ordnung gebrachten, gründlich gemaßregelten Frankreich bestehen! Das ist der klare Sinn aller der dunkeln diplomatischen Handelsdiscussionen und der verhüllten officiösen Drohungen. Hr. Drouyn de Lhuys ... könnte gar wohl mit seinem handelspolitischen Imbroglio der Kriegsfurie den Weg gebahnt haben. Wenn auch vorerst das mittelländische Meer als „französischer See" eine bloße Redensart zu bleiben bestimmt ist — sagt man sich — so ist doch der Schritt, wenigstens der erste, die Maas zu einem französischen Fluß zu machen nicht eben schwer (?) zu thun! Und fehlt es an Verführungen dazu? Will die Armee nicht beschäftigt, die Nation für verlorene Freiheiten entschädigt, dem Kaiserthum ein Piedestal gesetzt sein? Denken Sie sich zu diesen Speculationen eine Menge geheimnißvoller Sagen von Rüstungen, Truppenmärschen, verfänglichen Worten hinzu, so haben Sie die Elemente der ängstlichen Spannung die sich vieler Bewohner von Paris von der Kategorie derer, die etwas zu verlieren haben, seit den letzten vierzehn Tagen bemächtigt hat. — Die dem Prinzen zu Nimes gewordene Aufnahme soll mehr als kalt gewesen sein. Bei der Musterung soll es so ausgesehen haben, daß sie im Galopp abgemacht wurde. Die dortige Gegend ist noch immer ein Herzpunkt des Legitimismus.

Ein Pariser Correspondent der „Köln. Ztg." schreibt unterm 5. Oct. u. a.: Man will wissen, daß bereits General Castellane den Befehl erhielt, sein Commando in Lyon mit dem von Paris zu vertauschen, und daß General Magnan bestimmt sei, das Obercommando der belgischen Expeditionsarmee zu übernehmen. Was zu solchen Schritten von Seiten Frankreichs Anlaß geben könnte, ist noch ein Geheimniß. Der Bruch zwischen Frankreich und Belgien soll aber bereits auf einer hohen Stufe stehen, doch hofft man, daß sich noch auf beiden Seiten Mittel finden werden, um einer feindlichen Lösung durch Waffengewalt vorzubeugen.

— den 5. Oct. Heute wird mir versichert, es seien die Ordres hier bereits eingetroffen, damit alle Vorbereitungen und Anordnungen zur Krönungsfeierlichkeit getroffen werden, welche bestimmt am 2. December in Notre-Dame Statt finden solle. (K. Z.)

— den 6. Oct. Es ist das Gerücht von Errichtung neuer Bisthümer so wie von Gehaltserhöhungen für die bestehenden verbreitet.

Die Kreuzztg. theilt ein Schreiben aus **Marseille** mit, das den Empfang Napoleons folgendermaßen schildert: „Die Aufnahme, die der Präsident hier gefunden,

war eine sehr kalte, der Zudrang keineswegs groß, die Menge blieb gleichgültig, nur die zählreich versammelten Corsen schrien lebhaft. Auf Befehl des Präfecten waren allerdings alle Fenster geöffnet; die Ausschmückung der Häuser war ärmlich. Der Präfect Hr. v. Suleau, ein Renegat, ließ es an Eifer nicht fehlen, er lief unter den Damen herum wie ein Wiesel, und bat sie die Tücher zu schwenken und Vive l'Empereur! zu rufen. Ganz ohne Wirkung blieben diese rastlosen Bemühungen natürlich nicht. Welche Mittel der abtrünnige Royalist angewendet hat, um seinem neuen Herrn und Meister einen freundlichen Empfang zu bereiten, können Sie aus der folgenden Geschichte sehen. Auch Marseille hat seine Damen der Halle, die eine Corporation bilden wie in Paris, die Vorsteherin derselben heißt in Paris la mère, in Marseille heißt sie partisanne. Dieser Partisanne machte Hr. v. Suleau einen Besuch, und bat sie dem Präsidenten einen Blumenstrauß zu überreichen; die Partisanne, gut royalistisch wie der Kern des Volkes im Süden stets war und noch ist, lehnte den Antrag ab, und bemerkte: Ah! si c'était le petit Henri (so nennen die Süd-Franzosen den Grafen von Chambord; für sie ist er immer noch der zehnjährige Knabe von 1830), je ne dirais pas: non! Der Präfect zankte sich lange mit der Partisanne, und drohte ihr endlich mit Absetzung. Diese Partisanne bedachte sich eine Weile, dann sagte sie: Si c'est comme ça, je viendrai! Sie kam wirklich mit ihren Hallendamen, aber ungeputzt, in Alltagskleidung. Das ist die Opposition der Hallenweiber von Marseille."

Italien.

Venedig, den 29. Sept. Es erschienen abermals zwei Kundmachungen der kriegsrechtlichen Commission zu Este, denen zufolge 23 Individuen mit Pulver und Blei hingerichtet und viele andere theils zu lebenslänglichen, theils zu mehrjährigen Kerkerstrafen in schwerem Eisen verurtheilt wurden.

Großbritannien.

London, den 5. Oct. Morning Chronicle hält es für nur zu gewiß, daß L. Napoleon einen Handstreich gegen England im Schilde führt. Ein Kriegsschiff nach dem anderen laufe in Cherbourg und Brest vom Stapel, und die officiellen Ausweise der französischen Marine würden seit Monaten verfälscht, um England in Sicherheit zu lullen. An dem außerordentlichen Eifer L. Napoleons an seinen Seerüstungen, so wie an dem Zweck derselben, lasse sich nicht mehr zweifeln. Möge die englische Presse, welcher das Oberhaus im Anfang 1852 wegen ihrer Warnungen die Leviten gelesen, nicht die Rolle der Kassandra gespielt haben! Aber das Schlimmste sei zu befürchten, so lange Unfähigkeit und Blindheit in der Person Malmesbury's im auswärtigen Amt das Ruder führen.

Aegypten.

Alexandria, den 23. Sept. Der Vicekönig hat ein Rundschreiben an alle europäischen Generalconsuln gerichtet, worin er ihnen eine Art Verbot der Getreideausfuhr anzeigt. Sie haben dagegen protestirt.

Miscellen.

Das Luftschiff des Kapitän Joh. Ericson. J. Ericson, geboren im Jahr 1803, im Innern von Schweden, wanderte vor ungefähr 20 Jahren nach den Vereinigten Staaten von Amerika aus, und hat daselbst im Verlauf der letzten zwei Decennien redlich mitgearbeitet zur Förderung der großartigen materiellen Interessen jenes Landes durch seine hochwichtigen Entdeckungen und Verbesserungen in der Mechanik. Ihm verdankt u. A. die Schifffahrt die Unterwasserschraube, deren vollkommenste Anwendung in der amerikanischen Fregatte „Princeton" und im englischen Dampfleviathan „Great Britain" ihren schönsten Triumph gefeiert hat.

Eine noch größere Entdeckung des Kapitän Ericson soll aber jetzt ihre Probe bestehen. Es ist dies das in New-York gebaute, seiner Vollendung nahe Luftschiff; keineswegs ein Schiff, das in der Luft segelt, gleich dem Ballon, sondern ein Schiff, das, statt durch Dampfmaschinen, durch Luftdruckmaschinen fortbewegt wird. — Schon im Jahr 1833 hatte sich Ericson von der Wahrheit überzeugt, daß Maschinen vermittelst der durch Erhitzung erfolgenden Ausdehnung der atmosphärischen Luft weit billiger bewegt werden können, als durch Dampf. Vielfache Experimente, die er seit jener Zeit gemacht, bewährten endlich vor mehren Jahren die Wahrheit jenes Grundsatzes, und seit einem Jahre sind in der Eisengießerei der Herren Hogg und Delemater in Neuyork zwei Maschinen dieser Art, die eine von 5, die andere von 60 Pferdekräften im Gange. Sie haben Alles geleistet, was Dampfmaschinen an gleicher Kraft leisten konnten. Weit compendiöser in ihrem Umfange, konnten sie aber mit wesentlich geringern Kosten im Gange erhalten werden, als dies bei Dampfmaschinen der Fall ist.

Unterstützt von intelligenten amerikanischen Capitalisten, hat Kapitän Ericson nun diese Maschine im Großen auf einem prächtigen Schiffe von 2200 Tonnen angewandt, das noch im Laufe Septembers fix und fertig in Neuyork vom Stapel gelaufen sein wird. Dieses Schiff hat 250 Fuß Länge, 40 Fuß Breite und 25 Fuß Tiefe; seine Räder haben einen Durchmesser von 32 Fuß und eine Breite von 11½ Fuß; die Maschine hat 600 Pferdekräfte; und diese Riesenmaschine consumirt in 24 Stunden nicht mehr als 8 Tonnen Anthracit-Kohlen, bedarf nur 10 Mann (je 5 zur Zeit) zur Ueberwachung, Speisung u. s. w., steht in der Mitte des Schiffs und nimmt nicht mehr Raum ein, als 76 Fuß Länge und 18 Fuß Breite, und läßt somit Raum für 200 Cajüten- oder 500 Zwischendeckpassagiere, und 1500 Tonnen Fracht. Jede Hinüberreise dieses Schiffs über den Ocean wird kaum ein Drittheil dessen kosten, was die Reisen der Dampfschiffe bisher gekostet; dabei ist das Schiff im Stande, zweimal mehr Fracht und noch einmal so viel Passagiere zu tragen, als die Dampfer. Nimmt man ferner in Betracht, daß auf demselben kein widerlicher Dampf- und Rauchgeruch sein wird, daß diese Maschine allstündlich mehr als 2 Millionen Kubikfuß Atmosphäre consumirt, die also frisch in das Schiff einfließt, daß seine Segel so wenig vom Rauche gefährdet werden, als die eines gewöhnlichen Segelschiffes, und daß endlich auf demselben keine Gefahr einer Explosion der Kessel zu befürchten ist, — so darf man wol behaupten, daß mit dem Erscheinen dieses Luftschiffes des Kapitän Ericson eine neue Periode in der Geschichte der Schifffahrt und der Locomotiven überhaupt ihren Anfang nimmt.

Seefrachten für Passagiere und Güter werden durch diese Luftschiffe in Bälde auf dasselbe Niveau gestellt werden, auf welchem gegenwärtig die der allerbilligsten Segelschiffe stehen. Welch ein Gewinn für den Handel! Welch größerer Gewinn für die Ueberschiffung der Europamüden! Welche Aussicht für die Füllung der großen Wildniße Amerikas!! (Schwz. Handels- u. Gew.-Ztg.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 5. Oct. Weizen 5 fl. 22 kr., Korn 4 fl. 49 kr., Gerst 3 fl. 44 kr., Spelz 3 fl. 56 kr., Hafer 2 fl. 54 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 2. Oct. Weizen 5 fl. 19 kr., Korn 4 fl. 27 kr., Spelz 4 fl. 8 kr., Gerst 3 fl. 43 kr., Hafer 3 fl. — kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 5. Oct. Weizen 5 fl. 16 kr., Korn 4 fl. 31 kr., Spelz 3 fl. 30 kr., Gerst 3 fl. 55 kr., Hafer 2 fl. 29 kr., Kartoffeln 1 fl. 12 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 30. Sept. Weizen 5 fl. 19 kr., Korn 4 fl. 35 kr., Spelz 3 fl. 17 kr., Gerst 3 fl. 11 kr., Hafer 2 fl. 13 kr., Kartoffeln 1 fl. 12 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 1. Oct. Weizen 10 fl. 36 kr., Korn 8 fl. 49 kr., Gerste 5 fl. 52 kr., Spelz — fl. — kr., Hafer 3 fl. 44 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 244 | den 10. October 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 9. Oct. Das große Publicum hat viele Monate lang mit aller Gleichgültigkeit den diplomatischen Verhandlungen über die Zollfrage zugesehen. Es bekümmerte sich nicht viel darum, indem sehr allgemein die Ansicht verbreitet war: es drohe dem Zollvereine gar keine ernstliche Gefahr, eine Sprengung desselben sei unmöglich. Jetzt hat sich die Wirklichkeit freilich anders gestaltet, und jetzt hat denn allerdings auch die Gleichgültigkeit aufgehört.

Unsere Ansicht über die Zollfrage haben wir seit Jahren ausgesprochen. Indem wir den nachfolgenden Aufsatz mittheilen, wird es daher nicht nöthig sein, uns über diejenigen Einzelnheiten nochmals besonders zu verbreiten, bezüglich welcher unsere Anschauungsweise mit der des folgenden Aufsatzes nicht gerade vollkommen übereinstimmt.

GA* **Frankfurt a. M.,** den 7. Oct. Die ganze Coalitions- und österreichische Presse wiederholt jetzt täglich zwei Behauptungen: Preußen sei Schuld an dem Bruche mit den Coalirten, und Preußen sei der einzige Staat, welcher ein Recht habe, aus dem Zollverein auszuscheiden. Beide Behauptungen sind von gar keinem practischen Nutzen und entbehren der Wahrheit wie des Rechts. Die Sprengung des Zollvereins ist eine Folge jener Politik, welche das „divide ut imperas“ an der Spitze ihres Programmes trägt und den Fortschritt der Völker für hinderlich hält. Den Sitz der Träger dieser Politik haben wir immer auf dem Wege nach Rom gesucht. Daß die nur zu lange auf die Probe gestellte Geduld Preußens endlich riß, daß Berlin müde ward, auf gnädige Antwort von Wien zu warten, haben wir als eine begrüßenswerthe Wendung der Dinge betrachtet. — Ob der deutsche Bund sich für die Erhaltung des Zollvereins ohne Preußen ins Mittel legen wird, wie die österreichische Presse zu hoffen scheint, muß man in Frankfurt besser wissen als in Wien, und hier zweifelt man stark an Willen und an Kraft zu solchem Unternehmen; ebensowenig läßt man sich durch die von österreichischen Blättern ausgehende Drohung, etwaige in Folge von Arbeitseinstellungen entstehende Unruhen würden durch österreichische Truppen in den deutschen Staaten niedergehalten werden, einschüchtern. Es wird Ruhe bleiben im deutschen Vaterlande, wo der Herrgott dafür gesorgt hat, daß weder Bäume noch Unkraut in den Himmel wachsen. Solchen unfruchtbaren Behauptungen gegenüber fangen die Thatsachen an lauter und deutlicher zu sprechen. Das Börsenbarometer fängt an stark zu sinken, das Angebot von österreichischen und süddeutschen Effecten übersteigt bei weitem die Nachfrage, die Course fallen! Den Zollvereinsdifferenzen werden eine Masse Privatdifferenzen auf dem Fuß folgen, wir gehen einer Zeit der Bankerutte entgegen. Die einzelnen Zollvereinsstaaten fangen an die Bilanz zu machen, während der österreichische Weltberuf mit Zusammenziehung von großen Truppenmassen in Böhmen sein Weiterschreiten ankündigt. Der Weltberuf des deutschen Zollvereins ist die Anbahnung der Volkswohlfahrt durch das einigende Band der materiellen Interessen. Dieser Weltberuf steht im größten Gegensatze zu improductiven Börsenspeculationen, Geldanleihen und Truppenbewegungen. Diesen Beruf will man an seiner Erfüllung hindern und wird die Früchte erndten. —

* **Speyer.** Ueber die bereits in Kürze erwähnten neueren großen Unglücksfälle, die sich mit amerikanischen Dampfschiffen zutrugen, erhalten wir folgende Originalmittheilung:

* **Philadelphia,** den 15. Septbr. Dieser Sommer scheint reich an schrecklichen Katastrophen auf unsern Gewässern werden zu wollen. Ueber das furchtbare Schicksal des Henry Clay habe ich Ihnen erst vor Kurzem berichtet, und schon sehe ich mich in die traurige Nothwendigkeit versetzt, Ihnen zwei andere, nicht minder gräßliche und haarsträubende Unfälle zu melden.

In der Nacht vom 11. auf den 12. Aug. stießen auf dem Eriesee unweit des Städtchens Erie in Pennsylvanien der Propeller Ozdeesburg und der Dampfer Atlantic zusammen, wobei das letztere Schiff dermaßen beschädigt ward, daß es nach 10 Minuten sank. Der Atlantic hatte gegen 500 Passagiere an Bord, die meisten norwegische und deutsche Auswanderer. Etwa 250 wurden gerettet; alle übrigen fanden ihr Grab in den Wellen des Sees. Da das Unglück nach Mitternacht sich ereignete, sanken die meisten dem Tode schlafend in die Arme. Hier ruhen sie nun in der Tiefe unbeachtet und vergessen, denn wer weiß alle die Namen der unglücklichen Opfer? Die geretteten Auswanderer kamen fast alle nach Milwaukee in Wisconsin, wo man sich der Armen liebend angenommen und brüderlich für ihr Fortkommen gesorgt hat.

Zu ihrer Entschuldigung führen die Beamten der beiden Schiffe an: es habe zur Zeit des Unfalles ein so dichter Nebel über dem See gelagert, daß sich die Dampfer erst dann wahrgenommen, als es zu spät zum Ausweichen gewesen. Von anderer Seite wird die Existenz dieses Nebels in Abrede gestellt; übrigens sei dem, wie ihm wolle, so viel ist sicher: hätte man die für dergleichen Fälle vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln, namentlich das Läuten der Schiffsglocken nicht außer Acht gelassen, so würden wir diesen Unfall schwerlich zu beklagen haben.

Noch hatten wir uns von dem Schrecken nicht erholt, den dieses Ereigniß hervorgerufen, da fuhr abermals ein Zetergeschrei durch die Lüfte und verkündete uns ein ähnliches Unglück: die Explosion des Dampfkessels des „Reindeer“ (Rennthiers,) seither einer der im besten Rufe stehenden Hudsondämpfer.

Der Reindeer hatte New-York Samstags den 4. Septbr. verlassen, um nach Albany zu gehen. Er hatte eine große Zahl von Passagieren an Bord. Unterwegs legte das Boot bei Saugertie an. Kaum hatte es den Landungsplatz wieder verlassen, als eine der Dampfröhren in dem untern Schiffsraum explodirte, der nur durch eine dünne Wand von dem Salon geschieden war, in welchem sich eben die Passagiere beim zweiten Mittagstische befanden. Zwölf Personen wurden von dem ausströmenden Dampfe auf der Stelle getödtet; alle übrigen — man schätzt die Zahl der im Salon Versammelten auf 100 — mehr oder minder gräßlich verbrüht. Von den Verwundeten sind bis heute 21 gestorben; noch andere liegen schwer darnieder und man hat wenig Hoffnung für ihr Aufkommen.

Ein kleiner Riß (Bruch) in einer der Eisenplatten des Kessels wird als Ursache der Explosion betrachtet. Wir wollen das nicht in Abrede stellen; so viel aber geht aus der Aussage eines frühern Engineer's (Werkmeisters) des Reindeers, der von der Todtenschaujury vernommen ward, hervor, daß man auf dem Boote die fehlerhafte Beschaffenheit des Kessels schon früher kannte und im Stande gewesen wäre Abhülfe zu treffen.

Das kann nicht geläugnet werden: der amerikanische Speculations-, Wage- und Wettegeist treibt ein frevelhaftes Spiel mit dem Menschenleben. Die crasseste Todesverachtung ist einer der hervorragendsten Züge im Character des Yankee, aber diese Geringschätzung des eigenen Lebens führt ihn auch zur Geringschätzung des Lebens Anderer, und diesem Umstande entspringen die vielen Unglücksfälle, die wir auf unsern Gewässern und Eisenbahnen zu beklagen haben. Ich war einst selbst Augenzeuge eines Wettrennens zweier Dampfboote: Um die Kraft des Dampfes zu steigern, wurden Fässer mit Theer in die Flammen geschleudert. Mit einer Schnelligkeit, daß Einem Hören und Sehen verging, rannten die Boote dahin, oft einander so nahe, daß man hätte glauben sollen, sie würden in Trümmer gehen. Und die Passagiere? Nun die standen — werden Sie meinen — Händeringend auf dem Verdecke. Weit gefehlt! Sie standen auf dem Verdecke, aber von Angst und Händeringen war nichts bemerkbar, selbst nicht bei den Damen. Mit der ängstlichen Spannung, mit verhaltenem Athem sah man dem Wettrennen zu; nur wenn der eine Dampfer den andern um einen Schritt oder eine halbe Länge überholt hatte, da ertönte von dem Verdecke des siegenden Schiffes ein neunfaches „Hurräh!" was Einem durch Mark und Bein drang. Während wir Alle, wenn ich so sagen darf, das Todtenhemde anhatten, herrschte auf dem Schiffe die tollste Lustigkeit; die edelsten Weine flossen in Strömen; die ungeheuerlichsten Wetten wurden eingegangen und Banknoten vom höchsten Betrage wanderten als Drauf- und Reugelt von Hand zu Hand. Ich war herzlich froh, als die tolle Himmels- oder Höllenfahrt endlich ihr Ende erreichte und wir mit heiler Haut bei dem Städtchen Wilmington in Delaware landeten.

Nachschrift vom 20. Sept. Bis heute beträgt die Zahl der Opfer der Katastrophe auf dem Reindeer 37. Noch liegen einige Passagiere zwischen Leben und Tod darnieder. x.

* **Speyer.** Die neueste Pariser lithogr. Corresp. meldet eben folgenden weiteren Unglücksfall: Das Schiff Mobile, welches von New-York nach Mexico ging und mit Passagieren 40 Mann am Bord hatte, ist ganz untergegangen. 8 Matrosen und 1 Passagier haben sich auf einen Felsenriff gerettet, von wo sie eine vorbeisegelnde Goelette aufnahm und nach New-York brachte. Man fürchtet noch für das Dampfschiff Europa, das seit 2 Tagen ausgeblieben ist.

München, den 5. Oct. In der Untersuchung gegen den Arbeiter Faasen wegen Hochverraths wurde heute das Erkenntniß des obersten Gerichtshofes publiert, wodurch die Nichtigkeitsbeschwerde des Oberstaatsanwalts am Appellhofe zu Eichstädt abgewiesen, sohin das Erkenntniß auf Einstellung des Verfahrens erkannt wurde. (N. K.)

München, den 6. Oct. Regierungsrath Obermayer ist vom Herzog von Modena nach Modena berufen worden, um dort eine Strafanstalt nach dem Muster der hiesigen einzurichten. (Volksbtn.)

Darmstadt, den 6. Oct. Eine neue Verfügung befiehlt, daß die Notare in Rheinhessen sich uniformiren sollen. Ueberhaupt wird das System der Uniformirung der Civilangestellten (wohin übrigens die Notare kaum gehören) mit Nachdruck durchgeführt und erweitert.

Frankfurt, den 7. Oct. Die unlängst verhafteten vier Bornheimer Ortsnachbarn, welche einer Gesellschaft, die „Kinder Gottes" genannt, angehörten, sind dieser Tage wieder in Freiheit gesetzt worden. — Heute Nachmittag 2 Uhr wurden wir nach einem sehr starken Regen durch einen einzigen furchtbaren Donnerschlag, dem wenige Minuten ein sehr heller Blitzstrahl voranging, erschreckt, worauf sich der heftige Sturm legte, welcher schon seit dem ganzen Vormittage gewüthet hatte. (F. J.)

Geißlingen, den 6. Oct. Gestern Abend, 2 Minuten vor halb sechs Uhr, wurden hier insbesondere von den Gästen in der Restauration auf dem Bahnhofe zwei schnell auf einander folgende Erdstöße, wovon der zweite heftiger, verspürt. Der außerhalb furchtbar tobende Sturm legte sich in diesem Augenblick so plötzlich, daß sich kaum ein Blättchen an den Bäumen und Gesträuchen im Garten noch rührte.

Dresden, den 5. Oct. Der Rücktritt des Ministers v. Friesen, dem auch wol noch der seines Collegen Behr folgen dürfte, hat hier bedeutendes Aufsehen gemacht. Jetzt fürchtet man mehr als je den wirklichen Rücktritt Sachsens aus dem Zollvereine und einen vollständigen Anschluß an Oesterreich, der doch aber immer im weiten Felde steht. (D. A. Z.)

Hannover, den 5. Oct. Die „Hannoversche Presse" sagt, sie könne die Mittheilung, daß die hannoversche Regierung mit dem 1. März 1853 die erhöhete Steuer ins Leben treten zu lassen beabsichtige, und bereits die erforderlichen Einleitungen zu einer schärfern Besetzung der in Frage kommenden Grenzen treffe — aus guter Quelle bestätigen.

Berlin, den 5. Oct. Die „Spener'sche Ztg." berichtet: „Vermuthlich wird die Frist der Monate vom 1. October bis zum 1. Januar 1853 noch offen gelassen werden, um etwaigen, diplomatischen Verhandlungen, wie sie jetzt mit den thüringischen Staaten zum Abschluß gediehen sind, Raum zu lassen, von dem neuen Jahre an aber wird Preußen mit den, alsdann mit ihm zollverbündeten Staaten an die definitive Constituirung des neuen Zollvereins und die Feststellung des neuen Tarifs dafür, gehen."

— den 6. Oct. Bei Beginn unseres heutigen Berichts können wir darauf verweisen, daß in den letzten Tagen die von uns nie angezweifelte Loyalität unseres Bundesgenossen Hannover sich evident herausgestellt hat. Es steht trotz aller süddeutschen Nachrichten über das Verhalten und über Aeußerungen der hannoverschen Regierung fest, daß dieselbe sich vollständig gebunden erachtet und daß auch die in den Verhältnißen zu einem Theile der Zollvereinsstaaten eingetretene Wendung auf das Verhältniß zwischen Hannover und Preußen keinen Eindruck gemacht hat und daß die in dem Septembervertrage eingegangenen gegenseitigen Verpflichtungen vollständig anerkannt und Vorbereitungen getroffen werden, die sich auf die Ausführung des Vertrages beziehen. In Bezug auf die thüringischen Staaten, Braunschweig und Oldenburg sieht man gleichzeitig ganz klar und ist die norddeutsche Zollgruppe hiernach bereits vorhanden. (C. B.)

Der × Correspondent der „Deutschen Allg. Zeitung," Kaufmann Lichtenheim, ist von hier ausgewiesen und durch Constabler auf den Hamburger Bahnhof gebracht worden.

Wien, den 5. Oct. Das „Correspondenz-Bureau" erklärt es für eine Thatsache, daß sich österr. Truppen in Böhmen sammeln, aber es hält es nicht für gerechtfertigt, deßhalb an Eventualitäten ernster Art zu glauben.

Belgien.

Nach der „Nation" ist im Bezirk Charleroy eine Petition an Louis Napoleon in Umlauf gesetzt, worin der Wunsch um Wiedervereinigung Belgiens mit Frankreich ausgesprochen wird. Die Petition werde von Geistlichen kolportirt. Letzteres erklärt das Brüsseler Journal als Verläumdung. Die „Nation" weist indeß auf das ganze Treiben des Klerus hin, womit das Kolportiren der Petition in vollstem Einklang stehe.

Brüssel, den 7. Oct. Herr Pieriot, der Bürgermeister von Lüttich, hat das Portefeuille des Innern definitiv angenommen. Hr Taider, zweiter General-Advocat am Cassationshofe, wird das Portefeuille der Justiz übernehmen, das Hr. Orts, Mitglied der Repräsentantenkammer, abgelehnt haben soll; Hr. General Anoul würde das Departement des Krieges behalten; Hr Liedts, Gouverneur von Brabant, würde noch ferner interimistisch die Finanzen behalten. Hr. van Hoorebeke, unter Rogier Minister der öffentlichen Arbeiten, hat neuerdings die Stelle angenommen.

Frankreich.

† **Paris,** den 6. Oct. Im Departement Haute-Loire hat eine Menge politischer Verhaftungen stattgefunden, Man weiß nicht, ob sie sich auf das Complott von Marseille beziehen. Hr. Audriard Ronnet, ehemaliger Redacteur des „Volksfreundes" ist gleichfalls in Puy, seinem Wohnort, verhaftet worden. — Der Expriester Audin ist zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, weil er in geistlicher Kleidung herumgegangen ist.

In Montpellier richtete der Maire einer der Landgemeinden folgendes wie Spott lautende aber natürlich ganz ernsthaft gemeinte „Vaterunser" an den Prinzpräsidenten: „Unser Prinz, der du bist an der Regierung durchs Recht der Geburt und durch die Acclamation des Volkes, hochgepriesen ist überall dein Name. Dein Reich komme und dauere ewig durch die sofortige Annahme der Kaiserkrone des großen Napoleon. Dein fester und weiser Wille geschehe in Frankreich wie im Ausland. Gib uns heute unser tägliches Brot und vermindere allmälig die Zollsätze, so daß sie den Eingang der uns nöthigen Dinge, so wie auch derer für uns überflüssigen gestatten. Vergib uns unsere Beleidigungen, wenn du unsrer Reue recht gewiß sein wirst und wenn wir uns gebessert haben. Laß uns nicht unterliegen der Versuchung der Habgier und Leidenschaft der Amtsstellen, sondern erlöse uns vom Uebel, d. h. von den geheimen Gesellschaften, den Fehlern im Unterricht, den geringsten Preßjeuensprüngen, den Wahlen aller Art, und fahre fort mehr und mehr in Anwendung zu bringen die Moral und Religion, den Respect der Autorität, Ackerbau und Industrie, die Liebe zur Ordnung und zur Arbeit. Dem geschehe also!"

Aus Montauban, der nächsten Station der Präsidentenreise nach Toulouse, meldet man die Verhaftung einer Anzahl Individuen, meistens politisch Verurtheilte oder wieder freigelassene Verurtheilte. Vier Einwohner der Stadt sind in Rücksicht auf ihre „extremen Meinungen" zur Haft gebracht worden! Aus Nimes schreibt man, daß dort ebenfalls kürzlich ein Individuum verhaftet worden ist, bei dem man eine bedeutende Quantität Jagdpulver und Werkzeuge zur Pulverbereitung entdeckt hatte. — Aus Rouen schreibt man, daß dort zwei Individuen Namens Chenex und Ducy, letzterer im Augenblick, wo er am Hafen aufrührerische Reden führte, wegen geheimer Propaganda unter den Arbeitern verhaftet worden sind.

Ein Pariser Correspondent der belgischen „Nation" berichtet eine Reihe von Einzelnheiten in Bezug auf den Schuß der in Toulon auf den Prinzpräsidenten abgefeuert wurde. Der Urheber des Attentats sei zwei Stunden, nachher ohne eine Art von Urtheil hingerichtet worden. Zahlreiche Verhaftungen seien in den verschiedenen Regimentern, die in Toulon liegen, vorgenommen worden.

Paris, den 3. Oct. Wol ist es wahr, daß Beranger nicht der Verfasser jenes in seiner Manier verfaßten und seit kurzem in Umlauf gekommenen Liedes ist, worin dem gallischen Hahn im Kampf mit dem kaiserlichen Aar der Sieg bleibt; allein den Anschluß an das heutige Regime betrachtet Beranger als eine „müßige Verläumdung, da ein Regime ohne Freiheit und ohne Ruhm nie auf seine Sympathien rechnen könne." Dem Vorfall mit dem Losbrennen einer Flinte, welche Siecle und Presse in so verschiedener Weise erzählen, wird hier eine größere Wichtigkeit beigelegt. Beide Versionen hält man für gleich unwahrscheinlich, denn man begreift in der That nicht, daß ein Soldat der auf einem Wachposten gestanden, seinen Enthusiasmus beim Vorüberreiten des Prinzen-Präsidenten durch Losdrücken eines blindgeladenen Gewehrs habe äußern, und auf diese Weise gegen die Disciplin sich so sehr versündigen wollen; noch schwerer aber begreift man, daß aus bloßem Versehen beim Präsentiren des Gewehrs der Soldat an den Hahn gedrückt und der Schuß aus bloßer Unvorsichtigkeit gefallen. Das hier allgemein verbreitete und geglaubte Gerücht von einem Soldaten, welcher kurz nach dem Staatsstreich im Elysee auf den Prinzen-Präsidenten geschossen und sofort standrechtlich hingerichtet wurde, ein Gerücht das nie eine amtliche Wiederlegung erhalten, kommt natürlicherweise bei jenem Vorfall in Toulon von neuem zur Sprache (s. oben). Die Anzahl der französischen Flüchtlinge, die in dem Augenblick in Barcelona sich befinden, beläuft sich auf 500. Die Gesammtzahl der in den Decembertagen Transportirten, Deportirten und Ausgewiesenen wird auf nahe an 25,000 einer Statistik zufolge geschätzt, welche aus amtlichen Quellen ihre Angaben geschöpft haben will. Die letzte umfassende Amnestie ist ungefähr 1000 Individuen zu gute gekommen, so daß noch gegen 24,000 unter den Folgen der Decemberereignisse leiden. (A. Z.)

Straßburg, den 5. Oct. Diese Woche wurden abermals 90 Kinder, deren Eltern bei den letzten Ueberschwemmungen obdachlos geworden, hierhergebracht. Dieselben wurden nach Lauterburg und Weissenburg in die dortigen Spitäler geführt, da die hiesigen Wohlthätigkeitsanstalten bereits überfüllt sind.

Italien.

Piemont. Nach der Brüsseler „Independance" hätte die sardinische Regierung, die alle ihre Anstrengungen wegen einer Verständigung mit Rom scheitern sieht, jetzt beschlossen, den Kammern bei Eröffnung der nächsten Sitzung ein Gesetz vorzuschlagen, wodurch der sämmtliche Kirchenbesitz zur Staatsdomäne geschlagen und der Geistlichkeit Gehalte ausgesetzt werden, wie in Frankreich und Belgien. Die päpstliche Regierung drohe mit der Exkommunication, wenn diese Absicht verwirklicht werde. Die französische Regierung bemühe sich, einen solchen Bruch zwischen Rom und Turin zu verhindern.

Großbritanien.

London, den 6. Oct. Nach der Evening Mail sind 40 Soldaten eines im Innern Irlands stehenden Regiments auf die Nachricht von der Ermordung eines Soldaten des 31. Regiments an einem Tage zur protestantischen Staatskirche übergegangen. (?)

„Findet, sagt der Londoner Examiner, eine bonapartistische Bekehrung oder Unterwerfung statt — und in der neuern Zeit haben ja manche Männer von Talent, die sich anfangs abseits gehalten, sich ihm angeschlossen — so wird kaum eine Sylbe darüber laut, man erlaubt sich keinen Tadel, nicht ein Journal wagt ein Wort der Mißbilligung. Und dennoch sieht sich das Individuum plötzwie von einer fremden Welt umgeben.... Derlei gesellschaftliche Opfer muß Jeder bringen, der ein Amt unter dem Präsidenten annimmt. Die dies betrifft, verlangen natürlich Schadloshaltung. Und Ersatz für die Gesellschaft, die sich ihnen entfremdet, geben sie in einem kaiserlichen Hof, seinen Titeln, seinem Glaz ꝛc. Das Kaiserreich ist also nöthig, um die Sache, die Partei, die Prätensionen der Anhänger Ludwig Napoleons gleichzustellen mit den dynastischen Rivalen." Diesen Vergleich aber eben erklärt der Examiner für sehr bedenklich, da es selbst unter den ältern Bourbonen Staatsmänner, eine Verfassung, ein öffentliches Recht, freie Rede und freie Dichtung gegeben, während jetzt der Minister des Innern der Academie verbiete, einen Preis auf eine Geschichte der parlamentarischen Beredsamkeit Englands zu setzen. Die unterdrückte bürgerliche Freiheit aber werde den neuen Imperator zuletzt, selbst wenn es gegen seinen Willen wäre, zum Kriege gegen das Ausland zwingen.

Türkei.

Konstantinopel, den 25. Septbr. Aus Smyrna wird von einem großen Brand, der 400 Magazine in Asche legte, aus Teheran von einem vereitelten Attentat auf den Schah gemeldet.

Amerika.

Aus Havannah vom 14. Sept. wird berichtet, daß ein Kriegsgericht sämmtliche Personen, die in die Affaire des unterdrückten Journals „die Stimme des Volks" unter der Anschuldigung des Landesverraths verwirklicht waren, zum Tode verurtheilt hat.

Eine Beilage zu diesem Blatt folgt morgen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Nachdem mein in die politische Bewegung des Jahres 1849 verwickelter Schwager Scheuermann Had und Existenz verloren, und sein Vaterland verlassen hatte, blieb ihm nichts mehr übrig, als die Hoffnung, daß seine talentvolle Tochter Laura, sein einziges Mädchen, das sehr fleißig und geschickt in allen weiblichen Arbeiten und nicht ungeschickt in der Musik, ihn vor Noth in seinen alten Tagen schützen werde. Allein diese Hoffnung ist dahin, denn am 16. September wollte eine unerforschliche Fügung, daß sie in ein besseres Jenseits gerufen wurde. Sie starb in Folge eines auf der langwierigen Seereise zwischen Europa und America zugezogenen gastrischen Fiebers, in New-York in dem Alter von 17 Jahren. Mit ihrem Tode ist das furchtbare Schicksal meines unglücklichen Schwagers und meiner Schwester zum Verzweifeln gesteigert.

Dürkheim, den 7. October 1852. Louis Frölich.

[1262a] **Bekanntmachung.**

Die Inscription an der königl. polytechnischen Schule zu München für das Studienjahr 18 52/53 beginnt mit dem 28. und endet mit dem 30. d. Mts., von welchem Tage an die Aufnahme definitiv geschlossen ist. Die Unterrichtsgebühren betragen für die Eleven der beiden unteren Curse und jene des Ingenieur-Curses (gemäß höchster Verfügung des königl. Staatsministeriums) jährlich 12 fl., und die des III. Curses jährlich 15 fl. — Hospitanten haben für jeden einzelnen Unterrichtsgegenstand ein Honorar von jährlich 6 fl. zu entrichten.

Nur in legaler Form ausgestellte und aus der neuesten Zeit datirende Armuthszeugniße können in dem einen wie in dem anderen Falle von der Entrichtung des betreffenden Honorars befreien.

Hospitanten und alle Jene, welche nicht im Besitze des Jahreszeugnisses einer öffentlichen Lehranstalt sind, haben bei ihrer Anmeldung zur Aufnahme zugleich ein amtliches Sittenzeugniß vorzulegen.

Die Vorlesungen beginnen mit dem 3. November d. Js. nach dem im Lokale der Anstalt durch Anschlag bekannt gegebenen Unterrichtsplane.

München, den 6. October 1852.

Das königl. Rectorat der polytechnischen Schule:

Dr. Alexander, Rector.

[1261] In der Maschinenwerkstätte des Unterzeichneten finden 1 tüchtiger Feuerbursch und 2 Bankarbeiter dauernde Beschäftigung.

Dürkheim, den 8. October 1852. Louis Frölich.

[1243a] **Offene Lehrlingsstelle.**

In eine Material- und Farbwaarenhandlung wird ein gesitteter junger Mensch in die Lehre gesucht. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1253] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

Großes Tapetenlager
eigener Fabrik,
sowie auch Fensterrouleaux,
anerkannt solide und geschmackvolle Waaren,
bei **v. Derblin & Pehl,**
breite Straße dem Kaufhause gegenüber
[1057[1.6]] in Mannheim.

[1259a] **Zuckerfabrik Friedens-Au.**

Von heute dem 6. October an sind jeden Tag, ausgenommen Sonntags, gekochte Zucker-Rübenschnize zu 6 kr. pr. Ctr. und Rübenabschnitte zu 8 kr. pr. Ctr. bis auf Weiteres zu haben.

Joh. Conr. Reihlen.

[1239a] **Weinversteigerung.**

Mittwoch, den 3. November nächsthin, Morgens 10 Uhr, läßt Herr Georg Theobald, Gutsbesitzer zu Rhodt, in seinem Wohnhause allda, öffentlich versteigern:

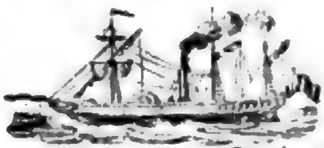
40 Fuder 1846er Traminer,
75 „ „ gemeiner, gemischter, Riesling Traminer, Hambacher, Gimmeldinger, Rhodter und Mußbacher Gewächs,
25 „ 1848er und 1849er,
1 Stück 1846er rother Kallstadter.

Edenkoben in der Pfalz, den 22. September 1852.

Keller, Notar.

[1254]

Niederländische Dampf- Schifffahrt.



Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 244.) den 10. October 1852.

Deutschland.

GA* **Frankfurt a. M.**, den 7. Oct. Aus Cassel wird uns der Inhalt einer vom Vorstande der dortigen Kaufmannschaft und von 42 der größten Industriellen unterzeichneten Petition mitgetheilt, welche folgendermaßen lautet: „Kurfürstlich hohes Ministerium! Schon früher haben wir Kurfürstl. Ministerium ausführlich die empfindlichen Nachtheile geschildert, welche aus einer Auflösung oder Zersplitterung des großen deutschen Zollvereins unausbleiblich folgen würden, und wir sind überzeugt, daß hochdasselbe unsere redliche Absicht erkannt und die in einem übelwollenden Blatte ausgesprochene, so ganz grundlose Beschuldigung der Opposition keiner Beachtung gewürdigt hat. — In dieser festen Ueberzeugung erlauben wir uns jetzt, wo die Sache in der höchsten Krisis steht und die schwere Sorge, daß Kurhessen vom nördlichen Deutschland losgerissen werde, immer näher rückt, kurf. Ministerium die Wahrung unserer Interessen nochmals recht dringend ans Herz zu legen. Wir wiederholen es, daß ein solches Ablösen vom Norden gerade für Kurhessen das unheilvollste Ereigniß sein, auf seinen ganzen Verkehr, seinen Handel, seine kaum sich hebende Industrie zerstörend einwirken und dem schon verarmten Lande neue tiefe Wunden schlagen würde. — Von fast allen Seiten mit Zollgränzen umschlossen, würden namentlich Niederhessen und die Herrschaft Schmalkalden am härtesten leiden und die Mehrzahl der in erfreulichem Fortschritt begriffenen Geschäfte ihrem Untergange entgegen gehen. Vorzugsweise heben wir folgende Fabrikerzeugnisse hervor: Chemische Fabrikate, besonders Soda, Chlorkalk, Papier, Papiertapeten, Buntpapier, Eisenfabricate, Leder, lederne Handschuhe, lakirtes Leder, Wachstuch, Cattun, Tuch und andere Wollfabricate, Lichter, Seife, Cement, Mehl und Mehlfabricate, Maschinen, Cartonage, musicalische Instrumente rc., Erzeugnisse, welche hauptsächlich in den preußischen Staaten, Thüringen und Braunschweig ihren Absatz sicher fanden, und denen durch den Beitritt der nördlichen Staaten, Hannover, Oldenburg rc. neue natürliche Absatzwege eröffnet werden würden. — Möge durch die Einsicht kurf. Ministeriums ein Bruch verhütet werden, den alle deutschen Staaten schmerzlich empfinden würden, der aber auf keinen so nachtheilig einwirken würde, als auf Kurhessen, welches als äußerstes Grenzland gegen die nördlichen Staaten sich vergeblich bemühen würde, statt der aus langer Zeit herstammenden und natürlichen Verkehrsverhältnisse einen neuen Verkehr anzubahnen und neue Absatzwege in weiterer Ferne erst zu schaffen. Wäre aber auch in dieser Hinsicht dereinst ein günstiger Erfolg zu hoffen, so würde doch die Aussicht dazu so fern stehen, daß ein großer Theil von uns, bei dem Mangel der nöthigen Mittel und bis dahin das siechende Geschäft fortzutreiben, nichts übrig bleiben, als in entfernten Ländern, wo keine Zollgrenzen dem aufstrebenden Gewerbfleiß hemmend entgegentreten, eine neue Heimath zu suchen. Wir erneuern daher unsere dringende Bitte an das kurfürstl. hess. Ministerium, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß bei der bevorstehenden definitiven Entscheidung die materiellen Interessen unseres Vaterlandes, von deren Wahrung unser ferneres Wohl und Wehe abhängt, ins Auge gefaßt werden möchten. Ehrerbietigst verharren rc. — Kassel, den 25. September 1852. (Folgen die Unterschriften.)

*† **Edenkoben.** Der reactionären Presse scheint es trotz der vielseitigen und angestrengtesten Bemühungen und der hohen und niedern Empfehlungen nicht recht gelingen zu wollen, ihre Organe den selbstständigen Bürgern beizubringen. Sie macht daher immer wieder neue Versuche, wenn sie da und dort scheitert. Ein solcher Versuch liegt eben vor uns, und wir glauben auch die Leser der Speyerer Ztg. darauf aufmerksam machen zu sollen. Es sind dies nämlich die Localblätter von Neustadt und Edenkoben. Diese haben eine neue Umgestaltung vom 1. October an erhalten, erscheinen beide nun wöchentlich dreimal, haben ein belletristisches Beiblatt und veränderten selbst ihren bisherigen Namen. Daß sie aber auch mit jenen Veränderungen ein Organ der Reaction geworden sind, davon schweigt die Redaction in ihren Ankündigungen, sagt sogar, daß sie eine selbstständige Richtung in der Politik vertreten wolle. Doch wer den Leitartikel nur oberflächlich liest, überzeugt sich schon, wer hier arbeitet und was bezweckt wird. Dieser fährt nämlich mit einem Gifte auf die Jahre 48 und 49 los, wie wir ihn nur etwa bei Hrn. Jäger und seinen Mitarbeitern getroffen haben und sucht alle die Männer, welche an den Erhebungen jener Jahre Theil genommen haben, auf eine Weise in den Koth herabzuziehen, die von bereits erworbener reactionärer Virtuosität sicheres Zeugniß gibt. Auch selbst die Religion muß nach bekannter Weise der frömmelnden Reactionsmänner hinzukommen und mithelfen, den Leuten, die noch heute Gedanken an andere Freiheit als die der Reaction in sich tragen, dieselbe zu verleiden. Es ist freilich nicht der Mühe werth, den ganzen Artikel wieder zu geben, wir fügen nur wenige Worte aus der letztgenannten Verfahrungsweise bei: „Eine Stunde, welche wir in demuthsvoller Verehrung „des Wesens hinbringen, dem wir die wechselnden unsicheren Güter dieser Erde verdanken, ist wichtiger und „frommender, als Jahrhunderte, welche wir dem Dienste „der Freiheit weihen, und wer glaubt, er diene, indem „er sie verehrt, einem der großen Zwecke seines Daseins, „gibt sich einer eben so kindischen, als unendlich gefähr„lichen Täuschung hin."

Wollte man sich noch mehr überzeugen, welche Richtung die beiden Blätter nehmen, so darf man nur weiter lesen. Es folgt nämlich dann ein Artikel über Frankreich, worin neben den Lobeserhebungen des Präsidenten, der Anhänglichkeit des französischen Volkes an ihn auf eine Weise erwähnt wird, wie sie nur manche französische Priester und höchstens noch einige Beamten und Zeitungen zu machen fähig sind.

So wenig uns aber dieses Alles heute befremdet, wo Buchdrucker und Redacteure bald mit dieser, bald mit jener Partei ihre Speculationen versuchen und oft zugleich mit der Democratie und der Reaction sich zu halten bemüht sind, so auffallend war uns aber die große Aehnlichkeit oder vielmehr Gleichheit beider Blätter. Es sind zwar zwei verschiedene Redacteure genannt, allein die Artikel in beiden Blättern sind sich so gleich, daß Worte, Zeilen, Buchstaben und Zeichen vollständig mit einander übereinstimmen. Nur erfährt Neustadt von den wichtigsten Tagesereignissen aus Italien, England, Spanien gar nichts, während wir Edenkober doch ziemlich von dort hören. Wahrscheinlich rührt dies daher, daß die Neustadter Einladung zum Abonnement etwas größer ist als die hiesige und dort auch mehr Bekanntmachungen aufgenommen sind als hier. Und wenn wahr ist, was wir hörten, so dürfen sich die Bürger noch einer Stadt auch derselben Speise erfreuen wie die Neustadter und wir Edenkober.

Wir wünschen guten Appetit zu dieser Speise, welche die Reaction den drei Bezirken vorzulegen die Güte hat. Bei uns in Edenkoben scheinen Viele schon die Zähne daran verschlagen zu haben, denn sie haben sie wieder in die Küche zurückgeschickt, woraus sie kam.

München. Als Uebersetzer der hier mit Beschlag belegten deutschen Ausgabe von Victor Hugo's „Napoleon dem Kleinen," bezeichnet die Allg. Ztg. Hrn. Savoye, einst Advocat in der Pfalz, dann Mitglied der französischen Nationalversammlung und Geschäftsträger der Republik in Frankfurt. Jetzt befindet er sich unter den vom französischen Gebiet Verbannten (wenn wir nicht irren, in England.)

— den 7. Octbr. König Max hat seine Reise nach Spanien aufgegeben.

In Pesth ist das Bethaus der seit 1848 bestehenden Genossenschaft der Reform-Juden auf Regierungsbefehl geschlossen worden.

Schweiz.

Wallis. Am 3. October fanden in Wallis die Wahlen für die Constituante, welche zugleich den zukünftigen großen Rath bilden wird, statt. Die Geistlichen waren ungemein rührig auf die Wahlen hin. Am Tage vorher und am Tage der Wahl stieß der Berichterstatter jede 10 Schritte auf einen solchen. Die Betheiligung an den Wahlen war sehr groß. So viel ich vernahm, ging das Wahlgeschäft überall ruhig vor sich. Die Stimmgebung war öffentlich, so daß Mann für Mann zum Büreau ging und die Männer benannte, welche er gewählt wünschte. In Sitten siegten sämmtliche Candidaten der Liberalen; in den sämmtlichen Zehnden des Unterwallis ist die Mehrzahl der Gewählten liberal; besonders ausgezeichnet durch freisinnige Wahl haben sich Martigny und St. Moritz. Das Oberwallis hat in überwiegender Mehrzahl conservativ gewählt. Nach den Berichten, welche eingelaufen sind, mag sich das Stimmenverhältniß in der Constituante so stellen: von den 85 Mitgliedern gehören 44 der liberalen, 41 der conservativen Richtung an. Das Ergebniß darf ein günstiges genannt werden. In einigen Gemeinden ist das Wahlgeschäft noch nicht beendigt und es wird nächsten Sonntag fortgesetzt werden. Voraussichtlich wird das Wallis der seit 1848 eingeschlagenen Richtung treu bleiben. (Bund.)

Frankreich.

† **Paris**, den 7. Oct. Was das Attentat betrifft, so konnen wir aus zuverlässiger Quelle folgende Mittheilung machen. Der Ministerrath ist über das zu beobachtende Benehmen darüber getheilt. Während ein Theil des Ministeriums der Ansicht ist, daß man die öffentliche Meinung über Unternehmungen dieser Art vollständig aufklären und eine allgemeine Entrüstung hervorrufen soll, behaupten andere Mitglieder des Ministeriums, und darunter merkwürdigerweise der Polizeiminister Maupas, daß man den ganzen Vorfall mildern, und so viel als möglich in Vergessenheit bringen soll, weil neben der allgemeinen Entrüstung andere Fanatiker durch die Erzählung der Nebenumstände exaltirt werden und sich an der Idee des Märtyrerthums berauschen, wie dies die Erfahrung unter Louis Philipp gelehrt hat, wo ein Attentat das andere hervorrief. Nach einer stürmischen Sitzung im Ministerrathe hat die Meinung für Unterdrückung der Sache die Oberhand behalten, und in Folge dessen erschien der bekannte beschwichtigende Artikel im Moniteur. Dies ist auch die Ursache, warum nichts mehr über das Attentat selbst veröffentlicht wird. Die Entdeckungen jedoch, die aus der Untersuchung hervorgegangen sind, sind weit ernsterer Natur als man vermuthet, und die sich daran knüpfenden Verzweigungen haben eine weite Tragweite; sie verursachen in den höheren Verwaltungsregionen mehr Unruhe als man blicken läßt, da es feststeht, daß noch andere eng verzweigte Verbindungen bestehen, denen man zwar auf die Spur gekommen ist, die jedoch noch lange nicht vollständig aufgeklärt sind.

— Das „Pays" enthält einen längeren Artikel über Amnestie, der durch den Vorfall auf dem Ball in Montpellier hervorgerufen ist. Das Regierungsjournal bringt darin einen Commentar der Worte des Präsidenten. Die Regierung verlangt, dem „Pays" zufolge, vor allen Dingen Unterwerfung. Sie will und kann nicht Leute amnestiren, die sich offen für ihre Gegner erklären. Es ist jedoch kein Reniger bisher abgewiesen worden. Diese Andeutung, welche die Regierung nicht officiell machen kann (?), sieht einer Aufforderung sehr ähnlich. — Der belgische Gesandte Hr. Firmin Roger ist nach Brüssel zurückgekehrt, er ist, wie man sagt, auf sein Verlangen zurückberufen worden, weil seine Stellung hier unhaltbar geworden ist. — Der Präsident wird seinen Einzug in Paris an der Spitze von 52 Cavallerieescadronen zu Pferde halten. Die gesammte Infanterie wird ein Spalier bilden. — Der Vicekönig von Aegypten hat dem Präsidenten zwei Schimmelstuten mit prachtvollem Sattelzeug zum Geschenke gemacht. — In Montauban sind alle Personen, die eine politische Verurtheilung erlitten haben, verhaftet worden. (!) — Man hat in Toulouse ein Waffendepot entdeckt, man spricht selbst von einem Complott, es verlautet jedoch nichts darüber von Seiten der Regierung, die nichts darüber bekannt machen will.

Spanien.

* In dem District von Xeres ist der Wein ausnahmsnahmsweise außerordentlich gut gerathen und die Weinlese lieferte ein Drittel mehr als gewöhnlich.

Portugal.

* Ein königl. Decret hat die großen Bärte der Officiere abgeschafft, sie dürfen nur noch Schnurr- und Knebelbart tragen. Selbst der Gemahl der Königin ist nicht davon ausgenommen.

Vereinigte Staaten.

* **New-York.** Auf dem amerikanischen Schiffe „Mobile" befanden sich nicht wie wir meldeten 40, sondern 84 Passagiere, die bis auf den einen Geretteten sämmtlich ertrunken sind.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1263] **Großheppach** (Königr. Württemberg).

An die Weinhändler, Gastgeber, Küfer & Bierbrauer.

Wer seine leere Wein-, Obstmost- und gepichte Bierfässer mit meinen arsenikfreien Schwefelschnitten statt mit gewöhnlichen gelben Schwefelschnitten einbrennt, die Getränke und Fuhrfässer ausbrennt, erzeugt Wein, Most und Bier um die Hälfte lagerhafter, werthvoller und stärker, als bei dem gewöhnlichen Schwefelspahn, durch welchen die Fässer eingesäuert und die Getränke krank werden, und die kleine Mehrausgabe wird dadurch, daß man weniger Hefe erhält, wieder ausgeglichen. Schwere, zähe und sauere Weine und Most werden in 8 Tagen gut durch meine Gewürz-Schwefelschnitten, wofür ich schon seit 13 Jahren garantire.

Von diesen Gewürz-Schwefelschnitten kostet das Pfund 48 kr., ohne Gewürz 32 kr., und hat das Pfund 36 Schnitten.

Bierbrauer, die vor 6 Jahren oft für tausend Gulden saures Bier jährlich hatten, und beinahe um ihr Vermögen kamen, die ihre gepichte Fässer zweimal einbrennen, erzeugen Bier, das Jahre lang hält, indem dieser Schwefel die Pechfugen zusammenzieht und einen Firniß bildet, wodurch das Bier erhalten wird.

Dieser Schwefel ist zu haben: in Ludwigshafen bei Volmer, Rheinzabern bei Buchmiller, Bergzabern bei Jung, Wachenheim bei Carnier, Grünstadt bei Enders, Dürkheim bei Hafner, Neustadt bei Helferich, Landau bei Buchmiller und Jung.

J. Fr. Bürckle.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 243 | den 12. October 1852.

Deutschland.

* **Was wollen die pfälzischen „Democraten?“** Diese Frage muß sich aufdrängen, wenn man das wüthende Gebahren der Reactionäre sieht, und wenn man deren gerade jetzt so gehäufte giftige Verdächtigungen gegen die „Democraten,“ d. h. heut zu Tag so ziemlich gegen alle selbständigen, ihre Unabhängigkeit bewahrenden Männer beobachtet. Was sie wollen? Vor Allem hoffen wir, daß man uns verschonen wird mit den Redereien: Theilen wollen sie, sie wollen Anarchie, Communismus und wie dergleichen Schlagwörter sonst noch lauten. Diese Phrasen sind so abgenutzt, daß sie langweilig werden. Fassen wir also in wenige Züge zusammen, was die „Democraten“ in der Pfalz speciell wünschen, nachdem wir kürzlich in einem größeren Aufsatze das Ziel des Strebens der Democraten im Allgemeinen bezeichnet haben (siehe Nro. 230).

Sie wollen vor Allem die Einheit des deutschen Vaterlandes, — damit nicht deutsche Länder wie Schleswig, von Deutschland losgerissen werden, damit nicht der Deutsche überall allen Bedrückungen und allem Hohn blosgestellt sei, und damit es nicht wie ein Verbrechen verfolgt wird, wenn man eine schwarz roth goldene Fahne aufsteckt.

Sie wollen ebenso die Freiheit Deutschlands und seiner Volksstämme, — also nicht den Jammer und die Schmach des unglücklichen Kurhessen.

Sie wollen, daß der Volkswille und das Volksinteresse maßgebend sei, — damit z. B. nicht aus diplomatischen Rucksichten auch noch der Zollverein zerrissen und die ohnehin vorhandene materielle Noth noch unabsehbar vergrößert werde.

Sie wollen, was Baiern insbesondere anbelangt, Verbesserungen im Staatsorganismus, und namentlich durchgreifende Ersparungen im Staatshaushalte, damit von den 42 Millionen der Staatseinkünfte mehr als blos 3 Mill. (wie leider gegenwärtig) zu unmittelbar den Volkswohlstand fördernden Zwecken verwendet werden können.

Sie wollen, was endlich den Pfalzkreis betrifft, namentlich noch finanzielle Gleichstellung mit den übrigen Kreisen, damit nicht 42 Procente an Steuerbeischlägen hier mehr erhoben werden müßen als dort, was schon öfter erwähnt wurde.

Und nun fragen wir: was ist da so Ungeheuerliches und Entsetzliches in diesen Strebungen? Wir fragen aber weiter: Welcher wirklich unabhängige, verständige und rechtliebende Mann in der ganzen Pfalz kann und mag sich als Feind dieser so verläumdeten Strebungen erklären?!

* **Speyer,** den 11. Oct. Heute findet die Eröffnung des Kreislandraths Statt. Näheres darüber in unserem morgigen Blatte.

* **Dürkheim,** den 6. Oct. Heute feierte die naturforschende Gesellschaft der Pfalz, die Pollichia dahier im Stadthaussaale ihre 10jährige Stiftungsfeier. Leider war die Zahl der Theilnehmer theils wegen der bereits begonnenen Weinlese, theils wegen der schlechten Witterung, eine geringe. — Der Vorstand, Lehrer Guembel aus Landau, eröffnete die Versammlung mit einem längern Vortrage über die hohe Bedeutung der Naturwissenschaften; der Director, Dr. Schultz aus Deidesheim, sprach über die Ausdehnung der Pollichia, über die Leistungen der naturforschenden Versammlung in Wiesbaden und darüber, daß man dort beschlossen habe, es solle das ganze Rheinthal in naturhistorischer Hinsicht von den verschiedenen Vereinen nach einem Plane untersucht und bearbeitet werden. — Professor Sponnagel hielt sodann einen sehr interessanten Vortrag über die Amphibien unserer Gegend, und suchte zu beweisen, daß man mit Unrecht diese Thierklasse verabscheue und verfolge, während doch die meisten als sehr nützlich und kein einziges Glied als direct schädlich erkannt sei. Dr. Koch aus Wachenheim hatte das Blutschwitzen am Brode, an Kartoffeln u. s. w. sowie den Blutregen, Blutschnee u. s. w. zum Gegenstande seines Vortrages gemacht. Er lieferte nicht nur viele interessante Notizen über das Vorkommen ähnlicher Erscheinungen, sondern setzte auch die Entstehung derselben aufs klarste auseinander, und es wäre zu wünschen, daß sein Vortrag bei der ländlichen Bevölkerung allgemein bekannt würde. — Dr. Hoffmann aus Heidelberg theilte Einiges über die Flora mehrer von ihm bereisten Südseeinseln mit, und machte auf das von ihm darüber verfaßte Werk aufmerksam. — Dr. Guembel zeigte eine Anzahl Versteinerungen vor, die er aus einem neu aufgefundenen Liaskalklager ohnweit Landau entnommen hatte, und sprach noch über die Verwandlung der Gefäßbündel in Cnospen. — Dr. Walz aus Speyer regte die Traubenkrankheit an und rief eine Discussion über dieselbe hervor, an der sich außer den bereits Genannten, noch Gutsbesitzer Christmann und Dr. Löchner betheiligten. Es waren zwei Ansichten vertreten, die eine wollte das Ganze durch einen Pilz entstehen lassen, die andere wollte die Pilze in Folge der Krankheit sehen. Dr. Walz, der letztere Ansicht vertrat, hat beobachtet, daß die Traubenbeeren der kranken Stöcke ganz mit einer firnißartigen, sauer reagirenden glänzenden Substanz überzogen waren. — Zum Schluße wurden die Neuwahlen des Ausschusses vorgenommen; es blieb der alte, nur trat an die Stelle des Forstmeisters Rauschinger, Revierförster Geyer.

Ueber die Reife der Trauben hört man nur Erfreuliches; es sind bereits Moste geherbstet, welche 100 Grad und darüber an der Oechsleschen Mostwange zeigen und diesem nach dürfte der Wein, was Qualität betrifft, dem 1848er nahe kommen. Nur schade, daß der gestrige Sturmwind so viele Trauben und Beeren abgerissen hat.

* **Speyer,** den 11. Oct. Unsere pariser lithogr. Correspondenz bringt Tag für Tag die gewöhnlichen Jubelberichte. Wir unterlassen die Aufnahme derselben, einmal weil diese Berichte doch immer einander vollkommen gleich sind, und es auf ein paar Dutzende derselben mehr oder weniger gar nicht ankommt, sodann weil man ja weiß, welchen Werth solche officiellen Kundgebungen in Wirklichkeit besitzen. Wir sind übrigens nunmehr in Kenntniß gesetzt, daß die lithogr. Correspondenz die eingeschlagene Richtung nicht freiwillig wählte, indem sie ihre Unabhängigkeit zu behaupten suchte, aber der Gewalt der Umstände nachgeben mußte. Es ist dies ein weiteres sprechendes Zeichen, wie es sich mit solchen Berichten verhält. — Gleichzeitig erfahren wir, daß ein Correspondent der N. Preuß. Ztg., deren Berichte begreiflich sehr unliebsam sind, wegen seiner Mittheilungen aus Paris ausgewiesen worden ist.

* **Heidelberg,** den 10. Oct. Wie an so vielen andern Orten wüthete in den letztvergangenen Tagen auch hier der Sturm, ohne jedoch auffallende Verheerungen

anzurichten. Wie weit der Hagel schädlich war, weiß ich nicht. — Der berühmte Rechtslehrer, Professor Mittermaier, welcher seit längerer Zeit in Genua sich aufhielt, ist gestern hieher zurückgekehrt. Sein Sohn Karl hat auf Madeira, wo er die ärztliche Behandlung seines Bruders leitet, eine ausgedehnte Praxis und sammelt wichtige Erfahrungen über Brustkrankheiten. Er wird dieselben zum Nutzen der deutschen Wissenschaft in einer unserer medicinischen Zeitschriften später veröffentlichen. — Die Manöver der badischen Truppen haben begonnen und werden dieselben nach ihrer Beendigung in neue Garnisonen einrücken. Im Uebrigen gibt es nichts Neues von Belang.

Die „Allg. Ztg." schreibt aus **München** unterm 7. Oct.: Se. Maj. der König begibt sich morgen mit dem ersten Eisenbahnzug über Gunzenhausen nach Würzburg, von da am nächsten Morgen nach Darmstadt und von Darmstadt nach Zweibrücken. Am 14. Oct. gedenkt Se. Maj. wieder in München zu sein. Die Reise gilt vorzugsweise einer Besichtigung der Marburg in der Pfalz. Der König von Griechenland soll am 16. ds. von hier über Triest nach Athen zurückkehren wollen. Der Kurfürst von Hessen wird uns morgen wieder verlassen. In dem Befinden des Hrn. Ministerpräsidenten v. d. Pfordten ist seit drei Tagen eine entschiedene Besserung eingetreten.

Eine neuere Nummer der Allg. Ztg. bringt dagegen wieder folgende Nachricht: **München**, den 8. Octbr. Die Abreise Sr. Majestät nach der Pfalz, die heute Morgen mit dem ersten Eisenbahnzug erfolgen sollte, ist unterblieben. Sie wurde erst kurz vor Abgang des Zugs abgesagt; wie ich höre in Folge der eingetretenen schlechten Witterung; die vergangene Nacht brachte uns den ersten diesjährigen Schnee.

Das neueste Blatt der Allg. Ztg. hinwieder schreibt: **München**, den 8. Oct. Die Ihnen gemeldete Reise Sr. Maj. des Königs ist bis zur Abreise des Königs von Griechenland verschoben worden.

— den 8. Okt. Der Kurfürst von Hessen ist heute wieder abgereist. Derselbe begibt sich von hier nach Wien.

Der König hat den ordentlichen Professor an der philosophischen Facultät, Dr. K. Fr. Neumann, Lehrer der allgemeinen Litteraturgeschichte, Länder- und Völkerkunde, sowie der chinesischen und armenischen Sprache an unserer Hochschule, in Ruhestand versetzt. Wer soll ihn ersetzen, der in mehren Fächern Verdienstliches geleistet hat? Es ist bekannt, daß er, zum Zweck seiner chinesischen Forschungen, früher selbst eine Reise nach China unternommen.

Den Goldberger'schen Rheumatismusketten ist die Verkaufserlaubniß entzogen worden. (A. Z.)

Zu der an der Universität München stattfindenden theoretischen Prüfung der Rechtscandidaten wurden 310 Candidaten zugelassen.

Nürnberg, den 7. Oct. Das hiesige Kreis- und Stadtgericht hat die Druckschrift: „Das Recht der Kirche und der Staatsgewalt in Baiern seit dem Abschluß des Concordats. Schaffhausen, Verlag der Fr. Hurter'schen Buchhandlung 1852" der Vernichtung preisgegeben, weil darin durch verächtliche Aeußerungen über die baierische Staatsverfassung, durch Schmähung der bairischen Staatsregierung und Aufforderung zum factischen Widerstand gegen die Verfassung, ferner durch Beschimpfung der beiden Kammern des Landtags und öffentlichen Behörden, endlich durch Beschimpfungen und Spott gegen abgetretene bairische Staatsminister und vormalige Landtagsabgeordnete die Art. 16, 26 und 33 des Gesetzes vom 17. März 1850 zum Schutz gegen den Mißbrauch der Presse mehrfach verletzt erscheinen.

— den 8. Oct. Der „Fränk. Kur." enthielt vor einiger Zeit eine Fortsetzung des Dulon'schen Aufsatzes „die lange Nacht." Das Blatt ward confiscirt, ist jedoch nunmehr wieder freigegeben, nachdem die fränkischen Gerichte erkannt haben, daß ein Grund zu einer Verweisung vor die Geschworenen nicht vorliege.

Karlsruhe. Vor dem Schwurgerichte zu Freiburg war eine Diebsbande wegen 19 Diebstähle angeklagt. Die religiösen Begriffe dieser Leute gaben sich dadurch zu erkennen, daß z. B. ein Dieb von der Bande erzählte, daß er vor Verübung des Diebstahls gebetet und sich ganz in die Barmherzigkeit Gottes empfohlen habe; — und eine betheiligte Frau hat, nachdem ein Diebstahl gelungen, aufgefordert, zum Dank ein Vaterunser zu beten.

Dresden, den 5. Oct. Die „Freim. Sachsen-Ztg." erwähnt der „Agitationen," welche „an Orten Sachsens" zu dem Zwecke bewirkt werden, um zu Demonstrationen gegen die Handelspolitik der Regierung zu veranlassen. Wie es der „Freim. Sachsen-Ztg." scheint, „sollte es nicht mehr gestattet sein, daß sächsische Zeitungen das jüngste Verfahren der preuß. Regierung auf Kosten des Ansehens und der Würde unserer Regierung lobten."

Leipzig. Am 7. Oct. brannten in Chemnitz 25 Häuser nieder.

Berlin, den 8. Oct. Man hört, daß in Wien die in Frankfurt zu machenden Vorlagen in Bezug auf die Zollangelegenheit bereits entworfen und in dem Ministerium berathen sind. Man hat baierischer Seits einige Bedenken, die Sache schon jetzt im Bundestage zur Sprache zu bringen und dürfte dieß wol auch in der That nicht gleich bei Wiedereröffnung geschehen. Schon jetzt auf eine Zolleinigung mit Oesterreich einzugehen, ist man in Baiern und überhaupt Seitens der süddeutschen Regierungen gar nicht abgeneigt. Man glaubt jedoch, daß auch Oesterreich mehr daran gelegen, zunächst nur Vertragsabschlüsse zwischen gesondert bestehenden Zollgruppen abzuschließen. Sobald Hr. v. der Pfordten völlig wiederhergestellt, dürfte nach München eine Conferenz von Coalitionsministern eingeladen werden. In Wien wird schon vorher Hr. v. Hermann mit dem k. k. Cabinet Verhandlungen pflegen. (C. B.)

Wien, den 5. Oct. Die Sicherheit auf den ungarischen Straßen ist, wie man der „Bresl. Ztg." schreibt, noch immer nicht vollkommen hergestellt. Auf unmittelbare Anordnung des Kaisers sind 2 Jägerbataillone und 3 Escadronen Uhlanen beordert worden, in starken Patrouillen die Straße zwischen Pesth und Temesvar offen zu halten. Mehrfache räuberische Anfälle auf dieser Strecke haben solche Vorkehrungsmaßregeln nothwendig gemacht, indem selbst der Waffenschmuck k. k. Officiere nicht geachtet wurde und auch militärische Passagiere vor Plünderung nicht sicher waren.

— den 6. Oct. Eine Deputation unserer Handelskammer überreichte am vorigen Sonntag dem Finanz- und Handelsminister ein ausführliches Memorandum über die jetzige Bedrängniß des Geldmarkts*) und über den damit in Verbindung befindlichen Stand des Bankportefeuille's, der dem heutigen Bedürfniß nicht mehr genüge. Die mündliche Antwort auf den begleitenden Vortrag des Sprechers der Deputation soll die unter Umständen mögliche Rücksicht des Ministers auf die Bedürfnisse des Handels in bestimmte Aussicht gestellt haben. (A. Z.)

Die Oesterr. Corresp. sagt in einem mit großer Schrift gedruckten Artikel: Noch scheinen in der handelspolitischen Verhandlung nicht alle Wege der Verständigung abgeschnitten, obgleich Preußen die Zollconferenz in Berlin unter wenig rücksichtsvollen Formen geschlossen habe. Für Oesterreich aber erwächst aus der gegenwärtigen bedrohlichen Lage, in welche die commerciellen Verhältnisse der deutschen Bundesstaaten gerathen sind, die gebieterische Pflicht, die jetzt nöthig gewordenen Schritte mit allem Ernst ins Auge zu fassen und mit allem Nachdruck ins Werk zu setzen. Oesterreich kann nicht zugeben, daß die Zersplitterung Deutschlands auf dem handelspolitischen Gebiet überhandnehme. Es hat keine Anstrengungen gescheut, um den Zollverein in seiner bisherigen Ausdehnung auf einer allseitigen befriedigenden Grundlage, und — mit Festhaltung der Tendenz einer allgemeinen deut-

*) Unmittelbar nach der „siegreichen" Anleihe?! D. Red.

schen Zolleinigung zu erhalten — es ist jetzt nach erfahrener Zurückweisung aller dahin zielenden Vorschläge seine Aufgabe, dafür **thätig** zu sein, daß selbst bei dem Ausscheiden Preußens, wenn es wirklich dazu kommen sollte, ein organischer Verband zwischen den übrigen zollverbündeten Staaten unter Feststellung obiger Grundlagen gewahrt werde.

Schweiz.

Die Schweiz wird wieder von Preußen als politisch verpestet erklärt. In einer Bekanntmachung der königlich preußischen Gesandtschaft bei der Eidgenossenschaft liest man: „Die königlich preußische Regierung hat sich, wegen der verderblichen Bestrebungen, welche gewisse Arbeiterverbindungen in der Schweiz fortdauernd verfolgen, zu einer Erneuerung des früheren Verbotes des Wanderns ihrer Angehörigen nach der Schweiz veranlaßt gesehen. Zugleich werden diejenigen preußischen Handwerksgesellen, welche sich gegenwärtig in der Schweiz befinden, von dort zurückgerufen. Es ergeht deshalb an dieselben hiermit die Aufforderung, binnen vier Wochen von heute (8. Oct.) ab in die preußischen Staaten zurückzukehren und zu diesem Zwecke ihre Pässe auf der königlich preußischen Gesandtschaftskanzlei in Bern zur Visirung für die Rückkehr ungesäumt vorzulegen."

Graubünden. Nach einem Bericht im Lib. Alpenb. ist die Weinlese im benachbarten Veltlin gänzlich mißrathen; der Ertrag werde im Durchschnitt kaum 5 Prozent von dem eines mittelmäßigen Jahrganges sein. In Weinbergen, wo man gewöhnlich 100 bis 120 Saum Wein gewann, sind sämmtliche Trauben in einem Tragkorb weggetragen worden; Besitzer, die sechs- bis achthundert Saum Wein erhielten, haben kaum 30 Saum zusammengebracht, andere, und zwar die meisten, gar nichts. Die Qualität selbst ist gering, weil die feinen Trauben ohne alle Ausnahme gedörrt und abgefallen sind. Das Veltlin producirt nicht den 20. Theil des eignen Bedarfs, daher sind die Preise des noch vorräthigen Weines unmäßig gestiegen, die geringeren werden zu 120 Liren, mittlere 150—200 verkauft. Ein solches Fehljahr ist für das Veltlin folgenschwer.

Freiburg. Das Resultat der Gemeindewahlen ist ein höchst erfreuliches für die Männer des Freisinns und des Fortschritts im Kanton, denn unerwartet siegreich sind die Liberalen bei den meisten Wahlen in den Orten besonders gewesen, wo politisches Leben, Intelligenz und Bildung anzutreffen. Man kann wol sagen, daß der 26. Sept. der Rückschlag des Tags von Posieux ist, daß die öffentliche Meinung einen entschiedenen, erfreulichen Umschwung erlitten hat. Was hat wohl diesen unverkennbaren Umschwung der öffentlichen Meinung seit dem Tage von Posieur bewirkt? Wir glauben das einfach daraus erklären zu können, daß die Posieurbewegung den Keim ihres Verfalls, ihres Rückgangs in sich selber trug, weil ihre Verheißungen eben leere Phrasen, ohne Realität waren, die nothwendiger Weise nur eine Zeit lang eine Agitation unter den verschiedenen Kategorien Unzufriedener erhalten konnte. (Echo von Moleson.)

Frankreich.

† **Paris,** den 8. Oct. Der „Moniteur" enthält ein Decret, welches dem Minister des Innern einen außerordentlichen Credit von 500,000 Frcs. zur Schadloshaltung der Ueberschwemmten am Rheinufer eröffnet. — Der Präfect von Côte d'Or hat den Municipalrath von Is sur Tille aufgelöst, weil er in seiner Berathung die Verbindlichkeit zur verfassungsmäßigen Eidesleistung und die Annahme einer Adresse an den Präsidenten, die vom Maire zu Gunsten des Kaiserreiches vorgeschlagen wurde, verweigert hat. (!) — Die lithographirte Correspondenz enthält folgende bemerkenswerthe Stelle in ihrem Bericht über den Empfang zu Toulouse: Auf dem St. Stephansplatz stieg der Präsident vom Pferde, wo ihn der ehemalige Bischof von Amiens mit einer salbungsvollen Rede voll Gemeinplätze empfing. Die Religion ist in solchen Anreden immer der Schild, hinter den sich Particularinteressen verstecken. Der Präsident hat mit genauer Kenntniß des Volksglaubens allerdings Vieles für den Cultus der katholischen Religion gethan, er sucht auf seiner Reise das religiöse Gefühl für den über allgemeinen Verfall klagenden Katholicismus zu heben, man würde sich aber sehr irren, wenn man annehmen wollte, daß der immer und überall wachende Präsident der Pfaffenherrschaft verfallen sei. Was der **Clerus** von ihm erwartet, ist **nicht** bekannt, gewiß ist es aber, daß **Er** weiß, was **Er** mit dem **Clerus** will.

Der Präfect von Toulouse hat in seiner Anrede an Napoleon neuerdings Bezug auf Karl den Großen und den Kaiser Napoleon genommen, und u. a. gesagt: „Sie haben Frankreich und der Welt bewiesen, daß Sie durch die doppelte Verwandtschaft des Genies und des Blutes der **directe und legitime Abkömmling dieser beiden Heroen**, dieser beiden Gesetzgeber sind." — Der Erzbischof von Cambrai hat einen Hirtenbrief erlassen, wonach der frühere Gebrauch, das h. Sacrament öffentlich und mit den Ceremonien des römischen Ritus zu den Kranken zu tragen, in allen Gemeinden seiner Diöcese wiederhergestellt wird. Seit 1830 war dieser Gebrauch in Frankreich abgeschafft. — Die Verhaftungen in den südlichen Departements dauern fort. In Lyon, wo 77 Personen in Folge des Marseiller Complotts eingesteckt waren, befinden sich noch 33 in Untersuchungshaft, die übrigen sind wieder freigelassen worden.

Der Minister des Innern hat eine Verfügung erlassen, der zufolge keine Kinder mehr auf den Theatern verwendet werden sollen.

Paris, den 4. Octbr. Eine dem Präsidenten nahe stehende Person hat an Hrn. Vernet im **Namen des Prinzen** das Ansinnen gestellt, er möchte einige Veränderungen vornehmen in dem von ihm im Jahr 1849 verfertigten Bilde, worauf dieser in der Mitte der Generale **Changarnier** und Roulbière erscheint. Der berühmte Künstler hat dieses Ansinnen mit unzweideutigem Befremden und der Bemerkung zurückgewiesen, dieses Bild habe eine historische Bedeutung; übrigens stehe er zu Diensten, um ein anderes den gegenwärtigen Umständen entsprechendes zu machen. Der Prinz, über diese Antwort verletzt, hat Hrn. Horace Vernet aus der Zahl der Hofmaler gestrichen. (!) Noch mehr, als neulich derselbe Künstler an die Spitze der Candidaten für die Leitung der „Schule in Rom" vorgeschlagen wurde, hat der Präsident zum Director dieser Schule Hrn. Schnetz ernannt, wiewol dieser der letzte auf der Liste stand. (!) — Ein Schreiben aus Toulon spricht von dem Unfall, welcher den Adjutanten Oberst Fleury gezwungen hat, Lyon zu verlassen. Die Verletzung wäre nicht sowol Folge eines Sturzes vom Pferde, als der Steinwürfe einiger wüthenden Demagogen gewesen. (A. Z.)

— den 7. Oct. Unter den Festlichkeiten, die in Toulouse zu Ehren der Anwesenheit des Prinzpräsidenten stattfanden, nahm eine Nachbildung der großen Schlacht, die im Jahre 1814 unter den Mauern dieser Stadt geliefert wurde, eine der ersten Stellen ein. Es hatte geheißen, aus Anlaß des erst jüngst erfolgten Todes des Herzogs von Wellington hätte man auf diesen Theil des Programmes der dem Prinzen zu Ehren bereiteten Festlichkeiten verzichtet. Es wurde indeß eine solche Rücksichtnahme außer Acht gelassen.

Die Regierung des Prinz-Präsidenten von Frankreich hat sich, sicherem Vernehmen nach, mit den betreffenden Eisenbahnverwaltungen in Verbindung gesetzt, behufs eines Transports von 5000 Pferden von Warschau nach Strasburg, welche die französische Regierung dort angekauft hat. (Ztg. f. Nordd.)

Die Kölnische Zeitung schreibt aus **Paris,** vom 7. Oct.: Schon seit einigen Tagen circuliren in Paris die beunruhigendsten Gerüchte; man spricht von einer Emeute die ausbrechen, von einer Verschwörung, die bei dem Einzuge L. Napoleons zur Ausführung kommen soll

u. s. w. Ich glaube durchaus nicht, daß allen diesen Gerüchten etwas Wahres zu Grunde liegt, noch weniger aber können die Angaben gegründet sein, welche die Opposition in dieser Beziehung verbreitet. Danach wäre es die Absicht der Regierung, eine Emeute künstlich zu provociren, um auf der einen Seite den Großmächten den Beweis zu liefern, daß die Demokratie noch nicht todt und das Kaiserreich nöthig sei, und auf der anderen Seite, um Gelegenheit zu haben, sich vieler Personen zu vergewissern, die der Policei als gefährlich erscheinen.

Spanien.

Madrid, den 3. Oct. Der nordamerikanische Gesandte soll das frühere Anerbieten wiederholt haben, die Insel Cuba um 180 Millionen Doll. zu kaufen, jedoch entschieden abgewiesen worden sein. — Die Projecte der Königin Mutter, welche auf eine Heirath des französischen Prinz-Präsidenten mit einer spanischen Prinzessin abzielten, sind von Ludwig Napoleon so entschieden zurückgewiesen, daß an deren Verwirklichung nicht weiter gedacht werden kann.

Am 30. Sept., Morgens 6 Uhr, stürzte bei Fraga in Aragon die Hängebrücke über den Cinca zusammen, und bei dieser Gelegenheit verloren gegen 50 Personen das Leben. Eine Mutter mit ihrem Säugling und noch sieben andere Personen waren so glücklich, eine kleine Insel zu erreichen, von welcher sie vor dem rasch steigenden Wasser des Cinca durch den Muth eines Fabricanten des Städtchens in einem gebrechlichen Nachen gerettet wurden.

Dänemark.

Kopenhagen, den 4. Oct. Der Reichstag ward heute durch den Premierminister eröffnet. Nachdem die Botschaft verlesen war, erfolgte eine weitere Mittheilung, welche sich auf Regelung der Thronfolge bezieht, und deren schleunige Erledigung vor allen andern Geschäften verlangt wird.

Amerika.

* In Amerika hat sich eine, wie es scheint wohlorganisirte Opposition gegen Madame Sonntag gebildet, sie hat zwei Ständchen, die ihr in New York gebracht werden wollten, verhindert.—Der berühmte Violinspieler Ole Bull hat in Pennsilvanien eine Strecke Landes von 120,000 Acres angekauft, welche er an Colonisten seines Vaterlandes (Norwegen) vertheilen will.

In **Boston** predigt gegenwärtig eine Miß Antoinette Brown in der Presbyterien-Kirche und verrichtet den regelmäßigen Kirchendienst. Miß Brown hat in Oberlyn studirt, ist 21 Jahre alt, und soll sehr hübsch sein.

Während der letzten beiden Monate sind bei **Nantucket** 800 bis 1000 Haifische, von 2 bis 12 Fuß Länge gefangen worden. Aus ihren Lebern preßt man Oel und ihre Leiber werden als Dünger an Farmer verkauft.

Zwischen der französischen Republik und dem Kaiser von Hayti herrscht eine Spannung, welche ernstere Folgen haben könnte, wenn Seine schwarze Majestät sich nicht nachgiebig zeigt.

Australien.

London, den 2. Oct. In den Minendistricten Australiens wächst die Bevölkerung so schnell, daß um die Stadt Melbourne sich ein förmliches Lager gebildet hat, weil sie die Einwanderer nicht fassen kann.

Miscellen.

Es sollen auf dem Wege von Helsingör bis Stettin 14 Schiffe in den letzten Tagen verunglückt sein.

Aus Galizien und der Bukowina geben die betrübendsten Nachrichten über die mit jeder Minute steigende Theurung der Lebensmittel, namentlich der Brodfrüchte, ein; dieselben Klagen kommen aus Böhmen, das eine ganz herrliche Erndte gehabt hat. Dagegen bringt der Lloyd sehr günstige Weinlesebrichte aus Ungarn. Der Wein sei so gut, wie seit Jahren nicht.

Beachtenswerth ist es, daß an demselben Tage, am 20. Aug., an dem Cuba von einem Erdbeben heimgesucht wurde, auch ein Ausbruch des Aetna Statt fand, von verschiedenen Erdstößen begleitet.

Capitän Pearson mit der Brigg The Maize kam mit einer Kornladung aus dem schwarzen Meere, ging am 28. Juli von Malta und wurde am 3. August von einem entsetzlichen Unwetter überrascht. Gegen 10 Uhr Abends traf der Blitz das Schiff, lief am Hauptmast herunter und spaltete das Deck im eigentlichen Sinne des Wortes, so daß das Schiff in fünf Minuten unter den Füßen der Mannschaft sank und mit 14 Matrosen und 2 Passagieren unterging. Der Capitän befand sich glücklicher Weise auf dem Hinterdeck, und es gelang ihm, sich einiger Balken zu bemächtigen. Er rief, erhielt aber keine Antwort — Alle waren ein Opfer des Meeres geworden. Beim Leuchten des Blitzes gewahrte er endlich den Schiffsjungen, der, auf einer Planke festgeklammert, von den Wogen umhergeschleudert wurde. Der Capitän schwamm auf ihn zu und nahm ihn zu sich auf die Balken, denen er sein Leben schon verdankte. Sie blieben in dieser Lage, in der Dunkelheit nicht wissend, wohin sie sich wenden sollten, stets schwimmend, um nicht zu erstarren. Der Morgen kam, beleuchtete aber bloß eine weite Wasserwüste. Gegen Mittag verließen den Knaben, der schon eine Zeit lang nicht mehr gesprochen hatte, die Kräfte; er ließ den rettenden Balken los und versank vor den Augen des Capitäns. Dieser fühlte auch seine Kräfte vor Erschöpfung immer mehr schwinden und verlor, sich nur instinctmäßig an die Balken klammernd, das Bewußtsein, als ein norwegisches Schiff ihn gewahrte und aufnahm. Seit dem Untergange seiner Brigg war er 17 Stunden lang fast ganz nackend auf dem Meere herumgetrieben. Er hatte nur sein Flanellhemd an, mit dem anderen hatte er die Balken zusammengebunden; der Hosen hatte er sich entledigt, weil sie ihn im Schwimmen hinderten.

Berlin'sches. Das allerneueste Product des Berliner Industrieschwindels sind — Papageien. Der „Fabrikant" dieser Thiere kündigt den Verkauf derselben in Nro. 380 der „Deutschen Allg. Ztg." wie folgt an: „Berliner Papageien, (lebendige, chemisch-gefärbte Tauben) sind von mir, dem Erfinder (!) in jeder beliebigen Sorte, als: goldgelb, blau, rosa, grün rc., haltbar für 1 Jahr, pro Paar 2¼ Thlr., direct per Eisenbahn zu beziehen. Wiederverkäufern, bei Partien, angemessenen Rabatt. Briefe und Gelder erbitte ich mir franco. Ferdinand Winkler, Chemiker in Berlin, Mitglied der Pariser Académie nationale."

In dem mit Mitte September endigenden Jahre wurden in den Vereinigten Staaten 3,015,029 Ballen Baumwolle geärntet, was 300,000 Ballen mehr ergibt, als die reiche Aernte des Jahres 1848—1849.

Neuer Titel. Ein Todtengräber bei Glatz in Schlesien nennt sich seit einiger Zeit — Versenkungsrath.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1264] **Zu verkaufen.**

1 à 2 Zentner reines altes **Blei** sind im Gasthaus zum König von Preußen in Speyer billig zu kaufen.

[1258*] **Wein-Verkauf.**

Wegen Räumung der Keller werden die zum Nachlasse des verlebten Herrn J. B. Heiligenthal in Landau gehörigen Weine in größeren und kleineren Partien, billigst abgegeben.

Neue

Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 247 | den 14. October 1852.

Die Präsidentschaftsfrage in Nordamerika.

* **Philadelphia**, den 21. Sept. Es herrscht gegenwärtig ziemliche Windstille in unserer Politik und selbst die brennendste aller Fragen, die Präsidentschaftsfrage, setzt die Gemüther nur mäßig in Bewegung. Leute, die schon öfters die Präsidentenwahlkämpfe mit durchgemacht, finden in der Ruhe, die jetzt noch, so kurz vor der Entscheidung in den beiden großen Heerlagern, dem der Democraten sowol als jenem der Whigs, herrscht, eine auffallende Erscheinung. Diese Ruhe stehe im vollkommensten Gegensatze zu der Bewegung, wie sie sonst in den letzten Monaten vor der Präsidentenwahl, namentlich in den Jahren 1844 und 1848, sich kundgegeben. Jede der streitenden Parteien sucht diese Erscheinung zu ihrem Vortheile zu erklären: „Unsere Gegner verzweifeln jetzt schon am Siege und erachten es nicht einmal der Mühe werth, sich zum Kampfe zu rüsten!" Das kann man täglich in den hervorragendsten Blättern beider Parteien lesen.

Zu den beiden Präsidentschaftscandidaten, die von den Nationalconventionen in Baltimore aufgestellt worden, den Generalen Scott und Pierce, sind neuerdings noch einige hinzugekommen. So hat die Partei der Freesoiler oder Freibodenmänner, d. h. jene Partei, welche will, daß die Sclaverei abgeschafft und das noch unverkaufte Grundeigenthum der Union unentgeldlich in bestimmten Quantitäten an solche Familien vertheilt werde, die die Absicht haben, das Land zu bauen, in einer im August in Pittsburg (Pennsylvanien) abgehaltenen Convention den Senator Hale von Newhampshire zum Präsidentschaftscandidaten nominirt und Hale hat die Nomination angenommen. Ebenso hat die Partei der Natives, d. h. die Partei der Eingeborenen, die die politischen Rechte der Einwanderer beschränken will, auf ihrer Nationalconvention in Trenton (New-Jersey), unsern Staatssecretär, den bekannten Hrn. Webster, zum Präsidentschaftscandidaten aufgestellt. Hr. Webster, der wol weiß, welch geringen Anhang die einst mächtige Native-Partei dermalen im Volke hat, war klug genug, diese Nomination abzulehnen; dagegen hat er eine andere angenommen, die ihm von einem Theile der Whigpartei, übertragen ward, die, unzufrieden mit der Nomination Scotts, von der Partei sich getrennt und die Aufstellung eines eigenen Candidaten beschlossen hat. Auch die Partei der Südrechtmänner, d. h. jene Partei, die sich zum Ziele gesetzt, die Rechte der südlichen (Sclaven-)Staaten gegen die angeblichen Anmaßungen und Uebergriffe der nördlichen Staaten zu vertheidigen, die soeben auf einer Convention in Montgomery (Alabama), versammelt sind, werden, wie versichert wird, einen eigenen Präsidentschaftscandidaten in der Person des Generals Quitman aufstellen.

So werden wir im November fünf Candidaten im Felde sehen: General Pierce, den regulären Candidaten der democratischen, General Scott, den regulären Candidaten der Whigpartei, Webster, den irregulären Whigcandidaten, Hale, den Candidaten der Freesoiler, und General Quitman, jenen der Südrechtsmänner.

Welcher von diesen Candidaten hat die meiste Aussicht den Präsidentenstuhl zu besteigen?

Die Frage dürfte nicht schwer zu entscheiden sein. Die Freesoilpartei ist noch zu schwach, um ihren Candidaten durchzusetzen, obschon ihr vor Allen der Sieg zu wünschen wäre, denn sie ist die Partei des entschiedenen Fortschrittes, sohin die wahre democratische. Auch jener Theil der Whigpartei, der von dem großen Heerlager sich getrennt, ist numerisch nicht stark genug, die Wahl ihres Candidaten durchzusetzen. Die Südrechtsmänner endlich, die Partei der heißblütigen Secessionisten, die gerne die Union auflösen und den Norden vom Süden trennen möchten, wollen, wie gewöhnlich, nur Scandal machen und denken gar nicht an einen Erfolg. Webster, Hale und Quitman haben darum nicht die mindeste Aussicht, in's weiße Haus in Washington einzuziehen, und so bleiben nur noch Pierce und Scott übrig. Von diesen beiden aber hat Pierce die meiste Aussicht. Für ihn wird die gesammte Democratie mit Ausnahme jener Democraten stimmen, die der Freesoil-Partei sich angeschlossen haben; dagegen wird die Whigpartei ihre Stimmen zwischen dem regulären Candidaten Scott und dem irregulären Candidaten Webster theilen, während die Freesoil-Whigs für Hale in die Schranken treten werden.

Die Angehörigen Scotts scheinen zu wissen, welch geringe Chancen ihr Liebling hat und betreiben darum den Wahlkampf gegenwärtig ziemlich lau. Die Democraten dagegen rechnen mit ziemlicher Gewißheit auf den Sieg ihrer Partei und verhalten sich, nur wenig und schwach angegriffen, ruhig. Und so mag sich die Erscheinung erklären, daß der Präsidentschaftswahlkampf diesmal nicht die Aufregung hervorruft, wie in frühern Jahren.

Anders war es in den Jahren 1844 und 1848. Im erstern Jahre standen sich zwei gleichbefähigte, von ihren Parteien gleich begünstigte Candidaten: Polk und Henry Clay entgegen und es kostete die Democratie die größten Anstrengungen, ihren Candidaten durchzusetzen. Nicht minder heftig war der Kampf im Jahre 1848, wo die noch frischen Lorbeeren des unbesiegbaren Generals Taylor, des Whigcandidaten, über die ungleich größere Befähigung seines Gegners, General Caß, den Sieg davon trugen. L.

Deutschland.

GA° **Frankfurt**, den 4. Oct. In den Coalitionsstaaten, namentlich in Würtemberg, wurde nicht selten nachzuweisen gesucht, daß die Trennung des Südens vom Norden außer Verlusten doch auch Vortheile darbieten werde, und man kann ohne Zweifel zugeben, daß einzelne Gewerbe, welche die norddeutsche Concurrenz schwer empfinden, durch Befreiung derselben momentan einen größern Aufschwung nehmen würden, wie z. B. die ganze süddeutsche Tuch- und Wollfabrikation; der Norden ist in diesem wie in einigen anderen Zweigen der Fabrikation allerdings voraus, während dagegen der Süden in der mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei unstreitig viel ausgebildeter und mit seinem Absatz theilweise auf den Norden angewiesen ist. Vom technischen und volkswirthschaftlichen Standpuncte aus ist gerade diese Verschiedenheit der gewerblichen Bildungsstufe eine der großen Wohlthaten des Zollvereins, denn, Dank dieser innern Concurrenz, werden die Kräfte in Spannung erhalten und angespornt, hinter den Anforderungen der Zeit nicht zurückzubleiben; dank dieser innern Concurrenz sind eine Menge von Bedürfnissen des gewöhnlichen Lebens seit dem Bestehen des Zollvereins bedeutend wohlfeiler geworden, hat die Production und das Nationalvermögen einen höhern Aufschwung genommen. Auf die Dauer könnte keinem der koalirten Staaten damit gedient sein, daß einzelne Industriezweige, welche jetzt gegen die nordische Concurrenz zu kämpfen haben,

sorgloser sich ausdehnen können. Sie kämen durch die Trennung voraussichtlich nur auf die faule Bank und würden in den Schlagbäumen vom Norden her nur eine Prämie für den Mangel an technischen Fortschritten erkennen, die doch allein geeignet machen können, auf dem größern Markt zu concurriren. Diesem größern, dem Weltmarkt, drängt die deutsche Industrie in der letzten Zollvereinsperiode mächtig zu; aber ohne eine nachhaltige innere Concurrenz wird sie auf ihm nicht festen Fuß fassen können. Wie kann man daran denken, mit einer Exportgesellschaft württembergischer Producte auf amerikanischen Märkten Glück zu machen in dem Augenblick, wo man im Begriff steht, sich für den nothwendigen industriellen Fortschritt den eigentlichen Impuls, die inländische Concurrenz, abzuschneiden? Daß ein Anschluß an Oesterreich für diesen Verlust keinen Ersatz bieten würde, ist, bei dem Stande der Industrie dort, vorauszusehen. In einzelnen Zweigen der Production kämen die süddeutschen Industriellen vom Regen in die Traufe, in den meisten aber würden sie den heilsamen Einfluß entbehren, auf welchen gerade das höchste Gewicht gelegt werden muß, wenn die Industrie für den Weltmarkt geschickt gemacht werden soll: die Nacheiferung, der Fortschritt unserer süddeutschen kleineren Industriellen würden aufhören, und auf diese Weise litte die Gesammtheit einen Schaden, der bei einer spätern Wiedervereinigung nicht wieder gut zu machen sein würde.

* **Speyer,** den 13. Oct. Die 2. öffentliche Sitzung des Landraths hat begonnen. Der wichtigste Berathungsgegenstand ist der Bericht des 5. Ausschusses über die Zollfrage, dahin gehend: der Staatsregierung die dringende Nothwendigkeit der Erhaltung des Zollvereins vorzustellen, die unabsehbaren Nachtheile einer Sprengung desselben für die Pfalz zu bezeichnen, und hervorzuheben, wie eine Verbindung mit Oesterreich vielfach nur eine Vergrößerung des Uebels zur Folge haben würde. Näherer Bericht morgen.

Höllenmaschinenpolitik. Die Berliner Urwählerzeitung stellt in einem Artikel, worin sie zwar die reale Existenz der Marseiller Höllenmaschine bezweifelt, jedoch zugibt, daß in Frankreich solche elende Verschwörungen und verwerfliche Mittel schon zu Hause gewesen sind, über diesen Gegenstand folgende treffende Betrachtungen an: Woher kommt es, daß gerade diese Höllenpolitik in Frankreich so sehr im Schwunge ist? Woher kommt es, daß weder auf Ludwig XVIII. noch auf Karl X. so viel Attentate versucht worden sind als auf Ludwig Philipp, und, wie es jetzt den Anschein hat, auf Louis Napoleon? Die Antwort ist einfach. In einer Regierung, in welcher Principien herrschen, besteht ein ehrlicher Anhang an dieselben, selbst wenn die Mehrzahl des Volkes diesen Principien nicht huldigt. Unter Ludwig XVIII. und Karl X. hat das Princip der Legitimität geherrscht und die exaltirtesten politischen Verschwörer wußten, daß sie zwar die Monarchen plötzlich durch Höllenmaschinen beseitigen können, aber nicht das, was ihren Anhang schafft, das Princip. Unter Ludwig Philipp herrschte aber nichts als die persönliche Klugheit und Regierungslist, unter Ludwig Napoleon herrscht die eiserne Gewalt, die sich in den Händen dieses Mannes befindet. Gegen solche Regierungen, die ihre Endschaft völlig erreicht haben mit Beseitigung der Personen, die sie augenblicklich handhaben, können Verschwörer wol auf den Gedanken kommen, der ganzen Macht mit einem Schuß Pulver ein Ende zu machen. — Ist dies an sich eine Lehre über die Erscheinung der Höllenmaschinenpolitik selber, so können wir aus der Geschichte Frankreichs und seiner Höllenmaschinen eine zweite noch wichtigere Lehre entnehmen. Die Lehre heißt: Der gesunde Sinn des Volkes verabscheut die Politik der Höllenmaschinen, selbst wenn es die Regierungen für reif hält, gestürzt zu werden! Gegen Ludwig Philipp sind fast ein Dutzend Attentate ausgeführt worden und mehre Verschwörer sind hingerichtet und andere des Landes verwiesen worden. Hat, fragen wir, das französische Volk, als es Ludwig Philipp vom Thron und aus dem Lande vertrieb, auch nur Einen jener Hingerichteten als republicanischen Märtyrer bezeichnet? Hat es irgend Einer der verbannten Mörder gewagt, den französischen Boden in der Zeit des aufregendsten republicanischen Sieges zu betreten mit dem Anspruch, daß er ein verdienstvolles Werk gegen den Tyrannen unternommen habe? Hat irgend eine sogenannte rothe Partei oder Fraction daran gedacht, jene Attentate als patriotische Thaten zu bezeichnen? Nein! — Die Republik war da, und ihre begeistertsten, exaltirtesten Anhänger freuten sich ihrer als eines Princips, das gesiegt hat; Diejenigen aber, die ehedem als Märtyrer dieses Princips auftraten, gaben sie der Vergessenheit, ja der Verachtung anheim, nachdem es sich herausgestellt hatte, daß Principien und nicht Mordversuche siegen. Es gibt keine sprechendere Lehre dafür, daß ein Volk Mordversuche verabscheut, als die völlige Nichtbeachtung aller Attentate gegen Ludwig Philipp selbst zur Zeit, wo das Volk seinen Thron umstürzte! — Eine dritte und wichtigere Lehre noch stellt sich jetzt in Frankreich heraus. Zur Zeit Ludwig Philipps wurde nach jedem Attentate die oppositionelle Presse der Mitschuld angeklagt und es sind immer merkwürdige Processe gegen ehrenwerthe Schriftsteller und nicht minder Beschränkungen der freien Presse die Folgen derselben gewesen. Jetzt aber, wo es nur eine Regierungspresse in Frankreich gibt, erweist sich auch diese Beschuldigung als Lüge, denn wenn wirklich die Marseiller Höllenmaschine keine Policeierfindung ist, so ist sie doch noch weniger eine Ausgeburt der freien Presse! Dieß sind die nicht unwichtigen Lehren, welche wir aus der Geschichte der Höllenmaschine entnehmen können.

Bamberg, den 9. Oct. In dem Marktflecken Oberkotzau wüthete in der Nacht vom Dienstag auf den Mittwoch ein Brand, der über hundert Gebäude in Asche legte. Das Feuer kam im Oeconomiegebäude des Schlosses (einer Scheune an der Eisenbahn) Nachts 11¼ Uhr aus und dauerte bis Morgens 4 Uhr.

Frankfurt, den 11. Oct. Nach einer Mittheilung aus Wien hat das österreichische Cabinet die Regierungen der deutschen Bundesstaaten eingeladen, sofort Bevollmächtigte nach Wien zur Theilnahme an einer Conferenz zu senden, auf welcher die Unterhandlungen bezüglich einer Zolleinigung zwischen Oesterreich und den übrigen Staaten des deutschen Bundes fortgesetzt werden würden.

Es darf als eine bemerkenswerthe Erscheinung betrachtet werden, daß die Frankfurter Obligationen, welche selten von der Ungunst der Börse berührt wurden, durch den Einfluß der eingetretenen Zollvereinskrisis und des augenblicklich precären Geldstandes unseres Platzes mit in das starke Weichen der süddeutschen Papiere gezogen wurden, so daß sie durchschnittlich um mehrere Procent niedriger stehen, als zuvor. (Fr. J.)

— den 12. Oct. Die belgische Regierung hat, wie man von unterrichteter Seite her vernimmt, an alle europäischen Regierungen ein ausführliches Rundschreiben ergehen lassen, in welchem sie die zwischen Frankreich und Belgien gegenwärtig obschwebenden Differenzen eines Weiteren von ihrem Standpunct aus darthut. Der obersten Behörde des deutschen Bundes ist durch den bei ihr beglaubigten belgischen Gesandten, Grafen von Briey, dieses Rundschreiben bereits übermacht worden. (Frankf. Jour.)

Neuwied. Die Kartoffel-Stärkefabrik hier wurde in dem Wahne angezündet, daß sie den hohen Preis der Kartoffeln verursache.

Berlin, den 10. Oct. Die neulich durch einige Blätter laufende Nachricht, die Führer der eigentlichen constitutionellen Partei der jüngsten Kammern hätten sich dahin entschieden, bei den bevorstehenden Wahlen diesmal kein Mandat anzunehmen, entbehrt — wie nach näherer Erkundigung versichert werden kann — jedes Grundes. (Köln. Ztg.)

Breslau, den 7. Octbr. Die Krankheit des Erzbischofs Diepenbrock hat eine so gefährliche Wendung genommen, daß an seinem Aufkommen verzweifelt wird.

Seit dem 7. Oct. Abends bis zum 8. Morgens hat es zu Freiburg in Schlesien stark geschneit. Straßen und Dächer der Stadt, so wie die umliegenden Berge sind mit einer dichten Schneedecke belegt.

Wien, den 8. Oct. Der jüngst verstorbene Finanzprocurator für Niederösterreich, Ministerialrath Dr. Linden, der, wie schon erwähnt worden, die erste juristische Celebrität Oesterreichs gewesen, ist an den Folgen einer unvorsichtigen Hühneraugenoperation zu Grunde gegangen, indem er eine hierbei entstandene Wunde unbeachtet ließ, bis der Brand hinzutrat und den Tod herbeiführte. Bei der Stelle, welche der Verblichene im Staat und in der Wissenschaft einnahm, kann diese Todesart immerhin als Curiosum dienen.

Triest, den 7. Oct. Mit Vergnügen berichtige ich die Ihnen gestern gemachte Mittheilung von der Strandung des Kriegs-Schraubendampfers „Seemöve". Das Factum ist wahr, allein die Yacht wurde von dem kaiserl. Dampfer „Taurus" wieder flott gemacht und nach Pola geführt, von wo sie mit dem ersten günstigen Wind hier erwartet wird. (A. Z.)

Schweiz.

Bern, den 8. Oct. Der Bundesrath hat mehrere franz. Flüchtlinge, die sich in Genf aufhielten, internirt.

Belgien.

Nach der „Nation" lief in Brüssel am 8. d. das Gerücht, daß die französische Regierung die Aufhebung der Presse als Ultimatum gestellt habe. Die officiellen Blätter bringen weder eine Bestätigung noch Widerlegung des Gerüchts.

Italien.

Lombardei. Aus Mantua wird geschrieben, daß man die Gefängniße nicht genug erweitern könne. In der letzten Woche seien wieder gegen vierzig des Hochverraths Angeklagte eingekerkert worden.

Piemont. Nach Berichten von hier mehren sich die Petitionen um Vereinigung der Kirchengüter mit der Staatsdomäne, um Verminderung der Bisthümer und um Aufhebung der Klöster. Bereits haben die Gemeinderäthe vieler angesehener Städte sich für die Petition ausgesprochen.

Frankreich.

† **Paris**, den 11. Octbr. Wir erhalten die Aufsehen erregende Rede, welche Napoleon zu Bordeaux hielt, als Antwort auf einen Toast des Präsidenten der Handelskammer jener Stadt, der das Kaiserthum verlangte. Napoleon antwortete: „Die Einladung der Handelskammer und des Handelstribunals, die ich so gerne angenommen habe, liefert mir die Gelegenheit Ihnen für Ihren so herzlichen Empfang, für Ihre großartige Gastfreundschaft zu danken, und es ist mir zugleich lieb Ihnen zu Ende meiner Reise die Eindrücke zu schildern, die sie in mir erweckt hat. Der Zweck meiner Reise war, Sie wissen es, unsere schönen Provinzen des Südens kennen zu lernen, und deren Bedürfnisse selbst zu erforschen. Sie hat jedoch ein weit wichtigeres Resultat geliefert. In der That, ich sage es mit einer Freimüthigkeit, die eben so wenig Ehrgeiz, als falsche Bescheidenheit an sich trägt: Nie hat ein Volk unmittelbarer, einmüthiger und aus eigenem Antriebe seinen Willen, sich von den Sorgen der Zukunft frei zu machen, kundgegeben, indem es in der Hand, für die es Sympathien hegt, die Gewalt zu befestigen sucht. Dies kömmt daher, weil es jetzt die trügerischen Hoffnungen, mit denen man es eingewiegt hat, eben so gut kennt als die Gefahren, mit denen man es bedrohte. Es weiß, daß im Jahre 1852 die Gesellschaft ihrem Verderben entgegenging, weil jede Partei sich im Voraus über den Verlust des allgemeinen Stimmrechtes mit der Hoffnung tröstete, ihre Fahne auf den übrig gebliebenen Trümmern aufpflanzen zu können. Enttäuscht über die absurden Theorien, hat das Volk die Ueberzeugung gewonnen, daß seine angeblichen Reformatoren nichts als Träumer waren, denn es bestanden immer inconsequente Proportionen zwischen ihren Mitteln und dem versprochenen Resultat. Heute umgibt mich die Sympathie der Nation, weil ich nicht zu dem Geschlechte der Ideologen gehöre. Um das Wohl des Landes zu fördern, braucht es nicht der Anwendung neuer Systeme, sondern man muß vor Allem das Vertrauen zur Gegenwart und die Sicherheit der Zukunft herstellen. Deßhalb will Frankreich zum Kaiserreich zurückkehren. Es gibt einen Einwurf, den ich beantworten muß. Gewisse Gemüther (esprits) scheinen den Krieg zu fürchten. Gewisse Personen sagen: „das Kaiserreich, das ist der Krieg." Ich aber sage: „das Kaiserreich ist der Friede," denn Frankreich wünscht ihn, und wenn Frankreich befriedigt ist, ist die Welt ruhig. Den Ruhm kann man durch Erbschaft vermachen, aber nicht den Krieg. Möchten wol die Prinzen, die sich gerechterweise mit dem Titel der Enkel Ludwig des XIV. schmücken, die alten Kämpfe wieder erneuern? Man macht keinen Krieg aus Vergnügen, sondern aus Nothwendigkeit. Und in diesen Uebergangsperioden, wo neben den Elementen der Wohlfahrt auch die Keime des Todes sprossen, kann man mit Wahrheit sagen: „Wehe dem, der der Erste das Signal zu einer Collision geben wollte, deren Folgen unberechenbar sind." Ich muß jedoch eingestehen, ich habe eben so gut wie der Kaiser Eroberungen zu machen. Ich will wie er die gegnerischen Parteien für die Versöhnung erobern, und die feindlichen Abirrungen in die volksthümliche Strömung zurückleiten, bevor sie, ohne Jemanden genützt zu haben, untergehen. Ich will für die Religion, für die Moral, für den Wohlstand, den noch so zahlreichen Theil des Volkes erobern, das in Mitten eines Landes des Glaubens und der Frömmigkeit noch nicht die Principien des Christenthums kennt, das in dem fruchtbarsten Lande der Welt kaum im Stande ist, die unentbehrlichsten Producte des Bodens zu genießen. Wir haben unermeßliche Länderstrecken urbar zu machen, Straßen zu bauen, Häfen zu graben, die Flüße schiffbar zu machen, Canäle zu vollenden, unser Eisenbahnnetz zu vervollständigen; wir haben gegenüber von Marseille ein großes Königreich an uns zu fesseln, wir müßen alle unsere westlichen Häfen durch Schnelligkeit der Verbindungen, die uns noch fehlen, näher bringen; wir haben endlich überall Ruinen abzuräumen, falsche Götter zu bekämpfen und den Wahrheiten den Sieg zu bereiten. Dies sind die Eroberungen, mit denen ich mich beschäftige, und Ihr Alle, die Ihr mich umgibt, die Ihr das Wohl des Vaterlandes wollt, seid meine Soldaten!"

Die Strenge der Policei gegen beaufsichtigte Personen nimmt immer zu, und Verhaftungen hier und in den Departements finden alle Tage Statt.

Der Generalrath der Loire Inferieure hat den Wunsch abgegeben, die Verbannungsmaßregel gegen die Generale Bedeau und de Lamoriciere aufzuheben.

Bemerkenswerth ist die Antwort, die Louis Napoleon an den Cardinal Erzbischof von Bordeaux auf dessen Empfangsworte am Eingange der Hauptkirche der Stadt gab. Louis Napoleon schreibt darin zum ersten Mal die Huldigungen des Volkes der höheren Fügung oder dem „Walten der Vorsehung" zu.

Die plötzliche Abbestellung der Darstellung der Schlacht bei Toulouse scheint die auf dem Manöverplatze schon früh Morgens versammelten 50,000 Schaulustigen sehr unangenehm überrascht zu haben. Ueber die Veranlassung zu diesem unerwarteten Gegenbefehle sagt der Berichterstatter des Siecle, daß der allgemeinsten Meinung nach Louis Napoleon sich unwohl oder doch zu müde fühlte, um einem drei Stunden langen Exercitium beizuwohnen. Der Berichterstatter will aber für seinen Theil wissen, die wahre Veranlassung sei die, daß der Prinz es

habe vermeiden wollen, durch die Erinnerung an die Schlacht den alten Haß zwischen Frankreich und England wieder zu beleben.

Es ist jetzt positiv, daß der Senat binnen einigen Tagen zusammentreten wird. Man weiß bis jetzt noch nicht, ob es sich um den bloßen Empfang des Präsidenten handelt, oder ob die Kaiser- und die mit derselben in Beziehung stehenden Fragen sofort verhandelt werden sollen.

Man spricht von großen Razzias, die man noch vor der Ankunft Louis Napoleons in Ausführung bringen will. Die darüber circulirenden Gerüchte haben eine gewisse Aufregung hervorgebracht; mehre Personen sind sogar aus Angst aufs Land gereist, um derartigen Maßregeln zu entgehen. — Der Wiener Literat Maler, der 8 Tage aus unbekannten Gründen auf der hiesigen Polizeipräfectur gefangen saß, ist wieder frei.

Spanien.

Madrid, den 6. Octbr. General Navaez, der, wie Sie wissen, die Seebäder gebrauchte und beabsichtigte, den Winter in Aranjuez zuzubringen, hat den Befehl erhalten, sich wieder nach Loja zu verfügen und diesen Ort ohne Erlaubniß der Regierung nicht zu verlassen. — Ueber die verantwortlichen Herausgeber der fünf beschuldigten Blätter haben die Geschwornen das Nichtschuldig ausgesprochen. Die Gefangenen sitzen aber immer noch im Saladero (!) und hat die Regierung jegliche Caution, welche die Betroffenen angeboten haben, ausgeschlagen. Heute Abends soll nun der Königin-Mutter eine von den fünf Verhafteten unterzeichnete Bittschrift überreicht werden, um deren Freilassung bei ihrer Tochter zu bewirken.

Die englische Dampffregatte Antelope hat einen spanischen Guarda Costa, (ein kleines Kriegsschiff gegen Schmuggler), der bei der Verfolgung einer Schmuggler-Barke sich zu weit in die Gewässer von Gibraltar gewagt hatte, gefangen genommen.

Großbritanien.

London, den 9. Oct. Allenthalben in England werden Monumente zu Ehren Wellington's errichtet, so in Bristol, Exeter u. s. w. — Bei den jüngsten Stürmen ist eine ungeheure Menge von Schiffen von verschiedenen Größen und Nationalitäten an den Küsten Großbritanniens gescheitert, wobei von vielen die ganze Mannschaft oder ein Theil derselben umgekommen.

Türkei.

Konstantinopel, den 25. Sept. Man versichert, daß die Frage des Baues der Eisenbahn von Konstantinopel nach Belgrad definitiv gelöst sei und die Bauten nächstes Frühjahr beginnen werden.

Aegypten.

Alexandria, den 24. Sept. Der Eisenbahnbau wird mit Nachdruck betrieben und die schwierigen Grundlegungen am Mareotis-Ufer sind in raschem Fortschritt begriffen. Auf einem Raum von wenig Meilen sind gegen 8000 Mann beschäftigt. Im nächsten April sollen von Kairo bis Binua (27 Meilen) die Schienen gelegt, und wenn dieß geschehen, die Arbeiten da, wo die Linie über den Nil geht, in Angriff genommen werden.

Miscellen.

Der Sturmwind hat am 5. Oct. von einer im vorigen Jahre neu erbauten Kirche auf der Feste zu Coburg die Thurmspitze nebst einem Theil der Giebelfront herabgestürzt.

Der Gebrauch des Gases beim Kochen scheint in Berlin immer mehr in Anwendung zu kommen, und es sind nicht wenige Familien dort, welche gegenwärtig ausschließlich mit Gas kochen. Auch den Versuch, mit Gas zu heizen, hat man bereits gemacht, und zwar in einem Hause, wo Gas gebrannt wird.

Am 9. Oct. wurden in Paris vor dem Zuchtpolizeigerichte, nach Art. 480 (§. 4) des Strafgesetzbuches neun Somnambulen zu 15 Franken Strafe und fünf Tagen Gefängniß verurtheilt, — und zwar, heißt es im Urtheil, weil sie ihre eigenen Träumereien und Träume mit allen Erklärungen und nur möglichen Deutungen dem Publikum verkauft und überlassen hätten.

Das Journal Le Droit berichtet, daß am 2. Oct. drei Kinder in der Gemeinde Chezery, Arrondissement von Gex, die Ziegen ihrer Eltern auf den Jura getrieben und vom Sturme erstickt worden sind, als sie auf der östlichen Seite Haselnüsse gesucht. Man fand die Leichen, das Gesicht zur Erde gekehrt, neben sich ihre mit Nüssen gefüllten Säcke. Die ärzliche Untersuchung stellte heraus, daß sie erstickt waren.

Es gibt gegenwärtig kein Land in Europa, wo das Volk so billiges Brod ißt, als in der Walachei, indem der 2½ Pfund schwere Laib Weißbrod nur 4 kr. und von schwarzem Brod nur 3 kr. kostet.

Die öffentlichen Bäder und Waschanstalten Londons für die arbeitende Classe erfreuen sich von Tag zu Tag eines gedeihlicheren Fortganges. Die 7 Anstalten wurden im letzten Vierteljahre von 378,167 Badenden besucht, was 4884 Pfund einbrachte und von 41,535 Wäscherinnen, die für 93,386 Stunden 506 Pfund zahlten. Die Bäder kosten 2 Pence und die Stunde zum Waschen, wofür die Anstalt Waschgeschirr und heißes Wasser liefert und die Wäsche trocknet, 2 Pence.

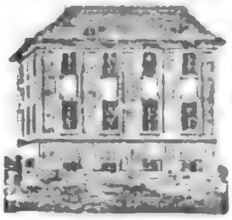
Geldcourse.

Frankfurt, den 12. Oct. Pistolen 9 fl. 43 — 44 kr., Ducaten 5 36 — 37, 20-Franken-Stücke 9 28 — 29, Holländische 10fl.-Stücke 9 52½ — 53½, Preußische Thaler 1 45—45½, Fünffrankenthaler 2 fl. 21½—22 kr.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1270] **Versteigerung eines Hofgutes.**



Freitag, den 12. November nächsthin, Vormittags um 10 Uhr, auf dem Ansbacher Hofe, läßt Hr. Jacob Carra, Gutsbesitzer allda, wegen Veränderung seines Wohnsitzes, einen Theil des Ansbacher Hofes, bestehend in 50 Tagwerken Acker- u. Wiesenland, einem Wohnhaus und in Oeconomiegebäuden, öffentlich versteigern.

Das Wohnhaus und die Oeconomiegebäuden sind ganz neu in einem gefälligen Style und sehr solid aufgeführt. Die Ländereien sind in bestem Zustande, treffliches Acker- und Wiesenland. — Von dem Steigpreise können 3000 fl. verzinslich stehen bleiben.

Bei dieser Gelegenheit werden noch 8 Tagwerke Acker- und Wiesenland, im Banne von Reipoltskirchen gelegen, und eine vollständige Brennereieinrichtung versteigert.

Sollte das Gut keine Steigliebhaber finden, so wird dasselbe im Ganzen oder auch im Einzelnen verpachtet.

Mittlerweile kann auch das Gut aus freier Hand verkauft werden.

Wolfstein, den 11. October 1852.

Aus Auftrag:
Gelbert, Notar.

[1258*] **Wein-Verkauf.**

Wegen Räumung der Keller werden die zum Nachlasse des verlebten Herrn J. B. Heiligenthal in Landau gehörigen Weine in größeren und kleineren Partien, billigst abgegeben.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro. 247.) den 14. October 1852.

Deutschland.

*** Literatur.** Vor Kurzem wurde folgende Schrift in den Buchhandel gebracht: „Die deutsche Volksbewegung; Geschichte des Jahres 1848 von Dr. Ferd. Röse, Privatdocent der Philosophie in Tübingen." Das Werkchen sollte bereits 1849 veröffentlicht werden, — die ursprüngliche Verlagshandlung aber gerieth in Concurs, und so kam das Buch erst jüngst in den Besitz der jetzigen Verleger Mäcken und Jonghaus in Reutlingen, und nun in den Buchhandel. Da es uns zur Zeit noch durchaus an einer unbefangen abgefaßten und zumal volksthümlichen, kurzen Geschichte des ewig denkwürdigen Jahres 1848 mangelt, und die vorliegende Schrift wenigstens den nächsten Anforderungen besser als das, was uns in dieser Beziehung bisher zu Gesichte gekommen, entspricht, so wollen wir auf dieselbe empfehlend aufmerksam machen, um so mehr, als sie (bei einem Umfange von ungefähr 300 Seiten) nur 36 Krzr. kostet, und die Hauptereigniße klar, bündig und freimüthig schildert. Die Haltung des Verfassers dürfte durch folgende Stelle über Communismus u. s. f. genügend bezeichnet sein. Nachdem er die Gebrechen in manchen unserer socialen Verhältniße anerkannt, fährt er fort:

„Ist aber in dem Schreckenssystem eines Baboeuf und Quenisset oder in den friedlichen Phantastereien eines Cabet und in den Abstractionen eines Proudhon ein Weg zur gründlichen practischen Abhülfe gegeben? In allen germanischen Ländern, von der Schweiz bis England, wird man selbst *die Massen* der hülflosesten Arbeiter keinen Augenblick überzeugen können, daß, wie Proudhon sagte, die Anarchie die rechte Art des Gemeinwesens sei, und ebenso wird jeder noch so schwache Versuch einer practischen Durchführung der Güter-, Arbeits- und Bildungs-Gemeinschaft sogleich die Nichtigkeit der Cabet'schen Theorieen beweisen. Wie Letzterer auf Vernichtung der Grundlage aller menschlichen Existenz, nämlich auf Verläugnung *der Individualität*, ausgeht, zerstört Proudhon das nothwendige *Maß der Freiheit*, welches in despotischen Staaten *die naturwüchsige Staatsanstalt*, in freien Staaten dagegen *jeder Einzelne* aus vernünftiger Entschließung der an sich schrankenlos sich ausdehnenden Individualität *selbst auferlegt*. Haben dieses doch von dem Augenblicke an selbst in Paris die Proletarier, welche arbeiten können und wollen, sogleich eingesehen; man braucht deßhalb nur das Blatt der practischen Socialisten (Reformisten) „L'Atelier" nachzulesen, um zugleich auch zu erkennen, daß mit der Freiheit ein hoher sittlicher Ernst sich dieser wahren Führer der Massen, namentlich in ruhigen Zeiten, bemächtigt hat, und daß es nur eines gerechten Entgegenkommens von Seiten der Gebildeten und Begüterten bedarf, um mit Hülfe dieser Vermittler die Pläne der an sich und der Welt verzweifelnden Umsturzmänner und sozialistischen Phantasten gründlicher zu hintertreiben, als es bei der ungeheuern, täglich sich mehrenden Masse des Proletariats auf die Länge durch Waffengewalt und Schrecken möglich wäre."

*** Betrachtungen.** Franz v. *Spaun*, in seinem „politischen Testamente" sagt treffend und wahr: „In dem Staat, welcher bürgerliche Freiheit ehrt, gilt auch die Ansicht des Bürgers etwas; die Regierung wünscht zu *überzeugen*, damit sie desto sicherer herrsche, nicht zu herrschen, um eine Ueberzeugung zu schaffen."

*** München,** den 10. Oct. Die unerwartete Quiescirung des Hrn. Prof. *Neumann* hat nicht geringes Aufsehen erregt. Man wußte längst, daß er manchen Leuten ein Dorn im Auge war. Allein Neumanns vorsichtiges Benehmen, sein Bemühen, sich von gewissen Dingen fern zu halten, ließen nicht ahnen, was nun erfolgt ist. Die Landtage haben wiederholt größere Summen für die Universitäten bewilligt, namentlich um dem Ministerium die Möglichkeit der Berufung auswärtiger Notabilitäten zu gewähren. Nun ist es aber notorisch, daß in ganz Deutschland Neumann in seinem Fach zu ersetzen Niemand im Stande ist. — Diese Quiescirung, so wie die neuliche der Hrn. v. Arnold und Kapp, brachte eine vielfache Sensation hervor. —

Frankfurt. Die gesetzgebende Versammlung hat die von dem Bunde geforderten Verfassungsänderungen für sehr unheilvoll erklärt, aber ihre Durchführung dem Senat unter seiner Verantwortlichkeit anheimgegeben. Echt deutsch! (Beob.)

Wiesbaden. Dem Gutenbergsverein hat die Policei Casse und Bücher abgenommen.

Hamburg, den 7. Oct. Vor längerer Zeit (sagen die Hamb. Nachr.) haben wir die Vorstellungen mitgetheilt, die von Seiten der invaliden schleswig-holsteinischen Officiere beim Bundestag und bei den sämmtlichen Regierungen der deutschen Einzelstaaten in Anlaß der von Seiten Dänemarks vertragswidrig ihnen vorenthaltenen „Unterstützungen" eingegeben worden sind. Die hannover'sche und die braunschweigische Regierung haben dieser Tage auf die bei ihnen eingegangenen Vorstellungen Erwiederungen ertheilt. In der Hannöver'schen heißt es: . . . „daß die diesseitige Bundestagsgesandtschaft angewiesen ist, für eine Berücksichtigung der von Ihnen bei der deutschen Bundesversammlung eingereichten Anträge bei vorkommender Gelegenheit in geeigneter Weise zu wirken. Das unterzeichnete Ministerium hält es indessen für seine Pflicht, zugleich darauf hinzuweisen, daß zur Zeit ebensowenig über das Ergebniß der diesseitigen Bemühungen ein bestimmtes Urtheil gefällt als eine Aussicht auf Erfolg eröffnet werden kann." Die Braunschweig'sche Antwort geht dahin: . . . „daß die Regierung Sr. Hoheit diese Ansprüche kräftigst befürworten und unterstützen wird."

Italien.

Turin, den 3. Oct. Die Verhandlungen mit Rom wegen Abschließung eines Concordats scheinen wieder aufgenommen zu sein. — Ueber einen Vorfall in Basaluzzo (Provinz Novi) erfährt man folgendes: Ein gewisser Specereihändler, Gemme, Vater mehrerer Kinder, ein guter Bürger, gemäßigter und ehrlicher Liberaler, hatte zwei priesterliche Brüder, deren einer Pfarrvicar war. Der sehr betagte Vater desselben machte ein Testament, und hinterließ sein ganzes Vermögen seinen beiden priesterlichen Söhnen, so daß dem Specereihändler nur das zufiel, was ihm nach den Landesgesetzen nicht genommen werden konnte. Ueber diese Ungerechtigkeit beklagte sich dieser öffentlich sehr bitter, und bezeichnete seine Brüder als Ursache seiner Hintansetzung. Als er eines Abends nach Hause zurückkehrte, traf ihn ein Schuß, der ihn leicht verwundete, da das Gewehr nur mit kleinen Schroten geladen war; gleichzeitig aber trifft ihn ein zwei-

ter Schuß an den Kopf, und dieser betäubt ihn dergestalt, daß er bald darauf von einem Schlaganfall betroffen wird. Man eilte, der Beichte und letzten Oelung wegen, zum Pfarrer; er weigert sich, der Pfarrvicar ebenfalls. Man geht nach Novi, die Sache wird bekannt, und die Gemeinde schickt einen andern Geistlichen, der dem Kranken die Sacramente reicht. Er stirbt. Der Fiscus läßt die Leichenschau vornehmen, und diese ergibt: Zerschmetterung der Hirnschale durch den Schuß. Die Priester von Basaluzzo verweigern nun auch das Begräbniß. Bevölkerung und Behörden von Novi gerathen in Aufregung, der Intendant meldet die Sache telegraphisch dem Ministerium, die Priester von Novi erbieten sich, auf erhaltenen Befehl vom Ministerium, das Begräbniß vorzunehmen, wenn man den Leichnam von Basaluzzo auf den Kirchhof von Novi bringe. Das Anerbieten wird angenommen, und mehr als 2000 Einwohner von Novi, der Clerus und sämmtliche Behörden wohnten dem Leichenzug bei. Der Bischof von Tortona aber suspendirte die Priester von Novi theils a divinis, theils vom Beichthören. (!!)

Miscellen.

Zu La Carolina, dem Hauptorte der deutschen Colonie in der Sierra Morena in Spanien, starb am 30. September der letzte der dorthin eingewanderten Deutschen. Er hieß Paul Firmenich, war 121 Jahre 6 Monate und 8 Tage alt geworden und hatte im Jahre 1774 mit Frau und 8 Kindern seinen Geburtsort Maischoß im Ahrthale verlassen, um in Spanien unter dem Scepter Karl III. sein Heil zu versuchen. Paul Firmenich hat alle seine Kinder überlebt, an Enkeln, Urenkeln und Ur-Urenkeln sind 82 am Leben. Wie die Espanna sagt, hatte dieser Mann die Ehre, 22 Mal Alcalde seines Ortes zu sein und als solcher drei Könige dort zu empfangen. Er hatte seit 16 Jahren das Gehör und die Sprache verloren, war aber sonst geistig noch ziemlich rüstig. Seit 30 Jahren hatte er weiter keine Nahrung zu sich genommen, als Honig, Brod und Wasser und hin und wieder etwas Milch. Paul Firmenich war der einzige in Spanien lebende Mann von über hundert Jahren.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1262³] **Bekanntmachung.**

Die Inscription an der königl. polytechnischen Schule zu München für das Studienjahr 18 52/53 beginnt mit dem 28. und endet mit dem 30. d. Mts., von welchem Tage an die Aufnahme definitiv geschlossen ist. Die Unterrichtsgebühren betragen für die Eleven der beiden unteren Curse und jene des Ingenieur-Curses (gemäß höchster Verfügung des königl. Staatsministeriums) jährlich 12 fl., und die des III. Curses jährlich 15 fl. — Hospitanten haben für jeden einzelnen Unterrichtsgegenstand ein Honorar von jährlich 6 fl. zu entrichten.

Nur in legaler Form ausgestellte und aus der neuesten Zeit datirende Armuthszeugniße können in dem einen wie in dem anderen Falle von der Entrichtung des betreffenden Honorars befreien.

Hospitanten und alle Jene, welche nicht im Besitze des Jahreszeugnisses einer öffentlichen Lehranstalt sind, haben bei ihrer Anmeldung zur Aufnahme zugleich ein amtliches Sittenzeugniß vorzulegen.

Die Vorlesungen beginnen mit dem 3. November d. Js. nach dem im Lokale der Anstalt durch Anschlag bekannt gegebenen Unterrichtsplane.

München, den 6. October 1852.

Das königl. Rectorat der polytechnischen Schule:

Dr. Alexander, Rector.

[1269²] Zur Uebernahme eines soliden, der Mode nicht unterworfenen Artikels wird ein solider Geschäftsmann gesucht und Anmeldungen unter H. S. Nro. 4 franco und post restante Frankfurt am Main erbeten.

[1268] Ein solider **Uhrmacher** erhält Arbeit bei Heinrich Rothhaas, Uhrmacher in Bergzabern.

☞ Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleistet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreisung sein wird, mit der Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft. ☜

Königl. bayerisch und königl. würtembergisch concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geschwollene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken- und Kopfschmerzen, auch Seitenstechen. Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen und königl. würtembergischen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchst preislichen Ministerien in Baiern und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ 30 kr.

Zeugniß.

Kürzlich ein Stückchen dieser Leinwand gegen Gicht-Rheumatismus erhalten und mit entsprechendem Nutzen gebraucht zu haben, so daß meine früheren bedeutenden rheumatischen Schmerzen an verschiedenen Körperstellen wie weggeflogen sind, es mir auf meiner Brust ganz leicht ist und ich wie neu geboren bin; obwohl ich in meinem 68. Lebensjahre öfters Gichtpapier für diese Leiden aufgelegt habe, aber mir nichts half, gestehe ich, daß diese Leinwand mich auffallend schnell hergestellt hat.

Schwäb.-Gmünd, im K. Würtemberg, 21. Mai 1849.

Anton Beißwingert,
kgl. Goldarbeitermeister.

Die Echtheit hievon beglaubigt Gmünd, 23. Mai 1849.

Liebherr, kgl. Oberamtmann.

☞ Diese Gichtleinwand ist in Speyer einzig und allein zu bekommen in der Handlung von **Louis Cron**, und in Kirchheimbolanden bei Buchhändler **Ruff**. [1270]

[1267³] **Das Anlehen deutscher Fürsten und Edelleute,** garantirt vom Prinzen Friedrich von Preußen, Herzog von Nassau, Herzog von Meiningen, Herzog von Sachsen-Coburg u. a. m. bietet die schönen Gewinne von 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 14,000, 13,000, 12,000, 11,000, 10,000, 10 à 5000 fl.

Nächste Ziehung am 15. November 1852.

Actien können zu nachstehenden Preisen bezogen werden: einzelne à 1 fl. 30 kr., 4 Stück 5 fl., 9 Stück 10 fl., 20 Stück 20 fl., 56 Stück 50 fl. durch unterzeichnetes Großhandlungshaus, welches prompte Zusendung der Listen sichert.

Julius Stiebel jun. und Comp.
Banquier in Frankfurt a. M.

[1266³] **Bierbrauerei-Veräußerung.**

Wohnortsveränderung wegen läßt am 25. d. Mts., Mittags 1 Uhr, in seiner Behausung zu Rheinsheim, Johann Michael Schneider, Bierbrauer, seine allda im Jahre 1843 nach neuester Art eingerichtete, ganz neu aus Stein erbaute Brauerei mit Wohn- und Oeconomiegebäuden, mit oder ohne Einrichtung, auf Eigenthum versteigern; bis dahin kann aber auch das Ganze aus freier Hand gekauft oder gemiethet werden. Sämmtliche Gebäulichkeiten befinden sich auf einer Fläche von 320 nürnberger Ruthen und bestehen aus einem zweistöckigen Wohnhause mit großen Wohn- und Wirthslokalen, sehr geräumigem Brauhaus und Luftmalzspeichern, Malzdörre, Malzschrotmühle, 6 gewölbten Kellern, 2 Pumpbrunnen, Waschküche, Scheuer und Stallungen. Da dieses Anwesen ganz in der Nähe von Germersheim liegt und von dessen Garnison stark besucht wird, so berechtigt dies zur besondern Empfehlung.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 248 | den 15. October 1852.

Die dritte Partei in Nordamerika.

* **Philadelphia**, den 21. Sept. Es ist etwas faul in Dänemark, sagt bekanntlich Hamlet. Auch wir können sagen: es ist etwas faul in unserer Union, und das ist namentlich das Parteiwesen.

Lesen Sie die „Plateformen" durch, wie sie von unsern beiden Nationalconventionen, jener der Democraten und jener der Whigs, in Baltimore aufgestellt worden sind, so wird Ihnen zweierlei auffallen: einmal die ungeheure Aehnlichkeit zwischen beiden, und dann der stabile, fast reactionäre Geist, der in beiden sich kund gibt. Sie gewahren nicht einen Punct, der den Anforderungen der Gegenwart entspricht. Der Humanismus, der mit der Zeit fortschreitet, die Partei des Fortschrittes, findet keinen Anhaltspunct in denselben.

Drei Fragen sind es hauptsächlich, die in der neuesten Zeit unsere Union in Bewegung setzten: die Interventionsfrage, die Sclavenfrage und die Freibodenfrage. Erlauben Sie mir, das Wesentliche dieser Fragen etwas näher zu definiren. Es dürfte dieses um so nothwendiger erscheinen, da ohne die Kenntniß derselben das Verständniß des politischen Lebens und Treibens in unserer Republik nicht wohl möglich ist.

Was die Interventionsfrage betrifft, galt seither in der herrschenden Politik der Union der Grundsatz, sich in keinerlei Weise einzumischen in die Angelegenheiten fremder Völker und Staaten. Mögen andere Völker sich selber helfen, unsere Politik soll sich lediglich darauf beschränken, die Republik zu erhalten, ihr Ansehen nach Außen zu mehren, ihren Wohlstand im Innern zu fördern. Zur Rechtfertigung dieser Politik beruft man sich auf eine Stelle in Washingtons Testament, worin er sein Volk vor verstrickenden Bündnissen mit dem Auslande warnt und ihm die Pflege der inneren Interessen empfiehlt.

Wir wollen nicht untersuchen, ob Washingtons Worte mit Recht oder Unrecht zur Rechtfertigung dieser Politik angerufen werden. Washingtons Rath war jedenfalls ein ganz vortrefflicher für den jugendlichen Freistaat, der nach dem jahrelangen Freiheitskampfe und nach den ungeheuersten Kraftanstrengungen der Ruhe und Erholung bedurfte, um sich zu consolidiren und in sich selber zu erstarken. Aber die Verhältniße sind seitdem ganz andere geworden. Die Vereinigten Staaten haben seit der kurzen Zeit ihres Bestehens eine Macht entwickelt, von der die Weltgeschichte kaum ein Beispiel aufzuweisen hat. Wie Rußland der Vorkämpfer für den Absolutismus, so ist die Union bestimmt, die Vorkämpferin für die Völkerfreiheit zu werden. Im Interesse der eigenen Selbsterhaltung müssen die Vereinigten Staaten für die freisinnigen Ideen in die Schranken treten; denn siegt der Absolutismus, so wird er, hat er erst den Rest der Freiheiten der alten Welt vernichtet, auch seine Hände nach den Freiheiten des nordamerikanischen Volkes ausstrecken. Darum ist es heilige Pflicht der Union, das Ringen der Völker nach freien Regierungsformen zu unterstützen; namentlich aber dürfen sie nicht dulden, daß, wenn ein Volk für seine Freiheit ringt, eine dritte Macht sich einmischt und die Freiheitsbestrebungen mit ehernem Fuße niedertritt. Darum soll an die Stelle des seitherigen Principes der Nichtintervention der Grundsatz treten: Intervention gegen Intervention.

Diese Ansicht, schon seit längerer Zeit von mehreren unserer Staatsmänner, namentlich von dem wackern Caß aufgestellt und vertheidigt, ist seit Kossuths Auftreten in den Vereinigten Staaten von Neuem in den Vordergrund getreten und aufs lebhafteste agitirt worden. Sie hat eine imposante Zahl von Anhängern, und gerade die erleuchtetsten Männer der Union sind ihre Bekenner.

Und wie verhalten sich die beiden „Plateformen" in Bezug auf diese Frage? Jene der Whigs sagt mit dürren Worten: Wir haben zwar Sympathien für die Freiheitsbestrebungen anderer Völker und wünschen ihnen das beste Gelingen; aber thun können wir nichts für sie; die Plateform der Democraten aber enthält einen Passus über diese Angelegenheit, der so dunkel und so zweideutig abgefaßt ist, wie ein delphischer Orakelspruch und unverkennbar das Bestreben verräth, um die Sache herumzuschleichen; mit einem Worte, die demokratische Erklärung ist nicht viel besser und dabei weniger offen und ehrlich, als die directe Ablehnung der Whigs.

Wir kommen nun zur zweiten oder zur Sclavenfrage. Die Sclaverei ist ein Uebel, das die Union aus den Zeiten der englischen Monarchie als eine gefährliche Erbschaft mit überkommen hat, ein Krebsschaden, der an dem Marke des jungen Freistaates nagt und ihm Auflösung und Zerstörung droht, wenn nicht bei Zeiten gesteuert wird. Sclaven in dem freiesten Lande der Erde! Das ist gewiß der colossalste Widerspruch, den die Geschichte aufzuweisen vermag.

Es ist bekannt, daß die Sclavenfrage schon nahe daran war, die Auflösung der Union, den Bürgerkrieg und die Trennung der nördlichen und südlichen Staaten herbeizuführen. Um das drohende Uebel zu beseitigen, schuf der vorletzte Congreß die sogenannten Compromißmaßregeln, welche den südlichen Staaten den Besitz der Sclaven garantirt und den Sclavenhaltern gestattet, die entflohenen Sclaven auch in jenen Staaten der Union zu verfolgen und zur Haft zu bringen, in denen die Sclaverei gesetzlich nicht geduldet ist, und nicht allein die Behörden, sondern jeder Bürger ist verpflichtet, dabei hülfreiche Hand zu leisten. Dieses Gesetz, bekannt unter dem Namen „des Sclavenjagdgesetzes" hat schon zu den größten Abscheulichkeiten, zu Aufruhr und Mord geführt.

Die beiden Plateformen der Baltimorer Nationalconventionen sprechen sich für die Aufrechthaltung der Compromißmaßregeln aus, weil sie darin das einzige Mittel erblicken, die Auflösung der Union, die Trennung des Nordens von dem Süden zu verhindern; ja sie gehen noch weiter, sie sprechen sich gegen alle und jede Agitation zur Abschaffung der Sclaverei aus. So enthält die democratische Plateform die ausdrückliche Erklärung, daß die democratische Partei Widerstand entgegensetzen wird allen Versuchen sowol im Congresse als außerhalb desselben, die Sclaverei-Agitation zu erneuern, in welcher Gestalt oder unter welcher Farbe der Versuch auch immerhin gemacht werden möge. In ganz gleichem Sinne spricht sich die Whig-Plateform aus.

Die Sclaverei ist ein Uebel, das nicht über Nacht abgeschafft, sondern nur allmählig beseitigt werden kann, und die Compromißmaßregeln, sind nothwendig, um die drohenden Folgen dieses Unglücks einstweilen ferne zu halten. Darin sind alle Parteien einverstanden; daß aber die Plateformen der beiden Parteien sich nicht begnügen, sich für die Aufrechthaltung der Compromißmaßregeln auszusprechen, daß sie sich gegen jede Agitation für Abschaffung der Sclaverei erklären, daß sie uns die Freiheit rauben wollen, für die Aufhebung des eben so ungerech-

ten, als verhaßten Sclavenauslieferungsgesetzes auf gesetzlichem Wege zu wirken, das ist ein Eingriff in unsere republicanischen Rechte, den man am wenigsten von einer Partei erwarten sollte, welche sich die democratische, d. h. die Partei des Fortschritts nennt.

Die dritte Frage endlich ist die Freibodenfrage. Schon der treffliche Jefferson hat darauf hingewiesen, daß dasselbe Uebel, welches wir in den großen Städten Europas finden, die Ueberhandnahme des Proletariates und die Vermehrung der Verbrechen gegen Leben und Eigenthum, auch den Städten unserer Union droht, wenn dem allzugroßen Anhäufen der Menschenmassen nicht durch einen entsprechenden Abfluß nach dem Innern des Landes vorgebeugt wird. Welche Masse von Kraft, die jetzt ungenützt in unseren Seestädten verdirbt, könnte zur Urbarmachung der noch nicht angebauten Theile der Union verwendet werden, wenn unsere Nationalgesetzgebung eingreifen, wenn sie die Ansässigmachung der ärmeren Classe erleichtern wollte. Ein großer Theil des National- oder sogenannten Congreßlandes wurde seither um geringen Preis an wucherische Speculanten verkauft, die es in Parcellen zerlegten, wieder verkauften und ungeheuern Gewinn zogen. Noch existiren 21 Millionen Acres unverkauften Congreßlandes. Tretet dieses Land unentgeltlich nach einem Maßstabe, daß es zur Ernährung einer Familie hinreicht (etwa in Parcellen von 160 Acres) an solche Leute ab, welche sich darauf niederlassen und es bebauen wollen, und ihr werdet das Proletariat aus den Städten entfernen, ihr werdet Tausenden und Tausenden eurer Bürger eine freie Heimathstätte gewähren, ihr werdet schnell die Urwälder gelichtet und die undurchdringlichen Wildnisse in blühende Fluren umgewandelt sehen.

Das ist das Princip der Freesoiler oder Freibodenmänner. Anfangs war es nur eine schwache Partei, die mit diesem Vorschlage hervorzutreten wagte; jetzt ist diese Partei schon zu einer Macht geworden, die zahlreiche Anhänger und Vertreter in den Hallen unseres Congresses hat. Schon hat unser Repräsentantenhaus ein Gesetz votirt, welches, ganz im Sinne der Freesoiler, die unentgeltliche Ueberlassung des Landes an wirkliche Bebauer verfügt; leider aber war unser Senat zu sehr mit Wortgezänke und Präsidentenmacherei beschäftigt, als daß er Zeit gefunden, sich mit diesem wichtigen Gegenstande zu beschäftigen, und so kam das Gesetz für diesmal nicht zu Stande.

Ueber diese wichtige Frage, eine wahre Lebensfrage für unsere Union, spricht keine der beiden Plateformen auch nur ein Wort.

So haben die Plateformen der beiden Parteien alle Anhänger der Kossuthschen Interventionstheorie, alle Gegner der Sclaverei und die große Masse der Freibodenmänner unbefriedigt gelassen. Sie haben sich darum von den herrschenden Parteien ab- und einer neuen im Bilden begriffenen Partei zugewendet, die man bald die dritte Partei, bald die junge, bald die freie Democratie nennt, die aber allein als die Partei des Fortschrittes, die wahre democratische Partei bezeichnet werden kann, und mit der Zeit eine totale Umgestaltung unseres jetzigen faulen Parteiwesens herbeiführen wird.

Ueber die Bestrebungen, die Aussichten und Erfolge der dritten Partei behalte ich mir weitere Mittheilungen in einem eigenen Artikel vor. L.

• **Speyer,** den 13. Oct. In der heutigen Landrathssitzung brachte, wie bereits kurz erwähnt, der Ausschuß seinen Antrag in der Zollfrage zur Vorlage. Der Referent, Hr. Walz, trug denselben mit dem Bemerken vor, daß der gesammte Ausschuß einstimmig dessen Annahme vorschlage. Es ist in dieser Vorlage ausgedrückt: Der Landrath halte es für Pflicht, den ersten Moment seines Beisammenseins zu benützen, sich mit der den ohnehin geschwächten Wohlstand der Bevölkerung mehr als irgend etwas Anderes bedrohenden Frage zu beschäftigen. Alle Handelsbeziehungen, wie sie sich seit Jahrzehnten gebildet, würden mit dem Zollverein zerrissen werden; die Handelsproducte des Landes, namentlich Wein und Tabak, fänden ihren Absatz nach dem Norden; nach Sprengung des Vereins würde die Pfalz durch die preußische und die ohnehin bestehende französische Mauth auf ¾ ihrer Grenzen eingeschlossen und blokirt; eine Verbindung mit Oesterreich böte keine Entschädigung, verdoppelte vielmehr das Uebel; einerseits würde die Verbindung mit Preußen unterbrochen, andererseits entstünde eine neue Concurrenz, die österreichische; handelte es sich um die Einigung des gesammten Deutschlands, so würde die Pfalz vor keinem Opfer zurückschrecken, allein eine Verbindung mit wesentlich nichtdeutschen Völkerschaften solle nicht erkauft werden durch die Lostrennung von deutschen Stämmen; hätte einmal eine Trennung stattgefunden, so wäre eine Wiedervereinigung um so mehr erschwert, weil dann Preußen einem andern Handelssysteme sich zuwenden würde; dagegen stehe anzunehmen, daß, wenn auf die Verbindung mit Oesterreich verzichtet werden wollte, alsdann Preußen sich dazu verstehen werde, auf die langjährigen gegründeten Beschwerden des Südens wegen der Ausgleichungsabgaben rc. zu verzichten.

Der seit der vorigen Sitzung hier eingetroffene Landrath Hrn. Notär Keller von Landau hatte gleichfalls einen Antrag in dieser Sache ausgearbeitet, der vom nemlichen Standpunct, wie jener des Ausschußes, ausgeht. Verschiedene Puncte sind indessen noch prägnanter darin hervorgehoben. Es wird gezeigt, daß außer der Landwirthschaft auch die Gewerbeindustrie gefährdet ist; bedeutende Capitalien stehen auf dem Spiele; mit fieberhafter Spannung sehe man einer gänzlichen Umgestaltung der gewerblichen rc. Verhältnisse entgegen; mit ängstlichem Auge blicke die ganze Bevölkerung auf diese Veränderung; eine Verbindung mit Oesterreich sei nachtheilig, — mit einem Lande von zerrütteten Finanzen, mit Papiergeld, und den bekannten finanziellen Operationen; gerade durch eine Verbindung mit Oesterreich würde den diesseitigen Erzeugnißen vielfach der Markt entzogen; statt die Pfälzer an ihr Vaterland zu knüpfen, würde eine Sprengung des Zollvereins dieselben noch mehr über die Meere treiben, wodurch Menschen und Capitalien massenhaft dem Lande entzogen werden rc.

Es fand eine längere Discussion über die Geschäftsbehandlung statt. Schließlich ward ein Antrag des Hrn. Moschel einstimmig angenommen, wonach vorerst beide Vorschläge den sämmtlichen Mitgliedern autographirt mitgetheilt werden sollen.*)

Die Zollfrage. Die Kasseler Zeitung berichtet, daß Oesterreich die Zollangelegenheit sogleich nach Ablauf der Bundestagsferien vor den Bundestag bringen werde. Das gedachte Blatt will diese Nachricht von verschiedenen Seiten, namentlich aus Wien, erhalten haben. Nach der letzterwähnten Mittheilung ist Oesterreich bereit, schon am 1. Januar 1854 seine Gränzen den sieben Staaten zu öffnen, die Einrichtungen des Zollvereins anzunehmen, die Zolleinigung mit denselben definitiv abzuschließen, behufs welcher

*) Die Pfälzer Ztg., welche nicht müde wird, ihr Gift gegen „radicale Blätter" auszuspritzen, dabei aber, wenn sie als Antwort darauf eine Züchtigung empfängt, Zeter darüber schreit, sucht die Wiedererwählung des frühern Landrathspräsidenten, Hrn. Krämer, zu dieser Stelle, in ihrer jämmerlichen Weise zu einem Angriff auf die Speyerer Ztg. zu benützen, wobei sie sich nicht entblödet, die gedachte Wiedererwählung als Parteisache darzustellen. Zur Würdigung für das mit den Personen und Verhältnißen nichtbekannte auswärtige Publicum bemerken wir blos, daß gerade bei jener Wahl auch nicht der entfernteste Parteikampf stattfand, daß Hr. Krämer einstimmig gewählt ward, daß sich derselbe aber, allen seinen Antecedentien nach (vom Landtag 1825 an bis zur vorigen Landrathsversammlung) ganz gewiß nicht dazu verstehen wird, dem Hrn. Jäger ein Zeugniß auszustellen, daß er sich zu dessen heutigen politischen „Ueberzeugungen" bekenne. Einer weitern Antwort wird jene auf Gehässigkeiten abzielende Albernheit wol schwerlich bedürfen. D. Red.

die Schlußkonferenz schon am 20. d. M. in Wien beginnen dürfte, und endlich diesen Staaten ihre bisherigen Zollrevenüen zu garantiren.

Auch die Wiener „Presse" vom 9. Oct. sagt: „Die umfassenden Vorlagen, welche in der handelspolitischen Frage am Bundestage von hier aus vorgebracht werden dürften, sollen bereits ausgearbeitet sein. Das System der Gesammtzolleinigung mit Deutschland ist vollständig neu umgearbeitet und es werden diese Vorlagen auch von den Mittheilungen über die Zoll- und Handelsverträge, welche mit Toscana, Parma und Modena abgeschlossen sind, begleitet sein."

Der badische Bevollmächtigte bei der Zollconferenz hat bei seiner Abreise von Berlin an die preußische Regierung ein Schreiben gerichtet, worin er wieder ausspricht, daß seine Regierung von der Nothwendigkeit des Abschlusses eines umfassenden Zoll- und Handelsvertrags mit Oesterreich durchdrungen sei.

München, den 5. Oct. Das Gesuch des Sohnes des württemb. Ministers Römer, an der hiesigen Universität als Privatdocent wirken zu dürfen, ist abschlägig beschieden worden.

München, den 10. Oct. Unter dieser Ueberschrift sagt sogar die „Allg. Ztg.": Prof. Dr. Fallmerayer ist von seiner Reise nach der Schweiz gestern Abend wieder wohlbehalten hier eingetroffen. Seine Rückkehr erinnert daran, daß durch seine und Neumanns Quiescirung der Lehrstuhl der Geschichte an unserer Universität ein sehr verwaister geworden. Auch Joseph v. Görres ist noch nicht ersetzt (nicht einmal von Höfler, nicht zu reden von Schmeller, der durch seine litterar-historischen Forschungen diesen Kreisen angehörte). Geistige Originale wie Görres und Fallmerayer, Säcularmenschen nach Göthe's Ausdruck, lassen sich freilich nicht ersetzen. Aber wir fragen: wer liest an unserer Hochschule Geschichte, jetzt wo die Geschichtsforschung und Geschichtschreibung eine höhere Bedeutung im ganzen europäischen Leben gewonnen hat, als sie je besessen?

Die Allgm. Ztg. schreibt aus München unterm 11. Oct.: Die im Befinden des Hrn. Ministerpräsidenten eingetretene Besserung schreitet leider nicht so rasch vorwärts als so sehr zu wünschen wäre.

— den 12. Oct. An dem Telegraphen längs der Süd-Nordbahn, insbesondere bei Nördlingen und Donauwörth, haben die jüngsten Stürme große Verwüstungen angerichtet; der Schaden wird auf 10,000 fl. geschätzt. Die Verbindung zwischen Nürnberg und München ist unterbrochen.

Frankfurt, den 12. Oct. Die Publication des Senats für die Zurückführung unserer Verfassungszustände auf Grundlage der Anforderung der Bundesversammlung befinden sich unter der Presse und werden am Donnerstag erscheinen. (F. J.)

Görlitz, den 9. Oct. Heute Morgen traf hier die traurige Nachricht ein, daß die verwittwete Baronin v. Schimmelpenning auf dem ihr gehörigen Schlosse Lomnitz (1½ Meile von hier, nahe dem sächsischen Fräuleinstift Radmeritz) im Bette ermordet gefunden worden ist. Bei dem gerichtlich aufgenommenen Thatbestande hat sich ergeben, daß dieselbe durch Erstickung unter Betten getödtet worden ist; die Mörder haben nur weniges Geld, dagegen Preciosen und Papiere entwendet, da sie trotz der in ihren Händen befindlichen Schlüssel den Geldschrank nicht geöffnet haben; sie haben ihn entweder nicht zu öffnen verstanden oder es nicht der Mühe Werth erachtet, da derselbe die Form eines Waschtisches hat. (D.A.Z.)

Hannover, den 10. Oct. Die Durchführung der Organisationen stößt auf einen neuen Widerstand, indem sich gewisse Patrimonialgerichtsherren weigern, die ihnen bis zum 1. Oct. zuständig gewesene Patrimonialgerichtsbarkeit abzutreten.

Berlin, den 11. Oct. Daß zwischen den Kaisern von Rußland und Oesterreich für Januar eine Zusammenkunft in Warschau verabredet worden sei, wird auch hier erzählt. — Die feierliche Eröffnung der Ostbahn bis Braunsberg wird am 18. Oct. Statt finden.

Die Uebersetzung der Flugschrift Victor Hugo's „Napoleon der Kleine", ist, nachdem sie einige Tage bereits ausgelegen, nunmehr auch hier policeilich mit Beschlag belegt worden.

Wien. Wie die N. Pr. Z. meldet, ist auf die neue österreichische Anleihe von 80 Mill. Gulden die erste Einzahlung von 10 pCt. geleistet, und schon die erste Zahlung hat den Zinsfuß hier auf 8 pCt., in Triest und Pesth auf 10 pCt. gesteigert. Die Bank ist nicht im Stande, diesen Zinsfuß zu ermäßigen; sie hat sogar die ihr präsentirten Discontowechsel zurückweisen müssen, da sie Noten in größeren Summen der Börse nicht zufließen lassen darf, um diese nicht damit zu überhäufen, Silber aber nicht zahlen kann, da sie nicht Agio fordern darf und sonst leicht viele Prozesse mit denen entstehen dürften, die von der Bank gegen ihre auf 20 Kreuzer lautenden Forderungen Noten nehmen mußten. Von dieser Seite ist also keine Hülfe zu erwarten und eine Handelskrise bei den ferneren Einzahlungen unvermeidlich.

Wien, den 9. Octbr. Die Gerüchte von Truppenconcentrationen gewinnen an Bestand. Das 4. Infanteriebataillon ist nach Böhmen abgegangen. Sein Stationsplatz wird Friedeck nächst der preußischen Gränze sein, und die anderen Bataillone werden, wie man vernimmt, ehestens nachfolgen. Auch das Infanterieregiment „Fürst Schwarzenberg" soll Marschordre nach Böhmen erhalten haben. Andere Gerüchte sprechen von der Ansammlung eines Truppencorps in der Umgebung der Hauptstadt. Der Conjecturalpolitik ist dadurch ein reiches Feld geboten.

Wien, den 12. Oct. Die überländische Post brachte uns heute über Triest die Nachricht, daß 9000 Mann englischer Truppen bei Herat, an einem persischen Meerbusen, ausgeschifft wurden, muthmaßlich um die Selbstständigkeit Herats zu schützen.

Schweiz.

Solothurn, den 8. Octbr. Von gestern auf heute weilte die Königin-Wittwe Marie Amalie hier. Der Zufall fügte es, daß sie das gleiche Hotel und die gleichen Gemächer bezog, welche früher Ludwig Bonaparte, Vater des Prinzen-Präsidenten, als Exkönig von Holland, längere Zeit bewohnte.

Frankreich.

† **Paris,** den 12. Octbr. Die letzten telegraphischen Depeschen sind aus Angouleme; sie bringen die gewöhnlichen Jubelberichte. — Der Präsident wird am Sonnabend in Paris einziehen. Die Patrie enthält eine Note, worin den in Paris anwesenden Generalen zu verstehen gegeben wird, daß man es sehr wohlgefällig aufnehmen werde, wenn sie sich der Escorte des Präsidenten anschließen wollen. Die Kanonen der Invaliden werden der Hauptstadt die Ankunft des künftigen Kaisers verkünden. Ein Musikchor von 100 Instrumenten wird am Eisenbahnhof den Präsidenten mit Symphonien begrüßen. Er wird von sämmtlichen hier anwesenden Ministern, von Deputationen des Senats, des Staatsraths und von Marschällen und Generalen empfangen werden, die gleichzeitig seine Escorte bilden. Er wird zu Pferde steigen, die Infanterie bildet das Spalier, 16 Escadronen Cavallerie den Vor- und 20 den Nachtrab. Am Triumphbogen bei der Brücke Austerlitz erwartet ihn der Seine-, der Polizeipräfect und die ganze Municipalität. Von da geht der Zug nach dem Bastillenplatze und über die ganzen Boulevards nach den Tuillerien. Auf den Boulevards werden noch mehrere Triumphbogen von Privaten und Corporationen errichtet. Namentlich sind es die Directionen der Boulevardstheater, die sich hierbei auszeichnen. Die Börse wird am Sonnabend geschlossen sei. Der

Präsident wird sich nach Fontainebleau begeben, wo Alles zu seinem Empfange und zu den großartigsten Jagden, die dort Statt finden sollen, bereit ist. — Hr. Thiers geht in wenig Tagen nach England, um, wie man behauptet, sich nach seiner Rückkehr einen Eingang in die Tuilerien zu menagiren. Der berühmte Maler Horace Vernet übersiedelt nach Algier, wo er den Rest seiner Tage zubringen will.

Paris, den 9. Oct. Wenn man nicht anderswoher wüßte, daß in der reformirten Kirche Frankreichs eine nicht unbedeutende Bewegung herrscht, aus den Zeitungen würde man davon wenig erfahren, wenn sie nicht zuweilen Berichte über gerichtliche Verhandlungen brächten, indem die Regierung das Policeigesetz, welches Zusammenkünfte von mehr als 20 Personen von einer obrigkeitlichen Bewilligung abhängig macht, auf religiöse Versammlungen anwendet, Zuwiderhandelnde zur Verantwortung zieht und überhaupt zeigt, wie es, bei aller Religionsfreiheit im Princip, System ist, die Bildung neuer protestantischer Gemeinden zu erschweren. So wurde neulich — wie aus dem Journal des Debats vom 8. Oct. zu ersehen — in Troyes vor dem correctionellen Tribunal der Fall von Essissac verhandelt. In diesem Marktflecken an der Vanes, in der Nähe jener Stadt, zu dessen Bezirk er gehört, waren gegen 500 Einwohner von der katholischen zur reformirten Kirche übergetreten und hatten das Consistorium von Meaux um einen Geistlichen gebeten, das ihnen zuerst Hrn. Recordon, Pastor von Troyes, dann als Suffragan des letztern Hrn. Dugand schickte. Diese beiden Geistlichen hatten Anfangs, mit Erlaubniß der Ortsbehörde, das Schulhaus zu ihren sonn- und festtäglichen Zusammenkünften benutzt, hernach, als ihnen dieser Versammlungsort genommen wurde, einen Schoppen gemiethet, bis der Präfect des Aube-Departements durch Erlaß vom 13. Juli 1852 den protestantischen Verein förmlich verbot. Zugleich waren die beiden Pastoren und ein Zimmermann Namens Solay, der Katholik ist, aber den Schoppen hergab, zur gerichtlichen Verantwortung gezogen, die zwei erstern unter Anschuldigung, daß sie eine an bestimmten Tagen sich versammelnde Gesellschaft von mehr als 20 Personen gebildet hätten, der letztere als Mithelfer. Der Präsident des Consistoriums von Meaux, Hr. Ladreze, äußerte bei der Verhandlung: „Wir glauben, und dieß sind unsere Principien, daß wir alle Freiheit haben uns festzusetzen und zu predigen überall, wo wir es für nöthig erachten. Hat Christus, als er seine Schüler aussandte, allen Völkern der Erde das Evangelium zu verkündigen, die Großen der Erde um Erlaubniß ersucht? Nein, unsere Kirche hat ein Recht, das höher steht als jede menschliche Gewalt. Kraft dieses Princips hat das Consistorium nie eine solche Ermächtigung nachgesucht und wird sie nie nachsuchen. Der Hr. Pastor Recordon brauchte nur eine Ermächtigung, und diese ist ihm vom Consistorium von Meaux geworden." Das Policeigericht ließ sich auf diese Erwägungen nicht ein, es genügte ihm, sich auf das Vereinsgesetz zu berufen und von der seit 1789 bestehenden Religionsfreiheit nur sofern Kunde zu nehmen, als dieselbe wol im Princip anerkannt, in der Ausübung aber stets von den gesetzlich aufgestellten Maßregeln der Ordnung und der Polizei bedingt gewesen sei. Die 3 Angeschuldigten wurden zu 16 Fr. Buße und in die Kosten verurtheilt, haben aber gegen dieses Erkenntniß augenblicklich den Recurs angemeldet. (A. Z.)

— den 10. Oct. In Bezug auf das imperialistische Senatus Consultum, dessen Abfassung Herrn Troplong anvertraut ist, geht das Gerücht, daß der Prinz den Titel: „Napoleon III., Kaiser der Franzosen und König von Algerien," annehmen werde. Die Diplomatie würde darin die Bestätigung der Worte von Marseille sehen: „Das Mittelmeer muß ein französischer See werden." Zum eventuellen Nachfolger L. Napoleons soll der junge Canino ausersehen gewesen sein, der in Italien bei seiner Mutter lebt; er hat jedoch angeblich alle deßfallsigen Anträge abgelehnt und erklärt, daß er nicht nach Frankreich gehen werde. Wegen der keineswegs aufgegebenen Heirath des Präsidenten wird, wie man hört, lebhaft unterhandelt, jedoch nicht mehr mit der Prinzessin Wasa oder ihrer Familie, sondern mit einer andern, noch nicht genannten Dame. (K. Z.)

Der Maire von Sevres hat durch einen Anschlag alle Bewohner aufgefordert, folgendes Actenstück zu unterzeichnen: „Proclamation des Kaiserreichs. Die Stadt Sevres, den mächtigen Gefühlen ihrer Zuneigung und Erkenntlichkeit gegen den Prinzen Louis Napoleon Bonaparte, den Abgesandten Gottes, den Erwählten Frankreichs, seine Erinnerung und seinen Ruhm, gehorchend, proclamirt ihn zum Kaiser der Franzosen unter dem Namen Napoleon III. und verleiht ihm und seinen Nachkommen die Erblichkeit. Gegeben zu Sevres im Gnaden- und Wiederauferstehungsjahre 1852, den 7. October. Der Maire Ménager."

Italien.

Palermo, den 25. Septbr. Zwei Lavaströme des Aetna sind ineinandergeflossen und haben 6 Häuser zu Milo verzehrt. Nunmehr wird die Ortschaft Zoppinelli von dem Ausbruch bedroht, der jedoch nachzulassen scheint.

Großbritanien.

London, den 8. Octbr. In der neuesten Zeit hat man angefangen, große Quantitäten Kartoffeln von Irland nach den Vereinigten Staaten zu führen. In der Regel gibt man sie den Auswandererschiffen mit, in denen sie als Ballast dienen. Die Times bemerkt mit Recht, es sei auffallend genug, daß dieselben Schiffe, welche die hungernde Bevölkerung Irlands nach den amerikanischen Küsten führen, zugleich die Kartoffeln des Landes mitnehmen. Der Preis dieser Frucht ist auf den irischen Märkten sehr gestiegen. — Von dem jüngsten Pferdemarkt in Ballinasloe wird berichtet, daß ein steeple-chase-hunter für 300 Guineen, ein anderer für 250 Pfd. gekauft wurde.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 28. Sept. Die japanische Expedition, aus den Kriegsschiffen Mississippi, Princeton und Alleghany bestehend, soll am 10. Nov. absegeln.

Australien.

Adelaide, den 13. April. Ebenso wie in Californien, sind auch hier bloß wenige, welche gute Geschäfte auf den Diggings (Goldwäschereien) machen. Ich bin überzeugt, daß die Hälfte gar nichts macht, daß 40 pCt. höchstens ihr Leben erhalten, während vielleicht nur ein Zehntel gute Geschäfte macht. Der Drang nach den Goldländereien ist aber dennoch ungeheuer; man glaubt, daß nächstes Frühjahr mehr als 100,000 arbeitende Männer an den Minen sein werden.

Miscellen.

(Außerordentlicher Zufall.) Bei der am 7. October stattgefundenen Münchener Ziehung hat ein Spieler in Augsburg alle fünf Nummern errathen. (Wird wie ein Reizmittel für Andere wirken, und dem Lotto dadurch mehr nützen als schaden!)

Die Cholera verheert Persien in entsetzlicher Weise; in Urumiah gab es an einem Tage 3000 Todte.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1271²] **Anzeige.**

In einer der ersten Städte der bayer. Pfalz kann Auswanderungswegen gegen ein ziemlich geringes Kaufkapital unter sehr vortheilhaften Bedingungen die einzige in dieser Stadt sich befindliche Cigarrenfabrik, welche sich eines bedeutenden Absatzes erfreute aus freier Hand acquirirt werden.

Kaufslustige wollen sich unter Zif. C. F. in portofreien Briefen an die Expedition dieser Zeitung wenden.

Neue
Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 249 | den 16. October 1852.

Deutschland.

• **Speyer.** „Das Kaiserthum ist nicht der Krieg," ertönt es aus Frankreich, „das Kaiserthum ist der Friede!" Diese Worte widerhallen nun von allen Seiten, die französischen Staatspapiere steigen.

Haben wir einen Grund, uns auf jene Aeußerungen hin einer sorglosen Sicherheit zu überlassen? Gewiß nicht! Wie ist es schon so oft gegangen? Wenige Tage vor dem Staatsstreiche hörte man die, einen solchen andeutenden Gerüchte, als verläumderisch bezeichnen; — wenige Tage vor der Herabsetzung der 5procentigen Staatsschuld auf 4½ Proc. waren die dahin zielenden Angaben als unwahr und böswillig bezeichnet worden, — so im Großen, so im relativ Kleinen!

Wir wollen gerne glauben, daß Ludwig Napoleon, der kein Feldherr ist, die Erhaltung des Friedens mehr wünscht, als die ihm vielfach drohenden Gefahren eines Krieges. Aber wird Er Herr der Situation bleiben, in der Lage, in welche die Dinge durch sein Ergreifen der Gewalt gekommen sind? Wird er nicht sich zum Kriege verstehen, wenn ihm im Frieden Gefahr droht, und der Krieg als Mittel zur Rettung seiner Herrschaft erscheint?

„Man führt keinen Krieg zum Vergnügen, sondern aus Nothwendigkeit!" Wie mannichfacher Art kann aber diese „Nothwendigkeit" sein?! Zur Zeit des alten Napoleon hieß es immer: er ist schon wieder zum Kriege gezwungen worden. Er selbst schrieb die friedfertigsten Briefe an den Erzherzog Karl, an den König von England u. s. f. Wenn es sich aber um Festsetzung der Friedensbedingungen handelte, gewahrte man nichts weniger, als einen solchen Eifer für den Frieden!

Unsere Ansicht bleibt also die frühere: man sehe sich vor, nicht überrascht zu werden, — man erkenne, daß man sich auf das Volksthum stützen müße, — auf die Macht, die gegen den alten Napoleon allein ausreichte, nachdem jede andere vernichtet war!

• **Speyer,** den 14. Octbr. Heute Nachmittag fand die 3. Sitzung des Landraths statt. Es kam in derselben die Prüfung der Rechnung der Kreis-Irren- und Armenanstalt zu Frankenthal vor. Referent Hr. Löb. Ueber einige Puncte werden nähere Aufschlüße von der Kreisregierung erbeten. Hr. Ehmant berührt die Verhältniße der Taubstummen- und Blindenschule, und wünscht dem trefflichen Lehrer zur Unterstützung einen Gehülfen. Nach einigen Verhandlungen wird der Gegenstand bis zur Berathung des betr. Budgets verlassen.

• **Speyer,** den 14. Oct. Die in der gestrigen (2.) öffentlichen Sitzung des Kreislandraths vorgelegten Anträge in Betreff des Zollwesens lauten wörtlich also:

I. Entwurf des Ausschußes:

Angesichts der dringenden Gefahr, welche dem Lande, zu dessen Vertretung der unterzeichnete Landrath berufen ist, durch Sprengung des Zollvereins droht, hält sich derselbe verpflichtet, den ersten Moment seines Zusammenseins zu benutzen, um einer königl. Staatsregierung mit wenig Worten vorzustellen, wie ein solches Ereigniß tiefer und erschütternder als jedes andere heute denkbare, den ohnehin vielfach geschwächten Wohlstand der gesammten Bevölkerung bedroht.

Beinahe alle wichtigen Handelsbeziehungen, wie sich dieselben seit Jahrzehnten in Folge des Zollvereines gebildet und entwickelt haben, wären zerrissen mit dem Falle desselben.

Unser Strom, unsere Hauptverbindungsstraße, führt nach Norden. Alle wichtige Handelsproducte unseres Landes, namentlich Wein und Tabak, finden ihren Absatz dahin; würde dieser Verkehr gestört, so wäre die Rückwirkung auch auf die übrige Bevölkerung unabwendbar. Die Erfahrung hat jederzeit bewiesen, daß wenn die Winzer ihres Einkommens entbehren, auch die übrigen Landwirthe und Gewerbtreibenden keinen Absatz an sie und damit überhaupt keine lohnenden Preise für ihre Erzeugniße erlangen können.

Befindet sich die Pfalz ohnehin schon in der üblen Lage, fast auf ⅞ ihrer Grenzen von einer strengen ausländischen (der französischen) Mauth umgeben zu sein, so würde dieses Land nach Lostrennung von Preußen noch auf ein weiteres ⅛ seines Umfanges durch eine feindliche Mauth unmittelbar umgürtet — sonach gleichsam blokirt.

Die Aussicht auf einen Zollverein oder einen Handelsvertrag mit Oesterreich böte dafür im Ganzen durchaus keine Entschädigung, ja es würde dadurch grade in den wichtigsten Beziehungen das Uebel nicht nur nicht vermindert, sondern sogar entschieden vergrößert werden.

Oesterreich — zumal es sich nicht blos um das deutsche Oesterreich, sondern vielmehr um Gesammtösterreich handelt — besitzt gerade eine Ueberfülle der nämlichen Producte, welche die Pfalz dem Handel liefert.

Das in Aussicht stehende Uebel wäre sonach ein doppeltes: einmal Einbuße des gewöhnlichen Marktes im Norden, sodann neue Concurrenz von Oesterreich. Könnte eine Zolleinigung des gesammten Deutschlands erzielt werden, so würde die Pfalz vor den nöthigen Opfern nicht zurückschrecken, wie groß diese auch seien.

Allein statt dessen würde eine Verbindung überwiegend mit nicht deutschen Völkerschaften herbeigeführt, indeß man dafür sogar die bisher mit einander verbundenen deutschen Stämme wieder trennte. Dabei steht zu befürchten, daß, kommt es wirklich zu einer Trennung, eine baldige Wiedervereinigung keineswegs so leicht mehr zu erwarten steht: der Norden würde voraussichtlich ein Handelssystem annehmen, das ihn immer mehr von uns entfernte, und eine spätere Wiedervereinigung mit jedem Tage schwieriger machte.

Auf der andern Seite läßt Alles annehmen daß, wenn auf die jedenfalls höchst problematischen, wahrscheinlich aber sogar höchst nachtheiligen Ergebniße einer Verbindung mit Gesammtösterreich verzichtet werden wollte, Preußen geneigt sein würde, die langjährigen gegründeten Beschwerden des Südens wegen den sogenannten Ausgleichungsabgaben abzustellen.

In Betracht aller dieser Verhältniße sieht sich der Landrath gedrungen das königl. Gesammtministerium zu beschwören, Alles aufzubieten, um das unübersehbare Unglück eines wirklichen Zerreißens des Zollvereins abzuwenden.

II. Antrag des Hrn. Keller:

Die seit 1829 eingeführten dermaligen Zollverbindungen haben zur Begründung des materiellen Wohls der Pfalz wesentlich beigetragen. Die Verhältnisse des Erwerbs und Verkehrs haben sich allseitig nach denselben gestaltet. Unter deren Einfluße haben die Weine, der Tabak, das Getreide und die übrigen Erzeugniße unseres Bodens einen ausgedehnten und anhaltenden Absatz gefunden, den sie sonst nicht erlangt hätten, sind Fabriken erblüht, welche sonst nicht möglich gewesen wären, in

welchen bedeutende Kapitalien auf dem Spiele stehen und eine Menge Prolatarier ihren Lebensunterhalt verdienen. In Folge des langjährigen Bestands dieser Einrichtungen haben sogar die bezüglichen Verhältniße in den einzelnen Ländern des Vereins einen gegenseitigen Ausgleichungs-Standpunkt gewonnen und sind überall bei den Bewohnern in Mark und Blut übergegangen. Diese Verhältniße und die dabei betheiligten Interessen würden bei einer gänzlichen Umgestaltung tödtlich erschüttert werden. Die Pfalz blickt daher mit ängstlichem Auge auf eine Zerreißung der Bande des bisherigen Zollvereins, der eine Nothwendigkeit für sie geworden. Sie bebt mit allen Provinzen der Nachbarländer vor den Folgen einer Aenderung, welche ihr die jetzigen natürlichen Abflußwege ihrer Produkte und Fabrikate verstopfen und sie mit einem Lande in Verbindung bringen sollte, dessen finanzielle Organisation sie gefährden, dessen hohe Zölle und Monopole nicht für sie passen und dessen natürliche und industrielle Erzeugniße ihr theils überlegen sind, theils mittelst der größern Nähe ihr in einem Theile Süddeutschlands und selbst des engern Vaterlands, den Markt entziehen müßten! Die Frage über das Fortbestehen des Zollvereins hält daher alle Produzenten und den ganzen Handelsstand in fieberhafter Spannung. Dessen Auflösung würde unsere Weinproduzenten und Industriellen vernichten und eine allgemeine Verarmung zur Folge haben.

Statt die Pfälzer an ihr Vaterland zu fesseln, werden sie dadurch über die Meere getrieben, die Auswanderung immer mehr um sich greifen, nicht allein Proletarier sondern auch viele Besitzende das theuere Vaterland verlassen und demselben Millionen, die für unsere Industrie unrettbar verloren gehen, entziehen.

Möge es daher Eurer königl. Majestät unter huldvoller Berücksichtigung dieser Thatsachen gelingen, den jetzigen Zollverein, dieses unschätzbare Gut, unserm Lande zu erhalten und dieses dadurch vom sichern Untergang zu retten.

* **Literarische Notiz.** Professor von Reichlin Meldegg, der langjährige Freund des verstorbenen edeln Paulus, und zufolge Testaments desselben im Besitze der literarischen Hinterlassenschaft des Todten, bearbeitet ein Werk unter dem Titel: „Heinr. Eberh. Gottlob Paulus und seine Zeit; nach dessen literarischem Nachlasse, bisher ungedrucktem Briefwechsel und mündlichen Mittheilungen dargestellt.“ Wir machen die zahlreichen Verehrer jenes Mannes, der so lange muthiger und unermüdlicher Vorkämpfer für Vernunft, Recht und Freiheit auf kirchlichem und politischem Gebiete war, auf das bezeichnete Werk aufmerksam.

* **Edenkoben,** den 14. Oct. Die am 11. d. M. dahier begonnene Weinlese ist bisher von sehr günstiger Witterung begleitet. In quantitativer Hinsicht fällt dieselbe nicht sehr reichlich aus, doch was die Qualität betrifft, so dürfte dieselbe bei sorgfältiger Auslese den 49er übertreffen und dem 48er ganz nahe kommen. Der Schaden, den die Fäulniß und der neuliche Sturm an den Trauben angerichtet, ist nicht so beträchtlich wie er in Nr. 241 der Pfälzer Zeitung von einem hiesigen Correspondenten geschildert worden und dürfte als sehr übertrieben angesehen werden. Der Preis des gekelterten Mostes ist befriedigend, indem das Fuder (1080 Liter) bisher zu 80 bis 85 fl. einigen Absatz fand.

* **Heidelberg,** den 13. Oct. Soeben zeigt sich ungewöhnliche Regsamkeit auf der Straße. Es bilden sich Gruppen von Neugierigen und die liebe Schuljugend bewegt sich in Masse durch die Stadt. Was mag es geben? Die Waisenkinder, Mädchen und Knaben, geführt von ihrem künftigen Hausmeister und begleitet von der hiesigen Geistlichkeit, halten heute ihren Einzug in das neuerrichtete Waisenhaus. In demselben hat sich bereits der große und kleine Bürgerausschuß versammelt, um der Installationsfeier beizuwohnen. Es ist gleichgültig, auf welche Weise dieselbe vorgenommen wird; aber gewiß ist, daß ein solches Institut der hiesigen Stadt bisher abging. Wie wir alles begrüßen, was einem lindernden Tropfen auf die große, tiefe Wunde des Elends, der Verarmung und Verwilderung unserer Zeit gleicht, so begrüßen wir auch die Einweihung dieses Instituts. Die Bewohner Heidelbergs haben durch das Insleben-rufen desselben jedenfalls Besseres gethan, als durch den Bau eines Theaters, welches viel gekostet und wenig geboten haben würde. — Geheimerrath Mittermaier ist von seiner Reise aus Italien und der geniale Moleschott von Holland hieher zurückgekehrt. — Die Schrift Victor Hugos „Napoleon der Kleine“ wird mit großem Interesse gelesen. Alle Franzosen, welche unsere Stadt passirten, suchten sich dieselbe zu verschaffen. — Die Speyerer Zeitung, deren Beförderung, wie die anderer Erzeugnisse der Presse, der Post nur „für die Dauer des Kriegszustandes“ (im Unterrheinkreise) verboten war, wird auch jetzt noch nicht von der Post versendet, da das Polizeiamt auf deren Nachfrage geantwortet, diese Spedition sei auch jetzt noch verboten. Die Ausnahmsgesetze sind aufgehoben; und doch dauert der Ausnahmszustand fort! —

München, den 12. Octbr. König Otto wird dem Vernehmen nach vor Ende October nicht nach Griechenland zurückreisen.

Augsburg, den 9. Octbr. (Ausweisung.) Durch Magistratsbeschluß vom 1. ds. ist der Redacteur der „Kemptener Zeitung,“ J. E. Fischer, aus Kempten ausgewiesen worden.

Karlsruhe, den 10. Oct. In Pforzheim und Umgegend hat sich, wie vermuthet wird wohl in Folge des Genusses schlechter Nahrungsmittel, eine eigenthümliche Krankheitserscheinung gezeigt, nämlich der Scorbut.

Frankfurt, den 14. Octbr. Anderen Zeitungsmittheilungen entgegen, vernehmen wir von unterrichteter Seite, daß die formelle Einladung zu einer neuen Zollconferenz in Wien noch nicht ergangen ist. (Fr. J.)

Sicherem Vernehmen nach ist schon vor mehren Wochen in der Bentinck'schen Angelegenheit aus dem russischen Cabinette eine Note an eine deutsche Regierung (ohne Zweifel Oldenburg) ergangen, worin der von letzterer stets festgehaltene Standpunct des Rechtes angefochten und die Insinuation beigefügt worden, die Angelegenheit im Sinne des klägerischen Theiles baldigst zu erledigen. Diese Thatsache würde aufs Neue dafür sprechen, wie sehr jene warnenden Stimmen im Rechte sind, welche aus der bedauerlichen Verwirrung unserer deutschen Verhältniße auf allen Gebieten auf den stets wachsenden Einfluß des Auslandes in unsere inneren Angelegenheiten hinweisen. (Fr. J.)

Hannover, den 10. Oct. Von hier schreibt die ministerielle Preußische Zeitung am Schluße eines größern Artikels: Sollte inzwischen der Gang der Ereignisse sich für die Wiedererneuerung des Zollvereins günstiger gestalten, so wird Hannover mit Freuden bereit sein, Alles zur Erreichung dieses Zweckes beizutragen, was in seinen Kräften steht. Nur darüber möge man sich im Süden keine Illusionen machen, daß nach den jüngsten Entschließungen in Berlin hier eine gereizte Stimmung gegen Preußen eingetreten und Hannover aus einer schwankenden preußischen Bundesgenossenschaft ihrer Allianz sich anschließen werde oder sich bereits angeschlossen habe. Das freundliche Verhältniß zwischen Hannover und Preußen ist im Gegentheil durch nichts alterirt, so gewaltige Mühe sich auch schwarzgelbe Scribenten geben, dieß zu deduziren.

Berlin, den 11. Oct. Der Provinciallandtag von Sachsen hat seine Thätigkeit mit einer Adresse an den König beendigt, in der er sich über die Zollfrage folgendermaßen ausspricht: „Den Entschluß Ew. königl. Majestät Staatsregierung, in der so wichtigen handelspolitischen Frage an der Erklärung vom 30. August festzuhalten, erkennen wir, so sehr im Interesse der von uns vertretenen Provinz das Fortbestehen des so wohlthätigen

Zollvereins uns auch erwünscht gewesen wäre, doch von dem uns weit höher geltenden Standpunct der preuß. Nationalehre aus mit ehrerbietigem Danke."

Der Ministerpräsident von Manteuffel hat sicherem Vernehmen nach gestern an die Vertreter Preußens bei den Höfen der Darmstädter Verbündeten eine neue Circulardepesche in der Zollvereinsfrage gerichtet. Die Verhandlungen zwischen Preußen und Braunschweig wegen Erneuerung des Zollvertrages, welche von einigen Blättern bereits als beendet angegeben wurden, befinden sich noch in der Schwebe.

— den 12. Octbr. Die Beitrittserklärung Braunschweigs zum Septembervertrage soll noch in dieser Woche zum Abschluße kommen. (Nach andern Nachrichten stünde dies noch nicht so nahe.)

Altona, den 10. Oct. Von den in unserem jüngsten Schreiben erwähnten, verloren gegangenen 20 Fischerbooten von Lynaes, hat man bis jetzt noch keine Nachrichten.

Von der Donau, den 8. Octbr. Unter dieser Ueberschrift sagt die Köln. Ztg.: Die Reise Sr. k. k. apostolischen Majestät nach Croatien oder, oder wie man es in der Metapher zu nennen pflegt, dem „slavischen Tyrol," soll eine andere Bedeutung haben, als die ungarische Tour. Bei dieser galt es den triumphirenden Herrscher, den Besieger der Revolution herauszukehren — obgleich die historische Wahrheit wenigstens die Begleitung des russischen Czaaren verlangt hätte —; in Croatien aber soll der gnaden- und huldreiche Fürst unter treugebliebenen Unterthanen erscheinen, welche mit hingebendem Vertrauen ihr Blut für die Integrität der Monarchie verspritzten und sie aus verzweiflungsvoller Lage retteten. Aber freilich, sie haben von der Undankbarkeit dasselbe Schicksal zu erleiden gehabt, wie das arme Tyrol im Jahre 1809. Von allen Zusagen, welche die Noth des Augenblicks erzwang, sind die wenigsten gehalten, ihre alte Verfassung ist über den Haufen geworfen, die Rechte und Interessen ihrer Nationalität sind verletzt, ganz aufgehoben und mit so vielen anderen zum Besten einer unbeschränkten Autokratie nivellirt worden. So ist denn ein totaler Umschwung der öffentlichen Meinung und Volksstimmung erfolgt, und es mögen viele sein, die Gott jetzt um Vergebung dessen bitten, was sie im October 1848 ihrer leichtgläubigen Verblendung thaten. Natürlich wird dies alles kein Hinderniß sein, daß der junge Monarch auf allen seinen Wegen durch das Land mit Glanz und Pomp, mit Beleuchtung und Festlichkeiten empfangen und in Deputationen und Adressen mit den Versicherungen unwandelbarer Treue, Ergebenheit und Verehrung haranguirt werden wird. Den Edelleuten ist befohlen, in corpore zu erscheinen, und für den übrigen Empfang sorgen die Bureaucraten und Soldaten. Der gemeine Mann ist Fatalist, wie in Ungarn. Er unterwirft sich dem Schicksal, weil es so sein sollte; wer möchte jetzt Thor genug sein, sich zu opfern! Unzählige werden Vivat rufen und jubeln, und die vielleicht am stärksten, denen in der Seele ganz andere Gedanken schlummern, und die, wenn morgen die günstige Stunde wiederkehrte, mit voller Leidenschaft hervorbrechen würden. In Croatien und im Banat werden wenige Familien sein, die nicht ein und mehrere Opfer aus den Revolutionskriegen zählen. Längs der Militärgränze, wo die meisten Soldaten verheirathet sind, soll es an 30,000 Wittwen geben. Obgleich die dortigen Regimenter ihrer Bestimmung nach nur die Gränze decken und nicht auswärts verwendet werden sollen, so hat man doch eines nach dem anderen weggeführt, und fern von Heimat und Heerd deckten ihre Leichen die ungarischen und italienischen Schlachtfelder. In mancher Hinsicht gleichen daher diese kaiserlichen Reisen den Fahrten, welche Potemkin die Kaiserin Katharina durch die entfernten Provinzen ihres Reiches machen ließ. Sind die Illusionen auch nicht so grob, um gemalte Dörfer für wirkliche anzusehen, immer enthalten sie doch eine Täuschung über den wahren Thatbestand. Wie wäre es auch möglich, daß nach so kurzem Zwischenraume und bei der vernichtenden Erbitterung, womit der Kampf geführt wurde, bereits jetzt alles vergessen und ausgesöhnt sei? Daher erklärt sich auch, daß die Reisen so gar keinen bleibenden Eindruck hinterlassen, daß sie kaum die Oberfläche berühren und nicht tiefer in das Innere dringen. Das Schaugerüst ist abgebrochen, man spricht noch einige Tage von den Festen, um sie auf immer zu vergessen, und die alte Feindschaft und Zwietracht kehrt eher verstärkt als vermindert zurück. Man gehe nach Ungarn und sehe, ob es um ein Haar breit besser geworden, ob das Land leichter zu organisiren ist, ob es williger sich in die neuen Verhältnisse fügt, und ob die österreichische Nationalität ein einziges Magyaren-Herz erobert hat! Man muß nicht unmögliche Dinge verlangen, und dahin gehört die Centralisirung von Slawen, Deutschen, Ungarn und Italienern in ein von der Politik aufgestelltes Vaterland Oesterreich. Föderativ neben einander sind sie von einer und derselben Dynastie zu beherrschen; aber daß sie zum Besten einer fünften, allen unliebsamen, Größe in einander aufgeben und sich verschmelzen, übersteigt jede Staatskraft. Die Armee hält für den Augenblick eine eiserne Disciplin zusammen, gegen deren Schlagfertigkeit nichts zu sagen ist. Aber das Schicksal der Monarchie steht eben auch nur auf dieser Armee; wird sie besiegt — und unbesiegbar ist sie nicht —, so wird ein Aufruf an die österreichische Nation ohne Widerhall bleiben; eine zweite Armee zur Rettung des Vaterlandes kann nur die Liebe zu demselben schaffen, und ist diese für Oesterreich von Italienern, von Magyaren und von Slawen zu erwarten?

Wien, den 10. Oct. Man erzählt sich hier, daß unter den Staaten, welche sich gegen eine abermalige Berufung der Coalitionsregierungen nach Wien zur Fortsetzung der Zollconferenzen erklärt haben, vornehmlich Sachsen und Baden zu nennen wären, von denen übrigens der erstere Staat sich nicht abgeneigt zeigt, die deßfallsigen Verhandlungen in Wien in einer späteren Zeit wieder aufzunehmen. Dies dürfte denn auch geschehen, und zwar aus doppelten Gründen. Erstens will man die Conferenzen nicht ohne Sachsen beginnen, und zweitens schmeichelt man sich mit der Hoffnung, daß dieselben, falls sie in einer späteren Zeit stattfinden, auch von Hannover aus beschickt werden dürften. Man thut hier alles Mögliche, um sich diese letztere Regierung geneigt zu machen. Einstweilen, bis man mit Hannover im Reinen ist, wird man sich hier ganz passiv verhalten; gelingt aber das beabsichtigte Arrangement mit diesem nordischen Staate, so wird man nicht länger zögern, die Existenz der neuen Zollgruppe zu proclamiren. (N. P. Z.)

Frankreich.

Paris, den 9. Oct. Was der Pariser Stadtrath für die Empfangsfeierlichkeiten beim Einzug des Prinzen-Präsidenten angewiesen hat, reicht blos für den Triumphbogen auf dem Pont Austerlitz. Zur Bestreitung anderer Vorkehrungen derselben Art sind zwei Subscriptionen in Umlauf gebracht worden, die eine unter der Nationalgarde, die andere unter den Arbeitern. Die erstere zählt noch blutwenig Unterschriften, und diese meist nur von Officieren, die ohne Gefahr für ihre Stellung in- und außerhalb der Nationalgarde einen Beitrag zu einem solchen Unternehmen nicht leicht verweigern können. Auf der andern ist es der Thätigkeit der Decembristen gelungen, eine nicht unbeträchtliche Anzahl Unterschriften unter den Arbeitern zu sammeln, allein die Beiträge sind so gering, daß bei dem besten Fortgang dieser Sammlung der Gesammtertrag höchstens zu einer „vom Volk dargebotenen Blumenkrone" — was übrigens der eigentliche Zweck derselben ist, hinreichen wird. Unter den Hallweibern wird zu demselben Zweck gesammelt. Eine Legion von 400 Mann Decembristen begleitet das Staatsoberhaupt, gewiß ohne dessen Vorwissen, auf seiner Kaiserfahrt, und scheint als Chor bei allen Gelegenheiten, wo Ludwig Napoleon öffentlich auftritt, zu dienen. (A.Z.)

— den 12. Oct. Es herrscht jetzt in den Journalen

sowol, wie in den Correspondenzen von Marseille ein fast vollständiges Stillschweigen in Betreff des Marseiller Complottes. Nach den seitherigen Mittheilungen scheint es der Untersuchung, welche eingeleitet worden, sehr schwer zu fallen, Licht über diese geheimnißvolle Angelegenheit zu verbreiten. Man hat wohl, wie es scheint, die Werkzeuge in der Hand, kennt aber nicht die eigentlichen Anstifter des Complotts.

Es ist bemerkenswerth, daß aus dem Seinedepartement bis jetzt nicht mehr als 4 Kaiseradressen aufzubringen waren. — Ein Maire der Obergaronne hat seiner Gemeinde zu wissen gethan, daß „Es lebe der Kaiser!" jetzt der einzige zulässige Ruf sei; jeder, der sich auf „Es lebe Napoleon" beschränke, werde fortan als Republikaner und Gegner des Willens der Nation betrachtet; letzterer Ruf stehe jetzt mit dem aufrührerischen Rufe: „Es lebe die Republik" auf gleicher Stufe.

Ein Correspondent der „Köln. Ztg." erzählt folgende Anecdoten: Es war in Agen, wo über dem Stadtthore ein Adler mit der Kaiserkrone und der Inschrift: „Il l'a bien merité," angebracht war. Ein furchtbarer Sturm, der in der Nacht ausgebrochen war, riß den Adler und die Krone ab, und nur der Strick, mit welchem der königliche Vogel befestigt war, und unter demselben die oben citirte Unterschrift, blieben hängen. Es versteht sich von selbst, daß die Behörde sich beeilte, Beides fortzuschaffen. Noch einmal Hr. Chapuis Montlaville, der vielbesprochene Präfect von Toulouse. Derselbe läßt heute im Journal de Toulouse bekannt machen, „daß das Publicum gegen Eintrittekarten, die auf der Präfectur vertheilt würden, zugelassen werde, um den Sessel anzusehen, auf dem Seine kaiserliche Hoheit geruht haben, sich während des Empfanges der Behörden niederzulassen." Die dritte Anecdote spielt in Paris und datirt von gestern. Die Behörden des Viertels, in dem die Orleanseisenbahn liegt beriethen über die Inschrift, welche man auf den zu errichtenden Triumphbogen setzen wolle. Ein Mitglied, dessen Namen und officiellen Character ich verschweige, schlug vor: „Au céleste Empereur." Dieser Vorschlag wurde allen Ernstes discutirt, bis einer der Anwesenden bemerkte, daß diese Inschrift zu sehr an China (le céleste Empire) erinnern würde, worauf unter allgemeiner Heiterkeit davon abgestanden wurde.

Italien.

Nizza, den 1. Octbr. Vom 24. bis 29. Sept. entwickelte die nahe französische Gränzpolizei eine über die Maßen ungewöhnliche Thätigkeit und Vorsicht; nicht nur der Länge des Var nach, sondern auch an der Meeresküste von St. Laurent, ganz besonders dem Golf Juan, Cannes bis Toulon wurden Militärposten neben den schon zahlreich bestehenden Douaniersposten staffelweise aufgestellt. Von der Garnison in Antibes wurde sogar eine Compagnie detachirt zur Verstärkung der Besatzung des winzig kleinen, aber sehr wichtigen Grenzpostens St. Laurent du Var. Sämmtliche Fischer und Schiffleute erhielten am 25. den Befehl, die Segel, Segelstangen, Ruder, Steurruder ꝛc. ihrer Schiffe und Barken in ihre Häuser zu nehmen. (Von der Seeseite befürchtete man Landungen französischer Flüchtlinge und Verbannten!) Da ich jene Tage nach Frankreich ging, und vorgestern wieder von da zurückkam, war ich selbst Zeuge der ans Lächerliche gränzenden Strenge, welche von dem in St. Laurent du Var stationirten Policeicommissär und seiner Gendarmerie ausgeübt wurde gegen Personen, welche nach Frankreich gingen wie gegen die nach Piemont abgehenden. Der nur die französische Sprache verstehende Policeicommissär in St. Laurent glaubte bei Vorlegung eines in fremder Sprache verfaßten Passes sich besonders barsch zeigen zu müßen. Da er die von ihm äußerst komisch ausgesprochenen Namen einiger deutschen Reisenden nicht im Stande war zu entziffern, rief er mit scharfsinniger amtsbewußter Miene, abwechseln bald Person, bald deren Paß betrachtend, nachdrücklich aus: „Je vous connais, je vous connais!" (A. Z.)

Kirchenstaat. Hinrichtungen. Nach drei Jahren ist das von der Sagra Consulta eingeleitete gerichtliche Verfahren über die im Jahre 1848 in Sinigaglia geübte Schreckensherrschaft oder „Vehme" beendet. Unter 65 Angeschuldigten sind 13 landesflüchtig, 24 wurden in diesen Tagen in Sinigaglia durch Pulver und Blei hingerichtet, und die übrigen sind zu vieljähriger, theilweise lebenswieriger Galeerenstrafe verurtheilt worden. Das Prozeßverfahren in Bezug auf die gleicher Weise in Corinaldo, Jesi und Ancona geübte Vehme soll ebenfalls beendet sein und die Execution dürfte der Reihe nach in diesen Städten vor sich gehen. Uebrigens — wird der A. A. Z. geschrieben — wird das Todesurtheil nicht durch österreichische, sondern durch päpstliche Truppen vollstreckt! Man hatte in Sinigaglia die Hinzurichtenden in mehrere Abtheilungen gesondert. Am ersten Tage wurden 8, am zweiten 6, endlich 10 erschossen. Alle gingen dem Tod unerschrocken entgegen, einige ließen Mazzini und die rothe Republik hochleben und 5 sangen auf dem Gang nach dem Richtplatz die Marseillaise. Nur 5 von den zuletzt Hingerichteten empfingen vor ihrem Tod die Sacramente.

Rußland.

Warschau, den 7. Oct. Nach einer heute veröffentlichten Bekanntmachung haben diejenigen Personen, welche sich ohne Paß nach dem Auslande begeben, bei ihrer Rückkehr für je 6 Monate der Entfernung 250 S.-R. zu bezahlen, abgesehen von der Strafe, welche sie außerdem trifft, falls sie in der Absicht, sich der Militärpflicht zu entziehen, heimlich über die Gränze gegangen sind. — Auch sollen diejenigen Flüchtlinge, welche von der gewährten Amnestie keinen Gebrauch machten, der Vermögensconfiscation unterliegen. Es sind 13 solche Fälle bereits constatirt.

Miscellen.

Ein französischer Botaniker, Esprit Fabre, will aus einer bisher als unfruchtbar betrachteten Pflanze Ogilops Avila, vorzüglichen Weizen erzeugt haben. Es soll ihm nämlich gelungen sein, von diesem Unkraut Körner zu erzielen, welche dem Weizen vollkommen entsprechen, und eben so nahrhaftes Mehl geben.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 12. Oct. Weizen 5 fl. 28 kr., Korn 4 fl. 48 kr., Gerst 3 fl. 50 kr., Spelz 3 fl. 55 kr., Hafer 2 fl. 56 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 9. Oct. Weizen 5 fl. 13 kr., Korn 4 fl. 38 kr., Spelz 4 fl. 5 kr., Gerst 3 fl. 58 kr., Hafer 3 fl. 1 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 12. Oct. Weizen 5 fl. 14 kr., Korn 4 fl. 39 kr., Spelz 3 fl. 31 kr., Gerst 3 fl. 58 kr., Hafer 2 fl. 34 kr., Kartoffeln 1 fl. 4 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 7. Octbr. Weizen 5 fl. 26 kr., Korn 4 fl. 41 kr., Spelz 3 fl. 12 kr., Gerst 3 fl. 20 kr., Hafer 2 fl 22 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 8. Oct. Weizen 10 fl. 29 kr., Korn 8 fl. 23 kr., Gerste 5 fl. 29 kr., Spelz — fl. — kr., Hafer 3 fl. 21 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1272] **Bekanntmachung.**

Zu einer Herrschaft in einem badischen Landstädtchen wird eine Haushälterin in einem Alter von 30 bis 45 Jahren in Dienst gesucht, welche im Kochen erfahren, einen bedeutenden Weißzeugvorrath zu unterhalten versteht und in der Leitung einer kleinen Oeconomie erfahren ist. Besondere Berücksichtigungen findet eine Person, welche längere Zeit in einem größeren Gasthause dem Hauswesen vorstand. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 250 | den 17. October 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Als ob wir an den aufs Tiefste ins Leben eingreifenden Zollwirren, und an der, einen furchtbaren Gährungsproceß in sich schließenden wunderschnellen Entwicklung der Dinge in Frankreich nicht schon über genug hätten, vernehmen wir auf einmal ganz unerwartet von Stürmen, die vom Orient ausgehen, und die kaum ohne erschütternde Rückwirkungen auf den Occident bleiben können. England und Rußland und Frankreich scheinen ein Aufeinanderstoßen vorzubereiten. In Herat, in Konstantinopel, in Athen, in Tunis, — scheint die Flamme gleichzeitig auflodern zu sollen. Und bis zu welchem Puncte würde sich dann die Gluth ausdehnen? wo würde sie erlöschen? Welche Ueberfülle von Brandstoff allenthalben! — Beginnen wir damit, die nachstehende telegr. Depesche der Allgem. Ztg. aus Wien vom 13. October mitzutheilen:

„Der Kaiser ist in Fiume eingetroffen, wo der Orkan vorgestern große Verheerungen angerichtet hatte. Die Veröffentlichung des Statuts über politisch-administrative Organisation des Kaiserreichs steht nahe bevor. Man betrachtet es als nicht unwahrscheinlich, daß die handelspolitische Frage vor den Bundestag gebracht werde. Die brittische Mittelmeerflotte ist an der griechischen Küste eingetroffen. Die griechische Successionsfrage hängt mit dieser Flottenbewegung zusammen."

Das genannte Blatt fügt dieser Nachricht u. a. folgende Bemerkungen bei: „Durch die letzten Zeilen gewinnen einige Thatsachen, die auf den ersten Anblick vereinzelt und von secundärer Wichtigkeit zu sein scheinen, Bedeutung und vielleicht Zusammenhang. Daß die Engländer, wie eine gestrige telegraphische Depesche gemeldet hat, 9000 Mann am persischen Golf — wohl bei Buschir — ausschiffen um Herat „selbständig zu erhalten," d. h. diesen Knotenpunct englisch-russischer Strebungen zu occupiren und von ihm aus auf Persien, das Herat in Anspruch nimmt, zurückzuwirken, erschien schon folgenschwer genug. Dazu gesellt sich der Streitpunct über Tunis, in welchem die englisch-französischen Interessen sich kreuzen, während die Pforte dort dieselbe Rolle spielt, wie in Herat Persien. Noch wichtiger ist der schwankende Gesundheitszustand des Sultans, über den in der letzten Zeit die seltsamsten Gerüchte gingen, als sei er vergiftet worden ꝛc., während zu gleicher Zeit selbst die vorsichtigsten Quellen — die österreichischen — von weitverzweigten Verschwörungen sprachen, von den weitgreifenden Planen der alttürkischen Partei. Unsere eigene Correspondenz aus Konstantinopel wollte bekanntlich vom plötzlichen Verschwinden einer Anzahl Häupter jener Verschwörung wissen. Weiterhin ist bekannt, daß der alte Oeconomus, der russische Schützling, der in Athen für den Mittelpunct der jüngsten griechischen „Klösterverschwörung" galt, sich in der letzten Zeit nach Konstantinopel einschiffte, auf demselben Dampfer, der einen griechischen Staatsprocurator an Bord hatte, welcher in der türkischen Hauptstadt die Fäden jener Verschwörung weiter verfolgen sollte. Dieselben rivalisirenden Einflüsse, die über das arme Hellas vorlängst die britische Blokade gebracht hatten, welcher Dom Pacifico zum Vorwand dienen mußte, begegnen sich heute, wo der Erbfolgestreit die Nebelkappe für die sich bekämpfenden Absichten der Schutzmächte bildet. Wo man hinsieht — nach Aegypten, den heiligen Stätten, den Kurdenländern, nach Bulgarien, Bosnien, Serbien, Montenegro — allwärts seit vielen Jahrzehnten eine reiche Saat von Ereignissen gesäet, die an Tragweite die europäischen schon deßwegen überragen, weil sie nicht entschieden werden können, ohne über drei Welttheile zumal ihre Wellenringe auszudehnen. Daß Oesterreich diesen im Dunkel und meist fast lautlos für Europa sich entwickelnden Dingen nicht theilnahmlos, die Hände im Schooß, zusieht, zeigt das Erscheinen des jugendlichen Herrschers in allen Ländern seines Reichs welche die Türkei und ihre Anhängsel umsäumen — Ungarn, die Woiwodina, Galizien, Croatien, österreichisch-Bosnien, den adriatischen Küstengestaden, und überall begrüßen ihn kampflustige Heeresmassen unter kriegsgeübten Führern.... Bei diesen Constellationen ist nur Eines zu verwundern: die Sorglosigkeit, mit welcher in Deutschland alle particularistischen Eifersüchteleien, alle blinden Parteileidenschaften sich ans Werk gemacht haben, was noch niet- und nagelfest schien zu lösen, dem Ruin der jungen Errungenschaften den alten nachzuwerfen, und Oesterreich und Preußen gegeneinander zu hetzen, statt sie auf das große gemeinsame Ziel zu leiten, das eine vielleicht nahe Zukunft ihnen im Osten und wohl auch im Westen anzuweisen nicht verfehlen wird.... Wahrhaftig, welches Schauspiel bieten wir den Nationen, die vor unsern Augen über die Donauländer und ungeheure Gebiete zweier Welttheile die Würfel zu werfen sich anschicken!"

Frankfurt, den 11. Oct. Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Allg. Ztg.": Die belgische Regierung hat, wie ich vernehme, in diesen Tagen durch ihren Gesandten bei dem deutschen Bund, den Grafen v. Briey, dem Bundestag ein Memoire überreichen lassen, welches eine ausführliche Schilderung des derzeitigen Verhältnißes Belgiens zu Frankreich enthält. Das Memoire ist an sämmtliche europäische Höfe abgegangen.

Darmstadt, den 13. Octbr. In unserm Ständehaus will es, wie es scheint, nicht mehr recht vorwärts. Die Kammern sind zwar seit dem 30. v. M. wieder versammelt; von ihrer Thätigkeit wird aber bis jetzt sehr wenig vernommen. Wie schon erwähnt, besteht zwischen der ersten und zweiten Kammer in Ansehung des Budgets große Meinungsverschiedenheit. Wird, was nach dem Stande der Parteien zu vermuthen ist, keine gütliche Vereinbarung erzielt, so muß nach den Bestimmungen der Verfassung das ganze Finanzgesetz noch einmal in einer gemeinschaftlichen Versammlung beider Kammern discutirt und durch einen Beschluß derselben nach absoluter Stimmenmehrheit festgestellt werden. Den Anfang vom Ende dieses außerordentlichen Landtags dürfte hiernach das Land zur allseitigen Freude erst dann erblicken, wenn jene gemeinschaftlichen Sitzungen stattfinden. Inzwischen gewinnen die in kurzen Zwischenräumen fortgesetzt erscheinenden Verordnungen und Reglements über die Kleidertracht und äußere Etiquette unserer Civilbeamten den Umfang eines Coder. Neuster Verordnung gemäß müssen, wie wir vernehmen, die Beamten stets in Uniform erscheinen, wenn sie im Dienste sind, und als im Dienst befindlich werden sie angesehen, so lange sie keinen förmlichen Urlaub haben. — Eine weitere specielle Ergänzungsacte erlaubt sämmtlichen Civilbeamten, die einmal Militär gewesen sind, den einfachen Schnurrbart. (F. J.)

Stuttgart, den 14. Oct. Das im Verlage von Karl Göpel erschienene Buch: „Deutschland und die abendländische Civilisation, zur Läuterung

unsrer politischen und socialen Begriffe," ein Werk, das die Aufmerksamkeit der Denkenden bereits in hohem Grade angezogen hat, ist gestern von der Policei mit Beschlag belegt worden. Der Verleger wurde sogar aufgefordert, seine Bücher zur Einsicht vorzulegen, um daraus zu entnehmen, wohin die Exemplare, welche nicht mehr vorgefunden wurden, versendet worden seien. Als Hr. Göpel erklärte, hiezu nicht verpflichtet zu sein, und für den Fall, daß die Stadtdirection bei dieser Verfügung beharre, den Recurs dagegen anmeldete, wurde ihm erklärt, daß man darauf keine Rücksicht zu nehmen habe, und daß, wenn er nicht folge, er verhaftet und Haussuchung bei ihm vorgenommen werde. Und so geschah es. Hr. Göpel hat sich gestern Nachmittag lieber verhaften lassen als dem Ansinnen der Policei stattgegeben; zugleich aber ist von ihm eine förmliche Verwahrung gegen das Verfahren der Stadtdirection eingereicht und von seinem Vertheidiger, Rechtsconsulent Schoder, eine dringende Beschwerde an die k. Kreisregierung abgesendet worden. So viel wir wissen, ist Hrn. Göpel's Haft heute noch nicht zu Ende. Die Haussuchung aber hat kein Ergebniß geliefert.... Wir vernehmen, daß die sehr aufmerksam gewordenen Buchhändler unserer guten Stadt Stuttgart gegen die weitgreifende Procedur eine gemeinsame Einsprache bei der k. Staatsregierung einzulegen beabsichtigen, und daß selbst in der Mitte des Gemeinderaths dieser Vorgang in ernste Erwägung gezogen worden ist und zu Erörterungen geführt hat, deren Ergebniß wir seiner Zeit mittheilen werden. (Beob.)

Berlin, den 12. Oct. Zur Rechtfertigung des Verfahrens, welches Preußen in der Zollfrage eingeschlagen, wird das Protokoll der Stuttgarter Conferenz veröffentlicht. Nach demselben beharrten die verbündeten Regierungen auf dem sofortigen Abschlusse eines Zollvertrags mit Oesterreich, und darauf, daß der Verein blos auf 6, höchstens auf 8 Jahre verlängert werde. „So lange diese Gegenzugeständniße nicht erreicht sind, werden die verbündeten Regierungen den Zollverein nicht erneuern." Man kam ferner überein: „1) Die Bevollmächtigten haben Berlin zu verlassen auf den Fall, daß die preußische Regierung erklären wird, daß nun, da die verbündeten Regierungen sich nicht mit beiden Präjudicialpuncten einverstanden erklärt hätten, keine weitere Verhandlung stattfinden könnte; 2) sollte die preußische Regierung die wiener Vertragsentwürfe ablehnen, und namentlich die österreichische Vorlage A ihrem wesentlichen Inhalte nach nicht annehmen zu können erklären, so haben die Bevollmächtigten auszusprechen, daß ihre resp. Regierungen unter diesen Umständen die zweite Präjudicialfrage nur verneinend beantworten und sich nunmehr auch an die erste Präjudicialfrage nicht gebunden erachten könnten; 3) es soll zwar von jetzt an von der Bestimmung des Zeitpunctes Umgang genommen werden, in welchem die Zolleinigung mit Oesterreich Platz greifen wird; dagegen aber verpflichten sich die hier versammelten Regierungen ausdrücklich, an dem Principe, daß eine solche Zolleinigung Statt zu finden habe, unverbrüchlich festhalten und Preußen zur Annahme dieses Princips durch alle zu Gebote stehenden Mittel nöthigen zu wollen; 4) es sollen unter den oben bezeichneten Eventualitäten, so wie zur Befestigung der Vereinbarung der auf dieser Conferenz repräsentirten Regierungen Bevollmächtigte nach Wien zur Berathung des Vertrags C abgeschickt werden und die Berathungen dort am 1. Oct. d. J. beginnen. Diese Absendung soll auch eintreten, wenn es aus irgend einem Grunde zum Abbruch der Verhandlungen in Berlin kommen sollte."

Die „National-Ztg." versichert, nicht nur ein Bundespreß-, sondern auch ein Bundesvereinsgesetz werde zu Frankfurt in Vorschlag gebracht. Als Hauptpunct erscheine, daß politische Vereine überhaupt in den Bundesländern nicht geduldet, und daß politische Adressen ebenfalls so viel wie möglich beseitigt werden sollten. — Die „Kreuzztg." behauptet, bis jetzt wisse man noch nichts von einem solchen Gesetze, jedenfalls würde es, wie das Bundespreßgesetz, nur dann von Preußen angenommen werden, wenn es mit dem preußischen Vereinsgesetze übereinstimme. — Der „Kreuzztg." soll eine Warnung zugegangen sein wegen ihrer Haltung gegen den französischen Prinz-Präsidenten.

Die Neue Preuß. Zeitung sagt: Dem Vernehmen nach bereitet die Handelswelt, für den Fall der Auflösung des Zollvereins, den Antrag an die Regierung vor, daß das Papiergeld der Coalitionsstaaten im Preußischen verboten wird. Sollte die Regierung nicht auf diese Maßregel eingehen, so will man privatim sich dahin einigen, im bürgerlichen Verkehr unter allen Umständen die Annahme dieser jetzt in Masse cursirenden Cassenscheine zu verweigern.

Kiel, den 11. Oct. Heute Mittag trifft hierselbst die Nachricht ein, daß der vom dänischen Kriegsgericht in Schleswig zum Tode verurtheilte und vom Könige zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigte Oberst Schytz am gestrigen Tage von Schleswig nach Viborg ins Zuchthaus abgeführt worden ist.

Wien, den 11. Oct. Die neue politische Organisirung der verschiedenen Kronlande beseitigt auch den Rest der constitutionellen Schöpfung aus dem Jahre 1849 und stellt im Wesentlichen die vormärzlichen Zustände wieder her; insbesondere wird in den unteren Instanzen Verwaltung und Justiz wieder vereinigt. Bei Weitem das wichtigste Staatsinstitut ist die Gensd'armerie. Daß die Policei wenigstens in den Provincialhauptstädten militärisch eingerichtet und nur ein Militär Präsident werden soll, ist bereits ausgesprochener Grundsatz und ist da und dort bereits zur Ausführung gelangt. (K. Z.)

Eine Wiener Correspondenz der Indépendance Belge glaubt einige Aufschlüsse über die demnächst bevorstehende weitere Entwicklung der Zollangelegenheit geben zu können. Danach ist die Einladung an die sieben *coalirten* Höfe zu neuen Conferenzen in Wien, auf welchen die weiteren Maßregeln verabredet werden sollen, bereits von Wien aus erlassen. Es ist wahrscheinlich, daß die genannten Höfe dem Darmstädter Protocoll gemäß die Fortsetzung des Zollvereins ohne Preußen unter sich festsetzen und gleichzeitig zunächst mit Oesterreich unterhandeln werden, welches einen Zoll- und Handelsvertrag auf Grundlage der zu Anfang dieses Jahrs gehaltenen Conferenzen und abgeschlossenen Uebereinkunft als Anbahnung der Zolleinigung mit ihnen abschließen wird. Für Preußen werden sie das Protokoll offen lassen, damit es, „wenn es sich eines Besseren besonnen," in diesen allgemeinen Zollverband wieder eintreten kann. Württemberg soll auf die von Wien aus gemachten Eröffnungen den Wunsch ausgesprochen haben, zuvörderst den mündlichen Bericht seines Bevollmächtigten bei den Berliner Conferenzen, Hrn. Sigel, zu vernehmen; Baden hat sich seinen Entschluß vorbehalten; die fünf anderen Regierungen haben bereits ihre Bevollmächtigten zu den neuen Wiener Conferenzen ernannt.

Frankreich.

* Die Beschreiber der Reise sind in Verlegenheit, noch neue Worte zu finden. In den gestrigen Berichten las man nicht nur wieder von „Trunkenheit" der Bevölkerung, sondern auch von „Fanatismus" derselben, und heute bringt der Moniteur eine telegr. Depesche aus La Rochelle worin es heißt: „Nie wurden einem Souverän ähnliche Huldigungen dargebracht; die Stadt schwimmt in einem Meer von Wonne." In Paris werden am Sonnabend (den 16.) bei der Ankunft des Präsidenten alle Glocken geläutet und 121 Kanonenschüsse (der „Souveränengruß") von den Invaliden abgefeuert werden. — Der Angabe, daß Napoleon als Kaiser in die Hauptstadt einziehen werde, wird von unserer pariser Correspondenz entschieden widersprochen; es sei ein Senatus Consultum fundamentale Bedingung hiezu; der Senat müsse also nothwendiger Weise erst zusammenberufen werden, und bis jetzt verkünde noch nichts das Ergreifen dieser außerordentlichen Maßregel. — Auffallend ist, daß

die Staatspapiere, welche in den letzten Tagen reißend in die Höhe gingen, heute sehr bedeutend gesunken sind, namentlich die 4½procentigen um 1 Frc. 10 Cent.

† **Paris,** den 13. Oct. Nach dem officiellen Theile des „Moniteurs" ist dem Minister des öffentlichen Unterrichts und des Cultus ein außerordentlicher Credit von 2,500,000 Frcs. zur Herstellung der Façade der Cathedrale von Marseille eröffnet, um sie mit dem Bau derselben in Harmonie zu bringen. — Ein zweites Decret eröffnet einen analogen Credit von 1,500,000 Frcs. für die Cathedrale der Stadt Moulins.

Die Bedeutung der departementalen Ovationen ist bereits fixirt und erregt lange nicht mehr das Interesse, welches die Erwartung der Pariser Aufnahme erregt. Es wird freilich nicht an officiellen Zurufen: „Es lebe der Kaiser!" 2c. fehlen. Vereinzelte Rufe machen jedoch noch keine Manifestation. Bei der Strenge der polizeilichen Maßregeln, kann man freilich keine Oppositionsrufe erwarten, die Bedeutung liegt zwischen Rufen und Schweigen. Die Hauptstadt ist, wenn wir deren Stimmung richtig begriffen haben, etwas mißlaunig geworden, weil die Departements ihr zum erstenmale die Initiative aus den Händen gewunden haben.

Der Municipalrath von Pezenas, wo der Präsident nach den officiellen Berichten so überaus glänzend empfangen wurde, ist aufgelöst worden, weil die Mehrzahl der Räthe ihre Entlassung eingereicht hatten! Das Warum? wird nicht angegeben. — Die Haussuchungen in dem Departement Puy de Dome dauern fort; in Paris sind gleichfalls in den letzten Tagen viele Verhaftungen vorgenommen worden.

† **Paris,** den 14. Oct. Die erste Frau des ehemaligen Königs von Westphalen, Jerome Bonaparte, Mad. Patterson, die im Jahre 1805 auf Befehl des Kaisers von ihrem Gatten durch einen Senatsbeschluß geschieden wurde, lebt in Baltimore und ist gegenwärtig 67 Jahre alt. Der Bürger Bonaparte, ihr Sohn 47 Jahre alt, ist ein eifriger Republikaner, sehr reich und besitzt in den südlichen Staaten von Nordamerika viele Negersclaven. Der „Univers" sieht schon im Geiste denselben in Nordamerika eine Dictatur errichten, welche den „Parlamentarismus" vernichten und den Besitzern im Süden das Eigenthum der Sclaven sichern soll.

Zu Toulouse mußten auf telegraphischen Befehl aus Paris die Fenster in allen Straßen, durch welche der Prinz kam, stets offen bleiben. Drei dortige Socialisten, welche im Wirthshause darum geloos't hatten, wer den Prinzen ermorden sollte, sind verhaftet worden. (?) — Ein Journal hebt hervor, daß bei den Festdiners überall die Erzbischöfe und Bischöfe zur Rechten des Präsidenten saßen. — Zu Montmartre hat man Waffen weggenommen und ihre Eigenthümer verhaftet.

Es wird zuversichtlich behauptet, daß der Papst versprochen habe, die Krönung Louis Napoleons zu vollziehen, und daß diese Ceremonie jetzt bestimmt auf den Monat Mai 1853 verschoben ist. L. Napoleon wird also auch darin die Tradition des Kaiserreichs befolgen, daß er zwischen der Proclamation des Kaiserreiches und der Krönung einen Zwischenraum von einigen Monaten läßt. Der Gedanke liegt aber auch nahe, daß diese Zwischenzeit benutzt werden soll, gewisse delicate Unterhandlungen zu Ende zu führen, um eine doppelte Krönung zu gleicher Zeit möglich zu machen.

Auch für den Einzug in Paris trifft die Polizei die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln. Den Hausbesitzern und Miethsleute der Häuser, die an den Straßen liegen, welche der kaiserliche Zug passirt, ist von der Polizei angekündigt worden, daß sie nur Personen, die sie genau kennen, erlauben sollten, sich an ihre Fenster zu postiren, da sie für Alles, was in ihren Häuser geschehe, für ungesetzliche Rufe u. s. w. verantwortlich gemacht würden.

Spanien.

Madrid, den 8. Oct. Dem Marschall Espartero, der sich noch immer zu Logrono aufhält, ist von der Regierung die Erlaubniß nach Madrid überzusiedeln, abgeschlagen worden.

Großbritanien.

* **London,** den 13. Oct. Man versichert, daß sich das Parlament früher als man vorausgesetzt versammeln wird. Es befinden sich gegenwärtig ungefähr 120 politische Flüchtlinge in Jersey, die einen literarischen Cirkel gebildet haben, sie sammeln Fonds um ihre Schicksalsgenossen zu unterstützen.

Türkei.

Smyrna, den 27. Sept. Seit 14 Tage liegt das englische Geschwader, neun Schiffe stark und befehligt von dem Vice-Admiral Dundas, sowie die türkische Flottille in Burla vor Anker. Man erfuhr den Grund bald. Es gilt dem Bey von Tunis, der seit vier Jahren keinen Tribut bezahlt hat und sich als unabhängiger Fürst gebärdet. Die Türkei fühlt sich außer Stand, den Rebellen zu züchtigen und fürchtet die Einreden Frankreichs; sie wird sich daher auf ihrem Zug dahin von ihrer guten Freundin England begleiten lassen. Nächsten Mittwoch wird sonach die englische Schiffsabtheilung nach dem Pyräeus und nach Corfu unter Segel gehen, das osmanische Geschwader aber nach Malta steuern. — Abdul-Medschid zeigt seit einiger Zeit Symptome bedenklicher Leiden. Allzu viel Haremsleben und übermäßiger Genuß geistiger Getränke sollen ihn körperlich und geistig sehr angegriffen haben. Diese Gesundheitsumstände des Sultans, die kein Geheimniß mehr sind, erklären das Benehmen des Bruders Abdul Medschids, die Hoffnungen der Janitscharenfreunde und den Fall Reschid Pascha's, dessen Nachfolger so wenig in der Gewalt befestigt sind, daß man alsbald wieder von ihrem Sturze sprach. — Admiral Romain Desfossés ist in den Pyräeus eingelaufen. Ein französisches Wachtschiff aber folgt dem osmanischen Geschwader, um dessen Bewegungen zu beobachten.

Vereinigte Staaten.

Nach den new-yorker Journalen vom 28. Sept. kamen am 23. und 24. Sept. in New-York allein 6832 fremde Einwanderer an. Vom 24. bis 27. Sept. liefen auf 27 Schiffen wieder 3721 Einwanderer ein. In den ersten neun Monaten dieses Jahres kamen in den Vereinigten Staaten 226,976 Einwanderer an, von denen 92,686 Deutsche, 88,664 Irländer; 45,626 gehörten anderen Nationen an. In diesem Jahre hat mithin die deutsche Auswanderung die irische übertroffen.

Eine Beilage zu diesem Blatt folgt morgen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1273] **Beachtenswerthe Anzeige für Besitzer von Kupferstichen & Lithographien.**

Kupferstiche 2c., Lithographien, die durch das Alter gelb geworden, durch Feuchtigkeit, Rauch oder auf irgend sonst eine Art, Flecken bekamen, werden von Unterzeichnetem unter Garantieleistung wieder wie neu hergestellt.

Näheres auf portofreie Anfrage.

L. Schollenberger in Mannheim.

[1271²] **Anzeige.**

In einer der ersten Städte der bayer. Pfalz kann Auswanderungswegen gegen ein ziemlich geringes Kaufkapital unter sehr vortheilhaften Bedingungen die einzige in dieser Stadt sich befindliche Cigarrenfabrik, welche sich eines bedeutenden Absatzes erfreute aus freier Hand acquirirt werden.

Kauflustige wollen sich unter Zif. C. F. in portofreien Briefen an die Expedition dieser Zeitung wenden.

[1266³] **Bierbrauerei-Veräußerung.**

Wohnortsveränderung wegen läßt am 25. d. Mts.,

Mittags 1 Uhr, in seiner Behausung zu Rheinsheim, Johann Michael Schneider, Bierbrauer, seine allda im Jahre 1843 nach neuester Art eingerichtete, ganz neu aus Stein erbaute Brauerei mit Wohn- und Oeconomiegebäuden, mit oder ohne Einrichtung, auf Eigenthum versteigern; bis dahin kann aber auch das Ganze aus freier Hand gekauft oder gemiethet werden. Sämmtliche Gebäulichkeiten befinden sich auf einer Fläche von 320 nürnberger Ruthen und bestehen aus einem zweistöckigen Wohnhause mit großen Wohn- und Wirthslokalen, sehr geräumigem Brauhaus und Luftmalzspeichern, Malzdörre, Malzschrotmühle, 6 gewölbten Kellern, 2 Pumpbrunnen, Waschküche, Scheuer und Stallungen. Da dieses Anwesen ganz in der Nähe von Germersheim liegt und von dessen Garnison stark besucht wird, so berechtigt dies zur besondern Empfehlung.

[1252a] **Das überseeische Geschäftsbureau** von

Zitz, Kapp & Cie. in Newyork,

Chatam Street Nro. 67,

besorgt alle Rechts- und Erbschaftsangelegenheiten, welche eine in Amerika und Europa zusammenwirkende Thätigkeit verlangen und vermittelt Geldsendungen nach Amerika.

Die Einzahlungen geschehen an den unterzeichneten General-Agenten, welcher demnächst dem Zähler die beglaubigte Original-Quittung des Geldempfängers kostenfrei einhändigt.

Mainz, den 23. September 1852.

Dr. Müller-Melchiors.

[1229a] Mit allerhöchster Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern.

Der ächte, seit 17 Jahren im Inn- und Auslande renommirte

Mailändische Haarbalsam, approbirt von höchsten Medicinalstellen und rühmlichst empfohlen durch Tausende der unverwerflichsten Zeugniße von Personen aus allen Ständen, großen Chemikern und Aerzten von europäischem Ruf und Namen, ist das beste Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Hauptbaare sowohl als zur Hervorrufung kräftiger Schnurr- und Backenbärte in schönster Fülle, und erfreut sich fortwährend des ausgezeichnetsten Beifalls und der größten Verbreitung. Preis 54 kr. das große und 30 kr. das kleine Glas sammt Bericht. Nicht weniger vortheilhaft bekannt sind:

Eau d'Atirona, oder die feinste flüssige Toilettenseife, ein bewährtes schon 13 Jahre bei beiden Geschlechtern in großen Ehren stehendes cosmetisches Mittel zur schmerzlosen Entfernung der Leber- und anderer gelber und brauner Flecken, Sommersprossen, Hitzblätterchen, Mitesser, Finnen und sonstiger Hautunreinheiten, sowie zur Erhaltung und Herstellung einer schönen, reinen, weißen Haut, welche diese flüssige Seife stärkt, den schädlichen Angriffen der wechselnden Witterung widersteht, vor Runzeln bewahrt und die Haut in jugendlicher Frische und belebtem Ansehen erhält, dabei sich noch besonders durch den angenehmsten Wohlgeruch empfiehlt so wie mit großer Superiorität alle andern Toilettenseifen und Schönheitswasser ersetzt, wie diese auch Namen haben mögen. Das ganze Glas wird zu 40 kr. und das halbe zu 20 kr. nebst Gebrauchsanweisung mit Zeugnißen berühmter Aerzte und Chemiker abgegeben.

Eau de Mille fleurs nach neuester Pariser Composition, das große Glas zu 36 kr. und das kleine zu 18 kr. Wenige Tropfen ertheilen den lieblichsten und dauerndsten Wohlgeruch, so daß man glaubt, sich in einem Gewächshause zu befinden, das voll ist von köstlich duftenden Blumen.

Duft-Essig, ein vorzügliches Räucherwerk und Luftreinigungsmittel, wovon 8 bis 10 Tropfen ein geräumiges Zimmer mit dem erquickendsten und belebendsten Duft erfüllen und die Luft von allen übelriechenden und schädlichen Dünsten reinigen. Preis 15 kr. das Glas. Die Kosten für Verpackung und Postschein sind bei 1 oder 2 Gläsern 6 kr. Briefe und Gelder franco, auch können letztere nachgenommen werden. Zur Erkennung der Aechtheit dieser bewährten und beliebten Fabrikate ist jedes Glas derselben mit meinem Petschaft gesiegelt und mit einer Etikette versehen, welche meinen Namen trägt.

Mein Haupt-Depot obiger Artikel für die Pfalz befindet sich bei Hrn. G. L. Lang in Speyer.

Carl Kreller, Chemiker in Nürnberg.

Von obigen Artikeln habe ich Hrn. C. Ruff, Buchhändler in Kirchheimbolanden, ein Depot für Kirchheimbolanden und Umgegend übergeben.

G. L. Lang in Speyer.

[1253] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

[1254] **Niederländische**

Dampf- **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an

von Ludwigshafen am Rhein täglich:

4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.

Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.

Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.

Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.

Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 250.) den 17. October 1852.

Deutschland.

* **Speyer**, den 16. Oct. In seiner heutigen vierten Sitzung befaßte sich der Landrath zuerst mit Prüfung der Rechnung der Kreishülfskasse, dann mit Prüfung der allgemeinen Verwaltungsrechnung. Besonders Bemerkenswerthes kam dabei nicht vor. Nächste Sitzung am Montag (9 Uhr Morgens). Gegenstände der Berathung werden die Herstellung des Irrenhauses (dessen Kosten auf nahezu 700,000 fl. veranschlagt sind) und das Schulwesen sein.

Berlin, den 12. Oct. Man hält sich überzeugt, daß Preußen eine Rückkehr Sachsens zum Zollverein nicht annehmen würde, wenn nicht zugleich die andern Coalitionsstaaten den Bund erneuerten. (?) Von vielen Seiten her machen die Fabrikbesitzer und sonstigen großen geschäftstreibenden Anstalten Vorbereitungen zu Uebersiedelungen. So zum Beispiel von Zittau nach Görlitz; es sind in letzterer Stadt schon viele Unterhandlungen wegen Ankaufs von Grundstücken von sächsischen Einwohnern geleitet. Da aber Preußen wol die Uebersiedelungen der Besitzer, nicht die der Arbeiter gestatten würde, so würde der Zustand der sächsischen Städte und Fabrikdistricte ein doppelt trauriger sein. Sie verlören die Capitalisten und behielten die brodlos gewordenen Arbeiter. (Allg. Ztg.)

Schweiz.

Waadt. Die freie protestantische Kirche der französischen Schweiz hat Hrn. Oberst Tronchin von Genf bezeichnet, um an der Abordnung Theil zu nehmen, die an den Großherzog von Toscana in der Angelegenheit der bekanntlich wegen ihres Uebertrittes zum Protestantismus zu den Galeeren verurtheilten Eheleute Madiai abgehen soll. Der Graf Aigenon wird die französische Kirche vertreten.

Frankreich.

Es wird eifrig an einer innigen Allianz zwischen Oesterreich und dem künftigen Kaiserreiche gearbeitet.

Wie im alten Frankreich die Regierung Feste auf Feste folgen läßt, so hat sie auch in Algerien, diesem neuen Frankreich, die letzten Tage des Septembers durch prachtvolle öffentliche Schauspiele verherrlicht. Am 28. Sept. war ein großes Wettrennen, aber schon zwei Tage vorher hielten die von dem Generalgouverneur aus den 3 Provinzen herbeigerufenen Reiter unter Führung der Officiere der arabischen Bureaux ihren Einzug. Ein Troß von Maulthieren und Kamelen die mit Zelten beladen waren oder einen Tragsessel trugen in welchem Kinder und Frauen saßen, begleiteten diese Karawanen. Die zwei Hauptschaustücke waren eine Raba, ein der Provinz Oran eigenthümlicher Kampf, dann eine Fantasia. Bei der Raba ist es ein vorsichtiges, mit allerlei Umschweif und List verbundenes Annähern, und wenn alles was der Blick zauberhaftes hat, erschöpft ist, packt man einander, wirft einander zu Boden und es wird eine furchtbare Balgerei. Der Jubel über diese etwas rohen Kraftentwicklungen hatte seinen Culminationspunct erreicht, als ein theatralisches Intermezzo die Aufmerksamkeit auf sich zog — ein Löwe, an einem langen Seil, als lebhaftes Symbol des unterjochten Afrika — der unter der Tribune des Generalgouverneurs seinen Kopf hervorstreckte. — An der F a n t a s i a nahmen dießmal selbst die vornehmsten Häuptlinge Theil, was sie selten thun. Sie begann mit einem Auftritt vor dem französischen Generalgouverneur, mitten im Galopp wurden die Gewehre abgeschossen und über dem Haupt geschwungen, es entwickelte sich eine so wild fantastische kriegerische Scene, daß der Berichterstatter sie mit der mitternächtlichen Heerschau des Kaisers in der Unterwelt vergleicht. Ein Zug in der Schlacht, von den Gums der drei Provinzen unter den Befehlen des Obersten Durrieu aufgeführt, macht den Beschluß. Das eigentliche Wettrennen fand am 30. Sept. statt. Der zu durchreitende Raum betrug 16 Kilometer 100 Meter, die bewilligte Zeit war 45 Minuten. Aber in 26 Minuten hatte das Preispferd das Ziel erreicht. Die Ehre des Sieges trug ein Eingeborner davon.

Spanien.

Madrid, den 4. Oct. Der mit Erlaubniß der Regierung in Paris sich aufhaltende General Ortega hat die Weisung erhalten nach Spanien zurückzukehren und sich in Cadiz nach den canarischen Inseln einzuschiffen. Tenerifa ist ihm als Aufenthaltsort angewiesen, weil er trotz aller Warnung immer noch mit den Häuptern der Exaltados Verbindungen unterhält, die der Regierung keineswegs genehm sind. Fügt sich der General nicht den Anordnungen der Regierung, so wird er aus der Armeeliste gestrichen, und seine bedeutenden Besitzungen in Aragon sollen eingezogen werden. (!!)

Italien.

Daily News läßt sich aus **Florenz** in Bezug auf die Angelegenheit der Familie Madiai schreiben: „Ganz Florenz spricht jetzt über die Bemühungen des preußischen Gesandten, Hrn. v. Reumont, zu Gunsten der Verurtheilten. Der König von Preußen hatte sich bei dem Großherzoge in einem eigenhändigen Schreiben für die Befreiung der Madiai's verwendet, und diese als eine ihm persönlich zu erweisende Gunst erbeten. Hr. v. Reumont machte dem Großherzog bei dessen Rückkunft aus den Bädern von Lucca seine Aufwartung, um das kgl. Schreiben zu überreichen und seine eigene Fürbitte geltend zu machen. Der Großherzog war sehr aufgebracht, oder that, als ob er es wäre, daß der König von Preußen sich in diese Angelegenheiten mische, und berief sich mit großer Wärme auf sein Recht, in seinen Staaten nach eigenem Ermessen handeln zu dürfen. Hr. v. Reumont soll darauf erwiedert haben, wie er als Gesandter einer mit Toscana befreundeten Macht es für seine Pflicht halte, den Großherzog im Interesse seiner Regierung vor den selbstmörderischen Tendenzen seiner seit Kurzem eingeschlagenen intoleranten Politik zu warnen. Darauf antwortete der Großherzog nicht und wandte nach wenigen Minuten das Gespräch einem anderen Gegenstande zu, indem er fragte, was Hr. v. Reumont von der wunderwirkenden Kraft des Bildes der Santissima Annunciata halte. Der preußische Gesandte sah nun, daß der Großherzog ihm keine weitere Antwort geben wolle, nahm seinen Hut und empfahl sich mit einem tiefen Bückling. Wenige Tage später brachte die Allgemeine Zeitung einen Artikel mit der wohlbekannten Chiffre Rt, in welchem das wunderthätige Frescobild der Feuerprobe einer versengenden Kritik unterzogen wurde, — eine Kritik, die der Verfasser mit um so besserem Anstande schreiben konnte, da er selbst dem katholischen Glauben angehört. — Aus dem Mitgetheilten kann man schließen, welche Chancen die englische Deputation, die sich zu Gunsten der Madiai's hieher begeben will, zu erwarten habe. — Von Oesterreich werden immer mehr Truppen nach Toscana

gezogen, und der Anschluß Toscana's an den österr. Zollverband soll besiegelt sein. Dann können wir wol sagen: Adieu englischer Handel mit Livorno!"

Turin, den 9. Oct. Soeben hat der Erzbischof von Chambery einen feuersprühenden Hirtenbrief gegen die Bewohner Savoyens erlassen, worin er dieses Land „für den Mittelpunct der Orgien und protestantischer Ketzerei" erklärt und den Ewigen Juden, die Geheimniße von Paris, die Geheimniße des Volks und die Journale La Voix du Paysan, Le nouveau Patriote Savoisien, ja selbst die Gazette de Savoie, ein der Regierung ganz ergebenes Blatt, auf den Index setzt. Der Bischof von Ventimiglia seinerseits schleudert den Bannstrahl gegen jeden Leser der Gazette du Peuple, des Fischietto und der Opinione. Der Bischof von Montdovi kündigt auf nächstes Schuljahr die Eröffnung eines Seminars für Theologie-Studirende an, denen er zumuthet, die Universitätsanstalten der Regierung, „diese Mittelpuncte des Gifts und des Protestantismus," zu meiden. Der Bischof von Tortona endlich widersezt sich wegen des Vorfalls von Basaluzzo der Regierung und weigert sich, dem sehr gerechten Wunsch derselben nachzukommen, und die Amtseinstellung der Geistlichen aufzuheben, welche dem unglücklichen Gemme eine kirchliche Bestattung gewählt hatten. Diejenige klerikale Angelegenheit, die jezt allmählich in den Vordergrund tritt, und ein sehr ernstes Aussehen gewinnt, ist die von der liberalen Partei erstrebte Einziehung der geistlichen Güter. Die „Armonia" nennt sie einen Raub, und bläst in die Lärmtrompete. Ganz Piemont müße, sagt sie, wenn dieß geschehe, mit dem Interdict belegt werden. Unterdessen aber füllen sich zahlreiche Listen mit Unterschriften, die Gemeinden sind in Aufregung darob, und die von Alessandria wollte „sich die Ehre nicht rauben lassen," die erste zu sein, welche in einer Bittschrift an das Parlament diese Maßregel forderte! Sie erklärt sie als nothwendig für das Wohl und die Ruhe des Landes, sowie für die Wiederherstellung eines gesunden Finanzzustandes. Sie wissen wohl selbst, daß diese Kirchengüter den fast fabelhaften Werth von 300 Millionen haben. Auch noch in andern Gemeinden ist diese Frage in Anregung gebracht: sie werden ohne Zweifel dem Beispiel Alessandria's folgen. Bereits hat sich das Risorgimento auf ihre Besprechung eingelassen, und schlägt vor: die 300 Millionen mittelst Schatzscheinen zu decken, dann werde, meint es, der Clerus Liebe zu unsern Staatseinrichtungen gewinnen, weil ihm nun daran gelegen sein müße, den Staatscredit zu erhöhen. (A. Z.)

Der Bau der protestantischen Kirche in Turin, der auf so viele Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten gestoßen, ist beendigt.

Rom, den 3. Oct. Nicht allein auf den Straßen von hier nach Agnoni und Zisterna, auch in Rom selbst kamen in dieser Woche gewaltsame Beraubungen vor. Bei einem Droguisten nahe der Chiesa nuova mißlang ein begonnener Einbruch; doch versetzten die fliehenden Diebe zweien der sie Verfolgenden tödtliche Stichwunden. Daselbe wiederholte sich in einem andern Hause unweit der Kirche santa Maria della Pace. Die Policei hat wieder alle Hände voll mit politischen Inquisitionen zu thun, und scheint für die Ueberwachung der Sicherheit in den Straßen der Hauptstadt keine Zeit finden zu können. (A. Z.)

Messina. Die beiden Lavaströme des Aetna hatten sich am 15. des v. Mts. vereinigt, und an diesem und dem folgenden Tag in Milo und Casella bei 12 Wohnungen zerstört. Am 17. und 18. entstanden neue Ströme, von denen der eine jedoch am folgenden Tage wieder versiegte. Die Eruption nimmt allmählig ab; aus dem Krater steigen immer noch dicke Rauchsäulen empor.

Großbritanien.

In der irischen Grafschaft Limerick ist schon wieder ein agrarischer Mord der erschreckendsten Art begangen worden. Ein Pächter des Grafen von Dunraven hatte ein kleines Stück Land gepachtet, dessere frühere Zinsbesitzer wegen langer Rückstände ausgetrieben worden waren, und wurde dadurch ein „gezeichneter Mann." Samstags Nachts um 11 Uhr fand ihn die Policei auf der Landstraße, keinen Steinwurf weit vom Dorfe Adare und keine 10 Schritte weit von einem bewohnten Hause am Wege, erschossen. Die Mörder entfernten sich bedächtigen Schrittes und laut sprechend durch die dunkle Nacht auf dem Wege nach dem Dorfe, so daß die Policeipatrouille, von deren Nähe sie wol keine Ahnung hatten, ihrer mit Leichtigkeit habhaft wurde. Es sind 6 oder 7 Menschen, die man für Mitglieder der Bandmänner-Vehme hält.

Miscellen.

Zu St. Aignan (Frankreich) brach neulich Nachts ein Dieb bei einem Pachter ein und gelangte ungestört in die drei Schlafzimmer, worin zusammen 17 Personen lagen. Er nahm die Schlüssel zu den Schränken theils unter den Kopfkissen der Schlafenden, theils aus den Kleidern weg und öffnete 12 Schlösser, ohne daß Jemand erwachte. Erst am Morgen gewahrte die Hausgenossenschaft, daß sie um einen Werth von 200 Fr. bestohlen worden war.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1274] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 1. bis 10. Octbr. H. Löwenthal a. Mannheim. — Frl. Lobstein a. Straßburg. — H. Advocat Wolf mit Gemahlin a. Weissenburg. — H. B. Brunner a. Rheinzabern. — H. Pfarrer Wundt a. Kriegsheim. — Fr. Taylor mit Begleitung a. London. — Fr. Berlin m. Sohn a. Fürth. — Fr. Hartmann a. Obermoschel. — H. Fubro a. Colmar. — H. Pfarrer Zahn a. Stuttgart. — Fr. Rott a. Hochfrankenheim. — Fr. Greiner a. Selz. — H. Senator Dr. Gwinner mit Gemahlin und Frl. Tochter a. Frankfurt. — H. Seib, Photograph in Frankfurt a. M. — Graf Lambert, Obrist und Adjutant des Großfürsten Thronfolgers von Rußland mit Bedienung — H. u. Fr. Scholl a. Stetten. — H. Inspector Hollensteiner a. Winnweiler. — H. Krauß a. Nürnberg. — H. Janson a. Norwegen. — H. Buchhändler Mohr mit Sohn a. Heidelberg. — Hr. Francke, Gymnasiallehrer a. Weilburg. — 337. H. Scheffold a. Carlsruhe. — 338. H. May a. Wien. — 339 u. 340. H. A. de Xaan u. H. P. de Xaan a. Amsterdam. — 341 u. 342. Frl. Müller u. Frl. Heiligenthal a. Landau. — 343. H. Assmann a. Hamburg. — 344. H. Kellermann a. Mainz. — 345 u. 346. H. Dr. med. Oswald mit Gemahlin a. Berlin. — 347. Fr. Oppermann a. Strasburg. — 348. H. Holcroft a. Niederbronn.

[1269²] Zur Uebernahme eines soliden, der Mode nicht unterworfenen Artikels wird ein solider Geschäftsmann gesucht und Anmeldungen unter H. S Nro. 4 franco und post restante Frankfurt am Main erbeten.

[1275] **Billigstes deutsches Nationalwerk!**

In der Hoffmann'schen Verlagshandlung in Stuttgart erscheint und ist in G. L. Lang's Buchhandlung in Speyer und bei A. Schiesel in Landau zu haben:

Dr. J. G. A. Wirth's

Deutsche Geschichte.

Zweiter Abdruck der zweiten, durchaus verbesserten Auflage in 4 Bänden.

Das ganze Werk erscheint in spätestens Jahresfrist vollständig. Es besteht aus 4 starken Octavbänden und wird in 20 Lieferungen von je 9 Bogen zum Subscriptionspreise von 9 kr. für die Lieferung, das vollständige Werk also für 3 fl. — ausgegeben! Einer weitern Empfehlung bedarf dieses ausgezeichnete Werk nicht!

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 251 | den 19. October 1852.

Deutschland.

*** Speyer,** den 17. Oct. Die Zollfrage tritt in eine neue Phase. Am 18. Oct. (also an dem einst so sehr gefeierten Jahrestage der Leipziger Schlacht) beginnen zu Wien **neue Zollconferenzen.** (Zum baierischen Bevollmächtigten dabei ist Hr. v. Hermann ernannt).

**** Frankfurt a. M.,** den 16. Oct. Die hiesigen Verfassungswirren und besonders die den Juden dabei zuertheilte Rolle scheinen nicht ohne Nachwehen bleiben zu sollen. Man vernimmt von der Absicht mehrer jüdischen Capitalisten, welche ein längeres Verweilen in Frankfurt nicht mit ihrer Ehre für verträglich halten und deshalb auswandern werden; man nennt namentlich ein großes, höchst geachtetes Bankierhaus, das erst kürzlich zum Bau einer neuen Synagoge der neuen (reformirten) israelitischen Gemeinde 20,000 fl. deponirte, welches sich entschlossen hat, nach Paris zu ziehen. Man mag über die Juden denken, wie man will, Niemand wird es billigen können, wenn ihnen einmal eingeräumte Rechte willkürlich wieder entzogen werden. Für Frankfurt wäre der Verlust jener israelitischen Firmen empfindlich, und selbst für Diejenigen, welche die Juden nun aus der Verfassung wieder glücklich herausgeschnitten haben, kein Glück; denn wenn sie auch die Juden hassen, so lieben sie doch deren Geldbeutel. —

— In Frankfurter Blättern war in den letzten Tagen mehremale die Rede von einem prachtvollen silbernen, dem Prinzen Hohenlohe überreichten Becher, welchen derselbe zum Dank für seine Bestrebungen für den Schutz der vaterländischen Arbeit erhalten hatte. Man streitet nun über die Priorität der Idee dieses Bechers, und hat dieselbe dem Oheim des Prinzen Felix, Hrn. Grafen Reichenbach (Sohn der Gräfin Reichenbach), vindiciren wollen. Der Becher selbst bezeichnet aber eine ganz andere Quelle, denn die Germania, welche die Spitze desselben bildet, entspricht durchaus nicht den Bestrebungen der Herren Reichenbach, Kisselbach, Christ u. A., welche die Austria, Bohemia oder irgend eine andere Schutzgöttin Oesterreichs gewählt haben würden; sie entspricht auch der Stellung des Empfängers nicht, der den Verein zum Schutz der vaterländischen Arbeit in einen Verein zur Durchführung der österr. Politik verwandelt hat. Die Idee des Bechers ging von ganz anderer Seite aus, und datirt aus einer Zeit, in welcher Prinz Felix noch nach Berlin reiste, um dort beim Handelsminister um Audienz zu bitten. Seitdem ist freilich Alles anders geworden, der Becher aber für den Empfänger ein Anachronismus, welcher zum heitern, herzhaften Trunke schlecht paßt. Herr Graf Reichenbach hat das Geld zum Becher hergegeben. Dies auch zur Steuer der Wahrheit. — „Wir könnten Namen nennen" — sagt das Frankfurter Intelligenzblatt vom 14. d. M. — „die jetzt an der Schleppe des austrischen Kaisermantels tragen, und in der großen Frage der Zeit gegen den Zollverein und gegen Deutschlands Wohl stimmen, die uns jetzt sammt allen Protestanten des Landes an die Jesuiten schmählich übergeben wollen, während sie im Jahre 1848 hoch und theuer auf die blutrothe Fahne der extremsten Partei schwuren, wir könnten Namen nennen, die — doch wir schweigen." —

*** Speyer.** Unser pariser Correspondent schreibt unterm 15. Oct., also dem Tage vor dem Einzuge des Präsidenten in die Hauptstadt, Folgendes: Der Moment naht heran, wo die Ovationen der Departements nicht eine politische Bedeutung, denn die hatte sie bei der Disposition des Gouvernements längst, sondern eine Sanction von der Hauptstadt erlangen soll. So bedeutungsvoll auch die Manifestationen der Departements, welche der Präsident auf seiner Reise berührte, gewesen sind, so ist es doch unläugbar, daß man den größten Werth auf den Empfang in der Hauptstadt Frankreichs legt. Von Seiten der Regierung und der Municipalität ist nichts vernachläßigt worden, um den Empfang so feierlich als möglich zu gestalten. Diese officiellen Feierlichkeiten bilden jedoch nur die Drapperie des bedeutungsvollen Empfanges, welchen Paris dem Cäsar zugedacht hat. Nicht in den officiellen Büllettins, nicht in den Spalten des Constitutionnel, der Patrie und des Pays wird man den wahren Ausdruck der öffentlichen Meinung der Hauptstadt lesen können. Wir aber werden unparteiisch, beobachtend den Totaleindruck schildern, von den Aeußerungen einer Bevölkerung, die ohne Zweifel nicht im Stande ist, den historischen Gang der Kaiserthumsbildung zu hemmen, die aber dessen Schicksale in ihrer Hand hält und die nicht für die künftigen Geschichtsentwickelungen Frankreichs bei Seite geschoben werden kann. Die Frage, ob das Kaiserthum geschaffen wird, ist bereits gelöst, und es entsteht jetzt die bei weitem wichtigere Frage, worauf beruht es, welche Sympathien stützen es, und welche feindliche Elemente hat es zu bekämpfen. Bei Lösung dieser Frage hat die Hauptstadt mitzureden. Es läßt sich allerdings noch nicht daraus deduziren, daß die ostensiblen Manifestationen maßgebend sind. Die leichtbewegliche Masse ist mit ihren schreienden Demonstrationen, die sie für alle Gelegenheiten in Bereitschaft hält, nicht entscheidend. Es gibt aber einen Stempel der öffentlichen Physiognomie, der zum Regulator für die negativen Grenzen einer Tendenz gelten kann, aus dessen Gepräge man herausliest, was das Volk unter allen Umständen verneinen will. Auf diese Weise nun kann der unbefangene aufmerksame Beobachter Schlüsse für die Zukunft ziehen, welche sich hinter den Guirlanden der Triumphbogen und hinter dem Vivatgeschrei einer von dem Feste trunkenen Menge verbirgt. Die Bildung des Kaiserreiches ist ein Kinderspiel geworden. Wie, und warum es so kam, zu erörtern gehört nicht hierher. Das Kaiserthum ist fertig, und was jetzt noch nachfolgt, ist die Schilderung der Formen, unter denen es ins Leben tritt. Der Politiker discutirt nicht mehr **ob**, sondern unter welchen Bedingungen es ins Leben tritt. Die Rede des Präsidenten hat das Programm enthalten, welches der neuen Regierung Frankreichs zur Basis dienen soll. Ernste Gemüther fragen sich aber, wird das neue Cäsarthum seinen Ausgangspunct von 1793, von 1804 oder von 1852 datiren? — Die Lebensfähigkeit des neuen Reiches hängt von Beantwortung dieser Fragen ab. Die inneren Fragen nach den einen, die äußeren nach den anderen hin, und es gehört mehr wie gewöhnliche Geschicklichkeit dazu, um zwischen der Charybdis der Zeitansprüche und zwischen der Scylla der dynastischen Empfindlichkeiten hindurchzusteuern. Die große, geschichtliche Aufgabe Louis Napoleons ist nicht beendet, sie beginnt erst, und wie er sie löst, oder zu lösen versuchen wird, davon hängen möglicher, ja wahrscheinlicherweise die Geschicke Europas ab.

*** Speyer.** Als Napoleon seine Jubelreise antrat, unterlag die Wiedererrichtung des Kaiserthums bereits keinem Zweifel mehr. Allein Niemand ahnete, daß der Präsident als Napoleon der **Dritte** werde bezeichnet

werden. Was mag die Veranlassung sein? Vielleicht gewährt folgende Betrachtung einen Schlüssel: Den Pomp des Empfanges wird Niemand hinwegzuläugnen im Stande sein. Aber in all den Jubel mengten sich doch auch unendlich viele und starke Mißtöne. Man scheint nun das Bedürfniß gefühlt zu haben, sich, zumal unter diesen Verhältnißen, noch auf etwas Anderes wesentlich zu stützen, als auf die Volksstimme. Kann man auch gewiß sein, daß bei einer neuen allgemeinen Abstimmung sich heute wieder Millionen für das Kaiserthum erklären würden, so mag man doch der Voraussicht sich nicht verschließen gekonnt haben, daß die Zahl der oui sich nicht mehr auf die Höhe von 7½ Millionen Stimmen hinaufschrauben lasse. Indem man daher gleichsam dem Principe des „göttlichen Rechtes" sich zuwendete, (das freilich für die älteren Bourbonen aber nicht für die Bonapartisten spräche!) vermeidet man die Nothwendigkeit einer nochmaligen allgemeinen Volksabstimmung. Allerdings knüpft sich an solche Fortsetzung des alten Kaiserthums manches Bedenken, auch nach Außen. Napoleon der I. hieß nicht nur „Kaiser der Franzosen," sondern auch „König von Italien." Diesen Titel anzunehmen, scheint aber jetzt begreiflicher Weise nicht rathsam. Man verfiel daher, wie versichert wird, auf die Abänderung des zweiten Theils jenes Titels, indem man „König von Algerien" dem „Könige von Italien" zu substituiren sucht. Dies wäre für den Augenblick ein Auskunftsmittel; freilich eines, das England um so mehr reizen dürfte, als die Redensart, welche das Mittelländische Meer in einen französischen Binnensee verwandeln möchte, ohnehin großen Anstoß hervorgebracht hat. — Der Ton fast aller Pariser Correspondenzen scheint uns übrigens jetzt das Bedeutungsvolle. Trügt nicht Alles, so spricht sich in denselben, sie mögen ausgehen von wem sie wollen, das Gefühl aus, daß man sich eben blos in einem provisorischen Zustand befinde, obwol Niemanden die Zukunft klar sein mag. —

*** Speyer.** In der Beilage zu Nro. 244 dieses Blattes ist der reactionären Umwandlung der Wochenblätter von Neustadt und Edenkoben gedacht, und bemerkt, daß dem Vernehmen nach die Bewohner noch einer pfälzischen Stadt mit der nemlichen Kost gesättigt werden sollten. Wir freuen uns, anzeigen zu können, daß dieser Plan gescheitert zu sein scheint. Der Verleger des „Dürkheimer Wochenblattes," Hr. G. K. Gehrig, zeigt nemlich an: mit dem Monate December gehe sein Accord mit dem bisherigen Drucker und Redacteur zu Ende, und derselbe habe ihm nun „einen neuen Accord vorgelegt, auf dessen Bedingungen er unmöglich eingehen konnte;" er werde daher das Dürkheimer Wochenblatt inskünftige in der bisherigen Weise unter eigener Verantwortlichkeit forterscheinen lassen. (Verdient um so mehr die gebührende Anerkennung und Unterstützung, je ärger die Verfolgung eines Blattes ist, das sich nicht nach dem gerade herrschenden Winde richtet.)

Nürnberg. Indem der „Fränk. Kur." über die erste Sitzung des Mittelfränkischen Landraths berichtet, erinnert er an die Worte, mit denen der Landrath jenes Kreises im Jahre 1850 sein Protocoll schloß, also lautend: „Es gibt Hemmniße, die auch mit dem besten Willen nicht überwunden werden können; hier stehen gegenwärtig (1850) in erster Reihe die jeden Freund des Vaterlandes auf das Tiefste betrübenden Wirren in den deutschen Angelegenheiten. Die düsteren Wolken, welche schon vor längerer Zeit am politischen Horizonte heraufgestiegen, sind zur Zeit noch nicht verscheucht. Jeder Tag bringt neue Hoffnungen, die der folgende wieder zerstört. Solcher Zustand der Aufregung, des Schwankens zwischen Furcht und Hoffnung, ist weder der Entwicklung der geistigen, noch der materiellen Kräfte des Volkes förderlich; nicht ohne Grund blickt das Vaterland mit banger Sorge in die Zukunft."

Nürnberg. Der „Nürnb. Kur." sagt in einem Artikel über die Zollwirren: Der gute deutsche Michel, der so Vertrauensselig in die blaue Zukunft hineinschaute, weil ja trotz alle Dem und alle Dem, „die Sprengung des Zollvereins eine Unmöglichkeit sei", dieser deutsche Michel hat nunmehr ein deutliches Merk's auf die Nase bekommen, das er vielleicht so bald nicht wieder vergessen wird. — Zugleich hat der deutsche Michel reichliche Gelegenheit erhalten, über die s. g. Kabinetspolitik praktische Studien zu machen. — Der deutsche Michel wird, wenn er anders die Augen öffnen will, in dieser ganzen Zollvereinskrisis und den damit zusammenhängenden Kämpfen und Intriguen das Schauspiel eines Streites gewahren, in dem Niemand Recht, wohl aber alle Betheiligten Unrecht haben. Er wird Etikettenfragen sehen, wie sie hochwichtige materielle Interessen niederboxen; er wird Formfragen und konventionelle Empfindlichkeiten sehen, wie sie die Nationalökonomie, die altbergebrachten Traditionen, den Volkswohlstand, den Handel, die Industrie, den Verkehr höchst kavaliermäßig über den Haufen rennen. — Da ist Preußen, welches durch den Septembervertrag an seinen bisherigen Zollverbündeten für anderweite Rippenstöße, noch von der deutschen Kaiserkrone und Union her, Revanche nehmen und sich wieder einmal aufs hohe Roß setzen wollte; da sind die Darmstädter Verbündeten, welche solchen Tort nicht hinnehmen und — Oesterreich im Rücken — Preußen nicht einmal für mächtiger und großstaatlicher gelten lassen wollen, als sie selbst sind, da ist Hannover, welches mit Preußen seiner Zeit den Septembervertrag recht klar und bündig abgeschlossen hat, das aber inzwischen von österreichischen Sendboten und Miethlingen recht hübsch breit geschlagen wurde und so ganz urplötzlich zur Einsicht gekommen ist, daß Blau eigentlich nicht Blau und ein bindender Vertrag eigentlich kein bindender Vertrag sei; da ist Oesterreich endlich, von dem etwa ein Viertel oder ein Fünftel zum vielgepriesenen deutschen Bunde, der Rest aber zu einem völlig außer- und undeutschen Völkerknäuel und Unterthanenthum gehört, da ist Oesterreich, sagen wir, welches in jenen trüben Gewässern aufs Fischen speculirt, welches die Fäden anknüpft, ordnet und weiter spinnt, welches hinter den Koulissen soufflirt, machinirt und spekulirt und da, wo es je die Hand an Deutschland und deutsche Dinge anlegte, stets nur die schwarze Spur der Vernichtung zurückließ.... Wo hinaus, wenn — wozu vorläufig wenig Aussicht — die Einigung der streitenden Parteien nicht doch noch erfolgt? — Nun, dann sehen wir Deutschland in der wundersamen Lage, daß es, mehr getrennt als seit Jahrzehnten, in keinem seiner getrennten Theile Behagen, in jedem Nachtheil empfindet. — Preußen, wenn auch groß genug, um zur Nothdurft als ein Zollgebiet für sich zu bestehen, würde, da das österreichisch-geköderte Hannover voraussichtlich von ihm abfiele, außer einigen kleinen Staaten, wie etwa die thüringischen, ohne alle Bundesgenossen in Deutschland dastehen und so gerade Dessen entbehren, worauf Natur und Geschichte es hingewiesen haben. Zugleich aber würde eine lange Zolllinie seine Rheinlande von den alten Provinzen trennen und den unglückseligen Zustand eines in sich zerrissenen Staates darstellen. — Die Darmstädter Koalitionsstaaten sodann, mit denen wir uns hier hauptsächlich zu beschäftigen haben, würden allerdings, wie man sich auszudrücken beliebt, „den Zollverein fortsetzen." Aber schon ein Blick auf die Karte zeigt, in welcher ungünstigen Lage — von weitgedehnten Zolllinien umgrenzt und vom Meere abgeschlossen — sich dieser kleine s. g. Zollverein befinden würde. Außerdem noch ohne geeignete Vertretung bei den auswärtigen Staaten — bisher wurde diese Vertretung von Preußen besorgt — würde dieser Zollverein keine Wahl haben, als sich an eine größere Macht anzuschließen und natürlich würde dies Oesterreich sein. — Hier kommen wir nun wieder auf das A. und Z. des ganzen Haders. Oesterreich, welches das übrige Deutschland bis 1848 hermetisch von sich abschloß, Oesterreich, welches nach 1848 offenkundig und eingestandener Maßen sich auch nicht so viel um Deutschland

kümmerte, Oesterreich ist nun plötzlich gewissen Herrn zum heilbringenden Messias geworden, weil es schöne Worte macht, hinter deren reellen Gehalt jene gläubigen Seelen wahrscheinlich noch sehr wenig practisch aufhellende Blicke gethan haben. Man flunkert da so mancherlei von Beruf nach dem Osten, von Völkerschaften, die noch keine Industrie haben, also der süddeutschen Industrie einen guten Absatzmarkt bieten, von noch vergraben liegenden, aber einer unermeßlichen Ausbeutung fähigen Hülfsquellen u. dgl. mehr. Aber warum kommt man nicht lieber gleich mit Zahlen und statistischen Angaben? Oder, wenn das bisher sehr wenig war, soll die süddeutsche Industrie warten, bis die „seither vergrabenen Hülfsquellen" an den Tag gefördert und ausgebeutet werden? Wenn aber irgend Etwas, so ist am allerwenigsten die Industrie im Stande, zu warten. Die Industrie lebt von der Gegenwart, nicht von den goldenen Bergen der Zukunft. Laßt heute eine verderbliche Stokkung eintreten und sagt der Industrie, gedulde dich 6, 8, 10 Jahre, bis dort die Gelder flüssig, die Consumtionskräfte entwickelt sind, was hilft Das der Industrie? Bis dahin sind von 10 Etablissements 9 zu Grunde gegangen. — Ueberhaupt will es uns ganz sonderbar bedünken, wenn man mit solcher Salbung von dem „Berufe nach dem Osten" spricht und ganz gemüthlich thut, als existire keine westliche Welt und als nehme Ungarn mit seinen Nebenländern den Rang eines Welttheils ein. Glaubt man denn*) den Gang des Weltverkehrs und der Weltgeschichte corrigiren zu können? Und doch weist die ganze neuere Geschichte, weist der neueste großartige Umschwung des Weltverkehrs nach dem Westen. — Welcher directe Schaden sodann aus dem Bruch des Zollvereins für die süddeutsche Production und Consumtion entstehen würde, darüber hätten freilich die Sachverständigen längst sich äußern sollen.

München, den 16. Oct. Dem Vernehmen nach ist die Abreise des Königs Otto auf nächsten Montag den 18. d. festgesetzt.

Curiosum. In dem Monats-Verzeichniß der Krankheits-, resp. Todesfälle meldet der Polizei-Anzeiger ein Individuum, gestorben an Hinrichtung, und eines an Selbstentleibung. Das sind freilich Krankheiten, die selten Einer übersteht.

Nürnberg, den 14. Oct. Arbeiter Faasen wurde gestern seiner Haft entlassen.

Würzburg. Der Tumultproceß in Würzburg gegen Dr. Röthig und Consorten wurde am 13. ds. beendigt; 7 Angeklagte wurden freigesprochen, Dr. Röthig wurde als Rädelsführer zu 5 Jahren Festungsstrafe, Joh. Albrecht zu 1 Jahr Arbeitshaus und die übrigen zu 3monatlicher bis 8tägiger Gefängnißstrafe verurtheilt.

Passau, den 8. Oct. In der am 6. Oct l. Js. abgehaltenen öffentlichen Sitzung des k. Kreis- und Stadtgerichts Passau wurde: Max Flemisch, 43 Jahre alt, königl. quiescirter Regierungsrath und Gutsbesitzer zu Ramsdorf, königl. Landgerichts Osterhofen, von nachstehenden gegen ihn erhobenen Anschuldigungen als: 1) des Vergehens der Körperverletzung, verübt am 3. Juli 1850 mit einer Waffe an seiner Haushälterin Babette Herrman von Aichach; 2) des Vergehens der Körperverletzung, verübt am 17. Sept. 1850 mit einer Waffe an seinem Gärtner Jacob Stadler von Moos; 3) des Vergehens der Körperverletzung begangen in der Nacht vom 12. auf den 13. Sept. 1850 mit einer Waffe an der Köchin Margaretha Keil von Neumarkt; 4) des einfachen Vergehens der Körperverletzung, verübt am 20. November 1850 an der Häuslerstochter Magdalena Nußmann von Moos; 5) des Vergehens der Körperverletzung, verübt am 22. April 1851 mit einer Waffe an der Inwohnerstochter Kunigunde Weß von Vorderanger; 6) des Vergehens der rechtswidrigen Beraubung der Freiheit, verübt am 17. Sept. 1850 an der Köchin Margaretha Keil, und am 22. Nov. 1850 an der k. Fixationscommission, bestehend aus dem k. Fixationscommissär Banner und den beiden Bürgern J. Hörmannsdorfer und A. Demont, wegen Mangels an Zurechnungsfähigkeit freigesprochen. (Fr.K.)

Freiburg, den 13. Oct. Mit dem Bau des Brunnens auf dem Platze, wo das Denkmal Rottecks gestanden, wird nun begonnen. Derselbe wird jedoch nicht mit der Büste Rottecks, sondern mit dem Monumente des Berthold Schwarz geschmückt. (!)

Stuttgart, den 16. Oct. Der „Beobachter" schreibt: „Buchhändler Göpel hat heute nach dreitägiger Polizeihaft seine Freiheit wieder erlangt. Obgleich die kgl. Stadtdirection dem Vernehmen nach für ihr Verfahren eine Gesetzesstelle citirte, welche sich blos auf die polizeiliche Zwangsvollstreckung eines civilgerichtlichen Erkenntnisses bezieht, so hat doch die Kreisregierung dieses Verfahren vollkommen gebilligt und die Fortdauer der Verhaftung angeordnet, wofern Göpel seine Versendungslisten nicht herausgebe. Da sein Geschäft durch eine längere Abwesenheit gelitten haben würde, so konnte Herr Göpel um so mehr nachgeben, als die Versendung inzwischen vollständig bewerkstelligt war. Er wird den Recurs an das Ministerium und (voraussichtlich) an den Geheimen Rath verfolgen. Mittags 11 Uhr kam er, von einem Polizeicommissär und Polizeisoldaten begleitet, in seiner Wohnung an. Die Einsicht, daß es schlimm steht, wenn ein Geschäftsmann, weil er seine Geschäftsgeheimnisse nicht preisgeben, verhaftet werden kann, und daß die Verletzung der bürgerlichen Freiheit nur zu leicht auch die Gefährdung des Eigenthums nach sich zieht, hat zwar nicht im Gemeinderathe, der über die Frage zur Tagesordnung überging, wohl aber in den buchhändlerischen Kreisen Schritte zur Folge gehabt, und es haben gestern mehrere Buchhändler eine Eingabe wegen Göpel's Verhaftung an die Regierung gerichtet. Eine zweite in gleicher Richtung Namens des Stuttgarter Buchhändlervereins abgefaßte, welcher die Buchhandlungen Cotta, Metzler u. A. beigetreten sind, folgt heute nach."

Kassel, den 12. Oct. Einer namhaften Zahl hiesiger Wirthe, welche in der Agitation der Revolutionsperiode eine hervorragende Rolle gespielt, sind dieser Tage die Wirthschaftsconcessionen entzogen worden. (Fr. Postz.)

Kassel, den 12. Octbr. Der Hr. Ministerpräsident Hassenpflug ist schon seit mehreren Tagen von hier abwesend, ohne daß das Ziel seiner Reise bekannt wäre; indessen heißt es, derselbe wolle die Gerichte (!) im Lande inspiciren und selbst von deren Stande sich überzeugen. (Kass. Ztg.)

— den 13. Oct. Man will hier mit Bestimmtheit wissen, daß das neue Anlehen nicht vollständig gezeichnet ist und soll Seitens des Hofes keine Betheiligung an demselben stattgefunden haben; dagegen hat das Stift Kaufungen an 200,000 Rthlr. zeichnen müssen, welche durch den hiesigen Geldwechsler Hahlo aus niederländi-

*) Wie man oft verfährt, möge Folgendes beweisen. Als es sich um die Einverleibung Krakau's in Oesterreich und folglich auch in den österreichischen Mauthkordon handelte, dachte man im Berliner Kabinet gar nicht daran, daß es auch einen außerordentlich bedeutenden schlesischen Handel mit und über Krakau gebe und daß dieser durch die Einverleibung, vermöge des österreichischen Prohibitivsystems, auf einen Schlag vernichtet sein würde. Als sodann, da es zu spät war, eine Deputation aus Breslau dem Minister v. Bodelschwingh den ganzen Umfang des Elends schilderte, in welches jene Einverleibung die ganze Provinz Schlesien versetzte, wie die wichtigsten Ausfuhrwege abgeschnitten seien, wie Fabriken, welche Tausende von Arbeitern ernährten, jetzt plötzlich still ständen x., da rang der Minister — im eigentlichen Sinne des Worts — verzweiflungsvoll die Hände. An dergleichen hatte er gar nicht gedacht. — Bekannt ist auch, daß der gesammte schlesische Leinwandhandel nach Spanien verloren ging, weil das Berliner Cabinet die Königin Isabella nicht anerkennen wollte. Folge war — die schlesische Hungerpest.

schen Papieren flüssig gemacht werden. Das Stift Kaufungen ist ein Institut zu Gunsten der althessischen Ritterschaft, wobei Staatsrath Scheffer als landesherrlicher Commissär fungirt. (Fr. J.)

Mehring a. d. Mosel, den 14. Oct. Das ganze Neumehring, eine Kolonie, die im Jahre 1840 angelegt wurde, sich aber nicht des gewünschten Gedeihens erfreute, tritt heute seine Wanderung nach Amerika an. Unser Ort ist es, der einer großen Last dadurch entledigt wird, und außer den Ueberfahrtskosten jeder Familie 23 Thlr. bewilligt hat, die in der neuen Heimath ausgezahlt werden.

Berlin, den 14. Octbr. Wir können (meldet die Spenersche Ztg.) aus guter Quelle die Nachricht bestätigen, daß die zur Darmstädter Coalition gehörenden Regierungen sich verbunden haben, in den jetzt zu beginnenden diplomatischen Verhandlungen mit Preußen über die etwanige Dauer des Zollvereins nur gemeinsam aufzutreten, sich aber eben so wenig Oesterreich, wie Preußen, unbedingt in die Hände zu geben.

Wir hören, daß von katholischer Seite lebhaft und an mehreren Orten in Schlesien, Westphalen, Posen und der Rheinprovinz auch wol mit Erfolg dahin gewirkt wird, vor Allem „katholische" Abgeordnete in die Kammern zu bringen. (!)

Hamburg, den 13. Octbr. Zufolge einer Anzeige des Bundescommissärs, Staatsrath Fischer, findet am 28. d. M. in Vegesack die Versteigerung von 27 Kanonenböten der deutschen Flotte nebst Zubehör statt!!

Wien, den 12. Oct. Der Telegraph brachte uns heut Berichte über drohende Ueberschwemmungen von zwei Seiten, aus Friaul und Croatien, also gerade von Gegenden, die in der Reiselinie des Kaisers liegen.

Frankreich.

† **Paris**, den 15. Oct. Man hat in Marseille die Wirkungen der Höllenmaschine erprobt. Die Läufe mit 9 Kilograms Pulver geladen sind gesprungen. Mit 7 Kilograms haben sie ein eichenes Brett von 25 Centimetres durchbohrt. Die großen Läufe mit 50 Kugeln geladen, haben doppelte Bretter durchbohrt. Die mörderische Wirkung der Maschine ist hinlänglich erwiesen.

Einem Lyoner Journal zufolge soll von den beiden zu St. Etienne verhafteten Individuen derjenige, der sich Gaillard nannte, gar nicht der von der Justiz Gesuchte sein. Er soll Guichard heißen und behaupten, den Namen des wahren Gaillard, mit dem er allerdings nach St. Etienne gekommen sei, nur angenommen zu haben, um letzterem die Flucht zu erleichtern.

Die Verhaftungen und Haussuchungen in den Provinzen dauern fort. In der Gemeinde Bassones (Gers) ist auf Befehl des Präfecten eine Frau, Namens Pivol, nebst ihren zwei Töchtern verhaftet worden.

Paris, den 13. Oct. Zu Libourne hatte man einen Adler abgerichtet, eine Krone in den Klauen zu halten; als er aber in dieser Stellung auf dem Triumphbogen saß und der präsidentliche Zug sich nahte, gerieth er über das Rufen und Lärmen der Menge so in Schrecken, daß er die Krone fallen ließ und erbärmlich schrie. Alles lachte, und am herzlichsten der Präsident selbst. (?)

— den 14. Oct. Heute angelangte officiöse Depeschen aus Brüssel haben durch ihren Inhalt in den höheren politischen Kreisen Staunen und eine gewiße Mißstimmung erregt. Man hat erfahren, daß der König der Belgier in einer geheimen Sitzung frei und offen geäußert habe: er könne den Friedensversicherungen des Prinz-Präsidenten nicht unbedingt trauen, und halte es daher für rathsam, sich durch Vorsichtsmaßregeln für alle möglichen Ereigniße bereit zu halten und das Land so zu organisiren, um jedweder Ueberraschung die Stirn bieten zu können. (Köln. Ztg.)

Wie ich heute erfahre, so hat der Papst auf die Bitte der französischen Regierung zur Krönung L. Napoleons gerade keine bejahende Antwort gegeben, aber auch nicht Nein gesagt. Der Papst hat die schlechte Jahreszeit vorgeschützt, um seine Reise nach Paris bis nächstes Jahr zu verschieben. Die Reise zu Land über die Alpen oder eine Seereise scheint ihm im Winter zu gefährlich, und das Oberhaupt der Kirche nebst den Cardinälen kann vor dem nächsten Mai deßhalb keine so weite Reise antreten. Gewiß ist es natürlich noch nicht, daß dann der Papst kommen wird, denn Zeit gewonnen, viel gewonnen.

So eben verbreitet sich das Gerücht von einer in Belleville entdeckten Verschwörung gegen das Leben des Präsidenten der Republik. Belleville liegt in dem Weichbilde von Paris. Eine große Anzahl Verhaftungen sollen sowol dort, als in Paris Statt gefunden haben. Das Attentat sollte übermorgen beim präsidentschaftlichen Einzuge Statt finden. An der Börse hatte dieses Gerücht große Bestürzung erregt und brachte die Renten zum Fallen. (K. Z.)

Der Correspondent der Kölnischen Zeitung meldet unterm 15. Oct. weiter: Wie ich erfahre, soll das gestern zu Belleville entdeckte Complott sehr ernsthafter Natur sein. Bereits 24 Personen sind verhaftet und nach der Polizeipräfectur gebracht worden. Man hält es sehr geheim und verhaftet alles, was nur im geringsten verdächtig ist. Wenn ich recht unterrichtet bin, war es gegen das Leben des Präsidenten gerichtet und sollte morgen beim Einzuge zum Ausbruche kommen. Man spricht hier von großartigen Intriguen in Belgien, um dort eine Revolution im kaiserlichen Sinne hervorzurufen. Ein Theil des belgischen Militärs soll gewonnen sein.

Eine telegr. Depesche vom 16. meldet, daß der Prinz-Präsident nach 2 Uhr auf dem Bahnhofe eingetroffen, und unter Jubel seinen Einzug in die Tuilerien gehalten habe.

Paris, den 14. Oct. Die „Assemblee nationale" enthält heute ein Schreiben des Hrn. v. Montalembert über die schweizerischen Angelegenheiten. Hr. v. Montalembert scheint sich nicht, die auswärtigen Regierungen und insbesondere die französische, offen und förmlich zu einer Intervention in der Schweiz aufzufordern, um dieses Land von der Herrschaft der radicalen Partei zu befreien. (!)

Italien.

Kirchenstaat. Nach dem „Coriere Merkantile" hat in Faenza zwischen Bürgern und Polizeiagenten ein heftiger Kampf stattgefunden. Letztere riefen die Oesterreicher zu Hülfe. Mehrere Personen sind getödtet und andere verwundet worden.

Wir haben Briefe aus **Palermo** vom 30. Sept., wornach der Aetna-Ausbruch als beendigt zu betrachten ist.

Spanien.

Die Königin von Spanien hat eine allgemeine Amnestie erlassen.

Großbritanien.

London, den 13. Oct. Der für die Vertheidigung der britischen Küsten entworfene Plan wird allmälig zur Ausführung gebracht und soll noch weiter ausgedehnt werden. — Es hat sich hier eine neue Bankgesellschaft mit einem Capital von einer Million Pf. Sterl. für den Handel zwischen Britisch-Indien, China und Australien gebildet. — Die „Times" beharren bei ihrer feindseligen Stimmung gegen Louis Napoleon. Es versichert jetzt dieses Blatt, der Papst habe die Aufforderung, der Krönung Louis Napoleons zum Kaiser der Franzosen beizuwohnen und diesen feierlichen Act selbst vorzunehmen, entschieden zurückgewiesen, einen Act, „welcher die Besiegelung einer neuen gewaltthätigen Usurpation sein würde." — Kossuth, von dem seit einiger Zeit kaum mehr die Rede gewesen, hat sich nunmehr in Brompton niedergelassen, wo er sehr wenige Besuche empfängt.

Vereinigte Staaten.

Der Ueberschuß im Schatzamte der Vereinigten Staaten betrug am 1. Sept. 17,705,169 Doll.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 232 | den 20. October 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** (Ein seltsamer Contrast.) In der nemlichen Zeit, in welcher bei uns der Zollverein gesprengt wird, indem das Princip vorwaltet, daß die unbestritten höchst wichtigen materiellen Interessen den „höhern politischen Rücksichten" nachstehen müßten, — sieht man die Amerikaner alle diese „politische" Rücksichten bei Seite setzen, und eines höchst materiellen Dings — nemlich sogar des blosen Vogeldüngers (auf den Lobosinseln) wegen, beinahe einen Krieg beginnen; ja die Union würde unbedingt zum Schwerte gegriffen haben, wenn das Recht sich nicht so sehr auf der andern Seite zeigte.

Wir sehen ab von den beiderseitigen Einzelnfällen. Wir wollten nur die totale Verschiedenheit der in beiden Erdtheilen herrschenden Principien hervorheben. Sodann möchten wir auf die entgegengesetzten Resultate dieser verschiedenen Principien hinweisen. Sie sind: dort Aufblühen und Reichthum in üppiger Fülle; hier Verarmung und Unglück in den mannichfachsten Gestalten. —

* **Speyer.** Ueber den Empfang Louis Napoleons zu Paris liegen uns nun die ersten directen Nachrichten vor. Daß es an veranstalteten Festlichkeiten nicht fehlte, versteht sich von selbst. Die Nationalgarde — d. h. jene handvoll Leute, die man in ganz Paris aussuchte und allein in die Nationalgarde aufnahm, — soll „Es lebe der Kaiser!" gerufen haben. Ein anderer Bericht behauptet selbst in dieser Beziehung das Gegentheil; selbst die Nationalgarde hätte geschwiegen. Jedenfalls verhielten sich die Truppen, welche Spaliere bildeten, ganz ruhig. Begreiflicher Weise ließen sich keine Oppositionsrufe vernehmen. — Unsere (sehr vorsichtige) pariser Correspondenz vom 17. schildert den Eindruck folgendermaßen: Alle Journale sind heute angefüllt mit den Details des gestrigen Empfanges. Wenn wir offen unsere Meinung über den gestrigen Empfang sagen wollen, so ist er, trotz aller offizieller Demonstrationen, trotz des Enthusiasmus, der an vielen Orten ausbrach, weit unter den Erwartungen geblieben, die man davon gehegt hat. Am Abend sah man alle öffentlichen Etablissements decorirt und illuminirt. Die Privatgebäude waren hie und da mit papierenen Laternen geschmückt, im Ganzen aber war es eine obligate Manifestation. Die vereinzelten Beleuchtungen, welche in den Seitenstraßen traurig glimmten, waren mehr negative als positive Manifestationen. Jeder, der die Gunst der neuen Regierung zu erhaschen gedenkt, hat 12 Sous daran gewendet, um den etwaigen Vorwürfen der Polizei zu entgehen. Ein allgemeiner berauschender Enthusiasmus, wie man ihn bei Volksfesten dieser Art zu sehen gewohnt ist, war nirgends zu entdecken. Der Präsident ritt in dem Zuge, der ihn begleitete, und der mit Allem ausgestattet war, was die äußeren Sinne blenden kann, allein und isolirt voran, er provocirte mit der ihm eigenen Zuversicht jede feindliche Demonstration, er fand viele Sympathien, aber noch mehr Gleichgültigkeit. Es ist ein sicheres Zeichen, daß man dem Volke nicht mehr durch künstlich arrangirte oder hervorgerufene Manifestationen imponirt. Das Volk ist ruhiger, besonnener geworden. Die mit gemalten Leinwandstreifen bedeckten Triumphbogen genügen ihm nicht, es sieht das Gemachte, das Obligate und bleibt kalt. ... Das Kaiserthum, welches von jedem Banner, von jeder Decoration herabzulesen ist, erscheint dem Volke als etwas Dictirtes, es sieht die Fäden, welche die ganzen Decorationen leiten, und es wird unlustig, still und nachdenkend. Die Transparente mit ihrem: „Es lebe Napoleon der III, Es lebe der Kaiser Louis Napoleon!" tragen den Stempel des Vorbereiteten an sich, man sieht die bleiche Furcht hinter jedem Lämpchen und das Volk kann nicht herzensfroh dabei werden. Die Boulevards durchströmte bis Mitternacht eine schweigende, neugierige Menge, die nicht einmal Bemerkungen über die Decorationen machte.

* **Speyer,** den 18. Oct. Der Landrath hielt heute Vor- und Nachmittags Sitzung. Zuerst wurde von den k. Regierungsreferenten über das Medicinal- und das Bauwesen Vorträge erstattet über die Verhältniße der zu Klingenmünster auf Kreiskosten zu errichtenden großen Irrenanstalt. Der Gegenstand wird im Ausschuße nun vorberathen, dann im Gesammtlandrathe zur Entscheidung gebracht werden. — Hierauf beschäftigte sich der Landrath mit den Etats für das Schulwesen. Wir bemerken zunächst folgende Puncte: die Unterstützung der Gewerbschulen zu Speyer, Landau und Zweibrücken aus Kreismitteln ward zu je 1800 fl. bestimmt; sodann die versuchsweise Errichtung vorläufig einer Landwirthschaftsschule zu Speyer mit einer Dotation von 1500 fl. unter dem Beifügen beschlossen, daß für den Fall des Gelingens, später eine zweite ähnliche Anstalt im Westrich hergestellt werde. Den Lehrern an den Lateinschulen zu Landau, Neustadt, Grünstadt und Cusel wurde aus Kreismitteln die mit dem Dienstalter eintretende Gehaltsaufbesserung wie an den vom Staate dotirten Lateinschulen gewährt, sodann weiter beschlossen, daß der Gehalt der zweiten Lehrer an allen Lateinschulen mindestens 600 fl. zu betragen habe. — Vor dem Schluße der Sitzung brachte Hr. Emmerich einen Antrag ein, welcher Erneuerung des schon 1848 ausgesprochenen Wunsches wegen Beschränkung der alljährlichen Verificationen von Maß und Gewicht, wobei Bedrückungen vorkämen, und Verminderung der betreffenden Gebühren, bezweckte; derselbe ging jedoch an den Ausschuß. Ein weiterer Antrag von Hrn. Walz ward einstimmig angenommen, das frühere Ersuchen zu erneuern um Ausbezahlung der von den Jahren 1848 folg. in der Pfalz noch rückständigen Einquartierungsgelder. — Schließlich wurde die Wahl der Geschworenen zur Bildung des Staatsgerichtshofs vorgenommen.

* **Speyer,** den 19. Oct. Am nächsten Sonntage erwartet man hier die Ankunft des Königs.

Geschichtliche Erinnerungen. Der Stuttgarter Beobachter bringt folgende historische Notizen: In seinem Manifeste vom 27. November 1848 spricht Louis Bonaparte zu seinen Mitbürgern: „Ich fühle mich verpflichtet, Euch meine Gefühle und Grundsätze zur Kenntniß zu bringen. Es bedarf keines Doppelsinnes zwischen mir und Euch. Ich bin kein Ehrgeiziger. In freien Ländern, in der Schule des Unglücks aufgewachsen, werde ich ohne Aufhören den Pflichten treu bleiben, welche mir Eure Stimmgebung und der Wille der Versammlung auflegt. Ich werde meine Ehre darein setzen, am Schlusse von vier Jahren meinem Nachfolger die Gewalt befestigt und die Freiheit unverletzt zu hinterlassen."

Am 31. Dec. 1849, in seiner ersten Botschaft an die Versammlung, schrieb er die Worte: „Ich will mich des Vertrauens der Nation durch Aufrechthaltung der Verfassung würdig machen, welche ich beschworen habe."

Am 12. Nov. 1850, in seiner zweiten Botschaft an die Versammlung, sagte er: „Wenn die Verfassung Fehler und Gefahren in sich schließt, so steht es ganz in Eurem freien Willen, sie vor den Augen des Landes verschwinden zu machen: ich allein, gebunden durch meinen Eid, beschränke mich auf die festgesetzten Gränzen, welche sie gezogen hat."

Am 4. Sept. desselben Jahres sagte er zu Caen: „Da überall der Wohlstand aufzublühen scheint, — wie schuldig müßte derjenige erscheinen, welcher diesen Aufschwung zu hemmen versuchen wollte durch eine Aenderung dessen, was heutzutage besteht."

Einige Zeit vorher, am 22. Juli 1849, zur Zeit der Einweihung der Eisenbahn von St. Quentin, war er nach Ham gereist und hatte, die Brust voll Erinnerungen, folgende feierliche Worte gesprochen: „Durch die Wahl von ganz Frankreich zum legitimen Chef dieser großen Nation geworden, wüßte ich mich einer Gefangenschaft nicht zu rühmen, welche den Angriff auf eine ordnungsmäßige Regierung zur Ursache hatte. Im Angesicht der großen Uebel, welche die gerechtesten Revolutionen nach sich ziehen, begreift man kaum die Keckheit, welche in dem Unterfangen liegt, die furchtbare Verantwortung einer Regierungsänderung über sich nehmen zu wollen. Ich beklage mich deßwegen nicht, hier durch eine sechsjährige Gefangenschaft mein tollkühnes Unterfangen gegen die Gesetze meines Vaterlandes abgebüßt zu haben, und ich wünsche mir Glück, daß ich jetzt an derselben Stelle, wo ich gelitten habe, einen Toast auf die Männer ausbringen kann, welche zur Achtung der Institutionen ihres Landes, ihren Ueberzeugungen zum Trotz, entschlossen sind."

München. Die N. Münch. Ztg. schreibt unterm 15. Oct. „Wenn auch nach den neuesten Erscheinungen der Krankheitszustand des Hrn. Ministerpräsidenten Dr. v. d. Pfordten zu unserer großen Freude den Befürchtungen eines weiteren Rückschritts nicht Raum gibt, so ist der Schwächezustand des Patienten doch der Art, daß wochenlange ungestörte Erholung erforderlich sein wird, um das Verlassen des Krankenbettes zu ermöglichen.

Nürnberg, den 15. Octbr. Der Arbeiter Faasen, nach anderthalbjähriger Untersuchungshaft von der Anklage auf Hochverrath entbunden und vorgestern Abend auf freien Fuß gesetzt, ist vom kgl. Stadtkommissariat gestern aus hiesiger Stadt ausgewiesen und im Vollzug dieser Maßregel nach dem Bahnhofe gebracht worden, um mit dem nächsten Zuge nach Gunzenhausen (er ist geborner Ansbacher) abzugehen.

Bad Homburg, den 17. Oct. Trotz der Gewinnste von Lucian Bonaparte (260,000 Gulden) haben die Actionäre der Bank 7½ Procent Dividende erhalten!

Berlin, den 17. Oct. Heute überreichte Baron Linden im kgl. Schlosse von Berlin sein Accreditiv als württembergischer außerordentlicher Gesandter. (Die diplomatischen Verbindungen mit Württemberg sind also wieder hergestellt.)

In **Stettin** sind von Petersburg 160 Kisten russische Bibeln, zur Spedition nach Oesterreich, angekommen.

Man schreibt aus **Lübeck** vom 8. Oct.: Seit nunmehr acht Tagen ist unsere Handelswelt in fortwährender Aufregung, denn früher als sonst und mit ungewöhnlicher Heftigkeit stellen sich in diesem Jahre die gefährlichen Herbststürme ein. Von Stunde zu Stunde langen immer neue Hiobsposten hier an.

Wien, den 15. Oct. Der bekannte österreichische Flüchtling A. C. Wiesner hat in der Türkei Militärdienste angenommen. Seine Familie befindet sich in Turin.

— den 18. Oct. Der Großvezier Ali Pascha ist gestürzt; an seine Stelle wurde der Marineminister Mehemed Ali Pascha ernannt.

Agram, den 14. Oct. Die in Folge eingetretener Hochwässer gestörten Communicationen haben den Kaiser veranlaßt, die weitere Bereisung dieses Königreichs aufzugeben und die Rückreise in die Residenz anzutreten.

Frankreich.

† **Paris,** den 17. Octbr. Die große Oper und die komische Oper haben bereits von heute an die Namen, welche sie zur Zeit des Kaiserreichs geführt, Académie impériale de musique und Théâtre lyrique impérial, wieder angenommen.

Es scheint, daß bei der Arretirung des Gaillard in St. Etienne eine Verwechslung vorgefallen ist, und daß man den wahren Verfertiger der Höllenmaschine noch nicht gefunden hat. (!) — 250 politische Deportirte bauen jetzt in Algier eine Straße von Bona nach Guelma.

Paris, den 12. Octbr. Vorigen Sonnabend wurde die Besitzung Beauregard (Departement Seine und Oise) um 540,000 Fr. für Miß Howard erstanden, und der Kaufschilling baar ausgezahlt.

Ueber die Vorsichtsmaßregeln, welche bei der Reise des Prinzen beobachtet wurden, sowie über einige Merkwürdigkeiten der Etikette u. s. f., gibt eine Pariser Correspondenz der Independance Belge vom 11. Aufschlüsse: „In jeder Präfectur stellen die Präfecten, sowie der Prinz ankommt, jede Thätigkeit ein. Der General Roguet übernimmt den Oberbefehl. Er läßt an alle Thore, an alle Ausgänge Schildwachen stellen. Niemand wird eingelassen, ohne daß er zuvor dem General vorgestellt ist. Man errichtet einen Cordon an den Außenthoren. Nur nach sorgfältiger Prüfung wird der Eintritt in das Innere der Präfecturen gestattet. Zwei Polizeiagenten bleiben in der Schweizerstube in Permanenz. Die Einladungen zur Mahlzeit geschehen durch den General Goyon. Sowie die Gäste anlangen, fragt er sie um Namen und Stand, und weist jedem seinen Platz an noch ehe der Prinz seine Gemächer verläßt. Bei seinem Erscheinen stellen sich die Gäste in zwei Linien auf, auf der einen Seite die vom Civil, auf der andern die Oberofficiere. General Goyon und der Präfect des Departements geben dem Prinzen über jede Person die erforderlichen Nachweisungen, dann tritt der Präsident erst gegen den Speisesaal vor und die Eingeladenen bilden sein Gefolge; die Ordonnanzofficiere halten sich zusammen. Die prinzlichen Bedienten in kleiner Livrée, ungefähr 20, tragen allein auf. Die Zugänge zu den Präfecturen, den Balliälen und den Theatern werden von Cavallerie und Gendarmerie bewacht. Fast in allen Departements hat es einige Präventivverhaftungen gegeben, um die überspannten Republikaner, die sich in den letzten Vorfällen bloßgestellt und deren Aeußerungen eine außerordentliche Wachsamkeit veranlaßt hatten, vom Weg des Prinzen zu entfernen. Man läßt sie hoffen, daß sie am Tag nach der Abreise wieder in Freiheit gesetzt werden. Es ist bestimmt, in verschiedenen Gegenden sind Zusammenkünfte gehalten, und auf der ganzen Strecke ist ein Losungswort ausgetheilt worden."

Ein Pariser Correspondent der Allg. Ztg. schreibt: Die Verwicklungen mit Belgien sind weit entfernt, durch das Ende der ministeriellen Krisis daselbst ebenfalls ihr Ende erreicht zu haben. Unter den Mitgliedern des neuen Cabinets befindet sich zwar keine persona ingrata im eigentlichen Sinne des Worts, allein eine Maßregel, welche das abtretende Ministerium getroffen, dürfte der französischen Regierung als Vorwand (!) oder Anhaltspunct dienen, um die schwebenden Verwicklungen durch neue zu verhüllen. Das abtretende Ministerium hat nemlich Hrn. Novan, Professor am Athenäum in Gent, den es vor mehren Monaten, weil er seinen Zöglingen einige gegen Ludwig Napoleon gerichtete Stellen aus dem letzten Werke Victor Hugo's als Muster der Beredtsamkeit vorlas, suspendirt hatte, wieder in seine Stelle eingesetzt. Sowie der Präsident der Republik damals eine Genugthuung in der Entfernung des Hrn. Novan von seinem Lehrstuhl gesehen, so nimmt er jetzt dessen Wiedereinsetzung als eine absichtliche Beleidigung. Der französische Gesandte hat daher den Auftrag erhalten, von dem neuen

Cabinet, sobald dessen Bildung eine officielle Thatsache geworden, hierüber Aufschlüsse zu verlangen und auf der definitiven Entfernung jenes Professors von seinem Lehrstuhl zu bestehen. Bei der prekären Stellung aber, welche das neue Cabinet in den Kammern haben wird, dürfte es seiner Partei, der Mehrheit gegenüber, in eine falsche Lage kommen, falls es dem Begehren der französischen Regierung nachgeben würde.

Der Pariser Correspondent der Allg. Ztg. schreibt: „So friedfertig die Rede von Bordeaux auch klingt, so gibt es doch Leute, denen das Hinweisen auf die Zerstörungselemente, die Todesursachen die überall keimen, wie eine leise Drohung gegen die Mächte vorkommt, die etwa versucht sein könnten — nicht etwa dem Kaiserthum die Anerkennung schnurstracks zu versagen (denn deren dürfte es schwerlich eine geben), sondern die lästige Bedingung zu stellen, daß Frankreich ein- für allemal seine Territorialverhältniße, wie sie der Wiener Congreß geregelt hat, zu acceptiren erkläre. Es glaubt hier Niemand, daß der neue Kaiser sich diese demüthigende Einschränkung gefallen lassen würde, wenn er auch sonst jedem Gedanken an dereinstige Ausdehnung der Gränzen Frankreichs entsagt hätte, was man von einem Napoleon ebenfalls nicht eben zuversichtlich erwarten kann."

Spanien.

Madrid, den 10. Oct. Die Königin-Mutter hat diesmal hinter dem Rücken der Minister bei ihrer Tochter eine Amnestie erwirkt, gegen die Murillo sich immer gesträubt hat. Bei Gelegenheit des heutigen Geburtsfestes der Königin hat Isabella alle wegen politischer und wegen Preßvergehen in Untersuchung stehenden Personen begnadigt. Die fünf noch immer im Saladero sitzenden verantwortlichen Herausgeber sind in Folge der Amnestie so eben entlassen worden. Als beide Königinnen heute in einem Wagen durch die Straßen der Stadt fuhren, wollte der Jubel des Volkes kein Ende nehmen. Die Minister wurden aber nicht so gut empfangen; denn als Murillo zur Cour ins Schloß fuhr, wurde er von der Menge ausgezischt und sein Wagen mit faulen Apfelsinen beworfen. Ahi va el traidor! (Dort fährt der Verräther!) schrien Einige auf der Plaza del Oriente.

* **Madrid,** den 11. Oct. Es bestätigt sich, daß die Regierung alle zur Erbauung von Eisenbahnen ertheilte Concessionen annulirt, weil sie nicht hinreichende Garantien gewähren.

Italien.

Turin, den 12. Oct. Es deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß die Streitfrage zwischen Piemont und Rom einer ernstlichen Lösung entgegengeht. Die clerikale Agitation gegen das Civilehegesetz hat die liberale Meinung in Piemont mächtig angeregt, und abermals, wie zur Zeit der siccardi'schen Gesetze, messen beide Heerlager ihre Kräfte. In allen Städten und fast in allen Landgemeinden circuliren Petitionen, welche die Sequestrirung der geistlichen Güter, die Aufhebung der Klöster und Verminderung der Bischofssitze verlangen. In mehreren Städten haben sich die Municipien an die Spitze der anti-clerikalen Bewegung gestellt; das Municipium von Alessandria hat selbst im Namen der Stadt die Regierung um Ausführung jener Maßnahmen gebeten. In wenigen Wochen dürften sich die Petitionen leicht mit 3—400,000 Unterschriften bedecken. Die Organe der gemäßigt-conservativen Patei stimmen zwar nicht in das Votum der Sequestrirung der geistlichen Güter ein, wünschen aber eine gleichmäßigere und billigere Vertheilung derselben unter den Clerus. Ihr Gesammtwerth wird auf mehr als 100 Mill. Frcs. geschätzt, und während die Welt- und Klostergeistlichkeit der Gemeinde von Asti allein Immobilien von mehr als 3 Mill. besitzt, gibt es andere Gemeinden, in welchen die Geistlichkeit in bitterster Armuth lebt und aus der Staatscasse unterstützt werden muß. Die Regierung scheint bis jetzt noch zwischen Repartition und Sequestration zu schwanken; doch dürfte sie sich schwerlich entschließen, das Eine oder das Andere ohne die besondere Zustimmung der englischen und französischen Diplomatie auszuführen. Die liberale Partei baut ihre Hoffnungen auf die Energie und Gewandtheit v. Cavour's, dessen Wiedereintritt in das Cabinet mit der größten Gewißheit erwartet wird. (K. Z.)

Turin, den 10. Octbr. Die fromme Gesellschaft „della Misericordia di Casale," ein der Gesellschaft des h. Paulus analoges Institut, ist durch ein kgl. Decret aufgelöst worden.

Neapel, den 9. Oct. Nach der brüsseler Emancipation ist die Angelegenheit Murray's entschieden. Der römische Gerichtshof hat sich nachgiebig erwiesen und die Verbannung des Verurtheilten nach Griechenland beschlossen.

Großbritanien.

London. Der „Prince Albert," Commander Kennedy, eines von den Schiffen die bei der vorletzten Expedition zur Aufsuchung Sir John Franklins betheiligt waren — und zwar wurde dieses Schiff beinahe ganz auf Kosten der edeln Lady Franklin ausgerüstet — lief am 8. Oct. Abends in Aberdeen ein, hat aber nicht die geringste Spur von den verschollenen Nordpolfahrern aufgefunden. Niemand wagt nachgerade noch zu hoffen, daß von den Schiffen „Erebus" und „Terror" noch eine Seele am Leben sei; es handelt sich nur noch darum, eine Spur ihres Untergangs zu entdecken.

Ueber L. Napoleon und sein Kaiserthum machen noch immer von Zeit zu Zeit in den bestunterrichteten Kreisen gar sonderbare Gerüchte ihren Curs. Man glaubt hier nachgerade an den „Staatsstreich nach außen" und seine muthmaßlichen revolutionären Consequenzen. Der Mann wird mit seiner persönlichen Politik unheimlich, weil sie unberechenbar und principienlos, wie das Fatum an das er glaubt. Manche fürchten sogar, er werde die Independenza d'Italia proclamiren, womit allerdings seine Vorliebe für Palmerston, die Freundschaft mit Morning Post, seine Annäherung an Sardinien und anderes zu stimmen scheint. Aber wer mag sich heutzutage anmaßen, Prophezeihungen, wäre es auch nur für den morgenden Tag, auszusprechen! (A. Z.)

London, den 14. Oct. Der ministerielle Herald kündigt die Einberufung des Parlaments auf den 4. oder 5. November an, bemerkt aber zugleich, daß die feierliche Eröffnung desselben durch die Königin erst am 11. stattfinden dürfte.

Rußland.

Mit welcher Strenge die russische Regierung gegen alle Individuen verfährt, die sich nicht sowol eigentliche politische Verbrechen, als nur Vergehen oder auch Uebertretungen von Verboten, wie z. B. das Lesen verbotener Bücher, zu Schulden kommen lassen, geht aus folgender Bekanntmachung der obersten Landesbehörde hervor. „Der Verwaltungsrath des Königreichs" hat Folgendes verfügt: „Kasimir Blociszewski aus Witowo im Kreise Rawa, welcher bis zum Jahre 1843 im Ressort der Wasser- und Wegecommunicationen beschäftigt war, aus Furcht vor der Strafe für „das Lesen verbotener Bücher" nach Preußen über die Gränze gegangen ist und daselbst sich den Meuterern angeschlossen hat, ist nach dem betreffenden gesetzlichen §. zur Confiscation seines Vermögens verurtheilt."

Ostindien.

Bombay, den 14. Sept. Die englischen Truppen im Birmanenreiche werden bedeutend verstärkt. Mit Einschluß der neu abzusendenden Mannschaften wird sich das Landheer auf ungefähr 16,000, die Flottenmannschaft auf 3000 belaufen.

Persien.

Wir haben vor einigen Tagen des Attentates erwähnt, das bei Gelegenheit einer Jagdpartie auf den Schah von Persien gemacht wurde. Die Verschwörer gehörten bekanntlich den Babis, einer religiösen Secte, an. Ueber diese Secte nun, über die Bedrückungen, denen dieselbe ausge-

setzt ist, enthält der jüngste im „Soldatenfreund“ abgedruckte Brief des österreichischen Hauptmannes v. Goumoens interessante Aufschlüße, und macht so in gewisser Weise das fragliche Attentat erklärlich: Der Brief lautet: „Teheran, am 29. Aug. 1852. Lieber Freund! Mein letzter Brief vom 20. d. erwähnte des Attentates auf den König; nun will ich Dir das Ergebniß der gegen die beiden Verbrecher geführten Untersuchung mittheilen. Trotz der entsetzlichen Folter erpreßte das Verhör kein umfassendes Geständniß, die Lippen der Fanatiker blieben geschlossen, wenn auch glühende Zangen, Glieder zermalmende Schrauben, nach dem Chef des Complotts forschten. Nur daß sie der Secte der Babis angehörten, erfuhr man. Diese Babis sind Schismatiker; sie beten wohl zu den Propheten, weichen aber in manchen Gebräuchen von den orthodoxen Muselmännern ab. Vor beiläufig 15 Jahren ward diese Secte durch einen gewissen Bab, der auf Befehl des Königs erschossen wurde, gegründet. Die treuesten seiner Anhänger flohen nach Sengian, wo sie vor 2 Jahren durch die königl. Truppen in die Enge getrieben, und, wie man glaubte, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, ausgerottet wurden. Gleich aller religiösen Unduldsamkeit, erzielte auch diese maßlose Verfolgung gerade das Gegentheil. Babs Lehre gewann mehr und mehr Boden, und ist zur Stunde im ganzen Lande verbreitet. Da die Regierung dem System der Verfolgung getreu blieb, fanden die Sectirer Gelegenheit, ihren Character zu stählen und Eigenschaften zu entwickeln, die, gegenüber der verschlemmten Weichlichkeit der Landeskirche, Achtung ertrotzen. Sehr klug hatte der Prophet den Jüngern seiner Lehre durch die Folterkammer den Weg zum Paradiese gewiesen. Hat derselbe die Wahrheit gesprochen, so erwirbt sich der gegenwärtige Schah große Verdienste, denn er bietet Alles auf, die Regionen der Seligen mit Babis zu bevölkern; sein jüngster Erlaß schärft eben wieder die Vertilgung der Secte den königl. Dienern ein. ... Die Art der Vollstreckung des Urtheils, die Umstände, welche dem Ende vorhergehen, die Qualen, welche den Körper durchfressen, bis in letzter Zuckung das Leben entflieht, sind so empörend, daß mir das Blut in den Adern stockt, wenn ich jetzt daran gehe, Dir das Gesehene auch nur flüchtig zu schildern. Zahllose Stockstreiche, die auf Rücken und Sohlen wuchtig fallen, Versengen der Körpertheile durch Glüheisen, sind so gewöhnliche Plagen, daß das Opfer, dem blos solche Liebkosung widerfährt, glücklich zu preisen ist. Aber folge mir, Freund, der Du ein Herz und europäische Sitte Dein nennst, folge mir zu den Beklagenswerthen, die mit ausgestochenen Augen die eigenen abgeschnittenen Ohren am Orte der That und ohne Bereitung verzehren müßen; oder zu denen deren Zähne von der Hand des Schergen mit entmenschter Gewalt ausgebrochen wurden, und denen nun der kahle Schädel durch die Kraft der Hammerschläge zermalmt wird; oder dorthin, wo man den Bazar mit Unglücklichen beleuchtet, indem man man auf der rechten und linken Seite tiefe Löcher in die Brust und Schulter gräbt, und brennende Kerzen in die Wunden birgt. Ich sah deren, die an Ketten durch den Bazar — eine Militärmusik an der Spitze — gezerrt wurden, deren Kerzen tief abgebrannt waren, so daß nun Unschlitt gleich einer verlöschenden Lampe in der Wunde zuckend flammte. — Nicht selten begibt sich, daß die nie ermattende Phantasie der Orientalen zu neuen Folterqualen schreitet. Man zieht den Babis die Haut der Sohlen ab, tränkt die Wunde mit siedendem Oel, beschlägt den Fuß gleich dem Hufe des Pferdes, und zwingt das Opfer nun zum Laufe. Kein Laut war der Brust entstiegen, finster, schweigend war die Qual an dem eiserstarrten Gefühle des Fanatikers vorübergezogen — nun soll er laufen — der Körper kann nicht ertragen, was die Seele ertrug — er sinkt; gebt ihm den erlösenden Stoß, endet seine Pein! Nein, der Scherge schwingt die Peitsche, und — ich mußte es selbst sehen — der hundertfach Gequälte läuft. Das ist der Anfang vom Ende. Das Ende selbst: man hängt den durchbohrten, versengten Körper an Hand und Fuß an einen Baum, den Kopf der Erde zugeneigt, und nun mag jeder Perser von einer bestimmten, nicht allzu nahen Distanz aus das Vergnügen haben, auf das edle gelieferte Wild die Schußfertigkeit zu erproben. Ich sah Leichname, zerfetzt von nahe 150 Kugeln. Glücklichere verfallen der Strangulirung, der Steinigung, dem Ersticken, man bindet sie vor die Mündung eines Mörsers, tödtet sie durch Säbel- oder Kamahiebe, Hammerschläge oder Stockstreiche. Nicht nur der Scharfrichter, nicht allein das Volk betheiligen sich an dem Gemetzel, nein, das Gericht beschenkt zuweilen einzelne Würdenträger mit den unglücklichen Babis, und der Perser vergnügt sich, meint sich zu ehren, wenn er die eigene Hand mit dem Blute des gebundenen Wehrlosen besudelt. Infanterie, Cavallerie, Artillerie, Goulams — Garde des Königs — die Zünfte der Fleischhauer, Bäcker rc., alle haben redlich an der Blutthat mitgethan. Ein Babi wurde dem löblichen Officierscorps der Garnison verehrt; der General en Chef führte den ersten Hieb, und sodann Jeder, wie es der Rang gestattete. ... Zur Stunde verlasse ich gar nicht mehr mein Haus, um nicht erneuerten Schreckensscenen zu begegnen. Nach dem Tode wird der Babi entzweigehauen, und entweder an das Stadtthor genagelt, oder den Schakals und Hunden der Ebene zur Nahrung überantwortet. So erstreckt sich die Bestrafung auch über die Schranken, die das Diesseits schließen; denn der Muselmann, der nicht begraben wurde, hat kein Recht auf die Himmel der Propheten. (A. Z.)

China.

Nach den letzten Berichten aus China ist es den Kaiserlichen Truppen gelungen den Insurgenten eine empfindliche Schlappe beizubringen.

Miscellen.

In Tessenderloo in Belgien wurde am 11. Oct. durch Unvorsichtigkeit eines Knechtes ein Haus völlig zerstört. Eine Masse Schießpulver fing Feuer, und unter einer fürchterlichen Explosion stürzte das Haus zusammen und begrub die Eigenthümerin, ihre Tochter, ihren Sohn und den Knecht unter seinen Trümmern. Alle sind verwundet, letzterer lebensgefährlich. Das Nebenhaus wurde auch theilweise zerstört. Der Knecht wurde verhaftet und starb in Folge seiner Verletzungen im Gefängniße zu Hasselt.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1272a] **Bekanntmachung.**

Zu einer Herrschaft in einem badischen Landstädtchen wird eine Haushälterin in einem Alter von 30 bis 45 Jahren in Dienst gesucht, welche im Kochen erfahren, einen bedeutenden Weißzeugvorrath zu unterhalten versteht und in der Leitung einer kleinen Oeconomie erfahren ist. Besondere Berücksichtigung findet eine Person, welche längere Zeit in einem größeren Gasthause dem Hauswesen vorstand. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1265a] **Bekanntmachung.**

Vom 15. dieses Monats an fahren die Omnibus von Heidelberg nach Heilbronn wie folgt, nemlich:

Der erste: Morgens 10½ Uhr, trifft Abends 5 Uhr in Heilbronn ein zum Anschluß des letzten nach Stuttgart abgehenden Eisenbahnzuges.

Der zweite: Nachmittags 3½ Uhr.

Der dritte und letzte: Abends 8 Uhr mit Influenz nach Ulm und Friedrichshafen.

Die Morgens 10½ Uhr und Abends 8 Uhr von hier abfahrenden Omnibus influiren zugleich mit den von Heilbronn nach Nördlingen fahrenden L[illegible]us.

Die Abfahrt findet in Heidelber[illegible] im [illegible] statt.

Heidelberg, den 8. October 18[illegible]2.

Die Omnibus-Kutschergesellschaft.
In deren Namen:
Fr. Hormuth sen. zum Ritter.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 253 | den 21. October 1852.

Deutschland.

• Speyer. Aus Preußen erfahren wir, daß sich eine eigenthümliche Stimmung und Umwandlung sehr vieler Gemüther bemerkbar mache. Preußen sieht sich systematisch isolirt und auf seine allseitige Demüthigung hingearbeitet. Der rein politischen Niederlage von Olmütz soll eine andere, noch wichtigere, auf dem Gebiete der Handelspolitik folgen. Außerhalb Preußen rechnete man darauf, daß dem Rückzuge von Bronnzell nun ein neuer Rückzug folgen werde. Aber gerade die Demüthigung des ersten, hat einen zweiten um so mehr erschwert: das Berliner Cabinet gab in der Zollfrage nicht nach. Nun sieht es sich aber alleinstehen. Man kann sich dabei nicht verhehlen, daß Preußen, blos nach seinen materiellen Kräften geschätzt, außer Stand ist, sich in der Reihe der Großmächte zu behaupten. Dazu kommen neue Wahrnehmungen anderer Art. Eine Preußen feindliche Politik arbeitet auf eine Verständigung und innige Verbindung zwischen Oesterreich und Frankreich hin. Könnte ein solcher Plan nicht dahin führen, daß man für den äußersten Fall selbst einer Theilung Preußens nicht unbedingt abgeneigt wäre? Frankreich ist längst lüstern nach der Rheinprovinz, und böte der österreichischen Regierung dagegen sehr bereitwillig andere bedeutende Concessionen, besonders auf Kosten des nemlichen Staates. Wie stünde es dann mit Preußen?

Solche Betrachtungen sollen es sein, welche vielen denkenden Männern in Preußen nahe gehen, — am nächsten solchen, welche am stolzesten auf das specifische Preußenthum waren. Manche von ihnen sollen sich nun der Ansicht zuneigen, Preußen müße wieder sich „an die Spitze der Intelligenz und der Freiheit" stellen, und Manche hegen die Erwartung, daß die Gestaltung der allgemeinen Verhältniße sich auch hiebei mächtiger erweisen werde, als die heutige Cabinetspolitik, und daß eine Umänderung sogar bald zu gewärtigen stehe.

Wir theilen diese Notizen im Wesentlichen so mit, wie sie uns zugekommen. Da wir jede Abschlagszahlung annehmen, so wurden wir uns freuen, wenn die angedeutete Umwandlung sich verwirklichen sollte. Allein abgesehen davon, daß wir der Masse der specifisch preußischen Partei die Einsicht gar nicht zutrauen, auch nur in dieser Beziehung ihr wahres Interesse klar zu erkennen, müssen wir wiederholt unsere alte Ueberzeugung aussprechen, daß wir das Heil Deutschlands nicht vermittelst des specifischen Preußenthums erwarten.

• Speyer. Heinr. v. Gagern hat zur Feder gegriffen. Er wird als Verfasser des bei Bassermann in Mannheim erschienenen Schriftchens bezeichnet: „Protest gegen die Theorie des dänischen Gesammtstaats und den Versuch zu deren Verwirklichung durch den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852." Von verschiedenen Seiten ertönt die Stimme: Gagern hat kein Recht gegen den jezzigen Zustand zu protestiren; hat er doch gerade mitgewirkt, daß die Dinge in den jetzigen Zustand kommen konnten. Wahrlich, es liegt viel Wahres darin! Alle Warnungen, alle Voraussagungen, daß Gagern und seine Partei nur der Reaction das Bett bereiteten, waren vergeblich, und noch kürzlich soll sich der Mann, den doch die Ereigniße belehrt haben sollten, daß Andere eben weiter sahen als Er, sich in der alten Weise wieder geäußert haben. Dessen ungeachtet wissen wir einen Unterschied zu machen zwischen ihm und Denjenigen, welche ihres niedrigen egoistischen Vortheils wegen in den Jahren 1848 und 49 die bekannte Richtung einschlugen, und nun offen am Reactionswagen ziehen. Seine neue Schrift, wie wenig es auch practisch auf eine solche Protestation ankommt, beweist aufs Neue diesen Unterschied. Gagern wird schwerlich je mehr in den Fall kommen, so wie 1848 auf die Geschicke mit einwirken zu können. Dessen ungeachtet verdient es Erwähnung, daß und wie er das jetzige Elend theilweise mit fühlt. Wir setzen daher die Schlußworte seiner Schrift hier her: „Die Erfahrung, daß solcher Vertrag, großen Ereignißen gegenüber, die nicht ausbleiben können, Papier ist, das der Wind verweht, entbindet nicht von der Pflicht der Wahrung des bedrohten Rechts. Die Waffe entspricht der Kraft, die sie führt; aber der Schwache, der sein Recht urkundlich wahrt, thut es im Vertrauen, daß einst auch ein Schwert der Gerechtigkeit sich finden und siegen werde."

• Speyer, den 19. Oct. In der heutigen Landrathssitzung erfolgte zunächst die Bekanntmachung der Namen derjenigen Bürger, welche der Landrath zu Geschworenen beim Staatsgerichtshofe erwählt hat. Es sind folgende:

1. Aus dem Landcommissariatsbezirke Bergzabern: Carl Gemeiner, Bierbrauer von Bergzabern; Michel, Papierfabrikant von Annweiler; Dr. Weiß von Bergzabern; Notär Köster v. Annweiler. — 2. Cusel: Wack, Kaufmann v. Cusel; Phil. Drum v. Ulmet; Scheidt, Müller v. d. Schweisbacher Mühle; Schönbeck v. Inzweilerhof. — 3. Frankenthal: Advocat Stockinger v. Frankenthal; Müller, Bürgermeister v. Großniedesheim; Frz. Bordollo v. Grünstadt; Christ. Janson v. Dirmstein. — 4. Germersheim: Heß, Kaufmann v. Germersheim; Mellinger, Notär v. Rheinzabern; Weigel, Rentner v. Rheinzabern; Blattner, Bürgermeister v. Steinweiler. — 5. Homburg: Jacob Böhnlein v. Frohnhofen; Nic. Müller I v. Gerhardsbrunn; Munzinger, Bürgermeister v. Bruchmuhlbach; Mich. Omlor v. Mittelberbach. — 6. Kaiserslautern: Phil. Hack, Rentner v. Kaiserslautern; F. Görg, Gutsbesitzer von Kaiserslautern; Eichelberger, Müller von Münchweiler; Notär Schmitt von Otterberg. — 7. Kirchheimbolanden: Friedrich König, Notär von Obermoschel; Friedrich Graf v. Dielkirchen; Wilhelm Rittersbach v. Kirchheimbolanden; J. Laise v. Harxheim. — 8. Landau: Dr. Eichhorn, Apotheker Carl Hoffmann u. Anwalt Kessel v. Landau; Lederle, Wirth v. Edesheim; Mahla, Anwalt v. Landau. — 9. Neustadt: J. Ph. Abreich v. Neustadt; Fitz v. Pfäffingen; Wernz, Müller v. Erpolzheim; Werner, Notär v. Neustadt; Hilgard, Gutsbesitzer v. Freinsheim. — 10. Pirmasens: Apotheker Bruch, Adjunct Schneider und David König v. Pirmasens; Bender, Oeconom v. Wallhalben. — 11. Speyer: Dr. Emmerich v. Mutterstadt; Wernz v. d. Rehhütte; Ußlaub v. Speyer; Weissenburger v. Heiligenstein. — 12. Zweibrücken: Knapps, Bürgermeister v. Bliscastel; Alexis Walther v. Trippscheiderhof; Simon, Fabrikant u. Kaufmann Fröhlich v. Zweibrücken.

In Betreff der Speyerer Gewerbsschule wurde in der heutigen Sitzung nachstehender Beschluß einstimmig gefaßt: Es möge Fürsorge getroffen werden, daß der reiche physikalische Apparat des k. Lyceums zu Speyer auch für die Gewerbschule daselbst, unter Leitung seines Conservators, des k. Lycealprofessors Schwerdt, nutzbar gemacht,

und daß dadurch die Anschaffung eines eigenen physikalischen Apparates für diese Gewerbschule erspart, auch der physikalische Unterricht für die Gymnasiasten ermöglicht werde. Da übrigens das königl. Lyceum Staatsanstalt ist, so gestattet sich der Landrath hierüber nur einen unmaßgeblichen Wunsch. — Ferner stimmte der Landrath dem Antrage zu, daß die Erübrigungen an dem Etat der Kreis-Landwirthschafts- und Gewerbschule zu Kaiserslautern für diese Anstalt verwendet werden sollen.

Hr. Wendel referirte über den Straßenbau. Aus der Verhandlung heben wir Folgendes hervor: Hr. Bergtold verlangte, daß die Straße von Neustadt nach Speyer als Staatsstraße erklärt werde. — Hr. Eckert beantragte, daß für den Dammbau bei Pforz und Neuburg eine Unterstützung aus Kreismitteln bewilligt werde. — Hr. Baurath May äußerte dagegen, es sei bis jetzt kein Antrag an die Regierung gelangt, worauf Hr. Eckert solchen in Aussicht stellte.

Hr. Lorch referirte über das Landgestüt. — Die k. Regierung ward ersucht, bestimmte Vorschläge über eine dauernde Organisation dieser Anstalt zu machen und dem Landrathe bei seiner nächsten Sitzung vorzulegen.

Bezüglich der gestern angeregten Verification von Maas und Gewicht wurde ein Antrag des Hrn. Wendel zum Beschluß erhoben, worauf die Gebühren auf die Hälfte herabgesetzt und der Ausfall nöthigenfalls aus Kreismitteln gedeckt werden soll. — Der k. Regierungsrath Hr. v. Stichaner sagte die Vorlage ausführlicher Mittheilungen über die Sache zu.

Nächste Sitzung: morgen (Mittwoch) Nachmittags 3 Uhr. — Budgetberathung.

München, den 15. Oct. Theils Heiterkeit, theils Aergerniß erregt ein zwischen dem Pfarrer Westermaier, Verfasser des „Katholischen Volksfreundes," und seiner Gesinnungsschwester, der „Neuen Sion," andererseits ausgebrochener Hader. Der Volksfreund Westermaier zeigt Haare auf den Zähnen und citirt einen Brief aus Ungarn, worin der Redacteur der „Neuen Sion" als „verkappter Lutheraner" bezeichnet wird. (Fr. J.)

Kassel, den 15. Oct. Nachfolgendes, noch nicht bekannte Ausschreiben des Superintendenten der Diöcese Kassel (Hrn. Consistorialraths Vilmar) wird einen neuen Einblick in die Richtung gestatten, welche gegenwärtig in kirchlichen Dingen beliebt wird. Dasselbe lautet: „Kurfürstliches Ministerium des Innern hat durch Beschluß Nr. 1578 P. d. J. entschieden, daß die durch den §. 38 des Gesetzes vom 29. Oct. 1848, die Religionsfreiheit ꝛc. betreffend, bewirkte Aufhebung aller gesetzlichen Bestimmungen über das stille, oder das unehrliche Begräbniß die für die Unterthanen als solche und ohne Rücksicht auf deren Glaubensbekenntniß ertheilten Verordnungen, keineswegs aber die kirchlichen und religiösen Vorschriften der einzelnen Religionsgesellschaften zum Gegenstand habe. — Hiernach wird die kirchliche Leichenbestattung unterbleiben müssen in folgenden Fällen: 1) selbstverständlich bei dem Begräbnisse derjenigen Personen, welche von der evangelischen Kirchengemeinschaft förmlich ausgeschlossen worden sind; 2) bei dem Begräbnisse a) von Angehörigen der Secten der Wiedertäufer, Deutsch-Katholiken und sogenannten freien Gemeinden; b) von offenbaren und beharrlichen Verächtern des Wortes Gottes, des Gottesdienstes und der heiligen Sacramente, einschließlich derjenigen, welche die kirchliche Einsegnung der Ehe verschmähen oder verweigern; c) von Gotteslästerern, Ehebrechern, Hurern und Trunkenbolden; d) von Selbstmördern; e) von solchen Personen, welche in Verübung eines Verbrechens umgekommen. In zweifelhaften Fällen ist bei den Superintendenten anzufragen." (F. J.)

Dresden. Das „Dresdener Journal" vom 16. d. erklärt die in der Tögel'schen Monatschrift veröffentlichten Actenstücke über die Stuttgarter Conferenz als verfälschte Urkunden, über deren wahren Inhalt es vielmehr das folgende mittheilt: Es wurden bei der Stuttgarter Conferenz vier Actenstücke festgestellt: 1) die bekannte Erklärung, die am 21. Aug. in Berlin abgegeben wurde; 2) eine Zusammenstellung der zu erledigenden Modificationsanträge zum Septembervertrage; 3) eine Instruction an die Bevollmächtigten, welche in der gedachten Monatsschrift richtig abgedruckt ist; endlich 4) eine weitere Instruction, welche den Bevollmächtigten ebenfalls zur Darnachachtung mitgetheilt wurde. Den wortgetreuen Inhalt dieses letzten Actenstücks geben wir nachstehend: „In Bezug auf die nach Abgabe der Erklärung einzunehmende Haltung wird den Bevollmächtigten nachstehende Anweisung ertheilt. Wenn die preuß. Regierung etwa erklärt, daß nun, nachdem die verbündeten Regierungen sich nicht mit beiden Präjudicialpuncten einverstanden erklärt hätten, keine weitern Verhandlungen stattfinden könnten, so haben die Bevollmächtigten Berlin zu verlassen. Sollte die preußische Regierung erklären, daß sie auf die über den zweiten Präjudicialpunct gestellte Frage nur auf ihre frühern Erklärungen verweisen könne, und daher nun einen bestimmten Ausspruch über den zweiten Präjudicialpunct erwarte, so haben die Bevollmächtigten ohne Einholung weiterer Instruction zu erklären, daß sie lediglich auf ihre letzte Erklärung verweisen und wiederholt die Beantwortung der gestellten Frage beantragen müssen. Sollte die preußische Regierung jede Berücksichtigung der Wiener Vertrauensentwürfe ablehnen, so haben die Bevollmächtigten auszusprechen, daß ihre Regierungen unter diesen Umständen die zweite Präjudicialfrage nur verneinend beantworten, und sich nunmehr auch an die erfolgte eventuelle Bejahung der ersten Präjudicialfrage nicht mehr gebunden erachten können. Sollte endlich die preußische Regierung zunächst keine Antwort auf die Frage der verbündeten Regierungen ertheilen, sondern die Verhandlungen über die andern noch unerledigten Propositionen fortsetzen wollen, so haben die Bevollmächtigten hierauf einzugehen und weitere Instructionen zu erwarten. Für diesen Fall verabreden die Regierungen unter sich zwar, einige Zeit zuzuwarten, jedoch dann Bevollmächtigte nach Wien zur Berathung des Vertrags C abzusenden, und zwar so zeitig, daß diese Berathungen jedenfalls am 1. Oct. beginnen können. Diese Absendung soll auch eintreten, wenn es aus irgendeinem Grund zum Abbrechen der Verhandlungen in Berlin kommen sollte."

Aus Lippe-Detmold, den 15. Octbr. Es ist die Einberufung der Landstände auf den 20. d. M. erfolgt, und sollen demselben die Vorlagen eines neuen Wahlgesetzes gemacht werden.

Hamburg, den 11. Octbr. Unsere Policeibehörde hat am 9. d. das seit ungefähr anderthalb Jahren bestehende Waarenassociationsmagazin, welches sich die Aufgabe stellte, seinen Mitgliedern auf billige Weise Lebensmittel zu verschaffen, geschlossen. Man betrachtete den Verein längst mit scheelen Augen, da er unleugbar unter seinen Mitgliedern die heftigsten (!) Democraten Hamburgs zählte.

— den 13. Oct. Die „Hamburger Nachrichten" und der hiesige „Beobachter" standen heute vor dem Niedergericht wegen Preßvergehen. Den Redacteur des Beobachters, der der Verhöhnung der höchsten Behörde angeklagt war, vertheidigte der Altreichsminister Dr. Heckscher, welcher dabei nicht umhin konnte, auf die weiland deutschen Grundrechte Bezug zu nehmen. Das Urtheil wurde vertagt.

Bremerhaven, den 12. Octbr. Heute Nachmittag halb 3 Uhr lichtete die Fregatte „Deutschland," früher zur deutschen Nordseeflotte gehörig, und neuerdings von einem Bremer Handlungshause käuflich erstanden, unter bremischer Flagge auf der hiesigen Rhede die Anker, um ihre Reise nach Hong-Kong anzutreten. Als die Fregatte, welche mit 10 Stück zwölfpfündigen Karonaden armirt worden ist, die zur Zeit auf der Rhede noch vor Anker liegende Dampffregatte „Hansa" passirte, ließ ihr Capitän, früher Lieutenant-Commandeur in der deutschen

Marine, Eugen Laun, am Bortop die deutsche Flagge aufhissen und einen Salut von 21 Schüssen feuern. Vom Bord der Fregatte „Hansa" wurde dieser Abschiedsgruß mit 9 Schüßen erwiedert. Ein wehmüthiges Gefühl mußte unter der am Land zahlreich herbeigeströmten Menge Jeden ergreifen, der einigen Antheil an dem Schicksal der deutschen Flotte nimmt, als die Fregatte „Deutschland" den Blicken entschwand. Möge ihre Reise eine glückliche sein. (Weser-Ztg.)

Köln, den 14. Oct. Die Wittwe Raveaux ist aus der Schweiz, wo sie bei Meyer von Eßlingen zuletzt wohnte, zurückgekehrt, und wird, wie es heißt, das frühere Geschäft ihres Mannes, einen Cigarrenladen, wieder aufnehmen.

Berlin, den 17. Octbr. Vorgestern Mittags wurde vor dem Criminalsenat des kgl. Kammergerichts die Appellation des Geh. Rathes Heinrich v. Arnim verhandelt. Der Freiherr v. Arnim war bekanntlich wegen seiner als Broschüre gedruckten Kammerrede, einer gehaltenen und einer nicht gehaltenen, in erster Instanz der Entstellung von Thatsachen, wodurch die Anordnungen der Obrigkeit dem Hasse und der Verachtung ausgesetzt werden, schuldig befunden und zu einer Geldbuße von zweihundert Thalern, im Unvermögensfalle zu zweimonatlichem Gefängniß verurtheilt worden. Es wurde abermals die Oeffentlichkeit der Verhandlungen ausgeschlossen, weil es auf Verlesung einer confiscirten Schrift ankomme. Das Urtheil fiel, wie wir hören, dahin aus, daß das Erkenntniß erster Instanz lediglich zu bestätigen sei. Wie schon der erste Richter gethan, sprach der Appellhof auch die Vernichtung aller vorfindlichen Exemplare der incriminirten Schrift aus.

Luxemburg, den 15. Oct. Die Verhandlungen des Landtags über die Antwortsadresse auf die Eröffnungsrede waren interessant. Gleich beim ersten Paragraphen interpellirte Hr. Eberhard die Regierung in Betreff der bekannten Unterredung zwischen unserem und dem Bundespräsidialgesandten, in welcher eine von Bundeswegen vorgeschlagene Modification unseres Grundgesetzes durchblickte. Die Unterredung ward von dem Regierungscommissär zugestanden, jedoch mit dem Beifügen, daß der Bund nur dann intervenire, wenn Streit zwischen der Krone und den Kammern entsteht, was hier nicht der Fall, weßhalb kein Grund für eine Intervention des Bundes bestehe. Der §. 3, welcher im Entwurfe so begann: „Die Tendenzen der Kirche bei uns sind so beunruhigend", wurde so modificirt: „Die Tendenzen eines Theiles unseres Clerus sind beunruhigend; die Tollkühnheit der Männer, welche sich als seine Organe aufwerfen, ist ohne Schranken und ohne Zaum."

Aus dem Holsteinischen, den 15. Oct. Manches, was das deutsche Volk eben so nahe berührt als uns, scheint in dem künstlich stumpf gemachten Deutschland wenig Eindruck und Entrüstung hervorzurufen. Hierzu ist namentlich auch das Schicksal der (wie es in der officiellen Sprache Dänemarks heißt) „Insurgentenofficiere" von Wasmer und Schulz zu zählen. Wie diese Männer sich dem Feinde freiwillig stellten, gehört zu den leuchtenden Beispielen in einer Zeit, der man sonst gerade keinen Ueberfluß von Entsagung und Opferfähigkeit nachrühmen kann. Was geschieht? Der erstere wird zu lebenslänglichem Gefängniß — was noch hingehen mag —, der andere zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt und ist, wie Ihnen bekannt sein wird, bereits nach dem traurigen Ort seiner Bestimmung, Viborg, wo er sein Leben hinschmachten soll, abgeführt worden. Diese gemeinhin entehrende Strafe (die freilich in diesem Falle den davon Betroffenen nur ehrt) verhängt man über diesen Mann dafür, daß er für eine Sache kämpfte, welche Angesichts der ganzen Welt von der politischen Centralstelle Deutschlands für rechtlich, wohlbegründet und wahrhaft vaterländisch anerkannt wurde, und in einem Heere, welches deutsche Fürsten zu seinen Kampfgenossen zählen durfte! Möge man diesen Männern den einzigen Lohn, der ihnen werden kann und auf den sie rechnen mochten: die gerechte und volle Würdigung ihrer Opferthat und die innigste Theilnahme für ihr trauriges Loos, nicht versagen! (Köln. Z.)

Wien, den 15. Octbr. Graf Moritz Dietrichstein, ein warmer Freund und Förderer der schönen Künste, namentlich durch seine ausgezeichnete Wirksamkeit als Leiter der k. k. Hoftheater bekannt, ist am Typhus gestorben.

Triest, den 13. Oct. Heute hat der Lloyddampfer „Adria" nach 140stündiger Reise aus Alexandrien die ostindische Post gebracht. Die über Trapezunt eingetroffene Nachricht von der angeblichen Landung eines 9000 Mann starken englischen Corps in Bender Buschir im persischen Golf läßt sie ohne Bestätigung. Dieses gänzliche Stillschweigen der ostindischen Blätter über ein so wichtiges Ereigniß erweckt gegründeten Zweifel an der Richtigkeit der erwähnten Mittheilung.

Schweiz.

Graubünden. Nach dem Churer Tagblatt soll aus Neapel hier folgende Nachricht angelangt sein, die bis jetzt weder deutsche noch italienische Zeitungen brachten: Vor kurzem wurde in Neapel ein gewisser Hoffmann, der seit mehreren Jahren in einem Schweizerregiment gedient, als Mörder eines wachehabenden Soldaten zum Tode verurtheilt und durch Pulver und Blei hingerichtet. Dieser Soldat Hoffmann habe vor seinem Tode einem Schweizerofficier das Geständniß abgelegt, daß er einer der Mörder des deutschen Parlamentsmitgliedes Lichnowsky gewesen, der bekanntlich bei dem Septemberaufstand im Jahre 1848 in der Nähe Frankfurts niedergemacht wurde. Die St. Gall. Z. will wissen, daß allerdings ein Schneidergeselle Hoffmann in der Prozedur als sehr gravirt erschien und in contumaciam verurtheilt wurde.

Belgien.

Brüssel, den 18. Oct. Es ist die Nachricht verbreitet, die Bildung eines Ministeriums Brouckere sei wieder aufgenommen.

Frankreich.

† Paris, den 18. Oct. Abdel Kader wird in Freiheit gesetzt. Der Prinz hat das Ende seiner Reise benützt, ihm Solches selbst anzukündigen. Er hielt bei dem Schlosse Amboise an, ließ sich den Ex-Emir vorstellen und zeigte ihm mit folgenden Worten das Ende seiner Gefangenschaft an: „Abdel Kader! Ich komme Ihnen ihre Freilassung anzukündigen. Sie werden nach Brussa in die Staaten des Sultans gebracht werden, sobald die dazu nöthigen Vorbereitungen getroffen sind, und Sie werden von der französischen Regierung einen Ihrer ehemaligen Stellung würdigen Gehalt beziehen. Seit lange, Sie wissen es, hat mir Ihre Gefangenschaft einen wahren Kummer verursacht, denn sie erinnerte mich stets daran, daß die vorhergehende Regierung ihre eingegangenen Verpflichtungen gegen einen unglücklichen Feind nicht eingehalten hat, und in meinen Augen gibt es nichts Erniedrigenderes für die Regierung einer großen Nation, als das Verkennen ihrer eigenen Macht bis zu dem Grade, daß sie das gegebene Versprechen nicht hält. Die Großmuth ist stets die beste Rathgeberin, und ich bin überzeugt, daß Ihr Aufenthalt der Ruhe unserer Besitzungen in Afrika keinen Eintrag thun wird. Ihre Religion lehrt so gut wie die Unsere die Unterwerfung unter die Bestimmungen der Vorsehung. Wenn also Frankreich der Herr von Algier ist, so ist es Gottes Wille gewesen und die Nation wird nie ihrer Eroberung entsagen. Sie waren Frankreichs Feind, ich lasse jedoch Ihrem Muthe, Ihrem Character, Ihrer Ergebung in Unglück Gerechtigkeit widerfahren, deßhalb halte ich es für eine Ehrensache, Ihrer Gefangenschaft ein Ende zu machen, und habe vollständiges Vertrauen in das von Ihnen gegebene Wort." — Abdel Kader versicherte eine ewige Erkenntlichkeit und schwor auf den Koran, daß er nie versuchen werde, die Herrschaft Frankreichs in Algier zu stören, und daß er sich ohne Vorbehalt und Hintergedanken dem Willen Frankreichs unterwerfe. Abdel Kader fügte hinzu, daß es von

schlechter Kenntniß vom Geiste des Gesetzes des Propheten sei, wenn man annehmen könne, daß dasselbe einen Treubruch gegen die mit Christen eingegangenen Verbindlichkeiten erlaube; und er zeigte dem Präsidenten eine Strophe des Korans, die ausdrücklich und ohne Vorbehalt Jeden verdammt, der die geschworene Treue bricht, und wäre es auch gegen die Ungläubigen. Abel Kader bleibt in dem Schlosse Amboise, bis alle Maßregeln zu seiner Uebersiedlung nach Brussa getroffen sind.

Bei dem Einzuge des Prinzen fiel es allgemein auf, daß sich in dem Cortège des Präsidenten diesmal keine fremden Uniformen bemerkbar gemacht haben. Eine einzige Würtembergische Lieutenantsuniform, nicht im besten Zustande, stach gegen die glänzenden goldgestickten französischen Uniformen traurig und beinahe demüthig ab, so daß viele deutsche Zuschauer daran ein Aergerniß fanden. — Gestern hatte ein Hr. R.... im Theater français ein von ihm verfaßtes Festgedicht öffentlich vorgelesen. Eine Strophe, vom Publicum mißverstanden, erregte eine allgemeine Entrüstung und veranlaßte einen furchtbaren Scandal. Der Verfasser wurde herausgetrieben und verhaftet, vom Policeicommissair jedoch wieder freigelassen, nachdem er nachgewiesen hat, daß nur aus Mißverständniß die loyale Absicht des Gedichtes verkannt wurde.

Paris, den 17. Octbr. In dem Gefolge des Prinz-Präsidenten befand sich gestern auch ein Mameluk zu Pferd, der fast ebenso gekleidet war, wie ehedem Rustan, der treue (?) Diener des Kaisers Napoleon. (!)

Die Verfolgungen gegen die republicanische Partei werden tagtäglich strenger. In den Provinzen verhaftet man fortwährend; die Deportationen wegen sogenannten Bannbruchs sind an der Tagesordnung, die Verurtheilungen zu Gefängniß und Geldstrafen beachtet man gar nicht mehr, kurz es herrscht die reinste Willkür in Frankreich. Selbst der Justizminister macht sich keine Illusionen darüber. Ein republicanischer Repräsentant, der, ohne im December sich nur irgendwie bei den damaligen Ereignißen betheiligt zu haben, doch internirt worden ist, hat sich umsonst bemüht, seine Freiheit wieder zu erlangen. Seine Frau begab sich zum Justizminister, um ihm vorzustellen, daß ihres Mannes einziges Verbrechen seine republicanischen Gesinnungen waren, und daß es nicht gerecht sei, ihn fern von seiner Familie und seinen Freunden zu halten. Ich weiß es — sagte der Justizminister trocken — aber, Madame, wir üben keine Gerechtigkeit aus, sondern machen Politik." (Beob.)

Der Independance Belge wird geschrieben, das österreichische Cabinet habe förmlich erklärt, daß es sich in keiner Weise um die Frage des Kaiserreichs bekümmere, so lange das Verhalten der französischen Regierung, wer sie auch sei, keinerlei Gebietsfrage anrege.

Paris, den 15. Oct. Der Sohn des ehemaligen Königs von Westfalen ist, wie mit Bestimmtheit versichert wird, zum Vicekönig von Algerien auersehen, und eventuell sogar zum Nachfolger auf dem französischen Thron.

Die Zahl der Hunde wird in Frankreich auf 3 Millionen geschätzt; nimmt man die Kosten ihres Unterhaltes täglich zu 7½ Centimes pr. Stück an, so beläuft sich die Summe auf 80 Millionen Franken jährlich.

Italien.

* **Florenz**, den 11. Oct. Man erwartet die Ankunft der Englischen Deputation, welche den Großherzog um Begnadigung der Eheleute Madiai bitten soll. Man glaubt jedoch nicht, daß der Großherzog nachgeben werde, da er eine diesfällige Bitte des Preußischen Gesandten bereits abgeschlagen hat.

Rom, den 9. Oct. Der Inhaber einer dem Kirchlein Santa Maria del Rosario gegenüber auf der Höhe des Monte Mario anmuthig gelegenen Osterie, die von den Römern viel besucht wird, mußte vor einigen Tagen sein Haus auf Befehl der Policei schließen, weil darin von Zeit zu Zeit geheime Conventikel gehalten seien. In der That fanden sich die Wände eines Gastzimmers vielfach mit Schmähreden gegen diese und jene hochgestellte Person beschrieben. Indessen hat der Wirth durch eine einflußreiche Person allerhöchsten Orts seine Nichtbetheiligung an dem Frevel dargethan und, unter der Bedingung die beschriebenen Wände gründlich übertünchen zu lassen, die Erlaubniß zu Wiedereröffnung seines Gasthauses sich ausgewirkt! — Unsere städtischen Industrieritter haben eine neue Maske erfunden, unter der sich viele von ihnen bisher verborgen zu halten wußten. Am Tage nemlich erschienen sie als Fruchthändler gekleidet, hatten auch wol eine Maurer- oder Schusterschürze vor, und wußten durch dieß Costüm die Aufmerksamkeit der Sicherheitspolicei nicht allein zu täuschen, sondern auch als harmlose, nur ihrem ehrlichen Gewerbe nachgehende Arbeiter zu erscheinen. Ein unter ihnen entdeckter Straßendieb hat gegen 30 solcher Galantuomini, welche hier aus nächtlichen Beraubungen und Einbrüchen ein Gewerbe trieben, der Policei, für zugesicherte Straflosigkeit, nachgewiesen. — Etwa eine halbe Stunde nach Mitternacht wurden gestern Roms Einwohner in der Umgegend des Palazzo di Firenze durch das Abbrennen einer mit ein paar Pfund Pulver geladenen Petarde aus dem Schlafe aufgeschreckt. Am Morgen fand sich das Corpus delicti vor der dortigen Conditorei. Ihr Eigenthümer, Santi Aleggiani, der bei den römischen Liberalen für ein sehr thätiges Organ der geheimen Polizei gilt, war am Tag zuvor von Dr. Panunzi an einem schmutzigen Uebel operirt, und in Folge der Operation tödlich erkrankt. Die Partei der Gegner glaubte seinen Tod durch einen Kanonenschlag um jene Stunde signalisiren zu können. Indessen lebt der Mann noch. (A. Z.)

China.

Wir erhalten, sagt die Allg. Ztg., über Triest, Blätter der neuen Ueberlandpost, doch leider nur anglochinesische (Hongkong, 23. August); indische Zeitungen, denen wir, wegen der telegraphischen Nachricht über die Landung englischer Truppen im persischen Golf, mit Spannung entgegensehen, fehlen. Aus China wird die Gefangennehmung Tien-teh's, des Hauptes der Empörung in Kwangsie, durch die Regierungstruppen gemeldet; er hatte ein vollständiges Bekenntniß seiner Schuld abgelegt, welches China Mail mittheilt, und aus Peking war der Befehl zu seiner Hinrichtung eingetroffen. Mit dem Falle dieses Prätendenten, der sich zum Kaiser aufgeworfen hatte, wurde die Rebellion selbst als so ziemlich beendigt betrachtet. Ueber die Umstände seiner Gefangennehmung aber lassen die Berichte sehr im Dunkeln. Der englische Gouverneur und Oberaufseher des Handels, Dr. John Bowring hat unterm 20. Jul. gegen den Gebrauch des Wortes „J" (d. h. Barbar) zur Bezeichnung der Engländer in öffentlichen Erlassen der chinesischen Behörden in Canton remonstrirt. Der chinesische Statthalter entschuldigte sich mit dem Mangel an literarischer Bildung, indem er nicht gewußt habe, daß „J" eine beleidigende Nebenbedeutung habe, und versprach diesen Ausdruck künftig zu vermeiden.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1276] **Zu verkaufen.**

Wegen Räumung des Hauses ist bei Unterzeichnetem im Ganzen sehr billig zu kaufen: Ein vollständiges und gut erhaltenes Schlosserwerkzeug sammt vielen neuen selbst verfertigten ausgezeichneten Schlosserarbeiten, altes und neues Eisen, an 90 Stück gut verfertigte Zimmer-, Haus- und Laden-Riegel, Winkelband für Schrank-, Haus-, Laden- und Hofthüren sammt Mutterschrauben dazu, eine ausgezeichnet gute Bohrmaschine nebst einer kleinen, ein großes Schneidzeug für Kelterspindeln, ein kleines Schneidzeug nebst Schneidstock, ausgezeichnete Balancierwaagen und viele andere Gegenstände. Alles zusammen wird per Pfund zu 12 kr. abgegeben.

G. Martin, Schlossermeister in Landau.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 254 | den 22. October 1852.

Deutschland.

GA* **Der gegenwärtige Stand der Zolleinigungsfrage.** Frankfurt, den 19. Oct. Seit dem Abbruch der Berliner Conferenzen hat der Stand der Zolleinigungsfrage in folgender Weise sich geändert. Was zunächst die beiden deutschen Großmächte betrifft, so hat Oesterreich zu einer abermaligen Berathung in Wien eingeladen und die Absicht zu erkennen gegeben, die Angelegenheit vor die Bundesversammlung zu bringen. Nachdem der erste Congreß nur negativ, den Zollverein auflösend, gewirkt, bezweifeln wir, daß seitdem die Verhältnisse so gereift sind, um zu einer positiven Tarifbestimmung zu führen. Wir sehen vielmehr Oesterreich, mit einem von 1850 auf 1851 um 28 Millionen gesteigerten Staatsbedürfniß und einer im Jahre 1852 um 20 Mill. gesteigerten Schuldenlast, mehr wie je außer Stande, das Tabaksmonopol aufzuheben. Die Bundesversammlung ist aber nicht competent, über eine Frage zu verhandeln, welche ein zu drei Viertheilen nicht zum deutschen Bunde gehöriges Reich betrifft. Preußen hat wiederholt seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, mit den Coalitionsregierungen auf diplomatischem Wege weiter zu verhandeln und nur das Fallenlassen der Handelseinigung mit Oesterreich verlangt. Von den anderen Staaten nimmt ohne Zweifel die wichtigste Stelle Hannover ein. Wenn man sich von Seiten der Coalition auf dessen Beitritt Hoffnung macht, so vergißt man einerseits die geographische Lage, wonach der Haupttheil des Königreichs, durch Braunschweig von Kurhessen getrennt, also kein zusammenhängendes Gebiet herzustellen ist; andererseits die noch wichtigere Seite der bisher von Hannover befolgten Freihandelspolitik, von welcher kaum bis zur Höhe des preußischen Tarifs abzuweichen es sich erst nach langem Zaudern entschloß. Um so weniger ist zu erwarten, daß es dem Streben der Coalitionsstaaten nach noch höheren Schutzzöllen sich anschließen sollte, wogegen es im Interesse Preußens liegt, wenn es nur mit dem Steuerverein zu verhandeln hat, dem lauten Ruf seiner östlichen Provinzen, zu deren Aufschwung wohlfeile Kohlen und billiges Eisen nöthig sind, zu folgen und den Handelsansichten von 1818 sich zu nähern, wobei es ihm unbenommen bleibt, durch Differentialzölle die rheinischen Fabriken zu schützen. Daß ein solches Vorgehen nicht den Wünschen Süddeutschlands zusagt, ist von dort aus oft genug ausgesprochen; um so mehr wird es die Aufgabe aller Betheiligten sein, für die Erhaltung des bestehenden materiellen Verbandes in einem Zeitpunkte zu wirken, der mit Gefahren und Besorgnissen aller Art erfüllt ist. —

* **Speyer**, den 20. Oct. In der heute Nachmittag abgehaltenen Sitzung des Kreislandraths wurde zunächst, auf die mittlerweile vom k. Regierungsreferenten dem Ausschuße gegebenen Aufschlüße hin, von den neulichen Anträgen der Hrn. Emmerich und Wendel in Betreff Herabsetzung der Gebühren bei Revision von Maas und Gewicht, vollständig Umgang genommen.

Sodann hatte Hr. Walz über das allgemeine Verwaltungsbudget Bericht zu erstatten. Namens des Ausschusses beantragte er jedoch, daß der Landrath zuvor bezüglich der alten Reclamationen der Pfalz wegen Guthaben an die Staatscasse Beschluß fassen möge. Diese Forderungen betragen zusammen nahezu 350,000 fl.; sie sind sämmtlich in den frühern Landrathsprotokollen, zuletzt in dem von 1848, einzeln aufgezählt und nachgewiesen, und der Ausschuß glaubt um so mehr diese Forderungen geltend machen zu sollen, als sie seiner Ueberzeugung nach wohl begründet, zum Theile sogar von beiden Kammern des Landtags ausdrücklich anerkannt sind, und als in den jenseitigen Kreisen, wo ohnehin nur sehr wenige Beischlagprocente für Kreiszwecke erhoben werden, der Staat sogar noch das Deficit der Kreise deckte. Die Forderungen sind insbesondere: 1) Steuerrückstände, welche gemäß des Finanzgesetzes von 1831 den Kreisen zufielen, circa 120,000 fl. 2) Beträge von Pensionen und Alimentationen, welche die Staatscasse treffen, allein aus Kreisfonds bestritten wurden, 3) zu geringer Betrag, den der Staat für seine Waldungen an Kreisbeischlägen entrichtete, beiläufig 150,000 fl., 4) Kosten von Neubauten, namentlich für die beiden Seminarien, gleichfalls aus Kreismitteln bestritten.

Hr. Lorch, der sich gelegentlich eines andern Referats mit Eruirung der erwähnten Forderungen befaßt hat, geht, auf den Wunsch des Ausschusses selbst, in nähere Erörterungen ein. Er glaubt, daß im Allgemeinen, mit Ausnahme der Deckung der s. g. „Nichtwerthe" aus Kreismitteln, eine Ueberbürdung der Pfalz, den jenseitigen Regierungsbezirken gegenüber, nicht bestehe (diese Frage wird jedoch auf Erinnerung des Ausschußreferenten, heute verlassen),*) hält dagegen die Hauptpuncte der vorliegenden Reclamation allerdings gegründet, und erörtert besonders die Richtigkeit der Forderungen wegen der Steuerrückstände und der Pensionen; glaubt, daß bezüglich der Waldungen die Ziffer noch zu ermitteln sei, und erachtet nur den Anspruch wegen der Neubauten zweifelhaft.**) — Auch Hr. Scholler spricht sich über den letzten Punct in der nemlichen Weise aus. —

Der Landrath beschließt, die hervorgehobenen Beträge sämmtlich neuerdings zu reclamiren, und zwar wurde dieser Beschluß bezüglich der Kosten von Neubauten mit allen gegen 5 Stimmen gefaßt, während der Landrath in allen übrigen Puncten einstimmig war.

Hierauf Uebergang zur Berathung des allgemeinen Kreisbudgets. Das Wichtigste ist die Genehmigung der Pläne zur Herstellung einer Irrenanstalt zu Klingenmünster. Nach dem bereits gemachten Aufwande, war die Genehmigung des weitern Bedarfs kaum zu umgehen. Die Gesammtkosten sind auf 620,000 fl. veranschlagt, und der Landrath verwahrt sich gegen jede Ueberschreitung. Auch beschloß derselbe, daß die Kreisumlagen hiefür nicht in der von der Regierung vorgeschlagenen Ausdehnung erhoben, sondern die Kosten, außer dem, was bei mäßigerer Anstrengung sofort zu erlangen, in folgender Weise aufzubringen seien: 1) durch Flüssigmachung der Forderungen des Kreises an die Staatskasse, 2) durch einen von derselben zu beanspruchenden unverzinslichen Vorschuß (zumal in jenseitigen Kreisen bestehende Gebäude für eine Irrenanstalt abgegeben worden), und 3) eventuell durch Aufnahme eines Anlehens auf Annuitäten.

---

*) Die entgegengesetzte Ansicht wurde von den Pfälzischen Abgeordneten auf den Landtagen von 1850 und 1851 ausführlich und ins Einzelne gehend erörtert, namentlich von den Abgeordneten Nebenack, Weis und Kolb. D. Red.

**) In dieser Beziehung dürften doch nicht alle, für den Kreis sprechenden Momente, hervorgehoben worden sein; das Ausscheidungsgesetz von 1837 enthält, und die frühern Landrathsprotocolle entwickeln, deren noch verschiedene weitere. D. R.

• Speyer, den 21. Octbr. Der Kreislandrath wird sich heute nach Beendigung seiner Sitzung nach Ludwigshafen begeben, zum Empfange des Königs bei dessen Eintritte in die Pfalz.

• Speyer, den 20. Oct. Wir haben uns vorgenommen, beurtheilende Aufsätze über die Landrathsverhandlungen nicht aufzunehmen vor Beendigung dieser Verhandlungen. Noch ist kein Umstand eingetreten, der uns bestimmen könnte, hievon abzugeben. Wol aber nöthigt uns die Pfälzer Zeitung zu einigen Bemerkungen — die freilich nicht als Antwort auf ihre neuen Ausbrüche verbissenen Grimmes dienen sollen, denn die Gehässigkeiten von dieser Seite bedürfen in der Regel keiner Entgegnung mehr, — sondern einfach zur Beleuchtung falscher Behauptungen.

In Beziehung auf die Anregung der Zollfrage im Landrathe redet die Pfälzer Zeitung nicht nur von einem „Ueberschätzen des Maßes des Einflusses," sondern sogar von einem Versuche, „den Kreis, den das geschriebene Gesetz oder die Gesetze der Mäßigung und Selbstbeschränkung gezogen haben, zu überschreiten." Wir finden nun aber, daß das Landrathsgesetz, insbesondere der Art. 15 lit. l, den Landrath ausdrücklich berechtigt und damit beziehungsweise verpflichtet zu „Aeußerungen über den Zustand des Regierungsbezirkes," sowie zur Stellung hierauf bezüglicher Anträge behufs Abhülfe und Verbesserung. Nun gibt es aber heute denn doch wahrlich gar keine Frage, welche das materielle Wohl des Kreises tiefer berührt, als die über Fortbestand des Zollvereins.

Nur die allgemeine Landesvertretung — so behauptet die Pfälzer Ztg. — habe in solchen großen Staatsangelegenheiten mitzusprechen; die Landesvertretung aber habe den Gegenstand mit richtigem Tact zu „umgehen" gesucht. Es hat seine Richtigkeit, daß der Landtag im Mai des Jahres 1851, also vor anderthalb Jahren, einen Antrag ablehnte, der eine Erklärung zur Wahrung des Zollvereins bezweckte. Aber es wurde dieser Beschluß gefaßt auf die wiederholten Erklärungen hin, daß keine Gefahr drohe, — in jener Zeit, in welcher man in der Pfälzer Ztg. die sogar stereotyp gewordene Phrase lesen konnte: es sei „baarer Unsinn" eine Sprengung des Zollvereins zu befürchten. Sollen wir weiter daran erinnern, daß das Ministerium in der letzten Zeit des Landtags die Vorlagen über die verlangten Vollmachten schließlich selbst zurückzuziehen geeignet fand?

Es sei mit Bestimmtheit zu erwarten, behauptet die Pfälzer Ztg. weiter — daß, wenn sich die jenseitigen Landräthe gleichfalls über die Zollfrage aussprächen, „die Mehrheit derselben einer Verbindung mit Oesterreich das Wort reden würden." Nun ist es aber notorisch, daß in den drei fränkischen Kreisen das gleiche Interesse wie in der Pfalz besteht; daß ferner auch Schwaben entschieden die Forterhaltung des Zollvereins wünscht, daß sich der, einem altbaierischen Kreise angehörende Referent in der Abgeordnetenkammer kategorisch in gleichem Sinne ausgesprochen hat, und daß die Handelskammern aller acht Regierungsbezirke ohne Ausnahme sich für Fortdauer des Vereins erklärten. Jene Behauptung des gedachten Blattes dürfte damit auf ihren wirklichen Werth zurückgeführt sein.

Wir unterlassen es heute absichtlich, auf irgend eine nähere Erörterung einzugehen, indem wir die Erwartung hegen, der Landrath werde wissen, was er zu thun habe.*)

München, den 17. Oct. Die Reiseroute des Königs nach der Pfalz ist dahin abgeändert, daß dieselbe nicht über Ansbach rc., sondern über Ulm und Stuttgart geht. In Ulm wird Se. Maj. morgen übernachten und übermorgen die Festungsbauten besichtigen. Da bis übermorgen wahrscheinlich auch der König von Hannover in Stuttgart eingetroffen sein wird, so liegt die Vermuthung einer Zusammenkunft mit den Königen von Hannover und Württemberg nahe. Auf der Rückreise aus der Pfalz zu Anfang nächster Woche wird S. Maj. dann durch Franken kommen. (N. C.)

Das dreijährige Knäblein des Taglöhners Martin Baumann zu Pfaffenhofen (Kastl), Namens Karl, wurde am 12. d. früh vom eigenen 11jährigen Bruder Joseph aus Unvorsichtigkeit erschossen. Joseph erhielt nämlich von einem dortigen Forstbediensteten ein mit Schroten geladenes, wahrscheinlich aus Versehen noch mit einem Zündhütchen versehenes Jagdgewehr, mit dem Auftrage, solches dem in Kastl wohnenden Eigenthümer zurückzubringen. Auf dem Wege dahin stand vor seinem Wohnhäuschen an der Landstraße der kleine Bruder Karl; ihn erblickend, nahm Joseph auf jenen visirend das Gewehr zur Hand, und indem er sagte: „Karl, jetzt erschieß ich dich!" krachte auch der Schuß, und Karl fiel in den Kopf getroffen todt zu Boden.

Augsburg. Die Landwehr von Zusamhausen ist durch Ministerialrescript in ruhende Aktivität versetzt worden.

Landshut, den 16. Oct. In der heutigen Sitzung des Landraths für Niederbaiern wurde der Antrag des Ausschusses für die Angelegenheiten der inneren Verwaltung, bezüglich der Errichtung einer Kreisirrenanstalt in Niederbaiern, sich an die bereits bestehende Kreisirrenanstalt von Oberpfalz und Regensburg zu Karthaus anzuschließen, resp. der provisorischen Uebereinkunft der Regierungen, diesen Anschluß betreffend, beizustimmen, derzufolge Niederbaiern für Erlegung einer Summe von 104,000 Gulden Miteigenthümer zu Karthaus werden würde, nach einer lebhaften Debatte mit 17 gegen 3 Stimmen verworfen.

— den 17. Oct. In der gestern Nachmittags stattgefundenen Sitzung wurde die projectirte Kreisirrenanstalt wieder in Berathung gezogen. Dem Antrage eines Landraths, daß man bezüglich der Erwerbung des Schlosses Damenstift zu Osterhofen mit dem Besitzer in Unterhandlungen treten möge, und der hierauf gestellten Frage, ob von dem früheren Project, die Anstalt in Deggendorf zu gründen, völlig Umgang genommen werden wolle, folgte der Antrag: Kostenvoranschläge für die beiden Bauprojecte anfertigen zu lassen, der einstimmig angenommen wurde. (K. f. Niederb.)

Von der Saale, den 17. Oct. Vorgestern Abend ist Friedrich Ludwig Jahn zu Freiburg an der Unstrut gestorben. Jahn, der Sohn eines Predigers, war am 11. August 1778 zu Lanz in der Priegnitz geboren, und erreichte somit ein Alter von 74 Jahren.

Bischofsheim, den 12. Oct. Die hiesige Gemeinde lebte seit einigen Jahren mit ihrem Seelsorger, dem früher von Offenbach versetzten sehr orthodoxen Pfarrer Heber, in Zank und Hader. Nachdem schon auf Pfingsten dieses Jahres die ganze Gemeinde ihre Kinder nicht confirmiren ließ, und so nur ein Waisenkind confirmirt werden konnte, und nachdem nur noch ein Mann, Namens Schmoll, seither die Kirche besuchte, wurde vor einigen Wochen die Kirche förmlich geschlossen und unter Siegel gelegt. Es scheint also dieser Gemeinde gegenüber wegen ihres Streites gegen ihren Pfarrer das Interdict wörtlich vollzogen zu sein, während der Kirchengemeinde Mattys, der Gemeinde Bolrheim, wegen ihrer Liebe für ihren Pfarrer, der Kirchenbann bisher nur angedroht wurde. (Volksb. f. Rh. u. M.)

Köln, den 19. Oct. Ein Manufacturwaarenhändler Kothes und der Notariatscandidat Bermbach sind, wie

---

*) Gibt es etwas Ungereimteres als die Behauptung, die „systematische Opposition" agitire für den Zollverein?! Läge der Opposition nicht vor Allem das Wohl des Volkes am Herzen, handelte es sich für sie wirklich nur darum, den Regierungen „Verlegenheiten zu bereiten," so dürfte es sich diese Opposition hier sehr bequem machen; sie würde ganz ruhig zuschauen und es geschehen lassen, daß der Zollverein gesprengt würde. Ein durchgreifenderes Agitationsmittel gäbe es nicht! D. Red.

es heißt als Betheiligte an dem Becker'schen Complotte, verhaftet worden.

Köln. Vor Kurzem fand man zu Mühlheim am Rhein auf dem Schießplatze der alten Schützengesellschaft in einer Tiefe von 30—40 Fuß im aufgeschwemmten Sande einen Backenzahn eines urweltlichen Elephanten. Das sehr wohl erhaltene Exemplar, welches sogar noch den Schmelz auf Krone und Kaufläche ganz unversehrt zeigt, befindet sich im Besitze des Lehrers der Naturwissenschaften an der dortigen höheren Bürgerschule.

Berlin, den 18. Oct. Wie man hört, werden zwischen Wien und Karlsruhe zur Zeit noch Separatverhandlungen gepflogen, da die durch den Frhrn. v. Rüdt-Kollenberg badischer Seits in Wien persönlich gepflogenen Verhandlungen zu einem Endresultate noch nicht geführt haben. (C. B.)

Der Gesandte Graf Hatzfeld befindet sich noch hier und wird wol in der nächsten Zeit nicht nach Paris zurückkehren, und da auch der russische Gesandte für Frankreich, Graf Kisseleff, nach Petersburg gegangen ist, so liegt darin die Andeutung über die abwartende Stellung, welche Preußen und Rußland der Errichtung des französischen Kaiserthums gegenüber einzunehmen scheinen.

In hiesigen academischen Kreisen ist ein Gerücht über die Absichten verbreitet, welche die Reaction am Bundestage in Betreff der Universitäten hegen soll.

Hamburg, den 17. Octbr. Das gestern vom Niedergericht verkündete Urtheil in den am Mittwoch voriger Woche gegen die „Hamburger Nachrichten" und den „Beobachter" verhandelten Preßprozessen, verurtheilt erstere zu einer Geldstrafe von 200 Mark und in die Kosten, und letzteren zu 50 Mark und in die Kosten.

Wien, den 16. Oct. Gleich nach den Bundestagsferien — so wird der Triester Ztg. berichtet — wird das kaiserliche Cabinet die Zollangelegenheit vor den Bund bringen. Die österreichische Politik geht jetzt dahin, so oft Preußen sich nicht freiwillig den österreichischen Anforderungen fügen will, es durch den Bundestag zu zwingen. Die österreichischen Blätter suchen zunächst zu beweisen, daß für das Bundespreßgesetz keine Stimmeneinhelligkeit erforderlich sei.

Schweiz.

Freiburg. Man erinnert sich, daß der verstorbene Decan Aebischer mit Uebergehung seiner armen Verwandten, den Bischof Marilley zum Universalerben eingesetzt hat. Um den ungünstigen Eindruck zu zerstören, den eine solche den Vorschriften der christlichen Barmherzigkeit so wenig entsprechende Handlung hervorbringen mußte, beeilten sich damals die conservativen Blätter, zu verkünden, daß Marilley dieser Verlassenschaft zu Gunsten der legitimen Erben Aebischers entsagt habe. Der Confedere versichert aber jetzt, daß nichts Wahres daran war!

Belgien.

In **Brüssel** fand man am 15. Morgens an allen Mauern ein Plakat angeschlagen mit der Ueberschrift: „Vive l'Empereur." Es richtete sich zunächst „an die in Belgien wohnenden Franzosen" und trug die anonyme Unterschrift eines „Verwandten des Marschalls Herzogs von Istria." Die Plakate wurden von der Bevölkerung Brüssels mit Unwillen abgerissen.

Brüssel, den 19. Oct. Hr. Heinr. v. Bruckere hat heute definitiv seine Mission zur Bildung eines neuen Cabinets in die Hände des Königs niedergelegt.

Frankreich.

Paris, den 15. Oct. Von Reiseanekdoten ist jetzt wenig mehr nachzutragen, der Enthusiasmus hat etwas Eintöniges und die Erfindungskunst ist erschöpft. Das bemerkenswertheste ist, daß über die berühmte Friedensrede auch ein Variante umläuft. In der amtlichen Ausgabe hieß es: „Wehe dem, der zuerst das Signal zu einer Collision in Europa gibt!" — beim mündlichen Vortrag war, statt Collision, Coalition gesagt, was einen ganz andern Sinn gibt: Malheur à celui qui le premier en Europe donnerait le signal à une coalition! Ist diese Version richtig gehört worden, so hatte der hohe Redner ein Wort gebraucht, das keine Friedensversicherung, sondern eher eine Drohung enthielt! Es ist doch eigen, daß es das gewöhnliche Schicksal der Reden L. N. Bonaparte's ist — Varianten zu haben! (A. Z.)

Die Adresse des Gemeinderathes von Cazeneuve im Gerdepartement ist folgendermaßen eingerichtet: 1799 Napoleon, Consul; 1848 Napoleon, Präsident; 1802 Napoleon, lebenslänglicher Consul; 1851 Napoleon, von 8 Millionen Stimmen wieder erwählt; 1804 Napoleon, Kaiser; 1852 Napoleon! .... Es ist an Ihnen, gnädiger Herr, diese Lücke unserer glorreichen Geschichte auszufüllen."

— den 18. Octbr. Der Constitutionnel liefert einen Vergleich zwischen dem 16. Octbr. 1793, wo auf dem Concordiaplatze das Haupt der Königin Marie Antoinette fiel, und dem 16. Octbr. 1852, wo L. Napoleon, von den Berühmtheiten Frankreichs umgeben, über den nemlichen Platz in die Tuilerieen einritt. — Heute war an der Börse sehr ernsthaft die Rede von der Herabsetzung des Zinsfußes der Bank von Frankreich von 3 pCt. auf 2½, und der des gesetzlichen Zinsfußes für Capitalien von 5 pCt. auf 4 pCt. Diese Nachrichten erregten einige Sensation, obgleich sie schon früher einmal verbreitet waren, ohne sich bis jetzt verwirklicht zu haben.

Ueber den Einzug des Prinzen erfährt man u. a. noch: In dem glänzenden Stabe befand sich ein orientalisch kostümirter Chasseur d'Afrique, der junge Mürat, den aber das Publikum allgemein als einen Mameluken betrachtete. Es fehlten diesmal im Unterschied von dem Einzug nach der Straßburger Reise die Civilbeamten und die Geistlichkeit im Zuge, der also einen ausschließlich militärischen Character (Kommentar zu der Friedensrede) hatte, sowie auch L. Napoleon wieder in der Uniform eines Liniengenerallieutenants erschien.

Der Moniteur erklärt die Nachricht der Bresl. Ztg. vom Ankauf von 5000 russischen Pferden für die französische Cavallerie für erdichtet, da die inländische Pferdezucht für den Bedarf vollkommen ausreiche.

In Frankreich sind jetzt auch Briefmarken mit dem Bildniße Louis Napoleons ausgegeben worden.

Paris, den 19. Oct. Der Senat ist auf den 4. November zusammen berufen worden, um über die Gründung des Kaiserthums zu berathen. Der Beschluß des Senats soll den Gemeinde-Versammlungen vorgelegt und vom gesetzgebenden Körper die Regelmäßigkeit der Operationen überwacht werden.

Italien.

Der „Avenir" von Nizza berichtet, daß die französischen Flüchtlinge, die sich seit dem 2. Decbr. in genannter Stadt aufhielten, alle nach dem Innern von Sardinien gebracht worden sind.

Amerika.

Guayaquil, den 2. Sept. Der französische Consul, von der Ecuador'schen Regierung beleidigt, hat die Flagge auf dem Consulatsgebäude eingezogen und sich mit seiner Familie an Bord der vor Guayaquil stationirten französischen Fregatte zurückgezogen. Der Commandant der Fregatte, als eigentlicher Vertreter Frankreichs, richtete sofort ein Schreiben an die Regierung, des Inhalts, daß, wenn man dem Consul nicht aufs schleunigste Genugthuung gebe, er sich solche selbst unmittelbar holen werde, ohne weitere diplomatische Verhaltungsregeln abzuwarten.

Die mexicanischen Städte Zacatecas, Duranga, Chihuahua, Leon und Cohula sind von den Indianern überfallen, geplündert und theilweise verwüstet worden. Die

Räuber schleppten alles Bewegliche fort und verübten die empörendsten Grausamkeiten gegen die Einwohner, die nicht fliehen konnten. In Mexico selbst und in den anderen Hauptstädten der Republik werden jetzt Sammlungen und öffentliche Feste zum Besten der Unglücklichen veranstaltet.

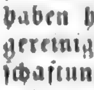
Der Weltverkehr von Californien. Francisco, Ende Julius. Das verrufene, verwünschte Californien ist doch ein herrliches Land, ausgestattet mit den reichsten Gaben der Natur und bevölkert von Stämmen, welche an Ausdauer, Energie, Unternehmungsgeist und Fleiß ihres Gleichen auf der Erde nicht haben. St. Francisco ist, nach fünfmaliger Verheerung durch Feuer, eine Stadt fast so groß wie Nürnberg. Brickhäuser wachsen täglich wie Pilze aus dem ehemaligen Meeresgrunde heraus. Berge werden geebnet, Thäler und Seen ausgefüllt, breite gerade Straßen angelegt, Kirchen und Tempel, Theater und Prachtwohnungen aufgeführt, und die Bauplätze, besonders nach dem Wasser zu, um ungeheure Preise aufgekauft. Du findest auf allen Seiten Landhäuser in allen Formen; Pferde zu Tausenden, die schönsten Equipagen, Salons, daß man sich darin verlieren konnte, Restaurationen, Cafés, Spielhäuser, in neuerer Zeit gar sehr beschränkt (Sonntag geheiligt), Trinkkeller u. s. w. nach Hunderten, und dabei einen Luxus unter dem Frauengeschlecht, daß es fabelhaft ist. An 24 der größten Seedampfer gehen zwischen hier und Panama. Manche Linien gewinnen Millionen. So hatten wir Dampfer, z. B. die „Golden Gate," welche (2850 Tonnen Gehalt) beinahe 1500 Passagiere mit einander nach Panama brachten. Etliche 20 Dampfboote gehen nach Sacramento City, Stockton, Sonora, Napa, Contra, Costa, Atoyo, und auf den 7 Werften, welche tief in die Bay hinausgebaut sind, herrscht ein Leben, wie man es nur in London und Liverpool findet. Hunderttausend Menschen sollen schon dieses Jahr über die Felsengebirge von den östlichen Staaten Amerikas in Californien eingewandert sein. Elftausend Chinesen haben sich schon heuer von dem himmlischen Reich übergesiedelt, und 7000 dieser Langzöpfe werden in nächster Zeit erwartet. Kein Schiff geht vor Anker ohne Passagiere zu haben. Ich glaube, daß sich in dem Jahr 1852 die Zahl der Einwanderer auf 150,000 steigern wird. In diesem Monat wurden 6 Mill. Doll. (15,000,000 fl.) exportirt, und kein Land der Erde hat so viel Gold innerhalb dreier Jahre geliefert, wie unser unerschöpfliches Californien. Ueber 250 Mill. Doll. gingen schon nach den nordamerikanischen Staaten, nach England und einigen andern Ländern. Armuth kennt man hier nicht; ich habe noch keinen Bettler gesehen. Wer arbeiten will, kann von 1—10 Doll. täglich verdienen. Der Umsatz in Waaren ist großartig. Einige Häuser kauften dieser Tage Mehl und Zucker auf: das Geschäft betrug an 150,000 Dollars. Viele Artikel stehen seit vielen Monaten hoch im Preise, und Speculation bemächtigt sich fast aller Waaren. Eier waren bisher so theuer, daß man sie kaum essen konnte, jetzt versorgt uns China damit; von Schanghai kamen in der letzten Woche auf einmal über 1 Million Stück an. Bei einem Kauf von 6000 bis 8000 Duzend bezahlt man das Duzend zu 30 Cents (45 kr.). Die Sandwichinseln versorgten uns bisher theilweise mit Kartoffeln, Gemüsen und Hühnern, die Orangen kommen hunderttausendweise von Tahiti. Vandiemensland, Sydney u. s. w. senden Mehl, Kartoffeln, Schweine. Chili versorgt uns hauptsächlich mit Mehl und vielen andern Artikeln. Oregon sendet Massen von Früchten aller Art, Schweine, Hühner und Bauholz. Die Granitsteine liefert China, sowie Thee, Zucker und Reis. — Mit Japan werden wir auch in Verbindung kommen, und von den nordamerikanischen Staaten aus wird eine Flottille dahingeschickt; ob auf gütlichem Wege oder mit Gewalt — einerlei, wir werden mit Japan Geschäfte machen. Es wird kein Jahr mehr vorübergehen, so werden wir bestimmte Dampfbootlinien mit Australien, den Sandwichsinseln, nach China, und in zwei Jahren vielleicht nach Japan haben. — Sehr gesucht sind hier brave deutsche Mädchen; alle welche hieher gekommen, haben glänzende Heirathen gemacht. — Es gilt das Pfund Kartoffeln 5 bis 20 Kreuzer, je nach der Jahreszeit. Gerste 1½ bis (selten) 5 kr. das Pfund, Haber 2½ bis 6 kr.; Weizen, der jedoch wenig gebraucht wird, 4½ bis 6 kr. Diese Preise wechseln freilich ungemein, da sie von der Größe der Zufuhren abhängen. So kostet heute Butter 65 Cents, Speck 70 Cents, nordamerikanische Käse 12 bis 15 Cents, Gemüse aller Art werden in Masse consumirt, Zwiebeln 22 Cents; von Rindfleisch kostet das Pfund 12½ Cents, von Schöpsenfleisch ebensoviel, Schweinefleisch jedoch 25 Cents; früher wurde alles doppelt so theuer bezahlt. Gerste und Kartoffeln werden in diesem Jahre ungeheuer geerntet. Der Boden ist fabelhaft fruchtbar, von Dünger keine Rede. Da läßt sich mit deutschem Fleiß, mit Kenntnißen und einigem Capital schon etwas gründen. (A. Z.)

Miscellen.

Der Ertrag der Zuckerrübenernte in Preußen läßt sich jetzt bereits ziemlich genau bestimmen. Nach einer Mittheilung der Preuß. Ztg. entspricht das Quantum der gewonnenen Rüben an den meisten Orten den gehegten Erwartungen nicht. Dagegen sind die Rüben außerordentlich reich an Zuckergehalt. Die Zuckergewinnung geht leicht von statten und liefert überall einen ungewöhnlichen guten Stoff, während im vorigen Jahr die Rüben so sehr mit üblen Bestandtheilen behaftet waren, daß sie sich vielfach kaum zur Verarbeitung in der Fabrik eigneten. Als neue Erscheinung tritt gegenwärtig eine Art von Rübenkrankheit auf, welche dem Rost oder dem Mehlthau vergleichbar ist, doch ohne an der Blätterkrone wahrnehmbar zu sein, nur einen Theil des Fruchtkörpers angreift, diesem allen Zucker raubt und die Entwicklung des Fruchtkörpers zu größerem Umfang hemmt. Man ist mit nähern Untersuchungen über die Natur dieser Krankheit beschäftigt. Selbst die besten Grundstücke haben heuer nur einen Ertrag von 100 bis 112 Cntr. gereinigter Rüben ergeben. Setzt man die Bewirthschaftungskosten des Morgens zu 12 bis 14 Thlrn. und rechnet als Bodenrente und als Aequivalent des Düngerwerths 10 bis 12 Thlr. hinzu, so kann bei oben bemerktem Ernteresultat der Centner nicht unter 7½ Sgr. in die Fabrik geliefert werden. Das Gesammtergebniß des dießjährigen Ernteertrags an Rüben in den Zollvereinslanden dürfte sich auf 1,700,000 Cntr. Rüben erstrecken. Davon läßt sich nach den bisherigen Erfahrungen eine Zuckerausbeute von etwa 1,100,000 Centner Rohzucker erwarten. Zur vollständigen Befriedigung des Bedürfnisses der auf 31 bis 32½ Mill. gewachsenen Bevölkerung der Zollvereinsstaaten wird daher für das nächste Jahr nur eine Einfuhr von etwa 600,000 Cntr. indischer Rohzucker erforderlich sein, diese jedoch wahrscheinlich erst im Frühjahr nach dem Schluß der inländischen Zuckergewinnung und nach Wiedereröffnung der Schifffahrt bewirkt werden, da zur Zeit der sehr mäßige Preis (9½ bis 10½ Rthlr. für den Cntr.), wozu der inländische Rohzucker angeboten wird, von der Einfuhr abhalten dürfte.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1239a] **Weinversteigerung.**



Mittwoch, den 3. November nächsthin, Morgens 10 Uhr, läßt Herr Georg Theobald, Gutsbesitzer zu Rhodt, in seinem Wohnhause allda, öffentlich versteigern:

40 Fuder 1846er Traminer,
75 „ „ gemeiner, gemischter, Riesling Traminer, Hambacher, Gimmeldinger, Rhodter und Musbacher Gewächs,
25 „ 1848er und 1849er,
1 Stück 1846er rother Kallstadter.

Edenkoben in der Pfalz, den 22. September 1852.

Keller, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 255 | den 23. October 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 21. Oct. Der Empfang des französischen Herrschers in Paris war nicht der erwünschte. Uebereinstimmende Briefe nüchterner Beobachter drücken mit Bestimmtheit aus: wenn die officiellen Jubelberichte aus den Provinzen im nemlichen Grade die Wirklichkeit überboten, wie die Schilderungen der Vorgänge, die sie in der Hauptstadt selbst sahen, so müßte der „unbeschreibliche Enthusiasmus," die „Trunkenheit" u. s. f. gewaltig reducirt werden. Indessen kann es — dessen waren wir zum Voraus überzeugt — darauf durchaus nicht mehr ankommen. Das Kaiserthum, wozu jene Reise den Schemel zu bilden bestimmt war, tritt nun ein. Schon auf den 4. November ist der Senat berufen.

Wie hat man in Deutschland diesen Schritt anzusehen? Wir glauben: mit einer gewissen Befriedigung, insoferne die Entwicklung der Dinge in Frankreich rascher zu irgend einem Ziele gelangen wird. Die Bildung des Kaiserthums ist eine Krise, die sich nicht abwenden läßt; die Beschleunigung dieser Krise muß daher erwünscht sein. Seit dem Votum, durch welches der Staatsstreich vom 2. December seine Sanction erhielt, waren und sind alle öffentlichen Kräfte in Anspruch genommen, um auf das Kaiserthum hinzuwirken. Das gesammte Volk wußte, daß man sich in einem Uebergangsmomente befand. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, kann und muß es sich zeigen, was nun in Wirklichkeit werden soll. —

Das Kaiserthum ist nur für die Person Napoleons Selbstzweck. Jene Millionen aber, die dafür stimmen werden, betrachten es blos als Mittel für einen andern Zweck: als Mittel zur Erlangung eines unbekannten Glückes der Nation, oder ihres Standes oder ihrer Persönlichkeit.

So lange Napoleon noch nicht in der Vollgewalt aller Macht auch dem Namen nach, sich befindet, sind alle größeren Anforderungen in der bezeichneten Richtung in den Hintergrund gedrängt. Sobald das Kaiserthum hergestellt, werden sie unverweilt hervortreten. — Dann muß es sich zeigen, welchen Weg der neue Imperator einschlägt. Dann muß auch die peinliche Ungewißheit, in der die Nachbarvölker gehalten werden, nach einer oder der andern Seite hin ein Ende nehmen. —

* **Speyer,** den 22. Oct. Gestern Nachmittag erfolgte die Ankunft des Königs zu Ludwigshafen, von wo sich derselbe der bestimmten Reiseroute gemäß, an diesem Tage noch nach Zweibrücken begab.

* **Speyer,** den 21. Octbr. Heute setzte der Landrath die Berathung des Kreisbudgets fort. Von den Beschlüssen bemerken wir: Es wurden 300 fl. bewilligt, damit unter Benützung des ausgezeichneten physikalischen Apparats des Lyceums zu Speyer, als der einzigen derartigen Anstalt des Kreises, durch den kgl. Lycealprofessor Hrn. Schwerdt, dessen treffliches Wirken und europäischer Ruf allgemein bekannt sind, den Gewerbs- und Gymnasialschülern in vier Wochenstunden gemeinschaftlich physikalischer Unterricht ertheilt werde. Ein weiterer Beschluß bezweckt die Aufstellung eines Thierarztes in jedem Kantone, für deren jeden der Landrath 100 fl. bewilligt. — Morgen um 10 Uhr Fortsetzung der Budgetberathung und Verlesen von Anträgen.

* **Speyer,** den 21. Oct. Wie wir vernehmen, ist die königl. Concessionsertheilung zur Erbauung der Eisenbahn von Ludwigshafen bis zur Landesgrenze bei Worms, eingetroffen.

Geschichtliche Erinnerungen. Als Ludwig Bonaparte wegen des Boulogner Attentats vor dem Pairshofe stand, machte ein Zeuge folgende Aussagen:

„Am folgenden Tage, 17. Juni, tritt der Kommandant Mésonan, den ich abgereist glaubte, in mein Zimmer, wie immer von meinem Adjutanten angemeldet. Ich sagte ihm: Aber, Kommandant, ich glaubte Sie seien fort. — Nein, Hr. General, ich bin noch hier; ich habe Ihnen einen Brief zuzustellen. — Einen Brief! und von wem? — Lesen Sie, Hr. General. — Ich biete ihm einen Sitz, nehme den Brief, aber in dem Augenblick wo ich ihn öffnen wollte, bemerkte ich die Aufschrift: An den Hrn. Commandanten Mésonan, und sagt ihm: Aber, mein lieber Kommandant, das ist für Sie, nicht für mich. — Lesen Sie, Hr. General. — Ich öffnete den Brief und las Folgendes:

„Mein lieber Kommandant, es ist von der äußersten Dringlichkeit, daß Sie den fraglichen General sogleich sehen; Sie wissen, daß es ein energischer Kopf ist, auf den man zählen kann. Sie wissen auch, daß es ein Mann ist, den ich vorgemerkt habe, um ihn eines Tages zum Marschall von Frankreich zu machen. Bieten Sie ihm 100,000 Franken in meinem Namen, und fragen Sie, bei welchem Banquier oder Notar ich 300,000 Franken hinterlegen soll, für den Fall, daß er sein Kommando verlieren sollte."

„Ich hielt inne, der Zorn übermannte mich; indem ich das Blatt umschlug, bemerkte ich die Unterschrift: Louis Napoleon..."

„Ich gab den Brief dem Kommandanten zurück und sagte ihm: Das ist eine lächerliche und verlorene Partie."

Und wer ist der Zeuge, der seine Aussage wörtlich also zu Protokoll gab? Es ist der General Magnan. Er legte seine Aussage vor dem versammelten Pairshofe ab — und der Mann, dem er sein zürnendes Angesicht zuwandte, dem er das Prädicat der Lächerlichkeit hinwarf, der Mann, der auf der Anklagebank saß, war Louis Napoleon Bonaparte.

Heute ist General Magnan die rechte Hand des Präsidenten der „Republik," und das Gerücht nennt ihn bereits als Oberbefehlshaber des Kreuzzuges gegen Belgien. (Beob.)

München. Eine der letzten Handlungen des abgetretenen Consistoriums war eine belobende Anerkennung der im vorigen Jahre gegründeten baierischen Gustav-Adolphsvereine. (Fr. Kur.)

— den 18. Oct. Im hiesigen Magistratsgebäude begann heute die seit einiger Zeit angekündigte Versteigerung von Juwelen und andern Schmucksachen, im Werth von mindestens 200,000 fl., die im städtischen Leihhaus seit einigen Jahren versetzt und nicht mehr ausgelöst worden waren. Eine Anzahl Juweliere aus Paris, London, Wien, Berlin rc. hat sich dabei eingefunden.

Karlsruhe, den 19. Oct. Gestern starb nach längern Leiden der frühere Präsident des Justizministeriums, geh. Rath Jolly.

Frankfurt. Wie es heißt, hätte die baierische Regierung den drei Schutzmächten Griechenlands (Frankreich, England und Rußland) in einer Note den Entschluß des Prinzen Adalbert mitgetheilt, zur griechisch-katholischen

Konfession überzutreten, und sich dadurch in den Stand zu setzen, als griechischer Thronfolger an die Stelle des auf seine Rechte verzichtenden Prinzen Luitpold zu treten. (H. B.)

Frankfurt, den 20. Oct. Gestern wurden, wie man vernimmt, alle in Frankfurt anwesenden Bundestagsgesandten durch den gegenwärtig die Präsidialgeschäfte führenden k. preußischen Bundestagsgesandten, Hrn. v. Bismark-Schönhausen, zu einer besonderen Zusammenkunft geladen. Ein Anerbieten Oesterreichs, mehre Schiffe der Nordseeflotte an sich zu bringen, soll diese Einladung verursacht haben. (F. J.)

— den 21. Oct. Eine Commission deutscher Sachverständiger, deren Mitglieder der holländischen Regierung von mehren Regierungen des südwestlichen Deutschlands empfohlen worden sind, wird sich demnächst nach Surinam begeben.

Mainz. Wird der Zollverein gesprengt, so wird bei uns nur ein Geschäft einen erhöhten Aufschwung nehmen, nämlich das Auswanderergeschäft.

Wiesbaden, den 20. Oct. Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen berichten, daß der Bischof von Limburg die kathol. Lehrer des Landes zu achttägigen Betübungen nach Limburg berufen hat und zwar in der Weise, daß eine gewisse Anzahl die andere ablöst, bis sie alle an der Reihe waren.

Rudolstadt. Obgleich der Winter vor der Thüre ist, so geht die Auswanderung aus Thüringen doch lebhaft.

Köln, den 11. Oct. Wie manche Fabrikherren ihre Arbeiter behandeln, ergibt sich aus folgenden zwei Thatsachen: sie werfen ein grelles Licht auf die hiesigen Arbeiterzustände. In einer namhaften Fabrik hier in der Nähe kommt der Werkführer eilig in das Bureau und meldet: dem Arbeiter N. seien so eben von der Maschine beide Beine zerschmettert, er habe nach Hause getragen werden müssen. Wann ist das geschehen? fragt ganz kalt der Fabrikherr. Um halb zwölf Uhr. So bemerkt die Stunde genau, damit der gehörige Abzug vom Lohne erfolgen kann, erwiedert der Fabrikherr und wendet sich ruhig wieder zu seiner Arbeit. Zu demselben Mann kommt am Sonnabend 4 Uhr in größter Bestürzung ein von der Fabrik einige Meilen entfernt wohnender Arbeiter und bittet um Auszahlung seines Wochenlohns. Er habe so eben einen Brief von Haus bekommen, nach welchem seine Frau im Sterben liege und er eilen müsse, wenn er sie noch einmal sehen wolle. Das geht nicht, antwortete kalt der Fabrikherr, die Zahlungszeit ist erst um 8 Uhr. Dann komme ich zu spät, jammerte der Unglückliche, die Eisenbahn fährt schon um 6 Uhr und bringt mich zeitig in meine Heimath. Es geht nicht, wiederholt der Fabrikant, es ist gegen die Ordnung, entferne Er sich. Als der Arbeiter am andern Tage zu Hause kommt, ist die Frau todt. Wundert man sich, wenn die Arbeiter gegen solche Unmenschen aufgebracht sind; oder ist es auffallend, wenn bei solchen Zuständen der Wahnsinn kommunistischer Lehren den fruchtbarsten Boden findet? (Beob.)

Berlin, den 17. Octbr. Der preußische Gesandte in Paris, Graf v. Hatzfeld, der morgen auf seinen Posten sich zurückbegibt, nimmt dorthin, wie man hört, zugleich vollständige und definitive Instructionen für das bevorstehende kaiserthümliche Ereigniß in Frankreich mit. Wenn diese Instructionen auch vorderhand nur abwartender Natur sein können, so ist doch die Hingebung, welche von Seiten Preußens an diesen kritischen Act erfolgen dürfte, bei weitem präcisirter und zurückhaltender, als dies wol seitens eines andern deutschen Cabinets der Fall sein wird. Man darf vielleicht bereits behaupten, daß die österreichisch-preußischen Spannungen und Differenzen auch den französischen Kaiser-Eventualitäten gegenüber zur Geltung kommen und sich darin neuen Nachdruck geben werden. Das preußische Cabinet empfand von jeher weder den Zug der Sympathie, welcher dorthin führt, noch scheint es den diplomatischen Umschlag in den europäischen Verhältnißen, der nach Aufrichtung des französischen Kaiserthums zunächst nicht ausbleiben kann, als einen günstigen für sich zu erwarten. In dem Cabinetsrath, durch dessen Ergebnisse namentlich auch Graf Hatzfeld zum ferneren Verbleiben auf dem Gesandtschaftsposten in Paris bestimmt wurde, soll die europäische Stellung Preußens in umfassender Weise in Erörterung gezogen worden sein. Die auf die neue Kaiserpolitik Louis Napoleons gerichteten Erwartungen fallen jetzt zugleich mit den eigenthümlichen Verwicklungen zusammen, denen Oesterreich in der orientalischen Frage entgegenzugehen scheint. (Aug. Ztg.)

— den 10. Oct. In Bezug auf das Bundespreßgesetz hört man, daß unter den Mittelstaaten Verabredungen über diesen Gegenstand gepflogen worden sind und daß man im Wesentlichen zwar dem österreichischen Entwurf Vorschub leisten wird, daß aber Baiern und in Folge dessen auch die andern in der neuesten Zeit mit ihm gemeinsam operirenden Regierungen sich die Autonomie in so weit wahren wollen, als die Vorschläge der Majorität der Fachcommission, welche als österreichische angesehen werden können, von ihnen nur als Gränzen, in denen sich die Gesetzgebung der einzelnen Länder sollen bewegen können, adoptirt würden. Auf Grund der aufgestellten allgemeinen Normen wolle man dann die Gesetzgebung im eigenen Lande abändern. (C.-B.)

Es werden sicherem Vernehmen nach in nächster Zeit provisorische Vereinbarungen zwischen einzelnen süddeutschen Regierungen und der Schweiz in Bezug auf die Zollverhältniße eingeleitet werden, die, wenn sie gelingen, bereits mit dem 1. Jan. eine Wiederherstellung der früheren Beziehungen zur Folge haben dürften. Die Dauer dieser Vereinbarungen wird bis zur definitiven Regelung der deutschen Zollvereinsangelegenheit währen. Die Verhandlungen sollen nach Beendigung der Wiener Conferenzen in Karlsruhe stattfinden. Die von der Schweiz gewünschte sofortige Einleitung der bezüglichen Verhandlungen ist dem Vernehmen nach von Baiern und Württemberg abgelehnt worden.

Wien, den 17. Oct. Nächster Tage (am 20. ds.) findet hier eine Berathung der Coalitionsregierungen statt, die den Abschluß des Zolleinigungsvertrages zwischen Oesterreich und den Darmstädter Verbündeten zum Gegenstande haben wird. Wie wir vernehmen, werden Sachsen, Baiern, die beiden Hessen und Württemberg hierbei vertreten sein. — Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte unserer Industrie in kurzem ein neuer Schlag bevorstehen, da man stark von einer abermaligen Reduction des, dem bei der Bank bestehenden Aushülfscomite zur Verfügung gestellten Capitals spricht. Der herrschende Geldmangel hat bereits eine gefährliche Stockung in allen Geschäften hervorgebracht, und es ist gegenwärtig nicht abzusehen, wohin diese Calamität noch führen wird; unsere ersten Fabriken sind bereits genöthigt, die Zahl ihrer Arbeiter bedeutend zu vermindern, andere theilen dieselben in zwei Classen und lassen sie sich regelmäßig jede Woche ablösen, so daß nur immer ein Theil beschäftigt, während der andere eine ganze Woche ohne Erwerb ist, was jetzt, wo der Winter herannaht, um so mehr zu bedenken kommt. Eine abermalige Reduction des Bankportefeuilles müßte nothwendiger Weise den Ruin mehrerer Häuser bewirken und unsere ohnehin nicht erfreulichen Industrieverhältnisse nur noch mehr gefährden. (N. Pr. Z.)

Große Aufmerksamkeit erregt seit einiger Zeit der bedeutende Andrang von Schülern, welcher in den Realschulen herrscht, so daß jetzt die erst im verflossenen Jahre neu errichteten Unterrealschulen nicht mehr genügen, sondern zur Erbauung von zwei neuen geschritten werden wird.

— den 19. Oct. Die in Wien mit der Coalition abgeschlossenen Verträge sollen neben der neu umgearbeiteten Vorlage vom k. k. Bundespräsidialgesandten Mitte k. M. dem Bundestage unterbreitet werden. —

Dem Vernehmen nach hat Hannover in Rücksicht auf die handelspolitischen Conferenzen, welche am 20. d. M. in Wien wieder eröffnet werden sollen, den Antrag einer Frist gestellt, binnen welcher ein weiteres Verhandeln mit Preußen über den Septembervertrag ruhen soll, bis die Resultate jener Conferenz in Betracht gezogen werden können.

Die Nachricht, Oesterreich habe seine Bereitheit erklärt, im Falle Preußen an seinem „Deutschland spaltenden" Standpuncte festhält, den Darmstädter Verbündeten am 1. Januar 1854 seine Gränzen zu eröffnen und ihnen ihre Zollrevenüen bis zu einer gewissen, fest bestimmten Höhe zu garantiren, die neuerdings von einigen inspirirten Blättern wiederholt wird, ist bis jetzt nur von gewissen Federn im Dienste der Coalition verbreitet werden und scheint nur im Wunsche derselben zu liegen. (D. A. Z.)

Schweiz.

Basel. Die „Schweiz. Nat.-Ztg." bemerkt u. a.: Es ist wirklich bezeichnend für die traurige preußische Politik, daß in diesem Augenblick, wo Preußen an der Zollfrage genug zu beißen hat und wo in Frankreich sich das imperalistische Ungewitter zusammenzieht, das sich über lang und kurz über die preußischen Rheinprovinzen entladen dürfte — wieder die hohenzollerschen Gelüste auf Neuenburg auftauchen. Berliner Berichte sprechen wiederholt davon, daß demnächst in London die Neuenburger Angelegenheit wieder zur Sprache gebracht und zu dem Ende Conferenzen zwischen den Vertretern der Großmächte verabredet werden sollen. Ohne Zweifel wird mit dem preußischen Hof wieder diplomatisches Spiel getrieben, indem Neuenburg als Köder hingereicht wird. Hat er sich gedemüthigt und gethan was man von ihm verlangt, so wird der Köder wieder weggezogen.

Solothurn, den 18. Octbr. Gestern Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr brannte das kürzlich ganz neu erbaute, auf der Höhe der Steingruben in der Nähe des Wengisteins gelegene Waisenhaus der Stadtgemeinde Solothurn gänzlich zu Boden. Die Ursache des Brandes liegt in muthwilliger Brandstiftung eines 14jährigen Zöglings, der aus Rache dafür, daß man ihm Hausarrest ertheilte, mit einem Zündhölzchen den Heustock in Brand steckte. Hoffentlich wird den jungen Bösewicht die verdiente Strafe erreichen und die Stadtgemeinde in ihrem edlen Bestreben für die Erziehung verwaister oder verwahrloster Kinder nicht abgehalten werden.

Italien.

Rom, den 12. Oct. Das Interesse an italienischen Räubergeschichten ist in der letzten Zeit hauptsächlich durch die Anfälle wach erhalten worden, welche sich in dem nördlich von Rom gelegenen Theil der Campagna wiederholt haben. Eine kleine Diversion bildet die vorgestrige Ausplünderung der Diligence auf der Neapolitaner-Straße. Daneben verlohnt es sich auch der Mühe, einmal der Romagna wieder zu gedenken, wo nach Zersprengung der Bande des Passatore, etwas mehr Ruhe zu herrschen schien. Seit einiger Zeit hat jedoch ein früherer Genosse desselben, Lisagna, das Geschäft wieder eröffnet, und schon jetzt zu einer vielversprechenden Blüthe erhoben. Wenn auch seine Unternehmungen an „Großartigkeit" die seines Vorgängers noch nicht erreichen, so entwickelt er doch eine sehr ausgedehnte und erfolgreiche Thätigkeit, und fast jede Woche gibt es dort von einer mit Kühnheit und Glück durchgeführten Speculation etwas zu erzählen. Einzelne Häuser, heimkehrende Marktleute, streifende Gendarmen sind seinen Angriffen am meisten ausgesetzt, und seine Geschäftsfreunde sollen stets sehr genau unterrichtet sein, wer etwa Geld eincassirt habe und in welchem Betrage. Zur Zeit beschränkt er sich auf die flachen Gegenden der Provinzen Ravenna und Ferrara, und nur unfreiwillig beglückt er hin und wieder auch die Berge. (A. Z.)

Spanien.

Madrid, den 14. Oct. Sämmtliche Werke von Eugen Sue, Consuelo von George Sand, die Memoiren des Teufels und die Generalbeichte von Soulié und fast alle von Alexander Dumas sind policeilich in allen spanischen Besitzungen verboten, die in den Buchhandlungen vorräthigen zu einer und derselben Stunde in ganz Spanien confiscirt, und die Buchhändler sind gleichzeitig angewiesen worden, eine Liste der Käufer besagter Werke anzufertigen. Private, die solche besitzen, erhalten das bezahlte Geld zurück, wenn sie unaufgefordert binnen drei Wochen der Policei die Bücher überliefern. Wer nach Verlauf dieser Zeit die dem Feuertode geweihten Bücher nicht abgeliefert hat, verfällt in eine nach Willkür der Policei bestimmte Strafe!! — Hr. Thiers ist gestern hier angekommen; er erhielt kurz nachher vom französischen Gesandten einen Bes ch und speiste dann später mit ihm zu Mittag. Hieraus läßt sich schließen, daß Hr. Thiers mit der gegenwärtigen französischen Regierung einiger Maßen ausgesöhnt sein muß. — Das Civilgericht von Barcelona, das sich erdreistet hatte, den dortigen Bischof vorzuladen, hat vom Justizminister einen derben Verweis erhalten, weil es seine Befugnisse überschritten hatte; laut des Concordats kann die Geistlichkeit nur vor die Sagra Rota in Madrid citirt werden. (!) Der Grund, warum der Bischof vorgeladen wurde, ist eine Injurien-Klage, die der Redacteur des Blattes La Actualidad gegen ihn erhoben hat. Der Bischof weist nämlich in einem Hirtenbriefe die Angriffe zurück, die besagtes Blatt sich gegen die Jesuiten erlaubt hatte, und spricht dabei von einer schmutzigen und gottlosen Presse.

Frankreich.

Paris, den 15. Oct. Es gäbe ein einfaches Mittel alle Zweifel oder Mißdeutungen über die Friedensliebe zu Schanden zu machen: die Verminderung der Armee, nicht allein durch Verabschiedungen, die nur temporär, also scheinbar sein können, sondern durch Herabsetzung auf einen wirklichen Friedensfuß. Jedenfalls ist es eine starke Zumuthung, wenn die Welt sich soll überreden lassen, das absolutistisch bonapartische Frankreich biete größere Gewährschaften für den Frieden, als ehedem das constitutionelle Frankreich. Augenblicklich ist vielleicht keine Gefahr und ein Krieg auch wol schwerlich beabsichtigt, ehe die neue Dynastie festgtüzt, aber die Aufreizungen hören nicht auf. Das Univers (und das repräsentirt eine mächtige Meinung) träumt von der Annexation Savoyens, predigt Intervention in der Schweiz, wobei natürlich leicht einige Landstücke, wie Waadt, Wallis, Genf dem gefälligen Pacificator in den Händen bleiben, und bei Belgien hängt alles an einem Faden. (A. Z.)

— den 19. Oct. Man liest im „Moniteur": „Die großartige Manifestation, welche sich in ganz Frankreich zu Gunsten der Wiederherstellung des Kaiserthumes kundgegeben, legt dem Prinzpräsidenten der Republik die Pflicht auf, den Senat einzuberufen. Der Senat wird sich am nächsten 4. November versammeln. Wenn sich aus seinen Berathungen eine Aenderung in der Regierungsform ergibt, so wird das Senatusconsultum, welches er angenommen haben wird, der Ratification des französischen Volkes unterbreitet werden. Um diesem großen Acte alle die Autorität zu geben, welche er haben muß, wird der gesetzgebende Körper berufen werden, die Regelmäßigkeit der Abstimmungen zu prüfen, deren Zählung vorzunehmen und ihr Resultat zu verkünden."

Man vermuthet, der Senat werde nur einige wenige Sitzungen halten, um seiner Seits zur Entscheidung über die Frage von der Wiederherstellung des Kaiserthums zu gelangen. Es würde in diesem Falle das Volk noch in der vorletzten Woche des Monates November zur Abstimmung über das Plebiscitum, welches dem Prinz-Präsidenten Louis Napoleon die erbliche Kaiserwürde übertrüge, berufen und das Ergebniß der Volksabstimmung an einem der ersten Tage des Monates December verkündet werden können.

Hr. Bouguenev, welcher wegen Theilnahme an politischen Umtrieben zur Internirung nach Vesoul verurtheilt

worden war, ist aus dem französischen Gebiet ausgewiesen worden, da er sich weigerte, sich den von dem Policeiminister angeordneten Ueberwachungsmaßnahmen zu fügen.

— den 18. Oct. Nur drei Diplomaten, die Gesandten von Baden, Sachsen und Württemberg, betheiligten sich auf dem Bahnhofe am Empfange des Prinzen. — Der Gerant des „Pays" hat bereits durch notariellen Act für dieses Blatt von dem Titel Journal de l'Empire Besitz genommen. — Die „Patrie" erzählt, daß zwei Individuen (Ausländer) am Samstage in der Nähe des Elysee eine Fahne mit aufrührerischen Abzeichen entfalteten. Mehre Zimmerleute, die zum Empfange des Präsidenten nach den Boulevards zogen, waren darüber so empört, daß sie die Ausländer umringten, ihre Fahne zerrissen und sie sogar ins Wasser werfen wollten, was jedoch einige Policeiagenten verhinderten; beide wurden verhaftet.

Straßburg, den 18. Octbr. Die Verheerungen, welche durch die letzten Ueberschwemmungen angerichtet wurden, erfordern einen Aufwand von mehreren Millionen Francs, wenn Alles gehörig ausgebessert werden soll. Die Regierung wird diese Summe bewilligen, sobald die nöthigen Studien über die zweckmäßigste Art der Flußausbesserung gemacht sind. Die Arbeiten an der Weissenburger Eisenbahn beginnen demnächst. Die Gebietsenteignungen werden bereits angeordnet.

Türkei.

Pera, den 7. Oct. Während anderwärts der Himmel seine Schleusen geöffnet zu haben scheint, schmachten wir hier vergebens seit Monaten nach einem befruchtenden Regen; die Pflanzen sind bereits mit einer Staubdecke überzogen, die sie wol bis zum Winter behalten werden.

Amerika.

Aus **Havannah** hat man in Mobile ziemlich aufregende Nachrichten bis zum 1. Oct. erhalten. Facciola, der Drucker der revolutionären „Volksstimme", wurde am 29. durch die Erdrosselung hingerichtet, und seine Mutter starb am folgenden Tage vor Gram und Schrecken. Graf Pozodallo und sein Bruder wurden in Moro eingekerkert; die Polizei übt die strengste Wachsamkeit gegen aus- und einlaufende Schiffe, und läßt kein americanisches Blatt ohne Unterschied auf der Insel zu. Dagegen wird der Sclavenhandel jetzt unter der Sanction des General-Gouverneurs offen betrieben, und bei Trinidad ist eine ganze Sendung Neger aus Africa ohne alle Heimlichkeit gelandet worden.

Man beschränkt sich nicht mehr darauf, die Verbreitung der americanischen Journale auf der Insel zu verbieten, sondern bemächtigt sich auch ungescheut aller Privat- oder Handelsbriefe, die aus den Vereinigten Staaten kommen. Das amerikanische Dampfboot „Crepont-City" hat von Seiten der spanischen Behörden die Anzeige erhalten, daß dasselbe bis auf Weiteres nicht mehr auf die Rhede von Havannah zugelassen werden würde.

China.

Die Auswanderung nach Californien ist immer noch im Zunehmen; mit dem englischen Schiffe „Berkshire" ist am 29. Junius eine vollständige chinesische Theatereinrichtung sammt Schauspielern und Musikanten — im Ganzen 123 Personen — dahin abgegangen. Die Unternehmer, einheimische Kaufleute aus Canton, haben für Fracht, Schiffseinrichtung und Passagiergeld 2000 Pfd. Sterl. bezahlt. Der niederländische Missionär Genappe wurde von Räubern überfallen und stark verletzt; man zweifelt an seinem Aufkommen. Die chinesische Bureaucratie stellt sich immer feindseliger gegen die Missionäre und das Christenthum. Ein Verwandter des bekannten Lin hat in Futschin des Kreises Fokien eine Sammlung satyrischer Gedichte gegen die Bibel und die Barbaren herausgegeben. — Frau Gützlaff hat den ganzen Nachlaß ihres Mannes an Professor Neumann geschickt, damit das Brauchbare ausgeschieden und der Oeffentlichkeit übergeben werde.

Miscellen.

Bern, den 17. Oct. Der für das Washington-Denkmal in Nordamerika bestimmte Granitblock, welchen die Schweiz liefert, geht diese Woche an den Ort seiner Bestimmung ab. Der schöne Stein aus Habkern (Bern) ist einfach geschliffen und trägt in erhöhten vergoldeten Lettern die prunklose Inschrift: „To the memory of Washington the free Swiss Confederation MDCCCLII."

London. Am 1. Oct. starb in Ballaghy eine Miß Rachel M'Cartney, 67 Jahre alt, die einige Tage vorher, als sie ihr nahes Ende spürte, 50 Pfd. Sterl. in Banknoten verschluckte, um sie nicht der Nachwelt schenken zu müssen. Sie lebte wie eine Bettlerin, aber in ihrem Strohsacke allein fand man über 800 Sovereigns.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 19. Oct. Weizen 5 fl. 27 kr., Korn 4 fl. 45 kr., Gerst 3 fl. 55 kr., Spelz 3 fl. 55 kr., Hafer 3 fl. 1 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 16. Oct. Weizen 5 fl. 38 kr., Korn 4 fl. 37 kr., Spelz 4 fl. 19 kr., Gerst 4 fl. 2 kr., Hafer 3 fl. 5 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 19. Oct. Weizen 5 fl. 22 kr., Korn 4 fl. 44 kr., Spelz 3 fl. 33 kr., Gerst 3 fl. 37 kr., Hafer 2 fl. 34 kr., Kartoffeln 1 fl. 12 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 14. Octbr. Weizen 5 fl. 20 kr., Korn 4 fl. 35 kr., Spelz 3 fl. 21 kr., Gerst 3 fl. 31 kr., Hafer 2 fl. 21 kr., Kartoffeln 1 fl. 12 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 15. Oct. Weizen 10 fl. 51 kr., Korn 8 fl. 48 kr., Gerste 5 fl. 36 kr., Spelz — fl. — kr., Hafer 3 fl. 53 kr., per Malter.

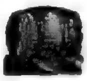
Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1277²] **Empfehlung.**

Zu der Wintersaison empfehle ich mein **Putzgeschäft** mit allen dahin einschlagenden Artikeln unter Zusicherung reeller Bedienung.

Mannheim, D. 2 Nro. 2. E. Heckel.

[1178²] **Weinversteigerung zu St. Martin bei Edenkoben.**



Donnerstag, den 4. November 1852, des Morgens um 9 Uhr, läßt Hr. Jacob Will, Gutsbesitzer, in St. Martin wohnhaft, in seiner Wohnbehausung daselbst, folgende selbst gezogene rein und gut gehaltene Weine öffentlich versteigern, als:

29,000	Liter	1846er ordinärer,	
5,400	„	1846er Traminer,	
14,000	„	1848er	ordinärer,
11,900	„	1849er	ordinärer,
9,709	„	1850er u. 1851r	ordinärer,
13,000	„	1852er	ordinärer,
1,000	„	1852er Traminer,	
84,000	Liter.		

Edenkoben, den 20. October 1852.

Keller, Notär.

[1272³] **Bekanntmachung.**

Zu einer Herrschaft in einem badischen Landstädtchen wird eine Haushälterin in einem Alter von 30 bis 45 Jahren in Dienst gesucht, welche im Kochen erfahren, einen bedeutenden Weißzeugvorrath zu unterhalten versteht und in der Leitung einer kleinen Oeconomie erfahren ist. Besondere Berücksichtigung findet eine Person, welche längere Zeit in einem größeren Gasthause dem Hauswesen vorstand. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 236 | den 24. October 1852.

Deutschland.

*Speyer, den 22. Oct. Von den gstrigen Beschlüssen des Landraths haben wir nachträglich noch einige zu erwähnen. Der Landrath beschloß einstimmig, an den König die Bitte zu richten, daß der Kreis von der Last, die Steuernachlässe (Nichtwerthe) selbi zu decken, befreit werden möge, da diese Abgänge in alen jenseitigen Kreisen und bei der gleichen Steuergsetzgebung, durch die Staatskasse getragen, d. h. abgeschüeben werden. Sodann sprach er dem Könige seinen Dink aus für die, eine Zierde des ganzen Landes bildenden, durch die Hrn. Schraudolph und Schwarzmann ausgeführen Frescomalereien im Dome zu Speyer. Endlich reclimirte der Landrath einen verhältnißmäßigen Antheil des Kreises an der 1848 zur Förderung der Industrie bestimmten Summe von einer Millicn, wovon bis jetzt nicht mehr als 10,000 fl. für die Pfalz bewilligt wurden, während eine verhältnißmäßige Vertheilung an die Kreise stattfinden soll.

In der heutigen Vormittagesitzung bildete ein Antrag des Hrn. Notär Keller den wichtigsten Berathungsgegenstand. In demselben ward das Ersuchen an das Staatsoberhaupt gerichtet, zu veranlassen, daß die Pfalz von der Last befreit werde, außer den nemlichen directen Steuern wie die übrigen Kreise, jährlich noch weiter 100,000 fl. als Aequivalent für den Malzaufschlag besonders an die Staatskasse zu entrichten. Bei der Verhandlung verwies der Antragsteller zunächst auf die Landtagsverhandlungen, und hob hervor: daß die Pfalz von der alten baierischen Staatsschuld, zu deren Verzinsung und Tilgung der Malzaufschlag bestimmt ist, gesetzlich gar nicht berührt wird, und daß dieselbe dessenungeachtet im Enregistrement und Stempel ohnehin schon ein mehr als genügendes Aequivalent leiste.

Hr. Lorch, der sich nun über den Gegenstand verbreitete, hob vor Allem hervor, daß es anderwärts mißdeutet worden sei, wenn er neulich gesagt, es bestehe keine Steuerüberbürdung der Pfalz außer in Betreff der Nichtwerthe; er habe da von nichts weiter, als den eigentlichen Kreislasten geredet. Er ist einverstanden damit, daß das Enregistrement und der Stempel diesseits weit höher sind, als jenseits, obwol er die Einführung der jenseitigen Einrichtung, der lästigen Durchführung wegen, nicht wünscht; räth, daß man nur Gleichstellung mit jenseits im Allgemeinen fordern solle, ohne die 100,000 fl. besonders zu bezeichnen.

Auf die Bemerkung des Vorredners, daß die Pfalz an der neuen Staatsschuld mit betheiligt sei, erwiedert Hr. Keller, daß deren Verzinsung und Tilgung auch nicht durch den dafür gar nicht bestimmten Malzaufschlag stattfinde, sondern daß dazu andere Staatsgefälle, wozu die Pfalz ebenfalls beitrage, verwendet werden, namentlich ein Theil der Stempel- und Lottogefälle.

Der Fassung wegen geht der Antrag an den Ausschuß.

Zu bemerken ist hier noch, daß der Landrath einstimmig die Regierungsproposition ablehnte, 5000 fl. für Anlage von Kreisgetreidemagazinen zu bewilligen.

*Die eben beendigte Nachmittagssitzung war von ungewöhnlichem Interesse. Hr. Keller brachte verschiedene wichtige Anträge ein. Vor Allen einen gegen die Absetzung von Gemeinderathsmitgliedern durch die kgl. Regierung. — Der k. Regierungscommissär, Hr. Regierungsdirector Bettinger erklärte, er lege Verwahrung dagegen ein, daß der Landrath über diesen Gegenstand discutire, der nicht in dessen Competenz begriffen sei. Obgleich es sich zunächst nur darum handelte, ob der Landrath den Antrag an den 5. Ausschuß verweisen wolle, fand doch eine sehr lebhafte Discussion statt, an welcher besonders die Hrn. Lorch und Keller sich betheiligten, der Eine gegen, der Andere für den Antrag. Zuletzt, nach der Erklärung des k. Commissärs gegen sofortige Discussion, ward mit allen Stimmen gegen die vier der Herren Lorch, Scholler, Moschel und Ehmant beschlossen, den Gegenstand allerdings vor den Ausschuß zu verweisen, während jene 4 Mitglieder denselben sogleich abgeworfen haben wollten.

Sodann brachte Hr. Keller einen weitern Antrag ein, der Landrath wolle sich gegen die Zwangsinserationen in der Pfälzer Zeitung erklären. Dieser ward mit der nemlichen Stimmenmehrheit gleichfalls dem Ausschuße zugewiesen.

Ein dritter Antrag desselben Landraths bezweckt eine verbesserte Einrichtung bezüglich der Cataster-Umschreibungen (Güterwechselregister). Auch Hr. Wendel entwickelte den nemlichen Gegenstand. Einstimmig dem Ausschuße zugetheilt.

Ein vierter Antrag des Hrn. Keller bezielt die Wahrung der Pfälzischen Institutionen gegen Aenderung der Gesetzbücher; — mit allen Stimmen gegen die des Hrn. Ehmant an den Ausschuß verwiesen.*)

Hr. Ehmant stellte den Antrag, der Landrath wolle den Dank dafür aussprechen, daß zuerst König Ludwig und nun König Max die Pfalz besuchten.

Sogleich nach dem Schluße der Sitzung (4½ Uhr) versammelte sich der 5. Ausschuß, um die ihm aufgetragene Vorberathung zu pflegen.

Die nächste Sitzung ist auf morgen um 9 Uhr anberaumt.

*† Kaiserslautern, den 22. Octbr. In der verflossenen Nacht brach in dem Thurme der katholischen Kirche hier Feuer aus, welches jedoch glücklicherweise bemeistert wurde, bevor die Kirche davon ergriffen ward. Derselbe Thurm war einige Stunden zuvor bei der Durchreise Sr. Maj. des Königs illuminirt und es scheint, daß dabei nicht eine ausreichende Vorsicht stattfand.

München, 19. Octbr. Die „Neue Münchn. Ztg." schreibt: Die Genesung des Hrn. Ministerpräsidenten Dr. v. d. Pfordten schreitet nun ohne Unterbrechung vorwärts. Der Hr. Ministerpräsident hat in der vergangenen Nacht mehrere Stunden lang ununterbrochen geschlafen.

— den 20. Oct. Gestern sind wieder bei mehreren Personen, die des Gewohnheitswuchers verdächtig sind, Haussuchungen vorgenommen und Papiere mit Beschlag belegt worden. (Volksb.)

Ansbach, den 19. Oct. In der heutigen Landrathssitzung führte die Tagesordnung zur Beschlußfassung über die vom k. Staatsministerium in den Etat eingesetzte Summe von 5000 fl. zur Gründung eines Kreis-Getreidemagazins. Ein Antrag des Advocaten Schnürer ging dahin, daß zur Gründung eines Kreis-Getreidemagazins die verlangte Summe nicht, dagegen dieselbe Summe oder statt deren besser jährlich 10,000 fl. bewilligt werden möge, um einzelne Gemeinden

*) Es sind dies diejenigen Anträge, deren Einbringen Hr. Keller gleich bei seinem Eintreten in den Landrath angekündigt hat. D. Red.

und Districte des Kreises bei Errichtung von Local- oder Districts-Getreidemagazinen zu unterstützen. Er glaubte diese Summe ausreichend, um sämmtliche ärarialische Getreidespeicher, die den Gemeinden und Districten des Kreises zur Magazinirung nöthig sind, um ein vom Staate festzusetzendes *mäßiges* Pachtgeld erwerben und ärmeren Gemeinden und Districten durch Uebernahme der Zinsengarantie oder eigentlich der Bürgschaft für richtige Zinszahlung den Credit gewähren zu können. Dieser Antrag wurde nach vielseitiger Erörterung im Allgemeinen abgelehnt. Eben so wurde auch dieser Regierungsposition von 5000 fl. für die Gründung eines Kreis-Getreidemagazins die Zustimmung versagt und dagegen *einstimmig beschlossen*: die jährliche Summe von 5000 fl. *der k. Regierung* in der Art *zur Verfügung zu stellen*, daß solche Summe einstweilen zu dem Zwecke der Getreidemagazinirung admassirt und nur in etwaigen dringenden Fällen mit Zuziehung des ständigen Ausschusses des Landraths zur Unterstützung armer Gemeinden bei Errichtung von Getreidemagazinen verwendet, resp. angegriffen, dem nächsten Landrathe aber von k. Regierung ein Plan mit Rücksicht auf den Schnürer'schen Plan zur zweckmäßigsten Verwendung dieses Fonds vorgelegt werde.

Bayreuth, den 15. Oct. Ueber das Befinden unseres Landsmannes Dr. Moritz Wagner sind höchst erfreuliche Nachrichten an seine Familie vom 9. Sept. l. J. eingetroffen. Er befindet sich gegenwärtig in der Stadt Milwaukie im Staate Wisconsin, also tief im Innern Nordamerika's am westlichen Ufer des großen Michigan-Sees. Der berühmte Reisende beschreibt diesen See, sein herrliches klargrünes Wasser und dessen brausende und schäumende Meeresbrandung mit lebhafter Freude. Von da gedenkt er sich nach der Colonie Neu-Holstein zu begeben. Bisher hat er sich rastlos wandernd, jagend, sammelnd und schreibend in Wäldern und Wildnissen umhergetrieben, und die Leute in Verwunderung gesetzt, wie er mit seinem magern, sonnverbrannten Körper Wanderungen von 10 bis 12 Stunden täglich bei einer Hitze von 24° aushalten und sich dabei ganz wohl befinden könne. Es sei dies — behauptet er — den Yankees unerklärlich, die das Geheimniß des Wohlbefindens, nämlich Diät, nicht verstehen, viele und schwere Speisen zu genießen gewohnt, aber auch dafür mit Fieber und Cholera in den meisten Städten heimgesucht seien. (Bayr. Z.)

Vom Main, den 18. Octbr. Schleswig ist für Deutschland verloren; nun soll auch die Eider, dieser uralte deutsche Gränzfluß im Norden, diesen Character verlieren. Dem dänischen Reichstag ist bereits der Gesetzentwurf wegen *Verlegung der Zollgrenze* nach der *Elbe* vorgelegt. Die Veränderung entspricht vollkommen der beabsichtigten Organisation des Gesammtstaats, mußte deßhalb längst erwartet werden. Aber von deutschem Standpuncte aus ist aufmerksam zu machen, wie so ein Band nach dem andern gelöst wird, das Holstein, das deutsche Bundesland, mit Deutschland noch verknüpft, um endlich auch diese tüchtigsten deutschen Stammesgenossen unablässigen Danisirungsversuchen gegenüber dem Mutterkörper mehr und mehr zu entfremden. Der *heutige* Tag spricht ein ernsteres, mahnenderes Wort als je an Deutschland. Möge es nicht überhört werden, ehe es zu spät ist! (Fr. J.)

Detmold, den 16. Oct. Der auf den 20. ds. einberufene Landtag wird, wie man aus zuverlässiger Quelle vernimmt, die Abschaffung der jetzigen und Herstellung der Verfassung von 1836 zu genehmigen haben, nach welcher die 28 Rittergutsbesitzer des Landes mit 7 Abgeordneten die eine, und die Städte nebst dem platten Lande mit 14 Abgeordneten die andere Kammer bildeten. Man ist sehr gespannt darauf, wie der Landtag diese Proposition aufnehmen wird. Manche erwarten Auflösung und Octroyirung. (Fr. Postztg.)

Köln, den 21. Oct. Die beiden Verhafteten, Rothe und Bermbach, sind heute wieder in Freiheit gesetzt worden.

Erfurt, den 20. Oct. Die neueste Nummer des von Uhlich herausgegebenen Sonntagsblattes theilt mit, daß im März d. J. die freie Gemeinde in Burg polizeilich geschlossen worden sei, vor einigen Tagen aber der Vorsteher derselben vom dortigen Kreisgerichte ein Schreiben erhalten habe, nach welchem auf Antrag der k. Staatsanwaltschaft von Einleitung der Untersuchung wider die Vorsteher der freien Gemeinde Abstand genommen, auch der Beschluß der vorläufigen Schließung der freien Gemeinde wieder aufgehoben sei.

Posen, den 18. Oct. Der äußerliche Schluß unseres Landtags ist durch das Hineinziehen eines ihm durchaus fremden Elementes auf sehr auffällige Weise markirt worden. Das solenne Diner, welches der Oberpräsident v. Puttkammer als Landtags-Commissarius zum Schluß der Session veranstaltete, fand mit Rücksicht auf den Wunsch des Erzbischofs, welcher den Sonntag ein gleiches Diner zu geben die Absicht hatte, bereits am Sonnabend in der Amtswohnung des Oberpräsidenten statt. Hier erschien nun der Erzbischof, ungeachtet er geladen war und zugesagt hatte, nicht nur nicht, sondern das Diner am Sonntage, unmittelbar nach dem feierlichen Schlusse des Landtages, ging in der erzbischöflichen Wohnung vor sich, *ohne daß der Oberpräsident überhaupt geladen war.* Daß hierin eine beabsichtigte Demonstration lag, konnte Niemand verborgen bleiben. (N. P. Z.)

Kiel, den 18. Oct. Dem Vernehmen nach hat nunmehr endlich die dänische Regierung sich doch entschlossen, die Auszahlungen derjenigen „Unterstützungen" durch das Finanzministerium anweisen zu lassen, welche seiner Zeit auf Antrag der obersten Civilbehörde des Herzogthums Holstein durch Vereinbarung zwischen dem landesherrlichen und den Commissären Oesterreichs und Preußens den entlassenen schleswig-holsteinischen Officieren zugebilligt, und deren Auszahlung an dieselben aus einem eigens zu solchem Behuf aus den Mitteln des Herzogthums Holstein zu errichtenden Landesfonds von dem Könige von Dänemark, Herzog von Schleswig und Holstein ausdrücklich genehmigt worden.

Wien, den 17. Oct. Am vorigen Freitag hatte eine Deputation des Pesther Handelsstandes Audienz bei dem Finanz- und Handelsminister Ritter v. Baumgartner. Gegenstand derselben war eine Darstellung der Mißstände, welche seit den Bankrestrictionen und der dadurch hervorgerufenen Geldklemme auf dem dortigen Markte gefühlt werden, weßhalb um entsprechende Vermehrung des Fonds der Pesther Bankfiliale gebeten wurde. Es muß bei diesem Anlaß bemerkt werden, daß durch den Geldmangel dort insbesondere der Getreidehandel in empfindlicher Weise berührt wird. Einkäufe in Getreide müssen eben zur jetzigen Zeit gemacht werden, und können, da die Producenten nicht in der Lage sind, auf Zeit zu verkaufen, nur gegen baare Zahlung ausgeführt werden. Müssen diese Einkäufe der bestehenden Creditsverhältnisse halber jetzt unterbleiben, so wären allerdings unangenehme Rückwirkungen durch Theuerung oder Mangel im Winter zu besorgen. (A. Z.)

— den 18. Oct. Die Bevollmächtigten einiger Coalitionsstaaten sind bereits hier eingetroffen und man hält es für gewiß, daß am 20. die Zollconferenzen werden eröffnet werden können. Wie man der „Voss. Ztg." schreibt, werden sie in officieller Weise nur als Schlußconferenz der im Frühjahr d. J. sistirten Sitzungen bezeichnet. So viel man bis jetzt hört, werden zunächst nur die Coalitionsstaaten vertreten sein. Allem Anschein nach dürfte sich aber von vornherein eine wesentliche Differenz herausstellen. Oesterreich hat allerdings die Absicht, mit der Coalition zunächst so weit ins Klare zu kommen, daß es eine feste Operationsbasis für seine den *sämmtlichen* deutschen Regierungen nochmals vorzulegenden Propositionen erhält, jedoch wird es nicht mit der Coalition abschließen, bevor das Schicksal dieser neuen Propositionen entschieden ist. Die Coalition dagegen oder

wenigstens ein Theil der Coalition dringt auf den vorhergehenden Abschluß der betreffenden Verträge mit Oesterreich; man will Oesterreich definitiv gebunden wissen, um die Machtstellung der dritten deutschen Zollgruppe zu sichern. — Es sind im Jahre 1851 in Böhmen 104 Katholiken zur augsburgischen Confession und 357 Katholiken zur helvetischen (Kalvinisten) übergetreten, dagegen sind nur 15 Evangelische und nur 38 Kalvinisten katholisch geworden. Aehnliche Resultate stellen sich in Mähren und Ungarn heraus.

Hamburg, den 19. Oct. Der Würfel ist gefallen; die Neunerverfassung ist durch die heute vollzogene Wahl eines neuen Senators, statt des am Montag voriger Woche verstorbenen Senators Eybe bei Seite geschoben und ihre eifrigsten Anhänger lassen n.n den Muth sinken. — Es hat sich ein Comite gebildet, zur Annahme von Unterstützung für den hochverdienten greisen Nees von Esenbeck. Hr. Dr. Gallois, ein Advocat, der sich aber auf dem Felde der vaterländischen Geschichte durch Herausgabe seiner Geschichte der „Hansa" schon mit Glück versucht hat, will eine Reihe von Vorlesungen zum Besten dieses Nestors der Naturforscher halten. (F. J.)

Niederlande.

Amsterdam, den 16. Oct. Viele Schiffe strandeten oder scheuerten in den letzten Stürmen an unserer Küste.

Frankreich.

† **Paris,** den 21. Octbr. Die Journale beobachten noch immer dieselbe Zurückhaltung bei Besprechung des entscheidenden Decrets, welches den Senat für den 4. November zusammenruft, um an die Bildung des Kaiserreiches Hand zu legen. Selbst der Constitutionnel ist mit seinen huldigenden Bemerkungen darüber sparsam geworden. Nur das Pays erfindet noch immer neue unabweisliche Nothwendigkeiten für die Gründung des Kaiserreiches, dessen Idee und Durchführung es ausschließlich dem Volke zuschreibt. — Ein mit Pulver beladener Kahn, welcher die Garonne herauf nach Agen fuhr, ist bei Meilhan in Brand gerathen und in die Luft geflogen. Zwei Schiffer und ein Gendarme sind dabei ums Leben gekommen. Die Explosion war auf 3 Stunden weit zu hören. Die Mehrzahl der Mannschaft hatte sich bei Zeiten gerettet.

Der mit der Bildung des belgischen Ministeriums beauftragte Hr. de Theux, Führer der gemäßigten katholischen Partei, soll nach den heute angekommenen Nachrichten, die Auflösung der Kammer als Bedingung der Annahme gestellt haben.

Der französische Consul Montholon ist mit seinem ganzen Personale von Guayaquil in der Republik Aequator abgereist. Er hat sich in Folge eines Zwistes mit der dortigen Regierung auf der Fregatte Penelope eingeschifft, von deren Bord er an den Minister des Auswärtigen eine Drohung: jede den dort ansässigen Franzosen während seiner Abwesenheit zugefügte Unbill strenge ahnden zu wollen, adressirt hat. Die englischen Blätter tadeln das Verfahren des Consuls und des Fregattencommandanten.

Der Journalist La Gueronniere hat den Vicomtetitel erhalten.

Wie sich leicht denken läßt, ist die Art und Weise, wie die Verwandlung Frankreichs in ein Kaiserreich vor sich gehen soll, bereits genau bestimmt. Der Senat wird am 4. November zusammentreten, die beiden ersten Sitzungen mit Constituirung der Bureaux, Ernennung einer Commission zur Berichterstattung rc. ausfüllen und dann am 6. den Senatsbeschluß erlassen. Louis Napoleon wird sodann für Sonntag den 21. November die Wähler zusammenberufen, um mit Ja oder Nein über die Kaiserfrage abzustimmen, und am 27. wird sich der gesetzgebende Körper versammeln, um das Resultat der Wahloperation zu constatiren. Der 2. December wird darauf der Tag sein, an welchem das Kaiserreich unter großen Feierlichkeiten proclamirt werden wird. — Das Gerücht von einer entdeckten Militärverschwörung, welches schon seit einigen Tagen circulirte, erhält sich noch immer. Man erzählt heute sogar, daß ein Bataillonschef und mehrere Capitäns des 43. Linieninfanterieregiments verhaftet worden seien. Ich habe nirgends etwas Näheres über diese Sache erfahren können und glaube daher, daß das Gerücht ohne Grund ist. Es verdient übrigens bemerkt zu werden, daß man erzählt, diese angebliche Militärverschwörung sei zu Gunsten der Orleans angezettelt gewesen. (Köln. Ztg.)

In mehreren Departements circuliren Petitionen, in welchen an Se. Heil. den Papst die Bitte gerichtet wird, die Kaiser-Krönung selbst vollziehen zu wollen.

Das französische Regierungsorgan „Pays", wies vor einiger Zeit darauf hin, wie ringsum sich eine „katholische Partei" bilde, die ihre Blicke auf Frankreich werfe. Darin, erklärte es, liegt das Anzeichen großer Ereigniße, in denen Frankreich wieder zu der bedeutenden Rolle berufen werden kann, die ihm die Vorsehung in den Umgestaltungen Europa's so oft zugetheilt hat. In der That gibt jeder Tag nähere Aufschlüße wie (nicht die Katholiken, wol aber) die ultramontane Propaganda Hand in Hand geht mit der imperialistischen Propaganda. Sie ist unablässig bemüht in einigen benachbarten Ländern, die zu den sogenannten natürlichen Gränzen Frankreichs gehören, die Bevölkerung für eine Wiedervereinigung zu bearbeiten und den Samen des Verraths auszustreuen. In Belgien spielen die Intriguen schon am offenen Tage. Die clericale Partei macht aus ihren Absichten kaum einen Hehl mehr. Sie wird sich nur der Gewalt zu bemächtigen suchen, um Belgien Frankreich zu überliefern. Auf diese Weise hofft man in Paris einmal Belgien ohne Schwertstreich erhalten und gegenüber den andern Mächten sich auf den „Willen des belgischen Volkes" berufen zu können. Die gleichen Umtriebe der Propaganda treten klar in Bezug auf Savoyen hervor. Das französische Jesuitenorgan, Univers, verkündigt frohlockend, wie die Anwesenheit Louis Napoleons in Lyon und Grenoble dazu gedient habe, um die Sympathien für Frankreich in Savoyen wieder zu wecken, wie hier der Wunsch einer Trennung von Piemont immer deutlicher hervortrete. Unwillkürlich frage man sich, ob die Stunde noch ferne sein könne, wo es aufhöre das Opfer einer unnatürlichen Verbindung zu sein. (Schw. N.-Z.)

Spanien.

* **Madrid,** den 16. Octbr. Im gestrigen Ministerrathe, dem die Königin präsidirte, wurde die Abschaffung des Tabaks- und Salzmonopols discutirt. Der Finanzminister unterstützt nachdrücklich beide Maßregeln.

Italien.

Piemont. In einer Privatcorrespondenz der Tessiner „Democrazia" lesen wir: „Der politische Horizont verdüstert sich hier bedeutend. Der Kriegs- und Marineminister, General Lamarmora, der von der Regierung abgesandt wurde, um den französischen Selbstherrscher auf seiner Reise im südlichen Frankreich zu begrüßen, hat dem sardinischen Cabinet berichtet, der künftige Kaiser verlange, daß Piemont 200 Flüchtlinge ausweise, die von der Presse leben oder auf irgend eine Weise mit derselben zu thun haben, ferner, daß die Preßfreiheit beschränkt werde. Man sagt, Azeglio habe erwiedert, daß er sich nie zu einer solchen Schmählichkeit hergeben werde, und der König selbst habe hinzugefügt, daß er allein in seinen Staaten befehle und daß er lieber abdanken und ins Privatleben treten als dem Verlangen nachgeben werde. Aber ich weiß nicht, wie viel Vertrauen man auf die Festigkeit setzen kann. Indeß ist die Nachricht sicher, da ich sie aus dem Munde eines Ministers habe; auch hat die Regierung bereits zu verstehen gegeben, daß sie den Flüchtlingen, die nach Amerika reisen wollen, die Kosten der Ueberfahrt zahlen werde."

* **Rom,** den 13. Oct. Der Papst läßt im Forum, in den Ruinen des Castorschen Tempels und auf dem capitolischen Hügel Nachgrabungen im Interesse der Al-

terthumssammlungen anstellen. Es sind bereits sehr interessante Gegenstände zu Tage gefördert worden.

Nach Briefen aus **Palermo** vom 6. Oct. dauerte der Aetna-Ausbruch doch noch fort, doch ergoß sich die Lava nur noch über alte Lavafelder.

Großbritanien.

* Das englische Ministerium hat die aus der Nord- und Ostsee ankommenden Schiffe, die nicht mit zuverlässigen Gesundheitsattesten versehen sind, einer fünftägigen Quarantäne unterworfen. Die Handelskammer von Manchester hat dagegen einen Protest eingereicht. Sie berechnet den dadurch verursachten Schaden auf 50 Millionen und sucht aus den gesammelten Erfahrungen nachzuweisen, daß bis jetzt keine Absperrungsmaßregeln die Cholera abzuwehren im Stande gewesen sind.

London, den 16. Oct. Auch englische Blätter erwähnen jetzt gerüchtweise die Landung eines englischen Armeecorps im persischen Golf mit Bezug auf Herat, schenken aber dieser Angabe, ohne sie gerade unwahrscheinlich zu finden, nur geringen Glauben.

Auf den englischen Kriegswerften ist seit lange eine große Thätigkeit bemerkbar, und wenn Frankreich seine Flotte vermehrt, so bleibt England jedenfalls nicht zurück, seine ohnehin sehr starke Marine noch stärker zu machen. Auffallend sind namentlich die vielen großen Schraubenschiffe, die in letzter Zeit theils neu gebaut, theils aus Dampfern mit Schaufelrädern in diese für den Krieg tauglichere Form umgewandelt worden sind. Auf der Rede von Spithead liegt dermalen, allgemein bewundert, eine aus „Windsor Castle" in „Duke of Wellington" umgetaufte Schraubenfregatte von nicht weniger als 140 großen Kanonen, das geschützreichste Schiff in der Welt. In Plymouth wird nächstens der Kriegsdampfer „St. Jean d'Acre", für 90 Kanonen gebohrt, vom Stapel laufen u. s. w. Wie ein Liverpooler Blatt bemerkt, könnte die Kaufmannschaft dieser Stadt allein, die im Jahre 1799 120 Kaper von 31,385 Tonnen Gehalt, mit 1968 Kanonen und 8754 Mann ausrüstete, jetzt bei Ausbruch des Krieges das Vierfache stellen! Die freiwilligen Anmeldungen zum Dienst in der neuen Miliz übersteigen weit den Bedarf; namentlich sind die 600 Mann für London bereits vollzählig.

Von **Liverpool** allein sind in den verflossenen neun Monaten dieses Jahrs in 485 Schiffen 179,736 Personen ausgewandert; in derselben Zeit des vorigen Jahrs betrug die Auswanderung 156,174 Personen in 482 Schiffen. Die Richtung der Emigration, zumal der irischen, ist jetzt vorzugsweise nach dem goldreichen Australien.

Rußland.

Von der polnischen Gränze, den 18. Oct. Nach einem kürzlich erschienenen Befehle des Kultusministers zu Warschau sollen in den Städten des Königreichs die Schülerinnen der Privatanstalten ebenfalls vom 1. Januar ab gleichförmige Kleidung nach Schnitt und Farbe haben, und zwar sollen die eine der drei Anstalten zu Kalisch die blaue, die andere die grüne, und die dritte die graue als die ihnen zugewiesenen Farben tragen. Die Schüler der Realschulen und Gymnasien tragen schon seit längerer Zeit Uniform und müßen jeden Offizier durch Kopfentblößen grüßen. Zufällige oder gar absichtliche Unterlassung dieser Honneurs wird streng und im Wiederholungsfalle sogar hart bestraft.

Türkei.

Konstantinopel, den 6. Oct. Das „Journal de Constantinople" meldet gerüchtsweise, es sei an der persisch-türkischen Gränze die Pest aufgetaucht, will jedoch vorerst die Bestätigung des beunruhigenden Gerüchtes abgewartet wissen und verweist unter Andern auf die jetzt befriedigend geordneten Sanitätsanstalten der Türkei.

— den 9. Oct. Der Sultan hat die noch unter Reschid Pascha's Ministerium abgeschlossene europäische Anleihe verworfen.

Algier.

* Die Quantität des in Algier bei Milianah dieses Jahr gewonnenen Weines wird auf 800 Orhoft geschätzt. Der Wein verspricht eine gute Qualität, die jedoch der des vorigen Jahres nachstehen wird.

Miscellen.

München, den 19. Octbr. Die Wirkungen des „passiven Bierwiderstandes" werden jetzt doch schon fühlbar, indem es noch altes Bier genug gibt.

Die astronomische Streitfrage ob der Planet Saturn einen dritten Ring habe, ist jetzt durch das auf Wandeworth Common bei London aufgestellte, 80 Fuß lange Riesenteleskop, das „Craig-Teleskop," entschieden; dasselbe zeigt deutlich einen dritten oder innern Ring von glänzendem Lichte.

Eine Beilage zu diesem Blatt folgt morgen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1258*] **Wein-Verkauf.**

Wegen Räumung der Keller werden die zum Nachlasse des verlebten Herrn J. B. Heiligenthal in Landau gehörigen Weine in größeren und kleineren Partien, billigst abgegeben.

[1253] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

[1252⁵] **Das überseeische Geschäftsbureau** von

Zitz, Kapp & Cie. in Newyork,
Chatam Street Nro. 67,

besorgt alle Rechts- und Erbschaftsangelegenheiten, welche eine in Amerika und Europa zusammenwirkende Thätigkeit verlangen und vermittelt Geldsendungen nach Amerika.

Die Einzahlungen geschehen an den unterzeichneten General-Agenten, welcher demnächst dem Zähler die beglaubigte Original-Quittung des Geldempfängers kostenfrei einhändigt.

Mainz, den 23. September 1852.

Dr. Müller-Melchiors.

[1267⁵] **Das Anlehen deutscher Fürsten und Edelleute,** garantirt vom Prinzen Friedrich von Preußen, Herzog von Nassau, Herzog von Meiningen, Herzog von Sachsen-Coburg u. a. m. bietet die schönen Gewinne von 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 14,000, 13,000, 12,000, 11,000, 10,000, 10 à 5000 fl.

Nächste Ziehung am 15. November 1852.

Actien können zu nachstehenden Preisen bezogen werden: einzelne à 1 fl. 30 kr., 4 Stück 5 fl., 9 Stück 10 fl., 20 Stück 20 fl., 56 Stück 50 fl. durch unterzeichnetes Großhandlungshaus, welches prompte Zusendung der Listen sichert.

Julius Stiebel jun. und Comp.
Banquier in Frankfurt a. M.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 256.) den 24. October 1852.

Deutschland.

• **Speyer,** den 22. Oct. Landrathssitzung. Aus dem verlesenen Protokolle der gestrigen Sitzung haben wir noch nachträglich zu melden, daß der Landrath dem Könige den Dank ausdrückte für die von Neustadt nach Weissenburg zu erbauende Eisenbahn, und daran die Bitte reihte, Se. Maj. möge verfügen, daß mit Ausführung der Vorarbeiten sogleich begonnen werde.

Hierauf Beschlußfassung über nachbemerkte Anträge:

1) Von Hrn. Keller, wonach, bezüglich der Kataster-Umschreibbücher, für jeden Kanton ein eigener Mutationscommissär angestellt, und in geeigneter Weise die bestehende Gesetzgebung auf legislatorischem Wege abgeändert werden wolle; (die Gebühren für jede Umschreibung könnten nach diesem Vorschlage auf 5 Krzr. herabgesetzt, dabei aber, was die Hauptsache, die Umschreibungen weit schneller besorgt werden, als gegenwärtig). Einstimmig angenommen.

2) Von demselben Landrathsmitgliede, in Betreff der Zahlung der Pfalz von 100,000 fl., als Aequivalent des Malzaufschlags. Der Antragsteller hat seinen Vorschlag zurückgezogen. Der Ausschuß einigte sich, statt dessen Annahme eines andern von Hrn. Scholler formulirten Antrags zu empfehlen, des Inhalts: da ein so großes Mißverhältniß zwischen dem Enregistrement und den jenseitigen indirecten Auflagen bestehe, so werde an Se. Maj. die Bitte gerichtet, gewähren zu wollen, daß die Pfalz im Enregistrement den jenseitigen Kreisen gleich gestellt werde. Einstimmig angenommen.

3) Von demselben, in Betreff Erhaltung der Pfälzischen Institutionen: die Anhänglichkeit der Pfälzer an ihre Institutionen lasse sie mit Aengstlichkeit jede Abänderung betrachten; daher die Bitte: daß bei den begonnenen legislatorischen Arbeiten den Einrichtungen der Pfalz auch ferner die gebührende Rücksicht werde. — Angenommen mit allen gegen 5 Stimmen der Herren Scholler, Ehmant, Moschel, Lorch und Diehl, welche zu Protocoll erklären, daß sie nicht beiträten, indem sie glaubten, daß kein Anlaß zu diesem Beschluß vorliege.

4) Von demselben, in Betreff der Gemeinderathsabsetzungen. Die Gemeindeeinrichtungen in der Pfalz stehen in den meisten Puncten gegen jenseits zurück. Dies ergab sich namentlich durch die stattgehabten Absetzungen von Gemeinderathsmitgliedern. Das Verhältniß erscheine jedenfalls als anormal. Deßhalb Bitte um Abhülfe auf gesetzlichem Wege. — Einstimmig angenommen.

5) Von Hrn. Wolf, in Betreff der Zollfrage. Der Referent erklärt, um möglichste Einstimmigkeit herbeizuführen, habe sich der Ausschuß nach langer Berathung geeinigt, sowol seinen eigenen Entwurf als den des Hrn. Keller fallen zu lassen, und statt deren einen neuen vorzuschlagen. Derselbe ist des Inhalts: Sowol durch die verhängnißvollen Stürme der letzten Jahre, als durch den dürftigen Ertrag des Weines seien dem Wohlstande der Pfalz die tiefsten und schmerzlichsten Wunden geschlagen. Unter diesen ernsten Verhältnißen sei es für dieselbe dringendes Bedürfniß, daß ihren Erzeugnißen der gewinnreichste Markt gesichert, und so viel möglich neue Absatzwege geöffnet würden. Die Abschließung von dem natürlichen Markte, der sich seit dem Zollvereine gebildet, und auf dem die Erzeugnisse des Landes sichern Absatz fänden, oder die Zulassung einer überlegenen Concurrenz, würden die natürlichen Hülfsquellen des Landes nutzlos machen, den aufblühenden Gewerbfleiß in seiner ersten Entwicklung lähmen, und der allgemeinen Wohlfahrt unersetzliche Verluste bereiten. Die Weisheit des Königs möge Fürsorge treffen, daß die Kräfte des Landes in ihrer Entfaltung geschützt würden. Es sei das wichtigste Anliegen der Pfalz. Dieselbe lebe der festen Zuversicht, daß Se. Maj. ihr wahres Wohlergehen stets aufrecht zu erhalten wissen werde.

Hr. Scholler erklärte, im Ganzen trete er zwar diesem Entwurfe bei, jedoch mit Ausnahme 1) der Stelle, in welcher der „Zollverein" genannt sei, 2) ebenso auch der Schlußstelle, die er so gefaßt wünscht, daß in diesem wichtigsten Anliegen der Pfalz das Vertrauen auf eine Lösung ausgedrückt werde, welche dem Wohlstande und der Ehre des Landes entsprächen.

Bei der Abstimmung wird die vom Ausschuß vorgeschlagene Fassung mit allen Stimmen gegen die 4 der Hrn. Scholler, Moschel, Ehmant und Lorch angenommen, welche 3 letzten der Erklärung des Hrn. Scholler beitreten, und welche sämmtlich solches, (wie im oben erwähnten Falle) durch das Protocoll constatiren lassen.

Hierauf Wahl des Landrathsausschusses. Als Ausschußmitglieder wurden gewählt die Hrn. Wendel, Krämer, Keller, Ritter, Walz und Löb. Als Ersatzmänner die Hrn.: Becker von Grünstadt, Wolf, Becker von Kirchheim, Bergtold, Vollmer und Mahler.

Heute Nachmittag um 4 Uhr beginnt die Schlußsitzung des Landraths.

• **Kaiserslautern,** den 22. Oct. Auf ¼8 Uhr war gestern Abend die Ankunft des Königs angekündigt, weßhalb man den ganzen Nachmittag sich mit den Veranstaltungen zu einem würdigen Empfange beschäftigte. Gegen 6 Uhr schon war die ganze Häuserfronte gegen den Bahnhof, so wie sämmtliche Bäume an der nach der Eisenbahn führenden Alleestraße ein Wald von brennenden Lichtern. Auf den höchsten Gebäuden und Kirchthurmspitzen brannten Flambeaux und auf den die Stadt umgebenden Bergen waren allenthalben Feuer angezündet, so daß der ganze Thalkessel gleichsam einem Feuermeere glich, aus dessen Mitte der Bahnhof als Glanzpunct hervorstach. Um ¼8 Uhr zischte eine Locomotive wie ein Feuerdrache aus dem letzten Tunnel heraus und wenige Minuten darauf war der hellerleuchtete, mit einer Menge von Fahnen geschmückte Zug bei uns. Stehend in dem Waggon und nach allen Seiten nach der ihm Hurrah zujauchzenden Volksmenge hin grüßend, empfing der König die Aufwartung der Civil- und Militärbeamten, so wie die des Stadtrathes, den Bürgermeister an der Spitze. Nach Verlauf einer Viertelstunde setzte sich der königliche Zug wieder in Bewegung, und wenige Augenblicke darauf war er dem Auge entschwunden, troß der Menge von Lichtern, mit der er in die Dunkelheit hineinleuchtete. Feuer, Flambeaux und Lichter verlöschten allmählig und die Bewohner begaben sich zur Ruhe. Da, mit einemmale um ½11 Uhr, erscholl der Feuerruf, und schon stand auch die ganze obere Kuppel des Thurmes auf der kathol. Kirche in hellen Flammen. Es war ein grausiger und doch dabei herrlicher Anblick. Das Feuer brannte lange, ehe man ihm, wegen der Höhe und des kleinen Raumes, der nur Handspritzen zuließ, beikommen konnte. Der auf der Spitze befindliche Hahn und das Gebälke stürzten allmählich herab, beschädigten aber glücklicherweise das Kirchendach nur wenig; denn wenn auch hier in das alte, morsche Gebälke Feuer gekommen wäre, dann wehe der Kirche. Uebrigens be-

währte sich hier unsere neue Feuerordnung vollkommen. Von dem Dache der Kirche von außen, und inwendig in dem Glockenthurme von unten hinauf wurde endlich das Feuer bewältigt — es war nächst 1 Uhr. Bei seinem Erlöschen glich es noch einer strahlenden Krone. Es ist so gut als gewiß, daß das Feuer dadurch entstanden ist, daß von den auf der Kirchthurmspitze angebrachten Flambeaux sich brennendes Pech an die alten ausgedörrten und wurmstichigen Balken verlief, diese sich dadurch entzündeten und blitzschnell emporloderten.

Nachschrift. So eben (Abend 5 Uhr), da ich diesen Brief zur Post geben will, wird hier verkündet, daß morgen Mittag zwischen 11 und 12 Uhr der König wieder hier durchkomme, indem die Reiseroute geändert ist.

* **Dürkheim,** den 23. Oct. Der neue Wein findet einen sehr schnellen Absatz. In Ungstein ist derselbe fast ganz aufgekauft und der Preis ist daselbst in den letzten Tagen von 235 fl. bis auf 280 fl. per Fuder gestiegen. Auch in Dürkheim findet derselbe seine Käufer und wird mit 200—235 fl. bezahlt. Die reichern Gutsbesitzer haben die Weinlese noch nicht beendigt und die Trauben erhalten, durch das herrliche Octoberwetter begünstigt, eine Zeitigung, die auf ein ganz vorzügliches Product schließen läßt. Ueberhaupt gewinnt man über die Güte des neuen Weines immer günstigere Ansichten. Er ist süß und feurig und bringt durch diese löblichen Eigenschaften bei seinen Verehrern einen Humor hervor, wie dies die drei vorhergehenden Jahrgänge nicht vermocht haben. Wenn dann Mancher auf dem Nachhauseweg aus dem Wirthshause in seliger Wonne eine krumme Linie beschreibt, so wird dies nicht dem Trinker, sondern dem Federweißen auf die Rechnung gesetzt. — Aus Meran (Tyrol) sind Traubenkurgäste hier eingetroffen, welche daselbst der verheerenden Traubenkrankheit wegen die Kur nicht fortsetzen konnten. — Die Abonnenten des hiesigen Wochenblattes sind dem Verleger fast sämmtlich treu geblieben, so daß die Absicht, unserer Stadt ein neues Blatt zu octroyiren, als vollkommen gescheitert angesehen werden kann.

München, den 21. Oct. König Otto beabsichtigt nur kleine Tagreisen zu machen, so daß er erst nach 10 Tagen in Triest eintreffen wird, da er seines jüngsten Unwohlseins wegen stärkere Anstrengungen vermeiden soll. — Aus Athen erfahren wir, daß Geheimrath v. Thiersch am 14. October mit dem griechischen Dampfer „Otto," der den König Otto von Triest nach Griechenland bringen soll, die Rückreise antreten wollte. Die Königin Amalie selbst bot ihm die Rückfahrt auf dem schönen Schiffe an.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1279] **Neue Talglichter.**

Unterzeichneter fabricirt eine Art von Talglichtern, wie sie bis jetzt in Deutschland nicht verfertigt wurden. Diese Lichter sind von der Länge und Dicke der gewöhnlichen Talglichter; sie flackern nicht, zehren den Talg vollständig auf, brauchen nicht geputzt zu werden und ersetzen durch ihre helle Flamme vollkommen die Stearinlichter. Werden sie in einen mit einem Schirm versehenen Leuchterstock gesetzt, so entsprechen sie erst vollkommen ihrem Zweck. In diesem Falle ersetzen sie sogar die Oellampen, ohne wie diese durch Schmutz zu belästigen. Das Paket von 6 Lichtern kostet 24 kr.

Dürkheim, den 22. October 1852.

Val. Scherer,
Seifensieder u. Lichterfabrikant.

[1280] In Bezugnahme auf vorstehende Anzeige bemerkt Unterzeichneter, daß er eine neue Art Leuchter verfertigt, die für den Gebrauch jener Lichter fast unentbehrlich sind. Diese Leuchter sind mit und ohne Glocke zu haben und werden von Weißblech, lakirtem Blech und von Messing verfertigt. Auch Kellerleuchter sind vorräthig. Alle sind mit englischen Drahtfedern und am Boden mit einer messingenen Schraube versehen, die zum Reinigen der Feder und des Leuchters dient. Die Lichter können in diese Leuchter nicht ablaufen. Für die Güte und Dauer der Drahtfedern wird garantirt.

Dürkheim, den 22. October 1852.

Friedrich Lieser, Spengler.

[1262a] **Bekanntmachung.**

Die Inscription an der königl. polytechnischen Schule zu München für das Studienjahr 18$\frac{52}{53}$ beginnt mit dem 28. und endet mit dem 30. d. Mts., von welchem Tage an die Aufnahme definitiv geschlossen ist. Die Unterrichtsgebühren betragen für die Eleven der beiden unteren Curse und jene des Ingenieur-Curses (gemäß höchster Verfügung des königl. Staatsministeriums) jährlich 12 fl., und die des III. Curses jährlich 15 fl. — Hospitanten haben für jeden einzelnen Unterrichtsgegenstand ein Honorar von jährlich 6 fl. zu entrichten.

Nur in legaler Form ausgestellte und aus der neuesten Zeit datirende Armuthszeugniße können in dem einen wie in dem anderen Falle von der Entrichtung des betreffenden Honorars befreien.

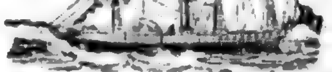
Hospitanten und alle Jene, welche nicht im Besitze des Jahreszeugnisses einer öffentlichen Lehranstalt sind, haben bei ihrer Anmeldung zur Aufnahme zugleich ein amtliches Sittenzeugniß vorzulegen.

Die Vorlesungen beginnen mit dem 3. November d. Js. nach dem im Lokale der Anstalt durch Anschlag bekannt gegebenen Unterrichtsplane.

München, den 6. October 1852.

Das königl. Rectorat der polytechnischen Schule:
Dr. Alexander, Rector.

[1254] **Niederländische**

Dampf-  **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 257 | den 26. October 1852.

Deutschland.

***Speyer**, den 24. Oct. Unter Bezugnahme auf den in der Beilage zur vorigen Nummer unseres Blattes gegebenen Bericht über die gestrige Vormittagssitzung des Landraths, haben wir nun noch die Verhandlungen in der Schlußsitzung, gestern Nachmittags und Abends, zu berichten.

Auf der Tagesordnung sind die noch nicht erledigten Anträge.

Der Referent, Hr. Walz, zeigte an, daß, nachdem Hr. Keller seinen Antrag gegen die Zwangsinserationen in der Pfälzer Zeitung für diesmal zurückgezogen, blos noch ein Antrag vorliege, nemlich der des Hrn. Ehmant, in umfassender Art den Dank für den Besuch beider Könige in der Pfalz auszusprechen. Mittlerweile habe aber Hr. Keller dem Ausschuße einen weitern Antrag, Amnestie bezielend, vorgelegt. Derselbe wird verlesen. Es ist darin hervorgehoben: Dem Strafgesetze sei Genüge geschehen; die große Mehrzahl der in die Bewegung von 1849 Verwickelten habe blos in dem Drange der Umstände gehandelt und nun im Kerker oder in der Verbannung gebüßt; so viele Familien seien im Unglück; daher wende man sich an die edeln Regungen des kön. Vaterherzens; von Allen ohne Unterschied der politischen Gesinnung würde ein Gnadenact als glückliches Ereigniß angesehen. — Der Referent erklärte, dem Ausschuße habe es geeignet geschienen, beide Anträge, nemlich den des Hrn. Ehmant und jenen des Hrn. Keller zu verschmelzen. In dem hierauf verlesenen Entwurfe ward dem Könige die Anhänglichkeit ehrfurchtsvollst ausgedrückt; indem der Landrath für den kön. Besuch seinen besondern Dank ausspreche, dränge es ihn, vor dem Throne die Bitte um Gnade für jene unglücklichen Familien niederzulegen, welche durch die verhängnißvollen Ereigniße des Jahres 1849 so tief erschüttert wurden. Möge der kurze Aufenthalt der kgl. Majestäten in der Pfalz Veranlassung zu einem bald wiederholten längern Besuche werden. —

Hr. Scholler erklärt sich sowol gegen den Keller'schen, als gegen den Ausschußantrag. Auch Er wünsche, daß ein Sonnenblick der Gnade scheinen möge. Allein ein directer Antrag, wie Hr. Keller bezwecke, liege nicht in der Competenz des Landraths; die Begutachtung von Begnadigungsgesuchen gehöre auch vor die Gerichte; zwar sei der Ausschußvorschlag milder, allein der Hauptsache nach enthalte er doch das Nemliche. Der Ehmant'sche Antrag enthalte eine leise indirecte Andeutung; diesen unterstütze er.

Hr. Keller bekämpft den Einwand der Incompetenz. Man möge ihm zeigen, wo Jemanden, wo namentlich dem Landrathe, die Befugniß zu einer Bitte versagt sei. Es handle sich nicht um eine politische, sondern um eine humane Sache; man solle die Noth und das Elend so vieler Familien ins Auge fassen.

Hr. Scholler. Auch Er wisse, daß die große Mehrzahl verführt gewesen; allein ein politischer Körper müße sich streng in seinen gesetzlichen Befugnißen halten; die Begnadigung aber sei verfassungsmäßig eine Prärogative der Krone. Er erkenne die Absicht des Antragstellers an und wünsche ebenfalls Gnade. Allein gerade unter den Verhältnißen des jetzigen Augenblicks fände er es unpassend und schädlich, wenn ein derartiger Beschluß gefaßt würde.

Hr. Wolf. Der Gegenstand sei delicater Natur; darum möge jede Discussion unterbleiben.

Hr. Moschel. Auch er wünsche, daß so viele Unglückliche in den Schoß ihrer Familien zurückkehren könnten; allein etwas anderes sei es, ob man durch den vorgeschlagenen Schritt Denen, welchen man nützen wolle, wirklich nütze oder nicht vielmehr schade.

Der k. Regierungscommissär, Hr. Director Bettinger, erklärt, daß er gegen Discussion eines directen Antrags auf Begnadigung wegen Incompetenz des Landraths Verwahrung einlege.

Hr. Ehmant: Als Seelsorger im Gefängniße wünsche er mehr als irgend Jemand Begnadigung. Oft habe er nachgedacht, wie ein Weg dazu aufzufinden sei. In der vorliegenden Veranlassung habe ihm ein solcher gegeben geschienen, und eine zarte Anspielung an das väterliche Herz werde wol gnädig aufgenommen werden.

Hr. Lorch: Er sei mit den geistlichen Herren einverstanden.

Hr. Scholler kündigt für den Fall der Annahme des Keller'schen oder des Ausschußantrages ein Separatvotum an.

Hr. Vollmer: Man möge, wie die Dinge stünden, beide Anträge fallen lassen (den Ehmant'schen und den des Ausschusses).

Hr. Krämer: Dies sei auch seine Ansicht von Anfang an gewesen.

Bei der Abstimmung wird nun der Antrag, beide Anträge abzulehnen, einstimmig angenommen. (Es scheint, daß der Ausschuß, dessen Referent den Vollmer'schen Vorschlag sogleich entschieden aufgriff, dessen Annahme wünschte, weil doch eine Stimmeneinhelligkeit nicht zu erzielen war, und im Hinblicke darauf, daß geltend gemacht worden, ein solcher Antrag werde den unglücklichen Gefangenen jetzt schaden.)

Nachdem der Referent angezeigt, daß sich, in Folge der stattgehabten Abstimmungen die Kreisumlagen für das Jahr $18\frac{52}{53}$ auf $48\frac{1}{2}$, und für $18\frac{53}{54}$ auf 50 Beischlagprocente stelle, brachte Hr. Ehmant seinen frühern Dankantrag, nur vereinfacht, nochmals ein. Nun handelte es sich darum, ob derselbe nochmals an den Ausschuß zu verweisen sei. Die Hrn. Scholler, Moschel, Ehmant und Lorch verlangten sofortige Annahme; Hr. Walz begehrte Abstimmung darüber, deren Resultat war, daß der Vorschlag mit entschiedener Majorität an den Ausschuß verwiesen ward. — Darauf Unterbrechung der Sitzung. — Der Ausschuß beantragte einige Abänderung in der Fassung und Stellung des Antrags. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlage einhellig bei. — Sonach Schluß der diesjährigen Landrathssession.

— Wir haben noch zu bemerken, daß der permanente Landrathsausschuß Hrn. Krämer zum Präsidenten und Hrn. Walz zum Secretär gewählt hat. —

***Zweibrücken,** den 21. Oct. Die ganze Stadt ist geschmückt, sie erwartet die Ankunft des Königs und durch ihn Befreiung der politisch Gefangenen, welche von allen Seiten gleichsam als sich von selbst verstehende Freudenbotschaft verkündet wird. Die zuversichtliche Erwartung, welche alle Herzen bewegt, scheint sogar die Inschrift eines der geschmückten Häuser schon als Gewährung in den Worten auszusprechen:

„Gnädig hast Du uns gewährt,
Was mit Sehnsucht wir begehrt.“

Abends 9 Uhr. Böllerschüsse verkünden die nahe Ankunft des Königs und geben das Signal zur Illumination. Bald stehen alle Straßen in Beleuchtung. Um $10\frac{1}{2}$ Uhr trifft der König ein, und durchfährt sodann die

Straßen der illuminirten Stadt, worauf Gesänge der Liedertafel und Musik ihm die Huldigung bringen.

Den 22. Oct. Der Präfect von Metz und der Stadtcommandant von Straßburg sind hier eingetroffen, um den König im Namen der französischen Regierung zu begrüßen; die französische Tricolore weht zwischen den baierischen weißblauen Fahnen über dem Eingange ihres Gasthofes. Schon sehr frühe sind geschmückte Wagen, etwa 30 an der Zahl, von den umliegenden Ortschaften angekommen. Sie sollen die landwirthschaftlichen Beschäftigungen nach den verschiedenen Jahreszeiten vorstellen und eine Reproduction des am 11. d. Mts. stattgehabten landwirthschaftlichen Festes sein. Um die Mittagsstunde erst, nachdem die Audienz der französischen Gesandtschaft stattgefunden, ziehen sie vor dem Absteigquartier des Königs, dem Zweibrucker Hofe, vorüber. Den Zug machen auch die in voriger Woche preiswürdig erfundenen Pferde sammt ihren Preisfähnlein mit. Sodann besucht der König die Ausstellung der landwirthschaftlichen Producte in der sogenannten Fruchthalle. Abends zwischen 7 und 8 Uhr zieht die Knappschaft von St. Ingbert, 400 Mann stark, mit Musik auf und bringt dem König einen Fackelzug mit Grubenlichtern. Sodann beginnt der Ball im Casino, dem der König ebenfalls beiwohnt.

Den 23. Oct. Soeben um 9 Uhr verläßt der König unter Salutation die Stadt Zweibrücken, um über Homburg und Neustadt sich nach Edenkoben zu begeben.

* **Speyer**. Bei dem maßlosen Geschrei über Communismus und die Gefahren, welche dem Eigenthum drohen sollen, bietet eine Zusammenstellung criminal-statistischer Notizen im „Moniteur" ein ungewöhnliches Interesse dar. Daraus geht hervor, daß die Verbrechen gegen das Eigenthum in dem Zeitraume von 1846—1850 (also gerade in der Revolutions- und jedenfalls in der bewegtesten Zeit in Frankreich) um beinahe 25 Procent abgenommen haben, dagegen hat sich die Anzahl der Verbrechen gegen die öffentlichen Sitten in den letzten 25 Jahren um das Dreifache vermehrt. Unter den Verbrechen gegen das Eigenthum haben die qualificirten Diebstähle bedeutend abgenommen, die Zahl der Fälschungen, der Falschmünzerei, der Brandstiftung, des betrüglichen Bankerotts hat sich hingegen ansehnlich vergrößert. Die Vergehen der Bettelei haben sich verzehnfacht. Sie betrugen 752 Fälle durchschnittlich per Jahr, und ist auf 6963 gestiegen. Die Vergehen des Vagabundirens verdoppelten sich. In Betreff der Eintheilung der Verbrecher nach dem Alter, sind die Diebstähle in dem Alter bis zu 21 Jahren am häufigsten und gehören nach dem 50. Jahre zu den Seltenheiten. Die Classe der Unverheiratheten liefert eine größere Anzahl Verbrecher gegen das Ei enthum. Bei Verbrechen gegen Personen findet das umgekehrte Verhältniß statt. Die Landbewohner liefern ⅔ der Anzahl aller Angeklagten, die Mehrzahl davon betrifft Verbrechen gegen Personen. Die Anzahl der Freigesprochenen nimmt ab, und beträgt ungefähr 37 Proc. Die Verbrechen der Rebellion und der Widersetzlichkeit gegen die Behörden haben sich verdreifacht.

* Unsere Pariser Correspondenz meldet eine nicht uninteressante und bezeichnende Nachricht. Die Abstimmung für das Kaiserreich soll nach Gemeinden und nicht nach der Stimmenmehrheit aller Wähler vorgenommen werden, so daß in der Zusammenstellung nur die Anzahl der dafür oder dagegen stimmenden Gemeinden summirt wird.

* **Speyer.** Die Anstände zwischen der französischen und der belgischen Regierung scheinen immer schlimmer zu werden. Nach unserer Pariser Correspondenz muß man annehmen, daß die Forderungen wegen der Kosten des Feldzugs von 1831 und 1832 von Frankreich nachdrücklich geltend gemacht werden; deren Summe wird zu 15,294,530 Fr. berechnet.

München, den 20. Octbr. Das diesen Abend erschienene Regierungsblatt bringt eine königl. Verordnung vom 15. ds., die Amtskleidung des Präsidenten und der Räthe am k. protestantischen Oberconsistorium betreffend. Ist der Präsident weltlichen Standes, so hat er die in der Verordnung vom 29. Oct. 1800 für die Mitglieder des damaligen geheimen Rathes vorgeschriebene Uniform zu tragen, und gehört derselbe — wie der neuernannte Präsident Dr. Harleß — dem geistlichen Stand an, so trägt er ein Staatskleid von schwarzem Tuche, stehendem Kragen ꝛc., ferner einen die Schultern nicht bedeckenden, eine Hand breit über den Rock herabreichenden, reich gefalteten Mantel von schwarzem Seidenzeug, sodann auf der Brust ein goldenes Kreuz. (Die Form des Kreuzes ist ähnlich jenem, das die Bischöfe tragen.) In einer ähnlichen Weise haben sich die geistlichen Oberconsistorialräthe zu kleiden, der weltliche Oberconsistorialrath aber die Uniform der Oberkirchen- und Schulräthe zu tragen.

Nach eingetroffener telegraphischer Nachricht hat heute der erste Zusammentritt der Bevollmächtigten der Coalitionsstaaten in Wien stattgefunden.

München, den 21. Oct. Unter dem Einlauf in der Sitzung des Landraths von Mittelfranken vom 21. d. befand sich ein Antrag der Herren Auernheimer und Domeyer von Nürnberg und Scheuing von Ansbach, die Nachtheile einer Störung der Verkehrsverhältnisse mit dem Norden (die Zollangelegenheit) betreffend.

Der Deutschen Volkshalle, einem entschieden jesuitenfreundlichen Blatte, wird aus München von einem D-Correspondenten geschrieben: „Unsere Kirchenfrage scheint in Bälde in ein neues Stadium zu treten, sei es nun, daß die Bischöfe in eine neue Conferenz zusammentreten, um den allerhöchsten Erlaß vom 8. April zu beantworten, sei es, daß sie ohne solche Conferenz gemeinsame Antwort geben. Auch eine Ernennung des hiesigen Domdechanten (Reindl) zum Coadjutor des Erzbischofs von Bamberg könnte eine Krisis fördern. Schon die Weise, wie es dazu kam, ist keine ehrenwerthe." Es ist nun der Vorgang erzählt und dabei Hrn. Reindl die nöthige Einsicht und Entschiedenheit des Characters abgesprochen, ihm dagegen Weichheit und vage Humanitätsliebe vorgeworfen. Auch Hr. Gengler wird seiner „kirchlich-liberalen Richtung" wegen nicht eben sehr freundlich erwähnt. Er erst könnte, meint der feine Correspondent, die Dinge so recht gründlich verwirren und die kirchlichen Elemente beeinträchtigen. „Doch die Weisheit des heil. Stuhles wird das Gewebe, das eine falsche Staatskunst und eine lügnerische Diplomatie flicht, zerreißen." — Ich habe geglaubt, von diesem Berichte der Volkshalle Act nehmen zu müssen, weil er bereits auf die tiefe Spaltung im kirchlichen Lager selbst hinweist und uns die alte Ueberzeugung, daß die katholische und ultramontane Richtung weit auseinander gehen, nur befestigen kann. Die Ultramontanen wollen eben in allen Aemtern und Würden nur ihre eigenen Genossen oder Leute, die sich von ihnen gebrauchen lassen, „wie ein Stab in der Hand der Führer." (Fränk. Kur.)

Die Regierung von Unterfranken hatte vor einiger Zeit an sämmtliche Polizeibehörden ein Schreiben erlassen, daß jeder auf die Wanderschaft gehende beurlaubte Soldat nebst dem Urlaubspasse auch ein Wanderbuch führen müsse. Dagegen haben aber die obersten Militärstellen Bedenken erhoben, weil daraus möglicher Weise Mißbräuche und Hemmnisse für die Dienstbereitschaft der Beurlaubten entstehen könnten; es könnte bei den eigenthümlichen Verhältnißen und der gesonderten Stellung des Militärs der Nachweis der erfüllten Wanderzeit ausnahmsweise auch auf andere Weise genügend geliefert werden. Das Ministerium des Innern hat nun aus diesen Gründen unterm 13. d. verfügt, daß fernerhin bei beurlaubten Soldaten, welche als Wandergesellen in Arbeit treten, auf Ausfertigung eines Wanderbuches nicht mehr bestanden werden darf. (Bdtn.)

In Kempten kam es am verflossenen Dienstag bei dem Begräbnisse des ehemaligen Schullehrers und späteren Weinwirthes Wendlinger zu einem kleinen Auftritte.

Es wurde nämlich vor Abgang des Trauerwagens der Sarg des Verblichenen mit schwarz-roth-gelben Bändern geziert, wogegen der Magistrat nach erhaltener Kenntniß, jedoch ohne Erfolg, einschreiten wollte. Als der Stadtcommissär sich ins Mittel legen wollte, war der Wagen bereits auf dem Leichenacker angekommen, aber auch die Bänder waren auf Ansuchen der Frau des Verlebten verschwunden, und so ging dann das Begräbniß vor sich. (Volksbötin.)

Frankfurt, den 23. Octbr. Auf seinem Landsitze zu *Hornau* starb gestern an Altersschwäche Hans Christoph Ernst Freiherr von *Gagern* (der Vater). Geboren in Kleinniedesheim in der Pfalz am 25. Januar 1766, erreichte er das hohe Alter von 87 Jahren.

Hannover, den 20. Oct. Die hiesige Regierung hat in der *Zollfrage* eine zuwartende Haltung angenommen. Ueber das Einladungsschreiben zu einer neuen Conferenz in Wien hat eine Ministerberathung stattgehabt. Die Majorität erklärte sich gegen Beschickung der Conferenz. Die Regierung wird nun abwarten, was in derselben beschlossen wird, und dann erst ihre ferneren Maßnahmen treffen.

Köln, den 23. Oct. Bermbach ist neuerdings als in die Communistensache verwickelt, verhaftet worden. — Eine ältere Ordre hat man wieder veröffentlicht, wonach fremde Silberscheidemünzen, und ebenso Kupfermünzen, confiscirt werden sollen. — Der hiesige Erzbischof und verschiedene Bischöfe haben Rundschreiben erlassen, worin sie auffordern, dahin zu wirken, daß zum Landtage blos Anhänger der Kirche gewählt würden.

Aus Westphalen, den 18. Oct. Wir haben in diesen Blättern zu verschiedenen Malen bereits des durch seine specifisch „christliche" (?) Richtung sich auszeichnenden Gymnasiums zu Gütersloh gedacht. Dasselbe erfreuet sich vorzugsweise der Protection aller streng gläubigen Prediger, weßhalb auch die Schülerzahl desselben noch immer im Wachsen begriffen gewesen. Augenblicklich mag sich dieselbe auf etwa 100 belaufen. In den letzten Wochen aber ist über diese höhere Lehranstalt mehr als sonst gesprochen worden und zwar in Folge eines Vorfalls, der allerdings so einzig in seiner Art dasteht, daß wol kaum ein anderes Gymnasium des In- oder Auslandes etwas Aehnliches aufzuweisen haben dürfte. Wir wollen das Factum erzählen, wie uns dasselbe mitgetheilt wurde. Im Lehrercollegium war beschlossen worden, den jungen v. L..r, mit dessen Verhalten man unzufrieden war, *körperlich zu züchtigen*. Gleich zu Anfang der Execution, bei welcher zwei Lehrer zugegen waren, widersetzte sich der Schüler und verwundete die Lehrer mit einem Messer, wie man sagt, im Gesicht, welches eine nur noch kräftigere Züchtigung zur Folge hatte. Als hierauf der Schüler Mörder! Mörder! schrie, entstand vor dem Schullocale ein Zusammenlauf; mehrere Personen drangen in das Schullocal und entrissen den jungen v. L..r den Händen der züchtigenden Lehrer. (Wes.-Ztg.)

Berlin, den 18. Oct. Nicht das geringste Zeichen der Erinnerung an den heutigen Tag von 1813 gibt Berlin, was doch den Engländern und Franzosen gegenüber, die selbst ihre zweideutigen Ehrentage so geräuschvoll feiern, nicht bloß erlaubt, sondern Pflicht wäre. Es scheint wahrlich nicht so ganz unzeitgemäß, am Vorabend des vielleicht zu Herausforderungen gedrängt werdenden Kaiserthums Louis Napoleons auf den glorreichen Ausdruck vereinter Volkskraft der Deutschen einen erbauenden Rückblick zu werfen.... Der Name Leipzig wird jetzt nicht mehr mit der Erinnerung an den 18. October, sondern mit der Frage: ob Messe oder nicht Messe dort sein soll, verbunden, und daß das letztere die düsterste Stimmung dort hervorgebracht, versichern alle, die dort gewesen sind, und wie tief der Bruch des Zollvereins in die Lebensfrage Leipzigs eingreift, bezeugt der Umstand, daß einer der ersten Prediger Deutschlands am vorigen Sonntag auf der Kanzel vor mehreren Tausenden von Zuhörern aus allen Gauen Deutschlands Gott um die Abwendung der über Leipzig schwebenden Gefahr bat. (A. Z.)

Berlin, den 20. Oct. Die Aechtheit der von Dr. Toegel veröffentlichten Actenstücke über die Stuttgarter Conferenzen wird jetzt bekanntlich von mehren officiellen Organen der Coalition bestritten. Dr. Toegel veröffentlicht dagegen eine Erklärung, in welcher er mit Rücksicht auf die Quelle, die Aechtheit seiner Version behauptet. Der Streit ist übrigens sehr unfruchtbar, denn die Abweichungen verändern nicht den Character der Actenstücke.

Berlin, den 20. Octbr. Die von dem Minister des Innern berufene Commission zur Vorberathung der dem Staatsministerium in Betreff der *Revision der Verfassungsurkunde* zu machenden Vorlagen ist, äußerem Vernehmen nach, mit ihren Berathungen zum Schluß gediehen, und soll ihre Auflösung in Kurzem zu erwarten sein.

— den 21. Oct. Der wirkliche geheime Rath und Schloßhauptmann Graf v. Arnim (Blumberg) ist von dem König wegen der Madiaischen Angelegenheit mit einer außerordentlichen Mission in Florenz betraut worden.

Breslau, den 18. Oct. Zu den schwebenden kirchlichen Streitigkeiten scheint ein neuer Conflict mit der Regierung sich zu gesellen. In Folge des §. 18 der preußischen Verfassung besetzte der Kardinal v. Diepenbrock, wie die „Deutsche Volkshalle" berichtet, in der letzten Zeit alle diejenigen geistlichen Stellen selbstständig, wobei er früher mit der Regierung alternirt hatte, namentlich die Benefizien, welche vor der Klosteraufhebung diesen annexirt waren, und über welche die Klöster das Patronat inne hatten. Nach der Aufhebung der Klöster nahm die k. Regierung das Patronat für sich in Anspruch und soll nunmehr der Hr. Minister v. Raumer dem Kardinal Diepenbrock mit Prozeß gedroht (?) haben, wenn er ferner, wie seit Verkündigung der Verfassung, diese Benefizien selbstständig besetze.

Luxemburg, den 15. Oct. Auch hier sind religiöse Kämpfe entbrannt. Auf die Thronrede des Fürsten-Statthalters hat der Landtag eine Adresse erlassen, worin sich in Bezug auf das verheißene Concordat folgende Stelle befindet: „Ein Concordat ist uns erwünscht, um endlich der Kirche im Luxemburgischen ihre Stellung anzuweisen, groß, mächtig und *frei* auf dem *religiösen* Standpuncte, aber dem Staat *untergeordnet*, den Staatsgesetzen unterworfen. Was die wesentlichsten Bedingungen dieses wichtigen Vertrags betrifft, so besteht die Kammer fest auf ihren früheren Entschließungen (Protest gegen die Rückkehr des Bischofs Laurent). Wir können es nicht verbergen, daß die Tendenzen eines Theils unsers Clerus beunruhigend sind, daß die Frechheit der Männer, welche sich als seine Organe ausgeben, bei uns ohne Zügel und ohne Gränzen ist." (A. Z.)

Kiel, den 20. Oct. In Veranlassung der vor einiger Zeit Statt gehabten Schlägereien zwischen den holsteinischen Truppen und dem kopenhagener Pöbel werden eine Anzahl der ersteren zur Strafe zu den Truppen auf St. Thomas (Westindien) versetzt werden.

Wien, den 19. Oct. Ehevorgestern hatte eine Deputation von Pesther Handelsleuten eine Audienz bei dem Hrn. Finanzminister, um denselben um die Einführung von Maßregeln anzusuchen, welche geeignet wären, eine Erleichterung des Geldverkehrs zu bewirken. Es ist dies in der Zeit von 2 Monaten bereits die vierte Deputation, welche sich in gleicher Angelegenheit an den Finanzminister wendet, und es soll in Kurzem auch Seitens des Prager Handelsstandes ein gleiches Ansuchen gestellt werden.

Wien, den 20. Oct. Die für heute bestimmt gewesene Eröffnung der neuen Zollconferenzen wurde verschoben, weil noch nicht alle Bevollmächtigten eingetroffen waren (es sollen namentlich die von Württemberg und Baden noch fehlen). Nach dem Lloyd sollen die Conferenzen erst in den letzten Tagen dieses Monats ihren Anfang nehmen.

Die Blätter melden, daß beim österreichischen Ministerium eine Circularnote vom belgischen Ministerium eingetroffen sei, in welcher dasselbe die jüngsten Verwicklungen mit Frankreich ausführlich auseinandersetzt und die Befürchtung ausspricht, daß die Feindseligkeiten Frankreichs, welche bis jetzt auf dem Felde der Handelsinteressen an den Tag getreten seien, sich wohl auch auf andere Verhältnisse ausdehnen dürften. Indeß hat die Independance Belge diese Nachricht schon vor einigen Tagen dahin berichtigt, daß das Ministerium Rogier allerdings eine Circularnote habe abgehen lassen, aber nur an die belgischen Gesandtschaften zu deren Information.

Schweiz.

Vom Leman, den 16. Oct. Gegenüber den glänzenden Triumphberichten aus Frankreich gestatten Sie mir wol die Bemerkung, daß „Napoléon-le-Petit, par V. Hugo," noch immer die zahlreichsten Käufer in der Schweiz findet. (Allg. Ztg.)

Frankreich.

† **Paris,** den 22. Oct. Der Präsident wird, wie man behauptet, nach der Erklärung des Senats, die nördlichen Departements bereisen. Die Abstimmung soll am 28. November Statt finden.

† — den 23. Oct. Der Centralcommissär, Hr. Durand, hat in Marseille 25 Arbeiter, welche in einer Schenke socialistische Lieder sangen, verhaften lassen. Sie sind angeschuldigt, einer geheimen Gesellschaft anzugehören.

In Mons ist ein Mordanfall gegen den Jesuitenprior L'Hoir versucht worden. Ein Mann, der sich in einem Gange des Klosters versteckt hielt, feuerte auf den Prior eine Pistole ab, die jedoch glücklicherweise versagte; er wurde festgenommen und befindet sich in den Händen der Justiz. Der Thäter gab als Ursache seines Vorhabens an, daß der Prior ihm durch seinen geistlichen Einfluß auf eine Tante, die ihr ganzes Vermögen dem Jesuitenkloster vermacht hat, eine ansehnliche Erbschaft geraubt habe.

Wie die „Union" mittheilt, sind die Polizeibehörden gegenwärtig bemüht, die Verbreitung eines von Herrn Schölcher, Ex-Mitglied der Nationalversammlung (von der Bergpartei) verfaßten Pamphlets gegen den Prinz-Präsidenten zu verhindern.

Allerlei Gerüchte sind in Umlauf über Verfassungsänderungen, Erhöhung der Civilliste, Errichtung einer kaiserlichen Garde und eine vom Grafen Chambord eingegangene Protestation. (K. Z.)

Paris, den 20. Oct. Von heute an geben sich die Minister in ihren gegenseitigen Zuschriften den Titel „Excellenz". — Vom marseiller Complott ist wenig mehr die Rede; es heißt, daß der entwichene Gaillard allein Besitzer aller Geheimnisse desselben sei; man muß daher, um etwas zu wissen, so lange warten, bis man etwa seiner habhaft wird.

Eine wichtige Nachricht ist aus Rom angekommen. Der heilige Vater wird, nachdem die Anerkennung des Kaiserthums und des Kaisers von den Großmächten erfolgt ist, kein Bedenken tragen, der Erhebung L. Napoleons zum Monarchen die religiöse Weihe zu ertheilen. Ein Manifest des Kaisers an Europa wird sich ebenso aussprechen, wie es der Präsident von Bordeaux aus gethan. (Allg. Ztg.)

Spanien.

* **Madrid,** den 17. Oct. Am 14. hat man ein heftiges Erdbeben in Cadix empfunden, das jedoch glücklicherweise nur einige Secunden dauerte.

* — den 18. Oct. Im Ministerrathe ist beschlossen worden, das französische Kaiserreich unmittelbar nach seiner Proclamirung anzuerkennen.

Italien.

* **Neapel,** den 12. Oct. Alle Angeklagten des Maiprozesses, die Verurtheilten sowol wie die Freigesprochenen, befinden sich noch immer im Gefängniß. Man erwartet die Rückkehr des Königs, der sich in Cosenza befindet, um über deren Loos definitiv zu bestimmen.

Großbritanien.

* **London,** den 21. Oct. Gestern fiel im Duell der französische politische Flüchtling Cournet, ehemaliger Schiffscapitän und Exvicepräsident des democratischen Centralwahlcomite's in Paris im Jahre 1849. Er war 40 Jahre alt, wurde am 2. Dec. in der Nacht verhaftet und entsprang unterwegs, indem er 2 Agenten zu Boden warf.

London, den 20. Oct. Zur Bequemlichkeit der in der Themse vor Anker liegenden Fahrzeuge wird ein neuer Postbotendienst auf Kähnen eingerichtet. Es können Briefe, an die Adresse eines in der Themse liegenden Schiffes (von Londonbridge bis Gravesend) gerichtet, aufgegeben werden.

— den 21. Oct. Times bringt heute ihren zweiten Brief über das Paßwesen in Italien, von Mailand datirt. Von einer Uebersetzung desselben kann keine Rede sein. Wir müssen uns begnügen, darauf aufmerksam zu machen, und können nicht verschweigen, daß diese Briefe ihrer meisterhaften Schreibart wegen und vielleicht mehr noch der Umstand, daß die Times eine so düstere Schilderung der mailändischen Hauptstadt in ihre Spalten aufnimmt, hier allgemeines Aufsehen erregen. (Köln. Ztg.)

Türkei.

Nach dem türkischen Moniteur hat der Sultan, der bis jetzt „Se. Hoheit der Sultan" titulirt wurde, zum erstenmal den Titel: Se. Majestät der Kaiser der Türken angenommen.

Vereinigte Staaten.

Newyork, den 27. Sept. Aus Norfolk, Virginien, Chambersburg, Pennsylvanien, Cincinnati und Rochester hört man viel von Opfern der Cholera und anderer Seuchen. Melville, Grand County, Wisconsin, ist fast gänzlich ausgestorben; Sheboygan schmolz fast um $\frac{1}{10}$ seiner Bevölkerung. Auch Charleston und Savannah soll noch nie so reich an Patienten gewesen sein, als in diesem Jahre. Seine reichste Ernte jedoch hielt der Tod in den Prärien des Westens unter den 40,000 Wanderern, welche mit 8000 Wägen und 60,000 Stück Rindvieh auf diesem Wege Californien zu erreichen suchten.

Miscellen.

München. In der Ludwigskirche müssen jetzt schon einzelne Stellen des Plafonds, der Seitenwände und Seitenaltäre wegen eindringender Feuchtigkeit renovirt werden.

Vor mehreren Tagen kam in Widdersberg, der Pfarrei Frinding, Ldg. Starnberg, das 5jährige Söhnchen des Math. Wastian in den Oelschlag, und wurde vom Vater, der sich kurz vorher auf einige Augenblicke entfernt hatte, todt herausgezogen.

Die Erndten sind in den Vereinigten Staaten, sowol im Süden, als im Norden und Westen, gut ausgefallen; in einigen Gegenden übertreffen sie die gewöhnlichen; nur hat sich im Norden die Kartoffelkrankheit gezeigt, und zwar in Maryland verheerend.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1281] **Verlegung des Gespinselmarktes zu Schwetzingen.**

Der hiesige Gespinselmarkt wird dieses Jahr am
Dienstag den 9. November
und so in Zukunft immer 19 Tage vor dem ersten Advent abgehalten, was zur Nachachtung hiermit veröffentlicht wird.

Schwetzingen, den 23. October 1852.

Bürgermeister
Vetter.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | **Nro. 258** | **den 27. October 1852.**

Deutschland.

*** Speyer**, den 25. Oct. Gegen ¼ 11 Uhr erfolgte heute die Ankunft des Königs unter Glockengeläute, Kanonendonner und Jubelrufen. Seit der vorigen Woche hatten ausgedehnte Vorbereitungen zum feierlichen Empfange stattgefunden, waren Ehrenpforten errichtet, künstliche Anlagen (besonders am Dome) ausgeführt, und die Häuser in den Hauptstraßen verziert worden. Nachdem der König in dem Stadthause abgestiegen, und die Vorstellung der Behörden vor sich gegangen war, zog eine Reihe geschmückter Wagen vorüber, theils mit Landleuten aus den Gemeinden des Landcommissariatsbezirks, theils aus der Stadt Speyer, auf letzteren war die Ausübung von Gewerben dargestellt. Der König besichtigte hierauf die Frescomalereien im Dom, und nahm ein Namens der Stadt Speyer hergerichtetes Mittagsmahl an. Nach 4 Uhr erfolgte, in ähnlicher Weise wie der Einzug, unter Glockengeläute, Kanonendonner und Hochrufen, die Abreise des Königs nach Schwetzingen und Darmstadt.

GA* **Frankfurt**, den 23. Oct. Die Gothaer haben bei den hiesigen Wahlen den Sieg davon getragen, was für sie um so wichtiger ist, als der sehr lückenhafte Senat ergänzt werden muß. Es sind neun vakante Senatorstellen zu besetzen. Die reactionäre Partei, die s. g. Reformpartei, ist von diesem Ausgang der Wahlkämpfe hart betroffen worden. — In Bezug auf den Zollverein gibt man sich hier zwar immer noch der Hoffnung hin, daß eine endliche Verständigung nicht ausbleiben werde, ist aber nicht blind gegen die Thatsache, daß die Gefahr von Tage zu Tage wächst. Unbegreiflich ist der von Stuttgart aus, besonders durch die „deutsche Chronik" genährte Aberglaube, daß dem leidenden süddeutschen, namentlich dem würtembergischen Kleingewerbe das Verharren im Zollvereine schädlich, der Anschluß an Oesterreich aber nützlich sei. Die Concurrenz vom Norden wird ihren Abfluß immer mehr nach der Weltmeerseite nehmen und um so schwächer für das Binnen- und Hinterland werden, als die Gewerbe sich hier selbst mehr anstrengen und fortschreiten; dagegen steht von Oesterreich die Concurrenz der landwirthschaftlichen Producte in nächster und sicherster Aussicht, und diese dürfte für das süddeutsche Kleingewerbe um so empfindlicher sein, als es in der Regel mit etwas Landwirthschaft verbunden dasteht. Während der Absatz von Tuchen, Nägeln, Schlosserarbeiten u. dgl. nach Oesterreich etwas sehr Problematisches bleibt, ist das Sinken der Bodenrente durch die Concurrenz der österreichischen Getreide, Weine, Oele, Tabake aber etwas ganz Sicheres. Der deutsche Handwerker, das deutsche Kleingewerbe, hat das höchste Interesse an dem Wohlstande der ländlichen Bevölkerung, denn auf diesen ist es nächst der städtischen Nachfrage am meisten angewiesen. Es wäre zu wünschen, daß sich die württembergische Presse die Aufgabe stellte, den verkehrten volkswirthschaftlichen Ansichten, deren Ursprung wir bezeichnet haben, durch gesundere Auffassung der Zustände entgegenzutreten.

Nürnberg. Der „Nürnb. Kur." bespricht die Nachricht, daß von Seiten Rußlands eine Note an Deutschland (jedenfalls an Oldenburg) gelangt ist, worin das Erste „ermahne," dem Bentink'schen Erbfolgestreit ein Ende zu machen. Der Kurier bemerkt namentlich: „Rußland ermahnt Deutschland, oder den deutschen Bundestag, oder die deutschen Regierungen; aber wer gibt Rußland ein Recht, Deutschland oder den Bundestag oder die deutschen Regierungen zu „ermahnen?" Ist Deutschland schon so abhängig von Rußland, haben die Intervention in Ungarn, die Schiedsrichterei von Warschau, die „versöhnenden" Reisen des Czaren und seiner Diplomaten von Wien nach Berlin und von der Spree nach der Donau selbst Preußen und Oesterreich so unter das russische Joch gebeugt, daß sie — und zwar in rein deutschen Dingen — russische „Ermahnungen" hinnehmen müßen? Was würde England, was Frankreich zu einer solchen „Ermahnung" einer fremden Regierung sagen? ... Als kürzlich die Darmstädter zweite Kammer, ihrer Ueberzeugung und ihrem guten und unbestreitbaren Rechte gemäß, sich gegen die Politik des Darmstädter Ministeriums in der Zollfrage aussprach, diese als die Interessen des Landes gefährdend erklärte und die Rückkehr zur alten Zollvereinspolitik, resp. den Anschluß an Preußen, als das einzige Mittel, großer Noth zu steuern und große Verantwortlichkeit abzuwenden, von der Regierung beanspruchte: was erhob da die „Oesterreichische Correspondenz," das bekannte Organ des Wiener Cabinets, für ein Rache- und Wuthgeschrei. Und das solle man sich doch nicht einbilden, fügte diese k. k. Lithographie hinzu, daß die Regierungen sich durch solche „kleinliche Machinationen" — kleinliche Machinationen der gesetzmäßige Ausdruck der gesetzmäßigen Volksvertretung — würden beirren, daß sie — und kämen auch noch andere Kammern hinzu — durch Derlei in ihre „Souveränität und Selbstständigkeit" würden eingreifen lassen. Da also, wo es sich um die berechtigte, durch Verfassungen und Eid garantirte Theilnahme deutscher Volksstämme und Vertreter an deutschen Angelegenheiten handelte, da hatte das österreichische Organ ein gar lautes Mundstück. Warum verstummt es jetzt, wo eine außerordentliche Macht, wo Rußland in deutsche Dinge hineingreift? Fehlt hier der Muth, oder ist es schon so weit gekommen, daß solches als selbstverstanden stillschweigend hingenommen wird? — Fürwahr! Wenn heutzutage einer ein Lied dichtete vom deutschen Vaterland und seiner Größe und Herrlichkeit und dieses Lied würde nicht mit Beschlag belegt, es müßte ein wundersames Lied werden! Und die es sängen und blieben lustig dabei — — und der Refrain lautete: „Rußland „ermahnt" das „einige und große und mächtige" Deutschland, vier Jahre nach dem März 1848. Deutschland aber, wann wird es Rußland ermahnen?

*** München**, den 23. Oct. Der unerwarteten Quiescirung des Professor Neumann ist nun die temporäre Sistirung der Vorlesungen des Professor Lindemann an unserer Universität gefolgt. (Lindemann ist bekanntlich ein geborener Pfälzer.) — Die Versteigerungen von Juwelen und andern Kostbarkeiten, welche in dem Pfandhause nicht eingelöst würden, erregt viel Aufsehen. Wie hiesige Blätter berichten, befinden sich darunter sehr reiche Dosen mit den Bildnißen verschiedener Herrscher, sämmtlich Geschenke an einen verstorbenen Feldherrn, dann mancherlei Garnituren, verfertigt aus den vielen Brillantorden desselben u. dgl. mehr.

Der Schwurgerichtshof versammelte sich heute zur Contumacialverhandlung gegen Hrn. Gildemeister, Redacteur der Weserzeitung, wegen Uebertretung des Art. 33 des bayr. Preßstrafgesetzes. Der Angeklagte ist nicht erschienen, der Staatsanwalt Dr. Barth entwickelte die Anklage mit viel Gründlichkeit. — Der incriminirte Ar-

tikel ist in Nr. 2595 unter A München den 5. April 1852 enthalten. Die Ueberschrift des Artikels lautet: „Geheimniße der fortschreitenden Macht der ultramontanen Partei" und sind darin schwere Angriffe auf die Amtsthätigkeit des damaligen Polizeidirectors, Hrn. Grafen Reigersberg enthalten. Der Staatsanwalt beantragt, den gegenwärtigen Regierungssecretär und früheren Redacteur der Weserzeitung zu 2 Monaten Gefängniß, 80 fl. Geldstrafe und in die Kosten zu verurtheilen, die Nr. 2595, so weit sie nicht in Privathände übergegangen ist, zu unterdrücken, ferner die Weserzeitung in so lange zu verbieten, bis dem Ausspruche der Strafe genügt und die Strafe und Kosten erlegt sind. Die Schünemann'sche Buchhandlung hat durch ihren Anwalt, den Advocaten Simmerl, dem Gerichtshof eine Denkschrift eingereicht, worin sie gegen das Verbot der Weserzeitung protestirt, und durch die Entfernung des Redacteurs und des A-Correspondenten, welcher letztere bereits nach Amerika ausgewandert sei, motivirt. — Der Gerichtshof verurtheilt den Angeklagten, Otto Gildemeister, zu 1 Monat Gefängniß, 40 fl. Geldstrafe, Tragung der Kosten und spricht die Unterdrückung der betreffenden Nummer und das **Verbot** der Weserzeitung in Bayern (im Sinne des Antrags der Staatsbehörde) aus.

In München und Augsburg stehen sich zwei sonst gesinnungsverwandte Parteien feindlich gegenüber. Die Polemik ist zu einer anhaltenden Fehde geworden. Herr Pfarrer Westermayer an der Spitze des „Katholischen Volksfreundes" bekämpft den Gouverneur und Redacteur der „Neuen Sion." Ohne bekannte Gläubiger glaubt hier ein Gläubiger, er sei ein besserer Gläubiger. Zum Glück führen die gläubigen Gegner keine anderen Waffen als gläubige Worte; doch scheint bisher Keiner dem Wort des Andern zu glauben. — Vorgestern wurde in den hiesigen Buchhandlungen die Schrift: „Deutschland und die abendliche Civilisation — Stuttgart bei Göpel 1852" auf Grund der Art. 16, 19, 20, 26 des Preßgesetzes confiscirt.

Nürnberg, den 22. Oct. Die gestrige Nummer des „Nürnberger Kuriers" wurde unter Allegirung des Art. 26 des Preßgesetzes mit polizeilichem Beschlag belegt. Veranlassung dazu gab ein Artikel über die handelspolitische Frage im Zollverein.

Am 19. d. Nachts hat in Nürnberg ein Chevauxlegers-Unterofficiere auf einen Adjutanten, welchem er beim Nachhausegehen aufpaßte, eine Pistole abgefeuert. Der Schuß ging fehl und alsogleich versuchte der Unterofficier durch einen zweiten Schuß sich selbst zu tödten. Auch dies gelang ihm nicht. Mit arg zerfetztem Angesicht wurde der Unglückliche in das Krankenhaus gebracht. (Volksbtn.)

Würzburg, den 22. Oct. Literat Gätschenberger wurde im Hinblick auf §. 26 des Preßgesetzes (Beleidigung der bairischen Staatsregierung und öffentlicher Stellen und Behörden) vor das nächste Schwurgericht verwiesen. — Heute wird am Stadtgerichte ein Urtheil gefällt gegen einen der Amtsehrenbeleidigung angeklagten Geistlichen. (N. K.)

Würzburg, den 22. Oct. Vielfach besprochen wird hier die Ernennung des erst 27 Jahre alten Privatdocenten Dr. Joseph Hergenröther zu München, eines gebornen Würzburgers zum außerordentlichen Professor des Kirchenrechts und der Kirchengeschichte an der theologischen Facultät der hiesigen Universität. (N. C.)

Baden, den 21. Oct. Gestern zogen aus einem benachbarten Orte 184 Personen, worunter mehr als die Hälfte Kinder, nach Amerika. Sie wandern auf Kosten der Gemeinde aus. Aehnliche Nachrichten bringen die Localblätter öfters.

Mannheim, den 22. Oct. Gestern nach Mitternacht endeten die Schwurgerichtsverhandlungen über die des Giftmords der Ehefrau des Jos. Christ. Stadelmann angeklagten Joh. Leonh. Stadelmann aus Wöhrd bei Nürnberg und Carl Theod. Heinrich von Karlsruhe mit einem „Schuldig," worauf dieselben von dem Schwurgericht nach Ansicht des §. 125 in Verbindung mit §. 243 des Strafgesetzbuches, da die daselbst ausgesprochene Todesstrafe durch das Gesetz vom 16. März 1849 aufgehoben war und zur Zeit der Verübung obigen Verbrechens noch in Wirksamkeit bestand, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt wurden. Sie nahmen das Urtheil ohne eine Miene zu verziehen und als hätten sie gar kein anderes mehr erwartet, auf. Neun Tage hatten die Verhandlungen in dieser cause célèbre in Anspruch genommen.

Frankfurt, den 24. Oct. Unsere Paulskirche wurde heute ihren gottesdienstlichen Bestimmungen wieder zurückgegeben, wobei jedoch außer einer Gesangsproduction des Cäcilienvereins keine weitere Feierlichkeit stattfand. — Heute Vormittag fand in der Synagoge die Trauung einer vorher zum Judenthum übergetretenen Christin statt.

Vor mehreren Monaten war ich in der Lage der Allg. Ztg. mitzutheilen, daß der Plan einer Vermählung des künftigen Kaisers der Franzosen mit der Prinzessin Wasa lebhaft betrieben werde. Heute glaube ich Ihnen mittheilen zu können, daß das Betreiben jenes Planes einem ihm günstigen Ergebniße entgegengeht. (A. Z.)

Stuttgart, den 23. Oct. Unser Bevollmächtigter zur Zollconferenz ist bereits nach Wien abgereist. Auch der badische Gesandte soll dieser Tage von Karlsruhe abgehen.

Wiesbaden, den 23. Octbr. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat unsere Regierung gestern an eine englisch-belgische Gesellschaft, an deren Spitze ein belgischer General steht, die Concession zum Bau einer Eisenbahn von Wiesbaden über den Westerwald nach Deutz ertheilt.

Hannover, den 22. Oct. Die hiesige Waterloosäule war am Napoleonstage — als Gegendemonstration — mit Blumenkränzen geschmückt. Am Abende des Jahrestages der Schlacht von Leipzig fand ein Feuerwerk auf dem Waterlooplatze statt.

Köln, den 21. Oct. Dem hier bestehenden Localvorstande des „Guttenbergvereins" wurde gestern von Polizeiwegen bedeutet, daß, da die Statuten desselben die obrigkeitliche Genehmigung nicht hatten und nicht erhalten würden, der Verein sich aufzulösen habe. Der Verein ist im Jahre 1848 zu gegenseitiger Unterstützung von Seiten der Buchdruckergehulfen gestiftet worden und bestand bis jetzt noch in mehreren preußischen Städten.

Berlin, den 21. Oct. Die Nationalztg. versichert, alle Gerüchte, als werde sich die democratische Partei an den Landtagswahlen betheiligen, seien ungegründet.

— den 22. Oct. Die ministerielle „Zeit" behauptet die Richtigkeit der von Tögel publicirten Actenstücke. Wolle man deren Aechtheit in Zweifel stellen, so möge man die Originalprotokolle veröffentlichen, falls deren Inhalt anders laute. Uebrigens hält die „Zeit" den Bruch „bei etwas gutem Willen" noch nicht für unheilbar.

— den 23. Oct. Die künftige Zolllinie wird schon seit einiger Zeit von preußischen Beamten zur Aufstellung der nothwendigen Vorschläge bereist. Wenn man hieraus schließen darf, so scheint die Erwartung auf eine noch mögliche Ausgleichung der Differenzen immer mehr zurückgedrängt zu werden. (N.-Z.)

Die von Dr. Toegel in Berlin herausgegebene „Volkswirthschaftliche Monatsschrift für den deutschen Zollverein" ist wegen Veröffentlichung angeblich unrichtiger Actenstücke über die Coalitionspolitik durch das Dresdener Ministerium für den Umfang des Königreichs Sachsen **verboten** worden. (N. Pr. Z.)

Görlitz, den 21. Oct. Heute brachte man die muthmaßlichen Mörder der Baronin v. Schimmelpenning in das hiesige Inquisitoriatsgefängniß zur weitern Untersuchung.

Posen, den 19. Oct. Ueber den Conflict des Erz-

bischofs mit dem Oberpräsidenten schreibt man der „Voss. Z.": „Die Wahrnehmung der landesherrlichen Prärogative auf dem katholisch-kirchlichen Gebiete, wie z. B. der Ausübung des landesherrlichen Patronatsrechts, wird von Seite des erzbischöflichen Ordinariats als eine Antastung des katholischen Glaubens, als eine Bedrängniß der Kirche durch „ketzerische" Gewalt aufgefaßt. In letzterer Beziehung haben hier seit längerer Zeit Differenzen zwischen dem erzbischöflichen Stuhle und dem Oberpräsidium geschwebt. Allein erst mit dem Eintreffen der Jesuiten scheint für die Uebergriffe des katholischen Klerus der eigentliche Rückhalt gewonnen zu sein. Wir hören, daß in neuerer Zeit die Ansprüche sowol als die Weigerungen des Erzbischofs in Betreff der Anerkennung namentlich des landesherrlichen Patronatsrechts immer weitergehend geworden sind."

Wien. Die vielbesprochene Rede des Prinzpräsidenten zu Bordeaux will der Wiener Presse nicht sonderlich gefallen. Sie gibt zu, daß sie ein der Lage angepaßtes rednerisches Meisterstück sei, aber sie klinge nicht so beruhigend wie man diesseits und jenseits des Rheins glauben machen wolle.

Wien, den 18. Oct. Der Beschluß des Frankfurter Senats wegen Aufhebung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden hat unter ihren Glaubensgenossen hier einen um so tiefern Eindruck gemacht, als auch bei den hierortigen Ministerien ähnliche Verhandlungen theils beendigt, theils im Gange sind, und die sogenannte Emancipation der Juden durch die Aufhebung der Grundrechte der frühern Märzconstitution im Princip ohnehin beseitigt erscheint.*) Als richterliche und politische Beamte ist ihnen die Anstellungsfähigkeit speciell wieder benommen worden, und auch rücksichtlich der technischen oder Cassenbedienstungen dürfte, wie wir vernehmen, die Entscheidung nicht zu ihren Gunsten ausfallen. (A. Z.)

— den 20. Oct. Die für heute bestimmt gewesene Eröffnung der neuen Zollconferenzen hat nicht stattgefunden, da noch nicht alle hiezu berufenen Bevollmächtigten hier versammelt sind. Bis heute waren hier eingetroffen die Repräsentanten von Baiern, Sachsen und den beiden Hessen. Jene von Wüttemberg, Baden, Nassau und Frankfurt, deren Regierungen gleichfalls zugesagt haben, werden im Laufe der nächsten Tage erwartet. Der Zweck dieser neuen Conferenzen ist, falls Preußen bei seiner bisherigen Negation verharren sollte, eine österreichisch-süddeutsche Zoll- und Handelseinigung zu Stande zu bringen. (A. Z.)

— den 21. Oct. Dem Vernehmen nach ist die Einberufung eines Congresses für Gefängnißreform nach Frankfurt beantragt. An demselben würden sich die sämmtlichen deutschen Regierungen durch Fachmänner vertreten lassen.

— den 22. Oct. Der zwischen Oesterreich, Modena und Parma abgeschlossene Zolleinigungsvertrag ist gestern kundgemacht worden. Nach demselben ist der Verkehr zwischen den drei Staaten gänzlich freigegeben. Der Vertrag wurde auf die Dauer von 4 Jahren 9 Monaten, angefangen vom 1. Febr. 1853, geschlossen.

Schweiz.

Zürich. Am 21. Morgens zwischen 2 und 3 Uhr brannte zu Stäffa ein von fünf Haushaltungen bewohntes älteres Wohnhaus nieder. Leider sind dabei zwei Menschenleben zum Opfer gefallen. Der Eigenthümer, ein geborner Deutscher, ein braver Mann, ging ins brennende Haus zurück, um sein Kind zu retten, er kam nicht wieder. Er fand mit seinem vierjährigen Töchterlein in den Flammen einen schauervollen Tod, nachdem dessen Frau ihr nacktes Leben kaum hatte retten können.

Baselland. Unsere Birsecker wollen sich, was von ihnen zu erwarten war, nicht länger mehr geistlich bevormunden lassen, und haben mit großer Mehrheit beschlossen, das seiner Zeit mit dem Bischof von Basel eingegangene Konkordat, betreffend Besetzung erledigter Pfarrstellen, zu künden. Der Reg.-Rath hat die Kirchendirektion beauftragt, dem Bischof die Kündung fraglichen Vorkommnisses zukommen zu lassen, und in einem neuen Vertrag den Birsecki̇schen Gemeinden das Recht freier periodischer Wahl ihrer Geistlichen sicher zu stellen. (Bfd.)

Italien.

Rom, den 15. Oct. Zu Sinigaglia ward am 2. d. M. ein blutiges Urtheil vollzogen. Die Sagra Consulta in Rom hatte 10 Individuen, welche vor drei Jahren an der Spitze der Terroristen in der Romagna gestanden, zum Tode verurtheilt, worauf dieselben am genannten Tage öffentlich von österreichischen Soldaten erschossen wurden. Unter ihnen ist Antonio Bedini, mit dem unlängst zum apostolischen Nuncius in Rio Janeiro ernannten Prälaten gleichen Namens, und Girolamo Simoncelli Seitens seiner Mutter sogar mit Pius IX verwandt. Allein auch dieser Umstand hat ihn nicht retten können.

Neapel. Die Berichte über die in dem Prozeß vom 15. Mai gefällten Urtheile widersprechen sich noch. Während von mehreren Seiten gemeldet wird, daß die bedeutendsten Männer unter den Angeklagten, frühere Minister und Parteiführer der Deputirtenkammer, zum Tode verurtheilt worden sind: nämlich Barbarini, der talentvolle Silvio Spaventa, Guiseppe Dardano, Luigi Leanza, und sein Bruder Eman. Leanza, und die beiden Palumbos, wäre nach dem Mediterraneo kein Todesurtheil ausgesprochen, sondern über die Genannten nur (!) 26 Jahre schwerer Arbeit in Eisen verhängt worden. Fast sämmtliche Angeklagten haben über 3 Jahre im Gefängniß geschmachtet, und sollen eher wandelnden Skeletten als lebenden Menschen gleichen. Drei Angeklagte starben während der Kerkerhaft, von denen einer im Angesichte der Richter.

Frankreich.

Der Siecle gibt folgende interessante Rückschau-Notiz über die Debatten der Legislativen in Betreff der Freilassung Abd-el-Kaders und die damalige Dazwischenkunft der Regierung des Prinz-Präsidenten: „2½ Jahr lang saß der Emir gefangen, als am 2. Juli 1850 der General Fabvier den Antrag deponirte, ihn nach Alexandrien oder St. Jean d'Acre zu bringen. Der Antrag wurde am 25. November 1850 diskutirt und vom jetzigen Divisionsgeneral Tartas bekämpft, welcher erklärte, daß die Annahme desselben Afrika von einem Ende zum andern in Brand stecken würde. General Schramm, Kriegsminister, bat die gesetzgebende Versammlung im Namen der Regierung, den Antrag nicht in Erwägung zu nehmen. „„Ich begreife, sagte er, das Interesse und die großmüthige Theilnahme, die großes Mißgeschick einflößt, aber ich kann mich dem der vorigen Regierung gemachten Vorwurf, einer rein militärischer Konvention ihre Bestätigung nicht ertheilt zu haben, nicht beigesellen .... der Ihnen gestellte Antrag würde Alles wieder in Frage stellen; vielleicht würden wir in kurzer Zeit genöthigt sein, von Neuem große Opfer zu bringen."" Die Versammlung verwarf darauf den Antrag des Generals Fabvier durch Aufstehen und Sitzenbleiben." Damit vergleiche man die Worte, die der Prinzpräsident zu Abd-el-Kader sprach!

Unsere gestrige Pariser Correspondenz, sagt die Schw. Nat.-Ztg., berichtete bereits, daß zwei nach Algier transportirte Decemberinsurgenten nach Spanien entflohen seien. Von einem derselben, Namens Emile Digeon, finden wir jetzt in der „Nation" ein Schreiben aus Palma vom 8. Oct. Es werden darin die fürchterlichen Leiden geschildert, die diese Transportirten in den Lagern auszustehen haben, wo sie der härtesten militärischen Behandlung aus-

---

*) Unsers Erinnerns hat man aber ausdrücklich zugesichert, daß die Aufhebung der Grundrechte sich nicht auf die politische Vollberechtigung der Juden erstrecke! D. Red.

gesetzt sind. Einige erhielten freilich die Gnade, „internirt“ zu werden und konnten ihre Familien kommen lassen. Aber nicht lange so wurde ihnen eine unterwürfige Erklärung an den Prinzpräsidenten abverlangt, um definitiv internirt zu bleiben. Wer sich zu dieser nicht verstehen wollte, wurde ins Lager zurückgeschafft. Kurz vor der Flucht des Genannten wurden fünf Transportirte, die sich im Lager von Douera befanden, wegen „Rebellion“ zum Tode verurtheilt. Sie hatten sich geweigert zu arbeiten, die Lagerwache war gegen sie marschirt, und um die Bajonnetstiche abzuwehren, hatten sie Bretter ergriffen, kein Soldat war berührt worden. Man versicherte freilich, daß die Todesurtheile nicht vollstreckt würden, aber die Gnade wird in Transportation nach Cayenne bestehen. Der Flüchtling schildert auch die Art und Weise, wie er am 3. Decbr. als Vertheidiger der Republik verhaftet, drei Monate lang mit seinem Vater und einem Freunde in einer Zelle von drei Meter im Quadrat eingeschlossen, mit der Kette am Hals über die Boulevards von Montpellier geschleppt und endlich nach Algier transportirt wurde.

Paris, den 23. Oct. Der Moniteur veröffentlicht ein Decret, wodurch ein Credit von 200,000 Fr. für die Einrichtung der Genovevenkirche (des alten Pantheons) zum kirchlichen Gebrauche ausgeworfen wird. — Der Verkauf der Orleans'schen Privatdomänen dauert ununterbrochen fort. Es vergeht fast kein Tag, wo nicht neue Verkaufsanzeigen veröffentlicht werden.

Großbritanien.

Die Allg. Ztg. theilt aus dem Examiner folgende Bruchstücke mit: Die Parodie durchläuft alle ihre Stadien in genauer Ordnung. Wir haben den 18. Brumaire gehabt, die Dictatur, das Consulat; wir werden demnächst das Kaiserthum haben, und wenn wir nicht das Lager von Boulogne bekommen, so geschieht es nur darum nicht, weil der Dampf zu Land und zu Wasser diese langsame Vorbereitung unnöthig macht, und jetzt in einer Nacht vor sich gehen kann, was damals ein langes Warten auf Gelegenheit erforderte... Nichts kann in der That besser sein, als Ludwig Napoleons Erklärungen. Elihu Burritt redet nicht zärtlicher vom Frieden; aber — diese schönen Versprechungen machen uns zittern. Hätt' er doch in Bordeaux lieber mit Krieg gedroht, dann könnten wir eher an seine Friedensliebe glauben!... Erst vor wenigen Wochen erklärte er seine Absicht, sich mit seiner jetzigen Würde und Autorität zu begnügen, falls nicht die Umtriebe der Factiosen ihn nöthigten, den Kaiserthron zu besteigen, um sie zu besiegen; — jetzt, ohne daß dieser Vorwand der Faction gegeben wäre, wie ganz anders lautet seine Sprache!... Der Zweck seiner letzten Reise, so sagte er, war, die schönen Provinzen des Südens und ihre wahren Bedürfnisse kennen zu lernen. Nun, alle diese Bedürfnisse fand er concentrirt in dem Bedürfniß einer höheren Würde für seine Person. Während er nach der Schönheit südlicher Landschaft ausschaute, sah er nichts als den Reflex seiner Verdienste in den Herzen des Volks und den Wunsch seiner Vergrößerung als identisch mit der Förderung des allgemeinen Besten. Er reiste zu einem ganz andern Zweck als weiland Orenstjerna's Sohn, nämlich um zu finden, mit wie vieler Weisheit Frankreich unter seinem Scepter regiert wird, und daß dieser belle France zu ihrem Glück weiter nichts mehr fehlt, als die Napoleonische Dynastie im kaiserlichen Purpur.... Zu allem dem könnten wir lächeln; wenn nur L. Napoleon nicht so viel vom Frieden redete! Dieses Enkomium auf den Frieden aus seinem Munde klingt uns wie ein Epitaphium. Was er sagt, ist außerordentlich gut gesagt; aber wir erinnern uns anderer schöner Worte und der Thaten die nachfolgten.... „„Der Ruhm vererbt sich, aber nicht der Krieg.““ Sehr schön! Aber ist in corsischen Familien nicht auch die Rache ein Erbstück? Und ist nicht Waterloo ein Rachevermächtniß nach diesem Erbgebrauch? „„Der Krieg ist nicht zum Vergnügen gemacht, sondern aus Nothwendigkeit.““ Wahr; aber wie mannichfaltig ist die Verwandtschaft der Nothwendigkeit! Was anders hat, Hrn. L. Napoleon zufolge, den Staatsstreich vom 2. Dec. veranlaßt, als die Nothwendigkeit? ... Für die Besitzer großer Gewalt sind auch die Vergnügungen immer etwas nothwendiges. L. Napoleon habe erst einmal einen persönlichen Beweggrund zum Krieg, und er wird sogleich eine Nothwendigkeit in ihm sehen. Wie unser englisches Parlament mit Karl I in seinem eigenen Namen Krieg führte, so haben alle Störer der Weltruhe die Gewohnheit, im Namen des Friedens Krieg anzufangen. Unter dem unaufhörlichen Kanonendonner des „Oheims“ hörte man immer die Versicherungen seiner Friedensliebe... Während der Neffe den Frieden predigt, wo sind die Thaten, die seine Worte bekräftigen? Werden französische Regimenter entlassen, französische Kriegsschiffe abgetakelt, wird die Bevölkerung mit schwerer Conscription verschont? Nein! die Armee wird in ihrer vollen Stärke aufrecht gehalten, ja sogar noch vermehrt, und auf den Werften herrscht die regste Thätigkeit. Wenn das Friedensvorbereitungen sind, so lassen sie sich jedenfalls von großartigen Kriegsrüstungen nicht unterscheiden. ... L. Napoleon hat sich mehrere vortreffliche Dinge vorgenommen, darunter die Wiederherstellung der Religion in Frankreich; unterdessen duldet aber seine Regierung Schmeicheleien, welche weiter gehen als die schlimmsten Lästerungen des Jahrs 1793. Man darf ihm sagen: „Gott sei nicht undankbar,“ „der Allmächtige habe ausgeruht als er Napoleon geschaffen;“ „er sei die fleischgewordene Vorsehung Frankreichs.“ Man duldet, daß das Gebet des Herrn zu seiner Glorification parodirt wird, und alle diese Ungeheuerlichkeiten sollen mit dem Wunsch der Religionswiederherstellung zusammengehen! Ach, die Religion wird nie schlimmer entheiligt, als wenn man sie zu einer Theaterdecoration und einem Bühneneffect herabwürdigt...."

Chronicle prophezeit lauter, als female, Krieg; Frankreich sei bis an die Zähne bewaffnet, und bald werde Louis Napoleon die Friedensmaske abwerfen; denn ein Kaiserreich innerhalb der von den Siegern bei Leipzig und Waterloo gezogenen Gränzen sei eine Karikatur, die den fabelhaften Ehrgeiz des glücklichen Abenteurers nicht befriedigen könne, am wenigsten nach einer Reihe von Erfolgen, die geeignet wären, einem bescheideneren Manne den Kopf zu verdrehen. Vorwände zum Kriege wachsen wie Brombeeren.

Amerika.

New-York, den 9. Oct. Neue Nahrung hat die Aufregung gegen die spanische Regierung auf Cuba erhalten. Der americanische Postdampfer Crescent City wurde nämlich vor dem Hafen von Havannah zurückgewiesen und war demnach gezwungen, mit Fracht, Passagieren und Brief-Felleisen nach New Orleans zurückzukehren. Als Vorwand zu dieser unerhörten Feindseligkeit diente, daß sich an Bord des Schiffes der Proviantmeister Smith befand, den die spanischen Behörden verleumderischer Correspondenzen über Cuba in americanischen Blättern beschuldigen. In New Orleans fand ein „furchtbares Zorn-Meeting“ von 10,000 Personen Statt, welche die Regierung in Washington auffordern, „augenblickliche Genugthuung für den der amerikanischen Flagge angethanen Schimpf“ zu verlangen.

Die Kartoffelkrankheit oder Fäule ist in diesem Jahre im Staate Maryland und in den angrenzenden Staaten allgemein. Einzelne Farmer haben zwei Drittel ihrer Erndte, andere dieselbe ganz eingebüßt. Besonders stark ist die Krankheit in den hochgelegenen Theilen des Landes.

Die Todesstrafe für politische Verbrechen ist in der argentinischen Republik abgeschafft, desgleichen die Staatslotterie, als die öffentliche Moral untergrabend, aufgehoben. So gehen halbwilde Gauchos „zivilisirten“ europäischen Staaten mit einem beschämenden Beispiele voran!

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue
Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 239 | den 28. October 1852.

Deutschland.

* **Die Lage von Preußen.** Wie sehr man sich auch dagegen sträubt: man muß anerkennen, daß die Lage Preußens immer mehr eine kritische wird. Die eifrigen Vertheidiger der Politik von Olmütz huldigten der Ansicht, daß Preußen nichts weiter zu thun brauche, als einfach „mit der Revolution zu brechen." Jetzt zeigt es sich aber anders. Von drei Seiten her kömmt man weiter und weiter ins Gedränge: 1) in der Zollfrage; darüber weitläufig zu reden ist überflüssig; 2) die ultramontane Partei erhebt in Preußen überall offenen Conflict gegen die Regierung; die Anstände sind mannichfacher, als sie selbst zur Zeit der Wirren mit dem vorigen Erzbischof von Köln waren, und wenn sie auch lange nicht so weit gediehen sind, wie damals, so läßt sich doch eine Beilegung nicht absehen, um so weniger, als sicherlich noch von auswärts geschürt wird; 3) beunruhigt das Streben der französischen Politik, sich mit Oesterreich — auf Unkosten Preußens — in gutes Einvernehmen und in Freundschaft zu setzen. So kann es allerdings kommen, daß, wie neulich öffentlich geäussert ward, die Ereignisse sich mächtiger erweisen können als die Absichten und Wünsche des jetzigen Preußischen Ministeriums, und daß der Staat doch wieder dahin gedrängt werden könnte, nur darin sein Heil zu suchen, daß er sich an die Spitze der „Intelligenz und der freien Richtung" stellte. Allerdings darf man aber damit nicht mehr allzuleicht durchzukommen hoffen: es ist zu viel geschehen, als daß man erwarten könnte, der alte Vertrauensdusel werde sich mit ein Paar Schlagwörtern herbeizaubern lassen. In Preußen selbst fehlt es den entschieden Freisinnigen an allem „Vertrauen." Indessen würde man sich allerdings jeder wirklichen Abschlagszahlung freuen. —

* **Der Curs der österreichischen und der französischen Staatspapiere.** Die Allg. Ztg. wundert sich über den so verschiedenen Cours der bezeichneten Papiere. Es ist allerdings auffallend: während die französischen 4½procentigen Papiere über 106 stehen, finden wir die österreichischen 4½procentigen blos zu 84¼,*) und selbst die 5procentigen nur zu 94¼ notirt. Also ein Unterschied von 21¼ Procent, — um so viel sollen die österreichischen Papiere weniger Werth sein als die französischen, und dabei ist noch nicht einmal irgend eine Rücksicht auf die Valuta genommen, an welcher noch immer beiläufig 16 Proc. verloren werden. Hält man die Finanzen Frankreichs für so überaus blühend, oder die Herrschaft Ludwig Napoleons für ganz unerschütterlich feststehend? Dies wird im Ernste Niemand behaupten. Also muß man wol die Finanzen Oesterreichs um so schlimmer stehend als jene Frankreichs, die Zukunft dieses Staats noch immer um so weniger gesichert betrachten! Es ist jedenfalls ein sehr materieller Stoff zum Nachdenken, dieser enorme Unterschied von 21¼ Proc. zwischen dem Curse der österreichischen und der französischen Papiere.

* **Speyer.** Das Verfahren der Spanier auf Cuba gegen die Nordamerikaner scheint schwere Folgen nach sich zu ziehen. Nach zwei Richtungen hin kann dasselbe bedeutungsvoll werden. Einmal kann es unmittelbar zu einer neuen Gebietsvergrößerung der Union führen; Cuba, die Perle der Antillen, wird ohnehin als reife Frucht in die Hände der Union fallen; und nur um eine Frage der Zeit wird es sich dabei handeln, und ein Vorfall, wie der eben so vieles Aufsehen in den Vereinigten Staaten erregende, mag wol die Entscheidung herbeiführen. Zum Andern aber werden die Amerikaner immer mehr daran gewöhnt, aus ihrer frühern Passivität nach Außen herauszutreten. Die überschüssigen Kräfte suchen eine andere Beschäftigung, als blos die des friedlichen Anbaus ihres Bodens. Der Mexikanische Krieg ließ schon manche Lockungen zurück. Je häufiger solche oder ähnliche Kämpfe wiederkehren, desto größer werden diese Lockungen. Und wer vermag vorauszusagen, was sich aus einem Kriege zwischen der Union und Spanien entwickeln kann? Wird Spanien dabei allein, wird nicht namentlich Frankreich ihm zur Seite stehen? Was könnte aber aus einem Kampfe zwischen Amerika und Frankreich nicht Alles hervorgehen? Von England glauben wir vorerst kaum, daß es sich, Spaniens wegen, in einen Krieg mit seinem Tochterstaat einläßt. Der Nachtheile wären zu viele; enorme Einbußen im Handel, und Länderverlust obendrein; denn um die Herrschaft Englands über Canada dürfte es sehr bald geschehen sein. — So haben wir also zu den ohnehin vorhandenen fast zahllosen Verwicklungen eine neue, möglicher Weise von der größten Folgenschwere. —

*) In Frankfurt, wo nach baarem Geld verkauft wird, sind dieselben nur zu 72¼ notirt.

Köln. Bezeichnend genug für ihre Partei, klagt die Köln. Ztg. gelegentlich des Bevorstehens neuer Landtagswahlen in Preußen: „Die meisten der reactionären Maßregeln, welche in den letzten Jahren uns überrascht und unsere Hoffnungen niedergedrückt haben, sind nicht trotz den Kammern, sondern mit den (wenn auch nur nachträglich zustimmenden) Kammern erfolgt. Gar viele dieser Maßregeln wären schwerlich erfolgt, wenn die Regierung sie ganz ohne Kammern auf eigene Verantwortung hätte übernehmen sollen, und ganz sicher wären sie nimmermehr erfolgt, wenn nur — die große „Mittelpartei" eben den Grundsätzen entsprechend gestimmt hätte, zu welchen sie in ihren Reden sich zu bekennen pflegte."

München, den 23. Octbr. In der gestrigen Sizzung des Landraths wurde von dem k. Oberceremonienmeister Grafen Yrsch ein Antrag auf Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung, Prügel oder Ruthenhiebe gestellt, demselben aber nur mit der Modification beigestimmt, daß die Züchtigung nur bei ledigen Burschen als Strafe für muthwillige Excesse und Raufereien in Anwendung kommen soll, und dieß nur nach collegialer Berathung der betreffenden Behörden solle ausgesprochen werden können. (Münchn. B.)

Karlsruhe, den 24. Oct. Unter dem Heutigen erschien die längst in Aussicht stehende Ordre des Regenten, welche den früheren Regimentsverband wieder einführt. Die Bataillone 1—4 und 6—9 bilden von nun an 4 Regimenter; die seitherigen Füsilier- oder Schützenbataillone 5 und 10 bestehen in ihrer seitherigen Eigenschaft als selbstständige Bataillone fort; ein drittes selbstständiges Bataillon bildet unter Errichtung einer weiteren Compagnie das seitherige Scharfschützencorps.

Weimar, den 24. Oct. In Folge der Entwickelung des Eisenbahnwesens hat unser Ministerium sich veranlaßt gesehen, mittelst Verordnung zu gestatten, daß bei Beförderung von Schnell- und Extrazügen die Fahrgeschwindigkeit bis auf 5 Minuten für die Meile gesteigert werde.

Neustrelitz, den 20. Oct. Der heute ausgegebene „offiz. Anz." enthält eine „erneuerte Verordnung, betr. das verbotene Wandern der diesseitigen Handwerksgesellen nach der Schweiz.

Köln, den 25. Oct. Bei den heute stattgehabten Urwahlen haben in unserer Stadt von etwa 19,000 Wahlberechtigten nicht ganz 2500 wirklich abgestimmt, also blos ein Achtel!

Berlin, den 23. Oct. Ueber die an Sonntagen zu haltenden Gesangsfeste spricht sich eine Verfügung des Ministers des Innern also aus: „Die Erfahrung hat gezeigt, daß die hin und wieder stattfindenden Gesangsfeste in der Weise, wie sie gegenwärtig abgehalten zu werden pflegen, wenn sie auf kirchliche Festtage und auf Sonntage fallen, nicht dazu dienen, die Feier dieser Tage zu erhöhen, sondern in diese Feier vielmehr ein fremdartiges und störendes Element hineintragen. Die königlichen Regierungen veranlasse ich daher, dafür Sorge zu tragen, daß die Abhaltung von dergleichen Gesangsfesten nur unter solchen Beschränkungen gestattet werde, daß die kirchliche Fest- und Sonntagsfeier dadurch keine Beeinträchtigung erleidet."

Heute ist Frhr. v. Hilgers, Landrath a. D., während der verflossenen Kammersession Abgeordneter für den Kreis Altenkirchen, polizeilich von Berlin ausgewiesen worden.

Der „N. Pr. Z." zufolge sind der Hauptmann von Bonin und der geh. Rath v. Bethmann-Hollweg als Deputirte des Kirchentages ebenfalls nach Florenz abgereist, um dort im „Namen der ganzen evangelischen Kirche in Europa" für das Madiaische Ehepaar zu bitten.

Belgien.

Brüssel, den 25. Oct. Die gesetzgebenden Kammern treten morgen nach einer einmonatlichen Vertagung wieder zusammen, ohne daß die ministerielle Krisis um einen Schritt vorangerückt ist.

Niederlande.

Man schildert den Finanzzustand als blühend. Dessen ungeachtet stellt sich heraus, daß von den 70 Millionen Staatsbedarf 36 Mill., also über die Hälfte, blos zur Verzinsung der Staatsschuld erforderlich sind; und ferner, daß die Staatseinnahmen in den Niederlanden selbst nicht über 57 Mill. gesteigert werden können, und der ganze Rest durch die Colonien aufgebracht werden muß.

Italien.

* **Piemont**. Das Project einer Eisenbahn, welche mittelst eines Tunnels im Mont Cenis Frankreich mit Italien verbinden soll, stößt auf bedeutende Schwierigkeiten von Seiten der französischen Regierung, welche damit nicht einverstanden ist, daß die Eisenbahn über Genf gehen soll, und daß Piemont im Besitze des Verbindungspasses bleibe. Man sucht nun einen andern Weg durch die Alpenthäler.

Turin, den 19. Oct. Ministerwechselgerüchte erneuern sich lebhafter als jemals. Man vermuthet, im Falle ein Cabinet mit d'Azeglio und Revel gebildet werden sollte, daß das Ehegesetz zurückgezogen und ein strenges Preßgesetz eingeführt, gleichzeitig aber auch die Armee reducirt werden würde.

Nizza, den 16. Oct. Dem Hauptredacteur (einem Franzosen) des gemäßigt radicalen und nicht unbedeutenden hiesigen Localblattes „l'Avenir de Nice" kam vorgestern par décision ministérielle eine Ordre d'expulsion immédiate des Etats Sardes zu. L'Avenir de Nice, welches dennoch fort erscheint, vergißt sich so weit diesen Ausweis degret de bassesse et de honte de la politique Aziglio-Pernati zu nennen. Das vor einigen Wochen eingegangene socialistische Blatt „l'Echo du Peuple" erscheint wieder. Der vom Municipalrath von Alessandria gefaßte Beschluß, von den Kammern die Einziehung der geistlichen Güter, sowie Aufhebung der Klöster, Verminderung der Zahl der Bischöfe und der Priester zu verlangen, findet auch unter dem größten Theil der hiesigen Bevölkerung nicht unbedeutenden Anklang, und vom hiesigen radicalen Municipalrath soll eine gleiche Petition an das Parlament gebracht werden. Wie Sie bereits wissen, sind Mondovi und Asti dem Beispiel Alessandria's gefolgt. Der Kampf der klerikalen mit den Oppositions-Blättern wird mit jedem Tage leidenschaftlicher.

Rom, den 16. Oct. Die im letzten geheimen Consistorium (27. Sept.) vom Papst gehaltene Allocution ist jetzt veröffentlicht. Sie beginnt mit schweren Vorwürfen und bittern Klagen gegen die von der Regierung Neu-Granada's begangenen Verletzungen der Rechte der katholischen Kirche. Dabei kann man die mittelbare Anwendung des Gesagten auf Piemont ziemlich deutlich zwischen den Zeilen lesen. Se. Heil. zeigt den Cardinälen an, daß seit Mai v. J. durch Gesetz die Jesuiten aus Neu-Granada vertrieben, und jedem geistlichen Orden mit passivem Gehorsam der dortige Aufenthalt untersagt worden sei. Es sei durch dasselbe Gesetz jede geistliche Gerichtsbarkeit abgeschafft, selbst die Bischöfe sollen künftig vor weltlichen Tribunalen stehen. Die Ernennung der Pfarrer sei vom Präsidenten dem Cabildo parroquial übergeben, die Bestimmung des Einkommens der Geistlichen von seinem Gutachten abhängig gemacht, alle geistlichen Sporteln seien abgeschafft, die Domherrenpräbenden seien nur mit Zustimmung der Diöcesankirchenräthe zu ertheilen, die Ablösung von kirchlichen Zehnten sei verordnet, vollkommene Lehr- und Glaubensfreiheit decretirt. Der Erzbischof von Santa-Fé di Bogotà, Msgr. J. de Monsquera, der sich alle dem muthig widersetzt, habe deßhalb mehrere Monate im Gefängniß schmachten müssen, worauf er exilirt worden. Aehnliches widerfuhr dem Bischof von Cartagena und dem Diöcesanvicar von Santa Marta, dem Bischof von Neu-Pamplona. Alle beim Präsidenten Neu-Granada's deßhalb erhobenen Klagen des hl. Stuhles seien bisher unbeachtet geblieben. Der Papst erklärt deßhalb in seiner apostolischen Machtvollkommenheit alle jene antikirchlichen Verordnungen für nichtig.

Frankreich.

† **Paris**, den 24. Oct. Ein im heutigen Moniteur erschienenes Decret verbietet allen Besitzern von Concessionen zur Ausbeutung von Minen, sich mit anderen Minenbesitzern zu einem gemeinschaftlichen Zwecke zu associren (!) und es werden nicht nur alle derartigen, ohne Zustimmung der Regierung eingegangenen Contracte für nichtig erklärt (!), sondern es sollen auch alle betr. Concessionen zurückgenommen werden (!). In dem Decrete wird angedeutet, daß die Klagen der durch solche Vereinigungen beeinträchtigten Industriellen diese Maßregel hervorgerufen haben. — Der Moniteur enthält einen Bericht über den begonnenen Krappanbau in Algier. Das gewonnene Product übertrifft hinsichtlich der Ausgiebigkeit des Farbstoffes alle inländischen Erzeugniße und bei der starken Consumtion dieses Artikels verspricht diese Cultur eine reiche Ausbeute. — Es ist schon seit längerer Zeit bekannt worden, daß das 15. Jäger- und das 9. Husarenregiment aufgelöst sind. Die Absicht der Regierung geht dahin, die Anzahl der Jägerregimenter auf 12 und der Husarenregimenter auf 8 zu reduciren. Die aufgelösten Regimenter sollen in Regimenter der Guides verwandelt werden, welche als eine Art von Garde zur Disposition des künftigen Kaisers bleiben sollen. — Der Cardinal Bonald, Erzbischof von Lyon, wird zum Groß-Almosenier des Kaiserreiches ernannt werden.

Die von dem Journal de Francfort gebrachte Nachricht, daß die nordischen Mächte wol den Kaiser, aber nicht Napoleon III. anerkennen wollen, hat großen Unmuth im Elysée erregt. Man stützt sich dort auf das von Ludwig dem XVIII. gegebene Beispiel, der die Regierung Napoleons nicht anerkannte und bei seinem Regierungsantritte sich stellte, als habe er bereits seit 21 Jahren regiert. Die nordischen Mächte wollen, wie es scheint, Louis Napoleon nicht als den Erben des Kaisers, son-

dern ganz einfach als einen zufälligen Kaiser anerkennen, wie sie dies auch mit dem Prinzpräsidenten am 2. Dec. gethan haben. Der russische Hof soll, wie man versichert, die Parole zu dieser Auslegung des jetzigen Systems gegeben haben. Die schnelle Abreise Castelbajac's nach Petersburg steht im engsten Zusammenhange mit dieser Angelegenheit.

† **Paris**, den 25. Oct. Der „Moniteur" erklärt die Nachricht für unwahr, daß der Prinz eine Reise nach den nördlichen Departementen unternehmen wolle. — Im „Constitutionnel" bringt Dr. Veron einen Artikel, in welchem Lamartine mit Lob überschüttet wird. Es scheint, daß man denselben für den Bonapartismus zu gewinnen sucht. Auffallend ist nur dieses, daß Veron die Manifestationen der Masse von 1848 so verächtlich behandelt, während die Manifestationen der Masse von 1852 als „Gottesstimme" gelten. — Man hat keine Vorstellung davon, welche Fluth von Bittschriften um Anstellungen in dem Hofstaate des zukünftigen Kaiserreiches alle Tage in St. Cloud ankommt, und man würde sich noch mehr wundern, wenn man alle Motive und Verdienste, welche die Bittsteller zu ihren Gunsten anführen, prüfen könnte. Es scheint, daß es nie andere Bewohner, als enthusiastische Bonapartisten in Frankreich gab. Es wird von manchen Seiten behauptet, daß Louis Napoleon über alle die zu Myriaden herangewachsenen Andringlinge geringschätzend urtheilt. Ist es ihm zu verdenken? — In Lisieux hat der Maire folgende Aufforderung anschlagen lassen: „Meine Herren! Ich habe vom Hrn. Präfecten ein Modell für eine Bittschrift erhalten, welche mit Ihren Unterschriften versehen, an die Herren Senatoren adressirt werden soll, die die Wiederherstellung des Kaiserreiches zur allgemeinen Abstimmung bringen sollen." Hierauf folgt die Abschrift des Modells. Es gibt doch nichts Compromittirenderes als ungeschickte Freunde! — In Languedoc ist eine geheime, ziemlich bedeutende Pulverfabrik, den Gebrüdern Barien gehörend, entdeckt worden. Die Chefs, sowie sämmtliche Arbeiter, sind verhaftet. — Die deportirten Sträflinge nach Cayenne haben den 15. August mit einem sollenen Feste gefeiert, sie ernannten eine Deputation unter sich, welche den Gouverneur beglückwünschte, am selben Tage wurden ihnen die Ketten abgenommen, später sollen sie auch die Züchtlingskleidung ablegen. Das Journal des Debats ist über diese außerordentliche Milde des dortigen Gouverneurs sehr scandalisirt, und kann es nicht begreifen, wie man den Züchtlingen erlauben konnte, am Abend desselben Tages eine theatralische Vorstellung zu geben.

In Algier hat sich ein mehrere Minuten anhaltendes leichtes Erdbeben bemerkbar gemacht.

Nach belgischen Blättern soll es sich bestätigen, daß im 43. Linienregiment eine Verschwörung entdeckt worden, die beim Einzug des Prinzpräsidenten in Paris ausbrechen sollte. Eine ziemliche Anzahl Soldaten und selbst Officiere seien deswegen verhaftet. Ueber die Untersuchung selbst herrsche das größte Geheimniß.

Das Policeigericht verurtheilte einen Exministerialbeamten wegen Verbreitung der Flugschrift Victor Hugo's und ähnlicher Schriften zu 1 Jahr Gefängniß und 500 Fr. Geldstrafe; 3 Mitangeklagte wurden freigesprochen.

In einem Orte der Obermarne fand sich, als neulich der Gemeinderath gewählt werden sollte, kein einziger Wähler ein.

Spanien.

* **Madrid**, den 20. Oct. Der Bau der Nordbahn soll aufgeschoben werden, aus Furcht vor einer Geldkrisis.

Aus ganz sicherer Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß ein geheimer Vertrag mit Frankreich abgeschlossen ist, wonach diese Macht sich verpflichtet, Spanien im Besitze der Insel Cuba zu schützen. Alle in den Gewässern Amerika's sich befindenden französischen Schiffe sind angewiesen, sich den Befehlen des Generalcapitäns von Cuba zu unterwerfen, wenn er ihrer Hülfe bedarf. Drei französische Kriegsschiffe sind schon seit einiger Zeit in den Häfen Cubas. Auch unser dortiges Geschwader, das bisher nur aus drei Schiffen bestand, wird durch ein neues Linienschiff von 86 Kanonen, das am 16. d. in Cadix vom Stapel gelassen wurde und den Namen St. Eduard erhielt, vermehrt werden. (K. Z.)

Großbritanien.

London, den 23. Oct. Roberts, der jetzige Präsident der freien Negerrepublik Liberia, der sich einige Zeit hier aufgehalten hatte, wird sich zu Anfang kommender Woche nach Monrovia, an der afrikanischen Küste, einschiffen.

— den 25. Oct. Die New-Yorker Post vom 13. ds. ist heute hier eingetroffen. Sie meldet, daß dort große Aufregung herrsche, weil der Generalcapitän von Havanna die Ausschiffung der Depeschen und Passagiere des Paketschiffes „Crescent City" verhindert. Es wurden in New-York verschiedene Meetings abgehalten, um die amerikanische Regierung anzuspornen, Genugthuung dafür zu fordern. Zwei amerikanische Kriegsschiffe sind nach Cuba bestimmt. Mehrere französische Kriegsschiffe liegen vor Havanna. — Die Preise der Baumwolle sind besser, die des Mehls sind gefallen.

Dänemark.

Kopenhagen, den 22. Oct. In der gestrigen Sitzung des Volksthings fand unter Anderm die erste Berathung über den, die Verlegung der Zolllinie an die Elbe betreffenden Gesetzentwurf statt. Hage sprach sich gegen den Gesetzentwurf aus; noch heftiger Rothe, der die Eidergränze noch für einige Jahre, bis die Verhältnisse sich consolidirt haben würden, beibehalten wissen wollte. Der Finanzminister vertheidigte mit eben so großem Eifer den Gesetzentwurf und sagte unter Anderm: es seien Zweifel erhoben worden, ob die holsteinischen und schleswigschen Stände auch dieses Gesetz billigen würden, wenn der Reichstag sich für dasselbe erklärt habe; er gäbe nun die Erklärung ab, daß das Ministerium das Gesetz, sobald es vom Reichstage angenommen worden, dem Könige zur Sanction vorlegen werde, ohne sich an die Einwendungen zu kehren, die von den berathenden Ständen kommen mögen. — Da sich noch mehrere Redner gemeldet hatten, so wurde die Debatte auf heute vertagt.

Miscellen.

Eine Frau aus den gebildeten Ständen zu Ohlau hat sich am 18. Oct. wahrscheinlich in einem Anfalle von Geisteszerrüttung, mit ihren zwei Kindern, die sie vorher mittels eines Shawls an sich gebunden hatte, in die Oder gestürzt.

Im zoologischen Garten in Regents Park in London ereignete sich dieser Tage ein trauriger Vorfall. Gosting, der Wärter der Schlangen, brachte denselben ihr Futter. Aus Uebermuth nahm er eine der giftigsten Schlangen, eine schöne fünf Fuß lange Cobra di capello, aus ihrem Behälter und ließ dieselbe sich um seinen Hals winden. Das giftige Thier biß ihn ins Gesicht. Die Wunde blutete stark. Der Wärter, welcher sein Schicksal kannte, brachte die Schlange in ihren Kasten und ließ den Director des Gartens rufen, der ihn sogleich nach dem Spital der Gower Straße bringen ließ. Nach einer Stunde war der Gebissene des Todes Opfer. Er schien gar nicht zu leiden, das Gift wirkte narkotisch und so starb er in einer Art Lethargie.

Kein General, der siegreich aus einer Schlacht zurückkehrt, kann größere Triumphe feiern, als Jose Redondo, genannt „El Chiclanero", der größte jetzt lebende spanische Matador (Stiertödter). Zieht er mit seiner Bande (Cuadrilla) in irgend einen Ort ein, so strömt ihm die ganze Bevölkerung entgegen.

Vor sechszig Jahren empörten sich die Matrosen eines englischen Kriegsschiffes, Bounty, geführt von Admiral Bligh, und ließen sich auf der kleinen Insel Pitcairn im stillen Meere nieder, wo sie jetzt, bis auf 88 Mann

herabgekommen, mit drei Tahiterinnen lebten. Die ganze Insel, die vier Meilen im Umfange hat, ist wohl angebaut und könnte 500 Menschen nähren. Die Bewohner leben in vollkommenster Gemeinschaft der Güter, haben kein Geld (der ganze Metall-Reichthum der Insel beträgt 18 Dollars), und kennen keine Spirituosen. Sie leben von Cocusnüssen und Erdäpfeln. Einmal die Woche wird Fisch oder Fleisch gegessen. Quellen hat die Insel nicht, die Bewohner müssen das Regenwasser in Cisternen sammeln und aufbewahren. Einmal jährlich wird die zufällig entdeckte Insel von einem englischen Kriegsschiffe besucht. Werden Schiffbrüchige nach der Insel verschlagen, so behält man sie so lange da, bis ein Wallfischfänger in Sicht kommt. Die Bewohner der Insel Pitcairn haben jetzt einen der Ihrigen als Abgesandten nach London geschickt, um zu erwirken, daß etwas für den Unterricht auf der Insel geschehe und dieselbe öfter von Schiffen besucht werde. Ein Theil der Bevölkerung wünscht nach der 1000 engl. Meilen entfernten Insel Norfolk überzusiedeln. Die Pitcairner sprechen rein englisch und befolgen streng den anglicanischen Cultus. Ein Zufall ward der Entdecker der Flüchtlinge, welche die englische Marine Jahre lang gesucht. Bei einem Sturme wurde ein englisches Schiff an die Küste der Insel geworfen, und wie staunten die Schiffbrüchigen, als ihnen im reinsten Englisch zugerufen wurde: „Werft uns ein Tau zu!"

In England werden wenige Frauen mehr von Herzen geliebt, als eine Frau Chisholm, welche man die Vorsehung der Auswanderer nennt. Sie ist die Tochter eines Pachters und spielte merkwürdiger Weise schon als Kind nichts lieber als „Auswandern." Als sie die Frau eines Capitäns geworden und mit ihrem Manne nach Ostindien gekommen war, gründete sie Industrieschulen und unterrichtete die Kinder und auch Waisen des Regiments ihres Mannes. Später begleitete sie diesen nach Australien, und hier wurden namentlich die Deportirten ihre Kinder. Sie hat viele Hunderte ehemaliger Verbrecher wieder zu braven Menschen gemacht, und es währte nicht lange, so fand jeder Deportirte Unterkunft, sobald er eine Empfehlung von der Frau Chisholm besaß. Jetzt ist sie wieder in England und leitet von da aus in ihrem Sinne die Auswanderung, namentlich von Mädchen, und die, welche durch sie nach Australien geschickt werden, finden überall freudige Aufnahme. Die australischen Ansiedler wenden sich zu Hunderten brieflich an Mrß. Chisholm mit der Bitte, ihnen „eine Frau" auszusuchen und zu schicken. Und Keiner bittet vergebens. Sie steht früh auf, geht in den Häusern umher und sucht die Mädchen besonders beim Aufstehen und Ankleiden zu überraschen; „denn," sagt sie, „in der Morgenstunde kann man den Character und die Stimmung eines Weibes am besten erkennen." Sie will die Bemerkung gemacht haben, daß viele nicht blos mit Kleidungsstücken sich herausputzen, sondern auch Freundlichkeit u. dgl. für den Tag über „anziehen." Die Lebensbeschreibung der Mrß. Chisholm ist vor Kurzem in einem ziemlich dicken Buche erschienen.

Das österreichische Handelsministerium hat dem Dr. Alessandro Altoldi in Mantua auf die Erfindung eines Notenpultes, wobei man die aufgelegten Notenblätter mittels eines Fußtrittes, ohne Beihülfe der Hände, umwendet, ein Privilegium ertheilt.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1282] **Anzeige und Empfehlung.**

Unterzeichneter bringt hiermit zur Anzeige, daß sein Lampenlager für diesen Winter in allen Gattungen in den elegantesten Formen nun aufs vollkommenste assortirt ist, sowohl in Oel- als Camphin-Lampen; ganz besonders mache ich auf eine schöne Auswahl in Pariser Moderateur-Lampen aufmerksam. Hiebei ist zu bemerken, daß sämmtliche Lampen äußerst billig, zu festen Preisen und mit Garantie abgegeben werden.

Landau, den 25. October 1852.

L. A. Durand, Marktstraße.

[1283[7]] **Zu verkaufen.**

In einer der der größeren Städte der vordern Pfalz ist ein Spezerei-Geschäft wegen Wohnsitzveränderung zu verkaufen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1277[2]] **Empfehlung.**

Zu der Wintersaison empfehle ich mein **Putzgeschäft** mit allen dahin einschlagenden Artikeln unter Zusicherung reeller Bedienung.

Mannheim, D. 2 Nro. 2. E. Heckel.

☞ Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleistet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreisung sein wird, mit der Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft.

Königl. bayerisch und königl. würtembergisch concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geschwollene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken- und Kopfschmerzen, auch Seitenstechen.

Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen und königl. würtembergischen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchst preislichen Ministerien in Baiern und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ „ 30 kr.

Aerztliches Zeugniß.

Die Gichtleinwand, welche Hr. Kaufmann Ott von hier zum Verkauf durch das Handlungshaus Emil May von Stuttgart nun in Often erhalten hat, hat bereits nach vorheriger Untersuchung der Medicinal-Collegien zugleich durch das Ministerium vom 28. May 1850 für deren Verkauf die erforderliche Erlaubniß erhalten. Und so wird denn auch pflichtgemäß nach genommener Einsicht dieses Gegenstandes bezeugt, daß auch von Seite des K. P. Nürnberg bezüglich des Verkaufs um so weniger irgend etwas entgegen stehe, als das Mittel bei gichtisch rheumatischen Beschwerden nur nützlich sein kann.

Nürnberg, 11. November 1851.

Dr. Solbrig, K. Gerichts-Arzt.

☞ Diese Gichtleinwand ist in Speyer einzig und allein zu bekommen in der Handlung von **Louis Cron**, und in Kirchheimbolanden bei Buchhändler **Ruff**. [1270]

[1265[4]] **Bekanntmachung.**

Vom 15. dieses Monats an fahren die Omnibus von Heidelberg nach Heilbronn wie folgt, nemlich:

Der erste: Morgens 10½ Uhr, trifft Abends 5 Uhr in Heilbronn ein zum Anschluß des letzten nach Stuttgart abgehenden Eisenbahnzuges.

Der zweite: Nachmittags 3½ Uhr.

Der dritte und letzte: Abends 8 Uhr mit Influenz nach Ulm und Friedrichshafen.

Die Morgens 10½ Uhr und Abends 8 Uhr von hier abfahrenden Omnibus influiren zugleich mit den von Heilbronn nach Nördlingen fahrenden Omnibus.

Die Abfahrt findet in Heidelberg im Ritter statt.

Heidelberg, den 8. October 1852.

Die Omnibus-Kutschergesellschaft.

In deren Namen:

Fr. Hormuth sen. zum Ritter.

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro. 259.) den 28. October 1852.

Miscellen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

Der Posener Erzbischof ist bei dem Mahl, welches Hr. v. Puttkammer den Ständen gab, obgleich er eingeladen war und zugesagt hatte, nicht erschienen, und hat zu dem Mahle, welches er selbst einen Tag später den Ständen gab, den Oberpräsidenten nicht eingeladen. — Die Zeitungen sprechen von dieser „Demonstration" mit einer Wichtigkeit als wäre sie eine **grobe Sünde;** wir dagegen finden in dieser Rücksichtslosigkeit nichts als höchstens eine **Cardinal-Tugend.**

Die Französische Regierung hat dem gefangenen Abdel Kader die Freiheit zurückgegeben, nachdem derselbe seine Unterwerfung auf den Koran beschworen. — Es ist ein erfreuliches Zeichen der Zeit, daß in Frankreich doch noch ein **Eid** auf den **Koran** Treue und Glauben zu finden erwarten darf.

Nach einem Befehle des Russischen Cultusministerii sollen in den Städten des Königreichs Polen die Schülerinnen der Privatanstalten vom 1. Januar ab gleichförmige Kleidung nach Schnitt und Farbe, in Blau, Grün oder Grau, tragen. — Zum Nachfolger des jetzigen Cultusministers in Rußland erlauben wir uns den verstorbenen Angely ergebenst vorzuschlagen, welcher durch seine Posse „Die sieben Mädchen in Uniform" den Ruhm, die erste Idee zu der gegenwärtig beliebten Maßregel der Russischen Regierung angeregt und dadurch um das Wohl des Czarenreiches sich verdient gemacht zu haben, mit Recht für sich in Anspruch nehmen dürfte.

Ueber eine neu entstandene Insel wird in den W.-F.-Bl. aus Eutin berichtet: „Am Morgen nach dem Orkane fand der Fischer aus Cleweez im Beblersee eine Insel von 100 Fuß Länge und 70 Fuß Breite an einer Stelle aufgetaucht, wo der See bisher 12 Fuß tief Wasser hatte. Die neu entstandene Insel besteht aus Torfgrund, hat Risse und soll das Ansehen haben, als wenn ein gegohrener Teig in die Höhe gegangen ist. Schon im Jahre 1804 war an derselben Stelle im Beblersee eine ähnliche Insel aufgetaucht. Im Jahre 1805 sank dieselbe wieder zu Boden. Au 12 Fuß Wasser haben die Fischer nachher an der Stelle gefunden, bis der jetzige Fischer die Insel wieder findet, wie sie ihm von seinem Großvater beschrieben worden war."

Die Ausfuhr des Goldes aus Californien vom Jahre 1848 bis September dieses Jahres beträgt 43 Millionen Pfund Sterling, davon sind nach England für 3,505,395 Pf. eingeführt worden. Die gesammte Goldausbeute Australiens beträgt 4,800,000 Pf., wovon nach England Barren für 2,748,000 Pf. gekommen sind.

Am 14. Oct. wurde vom hamburger Dampfboot Elbe der Rumpf eines entmasteten und von der Mannschaft verlassenen Schiffes aus See gebracht und auf den Geestemünder Strand gesetzt. Zwei Fischverführer aus Finkenwerder, hamburgischen Gebiets, hatten das Schiff am 12. zwischen Wangerog und Helgoland in See treibend, von der Mannschaft verlassen und voll Wasser getroffen, ihre Ever vorgespannt und waren so bis zum äußersten Leuchtschiffe der Weser gekommen. Am 13. traf sie dort das Dampfschiff Elbe. Die von demselben angebotene Hülfe wurde angenommen, nachdem man über die Vertheilung des Bergelohnes übereingekommen war. Die vorgefundenen Papiere ergaben, daß das Schiff der unter dänischer Flagge fahrende Schooner Oline, Capitän Hoffmann aus Aalborg, ist, daß es von St. Thomas nach Hamburg bestimmt war, und daß die Ladung aus Tabak, Kaffee und Stückgütern bestand. Die Mannschaft des Schiffes ist wahrscheinlich ertrunken; die Stürme im Anfange dieses Monats waren so heftig, daß sich das Boot in See nicht wird haben halten können. Das Deck des Schooners war so rasirt, daß es rein unmöglich gewesen wäre, sich auf demselben gegen die Wellen zu halten.

Liebigs Ansichten über Zuckerzusätze zum Weinmost. Dieser größte Chemiker des Jahrhunderts äußert sich über diese Lebensfrage des deutschen Weinbaues wie folgt: Der Herbst des Jahrs 1848 hat vielen Weinproducenten Veranlassung dargeboten sich zu überzeugen, in welch hohem Grad der Wein zu ihrem und zum Vortheil der Weinconsumenten verbessert wird, wenn man dem Most vor der Gährung 6 bis 10 Proc. (dem Gewichte nach) reinen Zucker zusetzt, wenn man also dem Safte den mangelnden Hauptbestandtheil gibt, den eine kräftigere Sonne unzweifelhaft in größerer Menge erzeugt haben würde. Ich fühle ganz — fährt Liebig fort — wie verfänglich es ist, den Weinproducenten gegenüber, den Zuckerzusatz zum Most zu empfehlen, aber nicht alle Chemiker allein, auch alle diejenigen, welche sich nicht abhalten ließen vergleichende Versuche zu machen, sind darüber vollkommen einverstanden, daß der Zucker in schlechten Jahrgängen, der Theorie und Praxis nach, das einzige Mittel ist, um einen trinkbaren Wein aus dem Most zu erzielen, der ohne denselben (ohne Zuckerzusatz) keinen genießbaren Wein geliefert haben würde. Was die meisten Weinbergbesitzer hauptsächlich zu Gegnern dieser wahren Verbesserung macht, ist die Besorgniß, daß durch den Zuckerzusatz der Werth der guten und schlechten Weinbergslagen ausgeglichen werde; daß aber, mit Zuhülfenahme dieses Mittels, aus schlechten Lagen dieselben Weine erzielt werden könnten wie aus guten oder den besten, ist völlig unbegründet. Wenn zwei Weinberge in guten Jahren Weine von ungleicher Qualität produciren, so wird der Unterschied derselbe bleiben, wenn in einem schlechten Jahr dem in beiden gewonnenen Moste eine gleiche Quantität Zucker gegeben wird. Die bessere Lage wird in diesem Fall stets einen bessern Wein liefern. Der Grund hievon ist jedem einleuchtend, der in Betracht zieht, daß der (aus dem Zucker entstehende) Weingeistgehalt allein für die Qualität der Weine nicht entscheidend ist, sondern diese außerdem durch den vereinigten Einfluß der Lage, des Bodens der Traubensorten, der Bauart u. s. w. bedingt ist. Wäre der Weingeistgehalt ein Maß für den Werth der Weine, so müßten der Scharlachberger und viele Pfälzerweine den meisten Rheingauer Weinen vorangestellt werden, was doch bekanntlich nicht der Fall ist. Der Alkohol (Weingeist) ist ein Factor der Werthbestimmung, aber nicht der einzige entscheidende Factor. Ich bin — so schließt Liebig sein Urtheil über Zuckerzusätze zum Most — ich bin vollkommen des Widerspruchs der meisten Weinproducenten gewärtig, aber auch ebenso überzeugt, daß in einem Menschenalter in schlechten Jahrgängen diese Verbesserung längs des ganzen Rheines ganz allgemein im Gebrauch sein wird, und daß unsere Nachkommen über die Bedenklichkeiten und

Einwürfe ihrer Vorfahren nur lächeln werden. Die Natur erzeugt keinen Wein, es ist immer der Mensch der ihn fabricirt, der, durch die künstlichen Mittel der sogenannten Veredlung, die Naturkräfte nach seinen Zwecken lenkt und wirken läßt.

Ein morgenländischer Kaufmann. Andree erzählte kürzlich in der Allgemeinen Zeitung von einem großartigen Kaufmann in Bombay. Das Volk der Parsen, in welchem er große Kriegshelden und Dichter vermißt, hat, sagt er, wenigstens Einen in seiner Art wahrhaft großen und großartigen Mann hervorgebracht, den Sir Dschemsitschi Dschischibhoy. Man stoße sich nicht an dem barbarisch klingenden Namen. Dschischibhoy wurde 1783 zu Bombay als Sohn eines armen Parsen geboren, der sich seinen Lebensunterhalt durch Aufkauf und Verkauf alter Flaschen erwarb. Der Sohn zeichnete sich schon als Knabe durch unermüdlichen Fleiß und so große Umsicht aus, daß der reiche Kaufmann Fremdschi Nassirwandschi den 18jährigen Jüngling als Theilhaber in sein Geschäft und zum Schwiegersohn nahm. Er machte viele glückliche Speculationen, unternahm einige erfolgreiche Reisen nach China, und trieb eine sehr ausgedehnte Rhederei.

Nachdem Dschischibhoy 20 Jahre lang dem Handel obgelegen, war er einer der reichsten Männer in Indien, und von da ab ein Wohlthäter seiner Nebenmenschen, wie der Orient keinen zweiten gesehen hat. Er kennt nur Eine Leidenschaft, den Menschen Gutes zu thun, und dabei jeden Prunk zu vermeiden. Eines Tags, im Jahr 1826, bezahlte er die Gläubiger aller derjenigen, welche wegen kleiner Schulden zu Bombay in Haft saßen. Er verausgabte binnen 18 Jahren für Stiftungen nicht weniger als 608,000 Rupien, und vielleicht eben so viel an milden Gaben, deren Betrag sich ihm nicht nachrechnen läßt. Für parsische Tempel steuerte er 170,000 Rupien (1 R. = 1 fl. 12 kr.); für den Bau eines Hauses, in welchem Schiedsgerichte für seine Glaubensgenossen abgehalten werden, 50,000 Rupien; den durch Brandschaden Heimgesuchten zu Surate schickte er 35,000 Rupien; an das Pindschrapole oder Spital für kranke Thiere gab er 65,000 Rupien; 30,000 Rupien gab er nach und nach an verschiedene Leute, welche wegen Mein und Dein Prozesse führen wollten, die der Menschenfreund, der gern vermittelt und ausgleicht, zu vermeiden wünschte; 40,000 Rupien erhielten nach und nach achtbare Personen ohne Unterschied der Religion, welche nicht durch ihre Schuld in Verlegenheit gerathen waren; für würdige Ausstattung von Todtenäckern gab er 300,000, für Anlage von Brunnen und Fassung von Quellen 15,000, für eine Herberge, in welcher jeder Fremdling unentgeltlich ein Obdach findet, 20,000 Rupien.

Das alles ist aber nur ein geringer Theil des Guten, welches der Heide Dschischibhoy gestiftet. Er ist ein Kaufmann von strengster Redlichkeit; durch ganz Ostindien ist sein Name auch von allen Europäern hochgeachtet; im Verkehr ist er, durchaus einfach, schlicht und unendlich anspruchslos, er der uneigennützige Wohlthäter so vieler Tausende von Menschen. Es rechtfertigt sich vollkommen, daß er seinen Parsen ein besonderes Wohlwollen zuwendet, aber seine Wohlthätigkeit träufelt wie ein erquickender Regen auf die Bekenner jeglicher Religion herab; ihm genügt es, daß Jemand redlich und unverschuldet in Mißgeschick gerathen sei. Der Parsikaufmann wird von den Directoren der ostindischen Kompagnie hochgeehrt; auf ihren Antrag und Wunsch verlieh Königin Victoria diesem Feueranbeter die Ritterwürde; er ist der erste Eingeborne Indiens, der das englische Sir vor seinem Namen führt. Und in der ganzen weiten Christenheit und Judenschaft kann es keinen würdigeren Baron geben. Dschischibhoy's Bestallung zum Ritter fand im Mai 1842 zu Parell, der Residenz des Gouverneurs von Bombay, unter großen Feierlichkeiten statt. Massen von Parsen, Hindu's, Mohamedanern und Europäern hatten sich zu dem seltenen Schauspiel herbeigedrängt, und seine Glaubensgenossen stifteten an jenem Tag eine Anstalt, deren Zweck dahin geht: gute, lehrreiche Bücher aus europäischen und morgenländischen Sprachen in das Guzerati zu übersetzen, das längst zur Muttersprache der Parsen an der Westküste Indiens geworden ist. An jenem Tag wurde dem Gefeierten im Namen von 932 Parsiunterzeichnern eine in englischer Sprache abgefaßte Adresse überreicht, in welcher des Mannes Redlichkeit, Fleiß und wohlthätiger Sinn hervorgehoben wurde; man habe sich bei Stiftung jener Anstalt in seinen Geist zu versetzen geglaubt, und hoffe in seinem Sinne gehandelt zu haben. Dschischibhoy dankte, gleichfalls in englischer Sprache, in einer ganz vortrefflichen Rede, die von einem Hauch wahrhaftiger Humanität durchzogen ist. — —

Seitdem hat Sir Dschemsitschi Dschischibhoy sich an Werken der Mildthätigkeit und Güte gleichsam selbst überboten. Im Januar 1843 wurde der Grundstein zu einem von ihm gestifteten Krankenhaus gelegt; seit Jahren ist das in gothischem Styl gebaute Spital vollendet; es nimmt 300 Kranke auf. Er gab dazu 170,000 Rupien. Und gerade damals war der Parsikaufmann, der schon nahe an zwei Millionen Rupien so großmüthig verausgabt hatte, damit beschäftigt, zwei andere großartige Werke auszuführen.

Bombay erhebt sich auf einer der vielen Inseln, welche an der Küste von Malabar liegen. Das Eiland ist etwa 7 englische Meilen lang, 3 Meilen breit und gewährt einen reizenden Anblick; die dem Lande zugekehrte Küste wird von Kokosbäumen beschattet und von dem Wasser einer ruhigen Bucht bespült, während das dem Ocean zugewandte Ufer steil abfällt. Aber der Boden ist dürr und unfruchtbar, und die dichtgedrängte Bevölkerung muß ihre Lebensmittel von Salsette und dem Festland beziehen. Der Hauptverkehrsweg, welcher durch Salsette führt, war von Bombay durch eine zwar nur schmale, aber höchst gefährliche Wasserstraße getrennt, über welche man auf Fährschiffen gelangte, die bei Sturmwetter häufig umschlugen. Die Regierung hatte keine Brücke bauen lassen; was sie nicht gethan, geschah durch Dschischibhoy; 1843 wurde die Brücke auf seine Kosten begonnen, 1845 war sie vollendet und eine macadamisirte Heerstraße obendrein. Das Publikum darf beide unentgeltlich benützen. Er hatte 155,000 Rupien verausgabt, seine Frau, Lady Dschemsitschi, hatte 20,000 Rupien für die Landstraße geschenkt. Zu gleicher Zeit ließ er eine andere Arbeit ausführen. Punah, einst die Hauptstadt der streitbaren Maharatten und noch heute ein Platz von großer Wichtigkeit, liegt auf einer Hochebene, welche alljährlich monatelang an Wassermangel und Dürre leidet, denn zwei Flüsse, welche unweit von Punah zusammenfließen, liegen tiefer als die Hochfläche. Der Parse ließ auf seine Kosten das Wasser an der Mündung dämmen und legte ein großes Vorrathsbecken mit Röhrenleitung an. Der Mauerdamm ist 18 Fuß hoch und 850 Fuß lang. Zweimal, in den Jahren 1845 und 1847, brach die wilde Fluth das Gemäuer und erst seit 1849 ist alle Gefahr beseitigt. Zu Bombay gründete Dschischibhoy ein zweites Aufnahmehaus für Reisende; der Bau kostete 80,000 Rupien, für Verpflegung hinterlegte er 50,000 Rupien, denen seine Lady 20,000 hinzufügte. Wie vielen Schulen, wohlthätigen Vereinen und dergleichen er sonst noch hilfreich zur Hand gegangen, weiß man nicht, aber in Bombay zweifelt Niemand daran, daß er im Lauf von dreißig Jahren bis zu sechs Millionen Rupien mildthätig gespendet und zu guten Zwecken verausgabt habe.

Auf jeden Fall ist Sir Dschemsitschi Dschischibhoy unter den Orientalen eine einzig dastehende Erscheinung. Und wo hätte er in Europa seines Gleichen? Die christliche und jüdische Kaufmannschaft hat nichts aufzuweisen, was an Wohlthätigkeit und großartiger Humanität sich dem Feueranbeter auch nur entfernt zur Seite stellen ließe. Der Parsi ging in seiner Mildthätigkeit planmäßig zu Werke; dabei ist er anspruchlos, bescheiden, ohne alles Trachten nach Ruhm, wie selten ein reicher Mann gewesen sein mag. Er hat nirgend seines Gleichen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue
Speyerer Zeitung.

Freitag Nro. 260 den 29. October 1852.

Deutschland.

• **Speyer.** Das Napoleonische Kaiserthum wird in Frankreich sehr bald wieder hergestellt sein, und an diese Gewißheit knüpft sich die Frage: werden die Großmächte ihre Verträge von 1814 und 15 geltend zu machen suchen, durch welche sie mit allen ihren Kräften zu verhindern gelobten, daß Napoleon oder ein Glied seiner Familie jemals die höchste Gewalt in Frankreich erlange?

Wir sind überzeugt, es wird nicht geschehen, ja es wird gar kein Versuch in dieser Richtung stattfinden.

Wir sind bekanntlich keine Verehrer, weder der Diplomatie der Großmächte noch des heute in Frankreich bestehenden Regime. Dessenungeachtet können wir es nur billigen, daß man auch in dieser Beziehung von jenen Verträgen absieht.

Jeder selbständige Staat hat das Recht und muß es haben, seine Regierungsform selbst zu bestimmen. Wenn die Großmächte 1814 und 15 übereinkamen, Napoleon vom Throne zu stoßen, so handelten sie als Sieger nach langen und blutigen Kämpfen, und es wäre lächerlich gewesen, wenn sie sich der Gefahr hätten aussetzen wollen, durch jenen kriegslustigen Mann Europa nochmals mit Blut übergossen zu sehen. Gegen die Thronentsezzung Napoleons war also nichts zu erinnern; anders freilich gestaltet sich die Frage bezüglich der Wiedereinsetzung der Bourbonen, — doch davon ist jetzt keine Rede.

Allein die Zeit der Siege gegen Napoleon ist längst vorüber. Europa kann heute das Recht des Siegers gegen Frankreich nicht mehr in Anspruch nehmen. Es ist also recht, daß die Großmächte keinerlei Einspruch gegen die Wiederherstellung des Napoleonischen Kaiserthums versuchen.

Damit aber darf man nicht hoffen, kurzweg alle Gefahren abgewendet zu haben, welche aus jenem Kaiserthume hervorgehen können; man wird vielmehr wol thun, sich über diese sehr möglichen Eventualitäten nicht zu täuschen. —

•• **Stuttgart**. Vor einigen Tagen kam uns die Schrift zu Handen: „Deutschland und die abendländische Civilisation; zur Läuterung unserer politischen und socialen Begriffe.“ Fast gleichzeitig erfuhren wir, daß dieses Buch hier beschlagnahmt worden sei. Wir erstaunten von vorn herein darüber, schon aus dem Grunde, weil ein dickes Buch von 400 großen Seiten über einen derartigen Gegenstand nur von ganz Wenigen durchstudirt wird, und sicherlich von gar keiner Einwirkung auf die Masse einer Bevölkerung sein kann. — Nun äussert sich sogar die ultrareactionäre „Kronik“ in einem der Polizeimaßregel entgegengesetzten Sinne. Sie erklärt zwar den Inhalt des Buches als „Gift,“ aber als so langsam wirkendes, daß man nach Voltaires Ausspruch dasselbe 70 Jahre lang genießen könne; ja die Kronik wünscht, daß die Schrift in das Volk dringen möge. — Gewiß ein Zeichen nicht allzugroßer Gefährlichkeit.

• **Heidelberg,** den 26. Oct. Soeben wurde in den hiesigen Buchhandlungen die in Stuttgart erschienene Schrift: „Deutschland und die abendländische Civilisation“ von der Polizei mit Beschlag belegt. Für den Verfasser hält man Gustav Diezel, Arnold Ruge oder Karl Hagen. Daß es Letzterer nicht ist, kann ich mit Bestimmtheit versichern. Wenn ich nicht wegen der, Oesterreich feindlichen, Tendenz des Werkes zu gewissen Vermuthungen geleitet würde, wüßte ich es mir nicht zu erklären, warum dasselbe mit solcher Energie allerwärts d. h. bis jetzt in den süddeutschen Staaten, verfolgt wird. Das Schriftchen des monarchischgesinnten Dr. Frantz über die „Staatskrankheit“ ist ohne alle Frage viel gefährlicher, als das bezeichnete Buch, welches schon der ziemlich hohe Preis zu keiner großen Verbreitung befähigt. — Der hiesige Universitätsprofessor und Oberbibliothekar Bähr soll in aller Stille zum Katholicismus übergetreten sein. Es entspricht dieser Schritt, falls er wirklich erfolgte, seiner Haltung.

München, den 22. Octbr. Hr. Rechtspractikant Mayrhofer wird am 1. Nov. seine Reise nach Amerika antreten.

München, den 24. Oct. Die Dauer der Sitzungen des Landraths von Oberbaiern ist um einige Tage verlängert worden, und dies dürfte auch bezüglich der Landräthe einiger andern Kreise der Fall sein, da es denselben trotz der größten Thätigkeit kaum möglich war in dem gesetzlichen Zeitraum von 14 Tagen alle vorliegenden Arbeiten zu erledigen. Gestern wurde von Seite der Policeibehörde vielen eben hier anwesenden Handelsreisenden das Reisegepäck sowie alle Effecten derselben auf das genaueste durchsucht. Da diese Durchsuchung namentlich jene Reisenden traf, die aus der Schweiz kamen, so mochte die Behörde wol nach Schriften revolutionären Inhalts geforscht haben. (A. Z.)

— den 25. Oct. Auch der Landrath von Oberbaiern hat den Wunsch an die Staatsregierung gebracht, daß die seit 1849 noch rückständigen Quartiergelder ausbezahlt werden wollen. — Am Samstag Abends wurde der „Punsch“ mit Beschlag belegt. Derselbe enthält ein „Nächtliches Gespräch der 4 Löwen auf dem Siegesthor“ und einen „Brief des Kaisers von China an den Professor Neumann.“ (Volksbötin.)

Am Freitag Mittag endete die große Pretiosenversteigerung. Die Gesammtsumme der erstandenen Gegenstände beträgt 120,000 fl.

Die Druckschrift: „Volkswirthschafts-Monatsschrift für den deutschen Zollverein,“ von Dr. Tögel, Berlin 1852, wurde in den hiesigen Buchhandlungen confiscirt. (Volksbötin.)

• **Ansbach,** den 23. Oct. In der gestrigen Sitzung des Landraths kam der Antrag der Hrn. Auernheimer, Domayer und Scheuing zur Verhandlung, dahin gehend: „Es sei die allerunterthänigste Bitte in das Protokoll niederzulegen, Se. Maj. wolle geruhen, in Seiner hohen Weisheit dahin wirken zu lassen, daß durch die beabsichtigte Erweiterung der freien Verkehrsverhältnisse mit Oesterreich, die unter so segensreichen Folgen bisher bestandenen mit dem Norden Deutschlands auch ferner ungetrübt erhalten werden, indem eine Störung derselben unabsehbare Nachtheile für den Kreis zur Folge haben und dessen getreuen Bewohnern unheilbare Wunde schlagen würde.“ Hr. Auernheimer nahm unter Berufung auf §. 15 lit l des Landrathsgesetzes die Competenz des Landraths für den Antrag in Anspruch und sprach die feste Ueberzeugung aus, daß es dem Landrath zustehen, ja zur Pflicht werden müsse, in einer so hochwichtigen, das Interesse — das Wohl und Wehe — des Kreises so tief berührenden Sache seine Stimme zu erheben und seine dießfallsigen Wünsche und Bitten in besonnener, ruhiger, die Wahrheit an sich tra-

gender Weise an den Thron zu bringen. Der Regierungscommissär, Hr. Regierungsrath Frhr. v. Lerchenfeld, bestritt dagegen im Namen der Regierung die Competenz des Landraths, vorliegende Frage zum Gegenstand seiner Berathung und Beschlußfassung zu machen. Es handle sich hier nicht um eine Kreis-, sondern um eine allgemeine Staatsangelegenheit, und in einer solchen Angelegenheit sei nach dem ganzen Staatsorganismus nicht die Kreis-, sondern nur die Landesvertretung (der Landtag) mitzusprechen berufen, das Ministerium sei aber durch ausführliche Berichte der k. Regierung auf Grund eingeholter umfassender Gutachten von hiezu berufenen Handelskammern, Industrie- und Gewerbvereinen, wie von einzelnen hervorragenden Industriellen des Kreises in den Stand gesetzt, das bei der Zollfrage betheiligte Interesse des mittelfränkischen Kreises vollkommen ermessen und würdigen zu können. Selbst vermittelnden Vorschlägen, welche den Antrag in der milden Form des Ausdrucks eines Vertrauensvotums oder des motivirten Uebergangs zur Tagesordnung erledigt haben wollten, trat der Hr. Commissär entgegen, behauptend, das Recht, in einer Sache ein Vertrauensvotum auszusprechen, involvire zugleich das Recht, unter Umständen auch ein Mißtrauensvotum abgeben zu dürfen, welches Recht in fraglicher Sache dem Landrathe durchaus nicht zugestanden werden könne. Damit war die Debatte beendigt und wurde sogleich die erste Frage: „ob der in Rede stehende Antrag aus dem Grunde der Inkompetenz des Landraths unbedingt zurückgewiesen werden solle," — mit 23 gegen 9 Stimmen bejaht. (Ansb. M.)

Baireuth. Der Landrath soll seine Zustimmung zur Einführung körperlicher Züchtigungen gegeben haben. Anno 1852.

Würzburg. Die Nummern 3 und 19 waren hier für die jüngste Lottoziehung so stark besetzt, daß sie durch Aushängen theilweise für gewinnlos erklärt wurden.

— den 21. Oct. Pfarrer Johann Nepomuck Wirth von Gaubüttelbrunn, Ldg. Aub, wurde heute von unserem Kreis- und Stadtgerichte zu 4¼ Monaten Festungsarrest verurtheilt. Er hat im December 1850, nachdem er vorher einen Artikel im „Volksboten" über die Missionen gelesen, im Wirthshause über das Ministerium weidlich geschimpft, auch bei einer Schulsitzung am 2. März 1851 gegen den Landrichter von Aub losgezogen. Dies wurde als Vergehen der Amtsehrenbeleidigung vermerkt. Außerdem hat er auch 3 polizeiwidrige Schüsse aus dem Fenster seines Pfarrhauses in die Oeffentlichkeit geschickt, was seine Pfarrkinder, mit denen er auf contrairem Fuße lebt, sich für gelegene Zeit notirten. (Fr. K.)

Stuttgart, den 26. Oct. Der heutige Staatsanzeiger bringt die Nachricht, daß nun auch Rector Schnitzer im Wege der bekannten Auslegung des §. 47 der Verfassung — „wegen Unbrauchbarkeit und Dienstverfehlungen" — entlassen ist. (Beob.)

Vom Bussen, den 19. Octbr. Vor einem halben Jahr verschwand der gewesene ledige Policeidiener von Sauggart, und obschon man nach ihm streifte, fand man ihn doch nicht. Gestern nun jagten einige Männer in einem Walde bei Sauggart auf Schnepfen, ein Treiber wand sich durch ein Dickicht und fand zu seinem Schrekken das mit einem grauen Rock überdeckte Scelett des Polizeidieners. Der Kopf ohne Haar und Fleisch stack in der Policeikappe, war aber ein Paar Schritte vom übrigen Leibe weg. Die Weide, womit er sich erhängt hatte, hing noch an einem Baum, alle Weichtheile der Knochen waren weg, und einige Rippenende schauten beim Rock heraus. Noch eine Nacht mußte das Scelett im Walde bleiben. Es wurde eine Wache aufgestellt, bis die Legalinspection diesen traurigen Fall übernahm.

Frankfurt a. M. Nach dem Hamb. Corr. vom 22. d. soll der Senat den Antrag auf Beschickung der Wiener Zollconferenzen abgelehnt haben. (Directe Briefe aus Frankfurt sagen nur, der Senat habe noch keinen Bevollmächtigten bestimmt.) (A. Z.)

— den 26. Oct. Die verwittwete Herzogin von Orleans befindet sich mit ihren beiden Söhnen seit vorigem Sonntag in Frankfurt. Sie begibt sich morgen von hier nach Bingen, wo sie mit der Prinzessin von Preußen zusammen kommt; von da wird sie unverweilt ihre Reise nach Belgien und England fortsetzen.

Die 4 Herren von Rothschild sind gegenwärtig wieder zu einem Familiencongreß hier versammelt.

Frankfurt, den 27. Octbr. In politischen Kreisen will man wissen, daß das Eheproject Louis Napoleons mit der Prinzessin Wasa seiner Erfüllung entgegenreift.

Aus Kurhessen, den 26. Oct. Aus der verlässigsten Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß in der nächsten Zeit in den zu Wien anberaumten Conferenzen der Handels- und Zollvertrag zwischen Oesterreich und den Coalitionsstaaten definitiv, oder genauer ausgedrückt, formell abgeschlossen werden wird, denn in Wirklichkeit ist er jetzt schon abgeschlossen, da man sich bereits über Alles geeinigt und in Wien nur noch über einige Redactionspuncte verhandeln wird. Von Hannover zweifelt man nicht, daß es noch zur Coalition treten wird, da diese ihm die möglichste Begünstigung einzuräumen gedenkt. Ja man wird noch weiter gehen, und gegen Thüringen und Braunschweig die Erklärung abgeben, daß dieselben im Zollverein, welchen die Coalition (wie sie sich ausdrückt) fortsetzt, verbleiben müssen, da sie nicht zur vertragsmäßigen Zeit gekündigt, wie es Preußen gethan. (F. J.)

Kassel. Am 19. Oct. war unser Censor, Generalmajor Schirmer, bei einer Revue und es mußten die Zeitungsleser bis zu seiner Rückkehr warten, um ihre Zeitungen zu erhalten.

— den 25. Oct. Ueber die Eidesleistung derjenigen Personen, welche einer anerkannten Religionsgemeinschaft nicht angehören, ist unterm 2. Oct. l. J. ein Erlaß ans kurf. Justizministerium ergangen. Es heißt darin: „In neuerer Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß Personen von ihrem seitherigen Religionsbekenntnisse sich losgesagt haben, ohne zu einer andern, oder wenigstens zu einer solchen Religionspartei übergetreten zu sein, welche vom Staate anerkannt ist. Rücksichtlich dieser Personen fehlt es für den Richter, welcher denselben einen Eid aufzulegen oder abzunehmen in der Lage ist, an jeder Bürgschaft dafür, daß der von solchen zu leistende Eid irgend von Bedeutung sei. Denn der Eid, soll er irgend eine Gewähr für die Wahrheit des Beschworenen geben, setzt seinem Wesen nach, neben der Ueberzeugung von einem zukünftigen Leben, den Glauben des Schwörenden an einen allmächtigen, den Meineid strafenden Gott voraus, und es kann daher, wo dieser Glaube fehlt, von einer Eidesleistung keine Rede sein. Bei den vom Staate anerkannten Religionsparteien ist aber in der erfolgten Anerkennung der nothwendige objective Anhalt für die vorhandene Eidesfähigkeit gegeben, dagegen fehlt bei den vorhin erwähnten Personen ein solcher Anhalt gänzlich. Dem Richter kann es aber nicht zukommen, und ist ihm in den Gesetzen nirgends überlassen, im einzelnen Falle zu beurtheilen, ob in dem religiösen Bekenntniß des Schwörenden die zuvor angegebenen Voraussetzungen der Eidesfähigkeit begriffen sind, und es bleibt daher für ihn nichts übrig, als den gedachten Personen die Zulassung zu einem Eide so lange zu versagen, als dieselben nicht die Anerkennung ihres Bekenntnisses Seitens des Staates erwirkt haben."

Köln, den 21. Octbr. Der Kreuzzeitung wird geschrieben: Die Verhaftungen mehren sich. Ich kann Ihnen heute die eines Lieutenants der Artillerie und eines Kaufmanns Nagelschmidt melden. Alles wird in Verbindung mit dem Becker'schen Prozeß gebracht.

Berlin, den 25. Oct. Die Democraten haben sich bei den Urwahlen so viel wie gar nicht betheiligt. Um so mehr ist man über die katholische Wahlagitation beunruhigt.

Die von dem Hrn. Minister des Innern niedergesetzte

Commission zur Berathung von Verfassungsabänderungen hat dem Vernehmen nach ihre Arbeiten zu Ende geführt. Sie ist aber zu einem einigen Resultat nicht gelangt, übergibt vielmehr dem Hrn. Minister von einander sehr wesentlich abweichende Vorschläge.

Breslau, den 19. Oct. Nunmehr ist der Divisionsprediger Rhode, nachdem er bereits seit längerer Zeit zur Versetzung resp. Emeritirung verurtheilt, später vom Ministerium auch von seiner Thätigkeit als Privatdocent der Theologie an der hiesigen Universität removirt war, vom ersteren Amte auch factisch entfernt worden.

Bremen, den 25. Oct. Wie wir zu unserer großen Befriedigung hören, werden 5 Officiere der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee in unserem Contingent eine Anstellung finden.

Hamburg, den 22. Oct. Die bevorstehende Aenderung der Regierungsform in Frankreich macht, trotz der wiederholten Friedensversicherungen des Prinzenpräsidenten, hier bereits Eindruck. Das Glück der Napoleoniden liebt man hier nicht gar zu sehr; der große Oheim hat Hamburg gar zu viel Geld gekostet. Es ist deshalb gewiß, daß mit der Proclamirung Napoleons zum Kaiser von Frankreich eine Stockung der Geschäfte hier sehr stark sich bemerklich machen wird. Schon jetzt traut gar mancher dem politischen Barometer nicht mehr, hält an, zählt die Häupter seiner Lieben und legt sich aufs Warten, anstatt aufs Speculiren. Man weiß, daß die Franzosen wandelbare, leicht zu erregende Menschen sind, und auf die Beständigkeit napoleonischer Versicherungen wagt man auch keine Tratte zu ziehen. Genug, das Geschäft wird flau, die von Westen her wehende Kaiserluft gilt hier nicht für legitim, wenigstens nicht für solid. (A. Z.)

Hamburg, den 24. Oct. Die Stockholmer Blätter vom 20. berichten, daß der König Oskar in Folge einer sich auf der Reise zugezogenen Erkältung gefährlich erkrankt sei.

Altona, den 24. Oct. Dänemark steuert, wenn auch langsam, doch um so sicherer dem sich vorgesteckten Ziele zu, die Herzogthümer zu danisiren. Durch einen ministeriellen Erlaß ist jetzt die dänische Sprache als Unterrichtsgegenstand in den 4 oberen Classen der gelehrten Schulen Holsteins angeordnet worden, je 2 Stunden in der Woche. Wenn dies so fort geht, ohne daß von Frankfurt her Einspruch dagegen erhoben wird, wird Holstein wie Elsaß und Lothringen, einst von Deutschland ganz abgerissen werden.

Luxemburg, den 20. Oct. Die Deputation der Kammer, welche dem Prinzen-Statthalter die Antwortsadresse überreichte, hat folgendes eigenhändiges Antwortschreiben erhalten: „Meine Herren! Mit Vergnügen habe ich die Antwort der Deputirtenkammer auf die Thronrede erhalten. Ich danke Ihnen, daß Sie sich so offen und freimüthig aussprechen. Seien Sie überzeugt, daß es mein Streben sein wird, jetzt mehr als je das Vertrauen Ihres treuen Volkes zu ihrem Souverän zu erhalten und zu befestigen durch ein ruhiges, loyales und starkes Betragen, gestützt auf die constitutionellen Institutionen des Großherzogthums. Mit dem erleuchteten Beistand der Kammer können wir, meine Herren, ohne Furcht der Zukunft entgegengehen, und alle unsere Hoffnung in die Hülfe der göttlichen Vorsehung setzen. Wollen Sie, meine Herren, diese meine Gefühle der Kammer überbringen."

Wien, den 21. Oct. Es wurde schon früher erwähnt, daß die von Rom aus angeregte Reform des Klosterwesens oder vielmehr die beabsichtigte Zurückführung desselben auf die ursprünglichen Regeln bei der Regierung auf keinen Widerstand stoße, daß sie aber an nichts weniger denke, als einer zweiten Forderung des Klerus nachzugeben, alle seit der Josephinischen Periode aufgehobenen Klöster zu restituiren: schon der finanzielle Punkt wird sie in dieser Weigerung beharrlich machen. Es scheint indeß, als ob man auf der andern Seite die Sache weiter treiben wird, wenigstens hat der päpstliche Stuhl soeben in dem Cistercienser-Abt Amatori einen Delegaten gewählt, der über jene aufgehobenen Klöster und die auf ihre Wiederherstellung zu richtenden Ansprüche im Einzelnen zu berichten beauftragt ist. Es könnte das, wie man der „Const. Ztg. f. S." bemerkt, ein Anlaß werden, die Eintracht zwischen Staat und Kirche, die sonst so groß ist, daß neuerdings die Geistlichen angewiesen sind, ihre Beichtkinder für gebeichtete Steuerdefraudationen nur dann zu absolviren, wenn zuvor die defraudirten Summen dem Aerar erstattet sind, erheblich zu stören.

— den 23. Oct. Wir wissen nicht, ob der neue Imperator den Zusatz „von Gottes Gnaden" führen wird, aber so viel haben wir erfahren, daß in den vertraulichen Mittheilungen, welche der hiesige französische Gesandte mit unseren ersten Staatsmännern gehabt hat, die Weglassung jenes Zusatzes in Vorschlag gekommen sei. Ferner soll dem Grafen Chambord bedeutet worden sein, daß man einen öffentlichen Protest seinerseits nicht billigen könne, daß eine nur durch die Umstände sanctionirte Gewaltthat seinen angeborenen Rechten niemals präjudiciren werde und diese, sobald jene Umstände aufhören, ganz von selbst wieder in Wirksamkeit treten, die Ruhe Europas aber für die Gegenwart von ihm das Opfer der Resignation verlange. (N. Z.)

— den 26. Oct. Die Prinzessin Carola Wasa, die man als Ludwig Napoleons Braut bezeichnet, wird zu Morawetz in Mähren zur katholischen Kirche übertreten. — Die neueste indische Ueberlandpost läßt die angebliche Landung von 9000 Engländern gegen Herat (von der ein Bericht aus Trapezunt gesprochen hatte) ganz unbestätigt. Aus Rangun, 12. Sept., wird gemeldet, daß nächstens mit 7000 Mann gegen Prome werde operirt werden. (A. Z.)

Aus Mähren, im Oct. Am 17. Oct. waren bei einer Kälte von 7° R. alle Teiche mit Eis überzogen.

Schweiz.

Bern. Der Kirchenvorstand der Münstergemeinde ist seinem Gesuch um ein Verbot des Theaters an Sonntagen vom Gemeinderath mit 10 gegen 1 Stimme abgewiesen worden, weil derselbe bei der bisher sorgsamen Ueberwachung des Theaters keine Entheiligung des Sonntags erblicke.

Luzern. Der Verkauf des Klosters St. Urban nebst 15 Jucharten Wald an Hrn. Fürsprech Stämpfli zu Handen der Parquetteriefabrik in Interlaken um 200,000 Fr. ist durch den Regierungsrath genehmigt worden. Der Große Rath hat nächste Woche darüber zu entscheiden.

Freiburg. Wie der Confedere berichtet, hat Hr. Boniface Glasson, Mitglied des Comite's von Posieux, officiell seinen Austritt erklärt. Derselbe fürchtet, wie es scheint, die moralische Verantwortlichkeit, die unter gewissen Eventualitäten auf diese geheime Regierung fallen könnte. Der Austritt ist zugleich der Beweis, daß das Comite sein finsteres Treiben fortsetzt und entgegen dem großräthlichen Beschluß sich nicht aufgelöst hat. — In der Stadt Freiburg dauern die Anwerbungen für den fremden Dienst fort. Vorige Woche sind nach dem Confedere wieder zwei Transporte, für Rom bestimmt, abgegangen, darunter befanden sich mehre Milizen, die das Jahr in der Instruction gewesen sind.

Belgien.

Brüssel, den 26. Octbr. Die Repräsentanten-Kammer schritt in ihrer heutigen Sitzung, welcher 105 Mitglieder beiwohnten, zur Wahl eines Präsidenten. Das erste Scrutinium ergab kein Resultat; im zweiten siegte die liberale Partei: Herr Delfosse wurde mit 54 Stimmen gewählt. Von den beiden Vicepräsidenten gehört einer der liberalen, der andere der katholischen Partei an; im gleichen Verhältniß wurden die vier Secretäre gewählt. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, den 22. Oct. Bekanntlich wurde die Stadt St. Etienne zur Bezahlung einer Summe von 400,000 Fr. an mehre Klöster, die im Jahre 1848 verheert wurden, verurtheilt. Die Steuerpflichtigen des Jahres 1848 müßen diese Summe allein in jährlichen Raten bezahlen. Die Gemeindeverwaltung der Stadt wollte eine andere und für die Steuerpflichtigen nicht so schwere Abtragungsweise der Schuld. Die Regierung wollte es aber nicht zugeben, weil sie, wie man behauptet, ein „Beispiel" und eine „Lehre" für die Zukunft geben will!

— den 25. Octbr. Mehrere Gemeinden haben sich nicht damit begnügen wollen, ihre Adressen für Wiederherstellung des Kaiserthums in Prosa abzufassen; sie haben ihren Wunsch in Versen ausgesprochen. Ein derartiges politisches Gedicht ist nun auch aus der Gemeinde von Chazay-d'Azergues (im Rhonedepartement) im Ministerium des Innern eingetroffen. Das Gedicht ist mit 214 legalisirten Unterschriften versehen.

Zwei Regimenter zu Marseille werden nächstens nach Rom eingeschifft und durch ein von dort zurückkehrendes Regiment, so wie durch ein jetzt zu Avignon liegendes Regiment ersetzt.

Aus Lothringen, den 22. Octbr. Den neuesten Nachrichten zufolge soll die auf den 4. November anberaumte Eröffnung der Saarbrücker Eisenbahn in Rheinpreußen, ohne Angabe des Grundes, aufs neue und auf unbestimmte Zeit verschoben worden sein. (A. Z.)

Italien.

Nachrichten aus **Mailand** vom 18. Octbr. zufolge hat der dortige k. k. Commissar eine die Bärte betreffende Verfügung erlassen, durch welche den Staatsbeamten das Tragen des Kinnbartes untersagt wird. — Zu Turin ist wieder stark vom Wiedereintritt Cavours ins Ministerium die Rede. — Das unlängst vom Risorgimento angekündigte Rundschreiben der piemontesischen Regierung, in welchem dieselbe erklärt, daß sie zur Verwaltung der geistlichen Güter durch die bürgerlichen Behörden nicht die Hand bieten werde, ist am 20. Oct. veröffentlicht worden.

Nizza, den 18. Octbr. Ein schwacher Erdstoß von Westen her wurde letzten Samstag Morgens hier verspürt. In den Bureaux der drei hier erscheinenden liberalen Blätter wie auch in den Kaffeehäusern sind Listen zur Unterzeichnung einer Petition aufgelegt, welche die Einziehung der Kirchen- und Klostergüter verlangt.

Vereinigte Staaten.

Charleston, den 2. Sept. Die Ueberschwemmungen in Alabama und Georgien sind sehr zerstörend. In Mobile stürzte ein Haus ein und tödtete die Frau und zwei Kinder des früheren Redacteurs zu Neworleans, Carl Medicus. Die Wogen zertrümmerten das Leuchthaus und die darin wohnende Familie kam ums Leben. Drei Dämpfer gingen verloren und alle Fahrzeuge des dortigen Hafens erlitten Beschädigungen; alle Wherften sind zerstört.

Miscellen.

Kürzlich wollte ein Fuhrmann mit einem Steinblock über die Eisenbahn bei Montalaion (in England) fahren, blieb aber stecken, obgleich er drei Pferde angespannt hatte. Diese vermochten nämlich den 6 Tonnen schweren Stein nicht rasch genug über die Bahn zu bringen, als plötzlich ein Expreßtrain mit Sturmesschnelle herangebraust kam. Dem Bauern blieb kaum so viele Zeit, seine Pferde und sich in Sicherheit zu bringen, während der Wärter das Zeichen zum Stillestehen des Zuges machte. Dieses war aber schon zu nahe, als daß ein Anhalten noch möglich gewesen wäre, und so sah der Lokomotivführer kein anderes Rettungmittel vor sich, als daß er die vollste Kraft des Dampfes wirken ließ, und gegen den Stein anfuhr, den er auch glücklich in tausend Stücke zersplitterte und so über die gefahrvolle Stelle wegkam und zur nächsten Station gelangte. Dort zeigte sich, daß die Maschine bedeutend beschädigt worden war. Der Maschinist ist ein Pole und heißt Pilinsky.

In Ungarn scheint der Selbstmord durch Pistolenschüße bei dem schönen Geschlechte förmlich in die Mode zu kommen; denn seit einiger Zeit häufen sich derartige Fälle, ja, in derselben Familie wiederholt sich diese abnorme Todesart in kurzer Frist, so daß es den Anschein gewinnt, als ob die durch die Niederlage des Magyarenthums in Zweifel gestellte Mannhaftigkeit der Nation in der Todesverachtung der Weiber eine Beweisführung finden solle.

Die Drausümpfe bei Sellye in der Somogy sind heuer so ausgetrocknet, wie bisher nie; in dem dürren Gestrüppe haben sich die Wölfe so vermehrt, daß sie im St. Lorenzer Bezirke in wenigen Tagen 14 Pferde tödteten. Am 28. Sept. wurde, der „Preßb. Ztg." zufolge, mit 700 Treibern eine große Jagd veranstaltet, bei der 21 Wölfe aufgetrieben und 7 glücklich erlegt wurden; eben so wurden viele Füchse zusammengeschossen, welche sich auf unglaubliche Art vermehren und deren Keckheit und Schlauheit im Geflügelstehlen beispiellos ist.

In Warschau fiel in der Nacht vom 18. zum 19. Oct. schon ein so starker Schnee, daß die Dächer der Häuser, sowie die Zweige der Bäume am Morgen des 19. vollständig mit Schnee bedeckt waren.

In der Gemeinde von Dour hat sich in einer Steinkohlengrube das Gas entzündet, wodurch 30 Menschen umgekommen sein sollen.

In Baltimore ist jetzt House's neuer Druck-Telegraph in Thätigkeit. Man telegraphirt mit einem Tastenwerke, und die Depeschen erscheinen völlig gedruckt.

Geldcourse.

Frankfurt, den 27. Oct. Pistolen 9 fl. 45½ — 46½ kr., Ducaten 5 38 — 39, 20-Franken-Stücke 9 29 — 30, Holländische 10fl.-Stücke 9 54½ — 55½, Preußische Thaler 1 45 — 45¼, Fünffrankenthaler 2 fl. 22 — 22¼ kr.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1284] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 11. bis 20. Octbr. Frl. Lobstein a. Straßburg. — H. Pfarrer Wundt a. Kriegsheim. — Fr. Taylor mit Begleitung a. London. — H. Fubro a. Colmar. — Fr. Rott a. Hochfrankenheim. — Fr. Greiner a. Selz. — H. Senator Dr. Gwinner mit Gemahlin und Frl. Tochter a. Frankfurt. — H. Seib, Photograph in Frankfurt a. M. — H. u. Fr. Scholl a. Stetten. — H. Krause a. Nürnberg. — H. Janson a. Norwegen. — Frl. Müller u. Frl. Heiligenthal a. Landau. — H. Dr. med. Oswald mit Gemahlin a. Berlin. — Fr. Oppermann a. Strasburg. — H. Holcroft a. Niederbronn. — 349. H. Lobstein a. Straßburg. — 350. H. Brunner a. Rheinzabern. — 351. H. Souchay mit Bedienung a. Lübeck. — 352. H. Lieutenant Schulze a. Landau. — 353. Fr. Reutlinger a. Paris. — 354. H. Natermann a. Bremen.

[1285³] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einer Handlung mit verschiedenen Waaren zu N. ist eine Lehrlingsstelle für einen wohlerzogenen jungen Menschen, der sogleich eintreten kann, offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1283⁷] **Zu verkaufen.**

In einer der der größeren Städte der vordern Pfalz ist ein Spezerei-Geschäft wegen Wohnsitzveränderung zu verkaufen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 261 | den 30. October 1852.

Deutschland.

* **Culturgeschichtliche Betrachtungen.** In einer neuen Schrift über die abendländische Civilisation finden wir interessante Betrachtungen: Die civilisirten Völker zerfallen besonders in zwei Kategorien: in solche, in denen sich Alles von unten herauf bildet, in denen die Einzelnen ihre Verhältniße selbst entwickeln, und hinwieder in solche, welche Alles blos von oben herab gethan wissen wollen, alle Verbesserungen von den Regierungen fordern. Das Erste sind germanische Völker (Engländer und Nordamerikaner), das Letzte Romanen oder Slaven (Franzosen und Russen rc.) In Deutschland ist man bisher viel zu sehr der französischen Anschauungsweise gefolgt, während der Geist der Bevölkerung doch ein germanischer blieb.

Der Communismus steht mit dem ganzen germanischen Wesen im Widerspruche, kann dagegen gerade als Ausfluß des Romanismus und des Slaventhums betrachtet werden. Auch im vollen Absolutismus drückt sich das Princip des Communismus aus: kein Privateigenthum ist unter ihm gesichert, alles unterliegt dem gut oder übel geleiteten Vortheile des Gesammtstaats. Der Communismus ist nichts anderes, als die vollkommenste Weise des Aufgebens der Gesellschaft im Staate. Wo kein Mensch existirt, der nicht in directer, nicht blos politischer, sondern öconomischer Abhängigkeit vom Staate stände, wo kein Mensch mehr Eigenthum hat, der Staat der einzige Grundbesitzer und Capitalist ist, wo Niemand für sich, Alle für den Staat arbeiten, der dafür Alle unterhält, da ist nicht nur das Ziel der Herren Babocuf, Louis Blanc und Blanqui erreicht, da ist auch der absolute Staat an seinem Ziele angelangt. Seine große Arbeit besteht darin, im Lauf der Zeit eine individuelle Existenz nach der andern von sich abhängig zu machen. Wenn gar kein individuelles Leben mehr übrig ist, das nicht von ihm aufgesaugt wäre, das nicht den Grund und die Quelle seines Daseins in ihm hätte, dann ist sein Geschäft vollendet, dann ist der Begriff des Absolutismus wie des Communismus realisirt. In der Absorption der selbstständigen Persönlichkeiten liegt, — das übersehe man ja nicht — bereits der Communismus. Es ist ein großer Irrthum, zu glauben, das Privilegium mache die freie Person, während doch nur die freie, selbstständige, vollberechtigte Persönlichkeit das freie Eigenthum macht. Hat die Person aufgehört frei zu sein, so steht ihr Eigenthum auf schwanken Füßen. ... Man darf nur, was die erste Zeit des französischen Staatsdespotismus betrifft, an den Proceß des Connetable von Bourbon erinnern, um einleuchtend zu machen, daß das Privateigenthum unter einer absoluten Staatsgewalt nur ein geduldetes, kein wahrhaft berechtigtes ist. ... Beide Principen prägen sich in den Staatseinrichtungen, in der Staatspraxis aufs Schärfste aus. Die Beispiele dafür liefern Frankreich auf der einen, England und Nordamerika auf der andern Seite. Die Staatsgewalt in England und Nordamerika ist durchaus keine bestimmende Macht, keine Macht der Initiative, sie verhält sich vielmehr receptiv, sie läßt Alles an sich herankommen und führt im Grunde nur aus, was nicht etwa blos in den Kammern, sondern vom ganzen Volke bereits angenommen und so zu sagen beschlossen ist. Wenn eine große Frage, welche viele Interessen berührt, zur endlichen Schlußentscheidung an die höchsten Staatsbehörden kommt, ist sie bereits in tausend Volksversammlungen, in tausend Zeitungen durchgesprochen, die ganze Nation hat sich ein Urtheil gebildet, und die Macht dieser auf der Ueberzeugung beruhenden öffentlichen Meinung ist so stark, daß selbst diejenigen, deren Interessen vielleicht zunächst durch die Maßregel verletzt werden, doch bis auf einen gewissen Grad von der Nothwendigkeit derselben durchdrungen, also mit ihr versöhnt sind. Den Behörden bleibt dann nur die Erwägung der einzelnen Bestimmungen und die Ausführung; die ganze Nation erblickt aber auch in dem Gesetz ihr eigenes Werk und achtet es. Die Regierung hat ferner verhältnißmäßig nur über wenige Stellen zu verfügen, weitaus die meisten werden vom Volke durch freie Wahl besetzt. ... Mit einem Wort: die Regierung ist außer Stand, eigene Zwecke zu verfolgen, sie ist nur der Ausdruck der öffentlichen Meinung. ... In Frankreich sind die Rollen geradezu umgekehrt, die Staatsgewalt thut Alles, das Volk, die Gesellschaft nichts, diese verhalten sich durchaus receptiv, während die Staatsgewalt überall die Initiative ergreift und ihre Dictate dem Lande octroyirt. Daß aber eine solche Einrichtung auf den Zustand der Gesellschaft vom wesentlichsten Einfluß sein muß, ist von vornherein klar. ... Die falsche, romanische Democratie, die auf dem Boden des absoluten Staatsprincips erwachsen ist, will, wie wenn der Staat für sich etwas Anderes wäre als eine Form, Alle an den Vortheilen der Staatsgewalt Theil nehmen lassen und führt daher früher oder später immer zu dem Satz, daß der Staat Alle ernähren müße. Diesen Kernunterschied zwischen Democratie und Democratie kann man in unsern Tagen nicht stark genug hervorheben, wo man auch in Deutschland Communismus und Democratie geradezu zu identificiren pflegt, obwol man sich dabei in die wunderlichsten Widersprüche verwickelt. So findet es z. B. ein deutscher Conservativer ganz in der Ordnung, in einem Athemzug von der communistischen und von der decentralisirenden Richtung der Democratie zu faseln. Communismus ist nicht das nothwendige Product weder der Democratie noch der Industrie, sondern einzig und allein die Consequenz des absoluten Staatsprincips, welches das Individuum im Ganzen zu Grund gehen läßt. Das Romanenthum, welches diese Vernichtung des Individuums zu seiner Substanz hat, führt allerdings in der Consequenz seines Wesens nothwendig zum Communismus; das Germanenthum, dem individuelles Existiren Alles ist, ist dem Communismus so entgegengesetzt wie das Leben dem Tode, und wenn communistische Ideen eine übrigens bei weitem überschätzte Bedeutung auch in Deutschland erhalten haben, so trifft nur Diejenigen der Vorwurf, welche gewaltsam das französische absolute Staatsprincip in der Form der Bureaucratie, der Alleinthätigkeit, nach dem diesem Princip ganz fremden und feindlichen germanischen Boden verpflanzt haben. Eine aus dem ächten Boden des Germanenthums hervorgegangene Bewegung wird stets die individuelle Freiheit zu ihrem Inhalte haben.

Reden wir speciell vom communistischen Geist in Fabrikbezirken. Vergebens sucht man uns zu beweisen, daß diese Krisis eine nothwendige Erscheinung in der Entwicklung aller Industrie sei, daß die Industrie nothwendig ein Proletariat und einen Pauperismus erzeuge, die wiederum nothwendig den ganzen Staatsbestand in Frage stellen müßten. Was bedeutet diese ganze französische Industrie, die verhältnißmäßig so gering und von einem so eben erst aus den Agriculturverhältnißen herausgetretenen Volke (Nordamerika) in wenigen Jahren überholt

ist, was bedeutet sie gegen die riesenhafte Industrie Englands, und dennoch ist England bis jetzt, trotz einer im Lauf weniger Jahre unnatürlich gesteigerten Arbeiterbevölkerung, von diesen Krisen freigeblieben, und selbst wenn sich in Zukunft Stürme erheben sollten, wer könnte zweifeln, daß man sie glücklich, ohne öconomischen Ruin, ja ohne Unterbrechung der stetigen Entwicklung überstehen werde? Nicht das Proletariat hat die letzte französische Krisis verschuldet, sondern das französische Staatsprincip. Wo man sich gewöhnt hat, eine absolute Staatsgewalt als den Siegespreis zu betrachten, durch dessen Gewinn der Einzelne oder die Partei in den Stand gesetzt wird, in allwaltender Majestät „das Gute zu thun" auf eine neue Methode, wie dies in Frankreich der Fall ist, da ist weder im ganzen Staatsleben, noch in irgend einem einzelnen Zweig menschlicher Thätigkeit eine gesunde, stetige Entwicklung, da sind nur Sprünge und Experimente möglich, an denen zuletzt das Volk zu Grunde gehen muß. — Wir gedenken hier nicht die englische Industrie, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten entfaltet hat, im Gegensatz zu den geringen Dimensionen der französischen ausführlicher zu schildern. Die Thatsachen sind allbekannt. Die Weltgeschichte kennt kein zweites Beispiel einer so kolossalen Ausdehnung der Industrie und des Handels, einer so riesenhaften Vermehrung des Nationalwohlstandes. Es existirt kein zweites Volk, das bei einer Einwohnerzahl von 17 Millionen und bei der Steuerfreiheit alles Einkommens unter 1800 fl., welches somit gar nicht in den Verzeichnißen aufgeführt wird, bei Selbstfatirung ein jährliches reines Einkommen von 2050 Mill. Gulden angeben und versteuern kann, und die guten Deutschen könnten es sich wol ersparen, die Engländer wegen ihrer enormen Staatsschuld zu bemitleiden.

• **Zur Zollfrage.** Die Preußische Regierung hat in der Zollfrage eine Druckschrift veröffentlicht: „Beiträge zur Beurtheilung der Zollfrage. Eine Sammlung amtlicher Actenstücke. Berlin, Verlag der Decker'schen geheimen Oberhofbuchdruckerei." Die hier mitgetheilten Actenstücke sind bekannt, die Zusammenstellung erleichtert aber die Uebersicht und das Nachschlagen, und eine Einleitung vertheidigt das Verfahren der Preußischen Regierung Schritt für Schritt. Erfährt man auch nichts Neues, so scheint uns die Sache doch in anderer Beziehung beachtenswerth: die Preußische Regierung, das bisher um die öffentliche Meinung sich so wenig bekümmernde Ministerium Manteuffel, ist dahin gebracht, die Nothwendigkeit anzuerkennen, sich an die öffentliche Meinung wenden zu müßen! Freilich wird man sich in Berlin gewaltig irren, wenn man meint, durch eine solche Druckschrift die öffentliche Stimmung in Deutschland zu gewinnen. Man hat viel zu viel verschuldet, um den Volksgeist lenken zu können. Die officiellen Berichte und alle amtlich bewirkten Zeichen der Zustimmung, sie reichen nicht im eigenen Preußischen Lande aus, und vermögen noch weniger auf das übrige Deutschland zu wirken. Man verlangt freisinnige Handlungen.

• **Nürnberg,** den 26. Oct. Unser Fränkischer Landsmann Harleß ist bereits zu München eingetroffen, und wird alsbald seine Stelle als Präsident des protestantischen Oberconsistoriums antreten. Harleß war von je her ein eifriger Gegner der rationalistischen Richtung; er vertritt das alte Lutherthum in seiner starren Form. Darüber ist Jedermann im Reinen. Er gehört aber dieser Richtung nicht, wie Andere, erst seit gestern an, sondern huldigte ihr jederzeit. Begierig ist man, zu sehen, welche Haltung die Ultramontanen gegen Harleß annehmen werden. Er war bekanntlich einer der Führer der protestantischen Opposition in der Abgeordnetenkammer zur Abel'schen Zeit, und ist Verfasser der schon durch seine Ueberschrift genügend bezeichneten Abhandlung: „Jesuitenspiegel. Oder hat man Ursache, sich vor den Jesuiten zu fürchten?" Diese Abhandlung erschien zuerst in der „Zeitschrift für Protestantismus und Kirche" von 1838, und im folgenden Jahre vermehrt in besonderem Abdrucke. (Erlangen, Verlag von Bläsing.) Harleß hat darin eine Reihe unmoralischer Lehrsätze von Jesuiten hervorgehoben, die Quellen, nemlich die jesuitischen Autoren, nachgewiesen, und sein Urtheil darüber rückhaltlos ausgesprochen. Die „historisch-politischen Blätter" hielten es damals gerathen, in Einzelnheiten hierüber nicht entfernt einzugehen. — Uns in Franken beschäftigt übrigens fort und fort die Zollfrage am meisten. Jede Agitation ist streng verpönt. Die Wichtigkeit der Sache wird aber um so tiefer empfunden. Es ist nicht etwa eine im ehemaligen preußischen Franken zurückgebliebene Anhänglichkeit an den Borussismus, sondern das materielle Interesse, was bestimmend wirkt. Auch das Napoleonische Kaiserthum ist nicht geeignet, uns mit bestimmten Hoffnungen auf die Zukunft zu erfüllen. Doch liegen diese Gefahren noch durch den Schleier der Zukunft verborgen und erregen wenigstens keine augenblicklichen Befürchtungen.

Aus dem Breisgau, den 24. Octbr. Unter den Vereinen, welche in jüngster Zeit gestiftet worden, ist jener der „heiligen Kindheit" wohl der merkwürdigste, zu welchem nur unmündige Kinder gezogen werden, um sie als Stützen des Ultramontanismus zu erziehen. Diese Kleinen sind unter andern verpflichtet, wöchentlich in Privatbeichten dem bezeichneten Geistlichen ihre Sünden zu bekennen. (Fr. J.)

Darmstadt, den 27. Oct. (Das Budget und die Kammern.) Die Regierung hatte angenommen eine jährliche Einnahme von 7,410,560 fl., eine jährliche Ausgabe von 7,928,112 fl., folglich ein Deficit von 517,552 fl., zu dessen Deckung, außer der Emittirung neuer Grundrentenscheine und der Aufnahme eines verzinslichen Darlehens, eine Steuererhöhung von jährlich 205,060 fl. in Vorschlag gebracht worden ist. Nach den Beschlüssen der zweiten Kammer stellt sich aber ein jährlicher Ueberschuß von 371,533 fl. heraus, welchen sie zur Deckung des Deficits der vorigen Finanzperiode und zur Wiederherstellung des Betriebscapitals der Hauptstaatscasse verwendet wissen will. Die erste Kammer ist bei Berathung des Hauptvoranschlags zu ganz anderen Resultaten gekommen und allem Vermuthen nach wird demnächst, der Verfassung gemäß, das Finanzgesetz in einer Versammlung der vereinigten beiden Kammern discutirt und der Beschluß nach absoluter Stimmenmehrheit gefaßt werden.

Leipzig, den 25. Oct. In dem Prozesse, den die Begehung der Erinnerungsfeier an Robert Blum in den Jahren 1849 und 1850 nach sich zog, ist eben jetzt gegen die Betheiligten Roßmäßler, Rauch, Vieweg, Dr. Querl, Dr. Cramer, Dr. med. Götz und Cand. jur. Orb ein erstinstanzliches auf 6 Wochen Gefängniß lautendes Urtheil gefällt worden. Ein Knabe von 14 Jahren, der wegen Absingung eines auf jene Feier bezüglichen Liedes anstatt des Morgensegens in denselben Prozeß verwickelt gewesen, ist zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden.

Berlin. Der Schriftsteller Isidor Heller aus Oesterreich, welcher Correspondenzen von hier für auswärtige Zeitungen lieferte, hat am vergangenen Sonntag die Weisung erhalten, binnen 24 Stunden Berlin zu verlassen. Er soll sich noch an demselben Tage in seine Heimath zurückbegeben haben.

Berlin, den 24. Oct. Die Allgem. Ztg. schreibt: In Westphalen haben die Organe der klerikalen Partei den katholischen Wählern ein Programm vorgelegt, das entschiedene Feindseligkeit gegen die Regierung wegen der Jesuitenfrage athmet, und nur solche Candidaten empfiehlt, die vor den äußersten Consequenzen der katholischen Forderungen nicht zurücktreten. Leider gewinnt es immer mehr den Anschein, daß neue Conflicte mit der katholischen Kirche in Posen sowol als am Rhein unserer Regierung bevorstehen. Sollte der Fürstbischof von Breslau durch eine höhere Hand aus seiner segensreichen Wirksamkeit abberufen werden, so dürften auch in Schlesien die Verhältnisse einen schwierigern Character annehmen.

In einer gestern abgehaltenen Staatsministerialsitzung sind die definitiven Anordnungen über die Ausführung des engeren Zollvereins berathen, und, so weit dies bis jetzt möglich erscheinen kann, festgestellt worden. Die Tragweite dieser Beschlüsse wird man vorläufig dahin bezeichnen können, daß der Moment für geeignet gehalten wird, um zu einer Abschließung der handelspolitischen Position Preußens zu schreiten und die neuen Gränzen des Zollvereins durch thatsächliche Vorbereitungen zu bestimmen... Preußen will jetzt mit öffentlichem Nachdruck darthun, daß es den Weg der Unterhandlung und alle darauf noch gerichteten Erwartungen aufgegeben, und den Zerfall des bisherigen Zollvereins bereits als die unabwendliche Thatsache ansieht, auf welche die neue handelspolitische Stellung ohne alle weiteren Rücksichten begründet werden müsse.... Man sagt jetzt bestimmter als je, daß Preußen als letzter Anker seiner handelspolitischen Wirren, das Freihandelsprincip ergreifen und darauf den umfassenden Abschluß einer norddeutschen Handelsgruppe bis zum Meere begründen werde.*) In den ministeriellen Kreisen wird über diese Eventualität, die sich das Ministerium Manteuffel jedenfalls mit Erfolg offen gelassen glaubt, nicht gerade mehr mit großer Zurückhaltung debattirt. (A. Z.)

Aus „durchaus verläßbarer Quelle" wird der „Vossischen Ztg." aus Wien versichert, „daß bereits Unterhandlungen zwischen beiden Großmächten zur Verständigung der Handels- und Zollfrage eingeleitet sind."

— den 26. Oct. Der Artikel 12 der Verfassung, welcher die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte von dem religiösen Glaubensbekenntniß unabhängig erklärt, soll, wie schon mitgetheilt, ebenfalls von der beabsichtigten Revision betroffen werden. Es würde sich hierbei, wie es heißt, insbesondere um die Stellung der Juden handeln, deren seit 1848 erworbene Berechtigungen zum Theil in Frage gestellt werden sollen. Die vom Minister des Innern berufene Commission hat sich aber dem Vernehmen nach auch über diesen Punkt nicht verständigen können.

Dessau, den 23. Oct. Dem Vernehmen nach sind jetzt die schon lange schwebenden Unterhandlungen über die völlige Vereinigung des Herzogthums Köthen mit Dessau zu einem glücklichen Abschluße gekommen. Nun soll Bernburg gegen eine jährliche Entschädigung von 20,000 Thaler die Verwaltung von Köthen an Dessau allein überlassen haben.

Lemgo, den 25. Oct. Eine kurze Vertagung, die von der Kammer gewünscht ward, ist vom Fürsten abgelehnt; dagegen scheint jene, bis auf ein Mitglied, einstimmig gegen Annahme der ihr gemachten Proposition in Betreff der Verfassungsänderung zu sein. Eine Weigerung wird erfolgen, diese eine Auflösung des Landtages nach sich ziehen und das alte creiständige Wahlgesetz auf Serenissimi höchsten Befehl wieder zur Geltung kommen. (Fr. Z.)

Prag, den 24. Oct. Aus Petersburg erfahren wir, daß Bakunin, nachdem er seit dem Mai 1849 erst in Dresden und auf dem Königstein, dann hier und zuletzt in der Petersburger Festung in schwerer Haft gehalten war, vor Kurzem nach dem Kaukasus transportirt worden ist, wo er, früher Gardeartillerieofficier, als gemeiner Soldat dient. (?) (Nat.-Z.)

Wien. Man erwartet in Wien die Eröffnung der Zollconferenzen auf feierliche Weise, im Beisein des Grafen Buol-Schauenstein und des Ministers v. Baumgartner. Da der Minister des Aeußern bei der ersten Versammlung zugegen ist, so wird auch er ohne Zweifel dieselbe mit einer Ansprache eröffnen.

Wien, den 26. Oct. Aus Florenz vom 22. wird berichtet, daß der Ministerpräsident verwundet worden. — Aus Konstantinopel wird die Verhaftung des Ex-Finanzministers Nafiz Pascha gemeldet. Die Pforte hat wirklich die Anleihe zurückgewiesen. Der Kampf mit den Drusen ist ausgebrochen. (A. Z.)

*) Als ob dies nicht vorauszusehen gewesen wäre! D. R.

Oesterreichische Staaten.

Aus Croatien, den 20. Oct. (Persönliche Sicherheit.) Der ehemalige Redacteur der eingegangenen „Südslavischen Zeitung," Hr. Praus, ist vor einigen Tagen assentirt und beim Infanterieregiment Großfürst Constantin eingestellt worden. Er sollte schon vor 6 bis 7 Jahren in den Militärdienst eingereiht werden, wurde aber damals für untauglich erklärt, und es scheint, daß man eine bei jenem Anlaß vorgekommene Unregelmäßigkeit jetzt als Motiv dieser nachträglichen Strenge geltend macht. Wie dem auch sei, so darf wol im Interesse der Humanität ein Fürwort zu Gunsten eines Mannes eingelegt werden, der, verheirathet und Vater von drei Kindern, durch die über ihn verhängte Maßregel in die traurigste Lage versetzt wird. (!) (A. Z.)

Schweiz.

Bern. Am letzten Sonntag waren drei Wahlen in den großen Rath zu treffen die am 3. Oct. kein Resultat gehabt hatten; alle drei fielen auf radikale Kandidaten.

Luzern. Am 24. Oct. ist in Zell der Candidat der Liberalen mit übergroßer Mehrheit zum Mitgliede des gr. Rathes erwählt worden.

Schaffhausen. Im hiesigen Budget für 1853 kommt unter den Ausgaben folgende originelle Stelle vor: Der Scharfrichter: Besoldung 263 Fr., zwölf Klafter Holz 204 Fr., von der Hundsabgabe 212 Fr., für Wohnung 140 Fr., für Ausstäupung 115 Fr., zusammen 934 Fr. Ein Oberrichter des gleichen Kantons bezieht ungefähr den nämlichen Gehalt!

Belgien.

Brüssel, den 27. Oct. Die Repräsentantenkammer wählte heute zu Quästoren einen Katholiken und einen Liberalen. Das Zustandekommen eines Kabinets ist immer noch zweifelhaft.

Frankreich.

‡ **Paris,** den 26. Oct. Der Moniteur veröffentlicht seit einiger Zeit alle von den Consulaten eingehenden Handelsberichte, was der Handelswelt ein reiches Material liefert. Er bringt heute Berichte über den Ausfall der Erndte in Sicilien, über den Schiffbruch eines französischen Schiffes am Senegal, eine Uebersicht über den Verkehr der holländischen Marine und über den Waarenumsatz am Cap in den ersten 3 Monaten dieses Jahres. — Die Journale, außer dem Constitutionnel, beschäftigen sich heute gar nicht mit dem Kaiserreiche, desto mehr aber mit der türkischen Anleihe und mit der Amerikanischen Expedition nach Cuba. Der Divan hat, wie es scheint einstimmig, beschlossen, daß die Anleihe von 50 Millionen Franken nicht ratificirt werden soll. Es ist sogleich Ordre gegeben worden, die nahe bevorstehende zweite Einzahlungsrate nicht anzunehmen. Die bereits gemachten Einzahlungen sollen mit den aufgelaufenen Zinsen zurückerstattet werden. Alle Bemühungen des französischen Gesandten, die Ratification der Anleihe zu bewirken, scheiterten an den wirklichen oder angeblichen Besorgnißen des türkischen Ministeriums vor der Antipathie des Volkes gegen diese Operation, und vor der durch die Ulemas bereits angefachten Aufregung. Die wahre Ursache ist jedoch in dem Einfluße Rußlands und in den Hofintriguen der eben ans Ruder gelangten Partei zu suchen. Es ist ganz natürlich, daß sie nicht geneigt ist, eine Maßregel zu unterstützen, deren sie sich bedient hat, um das vorige Ministerium zu stürzen. Die Zurückberufung des Fürsten Kallimaki von seinem hiesigen Botschafterposten ist bereits offiziell bekannt gemacht, sein Nachfolger scheint aber noch nicht ernannt zu sein. Die Regierungsblätter tadeln alle diese Maßregeln und hierin stimmen die Oppositionsblätter diesmal mit ihnen überein. — Einige Blätter drücken die ungegründete Be-

sorgniß aus, daß der Vorfall in Cuba möglicherweise eine Collision zwischen der französischen und amerikanischen Escadre herbeiführen kann. Die französischen Schiffe sind nur bestimmt, Cuba gegen einen Handstreich der amerikanischen Freibeuter, deren Pläne von der amerikanischen Regierung mißbilligt werden, zu vertheidigen. Es ist demnach zu erwarten, daß der französische Consul in Havanna keine andere Rolle, als die des Vermittlers in dem bestehenden Conflikt übernehmen und die spanischen Behörden veranlassen wird, den Reclamationen des Cabinets von Washington nachzugeben, damit Amerika jeder Vorwand genommen werde, seine etwaigen Gelüste auf die Eroberung von Cuba zu befriedigen. — Der Präfect des Departements du Nord hat eine ansehnliche Anzahl von Wirths- und Schenkhäusern geschlossen. Auf die zahlreichen Reclamationen dagegen antwortete er mit einem in allen Gemeinden öffentlich angeschlagenen Circulaire, worin er erklärt, daß keine neuen Concessionen für Schenkwirthschaften ertheilt werden, indem deren im ganzen Departement bereits 17,860 bestehen, was für die Bedürfnisse des Departements hinreiche. — George Sand hat das Kreuz der Ehrenlegion erhalten. (!)

Da im Schloß von Fontainebleau Kaiser Napoleon die Abdankungsurkunde unterzeichnete, will sein Erbe und Nachfolger gerade in Fontainebleau die förmliche Herstellung des Kaiserreichs erleben.

Der Indépendance Belge schreibt man aus **Paris**, 22. Oct. „Die auswärtigen Neuigkeiten sind nicht ohne Wichtigkeit. Es scheint gewiß, daß bei Eröffnung des englischen Parlaments sich eine Verhandlung entspinnen wird über die Frage: ob das Ministerium von der französischen Regierung das Versprechen hat, daß sie die Verträge von 1815 vollständig, und namentlich hinsichtlich der damals festgesetzten Territorialbestimmungen, beobachten wolle. Das englische Ministerium wird in dieser Beziehung die verlangten Erklärungen geben. Sie werden kategorisch sein. Eine sehr wichtige Thatsache hat sich in Italien zugetragen. Nach den abgeschlossenen Handels- und Zollverträgen würden die Oesterreicher eine bleibende Garnison im Hafen von Livorno unterhalten, der sonach, sobald die Eisenbahn über Bologna nach Venedig vollendet ist, eine Succursale des Hafens von Triest werden würde. Diese Uebereinkunft, sagt man, hat die Zustimmung der französischen Regierung, und erklärt, wie es scheint, hinlänglich das zwischen den Cabinetten von Wien und Paris bestehende Vertrauensverhältniß. Es ist nicht anders anzunehmen, als daß Frankreich, dafür daß es eine Concession macht, die fortan Toscana an Oesterreich überläßt, als Gegengabe eine Entschädigung oder wenigstens das Versprechen einer Entschädigung erhalten hat. Dies ist wol eine der wichtigsten Begebenheiten, die seit drei Jahren in Italien vorgekommen sind, und in England (wie in Genua) ist man wahrscheinlich darüber sehr erstaunt und sehr betroffen. Endlich haben einige Blätter einer Deputation aus Chambery gedacht, die unter Führung mehrerer Mitglieder des savoyischen Klerus den Prinzen bei seiner Durchreise in Grenoble begrüßt, und von ihm die Zusage eines wirksamen Beistands zur Vereinigung Savoyens mit Frankreich, nicht mehr und nicht weniger, erlangt hätte. Wenn man dem klerikalen Correspondenten des Univers glauben darf, so wäre Savoyen bereit sich zu erheben und die Vereinigung jetzt schon zu fordern. Die offizielle Zeitung von Savoyen hat alle diese Gerüchte, allerdings ziemlich ungeschickt, bereits abgefertigt, und ich glaube versichern zu können, daß die Regierung Ludwig Napoleons darüber sehr ärgerlich war, und daß zumal Hr. Drouyn de Lhuys laut erklärt, diese Aussagen seien ungegründet. Der Präsident hat die Deputation freundlich empfangen, aber es ist weder ein Wort der Art gesprochen, noch eine Aufmunterung gegeben worden."

Paris, den 25. Oct. Aus Turin ist die Mittheilung eingegangen, daß Hr. d'Azeglio, Präsident des sardinischen Ministerrathes, zwei Noten, welche ihm von dem französischen Gesandten Hrn. His de Butenval in Bezug auf mehrere französische Flüchtlinge übersandt worden waren, diesem ohne Antwort zurückgeschickt hat. (?) Die Behauptung, daß die Gesandten Frankreichs und Englands in Turin gemeinschaftlich oder doch wenigstens der erstere ein Ansinnen für Abänderung der organischen Einrichtungen des Königreiches Sardinien förmlich gestellt hätten, ist von Seiten dieser Gesandten selbst als völlig grundlos bezeichnet worden. Freunde des Hrn. d'Azeglio selbst sollen jenes falsche Gerücht in Umlauf gesetzt haben, wohl um den Ministerpräsidenten, den sie zugleich als entschiedensten Gegner einer jeden solchen Zumuthung darstellten, bei den Liberalen wieder mehr in Credit zu bringen. Man hält den baldigen Sturz des Hrn. d'Azeglio nun für gewiß. Es heißt bereits, Graf von Cavour werde demnächst wieder in das Cabinet eintreten.

Ein Privatschreiben aus **Rom** theilt mit, daß man im Vatican Vorbereitungen treffe, welche als Vorboten der Reise des Papstes nach Frankreich betrachtet würden.

Spanien.

Madrid, den 25. Oct. Auch Englands Geschäftsträger hat die Hülfe seines Landes in Beziehung auf Cuba der Regierung zugesagt. Die Minister sind somit aus aller Klemme. Heute sind im Ministerrathe Vorsichtsmaßregeln beschlossen worden, die das Dampfschiff Isabel la Catolica dem Generalcapitän von Cuba zu überbringen hat, und diesem Statthalter ist gleichzeitig ein Belobungsschreiben in Betreff seines Benehmens gegen den amerikanischen Postdampfer Crescent City zuerkannt worden. Den Behörden war es nicht entgangen, daß der Führer jenes Schiffes ein Hauptgeschäft mit aufrührerischen Schriften machte, die er an den americanischen Consul zu Havannah adressirt, in die Stadt schmuggelte. Als man nun sich weigerte, den an besagten Consul adressirten Beutel mit Briefschaften und Papieren zu öffnen, wurde dem Crescent City der Eingang in den Hafen verweigert und unser Kriegsdampfer Pizarro beauftragt, den Crescent City bis über die Höhe von Cuba hinaus zu beobachten. Durch die heute von der Havannah mit dem Postdampfer Fernando el Catolico über Cadix hier eingetroffenen Briefe ist die Regierung in Kenntniß gesetzt worden, daß 8 englische und 5 französische Kriegsschiffe in den verschiedenen Häfen der Insel Cuba vor Anker liegen. Nichts desto weniger hat der Marineminister heute Befehle nach Cadix abgehen lassen, um die Ausrüstung unseres neuen Linienschiffes San Eduardo, von 86 Kanonen, zu beschleunigen. (K. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, den 23. Oct. Die erste Berathung über den auf die Verlegung der Zolllinie an die Elbe bezüglichen Gesetzentwurf wurde auch in der gestrigen Sitzung des Volksthings fortgesetzt. Im Namen der Regierung wies der Finanzminister auf das Bestimmteste jede Hindeutung darauf zurück, daß die jetzt vorgeschlagene Veränderung der Zollverhältnisse den deutschen Bundesregierungen ein weites Feld zu einer ungehörigen Einmischung in die innern Angelegenheiten des Königreiches Dänemark eröffnen werde. „Der deutsche Bund habe weder irgend ein Recht, noch irgend welche Macht, sich in die Zollverhältnisse der dänischen Monarchie einzumischen. Der Gesetzentwurf ward mit 79 gegen 2 Stimmen zur zweiten Berathung verwiesen und der Vorschlag H. Hage's, einen Ausschuß von 7 Mitgliedern zur Begutachtung desselben zu ernennen, mit 81 Stimmen angenommen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1283²] **Zu verkaufen.**

In einer der der größeren Städte der vordern Pfalz ist ein Spezerei-Geschäft wegen Wohnsitzveränderung zu verkaufen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 262 | den 31. October 1852.

Deutschland.

Die Staatskrankheit. (Aus dem Beobachter.) Unter diesem Titel hat Frantz, ein Beamter im Ministerium des Innern in Berlin, eine kleine Schrift veröffentlicht, welche in Preußen große Aufmerksamkeit gefunden hat und auch die unserer Leser verdient. Der Verfasser ist konservativ, ja absolut monarchisch gesinnt, aber verschieden von den Rittern der Kreuzzeitung und ähnlicher Blätter, will er die Monarchie nicht zur Vorkämpferin der Restauration und zur Trägerin reaktionärer Tendenzen machen, sondern dadurch befestigen, daß sie sich in Einklang setze mit den Forderungen des modernen Lebens und die Zustände erkenne, wie sie einmal sind. Indem wir in Folgendem unsern Lesern aus demjenigen Theile der Schrift, welcher sich mit der Untersuchung der Staatskrankheit beschäftigt, einen möglichst wortgetreuen Auszug geben, hoffen wir, es werde dieselbe aufs neue den hie und da unter den scheinbaren Erfolgen der Reaktion wankend gewordenen Glauben befestigen, daß keine Macht der Erde den Fortschritt des menschlichen Geistes zu bannen vermag und alle Versuche der Restauration in ihr Gegentheil umschlagen müssen:

Die Staaten des westlichen Europa — der germanischen und romanischen Völker — sind krank, weil das Princip, wonach sie sich bildeten, nicht mehr das herrschende ist und weil sie also kein einheitliches Princip enthalten, sondern von widersprechenden Principien bewegt werden; dagegen sind Nordamerika, aus einem Kolonistenverein hervorgegangen, und bis diesen Tag ein Verein von wesentlich unabhängigen Individuen, Rußland, nach patriarchalischen Formen gebildet und regiert, und beziehungsweise England, dessen feudale Grundlagen sich zum guten Theile noch erhalten haben, gesunde Staatskörper. Die Staaten des westlichen Europa sind hervorgegangen aus dem *Princip des Feudalismus*. Dieses stellt einen pyramidalen Bau dar, in welchem die untere Schichte der Gesellschaft, den Druck des Ganzen tragend, gänzlich der Unfreiheit erlag, die mittlern und höhern Schichten sich in verschiedenen Graden der Unterthänigkeit und des Herrschens zur Freiheit erhoben, die von dem Gipfel herabfloß und natürlich nach unten hin nur in spärlichen Tropfen ankam. Jede niedere Stufe war der höheren unterthänig und was sie an Freiheit und Recht besaß, war ihr von oben her verliehen. Jeder Höhere erschien demnach für den Niederen als eine *Autorität*. Das Ganze war ein verkörpertes *Autoritätssystem*. Diese hierarchische Gesellschaftsbildung hat sich im Verlauf der letzten Jahrhunderte aufgelöst, die Gewalt der Zwischenglieder ist von der königlichen oder landesherrlichen Gewalt absorbirt worden. Das Königthum wurde gewissermaßen absolut, aber es verlor seine ehemaligen Stützen, die politischen wie die moralischen, das Autoritätsprincip verlor mit der hierarchischen Organisation seine reelle Bedeutung, und als Resultat ergibt sich eine Staatsgewalt, welche, aus feudalen Grundlagen erwachsen, der feudalen Grundlagen entbehrt und sich als Autorität geltend macht, während sich in der modernen Gesellschaft fast keine Spur mehr von Autorität findet. Sie scheint in der Luft zu schweben; man sucht sie zu stützen durch constitutionelle Kammern oder restaurirte Stände, durch reine Militär- und Polizeigewalt, durch conservative Vereine, Treubund u. s. w., durch Anlehnen an die Kirche, durch Verbreitung gewisser dogmatischer Vorstellungen, sogar durch rein spekulative Begriffe, aber vergebens, wie die Erfahrung zeigt.

Der Feudalismus und das Autoritätssystem sind zerfallen unter dem Einfluß der Veränderungen in den moralischen Ueberzeugungen der Menschen, in den politischen Formen und in den öconomischen Grundlagen der Gesellschaft. Das moderne Freiheitsbewußtsein, wesentlich verschieden von dem des Mittelalters, erkennt in dem Menschen ein *freigebornes* Wesen; es hat sich allmählich entwickelt im Zusammenhang mit den bekannten politischen Veränderungen, welche im Wesentlichen in dem Verschwinden der Zwischengewalten und in der Bildung der absoluten Monarchie bestanden, und steht in engster Verbindung mit den öconomischen Veränderungen, welche noch viel wichtiger sind, als die politischen. Die öconomische Grundlage des Feudalismus, die feste Basis der Autorität, bildete das *Grundeigenthum*; es verlor an Bedeutung mit der Zunahme des beweglichen Vermögens. Die königliche oder landesherrliche Macht sank, sobald mit der Vermehrung der öffentlichen Bedürfnisse die Einkünfte der Domänen nicht mehr ausreichten und *Steuern* auferlegt werden mußten. Die öffentliche Gewalt erschien nicht mehr als des Königs *eigene* Gewalt, sondern als die Gewalt des *Landes*, welches sie bezahle. Allmählich wurde das Geld eine Macht, und das Geld nivellirt; es ist ein Feind der Autorität. Die Münze wurde durch andere Werthzeichen überflügelt, es kamen die Wechsel auf, die großen Handelshäuser wurden mächtiger als die Münzmeister, die Fürsten borgten bei den Juden, das Haus Rothschild übt größern Einfluß in Europa, als viele souveräne Fürsten, wo bleibt da die Autorität.

Der hierarchischen Organisation der *ländlichen* Bevölkerung entsprach im Mittelalter auch die Organisation der *städtischen und industriellen* Bevölkerung. Verfassung und Recht der Städte wie der Zünfte und Gilden beruhte größtentheils auf besondern Privilegien, von den Landesherrn verliehen; deßgleichen wurden Marktrecht, Stapelrecht und Bannrechte, selbst ganz individuelle Gewerbsberechtigungen verliehen; auch hier Abhängigkeit nach oben, Autorität nach unten, hierarchische Schichtung und Gliederung der herrschaftlichen Beamten, Geschlechter, Gilden und Zünfte, der Meister, Gesellen und Lehrlinge. Allmählich verloren die Privilegien ihre Bedeutung. Neue Arten von Handwerken kamen auf, welche nicht zünftig waren; Patente wurden ertheilt, der lebhaftere und freie Handelsverkehr benahm der Meisterschaft an ihrem Werth, Fabriken entstanden. So ist stückweise und allmählich das Gebäude der agrarischen wie der industriellen Hierarchie verfallen, so erstarb unter dem entscheidenden Einfluß der veränderten Weise der Kriegführung der Feudalismus, so ging mit ihm das Autoritätsprincip zu Grunde. Die realen Grundlagen desselben sind verschwunden, und ob man es von allen Kathedern und Kanzeln proclamirt, es besteht in der Wirklichkeit doch nicht, es ist eine bloße Idee, und nie und nirgends ist es geschehen, daß sich die Gesellschaft auf den Grund einer bloßen Idee organisirt hätte.

Das moderne Freiheitsbewußtsein, welches sich durch die Trümmer des Feudalismus und der Autorität Bahn bricht, erweckt zugleich das Bewußtsein der *Gleichheit*. Indem sich die Menschen frei fühlen, fühlen sie sich nach ihrem innersten Kern als *gleich*, so sehr sie auch durch

Fähigkeiten, Reichthümer und gesellschaftliche Stellung verschieden sein mögen. Es ist nichts Zufälliges, sondern etwas innerlich Nothwendiges in der Devise Freiheit und Gleichheit. Vor allem ist es die allgemeine Beweglichkeit des modernen Lebens, welches das Bewußtsein der Freiheit und Gleichheit befördert, wie umgekehrt die mittelalterliche Schollenpflichtigkeit die mächtigste Ursache der Unfreiheit und Ungleichheit war. Der Handwerker wandert, der Militärdienst reißt den jungen Bauernburschen von der heimathlichen Scholle in das beweglichere Leben der Städte, wo der Respect vor den Dorfautoritäten verschwindet, die Masse ist in Fluß gekommen, unsere Communicationsmittel, Posten, Dampfschiffe und Eisenbahnen, indem sie auf Massenbewegung berechnet sind, befördern nothwendig zugleich die Egalität und diesem Zuge folgen unsere Sitten. Rang und Stand vermischen sich auf den Dampfschiffen und auf der Eisenbahn, wo der arme Teufel auf dieselbe Weise und in derselben Geschwindigkeit befördert wird, wie der große Herr. Auch die alten Kostüme des Ranges verschwinden, in unsrer Kleidung zeigt sich dieselbe Egalitätstendenz, wie in unsern Bauwerken und im gesammten Benehmen der Menschen. Die Tendenz zur Egalität ist so allgemein und mächtig, daß selbst die ausgemachtesten Reactionäre, welche dieselbe verwünschen, nicht umhin können, sich zu egalisiren. Der Verfasser fragt bei dieser Gelegenheit die Kreuzzeitungsritter, warum sie denn nicht in ihrem mittelalterlichen Kostüme unter den Linden spazieren gehen 2c.

Das Freiheitsbewußtsein schreitet fort mit der Entwicklung der Naturwissenschaften und der Industrie. Das Studium der Naturwissenschaften macht skeptisch; es führt zu andern Untersuchungen als denen der Naturkräfte, daher ihm die Hierarchie bis heute abhold ist. Die Entwicklung der Industrie, indem sie die relative Macht des Grundeigenthums vermindert, muß die Autorität abschwächen, welche dieses zur Grundlage hatte. Der Reichthum, ein unerläßlicher Bestandtheil der Autorität, ist kein Privilegium mehr. Der Dampf zerstört den letzten Rest des Feudalismus, welchen das Pulver noch übrig ließ; er ist eine unermeßliche Bewegungskraft und Bewegung macht frei. Durch die Presse zerstörte die Industrie das Privilegium der geistigen Güter, der Kenntnisse und der Bildung. Die Zeitungen kamen auf, und vermöge des Telegraphen erfährt jeder Spießbürger in Berlin so schnell als die Diplomaten, was gestern in Paris und London geschah. Mit der Publicität verschwindet das Mysterium, welches zur Autorität gehört.

Der Versuch ist vergeblich, diese moderne Welt nach Autoritätsprincipien zu organisiren; umsonst stellen die reactionären Philosophen ihre Idee als ein Dogma auf, um auf Grund desselben die autoritätslose Welt abzukanzeln. Man kann die Autorität nicht durch speculative Systeme begründen; sie ist wesentlich etwas Ursprüngliches und Unmittelbares und der Weg der Doctrin führt nicht zur Autorität zurück.

Das Wesentliche und Gemeinsame der europäischen Revolution ist nach dem Buche unsers modern denkenden Royalisten die Zersetzung des Feudalismus. Es ist durchaus falsch, wenn die reactionäre Philosophie die Revolution aus dem Abfall von Gott erklären und mit der Sünde identificiren will. Bequem mag es sein, durch den Vorwurf der Gottlosigkeit eine geschichtliche Bewegung mit zwei Worten abzuurtheilen, allein es wird damit die Sache nur verdunkelt, und das Unwesentliche für das Wesentliche ausgegeben. Wie man im Mittelalter, wenn eine Pest wüthete, die Schuld auf die Juden schob, welche angeblich die Brunnen vergiftet hätten, so sollen nun die Philosophen die Revolution gemacht haben.

Die Auflösung der feudalen Weltordnung ist ein organischer Proceß, so gewiß als auch Verwelken zum organischen Leben gehört. Das Uebel ist nicht durch Polizei- und Militärgewalt, nicht durch speculative und dogmatische Systeme, nicht durch die schematischen Kombinationen des Constitutionalismus zu heilen. Es handelt sich darum, ein sociales Band zu entwickeln, welches, wie früher der Feudalismus, die Dynastien mit der Nation verknüpft. Das Streben der Dynastien, den Zersetzungsproceß des Feudalismus, dem sie entsprungen und dessen übrig gebliebene Spitze sie sind, aufzuhalten, scheitert an der Unmöglichkeit. Es gibt kein Mittel, die Veränderung der Sitten und Lebensgewohnheiten oder die Fortschritte der Industrie aufzuhalten, die restaurationslustigsten Regierungen müssen Eisenbahnen bauen, Banken anlegen u. s. w., und dadurch die Ueberreste des Feudalismus selbst zerstören. Der Versuch der Restauration schadet ihnen mehr, als er nützt. Machen sich die Dynastien zum Stutzpunct reactionärer Tendenzen, so verfeinden sie sich damit alle diejenigen Elemente, welche an der Auflösung des Feudalismus arbeiten, und das sind nicht etwa blos die Demagogen, sondern schlechtweg die Elemente des modernen Lebens.... Es ist ein Irrthum, zu glauben, daß mit Kräftigung der Staatsgewalt auch die Dynastien sich befestigen. Im Gegentheil, gerade in den letzten Jahrhunderten, während die Staatsgewalt so mächtig anwuchs, ist das dynastische Princip entwurzelt worden. Nach dem Verschwinden der feudalistischen Zwischengewalten mußte ein Beamtensystem eingeführt werden, und eine Folge hievon, so wie der veränderten Art der Kriegführung, war, daß die persönliche Activität der Fürsten in den Hintergrund trat, und sich ein glänzendes Hofleben entwickelte, welches das Volk kalt ließ und in dessen thatloser Ueppigkeit in Frankreich das dynastische Princip zu Grunde ging.

Als die Lebensfrage für die Dynastien und für die dynastischen Staaten bezeichnet der Verfasser die Aufgabe, die Dynastien in sich selbst zu regeneriren und sie durch ein neues sociales Band mit der Nation zu verknüpfen.

München, den 26. Oct. Der hiesige Anwalt der Verlagshandlung der Weserzeitung, Hr. Dr. Simmerl, hat bezüglich des am Samstag gegen dieses Blatt erlassenen Urtheils bereits eine Nichtigkeitsbeschwerde eingereicht, so daß diese Angelegenheit nun am obersten Gerichtshof zur Verhandlung kommen wird. Die Nichtigkeitsbeschwerde gründet sich auf die Ansicht, daß das eventuelle Verbot des Blattes allerdings als eine Strafe zu betrachten sei, die aber erlassen wurde, ohne daß der davon Betroffene vor dem Gericht gehört worden sei.

Nürnberg, den 27. Oct. Statt der fälligen Nummer des Turiner „Risorgimento" ist uns gestern (meldet der Nürnb. Corr.) folgende Notification der k. Generalzeitungsexpedition Augsburg zugekommen: „Das Journal „Risorgimento di Torino" ist für die österreichischen Staaten verboten und ist also jetzt die Sendung eingestellt." Hiernach wäre also nur mit dem Verbote einer Zeitung in Oesterreich zugleich deren Verbot für alle Hinterländer, auch jene des deutsch-österreichischen Postvereins, ausgesprochen und denselben nur das Auskunftsmittel gelassen, sich solche, wenn möglich, auf einem Umwege zu verschaffen. Ob diese Auffassung der Art. 41—43, dann 53 des revidirten Postvereinsvertrags vom 5. Dec. v. J. entspricht (welchen durch Art. 51 kein Abbruch geschehen kann, da in diesem offenbar nur von Zeitungsverboten in dem Staate selbst, in welchem der Abonnent wohnt, die Rede ist), möge hiermit der Erwägung der Generaldirection der k. baier. Verkehrsanstalten anheimgestellt sein. Für uns bleibt vorderhand nichts übrig, als zu versuchen, ob wir die uns solchergestalt unzugänglich gewordene Zeitschrift durch die Schweiz beziehen können.

Frankfurt, den 28. Octbr. Die Abberufung des österreichischen Bundespräsidialgesandten, Grafen Thun, von diesem seinem Posten bestätigt sich; er wird den Gesandtschaftsposten in Berlin übernehmen, und hier durch den Grafen Rechberg ersetzt werden.

Gießen, den 28. Oct. Man erzählt sich hier viel von einem neuen Hirtenbriefe des Bischofs Ketteler von Mainz, der letzten Sonntag in der katholischen Kirche von der Kanzel verlesen worden ist, und auf die gebildeten Katholiken einen gar merkwürdigen Eindruck gemacht ha-

ben soll. Es soll darin von Bedrängniß der katholischen Kirche, von Gegnern bis in die höchsten Stellungen, von Entziehung der kirchlichen Güter und Verwendung für solche, die gegen die katholische Kirche schrieben, in einer Weise die Rede sein, daß die gebildeten Katholiken sich angesehen und gefragt hätten, von welchem Lande das Alles gemeint sei. Es wäre gewiß von großem Interesse, wenn dieser Hirtenbrief veröffentlicht würde. (Fr. J.)

Dillenburg, den 25. Oct. Vorgestern ging Seitens der hiesigen Industriellen, namentlich der Eisenproducenten, eine Vorstellung an den Herzog ab, welche in einer Lossagung aus dem Zoll- und Handelsverband mit Preußen die größten Nachtheile erblickt und den Landesherrn ebenso ehrfurchtsvoll als dringend bittet, es nicht zum vollständigen Bruch mit Preußen kommen zu lassen. Aehnliche Eingaben werden auch anderwärts in Nassau vorbereitet und sollen, wie wir hören, an den Landesherrn selbst gerichtet sein. (Mittelrh. Z.)

Kassel, den 25. Oct. Es sind heute Versetzungen von Beamten in großartigem Maßstabe bekannt geworden. Die Mitglieder des hiesigen Stadtgerichts vom Direktor bis zum jüngsten Assessor sind sammt und sonders theils degradirt, theils von hier aufs Land versetzt worden. Man glaubt, daß dies noch eine Folge der Stempelerhebungsverweigerung vom Jahr 1850 sei. Außer diesen sind noch eine Menge Personen auf die Wanderschaft geschickt. Als die namhaftesten der Betroffenen heben wir hervor: den Staatsrath Wippermann, ehemals Finanzminister, welcher nach Rinteln als Referent der dasigen Regierungscommission zugewiesen worden ist, den geheimen Legationsrath v. Wintzingerode, 1833 Minister der auswärtigen Angelegenheiten, als Referent der Regierungscommission nach Schmalkalden bestimmt, den Stadtgerichtsdirector Kraushaar, als Justizbeamten nach Hanau, den Stadtgerichtsrath Werner, als Justizbeamten nach Naumburg u. s. w. Dagegen sind lauter Treubundsmänner hierher versetzt worden. Der Einfluß, welchen die gänzliche Entfernung aller Mitglieder des Stadtgerichts, denen die bürgerlichen Verhältnisse bekannt waren, üben wird, läßt sich im Voraus gar nicht bestimmen. (N. C.)

Werden. Am 23. Oct. sind aus der hiesigen Strafanstalt zwei Gefangene am hellen Tage entkommen. Sie waren wegen Theilnahme am Aufstande in Baden verurtheilt. Die Strafzeit des Einen dauerte nur noch 10 Monate, die des Andern aber 7 Jahre.

Berlin, den 27. Oct. Die seit einigen Tagen verbreiteten Nachrichten von einer Annäherung des wiener Cabinets in der Zollfrage gegen Preußen, welche theilweise auch durch die Angaben der Coalitionspresse bestätigt erschienen, werden heute von kundiger Seite entschieden in Abrede gestellt. (K. Z.)

Es soll in Leipzig, als dem Stapelplatze des deutschen Buchhandels, ein neues französisches Generalconsulat errichtet und diesem eine Art literarischen Cabinets beigegeben werden, welches allen politischen Novitäten nachforschen, sie lesen und so weit sie wichtiger Natur mit den nothwendigen Erläuterungen und Bemerkungen nach Paris expediren solle. — Man hat hierbei wol die frühere Thätigkeit des österreichischen Generalkonsulats (unter Hrn. Hübner) im Auge gehabt, eine Einrichtung, die wieder zu treffen von der österreichischen Regierung übrigens auch nichts weniger als von der Hand gewiesen werden soll.

Wien, 24. Oct. Die förmliche Eröffnung der Wiener Zollconferenz ist wegen der verzögerten Ankunft des württembergischen Bevollmächtigten um 8 bis 10 Tage verschoben worden.

— den 26. Oct. Dem Vernehmen nach werden auch Toskana und der Kirchenstaat dem zwischen Oesterreich, Modena und Parma abgeschlossenen Zolleinigungsvertrage beitreten.

Die Wiener „Presse" schreibt unterm heutigen Datum: Die Zollconferenzsitzungen vorbereitender Art haben bereits begonnen. Man glaubt indeß, daß der Inhalt und Verlauf derselben nicht zur Publicität gebracht werden solle. Muthmaßlich wird man sich jetzt mit der Art und Weise beschäftigen, wie die gesammte Angelegenheit vor das Forum des Frankfurter Bundestages zu bringen sei, nebst vorbereitenden Arbeiten in Betreff der gänzlichen Zolleinigung, wie sie zwischen Oesterreich und den süddeutschen Staaten abzuschließen sein wird.

Von den seit dem Jahr 1848 wegen politischer Verbrechen oder Vergehen Verurtheilten ist nach einer Zusammenstellung nur noch ein Sechstheil in Haft; die übrigen sind sämmtlich begnadigt.

Einer der bekanntesten österreichischen Diplomaten ist gestorben, der geh. Rath Graf Apponyi, der eine lange Reihe von Jahren hindurch den Kaiserstaat am Hofe von Paris vertrat und bald nach der Februarrevolution seine öffentliche Wirksamkeit mit völliger Zurückgezogenheit vertauschte.

Belgien.

Brüssel, den 28. Oct. Höchst wahrscheinlich kommt ein außerparlamentarisches Cabinet zu Stande. Die Minister des Krieges und der öffentlichen Bauten würden bleiben, General Goblet Minister des Auswärtigen, der Gouverneur von Westflandern, de Briere, Minister des Innern, der Oberprocurator beim Tribunal, Alphons Nothomb, Minister der Justiz, der Gesandte in Madrid, Dujardin, Minister der Finanzen werden. Nach Anderen übernähme General Prisse das Auswärtige, Generalinspector Noel die öffentlichen Bauten; dagegen wären die Finanzen noch unbesetzt. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, den 25. Oct. Ueber die nächsten Plane des Herrschers verlautet sehr wenig, jedoch darf mit Sicherheit angenommen werden, daß er eine ausgedehnte Amnestie erlassen wird. Er will die Sünden und Vergehen des Republicanismus verzeihen, zumal ihm diese Versöhnung von der Geistlichkeit anempfohlen wird. Das legitimistische Lager lichtet sich täglich mehr. Einflußreiche Führer des Royalismus machen gemeinschaftliche Sache mit den Decembristen und buhlen um deren Gunst. Die Bußgänge nach St. Cloud mehren sich außerordentlich. (A. Z.)

— den 26. Oct. Das „Journal des Debats" erwähnt der Verurtheilung des Wirthes Francesco Madiai und seiner Frau durch den königlichen Gerichtshof von Florenz im Juni d. J. wegen Uebertritt zum Protestantismus und Proselitenmacherei. Madiai erhielt 4½ Jahre Zwangsarbeit und seine Frau 3¾ Jahre der nämlichen Strafe. Der Gerichtshof erließ sein Urtheil mit folgendem Eingang: „In Anbetracht, daß das Kriminalgesetzbuch mit den Auslegungen der berühmtesten Juristen übereinstimmend, die Proselitenmacherei als ein durch die gewöhnlichen Gerichte zu bestrafendes Verbrechen anerkennt." Die „Debats" rufen die öffentliche Meinung an, um ihr Urtheil über die Richter zu sprechen. „Es gibt, sagen sie, in der ganzen Welt kein freies Gewissen, das nicht empört sein muß bei der allen Gewissen zugefügten Beleidigung. Der Großherzog von Toscana hat geglaubt, das an ihn gerichtete Gnadengesuch nicht zulassen zu dürfen und die beiden Unglücklichen erleiden heute Strafen, mit denen man sonst die gemeinsten Verbrecher bestraft. Eine Deputation französischer englischer, schweizerischer, holländischer und deutscher Protestanten begibt sich jetzt nach Florenz, um zu Gunsten der Madiai beim Großherzog zu interveniren. Wir hoffen, daß ihre Stimme von dem Enkel Leopold's I. erhört werden wird. In allen Fällen aber werden sie alle Freunde der religiösen Freiheit, zu welcher Religion sie auch gehören mögen, mit ihren Wünschen unterstützen."

Der Abbé Gioberti, welcher in die Angelegenheiten Italiens im Jahr 1848 so tief eingegriffen, ist in Paris in Folge eines Schlaganfalles in seinem 45. Lebensjahre

verschieden. Er war Ministerpräsident unter dem Könige Karl Albert und wurde nach der Schlacht von Novara, im März 1849, als bevollmächtigter Gesandter nach Paris geschickt.

— den 27. Oct. Abermals ist ein Polizeicommissär, der von La Rochelle, Hr. Vidal, gerichtlich verurtheilt worden und zwar wegen öffentlicher unsittlichen Handlungen in den dortigen Festungswerken in Gemeinschaft mit zwei dreizehnjährigen Mädchen, die aber wegen ihres unzurechnungsfähigen Alters nicht bestraft, sondern nur ins Besserungshaus gesteckt worden sind. Für den Polizeikommissär ist das Strafmaß auf ein Jahr Gefängniß, 200 Fr. Geldbuße und die Kosten gestellt worden.

Ein Pariser Correspondent der Köln. Ztg., der sich darauf beruft, er habe den Staatsstreich vorhergesagt, trotzdem man ihn deßhalb ausgelacht habe, sagt nun mit gleicher Bestimmtheit vorher: in 6 bis 10 Monaten würden wir Krieg haben.

Italien.

Florenz, den 22. Oct. So eben höre ich, daß gestern Nachmittag ein schändliches Attentat gegen den Minister Baldasseroni verubt worden sei. Als derselbe nämlich das von ihm bewohnte, in der Via larga gelegene Haus zu betreten im Begriffe war, wurde er durch einen Messerstich in der Seite verwundet. Ungeachtet das Verbrechen in einer unserer Hauptstraßen, welche freilich nicht zu den sehr frequenten zu rechnen ist, begangen wurde, gelang es doch dem Thäter, welcher ein gutgekleideter Mann gewesen sein soll, unentdeckt zu entkommen. (A. Z.)

Turin, den 21. Oct. Die Agitation zum Behuf der Einziehung der geistlichen Güter gewinnt zum Mißvergnügen der Regierung immer größere Ausdehnung.

Großbritanien.

London, den 26. Oct. Die Garnison der Insel Jersey wird bedeutend verstärkt.

Der „Sun" will aus zuverlässiger Quelle wissen, daß das Ministerium im nächsten Parlament einen Gesetzesvorschlag zur Verhinderung der Einmischung der römisch-katholischen Priester bei Wahlen vorlegen werde.

Die Blätter haben wieder viele Klagen über Paß- und sonstige Policeibehelligungen englischer Reisenden in Italien, besonders Oesterreichisch-Italien.

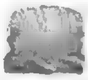
Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1286²] **Camphin-Lampen** bestens construirt sowie auch **Camphin** erster Qualität empfiehlt zu sehr billigen Preisen L. Klebsch in Speyer.

[1283⁷] **Zu verkaufen.**
In einer der größeren Städte der vordern Pfalz ist ein Specerei-Geschäft wegen Wohnsitzveränderung zu verkaufen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1253] **Anzeige.**
Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.
In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.
Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

[1178²] **Weinversteigerung zu St. Martin bei Edenkoben.**



Donnerstag, den 4. November 1852, des Morgens um 9 Uhr, läßt Hr. Jacob Will, Gutsbesitzer, in St. Martin wohnhaft, in seiner Wohnbehausung daselbst, folgende selbst gezogene rein und gut gehaltene Weine öffentlich versteigern, als:

29,000	Liter	1846er ordinärer,	
5,400	„	1846er Traminer,	
14,000	„	1848er	ordinärer,
11,900	„	1849er	ordinärer,
9,709	„	1850er u. 1851r	ordinärer,
13,000	„	1852er	ordinärer,
1,000	„	1852er Traminer,	
84,000	Liter.		

Edenkoben, den 20. October 1852.
Keller, Notär.

[1267³] **Das Anlehen deutscher Fürsten und Edelleute,** garantirt vom Prinzen Friedrich von Preußen, Herzog von Nassau, Herzog von Meiningen, Herzog von Sachsen-Coburg u. a. m. bietet die schönen Gewinne von 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 14,000, 13,000, 12,000, 11,000, 10,000, 10 à 5000 fl.
Nächste Ziehung am 15. November 1852.
Actien können zu nachstehenden Preisen bezogen werden: einzelne à 1 fl. 30 kr., 4 Stück 5 fl., 9 Stück 10 fl., 20 Stück 20 fl., 56 Stück 50 fl. durch unterzeichnetes Großhandlungshaus, welches prompte Zusendung der Listen sichert.
Julius Stiebel jun. und Comp.
Banquier in Frankfurt a. M.

[1254] **Niederländische**

Dampf- **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.
Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852
Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 263 | den 2. November 1852.

Deutschland.

Speyer. Die „Magdeb. Ztg." bringt ein Schreiben eines norddeutschen Reisenden aus S t r a ß b u r g vom 19. Oct., das bestimmter als viele Artikel die Zustände im heutigen Frankreich bezeichnet. Wir lassen es hier folgen: So eben von einer Geschäftsreise nach Straßburg zurückgekehrt, beeile ich mich, Ihnen einige Mittheilungen von dem zu machen, was ich dort während meines freilich nur eintägigen Aufenthalts gesehen und erlebt habe. Ich glaube, daß meine wenigen, aber durchaus wahren Mittheilungen für Sie von Interesse sein dürften, weil sie Ihnen einen Maßstab dafür geben können, wie sehr die französischen Zeitungen den angeblich in allen Kreisen der Bevölkerung herrschenden Enthusiasmus für Napoleon übertreiben und welcher Mittel sich die Polizei bedient, um diesen Enthusiasmus an's Licht treten zu lassen. Meine dortigen Geschäftsfreunde waren es seit Jahren von mir gewohnt, daß ich mich nach Beendigung der Geschäfte mit ihnen über die politischen Verhältnisse der Gegenwart unterhielt; sie wissen alle, wie sehr ich mich für dieselben interessire, und theilten mir deßhalb stets unaufgefordert nicht allein die Neuigkeiten des Tages, sondern auch ihre persönlichen Ansichten über die Lage Frankreichs mit. Wie ganz anders fand ich es jetzt! Niemand eröffnete mit mir ein Gespräch, das auch nur im Entferntesten die Politik berührte und als ich selbst ein solches begann, erhielt ich allenthalben die kurze abweisende Antwort: „Man spricht jetzt nicht über Politik." Es war eine nicht geringe Anzahl Geschäftsfreunde, welche ich besuchte; unter ihnen befanden sich frühere (rothe und blaue) Republikaner, Orleanisten und Legitimisten, aber von allen erhielt ich dieselbe Antwort und der Name „Napoleon" kam nicht über ihre Lippen. Bei keinem fand ich auch nur eine Spur von Enthusiasmus für den künftigen Kaiser. Daß alle diese Leute keine Freunde desselben sind, wurde mir nur zu einleuchtend, aber die Furcht vor der Polizei und der Soldatenherrschaft ist bei ihnen so groß, daß es Niemand wagt, auch nur Gleichgiltiges über den Kaiser zu sprechen. Auch das könnte als ein Verbrechen gegen die Majestät betrachtet und mit Deportation oder Verbannung bestraft werden. Wer den Kaiser nicht lobpreisen will, ist zum Stillschweigen verdammt. Noch glaubte ich, daß ich zufällig nur mit ängstlichen, furchtsamen Naturen, wie es die Mehrzahl der Kaufleute zu sein pflegt, in Berührung gekommen sei, aber nur zu bald überzeugte ich mich auf der Straße sowohl, als in den Kaffeehäusern, daß man auch dort nirgends von Politik spricht und daß die Furcht alle Gemüther eingeschüchtert hat. An allen Straßenecken sind offizielle Bülletins über die Reise Napoleons in französischer und deutscher Sprache angeklebt. Auch die berühmte Kaiserrede von Bordeaux befindet sich darunter. Fortwährend sah ich Gruppen an den Ecken stehen, welche die Affichen eifrigst, aber still vor sich hin lasen; in keiner dieser Gruppen hörte ich jemals ein lautes Wort, Keiner sprach mit dem Andern, vielmehr ging Jeder, der mit dem Lesen fertig war, still seines Weges. In den Kaffeehäusern herrscht Grabesstille; man hört nichts als das Geklapper der Dominosteine: man sieht sogar selten eine Zeitung lesen. Von einer allgemeinen Unterhaltung ist keine Spur, höchstens sprechen zwei Bekannte leise in einer Ecke mit einander. Abends war ich im Theater; es wurden ein paar unbedeutende Lustspiele gegeben; es war sehr schwach besucht, nur das Parterre fast ganz mit Soldaten gefüllt, denen die wenigen dort anwesenden Civilisten ehrfurchtsvoll Platz machten; in den Logen befanden sich vereinzelt eine Anzahl Personen, die fast sämmtlich das rothe Bändchen der Ehrenlegion im Knopfloche trugen; die Schauspieler mußten (wie ich hörte, auf Befehl der Behörden) bei jeder nur einigermaßen passenden Stelle den Namen Napoleons anbringen. Jedesmal, sobald dies geschah, ertönte aus den Kehlen der Soldaten ein Vive l'Empereur! und die anwesenden Civilpersonen erhoben sich von ihren Sitzen. An diesem Abende wiederholte sich diese kommandirte Ovation mehreremale. Es ist natürlich, daß unter diesen Umständen Niemand, der nicht ein Anhänger Napoleons ist, das Theater besucht, denn kein Zuschauer kann sich ohne Gefahr der Theilnahme an dem offiziellen Kaiserjubel entziehen. Die Physiognomie der Stadt und ihrer Bewohner vergegenwärtigte mir auf das Lebhafteste das Bild, wie es mir aus der Geschichte Venedigs im 16. und 17. Jahrhundert vorschwebt, nur mit dem Unterschiede, daß die Inquisition des heutigen Frankreichs am hellen Tage regimentsweise mit Kanonen und Bajonetten einherzieht.

GA* **Frankfurt,** den 27. Oct. Die „Deutsche Chronik" sucht den würtembergischen Handwerkern weiß zu machen, daß eine Befreiung von der preußischen Concurrenz und eine Einladung an die österreichischen Producenten zur Mitbewerbung ihnen angenehm und nützlich sein werde. Sie legt besonders den württembergischen Eisenproducenten, sowie den Klein- und Grobschmieden, den Schlossern und Schreinern ans Herz, daß sie mit den rheinpreußischen Eisenproducenten und den T r i e r'schen Fabrikanten nicht concuriren könnten. Die Concurrenz ist für den, welchen sie trifft, immer lästig; aber es geht nun einmal nicht anders: aus Rücksicht auf den Consumenten und den eignen technischen Fortschritt, sowie aus Rücksicht auf die Staatskasse sehen wir uns gezwungen, die Mitbewerbung nicht einzuschränken, sondern vielmehr auszudehnen. In Württemberg macht man eben den Versuch, eine großartige Exportgesellschaft zu gründen, welche nach Amerika Geschäfte machen soll. Kann man glauben, daß dieser Versuch gelingen werde, wenn mit dem Bruch des Zollvereins der erste Schritt zum Meere statt erleichtert zu werden, auf lähmende Controlmaßregeln stoßen müßte? Kann man erwarten, mit der wahrhaft großartigen Eisenindustrie Pennsylvaniens, mit den Engländern auf neutralem Markte glücklich zu concurriren, wenn man den T r i e r'schen Schlossermeister fürchten zu müssen glaubt? Was Oesterreich betrifft, so stehen bekanntlich sowol die Boden- und Waldrente, wie auch die Arbeitslöhne bei Weitem niedriger, als im Zollverein und die Eisenindustrie hat dort über so bedeutende Capitalien, Naturschätze und Kräfte zu verfügen, daß sie nach dem Ausspruch eines warmen Verfechters der Zoll- und Handelseinigung mit Oesterreich, des Professors Mischler in Freiburg, mit leichter Mühe bald u m d a s V i e r f a c h e ausgedehnt werden kann, sobald das Bedürfniß dazu vorhanden sein wird. Der württembergische Schmied muß schon jetzt, trotz des bedeutenden Zolles, die österreichische Concurrenz empfinden, die uns Sensen, Pfannen und andere Eisenwaaren billiger und besser nach Süddeutschland liefert, als wir sie hier anfertigen können. Der württembergische Schreiner hat sich auf der Londoner Industrieausstellung von der Eleganz und Solidität der österreichischen Möbel überzeugen können, und

weiß, daß das Holz in Oesterreich viel billiger ist als bei uns. Es scheint uns, daß Diejenigen, welche in den württemberger Gewerbevereinen und unter dem Kleingewerbstand die trügerische Hoffnung verbreiten, in der Trennung von Preußen und dem Anschluß an Oesterreich Genesung zu finden, eine schwere Verantwortung auf sich laden.

München, den 27. Oct. Die vor einigen Monaten confiscirte Schrift: „Mein Austritt aus der katholischen Kirche und aus dem Stifte St. Stephan in Augsburg, vom Studienlehrer E. v. Böck," ist so eben wieder freigegeben worden.

— den 28. Oct. Der Herr Ministerpräsident v. d. Pfordten ist bereits so weit hergestellt, daß er den ganzen Tag außer dem Bette zubringen kann.

Das Stadtgericht München hat auf Unterdrückung der Druckschrift: „Napoléon le petit par Victor Hugo" Londres 1852" „weil in vielen Stellen der Präsident der französischen Republik als Oberhaupt des französischen Staates durch Ausdrücke der heftigsten Schmähung und Beschimpfung, sowie durch Beimessung widerrechtlicher Handlungen und Gesinnungen beleidigt wird", somit der Art. 22 des Preß-Strafgesetzes vom 17. März 1850 als verletzt erscheint, erkannt.

Regensburg, den 26. Octbr. Der Landrath der Oberpfalz schloß gestern seine, ohne alle Theilnahme des Publicums geführten, Verhandlungen. Die brennende Tagesfrage wollte wegen zweifelhafter Kompetenz nicht angeregt werden; doch sprach sich die Ueberzeugung des Landraths für erleichterten Verkehr in unzweideutiger Weise aus. — Ein Antrag auf Wiedereinführung der Prügelstrafe wurde abgeworfen, da die Majorität — abgesehen vom Kompetenzzweifel (?) — nicht zugab, daß in der Bildungsstufe und den gerichtlichen Erfahrungen, wenigstens unseres Kreises, ein gerechtfertigter Anlaß zu einem so traurigen und beschämenden Rückschritt zu finden sei. Der Antrag war von dem Mitglied eines Standes ausgegangen, der sich auf ganz andere Mittel der Bildung angewiesen halten sollte. (Regensb. Tagblt.)

Frankfurt, den 30. Octbr. Die Bundesversammlung hielt vorgestern eine Sitzung, die erste seit dem Ende der Ferien. Der bereits früher wiederholt erwähnte Antrag Oesterreichs wegen des Ankaufs zweier Schiffe wurde, wie wir vernehmen, in der gestrigen Sitzung der formellen Behandlung übergeben.

Mainz, den 29. Oct. So weit man das Resultat der Abstimmung der dritten Klasse kennt, haben von 3251 stimmbefähigten Bürgern nur 1527 wirklich abgestimmt und hat das Princip der Herren Müller-Melchiors, Wittmann rc. den Sieg davon getragen.

Mainz, den 29. Oct. Das erste Drittel unseres neuen Stadtrathes ist gewählt. Die Entscheidung ist zu Gunsten der Fortschrittspartei ausgefallen. Von etwa 3000 wahlberechtigten Bürgern der dritten Klasse haben 1527 ihre Stimmen abgegeben, von denen im Durchschnitte an 1000 auf die Candidaten der erwähnten Partei fielen. Daß unter diesen Stimmen eine große Anzahl von entschieden conservativen Männern herrührt, ist gewiß. Die politischen Fragen sind gänzlich in den Hintergrund getreten und haben den kirchlichen den Kampfplatz überlassen, und so wenig man hier in der großen Majorität der Bürger eine Beeinträchtigung oder gar Bedrückung der katholischen Religion will und wollen kann, eben so wenig will man, daß eine den andersgläubigen Mitbürgern feindselige Stellung eingenommen werde und dahin gehende Strebungen durch öffentliche Stimmgebung Kraft erlangen. (F. J.)

Kassel, den 29. Oct. Die Executionskosten von 1850 sind nunmehr liquidirt und betragen 120,000 Thaler. (!) Unsere Regierung hat nun erklärt, daß sie die Hälfte zahlen wolle, die Zahlung der übrigen 60,000 Rthlr. ablehnen müsse, da solche lediglich durch die preußische Intervention entstanden. Es wird nun wahrscheinlich die Sache zur Entscheidung vor den Bundestag gelangen. — Die Nachricht von der bevorstehenden Erhebung der Fürstin v. Schaumburg in den österr. Fürstenstand ist begründet. (F. J.)

Nach der Kasseler Ztg. soll in Betreff des Bundespreßgesetzes angeregt werden, daß Juden die Redaction öffentlicher Blätter in Deutschland nicht mehr führen dürften!

Fulda, den 27. Oct. Die hiesige Regierung hat auf den Antrag ihres Referenten in Schulsachen, des Domcapitulars und Stadtpfarrers Hofmann dahier, beschlossen, der Kinderschule des Jesuiten Schneider in Maberzell nächst Fulda die Annahme von Kindern der dortigen Pfarrei zu untersagen. Der Fuldaische katholische Klerus scheint eine entschieden feindselige Stellung gegen die jesuitische Richtung einnehmen zu wollen, welche letztere in der ganzen Diözese nur etwa 8 bis 12 Anhänger unter den jüngeren Geistlichen zählen soll; so viel ist bereits hier im Publikum bekannt, daß eine große Mißstimmung, aus der die einflußreichsten und höchststehendsten hiesigen katholischen Geistlichen kein Geheimniß machen, immer größeren Boden gewinnt. (F. J.)

Hamburg. Pastor Ritter und Pächter Goldbaum werden in Mecklenburg criminell verfolgt, weil sie im Jahr 1849 einen Aufruf Ronge's verbreiteten, in welchem im Namen der Religion Protest gegen die in Baden an 27 Aufständischen vollstreckte Todesstrafe eingelegt war.

Berlin, den 27. Oct. Die Cholera kann nunmehr im Umfang des gesammten Staats als erloschen betrachtet werden, wiewohl noch immer hier und da, auch in der Hauptstadt, einzelne Erkrankungs- und Todesfälle vorkommen. Wie mörderisch die Seuche zumal in Posen gehaust hat, kann man schon daraus ersehen, daß in der einzigen Stadt Posen nahe an 60 Beamte daran gestorben sind.

Wien, den 22. Oct. Das Verordnungsblatt veröffentlicht heute den Vertrag zwischen Oesterreich und den Herzogthümern Parma und Modena über die gemeinsame Zolleinigung. Das Actenstück, an sich merkwürdig genug, wird durch die Lage der deutschen Zollangelegenheiten, bei dem gegenwärtigen Zusammentritt der Wiener Conferenzen, doppelt bedeutsam. Der Vertrag ist vom 1. Febr. 1853 angefangen auf 4 Jahre 9 Monate geschlossen. Wird der Vertrag nicht gekündigt, so ist er auf 4 Jahre als erneuert anzusehen. Art. 19 stipulirt förmlich, daß wenn auch die reine Einnahme der Herzogthümer für Modena nicht die Summe von 1,150,000 Lire, für Parma 1,130,000 Lire erreichen sollte, Oesterreich ihnen jedenfalls diese Einkünfte als Minimum garantirt. Die ausgesetzten Summen werden für Modena auf den Kopf etwa 2¼ Lire (55 kr. rhein.), bei Parma 2¼ Lire (56 kr. rhein.) betragen. Gegen die hohen Raten des Zollvereins sind diese Sätze freilich sehr niedrig. Die Zolleinnahmen in Oesterreich werden aber durchschnittlich kaum höher sein, und die Herzogthümer machen dabei jedenfalls ein glänzendes Geschäft, denn bei kleinen Territorien verschlingt die Gränzbewachung fast die ganze Zolleinnahme. Uebrigens wird nach dem Separatartikel zu §. 19 jener Vertheilungsmodus nur in der ersten vierjährigen Vertragsperiode gelten. Art. 26. lautet wörtlich: „Die Regierungen der beiden Herzogthümer willigen überdieß ein, daß die österreichische Regierung in gemeinschaftlichem Namen mit andern italienischen und deutschen Staaten wegen des Beitritts derselben zum gegenwärtigen Zollvereine oder wegen Abschlusses von Zoll- und Handelsverträgen zur Erleichterung des Verkehrs in Unterhandlung trete. Rücksichtlich der Verhandlungen mit andern italienischen Staaten behalten sich die herzoglichen Regierungen vor, dabei mitwirken zu können, und die bezüglichen Uebereinkünfte werden nicht Wirkung haben, wenn sie nicht von ihnen ratificirt sind. In Berücksichtigung des geringen Handelsverkehrs zwischen den deutschen Staaten und den Herzogthümern wird den Verträgen, welche zwischen den ersteren und Oesterreich geschlossen

werden sollten, schon gegenwärtig beigestimmt, im Falle als: a) selbe nicht Bestimmungen enthalten, welche die Gleichstellung der Finanzgesetzgebung, welche in dem gegenwärtigen Vertrage für das lombardisch-venezianische Königreich und die beiden Herzogthümer ausgesprochen wird, oder den im Art. 18 festgestellten Vertheilungsmaßstab der Zolleinkünfte verändern; b) den Herzogthümern keine weiteren Verpflichtungen als jene auflegen, den Zu- und Abfluß von Personen und Waaren in jener Art zu bewilligen, in welcher selbe Oesterreich in seinen Kronländern bewilligt; und c) den Bewohnern von Modena und Parma in den neu beigetretenen Staaten gleiche Rechte und Privilegien mit denen eingeräumt werden, welche den Bewohnern des österreichischen Kaiserreichs zugesichert werden."

Schweiz.

Bern, den 27. Oct. Am 22. Oct. ereignete sich auf den eisigen Höhen der Jungfrau ein Unglücksfall. Der bekannte Führer und Gemsjäger Bauener hatte bis dorthin eine Schaar Gemsen verfolgt, als er über eine himmelhohe Felswand hinabstürzte und einen gräßlichen Tod fand.

Freiburg. Wie der Confédéré berichtet, sind die Verhandlungen über die Wiedereröffnung des Priesterseminars, die einem großräthlichen Beschluß gemäß zwischen Delegirten des Regierungsrathes und der geistlichen Behörde gepflogen und mit Erfolg zu Ende geführt wurden, im Begriff, an der Widerspenstigkeit des Erzbischofs Marilley, der leider noch immer vom Klerus als Chef der Diözese angesehen wird, zu scheitern. Was kümmert diesen — die Ruhe des Kantons? Um seine Herrschsucht und seine Rachelust zu befriedigen, greift er nach allen Mitteln, um den Zwiespalt zu nähren und den Kanton immer von Neuem in Aufregung zu versetzen. Das beweist noch ein anderes Manöver, das der Confédéré mittheilt. Bei Gelegenheit der Gemeindewahlen schickte nämlich der Erzbischof ein geheimes Circular an die Decane, worin er diesen zumuthete, von der Kanzel herab den Erlaß wieder verlesen zu lassen, wonach es den Gemeindebeamten bei Strafe der Excommunication verboten sei, den verfassungsgemäßigen Eid zu leisten. Die meisten Decane wollten indessen nicht mit in dem aufrührerischen Ding sein und verweigerten die Verlesung. Dieser unerwartete Widerstand vereitelte den neuen Agitationsversuch. (Schweizr. N.-Z.)

Frankreich.

† **Paris**, den 28. Oct. Seit einiger Zeit mehren sich die Raubanfälle in der Banlinie und in den abgelegenen Straßen von Paris. Auch sind die Selbstmorde häufiger geworden, als gewöhnlich. — Heute ist Abdel Kader um 10 Uhr Morgens hier mit seinem ganzen Gefolge eingetroffen, und wird der heutigen großen festlichen Vorstellung beiwohnen. — Vor wenig Tagen meldete sich in Chatillon ein 80jähriger Greis um die den Dürftigen gewöhnlich bewilligte Reiseunterstützung von 15 Cent. per Stunde Weges. Es war dies der ehemals sehr reiche Reichsbaron Hr. v. Ypres aus einer der ersten französischen Familien, dessen Vater bei dem Aufstande von Domingo Leben und Vermögen verloren hat. Er reist jetzt zu Fuße zu entfernten Verwandten, die ihn reclamiren, die jedoch nicht im Stande sind, ihm das nöthige Reisegeld zu senden.

Die Kölnische Zeitung schreibt aus Paris vom 28. Oct.: „Gestern Abends fand bei einem ehemaligen Offizier des Kaiserreichs, dem Oberst B—, der seit 1815 seinen Abschied genommen hat, ein glänzendes Bankett Statt, dem mehrere hochgestellte Personen, u. A. auch zwei Generale der Armee von Paris beiwohnten. Man trank dort auf die Gesundheit des Kaisers, des alten, so wie des neuen, ließ der Reihe nach alle bekannten Feldherrn des Kaisers leben und brachte unter allgemeiner Begeisterung einen Toast auf die Wiederherstellung der Gränzen des alten Kaiserreichs aus. (Die Sache, falls sie sich bestätigt, wird hoffentlich nicht unbeachtet hingehen.) Sehr bezeichnend ist es, daß der Hauptredacteur eines gewissen Journals an dem Bankette Theil nahm, so wie auch an dem allgemeinen Enthusiasmus, (!) der alle Herzen erfüllte, als von der Eroberung des linken Rheinufers die Rede war. (!) An das von ihm so oft besprochene L'empire c'est la paix wurde natürlich gar nicht gedacht."

Einiges Aufsehen erregt es hier, daß die bekannte Gräfin . . . . ., die sechs Wochen in St. Lazare wegen Ermordung ihres Kindes gefangen saß, von den hiesigen Gerichten freigegeben worden ist; die Aerzte haben sie für wahnsinnig erklärt. Die Gräfin soll bereits nach Wien gebracht worden sein.

† **Paris**, den 29. Oct. In dem gestrigen Ministerrathe waren die Hauptinteressenten der französischen Kohlenbergwerke anwesend, welche aufgefordert wurden, ihre Protestationen gegen das neuliche, die großen Coalitionen verbietende Decret geltend zu machen. Herr Magne, Minister der öffentlichen Arbeiten und Urheber des bezüglichen Decrets hatte eine lange und ziemlich warme Discussion zur Vertheidigung der getroffenen Maßregel, nicht nur gegen die anwesenden Interessenten, sondern auch gegen einen Theil seiner Collegen zu bestehen. Der Präsident ließ der Discussion freien Lauf und folgte mit großer Aufmerksamkeit der Entwickelung aller Gegengründe, worunter auch das Bedenken der Unzufriedenheit von Seiten der Industriellen vorkam, die gewohnt sind, auf den Schutz der Regierung zu rechnen. Nach geschlossener Debatte stand der Präsident auf und erklärte mit der gewöhnlichen Ruhe, daß er sich für die Ansicht seines Ministers entscheiden müße, indem ihm, dem Erwählten des ganzen Volkes, vor allem die allgemeinen Interessen am Herzen liegen müßten; er sei entschlossen sich in jedem Falle, wo die Particularinteressen mit dem Vortheile des Publicums in Conflict gerathen, sich zu Gunsten des Letzteren zu entscheiden. Mit diesen Worten, die in der Versammlung eine gewisse Bestürzung hervorbrachten, entfernte sich der Präsident. Hr. Jayr, ehemaliger Präfect von Lyon und Director der Minengesellschaft in der Loire, hat mit dem Herzog von Mouchy in einer Privataudienz, unmittelbar nach der Sitzung es versucht, vom Präsidenten eine andere Entscheidung zu erlangen, jedoch vergebens; der Präsident erklärte bei dieser Gelegenheit mit großer Festigkeit: „daß er nicht den Fehler seiner Vorgänger begehen und bevorzugte Classen bilden wolle, um sich auf sie zu stützen, sondern, daß er rucksichtslos sich mit nichts Anderem, als dem Interesse der Massen beschäftigen wolle." (!!)

Vorgestern ließ der Präsident den Syndikus der Wechselagenten zu sich rufen und frug ihn, wie es komme, daß die Curse der Eisenbahnactien so ungewöhnlich schnell in die Höhe gingen, während die Rente stationair bleibe. Der Syndicus erklärte es dadurch, daß die Eisenbahnen einen verhältnißmäßig größeren Ertrag lieferten. Der Präsident erklärte sich jedoch mit dieser Antwort nicht zufrieden gestellt, und sprach die Vermuthung aus, daß der unnormale Stand der Curse von der Agiotage herrühre, die von den Wechselagenten begünstigt werde. Er gab dem Syndicus zu verstehen, daß die Regierung von den Agenten, die a b s e z b a r sind, (!) erwarte, daß sie auf die Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Eisenbahnactien und der Rente einwirkten würden, widrigenfalls sie selbst die dahin führenden Maßregeln ergreifen müße. Diese Erklärung hat unter den Agenten eine große Sensation gemacht, sie hat aber bis jetzt auf das Verhältniß der Curse n i c h t eingewirkt. (!)

Das Journal des Debats ist, besonders seiner Feuilletonartikel wegen, verwarnt worden. — Der Löwe des Tages ist Abdel Kader. Ueber sein Erscheinen und ebenso über die Festvorstellung in der Oper, der Napoleon beiwohnte, erläßt man uns jede Schilderung. — Aus Konstantinopel ist die Nachricht eingetroffen, daß die nöthigen Geldsummen abgesendet worden sind, um die Einzahlungen auf das nicht ratificirte Anlehen zurückzuerstatten;

die Großwürdenträger haben aus eigenen Mitteln die nöthigen Summen zusammengeschossen.

Eine neue Proclamation des Grafen Chambord hat zur Folge gehabt, daß eine scharfe Ueberwachung der exaltirten Legitimisten anbefohlen ward. — Neuerdings heißt es, in Fontainebleau habe man eine Verschwörung entdeckt, viele Personen seien verhaftet, die Sache aber werde geheim gehalten; aus Veranlassung dieses Vorfalles begebe sich Napoleon nicht nach Fontainebleau.

Alle Gebirge des Departements de la Haute-Loire sind schon seit einigen Tagen mit Schnee bedeckt.

† — den 30. Oct. Die „Union" scheint das einzige Journal in Frankreich zu sein, das mit der Friedenstendenz der Regierung (?) nicht einverstanden ist. Das katholisch-legitimistische Journal hält eine glänzende Apologie dem Kriege, der stets die großartigsten Werke hervorgebracht habe, während im Frieden die müßige Menschheit auf allerhand unnütze Ideen verfalle, welche ihre Moralität untergaben und ihrem Seelenheil verderblich seien. Nebstdem hebt die Union hervor, daß während der Friedensjahre, d. h. seit dem Jahre 1815, sich das Ausgabebüdget Frankreichs verdoppelt habe. Diese Ansichten eines so gottesfürchtigen Blattes würden überraschen, wenn man nicht gewohnt wäre, dasselbe die widersprechensten Thesen vertheidigen zu sehen, sobald es damit seine Parteiinteressen zu fördern glaubt. — Das neue Werk von Hrn. Montalembert: „Ueber die katholischen Interessen des 19. Jahrhunderts" erregt die erwartete Sensation.

Das 14. leichte Regiment hat sich am 26. in Marseille nach Civita Vecchia eingeschifft. Das 1. und 3. Bataillon des 25. Infanterieregiments wird ihm bald nachfolgen, ein Beweis, daß an das Zurückziehen der franz. Truppen aus Rom noch nicht zu denken ist.

Der Erzbischof von Paris hat dem Vernehmen nach es bei dem Prinzpräsidenten ausgewirkt, daß der erzbischöfliche Palast auf dem Platze wieder errichtet werden solle, wo der Palast stand, welcher im Jahre 1830 von einem Volkshaufen zerstört wurde. Dem neuen erzbischöflichen Palaste soll auch der Garten zurückgegeben werden, welcher gegenwärtig eine öffentliche Promenade ist.

Wie man vernimmt, hat das Polizeiministerium, dessen Argusaugen nichts entgeht, den politisch unschuldigen „Basler hinkenden Boten für 1853" verboten, weil die darin vorkommende Uebersicht der Weltbegebenheiten (eine ganz sachlich gehaltene Darstellung,) Beleidigungen gegen den Prinzpräsidenten und Verunglimpfung der katholischen Religion enthalte!

Italien.

Piemont. Der „Nouveau Patriote Savoisien" deckt ein scandalöse Geschichte auf. Der Vicar zu Boege, Toissot, pflegte Weiber zu nöthigen in seine Wohnung zu kommen und sie hier zur Bußübung nackt zu peitschen. Mehr als dreißig Weiber seien dieser Züchtigung wiederholt unterworfen worden, andere hätten sich dagegen gesträubt. Endlich habe ein letzter Versuch diesen Schmählichkeiten die Spitze aufgesetzt und die ganze Bevölkerung in Bewegung gebracht. Der Vikar wollte die Züchtigung einer schwangern Frau zufügen, diese rief um Hülfe, worauf die Nachbarn herbeieilten. Der „Patriote" bekräftigt wiederholt die Wahrheit der Thatsache.

Turin, 24. Oct. Die Agitation gegen den Clerus ist im ganzen Lande noch in vollem Gange. Das Circular des Ministers des Innern, welches den Municipien und Provinzialräthen erklärt, daß ihre Berathungen über die Einziehung der geistlichen Güter und die Aufhebung der Klöster außerhalb des Bereiches ihrer Befugniß liegen, hat der Agitation nur neuen Sporn gegeben. Von großer Bedeutung ist, daß selbst in Savoyen die Municipien wegen Einziehung der Kirchengüter zu berathen und zu petitioniren beginnen, trotz des Cirkulars Pernati. Dieser Conflikt zwischen dem Ministerium und den Municipalbehörden wird die Cabinetscrisis nothwendig beschleunigen und vollständig machen.

— den 25. Oct. Noch gestern hat Herr v. Azeglio dem Könige seine Demission eingereicht, wie es heißt, seiner fortdauernden Kränklichkeit halber, in Wahrheit aber wohl, um einem Sturze durch das Parlamentsvotum zu entgehen. — Eine andere wichtige Nachricht theile ich Ihnen nur als Gerücht mit. Es heißt nämlich, daß der hiesige französische Gesandte, Herr His de Butenval von seinem Posten abberufen worden sei in Folge seiner Mißhelligkeiten mit Herrn. v. Azeglio. (K. Z.)

Die Abberufung des französischen Gesandten soll dadurch herbeigeführt worden sein, daß derselbe sich ohne Auftrag in die Angelegenheiten des Landes zu mischen suchte, namentlich was das Civilehegesetz betrifft. Der König hatte sich in einem eigenhändigen Briefe an den Prinzpräsidenten gewendet, worauf die Abberufung erfolgte.

* **Turin,** den 26. Oct. Der Graf Cavour ist zum Könige gerufen worden und soll mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt sein.

* — den 27. Oct. Die Ministercrisis dauert fort, die Meinung, daß Hr. Cavour Präsident des Ministerrathes wird, gewinnt immer mehr Bestand.

Spanien.

Die Cortes sind auf den 2. December zusammenberufen.

Großbritanien.

* **London,** den 29. Octbr. In America dauert die Aufregung wegen Cuba fort. Gleichzeitig bereitet man die Expedition nach Japan vor; sie wird aus dem Vermont von 100 Kanonen, 1 Fregatte, 3 Corvetten und 3 Dampfschiffen, zusammen mit 219 Kanonen, bestehen.

Türkei.

Der Aufstand in Syrien und Mesopotamien erlangt immer größere Ausdehnung.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

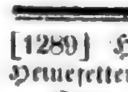
[1289] Heute Abend 6 Uhr werden sich die Gebrüder Hemetetter in der Bierbrauerei bei Moos hören lassen.
Speyer, den 1. November 1852.

[1287] **Verkauf eines Barbiergeschäfts.**
Die Ehefrau des jüngst dahier verstorbenen Baders Klein ist entschlossen, das Geschäft (mit Kundschaft von 175 Mann) zu verkaufen. Liebhaber dazu werden ersucht, sich so bald wie möglich bei ihr einzufinden.
Oggersheim, den 28. October 1852.

[1288] **Peter, Jacken, Socken, Strümpfe, Unterbeinkleider, Herren-Jacken, Baiatine &c. &c.** zu Fabrikpreisen empfehlen
A. Leichter u. Cie., Fabrikanten aus Frankfurt.

[1283³] **Zu verkaufen.**
In einer der größeren Städte der vordern Pfalz ist ein Specerei-Geschäft wegen Wohnsitzveränderung zu verkaufen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1198²] **Mühlenversteigerung.**



Dienstag, den 9. November 1852, Nachmittags 2 Uhr, zu Bergzabern im Wirthshause des Hrn. Heinrich Hertle, läßt Lorenz Hertle d. J., Müller allda, seine, im Jahre 1846 nach neuester Art eingerichtete Mahlmühle mit 3 Mahlgängen, 1 Schälgang, Schwingmühle, Schneidmühle, Wohn- und Deconomiegebäuden, Hofrecht, Garten-, Acker- u. Wiesenland, die sogenannte Sägmühle, auf 453 Decimalen, 6 Morgen 9 Ruthen Fläche, in dem Bergzaberer Mühlenthale gelegen, mit einem 18 Schub hohen Fall, auf mehrjährige Termine in Eigenthum versteigern.
Aus Auftrag:
Sartorius, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch · Nro. 264 · den 3. November 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Der Landrath der Pfalz wird in den reactionären Blättern, insbesondere der Neuen Münchener und der Pfälzer Zeitung begeifert, verdächtigt und geschmäht, namentlich aus dem Grunde, weil er sich für Erhaltung des Zollvereins aussprach.

Nachdem die Landrathswahlen stattgefunden hatten, rühmte die reactionaire Presse mit einer Ostentation, wie sie unter solchen Verhältnißen noch nie vorgekommen war, gerade die Wahl derjenigen Männer, welche den Landrath bilden. Unter den 23 Mitgliedern, sagte sie, befinden sich 15 reine Conservative und blos „zwei Democraten.“ Wie sind damit die heutigen Angriffe auf diese nemlichen Männer in Einklang zu bringen? Es gibt eben eine Coterie, der es Niemand recht machen kann, wenn er sich nicht dazu hergibt, ihr blindes Werkzeug zu sein. Doch wir überlassen es jenen Zeitungen, die großen Widersprüche zu lösen, in welche sie hier wieder mit sich selbst gekommen sind.

Was die Ausfälle betrifft, welche der Landrath gegen seine, nach Ueberzeugung, Eid und Gewissen gefaßten Beschlüsse gerichtet sieht, so ist auch hier der Satz des alten Rotteck an seiner Stelle: „Es gibt Leute, deren Schmähungen zur Ehre gereichen, und deren Lob nur demüthigt.“ Auch wird es uns nicht einfallen, den Landrath oder dessen Mitglieder so wenig zu achten, daß wir glaubten, sie hätten nöthig, sich gegen die Ausfälle einer Pfälzer Zeitung zu vertheidigen. Der Landrath der Pfalz und insbesondere die vorzugsweise hier begeiferten, im ganzen Lande aber hochgeachteten Männer, stehen viel zu hoch, um einer Vertheidigung gegen Angriffe von jener Seite zu bedürfen.

Dagegen mag man immerhin jene Frage öffentlich besprechen, in Beziehung auf welche der Beschluß des Landraths vorzugsweise angegriffen wird: die Zollfrage.

„Der Landrath ist nicht competent, sich mit dieser Frage zu befassen, welche den ganzen Staat betrifft.“ So hört man sagen. Ganz richtig bemerkt eben der „Nürnb. Kur.“: „Für Zeiten, wie die unsern, sind die Kompetenzfragen gerade wie erfunden und in solchen Zeiten der rückläufigen Bewegung werden sie auch stets mit Vorliebe geltend gemacht, wo es die Befugniße der Volksvertretungen einer- und die „constitutionelle“ Beschränkung der Regierungsgewalt anderer Seits gilt.“ Allein damit soll die Sache nicht kurzweg abgethan sein. Wir haben früher schon auf den Art. 15 lit l des Landrathsgesetzes hingewiesen, der also lautet: „Zum Wirkungskreise des Landraths gehört: ... Die Aeußerung über den Zustand des Regierungsbezirkes ...., sowie die Stellung hierauf bezüglicher Anträge zur Abhülfe und Verbesserung.“ Nun haben selbst die conservativsten Mitglieder des Landraths, nemlich die Verfasser und Unterzeichner des Separatvotums, die Hrn. Scholler, Moschel, Ehmant und Lorch gerade die fragliche Sache als „das wichtigste Anliegen der Pfalz“ ausdrücklich bezeichnet. Die Folgerung ergibt sich von selbst. Auch wären wir wirklich begierig, zu erfahren, wer diese Thatsache in Abrede stellen kann, daß es sich um „die wichtigste Angelegenheit des Kreises“ handelt. Zudem ist es gar nicht das erste Mal, daß sich der Landrath mit der Zollfrage befaßt. Als der Rheinkreis mit der Mauth umgeben werden sollte, im Jahre 1829, ward der Landrath sogar außerordentlicher Weise eigens zusammenberufen, um sein Gutachten über diese Frage abzugeben. Nachdem später der Zollverein abgeschlossen war, und dann seine Erweiterung erlangte, befaßte sich der Landrath, und zwar ohne Vorlage der Regierung, wiederholt mit diesem Gegenstande, und man wird vergeblich in den Landrathsabschieden nach einer Stelle suchen, in welcher der Dank des Landraths für das Zustandebringen oder die Erweiterung des Zollvereins — wegen Incompetenz zurückgewiesen worden wäre. Unbestreitbar richtig ist es aber, was der k. Regierungscommissär in dem Landrathe von Mittelfranken am 22. Oct. d. Js. aussprach: „Das Recht, in einer Sache ein Vertrauensvotum auszusprechen, involvirt zugleich das Recht, unter Umständen auch ein Mißtrauensvotum abgeben zu dürfen,“ obgleich es sich im vorliegenden Falle um viel weniger, nemlich nur darum handelte, das „wichtigste Anliegen des Landes“ einfach auszudrücken.

Nirgends steht auch im Gesetze geschrieben, daß der Landrath sich nicht mit Fragen befassen dürfe, welche, neben den speciellen Verhältnißen des Kreises, zugleich auch allgemeine Landesangelegenheiten betreffen. Wir könnten aus den dies- und jenseitigen Landrathsverhandlungen der verschiedenen Epochen eine lange Reihe von Beispielen zusammen stellen, um zu beweisen, daß die Staatsregierung selbst die Sache während langer Jahre keineswegs in der Weise auffaßte, welche nun heute auf einmal in der Zollfrage behauptet werden will. So hat auch z. B. diesmal nirgends ein Regierungscommissär Anstand erhoben, als mehre jenseitige Landräthe die Frage wegen Wiedereinführung der Prügelstrafe erörterten und Beschlüße darüber faßten; und doch ist die Bestimmung der verschiedenen Strafarten ganz gewiß nicht eine Sache der einzelnen Kreise, sondern des ganzen Landes, der allgemeinen Gesetzgebung. —

Wir werden nicht bei den Abgeschmacktheiten der Pfälzer und der neuen Münchener Ztg. verweilen, welche u. a. lächerlicher Weise behaupten, die Anträge des Landrathsausschusses und des Hrn. Keller in der Zollfrage hätten „trotz aller angestrengtesten Bemühungen“ nicht durchgesetzt zu werden vermocht, — während die ganze Behauptung von „angestrengtesten Bemühungen etc.“ eine offenbare Unwahrheit ist. Aber, ruft man aus: „die Ehre des Landes hatte sich bei dem Votum der Mehrheit keiner Beachtung zu erfreuen!“ Mit solchen Redensarten werden indeß die reactionären Blätter schwerlich Bekehrungen machen. Mögen sie das Wort „Ehre“ in der Schleswig-holstein'schen und in der Kurhessischen Frage tüchtig betonen, — dort ist der rechte Ort dazu. Dagegen konnte der Landrath beim zartesten Ehrgefühle der entschiedenen Meinung sein, daß die Erhaltung des Zollvereins der Ehre des Landes eben nicht den leisesten Abtrag thue, daß aber die Einmengung solcher Redensarten sehr wol so gedeutet werden könnte, als wolle man damit gerade dasjenige wieder aufheben, was man für die Nothwendigkeit der Erhaltung des Vereins eben gesagt.

Dazu kommt noch eine ganz eigenthümliche Erwägung. Als der betr. Ausschußvorschlag in der öffentlichen Sitzung des Landraths verlesen ward, erhob sich ein Mitglied, nemlich gerade Hr. Scholler, der Verfasser des nunmehrigen Separatvotums, gegen jenen Ausschußantrag, indem er ganz ausdrücklich tadelte, daß der Entwurf das Gebiet der „Politik“ berühre, (es war nemlich darin dem etwaigen Vorwurfe particularistischer Rücksichten durch die Erklärung begegnet: handelte es sich um eine Zolleinigung

von Gesammtdeutschland, so würde die Pfalz willig jedes dazu nothwendige Opfer bringen;) auf dieses Gebiet, behauptete das genannte Mitglied, dürfe sich der Landrath nicht begeben. Wenn nun, wie uns scheint, der Ausschuß durch seine später vorgeschlagene Fassung, jeden dahin zielenden Einwand beseitigte, so ist es uns nicht begreiflich, wie es mit der Consequenz zu vereinbaren steht, wenn jene Blätter es dem Landrathe zum Vorwurfe machen wollen, daß er nicht dennoch, nur in einer entgegengesetzten Richtung, das Gebiet der Politik betreten habe. —

So, wie wir die Pfalz und ihre Bedürfnisse kennen, wissen wir, daß dieselbe dem Landrathe *dankbar* dafür ist, daß er diese „wichtigste Angelegenheit des Landes" nicht unbeachtet und unberührt ließ, sondern eben das that, was er im gegebenen Falle als seine *Pflicht* ansah.

* **Speyer.** Vor einiger Zeit haben wir darauf aufmerksam gemacht, wie man in Preußen anfange, zu erkennen, daß man auf dem eingeschlagenen Wege einer reactionären Politik zu einer *Auslöschung* Preußens aus der Reihe der „Großmächte" gelange, und wie deßhalb von vielen Seiten dahin gestrebt werde, daß dieser Staat sich wieder als Vorkämpfer der „Intelligenz und der Freiheit" gerire. Unsere Mittheilung kam aus guter Quelle. Jenes Streben macht sich bereits in Organen der verschiedenen politischen Parteien geltend. Und es ist kein Wunder: die Sprengung des Zollvereins, das herausfordernde Auftreten der Ultramontanen, und — ein Blick auf die Nachbarschaft der Rheingrenze, sind wohl geeignet, in Berlin mit ernsten Gedanken zu erfüllen. Aber was ist zu thun, nachdem man die Sympathien der Freisinnigen verscherzt, ja sie verhöhnt hat? Wo und wie jetzt noch Vertrauen finden?

Die große Mehrzahl der Preußen täuscht sich noch immer; selbst die Freisinnigen sind in einem *Dusel des Preußenthums* befangen, von dem sie sich noch heute nicht losmachen können. Sogar die *Urwähler-Zeitung*, ein entschieden democratisches Blatt, kann das specifische Preußenthum nicht ganz verwinden. In einem Aufsatze: „Traurige Aussicht," bespricht sie die heutige Lage; klar treten ihr die Gefahren von allen Seiten vor Augen. Schließlich kommt sie dann zu folgendem Resultate: „*Es bleibt nichts als der Aufruf an das deutsche Volk, es bleibt nichts als die Völkersympathie!*"

Der „Nürnb. Kur." macht sich lustig darüber. „Unbegreiflicher Einfall!" ruft er aus. „Ein Aufruf dieses heutigen Preußens an das deutsche Volk! Fürwahr, wir wären höchst begierig, ihn zu lesen, wir möchten die beredte Kraft in Potsdam oder Charlottenburg kennen, die noch ein Fünkchen Vertrauen dem deutschen Volke entlocken könnte, nicht Denen blos, die Preußen von Anfang an nicht getraut, sondern selbst Denen, welche dereinst den deutschnationalen Messias in ihm zu erkennen wähnten. — Was könnte denn dieses offizielle Preußenthum sagen, verheißen, geloben, was es nicht schon gesagt, verheißen, gelobt und *wie* gehalten und erfüllt hat! Und welche Garantie könnte dieses Preußenthum dem bereitwilligsten Glauben bieten, daß hinter diesem Aufruf, hinter dieser Werbung um die Völkersympathie, ein Gran ernstlich gemeinter Wahrheit stehe? — Es mag schlimm sein, daß es so ist; aber wer heut zu Tage mit Aufrufen, Manifesten und ähnlichem Rüstzeug noch einen Funken Enthusiasmus zu wecken vermeinte, der müßte die letzten Jahre geschlafen haben. Oder laßt Mr. Jerome Bonaparte, den Exkönig von Westfalen, an der Spitze kaiserlicher Kohorten von seinem „lieben Kassel" erneuten Besitz ergreifen und laßt dann Hrn. Hassenpflugs „kurfürstlichen Herrn" sein getreues Volk beaufrufen! Oder laßt die Holsteiner beaufrufen, wenn ein neuer Davoust über Hamburg vordringt! Wenn nicht etwa andere Gefühle wirken, solche Aufrufe würden, — wie das bezeichnende deutsche Wort sagt — keinen Hund vom Ofen locken. Und nun ein *preußischer* Aufruf, nach so vielen, die wir kennen, oder ein neuer Kaiserritt durch die Berliner Straßen, oder ein neues Erfurter Kartenhaus! Und das jetzt, wo eben dieses offizielle Preußenthum tiefer und tiefer, reaktionairer und reaktionairer in den Eingeweiden des eigenen Landes wühlt, mehr und mehr jeden kleinsten Rest übrig gebliebener Freiheit und Rechtssicherheit angreift und zerstört! Oder sollte ein Ministerwechsel beruhigen, eine von den wohlbekannten Potsdamer Livre-Tauschereien? — Doch weg mit diesem albernen Spuk! Wer schafft Vertrauen zu *diesem* Preußenthum, wenn es nicht von Grund aus geändert wird, und was ändert's von Grund aus? Aufrufe, Versprechungen, Ministerwechsel, wo der alte Sauerteig immer wieder auf dem Grunde bleibt? Und was nützt alles Gerede ohne Vertrauen? — Hier nicht, anderswo liegt das Heil, oder es ist keins. — Ernst ist die Zeit, „traurig," wie die Urwähler-Zeitung sagt, mag die Aussicht sein, aber die alten Künste werden diese Krankheit nicht mehr heilen."

So weit der Kurier. Wir sind ganz einverstanden mit ihm, was den Grund der Sache betrifft. Nur ist außerdem noch *eine* Seite ins Auge zu fassen, nemlich die: Käme es dazu, so würden allerdings die Verhältnisse mächtiger sein, als die Minister in Preußen; es würde nicht von ihnen abhängen, der von ihnen gebrauchten „Menge" beliebig vorzuschreiben: „Enthusiasmus bis hieher und nicht weiter!" Die „Menge" würde eben *Garantien* fordern und *festhalten*. Das weiß man aber auch im Preußischen Ministerium, und darum glauben wir nicht daran, daß alle Bemühungen der Anhänger des exclusiven Preußenthums im Stande sein werden, auch nur *das* zu Stande zu bringen, daß man jene Fahne überhaupt aufzustecken versucht. —

* **Heidelberg**, den 31. Oct. Die Studenten sind nun der Mehrzahl nach hier eingetroffen und füllen Straßen, Kneipen und Hörsäle mit neuem Leben. Ob die Universität im Vergleich zu früheren Semestern gewonnen oder verloren, weiß ich noch nicht. Während Arnold, Hasse und Bunsen entstandene Lücken wieder ausfüllen, wollen einige junge Männer das hiesige Lehrerpersonal vermehren, indem sie sich zur Habilitation melden. Ich kenne von ihnen nur Cornill dem Namen nach, der mit Kuno Fischer, einem übereingebildeten Junghegelianer in Concurrenz treten wird. Fischer hat sich durch dialectische Gewandtheit und rhetorisches Pathos einen großen Zuhörerkreis geschaffen, und soll nun durch besondere Verwendung auch bald befördert werden. Im vorigen Jahre noch rühmte er von sich, „nie einen Schritt behufs seiner Beförderung thun zu wollen;" in diesem Jahre scheint er anderer Meinung zu sein. Wir unsererseits haben von vornherein nicht gezweifelt, daß sich Herr Fischer — trotz seiner democratischen Redensarten und seiner Freundschaft mit Arn. Ruge — vom Privatdocenten zum Professor und vom Professor zum Hofrathe „entwickeln" werde. — Hinsichtlich des hiesigen Hofraths *Bähr* ist man allgemein sehr gespannt, ob er jetzt, wo das Gerücht von seinem Uebertritt in die Oeffentlichkeit geschleudert ward,*) nicht auch öffentlich eine bestimmte Erklärung abgeben werde. Sein Schweigen würde als Bestätigung des Gerüchtes gelten. Hr. Bähr ist auch Subscribent zu Görres' Denkmal laut der Unterschrift in der Allgem. Zeitung, was ich nur beiläufig bemerke.

Stuttgart. Der Beobachter antwortet treffend auf einen Artikel der reactionären Ulmer Schnellpost. Diese hatte gesagt: „Für die Erhaltung des Zollvereins hat sich in Süddeutschland kräftig nur die hessische zweite Kammer ausgesprochen; in Württemberg hat die Opposition auf dem Landtage völlig geschwiegen; sie würde nach Allem, was wir wissen, wenn sie zur Erklärung aufgefordert worden wäre, wohl gar für die Politik der *Regierung* in den Verhandlungen zu Berlin und Wien sich ausgesprochen haben." Hierauf erwiedert der Beobach-

*) Dieser Nachricht wird eben in dem Frankfurter Journ. widersprochen. In Heidelberg selbst war das Gerücht beinahe allgemein geglaubt worden. D. Red.

ter: „Die letztere Behauptung glauben wir für völlig unrichtig erklären zu können. Wir haben Grund, überzeugt zu sein, daß die würtembergische Linke, wenn sie es für nöthig gehalten hätte, ihr Schweigen zu brechen, nur in so fern für die Regierung und ihre Theilnahme an der Koalition sich ausgesprochen haben würde, als ihr Votum gegen Preußen gegangen wäre, in so fern aber auch für Preußen, als sie jedenfalls eben so sehr und wohl noch stärker gegen die Koalition und gegen Oesterreich sich ausgesprochen haben würde. Das Stillschweigen der Linken und des württembergischen Volkes überhaupt glauben wir als einen Ausdruck der Gleichgiltigkeit nicht blos gegen Preußen, sondern gegen sämmtliche Parteien, welche den Knoten der Zollwirren geschürzt haben, keineswegs aber als einen Ausdruck der Gleichgiltigkeit gegen den Zollverein deuten zu müssen. Sollte man vielleicht weniger stumm am Grabe dieser letzten nationalen Errungenschaft stehen, so wird es an der Democratie wenigstens zu begreifen sein, daß sie, die so viele Errungenschaften ins Grab sinken sah, mit kalter Ruhe zusieht, wie es nach dem Wiederaufleben des Partikularismus auch vollends dahin gekommen ist, und daß sie jenem schwer begreifenden Theile der bürgerlichen Gesellschaft, durch dessen Schuld der Partikularismus wieder zu Kräften kam, die nöthige Frist gewährt, um auf der empfindlichsten Seite endlich den Gang und Grund der deutschen Zustände zu erkennen."

München, den 30. Oct. Die Einführung der Gerichtsorganisation soll nun definitiv mit dem 1. October 1853 erfolgen. (?) — Nach dem Landrathsbeschluß in der Sitzung vom 25. Octbr. wird die Kreisumlage für das gegenwärtige Etatsjahr 6¼ Proc. Steuerzuschlag betragen. — Heute früh ging ein großer Artillerietrain mit zwei Lieutenants und der nöthigen Mannschaft von hier nach Germersheim ab. — Einem Anschlag am schwarzen Brette der Universität zufolge beginnt Hr. Prof. Frhr. v. Liebig seine Vorlesungen über Experimentalchemie im Laufe der zweiten Novemberwoche, bis wohin der neue Hörsal fertig sein wird. Mit dem neuen Laboratorium wird man so schnell noch nicht fertig werden können. (Eilb.)

Dresden, den 27. Oct. Von hier wird der „Kass. Ztg." geschrieben: „Der Zweck der in Wien zusammengetretenen Zollconferenz der Bevollmachtigten der sieben sogenannten „coalirten" Regierungen ist, wie nun erhellt, folgender. Man wird zu einer definitiven Feststellung von Zollverträgen schreiten, welche auf das Zustandekommen eines einzigen großen Handelsreiches berechnet sind, und worin die Betheiligung Oesterreichs für's Erste noch nicht einer gänzlichen Zollgeeintheit mit dem bisherigen Zollvereine entspricht. Diese Verträge werden Preußen und dem Steuervereine mit dem Ersuchen vorgelegt werden, sich darüber zu erklären: ob sie geneigt seien, dem Handelsvereine beizutreten? Man wird natürlich auch in allenfallsige Verhandlungen über diese Verträge treten; dieselben jedoch ohne bestimmte Aussichten auf Erfolg nicht bis ins Endlose sich hineinziehen lassen. Mißglückt auch dieser neue Versuch zur Einigung, so wird man sofort die Herstellung eines mit dem 1. Januar 1854 ins Leben tretenden gänzlichen Zollanschlusses der „coalirten" Staaten an Oesterreich durch definitive Ausarbeitung von Verträgen bewirken."

Soest, den 28. Oct. Der hiesige Landrath Herr von Dolffs, ein Gothaer, der sich seit dem Jahr 1847 am parlamentarischen Leben betheiligte, ist plötzlich seines Amtes enthoben worden.

Berlin, den 30. Octbr. Das „Preuß. Wochenbl." hört, daß die Verhandlungen mit den thüringischen Staaten in der Zollangelegenheit zum Abschluß gebracht sind; die thüringischen Staaten haben danach mit Preußen den thüringischen Verein erneuert, dem Septembervertrage ihre Zustimmung gegeben und sich von Neuem mit Preußen durch den Zollverein verbunden; auch mit Braunschweig sind die Unterhandlungen im Gange und lassen ein günstiges Resultat erwarten.

So weit sich aus den bisher in den Vorversammlungen der Wahlmänner gemachten Erfahrungen auf den Ausgang der Abgeordnetenwahlen schließen läßt, wird das Resultat den Erwartungen des Ministeriums durchaus nicht entsprechen. Es ist gewiß ein bedeutsames Zeichen, wenn im ersten Wahlkreise, welcher 420 Wahlmänner zählt, sich kaum 30 finden, um die Minister v. Manteuffel, Simons und v. Bonin nur auf die Wahlliste zu bringen. Ueberraschend ist, daß eine große Zahl von Personen, die noch vor einem Jahre mehr oder weniger für das Ministerium waren, jetzt mit aller Entschiedenheit sich für antiministerielle Candidatur, wie Kühne und Bock, aussprechen; auch stimmen die königl. Beamten keineswegs durchgängig für das Ministerium. (Köln. Z.)

Wien, den 27. Oct. Einer unserer Advocaten ist gestern nach Hessen-Kassel abgereist, um dem Kurfürsten die auf den Ankauf der in Böhmen gelegenen Güter des Grafen Wrbna bezüglichen Papiere zu überbringen. Der Kaufschilling dieser herrlichen Besitzungen wird auf 3 Millionen Gulden angegeben. Der Erhebung der Gemahlin des Kurfürsten in den österreichischen Fürstenstand wird in Kurzem entgegengesehen.

— den 28. Oct. Oesterreich scheint die Krönung Ludwig Napoleons durch den Papst ungern zu sehen und sich mit der Hoffnung zu schmeicheln, es werde sich der Papst davon zurückhalten lassen.

Prag, den 26. Oct. Der Uebertritt der 19jährigen Princessin Karoline Wasa zum Katholizismus wird auf dem Gute Morawetz bei Großmesseritsch in Mähren am 6. November stattfinden. In den höheren Kreisen gilt dieser Act als ein untrügliches Zeichen, daß alle Hindernisse, welche der Heirath des Präsidenten der französischen Republik mit der genannten Princessin bis jetzt im Wege gestanden sein sollen, durchweg beseitiget sind. Der Prinz Louis Napoleon hat den Uebertritt seiner Braut zur katholischen Religion als eine nothwendige Concession erklärt, die er dem Katholizismus machen müsse, als dessen Protektor er im Innern und nach Außen aufzutreten gesonnen ist. (Bresl. Ztg.)

Belgien.

Brüssel, den 31. Octbr. Endlich ist ein neues Ministerium definitiv constituirt; die Combination H. de Brouckere ist zu Stande gekommen.

Zu Brüssel ist eben eine Abhandlung des Prinzen Joinville über die französische Marine erschienen, unter dem Titel: „Essais sur la marine française."

Frankreich.

† **Paris,** den 31. Oct. Der Moniteur bringt einen umständlichen Bericht über eine Audienz, welche Abdel Kader zu St. Cloud bei Napoleon gehabt. Er legte einen neuen Eid ab, nach Algerien nicht mehr zurückzukehren. — Ein Rath des Gerichtshofes in Cayenne ist von demselben wegen eines Diebstahls mit Einbruch zu 10 Jahren Zuchthaus und dessen 18jähriger Sohn, der ihm dabei behilflich war, zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt worden.

Die Weinerndte ist in den sonst so weinreichen Gegenden von Bordeaux sowol in Bezug auf Qualität als Quantität außerordentlich schlecht ausgefallen, was ein ungewöhnliches Steigen der Preise zur Folge hatte, so daß der gewöhnliche alte Wein mit 300 Frcs. die Tonne bezahlt wird, und der neue schon mit 200.

Außer den beiden Regimentern der Marseiller Besatzung, die nach Rom gehen, sind auch zwei Bataillone eines in Nimes stehenden Regiments dorthin beordert worden. Da nur ein Regiment zurückkommt, so ist dies eine Verstärkung von fünf Bataillonen. — Man spricht noch immer von einem Militärcomplott, in Folge dessen vier Regimenter der Garnison von Paris unter besondere Aufsicht gestellt sein sollen. — Der Ministerwechsel in

Turin wird hier übel vermerkt, und der französische Gesandte Hr. His de Butenval, der schon abberufen war, hat den Befehl erhalten, auf seinem Posten zu verbleiben.

Italien.

Der Herzog von Parma hat allen Civilbeamten, welche nicht Mitglieder eines Ordens sind, das Tragen von Bärten untersagt. Das zu lange Kopfhaar ist ebenfalls verpönt worden. Die Uebertreter dieser Verordnung werden das erste Mal von ihren Stellen suspendirt und das zweite Mal ganz abgesetzt.

Neapel, den 21. Octbr. Hier in unserm Süden scheint der Winter dießmal früher als gewöhnlich einkehren zu wollen. Noch bis zum Ende der verflossenen Woche glich die Atmosphäre einem Glutofen. Seit drei Tagen schlug der heiße Scirocco in Tramontana um (so wird der aus Deutschland kommende Nordostwind genannt), und man sieht heute alles in Mäntel und Ueberröcke gehüllt wie zur Weinachtszeit. Der schnelle Wechsel macht auch die Kühle sehr empfindlich.

Spanien.

Zu **Barcelona** ist bei einem Stiergefechte wieder ein Torreador umgekommen; es ist seit Ostern der Zehnte, der das Leben einbüßt. Das Unwesen der Stiergefechte wird in Spanien immer allgemeiner.

Großbritanien.

London, den 29. Oct. Gestern versammelte sich der anglicanische Clerus von London unter dem Vorsitze des Erz-Dechanten der Hauptstadt in Sion College in der City, und faßte nach langen Reden — deren Tendenz und Färbung kein continentaler Leser begreifen würde — den Beschluß, an Lord Derby eine Deputation mit einer Denkschrift gegen die beabsichtigte Sabathschändung durch die Eröffnung des sydenhamer Krystallpalastes an Sonntagen zu senden. Der Erzbischof von Canterbury war den londoner Geistlichen mit gutem Beispiele vorangegangen; sie erklären, daß sie das beabsichtigte Verbrechen mit „Entsetzen und Abscheu" erfüllt. Glücklicherweise hat das Parlament auch ein Wort darein zu reden.

Der Punch sagt: „L'Empire c'est la paix — wohl! Wenn es aber nach einiger Zeit anders kommt, so wird der Orakelspruch in Bordeaux eben anders gelautet haben, nämlich: L'Empire c'est l'épée"

Wie werthvoll die Guano-Inseln für Peru sind, geht aus dem Umstand hervor daß England in zehn Jahren, von 1841 bis 1850, 857,204 Tonnen zu einem Preis von mindestens 10 Millionen Pf. St. eingeführt hat.

Liverpool, den 20. Oct. Freeman Hunt, ein Augenzeuge von den Leistungen der neu erfundenen Luftmaschine, versichert, daß dieselbe eine Revolution im Welthandel bewirken müße. „Die Welt wird freudig erstaunen und aufjauchzen über diese Maschine (fährt er fort), denn an großartigen Resultaten kann sich keine andere Erfindung mit ihr messen. Selbst der electrische Telegraph steht in practischer Wichtigkeit und Bedeutung hinter der Entdeckung der neuen bewegenden Kraft weit zurück." Das Schiff „Ericsson" wird bald den Hudson verlassen „mit einem eingesperrten, künstlich erzeugten und vollkommen unter Leitung stehenden Orkan an Bord." Am Lande hat die Maschine gut gearbeitet und es fragt sich nur noch, ob sie sich auch bei Wind und Wellen erprobt.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 16. Oct. Nachrichten aus Cincinnati vom 10. zufolge war dort die Weinlese beendet. Beinahe ein Drittel des Wachsthums war durch den Frost zerstört worden, und doch schätzte man den diesjährigen Ertrag auf beinahe eine halbe Million Flaschen „erster Classe," wozu außerdem noch eine bedeutende Quantität geringerer Weine kommt. Im Thale des Ohio, des amerikanischen Rheines, sind über 1300 Acres mit Wein bepflanzt. Die beliebteste Traubenart ist die Catawba, — eine kräftige Sorte, die einen dem Champagner ähnlichen Wein hervorbringt. Die Winzer am Ohio sind größtentheils Deutsche. Der bedeutendste unter den dortigen Weinbergbesitzer produzirt jährlich über 100,000 Flaschen champagnerartigen Weines. So sehr auch in der letzten Zeit der Weinbau zugenommen hat, so bleibt die Crescenz doch hinter der Nachfrage zurück.

Die Vereine und Gemeinden, welche in Nordamerika zur Förderung einer freien religiösen Anschauung und eines von den Dogmen des Priesterthums nicht eingeengten Lebens bestehen, sind im Begriffe, zu einer „Union der humanistischen Gemeinschaften" zusammenzutreten. Der Zweck dieser Union ist: „gegenseitige Unterstützung der Gemeinden in Erreichung ihrer principiellen Zwecke, Bewerkstelligung einer wohlorganisirten Propaganda der humanistischen Grundsätze und Einrichtung einer gegenseitigen Unterstützungskasse innerhalb der der Union beigetretenen Gemeinschaften." (Fr. Kur.)

Der neuyorker Correspondent der Times spricht unterm 9. Oct. von einer drohenden Handelskrise in Folge der enormen Papiergeld-Circulation, der großen Vermehrung von Banken und Anlehen, für Eisenbahnen, Canäle und Industrie-Unternehmungen aller Art. Der americanische Credit, bemerkt dieser Correspondent, stehe freilich auf einer früher nie dagewesenen Höhe; aber die europäische Geschäftswelt möge sich vor einer großen, gewaltigen Krise bei Zeiten in Acht nehmen.

Miscellen.

Das Unglück, welches die Kohlenminen von Long-Terre-Trichères, bei Dour, betroffen hat, ist schrecklich und hat mehr Opfer gefordert, als man Anfangs glaubte. Dreißig Todte sind schon beerdigt. Viele sind außerdem mehr oder minder gefährlich verwundet. Nicht wenige Familien haben ihre Stütze verloren. Wunder der Aufopferung wurden bei den Rettungsanstalten erzählt; so arbeiteten unter Anderen eine Frau Phrasie Godon, die zwei Brüder und zwei Neffen unter den Verunglückten hatte, achtundvierzig volle Stunden, ohne Nahrung zu sich zu nehmen, in angestrengtester Weise, und zwar am Haspelwerke, mit dem man die Leichen heraufschaffte. Die Mine hatte eine Tiefe von mehr als 1200 Fuß.

Geldcourse.

Frankfurt, den 1. Nov. Pistolen 9 fl. 44 — 45 kr., Ducaten 5 38 — 39, 20-Franken-Stücke 9 28 — 29, Holländische 10fl.-Stücke 9 54 — 55, Preußische Thaler 1 45—45½, Fünffrankenthaler 2 fl. 22—22½ kr.

Papiercourse. Frankfurt, den 1. Nov. Oesterreichische 5proc. Met. 93¼; 4½proc. 72. Preußische 3½proc. 94. Baierische 5proc. 101¼; 4proc. 96¾; 3½proc. 92⅞. Verb. Act. 94¾; Pr.-Obl. 102¼. Bad 4½proc. 102¾; 50fl.-Loose 66¼; 35fl.-L. 38¼. Hess. 25fl.-L. 31¼. Disconto 3½ B., 4 G.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 30. Oct. Weizen 20 fl. 10 kr., Korn 17 fl. 53 kr., Gerste 11 fl. 32 kr., Hafer 5 fl. 50 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1290] Eine Frauensperson von 42 Jahren, gesunder kräftiger Constitution, welche längere Jahre mit dem besten Erfolge einer Gastwirthschaft und einer Oeconomie vorgestanden, mit den besten Zeugnißen versehen ist und einer sehr achtbaren Familie angehört, wünscht als Haushälterin, oder Vorsteherin einer Gastwirthschaft, Bierschenke ꝛc. in Condition zu treten. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1283[?]] **Zu verkaufen.**

In einer der größeren Städte der vordern Pfalz ist ein Specerei-Geschäft wegen Wohnsitzveränderung zu verkaufen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag — Nro. 265 — den 4. November 1852.

Deutschland.

Die Restauration und ihre Presse. (Aus dem Beobachter.) Nehme man nur irgend ein „gutgesinntes" Blatt zur Hand, die Karlsruher Zeitung des Hrn. Krönlein, die Kronik, den Volksboten 2c., wovon wird beharrlich gelebt, von welcher Tafel unabläßig gespeist, zu welchem Gerichte finden sich die Leser täglich zu Gast geladen? Zur Revolution und abermals zur Revolution, und „hat er keins, so macht er eins." Diese Preßgewächse bedürfen der Revolution, um gedeihen zu können, obwol sie, sich alle Tage an ihre Schwelle drängend, mit dem Pharisäer ausrufen: „Gottlob, daß ich nicht bin wie dieser Einer!" Alle diese Organe der Reaction, von der Kreuzzeitung an bis herab auf das niederste Provinzialblatt, haben alle denselben Typus: sie schreien immer nach Ruhe und hetzen doch am meisten, wollen mit allen Erinnerungen der Revolution gebrochen wissen und treiben doch mit allen diesen Erinnerungen ihren täglichen Spektakel, rufen beständig: „Hier laßt uns Hütten bauen!" und brechen beständig diese Hütten wieder ab. Inmitten der allgemeinen politischen Stille kommt alles Gelärm nur von dieser Seite, und die Democratie sieht so ruhig zu, wie der Zuschauer vor einer Kunstreiterbude, an deren Thüre irgend ein vielfarbig aufgeputzter Schreihals zumal die Trommel schlägt und in die Trompete stößt.

Was soll diese sonderliche Erscheinung bedeuten? Ist dieses Lärm- und Spektakelmachen in einer Zeit so allgemeiner Stille und Erschlaffung etwa nur ein Nahrungszweig der betreffenden Individuen? Oder haben wir uns nach einer tieferen Quelle umzusehen? Wir glauben das letztere.

Schlage man eine deutsche oder französische Zeitung auf: was ist das dritte Wort? Man müsse die Autorität wieder herstellen und eine starke Regierung gründen. Und seit drei Jahren handthiert man jetzt wie der Schmied auf dem Amboß: Alles nur, um die Stärke der Regierungen neu zu begründen und im Feuer den Glauben an die Autorität zu härten.

Was ist der Erfolg? In Deutschland fällt das letzte Band des Glaubens, der Zollverein, aus einander, und in Frankreich muß der Justizminister — der Gerechtigkeit geführter Beschwerden mit dem Wort begegnen: „Wir üben keine Gerechtigkeit, sondern machen Politik."

Es gibt genug Leute, welche aller Revolutionen herzlich satt wären, und zwar gerade unter denen, die sich früher selbst dabei betheiligt hatten. Sie würden sich nur freuen, wenn diese auf die Revolution gefolgte Ordnung der Dinge irgend etwas Haltbares zuwege brächte, das eine Bürgschaft für Gedeihen und Frieden der Zukunft wäre.

Der gewöhnlichste Vorwurf, welchen man den revolutionären Bestrebungen macht, ist der, daß sie nur negirt und nichts Positives haben zu Stande bringen können. Die Restauration hat sich „auf breitester Grundlage" aufgebaut. Wie weit hat sie es gebracht? Bis zum Krieg gegen die Revolution — das ist Alles. Anstatt sich mit dem Wahren und Lebendigen, das in der Revolution lag, in Rapport zu setzen und sich durch das Werk der Reform eine Zukunft zu sichern, hat sie — eine eigentliche Verkörperung der Negation — mit der Revolution nur Krieg geführt, und muß, um zu leben, Krieg und nichts als Krieg wider sie führen, gleich einem wallensteinischen Heerhaufen, der sich lediglich vom Krieg ernährt. Anstatt eines Mittels zum Zweck, ist dieser Krieg zum Selbstzweck der Restauration geworden. Und durch nichts so sehr als dadurch hat sie ihre völlige Unfruchtbarkeit bewiesen. Eben darum aber müssen die Organe der Reaction die Treiber machen und immer neues Revolutionswild herbeischeuchen, und zwar gespensterhaftes, wenn es kein wirkliches gibt, damit die Restauration im Schusse liegen bleiben kann. Daher kommt es denn, daß sie nicht nur nichts Neues geschaffen, sondern auch noch alle Brücken abgebrochen hat, welche zwischen der alten und einer neuen Welt in den Gedanken etwa noch bestanden haben mochten. Anstatt daß die Restauration endlich zum Schaffen geworden wäre, geht überall das Schaffen in der Restauration auf. Das ist ein unglückseliger Zustand, der nichts ruhen, nichts sich gestalten, nicht leben, nicht sterben läßt und alles Gebälk der Gesellschaft auseinanderreißt.

Die Haltung der reactionären Hetzblätter also ist in getreuer Uebereinstimmung mit dem Wesen der Restauration selbst. Weil die Restauration es zu nichts Weiterem als zum Krieg gegen die Revolution bringen kann, muß ihre Presse beständig in Revolution machen; weil in diesem unfruchtbaren, unaufhörlichen Verneinen, in diesem ewigen Zufeldeziehen, durch welches die Unzulänglichkeit zur Gestaltung anderer Zustände verdeckt wird, die letzten Pfeiler der Autorität und Kraft zusammenstürzen, muß die Presse zur Betäubung der Gemüther ihren Hetzlärm aufschlagen. Mit Einem Wort: unter der Maske ihres offensiven Auftretens befindet sich die reactionäre Presse, bei Licht besehen, lediglich in der D e f e n s i v e gegen die demokratische Kritik der bestehenden Zustände, gegen eine Kritik, die sie weder ertragen noch widerlegen kann, die sie daher verdrehen, verleumden und verlästern muß.

Aber unter diesem Höllenlärmen geht der Prozeß der destructiven Kräfte — zu welchen Niemand dermalen die Democratie im Ernste zählt — unaufgehalten seinen Weg und wird Deutschland immer mehr das, was man es schon lange genannt hat: ein geographischer Begriff. Es will uns aber scheinen, daß, wenn der neue Kaiser Napoleon III. zu Paris aus einem Fenster der Tuilerien und der russische Czar aus seinem Eispalast zu Petersburg auf diese Auflösung und Verwirrung schaut, D e u t s c h l a n d diesen Selbstherrschern auch nicht um ein Haar anders erscheinen kann, als P o l e n im Jahr 1770 der Kaiserin Katharina. *)

*** Pfalz.** Es war unschwer vorher zu sehen, daß die Mitglieder des Landraths der Pfalz mit einigen wenigen Ausnahmen von den boshaften Angriffen der Pfälzer Ztg. nicht verschont bleiben würden. Es ist aber dies in einer Weise geschehen, die alles Maß übersteigt, und namentlich ist es gegen einen Mann geschehen, der — selbst kein Parteimann, — von den e h r l i c h e n Angehörigen a l l e r Parteien wegen seiner makellosen Redlichkeit, seiner Kenntniße und seines Strebens für das Wohl seiner Mitbürger, in der ganzen Pfalz hoch geachtet und geschätzt wird. Sind wir auch vollkommen gewiß, daß diese Hochachtung vor einem seit Jahrzehnten im praktischen Leben erprobten Ehrenmanne durch Verunglimpfun-

---

*) Aber dennoch wird das Geschick D e u t s c h l a n d s ein anderes sein, als das Polens, weil das deutsche Volk, der Reaction zum Trotze, eine Fülle von Kraft durch alles Ungemach sich bewahrt hat. D. Red.

gen in der sich so nennenden „Pfälzer Ztg." nicht verringert werden kann, so wollen wir doch, zur richtigen Würdigung der Thatsachen, die hier in Frage kommenden factischen Angaben kurz beleuchten, wodurch man nebenbei einen neuen Beweis bekommt, wie es jenes Blatt auch eben wieder mit der Wahrheit hielt.

In seiner Wuth überschüttet dasselbe jenes Landrathsmitglied und dessen „Anträge" (sogar ohne Ausnahme,) mit seinem schmutzigen Geifer; es bezeichnet dieselben so, als enthielten sie lauter „abgedroschene Schlagwörter," welche „die Satyre herausforderten," wobei es sogar „schwer falle, ernsthaft zu bleiben;" nichts als „zum hundertstenmal aufgewärmter Kohl" sei darin enthalten u. s. f. Wir erfahren auf einmal, daß man sich lächerlich macht, wenn man von der Staatsregierung verlangt, daß die Eisenbahnarbeiten endlich sollen in Angriff genommen, daß die Gemeinderathsmitglieder nicht mehr beliebig sollen abgesetzt werden können, daß der im Kataster herrschenden Unordnung ein Ende gemacht werde, und daß unsere Institutionen, die sich seit einem halben Jahrhundert und länger bewährt haben, dem Lande erhalten bleiben. Aber Gott sei Dank, es ist bei uns noch nicht so weit gekommen, daß Anträge, welche nichts als das Wohl des Landes bezwecken, für blose Albernheiten ausgeschrieen werden können. Auch hat der Landrath in den meisten Puncten sogar einhellig dem Princip jener Anträge zugestimmt, und — die Pfalz stimmt ihm ebenso zu!

Der höchste Grad des Aergers ist freilich in jenem Blatte durch den Antrag erregt worden, daß die gerichtlichen Zwangsinserationen in die „Pfälzer Zeitung" aufhören sollten. Nun will es als eine Unwahrheit dargestellt werden, daß andere Blätter in den verschiedenen Bezirken verbreiteter sind. Und doch ist dies eine notorische Thatsache, und trotz der Zwangsabonnements kann es gleich von dem Bezirke Landau, also gleich von dem Bezirke bewiesen werden, in welchem die Pflzr. Ztg. bisher erschien! Auch die weitere Behauptung jenes Landrathsmitglieds: „daß die Gerichte nur die Pflzr. Ztg. zur Veröffentlichung ihrer Anzeigen bestimmt haben," soll unwahr sein, und das Gegentheil durch einen Blick in das „Intelligenzblatt" dargethan werden. Wer sich die Mühe des Nachschlagens nicht verdrießen lassen will, findet in dem Amtsblatte von 1851, Seite 72, 91, 181, 538, 540, 546 und 560 die Rathskammerbeschlüsse sämmtlicher vier Bezirksgerichte, und kann sich auf diese authentische Weise überzeugen, daß die erwähnte Maßregel für alle Kantone der Pfalz ohne Ausnahme erlassen wurde. Jener Antrag ist also vollkommen richtig begründet, die gegentheilige Angabe aber ist falsch. Auch wird dies nicht im Geringsten entkräftet durch die Hinweisung auf das Intelligenzblatt. In allen Nummern dieses Blattes von den beiden Jahren 1851 und 1852 ist keine einzige Zwangs- oder sonstige gerichtliche Versteigerungsanzeige, wie sie das Gesetz vom 23. Mai 1846 berührt, zu finden; nur nicht gerichtliche Anzeigen kommen darin vor. —

Das Gesagte wird zur Würdigung der stattgehabten Ausfälle auf einen Ehrenmann und die damit verbundenen Angriffe auf die Wahrheit seiner Angaben, mehr als genügen. —

Materieller Fortschritt unter freier und absolutistischer Entwicklung. Die Triester Ztg. sagt über den Handelsverkehr der Schweiz: „Im Jahr 1851 ist aus der Schweiz ein Werth von 6'908,785 Doll., aus dem Zollverein einer von 8'423,984, aus Oesterreich einer von drittehalb Mill. fl. C.-M. in die Vereinigten Staaten eingeführt worden. Wenn irgend Zahlen Seele und Zunge haben, so sind es diese. Dem Zollverein und Oesterreich stehen drei Meere, große schiffbare Flüße und viele lange Eisenbahnen zu Gebote. Die Schweizer haben von dem allen nichts, im Gegentheile das höchste und unwegsamste Gebirge Europas mitten im Lande; sie allein unter allen Kulturvölkern der Erde ermangeln der Meeresküste, müßen fast sämmtliche Rohstoffe unter langem theurem Transport von außen her beziehen und sind ringsum durch Schlagbäume mit hohen Zöllen abgesperrt. Aus letzterem Grunde geht auch natürlich ihr Hauptabsatz in weite Fernen, und zwar mit dem glänzendsten Erfolg. Nach Franscinis Statistik kamen schon 1845 von dem Gesammthandel der Schweiz auf jeden Kopf der Bevölkerung 185 fr. Fr., dagegen von dem Gesammthandel Oesterreichs auf jeden Kopf nur 16 Fr., in Preußen 40, in Frankreich 71, in Belgien 107."

München, den 31. Oct. Die Rückkehr des Königs ist neuerdings auf morgen Abend verschoben worden. — Auch gestern haben wieder bei verschiedenen eben hier anwesenden Handlungsreisenden Haussuchungen durch die Polizei stattgefunden; sie scheinen, wie jene vor 8 Tagen, durch Gründe politischer Art veranlaßt worden zu sein. In jüngster Zeit wurden hier mit Infanteriemusketen, wie solche neuerdings bei einem Theil der französischen Armee eingeführt worden, Schießübungen vorgenommen, die, wie ich höre, ein überaus günstiges Resultat lieferten. Die Musketen haben gezogene Läufe und werden in Lüttich verfertigt. Sie können bereits, da die nöthigen Maschinen zu ihrer Herstellung angeschafft wurden, auch von der k. Gewehrfabrik in Amberg fabricirt werden; noch ist aber die Einführung dieser Waffe in der baierischen Armee nicht beschlossen. (A. Z.)

Ein für officiös gehaltener Münchener Correspondent der Augsburger Abendztg. bringt die Quiescirung der Professoren Neumann und Lindemann mit den Ansprüchen der Bischöfe an die Regierung in Verbindung, und mit dem Umstande, daß die Universität ursprünglich eine katholische Anstalt gewesen sei. Er fährt fort: „Da die Ansprüche des Episcopats (namentlich in Bezug auf die Universitätsfonds) nicht ungehört vorüber gehen konnten, so möchte es keine ganz unrichtige Ansicht sein, daß die Regierung durch Entfernung einiger dem ausschließlichen Katholicismus abgeneigter Lehrorgane jenen oberhirtlichen Ansprüchen wenigstens theilweise nachkommen wollte. So ist auch Professor Prantl, der übrigens eigentlich in der Philologie seine Heimath hat, veranlaßt worden, seine Vorträge über Philosophie einzustellen. Philosophie und Geschichte scheinen danach die Fächer zu sein, die man künftig von den nichtkatholischen Elementen frei halten will, während in den naturgeschichtlichen Wissenschaften ein solcher Maßstab nicht eingehalten wird."

Bamberg, den 30. Oct. Ein Mädchen aus dem nahen Orte Dörfleins, welches schon seit längerer Zeit für sehr bigott galt, wohnte am 26. d. der hier stattfindenden Mission bei, und kehrte Nachts mit den Ihrigen nach Hause. Dort angelangt, machte sie Aeußerungen, die auf einen tiefen Eindruck der Mission auf sie schließen ließen, und zog sich zurück. Ihre Angehörigen, die nach einiger Zeit sich nach ihr umsahen, fanden sie an der Kammerthüre erhängt. Der Fall macht natürlich Aufsehen. (Fr. K.)

Frankfurt, den 1. Nov. Man hat es auffallend gefunden, daß Hannover zu den bevorstehenden Wiener Conferenzen nicht eingeladen worden. Man muß dabei aber wissen, daß es nicht an diplomatischen Versuchen gefehlt hat, das hannoversche Terrain vor Eröffnung der Wiener Conferenzen zu recognosciren. Zu dem Ende befanden sich der Baron v. Köller und Graf Montgelas vor einiger Zeit in Hannover. Sie scheinen die Stimmung daselbst nicht der Art gefunden zu haben, daß eine Einladung nach Wien Erfolg versprochen hätte.

Frankfurt, den 2. Nov. Die schwierigen Geldverhältnisse des Platzes wirken ungünstig auf das Geschäft. Für die meisten Fonds und Actien, namentlich für Oesterr. und Span., war die Stimmung flau, die Umsätze beschränkt. — Alle Devisen mehr angeboten.

Paderborn, den 27. Oct. Jüngst sind die Jesuiten in Paderborn wieder eingezogen, und jetzt ist ein Prozeß im Gange, der vielleicht berühmt wird. Der Bischof von Paderborn fordert das sämmtliche an

den Staat übergegangene **Vermögen des ehemaligen Jesuiten-Collegiums** zu Büren zurück, im Werthe von mehr als einer Million. Die Jesuiten besaßen einst die Herrschaft Büren, welche sie vom Grafen von Büren mit allen Grundstücken, Forsten, Zehnten und sonstigen Gerechtsamen erworben hatten. Als der Papst den Jesuitenorden aufhob, übertrug er in der Bulle vom 21. Juli 1773 die „den Obern der Gesellschaft Jesu seither zugestandene geistliche und weltliche Jurisdiction und Gewalt" den Bischöfen, und bestimmte zugleich, daß die Güter der Jesuiten zu kirchlichen und frommen Zwecken verwendet werden sollten. Der damalige Fürstbischof von Paderborn ergriff Besitz von den Büren'schen Jesuitengütern und verwandte, ohne sie dem Kirchenvermögen einzuverleiben, deren Einkünfte zur Unterhaltung von Schulen, Pfarrstellen, ehemaligen Jesuiten, straffälligen, emeritirten und eingewanderten Geistlichen. Nachdem 1802 das Fürstbisthum Paderborn an die Krone Preußens gekommen, nahm die preußische Domainenkammer jene Güter unter ihre Verwaltung und ließ einen Theil davon verpachten und verkaufen, während die aus denselben fließenden Unterstützungen den Studienanstalten zu Paderborn ungeschmälert blieben. Der König Jerome von Westfalen schlug darauf durch seine Ordre vom 29. Jan. 1811 die Büren'schen Jesuitengüter zu seinen Krondomainen und so kamen sie als Domainen wieder an Preußen. Durch Cabinetsordre vom 30. November 1813 wurde demnächst angeordnet, daß die Einkünfte für das hiesige Gymnasium, für die hiesige theologische Fakultät, die Lehrerschule zu Büren und das Taubstummen-Institut verwendet werden sollten. Jetzt behauptet aber der bischöfliche Stuhl zu Paderborn, er sei Eigenthümer des ganzen Vermögens und der Staat befinde sich im unredlichen Besitze desselben. Er beantragt deßhalb in der eingereichten Klage, den königl. Fiskus zur Herausgabe des sämmtlichen an den Staat übergegangenen Vermögens der Büren'schen Jesuiten nebst allen Früchten und Nutzungen seit dem 1. November 1813 und zur Zahlung des Werthes der inzwischen davon verkauften Vermögensstücke für schuldig zu erklären. (Nat.-Ztg.)

Berlin, den 31. Oct. Es ist irrig, wenigstens vorzeitig, wenn das Preußische Wochenblatt versichert, die von hier aus gepflogenen Unterhandlungen mit den **thüringischen Staaten** wegen ihres Anschlusses an den eventuellen preußischen Handelsverein seien bereits zum Abschluß gebracht. Das Material, das allein in Betreff der Grenzbewachung durchgesprochen und bereinigt sein will, ist so belangreich, daß eine definitive Entscheidung in so kurzer Frist gar nicht möglich ist. Die ferneren Verabredungen mit Hannover sind nach dem Wunsche beider Regierungen vor der Hand ausgesetzt, nachdem Hannover sich bereit erklärt hat, seinen durch den Septembervertrag eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen und nur erst den Ausgang der wiener Conferenzen abzuwarten. (K. Z.)

Wien, den 28. Oct. Die Oesterr. Corr. enthält folgende Mittheilung: „In Folge allerh. Auftrages hat das k. k. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die erforderlichen Einleitungen zum Behufe der Unterhandlung eines zwischen dem päpstlichen Stuhl und Oesterreich abzuschließenden Concordats bereits getroffen. Se. Heil. der Papst hat sich nicht nur bereit erklärt, auf diese Unterhandlung einzugehen, sondern auch dem Wunsche Sr. Maj. des Kaisers freundlich entsprochen und Wien als den Ort bezeichnet, wo die betreffende Unterhandlung gepflogen werden soll."

— den 29. Oct. Die Bevollmächtigten der Staaten der Darmstädter Uebereinkunft sind nunmehr vollzählig und wird die Eröffnung der Conferenzen morgen um 1 Uhr durch den Ministerpräsidenten, Grafen Buol-Schauenstein, stattfinden. — Die Brüsseler Independance (und das Journal des Debats) brachte neulich die Nachricht, der Großherzog von Toscana habe Oesterreich das dauernde Besatzungsrecht in Livorno eingeräumt. An diese Mittheilung knüpften sich zahlreiche Bemerkungen und Betrachtungen in französischen und englischen Blättern. Ich kann Ihnen aber mit Gewißheit versichern, daß die Nachricht völlig unbegründet ist. (A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Von der ungarischen Grenze, den 25. Octbr. Während nun gegen das Landvolk in Betreff der rückständigen Gaben an die ehemaligen Gutsherren von Seiten der Behörden eine fabelhafte Langmuth geübt wird, schreiten sie überall gegen die Gutsbesitzer in Betreff der Steuereintreibung mit rücksichtsloser Strenge ein, so daß unter dem Grundadel häufig eine Verzweiflung sich zeigt, von der man sich in der Ferne gar keine Vorstellung machen kann. Wir kennen Grundbesitzer, die 2 Millionen besitzen, 60,000 Fl. Rückstände an unterthänigen Gaben ausweisen können und bei einem Passivstand von 230,000 Fl. am Hungertuch nagen müssen, bloß weil die Lässigkeit der Justiz dem Grundbesitze allen Credit geraubt hat und trotz aller Schutzlosigkeit der Tribut des Staatsschatzes, die Steuern, mit aller Strenge beigetrieben werden. Die meisten Adelsfamilien befinden sich dermalen, namentlich in den südslawischen Ländern, im Elend, und müssen ihr Familiengeschmeide und ihre Prachtanzüge verpfänden, um nur leben zu können. So arbeitet die Regierung, ohne es vielleicht selbst genau zu wissen, durch die Nivellirung aller Stände dem Principe der Democratie gar mächtig in die Hände, und nicht mit Unrecht kann die demokratische Partei dem jetzt herrschenden Systeme nachrühmen, die gröbste Arbeit verrichtet zu haben. (Bresl. Z.)

Belgien.

Brüssel, den 31. Octbr. Bildung des **neuen Ministeriums**. Auswärtige Angelegenheiten: de Brouckere; Inneres: Piercot; Justiz: Ch. Faider; Finanzen: Ch. Liedts (provisorisch); öffentliche Bauten: van Hoorebeke; Krieg: General Anoul.

Frankreich.

Paris, den 31. Oct. Merkwürdiger Weise ist es ein royalistisches Journal, welches zuerst von der Besetzung Savoyens durch Frankreich spricht, um den englischen Einfluß in Sardinien zu vernichten. Die Union läßt sich nemlich vom Genfersee über die Gefahr schreiben, von der Frankreich bedroht ist, wenn Sardinien und die Schweiz auch noch ferner nach den Befehlen des die Revolutionen des Continents beschützenden Englands handeln. Savoyen — meint dieses Journal — wird das **erste** Land sein, das die Franzosen besetzen, wenn es den Feind (nämlich England) von seinen Thoren hinwegjagen will. Um dieses zu vermeiden, fordert die Union Sardinien auf, mit England zu brechen und eine andere Politik zu befolgen, die zugleich seine Nachbarn beruhige und die römische Kirche zufrieden stelle. Aus dem Artikel der Union geht übrigens deutlich hervor, daß es ihm nicht sowohl daran gelegen ist, die Ruhe Frankreichs zu sichern, als den Einfluß der katholischen Partei in Sardinien herzustellen. (K. Z.)

Der Papst hat der Wunderkirche zu La Salette im Iseredepartement durch mehrere Erlasse besondere geistliche Privilegien ertheilt.

Man spricht wieder vielfach von der Ausdehnung der Pariser Octroilinie bis an die Ringmauer der Festungswerke, wodurch das ganze Weichbild zu Paris geschlagen werden würde. Ferner soll das Octroi nur für die Hauptstadt fortbestehen und in der Provinz ganz abgeschafft und durch die Gewerbsteuer ersetzt werden. Der Staat soll für seinen Verlust — er erhob bis jetzt die Gewerbsteuer — durch eine Erhöhung der Salzsteuer und eine neue Steuer auf Papier entschädigt werden.

Italien.

Nachrichten aus **Mailand** vom 27. Octbr. zufolge sind an den vorhergehenden Tagen in der genannten

Stadt, in Como und Lodi neue Verhaftungen vorgenommen worden. Man hat die Gefangenen nach Mantua gebracht. — Das Kriegsgericht zu Bologna hat am 23. Oct. eine Anzahl Personen wegen des Besitzes von Waffen, wegen Vertheilung aufrührerischer Schriften, wegen Schutzes, den sie Insurgenten gewährt hatten ꝛc. zu 4 bis 12jähriger Zwangsarbeit verurtheilt.

Von der savoyischen Grenze, den 28. Oct. Die von Brofferio redigirte „Voce nel Deserto" verkündet nicht nur den Austritt d'Azeglio's, Pernati's und Cibrario's aus dem Cabinet, sondern auch den Eintritt Cavours und S. Martino's in dasselbe. Dieß wäre, wenn es sich bestätigte, jedenfalls nur eine Modification die ein Ministerium Revel (mit Cavour) vorbereiten dürfte. (Allg. Ztg.)

Rom, den 23. Oct. In dem nur sieben deutsche Meilen entlegenen Velletri hat die Policei abermals die Entdeckung eines mit der auswärtigen politischen Propaganda in engem Verbande stehenden Vereins gemacht. Seine Mitglieder gehören sämmtlich den besten Familien der Stadt an. Ihrer dreizehn, in deren Wohnungen sich schlimme Correspondenzen neuesten Datums von Saffi, Mazzini, Sterbini u. a. vorfinden sollen, wurden hier vorgestern geschlossen auf Wagen eingebracht. Der Vorfall macht, wie Sie leicht denken können, einen beunruhigenden Eindruck. (A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, den 26. Oct. Wie Dagbladet berichtet, ist eine nach Californien bestimmte russische Fregatte in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag bei Dragöe gestrandet. An Bord befanden sich etwa 400 Personen, die indeß sämmtlich gerettet sind.

Rußland.

Am 26. Sept. ist ein Erdbeben in **Tiflis** verspürt worden, dem ein unterirdischer Donner voranging.

Miscellen.

Städteentstehen in America. Der wackere Reisende Moriz Wagner, dermalen in Wisconsin, schreibt: Städte und Flecken sind in allen Gegenden, besonders an den Ufern des Michigansees und des Mississippi, theils schon emporgeblüht, theils in Bildung begriffen. Milwaukie ist darunter die größte und bedeutendste durch ihren guten Hafen. Hier an der Mündung des Milwaukieflusses war vor 17 Jahren nur sumpfiger Wald. Ein französischer Canadier, Namens Juneau, hatte im Jahre 1834 hier ein Blockhaus gebaut, wo er mit seiner Familie wohnte und mit den Indianern der Gegend Pelzhandel trieb. Die günstige Lage lockte allmählig mehr Ansiedler herbei. Im Jahre 1838 wohnten hier 700 Amerikaner in Blockhütten. Heute ist Milwaukie eine große schöne Stadt von dem Umfange Augsburgs, mit einer Hauptstraße, welche der dortigen Maximiliansstraße an Länge und Breite nicht nachsteht, an Bewegung und Leben sie weit übertrifft. Auch gibt es hier wol ebenso viele stattliche Gebäude, freilich ohne die alte reichsstädtische Solidität und Sauberkeit. Trotz ihrer schönen eleganten Häuser mit Balkonen und Säulenhallen merkt man dieser Stadt doch an, daß sie vor nicht sehr langer Zeit aus Morast und Urwald herausgewachsen. Milwaukie zählt gegenwärtig 26,000 Bewohner. Nach der Zunahme der letzten 10 Jahre zu schließen wird die Stadt in den nächsten 10 Jahren größer als Frankfurt, in 20 Jahren bevölkerter als München sein. Unter allen Städten der Union herrscht in Milwaukie noch am meisten deutsches Leben. Sind die Amerikaner auch im ganzen tonangebend und durch Reichthum, Zahl und politische Bildung überwiegend, so haben sich die Deutschen doch hier weniger als in New-York und Philadelphia in ihren Sitten und Gewohnheiten stören lassen. Das sieht man so recht deutlich an den Sonntagen, wo die Deutschen trotz dem Aerger und dem Naserümpfen der Yankees sichs nicht nehmen lassen in ihrer Weise fröhlich zu sein. Auf allen Hügeln tönt da die Geige und schwingen sich die deutschen Beine zum lustigen Walzer. Der deutsche Arbeiter fühlt sich wohl in einem Lande, wo, bei großer Wohlfeilheit aller Lebensbedürfnisse, der gewöhnliche Tagelohn 1 Dollar beträgt. Am Heimweh leiden in Amerika nur die Alten, die Gelehrten und die Weichherzigen.

Der Commercial von Buffalo (Vereinigte Staaten) enthält einen interessanten Bericht eines Tauchers, des Hrn. Green, welcher das auf dem Eriesee untergegangene Dampfschiff Atlantic aufzufinden versuchen sollte. Hr. Green hat dabei eine Tiefe unter dem Wasser erreicht, die noch Niemand erlangt hatte, denn während der letzte Taucher nur bis 126 Fuß gekommen war, ist er bis zu einer Tiefe von 154 Fuß gelangt. Der Apparat, dessen sich Hr. Green bedient, besteht aus einer vollständigen, vollkommen wasserdichten Kleidung von Kautschuck, zu der als Kopfbedeckung ein kupferner Helm gehört, der vorn durch ein dickes, polirtes Glas verschlossen ist. An diesem Helme sind Röhren befestigt, welche zur Erneuerung der Luft dienen und die in das Boot reichen, aus welchem der Taucher aussteigt. Die Erneuerung der Luft erfolgt durch eine Pumpe, deren Handhabung die Arbeit von 4, bisweilen von 6 Menschen erfordert. Man schätzt den Druck auf die Lunge des Tauchers zu nicht weniger als 75 Pfund auf den Quadratzoll und wenige Leute haben die Kraft, ihm zu widerstehen. Wenn der Taucher zum ersten Male den Apparat anlegt, so hat er ein Gefühl des Erstickens, das aber in dem Maße abnimmt, wie er tiefer in das Wasser hinabsteigt. In einer Tiefe von 10 Fuß im Wasser ist der Apparat vollkommen luftleer und der Kautschuk übt auf den Körper einen Druck aus, welcher dem eines Gewichts von 10 Pfund nahe kommt; nur der Kopf ist durch den Helm gedeckt. Der Taucher empfindet dann eine bedeutende Erschwerung des Athemholens und hat zu gleicher Zeit ein schmerzliches Gefühl; seine Backen dehnen sich aus und sein Kopf scheint platzen zu wollen. Dieser Zustand dauert fort, bis der Taucher 10—12 Fuß tiefer gekommen ist. Dann verschwindet aller Schmerz und der Taucher fühlt sich vollkommen behaglich. In einer Tiefe von 60 Fuß unter der Oberfläche versammeln sich die Bewohner der Tiefe um ihn, und glauben „Fischfleisch" zu wittern. In einer Tiefe von ungefähr 116 Fuß ist das Wasser ungemein kalt und hat kaum 4—5 Grad über dem Gefrierpunkt. Von später anzustellenden Versuchen wird man die Bestätigung dieser Angaben erwarten dürfen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1283[7]] **Zu verkaufen.**

In einer der größeren Städte der vordern Pfalz ist ein Speerei-Geschäft wegen Wohnsitzveränderung zu verkaufen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1265[4]] **Bekanntmachung.**

Vom 15. dieses Monats an fahren die Omnibus von Heidelberg nach Heilbronn wie folgt, nemlich:

Der erste: Morgens 10½ Uhr, trifft Abends 5 Uhr in Heilbronn ein zum Anschluß des letzten nach Stuttgart abgehenden Eisenbahnzuges.

Der zweite: Nachmittags 3½ Uhr.

Der dritte und letzte: Abends 8 Uhr mit Influenz nach Ulm und Friedrichshafen.

Die Morgens 10½ Uhr und Abends 8 Uhr von hier abfahrenden Omnibus influiren zugleich mit den von Heilbronn nach Nördlingen fahrenden Omnibus.

Die Abfahrt findet in Heidelberg im Ritter statt.

Heidelberg, den 8. October 1852.

Die Omnibus-Kutschergesellschaft.
In deren Namen:
Fr. Hormuth sen. zum Ritter.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 266 | den 5. November 1852.

Deutschland.

*** Der Pfälzische Kreislandrath.** I. Als vor einigen Monaten die Mitglieder der Districtsräthe und des Landraths gewählt wurden, gingen wir von der Ansicht aus, es sollte hiebei, (wo es sich doch zunächst nur um die innern, materiellen Verhältniße handle,) keine politische Parteifahne ausgesteckt werden. Von der reactionären Seite ward die Sache anders behandelt. Man suchte auch in dieses Verhältniß das Gift der Gehässigkeit und der politischen Verfolgung zu werfen, und forderte ungescheut auf, alle Democraten als solche systematisch auszuschließen, — ohne jegliche Rücksicht auf Kenntniße, Character, Befähigung. Ein sprechendes Zeichen, wer Versöhnung — nicht will. Selbst diese muthwilligen und schamlosen Provocationen konnten uns nicht bestimmen, von unserer ursprünglichen Ansicht abzugehen. Wir wünschten auch darnach nicht mehr, als daß die Wähler ihre Stimmen solchen Männern geben möchten, welche, nebst den oben erwähnten Eigenschaften, noch die nöthige unabhängige Stellung besitzen, um das Interesse des Kreises unter allen Verhältnißen wahren zu können. Das Ergebniß war ein für uns in hohem Maße befriedigendes. An mehr als einem Orte scheint jene, durch den blinden Uebermuth und eine boshafte Verfolgungssucht erzeugte, muthwillige Herausforderung gerade entgegengesetzt gewirkt zu haben, so daß die Wähler, Dank jener Provocation, um so aufmerksamer bei ihrer Stimmgabe waren.

Als wir uns sehr befriedigt mit dem Ergebniß erklärten, sahen wir uns, wie gewöhnlich wenn dem Pfälzischen Reactionsblatte die Gründe ausgehen, mit einer Fluth von Schimpfsworten übergossen. Die nemliche Feder schrieb für die s. g. Pfälzer, die Augsburger Allgemeine und die Neue Münchener Ztg. triumphirend: 15 ganz entschiedene Conservative und nur zwei Democraten sind gewählt; und noch in ihren Nummern vom 13. und 15. Oct., nachdem der Landrath bereits zusammen getreten war und seine Ausschüße gebildet hatte, redete die Pfälzische Kreuzzeitung höhnend von den „radicalen Blättern," welche „die Lächerlichkeit so weit getrieben" hätten, die Mehrzahl der Landrathsmitglieder für ihre Partei in Anspruch zu nehmen u. s. f., während, „da die oppositionelle Minorität gesehen, daß sie mit ihren Candidaten (für die Präsidenten- und Sekretärstelle) nicht durchdringen könne, dieselbe gute Miene zum bösen Spiel" gemacht, und ebenfalls ganz conservative Mitglieder gewählt habe. (Die Gewählten waren die Hrn. Krämer und Keller, welcher Letztgenannte bekanntlich u. a. den Antrag gegen die Zwangsinserationen in die Pfälzer Zeitung einbrachte, und dafür nun heute ebenfalls geschimpft wird.)

Es ist schmählig, welchen Unfug die Reactionspartei mit den Schlagwörtern „conservativ" auf der einen, „radical und democratisch" auf der andern Seite treibt. Indem wir unsere Freude über das Ergebniß der Landrathswahlen ausdrückten, indem wir sagten, daß überwiegend freisinnige Männer gewählt wurden, haben wir doch nie bestritten, daß die Gewählten — wenn man denn doch diesen Ausdruck gebrauchen will — wirklich Conservative sind, — aber freilich aufgeklärte Conservative, geradezu entgegengesetzt jener oft bezeichneten unheilvollen Coterie, welche die Reaction nicht weit genug treiben kann, so daß sie nach unserer Ueberzeugung gerade auf ihrem Wege dem verderblichen Abgrunde entgegen rennt. Es ist Wahnsinn oder Verläumdung, zu behaupten, es bestehe bei uns irgend eine Partei, welche die Anarchie herbeizuführen suche. Gerade diejenigen Männer, die man am meisten verfolgt und schmäht, — sie sind es, die sich bewußt sind, die Mittel zu erkennen und zu bezeichnen, durch welche allein die Anarchie abgewendet werden könnte, — sie verlangen, als solche Mittel, vollständige und aufrichtige Gewährung der gerechten Forderungen des Volkes. — Indessen wollen wir heute darüber nicht weiter reden, gewiß, wie wir sind, daß die reactionären Heilkünstler am allermeisten noch gerade von Denen werden verwünscht werden, die ihnen heute da oder dort nachschreien.

*** Aus dem Landcommissariatsbezirke Speyer.** Am 1. d. Mts., Mittags ein Uhr, wurde zu Maudach der sehr ehrenwerthe und biedere Bürger Johann Bittner begraben. Derselbe war Deutschkatholik. Obschon kein Glockengeläute die Gemeinde zusammenrief, so hatte sich doch ein Leichenzug gebildet, wie in Maudach wol schwerlich ein größerer je wird gewesen sein. Im Hofe des Verblichenen sowol als auch auf dem Kirchhofe führten treue Freunde, biedere Landleute aus dem Orte, wohlgelungene vierstimmige Trauerlieder aus. — Ich hätte gewünscht, daß diese tiefe Feierlichkeit von allen Denen wäre gesehen worden, welche gegen jeden Andersdenkenden die Verdammniß aussprechen, und mit eiserner Gewalt jede freie Richtung niedergehalten sehen wollen. Das schlichte Landvolk würde sie belehrt haben, daß es in jedem Verstorbenen, weß Glaubens er auch sein mag, einen Mitbruder betrachtet, dem so gut ein feierliches Leichenbegängniß gebühre, als den übrigen Christen und Juden. — Bei der Feierlichkeit waren übrigens auch drei Gendarmen anwesend. Z.

GA* **Frankfurt**, den 1. Nov. Seit einigen Tagen fängt die österreichische Presse an, in der Zollvereinsfrage einen milderen Ton anzuschlagen. „Die Blicke Deutschlands — sagt die Austria, das Organ des Wiener Handelsministeriums — sind wieder nach Wien gewandt, und zwar in der Erwartung, daß hier wirklich neue Anknüpfungspuncte zu einer allgemeinen Verständigung aufgefunden werden. Gewiß wird von der diesseitigen Regierung im Vereine mit ihren Verbündeten nichts unterlassen werden, was einer so gerechten Erwartung zu entsprechen geeignet ist." Der Wiener Lloyd, der die Preußische Treue noch vor Kurzem mit der fides punica verglich, hat plötzlich sanftere Saiten aufgezogen, und findet dort allerlei zu loben. Es scheint aus dieser Umstimmung in der österreichischen Presse hervorzugehen, daß man sich in Wien überzeugt hat, durch die lange Zeit geführte leidenschaftliche Sprache dem vorgesteckten Ziele nicht näher gekommen, sondern weiter von ihm entfernt worden zu sein. Die österreichische Presse thut sicherlich besser daran, von Preußen und Deutschland mit Achtung und Anerkennung zu reden, als vom Verrath bei Mollwitz und ähnlichen Dingen. Wenn aber darauf gerechnet werden sollte, durch eine solche versöhnlichere Sprache die öffentliche Meinung in Deutschland für die österreichischen Pläne günstiger zu stimmen, oder gar die preußische Regierung zur Nachgiebigkeit zu bringen, so dürfte man sich auch in dieser Beziehung getäuscht sehen. Nachdem man sich an den Gedanken der Trennung des Nordens vom Süden zu gewöhnen angefangen, sucht jeder Geschäftsmann in Deutschland sich auch ein Bild von den

Verkehrszuständen zu machen, welche sich aus einer Verbindung Süddeutschlands mit Oesterreich ergeben würden. Unsere diesseitigen Producenten wissen, daß ihre österreichischen Abnehmer durchgängig nur mit österreichischem *Papier* kaufen können. Die diesseitigen Consumenten wissen, daß die österreichischen Producenten ihre leichter einzuführenden Erzeugniße in Deutschland nur gegen baar anzubringen suchen werden. Der augenscheinliche Erfolg dieser durch einen Handelsvertrag gesteigerten Wechselwirkung würde kein anderer sein, als das Silber, an welchem in Deutschland gerade kein Ueberfluß, immer rarer, dagegen das Papiergeld, von welchem wir ohnehin mehr als genug haben (hier aber sogar ein Papiergeld *ohne festen Curs!*), immer vorherrschender zu machen. Abgesehen von allen andern tiefeingreifenden Mißverhältnißen, welche aus einem voreiligen Handelsvertrag der süddeutschen Staaten mit Oesterreich hervorgehen würden, ist dieser einzige Umstand hinreichend, die öffentliche Meinung in Deutschland bei ihrem Urtheil über eine deutsch-österreichische Zoll- und Handels-Annäherung beharren zu lassen. Daran aber, daß die preußische Regierung ihren in der Zollfrage einmal eingenommenen Standpunct jetzt verlassen könnte, glaubt heute in Deutschland schwerlich irgend Jemand. Der Weg der Verständigung ist vorgezeichnet, er führt von der allseitig gewünschten Erneuerung des Zollvereins zu dem von Oesterreich erstrebten Handelsvertrag und schließlich zu der größeren Einigung, welche erfolgen kann und wird, wenn die Verhältniße dazu reif sind. Es ist zu wünschen, daß dieser Weg in leidenschaftsloser Weise und ohne Nebenzwecke verfolgt werde, und wenn die österreichische Presse dazu beitragen will, so begrüßen wir die in ihr aufgetauchte Sprache der Versöhnung mit Freuden.

* **Speyer,** den 4. Nov. Wir haben in Nro. 232 dieses Blattes angezeigt, daß die erste Ausgabe der vorhergehenden Nummer (vom 25. Sept.) wegen einer darin enthaltenen Zusammenstellung von „Lehren von Jesuiten" polizeilich beschlagnahmt worden sei. Wir erhalten nunmehr die Nachricht, daß durch Rathskammerbeschluß des Frankenthaler Bezirksgerichts das Verfahren gegen den Redacteur der Speyerer Ztg. eingestellt, dabei aber die Unterdrückung der genannten Nummer verordnet wurde.

* Aus Frankfurt und aus Wien kommen gleichzeitig Nachrichten, daß die Geldverhältniße ganz überaus drückend sind.

** **Frankenthal,** den 3. Nov. In dem Wucherprozesse gegen Wolff ist bei Abgang der Post, 7 Uhr Abends, die Verkündigung des Urtheils, obwol dessen Verlesung nach 3 Uhr begann, noch nicht bis zum Dispositiv gediehen. (Eine Verurtheilung konnte von vornherein nicht zweifelhaft sein.)

Der Kommunistenprozeß. Darüber schreibt die Ztg. für Norddeutschland: Der Prozeß zu Köln hat durch die ersten Zeugenaussagen, insbesondere des Polizeiraths Stieber aus Berlin und des Polizeidirectors Wermuth aus Hannover, wahrhaft kolossale Dimensionen erhalten. Nach der Aussage des Polizeiraths Stieber war der communistische Bund vollkommen organisirt in Paris, Lyon, Marseille, Straßburg, Valenciennes, Metz, Algier, Dijon, in London, Newyork, Philadelphia, in Brüssel, Lüttich, Verviers, in Genf, Bern, Lausanne, St. Gallen, Chaux de Fonds, Basel, und in Deutschland zu Köln, Berlin, Braunschweig, Hannover, Hamburg, Frankfurt, Leipzig, Stuttgart, Mainz, Wiesbaden, Hanau rc. rc. Nach Hrn. Polizeidirector Wermuths Behauptung bestand die kommunistische Gemeinde in Hannover aus nur 10 Mitgliedern, gebot aber durch den dortigen Arbeiterverein, den sie im Geheimen lenkte, über 5370 Arbeiter. Denkt man sich ein ähnliches Verhältniß in den übrigen Städten Deutschlands, so ist es nicht schwer, ein Rechnungsexempelchen aufzustellen, nach dem die Herren Schapper und Willich von London aus über ein Arbeiterheer von Hunderttausenden in Deutschland, der Schweiz und Frankreich gebieten konnten. Wie stolz diese Häupter des Kommunismus um sich gesehen haben mögen, als sie aus den Aussagen deutscher Polizeibeamten hörten, daß sie eine sechste Großmacht in Europa seien. Und doch geht dann wieder aus den Aussagen derselben Polizeibeamten hervor, daß an den einzelnen Orten nur einzelne Leute, in Hannover z. B. nur 10, den Bund bildeten; daß es nicht schwer war, das ganze Archiv in London wegzunehmen, weil Kommunisten selbst es für Geld verkauft haben sollen; daß die geheimen Polizeiagenten sich in Paris und anderswo augenblicklich in den Bund aufnehmen lassen konnten, den Bundessitzungen beiwohnten; und daß die Centralbehörde selbst bald einzelne ihrer ergebensten und eifrigsten Emissäre als Polizeiagenten erkannte und sie mit ihren „Dolchen" bedrohte, aber Keinem etwas zu Leide that. In Paris war ein „gewisser" Cherval das Haupt der Verbindungen, und der gewisse Cherval stellt sich so ungewiß heraus, daß man lange gar nicht dahinter kommen kann, was er ist, bis sich zuletzt ergibt, daß er ein verurtheilter, bestrafter und entlassener Wechselfälscher ist, den Hr. Marx selbst in den Bund aufnahm, und der dann Briefe von einem nicht besseren, „gewissen" Gibberich empfing, in denen die Geistlichen „zu 50 Stück, wie Schafe und Kälber, an ein Seil gebunden, zur Schlachtbank geführt und abgeschlachtet werden." — Jener „gewisse" Cherval war höchst wahrscheinlich ein sehr brauchbarer Bursche und gehörte zu der Art Derjenigen, die in London das ganze Bundesarchiv verkauften. — Wenn man die Ergebnisse des Prozesses, so weit sie bis jetzt vorliegen, zusammenfaßt, so wird es klar, daß ein geheimer Bund bestand, in dem ein Paar Ehrsüchtige sich an die Spitze einer Partei zu drängen suchten, in dem manche Betrogene, die das Beste zu fördern glaubten, neben Betrügern, die sie verkauften, standen, und von diesen ausgebeutet wurden. Die Dimensionen, die der Bund nach den Polizeiberichten bekommt, zeigen, daß man sich vor *ihm nicht* fürchtet, sondern im Gegentheile mit *großem Behagen* seine Macht unendlich viel größer erscheinen läßt, als sie in der That war. Man fürchtet ihn nicht, aber man hat Nichts dagegen, daß durch ihn Andere in Angst und Furcht gesetzt werden. Das ist die Rolle, die die Kommunistenverschwörungen seit vielen Jahren in Paris spielen, und die sie nun auch in Deutschland zu spielen angefangen haben. Aber wer ungetrübten Blickes die Fäden, die bis jetzt in dem Prozesse offen gelegt sind, durchschaut, der wird sehen, daß dieselben so dünn wie Spinngewebe sind, daß viele von der Polizei selbst stets in der Hand gehalten wurden, und daß die Polizei das ganze Gespinnst zerreißen konnte, so bald sie das wollte. Wenn aus dem Prozeß eine allgemeine Lehre hervorgeht, so ist es einfach die: „*Laßt Euch in keine Verschwörungen ein!*" denn die sich in solche einlassen, verfallen wilden, wüsten Ambitionen, wie denen eines Schapper, Marx, Engels — die zu dreien nicht einig bleiben können — und der Polizei, die überall, wo Drei Verschworene zusammensitzen, nach altem Sprichwort mitten unter ihnen ist. Mit solchen Verschwörungen hat man nie und nirgends einer Sache genutzt, stets und überall, wo sie stattfanden, der Sache, die sie fördern sollten, geschadet.

Baiern. Das Stadtgericht *München* hat auf Unterdrückung der Druckschrift: „Volkswissenschaftliches Handbuch der Staatswissenschaften und Politik (ein Staatslexicon für das Volk) Leipzig 1847. — Verlag von Robert Blum u. Comp.," weil es „eine Richtung verfolgt, wodurch die in Baiern bestehende Regierungsform, dann die Einrichtungen und Gebräuche der in diesem Staate bestehenden Religionsgesellschaft angegriffen werden;" — das Stadtgericht *Bayreuth* auf Unterdrückung der Druckschrift: „Volkskalender." Neue Zeitrechnung Jahr 1. Kiel 1850. Allhusens Verlag, Neue Straße, weil „durch den Inhalt derselben die im Königreiche Baiern bestehende monarchische Regierungsform mehrfach mit Spott und groben Schmähungen behandelt wird rc. rc.; — das Stadtgericht *Amberg* auf Unter-

drückung der unter Kreuzband durch die Post an den Arbeiterverein oder in dessen Ermanglung an die Gesellenherberge in Sulzbach versendeten Preßerzeugniße, nämlich: a) „das Weib in der ikarischen Gemeinschaft," b) „die Zeitrechnung der merkwürdigsten Begebenheiten während der französischen Revolution" und c) einen Aufruf an die Arbeiter zur Verbreitung der socialistischen Druckschriften des L. G. Allhusen in Kiel, weil diese „offen die Lehren des Kommunismus und Socialismus predigen und zur Revolution auffordern;" — und das Stadtgericht Aschaffenburg auf die Unterdrückung der Schrift „der verlorene und wiedergefundene rechte Weg. — Eine Geschichte. — Basel bei Dr. Mariot," „indem sie auf Seite 7 die Ertheilung des Ablasses als eine „lästerliche Handlung" bezeichnet und hiedurch die der katholischen Kirche eigenthümliche Lehre vom Ablasse mit Verachtung behandelt," erkannt. (Nürnb. Kur.)

Würzburg, den 30. Oct. Ein schon einmal hier ausgewiesener Schneidergeselle, Namens Hofmann von Hammelburg, der beim Arbeitercongreß in Leipzig betheiligt gewesen sein soll und dem man inzwischen erlaubt hatte, hier Arbeit zu suchen, ist neuerdings in seine Heimath geschubt worden, weil er bei einem democratisch gesinnten Schneidermeister Arbeit gesucht habe. Wie man vernimmt, ist auch Letzterer wegen seiner Gesinnung verwarnt und selbst mit Concessionsentziehung bedroht worden. (N. K.)

Mainz, den 2. Nov. Heute Morgen ist das hiesige „Neue Casino", welches über 500 Mitglieder zählt, in Folge höherer Verfügung plötzlich geschlossen worden. Policeimannschaften bewachen den Eingang. — Heute ist der Wahltag der zweiten Wählerclasse. Von dem Ausfall dieser Wahl wird Vieles abhängen, wovon, wie man vielfach vermuthet, der obige Act ein Vorbote gewesen. (Frankf. Journ.)

Wiesbaden, den 2. Nov. Eine von den hiesigen Gewerbtreibenden ausgegangene Petition an den Herzog, welche den Wunsch ausspricht, daß Nassau im Zollverband mit Preußen, selbst in dem schlimmsten Fall verbleiben möge, wenn der Zollverein nicht erneuert werden sollte, wurde heute dem Herzog überreicht und von demselben unter der Versicherung entgegen genommen, daß Se. Hoheit die Hoffnung hege, der Zollverein werde nicht auseinanderfallen. Etwas Bestimmtes jedoch sei vor der Hand schwer zu sagen.

Kassel, den 31. Oct. Dem Obristen d'Orville ist die Festungsstrafe erlassen worden.

Marburg, den 29. Oct. In diesen Tagen verläßt wieder eines der tüchtigsten Mitglieder des kurhessischen Richterstandes, der quiescirte Obergerichtsrath v. Haynau (ein Neffe der Generals) sein engeres Vaterland, um sich auswärts die Wirksamkeit zu suchen, die ihm hier verjagt ist. In Folge seiner Betheiligung an dem Verfassungskampf des Jahres 1850, in dem er sich entschieden gegen die Regierung erklärt hatte, in den Ruhestand versetzt, hat er die Stelle eines Domänenkammerdirectors bei dem Fürsten von Solms-Braunfels angenommen.

Weimar, den 2. Nov. Unser nächster Landtag wird meistens aus staatsdienerlichen Elementen bestehen. (Die officiell genannten 13 Wahlen enthalten allein die Namen von 9 Beamten.) Man dürfte daher auch füglich denselben mit dem Namen eines ministeriellen bezeichnen. (Frankf. Journ.)

Gerstungen, den 31. Oct. Gestern fand ein Zusammenstoß von Eisenbahnzügen auf der Thüringer Bahn statt, wobei mehrere Personen beschädigt wurden.

Oldenburg, den 29. Oct. Die von der Regierung beantragte Enblocannahme der Verfassungsrevision ist heute mit 36 gegen 19 Stimmen erfolgt.

Detmold, den 28. Oct. Die hier versammelt gewesenen Abgeordneten von Lippe-Detmold haben sich, mit Ausnahme einer Stimme, gegen die Wiederannahme des Wahlgesetzes vom Jahre 1836 ausgesprochen. Die Antwort des Fürsten blieb für jetzt bei einem einfachen Abschiede stehen, nach dessen Eingang die Abgeordneten in ihre Heimath zurückkehrten.

Berlin, den 1. Nov. Nach hier eingegangenen telegraphischen Nachrichten hat in Sardinien ein Ministerwechsel stattgefunden und übernimmt Graf Palbo die Leitung der Geschäfte. Der Graf gehört der entschiedenen Rechten an und ist dieser Ministerwechsel wohl als ein folgenreiches Ereigniß für die Politik Sardiniens anzusehen. (C. B.)

Welch eine ernste Seite die Demonstration des Posener Erzbischofs hat, kann man aus der Posener Zeitung sehen, in deren heutiger Nummer voran eine allem Anscheine nach amtliche Aufklärung über die Differenzen steht. Der Gegenstand des Artikels wie die bisher verborgen gewesene Ursache der Demonstrationen, ist das Patronatsrecht, um dessen Ausübung im Großherzogthum es sich handelt. In vorpreußischer Zeit geschah dies mit Beziehung auf Pfarrstellen von den Klöstern, von welchen sie unterhalten wurden. Nachdem aber viele Klöster 1796 säcularisirt und aus deren Vermögen Fonds zu den Dotationen von Pfarren und Schulen gebildet waren, wurde das Patronat vom Staat ausgeübt. Seit Anfang der vierziger Jahre nahm indessen der erzbischöfliche Stuhl in Posen dieses Recht ganz für sich in Anspruch, indem es ihm nicht genügte, die von der Regierung ihm präsentirten Candidaten zu bestätigen und einzuführen, oder abzulehnen. Er beschritt, ganz dem Staatsrecht entsprechend, den Rechtsweg in vielen einzelnen Fällen, und verfolgte sein Recht denn auch durch alle drei Instanzen, wurde aber in allen jedesmal ab- und zur Ruhe verwiesen. Man glaubte nun, daß, da über das Recht auf ordentlichem Wege entschieden war, der Streit aufhören würde. Man täuschte sich. Der Erzbischof desavouirte dasselbe Forum, vor das er sich freiwillig als Kläger gestellt, und erklärte: daß er die Erkenntniße preußischer Gerichte für sich nicht als bindend anerkennen könne. Er versagte nunmehr die Bestätigung der von der Regierung berufenen Pfarrer, und forderte vom Ministerium das, wie er sagte, ihm zustehende Recht der Ernennung zurück. Es traten Unterhandlungen mit dem Ministerium des Cultus ein, und dasselbe erbot sich so weit zur Nachgiebigkeit, daß es in der Besetzung der Stellen mit dem Erzbischof alterniren wollte. Allein dieser stellte so weitgreifende Bedingungen, daß sich die Unterhandlungen umsomehr zerschlugen, als störende Zeiten dazwischen traten. Das Recht des Besitzes, worin sich der Staat befindet, ruht factisch seit 10 Jahren, denn so lange ist keine Bestätigung erfolgt. Der Oberpräsident v. Puttkammer nahm im verflossenen Sommer die Angelegenheit wieder auf, und hielt auf Ausübung des Besitzrechtes des Staates. Der Zorn darüber hat dem Erzbischof Anlaß zu seinen Demonstrationen beim Schluß des Provinciallandtages gegeben. Der Artikel der Posener Ztg. schließt: „Wenn aus dieser bedauerlichen Differenz traurige Folgen für die Provinz entstehen sollten, so fällt die Verantwortlichkeit dafür jedenfalls auf den angreifenden Theil, nicht auf denjenigen, der seinen rechtlichen Besitz zu schützen versucht." Der Erzbischof wird natürlich nicht unterlassen, für sich weiter zu wirken.

Breslau, den 29. Octbr. Unter den Studirenden der katholisch-theologischen Facultät unserer Universität circulirt gegenwärtig eine an den König gerichtete Petition um Berufung von Jesuiten auf theologische Lehrstühle der Universität. Motivirt wird diese Petilition von ihren Unterzeichnern unter Anderem durch das vielbesprochene Ministerialrescript, welches den preußischen Theologen den Besuch des römischen Jesuitencollegiums verbietet. (Voss. Ztg.)

Wien, den 2. Nov. Bei der heute stattgehabten Eröffnung der hiesigen Zoll-Conferenz hielt der Minister-Präsident Graf v. Buol-Schauenstein eine Rede, in welcher folgende Stelle bemerkbar: „Sollte

der deutsche Zollverein sich lösen, so werde ein Zollbund von 48 Millionen Menschen jenen ersetzen. Uebrigens werde feierlichst erklärt, daß Oesterreich diesen Zerfall nicht wünscht, auch die Hoffnung auf allseitige Verständigung nicht aufgebe und fortwährend dazu bereit sei.“

Frankreich.

† Paris, den 2. Nov. Heute ist wegen des gestrigen Allerheiligenfestes keine einzige Zeitung erschienen. Sonst legten die Oppositionsblätter einen Werth darauf, sich von der Kirche emancipirt zu zeigen. Heute gibt es aber keine Oppositionsblätter mehr; die sonst flammenspeienden Journale sind zahm und fromm geworden und freuen sich, wenn sie einen Vorwand finden, um von der langen Anstrengung, mit vielen Worten nichts zu sagen, ausruhen zu können. Glücklicherweise tritt übermorgen der Senat zusammen und liefert wieder einen willkommenen Stoff zu Besprechungen seiner officiösen Protocolle. Obwol derselbe zur Erledigung einer der wichtigsten Angelegenheiten außerordentlich zusammenberufen ist, ist man auf dessen Sitzungen nicht im Mindesten gespannt, da man nicht blos das Resultat, sondern auch den Gang der Verhandlungen so ziemlich voraus kennt. Werden nicht einige dringende Entwürfe zur Erledigung vorgelegt, so wird der Senat wahrscheinlich auch nur wenige Tage versammelt bleiben und das Kaiserreich kann sonach bequem am 10. December, wenn dies, wie man behauptet, in der Absicht der Regierung liegt, proclamirt werden. Daß der Jahrestag des Staatsstreiches dazu nicht gewählt wird, soll jetzt definitiv beschlossen sein, obwol sich zu Gunsten dieses Datums einflußreiche Stimmen im Ministerrathe vernehmen ließen.

Die Stadt Paris wird eine neue Anleihe von 100 Millionen eröffnen, um die angefangenen Bauarbeiten vollenden zu können. — Abdel Kader wird zu Ende der Woche in Lyon erwartet. — Die Regierung beschäftigt sich mit neuen Maßregeln, welche den französischen Colonien die ihnen mangelnden Arbeiter zuführen sollen. Unentgeldliche Herüberschaffung und mehrere materiellen Vortheile, welche den übersiedelten Arbeitern Aussicht zu einer selbstständigen Stellung in den Colonien eröffnen, werden den Auswanderern zugesichert werden. — Die Freimaurerloge von Arras ist geschlossen worden, man richtet jetzt das Locale zu einer Privatwohnung ein. — Der Municipalrath von Dol im Departement Ille et Vilaine ist vom Präfecten suspendirt worden, weil er sich geweigert hat eine Adresse an den Präsidenten, bei Gelegenheit des Marseiller Attentats, zu votiren. — Das neue Belgische Ministerium wird der Kammer sogleich ein Preßgesetz, in Bezug auf die Angriffe gegen die auswärtigen Regierungen in Belgischen Journalen vorlegen.

Auf den Werften der fünf Kriegshäfen Frankreichs sind gegenwärtig nicht weniger als 18 Linienschiffe und 22 Fregatten im Bau.

Paris, den 1. Nov. Es verbreitet sich das Gerücht von einem europäischen Congresse, welcher von der französischen Regierung selbst in Anregung gebracht werden würde, zu dem Zwecke, die Wiener Verträge einer Revision oder (was vielleicht genauer ausgedrückt wäre) einer Wiederbestätigung mit Ausnahme einiger wenigen Punkte zu unterziehen. (Fr. J.)

Italien.

Florenz. Da die Angelegenheit der Eheleute Madiai durch die zu ihren Gunsten von dem protestantischen Europa eingelegte Verwendung augenblicklich ein hervorragendes Interesse gewonnen hat, so wird es angemessen sein, über die Verurtheilung derselben einiges Nähere mitzutheilen. Im Urtheile heißt es: „In Erwägung, daß Francesco und Rosa Madiai, geboren und erzogen in der katholischen Religion, vor vier oder fünf Jahren sich hinreißen ließen den Katholicismus zu verlassen um die Religion anzunehmen, welche sie evangelisch oder vom reinen Evangelium nennen ...; daß Francesco Madiai den Unterricht den er einem jungen Mann von 16 Jahren im Französischen gab, benutzend, um, wiewohl ohne Erfolg, zu versuchen denselben von der katholischen Religion abwendig zu machen, ihm im Einverständniß mit seiner Frau ein verbotenes Exemplar der Bibel in der französischen und italienischen Sprache gegeben hat ...; daß er andern Personen gegenüber Reden geführt um die Vorzüge der sogenannten evangelischen Religion vor der katholischen darzuthun, dabei diesen Personen den Rath gegeben nicht auf die Priester zu hören, die Anbetung der heil. Jungfrau und der Heiligen als einen Götzendienst mißbilligt und namentlich den frommen Gebrauch vor dem Bilde der heil. Jungfrau Kerzen zu verbrennen lächerlich gemacht hat ...; daß er das Dogma der wirklichen Gegenwart in der geweihten Hostie verworfen, die Fürbitte der heil. Jungfrau und der Heiligen als eine Beleidigung Gottes bezeichnet, die Autorität des heiligen Vaters verachtet, und behauptet hat, daß die Heilighaltung anderer Festtage als der Sonntage und die Enthaltsamkeit von gewissen Nahrungsmitteln Erfindungen sündiger Menschen, im Sacrament der Communion die Transsubstantiation des Brods und Weins nicht wahr und die Beichte unnütz sei, weil sie einem Menschen, nicht Gott abgelegt werde....; daß die Eheleute Madiai, um ein junges bei ihnen dienendes 20jähriges Mädchen zum Abfall von ihrer Religion zu verleiten, dieselbe lesen gelehrt haben, damit sie im Stande sei die Bücher die sie ihr gaben, wie die von Diodati übersetzte Bibel und das in London von der Gesellschaft zur Verbreitung des Christenthums gedruckte Gebetbuch, zu verstehen, in welchem gesagt wird: das Fegefeuer und der Bilderdienst seien lächerliche Erfindungen — in Erwägung, daß das was von der Vertheidigung hinsichtlich der Gewissensfreiheit und der religiösen Duldung gesagt worden, der Frage fremd ist, insofern die erstere nicht angegriffen wird, wenn Bürger aufgefordert werden sich wegen ihrer äußern Handlungen zu verantworten, und die letztere, statt verletzt zu werden, geschützt wird, wenn man eine andere Person vor der Gefahr bewahrt zum Abfall von ihrer Religion verführt zu werden, erklärt der Hof, daß das Verbrechen der Gottlosigkeit von den Madiai im Wege des Proselytismus begangen wurde ... und verurtheilt Francesco Madiai zu 56 Monaten Gefängniß in einem Zwangsarbeitshaus und Rosa Madiai zu 45 Monaten Gefängniß, beide aber in die Kosten, d. h. zu 200 Lire Geldbuße, und nach Verbüßung ihrer Strafe zu drei Jahren polizeilicher Beaufsichtigung.“

Vom Po, den 29. Oct. Ueber unsern westlichen Nachbarstaat scheint sich ein Gewitter zusammenzuziehen, dessen Ausbruch sich kaum ohne namhafte Opfer wird abwenden lassen. Drohende Wolken steigen an der Seine auf, wo das berühmte l'Empire c'est la paix wohl nicht ohne arrière-pensées ausgesprochen worden ist, die den Sinn desselben einigermaßen modificiren. Die Abberufung des Hrn. His de Butenval, der Rücktritt Azeglio's und der Vertrag Oesterreichs mit Toscana über das (nur vorläufige) Besatzungsrecht in Livorno sind bedeutsame Anzeichen mit denen die Spazierfahrten der englischen Flotte im Mittelmeer sicher nicht ganz zufällig zusammentreffen. In unsrer Nähe folgt ein englischer Courier dem andern, und in gut unterrichteten Kreisen spricht man mit Bestimmtheit von Rüstungen an der französischen Ostgränze, denen das militärische Schauspiel in Grenoble mit einiger Ostentation vorangeschickt wurde. (Allg. Ztg.)

*** Turin,** den 30. Oct. Der Graf César Balbo hat noch kein Ministerium zu Stande bringen können. Hr. Revel Chambery und Hr. Baron Manno haben die ihnen angebotenen Portefeuilles ausgeschlagen. (Siehe oben, Berlin.)

Großbritanien.

*** London,** den 1. Novbr. Auf der Eisenbahn von Brighton ist ein großes Unglück vorgefallen, wovon die Details noch fehlen.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag **Nro. 267** **den 6. November 1852.**

Deutschland.

• Der Pfälzische Kreislandrath. II. Als der Landrath am 11. Oct. d. J. zusammentrat, ermangelten wol alle Mitglieder einer vollständigen gegenseitigen Personalkenntniß, und nur wenige von ihnen waren in früherer Zeit bereits Mitglieder des Landraths gewesen. Erschwerte schon dieser Umstand die Lösung der Aufgabe, so wirkten andere Verhältniße noch mehr in der nemlichen Weise. Das Gesetz beschränkt die Dauer der Landrathssitzung auf 14 Tage; dieses Mal sollten aber von zwei Jahren die Rechnungen geprüft, für zwei Jahre die Budgets festgestellt werden. Zudem fielen in den bestimmten Zeitraum nicht nur zwei Sonn-, sondern noch zwei weitere Feiertage, und überdies traf die Ankunft des Königs mit dieser Landrathsversammlung zusammen. Dessen ungeachtet gelang es dem Landrathe, in der anberaumten kurzen Zeit seine sämmtlichen Arbeiten zu erledigen.

Die Bildung des Directoriums, d. h. die Wahl des Präsidenten und des Secretärs, wurde nicht als Parteisache betrachtet, obwol man dieselbe — ungeschickt genug! — in der reactionären Pfälzer Zeitung dafür ausgeben wollte, und wegen dieses angeblichen Sieges jubelte. Wenn irgend etwas hiebei eine besondere Bedeutung hätte haben können, so wäre es blos etwa der Umstand gewesen, daß die Secretärstelle nicht wieder, wie früher, durch ein geistliches, sondern durch ein weltliches Mitglied besetzt ward.

Es folgte sodann die Bildung der Geschäftsausschüße. Man ging von der Ansicht aus, daß jedes Mitglied wenigstens einem Ausschuße zugetheilt werde; indessen kamen Manche in zwei und selbst drei Ausschüße. Diejenigen, bei denen dies der Fall, und überhaupt die Mitglieder der wichtigsten Ausschüße, gehörten sämmtlich einer freisinnigen Richtung an. Indessen waren sie so wenig gemeint, irgend Jemanden zurück zu drängen, daß allen Mitgliedern des Landraths zu den Ausschußberathungen nicht nur der Zutritt, sondern selbst die Theilnahme an den Debatten gestattet ward.

Der größte Theil der Verhandlungen betraf die Prüfung der Rechnungen und die Feststellung der Budgets. Man konnte sich vielfach überzeugen, wie hiebei einzig und allein die Verhältniße des Landes, die Interessen seiner Bewohner, in keiner Beziehung aber Parteirücksichten bestimmten. Diese Verhandlungen nahmen 6 Sitzungen theils vollständig, theils vorzugsweise in Anspruch. Der bedeutendste der einzelnen Puncte war die Herstellung des Irrenhauses bei Klingenmünster. Nach den vom frühern Landrathe oder dessen Ausschuß bereits erfolgten Zustimmungen, konnte jetzt kaum mehr eine Ablehnung stattfinden. Täuschen wir uns nicht, so dürfte indeß der Landrath schwerlich auf die unbedingte Ausführung in der jetzigen Weise eingegangen sein, wenn nicht so beträchtliche Ausgaben bereits gemacht gewesen wären.

Eine neue Aufgabe für den Landrath bestand in der Wahl der Geschworenen für den Staatsgerichtshof. Das Ergebniß zeigt, daß man auch hiebei keineswegs exclusiv verfuhr. Allerdings aber muß man sehr befriedigt sein mit der Wahl verständiger, rechtlicher und selbstständiger Bürger. *)

*) Die Pfälzer Ztg. freilich scheint mit dem Ergebniß dieser Wahl keineswegs zufrieden zu sein; wenigstens hat sie es bis jetzt unterlassen, die Namen der Gewählten mitzutheilen.

Der Landrath kam sodann zu der Berathung der speciellen Anträge. Hrn. Notär Keller gebührt das Verdienst, die meisten und wichtigsten derselben eingebracht zu haben; nächst ihm den Hrn. Walz und Wolf. Eine „Parteisache" kann nur der darin erblicken, welcher etwa verlangt, daß der Landrath sich um die Interessen des Kreises nicht bekümmern soll! Auch hatten wir das Vergnügen, wahrzunehmen, daß namentlich in Beziehung auf verschiedene der alten Forderungen der Pfalz an die Staatscasse, Stimmeneinhelligkeit herrschte, und daß z. B. Hr. Lorch ebenso entschieden als irgend Jemand die Ueberzeugung der vollständigsten rechtlichen Begründung des Anspruchs auf die früheren Steuerrückstände aussprach. — Ebenso erhielt der Antrag des Hrn. Walz allgemeine Zustimmung: von der im Jahr 1848 zur Förderung der Industrie bestimmten Million, dem Wortlaut des Gesetzes gemäß, den entsprechenden Antheil für die Pfalz in Anspruch zu nehmen, während bis jetzt nur 10,000 fl. dafür bewilligt sind. —

Der Antrag des Hrn. Keller, der Landrath wolle sich für Erhaltung der Pfälzischen Institutionen aussprechen, erfuhr zwar Widerspruch, aber nur von 5 Mitgliedern, und auch dies blos aus dem eigens hervorgehobenen Grunde, weil kein Anlaß zu einem deßfallsigen Beschluß vorliege. — Niemand kann in Abrede stellen, daß die französische Gesetzgebung keineswegs fehlerfrei und vollkommen ist; auch wird man gewiß so manchen Bestimmungen aus der spätern Zeit dieser Legislation, aus der eisernen Napoleonischen Herrschaft, keineswegs das Wort reden. Wol aber herrscht in der ganzen Pfalz, mit sehr wenigen Ausnahmen, die Ueberzeugung, daß der jetzige Zeitpunct nicht geeignet sei, jene Institutionen in ihren Grundbestimmungen, und namentlich was die Civilgesetzgebung betrifft, umzuändern. —

Ein weiterer Antrag des Hrn. Keller ging dahin, die Aufhebung jener Zahlung von 100,000 fl. jährlich zu begehren, welche die Pfalz, ausser den nemlichen directen Steuern, die in den jenseitigen Kreisen eingeführt sind, als Aequivalent für den Malzaufschlag noch besonders entrichten muß. Unserer festen Ueberzeugung nach ist das Verlangen, von dieser Abgabe befreit zu werden, durchaus gerechtfertigt: die alte baier. Staatsschuld berührt die Pfalz nicht (sowol nach der Natur der Sache, als nach den klaren gesetzlichen Bestimmungen), und was die neue Staatsschuld betrifft, so betragen die vom Enregistrement, Stempel und Lotto aufgebrachten Summen jedenfalls mehr, als der entsprechende Antheil der Pfalz ausmachen würde. Indessen ist die fragliche Abgabe von 100,000 fl. jährlich durch die Finanzgesetzgebung für die gegenwärtige Finanzperiode festgestellt. Unter diesen Umständen wird man es nicht mißbilligen, daß der Ausschuß, unter Zustimmung des Antragstellers, den ursprünglichen Vorschlag dahin umwandelte: Gleichstellung der Pfalz mit den jenseitigen Kreisen bezüglich des Enregistrements (jenseits: Taxen) zu fordern (ohne Zweifel einschließlich der Stempelgebühren), welche Abgaben diesseits augenscheinlich weit höher sind, als in den älteren Kreisen. — Der Landrath stimmte einhellig bei.

Das nemliche Ergebniß führte der weitere Vorschlag wegen besserer Einrichtung der Katasterumschreibungen herbei. Dessen Verwirklichung würde zweifelsohne sich als sehr nützlich erproben.

Der Antrag gegen die Absetzung von Gemeinderathsmitgliedern führte zu dem einstimmig gefaßten Beschluße,

das schon in früheren Zeiten vom Landrath ausgesprochene Verlangen nach einer verbesserten Gemeindeordnung zu wiederholen.

Hr. Keller hatte noch einen Antrag in Betreff einer Begnadigung der in die politischen Proceße Verwickelten, eingebracht. Beachtenswerth war es, daß bei der Discussion alle Stimmen ohne irgend eine Ausnahme ihre Wünsche mit denen des Antragstellers vereinigten, nicht eine sich principiell dagegen erhob. Insbesondere sprach Herr Ehmant seine innigen Wünsche dafür aus. (Wir machen darauf aufmerksam, im Gegensatze zu den Behauptungen jener Handvoll Individuen, welche fort und fort Verfolgung fordert.) Da aber hiebei nicht etwa blos die Competenz angezweifelt wurde, (ein Einwand, den die große Mehrheit augenscheinlich nicht begründet hielt), sondern da namentlich auch die Befürchtung Geltung erlangte, daß durch einen Beschluß im damaligen Augenblicke den Unglücklichen geschadet werden könnte, und in Betracht der durch die Anwesenheit des Königs vorhandenen erfreulichen Hoffnungen, fand es allgemeine Billigung, daß der Antragsteller unter den obwaltenden Verhältnißen seinen Vorschlag zurücknahm, und der Landrath einstimmig beschloß, von dessen Inhalt Umgang zu nehmen.

Der wichtigste Gegenstand war im Uebrigen noch die Zollfrage. Wir haben uns bereits ausführlich darüber ausgesprochen, und können das Auftreten des Landraths auch heute nur billigen.

Damit hätten wir einen Ueberblick der gesammten Landrathsverhandlungen gegeben. Möge denn jeder unbefangene Mann entscheiden, in wieferne der Landrath im Sinne der Pfälzer seine Mission erfüllt hat; — möge jeder Unbefangene über jene unwürdigen und boshaften Angriffe urtheilen, denen sich heute die Mitglieder der eminenten Majorität des Landraths (worunter auch sämmtliche Vertreter des großen Grundbesitzes) in der reactionären Presse zum Lohne für ihre Bemühungen ausgesetzt sehen. —

° **Speyer,** den 4. Novbr. Der französische Adler macht seine Flügelschläge bereits in zwei Ländern bemerkbar, die sowol als Träger des constitutionellen Princips in seiner bessern Ausbildung, als wegen ihrer geographischen Lage für ganz Europa, besonders wichtig sind. Gleichzeitig erfolgten in Belgien und in Sardinien Ministerwechsel, — nicht aus innern Gründen (wenigstens nicht in der Richtung, in welcher sie stattfanden), sondern in Folge der Einwirkung von Paris aus. Es ist gewiß ein bedenklicher Anfang: ehe noch das Kaiserthum formell hergestellt ist, sehen wir bereits solche Wirkungen. Bei dem Weiter- und Weiterdrängen der Reaction in Europa wird man sich vielleicht freuen über die Aenderung; allein selbst der Conservative, der nur ein wenig mehr in die Zukunft blickt, kann es nicht als ein gutes Zeichen ansehen, daß das jetzige französische Regime in jenen beiden Ländern, welche Deutschland im Nord- und im Südwesten nahe liegen, und welche jedem fremden Einfluße unbedingt entrückt sein sollten, sich in solcher Weise festsetzt.

• **Pfalz,** den 4. Nov. In der letzten Zeit sind die Tabakspreise nicht unbedeutend herabgegangen.

• **Frankenthal,** den 4. Nov. Das Urtheil gegen Wolf geht dahin, daß derselbe wegen Gewohnheitswuchers zu 30,000 fl. Geldbuße, wegen Prellerei zu zweijährigem Gefängniß und 50 Frcs. Geldstrafe, sodann in die Kosten, und 10jährige Interdiction der im Art. 42 des Strafgesetzbuchs bestimmten Rechte, verurtheilt ist.

Mainz, den 3. Nov. Auch in der zweiten Wählerklasse hat die Liste der Fortschrittspartei vollständig gesiegt. Von etwa 600 Wahlberechtigten gaben 420 ihre Stimmen ab, von denen die Candidaten der siegenden Partei 263 bis 213 erhielten, während von den gegnerischen Candidaten der meistbedachte 191 auf sich vereinte. — Morgen wählt nun noch die erste Klasse mit etwa 260 Wahlberechtigten, womit dann unser neuer Stadtrath gewählt ist.

Frankfurt, den 2. Nov. Die Diebstähle, Einbrüche und Gaunereien haben sich in den letzten Tagen bei uns auf eine so erstaunliche Art gemehrt, daß kaum Gefängniße genug da sind, um die meistens aus den benachbarten Staaten bei uns ihre verbrecherischen Geschäfte abmachenden Individuen unterzubringen. (Fr. J.)

Aus Preußen, den 3. Nov. In unserm Staate wird jetzt auf höchste Anordnung in das sonntägliche Kirchengebet auch die Bekehrung der Juden eingeschlossen.

Köln, den 4. Nov. Man weiß bereits eine Anzahl Wahlen zur zweiten Kammer. Unter den bekannteren Namen sind folgende: hier Camphausen, in Brühl gewählt Reichensperger, Neuwied Bethmann-Hollweg, Berlin Minister Manteuffel, Steuerdirector Kühne, Obrist Prittwitz. In Bielefeld ist der Finanzminister v. Bodelschwingh durchgefallen.

Berlin, den 1. Nov. Nicht geringes Aufsehen erregt ein Urtheil der hiesigen Rathskammer gegen den vormaligen Kammergerichtsreferendarius Rasch. Dieser hatte das kriegsgerichtliche Erkenntniß, welches über den Studenten Schlehan, nach einem mißlungenen Fluchtversuche vom Silberberg, verhängt worden und auf fünf Jahre Zwangsarbeit lautete, veröffentlicht. Die Staatsanwaltschaft behauptet, daß Herr Rasch das Urtheil nur durch Verletzung des Amtsgeheimmisses habe erfahren können, und will den ihr unbekannten Uebertreter des Gesetzes verfolgen. Zu dem Zwecke sollte Herr Rasch eidlich darüber vernommen werden, durch wen er seine Kenntniß von jenem Urtheile erlangt habe. Herr Rasch verweigerte die Aussage, weil, wenn ein Verbrechen vorliege, er sich der Mitschuld theilhaft gemacht habe und von ihm nicht verlangt werden könne, daß er in seiner eigenen Angelegenheit eidlich aussage. Die Rathskammer aber beschloß, Herrn Rasch in fünf Thaler Geldstrafe zu nehmen, bei fernerer Weigerung diese auf 10 Thaler zu erhöhen und ihn bei noch fortgesetzter Weigerung so lange ins Gefängniß bringen zu lassen, bis er seinen Berichterstatter nennen würde. Dieser Beschluß wurde ihm auf der Stelle publicirt, worauf er zu Protocoll erklärte: Er verweigere jede Aussage. Herr Rasch hat sich nun im Wege der Beschwerde an das Kammergericht gewandt. Er hat sich ausdrücklich in der Beschwerdeschrift auf einen Preßproceß der N. Preuß. Ztg. berufen, wo in einem ganz gleichen Falle aus demselben Grunde Herr Gödsche verweigert habe, sich als Zeuge vernehmen zu lassen, und das Kammergericht in der Verfassung vom 31. März 1851 den aufgestellten Weigerungsgrund als gesetzlich anerkannt habe, auch dies auf die Remonstration des Staatsanwalts vom höchsten Gerichtshofe bestätigt worden sei. (Köln. Ztg.)

Hamburg, den 1. Nov. Ungewöhnliches Aufsehen macht die seit gestern bekannt gewordene Entweichung zweier Policeiofficianten (sie heißen Greve und Meyer), welche einen Einbruch im Stadthause selbst versuchten, der übrigens mißlang; hierauf fuhren sie mit Hinterlassung vieler Schulden und Betrogener gestern früh auf dem Dampfschiff „Rob Roy" nach Hull.

Wien. Rede des Herrn Grafen v. Buol-Schauenstein bei Eröffnung der Zollconferenzen zu Wien am 30. Oct. 1852. M. Herren! Eine Zeit von sechs Monaten ist vergangen seit wir in diesem Saale unsere Sitzungen geschlossen haben. Uns hatte damals ein großes und nützliches Werk, die Vorbereitung und Sicherung der Zoll- und Handelseinigung Deutschlands und Oesterreichs beschäftigt, und wir durften im Rückblicke auf die Ergebnisse unserer Berathungen hoffen, ohne Erschütterung des Gebäudes des deutschen Zollvereins den ersten Grundstein zu dem umfassenden neuen Bau gelegt zu haben.

Seitdem haben sich Schwierigkeiten erhoben, die wir zu erwarten nicht berechtigt waren. Wir entsagen

auch jetzt noch nicht der Hoffnung, daß sie überwunden werden können, indessen haben die Umstände uns die Pflicht auferlegt uns wieder zu vereinigen, um in gemeinsame Berathungen über den gegenwärtigen Stand der Dinge einzugehen.

Bereitwillig haben die hier vertretenen höchsten Regierungen die Beweggründe der Einladung gewürdigt, welche zu diesem Zweck an sie zu richten Se. Maj. der Kaiser, mein allergnädigster Herr, mich ermächtigte. Der nemliche Geist erfüllt unser jetziges wie unser früheres Wirken. Noch unter den Verhältnissen, die uns heute zusammenführen, erstreben wir die Einigung der Handels- und Verkehrsinteressen des gesammten Deutschlands, und auch die Hoffnungen auf einen in naher Zukunft lohnenden Erfolg unserer Arbeiten haben wir, ich darf es wiederholen, noch immer nicht aufgegeben.

Wenden wir die Blicke auf die Zeit zwischen unserer früheren und der gegenwärtigen Zusammenkunft, so können wir uns mit Beruhigung sagen, daß die Vertragsentwürfe, die wir ausgearbeitet, und die Ihre Regierungen, meine Herren, den versammelten Zollvereinsstaaten mitgetheilt und zur Annahme empfohlen haben, in den weitesten Kreisen als ausführbar und zweckgemäß anerkannt worden sind. Insbesondere ist durch unsern Entwurf eines Zoll- und Handelsvertrages eine bereits allseitig angenommene Grundlage für die ferneren Verhandlungen gewonnen, und es ist dem Grundsatze: daß die von uns gewollte Zolleinigung das endliche strebenswerthe Ziel dieser Verhandlungen bilde, die allgemeine Anerkennung von neuem zu Theil geworden. Bewahren wir die Zuversicht, daß ein so reicher Erwerb an gemeinsamen Ueberzeugungen bald die erwünschten wohlthätigen Früchte tragen wird.

Durch die Zugeständnisse, die wir zur Erleichterung einer allseitigen Verständigung im versöhnlichsten Sinne machten, ist die noch zu lösende Aufgabe auf Einzelnheiten beschränkt worden, die auf dem Wege weiterer Verhandlungen sich zuverlässig würden ausgleichen lassen.

(Schluß folgt.)

Schweiz.

Neuenburg, den 1. Nov. Bei der gestrigen Wahl des Friedensrichters und seiner beiden Assessoren bekam der republicanische Vorschlag 571, 564 und 561 Stimmen, während es die Royalisten oder Conservativen nur auf 372, 374 und 377 brachten. Das republicanische Mehr würde noch größer gewesen sein, wenn man von dieser Seite ein besonderes Gewicht auf jenen Act gelegt hätte; und das royalistische Minus würde noch weiter zusammenschrumpfen, hätte es nicht durch Beibehaltung des frühern Personals hie und da mitbürgerliche Rücksichten und kaufmännische Interessen für sich gehabt. Auf einen Erfolg bei den Friedensgerichtswahlen außerhalb der Stadt hatte die absterbende Partei schon zum voraus verzichtet; es handelte sich gestern neben persönlichen Sympathien und Vortheilen nur darum, im Ausland mit der „getreuen Hauptstadt" etwas zu renommiren, welchen Titel Neuenburg bekanntlich schon lange durch seine Großraths- und Stadtrathswahlen weggeworfen hat. (Schw. Nat.-Ztg.)

Vevey, den 28. Oct. Sowohl zu Lausanne als zu Vevey tritt das Nervenfieber, welches fast alljährlich an mehreren Puncten des Sees crassirt, in Besorgniß erregender Form auf: es ist dies vielleicht eine Folge der zahlreichen Regengüsse und Ueberschwemmungen. Gestern bedeckten sich bei heftigem Südostwinde die savoyischen Gebirge mit Schnee.

Belgien.

Brüssel, den 2. Nov. Die Generale Bedeau und Changarnier sind in Ostende gewesen, um der Wittwe Ludwig Philipp's aufzuwarten.

Brüssel, den 3. Nov. Minister von Brouckere legte heute in der Repräsentantenkammer die Politik des neuen Cabinets dar und bezeichnete dieselbe als eine gemäßigtliberale.

Antwerpen, den 1. Nov. Um unsere Stadt werden in weitem Kreise noch 6 bis 8 kleine Festungen erbaut, welche beinahe vollendet sind; auch die alten Festungswerke werden nachgesehen, und jede schadhafte Stelle wird ausgebessert. Mehre Forts nächst der Schelde sind bereits mit eisernen 24Pfündnern armirt, andere werden noch mit Geschütz und Schießbedarf versehen.

Frankreich.

† **Paris**, den 3. Novbr. An Geld fehlt es nicht. Die Staatspapiere sind heute wieder gestiegen. Der frühere Bischof von Algier, Dupuch, hatte große Ausgaben gemacht, die ihm vom Staate nicht genehmigt werden konnten, sondern ihm persönlich zu Last fielen. Durch ein Decret verfügt nun Napoleon die Auszahlung von 220,000 Fr. dafür. — Der Unterrichtsminister macht bekannt, daß er Reclamationen seiner Untergebenen gegen die Anordnungen ihrer Vorgesetzten nur dann noch annehmen werde, wenn den Befehlen, gegen welche reclamirt wird, zuvor Folge geleistet worden.

Italien.

Rom. Der zum Tod verurtheilte Engländer Murray ist „aus Rücksicht auf die englische Verwendung" zu lebenslänglicher Galeerenstrafe begnadigt worden.

Aus den Apenninen, vom 27. Oct., schreibt die Allg. Ztg.: Vorgestern wurden in der Quarantäneanstalt in Ancona neun Verbrecher, welche der blutigen Vehme angehörten, die sich auch dort vor vier Jahren gebildet hatte, erschossen. Nur einer von ihnen nahm vor seinem Ende die Tröstungen der Religion an, alle übrigen von ihnen wiesen solche mit Hartnäckigkeit zurück, obgleich man, um ihnen Zeit zu lassen, die Execution, die Morgens um 9 Uhr stattfinden sollte, bis Mittag verzögert hatte. (!) Sie sahen dem Tode mit einer Unerschrockenheit entgegen, die einer bessern Sache würdig gewesen wäre. Stehend, mit unverbundenen Augen und mit brennender Cigarre im Munde, empfingen sie die tödtenden Kugeln, und machten sogar noch witzige Bemerkungen über die päpstlichen Soldaten, die zur Execution bereit standen und denen leider auch eine größere Kunstfertigkeit zu wünschen gewesen wäre, denn von fünf Verurtheilten, die zusammen erschossen werden sollten, blieben zwei bei der ersten Abfeuerung vollkommen unversehrt, und mußten erst das Vortreten der Reserve abwarten. (!)

Neapel. Wie man jetzt vernimmt besteht die „Gnade" gegen 6 von den im Maiprozeß zum Tode Verurtheilten darin, daß ihre Strafe in dreißigjährige Kettenstrafe umgewandelt worden. Da weiß man wirklich nicht ob die Gerechtigkeit oder die Gnade schauerlicher ist!

Palermo, den 23. Oct. Der Aetna entsendet seine Lavaströme in noch vollerem Erguße, als zuvor; doch erregen sie wenig Besorgniß, da sie keine neue Richtung nehmen, sondern in ihrem alten Bett bleiben.

Spanien.

* **Madrid**, den 29. Oct. Das Ministerium will den Cortes einen Gesetzentwurf vorlegen, demzufolge es einzelne Bestimmungen der Constitution, während der Abwesenheit der Cortes, zu ändern befugt sein soll, wenn es die politischen Verhältniße Europas erheischen sollten!! Man sieht sehr lebhaften Debatten darüber entgegen.

Schweden.

Stockholm, den 26. Oct. Die Krankheit des Königs hat eine gefährliche Wendung genommen. Bereits ist eine interimistische Regierung eingesetzt.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 20. Octbr. Nachrichten aus der Havannah zufolge ist der Crescent City von Seiten der cubanischen Behörden nochmals die Erlaubniß verweigert worden, in den Hafen einzulaufen. Der Ver-

kehr mit dem Ufer ward den Passagieren nicht gestattet, und das americanische Schiff sah sich genöthigt, wieder abzusegeln, ohne Postfelleisen und Personen ans Land befördert zu haben. Der Capitän des Fahrzeuges erließ bei jener Gelegenheit einen Protest gegen die ihm gewordene Behandlung. Der Landung des von Mobile kommenden Dampfers Black Warrior hingegen hatte man in der Havannah nicht die geringsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt und hatte die Officiere desselben mit ausgezeichneter Höflichkeit behandelt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 2. Nov. Weizen 5 fl. 20 kr., Korn 4 fl. 32 kr., Gerst 3 fl. 41 kr., Spelz 3 fl. 46 kr., Hafer 2 fl. 55 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Kaiserslautern. Markt vom 2. Nov. Weizen 5 fl. 1 kr., Korn 4 fl. 29 kr., Spelz 4 fl. 13 kr., Gerst 3 fl. 39 kr., Hafer 2 fl. 27 kr., Kartoffeln — fl. 54 kr., per Centner,

Mainz. Markt vom 29. Oct. Weizen 10 fl. 8 kr.. Korn 8 fl. 23 kr., Gerste 5 fl. 11 kr., Spelz — fl. — kr., Hafer 3 fl. 35 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1291] An meine Freunde, Bekannten und Gönner.

Sie wissen, daß die amtliche Bekanntmachung der Entziehung meiner Concession als Agent der London-Newyorker Postschifffahrtsgesellschaft folgende Ueberschrift trägt:

Verleitung zu heimlicher Auswanderung durch die Juden Stern und Thau zu Obermoschel.

In wiefern diese Ueberschrift mir gegenüber gerechtfertigt ist, mögen Sie aus folgender actenmäßigen Darstellung ersehen.

Es scheint allerdings, daß Stern, ein Jude, und Thau, ein Christ, bei den Behörden als Beförderer heimlicher Auswanderung verdächtig erscheinen, weil mir die hohe Regierung am 17. März jüngst bei Verlust meiner Concession andeutete, alle Verbindungen mit ihnen zu meiden, was ich auch gewissenhaft erfüllte.

Am 21. Mai 1852 kam mir per Post folgender Brief zu: Ullmet, den 20. Mai 1852.

Herr Stockinger!

Da ich gehört habe, daß Sie der Agent für die Postschiffe über London sind, so will ich auch die Reise dorthin machen. Sie erhalten einen Schein vom Landcommissariat und 65 Gulden Draufgeld und wollen Sie so gut sein, und mir gleich den Schiffsaccord schicken.

Ich grüße Sie freundlichst

Philipp Gottfried.

Das Certificat in meinen Händen lautet also:

Certificat.

Dem Ackerer Philipp Gottfried von Ullmet wird nach Anmeldung seines Auswanderungsgesuches und insoferne der Auswanderungsbewilligung keine weiteren Hindernisse entgegentreten hiermit Zeugniß ertheilt, daß er die Auswanderungserlaubniß und den Reisepaß unbeanstandet erhalten werde, wenn er die vorgeschriebenen Nachweise, insbesondere einen vorschriftsmäßigen Schiffsaccord, beigebracht haben wird.

Es versteht sich von selbst, daß mit gegenwärtigem Certificat die Auswanderungsbewilligung nicht ertheilt sei.

Cusel, den 15. Mai 1852.

Königl. Landcommissariat.

(L. S.) Gummi.

Ich nahm natürlich keinen Anstand, diesen ganz loyalen Vertrag anzunehmen, und sandte die Beurkundung durch die Post an den Auswanderungslustigen.

Zu Anfang September jüngst wurde mir mitgetheilt, daß in Ullmet auf Ansuchen eines rivalen Agenten in Cusel ein Verhör stattgefunden habe, wonach es scheine, als verkehre ich noch mit Stern und Thau, weil diese den Auswanderer Gottfried an mich gewiesen, und den Vertrag vermittelt hätten.

Meine Vernehmung und Vertheidigung am 6. Sept. war auf Erzählung des obigen wahren Thatbestandes gegründet, welcher beurkundet, daß von einer gesetzlichen nicht aber von einer heimlichen Auswanderung die Rede war, wobei es mir natürlich nicht als Vergehen angerechnet werden kann, wenn mich Dritte, ob Jude oder Christ, als Agent empfehlen, in so lange nicht behauptet und festgestellt wird, daß diese Empfehlung verschachert sei.

Nach meiner Vertheidigung hielt ich diese Sache für abgethan, so daß ich in der Speyerer Zeitung vom 18. September, welche bekanntlich schon am 17. morgens in Speyer veröffentlicht wird, sagen konnte: „die Gesell-„schaft, die ich vertrete, wird niemals in den Fall kom-„men, nach einem deutschen Hafenplatze zu reisen, um „Schiffe zu miethen, mit welchen die schon in London an-„gelangten Passagiere befördert werden sollen, wie es „umgekehrt schon vorgekommen ist."

An demselben Tage, 17. September, wurde die Entziehung der Concession decretirt, worüber ich am 4. October Ausfertigung erhielt.

Sie ist darauf gegründet, daß ich meine Verbindung mit Stern und Thau nicht abgebrochen hätte. Es heißt darin, meine Vertheidigung verdiene keinen Glauben, da ihr die Aussage zweier glaubwürdigen Zeugen entgegenstehe, wonach die Juden Stern und Thau den Schifffahrtsvertrag mit dem Auswanderer Philipp Gottfried von Ullmet für mich abgeschlossen beziehungsweise vermittelt hätten.

Diese Aussagen vom 16. Juni, worüber ich auf mein Ersuchen erst am 24. October Abschrift erlangt, lauten nun folgendermaßen:

1) Philipp Gottfried von Ullmet:

„Vor ungefähr vier Wochen waren die beiden Juden „Stern und Thau dahier anwesend, und da dieselben „schon früher Schiffsaccorde abgeschlossen und die Aus-„wanderer gut und billig behandelt hatten, so ersuchte ich „auch dieselben, mir einen gehörig ausgefertigten und „vom königl. baierischen Consul beglaubigten Schiffsac-„cord zu verschaffen und dabei die Ueberfahrtspreise so „billig als möglich zu stellen, indem ich als armer Mann „mit meiner zahlreichen Familie, auf Ersparung der „Ueberfahrtskosten sehen müßte, welchem Ansinnen sie auch „entsprachen, und mir vor ungefähr drei Wochen einen „von einem gewissen Stockinger aus Speyer ausgefertig-„ten Schiffsaccord einhändigten resp. durch die Post „zukommen ließen. — Weiteres weiß ich nicht."

2) Jacob Decker, Schuster in Ullmet:

„Ueber das Treiben der beiden Juden Stern und „Thau von Obermoschel kann ich weiter nichts sagen, „als daß Gottfried von hier im Monat Mai letzthin mit „denselben einen Schiffsaccord abgeschlossen und 50 fl. „Draufgeld bezahlt hat. — Weiteres weiß ich nicht."

Mit dem Zeugen Decker hatte ich nie Verkehr und kenne diesen Mann nicht.

Das Weitere überlasse ich dem eigenen Urtheile.

Allerdings erröthete ich bei der besprochenen Ueberschrift, aber nicht aus Scham, sondern aus Entrüstung.

Joseph Stockinger.

[1292] Haus- und Güterversteigerung.

Donnerstag, den 25. November nächsthin, des Nachmittags um 2 Uhr zu Kandel in dem Gasthause „zur Post", läßt Frau Magdalena Besson, Wittwe des allda verlebten Kgl. Notärs Adolph Martin, ihr zu Kandel in der Hauptstraße gelegenes zweistöckiges Wohnhaus mit Oeconomiegebäuden und 2 Morgen Garten dabei, sowie 25 Tagwerk Aecker und Wiesen, öffentlich auf Zahlungstermine versteigern.

Der günstigen Lage wegen eignet sich das Wohnhaus zum Betrieb eines jeden Geschäfts.

Kandel, den 4. November 1852.

Für Notär Jung:

Gaß.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 268 | den 7. November 1852.

Deutschland.

* **Die Zollvereinsfrage.** So drohend sich die Dinge bisher auch gestalteten, so konnten wir doch dem Gedanken, daß die Auflösung des Zollvereins wirklich eintreten werde, nie vollkommen Raum geben. Leider müßen wir, wie die Dinge jetzt liegen, uns selbst gestehen, daß es aller Wahrscheinlichkeit nach eine leere Täuschung sein würde, länger an die Fortdauer jenes Vereines zu glauben. Ueberblickt man nochmals die „Sammlung amtlicher Actenstücke,“ welche in der officiellen Preußischen Schrift: „Beiträge zur Beurtheilung der Zollvereinsfrage“ zusammengestellt sind, vergleicht man sodann mit dem daraus sich ergebenden Eindrucke über die jetzige Situation der Preußischen Regierung — neuere, zuverlässige Nachrichten aus Wien; liest man in den officiellen Reden bei Wiedereröffnung der dortigen Conferenz ein wenig „zwischen den Zeilen,“ — so kann kaum mehr ein Zweifel darüber bleiben, daß die so lange drohende Trennung im Wesentlichen entschieden ist. Wir legen auf die principielle Gestaltung der Situation weit mehr Gewicht als auf Einzelnheiten, daß z. B. die preuß. Regierung bereits Vorsorge wegen Wiederherstellung der Grenzbewachung gegen die übrigen Vereinsländer treffe, u. s. f. Solche Anordnungen haben wenig zu bedeuten; desto mehr die Lage der Dinge im Großen und Ganzen. Erfolgt nicht ein halbes Wunder, so werden wir unser Heil in einer Verbindung „mit 48 Millionen“ zu versuchen haben, statt der 30 Millionen, welche der Zollverein bisher umfaßte.

Wenn man das Gerede der reactionären Presse bei uns liest, so muß man mitleidig die Achseln zucken. Man geräth in Zweifel, ob man mehr über die Unwissenheit jener Leute staunen soll, welche die Stimmung des Volkes verbessern wollen, oder über den kühnen Muth, mit welchem sie auf die Blindgläubigkeit des Publikums sündigen zu dürfen meinen, oder über die Stirne, mit der sie heute anders reden als früher. Wir verlieren kein Wort weiter darüber.

Wer sich für Erhaltung des Zollvereins ausspricht, muß es sich gefallen lassen, als „Democrat“ verdächtigt zu werden. Der Democratie ist, wenn man will, ihre Aufgabe sehr leicht gemacht: sie darf nur ruhig zuwarten, kein Mensch kann sie für die jetzige Gestaltung der Dinge verantwortlich machen: es ist eingetreten, was sie längst vorhergesagt. —

Allein gerade den wahren Democraten kann es nicht gleichgültig sein, wie es sich mit dem Volkswohlstande gestaltet; es kann ihnen an sich nicht gleichgültig sein als Volksfreunden, und es liegt zudem sogar noch ein hohes politisches Motiv für sie vor: sie können nicht wünschen, daß, wenn ein Umschwung zum Bessern eintrit, blos ein verarmtes, elendes, in Jammer und Noth verkommenes Volk vorhanden ist, sie müssen aus politischen ebensowol als aus rein menschlichen Gründen dringend wünschen, daß die Neuzeit eine kräftige, wohlhabende Bevölkerung vorfinde, oder wenigstens nicht das Gegentheil davon!

* **Betrachtungen.** Die Erschlaffung, die Gleichgültigkeit des Volkes gegen Alles, was vorgeht, — welche Freude haben sie der Reaction schon bereitet; — wie haben verschiedene ihrer Organe darüber schon gejubelt, daß sich die Leute um nichts mehr bekümmern! Aber wird diese Freude von Dauer sein? Wir reden jetzt nicht davon, daß die Erschlaffung eben auch ihr Ende finden wird; wir nehmen an, sie währe vorerst unbedingt fort. Wie, wenn Stürme von Aussen sich erheben sollten, wenn man der Volkskraft wieder bedürfte, wie im Jahre 1813, wo sie half, nachdem alle andern Mittel sich erfolglos erwiesen hatten? wie, wenn auch dann die Gleichgültigkeit gegen Alles und Jedes fortwährte, wie in den 1790er Jahren, wie 1805, 6, 7 und 9? Hätte man auch dann noch Grund, sich der Volksapathie so zu freuen? Wir bezweifeln es ein wenig. —

„Pariser Correspondenzen,“ sagt verwundert die Allg. Ztg., „Pariser Correspondenzen von Blättern, die den modernen 18. Brumaire freudig begrüßt hatten — wie die Kölnische Zeitung, der Württembergische Staatsanzeiger ꝛc. — sprechen plötzlich mit sicherstem Tone von einem kommenden Kriege. Derselbe Berichterstatter der Kölnischen Zeitung, der ihr einige Tage vor dem Staatsstreich vom 2. December auffallend genaue Angaben über das, was bevorstehe, gemacht hatte, sagt jetzt, mit Berufung auf die Erfüllung seiner damaligen Versicherungen: Europa werde Krieg bekommen, so unabwendbar als es in nächster Frist das wiederaufgerichtete Kaiserthum sehen werde. In gleichem Sinn äußert sich unausgesetzt die Berliner Kreuzzeitung. Und ebenso berichtet man dem Württemb. Staatsanzeiger aus Paris vom 30. Oct. Auch die Preuß. Wehrztg. sieht mit dem Kaiserthum die Kriegswolken sich aufthürmen.“

Sie ist ein wenig auffallend, diese Uebereinstimmung; aber sie verliert das Auffallende, wenn man die ganze Entwicklung des Napoleonismus ins Auge faßt. Freilich, „Frankreich will den Frieden.“ Aber wird Frankreich den Krieg nicht ebenso über sich ergehen lassen, wie es heute Alles über sich ergehen läßt? wird es heraustreten aus seiner Passivität; wird es heraustreten können? Wer will in Frankreich den Frieden? Diejenige Classe, die heute gar nichts mehr vermag! namentlich die Bourgeoisie, deren Interessen schon mehr als einmal verletzt wurden, die es aber nicht ändern kann. Den Frieden will die nemliche Classe, welche den Kaiser nicht mag, ihn aber doch sich festsetzen lassen muß! Glaubt etwa Jemand, die Armee in Frankreich werde sich gegen Napoleon empören, wenn er, freiwillig oder von Innen gedrängt, den Krieg erklären sollte? Niemand wird es glauben. Oder sollen die Proletarier deßhalb aufstehen? Eben so wenig. —

Darum sehe man sich vor. Aber über das Heilmittel ist man uneinig. —

* **Speyer,** den 6. Nov. Wir haben eben neue Mittheilungen aus den Vereinigten Staaten erhalten, welche bis zum 19. vor. Mon. reichen. Die Erbitterung gegen die Spanier auf Cuba ist ungemein gesteigert, nicht blos über die Zurückweisung des nordamericanischen Dampfschiffes, sondern noch mehr über die Barbarei, mit welcher eine tyrannische Macht auf der „Perle der Antillen“ sich zu behaupten sucht. Namentlich wird aus dem Blute des hingerichteten 20jährigen Druckers des Journals Voz del pueblo für die spanischen Gewaltherrscher voraussichtlich eine furchtbare Drachensaat erstehen. — Im „Schlußsteinstaate“ Pennsylvanien haben die Wahlen stattgehabt. Es ward ihnen dieses Mal eine ganz besondere Bedeutung beigelegt, als maßgebend für die Präsidentschaftswahl. Daher Riesenmeetings aller Parteien. Das Ergebniß war der entschiedene Sieg der Democraten. Näheres in unsern folgenden Nummern.

* **Speyer,** den 6. Nov. Unsere Pariser Correspon-

denz vom Vorgestrigen meldet Folgendes: „Der Senat hat sich heute unter dem Vorsitze des Prinzen Jerome versammelt. 10 Mitglieder haben den Antrag auf Abfassung eines Senatusconsultums gestellt; der Prinz Jerome zog sich zurück. Der anwesende Minister Fould erklärte, daß die Regierung sich dem Antrage nicht widersetze. Es wurde sofort eine Commission ernannt, die darüber Sonnabend zu berichten hat. Am Montag wird die Abstimmung erfolgen und der Beschluß dem Präsidenten mitgetheilt werden." — Nach dieser Mittheilung ist es höchst wahrscheinlich, was wir gleich Anfangs vermutheten, daß eine telegr. Depesche, welche gestern die Zeitungen brachten, nichts als eine plumpe Täuschung enthielt, indem darin gemeldet ward, der Senat sei „mit einer Botschaft des Präsidenten eröffnet" worden, (während doch Napoleon das Kaiserthum an sich herankommen läßt,) und wonach in dieser Botschaft eine blos „formelle" (!) Aenderung der jetzigen Verfassung „begehrt" (!), und die Versicherung gegeben sein soll, „daß die Errichtung des Kaiserthums keine Unabhängigkeit bedrohen und den Weltfrieden nicht stören werde."

München, den 3. Nov. Die Genesung des Hrn. Ministerpräsidenten v. d. Pfordten, schreitet ununterbrochen fort, doch kann derselbe erst einige Stunden außer Bette sein. Die Uebernahme der Portefeuilles durch den Ministerpräsidenten wird vor vier Wochen schwerlich erfolgen können.

Aus dem badischen Unterrheinkreise, vom 1. Nov., schreibt man dem „Schw. Merk.": Freudigen Anklang hat der Antrag des Landraths der baierischen Pfalz bei uns gefunden, an den König die Bitte zu stellen, daß die Absatzwege, welche sich für die dortigen Producte seit dem Bestehen des Zollvereins gebildet, erhalten und eine überlegene Concurrenz nicht zugelassen würde. In ganz gleicher Lage ist, wie mehr oder weniger die übrigen Theile Badens, so ganz besonders die frühere diesseitige Pfalz. Es sind deßhalb auch von unsern Kaufleuten und Landwirthe höhern Orts die geeigneten Schritte in dieser Sache geschehen, und wir freuen uns, mittheilen zu können, daß die, wenn auch nicht officiell gegebenen, Antworten dahin lauten, daß unsern Producten ein gewinnreicher Markt werde gesichert bleiben.

Köln, den 4. Nov. Camphausen hat die Abgeordnetenstelle abgelehnt. Unter den neu bekannt werdenden Wahlen bemerkt man die der Minister Bodelschwingh, Raumer und Westfalen.

Kiel, den 28. Oct. (Dänischer Humor.) Als eine der wunderbarsten Erscheinungen im Gebiete des öffentlichen Rechts kann ich Ihnen die Thatsache mittheilen, daß noch gegenwärtig, nachdem seit dem 7. Juni die schleswig-holsteinischen Staatsobligationen für null und nichtig erklärt sind, gegen die Restanten, die ihre Beiträge zu jenen annullirten Zwangsanlehen noch nicht bezahlt haben, mit Execution verfahren wird! Es ist früher ein Zweifel darüber erhoben, ob die Aufhebung der schleswig-holstein'schen Staatsschulden nach geschehener Anerkennung derselben beispiellos gewesen oder nicht; das wenigstens ist gewiß ohne Beispiel, daß man ein Zwangsanlehen erst für rechtsungiltig erklärt, und dann die Restanten gerichtlich exequirt! Natürlich haben die Betheiligten dagegen Beschwerde erhoben, bis jetzt noch ohne Erfolg! (Allg. Ztg.)

Wien. Rede des Herrn Grafen v. Buol-Schauenstein bei Eröffnung der Zollconferenzen zu Wien am 30. Oct. 1852. (Beschluß.) Vielfältig haben unsere Regierungen die Geneigtheit an den Tag gelegt, billige Vorschläge in Betracht zu ziehen, um über das Ganze des Zoll- und Handelsvertrages, über dessen möglichst raschen Abschluß die Thatsachen immer lauter sprechen, zu vollständiger Uebereinstimmung zu gelangen.

Dadurch daß wir darauf verzichteten, gleichzeitig auch die Grundlagen der künftigen Zolleinigung in bindenden Formen festgestellt zu sehen, ist selbst jeder Schein des Einwandes verschwunden, als sollte die naturgemäße Entwicklung der Verhältnisse dem Zwange eingegangener Verbindlichkeiten unterworfen, als sollte Erfahrungen vorgegriffen werden, die der Zukunft noch angehören mögen. Dagegen erscheint es gewiß als eine billige Bedingung und Folge solchen Verzichtes, daß nun auch wirklich dem Handelsvertrage freier Raum gelassen werde nach Ablauf der für ihn bestimmten Frist seine volle Wirkung zu äußern.

Wie sollte unter so bewandten Umständen, da Richtung und Ziel aller ferneren Verhandlungen feststehen, der Streit über den Zeitpunkt des Abschlusses des Handelsvertrages eine grundsätzliche Bedeutung an sich tragen? Wie sollte er in ganz Deutschland trennende Wirkung auf die Dauer auszuüben vermögen? Gründe der Zeit und der Zweckmäßigkeit, welche es verbieten könnten ohne Zögern auf der gewonnenen Grundlage fortzubauen, solche Gründe sind nirgends vorhanden. Für den Zweck der Verständigung mit Oesterreich ist der künftige Umfang des Zollvereins nicht in Frage gestellt, und alle nöthige Zeit für die Verhandlung ist noch offen.

Daraus folgt gewiß, daß wir gerechte Ursache haben an der Hoffnung auf nahe Ausgleichung festzuhalten, wenn auch deren Verwirklichung nicht in die Hände der hier vertretenen Regierungen allein gelegt ist.

Nur dann könnten demungeachtet unsere Wünsche vereitelt werden, wenn dem Zollverein, dessen Zweck nach den ausdrücklichen Worten der in Kraft stehenden Vereinsverträge mit der Absicht des Art. 19 der deutschen Bundesacte in Uebereinstimmung steht, eine seiner Gründung fremde und selbst mit dem innersten Wesen der Verträge, durch welche das nationale Band der Deutschen erhalten wurde, unvereinbare Bedeutung beigelegt würde, diejenige nämlich der Ausschließung Oesterreichs von der Pflege der gemeinsamen deutschen Volksinteressen. Fürsorge zu treffen für den bedauernswerthen Fall, daß der Zollverein sich selber nicht treu bleiben könnte, den Bedürfnissen der Gegenwart zu genügen und die Wege zur Wiedervereinigung für die Zukunft offen zu erhalten, dieß ist, meine Herren, der von Ihren höchsten Regierungen als eine Nothwendigkeit klar erkannte und mit Entschlossenheit erfaßte Zweck unserer gegenwärtigen Zusammenkunft.

In keinem Fall aber, welches auch die Entschlüsse unserer hier nicht anwesenden Bundesgenossen sein mögen, darf Deutschland entmuthigt auf seine handelspolitische Zukunft blicken. Sollte das Band des Zollvereins in seinem bisherigen Umfang sich wirklich lösen, so wird ein neuer Zollbund sich knüpfen, der eine Bevölkerung von 48 Millionen vereinigen wird, und es ist der Gegenstand unserer Verhandlungen, im einzelnen die Mittel näher festzustellen, damit dieser neue Verband ohne Störung des Haushalts der sich betheiligenden Staaten, ohne Beeinträchtigung der Interessen ihrer Unterthanen und auf Grundlagen sich bilde, welche die Trennung der bisher geeinten Theile Deutschlands so wenig empfindlich und vor allem so wenig dauernd als möglich machen.

Ich muß es aber an dieser Stelle auf das feierlichste wiederholen: Oesterreich wünscht den Zerfall des Zollvereins ebensowenig als die Fortdauer der handelspolitischen Spaltung, in der bisher ein Theil Deutschlands zu dem andern verharrte, und es fühlt das Bedürfniß der Einigkeit und des Zusammenwirkens sämmtlicher Glieder des deutschen Bundeskörpers viel zu lebhaft, als daß es nicht bis zum letzten Augenblicke bereit sein sollte, zu dem ersehnten Werke der Verständigung die Hand zu bieten.

Unsere heutige Vereinigung bürgt dafür, daß die Regierungen, als deren Vertreter ich Sie, meine hochverehrten Herren, begrüße, in diesen Gesinnungen und Grundsätzen auch die ihrigen erkennen. Der große und heilsame Zweck der uns leitet, rechtfertigt sich selbst. Vereinen wir also auch fernerhin getrost unsre Bemühungen, um ihn beharrlich und in versöhnenden Wegen zu fördern.

Erwiederung des königlich baierischen Ge-

sandten, Hrn. Grafen v. Lerchenfeld. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es unmöglich wäre den gegenwärtigen Stand der Zoll- und Handelsfrage und den Zweck der zu eröffnenden Berathungen richtiger und erschöpfender zu bezeichnen, als solches durch den Vortrag geschehen ist, welchen Se. Exc. der kais. Minister der auswärtigen Angelegenheiten so eben an die Versammlung gerichtet hat, glaube ich den Gefühlen der letzten geeigneten Ausdruck zu verleihen, indem ich im Namen der durch Sie hier vertretenen Regierungen den Ansichten des kaiserlichen Cabinets unbedingt zustimme.

Insbesondere glaube ich hervorheben zu sollen, wie auch die bezeichneten Regierungen die Schwierigkeiten, welche sich dem Werk allseitiger Verständigung entgegenstellten, tief zu beklagen hatten — wie auch ihre Bestrebungen der Erhaltung und Erweiterung des Zollvereins unter gleichzeitiger Handelsverbindung und späterer Handelseinigung zwischen Deutschland und Oesterreich zugewendet waren — wie sie den gegenwärtigen Schritt schließlicher Feststellung nur unter Hinblicken zu veranlassen strebten, in welchen sie sich mit den Absichten der kaiserlichen Regierung in innigster Weise begegneten.

Demgemäß bleibt mir nur Namens der Versammlung auszusprechen, daß sie mit vollem Vertrauen die Richtung verfolgen werde, welche von Seite des kaiserlichen Cabinets mit eben so anerkennungswerther Consequenz als bewährter Mäßigung aufgestellt wurde — daß auch sie sich der Hoffnung hingibt, der Erfolg ihrer gemeinsamen Bemühungen werde ein vollständiger, ein allen Interessen entsprechender sein.

Wien, den 2. Nov. Die heute veröffentlichte Liste der 4wöchentlichen kriegsgerichtlichen Verurtheilungen ist wieder außergewöhnlich zahlreich, indem sie 13 Fälle summarisch und 15 einzelne aufführt. Die bestraften Vergehen sind, wie gewöhnlich, „Waffen- und Munitionsverheimlichung, Besitz „aufreizender Druckschriften," Beleidigung von Sicherheitsbeamten und in zwei Fällen „politisch aufreizende Correspondenz," welche für einen Webergesellen Weiß und einen Hörer der Technik Schneider 14tägigen einfachen Arrest zur Folge hatte.

Aus Ungarn, den 29. Oct. Wie man vernimmt, soll die Anzahl der in Ungarn stehenden Truppen demnächst wieder vermehrt werden.

Berlin, den 3. Novbr. General von Radowitz hat auch diesmal, wie wir von sicherer Hand vernehmen, die Annahme eines Mandats für eine der beiden Kammern entschieden abgelehnt.

Schweiz.

Wallis. Das Districtsgericht von Monthey hat jüngst einen sehr guten Fang gethan. In jüngster Zeit waren viele Familiensöhne plötzlich aus dem elterlichen Hause verschwunden, ohne daß man wußte, was aus ihnen geworden. Endlich gelang es, den Entführer dieser jungen Leute zu entdecken. Es ist ein gewesener Schulmeister, der dieselben für den Söldnerdienst in Rom anwarb. Da dieser Mann in den Häusern um so leichtern Zutritt hatte als die Eltern glaubten, er besuche blos seine ehemaligen Schüler, so konnte er eine Zeitlang sein Geschäft mit Erfolg betreiben. Man hat seine ganze Correspondenz mit Beschlag belegt; dieselbe enthält merkwürdige Enthüllungen. (Schw. Nat.-Ztg.)

Frankreich.

Paris, den 3. Nov. Das Turiner „Risorgimento" vom 31. Oct. berichtet, daß die ministerielle Krisis noch in keiner Weise eine Lösung gefunden habe.

Eine Wirthin von Longuehaumois, die aus Brodneid einen andern Wirth des nämlichen Orts als Verbreiter anarchischer Ideen bei der Polizei denuncirte, ist, da es sich herausstellte, daß ihre Angaben erlogen waren, in erster Instanz zu einem Monat und in zweiter Instanz zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Das Obergericht von Lons-le-Saulnier verschärfte nämlich das Urtheil des Zuchtpolizeigerichtes, um ein strenges Beispiel zu geben.

Italien.

Turin, den 3. Nov. Die Unterhandlungen mit den Grafen Balbo und Revel sind gescheitert. Der König hat hierauf den Grafen Cavour definitiv zum Ministerpräsidenten ernannt und ihm die Wahl seiner Collegen überlassen.

Rom, den 27. Oct. Die Polizei hat in Veletri eine geheime Verbindung entdeckt, welche eine lebhafte Correspondenz mit der auswärtigen Propaganda unterhielt. Die Mitglieder gehören zu den ersten Familien der Stadt. Man hat hierher 13 gefesselte Verhaftete gebracht. Man hat bei ihnen Briefe von Mazzini und Sterbini gefunden.

Großbritanien.

***London.** In Manchester ist ein großes Bankett der Anhänger des Freihandels unter der Präsidentschaft des Hrn. Wilson gegeben worden. In Oldham sind ernste Unruhen wegen einer Wahldiscussion ausgebrochen.

London, den 1. Nov. Die americanische Schriftstellerin Harriet Stowe, die Verfasserin des berühmten Romans „Uncle Tom's cabin," der bereits in außerordentlich zahlreichen Exemplaren verbreitet ist, hat beschlossen, den ganzen Ertrag, welchen sie aus diesem Werke ziehen würde, zur Beförderung der Abschaffung der Sclaverei in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu verwenden. Sie hat bereits zu diesem Zwecke 4000 Pfd. Sterl. den Anti-Sclaverei-Gesellschaften zur Verfügung gestellt.

London, den 2. Nov. Die kürzlich gemachte Mittheilung, daß die hiesigen deutschen Flüchtlinge die ihnen von Amerika zu revolutionären Zwecken vorgeschossene Summe von 1200 L. freiwillig zurückerstatten, weil sie dieselben bei der gegenwärtigen politischen Lage des Continents nicht zu verwenden wissen, bestätigt sich vollkommen. Das Geld ist auf dem Wege nach New-York.

— den 3. Nov. Macaulay hat gestern in Edinburgh unter begeisterten Beifallsbezeugungen eine Ansprache an seine Wähler gehalten. Ersichtlich war leider, daß der bewunderte Geschichtschreiber und Redner noch immer nicht vollständig hergestellt war; aber seiner glühenden Beredsamkeit that das Unwohlsein keinen Eintrag. Nach einer hinreißenden Lobrede zum Andenken des Herzogs von Wellington, Sir R. Peel's — dessen Handelspolitik gegen directe wie indirecte Angriffe zu schützen seine Hauptaufgabe sein werde — und nach einer vernichtenden Kritik des gegenwärtigen Cabinets, erklärte er sich entschlossen, in keinem Falle wieder ins Amt zu treten, hoffte jedoch, bald wieder ein Ministerium am Ruder zu sehen, welches die Wahlreformfrage in liberalem und umfassendem Sinne behandeln werde.

Kossuth hat vorgestern eine Einladung zum Meeting der National-League brieflich abgelehnt. Das Schreiben machte auf die Versammlung merklichen Eindruck. Der Agitator erklärte nämlich darin, daß, nachdem er seit seiner Landung auf brittischem Boden an 600 Reden gehalten, es Zeit für ihn sei, das öffentliche Sprechen an den Nagel zu hängen. Er habe sich gelobt, zu schweigen. Nur außerordentliche Fälle, nur die Aussicht auf einen praktischen Erfolg könnten ihn bewegen, seinem Entschlusse einmal ausnahmsweise untreu zu werden. Die europäische Democratie habe von England nichts zu hoffen, denn die geldbesitzenden Classen wünschten, daß Alles beim Alten bleibe; die arbeitenden dagegen hätten weder Zeit noch Sinn für Anderes, als ihren Broderwerb. Als Demokrat fühle er sich verpflichtet, auch die unangenehme Wahrheit rückhaltlos auszusprechen ꝛc. ꝛc.

Der bekannte „Englishman" der Times hat in den Spalten dieses Blattes wiederum eine Reihe von Betrachtungen über, d. h. gegen Louis Bonaparte unter seine Landsleute geschleudert. Wir erinnern uns kaum, irgend ein Schriftstück gelesen zu haben, in welchem sich der Ekel vor den gegenwärtigen französischen Zuständen

bitterer und beredter ausspräche, als in diesem Briefe „eines Engländers.“

Algier.

Die europäische Bevölkerung mit Ausschluß des Militärs, welche im Jahre 1831 3228 Individuen betrug, ist auf 125,967 Personen angewachsen.

Geldcourse.

Frankfurt, den 5. Nov. Pistolen 9 fl. 44 — 45 kr., Ducaten 5 37½ — 38½, 20-Franken-Stücke 9 27 — 28, Holländische 10fl.-Stücke 9 53½ — 54½, Preußische Thaler 1 45—45½, Fünffrankenthaler 2 fl. 21—21½ kr.

Papiercourse. Frankfurt, den 5. Nov. Oesterreichische 5proc. Met. 93½; 4½proc. 72½. Preußische 3½proc. 93½. Baierische 5proc. 101½; 4proc. 96½; 3½proc. 93. Verb. Act. 95½; Pr.-Obl. 102½. Bad. 4½proc. 102½; 50fl.-Loose 66½; 35fl.-L. 38½. Hess. 25fl.-L. 31½. Disconto 3½ B., 4 G.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1294] **Carl Feldbausch**
in
Landau.

Châles Cachemire. — Lyoner Seiden Waaren.

Königstraße,
im Hause von Wtwe. Demontant,
empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in
Tuch, Buckskin, Westen, Cravaten, Indische Foulards, Französische Seidenstoffe, Merinos, Flanelle, Wollendamast rc. rc.
Neueste Pariser Mode-Artikel.
Feste Preise.

[1286a] **Camphin-Lampen** bestens construirt sowie auch **Camphin** erster Qualität empfiehlt zu sehr billigen Preisen L. Klebsch in Speyer.

[1285a] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einer Handlung mit verschiedenen Waaren zu N. ist eine Lehrlingsstelle für einen wohlerzogenen jungen Menschen, der sogleich eintreten kann, offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1252b] **Das überseeische Geschäftsbureau**
von
Zitz, Kapp & Cie. in Newyork,
Chatam Street Nro. 67,
besorgt alle Rechts- und Erbschaftsangelegenheiten, welche eine in Amerika und Europa zusammenwirkende Thätigkeit verlangen und vermittelt Geldsendungen nach Amerika.

Die Einzahlungen geschehen an den unterzeichneten General-Agenten, welcher demnächst dem Zähler die beglaubigte Original-Quittung des Geldempfängers kostenfrei einhändigt.

Mainz, den 28. September 1852.

Dr. Müller-Melchiors.

[1293a] **Bekanntmachung.**

Montag den 29. November d. J., von Vormittags 9 Uhr anfangend, wird im Geschäftslocale der Oeconomie-Commission des kgl. 1. Jägerbataillons, im Schloßgebäude zu Kirchheimbolanden, eine bedeutende Quantität ausgemusterter Militärmäntel nebst Mantelüberzügen, Tornistern, Helmkästen, Patrontaschen, Säbelscheiden, Bettdecken, Gewehrriemen und sonstige Gegenstände, gegen sogleich baare Bezahlung öffentlich versteigert, wozu Kaufslustige eingeladen werden.

[1253] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

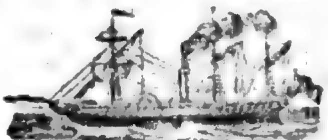
[1267a] **Das Anlehen deutscher Fürsten und Edelleute,** garantirt vom Prinzen Friedrich von Preußen, Herzog von Nassau, Herzog von Meiningen, Herzog von Sachsen-Coburg u. a. m. bietet die schönen Gewinne von 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 14,000, 13,000, 12,000, 11,000, 10,000, 10 à 5000 fl.

Nächste Ziehung am 15. November 1852.

Actien können zu nachstehenden Preisen bezogen werden: einzelne à 1 fl. 30 kr., 4 Stück 5 fl., 9 Stück 10 fl., 20 Stück 20 fl., 56 Stück 50 fl. durch unterzeichnetes Großhandlungshaus, welches prompte Zusendung der Listen sichert.

Julius Stiebel jun. und Comp.
Banquier in Frankfurt a. M.

[1254] **Niederländische**

Dampf-  **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 — Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag **(Zu Nro. 268.)** **den 7. November 1852.**

Deutschland.

* **Auswanderungssache.** Wir haben eine Reihe von Originalbriefen aus verschiedenen Gegenden von Amerika mitgetheilt, welche übereinstimmend die Ansiedelung in Texas aufs Vortheilhafteste schildern. Es kommt uns nun ein von einem jungen Techniker aus Rheinpreußen herrührendes Schreiben zu, welches die entgegengesetzte Ansicht ausdruckt. Obwol der Verfasser des Briefes das Land nur erst zum allerkleinsten Theile kennen kann, und obwol die von ihm ausgesprochene Ansicht: als vermöge der Boden von Texas nicht wol mehr als eine doppelt so zahlreiche Bevölkerung als gegenwärtig, zu ernähren, — augenscheinlich unhaltbar ist, so theilen wir doch das Schreiben, so weit es nicht persönliche Verhältniße betrifft, vollständig mit, gerade weil ein ungünstiger Bericht um so beachtenswerther ist.

„Neu-Braunfels, den 30. August 1852. — Lieber Freund! Du kannst Dir gar nicht denken, wie schwer es einem Einwanderer wird Briefe nach Deutschland zu schreiben, jedoch will ich Dir dies einigermaßen erklären. Zuvörderst fehlt es in Texas jedem Bürgerhause an einer Schreibstube, denn jedes Haus besteht gewöhnlich aus einem Raum, welcher als Küche, Speise-, Fremden- und Wohnzimmer und Schlafcabinet dienend, um so weniger auch als Comptoir geeignet ist, je größer die Familie. Zweitens wird man fast systematisch durch Besuch gestört, denn der Texaner arbeitet im Allgemeinen nicht viel, hängt dagegen sehr gern auf seinem leichtfüßigen Paßgänger, womit er 12 englische Meilen in der Stunde macht; was also im Umkreise von 12 engl. Meil. wohnt, sind einstündige Nachbarn, die, einmal bekannt, den Besuch sehr gern wiederholen. Drittens ist man theils durch die langweilige See- und Landreise, theils durch die hiesige ungewohnte, von vorn herein schlecht erscheinende Lebensart und Temperatur und die Schwierigkeiten, sich daran zu gewöhnen, so deprimirt, daß man kaum so viel Muth hat, einen Brief zu beginnen. Du siehst aber, ich habe Muth gefaßt und begonnen, und wenn ich nicht gestört werde, will ich Dir von meinen Erfahrnißen das Wesentliche treu berichten. Verlange jedoch nicht, daß ich schon einer speciellen Beurtheilung des Landes fähig sei, dazu gehören mehre Jahre Aufenthalt und viele Reisen. — Aus meinem Briefe von Bremen weißt Du, daß wir erst halben November vorigen Jahrs in See stechen sollten; dieses waren aber nur Spiegelfechtereien der Schiffsmakler. Am 27. Nov. segelten wir erst ab. Zwar logirten wir vom 15.—27. auf Kosten der Makler oder Rheder im Auswandererhause, ich rathe aber jedem Nachfolger, sich nicht in diesen Viehstall einsperren zu lassen, sondern sich für den Fall, daß er über die bestimmte Zeit liegen bleiben muß, beim Abschluß des Schiffcontracts jeden Tag eine bestimmte Summe feststellen zu lassen, (Cajütpassagieren wird 1 Thlr. Gold, Zwischendeckpassagieren ½ Thlr. Gold vergütet,) damit er freie Hand behält in Bremerhaven zu logiren, wie und wo er will. — Vom 27. bis 30. Nov. Mittags, wo wir in See kamen, mußten wir die Weser hinunter laviren, deren Küsten mit Schnee bedeckt waren, dann gabs günstigen Wind und flotte Fahrt, aber auch große Schwankungen und allgemeine Seekrankheit, wovon außer der Schiffsmannschaft nur ich allein verschont blieb. Ich habe in Bremen sehr mäßig gelebt, auf dem Schiff es an gutem Cognac nicht fehlen lassen und mich bei einer Pfeife Tabak so viel wie möglich auf dem Verdeck herumgetrieben. In einigen Tagen war die Seekrankheit meistens überstanden und ein tüchtiger Appetit stellte sich ein, Alle wurden heiter und froh, nur bei Freund S. kehrte die Seekrankheit bei jeder großen Schwankung zurück.

Am 2. Dec. Abends sahen wir schon den Leuchtthurm im Canal, aber mit dem Eintritt in denselben hatten wir auch conträren Wind, der uns bis zum 11. im Canal hielt unter beständigem Kreuzen, wobei wir den einen Tag die französische, den andern die englische Küste zu Sicht hatten. In dieser Periode trat am 7. ein kleiner Sturm ein, der aber weiter keine Mißstände herbeiführte, als die Zerstörung unseres großen Topfs mit den schönsten Preißelbeeren. Nach dem Sturm trat ein sehr schöner heiterer Tag mit milder Frühlingsluft (10° R.) ein; große Fische, Nordkaper und Schweinefische, sah man in Menge, mehre Nautilus, und gegen Abend glänzte das Meer wie ein Feuerregen von Molusken (Leuchtkäfer).

Der 12. Decbr. fand uns in der spanischen See und nun gings zwischen den Azoren und Madeira durch, dem Passatwinde zu, den wir erst gegen den 21., unter 23° nördl. Breite, erreichten. — Am Tage vor Weihnachten wurde auf dem Deck gebadet und Weihnachten mit Musik, Gesang und Ball auf demselben gefeiert, und nebenbei einige Bowlen Punsch vertilgt. Ebenso feierten wir den Sylvester bei 17° R. Abends durch eine Grog-Partbie unseres freundlichen Capitäns, die zur Folge hatte, daß alle Theilnehmer nicht wußten, wie sie ins neue Jahr gekommen. Viele Passagiere schliefen der Hitze wegen auf dem Deck, u. a. auch meine Töchter.

Am 1. Jan. passirte auf unserm „Magnet," was noch nicht vorgekommen: der Schiffskoch warf aus Unvorsichtigkeit den einzigen großen Kochkessel fürs Zwischendeck über Bord. Wir wußten uns aber zu helfen: in 2 Tagen stand ein Dampfapparat, und die Speisen wurden in einem Fasse gekocht. Am 15. holten wir eine spanische Brigg ein; die Längengrade wurden gewechselt; der Spanier zeigte mit der, seinem Volke anklebenden, Grandezza, 55° 22′ von Cadix, während wir mit Sicherheit 63° 6′ von der Wesermündung berechneten. Der Spanier war also um ein paar Grad in der Irre. Allmälig wurde es wärmer, Vögel stellten sich ein, und am 19. Morgens 6 Uhr hatten wir Domingo (Poit au plate) in Sicht. Eine große unabsehbare Insel mit hohen Gebirgen, vulkanischer Formation, wogegen das Siebengebirge und die Eifel nur Maulwurfshaufen sind. Die nähern Küsten und Berge erschienen im schönsten Grün, hinter denselben, Spitzen, die sich in den Wolken verloren.

Am 20. passirten wir Portugal und Cap Mole sowie das Cap am Eingang des Hafens von Port au Prince und hatten am 21. rechts, entfernt, auch Cuba, am 22. Jamaica entfernt in Sicht, passirten am 23. Abends 8 Uhr die Caiman's-Insel und hatten am 25. Mittags die westliche Spitze von Cuba, Cap Antonio, in so naher Sicht, bei so ruhiger See, daß ich solches aus dem Mastkorbe zeichnen konnte. Am 22. war die Temperatur auf den höchsten Grade gekommen (22° R.). Von nun an nahm sie merklich ab, weil wir wieder gegen Norden zu, in den Golf steuerten. Am Morgen des 1. Februars Vormittags bekamen wir Galveston in Sicht, es war kalt bei 7½ ° R. Um 1 Uhr hatten wir auf der Rhede Anker geworfen; die Freude war unbeschreiblich. Frauen und Kinder blieben noch an Bord, die Männer stiegen ans Land; Alle waren gesund. Galveston bietet sowol von der See- und Landseite, als im Innern nichts In-

teressantes, dagegen viel Interessirtes, weßhalb der Einwanderer wol thut, nicht länger als nöthig dort zu bleiben und vor der Einkehr in irgend ein Hotel aufs schärfste zu accordiren. Leider mußten wir unserer Effecten wegen 8 Tage dort bleiben.

Am 8. Febr. Nachmittags 5 Uhr fuhren wir mit dem Dämpfer nach Indianola und am 9. Morgens hatten wir schon Indianola in Sicht, zugleich aber auch eine sehr gefährliche Barre zu passiren, die uns von Ferne schon mit den Wrak's zweier Dämpfer drohte, die bereits verunglückt waren. Wir legten an einem dieser Wrak's an, benutzten dasselbe als Ausladeplatz, da die Seitenplanken schon zerstört waren, und warteten da, unter fürchterlichem Platzregen, den Schooner ab, der uns und unsere Effecten an das, noch immer 2—3 Meilen entfernte, Land bringen sollte. Endlich kam derselbe. Der Regen ließ aber nicht nach und gegen 2 Uhr Nachmittags waren wir ganz durchnäßt, aber glücklich in Indianola. Indianola ist wie Galveston; scharfes Accordiren ist auch hier, wie an der ganzen Route nöthig, wo überall die Einwanderer unbarmherzig geschnürt werden. In Indianola mußten wir wieder 8 Tage verweilen, weil keine passende Fahrgelegenheit vorhanden; endlich fand sich ein Fuhrmann mit 2 Pferden und einem leichten Frachtwagen, der mit 20 Centner (1 Centner = 90 Pfund Cöln.) Ladung (Frauen und Kinder mit gewogen) uns für 56 Doll. nach Braunfels bringen wollte. Wir Männer gingen zu Fuß nebenbei. Wir hatten unsere sämmtlichen Bettstroh- und Matrazsäcke vorher zum Behuf eines Zeltes zusammengenäht und mit Proviant: Kaffee, Brod, Rindfleisch, Schinken, Eier, Wisky 2c. versehen, welche zum Kämpen (Kampiren) im Freien erforderlich, und machten uns am 15. Febr. mit unserm Fuhrwerk auf den Weg in die Prairie, die um diese Jahreszeit einem großen unbegränzten Stoppelfelde gleicht, weil alles Gras verdorrt ist. (Schluß folgt.)

Pfalz. Hr. Oeconom Ph. Schwab von Hockenheim hat eine Ansprache an die Tabakspflanzer veröffentlicht, deren Inhalt der Director der bad. unterrheinischen Kreisstelle des Landwirthschaftlichen Vereins, Hr. L. v. Babo, im Interesse der Tabakspflanzer selbst, angelegentlich empfiehlt. Wir lassen diese Ansprache mit wenigen Abkürzungen ebenfalls folgen:

„In manchen Orten werden jetzt schon wieder Einkäufe von 1852r Tabaken zu ganz annehmbaren Preisen abgeschlossen, obschon fast alle Handelsleute an dem vorjährigen Verluste erlitten. Es ist demnach Aussicht vorhanden, daß trotzdem auch dieses Jahr die besseren Sorten gesucht und gut bezahlt werden. Damit sich jedoch unsere Tabaksproduzenten keiner Täuschung hingeben und glauben, der hohe Preis für Pfälzer Tabak sei für alle Zeiten und unter allen Umständen gesichert, so wollen wir den jetzigen Stand der Sache etwas näher beleuchten. Der Pfälzer Tabak verdankt seinen besseren Ruf zum großen Theil seiner Brauchbarkeit als Cigarrentabak, mit dem unerhörten Aufschwunge des Cigarrenwesens und durch den nie rastenden Unternehmungsgeist intelligenter Handelsleute ist er auf den fernsten Märkten bekannt geworden. Gestrichene Pfälzer Blätter von guter Qualität, passenden Sorten und Jahrgängen sind in England und Spanien verkaufbar, schön gearbeitete Pfälzer Cigarren in Newyork und St. Franzisco eine gesuchte Waare; durch diese Umstände ist der Tabakspreis seit einigen Jahren zu einer Höhe gestiegen, wie er nur in den 1780r Jahren zur Zeit der englisch-amerikanischen Seekriege und zur Zeit förmlicher Mißerndten gesehen wurde. Man konnte deßhalb kaum begreifen, warum seit mehreren Monaten eine totale Stokkung im Verkaufe von 1851r Tabak eingetreten und Pfälzer Cigarren unter ihrem wahren Namen gar nicht mehr anzubringen waren; bei näherer Betrachtung ist dieses Vorkommniß sehr begreiflich und nur die Folge einer verkehrt angegriffenen Sache und mitunter vielleicht auch die Folge allzuhitziger Einkäufe. Unsere Streichtabake sind trotz ihrer Größe und guten Farbe bei den englischen Fabrikanten nur dann den feineren amerikanischen Deckblättern vorgezogen, wenn sie nach Verhältniß der Qualität billiger, wenn von Seiten der Handelsleute mit der allersorgsamsten Auswahl von nur ganz tauglichen Jahrgängen und Sorten, von Seiten der Pflanzer aber die sorgfältigste Pflege und Behandlung vorherrschend ist. Der theuern amerikanischen Handarbeit gegenüber ist bei uns Genauigkeit in der Behandlung unseres Erzeugnißes leichter möglich und für unseren vermehrten Anbau durchaus erforderlich, wenn uns die Abzugsquellen nicht verstopft werden sollen, denn sind unsere gestrichenen Tabake in England einmal im Verrufe, und der englische Fabrikant wieder an etwas anderes gewöhnt, so ist der Absatz dorthin schon des hohen Zolles wegen sehr schwierig. An diesem fatalen Puncte sind wir in jüngster Zeit beinahe angekommen. Angekommen dadurch, daß mancher Pflanzer im vorigen Jahre glaubte, jetzt, da die Tabake, wie niemals zuvor, gesucht sind, sei eine weniger sorgfältige Behandlung auch kein Fehler, ein feuchtes Abhängen auch kein Schaden. Gerade die geringe Qualität des 1851r Tabaks erforderte ein ganz trockenes Abhängen, wenn das Blatt die nöthige Zähigkeit erhalten sollte. Eingestandenermaßen wurden mitunter auch solche Tabake zum Streichen verwendet, die hierzu schlechterdings untauglich sind. Ein ähnliches Verhältniß fand mit unseren Cigarren statt, die wegen ihrer Leichtigkeit im Geschmacke, gutem Brennen und mäßigem Preise auf dem amerikanischen Markte seiner Zeit großen Anklang fanden und sich eines ungemein raschen Absatzes zu erfreuen hatten. Anstatt nun mit großer Vorsicht zu Werke zu gehen und nur das Ausgezeichnetste in die weite Ferne zu senden, folgte auch hier bald Mittelmäßiges, dann sogar ganz ordinäres Zeug in unmäßiger Menge. Die unausbleibliche Folge war ein totaler Verruf und empfindliche Verluste. — Es sollte der Pflanzer, im wohlverstandenen eigenen Interesse, dafür besorgt sein, dem Handelsmanne durch treue und sorgfältige Behandlung eine Waare zu liefern, mit welcher er auch im Stande ist, der fremden starken Concurrenz in der Ferne entgegenzutreten, indem es doch einleuchtet, daß mit schlecht behandeltem und ordinärem Tabak nicht vor ein Publikum getreten werden kann, das von jeher an etwas besseres gewöhnt war. Diese Ungeschicklichkeit ist leider fast immer begangen worden, und fahren wir fort in diesem Fehler, so dürfte es mit dem hohen Preise für Pfälzer Tabake in der nächsten Zeit schon für lange Zeit hinaus geschehen sein. Der 1852r Tabak ist aber ein brauchbares Gewächs, damit sind wir im Stande, wenn derselbe gut behandelt wird, die beinahe verlorene englische Kundschaft wieder zu gewinnen. Unsere Zollverhältniße sind so ungewiß, unsere Production so stark, daß wir mit Aengstlichkeit darauf sehen müssen, unserem Erzeugniß die Ausfuhrwege offen zu erhalten; wir müssen mit holländischer Pünktlichkeit durch sorgfältigen Anbau, treues Sortiren und durchaus trockenes Abhängen dem guten Rufe des Pfälzer Tabakes aufhelfen und ihm unter allen Umständen den fremden Markt sichern.

Miscellen.

Am 20. October hat in den Gewässern von Malta ein furchtbarer Sturm gewüthet. Das neapolitanische Schiff Giacomina ging auf der Höhe von St. Elmo mit Mann und Maus zu Grunde. In der Nähe des Forts Ricasoli scheiterte die österreichische Brigg Angelo. Nur zwei Menschen ihrer aus zwölf Personen bestehenden Bemannung konnten gerettet werden. Ein neapolitanisches Schiff, San Francesco di Paolo, ging im großen Hafen von Malta zu Grunde; die Equipage rettete sich, so wie die der türkischen Brigg Mesboud, welche ebenfalls scheiterte. Viele Schiffe sind mehr oder minder beschädigt worden; fast der ganze Molo des Hafens von Malta ist zerstört, und ein Theil der Batterie des Forts St. Angelo ist geschleift. Aus letzteren Umständen kann man die Gewalt des Sturmes ermessen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 269 | den 9. November 1852.

Amerikanische Briefe.

• **Philadelphia,** den 17. Octbr. Eine geräuschvolle Woche liegt hinter uns. Am verwichenen Dienstage fanden eine Masse von Wahlen statt, nämlich die Wahl eines Canal-Commissioners (Oberaufsehers über Weg-, Wasser- und Eisenbahnen) und eines Richters des obersten Gerichtshofes für den Staat Pennsylvanien und außerdem noch eine Menge anderer Wahlen für County und Stadt Philadelphia. Diese Wahlen, namentlich jene, die den ganzen Staat betreffen, hatten diesmal eine außergewöhnliche Bedeutung, denn sie galten mit Recht als Vorspiel für den bevorstehenden Präsidentenwahlkampf. Die Parteien, die Wichtigkeit dieser Wahlen wohl kennend, hatten darum die großartigsten Anstrengungen gemacht, um den Sieg auf ihre Seite zu bringen. Drei Abende hinter einander, am 8., 9. und 10. October, sahen wir öffentliche Aufzüge, so großartig und zahlreich, wie ich sie in Europa niemals gesehen. Am ersten Abende zogen die Democraten, am zweiten die Natives, am dritten die Whigs aus. Viele Tausende von Menschen, Fackeln und bunte Papierlaternen mit den mannigfaltigsten Inschriften und Emblemen tragend, bewegten sich, von zahlreichen Musikbanden begleitet, nach dem Independencesquare, wo die besten Redner der Partei von mehreren Bühnen herab die Versammelten anredeten und sie bei Himmel und Hölle beschworen, das Ticket, das „whole ticket" und nichts als das „whole ticket" (den gesammten Stimmzettel) der Partei zu stimmen. Die democratische Massenversammlung war die stärkste; man schätzt die Zahl der Theilnehmer auf 30—40,000. Den Tag über fuhren große Omnibusse, mit Musikbanden besetzt und mit ellenlangen Stimmzetteln behangen, auf denen in riesigen Lettern die Namen der aufgestellten Candidaten prangten, durch die Straßen. Mächtige Flaggen mit den nemlichen Namen wurden allenthalben aufgepflanzt; Dutzende von Flugschriften, die guten Eigenschaften der Candidaten preisend, in alle Häuser geschleudert und Electionierer (Stimmenwerber) durchzogen die Stadt und spendeten an den Baren der Wirthshäuser das Geld mit vollen Händen. Heute noch saust mir die Yankee doodle, von schrillenden Pfeifen unter obligater Begleitung der großen Trommel vorgetragen, in den Ohren, und heute noch singt die souveräne Jugend der Straße, um große Feuer (sog. Bonfires) versammelt, den travestirten Nationalgesang:

Yankee Doodle comes at town
Like a Parish Dandy;
If you please come in the room
And take a little brandy.*)

Doch das ist Alles, wie bemerkt, nur ein Vorspiel zu der Präsidentenwahl selber, die am 2. November stattfinden wird. Daß man diesem Tag mit Spannung entgegenharrt, können Sie sich denken.

Ich habe Eingangs gesagt, die Staatswahlen seien diesmal von mehr als gewöhnlicher Bedeutung: Sie sind der Barometer für die Präsidentenwahl. Die Democratie hat einen vollständigen Sieg errungen, denn sie hat sowol ihren Candidaten für Canal-Commissioner, als auch jenen als Richter des höchsten Gerichtshofes durchgesetzt. Kein Zweifel, daß nun auch der democratische Präsidentschaftscandidat General Pierce in Pennsylvanien eine bedeutende Majorität erlangen wird. Die Wahl von Pennsylvanien ist aber in der Regel entscheidend im Präsidenten-Wahlkampfe, daher auch der Beiname des Staates: Schlußstein-Staat (Kystone-State). Die Actien der Whigpartei sind, seitdem die Wahlen in Pennsylvanien bekannt geworden, tief gefallen; dagegen herrscht großer Jubel im Lager der Democratie. So hat man z. B. in New-York große Festlichkeiten zur Feier der pennsylvanischen Wahlen angeordnet.

General Scott, der von der Regierung in Washington abgesendet ward, um einen passenden Platz für Anlegung eines Militärhospitals in Kentucky aufzusuchen, macht es gerade wie der bekannte Candidat Jobs, der von Dessau über Konstantinopel nach Leipzig reiste. Er geht im Zickzack von Staat zu Staat, von Stadt zu Stadt und sucht politisches Kapital zu machen. Das will ihm aber nicht sonderlich gelingen. Scott ist nicht nur ein sehr mittelmäßiger, sondern selbst ein sehr ungeschickter und in der Wahl seiner Bilder und Vergleichungen sehr unglücklicher Redner. Als der General in Cleveland eintraf, war die Witterung sehr ungünstig und die Straße sehr kothig. Dies gab dem Generale Stoff zu einer förmlichen Kothrede, und er vertiefte sich so sehr in den Schlamm, daß er kaum wieder herauszukommen wußte. In einem Städtchen Kentuckys äußerte er wörtlich: Kentucky sei nicht allein groß durch seine treffliche Rindviehzucht, sondern auch groß durch die Zucht berühmter Männer und Frauen. — Mit einem Worte: Der alte Haudegen spielt eine klägliche Figur auf dieser Werbereise; und Die ihn beredeten, die Reise zu unternehmen, können es nimmer verantworten. Seitdem die Union besteht, ist es das erstemal, daß der Präsidentschaftscandidat auf eine solche Reise ausgeht. L.

*) Yankee Doodle kommt zur Stadt, wie ein Pariser Stutzer. Wenn's gefällt, so komm ins Zimmer und trink ein Gläschen Brandwein.

Deutschland.

• **Speyer.** Bei den Abgeordnetenwahlen in Preußen haben sich bekanntlich die Democraten wieder im ganzen Lande der Abstimmung enthalten, weil sie das octroyirte Wahlgesetz auch heute noch als zu Recht bestehend nicht anerkennen. Dessenungeachtet melden übereinstimmende Berichte, daß die eben stattgehabten Wahlen zur zweiten Kammer zwar nicht überwiegend, wie es anfangs hieß, wol aber großentheils oppositionell ausgefallen seien. Legen wir auch der Opposition in der Gothaer Form an sich gar keinen practischen Werth bei, so darf es, als Zeichen der Zeit, doch nicht mit Stillschweigen übergangen werden, wenn überhaupt unter den jetzigen Verhältnißen in einem Lande wie Preußen das Rückschrittselement, trotz aller Bemühungen seit Jahren, dennoch sogar bei einer solchen Abstimmung großentheils in der Minderheit bleibt. Es ist ein Zeichen des Wiedererwachens eines hochachtbaren deutschen Volksstammes. Indem wir diese Worte niederschreiben, können wir aber nicht umhin, den lebhaften Wunsch beizufügen, daß die Preußen, und zwar die Democraten daselbst eben so sehr als die Angehörigen der andern Parteien, jenes Ueberheben, jenes specifische Preußenthum endlich ablegen möchten, das ein Unheil für ganz Deutschland, ein Verderben für sie selbst ist. Wir müßen ganz der neulichen Bemerkung des Stuttgarter „Beobachters" beistimmen, daß „selbst die preußische Democratie noch nicht ge-

nung unter das Schicksal gedemüthigt scheine, um zum Aufgehen in Deutschland reif zu sein."

* **Speyer.** Während es auf dem ganzen Continente Europas eine der schwierigsten Aufgaben ist, der gesammten Bevölkerung Arbeit und Verdienst zu verschaffen, bringen die Times eine Mittheilung über die Verhältniße der Industrie in England, welche in mehr als einer Beziehung Staunen erregen muß. Wir heben nur einige wenige Notizen daraus hervor. Blos allein im Bezirke von Manchester wurden im Laufe des letzten Jahres neue Dampfmaschinen mit 2240 Pferdekraft angelegt, und die bestehenden um 1477 Pferdekr. verstärkt. Damit liegt aber auch der Bedarf von etwa 40,000 weiteren Arbeitern vor. Bisher hatte es freilich nicht an solchen gefehlt. Seitdem aber die Auswanderungen so massenhaft begonnen haben, namentlich die der Irländer in dem Maße, daß die Insel zu veröden scheint, und nachdem auch so viele Engländer nach America und Australien fortziehen, hat sich namentlich in Lancashire ein wirklicher Mangel an „Händen" eingestellt. Man will es versuchen, Arbeiter von dem Continente, namentlich aus Deutschland, herbeizuziehen. Viele, viele Tausende, heißt es, könnten Beschäftigung finden. —

GA* **Frankfurt,** den 6. Nov. Währrnd alle Versuche, die deutsche Auswanderung theilweise nach Ungarn zu lenken und die Bevölkerung dort zu germanisiren, scheitern, mündet der große Emigrationsstrom nach Westen immer breiter aus. Die vielen deutschen Gesellschaften, welche sich mit der Auswanderung befassen, sind alle mit ihrer ganzen Thätigkeit nicht gen Osten, sondern westwärts gerichtet. Die deutsche Bevölkerung wird in diesem Augenblick bei der Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten den Ausschlag geben; auf Antrag der holländischen Regierung beschäftigt sich eine deutsche Regierungscommission mit der Untersuchung der Lage Surinams. Unsere Brüder aus dem Schwarz- und Odenwald, die die Donau und die Theiß viel näher hätten, ziehen es vor, die Buschneger an der Saramacca aufzusuchen, statt ihre Füße unter den Tisch des Rußniaken, Slowaken u. s. w. zu stecken. Wie sehr man auch den Orient preiset, er hat für den deutschen Auswanderer keine Anziehungskraft. Beruhte das Mißtrauen, von welchem die deutsche Geschäftswelt gegen Oesterreich beseelt ist, wirklich blos auf Vorurtheil, wir würden bald sehen, daß die deutsche Auswanderung uns eines Bessern belehrte. Sie folgt, unberührt von den künstlichen Mitteln, welche zur Täuschung der öffentlichen Meinung angewendet werden, ihrem instinktartigen Zuge: frei in der Wahl ihrer Wege, zieht sie die größten Mühseligkeiten jenseits des Oceans dem bequemen Bette vor, welches man ihr an den Ufern der Donau zu bereiten verspricht. Es ist dies eine Thatsache, welche bei der Frage von der deutsch-österreichischen Zoll- und Handelsannäherung wohl zu beherzigen ist.

Zu den Vorlagen, welche das englische Parlament im Laufe dieses Jahres beschäftigen werden, gehört u. a. auch ein Antrag auf Ermäßigung des Eingangszolles für fremde Weine. Nassau, die Pfalz und andere süddeutsche Weingegenden sind bei diesem Antrage nahe betheiligt. Was würde aber die Annahme desselben ihnen nützen, wenn durch den Bruch des Zollvereins die Schifffahrt auf dem Rhein durch lästige und verschleppende Controllmaßregeln erschwert werden sollte?

Speyer. Der „Nürnb. Kur." bringt aus Veranlassung des Communistenprocesses in Köln Bemerkungen über „geheime Verbindungen und geheime Policei," denen wir nachstehende treffende Bemerkungen und Warnungen entnehmen, dabei jedoch bemerken müssen, daß bei dem Kölner Proceße auch solche Urkunden vorkommen, welche gefälscht scheinen, und deren unbedingte Aechtheit selbst von der Policei und der Staatsbehörde nicht behauptet wird. „In dem vorliegenden Proceße sehen wir die Führer der Communisten sich sehr bald nach der Gründung der communistischen Gesellschaft in zwei Theile spalten, in die Partei Marx-Engels und die Partei Willich-Schapper, die jede wieder ihre eigene Verbindung gründet. Unter den elf Angeklagten, die vor den Geschwornen stehen, herrscht offenbarer Zwiespalt, da die Einen ruhig sich als Mitglieder des Communistenbundes darstellen, während die Andern, und Becker insbesondere, sich über den Communismus als ihrer unwürdig halbwegs lustig machen.... Es ist das die Erfahrung aller Verschwörungen. Auf dem Felde des Geheimnisses wächst sehr bald Zwiespalt aller Art, wie Pilse aus dem Moderboden, den keine Sonne bescheint. Wie aber im Innern der Verbindung selbst Zwiespalt und Ränke zur Natur derselben gehören, so ist sie nach Außen hin noch viel mehr den Ränken ihrer Feinde Preis gegeben. Fouché konnte Napoleon in Paris versichern: „Wo sich drei zusammen verschwören, Sire, da gehört einer von ihnen zu meinen Leuten." Nie wurde es so klar als in dem Kölner Proceße, wie unbedingt solche geheime Verbindungen der geheimen Policei verfallen sind. Der Berliner Policeirath Hr. Stieber spielt ungefähr wie die Katze mit der Maus mit dem geheimen Bunde der Communisten. Er bringt jeden Augenblick, wo er deren bedarf, Protocolle, Briefe, Nachrichten aller Art, und legt sie vor aller Welt offen, nachdem man in London, Paris, Köln oder Hannover das Geheimniß beschworen hatte. — Wer sich nach den Ergebnissen dieses Processes noch in geheime Verschwörungen oder Verbindungen einläßt, der muß mit Blindheit geschlagen oder von Gott verurtheilt sein, der geheimen Policei in die Hände zu fallen."

München, den 2. Nov. Die Statuten des „Pensionsvereins für Wittwen und Waisen baierischer Aerzte" haben mit den von der Generalversammlung zu München beschlossenen Abänderungen die k. Genehmigung erhalten. Der Verein tritt mit dem 1. Januar k. J. in Wirksamkeit.

Nunmehr ist der kriegsgerichtliche Spruch gegen den pensionirten Stabsauditor Dörer erfolgt: er lautet auf zehn Jahre Festungsstrafe, Cassation und Entlassung aus dem Militärverbande.

— den 4. Nov. Vorgestern fand in der Nähe von Schleißheim ein Pistolenduell zwischen einem jungen Baron v. Cöster und einem Rentier, Hrn. Conradi, Gutsbesitzer in Schwabing statt: ersterer wurde in die Weiche getroffen und ist gestern Nacht in Folge der erhaltenen Wunde gestorben. Conradi soll sich in Folge dessen von hier entfernt haben. Ein zweiter Vorfall betrifft die schwere Mißhandlung des Privatiers Frhrn. Frz. von Kreusser, welcher gestern Abend bei Einbruch der Dämmerung am Kopf sehr schwer verletzt in der Schleißheimer Straße im Straßgraben im bewußtlosen Zustand aufgefunden, und von da nach Hause gebracht worden ist. (Rache scheint der Grund der That gewesen zu sein.)

Heute Nachmittag wurde bei dem ehemaligen Herausgeber der „Leuchtkugeln," Emil Roller dahier, eine policeiliche Haussuchung gehalten. Außer einigen Centnern alter „Leuchtkugeln" (Maculatur) soll die Policei sonst nichts Verdächtiges gefunden haben. (Augsb. Abdztg.)

— den 5. Nov. Wie ich höre, ist neuerdings auch bei uns eine strengere Beaufsichtigung der aus der Schweiz kommenden Handwerksburschen angeordnet.

Frankfurt, den 5. Nov. An heutiger Börse war das Gerücht verbreitet, die kais. russ. Regierung beabsichtige eine neue Anleihe zum Betrage von 10 Mill. Pfd. Sterl. zu machen. (F. J.)

Mainz, den 5. Nov. Die 1. Wählerclasse hat den Sieg der Fortschrittspartei bei der Wahl des neuen Stadtraths vervollständigt. Wie in den beiden andern Klassen, so ging auch in dieser, welche etwa 260 Wähler zählt, die Liste der erwähnten Partei ohne Ausnahme durch. Die Candidaten derselben erhielten zwischen 128 und 115, die der Gegner 79—57 und einer derselben 27 Stimmen. (F. J.)

Berlin, den 5. Nov. Das „Dresdener Journal" theilt den Wortlaut einer vom 24. October datirten,

durch den k. sächsischen Gesandten hierselbst zur Kenntniß der diesseitigen Regierung gebrachten Depesche mit, welche den Versuch macht, gegenüber der preußischen Note vom 8. Oct. den Standpunkt der Coalition zu rechtfertigen. Die Gesandten von Bayern, Kurhessen, Großherzogthum Hessen und Nassau sind von ihren Regierungen angewiesen worden, sich dem Inhalt dieser sächsischen Note anzuschließen. Baden und Württemberg halten sich auch hier zurück.

Hr. v. Prokesch-Osten ist definitiv als österreichischer Gesandter von hier abberufen; sein Nachfolger, Graf Thun, begibt sich nach Wien, um die Accreditive in Empfang zu nehmen. — In Ostrowo ist der Erzbischof von Gnesen und Posen, Hr. v. Przylusky, zur zweiten Kammer gewählt worden.

Wir hören, daß der Zollvertrag zwischen Preußen und Braunschweig abgeschlossen ist. Die Minister der thüringischen Staaten werden am 8. d. M. zu einer Berathung über den von der preußischen Regierung vorgelegten Zollvertragsentwurf in Weimar zusammentreten.

Wien, den 3. Nov. Vorgestern Abend traf die erste und gestern eine zweite telegraphische Depesche aus Prag hier ein, nach welchen Kaiser Ferdinand von epileptischen Schlaganfällen getroffen mit den Sacramenten versehen wurde.

Wien, den 3. Nov. Durch eine nächstens zu erwartende Verordnung ist der Zutritt katholischer Kinder in protestantische Schulen verboten.

Die neue politische Organisation der Kronländer ist mit Ausnahme unwesentlicher Modificationen in Form und Ausdruck, im Grunde nichts Anderes, als die Rückkehr zum alten Systeme. Vor Allem kann die Wiedervereinigung der Justiz mit der Verwaltung in den unteren Instanzen als ein charakteristisches Merkmal des Polizei- und abhängigen Beamtenstandes gelten, dessen Begründung man fester als jemals erstrebt.

Schweiz.

Freiburg. Nach dem „Narrateur" steht eine neue Agitation bevor. Wir vernehmen, sagt er, daß seit einiger Zeit im Kanton zwei Petitionen circuliren; die eine verlangt die Aufhebung des Beamteneides; die andere sucht die 50,000 Unterschriften zu Stande zu bringen, welche zum Begehren der Revision der Bundesverfassung nöthig sind. Das Land wird von Neuem durch Bischof Marilley aufgeregt werden, ein neuer Sturm, sagt man, bedroht uns.

St. Gallen. Der bekannten Ordre des Königs von Preußen an die Handwerker seines Landes, „die Schweiz, das Land der gefährlichen Grundsätze, nicht zu betreten oder zu verlassen," verschafft der Kleine Rath, dem Beispiele Berns und einiger anderer Kantone folgend, die umfassendste Vollstreckung: Keinem preußischen Handwerker wird fortan der Aufenthalt gestattet; jeder solche, der gegenwärtig im Kanton ist, muß in kürzester Frist fort sein, oder eine bedeutende Caution leisten. (St. Gall. Z.)

Frankreich.

† **Paris,** den 5. Nov. Der Senat ist gestern wirklich mit einer Botschaft des Präsidenten eröffnet worden. (Wenn dieselbe auch nicht förmlich die Herstellung des Kaiserthums „begehrt," so ist doch Napoleon wirklich aus der Rolle, das Kaiserthum an sich herankommen zu lassen, herausgetreten.) Das Actenstück lautet: „Meine Herren Senatoren. Die Nation hat laut ihren Willen zur Wiederherstellung des Kaiserthums geäußert. Ich habe Sie im Vertrauen zu ihrem Patriotismus und zu Ihrer Einsicht, zusammenberufen, damit Sie über diese hochwichtige Frage in legaler Weise berathen und die Sorge für die neue Ordnung der Dinge übernehmen. Wenn Sie sich für das Kaiserreich aussprechen, so werden Sie ohne Zweifel wie ich der Meinung sein, daß die Constitution von 1852 festgehalten werden muß. Die für unerläßlich erkannten Modificationen werden also nichts an den Grundlagen derselben ändern. Die Umgestaltung, welche sich vorbereitet, wird hauptsächlich die Form berühren, und doch ist die Annahme des Kaiserthumsymbols für Frankreich von unermeßlicher Bedeutung. Und in der That findet das Volk in der Wiederherstellung des Kaiserreiches eine Garantie für seine Interessen und eine Genugthuung für seinen gerechten Ehrgeiz. Diese Wiederherstellung garantirt seine Interessen dadurch, daß sie die Zukunft sicher stellt, die Periode der Revolutionen schließt und die Errungenschaften von 89 befestigt. Sie befriedigt seinen gerechten Ehrgeiz, weil das Volk, indem es in voller Freiheit und mit Ueberlegung das aufrichtet, was das vereinigte Europa vor 37 Jahren mit der Waffengewalt, während der Unglücksfälle des Vaterlandes umwarf, auf edle Weise seine Niederlagen rächt, ohne Opfer zu fordern, ohne irgend eine Unabhängigkeit zu bedrohen, ohne den Frieden der Welt zu stören. Trotzdem verhehle ich mir es nicht, wie sehr bedenklich es ist, jetzt die Krone Napoleons anzunehmen und sich aufs Haupt zu setzen. Meine Bedenken vermindern sich jedoch bei dem Gedanken, daß, indem ich auf so vielerlei Weise die Volksinteressen und den Volkswillen repräsentire, es eigentlich die Nation sein wird, die sich selbst krönt, indem sie mich auf den Thron erhebt."

Der „Constitutionnel" bringt heute einen längeren Artikel über die Handelsverhältniße Deutschlands, der französischen Industrie gegenüber und kommt zu dem Schluße, daß ein Anschluß an Deutschland, mittelst eines Handelsvertrags, für Frankreich von ungleich größerem Nutzen sein würde, als ein Handelstractat mit England. Man will aus diesem Raisonnement des Regierungsorgans schließen, daß derartige Unterhandlungen sogleich nach der Regelung der deutschen Zollverhältniße mit Deutschland angeknüpft werden sollen.

Es ist eine Broschure unter dem Titel: „Das Kaiserthum ist die Souveränetät des Volks" von Hrn. von Cormenin, Mitglied des Staatsrathes, erschienen.

† — den 6. Nov. Soeben, vor Postabgang, erhalten wir die Nachricht, daß das Senatus consultum nach der Abfassung der Antragsteller mit wenigen Modificationen angenommen wurde. — Wie viel Werth die Regierung auf die Haltung der auswärtigen Presse legt (nämlich wenn sie ihr günstig ist!), ersie t man daraus, daß der Moniteur fast täglich leitende Artikel aus den bedeutenderen Blättern des Auslandes übersetzt, welche die im Werden begriffene Wiederherstellung des Kaiserreiches gutheisen. — Der „Constitutionnel" hebt als besonders günstiges Anzeichen für die neue Umwandlung der Staatsform, die Zustimmung der Gerichtshöfe Frankreichs hervor, die man vielseitig als dem Kaiserreiche widerstrebend geschildert hat. Er zählt einige Ursachen davon auf, die indessen für die französische Magistratur nicht sehr schmeichelhaft sind, da sie deren Ergebenheit auf persönliche Vortheile basirt erscheinen lassen.

Der Vorschlag zur Aenderung der Verfassung umfaßt 8 Artikel. Der erste derselben lautet: „Die Kaiserwürde ist hergestellt. Louis Napoleon Bonaparte ist Kaiser der Franzosen unter dem Namen: Napoleon III." Art. 2 bestimmt die Erblichkeit in der gewöhnlichen Weise. Nach Art. 3 kann Napoleon in Ermanglung männlicher Nachkommen jene der Brüder des Kaisers Napoleon I. adoptiren. Art. 4. In Ermanglung eines Nachkommen oder Adoptiverben fällt die Kaiserwürde an den König Jerome (Hieronymus), und dessen Kinder aus der Ehe mit der württembergischen Prinzeß. Zufolge Art. 5 ernennt, in Ermangelung weiterer männlicher Nachkommen, ein dem Senat durch die Minister als Regierungsconseil, unter Zuziehung der im Amte befindlichen Präsidenten des Senats, des gesetzgebenden Körpers und des Staatsraths, dem Senate vorgeschlagenes und der Genehmigung des Volkes unterbreitetes organisches Senatusconsultum den Kaiser. Art. 6. Die Mitglieder der kaiserlichen Familie stehen unter der Autorität Napoleons.

Art. 7. Die Constitution vom 14. Januar 1852 wird in allen Bestimmungen aufrecht erhalten, die nicht durch Obiges speziell abgeändert werden. Art. 8 bestimmt die Art der Volksabstimmung über das Kaiserreich.

Die Erbfolgevorschläge haben in den Bureau's lebhaften Widerspruch gefunden. Viele Stimmen erhoben sich gegen die Thronfolge Jérome's. Eine Stimme verlangte auch die Erbfolge des Herzogs v. Leuchtenberg. Unter diesen Oppositionen verbirgt sich offenbar eine Abneigung gegen die Napoleonische Erblichkeit überhaupt, wie es auch der Prinz selbst ansieht. Eine Stimme wollte auch, daß sich der neue Kaiser Ludwig Napoleon der I. nenne.

Das Volk wird am 20. und 21. d. M. einberufen, um über das Kaiserreich sein Ja oder Nein auszusprechen. Längstens 2. Dec., als am Jahrestage des Staatsstreiches, hofft man, das Kaiserreich zu proclamiren.

Die Botschaft wird vielfach kritisirt, besonders die Stelle, wo Napoleon vom Falle des Kaiserreiches und von der Rache Frankreichs redet. L. Napoleon hat die Wunde berührt, statt sie zu verbergen. Die diplomatische Welt fühlt sich durch die kecke Sprache des Präsidenten verletzt. (Köln. Ztg.)

Das „Débats" enthält einen sehr scharfen Artikel gegen den „Univers," der sich darüber freute, daß der Großherzog von Toscana die protestantische Deputation, welche sich für die Begnadigung der Eheleute Madiai verwendet, nicht vorgelassen und sich jede Einmischung in die innern Verhältniße seines Landes verbeten hat. Der „Univers" hebt gleichzeitig hervor, daß es ein Irrthum sei, zu glauben, daß die Protestanten in Toscana dieselben Rechte hätten, wie die Katholiken in England oder in Preußen. Das „Débats" erwiedert darauf, daß man unmöglich deutlicher eingestehen könne, daß die Ultramontanen, wenn sie Freiheit verlangen, dieselbe nur ausschließlich für sich fordern, und daß sie überall, wo sie die Oberhand erlangen sollten, dieselbe zur Unterdrückung der Minoritäten verwenden würden. „Wir wissen dies," sagen die Debats, „schon seit langer Zeit, es ist aber vielleicht sehr ungeschickt es so früh und so laut auszuposaunen. Wenn z. B. morgen es der Englischen Regierung einfiele, gestützt auf die Zustimmung des Volkes, die alten Verfolgungsgesetze gegen die „Ketzer," was dort „Katholiken" bedeutet herzustellen, was könnte der Univers und was könnten wir selbst dagegen einwenden?"

Italien.

* **Turin,** den 3. Nov. Die Opinione veröffentlicht nachstehende Ministerliste: Graf Cavour Präsident und Finanzen, General Dabormida Auswärtiges, Ponza di San Martino Inneres, Cibrario Unterricht, Buoncompagni Justiz, Lamarmora Krieg, Paleocapa öffentliche Arbeiten. (Die Beseitigung des projectirten reactionären Ministeriums Revel scheint dadurch bewirkt worden zu sein, daß sich die Volkserbitterung vielfach Luft machte. In Alessandria z. B. erschallten aus dichten Volksgruppen die Rufe: „Nieder mit dem Grafen Revel! Nieder mit den Clericalen! Es lebe die Verfassung!" Auch in Genua war die Aufregung sehr groß. Ebenso an andern Orten.)

Ueber die Ursache der neuerdings in der **Lombardei** vorgenommenen Verhaftungen lauten die Nachrichten abweichend. Die Mehrzahl der betroffenen Personen gehört den „bessern" Ständen an; besonders sind Gutsbesitzer, Aerzte und Advocaten stark vertreten. Während der Anwesenheit des Kaisers im Lager bei Pordenone, wo doch überschwengliche Begeisterung zur Schau getragen wurde, fand die Gendarmerie in zwei Kirchen dieser Stadt unter dem Hochaltare geheime Waffenlager, die für den Tag der Erhebung dort aufbewahrt wurden und die sofortige Verhaftung der Pfarrer und Kirchendiener zur Folge hatten. Auch in Como sind mehrere Personen, darunter ein Ingenieur, ein Apotheker und eine Dame, aus politischen Gründen verhaftet worden. Andere, welchen das gleiche Schicksal drohte, gelang es, zu entkommen. Ein gewisser Dr. Rosetti in Mailand machte, als man seiner habhaft wurde, den Versuch, sich vermittelst einer Lancette ums Leben zu bringen, ward aber an seinem Vorhaben verhindert.

Florenz. Die protestantische Deputation für die Familie Madiai hat noch keinen Zutritt zum Großherzog erlangen können.

Spanien.

* **Madrid,** den 1. Nov. Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß die Cortes nicht vor dem 20. December sich versammeln werden. Es ist der Geburtstag der Prinzessin von Asturien.

Großbritanien.

* **London,** den 4. Nov. Das Parlament ist heute mit der gewöhnlichen Feierlichkeit eröffnet worden. Die Thronrede wird morgen gehalten werden.

* **London,** den 5. Nov. Die Königin wird am Donnerstag das Parlament persönlich eröffnen.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 8. Nov. Mit Ausnahme der Brodstoffe sind im letzten Quartal fast alle Nahrungsmittel auf hiesigem Markte bedeutend gestiegen, so Rindfleisch von 10 auf 15 Cents das Pfund, Fische, Geflügel und Vegetabilien um 25 Proc. Unter diesen Verhältnißen sahen sich die Wirthe vieler Speise- und Boardinghäuser genöthigt, ihre Preise zu erhöhen.

Der verflossene Monat September brachte im Ganzen 40,000 Einwanderer hierher, worunter 15,438 Deutsche, so daß sich die gesammte deutsche Einwanderung seit dem 1. Januar bis 1. October d. J. bereits auf 100,279 beläuft. Auch im verflossenen Monate gingen die Meisten, welche mit hinreichenden Mitteln versehen waren, nach den westlichen Staaten und nach St. Louis; jedoch war die Einwanderung vieler armen und ganz mittelloser Familien, welche größtentheils von ihren Gemeinden hierhergesandt wurden, im vorigen Monate sehr fühlbar, wenn auch nicht in demselben Verhältniß wie im vorigen Jahre. Es ist eine durch Erfahrung bewährte Thatsache, daß gerade im Herbste und gegen den Winter hin die mehr unbemittelte Classe von Einwanderern hier ankommt, welches um so mehr zu bedauern ist, als zu dieser Zeit weniger Gelegenheit zu Beschäftigung und Verdienst sich darbietet, und die kältere Jahreszeit größere Bedürfnisse mit sich führt. Viele Frauen mit ihren arbeitsunfähigen Kindern mußten um Aufnahme in den Arbeitshäusern nachsuchen, während die Männer in gewöhnlicher Handarbeit in der Nachbarschaft auf dem Lande Beschäftigung suchten und größtentheils fanden. Hätten sie die Mittel gehabt, die Reise nach dem Westen zu bestreiten, wo viele Tausende von Arbeitern zur Ausführung der großen Eisenbahn-Unternehmungen, namentlich im Staate Illinois noch fortwährend gesucht werden, so würden dieselben für ihre Familie bald eine sichere Existenz gefunden haben.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1296] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 21. bis 31. Octbr. Frl. Lobstein a. Straßburg. — Fr. Taylor mit Begleitung a. London. — H. Fuhro a. Colmar. — Fr. Rott a. Hochfrankenheim. H. Senator Dr. Gwinner mit Gemahlin und Frl. Tochter a. Frankfurt. — H. u. Fr. Scholl a. Stetten. — H. Krauße a. Nürnberg. — H. Janson a. Norwegen. — Frl. Müller a. Landau. — H. Dr. med. Oswald mit Gemahlin a. Berlin. — Fr. Oppermann a. Strasburg. — H. Holcroft a. Niederbronn. — H. Lobstein a. Straßburg. — H. Souchay mit Bedienung a. Lübeck. — H. Lieutenant Schulze a. Landau. — Fr. Reutlinger a. Paris. — H. Natermann a. Bremen. — 355. H. Storck a. Hermersberg. — 356. Fr. Knoll a. Annweiler. — 357. H. Heiligenthal a. Landau.

[1295] Ein sehr solider, im besten Stand erhaltener

Omnibus

ist zu verkaufen im Bad Gleisweiler.

Neue

Speyerer Zeitung.

Mittwoch Nro. 270 den 10. November 1852.

Amerikanische Briefe.

* **Speyer.** Einem Schreiben, das wir aus Philadelphia erhielten, ist ein Ausschnitt aus der in Californien erscheinenden deutschen Zeitung beigefügt. Das Blatt ist auf gelbes, geglättetes Papier gedruckt, und wir finden darin die Notiz, daß man in dem Goldlande dem democratischen Präsidentschaftscandidaten ein Ehrengeschenk mit einem anderthalb Pfund schweren Riesenringe zugedacht und den Plan bereits ausgeführt hat. Dies vorausgesendet, lassen wir die uns gewordene Mittheilung folgen.

* **Philadelphia,** den 18. Oct. Die deutsche Kultur dehnt ihre Weltreise immer weiter aus. In San Francisco in Californien erscheint jetzt eine deutsche California Staatszeitung, ein treffliches Blatt, redigirt von einem gewissen Karl Krug, der früher in Philadelphia lebte und mit Ihrem Correspondenten innig befreundet ist. Das ist das erste deutsche Blatt an den Ufern des stillen Oceans. Durch Krug's Bemühungen ist bereits ein deutscher Sängerbund und ein Turnverein ins Leben gerufen worden; ein deutsch-politischer Verein, die sog. „German Rangers," besteht dort schon länger. Ich sende Ihnen hierbei einen Ausschnitt aus der Nummer der California-Staatszeitung vom 15. Sept. Sie können daraus ersehen, wie großartig man in San Francisco schenkt. *) Das gelbe Papier darf Sie nicht befremden. Im Goldlande herrscht großer Mangel an Papier, obgleich die Lumpen dort nicht zu den Seltenheiten gehören sollen, und so sind die Zeitungsredactoren öfters gezwungen, zu buntfarbigem Papiere ihre Zuflucht zu nehmen, wenn ihnen das weiße ausgegangen ist. Die „Alta California" ist mir schon auf rosenrothem, auch schon auf aschgrauem Papiere zugekommen.

* — den 19. Oct. Frau Henriette Sontag hält jetzt ihre Golderndte in unserer Stadt der Bruderliebe. Gestern gab sie ihr zweites Concert. Das Brod vergreift sich zur Zeit der Hungersnoth nicht schneller auf dem Bäckerladen, als die Zwei- und Dreidollarsbillette der Sängerin sich vergreifen. Unsere deutschen Gesangvereine haben die berühmte Landsmännin mit einem Dampfschiffe eingeholt und ihr noch außerdem im Verein mit den Turnern eine Fackelserenade gebracht. Jenny Lind hat sich in der Union über eine halbe Million Dollars zusammengesungen; die Gräfin Rossi scheints noch weiter bringen zu wollen. In New-York hat das souveräne Volk der Sängerin ein Hurrah gebracht, daß ihr alle Nerven bebten und sie ohnmächtig vom Balkon weggetragen werden mußte; in unserer frommen Quäkerstadt ist man manierlicher und weniger stürmisch in seiner Freude.

* Herr Rösler von Oels, bekannt unter dem Namen des „deutschen Reichskanarienvogels," gibt in Milwaukie eine Feldzugszeitung für General Scotts Präsidentschaft heraus, und Hr. Fenner von Fenneberg, unrühmlichen Andenkens, zieht in den kleineren Städten Ohios umher und hält Stumpfreden zu Gunsten des alten Generals Es will ihm damit eben so wenig glücken, wie Scott selber.

* Welche Schreckensherrschaft auf Cuba geführt wird, ist ohne Zweifel bereits zu Ihrer Kenntniß gelangt. Ein Schrei des Entsetzens ging durch die hiesige Presse, als man vernahm, daß der 20jährige Faccioli wegen des Druckes des revolutionären Journals „voz del pueblo" durch die Garotte hingerichtet ward. Man warf mit Recht die Frage auf: ob die Spanier auf Cuba eine gebildete Nation oder Kannibalen seien? Hoffen wir, daß das herrliche Eiland am längsten im Besitze der Krone Spanien gewesen ist!

— Zur Bezeichnung des Zustandes auf Cuba lassen wir übrigens nachstehend einen Auszug aus einem Schreiben aus Havanna folgen, das dieser Tage der „Fränk. Kur." enthielt. Man wird darnach am besten bemessen können, welche Erbitterung in der Union entstand. D. Red.

Havana, den 30. Sept. Seit drei Tagen weile ich, auf einer Geschäftsreise von Newyork aus begriffen, auf diesem blühenden Eilande, und was ich in dieser kurzen Zeit erlebt und gesehen, ist genug, um für die Dauer meines übrigen Lebens die traurigsten, schmerzlichsten Erinnerungen zu bewahren. Als ich das Land verließ, das meinem Herzen am theuersten ist, glaubte ich Alles erlebt zu haben, was eine Nation elend machen kann, ich dachte nicht, daß im fernen Weltmeer eine reiche, ewig sonnige Insel läge, wo es so unglückliche Menschen gäbe. —

Schon bei Ankunft unseres Schiffes von New-Orleans hatten wir den Uebermuth und die Brutalität des spanischen Regiments zu verspüren. Es kamen Beamte an Bord, begleitet von einer Schaar bewaffneter Menschen, die ich anfangs für Banditen hielt, die aber, wie es sich sogleich auswies, spanische Truppen waren, beschnuffelten Alles oben und unten, besonders einen Kartoffelvorrath, den unser Dampfer im unteren Raume hatte, ja sogar das größere Gepäck der Reisenden, ob nicht Waffen und Munition eingeschmuggelt würden. Briefe an Eingeborne mußten bei Androhung von Gefängnißstrafe ausgeliefert werden. Die Aufregung auf unserem Schiffe war groß und für einen Beobachter äußerst interessant. Während ich, der ich erst vor kurzer Zeit dem Lande der Confiscationen und Haussuchungen den Rücken gekehrt hatte, mehr beobachtend im Hintertheile der Cajüte saß und Mühe hatte, meinen Reisegefährten, einen ächten Yankee, abzuhalten, mit einer Sackpistole über einen eben seinen Koffer durchwühlenden langen und dürren Spanier herzufallen, protestirte der Capitän in würdiger, stolzer Haltung im Namen seines Landes gegen dieses vertragswidrige Benehmen der an Bord Gekommenen und sandte zugleich einen schriftlichen Protest an den amerikanischen Consul. Alle Amerikaner an Bord waren wüthend, besonders, da die durchsuchenden Beamten ihr Amt nur mit Insulten begleiteten. Auf dem Verdecke wurde sogleich ein Meeting gehalten, das die gerechte Indignation der Versammelten aussprach und eine Beschwerdeschrift an die heimathliche Regierung mit Abschriften an alle bedeutenden Zeitungen der Union angefertigt.

---

*) Der beigelegte Artikel lautet wörtlich: „Ehre dem Ehre gebührt! Die Ausstellung eines goldenen $1\frac{1}{2}$ Pfund schweren Riesenringes für General Pierce an dem Fenster der Herren Scherrwood und Bartlett, Clay, nahe Montgomery-Straße, zieht eine Menge Neugieriger nach obigem Etablissement. Alle Sachverständige und Kunstkenner sprechen einstimmig ihre Meinung dahin aus, daß dieses Stück die schönste Production Californier Arbeit ist, die je hier verfertigt wurde; Hr. Loring, ein Amerikaner, machte die glatte Arbeit, und Hr. Wilhelm Klumpp, ein Deutscher, gravirte und ciselirte dieses ausgezeichnete Präsent, welches auf Bestellung zweier hiesiger Bürger, der Herren Middleton und Bidleman, angefertigt wurde."

. . . Nachdem man uns noch zwei Dollars per Kopf abgepreßt hatte, durften wir endlich aus Land steigen. Havana liegt in einer weiten Ebene an der Lagida, ist ziemlich bedeutend befestigt und sein Hafen einer der schönsten der Welt. In der Stadt zeichnen sich nur einige Paläste, Kirchen und Regierungsgebäude vor Allem aus, die andern Gebäude sind zwar fest und solid, aber ziemlich niedrig gebaut, die Straßen ungepflastert, die öffentlichen Spaziergänge und einige Plätze sind reizend schön, schöner noch die Frauen, die sie reitend, fahrend und fußgehend beleben. Nie sah ich feurigere, verführerische Augen, blühendere, üppigere Formen. — In meinem Gasthofe war ein ziemlich reges Leben und nachdem ich einige Erfrischungen zu mir genommen und noch übrige Tageszeit hatte, durchwanderte ich, theils zu Fuße, theils zu Wagen, die weite, ungefähr 130,000 Einwohner zählende Stadt, besah die Universität, den botanischen Garten, die Schiffswerfte und die Cathedrale, in der besonders das Grabmonument des Columbus bemerkenswerth ist und kehrte, da meine übrigen Geschäfte sich nur auf ein einziges Haus beschränkten, so mit einbrechender Dunkelheit in meinen Gasthof zurück. Es konnte mir nicht entgehen, daß eine drückende Schwüle auf den Gemüthern lastete. Trotz der großen Regsamkeit auf den Straßen, war keine Freudigkeit in diesem Hin- und Hertreiben und häufig fielen mir Gruppen von lebhaft, aber gepreßt redenden Menschen auf, deren Thema bei der Theilnahme, die die Sprechenden zeigten, gewiß ein anderes als das gewöhnlicher Unterhaltungen war. Gar bald sollte sich Alles entdecken. An der Abendtafel erfuhr ich und — das stumme, ernste Treiben der Bewohner, die Ursache der finsterblickenden, zusammenstehenden Gruppen wurde mir klar — die Gewalt feierte des andern Tages ein Fest: ein junger Patriot sollte hingerichtet werden!! Es war der muthige Jüngling Facciola, kaum 22 Jahre alt. Vor etwa 3 Wochen hatte man ihn gefangen genommen, als mitbetheiligt an der Herausgabe der revolutionären Zeitung „la Voz del Pueblo“ (die Stimme des Volkes), die in kühner, ernster Sprache erfolgreich gegen die Gewaltherrschaft der Spanier ankämpfte und deren Redacteur und Druckort lange den Nachforschungen der Polizei entging. Und wie wurde er entdeckt? Zwei in die Sache eingeweihte politische Gefangene unterhielten sich vertraulich in ihrer Zelle über dieses Blatt, was zwei Verbrecher, wegen Mordes angeklagt, nebenan belauschten. Sie verkauften das Geheimniß der Regierung gegen ihre Freiheit. Natürlich, es waren ja nur *Mörder* gegen *politische Gegner*. Facciola wurde daraufhin eingezogen und verurtheilt, aber seine Execution aufgeschoben, weil man noch immer Entdeckungen aus ihm herauszubringen hoffte, durch die noch mehrere Patrioten als Opfer der Tyrannei fallen würden. Beharrlich blieb er jedoch bei seiner gleich anfangs abgegebenen Erklärung, daß er allein der Eigenthümer der geheimen Presse sei, durch welche „die Stimme des Volks“ veröffentlicht wurde und daß er selbst und allein die sämmtlichen Exemplare abgegeben habe. Er machte dem intelligenten und muthigen Stande der Drucker keine Unehre und compromittirte nicht Einen, was um so bewunderungswürdiger erscheint, als man allgemein weiß, daß er nur der Drucker jener Zeitung war und ganz andere Personen sie redigirten. Morgen sollte er garrotirt werden. So lautete die Erzählung, die ein neben mir sitzender Spanier, ein geborner Cubaner, flammenden Auges in ziemlich leidlichem Englisch mir machte. — Ich ging frühzeitig, düsterer Gedanken voll zu Bette — aber kein Schlaf kam in meine Augen — ich dachte des kühnen Druckers, dessen letzte Nacht diese sein sollte, ich dachte an Deutschland! Dann war ich im langen Kampfe mit mir, sollte ich dem blutigen ergreifenden Schauspiel der Hinrichtung eines so edlen Menschen beiwohnen? . . Ich beschloß *nein*. Allein kaum graute der Tag, so klopfte es an meiner Thüre und herein trat mein Bekannter von gestern Abend, dessen Sympathie ich in unserer kurzen aber lebhaften Unterredung über Gegenstände der Politik mir erworben hatte. „Sie müssen mit mir gehen, redete er mich nach kurzem Morgengruße an, und mich begleiten, dem blutigen Morde beizuwohnen. Sie werden dieses Schauspieles so gut bedürfen als ich, um Ihren in dem Getriebe der merkantilischen Welt etwas vergessenen und eingeschlafenen Haß gegen Gewalt und Unterdrückung wieder neu aufzustacheln, um ein zorniger Mann zu sein in der Stunde der Abrechnung, die für diese unglückliche Insel bald schlagen dürfte.“ Ich wußte auf diese Aufforderung in diesem Augenblicke wirklich nichts Rechtes zu antworten, stand auf und kleidete mich halb mechanisch an, während mein neuer Bekannter in leidenschaftlichen Wuth-, Zorn- und Haßausbrüchen, ein ächter heißblütiger Spanier, gegen alle Tyrannen der Welt zu Felde zog. — Es war in der ersten Frühe eines schönen, prachtvollen Morgens, als wir zusammen auf die Straße gelangten. Schweigend, voll Schmerz und Grauen ging ich an der Seite meines nun auch schweigsam gewordenen Führers und wir wechselten kein Wort bis wir bei der Plaza anlangten, wo in der Nacht das Schaffot aufgerichtet worden war. Eskortirt von einem starken Detaschement Carabineros kam nach kurzen Minuten das unglückliche Opfer von dem Gefängniß Moro herausgeführt. Nach dem allgemeinen in den spanischen Colonien üblichen Gebrauch sollte der Verurtheilte den Tod durch die Garotte erleiden. Zwei Priester begleiteten ihn bis zum Gerüste, einer stieg mit ihm die Treppe hinauf, doch wies Facciolo mit einer leichten Handbewegung den ihm zur Stütze dargebotenen Arm desselben zurük und bestieg sichern, ruhigen Schrittes das Schaffot, als ob er die leichte Treppe zu dem Gemache seiner Geliebten hinaufeilte. Oben angelangt grüßte er nach allen Seiten hin die dichte Volksmenge, legte darauf sein Oberkleid und das leichte seidene Halstuch ab und hörte stehend und ohne mit den Wimpern zu zucken, das nochmalige Verlesen seines Todesurtheils durch den Fiskal an. Als dieser geschlossen, verbeugte er sich gegen denselben mit der ganzen chevaleresken Grazie eines ächten Hidalgo Castellano und setzte sich ebenso unbefangen auf den Todesstuhl. Der Henker trat darauf an ihn heran und preßte den schönen Kopf des Jünglings fest an die hintere Lehne des Stuhles um ihm das eiserne Halsband anzulegen. So saß Facciolo noch eine Secunde. Auf einen Wink des Henkers an seinen unter dem Gerüste befindlichen Gehülfen drehte dieser an einem Rade, welches durch einen Strick mit dem Halsband in Verbindung stand; dieses zog sich fester zu und Facciola war erdrosselt.

Das Volk umstand in stummer Theilnahme das Schaffot! O wäre mir da nur für eines Augenblickes Dauer vom Schicksal Allmacht verliehen worden, ich hätte in jede dieser tausend und aber tausend zusammengeballten Rechten ein Schwert, einen Dolch — irgend eine beliebige Waffe gedrückt; dann würde wol die gewitterschwüle Stimmung des Volkes sich in den Unterdrückern verderblichen Blitzen entladen haben.

Heute früh starb die Mutter des hingerichteten Jünglings, aus Gram ihren Liebling und in ihm ihr ganzes Lebensglück, ihre ganze Lebenshoffnung verloren zu haben.

Mich findet das nächste Morgengrauen wieder auf hoher See, zurückkehrend voll bitterer schmerzlicher Gedanken und Gefühle in mein freies zweites glückliches Vaterland. Leben Sie wohl! — (Fr. K.)

Deutschland.

» Der Landrath der Pfalz ist geschlossen — seine Zeit war abgelaufen. Ueber die Lösung seiner Aufgaben sitzt mit mehr oder weniger Unparteilichkeit die Kritik jetzt zu Gericht, je nachdem derselbe den Erwartungen entsprochen oder unter dem Niveau derselben geblieben ist. Eine nicht objective, sondern tendenziöse, obligate Schilderung der Verhandlungen liefert, wie nie anders zu erwarten, die Pfälzer Zeitung, insbesondere über die Zollfrage. Zwischen den Zeilen heraus liest sich hier mit besonderer Klarheit, daß diese Schilderung der Verhand-

lungen über die Zollangelegenheiten die Folie κατ' ἐξοχὴν bilden solle, auf welcher die Landrathsminorität, die Quadratwurzel des pfälzischen Conservatismus, vor den Augen des officiellen Bayerns verherrlicht werden soll. Wir sind jedoch weit entfernt, diesen Männern, welche nach ihrer innigen Ueberzeugung gehandelt und gesprochen haben werden, und so zu sagen nach der Pflzr. Ztg. die Pendel gewesen sind, durch welche die gegensätzlichen Schwingungen zwischen Nord und Süd, zwischen Freihandel und Schutzzoll, (um die es sich, beiläufig gesagt, zwischen Preußen und der Coalition gar nicht handelt,) gemessen und erwogen wurden, ihren Ruhm zu vergönnen, ja wir anerkennen noch überdieß den Scharfsinn und den bereits anderwärts gerühmten Tact des Redners Hrn. Scholler, zur rechten Zeit das Stichwort ausgesprochen und den hypersensiblen Fleck schonungslos aufgedeckt zu haben, woran bisher alle Einigungsversuche zwischen den verhandelnden Cabinetten größtentheils gescheitert sind. Die Neue Münchener Zeitung antwortete hierauf zornmüthigst vom Kothurn der Autorität, hielt der Pfalz ihr selbstgezogenes Deficit an künftigem Vertrauen und Wohlwollen Seitens der Staatsregierung unter die Augen und sprach ihr herrisch allen Einfluß auf die Entschließungen derselben und des gesammten Landes Geschicke ab. Unseres Wissens hat die Pfalz zu keiner Zeit diese Vorstellung von sich gehegt, sich nie so überhoben, der leitende Gedanke von Gesammtbayern zu sein, sondern stets das klare Bewußtsein hegend, nie für sich ein Ganzes sein zu können, als dienender Theil dem Ganzen während Decennien sich gefügt, und selbst da, wo sie in sanguinischer Raschheit die Initiative für die Ausdehnung constitutioneller Rechte oder Einführung der Reichsverfassung ergriff, es nur im Hinblick auf das Gesammtvaterland gethan zu haben.

Die Pfalz hat den Mitgliedern des Landrathes ihr vollstes Vertrauen geschenkt. Die Pfalz kann nur bedauern, wenn über sein Wirken der verletzendste Tadel öffentlich ausgesprochen und gar gedroht wird. Es stände wahrlich schlimm um uns, wenn es nur vier Männer in der Pfalz gäbe, welche das wahre Interesse derselben allein zu begreifen berufen und zu wahren im Stande wären. Dieß mag die N. Münch. Ztg. erst beherzigen, ehe sie wieder die Stirne runzelt.

= **München,** den 5. Novbr. Haussuchungen und Confiscationen nach allen Richtungen sind hier so sehr an der Tagesordnung, daß man kaum mehr davon berichten mag, wenn nicht ganz besondere Umstände dabei in Betracht kommen; selbst wenn die Confiscation die gutbeleumundeten „Neuesten Nachrichten" wegen einer beunruhigenden falschen Nachricht „aus dem Gebiete der Politik" betrifft, oder wenn sie gar an den Eckstein des Ultramontanismus, den „Volksboten" sich hinanwagt: selbst dann hat sie kein sonderliches Interesse mehr; es ist eine längst bekannte Thatsache, daß die Policei bezüglich ihrer Haussuchungen und Beschlagnahmen vollständige Emancipation durchgeführt und außer der unschuldigen „Neuen Münchener Zeitung" kein Blatt verschont hat; letztere aber zu confisciren, wäre schon aus financiellen Gründen unthunlich, denn eine dadurch nothwendige neue Auflage könnte ja nur durch einen vergrößerten Zuschuß aus Staatsmitteln gedeckt werden. Dieser Tage fand aber bei Herrn Roller eine Haussuchung nach alten „Leuchtkugeln" statt, die in der That in Ihrem Blatte näher berührt zu werden verdient. Die Beschlagnahme dieser Blätter erfolgte, ohne daß ein Grund in dem an die Bezirkscommissäre erlassenen Befehl angegeben war. Man nahm alle vorgefundenen Exemplare mit, gleichviel ob beim Erscheinen derselben seiner Zeit eine Untersuchung eingeleitet gewesen oder nicht; man glaubte vielleicht, nur ein kleines Päckchen zu finden, sah sich aber gezwungen, stundenlange zu packen, zu binden und zu siegeln, und mit einem zweispännigen Wagen die Blätter auf die Policei resp. auf die Mauth zu fahren, wo sich zu allgemeinem Staunen ergab, daß man 70 Centner Leuchtkugeln mitgenommen hatte. Herr Roller begab sich zum Policeidirector und fragte ihn um die Ursache der Beschlagnahme mit dem Bemerken, daß die betreffenden Blätter lauter unangefochtene oder freigegebene seien und nur zum Einpacken verwendet würden. Es ward ihm die Antwort, man wolle erst sehen, ob keine früher unterdrückten Exemplare unter den beschlagnahmten sich befänden und erkenne gerade in der angegebenen Verwendungsart etwas Gefährliches. „Was soll ich denn aber mit diesen Blättern anfangen," frug plötzlich der Policeidirector. Roller antwortete: „mir sie abkaufen." Der Policeidirector fragt, was der Centner koste? Roller erwiedert, gewöhnlich 9 bis 10 fl., wenn aber die Policei mir die Leuchtkugeln als Maculatur abkauft, berechne ich den Centner zu 15 fl.; macht im Ganzen etwa 1000 fl." Man entließ ihn sodann mit dem Bemerken, daß er bald Näheres erfahren werde.

* **Speyer.** Ein zu Maudach ausgebrochener Brand wird als sehr bedeutend geschildert. Man spricht davon, der Schaden betrage gegen 30,000 fl.

München. Die Entwürfe der neuen Gesetzbücher über Strafrecht und Strafprozeß sind nun, nachdem sie im Justizministerium einer neuerlichen Berathung unterworfen worden, zur Vorlage an die Kammern, resp. den Gesetzgebungsausschuß, vollständig gereift. (Mnchr. Bote.)

Schon wieder hört man von einem Duell, bei welchem Rittmeister v. H. von dem Oberlieutenant A. getödtet wurde. Letzterer, ein sehr geschätzter Officier, ist flüchtig. (Münchr. B.)

Die Nachricht über die Verurtheilung des Oberauditors Dörer ist unrichtig, da die ganze Untersuchung noch nicht geschlossen ist.

— den 6. Nov. Eine Depesche aus St. Petersburg, die heute hier angelangt ist, meldet das Ableben des Herzogs von Leuchtenberg. (Herzog Max Joseph Eugen August Napoleon, Herzog von Leuchtenberg und Fürst von Eichstädt — Enkel des Vicomte Alex. Beauharnais und der späteren Kaiserin der Franzosen, Josephine Tascher de la Pagerie, zweiter Sohn des Herzogs Eugen von Leuchtenberg, — war geboren am 2. Oct. 1817, folgte seinem Bruder am 28. März 1835 in der Regierung; Generaladjutant des Kaisers von Rußland, russischer Generallieutenant, Inhaber des 6. baierischen Chevaulegerregiments; vermählt am 14. Juli 1839 mit der russischen Großfürstin Maria Nicolajewna, ältester Tochter des Kaisers Nicolaus, aus welcher Ehe 4 Söhne und 2 Töchter vorhanden sind.)

Ein neulicher angeblicher Raubanfall wird so erklärt, daß der Ueberfallene lediglich in Folge eines galanten Abentheuers tüchtige Prügel bekam.

Augsburg. Vorige Woche wurde vom hiesigen Kreis- und Stadtgericht nach gepflogener Verhandlung das Urtheil in der Untersuchungssache gegen den verheiratheten 66jährigen Rentamtsoberschreiber Joseph Müller von Donauwörth publicirt, wonach derselbe wegen Verbrechens des gesetzlich ausgezeichneten Betrugs zweiten Grades, durch Verübung von 63 Verbrechen, 182 Vergehen, 340 polizeilich-strafbaren Betrügereien an Privatpersonen, so wie durch Verübung des fortgesetzten Verbrechens des Betrugs zum Nachtheile des k. Aerars, zur Arbeitshausstrafe in der Dauer von 8 Jahren und Tragung sämmtlicher Kosten verurtheilt wurde, wobei die Entschädigungsansprüche der Betheiligten der Entscheidung des Civilgerichts vorbehalten bleiben.

Berlin, den 4. Nov. Dem Engländer Paget, dessen Papiere durch die sächsischen Behörden in Dresden auf Requisition der österreichischen Regierung untersucht worden waren, ist durch den britischen Gesandten vollständige Genugthuung zu Theil geworden.

— den 5. Novbr. Von katholischer Seite soll man, wie das Corr. Bur. bestätigt, eine Beschwerde an den Bund richten wollen wegen Verletzung der Parität, und namentlich sollen die katholischen Prälaten zu solchen Schritten angeregt werden.

Die Kammern werden, wie wir hören, am 29. November eröffnet werden.

Der bekannte Prof. Heinr. Leo hat in der N. Preuß. Ztg. die „Reden und Betrachtungen von J. v. Radowitz" einer Besprechung unterworfen, in welcher gegen dieselben die Ankündigung des „Materialismus und Pantheismus" erhoben wird (höchst erbaulich, daß so etwas nun einmal sogar Hrn. v. Radowitz trifft!).

Die Cholera existirt hier so gut als gar nicht mehr: es erkranken höchstens 2 Personen an einem Tage, was in einer Stadt von ½ Million Einwohner nichts bedeutet.

Posen, den 3. Nov. Von der polnischen Grenze geht uns heute die nicht sehr erfreuliche Nachricht zu, daß die von der russischen Regierung seit einiger Zeit bewilligten Erleichterungen im Gränzverkehr mit dem 1. Jan. des nächsten Jahres wieder aufhören sollen. Diese Erleichterungen beziehen sich auf den Verkehr von Personen in dem Gränzrayon, denen sogenannte Paßkarten, womit sie bis auf 3 Meilen diesseits der Gränze reisen durften, verabreicht wurden.

Kiel. Die Vertreibung der schleswigschen Geistlichen bewirkt, daß das Sectenwesen und sogar das Mormonenthum einreißt. In der Schlei taufen die Baptisten und die Frauen laufen den Mormonenaposteln nach.

Wien, den 3. Nov. Die amtliche Wiener Zeitung bringt an der Spitze ihres Blattes einen der Mailänder Zeitung „Bilanzia" entlehnten Artikel mit der Ueberschrift „die neuen Zeiten," welcher nach einer Glorification des neuen französischen Kaiserthums den Satz aufgestellt: „Die parlamentarischen Regierungen haben ihre Zeit ausgelebt; die neuen Zeiten erheischen Personal-Regierungen."

Die Nachricht von einer eingetretenen Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen in der Zollfrage hat sich nicht bestätigt. — Oesterreichische Officiere werden der Leichenfeier in London für den Herzog von Wellington nicht beiwohnen.

Vorgestern hielt die Zollconferenz ihre zweite Sitzung, in der jedoch, wie man hört, nur Formalien vorkamen. Heute findet die dritte Sitzung der Handelsconferenz statt.

Frankreich.

Paris, den 3. Nov. Die Eröffnung der französisch-preußischen Eisenbahnstrecke von Forbach über Saarbrücken nach Neunkirchen wird definitiv am Montag den 15. ds. in Gegenwart des preußischen Ministers v. d. Heydt und des französischen Ministers der Staatsbauten, Hrn. Magne, stattfinden, und durch ein Festmahl in Saarbrücken und einen Festball in Metz verherrlicht werden. Am 16. Novbr. wird die Ludwigshafen-(Mannheim)-Pariser Bahn in ihrer ganzen Länge der Benützung des Publicums übergeben.

— den 6. Nov. Der Moniteur de l'Armee, der schon neulich die Friedensrede von Bordeaux mit einem versteckten Wink des Trostes für die Armee begleitete, erinnert heute recht absichtlich daran, daß das erste Decret, welches der ältere Napoleon als Kaiser unterzeichnete, die Wiederherstellung der Marschallswürde betraf.

Spanien.

Madrid, den 29. Octbr. In den baskischen Provinzen greift die Aufregung um sich, in Folge der in Aussicht gestellten Aufhebung des Privilegiums, betreffend die Freiheit vom Militärdienst. Banden von hundert jungen Leuten durchziehen unter Absingung von patriotischen Liedern die Ortschaften, um die Bewohner von der drohenden Gefahr in Kenntniß zu setzen. Die Burschen sagen, daß sie lieber nach Frankreich flüchten und den Franzosen in Algier dienen wollen, als sich ihres alten Vorrechts berauben lassen.

Rußland.

Petersburg, den 28. Oct. Das in Frankreich sich vorbereitende Kaiserthum Napoleons III hindert die Hofzeitung („Nordische Biene") nicht, in ihrer heutigen Nummer aus Moskau folgendes ihren Lesern im ganzen unermeßlichen Reiche zu erzählen. „Es sind nun 40 Jahre verflossen, seit dem unvergeßlichen Krieg, in unserm engern Vaterland, dessen Spuren zwar verschwunden, dessen schwere Stunden der Prüfung aber im Gedächtniß fortleben, und dem Herzen des Russen unvergeßlich eingegraben bleiben. Am 23. Oct. 1812 war es, als Napoleon, im ohnmächtigen Zorn mit dem Rest seiner Armee den Rückzug antretend, die Verheerung der volksthümlichen moskovitischen Hauptstadt zu vollenden beschloß, indem er seinen Abzug damit bezeichnete, daß er den Kreml in die Luft zu sprengen befahl. Das Andenken an diesen Tag ist von der Kirche aufbewahrt worden, indem sie nach jedem ersten Sonntag nach dem Jahrestag durch feierliche Procession um die wiederhergestellten Mauern des Kreml die Erinnerung daran auffrischte. Aber am jüngsten 40jährigen Jubiläum hat der Generalgouverneur Graf Arsenü Zakrewski den Rückzug der Franzosen von Moskau ganz besonders durch eine erhebende Festlichkeit gefeiert." Es folgt nun die Beschreibung derselben. Unter andern waren sämmtlich noch lebende Kämpfer aus dem Jahre 1812, 894 an der Zahl, zu einem Bankett im Palast eingeladen. Unter den zur Theilnahme an der Festlichkeit Aufgeforderten befanden sich 60 Generale und Senatoren. Die Garnison wurde bei der Gelegenheit ebenfalls fetirt, und zur Erinnerung an die Schlacht von Malojaroslawitz gab die städtische Gesellschaft am folgenden Tag den Invaliden des ismailowskischen Militärhospiciums ein großes Festessen. (N.P.Z.)

Miscellen.

* Als Börne die „Zeitung der freien Stadt Frankfurt" redigirte, fehlte es ihm natürlich nicht an solchen Collisionen, wie deren in einer Reactionszeit jedes freisinnige Blatt zu bestehen hat. Er selbst erzählt: „Auch haben mich die Frankfurter um fünf Gulden gestraft, weil ich nicht recht zu schreiben verstünde." Noch heute lächelt man, wenn man dies liest, aber — gewiß nicht über den, dessen Unwissenheit blamirt werden sollte. —

Es haben bei den letzten Stürmen an den britischen Küsten mehr als hundert Menschen das Leben eingebüßt.

Am 2. Novbr. sind die ersten Versuche der directen electrischen Telegraphenverbindung zwischen Paris und London in ersterer Stadt angestellt worden und zur größten Zufriedenheit ausgefallen.

Von den neuen in Nottingham aus feinstem Eisendraht gewebten Spitzen sind Muster nach Wien gelangt. Der Draht wird auf der Bobbinetmaschine so leicht bearbeitet wie Baumwollgarn. Die Spitzen sehen vortrefflich aus und sind besonders für Fenster und Bettvorhänge, für Häubchen und viele andere Gegenstände verwendbar. Man verspricht dieser neuen Industrie Erfolg und will nächstens Kleiderstoffe aus Eisen weben. (!)

Beleuchtung mit electrischem Licht. Zu diesem Zweck hat sich jetzt in London eine Actiengesellschaft gebildet, gestützt auf das Patent eines Mr. Martin Roberts, der eine Batterie zur Electricitätserzeugung erfunden, auf der ein kontinuirlicher, dem Zwecke entsprechender Strom von Electricität ohne alle Kosten geliefert wird. Dies Letztere ist dem Umstande zu verdanken, daß der Niederschlag, Peroxyd von Zinn, mit kaustischer Soda gemischt, Stagnat von Soda, einen Artikel von großer merkantilischer Nachfrage liefert, der beim jetzigen Preise sogar einen Ueberschuß über die Kosten liefern würde.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 6. Nov. Weizen 20 fl. 30 kr., Korn 18 fl. 9 kr., Gerste 11 fl. 43 kr., Haser 5 fl. 55 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag — Nro. 271 — den 11. November 1852.

Deutschland.

***Speyer.** An den „Errungenschaften" des Jahres 1848 sollten die Juden speciellen Antheil haben: die Beschränkungen gegen sie sollten überall in Deutschland aufhören. Was die Weiterblickenden vorhersahen, trat ein: nach dem Siege der Reaction dehnte sich die Beseitigung der „Errungenschaften" eben auch auf die Juden aus. Eines der sprechendsten Beispiele bietet Oesterreich dar.

In Baiern brachte die Regierung, den deßfallsigen Versprechungen nachkommend, im Jahr 1849 einen Gesetzentwurf in Betreff der Gleichstellung der Juden mit den Christen an den Landtag. Die Abgeordnetenkammer stimmte zu (freilich zum großen Verdruße vieler frommen Mitglieder), die Reichsräthe aber verwarfen den Vorschlag. —

So konnte denn auf dem späteren Landtage von 1851 nur eine theilweise Gleichstellung zu Stande gebracht werden. Ist aber jede halbe Gewährung des Rechtes an sich schon immerhin ungenügend, so hat überdies das Gesetz über „die bürgerlichen Rechte der israelitischen Glaubensgenossen" vom 29. Juni 1851 durch seine Unklarheit eine Unzahl von streitigen Fragen erzeugt, die Gehässigkeiten, Kosten und selbst Chikanen in ihrem Gefolge haben. Es ist unbestreitbar, daß der Gesetzgeber selbst sich in keiner Beziehung klar war über den Umfang dessen, was er gewähren, und dessen, was er verweigern wollte.

Hr. Jacob Gotthelf, der frühere wackere Redacteur des „Bayerischen Eilboten," hat sich durch die wissenschaftliche Bearbeitung des Gegenstandes ein wahres Verdienst erworben. In einer Schrift: „Die Rechtsverhältniße der Juden in Baiern auf Grundlage der neuesten baierischen Gesetze" (München, bei Franz), hat er in das Chaos und die Widersprüche Licht zu bringen gesucht. Bei der Masse und der Verschiedenartigkeit der in den einzelnen Landestheilen Baierns bestandenen Beschränkungen war dies eine mühsame Aufgabe. Wir halten dieselbe trefflich gelöst. Es handelte sich nicht von dem, wie es sein sollte: durch volle rechtliche Gleichstellung der Juden mit den Christen wären alle aufgetauchten gehässigen und chikanösen Anstände hinweggefallen; der Verfasser mußte sich aber auf dem Boden der bestehenden positiven Gesetzgebung halten, und er hat es gethan mit Kenntniß, Unbefangenheit und Scharfsinn.

Wenn man diese Schrift in ihren Einzelnheiten durchsieht, und dann das Wirrsal überblickt, welches in den jenseitigen Landestheilen gerade nach der stattgehabten halben Gewährung entstanden ist, (in dem Buche findet sich wenig darüber) so überzeugt man sich zugleich, wohin man auf dem Gebiete der Gesetzgebung überhaupt und in den Specialitäten kommt, wenn die ursprüngliche Legislation den Boden der Vernünftigkeit und des Rechtes einmal verlassen hat, und der natürlichen Grundprincipien entbehrt. Wie außerordentlich ist z. B. gerade die vorliegende Frage in der Pfalz in einem ihrer wichtigsten Theile dadurch vereinfacht, daß die bürgerliche Gesetzgebung sich um die religiösen Verhältniße nicht bekümmert, diese nicht in ihren Bereich zieht, und darum namentlich die Fragen wegen der Ehe durchaus von dem Gebiete der Staatsgesetzgebung hinwegweist, soferne sie irgend etwas Anderes, als die Verhältniße eines bürgerlichen Vertrages betreffen. In den jenseitigen Gebietstheilen ist dies bekanntlich durchgehends anders, — entgegengesetzt; — wir fragen: was hat man damit gewonnen? gewonnen für das bürgerliche Leben, für den Staat, für die Sittlichkeit, für die Heiligkeit des Instituts selbst? Ein Vergleich zwischen der Pfalz und den übrigen Kreisen möge die Antwort geben! —

***Auswanderungssache.** (Schreiben aus Neu-Braunfels vom 30. August. Beschluß.) Der Weg durch die Prairie ist gräßlich langweilig und ermüdend. Ich zog es daher vor, stets jagend zu beiden Seiten des Wegs, mich voran zu bewegen, hatte dabei auch das Glück, der Gesellschaft mit manchem Braten Freude machen zu können.*) Das Prairiewild besteht in Hirschen, denen aber nicht gut beizukommen, kleinen Hasen, wie die dortigen Kaninchen, aber sehr wohlschmeckend, in Gänsen und mehreren Sorten Enten, Bekassinen und mehreren Sorten Schnepfen, bis zur Größe eines Haushuhns mit gradem und gebogenem Schnabel, letzterer oft von 7—8 Zoll Länge. Das schönste Wild sind jedoch die Prairiehühner, insbesondere die großen. Sie gleichen in Allem den Rebhühner, sind aber noch einmal so groß und sehr schmackhaft. Eine andere, ebenso schmackhafte Art, sind die kleinen. Der Jäger kommt aber ohne Hund nur zufällig heran, weil sie so sehr schwer halten. Die großen gehen gewöhnlich auf 20 Schritt heraus, wie ein Birkhuhn, und ein Fehlschuß ist selten. Das erlegte Wild wurde von den fahrenden Frauen und Kindern im Wagen gerupft und präparirt und des Abends im Kämp gebraten. Vor Vittoria schoß ich eine wilde Gans mit der Spitzkugel in großer Entfernung, die zufällig jung und fett allein genügte, die ganze hungrige Gesellschaft zu sättigen. Bis Vittoria ist die Route noch so ziemlich passabel, dahinter fängt das Land an, wellenförmig zu werden. Schon am Tage unserer Abfahrt mußten hie und da selbst Frauen und Kinder aussteigen, die Männer aber in die Radfelgen greifen, um den Pferden zu helfen, den versinkenden Wagen wieder flott zu machen. Aber hinter Vittoria (einer Stadt von circa 20 Häuschen) hat man jeden Augenblick einen Crick zu passiren. Wir mußten fast alle zu Fuß gehen, und die Folge davon war, daß Frauen und Kinder sich bald die Füße wund gelaufen, weil sie sich nicht auf zweckmäßiges Schuhwerk gestellt hatten. Die Fahrt ging nun sehr langsam voran und wir waren endlich froh, am Sonntag den 22. Febr. die Morrisfarm (circa halben Weg Braunfels) zu erreichen, nachdem wir unter vielen Mühseligkeiten und Beschwerden u. a. drei Nächte im Freien gekämpt und sogar ein Gewitter zu überstehen hatten, wie ich es vorher nie erlebt habe. Unser Zelt wurde vom Sturm hinweggeschleudert und wir und unsere Betten wurden wie aus Eimern begossen, daß kein Faden trocken blieb. Am nachfolgenden Tage war das schönste Wetter, unsere Betten und Kleider wurden in die Sonne gelegt und Alles war um Mittag wieder vollkommen trocken und wir so wohl, wie nach einem Bade. An diesem Tage schoß ich den ersten Hirsch. Die Hirsche sind hier den Edelhirschen ähnlich, aber kleiner (60—100 Pfund schwer). Auf Morrisfarm wurde mit dem Fuhrmann unterhandelt, da er, die Pferde und der Wagen, völlig unfähig waren, uns weiter zu bringen. Er verschaffte uns einen andern mit guten Pferden und Geschirr, dem wir einen Zusatz von 5 Doll. bewilligten,

*) Die Gesellschaft bestand aus 4 einzelnen Auswanderern und zwei Familien, einer von 3 und einer von 8 Köpfen, die letzte die des Briefschreibers, in Allem 15 Personen, worunter 4 Kinder unter 10 Jahren.

wogegen er aber Frauen und Kinder ununterbrochen, von den Männern aber abwechselnd 3 fahren mußte. Aber erst den 27. Febr. konnte die Fahrt fortgesetzt werden, weil der Fuhrmann erst seine Maissaat bestellen wollte.

Schon von Vittoria aus ist das Land nicht allein hügellicher, sondern auch mehr durch Waldungen coupirt; die Bäume sind aber alle durch die Prairiebrände verkrüppelt und nur in den Bottom's (längs der Guadaloupe) sieht man noch schönes Holz und üppigen Wuchs. Mitunter wird man durch eine freundliche Farm überrascht, wo Mais, Tabak und Baumwolle gezogen, Vieh- und Pferdezucht aber ins Große getrieben wird. Außer, daß wir noch einmal im Kämp, Nachts, ein starkes Gewitter zu bestehen hatten, ging die Fahrt nun gut und flott von statten. Den 27. passirten wir Gonzales, den 28. eine sehr schöne, vorherrschend bewaldete Gegend, voller Farmen, Feuersteinhügel mit großen Cactus verschiedener Art, große Jucas und Sandsteinlager, den 29. kämpten wir 2 Meilen vor Seguin, eine freundliche texanische Stadt, die wir am 1. März Vormittags passirten, und gegen 3 Uhr Nachmittags waren wir in dem längst ersehnten Braunfels am Ziel unserer Reise. Wir waren Alle gesund. S. und Dr. W. reisten weiter nach St. Antonio de Berar (30 M.) und der Baron D. ins Gebirge zu seinem Bruder, wo er jetzt Fenzriegel schlägt. Wir bezogen gleich ein Haus, was N. für mich gemiethet und was wir bis jetzt bewohnen. Wir richteten uns so wohnlich als möglich ein, unsere Betten wurden auf dem Fußboden gespreitet, ein Wagen Muskitholz gekauft und bald darauf flackerte das Feuer im Herde vor dem Hause. Nahrungsmittel, hier alle sehr theuer, wurden herbeigeschafft, und nach langer Zeit waren wir wieder im Kreise der Familie zu Tisch, wenn man aus Mangel eines Tisches einen rohen Bretterverschlag so nennen darf. Nachdem ich mich von den Reisemühseligkeiten genügend erholt, machte ich einige Excursionen (zu Pferd) in die Umgend von Braunfels. Eine Tour ins Gebirge, 14 M. von hier, woran eine große Gesellschaft, worunter mehre Frauen, alle zu Roß, Theil nahmen, machte meine Frau sogar mit, wo wir 2 Nächte unterwegs im Freien kämpten. Eine Kuh mit Kalb kaufte ich zu 12 Doll., welche meiner Familie die nöthige Milch liefert, und bald hoffe ich das zweite Exemplar in meiner Penne zu haben, um auch unsere eigene Butter machen zu können. Bis in den April hatten wir abwechselnd 17—20° R., außer den Nordertagen; bei unserer Ankunft war schon aller Bottom (Uferholz) so grün, wie der Hofgarten in Düsseldorf im Mai. Die wilden Trauben waren schon ausgelaufen. Einige starke Gewitter brachten eine Masse Wasser und hatten immer sehr unfreundliche Norder im Gefolge, die, wenn sie ungehemmt fassen können, alle Pflanzungen zerstören und obgleich diese Nordwinde das Thermometer nicht unter den Gefrierpunct brachten, so wirken sie doch auf den Menschen empfindlicher, als dort eine Kälte von 10° R.

Im April machte ich eine Reise nach St. Antonio, um S. zu besuchen und mir ein Pferd zu kaufen. S. nebst Frau lagen am klimatischen Wechselfieber darnieder, sind aber jetzt wieder besser. Ein Pferd kaufte ich zu 15 Doll., welches, als zu schwach befunden, ich später vertauschte, indem ich 5 Doll. zugab. Nun hatte ich zwar ein schönes, kräftiges und munteres Ponny, aber es ist mir vor einem Monat entlaufen und bis jetzt habe ich es noch nicht wieder. — Einige geometrische Arbeiten habe ich auch schon gemacht, die hier gut bezahlt werden (in zwei Tagen verdiente ich 17 Doll.), aber so lange man nicht gehörig bekannt ist und sich Vertrauen erworben hat, kommen sie noch zu selten vor. Was die Anlagen von Eisenbahnen in Texas anbelangt, so scheint dies noch in weitem Felde zu liegen, obgleich die Projecte zu einer Bahn von St. Antonio bis an den Golf, schon im Winter vor meiner Ankunft gemacht wurden. — Auch besuchte ich am Cibalo mehre Düsseldorfer.

Mit dem Beginn der deutschen Einwanderung, die trotz allem Schreiben und energischen Abrathen, noch immer massenhaft im Frühjahre stattfindet, resp. hier im Juni und Juli eintrifft, werden besonders hier in Braunfels, als das gewöhnliche Endziel der Reise, eine Masse Krankheiten eingeschleppt, und namentlich die frischen Einwanderer sterben wie die Fliegen, aber es kann auch nicht fehlen, daß sich der Krankheitsstoff auch weiter verbreitet; so haben wir jetzt auch hier die Cholera, die eine für Braunfels sehr bedeutende Zahl von Opfern gekostet hat, und noch täglich fordert. Außer hier, herrscht sie in den Orten an der Indianola-Route und sonst nirgends. — Ich will Dir jetzt noch einige Resultate meiner Untersuchung und bisherigen Erfahrungen mittheilen, die ich vielleicht, wenn ich einmal einige Jahre hier bin, zum Theil redressiren muß, aber jetzt meine eigene Ansicht über Texas bilden.

Der Westen von Texas, von der Küste bis ins Gebirge, ist im Allgemeinen Holz- und Wasserarm und ich verdenke es den Schriftstellern über Texas sehr, daß sie von diesem Theil des Landes das Gegentheil behaupten. Bauholz findet sich nur in den Bottom's der Flüße, zum Einfenzen ist nur im Gebirge, meistens kurzes verkrüppeltes Cedernholz zu haben, was jedoch schon sehr theuer wird und viele Farmer machen statt der Holzfenzen Gräben, die sich aber auch nicht bewähren. Das Wasser findet sich im Sommer nur in den Flüssen und das ist die Ursache, daß die Farmer nur mit wenigen Ausnahmen an solchen ansiedeln, und daß in Texas Millionen Acres des schönsten Landes für Menschen und Vieh unbenutzbar sind, weil sie verdursten würden. Ich hörte neulich von einem Texaner behaupten, daß z. B. zwischen hier und Seguin alles brauchbare Terrain besettelt oder doch dazu verkauft sei, und doch sieht man auf der ganzen Route von 12 Meilen von hier bis dort, die vielleicht eine Meile seitwärts des Flusses liegt, fast nichts als eine unabsehbare Prairie, die wasserarm, sich nicht zum Setteln eignet. Der Boden besteht bis Braunfels aus schwerem Humus, der aber gleich eine Unterlage von schwarzem Thon hat. Erstrer nimmt nicht schnell Wasser auf, weil er zu fett ist und zu fest von der Sonne ausgetrocknet wird, letztrer läßt keins durch. Die Folge davon ist, daß die nicht eben häufigen aber starken Regengüsse plötzlich die sonst trocknen Cricks zu reißenden Flüssen umwandeln, wodurch dann auch die Hauptflüsse sehr anschwellen. Die Guadaloupe stieg im vorigen März in einem Tage 40 Fuß (?) über den gewöhnlichen Wasserstand und in wenigen Tagen war sie wieder normal und die Cricks wieder trocken. Aus den obigen Gründen wird Texas stets schwach bevölkert bleiben, und sich vielleicht auf das Doppelte der jetzigen Bevölkerung mehren können, d. h. auf circa eine Million im Ganzen oder 2 Köpfe per (engl.) □Meile, und daher bei dieser armseligen Bevölkerung nie sich zu Fabrik- und andern industriellen Anlagen eignen, es müßte denn der bisher unbekannte, nur von Indianern bewohnte größere Theil des gebirgigen Texas, der aber denselben erst geraubt werden muß, die Aussicht günstiger stellen. Berücksichtigt man dabei die schlechten, gefährlichen Häfen, die schlechten Communicationsmittel und die Temperatur, welche eine regelmäßige Arbeitszeit stört, so wird diese Ansicht noch mehr bestätigt. Der Boden liefert übrigens Alles, was zum comfortablen Leben erforderlich, wenn der Ankömmling erst weiß, wie und wann er denselben zu dieser oder jener Frucht benutzen soll; so lange das nicht, hilft keine frühere Erfahrung, sondern nur das Glück des Zufalls. Viehzucht und Pferdezucht werden immer die Hauptsache sein, und wer ein Capital von 5—10,000 Doll. darin anlegt und den Acker nur für den eignen Bedarf bepflanzt, darf bei einem comfortablen Leben auf eine starke progressive Vermehrung seines Capitals rechnen, ohne sich stark zu plagen.

Wissenschaft und Kunst werden hier nie gepflegt werden, geselliger Verkehr stets arm bleiben, weil die Hitze träg und stumpf macht. — So weit lieber Freund! meine Ansicht jetzt über Texas.

Dr. Gerhardy hat vollkommen recht, daß er zurückging. Auch ich könnte unter Umständen zurückkommen, welche vielleicht der inlieg. Brief ordnet; wo nicht, werde ich mich vielleicht am Coleto, zwischen hier und Indianola, ankaufen, wo es mir am besten gefallen. Vorläufig habe ich für 100 Doll. ein Stück Land von 20 Acres = 30 preuß. Morgen in der Nähe von Braunfels angekauft, welches ich aber zu jeder Zeit mit Nutzen wieder verkaufen kann.

Stuttgart. Einem Berichte über den Communistenproceß in Köln fügt der „Beobachter" folgende Bemerkungen bei: Die preußische Policei hat sich in dieser Angelegenheit mit nichts weniger als mit Ruhm bedeckt. Gegen das angebliche Londoner Protocoll, welches den Inhalt dortiger Communistenberathungen enthalten und durch Bestechung der Marx'schen Umgebung in die Hände des Policeiraths Stieber gekommen sein soll, ist außer Justizrath Müller nun auch Martens in Hamburg aufgetreten, mit dem Erbieten, eidlich zu beschwören, daß dasselbe Unwahrheit enthalte. Dieses Protocoll, welches Hr. Stieber von einem Communisten, der es in London gestohlen, erkauft haben will, ist denn auch so anrüchig geworden, daß der Staatsanwalt in Köln sich nicht mehr darauf zu berufen wagte, weil, wie er sagte, seine Echtheit nicht erwiesen sei. Zum größten Schmerz für Hrn. Stieber kommt nun auch noch der „Morning Advertiser" und gibt ihm zu verstehen, er solle sich ja nicht mehr in London blicken lassen, nachdem er gerichtlich bekannt, daß er auf englischem Boden durch unerlaubte und nach englischem Recht schwer verpönte Mittel — durch Benutzung eines Diebstahls — sich in den Besitz fremder Actenstücke gesetzt habe. Wie auch der Kölner Proceß enden mag, so viel ist gewiß, daß die Policei noch übler dabei wegkommt als die Communisten.

München, den 6. Novbr. Nachdem gestern die Beerdigung des im Duell gefallenen Baron v. Coester verschoben ward, um ein kirchliches Begräbniß zu erwirken, wurde derselbe heute ohne die rituellen Ceremonien begraben. Eine Menge Cavaliere, Officiere, so wie Honoratioren erwiesen dem Hingeschiedenen die letzte Ehre und ein Männerchor gedachte desselben durch einen Trauergesang. (Augsb. Aztg.)

— den 7. Novbr. Die aus hiesigen Blättern in die heutige Allgem. Ztg. übergegangene Nachricht von einem Duell, das zwischen zwei Officieren stattgehabt haben soll, entbehrt jeder Begründung. Es hat ein derartiges Duell nicht stattgefunden, und der Rittmeister von H., den die Blätter getödtet sein ließen, erfreut sich des besten Wohlseins. (Allg. Ztg.)

Frankfurt, den 7. Nov. Der Nachfolger des Bundespräsidialgesandten scheint noch nicht definitiv ernannt.

Offenbach, den 8. Nov. Gestern Abend gegen 10 Uhr fand auf dem Wege nach Oberrad in der Nähe des Chausseehauses eine bedeutende Schlägerei zwischen baierischen Soldaten und mehreren Leuten von hier, welche von Oberrad zurückkehrten, statt. Dem Vernehmen nach hatten die Soldaten eine Frau arg insultirt und dieselbe sogar lebensgefährlich am Kopf vermittelst eines Säbelhiebes verwundet. In Folge dessen entspann sich ein erbitterter Kampf, wobei mehrfache Verwundungen vorkamen. Noch sind die Blutspuren davon deutlich auf dem Wege zu sehen. Einer der Soldaten wurde heute Morgen todt auf dem Felde gefunden, zwei andere hatte man gestern Abend gefänglich eingebracht. Näheres wird sich aus der Untersuchung, die sogleich eingeleitet wurde, ergeben. (Fr. J.)

Schwerin, den 5. Nov. Das zweite Erkenntniß gegen den bekanntlich seit dem Herbst 1849 wegen Majestätsbeleidigung 2c. in Criminaluntersuchung und Haft sich befindlichen Literaten J. Polentz von hier ist jetzt von der Schweriner Justizkanzlei gesprochen. Dasselbe lautet auf 3 Jahre Festung und 2000 Thlr. Geldbuße, oder im Falle des Unvermögens noch 6 Monate Festung. In der ersten Instanz wurde Polentz, wenn wir nicht irren, zu 12jähriger Festungsstrafe verurtheilt.

Berlin. (Ein politischer Tartüffe.) Im gegenwärtigen Augenblick wird in Berlin ein Buch stark besprochen, das den Titel führt: „Briefe über Staatskunst." Dasselbe wird einem Führer der äußersten Rechten zugeschrieben, wenigstens bewegt es sich in denselben Anschauungen und derselben Phraseologie, welche der Rundschauer der „N. P. Z." allmonatlich zum Lesen gibt. Diese Briefe gehen zunächst darauf aus, den Beweis zu bieten, daß ein Eid auf eine Verfassung, welche von dem Gift des Constitutionalismus durchdrungen ist, eine Sünde sei, daß, wenn der Eid geleistet, die Sünde reumüthig zu bekennen und der Eid zurückzunehmen sei. In einer sogenannten patriotischen Phantasie hat der Verfasser der „Briefe über Staatskunst" sich den Act ausgemalt, der bei dieser Gelegenheit stattfinden müßte. Oeffentlich in der Hauptkirche des Landes soll der Landesfürst, „schwarz gekleidet, ohne Hut und Handschuhe" vor dem ältesten und frömmsten Geistlichen des Landes seine Sünde bekennen und sich absolviren lassen. So verlangt es diese sogenannte „patriotische Phantasie."

Magdeburg, den 7. Nov. In Bezug auf die freien Gemeinden scheint jetzt, wol in Folge höherer Befehle, eine mildere Behandlungsweise bei den Aufsichtsbehörden Platz gegriffen zu haben; wenigstens hören wir nicht mehr von Verurtheilungen der beiden Prediger der hiesigen freien Gemeinde zu Geldstrafen u. dgl., wie es früher so oft vorkam, und die Gemeinde wächst nach Innen und Außen. Zum Baue ihres Gemeindehauses sind allein nahe an 5500 Rthlr. durch freie Spenden zusammengekommen.

Schweiz.

St. Gallen. Dieser Tage schickte die hiesige Kantonokanzlei ein Wanderbuch an die preußische Gesandtschaft in Bern, welche in Abgang eines badischen Geschäftsträgers auch die Legalisationen für Baden besorgt. Das Wanderbuch kam jedoch ohne Visa mit folgendem Schreiben zurück: „Bei Rücksendung des anliegenden Wanderbuchs bemerken wir Ihnen unter Versicherung vollkommener Hochachtung, daß die badische Regierung keinem Handwerker aus der Schweiz den Eintritt in das Großherzogthum gestattet. Bern, den 2. Nov. 1852. Berlancourt." — Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntniß und geben uns der Erwartung hin, daß die Bundesbehörden das Geeignete verfügen werden. (St. G.-Z.)

Frankreich.

*Es liegt vor uns die Rede, mit welcher der Präsident des Senats (Jerome Bonaparte) am 5. ds. diesen Körper ansprach. Wir finden darin nichts als Napoleonische Lobeserhebungen, und erachten deßhalb die Mittheilung nicht nöthig. Mit Verwunderung lesen wir daher in unserer Pariser Correspondenz, daß die Blätter der französischen Hauptstadt dieses Actenstück nicht abdrucken dürfen, und daß die belgischen Blätter, welche dasselbe enthielten, deßhalb beschlagnahmt worden seien. — Nachträglich noch die Notiz, daß der Senat das Consultum wegen Wiederherstellung des Kaiserreichs (am 7., nicht am 6.,) mit Stimmeneinhelligkeit annahm.

Die Volksabstimmung über die Aenderung der Regierungsform ist auf den 25. Nov. anberaumt. Der gesetzgebende Körper ist auf den 25. Nov. einberufen.

Aus dem östlichen Frankreich, den 1. Novbr. Der Schw. Merk. theilt aus einem Privatbrief Folgendes mit: Die Begeisterung für das Kaiserreich ist so groß und allgemein durchaus nicht, als man es in Deutschland zu glauben scheint. In meinen Freundschaftskreisen und im Allgemeinen unter den höheren Classen der Gesellschaft unserer Gegend kenne ich wenig Parteigänger des Kaiserthums.... Unter den vielen Adressen für die Wiederherstellung des Kaiserthums befindet sich auch die des Stadtraths einer bedeutenden lothringenschen Stadt,

obwol notoriſch alle Mitglieder gegen ein einziges nicht dafür waren. Sobald der Vorſchlag einer Adreſſe einmal gemacht war, glaubte aber der Stadtrath nicht mehr Umgang davon nehmen zu können, ohne in den Mißcredit feindlicher Stimmung zu kommen. Die Adreſſe wurde nun ſo neutral gehalten wie möglich, aber dennoch hernach den Kaiſeradreſſen beigezählt. Dies gibt einen Maßſtab für ähnliche Adreſſen!

Italien.

Lombardei. Nach piemonteſiſchen Blättern werden die Gefangenen in Mantua barbariſch behandelt, indem vor Kurzem mehre blutig geprügelt wurden. (S. N.-3.)

Großbritanien.

London, den 5. Nov. Der Präſident der engliſch-proteſtantiſchen Allianz, Lord Shaftesbury, hat im „Herald" die Reſultate der nach Florenz abgegangenen Deputation bekannt machen laſſen, die nichts weniger als erfreulicher Art ſind.

Dänemark.

Kopenhagen, den 4. Nov. In einer unterm 25. Oct. hier erlaſſenen Bekanntmachung des Miniſteriums für das Herzogthum Schleswig finden ſich nachſtehende Beſtimmungen: Die däniſche Sprache iſt ausſchließlich Gerichts- und Geſchäftsſprache in dem Tönninglehnſchen, in der Probſtei Hadersleben, in dem Bisthum Alſen und Arröe mit den auguſtenburgiſchen Gütern, in den Probſteien Apenrade und Sonderburg ꝛc. Sowol deutſch als däniſch wird die Gerichts- und Geſchäftsſprache ſein: In der Propſtei Flensburg, in der Stadt Tondern, in den zur Propſtei Huſum und Bredſtedt gehörigen Kirchſpielen und endlich in den zur Propſtei Gottorf gehörigen Kirchſpielen ꝛc. In der Stadt Flensburg dagegen, ſo wie in allen oben nicht genannten Diſtricten des Herzogthums Schleswig iſt die Gerichts- und Geſchäftsſprache ausſchließlich deutſch.

Vereinigte Staaten.

Ueber den Vorgang mit der „Crescent City" meldet ein Schreiben aus **New-York** vom 20. Oct. folgendes nähere: „Seit vorgeſtern (Montag 18.) gährt New-York wie ein Geyſer. Da war erſtens ein Maſſen-Meeting für Pierce und King, die democratiſchen Präſidentſchaftscandidaten; dann kam General Scott und die Whigs donnerten für ihn; dazu endlich die (falſche) Nachricht, daß die Spanier auf die „Crescent City" gefeuert hätten, und daß dieſes Schiff die Bucht herauf ſegle. Sogleich improviſirte die Maſſe Proceſſionen mit cubaniſchen und „Einſamen Stern"-Fahnen; die Batterieſchanze, die Werften und Kais waren ſchwarz von Menſchen, die den braven Capitän Porter anjubeln wollten. Aber das kommende Schiff war der „Texas." Geſtern kam erſt die „Crescent City" von Havana zurück, wo ſie auf die gröbſte Weiſe zum zweitenmal beſchimpft worden war. Sie lief am 14. bei Tagesgrauen unbemerkt und unbeläſtigt in den Hafen von Havana ein, aber bei Sonnenaufgang kam der Hafencapitän an Bord und erkundigte ſich nach Hrn. Smith, dem Proviantmeiſter. Als er hörte, daß Hr. Smith noch immer auf dem Schiffe diene, erklärte er, die „Crescent City" könne bleiben oder abfahren wie ſie wolle, aber jeder Verkehr mit dem Ufer bleibe ihr unterſagt. Capitän Porter wollte dagegen proteſtiren und verlangte den americaniſchen Conſul zu ſehen. Der Hafenbeamte aber erklärte, darüber erſt die Weiſung des Generalcapitäns einholen zu müſſen, und umſtellte beim Abſchied das Schiff mit einer Flottille von Kähnen, in denen ſpaniſche Policeileute ſtanden. Um 9 Uhr kehrte der Hafenbeamte zurück und meldete, daß es Capitän Porter nicht geſtattet werden könne, dem americaniſchen Conſul ſeinen Proteſt zu übergeben. Wozu iſt denn, fragte Hr. Porter, ein americaniſcher Conſul auf Cuba? Kennen Sie das Völkerrecht? Der Hafenbeamte zuckte die Achſeln und berief ſich auf höhere Inſtructionen. Als er ging, wurde zur Abfahrt geheizt. Schon begannen die Schaufelräder zu plätſchern, als es hieß, Herr Morales, Agent des Hauſes Drake und Comp., habe Erlaubniß mit dem Dampfer zu verkehren, wenn Hr. Smith demſelben ein Rechtfertigungsſchreiben an den Generalcapitän übergeben wolle. Offenbar war es darauf abgeſehen, der Crescent City eine förmliche Entſchuldigung abzulocken. Capitän Porter jedoch verſchmähte es, ſich ſo weit herabzulaſſen und commandirte zur Abfahrt. Erſt im letzten Augenblick durfte der Conſul Morales unter Aufſicht an das Schiff heranfahren und Porters Proteſt ſich über die Bordwand herabreichen laſſen. Es blieb ihm verwehrt an Bord zu gehen oder durch die Crescent City heimzuſchreiben. Als der Dampfer endlich mit dem Sternenbanner auf der Spitze des Vordermaſtes am Zollhaus vorüberflog, ſtanden Tauſende Cubaner am Ufer, und viele entblößten achtungsvoll ihr Haupt."

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1298] **Dankſagung.**

Für die bei dem Leichenbegängniße von Johannes Büttner von Maudach bewieſene innige und ungeheuchelte Theilnahme ſagen herzlichen Dank

Deſſen Wittwe und Geſchwiſter.

[1297a] Ein wohlerzogener junger Menſch kann bei einem Buchbinder, auf dem Lande, gegen annehmbare Bedingungen in die Lehre treten. Frankirte Briefe beſ. die Exped.

☞ Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleiſtet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreiſung ſein wird, mit der Zuſicherung einer äußerſt ſchnellen Heilkraft. ☜

Königl. bayeriſch und königl. würtembergiſch conceſſionirte

Univerſal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geſchwollene Glieder, beſonders Kreuz-, Rücken- und Kopfſchmerzen, auch Seitenſtechen.

Beſonders in jüngſter Zeit vom königl. bayeriſchen und königl. würtembergiſchen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchſt preislichen Miniſterien in Baiern und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweiſung koſtet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ 30 kr.

Atteſt.

Daß mich die Univerſal-Gicht-Leinwand von meiner heftigen Gicht im Kopfe binnen wenigen Tagen vollkommen heilte, obwol ich früher nutzlos alle möglichen Mittel anwandte, und hier öffentlich bezeuge und Kraft meiner Unterſchrift beſtätige.

Stadt-Steyer, den 15. Juni 1851.

Vinzenz Stamberger,
Schloſſermeiſter in Steyer.

☞ Dieſe Gichtleinwand iſt in Speyer einzig und allein zu bekommen in der Handlung von **Louis Cron**, und in Kirchheimbolanden bei Buchhändler **Ruff.** [1270]

[1299a] **Am 1. & 2. December 1852**

findet die Ziehung der von der freien Stadt Frankfurt a. M. garantirten Geldverlooſung ſtatt. Die Hauptpreiſe derſelben ſind: 200,000, 100,000, 40,000, 25,000, 2 à 20,000, 2 à 15,000, 12,000, 3 à 10,000, 2 à 6000, 3 à 5000, 3 à 4000, 12 à 2000, 86 à 1000 fl.; außerdem 12,500 Gewinne geringeren Betrages.

Das unterzeichnete Handlungshaus, welches von der Regierung mit dem Verkauf der Original-Looſe beauftragt iſt, erläßt 1/1 Looſe à 6 fl., 1/2 à 3 fl., 1/4 à 1 fl. 30, 1/8 à 45 kr., und verſpricht bei pünctlicher Ausführung der Aufträge die reellſte Bedienung.

Heinrich Steffens;
Comptoir, Mainſtraße 10 in Frankfurt a. M.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 272 | den 12. November 1852.

Deutschland.

(:) **Aus Altbaiern,** Anfangs November. Ich habe lange geschwiegen. Sollte ich auch nicht? Hätte ich den Wagen in seinem Laufe verfolgen sollen, der seit zwei Jahren so mächtig rückwärts rollt? Ich bin in der That nicht genial genug, um auf der einen Seite dem Wahrheitsdrang des Herzens zu genügen und auf der andern den 55...Paragraphen des Preßgesetzes zu entgehen — und laviren mag ich nicht. Ein jedes politische Wort ist ein Stück aus meinem Herzen. In bewegten Zeiten mag es sich der Mühe lohnen, mit seinem Herzblut zu sprechen und zu schreiben; der empfängliche Stoff ist allerwärts vorhanden und ein Funke zündet; nicht so ist es in den Tagen der Abspannung; hier vermag eine tausendfältige Kraft das nicht zu leisten, was in lebendigen Tagen die einzelne leicht durchführt und der Eine reibt sich auf, wie jener amerikanische Matrose, der mit dem Rufe „ich sterbe für Jackson!" sich in das Meer stürzte, indeß die Anderen mit kalter Indifferenz Alles hinnehmen, und die, welche helfen könnten, ob der vertrauenden Einfalt des Rathgebers lächeln. Ein Leitartikel in unseren Tagen lenkt nicht diejenigen, für welche er geschrieben ist; er ist blos ein Leidartikel, ein Denkmal, auf das Grab zerstörter Hoffnungen gesetzt. Aber auch solche Grabsteine haben manchmal ihr Gutes, darum auch in jetzigen Tagen von Zeit zu Zeit einige Worte. Man glaubt oft in Handlungen und Ereignissen, die mit früheren Aehnlichkeit haben, lediglich eine Wiederholung zu sehen, man glaubt oft eine scharfe Consequenz zu finden, wenn man eine gewisse einheitliche Idee gewahr wird. Und doch, näher betrachtet ist dem nicht so. Wir haben in früheren Zeiten gesehen, wie der Bundestag in die Einzelstaaten eingegriffen, dasselbe haben wir in Württemberg, Hessen, Frankfurt rc. vor Kurzem wieder erlebt; wir haben in früheren Zeiten die Wahlfreiheit beschränken, die Rechte der Kammern verkürzen sehen; dasselbe hat sich in neuester Zeit wieder ereignet; man hat früher die Lehr- und Lernfreiheit auf Universitäten beschränkt, dasselbe ist jetzt von neuem geschehen; man hat früher statt der in der Bundesacte verheißenen Preßfreiheit allgemeine Preßschranken eingeführt, dasselbe wird in unseren Tagen wieder versucht. — Hier haben wir überall das Alte in erneuter Gestalt, hier haben wir überall eine anscheinend scharfe Consequenz, die Consequenz, daß der März ausgemerzt, daß alle seine Kinder vernichtet werden sollen. Und doch ist dem nicht so. Man ist fürs Erste nicht bei dem stehen geblieben, was die jüngsten Jahre ins Leben gerufen; bereits liegt eine Schöpfung in den letzten Zügen, die nicht erst dem März ihr Entstehen verdankt, eine Schöpfung, die trotz aller Competenzbezweiflungen zu den segensreichsten gehört; man hat aber fürs Zweite ein Moment fast gänzlich übersehen, das ein erklärendes Licht auf die Vergangenheit wirft und vielleicht manches künftige Ereigniß im Voraus errathen läßt. Die revolutionären Schöpfungen sollen zertrümmert werden, das ist das Princip, welches in den Staaten und Städtlein Deutschlands jetzt als Urquell politischer Weisheit betrachtet wird. Von wann aus aber fängt man zu datiren an? Es gibt Leute, die schon Wunder was zu thun glauben, wenn sie einen beliebigen Punct in der Geschichte sich wählen und auf ihn wie auf den Mittelpunct eines Zirkels alle Radien zurückführen; weiter zurückzugehen gibt die mangelnde Einsicht, vielleicht auch die Opportunität nicht zu. Die Weltgeschichte aber sowie die Geschichte Deutschlands beginnen nicht erst mit dem Jahre 1815, und wenn auch in Oesterreich keine Lehrer der Weltgeschichte mehr angestellt werden und in Sachsen die allgemeine Geschichte unter den Zwangsfächern nicht angeführt ist: so gibt es doch noch Leute genug, welche wissen, daß auch vor dem Entstehen der Bundesacte so Manches bestand, was nur auf dem Boden der Thatsachen hervorwuchs. Was geschehen ist, ist geschehen, mag man es auch gerne sehen, wenn ein Schleier davor gehüllt ist. Auf dem Boden der Thatsachen ist das Reich in Trümmer gegangen, auf dem Boden der Thatsachen ist die Unabhängigkeit der Einzelstaaten entstanden, auf dem Boden der Thatsachen hat Preußen eine Weltstellung sich erobert, auf dem Boden der Thatsachen hat die Reformation einen westphälischen Frieden sich erzwungen. Wer diese Momente übersieht und in den allgemein maßgebenden Ruf mit einstimmt, der ist eben inconsequent, er bekämpft den Boden, auf dem er selbst steht, er baut seine eigene Existenz in die Luft und hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn früher oder später die selbstgebrauchte Waffe gegen ihn gelenkt wird. Mitten in dieser Inconsequenz hat nur ein quasi-deutscher Staat sein Ziel unablässig verfolgt, es ist Oesterreich. Oesterreich hat bewirkt, daß man nicht beim März stehen geblieben, es hat das Band zertrümmert, welches einen großen Theil der deutschen Staaten ohne seine Suprematie zusammengehalten; Oesterreich war und ist unablässig bemüht, nicht nur seine Hausmacht zu verstärken, sondern durch sein divide et impera, durch vorgespiegelte materielle Vortheile, sowie durch scheinbare Unterstützung, Italien und Deutschland seiner Macht zu unterwerfen; die Wiedererrichtung der Jesuitenklöster, die umfassenden der katholischen Kirche gewährten Freiheiten, sowie anderseits die Zurücksetzung der übrigen Confessionen, beweisen, daß man in Oesterreich auch bezüglich der kirchlichen Verhältniße an die Schöpfungen der Reformation bereits Hand anlegt. Oesterreich hat eine klare Idee, die es mit aller Consequenz verfolgt; ob man im übrigen Deutschland ihm die Hand zur Unterstützung bieten, ob man ein solches Ziel erreichen helfen will, mag von anderer Seite entschieden werden. Dixi et salvavi animam meam.

* **Vom Rheine.** Wie stark die (seit Jahren immer vermehrten) Auswanderungen sind, nimmt man am deutlichsten wahr, wenn man einzelne Classen ins Auge faßt, über welche es specielle Notizen gibt. Am zahlreichsten ist die Emigration unter den Jünglingen und noch nicht ansäßigen jungen Männern. Es begreift sich dies unter allen Verhältnißen, auch wenn sie nicht eine Militärpflicht zu leisten hätten, denn sie sind noch nicht durch eine Familie gebunden, sie müssen sich ihre Existenz erst begründen. Allein jener Verpflichtung suchen sich auch Viele zu entziehen. So hat man denn, wie ich glaubhaft erzählen höre, in verschiedenen Gegenden ansehnliche Lücken in der Zahl der Conscriptionspflichtigen wahrgenommen.

* **Büchelberg,** den 6. Nov. Am 1. Novbr. starb nach kurzem Leiden in einem Alter von 45 Jahren unser geachteter Mitbürger Kaspar Braun, — ein Mann, der durch fleißiges Lesen lehrreicher Schriften sich viele Kenntniße und feste Ansichten von Gott, Religion und der Bestimmung des Menschen erworben hat. In dem süßen

Bewußtsein, als ehrlicher, redlicher Mensch in seinem Wirkungskreis gelebt zu haben, glaubte er mit Gott und seinem Gewissen im Reinen zu sein, um die Reise in das Jenseits antreten zu können, und hat den Antrag der Herbeirufung des Hrn. Pfarrers bescheiden abgelehnt. Deßwegen wurde das kirchliche Begräbniß verweigert. Obschon nun aber kein Glockenzeichen gegeben wurde, so hat sich doch ein Leichenzug gebildet, den an Größe hier noch wenig übertroffen haben. Sowol im Hofe des Heimgegangenen als auch auf dem Friedhofe wurden gewöhnliche und auch vierstimmige Trauerlieder abgesungen. Am Grabe selbst sprach ein Freund des Verblichenen einige Worte über das bittere Scheiden durch den Tod und die süße Hoffnung des Wiedersehens. Auf dem Rückwege hörte man von Vielen den Wunsch äußern „so wie unser Freund möchte auch ich einmal beerdigt werden." Gendarmen waren Zeugen dieser Feierlichkeit.

• **Speyer.** Die Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten sind zahlreicher, als zu irgend einem andern, uns näher gelegenen Lande, und sie vermehren sich von Tage zu Tage. Wir haben nun Postverträge zur Erleichterung des Verkehrs mit Ländern, zu denen wir in sehr wenigen Beziehungen stehen, und die Nachricht von jedem derartigen neuen Vertrage wird stets mit Dank vernommen. Dagegen ist die Correspondenz mit Nordamerika keineswegs auch nur annähernd so erleichtert, wie mit so ziemlich allen andern Staaten der civilisirten Welt. Es scheint insbesondere, daß es an geeigneten Verträgen mit den Posten derjenigen Länder fehlt, durch welche die Correspondenz (zwischen unsern Gegenden und Amerika) transitirt, oder es scheinen dort Mißbräuche vorzukommen, oder Unordnungen in der Weiterspedition. Ein Brief aus der Union zu uns kostet, durch die Liverpooler Dampfschiffe befördert, meistens etliche vierzig Kreuzer. Welche Abweichungen aber vorkommen, mag man daraus ersehen, daß wir dieser Tage einen Brief erhielten, der, beiläufig ein Loth schwer, 1 fl. 57 kr. kostete, obwol, wie der amerikanische Poststempel mit zweimal aufgedrucktem „paid" bewies, wenigstens das Porto für den Bereich der Union bei der Aufgabe bezahlt worden. Vermuthlich war das Mißverhältniß durch die engl. Postbehörde veranlaßt, welche (gegen die ausdrückliche Briefaufschrift) die Sendung über Frankreich richtete. Liegt auch sehr wenig an einem einzelnen Falle, so ist dagegen ein Ordnen des ganzen Verhältnisses gewiß nothwendig.

München. Unser oberbaierischer Landrath hat manchmal seine Meinung recht offenherzig der Regierung zu erkennen gegeben. So z. B. fand derselbe die Errichtung einer Ackerbauschule für den ganzen Kreis sehr vortrefflich; nur will er nicht, daß eitel Buchbauern dort herangezogen werden, die jungen Leute sollen wenigstens zwei Drittel, wo nicht gar drei Viertel ihrer Zeit auf den practischen Unterricht verwenden und allzumeist auf den Feldern der Nachbarn, wo sie bei erfahrnen Bauersleuten manch' Gutes absehen können, sich recht tüchtig umschauen. Auch sollen die Ackerbauschüler, welche für die ihnen zu Theil werdende Büchergelahrtheit gebührlich blechen müssen, hinwieder für ihre Arbeiten entschädigt werden, die sie dem Staatsgute leisten und nach Umständen auch besonders belohnt werden. (Mchnr. Bote.)

— den 7. Novbr. Ueber das Ableben des Herzogs von Leuchtenberg fehlen noch nähere Nachrichten. Kurz nach dem Eintreffen der Todesnachricht kam gestern mit der Post noch ein Schreiben des Herzogs hier an, welches vom 29. v. M. datirt war; der Herzog konnte also noch wenige Tage vor seinem Ende thätig sein. Auf den ältesten Sohn des Herzogs, den am 4. Aug. 1843 gebornen Prinzen Nicolaus Maximilianowitsch, geht die Standschaft und die Reichsrathswürde in Baiern über, so daß nach dessen Volljährigkeit die Kammer der Reichsräthe einen Russischen Prinzen unter ihren Mitgliedern zählen wird. Die Kinder des Herzogs sind in der griechischen Religion erzogen.

— den 8. Nov. Unser Ministerpräsident ist nun von seiner schweren Krankheit so weit wieder genesen, daß er in den wärmeren Mittagsstunden etwas ausfahren und ausgehen darf.

Bamberg, den 4. Nov. In der letzten öffentlichen Stadtgerichtssitzung kam folgender Fall zur Verhandlung. Ein Mann aus Sassenfahrt, welcher sich mit der sogenannten Sympathie befaßte, schwindelte mehreren kranken Personen unter dem Vorwande, daß er heilige Aemter und Messen für ihre Besserung lesen lassen müsse, Gelder ab, nachdem er selbst vorher über den Kranken gebetet hatte. Auch Hemden, Sacktücher, Ringe 2c. nahm er den Leichtgläubigen mit dem Bemerken ab, daß dieselben unter das Altartuch gelegt werden müßten, was unfehlbar helfe. Nichtsdestoweniger starb ein Patient, trotz seiner Versicherung, „daß ihm kein anderer Doctor, als er, helfen könne", und es gelang der Polizei, den Wunderdoctor aufzugreifen, der nun auf 2¼ Jahr in's Arbeitshaus wandern muß.

Karlsruhe, den 9. Nov. Heute starb hier der französische Gesandte Herr Engelhardt.

Winzerhausen (Württemberg). Am 2. Nov. ist ein wackerer Familienvater, Vogt, im Schacht eines Gipsbergwerks am Wunnenstein durch Einsturz verunglückt. Die ganze Gegend ist durch sein Schicksal erschüttert, denn die Nachgrabung nach ihm war schon so weit gediehen, daß die Retter ihn erreicht hatten und mit ihm sprechen konnten, als ein neuer Sturz erfolgte und ihn auf ewig begrub. Nach einigen Tagen ist der 43 Fuß tiefe Schacht vollends ganz eingestürzt.

Frankfurt, den 10. Novbr. Gestern Morgen, an Robert Blum's Todestage, sah man auf der Bornheimer Haide, auf dem Gipfel eines der höchsten Pappelbäume, eine große Trauerfahne aufgepflanzt, die jedoch erst gegen Abend von der Policei mit vieler Mühe herunter genommen werden konnte. — Vorgestern Abend wurde der Wirth und die Wirthin des Gasthauses zum „Zähringer Hof," in welchem bekanntlich vor etwa 2—3 Monaten ein großer Brand ausbrach, der beinahe mehrere Menschenleben kostete, verhaftet. (Fr. J.)

Mainz, den 9. Nov. Heute Morgen ist eine Deputation sehr achtbarer Bürger, Mitglieder des auf Ministerialbefehl geschlossenen neuen Casinos, nach Darmstadt gereist, um die Wiedereröffnung desselben zu erwirken. Wir hoffen, daß es denselben gelingen wird, aus der Luft gegriffene Verdächtigungen, womit namentlich die Partei des „Mainzer Journals" auf so unerhörte Weise gegen diese Gesellschaft auftrat, zu beseitigen. (M. Z.-J.)

Wiesbaden, den 5. Nov. Dem Vernehmen nach ist der gewesene Geistliche-Rath und Domcapitular Schütz, welcher kürzlich freiwillig seiner reichen Pfründe zu Eltville entsagt und sich seitdem im Kloster zu Bornhofen aufhielt, durch das Domcapitel zu Limburg in ein Kloster nach Belgien dirigirt worden. (Fr. J.)

Gotha, den 9. Novbr. Nach Berichten der Localblätter sind gestern die Bevollmächtigten der thüringischen Staaten zu einem Zollvereinscongresse in Weimar zusammengekommen.

Hannover, den 7. Nov. Gestern Abends kam der König von Sachsen hier an. Es versteht sich von selbst, daß die Anwesenheit des Königs von Sachsen in hiesiger Residenzstadt hauptsächlich mit der Handelsfrage, dem Zollvereine in Verbindung gebracht wird.

Köln, den 4. Novbr. Hr. Sieber, der sich der Angriffe des Vertheidigers Schneider II. auf sein Polizeisystem nur schwer erwehren kann, berief sich heute auf das Beispiel der „größten Männer" und namentlich Friedrichs des Großen, der auch, „um den Staat zu retten," einen sächsischen höheren Beamten bestochen habe. Einen neuen Schlag erleidet die Polizei durch folgende Mittheilung

eines Genfer Blattes: „Unter den Beweisstücken des Kölner Prozesses figuriren drei Briefe, welche ein gewisser Meyer von Genf aus geschrieben habe und die in London beim Kommunistenbunde abgefaßt worden seien. Nun hat aber besagter Meyer sich in Genf als ein badischer geheimer Polizeiagent herausgestellt, welcher beauftragt war, deutsche Flüchtlinge auszuspüren." (Beob.)

Berlin, den 8. Nov. Die Elberf. Ztg. meldet, die Verfassungsrevision ruhe vorläufig; daraus lasse sich indeß noch keineswegs eine Verständigung zwischen den abweichenden Ansichten und Bestrebungen innerhalb des Ministeriums folgern. — Die National-Ztg. klassifizirt die bis jetzt bekannten Abgeordnetenwahlen so: 161 würden für eine Verfassungsrevision stimmen, 77 gehören den nach links gehenden Fractionen an, 53 sind Clericale und von 35 kennt man die Parteistellung noch nicht.

Breslau, den 4. Nov. Der Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten hat gegen den an der hiesigen höheren Bürgerschule angestellten Lehrer Herrn Dr. Behnsch „zum Zweck seiner Entfernung aus dem Amte durch Dienstentlassung" die Einleitung der Disciplinar-Untersuchung und dessen vorläufige Amtssuspension befohlen. Als einziges Motiv zu diesem Befehle wird angegeben, daß der Beschuldigte nicht nur als Mitglied der hiesigen deutschkatholischen Gemeinde angehört sondern auch als deren Vorstandsmitglied bemüht gewesen sei, ihre Tendenzen zu fördern.

Königsberg, den 6. Novbr., Vormittags 11¼ Uhr. Die Lastadie brennt seit heute früh 7¼ Uhr. Zwei Quarrés sind heute bereits heruntergebrannt.

Wien, den 5. Nov. Die „Presse," schon seit langem dem Imperialismus in Frankreich ungünstig, enthält heute wieder einen Artikel voll Besorgniß über die Entfaltung des Kaiserreiches: „Zu jeder Zeit, sagt sie, hatte der Präsident in allen seinen Schriften, Manifesten und Kundgebungen an der Idee festgehalten, daß die Bonapartistische Periode die einzige rechtmäßige Regierung seit dem Ausbruche der Revolution gewesen sei, daß somit die Restauration, die Juliusmonarchie, die Republik nur „Usurpationen" oder Uebergangsperioden zum wahrhaft nationalen Gouvernement eines Napoleoniden gebildet hätten. Man kann diese Anschauung gleichgültig finden, wenn es sich um innere Fragen Frankreichs, um Institutionen, um die Erbfolge handelt. Ist einmal das Bonapartistische Regime überhaupt anerkannt, so kann man bis zu einem gewissen Grade sich nicht entschlagen, seine Consequenzen, für das Innere Frankreichs zum mindesten, hinzunehmen. Aber in diesem Streben nach der puren, einfachen Restauration des Altbonapartismus liegt auch ein anderes, zweideutigeres Element. Es folgt aus solchen Grundsätzen indirect und stillschweigend, daß ebenso auch die heutigen Gränzen Frankreichs nur als eine Verletzung des alten Bonapartistischen Besitzes angesehen werden könnten. Sollte aber etwa dann die Wiederherstellung des „Empire im Frieden" und die Einberufung des allgemeinen europäischen Congresses (wozu die Einwilligung der übrigen Mächte einfach noch fehlt) — nur die Bedeutung haben: „im Frieden" auch die Territorialausdehnung des alten Kaiserreichs wieder zu gewinnen, und die bekannte Drohung von Bordeaux gegen jene Mächte gerichtet sein, welche dieses „Friedenswerk" nicht zulassen wollten? Man kann diese Frage nur dann sicher mit „Nein" beantworten, wenn man auf eine Inconsequenz des heutigen Bonapartismus hofft, wenn man annimmt, daß die reine und ungetrübte „Fortsetzung" des einzig legitimen und nationalen Kaiserreiches auf allen Puncten freiwillig sich selbst sistiren und beschränken wird, auf welchen sie mit dem Auslande in Conflicte geriethe. Freilich erübrigt wenig Hoffnung auf diese Mäßigung des Bonapartismus von 1852, wenn man in einem Organe desselben, in der „Patrie," im angezogenen Artikel folgende Stelle über den Bonapartismus von 1804 liest: „Unsere Väter hatten alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um nicht allein Frankreich die Erblichkeit einer nationalen Regierung, sondern auch eine Art Erblichkeit im Geiste und in den Absichten des Chefs der glorreichen Familie zu sichern, welchem sie das Schicksal des Landes anvertrauten." Sapienti sat! (A. Z.)

Wien, der 5. Nov. Der Lithograph in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei, Hr. Johann Schile, hat eine interessante Erfindung gemacht, durch welche es möglich wird, alle Zeichnungen statt wie bisher nur auf Papier, auch auf Holz und Blech mittelst Farben drucken zu können.

Schweiz.

Freiburg. Nach dem Narrateur hat man in den letzten Tagen mehre Individuen verhaftet, die junge Leute für den römischen Dienst anwarben. Die Werber fanden Mittel, den jungen Leuten Taufscheine zu verschaffen, die, wie es heißt, von zwei Geistlichen ausgestellt. Mit diesen Papieren schaffte man die Leute nach Pontarlier ins Depot. Drei derselben desertirten kürzlich und kamen nach Freiburg zurück, wo sie über Manches Auskunft geben können. (S. N.-Z.)

Frankreich.

† **Paris,** den 8. Nov. (Zufällig zu spät eingetroffen, um gestern noch benützt werden zu können.) In der Sitzung vom 7. hat der Senat im Beisein der Commissäre der Regierung über jeden Artikel des Senatusconsults berathen, das schließlich mit 86 gegen 1 Stimme angenommen wurde. Nur 4 Senatoren waren abwesend. Alle Mitglieder des Senats haben die Urkunde unterzeichnet und verfügten sich in Gallacostümen, die Cardinäle in rothen Talaren, mit einer Cavallerieescorte nach dem Palais von St. Cloud, wo sie sich in der großen Gallerie versammelten. Wenige Augenblicke darauf trat der Präsident ein, von den Ministern und seinem Militärstabe umgeben, und wurde mit dem Rufe: Es lebe der Kaiser! begrüßt. Der Vicepräsident des Senats, Hr. Mesnard, überreichte ihm das Senatusconsultum und hielt eine Anrede an ihn, die der Präsident folgenderweise beantwortete: „Meine Herren Senatoren! Ich danke dem Senate für den Eifer, mit dem er den Wünschen des Landes entsprochen hat, indem er die Wiederherstellung des Kaiserreiches berieth und das Senatusconsultum abfaßte, das der Annahme des Volkes vorgelegt werden soll. Als vor 48 Jahren, in dem nämlichen Palaste, in demselben Saale und unter gleichförmigen Verhältnißen der Senat dem Chef meiner Familie die Krone anbot, antwortete der Kaiser mit folgenden denkwürdigen Worten: „Mein Geist würde nicht mehr mit meiner Nachkommenschaft sein an dem Tage, an welchem sie aufhören sollte, die Liebe und das Vertrauen der großen Nation zu verdienen." Was heute am tiefsten mein Herz rührt, das ist der Gedanke, daß der Geist des Kaisers mit mir ist, daß sein Gedanke mich leitet, daß sein Schatten mich beschützt, da Sie im Namen des franz. Volkes es mir bestätigen, daß ich das Vertrauen der Nation verdient habe. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß meine stete Sorge darin bestehen wird, mit Ihnen an der Größe und der Wohlfahrt des Landes zu arbeiten." — Nach der neuen Staatseinrichtung gehört die Präsidentschaft des Senats dem Kaiser. Deßhalb hat der Prinz Jerome seine Stelle niedergelegt. — Ein Decret bestimmt, daß die Abstimmung über das Kaiserreich am 21. und 22. November Statt finden soll. Der gesetzgebende Körper ist zum 25. Nov. zusammenberufen, um die Stimmen zu controlliren.

In einem Berichte der Köln. Ztg. heißt es: Da der Bericht des Hrn. Troplong angibt, daß die Veränderung des Senatusconsultums, d. h. die Ausschließung der Familie Jerome's, in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten und mit dem Ministerrathe angenommen ist, so besteht der Ex-König auf seiner Entlassung. L. Napoleon hat ihm die bestimmtesten Versicherungen gegeben, daß er ihn und seine Nachkommenschaft als Erben der Krone bezeichnen werde und hinzugefügt, daß er für ihn und seinen Sohn die ersten Würden des Kaiserreiches reservirte. Wie dem auch sei, Jerome kann nach der töd-

lichen Beleidigung, welche der Senat ihm zugefügt, nicht länger dessen Präsident bleiben.

† **Paris,** den 9. Nov. Die Physiognomie von Paris ist nach dem so wichtigen Acte der Wiederherstellung des Kaiserreiches über alle Erwartung ruhig, und es hält für den Beobachter sehr schwer, die öffentliche Meinung darüber zu sondiren, da sie sich nirgends äußert. Diese scheinbare Gleichgültigkeit bei einem Acte, der für die Geschicke Frankreichs von unberechenbarer Wichtigkeit ist, erklärt sich dadurch, daß man im Publicum seit dem 2. December auf die Wiedergründung des Kaiserreichs gefaßt war, seit längerer Zeit offen alle Phasen seiner Reorganisation sich entwickeln sah, und daß es Niemanden eingefallen ist, Hindernisse von Seiten des Senats, oder von anderer Seite her zu erwarten. Hoffentlich werden die erwarteten großen Feste bei der Proclamation des Kaiserreiches das Interesse etwas erwärmen, wozu die erwartete ziemlich umfassende Amnestie wol am meisten beitragen dürfte.

Die Abreise Abdel Kaders ist auf Anordnung des Präsidenten, der denselben nochmals sehen wollte, auf heute verschoben worden. Der Präsident kündigte dem Emir an, daß er ihm einen arabischen Säbel nach Amboise senden werde. „Ich gebe Ihnen," sagte der Präsident, „diesen Säbel, weil ich überzeugt bin, daß Sie ihn nie gegen Frankreich gebrauchen werden." Abdel Kader erneuerte dem Präsidenten seine feierliche Zusage der ewigen Dankbarkeit und unbedingten Ergebenheit. Beim Abschiede überreichte er L. Napoleon eine nochmalige schriftliche Ergebenheitsbetheuerung.

Der Präfect der Loire inferieure hat die Municipalität von Chateaubriand aufgelöst, weil sich ein Oppositionsgeist in derselben gezeigt hat. (!) — Das Theater von La Rochelle ist auf obrigkeitlichen Befehl geschlossen worden, um dem Spektakel ein Ende zu machen, den die jämmerlichen Vorstellungen einer äußerst schlechten Truppe alle Abend erregten.

Italien.

• **Parma,** den 2. Nov. Der Herzog hat das Vermiethen von Kindern an Ausländer, welche sie gewöhnlich nach Paris und London schleppen, sie dort zum Betteln anhalten, und gewöhnlich verkümmern lassen, oder zu Verbrechern ausbilden, unter harten Strafen verboten.

• **Turin,** den 6. Nov. Die Ernennung des gegenwärtigen liberalen Ministeriums hat eine allgemeine Freude erregt, um so mehr, als man schon auf die Bildung eines reactionairen Cabinets gefaßt war.

Spanien.

Madrid, den 3. Nov. Aus der Havana sind wichtige Briefe hier angelangt. Auf Befehl des dortigen Polizeidirectors wurden die Briefschaften, welche die amerikanische Fregatte Cornelia mit nach New-York nehmen wollte, an Bord mit Beschlag belegt. Der Maschinist und ein gewisser Guzmann wurden auf dem Schiffe verhaftet, und zwei Tage hernach traf die beiden Schwäger des Generals Lopez, die in der Havana wohnen, ein gleiches Loos. Es sind dies der Marquis de Pozos-Dolces und dessen Bruder, zwei der reichsten Gutsbesitzer auf Cuba. Man ist dort auf alle Eventualitäten gefaßt und verläßt sich ganz auf die Armee und das zahlreiche Heer von Beamten, die das Mutterland geliefert hat. Seit zwei Monaten wurden aus den verschiedenen Häfen Spaniens gegen 5000 Mann Verstärkung nach Cuba eingeschifft.

• **Madrid,** den 4. Nov. Nach den neuesten mit dem Velacco aus Cuba erhaltenen Nachrichten, wird der Prozeß der „Verschworenen" (d. h. wie es scheint, der angeblichen oder wirklichen Mitschuldigen des Herausgebers der Zeitung „die Stimme des Volkes") sehr eifrig betrieben. Es sind über 1000 Personen darein verwickelt, darunter 70 Schwer-Angeklagte und unter diesen 2 Schwager von Narciso Lopez.

Großbritanien.

London. Unlängst hieß es, im October werde in London eine Conferenz der Großmächte stattfinden, um die Neuenburger Frage in weitere Erwägung zu nehmen. Eine solche Conferenz hat nicht nur nicht stattgefunden, sondern ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da Frankreich und England unter den gegenwärtigen Umständen nicht Complicationen wegen einer Frage von so „sekundärem Interesse" veranlassen wollen.

— den 9. Novbr. Ein amerikanisches Dampfschiff brachte uns heute aus Neuyork die Nachricht, daß Herr Webster, der noch kurz zuvor wegen seines schwankenden Gesundheitszustandes auf die Candidatur der Präsidentschaft verzichtet hatte, am 24. October gestorben ist. — Auf Cuba war Alles ruhig. — Der Preis der Baumwolle war etwas gefallen.

Rußland.

Laut Nachrichten aus **Petersburg** vom 29. Oct. ist die Kälte dort auf 12 Grad gestiegen, in Folge dessen die Newa bereits mit starkem Eise bedeckt ist und von Fußgängern und der Post passirt wird.

Amerika.

Havana, den 18. Oct. Die Passagiere der Barke Melandie aus Neu-Orleans wurden bei ihrer Ankunft sämmtlich verhaftet, weil sie Nummern des Blattes Picayune bei sich hatten.

Miscellen.

Die freie Stadt Hamburg, welche 133,000 Einwohner zählt, hatte jüngst einen Nachrichter nöthig. Die Stelle wurde ausgeschrieben, und in eilf Tagen meldeten sich 602 Scharfrichtercandidaten, was um so auffallender ist, da die Stelle nur einem hamburger Bürger anvertraut werden darf.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1293a] **Bekanntmachung.**

Montag den 29. November d. J., von Vormittags 9 Uhr anfangend, wird im Geschäftslocale der Oeconomie-Commission des kgl. 1. Jägerbataillons, im Schloßgebäude zu Kirchheimbolanden, eine bedeutende Quantität ausgemusterter Militärmäntel nebst Mantelüberzügen, Tornistern, Helmkästen, Patrontaschen, Säbelscheiden, Bettdecken, Gewehrriemen und sonstige Gegenstände, gegen sogleich baare Bezahlung öffentlich versteigert, wozu Kaufslustige eingeladen werden.

[1300a] **Hausversteigerung.**

Mittwoch, den 1. December nächsthin, Nachmittags 3 Uhr, läßt Herr Paul Kühner, Gastwirth zu Lambrecht-Grevenhausen sein daselbst gelegenes Wohnhaus „das Gasthaus zum bayerischen Hofe" mit Oeconomiegebäuden, geräumigem Hofe, 2 Gärten und einer unmittelbar daran angränzenden Ziegelhütte, zusammen eine Fläche von 1 Tagwerk 4 Decimalen enthaltend, vorn auf die Staatsstraße, hinten auf den Speyerbach stoßend, in jenem Hause selbst auf Eigenthum versteigern.

Neustadt, den 10. November 1852.

Werner, Notär.

[1285a] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einer Handlung mit verschiedenen Waaren zu N. ist eine Lehrlingsstelle für einen wohlerzogenen jungen Menschen, der sogleich eintreten kann, offen. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag — Nro. 273 — den 13. November 1852.

Amerikanische Briefe.

* **Philadelphia**, den 18. Octbr. Sie widmen in Ihrem Blatte dem Auswanderungswesen große Aufmerksamkeit und das mit vollem Rechte. „Die Auswanderung steht unter dem Schutze der deutschen Reichsgewalt." So hat einst das deutsche Parlament verfügt. Leider aber ist aus dieser, so wie aus mancher andern trefflichen Bestimmung des Parlaments nichts geworden. Die deutschen Regierungen überlassen mit wenigen Ausnahmen nach wie vor die Auswanderer ihrem Schicksale. Darum ist es heilige Pflicht der unabhängigen Presse, daß sie sich des Gegenstandes bemächtigt und so viel in ihrer Kraft steht, den Auswanderern mit Rath an die Hand gebt.

Ich möchte nun auch gerne mein Scherflein beitragen zum Besten der Europamüden, deren Zahl noch immer im Steigen begriffen ist, und da ich vielfach Gelegenheit habe, aus eigener Anschauung das Auswanderungswesen kennen zu lernen, so hoffe ich, keine unpractische Rathschläge zu geben. Heute erhalten Sie einen ersten deßfallsigen Artikel. Findet die Sache Anklang, so sollen bald andere folgen.*)

Von den Tausenden von Deutschen, die allwöchentlich in unseren Häfen landen, bleibt die Mehrzahl in den großen Hafenstädten zurück, während sich die Minderzahl eine neue Heimath auf dem Lande zu gründen sucht. Erwägt man aber die Schwierigkeiten und Uebel, gegen welche der Einwanderer in großen Städten zu kämpfen hat, so kann man nicht lange darüber im Zweifel sein, wer den besten Theil erwählt hat. Der Landmann schickt sich leicht und schnell in die neuen Verhältniße, die mit jenen der alten Heimath die größte Aehnlichkeit haben; er begreift die neue Methode des Säens und Erndtens, des Ackerns und Pflügens bald und bedarf dazu nur geringer Sprachkenntniß. Ganz anders ist es mit dem in der Stadt zurückgebliebenen Auswanderer, der sich mit großer Schwierigkeit und meistens erst nach herben Verlusten in die neue Lage schicken lernt. Selbst der Handwerker thut viel besser daran, wenn er so schnell als möglich die von Gewerbetreibenden aller Art überfüllten großen Städte verläßt und seinen Wohnsitz in einer der kleineren Städte des Binnenlandes wählt. In den größeren Städten kann in der Regel jedes Gewerbe nur dann schwunghaft betrieben werden, wenn es fabrikmäßig und im Großen betrieben wird und mit Handel verbunden ist. So muß z. B. ein Schneider, der sein Geschäft gehörig betreiben will, damit einen Tuchladen und ein Magazin von fertigen Kleidern verbinden. Dazu aber gehört ein bedeutendes Kapital. Vermag er dieses nicht aufzubringen, so bleibt ihm eben nichts übrig, als stückweise für die Kleiderhändler zu arbeiten, denn die sogenannte Kundenarbeit ist selten, da der Amerikaner, um Zeit und Mühe zu ersparen, es vorzieht, seinen Bedarf an Kleidern aus dem Magazine zu entnehmen, wo er reiche Auswahl hat und ohnehin billiger zukommt. So ist es noch bei vielen anderen Gewerben z. B. dem Schuhmacher, dem Sattler, dem Schlosser, dem Büchsenmacher, dem Goldarbeiter, dem Uhrmacher u. s. w. Diese alle können ihr Gewerbe nur dann selbstständig betreiben, wenn sie im Stande sind, einen Laden (Store) fertiger Arbeiten damit zu verbinden. Ohne das müßen sie auf Bestellung für die reicheren Gewerbsgenossen arbeiten. Sie erhalten zwar in der Regel gute Preise für ihre Arbeit, allein sie sind von der Laune des Fabrikherren abhängig und jeder Krise und Stockung des Handels ausgesetzt. Anders ist es in den kleineren Landstädten, wo die Arbeit mehr nach der in Deutschland üblichen Methode betrieben wird.

Vor Allem aber warne ich jeden Arbeiter, der ein Capital mitbringt, nicht sogleich ein eigenes Geschäft zu beginnen, sondern erst eine Zeitlang in einem fremden zu arbeiten. Die Art, wie hier die Geschäfte betrieben werden, die Vortheile beim Ein- und Verkaufe, die Absatzmittel u. s. w. sind so mannichfaltig und von jenen im alten Vaterlande verschieden, daß geraume Zeit erforderlich ist, sie kennen zu lernen. Im fremden Geschäfte erwirbt man sich diese Kenntniße umsonst, im eigenen nur mit bedeutenden Kosten und Verlusten. Gar oft kann man hier die Aeußerung hören: „Ein Deutscher wird nicht eher klug, als bis der letzte deutsche Gulden fort ist." Ich könnte diesen Satz mit hunderten von Beispielen belegen.

Jedem Deutschen aber, der Lust am Feldbau hat, ist es dringend zu rathen, aufs Land zu gehen und zum Pfluge zu greifen. Hier wird er am ersten selbstständig. Vom deutschen Ackerbauer kann der amerikanische Farmer Vieles lernen; dagegen steht der amerikanische Handwerker, was Kunstfertigkeit und practische Handgriffe betrifft, (im Allgemeinen) weit über dem Deutschen. Z.

*) Sie werden sehr erwünscht sein, — uns und vielen Andern! D. Red.

Deutschland.

* **Speyer**. Die Frankfurter authogr. Correspondenz der gewerblich-statistischen Anstalt beleuchtet die neuliche Bemerkung wegen des Zollbundes von 48 Millionen, indem sie auf die geringe Consumtion in Oesterreich, im Vergleiche zum Zollvereine, hinweist. Von nachbenannten Artikeln kommen auf den Kopf der Bevölkerung

Bevölkerung	im Zollverein:	in Oesterreich:
Kaffee	14,74 Sgr.	3,81 Sgr.
Zucker	14,78 „	5,20 „
Tabak	10,47 „	0,70 „
Getreide	9,29 „	2,18 „
Wein	4,30 „	1,41 „
Wolle	4,32 „	1,34 „
Seide	8,24 „	0,67 „
Baumwollgarn	45,82 „	3,04 „
Leinengarn	5,38 „	0,90 „
Eisen	14,12 „	0,55 „

Darnach mag man bemessen, was es mit dem 48 Millionenbund auf sich hat.

* Dieselbe Correspondenz meldet: Nach Berichten aus Ungarn und Italien werden die Zustände daselbst von Tag zu Tage drohender. Die Bevölkerung ist unversöhnlich, und kann nur durch die Strenge der Gewalt im Zaum gehalten werden. Die österreichische Regierung hat zwar eine wohldisciplinirte Armee, aber die Bajonette sind nur gut, einen Staat zu retten, ihn darauf zu stützen, dazu taugen sie nicht.

* **Aus einem Westricher Thale.** Aeußerer Schein trügt. — (Aus dem Schreiben eines Landmannes.) Es wird in unsern Tagen mitunter viel geredet und geschrieben über die Wichtigkeit unseres Gustav-Adolph-Vereins, und wie jeder evangelisch-protestantische Christ, der Liebe zu seinen Glaubensbrüdern in seinem Innern fühle, nicht unterlassen könne, sich von ganzer Seele in die Arme dieses Vereins zu werfen, und für dessen Gedeihen und Ausbreiten allen Ernst aufzubieten.

Ja, es gibt Geistliche, welche es sich nicht verdrießen lassen, von Ort zu Ort und von Haus zu Haus zu gehen, um jedem Familienvater besonders an's Herz zu legen, wie er, als Mitglied dieses Vereins, durch seine jährliche Beiträge, Trost spende seinen leidenden Glaubensbrüdern, welche ohne Gotteshaus, ohne Seelsorger und Lehrer, von ihren übrigen Glaubensgenossen abgeschlossen leben müssen, und zuletzt, ohne Unterricht und Belehrung, gezwungen sind, ihrem väterlichen Glauben abtrünnig zu werden. — Aber geschieht dieses auch überall und Alles aus religiösem Antriebe, oder können auch Sonderinteressen im Spiele sein? — Es gibt Leute, welche auf obige Weise, mit anscheinend religiöser Begeisterung für ihre bedrängten Brüder, diesem Vereine trefflichen Vorschub geleistet und viele Theilnehmer um sich versammelt haben. Nachdem dieses aber geschehen war, entwarfen sie Pläne, sich an den Verein zu wenden, damit dieser oder jener Gemeinde ihrer Pfarrei, bei Ausschmückung ihrer Kirche u. dgl., unter die Arme gegriffen werde; oder sie tragen sich mit dem Gedanken, den Verein anzugeben, daß auf seine Kosten, in einem Filialorte, ein Vicar angestellt und unterhalten werde, indem der Weg dahin ein äußerst beschwerlicher sei, über Berg und Thal führe und also einen Mann vor seiner Zeit zu Grunde richten müsse. — Besonders auffallend ist es, wenn dergleichen Projecte bei jungen Geistlichen vorkommen, die doch in der Blüthe ihrer Jahre, mit jugendlichem Eifer und ächt religiöser Begeisterung ihre Kräfte dem übernommenen Amte weihen und unter Lieb' und Lust ihren anvertrauten Seelen zur Seite stehen sollten. Aber auch dieses sind Zeichen der Zeit. Es weiß sich gewiß noch Mancher der Tage zu erinnern, wo Geistliche, bei hohem Alter, an einem Sonntage auf zwei — ja manchmal auf drei Dörfer gegangen sind, gelehrt und gepredigt haben, und daß ihnen dabei niemals eine Beschwerde über die Zunge gekommen ist. Protestantische Pfarrer sollten dabei hinsehen auf manche katholische Geistliche, wie diese zu gewissen Zeiten oft die Hälfte der Tage in der Kirche zubringen müssen, und noch außerdem durch Nebengeschäfte beansprucht werden. — Wer ein Amt hat, der warte sein, und übe nebenbei das treffliche Sprichwort: „Was deines Amtes nicht ist, da laß deinen Vorwitz!" — So wurde schon Manchem das Amt eines Geistlichen übertragen; aber er wollte auch zugleich Dorfrichter sein, alte rühmliche Gebräuche abstellen und dieses oder jenes beseitigt wissen, weil es ihm nicht zusagte. Gerade solche aber vergessen die Hauptsache! — Das Kirchhalten ist ihnen ein geistiges Joch, in welches sie allein gespannt sind und worin doch noch Platz für einen Zweiten wäre; die Schule wird von ihnen unregelmäßig oder gar nicht besucht, und statt, bei der Ertheilung des Religionsunterrichtes, dem Lehrer kräftig zur Seite zu stehen, wissen sie, wenn sie je einmal in die Schule kommen, des Tadelns kein Ende: warum den Kindern nicht auch dieses oder jenes beigebracht würde, und wie sie in der Bibel gar zu unbewandert seien. Es ist überhaupt eine traurige Erscheinung bei Geistlichen, wenn ihnen der Schullehrer nie etwas recht machen und ihrem Geschmack entsprechend ausführen kann. Der Geistliche, der nicht als Miethling seiner Heerde vorstehen will, wird nicht zuerst seine Wünsche zu befriedigen und seine Bequemlichkeit zu erringen suchen, sondern er sorge, verachtend alle Mühe und Beschwerden, kräftig das Wohl seiner leidenden Glaubensbrüder zu begründen, durch Wort und That Religion und Sittlichkeit zu heben, und dann spreche er: „Ich habe nicht das Meine gesucht, sondern das, das uns Allen ist!"

München, den 6. Nov. Von den in den jüngsten Tagen der theoretischen Prüfung sich unterworfen habenden Rechtscandidaten hiesiger Hochschule sollen bereits gegen ⅓ durchgefallen sein; viele haben sich zum Examen gar nicht gestellt. Durch einen Anschlag am schwarzen Brette werden diejenigen Rechtscandidaten, welche bei der gegenwärtigen theoretischen Schlußprüfung durchzufallen das Unglück hatten, daran erinnert, daß gemäß Ministerialentschließung künftig von deren gesetzlichem Fortbesuche der Universität, während wenigstens eines Jahres nur in den seltensten Ausnahmsfällen werde dispensirt werden.

Frankfurt, den 7. Novbr. Man behauptet, die Mehrzahl der bei der schweizerischen Eidgenossenschaft accreditirten Gesandtschaften werde demnächst mit ihren Kanzleien von Bern nach Frankfurt übersiedeln.

Darmstadt, den 11. Nov. Nächsten Samstag den 13. d. M. wird unsere erste Kammer über die Zollfrage in Berathung treten. Der sehr umfangreiche und gründliche Bericht des Ausschusses trägt darauf an: 1) dem Beschluß der zweiten Kammer nicht beizutreten, dagegen 2) die großherzogliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Trennung des bisherigen Zollvereins, namentlich das Ausscheiden des Königreichs Preußen aus demselben, möglichst abzuwenden, und 3) auf den baldigen Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrags mit Oesterreich fortwährend hinzuwirken. — Bei der Motivirung wird die Erhaltung des Vereins mit Preußen selbst dann als wünschenswerth geschildert, wenn darüber der Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich aufgegeben werden müßte.

Coblenz, den 10. Novbr. In vorletzter Nacht ist dem von Köln hierher fahrenden Postwagen unterhalb Remagen eine Summe von etwa 9000 Thlr., so wie das Coblenzer Briefpacket auf eine noch nicht ermittelte Weise abhanden gekommen und nur letzteres wieder gefunden worden.

Berlin, den 9. Nov. Ueber die am vergangenen Sonnabend stattgehabte Sitzung des Staatsministeriums erfahren wir, daß man sich darin mit den am 31. v. M. in Wien eröffneten Conferenzen beschäftigt habe. Eine principielle Aenderung der Ansichten hat nicht Platz gegriffen. Außerdem handelte es sich um mehrere Vorlagen, die vor die Kammern gebracht werden sollen. In erster Linie steht ein Antrag des Finanzministers, wonach die Zuckerrübensteuer von 4½ auf 6 Sgr. pro Cntr. erhöhet werden soll, und es hat das Staatsministerium diesem Antrage einstimmig seine Zustimmung gegeben.

(Spen. Ztg.)

Aus der Provinz Sachsen, den 8. Nov. Die große Theilnahmlosigkeit an den Wahlmännerwahlen hat nun dadurch ihre Aufklärung gefunden, daß außer der democratischen Partei auch die vertrauensvolle constitutionelle Partei von dem Wahlplatze fern geblieben war. Ueberblickt man das Verzeichniß der bis jetzt bekannt gewordenen Deputirten zur zweiten Kammer, so begegnet man fast nur Beamten und zwar am meisten Landräthen.

(Frkftr. Jour.)

Aus Schlesien, den 7. Nov. Das Wahlgeschäft ist zu Ende. ... Alle präventiven Vorkehrungen der Regierung haben indeß nicht das Aufsehen erregt, wie eine sogleich zu erwähnende Repressivmaßregel, die der Besprechung in der Oeffentlichkeit um so unbedenklicher anheimfällt, als sie in einem öffentlichen Blatte zu Tage getreten ist. Wir lasen nämlich vorgestern die Anzeige: „Zur Nachricht für meine politischen Freunde. Der Kaufmann J. Barghardt, welcher in dem gestrigen Wahltermine für Gräff und Wentzel gestimmt hat, ist der Besitzer des Gasthofes zur goldenen Gans. Breslau, 4. Nov. 1852. Graf Zedlitz-Trützschler (Schwentnigg)." Graf Zedlitz ist der Chef-Präsident der königl. Regierung zu Breslau.

(Allg. Z.)

Königsberg, den 6. Novbr. Es sind im Ganzen, so weit man jetzt hört, 14 Speicher theils niedergebrannt, theils sehr erheblich beschädigt. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Schaden wird über ½ Mill. Thlr. geschätzt.

Hamburg, den 8. Novbr. Die zwei entflohenen Policeidiener sind zu Liverpool verhaftet worden, als sie sich eben nach America einschiffen wollten.

Wien, den 7. Nov. Dem „Dresdn. Journ." wird „aus völlig verläßlicher Quelle" versichert, daß alle die seit längerer Zeit kursirenden Gerüchte von einer bevorstehenden Vermählung der Princessin Carola von Wasa

mit Ludwig Napoleon jedweden Grundes entbehren, eine ſolche Verbindung auch nicht im Entfernteſten verabredet oder eingeleitet worden iſt. Daß ſich die Princeſſin gegenwärtig in Mähren zum Uebertritt in die katholiſche Kirche vorbereitet, ſei wahr, aber nicht in Folge einer politiſchen Combination, am allerwenigſten einer ſolchen, wie ſie bei dieſem Anlaße von den Zeitblättern ausgebeutet worden.

Man hatte in der Armee Vorberathungen getroffen, wer zur Wellingtonfeier nach London abgeſendet werden ſolle. Als man dem Kaiſer Vorſchläge machte, antwortete dieſer: „Meine Herren! Ihre Berathung war diesmal ganz unnütz; es wird keine Deputation nach London gehen.“ Dann an einen ihm zur Seite ſtehenden Officier ſich wendend, fragte der Kaiſer denſelben, was er für eine Uniform trage, und fuhr hierauf fort: „Dieſe Uniform war in London der Gegenſtand der Beſchimpfung des Straßenpöbels, und eine Satisfaction iſt dafür nicht gegeben worden. Ich will ſie nicht das zweite Mal einer gleichen Gefahr ausſetzen.“

Innsbruck, den 6. Nov. Unſer academiſches Gymnaſium hat von einem hochgeſtellten Muſikfreunde eine Sammlung ausgezeichneter Werke im Werthe von wenigſtens 600 fl. C.-M. zum Geſchenk erhalten, doch unter der ausdrücklichen Bedingnng, daß dieſe Bücher in dem Augenblick, als das Gymnaſium den Jeſuiten übergeben werden ſollte, Eigenthum des Gymnaſiums in Brixen ſei. Schon ſeit längerer Zeit hat ſich nämlich vieler Gemüther die Anſicht bemächtigt, es werde unſer Gymnaſium, welches vielleicht noch nie in ſolcher Blüthe ſtand wie heute, abermals unter die Leitung der Jeſuiten geſtellt werden, weßhalb obige Clauſel bei der Bücherſpende nur als ein characteriſtiſcher Ausdruck der hierorts nicht ſelten lautwerdenden Stimmung zu betrachten iſt, aber auch als nichts anderes. Indeſſen dürften nicht ungewichtige Gründe dafür ſprechen, daß die Anſicht von der Rückgabe des Gymnaſiums an die Jeſuiten irrig ſei. (Allg. Z.)

Schweiz.

Bern. Wie das „Vaterl.“ meldet, iſt letzten Samstag, den 6. ds. Nachts, das Grimſelſpital mit allen Mobilien darin ganz abgebrannt. Wahrſcheinlich blieb auch der einzige Paſſagier, ein Schwyzer, in den Flammen; wenigſtens fand ſich auch keine Spur von ihm vor.

Belgien.

* **Brüſſel,** den 9. Nov. In der heutigen Sitzung hat der Juſtizminiſter einen Geſetzvorſchlag eingebracht, der Strafen für die Beleidiger der fremden Mächte in den belgiſchen Journalen beantragt. Die Strafen lauten auf 3 Monat bis 2 Jahre Gefängniß und auf 100 bis 2000 Fres. Geldſtrafe mit Verluſt der bürgerlichen Rechte von 2 bis 5 Jahren.

Frankreich.

† **Paris,** den 10. Nov. Ueber den Tag, an welchem die Proclamirung des Kaiſerreichs ſtattfinden ſoll, iſt noch nichts Definitives beſtimmt worden. Es wird jedoch wahrſcheinlich der 10. December dazu auserſehen werden. — Der Prinz Jerome hat ſogleich nach eingereichter Entlaſſung als Präſident des Senats, ſeine Appartements im Invalidenhotel bezogen. — In Orleans iſt ein Wachtpoſten vor der Wohnung des General Coeur in der Nacht von mehren Individuen angegriffen und verwundet worden. Er erhielt zwei Schüße, war aber ſo glücklich ſeine Angreifer in die Flucht zu ſchlagen, nachdem er einen davon mit dem Bajonette ſchwer verwundet hatte. — Eine heute hier angelangte telegr. Depeſche meldet, daß die ſpaniſchen Cortes ſich am 15. Dec. verſammeln werden.

Wir haben noch folgende Actenſtücke nachzutragen: Wortlaut des Plebiszitums, worüber das Volk am 21. und 22. Nov. abſtimmen wird. „Das franz. Volk will die Wiederherſtellung der Kaiſerwürde in der Perſon Louis Napoleon Bonapartes mit Erblichkeit in ſeiner directen, legitimen oder adoptiven Nachkommenſchaft und gibt ihm das Recht, die Thronfolgeordnung in der Familie Bonaparte zu regeln, wie es in dem Senatusconſultum vom 7. Nov. beſagt iſt.“

Wortlaut des Senatusconſultums: „Art. I. Die Kaiſerwürde iſt wiederhergeſtellt. Louis Napoleon Bonaparte iſt Kaiſer unter dem Namen Napoleon III. Art. II. Die Kaiſerwürde iſt erblich in der directen und legitimen Nachkommenſchaft Louis Napoleon Bonaparte's männlichen Geſchlechts und in der Ordnung der Erſtgeburt mit beſtändigem Ausſchluß der Frauen und ihrer Nachkommenſchaft. Art. III Wenn Louis Napoleon Bonaparte kein Kind männlichen Geſchlechts hat, ſo kann er die Kinder und rechtmäßigen Nachkommen der Brüder des Kaiſers Napoleon I. in männlicher Linie adoptiren. Die Formen der Adoption werden durch ein Senatusconſultum geregelt. Wenn nach der Adoption Louis Napoleon männliche Kinder haben ſollte, ſo können ſeine Adoptivſöhne nur nach ſeinen legitimen Nachkommen zur Nachfolge berufen werden. Die Adoption iſt den Nachfolgern Louis Napoleons und ihren Abkömmlingen unterſagt. Art. IV. Louis Napoleon regelt durch ein dem Senat übermitteltes und in deſſen Archiven niedergelegtes organiſches Decret die Thronfolgeordnung in der Familie Bonaparte für den Fall, daß er keinen directen, legitimen oder adoptiven Erben hinterließe. Art. V. In Ermangelung eines legitimen oder adoptiven Erben Louis Napoleon Bonaparte's und der Nachfolger aus der Seitenlinie, die aus dem vorerwähnten organiſchen Decret ihr Recht ſchöpfen würde, wird der Kaiſer durch ein Senatusconſultum ernannt, welches dem Senat von den in ein Regierungsconſeil zuſammengetretenen Miniſtern nebſt den Präſidenten des Senats, des geſetzgebenden Körpers und des Staatsraths vorgeſchlagen, der Annahme des Volkes unterbreitet wird und in der Familie des neuen Kaiſers die männliche Erbfolge mit beſtändigem Ausſchluß der Frauen und ihrer Nachkommenſchaft regelt. Bis zum Augenblick, wo die Wahl des neuen Kaiſers vollbracht iſt, werden die Staatsangelegenheiten von den im Amt befindlichen Miniſtern geleitet, die als Regierungsconſeil zuſammentreten und nach Stimmenmehrheit Beſchluß faſſen. Art. VI. Die Mitglieder der Familie Louis Napoleon Bonaparte's, die eventuell zur Erbfolge berufen ſind und ihre Nachkommen beiderlei Geſchlechts gehören zur kaiſerlichen Familie. Ein Senatusconſultum regelt ihr Verhältniß. Sie dürfen ſich nicht ohne Autoriſation des Kaiſers verheirathen. Ihre Verheirathung ohne dieſe Autoriſation zieht den Verluſt jeglichen Erbrechts nach ſich, ſowol für den, der die Heirath geſchloſſen, als für ſeine Nachkommen. Wenn indeſſen dieſe Heirath kinderlos bleibt, ſo erlangt im Falle ihrer Auflöſung durch den Tod der Prinz, der ſie geſchloſſen, ſeine Erbrechte wieder. Louis Napoleon Bonaparte fixirt die Titel und Verhältniße der übrigen Mitglieder ſeiner Familie. Der Kaiſer hat volle Autorität über alle Mitglieder ſeiner Familie; er regelt ihre Pflichten und Verbindlichkeiten durch Statuten, die Geſetzeskraft haben. Art. VII. Die Verfaſſung vom 15. Jan. 1852 iſt in allen denen ihrer Beſtimmungen, die gegenwärtigem Senatusconſultum nicht zuwider laufen, aufrechterhalten; ſie kann nur in den von ihr ſelbſt vorhergeſehenen Formen und Wegen abgeändert werden. Art. VIII. Der folgende Vorſchlag wird dem franz. Volk in den durch die Decrete vom 2. und 4. Dec. beſtimmten Formen zur Annahme vorgelegt werden.“ (Folgt obiges Plebiscitum.)

Ein Correſpondent der Köln. Ztg. berichtet: Der Papſt wird zuverläſſig nicht nach Paris kommen, um den Kaiſer zu ſalben. Man ſagt, er habe als Grund angegeben, daß, wenn er Napoleon zum Kaiſer der Franzoſen und König von Algerien ſalbe, der Kaiſer von Oeſterreich fordern würde, ebenfalls von der Hand des Papſtes zum Kaiſer von Oeſterreich und König von Italien geſalbt zu werden. — Erſt nach der Abſtimmung

Digitized by Google

über das Kaiſerreich ſoll der Proteſt des Grafen Chambord ans Licht treten. Aber das Actenſtück exiſtirt bereits. Hr. Berryer hat es verfaßt und nach Froſchdorf geſandt. — Lucian Murat denkt ganz im Ernſte an die Wiedereroberung des Thrones von Neapel. Er buhlt um die Bundesgenoſſenſchaft aller Flüchtlinge, und dieſe hinwiederum legen ihm die Bedingung auf, die Macht der Geiſtlichkeit im Königreiche beider Sicilien zu brechen. — Fortwährend laufen im Publicum Gerüchte um über die Beſorgniße der Regierung hinſichtlich des Heeres. In verſchiedenen Truppentheilen ſind vorgeſtern zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Auch ein Napoleonide. Sollte die Erblichkeitsfrage nicht die allſeitig gewünſchte Löſung erhalten, ſo kann Frankreich nicht um Prätendenten verlegen ſein, denn es erheben ſich in dieſem Augenblicke von einer Seite her Anſprüche, die halb an den Ernſt, halb an Scherz ſtreifen. Man weiß, daß Graf Walewsky, Geſandter Frankreichs am engliſchen Hofe, ein natürlicher Sohn Napoleons des Großen iſt; man weiß auch, daß Walewsky einen natürlichen Sohn hat, deſſen Mutter Frl. Rachel iſt. Und dieſe läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um dieſen lebenden Zeugen der Dynaſtie Bonaparte, einen Knaben von etwa 6 Jahren, als Prätendenten der Krone Frankreichs vorzuzeigen. Die hohe Sicherheitsbehörde, welche in den Künſtlerſalons nicht minder vertreten iſt, wie in den politiſchen Kreiſen der Hauptſtadt, hat Frl. Rachel erſuchen laſſen, die Wiederholungen der Prätendentenſcherze zu unterlaſſen. (N. K.)

Italien.

Durch höhere Anordnung wurde, ſchreibt man der Trieſter Ztg. vom 5. ds. aus **Venedig**, die den Privaten, welche Bücher auf die Reiſe mit ſich nahmen, dort auferlegte Verpflichtung, dieſelben zuerſt dem Reviſionsamt vorzulegen, aufgehoben. Ein Cenſurbeamter iſt der Eiſenbahn zugetheilt, der ſämmtliche Bücher der Reiſenden in Augenſchein nimmt. (!) Nur für größere Speditionen mittelſt Privatgeſellſchaften bleibt das bisherige Reviſionsverfahren in Gültigkeit.

Peſaro, den 3. Nov. Die Allg. Ztg. ſchreibt: Vorgeſtern Nacht gelang es dem Grafen Puliti aus Recanati aus dem Provinzialgefängniße in Ancona zu entweichen. Er war Volksrepräſentant in der berüchtigten Conſtituante vom Februar 1849 geweſen, und war von der ſpäter von Sr. Heiligkeit ertheilten Amneſtie ausgeſchloſſen. Dennoch war er keck genug, in ſeiner Vaterſtadt, als ſei er ſich keines Böſen bewußt, ruhig ſeine Verhaftung abzuwarten. Als Majeſtätsverbrecher war er von der Sagra Conſulta zum Tode verurtheilt worden, die landesherrliche Gnade aber hatte das Todesurtheil in lebenswierige Feſtungsſtrafe verwandelt, die er zur Zeit noch nicht angetreten hatte. Seine Flucht iſt jedenfalls äußerſt auffallend, da das Gefängniß verſchloſſen und ganz unverſehrt gefunden wurde, und keiner der Gefangenwärter von ſeinem Verſchwinden etwas wiſſen will. Die faſt allgewaltige Secte ſcheint auch hier ihre verborgene Hand im Spiele zu haben; wahrſcheinlich durch Corruption eines Gefangenwärters. An Geldmitteln dürfte es ihr überhaupt nicht fehlen.

Großbritanien.

London. Dem M. Herald zufolge wird das Leichenbegängniß Wellingtons erſt am 22. Nov. ſtattfinden können. Der prachtvolle Leichenwagen ſoll zwar fertig ſein; aber der Katafalk, die Galerien, Trauergehänge u. ſ. w. in der Paulskirche erfordern noch viel Arbeit. Gold- und Silberſtoffe ſind ſo viel nöthig, daß die Beſtellungen nicht alle in England beſorgt werden konnten, und man darum nach Deutſchland geſchrieben hat. Eine Elle dieſes Gewebs koſtet 2 Pfd. 5 Sh. bis 3 Pfd. 3 Sh. (faſt 38 fl.). So iſt Wellington im Tode wie im Leben für England ein ſehr „theurer" Held.

Miscellen.

Das preußiſche Miniſterium für die landwirthſchaftlichen Angelegenheiten bringt eine von ſeinem Generalſecretär Landesöconomierath v. Lengerke bearbeitete Zuſammſtellung über das muthmaßliche Ernteergebniß in der preußiſchen Monarchie im Jahr 1852, aus der Folgendes hervorgeht: die Weizenerndte war durchgehends gut. Der Roggen hat nicht nur keine volle Ernte gegeben, ſondern der Ausfall von Körnern iſt auch bedeutender als früher angenommen wurde, und in mehren Landesgegenden, insbeſondere in den weſtlichen Provinzen, nicht unerheblich. Die Gerſtenerndte war, mit Ausnahme von Preußen und Pommern, im Ganzen gut. Die Hafererndte iſt in Preußen und Hinterpommern, deßgleichen zum Theil im Regierungsbezirk Frankfurt, als eine im Ganzen fehlgeſchlagene zu bezeichnen. Die Erbſen ſind in Weſtpreußen, Schleſien und theilweiſe in Weſtfalen und in der Rheinprovinz oft beträchtlich abgeſchlagen. Die Oelfrüchte blieben mit Ausnahme von Gegenden in Weſtpreußen und im Regierungsbezirk Potsdam, überall mehr oder minder unter dem Durchſchnittsertrag. Die Kartoffeln verſprachen einen guten Ertrag, der ſich dem Durchſchnitt der letzten ſechs Jahre (0,68) mindeſtens gleichſtellen wird.

Die Neuenburger Uhrmacherei war ſchon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts berühmt. Damals verfertigte Jaquet Droz von Lachauxdefonds für den ſpaniſchen König Ferdinand VI. eine Stockuhr, wofür er fünfhundert Louisdor nebſt Reiſegeld empfing. Die nebenbei angebrachte Mechanik enthielt einen Schäfer, der ſechs verſchiedene Melodien auf der Flöte ſpielte, und einen Hund, der ſeinem Herrn ſchmeichelte und bei Berührung eines Früchtekorbs ſo natürlich bellte, daß des Königs Hunde mitbellten, die anweſenden Höflinge aber ſich bekreuzigten und den Künſtler mit Scheu betrachteten. Jaquet Droz, welcher der Unwiſſenheit der Grandezza nichts Gutes zutraute, erbat ſich vom König die Gnade, dem Großinquiſitor die Mechanik erklären zu dürfen, was denn auch geſchah; und obgleich dieſer Geiſtliche nach der Erklärung nicht viel mehr wußte als zuvor, freute ihn doch dieſer Beweis der Aufmerkſamkeit ſo ſehr, daß er in der Hofzeitung zu wiſſen that, er habe das Uhrwerk genau unterſucht und nichts von verdächtiger Magie dabei gefunden. Dieſe öffentliche Beruhigung war um ſo mehr nöthig, als ſich bereits eine bedrohliche Stimmung gegen den ſchweizeriſchen Proteſtanten und vermeintlichen Herenmeiſter gebildet hatte. (Solcher Mittel bedarf es gegen den kirchlichen Fanatismus.)

Fruchtmarkt-Mittelpreiſe.

Kaiſerslautern. Markt vom 9. Nov. Weizen 4 fl. 58 kr., Korn 4 fl. 29 kr., Spelz 3 fl. 14 kr., Gerſt 3 fl. 33 kr., Hafer 2 fl. 24 kr., Kartoffeln — fl. 54 kr., per Centner.

Neuſtadt. Markt vom 6. Nov. Weizen 5 fl. 28 kr., Korn 4 fl. 31 kr., Spelz 4 fl. 6 kr., Gerſt 3 fl. 54 kr., Hafer 2 fl. 57 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 5. Nov. Weizen 10 fl. 4 kr., Korn 8 fl. 23 kr., Gerſte 5 fl. 31 kr., Spelz — fl. — kr., Hafer 3 fl. 30 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1301] **Veräußerung eines Wohnhauſes.**

Der Unterzeichnete iſt geſonnen, beabſichtigter Wohnungsveränderung halber, ſein zu Germersheim in der Oberamtsgaſſe liegendes, zweiſtökkiges in Stein erbautes Wohnhaus mit Scheuer, Stall, Backhaus und Hofraum, neben Ferdinand Kahn Wittib, und Johannes Vollmer, aus freier Hand auf Eigenthum zu verkaufen, welches ſogleich in Beſitz genommen werden kann.

Dieſes Wohnhaus, in dem bisher mit dem beſten Erfolge das Bäckergeſchäft, ſowie auch früher Wirthſchaft betrieben wurde, und in der lebhafteſten Straße der Stadt Germersheim liegt, und auch zum Betriebe eines jeden Geſchäfts vorzugsweiſe geeignet iſt, kann auch auf mehre Jahre gemiethet und ſogleich bezogen werden.

Germersheim, den 11. November 1852.

Jacob Eberhardt, Bäckermeiſter.

Digitized by Google

Neue
Speyerer Zeitung.

Sonntag Nro. 274 den 14. November 1852.

Amerikanische Briefe.

* **Philadelphia,** den 14. Octbr. **Wer regiert denn?** Das ist eine Frage, die sich Einem gar oft aufdrängt, wenn man so mit ansieht, wie geräuschlos hier die Staatsmaschine ihren geregelten Gang geht. Nirgends wird **weniger** regiert, als in den nordamerikanischen Freistaaten, und trotz dem wird nirgends **besser** regiert. Ein Freund sagte mir neulich: das Princip einer democratischen Regierung muß das sein, alles Regieren so viel als möglich zu vernichten. So parador die Sache klingen mag — der Mann hat vollkommen Recht.

Wir haben hier vielleicht fünfzig Journale — democratische, whigische, freesoilistische, nativistische, freidemokratische, atheistische, deistische, pantheistische, orthodore u. s. w. Sie schreiben in die Welt hinein, daß es eine wahre Lust ist. Sie schimpfen über die Regierung, wenn ihnen irgend eine Maßregel derselben nicht gefällt, was das Zeug hält. Und die Regierung — je nun, die nimmt nicht die geringste Notiz davon. Preßprozesse ex officio — die kennt man hier gar nicht. Trotzdem geht die Staatsmaschine ihren ruhigen geregelten Gang; die Regierung steht in hohem Ansehen und die Gesetze sind geachtet, wie vielleicht nirgendwo anders.

Wir haben in der Stadt der Bruderliebe allermindestens 200 Kirchen: methodistische, presbyteranische, hochkirchliche, quäckerische, irisch-katholische, deutsch-katholische, französisch-katholische, spanisch-katholische, lutherische, reformirte, schwedisch- und deutsch-reformirte, hochdeutsch-reformirte, griechische, universalistische, mennonitische, herrnhuterische, deutsch-israelitische, portugiesisch-israelitische, freigemeindliche von der extremsten Richtung, und weiß Gott! was noch für welche! Was da Alles gelehrt und gepredigt, welcher Unsinn da mitunter getrieben wird, können Sie sich kaum denken. Und die Regierung nimmt nicht die geringste Notiz von diesem Treiben. Trotzdem geht die Staatsmaschine ihren geregelten Gang und Jeder wohnt friedlich neben dem Andern.

Wir haben in Philadelphia eine Masse von geheimen Gesellschaften und Orden. Da sind die Freimaurer, die einfältigen Brüder (Odd Fellows), die guten Brüder (Good Fellows), die Druiden, die Brüder vom altdeutschen Orden der Harugari, die unabhängigen Rothmänner, die verbesserten Rothmänner, die Brüder vom aufgehenden Lichte, die Schwestern von der Freundschaftspalm, die schwarzen Brüder, die Brüder vom Berge Sinai und wie sie sonst alle heißen mögen. Alle diese Gesellschaften und Orden halten ihre Versammlungen bei verschlossenen Thüren und des Nachts. Manche von ihnen besitzen ein ungeheures Vermögen und Tausende von Mitgliedern.*) Und die Regierung nimmt von all diesem geheimen Treiben nicht die geringste Notiz. Trotzdem geht die Staatsmaschine ihren ruhigen geregelten Gang und die Republik erleidet nicht den mindesten Nachtheil.

Philadelphia zählt eine halbe Million Einwohner, zusammengewürfelt aus allen Nationen, die nur auf dem Erdballe sich finden mögen. Daß darunter mancher „Auswurf" sich befindet, versteht sich wol von selber. Wie viel Militär würde in Europa in einer Stadt von gleicher Größe erforderlich sein, um die Ruhe zu erhalten! Wir aber haben hier gar kein Militär, außer unsren freiwilligen Bürgerkompagnien und 50 Marinesoldaten, die in der eine gute Stunde von dem Mittelpuncte der Stadt entlegnen Navy-Yard (dem Anker- und Bauplatze für unsere Kriegsschiffe) einkasernirt sind. Wir besitzen lediglich eine gut organisirte Polizei, die der ruhige Bürger gar nicht wahrnimmt, die aber schnell zur Hand ist, wo es gilt. Auch ohne Soldaten geht die Staatsmaschine ihren Gang, und ich wollte wetten, daß in mancher europäischen Stadt, die fünfmal kleiner ist als Philadelphia, wie z. B. in München, verhältnißmäßig mehr Verbrechen vorkommen, als hier, trotzdem daß München mehr Soldaten beherbergt, als die ganze Union besitzt.*)

Wir haben freies Versammlungsrecht. Volksversammlungen im Freien von 20—40,000 Theilnehmern sind nichts Seltenes. Da werden die glühendsten Reden gegen die bestehende Regierung gehalten; der entschiedenste Tadel über diese und jene Regierungsmaßregel ausgesprochen („Indignations-Meetings"), und man sollte meinen, morgen müßten sämmtliche Gewalten abdanken. Die Regierung aber, **der eigenen Stärke sich bewußt**, läßt die Leute gewähren und Hochverrathsprozesse einzuleiten fällt ihr nicht im entferntesten ein. Und die Republik erleidet nicht den geringsten Schaden und die Staatsmaschine geht ihren ruhigen geregelten Gang.**)

Es ist wirklich etwas ungemein Großartiges in dieser einfachen Regierungsform, die mit wahrhaft heiliger Scheu vor jeder Beschränkung der persönlichen Freiheit zurückbebt, wo sie nicht im Interesse des Ganzen nöthig ist, die nur da handelnd auftritt, wo es zum Besten des Staates geschehen muß. Welch ein Contrast zwischen unserer und den europäischen Regierungen, die den Bürger mit einem Netze von Polizeimaßregeln umspinnen, in denen er weder Hand noch Fuß zu regen vermag, die mit ängstlicher Sorge über jedes freie Wort wachen und ihr Gebiet mit einer eisernen Mauer von Bajonetten umschließen, damit kein verpönter Freiheitsgedanke eingeschmuggelt werde! Ich wollte wünschen, unsere europäischen Staatsmänner müßten nur ein Jahr lang mit ansehen, wie hier regiert wird. Sie könnten Vieles lernen und würden vor einer republikanischen Regierung Respect bekommen.

Und höflich sind unsere Behörden, außerordentlich höflich, das muß man ihnen lassen. Sie vergessen keinen Augenblick, daß das Volk der Souverän und sie nur dessen erwählte Diener sind, deren einzige Aufgabe darin

*) So zählt der Orden der einfältigen oder sonderbaren Brüder gegen 40,000 Mitglieder allein in Philadelphia und besitzt in der Stadt sechs prachtvolle Hallen.

*) Das ganze stehende Heer der Vereinigten Staaten beträgt wenig über 10,000 Mann.

) Manche, selbst wohlgesinnte Leute, würden die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, über die entsetzlichen Zustände, die nach ihrer Meinung entstehen müßten, wenn sie sich gar nichts Anderes, als nur **dies vergegenwärtigten: alle Beamte werden mittel- oder unmittelbar vom Volke gewählt; auch die **Richter** werden es; die Voruntersuchung im Strafverfahren ist **öffentlich**, und Niemand darf in Haft gehalten werden, als zufolge des Verdicts einer nicht durch die Regierung ernannten Anklage- und dann einer ebenso vom Volke gebildeten Urtheilsjury; selbst im Civilproceß entscheiden Geschworene; eine Policei nach unsern Begriffen gibt es gar nicht. Und doch besteht der Staat! Läge nicht der **thatsächliche** Beweis vor, (großentheils auch in England), so würde man Jeden, der so etwas nur für **möglich** erklärte, als wahnsinnig ausgeben. D. Red.

besteht, für die Aufrechthaltung der Gesetze zu sorgen. Treten Sie mit mir in einen unserer Square, d. h. in einen der herrlichen, inmitten der Stadt belegenen Parke ein und richten Sie Ihre Blicke auf eine der von der Polizei aufgestellten Warnungstafeln. Da werden Sie lesen: The public is respectfully invited not to trespass the grass etc. (Das Publikum ist achtungsvollst ersucht, den Rasen nicht zu betreten u. s. w.) Ins Europäische übersetzt, würde das lauten: Es ist bei strenger Strafe verboten, den Rasen zu betreten.

Beamtenstolz und Beamtendünkel sind hier unbekannte Dinge. Die Beamten gehen aus dem Volke hervor, werden meist vom Volke auf die Dauer weniger Jahre gewählt und sind so ein integrirender Theil des Volkes. Wenn unser Mayor seinen Sitz in der City-Halle verläßt und in ein Wirthshaus tritt, dann hört er auf Mayor zu sein. Er wird vom ersten besten Bürger eingeladen to take a drink (einen Trunk zu nehmen) und his honor (Seine Ehren) tritt mit dem Einladenden in die Wirthsbarre. Ich wurde in einem Concerte der Jenny Lind dem frühern Gouverneur von Pennsylvanien, Johnston, vorgestellt. Der Mann schüttelte mir herzlich die Hand und unterhielt sich mit mir, so gut es bei meiner damals noch sehr mangelhaften Kenntniß der englischen Sprache gehen wollte, wie mit einem alten Bekannten. Darin findet aber kein Mensch eine Herablassung, sondern eine ganz natürliche Consequenz des Principes republikanischer Gleichheit, die keinen Unterschied der Stände kennt und aufkommen läßt.

Unser Freistaat hat manche und große Mängel, von denen ich Sie ein andermal unterhalten werde, und namentlich vermißt der Eingewanderte Manches, was ihm im alten Vaterlande lieb und theuer war; aber schon der großartige Geist und der humane Sinn, in dem hier regiert wird, läßt uns alle diese Mängel und Entbehrungen vergessen. Σ.

Deutschland.

GA* **Frankfurt**, den 11. Nov. In einem Weinbericht aus Pesth wird die patriarchalische Sorglosigkeit gerügt, mit der die ungarischen Weingärtner zu Werke gehen. Der Berichterstatter erzählt, er habe kürzlich das Product des Hrn. Districts-Obergespanns von Augusz gekostet, dessen bedeutende Weingärten in Szegzard liegen. „Wenn Burgund oder die Umgebung von Bordeaux — meint er — einen derartigen Wein, so feurig, mild und voll Gewürz, hervorgebracht hätte, das Faß (ungefähr 4 Eimer) würde 3—4000 Frcs. kosten. Diese Weine wurden aber, und noch dazu ausnahmsweise, der Eimer um 10 fl. verkauft." Es ist nun der Vorschlag gemacht worden, auf Gemeinde- oder Vereinskosten jährlich eine Anzahl junger Ungarn ins Rheingau zu schicken, damit dieselben dort die Veredlung der Rebe und die Behandlung des Weins practisch erlernen. Bekanntlich fehlt der ganzen österreichischen Weinproduction nichts als dies, um das österreichische Gewächs überall, wo Wein genossen wird, hin zu verbreiten.

* **Pfalz.** Die Anträge, welche Hr. Notär Keller im Landrathe einbrachte, haben nicht nur im ganzen Kreise, sondern über dessen Grenzmarken hinaus, den wohlverdienten Beifall und die vollste Anerkennung gefunden, und die unendliche Mehrzahl der Bewohner der Pfalz weiß dem Antragsteller ihren innigen Dank dafür.

Die sich so nennende „Pfälzr. Ztg." dagegen entblödet sich nicht, neuerdings über jenen, in der ganzen Pfalz längst allgemein geschätzten Ehrenmann ihre giftige Galle auszugießen. Es wird wol Niemand erwarten, daß man den Character eines Mannes wie Hr. Keller — einem Herausgeber der „Pfälzer Ztg." gegenüber noch besonders vertheidige. Jeder Unbefangene sieht, daß die niedrigste Bosheit es ist, welche sich hier Luft macht, und ihre (zum zehntenmal im reactionären Sinne geänderten!) Grundsätze als die alleinbeglückenden gelten lassen will; jeder mit dem Gange der Landrathsverhandlungen Bekannte weiß überdieß auch, daß jener Angriff von Unwahrheiten und Entstellungen wimmelt.

Damit aber Jedermann in den Fall gesetzt werde, die Sache selbst zu beurtheilen, lassen wir nachstehend den Wortlaut jener beiden Anträge folgen, welche den Zorn der Pflzr. Ztg. ganz besonders rege gemacht zu haben scheinen. Wir halten es überflüssig, irgend eine Bemerkung beizufügen.

I. „Den Anforderungen der Strafgerechtigkeit ist in Beziehung auf die Vorfälle von 1849 bereits volle Genüge geschehen und Manche haben jetzt im Kerker ihre damaligen Handlungen durch langjähriges Gefängniß schwer zu büßen oder heften als Straflüchtige im Auslande mit Thränen ihren nach Rückkehr sehnsuchtsvollen Blick auf die heimathliche Erde. Darunter sind jedoch Viele, ja sogar die Mehrzahl, welche weniger aus Bewußtsein und Arglist, als entweder durch die in jener Zeit herrschenden Begriffsverwirrungen oder durch Furcht und den Drang der Umstände verleitet, gesündigt haben und jetzt wieder gesetzmäßige, dem Throne und der Verfassung ergebene Bürger wären.

„Inzwischen verkümmern aber zu Hause ihre Familien in Trauer und ihre öconomischen Verhältniße in Verwahrlosung.

„Für diese wagt der Landrath hiermit alleruntertänigst die edlen Regungen des Königlichen Vaterherzens in Anklang zu bringen und dabei Eure Königliche Majestät mit der vollsten Ueberzeugung zu versichern, daß eine Ausübung der Gnade innerhalb möglichst weiten Grenzen nicht allein ein unerläßliches Heilmittel zur Vernarbung der aus jener Epoche her noch blutenden Wunden bilden, sondern auch von der Gesammtheit der Bevölkerung, ohne Unterschied der Ansichten, mit dem innigsten Danke gegen den Allerhöchsten Gnadenspender, als glückliches Ereigniß gepriesen würde."

II. „Das Gesetz vom 23. Mai 1846, indem es die Verkündigung von Zwangs- und andern gerichtlichen Versteigerungen mehr lokalisirte, wollte durch Beförderung einer reellen Verbreitung dieser Anzeigen unbezweifelt den Mißständen begegnen, welche die bis dahin gesetzlich bestandene Anhäufung aller dieser Bekanntmachungen in dem einen Intelligenzblatte zur größten Beeinträchtigung des völligen Bekanntwerdens dieser Versteigerungen veranlaßte. Durch die jetzt wieder eingeführte Concentration dieser Ankündigungen in der Pfälzer Zeitung wurden nun diese Mißstände, dem Zwecke jener gesetzlichen Anordnung von 1846 zuwider, von Neuem in das Leben geführt und die Betheiligten abermals wie früher genöthigt, behufs der wünschenswerthen, mehr lokalen Veröffentlichung ihrer Versteigerungen, sich große doppelte Einrückungskosten zu machen.

„Der Landrath glaubt daher in diesem Puncte eine baldige Abhülfe sehr dringend empfehlen zu müßen."

** **Auch aus der Pfalz.** (Auch ein Zeichen der Zeit.) Im Jahre 1850 verwendete sich der Landrath der Pfalz für die in den großen politischen Proceß Verwickelten. Keinem Menschen fiel es ein, dem gedachten Collegium die „Competenz" dazu bestreiten zu wollen. Nun lese man, wie ein subventionirtes Blatt einen der geachtetsten Männer des Landes in den Koth zu ziehen sucht, weil er in der letzten Landrathssitzung den nemlichen Wunsch wieder aussprach. Auch dem Aermsten steht das Recht einer bescheidenen Bitte zu. Das Mitglied der Landesvertretung aber darf beschimpft werden, wenn es — nicht für sich, bat? —

* **Pfalz.** Die Pfälzer Ztg. brachte dieser Tage einen Artikel, in welchem in ihrer bekannten gehässigen Weise Verhältniße des Platzes Ludwigshafen mit dem Institute der Pfälzischen Dampfschleppschifffahrt in Beziehung gebracht werden. Zur Würdigung nachstehende Notizen über den Sachverhalt: Die diesseitige Regierung hat seit langen Jahren den Kaufleuten in Ludwigshafen für diejenigen Güter, welche aus dem Freihafen über die Brücke nach der badischen Bahn gefahren wurden, den Brückenzoll zurückvergütet. Im vorigen Jahre wurde durch einen, mannheimer Seits herbeigeführten Umstand, dieses

Verhältniß gestört; daraufhin entzog die kgl. Regierung dem Handelsstande, in dessen Einverständniß, jene Begünstigung, versprach aber zugleich mit der badischen Regierung unterhandeln zu wollen, um das alte Verhältniß wieder herzustellen. Nachdem ihr dieses vollkommen gelungen, und nachdem der hiesige Handelsstand viele Gesuche für erneuerte Rückvergütung des Brückenzolls eingereicht, ward ihm eröffnet, daß ihm solches nicht gestattet werde. — Einige hiesige Häuser, eben die hervorragendsten, lassen nun ihre Güter nach Mannheim declariren, wo dieselben raschere Abfertigung, bei Ersparung an Hafenspesen und des ganzen Brückenzolles, erwartet. — Die Schleppschifffahrt steht hiebei in der Mitte, sie kann kein Vorwurf treffen, es hieße ihre Pflichten und Interessen verkennen, wenn sie die Vorschriften der Adressaten unbeachtet ließe. Nun schleicht aber eine Partei im Finstern herum, sie wittert in allem Demonstration, was nicht in ihren Kram paßt; diese Partei will durch die Schleppschifffahrt den Handelsstand zwingen, den diesseitigen Hafen zu frequentiren, — was in der That ungereimt ist. Handel und Industrie lassen sich nicht zwingen, das Resultat der Calculation allein ist maßgebend.

* **Speyer.** Am 16. Nov. nehmen die directen Eisenbahnfahrten zwischen Paris und Ludwigshafen-Speyer ihren Anfang. Wenn man des Morgens $5\frac{3}{4}$ Uhr bei uns abfährt, gelangt man denselben Abend um 10 Uhr nach der französischen Hauptstadt; bei der Abfahrt um 11 Uhr, kommt man am folgenden Morgen um $4\frac{1}{2}$ Uhr dahin. Was die Hieherreise betrifft, so geht man des Abends um $7\frac{1}{2}$ oder um 11 Uhr von Paris ab, und trifft des Mittags um $1\frac{1}{2}$ oder des Abends um 9 Uhr in Ludwigshafen-Speyer ein.

Der Abgang von den Hauptpuncten bei uns ist übrigens folgendermaßen festgesetzt:

A. In der Richtung von Westen nach dem Rheine:

Abgang von	Personenzüge Morg.	Mitt.	Abends.	Waarenzüge mit Pers. Nachmittags.	
Saarbrücken	5^{40}	8^{45}	4^{15}	—	—
Homburg	7^{8}	10^{8}	5^{02}	—	—
Kaiserslautern	8^{30}	11^{18}	6^{45}	1^{25}	—
Neustadt	9^{42}	12^{40}	8^{5}	3^{30}	5^{10}
Ank. zu Speyer	10^{30}	1^{28}	9	4^{55}	6^{35}
„ „ Ldwigsh.	10^{40}	1^{40}	9^{5}	5^{5}	6^{50}

B. Vom Rheine nach Westen:

Abgang von	Personenzüge Morg.	Mittags	Abends	Waarenzüge mit Pers. Morg. *)	Abends **)
Ludwigshafen	5^{45}	11^{5}	4	—	6^{20}
Speyer	5^{45}	11^{10}	4^{5}	—	6^{30}
Neustadt	6^{43}	12^{8}	5^{5}	—	—
Kaiserslautern	8^{10}	1^{35}	6^{35}	6^{15}	—
Homburg	9^{12}	2^{37}	7^{43}	—	—
Ank. in Saarbr.	10^{27}	3^{52}	9	—	—

• **Speyer,** den 13. Nov. Die Pariser Correspondenz vom 11. d. meldet ein bedeutendes Sinken der Course. Die 3proc. Papiere fielen seit dem vorhergehenden Tage um 50 Cent., die $4\frac{1}{2}$proc. sogar um 1 Fr. 15 Cent. Auch die Eisenbahnactien gingen sehr bedeutend herab. Eine specielle Ursache, behauptet man, sei unbekannt. Vielleicht hängt die Sache mit dem Inhalte eines Artikels der Morning-Post zusammen, der in mehr als 200,000 Exemplaren in Frankreich verbreitet wird, und als dessen Verfasser man „eine sehr hochgestellte Person" (vermuthlich Napoleon selbst) bezeichnet. Es ist darin gesagt, alle auswärtigen Staaten wollten den Kaiser anerkennen, jedoch machten die sogenannten nordischen Mächte Anstände wegen der Ziffer III; dies sei ein gesuchter Einwurf, „bestimmt, eine mysteriöse Absicht zu verbergen, von der noch Nichts laut werden dürfe." In ähnlicher Art wird fortgefahren und merkwürdiger Weise u. a. gesagt: „Diese Orleanisten und diese Legitimisten haben Frankreich verloren, nicht weil sie England haßten, sondern weil sie eine **reactionäre, fortschrittsfeindliche Politik** übten, wofür der Haß gegen England nur ein sicheres Merkmal war." — Nach einem Gerüchte stünde eine Verminderung der französischen Armee um 48,000 Mann (worunter 40,000 Infanterie) nahe bevor, wogegen eine Reserve von 180,000 Mann organisirt würde.

*) Von Kaiserslautern bis Homburg.

**) Zwischen Ludwigshafen, Speyer und Neustadt.

Braunschweig, den 8. Nov. Aus ganz zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß der neue Zollvertrag zwischen Braunschweig und Preußen bereits abgeschlossen ist, und daß die Abschlüsse mit den thüringischen Staaten ebenfalls in nächster Zukunft bevorstehen.

Berlin, den 10. Nov. Einer der auf der Festung Silberberg inhaftirten politischen Gefangenen, Alexander Klose von Breslau, hat in diesen Tagen sich durch eine starke Dosis Opium zu vergiften versucht.

Wien, der 8. Novbr. Am 4. d. M. erfolgte zu Moravez in Mähren der feierliche Uebertritt der Prinzessin Carola Wasa zur katholischen Kirche. Die Prinzessin trug sich schon seit Jahren mit dem Wunsch, Katholikin zu werden. Allein theils ihre Minorennität, theils andere Gründe (ein böhmisches Kirchenblatt will von mehreren Versuchen von Seite des badischen Hofes wissen, die Princessin dem Protestantismus zu erhalten) vertagten den Entschluß. Erst nachdem sie von hier aus die väterliche Zustimmung erlangt, meldete sie sich bei dem Bischof von Brünn zum Uebertritt, der ihr dann mehrere Wochen hindurch von einem Diöcesanpriester Unterricht ertheilen ließ, und in dessen Hände sie an ihrem Namensfeste das feierliche Glaubensbekenntniß ablegte. (A. Z.)

Frankreich.

† **Paris,** den 11. Nov. Auf der Lyoner Eisenbahn hat sich ein Unfall ereignet, wobei mehre Menschen verunglückt sind, die näheren Details fehlen noch darüber.

Italien.

In **Ancona** sind wiederum 27 Mitglieder des Clubs der Ammazzarelli (des republicanischen Blutbundes) erschossen worden. (Köln. Z.)

Großbritanien.

London, den 10. Nov. Zum Andenken an Robert Blum fand gestern, als am 9. Nov., in der Freimaurer-Halle ein Bankett Statt, welches zahlreich von Deutschen, Polen, Italienern, einigen Franzosen und Engländern besucht war. Die Hauptredner waren Arnold Ruge, (Vorsitzender), Ronge, Tausenau und Oskar Falka.

Türkei.

Konstantinopel, den 30. Oct. Abermals hat das Feuer — das in diesem Jahre schon gegen 5000 Häuser und Magazine vernichtete — in Galata gegen 500 Häuser und Läden in Asche gelegt. Den 1400 christlichen Familien, die aus Bosnien nach Oesterreich ausgewandert sind, wurde straffreie Rückkehr angeboten.

Amerika.

* Die Provinz Sonora in Mexico, welche vor Kurzem von französischen und deutschen Auswanderern von Californien aus besetzt wurde, hat sich für unabhängig erklärt und wird sich wahrscheinlich den nordamerikanischen Freistaaten anschließen.

Westindien.

Ueber die Verheerungen, welche das gelbe Fieber auf **Barbadoes** (12. Oct.) anrichtete, bringt der dortige Globe die erschreckendsten Schilderungen. Selbst kreolische und akklimatisirte europäische Familien erliegen der Seuche binnen wenigen Stunden. Alle Anstrengungen der erfahrensten Aerzte bleiben fruchtlos. Das Haus des Generalcommissärs Neil starb binnen drei Tagen vollständig aus. Erst starb Hr. Neil, am folgenden Tage starben zwei Kinder und die Mutter; kaum waren die Eltern mit officiellen Ehren begraben, als das Fieber den einzigen überlebenden Sohn und zum Schluß auch Mrs. Neil's Stubenmädchen wegraffte. Von der Familie Forster, die

aus sieben erwachsenen Personen bestand, waren nur noch zwei am Leben; und auch der Hausarzt starb mit seinen Patienten.

M i s c e l l e n.

Napoleon und Washington. Das Consultum des französischen Senats über die Herstellung des Kaiserthums ist jetzt da, das franz. Volk wird ohne Zweifel in wenigen Tagen Ja sagen und der heiße Wunsch Louis Napoleons damit erfüllt sein. Sehr passend erinnert jetzt die Bern. Ztg. zum Vergleich an das, was einst Washington auf den Antrag der Alleinherrschaft erwiederte. Im Jahre 1782, als Washington in dem Unabhängigkeitskriege seines Vaterlandes bereits unsterblichen Ruhm sich erworben, vereinigten sich die Officiere seiner Armee und kamen überein, ihm die Alleinherrschaft durch den Mund eines der angesehensten Obersten anzubieten. W. schrieb an diesen Obersten am 22. Mai 1782: „Mit Staunen und Bestürzung habe ich das, was Sie mir übersandten, aufmerksam durchgesehen. Seien Sie versichert, daß kein Vorfall im ganzen Kriege mir so großen Schmerz verursacht hat, als die Mittheilung, welche Sie mir machen, und aus der ich sehe, daß in dem Heere Gesinnungen gehegt werden, die meinen Abscheu erregen und meine strengste Zurechtweisung verdienen. Für jetzt soll das, was Sie mir geoffenbart haben, in meinem Busen verschlossen bleiben, insofern keine weitere Anregung dieser Sache mich zur Kundmachung derselben zwingt. Ich begreife nicht, wie mein Betragen Sie ermuthigt haben kann, mir einen Vorschlag zu thun, der nach meiner Ueberzeugung mein Vaterland mit dem größten Unheil bedroht, das es jemals treffen könnte. Wenn ich mich nicht vollständig über mich selber täusche, so gibt es keinen Menschen in ganz America, dem Ihre Entwürfe verhaßter sein können, als mir. Zugleich muß ich aber, um meinen Gesinnungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, hinzufügen, daß Niemand so aufrichtig wie ich, wünscht, dem Heere möge in vollem Maße sein Recht geschehen; und so weit meine Macht und mein Einfluß auf verfassungsmäßigem Wege sich erstrecken, werde ich Alles anwenden, um keine Gelegenheit unbenutzt zu lassen, um Allen zu dem zu verhelfen, was ihnen gebührt. Ich beschwöre Sie deshalb, wofern Sie noch Liebe zu Ihrem Vaterlande haben, wenn Ihnen Ihr eigenes und das Glück Ihrer Nachkommen am Herzen liegt, und wenn Sie noch die geringste Achtung für mich hegen, verbannen Sie diesen Gedanken aus Ihrer Seele und äußern Sie nie gegen irgend Jemand, weder aus eigenem Antrieb, noch im Auftrage von Anderen, dergleichen Gesinnungen." (Sch. Nat-Ztg.)

Eine Beilage zu diesem Blatt folgt morgen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1302] **Zahnärztliche Anzeige.**

Ich werde den 16. d. Mts. Mannheim verlassen, und bis den 24. in Karlsruhe verweilen. Vom 25. dieses bin ich wieder täglich in meiner Wohnung Lit. P. 5 Nro. 1 am Strohmarkt zu sprechen.

Mannheim, den 13. November 1852.

J. Böbling, Zahnarzt.

[1252a] **Das überseeische Geschäftsbureau**
von
Zitz, Kapp & Cie. in Newyork,
Chatam Street Nro. 67,

besorgt alle Rechts- und Erbschaftsangelegenheiten, welche eine in Amerika und Europa zusammenwirkende Thätigkeit verlangen und vermittelt Geldsendungen nach Amerika.

Die Einzahlungen geschehen an den unterzeichneten General-Agenten, welcher demnächst dem Zähler die beglaubigte Original-Quittung des Geldempfängers kostenfrei einhändigt.

Mainz, den 23. September 1852.

Dr. Müller-Melchiors.

[1267a] **Das Anlehen deutscher Fürsten und Edelleute,** garantirt vom Prinzen Friedrich von Preußen, Herzog von Nassau, Herzog von Meiningen, Herzog von Sachsen-Coburg u. a. m. bietet die schönen Gewinne von 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 14,000, 13,000, 12,000, 11,000, 10,000, 10 à 5000 fl.

Nächste Ziehung am 15. November 1852.

Actien können zu nachstehenden Preisen bezogen werden: einzelne à 1 fl. 30 kr., 4 Stück 5 fl., 9 Stück 10 fl., 20 Stück 20 fl., 56 Stück 50 fl. durch unterzeichnetes Großhandlungshaus, welches prompte Zusendung der Listen sichert.

Julius Stiebel jun. und Comp.
Banquier in Frankfurt a. M.

[1253] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

[1254] **Niederländische**

Dampf- **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 274.) den 14. November 1852.

Deutschland.

Speyer, den 13. Nov. Der „Beobachter" bringt heute, von einem schwarzen Rande umgeben, folgende, wol jeden deutschen Patrioten tief betrübende Nachricht: **Stuttgart,** den 12. Nov. Wir haben dem Lande eine erschütternde Kunde mitzutheilen. Adolf Schoder ist nicht mehr. In der höchsten Blüthe seiner gewaltigen Kraft hat ihn ein tückisches Schleimfieber überfallen, das sich in wenigen Tagen zum Nervenfieber steigerte. Schon gestern Abend war nur geringe Hoffnung seines Genesens mehr; auch diese ist heute erloschen. Gegen Mittag verschied er. Was die Volkspartei, was das ganze Land ohne Rücksicht auf Parteifarbe an ihm verliert, das weiß jeder Redliche zu ermessen. Wir fühlen uns nicht im Stande, unsrer kurzen Nachricht von diesem schweren Schlage für heute etwas Weiteres beizufügen.

Fulda, den 9. Novbr. Vor längerer Zeit wurde ein in der Gemarkung von Maberzell bei Fulda aufgefundener Selbstmörder auf besonderes Betreiben des Jesuiten Schneider zu Maberzell nicht auf dem Todtenhof, sondern auf dem freien Felde eingegraben, wohin er auf einer s. g. Schleife gefahren worden war. Der Selbstmörder war ein unbescholtener und sonst braver Mensch, dem die Verzweiflung den furchtbaren Entschluß des Selbstmordes eingegeben hatte. Die Staatsbehörde insistirt jedoch auf ihrem Beschluße, daß der Leichnam wieder ausgegraben und am Todtenhof der Gemeinde begraben werde, während die geistliche Behörde noch immer Widerstand leistet. (Fr. J.)

Kiel, den 8. Nov. Sämmtliche Steuerbeamten des Herzogthums Schleswig sollen nunmehr angehalten werden, alle Gelder, welche sie an die Statthalterei abliefer- ten, der dänischen Regierung noch einmal zu ersetzen!

Frankreich.

† **Paris,** den 11. Novbr. Das Senatusconsultum theilt die Familie Louis Napoleons in zwei Theile: 1) Die Mitglieder der kaiserlichen Familie, welche eventuell zur Thronfolge berufen werden können, und 2) Alle übrigen von der Nachfolge ausgeschlossenen Verwandten. Da Joseph Bonaparte keine männlichen Nachkommen hinterließ, so beschränkt sich die Wahl Louis Napoleons zur Adoptirung des Thronerben auf die Kinder und Enkel von Lucian und Jerome (Hieronymus) Bonaparte. Beide haben zuerst Ehen geschlossen, welche vom Kaiser nicht anerkannt wurden, deßhalb sind die daraus entsprossenen Kinder von der Thronfolge ausgeschlossen. Dies sind: Charlotte Bonaparte, Tochter des Lucian und Wittwe des römischen Fürsten Gabrielle mit ihrem Sohne und ihren 3 Töchtern. Sodann die in Baltimore lebende geschiedene Frau des Prinzen Jerome mit ihrem Sohne und Enkel. Zur Adoptirung eignen sich: die Söhne aus Lucians zweiter Ehe, Karl Lucian Bonaparte, Fürst v. Canino, Expräsident der römischen Constituante, 49 Jahre alt, Louis Lucian Bonaparte, 39 Jahre alt, Pierre Bonaparte, 37 Jahre alt, und Anton Bonaparte, 36 Jahre alt. Ferner der Sohn von Jerome Bonaparte aus zweiter Ehe, Napoleon Joseph Bonaparte, 30 Jahre alt. Ebenso Joseph Lucian Bonaparte, Fürst von Musignano, 28 Jahre alt, Lucian Louis Bonaparte, 24 Jahre alt, Napoleon Jacob Bonaparte, 13 Jahre alt, alle drei Söhne des Fürsten von Canino. Zur Categorie der kaiserlichen Familie gehört nach der Bestimmung des Senatus-Consultums noch die Prinzessin Zenaide Charlotte Bonaparte, älteste Tochter des Königs Joseph Bonaparte und Gemahlin des Fürsten von Canino; die Prinzessin Alexandrine Bonaparte, an den Grafen Vincent von Canino vermählt; die Prinzessin Constance Bonaparte, Nonne des Ordens vom heiligen Herzen in Rom, die Prinzessin Johanna Bonaparte, an den Marquis Honorate verheirathet, die Prinzessin Mathilde, Tochter des Prinzen Jerome, und die 5 Töchter des Fürsten von Canino. Es sind also mit dem Prinzen Jerome 21 Mitglieder der neuen kaiserlichen Familie, über deren Stellung der Senat zu entscheiden hat, und wovon die Unverheiratheten ohne Erlaubniß des Kaisers keine Ehe eingehen dürfen. Zur zweiten, nicht thronfähigen Categorie gehört die Tochter der Prinzessin Elisa, Schwester des Kaisers, die Prinzessin Napoleon Bacciochi, an den Grafen Camerata vermählt, die Kinder der Prinzessin Carolina, zweiter Schwester des Kaisers, die an Murat verheirathet war, nemlich: der Prinz Murat, die Prinzessin Lätitia Murat, vermählt mit dem Grafen Pepoli, die Prinzessin Louise Caroline Murat, Gräfin Rasponi, und mehrere Kinder des Prinzen Murat. Ueber die Stellung der Prinzen und Prinzeßinen der zweiten Categorie hat nicht der Senat, sondern der Kaiser allein zu bestimmen.

Griechenland.

Aus **Athen** erhalten wir Briefe bis zum 2. Nov. Sie enthalten furchtbare Details über den verheerenden Sturm der am 26. Oct. zu Land und zu See gewüthet. Eine Säule des Olympion und zwei Säulen des Erechtheums der Akropolis wurden gestürzt und zertrümmert. Mit steigender Spannung harrte die Bevölkerung der Rückkehr des Königs. Schon hatten sich trübe Gerüchte verbreitet, als ein englischer Courier eintraf, welcher die nahe Ankunft Sr. Maj. meldete. Er brachte ein von den Bevollmächtigten der Schutzmächte unterzeichnetes Protokoll in Betreff der griechischen Thronfolge. Die Minister sollen die Absicht gehabt haben, die Kammern zu berufen, um ihnen die Sache vorzulegen, die Gesandten von Rußland und England aber hätten ihnen (so versichert wenigstens der Aeon) bedeutet, über die Thronfolge hätten ausschließlich die Schutzmächte zu entscheiden. (Allg. Ztg.)

Miscellen.

Ein kürzlich in Paris erschienenes Buch über Napoleons Jugend ꝛc. theilt den (wegen seiner eisigen Kälte und Geschraubtheit bemerkenswerthen) Brief mit, welchen dieser, damals auf der Schule in Paris, an seine Mutter auf die Nachricht von dem Tode seines Vaters geschrieben haben soll: Paris, 29. März 1785. Meine treue Mutter! Heute hat die Zeit die erste Heftigkeit meines Schmerzes gemildert, so daß ich mich beeile, Ihnen die Erkenntlichkeit zu bezeigen, die mir die Güte einflößt, welche Sie immer für uns gehabt haben. Trösten Sie sich, meine treue Mutter, die Verhältnisse fordern es. Wir werden unsere Sorgfalt und unsere Dankbarkeit verdoppeln, und werden glücklich sein, wenn wir durch unsern Gehorsam Sie ein Weniges für den unschätzbaren Verlust eines treuen Gatten entschädigen können. Ich schließe, meine treue Mutter, mein Schmerz gebietet es, indem ich bitte, daß Sie den ihrigen besänftigen. Meine Gesundheit ist vortrefflich und ich bitte alle Tage den Himmel, Ihnen eine gleiche zu schenken. Bezeugen Sie meine Hochachtung der Tante Gertrude, Minana Saveria, Mi-

nana Fesch ꝛc. Nachschrift. Die Königin von Frankreich ist mit einem Prinzen niedergekommen, geheißen Herzog de Normandie, am 27. März um 7 Uhr des Abends. Ihr sehr ergebener und wohlaffectionirter Sohn Napoleone de Bonaparte.

Geldcourse.

Frankfurt, den 12. Nov. Pistolen 9 fl. 44 — 45 kr., Ducaten 5 37½ — 38½, 20-Franken-Stücke 9 28 — 29, Holländische 10fl.-Stücke 9 52½ — 53½, Preußische Thaler 1 45—45½, Fünffrankenthaler 2 fl. 21¼—21¾ kr.

Papiercourse. Frankfurt, den 12. Nov. Oesterreichische 5proc. Met. 93; 4½proc. 71½. Preußische 3½proc. 93½. Baierische 5proc. 101½; 4proc. 96½; 3½proc. 93. Verb. Act. 95½; Pr.-Obl. 102½. Bad. 4½proc. 103; 50fl.-Loose 66½; 35fl.-L. 38½. Hess. 25fl.-L. 31½. Disconto 3½ B., 3 G.

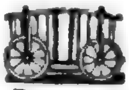
Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1303[2]] **Mobilienversteigerung.**

Donnerstag, den 18. und Freitag den 19. November nächsthin, jedesmal um 8 Uhr des Morgens anfangend, zu Maudach in der Büttner'schen Behausung, werden sämmtliche, zu den zwischen Johannes Büttner, weiland Landwirth in Maudach und seiner hinterbliebenen Wittwe Anna Maria Sieber, ohne Gewerbe daselbst wohnend, bestandenen Gütergemeinschaft gehörigen Mobiliargegenstände, auf Zahlungstermin versteigert, namentlich:

a. am ersten Tage:

1 Pferd, 2 Kühe, 2 Rinder, 1 Reibling, 1 Wagen, 1 Kastenkarren, mehrere Pflüge, 1 Windmühle, sonstige Oeconomiegeräthe, Dünger, eine große Quantität Gelbrüben, Weißrüben u. Dickrübenwurzeln, Stroh, Heu, Fruchtspreue, eine Quantität Mauer- u. Lehmsteine, eine Partie Diele, circa 400,000 Torfsteine.



b. am zweiten Tage:

Bettung, Weißzeug, hänfenes und wergenes Tuch, wergenes Garn, 80 Pfund roher Hanf, 1 Kleiderschrank, 1 Commode, Tische, Kisten, 1 Uhr mit Uhrkasten, 1 Küchenschrank, 1 Mehlkasten, Ständer, Züber, Küchengeschirr und sonstiges Hausgeräthe aller Art.

Mutterstadt, den 12. November 1852.

C. Moré, Notar.

[1305] **Literarische Anzeige.**

Bei G. L. Lang in Speyer ist erschienen und durch alle gute Buchhandlungen zu beziehen:

Geographie
für
Schüler in deutschen Schulen
von
J. M. Zeidler.

2. Aufl. Neue wohlfeile Ausgabe. Preis 12 kr.

Ferner in ganz neuer, nach der neuesten Eintheilung und Zählung revidirter und mit historischen Notizen versehener Ausgabe:

Geographie
vom
Königreiche Bayern
für
Schüler in deutschen Schulen
von
J. M. Zeidler.

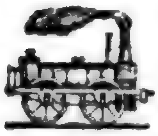
2. Aufl. 2. Ausgabe. Preis 6 kr.

Beide Geographien zusammen 16 kr.

Obige Geographie wurde von hoher königl. Regierung wiederholt allen deutschen Schulen der Pfalz zur Anschaffung empfohlen.

[1304[a]]

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.



Da die von den Actionären eingezahlten Beträge mit Einrechnung des von der Großherzoglichen Staatsregierung zur Gleichstellung geleisteten Zuschusses zur Bestreitung der nothwendigen Ausgaben bis zum 31. Januar 1853 nicht hinreichen, so sehen wir uns veranlaßt, eine Einzahlung von 5 % (die eilfte) auszuschreiben, welche bis längstens zum

15. December 1852

bei Vermeidung der statutenmäßigen Conventionalstrafe zu leisten ist.

Die Zahlung beträgt nach Abrechnung der verfallenen Zinsen der bereits geleisteten Einzahlungen für jede Actie von 250 fl.

acht Gulden fünf und vierzig Kreuzer

(8 fl. 45 kr.) und kann für Rechnung der Gesellschaft geleistet werden:

In **Mainz**	an Herrn	**J. A. Heidelberger,**
„ „	„ „	**G. L. Kayser,**
„ „	„ „	**Fr. Korn,**
„ „	„ „	**C. Lauteren Sohn,**
„ „	„ „	**J. B. Werner,**
„ **Worms**	„ „	**Georg Renz,**
„ **Frankfurt a. M.**	„ „	**M. A. v. Rothschild & Söhne,**
„ **Köln**	„ den	**A. Schaaffhausen**'schen Bankverein,
„ **Berlin**	„ Herren	**Anhalt & Wagener.**

Hierbei machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß die nach Berechnung obiger Einzahlung noch zu zahlenden 35 % in folgenden Terminen werden erhoben werden:

5 %	am	31. Januar	1853,
10 %	„	31. März	1853,
10 %	„	31. Mai	1853,
10 %	„	31. Juli	1853,

worüber besondere Aufforderungen erfolgen werden.

Zudem haben wir auf mehrfache an uns gerichtete Wünsche die Einrichtung getroffen, daß bei obengenannten Handlungshäusern jetzt schon die noch rückständigen 40 % voll eingezahlt werden können.

Denjenigen Actien-Inhabern, welche hiervon Gebrauch machen wollen, werden die Zinsen vom 15. December 1852 bis 31. Juli 1853 vergütet und die definitiven Actiendocumente demnächst ausgeliefert werden.

Mainz, den 1. November 1852.

Der Verwaltungsrath.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 273 | den 16. November 1852.

Deutschland.

***Speyer.** Die Nachrichten aus Paris, Wien und St. Petersburg lassen auf eine Spannung zwischen den Regierungen von Rußland und Oesterreich einer-, Frankreich anderseits schließen. Der Titel des neuen franz. Kaisers als „Napoleon III“ hat bereits Anstand gefunden. Man hält ihn für m e h r, als eine blose Formfrage. Der in unserm vorigen Blatt erwähnte, als von Ludwig Napoleon herrührend bezeichnete, und durch Frankreich in Hunderttausenden von Abdrücken verbreitete Aufsatz der Morning-Post, enthält wenigstens die Andeutung, daß man für gewisse Fälle zu Paris kein Bedenken tragen würde, den herrschenden Grundsätzen ein anderes P r i n c i p entgegen zu stellen. Die neuere Pariser Correspondenz bringt bereits sehr bestimmte Entwicklungen, wie man darunter eine Bekämpfung der Tendenzen des Absolutismus zu verstehen habe u. s. f. Das neue franz. Regime scheint sich zum Erstaunen jetzt an England anlehnen zu wollen. Es ist dies mehrfach angedeutet. Auffallend erscheint es ganz besonders, daß man von Frankreich einen officiellen Repräsentanten zur Leichenfeier des „Siegers von Waterloo“ absenden wird, indeß von Wien aus ein solcher dahin nicht abgehen darf. Bemerkenswerth ist ferner der Ton, den die russischen officiellen Zeitungen anstimmen, und wie sie den Feldzug und die Niederlage Napoleons mit so viel Ostentation als möglich wieder in Erinnerung bringen. Noch haben diese Dinge an sich keine Bedeutung, allein es sind damit Keime eines vielleicht weit greifenden Zerwürfnißes angedeutet.

GA* **Frankfurt,** den 13. Nov. In der deutschen Zoll- und Handelsfrage ist abermals ein wichtiges Votum abgegeben worden. Der Ausschuß der großherzogl. hessischen ersten Kammer hat über den die Zollfrage betreffenden bekannten Beschluß der zweiten Kammer, der ein starkes Mißtrauen gegen das Ministerium enthielt, Bericht abgestattet. Der Ausschuß trägt zwar darauf an, die erste Kammer möge dem Beschluß der zweiten nicht beitreten, aber die Regierung ersuchen, auf den baldigen Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrags mit Oesterreich fortwährend hinzuwirken; der von beiden eingeschlossene dritte Antrag ist aber offenbar der wichtigste und lautet: die Kammer wolle die großh. Regierung ersuchen, eine Trennung des bisherigen Zollvereins, namentlich das Ausscheiden des Königreichs Preußen aus demselben, möglichst abzuwenden. In der sehr gediegenen Motivirung des Berichts wird dieser letzte Antrag ganz besonders betont; alle darin aufgeführten Gründe vereinigen sich, um die E r h a l t u n g des Zollvereins als die H a u p t s a c h e und als eine Nothwendigkeit für die Existenz des Landes darzustellen. Was zu Gunsten des Handelsvertrags mit Oesterreich gesagt ist, trägt mehr den Character einer Concession, die, der Uebereinstimmung des Ausschußes wegen, denjenigen Elementen des Ausschußes gemacht werden mußte, welche Ursache haben, die Empfindlichkeit der Regierung zu schonen. Wenn überhaupt der ganze Bericht sich vor dem entsprechenden der zweiten Kammer durch mildere Form auszeichnet, so wird man dabei die Art der Zusammensetzung der ersten Kammer sich ins Gedächtniß rufen müßen. Aber gerade die Thatsache, daß die ministerielle Partei in dieser Kammer überwiegt, macht den Ausspruch ihres Ausschußes über die Erhaltung der Verbindung mit Preußen um so bezeichnender. Der Ausschuß erklärt, einen Tadel gegen die Regierung nicht aussprechen zu können, so lange der Kammer die Motive fremd seien, welche zu den Verträgen vom 6. April Veranlassung gegeben hätten und so lange über die Erneuerung des Zollvereins diplomatische Verhandlungen stattfänden. In Bezug auf den Handelsvertrag mit Oesterreich äußert der Ausschuß seinen Zweifel darüber: ob derselbe in der von Oesterreich projectirten Ausdehnung wünschenswerth. Wie groß auch die Vortheile sein möchten, welche man sich aus dem Abschluß eines solchen Vertrags verspreche, die aus einer Trennung von Preußen erwachsenden Nachtheile seien überwiegend größer. Durch ein Ausscheiden Preußens aus dem deutschen Zollverein werde das Gebiet des Letzren fast um zwei Drittheile kleiner als es bisher gewesen. Der Markt für die Erzeugniße des Bodens und der Industrie werde auf den geringen Umfang einer dritten Zollgruppe beschränkt, und das Staatseinkommen derselben bedeutend vermindert werden, während sich die Kosten der Grenzbewachung ansehnlich erhöhen müßten, was bei der jetzigen Lage der Finanzen um so bedenklicher, als der Ausfall an indirecten Steuern nur durch Erhöhung der d i r e c t e n S t e u e r n gedeckt werden könnte. Eine Garantie der jetzigen Zollrevenüen von Seiten Oesterreichs hält der Bericht, wenn sie überhaupt gegeben werden könnte, für unzureichend, weil es sich, bei der Vermehrung der Bevölkerung und des Consums sowie bei der Zunahme der Industrie und des Handels nicht blos um die jetzigen, sondern um die künftigen Einnahmen handelt. Durch einen Anschluß an Oesterreich würde kein Tropfen Wein mehr dahin gehen als bisher. Die Weinproducenten des Landes, welche bis zum Anschluß an Preußen selbst ihre edelsten Gewächse in den Kellern behalten hätten, besäßen jetzt an dem Norden einen ergiebigen Markt. Daßelbe sei vom Tabak zu sagen. Die industriellen Unternehmungen des Landes, die Fabriken in Offenbach, Mainz ꝛc. wären während der 24jährigen Verbindung mit dem Norden entstanden und zur Blüthe gelangt. Eine Trennung von Preußen nennt der Ausschuß eine Calamität, welche alle an einen Vertrag mit Oesterreich geknüpften Erwartungen in den Hintergrund drängen würde. Der Ausschuß räth daher auch von einem solchen Vertrage mit Oesterreich ganz abzusehen, wenn er nicht anders als durch den Bruch mit Preußen erreicht werden könnte. Der ganze Bericht ist sehr geeignet, die kühnen, von Wien genährten Hoffnungen sehr herabzustimmen.

Wir fügen dieser Mittheilung die neueste Nachricht des Frankfurter Journals aus Darmstadt vom 12. Nov. bei: „In der heutigen Sitzung der e r s t e n Kammer unserer Stände, welche von 10 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags dauerte, wurden die bereits erwähnten Anträge des Ausschusses in Betreff der Zollvereinsfrage a n g e n o m m e n. Der Präsident der Kammer, Graf Solms-Laubach, stellte das Amendement, „die großherzogl. Regierung zu ersuchen, auf den baldigen Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrags mit Oesterreich hinzuwirken, nachdem die E r n e u e r u n g des b i s h e r i g e n Z o l l v e r e i n s v o m 10. J a n. 1853 a n (?) g e s i c h e r t s e i n w e r d e.“ Der Antragsteller zog seinen Antrag zurück, nachdem Freiherr v. S c h e n k wiederholt seine Ueberzeugung ausgesprochen hatte, daß es nicht zum Bruche mit Preußen kommen werde.“

*Aus Württemberg wird uns Folgendes geschrieben: Die neue Brantweinsteuer ist für manche Gegenden un-

feres Landes ein furchtbarer Schlag. Selbst von Vielen, die nicht unmittelbar von ihr betroffen werden, hört man, daß sie lieber auswandern als vollends durch Steuerlasten zu Grunde gerichtet werden wollten. Geschähe nun das immer noch Unglaubliche, die Trennung vom Norden und die Bildung einer mitteldeutschen Zollgruppe, so wäre unsere höhere Geschäftswelt in derselben unglücklichen Lage, in welcher sich bereits, durch die eingetretene Geschäftsstockung, die kleineren Industriellen und Producenten befinden.

= * **Frankfurt a. M.**, den 12. Nov. Im Geldmarkt wenig Veränderung. Wie gewöhnlich um diese Jahreszeit bleibt der Disconto, in Folge vermehrter Nachfrage für Geld zur Deckung von Wein, Tabak und andere Producten 2c. auf einem höhern Stand; heute 3½ ℔ für prim. Adreß. — Der Hauptumsatz in Fonds beschränkt sich auf Oesterreichische und Spanische Papiere. Erstere bei unbedeutenden Schwankungen etwas flauer; letztere gut preishaltend.

Die Industrie-Ausstellung in New-York. Die Unternehmer kündigen an, daß den Ausstellungsgegenständen der Preis anzuheften sei, und daß eine eigene Commission ernannt werden würde, um im Interesse der Aussteller den Verkauf ihrer Artikel zu besorgen und Bestellungen auf dieselben entgegenzunehmen. Die Aussteller werden daran erinnert, ihren Verkaufspreisen die Commissionsgebühren, Transport- und Assecuranzkosten zuzurechnen. Die Verkaufsgebühren in Neuyork betragen 10 ℔ für Kunst- und 5 ℔ für alle andern Artikel. Die Transportkosten belaufen sich von Frankfurt a. M. bis Antwerpen durchschnittlich auf 1 fl. 36—48 kr. für 50 Kilogrammes. Die Versicherung beträgt bis Antwerpen ungefähr 2¼ ℔ und die Seeversicherung 1¼—1½ ℔; die Fracht von Antwerpen bis Neuyork 5—10 fl. per Tonne von 40 Cubikfuß, 2 Dollars = 5 fl. rhein. pr. Tonne von 1016 Kilogr. — Der Einfuhrzoll in Amerika wird von den Käufern gezahlt. Im Falle des Verkaufs wird der Erlös, nach Abzug der von den Unternehmern getragenen Transport- und Assecuranzkosten und der Commissionsgebühren, dem Verkäufer oder an dessen Ordre überliefert. — Man sieht auf den ersten Blick, daß die Neuyorker Ausstellung sich von der in London stattgehabten wesentlich unterscheiden soll. Der unter Mitwirkung von Regierungen verfolgte Zweck war hier, den Entwickelungsgrad aller Industrieen in den verschiedenen Ländern vergleichend anschaulich zu machen, den Siegern im Krystallpalast den Ehrenpreis zu ertheilen, nebenbei aber die englischen Arbeiter in die beste Schule der practischen Anschauung zu schicken und die britischen Unternehmer zu veranlassen, sich in den Stücken, in welchen andere Länder vor ihnen einen Vorzug haben, noch mehr anzustrengen; endlich dachte man auch daran, eine hübsche Summe Geldes in Umlauf zu setzen. Bei der Neuyorker Ausstellung handelt es sich um rein kaufmännische Zwecke, ohne Einmischung der Regierungen. Man will weniger zeigen, welche Höhe die einzelnen Industriestaaten erreicht haben, als practischen Nutzen aus bestehenden Verhältnißen ziehen; man ertheilt keine Preismedaillen, sondern bringt Arbeiter und Nachfrager in Handelsverbindung. Dieser Umstand ist für die deutsche Industrie, insofern sie exportfähig und noch ohne persönliche Vertretung in den Vereinigten Staaten, am wichtigsten. Deutschland und die Ver. Staaten sind zwei auf den gegenseitigen Austausch ihrer Erzeugniße vorzüglich angewiesene Länder. Billige Arbeitslöhne, verschiedenartigst ausgebildete Industriezweige, Bedürfniße nach Rohstoffen und Capital auf der einen, hohe Arbeitslöhne, Fülle von Rohstoffen, Geldreichthum, großer Consum an ausländischen Industrieerzeugnißen auf der andern Seite. Unsere Tuche, Seidenzeuge, Strumpfwaaren, kurze Waaren, Papiere 2c. sind vortreffliche und willkommene Tauschmittel für amerikanische Baumwolle, Tabak, Reis, Häute, edle Metalle 2c. Ohne die Bedeutung des bereits bestehenden Geschäfts zwischen Deutschland und Amerika zu verkennen, darf man doch behaupten, daß der Umfang desselben sich verdoppeln, verzehnfachen ließe. Das Mittel, dahin zu gelangen, die Industrieausstellung, ist freilich allein nicht ausreichend. Der Mehrzahl unsrer fleißigen Industriellen stehen keine so großen Geldkräfte zu Gebote, daß sie sich auf Geschäfte einlassen könnten, welche sich erst nach einem halben Jahr und länger abwickeln, oder daß sie die Gefahr von Verlusten laufen dürften, welche in Nordamerika durch die stets wechselnden Conjuncturen oft unvermeidlich sind. Sollen aber Anstalten getroffen werden, um es den mittleren Fabrikanten durch Vorschußleistungen möglich zu machen, an der Ausfuhr deutscher Erzeugniße nach dem amerikanischen Markt lebhafteren Antheil zu haben, so werden ihre Leistungen sich zunächst zeigen, und die Aufmerksamkeit des Publicums in höherem Grade auf sich ziehen müßen. Dazu ist die Neuyorker Ausstellung eine passendere Gelegenheit, als die Londoner, weil sie den Ausstellern freien Spielraum läßt, Preise anzugeben, Geschäftsverbindungen zu schließen und zur schonungsvollen Behandlung ihres Eigenthums, sowie zur Wahrung ihrer Privatinteressen ungehindert Anstalten zu treffen. Die Neuyorker Industrieausstellung empfiehlt sich aber außerdem auch noch durch den mit ihr in Verbindung stehenden Plan einer ständigen Sammlung von Mustern und Modellen einer Waarenniederlage und Anstalt zur dauernden Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage. Von der Wichtigkeit der in Aussicht gestellten Pläne für den deutschen Gewerbestand durchdrungen, setzte sich die gewerblich-statistische Anstalt in Frankfurt durch ihren Director, Hrn. Georg Schirges, mit dem belgischen Bevollmächtigten der Neuyorker Ausstellungsdirection, Hrn. Herm. Cousins, in Verbindung, muntert die deutschen Kunst- und Gewerbtreibenden zur Betheiligung an der Neuyorker Ausstellung durch Circulare auf, und erbietet sich, auf frankirte Briefe nähere Aufschlüße zu ertheilen.

München, den 11. Nov. Die Münchener Polizeidirection duldet das Tragen der sogenannten Kalabreser-Hüte nicht mehr, die braunen Hüte sollen namentlich auch die Aufmerksamkeit der Policei auf sich ziehen.

München. Der Gendarm zu Fuß, Andr. Steinhauser, der Gendarmerie-Station Huben, Ger. Naila, wurde am 5. Nov. Nachmittags im Lichtenberger Walde erschossen gefunden.

König Ludwig hat unserm berühmten Schlachtenmaler Adam den Auftrag gegeben, die Erstürmung der Düppeler Schanzen zu malen.

Regensburg, den 8. Nov. Heute Morgens 8 Uhr verließ das erste einer Anzahl eiserner Schleppschiffe, welche von dem Hause W. Uptt. Pearce und Komp. aus Ludwigshafen am Rhein für Oesterreich hier gebaut werden, im Schlepptau der „Stadt Regensburg", geführt von dem österreichischen Kapitän Linz, unsere Stadt, um seiner Bestimmung auf der untern Donau entgegen zu gehen.

Karlsruhe, den 11. Nov. Man kann die Verlobung des Prinzen Louis Napoleon mit der Prinzessin Carola von Wasa nunmehr als sicher annehmen; sie ist jedoch, wie aus glaubwürdigster Quelle vernommen wird, erst nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten erfolgt. Es waren nicht allein höhere politische Rathgeber, welche sich widersetzten, sondern es tauchten auch warnende Stimmen aus dem näheren verwandtschaftlichen Kreise auf, denen das traurige Geschick einer anderen badischen Prinzessin, der vertriebenen Königin von Schweden, vorschwebte. Indessen gelang es der Klugheit der verwittweten Großherzogin Stephanie, der Großmutter der Prinzessin Wasa, und der Festigkeit der Braut selbst, die aufgeworfenen Schwierigkeiten zu besiegen. (K. Z.)

Stuttgart, den 13. Nov. Der Beobachter berichtet über Schoders Ende: Die Krankheit dieses unvergeßlichen und unersetzlichen Kämpfers für die Freiheit und Einheit Deutschlands hatte einen sehr schnellen Verlauf. In der Mitte der vorigen Woche fühlte er sich unwohl

und klagte über Kopfweh; doch konnte er noch am Freitag sich außer dem Bette halten. Am Samstag aber traten bereits die ersten Symptome des Nervenfiebers ein, das sodann seinem ruhmgekrönten, der Wahrheit und dem Rechte mit steigender Entschiedenheit gewidmeten Leben schon am siebenten Tage darauf ein frühes Ende bereitete. Am 2. December würde er sein 35. Jahr vollendet haben. — Sein klarer Verstand kämpfte mit dem Delirium des Fiebers und er brach zuweilen über die Umnachtung, die er fühlte, in die schmerzlichsten Klagen aus. Zuletzt redete er in Melodien. Eines seiner letzten Worte war: „Auf Erden ist keine Gerechtigkeit!" — Wir werden in den nächsten Tagen einen Nekrolog von Freundes Hand folgen lassen.

Ulm, den 12. Nov. Heute Vormittag 11 Uhr waren die Mitglieder des hiesigen Arbeiterbildungsvereins auf erfolgte Einladung um den Oberpoliceicommissär Killenberger versammelt, der ihnen mittheilte, daß der Verein oberamtlich aufgelöst worden sei. Als Grund der Auflösung wurde unter Anderem auch angegeben, daß man zweimal (notabene in früheren Jahren) eine Blumsfeier gehalten habe. Wie man sieht, hatte man mit der Auflösung bis nach Blums Todes- und Geburtstag, der übrigens diesmal ohne Feier vorüberging, gewartet. Vorstand, Schriftführer und Bibliothekar, drei hier in Arbeit stehende Gesellen, sind zugleich ausgewiesen worden. (Ulm. S.)

Frankfurt, den 11. Novbr. General Lamoriciere konnte aus Mangel an Autorisation seine beabsichtigte Reise nach Berlin nicht fortsetzen und kehrte zu uns zurück. Er wird hier für die Dauer d. M. verweilen. (K. Z.)

Mainz, den 12. Nov. Die 6 Mitglieder des durch Ministerialerlaß geschlossenen „Neuen Casinos," welche als Deputation dieser Gesellschaft nach Darmstadt gegangen waren, um durch ihre Darstellung des Sachverhaltes eine Zurücknahme jener Verfügung zu erwirken, sind unverrichteter Dinge hierher zurückgekehrt. (Fr. J.)

Kassel. (Herr Vilmar.) Der Konsistorialrath Vilmar hat bei den Kirchenvisitationen den Kirchenältesten aufgegeben, den Kirchenbesuch der Beamten zu überwachen und der geistlichen Behörde von ihren Wahrnehmungen Rapport zu erstatten, damit diese bei Saumseligkeit und nach dreimaliger fruchtloser Warnung die lässigen Staatsdiener aus der Kirchengemeinschaft ausschließen könne.

Roßwein, in Sachsen, den 5. Nov. Gestern starb an der Wasserscheu der Grubenwächter Johann Christ. Oehme zu Gersdorf, nachdem er bereits in der Nacht vom 14. auf den 15. Sept. von einem tollen Hunde gebissen worden war.

Köln, den 12. Nov. Heute ging endlich der große Kommunistenprozeß zu Ende. Die Geschwornen zogen sich um 4 Uhr in das Berathungszimmer zurück, von wo sie um 8 Uhr in den Assisensaal wieder eintraten. Hier die Entscheidung:

Hauptfrage: Ist der Angeklagte schuldig, in den Jahren 1848, 1849, 1850 und 1851 mit einer oder mehreren anderen Personen die Ausführung eines Unternehmens verabredet und beschlossen zu haben, welches den Zweck hatte: 1) die gewaltsame Veränderung der Staatsverfassung unmittelbar herbeizuführen, 2) die Bewaffnung der Bürger und Einwohner gegen die königliche Gewalt und gegen einander zur Erregung eines Bürgerkrieges zu bewirken? — Röser, Bürges, Nothjung, Reiff Ja, mit absoluter Stimmenmehrheit. Becker, Daniels, Erhardt, Jacobi, Klein, Leßner, Otto Nein.

Erste Subsidiarfrage (in Beziehung auf die Angeklagten Becker, Daniels, Otto, Jacobi, Klein, Erhardt und Leßner). Ist der Angeklagte nicht wenigstens schuldig, innerhalb des Zeitraumes vom Jahre 1848 bis 1851 an dem in der ersten Frage bezeichneten Verbrechen dadurch Theil genommen zu haben, daß er den Thätern a. Mittel, welche zur That gedient haben, wissend, daß sie dazu dienen sollten, verschafft, oder b. in denjenigen Handlungen, welche die That vorbereitet, erleichtert oder vollendet haben, wissentlich Hülfe geleistet hat? Otto Ja, mit absoluter Stimmenmehrheit. Becker Ja, mit einfacher Stimmenmehrheit. Die Uebrigen Nein.

Zweite Subsidiarfrage (in Beziehung auf sämmtliche Angeklagte). Ist der Angeklagte nicht wenigstens schuldig, ein auf gewaltsame, unmittelbare Aenderung der Verfassung abzielendes Unternehmen dadurch vorbereitet zu haben, daß er innerhalb des Zeitraumes vom Jahre 1848 bis 1851 mit einer oder mehreren Personen eine Verabredung und Entschließung, zu handeln, getroffen hat, zum Zwecke: a. die Staatsverfassung umzustürzen oder zu ändern, oder b. die Bürger oder Einwohner aufzureizen, sich gegen die königliche Gewalt zu bewaffnen, oder c. durch Anreizung der Bürger oder Einwohner sich gegen einander zu bewaffnen, einen Bürgerkrieg zu erregen? — In Betreff Röser's, Bürger's, Nothjung's und Reiff's erledigt durch Beantwortung der Hauptfrage; in Betreff Otto's und Becker's durch Beantwortung der ersten Subsidiarfrage. Die Uebrigen Nein.

Dritte Subsidiarfrage (in Beziehung auf die Angeklagten Becker, Daniels, Otto, Jacobi, Klein, Erhardt und Leßner). Ist der Angeklagte nicht wenigstens schuldig, innerhalb des Zeitraumes vom Jahre 1848 bis 1851 an dem in der vorigen Frage bezeichneten Verbrechen dadurch Theil genommen zu haben, daß er den Thätern a. Mittel, welche zu der That gedient haben, wissend, daß sie dazu dienen sollten, verschafft, oder b. in denjenigen Handlungen, welche die That vorbereitet, erleichtert oder vollendet haben, wissentlich Hülfe geleistet hat? — In Betreff Otto's und Becker's erledigt durch Beantwortung der ersten Subsidarfrage; Leßner Ja, mit absoluter Stimmenmehrheit; Daniels Ja, mit einfacher Stimmenmehrheit. Die Uebrigen Nein.

Vierte Frage, auf Anstehen der Vertheidigung gestellt. Stehen den Angeklagten mildernde Umstände zur Seite? — In Betreff aller Angeklagten, die eines in einer der vorherigen Frage bezeichneten Verbrechens für schuldig erklärt worden, mit Ja entschieden.

Der königl. Assisenhof zieht sich zur Berathung der in Beziehung auf die Angeklagten Dr. Becker und Dr. Daniels mit nur einfacher Stimmenmehrheit bejahten Fragen zurück und erklärt — nach kaum viertelstündiger Berathung — den Angeklagten Becker des in der ersten Subsidiarfrage enthaltenen Verbrechens für schuldig, Daniels dagegen des in der dritten Subsidiarfrage enthaltenen Verbrechens für nicht schuldig.

Der Oberprocurator beantragt in Gemäßheit eines Requisitoriums des Staatsanwaltes zu Minden, wonach Dr. Jacobi noch wegen Majestätsbeleidigung vor das dortige Stadtgericht geladen ist, denselben seiner Haft noch nicht zu entlassen, und werden daher nur Dr. Daniels, Dr. Klein und Erhardt in Freiheit gesetzt.

Der Assisenhof verurtheilte hierauf die Angeklagten Röser, Bürges, Nothjung zu 6, Reiff, Otto und Dr. Becker zu 5, Leßner zu 3 Jahren Einschließung; untersagt den ersteren sechs die Ausübung der im §. 63 bezeichneten Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren und legt sämmtlichen Verurtheilten die Kosten solidarisch zur Last.

Berlin, den 10. Nov. Bemerkt muß werden, daß gegenwärtig vielleicht in keinem deutschen Staate gegen mißliebige Richtungen policeilich so wenig eingeschritten wird als in Hannover. Man hält dort demokratische Versammlungen und entsprechende Reden, liest auch manches Buch, das im übrigen Deutschland streng verpönt ist. (Allgem. Ztag.)

Posen, den 9. Nov. Der Erzbischof Hr. v. Przyluski hat die auf ihn gefallene Wahl als Abgeordneter zur zweiten Kammer, wie wir hören, abgelehnt.

Hamburg, den 10. Novbr. Einige hiesige Wirthschaftslocale, in denen gestern Abend Robert Blums Todtenfeier stattfand, wurden von der Policei geräumt und die Trauer-Embleme weggenommen.

In der heutigen Nummer der „Hamb. Nachr." findet sich ein von 10 angesehenen hiesigen Damen unterzeichneter herzergreifender Aufruf an die Frauen Hamburg's und Altona's, in welchem zur Unterstützung der sechzigjährigen blinden Gattin des im Viborger Zuchthaus sitzenden ehemaligen schleswig-holsteinischen Obersten v. Schütz, die, nachdem sie vergeblich in Kopenhagen persönlich um Milderung des Schicksals ihres unglücklichen Mannes gebeten, fortan, wenn auch in noch so beschränkten Verhältnißen, gern in seiner Nähe in Viborg leben möchte, aufgefordert wird.

Schweiz.

Freiburg. Am 9. trat der Gr. Rath in sehr spärlicher Zahl zusammen. Die neugewählten Deputirten des Sensebezirks gaben eine Erklärung ab, daß sie den Eid, den sie ohne Vorbehalt zu leisten verpflichtet seien, dahin verständen, daß sie durch denselben den Rechten der katholischen Kirche nicht zu nahe treten. Diese Erklärung, die offenbar doch einen jesuitischen Vorbehalt gegen die Verfassung enthält, wurde vom Gr. Rath einer Commission überwiesen, die den nächsten Tag darüber berichten sollte. Einstweilen wurden die Deputirten nicht zugelassen. — Bekanntlich wird im hiesigen Kanton trotz den Bemühungen der Policei aufs eifrigste für den päpstlichen Dienst geworben. Vor kurzem sind jetzt einige Werber arretirt worden, wodurch man Aufschlüsse erhalten hat, sowol über die Mittel, die angewendet werden, um junge Leute zu verführen, als über die Personen, die dabei behülflich sind, worunter sich auch Geistliche befinden. Namentlich ist ein merkwürdiges Zircular gefunden worden, wonach die „Religion" als Haupthebel für den Dienst benutzt wird. (Schw. Nat.-Ztg.)

Genf, den 10. Novbr. Ueber weitere Schritte der evangelischen Deputation in Florenz berichtet das „Genfer Journal": Auf die in einer frühern Nummer erwähnte zweite Adresse an den Großherzog erwiederte der Minister des Aeußern, seine Instruction erlaubte es ihm nicht, dieselbe dem Großherzog vorzulegen. Gleiche Antwort erfolgte auf eine dritte und vierte dringende Eingabe. Die Deputation suchte sich hierauf eine genaue Kenntniß der Lage der protest. Christen in Toskana und namentlich der auf die Madiais bezüglichen Hergänge zu verschaffen, worüber sie einen sehr einläßlichen Bericht abgefaßt hat. Sodann beschlossen die Mitglieder der Deputation noch, sämmtlichen evangelischen Kirchen der Welt den Vorschlag einer gemeinsamen Organisation zum Ende einer kräftigen Opposition gegen die Verfolgungen evangelischer Christen vorzulegen. Endlich theilt das Journal noch eine Adresse der Evangelischen und Bibelfreunde in Toscana an die Deputation und die Antwort der Letztern mit.

Frankreich.

Paris, den 11. Novbr. Sämmtliche Reden und Schriftstücke Abdel Kader's, aus der Zeit seines Aufenthaltes in Paris, sollen ins Arabische übersetzt und in zahlreichen Exemplaren gedruckt werden, die nach Algerien geschickt und unter die Araber vertheilt werden sollen. Seit einiger Zeit kommen Angriffe gegen einzelne Militäre so häufig und unter so erschwerenden Umständen vor, daß man sich zu einer geschärften Ueberwachung, besonders an den öffentlichen Orten der Bannmeile, veranlaßt gesehen hat.

Italien.

* **Florenz,** den 4. Nov. Die Toscanische Regierung beabsichtigt eine Anleihe von 70 Millionen Fcs. zu eröffnen, die zur Erweiterung des Hafens in Livorno bestimmt sind.

Großbritanien.

London, den 11. Nov. Die Königin hat heute das Parlament eröffnet. Die Thronrede ist ohne Bedeutung. Sie beginnt mit dem Ausdrucke des lebhaftesten Bedauerns über den Tod des Herzogs von Wellington. Sodann wird die Freude ausgesprochen über die Bereitwilligkeit, mit der sich das Volk in die Miliz einreiht. Es heißt sodann weiter: „Mit Zuversicht hoffe ich, daß diese durch freiwillige Werbung ausgehobene Streitmacht geeignet sein wird, meiner regulären Armee in der Beschützung und Sicherung des Landes wirksamen Beistand zu leisten. — Ich erhalte fortwährend von allen fremden Mächten die Versicherungen ihres eifrigen Wunsches, die freundlichen Beziehungen, die jetzt glücklicher Weise zu meiner Regierung bestehen, aufrecht zu erhalten. — Häufige und wohlbegründete Beschwerden von Seiten meiner nordamerikanischen Colonieen über Verletzungen des Fischereienvertrages von 1818 durch Bürger der Vereinigten Staaten bewogen mich, zur Beschützung ihrer Interessen Kriegsschiffe solcher Art auszusenden, welche für den Dienst sich besser eignen, als die früher dazu verwendeten. Dieser Schritt führte zu Erörterungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten; und während die Rechte meiner Unterthanen mit Festigkeit gewahrt wurden, flößt mir der freundliche Ton, in welchem die Frage behandelt wurde, die Hoffnung ein, daß das schließliche Ergebniß eine gegenseitig wohlthätige Ausdehnung und Hebung unseres Handelsverkehrs mit jenem großen Freistaate sein werde." rc.

Rußland.

St. Petersburg, den 29. Octbr. Die nordische Biene kommt abermals auf die in Moskau stattgehabte Feier zur Erinnerung an den Rückzug der Franzosen zu sprechen. Angesichts der jetzigen politischen Gestaltung Frankreichs scheint diese so lebhafte Auffrischung der Erinnerung an den „Erzfeind" des heiligen Rußland (so wurde ehedem Napoleon und sein Invasionsheer den Russen bezeichnet) unverkennbar eine Absichtlichkeit zu verrathen. Jedenfalls klingt es bedeutsam genug, wenn die nordische Biene in ihrer heutigen Beschreibung u. a. sagt: „Es ist erfreulich, inmitten des Friedens und in der Ueberzeugung, daß es im Himmel Donnerkeile gegen die Titanen gibt, des Jahres 1812 zu gedenken." (A. Z.)

Jonische Inseln.

Corfu, den 3. Nov. Die Blatternkrankheit herrscht hier immer noch in verheerender Weise. Es ergaben sich während der letzten zwei Wochen 371 neue Erkrankungen und 86 Todesfälle.

Griechenland.

König Otto ist in Athen glücklich wieder angelangt.

In der letzten Sitzung des Geschwornen-Gerichtes Griechenlands wurden zweiundfünfzig Räuber zum Tode verurtheilt und auch die Urtheile alle bestätigt. Der Nachrichter zieht im Lande umher, um seine blutige Pflicht zu vollziehen. Er reist auf einer Goelette, von zahlreichen Gendarmen begleitet, um seine Person zu schützen; denn seine eilf letzten Vorgänger wurden alle ermordet. Man kann sich keinen Begriff von dem Hasse der Griechen gegen den Scharfrichter machen.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 30. Oct. Die sterblichen Ueberreste Websters sind gestern beigesetzt worden. Die Feier war einfach. Von 9 Uhr Morgens bis halb 2 Uhr Mittags stand der offene Sarg vor dem Landhause des Verstorbenen unter einer großen Pappel auf dem grünen Rasen, und Tausende waren herbeigeströmt, das Antlitz Websters zu sehen. Der Tod hatte die Gesichtszüge kaum verändert. Zwei Kränze von Eichen- und Ahornblättern mit zwei Blumensträußen bildeten den einzigen Schmuck des Sargdeckels. Gegen 10,000 Menschen folgten der Leiche auf den Kirchhof, darunter General Franklin Pierce, Gouverneur Marcy, Abbott Lawrence und viele andere Celebritäten des Landes. Das Cabinet war blos durch den Staatssecretär Conrad vertreten. In New-York sah man allenthalben Trauerzeichen, und die Schiffe aller Nationen im Hafen hatten ihre Flaggen auf Halbmast gesenkt. Den ganzen Tag über wurden von Minute zu Minute Kanonenschüße gelöst.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 276 | den 17. November 1852.

Deutschland.

(:) Aus Altbayern, Anfangs November. So wäre denn das Längsterwartete endlich eingetroffen; nach einem Jahre schon hat sich der „Präsident auf 10 Jahre" den Kaisermantel aus der Gruft hervorgeholt, in welche die Geschicke des Kriegs ihn geworfen; die Republik hat ihren Empereur wieder gefunden. Das durch Präfecten und Maires und deren öffentliche und geheime Organe bezahlte schreiende Häuflein hat sein vive l'Empereur gerufen, die von der Regierung eingesetzten Räthe in den Departementen und Bezirken haben um Wiedereinsetzung des Kaiserreichs gebeten, die von Louis Napoleon selbst gewählten Senatoren haben Seiner Hoheit die Krone angetragen, der Präsident — wenn man noch so sagen darf — und sein Staatsminister haben erklärt, daß sie gegen einen solchen Antrag nichts einzuwenden haben. Diese Einstimmigkeit in einem vor 12 Monden noch „von Parteien so sehr zerfleischten" Lande! Ist Frankreich nicht beneidenswerth? Freilich, das Schloß, welches vor dem Munde der edelsten und einsichtsvollsten Bürger liegt, der Todesschlaf, in welchen die Presse gewaltsam gesenkt wurde, die Verbannung, welche man über die thatkräftigsten Männer ohne Untersuchung, ohne Urtheil, zu verhängen für gut fand: möchten als eine Dissonanz erscheinen innerhalb dieser Harmonie. Aber man hört sie ja nicht und nur was man hört pflegt man ja zu rechnen. Man hat längst schon gewußt, daß jenes Ereigniß eintreffen werde, welches wir jetzt kommen gesehen; man hat längst es für etwas Gleichgültiges erklärt, ob Louis Napoleon sich mit der Präsidentschaft begnügen oder nach dem Scepter greifen werde; und dennoch ist das Ereigniß bedeutungsvoll und verdient recht ernstlich ins Auge gefaßt zu werden. Es verdient Beachtung schon darum, weil es einzig in seiner Art — wenigstens in Europa dasteht. Aus fernen Landen, die sie für Rom erobert oder erhalten, zogen die römischen Imperatoren an der Spitze ihrer Legionen in das Vaterland zurück, um sich auf den Thron zu setzen; sie waren wenigstens im Kampfe zuvor für das Vaterland in die Schranken getreten und nach großen Siegen erst hat Cäsar den Rubicon überschritten; Cromwell hatte erst England von den Gefahren befreit, die der Landesreligion und den Institutionen Englands von Seite der Stuarts drohten, bevor er sich zum Protector durch selbstgewählte Leute einsetzen ließ; Napoleon I. — wir wollen im officiellen Stile reden — hatte erst in Italien und Aegypten Frankreichs Namen wieder in guten Klang gebracht, der durch die Erbärmlichkeit des Directoriums gesunken war, bevor er das Directorium stürzte und die Versammlung in St. Cloud sprengte; was aber hat Napoleon III gethan? ... In China sind ähnliche Ereigniße schon vorgekommen, in Europa können wir uns deren nicht entsinnen. Die Sache hat indeß nach anderer Richtung hin ihre größere Bedeutung sowol für Frankreich als für das übrige Europa. Frankreich hat jetzt mit vollen Zügen die Strafe einzusaugen für das politische Verbrechen, vom Klange eines Namens verblendet, einen Prätendenten an die Spitze der Republik zu stellen. Die Wahl Louis Napoleons zum Präsidenten der Republik war bereits eine Wiederherstellung der Monarchie. Man gab die ausübende Gewalt dem Manne in die Hand, der sie als sein Recht schon früher zu Straßburg und Boulogne beansprucht hatte, und mochte die Verfassung die Macht des Präsidenten auch noch so sehr beengen, sie war ein todter Buchstabe — wo der exekutiven Gewalt ein großes stehendes Heer zur Seite steht, wird sie immer die Gesetze gewaltsam über den Haufen zu werfen im Stande sein, sofern sie aggressiv verfährt. Das Land hat mit Recht für diese Sünde jetzt zu büßen. Man hat ihm zwar noch eine sogenannte Wahl gelassen. Allein ist das eine Wahl? Aber auch die Großmächte haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn ihnen jetzt ein neues Napoleonisches Kaiserthum unangenehm fällt. Man hat es in der That nicht an Unterstützung fehlen lassen, als es galt, der Republik den Todesstoß zu versetzen; bis in den Himmel ward der „Retter der Gesellschaft," „der Herrscher von Natur" für eine That erhoben, die der Griffel der Geschichte mit anderem Namen in seine Gedenkbücher einzeichnen wird, und der 2. December ist beinahe zu einer Hedschra für Europa gemacht worden. Die Antwort ist: „Napoleon III als Kaiser," eine Antwort, die den Mächten unlieb sein muß. Napoleon III als Kaiser ist vollständige Vernichtung des Princips der Legitimität, der Legitimität, welche ja allerwärts als Schutzmauer gegen jeden Andrang eines volksthümlichen Strebens hingestellt wird; das Kaiserthum Napoleon III ist eine Contrerevolution, die das Eigenthümliche hat, daß sie von dem Zeitpunct der Revolution an ihre Aera beginnt und auch die vorher bestehende Legitimität über den Haufen wirft. Napoleon III als Kaiser ist aber auch eine Durchbrechung der Wiener Verträge; nicht als ob das für uns irgend ein Gewicht in die Wagschale legen würde, wir gehören nicht zu Denen, welchen die Wiener Verträge als Urquell aller staats- und völkerrechtlichen Weisheit und Gesetzlichkeit erscheinen; aber die Mächte tragen ja die Wiener Verträge als politisches und rechtliches Banner stets voran und Napoleon als Kaiser ist ein fürchterlicher Riß in diese Fahne. Ein drittes Moment aber wird weit tiefer eingreifen, es ist dies die territoriale Frage. Napoleon ist das Symbol des Krieges, der Eroberung; unter der Decke zieht sich der Faden bereits von Paris nach Brüssel und Turin; die Todten reiten schnell; mit welcher Raschheit ist Louis Napoleon aus einem Exilirten zum Kaiser der Franzosen aufgestiegen! Sein natürlicher Hang, sein Name, seine Umgebung, die Bajonette auf welche er sich stützt, lassen fast mit Bestimmtheit vorhersehen, daß bald die Macht nach Außen sich wenden wird. Ob nicht die Achiver das wieder büßen müßen, was von anderer Seite verbrochen wurde, ist freilich eine Frage, deren Beantwortung noch im Schoße der Zukunft begraben liegt.

* **Speyer**, den 15. Nov. Oeffentliche Blätter haben kürzlich eines, mehrmonatliche Suspension gegen Hrn. Anwalt Spatz von Frankenthal aussprechenden Disciplinarerkenntnißes gedacht. Sicherm Vernehmen nach hat derselbe gegen das erwähnte Erkenntniß appellirt. Als Veranlassung des Einschreitens wird die Thatsache bezeichnet, daß Hr. Spatz, zwar mit Urlaub, allein ohne specielle Reisebewilligung für Frankreich, eine Ferienreise über Metz nach Trier ausgeführt hat.

* **Heidelberg**, den 15. Nov. Es sind immer nur Kleinigkeiten, die von Zeit zu Zeit die öffentliche Meinung in Athem halten, oder richtiger: zu Stadtgesprächen Veranlassung geben. So im Augenblick ein Studenten-Scandal und eine Policeigeschichte. Kuno Fischer bekam jüngst in Cornill aus Frankfurt einen Concurrenten. Dem Gerüchte nach sollte Cornill in seiner ersten Vorlesung gegen Fischer auftreten in der „Kritik der hegelschen Fi-

losofie." Das veranlaßte einen Theil von Fischers Anhängerschaft dessen Kolleg zu besuchen, um ihn durch Lärmen und Zischen zum Schweigen zu bringen. Cornill tadelte nun Fischer aber nicht, und der Herr Prorector hatte also nicht nötbig, gegen Scandal aufzutreten, obgleich er sich im Hörsale ebenfalls eingefunden hatte. So verstehen diese Leute die Lehrfreiheit! So wenig Toleranz besitzen gerade diejenigen, in deren Köpfen nach Fischers abstracter Doctrin „die absolute Weltvernunft ihrer selbst bewußt" wird! — Der andere Fall ist folgender. Drei Amerikaner wurden in policeiliche Haft gebracht, weil der Eine davon Nachts 11 Uhr über einen Scherz etwas laut lachte. Zwei davon wurden am folgenden Morgen entlassen. Der Dritte Nachmittags. Das Betragen des Amtmanns Mors wird von ihnen stark getadelt.

München, den 11. Nov. Einige Artikel der „Augsb. Postztg." geben klar zu erkennen, daß die klerikale Partei mit der seitherigen Purification der Universität noch lange nicht zufrieden ist und namentlich auch die „Academie der Wissenschaften" gesäubert sehen möchte. L'appetit vient en mangeant.

— den 13. Novbr. Die Kreisregierung von Oberbaiern hat neuerdings an sämmtliche Policeibehörden und Gemeinden den Befehl erlassen, daß auf die Herstellung und nachhaltige Dotirung von Getreidemagazinen in allen Gemeinden, in denen ein Bedürfniß hiefür besteht, unausgesetzt und mit allem Nachdruck hingewirkt werde.

Nach dem „Volksboten" beträgt die Zahl der in München wegen Wuchers in Untersuchung befindlichen Personen 80—100; es ist aber bei der Mangelhaftigkeit der dermaligen Gesetze über diesen Gegenstand nicht anzunehmen, daß von denselben mehr als der zehnte Theil vor die Schranken des öffentlichen Gerichts wird gebracht werden können. Die Haussuchungen, die seither bei derartigen Subjecten vorgenommen worden, sind unter der Erwartung geblieben, da sie ihren Kram wohl auf die Seite geschafft haben werden.

Würzburg, den 12. Nov. In der heutigen Sitzung des Schwurgerichts ist Litterat Gätschenberger von den Geschwornen der Beleidigung der Regierung und öffentlicher Behörden in den wesentlichen Anklagepuncten, unter Annahme mildernder Umstände, für schuldig erklärt und zu einer Gefängnißstrafe von 1½ Monat verurtheilt, Buchhalter Herold aber freigesprochen worden. Gätschenberger verzichtete sofort auf das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde.

Karlsruhe. Nach der Kasseler Zeitung soll der Prinz-Regent beabsichtigen, sich mit einer österreichischen Fürstentochter zu vermählen.

Frankfurt, den 14. Nov. Die v. Kettenberg'sche Angelegenheit ist nun auch vor die Bundesversammlung gekommen. Der bekannte meklenburgische Ritter, der zum Katholizismus übertrat, hat sich in einer Reclamation an die Bundesversammlung gewendet, welche, wie man vernimmt, in der Bundestagssitzung vom 11. d. M. zur Vorlage gelangte. (Fr. J.)

Mainz, den 14. Nov. In der verflossenen Nacht wurde in dem Büreau der Kölnischen Dampfschifffahrtsgesellschaft nächst dem Rheine ein gewaltsamer Einbruch verübt, wobei zwei zur Expedition mit dem Frühschiffe bereit liegende Packete mit 1500 Thalern entwendet und aller Wahrscheinlichkeit nach der Wächter, Namens Eytel, ein alter Mann vom besten Rufe, welcher, wie immer, in dem Lokale schlief, ermordet wurde. Bis jetzt hat man von dem Unglücklichen, dessen Kleider in einem Nachen auf dem Rheine gefunden wurden, keine Spur entdeckt, so daß man vermuthet, die Räuber, die ihren Einbruch durch das in der Terrasse des einstöckigen Gebäudes befindliche Oberlicht vollbrachten, hätten ihn in den Rhein geworfen. (Fr. J.)

Hanau. Vierzehn Mitglieder des Hanauer Stadtraths sind auf 3 Monate bis 6 Wochen zur Gefängnißstrafe vom Obergericht verurtheilt worden, weil sie 1850 an den Kurfürsten, als er in Wilhelmshöhe mit dem Ministerium verweilte, eine Adresse eingereicht hatten, worin derselbe aufgefordert wurde, nach Kassel zurückzukehren.

Wien, den 11. Nov. Hier weiß man aus zuverlässiger Quelle, daß weder in Braunschweig, noch in Hannover, noch auch in den thüringischen Staaten bis jetzt irgend ein entscheidender Schritt zum definitiven Anschluß an das preußische Zollsystem geschehen ist. (A. Z.)

Der bekannte Hr. v. Ehrenberg, der vor länger als einem Jahre eine Menge Familien aus Oberösterreich, Mähren und Böhmen zur Einwanderung nach Ungarn betrügerisch veranlaßte, indem er ihnen zuvor in Wien Ländereien verkaufte, die ihm gar nicht gehörten, und dadurch gegen 700 Menschen gänzlich an den Bettelstab brachte, ist in Folge eines deßhalb gegen ihn anhängig gemachten Criminalprocesses zu 10 Jahren schweren Kerkers verurtheilt worden; seine mitschuldige Mutter und sein sogen. Secretär erhielten jedes zwei Jahre gleicher Strafe.

Frankreich.

† **Paris,** den 13. Nov. Der Minister des öffentlichen Unterrichts hat in einem Circulairschreiben an die Rectoren der Lyceen und Gymnasien, die strenge Beobachtung des von der betreffenden Commission ausgearbeiteten Studienplanes anempfohlen. Es soll nichts der Phantasie oder den Verbesserungsbestrebungen der Professoren überlassen bleiben. (!) Zu diesem Zwecke ordnet er an, daß jeder Professor eine Nachweisung der abgehaltenen Vorträge anfertigen soll, worin er seine Bemerkungen über die erhaltenen Resultate, und eventuell Vorschläge für künftige Unterrichtseinrichtungen, aufnehmen kann. Außerdem sollen die Professoren der höheren Unterrichtsanstalten ein Tagebuch anlegen, in welchem die Professoren täglich die in der Vorlesung behandelten Fragen einzutragen haben. — Man hat keine Vorstellung von dem Jagen nach Anstellungen unter dem neuen Kaiserreich. Tausende von Candidaten betrachten den öffentlichen Schatz als eine milchende Kuh, die ihnen das nöthige Material zum Buttermachen liefern soll. Es wird mit emsiger Hast in den alten Registern der Hofchargen geblättert, um eine für sich passende Stellung herauszufinden, und das Staatsministerium weiß sich nicht vor der Fluth der Bittschriften zu retten. Um die bevorstehende Abstimmung kümmert sich kein Mensch. Man kennt ja das Resultat schon auswendig. Die Kunsthändler haben bereits seit zwei Tagen das Portrait Louis Napoleons im Krönungsornat, das sich nicht eben sehr vortheilhaft ausnimmt, ausgestellt. Andere symbolische Darstellungen der Formation des Kaiserreiches werden in den Straßen ausgeboten und die Behörden scheinen nicht zu begreifen, daß ein solches Vorgreifen der Volksentscheidung einen üblen Eindruck hervorbringen könne. Es ist jedenfalls eine sehr ungeschickte Taktik, die Volksabstimmung als eine Formfrage zu behandeln und man sollte wenigstens den Schein des Ernstes bei der angeregten Berufung auf die Volkssouverainität bewahren.

Man hat dieser Tage mehrere revolutionaire Maueranschläge, die unter den Regierungsproklamationen eingebracht waren, gefunden und man spürt deren Urhebern emsig nach. — Auf dem Territorium der Gemeinde de la Motte les Rains hat man, während man nach silberhaltigem grauen Kupfer für die neueingerichtete Gießerei des Grafen Carteau suchte, eine reichhaltige Goldmine entdeckt, deren Stufen bereits von der Minenverwaltung in Grenoble untersucht wurden und eine außerordentlich günstige Ausbeute versprechen. Mehrere Stufen haben 12 % reines Gold geliefert.

Heute herrschte an der Börse wieder große Sicherheit. Die 3 % stieg um 85 Cent: die 4½ % um 2 Frcs. 20 Cent. Die Eisenbahnactien folgten dem Beispiel der Rente. Gerüchte, um dieses schnelle Steigen zu erklären, circulirten an der Börse nicht.

† **Paris,** den 14. Nov. Der Constitutionnel ist nicht mehr in den Händen des Dr. Veron. Derselbe

hat dieses Blatt um 2 Millionen Frcs. verkauft. Die bedeutendsten gouvernementalen Kräfte sollen vereinigt werden, um aus dieser Zeitung etwa das zu machen, was in früherer Zeit das Debats war.

Die unter politische Aufsicht gestellten Personen dürfen an der Abstimmung über das Kaiserthum Theil nehmen. „Es versteht sich von selbst," meint sehr naiv die Pariser Correspondenz, daß das fernere Schicksal dieser Abstimmenden von der „Qualität" ihrer Abstimmung abhängen werde!

Paris, den 12. Nov. Dem Policeiministerium liegt der Entwurf zur Errichtung einer allgemeinen „Hausir-Brüderschaft zur Verbreitung religiöser Schriften" vor, der von einem katholischen Geistlichen ausgegangen ist und sich der Befürwortung des Erzbischofs von Avignon erfreut.

Die „Köln. Ztg." enthält folgendes, etwas seltsames Document, eine Protestation des Grafen Chambord: „Franzosen! Bei den Prüfungen meines Vaterlandes habe ich mich aus freien Stücken zu Unthätigkeit und Stillschweigen verurtheilt. Ich würde mir nicht verzeihen, nur einen Augenblick seine Drangsale und Gefahren noch vermehrt zu haben. Obwol ich von Frankreich getrennt bin, so ist es mir eben so sehr und noch mehr theuer und heilig, als wenn ich es nie verlassen hätte. Ich weiß nicht, ob es mir gegeben sein wird, meinem Lande eines Tages zu dienen; aber ich bin sicher, daß es mir kein Wort, keine Handlung vorzuwerfen haben wird, die sein Glück und seine Ruhe irgendwie stören könnten. Seine Ehre, wie auch die meine, die Sorge für seine Zukunft, meine Pflicht gegen es bestimmt mich, heute die Stimme zu erheben. — Franzosen! Ihr wollt die Monarchie; ihr habt erkannt, daß sie euch allein mit einer geregelten und stabilen Regierung die Sicherung aller Rechte, den Schutz aller Interessen, die immerwährende Vereinbarung einer kräftigen Autorität und einer mäßigen Freiheit wiedergeben kann, die das Völkerglück gründen und sichern. Ueberlaßt euch keinen Illusionen, die euch früher oder später verderblich wären. Das neue Kaiserthum, das man euch vorschlägt, kann nicht die gemäßigte und dauerhafte Monarchie sein, wovon ihr alle diese Güter erwartet. Man täuscht sich und täuscht euch, wenn man euch sie in seinem Namen verspricht. Die wahre Monarchie, die aufs Erbrecht gestützte und von der Zeit geheiligte traditionelle Monarchie kann euch allein wieder in den Besitz dieser köstlichen Vortheile bringen und sie euch für immer genießen machen. Das Genie und der Ruhm Napoleons haben nicht hinreichen können, etwas Dauerndes zu gründen; sein Name und sein Andenken würden noch viel weniger dazu hinreichen. Man stellt nicht die Sicherheit wieder her, indem man das Princip, worauf der Thron ruht, erschüttert, und man befestigt nicht alle Rechte, indem man dasjenige verkennt, das unter uns die nothwendige Grundlage der monarchischen Ordnung ist. Die Monarchie in Frankreich ist das unauflöslich mit der Nation vereinte königliche Haus von Frankreich. Meine Väter und eure haben die Jahrhunderte durchlaufen, je nach Sitten und Bedürfnißen der Zeit zusammen an der Entwicklung unseres schönen Vaterlandes arbeitend. Vierzehnhundert Jahre lang haben die Franzosen, allein von allen europäischen Völkern, immer Prinzen ihrer Nation und ihres Blutes an ihrer Spitze gehabt. Die Geschichte meiner Ahnen ist die der fortschreitenden Größe Frankreichs, und es ist auch noch jüngst die Monarchie gewesen, die ihm das eroberte Algier geschenkt hat, eine an Zukunft so reiche Eroberung, schon jetzt so reich durch die hohen militärischen Berühmtheiten, die sie geschaffen hat und deren Ruhm sich zu allen euren übrigen Berühmtheiten hinzufügt. — Welches in Betreff eurer und meiner Gottes Pläne auch sein mögen, als das Oberhaupt eures alten Königs-Geschlechts und der Erbe jener langen Folge von Monarchen, die so viele Jahrhunderte hindurch Frankreichs Macht und Glück fortwährend erhöht und achten gemacht haben, bin ich es mir, meinem Vaterlande und meiner Familie schuldig, gegen lügenhafte, von Gefahren umgebene Combinationen laut zu protestiren. Ich halte daher mein Recht aufrecht, das die sicherste Bürgschaft für die eurigen ist, und Gott zum Zeugen nehmend, erkläre ich Frankreich und der Welt, daß ich, treu den Gesetzen des Königreiches und den Ueberlieferungen meiner Vorfahren, bis zu meinem letzten Hauche das Gewahrsam der erblichen Monarchie gewissenhaft behalten werde, deren Schutz mir die Vorsehung anvertraut hat und die der einzige Hafen des Heils ist, wo Frankreich, der Gegenstand unserer ganzen Liebe, nach so vielen Stürmen endlich Ruhe und Glück wird wiederfinden können. — Frohsdorf, 25. October. (Gez.) Heinrich.

Italien.

* **Florenz,** den 7. Novbr. Die Polizei hat gestern allen anwesenden politischen Flüchtlingen bekannt gemacht, daß sie sich binnen 8 Tagen aus dem Lande entfernen müßen. Man hat ein geheimes Comité, das aus lauter Fremden besteht, entdeckt, und es sind sehr viele Verhaftungen in der Nacht vorgenommen worden. (?)

Rußland.

In **Petersburg** ist nun die Cholera wirklich zum Ausbruch gekommen.

Miscellen.

Paris amüsirt sich. Nie hat man, ausgenommen in der Fest-, Einkaufs- und Visitenwoche, die den 1. Jan. umgibt, ein solches Treiben erlebt, wie es seit einem Monat die Straßen von Paris erfüllt. Die finanzielle Statistik der Straßenfuhrwerke muß abenteuerliche Ziffern aufweisen. Unter dem System Macadam, das jetzt auf allen großen Linien herrscht, ist es ein schwieriges, ja oft ein fast gefährliches Ding geworden, über die von einer ununterbrochenen Reihe von Wagen jeder Art durchfurchten Straßen zu kommen. An den Ecken häufen sich die Equipagen, Fiaker, Omnibus und Karren dermaßen, daß man nicht mehr in Paris, sondern in dem Menschengewühl Londons, in Charing-Croß, bei der Bank, in Orford-Street, in Piccadilly zu sein glaubt. Und natürlich; denn jeder, der ehedem seine Geschäfte zu Fuß durch den Straßenkoth ablief, oktroyirt sich jetzt die Annehmlichkeiten des Fiaker und die Reize des kleinen Coupé. Man belastet sein Lebensbudget mit 2 Francs stündlich, um rascher und weniger müde anzukommen. Mit dem ambulanten Wohlstand hält der Kleiderluxus Schritt. Man sieht jetzt Leute täglich neu behandschuht, die vor noch nicht langer Zeit im Winter keine andern Handschuh hatten, als ihre Taschen. Gefirnißtes Leder ist die Bekleidung aller Füße. Die Paletots strotzen von Sammt und Atlas. Man sieht Manschetten an Leuten, die vordem oft keine Hemden hatten. Die Magazine entfalten den unerhörtesten Luxus. Die Geschäfte in manchen Artikeln scheinen das Unmöglichste möglich zu machen. Man hat goldgestickte Kaschmirs, zu 10,000 Frs. das Metre, feil, und es finden sich Frauen, die sie nehmen. Japan-Vasen, so groß wie die größten Fleischtöpfe, kauft die halbe Welt; Börsenspeculanten, gestern unbekannte Subjecte ohne Mittel, fast nackt, heute reiche Personnagen, sind im Besitz von tausend werthvollen Dingen, von denen man kaum begreift, wie sie in ihr Logis kommen. Die Agiotage ist's, die alle diese Mittel und Metamorphosen bewirkt. — Man nennt mir rasch gewonnene Reichthümer, die alle Welt zumeist die Glücklichen selbst in Staunen setzen. Der Commis eines Wechselagenten, der vielleicht im Unglücksfall mehr als Geld riskirt hat, hat in drei Tagen 175,000 Frs. gewonnen. Er verdankt's der St. Germain-Eisenbahn. Der glückliche Bursche lief die ganze Nacht wie ein Verrückter in den Champs Elysees umher, erzählte allen Soldaten auf den Posten sein Glück und bot ihnen seine Börse an, so daß er verdächtig wurde und ein Officier von der Runde ihn festnehmen ließ. Er brachte vierundzwanzig Stunden in der Policeipräfectur zu! Als er hinlänglich bewiesen hatte, daß er mit keinen

Militäroccupationsgedanken oder sonstigen Werbungen umginge, ließ man ihn laufen, mit dem Rath ein bischen im Tollhaus von Charenton sich umzusehen, bis sein Fieber vorüber. Sein Bruder kam auf den glücklichen Gedanken, ihn dem Magnet des Börsenplatzes zu entziehen und wohlemballirt nach Italien, der einzigen Rettung gegen das Tollhaus, zu schicken. Dort wird er den Frühling erwarten und nicht eher wieder sichtbar werden, als bis man seine Fonds fern von allen Prämien, Reports und fins courants sicher placirt hat. Solche Beispiele von Freigebigkeit der mehr als blinden Götter ließen sich ins Unendliche vervielfältigen. Für Leute, die keinen Heller haben, ist es ohne Zweifel noch sehr schwer etwas Silber zu gewinnen, wer aber ein wenig hat, kann viel gewinnen und wer viel hat, gewinnt zu viel. — Die Mittel, durch welche man diese Summen gewinnt, diese Vermögen schafft, fangen freilich an etwas zu frappiren und gar sehr an Law und seinen Mississippischwindel zu erinnern. Ein Schwarm Leute kauft aufs Gerathewohl gleichviel was und gleichviel von wem; sie sind sicher zu gewinnen, gleichviel wie viel, denn seit 2 bis 3 Monaten steigt Alles. Es ist eine Fluth ohne Ebbe. Sie kaufen heute und verkaufen morgen, die einzige Malice besteht nur darin, daß man Geld haben muß, heute zu bezahlen, was man morgen mit Interessen wiederbekommt. — Wundern wird es nicht, wenn ich sage, daß die meisten dieser Mississippier auch nicht das Mindeste von dem Geschäft verstehen, dem sie sich auf ein oder zwei Tage associiren, um dann die Hausse einzuscharren. Dieser Tage hörte ich ungefähr folgendes Gespräch in einer Gruppe: „Ich möchte 100 Actien Mouzaïa!" — „Da sind sie, zu 140 Frs. Können Sie Guadalquivir brauchen?" — Ich habe verkauft. Ich habe 200 Krystallpalast zu liefern." — „Ich habe nur 150 Graissesac!" — „Ich nehme sie. Wollen Sie Herseranges?" — „Ich ziehe Docks à 250 vor." — „Was denken Sie? Morgen werden sie im Parkett cotirt. Der Kaiser nimmt 2000 Actien à 298 in Betracht, daß seine Regierung der Compagnie die Einregistrirungskosten für ihre Grundstücke erläßt. Hier ist Cobin à 850, Maberly à . . . ." — „Ich nehme sie!" schreit ein neuer Ankömmling, ohne zu wissen wovon man spricht. — Einer dieser Speculanten hatte sich eben für 400,000 Frs. verpflichtet. Die Börse schließt; ein Wechselcommis begegnet ihm. — „Sieh da! — ruft er — was für ein Dings da ist denn das Guadalquivir, wovon ich eben 200 Actien verkauft habe?" — „O, eine Schwefelmine!" — „So? . . . Ich dachte es wäre ein holländischer Fluß." „Was hätte man damit anfangen sollen? Um ihn in Actien umzusetzen, hätte man ihn auf Flaschen ziehen müssen!" „Und Mouzaïa?" „Das ist eine Bataille in Algerien. 1840 forcirte die französische Armee den Paß Teniah de Mouzaïa, und um diese schöne Action zu verherrlichen, offerirt man jetzt Actien. . . ." — „Ah! — Ich habe auch 200 Krystallpalast gekauft." — „Das ist eine ungeheure Glocke, die man auf den Champs Elysees baut und wohin künftig aller Käse von Paris placirt wird. Haben Sie türkische Anleihe?" — „Nein, Saperlot! Diese Ungläubigen kommen wieder auf ihren alten Turban von Musselin und 36 Frauen für einen Mann zurück! Aber ich habe Vieille-Montagne, vermuthlich eine Tragödie. . ." — „Sie verwechseln's mit Le Vieux de la Montagne, einem Stück das aber nicht Geld gemacht hat. Behalten Sie Ihr Zink, es wird Ihnen wie Gold sein. Die ganze Zukunft unserer Mauern gehört dem Zinkweiß. Aber wenn Sie Haiti haben, so verkaufen Sie . . . Sie wissen Soulouque . . ." — Eine Eisenbahn?" — „Nein, ein Neger!" — Darauf macht sich unser Speculant fort. Am nächsten Tage verkauft er alle diese Actien von Unternehmungen, die er so wenig kennt, und kauft sich andere, die er noch weniger kennt. So dauert das schon Monate und dauert so lange, als es eben geht. Die Octoberliquidation hat unserem Mann 70,000 Frks. Netto eingebracht. Früher war er Entrepreneur der nächtlichen Tonnen . . . Jetzt protegirt er Klara, Amanda und Rosalba, und erhält für sie Actien al pari von Allem, was man creïrt. Er ist keiner der Neubehandschuhten. — Das sind die Ursachen dieser abenteuerlichen Gewinne, dieser neuen Vermögen, geschaffen auf Kosten wessen? Man wird es später erleben. Es ist die Geschichte jenes Hölzchens in dem bekannten Gesellschaftsspiel, das brennend jeder rasch in die Hände des andern schiebt, weil er ein Pfand geben muß, wenn es bei ihm erlischt. „Petit bonhomme vit encore." Wehe den Armen, zwischen deren Fingern die Hausse erlischt. Dann werden sie vielleicht erfahren, daß der Guadalquivir ein spanischer Fluß, Muzaïa eine algierische Mine und Haiti eine Negeranleihe ist. (Schluß folgt.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 13. Nov. Weizen 20 fl. 32 kr., Korn 18 fl. 6 kr., Gerste 11 fl. 52 kr., Haber 5 fl. 48 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1306] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 1. bis 10. Novbr. Hr. Kraus a. Nürnberg. — H. u. Frl. Lobstein a. Straßburg. — H. Professor Fuhro a. Colmar. — Fr. Roth a. Hochfrankenheim. — Frl. Müller a. Landau. — Fr. Knoll a. Annweiler. — H. Dr. med. Oswald mit Gemahlin a. Berlin. — H. Natermann a. Bremen. — H. Heiligenthal a. Landau. — 358. H. Roth a. Hochfrankenheim. — 359. H. Hagen a. Mannheim. — 360. H. Keßler a. Rheinzabern.

[1299⁴] **Am 1. & 2. December 1852**

findet die Ziehung der von der freien Stadt Frankfurt a. M. garantirten Geldverloosung statt. Die Hauptpreise derselben sind: 200,000, 100,000, 40,000, 25,000, 2 à 20,000, 2 à 15,000, 12,000, 3 à 10,000, 2 à 6000, 3 à 5000, 3 à 4000, 12 à 2000, 86 à 1000 fl.; außerdem 12,500 Gewinne geringeren Betrages.

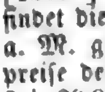
Das unterzeichnete Handlungshaus, welches von der Regierung mit dem Verkauf der Original-Loose beauftragt ist, erläßt ¼ Loose à 6 fl., ½ à 3 fl., ¼ à 1 fl. 30, ⅛ à 45 kr., und verspricht bei pünctlicher Ausführung der Aufträge die reellste Bedienung.

Heinrich Steffens;
Comptoir, Mainstraße 10 in Frankfurt a. M.

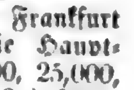
[1303²] **Mobilienversteigerung.**

Donnerstag, den 18. und Freitag den 19. November nächsthin, jedesmal um 8 Uhr des Morgens anfangend, zu Maudach in der Büttner'schen Behausung, werden sämmtliche, zu den zwischen Johannes Büttner, weiland Landwirth in Maudach und seiner hinterbliebenen Wittwe Anna Maria Sieber, ohne Gewerbe daselbst wohnend, bestandenen Gütergemeinschaft gehörigen Mobiliargegenstände, auf Zahlungstermin versteigert, namentlich:

a. am ersten Tage:



1 Pferd, 2 Kühe, 2 Rinder, 1 Reibling, 1 Wagen, 1 Kastenkarren, mehrere Pflüge, 1 Windmühle, sonstige Oeconomiegeräthe, Dünger, eine große Quantität Gelbrüben, Weißrüben u. Dickrübenwurzeln, Stroh, Heu, Fruchtspreue, eine Quantität Mauer- u. Lehmsteine, eine Partie Diele, circa 400,000 Torfsteine.



b. am zweiten Tage:

Bettung, Weißzeug, hänfenes und wergenes Tuch, wergenes Garn, 80 Pfund roher Hanf, 1 Kleiderschrank, 1 Commode, Tische, Kisten, 1 Uhr mit Uhrkasten, 1 Küchenschrank, 1 Mehlkasten, Ständer, Züber, Küchengeschirr und sonstiges Hausgeräthe aller Art.

Mutterstadt, den 12. November 1852.

C. Moré, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 277 | den 18. November 1852.

Deutschland.

• **Speyer.** In Mecklenburg ist bekanntlich eine „vereinbarte" Verfassung auf die Beschwerden der Ritterschaft durch den Bundestag abgeschafft worden. Die Dinge sind nun auch dort in ihrer natürlichen Fortentwicklung begriffen. Der nächste Mecklenburgische Landtag wird alles Ernstes Beschluß zu fassen haben über die von einem protestantischen Rittergutsbesitzer aufgeworfene, vielmehr verneinte Frage: ob ein katholischer Rittergutsbesitzer auch Mitglied des Landtags sein könne. —

Wie wir über eine solche Frage denken, haben wir nicht erst weitläufig auseinander zu setzen. Wenn nun aber die ultramontanen Journale ein Zetergeschrei über jenes Vorkommniß erheben, so müssen wir gerade ihnen die Berechtigung dazu unbedingt bestreiten. Waren sie es nicht, welche über die Vernichtung der „vereinbarten" Verfassung so gewaltig jubelten? Wenn man principiell auf das Alte zurückkam, wenn man die Privilegien des Adels wieder herstellte, — warum nicht auch die der herrschenden protestantischen Kirche? Das scheint eigentlich nur eine ganz natürliche Fortentwicklung. Wir wollen das Princip nicht, wir verwerfen natürlich auch die Consequenz. Wer aber das Princip anrief, kann sich eben auch nicht mit Recht über die Consequenz beschweren. So, wenn wir die Sache nur vom exclusiven mecklenburgischen Standpunct ansehen.

„Aber der Art. 16 der Bundesacte," ruft man aus. Nun wohlan, dieser bestimmt allerdings wörtlich also: „Die Verschiedenheit der christlichen Religionsparteien kann in den Ländern und Gebieten des deutschen Bundes keinen Unterschied in dem Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte begründen." Das schien freilich auch uns deutlich. Allein wir haben in diesem Puncte, wie in so manchem andern, Interpretationen erlebt, die uns eben — eines Andern (wir können freilich nicht sagen: eines Bessern) belehrten. Wir wissen zwar aus der Geschichte des Art. 16, daß die angenommene Fassung absichtlich so gewählt ward, damit sie nicht auf die drei bekannten Confessionen beschränkt erscheint. Allein was half das z. B. den Deutschkatholiken? Wir haben im Gegentheile gesehen, daß eben diejenige Partei, welche in der Sache des Mecklenburger Katholiken ihre Stimme am lautesten erschallen läßt, gerade auch die eifrigste war, auf Beschränkung und Verfolgung der Deutschkatholiken zu dringen. Wir haben freilich schon gehört, daß man den Letzten die Eigenschaft als Christen absprach. Wir sollten indeß denken, daß darüber nicht ihre Gegner kurzweg zu entscheiden hätten. Allein wir brauchen dieses Thema gar nicht weiter fortzusetzen. Wie verhält es sich denn mit den Protestanten in Tirol? Trotz jenes Art. 16 werden sie überhaupt in diesem Lande gar nicht geduldet; sie können nicht nur keine öffentlichen Functionen bekleiden, sie dürfen nicht einmal ein Grundstück im Lande kaufen. Da ist, was heute in Mecklenburg verlangt wird (so exorbitant und verwerflich wir von unserm Standpunct aus dasselbe auch allerdings erklären) doch jedenfalls noch bei Weitem milder, duldsamer, toleranter. —

Wir wollen nicht von dem Falle der Eheleute Madiai umständlich reden. Wir beabsichtigen überhaupt durch die vorstehenden Bemerkungen nicht mehr, als vermittelst Hinweisung auf Thatsachen zu zeigen, daß wenn die Principien der Freiheit und des natürlichen Rechtes überhaupt einmal bei Seite gesetzt werden, sich Consequenzen daraus entwickeln, die auch Denen sehr unangenehm sein können, welche jene Beschränkungen zuerst forderten und wider ihre Gegner geltend machten.

• **Aus Franken.** Die Verhandlungen unserer Landräthe wurden mit derselben Gleichgültigkeit und Theilnahmlosigkeit betrachtet, wie ihre Wahl seiner Zeit.*) Selbst als der Mittelfränkische Landrath, angespornt durch den Landrath der Pfalz, einen schwachen Versuch machte, etwas Zollvereinspolitik zu treiben, wurde die Aufmerksamkeit nicht größer, man wußte einmal, daß die Competenzfrage jedenfalls im Sinne der Regierung gelöst würde, und die Ansicht der großen Masse ging dahin, daß es ja doch nichts helfe. Für den ersten Anblick kann dies als ein trauriges Zeichen gelten, allein näher betrachtet ist kein Grund zur Trauer vorhanden, im Gegentheil, der wahre Patriot erkennt aus dieser Volksstimmung sehr deutlich, daß das Volk nun einmal zu der Ansicht gekommen ist und jeden Tag mehr dazu kommt, es sei auf diesem Weg, durch Landräthe und Landtage, das Heil nicht zu erwarten. Der Constitutionalismus unserer Tage hat keine Kraft mehr die Geister zu beschwören, die Einigung des Volkes geht ohne ihn im Stillen fort und zeigt sich bereits bei der sonst so indifferenten Bourgeoisie am deutlichsten. Die sonst so gemiedenen Democraten werden als Freunde betrachtet, sie, die jetzt keine Hand und keinen Fuß regen, deren Dasein nur noch durch die Angst der Policei constatirt wird, sie werden ganz anders angeredet als noch vor einem Jahre. Ich habe schon mehr als einen sonst sehr ängstlichen und loyalen Bürger ausrufen hören: „Ja wenn es so fort geht, bleibt uns nichts anderes übrig, als Democraten zu werden. Sie hatten Recht, aber wir haben die ganze Sache verdorben."

Zur Steuer der Wahrheit sei jedoch bemerkt, daß diese Umwandlung der Gesinnung nicht immer durch die besten Motive hervorgerufen wird. Da wirken auf der einen Seite die trüben Aussichten in Bezug auf die Zollverhältniße und bei dem Kleinbürger und Gewerbtreibenden die Erhöhung der Steuern. Namentlich ist es die neue Gewerbsteuer, die den sonst so ruhigen Bürger erschreckt.**) Sie können bei uns in jedem Wirthshaus, in jeder Werkstatt ausrechnen hören, was das für eine drückende Last sei, zumal da mit nach derselben auch die Gemeinde- und Kreisumlagen berechnet werden, welche die Steuern an und für sich in vielen Fällen bedeutend übersteigen. †) Wer wird aber auch hier wieder der

*) Auch in der Pfalz würden die Landrathswahlen mit der vollständigsten Gleichgültigkeit betrachtet worden sein, ohne die Bemühungen der „Pfälzer Zeitung," — welche diese Wahlen mit aller Gewalt zu einem „politischen" Acte stempelte! —

**) In der Pfalz, wo die Gewerbsteuer bisher bedeutend höher war als in den sieben jenseitigen Kreisen, dürfte das neue Gesetz im Ganzen keine Vermehrung, sondern eher eine Verminderung des Ertrages der Gewerbsteuer zur Folge haben. (Nebenbei ein Beweis, daß die Klagen über „Steuerüberbürdung" der Pfalz auch in dieser Beziehung nicht aus der Luft gegriffen waren.) Daß das neue Gesetz von großen Mißständen im Einzelnen nicht frei ist, hat übrigens gewiß seine Richtigkeit. D. Red.

†) Die Kreisumlagen betragen in Franken, wenn wir nicht irren, durchschnittlich 6½ Proc., in der Pfalz dagegen 50 Proc.; die Gemeindeumlagen lassen sich, da dieselben für

eigentliche Zahler sein? Die Aermsten, die Gesellen und Arbeiter. Schon hört man überall von dem ohnehin schlechten Gang der Geschäfte, namentlich der Manufacturen, und es gibt Handwerker, die seit 4 und 6 Monaten keine Bestellungen haben. Wird da nicht Jeder, bei dem ohnehin noch hohen Preis der Lebensmittel, seine Arbeiterzahl im Hinblick auf die Besteuerung der Gehülfen, möglichst einschränken? Und wird man für die brodlosen Gesellen und Arbeiter dann etwas anderes haben, als sie nach sorgfältiger Durchsuchung ihrer Effecten per Schub in die Heimath zu befördern? Und selbst da, wo es nicht so schlimm geht, in den großen Etablissements, die mehrere hundert Arbeiter beschäftigen, wer wird da am Ende die Steuer zahlen? Wie, wenn es dem Besitzer einfällt, per Woche nur 3 kr. weniger zu zahlen, kann deßhalb der Arbeiter die Arbeit aufgeben, selbst wenn er diesen Groschen zu seiner Leibwäsche höchst nöthig hat? Er kann es nicht und zahlt wiederum eine Steuer, ohne dafür im bürgerlichen Leben Ersatz zu erhalten. Er bleibt, was er war, ein der werthvollsten bürgerlichen Rechte entbehrender Mensch. Es bleibt der alte Zwang bei Ansäßigmachung und Verehelichung in einer Weise, von der man in der Pfalz freilich keinen Begriff hat. Um nur ein Beispiel anzuführen, will ich Ihnen eine mir erst dieser Tage bekannt gewordene Thatsache erzählen. Ein Schneidergeselle, der 30 Jahre lang hinter sich hat, meldete sich in einem Orte, in welchem zur Zeit eine Concession erledigt ist, zur Aufnahme als Meister. Er hat eine Braut mit einem Vermögen von 500 fl. Die Gemeinde weist ihn ab, will ihm jedoch aus besonderer Gnade die Ansäßigmachung erlauben, wenn er die Tochter eines alten Schneiders im Ort heirathen will. Der Mensch weigert sich natürlich, sein früheres Verhältniß auf diese Weise zu lösen, und weil er seiner Verlobten Treue und Wort hält, wird er abgewiesen und darf nicht daran denken, sein Geschäft je selbstständig auszuüben. So will man Ehen stiften, da soll Friede und Eintracht herrschen. Wer merkt aber darauf? Wahrscheinlich wird einmal ein anderer kommen, der durch die Noth getrieben, eine so lästige Bedingung eingeht. Ob er dann glücklich ist oder nicht, wer kümmert sich darum? Ist's da ein Wunder, wenn die Leute sehnsüchtig nach Amerika werden und wenn Jeder der die Mittel aufbringen kann, daran denkt, seine Heimath, man kann ja leider nicht sagen: sein Vaterland, zu verlassen. Die Auswanderungslust nimmt auch bei uns merkwürdig zu, und es sind nicht mehr blos die Armen und Wenigbemittelten, es geht jetzt schon jährlich ein schönes Capital über den Ocean, abgesehen von den Arbeitskräften die uns entzogen werden. Man sage da nicht, hieran ist kein Mangel. Wenn es so fort geht, wird man doch bald fühlen, welcher Mangel an Leuten entsteht, die noch einen Sinn haben für Berufsthätigkeit, denn mit der blosen Kopfzahl ist nichts ausgerichtet.*)

Sie mögen aus diesem Wenigen auf die Stimmung in Franken selbst schließen.

• **Speyer.** Die Erscheinungen wiederholen sich. Als sich Napoleon I. die Kaiserkrone aufs Haupt setzte, erließ der Graf von Provence (Ludwig XVIII) von Warschau aus eine Rechtsverwahrung dagegen. Jetzt thut der Graf von Chambord das Nemliche. Die Sache hat offenbar, wenigstens vorerst, gar keine Bedeutung. Dennoch kömmt sie dem jetzigen Regime in Frankreich ungelegen. Hören wir, wie man die Chambord'sche Erklärung in dem heutigen Napoleonischen Paris beurtheilt: „Immer dieselbe Berufung auf die Vergangenheit und keine einzige positive Zusage für die Zukunft. Phrasen und nichts als Phrasen! Der Erbe der vierzehnhundertjährigen Monarchie scheint nicht zu ahnen, was in der Gegenwart vorgeht. Er fühlt zwar die Nothwendigkeit, sich an das Volk zu adressiren, dessen Rechte er verkennt, er plädirt aber für seine Sache, wie ein Advocat mit dem Besitztitel in der Hand für die Erlangung eines Erbtheiles plädiren würde. Dieses Manifest ist in der That ein Armuthszeugniß der monarchischen Partei, die außerhalb der Epoche stehend, nichts als Klagen und Seufzer über den Rhein herüber zu senden versteht. Der Graf Chambord hätte mit irgend einer energischen That zur rechten Zeit noch viele Herzen in Frankreich gewinnen können. Jetzt macht sein Manifest wohl die Runde in den Theezirkeln des Faubourg St. Germain, im Publikum aber erregt es nur das fatalste aller Gefühle, das achselzuckende Mitleiden."

Schoder's Leichenfeier. Der „Beobachter" bringt darüber folgenden Bericht: Eine unabsehbare Menschenmasse hatte sich an dem gestrigen regnerischen Sonntagnachmittag — 14. November — auf dem weiten Platz vor dem Trauerhaus am Tübinger Thor versammelt, so daß die das Thor passirenden Reisewagen Mühe hatten, durch die Menge zu kommen. Nicht müßige Neugierde, sondern jenes echt electrische Mitgefühl, das bei einem großen Landesverluste alle Klassen der Gesellschaft zu durchdringen pflegt, war es, das auch aus den Mienen der weniger betheiligten Zuschauer sprach.*) Von auswärts waren große Zuzüge zu dem Trauergeleite gekommen. Vorab war der beharrliche Wahlbezirk, der stets einen so wohlbegründeten Stolz in seinen Abgeordneten gesetzt und ihn immer wieder gewählt hatte, massenhaft vertreten von Besigheim, Bietigheim, Laufen, Wahlheim ꝛc. Ebenso hatte seine Vaterstadt Ludwigsburg wol hundert Vertreter zu der traurigen letzten Ehre gesandt. Kannstadt war sehr zahlreich repräsentirt. Von Tübingen war die junge Burschenschaft, viele Wagen voll, zum Grabe ihres Ehrenseniors gekommen. Ferner waren viele Männer da aus Reutlingen, Göppingen, Eßlingen, Nürtingen, Marbach, Ulm, Künzelsau, Neckarthailfingen, Heidenheim, Heilbronn, Blaubeuren, Freudenbach, Baiersbronn und Buhlbach, Bissingen an der Enz, Markgröningen, Herrenberg, Schwieberdingen, vom Pulverdinger Hof, von Weil der Stadt, von Gmünd, Calw, Erligheim. ... Im Trauerzuge waren ferner sämmtliche hier anwesende Kammermitglieder mit ihrem Präsidenten Römer und Vicepräsidenten Wiest von Ehingen. ... Auch erblickten wir den vormaligen Minister Schlayer, der auf seinen einstigen Zögling im Regierungswesen stets große Dinge gehalten, und Staatsrath Köstlin, den jetzigen Präsidenten des Consistoriums. Der kurze Weg von dem Trauerhause nach dem neuen Friedhof erlaubte die Entfaltung des mächtigen Zuges nicht, der sich unter den Klängen eines Trauermarsches in großen Wogen dahin wälzte. Beim Eintritt in den Friedhof entstand ein leichtes Gedränge, so daß selbst die Verwandten einen Augenblick vom Sarge getrennt wurden. Man konnte den Fremden, die sich dazwischen drängten, grollen, aber wie man sie so bitterlich weinen sah, mußte man ihnen verzeihen,

jeden Ort besonders bestimmt werden, nicht mit einer Ziffer angeben; doch sind sie, so viel uns bekannt, im Ganzen jenseits ebenfalls eher geringer denn höher, als diesseits. Allein damit wollen wir natürlich nicht im Entferntesten in Abrede stellen, daß eine Herabsetzung des diesseitigen Gewerbsteuerbetrags auf das frühere jenseitige Maß weit erwünschter gewesen sein würde, als die entgegengesetzte Gestaltung. D. Red.

*) Wenn man auch nur den materiellen Werth des Verlustes dieser Arbeitskräfte ins Auge fassen will, so berechne man denn blos: Welche Kosten verursacht der Mensch, auch der ärmste, von seiner Geburt bis zu dem Alter der vollen Arbeitskraft? Danach bemesse man, welches große Capital aus dem Nationalvermögen für die Erziehung und Ausbildung dieser vielen Tausende, also für die Entwicklung eben dieser Arbeitskräfte, hatte aufgewendet werden müssen, indeß sie nun einem fernen Lande zu gut kommen. D. Red.

*) Wie tief Schoders Name im Volke wurzelt, davon zeugt ein wahrhaft rührender Zug. Den Tag nach seinem Tode kam ein kleiner, ganz mit Kalk bedeckter „Speisbube" ins Haus, um zu fragen, ob es denn wirklich wahr sei, daß Schoder gestorben. Als man ihn fragte, wer ihn schicke, antwortete er, sein Maurer schicke ihn, der habe ein Gerücht von Schoders Tod gehört und wolle wissen, ob es wahr sei.

daß sie ein Anrecht auf den edlen Todten geltend machten, der in der That nicht blos seiner trauernden Familie angehört. Der Sarg, bisher vom Leichenwagen bedeckt, war hier erst in seiner ganzen Schönheit sichtbar geworden. Er war rings von Cypressenkränzen behangen, oben ruhte ein großer Lorbeerkranz — auch des Todten Haupt im Sarge drin ist mit dem Lorbeer geschmückt — das schwarzrothgoldne Band fehlte nicht dabei, dem er so treulich Farbe gehalten, und eine halb aufgeschlagene Rolle enthielt die Grundrechte, die zum Theil seine Schöpfung sind, die, selbst nun eine im Gemüth des Volkes fortlebende Leiche, mit ihm, doch nicht für immer, zu Grabe gegangen sind. Der Sarg wurde von hiesigen Bürgern über den Friedhof an das Grab getragen, wo ein wunderbarer Anblick, das Werk edler Frauen von Stuttgart, die Ankommenden überraschte. Das Grab war terrassenförmig mit unzähligen schönen Blumen geschmückt, welche natürlich im Boden zu stehen schienen, die Stätte des Todes in einen herrlichen Frühlingsgarten verwandelt, zwischen dessen Reichthum der Sarg völlig verschwand, so daß nur noch seine Kränze sichtbar waren, die sich für das Auge mit den andern Blumen vermischten. Ein Theil der Blumen wurde nachher in das Grab geworfen, ein Theil bleibt um dasselbe aufgepflanzt und ein Theil wird überwintert, um es im nächsten Frühling zu schmücken. Das Innere des Grabes selbst war ganz mit grünem Tannenreisig ausgeschlagen.

In ernster, ruhiger Ordnung sammelte sich der dichte weite Kreis um den Hügel, während ein erhebender Gesang des hiesigen Liederkranzes begann. Der Sarg wurde ins Grab gesenkt und eine so tiefe Stille lagerte sich dabei auf die Anwesenden, daß man selbst in den letzten Reihen des Kreises, von wo man das Grab nicht sehen konnte, die Seile rollen hörte. Nun kam der Vortrag des Geistlichen. Wir können es nicht ertragen, mit einem Eingehen auf diese Rede, welche den einzigen unschönen Faden in dem würdigen und dem Character des Verblichenen entsprechenden Gewebe der Trauerfeier bildete, unsere Darstellung zu stören; wir behalten das Wort, das wir über dieselbe zu sagen uns verpflichtet fühlen, einem besondern Aufsatz vor. *) Nach dem Geistlichen sprach Rudolph Probst im Namen der Volkspartei, und am Schluße der Feier trat Adolph Seeger, einer der ältesten Universitätsfreunde des Entschlafenen, und durch den Telegraphen von einer Berufsreise an seine Gruft herbeigerufen, auf den Rand des Blumenhügels, um den Abschiedsgruß der Freundschaft in die stille Wohnung zu senden. Die Handlung schloß mit Gesang. Spät und schwer trennte das Volk sich von dem Grabe.

Ehe die auswärtigen Freunde nach ihren verschiedenen Richtungen von dannen eilten, vereinigten sie sich mit den hiesigen zu einer herzlichen Nachfeier, wobei das Bedürfniß laut wurde, nach einem so schweren Verluste nur um so treuer zusammenzuhalten. Die Freunde vom Lande regten den Gedanken zu einem Denkmal Schober's an: die hiesigen erwiederten, es werde auch hier, wie immer, das geeignetste sein, wenn auf dem Lande die Initiative ergriffen werde; hier, als im geographischen und geschäftlichen Mittelpuncte, werde alsdann die Ausführung des Gedankens bereitwillige Hände finden. Da die bisherigen Abbildungen des Entschlafenen nicht genügen, so werden seine hiesigen Freunde sich die Ausgabe eines treuen Bildes von ihm angelegen sein lassen. Auch über sein Dahinscheiden und seine Leichenfeier wird eine ausführliche Zusammenstellung in besonderem Abdruck erscheinen. —

Endlich rollten die letzten Wagen davon und die erste Nacht sank auf Schober's Grab herab. **)

---

*) Unsere Freunde in Stuttgart mögen uns die Frage erlauben, warum sie einen derartigen Mißton in der Feier nicht auf die einfachste Weise von vorn herein abwendeten? D. Red.

**) Wir werden die Reden von Probst und Seeger in unserm nächsten Blatte gleichfalls mittheilen. D. Red.

Frankfurt, den 15. Novbr. Ein auswärtiger hier thätiger Lehrer ist dieser Tage, wie man hört, von hier ausgewiesen worden, weil er am Todestage Robert Blum's in einem größeren Kreise democratischer Gesinnungsgenossen eine Rede gehalten hatte. (Fr. J.)

Mainz, den 14. Nov. Das Dunkel in der Einbruchsgeschichte, von der ich heute Morgen meldete, hat sich bald aufgeklärt. Der vermißte Wächter, den man anfänglich allgemein als Opfer beklagte, wozu der langjährige gute Ruf desselben vollkommen berechtigte, war selbst der Dieb. Durch Zufall wurde der Entwichene, der mit dem ersten Bahnzuge nach Frankfurt fuhr, um von da seine Flucht fortzusetzen, auf dem Wege dahin von einem Mainzer gesehen, auf dessen Bericht die nöthigen Maßregeln so schnell getroffen wurden, daß man des Flüchtigen noch in jener Stadt habhaft werden konnte. (Fr. J.)

Aus Kurhessen, den 14. Nov. Eine ältere Landesverordnung bestimmte bei schwerer Strafe, daß landesauswärtige Juden nicht in Dienst genommen werden dürfen, so daß also weder jüdische Dienstboten, noch Gehülfen noch Gesellen als solche in Kurhessen angenommen werden konnten. Unter dem Ministerium Eberhardt wurde diese Verordnung für abfällig erklärt. Unsere gegenwärtige Regierung hat jedoch die Ansicht des Ministeriums Eberhardt für eine irrige erklärt, vielmehr noch die alsbaldige und strengste Handhabung der berührten Verordnung anbefohlen.

Berlin, den 12. Novbr. Eine landsmannschaftliche Studentenverbindung hatte ihr Abzeichen wie ein Ordensband im Knopfloche getragen. Die Policei hat nun nachdrücklich davor gewarnt.

Gotha, den 12. Nov. Die der Linken des vorigen Landtages angehörig gewesenen Mitglieder, welche in den neuen Landtag gewählt wurden, haben das ihnen angetragene Mandat abgelehnt.

Hanau. Der Nachricht eines Nürnberger Blattes von einer bereits erfolgten Bestrafung der Stadtrathsmitglieder wird widersprochen, indem noch kein Urtheil ergangen sei.

Gr. Glogau, den 9. Nov. Zum ersten Male hat in einer wider einen Prediger einer freien Gemeinde erhobenen Anklage wegen Anmaßung geistlicher Amtshandlungen auch das hiesige Appellationsgericht ein freisprechendes Urtheil gefällt.

Wien. Die ministerielle Oesterreichische Correspondenz enthält einen Leitartikel über die Entwickelung der französischen imperialistischen Frage. Der Bruch des Staatsoberhauptes mit der Umwälzungspartei verleihe dem Kaiserthum moralische Bürgschaft, berechtige zu Friedenshoffnungen. Nicht bloß der Ruhm, auch der Sturz Napoleon's gehöre zu den als Erbtheil beanspruchten kaiserlichen Traditionen. Oesterreich's Politik habe die französischen Regierungsformen gegenüber begründeten Gewalten stets anerkannt. Oesterreich werde diese bewährte Politik nicht verlassen. Durch Anerkennung der Thatsachen gerathe Oesterreich nicht in Widerspruch mit dem Princip der Legitimität. Der neue Herrscher in Frankreich sei dem Einen ein Volkserwählter, dem Anderen ein Erbe des Kaisers, dem Dritten eine Nothwendigkeit. Auch dem Auslande gegenüber sei es nicht gerathen, den Principienstreit durch Annahme von Titeln, Bezeichnungen, die weder staatsrechtliche noch thatsächliche Prätensionen in sich schließen, auf die Spitze zu treiben. Die Aufgabe des eine Dynastie Gründenden sei, den Weg zu bahnen für Nachfolger, nicht für Vormänner.

Frankreich.

† **Paris**, den 15. Nov. Bekanntlich haben die demokratischen Führer im Auslande ebensowohl, als der Graf Chambord, Protestationen gegen das Kaiserthum und Aufforderungen, im ersten günstigen Momente Widerstand zu leisten, erlassen. Die Regierung hat es nun am zweckmäßigsten gefunden, diese Aufrufe selbst im Mo-

niteur bekannt zu machen. Dadurch werden nun manche Schwankende, welche nicht abgestimmt haben würden, gedrängt, an der sogenannten Kaiserwahl Theil zu nehmen.

Paris, den 13. Novbr. So viel steht fest, daß nach den Aeußerungen Sr. Heiligkeit L. Napoleon sicher darauf rechnet, daß er spätestens im Mai mit seiner Gemahlin von Pius IX. in der Notre-Dame-Kirche gekrönt werde. — Ich bedaure, daß der Aufruf Victor Hugo's, von dem ich Ihnen gestern schrieb, nicht mittheilbar ist. Es ist ein wahres Meisterstück von revolutionärer Beredsamkeit und wird ohne Zweifel in den Faubourgs und Atelliers gewaltigen Eindruck machen. (K. Z.)

Paris, den 11. Nov. Der nach Alexandrien und Konstantinopel geschickte außerordentliche Gesandte Hr. v. Bacciochi war dieser Tage hier erwartet; allein seine Sendung bei der Pforte, welche die Aufnahme Abd-el-Kaders zum Gegenstand hat, stößt daselbst auf Schwierigkeiten, so daß seine Rückkehr sich verzögert. Die Pforte will nämlich den Emir in Brussa nicht aufnehmen, weil es schwer wäre ihn zu schützen, indem er leicht von Gläubigen könnte aufgehoben und nach Algerien, versteht sich wider Willen, gebracht werden, sie aber den Verdacht, als habe sie seine unwillkürliche Flucht begünstigt, nicht auf sich nehmen möchte. Man sieht hier in dieser Weigerung die Hand Rußlands, das gerne dem künftigen Kaiser Schwierigkeiten bereite. (A. Z.)

Italien.

* **Rom**, den 9. Nov. Die Räuberhorden treiben nach wie vor in der Campagna ihr Wesen. Kürzlich hat eine Bande eine fröhliche Gesellschaft in dem Landhause vor Aquavista gebrandschatzt und sich mit den Gästen, die nicht aufstehen durften, zur Tafel gesetzt und gezecht.

Großbritanien.

Im Parlamente hat der Kampf gegen das Ministerium mit einigen einleitenden Schritten bereits begonnen. Im Oberhause erklärte Derby bezüglich der Freihandelsfrage: Nun, da das Land in den letzten Wahlen sich zu Gunsten des Freihandelsprincips ausgesprochen habe, stehe er nicht an, sich dieser Entscheidung zu beugen, und — fortwährend bemüht, den Schaden, den diese Politik einseitig ausgeübt habe, nach Kräften zu mildern — diese Politik anzunehmen, sie frei, offen und loyal durchzuführen. — Im Unterhause ward dem Ministerium besonders vorgeworfen, daß es sich in der Thronrede hinter unklare Phrasen versteckt habe. Villiers kündigte auf den 22. d. einen entscheidenden Antrag an. Osborne griff den Minister Israeli heftig an. Von der rechten Seite erhob sich blos der hochkirchliche Eiferer Obrist Sibthorp gegen das Ministerium, indem er erklärte, daß er mit Leib und Seele Schutzzöllner sei; man habe das Ministerium der Zweideutigkeit beschuldigt, und mit Schmerz müsse er gestehen, daß der Vorwurf gerecht sei; als ehrlicher Mann erkläre er offen, daß er von denen, auf deren Seite er bisher stand, getäuscht worden sei, bald hätte er gesagt, daß sie ihn anekeln. (Hört!)

Der Globe meldet, daß im Gedränge in Chelseahospital im Saale des Wellington-Paradebettes sechs Menschen umgekommen sind.

Miscellen.

Paris amüsirt sich. (Beschluß.) Diese ungeheuren Fondsumsätze, die aus den Schwindelspeculationen entspringen, sind jedoch nicht die einzigen Ursachen der gegenwärtigen Aufregung in Paris. Ueberall in der Stadt werden die großartigsten Bauten vorgenommen und Paris gleicht in diesem Augenblick jenen indischen Blumen, aus deren Herzen die junge Knospe hervorkommt und sich entfaltet, ehe ihre Mutter verwelkt ist. Die kühne Rivolistraße, die ein Dekret wie eine Kanonenkugel mitten durch die Eingeweide der Stadt geschleudert hat, um ihr Luft und Licht zu verschaffen, gewährt schon jetzt einen prächtigen Anblick ... Dazu füge man noch die Menge Fremder, die den erwarteten Winterfesten zuströmen. Die Logis garnis liefern Miethen, die in zwei oder drei Monaten die Kosten des ganzen Mobiliars decken. In der Mitte der Stadt fehlt es bereits an Wohnungen, und man muß sich nach der Peripherie zuwenden. Die Champs Elysees werden überlaufen und das Quartier Latin hört auf den Namen Quartier d'Antin. Das Kaiserreich und seine Gala's, Revuen, Bälle, Schauspiele werden die reichen Bummler der ganzen Welt anlocken und das Beispiel des Luxus, das die hohen Beamten mit ihren hohen Gehalten geben können, verspricht einen von Gold, Lichtern, Diamanten und nackten Schultern schimmernden Winter mit Ohren und Nerven betäubenden Orchestern und in Treibhäuser verwandelten Sälen. Wir werden eine Kaiserkrönung und vielleicht eine Kaiserhochzeit haben ... Inzwischen beginnt schon, um mit Hrn. Arsen Houssaye zu reden, der Zyklus, oder mit Hrn. Romieu, die Aera der kaiserlichen Manieren. Kein orientalischer Fürst hat eine so freigebige Hand wie Louis Napoleon. Nur der Czar oder ein Scribe'scher Held der komischen Oper könnte noch Gratifikationen austheilen, wie der gegenwärtige Staatschef an die Personen ausgetheilt hat, die bei dem neulichen sehr solenen aber sehr langweiligen Huldigungsabend der großen Oper mitgewirkt haben. Man höre. Hrn. Roqueplan, Direktor der Oper, eine prächtige goldene Dose mit Portrait in Diamanten, Werth ungefähr 4000 Frs. — Hrn. Masse, Componisten der Kantate, einen Brillantring, Werth ungefähr 2000 Frs. — Dem Poeten, eine goldene Tabatiere, 5—600 Frs. werth. Hrn. Roger, Tenor, eine Diamantnadel, Werth ungefähr 1200 Frs. Hrn. Bremond, Bassist, eine Nadel mit einer Rosa-Perle. Hrn. Merle, Bassist, eine Nadel mit goldenem Adler auf einer Kugel von Diamantstaub. Mme. Tedesco ein Armband von grünem Email mit Diamanten, in der Mitte eine enorme schwarze Perle, Werth ungefähr 3000 Frs. Mme. Lagrua, eine Broche von Veilchen in Brillanten, (vermuthlich in Erwiederung der Veilchen, mit denen die Sängerin ihr Korset bestickt hatte.) Mlle. Duez, ein mit Brillanten verziertes Armband von grünem Email. Die Tänzerin, Mme. Cerrito, eine sehr reiche Broche, Diamanten und dicke Perlen, Werth ungefähr 5000 Frs. Mlle. Plunkett, eine Brillantbroche, Werth ditto. Mlle. Priora einen superben Saphir mit Diamanten, als Broche gefaßt, Werth dito. Mlle. Bagdanoff (weiß nicht recht was.) Mlle. Taglioni (dito dito.) Zusammen belaufen sich die Präsente auf etwa 40,000 Frs. Den Männern wurden sie von dem Zeremonienmeister Feuillet de Conches, den Weibern von dem Marquis von Toulongeon, Ordonnanzoffizier und Jagdkapitän überbracht. Nächstens kommt die komische Oper mit ihrer extraordinären Affiche und Kantate an die Reihe. Letztere wird in einem Gespräch zwischen der Skulptur, Poesie, Musik und einem Araber, der Algerien repräsentirt, das vollendete Louvre ansingen. Mery, der quasi-offizielle Poet ist ihr Verfasser. Sie hebt an: „Die Welt ist ruhig, Frankreich ist zufrieden."

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1307] **Hausversteigerung in Landau.**

Donnerstag, den 25. November 1852, Nachmittags 3 Uhr, zu Landau im Gasthaus zum Schaaf, wird auf Ansuchen von Frau Magdalena Fix in Landau, ein in der Kronstraße allda, im Mittelpunkte der Stadt, neben Lutz und Levy gelegenes dreistöckiges Wohnhaus in Eigenthum definitiv versteigert.

Landau, den 16. November 1852.

Heffert, Notär.

[1297a] Ein wohlerzogener junger Mensch kann bei einem Buchbinder, auf dem Lande, gegen annehmbare Bedingungen in die Lehre treten. Frankirte Briefe bef. die Exped.

Digitized by Google

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag **Nro. 278** **den 19. November 1832.**

Deutschland.

Schoder's Leichenfeier. Rede von Rudolf Probst. Freunde des Entschlafenen! Zu Euch möchte ich ein Wort vom Herzen sprechen, die Ihr hier steht an dem offenen Grabe mit der Trauer des Bruders, mit der Trauer des Patrioten, der Trost sucht in der Gemeinsamkeit des Schmerzes.

Ich habe ihn sterben gesehen, den Mann, den wir Alle geliebt haben. Da drang mir vor Allem ans Herz, was unser Freund vor wenig Tagen beim Beginne der tödtlichen Krankheit, aber schon im Bewußtsein des Endes, das da kommen sollte, ausrief: „Du meine arme Frau, Dich bedaure ich!" Verwaist die Familie, der er Alles war, die das rührende Bild der innigsten Vereinigung bot; der Stolz der Gattin, der Eltern und Geschwister, der Vater der Kinder dahin!

Doch da ich den Blick zurückwandte auf mich selbst und wieder hinaus auf Euch, meine Freunde, und weiter hin auf Alle, die das gleiche Streben vereint im weiten Vaterlande — da drang es aufs Neue mir ans Herz: ist nicht auch uns nicht nur der Bruder, nein der Stolz und das Haupt, zu dem wir Alle mit Liebe, mit inniger Verehrung, mit Zuversicht aufgeblickt haben — dahin gegangen?

Es ist Keiner unter uns, ich spreche es mit freudiger Ueberzeugung in dieser feierlichen Stunde aus, der aus seiner Erinnerung nur Einen Tag aufzuweisen hätte, an welchem Mißton gegen den Entschlafenen seine Brust erfüllte, Keiner, der das Gedächtniß auch nur Einer erfahrenen Kränkung in sich trüge, Keiner, der ohne Rath und Trost von ihm ging.

Aber es ist auch Keiner unter uns, der nicht seiner überragenden Begabung und seinem reinstrahlenden Character willig den Zoll des innigsten Anerkenntnisses darbrächte, Keiner, der ihn zu ersetzen sich vermessen möchte, Keiner, der nicht mit tiefsten Schmerze die Ueberzeugung ausspräche: Wir haben den Mann verloren, der unser Führer war auf der umdüsterten dornenvollen Bahn unseres Strebens.

Wir haben ihn gekannt, da er als aufstrebender Jüngling schon die Gluth für ein großes, einiges, freies Vaterland in sich barg unter dem schlichtesten, ruhigsten Aeußern.

Als er in den Kreis der Männer eintrat, zeichnete ihn alsbald die Klarheit seiner Anschauungen aus und der ganze Zug seines Wesens nach tiefer Erfassung jeder Aufgabe, die ihm gestellt war. „Gerechtigkeit" war nicht ein Wort für ihn, sie war ihm eine That und blieb sein Stern unabänderlich, welche Sphären der Wirksamkeit sich ihm auch eröffneten.

Da kam die Zeit heran, in welcher jedes Herz höher schlug über dem Gedanken: Das Vaterland hebt sich empor, ein freies Volk blühet hinfür in dem zur Würde, die ihm gebührt, aufstrebenden deutschen Lande. Und der Ruf, der an Jeden erging, zu wirken und zu schaffen für das erhabene Ziel, drang in seine Brust und die Gluth sprühte hervor als eine lichte Flamme, die mit überraschendem Glanze leuchtete und an ihrer eigenen Kraft sich nährte und wuchs bis zu der Größe, die uns heute zur Bewunderung fortreißt.

Da stand er in dem engern Kreise der Stände unseres Landes und Alles lauschte, als er in Verfolg jener höhern Gerechtigkeit, die seine Brust erfüllte, dem Zeitbewußtsein und dem göttlichen: Der Buchstabe tödtet, der Geist nur gibt Leben, das Anerkenntniß auch der Widerstrebenden mit unwiderstehlicher Gewalt errang. Es war die erste That, die auch sogleich seinen Beruf besiegelte, für das Vaterland, für die Rechte seiner Bürger in die Schranken zu treten.

Wie er diesen Beruf auf jenem Schauplatze erfüllte, auf den die ganze Nation mit banger Hoffnung blickte, wie er unverrückt das Ziel im Auge behielt, das nicht er sich, das die Zeit, das die Vorsehung ihm gesetzt hatte, wie er beharrte, ja um so fester und entschiedener beharrte, je mehr rings um ihn der Abfall wuchs — und wie er aus dem Kampfe stets größer hervorging — das haben wir mit steigender Anerkennung angesehen. Als ein Meister des Wortes, als ein nach Geist und Gesinnung erprobter Mann des Volkes, als ein Character, der der Nation angehört, kam er zu uns zurück.

Es ist ein trübes Bild, das mir nun entgegentritt. Vor diesem offenen Grabe ist nicht die Zeit, ist nicht der Ort, zu rechten. Der Gott, der der Völker Schicksale lenkt und die der Einzelnen, hält die Wage und richtet; ihm stellen wir das Urtheil anheim.

Wir folgten dem, was er in unsre Brust gelegt. In dem Kampfe, den wir aufnahmen, um festzuhalten, was wir für recht erkannt, hoben wir den auf unsern Schild, der der Würdigste war, daß er uns führe. Schauet ihn an, den jungen Mann, der unsre Versammlungen lenkte, mit dem angebornen tiefen Ernst, mit der Würde und Besonnenheit, in der ihn Keiner übertraf. — Und sehet mit mir auf den Schluß jener Zeit hin, da tritt mir ein Bild vor das Auge, groß und erhaben, wie ich noch keines gesehen. Da er mit dem Stolze des gekränkten Rechtes sich erhob und zum Schutze der Verfassung die Vertreter des Volkes aufrief, stand er nicht da als ein Held, dessen Stimme uns durchzitterte und zur heiligsten Begeisterung fortriß?

Die Zeit jener Wirksamkeit ist vorüber gegangen. Unser Freund lenkte seine gewaltige Kraft dem ruhigeren Wahlplatze zu, auf welchem er Gerechtigkeit für den Gekränkten erstrebte, der sich nie an ihn wandte, ohne die erwartete Hülfe zu finden. Wie viele Thränen er getrocknet, wie vielen Familien er den Ernährer zurückgegeben, wie sein Andenken in hundert dankbaren Herzen eingegraben ist, will ich nicht schildern.

Der Entschlafene wird mir nicht zürnen, wenn ich an das Wort des Dichters erinnere:

Schön ist nach dem großen
Das schlichte Heldenthum.

So wandelte er unter uns, anspruchslos, ruhig, besserer Zeiten harrend. Nun ist der Abend ihm angebrochen, ehe die neue Morgenröthe aufging. Nicht mehr tönt uns der herrliche Strom seiner Rede, nicht mehr leuchtet uns das klare Licht seiner Gedanken. Und du, deutsches Volk, wie bist du schwer getroffen von dem Verluste dieses treuen Kämpfers, deß sichern Arm und scharfes Schwert du missen mußt.

Aber nicht die Nacht ist es, die über ihn kam. Dort lebt er, und er lebt unter uns. Er hat es selbst bezeugt; in den letzten stillen Stunden seines Lebens rief er es aus: „Im Himmel ist gut wohnen — auf Erden ist keine Gerechtigkeit." — Und wie vermöchte auch für uns zu sterben, was Geist und Leben ist? —

Deinem sterblichen Theile, theuerer Entschlafener, ein Lebewohl. — Du aber lebst fort in uns, lebst fort im Herzen deines Volkes, und wirst fortleben, so lange der Gedanke lebt, der dich durchdrungen hat: der Gedanke eines großen freien Vaterlandes.

Rede von Adolf Seeger. Jung an Jahren, aber reich an Siegen bist du hingegangen in die Nacht des Todes. Dein klares, ruhiges Auge ist geschlossen, geschlossen ist der sichere Blick, der vor keiner Gefahr erbebte, wo es galt, die Ehre und die Treue zu retten; gelähmt ist die Thatkraft deines starken Willens, geendigt dein edles, dein ernstes Streben.

Von Wehmuth und Schmerz erfüllt stehen wir um dein offenes Grab, treuer Freund und Bruder, um dir das letzte Lebewohl zu sagen, ehe deine Asche der Mutter Erde zurückgegeben wird.

Dumpf und schwer schlägt uns diese Abschiedsstunde:

„Denn ach sie mahnt, die unerbittliche,
Daß unser Liebstes welkt, daß ew'ge Jugend
Nur drüben im Elysium gedeiht;
Sie wirft uns aus einander, Freund!
Wie Mast und Segel vom zerriss'nen Schiffe
Im wilden Ocean der Sturm zerstreut."

Alte Erinnerungen, deren Bilder uns im Sturme wechselvoller Zeiten fast verschwunden waren, leben in diesem erschütternden Augenblick wieder auf, und führen uns in die heiteren schönen Tage zurück, in denen der Bund warmer Jugendfreundschaft geschlossen wurde, den keine Zeit, den auch der Tod nicht lösen konnte. Du hast als Mann das Wort gelöst, das du als Jüngling gegeben.

Nicht wir nur, das ganze Volk, das deutsche Volk fühlt und weiß es: welche gewaltige Stütze der guten Sache in dir zusammengebrochen ist, zerschmettert, wie eine mächtige Eiche, durch einen Blitz aus blauem Himmel! Dein Grab, das Grab eines unermüdlichen Kämpfers und Arbeiters, sei fortan die Stätte, wo wir uns neuen Muth holen, wenn die Last, die auf die Schultern dieses Geschlechts gelegt ist, uns allzuschwer zu werden droht.

Den Glauben an den Sieg der heiligen Sache, für den du gelebt, und für den wir leben, nimmst du nicht mit ins Grab: du hinterläßest ihn uns, gefallener Führer! als heiliges Vermächtniß.

Du solltest's nicht erleben,
Doch an der Sehnsucht Hand
Dein Schatten wird durchschweben
Das freie Vaterland!

Heilbronn, den 15. Nov. Der überraschende Tod Schoder's beschäftigt auch hier dessen zahlreiche Freunde und Verehrer. Wir wissen, was das Land, was die Volkspartei an ihm verloren hat; sein Wirken als Reichs- und Landtageabgeordneter in freudiger und leidiger Zeit, sein Ausharren an der guten Sache wird hier in unvergeßlichem Andenken bleiben; im Hafen sah man Trauerflaggen aufgehißt und mehr als eine Freundesthräne floß für den Edlen, dessen irdische Hülle nun im frühen Grabe ruht, dessen Geist aber fortlebt. Doch nicht hiebei will sich die Pietät der hiesigen Freunde und Verehrer des theuren Verstorbenen beruhigen; ein Denkmal soll ihm gesetzt werden als Beweis der Dankbarkeit und Anerkennung. (Beob.)

* **Speyer,** den 17. Nov. Die Temperaturverhältnisse sind für die jetzige Jahreszeit ganz abnorm. Das neuliche Nordlicht brachte bis jetzt keineswegs Kälte, wie man gewöhnlich erwartet, sondern die Witterung ist vielmehr ausnehmend warm. Gestern Abend hatten wir wiederholt Wetterleuchten, von schwachem Donner begleitet, ähnlich diese Nacht, und heute Abend stellte sich ein starkes Gewitter ein, mit oft wiederholten ziemlich heftigen Donnerschlägen.

Berlin, den 15. Novbr. Die Kammern sind auf den 29. November einberufen.

Wien, den 13. Nov. Die in Breslau bei Ernst Fleischer erschienene „Weltgeschichte für Bürger- und Gelehrtenschulen" von Prof. Friedr. Nösselt ist wegen ihrer Richtung für den Unterrichtsgebrauch als unzuläsig erklärt und der Gebrauch derselben verboten worden!

Frankreich.

* **Paris.** Der gestern bereits erwähnte Artikel des Moniteur lautet folgendermaßen: „Es haben bedeutende Anstrengungen und Manöuvres aller Art Statt gefunden, um unter dem Volke im Augenblicke der feierlichen Abstimmung, zu der es berufen ist, Protestationen der Parteien zu verbreiten. Die Regierung hat kein Interesse, deren Veröffentlichung sich zu widersetzen, sie will sie im Gegentheil selbst bekannt machen. Denn während der großen nationalen Bewegung, welche Frankreich zur Wiederherstellung des Kaiserreiches treibt, soll die Meinung des Volkes aufgeklärt sein, und die uneingeschränkte Kundgebung seines Willens, Ausdruck seiner wahren Ueberzeugung sein. Man lese denn die Manifeste des revolutionären Comités in London und der verbannten socialistischen Democraten Frankreichs in Jersey, die sich zu einer allgemeinen Vereinigung versammelt haben. Das revolutionäre Comité hat folgenden Aufruf erlassen: „Bürger! Die Democratie mußte sich einige Monate der Erwartung und des Leidens auferlegen, ehe sie den Räuber, der unser Land besudelt, angreift, um sich trotz des Bonapartistischen Terrorismus zu organisiren. Seid daher stets und zu Allem bereit. Sucht Euch zu besprechen und zu versammeln, zu 2, 4, 6 und 10, wenn es möglich ist. Bildet Glieder und Vereinigungspuncte, die unter einander mündlich verkehren. Verschwört Euch mit Muth und Klugheit, denn die Verfolgung muß die, welche sie vernichten will, nur noch eifriger machen. Wenn die große Neuigkeit Euch erreichen wird, so möge sie Euch wach finden, ohne Euch zu überraschen, wie die vom 2. December. Erinnert Euch, daß Ihr an diesem Tage umsonst auf ein Zeichen der Verräther gewartet habt, die sich Euere Chefs nannten. Seid also nicht wieder Lämmer, die man leitet, seid Männer. So bald Ihr erfahrt, daß der infame Louis Napoleon seine verdiente Züchtigung erhalten hat, eilt, zu welcher Stunde es auch sein mag, nach den im Voraus verabredeten Versammlungsorten und von da nach den Cantonen, Arrondissements und Präfecturen, damit Ihr alle die, die sich verkauft und durch den abgelegten Eid zu Mitgenossen der Verbrechen ihres Gebieters gemacht haben, in einem eisernen oder bleiernen Kreis einschließt. Reinigt ein für allemal Frankreich von allen den Schuften, die es ernährt, und die an ihm nagen. Ihr habt während 4 Jahre Zeit gehabt, sie kennen zu lernen. Leuchtet der Tag der Vergeltung, so möge weder Euer Herz noch Euer Arm schwach werden, denn Euere großmüthig verschonten Feinde würden bald wieder zu Eueren Verfolgern und Henkern sich gestalten. Das Volk erfüllt den Auftrag Gottes, wenn es die Verderbten straft. Vergessen wir auch nicht, daß Frankreich mit dem Fluche der Europäischen Democratie beladen ist, die von uns das Signal zu ihrer Befreiung erwartet hat. Trotz unserer Schwäche heben doch noch die Nationen ihre gefesselten Hände und ihre von dem letzten Strahle der Hoffnung belebten Blicke zu uns empor. Zeigen wir uns der erhabenen Sendung des Fortschrittes würdig, den uns die ganze Welt übertragen hat. Oeffnen wir den Völkern den Weg der allgemeinen Republik, durch die democratische und sociale Revolution Frankreichs." — Das Manifest der „Gesellschaft der Revolution" ist in demselben Tone abgefaßt, es schließt mit der Aufforderung, sich zu vereinigen und zu organisiren, und mit den Worten: „Bürger! Dies ist einem Tyrannen, einem Meineidigen, einem Mörder der öffentlichen Freiheiten gegenüber die einzige Pflicht, die Ihr erfüllen müßt!" — Das dritte von den Flüchtlingen in Jersey erlassene und von Victor Hugo, Fombertaux und Philipp Faure unterzeichnete Manifest ist eine Protestation gegen die Wiederherstellung des Kaiserreiches und lautet: „Bürger! Das Kaiserreich ist im Werden begriffen. Soll man stimmen? Soll man sich länger noch enthalten, das ist die Frage die man an uns stellt. Im Departement der Seine ist eine gewisse Anzahl Republikaner, welche bis jetzt ihrer Pflicht gemäß an keiner Handlung unter Louis Napoleon Theil genommen haben, heute vielleicht der Meinung, daß eine oppositionelle Kundgebung der Stadt Paris beim Anfertigen des Kaiserreiches an der Zeit

wäre. Sie fügen zur Begründung dieser Meinung hinzu, daß die Abstimmung in jedem Falle dazu dienen würde, die Republikanischen Kräfte richtig abzuschätzen. Sie fragen uns um Rath. Unsere Antwort wird einfach sein, und was wir für die Stadt Paris sagen, kann für alle Departements gelten. Wir halten uns nicht dabei auf, Euch zu bemerken, daß Hr. Bonaparte sich nicht entschloß, zum Kaiser sich ausrufen zu lassen, bevor er mit seinen Mitschuldigen die Anzahl der Stimmen im Voraus festgesetzt hatte, wie es ihm beliebte, und daß sie in jedem Falle die Summe der 7½ Millionen Stimmen vom 20. Dezember übersteigen wird. In diesem Augenblicke ist die Ziffer von 8, 9, oder 10 Millionen schon festgestellt, die Wahlurnen werden nichts daran ändern. Wir werden uns nicht die Mühe geben, Euch zu erklären, was das allgemeine Stimmrecht des Hrn. Bonaparte, was seine Scrutine bedeuten. Eine Kundgebung der Stadt Paris oder der Stadt Lyon, Aufzählung der Republikanischen Partei, ist denn dies möglich? Wo sind die Garantien der Stimmenzählung, wo sind die Zähler, wo ist die Controlle? Wo ist die Freiheit? denkt doch an alle diese Lächerlichkeiten. Was kommt aus der Wahlurne heraus? der Wille des Hrn. Bonaparte und nichts Anderes. Hr. Bonaparte hat die Schlüssel der Wahlurnen, die „Ja" und die „Nein", die Stimmen alle in seiner Hand. Nach der Arbeit der Präfecten und der Maires schließt sich der Straßenregent mit den Urnen ein und rollt die Stimmen auf. Was ist das für ihn, Stimmen zu unterdrücken oder hinzuzufügen, die Abstimmungsprotokolle zu verändern, eine Summe zu erfinden, eine Ziffer zu fabriciren, was ist eine Lüge für ihn, — eine Kleinigkeit! Was ist für ihn eine Fälschung? Nichts. Bleiben wir im Prinzipe, Bürger. Was wir Euch zu sagen haben, ist Folgendes: Hr. Bonaparte hat gefunden, daß der Augenblick gekommen ist, sich „Majestät" zu nennen. Er hat nicht umsonst den Papst wieder eingesetzt. Er verlangt gesalbt und gekrönt zu werden. Seit dem 2. Dezember hat er die That: „den Despotismus", jetzt will er das Wort: „das Kaiserreich." Es sei. Welches muß unser, der Republicaner Benehmen sein? Bürger, Louis Bonaparte steht außerhalb des Gesetzes, er steht außerhalb der Menschheit. Seit zehn Monaten, während der dieser Missethäter herrscht, ist das Recht zum Aufruhre in Permanenz und beherrscht die ganze Sachlage. In diesem Augenblicke ist der fortdauernde Aufruf zu den Waffen in jedem Bewußtsein. Seien wir daher ruhig. Was jedes einzelne Gewissen empört, wird bald alle Arme bewaffnen. Freunde und Brüder! Dieser infamen Regierung gegenüber, welche die Negation aller Moral, das Hinderniß alles socialen Fortschrittes ist, während der Dauer dieser volksmörderischen Regierung, der Mörderin der Republik und der Uebertreterin aller Gesetze, dieser aus der Gewalt hervorgegangenen und durch die Gerechtigkeit dem Untergange geweiheten Regierung, weiß und will kein Franzose, der des Namens Bürger würdig ist, wissen, ob irgendwo eine Comödie des allgemeinen Stimmrechtes, oder eine Parodie des Aufrufes ans Volk aufgeführt wird, er erkundigt sich nicht, ob es Leute gibt, die stimmen oder stimmen lassen, ob eine Truppe existirt, die sich „Senat" nennen laßt, und berathet und eine andere, die sich Volk nennt und gehorcht. Er frägt nicht, ob der Papst am Altare der Notredamekirche den Mann salben wird, der — zweifelt nicht, daß dieß seine wahre Zukunft sein wird — vom Henker an den Schandpfahl geschmiedet wird. In Gegenwart des Hrn. Bonaparte und seiner Regierung thut jeder dieser Benennung würdige Bürger nichts Anderes, als: er ladet sein Gewehr und wartet die Stunde ab. Es lebe die Republik!" — Der Moniteur bringt auch den (bereits mitgetheilten) Protest des Grafen v. Chambord, der in Hunderttausenden von Exemplaren in Frankreich verbreitet ist, und erklärt, keine eigenen Bemerkungen darüber machen zu wollen.

† **Paris**, den 16. Nov. Die Curse sind etwas gefallen; besonders brachte die heute stattgehabte 14tägige Liquidation der Eisenbahnactiengeschäfte eine schlechte Wirkung hervor, da sie etwas schwer bewerkstelligt wurde.

Paris, den 14. Nov. Dem Prinzen Jerome soll das Palais Royal als Wohnung, so wie eine Dotation von 1½ oder 3 Millionen Fr. jährlich zugedacht sein. — Einzelne der im Amte stehenden Legitimisten nehmen jetzt ihre Entlassung, wozu angeblich auch mehrere legitimistische Deputirten entschlossen sind. — In den Postbureaux von Lille und der Umgegend hat die Polizei ganze Massen eines in Belgien gedruckten revolutionären Manifestes, das unter Briefcouvert an verschiedene Personen adressirt war, mit Beschlag belegt. Dasselbe Manifest ist auch vorgestern an der Gränze in zwei Waarenballen verpackt und auf einem Wagen mit Stroh versteckt, weggenommen worden. In diesen Ballen sollen allein 175,000 Exemplare gesteckt haben.

Der Plan, außerordentliche Gesandte an die fremden Höfe abzuschicken, um die Thronbesteigung anzeigen zu lassen, soll aufgegeben sein.

Italien.

Rom, den 6. Nov. Fortwährend laufen neue Nachrichten über das Ueberhandnehmen des Räuberunwesens in der Gegend der pontinischen Sümpfe und zu beiden Seiten des Volskergebirges ein. Die Hauptbande soll aus etwa 20 Mann bestehen, zur Hälfte Deserteurs, zur Hälfte Landleute von Velletri. In den Vignen dieser Stadt selbst wurden neulich drei Bauern ermordet gefunden, einer mit 60 Stichen, — man glaubt, Mitglieder der Bande, die den Verdacht ihrer Genossen erregt hatten. Die neapolitanische Diligence ward bei hellem Mittage so nahe bei Velletri überfallen, daß man von der Stadt aus die Sache hätte sehen können. In Folge davon wagt dort Niemand mehr, in seine Gärten hinauszugehen. Zudem haben die Räuber das alte System der Entführungen wieder aufgenommen.

Amerika.

Es scheint eine Anzahl Abenteurer den Plan gefaßt zu haben, sich in Domingo, dem spanischredenden Theile der Insel Hayti, festzusetzen. Der New-Yorker Herald sagt darüber: „Zwei amerikanische Offiziere des dominicanischen Heers suchen in New-York ein Dampfboot zu kaufen, um darin americanische Auswanderer nach jener Republik überzuführen. 800 Amerikaner sind bereits dazu angeworben, und diese, in Domingo angesiedelt, dürften den Exporthandel des östlichen Theils von Hayti bald zu einem wichtigen Zweig des westindischen Handels machen. In politischer Hinsicht werden 800 unternehmende Amerikaner nicht bloß hinreichen die Dominicanos gegen den Negerkaiser Soulouque zu schützen, sondern wären wohl auch im Stande den Krieg „nach Afrika zu spielen." Dann könnte der wollköpfige Faustin der Erste, leicht auch Faustin der Letzte gewesen sein. Diese dominicanische Bewegung ist von großer Wichtigkeit." — Im Süden der Insel Portorico sollen durch eine Ueberschwemmung 200 Menschen umgekommen sein. Ein ähnliches Unglück hat sich auf Bermuda ereignet.

Neueste Nachrichten.

Aus **Sigmaringen** erhält die Augsb. Postztg. die Nachricht, daß die dort wohnenden Jesuiten (darunter P. Roder) den Befehl erhalten haben, das Land zu verlassen.

Weimar, den 16. Nov. Die thüringer Zollconferenz hat den letzten Samstag ihre Sitzungen geschlossen und in denselben den Beschluß gefaßt, durchaus bei Preußen zu bleiben. Altenburg, welches fast ganz von Sachsen umgränzt ist, hatte noch zuvor von dessen Ministerium die Einladung erhalten, sich dem letzteren Staate anzuschließen, aber dieselbe abgelehnt.

Leipzig, den 14. Novbr. Die Fabrikanten in der Lausitz haben eine Petition an das Gesammtministerium gerichtet wegen Erhaltung des Zollvereins. In klarer eindringlicher Weise erklären sie die Verhaltniße, und

stellen folgendes Petitum: „Das königl. hohe Gesammtstaatsministerium wolle mit allen Kräften die Verbindung mit Preußen und den nördlichen Staaten zu erhalten suchen, ohne deßhalb die Herbeiführung umfassender und engerer Handelsbeziehungen mit Oesterreich aus den Augen zu setzen; nimmer aber einer in Aussicht stehenden unerprobten handelspolitischen Vereinigung die als segensreich erprobte bisherige Verbindung opfern."

Hannover, den 11. Nov. Das geistliche Ministerium hat in der Steinacker'schen Sache einstimmig beschlossen: Steinacker zum Colloquium nicht zuzulassen, und zwar aus dem Grunde, weil demselben notorisch die nothwendige Eigenschaft eines Kirchendieners, die Rechtgläubigkeit, abgehe.

Hamburg, den 11. Nov. Eine ganz unverfängliche und scheinbar höchst unbedeutende Demonstration scheint Hamburg abermals in einen sehr unangenehmen Konflikt verwickeln zu wollen. Das hiesige Krameramt beging am 31. October sein 300jähriges Jubiläum, dem auch mehrere Mitglieder unserer höchsten Staatsbehörden beiwohnten. Bei diesem Feste brachte man Schleswig-Holstein ein Vivat und Dänemark ein Pereat; dieses Pereat hat aber den hiesigen dänischen Gesandten veranlaßt, an den Senat Reklamationen zu richten, wobei er ein ganz besonderes Gewicht darauf legt, daß dieser Feier Senats- und Collegienmitglieder beiwohnten. Zwar hat man dem Grafen v. Dirckink-Holmfeld bedeutet, daß der Senat unmöglich für diese Pereatsache aufkommen könne, auch die Mitglieder des Raths, welche dem Feste keineswegs offiziell beiwohnten, sofort nach jener Demonstration das Local verließen; der Gesandte aber hat sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden gestellt, sondern behielt seiner Regierung das Weitere vor.

— den 12. Nov. Zufolge am verflossenen Sonntag von Helgoland in Bremen eingetroffener Briefe ist Pastor Dulon von Neuem tödtlich erkrankt. Die Unterleibsentzündung ist in eine allgemeine, mehr nervöse Krankheit umgeschlagen.

Wallis. Der Bischof hat den Pfarrern die Autorisation zur Führung der Civilstandsregister verweigert. Der große Rath wird sich mit dem Conflict zu befassen haben. Den 15. d. tritt letztere Behörde zusammen, um einige hängende Geschäfte zu vollenden. Der Verfassungsrath soll nach dem „Bund" am 3. Dec. zusammentreten.

Brüssel. Die ganze wirklich freisinnige Presse erhebt sich mit Kraft, aber wohl vergebens, gegen das neue Preßgesetz. Mit der Vorlage desselben habe das Ministerium das Vertrauen aller Männer, denen es Ernst um das Heil des Landes sei, verloren, und die schon so sehr geschwächte moralische Kraft der Regierung in dem Augenblick, wo sie deren am meisten bedürfe, fast ganz zu Grunde gerichtet.

Toskana. „Daily News" läßt sich aus Florenz vom 3. und aus Rom vom 4. Nov. über die Madiai-Deputation wenig erfreuliches berichten. In allen Kreisen tadle man die falsche Politik, welche der englische Theil der Deputation einschlug; indem er es ablehnte, sich dem Großherzog auf offiziellem Wege vorstellen zu lassen, konnte er nur als Repräsentant jener evangelischen Propaganda behandelt werden, die man in Italien auf's Blut bekämpfen zu müssen glaubt. Als Repräsentanten Englands hätten die Herren vielleicht mehr ausgerichtet. Lord Roden erhielt mit großer Noth und Mühe die Erlaubniß, Rosa Madiai zu besuchen. Sie befindet sich im Gefängniß in Lucca, in Mitte der verworfensten Verbrecherinnen, und lebt von einer kaum erträglichen Gefangenenkost. Anstatt des Kaffee's, der ein streng verpönter Luxus ist, erhält sie Wasser mit geriebenem Brod darin, gewürzt mit Oel u. s. w. Möglich, daß sie nach der Entbindung der Großherzogin durch eine Amnestie für gemeine Verbrecher geringeren Grades ihre Freiheit erhalten wird. Sehr wahrscheinlich sei dieser Ausgang nicht, da der Clerus, erbittert durch die ausländischen Sympathien für die Ketzer, Himmel und Erde gegen das System der Milde in Bewegung setze. Francisco Madiai sei in Volterra bedenklich erkrankt und liege im Spital des Zuchthauses. Die Religionsverfolgungen in Toscana, versichert der Correspondent, haben übrigens die nothwendige Wirkung aller Meinungsverfolgungen, und machen den Protestantismus täglich populärer. Die heimlichen Bekehrungen zur Reformation nehmen überhand.

St. Petersburg, den 6. Nov. Die russischen Zeitungen beschäftigen sich seit einiger Zeit viel mit Dingen, welche Bezug haben auf Napoleon I., und lassen nicht nach, Rußland als den Befreier Europa's und der europäischen Gesellschaft von dem Joche des „genialen Eroberers" darzustellen. Da die russischen Hofzeitungen gewissermaßen das Echo der Ansichten sind, die in den höhern Sphären laut werden, so wollen viele aus denselben auf ein gewisses Mißtrauen hinsichtlich der gegenwärtigen Vorgänge in Frankreich schließen. Die „Nordische Biene" bespricht in der öfters angedeuteten Weise die russische Uebersetzung eines deutschen Buches: „das Königreich Westphalen und dessen Zertrümmerung durch den Generaladjutanten Tscherniszew."

Miscellen.

Aus **Perigueux** schreibt man unterm 11. Nov.: Wir erfreuen uns eines vollen Frühlingswetters. Auf unseren Gemüsemärkten gibt es wieder grüne Erbsen und Bohnen in Hülle und Fülle. In vielen Gärten blühen Aepfel-, Birnen- und Pflaumenbäume, und Erdbeeren pflückt man wie mitten im Sommer. Man schließt aus diesen Abnormitäten auf einen strengen Winter. In der Umgegend von Sorges fand ein Landwirth zwei Trüffeln, die zusammen zehn Pfund schwer waren. Man hat nie so gewichtige Trüffeln gefunden, wie diese, welche um so überraschender waren wegen der vorgerückten Jahreszeit.

Geldcourse.

Frankfurt, den 17. Nov. Pistolen 9 fl. 43½—44½ kr., Ducaten 5 37½ — 38½, 20-Franken-Stücke 9 27 — 28, Holländische 10fl.-Stücke 9 50½ — 51½, Preußische Thaler 1 45—45½, Fünffrankenthaler 2 fl. 21—21½ kr.

Papiercourse. Frankfurt, den 17. Nov. Oesterreichische 5proc. Met. 94¼; 4½proc. 71⅞. Preußische 3½proc. 93. Baierische 5proc. 101½; 4proc. 96⅞; 3½proc. 93. Verb. Act. 95⅞; Pr.-Obl. 103. Bad. 4½proc. 102¼; 50fl.-Loose 66¼; 35fl.-L. 38¼. Hess. 25fl.-L. 31¼. Disconto 2¾ B., 3¼ G.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1309] **Zu verkaufende Bücher.**

Wirth, Gesch., der Deutsch., 4 Bnde., 2. Auflage 4 fl. — Barthelemy, Reise des jung. Anacharsis, übers. v. Haupt, 14 Bnde. mit Charten, 6 fl. — Robertson, history of Charles V, London edition, 4 vol. 4 fl. — Gibbon, history of the decline and fall of the Roman Empire, Leipsick edition, 12 vol. 8 fl. — Macaulay, history of England, 3 vol. 2 fl. 30 kr.

[1308²] **Mobilienversteigerung.**

Mittwoch, den 24. l. M. Vormittags 8 Uhr anfangend, läßt Hr Friedrich Wagner, Gutsbesitzer zu Duttweiler in seiner Wohnung allda, verschiedene Mobiliar-Gegenstände, worunter 3 junge Pferde (dabei ein trächtiges) 1 Fohlen, 5 Kühe, 6 Rinder, 4 Schweine, 2 vollständige Wagen, verschiedenes Pferdsgeschirr, alle mögliche Ackergeräthschaften, eine vollständige Brennerei-Einrichtung, ferner circa 3000 Liter 1852er Wein, 1000 Centner Kartoffeln, 300 Centner Klee- und Wiesenheu, endlich 300 Centner Stroh, unter annehmbaren Bedingungen an die Meistbietenden versteigern.

Neustadt, den 16. November 1852.

A. Neumayer, Notär.

Neue
Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 279 | den 20. November 1852.

Deutschland.

*** Die Zollvereinsfrage in der Hessischen ersten Kammer.** Es muß sich wahrlich um eine im eigentlichen Sinne des Wortes „sehr brennende" Frage handeln, wenn heute, — Jahre lang nach der Unterdrückung des Princips der „Volkssouveränität" — eine Kammer in Deutschland sich noch gegen den Wunsch der Regierung ausspricht; ganz besonders in einem Lande mit octroyirtem Wahlgesetze. Die Frage muß aber die allerbrennendste sein, wenn sogar eine erste Kammer solche oppositionelle Stellung einnimmt, gleichviel, wenn sie sich auch in der zartesten Form ausdrückt. Ein derartiges halbes Wunder liegt aber wirklich vor in der Erklärung der großh. hess. ersten Kammer. Verschiedene Gründe bestimmen uns, nachträglich noch einen nähern Bericht über die Verhandlungen (deren Resultat wir bereits gemeldet) mitzutheilen: vor Allem die Wichtigkeit der Sache an sich, dann das allerdings Ungewöhnliche der Erscheinung solcher Haltung einer ersten Kammer, endlich die Entstellungen, in welchen der Vorgang in reactionären Blättern zu schildern versucht wird. *) — Wir geben einen sehr objectiv gehaltenen Bericht, im Wesentlichen nach der Darstellung der autographischen Correspondenz der gewerblich-statistischen Anstalt zu Frankfurt:

Hr. Denninger aus Mainz gab eine ausführliche, auf Zahlen beruhende, höchst interessante Schilderung des ganzen Rheinhessischen Verkehrs- und Güterlebens, aus welcher mit unbestreitbarer Beweiskraft hervorging, daß die Losreißung des Großherzogthums vom deutschen Norden nicht ohne Aufopferung des Landeswohlstandes möglich sei. Der Redner ließ sich in eine detaillirte Darlegung der Bezugsquellen und Absatzwege ein, welche für den Rheinhessischen Producenten und Consumenten in Betracht kommen; er zeigte, daß sowol die Landwirthschaft als die Industrie fast ausschließlich auf den Norden angewiesen seien, daß die Rohstoffe und Fabrikate, welche Hessen von Preußen bezieht, nicht mit baarem Gelde, sondern mit hessischen Erzeugnißen bezahlt werden, daß weder Baden, noch Württemberg, noch Baiern, noch endlich Oesterreich im Stande seien, für den Verlust oder die Schmälerung der norddeutschen Absatzkanäle Ersatz zu bieten. —

Hr. Humann schickte seiner langen Rede die Erklärung voraus, daß er eine politische Einheit Deutschlands für unmöglich halte, weil die einzelnen deutschen Stämme und Staaten geschichtlich zur Selbstständigkeit berechtigt und nicht geschaffen seien, in Preußen oder Oesterreich aufzugehen. Dagegen sei die materielle Einigung möglich und wünschenswerth, und Preußen zu tadeln, daß es derselben Schwierigkeiten bereitet habe, indem es den Septembervertrag ohne Wissen der Bundesgenossen schloß, den Zollverein kündigte und die Vorschläge Oesterreichs zur Errichtung eines großen mitteleuropäischen Zoll- und Handelsgebiets zurückwies. Der Redner billigt das Verfahren der coalirten Regierungen und die Schöpfung der Darmstädter Protocolle, denen den Namen gegeben zu haben, die Hessen stolz sein sollten. (?) Im Gegensatz zum Vorredner stellt Hr. Humann die Behauptung auf, daß die aus der Trennung von Preußen dem Lande erwachsenden Verluste durch den Gewinn von 37 Millionen österreichischer Consumenten würden compensirt werden, ohne jedoch diese Vermuthung irgendwie näher zu begründen.

Frhr. v. Loew untersuchte vom merkantilen, finanziellen und politischen Standpuncte aus die Lage des Großherzogthums zu Preußen, zur Coalition und zu Oesterreich. Der Redner suchte nachzuweisen, daß Preußen in der Zollfrage nicht anders habe handeln können, als es wirklich gethan. Man fürchte in dem loyalen Bundesgenossen Preußen eine angebliche Scylla, gehe aber einer ganz gewissen Charybdis entgegen, wenn man sich von ihm losreiße.

Frhr. v. Schenck erklärte, auch er möchte, wie der Ausschuß, den Handelsvertrag mit Oesterreich lieber fallen, als die Auflösung des Zollvereins geschehen lassen. Die großh. Regierung stehe aber in dieser Angelegenheit nicht isolirt da, sondern habe sich zu der eingenommenen Stellung genöthigt gesehen. (?) Der Redner gibt zu, daß die Trennung vom Norden eine Calamität für Hessen sein werde, behauptet aber, daß man die geschilderten Nachtheile übertrieben, dagegen manche Vortheile in Aussicht habe, wenn die Mitbewerbung Preußens im Süden ausgeschlossen werde. Der alte Zollverein sei nicht zu erneuern, es handle sich um den Anschluß an das durch den Septembervertrag erweiterte Gebiet. Dieser Vertrag bürde dem Lande finanzielle Opfer auf, welche theils aus dem unverhältnißmäßigen an Hannover bewilligten Präcipuum, theils aus der Ermäßigung der Zölle für Wein, Kaffee, Zucker &c. erwachsen müßten. Er, der Redner, sei überzeugt, daß es zur wirklichen Auflösung des Zollvereins nicht kommen werde; Preußen könne und würde darin nachgeben (??), daß gleichzeitig bei Reconstituirung des durch den Septemberverein erweiterten Zollvereins über den Zoll- und Handelsvertrag mit Oesterreich unterhandelt werde. Die Einigung mit Oesterreich raube der Umsturzpartei ihren letzten Nothanker, *) und die Coalition habe wirklich ein großes eminent deutsches Ziel im Auge. **) — Graf Erbach redete ebenfalls der Coalition und der deutsch-österreichischen Einigung das Wort. — Vicepräsident v. Hesse erklärt, daß die Regierung den ersten Schritt zur Mediatisirung Hessens gethan haben würde, wenn sie sich der Coalition nicht hätte anschließen wollen. Sollte es wirklich zum Bruch mit Preußen kommen, und der Anschluß an Oesterreich finanzielle Opfer kosten, so werde dieser Anschluß der Aussicht im-

---

*) Das Pfälzer Reactionsblatt hat kürzlich seinen (Zwangs-) Abonnenten das Compliment ins Gesicht geschleudert, daß 95 Hundertstel von Denen, welche über den Zollverein redeten, nichts davon verstünden. Es hätte keiner neueren Beweisführung von Seiten jenes Blattes bedurft, um Jedermann klar zu machen, in welche der beiden erwähnten Kategorien sein betr. Schreiber gehört, nachdem derselbe erst den Preußisch-Hannover'schen Septembervertrag als einen eminenten Gewinn für uns gepriesen, dann denselben Vertrag Preußen zum gewaltigen Vorwurfe gemacht, mittlerweile (zwischen hinein) aber es für „baaren Unsinn" erklärt hat, daß an eine Sprengung des Zollvereins nur irgendwie zu denken sei! Nun, es lebe die Consequenz der subventionirten Presse!

*) Wir sind vom Gegentheile überzeugt! D. Red.

**) Hr. von Schenck sprach auch die Vermuthung aus, daß Preußen von den Ausgleichungsausgaben nicht abgehen werde. Die Reactionsblätter suchten dies sogleich als eine Gewißheit darzustellen. Nun bemerkt aber die Kölnische Ztg.: „Soviel bekannt, haben darüber neuerdings noch nicht die entferntesten Verhandlungen stattgefunden." (!!) Verschiedene Wahrnehmungen deuten auf eine der Vermuthung des Hrn. v. Schenck gerade entgegengesetzte Wahrscheinlichkeit. D. Red.

mer vorzuziehen sein, Millionen für französische Contribution zu zahlen. *)

Präsident Graf Solms-Laubach erklärte, keinen Schaden darin erblicken zu können, daß die materiellen Angelegenheiten öffentlich in den Kammern gründlich besprochen würden; die aus einer Zerreißung des Zollvereins erwachsenden Nachtheile seien für Preußen nicht minder groß als für den Süden; darüber mache man sich in Berlin keine Täuschung. Der Redner bestätiget als Vertreter des Landbaus und des großen Grundbesitzes, die Thatsache, daß Rheinhessen sowol beim Bezug von Rohstoffen und Colonialwaaren, als mit dem Absatz seiner Erzeugniße, auf den Norden hingewiesen sei. Nach Oesterreich habe das Großherzogthum schwerlich je ein Malter Getreide oder Oelsamen, oder ein Stück Vieh abgesetzt; eben so wenig werde das in Zukunft der Fall sein. Dagegen kämen, außer den von andern Rednern aufgezählten, aus der Trennung von Preußen sicher in Aussicht stehenden Verlusten, noch eben so gewisse Einbußen an Zinsen und Capitalien für die Eisenbahnanlagen des Großherzogthums. Größer aber und verhängnißvoller als alle materiellen Schäden, würden die politischen und moralischen Nachtheile sein, welche dem Lande aus der Losreißung von Preußen erwachsen müßten. Der Redner erinnert an die Hülfe, welche Preußen dem Großherzogthum in einer bedrängten Stunde der jüngsten Vergangenheit geleistet habe, und findet die Weise, in welcher man sich von dem alten bewährten Bundesgenossen entfernt, nicht mit seinen Gefühlen vereinbar. Wenn man gegen eine einseitige Verbindung mit Preußen politische Bedenken angeregt habe, so leuchte doch ein, daß solche Bedenken bei einem einseitigen Anschluß an Oesterreich in noch viel höherem Grade sich aufdrängten. Uebrigens sei es besonders für kleine Staaten gefährlich, sich durch politische Rücksichten vorzugsweise leiten zu lassen; die Aufgabe derselben sei, die naheliegenden Interessen der Unterthanen ins Auge zu fassen und sich zu hüten, fremden Interessen und Leidenschaften zu dienen. Um practisch zu Werke zu gehen, hätte man den Zollverein erneuern und auf den Steuerverein ausdehnen, dann aber erst darauf hinwirken sollen, daß auch der Handelsvertrag mit Oesterreich zu Stande komme. Man dürfe jetzt das Zerfallen des Zollvereins nicht müßig mit ansehen, sondern solle überall bedacht sein, die Anknüpfungspuncte aufzusuchen, welche zu einem gedeihlichen Ende führen können. In Berlin werde man bedenken müßen, daß Preußen den Haß von ganz Deutschland auf sich lade, wenn die Meinung sich festsetzen könnte, Preußen habe den Bruch des Zollvereins verschuldet; in Wien werde man nicht wollen, daß liebgewordene Bande in Deutschland zerrissen würden. (??) Eine verderbliche Meinung aber sei es, sich einzubilden, der Riß werde, einmal eingetreten, nicht lange dauern. Er werde weiter gehn, denn es sei unendlich schwerer aufzubauen als zu zerstören. Der Redner trug schließlich darauf an, den Ausschußantrag in einer dem Beschluß der zweiten Kammer entsprechenderen Weise umzuändern.

Einen ähnlichen Antrag stellte der Abgeordnete Thudichum. Der Referent des Ausschusses, Dr. Engelbach, beharrte jedoch auf der mitgetheilten Fassung. General v. Schäffer begrüßte die von Hrn. v. Schenk ausgesprochene, wenn auch nicht amtliche, Hoffnung auf Erhaltung des Zollvereins. — Nachdem sich die Herren v. Günderode und v. Rabenau mit den Ausschußanträgen einverstanden erklärt, und Hr. Lautern aus Mainz seinen Antrag auf einen die Uebergangssteuer betreffenden Zusatz zurückgezogen, weil Hr. v. Schenk Bedenken dagegen erhoben, nachdem ferner die Hrn. Graf Solms-Laubach und Thudichum ihre Amendements hatten fallen lassen, wurden die Anträge des Ausschusses angenommen, nach welchen die Staatsregierung zu ersuchen ist: eine Trennung des bisherigen Zollvereins, namentlich das Ausscheiden des Königreichs Preußen aus demselben, möglichst abzuwenden und auf den baldigen Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrags mit Oesterreich fortwährend hinzuwirken.

*) Müssen denn aber Millionen französischer Contributionen entrichtet werden, wenn der Zollverein bestehen bleibt? Das können wir doch nicht einsehen. D. Red.

* **Briefe von Ausgewanderten. Burlington,** (Jowa), den 11. October. Nach den Regengüssen, von denen ich jüngst schrieb, hat in letzter Woche ein dreitägiger „Landregen" den Erdboden dergestalt genährt, daß überall neue Gräser sprossen. Die Hügel und Triften haben ein frühlingsartiges Aussehen bekommen, während die Wälder sich zu bräunen beginnen. Die Sonne des lieblichsten „Indianersommers" ist aufgegangen und wir hoffen, daß sie uns einen Monat lang erfreuen wird, bevor die Herbe des Herbstes eintritt.

Die Ansiedlerzüge bedecken die Straßen. Von hier aus zieht eine Gesellschaft in 14 Tage ab. Sie wird aufs Gerademohl bis zum Missouri vordringen und dort (in Mills County) sich ansiedeln, wo es ihr am besten gefallen wird. Gegenwärtig ist sie mit Vorbereitungen, Einkäufen ꝛc. überhäuft. Ihre Verbindung läuft auf eine gegenseitige Unterstützung für mehrere Jahre hinaus, nach deren Ablauf die unbemittelten Mitglieder aus der Gemeinschaft gewisse Antheile in's Privateigenthum erhalten sollen. Eine andere Gesellschaft ist Ende August von Davenport aus nach Mills County gezogen. Diese, aus Schleswig-Holsteiner Officieren und einigen preußischen Familien bestehend, ist eine engere Verbindung für ihre ganze Zukunft eingegangen. Nach einem Briefe, den ich so eben aus Dubuque erhalten, ist dort ebenfalls eine Gesellschaft im Aufbruch nach dem fernen Westen begriffen.

Das Princip der Ackerbau-Association, dem, nachdem der Boden cultivirt worden, auch die gewerbliche Association zu folgen pflegt (in Anlage von Sägemühlen, Brennerei, Distillerie) verbreitet sich immer mehr.

Die Jagd wirft jetzt die herrlichste Beute ab, Rebhühner — eine kleinere Art als die deutschen — beleben Wald und Feld, und diese ertönen von zahlreichen Schüssen. Jagdparthien werden, mit Uebersetzen über den Mississippi, auf der Illinoisseite gemacht, wo es von Enten und Gänsen wimmelt. Ein Bekannter schoß in einigen Nachmittagsstunden neulich 31 Enten, 4 Präriehühner, 3 Eichhörnchen (welche wohlschmecken), 1 Hasen und fing eine Schildkröte — Alles auf einer Mississippiinsel. Ein anderer Bekannter kam in diesen Tagen von seiner 20 Meilen (7 Stunden) entfernten Farm in die Stadt und brachte die schönste Beute mit, die er, neben seinem Wagen gehend, erlegte. Auf einem Baume hatte er 27 wilde Welschhühner gezählt, deren jedes 25—30 Pfund gewogen haben soll. Einige Meilen von seiner Farm liegt in der Prärie ein kleiner See, der den Enten zur Station dienen mag. Dort sollen sich gegenwärtig gegen 3—4000 wilde Enten aufhalten, von denen er sich täglich soviel holt, als er tragen und sein starker Haushalt gebrauchen kann. Auch befinden sich in jener Gegend noch mehrere starke Rudel Hirsche. Ein Beispiel von dem Jagdsegen mag sein, daß selbst unsere Stadt in ihren Straßen jetzt ein Jagdrevier abgibt. Ganze Schwärme der vorhergenannten Rebhühner laufen und fliegen nämlich seit Kurzem darin umher — ein großes Vergnügen für die Jugend. Indessen machen sich auch ältere Leute aus diesem Vergnügen einen Nutzen. Ein Bürger trieb gestern eine ganze Kette in seinen Keller, ich selbst fing ein Exemplar mitten in der Stadt neben der Post und heute Mittag, als wir speisten, kam durch die geöffnete Hausthür ein solches in unser Speisezimmer, von wo es natürlich sofort in die Küche abgeliefert wurde.

Der Gesundheitszustand ist außerordentlich gut. Ich glaube im Interesse unserer Landsleute bemerken zu müssen, daß ich keinen gesunderen Staat in der Union kennen gelernt habe, als Jowa. Nicht blos Burlington und Umgegend, sondern der ganze Staat, einige Niede-

rungen am Mississippi und im Innern abgerechnet, ist wegen der Gesundheit des Lebens zu empfehlen. Oregon freilich leistet das Unglaubliche. Leute, welche dort waren, haben mir erzählt, daß eine eigentliche Hitze und eine eigentliche Kälte fast überall daselbst nicht auftreten und daß es dort Gegenden gibt, wo man im Winter unter freiem Himmel ohne Beschwerde schlafen kann. (?) Jeder Einwanderer sollte vor Allem darauf sehen, daß die Gegend, wo er sich ansiedeln will, gesund sei. Mit ungeschwächten Körperkräften lassen sich alle Beschwernisse überwinden, und hiemit erhöht sich der Ertrag der Arbeit.

Massenversammlungen, democratische und whigistische, waren in letzter Woche. Von nah und fern strömte die Parteigenossenschaft zusammen. Die Verhandlungen sind demagogisch gewesen. Den Tarif anlangend, welcher u. a. mit Eifer besprochen wurde, so habe ich eine Ansicht, welche bezüglich der Hebung der Industrie zwar das will, was die Whigpartei anstrebt, nämlich die größere Entbehrlichkeit fremder Industrieartikel. In der Ausführung des Grundsatzes möchte ich mich aber dem Nativhochmuthe widersetzen, welcher vorgibt, daß die einheimische Kunst ꝛc. der Europäischen gleich stehe, und hierauf kurzweg den Satz stützt, daß darum nichts weiter, als Beschränkung des Imports zum Schutz der Landesindustrie mittelst hoher Eingangszölle, zu geschehen haben. Ich halte mich davon überzeugt, daß ein Lernen in Europa, oder daß ein Heranziehen europäischer industrieller Künstler und Techniker, daß ein namhaftes Unterstützen dieser und der Gewerbe und Fabriken, namentlich in Tabak, Baumwolle und Wein, die Hauptmaßregel für die nächste Zukunft zu bilden habe. Damit, daß ein größerer Theil der amerikanischen Bevölkerung sich dem Gewerbe- und Fabrikwesen widmet, gleicht sich zugleich das Verhältniß zwischen der Ueberzahl der Landbebauer und den Consumenten aus. N.

München, den 16. Nov. Die Policei hat bis jetzt ungefähr 40 braune Calabreser confiscirt (nicht 200, wie ein freilich unzuverlässiger Correspondenzler der Augsb. Ordinari-Postzeitung schreibt). Zurückgegeben werden dieselben nicht mehr, auch haben diejenigen Personen, welche sich über die Wegnahme beschwerten, die Protokollkosten zu zahlen gehabt. Wie aus einigen Aeußerungen eines Polizeicommissärs solchen „Enthuteten" gegenüber zu entnehmen, ist die Maßregel abhängig von gemeinsamen mit Oesterreich, Preußen, Baden und Hessen gefaßten Policeibeschlüssen. (Mnchr. Bote.)

Der vormals schleswig-holsteinische Hauptmann v. Normann ist hier bei dem Telegraphen angestellt worden.

Berlin, den 15. Nov. Ein norddeutsches Blatt hat gewiß Recht, wenn es meint, daß es wohl wenige Politiker in Preußen geben möge, welche Ursache hätten, mit hoher und froher Erwartung der Thätigkeit der nächsten Kammern entgegenzusehen. „Der Vereinigte Landtag von 1847" — sagt es — „versprach mehr als diese Volksvertretung von 1852. Damals wetteiferten doch die Provinzen, ihre besten und angesehensten Männer in die Hauptstadt zu senden: heute wissen sie meistens nichts Besseres zu thun, als nach Berlin zu bevollmächtigen, was Berlin selbst ihnen geschickt hat — Landräthe und Beamte, Beamte und Landräthe. Das ist kein würdiges Parlament für einen Staat, dessen Intelligenz unter seines Gleichen, nicht ganz ohne Grund, sprüchwörtlich geworden ist." — Eine Statistik der Wahlen zur ersten Kammer hat ergeben, daß die 90 Abgeordneten aus der Kategorie der Höchstbesteuerten 68 Adelige enthalten — wozu noch die 7 augenscheinlich feudalen Ernennungen Stahl's gerechnet werden müssen — und 15 Bürgerliche.

Berlin, den 16. Nov. Das Berliner Obertribunal hat in einem Erkenntniß die Zulässigkeit von Zwangsmaßregeln gegen Zeitungsredacteure und Literaten zur Benennung der Quellen ausgesprochen, aus der sie ihre Nachrichten geschöpft haben. (!)

Wien, den 14. Nov. Wie man erfährt, werden die Rüstungen in den Militärwerkstätten mit großem Eifer betrieben. — Das Ministerium des Kultus hat der Statthalterei in Böhmen, welche schon vor mehreren Monaten den protestantischen Superintendenten und Pastoren in Böhmen die Anwendung der katholischen Bezeichnung „Diözese" auf protestantische Verhältnisse untersagt hat, eröffnet, „daß die Uebertragung des gedachten Ausdrucks auf die Superintendential-Bezirke nicht gestattet, sondern da, wo solche stattfindet, als eine ungehörige und mit dem wahren Sachverhältnisse nicht übereinstimmende Bezeichnung zurückgewiesen werden müsse." — Die Venetianer Handelskammer hat auf höheren Befehl jene Beamten entlassen, „deren politische Gesinnungen kein Vertrauen einflößen." (Nat.-Ztg.)

— den 13. Nov. Für das Auswanderungswesen ist eine wichtige Verordnung erschienen. Es soll hinfort die Aufstellung von Agenturen für die Auswanderung nach Amerika nicht mehr gestattet werden und die Einziehung aller etwa schon ertheilten Agentur-Concessionen erfolgen. (!!)

Großbritanien.

Es kann nicht Friede sein zwischen England und dem Kaiserreich. Aller alte Hader ist wieder heraufbeschworen, und dazu tritt ein neues furchtbares Element der Zwietracht, das unter dem alten Napoleon schlief — das religiöse. Wenn man das „Tablet" und andere ultramontane irische Blätter liest, so ist es einem, wie wenn man Nachts an dem zoologischen Garten vorübergeht und die ganze Arche Noah brüllen hört. „Es gibt — schreibt der fromme Dr. Cahill — ein Lager des Satans und ein Lager Jesu. Zu dem Lager des Satans gehört die protestantische Regierung Englands, zu dem Lager Jesu Napoleon III., die Hoffnung aller Christen." In Betreff der Madiai's sucht Lucas, der Redacteur des „Tablet," sich jetzt dadurch herauszuwickeln, daß er behauptet, die Madiai's seien nicht wegen Bibellesens, sondern wegen Proselytenmachens bestraft und deßhalb von Rechtswegen. Was würde der fromme und eifrige Konvertit sagen, wenn der Dr. Wiseman auf 4 Jahre unter die Sträflinge nach Woolwich geschickt würde? Und doch thut der Doctor seit einiger Zeit nichts, als im größten Maßstabe um Proselyten werben. Letzten Sonntag entwickelte er in Nottingham den auch anderwärts nahe gelegten Gedanken: mit der Auflehnung gegen Rom habe Gott seine Hand von der englischen Kirche abgezogen und darum zerfalle sie; nur in der Wiedervereinigung mit Rom sei Rettung. Es ist jetzt in Europa eine solche Concurrenz von Rettern, daß man in der That nicht weiß, bei wem man sich zu bedanken hat. (Berl. Nat.-Ztg.)

Dänemark.

Kopenhagen, den 13. Novbr. Es ist hier die betrübende Nachricht eingelaufen, daß das große englische Dampfschiff Victoria von Hull, das man am 11. hieselbst erwartete, in der Nähe der Scheeren von Gothenburg mit Mann und Maus gesunken ist.

Amerika.

In **Buenos-Ayres** ist eine Revolution ausgebrochen und Urquiza abgesetzt worden. Am 11. Sept. befand sich General Urquiza, der provisorische Dictator des argentinischen Staatenbundes auf der Reise nach Santa Fe. Seine Abwesenheit wurde von den Mitgliedern des aufgelösten Parlaments ohne Säumen zu einer Schilderhebung benutzt, die ohne Schwertschlag und ohne Blutvergießen zu Ende geführt wurde. In einer Proclamation an alle Friedensrichter und Armeecommandanten wurde, mit Berufung auf das legislative Decret v. 23. Juni, die von Urquiza durch Militärgewalt eigenmächtig gestürzte Autorität der Repräsentantenkammer, wieder hergestellt erklärt, und der Dictator, welcher die Provinz Buenos Ayres wie ein erobertes Land aller Rechte und Privilegien beraubt hatte, abgesetzt. Am 14. rief die Regierung alle dienstfähigen Bürger unter die Waffen und ernannte Bartolome Mitre zum Obersten

des Bürgercorps. Am 15. erklärte sich General Flores, Obercommandant im Norden, mit 1600 Mann für die Provinzregierung. Die darauf folgenden Schutzrüstungen gegen Urquiza schienen jedoch überflüssig; denn auf die Nachricht von der stattgehabten Umwälzung erklärte General Urquiza in einem Sendschreiben an „Se. Excellenz den provisorischen Gouverneur, Don Manuel Guillermo Pinto," er bedaure zwar, daß Buenos Ayres eine Separatstellung im Staatenbunde eingenommen habe, werde aber, da ihm persönliche Herrschsucht fremd sei und ihm nur das Wohl der Nation am Herzen liege, keinen Tropfen Blut vergießen lassen, sondern erkenne die neue Ordnung an. Obgleich nun General Urquiza Buenos Ayres sich selbst überließ, hat er damit nicht auf die Oberleitung des Staatenbundes verzichtet. Vielmehr macht er in einem Rundschreiben an die fremden Consuln, welches von Panara, 26. Sept. datirt ist, bekannt, daß dieselben in allen auswärtigen Angelegenheiten ausschließlich mit ihm zu verkehren haben, indem er entschlossen sei, den souveränen Congreß zu berufen und seine Pflichten als Staatenbundesdirector, unbeirrt durch die Vorgänge in Buenos Ayres, die keine allgemeinere Bedeutung hätten, zu erfüllen.

Neueste Nachrichten.

* **Zweibrücken,** den 18. Nov. Vom 16. bis heute wurde vor den Assisen die Sache des in den großen Hochverrathsprozeß verwickelten und bereits in contumaciam zum Tode verurtheilten Hrn. Deutsch von Edenkoben, der sich freiwillig gestellt hatte, verhandelt. Heute erging das Urtheil. Nach dreiviertelstündiger Berathung erklärten die Geschwornen den Angeklagten bezüglich der drei gestellten Hochverrathsfragen **nichtschuldig,** worauf derselbe in Freiheit gesetzt, jedoch vorher auf Antrag der Staatsbehörde zu den Kosten des Contumacialverfahrens verurtheilt wurde. (Einen umfassenderen Bericht werden wir in unserer nächsten Nummer liefern.)

* **Speyer,** den 18. Novbr. Wie unsere Correspondenz aus Amerika längst mit aller Bestimmtheit vorausgesagt, ist der democratische Candidat zur Präsidentenstelle der Vereinigten Staaten, General Franklin Pierce, am 5. d. mit äußerst bedeutender Stimmenmehrheit wirklich erwählt worden. Pierce hat keinerlei Verpflichtungen übernommen. Daß er aber von ganzem Herzen Democrat ist, steht fest. Welche Ereignisse können ihn im Laufe der nächsten vier Jahre, für deren Dauer er erwählt ist, zum Handeln bestimmen? Und wie gewaltig mag dabei die überfluthende Fülle von Kräften der in nie dagewesener Weise aufblühenden und erstarkenden Union — dem neuen Riesenstaate — einwirken? — einwirken in heute gar nicht zu ahnendem Umfange.

Gotha, den 16. Nov. Nach Localberichten haben zwei baierische größere Fabrikanten ihr Geschäft in Baiern aufgegeben und vorläufig ein Gebäude in der Nähe von Coburg gemiethet, um daselbst ein Cigarren- und Tabaksgeschäft zu gründen. Die Besorgniß vor dem Zerfallen des Zollvereins hat den Grund zu dieser Uebersiedelung abgegeben. (Fr. J.)

Hannover, den 15. Nov. Die Sache des Pastors Steinacker ist noch keineswegs entschieden. Die Weigerung des geistlichen Ministeriums, denselben zum Colloquium zuzulassen, stützte sich darauf, daß Steinacker die Union der beiden protestantischen Kirchen angestrebt habe, (freilich heut zu Tage ein entsetzliches Verbrechen!) und daß er deßhalb den erforderlichen Eid auf die symbolischen Bücher der lutherischen Kirche nicht leisten könne. Nachdem aber Hr. Steinacker nun erklärt hat, daß er jene Union in Oesterreich nur unter dem Gesichtspunkte angestrebt habe, um dem Protestantismus dort einen größeren Halt zu gewinnen, daß er aber jetzt, nachdem ihm der Boden für dies Streben entzogen sei, natürlicher Weise auf seinen früheren Standpunct zurückkehre, hat sich der Magistrat in seiner letzten Sitzung mit 8 gegen 3 Stimmen für dessen Zulassung zum Colloquium entschieden. (Ztg. f. Nordd.)

Berlin, den 16. Novbr. Der „Kirchliche Anzeiger für die Katholiken" bespricht heute die nach Florenz gesendete Deputation in seiner Weise. Darnach ist das Madiaische Ehepar der „entschiedensten Proselytenmacherei in verbrecherischer Art schuldig" und nach allem Recht verurtheilt worden. Man hat declamirt und gehetzt und Himmel und Erde aufgeboten, um das vermeintliche himmelschreiende Unrecht abzustellen. Deputationen aus allen protestantischen Staaten, zum Theil mit Betheiligung der protestantischen Regierungen sind nach Florenz gegangen, um den Großherzog — eines Bessern zu belehren. Ist dieß nicht wahrhaftig, um an der menschlichen Gerechtigkeit irre zu werden? Die ganze Deputation nach Florenz ist entweder eine Beleidigung oder Kränkung des Großherzogs in seiner richterlichen Gewalt, oder ist ein neuer Beweis von jener Verblendung der Protestanten, die macht, daß selbst bessere und edlere Geister unter ihnen blind sind gegen das Unrecht, das den „Katholiken zugefügt wird, dagegen mit Vergrößerungsgläsern Alles erblikken, was einem Protestanten auch in der bescheidensten Form angethan wird."!!

Wien, den 11. Nov. Durch einen Erlaß des Kriegsministeriums sind die Commandanten der verschiedenen Truppengattungen angewiesen worden, nur in den dringendsten Fällen die Beurlaubung der Rekruten zu gestatten. Es hat übrigens diese Maßregel keinen andern Grund (?), als dem bis jetzt üblich gewesenen Verfahren, die Rekruten gleich nach ihrer Assentirung wieder auf unbestimmte Zeit zu beurlauben, für die Zukunft zu steuern, und es ist demzufolge als Grundsatz aufgestellt worden, daß in keinem Fall vor vollkommen vollendeter Einübung eine Beurlaubung gestattet werden darf, es müßten denn ganz besonders berücksichtigungswürdige Gründe angeführt werden, um von dieser Regel eine Ausnahme zu machen.

Einem allgemein verbreiteten Gerücht zufolge soll in dem Moment, wo die neuen politischen Institutionen der österreichischen Monarchie verkündet und ins Leben treten werden, der Belagerungszustand in Wien, Prag und dem größten Theil des Gebiets wo er noch besteht, aufgehoben werden. (Allg. Ztg.)

Bern, den 16. Nov. Es ist dargethan, daß der Brand des Grimselhospizes durch den Wirth Zybach daselbst in betrügerischer Absicht böslich angelegt worden ist. Man hat den Mann nun auch noch wegen anderer Verbrechen im Verdacht, namentlich wegen Ermordung zweier Reisenden, welche vor längerer Zeit spurlos verschwunden sind.

Genf. Wahlsieg der (democratischen) Regierungspartei. Nach telegraphischen Depeschen ist die radicalgouvernementale Liste in allen Collegien mit großer Mehrheit angenommen. Es haben sich 4160 Votanten an den Wahlen betheiligt. (Schw. N.-Z.)

New-York. General Pierce ist (wie oben bereits erwähnt) zum Präsidenten und Rufusking zum Vicepräsidenten der Union erwählt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 16. Nov. Weizen 5 fl. 25 kr., Korn 4 fl. 43 kr., Gerst 3 fl. 46 kr., Spelz 3 fl. 49 kr., Hafer 2 fl. 53 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 13. Nov. Weizen 5 fl. 12 kr., Korn 4 fl. 35 kr., Spelz 3 fl. 58 kr., Gerst 3 fl. 48 kr., Hafer 2 fl. 51 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 16. Nov. Weizen 4 fl. 56 kr., Korn 4 fl. 27 kr., Spelz 3 fl. 17 kr., Gerst 3 fl. 29 kr., Hafer 2 fl. 28 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 11. Nov. Weizen 5 fl. 6 kr., Korn 4 fl. 33 kr., Spelz 3 fl. 17 kr., Gerst 3 fl. 1 kr., Hafer 2 fl. 19 kr., Kartoffeln 1 fl. 12 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 12. Nov. Weizen 9 fl. 35 kr., Korn 8 fl. 25 kr., Gerste 5 fl. 25 kr., Spelz — fl. — kr., Hafer 3 fl. 40 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Beilage zur Neuen

Speyerer Zeitung.

Samstag (Zu Nro. 279.) den 20. November 1852.

Anzeige. Um die Pariser Nachrichten unsern Lesern schneller mittheilen zu können, lassen wir die Speyerer Zeitung künftighin als Abendblatt erscheinen.

Frankreich.

† **Paris,** den 18. Nov. Das Decret über die Reduction der Armee im heutigen „Moniteur" (s. unten) erregte vor Eröffnung der Börse eine gewisse Sensation: die 3proc. Rente stieg auf 87 Fr. 15 Cent. Kurz vor Eröffnung der Börse aber verbreitete sich die Nachricht, Louis Napoleon sei vom Pferde gestürzt, was sofort alle Course zum Fallen brachte. Die 3proc., die gestern mit 85 Fr. 75 C. schloß, fiel um 65 Cent.; die 5proc. (gestern 107) schloß heute mit 105 F. 50 C., die Eisenbahncourse brachte der präsidentschaftliche Sturz ebenfalls zum Fallen. Die Nordbahn fiel um 20, die Strasburger um 35 und die Lyoner um 25 Frs.

Der halbamtliche Theil des Moniteur bringt heute folgende Anzeige: „Am 1. Januar 1848 betrug der Effectivstand der Armee 380,500 Mann. Nach der Revolution stieg er auf 446,800 Mann. Dies war zur Zeit der ersten Erwählung Louis Napoleons. Durch nachträgliche Verminderungen sank der Bestand bis zum 1. Januar 1852 auf 400,594 Mann herab. Der Prinz Präsident hat dem Kriegsminister die Ordre ertheilt, die Armee auf 370,177 Mann zu reduciren. In demselben sind die Armeen von Algier und von Rom inbegriffen. Nächsten 1. December wird diese Verminderung realisirt sein, sie wird etwas mehr als 30,000 Mann in einem Jahre betragen."

Der Fürst von Moskowa ist von Algier und der Prinz Peter Bonaparte von Corsika, beide ohne Urlaub, in Paris eingetroffen.

Es circulirt hier eine Protestation der Herzogin von Orleans gegen das Kaiserreich, der sich die orleans'schen Prinzen nicht angeschlossen haben.

Paris, den 16. Nov. Jetzt hat auch der Bischof von Gap, gleich dem von Rennes, einen Hirtenbrief an seine Geistlichkeit gerichtet, um sie aufzufordern, fürs Kaiserthum zu votiren und das Volk zum Votiren zu führen. Man liest darin u. a.: „Machet denjenigen, die euren Rath verlangen, recht begreiflich, daß die Wiederherstellung des Kaiserthums Frankreich von seinen Demüthigungen wieder emporheben, unseren alten Ruhm wiederbeleben und unserem Vaterlande eine Zukunft des Wohlergehens verbürgen wird. Verhindert nach Möglichkeit durch euren klugen Rath und weisen Einfluß, daß die Apathie und Gleichgültigkeit der Wähler sie abhalten, am Scrutinium Theil zu nehmen. Es ist für Frankreich von zu großer Wichtigkeit, daß seine neue Regierung auf den breitesten Grundlagen ruhe, als daß die Nichttheilnahme kein wirkliches Uebel wäre. So aufgeklärt, werden die Bevölkerungen unserer Alpen mit um so mehr Einmüthigkeit und Feuer zur Wahl-Urne wandern, da sie hinter ihren Seelsorgern marschiren werden, wovon keiner, wie wir glauben, diesen Ruf der Religion und des Vaterlandes mißachten wird."

Paris, den 14. Novbr. Die Heirath des Prinzen-Präsidenten mit der Prinzessin Wasa ist, wie bekannt, eine abgemachte Sache, es ist hierüber nur noch zu bemerken, daß der Erzbischof von Paris es war, welcher die letzten Schwierigkeiten auf seiner Reise durch Deutschland gehoben hat. (A. Z.)

Deutschland.

* **Zweibrücken,** den 16. Nov. Heute begann vor dem Schwurgerichte die Verhandlung gegen den wegen Theilnahme an der politischen Bewegung von 1849 des Hochverraths angeklagten und in contumaciam verurtheilten Deutsch von Edenkoben, welcher, bis vor Kurzem als Flüchtling in fremdem Lande auf freiem Fuße, sich endlich freiwillig vor das Gericht gestellt hat. Die Hauptbeschuldigungspuncte sind: Mitgliedschaft des Cantonalausschusses und des Volksvereins, Betheiligung beim Recrutirungsgeschäft, bei der Verhaftung des Stationscommandanten Priester und des damaligen Polizeicommissärs Weber,*) bei den Versuchen zum Sturmläuten, und als Officier bei der Bürgerwehr an den Zügen nach Neustadt und Germersheim. Die Verlesung des Anklageactes dauerte den ganzen Vormittag. Um 3 Uhr Nachmittags erfolgte die vorläufige Vernehmung des Angeklagten auf die verschiedenen Anschuldigungen, sodann begann das Zeugenverhör. — 1. Zeuge: Der damalige Stationscommandant Priester: Er erzählt seine Verhaftung und bei dieser Gelegenheit erlittenen Mißhandlungen, weil man ihn in Verdacht des Spionirens hatte, stellt jedoch in Abrede zu wissen, daß Deutsch irgend einen Antheil daran gehabt. — 2. Z.: Metz, Schullehrer, sagt aus, Deutsch habe allerdings die Festhaltung des Priester gefordert, ihn jedoch gegen jede Gewalthandlung in Schutz genommen. Gegen erstere Behauptung erhebt Deutsch Widerspruch. — 3. Z.: Weber, damals Polizeicommissär zu Edenkoben, nunmehr Friedensrichter in Pirmasens, macht eine äußerst umfangreiche Erzählung der Vorgänge jener Zeit, in welcher in Beziehung auf den Angeklagten wesentlich vorkommt: Derselbe habe in der Volksversammlung zu Edenkoben, am 29. April, den am weitest gehenden Antrag, nämlich auf alsbaldige Einsetzung einer provisorischen Regierung und der Trennung der Pfalz von Baiern gestellt, weil die baierische Regierung die Reichsverfassung nicht anerkenne; derselbe habe in der Nacht vom 7. auf 8. Mai zum Sturmläuten gegen die einrückenden Preußen aufgefordert, ferner sei Er es, der ihm, Weber, als er von drohenden Volkshaufen umdrängt gewesen, erklärt habe: Sie sind arretirt. Auf die Einreden des Angeklagten, sein Antrag in der Volksversammlung sei vom Zeugen mißverstanden worden, das Sturmläuten habe Befehle von Höherstehenden zur Veranlassung gehabt, und arretirt habe er den Zeugen nur um deßwillen, um ihn aus der augenscheinlichsten Todesgefahr zu retten, gibt der Zeuge zu, er wisse Deutsch bezüglich dessen Wirksamkeit im Cantonalausschuße keine Vorwürfe zu machen, auch habe er Deutsch bei seiner Gefangennehmung und Wegführung auf das Rathhaus unter seinen Beschützern gesehen, Deutsch habe

*) Der Vorgang ist folgender: Ein Freischaarenzug war zerstreut von der Festung Landau nach Edenkoben zurückgekommen, deren Besatzung, statt ihm die Thore zu öffnen, ihn mit Kugeln und Kartätschen empfangen hatte. Man schrie „Verrath." Der Gendarme Priester, welcher sich fürchtete in Uniform zu bleiben, entfernte sich in diesem Zeitpuncte aus Edenkoben in Civilkleidern, welche dem Polizeicommissär Weber gehörten. Er wurde aufgegriffen und als des Spionirens verdächtig verhaftet. Weil er die Jagdkleider des Polizeicommissärs Weber trug, beschuldigte man letztern des Verraths, den er durch Priester als Werkzeug unternommen habe. Daher die Bestürmung seiner Wohnung und seine Bedrohung.

zwar zur äußerſten Umſturzpartei gehört und ſich offen als Republikaner bekannt, verdiene aber in bürgerlicher und moraliſcher Hinſicht das beſte Zeugniß. Mit dieſem Verhör wurde die heutige Sitzung geſchloſſen.

Sitzung vom 17. Nov. 4) Zeuge: Fr. Völker, Bürgermeiſter, weiß nichts von Betheiligung des Deutſch an der Verhaftung des Prieſter. Der Polizeicommiſſär Weber ſei von Deutſch verhaftet worden „im Namen der Bürger," nachdem jener ſich ſtandhaft geweigert, auf das Stadthaus mitzugehen, um den Weber ſelbſt aus der Lebensgefahr zu retten und das Haus des Apothekers Merkle, bei dem er wohnte, vor der angedrohten Demolirung oder Anzündung zu bewahren; bei dem Zuge zum Stadthauſe habe Deutſch ſelbſt thätliche Mißhandlung deßwegen erlitten, weil er Weber geſchützt, der Angeklagte ſei im Uebrigen ein ganz braver Mann. 5. Z. Ph. Arnold: Deutſch habe ſich an der politiſchen Bewegung betheiligt, ohne ungeſetzliche oder terroriſtiſche Handlungen zu begehen. Im Geheimen habe er gehetzt, im Stadtrath Oppoſition gemacht, Bürgermeiſter werden wollen. Von der Verhaftung Prieſters wiſſe er nichts, aber von der Arretirung Webers durch Deutſch „im Namen des pfälziſchen Volkes," welcher letztern Behauptung Deutſch widerſpricht, indem er geſagt „im Namen der Bürger." Weber ſei übrigens ohne Zwang mitgegangen, um geſchützt zu ſein, was letzterer widerſpricht. Deutſch ſei republikaniſch geſinnt und habe ſo im Vorparlament geſtimmt, habe aber doch Ruhe und Ordnung zu handhaben geſucht. Nach den Vorfällen zu Frankfurt im September 1848, habe Deutſch geſagt, wir müßten nun auch Etwas thun, nach Ludwigshafen ziehen ꝛc., es ſei ihm aber offenbar nicht Ernſt damit geweſen, er ſei ehrgeizig. — 6. Z. Lehn, Polizeidiener: Deutſch habe ihm geſagt, es müſſe Sturm geläutet werden, er habe es aber nicht gethan, doch habe es bald darauf geläutet; bei Iſak habe er eine Büchſe abgeholt gegen Schein, welchen Deutſch als Mitglied des Vertheidigungsausſchuſſes mit unterſchrieben gehabt. 7. Z. Treber, Polizeidiener: Deutſch habe ihm geſagt, es ſolle Sturm geläutet werden, was er verweigert habe, ſonſt wiſſe er Nichts. Deutſch bemerkt, der Kantonalausſchuß habe den Auftrag vom Commandanten gehabt, läuten zu laſſen. Weber dagegen, es ſei aus eigenem Antrieb geſchehen. — 8. Z. Kaiſer, Polizeidiener: Deutſch habe auf dem Wege zum Stadthaus den Weber mit dem Säbel vertheidigt. Bei Wegräumung der „Königsbilder" aus dem Stadthauſe ſei Deutſch gegenwärtig geweſen, wer ſie abgenommen, wiſſe er nicht; auf die Bemerkung Deutſch's, daß er erſt nach Wegräumung derſelben angekommen ſei, gibt er dies zu. Deutſch habe auch befohlen, durch die Schelle die Männer des zweiten Aufgebots zuſammen zu rufen. — 9. Z. Biſchof, Revierförſter: Der Verein zu Edenkoben ſei entſtanden, als man im J. 1848 eine Invaſion aus Frankreich gefürchtet, zum Schutz der Bürger, ſeine Statuten von der Regierung genehmigt worden, er Commandant der Bürgerwehr geworden. Als ſolcher könne er nur angeben, daß er ſagen gehört, im September 1848 nach den Vorfällen zu Frankfurt habe Deutſch geäußert, man müſſe den Rhein beſetzen, wogegen die übrigen Offiziere der Bürgerwehr ſich erklärt; auch habe er von der Aufforderung durch die Schelle gehört. — 10. Z. Platz, Bürgerm. in St. Martin: Deutſch ſei bei dem Recrutirungsgeſchäft in Edenkoben bethätigt geweſen, da ſei erſt Streit unter den Burſchen ausgebrochen über die Aufeinanderfolge der Ziehungen nach den verſchiedenen Ortſchaften, ſpäter hätten manche Burſche das Loſen verweigern wollen.

(Schluß folgt.)

Italien.

Turin, den 11. Nov. Die Kammern ſind auf den 19. d. einberufen. Der Geſetzentwurf über die Civilehe, welcher ſo viel Anſtoß erregt, wird von der Regierung nicht zurückgenommen, wol aber die Sache zur Entſcheidung der erſten Kammer, dem Senate anheimgegeben. Auch der Plan, das Preßgeſetz einer Reviſion zu unterwerfen, iſt aufgegeben, die Regierung will ſich darauf beſchränken, die beſtehenden Strafbeſtimmungen ſchärfer zu handhaben.

*— den 14. Nov. Nächſten Sonntag wird in allen Kirchen von Turin ein Hirtenbrief vom Erzbiſchof Franzoni gegen die liberalen Journale und gegen das Geſetz über die gemiſchten Ehen verleſen werden. Das Publikum wird amtlich aufgefordert ſich ruhig zu verhalten. — Der Senat wird ſich am 19. verſammeln.

* **Neapel**, den 11. Nov. Vorige Nacht haben ſehr zahlreiche Verhaftungen ſtattgefunden; man ſpricht von der Entdeckung einer Höllenmaſchine. Es hat ſich ein geheimes Comite hier gebildet, zu welchem, nach Angabe der mit Beſchlag belegten Papiere, hochſtehende Perſonen gehörten. Daſſelbe hatte die Leitung einer großen Anzahl von Untercomites in den Provinzen und in Sicilien.

Großbritanien.

Nach der Allgem. Ztg. iſt die engliſche Regierung entſchloſſen, Napoleon III. ohne den geringſten Vorbehalt anzuerkennen.

Berberei.

Das Dampfſchiff Narval, welches den franzöſiſchen Generalconſul nach Tripolis brachte, bringt Nachrichten von einem außerordentlichen Sturm, der im Hafen von Tripolis in der Nacht vom 20. auf den 21. Oct. gewüthet hat. Von den im Hafen anweſenden 28 Schiffen ſind 20 geſcheitert und größtentheils zertrümmert worden. Es waren meiſtens türkiſche Fahrzeuge.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1254]

Niederländiſche Dampf- Schifffahrt.

Sommerdienſt vom 1. Juni 1852 an

von Ludwigshafen am Rhein täglich:

4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.

Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Perſonen-Preiſe von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.

Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,

„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.

Von nun an liegen in Ludwigshafen ſowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterſchiffe in Ladung.

Nähere Auskunft über die Perſonen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Digitized by Google

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag Nro. 280 den 21. November 1852.

Deutschland.

* **Zweibrücken**. (Assisenverhandlungen. Beschluß.) 11. Z. Wolf Isak, Mitglied der damaligen Recrutirungscommission: Er sei genöthigt worden, seinen Sitz in derselben als Ersatzmann einzunehmen, und sei bei dem Streit der Bursche gegenwärtig gewesen, die Commission hätte flüchten, er selbst durchs Fenster springen müssen. Zur Herstellung der Ruhe seien mit Sensen bewaffnete Wehrmänner in den Saal beordert worden. Er wisse von dem Angeklagten nur, daß derselbe Secretär gewesen. Die Bursche seien nicht genöthigt worden zum Losen, sondern sie hätten um den Vorrang dazu gestritten. — 12. Z. Bruch, damals Conscribirter: Er habe mit seinen Genossen sich abgeredet gehabt nicht zu ziehen, weil er schon für den König gezogen gehabt, sei aber doch hingegangen. Er erzählt dann vom Streite, wobei er verwundet worden. Von Deutsch weis er Nichts. — 13. Z. Heinz erzählt als Conscribirter denselben Tumult, von Deutsch weis er nichts. — 14. Z. Kaiser, Wingertsmann bei Isak: Er habe gegen Schein die Flinte von Isak abgegeben. 15. Z. Flach: Er habe auf Bestellung des Kantonalausschusses 100 Stück Sensen zu liefern übernommen, wisse jedoch nicht, ob Deutsch bei der Bestellung gewesen sei. Letzterer befragt, erklärt Nichts von der Sache zu wissen. Weber bestätigt, daß Deutsch sich nichts um die Bewaffnung bekümmert.

Nun erscheinen als Entlastungszeugen: 1. Jak. Völker. Er schildert den Angeklagten als einen sehr ruhigen Bürger von gesetzmäßigem Verhalten. Deutsch habe den Weber beim Zuge zum Stadthaus mit dem Säbel geschützt, und sei deßhalb sogar von der Menge mißhandelt worden. Im Stadtrath habe Deutsch nur im öffentlichen Interesse opponirt, er sei keineswegs als Wühler bekannt, vielmehr sehr geliebt und geachtet von den Bürgern, und deßwegen auch in den Stadtrath gewählt worden. 2. Merkle, Apotheker, in dessen Haus der Policeicommissär Weber gewohnt: Seine Frau und er selbst haben den Weber gebeten, das Haus zu verlassen und sich aufs Stadthaus geleiten zu lassen, weil die Menge gedroht, es zu demoliren. Deutsch habe ihm gleichfalls diese Vorstellung gemacht und ihm die persönliche Gefahr vor Augen gestellt. Da Weber nicht nachgeben wollte, habe ihn Deutsch „im Namen des Volks" arretirt — lediglich in der Absicht, das Haus zu schützen und Weber zu retten, worüber Deutsch noch des folgenden Tages seine Freude geäußert habe. Er kenne Deutsch nur als einen Ehrenmann; im Jahre 1848 habe derselbe nichts gewollt, als die Einheit Deutschlands und eine Nationalverfassung. 3. Watzenborn, früher Bürgermeister in Edenkoben: Er kenne Deutsch nur als einen braven rechtschaffenen Mann; den Weber habe er selbst gewarnt, sich zu entfernen, weil er drohende Aeußerungen gegen ihn vernommen, was aber derselbe verweigert. Den Hergang wie Merkle erzählend, fügt er bei, sie alle im Zimmer des Weber seien mit demselben in Gefahr gewesen wegen dessen Weigerung und Drohung gegen die Eindringenden. In der höchsten Noth habe Deutsch ihn „im Namen des Volks" verhaftet und auf dem Wege geschützt, wofür er Mißhandlung erlitten, so daß er in ein Haus habe gebracht werden müßen. 4. Lingenfelder sagt dasselbe aus als unmittelbarer Zuschauer und fügt bei, Deutsch habe Lebensgefahr dabei ausgestanden, und nach seiner Meinung dem Weber das Leben gerettet.

Nachdem nun der Assisenpräsident noch die Erlasse der Recrutirungscommission und des Kantonalausschusses verlesen, unter welchen Deutsch seine Unterschriften anerkennt, verfügt derselbe, auf Antrag des Vertheidigers, Adv. Glaser, die Vorlesung der Aussagen von drei Zeugen, welche früher verhört, aber auf heute nicht vorgeladen waren. Diese Zeugen sind: die Herren Notär Keßler, Dr. Glaser und Rentmeister Schauberg. Die Aussagen dieser Zeugen schildern den Angeklagten übereinstimmend als einen guten Bürger, einen Mann von festem Character, bestrebt im Stadtrath fürs öffentliche Wohl, als einen vortrefflichen Familienvater, als einen Mann der nie das Gesetz verlassen wollte, dessen politisches Streben auf Nichts gerichtet war, als daß Deutschland groß, eins und mächtig werden, und zu einer Gesammtverfassung kommen möge, ohne Blutvergießen. Er habe in den Jahren 18$\frac{48}{49}$ Ruhe und Ordnung beschützt, und wie allgemein bekannt, das Haus Merkle's vor Zerstörung und den Weber von der Todesgefahr mit eigener Aufopferung gerettet. Hiermit schloß die Morgensitzung. Um 3 Uhr Nachmittags nahm der Staatsprocurator Kieffer das Wort, nach ihm erfolgte die Vertheidigung von Seiten des Anwalts Glaser, hiermit schloß die Sitzung.

Sitzung vom 18. Nov. Heute erwiederte zuerst die Staatsbehörde, um die Anklage aufrecht zu erhalten, dann der Vertheidiger, um dieselbe aufs Neue in ihrer Nichtigkeit darzustellen. Der Berichterstatter läßt sich auf den Inhalt des beiderseits Gesprochenen nicht ein, und bemerkt blos, daß der Vertheidiger wacker seine Pflicht erfüllt hat. Vor dem Schluße der Verhandlung erklärte noch der Angeklagte, wie schmerzlich es für ihn sei, daß namentlich jene Handlung, wodurch er dem Policeicommissär das Leben und dem Apotheker Merkle das Haus vor Demolirung gerettet, zur Unterlage einer so schweren Anklage geworden. Nach dem Resumé zogen sich die Geschworenen zurück, und nach etwa $\frac{3}{4}$ Stunden erklärten sie (wie bereits gemeldet) den Angeklagten auf die drei Hochverrathsfragen für nichtschuldig. Sofort wurde der Angeklagte in Freiheit gesetzt, jedoch vorher auf Antrag der Staatsbehörde zu den Kosten des Contumacialverfahrens verurtheilt.

* **Speyer**, den 19. Nov. Von mehren Seiten vernehmen wir bittere Klagen über die neue Gewerbsteuer, namentlich darüber, daß die Leute gleichsam für jeden besondern Artikel, mit dessen Verkauf sie sich befassen, eine besondere Gewerbsteuer entrichten sollten. — Wir verkennen gar nicht, daß dem neuen Gesetze sehr arge Mißstände ankleben; allein eine solche Auffassung scheint uns durch dasselbe nicht beabsichtigt, und selbst nicht einmal formell vollkommen begründet. Sie scheint uns nicht beabsichtigt, weil dies zu den größten Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten führte, insbesondere dazu, daß Derjenige, dessen Geschäft so wenig geht, daß er verschiedenartige Artikel nebenbei führen muß und doch alles selbst besorgen kann, dann 3-, 4- selbst 10mal so viel an Steuer entrichten müßte, als ein Anderer, dessen eines Geschäft so blühend steht, daß er keine Zeit und keine Lust hat, Nebenartikel zu führen. — Jene Auffassung scheint uns aber auch nicht einmal formell richtig zu sein.

Der Art. 18 des Gesetzes bestimmt allerdings, daß bei Betreibung mehrer Geschäfte von jedem die Steuer zu entrichten sei; er fügt jedoch in seinem zweiten und dritten Absatze wörtlich bei: „Eine Ausnahme von dieser Bestimmung machen jedoch jene Gewerbsunternehmungen, bei welchen das Product oder Fabrikat durch

Arbeiten hervorgebracht wird, welche in mehre Gewerbe einschlagen, sowie alle jene Gewerbe, welche in einer so engen natürlichen oder technischen Verbindung stehen, daß die Ausübung des einen Gewerbes die Ausübung der übrigen Gewerbe entweder nach der Beschaffenheit des Geschäftes an sich oder nach dem Herkommen von selbst in sich begreift. In diesem Falle wird die Normal- und Betriebsanlage nach dem höchstbesteuerten der einschlägigen Gewerbe bemessen.

„Wenn in ein und demselben Handelsgeschäfte Waaren von verschiedener Gattung feil gehalten werden, ohne daß in dem Tarife ohnehin schon ein besonderer Steuersatz für den bezüglichen gemischten Waarenhandel aufgestellt ist, so wird nicht für jeden einzelnen der geführten Artikel die einschlägige tarifmäßige Steueranlage eigens in Ansatz gebracht; es wird vielmehr in einem solchen Falle der Steuersatz derjenigen Waarengattung zu Grunde gelegt, welche den hauptsächlichen Handelsgegenstand des einzusteuernden Geschäftes bildet. Im Zweifel oder soferne der Verkauf der verschiedenen Waaren in gleicher Ausdehnung betrieben wird, ist die Anlage nach dem Satze des höchstbesteuerten unter den treffenden Handelsgewerben zu bemessen."

Ebenso bestimmt der Art. 19: „Ist mit einem Gewerbe, welches nicht schon an und für sich unter die Handelsgewerbe gehört, die Haltung eines offenen Verkaufsladens verbunden, so hat der Berechtigte, wenn er das Ladengeschäft auf den Verkauf seiner eigenen Producte und auf den Ort des Gewerbsbetriebes beschränkt, eine besondere Steuer für die Haltung des Ladens nicht zu entrichten.

„Dehnt er aber gemäß seiner Befugniß den Ladenverkauf auch auf nicht selbst producirte, sondern aus andern Werkstätten oder Fabriken hervorgegangene Verkaufsgegenstände aus, so unterliegt er neben der Steuer seines bezüglichen Gewerbes noch einer besonderen Steuer als Händler der geführten Waare. In solchem Falle wird je nach Zahl und Art der zum Handel beigelegten Waarenartikel der halbe bis ganze Betrag der für das entsprechende Handelsgeschäft bestimmten Steueranlage (und zwar für jeden einzelnen Laden) in Ansatz gebracht."

Außerdem ist im Art. 25 festgesetzt: „Soferne in einzelnen Fällen die Rücksicht auf besondere örtliche Verkehrs- oder Absatzverhältniße das Maß der festgesetzten Steuer eines Pflichtigen im Vergleiche zu der Steueranlage anderer Gewerbtreibender als eine Ueberbürdung erscheinen läßt, so ist die einschlägige Regierungsfinanzkammer ermächtiget, auf Antrag des Steuerausschusses die Normal- und Betriebsanlage ausnahmsweise um einen bestimmten Theil, welcher jedoch in keinem Falle ein Viertheil des nach dem gesetzlichen Tarife sich berechnenden Betrages derselben übersteigen darf, von Amtswegen zu ermäßigen."

Stuttgart, den 18. Nov. Die „Kronik" (das Hofblatt, welches aber demnächst der Kostenersparniß eingehen wird,) scheint in ihren letzten Augenblicken Wahrheit reden zu wollen; sie spricht heute abermals ihre völlige Verzweiflung über die Haltlosigkeit unserer officiellen Zustände und ihre Ueberzeugung aus, daß dieselben dem Verderben entgegengehen. Auf ihre neuliche Frage: „Was thun wir, sagt es, Conservative, was thun wir?" gibt sie sich die Antwort, es bleibe für die wahrhaft Conservativen nichts anders übrig als es zu machen wie jener Indianer, der, oberhalb des Niagarafalles von der Stromschnelle ergriffen und alle Gegenanstrengungen für nutzlos erkennend, das Ruder weglegte, seine Pfeife ansteckte und ruhig in den donnernden Abgrund fuhr. — Nun, wenn alle Ereignisse der Democratie Recht geben, wenn sogar die wildesten Reactionäre zu Rothhäuten werden und den Knaster der Ergebung in das ihnen so oft prophezeite Schicksal rauchen, dann sollte vollends jeder muthlose Zweifel aus den Reihen der Democraten weichen. (Beob.)

Frankfurt. Ein Baseler Correspondent des Frkf. Journ. berichtet aus Veranlassung der protestantischen Deputation nach Florenz: In einer eben so milden als warmen und herzlichen Zuschrift spricht eine große Zahl evangelisch gesinnter Florentiner, von deren Dasein man bis jetzt kaum eine Ahnung hatte, ihren protestantischen Brüdern den Dank für ihre Verwendung, ihren Brudergruß, ihren Entschluß aus, fest zu halten an der erkannten Wahrheit des Evangeliums, trotz aller Verfolgungen. Und wie diese Verfolgungen inmitten des 19. Jahrhunderts wieder überhand nehmen in dem unglücklichen italienischen Lande, ersehen wir aus der von der Deputation an alle evangelischen Christen erlassenen Ansprache, nach welcher in Toscana die Inquisition in aller Form wieder erstanden ist, Häuser und Familienkreise nicht mehr sicher sind, jede Privat-Zusammenkunft zu religiösen Zwecken auf das Strengste bestraft wird. — Diesen empörenden Thatsachen gegenüber schlägt nun die Deputation einen Bund aller Evangelischen vor, der aber nur privater Natur sein, und keine Gewaltmittel zu Hülfe rufen soll, der die Kräfte vereinigen, um sich allen Arten der Verfolgung zu widersetzen, welche gegen evangelische Christen versucht werden könnten.*) ... Die Deputation hat, was die Madiai betrifft, diesen Märtyrern wenigstens einen Gruß der Liebe und des Trostes gebracht. Fünfzig Stunden weit sind die beiden Gatten von einander entfernt worden, beide allen Leiden ausgesetzt, beide bereits erkrankt, und kein Theil erfährt etwas von dem andern. Der Graf und die Gräfin Gasparin erhielten endlich die Erlaubniß, die gefangene Frau besuchen zu dürfen. „Nichts kann den Eindruck wiedergeben," schreiben die „Archives du christianisme", „den der Anblick dieser Schwester auf sie hervorbrachte. Man muß diese abgemagerte Gestalt sehen, diese entehrenden Kleider, die kurze Kette, die an der Mauer der engen Zelle befestigt ist, um zu empfinden welch besonderen Anspruch Frau Madiai auf die Liebe und die Gebete aller Christen hat." — Dieselbe Nummer der „Archives" enthält auch wieder einige interessante Beispiele, wie den französischen Protestanten ihre verfassungsmäßigen Rechte gehalten werden. In Fresnoy le Grand z. B. hat der Präfect den evangelischen Gottesdienst verboten, weil es dort keine Protestanten gebe. Als hierauf etwa 80 Familienväter ihren Uebertritt zur reformirten Kirche erklärten, so wiederholte er das Verbot unter dem Vorwand, diese Uebertritte erfolgten nicht aus rein religiösen Motiven, weil (man höre!) die Uebertretenden Frau und Kinder nicht auch zum Uebertritte nöthigten!! — In Tronville (Departement Calvados), wo sich ebenfalls, meistens durch Uebertritt, eine reformirte Gemeinde bildete, verbot der Präfect, als er sich nicht mehr weigern konnte, die Erlaubniß zum Gottesdienst zu geben, wenigstens den Gebrauch einer mit großen Opfern eigends zu diesem Zwecke erbauten, aber erst vollendeten Kirche, weil nicht die Gemeinde aus eigenen Mitteln diese Kirche erbaut habe! So macht es der Ultramontanismus, wo er die Oberhand gewinnt und man zeige uns ein überwiegend römisches Land, wo dergleichen nicht an der Tagesordnung ist.

Köln, den 13. Nov. Die „Kölnische Ztg.," welche früher immer Kommunistenfurcht einzuflößen suchte, sagt jetzt nach Beendigung des Prozesses: Jetzt nach dem endlichen Schlusse des langen Prozesses, dürfen wir mindestens das mit Befriedigung hervorheben, daß die öffentliche Meinung, so weit wir hier dieselbe haben vernehmen können, mit ziemlicher Kälte das von einigen Zeugen vor ihr aufgerollte Gemälde der weiten Verzweigung und der innern Furchtbarkeit der hier an die Schranken gebrachten Verschwörung betrachtet und sich durchaus von keiner heftigen Beängstigung die Stimmung leidenschaftsloser Ruhe und Unparteilichkeit hat trüben lassen. Es ist dies eine erfreuliche Thatsache, die es verdient, hier vorab bezeugt zu werden, ohne daß wir dabei auf ein-

*) So lange man nicht das große Princip vollständiger Religionsfreiheit für Alle zur Geltung bringt, werden alle Bemühungen, die Verfolgung der Protestanten zu hindern, stets mehr oder minder scheitern! D. Red.

zelne Aeußerungen der öffentlichen Stimme, z. B. rücksichtlich der den Angeklagten während der Untersuchung zu Theil gewordenen Behandlung u. dgl. näher eingehen können.

Wien, den 12. Nov. Briefe aus London versichern mit Bestimmtheit, daß die älteste Tochter der Königin von England mit dem Sohne des Prinzen von Preußen, dem künftigen Thronfolger, verlobt sei. (Lloyd.)

Schweiz.

Genf. Die weiteren Berichte über die Wahlen bestätigen den vollständigen Sieg der Radicalen. In der Stadt war die Betheiligung am größten. Hier stimmten die gestern erwähnten 4160 Votanten. Die radicale Mehrheit betrug 400 bis 600. General Dufour, als Candidat aller Parteien, zählte 3939 Stimmen, James Fazy 2175 St. Die conservativen Candidaten von der Liste des Cercle National erhielten durchschnittlich 12 bis 1400 Stimmen; die der Democratie 500 Stimmen. In den Landcollegien war die Betheiligung bedeutend geringer. Auf dem linken Ufer wurden nur 2511 Stimmzettel abgegeben, 776 weniger als vor zwei Jahren, und auf dem rechten Ufer, das gegen 2000 Wähler zählen soll, 835 Stimmzettel. In diesem letztern Kreise ergibt die Differenz zwischen den reichsversehenen Gegencandidaten (mit 570 und 324 Stimmen) eine Mehrheit von 246 zu Gunsten der (radicalen) Regierungspartei.

Italien.

Turin. Die „Opinione" von Turin spricht von einem gedruckten Gebet, das in ganz Italien circulirt und worin Gott um die Bekehrung Englands gebeten wird!!

Neapel. Nach dem officiellen Blatt ist am 23. Oct. in Sicilien endlich einmal die Aufhebung des Belagerungszustandes proclamirt worden.

Spanien.

Madrid, den 12. Nov. Die Königin ist gewaltig erfreut: der Kaiser von Rußland will dieselbe anerkennen, was bisher nicht der Fall war. Es heißt neuerdings, der König von Baiern werde seiner Gesundheit wegen nach Spanien kommen; hier, so wie in Sevilla und Granada, werden Appartements in den Schlössern für ihn hergerichtet.

Rußland.

Warschau, den 12. Nov. Es verbreitete sich in diesen Tagen hier das Gerücht, es werde in unserer Stadt eine Zusammenkunft der drei Herrscher von Rußland, Preußen und Oesterreich stattfinden.

Auf der Universität Hölsingfors in Finnland ist die Philosophie aus der Reihe der Lehrgegenstände gestrichen, und der bisherige Professor Aminoff in Ruhestand versetzt worden.

Neueste Nachrichten.

*** Speyer**, den 20. Nov. Unsere Pariser Correspondenz vom Gestrigen ist heute nicht eingetroffen.

Turin, den 14. Nov. Unsere radicalen Blätter versichern Graf Sambuy, unser außerordentlicher Gesandter in Rom, sei abberufen worden, und das Stadtgespräch fügt hinzu, auch der Marquis Spinola werde den dortigen Posten verlassen. Beides aber bedeutete nichts anderes, als erneuerte Feindseligkeiten mit Rom. Gleichzeitig erscheint ein Zircular des Erzbischofs Fransoni, verstärkt durch Hirtenbriefe sämmtlicher Bischöfe der Diöcesen in Piemont, welche fast alle liberalen Blätter auf den Index setzen und alle ihre Leser mit ewigen Strafen bedrohen. Andererseits sollen die Prälaten entschlossen sein, das „Echo des Mont-Blanc" und den „Courrier des Alpes," welche sich bisher immer als Organe des Clerus geberdeten und die wahren Interessen der Kirche durch ihre unwürdige Polemik compromittirten, auf ähnliche Art zu desavouiren, wie mehrere französische Bischöfe es dem Univers gethan. (A. Z.)

Paris. Außer den vom Moniteur veröffentlichen Protestationen ist eine noch heftigere von Felix Pyat aus London eingetroffen, die man bis jetzt geheim zu halten sucht. — Zu Fontainebleau war der Präsident sehr freigebig; dem Pfarrer sicherte er sogar 200,000 Fr. aus seiner Privatcasse zur Ausbesserung und Erweiterung der ziemlich verfallenen Kirche zu, wo er getauft worden.

Die Erhöhung des Zolles auf belgische Steinkohlen hat deren Einfuhr in Frankreich noch nicht vermindert. 100 Pfund kosten jetzt in Paris 30 Cent. mehr, als früher.

Nach dem Moniteur ermahnen die Priester überall zum Votiren für denjenigen, der Religion, Familie und Vaterland gerettet habe und sie allein vor den noch immer drohenden Gefahren schirmen könne.

München, den 17. Nov. Einem mehrfach verbreiteten Gerüchte zufolge stünde ein Rücktritt des Staatsministers der Justiz, des Herrn v. Kleinschrod, zu gewärtigen. (N. C.)

Berlin, den 17. Nov. Im gestrigen Cabinetsrathe sind namentlich auch, wie man hört, die Budgetfragen zur Sprache gekommen. Es ist bereits mitgetheilt, daß die Erhöhungen des Etats für unser Heerwesen den Hauptpunct bilden. Wie verlautet, ist eine Uebereinstimmung in Betreff einzelner erheblicher Puncte nicht erzielt worden, indem von Seiten des Finanzministers Bedenken gegen dieselben erhoben wurden.

Die Ueberzeugung, daß bei unerwarteten Ereignissen auch selbst ein friedliebender Louis Napoleon nicht Herr der Verhältnisse bleiben dürfte, hat wol die Cabinette Englands, Rußlands, Preußens und Oesterreichs bestimmt, die Frage aufzuwerfen, unter welchen Umständen ein gemeinschaftliches Auftreten zur Nothwendigkeit werden könnte. Verhandlungen sind hierüber eingeleitet, doch scheint bis jetzt keine Vereinbarung erreicht zu sein. (K. Z.)

In einer vor einigen Tagen Statt gehabten Sitzung des Staatsministeriums haben die auf die Revision der Verfassung bezüglichen Anträge des Ministers v. Westphalen, welche als den Wünschen der Ritterschaft günstig bezeichnet worden, nicht die Mehrheit erlangt.

Wien, den 18. Nov. König Otto ist am 2. d. glücklich in Athen angelangt. Die Pforte hat den ungarischen, walachischen und griechischen Flüchtlingen aus Sparsamkeit die bisher angewiesenen Unterstützungsgelder entzogen.

Brüssel, den 17. Nov. Gestern fand in den Abtheilungen der Kammer eine Prüfung des Gesetzentwurfes über die Presse statt. Viele Mitglieder hatten sich gar nicht eingefunden, doch war die Debatte in einigen Abtheilungen sehr lebhaft. Der erste Theil des ersten Artikels des Gesetzes, welcher Reden oder Drohungen an öffentlichen Orten über fremde Regierungen oder Souveräne verpönt, wurde in allen Abtheilungen verworfen. — Die liberale Wahlassociation von Verviers hat einen Protest gegen das Preßgesetz an die Repräsentantenkammer beschlossen.

New-York, den 3. Nov. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß bei der am 31. Oct. stattgehabten Präsidentenwahl die demokratische Partei mit einer sehr großen Mehrheit gesiegt hat, und obgleich bis zur Stunde das Votum aller Staaten noch nicht in Washington ankam, so darf man doch von der Ernennung des Generals Pierce als von einer ausgemachten Sache sprechen. Maine, New-Hampshire, Connecticut, Rhode-Island, New-York, Pennsylvanien, New-Jersey, Michigan, Indiana, Illinois, Wisconsin, Iowa, Missouri, Maryland, Virginia, Süd-Carolina, Georgien, Alabama, Mississippi, Arcansas und Texas, das heißt zusammen 196 Stimmen des Wahlcollegiums, haben zweifelsohne für den General Pierce entschieden. Zu diesen kommen wahrscheinlich noch 58 Stimmen von Ohio, Delaware, Nord-Carolina, Florida, Louisiana und Californien. Alle unsere Blätter, selbst die von entschieden whiggistischer Färbung, gestehen, daß eine so entschiedene Majorität, wie

diesmal, noch bei keiner Präsidentenwahl vorgekommen sei. Und jetzt, da die Wahl vollzogen ist, lassen selbst die Gegner des Gewählten seinem Privatcharacter vollständige Gerechtigkeit widerfahren.

Der New-York Herald berichtet, gegen 100 Fischerbarken von Neu-Schottland, die durch widrige Winde bei Port Hood festgehalten wurden, seien von Capitän Campbell, dem Commandeur des britischen Kriegsdampfers Devastation, confiscirt worden, weil sie unter falschem Register ausgelaufen. Die anderen, deren Papiere regelrecht waren, wurden nicht belästigt, bis auf eine Barke, die sich aber ans britische Wachtschiff nicht weiter kehrte und in die See stach. Die Regierung hat, wie sie diese Nachrichten empfing, sogleich den Regierungsanwalt mit Capitän Seymour nach Port Hood abgesandt, um die Sache zu untersuchen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1310a] **Offene Lehrlingsstelle.**

In ein Speditions- und Weingeschäft in einer Stadt am Rhein wird ein braver junger Mensch von guter Familie als Lehrling gesucht, Kost und Logis kann auf Verlangen im Hause gegeben werden. Näheres bei der Expedition.

[1297a] Ein wohlerzogener junger Mensch kann bei einem Buchbinder, auf dem Lande, gegen annehmbare Bedingungen in die Lehre treten. Frankirte Briefe bef. die Exped.

[1308a] **Mobilienversteigerung.**

Mittwoch, den 24. l. M. Vormittags 8 Uhr anfangend, läßt Hr Friedrich Wagner, Gutsbesitzer zu Duttweiler in seiner Wohnung allda, verschiedene Mobiliar-Gegenstände, worunter 3 junge Pferde (dabei ein trägtiges) 1 Fohlen, 5 Kühe, 6 Rinder, 4 Schweine, 2 vollständige Wagen, verschiedenes Pferdsgeschirr, alle mögliche Ackergeräthschaften, eine vollständige Brennerei-Einrichtung, ferner circa 3000 Liter 1852er Wein, 1000 Centner Kartoffeln, 300 Centner Klee- und Wiesenheu, endlich 300 Centner Stroh, unter annehmbaren Bedingungen an die Meistbietenden versteigern.

Neustadt, den 16. November 1852.

A. Neumayer, Notär.

[1252c] **Das überseeische Geschäftsbureau** von

Ritz, Kapp & Cie. in Newyork,

Chatam Street Nro. 67,

besorgt alle Rechts- und Erbschaftsangelegenheiten, welche eine in Amerika und Europa zusammenwirkende Thätigkeit verlangen und vermittelt Geldsendungen nach Amerika.

Die Einzahlungen geschehen an den unterzeichneten General-Agenten, welcher demnächst dem Zähler die beglaubigte Original-Quittung des Geldempfängers kostenfrei einhändigt.

Mainz, den 23. September 1852.

Dr. Müller-Melchiors.

[1229a] **Mit allerhöchster Genehmigung des königl. Ministeriums des Innern.**

Der ächte, seit 17 Jahren im In- und Auslande renommirte

Mailändische Haarbalsam, approbirt von höchsten Medicinalstellen und rühmlichst empfohlen durch Tausende der unverwerflichsten Zeugniße von Personen aus allen Ständen, großen Chemikern und Aerzten von europäischem Ruf und Namen, ist das beste Mittel zur Erhaltung, Verschönerung, Wachsthumsbeförderung und Wiedererzeugung der Haupthaare sowohl als zur Hervorrufung kräftiger Schnurr- und Backenbärte in schönster Fülle, und erfreut sich fortwährend des ausgezeichnetsten Beifalls und der größten Verbreitung. Preis 54 kr. das große und 30 kr. das kleine Glas sammt Bericht. Nicht weniger vortheilhaft bekannt sind:

Eau d'Atirona, oder die feinste flüssige Toilettenseife, ein bewährtes schon 13 Jahre bei beiden Geschlechtern in großen Ehren stehendes cosmetisches Mittel zur schmerzlosen Entfernung der Leber- und anderer gelber und brauner Flecken, Sommersprossen, Hitzblätterchen, Mitesser, Finnen und sonstiger Hautunreinheiten, sowie zur Erhaltung und Herstellung einer schönen, reinen, weißen Haut, welche diese flüssige Seife stärkt, den schädlichen Angriffen der wechselnden Witterung widersteht, vor Runzeln bewahrt und die Haut in jugendlicher Frische und belebtem Ansehen erhält, dabei sich noch besonders durch den angenehmsten Wohlgeruch empfiehlt so wie mit großer Superiorität alle andern Toilettenseifen und Schönheitswasser ersetzt, wie diese auch Namen haben mögen. Das ganze Glas wird zu 40 kr. und das halbe zu 20 kr. nebst Gebrauchsanweisung mit Zeugnißen berühmter Aerzte und Chemiker abgegeben.

Eau de Mille fleurs nach neuester Pariser Composition, das große Glas zu 36 kr. und das kleine zu 18 kr. Wenige Tropfen ertheilen den lieblichsten und dauerndsten Wohlgeruch, so daß man glaubt, sich in einem Gewächshause zu befinden, das voll ist von köstlich duftenden Blumen.

Duft-Essig, ein vorzügliches Räucherwerk und Luftreinigungsmittel, wovon 8 bis 10 Tropfen ein geräumiges Zimmer mit dem erquickendsten und belebendsten Duft erfüllen und die Luft von allen übelriechenden und schädlichen Dünsten reinigen. Preis 15 kr. das Glas. Die Kosten für Verpackung und Postschein sind bei 1 oder 2 Gläsern 6 kr. Briefe und Gelder franco, auch können letztere nachgenommen werden. Zur Erkennung der Aechtheit dieser bewährten und beliebten Fabrikate ist jedes Glas derselben mit meinem Petschaft gesiegelt und mit einer Etikette versehen, welche meinen Namen trägt.

Mein Haupt-Depot obiger Artikel für die Pfalz befindet sich bei Hrn. G. L. Lang in Speyer.

Carl Kreller, Chemiker in Nürnberg.

Von obigen Artikeln habe ich Hrn. C. Ruff, Buchhändler in Kirchheimbolanden, ein Depot für Kirchheimbolanden und Umgegend übergeben.

G. L. Lang in Speyer.

[1253] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
" Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
" Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
" Landau bei Hrn. A. Schimpf,
" Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
" Pirmasens bei Hrn. Wilken,
" Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

[1299a] **Am 1. & 2. December 1852**

findet die Ziehung der von der freien Stadt Frankfurt a. M. garantirten Geldverloosung statt. Die Hauptpreise derselben sind: 200,000, 100,000, 40,000, 25,000, 2 à 20,000, 2 à 15,000, 12,000, 3 à 10,000, 2 à 6000, 3 à 5000, 3 à 4000, 12 à 2000, 86 à 1000 fl.; außerdem 12,500 Gewinne geringeren Betrages.

Das unterzeichnete Handlungshaus, welches von der Regierung mit dem Verkauf der Original-Loose beauftragt ist, erläßt 1/1 Loose à 6 fl., 1/2 à 3 fl., 1/4 à 1 fl. 30, 1/8 à 45 kr., und verspricht bei pünctlicher Ausführung der Aufträge die reellste Bedienung.

Heinrich Steffens;
Comptoir, Mainstraße 10 in Frankfurt a. M.

Neue
Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 281 | den 23. November 1852.

Deutschland.

* **Speyer**. Man will Ruhe, des materiellen Wohles willen. Wer aber dies wünscht, muß vor Allem einen solchen Zustand verlangen, der nicht zu Schwindeleien benützt wird, und der Garantien seiner Dauerhaftigkeit in sich selbst trägt. Sind diese Bedingungen im heutigen Frankreich gegeben?

Nachgerade sieht beinahe Jedermann ein, daß in den Geschäfts- und sonstigen Verhältnissen die allerfurchtbarste und allgemeinste Schwindelei eingerissen ist, und daß eine merkantillische Crise eintreten muß, wie sie einst auf die noch heute sprüchwörtlichen Law'schen Projecte erfolgte. Wirklich solide Geschäfte sind beinahe nicht mehr zu machen. —

„Garantien der Dauer" aber! Ein falsches Gerücht, daß Napoleon vom Pferde gestürzt sei, konnte eine solche Wirkung auf die Börse hervorbringen, daß Hunderttausende verloren wurden! Wie, wenn der Präsident wirklich gestürzt wäre; wie, wenn er sich bedeutend beschädigt hätte, oder wenn er gar umgekommen wäre? Welche Stabilität bietet ein Zustand dar, bei dem die Geschicke einer ganzen Nation auf zwei Augen ruhen? Welche Garantien der Dauer trägt ein solcher Zustand in sich selbst?

Dabei haben wir noch gar nicht von den Eventualitäten eines Krieges geredet. Auch nicht von den Verhältnissen, in welche die Finanzen Frankreichs immer mehr zu kommen drohen.

* **Pfalz**. Die Rückschritts-Zeitungen in und ausserhalb der Pfalz sind wiederholt auf unsere neulichen Landrathsverhandlungen zurückgekommen. Es wird sonach natürlich befunden werden, wenn ein freisinniges Blatt ebenfalls noch einige Bemerkungen darüber mittheilt.

Vor Allem drängt sich jener Streit wieder in die Erinnerung, welcher über die politischen Ansichten und die Richtung der Gewählten geführt ward. Die Speyerer Ztg. begnügte sich, zu sagen: der neue Landrath bestehe wesentlich aus selbständigen, weit überwiegend aus freisinnigen Männern. Die „Pflzr. Ztg." dagegen rechnete nach allen denkbaren Schattirungen aus, welchen noch so feinen Nüancen die einzelnen Gewählten angehörten; es war eine Classification, so haarscharf genau, als man nur die leisesten Abweichungen nach den 64 Strichen der Windrose bezeichnen kann. Da hörte man von Democraten, Liberalen, Liberal-Conservativen und Urconservativen, und was die Hauptsache, das angeblich auf genaueste Kenntniß und auf genaueste Erhebungen sich gründende Facit war: 15 Conservative vom allerreinsten Wasser der Pflzr. Ztg. und nur zwei Democraten befinden sich unter der Gesammtzahl von 23 Mitgliedern. —

Nun, die Reactionsorgane haben sich freilich lächerlich gemacht, und die neue Münchnerin wie die Augsburger Allgemeine mögen ihrem Correspondenten in der Pfalz den wohlverdienten Preis für seine, die weiland Stieffel'schen Wetterprophezeihungen weit übertreffenden Vorhersagungen zu Theil werden lassen.

Allein dies ist nicht der Grund, aus dem wir heute zur Feder griffen; solches lohnte wahrlich nicht der Mühe. Wir wollen vielmehr eine Folgerung aus diesem Vorgange ziehen, welche man ausserhalb der Pfalz beherzigen mag, (denn die Pfälzer selbst wissen in dieser Beziehung längst, woran sie sind). Nach jenen hochmüthigen Verkündigungen, und der eisernen Stirne, mit der sie bis zum letzten Augenblicke aufrecht erhalten werden wollten, muß es wol jedem Denkenden klar sein, wie diejenige Coterie, welche heute das große Wort in Betreff der Pfalz zu führen versucht, und welche mit namenloser Anmaßung jede selbständige Ansicht zu schmähen sich erlaubt, — es muß Jedem klar sein, sagen wir, wie diese Coterie sowol das Land als seine Bewohner durchaus gar nicht kennt. Wenn dies bezüglich der Notabilitäten des Landes, wenn es in einem Falle vorkommen konnte, in welchem es sich um Personen handelt, die der Mehrzahl nach im ganzen Lande längst bekannt sind, über welche sodann Wochenlang alle möglichen Erkundigungen eingezogen wurden, und hinsichtlich eines Verhältnißes, dessen Ergebniß alsbald Jedermann vor Augen treten mußte, — welche Glaubwürdigkeit kann jene Coterie da beanspruchen, wo es sich um wenig oder gar nicht bekannte Personen und um Verhältniße handelt, die öffentlich durchaus nicht controlirt zu werden vermögen? Welchen Werth können sodann die von dieser Seite kommenden Versicherungen, ihre Vorschläge, ihre Empfehlungen besitzen? Welche Bedeutung hat jene Coterie im Lande selbst, trotz alledem und alldem? Was wird sie, wenn Stürme irgend einer Art früh oder spät sich erheben, für das jetzige Regime thun? was wird sie für dasselbe zu thun im Stande sein? Das Jahr 1849 mag die Antwort geben auf diese Frage. Wie viele von Denen, welche heute die eifrigsten Democratenverschlinger sein wollen, zeigten sich denn damals als solche? wie Manche sah man nicht sogar auf der entgegengesetzten Seite thätig? Und würde es anders sein, wenn es sich, statt um Democraten, um eine feindliche fremde Macht handelte?

Die Pfalz — hat dieses Blatt oft ausgesprochen — wünscht sehnlich, daß die politischen Proceße und ihre Folgen ein Ende finden möchten. Man erinnere sich, in welcher Weise dem widersprochen und selbst zu weiteren und weiteren Verfolgungen hinzutreiben versucht ward. Auch wir erachteten es weise, daß der hochverdiente Landrathsabgeordnete Hr. Keller seinen deßfallsigen Antrag für diesmal zurückzog. Wir fanden es weise, nicht weil, wie abgeschmackt glauben zu machen versucht ward, keine Majorität dafür zu erlangen gewesen wäre (die ganze Verhandlung bewies deutlich genug das entschiedenste Gegentheil!) sondern weil dagegen geltend gemacht wurde: ein solcher Beschluß werde den Unglücklichen schaden, und weil man dann nicht unterlassen haben würde, alle nicht zur Verwirklichung gelangten Wünsche dem Landrathe zu Last zu setzen. Allein hat sich im ganzen Landrathe auch nur eine Stimme gegen den Inhalt des Keller'schen Antrags an sich erhoben? Nein! Auch die Conservativsten vereinigten ihre Wünsche mit denen des Antragstellers, und insbesondere sprach sich der kathol. Geistliche Hr. Ehmant in einer Art aus, die keinen Zweifel ließ, daß ihm das Loos der Unglücklichen tief zu Herzen ging, und daß er von ganzer Seele dessen Ende ersehne. Kann man in Abrede stellen, welche Gefühle und Hoffnungen in dieser Beziehung bei einer neulichen feierlichen Gelegenheit die Bevölkerung der Pfalz, und namentlich die Einwohnerschaft von Zweibrücken, Kaiserslautern, Speyer u. s. f. erfüllte? Wir wüßten in dieser Hinsicht Thatsachen anzuführen, allein wir schweigen darüber aus dem nemlichen Grunde der Delicatesse, welcher den Landrath leitete. Nur wider die gegentheiligen Behauptungen erheben wir Einsprache. —

AC* **Frankfurt**, den 20. Nov. Bei unbedeutenden Veränderungen ist die Stimmung unserer Börse etwas günstiger zu nennen. Disconto 2¾ % Geld 3¼ Papier. Die meisten ausländischen Fonds sind etwas höher notirt.

*— Ein aus Berlin datirter Artikel des Wiener Lloyd bringt die bekannte Geschichte zweier preußischer Handwerksburschen, deren sich der österreichische Viceconsul von Martyrt in sehr ehrenhafter Weise annahm, mit dem „unberechenbaren Gewinn" in Verbindung, welchen die Handelseinigung Gesammtdeutschlands haben müßte. Wir können dem Lloyd ein hierher gehörendes Beispiel von einem württembergischen Handwerksburschen erzählen, der sich des Schutzes einer fremden Autorität erfreute, mit der in eine Handelseinigung zu treten der österreichischen Presse wol am wenigsten einfallen wird. Der zum Commissär für die große Londoner Industrieausstellung ernannte Beamte eines süddeutschen Staates (Hr. Regierungsrath v. S—s) hatte bei seiner Abreise nach London mit einem Tischlergesellen für gewisse Arbeiten im Ausstellungsgebäude einen Contract abgeschlossen, der für eine bestimmte Zeit in Kraft bleiben sollte. Kurz nachdem diese Arbeiten in Angriff genommen waren, fiel es unserm Regierungsrath ein, andere Anordnungen treffen und den Tischlergesellen entlassen zu wollen. Da die gütlichen Vorstellungen des Letzteren ohne Gehör blieben, so wandte sich derselbe an die Vertreter der englischen Gesetze. Die englischen Richter prüften den Contract und zwangen den Beklagten zur Erfüllung desselben. Der Verurtheilte suchte zwar geltend zu machen, daß es ein unerhörter Fall sein werde, wenn ein deutscher Regierungsrath gegen einen deutschen Handwerksburschen verurtheilt werden sollte, und wollte die Competenz des englischen Gerichtes nicht anerkennen; das Letztere ließ indeß diese Einrede nicht gelten, sondern nahm sich des deutschen Handwerksburschen nachdrücklich an. Wir wollen das Verdienst des Hrn. v. Martyrt durchaus nicht schmälern; wenn es aber erlaubt sein soll, vom Kleinen auf das Große zu schließen, so ließe sich aus dem von uns hier erzählten Factum wol ein triftiger Grund zur Befürwortung von Verbindungen ziehen, denen man in Oesterreich gänzlich abgeneigt ist.

*— Die Innsbrucker Zeitung ist ein Paar Mal mit Beschlag belegt worden, weil sie die in Oesterreich noch bestehenden Binnenzölle für Getreide heftig angriff. Tirol bezieht ⅔ seines Getreides aus andern Provinzen, und seufzet unter dem davon zu entrichtenden Zoll. Und man kann glauben, Oesterreich werde schon mit dem Jahre 1854 seine Gränzen öffnen wollen!

*— In einer Besprechung des Niederösterreichischen Gewerbevereins in Wien zeigte der Vereinssecretär Heinrich neue Hufeisen für Pferde ꝛc. aus gewalztem Eisenblech, welche Hr. Probaska auf einer neuerfundenen Maschine erzeugt hatte, die nach Angabe dieses österreichischen Industriellen im Stande ist, täglich 3600 Stück Pferdehufeisen anzufertigen. Wir machen die württembergischen Hufschmiede auf diese Maschine aufmerksam. Diejenigen, welche ihnen den Mund mit vorgespiegeltem Absatz nach Oesterreich wässern machen, werden wol keine Notiz davon nehmen.

München, den 18. Nov. Der Gewerberath und der Gewerbeverein haben bezüglich der Zollvereinsfrage eine Adresse an den Monarchen beschlossen, in welcher sich dieselben mit dem Verfahren der Staatsregierung in dieser hochwichtigen Angelegenheit vollkommen einverstanden erklären. (A. Z.)

München, den 20. Nov. Schon mit der Rückkehr des Königs von den Jagden in der Riß verbreitete sich die Nachricht, daß auch das ganze bisherige Ministerium in die „Risse" gehen würde, ja damals war, wie der Münchener Bote wohl weiß, nicht wenig von einer durchgehends neuen Besetzung der Ministerstellen, mit Ausnahme der des Finanzministers, die Rede. Jetzt ist die Angelegenheit, wie man hört, in so ferne, wenigstens vorläufig, bereinigt worden, daß ein theilweiser Ministerwechsel eingetreten ist, wie der Münchener Bote sich von mehreren, die's wissen können (weil sie's selbst angeht), hat sagen lassen, die Ernennung des Hrn. Grafen Reigersberg zum Minister des Innern gewiß; ebenso gewiß ist die Uebernahme des Kultusministeriums durch Hrn. v. Zwehl. Deßgleichen ist bereits ein Nachfolger des Hrn. Grafen Reigersberg in der Person des Ministerialrathes Hrn. Grafen Hundt als Präsident von Oberbaiern ernannt. Etwas anderes ist's mit dem Justizministerium: daß Hr. v. Kleinschrod längst abzutreten wünschte, ist eine ebenso bekannte Thatsache, als die, daß die Gerichtsorganisation, mit oder ohne Herrn v. Kleinschrod, wohl nicht in's Leben treten würde. Daß dieser Minister aber durch Hrn. v. Welden ersetzt werden sollte, wie ein hiesiges Blatt schreibt, glaubt der Münchener Bote vorerst noch mit Recht bezweifeln zu dürfen. Dagegen hört man von einem andern Candidaten für das Justizministerium, nämlich von dem Appellationsgerichtspräsidenten Frhrn. v. Wulfen in Passau, womit dann möglicherweise die Besetzung der Stelle des letzteren durch Hrn. v. Ringelmann verbunden wäre. (M. B.)

Das Kreis- und Stadtgericht München hat gegen die Schrift „Deutschland und die abendländische Civilisation" die Unterdrückung ausgesprochen, weil sie auf Seite 193, 199, 206 und anderwärts Ausdrücke enthält, durch welche die katholische Religion mit Verachtung angegriffen und die baierische Staatsregierung durch Beimessung verächtlicher Handlungen beleidigt wird. (Fr. K.)

Freiburg, den 19. Nov. Die hiesige Zeitung widerspricht der Nachricht, daß die Jesuiten aus Sigmaringen ausgewiesen worden seien, und versichert „aus der zuverlässigsten Quelle," daß diese Nachricht eine falsche ist. Es wurde nur der Versuch gemacht die ausländischen Patres zu entfernen. Allein auch dieses unterblieb.

Heilbronn. Unter Beziehung auf den früheren Artikel von hier, möchten wir hiemit nachträglich melden, daß es nicht blos einzelne Schiffer in unserem Hafen waren, welche dem treuen Volksmanne Schoder ihre Liebe und Verehrung durch Aufhissung der Trauerflagge kund gegeben haben, sondern daß sämmtliche Fahrzeuge ohne Ausnahme ihre Flaggen auf Halbmast gesenkt hatten, so daß unser Kanal das Gepräge einer Universaltrauer verrieth. Wer da weiß, daß eine solche Ehrenbezeugung nur dem Capitän und seinen nächsten Familienangehörigen, außerdem aber in höchst seltenen Fällen jemand Anderem dargebracht wird, der mag aus dieser einmüthigen Flaggenhuldigung bemessen, wie sehr alle Kreise der Gesellschaft an dem so schmerzlichen Tode unseres bewährten, allgemein verehrten Schoders den innigsten Antheil nehmen! (Beob.)

Kassel, den 15. Nov. Gegen die verhafteten Mitglieder des bleibenden landständischen Ausschusses, Schwarzenberg, Henckel und Gräfe, ist eine Verfügung des Ministeriums erfolgt, wonach sie die als Mitglieder des bleibenden landständische Ausschusses in den Monaten September bis December 1850 bezogenen Diäten wieder herauszahlen sollen.

— den 19. Novbr. Der hiesige Regierungsdirector Wachs, der bei der Geburtsfeier des Kurfürsten zu Wilhelmshöhe dem ihm untergebenen Bürgermeister, als Landtagsabgeordneten hier weilenden und zur Opposition gehörenden Gutsbesitzer Bernhardt zu Nieste die Worte zuschleuderte: „Weg von mir Satan!" ist gerichtlich zur Abbitte und in die Kosten verurtheilt worden.

Weimar, den 19. Novbr. Der Abgeordnete der Thüringer Zollgruppe, unser Finanzminister Thon, ist bereits nach Berlin zurückgekehrt. Er überbringt daselbst die Genehmigung der sämmtlichen thüringischen Regierungen zu der eventuellen Erneuerung des Zollvereins mit Preußen, aber, wie ich vernehme, zugleich die Ermächtigung für dasselbe, mit Oesterreich einen Zoll- und Handelsvertrag auf denjenigen Grundlagen abzuschließen, welche Preußen seinem und seiner Verbündeten Interesse für entsprechend erachtet.

Köln, den 14. Nov. Sogar die Augsburger Allg.

Ztg. sagt unter dieser Ueberschrift über den Communistenproceß: „Die Stimmen des Publicums sind über den Spruch der Geschworenen und der Richter sehr getheilt... Ich spreche nur von dem denkenden und, wenn man will, von dem sachverständigen Publicum. Viele Juristen hegen die Ansicht, daß der objective Thatbestand des Complotts nicht vorhanden gewesen sei, und darüber ist man ziemlich allgemein einverstanden, daß von fester strafrechtlich strafbarer Form wenig zu Tage gekommen ist. Für die Angeklagten nahm die Sache mit dem Augenblick eine gefährliche Wendung, wo Subsidiarfragen zugelassen wurden, und der Staatsprocurator Saedt das Wort nahm, der mit allem Aufwande seines anerkannten Talentes die schwankende Anklage emporhielt. In Beziehung auf die Bedeutsamkeit des Complotts kann man nur die Aeußerung der Kölnischen Zeitung bestätigen, daß die ganze Verhandlung statt der Stärke und Furchtbarkeit des „über ganz Europa" verzweigten Bundes, nur die vollständige Schwäche und Ohnmacht desselben zur Anschauung gebracht hat. Die Versicherungen und Erhebungen der Policei haben sich einem guten Theil nach als sehr zweifelhafter Natur bewiesen, und der Policeirath Stieber hat sich keine Lorbeeren hier gesammelt."

Berlin, den 16. Novbr. Der Fürst von Pückler-Muskau ist (wie der „Fr. P. mitgetheilt werden will) zur katholischen Religion übergetreten.

— den 20. Nov. Die von der „Kasseler Ztg." zuerst gebrachte Nachricht von einer bevorstehenden Vermählung des Prinz-Regenten von Baden mit einer österreichischen Prinzessin entbehrt jeder Begründung.

Das frische Haff ist theilweise schon mit einer Eisdecke belegt, so daß am 15. Nov. die Fahrten der Dampfschiffe von Königsberg nach Pillau vorläufig eingestellt werden mußten.

Hamburg, den 18. Nov. Zwei Wirthe sind wegen Abhaltung der Robert-Blum-Feier, jeder in 10 Thlr. Strafe verurtheilt worden.

Frankreich.

† **Paris,** den 19. Nov. Eine Anzeige im „Moniteur," welche sich in sehr mysteriöses Dunkel hüllt, enthält eine Warnung gegen die Leichtgläubigkeit mit welcher Gerüchte verschiedener Art aufgenommen würden, ohne Diejenigen zu bezeichnen, vor welchen man sich hüten soll. Es ist eines jener Prachtexemplare bureaukratischer Veröffentlichungen, die nicht wagen, die Sache beim rechten Namen zu nennen, und durch ihren nebligten Styl weit mehr Aufregung erzeugen, als sie dämpfen wollen. Sie lautet: „Seit einiger Zeit beeifert sich die Bosheit beunruhigende Gerüchte (welche?) zu verbreiten. Alle diese Erzählungen (welche?) sind falsch. Nicht allein in Paris, sondern auch in den Departements sind derartige Anstrengnugen gemacht worden. In den letzten Tagen sind sie (welche?) jedoch mit mehr Verbreitung wieder aufgetaucht. Die öffentliche Meinung wird sich jedoch nicht von Manövern blenden lassen, deren Ziel so leicht zu errathen ist." — Es ist wirklich schwer, sich vor etwas in Acht zu nehmen, wovon man keine Ahnung hat. Es fehlt nicht in Paris an Gerüchten alle Tage, und die französische Correspondenz hat sich mehr als jeder Andere vor ihnen in Acht zu nehmen, wenn sie das erlangte Renomée der Authentizität bewahren will. Wenn man aber die Gerüchte durch offiziöse Warnungen in unsichtbare Gespenster verwandelt, so läuft sie allerdings Gefahr, nach verbotenen Nebelgestalten zu tappen, während sie die Wahrheit zu erfassen glaubt. Die Proclamirung des Kaiserreiches kann vor der Abstimmung auch nur unter die Gerüchte gezählt werden, wir hoffen nicht, daß sich die offiziöse Warnung mit dem aufgehobenen Zeigefinger darauf bezieht. — Zwischen der Hypothekenbank in Paris und dem Ministerium des Innern ist ein Vertrag geschlossen worden, demzufolge diese Gesellschaft verpflichtet ist, in ganz Frankreich Zweigbanken zu errichten, wenn sie auf die ihr durch das präsidentielle Decret versprochenen Vortheile Anspruch machen will. Diese Uebereinkunft legt ihr die Verpflichtung auf, Darlehen für alle Departements, im Verhältniß der örtlichen Bedürfnisse, bis zur Höhe von 200 Millionen zu machen, und zwar unter der Bedingung, daß in den vom Darleher zu zahlenden 5 Proc. Zinsen, alle Kosten und der Tilgungsfond mit einbegriffen ist, so daß, wer 50 Jahre lang 5 Proc. Zinsen für das erhaltene Capital gezahlt hat, seine ganze Schuld abgetragen hat. Diese Contractsbedingungen sind jetzt dem Staatsrath zur Prüfung und zur Begutachtung überwiesen worden.

Der Polizeipräfect macht in diesem Augenblicke von der ihm übertragenen Macht, alle Individuen ausweisen zu können, welche nicht einen regelmäßigen Erwerb nachweisen, einen ausgedehnten Gebrauch. Alle der Policei bekannten falschen Spieler und Industrieritter werden aus dem Departement der Seine ausgewiesen. — Es wird ein Gendarmeriecorps von 50 bis 60,000 Mann unter dem Commando des General Magnan errichtet werden, das eine Art kaiserlicher Garde bilden und in Paris stehen soll.

Die Legitimisten sind erbittert darüber, daß das Manifest des Grafen Chambord unmittelbar hinter den revolutionären Aufrufen publicirt wurde. Sie gestehen jedoch, daß jenes Actenstück eine vollständige Niederlage im ganzen Lande erlitten hat.

† **Paris,** den 20. Nov. Morgen finden die Wahlen statt, welche über die Bildung des neuen Kaiserreiches zu bestimmen haben. Jedermann weiß, daß auf die wirkliche Anzahl der bejahenden Stimmen keine Rücksicht genommen wird. Das Kaiserreich ist schon fertig, es war schon am 10. Dec. 1848 fertig. Den Parisern kommt die Phantasmagorie der letzten Ereigniße wie ein Traum vor. Sie sehen das Unvermeidliche, was da kommt, wie eine unabweisbare Nothwendigkeit an. Die Massen werden morgen und übermorgen zu den Wahlurnen eilen und ihr Votum niederlegen, ohne Bewußtsein, ohne Calcul für die Zukunft. Es ist ein allgemeiner Rausch, der sich in sanfte, fromme Träume einwiegt; das Nüchternwerden wird nachfolgen mit all' dem moralischen Katzenjammer, der einer künstlichen Aufregung nachzufolgen pflegt, und die der Regel de Tri kundigen Pariser werden anfangen zu berechnen, was und wie viel ihnen das Kaiserthum eingetragen (oder gekostet!) hat.

Nach den eingegangenen Nachrichten aus den Departements bereiten die Landbewohner für die bevorstehenden Wahltage wahre Festtage vor. Verschiedene Gemeinden haben besondere Fonds zu diesem Zwecke votirt. (!) Die Ortsbehörden entwickeln die größte Thätigkeit, um die Gemeinden zum Stimmen für das Kaiserreich zu veranlassen. Die Regierungsblätter sind mit Proclamationen der Präfecten und Maires der einzelnen Ortschaften angefüllt. — Obgleich das Decret über die allgemeine Mobiliarbank an der Börse ziemlich gut aufgenommen worden, fielen die Course doch alle ohne Ausnahme. Das Fallen der heutigen Börse kann man aber diesem längst erwarteten Decrete nicht zuschreiben, sondern gewissen Ursachen, die wir hier nicht erörtern können. Es wurde viel verkauft und Jeder wollte sich deßhalb decken, so daß, trotz des heutigen Dekrets, die 3proc. Rente um 35 Cent. und die 5proc. sogar um 60 C. herunter ging. Die Eisenbahncourse fielen nicht sehr bedeutend.

Paris, den 18. Novbr. Der Assisenhof des Var-Departements hat am letzten Sonntag sein Urtheil über die Decemberinsurgenten von Cuers gesprochen: 2 sind zum Tode, 1 zu 20 Jahren Zwangsarbeit, 1 zu 15 Jahren der nämlichen Strafe, 2 zu 10 Jahren Zuchthausstrafe und 4 zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Die beiden zum Tode Verurtheilten werden in Cuers hingerichtet werden. Ein Einziger ist freigesprochen.

Im Journal la Provence liest man: „Es wird uns angezeigt, daß Fontanille, der gewesene Policeicommissär in Marignane, der vor den Assisen zu Aix wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt verurtheilt wurde, vom Prinz-Präsidenten begnadigt worden ist." Dieser Beamte hatte in der Zeit der Staatsstreichs-Dictatur die Einwohner

mit dem Deportationsschrecken tyrannisirt und um gutes Geld Freibriefe verkauft. Die ihm zu Theil gewordene Nachsicht scheint er seiner sonstigen Brauchbarkeit zu verdanken. (!) (Allg. Ztg.)

— den 19. Novbr. Der Präfect des Moseldepartements hat die HH. d'Huart und von Puymaigre von ihren Functionen als Maires ihrer Gemeinden suspendirt, „weil sie dem Eide, welchen sie dem Prinzen Louis Napoleon geleistet hätten, untreu geworden wären."

Spanien.

* **Madrid**, den 15. Nov. Der Ministerwechsel ist beschlossen worden, und morgen wird die Hofzeitung die Nachfolger der Hrn. Ordonez und Reinoso bringen. Ein Portefeuille erhält Hr. Bordin und das Kriegsministerium Hr. Bertran de Lis.

Italien.

Kirchenstaat. Daily News läßt sich aus Rom, 8. Nov., schreiben: Das 40. französische Linienregiment, welches beim Coup d'état am 2. Dec. eine Rolle gespielt hat, ist seit Kurzem hier, und die Officiere wundern sich über die kalte Aufnahme, die ihnen zu Theil wird. Einige wollten jüngst im Kafe del Commercio mit einer Gruppe von Bürgern ein Gespräch anknüpfen, doch wollte oder konnte keiner der Angeredeten Französisch verstehen. Die Officiere geriethen beinahe in Wuth darüber, und zwangen den Kellner, im Saal die Runde zu machen, und jeden der anwesenden Gäste zu fragen, ob er mit dem Idiom der großen Nation vertraut sei? Aber ein Römer nach dem andern zuckte die Achseln, und schüttelte: Nein!

Großbritanien.

London, den 18. Nov. Heute fand die Leichenfeier des Herzogs von Wellington statt. Der Leichenzug, der vom Chelseahospital, wo die Leiche auf dem Paradebette gelegen hatte, nach der St. Paulskirche ging, wo sie beigesetzt wurde, wird als der glänzendste und feierlichste geschildert, den England je gesehen. Ganz London auf den Beinen.

Gestern kam im Unterhause die Motion von Villiers zur Vorlage, das Haus wolle sich (gegen die ministeriellen Tendenzen) für weitere Entwicklung des Freihandelssystems aussprechen.

Dänemark.

Kopenhagen, den 17. Nov. Im Volksthing fand gestern und heute eine sehr interessante Debatte statt über das provisorische Aushebungsgesetz, zu dessen erstem Paragraph der Ausschuß das Amendement gestellt hatte, daß die ausgehobene Mannschaft nur in dänischen Truppenabtheilungen dienen, und nicht im Dienste des deutschen Bundes verwendt werden solle. Dieser Zusatz wurde eifrig bekämpft vom Justiz- und Kriegsminister, aber nach einer langen und lebhaften Discussion mit 75 Stimmen gegen 2 (Tillisch und Rée) unverändert angenommen, nachdem ein Amendement des Justizministers zu dem Vorschlage des Ausschusses bei namentlicher Abstimmung mit 67 gegen 22 und ein zweites mit 44 gegen 28 Stimmen verworfen worden war.

Neueste Nachrichten.

München, den 20. Nov. Mit der Besetzung der Justizministerstelle ist man noch immer nicht in's Reine gekommen; den Hauptbaken bildet die Gerichtsorganisation, welche verschiedene Personen, an die man sich gewendet hat, nicht fahren lassen wollen; drei Appellationsgerichtspräsidenten, die HH. v. Lehner in Aschaffenburg, v. Wulffen in Passau, v. Volk in Bamberg, haben sich in diesem Sinne ausgesprochen. Unter diesen Umständen glaubt der Münchener Bote heute schon mehr an die Berufung des Hrn. v. Welden. (M. B.)

Professor v. Siebold ist von Breslau an die hiesige Universität berufen.

Der Cürassier-Oberlieutenant und diplomatische Eleve Graf Hompesch ist dieser Tage mit einer besondern Mission in Betreff der griechischen Thronfolge nach London abgereist. (A. Z.)

Mainz, den 20. Nov. In Folge allerhöchster Weisung ist die Uniformirung der Civilstaatsdiener nun auch auf die Lehrer an den Gymnasien, Realschulen und der Gewerbschule ausgedehnt worden. Die Uniform ist, wie sich von selbst versteht, im Dienste stets zu tragen.

Berlin, den 20. Nov. Man spricht hier davon, daß Graf Chambord es noch nicht aufgegeben habe, dem jetzt durch den „Moniteur" veröffentlichten Protest einen andern folgen zu lassen, welcher zur Uebergabe an die europäischen Höfe bestimmt ist.

Gegen Ende des vorigen Monats ist von dem evangelischen Pfarrer zu Collin in Schlesien an der böhmischen Grenze der bisherige römisch-katholische Priester Joseph Cordina, Cooperater zu Neu-Packau in Böhmen in die protestantische Kirche aufgenommen worden. Seit Kurzem ist dies der fünfte katholische Priester, der in Preußen zum Protestantismus übergangen ist.

Wien, den 18. Nov. Das neue Oesterreich ist wesentlich ein uniformirtes, und so darf es nicht überraschen, daß auch für die Mitglieder der Hofcapelle eine Uniform erfunden ist. Sie werden in rothem Rocke und weißen Pantalons strahlen und außerdem Hut und Degen tragen.

Wien, den 20. Nov. Das Waffengesetz ist für den größten Theil des Kaiserstaats veröffentlicht. Der Waffengebrauch ist an Bedingungen geknüpft. Die brittische Mittelmeerflotte hat Malta verlassen. (A. Z.)

Neisse. Vor ungefähr zwölf Tagen haben die Bauern in Böhmischdorf in Oesterreichisch-Schlesien (auf der Tour von hier nach Gräfenberg) einen österreichischen Gendarm erschlagen, der für den Ortspfarrer den Zehnten auftreiben sollte. (Bresl. Ztg.)

Paris, den 19. Novbr. Augenblicklich gibt sich in den Geistern eine Bewegung kund, welche die Regierung beunruhigt. Die Regierung stützt sich großentheils auf das Heer und auf die Börse, und gerade dort ist, wo sich die Symptome einer eben so plötzlichen als unerwarteten Reaction kund geben. Regimenter sind versetzt worden, und Verhaftungen haben stattgefunden. Ich höre, daß die Unzufriedenheit sich vermehrt und viele Officiere dem Kaiser nicht den Eid leisten wollen. (Köln. Z.)

Florenz. Die Aufnahme eines Anlehens von 100 Millionen Frcs. ist angeordnet.

New-York, den 30. Oct. Am Abend des 19. d. fand hier die erste Sitzung der Kubajunta, unter der Flagge des befreiten Kuba, statt. Die Verhandlungen begannen mit einem Gebete, durch den Priester Valdes gesprochen. Die Glieder der Junta leisteten den Amtseid. Dann wurde ein Manifest verlesen, welches die Beschwerden der Kubaner gegen die spanische Bedrückung aufzählt und alle Kubaner zu dem Streben aufruft, das Vaterland zu befreien und geordnetere Rechtszustände zu schaffen; alle freien Nationen spricht das Manifest um thätige Mithülfe an.

Miscellen.

Aus Mannheim bringt die „Didaskalia" eine kaum glaubliche Geschichte, wonach ein Frommer auf die Hauptwache kam und sich daselbst von einem handfesten Neuersmann fünf und zwanzig Gesalzene um den Preis von drei Kreuzern erwarb. Die Execution wurde, da er's einmal so haben wollte, mit Bewilligung des Corporals vollzogen; nach dem siebzehnten „ordonnanzmäßigen" Schlage jedoch habe der Schwärmer an dem Werke der Buße genug gehabt. Ohne Zweifel eine Ente — aber was sollte in Deutschland nicht möglich sein! Jedenfalls wäre zu wünschen, daß alle Freunde der Prügelstrafe diesen exemplarischen Vorgang befolgten.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch — Nro. 282 — den 24. November 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Gelegentlich der eben in Frankreich über das Kaiserthum stattfindenden Abstimmung, ist es, zur bessern Orientirung, zweckmäßig, an ein unzweifelhaft feststehendes Factum bei der vorjährigen Decemberabstimmung (für die lebenslängliche Präsidentschaft) zu erinnern.

Diese Thatsache, von deren Richtigkeit sich Jedermann durch eine Vergleichung der damaligen Pariser Blätter, und zwar der Regierungsorgane, überzeugen kann, ist folgende:

Täglich wurde die Zahl der aus den sämmtlichen Departementen amtlich angemeldeten Abstimmungen zusammengestellt und bekannt gemacht. Nun aber trat wiederholt der Fall ein, daß die Gesammtzahl an den spätern Tagen geringer angegeben ward, als man sie schon an den vorhergehenden Tagen verkündet hatte! Natürlich erregte dies Erstaunen, und da hörte man denn, daß die Meldungen der Präfecten nicht immer ganz genau gewesen, und daß man im Ministerium selbst aus Versehen die neu angemeldeten Zahlen denen des vorhergehenden Tages vollständig beigerechnet habe, während sich endlich ergeben, daß es sich nicht blos um neu erhaltene Abstimmungen handelte, sondern von den Präfecten schon die neuen und die älteren Meldungen zusammengerechnet, und die Gesammtzahl gemeldet worden sei, die man dann noch einmal mit der frühern Gesammtzahl addirte u. s. w. Der Wirrwar ging so weit, daß nicht einmal als schließliches Resultat irgend welche genaue Zahlen angegeben werden konnten.

So weit die erwiesene Thatsache. Man wollte in Paris wissen: viele äusseren Beamten hätten gegenseitig nicht hinter einander zurückbleiben wollen; sie hätten aber des guten zu viel gethan, denn die Gesammtzahl der angemeldeten Zustimmungen habe sechzehn Millionen betragen, — jedenfalls viele Millionen mehr, als in ganz Frankreich Wähler vorhanden sind! —

* **Die Präsidentenwahl in Nordamerika.** Die Reactionsblätter können zwar die Thatsache der Erwählung des Generals Pierce nicht verheimlichen, allein sie enthalten sich sorgsam jedes Wortes von Raisonnement darüber. Diese Blätter, welche oft über die jämmerlichsten localen Klatschereien spaltenlange Artikel bringen, sind unfähig, ihren Lesern eine Silbe zu sagen über ein Ereigniß von universeller Wichtigkeit!

Die Bezeichnungen „Whigs" und „Democraten" sind ziemlich alt in den Vereinigten Staaten, allein sie haben in der jüngsten Zeit erst eine höhere, schärfere Bedeutung bekommen. Von einem democratischen Präsidenten fordert man heute gewaltig mehr, als vor 4, oder gar vor 8 Jahren. Es sind Verhältniße aufgetaucht, an die man damals gar nicht dachte, und gerade diese Verhältniße sind die präponderirenden, und sie werden es im Laufe der vierjährigen Präsidentschaft von Tage zu Tage mehr werden. — Welche eminente Majorität der Democraten bei der stattgehabten Wahl! Vielfach aber waren es die Deutschen, welche den Ausschlag gaben. Es ist ungereimt, zu sagen, daß dies, nachdem die Wahl vorüber, den Deutschen vergessen sei. In vier Jahren erfolgt ja wieder eine Präsidenten-, und in der Zwischenzeit in jedem Staate gar manche andere Wahl. — Man wird der Deutschen in der Union noch oft bedürfen, und was diese, der Mehrheit nach erleuchteten Männer anstreben und verlangen — es entspricht dem wahren, wohlverstandenen höhern Interesse der Union selbst!

* **Speyer.** (Reactionsblätter als Verbreiter der Lehren des Communismus.) Wir konnten dieser Tage wiederholt sehen, wie das Pfälzer Reactionsblatt die Leute recht eigens gewöhnt, sich mit dem Gedanken an den Communismus vertraut zu machen.

Droht uns denn der Communismus so gewaltig, weil jenes Blatt stets auf die deßfallsigen unsinnigen Plane zurückkommt, und immer und immer wieder den Leuten dieselben ins Gedächtniß zurückruft? Wahrlich nein. Der mit so vielem Aufsehen begonnene und durchgeführte Communistenprozeß zu Köln hat recht klar dargethan, wie lächerlich klein die Zahl Derjenigen in ganz Deutschland ist, welche auf solche Projecte irgendwie eingegangen sind. Und wir finden dies natürlich; einmal widerstrebt der Communismus geradezu der ganzen menschlichen Natur, zum andern steht er mit dem Grundprincipe des deutschen Wesens speciell im directesten Widerspruche, wie dies gerade der Verfasser der vielverfolgten Schrift, „Deutschland und die abendländische Civilisation" in eben so neuer als schlagender Weise dargethan hat, (dessen Fundamentalideen hierüber die Grundlage des Artikels „Culturgeschichtliche Betrachtungen" in Nro. 261 unseres Blattes bilden.) Wo ist denn das Heer der Communisten, das man zusammen bringen konnte? Um das Schreckbild gehörig auszustaffiren konnte man gar keine wirklich geschehene Dinge anführen, sondern mußte zu ein Paar tollen Artikeln eines Communistenblattes aus den Jahren 1849 und anfangs 1850 seine Zuflucht nehmen, die ohne allen und jeden Erfolg geblieben sind. Auch hat der Kölnische Proceß aufs Neue wieder dargethan, wie die wirklichen Communisten gerade die Democraten als ihre gefährlichsten Gegner betrachten.

Etwas Anders ist es aber, wenn man den Leuten immer vom Communismus vorredet, ihnen denselben immer und immer in das Gedächtniß zurückruft. Gerade was nach der einen Seite fort und fort als Schreckbild ausgestellt wird, kann allerdings nach der andern Seite am Ende lockend werden. In dieser Beziehung wirkt aber das Pfälzische Reactionsblatt speciell nach der Seite hin, auf welcher sich die Gefahr befinden müßte, so unvernünftig, als ob es sich eigens die Aufgabe gestellt hätte, für den Communismus Propaganda zu machen. Es kann z. B. die Kirchengeschichte vielfach davon erzählen, wie oft s. g. „Ketzereien" durch nichts so sehr aufs Neue hervorgerufen worden sind, als daß Zeloten ohne Veranlassung unverständig dagegen eiferten und die bis dahin unbedingt Gläubigen auf die von der Kirche verdammten Lehren aufmerksam und mit ihnen vertraut machten, wodurch sie gerade am lockendsten wurden.

Das beste Mittel gegen den Communismus ist und bleibt die Herstellung wahrhaft democratischer, d. h. wahrhaft volksthümlicher Einrichtungen. Die wirklichen Communisten wissen sehr wohl, daß, wo die individuelle Freiheit gesichert ist, jener Zustand der Verknechtung Aller für die Gesammtheit, schon principiell nun und nimmer mehr bestehen kann. Mit Schmähungen auf Democratie und Communismus, (die man, die auffallendste Unwissenheit oder Unwahrheit beurkundend) in eine Classe zusammen werfen will, läßt sich nach einem guten alten Sprichworte „kein Hund vom Ofen locken!"

* **Aus dem Kantone Landstuhl.** Gegenwärtig

zieht ein Somnambule katholischer Confession auf der Sickinger Höhe von Dorf zu Dorf herum, der unter allerlei Gebärden nächtliche Reden (die Leute sagen „Predigten") hält, ohne den Mund zu bewegen. Er warnt darin, daß man sich vor den Ketzern in acht nehmen solle, und fordert die Leute auf, sie sollten die Bibel verbrennen, und das Evangelium darin zertreten, dagegen sich ältere Bücher anschaffen, die vor der Bibel dagewesen; das rothe Nordlicht seien die rothen Hosen der Franzosen, die bald nach Belgien und von dort an den Rhein spaziren, und die alte gute Zeit und Religion wieder herstellen würden. Es gibt noch abergläubische Leute, bei denen dies Beifall findet, während die gebildeteren natürlich darüber lachen.

München, den 20. Nov. Unser Kreisintelligenzblatt veröffentlicht eine Ministerialentschließung vom 7. d., „die ehelichen Verhältniße der Deutschkatholiken und Mitglieder der ehemaligen freien Kirchengemeinden betreffend." Im wesentlichen bestimmt diese Entschließung: diejenigen Ehen unter den Mitgliedern der genannten Secten, welche vor dem Eintritt in die Secte, so wie diejenigen welche in der Zeit geschlossen wurden, während welcher der Deutschkatholicismus in Baiern gestattet war, sollen als gültige auch ferner betrachtet werden — wenn dagegen neuerlich Mitglieder jener Genossenschaft um die Bewilligung zur Verehelichung nachsuchen, so soll dieselbe, da jene Secte als Religionsgenossenschaft nicht mehr anerkannt ist, nicht ertheilt werden.

Berlin, den 19. Nov. Wieder wird ein Eisenbahnunfall auf der Ostbahn gemeldet. Auf der Strecke zwischen Braunsberg und Stettin wurden sechs Wagen zertrümmert, 15 umgeworfen. Ein Schaffner brach beide Beine. Sonst wurde Niemand ernstlich beschädigt.

Die Uneinigkeit im Schooße des Ministeriums scheint zu einer entscheidenden Crisis sich zuspizen zu wollen: nachdem Hr. v. Westphalen in Betreff der Zusammensetzung der ersten Kammer nachgegeben hatte, dafür aber auf einer starken Vertretung der Ritterschaftlichen in der zweiten Kammer bestand, stieß er auf eine so entschiedene Opposition von Seiten seiner Collegen, daß er seine Entlassung bei dem König einreichte, die jedoch nicht angenommen wurde. Eine Verständigung ist kaum zu erwarten. (Allg. Ztg.)

Es ist irrig wenn behauptet wurde, Preußen habe in der Zollvereinsangelegenheit mit Braunschweig nicht bereits abgeschlossen. Mit Braunschweig wie mit den thüringischen Staaten ist dieß geschehen, und Hr. v. Manteuffel hat dem thüringischen Generalbevollmächtigten Thon und dem Sachsen-Coburg-Gotha'schen Staatsminister v. Seebach zu Ehren heute ein diplomatisches Diner gegeben. Die Unterhandlungen mit Hannover und beziehungsweise mit Braunschweig wegen des Septembervertrags sollen binnen kurzem wieder aufgenommen werden. (A. Z.)

Berlin, den 19. Novbr. In der Zollangelegenheit haben die Besprechungen zwischen Oesterreich und Preußen bisher noch zu keinem Resultate geführt. (K. Z.)

Aus **Breslau** ist eine Vorstellung breslauer Bürger und Wahlmänner an den Ministerpräsidenten abgesandt worden, in welcher Bezug auf die von dem Grafen Zedlitz-Trützschler erlassene Annonce gegen den Gasthofsbesitzer Burghardt Beschwerde geführt wird. Es heißt in der Vorstellung: „Wir können von der vorliegenden Handlung nicht annehmen, wir können nicht glauben, daß Ew. Excellenz, welchem Preußen vorzugsweise seine Verfassung und somit der preußische Staatsunterthan seine politischen Rechte verdankt *), es billigen konnten, daß die Staatsangehörigen von einem hochgestellten Regierungsbeamten öffentlich aufgefordert werden, einem Gewerbtreibenden, welcher nach seiner besten Ueberzeugung von diesem politischen Rechte Gebrauch gemacht hat, die Quellen seines Nahrungsstandes zu entziehen, und daß von ihm öffentlich Mittel zur Einschüchterung in Bewegung gesetzt werden, welche in ihrer Consequenz dieses politische Recht zu einem rein scheinbaren machen würden. In diesem Vertrauen fühlen wir uns gedrungen, an Ew. Excellenz die gehorsamste Bitte zu richten, hochgeneigtest das schwer verletzte freie Wahlrecht durch geeignete Maßregeln schützen zu wollen."

*) Wenn „der preußische Staatsunterthan" keiner ältern und bessern Rechtsquelle sich bewußt ist, so mag er auch, was hier geschehen, hinnehmen! D. Red.

Bremen, den 17. Nov. Der Senat hat im hiesigen Bundescontingent sechs aus schleswig-holsteinischen Diensten verabschiedete Offiziere angestellt.

Wien, den 16. Nov. Wer in den letzten Monaten den amtlichen Theil der „Wiener Ztg." mit einiger Aufmerksamkeit und zugleich mit einiger Kenntniß der Personalverhältniße verfolgt hat, dem ist sicher, wie man der „C. Z. f. S." schreibt, die außerordentliche Zahl von Pensionirungen namentlich in den höheren Chargen der Armee aufgefallen, welche sie zur öffentlichen Kenntniß brachte. Alles, was nicht vollständig felddienstüchtig war, ist unnachsichtlich aus dem activen Dienste entfernt. An der Spitze der Regimenter wie der Festungen stehen überall, wenn auch nicht immer den Jahren nach junge, so doch körperlich und geistig vollkommen rüstige Officiere. Allerdings wird durch diese Verfügung der Armee das Budget zunächst abermals um große Summen beschwert.

Hauptmann Ernst Molteni aus Mailand ist wegen seiner Theilnahme am Aufstande im October 1848, nach dessen Dämpfung er flüchtig wurde, in Contumaciam zu 8 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Salzburg, den 15. Nov. Seit einigen Monaten wird der Auswanderung aus hiesiger Gegend von Seiten der k. k. Regierung so gesteuert, daß es künftig nur wenigen Leuten gelingen dürfte, sich Erlaubniß zu diesem Schritte auszuwirken. Ob aber das Gouvernement wohl daran thut, in die unzerstörbare Wanderlust der jetzigen Geschlechter gewaltsam einzugreifen, ist eine Frage, deren Beantwortung der Zukunft überlassen bleiben muß.

Oesterreichische Staaten.

Pesth, den 16. Nov. In Oroshaza, einem großen Ort im Großwardeiner Bezirk, hat eine 40 Köpfe starke berittene Räuberbande gewaltige Erpressungen verübt und förmliche Requisitionen angestellt. Auch wurde nach der gestern Abends beim Schein einer Laterne erfolgten Hinrichtung zweier Räuber, heute abermals ein anderer in Pesth erschossen, und morgen trifft das Loos die beiden an der Ausraubung des Müllers im Neustift betheiligten Räuber.

Frankreich.

† **Paris,** den 21. Novbr. Ein Decret im heutigen „Moniteur" eröffnet dem Minister der öffentlichen Arbeiten einen außerordentlichen Credit von 300,000 Frcs. für die durch die letzte Ueberschwemmung im Elsaß nothwendig gewordenen Uferbauten, da der frühere Credit von 500,000 Frcs. bereits erschöpft ist.

Die Abstimmung für das Kaiserthum läßt die Leute hier so gleichgültig, daß man dieselbe auch nicht einmal entfernt mit einer frühern Deputirtenwahl vergleichen kann. Die Leute gehen zur Wahlurne, wie wenn sie sich zum Steuereinnehmer begeben müßten, um ihre Schuldigkeit abzutragen!

Der „Moniteur" enthält einen amtlichen Bericht über den Zustand des Hafens von Algier. Derselbe faßt einen Antrag zur Hinwegräumung des Felsens „ohne Namen" in sich, wodurch so viel Raum gewonnen würde, daß der Hafen bequem 32 Linienschiffe, 2 Fregatten und 5 Dampfcorvetten aufnehmen könnte, ohne die Passage für ein- und auslaufende Handelsschiffe und die für sie bestimmten Ankerplätze zu beschränken.

Der „Constitutionnel" kündigt heute eine Erhöhung seiner Abonnementspreise für das nächste Quartal auf 13

Frcs. für Paris und 16 Frcs. für die Departements an, trotzdem nimmt er aber noch immer keine längeren Abonnements, als für 3 Monate an, so daß man einer später eintretenden nochmaligen Erhöhung der Abonnementspreise entgegensehen kann.

Die Independence Belge ist heute auf der Post mit Beschlag belegt worden, weil sie behauptet, daß eine Amnestie für Preßvergehen, also auch die Aufhebung aller bisherigen Verwarnungen für die Journale bevorstehe und lediglich in der Absicht, den Werth des zweimal verwarnten Constitutionnel zu erhöhen, erlassen werde. Die Beschlagnahme widerlegt diese Nachricht!

Italien.

• Turin, den 18. Novbr. Hr. Azeglio, der zum Ehrenadjutanten des Königs ernannt wurde, hat allen Gehalt ausgeschlagen und erklärt, daß er für seine Bedürfniße als Künstler und Schriftsteller selber sorgen könne. — Der erkrankte Graf Cavour ist wieder hergestellt.

Spanien.

• Madrid, den 16. Nov. Das Ministerium des Innern ist dem Generaldirector der Douanen Hrn. Bordin und das Ministerium der öffentlichen Arbeiten dem Hrn. Bertran de Lis übertragen. Das Kriegsministerium bleibt unverändert.

Großbritanien.

• London, den 20. Nov. Die Times widerspricht der Nachricht, daß der österreichische Gesandte nicht bei der Beerdigung des Herzogs von Wellington zugegen gewesen sei. Der Graf Colloredo-Waldsee und alle Attachés des Generalconsulats befanden sich in der Mitte des diplomatischen Corps.

Griechenland.

Die Londoner Conferenz scheint nun bestimmt entschieden zu haben, daß Prinz Adalbert dem Könige Otto in der Regierung Griechenlands folge, unter der Bedingung, daß er die griechische Religion annehme. Die Nachricht ward auf drei verschiedenen Wegen von London nach Athen gesendet, zum Theil mit Extradampfschiffen. Die Kosten, welche diese Depeschen verursachten, werden auf mehr als 50,000 Drachmen berechnet!

Vereinigte Staaten.

New-York, 26. Oct. Das Gebäude für die am 1. Mai zu eröffnende Industrie-Ausstellung macht schnelle Fortschritte. Dem jetzigen, bedeutend modificirten Plane zufolge, erhält das Gebäude die Form eines Achtecks, in dessen Centrum ein griechisches Kreuz mit einer säulengetragenen Kuppel. Jeder einzelne dieser Kreuzarme wird 149 Fuß breit, worauf sich auf die großen Dimensionen des Ganzen schließen läßt.

New-York, den 3. Nov. Kürzer und entscheidender war noch keine Wahlschlacht. Gestern bis Sonnenuntergang stimmte das Volk an den Polls, heute früh wissen wir schon, daß Pierce mit überwiegender Majorität gewählt worden ist. Von 24 Staaten berechnen wir diesen Morgen bereits 213 Wähler, welche für Pierce und King, und nur 42 welche für Scott und Graham stimmen werden; 149 Wähler aber würden schon genügen die Erwählung des Ersteren zu sichern. So wäre Scott denn beseitigt und mit ihm die Principien die er persönlich vertritt, Föderalismus und Nativismus! — Daß seine Anhänger bereits im Todeskampf waren, ließ sich deutlich aus den elenden Mitteln erkennen, welche von denselben angewendet wurden, um sich vielleicht noch ein paar Stimmen zu sichern.

St. Louis, den 8. Oct. Der Dampfer „Laudan" brachte gestern die Nachricht hieher, daß in Lasalle ein Tumult stattgefunden, bei dem eine Anzahl Personen getödtet und verwundet wurde. Der Hergang der Sache ist folgender: In den ersten Tagen der letzten Woche kamen 35 deutsche Einwanderer von Chicago nach Lasalle. Der niedere Wasserstand nöthigte sie, sich mehrere Tage daselbst aufzuhalten. Da sie natürlich während der Zeit sich auf eigne Kosten erhalten mußten, suchten sie Arbeit zu finden und ließen sich auch wirklich an der Centraleisenbahn, einige Meilen von Lasalle, von einem Contractor anstellen, der ihnen aber nur einen erniedrigten Preis bezahlte. Eine Anzahl dort arbeitender Irländer wurde aufgebracht, daß die Deutschen für geringeren Lohn arbeiteten, und überfielen, nachdem sie durch Whiskey in ihren gewöhnlichen Zustand versetzt, Mittwoch Nachts die Hütten der armen Deutschen, ermordeten drei und verwundeten viele andere. Am folgenden Donnerstag und Freitag wurden 32 der Tumultuanten verhaftet und nach Lasalle ins Gefängniß gebracht.

Ostindien.

Auch in **Ostindien** fängt das Auswanderungsfieber zu grassiren an, und bereits schicken sich viele Familien, darunter auch anglo-indianische, an, nach Australien zu gehen, um ihren Golddurst zu löschen. Ein Schiff ging am 25. Aug. mit ziemlich vielen Abenteurern dahin ab.

China.

Aus **Amoy** meldet ein mit der letzten Ueberlandpost in Bremen eingelaufenes Schreiben, daß die chinesische Auswanderung keineswegs allein ihren Zug nach der Nordwestküste von Amerika nehme, sondern in sehr erheblichem Maße nach Cuba gehe. In Amoy lagen zu gleicher Zeit nicht weniger als elf große englische Schiffe, um Auswanderer nach der genannten westindischen Insel zu bringen, und man suchte zu guten Preisen noch mehr Fahrzeuge. Allem Anschein nach wird die Emigration jetzt regelmäßig. Wir haben schon früher mehrmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Pflanzer auf Cuba die Bearbeitung der Zuckerpflanzungen durch Chinesen billiger finden als durch Neger, und daß ihnen Alles daran liegt, möglichst viele von diesen tüchtigen Arbeitern nach ihrer Insel zu ziehen. In Guyana hat man ähnliche Resultate gewonnen.

Miscellen.

Horace Vernet, dessen lebensfrischer Pinsel in den gewaltigsten Compositionen den Ruhm der französischen Waffen feierte, er, der Maler ihrer Triumphe, hat sich freiwillig aus Frankreich verbannt und ist einstweilen nach Algerien gegangen. Es ist außer Zweifel, daß er dem neuen Kaiser fern sein wollte.

Zu Perigueux wurde dieser Tage ein Mann von 80 mit einer Frau von 79 Jahren getraut.

Die Zeitungen aus Gothenburg bestätigen leider das Verunglücken des englischen Dampfschiffes „Victoria" in der Nacht vom 8. zum 9. d. Mts. an der Küste bei Gothenburg. Das Schiff befand sich auf der Reise nach St. Petersburg von Hull mit einer sehr werthvollen Ladung, die auf 2 Millionen Thaler geschätzt wird. Von den Passagieren sind 23 Personen gerettet worden; 3 Passagiere und 5 Mann der Besatzung, welche sich in einem Boote zu retten suchten, sind dabei ertrunken. Wie viele Menschen sonst dabei ums Leben gekommen, wird nicht angegeben. Die Leiche des Capitäns ist ans Land getrieben und gefunden worden.

Von Professor Balling erscheint eine Broschüre über den „Getreidestein" (Zeilithoid) und seine Anwendung zur Biererzeugung. Der ehemalige fürstlich Oettingen'sche Rath und gegenwärtig gräflich Rasumowsky'sche Oeconomiedirector F. G. Rietsch, machte bekanntlich bereits seit dem Jahre 1845 Versuche, aus Malz und Getreide ein festes Extract zu erzeugen, welches zur Biererzeugung anwendbar sein könnte. Eine Partie dieses seines Productes erlangte bei der Londoner Industrieausstellung eine so sehr günstige Aufnahme, daß Graf Leo Rasumowsky im Herbste des vorigen Jahres in Böhmisch-Rudoletz (Mähren) eine Getreidesteinfabrik errichtete, welche seit Anfang des heurigen Jahres in Thätigkeit ist und ein Erzeugniß liefert, von dessen vollkommener Brauchbarkeit sich Prof. Balling durch mehrere Versuche über-

zeugte. Namentlich erklärt er den Getreidestein sehr empfehlenswerth zur Versendung in solche überseeische Gegenden (z. B. Kalkutta) in welchen der Genuß des Biers aus Gesundheitsrücksichten fast eine Nothwendigkeit, aber wegen der kostspieligen Zufuhr oder Erzeugung nur dem wohlhabenderen Theil der Bevölkerung zugänglich ist. Man kann aus Getreidestein braune oder leichte Biere gewinnen, die den Karakter der baierischen, belgischen, englischen oder böhmischen Biere an sich tragen. Bereits sind Sendungen davon, theils auf Bestellung, theils zur Probe, nach Hamburg, London, Newyork, Triest, Leipzig ꝛc. abgegangen. Ein Wiener Centner Böhmisch-Rudoletzer Getreidestein kostet franco Hamburg oder Leipzig 26 fl. und liefert erfahrungsgemäß 400 Bouteillen eines starken Porters, von welchen mithin die Bouteille sammt Erzeugungskosten auf circa 6 kr. C.-M. zu stehen kommt. Prof. Balling gibt in seiner Broschüre auch eine Anweisung, wie man das Bier aus Getreidestein erzeugt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 20. Nov. Weizen 20 fl. 8 kr., Korn 17 fl. 36 kr., Gerste 11 fl. 52 kr., Haser 5 fl. 36 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1313] **Empfehlung.** Daniel Hertle aus Bergzabern, nun zu New-York, empfiehlt sein Geschäftsbureau. Die Firma ist:

CHARLES HAMMA UND DANIEL HERTLE'S
ADVOCATUR UND NOTARIATS-OFFICE
49 INSURANCE BUILDINGS, WALL-ST.,
Wohnung: 79 Chrystie-street NEW-YORK.

[1310a] **Offene Lehrlingsstelle.**

In ein Speditions- und Weingeschäft in einer Stadt am Rhein wird ein braver junger Mensch von guter Familie als Lehrling gesucht, Kost und Logis kann auf Verlangen im Hause gegeben werden. Näheres bei der Expedition.

[1309] **Zu verkaufende Bücher.**

Wirth, Gesch., der Deutsch., 4 Bnde., 2. Auflage 4 fl. — Barthelemy, Reise des jung. Anarcharsis, übers. v. Haupt, 14 Bnde. mit Charten, 6 fl. — Robertson, history of Charles V, London edition, 4 vol. 4 fl. — Gibbon, history of the decline and fall of the Roman Empire, Leipsick edition, 12 vol. 8 fl. — Macaulay, history of England, 3 vol. 2 fl. 30 kr. Frankirte Briefe bef. die Expedition d. Blattes.

☞ Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleistet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreisurg sein wird, mit der Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft. ☜

Königl. bayerisch und königl. würtembergisch concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geschwollene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken- und Kopfschmerzen, auch Seitenstechen.

Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen und königl. würtembergischen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchst preislichen Ministerien in Baiern und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ „ 30 kr.

Zeugniß.

Endesunterzeichneter bescheinigt hiermit der Wahrheit gemäß, daß meine Frau ein ganzes Jahr durch an den heftigsten gichtischen Kopfübeln der Art gelitten hat, daß sie die furchtbarsten Schmerzen zu erdulden hatte, welche troß aller angewandten Hülfsmittel nicht zu heben waren, alles war fruchtlos; da kaufte ich eine Universal-Gicht-Leinwand, und schon nach 8 Tagen des Gebrauches war meine Frau gänzlich von diesem lästigen Uebel befreit, und ich kann mit aufrichtigem Gewissen sagen, daß sie jeßt ihrer Leiden wirklich los ist, und sich ganz gesund fühlt, weshalb ich diese Zeilen der leidenden Menschheit wegen der Oeffentlichkeit übergebe, und bin stets bereit, auch mündlich über die gute Wirkung dieser Universal-Gicht-Leinwand das Nähere mitzutheilen.

Raab, den 14. Juli 1852.

Jacob Bosch, Bürger in Raab.

Daß Jacob Bosch allhiesiger Hauseigenthümer ist, bestätigt hiermit, Raab, den 21. Juli 1852,

Paul Buglinn, Stadthauptmann.

☞ Diese Gichtleinwand ist in Speyer einzig und allein zu bekommen in der Handlung von **Louis Cron**, und in Kirchheimbolanden bei Buchhändler **Ruff**. [1270]

[1293a] **Bekanntmachung.**

Montag den 29. November d. J., von Vormittags 9 Uhr anfangend, wird im Geschäftslocale der Oeconomie-Commission des kgl. 1. Jägerbataillons, im Schloßgebäude zu Kirchheimbolanden, eine bedeutende Quantität ausgemusterter Militärmäntel nebst Mantelüberzügen, Tornistern, Helmkästen, Patrontaschen, Säbelscheiden, Bettdecken, Gewehrriemen und sonstige Gegenstände, gegen sogleich baare Bezahlung öffentlich versteigert, wozu Kaufslustige eingeladen werden.

[1312a] **Das Großherz. Badische Eisenbahn-Anlehen von 14 Millionen Gulden,** vom Staat errichtet und von den Landständen garantirt, ist rückzahlbar durch Gewinne von 14mal 50,000, 54mal 40,000, 12mal 35,000, 23mal 15,000, 2mal 12,000, 55mal 10,000 fl. Die geringste Prämie ist 42 fl. Die nächste Verloosung findet am 30. November 1852 statt, und sind hiezu bei unterzeichnetem Handlungshause **Original-Actien** à 1 fl. 30 kr. zu haben. Dieses solide Anlehen kann Jedem empfohlen werden, der Fortuna auf billige Art versuchen will.

Julius Stiebel jun., Banquier in Frankfurt a. M. Büreau Wollgraben.

[1311] **Verpachtungsanzeige.**

Donnerstag, den 2. December l. J., Nachmittags 2 Uhr, zu Kaiserslautern, in dem unten bemerkten Wohnhause selbst, läßt Hr. Daniel Ritter junior, von Sembach, sein dahier, an der Fruchthalle, gelegenes schwiegerelterliches ehemals Hassieur'sches Wohnhaus mit Fabrikgebäude und den Fabrikgeräthschaften auf einen mehrjährigen Bestand, unter sehr annehmbaren Bedingungen verpachten.

Die gute Einrichtung zur Fortsetzung des bisher in dem Hause mit sehr gutem Erfolge betriebenen Druckkattun- und Stuhlwaaren-Geschäftes sammt der Ladeneinrichtung wird mit in Pacht gegeben, und nach Umständen und Verlangen der untere Stock des Hauses sammt den Einrichtungen allein ausgeboten.

Sollte sich kein Pachtliebhaber zur Fortsetzung des seitherigen Geschäftes einfinden, so wird das Haus, welches sich seiner vortheilhaften Lage wegen zum Betriebe eines jeden andern Geschäftes eignet, auch ohne das Fabrikgebäude und die Einrichtungen im Ganzen oder in zwei Abtheilungen ausgeboten.

Kaiserslautern, den 19. November 1852.

Böcking, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag — Nro. 283 — den 25. November 1852.

Deutschland.

***Zollvereinssache.** „Die Demokraten sind für Erhaltung des Zollvereins," hören wir in neuen Variationen. Ganz richtig, das sind sie auch, — weil sie für Förderung des Volkswohles sind. Es steht den Scribenten auf der entgegengesetzten Seite vollkommen frei, von sich das Gegentheil zu erklären. —

An die Eiferer für die Zolleinigung mit Oesterreich nebenbei eine Frage: Soll die Zollgebühr in Oesterreich mit Papier- oder nur mit Metallgeld entrichtet werden?

An die Lösung dieser Frage knüpfen sich verschiedene Folgen. Kann Oesterreich darauf eingehen, blos Metallzahlung zu fordern? Unmöglich, denn dies hieße seinen eigenen Credit ruiniren, es wäre beinahe eine Insolvenzerklärung, und darauf geht man zu Wien heute nicht ein. — Läßt man aber Papierzahlung zu, so beträgt die Zollgebühr da, wo dieselbe stattfinden kann, gerade um so viel weniger, als der Curs des Papieres hinter dem des Metallgeldes zurücksteht. Eine weitere Folge davon würde sein, daß der Verkehr künstlich nach den österreichischen Handelsstädten hingezogen, d. h. künstlich von den andern Handelsplätzen hinweggetrieben werden würde. —

Ueber die Lage der protestantischen Kirche in Oesterreich. Der „Protestant," ein in Berlin erscheinendes Kirchenblatt, schreibt in einem größern Artikel: Das österreichische Ministerium hat im vorigen Jahre ein Gebot ergehen lassen, das gewiß einzig in seiner Art ist, nämlich: daß es allen katholischen Geistlichen, wenn sie zur evangelischen Kirche übertreten, in keiner Weise gestattet sein soll, sich zu verheirathen.

Wenn die katholische Kirche ihren Geistlichen, auch wo sie nicht mehr im Amte sind, wegen des „unauslöschlichen amtlichen Karakters" für die ganze Lebzeit die Ehe verbietet, so ist das nach ihren Grundsätzen in der Ordnung. Wenn aber die österreichische Regierung auf die Bestimmung der bürgerlichen Gesetzgebung, welche den katholischen Geistlichen für immer die Ehe untersagt, sich beruft, um auch den zur evangelischen Kirche übergetretenen die Ehe zu versagen: so ist das eine Verläugnung gesunder Staatsgrundsätze und geradezu eine Verkehrung des Rechts. — Jene gesetzliche Bestimmung kann doch den katholischen Geistlichen die Ehe nur verbieten wollen, so lange sie eben katholische Geistliche sind... Denn die Freiheit des Uebertritts zur evangelischen Kirche schließt in sich die Freiheit, mit dem Uebertritt von allen ihr zustehenden Rechten Gebrauch zu machen. Das Verbot dagegen besagt —: Du darfst zum Protestantismus übertreten, aber das Recht, welches allen protestantischen Christen zusteht, sich zu verheirathen, darfst du nicht gebrauchen, in Betreff der Ehe bleibst du katholischer Geistlicher. — Mit demselben Rechte könnte man gebieten: Du darfst zwar Protestant werden, aber Messe hören, Fasten halten, dem Papst gehorchen mußt du nach wie vor. Denn die katholische Kirche lehrt, daß alle Christenheit dem Papste Gehorsam schuldig ist. Ja, wenn man sich die Bestimmungen der römischen Kirche zur Norm nehmen wollte, so dürfte überhaupt der Uebertritt gar nicht gestattet werden. Denn zu Rom spricht man noch heute alljährlich feierlich das Verdammungsurtheil über alle Protestanten aus.

Wir wollen aber bei der Gelegenheit den evangelischen Christen die ganze Lage der protestantischen Kirche in Oesterreich wieder ins Gedächtniß rufen, indem dies Verbot nur eine von den vielen sie beschränkenden und in ihren Rechten kränkenden Bestimmungen ist, welche die österreichische Regierung in den letzten drei Jahren erlassen hat.

In den Jahren 1848 und 1849 wurde der protestantischen Kirche in Oesterreich grundgesetzlich die volle Selbständigkeit und die Gleichberechtigung mit der römisch-katholischen Kirche zuerkannt. Es wurden vor der vollständigen Ausführung des betreffenden Verfassungsartikels einige vorläufige Bestimmungen erlassen, welche z. B. den Namen „Akatholiken" beseitigten, das Verbot, Kirchen zu bauen, und die lästigen Bedingungen des Uebertritts (den sechswöchentlichen Unterricht) und ähnliche Beschränkungen aufhoben. Ja die Regierung berief sogar eine Versammlung von evangelischen Superintendenten und Vertrauensmännern, um mit denselben eine freie Verfassung der protestantischen Kirche und deren Rechtsverhältniße zu vereinbaren, und nahm deren Gutachten entgegen.

Von diesen Verheißungen, Anbahnungen und Verfassungsartikeln aber ist nicht nur fast nichts in die Wirklichkeit getreten, nicht nur ist mit der Verfassung vom 4. März 1849 auch der Artikel von der Religionsfreiheit dahingegangen, sondern die protestantische Kirche wird neuerdings weit hinter 1848 zurückgeworfen, indem eine Anzahl von Regierungsmaßregeln, welche einen Geist der Feindseligkeit gegen sie athmen, sie in Rechten verkürzen, die ihr vor 1848 seit dem Toleranzedict unbestritten gesetzlich zugestanden haben.

Den Anfang machte schon Feldmarschall Haynau im Beginn des Jahres 1850 in Ungarn. Die evangelische Kirche in Ungarn hat 4 Districte, denen 4 Superintendenten Augsburgischer (lutherischer) und 4 Superintendenten helvetischer Confession (reformirter) vorstehen, die von evangelischen Gemeinden frei gewählt werden. Als nun nach Besiegung der Ungarn der Belagerungszustand über das Land verhängt wurde, machte Haynau kurzen Proceß, setzte ohne Recht und Gericht sämmtliche Superintendenten ab, und bestellte selber an deren Stelle Männer seines Vertrauens.

Dazu kam im vergangenen Jahre eine noch härtere Maßregel. Die Regierung nahm sämmtlichen evangelischen Gymnasien in Ungarn die Rechte „öffentlicher Lehranstalten" und das Recht, gültige Zeugnisse auszustellen, indem sie den ferneren Besitz dieser Rechte an Bedingungen knüpfte, von denen sie wissen mußte, daß kein evangelisches Gymnasium sie erfüllen könne. So sind die 2 Millionen evangelischer Christen in Ungarn nicht nur auf lange Zeit der Männer ihres Vertrauens beraubt und müssen sich von solchen regieren lassen, die eine katholische Regierung ihnen gesetzt hat, sondern sie besitzen auch keine einzige öffentliche Lehranstalt mehr, und müssen alle ihre Söhne, die studiren wollen, auch die, welche evangelische Theologie studiren wollen, an katholischen Gymnasien ihr Abiturientenexamen machen lassen.

Und dann in den deutschen Ländern Oesterreichs. —

Nicht nur haben die evangelischen Gemeinden nach wie vor alle kirchlichen Abgaben an die katholische Kirche zu entrichten, und werden bei ihrer Armuth dadurch fast überall in die Unmöglichkeit versetzt, von dem neueren Rechte, Kirchen zu bauen — dem einzigen, das noch nicht zurückgenommen — Gebrauch zu machen.

Nicht nur sind die Evangelischen nach wie vor wegen

der Unbestimmtheit der betreffenden Gesetze bei gemischten Ehen allen Vexationen ausgesetzt.

Nicht nur wird den evangelischen Geistlichen wiederum eingeschärft, daß sie nicht berechtigt seien, sich „Pfarrer" zu nennen.

Nicht nur ist noch immer dem evangelischen Consistorium zu Wien ein katholischer Präsident vorgesetzt.

Sondern es sind auch andere Beschränkungen hinzugekommen.

Es ist neuerdings den Deutschkatholiken verboten worden, in die protestantische Kirche überzutreten. Zwar stellt das Gesetz jedem 18jährigen den Uebertritt frei; aber in diesem besonderen Falle, da der Uebertritt nicht aus Ueberzeugung geschehe, könne er nicht gestattet werden. Also an die Stelle der gesetzlichen Freiheit des Uebertritts ist nunmehr die Erlaubniß der Regierung zum Uebertritt getreten.

Es ist neuerdings den zur evangelischen Kirche Uebergetretenen untersagt worden, ihre Kinder in die evangelische Schule zu schicken, was unsers Wissens früher nicht einmal Katholiken verboten war.

Es ist neuerdings den evangelischen Geistlichen verboten worden, auf den Kirchhöfen, wo solche der evangelischen mit der katholischen Gemeinde gemeinsam sind, Leichenreden zu halten.

Es sind neuerdings wider alles Gesetz und Recht vom Ministerium, während allein das evangelische Consistorium dazu berechtigt ist, unter nichtigen Vorwänden zwei der tüchtigsten evangelischen Geistlichen (Kossuth in Prag und Steinacker in Triest) ihres Amtes entsetzt worden.

Es sind neuerdings die evangelischen Judenmissionäre und die evangelischen Bibeln aus Oesterreich ausgewiesen worden, während in Stettin 160 Kisten russischer Bibeln angekommen sind.

Wenn nun die Männer im Consistorium zu Wien nicht den Muth haben, ihrem Berufe gemäß die Rechte der evangelischen Kirche männlich zu vertreten: wird denn Niemand anders der Bedrängten sich annehmen?

Wo ist denn der „große Kirchentag"? Warum schreibt denn der „große Kirchentag," der sich doch sonst mit Abfassung von Bittschriften beschäftigt an alle Potentaten der Erde, warum schreibt er denn nicht an den Kaiser von Oesterreich? O nein, während die Jesuiten auf die Unterdrückung der Protestanten in Oesterreich arbeiten, ist er auf das Zärtlichste besorgt, daß ja nicht den lieben Brüdern Jesuiten der Eingang in unser preußisches Land verwehrt werde.

Doch daß wir nicht zu scherzen scheinen! Wir fragen nichts nach dem „großen Kirchentage" und der Kaiser von Oesterreich gewiß noch weniger. Aber die protestantischen Staatsregierungen? die es doch als ihr Recht ansehen, die protestantische Kirche zu regieren und ihre Interessen zu vertreten.

Wir können es nicht lassen, wieder und wieder die Frage zu stellen: Gibt es in Deutschland keine evangelische Regierung mehr, welche gegen die systematische Beeinträchtigung der evangelischen Kirche in Oesterreich ihre Stimme erhöbe?

Nürnberg, den 20. Nov. Heute Abend zwischen 5 und 6 Uhr hat das k. Stadtcommissariat in der C. v. Ebner'schen Buchhandlung die Schrift: „Der Imperialismus in Frankreich und seine Consequenzen für Europa" im Manuscript confiscirt und in der Wohnung des Verfassers, Aug. Wagner, angebl. Referendar von Stuttgart, Haussuchung vorgenommen. (Fränk. Kur.)

Würzburg, den 21. Nov. Nachrichten aus München vom 19. versichern, daß Aenderungen im Ministerium vorläufig verschoben und die Differenzen mit Hrn. von Kleinschrod beigelegt seien. (W. Z.)

Darmstadt, den 20. Nov. Die meisten deutschen Zeitungen haben es vor einiger Zeit als eine wunderliche Thatsache berichtet, daß die Krone Preußen von dem hochwürdigen Domcapitel zu Paterborn auf Herausgabe von Gütern verklagt worden sei, welche der erstern in Folge des Reichsdeputationsrecesses von 1803 zugefallen waren. Dieser Vorfall scheint kein vereinzelter zu sein, denn auch unser Großherzogthum ist auf den Grund des sothanen Reichsdeputationsrecesses von dem hohen Clerus in Anspruch genommen worden. Das Domcapitel zu Köln nemlich vermeinte, die Herausgabe einiger Ländereien und außerdem mehrer Mobiliarstücke, namentlich werthvoller Incunabeln verlangen zu können, welche bereits Anno 1803, in Folge des damaligen großen Land- und Leutevertausches, an Hessen gelangten. Der Proceß ist seit Jahr und Tag bei den hiesigen Gerichten anhängig gewesen und endigte kürzlich durch Entscheid des großh. Oberappellationsgerichts dahin, daß das hohe Domcapitel, unter Verurtheilung in die Kosten, ab und zur Ruhe verwiesen worden ist. Ob nun der abgewiesene Theil in vallem Josaphat appellirt habe, weiß man nicht, so viel aber weiß man, daß, wenn jene clericalen Ansprüche irgendwie für begründet anzusehen gewesen wären, dem Großherzogthum Hessen, dem umfangreiche ehemalige geistliche Länder incorporirt sind, daß über kurz oder lang wahrscheinlich ein kleiner Staatsbankerott ausgebrochen wäre. (Fr. J.)

Kassel, den 19. Nov. Ich bin in den Stand gesetzt, Ihnen über die so vielbesprochene Dienstanweisung der kurhessischen Gymnasiallehrer das betreffende Protokoll des Ministeriums des Innern seinem wesentlichen und wörtlichen Inhalte nach mitzutheilen. Dasselbe lautet: „Die §. 1, 3 und 8 der unter dem 22. Nov. 1849 für die kurhessischen Gymnasiallehrer ertheilten Dienstanweisungen werden aufgehoben und es treten an deren Stelle folgende Bestimmungen: §. 1. Die Amtsführung der Gymnasiallehrer soll im Allgemeinen geregelt werden durch die Vorschriften und Ordnungen der christlichen Kirche des (evangelischen oder katholischen) Bekenntnisses, welchem der betreffende Lehrer angehört. §. 3. Der Gymnasiallehrer ist vermöge seines Berufes *nicht allein* zu einer steten wissenschaftlichen und pädagogischen Vervollkommnung, sowie zu einem vorsichtigen Benehmen im äußern Leben, sondern auch vor Allem zur Achtung und Ehrerbietung gegen die Ordnungen der Kirche, welcher er angehört, verpflichtet. §. 8. Die Schuldisciplin ist lediglich als eine christliche Zucht aufzufassen, für deren gewissenhafte Handhabung die Gymnasiallehrer ebenso Gott, wie der Kirche und der Obrigkeit verantwortlich sind. Die Herren Gymnasialdirectoren haben den sämmtlichen Lehrern der Gymnasien von diesen Bestimmungen Kenntniß zu geben, und sie demnächst auf dieselben handpflichtig zu machen. Denn es muß verlangt und soll darauf gesehen werden, nicht allein, daß die betreffenden Gymnasiallehrer nichts gegen die evangelische Kirche unternehmen, sondern daß sie sich auf das bestimmteste verpflichten, ihre Schüler für die Bekenntnisse und Ordnungen der evangelischen Kirche zu erziehen. Die Gymnasiallehrer sind vor der Vollziehung des von ihnen zu leistenden Handschlages hievon genau zu unterrichten, und wird, falls in der Zukunft von irgend einem im Amte stehenden evangelischen Gymnasiallehrer nach diesen Bestimmungen nicht sollte gehandelt werden, Seitens der Gymnasialdirektoren unter persönlicher Verantwortlichkeit alsbald Anzeige erwartet." (F. J.)

Halle, den 17. Novbr. Die N. Z. meldet die erfolgte Suspension des Predigers Hartung in Merseburg wegen einer Predigt, worin er Gott gebeten, die Kirche von dem jetzigen Consistorium und dem Oberkirchenrathe zu erlösen und dafür ein echt lutherisches einzusetzen.

Nordhausen. Während die gesammte protestantische Welt den Großherzog von Toskana um Gnade für die armen Madiai bittet, wollten mehrere hiesige protestantischen Prediger die in den Schooß ihrer Kirche zurückkehrenden Deutschkatholiken einer Kirchenbuße unterwerfen. An der Weigerung des katholischen Pfarrers, welchem das gleiche Ansinnen für seinen Part an der aufgelösten Gemeinde gestellt wurde, scheiterte das christliche Project.

Berlin, den 20. Nov. Die ministerielle Frage ruht vorderhand, da es der feste Wille des Königs ist, gerade in dem gegenwärtigen Augenblick, namentlich in Anbetracht der handelspolitischen Frage, es durchaus zu keinem Personenwechsel kommen zu lassen. Nur im äußersten Fall wird zu diesem letzten Mittel geschritten werden, zumal da es der Wille Sr. Majestät ist, den Forderungen der Ritterschaft, insoweit sie das Maß der Billigkeit nicht überschreiten, (?) Geltung zu verschaffen.

Posen, den 18. Nov. Es wird jetzt der Brief bekannt, in welchem der Erzbischof v. Przyluski seinen Wählern im Ostrower Wahlbezirk anzeigt, daß er die Wahl ablehnt. Es heißt darin: „Ich fühle mich verpflichtet, euch meinen ehrlichsten Dank dafür auszusprechen, und zwar um so mehr, da ihr die Bedürfnisse und Forderungen der Gegenwart richtig erkannt, und in Uebereinstimmung mit unsern katholischen Brüdern in den übrigen katholischen Provinzen eure ganze Aufmerksamkeit und Sorgfalt der religiösen Frage zugewendet habt, die unstreitig die wichtigste ist, weil sie das Fundament des Glücks der Staaten und Völker bildet, unserer heiligen apostolischen Kirche nämlich, die allein und ausschließlich fähig ist, zu bessern, was verdorben ist, und zu erhalten, was ohne sie keinen Bestand und keine Dauer hat." Es folgt hierauf unter Berufung auf die oberhirtlichen Geschäfte die Ablehnung und wird hierbei bemerkt: „Geistlichen jedoch kann ich, in Uebereinstimmung mit meiner frühern Verordnung, nicht gestatten, ihre Stellungen zu verlassen, solange der Mangel an Geistlichen in meinen Erzdiöcesen, mit Rücksicht auf das dringende Bedürfniß geistlicher Hülfe, die Anwesenheit derselben in ihren Gemeinden unumgänglich nothwendig macht."

Wien, den 18. Nov. Zwischen Oesterreich und mehreren deutschen Staaten sind Verhandlungen im Zuge, welche die Einwanderung nach Oesterreich, resp. Ungarn und Siebenbürgen, betreffen. *)

Wien, den 19. Oct. Im lombardisch-venetianischen Königreiche ist zu den für das weiße Seesalz festgesetzten Preisen ein Zuschlag und zwar für die Lombardei mit 10 und für die venetianischen Provinzen mit 8 Lire vom metrischen Centner angeordnet worden, welcher Zuschlag sich auch auf das raffinirte Salz zu erstrecken hat. Aus diesem Anlaß wird der an der Tiroler Grenze bei der Ausfuhr des hierlands verkauften Salzes bestehende Impost von 1 Fl. 30 Kr. auf 4 Fl. per wiener Centner erhöht.

Wien, den 18. Nov. Die Wiener „Presse", welche fast täglich einen Artikel gegen den Imperialismus in Frankreich bringt, lobt unter andern das Sendschreiben des Grafen Chambord.

Schweiz.

Bern, den 20. Novbr. Die Unterhandlungen der Freiburgischen Regierung über Einführung eines Priesterseminars sind am 17. d. M. geendigt worden und scheiterten vollständig an dem Starrsinn des Klerus.

Belgien.

Brüssel, den 20. Nov. Die Centralsection hat gestern definitiv die Bestimmung des Preßgesetzentwurfs verworfen, welche mündliche Beleidigungen gegen fremde Souveräne verpönt. Die Regierung hat sich der dadurch bedingten Modification des Gesetzes unterworfen.

Frankreich.

† **Paris**, den 22. Novbr. Der halbamtliche Theil des Moniteur enthält Mittheilungen über die Wahlen, im wesentlichen folgenden Inhalts: Im Ganzen ist der Tag äußerst ruhig verlaufen. Die Wähler zeigen einen ungemein großen Eifer. Im Seine-Departement haben bereits ungefähr 105,000 abgestimmt, was mehr als die Hälfte der Eingeschriebenen ist. Aehnliche Nachrichten sind eingelaufen aus Dijon, Chateauroux, Bourges, Straßburg, Bar le Duc, Valence, Metz, Rouen, Tours, Poitiers, Besançon, Nevers, Nantes, Lyon, Macon, Chartres, Amiens, Orleans, Colmar, Nevers, Chalons s. M., St. Etienne, Lille, Chalons s. S., Montbrison, Nancy, Bordeaux und Angouleme. „Aus der Zusammenstellung aller dieser Abstimmungen kann die Regierung bereits auf ein Resultat, welches das vom 20. December übertreffen wird, rechnen."

Die gestrige Abstimmung der Pariser Armee gibt folgendes Resultat: 20,077 Ja, und 353 Nein. Die republikanische Garde, die mobile Gensdarmerie und das 43. Linienregiment haben einstimmig fürs Kaiserreich gestimmt.

Die Protestation des Grafen von Chambord wird in einer ungeheueren Anzahl in Frankreich verbreitet. Jeder Ansäßige ist gewiß, ein unfrankirtes Exemplar mit der Post, gewöhnlich aus den entfernten Departements oder vom Auslande datirt, zu erhalten. Die Postverwaltung macht dabei die besten Geschäfte.

Alle vor den Schaufenstern ausgehängten Bilder Louis Napoleons im kaiserlichen Ornate, sind mit Beschlag belegt worden. Es war freilich eine Persiflage der jetzt so sehr gepriesenen Volkssouveränität, schon vor der Abstimmung ein Bild im Kaiserornate auszustellen.

Der Präfect des Departements Haute Vienne hat nachstehenden Vorfall aus Limoges berichtet: „Gestern Abend ist ein Polizeiagent von 4 Blousenmännern insultirt worden, die auf dem Platze von Tourny eine rothe Fahne mit der Inschrift: „Tod dem Napoleon! Es lebe die Republik! Es lebe die Guillotine! Stimmen wir nicht Bürger! zu den Waffen!" trugen. Der Agent Colombier hat ihnen die Fahne entrissen und von seinen Waffen Gebrauch gemacht, um sich gegen die ihn angreifenden Demagogen zu wehren."

In Brionne, Departement Eure, hat man eine große Waffen- und Munitionsniederlage entdeckt.

Die Rente hat sich schnell von ihrem letzten Falle erholt. Das Geschäft war sehr lebhaft und man konnte zuletzt keine Titel mehr auf Lieferung finden.

Paris, den 20. Nov. Der Bischof von St. Flour hat an die Geistlichen seiner Diöcese einen Hirtenbrief erlassen, worin er denselben anempfiehlt, allen ihren Einfluß bei den Wählern anzuwenden, auf daß sie einstimmig für die Wiederherstellung des Kaiserthums ihre Voten abgäben. Der Bischof von Arras, Hr. Parisis, spricht sich in einem Hirtenbriefe an den Klerus seiner Diöcese dahin aus, daß kein Priester bei der Wahl des 21. und 22. Nov. sich der Abstimmung enthalten solle.

Die „Union de la Sarthe" berichtet, daß vor einigen Tagen in dem Sarthe-Departement mehrere lithographirte socialistische Manifeste, welche „von dem Comite der Unsichtbaren" unterzeichnet sind, in Beschlag genommen wurden. Es wurden diese Manifeste unter Poststempeln verbreitet, welche darthun, daß die Sendung aus dem Auslande kommt. Die „Union de la Sarthe" theilt aus diesen Manifesten Auszüge mit, worin Allen, die zur Wiederherstellung des Kaiserthums mitwirken, namentlich dem Clerus, den Beamten und dem Heere, mit blutiger Rache, mit Tod und Verderben gedroht wird.

Die Verminderung des Heerbestandes wird nicht ausschließlich durch Beurlaubungen von Mannschaften vor dem Ablauf ihrer gesetzlichen Dienstzeit, sondern zum andern Theil auch durch hinausgeschobene Einberufung der Ersatzmannschaften bewerkstelligt werden. Vorzeitig Beurlaubte und verspätet Einberufene werden aber auf den Regimentslisten geführt werden, als ob sie sich unter den Fahnen befänden, und folglich jeden Augenblick in die Armee eingereiht werden können. (Die ganze Reduction ist also nichts als eine Komödie!)

Ein Buchdrucker zu Marners (Maine-Departements) ist zu 6000 Fr. Strafe verurtheilt worden, weil er bei den letzten Gemeinderathswahlen Stimmzettel ohne vorhe-

*) Es wird in der Hauptsache sehr überflüssig sein, daß man sich deßhalb viel incommodirt!

rige Anzeige auf der Policei und ohne seine Adresse darauf zu setzen, gedruckt hatte!

In den Departements dauern die Haussuchungen und Verhaftungen in Folge der Proclamation des Grafen von Chambord fort.

Bei einem Buchhändler im Faubourg St. Honore, nicht weit vom Elysee, sieht man unter andern bonapartistischen Lithographien eine ausgestellt, die einiges Aufsehen erregt. Man sieht hier zwei Frauen auf diesem Bilde: die eine, ein Kreuz in der Hand, stellt Italien dar; sie blickt flehend nach Frankreich hinüber, das, hülfreich ihr die Hand darreichend, ihr Trost zuzusprechen scheint. Ueber dem Ganzen schwebt ein Adler mit zwei Kronen. Wenn auch diese Lithographie an und für sich gerade nicht sehr viel bedeutet, so ist doch der Umstand, daß sie gerade in der Nähe des von der Polizei so sehr bewachten Stadtviertels, also fast mit Genehmigung der Behörden, ausgestellt ist, sehr bezeichnend für die geheimsten Gedanken des Elysee und erregt in gewissen Kreisen gerade nicht die angenehmsten Empfindungen.

Italien.

Lombardei. Piemontesische Blätter berichten von immer neuen Verhaftungen und Abführungen nach Mantua, wo die politischen Gefangenen unter der härtesten Behandlung schmachten.

Piemont. Wir erzählten vor einiger Zeit, wie der Vicar zu Borge in Savoyen in heiligem oder unheiligem Eifer Weiber zur Büßung zu geißeln pflegte. Nach dem „Nouveau Patriote Savoisien" ist derselbe jetzt flüchtig geworden, da die Behörde endlich gegen ihn einschritt. Der Gemeinderath hatte bereits seine Entfernung vom Bischof begehrt, aber dieses Verlangen war ohne Erfolg geblieben.

* **Turin,** den 18. Nov. Das Journal l'Armonia ist neuerdings zu 200 Frcs. Geld- und deren Gerant zu 20 Tagen Gefängnißstrafe verurtheilt worden. — Der Municipalrath hat sich gestern einstimmig für die Richtung durch die Schweiz bezüglich der neu zu errichtenden Eisenbahn nach Frankreich ausgesprochen.

Kirchenstaat. Nach dem „Corriere Mercantile" soll der König von Neapel incognito in Civita-Vecchia (auf einem Dampfboot) angekommen sein und sich sofort nach Rom begeben haben, wo er bei dem Papst eine Audienz gehabt habe.

Großbritanien.

London, den 19. Nov. Die Abwesenheit österreichischer Armeerepräsentanten bei der Wellington'schen Leichenfeier wird von der Presse in nicht sehr freundlicher Weise besprochen.

Im Unterhause klagten Hume und seine Freunde über die Verschwendung beim Wellington'schen Leichenbegängniß. Man sprach von 100,000 bis 250,000 Pfund, der Finanzminister d'Israeli wollte die Summe nicht nennen; sie wird also eher noch größer sein. Dieser Minister hat in majorem glorium der englischen Nation seine Gedächtnißrede auf den alten Herzog aus einer Rede von Thiers auf den Marschall Gouvion de Saint Cyr großentheils abgeschrieben, was der Globe einen unverschämten und gemeinen Diebstahl nennt.

— den 20. Nov. Aus Sydney (Australien) ist das erste von der Peninsular and Oriental Steam Company dahin abgeschickte Dampfboot Chusan wieder zurückgekommen. Für eine Probefahrt war der Erfolg ziemlich günstig. Die Reise nach Sydney wurde in 75 Tagen zurückgelegt, wovon 10 Tage auf Anlanden an den Stationen rc. wegfallen. Werden erst Dampfer expedirt, die den ganzen nothwendigen Kohlenbedarf an Bord nehmen können, so wird die Reise wahrscheinlich um ein Drittheil der Zeit abgekürzt werden können.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 1. Nov. Vechioni von München ist mit Familie glücklich am 21. Octbr. hier angelangt. Ebenso vorgestern der als Dichter in den Leuchtkugeln bekannte Pharmaceut Märklin. Der zum Tode verurtheilte baier. Junker Fach hat einen Ruf in das Artillerielaboratorium Kossuth's (?) erhalten. Dr. Barthelmeß wohnt mit seiner Familie gesund und zufrieden in Brooklyn; seine ärztliche Praxis ist für die Kürze seines Hierseins schon sehr bedeutend. Eben so lebt Redacteur Jegel mit seiner Familie als Kaufmann in New-York in den angenehmsten Verhältnißen. (Fr. K.)

Westindien.

Barbadoes. Das fortwüthende gelbe Fieber hat einen panischen Schrecken in der Colonie erzeugt; das Geschäft steht fast still, und alle Handelszweige sind sehr flau. Selbst die Colonial-Assemblee, welche am 19. October nach 6wöchentlichen Ferien wieder zusammentreten sollte, konnte keine Sitzung halten, da aus Furcht vor Ansteckung nicht mehr als 8 Mitglieder sich einfanden. Auf den französischen Inseln hat das gelbe Fieber gleichfalls zahlreiche Opfer weggerafft. In St. Pierre (Martinique) kamen täglich 12 Todesfälle vor. Zwei Schauspielerinnen einer eben angekommenen Theatertruppe starben gleich bei der Ankunft; 4 andere lagen gefährlich krank.

Miscellen.

Allhusens Buch über die Gehirnlehre ist in Kiel confiscirt worden.

Die einzige Lehre, welche den Holsteinern beigebracht werden darf, ist die — von den Krümmungen des Rückgrats. (Kladderadatsch.)

Aus Weißenfels vernimmt man einen Unglücksfall, der wiederum, wie so oft schon, in Folge nicht hinreichender Vorsicht bei Aufbewahrung der Streichhölzer sich ereignet hat. Eine Mutter in einem Hause der Zeitzer Vorstadt, die zur Gewinnung ihres Lebensunterhaltes den Dienst einer Aufwartung besorgt, läßt ihr zweijähriges Kind unter Aufsicht eines zwölfjährigen Mädchens in der Stube zurück. Da das Kind bald einschläft, will das Mädchen die Zeit des Schlafens zum Stoppeln von Kartoffeln benutzen und schließt deßhalb das Kind ein. Dieses erwacht aber sehr bald, greift nach den nahestehenden Streichhölzern, damit zu spielen, sie entzünden sich und fallen auf das Bett. Das Schreien des Kindes wird zwar gehört, aber ehe die verschlossene Thür geöffnet wird, ist das Kind bereits verbrannt, und zwar vom oberen Brusttheile bis auf die Fußzehen zu Kohle verbrannt, so daß u. a. die Leber im Leibe gebraten war.

Geldcourse.

Frankfurt, den 23. Nov. Pistolen 9 fl. 42½—43½ kr., Ducaten 5 37 — 38, 20-Franken-Stücke 9 26½ — 27½, Holländische 10fl.-Stücke 9 51 — 52, Preußische Thaler 1 45—45½, Fünffrankenthaler 2 fl. 21—21½ kr.

Papiercourse. Frankfurt, den 23. Nov. Oesterreichische 5proc. Met. 94⅛; 4½proc. 72¼. Preußische 3½proc. 93⅞. Baierische 5proc. 101½; 4proc. 96⅞; 3½proc. 92¼. Verb. Act. 98⅞; Pr.-Obl. 103. Bad. 4½proc. 102¼; 50fl.-Loose 66¼; 35fl.-L. 38¼. Heff. 25fl.-L. 31⅞. Disconto 3 G.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Gewerbsverein zu Speyer.

Mittwoch, den 24. November Abends 5½ Uhr: **Generalversammlung.** Gegenstand: 1) Gewerbliche Mittheilungen; Aufbewahrung der Hopfen u. s. w. 2) Vortrag über Experimentalchemie, die jeden Mittwoch fortgesetzt wird, von Dr. Walz.

Der Vorstand: Dr. Walz.

[1314³] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einem Speditionsgeschäfte in Mannheim ist eine Lehrlingsstelle zu besetzen. — Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 284 | den 26. November 1852.

Deutschland.

*** Können weit verbreitete Ansichten gewaltsam ausgetilgt werden?** Nie mag diese Frage häufiger aufgetaucht sein, als jetzt. Wir sind nicht so sanguinisch, nicht so blind gegen die Erfahrungen der Geschichte, um kurzweg mit Nein zu antworten. Ja, es ist möglich, Ideen und Ansichten aus einem Lande zu vertreiben; aber es ist nur möglich unter 4 Voraussetzungen:

1) daß diese Ideen noch nicht allgemein verbreitet, zumal noch nicht in die Masse des Volkes eingedrungen sind,

2) daß man unbedingt die Träger dieser Ideen auch körperlich auszurotten im Stande ist, und davor nicht zurückschreckt;

3) daß die Ursachen aufhören, welche diese Ideen erzeugten, und

4) daß dieselben nicht durch das Beispiel von Aussen neue Nahrung erhalten können.

Fehlt eine einzige dieser Bedingungen, so ist die Erlangung des Zieles unmöglich; treffen aber selbst alle zusammen, so kann doch nur von einer Möglichkeit, nun und nimmermehr von einer Gewißheit oder nur Wahrscheinlichkeit der Austilgung die Rede sein.

Wenden wir diese Sätze auf die Verfolgung der freisinnigen, democratischen Ideen der Jetztzeit an. Was finden wir?

1) Dieselben sind so allgemein verbreitet, sind so sehr in die Massen des Volkes gedrungen, als jemals eine politische Anschauung.

2) Verfolgungen in solcher Ausdehnung wie früher, sind nicht mehr möglich. (In Belgien gelang es allerdings zu Albas Zeit, den Protestantismus auszurotten, aber erst vermittelst der Hinrichtung von 18,000 Menschen; in Frankreich brachte man es selbst vermittelst der Bartholomäusnacht und der Dragonaden, und trotz einer hundertjährigen Verfolgung der Huguenotten nur zu einem unvollständigen Ergebniße.)

3) Die Ursachen, welche die jetzige Richtung der Geister herbeiführte, kann man gerade in den Hauptbeziehungen nicht hinwegräumen, weil dies ein Sichselbst-Aufgeben sein würde.

4) Wären auf dem ganzen Continente die freisinnigen Ideen überall unterdrückt, so beständen sie fort- nicht nur in England, sondern namentlich in Amerika, gegen das ein Kreuzzug augenscheinlich eine Unmöglichkeit ist. —

Es ist also nicht eine einzige jener Bedingungen vorhanden, deren Zusammenwirken erforderlich wäre, um eine ernste, dauernde Gefahr für jene Principien zu begründen.

Schlimm genug ist es für Diejenigen, welche in dieser Entwicklungsperiode als Opfer fallen, und ihre Zahl ist bereits furchtbar groß; was aber ein Austilgen der freiheitlichen Grundsätze selbst betrifft, so fehlt es sogar an allen Bedingungen der Möglichkeit dazu. —

*** Pfalz.** Der Münchener Gewerbsverein hat, wie bereits in diesem Blatte gemeldet, eine Adresse an die Staatsregierung gerichtet, in welcher er sich im Sinne der Zolleinigung mit Oesterreich, wenn auch auf Kosten des Zollvereins, aussprechen soll. Das Pfälzische Reactionsblatt gab diese Nachricht freuderfüllt, mit einem Beisatze des Inhalts, daß jene Erklärung durch den Beschluß des Pfälzischen Landraths für Erhaltung des Zollvereins, veranlaßt worden sei (sonach als Gegendemonstration dienen soll!).

Wir müßen doch jene Zeitung um Beantwortung der Frage ersuchen: wie es sich denn hier mit der viel angerufenen Competenz verhält? und wo denn ein Gesetz zu finden ist, das dem Gewerbsverein zu München eine Befugniß in dieser Beziehung einräumt, welche dem Kreislandrathe der Pfalz — weil es sich um eine Frage des ganzen Landes handle — bestritten werden will?

Allein abgesehen davon, hätte dem Reactionsblatte die arge Ungeschicklichkeit, welche in jenem Beisatze liegt, nicht passiren sollen. Von allem Andern abgesehen, — was heißt denn jene Meldung? nichts Anderes, als: zu München hat man eben ein mit dem Pfälzischen gar nicht übereinstimmendes Interesse!!! Kann es klug sein, dies auch noch besonders zu betonen und hervorzuheben? Doch schwerlich! Allein wir haben die Ueberzeugung, daß das Widerstreben der Interessen in diesem Falle gar nicht besteht, und halten es für sehr wahrscheinlich, daß, wenn Baiern den österreichischen Natur- und Kunstproducten eröffnet würde, sowol die Landleute als die Handwerker daselbst ganz gewaltig zu klagen beginnen würden. Die „Realrechte" würden dann auch nichts mehr helfen!

Nürnberg, den 22. Nov. Die hiesige Policei entwickelte in den letzten Tagen eine außerordentliche Thätigkeit. Sie confiscirte sehr oft hier erscheinende Blätter, sie haussuchte, verhaftete und wies aus. Unter den Haussuchungen war die in der Tabakfabrik Engelhard und Schmidt auf Requisition von Hirschberg vorgenommen und betraf Tabak-Etiquetten (Robert Blum und dessen Brief an seine Frau); es wurden jedoch keine derartigen Paquete vorgefunden. — Verhaftet und dann ausgewiesen wurde der Handschuhfabrikant Klinger von Wien, weil er im Verdacht politischer Umtriebe stehe und diese Ausweisung erstreckt sich auf ganz Baiern. (Fr. K.)

Heidenheim. Die hiesigen, sehr zahlreichen Democraten beabsichtigten eine Gedächtnißfeier zu Ehren Schoder's. Der Oberamtmann hat dieselbe jedoch verboten, und Jeden, der daran Theil- nehmen würde, um 15 fl. zu strafen gedroht.

Frankfurt, den 24. Nov. Unsere Policei war gestern Abend in großer Thätigkeit begriffen; es gelang derselben nämlich in einem auf der Friedbergergasse belegenen Hause einen Falschmünzer, welcher Einguldenscheine fabricirte, zu ertappen und in Haft zu nehmen. (Frankf. Journ.)

Darmstadt, den 23. Nov. Bekanntmachung. Nachdem die großherzogliche Staatsregierung mit Zustimmung der Stände des Großherzogthums beschlossen hat, zum Zweck der Vollendung des Baues und der Betriebseinrichtungen der hessischen Ludwigseisenbahn eine Summe von höchstens 1,200,000 fl. aus Staatsmitteln in das Vermögen der Actiengesellschaft, von welcher dieser Bau unternommen ist, einzuschießen und hierzu ein Anlehen unter öffentlicher Concurrenz aufzunehmen, ist mit allerhöchster Genehmigung Sr. k. Hoh. des Großherzogs die Bestimmung getroffen worden, dieses Anlehen von 1,200,000 fl. im Wege der Soumission zu begeben, wenn annehmbare Gebote erfolgen. (Es wird nun zu diesem Behufe das Nähere bekannt gemacht.)

Mainz, den 23. Nov. Gestern Abend gegen 9 Uhr brach mit einer fürchterlichen Explosion in dem Entresol der Wohnung eines preußischen Feldwebels in der Adler-

gasse dahier Feuer aus und ist leider ein Menschenleben, der Tod eines Dienstmädchens, zu beklagen. Wie man vernimmt, beschäftigte sich dieser Militär mit dem Fabriciren von Kunstfeuerwerk und bewahrte die dazu erforderlichen Utensilien und das nöthige Pulver in der Schlafkammer des Dienstmädchens. Die Person scheint leider diesem gefährlichen Zündstoffe gestern Abend mit dem Lichte zu nahe gekommen zu sein. Im Zwischenboden fand man die Leiche des unglücklichen Dienstmädchens halb nackt und theilweise verbrannt unter den Trümmern.

Hannover, den 22. Nov. Der religiöse Fanatismus scheint in gewissen Kreisen noch im vollen Wachsen zu sein. So macht die „Deutsche Volkshalle" dem protestantischen Großherzog von Mecklenburg daraus einen Vorwurf, daß er den katholischen König von Sachsen zum Pathen seines Kindes gebeten, und dem König, daß er diese Pathenstelle angenommen. Das genannte Blatt ist der Meinung, daß eine solche Handlung gegen die Gebote der katholischen Kirche verstoße!!

Berlin, den 21. Nov. (Wind!) Das Preußische Wochenblatt stellt in seiner neuesten Nummer eine scharfe „Alternative" auf, welche so ziemlich auf das v. Vincke'sche „Hinweg mit diesem Systeme!" herauskommt. Das Wochenblatt gesteht zu: „Die preußische Regierung hat in letzter Instanz so in der Zollvereinsfrage gehandelt, wie sie handeln mußte." Aber daß dieses richtige Handeln so wenig den verdienten Erfolg hatte, davon sucht es den Grund in früheren Vorgängen. Es behauptet: „Jetzt zeigt sich das Unpolitische der Friedenspolitik des Jahres 1850.... Da die Dinge einmal so gekommen waren, wie sie im November 1850 standen, so durfte man keine Scheu vor dem Kriege zeigen, um sein politisches Geachtetsein zu erhalten.... Ehe Preußen nicht die Achtung der Welt und das Gefürchtetsein Seitens der kleinen deutschen Staaten wiedergewonnen hat, wird es in allen seinen auswärtigen Beziehungen nur Nachtheile, niemals aber Vortheile erreichen. Die zu Letzterem erforderliche moralisch-politische Stellung, sowol in dem europäischen Areopag als in Deutschland, könnten die gegenwärtigen Persönlichkeiten unseres Cabinets nur durch einen mit rücksichtsloser Entschiedenheit geführten Krieg erreichen; denn die auswärtigen Cabinette fürchten sich vor blosen Drohungen nicht mehr, weil sie an die Ausführung derselben durch die gegenwärtigen Persönlichkeiten nicht mehr glauben.... Will deßhalb Preußen seine verlorene moralisch-politische Stellung ohne einen veritablen Krieg wiedergewinnen, so kann es dies nur dadurch, daß Männer in das Cabinet treten, von deren eventueller Rücksichtslosigkeit das Ausland, vor Allem aber Oesterreich, überzeugt ist und die zugleich das vollkommenste und unbedingteste Vertrauen Sr. Maj. des Königs genießen." Auf diese Weise kommt das Wochenblatt zu der Alternative: „Krieg oder Cabinetswechsel." Diese Wendung scheint eine verschärfte Opposition der Partei in Aussicht zu stellen.

Berlin, den 22. Nov. Gestern (21. Nov.) Nachmittag starb zu Frankfurt a. d. O. nach langen schweren Leiden, über 70 Jahr alt, der General der Infanterie und Staatsminister a. D. von Thile. Die Trauer der Familie um den edlen Todten wird in den weitesten Kreisen getheilt werden.

Hamburg, den 18. Nov. In eine eigenthümliche Collision ist unsere Behörde mit England gerathen. Letzteres Land lieferte nämlich die entflohenen Policeofficianten Meyer und Greve hieher in der Meinung aus, daß dieselben öffentliche Gelder veruntreut hätten. Nun aber erfuhr der sie hieher begleitende englische Constabler Marr, daß sie bloß Privatschwindeleien begangen, wegen welcher allein die freie Insel Verbrecher nicht zurücksendet. Derselbe verlangt daher ihre Zurücklieferung nach England und wandte sich sogar deßwegen an seinen Gesandten.

Frankreich.

Empire français. Die Policei, die Geistlichkeit, die Präfecten, die Beamtenwelt, kurz alle officiellen und von oben herab inspirirten Organe bieten das Möglichst-Mögliche auf, die Franzosen zum Votiren zu treiben. 9 Millionen sollen bei Stimme sein und zwar gut bei Stimme. Welch eine Arbeit! Es ist doch zu komisch! diese Constatirung der allgemeinen Gleichgültigkeit betreffs der Kaisermacherei und vor wenigen Wochen noch die ungeheure, pomphaft aufgebauschte Enthusiasmus-Lüge hinsichtlich dieser nämlichen Kaiserfrage. Wenn man die französischen Zustände so recht gemüthlich und unbefangen, so recht aus der Vogel-Perspective betrachtet, so muß man gestehen: die Welt-Dramatik hat gegenwärtig kein amüsanteres Lustspiel aufzuweisen. — Schade nur, daß der Uebergang zur Tragi-Comödie nicht ausbleiben kann. — (Münchn. Bote.)

Paris, den 21. Nov. Seitdem der Artikel des halbofficiellen wiener Blattes die Frage in Anregung gebracht hat, ob die Großmächte den neuen Kaiser der Franzosen als „Napoleon III." anerkennen würden, hat man von mehreren Seiten geschrieben, daß L. Napoleon diese Schwierigkeit zu umgehen gedenke, indem er diesen Titel nur für Frankreich, nicht aber in seinen Beziehungen zum Auslande anwende. Dieser Version muß ich, nach einer Unterhaltung, die ich gestern mit einer hochstehenden Person hatte, entschieden widersprechen. L. Napoleon hält gerade vor Allem an dem Titel „Napoleon III.", und unter diesem Namen wird die Thronbesteigung des neuen Kaisers dem Auslande notificirt und die Anerkennung verlangt werden. Wenn es nun wahr ist, was ich dahingestellt sein lasse, daß die Großmächte an dem fraglichen Titel Anstoß nehmen werden, so würde das allerdings leicht zu ernstlichen Verwicklungen führen. (K. Z.)

Die Stille, die gestern und heute während der Wahl des Kaisers herrscht, ist in der That bemerkenswerth. Das Leichenbegängniß der Republik ist ein zweifach ehrenvolles. Republikaner und Carlisten haben sich das Wort gegeben, gar nicht zu stimmen; die Einen aus Pietät für das neueste Manifest Heinrich's, die Anderen aus Pietät für ihre Gesinnung und um ihre Bulletins nicht etwa für volle „Ja" mitgezählt zu sehen. Die Veröffentlichung der verschiedenen Manifeste im Moniteur war eher ein Act der Nothwendigkeit, als ein Act hoher Politik, wie man einige Zeit glaubte. Nach der Hand stellt es sich nun heraus, daß von dem Manifeste des Grafen von Chambord allein an 200,000 Exemplare von den verschiedenen Militärcommandanten in den Kasernen gesammelt und an das Kriegsministerium eingesendet worden sind; und die Victor Hugo'sche Proclamation circulirte bereits in allen liberalen Hütten. Eine Verheimlichung der Manifeste war mithin nicht mehr möglich. (Köln. Z.)

Es ist eine allgemeine Subscription (1 Fr. der geringste Beitrag) für ein L. Napoleon Namens Frankreichs zu überreichendes Geschenk, einen so genannten „National-Schild" als Sinnbild der schützenden Kraft, eröffnet worden. (!) Das Modell ist von dem Bildhauer Caccia, dem Manne der Sängerin Rossi; es soll entweder in vergoldetem Kupfer oder in massivem Silber ausgeführt werden. Unterzeichnet haben schon Graf Nieuwerkerke, die Minister Fould und St. Arnaud, so wie viele Beamte. (!!)

Der belgischen Independance hat man aus Paris, 18. Nov., geschrieben, daß bei dem Bischof von Luçon, im Departement der Vendée, eine diesen Prälaten stark bloßstellende Correspondenz mit Froschdorf weggenommen worden, und nur in Rücksichten, welche die Regierung einem Geistlichen schuldig zu sein glaube (?!), die Ursache zu suchen sei, daß er bis jetzt nicht verhaftet worden.

Die massive nur aus Stein und Eisen erbaute große Kaserne hinter dem Stadthause ist jetzt bis zur zweiten Etage fertig. Sie hat 80 Fenster Fronte, wurde im Frühjahr angefangen. Noch nie hat man in Paris ein so rasches Fortschreiten eines solchen collosalen Bauwerkes gesehen.

Spanien.

Madrid, den 16. Novbr. Die meisten Deputirten

sind schon in Madrid eingetroffen und entwickeln eine große Thätigkeit. Die Deputirten der gemäßigten Opposition, 68 an der Zahl, haben mit ihren 46 progressistischen Collegen sich dahin verbunden, alle Mittel aufzubieten, um der Regierung die Hölle heiß zu machen. Die Führer der Ersteren sind die ehemaligen Minister Mon, Saijas, Lozano und Graf San Luis (Sartorius); die der Letzteren die Generale Prim, Ortega und der geistreiche Schriftsteller und Ex-Minister Don Patrizio de la Escosura. Leute, die vor einem Jahre sich noch tödlich haßten, wie Prim und Sartorius, sieht man jetzt Arm in Arm auf dem Prado einhergehen. Die Cortessitzungen werden heftiger Natur sein, denn die Opposition ist durch die Verbindung stark genug, der ministeriellen Majorität die Spitze zu bieten. Die Regierung ist aber auf ihrer Hut. Sie wird gleich am ersten Tage der Eröffnung der Cortes die beiden Cardinal-Puncte, nämlich die Bewilligung des Budgets für 1853 und die Gutheißung aller ihrer Handlungen seit der letzten Auflösung, der Kammer vorlegen. Auf alle Fälle hat man die ganze Garnison von Madrid gewechselt und an deren Statt Regimenter hieher gezogen, die seit mehreren Jahren in kleinen Städten in Garnison gelegen, wo die Politik keine Rolle spielt. Damit die neu angekommenen Soldaten von der hier herrschenden Aufregung nicht angesteckt werden, ist ihnen verboten, die Kneipen der Stadt zu besuchen. Auch dürfen sie nur je 4 und 4 die Casernen verlassen und mit den Civilisten keine Freundschaft schließen. (!!) — Der großen Aufregung wegen gehen die Geschäfte an der Börse schlecht und finden die 3proc. Staatsschuldscheine keine Abnehmer mehr. Um den Credit dieser Papiere nach Erhöhung des Procentsatzes zu heben, kaufte das Finanzministerium unter der Hand für ungefähr 20 Millionen. Anfangs glückte dieser Kniff, bald aber trat eine Stockung in der Nachfrage ein, und der Staatsschatz wird jetzt den Verlust von etwa 6 Millionen, die mehr dafür bezahlt wurden, zu tragen haben! (K. Z.)

Vereinigte Staaten.

Das „Bremer Handelsblatt" theilt eine Statistik der amerikanischen Dampfschifffahrt mit. Die Dampfflotte der Vereinigten Staaten bestand am 1. Juli 1851 aus 1500 Schiffen mit mehr als 400,000 Tonnen Gehalt; 95 derselben waren Ocean-Dampfer, 1145 gewöhnliche Dampfschiffe, 119 Propellors und 130 Dampffähren. Vom 1. Juli 1851 bis zum 1. Juli 1852 haben sich die Ocean-Dampfer allein um mehr als 30 vermehrt. Mehr als die Hälfte der gesammten Dampfschifffahrt fällt auf die 5 Staaten: New-York, Pennsylvanien, Ohio, Missouri und Louisiana. Die Bemannung sammt Officieren war in folgender Weise vertheilt. Auf die Ocean-Dampfer an der Küste kommen 4548 Mann, auf die gewöhnlichen Dampfer 6311, Propellers 542, Fährboote 369 Mann. Im Durchschnitt führt ein Ocean-Dampfer 47, ein gewöhnlicher Dampfer 16, ein Schraubendampfer 8, ein Fährboot 5 Mann. Jedes Schiff der Collinslinie hat 135 Mann, der Linie nach Havre 92, der Linie nach Chagres von 50 bis 100. Die Bemannung der Binnendampfschifffahrt vertheilt sich auf das Mississippithal mit 6114, Ohiothal 8338, das Seen-Becken 2855 Mann. Im ganzen waren etwas über 29,000 Mann auf den Dampfschiffen beschäftigt. Der Verlust an Booten und Menschenleben, der auch in der neuesten Zeit wieder grauenvoll gewesen, war auch 1851 schauderhaft, denn laut dem amtlichen Bericht an den Senat gingen in dem einzigen Jahr 118 Dampfer und 659 Menschenleben verloren.

Dem „Beobachter am Genesee" entnehmen wir, daß in Rochester vom 1. April bis 1. Oct. 454 Personen an der Cholera starben und darunter 369 frisch Eingewanderte!

Neueste Nachrichten.

† **Paris,** den 23. Nov. Der Moniteur enthält Zusammenstellungen der bis jetzt bekannten Resultate der Abstimmung. Wir geben die Hauptziffern: Zahl der Wähler im Seinedepartement 315,501; gestimmt haben 270,710; davon 208,615 mit „Ja" und 53,617 mit „Nein." Das bis gestern Abend bekannte Resultat der Abstimmung der Landarmee ist: 85,595 Stimmende, davon 82,399 „Ja," 2416 „Nein," 120 Zweifelhafte und 106 Ungültige. Von der Marine in Toulon haben 5400 Mann gestimmt, 4980 mit „Ja" und 247 mit „Nein." In Nantes (Civilwähler) 10,278 „Ja" und 2,158 „Nein." Angers 8,538 Ja und 694 Nein. Colmar 2,486 Ja, 194 Nein. Mühlhausen 3,954 Ja, kein Nein. Nancy 13,654 Ja, 1,729 Nein. Amiens 13,550 Ja, 1,476 Nein. Straßburg 7,259 Ja, 1,487 Nein. Bordeaux 11,338 Ja, 1648 Nein. Lyon 33,245 Ja, 7,690 Nein. Versailles 5,348 Ja, 1,141 Nein. Havre 10,397 Ja, 1,161 Nein. Lille 25,239 Ja, 2,204 Nein.

Am 25. versammelt sich der gesetzgebende Körper und wird die letzte Sanction dem Kaiserreiche geben. Sogleich darauf wird der Senat die für nothwendig erachteten Abänderungen an der Landesverfassung vornehmen und die Civilliste des neuen Kaisers votiren, die 30 Millionen jährlich betragen soll, wovon 6 Millionen zu Appanagen für die Mitglieder der kaiserlichen Familie bestimmt sind. Der Tag für die Proclamation des Kaiserreiches ist noch nicht festgestellt, es ist jedoch wahrscheinlich, daß es am 10. December proclamirt wird. Wenn sich die Nachricht bestätigt, daß die Escadrille von Toulon Ordre erhalten hat, sich nach Civitavecchia zu begeben, um den Pabst abzuholen, so wird die Krönung noch früher, als im nächsten Frühjahr, wie es Anfangs bestimmt war, stattfinden.

Abdel Kader hat einen neuen Beweis seiner Erkenntlichkeit und Anhänglichkeit an Louis Napoleon gegeben, indem er begehrt hat, als französischer Bürger an der Abstimmung Theil zu nehmen. (!!)

In den Arsenalen der französischen Marine herrscht die größte Thätigkeit. Auf allen Werften werden Kiele zu neuen Schraubendampfschiffen gelegt. Der Annibal und Wagram gehen der Vollendung entgegen, und werden künftiges Jahr vom Stappel laufen. Alle neuen Schiffe werden wie der „Napoleon," der sich so glänzend bewährte, zu Dampf- und Segelschiffen eingerichtet. — Die Hrn. de St. Ferreol, de Brioude und Audiard Bonnet, welche unter Anschuldigung der Theilnahme am Marseiller Complotte verhaftet wurden, sind freigelassen worden.

Das Personal der komischen Oper, welches bei der Festvorstellung mitwirkte, erhielt vom Präsidenten reiche Geschenke. Der Director Emil Perrin, Mery, Adam und Bataille empfingen goldene mit Diamanten garnirte Dosen. Mme. Ugald eine diamantene Brosche, Mlle. Wertheimer ein mit Diamanten verziertes Armband.

In dieser Woche sind zwei neue Planeten entdeckt worden. Den ersten hat der aus Frankfurt gebürtige Historienmaler Hr. Herrmann Goldschmith entdeckt. Der Planet ist zwischen der 8. und 9. Größe und befindet sich im Sternbilde des Widders. Er nannte, nach dem Rathe des Hrn. Arago, den Planeten „Lutetia."

Man hatte gehofft, daß die günstigen Wahlnachrichten aus der Provinz und das Resultat der Abstimmung in Paris ein Steigen der Course zur Folge haben werde. Vor der Börse stiegen die 3proc. auch bedeutend; antigouvernementale Einflüße, die sich bei Eröffnung derselben geltend machten, brachten jedoch die Course zum Fallen. Die 3proc. fielen bedeutend: um 70 Cent., auf 84 Fr. 50 C., die 5proc. jedoch nur um 10 C., auf 106 Fr. 15 C.

Köln. Nach der Elberfelder Ztg. haben sämmtliche im Proceß Becker Verurtheilte Cassation eingelegt. Interessant und aufklärend zugleich mag die Mittheilung sein, daß die 12 Geschworenen, welche über diese Angeklagten zu Gericht saßen, ein Vermögen von 9 Millionen besitzen.

Darmstadt, den 23. Nov. Die Abgeordnetenkammer hat sich nach lebhafter Discussion mit 30 gegen 17 Stimmen dazu verstanden, ihre früheren Budgetbeschlüsse einer Revision zu unterwerfen, um durch Nachgeben eine

Uebereinstimmung mit der ersten Kammer herbeizuführen! — Dem Ministerpräsidenten und einem Ministerialrathe sind sämmtliche Orden gestohlen worden!

Schwerin, den 18. Nov. Heute wird der Landtag eröffnet.

Berlin, den 22. Nov. In der Angelegenheit der freien Gemeinden hat das Obertribunal in voriger Woche eine Entscheidung gefällt, durch welche deren Fortbestehen gesichert erscheint.

Der Jesuitenorden beabsichtigt das von der holländischen Gränze wenig entfernte ehemalige Augustinerkloster Fronswegen an sich zu kaufen und ein Jesuitenkloster zu begründen. Fronswegen ist im Besitze des Fürsten Bentheim-Steinfurt, mit welchem durch dritte Hand unterhandelt wird. Die Aufmerksamkeit der königl. hannoverschen Regierung ist auf diese Angelegenheit gelenkt worden und dürfte dieselbe einer derartigen Ausbreitung der Jesuiten wenig förderlich sein.

Schon früher sprach man von Anstalten zur Herstellung einer neuen Zolllinie. Jetzt vernimmt man aber bestimmter, daß vom Generalsteuerdirector Befehl zur Errichtung von Zollhäusern an der sächsischen Gränze gegeben worden sei.

Schleswig. Unterm 13. November hat das Ministerium für Schleswig die Verbreitung der Druckschrift: „Letztes Wort an die Flensburger. Von ihrem früheren Prediger Valentiner, jetzt Privatlehrer. Hamburg, 1852," im Herzogthum Schleswig verboten.

Wien, den 19. Nov. Die in dem Zolleinigungsvertrage zwischen Oesterreich, Modena und Parma festgesetzte dreimonatliche Vorbereitungsperiode ist im Einverständniß der betheiligten Staaten auf zwei Monate herabgesetzt, und der Beginn derselben auf den 1. Dec. d. J. bestimmt.

Wien, den 20. Nov. Wie die „Presse" meldet, wird nächstens ein sehr kostbarer, als Geschenk für die kürzlich zur katholischen Kirche übergetretene Prinzessin von Wasa bestimmter Hausaltar aus Paris in Wien eintreffen.

Gratz, den 18. Nov. Laut telegraphischer Mittheilung wurde an der Eisenstation Sagor vorgestern Abends 6 Uhr und gestern Nachmittags 3 Uhr ein Erdbeben verspürt, welches so bedeutend war, daß einige Häuser Risse bekamen.

Ein Brief aus **Rotterdam** besagt, daß die dortigen Buchhändler von der Polizei die Mittheilung erhalten haben, es würde den Behörden angenehm sein, wenn sie die Flugschriften: „Napoleon der Kleine" und „die Nächte von St. Cloud" nicht ausbieten würden.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1315²] **Offene Lehrlingsstelle.**

Ein wohlerzogener junger Mensch kann die Kleinuhrmacherei gründlich erlernen bei

F. Burschell.

[1317³] **Ludwigshafen a. Rh.**

Thee-Lager zu den billigsten Preisen bei

Constantin Schmidt.

[1312³] **Das Großherz. Badische Eisenbahn-Anlehen von 14 Millionen Gulden,** vom Staat errichtet und von den Landständen garantirt, ist rückzahlbar durch Gewinne von 14mal 50,000, 54mal 40,000, 12mal 35,000, 23mal 15,000, 2mal 12,000, 55mal 10,000 fl. Die geringste Prämie ist 42 fl. Die nächste Verloosung findet am 30. November 1852 statt, und sind hiezu bei unterzeichnetem Handlungshause **Original-Actien** à 1 fl. 30 kr. zu haben. Dieses solide Anlehen kann Jedem empfohlen werden, der Fortuna auf billige Art versuchen will.

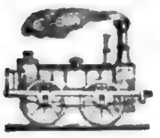
Julius Stiebel jun., Banquier
in Frankfurt a. M. Büreau Wollgraben.

[1316²] **Ludwigshafen a. Rh.**

Lager von Steinkohlen- und Coaks-Schaufeln bei

Constantin Schmidt.

[1304³] **Hessische Ludwigs-Eisenbahn.**



Da die von den Actionären eingezahlten Beträge mit Einrechnung des von der Großherzoglichen Staatsregierung zur Gleichstellung geleisteten Zuschusses zur Bestreitung der nothwendigen Ausgaben bis zum 31. Januar 1853 nicht hinreichen, so sehen wir uns veranlaßt, eine Einzahlung von 5 g (die eilfte) auszuschreiben, welche bis längstens zum

15. December 1852

bei Vermeidung der statutenmäßigen Conventionalstrafe zu leisten ist.

Die Zahlung beträgt nach Abrechnung der verfallenen Zinsen der bereits geleisteten Einzahlungen für jede Actie von 250 fl.

acht Gulden fünf und vierzig Kreuzer

(8 fl. 45 kr.) und kann für Rechnung der Gesellschaft geleistet werden:

In **Mainz**	an Herrn	**J. A. Heidelberger,**
„ „	„ „	**G. L. Kayser,**
„ „	„ „	**Fr. Korn,**
„ „	„ „	**C. Lauteren Sohn,**
„ „	„ „	**J. B. Werner,**
„ **Worms**	„ „	**Georg Renz,**
„ **Frankfurt a. M.**	„ „	**M. A. v. Rothschild & Söhne,**
„ **Köln**	„ den	**A. Schaaffhausen**'schen Bankverein,
„ **Berlin**	„ Herren	**Anhalt & Wagener.**

Hierbei machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß die nach Berechnung obiger Einzahlung noch zu zahlenden 35 g in folgenden Terminen werden erhoben werden:

5 g am 31. Januar 1853,
10 g „ 31. März 1853,
10 g „ 31. Mai 1853,
10 g „ 31. Juli 1853,

worüber besondere Aufforderungen erfolgen werden.

Zudem haben wir auf mehrfache an uns gerichtete Wünsche die Einrichtung getroffen, daß bei obengenannten Handlungshäusern jetzt schon die noch rückständigen 40 g voll eingezahlt werden können.

Denjenigen Actien-Inhabern, welche hiervon Gebrauch machen wollen, werden die Zinsen vom 15. December 1852 bis 31. Juli 1853 vergütet und die definitiven Actiendocumente demnächst ausgeliefert werden.

Mainz, den 1. November 1852.

Der Verwaltungsrath.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 283 | den 27. November 1852.

Deutschland.

* **Bemerkungen.** Ueber das Resultat der Kaiserabstimmung in Frankreich war von Anfang kein Mensch im Zweifel, darum gibt sich auch nicht einmal ein solches Interesse dabei kund, wie sonst bei einer einfachen Deputirtenwahl. Bezeichnend war es von vorn herein, welche Mühe sich die Anhänger des Kaiserthums gaben, die Ansicht zu bekämpfen, als würden doch die ächten Ziffern des Resultates der Abstimmung nicht bekannt gemacht. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wie allgemein verbreitet diese Ueberzeugung ist, (daß es sich nemlich doch nur um eine Illusion bei der ganzen Abstimmung handle,) so wäre dieser Beweis am schlagendsten eben durch jene Bemühungen gegeben worden.

Ueber die republikanischen Manifeste bekamen wir dieser Tage noch gewaltige Expectorationen in reactionären Blättern zu lesen. Alles recht schön. Warum aber haben jene Zeitungen den Muth nicht, die Quelle des Uebels zu bezeichnen?! Es ist kindisch, gegen die Wirkung zu declamiren, wenn man nicht wagt, die Ursache anzugreifen! Der ganze Inhalt jener Manifeste wäre gegenstandslos, wäre ohne alles Fundament, wenn ihnen nicht der 2. December nur allzusehr zur festen Unterlage diente!

Eigenthümlich ist der Eifer, den der Clerus für die Abstimmung an den Tag legte, und unter ihm namentlich viele Prälaten. Die Anhänger des Legitimitätsprincips fühlen sich „unangenehm berührt" davon. Sie sehen nun thatsächlich, daß von den für das Kaiserthum agitirenden Geistlichen der Legitimismus auch nicht des geringsten Opfers werth erachtet wird. Das Beispiel dürften sich freilich die Absolutisten aller Länder ein wenig merken, welche wähnen, ihre Gewalt nur auf solches Fundament bauen zu dürfen, um vor jeder Gefahr gesichert zu sein. —

* Zu dem gestrigen Blatte der Speyerer Ztg. ward aus Madrid gemeldet, daß die dortige Regierung aufs Sorgsamste jeden Verkehr zwischen den Soldaten und den Civilpersonen zu verhindern sucht, weil sie — für sich selbst fürchtet. Dieser Zug ist bezeichnend für den heutigen Zustand der Dinge in Spanien. Es ist ein colossales Merkmal, wie ganz und gar das jetzige Regime jeder Wurzel im Volke entbehrt. Ein Verkehr der Soldaten mit jenen Classen der Bevölkerung, aus denen sie hervorgegangen, droht die jetzige Einrichtung zu gefährden! Und ein solcher Zustand sollte haltbar sein — halbar in unserer Zeit?! Ja, die ihn herbeigeführt haben diesen Zustand, sie verfolgen auch ihre Gegner mit einer Wuth, als ob sie gegen die Möglichkeit jedes Umschlags und jeder Wiedervergeltung auf ewige Zeit gesichert wären! Man begreift solche Verblendung nicht!

AC* **Frankfurt,** den 24. Nov. Man schreibt uns **aus Hanau** vom 23. d. Mts.: Heute erlebten wir einen Auftritt, der in unserm Lande, in welchem doch schon Alles dagewesen, was ...... und Härte zu leisten vermögen, noch nicht vorgekommen, und auch sonst wohl ohne Gleichen ist. Die Schule des sehr beliebten Herrn Rödiger, die einzige größere Privatanstalt, welche von den Kindern des gebildeten Theiles unserer Bevölkerung stark besucht wird, ist mit Gewalt geschlossen worden. Heute Morgen erschienen sechs Gensdarmen in Begleitung eines Polizisten, welcher den versammelten Kindern den Befehl ertheilte, das Schullocal zu verlassen, was jedoch nicht eher geschah, als bis dieser Weisung ernste Drohungen hinzugefügt wurden. Herr Rödiger selbst soll verhaftet und seinen Lehrern bei Androhung von Strafe verboten sein, ferner Unterricht zu ertheilen. Die Pensionäre, welche sich im Hause des Schulvorstehers aufhalten, sollen die Weisung erhalten haben, die Pension zu verlassen und zu ihren Eltern heimzukehren. Wir kennen die Gründe nicht, welche zu diesem neuen Act der Gewalt Veranlassung gegeben haben; welcher Art sie aber auch sein mögen, wir glauben nicht, daß sie gebieterisch zu einem solchen Verfahren führen mußten, das uns nicht blos bitter empfinden läßt, daß die Freiheit des Unterrichts in unserm Lande gänzlich untergraben ist, sondern auch unserer empfänglichen Jugend ganz ähnliche Gefühle einflößt, als die, wegen deren man heute mit ihren Vätern ins Gericht geht. Und während dies hier geschieht, predigen die Jesuiten unangefochten im nahen Frankfurt! — In Kassel ist, zunächst für die Residenz, ein Erlaß erschienen, welcher die Besserung der dienenden Klasse bezweckt. Dienstboten, welche innerhalb eines Jahres in den dritten Dienst zu treten beabsichtigen, sollen dazu in Zukunft die polizeiliche Erlaubniß nicht mehr erhalten. Falls sie nicht Ortsangehörige sind, soll außerdem das Aufenthaltsrecht für solche Dienstboten zurückgezogen werden. Es liegt in dieser Verordnung eine große Härte gegen den dienenden Stand. Wie sehr auch die sittliche und geistige Hebung der Dienstboten zu wünschen ist, so wird dieses Ziel doch schwerlich auf dem von Hrn. Hassenpflug betretenen Wege erreicht werden. Das sicherste Mittel, den Dienstboten zu bessern, ist das gute Beispiel, welches ihnen von denen gegeben wird, in deren Dienst sie stehen. Ferner gehört dahin eine humane Behandlung. Der Mangel an gutem Beispiel und menschlicher Behandlung kann durch keinen Ministerialbeschluß ersetzt werden.

* Die inspirirte Presse wiederholt seit einiger Zeit täglich, daß zur Verständigung zwischen Oesterreich, der Coalition und Preußen gegründete Hoffnungen vorhanden wären. Wenn sich dieselben auf das Stillschweigen über die Ergebniße der jetzigen Wiener Conferenzen stützen, so sind sie auf Sand gebaut. Ist man in Wien auch von der Unfruchtbarkeit dieser Conferenzen nachgerade vollständig überzeugt, so wird man doch forttagen und die kostbare Zeit verstreichen lassen. Aus Berlin wird uns geschrieben, daß an eingeweihter Stelle Niemand an Verständigung glaube, so lange das preußische Programm noch nicht acceptirt sei. Dagegen bestätigt es sich vollkommen, daß der Septembervertrag gesichert ist und dem Abschluße des Vertrags mit Braunschweig so wie mit den thüringenschen Staaten nichts von irgend welcher Erheblichkeit im Wege steht.

* An unserm Geldmarkt herrscht eine günstige Stimmung. Oesterreichische und spanische Papiere höher bezahlt. Für Berbacher und Fried.-Wilh.-Nordbahn-Actien wurden höhere Course bewilligt. Disconto ein wenig angezogen, 3 ß Geld.

* **Speyer,** den 25. Nov. Ein außerordentlich frecher Diebstahl hat diese Nacht hier stattgefunden. Es wurde bei Hrn. Fried. Haid, Rechner der Kreishülfs- und der Sparcasse, eingebrochen, und eine Summe von mehr als 6000 fl. gestohlen. Es steht zu hoffen, daß die frechen Thäter dieses Verbrechens nicht unentdeckt bleiben.

Die Völkerwanderung im 19. Jahrhunderte.

Die Völkerwanderung mitten im 19. Jahrhundert ist ein

ernsteres und ein ungewöhnlicheres Ereigniß, als sich die Gegenwart deren ganze Natur zu denken scheint. Noch nie waren die Ursachen solcher Wanderungen wie die gegenwärtigen sind, und noch nie griffen ihre Wirkungen so mächtig in die allgemeinen Lebensverhältniße der menschlichen Gesellschaft ein, als eben in unseren Tagen, und als dies besonders in den nahen, kommenden unabänderlich der Fall sein wird. Als das kaiserliche Rom untergehen sollte, da wogten die germanischen Schaaren unter ungeheurem Getümmel und Waffengetöse, das vom atlantischen bis zum schwarzen Meere scholl, über wilde Berge und Wogen nach Süden, Südwesten und Westen, und hinterließen aufstehenden Gewaltherrschern in der Heimat die Gelegenheit zur Stillung ihrer selbstsüchtigen Triebe. Jetzt ist der Character der Menschenwanderung ein ganz anderer; sie gehen weg aus Ueberdruß, fast unbemerkt, so still, als wäre es bei Nacht, wenn alle anderen schlafen, und doch ist ihre Zahl so groß wie nie vorher und wird von Tage zu Tage größer, immer größer, und je mehr gegangen sind, desto mehr gehen und werden gehen; die Gegangenen ziehen in natürlicher Weise die Kommenden und die Gebliebenen nach sich; es ist eine Völkerwanderung, deren Schaaren unzählig werden, deren Ende nicht abzusehen ist, deren Folgen unermeßlich sind, deren friedliche Bewegung die deutsche Erde mehr verwüsten wird als ein 30jähriger Krieg. . . . Doch wehe denen, welche die Zustände schufen, die das deutsche Volk aus der Heimat treiben. Die Zustände kamen nicht von ungefähr. Niemand freue sich über unsere Wanderung übers Meer — sie ist eine Ader, die Deutschland geöffnet worden ist, aber die Ader könnte bluten bis der Körper todt ist.

Es hallen Klagen und Jammerstimmen zu uns herüber vom äußersten Westrande Europa's, als ob etwas Geliebtes ins Grab gelegt würde, hier ein ganzes Volk, als ob eine Todtenglocke durch unsern Welttheil läutete, um einen unersetzlichen Verlust, während Amerika nach den Wäldern von Schiffen ausblickt, die, mit Germaniamüden beladen, von Osten her über die Wogen kommen. Auch der Exodus aus Erin wird immer größer, immer mehr Unterthanen reißen sich von dem germanischen England los. „Alles — so tönt die irische Klage im „Clare Journal" vom 27. Sept. — wendet bei uns sein Antlitz nach dem fernen Westen — der Heimat jenseits der Tiefe. Alt und Jung und Mitteljährig, alle sind in Bewegung, um das alte Land zu verlassen, wo keine Hoffnung mehr für die Jugend ist, in deren Geist die Hoffnung Knospen treibt, die sichere Früchte verheißen. Es ist herzzerreißend, über den Wechsel und Wandel nachzusinnen, der in einigen wenigen Jahren in Alt-Irland erfolgen wird, falls die Sehnsucht, das Vaterland zu verlassen, die jetzt die Volksmassen ergriffen, fortdauern wird. Früher ward jeder Gedanke an eine Uebersiedlung nach Amerika bis zur Rückkehr des Frühlings verschoben, die Jahreszeit zum Auswandern endete mit dem Beginn der Erndte, und nie dachte man daran, sich, ehe der Lenz erschienen, den Winterstürmen auszusetzen; aber jetzt sind Frühling, Sommer und Herbst gleich geworden. Die Straßen sind tagtäglich von Familien voll, im Begriff wegzugehen. Es kommt ihnen vor, als ob sie nur 100 Meilen zu wandern hätten statt 1000. Und was ist die Ursache davon? Außer der früheren Triebfeder findet jetzt noch ein großer Beweggrund statt, der nemlich, daß die Ihrigen bereits vor ihnen hinübergegangen sind. Die alten lieben Gesichter, noch in guter Erinnerung, die vor einigen Monaten aus ihren Augen verschwanden, warten hoffend darauf, ihnen bei ihrer Landung auf der neuen Erde die Hand zu reichen und noch einmal unter einem und demselben Dache mit Sohn und Tochter zu schlafen, welche sie nie wieder zu sehen gedachten diesseits des Grabes. Dies ist eine Hauptursache des unaufhörlich fortgehenden Wanderstromes. Gestern war ungefähr den ganzen Tag die Straße gedrängt voll von Karren, die auf Familien warteten bei Arrangirung ihrer Angelegenheiten mit den Auswanderungsagenten. Heute sind sie weg, und die Schaaren reichen hin, in dem Kirchspiel, wo sie gewohnt haben, eine Lücke zu lassen, die nicht leicht gefüllt werden wird." Solche Lücken sind in jeder Landschaft, in jedem kleinsten District Irlands; sie werden immer größer, werden nicht wieder ausgefüllt, und die paar ansiedelnden Engländer und Schotten sind kaum bemerkbar in der großen Wüste, in welche Irland umgeschaffen wird. Solche Lücken treten auch schon allenthalben in Deutschland ein, sie werden immer größer werden, wie in Irland! Und wer wird sie ausfüllen? (Wes.-Ztg.)

Baiern. Wie steht's mit den schwebenden Ministerveränderungen? Antwort: Herr Graf Reigersberg ist zum Staatsminister des Innern ernannt. Gleichzeitig hat Herr v. Kleinschrod für den Fall des Aufgebens der Gerichtsorganisation seinen Rücktritt erklärt. Diesen Fall vorausgesetzt, ist die allenfallsige Neubesetzung des Justizministeriums allerdings der Gegenstand verschiedener, wie bereits mitgetheilt, mit hervorragenden Persönlichkeiten des Richteramts angeknüpfter Unterhandlungen gewesen. Etwas Bestimmtes ist in dieser Beziehung noch nicht erzielt; dies daher auch die Ursache, warum die erstbezeichnete Ernennung noch nicht veröffentlicht ist. (M.B.)

München, den 21. Nov. Die Entgegennahme der von dem Gewerberath und Gewerbeverein beschlossenen Adresse (zur Billigung der Regierungspolitik in der Zollfrage) hat Se. Maj. abgelehnt. (A. Abenz.)

Würzburg, den 16. Nov. Die k. Regierung von Unterfranken hat dem Magistrat zu Würzburg mitgetheilt, daß von nun an keinem baierischen Handwerksgesellen das Visum zur Reise nach der Schweiz zu ertheilen sei, sowie jedem aus der Schweiz kommenden nichtbaierischen Handwerksgesellen die Reise durch Baiern verweigert wird.

Würzburg, den 16. Novbr. Als in Schweinfurt die Bahneröffnung mit vielen Festivitäten und Schmausereien gefeiert wurde, trugen auch die Kutscher zur Feier des Tages bei, sie fuhren im Schritte durch die Straßen ihre Peitschen mit Flören und Tüchern zum Zeichen der Trauer umwunden. Man nahm diese Kutscher in Strafe. Wir glauben, daß dies doch etwas hart ist, wenn eine Partei ißt und trinkt aus Freude, daß nunmehr die armen Leute von den Reichen gefahren werden; warum soll armen Kutschern die Trauer versagt werden, weil sie nun weniger Reiche zu fahren, also weniger Brod zu verdienen haben?

Hof. Zu der Lottocollecteursfrau Honig kam neulich, am 19. d. Nachts, in Abwesenheit ihres Mannes ein ihr bekannter Bursche und verlangte eine Schreibfeder. Die Frau wollte seinem Ansuchen entsprechen und öffnete deßhalb das Bureau ihres Mannes, wo auch die Casse stund. Als der Bursche diese erblickte, schlug er die Frau der Art mehrmal mit einem Hammer auf den Kopf, daß sie zusammenstürzte. Sie hatte jedoch noch so viel Kraft, um Hilfe zu rufen, und dadurch wurde der Bursche, ohne seinen Zweck erreicht zu haben, verjagt, die Unglückliche liegt aber hoffnungslos krank darnieder.

Frankfurt, den 24. Nov. Der Dieb, welcher in Darmstadt eine bedeutende Partie Orden im Werthe von 10,000 fl. gestohlen hat, wurde, nachdem er gestern Morgen noch bei einem hiesigen Goldarbeiter versuchte, ein Stück von einem zerbrochenen Orden zu verkaufen, gestern Abend in einem hiesigen Gasthause verhaftet. Derselbe wurde noch gestern Abend nach Darmstadt gebracht, jedoch heute wieder hierher abgeliefert.

Köln, den 23. Nov. Heute wurde von dem hiesigen Assisenhofe in Betreff der Anklage wegen Hochverraths gegen Dr. Karl D'Ester, zur Zeit in der Schweiz lebend, erkannt. Derselbe wurde in contumaciam zum Tode und zur Tragung der Kosten verurtheilt, und verordnete der Hof die Veröffentlichung eines Auszugs dieses Urtheils im Amtsblatte so wie dessen Anheftung am Schandpfahle.

Wien, den 19. Nov. Die Erklärungen des franzö-

ſiſchen Geſandten Hrn. de la Cour ſind von unſerem Cabinette zwar mit Höflichkeit, aber auch mit ſichtlicher Kälte aufgenommen worden.

— den 20. Novbr. Die „Preſſe" beſtätigt heute die Nachricht von einer Zuſammenkunft der Souveräne von Oeſterreich, Preußen und Rußland in Warſchau.

Trieſt, den 23. Nov. Die brittiſche Mittelmeerflotte iſt nach Tunis abgeſegelt, wo bereits das franzöſiſche Mittelmeergeſchwader ſich befindet. — Nachrichten aus Cagliari zufolge wäre der Bey von Tunis geſtorben.

Schweiz.

Von der Rhone, den 20. Novbr. Der nahe bevorſtehende Entſcheid des franzöſiſchen Volks über das Senatusconſult gibt der radicalen ſavoyiſchen Preſſe noch einmal Gelegenheit, ſich auf die gefährliche Arena der Agitation gegen das Kaiſerreich hinauszuwagen. Sie bleibt in dieſer Beziehung gegen ihre belgiſche Schweſter wenig zurück. Der „Nouveau Patriote Savoiſien" und die Brüſſeler „Nation" gehen ſo ziemlich Hand in Hand. So ſchließt die vorgeſtrige Nummer des „Patriote" ihre ſorgenvolle Betrachtungen über die franzöſiſchen Zuſtände mit den characteriſtiſchen Worten: „Ein ſclaviſcher Senat mit Hunderttauſenden dotirt; eine ſclaviſche Kammer, welcher man Apanagen ausſetzen wird; ſclaviſche Wähler, welche die Steuern bezahlen werden; ein ſclaviſches Volk; wenig oder gar kein Ruhm; kurze Dauer = das iſt in wenig Worten das Kaiſerreich. Wehe, wenn das Volk erwacht!" — In Genf ſieht man nicht ohne Beſorgniße der Entwicklung in Frankreich entgegen. (Allg. Ztg.)

Frankreich.

† Paris, den 24. Nov. Die Armee hat nach den bisher bekannten Nachrichten mit 166,335 Stimmen für und mit 5,779 gegen das Kaiſerreich geſtimmt. Von der Marine haben 22,630 für und 1011 gegen Louis Napoleon geſtimmt. — Die Hauptbegebenheit des Tages iſt die zwar mehrfach angekündigte, von Vielen aber dennoch bezweifelte Bekehrung des Journals des Debats zum Bonapartismus. Jetzt, da das eigene Geſtändniß des Journals vorliegt, kann man über die unzweifelhaften Motive ſprechen, welche das ſeit dem 2. Dec. ſich immer paſſiv verhaltende Blatt zu dieſem Schritte bewogen haben. Sie ſind leider ſehr einfach und reduciren ſich wie die allergewöhnlichſten dieſer Art, auf eine Geldfrage. — Uebermorgen wird ſich der geſetzgebende Körper verſammeln. Man glaubt, daß er in 5 bis 6 Tagen mit ſeiner Arbeit fertig wird und am 1. oder 2. Decbr. das Reſultat in corpore nach St. Cloud überbringen wird. Es ſind bis heute Abend die Abſtimmungen von 26 Departements bekannt. Sie enthalten mit Ausſchluß von Paris und dem Departement der Seine 1,560,000 Ja und 49,000 Nein. — Die heutige Börſe war wieder ſehr ruhig; es wurden faſt gar keine Geſchäfte gemacht. Die 3proc., die bis auf 85 Fr. 10 C. gefallen waren, ſtiegen wieder, da die nemlichen Wechſelagenten, die ſeit 2 Tagen verkauft hatten, wieder anfingen zu kaufen. Sie ſchloſſen mit 84 20, alſo mit 30 Cent. unter dem geſtrigen Schlußcours. Die 5proc. Rente, die bis auf 106 heruntergegangen war, ſtieg wieder und ſchloß mit 35 C. über dem geſtrigen Schlußcours, mit 106 50.

Paris, den 22. Nov. Das Wichtigſte, was ich Ihnen heute mitzutheilen habe, iſt eine Proclamation des Präfecten des Departements de l'Iſere, Hrn. Berard. Dieſelbe lautet: „Es reicht nicht hin, auf der Paſſage L. Napoleons „Es lebe der Kaiſer" gerufen und überall auf Eure Triumphbogen und Trophäen „Napoleon der Dritte" geſchrieben zu haben. Es bleibt Euch noch übrig, dem Auslande durch ein einſtimmiges Votum den entſchiedenen Willen des franzöſiſchen Volkes auszudrücken. Ihr kennt alle die unheilvollen Verträge (les traités funestes) von 1815: Ihr wiſſet, daß Ihr durch Euer Ja, welches Ihr in die Urne werfet, die erſte Seite davon zerreißt. Wer iſt der Franzoſe, der Mann von Herz, der ein ſolches Ereigniß gleichgültig und theilnahmlos vorbeigehen laſſen möchte! Und Ihr beſonders, Einwohner der Iſere, die Ihr an dem denkwürdigen 7. März 1815 Euch nicht fürchtetet, Europa eine Herausforderung hinzuſchleudern und die Leidenſchaften und die Kriegsfackel wieder anzuzünden, indem Ihr den glorreichen Verbannten von Elba acclamirtet, Ihr werdet Euch heute nicht mehr ſcheuen, durch ein ganz feierliches Votum die Ehre Frankreichs zu rächen u. ſ. w. Grenoble, 20. November 1852. Berard." — Dieſe Proclamation eines hohen Beamten, der noch dazu als perſönlicher Freund L. Napoleons bekannt iſt, wird nicht verfehlen, im Auslande großes Aufſehen zu erregen.

Der imperialiſtiſche Eifer iſt allgemein, aber keiner thut es dem Präfecten der oberen Garonne, Baron Chapuys-Montlaville, zuvor. Um das Andenken „an die Handlungen Gottes" zu verewigen, die im Jahr der Gnade durch das Walten des franzöſiſchen Volks vollbracht worden, hat der Präfect beſchloſſen, die Ziffern des kaiſ. Plebiſcit auf Tafeln von Erz und Marmor eingraben zu laſſen, und zwar ſollen die Geſammtabſtimmungen des Departements in der Stadt Toulouſe auf Erz, die Bezirks- und Cantonalabſtimmungen auf Marmor, der Nachwelt überliefert werden.

Der Präfect des Niederrhein-Departements hat den Stadtrath von Rittershofen aufgelöst, weil derſelbe einen Antrag auf Votirung einer Adreſſe für Wiederherſtellung des Kaiſerthums zurückgewieſen hatte. (!)

Italien.

*** Florenz,** den 18. Novbr. Der Großherzog von Toscana hat auf Gewaltthätigkeiten gegen die Regierung, gegen die Religion und auf Majeſtätsbeleidigung die Todesſtrafe decretirt.

Von der italieniſchen Gränze, den 18. Nov. Wer nur einige Zeit in Italien verweilt, wird gar bald die Bemerkung machen, daß er auf einem vulkaniſchen Boden wandelt; hundert Erſcheinungen verkünden ihm, gleich aus der Erde züngelnden Flämmchen, das Vorhandenſein eines ungeheuern unterirdiſchen Brandes, der bei der nächſten günſtigen Gelegenheit die Oberfläche mit einem Feuermeere überziehen dürfte. Neuerdings haben zahlreiche Verhaftungen ſtattgefunden. Die Verhafteten werden insgeſammt nach Mantua geführt, um dort vor die Special-Militärcommiſſion geſtellt zu werden; auffallend iſt der Umſtand, daß die Publication der längſt gefällten Urtheile über 32 Complottiſten, worunter viele Geiſtliche, noch immer auf ſich warten läßt, und will man hieraus den Schluß ziehen, daß die Regierung ſich in Betreff der Prieſter, zumal darunter auch Biſchöfe ſind, in einiger Verlegenheit befinden dürfte. Sehr bedenklich erſcheint uns der düſtere Fanatismus, mit dem die meiſten politiſchen Verbrecher in der letzten Zeit in den Tod zu gehen pflegen; ehedem waren dieſe politiſchen Märtyrer oft ſehr fromme Männer, deren Geiſt bloß eine unglückſelige Richtung genommen hatte, und da blieb denn doch noch immer ein mächtiger Hebel übrig, um auf das Herz derſelben zu wirken, was jetzt aber ganz anders zu ſein pflegt. Wahrhaft ſchauerlich ſoll nach der brieflichen Mittheilung eines Offiziers der öſterreichiſchen Garniſon von Ankona die jüngſt dort ſtattgefundene Füſilirung von 9 politiſchen Verbrechen geweſen ſein, die ſich zum Theil die Hände durch Mord beſudelt hatten; ſieben von ihnen wieſen jede Tröſtung der Religion hartnäckig von ſich und gingen, die Cigarre im Munde, unter heitern Geſprächen auf den Richtplatz, wo ſie dem vortretenden Peloton laut ins Geſicht lachten, ſo daß die armen Burſche mehr Furcht hatten, als die Schlachtopfer der Juſtiz, und meiſtens fehl ſchoſſen. Von neun Delinquenten blieben fünf aufrecht ſtehen, ſo daß nochmals gefeuert werden mußte, wobei es die Erſteren nicht an Hohn gegen die Soldaten und an Stichelreden über die knechtiſche Feigheit eines ſchlechten Gewiſſens fehlen ließen. Es läßt ſich denken, daß derlei Vorgänge von mächtiger Wirkung auf die Bevölkerung ſein müſſen. (Bres. Z.)

Türkei.

Eine Correspondenz aus **Konstantinopel**, vom 6. Nov. (im Constitutionnel), spricht von einer neuen ziemlich beunruhigenden Verwicklung, in welche die Angelegenheit der heiligen Stätten eingetreten sei. Kaum sei von der Pforte der Befehl ausgefertigt worden, die mit Frankreich abgeschlossene Uebereinkunft zu vollziehen, so habe der Kaiser von Rußland dem griechischen Patriarchen bedeuten lassen, er solle Jerusalem verlassen, sobald versucht werde, an dem bestehenden Zustand irgend etwas zu ändern. Da der Befehl des Divans kategorisch laute, so sehe man der Nachricht von der Abreise des Patriarchen stündlich entgegen. In die Aufnahme Abd-el-Kaders in Brussa hatte die Pforte nach einigem Zögern gewilligt, aber ohne irgendeine Art Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 6. Nov. Die Majorität, welche General Franklin Pierce für die Präsidentschaft der Union erhalten, ist so bedeutend, wie sie kaum noch vorgekommen; sie übersteigt sogar die, welche General Jackson im Jahre 1828 erhielt. Von den 306 definitiven Wählern (die Wahl ist zweistufig) stimmten nicht weniger als 278 für Hrn. Pierce, nur 18 für den Whigcandidaten, den General Scott.

Neueste Nachrichten.

München. Ministerialrath A. Hänlein wurde, wie wir voraussagten, in den Ruhestand versetzt, weil er mit dem pensionirten Oberconsistorialpräsidenten Arnold einerlei Richtung theilte, daher mit Hrn. Harleß nicht harmonirt haben würde; Hänlein steht im rüstigsten Alter. (Fränk. Kur.)

Geibel hat seine Vorlesungen vor zahlreicher Zuhörerschaft eröffnet.

Frankfurt. Der Angabe der Frankf. Post-Ztg., daß der Fürst von Pückler-Muskau katholisch werden wolle, wird widersprochen.

Aus dem Rheingau, den 23. Nov. Auch aus unserem Gau ist eine Adresse an den Herzog gerichtet worden, die Erhaltung des Zollvereins betreffend. (Nach einer Stuttgarter Correspondenz des Frankfurter Journ. stünde zu hoffen, daß der Zollverein nicht zerrissen würde. Indessen fehlt zur Zeit jede Begründung dieser Angabe.)

Dresden, den 21. Nov. Der Erlaß des Kultusministeriums an den hiesigen Vorstand des Gustav-Adolf-Vereins wird nicht verfehlen, allgemeines Aufsehen zu erregen, indem darin dem Verein der Vorwurf aufregender Ostentation und der Benutzung jesuitischer Mittel zu außerhalb seiner Sphäre liegenden Zwecken gemacht wird. Letzteres bezieht sich auf die in einer Localversammlung des Vereins kürzlich erfolgte einstimmige Annahme eines Antrags auf Anbahnung einer organischen Verbindung der evangelischen Schule mit dem Verein. Das Jesuitische wird in der Bemächtigung der Jugend erblickt um die Zeit zu beherrschen, wie in einem analogen Verhältniß, doch ohne alle Vergleich der Tendenz, von den leitenden Democraten in den Jahren 1848 und 1849 die Affilürung der Volksschullehrer eifrigst angestrebt ward. (A. Z.)

Berlin, den 22. Nov. Es bestätigt sich, daß Rußland zwischen Preußen und Oesterreich den Streit der Zollconferenzen zu schlichten sucht, zunächst um möglichen Ereignissen des Westens keine getheilte Politik der nordischen Großstaaten entgegenstehen zu sehen. (A. Z.)

Wien, den 20. Nov. Unter diesem Datum widerspricht ein Correspondent der Allg. Ztg. der Nachricht, daß ein Fürstencongreß zu Warschau stattfinden werde.

27 Druckwerke sind abermals für den ganzen Umfang der Monarchie verboten worden. — Der in Breslau erscheinenden „Neuen Oder-Zeitung" ist der österreichische Postdebit entzogen.

Tessin. Die Regierung hat am 19. ds. den energischen Beschluß gefaßt, den Kanton von den fremden Kapuzinern zu säubern. Dieser Beschluß lautet: „In Betracht des inneren Zustandes der Korporation der Kapuziner; in Betracht, daß aus verschiedenen Symptomen hervorgeht, daß die Disciplin aus Parteigeist und Zwietracht erschlafft ist; in Betracht, daß diese Korporation fortwährend auf Kosten des Volkes lebt; in Betracht, daß es den Gemeinden nicht an einem hinreichenden regulären Klerus fehlt; in Betracht, daß die fremden Kapuziner in der Zahl von 18 auf 39 Priester und von 7 auf 24 Laien sind, beschließt der Staatsrath unter Vorbehalt der weiteren Verfügungen des großen Rathes: 1) Die fremden Kapuziner müssen innerhalb drei Tagen den Kanton verlassen. Ausgenommen sind diejenigen, die das 65. Jahr zurückgelegt haben. 2) Sie werden mit einem Reisegeld versehen gemäß Art. 5 des Gesetzes vom 30. Juni. 3) Das Kloster von Locarno ist aufgehoben und wird, wie die Station von Bellinzona, dem Staat zur Verfügung gestellt. 4) Das Finanzdepartement ist mit Ausführung des Beschlusses beauftragt. 5) Regierungscommissäre werden demselben an die Hand geben.

Piemont. Am 19. wurde die Kammer ohne alle Ceremonie eröffnet. Das neue Ministerium trat noch mit keinem Programm auf. Kaum von einer Krankheit genesen, konnte Cavour der Sitzung nicht beiwohnen. Einstweilen wurden blos laufende Geschäfte verhandelt.

Miscellen.

Der Astronom Hind hat schon wieder einen Planeten entdeckt. Derselbe steht jetzt zwischen den zwei hellen Sternen in den Hörnern des Stiers.

604 Scharfrichter haben sich bei der Galgen-Candidaten-Concurrenz in Hamburg gemeldet. Da aber nur Einer erwählt werden soll, so haben sich die Andern in fester Hoffnung auf baldige Berücksichtigung nach Toscana, Neapel, an den Kirchenstaat und andere gesegnete Länder gewendet, wo man mit Köpfen kurzen Prozeß zu machen pflegt. (Kladd.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 23. Nov. Weizen 5 fl. 26 kr., Korn 4 fl. 35 kr., Gerst 3 fl. 38 kr., Spelz 3 fl. 44 kr., Hafer 3 fl. 1 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 20. Nov. Weizen 5 fl. 17 kr., Korn 4 fl. 36 kr., Spelz 3 fl. 53 kr., Gerst 3 fl. 44 kr., Hafer 2 fl. 54 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 23. Nov. Weizen 5 fl. 1 kr., Korn 4 fl. 31 kr., Spelz 3 fl. 24 kr., Gerst 3 fl. 34 kr., Hafer 2 fl. 29 kr., Kartoffeln 1 fl. 4 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 18. Nov. Weizen 5 fl. 9 kr., Korn 4 fl. 15 kr., Spelz 3 fl. 19 kr., Gerst 3 fl. 5 kr., Hafer 2 fl 21 kr., Kartoffeln 1 fl. 12 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 19. Nov. Weizen 9 fl. 30 kr., Korn 8 fl. 43 kr., Gerste 5 fl. 20 kr., Spelz — fl. — kr., Hafer 3 fl. 33 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1318] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 11. bis 20. Novbr. Frl. Müller a. Landau. — Fr. Knoll a. Annweiler. — H. Dr. med. Oswald mit Gemahlin a. Berlin. — H. Heiligenthal a. Landau. — H. Hagen a. Mannheim. — H. Keßler a. Rheinzabern. — 361. H. Röllner a. Darmstadt.

[1310a] **Offene Lehrlingsstelle.**

In ein Speditions- und Weingeschäft in einer Stadt am Rhein wird ein braver junger Mensch von guter Familie als Lehrling gesucht, Kost und Logis kann auf Verlangen im Hause gegeben werden. Näheres bei der Expedition.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 286 | den 28. November 1852.

Deutschland.

*** Pfalz.** Man hätte denken sollen, die Pfälzer Ztg. werde nach der colossalen Blamage, welche sie sich bezüglich der Zusammensetzung des Kreislandraths zugezogen, und wobei sich so eclatant kund gegeben hat, wie es sich mit ihrer Kenntniß der Gesinnung des Volkes und mit ihrer Wahrheitsliebe verhält, endlich ihre hochweisen Bemerkungen über den Landrath und dessen Mitglieder einstellen. Dies ist aber noch keineswegs der Fall, vielmehr scheint jenes Blatt durch einen Pfuhl von Gemeinheiten seine glorreichen Voraussagungen vergessen machen zu wollen.

Es lohnt sich wol nicht der Mühe, auf alle Entstellungen und sonstige Unwürdigkeiten in der Pfälzr. Ztg. zu antworten, und insbesondere gilt dies bezüglich desjenigen Mitgliedes des Landraths, welches durch einen dem gedachten Blatte freilich sehr unangenehmen Antrag, dessen Galle vorzugsweise rege gemacht hat. Das ganze Land kennt gerade diesen Mann (den Antragsteller) viel zu lange schon, als daß die hohe und allgemeine Achtung vor demselben durch Unterschieben verächtlicher Motive geschwächt werden könnte, und gingen solche Versuche auch von ganz andern Personen aus, als blos von dem Leiter der „Pfälzer Ztg." —

Indem wir also von allem Uebrigen absehen, wollen wir nur ein Paar Thatsachen constatiren. Sie sind:

1) Die Pfälzer Ztg. hütet sich sehr wol, auf irgend einen der Gründe zu antworten, welche ihr auf ihr albernes Gerede von der Incompetenz entgegen gehalten wurden.

2) Sie meint dem Landrathe einen „für den gesunden Menschenverstand (!) unerklärlichen Widerspruch" vorwerfen zu können, weil sich derselbe für Erhaltung der garantirten Institutionen, und gleichzeitig für „finanzielle Gleichstellung" und für Abschaffung „der „garantirten (??) Befugniß der Regierung, freigewählte „Gemeinderathsmitglieder willkürlich absetzen zu dürfen," ausgesprochen hat. Die Pfälzr. Ztg. ist aber, wie gewöhnlich, den Beweis wieder schuldig geblieben, daß das Land eine höhere Besteuerung, und die Befugniß der Absetzung der Gemeinderäthe, (ähnlich die Auswahl der Geschworenen durch die Regierung), — als Bestandtheile der „garantirten Institutionen" jemals angesehen und in Anspruch genommen habe. Wer zu viel behauptet — wird zu einer komischen Figur.

3) Ist das ehrenwerthe Blatt nun bereits dahin gelangt, dem Regierungscommissäre Vorwürfe zu machen, als habe derselbe seine Pflicht nicht gehörig erfüllt, weil er den gefaßten Beschlüßen in der Discussion nicht genügend entgegen getreten sei, da — das Landrathsgesetz ihm das Recht gibt, jederzeit den Sitzungen beizuwohnen und das Wort zu ergreifen, und ihm die Pflicht auferlegt „die erforderlichen Aufschlüße zu ertheilen!" — Es ist wahrlich bezeichnend genug, wohin man gekommen ist, daß sogar ein Regierungscommissär — ein Beamter, der weder bei Freund noch Feind je in den Ruf kam, Rechte der Regierung preis gegeben zu haben, und der gerade beim diesmaligen Landrathe wiederholt protestirte — heute einer „Pfälzr. Ztg." nicht mehr genug thun kann! — Sie hat aber dabei auch zu übersehen beliebt, daß der Landrath nach seiner Ueberzeugung und nicht nach den Ansichten des k. Regierungscommissärs, beschließt!

*** Speyer,** den 26. Nov. Der Gemeinderath der Stadt Speyer hat vor einiger Zeit, auf Ansuchen der israelitischen Gemeinde, beschlossen, den Gehalt des israelitischen Schullehrers, zu dessen Deckung die Stadt bisher blos einen jährlichen Beitrag leistete, vollständig zu decken. Durch Verfügung der k. Kreisregierung ist jedoch dem gedachten Beschluße die Curatelgenehmigung verweigert worden.

Die Schwurgerichte im jenseitigen Baiern.

Der „Frk. Kur." enthält einen größern Aufsatz über „die Schwurgerichte in Baiern," in welchem die ersprießliche Wirksamkeit dieses Instituts in den sieben ältern Kreisen besprochen wird. Die politische Seite, sagt der Frk. Kur., ist uns die Hauptsache, erst in zweiter Linie kommt die juristische. Der Verfasser ist nicht blind gegen die Fehler der Einrichtung, so wie dieselbe besteht.*) Er sagt: „Das Gesetz über die Schwurgerichte in dem diesseitigen Baiern, d. h. das Gesetz vom 4. Novbr. 1848, ist im Wesentlichen der in der Rheinpfalz bestehenden napoleonischen Strafproceßordnung von 1809 nachgebildet worden. Das Gesetz von 1848 hat zwar mehrere bedeutende und zweckmäßige Abweichungen von jener Strafprozeßordnung aufgenommen, z. B. Beweis, die Aufhebung der altnapoleonischen vielberüchtigten sieben gegen fünf, wodurch die Thätigkeit der Geschwornen eingestellt und auf die vom Staate bezahlten Richter übertragen worden ist. Auch das oft vom schlimmsten Einflusse begleitete Resumé des Schwurgerichtspräsidenten ist durch das Gesetz vom 4. Nov. 1848 aufgehoben worden. Die Art und Weise, wie die Geschwornenlisten gebildet und die Geschwornen für die einzelnen Fälle gezogen werden, ist in den sieben ältern Kreisen des Königreichs weitaus mehr im Sinne des materiellen Rechts ausgefallen, als dies in der Rheinpfalz der Fall ist. Selbst über die Art und Weise, wie die Fragen an die Geschwornen gestellt werden sollen, ist in dem Gesetze von 1848 mehr Klarheit und Präcision. Allein trotz dieser in dem baierischen Jurygesetze von 1848 enthaltenen Verbesserungen der in der Rheinpfalz geltenden altnapoleonischen Strafproceßordnung, so sind dennoch manche Fehler und Gebrechen der letztern Proceßordnung mit ins neubaierische Jurygesetz von 1848 hinübergeschleppt worden, ingleichen dürften durch die Praxis manche Verbesserungen des Gesetzes von 1848 hie und da außer Acht gelassen worden sein. So ist z. B. die discretionäre Gewalt des Schwurgerichts-Präsidenten in Baiern so umfassend als in Frankreich und der Rheinpfalz, von dem Vorlesen von Untersuchungsprotokollen hinsichtlich abwesender Zeugen wird in Baiern eben so gut Gebrauch gemacht wie in Frankreich und in der Rheinpfalz, die Stellung eventueller Fragen hängt in Baiern eben so von dem reinen Ermessen des Schwurgerichts-Präsidenten ab, wie in Frankreich und in der Rheinpfalz, die Abfassung von Anklageschriften durch die Staatsanwaltschaft ist in Baiern oft eben so voller scharfer Ausdrücke gegen die Angeklagten, voller Verdachtsgründe, voller gewagter Geschichtserzählungen, voller Rechtserörterungen, wie in Frankreich und in der Rheinpfalz. Diese Anklageschriften sind von

*) Wir in der Pfalz würden uns Glück wünschen, wenn wir die Einrichtung, wie sie 1848 jenseits eingeführt wurde, besäßen, wenn insbesondere die Auswahl der Schwurmänner nach Maßgabe des „Grundlagengesetzes" von 1848 auch bei uns erfolgte, wie es sein sollte.

der allerhöchsten Wichtigkeit. Sie bilden die ersten Anhaltspuncte, die obersten Grundlagen der ganzen Procedur, sie sind von der unmittelbarsten Einwirkung auf die mündlichen Verhandlungen und die Zeugenaussagen. Darum gilt aber auch in Schottland und Nordamerika, so wie in dem Schweizer Bundesstrafrecht vom 27. August 1851 als Grundsatz, „daß in den Anklageschriften der Staatsanwälte weder Verdachtsgründe noch Rechtsdeductionen, noch endlich Geschichtserzählungen enthalten sein dürfen." — Ich habe unter den Verbesserungen des baierischen Jurygesetzes gegenüber dem französischen, namentlich die Vorschrift hervorgehoben, daß der Schwurgerichtspräsident kein sogenanntes Resumé, wie in Frankreich und in der Rheinpfalz in Bezug auf das thatsächliche Resultat der Verhandlungen geben darf, sondern soll nur in seinem Schlußvortrage die gesetzlichen Merkmale auseinandersetzen, welche zum Thatbestande des die Anklage bildenden Verbrechens gehören. Der Gesetzgeber hatte daher offenbar eine sehr gute Absicht, er wollte nemlich der Gewalt und dem Einfluße des Schwurgerichtspräsidenten gemessene Schranken setzen. Allein die Natur der Sache hat hier aller gesetzgebenden Weisheit Trotz geboten. Die Schwurgerichtspräsidenten können, wenn sie wollen, in ihrem Schlußvortrage den allergefährlichsten Einfluß auf die Berathungen der Geschworenen ausüben. Es haben daher die Vertheidiger der Angeklagten schon vor dem Cassationshofe sich über Mißbrauch beschwert, den Schwurgerichtspräsidenten mit ihrem Schlußvortrage getrieben. Der Cassationshof ist aber auf die Beschwerde nicht eingegangen. Er hat durch ein Urtheil vom 10. Juli 1849 sogar erklärt, daß selbst, wenn der Präsident völlig unziemliche, unrichtige, oder in der Verhandlung gar nicht vorgekommene Thatsachen in seinen Vortrag zog, oder auch unbefugt sein Urtheil über den vorliegenden Fall aussprach, solche Reclamationen der Vertheidiger der Angeklagten unzulässig seien und der Präsident vermöge seiner discretionären Gewalt völlig frei in der Art seiner Vorträge sei und nicht zur Rechenschaft gezogen und folglich kein Cassationsgesuch auf solche Versehen der Schwurgerichtspräsidenten gebaut werden könne. Und wohl gemerkt, nach dem baierischen Gesetze von 1848 so wie nach dem französischen Gesetze ist diese Ansicht des Cassationshofes richtig!"

München. Der Salzbeamte Joseph Cuny zu Speyer wurde auf Ansuchen in den definitiven Ruhestand versetzt, und das Salzamt Speyer aufgelöst.

Nürnberg. In Mittelfranken fällt für dieses Jahr die vierte ordentliche Schwurgerichtssitzung ganz aus, weil kein Stoff da ist.

Stuttgart, den 20. Nov. Der Präsident des Consistoriums, v. Köstlin, ist von dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens wegen seiner Theilnahme an Schoder's Leichenbegängniß zur Verantwortung gezogen worden. Von den anderen öffentlichen Dienern, die sich dem Leichenzuge angeschlossen hatten, hört man nichts dergleichen. Dem Militär war die Theilnahme an dem Leichenbegängniß ausdrücklich untersagt worden. *)
(K. v. u. f. D.)

Köln, den 21. Nov. In der letzten Vorstandssitzung des Kölner Baromäus-Vereins wurde mitgetheilt, daß der Verein in 14 Diöcesen verbreitet ist, und aus 380 Hülfsvereinen besteht mit 6026 Mitgliedern und 12,565 Theilnehmern.

Hannover, den 21. Nov. Der kirchliche Zwiespalt ist mit Hilfe des geistlichen Stadtministeriums zu vollen Flammen angefacht. Ob die Geistlichkeit Segen davon erwartet, ob überhaupt nur ein günstiges Resultat? Die Parteinahme für den gewählten Steinacker steigert sich, je mehr Hinderniße man dessen Einführung entgegensetzt. (Allg. Z.)

*) Und mittelst solcher Dinge meint man das jetzige Regime haltbar machen zu können?

(Junkerliche Sinekuren.) In der Ztg. f. Nordd. wird „aus dem Bremischen" an einem einzelnen Falle ein interessanter Aufschluß über die Art geliefert, wie die hannoverschen Ritter neben den politischen Interessen, die sie bei ihrem Streben für die Aufrechthaltung der bestehenden Organisation leiten mögen, auch die persönlichen und materiellen im Auge haben. Hr. v. Borries, hannoverscher Minister des Innern vom November 1851 bis April 1852, hat durch den Besitz eines Gütchens in Horneburg, welches augenblicklich für 160 Thlr. auf eine längere Reihe von Jahren verpachtet ist, und von welchem er die Matrikel führt, folgende Benefizien bezogen: „1) Das ritterschaftliche Stipendium von 1200 Thlr. Kassengeld zu seiner eigenen Ausbildung. 2) Bald nach seiner Anstellung in der Beamtencarriere die Stelle eines Hofgerichtsassessors bei dem damaligen Hofgerichte in Stade. Nach Aufhebung dieses Gerichts im Anfange der dreißiger Jahre haben die Herren extraordinären Assessoren ihre Gagen als Pensionen bezogen. 3) Dasselbe Stipendium von 1200 Thlr. Kassenmünze für seinen jüngeren Bruder. 4) Die Ernennung zum Regierungsrathe im Jahre 1837 oder 1838, da nach einem älteren Privilegio der Ritterschaft einer der Räthe in der Stader Regierung ein Mitglied der Bremenschen Ritterschaft sein sollte. 5) Einen Klosterplatz für seine Schwester im Kloster Neuenwalde. 6) In einigen Jahren das ritterschaftliche Stipendium für seinen Sohn. 7) Seine kürzlich erfolgte Erwählung zum Landrath."

Ratibor. Landrath v. Elsner hat als Wahlcommissär in einer deutsch und polnisch gedruckten Aufforderung die ländlichen Wahlmänner ermahnt, nur so zu wählen, wie er es erwarte; den Kreis könnte Strafe treffen, wenn ein Abgeordneter aus einer Partei sollte gewählt werden, „die sich dem Willen Sr. Maj. des Königs nicht fügen, die klüger sein und der Regierung allerhöchstdesselben Schwierigkeiten bereiten will." Das Ergebniß der Wahl war sodann Fürst Karl Lichnowsky.

Aus dem Oberinnthal, den 21. Novbr. Wie seiner Zeit schon berichtet wurde, sind im heurigen Frühjahr aus unserm armen Hochgebirge viele Arbeiter nach Ungarn gezogen, um sich daselbst, wie sie hofften und wie ihnen von ungarischen Speculanten vorgespiegelt wurde, binnen kurzer Zeit eine runde Summe zu verdienen. Die Mehrzahl ist nunmehr wieder in die Heimat zurückgekehrt — mit ganz andern Gedanken und Bildern als die waren, welche die armen Leute zum Auszug verlockt hatten. Beinahe Alle, die sich den ungarischen Speculanten vertraut, kehrten mit leeren Händen und zerrütteter Gesundheit zurück, so daß sich in ein paar Gemeinden Paznauns förmliche Spitäler solcher Unglücklichen finden. Nur die sich an Regierungsbauten betheiligten, machten einen guten „Sommer" (landesüblicher Ausdruck für Sommerverdienst). Ich glaube, daß diese bittere Erfahrungen unsere Oberländer von fernern Zügen nach Ungarn auf Jahre hin abgeschreckt hat. (A. Z.)

Schweiz.

Zürich. Auch in unserm Kanton hat die Ansicht, die periodischen Erneuerungswahlen auch auf die Geistlichen und Lehrer auszudehnen, weil die Lebenslänglichkeit ihrer Anstellung gegenüber der Erneuerungswahl der weltlichen Beamten ein in einer Republik unstatthaftes Privilegium sei, immer mehr Boden gewonnen. Die Folge davon war, daß die Schulcommission schon vor längerer Zeit sich mit dieser Frage in Bezug auf die Lehrer, und die Synode kürzlich in Bezug auf die Geistlichen beschäftigte. Die letztere suchte der eigentlichen Periodicität in der Amtsdauer dadurch auszuweichen, daß sie in gewissen Fällen den Gemeinden das Recht der Entlassung der Geistlichen, in andern dem Kirchenrath das der Abberufung einräumen will, und hat in diesem Sinne ihr Gutachten abgefaßt, wodurch ein Widerspruch mit dem §. 11 der Verfassung entsteht, wonach geistliche und weltliche Beamte nur durch einen Richterspruch ihrer Stellen entsetzt werden können. Die Schulcommission hat sich, wie wir ver-

nehmen, schärfer an den Begriff der Erneuerungswahlen gehalten. (Schw. M.-Z.)

Frankreich.

† **Paris,** den 25. Nov. Der Präsident hat nachstehende Botschaft an die heute zusammengetretene gesetzgebende Versammlung gerichtet: „Meine Herren Deputirten! Ich habe Sie von Ihren Departements hierher berufen, um Sie zu dem großen Act zu vereinigen, der jetzt vollzogen werden soll. Obgleich dem Senat und dem Volke allein das Recht zusteht, die Verfassung zu ändern, so habe ich doch gewollt, daß der Staatskörper, der wie ich aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen ist, die Feierlichkeit der nationalen Bewegung, welche mich zum Kaiserthum geführt hat, der Welt manifestire. Es liegt mir daran, daß Sie es seien, welche den freien Willen des Volkes und die Zahl seiner Stimmen constatiren, und aus Ihrer Erklärung die volle Legitimität meiner Macht hervorgehen lassen. Zu erklären, daß eine Autorität auf unbestreitbarem Rechte beruhe, heißt in der That heute so viel, als ihr die nöthige Kraft geben, um etwas Dauerndes zu begründen, und die Wohlfahrt des Landes sicher zu stellen. Wie Sie wissen, wird jetzt die Regierung die Form wechseln. Ganz ergeben den großen Interessen, welche die Bildung hervorruft, und der Friede entwickelt, wird sie sich, wie bisher, in den Grenzen der Mäßigung bewegen. Denn der Erfolg impft der Seele derer keine Eitelkeit ein, welche in ihrer neuen Erhöhung nichts Anderes erblicken, als neue, vergrößerte Pflichten, die ihnen das Volk auferlegt und eine noch erhabenere Aufgabe, die ihnen die Vorsehung anvertraut. Gegeben im Palaste von St. Cloud, den 25. Novbr. 1852. Louis Napoleon.“ — Am 2. December wird die Controllirung der Abstimmungen beendet sein und Paris illuminirt werden!

Paris, den 23. Nov. Schon gestern theilte ich Ihnen ein offizielles Document mit, dessen Sprache in den allgemeinen Friedensgesang durchaus nicht einstimmte. Heute fällt mir ein zweites Actenstück in die Hände, das noch schroffer davon abweicht. Es ist eine Proclamation des Maire von Guilottière, der großen Vorstadt von Lyon, die also lautet: „Ihr werdet Euch der Abstimmung nicht enthalten, und Eure Stimmzettel werden nicht Nein, sondern Ja lauten, und ich will Euch sagen, warum: Die Niederlage von Waterloo ist wie eine Thräne (!) auf dem Herzen Frankreichs geblieben, die heilige Allianz ist Euch immer wie eine anmaßende Drohung erschienen, der Felsen von St. Helena war in Euern Augen nichts Anderes, als eine Buße für unseren Ruhm. Stellet das Kaiserreich wieder her, und der Sieg, welchen Ihr mit Eurer glorreichen Hand über die Könige Europa's erkämpft, macht einer Trauer von 37 Jahren ein Ende. Stellet das Kaiserreich wieder her, und die Coalition der Könige gegen Frankreich ist dahin; sie hatten sich versprochen, das Scepter für immer der Familie des großen Mannes zu entreißen, und siehe da, ihre Schwüre und ihre wahnwitzigen Hoffnungen verschwinden, wie leerer Rauch beim Aufathmen der französischen Nation. Stellet das Kaiserreich wieder her, und St. Helena ist für uns nur mehr eine Erinnerung, welche der Ruhm, getragen auf den Flügeln unserer Adler, vielleicht eines Tages mit feurigen Buchstaben in die Annalen unserer Geschichte eintragen wird. Es lebe Napoleon III.!“ Es wäre nicht zu verwundern, wenn diese kriegerische Proclamation der Diplomatie Veranlassung zu einer Beschwerde gäbe. (K. Z.)

Die Wahlurne wurde auch in der Umgegend von Paris in einige Krankenhäuser getragen. — Barbès, dessen Proclamation übrigens nur in wenigen Exemplaren existirt, behandelt L. Napoleon auf eine Weise, die V. Hugo's Napoleon Petit an Schärfe noch weit übertrifft.

Im 5. Bezirke von Paris (Gegend der Porte St. Martin und St. Denis) haben verhältnißmäßig die wenigsten Abstimmungen stattgehabt. Von 29,498 Stimmberechtigten enthielten sich 12,501 der Abstimmung ganz, und 4443 votirten Nein. Dieses Stadtviertel, von einem zahlreichen Proletariate bewohnt, hat also dem revolutionairen Losungsworte: Nicht votirt! sichtlich Folge geleistet. In den aristocratischen Quartieren fanden keineswegs ungewöhnlich viele Enthaltungen statt!

Italien.

Turin, den 20. Nov. Das turiner Municipium verkündigte gestern in großen Placaten an allen Straßen den Stadtbewohnern, daß die Leiche Gioberti's (des Jesuitenbekämpfers) in Turin eingetroffen sei. Die Regierung hatte die Ankunft der Leiche zur Nachtzeit angeordnet, um lebhafte Kundgebungen zu verhindern. Die Nationalgarde ist aufgefordert worden, den Leichenzug in Paradeuniform zu begleiten. Fast alle Gemeinderäthe Piemonts haben sich an die Spitze der Nationalsubscription zur Errichtung des Gioberti-Denkmals gestellt, und es sind bereits zu diesem Behuf bedeutende Summen gesammelt worden. Die Ehren zum Gedächtniß Gioberti's werden überhaupt hier und im ganze Lande als eine Nationalangelegenheit betrachtet.

Spanien.

Madrid, den 18. Nov. Nach der Espana hat die Regierung der Vereinigten Staaten sich nicht allein mit der Erklärung der spanischen Regierung über die Angelegenheit des Schiffes Crescent City begnügt, sondern sogar Befehl ertheilt, die Abenteurerbanden zu zerstreuen, die in den südlichen Staaten Americas gegen Cuba organisirt werden.

Großbritanien.

London, den 23. Nov. Vor dem Queen's-Bench-Gerichte ist der Dr. Newman-Achilli-Proceß wieder zur Verhandlung gekommen. Sir A. Cockburn, Newman's Vertheidiger, erwirkte die Wiederaufnahme des Processes auf den Grund hin, daß das Verdict der Jury nicht auf den Inhalt der Zeugenaussage gegründet war. Dr. Newman hat demnach Aussicht auf völlige Freisprechung.

Vereinigte Staaten.

Philadelphia, den 9. Novbr. Die Crescent City war aus der Havannah in New-Orleans angekommen. Man hatte ihr gestattet, ihre Felleisen und Passagiere zu landen, jedoch mit der Bemerkung, sie dürfe das nächste Mal nicht auf dieselbe Gunst rechnen, und thäte daher besser, wegzubleiben.

Neueste Nachrichten.

München, den 24. Nov. Dem Vernehmen nach sollen noch zwei ärztliche Celebritäten berufen werden. — Nach einer Mittheilung der neuen medicinischen Zeitung hat die Stadt Tübingen die Ehre abgelehnt, für nächstes Jahr als Versammlungsort der deutschen Naturforscher und Aerzte zu dienen! Die Geschäftsführer der letzten Versammlung beabsichtigen daher die nächste Zusammenkunft in Göttingen abhalten zu lassen, welcher Stadt nach Tübingen die meisten Stimmen bezüglich der Wahl zufielen. (A. Z.)

Seit Montag Morgens 10 Uhr wird das 12jährige Töchterchen eines hiesigen Beamten vermißt. Das Kind war nur von der Utzschneiderstraße in das Rosenthal zur Clavierlection gegangen, hatte den Lehrer nicht getroffen und sich wieder fortbegeben. Seitdem fand sich keine Spur mehr von ihm. Der Fall findet allgemeine Theilnahme. (A. Abdz.)

Hamburg, den 23. Nov. Von Nusesak ist in diesen Tagen, wo gerade ein Jahr seit seiner Verhaftung verflossen ist, ein Brief an seine Familie eingelaufen. Er sitzt noch immer in Wien und befindet sich körperlich ziemlich wohl, sehnt sich aber sehr nach seiner Freiheit und nach dem Wiedersehen der Seinigen.

Wien, den 22. Nov. Die Verhandlungen der Zollconferenz werden (berichtet heute der „Lloyd“) mit mög-

lichster Umfassung geführt und selbst die minder wichtigen Fragepuncte mit der größten Genauigkeit erörtert. Die von Seite Oesterreichs gemachten Vorschläge sind so weitgreifend, daß an eine Beendigung der Conferenzen so bald nicht zu denken ist. Ueber den Fortgang der Verhandlungen wird dem Kaiser regelmäßig Bericht erstattet.

Neuenburg, den 25. Nov. Das Budget für 1853 erweist die namhafte Summe von 275,000 Fr. für Schul-, Brücken- und Straßenbauten, Flußcorrectionen u. dgl., nicht inbegriffen 60,000 Fr., welche zu einem Bürgerbaus in Lachauxdefonds bestimmt worden sind. Die Tüchtigkeit der republicanischen Regierung zeigt sich nicht blos in der Aufstellung des Zweckes, sondern auch in der zwanglosen, auf einem durchaus geordneten Staatshaushalte beruhenden Herbeischaffung der Mittel. (Sch. N.-Z.)

Tessin. Wie die Tessiner Zeitung aus Lugano vom 23. d. berichtet, hat in Folge des gestern erwähnten Dekrets zur Ausweisung der fremden Kapuziner der dortige Polizeicommissär sich in's Kloster der Kapuziner begeben und sämmtliche fremden und noch nicht 60 Jahre alten Mönche aufgefordert, den Kanton zu verlassen. Diesen mit möglichster Schonung ertheilten Befehlen wurde sofort Folge geleistet. Ein einziger der Betroffenen, ein beliebter Kanzelredner, weigerte sich, das Reisegeld anzunehmen.

Paris. Der Präfect von Toulouse berichtet, daß in seinem Departement die Priester von den Kanzeln herab die Gläubigen aufgefordert haben, sich zum Scrutinium zu begeben, daß mit allen Glocken geläutet wurde rc.

Kirchenstaat. Das englische Chronicle läßt sich aus Paris schreiben: Nach Briefen aus Rom ist der Papst auf einen sinnreichen Plan gekommen, um den ungestümen Einladungen des krönungslustigen Prinzpräsidenten zu entgehen. In einem eigenhändigen Schreiben an Louis Napoleon erklärte er sich gern bereit, nach Frankreich zu kommen und seinen Segen mitzubringen. Aber es sei Herkommen und Sitte, daß ein Papst sein weltliches Gebiet nicht verlassen darf, ohne daß seine Reise zum Heil der Kirche ausschlägt. Pio Nono knüpft daher an die Erfüllung des von L. Napoleon ausgesprochenen Wunsches die Bedingung, daß das Concordat, welches sich Pio VII. vom Kaiser Napoleon abzwingen ließ, abgeschafft und durch ein anderes ersetzt werde, welches die römische Liturgie in Frankreich einführt und die kirchliche Einsegnung der Ehen zu einem sine qua non macht, mit andern Worten die Zivilehe aufhebt. Man glaubt nicht, daß Louis Napoleon wagen werde, dieses Opfer zu bringen.

Eine Beilage zu diesem Blatt folgt morgen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1314²] **Offene Lehrlingsstelle.**

In einem Speditionsgeschäfte in Mannheim ist eine Lehrlingsstelle zu besetzen. — Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1315²] **Offene Lehrlingsstelle.**

Ein wohlerzogener junger Mensch kann die Kleinuhrmacherei gründlich erlernen bei

F. Burschell.

[1300²] **Hausversteigerung.**

Mittwoch, den 1. December nächsthin, Nachmittags 3 Uhr, läßt Herr Paul Kübner, Gastwirth zu Lambrecht-Grevenhausen sein daselbst gelegenes Wohnhaus „das Gasthaus zum bayerischen Hofe" mit Oeconomiegebäuden, geräumigem Hofe, 2 Gärten und einer unmittelbar daran angränzenden Ziegelhütte, zusammen eine Fläche von 1 Tagwerk 4 Decimalen enthaltend, vorn auf die Staatsstraße, hinten auf den Speyerbach stoßend, in jenem Hause selbst auf Eigenthum versteigern.

Neustadt, den 10. November 1852.

Werner, Notär.

[1253] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

[1299⁴] **Am 1. & 2. December 1852**

findet die Ziehung der von der freien Stadt Frankfurt a. M. garantirten Geldverloosung statt. Die Hauptpreise derselben sind: 200,000, 100,000, 40,000, 25,000, 2 à 20,000, 2 à 15,000, 12,000, 3 à 10,000, 2 à 6000, 3 à 5000, 3 à 4000, 12 à 2000, 86 à 1000 fl.; außerdem 12,500 Gewinne geringeren Betrages.

Das unterzeichnete Handlungshaus, welches von der Regierung mit dem Verkauf der Original-Loose beauftragt ist, erläßt 1/1 Loose à 6 fl., 1/2 à 3 fl., 1/4 à 1 fl. 30, 1/8 à 45 kr., und verspricht bei pünctlicher Ausführung der Aufträge die reellste Bedienung.

Heinrich Steffens;
Comptoir, Mainstraße 10 in Frankfurt a. M.

[1254] **Niederländische**

Dampf- **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfsboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt
Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: C. Aug. Exter.

Beilage zur Neuen
Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 286.) den 28. November 1852.

Deutschland.

* **Zweibrücken**, den 26. Nov. Vorgestern wurde vor dem Appellationsgerichte die Berufung des Hrn. Anwalts Spatz von Frankenthal verhandelt. Nach einer 5½stündigen Verhandlung (inbegriffen eine 2stündige Berathung) ward die Appellation als nicht zulässig erklärt.

München, den 25. Novbr. Das Töchterchen des Hrn. Brizzi, von dessen Abhandenkommen der Münchener Bote gestern erzählt hat, ist wieder zum Vorschein gelangt: im Begriff nemlich, dem in Tegernsee weilenden Großvater einen Besuch abzustatten, wanderte es nach Sauerlach, wo sich der Posthalter, der inzwischen die Ausschreibung im Münchener Boten gelesen hatte, seiner annahm, natürlich, um den tiefbetrübten Eltern so bald als möglich ihr Kind wieder zu verschaffen. (M. B.)

Herr Ministerpräsident v. d. Pfordten ist von seiner schweren Krankheit nunmehr wieder so weit genesen, daß er in seiner Wohnung an der Berathung einzelner Staatsangelegenheiten Antheil nehmen kann, ohne indessen noch förmlich wieder ins Amt getreten zu sein. (Allg. Ztg.)

Auch in Unterfranken fällt für dieses Jahr die IV. ordentliche Schwurgerichtssitzung aus und soll die erste für 1853 erst im März beginnen. Bravo!

Aus **Frankfurt a. M.** vom 18. Nov. enthält die Kasseler Ztg. folgende Mittheilung: „Die dänische Successionsfrage scheint in der Region unserer Bundestagspolitiker von neuem der Gegenstand ernstlicher Besprechung geworden zu sein. Das Bekanntwerden der Warschauer Verabredung hat die Anregung gegeben, diesen Gegenstand vom Standpunct des Bundesrechts zu erörtern. Nach Art. 6 der Schlußacte kann „eine freiwillige Abtretung auf einem Bundesgebiete haftender Souveränetätsrechte ohne ausdrückliche Zustimmung der Gesammtheit des Bundes nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen." Die Aenderung des sogenannten Königsgesetzes würde aber, insofern dieses in der zu Warschau verabredeten Weise geschähe, dahin führen, wie dieses auch schon Wegener nachgewiesen, die Erbfolge in der Gesammtmonarchie Dänemark an Rußland zu bringen; es hätte also in Betreff von Holstein und Lauenburg eine Abtretung von auf Bundesgebieten haftenden Souveränetätsrechten zu Gunsten einer dem Bunde fremden Macht stattgefunden. Der deutsche Bund könnte demnach später in die Lage kommen, entweder die Mitgliedschaft Rußlands wegen Holstein und Lauenburg sich gefallen lassen zu müssen, oder zwei der wichtigsten deutschen Länder aus der Conföderation scheiden zu sehen. Das sind Eventualitäten die wol bei Zeiten ins Auge zu fassen sind. Uebrigens dürfte Deutschland bei einer Geltendmachung klarer Bundesvorschriften diesmal auch Unterstützung von anderer Seite zu erfahren haben."

Mannheim, den 24. Nov. Gestern wurden hier mehrere Verhaftungen vorgenommen, die politischer Art zu sein scheinen, wenigstens stehen sie mit Flugschriften aufrührerischen Inhalts in Verbindung, welche angeblich von London aus zur Verbreitung hierher gekommen sein sollen. (Schw. M.)

Durlach, den 24. Nov. Vorigen Sonntag ereignete sich beim Abgang des Mittagszuges ein bedauerliches Unglück. Eine Auswanderin, ein junges Mädchen, wollte in den Wagen steigen, als sich bereits der Zug in Bewegung setzte. Sie gerieth unter die Räder, welche über beide Füße gingen. Die Unglückliche jämmerlich zugerichtet, wurde sogleich ärztlicher Pflege übergeben.

Mainz, den 23. Nov. Einer neuesten Bestimmung zufolge werden unsere bisherigen Gerichtsboten (Hussiers) nun die Benennung „Gerichtsvollzieher" wie in Rheinpreußen führen und ebenfalls Uniform bekommen. (!)

Kassel. Ein Medaillendiebstahl im Museum (Eigenthum des Kurfürsten) erregt die öffentliche Aufmerksamkeit. Der Inspector des Museums, Appel, der bei einem Goldarbeiter zerschlagene Goldstücke verkaufen wollte, ist verhaftet.

Weimar, den 25. Nov. In dem Neustädter Kreise des Großherzogthums wird jetzt von der Geistlichkeit eine Petition an das Staatsministerium vorbereitet, in welcher um Abhülfe wegen der sehr empfindlichen Verluste, die dem Kirchenvermögen, durch das neue Ablösungsgesetz erwachsen, gebeten wird. Man fordert in diesem Betreff, daß entweder jenes Gesetz keine Anwendung auf die Kirche erleide, oder derselben eine entsprechende Entschädigung aus Staatsmitteln gewährt werde! — Im Herzogthum Coburg-Gotha, wo auch für den nächsten Landtag ein Ablösungsgesetz vorbereitet wird, hat auf Anfrage der Regierung die gesammte Geistlichkeit des Landes sich gegen dessen Anwendung auf die Kirche erklärt, und glaubt man auch, daß die Regierung diese einstimmige Forderung berücksichtigen werde!! (F. J.)

Hannover, den 23. Nov. Wie die „Ztg. f. Nordd." berichtet, hat das geistliche Staatsministerium die Anstellung eines Colloquiums mit dem Pfarrer Steinacker abermals verweigert. Heute hat die Ueberreichung einer Adresse an den Magistrat durch eine Deputation der Kirchengemeinde stattgefunden. In derselben wird dem Magistrate für die Präsentation Steinacker's gedankt und gebeten, der Magistrat möge fernerhin die Schritte thun, welche dahin führten, daß die unterzeichneten 127 Hausbesitzer der Kreuzgemeinde den Prediger Steinacker baldigst zu ihrem Seelsorger erhielten.

Köln, den 25. Nov. Von den im Communistenprocesse Verurtheilten hat Leßner die Cassation wirklich nachgesucht, die übrigen aber haben neuerdings beschlossen, einen Cassationsantrag nicht zu stellen.

Berlin, den 24. Nov. In Betreff der Verfassungsrevision, wegen deren noch fortwährend Berathungen des Staatsministeriums Statt finden, soll man sich endlich dahin geeinigt haben, eine umfassende Revision für jetzt fallen zu lassen und nur eine Vorlage, die Bildung der ersten Kammer betreffend, an die nächste Kammer zu bringen. Nach dieser beruft der König die Mitglieder der ersten Kammer, und ist angenommen, daß sich unter diesen Mitgliedern auch Personen befinden, welche aus einer Präsentation von Corporationen oder Verbänden hervorgegangen sind, z. B. die Vorstände der Universitäten! (K. Z.)

Altona, den 23. Nov. Der frühere Rath der ehemaligen schleswig-holsteinischen Regierung, Herr Engel, der im März 1848 Mitglied der von den Herzogthümern nach Kopenhagen gesandten Deputation gewesen, dann zum Mitglied des deutschen Parlaments in Schleswig gewählt worden und bei demselben bis zum letzten Augenblick aushielt, und später unter der Statthalterschaft eine Anstellung erhalten, dem von Dänemark die Pension bis vor zwei Monaten gelassen worden, hat sich jetzt in dem

nahen Ottensen als Privatlehrer der lateinischen, französischen, italienischen und englischen Sprache und Literatur niedergelassen.

Wien, den 22. Nov. Die in Paris stattfindenden Verhandlungen über eine Posteinigung Frankreichs mit Oesterreich, resp. dem deutschen Postvereine, sind beendet und haben zu einem gewünschten Resultate geführt.

Belgien.

Brüssel. Die belgische Regierung — sagt die Nation — die in ihrer eigenen Existenz von Louis Napoleon bedroht wird, behält respectvoll die französischen Officiere unter der Fahne, aber setzt die Polen außer Activität. Sie läßt das Commando denen, die vielleicht eines Tages die Wahl haben, entweder sich gegen ihr Land zu schlagen oder Belgien zu verrathen, aber sie erniedrigt ohne Erbarmen wie ohne Recht diejenigen, die als Soldaten der Revolution in Belgien ihr einziges Vaterland hatten. Kurz, während die Freiheit Belgiens und Europas von den Kosaken Louis Napoleons oder Nikolaus' bedroht wird, überläßt die belgische Regierung Franzosen die Vertheidigung des Landes, aber erachtet die Polen des Vertrauens unwürdig!

Frankreich.

Ein Pariser Correspondent der Allg. Ztg. schreibt unterem 22. Nov. u. a.: Das Zettel-Austheilen — natürlich nur solche mit Ja! — dauert heute in allen Straßen und Passagen bis zur Belästigung des Publicums fort. Von der Madelaine bis zum Boulevard Montmartre sind mir in einer halben Stunde Zeit sieben derartige viereckige Papierchen in die Hand gesteckt worden. Ein besonders diensteifriger Zettelmann trat vor meinen Augen in einen Leichenzug hinein und nöthigte rechts und links jedem bis zum letzten Mann ein kleines Ja auf.

Ein anderer Correspondent desselben Blattes schreibt unterem 22.: Ich hielt es gestern für überflüssig Ihnen zu melden, daß die Wähler bei schlechtem Wetter es für rathsam hielten, die Anwendung ihres Rechts zu vertagen. Seitdem hat der Moniteur gesprochen, und wiewohl es überraschen kann, daß trotz dem schlechten Wetter 108,000 Wähler an der Abstimmung theilgenommen, so darf man doch gegen diese Ziffer keinen Zweifel erheben. Wenn also in derselben kein Irrthum unterlaufen, kann man die Anzahl der Stimmen für Paris wenigstens auf 3 bis 400,000 anschlagen, da heute mindestens dreimal so viel Wähler als gestern an der Abstimmung theilnahmen. Denn wenn man gestern stundenlang nicht mehr als drei bis vier Wähler um die Urne versammelt sah, sieht man heute fortwährend in den meisten Sectionen zehn bis fünfzehn. Einen Andrang sieht man übrigens heute so wenig als gestern (!!)

Paris, den 24. Nov. Aus den Städten gesteht man starke Lauheits- und Oppositionszahlen ein, so aus Marseille, wo von 37,591 Wahlberechtigten nur 18,000 Wähler und unter diesen 15,560 bejahende gezählt worden sind. Vom Arrondissement Mezieres werden auf 20,000 Ja 11,000 Nein angegeben.

Privatnachrichten aus Cayenne zufolge hat der (holländische) Gouverneur von Surinam die Goelette, worauf die 12 politischen Deportirten entflohen waren, den französischen Behörden zurückgestellt, aber auf das Verlangen, auch die Flüchtlinge auszuliefern, geantwortet, daß er zuerst von seiner Regierung darüber Befehl einholen müsse.

Spanien.

Madrid, den 20. Nov. Die verbündete Opposition arbeitet darauf hin, das ganze Ministerium in Anklagezustand zu versetzen und Bravo Murillo zur Niederlegung seines Portefeuille's zu zwingen. Die Parteien stehen sich diesmal schroffer gegenüber denn je. — Unser ganzer Episcopat, so wie die Regierung haben ein Werk, das den Titel führt: „Historia de la pintura en Espana," und heftweise erschien, in den Bann gethan. Nicht allein der Katholicismus wird darin angegriffen, sondern die christliche Religion selbst. Der Verfasser, ein gewisser Lopez, gehört zu jenen Familien, die man mit gente de rabo bezeichnet und glaubt, es seien geheime Juden. Die Policei ist emsig beschäftigt, die bereits gedruckten und verkauften Hefte einzuziehen und sie gleich dem Feuer zu übergeben. Der Verfasser hat sich geflüchtet, als man nach ihm fahndete, und das Manuscript mitgenommen. Er soll glücklich nach England entkommen sein und gedenkt dort sein Werk zu veröffentlichen. (K. Z.)

Italien.

Rom, den 18. Nov. Die Congregation der heil. Riten hat in diesen Tagen mehrere französische Bischöfe ernstlich darüber vermahnt, daß sie gegen die Bestimmung des römischen Rituals seit einiger Zeit bei kirchlichen Handlungen dem Volke den Segen mit dem Sacramente nicht mehr schweigend, sondern singend geben. Schon früher gelangte dasselbe Monitorium an den Bischof von Troyes, der die neue Sitte aufgebracht zu haben scheint und sie auch andern nicht ohne Erfolg zur Nachahmung empfahl. Indeß soll er in seiner Antwort für ihre Vertheidigung sich auf die Freiheiten der gallicanischen Kirche in dergleichen Dingen gestützt haben, und erst spät von orthodoxen Collegen davon zurückgebracht worden sein.

Berberei.

Briefe aus Tunis vom 17. Nov. melden, daß der Bey nicht gestorben.

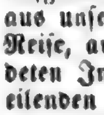
Miscellen.

Ulm. Die Ulmer Schnellpost erzählt: Vor einiger Zeit brachten Norddeutsche Zeitungen die Nachricht, daß ein Mann aus unsrer Gegend, der zu seinem todtkranken Sohne nach einer größeren Stadt des Nordens beschieden war, unterwegs in Tobsucht verfallen wäre ꝛc. ꝛc. Die Sache hat sich aber auf eine ganz eigenthümliche Weise aufgeklärt. Jener Mann, ein höchst achtbarer Bürger aus unserer Gegend ward, schon nahe dem Ziele seiner Reise, auf der Eisenbahn im Waggon von drei gutgekleideten Industrierittern gepackt, bestohlen und dem herbeieilenden Eisenbahnbeamten als irr und tobsüchtig angezeigt. Da der Angegriffene sich gewehrt und dabei eine Fensterscheibe ausgestoßen hatte, glaubte der Beamte der übereinstimmenden Aussage der 3 spitzbübischen Zeugen und ließ nach der Stadt, wohin die Reise ging, bei der nächsten Station telegraphiren. Als der Geplünderte, der vor Schmerz über den bevorstehenden Verlust seines Sohnes und vor Zorn über die Unbill in der größten Aufregung gewesen sein mochte, dort ankam, empfingen ihn schon die Wärter des großen Krankenhauses, sperrten ihn in einen Korb und brachten ihn ins Spital, wo er längere Zeit als irr und tobsüchtig betrachtet wurde, bis endlich jener nichtswürdige Gaunerstreich sich aufklärte und der auf solche Weise mißhandelte Ehrenmann freigelassen wurde. Indessen aber war sein Sohn bereits in demselben Hospital gestorben und begraben.

Die Eisdecke des Memelstromes steht bereits seit dem 16. November.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1319²] **Wein- und Fässer-Versteigerung.**



Montag, den 13. December nächsthin, Vormittags 9 Uhr, zu Mittelbambach in dem zum Nachlasse der nachgenannten Erblasser gehörigen Hause, werden die zur Verlassenschaft der allda verlebten Eheleute Bernhard Disson des Alten und Anna Margaretha geborne Anslinger gehörigen Weine, als:

6000 Liter 1850er,
2500 „ 1851er,
7000 „ 1852er,

aus deren eigenen Weinbergen gezogen und rein gehalten, außerdem noch 12 Fässer von 6 Ohm bis zu 45 Ohm, der Abtheilung wegen öffentlich an die Meistbietenden versteigert.

Neustadt, den 16. November 1852.

Neumayer, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 287 | den 30. November 1852.

Deutschland.

* **Speyer,** den 29. Nov. Briefe und Zeitungen die wir aus den Vereinigten Staaten erhalten, deuten an, daß man daselbst von der Präsidentenwahl wichtigere Folgen erwartet, als es anfangs den Anschein hatte. Man glaubt, daß eine Aenderung in der auswärtigen Politik eintrete. Als gewiß wird angenommen, daß die Whigpartei gänzlich aufgelöst ist. (Näheres in einem unserer folgenden Blätter.)

* **Speyer,** den 28. Nov. Die Verhältniße des Diebstahls im Haid'schen Hause dahier sind der Hauptsache nach enthüllt, die Thäter verhaftet und die entwendete Summe größtentheils wieder aufgefunden (nemlich über 4600 fl., während über 6400 fl. gestohlen waren). Als Haupturheber wird ein Bursche bezeichnet, der aus Harthausen gebürtig, vor Jahren in das Haid'sche Haus aufgenommen ward und sich seitdem mit Unterbrechungen hier (selbständig) aufhält. Ein der Theilnahme Verdächtiger, der geflohen, ward heute gefangen.

* **Von der Blies,** den 27. Nov. Der am 18. dieses Monats von dem Schwurgerichte der Pfalz von der Anklage des Hochverraths freigesprochene Deutsch von Edenkoben, welcher sich nach seiner Freisprechung (wie man behauptet: um später unbemerkt nach seiner Heimathgemeinde zurückkehren zu können), mit seiner Familie vorerst auf Besuch zu seinem Schwager nach Webenheim begeben hatte, ist gestern daselbst, noch eh' er das Nachtlager verlassen, auf's Neue in Verhaft genommen worden, wahrscheinlich um nunmehr wegen der Thatsachen, welche der Anklage auf Hochverrath zur Unterlage dienten, vor dem Zuchtpolizeigerichte correctionell abgeurtheilt zu werden. (Dem Vernehmen nach ist Deutsch bereits nach Landau abgeführt worden.)

Betrachtungen. Der „Nürnb. Kur." kommt, aus Veranlassung der kürzlich verbreiteten Gerüchte über stattfindende Veränderungen im baierischen Ministerium, zu allerlei Betrachtungen, von denen wir einige ausheben: Wir wollen die einfache Thatsache constatiren, daß hier zu Lande all die bunten Nachrichten von Ministerwechseln mit purer Gleichgültigkeit aufgenommen wurden.... Es mag das Unrecht sein, aber es ist an Dem und selbst offizielle und offiziöse Leute, die Zeitungsschreiber dieser Sorte nicht zu vergessen, scheinen von jenem Geiste angesteckt, denn ohne Sang und Klang lassen sie Minister gehen und kommen. Oder, um ein nahe liegendes Beispiel anzuführen, wo sind die Panegyriken und Wehklagen, welche Hrn. v. Ringelmann in die Einsamkeit der Portefeuillelosigkeit folgten? Lob war es und Preis, so des Ganzen wie der einzelnen Mitglieder, von offiziöser Seite nämlich, als dieses Ministerium im Jahre 1849 solidarisch eintrat, das heißt so, daß kein Minister einzeln, sondern nur alle zusammen aus dem Amte scheiden würden. Aber welcher offizielle Sänger hing seine Harfe an den Weidenbaum, als Hr. v. Ringelmann allein aus dem Amte schied, und leben sie nicht weiter in Frieden und in Freuden, die sich dereinst tief vor ihm gebückt und demüthiglich und verehrend in seinem Vorzimmer harrten? Ja, seltsam ist deutsches Ministerloos und groß der Unterschied zwischen dem gestickten Kragen und dem einfachen, zwischen dem In und Aus der Uniform. In andern Ländern, wo man mehr auf den Mann, als auf das Amt zu schauen sich gewöhnt hat, in England z. B., finden hierin besondere Verhältnisse Statt. Lord Palmerston ist Lord Palmerston, seine Bedeutung für das Land und für seine Partei bleibt dieselbe, ob er rechts, ob er links vom Sprecher sitzt, und die Principien, die ein Minister von England, wo diese Herren gleichfalls „von der Geschichte gerichtet werden," vertritt, die Maßnahmen, die er anstrebt, geben mit ihm aus dem Amte, wie sie mit ihm in das Amt gegangen waren. Sie bleiben, wie der Mann, und kann er sie nicht durchführen, strömt ihm die Zeitrichtung entgegen, dann scheidet er von der Geschäftsführung. Das Amt verleiht ihm nicht erhöhten Glanz, sein Verlust umgibt ihn nicht mit Schatten. Seine Anhänger und Verehrer bleiben seine Anhänger und Verehrer, wie nicht minder seine Widersacher sich vor seinem Portefeuille weder bückten noch bekehrten. Aber das mögen vielleicht ganz unpassende Zustände sein und wer weiß, ob nicht jener Bureaudiener Recht hatte, dessen seltsames Geschick uns vor Jahren ein hinter den Koulissen verkehrender Mann erzählte. Es sind nämlich noch nicht zwei Jahrzehnte, da schied ein vielgenannter deutscher Minister von seinem Posten, um seinem persönlichen und wohl auch politischen Gegner den Platz zu räumen. Jener Mann aber, der schon hochbetagt seiner Amtszimmer Thüre hütete und seit Menschengedenken schier unter jedem Wechsel des Ministeriums daselbe Hüteramt versah, jener Graukopf kam mit reichlichen Thränen zu dem scheidenden Gebieter, der nun sofort nicht mehr Gebieter sein sollte, sondern ein Mensch, wie andere. Und die Thränen flossen reichlich auf des Exministers Hand. O, daß er solches erleben mußte in seinen alten Tagen, daß der Mann diese Räume verlasse, der für das Land so segenreich gewaltet, und daß da nachfolge Jener, den er nicht nennen und schildern wolle. Es war eine rührende Scene, und der scheidende Minister, der jenem die auch für die Zukunft erbetene Huld gerne zugesichert, wurde, obgleich ein gewiegter Hof- und Weltmann, tief gerührt und gewann es über sich, seinem Nachfolger — dem gehaßten Gegner — zu schreiben, den Bureaudiener zu empfehlen und zu bitten, daß dem alten Manne ob der Anhänglichkeit an ihn, den Scheidenden, nicht gezürnt werde. Der neue Minister sodann, ein harter Mann zwar, aber ohne kleine persönliche Rancune, war sehr begierig, dies Muster verloren gegangener Tugend, der Treue an einem gefallenen Minister, kennen zu lernen. Doch mag er in seiner bekannten Weise grimm gelächelt haben, als das Musterbild antiker Treue, als der im Dienst ergraute Bureaudiener, ihm feurig die Hand küßte, den Tag segnend, wo solch ein Mann das Amt übernommen und Jener geschieden sei, den er nicht nennen wolle und der dem Lande so viel geschadet. — Wir wissen nicht, ob der neue Minister nun auch seiner Seits den getreuen Alten seinem Vorgänger empfahl. — Aber im Princip mag fraglicher Bureaudiener doch vielleicht Recht gehabt haben, wenn gleich das Schicksal ihm den neckischen Streich mit dem verrätherischen Briefe spielte. Dergleichen Malheur passirt glücklicher Weise nicht Jedem.

Frankfurt, den 26. Novbr. Seit einigen Tagen gibt sich in der Presse ein löblicher Wetteifer kund, die Zollvereinsfrage als glücklich gelöst zu verkünden. Wir begegnen darüber zwei Versionen, einer in der Allg. Ztg. aus Berlin und dem „Frankfurter Journal" aus Würtemberg, einer andern in der heutigen „Postzeitung" aus Berlin. Diese beide Correspondenzen enthalten einen Widerspruch in sich, denn während sie versichern, der

Zollverein werde fortdauern, werde nicht zerrissen werden, nehmen sie doch wieder eine Auflösung des bisherigen Zollvereinsvertrags der süddeutschen Staaten mit Preußen als gewiß an. Wohl geht aus ihnen hervor, daß sie an eine Verständigung aller deutschen Staaten auf handelspolitischem Gebiete glauben; allein zwischen einer solchen Verständigung und der „Erhaltung des Zollvereins" scheint uns ein wesentlicher Unterschied zu liegen. — Wenig übereinstimmend, ja geradezu widersprechend mit den oben berührten Berichten ist nachstehende Mittheilung des neuesten offiziellen „Staatsanzeigers für Württemberg": „Wien, den 22. Nov. Die hiesigen Zollkonferenzen nehmen ihren ungestörten Fortgang, und es läßt sich mit Bestimmtheit vorhersagen, daß dieselben in einer verhältnißmäßig kurzen Zeit geschlossen werden, da der Geist der Einhelligkeit, welcher die Versammlung leitet, die Verständigung sehr erleichtert, daher auch die zu treffenden Vereinbarungen in kürzester Zeit festgestellt sein dürften. Was die Stellung Preußens zu den hiesigen Conferenzen betrifft, so hat sich dieselbe bis jetzt noch nicht verändert, was um so mehr bedauert werden muß, als die kaiserl. Regierung allen Ernstes bestrebt ist, eine Verständigung anzubahnen, und zu diesem Ende kein Mittel unversucht läßt. Leider konnte bis jetzt kein auch nur einigermaßen befriedigender Erfolg erzielt werden, und die Eröffnungen des Herrn Grafen Arnim sind ebensowenig wie die aus Berlin ehevorgestern angekommene Note geeignet, in dieser Hinsicht irgendeine Hoffnung aufkommen zu lassen. Auf die von dem Hrn. Grafen Buol direct an den Frhrn. v. Manteuffel gerichtete Note antwortete der Letztere eben so ausweichend, wie dieß früher schon öfters der Fall war, und als man sich damit in der k. Staatskanzlei nicht zufrieden gab, und um eine bestimmtere Antwort ersuchte, so wurde diese durch den Hrn. Grafen Arnim auf eine von Berlin aus an ihn ergangene Weisung hin in ablehnender Weise ertheilt. Die zur Anbahnung einer Verständigung mit dem k. preuß. Cabinette eingeleiteten Verhandlungen dürften demnach vorderhand als abgeschlossen zu betrachten sein; vielleicht daß sie später wieder aufgenommen werden, wenn Preußen erst durch die Erfahrung die Loyalität und den Ernst der k. österr. Vorlagen eingesehen haben wird."

Die neueste Nummer der „Kasseler Ztg." läßt sich unterm 25. d. u. A. aus **Frankfurt** schreiben: „Seit einigen Tagen spricht man auch hier von einer Betreffs der Zollfrage in Aussicht stehenden Einigung zwischen Preußen und Oesterreich, bez. der Coalition. So erfreulich dies nun auch an und für sich erscheinen muß, so wenig zufriedenstellend lauten die Angaben, die über die Grundlagen getroffen sein oder werden sollen. Ob Alles, was hierüber in hiesigen Kreisen erzählt wird, vollkommen richtig sei, wage ich nicht zu behaupten, genug aber: es heißt, es solle der Septembervertrag von der Coalition auf zwölf Jahre angenommen, dagegen von Preußen verlangt werden, daß dieses auf den Wiener Handelsvertragswurf (A) „in geeigneter Weise" sofort eingehe. Ob Seitens der Coalition bei diesem Vorschlage auf sämmtliche am Septembervertrage gemachte Ausstellungen verzichtet werden solle, wird zwar nicht behauptet, aber auch nicht in Abrede gestellt; letzteres scheint jedoch nach dem Ursprung, woher der Vorschlag kommt, als das Richtigere angenommen werden zu dürfen. Es ist nemlich die hannover'sche Ansicht, welche in dieser Form den völligen Sieg davon getragen haben würden, u. s. f.

Freiburg, den 23. Nov. Ich habe mitzutheilen, daß der geistliche Rath und Prof. Schleyer, eines der Häupter der katholischen Partei an hiesiger Universität, von der Regierung den Befehl erhalten hat, sich innerhalb 3 Monaten um eine Pfarrei zu bewerben, widrigenfalls eine dienstpolizeiliche Verfolgung gegen ihn eingeleitet werde. Wie ich vernehme, so wird Hr. Prof. Schleyer diesem Befehle nicht nachkommen; er will die Sache vor die Oeffentlichkeit bringen. — Auch die Stellung des Hrn. Prof. Buß dürfte gefährdet sein. Wenigstens hat die Regierung an den Senat der Universität die Anfrage gestellt, ob ein Mann noch Lehrer sein könne, der eine derartige Schrift, wie Hr. Buß über die Universitäten, verfaßt habe. Wahrscheinlich wird die Antwort verneinend ausfallen. (S. M.)

Darmstadt, den 26. Novbr. Von den Gesetzentwürfen, worüber noch in der neuesten Zeit den Landständen Vorlage gemacht worden ist, kam in der heutigen Sitzung zweiter Kammer diejenige zur Verhandlung, welcher die Auswanderung Militärpflichtiger betrifft. Bisher war Niemand in der freien Auswanderung gehindert, außer mit Rücksicht auf vorhandene Gläubiger, auf eine etwa anhängige Untersuchung oder „insofern der Auswanderer den Zweck hatte, sich oder seinen Sohn der Kriegsdienstpflicht zu entziehen." In der letzteren Beziehung mußten sich besondere Verdachtsgründe ergeben, das bloße Vorhaben der Auswanderung begründete für sich keinen Verdacht. Nun aber will die Staatsregierung die Wahrnehmung gemacht haben, daß neuerdings die Auswanderung solcher jungen Leute, welche in nächster Zeit ihrer Militärpflicht Genüge zu leisten haben, immer mehr zunehme. Dem entgegenzutreten, wurde nun die gesetzliche Ordnung proponirt, daß jeder Staatsbürger, sobald er das 19. Lebensjahr überschritten, pflichtig, aber noch nicht das erste Jahr der Kriegsdienstpflicht durchgemacht habe, ohne Eltern (resp. Groß- und Adoptiveltern) nur dann auswandern könne, wenn er sich zuvor in dem Militärdienst vertreten lasse, oder in dieser Beziehung Sicherheit leiste. Diese Proposition wurde, als eine zu große Beschränkung der verfassungsmäßig garantirten Auswanderungsfreiheit enthaltend, von verschiedenen Seiten lebhaft bekämpft. Die Abgg. Hildebrand, Wittmann, Vogen ꝛc. machten hiergegen in der Hauptsache geltend, daß die häufigen Auswanderungen junger Leute weniger in der Absicht, sich dem Kriegsdienst zu entziehen, als in andern Verhältnissen des Lebens und der Gegenwart überhaupt ihre Erklärung fänden. Zudem erreiche man durch die proponirte Beschränkung den erwünschten Zweck nicht, indem der junge Mann, der sich dem Kriegsdienst entziehen wolle, nur einige Zeit vor dem 19. Jahre auszuwandern habe. — Der Abg. Becker fand in der proponirten Aenderung nur eine weitere Veranlassung, daß sich eine größere Anzahl junger Leute, als bisher, zum Theil schon im unreifen Alter entfernen würde, und daß allerdings nur zum Vortheil des fremden Landes, dem sich der Jüngere besser angewöhne, als der Aeltere. Von der andern Seite, von den Abgg. Breidenbach, Kraft von Dieburg, Hofmann ꝛc. wird hiergegen, außer dem Interesse des Militärdienstes, hauptsächlich das eingewendet, daß die zurückbleibenden Militärdienstpflichtigen durch die erleichterte Auswanderung allzusehr benachtheiligt würden. — Von der Ministerbank vertheidigten Ministerialrath Maurer und Generalauditeur Hofmann den Entwurf. Die fragliche Bestimmung wurde bei schwachbesetzter Kammer mit Stimmengleichheit angenommen. Mit größerer Majorität fand sodann die weitere Bestimmung Annahme, daß Diejenigen, welche ohne Stellvertretung oder Sicherheitsstellung zum Behuf der Auswanderung ihrer Kriegsdienstpflicht entledigt worden sind, ohne auswärts niedergelassen zu sein, zurückkehren, bis zum 32. Lebensjahre zum Kriegsdienst zugezogen werden können. Dagegen wurde Art. 7 des Gesetzes, wonach die neuen Bestimmungen rückwirkende Kraft haben sollen, abgelehnt. In der vorhergehenden Sitzung hat die zweite Kammer das Budget erledigt; der Schluß des Landtags dürfte nunmehr in 2—3 Wochen erfolgen. (Fr. J.)

Wiesbaden, den 26. Nov. Nach der „N. Allg. Z." war am verflossenen Sonntag dahier die erste constituirende Versammlung eines „katholischen Gesellenvereins." Hr. Professor Wagner von Mainz, Präsident des dortigen Gesellenvereins, hat diese erste Versammlung mit einer Rede eröffnet.

Mainbischofsheim, den 23. Nov. Während unsere hiesige evangelische Kirche fortwährend verschlossen

ist und die Gemeinde mit dem Interdicte förmlich belegt zu sein scheint, werden unsere 13 confirmationsfähige Kinder nunmehr von dem Pfarrer der benachbarten nassauischen Gemeinde die Confirmation empfangen. Bis jetzt verweigert jedoch der hiesige Pfarrer die zu diesem Zwecke nothwendige Ausfertigung der Geburtsscheine dieser Kinder.

Fulda, den 26. Nov. Heute Morgen ist der Gymnasiallehrer Volkmar, auf Requisition des Kriegsgerichts in Kassel, im Schullocale von einem Polizeibeamten verhaftet worden, um unter Geleite eines Gendarmen ins Kastel nach Kassel abgeführt zu werden.

Aus Thüringen, den 19. Nov. Bei Hennings und Hopf in Erfurt ist jetzt eine Schrift erschienen, die ungemeines Aufsehen macht. Sie ist betitelt: „Die geheimen Instructionen für die Gesellschaft Jesu, von Dr. Bergmann", und bringt in lateinischem Urtext und mit deutscher Uebersetzung ein Actenstück an das Licht, welches, ehedem der früheren Jesuiten-Bibliothek in Erfurt angehörig, nach der ausdrücklichen Bezeichnung auf dem Titelblatt, nur den höhern Ordensgraden zugänglich sein sollte. Es blieb unter der Masse jesuitischer Bücher, welche in die königliche Bibliothek gewandert waren, unbeachtet, bis Dr. Bergmann, darauf aufmerksam gemacht, es übersetzt und nunmehr veröffentlicht hat. (A. Z.)

Berlin, den 26. Nov. In Elbing ist einem Hrn. Stelter auf ein Gesuch vom Polizeidirector v. Seltzer erwiedert worden: „Ihrem Gesuche vom 16. d. M. wegen Ertheilung einer Concession zum Betriebe einer Badeanstalt kann nicht willfahrt werden, weil Sie Mitglied der freien evangelischen Gemeinde sind und als solches nicht den Grad von Zuverlässigkeit haben, welcher nach §. 50 der Gewerbeordnung erforderlich ist." (!!)

Breslau. Aus Veranlassung der Absendung von protestantischen Deputationen nach Florenz wegen der Begnadigung der Familie Madiai bespricht die Neue Oder-Zeitung die Beschwerden der Protestanten im österreichischen Kaiserstaate und gibt zugleich den Deputationen den Rath, die Rückreise über Wien zu machen, um dort eine Bitte für die Lage der Protestanten niederzulegen. —

Hamburg, den 23. Novbr. Wir haben hier zur Mitte des nächsten Monats einen Mormonen-Zug von mehreren Hundert Köpfen, Männern, Frauen und Kindern, zu erwarten. Diese Mormonen kommen aus dem Norden, namentlich aus Dänemark in welchem Lande sie nicht länger als bis Ende dieses Jahres geduldet sein würden. Ihr Weg geht über Hamburg via Liverpool nach New-Orleans, von dort begeben sie sich direct nach dem Mormonen-Staate am Salzsee (Jowa). Dorthin werden ähnliche Züge der in Europa zur Mormonen-Gesellschaft Bekehrten sich ebenfalls wenden und zwar mit directer Unterstützung aus dem Mormonen-Staate. Man strebt nämlich, wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, dahin, denselben an Seelenzahl und Güterbesitz so bedeutend zu heben, daß das Recht auf besondere Vertretung im Repräsentantenhause der Vereinigten Staaten geltend gemacht werden kann.

Wien, den 21. Novbr. Das Gerücht von einem Warschauer Congreß erhält sich, trotz der Widersprüche die dagegen erhoben worden. (A. Z.)

— den 23. Nov. Guter Rath muß theuer sein, da man sich bequemt hat, einen so schlimm behandelten Mann, wie den Hrn. v. Bruck, nach Wien zu berufen, um in der von ihm angeregten Zolleinigung mit Deutschland seinen Rath zu ertheilen. Er hatte sogar die Ehre, zur kaiserlichen Tafel gezogen zu werden. (Köln. Z.)

Belgien.

***Brüssel,** den 25. Nov. Der Finanzminister Hr. Liedts bevorwortete einen Gesetzvorschlag zu Convertirung der Staatsanleihen von 1842 und 1848 in 4½proc. Renten. Die dadurch gewonnenen Ersparniße sollen zur Tilgung der schwebenden Schuld verwendet werden.

Frankreich.

†**Paris,** den 26. Novbr. Alle Tage bringen die Journale neue Entlassungen von Maires und Generalräthen, welche der Wirkung des Chambord'schen Circulairs zugeschrieben werden können. — Die gestrige Stimmenzählung auf dem Stadthause ging harmlos und ziemlich lustig vor sich. Am Schluße der Zählung der Stimmen hielt Hr. Berger, Präfect des Departements der Seine, der eigentlich dabei nichts zu thun hatte, eine salbungsvolle Rede, die mit dem Danke an die versammelten Maires schloß, denen, seiner Ansicht nach, der größte Theil des Resultates zugeschrieben werden muß! — Gestern Abend wurden nach der Veröffentlichung des Abstimmungsresultates von Paris mehrere öffentliche Gebäude, hauptsächlich Theater, erleuchtet. In St. Cloud scheint man mit dem Resultat der Abstimmungen nicht ganz zufrieden zu sein. Man hat mit Zuversicht auf eine weit imposantere Stimmenzahl als am 20. Dec. gerechnet; und es gewinnt den Anschein, daß man kaum auf 7¼ Millionen Stimmen hinaufkommen wird. — Am Anfange der heutigen Börse stiegen die Course ohne Ausnahme; vor der Börse stieg die 3proc. sogar bis auf 85 F. 15 C., fiel aber bei Eröffnung der Börse auf 84 25 und schloß mit 84, also 75 Cent. unter dem gestrigen Cours. Die 5proc. fiel um 1 15. Die Eisenbahnactien theilten das Schicksal der Renten; sie fielen alle.

An der Gränze sind mehrere Ballen einer Broschüre des Hrn. Pascal Duprat, Ex-Abgeordneten von der Bergpartei, „die Opfer des Staatsstreiches" betitelt, mit Beschlag belegt worden. Auch spricht man von der Beschlagnahme eines neuen Manifests oder Bulletins der Londoner revolutionären Comiteés.

Von den legitimistischen Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers hat bis jetzt bloß Hr. von Kerdrel seine Demission, in einem an den Präsidenten der Versammlung gerichteten Schreiben, eingereicht. Die übrigen werden, wie man vernimmt, diesem Beispiele nicht folgen.

Lamartine wird sein bei Macon gelegenes Landgut, das er von seinem Vater geerbt hat, Schulden halber, verkaufen.

Man versichert, es sei ernstlich die Rede davon, eine Eisenbahn von Algier nach Bildah zu bauen.

Italien.

Lombardei. Nach einem piemontesischen Blatte finde eine bedeutende Truppenzusammenziehung in Pavia statt, ohne daß man den Grund kenne.

***Florenz,** den 25. Nov. Die Haussuchungen dauern fort, und alle Tage werden Verhaftungen vorgenommen. Die Entdeckung eines geheimen Comités, das mit Mazzini in Verbindung stehen soll, dient zum Vorwande.

Großbritanien.

London, den 25. Nov. Sieben Tonnen (140 Centner) Gold aus Australien kamen gestern auf den Schiffen Eagle, Sapphire und Pelham in der Themse an. Sie brachten außerdem die Nachricht, daß in wenigen Tagen die Dido mit einer Fracht von 280,000 Unzen oder ungefähr zehn und einer halben Tonne (210 Centner) Gold eintreffen werde.

***London,** den 25. Nov. Hr. D'Israeli ist bedenklich krank geworden.

London, den 27. Nov. In der gestern stattgehabten Sitzung des Unterhauses wurde die Motion Villiers mit 80 Stimmen verworfen, dagegen das vermittelnde Amendement Palmerstons mit einer Mehrheit von 41 Stimmen angenommen.

Türkei.

Im Widerspruch mit den über Wien gegangenen Nachrichten, nach denen der Aufstand in Mittel-Syrien als besieget betrachtet sein soll, haben wir directe Nachrichten aus Damaskus, vom 4. d. M. (jene Nachrichten reichen nur bis zum 21. October), nach denen der diesjährige Feldzug für die Türken vollständig verlo-

ren, und wegen des Eintritts des Winters so bald an eine Wiederaufnahme der Operationen nicht zu denken ist.

Australien.

Nach Adelaide-Zeitungen hat man jetzt auch in Südaustralien die reichsten Goldfelder entdeckt, welche die gierigste Phantasie sich denken kann. Das Schiff „Eagle," welches nach einer Fahrt von blos 78 Tagen aus Melbourne und Port Philipp in England ankam, brachte eine Ladung von 150,000 Unzen Gold. Die Mannschaft erhielt 50 bis 60 Pfd. Sterl. per Mann für die Heimfahrt.

Neueste Nachrichten.

Regensburg. Die Beilage zu Nro. 325 des Regensburger Tagblattes bringt ein Schwurgerichtserkenntniß gegen den Redacteur desselben, Hrn. Jos. Reitmayer, das ihn zwar von der Anschuldigung des Preßvergehens der Ehrenkränkung öffentlicher Beamten bezüglich ihrer Amtshandlungen und der Schmähung der baierischen Staatsregierung freispricht, dagegen aber ihn wegen Vergehens der Ausstreuung wissentlich falscher, zur Beunruhigung oder Erregung von Gehässigkeiten geeigneter Nachrichten durch die Presse — ohne mildernde Umstände schuldig erklärt und zu 1 Monat Gefängniß, 50 fl. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt. Der Fall bezieht sich immer noch auf das Auftreten der kathol. Prediger zu Amberg zur Zeit, wie dort die protest. Kirche eingeweiht werden sollte.

Berlin, den 25. Nov. Auf ausdrückliches Verlangen des Hrn. v. Westphalen wurde der von dem bekannten Central-Bureau inspirirten Presse bedeutet, sich fortan jeder Polemik gegen den Minister des Innern zu enthalten. Aber gerade hier zeigt es sich, daß die im Schooß des Ministeriums vorderhand beigelegte Meinungsverschiedenheit, eben nur ein auf kürzere Zeit getroffenes Abkommen ist. — Der russische Gesandte in Paris, Hr. v. Kisseleff, ist auf der Rückreise hier eingetroffen. Hr. v. Kisseleff wird also bei der Proclamation des Kaiserthums in Paris zugegen sein, was einer ausdrücklichen Anerkennung des Kaiserthums, wenn auch nicht Napoleons III, gleichkommt. (Allgm. Ztg.)

Triest, den 22. Nov. Daß Hr. v. Bruck nach Wien berufen wurde, ist bekannt. Er scheint der Nachfolger des Hrn. v. Prokesch auf dem Gesandtschaftsposten in Berlin werden zu sollen. (Allg. Ztg.)

Freiburg. In der Stadt Freiburg wurden am Mittwoch die Geschwornenwahlen unter größerer Betheiligung vollendet. Es gingen fast lauter Liberale aus der Wahlurne hervor.

Wallis. Der Conflict, der mit der geistlichen Behörde wegen Führung der Civilregister einzutreten drohte, ist beigelegt; die Pfarreiversehrer werden dieselben nun doch führen.

Paris. Auch auf dem Lande wurde die Urne vielfach in Krankenhäuser geschickt; in St. Quentin aber widerfuhr dem Träger ein großartiges Mißverständniß: er trug sie ins Narrenhaus. — Die Lyoner Schneider haben den Kaisermantel geliefert; er kostet 116,000 Francs, viermal mehr als der des Onkels. — Die Academie bezeigt sich ebenfalls kaiserlich: sie beräth über die Ausschließung Victor Hugo's.

Nach dem Moniteur vom 26. November betrug die Zahl der bekannten Abstimmungen (die von 83 Departementen war vollständig bekannt) 6,670,660 Stimmen. — Schon circuliren wieder Varianten, indem eine Angabe vom nemlichen Datum von 7,200,000 Ja und 250,000 Nein berichtet. (Schöne runde Zahlen!)

Man will wissen, daß die Reduction der Armee um 30,000 Mann, welche der Moniteur angezeigt hatte, gar nicht effectuirt werden wird. Man beruft sich darauf, daß diese Anzeige im nichtoffiziellen Theile des Moniteurs, und nicht als Decret erschienen sei, und daß in ganz Frankreich Niemand wisse, wie groß die Armee sei, indem diese Kenntniß nur bei einer ernsthaften Prüfung des Budgets möglich ist, die jetzt nicht stattfindet. (N.-Z.)

Paris. Der Correspondent der Allg. Ztg. schreibt unterm 23. Nov.: In der democratischen Partei herrscht eine große Bewegung; wenn man den Anhängern derselben glauben will, haben die Arbeiter von Paris nur in sehr geringer Anzahl an der Abstimmung theilgenommen. Jene Democraten können sich also nicht genug wundern über die bedeutende Anzahl der Stimmenden, welche das Amtsblatt anführt. Sie sprechen von der Absicht, einen der Ihrigen ins Ausland zu schicken, ihre Zweifel gegen die genaue Zählung der Stimmen daselbst in einer öffentlichen Erklärung durch Belege, ja sogar durch Zeugen zu begründen. Es ist nämlich von einem Beamten in einer Mairie die Rede, welcher sich bereit erklärt habe, als Zeuge aufzutreten, wenn man ihn für den Verlust seines Amtes entschädige. Alle diese Gerüchte haben gewiß keinen andern Werth als den Aerger der Democraten über das Ergebniß der Abstimmung zu bezeichnen. Im für alle Politik gleichgültigen Publicum, und in diesem Augenblick ist das jedenfalls der bei weitem größere Theil der Bevölkerung, ist man bloß (!) davon überrascht, daß der anhaltende Regen die Anhänger des am 2. December ins Leben getretenen Systems nicht nur nicht vermindert, sondern sogar vermehrt zu haben schien. Daß man Abdel Kader ebenfalls an der Abstimmung hat theilnehmen lassen, gibt derselben einen unverkennbar heitern Character. Daß übrigens Unrichtigkeiten in der flüchtigen Zählung der Stimmen vorgekommen, ließe sich jetzt schon aus einem Vergleich der gestrigen und heutigen Angaben im ministeriellen Blatte nachweisen: so laufen die Zahlen der eingeschriebenen Wähler von einem Tage auf den andern um fast 100,000 auseinander, was wol nur aus einem Irrthum zu erklären ist. Wie dem immer sein mag, die bezeichneten Gerüchte sind nicht ohne Einfluß auf die Börse geblieben. Die Fonds sind abermals gefallen, während man erwarten mochte, daß sie in Folge der allseitig siegreichen Abstimmung steigen werden. Freilich waren noch andere Gerüchte auf der Börse verbreitet. Die Bank der „Allgemeinen Gesellschaft für den beweglichen Credit" sagten die Einen, sei nichts als eine Anwendung der socialistischen Principien aus den Werken des Prinzpräsidenten; es ist eigentlich, meinen die Andern, nicht viel mehr als die Volksbank Proudhons. So albern all dieses Gerede auch ist, hat es doch auf den Stand der Papiere Einfluß gehabt.

Palermo, den 14. Nov. Ein zweiter Krater des Aetna hat sich südwärts vom ersten geöffnet; die Lava strömte bis fünf Meilen vor Zufferano.

Rom, den 19. Nov. Die jüngst zu Sinigaglia und Ancona in Masse vollzogenen Todesurtheile machten durchaus nicht den erwarteten tiefen Eindruck auf die Menge, obgleich dieselbe in den größeren Städten durch lange Maueranschläge davon in Kenntniß gesetzt wurde. Fast überall hörte ich auf einer kleinen Reise nicht die Härte der Strafe, wohl aber allgemein die Strafe als solche, nicht selten mit leidenschaftlicher Theilnahme, anklagen. Eben so bemerkenswerth als allgemein aber ist die leidenschaftliche Gespanntheit, mit welcher in Mittel-Italien Jedermann, hier leise, dort lauter, dem Gange der Ereignisse in Paris mit Gesinnung und Worten zugewandt ist. Man will wissen, daß vier Notabilitäten der weiland römischen Republik, unter ihnen auch Herr Masi, das Vertrauen Louis Bonaparte's in hohem Grade besitzen und in die Geheimnisse des Elysee eingeweiht seien. Man ist überzeugt, Louis Bonaparte sei in seiner jetzigen Gestalt ein politischer Apostat, dessen nächste Metamorphose eine gar sehr verschiedene von der des jetzigen Augenblicks sein dürfte. Man sieht in ihm das gesprengte Gestirn der Napoleoniden zu neuem Glanze wieder zusammengehen. Auf dieses Gestirn müssen die Blicke Italiens gerichtet sein; denn in Louis Bonaparte's Adern rolle italienisches Blut. (Köln. Ztg.)

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 288 | den 1. December 1852.

* Amerikanische Briefe.

Speyer. Ein Freund theilt uns einen ihm aus New-York unterm 5. Nov. geschriebenen Brief mit, den wir nachstehend folgen lassen, wobei wir jedoch die Leser zu bemerken bitten, daß derselbe nicht von unserm gewöhnlichen Correspondenten aus Philadelphia herrührt. Der Verfasser des Briefes selbst dürfte die Wirkung der jetzigen Wahl vielleicht etwas zu sanguinisch beurtheilen.

* **New-York,** den 5. Novbr. Die Freude, die mich seit wenigen Tagen beherrscht, ist unbeschreiblich. Am letzten Dienstag (2. Nov.) hat die allgemeine Wahl in der ganzen Union für den nächsten Präsidenten, im Staate New-York zugleich für einen Governor, Staats- und Gemeindebeamte, stattgefunden. Der Sieg der Democratie über die Whigs war so glänzend und vollständig, wie noch nie seit dem Bestehen der Union ein solcher erfochten wurde.*) Die Whigs gestehen dies selbst offen, und geben zu, daß ihre Partei völlig aufgelöst sei, um sich nimmer wieder zu bilden. — Die Lehren Kossuths, die er bei seinem Verweilen in Amerika verbreitet hat, trugen ihre Früchte. Die amerikanischen Democraten haben sie begriffen, und vereint mit unsern deutschen Brüdern diesen herrlichen Sieg errungen. Damit Sie sich aber ein Bild von dessen wirklicher Größe machen können, gebe ich Ihnen hiemit einige Zahlenverhältniße.

31 Counties des Staats New-York gaben eine Mehrheit von Stimmen für den democratischen Candidaten Pierce von 30,976, während der Whigcandidat Scott in 6 Counties die Mehrheit erhielt mit 5100, bleibt folglich eine absolute Mehrheit für Pierce von 25,876.

Aber noch mehr: von den 31 Staaten der Union stimmten nur zwei: Massachusetts und Vermont für Scott, alle übrigen für Pierce.

Die Freude, der Jubel ist groß und allgemein: auf unsere politischen Gegner, die Whigs, hat ihre Niederlage einen solchen deprimirenden Eindruck gemacht, daß die Meisten heute ableugnen, Whigs zu sein, während die Partei noch den Tag vor der Wahl ihres Sieges gewiß zu sein wähnte. —

Unsere wackern Deutschen haben sich brav gehalten: fest und entschlossen hielten sie zu der Partei, zu welcher sie von Natur und durch die Verhältniße sich angezogen fühlten. — Die democratische Partei ist durch diesen Sieg selbst eine andere geworden. Nicht mehr sind es blos die innern Angelegenheiten der Union, sondern mehr deren Verhältniße nach Außen, welche ihre Aufmerksamkeit fesseln, und ihre künftige Wirksamkeit bedingen; sie selbst fühlt sich berufen als die einzige Partei des Fortschritts und wahrer Humanität die Interessen der Menschheit zu vertreten.

Ich lege Ihnen als besonderes Zeichen der Stimmung in dieser Beziehung einen Correspondenzartikel der Staatszeitung aus Washington bei,**) bemerke jedoch dabei, daß andere hiesige Zeitungen sich viel entschiedener vernehmen lassen. Mit einem Worte: Alles kündigt an, daß Nordamerika in eine neue Aera getreten ist; daß dasselbe eine seiner Macht, seinem natürlichen Reichthum, und seinen Grundsätzen angemessene Weltstellung annehmen wird.

Am 4. März des nächsten Jahrs wird Pierce in das weiße Haus in Washington einziehen, und mit seinem Einzuge der Whigherrschaft für immer ein Ende machen. Der große Wahlsieg ist unstreitig der schwachen, man konnte wol sagen: blödsinnigen Haltung des Whigregimentes zu verdanken. Das souveräne Volk hat ihm dafür sein Urtheil gesprochen: „Tod." Wiederbelebungsversuche werden fruchtlos bleiben; — das Volk ist wach und wird es bleiben; dafür sorgen auch die aus Europa vertriebenen Patrioten.

Um Ihnen ein kleines Bild von einer amerikanischen Wahl zu geben, will ich Ihnen Einiges nach meiner Wahrnehmung und Auffassung mittheilen. Vor circa 3 bis 4 Monaten traten Conventionen beider Parteien, dieses Jahr zufällig beide in Baltimore, zusammen, um die Candidaten ihrer resp. Partei, für Präsident und Vice-Präsident, zu nominiren. Es ist dies eine Art Vorwahl. Von der democratischen Partei wurde Franklin Pierce und William Rufus King bezeichnet; von der Whigpartei hingegen General Scott. Unmittelbar nach dieser Nomination wurde der Kampf der Parteien eröffnet, der damit begann, die Personen der Nominirten gegenseitig zu loben und zu tadeln; ihre Grundsätze, ihr ganzes politisches und Privatleben wurden ans Licht gezogen, oft in einer Weise, die uns Europäer mit Indignation erfüllte, weil Unwahrheiten, Lügen und Bosheit dabei nicht selten die Hauptrolle spielten. Doch der Vernünftige fand aus dieser Debatte die Wahrheit: der Kluge machte sich aus den Verläumdungen und gemeinen Beschimpfungen nichts. Kurz vor der Wahl machte Scott eine Reise durch mehrere Staaten der Union unter dem Vorwande, einen passenden Platz für ein Militär-Invaliden-Haus aufzusuchen, in Wirklichkeit aber nur, um sich Stimmen bei der bevorstehenden Wahl zu werben. — Durch diese Reise hat sich aber der berühmte General durch seine Stump-Reden im höchsten Grade lächerlich gemacht und damit gerade das Gegentheil von dem bewirkt, was er bezweckte. — Zwei Tage vor der Wahl versuchte die Whigpartei einen Betrug, der ihrem beanspruchten Character von Treue und Redlichkeit den Todesstoß versetzte. Sie ließ nemlich in hiesiger Stadt Wahlzettel drucken, die im Aeußern ganz jenen der democratischen Partei glichen, aber statt der democratischen Candidaten jene der Whigs enthielten. Diese wurden unter Couverten gebracht, an die Namen der wahlberechtigten Bürger adressirt und auf die Stadtpost aufgegeben, um gerade einen Tag vor der Wahl in deren Hände gebracht zu werden. Der Betrug wurde jedoch rechtzeitig entdeckt und vereitelt. Daß die democratischen Blätter am Tag der Wahl früh Morgens diesen Betrug anzeigten, versteht sich von selbst. Mit Zuversicht auf Sieg gingen die Democraten — niedergeschlagen und ihr Schicksal ahnend die Whigs zum Stimmkasten; daher gab es auch nicht wie sonst Raufereien und blutige Kämpfe. Die Wahl ging ruhig und still vorüber.

Was die Folgen dieser Wahl in internationalen Fragen sein werden, läßt sich im Voraus nicht alles erkennen; gewiß ist aber, daß bei der nächsten Congreßsitzung die sogenannte „Heimstättebill" eingebracht und sicher auch angenommen wird. (?) Die democratische Partei wird und muß die Adoptiv-Bürger, Deutsche und Irländer, für ihr treues Mitwirken lohnen, was ihr um so leichter

*) Diese Behauptung ist etwas zu weit gehend. D. Red.

**) Es finden sich darin starke Angriffe auf die „faulen, reactionären, zeit- und naturwidrigen Tendenzen des Whigthums," auf die „militärischen Helden" der Whigs (Pierce ist zwar dem Namen nach auch „General," sein Verdienst ist aber bürgerlicher Natur), und auf das, was „den gepreßten Busen der europäischen Menschheit" drücke, dem die Hoffnung auf Erleichterung nun eröffnet sei. D. Red.

zu bewirken sein wird, als es im wohlverstandenen Interesse der Union ist, die Einwanderung zu befördern. Durch diese Heimstättebill soll jedem Bürger der Vereinigten Staaten, der davon Gebrauch machen will, eine Viertel Section = 160 Acker = 240 rhein. Morgen, gratis ertheilt werden unter der Bedingung, sich darauf niederzulassen und es anzubauen. (Man will behaupten, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß es geschieht, daß diese Bestimmung auf jeden Einwanderer, der Bürger werden zu wollen erklärt, ausgedehnt wird.) *) Die Folgen eines solchen Gesetzes sind unermeßlich. Können die neuen Ankömmlinge auch nicht gleich bei ihrer Ankunft davon Gebrauch machen, so ziehen sie doch hieraus auf indirecte Weise sogleich einen großen Vortheil. Es gibt nemlich hier wie in allen übrigen Küstenstädten und östlichen Staaten eine Menge Arbeiter, die bereits Bürger geworden sind und sich auch einige hundert Thaler erspart haben. Diese werden mit Freuden den Augenblick ergreifen, sich unabhängig zu machen und einen selbstständigen Haushalt auf ihrem eigenen Gute zu gründen. Hierdurch gibt es nothwendig Lücken und Mangel an Arbeitern, deren Stellen mit den neuen Einwanderern besetzt werden.

Deutschland.

Darmstadt, den 25. Novbr. Schon im Verlauf des nächsten Jahres muß die Ständeversammlung wieder berufen werden um das Budget für 18¾ zu bewilligen. Man fragt sich, nach welchem Wahlgesetz die Stände gebildet werden sollen? Das Wahlgesetz vom 3. Septbr. 1849 ist für immer verurtheilt, weil es, wie sich die Verordnung vom 7. Oct. 1850 „die Berufung einer außerordentlichen Ständeversammlung betreffend" ausdrückt, bei seiner Anwendung „nicht gelungen ist, in der Landesvertretung solchen Männern Wirksamkeit zu verschaffen, welchen das Wohl des Volkes wahrhaft am Herzen liegt, vielmehr eine der Staatsordnung feindliche Partei Mittel und Wege finden konnte und gefunden hat, die Wahlen im weitesten Umfang zu beherrschen." (!) Jene Verordnung vom 7. Oct. 1850 hatte nur die Bestimmung, eine außerordentliche Ständeversammlung zu bilden, die zunächst einen Gesetzentwurf „über die Zusammensetzung der landständischen Kammern und die Wahlen der Abgeordneten" berathen solle. Dieses Ziel wurde aber nicht erreicht, da die zweite Kammer den ihr vorgelegten Gesetzentwurf als zu weit zurückschreitend ablehnte. Nur ein deus ex machina vermag zu helfen! (A. Z.)

Leipzig, den 25. Nov. Wie der Fall mit dem flüchtigen Reichenbacher Bürgermeister Klengel, den man aber mit Sack und Pack glücklich wieder erwischt hat, so macht der Fall in Kassel, wo ein im höchsten Vertrauen stehender mit allen Zeichen der Loyalität ausgezeichneter Beamter (zugleich Kassier und Vorstand des „Treubunds") so schmachvoll seine Pflicht verletzt hat, auch hier das verdiente Aufsehen. Es liegt eine tiefe Lehre darin für Die, welche sehen wollen, daß das Zuschautragen der Loyalität oft die Macke für Schlechtigkeiten ist.

Berlin, den 28. Nov. Der frühere Redacteur der „Constitutionellen Ztg.," Hr. Dr. Neumann, wurde vorgestern von der hiesigen Polizei ausgewiesen, unter der Androhung scharfer Maßregeln, wofern derselbe nicht binnen 24 Stunden die Stadt verlasse. Dr. Neumann soll sich seit dem Eingehen der „Const. Ztg." von aller publicistischen Thätigkeit fern gehalten und lediglich mit historischen Studien beschäftigt haben.

Bremen, den 26. Nov. Gestern Mittag ward bei dem hiesigen Buchhändler Hrn. Kühtmann die ganze noch vorhandene Auflage der neuesten Schrift von Dulon: „Ueber das Heidelberger Gutachten; zweites Heft" polizeilich in Beschlag genommen und der fernere Vertrieb nach einem gerichtlichen Befehl verboten.

Wien, den 24. Nov. Unser Ministerium des Auswärtigen hat eine Erklärung nach Paris abgesendet, welche den Artikel der officiösen „Oest. Corr." über die Wiederaufrichtung des Kaiserthrons commentiren soll. Man hatte nämlich in Paris dem fraglichen Artikel eine ganz besondere Bedeutung beigelegt und durch den hiesigen französischen Gesandten Hrn. de la Cour dieserwegen anfragen lassen. Unser auswärtiger Minister Graf Buol hat dem französischen Gesandten eine befriedigende Erklärung übergeben und dieselbe auch dem diesseitigen Gesandten in Paris Hrn. v. Hübner zur weiteren Mittheilung an das französische Gouvernement übersendet. *) (N. Preuß. Ztg.)

Oesterreichische Staaten.

Ungarn. Der wiener Correspondent der Times spricht von neuen Verhaftungen zu Pesth, deren wahres Motiv nicht bekannt wäre. Gegen 50—60 Personen, worunter selbst manche den höheren Classen der Gesellschaft angehören, wären plötzlich eingekerkert worden.

Schweiz.

Solothurn. Das „Echo vom Jura" will wissen, der Regierungsrath habe mit 4 gegen 2 Stimmen beschlossen, dem Kantonsrath die Aufhebung des Klosters Nominis Jesu und die Verlegung der Irrenanstalt in dasselbe zu beantragen.

Frankreich.

† Paris, den 28. Nov. Der halbamtliche Theil des Moniteur enthält einen sehr langen raisonnirenden Artikel über die Wiederherstellung des Kaiserreichs. Derselbe spricht sich zwar gewaltig friedlich aus, doch kommen auch seltsame Stellen darin vor. So heißt es darin: „Frankreich will die Dynastie des Kaisers . . . weil es dieselbe handeln sah, und sich überzeugt hat, daß es die Einzige ist, die allen seinen Interessen und Instinkten, sowie den legitimen Errungenschaften der modernen Civilisation entspricht."

Schon am 3. December wird das Senatusconsultum mit der Ratification des neuen Kaisers versehen, erscheinen. Der Hofstaat wird aufs Glänzendste eingerichtet. Die Coquettirung des Julihofes mit bürgerlichen Sitten wird nicht nachgeahmt werden. Man wird die Benennung „Unterthan," die im Jahre 1832 einen solchen Sturm in der Deputirtenkammer hervorrief, wieder herstellen, und die Hofetiquette soll die volle Steifheit der Restauration annehmen. Es ist nicht zu zweifeln, daß einige Modificationen im Ministerium vorgenommen werden, und daß Hr. v. Morny eine hervorragende Stellung in dem neuen Kaiserreiche einnehmen wird. Es regnet Bittschriften um hohe und niedere Hofämter, und die Intrigue hat von den Vorzimmern des Schloßes St. Cloud, wie an allen Höfen, Besitz genommen.

Der halbamtliche Theil des Moniteur enthält das Resultat der Abstimmungen von (allen) 86 Departements und von der Land- und Seearmee, welche zusammen eine Summe von 7,714,585 bejahenden Stimmen enthalten. Dieses Resultat, welches schon gestern Abend bekannt war, hat Alle überrascht, welche die veröffentlichte Statistik der einzelnen Abstimmungen verfolgt hatten und bei 83 Departements nur etwas über 6 Millionen Stimmen herausgerechnet haben. Es ist ein glückliches Ereigniß für die Regierung, daß der kleine Rest der noch nicht abgeschlossenen Departements eine so reiche Ausbeute geliefert hat (!), da ihr daran gelegen war, die Summe der letzten Abstimmungen vom 20. Decbr. zu überbieten. — Einer

---

*) Nach den früheren Mittheilungen unseres wohl unterrichteten Correspondenten von Philadelphia müssen wir vorerst bezweifeln, ob ein solcher Beschluß so bald schon zu Stande kommen dürfte. Welche enorme Wirkung, welche colossale Vergrößerung der Einwanderung wird er aber hervorbringen, wenn er — früh oder spät — wirklich erfolgt! D. Red.

*) Ist es zunächst an Oesterreich oder an Frankreich, „befriedigende Erklärungen" zu geben? Leider — die Dinge vor 1813 kehren wieder! D. Red.

Mittheilung des Moniteur zufolge, hat die Stadt Straßburg dem Kaiser Napoleon III das alte kaiserliche Schloß, welches in diesem Augenblicke das Eigenthum der Gemeinde ist, angeboten, damit es seiner ursprünglichen Bestimmung nach dem Decrete vom 21. Januar 1806 wiedergegeben werde.

Eine sehr umfassende Amnestie wird, so versichert man wiederholt mit Bestimmtheit, gelegentlich der Proclamation des Kaiserthums verkündet werden. Nur Unterwerfung unter das jetzige Regime soll gefordert werden.

Man hat gestern einen Verbreiter der vielen in den Departements und in der Banlieu circulirenden revolutionären Schriften verhaftet.

Paris, den 26. Novbr. Gestern ist hier im auswärtigen Amte ein Courier der französischen Gesandtschaft in Berlin eingetroffen, welcher Depeschen aus Petersburg, Wien und Berlin überbrachte. Es scheint, daß den französischen Gesandten in diesen Residenzen zu gleicher Zeit von den respectiven Ministern der auswärtigen Angelegenheiten vertrauliche Vorstellungen über die Titel-Angelegenheit gemacht worden sind und daß die angekommenen Depeschen darüber berichten.

Mehrere Mitglieder von Generalconseils und Gemeinderäthen haben wegen des bevorstehenden Kaiserreichs ihre Entlassung eingegeben. Jedoch sind bis jetzt keine besoldeten Beamten ihrem Beispiele gefolgt.

Am 29. und 30. Novbr. wird die Versteigerung des Weißzeuges und des Mobiliars des Hauses Orleans stattfinden.

Während die Departementalbehörden bei Zulassung zur Urne mit großer Liberalität verfahren und es mit Nachweisung des Domicils und andern Wahlbedingungen nichts weniger als genau nehmen, ist man in der Hauptstadt mit ungewöhnlicher Strenge zu Werk gegangen. Wenn eine Pariser Correspondenz der „Indépendance" vom 23. Nov. nicht übertreibt, so sind seit den letzten Wahlen daselbst nicht weniger als 78,000 Namen von den Wahllisten gestrichen worden. Dagegen hat man sich alle Mühe gegeben die Wähler zur Abstimmung anzuhalten. An alle Wähler ohne Unterschied lagen am ersten Wahltag, nach den Sectionen abgetheilt, Briefe bereit. Die Bauern, erzählt man, sind nicht allein in Masse nach den Mairien gezogen, sondern die meisten haben auch ihren Abgeordneten zum gesetzgebenden Körper Tausende von Briefen an den Kaiser und Bittgesuche an die Minister (die Petitionen besonders von Veteranen des Kaiserthums die ihre Kriegsdienste und Wunden in solcher Menge geltend machen, daß das Kriegsministerium anfängt darüber in Verlegenheit zu kommen), ja nicht selten Geschenke in Früchten, Blumen für Se. kaiserl. Hoheit mitgegeben.

Italien.

Turin, den 17. Nov. Vor etwa acht Tagen veröffentlichten die hiesigen klerikalen Blätter eine Notification der piemontesischen Bischöfe, in welcher die letzteren über fast sämmtliche liberale Zeitungen Turins und der Provinzialstädte ein Anathem riefen und die Leser und Abonnenten derselben mit der Strafe der Excommunication bedrohten. Das Publikum lachte Anfangs, doch bald tauchten Befürchtungen von Scandalen und Volksaufläufen auf, als es hieß, daß die Excommunication am nächsten Sonntag von den Kanzeln herab verlesen werden sollte. Die Neugier machte, daß der Zudrang zu den Kirchen am verwichenen Sonntage stärker als gewöhnlich war. Aus Furcht vor Excessen gegen die Geistlichkeit hatte die Polizei in und um die Kirchen Turins viele Polizeibeamte in Civilkleidung aufgestellt. Diese Vorsicht erwies sich glücklicher Weise als unnöthig. In den meisten Kirchen vernahmen die Zuhörer das Anathema mit stillem Lächeln, in anderen Kirchen provocirte die Vorlesung Zischen, Pfeifen oder vereinzelte Abbasso-rufe gegen den Klerus oder die Liberalen. Zu Ruhestörungen kam es nirgends, denn das Volk folgte bereitwillig dem Rath verständiger Bürger, sich zu zerstreuen. Der Unwille aber ist allgemein.

— den 23. Nov. Ich schreibe Ihnen noch unter dem Eindrucke des imposanten Schauspiels, welches am heutigen Vormittage die Bestattung Gioberti's darbot. Je weniger die Regierung in den beiden letzten Tagen Miene machte, Gioberti als ehemaligen Minister, Kammer-Präsidenten und Gesandten Sardiniens zu ehren, dem Gemeinderathe allein die Anordnung der Festlichkeiten überlassend, um so eifriger bemühte sich das Publicum, der Begräbnißfeier einen großartigen und nationalen Anstrich zu geben. Vom frühen Morgen war die ganze Stadt in Bewegung, in den Hauptstraßen waren die Läden geschlossen, und aus vielen Fenstern wehten Tricolor-Fahnen in Trauerflor. Das herrlichste sonnige Wetter begünstigte die Bewegung. Von allen Seiten strömte die Nationalgarde in Paradeuniform nach der Corpus-Domini-Kirche, deren anliegende Straßen und Plätze — worunter die ungeheure Piazza d'Italia — mit etwa 50 bis 60 Tausend Menschen gefüllt waren. Der Sarg Gioberti's war auf einem pomphaften Katafalk in der genannten Kirche ausgestellt, und diese im Innern und an der äußeren Fronte mit schwarzem goldbordirten Tuche ausgeschlagen. Die Universität, das Parlament, die Tribunale, alle Corporationen, unter welch letzteren auch die Arbeiter-Associonen, waren durch Deputationen vertreten. Um 11 Uhr Vormittags setzte sich der Zug mühsam durch die gedrängt vollen Straßen in Bewegung. Die Troddeln der Sargdecke wurden von dem Ministerpräsidenten, Grafen Cavour, dem Syndicus von Turin, Grafen Bellono, dem Kammerpräsidenten Ratazzi und dem Rector der turiner Universität getragen. Ich enthalte mich, Ihnen weitere Details mitzutheilen, und bemerke nur, daß die Begräbnißfeierlichkeiten Karl Albert's kaum glänzender und von allgemeinerer Theilnahme begleitet waren, als die zu Ehren Gioberti's, und daß sich in dieser allgemeinen Theilnahme für den berühmten Verstorbenen zugleich eine Kundgebung gegen gewisse retrograde Tendenzen aussprach. — Gestern waren die Wähler von Turin zur Wahl eines Vertreters in der Deputirtenkammer versammelt. Trotz aller Anstrengungen der Clerikalen siegte die liberale Meinung: Graf Cavour wurde mit ungeheurer Mehrheit gewählt. (Köln. Ztg.)

Großbritanien.

***London,** den 27. Novbr. Das Princip des Freihandels hat in dem Unterhause triumphirt. Das Amendement des Lord Palmerston ist mit 468 Stimmen gegen 53 angenommen worden.

Neueste Nachrichten.

Kassel, den 27. Nov. Der Kurfürst hat sich persönlich in das Kastell begeben, um die Einrichtung, welche daselbst seit Kellner's Flucht zum Festhalten der Gefangenen getroffen wurde, selbst zu besichtigen.

Wien, den 28. Nov. Die in Triest eingelaufene Ueberlandpost meldet: Prome wurde von den Engländern am 9. October nach zweistündiger Kanonade genommen. Die Birmanen waren im Rückzug. (O. C.)

— den 25. Nov. Frhr. v. Bruck geht in außerordentlicher Sendung nach Berlin, und zwar in den nächsten Tagen. Die Reise des Kaisers nach Warschau dürfte bis zur vollzogenen Ausrufung des Kaiserreichs in Frankreich verschoben bleiben, also bis zum Anbeginn des nächsten Monats. Man glaubt, der Kaiser werde den Rückweg von Warschau über Berlin nehmen, um dem Auslande zu zeigen, wie innerhalb des deutschen Bundes vielleicht sehr schroffe Meinungsverschiedenheiten über verschiedene Beziehungen walten können, jedenfalls aber gegen außen die Einigkeit besteht, so daß es keine Aussichten auf einen Baseler Frieden oder einen Rheinbund in zweiter Auflage gibt. (A. Z.)

— den 26. Novbr. Einem Gerüchte zufolge soll die

Princessin Marie Liechtenstein, Tochter des regierenden Fürsten, mit dem Prinzregenten von Baden verlobt sein.

Miscellen.

Ueber das am 17. Novbr. in der untern Steiermark beobachtete Erdbeben wird aus **Trifail** berichtet: Am 16. Nov. Abends um 6 Uhr 10 Minuten bei heftigem Südwind war ein heftiger Erdstoß, der von Südosten nach Südwesten sich zu bewegen schien. Nach Mitternacht des 17. Nov. gegen 2 Uhr wiederholte sich das Erdbeben, jedoch mit einem etwa 2 Secunden währenden Rütteln. Morgens war heftiges Donnerwetter, worauf ein wolkenbruchähnlicher Regenguß erfolgte, sich aber in Kürze wieder verlor, und der Himmel wieder aufheiterte. Nachmittags um 3 Uhr 3 Minuten — ich war eben im obern Stockwerk des Trifailer Stationsgebäudes — bei umzogenem Himmel und heftigem Südwind war ein kurzer, aber starker Donner zu hören, ein paar Secunden darauf erfolgte der erste Erdstoß, nach ein paar Secunden der zweite viel intensiver, und wieder nach einem kurzen Absatz der dritte. Fortwährend war es zu hören wie das Rollen des Donners, die Fenster klirrten schauerlich, die Gläser am Kasten schlugen an einander, es war als schaukelte das ganze Gebäude. Alles flüchtete ins Freie, und draußen bot sich uns erst das Schauerliche dar. Am rechten Ufer der Save, gerade über dem hübschen Wasserfall, den man vom Trifailer Stationshof sieht, krachten auf schreckliche Weise die senkrecht emporstrebenden Felsmassen, gewaltige Stücke rollten in die Save, so daß das Wasser viele Klafter hoch emporstäubte. Als eben der Postzug in den Quadranten zum Stationshof fuhr, krachte es nochmals auf gräßliche Weise als ob die Felsen von oben bis unten bersten wollten; alles stand bleich da in Todesangst, denn wir meinten, jetzt werden gewaltige Massen von der Höhe sich trennen, in die Save stürzend den Fluß verdämmen und die Bahnzüge hemmen. Der Train bewegte sich sachte vorwärts, es rollte auf das letzte Gekrach zwar kein Felsstück herab, doch mögen die riesigen Steinwände gewaltige Risse bekommen haben und bei nächster Erschütterung herabstürzen. Während des Zugs fielen dreimal, jedoch kleine Stücke an die Wagen. In Sagor bekam das schöne Stationsgebäude in allen Theilen Risse, das gleiche geschah im Pfarrhof und vom Plafond löste sich der Kalk und fiel wie Schneeflocken nieder. Die Richtung dieser drei Stöße schien gleichfalls von Nordosten nach Nordwesten gewesen zu sein. (Triester Ztg.)

Geldcourse.

Frankfurt, den 29. Nov. Pistolen 9 fl. 42 — 43 kr., Ducaten 5 37 — 38, 20-Franken-Stücke 9 25½ — 26½, Holländische 10fl.-Stücke 9 50 — 51, Preußische Thaler 1 45—45½, Fünffrankenthaler 2 fl. 20¾—21¾ kr.

Papiercourse. Frankfurt, den 29. Nov. Oesterreichische 5proc. Met. 94⅛; 4½proc. 71⅜. Preußische 3½proc. 93¾. Baierische 5proc. 101⅜; 4proc. 96⅛; 3½proc. 91¾. Verb. Act. 99¼; Pr.-Obl. 103¼. Bad. 4½proc. 102⅛; 50fl.-Loose 66¼; 35fl.-L. 38¼. Hess. 25fl.-L. 31¼. Disconto 3 B.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Gewerbsverein zu Speyer.

Mittwoch, den 1. December Abends 5½ Uhr: **Generalversammlung**. Gegenstand: Fortsetzung des Vortrags über Verbrennung, Sauerstoff, Luft und deren Bestandtheile und die Flamme; ferner gewerbliche Mittheilungen. Der Vorstand: Dr. Walz.

[1320] **Zweite Erklärung an meine Freunde, Bekannte und Gönner.**

Sie werden in dem Speyerer Anzeigeblatt Nro. 141 die Warnung des königl. Landcommissariats Speyer in Betreff meiner gelesen haben, und es wird Ihnen nicht uninteressant sein, wenn ich Ihnen meine frühern Anstellungsdecrete mittheile, diese lauten:

Ad. Nm. exh. 18954. S. Speyer, den 27. Juli 1850.

Im Namen Seiner Majestät des Königs. (Aufstellung von Agenten in der Pfalz für Washington-Finlay u. Comp. in Havre betr.) Nachdem sich der Kaufmann Joseph Stockinger und Comp. dahier und respective in Ludwigshafen durch die übergebene Vollmacht, ausgestellt von Seite des „für das Haus Washington-Finlay u. Compagnie in Havre durch höchste Ministerial-Entschließung vom 18. April laufenden Jahres und respective durch Entschließung der königlichen Regierung von Schwaben und Neuburg vom 31. Mai laufenden Jahres bestätigten Haupt-Agenten und Stellvertreters Karl Dietz, Kaufmann in Augsburg, darüber ausgewiesen hat, daß ihm die Agentur in der Pfalz unter Haftung des genannten Hauptagenten übertragen wurde, **nachdem ferner besagter &c. Stockinger bei sehr günstigen Vermögens-Verhältnissen sich eines sehr guten Rufes erfreut und allgemeines Vertrauen besitzt,** so wird derselbe hiemit als Agent obigen Hauses und respective des Kaufmannes Karl Dietz in Augsburg unter Haftungsverbindlichkeit des Letzteren für alle von ihm abgeschlossenen Verträge mit dem Bemerken bestätigt, daß ihm die Aufstellung von Unteragenten untersagt ist, und daß bei einem gesetzwidrigen Verhalten die sofortige Einziehung vorwürfiger Concession eintreten wird.

Hiernach hat das königliche Landcommissariat ungesäumt das Weitere zu verfügen und die anliegende Vollmacht vom 15. laufenden Monats dem &c. Stockinger auszuhändigen. — K. Baier. Regierung der Pfalz, Kammer des Innern: gez. Hohe. Luttringshausen.

Ad Nm. exh 23335 T. Speyer, den 27. Septbr. 1851.

Im Namen Seiner Majestät des Königs. (Gesuch des Kaufmannes Joseph Stockinger um Verleihung einer Auswanderungsagentur betreffend.) Der Kaufmann Joseph Stockinger dahier wird hiemit, in Erwägung, daß derselbe bereits früher Auswanderungsagent war, und gegen denselben **keine Klagen laut geworden sind,** für die London-New-Yorker Packet-Schifffahrtsgesellschaft, resp. für deren und des Handlungshauses G. H. Paulsen in Mainz, Haupt-Agenten und Stellvertreter in Baiern, Karl Leo, Kaufmann in Kitzingen, unter dessen Haftungs-Verbindlichkeit für alle, von ihm abgeschlossenen Ueberfahrtsverträge, als Auswanderungsagent für die Pfalz in widerruflicher Eigenschaft bestätigt.

Derselbe ist ausdrücklich auf die Ausschreiben vom 23. Juli laufenden Jahres (Amtsblatt Seite 413) und vom 23. vorigen Monats ad Nm. 21014 T. zur strengsten Darnachachtung hinzuweisen und ihm zu bedeuten, daß, nachdem für die frühere Agentur des Hauses Washington-Finlay bereits eine weitere Concurrenz ins Leben getreten ist, weitere Agenten für &c. Paulsen und resp. &c. Leo insolange nicht bestätigt werden können, als hiefür nicht ein wirkliches Bedürfniß sich ergeben sollte. Anliegende Vollmacht ist dem Rubrikanten zurückzugeben. — Königl. baier. Regierung der Pfalz, Kammer des Innern: gez. Abs. præs. Marc. Schalck.

Auf welche Weise mir nun diese Concession entzogen wurde, habe ich schon in meiner actenmäßigen Darlegung in Nro. 267 der Speyerer Zeitung mitgetheilt.

Wenn ich mich nun in das Gewerberegister der Stadt Speyer wieder als Auswanderungsagent aufnehmen ließ, so kann mir nicht die Absicht unterstellt werden, als suche ich auf unerlaubte Weise die Auswanderer heimlich zu befördern, im Gegentheil, ich werde nur mit denjenigen accordiren, die mich versichern, daß ihre Pässe in Ordnung sind. Was den consularischen Schutz betrifft — die Consuln lassen sich in der Regel dafür resp. für das Visa 1½ bis 2 Frcs. vom Auswanderer bezahlen, — so haben alle Auswanderer, die ich beförderte, nicht nöthig gehabt, diesen Schutz nachzusuchen. Für die pünctliche Ausführung meiner Contracte bürge ich, wie bei allen kaufmännischen Unternehmungen, mit meiner Person und mit meinem Vermögen, und Sie sowol wie jeder Unbefangene wird mir zugestehen müssen, daß ich hier nur von einem Rechte Gebrauch mache, welches jedem Pfälzer zusteht und welches von unserm höchstseligen Könige Maximilian und den Allerdurchlauchtigsten nachfolgenden Majestäten uns allergnädigst garantirt wurde.

Jos. Stockinger.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 289 | den 2. December 1852.

*Amerikanische Briefe.

*** Speyer,** den 1. Decbr. Wir haben wieder verschiedene Briefe von unserm gewöhnlichen Correspondenten in Philadelphia erhalten, und lassen zunächst diejenigen folgen, welche von der Präsidentenwahl handeln.

*** Philadelphia,** den 5. Novbr. Die Präsidentschaftsfrage also wäre entschieden, gerade so entschieden, wie ich in meinem Berichte vom 21. September vorausgesagt. Ich bilde mir übrigens nicht sonderlich viel ein auf diese Prophezeiung, denn Jeder, der die Verhältniße mit einem ruhigen, von Parteileidenschaft nicht getrübten Blick ansah, Jeder, der die Stimmung des Volkes nur einigermaßen kennen zu lernen Gelegenheit hatte, konnte das Resultat voraussehen, ohne gerade große Prophetengabe zu besitzen.

Der Sieg der democratischen Partei ist ein totaler, ein über alle Erwartungen glänzender. Seit der Präsidentenwahl von 1820, wo James Monroe alle Electoralstimmen mit Ausnahme der eines einzigen Staates erhielt, ist kein ähnliches Beispiel mehr vorgekommen. Nur zwei Staaten mit 18 Electoralstimmen, Vermont und Massachusetts, haben für Scott gestimmt, alle übrigen Staaten mit 278 Electoralstimmen für Pierce.

Fragen wir nach der Ursache der totalen Niederlage der Whigpartei, so ist die Antwort leicht zu geben:

Die Nationalconvention der Whigs in Baltimore hätte keinen schlechteren Candidaten für die Präsidentschaft aufstellen können, als General Scott. Scott ist ein tapferer Soldat, der für sein Vaterland manche glorreiche Schlacht gefochten; das müßen seine erbittertsten Gegner zugestehen; aber General Scott ist ein unbedeutender Staatsmann. Man kann mit Recht sagen: So oft der General den Säbel aus der Hand legte und zur Feder griff, beging er eine Dummheit und machte sich lächerlich. So schrieb er, um nur Eines anzuführen, den bekannten Native-Brief, worin er erklärte: er sei noch nicht recht mit sich einig, ob er den Einwanderern gewisse politische Rechte erst nach 21 Jahren, oder ganz und gar nicht zugestehen solle. Dieser Brief, obschon vor längeren Jahren geschrieben, hat ihm bei den Eingewanderten ungeheuer geschadet. Um den ungünstigen Eindruck zu verwischen, überhäufte Scott in neuester Zeit die Einwanderer, namentlich die allgemein verhaßten Irländer, mit so plumpen und ekelhaften Lobsprüchen, daß er die ganze Partei der Natives gegen sich aufbrachte. Dabei ist General Scott kindisch eitel, zänkisch und eifersüchtig auf jede fremde Größe.

Die Whigpartei, der es gelungen war, schon 2 militärische Größen, Harrison und Taylor, als Präsidentschaftscandidaten durchzubringen, glaubte, es werde ihr mit General Scott eben so gut zu Glück schlagen; allein die Herren hatten die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Sie hatten nicht bedacht, daß jene beiden früheren Präsidenten, wenn auch keine großen, doch wenigstens keine unvernünftigen Staatsmänner waren. Von jenen Männern wußte man, daß sie guten Rath annehmen würden; bei dem Eigenwillen Scotts durfte man das nicht voraussetzen; mit einem Worte: man hatte keine Hoffnung, daß der tapfere Soldat sich in einen weisen Staatsmann umwandeln würde.

Auch die bekannte Spitalreise Scotts, von der ich Ihnen neulich schrieb, hat ihm in den Augen eines jeden verständigen Mannes außerordentlich geschadet; es war wirklich ein über alle Beschreibung klägliches Schauspiel, den greisen Helden Stimmen bettelnd im Zickzack und auf den längsten Umwegen im Lande umherziehen zu sehen.

Nicht minder haben die Vorgänge in Frankreich den seitherigen Geschmack des amerikanischen Volkes an militärischen Präsidenten bedeutend umgewandelt. Staatsstreiche, wie jener vom 2. December, sind zwar in unserer Repnblik eine Sache der Unmöglichkeit; allein das Volk ist einmal mißtrauisch gegen den militärischen Ehrgeiz geworden, und wir verargen ihm das keineswegs. Der Glaube, daß der Weg zum Präsidentenstuhle über Blut und Leichen gehen müße, dürfte für lange Zeit geschwunden sein.

So ist dem General Pierce, obgleich früher ein ziemlich unbekannter Mann, der Sieg leicht geworden. Hätten die Whigs Fillmore oder Webster aufgestellt, würde er sonder Zweifel einen härtern Stand gehabt haben. Σ.

*— den 6. Nov. Die Präsidentenwahl ist in unserer Stadt äußerst ruhig vorübergegangen und nicht ein einziger bedeutender Exceß vorgefallen. Hätten nicht von Zeit zu Zeit Wagen mit Musikbanden und Wahltickets mit riesigen Buchstaben die Straßen durchzogen, kein Mensch hätte gedacht, daß heute der wichtige, sonst so gefürchtete Wahltag sei, an dem es früher selten ohne Todte und Verwundete abging. Zweierlei Ursachen, eine materielle und eine geistige, haben diese Aenderung herbeigeführt. Während man früher in der Stadt und den incorporirten Distrikten nur an einem Platze, der City- oder Commissioners-Halle (Stadthaus) stimmen konnte, ist jetzt die Einrichtung getroffen, daß in jeder Ward (Stadtviertel) ein Stimmkasten (Poll) aufgestellt. Dadurch wird die Anhäufung und das längere Verweilen bedeutender Massen am Stimmkasten verhindert, was in der Regel zu Streitigkeiten geführt hat. Das ist der äußere Grund. Der innere Grund liegt in der fortschreitenden Erkenntniß des Volkes, das von Tag zu Tag mehr einsieht, daß die Faust ein gar schlechtes Mittel ist, um einen Andern von der Unrichtigkeit seiner Meinung zu überzeugen. Der sogenannte Wahlhumbug nimmt, wie mich ein Franzose, der schon seit 40 Jahren die Stadt bewohnt, versicherte, von Jahr zu Jahr ab, und bald, meint er, wird die Zeit gekommen sein, wo man nicht mehr mit Trommeln und Pfeifen, mit buntfarbigen Laternen und wehenden Bannern dem Volke zu imponiren vermag. Lebendiger wurde es am Abende; in den Straßen wurden die sogenannten Bonfires (Freudenfeuer) angezündet und die Jugend trieb manchen ergötzlichen Schwank. Das Hauptgetriebe aber war an den Telegraphenofficen. Dort standen Tausende und harrten der eintreffenden Wahlnachrichten, und jeden Augenblick trat ein Beamter vor und berichtete den Inhalt der eingetroffenen Depeschen. Sie meldeten Sieg auf Sieg der Democratie. Noch war es nicht Mitternacht und schon wußte man die Hauptresultate der Wahl durch die ganze Union, mit Ausnahme jener Staaten und Territorien, bis zu denen der electromagnetische Strahl noch nicht reicht, z. B. Californien und Texas. Sonst brauchte man 10 Tage, um das Resultat zu erfahren; jetzt reichen 10 Stunden hin. Wie sehr wird dadurch die Zeit der Ungewißheit und Marter, namentlich für den Candidaten selber, abgekürzt! Σ.

*— den 12. Novbr. Auf die Aufregung des Präsidentenwahlkampfes ist große Stille, ich möchte sagen totale Abspannung gefolgt. Die Whigpartei hat sich von

dem furchtbaren Schlage, der sie betroffen, noch nicht erholt und wird sich wol sobald nicht wieder erholen. Auf seinem Sterbebette hat **Webster** — wie von glaubwürdigen Personen versichert wird — die denkwürdigen Worte gesprochen: „Nach dem 2. November wird die Whigpartei als Nationalpartei nur noch der Geschichte angehören." Wenn sich die Whigpartei nicht total reformirt, dann hat sie zu existiren aufgehört; eine solche Reformation aber ist gleichbedeutend mit der Schöpfung einer ganz neuen Partei. Auch die democratische Partei ist zur Einsicht gelangt, daß der glänzende Sieg, der ihr fast wider Erwarten zu Theil geworden, nicht eine Folge der von ihr in der bekannten Plateform aufgestellten Grundsätze, sondern eine Demonstration und Protestation gegen die veralteten Ideen des Whigthums, namentlich in Bezug auf die äußere Politik, mit einem Worte ein Sieg der Principien und nicht der Partei ist. Diese Erkenntniß wird auch die democratische Partei vorwärts treiben. So viel ist gewiß: in Zukunft wird keine Partei mehr dauernd die Herrschaft behaupten können, wenn sie nicht die großen Forderungen der Gegenwart: kräftige Politik nach Außen und Intervention gegen Intervention, Landreform und Abschaffung der Sclaverei im Innern, als Wahlspruch auf ihr Banner schreibt. Σ.

Deutschland.

*** Speyer.** Die Speyr. Ztg. hat in sehr leiser Andeutung neulich erwähnt: so viele junge Leute wanderten nach Amerika aus, daß sehr große Lücken in der Zahl der Conscriptionspflichtigen entstünden, — besonders in einzelnen Bezirken.

Was hier — den obwaltenden Verhältnißen gemäß — aufs Leiseste angedeutet ward, hörte die hessische Abgeordnetenkammer, und zwar von der ministeriellen Seite aus, bei Berathung des Gesetzentwurfes zur Verhinderung der Auswanderung von Jünglingen, in recht greller Weise aussprechen.

Die democratische Partei hat sich längst für Abschaffung der stehenden Heere ausgesprochen. Man hat ihr dies gewaltig zum Vorwurfe gemacht. Allein wie gestalten sich die Dinge, gerade wenn man die von der ministeriellen Seite gekommenen Aeußerungen in der Darmstädter Kammer ins Auge faßt?

Die Auswanderung hat ihren Culminationspunct unverkennbar noch lange nicht erreicht. Wenn jetzt schon die „empfindlichsten Lücken" in der Reihe der Conscriptionspflichtigen augenscheinlich sind, — wie soll es erst in der Folge werden?

Es bleibt nun freilich das Mittel des Verbotes dieser Auswanderung, und wirklich will man dasselbe in Hessen vom Beginne des 19. Altersjahres an eintreten lassen (soferne nicht ein Ersatzmann gestellt wird.) Die Opposition zu Darmstadt hat freilich dagegen geltend gemacht, daß dann eben die jungen Leute noch früher auswandern würden. Man kann indeß auch dies verbieten; wir wollen überdies annehmen, man könnte auch die heimlichen Auswanderungen unmöglich machen, — was wäre aber damit gewonnen? — Was wäre mit Solchen anzufangen, welche in ihrer Mehrheit, zu drei Viertheilen u. s. f., mit Widerwillen dienten, — auszuwandern wünschten? Was könnte man mit ihnen anfangen, zumal wenn es gälte?

*** Speyer.** Der Tod hat schon eine starke Aerndte gehalten unter jenen Männern, die (wenig mehr denn 100 an der Zahl) als die letzten Träger der deutschen Nationalsouveränität im Juni 1849 zu Stuttgart tagten.

Daran wurden wir wieder besonders schmerzlich erinnert, als die Nachricht von Schoders Tod eintraf.

Wir wollten die Gefühle aussprechen, welche die Kunde von diesem neuen und großen Verluste für die Volkssache in uns wieder erweckte. Im Hinblick aber auf die Gesammtlage der Dinge, die es heute unmöglich macht, dem Gefühle die wahren Worte zu geben, glaubten wir bei dieser Gelegenheit die schon ergriffene Feder wieder niederlegen zu sollen. —

Die schlecht verhüllte Freude, welche Reactionsblätter über diesen Verlust der democratischen Partei äusserten, veranlaßt uns indeß nachträglich zu einigen wenigen Bemerkungen.

Wir lassen dabei völlig unerörtert die Gemeinheit, welche sich in jener Freude ebenso beurkundet, wie in den gehässigen Bemerkungen, denen der Todte nicht entgehen konnte. Kann man doch von gemeinen Naturen gar nichts Anderes erwarten als Gemeinheit.

Jene Freude aber beruht auf der Unterstellung: jeder derartige Verlust entreiße der Democratie mehr und mehr die Aussicht des Sieges.

Die Erfahrung aller Länder und aller Zeiten hat bewiesen, daß, in jedem Principienkampfe, die Hervorragendsten zur Zeit des ersten Streites nicht mehr die Führer in der spätern Epoche des endlichen Entscheidungskampfes sind. Neue Männer treten alsdann stets voran, meist jugendliche Kräfte, höchstens solche, die zuvor blos in zweiter oder dritter Linie gestanden. —

Darum, so schmerzlich auch jeder derartige Verlust uns berührt, gebe doch Niemand dem Gedanken Raum, der Sieg der Volkssache hänge von der Existenz eines, wenn auch noch so begabten, einzelnen Menschen ab. Gerade darin liegt der große Unterschied zwischen der Neuzeit und der frühern Vergangenheit, daß sonst nicht selten wirklich Alles von einer Persönlichkeit abhing, indeß jetzt in dem Streben und Willen der Gesammtheit die Entscheidung ruht!

Beginnt der Umschlag wieder (und naturgemäß kann er nicht ausbleiben), so wird es, — dessen mögen Freunde und Feinde versichert sein! — an befähigten Vorkämpfern nicht fehlen, hätte der Tod auch heute schon alle Kämpfer von 18⁴⁸⁄₄₉ hinweggerafft.

*** Bemerkungen.** Wir, die wir volle religiöse Freiheit, nicht blos dem Namen, sondern der That nach wollen, billigen wahrlich nicht das aus Mecklenburg bekannt gewordene Verhältniß, wonach die Katholiken blos an zwei oder drei Orten katholische Pfarrer sollen halten dürfen. Indessen können wir eine gewisse Ironie des Schicksals, die sich dabei kund gibt, nicht unbemerkt lassen. Die ultramontane Partei beruft sich auf den Art. 16 der Bundesacte, welcher erklärt, daß „die Verschiedenheit der christlichen Religionsparteien keinen Unterschied in dem Genuße der bürgerlichen und politischen Rechte begründen könne." Wie kann man sich denn aber gerade von ultramontaner Seite auf diesen Artikel der Bundesacte berufen? Hat nicht der päpstliche Nuntius auf dem Wiener Congresse gerade dagegen förmlich protestirt und die Proteste und Nichtanerkennungsurkunden, welche die römische Curie gegen den Westphälischen Friedensvertrag und alle damit zusammenhängenden Acte eingelegt, ausdrücklich wieder hervorgehoben und erneuert? Immer wird es Fälle geben, welche beweisen, daß, wer wirklich Freiheit für seine Meinung fordert, dieselbe eben auch der andern Ansicht gestatten muß.

Karlsruhe, den 26. Nov. Mit der Uniformirung der Staatsdiener soll es nun doch wirklich Ernst werden (!), auch den Schnurrbärten der Civilisten ist, wie es heißt, der Tod geschworen.

Hannover, den 28. Novbr. Die „Z. f. N." vernimmt, daß (in Betreff der Steinacker'schen Angelegenheit) ein Gesuch der ganzen Bürgerschaft vorbereitet wird, um ihr Einverständniß mit den Gesinnungen der Mitglieder der Kreuzgemeinde ausdrücklich auszusprechen und den Magistrat zu bitten, dem drohenden Eindringen des bisher hier nicht gekannten Glaubenszwanges zu wehren.

Berlin, den 27. Nov. Die officielle „Preuß. Ztg." zeigt heute an: „Am gestrigen Tage ist von den Bevollmächtigten Preußens, der großherzoglich und herzoglich sächsischen, sowie der fürstlich schwarzburgischen und fürstlich reußischen Regierungen der Vertrag wegen Fortdauer des thüringischen Zoll- und Handelsvereins, und am heutigen Tage der Vertrag wegen

des Beitritts dieses Vereins zu dem Vertrage vom 7. September v. J. unterzeichnet worden."

Berlin, den 29. Nov. Heute Mittag 12 Uhr wurden die Kammern durch den Ministerpräsidenten, Freiherrn von Manteuffel, mit einer Rede eröffnet. Der Finanzetat sei nach den wirklichen Bedürfnissen und mit althergebrachter Ordnung und Sparsamkeit geregelt. Obgleich der Septembervertrag leider bis jetzt ohne allseitigen Anschluß geblieben, halte sich doch die Regierung der Zustimmung des Landes in Betreff der befolgten Politik versichert. Vorlagen über Communicationsanlagen, Gemeinde-, Kreis- und Provinziallordnungen, sowie über die Bildung der ersten Kammer werden verheißen. Die letztere Vorlage bezwecke die Befreiung der Krone von Beschränkungen, die im Landesinteresse nicht begründet seien. (!) Im Allgemeinen wolle man die Regierung unabhängig von Parteibestrebungen, zwar keine Antastung der gesetzlichen Freiheit, aber auch keine Schwächung der königlichen Gewalt durch Theilung. *) Der gesetzliche Weg der Verfassungsentwicklung gebe hinreichende Sicherheit und dauernden Erfolg.

Wien, den 26. Nov. Unter diesem Datum schreibt die Köln. Ztg. u. a.: Der Wanderer und die Ostdeutsche Post sind mißliebige Blätter, weil sie über einzelne Maßregeln der Regierung, welche die öffentliche Meinung gar zu sehr verletzten, still geschwiegen, sie einfach angezeigt und ohne lobenden und empfehlenden Commentar gelassen haben, auch in den großen Chorus der Gehässigkeiten gegen Preußen nicht einstimmen. Man verlangt jetzt von oben, daß die Presse ein williges Instrument werde, das alle Töne auf sich blasen lasse, und selbst den Schein einer unabhängigen Gesinnung und Richtung vermeide. Es sollte uns nicht wundern, wenn die Anstellung der Redactoren bei allen Blättern künftig von der Erlaubniß der Regierung abhängig gemacht werden würde. In der Provinz ist dies bereits der Fall. Dort sind die Redacteure nicht nur selbst active Staatsdiener oder doch aus dem Staatsdienste in die Stellung übergegangen, sie erhalten auch ihre bestimmten Instructionen theils direct vom Ministerium des Innern und der Polizei, theils von den Statthaltern. Mit Ende dieses Jahres hört das letzte selbstständige politische Provinzialblatt, welches sich noch so lange mühsam erhalten hatte, die Innsbrucker Zeitung, ganz zu erscheinen auf. Sein Redacteur, Dr. Wittmann, ein Ehrenmann im vollsten Sinne des Wortes und eine geistige Capacität, hat dabei Vermögen, Gesundheit und Lebensfreude geopfert. Er könnte die Leidensgeschichte eines österreichischen Journalisten schreiben, und was ihm fehlte, würde der Redacteur der Agramer Zeitung ersetzen, welcher, ein Familienvater von drei Kindern, als gemeiner Soldat in ein Regiment abgestellt worden ist! . . . Wir glauben unbedingt, daß dermalen in Rußland mehr geduldet und nachgesehen wird, ein verbotenes Buch leichter zu erlangen, ein Brief unbesorgter um seine Erbrechung zu schreiben ist.

Schweiz.

Bern, den 25. Nov. Aus der Gemeinde Guggisberg im Amt Schwarzenberg laufen sehr traurige Berichte ein. Die eine Hälfte der aus 5000 Seelen bestehenden Gemeinde hat schon keine Lebensmittel mehr, und die andere ist zu arm um helfen zu können. Die Regierung hat zwar Commissäre hingeschickt; allein leere Versprechungen stillen den Hunger nicht. (A. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, den 25. Novbr. Unterm 22. Nov. hat das Ministerium für Schleswig 28 Advocaten und Notaren, die vor dem Monat März 1848 im Herzogthum Schleswig ihren Wohnsitz hatten, Namens des Königs zu erkennen gegeben, daß ihr Gesuch um Confirmation ihrer Bestallungen, so weit es das Herzogthum Schleswig betrifft, nicht bewilligt werden könne.

*) Es gilt also, die große Aufgabe zu lösen, kalt und warm zugleich zu machen! D. Red.

Frankreich.

Paris, den 28. Nov. Das Kriegsgericht von Marseille hat am 23. noch nachträglich drei Decemberinsurgenten, den einen zum Tod, den andern zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und den dritten zu 5 Jahren Haft verurtheilt; ein vierter wurde freigesprochen.

Die Pariser Correspondenten von Daily News und Morning Chronicle sind außer sich über den Cynismus, mit welchem der riesenhafte Wahlschwindel betrieben wurde. Man habe sich nicht einmal die Mühe genommen, den systematischen Trug zu verhüllen, und die kaiserlich Gesinnten selbst lachten, wenn man sie nach dem Stand der Abstimmung fragte, zuckten die Achsel und sagten: Que voulez-vous? Die Gesellschaft muß noch einmal gerettet werden. Von den Wahllisten sind seit dem 2. Dec. 1851 in Paris allein 60,000 Wähler verschwunden! Dafür ließ man jeden stimmen, der einen Zettel mit oui! sich in die Hand drücken ließ, gleichviel ob er mündig, unbescholten, überhaupt stimmberechtigt war oder nicht. Da man keine Wähler um Zeugniß, sondern nur um Name und Adresse fragte, welche falsch sein durften, so konnten dieselben Personen auf jedem der 280 Stimmplätze von Paris einen Zettel abgeben. Einige Personen, welche Stimmzettel mit Non! den Wählern anzubieten wagten, wurden sogleich verhaftet! Der Moniteur gab am Montag die Zahl derjenigen, die am Sonntag gestimmt haben sollten, auf 115,000 an, ausschließlich der Arrondissements von St. Denis und Sceaux, aber die Gesammtzahl der Pariser Stimmen beträgt nur 188,733, und es sei bekannt, daß am Sonntag nur die kleinste Fraktion der Kaiserlustigen gestimmt hat. Die Stimmbuden standen beinahe verlassen. — In einer Menge großer Fabriken, deren Namen der Correspondent von Daily News aufzählt, hatten die Arbeiter einander gelobt, nicht zu stimmen; und alle hielten Wort. Sie bilden eine Gemeinde von über 15,000 Seelen; in einigen Sektionen machen sie die Mehrzahl der Bevölkerung aus. Wie waren sie nun überrascht, aus den Ausweisen im Moniteur zu erfahren, daß wenigstens zwei Drittel von ihnen für das Kaiserthum gestimmt haben! Kurz, in ganz Paris sei nur eine Stimme über den Schwindel.

Rußland.

St. Petersburg, den 20. Nov. Ein Rescript des Kaisers ernennt die Großfürstin Marie, Wittwe des Herzogs von Leuchtenberg, zum Präsidenten der kaiserlichen Academie der Künste. —

Persien.

Berichten aus **Teheran** zufolge dauern die Verfolgungen, Verhaftungen und Ermordungen der Mitglieder der Secte der Babis noch immer fort. Die gräßlichsten Martern, die nur der raffinirteste Wütherich ersinnen kann, werden angewendet, um die Unglücklichen zum Geständniß zu bringen, die jedoch heldenmüthig ihre Henker verlachend, Stillschweigen beobachten. Man kann die Martern nicht alle erzählen, die Beschreibung der Details aller Torturen, unter denen Löchergraben ins Fleisch und Anbringen von Wachskerzen in den Wunden, gliederweise in Stücke hauen, Viertheilen, noch zu den gelinden Strafen gerechnet werden können. Nur so viel sei bemerkt, daß es endlich den Bemühungen des englischen Gesandten, Oberst Shiel, und jenen des russischen Gesandten gelungen ist, weitern Grausamkeiten dieser Art Einhalt zu thun, und die Begnadigung, d. h. die einfache Todesstrafe, auszuwirken.

Neueste Nachrichten.

München, den 28. Novbr. Wie man vernimmt, wird der Hr. Ministerpräsident am 1. Dec. seine beiden Ministerportefeuilles wieder übernehmen, Hr. Pfordten soll indessen aus Gesundheitsrücksichten den Wunsch hegen,

von der Oberleitung des Handelsministeriums entbunden zu werden, so daß dasselbe möglicherweise in nächster Zeit in andere Hände übergeben dürfte.

Mit ziemlicher Bestimmtheit vernimmt man heute, daß die Differenzen, welche einen Rücktritt des Staatsministers der Justiz, Hrn. v. Kleinschrod, hätten herbeiführen können, als beseitigt betrachtet werden dürfen. Nachrichten aus Wien aus guter Quelle zufolge, werden die Verhandlungen der dort stattfindenden Zollconferenzen sich jedenfalls bis in die zweite Hälfte Decembers erstrecken, doch darf deren Beendigung noch vor dem Schluß des Jahres baldigst entgegengesehen werden. (A. Z.)

Berlin. Nach der „Spenerschen Ztg." dürften die Eheleute Madiai am 1. Decbr. in Freiheit gesetzt werden.

Kirchenstaat. Nach dem Messagere di Modena hat die päpstliche Regierung mit der österreichischen einen Vertrag geschlossen, wonach sich letztere verpflichtet, im Kirchenstaat eine Besatzung von 12,000 Mann Infanterie und 1400 Mann Cavallerie zu unterhalten, gegen einen vom päpstlichen Schatz zu zahlende Summe von 360,000 Gulden per Jahr.

London, den 27. Novbr. Die in Irland befindlichen Artilleriemannschaften werden um 100 Mann pr. Compagnie verstärkt. Auch werden 2000 Artilleriepferde angekauft. Reisende, die aus verschiedenen Gegenden der Insel gekommen, theilen mit, daß Tag und Nacht an den Vertheidigungswerken der Küsten gearbeitet wird. Um den Kriegsdampfbooten die Beziehung von Steinkohlen bequemer zu machen, werden alte abgetakelte Schiffe als Kohlendepots an den Eingängen der Häfen vor Anker gelegt.

Seit dem letzten 1. Juni bis zum 31. October sind in London nicht weniger als 152 neue Actiengesellschaften mit einem Gesammtcapital von 41,739,120 Pf. Sterl. wovon 12,237,020 Pf. Sterl. eingezahlt sind, errichtet worden. Unter diesen befinden sich 50 für Eisenbahnen, 8 für Bankgeschäfte, 43 für Bergwerksbetrieb, 7 für Schiffbau, 7 für Auswanderungswesen u. s. w. In demselben Zeitraume haben auswärtige Regierungen in London Geldanlehen im Gesammtbetrage von 7,521,665 Pf. Sterl. contrahirt.

Miscellen.

* **Speyer,** den 1. Decbr. Die neulich verbreitete Nachricht, daß der Mittheilhaber an dem Cassendiebstahle, ein gewisser Dahlmann, auch verhaftet sei, hat sich als unbegründet erwiesen; es ist gegen denselben ein Steckbrief erlassen. Er und der verhaftete Schreiner stehen im Verdachte, noch andere Diebstähle versucht oder verübt zu haben.

* Gestern wurde wieder eines der größten Rheinschiffe (von beiläufig 10,000 Centner Ladungsfähigkeit) hier vom Stappel gelassen.

Der Museums-Inspector Appel, von dem der Münzendiebstahl in Kassel vollführt worden ist, war Treubundsmitglied und allem Anschein nach ein sehr thätiges. In dem in Kassel gestifteten Club war er sogar Cassirer und im Vorstande. Es scheint also, daß die „Treue mit Gott für Fürst und Vaterland" sich auf die gewöhnliche spießbürgerliche Ehrlichkeit nicht erstrecke. Jedenfalls hat Appel unwiderleglich dargethan, daß er zu den „verfassungstreuen" und „gesetzlichen" Revolutionärs in Pantoffeln und Hausrock nicht gehöre, und man darf sich daher nach erfolgter Abstrafung einer höchsten Begnadigung wohl versehen. (K. Z.)

Das umfangreiche Werk: „Krünitz' Encyklopädie" (Verlag der Litfaß'schen Buchhandlung), nähert sich seiner Beendigung. Dasselbe wurde bereits unter Friedrich dem Großen begonnen und umfaßt jetzt 212 Bände. Seit dem Erscheinen des ersten Bandes ist über ein Jahrhundert vergangen, und es dürften in Europa nur wenige derartige Unternehmungen mit solcher Consequenz und in diesem Umfange zu Ende geführt worden sein.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 27. Nov. Weizen 19 fl. 40 kr., Korn 17 fl. 4 kr., Gerste 11 fl. 41 kr., Haser 5 fl. 32 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1322] **Anzeige.**

Freiburg. Die Betriebskommission der Theobald Metzger-Weibnom'schen Erbschaftsangelegenheit beehrt sich, den angemeldet betheiligten Erben anzuzeigen, daß sie in den Besitz aller in dieser Sache nöthigen Nachweisungspapiere gelangt ist, und dieselben nochmals unter der gründlichsten Vorstellung und Bitte an Se. Majestät den König der Niederlande zu einem endlichen Vergleich abgeben ließ. Man sieht nun der Gerechtigkeitsliebe Sr. Majestät huldvollst entgegen.

[1317³] **Ludwigshafen a. Rh.**

Thee-Lager zu den billigsten Preisen bei

Constantin Schmidt.

[1314³] **Offene Lehrlingsstelle.**

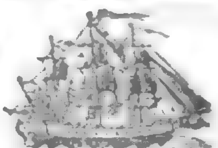
In einem Speditionsgeschäfte in Mannheim ist eine Lehrlingsstelle zu besetzen. — Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1316³] **Ludwigshafen a. Rh.**

Lager von Steinkohlen- und Coaks-Schaufeln bei

Constantin Schmidt.

Postschiffe neuer Linie.



Regelmäßige Abfahrten zwischen

Havre & New-York & New-Orleans.

Geo. Hurlbut,	**Capitän**	**Major,**	**1600**	**Tonnen,**
Irene,	„	**Williams,**	**1800**	„
Würtemberg,	„	**Tord,**	**1200**	„
Heidelberg,	„	**Sagory,**	**1600**	„
Rhine,	„	**Doane,**	**1600**	„
Owego,	„	**Rice,**	**1200**	„
Ashland,	„	**Brown,**	**1000**	„
Connecticut,	„	**E. Williams,**	**1600**	„

Vorstehende Postschiffe sind, außer dem „Würtemberg" und „Ashland," sämmtlich Dreidecker.

Um Auskunft über Ueberfahrt Frachtpreise bittet man sich zu wenden:

in **Havre** an die Herren **J. Barbe & Morisse,**

„ **Paris** „ den Herrn **E. Farrenc,** Straße Notre Dame des Victoires Nro. 40,

„ **Mainz** „ die Herren **Neus & Sohn,** Rheinstraße C. Nro. 249. [1321³]

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Donnerstag (Zu Nro. 289.) den 2. December 1852.

Deutschland.

Verhandlungen des Gewerbevereins zu Speyer.

Versammlung vom 24. November.

In der heutigen ersten Generalversammlung für den Winter theilte der Vorstand der Gesellschaft mit, daß er den Winter hindurch jeden Mittwoch von 5½—7 Uhr Vorträge über Experimentalchemie halten werde. — Zuerst gab er Kenntniß über die Gutta Percha und deren vielfältige neue Verwendung, und zeigte ein so feines Papier, das daraus bereitet, vor, daß gegen 8 Ellen davon nur 11 Loth wiegen. Die Gutta Percha ist in dem absteigenden Safte der Isonandra percha nach Hooker (11. Classe 1. Ord. L.) enthalten; der Baum wird etwa 1 Meter dick und 20 Meter hoch, sein Holz ist weich und faserig, hat für Bauten keinen Werth, die Früchte liefern ein ätherisches Oel. — Sie ist kein einfacher Stoff, sondern besteht im wesentlichen aus 3 Stoffen: etwa 80 ₰ Gutta, 15 ₰ eines weißen krystallinischen und 5 ₰ eines gelben Harzes.

Der Vortragende gab sodann die chemischen Bestandtheile des Hopfens an, welche für das Bier am wesentlichsten sind: das Hopfenbitter, Lecpulin und das ätherische Oel, welches vorgezeigt wurde. Ueber die Aufbewahrung des neuen Hopfen wurde gesprochen und angeführt, daß derselbe vollkommen getrocknet und luftdicht verschlossen sich jahrelang halten würde. Ein solches Verfahren wäre namentlich in jenen Jahren zu empfehlen, in welchen die Qualität gut und der Preis verhältnißmäßig gering wäre. Gefäße aus Schwarzblech dürften zur Aufbewahrung am geeignetsten sein. — Auch war die Versammlung der Ansicht, daß bei den so ungemein schwankenden Preisen des Hopfens die Auslagen für Gefäße bald verdient sein dürften.

Es wurde dann zum Vortrage über Chemie übergegangen; kurz erklärt, was man unter Chemie zu verstehen habe, daß sie die Wissenschaft sei, welche sich mit dem Innern aller Stoffe beschäftige, daß sie die Bildung derselben zu erklären und deren Darstellung und Zerlegung zu erforschen suche. Es wurden Beispiele chemischer Wirkung an Phosphor und Kaliummetall gezeigt, der Begriff eines einfachen (Elementar-) und eines zusammengesetzten Körpers erklärt und durch Beispiele erläutert, was unter einer Säure, einer Base (Lauge) und was unter einem Salze zu verstehen sei, und erläutert, daß sich nicht nur einfache Stoffe mit einfachen verbinden, sondern daß auch höhere Ordnungen von chemischen Verbindungen bestehen. Als Beispiel einer chemischen Zersetzung durch die Wärme wurde rothes Quecksilberoxyd in metallisches Quecksilber und eine Luftart, Sauerstoff, zerlegt.

Stuttgart, den 26. Nov. Im Beobachter schlagen die Freunde Schoders, um Anfragen zu begegnen, vor: auf Schoders Grabe ein einfaches Denkmal zu errichten, den Ueberschuß aus den hiezu eingehenden Beiträgen aber für seine Kinder anzulegen, um diese dereinst auf ihrer Bildungslaufbahn im Sinne ihres Vaters und seines Andenkens würdig für die höheren Forderungen des Lebens auszustatten. Die Unterzeichner: Tafel, Rödinger, A. Seeger, Pfeifer, Propst, Fezer, Stockmayer, Schnitzer, G. H. Müller, Oesterlen, H. Kurz nehmen Beiträge in Empfang.

Hamburg, den 24. Novbr. Allem Anschein nach wird demnächst ein wichtiger Handelsartikel mehr auf unserm Markte und somit auch in ganz Deutschland erscheinen. Es sind Schreibfedern aus Schildkrot. Seit gestern werden diese neue Art Schreibfedern als neues Product der Industrie angekündigt. Jedenfalls eignet sich Schildkrot ungleich besser zur Anfertigung von Schreibfedern, als der harte, scharfe, weniger weich elastische Stahl.

In Würzburg erschien dieser Tage der Schematismus der promovirten zur Praxis berechtigten Aerzte Baierns. Nach diesem Schematismus zählt Baiern in allen seinen Provinzen zusammen 1195 Civilärzte und dazu kommen noch 190 Militärärzte, also im Ganzen 1385 Aerzte. Von der Zahl der Civilärzte treffen nach dem betreffenden Schematismus auf Oberbaiern 225, auf Niederbaiern 106, auf Schwaben und Neuburg 163, auf Oberpfalz und Regensburg 96, auf Oberfranken 101, auf Mittelfranken 160, auf Unterfranken 201 und auf die Pfalz 143. Von den 190 Militärärzten sind 38 pensionirt und unter den 1195 Civilärzten sind 38 quiescirte oder pensionirte Aerzte und 4 welche resignirten. Unter den Städten zählen die meisten Aerzte: München 93, Würzburg 52, Nürnberg 35, Augsburg 22, Regensburg 21, Erlangen 10, Bamberg 17 Civilärzte.

Landreise nach Californien.

§. 1. Eine deutsche Gesellschaft, welche Wanderlust und Goldfieber nach dem neuen Eldorado zog, hatte mich zu ihrem Präsidenten erkoren. Es war am 20. März 1849, als wir von Newyork aufbrachen, um nach Zurücklegung von 4750 engl. Meilen die Goldregionen Californiens zu erreichen.

Durch den Agenten Gubert war mit Bingham's Transportlinie in Philadelphia das Uebereinkommen abgeschlossen, uns für 10½ Doll. pr. Person bis St. Louis, eine Entfernung von ungefähr 1600 Meilen, zu befördern. Die Reise begann Abends 6 Uhr und am folgenden Morgen um 7 Uhr erreichten wir Philadelphia. Unsere Gesellschaft zählte 60 Mann.

Heftiges Regenwetter hielt uns in Philadelphia auf. Erst am 22. März Morgens 8 Uhr bestiegen wir den Dampfwagen. Wir fuhren den ganzen Tag und den größten Theil der Nacht. In dichter Finsterniß erreichten wir Columbia und wurden dort mit unserm Gepäck so dicht in ein Canalboot gestopft, daß ich fast verzweifelte, in diesem Zustande eine Nacht überleben zu können. Aber Noth bricht Eisen und diese Häringsfahrt dauerte volle vier Tage auf dem Canale am Susquehannafluß entlang, bis wir am Fuße des Alleghany-Gebirgs anlangten. Hier bestiegen wir wieder Bahnwägen, die durch Maschinerie an den Bergen hinauf und hinab gezogen werden. Abends abermals in ein Canalboot verpackt, das noch kleiner als das erste war, stellte eine weitere viertägige Canalfahrt unsere Reiselust auf harte Proben, bis am 1. April Abends 7 Uhr das kohlendampfige Pittsburg vor uns lag.

Es war uns keine Zeit gelassen, diese rührige und blühende Fabrikstadt näher zu besichtigen; schon um 10 Uhr bestiegen wir das Dampfschiff „Enterprize," das uns den Ohio hinab nach St. Louis bringen sollte. Pittsburg hat einen schönen Hafen. Ich zählte im Vorbeigehen 57 Dampfschiffe in demselben, die den Strom auf- und abwärts fahren.

Die Reise auf dem Ohio entschädigte für alle früheren

Unbequemlichkeiten. Seine romantischen Ufer zeigen, was der Mensch vermag, wenn er freie Gelegenheit erhält, sein Glück mit eigenen Händen zu gründen. Schöne Landgüter erziehen hier einen kräftigen, gesunden Menschenschlag.

Unser Dampfschiff war überfüllt mit Emigranten, die gleich uns nach Californien zogen. Auf dem Deck standen Ochsen und Maulthiere in dichten Reihen und viele Personen mußten zwischen und unter ihnen campiren. Schöne Flecken, nette Städtchen wogten am spähenden Auge in diesem prachtvollen Panoroma der Natur vorüber. Jedem Emigranten wäre zu rathen, sein Geld lieber am Ohio auf eine Heimat zu verwenden, als dem Golde in Californien nachzujagen.

Cincinnati, die Königin des Westens, tauchte vor unsern Blicken auf. Seine Geschäfte und sein Handel, seine Kaufläden und Handwerker lassen einen freundlichen Eindruck im Reisenden zurück und beweisen, daß sein Beiname bereits zur Wahrheit geworden ist.

In Louisville hielten wir einige Stunden an, und ich hatte Gelegenheit, diese hübsche Stadt näher zu besichtigen. Sie zeigt eine gewisse Behäbigkeit und gibt jedem Handwerker, der für dieses Land paßt, die Versicherung, daß er sein reichliches Brod verdienen könne. Alle Producte sind sehr wohlfeil. So kostete das Dutzend Eier 5 Cents (7½ Krzr.). Ich kaufte drei Dutzend, sah aber bei dem Umhergaffen nicht auf die Füße, stolperte, zerbrach meine Eier und mußte vom Falle beinahe hinken.

Am 8. April bogen wir aus dem Ohio in den Vater der Ströme ein und fuhren den Mississippi hinauf, St. Louis entgegen. Niedriges, ziemlich ebenes Land, wenig angebaut, ist hier die Characteristik der Ufer. Und doch findet man hier den schönsten Boden für Ansiedelung und Landbau; denn der kräftige Wuchs der Eichen und anderer Baumarten bekundet seine Güte. Weiter hinauf wird das Land hügelichter und wellenförmiger, es zeigen sich mehr Ansiedelungen und häufigere Landhäuser, von Ziegelsteinen erbaut. Am 11. April Abends 7 Uhr war St. Louis erreicht. Auf den Wunsch des Capitäns stimmten wir ein deutsches Lied an und fuhren unter Gesang und Abfeuern unserer Gewehre in den Hafen ein.

Hier wurde einige Tage Halt gemacht, um die Lebensmittel für die lange Reise einzukaufen. Am 15. April schloß ich mit einem Dampfschiffe das Uebereinkommen, uns für 2½ Doll. per Person den Missouri hinauf bis Independence zu befördern. In Booneville schickten wir 15 Mitglieder unserer Gesellschaft als Committee ab, um das nöthige Vieh für die Reise einzukaufen und es nach Independence zu bringen.

Die Entfernung von St. Louis bis Independence beträgt 360 Meilen. Wir erreichten letzteres am 20. April, schlugen unsere Zelte auf, trafen allerlei Vorbereitungen und warteten auf das Eintreffen der Committe mit dem Vieh. Die Gegend dem Missouri entlang ist ein wahres Paradies zu nennen; der schwarze und unübertreffliche Boden hat viele deutsche Ansiedler angelockt und auf den ersten Blick sieht man ihren Landgütern den Wohlstand an. Hier im Sonnenschein der politischen und bürgerlichen Freiheit wird die Arbeit zur Lust und ihr Ertrag geht nicht in die Taschen von Drohnen, sondern ist der Lohn des Arbeiters.

§ 2. Nach vier Wochen brachen wir unsere Zelte wieder ab, bespannten unsere 4 Wagen, von denen jeder wenigstens mit 3000 Pfund beladen war, und reis'ten am 20. Mai mit 40 Kühen und 4 bis 5 Joch Ochsen den Prairien zu.

Diese Landreise ist eine der unglücklichsten Unternehmungen, zu denen sich der Mensch verlocken lassen kann, weil man von der Art und Weise einer solchen Wanderschaft im Voraus keinen Begriff hat. Der Weg ist zwar gebahnt und läuft sichtbar vor den Augen hin, aber er bietet keine Haltpuncte der Civilisation. Jeder geht und keiner kommt. Man verläßt den Platz, wo man gelagert hat, in der Hoffnung, einige Meilen weiter wieder Gras für das Vieh und Wasser zu finden; aber manchmal trifft es sich, daß Halt gemacht werden muß, wo kein Gras und kein Wasser zu finden ist. Darunter leidet das Vieh außerordentlich und nie läßt sich der Schaden wieder gut machen. Sehr ärgerliche Fehler werden auch bei Anschaffung der Wagen, der Ochsen und Maulthiere begangen. Ein für den Zug durch die Prairien brauchbarer Ochse darf nicht unter 4 und nicht über 6 Jahre alt sein und muß gut im Joch gehen. Jedes Joch muß von gleicher Stärke und Güte sein, so daß keiner dem andern vorzieht und nicht einer den andern niederbricht. So müssen auch die Maulthiere jung und eingelernt sein; wer sie erst auf der Reise zu brechen beabsichtigt, wird gewiß nicht fortkommen und das Thier bloß ruiniren. Pferde sind ganz unbrauchbar.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Wagen. Man lasse sie von trockenem und festem Holz verfertigen, Lampe und Deichsel von solcher Festigkeit, daß ihr Zerbrechen unmöglich scheint. Der Wagen muß auf ebenem Wege 60 Centner tragen können und darf doch nicht massiv sein, sondern leicht und äußerst laufbar. Zu einem solchen Wagen gehören 4 Joch gut gelernte Ochsen oder 6 Maulthiere, und man belade ihn nicht schwerer als mit 2000 Pfund. Geräth man, was des Tags ein Dutzendmal der Fall ist, in Löcher, wo der Wagen in den steifen Sumpf hineinsinkt, so müssen die vordern Ochsen, welche wieder festen Boden erreicht haben, den hintern durch Drehen Hülfe leisten, daß diese Luft bekommen und den Wagen hinausschleppen. Bei solchen Gelegenheiten habe ich gehört, wie die Deichseln krachten und gesehen, wie sie gleich Stecken brachen.

So erging es mir mit meinem Wagen; doch fand ich Gelegenheit, mir unter 10 bis 12 verlassenen Wagen den besten heraus zu lesen. Ich spannte 7 Ochsen davor und konnte nun gefahrlos über Stock und Felsen fahren.

Die Reise vom Missouri bis an den Fuß der Felsengebirge, eine Entfernung von 900 Meilen, ist im Vergleich zu der übrigen Strecke von den Felsengebirgen bis nach Californien nur ein Spazierweg zu nennen. Von Independence bis zum Kansas River, 130 Meilen, ist nur eine unermeßliche Prairie des besten Grasbodens, und das Auge kann sich nicht genug an dieser neuartigen Scene weiden.

Am Kansas sah ich die ersten Indianer in ihrem primitiven Zustande. Sie sitzen stets auf ihren Prairiepferden — Männer und Weiber — wickeln sich in schöne wollene Decken ein, tragen Schnüre an Händen und Füßen und um den Hals der Pferde, bemalen sich die Gesichter mit blauer und rother Farbe und benehmen sich ziemlich gesittet. Diese Indianer leben größtentheils von dem Gelde, das ihnen die Ver. St. für die abgetretenen Ländereien jährlich zahlen.

Der Kansasfluß ist zu tief, um mit Wagen durch ihn fahren zu können. Man hat deßhalb ein Boot vorgerichtet, auf dem die Wagen an das andere Ufer gebracht werden. Das Vieh muß durchschwimmen. Mein Sohn Friedrich setzte sich auf den treuen Leitochsen Bill und begann den Uebergang. Sogleich folgte ihm die ganze Herde. Vom Kansas bis zum Fort Kearney, 180 Meilen, ist das Land eine einzige herrliche Wiese mit sanften, wellenförmigen Hügeln und Thälern.

Am 22. Juni kamen wir an's Fort Kearney und machten zur Erholung zwei Tage Rast. Das Fort ist, wie alle andern Gebäude, von getrockneten Backsteinen erbaut und mit 3 Compagnien Soldaten und einigen Kanonen besetzt, um die in dieser Gegend zahlreichen Indianer im Zaume zu halten. Der Flecken liegt in einer unübersehbaren, reich mit Gras bedeckten Ebene. Wie viele Millionen Menschen könnten hier ihre glückliche Heimat gründen; denn Ackerbau und Viehzucht müßten binnen wenigen Jahren für alle Mühe reichlich entschädigen!

Ich ging zum Commandanten und ersuchte ihn um frisches Brod. Mit der zuvorkommendsten Höflichkeit schrieb er mir eine Anweisung an den Proviantmeister, der mir um billigen Preis 15 Pfund Brod übergab.

(Fortsetzung folgt.)

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue
Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 290 | den 3. December 1852.

*Amerikanische Briefe.

***Speyer.** Die Whigpartei in den Vereinigten Staaten hat noch vor ihrer Verdrängung vom Staatsruder in hohem Grade die Erbitterung gegen sich heraufbeschworen. Insbesondere sind es zwei specielle Fälle, welche in der letzten Zeit bekannt wurden, in denen der Nationalstolz durch die Haltung der Regierung tief verletzt ward.

Die eine Thatsache ist diese: James L. Hodge, der Consul der Vereinigten Staaten zu Marseille, derselbe, der bei dem Empfange Kossuths in jener Stadt eine so bemerkenswerthe Rolle spielte, nahm bei der Ankunft Louis Napoleons in Marseille die Gelegenheit wahr, demselben besondern Weihrauch zu streuen. Er veranlaßte eine Schaar von amerikanischen Matrosen, sich an dem Wege des Präsidenten aufzustellen und ihn mit Hurrahs zu begrüßen; er hängte die Bildnisse von Washington und Napoleon zusammen an der Fronte seines Hauses auf und illuminirte zu guter Letzt die Fenster seiner Wohnung zu Ehren dieses glücklichen Ereignisses. Darüber nun herrscht bei Vielen eine unbeschreibliche Erbitterung, namentlich wegen der Vereinigung der Bildnisse Washingtons und Napoleons — des Gründers und des Vernichters einer Republik. Man erblickt darin eine Verletzung der heiligsten Gefühle, einen Hohn auf das Nationalgefühl. Es ist uns nicht möglich, die Ausdrücke wieder zu geben, in denen sich die amerikanischen Blätter mitunter darüber äussern. Das Whig-Gouvernement, hört man, wird auch dies geschehen lassen. „Wenn unsere Regierung," sagt eine der verbreiteteren deutsch-amerikanischen Zeitungen, „die geringste Achtung für sich selbst, für die Würde und die Souverainetät des nordamerikanischen Volkes hat, so wird sie ein Individuum wie Hrn. Hodge, das der öffentlichen Meinung so craß ins Angesicht schlägt, nicht länger auf seinem Posten belassen. Doch dafür hat unsere Whigregierung keinen Sinn. Sie nimmt jede Insulte, jede Demüthigung ruhig hin, nur um den „Frieden für jeden Preis" zu erhalten."

Ueber eine zweite, die Erbitterung steigernde Thatsache schreibt der „Gradaus" vom 27. Oct.: „*Noch eine Niederträchtigkeit.* Lieutenant Porter, der Befehlshaber der Crescent City, der sich der spanischen Behörde auf Cuba gegenüber so würdig und männlich benahm, ist vom Marineminister Kennedy nach Washington citirt worden, um die ihm gebührende Belohnung zu empfangen? — meinen unsere freundlichen Leser — o nein, um Rechenschaft über sein Benehmen zu geben. Der Hr. Minister eröffnete ihm, daß Hr. Porter sich durch sein Benehmen den cubanischen Behörden gegenüber sein Mißfallen zugezogen habe, daß man der spanischen Regierung unmöglich zumuthen könne, einen Mann, den sie für ihren Feind betrachte (Kassirer Smith), ans Land steigen zu lassen, daß er darum genöthigt sei, Hrn. Porter das Commando der Crescent City abzunehmen und ihn auf ein anderes Schiff zu versetzen. — Hr. Hinkeldey in Berlin würde gerade so sprechen und handeln. Gott erhalte die Republik!"

Aus allen Mittheilungen geht hervor, daß die Regierung in eine andere, als die bisher verfolgte Bahn gedrängt wird. Jedenfalls wird sie eine solche unter der nächsten Präsidentschaft einschlagen müßen. Die Strömung scheint eine weit stärkere zu sein, als die Democraten selbst vor der Wahl noch ahneten.

Wir lassen noch ein Schreiben über den Tod Websters folgen, obwol dessen Inhalt an sich nicht mehr neu ist:

***Philadelphia,** den 27. Oct. (Daniel *Websters* Tod.) Das Vaterland hat abermals einen seiner großen Staatsmänner verloren. Daniel Webster starb am 24. October Morgens gegen 3 Uhr in Marshfield. Sein Todeskampf war leicht; er starb im vollen Besitze seiner geistigen Kräfte mit Ruhe und Ergebung. Die Nachricht von seiner Auflösung hat in der ganzen Union die tiefste Trauer hervorgerufen. Webster hat seinem Vaterlande Großes geleistet und seine Verdienste wird die ernst richtende, aber gerechte Muse der Geschichte mit ehernem Griffel in ihre Tafeln eintragen. Sein Name wird stets neben jenen der gefeiertsten Heroen des Staates genannt werden. Darum Frieden seiner Asche und seinem Namen ein ehrendes Gedächtniß!

Daniel Webster zählte nicht zu den Staatsmännern, deren Wirken bereits der Vergangenheit angehört; er wurde durch den Tod aus der Mitte eines Wirkungskreises herausgerissen, den er mit jugendlicher Geistesfrische und ungebeugter Willenskraft ausfüllte. Kaum sind es zwei Jahre, daß sein berühmter Brief an Ritter Hülseman durch die Kraft der Sprache und die Schärfe der Argumentation die neue Welt, und noch mehr das altersschwache Europa in Erstaunen setzte, und seine Correspondenzen mit der Pforte und seine Bemühungen um die Freilassung der ungarischen Flüchtlinge sind noch in frischem Andenken. Von der ungeschwächten Kraft seines Geistes zeugen die Reden, die er in der jüngsten Vergangenheit bei verschiedenen Gelegenheiten gehalten.

Sein Verlust ist darum doppelt fühlbar, denn an ihn reiht sich unmittelbar die Frage: „Wer wird die entstandene Lücke ausfüllen, wer wird diesen Riesen an geistiger Kraft ersetzen?

Deutschland.

***Zollvereinssache.** Durch die meisten deutschen Zeitungen ging dieser Tage die Kunde: „Der Zollverein wird nicht gesprengt, seine Erhaltuug ist so gut als gesichert." Trotz aller Zuversicht und Bestimmtheit, mit welcher diese Nachricht verbreitet wurde, haben wir derselben doch keine Bedeutung beigelegt, weil sie nicht nur jeder bestimmten Thatsache ermangelte, auf welche sie hätte gestützt werden können, sondern weil sie auch mit der Sachlage, so weit diese bekannt, im Widerspruche steht. Die Rede, mit welcher Hr. v. Manteuffel die Preußischen Kammern eröffnete, läßt nun aber gar keinen Zweifel, daß jene Angabe jeder Begründung entbehrt. Da Täuschungen weit eher das Uebel ärger machen, als daß sie nützen könnten, so dürfen wir uns nicht verhelen, daß die wirkliche Sprengung des Zollvereins keineswegs abgewendet ist. —

***Speyer.** In der hessischen Kammer ward gesagt: Die jungen Leute wandern aus, *blos um der Conscription zu entgehen.* Insoferne die Opposition zu Darmstadt dies nicht offen zugab, müssen wir der Opposition widersprechen. Ja, es ist wahr, was von der ministeriellen Seite behauptet wurde, daß die jungen Leute großentheils der *Conscription wegen* auswandern. Aber welchen Zustand setzt dies voraus?

Wenn ein *wahres* Gemeinwesen vorhanden (und ein solches *soll* der Staat sein), so liegt es in der Natur der Dinge, daß *Jeder* zu dessen Vertheidigung mitwirke. Auch ist es z. B. noch Keinem eingefallen,

sich über die **Milizpflichtigkeit** in Amerika aufzuhalten, oder Amerika darum zu verlassen!

Es muß also bei uns entweder ein in dieser Größe nicht nothwendiges Opfer gefordert werden, oder es muß überhaupt das Gemeinwesen arge Mißstände haben, oder es müssen beide Momente zusammentreffen. — Wie würde sonst Jemand sein Vaterland verlassen, um sich der Pflicht zu entziehen, dasselbe vertheidigen zu helfen?

Das System der Freiheit und das System der Reaction. (Aus der Berliner National-Zeitung.) Es ist ein großer Irrthum, wenn Leute vermeinen, eine ganze Portion Reaction könne man sich gefallen lassen, aber sie müßte nur endlich Halt machen. — Es soll uns nicht schwer werden, das Unhaltbare einer solchen Auffassung nachzuweisen, ohne daß wir nöthig haben, bestimmte Maßregeln oder gewisse Nationen zur Grundlage unserer Betrachtung zu machen.

Wenn etwas gegen die Presse geschieht, so lassen sich gutmüthige Menschen — wie wir sie im Auge haben — das Alles gefallen; wird etwas gegen die persönliche Freiheit unternommen, so macht ihnen das keinen großen Gram; wenn und wie man das Wahlrecht verkürzt, darum lassen sie sich kein graues Haar wachsen; wie es um die Lehrfreiheit steht, das ist auch nicht ihre Sorge; wie es um die Unabhängigkeit der Gerichte beschaffen ist, das macht ihnen auch nichts zu schaffen. Aber die religiöse Reaction, die möchten sie sich nicht gefallen lassen. Den Eingriff in die Gewissen, das halten sie für ein gar zu schlimmes Ding, und sie können ordentlich oppositionell werden, wenn man ihnen vorschreiben will, was sie glauben sollen.

Sie wissen es nicht, daß es mit der Knechtung ganz so geht, wie mit der Freiheit. Beides, der Druck und die Freiheit, sind wohlgeordnete, wohlgegliederte Systeme, aus denen man nicht einen Theil wollen und einen Theil nicht wollen kann. Wer eines von ihnen will, der muß es vollständig wollen; denn eine halbe Freiheit ist eben unmöglich und eine halbe Knechtschaft ist nicht minder unmöglich.

Ein Volk, das eine freie Presse hat, aber keinen Schutz der persönlichen Freiheit besitzt, das hat gar nichts. Da war in Ungarn vor dem Jahre 1848 auch vollständige Preßfreiheit. Die Gesetze des Landes ließen eben so wenig eine Beschränkung der Presse zu, wie die Gesetze der englischen Nation. Aber was that die österreichische Regierung? Sie nahm die Schriftsteller, die nicht in ihrem Sinne schrieben, in Haft und hielt sie, wie es mit Kossuth der Fall war, Jahre lang in Gefängnißen, bis Niemand es wagte, ein freies Wort zu schreiben. Will man also Preßfreiheit in Wirklichkeit besitzen, so muß man auch Garantieen für die Freiheit der Person haben. Ohne diese ist jene nur ein Schein.

Eben so wenig kann Jemand sagen: die Freiheit der Person ist die Hauptsache; wenn wir nur diese haben, dann sind wir schon zufrieden, und kümmern uns nicht darum, wer die Gesetze des Landes macht, oder wem ein Wahlrecht zusteht oder nicht. Denn es ist ja offenbar, daß man durch neue Gesetze eben die Freiheit der Person direct und indirect im höchsten Grade beschränken kann und Menschen, die mißliebig sind, zu maßregeln vermag, sei es durch Entziehung von Concessionen, sei es durch Vorenthaltung von Rechten, welche Wege nicht minder die Menschen zwingen und niederhalten, als jene andere Art von persönlichem Zwang und anderweiter Bedrückung.

Nicht minder falsch ist es, wenn Jemand meint, daß man irgend eine Freiheit wirklich genießen kann, wenn nicht zugleich die Lehrfreiheit besteht. Eine Jugend, die nicht zu einem freien Geschlechte herangebildet werden darf, wird nie den Stoff zu einer freien Nation liefern. — Ein Volk, das nicht erzogen ist zur Freiheit, kann zwar auf kurze Zeit die Freiheit erringen; aber es kann sie nicht erhalten und sich dauernd zu eigen machen und muß dann erst in jener großen Schule des Lebens in bösen Zeiten vorgebildet werden für die bessern Zeiten, die leider immer erst spät kommen.

Eben so thöricht ist es, wenn man an eine Freiheit glauben will, wo man nicht sicher ist, daß die Gerichtshöfe unbeschränkt sind vor den Eingriffen einer Regierung. Wo man von Seiten des Gouvernements ein Strafrecht gegen die Richter ausüben kann, da wird es einer Regierung immer möglich sein, jeden freidenkenden Menschen in Processe zu verwickeln und ihn richterlich verurtheilen zu lassen. Die Unabhängigkeit der Richter ist nicht die Freiheit der **Richter**, sondern die Freiheit der zu **Richtenden**. Ist der Richter nicht frei, so ist der Gerichtsspruch nicht frei und ist der Gerichtsspruch nicht frei, so ist Jedermann ein Knecht der Gerichtshöfe.

So bildet denn die Freiheit ein festgeschlossenes System, in welchem ein Glied ohne das andere nicht von Werth ist. Aber ganz so, wie es mit dem System der Freiheit steht, ganz so ist es mit dem System der Knechtung.

Es ist lächerlich, wenn gutmüthige Leute sagen, daß die Reaction gerade bis an die Grenze der religiösen Freiheit vorgehen könne und hier hätte Halt machen sollen.

So wenig sich die Freiheit von einem Volk genießen läßt ohne das volle System, so wenig können die Bekämpfer der Freiheit die Früchte der Reactionen genießen ohne ihr System auf alle Gebiete des Geistes auszudehnen.

Die Reaction kann nur bestehen, wenn sie den Menschen zwingen kann zu thun, was ihr gefällt; wenn sie den Richter zu zwingen vermag zu richten nach ihrem Sinn; wenn sie den Gelehrten zwingen darf zu lehren, was sie vorschreibt und wenn sie die Geistlichen und Gemeinden zwingen kann zu lehren und zu glauben, was der Reaction beliebt. Läßt sie in einem dieser Puncte wirkliche Freiheit, so ist sie in allen übrigen Puncten unsicher. Sie **muß** ihr System vollenden und ganz ausführen oder auf jeden Genuß verzichten.

Vornehmlich aber ist es die Religion, in welcher sie sich festsetzen muß, wenn sie nicht jeden Augenblick beseitigt sein will. Die äußere Gewalt ist zwar ein starkes Band; aber doch nicht für die Dauer berechnet. Eine Revolution läßt sich bewältigen, ein Aufstand niederwerfen; aber wenn man nicht in das Innerste der Gemüther eindringen kann, um dort die Keime der Freiheit zu vernichten, so gelingt es nimmermehr dauernd die Unterwerfung festzuhalten, den Sieg zu behaupten und die Eroberung für lange Zeit geltend zu machen.

Es ist so und muß so sein, daß die Reaction, wenn sie den äußern Widerstand äußerlich überwunden hat, sich an den innern Widerstand macht, um ihn in seinem Sitz zu bekämpfen. — Ob es gelingt oder nicht, ist eine andere Frage; aber thun muß sie es. Sie muß es versuchen sich der Gemüther zu bemächtigen. Denn im Grunde genommen ist die Reaction ja nur ein Kampf mit den Gedanken der Menschen, mit den Ideen, die sie beleben, mit dem Glauben, der sie beseelt, und ihr Sieg ist immer nur dann vollendet, wenn sie nicht nur verbieten und gebieten kann in Thun und Lassen, sondern wenn sie auch auf den Wink die Mittel in Händen hat, die Wünsche, die Neigungen, die inneren Empfindungen, die schlummernden Gefühle, die Gedanken, die Ideen der Menschen zu lenken und zu leiten, und sie ist daher genöthigt, wenn sie materiell ihren Zweck erreicht hat, sich auf dieses geistige Gebiet auszudehnen und die Diener des Geistes zu ihren Dienern zu machen.

Ja, es ist immer ein gutes Zeichen, wenn die Reaktion zu diesem Mittel greifen muß, denn es spricht dies sehr deutlich aus, daß sie die Geister des Volkes gegen sich hat, und es gibt dies das Zugeständniß, daß sich der Fortschritt auf ein Gebiet zurückgezogen hat, wohin kein blos materielles Regiment mehr dringen kann.

Darum ist es aber auch im System, wie in der Praxis durch und durch falsch, wenn Gutmüthige meinen, daß die Reaktion vor der Pforte der religiösen Freiheit Halt machen müsse. Die religiöse Freiheit ist ein Eckstein der gesammten Freiheit, ein Grundpfeiler im ganzen System, darum gehört die religiöse Reaktion auch zur Grundaufgabe des ganzen Reaktionssystems. (N. Kur.)

München, den 30. Nov. Die **Gerichtsorga**-

nisation wird, wie der M. Bote neulich schon angedeutet hat, auch in der Weise, in welcher sie erst im Landtagsabschied vom 28. Mai d. J. genehmigt worden war, nicht zu Stande kommen. So viel hört man jetzt als gewiß. Die Ursache hievon zu erläutern, würde zu weit führen; es genügt, anzuführen, daß man an höchster Stelle das bisherige Landgerichtswesen, insbesondere die Vereinigung der Polizei, Verwaltung und Justizpflege in der Person der Landrichter nicht aufgeben will. Die verschiedenen Vorbereitungen, die inzwischen schon getroffen worden sind, haben also, was die Errichtung von Bezirksgerichten ꝛc. betrifft, zu keinem Endziel geführt. Dagegen wird in den Landgerichten eine andere Eintheilung getroffen werden, die nämlich, daß die größeren Landgerichte verkleinert und mehrere neue Landgerichte gemacht werden. Endlich aber sollen bei den Landgerichten für das bisher zur Oberschreiberglückseligkeit gehörende Notariatswesen eigene Beamte aufgestellt werden. Vielleicht gibt's später dann auch noch einige neue Stadtgerichte. Die mit dieser Frage zusammenhängenden Ministerveränderungen haben jetzt auch ihr Ende erreicht: Hr. v. Kleinschrod behält nämlich die Leitung des Justizministeriums. (Münchener Bote.)

Der „Volksbote" jubelte kürzlich: es sei eine Frucht der Jesuitenmissionen, daß in Mittelfranken im 4. Quartale keine Schwurgerichtssitzung gehalten zu werden brauche. Er hat aber vergessen, daß die Bevölkerung von Mittelfranken zu vier Fünftheilen aus Protestanten besteht!

Tübingen. Die Angabe, die Stadt Tübingen habe die Ehre abgelehnt, im nächsten Jahre der Sitz der deutschen Naturforscherversammlung zu sein, erweist sich als grundlos.

Kassel. Der Medaillendieb Appel war Lehrer der Kinder des Kurfürsten, Treubündler, ja Mitglied des Treubunds vorstandes. Er hat den Diebstahl als ein Werk des Teufels bekannt und zwei Bibeln verlangt und erhalten.

Köln, den 28. Nov. Die hiesige „D. Volkshalle" enthält einen Aufruf zur Bildung eines kirchlichen Ordens zum Schutze der Auswanderer. Dieser Orden solle die Auswanderer zu Land und Wasser, in Amerika wie in Europa, gegen die Prellereien der Agenten und Güterhändler zu schützen suchen, ähnlich wie im Mittelalter die Johanniterritter die Wallfahrer nach Jerusalem gegen die Angriffe der Ungläubigen schützten.

Köln, den 29. Nov. Der Notariats-Candidat Bermbach, welcher unlängst policeilich verhaftet und vier Tage festgehalten, von dem Hrn. Instructions-Richter in Freiheit gesetzt, dann bald nachher wieder verhaftet wurde, ist nun nach fünfwöchentlicher Haft auf Antrag der Staats-Procuratur von der Rathskammer des k. Landgerichts außer Verfolgung und in Freiheit gesetzt worden! (Köln. Ztg.)

Berlin, den 29. Nov. Nachstehend der Wortlaut der wichtigsten Stellen der Rede, mit welcher Hr. v. Manteuffel die Kammern eröffnete: Bedauerlicher Weise hat der von den Kammern in der letzten Sitzungsperiode genehmigte Vertrag mit dem Königreich Hannover vom 7. Sept. 1851 noch nicht allseitig den Anschluß gefunden, welcher geeignet wäre, der Entwickelung des ganzen Zollvereins eine, für alle Zweige der Industrie und des Handels hoffnungsreiche Zukunft zu verbürgen. Aber so fest die Regierung Sr. Majestät dieses Ziel im Auge behält, so glaubt sie doch ferner, wie bisher der vollen Zustimmung des Landes versichert zu sein, wenn sie die Erhaltung des gegenwärtigen Umfangs des Zollvereins nicht unter Bedingungen will, durch welche die Interessen Preußens eben so wie die Zukunft und die segensreiche Entwicklung des gesammten Zollvereins gefährdet werden würden. Die Regierung ist darauf bedacht, die Communicationsanstalten, welche nicht nur unsere Vertheidigungsfähigkeit erhöhen, sondern sich auch fortwährend als wichtigste Hebel des Handels und der inneren Gewerbthätigkeit erweisen, zu vermehren und auszudehnen, soweit die Finanzkräfte dies zulässig erscheinen lassen.... Die Regierung ist weit davon entfernt, Freiheiten in Frage zu stellen, deren weisen Gebrauch sie für die sittliche Entwickelung des Volkes selbst für nöthig erachtet, aber die Geschichte des Landes, sowie seine gegenwärtigen Verhältnisse machen es unzweifelhaft, daß die königliche Gewalt in Preußen durch Theilung nicht gelähmt und geschwächt werden darf. Die Einheit von Thron und Land, der Beruf einer von Parteibestrebungen unabhängigen Regierung zur Gerechtigkeit gegen Alle, die Eintracht aller Theile des Volkes in der Hingebung an das Vaterland, diese Grundlagen der Wohlfahrt Preußens im Innern und der Erhaltung seiner europäischen Stellung müssen vielmehr durch die Verfassung der Monarchie neue und sichere Bürgschaften empfangen.

Innsbruck, den 26. Novbr. Was heuer dem Tyroler gar schweren Kummer verursacht, ist der Wein. Man denke sich Tyrol, das bisher nicht blos zu seinem eigenen Haushalt, sondern auch zum Verkauf nach auswärts Wein in Ueberfluß erzeugte, ist heuer gezwungen, den zum nothwendigen Bedarf erforderlichen Wein sich aus Ungarn und Oesterreich verschreiben zu lassen. Auch der Klerus befindet sich in nicht geringer Verlegenheit. Gemäß Diöcesanvorschriften war bisher den Hülfsgeistlichen täglich ein bestimmtes Quantum Wein angewiesen. Bei den hohen Weinpreisen wollen nun die Vorstände nicht mehr in der Lage sein, ihrer Verpflichtung nachkommen zu können. Die geistliche Oberbehörde in Brixen hat die Sache selbst zur Hand genommen, und hat in einem Sendschreiben an sämmtliche Decanate der Diöcese den Decanen die Frage vorgelegt: welche Wege einzuschlagen wären, die Hülfspriester des Weines zu entwöhnen, und sie doch nicht zum Wirthshausbesuch zu veranlassen? (Allg. Ztg.)

Schweiz.

Bern, den 28. Nov. Im Freiburger großen Rath drückten die ultramontan gesinnten Deputirten ihren Schmerz darüber aus, daß den Geistlichen nicht der „heilsame" Einfluß auf die Schule gestattet werde, ohne welche diese nicht gedeihen könne. Es wurde ihnen geantwortet, die Religion nehme den ersten Platz im Unterrichtssysteme ein; in jede Schulkommission sei ein Geistlicher ernannt worden, die meisten hätten jedoch abgelehnt und somit sich selbst des heilsamen Einflusses beraubt! —

Frankreich.

† **Paris,** den 30. Nov. Der halbamtliche Theil des Moniteurs veröffentlicht nachstehendes Resultat der allgemeinen Abstimmung über das Kaiserreich: 86 Departements haben mit 7,488,071 Ja und 237,086 Nein, die Landarmee mit 234,860 Ja und 8456 Nein *) und die Provinz Algier mit 6269 Ja gegen 869 Nein gestimmt. Im Ganzen ist mit 7,776,916 Ja und 248,431 Nein votirt worden. Es fehlen noch die Stimmen von den anderen Provinzen in Algier, von der Armee in Rom und von den überseeischen Colonien Frankreichs. Die meisten verneinenden Stimmen sind im Departement der Seine, 53,755 auf 268,658 und im Departement des Rhone: 9767 Nein auf 96,467 Ja abgegeben worden, was übrigens vorauszusehen war, da Paris und Lyon von jeher die meisten oppositionellen Elemente enthielten. — Der halbamtliche Moniteur enthält sodann eine offiziöse Anzeige, worin zum erstenmale der Präsident mit dem Titel „Majestät" bezeichnet wird. — Morgen wird bei Ueberbringung des Abstimmungsresultats von Seiten des gesetzgebenden Körpers der Senat in St. Cloud zugegen sein. Am 21. Dec. begibt sich der Kaiser zu Pferd von St. Cloud nach Paris, von einigen Mitgliedern seiner

*) Das Votum der Marine fehlt hier; am 29. Novbr. gab man dasselbe, so weit man es als bekannt bezeichnete, so an: 47,716 Ja und 2020 Nein.

Familie, von seinen Ministern, mehren Generälen und seinem Stabe begleitet. Die ganze Armee von Paris und die gesammte Nationalgarde werden auf den Beinen sein. Am Triumphbogen wird der Präsident vom General en Chef der Pariser Armee, vom Präfecten der Seine, von der Municipalität und allen Behörden empfangen werden. Artilleriesalven werden den Einzug des Kaisers durch den Triumphbogen ankündigen. Die Mitglieder der kaiserlichen Familie, sowie die Minister, welche sich nicht im Gefolge des Kaisers befinden, werden denselben in den Tuilerien erwarten. Die Erklärung des gesetzgebenden Körpers über das Resultat der Abstimmung wird Donnerstag um 10 Uhr Morgens vom Präfecten der Seine im Stadthause vorgelesen werden, damit die Bevölkerung von Paris unterrichtet sei, daß es der Kaiser ist, der in die Hauptstadt von Frankreich einzieht. Die Börse und alle öffentlichen Verwaltungsbureaus werden geschlossen sein; am Abend wird eine allgemeine Beleuchtung Statt finden, und alle politischen Staatskörper und die hochstehenden Beamten werden in den Tuilerien empfangen werden, um dem Kaiser ihre Aufwartung zu machen. Alle öffentlichen Feste sind bis zur Krönung verschoben. In den Departements wird die Proclamirung des Kaiserreichs am Sonntag den 5. Dec. Statt finden.

Es ist bekannt, daß der Klerus von Frankreich Louis Napoleon günstig gestimmt ist; nichts desto weniger gibt es eine Fraction der Geistlichkeit, die sich seit einem Jahre widerspenstig zeigt und diese ihre Haltung nicht aufgeben will. Kürzlich wurde bekanntlich eine Haussuchung bei dem Bischof von Luçon gehalten, weil er angeschuldigt war, die Protestation des Grafen von Chambord verbreitet zu haben. Der Bischof von Luçon hat nun in seiner Diöcese einen Hirtenbrief an alle Pfarrer gesendet, und ihnen befohlen, denselben des Sonntags von allen Kanzeln zu verlesen. Der Hirtenbrief ist in einem Tone abgefaßt, der an die Bitterkeit und Härte der Puritaner erinnert. In einer Wendung ist sogar der Ausdruck „Verachtung“ so betont, daß man unmöglich verkennen kann, daß er sich auf die Regierung beziehe. Er zeigt darin zugleich an, daß er gegen die Maßregel der Haussuchung eine Protestation an den Präsidenten eingesendet habe. — Es scheint, daß die Friedensversicherungen des neuen Kaisers der englischen Regierung, im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung dieses Landes (?), kein besonderes Vertrauen einflößen. Die neue Aushebung von 5000 Matrosen und die Ordre zum Neubau von 4 großen Dampfschraubschiffen in England hat hier bedeutendes Aufsehen erregt, und man glaubt, daß die Regierung mit ähnlichen Maßregeln darauf antworten werde.*) Der jetzige Frieden ist vom Kopf bis zum Fuße geharnischt und wohnt in einem Arsenal. — In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers hat auch der Marquis de Calvières seine Entlassung eingereicht. — Die heutige Börse war ziemlich ruhig. Die 3proc. Rente, die bis auf 84 75 gestiegen war, schloß, wie gestern, 84 50. Die übrigen Papiere, welche gestern in die Höhe gegangen waren, fielen fast alle um eine Kleinigkeit: die 4½proc. um 55 Cent., auf 105 75.

Neueste Nachrichten.

***Speyer**, den 2. Decbr. Wie man vernimmt ist hier die Nachricht eingetroffen, daß mit dem Gestrigen Graf Reigersberg das Ministerium des Innern übertragen bekam, indeß Hr. v. Zwehl das Cultusministerium zu führen hat.

Vom Main, den 30. Nov., berichtet das Frankfurter Journal: Eine Monarchenconferenz (Oesterreichs, Preußens und Rußlands) zu Warschau, von welcher Zeitungen Vieles zu sagen wußten, wird, wie wir hören, nicht stattfinden. Der dieser Conferenz zugeschriebene Zweck: „Einigung der nordischen Großmächte für alle Fälle im Hinblicke auf das neue französische Kaiserthum,“ ist schon früher erreicht worden. Die Differenzen über innere deutsche Angelegenheiten konnten die beiden deutschen Großmächte nicht hindern, sich über diesen Punct mit Rußland zu verständigen. Man ist wol einig darüber, daß dem neuen Kaiserthume keine Schwierigkeiten zu bereiten seien, allein auch darüber, die territorialen Bestimmungen der Verträge in allen Fällen mit vereinigten Kräften aufrecht zu erhalten. So verlautet von unterrichteter Seite.

Darmstadt, den 30. Novbr. Müller-Melchiors hat eine Interpellation an das Ministerium gerichtet, aus Veranlassung des Vertrages mit Frankreich wegen des literarischen Eigenthums, der ganz zu unserem Nachtheile ist. Sodann folgt die Berathung des Gesetzes über die Bezirksräthe. Das Verlangen ward verworfen, daß die Regierung einen Beamten zum Präsidenten ernenne, dagegen der Ausschußantrag mit 26 gegen 17 Stimmen angenommen, wonach die Regierung aus der Zahl der Bezirksrathsmitglieder den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter zu ernennen hat.

Minden, den 26. Nov. Der wegen Majestätsbeleidigung angeklagte Dr. med. Jacobi aus Hartum hiesigen Kreises stand gestern vor unserem Kreisgericht. Derselbe wurde in Betracht seiner langen Haft (bereits 1¼ Jahr), seines jugendlichen Alters und anderer Milderungsgründe zu 6 Wochen Freiheitsstrafe und Verlust der Nationalcocarde verurtheilt. Die Basis der Klage bildete ein Brief, welchen er in einem Alter von 18 Jahren an einen Freund in Hartum geschrieben hatte und welcher bei demselben in Folge einer Nachsuchung gefunden worden.

Paris. Der wegen Vertheilung der Proclamation des Grafen von Chambord verhaftete Graf von Thieffries ist vom Zuchtpoliceigericht zu Valenciennes zu einem Monate Gefängniß und 500 Frcs. Geldstrafe verurtheilt worden.

Toskana. Der Daily News wird aus Florenz unterem 26. Nov. geschrieben: „Mit Bedauern muß man die noch jüngst gehegten Hoffnungen auf baldige Freilassung der Madiai's als einen leeren Wahn bezeichnen. Francesco M. ist dem Gefängnißkaplan entzogen und unter die geistliche Aufsicht einer Garde von Kapuzinermönchen gestellt worden, die beauftragt sind, alle mögliche kirchlichen und disciplinarischen Mittel zu seiner Bekehrung anzuwenden. Damit die Mönche in ihrer Arbeit nicht gestört werden, hat man die Besuchserlaubniß seiner Freunde auf ein einziges Mal im Monat beschränkt, und viele Monate dürften verfließen, ehe die Kapuziner ihre Sendung erfüllt haben, oder sie aufgeben. Rosa Madiai ist neulich von der Großherzogin Maria Ferdinanda, der Stiefmutter des Landesvaters, und vom Erzbischof von Lucca, Padre Giulio Arrigoni, einem der thätigsten Reactionärs im Lande, besucht worden. Beide hochstehende Personen versprachen der Gefangenen die Freiheit unter der Bedingung — daß sie ihre Ketzereien abschwöre! Die Fruchtlosigkeit dieser Versuche setzt den .... Hof in große Verlegenheit; aber der gekränkte Stolz der Mächtigen kommt jetzt der unbarmherzigen Bigotterie zu Hülfe, und bestärkt dieselbe in ihrem Trotz. Die Madiai's haben die Sympathien des protestantischen Europa für sich, aber ihre Lage darf doch wohl Besorgniß einflößen. Beide befinden sich in einem prekären Gesundheitszustande, und was man unter Disciplin versteht, wird sie in diesem Zustande halten, um die Wirkung der Bemühungen der bekehrungslustigen Mönche zu unterstützen. Sie erinnern sich, wie man den armen Raphaello vor einem Jahr beinahe bis zum Wahnsinn schreckte, als er in den letzten Zügen lag, um ihn zu bekehren. Wohl darf man die Wirkung ähnlicher Experimente auf Geist und Körper der Madiai's fürchten.“

*) Eine Entwaffnung wäre eine beruhigendere Antwort, als neue Bewaffnung! D. Red.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 291 | den 4. December 1852.

*Amerikanische Briefe.

***New-York,** den 12. Nov. Nachstehend das Resultat der Präsidentenwahl, soweit dasselbe bis heute bekannt ist, wobei zu bemerken, daß zwei Wahlmomente stattfinden: zuerst werden vom ganzen Volk die Wähler, dann von diesen die eigentlichen Wahlmänner ernannt. Hier die Vertheilung der einzelnen Stimmen:

Staaten.	Scott. Urwähler.	Pierce. Urwahler.	Scott. Hauptwähl.	Pierce. Hauptw.
Maine	—	6,000	—	8
New-Hampshire	—	14,000	—	5
Vermont	10,000	—	5	—
Massachusetts	7,000	—	13	—
Rhode Island	—	600	—	4
Connecticut	—	3,000	—	6
New-York	—	25,000	—	35
New-Jersey	—	8,000	—	7
Pennsylvania	—	20,000	—	27
Maryland	—	5,483	—	8
Ohio	—	12,000	—	23
Delaware	—	34	—	3
Virgina	—	10,000	—	15
North-Carolina	—	6,000	—	11
South-Carolina	—	Wahl durch die	—	9
Georgia	—	Gesetzgebung.	—	—
Florida	—	—	—	—
Alabama	—	—	—	9
Mississippi	—	—	—	6
Louisiana	—	—	—	6
Tennessee	—	—	—	12
Texas	—	—	—	—
Arkansas	—	—	—	—
Kentucky	—	2,000	—	12
Missouri	—	12,000	—	9
Michigan	—	5,000	—	6
Indiana	—	20,000	—	13
Illinois	—	15,000	—	11
Wisconsin	—	—	—	5
Iowa	—	5,000	—	4
California	—	—	—	—
			18	254

Zur Wahl erforderlich 149.

***Philadelphia,** den 10. Novbr. (Die neueste Frucht des Sclavenjagdgesetzes.) Wir haben am letzten Samstage wieder einen erschütternden Sclavenauslieferungsfall in unserer Stadt der Bruderliebe erlebt. Ein farbiger Mann, mit Namen George Bordley, der seit dem Jahre 1846 hier lebte und sich mittler Weile verheirathet hatte, wurde von einem Hrn. Andrew Pearce aus Maryland als Sclave beansprucht. Der Sclavenhalter führte den Beweis, daß Bordley ein ihm entlaufener Sclave sei, durch 5 bis 6 Zeugen so vollkommen, daß selbst der Vertheidiger, den die hiesige Gesellschaft für Abschaffung der Sclaverei für den Unglücklichen aufgestellt hatte, David Paul Brown Esq. erklärte, hier sei jede Vertheidigung am Ende und er müsse sich vor dem Gesetze beugen.

Erschütternd war der Augenblick, als die Frau des Unglücklichen die letzte Hoffnung schwinden sah und ihr Ehemann seinem frühern Herrn überliefert wurde. „Ein steinern Herz hätte sich erbarmen mögen!" berichtet ein Augenzeuge, aber das Herz eines Sclavenhalters ist härter als Stein und Erz.

Mehrere der Anwesenden erboten sich, die Summe zusammenzubringen, um den unglücklichen Sclaven loszukaufen; der Sclavenhalter aber wies das Anerbieten mit der Aeußerung zurück: „Er wolle Brodley mit sich nehmen, um seinen übrigen Sclaven ein Beispiel zu geben. Dann werde er sich billig finden lassen."

Daß diese Antwort nur eine Ausflucht war, leuchtet von selbst ein. Welches Loos mag nach der Rückkehr des Unglücklichen harren!

Was die Geschichte noch empörender und scheußlicher macht, ist der Umstand, daß ein bekannter Sclavenjäger Namens Alberti, ein Mann, der wegen Menschenraubes zu langjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt, vom Governor Bigler aber gleich nach seinem Amtsantritte begnadigt worden war, bei dieser Sclavenjagdgeschichte die Hauptrolle gespielt, den Aufenthalt Brodleys ausgemittelt und dem Herrn des Sclaven verrathen hat.

Die Begnadigung Albertis hat damals großes Aufsehen erregt und bittern Tadel selbst von demokratischer Seite erfahren, weil man darin ein Zugeständniß für die Sclavenhalter erblickte. Der Erfolg hat bewiesen, wie gegründet dieser Tadel war.

Wir erzählen die nackte Thatsache und enthalten uns jedes Commentars. Sie spricht für sich selber. Σ.

Deutschland.

AC* **Frankfurt,** den 1. Dec. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß die österreichische Regierung sich veranlaßt findet, in dem Augenblicke, in welchem von den Schätzen des Ostens, den vielen Consumenten des Ostens, den vortheilhaften Verbindungen nach dem Orient so viel die Rede ist, ein Verbot gegen Errichtung von Agenturen für die Auswanderung nach Westen zu erlassen. Gegenüber den zahlreichen Verheißungen, mit denen die deutsch-österreichische Zoll- und Handelseinigung mundgerecht gemacht worden, ist das Verbot der Errichtung von Agenturen für die Auswanderung nach Amerika in Oesterreich ein redender Beweis von der Thatsache, daß man in Oesterreich eben so wenig wie bei uns an die goldenen Berge des Ostens denkt. Friedrich List hat den Coalirten den Weg gezeigt, welchen sie wandeln müssen. Er ging von Reutlingen westwärts und nicht gen Osten, wohin die Oesterreicher selber nicht verlangen. Ungarn, ein Paradies, was den Boden betrifft, scheint nicht anders als im Zwangswege sich bevölkern zu sollen.

* Die Wiener „Presse" hat geglaubt, der lauten Stimme des Südens um Erhaltung des Zollvereins dadurch einen Dämpfer aufzusetzen, daß sie von der Absicht vieler Preußischer Industrieller gehört haben will, im Fall des Bruches zwischen Preußen und den Coalirten nach Süddeutschland zu übersiedeln. Die Presse wird durch dies Gerücht die gewünschten Früchte nicht erndten, denn es ist wesentlich geeignet, neues Oel in das Agitationsfeuer zu gießen. Den süddeutschen Industriellen ist keineswegs damit gedient, ihnen für den Verlust des Marktes im Norden die Vermehrung der innern Concurrenz im Süden anzubieten. Die Möglichkeit der Einwanderung neuer großer Capitalien, qualificirter Arbeitskräfte ꝛc. dürfte ein neuer Grund außer den vielen andern sein, in allen süddeutschen industriellen Kreisen die Erhaltung der Verbindung mit Preußen dringend zu wünschen. Man verfehlt immer sein Ziel, wenn man über dasselbe hinausschießt.

*Der Druck der bei G. Jonghans in Darmstadt er-

scheinenden „Finanzstatistik" von Frhrn. v. Reden hat, nach kurzer Unterbrechung, wieder begonnen und wird nun fleißig fortgesetzt werden. Der Schluß der Finanzstatistik von Oesterreich erscheint in Kurzem, der Schluß der preußischen Finanzstatistik im Januar des nächsten Jahres. Diese Anzeige wird den zahlreichen Freunden und Lesern des genannten Werkes willkommen sein.

* Bei lebhaftem Geschäft verfolgt der hiesige Geldmarkt seit den letzten Tagen eine steigende Richtung. Zu bessern Preisen ging in den Hauptfonds, besonders in österreichischen und spanischen Papieren verschiedener Gattung viel um. Devisen und Discont mehr angeboten. Discont 3¼ % Pap. 3 % Geld.

* Im Laufe des Monats November sind nicht weniger als sechs verschiedene zahlreich unterzeichnete Petitionen an den Herzog von Nassau eingereicht worden, in welchen die Nothwendigkeit der Erhaltung des Zollvereins und besonders der Verbindung mit Preußen, als der innigste und lebhafteste Wunsch der Bevölkerung des Herzogthums ausgesprochen wird.

Die schwarze Presse über Frankreich. Unter dieser Ueberschrift sagt der „Beobachter" u. a: Kaum ist der Staatsstreich ein Jahr alt geworden, so beginnt unter den Organen der deutschen Presse, deren Urtheile Anfangs so widersprechend lauteten, eine merkwürdige Uebereinstimmung sich zu zeigen. Der württembergische Staatsanzeiger, der am lautesten über die Rettung der Gesellschaft durch Vernichtung der Verfassung gejubelt hatte, bringt die bedenklichsten Nachrichten aus dem geretteten Frankreich; die Karlsruher Zeitung, welche gleichfalls erst nach dem 2. Dec. 1851 wieder ruhig schlafen zu können glaubte und ihm schon vorher durch beständige Ausstellung des „rothen Gespenstes" redlich den Weg zu bahnen gesucht hatte, prophezeit dem vom Börsenschwindel ergriffenen Staate den unvermeidlichen Bankerott; die Allgemeine Zeitung, welche zwar nie ganz den Widerwillen gegen das neubonapartische Wesen, aber noch weniger die Freude über die Niederlage der Rothen verborgen hat, zeichnet schon die Karte des künftigen Kriegsschauplatzes, auf welchem der Retter der Gesellschaft nach ihrem Wunsche geschlagen werden soll, und die Kölner Zeitung wird nicht müde, auf die angefaulten Grundlagen seines Regiments und die Verschwörungen, die sich im Innern gegen dasselbe gebildet, hinzuweisen. Zu diesen Unheil verkündenden Stimmen gesellt sich endlich auch noch die eigentlich schwarze Presse, die Presse jener Partei, welche dem Manne vom 2. December seine eigenthümliche Handhabung der von ihr sonst stets in den Vordergrund geschobenen religiösen Grundlagen der Gesellschaft am leichtesten und über das Gelingen seiner Plane, an deren Früchten sie mitzuzehren hoffte, die ekelhafteste Freude an den Tag gelegt hatte. Das ultramontane „Mainzer Journal" bringt nemlich aus Frankreich folgende Correspondenz:

„Von der französischen Gränze, 20. Novbr. Man würde sich sehr täuschen, wenn man meinte, die wirklichen Zustände Frankreichs wären nach gewissen Organen und Phrasen bei officiellen Aufzügen allseitig schon gezeichnet und darnach zu bemessen. Im Gegentheile: es gibt noch sehr starke, der herrschenden Gewalt feindliche Mächte und Massen; ja es bedürfte nur geringer Zufälligkeiten, um diese, wenn auch nur momentan, ans Ruder zu bringen. Und was wäre dieß! Selbst im Militäre sind diese finstern Mächte stärker, als man denken sollte, und die vielfachen Gerüchte von geheimen Hinrichtungen complottirender Militärs haben theilweise Richtigkeit.*) — Wie verhaßt und peinlich bei der Ordnungspartei der Krieg mit dem Auslande auch immer ist, und die Deutschen, so lange diese Partei zu Rath und Gewalt ist, keine Invassion wol zu gewärtigen haben: so sind doch die Chancen der Art, daß Alles im Verlaufe eines halben Jahres möglich wäre. Frankreich ist momentan wol von der socialistischen Anarchie gerettet; aber seine inneren öconomischen und socialen Zustände sind darum doch nicht weniger als erfreulich. Einerseits das alte und alljährliche Deficit, andererseits die neuen und stets sich mehrenden Freigebigkeiten und Verschwendungen. Rechnet man hiezu noch den Schaden, welchen so viele Glücksritter anrichten, die jetzt zu einflußreichen Stellen gekommen sind, deren bald einziger Zweck im Geldsammeln und Prassen besteht, wie diese das Land an allen Ecken und Enden aussaugen, und wie dieses systemetische Aussaugen sich mit der steten Furcht vor den Rothen durchkreuzt und paart, dann hat man das rechte Bild von den innern Zuständen Frankreichs. Es beschleicht Einem darum auch unwillkürlich der Gedanke: so kann es nicht fortgehen, wenn es besser werden soll! Louis Napoleon hat sich zwar um Frankreich in den letzten Jahren sehr verdient gemacht (!), er verdient vor allen denen seine Stelle, welche bisher dieselbe eingenommen (??!), aber ob er darum im Stande sein wird, Frankreich zu retten, und gerade durch gewisse Prätensionen (die jetzt erhoben werden und seine Regierung zu einer legitimen machen sollen) zu retten — dies ist eine andere Frage. Es ist dies aber auch für eure deutschen Zustände nützlich und nöthig, denn selbst bei euch wird die rothe und die Wackelpartei nicht eher gründlich beseitigt werden, als bis beiden noch einmal Gelegenheit gegeben war, sich in ihrer ganzen Häßlichkeit und Erbärmlichkeit zu zeigen. Es ist das betrübt, aber es ist wahr."

*) Es wird sogar behauptet: in Vincennes sollten Officiere und Gemeine erschossen werden, weil sie gegen Napoleon conspirirten, und die Truppen weigertern sich der Reihe nach, diese — Hinrichtungen zu vollziehen.

Es ist natürlich nicht der Mühe werth, mit dem schwarzen Blatte über die „Häßlichkeit und Erbärmlichkeit" der rothen Partei oder gar über die „Verdienste" Louis Napoleons um Frankreich zu streiten. Was die letzteren betrifft, so muß das unglückliche Journal auf seinem Rückzuge doch einigermaßen darauf bedacht sein, mit seinen früheren Lobsprüchen nicht gar zu sehr in Widerspruch zu gerathen. Was das aber für eine Gesellschaftsrettung ist, welche schon nach einem Jahre in ihr völliges Gegentheil umschlägt, das springt von selbst in die Augen. Somit bleibt an dem Artikel nur die Merkwürdigkeit übrig, die man aber ziemlich hoch anschlagen darf, daß auch die schwarzen Ratten das abenteuernde Schiff zu verlassen beginnen.

München, den 1. Dec. Der heutige „Münchener Bote" berichtet u. a.: Auch Baiern hat eine Maßregel ergriffen, die eben nicht aussieht, als traue man dem Friedenskaiser oder Kaiserfrieden so recht. Das Truppencorps in der Pfalz wird nämlich auf seine volle Stärke gebracht!

Darmstadt, den 30. Nov. Das 4½procentige Anleben von 1,200,000 fl. zum Ausbau der Mainz-Wormser Eisenbahn hat das Bankierhaus Rothschild übernommen, und zwar zu dem Preise von 100 fl. 46¼ kr. für je 100 fl. Nominalcapital.

Wien, den 27. Nov. Nachdem in Folge der immer mehr überhandnehmenden Raubanfälle in Ungarn die Gendarmerie bei ihrer sonstigen Tüchtigkeit doch für die ungarischen Verhältniße nicht geeignet erkannt wurde, so ist die Wiedererrichtung der sogenannten Comitats-Panduren beschlossen, und der betreffende Erlaß bereits zur Sanction vorgelegt worden. — Unsere Börse ist in Folge fühlbarer Geldklemme in gedrückter Stimmung.

Wien, den 30. Nov. An die Stelle des anderweitig berufenen Frhrn. v. Prokesch ist Graf Thun nun wirklich zum kaiserlichen Gesandten in Berlin ernannt, und diese Ernennung verkündigt. Hofrath Hurter wurde in den Adelstand erhoben. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, den 29. Nov. Die Deputirten-Kammer

hat heute den Gesetzentwurf wegen Umwandlung der 5proc. Anleihen von 1840, 1842 und 1848 in 4½procentige einmüthig angenommen.

Frankreich.

Paris, den 27. Novbr. Ein Correspondent der Allg. Ztg. schreibt: Aus bester Quelle kann ich Sie versichern, daß der Papst positiv versprochen hat, die Salbung Napoleons III in eigener Person vorzunehmen. Die Epoche der Krönung ist auf den nächsten Mai festgesetzt, und es sind die betreffenden Vorkehrungen im großartigsten Maßstab bereits angeordnet. Namentlich sollen während des Winters die Restaurationsarbeiten in Notre-Dame ununterbrochen fortgesetzt werden, in welcher Kathedrale die Krönungsceremonie gleich jener Kaiser Napoleons I vollzogen werden wird.

Was ist nicht alles im Werk? Eine Compagnie mit 30 Mill. verspricht die Departements durch Bewässerungscanäle fruchtbar zu machen, andere beabsichtigen transatlantische Schifffahrtslinien einzurichten, und finden vielleicht nur darin Schwierigkeiten, daß die französische Schifffahrt überhaupt nicht gedeihen will; wieder andere wollen keine Stadt ohne Eisenbahn lassen, und ziehen selbst Blidah und Constantine in den Kreis ihrer Speculation.

— den 29. Nov. Während deutsche Regierungsblätter die bekannte Armeereduction nicht genug als Friedenswerk rühmen können, und vielleicht eben dieses Rühmens wegen, erklärt der halbamtliche Armeemoniteur ganz trocken: „Unsere Leser, welche mit der natürlichen Bewegung der Einberufung und Entlassung der jährlichen Contingente vertraut sind, werden vollkommen begreifen, wie die Regierung eine solche Reduction bewerkstelligen kann, ohne die Cadres der Armee zu desorganisiren und ohne ihre Stärke zu vermindern. Dazu bedarf es nur einer etwas frühern Entlassung der zu beurlaubenden Classen und einer etwas spätern Einberufung der Recruten. Unsere Leser werden daher in der Maßregel nur eine Operation weiser Oeconomie sehen, welche die Armee keiner ihrer wirklichen Ressourcen beraubt, weil sowol die Leute, welche vor der Zeit nach Hause geschickt wurden, als diejenigen, deren Einberufung hinausgeschoben wird, verfügbar und marschbereit bleiben" u. s. w. Die kriegerischen Geister werden durch diese Erläuterung der Reduction zufrieden gestellt sein.

Ein Journal hebt hervor, daß zu Lyon, Bordeaux, Marseille, Lille und in einigen anderen großen Städten die Zahl der Nein und der Enthaltungen zusammengerechnet jene der Ja überwogen haben.

Am 20. vorigen Monats kündigte der Moniteur an, daß die Société générale de crédit mobilier von der Regierung genehmigt worden sei, und in sechs Tagen waren die Actien dieser Gesellschaft, die auf 500 Franken lauten, hinaufgeschnellt auf siebenzehnhundert! Der gesunde Menschenverstand lehrt, daß dergleichen nicht mit rechten Dingen zugeht. — Die neue Anstalt leiht auf alle Papiere, kauft alle Papiere, vermittelt die Ausführung öffentlicher Arbeiten u. s. w. Bürgschaft leistet ein Capital von 60 Millionen Franken, von denen ein Drittel, 20 Millionen, sogleich durch Ausgabe von 4000 Actien zu 500 Franken realisirt wird. Dafür kann sie schon jetzt, man höre! Obligationen ausgeben für den fünffachen Betrag des realisirten Capitals; sobald aber die 60 Millionen eingegangen sind, Obligationen für den zehnfachen Betrag, für sechshundert Millionen Franken! Wohlverstanden, fügt man freilich hinzu, die ganze Summe muß durch Papiere im Portefeuille gedeckt sein. Aber was ist das für eine Deckung? Papier durch Papier! Und was für Papier! — Wir wollen nicht unsere eigenen Betrachtungen darüber anstellen, sondern eine Autorität in Handelssachen anführen. Die Times schreibt darüber in ihrer letzten Nummer: „Wir behaupten nicht mehr, als die Erfahrung der unternehmendsten und vorsichtigsten Nationen überflüssig beweis't, wenn wir erklären, daß noch nie eine Bank von einer solchen Einrichtung dem Rückschlag ihrer eigenen Unternehmungen widerstanden hat. Solche Versuche sind in den Vereinigten Staaten im Großen gemacht worden, in gewissem Umfange auch bei uns und in Schottland; aber, wie wir glauben, nie und nirgends ohne die traurigsten Folgen, obgleich wir nie gehört haben, daß eine Bank von Anfang an so gänzlich alle Grundsätze aufgegeben hat, nach denen das Bankgeschäft mit Sicherheit geführt werden kann. Was würde die Lage eines solchen Unternehmens sein, mit dem fünf- und zehnfachen Betrage seines Capitals in ausstehenden Verbindlichkeiten und das Uebrige in den schwankendsten Formen des Eigenthums, für welches Darlehen zu ihrem vollen Betrage gewährt sind — wenn irgend eine politische Zuckung oder irgend ein natürlicher Unfall dieses Kartenhaus erschütterte? Wenn ein Krieg eintritt, oder der plötzliche Tod eines Herrschers oder einer der tausend Unglücksfälle, von denen die Menschheit niemals lange frei bleibt, wie kann eine solche Bank sich schützen vor dem Schlimmsten? Sie würde mit der Fluth steigen und fallen, und eine niedrige Ebbe sie trocken auf den Strand werfen." (K. Z.)

Berichtigung. In dem gestern mitgetheilten Correspondenzartikel aus Paris vom 30. Nov., Seite 1325 Spalte 2 Zeile 5 von unten, lese man: „am 2. December (nicht am 21.) begibt sich der Kaiser von St. Cloud nach Paris ꝛc."

Italien.

Palermo, den 19. Nov. Der Ausbruch des Aetna wird immer heftiger. Ein Lavastrom folgt dem anderen, der letzte blieb nächst Montefinocchio stehen.

Vereinigte Staaten.

Mehre San Francisco-Zeitungen mußten aus Mangel an Papier ihr Format bedeutend verkleinern. In der letzten Zeit druckten sie auf farbiges Papier aller Art, ja sogar auf braunes Packpapier! und jetzt ist auch dies zu Ende und sie müßen die Publication theilweise einstellen. — Die Ueberland-Einwanderung dauert massenhaft fort, indeß erwartet man den Hauptzug erst im September zu Carsan Valley, da Cholera oder eine ähnliche Krankheit unter ihnen herrscht. Major Campbell von Missouri, der mit Familie und 2500 Stück Vieh dahin zog, starb unterwegs und ebenso eine seiner Töchter.

Ostindien.

Triest, den 26. Nov. Der so eben von Alexandria eingetroffene Lloyddampfer brachte uns Nachrichten aus Bombay vom 3. Novbr., aus Calcutta vom 23. Octbr. Prome wurde am 10. Oct. nach kurzem Widerstand genommen; der Verlust der Engländer war unbedeutend; indeß wird der Tod des Admirals Austen beklagt, der am Tage zuvor an der Cholera starb. Die Birmanen, 6000 Mann stark, haben sich auf sechs Meilen zurückgezogen. General Godwin ist nach Rangun zurückgekehrt; er ließ General Cheape als Corpscommandanten zu Prome zurück. Ein birmanischer Schatzmeister ist gefangen genommen. Man sieht das Ende des Kriegs nahe. Die Delhi Gazette meldet aus Kabul, Dost Mohammed habe den größten Theil der Bewohner von Balkh niedermetzeln lassen und mache große Anstrengungen um Herat zu erobern. In Balkh aber sei ein russischer Agent angekommen, um die Afghanen zu einem Bündniß zu bewegen — vielleicht auch um in die Fußstapfen jenes Unglücklichen zu treten, der bei einem frühern ähnlichen Anlaß gebraucht und dann, verläugnet, seinem Leben selber ein Ende machte. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

München, den 30. Nov. Der Hr. Ministerpräsident wird nicht schon morgen, wie ich irrig berichtet war, sondern erst im Laufe des Monats seine Portefeuilles wieder übernehmen — wichtigere Staatsangelegenheiten werden indessen auch jetzt schon unter Mitwirkung des Hrn. Ministerpräsidenten zur Entscheidung gebracht. (Allg. Ztg.)

Es heißt, nach Wiederherstellung des Ministerpräsidenten, werde bald ein außerordentlicher Landtag einberufen werden. (?) (N. Münch. Z.)

Bei der jüngsten theoretischen Prüfung der Rechtscandidaten fielen nicht weniger als 104 Candidaten durch; 30 davon wurden für immer zurückgewiesen, 74 erhielten die Erlaubniß, nach einjähriger Vorbereitung an der Universität die Prüfung noch einmal mitmachen zu dürfen.

*** Speyer,** den 3. Dec. Die dem Hrn. Haid gestohlene Summe ist beinahe vollständig aufgefunden; derselbe hat nämlich ermittelt, daß sich der entwendete Betrag nicht ganz auf 5000 fl. belief. Auch der flüchtige Dahlmann soll nun doch verhaftet sein.

Zürich. Es hat sich hier vor einiger Zeit ein Consumverein gebildet, welcher der arbeitenden Classe Colonialwaaren und andere Lebensmittel ohne Gewinn zum selbstkostenden Preise im Kleinen liefert. Gegen 7000 Menschen erhalten auf diese Weise ihren Bedarf, das ist der 4. Theil der Bewohner von Zürich und dessen Umgebung.

† Paris, den 1. Dec. Die monatliche Abrechnung ging sehr schlecht vorüber. Die Course sanken.

Auf Befehl des Prinzpräsidenten müßen im Laufe des nächsten Jahres sämmtliche Hauptorte der Departemente unter einander und mit Paris durch electrische Telegraphen verbunden sein. — In Folge der heftigen und anhaltenden Regengüsse, die in der letzteren Zeit gefallen, sind allenthalben in den Departementen die Flüsse und Bäche über ihre Ufer getreten. — Aus Algier vom 20. d. wird von einer außerordentlichen Dürre berichtet, welche Algerien heimgesucht hat.

Der Correspondent der Allgemeinen Zeitung schreibt: Wiewohl man sich im allgemeinen um das Ergebniß der Wahlen nicht kümmert, gibt es doch Leute, welche in den ministeriellen Journalen einen Unterschied von einer Million in den Angaben der Stimmenzahl von einem Tag auf den andern entdeckt haben. Diese Entdeckung scheint auch das Ministerium des Innern gemacht zu haben, denn während es denselben Anfangs die theilweisen Ergebnisse des Departements mitgetheilt, überschickt es ihnen jetzt nur eine Totalsumme mit dem Auftrag sie abzudrucken. Noch characteristischer ist die Thatsache, daß das Amtsblatt im Departement du Pas de Calais eine vom Präfecten ihm mitgetheilte Totalsumme der Stimmen enthielt die beträchtlich geringer als die vom Moniteur angegebene war, welche der Centralcommissär der Policei nach Paris telegraphirt hat. Das Journal von Calais erhielt den Auftrag, seine Ziffer nach dem Moniteur zu berichtigen.

Chambery, den 26. Nov. Eine englische Gesellschaft soll 65 Millionen Lire zum Bau der Eisenbahn von Lyon nach Chambery und Genf angeboten haben.

London, den 29. Nov. Die wichtigste Nachricht von hier ist, daß die Regierung mit Nächstem dem Parlamente eine bedeutende Creditforderung zur Vermehrung der Streitkräfte der Flotte vorlegen wird. Nicht die Schiffe, sondern die Schiffsbemannung soll vermehrt und zu dem Zwecke 5000 neue Matrosen und eine entsprechende Anzahl von Seesoldaten angeworben werden.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 30. Nov. Weizen 5 fl. 16 kr., Korn 4 fl. 34 kr., Gerst 3 fl. 42 kr., Spelz 3 fl. 46 kr., Hafer 2 fl. 51 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 27. Nov. Weizen 5 fl. 21 kr., Korn 4 fl. 35 kr., Spelz 3 fl. 55 kr., Gerst 3 fl. 42kr., Hafer 2 fl. 59 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 30. Nov. Weizen 4 fl. 59 kr., Korn 4 fl. 24 kr., Spelz 3 fl. 22 kr., Gerst 3 fl. 34kr., Hafer 2 fl. 26 kr., Kartoffeln 1 fl. 4 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 26. Nov. Weizen 9 fl. 37 kr., Korn 8 fl. 14 kr., Gerste 5 fl. 8 kr., Spelz — fl. — kr., Hafer 3 fl. 23 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1325] **Zur Abwehr.**

An die Protestanten zu Leistadt. — Liebe Mitbürger! Ihr waret heute Zeugen einer Verunglimpfung meiner Person und meines Characters, wie solche wol selten irgendwo vorkommt. Ja, von geheiligter Stätte, von der Kanzel herab, wo nur Liebe herrschen soll, wurden mir Angriffe von Hrn. Pfarrverweser Redel entgegengeschleudert. Ihr habts gehört, daß man mich einen Lichtfreund, Democraten, Wühler, Ungläubigen, Abgefallenen, Deutschkatholiken, Revolutionär u. s. w. nannte. Was habe ich gethan, daß man so über mich herfällt? Nichts, als ich habe Verwahrung eingelegt gegen die Einführung des Gesangbüchleins in unsre Schule, das nicht genehmigt, folglich nicht gesetzlich, und in keiner Nachbarsgemeinde anzutreffen ist. Ja, protestirt habe ich in einer ernsten heiligen Sache, in welcher die ganze Glaubens- und Lebensrichtung meiner Kinder in Frage gestellt ist. Protestirten ja auch früher schon sämmtliche Kirchenvorsteher gegen die Einführung des rythmischen Gesangbuchs. Ihr habt die erste Probe dieses Gesangs heute gehört, Ihr wißt welchen Eindruck er auf Euch machte. Mit der Person des Hrn. Pfarrverwesers habe ich nichts zu thun, mir gilt die Sache, darum weise ich auch seine Angriffe, weil sie öffentlich waren, öffentlich mit Abscheu zurück. Am größten mag sich aber der Herr Pfarrverweser an mir geirrt haben, wenn er mich und meinen Glauben mit einer Wassersuppe, die Strenggläubigen aber mit einer Fleischbrühsuppe verglich, was ein wahres Hohngelächter hervorrief. Ich glaube aber der Hohn galt — nicht mir. Urtheilet selbst auf welcher Seite das Recht ist.

Leistadt, den 21. November 1852.

G. P. Georgens.

[1324²] **Anzeige.**

E. Loudet, Hofzahnarzt von Carlsruhe, ist den 6. und 7. December im deutschen Hof in Mannheim zu sprechen.

[1326] **Mannheimer Kunstverein.**

Das von Frau von Simanwitz, aus Stuttgart gemalte, große Bildniß Schillers, als er noch in der Kraft der Jahre war, ist in dem Vereinslocale aufgestellt. Die Mitglieder des Vereins und ihre Familien sind höflichst zur Anschauung dieses Bildes eingeladen.

Am nächsten Samstag, als den 4. December, wird das Vereinslocal Morgens 9 bis Nachmittags 2 Uhr, und am Sonntag den 5. December, von 11 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags geöffnet sein.

Mannheim, den 2. December 1852.

Im Namen des Vorstandes.

[1323²] **Versteigerung von Pferden, Wägen und sonstigen Gegenständen.**

Montag, den 13. December nächsthin, Morgens 9 Uhr anfangend, zu Frankenthal, im Sterbhause des verlebten Holzhändlers Hrn. H. Mattil, werden folgende zu dessen Nachlaß gehörigen Gegenstände öffentlich an den Meistbietenden versteigert:

2 gut eingefahrene brauchbare Wagenpferde, 1 viersitziger Glaswagen und 1 Drotschke; — Chaisen- und sonstiges Pferdsgeschirr, zum Theil ganz neu; 1 Leiterwagen, 2 Kastenkarren, verschiedene Pflüge, Ketten und sonstige Ackergeräthschaften; — 1 Handkelter, 2 Tabakschneidbänke, mehrere Jagdflinten und sonstige Jagdgeräthschaften; — ferner mehrere Sopha's, Spiegel, Bilder, Bettstellen, Tische, Stühle, Schränke und sonstige Hausmobilien; — Bettung, Küchengeschirr und überhaupt Hausgeräthe aller Art.

Frankenthal, den 30. November 1852.

Neumayer, Notar.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 292 | den 5. December 1852.

Deutschland.

*** Speyer.** Was hat die Democratie zu wünschen: Krieg oder Friede?

Wir antworten: Friede!

Es wird zwar ganz gewiß auf die Wünsche weder dieser noch jener Partei im Geringsten ankommen. Allein wir haben keinen Grund, einer Erörterung der Frage auszuweichen.

Gibt man sich nicht, wie es leider nicht blos jetzt, sondern zu allen Zeiten fast überall geschieht, allzusehr den Eindrücken der augenblicklichen Zustände hin, — weicht man nicht zu sehr dem Gefühle, daß, weil etwas jetzt ist, es immer oder wenigstens lange hinaus so bleiben werde, — so muß sich aus der ganzen Lage der Dinge die feste Ueberzeugung begründen, daß der Gang der Entwicklung und der in diesem Entwicklungsgange mit unabwendbarer Naturnothwendigkeit bedingte Sieg der Volkssache, der Democratie, — im Frieden am allerbestimmtesten gesichert ist.

Der Krieg greift störend in diesen Entwicklungsgang ein. Er kann denselben auf Jahrzehnte hemmen, kann uns weit zurückwerfen. Eine Militärdictatur, die mit eisernem Fuße jeden Fortschritt niedertrit, liegt gar sehr im Bereiche der Möglichkeit.

Allerdings kann es auch anders kommen. Freilich würde ein jetzt ausbrechender Krieg nicht als Principienkampf, sondern als Eroberungskrieg beginnen, wenn selbst der Angreifer, wie es wahrscheinlich ist, freiheitliche Schlagwörter anwendete. Aber gewaltig würden sich Diejenigen täuschen, welche etwa wähnen, man werde diesen Kampf eben in der gleichen Weise, wie etwa die Erbfolgekriege im vorigen Jahrhunderte, auch zu Ende führen können. Bedurfte man schon bei dem ersten Auftauchen freiheitlicher Elemente im deutschen Volke alles Dessen, was das Jahr 1813 zu Tag brachte, so darf man nur das Verhältniß des Heranwachsens jener Elemente an Intensivität und Ausdehnung und insbesondere das seitdem erst ausgebildete Selbstbewußtsein des Volkes in dieser Beziehung zum Maßstabe der Berechnung nehmen, und man wird das richtige Facit bekommen. —

Es liegt also der Gedanke ebenfalls sehr nahe, daß ein Krieg — ganz gegen dessen ursprünglichen Zweck — den Principien, welche die Neuzeit ins Leben zu führen bestimmt ist, schneller als alles Andere zum Siege verhelfen kann.

Allein die andere Möglichkeit liegt nicht minder nahe, daß, wie oben bemerkt, die ganze Culturentwicklung auf Jahrzehnte zurückgeworfen werden könnte.

Dazu käme jedenfalls aller Jammer, alles Elend, alles Unglück, — die ein jeder Krieg in seinem Gefolge hat.

Darum sind wir keinen Augenblick im Zweifel, was wir wünschen sollen. Wir ziehen den unbedingt sicheren Sieg einem vielleicht schnelleren Siege, den die Volkssache erlangen würde, vor. —

*** Die Klopfsomnambüle in Bergzabern.** Im Laufe dieses Jahres wurden in öffentlichen Blättern mehrmals die eigenthümlichen Erscheinungen besprochen, welche ein an einer chronisch-nervösen Krankheit leidendes Mädchen in Bergzabern seit nun fast einem Jahre darbietet, und welche sehr verschiedenartige Ansichten über deren Natur und Grund veranlaßten. Da dieselben wirklich seltsamer Art sind, und ihre öffentliche Beurtheilung wegen Unsicherheit des wirklich Thatsächlichen bisher nur sehr schwankend sein konnte, so seien hier die vorzüglichsten Erscheinungen, so weit diese durch eine einmalige Beobachtung sich erkennen ließen, mitgetheilt.

Das zwölfjährige Mädchen von anscheinend scorphulös-leukopflegmatischem Habitus (es leidet an einer scorphulösen Augenliederdrüsenentzündung) ist während des Tages gesund, und besucht die Schule. Doch bemerkt man an ihm nicht selten Zuckungen der willkürlichen Muskeln und eine gewisse Unruhe in der Haltung wie bei den in leichtem Grade an Veitstanz leidenden Kindern. Des Abends erst, sobald es sich zu Bette gelegt, beginnen die krankhaften Erscheinungen. Es verfällt dann, wenn man es ruhig sich selbst überläßt, alsbald und oft plötzlich in einen schlafähnlichen Zustand. Während desselben treten entweder verschiedenartige Krämpfe auf, oder das Mädchen stöhnt und ächzt, oder es werden verschiedene Geräusche hörbar, die allmählich in ein deutliches Kratzen oder Klopfen übergehen. In letzterem Falle liegt das Mädchen ruhig, die Hände meist unter der Decke, während deutlich aus dem Bette ein Kratzen oder aus der Umgebung des Bettes ein Klopfen hörbar wird. Das Klopfen gleicht ganz dem Geräusche, das man erzeugt, wenn man auf eine etwas gespannte Leinwand mit den Händen kratzt. Dasselbe ist bald schwächer bald stärker, bald höher bald tiefer in der Tonscala, und sinkt zuweilen fast zu einem Baßtone herab, wobei es dann an Stärke zunimmt, und dem Kratzen des Schornsteinfegers ähnlich wird; es tönt so aus dem Bette hervor, als ob es wirklich auf dem Leintuche erzeugt würde. Das Klopfen tönt meistens aus der Wand, an welcher das Bett ansteht, oft so, als ob Jemand jenseits der Wand mit einem starken Instrumente an dieselbe schlüge, zuweilen aber auch aus einzelnen Theilen der Bettlade, als wenn an dieselbe geklopft würde.

Das Kratzen und Klopfen ist übrigens einigermaßen von dem Willen der Umstehenden abhängig, indem diese Geräusche oft bezüglich der Anzahl der Töne, der Höhe derselben und des Tactes sich nach dem ausgesprochenen Wunsche eines Umstehenden richtet. Dieser Wunsch wird gleich willfährig vollzogen, ob man ihn laut oder leise und aus einer Entfernung äußert, daß eine normale Hörfähigkeit ihn nicht vernehmen würde. Diese Erscheinungen wechseln mit Zuckungen, allgemeinen erschütternden Krämpfen und Aechzen ab, und, was auf das Höchste überrascht, zuweilen, wenn alles Uebrige ruht, wird die Bettlade in einer Weise erschüttert, und der Länge nach so heftig und schnell hin- und hergeschoben, wie dies nicht durch menschliche Muskelkraft, sondern nur durch eine kräftige Maschine möglich scheint.

Nachdem diese Phänomene eine viertel oder halbe Stunde angehalten, erwacht das Mädchen und blickt unbefangen um sich, als ob nichts geschehen wäre. Ueberläßt man es sich selbst, so wiederholt sich dieselbe Reihe von Erscheinungen mehrmals wieder, bis das Mädchen in einen natürlichen gesunden Schlaf versinkt, der bis zum folgenden Morgen dauert, nach welchem es, wenn die Krämpfe am vorhergehenden Abend nicht zu heftig waren und nicht zu lange gedauert haben, wohl und munter aufsteht.

Man erzählt außer den beschriebenen Erscheinungen noch viele andere, die zum Theil in das Gebiet des Hellsehens gehören, die aber hier übergangen werden, weil man deren wirkliches Vorkommen nicht verbürgen kann, und weil viele derselben auf, bei solchen Veranlassungen unvermeidlichen, Uebertreibungen beruhen mögen.

Ueber die Natur dieser Erscheinungen sind die Meinungen der Sachverständigen sehr getheilt. Ein Theil derselben sieht in ihnen das Werk eines höchst kunstreichen Betrugs, während der andere dieselben auf natürlichen, aber freilich bis jezt unerklärten, mit den sonst bekannten Erscheinungen des thierischen Magnetismus verwandten Vorgängen beruhen läßt. Jene führen zu ihrer Unterstützung eben das Unerklärliche der Erscheinungen und die anerkannte Häufigkeit des Betrugs bei den thierisch-magnetischen Wunderdingen an.

Es würde hier zu weit führen, alle Untersuchungen und Proben, welche von ärztlicher Seite über zwei Monate lang in- und außerhalb des elterlichen Hauses mit dem Mädchen angestellt wurden, näher mitzutheilen, um den Verdacht eines Betrugs hier fern zu halten und zu beweisen, daß die Geräusche und Töne nicht mit den Händen oder Füßen der Kranken erzeugt werden; es möge genügen, hier zwei ganz ähnliche Fälle, auf welche bereits auch von anderer Seite hingewiesen worden ist, ins Auge zu fassen.*) Der eine findet sich ursprünglich in Hecker's Annalen, Juni 1834, von Dr. Plath mitgetheilt, und ist in Schneider's Nauralgion 2. Ausgabe, 1. Band S. 207 bis 215 aufgenommen. Ein 14jähriges Mädchen, das im Winter des Jahres $18\frac{31}{32}$ oft kränkelte, und während des darauffolgenden Mais an einer Gehirnkrankheit litt, verfiel im Verlaufe dieser Krankheit in Krämpfe, die constant von 7 Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends ohne Unterbrechung über ein halbes Jahr in einer Weise anhielten, daß man beim ersten Anblick zweifeln mußte, ob die Kräfte nur acht Tage zur Ertragung derselben ausreichen könnten. In der ersten Zeit war während der Krämpfe ein wenig Besinnung vorhanden, die aber später sich ganz verlor. „Gegen Mitte des Januar 1832," so heißt es bei Schneider, „vernahm man in der Nähe der Kranken ein Klopfen und Kratzen in verschiedenem Zeitmaaße, vollkommen so, als ob erstes mit dem Knöchel des Fingers an den Wänden des Bettes, leztes mit den Nägeln an den Einlagebrettern desselben geschähe. Die Töne erschienen so auffallend in der Nähe des Bettes, waren so sehr den Bestandtheilen desselben entsprechend, daß man nicht umhin konnte zu vermuthen, sie würden von der Kranken selbst mit den Händen oder Füßen unter der Bettdecke hervorgebracht, ein Irrthum, dessen unmittelbare Beseitigung durch Hinwegnahme der Bedeckungen durchaus keine Schwierigkeit hatte. An eine Täuschung von Seiten der Umgebungen der Kranken war hier gar nicht zu denken. Die Kranke selbst ward auf die mannichfachste Weise geprüft. Ihr Bett erhielt einen andern Platz, ward völlig entleert und genau besichtigt, ohne daß, nachdem die Kranke wieder hineingelegt worden, die Töne sich verändert hätten. Sie ward auf einen Stuhl im entgegengesetzten Winkel des Zimmers gebracht, und sehr bald hörte man das Klopfen und Kratzen auch dort, nur daß der Ton sich verminderte, als ob am Holze des Stuhles geklopft und gekrazt würde. Patientin ward ferner ohne vorherige Anzeige in ein anderes Zimmer und Bett gebracht, und kaum war sie dort, so zu sagen, warm geworden, so klopfte und kratzte es auch dort, und Dr. Plath konnte schon damals seine Ueberzeugung aussprechen, daß die Töne in der näheren Umgebung der Kranken zu haften schienen; daß ferner die Töne weder vom Munde noch von den Händen, Füßen, Gelenken u. s. w. der Patientin selbst ausgingen, noch daß endlich dieselben von irgend einem Anderen absichtlich hervorgebracht wurden. Diese Ueberzeugung theilten viele achtbare Aerzte und Nichtärzte, welche die Kranke besuchten. — Jene Töne begannen am 12. oder 13. Januar, nahmen eine Zeit lang an Heftigkeit und Stärke zu, und verloren sich allmählich nach der Mitte März. Sie erschienen sowol während der Krämpfe als auch in den freien Zwischenräumen, niemals aber während die Kranke schlief*) Am stärksten waren sie gegen Abend, und konnten offenbar durch äussere Einflüsse hervorgerufen werden, namentlich wenn man am Bette oder irgend einem harten Gegenstande vorklopfte oder vorkratzte, worauf alsdann unmittelbar die Antwort in gleicher Stärke, gleichem Zeitmaße und gleicher Anzahl der Schläge erfolgte. Oft blieb das Vorklopfen des Einen mehrere Tage ohne Beantwortung, während der dicht daneben klopfende Finger eines Anderen sogleich die Töne hervorlockte. Später ließen sich die Töne auch schon hervorrufen, wenn man nur davon redete, oder die Zahl der Schläge bestimmte. Wurde im Zimmer gesungen oder auf der Straße musicirt, so ward klopfend nicht selten der Tact angegeben. — Gegen Ende Februar 1832, während die Krämpfe noch in ihrer vollen Stärke fortdauerten, verschwand das Klopfen plötzlich, und nur der kratzende Ton wie an den Einlagbrettern des Bettes ließ sich noch hören. Nun wurden diese Bretter aus dem Bette entfernt, statt ihrer eine gewöhnliche Schiffshängematte von grober Leinwand in demselben befestigt, und die Kranke auf eine nothdürftige Unterlage und ohne weitere Bedeckung daraufgelegt. Sehr bald ließ sich das Kratzen hören, und zwar genau so, als ob in der groben Leinwand der Hängematte gekrazt würde. Von dieser Zeit nahm auch der kratzende Ton bedeutend ab u. s. w." Das Mädchen, das in manchen Momenten auch hellsehend gewesen sein soll, genaß allmälig vollkommen. Niemand, der den ganzen Bericht dieses Falles liest, und nicht denselben als von Dr. Plath erfunden erklärt, wird hier an einen Betrug denken; und wie überraschend ähnlich ist er mit dem gegenwärtigen in Bergzabern! (Beschluß folgt.)

München, den 1. Dec. Zufolge eines Kriegsministerialrescripts vom Gestrigen hat das 1ste Chevauxlegersregiment die Benennung „Karl Pappenheim" und das 7te Infanterieregiment die Benennung „Hohenhausen" von nun an zu führen. Die von einigen bayerischen Blättern in den jüngsten Tagen gebrachte Nachricht, es seien die Beurlaubten der in der Pfalz stehenden Truppenabtheilungen einberufen worden, entbehrt jeder Begründung. (Allg. Ztg.)

---

*) Wir hegen mit dem verehrten Verfasser des vorstehenden Aufsatzes die gleiche Grundansicht: alle derartigen Erscheinungen sind nichts Anderes, als die Wirkungen **materieller** Ursachen. Bei dieser Uebereinstimmung in der Hauptsache, müßen wir jedoch bemerken, daß dasjenige, was der Hr. Verfasser zur Constatirung der Erscheinungen anführt, dazu keineswegs ausreichen kann. Wenn ein absichtlicher oder unabsichtlicher Trug noch nicht entdeckt ward, so ist damit die Gewißheit keineswegs hergestellt, daß ein solcher nicht dennoch existirt. Auch können die weiter citirten zwei Beispiele hier nicht entscheiden, da vor Allem deren Richtigkeit selbst erst bewiesen sein müßte, was heute, hintennach, ohnehin nicht mehr möglich ist. — Die Geschichte der Naturwissenschaften führt Beispiele auf, die weit besser beglaubigt, durch Hunderte von Wahrnehmungen erwiesen, ja die unumstößlich zu sein schienen, und die sich hintennach doch als Täuschungen und Trug herausstellten. Eine Erscheinung, die mit Allem im Widerspruche steht, was man, seitdem man beobachtet, (also jedenfalls seit Jahrhunderten!) wahrnahm, bedarf mehr, als der Erwähnung von drei Vorkommnißen, um als Thatsache gelten zu können. So lange aber die Facta nicht vollkommen sicher gestellt sind, können Erklärungsversuche nur in zweiter Linie erscheinen. Dabei sind wir übrigens dem Hrn. Verfasser des vorstehenden Aufsatzes dafür dankbar, daß er die Sache von dem Gebiete des Mirakulösen auf das des Natürlichen verweist. Wir drücken dabei unsere Ueberzeugung aus, daß, bei der wunderbaren Entwicklung der Naturwissenschaften (trotz aller Bemühungen der Finsterlinge, deren Macht hier eben nicht mehr ausreicht, um Halt zu gebieten!), es gar nicht mehr viele Jahrzehnte dauern kann, bis man über das Mirakelwesen, in welcher Form es auch auftrete, so wenig mehr auch nur noch ein Wort zu verlieren brauchen wird, als etwa über Hexereien, — mag es auch immerhin einzelne Leute geben, die sich an solchem Glauben erbauen. D. Red.

*) Dies ist denn doch jedenfalls auch ein sehr bezeichnendes Moment! D. Red.

Frankfurt, den 2. Decbr. Der „Frkf. Postztg." wird aus Wien das Gerücht mitgetheilt, der König von Sardinien, von der ultraliberalen Partei bedrängt, habe durch Marschall Radetzky um eine militärische Unterstützung in Wien angesucht!! *)

Berlin, den 29. Nov. Rußland soll in Berlin und Wien versichern lassen, daß der Kaiser im Falle eines, vorerst durchaus nicht wahrscheinlichen, Krieges mit Frankreich, innerhalb weniger Wochen ein Armeecorps von 240,000 Mann an der polnischen Gränze zusammenziehen könnte. Nach demselben Maßstab sollen von österreichischer und preußischer Seite die Vorbereitungen getroffen sein. (A. Z.)

Berlin, den 30. Nov. Unter den mancherlei Differenzen, welche zwischen den katholischen Kirchenbehörden und der Staatsgewalt entstanden sind und wahrscheinlich auch in den Kammern zur Erörterung gelangen werden, nimmt die wegen Benutzung katholischer Kirchhöfe zur Bestattung anderer Confessionsverwandter eine bedeutende Stelle ein. Die Cabinetsordre vom 15. März 1847, welche diese Angelegenheit regelte, hat bei den betheiligten Prälaten, insbesondere bei dem Bischofe von Paderborn, niemals Anerkennung gefunden. In neuester Zeit sind die Polizeibehörden angewiesen worden, auf strengste Ausführung der königlichen Ordre zu halten. Das bischöfliche Generalvicariat zu Paderborn hat in Folge dessen die Geistlichen angewiesen, „geschehen zu lassen, was sie nicht hindern können", jedesmal aber eine schriftliche Verwahrung durch den gesammten Kirchenvorstand unterzeichnen zu lassen und einzureichen. Die Polizeibehörden sind von dem Oberpräsidenten hiervon mit der Weisung in Kenntniß gesetzt worden, keinen Protest anzunehmen. (Köln. Ztg.)

Königsberg, den 29. Nov. Am Sonnabende stand vor der Criminaldeputation des hiesigen königlichen Stadtgerichts Hr. Dr. Rupp, angeklagt, durch eine von ihm verfaßte Broschüre, betitelt: „Die Jesuitenfurcht, ein Capitel aus dem modernen Gespensterglauben" dem §. 135 des Strafgesetzbuches zuwidergehandelt zu haben, weil er die bestehende evangelische Landeskirche dem Haß und der Verachtung aussetzte, indem in jener Schrift gesagt ist, auch sie handle nach dem verrufensten Grundsatze der Jesuiten „der Zweck heiligt die Mittel." Der Gerichtshof verurtheilte den Dr. Rupp, nach kurzer Berathung, zu zweimonatlicher Gefängnißhaft und sprach auch die Vernichtung der vorfindlichen Exemplare der mit Beschlag belegten Broschüre aus.

Posen, den 29. Nov. Unsere über 10,000 Köpfe starke jüdische Bevölkerung hat es sehr übel genommen, daß der Antrag, einen jüdischen Deputirten in die erste Kammer zu schicken, nicht angenommen worden ist; sie hat sich deßhalb wirklich mit den Polen verbündet, was die Folge nach sich gezogen, daß bei den vorgestrigen Gemeinderathswahlen zur Hälfte Polen und zur Hälfte Juden gewählt worden sind. Höchst auffällig war es, die hohe katholische Domgeistlichkeit an den Wahltisch treten zu sehen, um öffentlich für Juden zu stimmen. (A. Z.)

Wien, den 28. Nov. Bekanntlich hat der Kaiser bereits vor mehr als drei Monaten an sämmtliche Regimentscommandos ein Befehlsschreiben erlassen, über die Untadelhaftigkeit jener Officiere zu berichten, welche die k. k. Kämmererswürde bekleiden. Mit demselben Auftrag wurde eine Commission Civilbeamter unter dem Vorsitz des Grafen von Hartig errichtet, um über das Verhalten der geheimen Räthe und Kämmerer aus dem Civilstand in der Prüfung der letzten Jahre Bericht zu erstatten. Dem Vernehmen nach hat diese Commission den Vortrag an Se. Maj. erstattet, dem früheren Minister von Pillersdorf die geheime Rathswürde zu entziehen! (Allg. Ztg.)

— den 28. Nov. Die „Presse" spricht sich heute über die neue pariser Bank folgendermaßen aus: „Wir nehmen keinen Anstand, den Plan dieses neuen Unternehmens als die zügelloseste und zugleich zweckwidrigste Schwindelei zu bezeichnen, die je von einem Projectenmacher erdacht oder von einer unbesonnenen Regierung gut geheißen wurde. Nicht neben Law, dem geistreichen Schwindler des achtzehnten Jahrhunderts, nein, neben Herrn Louis Blanc und Proudhon wird die Geschichte den Namen des Mannes nennen, der sich als Erfinder jenes hirnverbrannten Projectes legitimiren wird, dessen voraussichtliches Mißlingen die französische Regierung nach bitteren Enttäuschungen eines Mißgriffes überführen dürfte, denn sie bei einiger Rücksicht auf die anerkanntesten Wahrheiten der Finanzwissenschaft sehr leicht vermieden hätte."

Zwischen Oesterreich und Sachsen ist ein Uebereinkommen getroffen worden, in Folge dessen österreichischen „Unterthanen", welche Pensionen aus öffentlichen Cassen beziehen, gestattet wird, diese auch in Sachsen zu verzehren, und umgekehrt.

Wien, den 30. Nov. Der Kaiser hat ein umfassendes neues Vereinsgesetz genehmigt. Politische Vereine sind dadurch im Allgemeinen nicht gestattet.

Frankreich.

Paris, den 1. Dec. Gestern Abend um 7 Uhr haben sich der gesetzgebende Körper und der Senat, beide in corpore und in großer Uniform, nach St. Cloud begeben und dem Prinzen Ludwig Napoleon feierlichst die Declaration überbracht, daß das französische Volk ihm die erbliche Kaiserkrone übertragen wissen wolle, wie solches das Senatusconsultum vom 7. Novbr. d. J. besage. Auf die vom Präsidenten Billault im Namen des gesetzgebenden Körpers gehaltene Ansprache und die vom Vicepräsidenten Mesnard im Namen des Senats und Frankreichs dargebrachten Glückwünsche erwiederte der Kaiser: „Ich nehme von heute mit der Krone den Namen Napoleon III an, weil mir das richtige Gefühl (la logique) des Volkes in seinen Acclamationen denselben schon gegeben, weil der Senat ihn in legaler Weise vorgeschlagen, weil die ganze Nation ihn bestätigt (ratifié) hat." Napoleon III. schloß seine Ansprache: „Helfen Sie mir eine stabile Regierung zu begründen, welche Religion, Gerechtigkeit, Rechtschaffenheit und die Liebe den leidenden Classen zu Grundlagen hat. Empfangen Sie hier meinen Eid, daß ich es mir Alles werde kosten lassen, die Wohlfahrt des Landes zu sichern, und daß ich den Frieden aufrecht erhalten, aber durchaus nichts nachgeben werde, was die Ehre und Würde Frankreichs berührt." — Der „Moniteur" meldet heute die Ernennung der Generale Saint-Arnaud, Magnan und Castellane zu Marschällen von Frankreich und viele Gnadenacte und Straferlasse. Die für Preßvergehen den Journalen gewordenen Verwarnungen sind zurückgenommen, und 290 Deportirte sind theils vollständig begnadigt, theils sind ihre Strafen gemildert.

Dem gesetzgebenden Körper ist aus dem Moseldepartement ein Protest wegen bei der Abstimmung vorgekommenen Betruges zugegangen. Derselbe blieb unberücksichtigt und man ging zur Tagesordnung über.

Paris, den 28. November. Eine Art von Vehmgericht, dessen Sitz zu London ist, verurtheilte Louis Napoleon in Form Rechtens zum Tod, und schreibt jedem Staatsbürger als die heiligste Pflicht vor, das Urtheil zu vollstrecken. (Allg. Ztg.)

Spanien.

Madrid, den 26. Nov. Das Ministerium hat gegen sämmtliche freisinnige Blätter Preßprocesse eingeleitet, und nun sind sie alle suspendirt, und das Ministerium wird zur Zeit der Cortereröffnung frei und ledig

*) Wenn wahr, wäre dieser Vorgang nur geeignet, beizutragen, den Constitutionalismus zu ruiniren, sodann aber wäre der französischen Politik eine erwünschte Gelegenheit gegeben, sich nach Belieben in die Verhältniße Oberitaliens ebenfalls einzumengen. D. Red.

von jeder Opposition in der Presse sein. Um so heftiger dürfte aber die Opposition in der Kammer werden.

Italien.

Venedig, den 27. Novbr. Hier verbreitet sich das Gerücht, daß seit etlichen Tagen die kriegsrechtliche Commission zu Mantua ihre Urtheile über die politischen Verbrecher gesprochen und zur Sanction eingegeben habe. Zehn davon sollen auf Tod lauten, die übrigen auf mehrjährige Kerkerstrafe. Man spricht auch, daß unter den zum Tode Verurtheilten sich drei Geistliche befinden, für die einige Bischöfe jedoch die Gnade des Kaisers erbitten wollten. Der Monarch sah aber gerade in den Umtrieben des italienischen Clerus das größte Hinderniß zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung, es soll daher seine Antwort kurz und ablehnend gelautet haben. Die meisten der Ueberführten vergiengen sich vorzüglich durch Ankauf und Verbreitung Mazzinianischer Loose. Viele derselben gehören dem wohlhabenden Stande an; aus Venedig befindet sich darunter ein Advocat, ein Chirurg, ein Gutsbesitzer und einer der thätigsten Kaufleute. — Der Scharfrichter begab sich gestern Abends mit seinen Gehülfen eilig nach Udine, wohin er auf telegraphischem Wege zu einer Execution gerufen wurde. (A. Z.)

Vereinigte Staaten.

Im März tritt bekanntlich der neue Präsident Pierce sein Amt an, und bis dahin wird er auch sein Cabinet ernennen. Darf man den bereits umgehenden Gerüchten Glauben schenken, so soll General Caß, der Hauptbeschützer Kossuths, zum Kriegsminister und James Buchanan, Senator für Pennsylvanien, zum Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten bestimmt sein. Die Presse spricht sich bereits über diese Wahl, falls sie sich bestätigen sollte, sehr zufrieden aus. (Beob.)

Türkei.

Jerusalem, den 26. Oct. Die zur Entscheidung der von Rom und Frankreich in Bezug auf die Kirche des heil. Grabes angeregten Besitzfrage zusammengetretene Commission ist seit ein paar Tagen auseinandergegangen, ohne rücksichtlich der Hauptfrage zu einem andern Ziele, als etwa dem Bewußtsein gekommen zu sein, daß die Parteien jetzt vielleicht von einer Einigung noch entfernter als vorher. Die Griechen waren zu einiger Nachgiebigkeit bereit; als sie aber an die Katholiken die Frage stellten, ob letztere, im Fall man ihnen in dem einen oder andern Punkt willfahrte, dann auch sich zufrieden geben und ferneren Ansprüchen entsagen würden, soll Monf. Botta, der aus Ninive's Palästen den Charakter eines Assyrischen Eroberers zurückgebracht zu haben scheint, sich dahin erklärt haben, daß man, da die katholische Kirche grundsätzlich jede andere von ihr getrennte als ketzerisch betrachten und daher die heiligen Stellen als von Ketzern entweiht ansehen müsse, nicht eher zufrieden sein könne, als bis man endlich den Anspruch des ausschließlichen Besitzes durchgesetzt habe. Natürlich ward ihm darauf die nicht minder verständliche Antwort, daß man auf sothane Erklärung es fürs gerathenste halte, zu behalten was man habe. Bei diesem unerquicklichen Streite gereicht es vielen zum Trost, daß man noch immer guten Grund hat, an der Identität der sogenannten heiligen Orte insgesammt zu zweifeln. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

München, den 1. Oct. Der baierische Gesandte am französischen Hofe (so muß man wohl jetzt schon sagen!) wird bei der eben stattfindenden Kaiserproclamirung nicht in Paris anwesend sein. Hr. v. Wendland weilt seit einiger Zeit hier in der unmittelbaren Umgebung des Monarchen, und scheint noch keine Anstalten zur Abreise zu machen. (A. Z.)

St. Petersburg. Die Anerkennung Napoleons des III soll unbedingt erfolgen. Der Kaiser, heißt es, blicke vertrauensvoll auf das ins Leben tretende Kaiserthum, wenn nur dasselbe nicht auf die Vergangenheit recurriren wolle.

Riga. Die Cholera ist hier mit außerordentlicher Heftigkeit ausgebrochen und richtet große Verheerungen an.

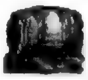
Hiezu eine literarische Beilage; eine weitere Beilage folgt morgen.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1324²] **Anzeige.**

E. Loudet, Hofzahnarzt von Carlsruhe, ist den 6. und 7. December im deutschen Hof in Mannheim zu sprechen.

[1319²] **Wein- und Fässer-Versteigerung.**



Montag, den 13. December nächsthin, Vormittags 9 Uhr, zu Mittelhambach in dem zum Nachlasse der nachgenannten Erblasser gehörigen Hause, werden die zur Verlassenschaft der allda verlebten Eheleute Bernhard Disson des Alten und Anna Margaretha geborne Anslinger gehörigen Weine, als:

6000 Liter 1850er,
2500 „ 1851er,
7000 „ 1852er,

aus deren eigenen Weinbergen gezogen und rein gehalten, außerdem noch 12 Fässer von 6 Ohm bis zu 45 Ohm, der Abtheilung wegen öffentlich an die Meistbietenden versteigert.

Neustadt, den 16. November 1852.

Neumayer, Notär.

[1254] **Niederländische Dampf-Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an

von Ludwigshafen am Rhein täglich:

4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.

Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	bin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.

Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.

Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.

Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 — Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 292.) den 5. December 1852.

Deutschland.

Kassel. Eine Hassenpflug'sche Verordnung bestimmt u. a., daß gemischte Ehen nach der Confession des Mannes eingesegnet werden müßten. Der hiesige katholische Pfarrer Hahne ist nun in eine Disciplinarstrafe von 20 Rthlrn. genommen worden, weil er eine bürgerlich bereits geschlossene gemischte Ehe eingesegnet hat, in welcher der Mann der evangelischen Confession angehört.

Bremen, den 1. Dec. Nach einer Verfügung des Senats ist der Buchdruckerei der Herren Emil Meyer und Dierckſen, weil die letzte Schrift Dulons: „Ueber das Heidelberger Gutachten ꝛc." aus ihr hervorgegangen ist, die Concession entzogen worden.

Wien, den 30. Nov. Zu Weihnachten werden die Verhandlungen der Zollconferenz auf die Dauer von 14 Tagen vertagt, und die Bevollmächtigten begeben sich in ihre Heimath, um den betreffenden Regierungen über die bis dorthin erzielten Resultate der Berathungen zu referiren. Anfangs Januar werden die Conferenzen wieder beginnen und ohne Unterbrechung bis zum Schluße fortgesetzt werden. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, den 2. Dec. Proclamation des Kaiserreichs.

Staatsministerium. Napoleon, von Gottes Gnaden und dem Willen der Nation, Kaiser der Franzosen. — Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen unsern Gruß. — Nach Ansicht des Senatus-Consultum vom 7. Novbr. 1852, welches dem Volke das nachfolgende Plebiscit unterlegt: „Das Volk will die Wiederherstellung der kaiserlichen Würde in der Person von Louis Bonaparte, mit Erblichkeit in seiner directen legitimen Nachkommenschaft, und ertheilt ihm das Recht, die Ordnung der Thronfolge in der Familie Bonaparte zu regeln in der Art, wie sie durch das Senatus-Consultum vom 7. Nov. bestimmt wird." — Nach Ansicht der Erklärung des legislativen Corps, welches besagt, daß die Wahloperationen überall frei und regelmäßig vor sich gegangen sind; — Daß die allgemeine Aufzählung der ausgesprochenen Stimmgaben über das vorgeschlagene Plebiscit ergeben hat: „7'824,189 Stimmzettel mit dem Worte Ja; — 253,145 Stimmzettel mit dem Worte Nein; — 63,326 ungültige Zettel;" — Haben decretirt und decretiren wie folgt: — 1. Art. Das Senatus-Consult vom 7. Nov. 1852, genehmigt durch das Plebiscit vom 21. und 22. Nov. und öffentlich bekannt gemacht, wird zum Staatsgesetz. — 2. Art. Louis Napoleon Bonaparte ist Kaiser der Franzosen unter dem Namen **Napoleon III.** — Entbieten und befehlen, daß Gegenwärtiges mit dem Staatssiegel versehen, in das Gesetz-Bulletin eingetragen, den Gerichtshöfen, Tribunalen und administrativen Behörden zugeschickt werde, damit sie es in ihre Register eintragen, ihm Folge leisten und es befolgen lassen. Die Minister, ein Jeder in dem das ihn betrifft, sind mit deren Ueberwachung beauftragt. — Geschehen im Palaste von Saint-Cloud, den 2. December 1852. — Gezeichnet **Napoleon.** Für den Kaiser: Der Staatsminister, gezeichnet Achille Fould.

Rede Napoleons an den gesetzgebenden Körper: „Meine Herren! Die neue Regierung, welche Sie heute inauguriren, hat nicht, wie so viele andere in der Geschichte, Gewaltthat, Eroberung oder List zu ihrem Ursprunge. Sie ist, Sie haben es so eben erklärt, das gesetzliche Ergebniß des Willens eines ganzen Volks, welches inmitten der Ruhe Das befestigt, wozu es inmitten heftiger Bewegungen den Grund gelegt hat. Ich bin durchdrungen von Erkenntlichkeit für die Nation, die dreimal in vier Jahren mich durch ihre Abstimmungen unterstützte und jedesmal ihre Majorität noch vermehrte, um meine Gewalt mehr zu steigern. Aber je mehr die Gewalt an Ausdehnung und an Lebenskraft gewinnt, desto mehr bedarf sie erleuchteter Männer, wie die, welche mich jeden Tag umgeben, unabhängiger Männer, wie die, an welche ich mich wende, um mich durch ihre Rathschläge zu stützen, um meine Autorität in richtige Schranken zurückzuführen, wenn sie jemals sich von denselben entfernen könnte. Von heute nehme ich mit der Krone den Namen Napoleon III. an, weil das richtige Gefühl des Volks mir ihn bereits in seinen Acclamationen gegeben, weil der Senat ihn in gesetzlicher Weise vorgeschlagen, und weil die ganze Nation ihn bestätigt hat. Indem ich diesen Titel annehme, verfiele ich deßhalb wohl in den Irrthum, der dem Prinzen vorgeworfen worden, welcher, bei der Rückkehr aus der Verbannung, Alles, was in seiner Abwesenheit geschehen war, für null und nichtig erklärte? Solche Verirrung ist weit von mir entfernt. Nicht blos erkenne ich die Regierungen an, welche mir vorausgegangen, sondern ich erbe gewissermaßen auch, was sie Gutes oder Schlimmes gethan; denn die Regierungen, welche aufeinander folgen, sind trotz ihres verschiedenen Ursprunges solidarisch verbunden mit ihren Vorgängern. Aber je mehr ich alles das annehme, was seit fünfzig Jahren die Geschichte mit ihrer unbeugsamen Autorität uns übermacht, um so weniger wäre es mir erlaubt, die glorreiche Regierung des Chefs meiner Familie und den regelmäßigen, obwol nur ephemeren Titel seines Sohnes, welchen die Kammern im letzten Aufzuge des besiegten Patriotismus proclamirten, mit Stillschweigen zu übergehen. Demnach ist der Titel Napoleon III. nicht eine jener dynastischen und veralteten Prätensionen, welche als eine Beleidigung gegen den gesunden Sinn und die Wahrheit erscheinen; es ist die Huldigung, erwiesen einer Regierung, welche legitim war, und der wir die schönsten Seiten unserer neueren Geschichte verdanken. Meine Regierung datirt nicht von 1815, sie datirt von diesem Augenblicke an, wo Sie die Voten der Nation zu meiner Kenntniß gebracht haben. Empfangen Sie also, meine Herren Abgeordnete, meinen Dank für den Glanz, den Sie der Kundgebung des Nationalwillens verliehen, indem Sie dieselbe durch Ihre Controle hervorstechender, durch Ihre Erklärung imposanter machten. Ich danke auch Ihnen, meine Herren Senatoren, dafür, daß Sie die ersten sein wollten, mir Ihre Glückwünsche darzubringen, wie Sie die ersten gewesen waren, den Volkswunsch auszusprechen. Stehen Sie alle mir bei, auf diesem durch so viele Revolutionen durchwühlten Boden eine stabile Regierung zu begründen, welche zu Grundlagen habe die Religion, die Gerechtigkeit, die Redlichkeit, die Liebe zu den leidenden Klassen. Empfangen Sie hier meinen Schwur, daß keine Anstrengung, keine Aufopferung mir zu schwer sein wird, um die Wohlfahrt des Vaterlandes zu sichern, und daß ich zwar den Frieden aufrechtzuerhalten bemüht sein, aber nichts von allem Dem nachgeben werde, was die Ehre und die Würde Frankreichs berührt."

Für Preßvergehen ist eine allgemeine Amnestie ertheilt.

† **Paris,** den 3. Dec. *) In der heutigen Sitzung (der Legislative?) wurde ein Decret der Regierung verlesen, das deren Auflösung anordnet.

Die heutigen Course fielen alle ohne Ausnahme; es war wieder die Rede von einer Conversion der 4½proc. Rente in 3proc. nach dem Plan des bekannten Hrn. Mires, der die 4½proc. zum Course von 75 umgewandelt haben will; der Bankerott eines Hamburger Speculanten, der für Ende November für 400,000 Fr. 4½proc. Renten gekauft hatte, gab Veranlassung zu starken Verkäufen, was die 3proc. besonders herabdrückte. Diese fielen um 50 C., die 4½proc. um 30 C. Die Eisenbahncourse gingen ebenfalls herunter.

Von gestern an hat der Kaiser seine Residenz in den Tuilerien fixirt. — Es fiel auf, daß gestern das diplomatische Corps in den Tuilerien nicht sichtbar gewesen ist. Der Grund davon besteht darin, daß die sämmtlichen Gesandten noch keine neuen Beglaubigungsschreiben erhalten haben, welche sie bei dem neuen Kaiser accreditiren. Lord Cowley, der englische Botschafter, ist indessen vorgestern in Paris angelangt und ist bereits im Besitze des Beglaubigungsschreibens, das er wahrscheinlich morgen in feierlicher Audienz dem Kaiser überreichen wird. Hr. v. Kisseleff, der schon seit mehren Tagen hier angelangt ist, hat dem Kaiser einen eigenhändigen Brief seines Souveräns, des Kaisers von Rußland, mitgebracht. Ohne Zweifel werden die diplomatischen Formalitäten binnen kurzer Zeit geregelt sein.

Die ungewöhnlichen Rüstungen Englands, welche nach der Versicherung der englischen Staatsmänner durch die Gefahr einer französischen Invasion motivirt sein sollen, haben die hiesige Regierung zu einem außergewöhnlichen Anerbieten veranlaßt. Die englische Regierung ist nämlich aufgefordert worden, die französischen Häfen von einer Commission besuchen zu lassen, um sich zu überzeugen, daß daselbst keine Vorbereitungen gemacht werden, die auf ein drohendes Unternehmen gegen England deuten könnten. — Die in Frankreich verweilenden Polen haben dem Kaiser ein Anerbieten gemacht, demzufolge sie sich bereit erklären, sich zur Disposition des Kaisers zu stellen, im Falle Frankreich von den fremden Mächten angegriffen werden sollte.

Die Soldaten und Unterofficiere erhielten einen Tag Soldzulage.

*) Die Correspondenz vom 1. und 2. December ist uns, vermuthlich wieder in Folge der auf den französischen Posten so oft vorkommenden Unordnung, noch nicht zugekommen. D. R.

Italien.

* **Florenz,** den 26. Nov. Der Großherzog hat bei Gelegenheit der Geburt eines Prinzen eine Amnestie in Betreff aller — wegen polizeilicher Vergehen Verurtheilten erlassen!

Rußland.

Von der russischen Gränze, den 24. Nov. Die dießjährige Rekrutirung in Rußland ist bedeutend stärker gewesen als die bisherigen. Sämmtliche Regimenter sind vollzählig.

Türkei.

Konstantinopel, den 20. Nov. Die Tscherkessen im Kaukasus sollen einen bedeutenden Sieg erfochten haben.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1253] **Anzeige.**

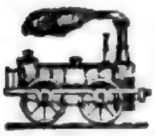
Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

[1304a]

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.



Da die von den Actionären eingezahlten Beträge mit Einrechnung des von der Großherzoglichen Staatsregierung zur Gleichstellung geleisteten Zuschusses zur Bestreitung der nothwendigen Ausgaben bis zum 31. Januar 1853 nicht hinreichen, so sehen wir uns veranlaßt, eine Einzahlung von 5 % (die eilfte) auszuschreiben, welche bis längstens zum

15. December 1852

bei Vermeidung der statutenmäßigen Conventionalstrafe zu leisten ist.

Die Zahlung beträgt nach Abrechnung der verfallenen Zinsen der bereits geleisteten Einzahlungen für jede Actie von 250 fl.

acht Gulden fünf und vierzig Kreuzer

(8 fl. 45 kr.) und kann für Rechnung der Gesellschaft geleistet werden:

In **Mainz**	an Herrn	**J. A. Heidelberger,**
„ „	„ „	**G. L. Kayser,**
„ „	„ „	**Fr. Korn,**
„ „	„ „	**C. Lauteren Sohn,**
„ „	„ „	**J. B. Werner,**
„ **Worms**	„ „	**Georg Renz,**
„ **Frankfurt a. M.**	„ „	**M. A. v. Rothschild & Söhne,**
„ **Köln**	„ den	**A. Schaaffhausen**'schen Bankverein,
„ **Berlin**	„ Herren	**Anhalt & Wagener.**

Hierbei machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß die nach Berechnung obiger Einzahlung noch zu zahlenden 35 % in folgenden Terminen werden erhoben werden:

5 % am 31. Januar 1853,
10 % „ 31. März 1853,
10 % „ 31. Mai 1853,
10 % „ 31. Juli 1853,

worüber besondere Aufforderungen erfolgen werden.

Zudem haben wir auf mehrfache an uns gerichtete Wünsche die Einrichtung getroffen, daß bei obengenannten Handlungshäusern jetzt schon die noch rückständigen 40 % voll eingezahlt werden können.

Denjenigen Actien-Inhabern, welche hiervon Gebrauch machen wollen, werden die Zinsen vom 15. December 1852 bis 31. Juli 1853 vergütet und die definitiven Actiendocumente demnächst ausgeliefert werden.

Mainz, den 1. November 1852.

Der Verwaltungsrath.

Neue

Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 293 | den 7. December 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** Uebereinstimmend mit so ziemlich Jedermann, hat dieser Tage ein ausgezeichneter Militär in der Allg. Ztg. seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß es zum Kriege kommen werde. Er hat sodann aber in umfassender Entwicklung vom militärischen Standpunct aus Befürchtungen beigefügt, daß, wenigstens in der ersten Zeit, es nicht gelingen dürfte, einen französischen Angriff zurückzuschlagen.

Wir sind nicht so kleinmüthig, dies sofort zuzugeben. Fragen wir aber nach dem Grunde jener Annahme, so erhalten wir die Antwort: Es fehlt dem Heerwesen der deutschen Staaten die Einheit.

Wenn wir nun auch nicht kurzweg dem Ergebniße der Entwicklung in der Allgemeinen Zeitung zustimmen, so können wir doch durchaus nicht in Abrede stellen, daß hier wenigstens einer der wunden Flecke bei uns berührt ist. Wir selbst würden ebenfalls dann unbedingt das Aeusserste erwarten, wenn (wozu glücklicher Weise dermalen noch wenig Anschein vorhanden) Ludwig Napoleon sich mit Rußland verständigte, und zwar, wie unter seinem Oheim und dann 1830 wieder (vor dem Ausbruche der Julirevolution) auf Kosten Deutschlands. —

Warum aber mangelt uns im Heerwesen, wie in allem Andern, die so nothwendige Einheit?

Die Reichsverfassung wollte eine solche wenigstens einigermaßen herstellen. Obgleich dies nur in sehr beschränktem Maße geschah, ertönte dennoch der Ruf: Wir wollen keinen „Einheitsstaat!" — nicht einmal ein wahrer „Bundesstaat" (und nur dieser war angestrebt) durfte zu Stande kommen.

Sollten sich aber die Befürchtungen des Verfassers in der Allg. Ztg. verwirklichen, oder sollten gar Frankreich und Rußland sich verständigen, dann würden gerade Diejenigen, welche am eifersüchtigsten die Einzelnsouveränität wahren zu müssen meinten, — es am allermeisten zu beklagen haben, daß der Bundesstaat nicht zu stande kam, denn gerade ihre Selbständigkeit, sogar ihre Existenz, wäre am meisten bedroht.

Dazu kommt noch ein anderer Umstand. Als uns 1840 ein Krieg drohte, welcher Eifer herrschte da, wie konnte selbst das Becker'sche „Sie sollen ihn nicht haben!" Eindruck hervorbringen. Seit 1848 hat man alles Mögliche gethan, das Volk gleichgültig zu machen, es möge vorgehen was da wolle. Und man hat sein Ziel erreicht. Diese Gleichgültigkeit — wie sehr gibt sie sich jetzt gerade auch bezüglich der Kriegsfrage kund! Man vernimmt höchstens die Ausdrücke der Neugierde: wie wird es kommen? — nicht die Ausdrücke einer Thatkraft im Volke!

* **Speyer.** In der Schweiz hat man begonnen, die Telegraphen wahrhaft gemeinnützig zu machen. Man hat nemlich einen Tarif festgesetzt, der die allgemeine Benützung derselben ermöglicht. Zwar wurden die Sätze des früheren provisorischen Tarifs verdoppelt, allein auch jetzt ist nicht mehr zu bezahlen als für 20 Worte 1 Frc. (28 kr.), bis zu 50 Worten 2 Frcs., bis zu 100 Worten 3 Frcs. Um diesen Preis muß die Depesche dem Adressaten sogleich in das Haus gebracht werden, soferne derselbe nicht über eine Viertelstunde entfernt wohnt, in welchem Falle man eine kleine weitere Vergütung zu leisten hat. (Zur Nachahmung!)

* **Die Klopfsomnambüle in Bergzabern.** (Beschluß.) Der andere Fall hatte schon im Jahr 1791 statt und wurde damals von Dr. Marc in einer lateinischen Dissertation mitgetheilt. Nach dem Bekanntwerden jenes Falles von Dr. Plath, brachte Dr. Marc den seinigen in der Gazette medic. de Paris Nro. 46, 1834 wieder in Erinnerung. Ein 11jähriges Mädchen wurde Ende Februar 1791 nach vorausgegangenen andern krankhaften Erscheinungen von heftigen Krämpfen fast immer gegen 11 Uhr des Nachts befallen. Sie dauerten mit mehr oder weniger Heftigkeit ¼ bis ½ Stunde. Während derselben behielt es manchmal sein Bewußtsein, ein andermal verlor es dasselbe. Am 14. April, nachdem in den letzten Wochen die Krämpfe an Heftigkeit bedeutend nachgelassen hatten, stellte sich eine ungewöhnliche Erscheinung ein, die Dr. Marc, damit man besser ihre Aehnlichkeit mit jener, welche Dr. Plath beobachtet hatte, beurtheilen könne, mit dem ursprünglichen lateinischen Texte seiner am Ende des vorigen Jahrhunderts geschriebenen Dissertation wiedergab. Folgendes ist die Uebersetzung der Stelle: „So verhielt sich der Verlauf der Anfälle vom Ende Februar bis zum 14. April. Nun aber wurden sie durch ein neues sehr schwer zu erklärendes Phänomen verstärkt, nemlich durch ein Geräusch in abgebrochenem Rhythmus, jenem ähnlich, welches die Mäuse durch Nagen in den Wänden erzeugen, oder das man hört, wenn man mit den Nägeln an einer Stange, deren Längsfasern quer durchschneidend, kratzt. Dieses Geräusch schien auf jedes Nebengeräth, das die Kranke berührte, überzugehen, als ob es in demselben und nicht in dem Körper des Mädchens erzeugt würde, und entsprach sowol bezüglich seiner Art als seiner Stärke der natürlichen Beschaffenheit des Nebengeräthes, so daß z. B. wenn die Kranke auf einem Stuhle saß, das Geräusch gleichsam aus dem Holze des Stuhles tönte. Am 16. und 17. April wurde das nemliche Geräusch, obwol in geringerem Grade, bemerkt; nach einem der heftigsten Anfälle wurde am 2. Mai ein Aderlaß gemacht, worauf die Paroxismen immer schwächer wurden, und gegen Ende des Monates völlig aufhörten.

„Die berühmtesten damaligen Professoren der Universität waren Zeugen dieser außerordentlichen Erscheinung, und um vor allem Betruge sicher zu sein, ließ man die Kranke völlig entkleiden, und so in einem Momente, wo sie es gar nicht erwartete, in ein anderes Zimmer bringen. Dessenungeachtet ließ sich das unerklärbare kratzende Geräusch vernehmen."

Auch dieser Fall gehört bezüglich seiner wesentlichen Erscheinungen mit dem unsrigen in eine Klasse, und namentlich gleicht er wie der vorhergehende diesem darin, daß die Geräusche genau der Natur und Beschaffenheit der Gegenstände entsprachen, die in der Nähe der Kranken sich befanden, und aus welchen die Töne hervorkamen.

Wie aber lassen sich alle diese Fälle erklären? wie sind dieselben mit den bekannten Naturgesetzen in Einklang zu bringen? Dr. Plath und Dr. Marc sind geneigt, in den Erscheinungen des Kratzens und Klopfens eine Art Bauchreden zu erkennen. Wer übrigens die ausgezeichnetsten Bauchredner gehört hat und die Erscheinungen der drei erzählten Fälle mit den Productionen jener vergleicht, wird hier einen bedeutenden Unterschied finden. Bei dem Bauchreden werden die Töne im Körper des Redners erzeugt und nur in geschickter Weise, und ohne daß der Mund sich öffnet, so modulirt, daß sie aus einer anderen Gegend herzukommen scheinen; auch ver-

stehen es die Bauchredner, einzelne Geräusche, z. B. das Sägen, täuschend nachzuahmen. In der Weise aber, wie in diesen Krankheitsfällen die Geräusche ganz der Natur eines beliebigen Gegenstandes entsprachen, welchen die Kranken entweder mit ihrem Körper berührten oder die in der Nähe derselben sich befanden, sind dieselben bisher durch Bauchredner nicht erzeugt worden.

In dem gegenwärtigen Falle in Bergzabern sieht man zuweilen gleichsam die Gegenstände ihre eigenen Schwingungen machen und dadurch die Töne erzeugen. Es scheint demnach, daß diese Kranken die Fähigkeit haben, ohne irgend einen Theil ihres Muskelapparates in Bewegung zu setzen, die Gegenstände, welche in ihrer Nähe sind, in tönende Schwingungen zu versetzen. Es wird dieses um so wahrscheinlicher, als, wie schon erwähnt, bei dem Mädchen in Bergzabern zuweilen selbst die Bettlade heftig erschüttert wird und mit außerordentlicher Kraft hin- und herbewegt wird, wie dies weder durch Bauchreden noch durch die Muskelkraft der ruhig daliegenden Kranken geschehen kann. Eine betrügerisch angebrachte Maschine kann hier auch nicht thätig sein, da diese der sorgfältigen Besichtigung der Bettlade und ihrer Umgebung nicht würde verborgen geblieben sein.

Wir wissen, daß in dem Nervensystem ein imponderabiles Wesen thätig ist, das zu den Nervenfasern in ähnlichem Verhältniße zu stehen scheint, wie die Electricität zum Leitungsdrahte. Daß dieses imponderabile Wesen nicht Electricität, nicht Magnetismus und nicht ein anderes bekanntes Imponderabile sei, wiewohl es mit diesen in eine Klasse zu gehören scheint, wird kaum mehr bezweifelt. Aber seine näheren Eigenschaften, die Gesetze denen es unterliegt, und namentlich ihr Verhältniß zu der wägbaren Materie, ist gänzlich unbekannt, während wir ihre wundervollen Wirkungen bei jeder Bewegung, bei jeder Empfindung und bei allen organischen Vorgängen beständig vor Augen haben. Könnte nun dieses Imponderabile, das in gesundem Zustande nur mittelbar durch die Bewegungen des Körpers nach Außen wirkt, oder auf ein anderes organisches Dynamid, nicht im krankhaften Zustande eine unmittelbare Wirkung auf die Umgebung ausüben? Wäre es nicht denkbar, daß bei den 3 Mädchen, deren Krankheit höchst wahrscheinlich eine ungewöhnliche Form des Veitstanzes ist, während ihres Paroxismus höchst kräftige Wirkungen einer solchen unwägbaren Kraft nach Außen stattfänden, welche die Schwingungen des Leintuches, der einzelnen Theile der Bettlade, der Wand u. s. w., und dadurch die Geräusche und Töne erzeugten? Durch eine sehr heftige Entladung dieser Kraft ließe sich denn auch die Erschütterung und Bewegung der Bettlade erklären. Das Befolgen der Wünsche der Umgebung würde eine gewisse Herrschaft der Kranken über die imponderabilen Strömungen andeuten, und der außerordentlich geschärfte Hörsinn mit den Erfahrungen bei anderen Somnambülen in Uebereinstimmung sein.

Diese Hypothese macht nicht den Anspruch, die merkwürdigen Erscheinungen faßlich erklären zu wollen; sie soll nur für die fernere Untersuchung auf eine Richtung aufmerksam machen, die nebst andern verfolgt zu werden verdient. Es würde, wenn diese Hypothese sich begründen ließe, der Nervenphysik sich ein neues Feld von Thatsachen eröffnen, deren Erscheinungen an das Reichenbach'sche Od erinnern, aber von diesem sich wesentlich dadurch unterscheiden, daß die Wirkungen des Od nur dem Gesichtssinne und Gemeingefühl der Sensitiven zugänglich sein sollen, während das hier thätige Dynamid für jeden Menschen deutlich in die Erscheinung tritt, und selbst unorganische Körper in Bewegung setzt. Jedenfalls, mag die Sache sich verhalten, wie sie wolle, bietet sie so mannichfaches Interesse, daß sie mehr, als es bisher geschah, namentlich von Seiten der Aerzte, gewürdigt werden sollte. Weder die Physiologen noch die Practiker haben derselben seither eine erhebliche Aufmerksamkeit geschenkt. Sie überlassen den gegenwärtigen Fall, wie so viele ähnliche, der Phantasie und Uebertreibungssucht der Laien, so daß derselbe, statt das Dunkel in diesem Gebiete etwas zu erleuchten, nur dazu beitragen wird, den Mißcredit, dessen alle somnambulistischen Erscheinungen sich zu erfreuen haben, zu erhöhen. — b.

*** Speyer.** Die preußischen Blätter sind angefüllt mit Betrachtungen über die Kammereröffnungsrede, die Verlegenheiten wegen definitiver Bildung der ersten Kammer, die Parteibildungen der Mitglieder der zweiten Kammer 2c. Wir unterlassen vorerst jede Mittheilung darüber, weil wir gewiß sind, daß die Sache unsere Leser nur langweilen würde. Das Ganze hat nur insoferne Bedeutung, als Alles zeigt, daß das specifische Preußenthum auf dem besten Wege ist, sich auch mit dem Constitutionalismus in der öffentlichen Meinung gründlich zu ruiniren.

Kassel, den 3. Dec. Soeben sind die Mitglieder unserer zweiten Kammer, welche den Finanzausschuß bilden, zu einem Zusammentritt einberufen worden. Man glaubt, daß die Regierung eine weitere Vorlage zur Beschaffung von Mitteln machen wird, da, wie es sich endlich klar herausstellt, das Anlehen von 1½ Millionen wirklich nicht vollständig hat effectuirt werden können. (F. J.)

Berlin. In den hiesigen Blätter liest man folgende, gar nicht unwahrscheinliche Nachricht: „Einer der letzten politischen Acte des verstorbenen Staatssecretärs der Vereinigten Staaten, Hrn. Webster, war der Erlaß einer Circulardepesche an die europäischen Cabinette in Bezug auf den Sundzoll; es wird darin mit Entschiedenheit die Ansicht geltend gemacht, daß endlich die Zeit gekommen scheine, wo man nicht länger mehr diesen durch kein Princip, weder des Völker- noch des Staatsrechtes, gerechtfertigten Zoll passiv ertragen dürfe, weßhalb im weiteren Verfolge der Wunsch ausgedrückt wird, gemeinsame Maßregeln in dieser Beziehung in Berathung zu ziehen." Die Americaner haben schon lange davon gesprochen, einige Fregatten abzusenden, um Schloß Kronburg in den Grund zu schießen.

Die Neue Preuß. Ztg. erfährt „aus guter Quelle," daß die Wahlansprache des Maire von La Guillotiere (Lyon), betreffend die „freche Drohung der heiligen Allianz," von hier aus zu einer diplomatischen Reclamation bei dem französischen Gouvernement geführt hat.

Danzig, den 30. Nov. Wie es heißt, bereitet sich ein hiesiger in der katholischen Religion geborner Handwerker durch Unterricht bei dem Reform-Rabbiner Dr. Stein auf den Uebertritt zum Judenthum vor, behufs Verheirathung mit einer Jüdin.

Hamburg, den 30. Nov. Das Niedergericht hat gestern den Schriftsteller Heitmann wegen Preßvergehen (begangen durch Aufnahme eines Artikels aus der Augsburger Allgem. Ztg.!!) in 150 Mark Cour. Strafe und in die Prozeßkosten verurtheilt. Dem Vernehmen nach wird der Verurtheilte gegen dieses Erkenntniß appelliren. — Die neulich erwähnten Schildkrotfedern scheinen nichts weniger als eine großartige neue Erfindung zu sein, die Probe wenigstens, die wir selbst neulich sahen, bewies, daß es einfache Gänsefedern waren, die nur auf eine neue Art präparirt sind.

Wien, den 27. Nov. In Laibach hat das Geschäftshaus W. und D. Moline und hier Jos. Leitner u. Comp. ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiva sowol des einen, wie des andern Etablissements werden auf 4—500,000 fl. veranschlagt.

Schweiz.

Bern, den 2. Dec. Das kecke und herausfordernde Auftreten des Ultramontanismus in der Schweiz, wie es besonders in der jüngsten Zeit wieder sichtbar ist und auf mancherlei geheime Plane schließen läßt, erregt nicht nur die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade, sondern dürfte auch manche Regierungen zu entscheidenden Schritten veranlassen.

Belgien.

Leute von politischem Blick, die aus Belgien kommen,

wissen nicht genug von der geheimen Einverleibungs-propaganda zu erzählen, die dort getrieben wird. In den Schenken wimmelt es von alten Renommisten, die sich rühmen, die Kaiserkriege mitgemacht zu haben; Portraits Napoleons I. und Napoleons III. drängen sich in jede Bauernhütte; die Orgeln auf den Straßen spielen kaiserliche Melodien; kurz, der Krieg mit kleinen Mitteln, den Louis Napoleon schon ein Mal mit so großem Erfolg geführt hat, ist in vollem Gang. Dazu kommt noch der gewaltige Respect, den die Eisen- und Steinkohlendecrete auf die hohe Bourgeoisie ausgeführt haben, und die Sympathien der geistlichen Partei, um die Frage von der Eroberung Belgiens durch eine selbentstehende Bewegung im Land selbst, oder, wie man sich hier ausdrückt, von der „Eroberung Belgiens auf dem friedlichen Wege" zu einer ganz ernsten zu machen. (S. N.-Z.)

Frankreich.

Paris, den 29. Nov. Man hat keinen Begriff davon, wie eifrig von den englischen Ultramontanen dahin gearbeitet wird, daß sich Louis Napoleon Englands bemächtige. Es gibt in Paris ein förmliches Comite von Irländern, welches dem Prinzpräsidenten eine Denkschrift nach der andern vorlegt, um ihm die Ueberzeugung beizubringen, daß er nur Irland in Besitz zu nehmen habe. In diesen Denkschriften wird namentlich die Einwendung widerlegt, daß Irland unregierbar sei und ein neues Algerien bilden würde, und nachgewiesen, welche Sympathien für Louis Napoleon in Irland bestehen. Durch Flugblätter, welche das hiesige irische Comite nach Irland schickt, sucht man diese Sympathien zu steigern. Daß die ultramontane Presse dort offen die Herrschaft Louis Napoleons predigt, ist bekannt.

— den 1. Dec. In den Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers vom 30. Nov. liest man, daß Baron Mercier den Antrag stellte, der Präsident Billault möge dem Präsidenten der Republik im Namen des gesetzgebenden Körpers den Wunsch ausdrücken, daß bei außerordentlichen Gelegenheiten der Kaiser sich selbst zum Dictator ernennen könne; der Senat solle darüber ein Senatus-Consultum annehmen. Der Präsident beseitigte diesen Vorschlag durch die Erklärung, daß derartige Angelegenheiten nicht vor den gesetzgebenden Körper gebracht werden könnten.

Der Moniteur macht auf das durch die neue Organisation des Gymnasialunterrichts erzielte Resultat aufmerksam, daß in der höhern Abtheilung am 1. Nov. d. J. 4023 Zöglinge beim klassischen Unterricht geblieben sind und 4560 den mathematisch-naturwissenschaftlichen gewählt haben, während am 1. Nov. des vorigen Jahres jener, 6339 und dieser blos 970 zählte.

— den 2. Dec. Die „Kölnische Ztg." enthält einige Correspondenzartikel unter diesem Datum, denen wir folgende Notizen entnehmen: Das Kaiserreich ist proclamirt, am Jahrestage des Staatsstreiches, am Jahrestage der Schlacht von Austerlitz. Leider scheint aber nicht die Sonne von Austerlitz, und ein heftiger Regen, wie der von Waterloo und der Katzbach, fällt vom düstern, mit Wolken bedeckten Himmel.... In der Eile noch einige kurze Notizen. Die Rede des Kaisers hat in den diplomatischen Kreisen große Aufregung hervorgerufen.... Die Notification der Thronbesteigung Napoleons III. an alle hier accreditirten Gesandten ist heute geschehen; bis heute Morgens hatte keiner der Gesandten eine Einladung zu der großen Soiree erhalten, die heute Abends in den Tuilerien Statt findet. — Man versicherte von gut unterrichteter Seite, daß Hr. v. Kisseleff einen eigenhändigen Brief des Czaaren an L. Napoleon überbracht habe. Der russische Autokrat soll in diesem Schreiben L. Napoleon zu seiner Thronbesteigung Glück wünschen, jedoch in so reservierter oder conditioneller Weise, daß der Empfänger nicht sehr davon erbaut sein werde. Der Ballon „Napoleon" ist heute Morgens wirklich mit 500,000 Exemplaren der Kaiserproclamation in die Luft gestiegen.

Der Moniteur ist heute voll Decrete. Sie sind alle mit Napoleon unterzeichnet und von Napoleon (ohne III), von Gottes Gnaden und durch den Nationalwillen Kaiser der Franzosen, erlassen.

Ueber den Empfang, der dem Kaiser Seitens der Civil- und Militärbevölkerung zu Theil wurde, lauten die Berichte verschieden. Einige wollen eine wirkliche Begeisterung hier und da bemerkt haben; Andere sagen, nur im Tuileriengarten sei gerufen worden, die Nationalgarde habe stillgeschwiegen, und die Truppen hätten nur zum Theil große Begeisterung an den Tag gelegt.

† **Paris**, den 4. Dec. Der König von Neapel ist der erste Monarch, der Napoleon III anerkannt hat. — Der Kaiser hat gestern das Spital besucht mit den Worten: „Ich will, daß mein erster Besuch als Kaiser den Leidenden geweiht sei." — Außerdem werden sehr viele Gnadenbezeugungen und Pensionsverleihungen gemeldet. Auch hat Napoleon 200,000 Frcs. bestimmt, um zu bewirken, daß die Eltern ihre Kinder aus den Findelhäusern zurücknehmen. Für jedes reclamirte Kind sind 100 Frcs. bestimmt. — Der gesetzgebende Körper ist bis zum 14. Februar vertagt.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß die letzte Erndte in Frankreich für die Bedürfnisse des Landes nicht ausreicht. Die Regierung läßt deßhalb in Deutschland und andern angränzenden Ländern bedeutende Massen Getreide ankaufen.

Der Prinz Napoleon, der bekanntlich zum Vicekönig von Algier bestimmt ist, wird sein eigenes Ministerium haben. Es sind bereits 4 Minister ernannt.

Die heutige Börse war sehr wenig belebt. Das gestrige Fallen der Course war nicht ohne Einfluß auf dieselbe geblieben, und man zögerte, sich auf neue Käufe einzulassen. Die 3proc. Rente fiel wieder um 90 Cent., die 5proc. stieg jedoch um 60 Cent. — Die Entlassungen von Maires, Generalräthen und Mitgliedern der Municipalität, von Seiten der Legitimisten, mehren sich. Keine Entlassung, welche durch das Circularschreiben des Grafen von Chambord motivirt ist, wird von den Präfecten angenommen, sie suspendiren die Bittsteller bis zur definitiven Amtsentsetzung.

Spanien.

Madrid, den 26. Nov. Der Herzog von Riansares, der heute auf dem Markte war, um Einkäufe zu machen, wie er dies gewöhnlich zu thun pflegt, wurde von einigen Männern aus dem Volke insultirt und mußte sich auf die nahe Wache der Guardias Civiles flüchten.

* **Madrid**, den 28. Nov. Ein Königliches Decret nimmt die Entlassung des Kriegsministers an, und ernennt den General Cagetano de Urbira zu seinem Nachfolger. Man sagt, daß der Minister ausgeschieden sei, weil er mit der Reformirung der Constitution nicht einverstanden sei.

Die „Madrider Zeitung" veröffentlicht eine königl. Ordonnanz für Regelung der seitherigen Verordnungen über die in Spanien sich aufhaltenden Fremden. Eine wichtige Bestimmung dieser Ordonnanz ist es: daß kein Fremder in Spanien eine andere Religion, als die römisch-katholische, öffentlich bekennen dürfe. Da sieht man wieder, wie es mit der Glaubensfreiheit steht, wo der Ultramontanismus waltet.

Italien.

Turin, den 28. Novbr. In dem Chi vari, der zu Genua gehört, haben mehrere Verhaftungen von Protestanten wegen Proselytenmacherei stattgefunden, auch hat man den Verhafteten eine Anzahl Bibeln der British and Foreign Bible society weggenommen. Das Appellationsgericht in Casal hat den Advocaten Cattaneo wegen Verbreitung von Ferrari's Filosofia della rivoluzione zu 10 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Neueste Nachrichten.

München, den 2. Dec. Von dem neuen Staatsminister des Innern, Herrn Grafen Reigersberg, werden,

wie man vernimmt, in verschiedenen Zweigen der Verwaltung Aenderungen eingeführt werden, und zwar schon in nächster Zeit, da derselbe hiezu längst Vorbereitungen getroffen hat. Auch Personalveränderungen in der Verwaltung einiger Regierungsbezirke sollen in naher Aussicht stehen, und man bezeichnet bereits die betreffenden Personen. (N. C.)

Würzburg. Nach einer Bekanntmachung der Regierung für Unterfranken ist zwar durch die heurige Ernte der Bedarf des Kreises im Allgemeinen gedeckt und auch die Befürchtung vor Ausbreitung der Kartoffelfäule, die fast überall im Abnehmen begriffen ist, nicht weiter gerechtfertigt. Um indessen allen trotzdem möglichen Wechselfällen bei Zeiten die gehörige Fürsorge entgegensetzen zu können, hat die Kreisregierung alle Districtspolizeibehörden beauftragt, gewissenhaft zu erwägen, ob und in wie weit für ihre Bezirke namentlich aber für deren ärmere Bestandtheile der Bedarf an Lebsucht bis zur kommenden Erndte nachhaltig gedeckt ist, und, wo sich die vollständige Deckung nicht mit Gewißheit annehmen lassen sollte, eine außerordentliche Sitzung des Distriktsrathes zu berufen.

Mainz. Das Dampfschiff Delphin stieß mit einem Düsseldorfer Schiffe zusammen, und ward stark beschädigt.

Frankfurt, den 4. Dec. Die Anlehenspapiere für die Neustadt-Weissenburger Eisenbahn werden mit 1 Procent Agio bezahlt.

Basel. Das Journal des Debats enthält einen langen diplomatischen Artikel über die deutschen Angelegenheiten, woraus hervorzuheben ist, daß Preußen stets daran denkt, seine Ansprüche auf Neuenburg geltend zu machen, daß es in seinen feindlichen Gesinnungen gegen die Schweiz, Oesterreich und Rußland, die ebenfalls keine Gesandten mehr in Bern haben, zu Genossen hat, daß England und Frankreich günstiger gegen die Schweiz gesinnt sind, daß aber ein gewaltsames Einschreiten und Verwickelungen noch nicht nahe zu besorgen sind. (Sch. N.-Z.)

Miscellen.

Als Kuriosum mag eine Stelle finden, daß kürzlich in Holstein eine Uebersetzung der einst von L. Napoleon verfaßten Réveries politiques („Politische Träumereien"), wahrscheinlich auf Ersuchen des Elysee, mit Beschlag belegt worden.

Unser Planeten-System ist durch die jüngsten Entdeckungen auf dreißig Nummern gebracht, von denen 22 zu den sogenannten Asteroiden gehören, deren Bahn zwischen Mars und Jupiter fällt. Zur Zeit des Copernikus (1473 bis 1543), welcher zuerst die Bewegung der Planeten um die Sonne zur Geltung brachte, kannte man bekanntlich erst sechs Planeten (Merkur, Venus, Erde, Mars, Jupiter und Saturn). Erst am 13. Mai 1781 entdeckte Herschel (der Vater) den siebenten, den er Uranus nannte. Am 1. Jan. 1801 entdeckte Piazzi die Ceres, den ersten der Asteroiden oder Planetoiden, wie man die kleinen Planeten zwischen Mars und Jupiter zu bezeichnen pflegt. Im Jahre 1807 entdeckte Olbers den vierten, die Vesta. Fast vierzig Jahre vergingen, bis Galle in Verbindung mit Leverrier den Neptun entdeckte. Jetzt erfolgte in rascher Aufeinanderfolge die Entdeckung der 18 neuen Asteroiden: Asträa 1845 und Hebe 1847 durch Hencke, Iris und Flora 1847, Victoria 1850 und Irene 1851 durch Hind, Metis 1848 durch Graham, Hygiea 1849, Parthenope und Egeria 1850, so wie Eunomia 1851 und Psyche 1852 durch Gasparis, Thetis 1852 durch Luther, Massilia durch Chacornac 1852; ferner drei noch nicht benannte in demselben Jahre durch Hind, und die Lutetia gleichfalls im Nov. 1852 durch Goldschmidt. Im Jahre 1852 sind bis jetzt bereits sieben Asteroiden entdeckt worden.

Liebig äußerte sich in seiner Eröffnungsrede in München folgender Maßen über die vielbesprochene Odwissenschaft: „Da die Sinn- und Nervenapparate die Werkzeuge der Geistesoperationen des Beobachters sind, durch welche die Eindrucke, auf die er seine Schlüsse und Folgerungen stützt, empfangen und fortgepflanzt werden, so liegt es in der Natur der Sache, daß Personen, deren Nervensystem sich nicht in vollkommen gesundem Zustande befindet, sich zum Beobachten durchaus nicht eignen und Sie verstehen hieraus, warum die neue Odwissenschaft keinen Eingang in das Gebiet der Naturforschung gefunden hat. Der Entdecker des Od hat keine von allen den Erscheinungen, die das Od hervorbringen soll, selbst gesehen oder wahrgenommen, noch sind sie von anderen vorurtheilsfreien Personen mit gesunden Sinnen und dem besten Willen, sie wahrzunehmen, jemals wahrgenommen worden; seine Sensitiven sind nicht im Stande, das, was sie sehen oder empfinden, aus sich selbst heraus zu beschreiben; sie müssen erst von dem Fragesteller, der aber die Erscheinungen nicht sieht, und nie gesehen hat, auf die einzelnen Theile derselben und ihre Eigenthümlichkeit durch seine Fragen aufmerksam gemacht und geleitet werden."

Am 27. Nov. wurde in Walldorf bei Wiesloch auf dem Dache des Astorhauses der Kranz aufgesteckt. Dieses Astorhaus wird aus dem Vermächtniß des verstorbenen americanischen Kaufmannes Joh. Jak. Astor aus Walldorf gebaut und ist zu einer Armenverpflegungs-, Armenerziehungsanstalt und Kleinkinderschule für die Bewohner jenes Ortes bestimmt.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1327] **Bekanntmachung.**

Nachdem nun der Rückzahlung der Einlagen zur projectirten Ausspielung des Gasthauses zum Kronprinzen kein weiteres Hinderniß im Wege steht, der Unterzeichnete unter den gegebenen Verhältnißen aber, sich unmöglich in eine Correspondenz mit den einzelnen Loose-Inhabern einlassen kann, so wird in Bezug auf meine frühere Bekanntmachung vom 28. October d. J. behufs der Rückzahlung der Einlagen hiermit der 24., 25. u. 26. Januar 1853 bestimmt, wo die Einlagen gegen Rückgabe der Original-Loose und Vorlage der über die Zahlung der Einlage ausgestellten Quittung dahier im Gasthause zum Kronprinzen von 8 bis 12 Uhr und Mittags von 2 bis 6 Uhr jeden Tages zurückgenommen werden können.

Es bringt es übrigens die Natur der Sache und der Mangel jedes hiefür disponiblen Fondes mit sich, daß unfrankirte Zuschriften diesseits ebensowenig angenommen werden können, als man sich auf portofreie Zusendungen an einzelne Looseinhaber einlassen kann, diejenigen Looseinhaber, welche ihre Loose übrigens direct von uns bezogen haben, wollen sich wegen Rückempfang ihrer Einlagen an diejenigen selbst wenden, von denen sie ihre Loose erhalten haben, da man diesen die eingesendeten Einlagen bis zur angegebenen Zeit zusenden wird.

Nachdem übrigens von sehr vielen Looseinhabern der Wunsch geäußert worden, aus den über 27000 Gulden betragenden Einlagen, einen bedeutenden Hauptgewinn und eine beträchtliche Anzahl Nebengewinne zu machen, und sie unter den Inhabern der wirklich an uns bezahlten Loose, unter Leitung eines aus Looseinhabern gewählten Comite's auszuspielen, so würde man auch gerne diesseits diesem Ansinnen, als dem einfachsten Wege, die Sache auf das Schnellste ohne weitere Unkosten zu erledigen, die Hand bieten, wenn die Zustimmung Aller oder eines großen Theils der Looseinhaber hiezu constatirt werden könnte.

Die Schwierigkeit dieser Constatirung ist aber unverkennbar, indessen aber ist man bereit, deßfallsige Erklärungen, die jedoch portofrei noch im Laufe dieses Monats erbeten werden müßen, entgegen zu nehmen und würde im Falle einer beträchtlichen Anzahl von Zustimmenden hiezu, und insbesondere die Wahl eines Comite's, das Nöthige gerne einleiten.

Würzburg, den 30. November 1852.

Zorn, königl. Advocat.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 294 | den 8. December 1852.

* Amerikanische Briefe.

*** Das Girard-Collegium in Philadelphia.** Vor einiger Zeit wurde dieses Waisenhauses, dieser grandiosen Stiftung des edlen Stephan Girard, auch in europäischen Blättern gedacht. Der Bericht darüber war aber ungenau, besonders was die Eigenthümlichkeit der Anstalt betrifft. Es ist das stattlichste und schönste Bauwerk, welches auf amerikanischem Boden aufgeführt wurde. Vom Grunde bis zum Giebel aus Marmorplatten zusammengefügt, erregt dieser Palast die Bewunderung aller Derjenigen, die ihn besuchen. Mehr aber noch, als der Anblick dieses Hauses, ergötzt unstreitig der Anblick seiner Bewohner. Gleich entfernt von Luxus und Verweichlichung — wie von Mangel und Dürftigkeit, blühen da Hunderte von elternlosen Kindern empor, für deren vernünftige und zweckmäßige Erziehung die allseitigste Sorge getragen wird. Ein Freund, der vor Kurzem diese großartigste Waisenanstalt der Welt anschaute, erklärt: in seinem Leben nichts Anmuthigeres gesehen zu haben, als die heiteren Schaaren der Zöglinge in jenem Tempel der Vernunft und Humanität. — Ich komme nun zu der wahren Eigenthümlichkeit dieses Instituts. Der Gründer desselben hat in seinem Testamente als unumstößliche Bestimmung festgesetzt:

> daß nie der Fuß eines Geistlichen, welcher Schattirung immer er angehöre, Eintritt in diesem Hause finden solle.

Aufs strengste wird der Wille Girard's aufrecht erhalten, und jeder Fremde, der sich zum Besuch des Hauses meldet, muß den Beweis liefern, daß er wenigstens in seiner gesellschaftlichen Stellung keinerlei geistliche Strebungen zu verfolgen habe. Er erhält sodann eine Einlaßkarte, welche folgende Notiz an der Stirne trägt:

Extract from the Will of Stephen Girard.

I enjoin and require that no ecclesiastic, missionary, or minister of any sect whatsoever, shall ever hold or exercise any station or duty whatever in the said College; nor shall any such person ever be admitted for any purpose, or as a visitor, within the premises appropriated to the purposes of the said College.

Das heißt: „Auszug aus dem Testamente Stephan Girard's. Ich ordne an und bestimme, daß kein Geistlicher, Missionair oder Pfarrer irgend einer Secte, jemals irgend eine Stelle oder einen Dienst in dem gedachten Collegium erhalte oder ausübe; nicht minder soll keine derartige Person in irgend einer Absicht, auch nur zum Besuche, innerhalb des für die Zwecke des besagten Collegiums bestimmten Umfangs zugelassen werden."

Man wird nicht wenig erstaunen, daß so etwas in dem frommen Nordamerika vorkommen kann. Und doch theile ich hier nichts mit, als eine nackte Thatsache. —

Die Bemerkung drängt sich aber auf: welche bittere Erfahrungen muß der edle Girard in seinem Leben gemacht haben, um diese Bestimmung in sein Testament aufzunehmen?!

Deutschland.

*** München,** den 4. Dec. Die Verhandlungen unseres städtischen Magistrats haben begreiflicher Weise in der Regel kein Interesse für Sie und Ihr Publicum. Erlauben Sie mir, daß ich Sie dessenungeachtet einmal davon unterhalte. Sie haben kürzlich ein Beispiel aus Franken gemeldet, wie es einem Handwerker erging, der zur Ansäßigmachung hätte gelangen können, wenn er seinem Mädchen sein Versprechen gebrochen, und die Tochter eines verstorbenen Meisters geheirathet hätte, — der aber die Heirathserlaubniß nicht erhält, weil er nicht gegen seine Neigung heirathen und damit — eine unglückliche Ehe mit allen Folgen einer solchen begründen wollte. Als ob durch solche Einrichtungen das Glück der Leute und die viel angerufene Sittlichkeit des Volkes befördert würde! Solche Beispiele kann man diesseits viele anführen, wie Sie ja selbst hier von gar manchen gehört haben. Das sind so einige von den erfreulichen Zuständen, mit welchen die Weisheit Derjenigen auch die Pfalz beglücken möchte, (wenn es nemlich blos auf sie ankäme), welche, um „die politische Complexion der Pfalz zu verbessern" — subventionirt sind auf Landesunkosten!

Ich habe damit begonnen, von unseren Magistratsverhandlungen zu reden. Sie liefern in jeder Sitzung den Beweis, wohin man kommt, wenn man, nach dem Vorschlage jener Landesbeglücker, einmal das natürliche Verhältniß verläßt.

Und nun zum Beweise eine ganz kurze Aufzählung unserer gestrigen Magistratsverhandlungen, denen aber die einer jeden Sitzung vollkommen gleichen. Es kamen folgende Fälle vor:

1) Ueber die Heimathsverhältniße des Malers Schnorr, der hier sein Heimathsrecht zu behalten wünscht (was sich eigentlich von selbst verstehen muß, so lang er anderwärts ein solches nicht annimmt.) — 2) Einem Tafernwirth Schießl wird nicht gestattet, eine „Marquise" vor seinem Hause anzubringen. — 3) Ein halber Don Juan sucht um Heirathsbewilligung nach, da kamen aber gleich zwei weibliche Interessenten, die dagegen Protest erhoben. Das Gesuch wird ad acta gelegt. — 4) Ein Kaminkehrergeselle beantragt die Vermehrung der Kaminkehrerdistricte, wird aber abgewiesen. — 5) Betreffs des Verkaufs von Tirolerobst und Südfrüchten durch Tiroler haben sich die Obstler an die Regierung gewendet, werden aber abgewiesen. — 6) Auf die Berufung des kgl. Avocaten Dr. Kroning betreffs seines Privilegiums zur Desinfection der Abtritte wird die Bewilligung zur Ausübung dieses Privilegiums in der Sendlingerlandstraße ertheilt; das Collegium stellt aber den Vorbehalt, daß nur die Substanz selbst (Mittel zur Geruchlosmachung), nicht auch Guano und andere derartige Stoffe dort bereitet werden dürfen und auf Uebergriffe die Einziehung des Privilegiums erfolge. — 7) Das Gesuch des ehemal. Gastwirthes Lichtenthaler um Bewilligung zur Errichtung einer Steinkohlenniederlage wird abgewiesen, da kein Bedürfniß hiefür da sei. — 8 und 9) Auch zwei Musik-Lizenzgesuche werden abgewiesen. — 10) Die Uhrmacher haben sich schon früher gegen den Broncefabrikanten Kerner beschwert, weil derselbe Uhren mit Broncefiguren führe. Sie werden mit ihrer Beschwerde auch von der Regierung abgewiesen. — 11) Auch die Gesuche des Max Ott und Edm. Neuner um eine Weingroßhandlungs-Concession werden von der Regierung abgewiesen. — 12) Die Errichtung eines Krankenunterstützungsvereines durch die Arbeiter des Hofpianofabrikanten Biber wird von der Regierung genehmigt. — 13) Die Salzstößler beschweren sich gegen den Eisenhändler Kolbeck, daß derselbe Kerzen und Seife verkaufe. Da aber Kolbeck mit einem Seifensieder einen gemeinschaftlichen Laden hat, so geht die Beschwerde zu-

rück. — 14) Die Bäcker reichen beim Magistrat eine Denkschrift darüber ein, daß schon mehre Inhaber einer beschränkten Bäckerconcession auf solche verzichtet haben und ihnen dann dafür eine unbeschränkte Concession verliehen wurde; dadurch würden sich immer mehr Bäckergewerbe in dem Innern der Stadt concentriren, wodurch die Bäcker der Altstadt beeinträchtiget, die Bewohner der Vorstädte aber verkürzt würden. Daher beantragen die Bäcker, daß die Aufschlagung eines Bäckergewerbes an einem Orte von der obrigkeitlichen Behörde abhängen solle. Das Collegium antwortet hierauf, daß eine Fixirung der Gewerbe nicht stattfinden könne. — 15) Ein Gesuch um eine Schweinmetzgeroconcession wird abgewiesen, weil keine erledigt ist.

Kürzlich haben sich auch die Friseure über die Barbiere beschwert, weil die letzten sich beigehen ließen, die Haare zu schneiden; gleichzeitig lag eine Beschwerde der Barbiere gegen die Friseure vor, weil diese auch Bärte abnähmen. Nach reiflicher Berathung mußte der Magistrat in beiden Fällen den Barbieren Recht geben, und die Friseure mit Strafe bedrohen!

Gewiß kann sich, wo solche Einrichtungen bestehen, Niemand beschweren, daß die Fürsorge der Verwaltung sich nicht weit genug ausdehne, und daß zu wenig regiert werde. — Daß aber solche Einrichtungen so recht das Volk beglückten, es sittlich, wohlhabend und reich machten, das Gewerbswesen und die Lage sowol der Producenten als der Consumenten beförderten, überhaupt eine Art Eldorado herbeiführten, — dies kann man selbst an unsern mit Realrechten Ausgestatteten gar nicht so recht wahrnehmen. Welches Glück, wenn auch in der Pfalz solche Einrichtungen bestünden! Kein Wunder darum, daß es manchen Individuen ein wahres Gräuel ist, wenn ein „Hr. Keller" im Landrathe der Pfalz die „alte Leier" von den garantirten Institutionen wieder anstimmte. —

*** Speyer.** Deutsche Reactionsblätter haben kürzlich mit gewaltigem Lärm darauf aufmerksam gemacht, daß die „Democraten" den Hochverrathsprozeß zu Schwyz aus der „Freischärler Zeit" noch nicht beendigt hätten. Es gehört die ganze Unwissenheit eines Reactionsblattes dazu, von einer Herrschaft der „Democraten" im Kantone Schwyz zu reden, während kaum „Liberale" es sind, welche dort das Regiment führen, und es ist ferner die Wahrheitsliebe einer Rückschritts-Ztg. erforderlich, um die Zeit der jammervollen Niederlage des gepriesenen Sonderbundes als die der Freischaarenüberfälle zu bezeichnen. Allein dabei wollen wir uns gar nicht weiter aufhalten, sondern uns zur Sache wenden. Wie verhalten sich die democratischen Schweizer Blätter zu derselben? Verstecken sie sich etwa hinter die so oft gehörten Schlagwörter von der „Unabhängigkeit der Gerichte," die Niemand berühren dürfe? Nein; sie sagen: die Zögerung sei „nicht zu verantworten" (man kann dies in dem „Volksmann," der „Schweizerischen National-Ztg." und andern Blättern unumwunden gedruckt finden, trotz der Schweizerischen Preßgesetze.) Nur einen kleinen Nebenumstand erfährt man dabei, den die deutschen Reactions-Zeitungen zu verschweigen für gut fanden. Es ist der: daß in jenem Hochverrathsprozeße kein Mensch in Haft sitzt! — Schwerlich werden die Trompeten des Rückschritts gelegentlich dieser Mittheilung ihr gewöhnliches Lied anstimmen: „So machen es die Democraten wenn sie die Gewalt haben."

Die officielle Religiosität. Macaulay sagt in seinen historischen Schriften: „Ein öffentlicher Beamter, dem man sagt, daß er befördert werden wird, wenn er ein andächtiger Katholik ist, und von seiner Stelle entfernt, wenn er es nicht ist, wird wahrscheinlich jeden Morgen zur Messe gehen, Freitags das Fleisch von seiner Tafel ausschließen, regelmäßig zur Beichte gehen und vielleicht seine Vorgesetzten wissen lassen, daß er ein härenes Hemd auf der bloßen Haut trägt. Unter einer puritanischen Regierung wird eine Person, die erfährt, daß Frömmigkeit wesentlich sei, um in der Welt vorwärts zu kommen, in der Feier des Sonntags, oder wie sie ihn nennen wird, des Sabbaths, streng sein, und wird ein Theater vermeiden, als wenn die Pest darin wäre. Solch einen Schein von Religion wird die Hoffnung auf Gewinn und die Furcht vor Verlust im Lauf einer Woche in solchem Ueberflusse hervorbringen, als eine Regierung nur wünschen mag. Aber unter diesem Scheine bewahren Sinnlichkeit, Ehrgeiz, Habsucht und Haß unverminderte Kraft, und der anscheinend Bekehrte hat nun zu den Lastern eines Weltmannes alle die schwärzeren Laster gesellt, welche durch die stete Uebung der Verstellung erzeugt werden. Die Wahrheit kann nicht lange verborgen bleiben. Das Publikum entdeckt, daß die ernsten Personen, die ihm als Muster vorgestellt werden, des moralischen Princips und sittlichen Zartgefühls vollständiger ermangeln, als erklärte Wüstlinge. Es sieht, daß diese Pharisäer von wirklicher Güte weiter entfernt sind, als Zöllner und Huren. Und wie gewöhnlich stürzt es auf das entgegengesetzte Extrem von dem, was es aufgibt. Es betrachtet ein starkes religiöses Gepräge als ein sicheres Zeichen von niedriger Gesinnung und Verderbtheit. Am allerersten Tage, wo der Zwang der Furcht wegfällt, und wo die Menschen wagen können, zu sagen, was sie denken, verkündet ein furchtbares Getös von Lästerungen und Zweideutigkeiten, daß die kurzsichtige Politik, welche eine Nation von Heiligen zu schaffen bezweckte, eine Nation von Spöttern geschaffen hat." — Die Nutzanwendung auf unsere Zeit kann jedem Leser überlassen werden.

München, den 5. Dec. Von einer Reise des Königs nach Spanien ist nicht mehr entfernt die Rede. Wegen Herstellung einer Gleichförmigkeit in den Offiziers-paletots ist eine Kriegsministerialordre erschienen. — Auch sollen sämmtliche Infanterieoffiziere neue Säbel erhalten. (Münchener Bote.)

Kassel, den 3. Decbr. (Wichtige Staatsactionen.) Der Vicesuperintendent und Ministerialreferent, Hr. Vilmar, hatte sich, conform mit seiner exclusiven kirchlichen Stellung, ein Costüm machen lassen, welches in einem langen schwarzen Rock, mit einer Reihe Knöpfe und stehendem Kragen, sodann in einem dreiträndigen, ganz niedrigen schwarzen Hute bestand und welches vollkommen so aussah, wie es die Jesuiten zu tragen gewohnt sein sollen. Der Kurfürst, der Hrn. Vilmar fast ebensowenig als den Jesuiten gewogen ist, hat auf hierüber erhaltene Mittheilung Hrn. Vilmar alsbald das fernere Umbergehen in solcher Kleidung untersagt. Ein anderer Superintendent, welcher dem Geschmacke des Hrn. Vilmar durch die That huldigen wollte, hat ebenfalls sein neugefertigtes Costüm wieder in den Schrank hängen müßen. (F. J.)

Berlin, den 2. Dec. Die „Wehr-Zeitung" berechnet, daß, wenn Louis Napoleon sich auf das Legitimitätsprincip stützen wolle, er sich nicht Napoleon III sondern V nennen müßte. Ist der Herzog von Reichsstadt Napoleon II gewesen, so gieng bei seinem im J. 1832 erfolgten Tode das Erbrecht auf Lucian Bonaparte, Prinz von Canino, als Vatersbruder über und nach dessen Tod im Jahre 1840 auf den damals noch lebenden dritten Sohn desselben, Carl Lucian, also Napoleon IV, dieser Napoleon IV lebt aber noch und hätte für sich und seine drei Söhne den Ansprüchen auf den legitimen Kaiserthron entsagen müssen, ehe Louis Napoleon sich den Namen Napoleon V beilegen durfte.

Berlin, den 4. Dec. Die 2. Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Wahlen der beiden Abgeordneten von Köln, Landgerichtsrath Bürgers und Kanzler von Groote, mit 165 gegen 135 Stimmen für ungültig erklärt, weil für 33 Wahlmännerwahlen keine Urwählerabtheilungen gebildet worden.

Die demnächst in der Bundesversammlung zur Sprache und einstweiligen Erledigung kommende Bundespreßangelegenheit hat wol schwerlich etwas anderes als Abweisung zu erwarten. Mit Preußen dürften dem Vernehmen nach in dieser Frage in der Bundesversammlung

stimmen: Hannover, Oldenburg, Braunschweig und die thüringischen Fürstenthümer.

Belgien.

Brüssel, den 2. Dec. Die Discussion des Gesetzentwurfs über die Presse hat heute in der Repräsentantenkammer ihren Anfang genommen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten las eine geschriebene Rede ab. Er bestrebte sich hauptsächlich, festzustellen, daß die Regierung bei der Vorlage dieses Gesetzentwurfes nur aus eigenem Willen handle!

Frankreich.

Paris. Napoleon hat nun gewaltig mit Regelung seiner dynastischen Verhältniße zu thun. Zunächst handelt es sich um Bestimmung der Erbfolge, dann um Fixirung der Civilliste, ferner um Bestimmung einer Apanage für den Thronfolger, weiter um Festsetzung des Wittwenbezugs der Kaiserin. Nun kommen noch die besondern Ansprüche von Napoleons Verwandten. Prinz Lucian Murat und dessen zwei Schwestern, die Gräfin Rasponi und die Marquise Pepoli, erhoben gegen das Senatusconsult vom 6. Nov., welches sie von der kaiserlichen Familie ausschließt, ernste Einsprache. Sie wiesen auf ältere Senatusconsulte (von 1804) hin, denen zufolge alle Verwandten des Kaisers bis in den fünften Grad zur kaiserlichen Familie gehören. Sollten dieselben, was allerdings nicht wahrscheinlich, von Napoleon III anerkannt werden, dann bestände die kaiserliche Familie aus mehr Italienern als Franzosen. Im Gegensatz zu den Forderungen dieser und einiger andern Verwandten hat die Fürstin von Canino an den Prinzpräsidenten einen Brief gerichtet, worin sie für sich und ihre Kinder auf jede Stellung im Kaiserreich verzichtet, da dieselben Italiener sind und bleiben wollen.

— den 3. Dec. Der Kaiser — wie man jetzt sagen muß, wenn man nicht als Hochverräther angeklagt sein will, — soll mit seinem gestrigen Einzuge in Paris sehr zufrieden, und seine Freude über die endliche Erreichung seiner alten Wünsche soll sehr groß gewesen sein. Von Begeisterung sah man jedoch keine Spur; die Straßen waren zwar mit Menschen bedeckt, aber nirgends hörte man einen einzigen Ruf. — Heute Morgens fand beim Grafen von Hatzfeldt eine Versammlung mehrerer Diplomaten Statt. Man spricht von einem gemeinsamen Schritte der fremden Gesandten in Paris in Bezug auf die gestrigen Ereignisse. (Kölnische Zeitung.)

Rußland.

Von der polnischen Gränze, vom 29. Novbr. meldet die „Pos. Ztg.“: Es werden Anstalten getroffen, ein Armeecorps in der Umgegend von Kalisch zu lagern, und bereits Interimsmagazine etablirt. In der Adelnauer Gegend sind zu diesem Behufe schon 3000 Centner Heu, à 20 Sgr. franco bis Kalisch, angekauft und mehrere Ladungen bereits hier durch spedirt worden. Da auch bedeutende Haferankäufe jenseits gemacht werden, so ist mit Gewißheit anzunehmen, daß der größte Theil der hier zu lagernden Truppen aus Cavallerie bestehen werde.

Türkei.

Konstantinopel, den 20. Nov. Seit einigen Tagen geht hier das Gerücht von einer riesenhaften Niederlage der Russen im Kaukasus. Der Tscherkessenführer, Schamil-Bey, soll seine sämmtlichen Streitkräfte vereinigt und den Russen eine Schlacht geliefert haben, in welcher letztere 30,000 (?) Todte und 100 (?) Kanonen verloren. (Triester Ztg.)

Neueste Nachrichten.

Bamberg, den 3. Decbr. In öffentlicher Sitzung des Stadtgerichts wurde heute Vormittags die Preßpolizeisache des k. Advocaten Hrn. Prell gegen den Stadtcaplan Hrn. Mahr wegen Ehrenkränkung verhandelt. Hr. Mahr wurde zu 24 Stunden Arrest und einer Geldstrafe von 10 fl. verurtheilt.

Köln, den 4. Dec. Doctor Becker soll heute Morgen bereits nach einer Festung, man vermuthet Graudenz, abgeführt worden sein, um seine Strafe abzubüßen.

Berlin, den 3. Decbr. Unser Gesandter in Paris, Graf Hatzfeld, soll die gemessene Weisung erhalten haben, bei der Proclamirung des Kaiserthums nichts zu thun, was auch nur entfernt zu der Annahme einer officiellen Anerkennung von Seiten Preußens Veranlassung geben könnte. Man ist entschlossen, eine streng abwartende Stellung so lange beizubehalten, bis Ludwig Napoleon sich in Betreff seines Verhaltens den andern Großmächten gegenüber erklärt haben wird.

Amsterdam, den 1. Decbr. Auch bei uns ist eine Convertirung der 4prec. Staatsschuld eingeleitet.

Paris. Die katholischen Kirchenoberhirten ordnen in ganz Frankreich Feierlichkeiten an aus Veranlassung der Wiederherstellung des Kaiserthums. Es geschieht dies mitunter in den überschwenglichsten Ausdrücken.

Toscana. Von den Gründen zur Wiederherstellung der Todesstrafe heißt es, sie seien dem Großherzog allein bekannt.

Turin, den 29. Nov. Der König von Sardinien hat auf Grund eines Berichtes des Ministers des Innern den Gemeinderath von Final Marino aufgelöst, weil derselbe in der Angelegenheit eines vom Bischofe von Savona vor ungefähr drei Jahren entlassenen Geistlichen eine Bittschrift nach Rom gesandt hatte, ohne sie vorher der gesetzlichen Verordnung gemäß durch die Hände der höheren Staatsbehörden gehen zu lassen.

London. Am 30. November feierten die in London lebenden polnischen Flüchtlinge den 22. Jahrestag ihrer Revolution mit einem Seelenamt in der römisch-katholischen Kapelle auf Soho-Square.

Landreise nach Californien.

(Fortsez. des in der Beilage zu No. 289 mitgetheilten Aufsatzes.)

Am 24. Juni brachen wir wieder auf, dem Fort Laramie entgegen, das von hier 340 Meilen entfernt am Fuße der Felsengebirge liegt. Bald erreichten wir den Platte River, der eine Breite von einer Viertelmeile hat, dessen Wasser stets trüb ist; denn sein Bett besteht aus feinem Triebsand, den die starke Strömung beständig aufrührt. 80 Meilen von Fort Kearney theilt sich der Platte in 2 Arme, die südliche und nördliche Gabel. Die südliche mußten wir passiren. Einer half dem Andern und leistete Vorspann. So arbeiteten wir uns glücklich durch. Das Wasser reichte bis an den Wagenkasten und drohte unsere Lebensmittel zu durchnässen. Sogleich verließen wir den Fluß und zogen westwärts fort.

Hier befanden wir uns in der Region der wilden Buffalos und meine Neugierde war auf ihren Anblick gespannt. 50 Meilen von der South Fork entfernt — was ließ sich dort auf den Hügeln sehen? Dunkle Körper, welche den Boden überall hin bedeckten, — es waren Tausende und Tausende von Buffalos! Ihnen zu Fuß nachzujagen ist ein höchst schwieriges und meist nutzloses Unternehmen; die großen und stark gebauten Thiere können schnell laufen und nur einem guten indianischen Pferde ist es auf die Länge möglich, mit ihnen aufzukommen. Einmal sah ich drei Büffel und ein Kalb hinter einem Bluff, etwa nur 300 Fuß von mir entfernt, so daß ich diese Ungethüme genau mustern konnte. Sobald sie meiner gewahr wurden, starrten sie mich mit ihren funkelnden Augen an, so daß mich der Teufel (wenn ich noch einen geglaubt hätte) nicht ärger erschreckt haben würde. Ich nahm die Flucht, aber die Thiere rissen auch aus, und als ich sah, daß sie meine Gesellschaft eben so wenig liebten, wie ich die ihrige, blieb ich stehen und folgte ihrem Galopp mit meinen Blicken. Die Büffel haben eine sehr breite Brust, die Vorderbeine sind etwas höher als die hintern, der Kopf ist breit und lang, kroll-

haarig vor der Stirn, die Farbe fällt in's Dunkelbraune und ihr Fleisch gleicht dem Ochsenfleische. In meiner Gesellschaft gab es mehre gute Schützen, die sich schulgerecht hinzu schlichen und wirklich Beute machten. Die Luft ist hier so rein, daß das Fleisch, in Scheiben geschnitten, binnen 24 Stunden trocknet. Es fehlt dem Reisenden nur an Zeit, diese Präparation abzuwarten. An andere Jagd ist nicht zu denken. Ich habe keinen einzigen Hirsch, kein einziges Reh gesehen. Fischerei in den Flüssen gibt es nicht. Wölfe, die jedoch nicht gefährlich und etwas kleiner als die europäischen sind, kommen zu Tausenden und umheulen Abends und Nachts die Lagerplätze, daß die Ohren gellen. Mosquitos finden sich hier, besonders an den Flüssen, in solchen Massen, daß Menschen und Vieh von ihnen unaufhörlich gepeinigt werden. So ging es fort, beständig zwischen Buffalos hin, von denen einmal ein gescheuchter Trupp unter unser Vieh gesprungen kam. Unsere Schützen schossen und erlegten einen, aber zum Unglück trafen sie auch eine unserer besten Kühe. Theurer Buffalo!

Pferd und Büffel sind des Prairie-Indianers Lebenselement. Das Fleisch des Büffels dient ihm zur Nahrung, die Häute verbraucht er als Hausgeräth oder vertauscht sie an die Handelsleute, welche jeden Sommer die Prairien durchziehen. Die Händler geben dafür kein Geld, sondern wollene Decken, Karmoisinroth und Indigoblau, — feine Perlen, mit denen die Indianerinnen die schönsten Blumen kunstreich auf Kleider und Schuhe sticken. Die Büffel- und selteneren Hirschhäute werden auf die zarteste Weise gegerbt und zu Kleidern und Schuhen verwendet.

Etwa 115 Meilen von Fort Laramie trafen wir einen Trupp Indianer, der mit Weibern und Kindern ungefähr 230 Köpfe zählte. Der Häuptling überreichte uns eine Schrift, die vom Commandanten der Festung unterzeichnet war und bescheinigte, daß dieser Siouxstamm nicht feindlich gesinnt sei, weßhalb jeder Reisende vermeiden möge, ihn zu beleidigen. Ihr Anblick war grotesk, ihr Erscheinen und ihre Tracht wunderbar. Wir bemerkten bald, daß sie gekommen waren, um etwas von unsern Lebensmitteln zu erhalten. Unsere Reisegesellschaft war jedoch nicht überreichlich damit versehen und konnte nur wenig geben. Ich pflege gewöhnlich mit meinem Privatwagen ungefähr 50 Yards vom allgemeinen Lagerplatz entfernt zu campiren; dies war auch hier der Fall. Bald zählte ich 36 Indianer um meinen Wagen herum. Unter ihnen befand sich der Häuptling mit seiner Frau und drei Kindern. Natürlich plagte mich große Neugierde, ihre Manieren kennen zu lernen. Ich ordnete deßhalb an, daß der Waschkessel voll Thee und die übrigen Kochgeräthe voll Kaffee bereitet würden, wozu ich drei große Pfannkuchen backen ließ. Meine Kühe gaben noch ziemlich Milch, und so kam denn ein Nachtessen für die Indianer zu Stande. Der Häuptling glaubte etwas mehr Recht als die Andern zu haben und setzte sich mit seiner Familie dem Wagen am nächsten. Die Andern lagen im Kreis um das Feuer.

Als die übrigen Indianer sahen, daß diese gespeist wurden, kamen sie alle herbeigelaufen. Ich machte dem Häuptling begreiflich, daß mir dies lästig sei, worauf er sogleich aufstand, seine Hand empor hielt und rief: „Womeski!“ Wie vom Blitz gerührt blieben die Kommenden stehen und kehrten um. Auch die Männer, Weiber und Kinder entfernten sich bald unter allerlei Dankbezeigungen, nur der Häuptling mit seiner Familie blieb sitzen. Die neuartige Physiognomie und das Benehmen dieses Mannes zogen mich sehr zu ihm hin; wir saßen bei einander und rauchten Tabak, — Zeichen und Deutungen bildeten unsere Unterhaltung. Seine Frau kam inzwischen und brachte meiner Frau ein Paar Schuhe von Hirschleder, fein mit Perlen bestickt. Ich machte einige Gegengeschenke und der Gast entfernte sich.

Am nächsten Morgen vor der Abreise besuchte ich ihn in seinem Lager. Mein jüngster Sohn trieb den Wagen und mein ältester begleitete mich auf dem Besuche bei diesen wilden Menschen. Ich fand das Gesetz der Natur, das allen Menschen zum Wiegengebinde gegeben ist; Vergeltung und Belohnung für das Gute, welches diese wilden Menschen von mir erhalten hatten, war ihr erstes Streben. Ihre Hütten waren rund und nach oben spitz, mit breiten Fellen bedeckt. Der Lagerplatz ist rund und mitten im Kreise steht die Lodge des Häuptlings. Sobald dieser mich gewahrte, kam er und reichte mir die Hand. Ein anderer hielt mein Pferd, nahm mich mit sich in sein Zelt und beschenkte mich mit getrocknetem Büffelfleisch. Alle Weiber, die ich sah, waren beschäftigt; sie machten Schuhe und stickten Perlen auf Kleider. Die Tochter des Häuptlings, welche 19 Jahre alt sein mochte, warf meinem Sohne eine kranzförmige Schnur Perlen um den Hals, worüber ich verwundert sie lange betrachtete. Mein Sohn, zwar erst 15 Jahre alt, war stark und mannhaft gewachsen, doch allen Gedanken, wie sie dem Mädchen durch den Kopf gehen mochten, noch fremd. So sah ich, daß das heimliche Feuer der Liebe in jeder menschlichen Brust eine Flamme zu entzünden vermag. Doch ich muß Abschied nehmen von diesen Wilden, die mir lange nicht so schlimm wie viele Civilisirte vorgekommen sind. (Fortsetzung folgt.)

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 4. Dec. Weizen 19 fl. 36 kr., Korn 17 fl. — kr., Gerste 11 fl. 19 kr., Hafer 5 fl. 33 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1228] **Aus der Pfalz.** Wie kann man eine Vermögeneinschätzungscommission dazu nöthigen, auch ihr eigenes Einkommen beleuchten zu lassen? Sobald diese sich nach Pflicht eingeschätzt hat, so kann man auch annehmen, daß die weitere Einschätzung gewissenhaft ausfällt.

Auf welche Art führt man Beschwerde, wenn man mit Einquartierung überbürdet wird? Das Einquartierungsgesetz bietet keine Garantien für richtige Vertheilung, es gibt wohl einen Maaßstab an, der besser unterblieben wäre, weil man doch wieder den Gemeinden anheimstellt, die Vertheilung nach Umständen zu machen. Also kann man das Gesetz so oder so drehen, und ist oft der Willkühr von einigen, die Gemeindegeschäfte leitenden Personen ausgesetzt. In der Regel werden dazu immer auf'm Lande die Nemlichen gewählt. Sonst konnten doch Weiber mit geläufigen Zungen aufs Rathhaus gehen, sich derb beschweren, daß der Nachbar Hans in seinem großen Haus und soviel Morgen Feld nur einen Mann hat, mir schickt man zwei und ich bin doch kaum halb so reich; das half oft; nun sind die Zungen gelähmt. Man verweist die Leute auf die mangelhaften Gesetze, die oft noch mangelhafter ausgeführt werden.

So scheint bei dem Einkommensteuergesetz eine unrichtige Praxis geübt zu werden, wenn ein Kaufmann oder Capitalist oder wer sonst eine Summe erweislich verliert, daß diese nicht, sondern nur die Zinsen vom Capital in Abzug gebracht werden will.

Wenn am Ende des Jahrs die Bilanz gezogen wird, dann erst ist der Ueberschuß die Rente oder Gewinn. Wenn ein Oeconom keinen Wein, keine Frucht macht, so darf er ja auch sagen, er habe kein Einkommen gehabt.

Es wäre gewiß wünschenswerth, wenn hierüber von einem Finanzmann, einem Denker, in dem Geist des Gesetzes umfassende Auskunft gegeben würde.

Die Gesetze können selbst gefährlich werden, denn man kann Mißliebigen damit den Mund stopfen und bewirken, daß die Lasten nach einer Seite besonders drücken.

Gewerbsverein zu Speyer.

Mittwoch, den 8. December Abends 5½ Uhr: **Generalversammlung.** Gegenstand: Gewerbliche Mittheilungen und Vortrag über die Bestandtheile des Wassers, den Wasserstoff, Knallgas, Luftballon u. s. w.

Der Vorstand: Dr. Walz.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 293 | den 9. December 1852.

Deutschland.

• **Speyer,** den 8. December. Der hiesige Stadtrath mußte sich dieser Tage mit der Neubesetzung zweier hiesiger Lehrerstellen an der Volksschule beschäftigen. Zwei Männer, welche seit 11 bis 12 Jahren an dieser Schule, und zwar nach dem Urtheile der betr. Eltern, als wahrhaft ausgezeichnete Lehrer wirkten, und welche die Stadt Speyer deßwegen längst von Gehülfen zu wirklichen Lehrern befördern wollte, was jedoch die kgl. Regierung nicht genehmigte, — sind nemlich seit dem 1. dieses Monats vollständig aus ihrem bisherigen Wirkungskreise entfernt, und zwar in Folge des nachstehenden Regierungsrescriptes, das wir ohne alle und jede Beifügung mittheilen:

„Ad Nro. Exh. 349 D. — Speyer, den 31. October 1852. — Im Namen Sr. Maj. des Königs. — (Die rheinischen Blätter überhaupt die Lectüre der protestant. Lehrer zu Speyer betr.) — Unter dem 20. August d. J. hat man der k. protest. Districtsschulinspection zu Speyer den Auftrag ertheilt, der Anzeige, daß mehrere Lehrer an der protest. Schule daselbst durch den entlassenen Lehrer Jäger zu Mechtersheim die Speyerer Zeitung erhalten und diese zu ihrer Lectüre machen, mit aller Strenge auf den Grund zu sehen und darüber unverzüglich Bericht zu erstatten.

„In welcher Weise diese Untersuchung geführt worden sei, geht aus dem, mit dem Berichte der k. Districtsschulinspection vom 4. d. M. hier angebogenen Schreiben der Localschulinspectoren König und Hansen genügend hervor. Anstatt die Angaben sämmtlicher verhörten Lehrer protokollarisch aufzunehmen, hat man sich begnügt, die Ausflüchte des Gehilfen Hehl und die von den genannten Localschulinspectoren selbst als unbegründet anerkannten Entschuldigungen mit dem Versprechen anzuführen, daß sie die Speyerer Zeitung nicht mehr lesen wollen. —

„Eine so leichte Behandlung einer Sache, auf welche im Hinblicke auf die destructiven Tendenzen dieses Blattes Gewicht gelegt werden muß, ist nicht geeignet, jene Lehrer, welche den democratischen Tendenzen von jeher gehuldiget haben, auf bessere Gesinnungen zurückzuführen, und da es unerläßlich erscheint, der höchsten Verordnung vom 31. Januar 1836, Art. 36 gemäß, Lehrkräfte an die Schulen der Kreishauptstadt, welche zugleich Sitz eines Schullehrerseminariums ist, zu bringen, die des Vertrauens würdig sind, welches die Landesregierung in diejenige setzen muß, denen sie den Unterricht und die Erziehung der Jugend zu übertragen hat, so wird beschlossen, wie folgt:

1) Dem Schulgehilfen Hehl zu Speyer ist aufzugeben, sich ohne Verzug um eine andere Gehülfenstelle umzusehen, und es wird ihm dazu Termin bis zum Schluße des Monats November d. J. anberaumt, vom 1. December angefangen ist an denselben ein weiterer Gehalt nicht auszuzahlen.

2) Ein Gleiches ist dem Gehülfen Reither aufzugeben, und vom 1. December d. J. angefangen ist den bisherigen Gehalt dieses Gehülfen aus der Stadtkasse um so mehr zu sistiren, als er die Weisung, sich um eine andere Schulstelle zu bewerben, schon längst erhalten hat.

„Das kgl. Landcommissariat hat hiernach das weiter Erforderliche anzuordnen und wie geschehen unter Rückleitung der Communicate anher anzuzeigen. — Königl. bayr. Regierung der Pfalz, Kammer des Innern. gez. Hohe. gez. Luttringshausen.“

München, den 4. Dec. Der neuernannte Minister Hr. Graf von Reigersberg hat an sämmtliche Regierungspräsidenten ein Rundschreiben erlassen, worin er sich in eindringlichen Worten über die Presse und namentlich über das politische Verhalten der Beamten ausspricht, so wie Anhänglichkeit an Vaterland und Thron als Grundprincip aufstellt. (A. Abdz.)

Augsburg, 4. Dec. Die P. P. Benedictiner Wiethaler, Schur, Huttler und Grüll, welche um Entlassung aus dem Ordensverbande gebeten haben, wurden vom heil. Stuhl zu Rom auf ein Jahr beurlaubt, bis wohin die Austragung ihrer Angelegenheit in Aussicht steht. (A. T.)

Berlin, den 3. Dec. Die Börse agitirt immer auf Steigen. Und doch weiß jedermann, daß der Frieden Europa's auf einem Pulverfaß ruht, und ein Funke die Explosion über Nacht bewirken kann. Dasselbe meldet man aus Frankreich, aus Wien. Wenn der Tag des Rückschlags kommt! Die Preise der Lebensmittel in unserer Stadt und im ganzen Land sind fortdauernd im Steigen. Das Wichtigste, die Kartoffel, ist kaum noch in einem Winter so schwer zu haben gewesen, so mißrathen in der Güte wie in diesem. Daher auch wegen der ungesunden Nahrung viele Krankheiten. Noch ist der Winter gelind, so gelind wie kaum jemals. Allein auch hier ist der Rückschlag zu fürchten. Die Monate November und December sind wie die Danaer; ich fürchte sie, und doppelt wenn sie schenken. Die Wärme die uns jetzt geboten wird, werden wir vielleicht bald zweifach zurückzahlen müssen. — Alle unsere so nützlichen Kleinkinderbewahranstalten sind auf dem Punct einzugehen, aus Mangel an Unterstützung. (A. Z.)

Auch in unserer freundnachbarlichen Nähe verschwindet eine Märzerrungenschaft nach der andern. Für die Herzogthümer Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen sind zwei Gesetze erschienen, wovon das eine den Volksschullehrern, falls die kirchlichen Behörden es verlangen, diejenigen kirchlichen Dienstleistungen wieder auferlegt, von denen sie durch das neue Schulgesetz entbunden worden waren. Das zweite Gesetz betrifft die Wiederherstellung der Strafgewalt der Policeibehörden, die namentlich in bestimmten Fällen auch ohne richterlichen Befehl zur Veranstaltung von Haussuchungen befugt sein sollen. (A. Z.)

Berlin, den 4. Dec. Die zweite Kammer hat sich heute mit einer wichtigen Frage beschäftigt; sie sollte, wie sich der Abgeordnete Wentzel ausdrückte, als Jury entscheiden, ob in der Kammer freigewählte Männer sitzen, sie sollte die freie Ausübung des Wahlrechts, gegenüber einer von einem Beamten ausgeübten Agitation wahren. Speciell lag die Frage vor, ob die Wahl des Fürsten Lichnowsky gültig sei. Die Personenfrage erschien von untergeordneter Bedeutung, trotzdem sie der Landrath v. Elsner in seiner selbst gehaltenen Vertheidigungsrede sehr in den Vordergrund schob. Die Abtheilung, die gar nicht an der, übrigens nirgends bestrittenen Wahrheit der Thatsachen zweifelte, beantragte dennoch eine Untersuchung derselben, die Linke und die Bethmann-Hollweg'sche Partei trug auf Ungültigkeit, der Landrath v. Elsner selbst auf Gültigkeit der Wahl an. Nach mehren Abstimmungen erklärte schließlich die Kammer durch Ablehnung der Gegenanträge die Wahl für gültig. Das letzte Stimmenverhältniß von 157 gegen 153

Stimmen dürfte etwa das Verhältniß der einander gegenüberstehenden Parteien andeuten.

Aus der heutigen Sitzung der zweiten Kammer haben die constitutionelle und die Bethmann-Hollweg'sche Partei bereits eine vereinte Niederlage sich zu notiren in der Gültigerklärung der Wahl des Abgeordneten v. Lychnowski. Es handelte sich hier um das Princip der Wahlfreiheit. Es handelte sich darum, ob es zulässig sei, daß Beamte, Landräthe ihren Kreis-Eingesessenen drohen, die Regierung werde sie vorkommenden Falls mit Verweigerung etwa angerufener öffentlicher Hülfe bestrafen, wenn sie nicht im Sinne der Regierung und namentlich des Landraths wählen. Hr. Landrath Elsner meinte, er habe jene Drohung nicht amtlich, sondern nur als Wähler ausgesprochen! Die Bethmann-Hollweg'sche Partei verlangte mit den Constitutionellen vereint, daß hier durch Ungültigerklärung des betreffenden Wahlactes dem Principe der Wahlfreiheit eine Genugthuung gegeben und der so oft versuchten Einführung der französischen Einschüchterungs-Corruption sofort der verdiente Stempel aufgedrückt werde. Allein umsonst. Die Rechte siegte, indem sich ihr die sogenannte „katholische Partei" in dieser Frage anschloß. (Kölnische Zeitung.)

Wien, den 5. Dec. Das allgemeine Civilgesetzbuch wird in Ungarn, Croatien, Slavonien und der Woiwodschaft am 1. Mai 1853 ins Leben geführt.

Frankreich.

Paris, den 4. Dec. Die Regierung antwortet im Moniteur auf die Beschwerden des Bischofs von Luçon wegen der Haussuchung: „Es ist in Folge der Verhaftung des ꝛc. Brodu, Geranten der Espérance du peuple, der Protestationen der legitimistischen Partei gegen das Kaiserthum vertheilt hatte, bei dem Bischof von Luçon eine Haussuchung vorgenommen worden. Die Aufschriften der schon vertheilten oder noch im Besitz des Brodu befindlichen Briefe schienen von derselben Handschrift und an demselben Orte angefertigt zu sein. Ferner trug Brodu im Augenblicke seiner Verhaftung einen an Hrn. de la Rochette gerichteten Brief bei sich, worin sich ein anderer mit der bloßen Aufschrift befand: „An den König."" Dieser Brief, der das Siegel des Bisthums trägt, ist gänzlich von der Hand des Bischofs von Luçon und lautet:

„Luçon, 10. November 1852. Sire, Wir hören nicht auf, den Herrn zu bitten, daß er den Leiden Frankreichs ein Ziel setze und uns den Frieden zurückgebe. Als wir vor 18 Monaten den Grund zu einem prächtigen katholischen Gymnasium für die Vendee legten, wollte ich Ew. Majestät davon benachrichtigen; ich nehme an, daß der Brief, den ich die Freiheit nahm Derselben zu schreiben, Ihr zugekommen ist. Mein Sprengel ist bewundernswerth großmüthig und aufopferungsvoll; er hat begriffen, daß die Gesellschaft untergeht, wenn man nicht dem Uebel der Erziehung abhilft. Unser schönes Gymnasium hat sich erhoben, ist groß geworden und empfängt im Augenblicke das Dachstück. Sie werden dies mit Freuden vernehmen, Sire, und vielleicht für gut finden, dieser Anstalt einen Beweis von Ihrem königlichen Beifall zu geben, wie ihn die gute und getreue Vendee verdient. Ich bin mit tiefer Ehrerbietung, Sire, Ew. Majestät unterthänigster und gehorsamster Diener und getreuer Unterthan Jacob Maria Joseph, Bischof von Luçon."

„Erst nach Aufführung aller geeigneten Indicien und Eröffnung des Briefes des Bischofs von Luçon durch den Untersuchungsrichter hat die Haussuchung bei diesem Prälaten stattgefunden. Diese Maßregel ist in ordnungsmäßiger Weise vor sich gegangen, und die Regierung kann den damit beauftragten Magistraten das Zeugniß geben, daß sie sich mit aller von ihrem Auftrage geforderten Delicatesse benommen haben."

Nach der „Estafette" geht Hr. v. Morny als außerordentlicher Gesandter nach Wien; seine Sendung soll hauptsächlich die Heirath des Kaisers mit der Prinzessin Wasa betreffen.

Im Jahr 1848 wurde in Paris oft illuminirt. Die pariser Gamins mit ihrem Des lampions! Des lampions! zwangen die guten Bewohner zum Illuminiren. Diese Zeiten sind jetzt vorbei, und doch glänzte Paris neulich in einem Feuermeere. Die pariser Gamins aber hatten sich diesmal in Polizeiagenten verwandelt, die von Haus zu Haus gingen, um Befehl zur Illumination zu geben. Viele Häuserbesitzer hatten durch ihre Portiers ihren Miethsleuten sagen lassen, wenn sie illuminiren wollten, würden sie ihnen die Lampions unentgeltlich liefern; dieselben hielten auf glänzende Häuser, um nicht chicanirt zu werden. Auffallender Weise bemerkte man Lichter in den meistens nur von armen Leuten bewohnten Mansardstuben. Die Gemeindebehörden hatten nämlich durch die Wohlthätigkeitsbureaux ankündigen lassen, daß an die Armen umsonst Lampions abgeliefert würden.(!) (Köln. Ztg.)

Der Erzbischof von Paris ist bekanntlich Republikaner gewesen, obgleich er heute zu den begeistertsten Napoleonisten Frankreichs gehört. Er hat sich dadurch manche seiner früheren Gesinnungsgenossen entfremdet. Vor dem 2. December war er mit dem berühmten Maler Ary Scheffer besonders befreundet. Bei seiner Rückkehr von seiner Reise in Deutschland schrieb Msgr. Sibour dem Maler, er werde ihn besuchen, um die Meisterwerke zu bewundern, die er während seiner Abwesenheit geschaffen, und um ihm zu erzählen, was er in Deutschlands Gauen Schönes gesehen habe. Scheffer antwortete dem Erzbischofe ungefähr Folgendes: „Ich bedaure, während Ihrer Abwesenheit keine Meisterstücke angefertigt zu haben; auch würde es mir leid sein, wenn Sie zu mir kommen würden, da ich Sie nicht mehr mit der alten achtungsvollen Freundschaft empfangen könnte. Ich werde Ihnen die Hirtenbriefe zurücksenden, die Sie mir einst zum Geschenk gemacht haben und worin Sie mit so glühenden Worten den Despotismus und den Eidbruch brandmarkten." In den Tuilerieen wurde der Erzbischof am letzten Donnerstage aufs freundlichste empfangen. Eine Entschädigung (?) für die schnöde Antwort des Malers.

Die Heirath des Kaisers Napoleon mit der Prinzessin Karola Wasa wird, wie man versichert, binnen Kurzem stattfinden. Ein Maler ist nach Deutschland abgesandt worden, um das Porträt dieser Prinzessin anzufertigen; er wird bereits heute wieder in Paris zurückerwartet. Man glaubt allgemein, daß die Heirath noch vor der Salbung stattfinden wird. (Köln. Z.)

— den 6. Dec. Der englische Gesandte hat dem Kaiser seine neue Beglaubigung überreicht.

Spanien.

Madrid, den 29. Novbr. Der Art. 25 des neuen Fremdengesetzes, der da lautet: „Niemand, der spanischer Unterthan werden oder in Spanien Grundbesitz erwerben will, darf eine andere Religion bekennen, als die römisch-katholische," macht selbst bei den Spaniern böses Blut. Die Gesandten von Schweden und Dänemark und der erst kürzlich beglaubigte k. sächsische, sowie die Geschäftsträger von England und Preußen haben Protest dagegen erhoben, weil diese Länder vielfache Handelsverbindungen mit unserem Lande haben und mancher nordische Kaufmann Grundbesitzer in Spanien ist. Den schwedischen Gesandten hat Murillo kurz abgefertigt, indem er ihn auf die in dieser Beziehung noch immer in Kraft stehenden Gesetze seines Landes hinwies; die übrigen sind mit einem: „Veremos que podemos hacer" (wir wollen sehen, was zu machen ist), vor der Hand mit Hoffnungen hingehalten, die während des jetzigen Regiments sich nie verwirklichen werden. Mehre der politischen Blätter hatten den Art. 25 angegriffen; die Censur hat ihnen aber die Leitartikel gestrichen und jede betreffende Besprechung mit augenblicklicher Aufhebung des resp. Blattes bedroht.

— den 1. Dec. Die Cortes sind heute eröffnet wor-

den. Martinez de la Rosa, der Candidat der constitutionellen Opposition, wurde mit 107 Stimmen zum Präsidenten der Deputirtenkammer gewählt; der ministerielle Candidat erhielt nur 101 Stimmen, das Cabinet erfuhr also eine Niederlage.

Nach neuern Nachrichten steht auch in Spanien eine „Rettung der Gesellschaft" bevor. Man will die Cortes sprengen und die unbequemen Artikel aus der Verfassung hinwegoctroyiren.

Italien.

Turin, den 29. Nov. Das Verbot der Prälaten, irreligiöse Zeitungen zu lesen, hat keine Polemik erweckt, aber man fährt fort, die verbotenen Blätter zu lesen, in den Cafés kann man sogar Geistliche sehen, die mit sichtlichem Behagen solche Journale studiren. Die Petitionen um Einziehung der Kirchengüter schwellen täglich an.

Rußland.

Petersburg, den 27. Novbr. Aus zuverlässiger Quelle ist den „Hamburger Nachrichten" die Mittheilung geworden, daß man höchsten Ortes hier erwartet, L. Napoleon werde bei seiner Thronbesteigung durch eine feierliche Erklärung die Verträge, welche der Ordnung und dem Frieden Europas zu Grunde liegen, anerkennen und deren Aufrechthaltung garantiren; wonach denn die Anerkennung unverzüglich erfolgen würde. Bis dahin werden die Gesandten der nordischen Höfe Paris zwar nicht verlassen, jedoch in ihrem officiellen Character als Gesandte der Kaiserfeierlichkeit nicht beiwohnen.

Landreise nach Californien.

(Fortsetzung.)

§. 3. Endlich erreichten wir Fort Laramie. Hier weilten wir drei Tage, pflegten das Vieh und besserten die Wagen aus. Ich fand mich veranlaßt, meine Reisegesellschaft zu verlassen, da sie sich viel zu langsam vorwärts bewegte, um so rasch als möglich voran zu eilen.

Auf der rechten Seite des nördlichen Platte River mußte ich 150 Meilen entlang hinziehen, bis ich an eine Stelle kam, wo die Mormonen eine Fähre errichtet haben, auf der ich über den Strom setzte. Von Fort Laramie bis zum Südpaß ist das Land nur spärlich mit Gras bewachsen, durchaus unzureichend für die unübersehbaren Emigrantenzüge, die über dasselbe gehen müssen. Dabei ist der Weg felsig und schlecht; doch führt der Weg nicht über das Felsengebirge, sondern dazwischen hindurch. So kommt man ohne aufwärts zu steigen in den Südpaß, wo ein Bach plätschert und ein großer Grasplatz das Auge erfreut. Der Bach führt den Namen Pacific-Creek. Bei meiner Ankunft fand ich 5000 Stück Ochsen und Maulthiere, und Wagen in Masse. Diese theilten sich hier, theils um nach der Mormonenstadt zu gehen, theils um die Bahn der California-Emigranten einzuschlagen. Ich schloß mich den letzteren an und hatte Reisegefährten genug.

Am Big Sante River wurde ein Tag ausgeruht. Von da ging es durch eine 40 Meilen lange Wüste bis zum Green River. Hier lagen Wagentrümmer umher, auch standen viele noch gut erhaltene Wagen verlassen da, so daß sich zum Auslesen die beste Gelegenheit bot. Auch ich machte Gebrauch davon und fuhr weiter — über halsbrechende Berge und Thäler, daß mir manchmal die Haut schauderte und ich mich selbst wunderte, wie es möglich sei, sie übersteigen zu können.

Die Gebirge dieser Gegend werden Peak Basement genannt und bilden in einem Umkreise von 100 Quadratmeilen eine Kuppel von Bergen, sämmtlich mit niedrigem Gehölz und Gras bedeckt. Sie bieten einen angenehmen Anblick; das Merkwürdigste dieser Gegend war aber für mich, daß überall zwischen dem Grase Flachs wuchs. Ich untersuchte seinen Stengel und fand, daß er dem europäischen an Qualität gleich kam. Der Boden bewies dadurch seine Güte von selbst. Zu bedauern ist nur, daß es im Nachsommer nicht mehr regnet. Auf der ganzen Reise ist dies die einzige Gegend, welche für den Landmann beachtenswerth erscheint; der übrige Weg vom Fort Laramie bis nach Californien ist nach meinem Erachten keinen Pfennig werth. Er besteht aus nichts als Wüste, kahlen Bergen, welche mit rother Erde und Felsengeröhle bedeckt sind und das Ansehen von Vulcanen haben. Der Reisende kann nichts Besseres thun, als möglichst schnell von einem Fluß zum andern eilen.

Am Bear River in einem großen Thale von 3 bis 4 Meilen Breite ließen wir unser Vieh zwei Tage ausruhen. Hier gab es Gras im Ueberfluß; allein man durchkreuzt solche Futterplätze bald und kann nicht lange in denselben zubringen. Am Snake oder Schlangen River, in einem schönen Thale traf ich Snake-Indianer, die sich von den Sioux nicht besonders unterschieden. Sie trieben Jagd und Fischerei, die spärlich genug zu sein schien, aber doch ihren ganzen Lebensunterhalt bildete. Sie kamen und bettelten; gibt man aber Einem etwas, so kommen sie alle gelaufen. Ihre Geistesgaben sind wahrscheinlich sehr untergeordneter Art und ihre Sprache bilden nur wenige Worte. Sie tragen Federn in den Ohren und manche hatten den ganzen Kopf mit Federn verziert. Wir machten nicht viel Umstände mit ihnen; etwas wurde verabreicht und damit fertig.

Bald an den Humboldt River zu kommen und an demselben 300 Meilen entlang zu reisen, war unser Aller heißestes Streben. Und wirklich fanden wir das Thal an vielen Stellen schön, gegen Norden und Süden von Bergen eingeschlossen; doch ist es meistens mit einem wilden, nutzlosen Gestrüpp überwachsen, das Wermuthspflanze ähnelt und fast denselben Geruch hat. Dieses Gestrüpp ist so groß, daß man sein Holz zu Brennholz benutzen kann. Die Berge an den Seiten sind vulkanischer Art — roth und kahl, voller Felsenklippen und Steingeröhle, ausgebrannt von den heißen Sonnenstrahlen, was der Gegend einen öden und unheimlichen Anblick gibt. Der Weg ist so staubig, der Wind jagt so wolkenförmige Staubwirbel auf, daß der Reisende schwarz wie ein Neger wird. Ihr armen Ochsen! — hier heißt es: Fort! fort! Noch sind bis Californien 500 Meilen zurückzulegen, wovon 240 Meilen am Humboldtflusse entlang hinführen. Unser Feldgeschrei war: 15 Meilen per Tag, bis wir die Stelle erreichten, wo sich die Straße nach Oregon abscheidet. Hier waren Notizen über Notizen aufgesteckt, die da sagten: Kommt, ihr Emigranten, dies ist die neue Straße und 150 Meilen näher. Um des Geldes und Wuchers willen bringt der Mensch sein menschliches Nebengeschöpf ins Unglück! So gings auch hier.

Cap. Palmer, der einen Regierungstrain oder Wagenzug von Oregon nach Fort Hall begleitete, rieth uns, diesen Weg einzuschlagen, weil er uns über die Sierra Nevada (eine californische Gebirgskette) ebenso führen würde, wie wir durch den Südpaß der Felsengebirge gegangen wären, und zudem sei er viel näher. Er täuschte uns. Von der Stelle, wo sich die Straße abbiegt, hatten wir auf dem Kansas River Wege noch 260 Meilen, jetzt aber weit über 500 Meilen, trotz dem, daß man uns vorspiegelte, es wären nur 75 Meilen.

In der besten Hoffnung, bald das Ende dieser mühseligen Reise zu erlangen, schlugen Tausende von Emigranten diesen Weg ein und träumten sich schon in's schöne Sacramento-Thal. Der falsche Rathgeber hat viel Elend zu verantworten. Sobald wir den Humboldt River verließen, geriethen wir in eine Wüste von 70 Meilen Breite, deren Ausdehnung man auf 30 Meilen angeschlagen hatte. Mitten in dieser Wüste waren Brunnen gegraben, aber nirgends zeigte sich Gras für das Vieh. Des Tags lagen wir still und des Nachts, wenn es kühl wurde, fuhren wir. Mit Anstrengung aller Kräfte brauchten wir einen Tag und zwei Nächte, bis wir den ersten Theil dieser Wüste im Rücken hatten. In ihr, rund umher, sieht man nichts als vulcanische Berge. Noch mußten 33 Meilen zurückgelegt werden, ehe wir unser Vieh für gerettet halten konnten.

Die Hitze war drückend, der Wind wehte den Staub in Wolken empor und nichts als Alkaligrund unter unsern Füßen. Ich untersuchte die Stoffe des Bodens und konnte nichts darin finden als eine Vermischung von Salz, Kalk und Asche. Vor uns und hinter uns ging ein langer Zug Wagen, so daß ich keinen halben Tag allein war. Also wenigstens Gesellschaft in der Noth! Hier standen Wagen in der schönsten Ordnung — leer und verlassen. Um zu retten, was gerettet werden konnte, spannte man das Vieh aus und trieb rasch vorwärts. Diejenigen, welche keine Familie hatten, nahmen ihr Bündel auf den Rücken und gingen; desto bedauernswerther erging es den Familien. Von Morgens 11 bis Abends 8 Uhr legte ich 17 Meilen zurück; dann machte ich Halt und band das Vieh mit seinen hungrigen Magen an Scotshwood-Sträucher. Mein ganzer Wasservorrath genügte zur Noth, um für meine Frau eine Tasse Kaffee zu liefern. Dies mußte als Abendessen genügen. Auf dem Wege entlang, den ich an diesem Tage zurückgelegt hatte, zählte ich 81 zertrümmerte und verlassene Wagen und 1663 tode oder mit dem Tode ringende Ochsen doch keine Maulthiere. (Fortsetzung folgt.)

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1332] **Kunstanzeige.**

Dieser Tage werden wir Gelegenheit haben, im Gebiete der natürlichen Magie eine jugendliche Künstlerin hier zu bewundern. Es wird nämlich Frl. Mathilde Bannholzer aus Wien, unterstützt von ihrem 4jährigen Bruder Ludwig und ihrem Vater, Vorstellungen in den Mysterien der Geschwindigkeit geben, in denen sich die junge Künstlerin von 16 Jahren überall eben so viel Beifall als Ruhm erworben, wo sie auftrat. Noch ganz kürzlich gab die Familie Bannholzer Vorstellungen vor den königlichen Familien in München und Stuttgart, und erst in diesen Tagen vor der Familie Sr. Großh. Hoh. des Markgrafen Wilhelm von Baden, und die glänzenden Zeugniße, die die hohen Herrschaften den Künstlern ausstellen ließen, lassen Treffliches erwarten.

[1231] **Bad Gleisweiler.**

Curliste vom 21. bis 30. Novbr. H. Dr. med. Oswald mit Gemahlin a. Berlin. — H. Hagen a. Mannheim. — H. Kestler a. Rheinzabern. — H. Nöllner a. Darmstadt. — 362. H. Mannesmann a. Remscheid. — 363. H. Nino a. Waghäusel.

☞ **Unter Garantie, welche bei keinen derartigen Mitteln geleistet werden kann, und, was mehr als jede weitere Anpreisurg sein wird, mit der Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft.** ☜

Königl. bayerisch und königl. würtembergisch concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus (Gliederreißen), Rothlauf, den Krampf und geschwollene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken- und Kopfschmerzen, auch Seitenstechen.

Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen und königl. würtembergischen Medizinal-Collegium geprüft und von beiden höchst preislichen Ministerien in Baiern und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmigt.

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 fl.,
„ halbe „ „ „ „ 30 kr.

Zeugniß.

Längere Zeit litt ich an heftigen Gichtschmerzen, und hatte dadurch viel auszustehen, nun aber bin ich mit Gotteshilfe davon befreit, und zwar durch die Universal-Gicht-Leinwand, welche ich zur Beseitigung meines gichtischen Leidens mit dem besten Erfolge anwendete, denn kaum hatte ich von dieser Leinwand in Gebrauch genommen, so verspürte ich schon Linderung, und kann daher Jedermann der mit Gichtleiden behaftet ist dieselbe bestens empfehlen.

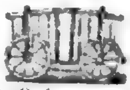
Nürnberg, den 28. Jänner 1852.

J. J. Pfeifer junior, Commissionair.

☞ Diese Gichtleinwand ist in Speyer einzig und allein zu bekommen in der Handlung von **Louis Cron**, und in Kirchheimbolanden bei Buchhändler **Ruff.** [1270]

[1323²] **Versteigerung von Pferden, Wägen und sonstigen Gegenständen.**

Montag, den 13. December nächsthin, Morgens 9 Uhr anfangend, zu Frankenthal, im Sterbhause des verlebten Holzhändlers Hrn. H. Mattil, werden folgende zu dessen Nachlaß gehörigen Gegenstände öffentlich an den Meistbietenden versteigert:



2 gut eingefahrene brauchbare Wagenpferde, 1 viersitziger Glaswagen und 1 Drotschke; — Chaisen- und sonstiges Pferdsgeschirr, zum Theil ganz neu; 1 Leiterwagen, 2 Kastenkarren, verschiedene Pflüge, Ketten und sonstige Ackergeräthschaften; — 1 Handkelter, 2 Tabakschneidbänke, mehrere Jagdflinten und sonstige Jagdgeräthschaften; — ferner mehrere Sopha's, Spiegel, Bilder, Bettstellen, Tische, Stühle, Schränke und sonstige Hausmobilien; — Bettung, Küchengeschirr und überhaupt Hausgeräthe aller Art.

Frankenthal, den 30. November 1852.

Neumayer, Notar.

[1329] **Oeffentliche Danksagung.**

Die unterzeichneten Vorstände der israelitischen Cultusgemeinde zu Lauterburg im Departement Niederrhein fühlen sich veranlaßt, dem Herrn Bezirksbauschaffner J. Flörchinger in Germersheim den Dank der Cultusgemeinde hiemit öffentlich auszudrücken für die von Sachkundigen als meisterhaft anerkannte, im Jahre 1846 bethätigte Ausführung der neuen Synagoge dahier, die an Styl, Eleganz, innerer Einrichtung und namentlich der seit Jahren nun bewährten Solidität und Dauerhaftigkeit, als ein wohl gelungenes Werk der Baukunst betrachtet wird.

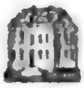
Obgleich die Cultusgemeinde ihre Anerkennung durch Ueberreichung eines silbernen und vergoldeten Ehrenpokals an Herrn Flörchinger schon früher zu erkennen gab, so kann sie doch nicht umhin, auch noch durch diese nachträgliche Veröffentlichung ihren tief gefühlten Dank für diesen Herrn auszusprechen.

Lauterburg, den 3. December 1852.

Die israelitischen Cultusvorstände allda:

Auscher. Leon Auscher. A. Frommenthal.
Bär. Leon Forest. M. Dreyfus.

[1330²] **Hausverkauf.**



Unterzeichneter ist gesonnen, wegen Wohnsitzveränderung, sein Haus zu Germersheim unter annehmbare Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen. Dasselbe liegt an der Mühlstraße in der Nähe der Artillerie- und Geniekaserne, in demselben wurde schon längere Jahre Schlosserei und Wirthschaft mit größtem Erfolge betrieben und ist seiner frequenten Lage wegen zu jedem andern Geschäfte geeignet, besonders für eine Metzger- oder Bäckerei, da in der ganzen Umgebung sich keine befindet.

Dasselbe besteht in 2 Wirthszimmern, Küche, mehreren Dachzimmern, Speicher, 2 Kellern, einer neuerbauten Werkstätte mit Wohnung, Holzlege, Schweinstall, Hof und einem Gärtchen an die Queich gränzend.

Franz Ludwig Geißler.

Neue
Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 296 | den 10. December 1852.

Deutschland.

*** Speyer.** Seit Anfang des nun zu Ende gehenden Jahres erscheint zu Halle eine Schrift unter dem Titel: „Die Natur. Zeitung zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntniß und Naturanschauung für „Leser aller Stände. Herausgegeben von Dr. Otto „Ule, in Verbindung mit Dr. Karl Müller, E. A. Roßmäßler und andern Freunden. Mit xylographischen Illustrationen. (Halle, Verlag von Schwetschke.)"

Wir haben die drei ersten Hefte (Vierteljahre) durchlesen, und können das Zeugniß geben, daß wir selten eine Schrift mit gleicher Befriedigung aus der Hand legten. Die wunderbaren Resultate der neuzeitlichen Forschungen in allen Zweigen der Naturwissenschaft finden sich hier in wahrhaft populärer Weise vorgetragen, — gemeinverständlich für Jedermann, nicht in trockener Schulform, sondern anziehend und leicht faßlich.

Kenntniß der Naturwissenschaft wird von Tag zu Tag mehr unumgängliches Bedürfniß jedes irgend gebildeten Menschen. Auch der blose Practiker, auch der Handwerker und der Landmann muß sich mit ihr bekannt machen, — bekannt machen in anderer Weise als in frühern Zeiten. Es genügt selbst beim Feldbau keineswegs mehr, den Acker so zu behandeln, wie die Voreltern gethan haben.

In der immer weiter fortschreitenden Erkenntniß der Wunder der Natur liegt aber auch die Garantie der siegreichen Fortentwicklung der Menschheit. Der Obscurantismus, die Verdummungssucht, die Scheinreligiosität (im Gegensatze zur wahren Religiosität) haben nie so raffinirte Anstrengungen, wie in unserer Zeit gemacht, um die ihnen allerdings so furchtbare Aufklärung zu vernichten. Eitles, vergebliches, hoffnungsloses Streben! Das wissenschaftliche Gebäude, die Erkenntniß des ganzen geistigen Seins der Menschen ist bereits auf einer neuen, unerschütterlichen Grundlage aufgeführt, und die errungenen Resultate sind unvereinbar mit allen Strebungen des Obscurantismus, ja sie tragen die Vernichtung desselben in sich, — und diese Kenntniß und Erkenntniß dringt immer weiter, und dringt stündlich tiefer in alle Classen und Stände des Volkes.

Es würde uns gar nicht wundern, wenn das Zelotenthum das Verbot jeder derartigen, überhaupt jeder naturwissenschaftlichen Schrift verlangte. Wer kennt nicht den Zorn so mancher Zeloten, die sich immer eine Art göttlicher Vormundschaft über alle Regungen des strebenden Menschengeistes anmaßen möchten?! Wir würden aber über solche Anstrengungen selbst dann lachen, wenn einem derartigen Verlangen da oder dort Folge gegeben würde. Die wissenschaftlichen Forschungen lassen sich nun einmal nicht mehr aufhalten, und was erst wissenschaftlich erforscht ist, wird heut zu Tage alsbald Gemeingut des gesammten Volkes. Alle Bemühungen, solches zu verhindern, sind von vorn herein schon darum ungereimt, weil es nie gelingen wird, derartige Verbote in allen Ländern gleichzeitig und gleichmäßig durchzusetzen. Das geistige Licht läßt sich nun einmal durch keine Mauthlinie mehr abhalten!

Man mag sich wundern über den scharfen Instinkt, mit welchem der Obscurantismus schon in Galilei's scheinbar so unschuldiger Lehre von der Bewegung der Erde den Keim erkannte und zu vertilgen suchte, aus welchem sein Untergang hervorwachsen werde. Aber noch mehr muß man sich wundern, daß selbst dieser feine Instinct — zu spät kam!

Wir verweilen heute nicht länger bei solchen Betrachtungen. Dagegen wollen wir diesen Artikel nicht schließen, ohne unsern Lesern nochmals die eingangserwähnte Zeitschrift recht warm empfohlen zu haben. Der Vierteljahrgang kostet 1 fl. 30 kr.

*** Frankenthal,** den 7. Decbr. Heute wurde vor dem hiesigen Zuchtpoliceigerichte die Sache des Heinrich Ochsner von Edenkoben verhandelt. Als bei Gelegenheit der Anwesenheit des Königs in der Pfalz der Bürgermeister von Edenkoben die Häuser daselbst mit Waldbäumchen verzieren ließ, wollte Ochsner an seinem Hause dies nicht dulden, indem er u. a. hervorhob, es sei wol gegen den Willen des Königs, daß man die jungen Bäume in so großer Masse fälle, indeß der Arme gestraft werde, der solche umhaue rc. In Folge der stattgehabten Verhandlung errichtete der Bürgermeister ein Protocoll gegen Ochsner, wegen Beleidigung im Dienste. Die Rathskammer zu Landau fand indeß keine Veranlassung zu gerichtlicher Verfolgung. Die Staatsbehörde erhob hiegegen Opposition. Die Anklagekammer des Appellationsgerichts zu Zweibrücken erklärte dieselbe begründet, und verwies die Sache zur Aburtheilung vor das hiesige Zuchtpoliceigericht. Das letztere verurtheilte Ochsner zu dreimonatlichem Gefängniße. Zum Nachtheile des Beschuldigten ward besonders der Umstand hervorgehoben, daß er, früher wegen politischer Vergehen zu zweijährigem Gefängniße verurtheilt, der Gnade des Königs eine Strafmilderung auf ein halbes Jahr verdankte.

AC* **Frankfurt,** den 7. Dec. Man schreibt uns aus dem Rheingau: „Der Herzog von Nassau empfing die Deputation der Rheingauer, welche demselben eine Petition um Erhaltung der Zollverbindung mit Preußen überreichten, sehr gnädig, und erwiederte derselben auf ihre Ansprache, daß er ihre Wünsche um Beibehaltung des bisherigen Zollvereins vollkommen theile. Der Herzog sprach seine innere feste Ueberzeugung aus, daß er nicht glaube, daß der Zollverein auseinander gehen werde. Eine apodiktische Gewißheit vermöge er aber in dieser Beziehung nicht zu geben, da die Sache, bei welcher auch noch andere Rücksichten als merkantilische in Erwägung kämen, noch in Unterhandlung stehe." Unter diesen nichtmerkantilischen Rücksichten sind ohne Zweifel politische verstanden. Oesterreich selbst hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß es die Zolleinigung mit Deutschland ganz besonders aus politischen Gründen erstrebe, und in der oft erwähnten, vorzüglich auch von der „Austria" sehr lobend besprochenen Schrift „Eine Stimme aus Sachsen über die Zollfrage," kommt auf der ersten Seite das naive Geständniß vor: „In dem Interesse seiner hohen politischen Stellung begriff Oesterreich sehr wohl, daß es sich entweder selbst an die Spitze des Zollvereins stellen, oder daß derselbe gesprengt werden müsse."

*Auf die in Berlin erschienenen „Beiträge zur Beurtheilung der Zollvereinsfrage" ist nun eine Antwort erfolgt unter dem Titel „Zum Verständniße der Zollvereinscrisis und der Stellung der zu Darmstadt verbündeten Zollvereinsregierungen auf den Berliner Conferenzen." In den sieben Kapiteln dieser officiösen Parteischrift ist nichts Neues gesagt. Sie unterscheidet sich von den „Beiträgen", die den Verlauf der Zollvereinsangelegenheit in rein objectiver Weise schilderten, durch ihren gehässigen, gegen Preußen angeschlagenen Ton und

ihren subjectiven Gehalt. Der Verfasser, ein Feind aller constitutionellen Anstrebungen und ein warmer Fürsprecher österreichischer absolutistischer Pläne, hat seine Aufgabe darin gefunden die Gehässigkeit der Frage Preußen ausschließlich zur Last zu legen und die Haltung Preußens bei dieser großen nationalen Angelegenheit in ein democratisches, wo nicht gar revolutionaires Licht zu stellen (oh!).

* Bei nicht bedeutendem Umsatz sind fast alle Fonds etwas niedriger zu notiren.

Die Stabilität. Als Marie Antoinette im Mai 1770 durch Frankreich zog, um sich mit dem nachmaligen Könige Ludwig XVI. zu vermählen, empfing sie das Volk mit beispiellosem Jubel.

Als Ludwig XVI. im August 1789 nach Erstürmung der Bastille von Versailles nach Paris kommen und die dreifarbige Nationalkokarde aufstecken mußte, empfing ihn, „den Wiederhersteller der Freiheit," das Volk mit beispiellosem Jubel.

Als im September 1792 die Monarchie in Frankreich abgeschafft und mit einer Republik vertauscht wurde, erscholl aus dem Munde des Volkes beispielloser Jubel.

Als im Januar 1793 der König und im October 1793 die Königin enthauptet wurden, empfing das Volk diese Kunde mit beispiellosem Jubel.

Als im Spätjahre 1793 Robespierre's Schreckensherrschaft über ganz Frankreich zu wüthen begann, und an die Stelle der Gottheit die „Herrschaft der Vernunft" gesetzt wurde, nahm das Volk diese Veränderung der Dinge mit beispiellosem Jubel auf.

Als im September 1794 Robespierre mit seinen Genossen hingerichtet wurde, zollte das Volk diesen Acten der Gerechtigkeit jubelnden Beifall.

Als im Frühjahre 1795 das Clubwesen gesprengt und der Nationalconvent für permanent erklärt wurde, erfüllte die Lüfte allgemeiner Jubel.

Als im November 1795 das Directorium installirt wurde, ditto Volksjubel.

Als im November 1799 Bonaparte die dritte Constitution der französischen Republik aufhob, und sofort zum ersten Consul der Republik ernannt wurde — unbeschreiblicher Volksjubel.

Als im December 1800 die vierte Verfassung verkündigt und Napoleon zum Oberconsul auf 10 Jahre ausgerufen wurde — allgemeiner Volksenthusiasmus.

Als Bonaparte im August 1802 durch Volkswahl zum lebenslänglichen Consul ernannt wurde, Jubel ohne Grenzen.

Als sich Napoleon Bonaparte im Mai 1804 zum absoluten Erbkaiser kreirte, ertönte durch alle französischen Städte und Dörfer allgemeiner Volksjubel.

Als die Alliirten im März 1814 in Paris einzogen, riefen die Pariser: „Vivent les Cosaques!"

Als im Mai 1814 Ludwig XVIII. seinen Einzug in Paris hielt — allgemeine Freudenbezeigungen.

Als im März 1815 der verbannte Napoleon an der französischen Grenze landete, glich sein Marsch nach Paris einem Triumphzuge. Ludwig XVIII entwich, begleitet von den Verwünschungen der Franzosen.

Als im Juli 1815 Ludwig XVIII. nach Paris zurückkehrte empfing ihn der laute Beifall des Volks.

Als im Juli 1830 Karl X. fortgejagt und Louis Philipp, der Bürgerkönig, an seine Stelle gesetzt wurde, offenbarte sich ein noch nie dagewesener Volksenthusiasmus.

Als im Februar 1848 Louis Philipp fortgejagt und die Republik proclamirt wurde — Volksjubel an allen Ecken und Enden.

Als im Juni 1848 Cavaignac den communistischen Aufstand niederwarf, tönten „dem Retter Frankreichs" begeisterte Zurufe entgegen.

Als es im December 1848 zur Wahl des Präsidenten der Republik kam, fiel das Volk von Cavaignac ab und wendete sich demselben Louis Napoleon zu, der sich bis dahin blos durch die Attentate von Boulogne und Straßburg unter Louis Philipp — bemerkbar gemacht hatte.

Als im December 1851 der Prinz-Präsident die republikanische Verfassung über den Haufen stürzte und Cavaignac u. s. w. verhaftete, wurde er als der Retter Frankreichs gepriesen.

Als derselbe Prinz im Januar 1852 zum 10jährigen Präsidenten der „Republik" erwählt wurde — lebhafteste Zustimmung des französischen Volks gemischt mit Kaiserrufen.

Jetzt ist der Kaiser fertig, und zwar der Erbkaiser. Am 4. November und 21. und 22. November 1852 ist ihm die letzte Weihe ertheilt worden. Frankreich jubelt von einem Ende zum andern über den Untergang der Republik und offenbar beispiellose, nie gesehene, nie gehörte, nie dagewesene Begeisterung für die kaiserliche Monarchie, für Napoleon III, Kaiser der Franzosen u. s. w.

München, den 5. Decbr. Die gestern erschienene Nr. 50 des „Katholischen Hausfreundes," redigirt vom Pfarrer und Landtagsabgeordneten Westermayer, enthält folgenden bemerkenswerthen Artikel: „In der letzten Sitzung des Staatsraths vom 27. Nov. wurde die wichtige Frage wegen Erweiterung der bischöflichen Befugniße bezüglich der Verwendung der Rentenüberschüße von Kultusstiftungen mit Bezugnahme auf die Forderung der bischöflichen Denkschrift Seite 34, im Zusammenhalt mit Art. 8 des Concordats und Abschn. 2 Kap. 2 §. 48 des Religionsedicts, berathen. Der Antrag des Referenten Staatsrathes v. Fischer, der nicht gar günstig für die bischöflichen Rechte lautete, wurde abgelehnt und ein Minoritätsgutachten des Hrn. Ministers v. Zwehl auf Erweiterung der bischöflichen Rechte angenommen."

In Folge vielfacher Klagen über das Verfahren, welches preußische Staatsangehörige, vorzüglich aus dem Gewerbs- und Handelsstande, bei ihren Reisen in Baiern von Seite der diesseitigen Policeibehörden betroffen, hat eine lebhafte Correspondenz zwischen der k. preußischen Gesandtschaft am hiesigen Hofe und dem Staatsministerium des Aeußern stattgefunden, wobei erstere die beruhigende Versicherung erhielt, daß grundsätzlich eine strengere Behandlung preußischer Unterthanen als anderer Staatsangehöriger in der Absicht der baierischen Regierung nicht liege. Einzelne Vorkommniße, worüber die preußische Gesandtschaft Grund zur Beschwerde zu haben glaubte, wurden untergeordneten Beamten zur Last gelegt, namentlich gilt dies von einer Verletzung gesandtschaftlicher Privilegien, indem ein Policeiindividuum einen preußischen Staatsangehörigen bis ins Innere des preußischen Gesandtschaftshotels verfolgte (Aehnliches ist auch bei einer andern hiesigen Gesandtschaft vorgekommen), wofür durch Bestrafung zweier betheiligter Policeiindividuen die vollkommenste Genugthuung erfolgte. (N. C.)

Bamberg. Auch in Oberfranken braucht für das 4. Quartal eine Assisensitzung nicht abgehalten zu werden.

Berlin, den 6. Dec. Die heute in der 2. Kammer vollzogenen Präsidenten- und Vicepräsidentenwahlen haben dahin resultirt, daß Hr. Staatsminister a. D., Uhden, zum Präsidenten und Hr. Waldbott zum Vicepräsidenten (wie die Geschäftsordnung vorschreibt auf die nächsten 4 Wochen) ernannt worden sind. Der Kampf der Parteien um den Präsidentenstuhl war ein sehr lebhafter. Hr. Uhden siegte erst in dritter Abstimmung. Seine Gegencandidaten waren: Graf Schwerin und von Waldbott-Bassenheim-Bornheim. — Von der katholischen Fraction gingen etwa 12—15 Abgeordnete bei der entscheidenden Abstimmung zur Linken über; 42 zur katholischen Fraction zählende Abgeordnete gaben, als sie nur noch die Wahl hatten, für Hrn. Uhden oder den Grafen Schwerin zu votiren, weiße Stimmzettel ab. Uhden hatte 154, Graf v. Schwerin 131 Stimmen.

In Oesterreich ist neuerdings die Niederlassung von Ausländern sehr erschwert worden. Man geht so weit, daß in Rücksicht auf die politische Haltung Desjenigen, der sich niederlassen will, alle beigebrachten Papiere der Centralpoliceistelle in Wien vorgelegt werden, und daß erst nach hier ertheilter Genehmigung der Antrag auf Niederlassung anderweit geprüft wird. (N. Z.)

Wien, den 6. Dec. Die Pforte hat allen europäischen Dampfschiffahrtsgesellschaften ihre Fahrten im Bosporus verboten. Eine Expedition gegen Montenegro steht bevor. (A. Z.)

Schweiz.

Appenzell A.-Rh. Der große Rath hat verordnet, daß alle preußischen Angehörigen, ohne Ausnahme, den Kanton bis Ende dieses Monats verlassen sollen.

Tessin. Zu Chiasso hat ein Haus mit 800,000 Lire Schulden fallirt. Der Chef desselben, den die „Democrazia" als ein Haupt der Ultramontanen bezeichnet, ist flüchtig geworden.

Wallis. In der Berner „Independance Suisse" ist die Protestation eines gewissen Clet in Paris abgedruckt, der sich als Abgeordneter der päpstlichen Corporation vom Bernhard-Hospitz ausgibt und gegen eine durch die Walliserbehörden auf den 28. ausgeschriebene Versteigerung von Liegenschaften protestirt. Das Bemerkenswertheste ist jedoch die Berufung auf Conferenzen, welche durch die Sorge der französischen Regierung eröffnet worden, und auf Protestationen des päpstlichen Stuhles, welche seiner Zeit ergangen. Also auch hier, sagt die „Berner Ztg.," sucht sich unsere klerikale und reactionäre Partei an das Ausland anzulehnen und diese Tendenz findet ihre Vertretung in einem Blatte der jetzt herrschenden Partei des Kantons Bern.

Genf. Murmelthierjagd. Es werden schaudererregende Details über den Tod der Herren Carrier und Sohn erzählt, die auf einer Murmelthierjagd am Gletscher von Argentiers umkamen. Der Vater hatte einen Gang entdeckt, den die Mulmelthiere zu graben pflegen: er suchte denselben zu erweitern, um die Thiere am Ende des Ganges in ihrer Höhle zu fangen, und arbeitete auf dem Bauch liegend und vorwärtsrutschend. Plötzlich stürzten Erde und Steine auf ihn. Er ruft den Sohn herbei, welcher nachkriecht und sich anstrengt, die den Vater erdrückende Last fortzuschaffen. Neues Geröll stürzte über Beide und nach zwei Stunden vergeblicher Anstrengung sich loszumachen, stirbt der Sohn, auf dem Rücken seines Vaters liegend. Drei lange Tage und Nächte, ohne Licht und Nahrung, weit von aller menschlichen Hülfe entfernt, ohne Kraft, die Steinmassen abzuschütteln, mit der Leiche seines 19jährigen Sohnes dessen letzte Worte voll Liebe und Angst für den Vater waren, auf dem Rücken, liegt Hr. Carrier an dieser furchtbaren Stätte, bis endlich die nachforschenden Freunde und Verwandten ihn an den Schuhen entdeckten, die er vor der Höhle stehen gelassen. Der Unglückliche lebte noch einige Stunden und theilte die nähern Umstände mit. Er sah seine Wohnung in Argentieres nicht wieder, sondern starb unterwegs, während man ihn 6 Stunden weit, über gefährliche Abgründe hin, nach Hause zu bringen bemüht war. Er stand in dem Rufe eines kühnen, fast allzu kühnen Gemsjägers und Jagdliebhabers.

Frankreich.

† **Paris**, den 7. Dec. Heute um 2 Uhr hat Hr. Firmin Royer, der belgische Gesandte, dem Kaiser Napoleon III. die Beglaubigungsschreiben überreicht, die ihn bei demselben accreditiren.

Es wird ein officiöser Artikel veröffentlicht, um darzuthun, daß der Titel Napoleon der Dritte nicht willkürlich gewählt sei. Die Argumentation läßt sich darauf zurückführen: es habe wirklich einen Napoleon den Zweiten gegeben, sowol nach der Abdankungsurkunde Napoleons des Ersten, als nach den Anerkennungsacten der gesetzgebenden Körper.

Mehr als 20,000 Handelsleute, Fabrikanten u. s. w. sollen bereits um die Gunst nachgesucht haben, ihrer Firma die Bezeichnung als „Lieferanten des kaiserl. Hofes" beifügen zu dürfen.

Schon am 2. Dec., am Tage der Proclamirung des Kaiserthums, ist der Wechsel in der Regierungsform den hiesigen Vertretern der fremden Mächte in einer Depesche des Ministers des Auswärtigen amtlich angezeigt worden. Dieselbe enthält das Senatusconsultum vom 7. Nov. und das vom Volke genehmigte Plebiscit, so wie einen Commentar, der ohne Zweifel dazu dienen soll, die etwaigen Besorgnisse oder Empfindlichkeiten mancher Mächte zu beseitigen. Der Commentar entwickelt den Gedanken, daß, wenn Frankreich sich eine seinen Sitten, seinen Ueberlieferungen und der Stelle, die es in der Welt einnehme, mehr angewessene Regierung wähle, und wenn seine Interessen in der Rückkehr zur Monarchie eine ihnen sonst fehlende Bürgschaft fänden, darin nichts liege, was seine äußere Haltung ändern könnte. „Der Kaiser," sagt die Depesche, „erkennt alles an und billigt alles, was der Präsident der Republik seit vier Jahren anerkannt hat." Sie setzt hinzu, daß dieselbe Hand, derselbe Gedanken fortfahren werden, die Geschicke Frankreichs zu leiten, und sie hebt hervor, wie eine unter den schwierigsten Umständen gemachte Erfahrung hinlänglich bewiesen habe, daß die auf ihre Rechte eifersüchtige französische Regierung in gleichem Grade die Rechte anderer Regierungen achte und den größten Werth darauf lege, für ihren Theil zur Aufrechthaltung des allgemeinen Friedens beizutragen. Der Minister erklärt, daß auf dieses Ziel stets die Bemühungen der Regierung hinarbeiten würden, und drückt die Hoffnung aus, daß, da die Absichten des Kaisers in vollkommenem Einklange mit jenen der anderen Souveraine ständen, die Ruhe der Welt gesichert sei. Zum Schlusse spricht die Depesche noch die Hoffnung aus, daß die Herstellung der kaiserlichen Gewalt in Frankreich allenthalben als ein glückliches Ereigniß werde angesehen werden, weil sie ein Unterpfand für den Bestand und die Dauer einer Politik sei, welche mit den Interessen und Bedürfnissen aller Mächte harmonire.

Die Errichtung einer Garde wird zunächst den kaiserlichen Hof mit den nöthigen Statisten versehen. Sollten die darüber umlaufenden Gerüchte wahr sein, so könnte leicht eine Mißstimmung in der Armee entstehen, denn eine Berechtigung zu jener Bevorzugung, wie sie die „alte Garde" besaß, fehlt offenbar der neuen Napoleonischen Schöpfung. Diese Berechtigung kann nur durch den Krieg gewonnen werden, und die Errichtung einer Kaisergarde, die mehr als eine Palastwache wäre, dürfte daher als ein kriegerisches Symptom von specifischer Bedeutung erscheinen. (A. Z.)

Spanien.

Aus Madrid ist die Nachricht hier eingegangen, daß die Cortes aufgelöst und neue Wahlen angeordnet sind.

Madrid. Am 28. Nov. hat auf der Eisenbahn von hier nach Aranjuez ein großes Unglück sich ereignet. Die Maschine ging aus den Schienen, stürzte von der Bahn in den Graben und zog 5 Wagen hinter sich her. Der Maschinist, zwei Heizer, der Wärter des Gepäckwagens und ein Bremser blieben augenblicklich todt, und 26 Reisende haben mehr oder weniger bedeutende Verletzungen davon getragen. Das Unglück fand in einer sehr öden Gegend statt: der nächste Ort war der eine Meile entfernte Flecken Villenas, wo außer dem Barbier kein anderer Wundarzt sich aufhält. Die Verunglückten blieben fast 8 Stunden ohne ärztliche Hülfe. Es ist das erste Mal, daß ein Unglück auf dieser Bahn vorkommt, die seit ihrer Eröffnung (am 11. Februar 1851) bis zum 28. Nov. 1852 gegen 700,000 Reisende befördert hat.

Italien.

Rom, den 27. Nov. In dem im vorigen Monat vom apostolischen Nuncius zu Wien abgeschlossenen neuen Uebereinkommen ist festgesetzt, daß die Regierung Sr. Heiligkeit künftig nur 13,400 Mann kaiserlicher Occupationstruppen verpflegen soll. Zu dem Ende entrichtet sie monatlich 18,000 Scudi an die österreichische Kriegscasse.

Großbritanien.

London, den 2. Dec. Der ministerielle Morning Herald bringt heute folgenden Leitartikel: „Der italienische Katholicismus scheint durchaus unheilbar. Auf den Protest der Vertreter von ein halb dutzend protestantischen Kirchen gegen die Verfolgung des Francesco und der Rosa Madiai erfolgt als practische Antwort die Wiedereinführung der Todesstrafe für Verbrechen „gegen die Religion," so wie eine Reihe anderer Verfolgungen. Der Madiai-Fall, welcher durch eigenthümliche Umstände mehr als gewöhnliche Aufmerksamkeit erregt, ist kein vereinzelter gewesen. Als die englische Deputation im October in Florenz war, zeigte man ihr die Namen von 18 Personen, die, um des Evangeliums willen, in jüngster Zeit Verbannung oder Kerkerpein erduldeten. Seitdem sind die blutdürstigsten Gesetze früherer Jahrhunderte wieder eingeführt worden, und die Verfolgung geht mit frischer Strenge ihren Gang. Erst vor wenigen Tagen wurde ein Commis einer der Banken in Florenz um Mitternacht aus seinem Bett gerissen und ins Gefängniß geschleppt. Seine Frau und Kinder wissen nicht, worin sein Verbrechen bestand, oder was seine Strafe sein mag. Seine Vorgesetzten suchten zu erfahren, was ihm zur Last gelegt wird, aber man verweigerte ihnen diese Auskunft. Man weiß nur, daß er ein Verbrechen „gegen die Religion" begangen haben muß, da er politische Dinge stets sorgsam vermieden hatte; und wäre sein Vergehen eines gegen die Moral gewesen, so hätte man keinen Anstand genommen, die Anklage öffentlich vorzubringen. Das sind die Zustände des Staates, der früher zu den am mildesten regierten in Italien gehörte. Aber seine Herrscher haben sich unter die Vormundschaft Roms gestellt, und Rom, entsetzt über die Fortschritte des Protestantismus, entschließt sich, zu seiner Unterdrückung vor keinem Mittel, auch dem schrecklichsten nicht, zurückzubeben. Was soll nun England, was sollen die protestantischen Staaten Europas thun? Einen kleinen Staat wie Toskana zu bekriegen, weil es seinen Herrschern beliebt, ihre Unterthanen zu tyrannisiren, mag unsinnig sein; aber eines wenigstens könnte geschehen. Die protestantischen Königreiche könnten allen freundlichen Verkehr mit solchen Regierungen abbrechen. Wenn England, Preußen, Holland u. s. w. den Großherzog von Toskana in Verruf thun, so wird er seine Lage bald sehr unangenehm finden. Wir wissen, daß diese Idee bereits angeregt worden ist, und ihre Verwirklichung dürfte nicht so fern sein, als die Jesuiten sich einbilden.... John Bull wird eines schönen Morgens aufwachen und eine Musterung halten, die sich gewaschen hat. Was die Geduld und Unterwerfung der Italiener betrifft, so wollen wir nicht prophezeihen. Möglich, daß ihre Geduld noch nicht ganz erschöpft ist, aber anderseits, die Explosion, die eines Tages kommen muß, kann selbst in diesem Augenblick nahe bevorstehen."

In Folge des ungeheuern Einströmens von Gold aus Australien, welches allen Anzeichen nach ein stätiges zu werden verspricht, wird der nächste Wochenbericht der Bank von England eine Zunahme ihrer edeln Metalle um 3 bis 400,000 Pfd. St. zeigen, und der zweitnächste Bericht einen doppelt starken Betrag, indem der größere Theil des großen Goldtransports auf dem „Eagle" in der nächsten Woche noch nicht mitgerechnet sein wird. Der letzten Post aus Port Philip zufolge lagen im dortigen Hafen nicht weniger als 50 Schiffe, welche alle Goldladungen nach England erwarteten. Täglich langten in diesem und andern australischen Häfen Hunderte von Einwanderern an. „Daily News" schließt ihren Artikel über dieses Thema mit den Worten: „Wenn die in den Depeschen an die Regierung ausgesprochenen Erwartungen sich bewahrheiten, so kann binnen einem Jahr die Goldproduction in Australien wöchentlich eine Million Pfd. St. betragen — ein erstaunliches und erschreckendes Resultat! Aber auch angenommen, die Goldausbeute betrüge nur zwei Drittel oder die Hälfte dieser Summe, wer kann sich die unermeßliche Wirkung dieser Vermehrung des Metallvorraths in Australien, in England und in der ganzen Welt vorstellen?"

Neueste Nachrichten.

Darmstadt, den 7. Dec. Die Abgeordnetenkammer hat sich, im Widerspruche mit ihrem erst neulich gefaßten Beschlusse, dem Verlangen der ersten Kammer nachgebend, für Errichtung einer stehenden Rheinbrücke bei Worms ausgesprochen, unter der Bedingung, „daß die Kosten der Schiffbrücke für den Staat sich nicht höher, als auf 140,000 fl. belaufen oder eintretenden Falls die Stadt Worms den Mehrbetrag noch übernehme, und daß das erforderliche Capital nicht vor der zweiten Hälfte des Jahres 1853 aufgenommen werde."

Berlin, den 6. Dec. Auch die erste Kammer constituirte sich in ihrer heutigen Sitzung förmlich. Graf Rittberg ward mit 91 Stimmen von 93 zum Präsidenten, Brüggemann und Graf Itzenblitz, jeder mit 81 Stimmen, zu Vicepräsidenten erwählt. Nachdem noch die Herren v. Zander und v. Prittwitz zu Quästoren gewählt worden waren, ergaben sich als Resultat der Schriftführerwahl, so weit deren Namen auf der Tribüne verständlich waren, folgende Mitglieder: Dryander, Dr. Schlechtendahl, Moller, Wegler, v. Karstadt, v. Humbert.

Wien, den 2. Dec. Dem Vernehmen nach, zeigt die päpstliche Regierung Geneigtheit, in den wesentlichsten Punkten dem zwischen Oesterreich, Modena und Parma bestehenden Zoll- und Handelsvertrage sich anzuschließen.

Bern, den 6. Dec. In Chur sind vorige Woche die dort in Arbeit gestandenen Gesellen aus den preußischen Staaten in corpore und unter Sang und Klang abgezogen.

Italien. In einigen Städten Toskana's werden immer noch Verhaftungen vorgenommen; man spricht zugleich von der Entdeckung wichtiger, sich auf eine große Verschwörung beziehender Papiere.

Rom, den 26. Novbr. Die Staatsconsulta ist mit einer Ansprache eröffnet worden, in welcher der heil. Vater die Mitglieder ansprach, sie würden nach Einsicht in das ihnen vorgelegte Budget das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen und zwei Gesetzentwürfe, die Tilgung des Papiergelds und den Bau der wichtigen Eisenbahnlinien, zu berathen haben. Am folgenden Tag nahmen die Berathungen ihren Anfang. Die Consulta besteht aus ungefähr 30 Mitgliedern, welche von den betreffenden Provinzen erwählt und vom Papst bestätigt wurden. Nur 6 derselben wurden unmittelbar vom heil. Vater ernannt.

Hiezu eine Beilage.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1333] **Kunstanzeige.**

Heute Donnerstag, den 9. December, im Saale des Cafetier Kayser, Productionen

der Familie Bannholzer

in den Mysterien der Geschwindigkeit, verbunden mit Phantasmagorie und Chromatropen.

Eintrittskarten sind in der F. C. Neidhard'schen Buchhandlung à 24 kr. für den I. Platz zu haben.

Abends an der Casse kostet das Billet: I. Platz 30 kr., II. Platz 18 kr.

Anfang präcis 6 Uhr.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Freitag (Zu Nro. 296. den 10. December 1852.

Landreise nach Californien.

(Fortsetzung.)

§. 4. Um Mitternacht spannte ich wieder ein, in der Hoffnung, bis gegen 6 Uhr Gras und Wasser zu erreichen. Ich nahm das Pferd an die Hand, mein Sohn die Peitsche. Hr. August Hill, ein braver junger Mann aus New-York, war mein Reisegefährte.

Der Horizont schwamm wie in Blüthen getaucht. Die Nacht war still und ruhig. Aber gleich einem Gespenste schritt der Wanderer seines Weges dahin und das dumpfe Rollen der Wagen und ihr langsames, eintöniges Klappern versenkte mich in tiefes Nachdenken. Ungefähr 7 Meilen mochten zurückgelegt sein. Ich ging hinter dem Wagen. Er bewegte sich immer langsamer. Mein Sohn hielt an und weinte, mit ihm seine Mutter. Den beiden Leitochsen war die letzte Kraft geschwunden und sie stürzten nieder.

„Ja", sagte mein Sohn, „wenn Sie und ich allein wären, so würden wir unsere Siebensachen ebenfalls auf den Rücken nehmen und den Andern nachgehen."

Ich stand ein Weilchen da, mich besinnend und in der Noth nur mich selbst fragend. Was war zu thun? Es war unmöglich, diese Ochsen aufzuheben und sie neben die Straße zu bringen. So habe ich gesehen, daß manchmal die armen Thiere noch lebten, als die nachkommenden Wagen über sie fuhren. Meine Ochsen wollte ich diesem Schicksale nicht Preis geben, — auf mein Verlangen nahm mein Reisegefährte die Büchse und befreite sie von der letzten Qual. Mit schwerem Herzen setzte ich die traurige Fahrt fort. Ich hatte nur noch 5 Stück Ochsen, die sich langsam und schmachtend bis 6 Uhr Morgens hinschleppten. Ein Blick in die Ferne war uns nicht gestattet, weil ein rauchiger Dunst, gleichsam ein Nebel ohne Feuchtigkeit, die Atmosphäre füllte.

Plötzlich hielten meine Ochsen wieder still. Einer von ihnen, den ich als Leitochsen gebrauchte, fiel zusammen. Jetzt spannte ich die noch übrigen 4 Stück aus, ließ den Wagen mit der Familie stehen und trieb das Vieh vor mir hin — in der Hoffnung, den Rettungsort früher oder später zu finden. Durch den Höhenrauch, der die Gegend bis 12 Uhr Morgens verfinsterte, konnte man nicht weiter als ungefähr 10 Minuten weit vor sich hinsehen. Gefäße, um den vor Durst verschmachtenden Menschen und Thieren Wasser zurückzubringen, hatte ich bei mir. Kaum war ich, gebeugt von diesen Drangsalen, eine Viertelstunde weit fortgeschritten, so eröffnete sich ein Thal mit hoffnungsvollen Gräsern und sprudelnden Quellen. Das noch lebende Vieh konnte gerettet werden. Die Quellen waren sämmtlich kochend heiß; über ihnen lagerten vulkanische Berge, in deren Krater man hineinschauen konnte. Die Quellen sprudelten so heiß, daß sie siedendem Wasser glichen; aber in etwa 300 Yards Entfernung von ihrem Ursprunge glichen sie dem schönsten Brunnenwasser. An diesem Orte der Erlösung wurde einige Tage geruht und dann die Bahn gen Westen wieder eingeschlagen.

Unter den vielen Plagen, welchen der Mensch auf dieser Landreise ausgesetzt ist, habe ich bisher die Krankheiten, welche sich an seine Schritte heften, zu erwähnen vergessen. Die gewöhnlichsten sind die Ruhr, das Wechselfieber, die Cholera und der Scharbock, die alle eine Folge der ungesunden Lebensmittel, namentlich des schlechten Wassers, theils der großen Abwechslung in dem Klima sind. Sehr häufig hatten wir am Tag von einer unausstehlichen Sonnenhitze zu leiden, während die Nächte so kalt waren, daß des Morgens ein 3—4 Zoll dickes Eis den Boden bedeckte.

Wir brachen von diesem Orte auf und reis'ten 50 Meilen weiter. Auf diesem Wege fand sich auf einer Strecke von 15 Meilen keine Spur von Wasser und nichts als dürres, sonnverbranntes Gras. Um desto größer war unsere Freude, als wir Abends einen großen Bruch erreichten und gleich bei unserm Eintritt in denselben ein wahrscheinlich von früheren Reisenden gegrabenes Wasserloch fanden, wo wir zuerst unser vor Durst schier erlegenes Vieh tränkten. Nachher bereitete ich Kaffee, denn das übrig gebliebene Wasser war so sumpfig, daß wir es nicht ohne Erbrechen genießen konnten. Wir fanden jetzt den Weg ziemlich eben und von zahlreichen Auswanderern belebt, die meist mit ihrem Geräth auf dem Rücken die Reise fortsetzten, da ihnen das Vieh gefallen war und sie so ihre Wagen im Stich lassen mußten. Aus diesem Grund waren auch die Lebensmittel sehr theuer und am Muddy Lick, wo ich aus Vorsorge 100 Pfund Mehl kaufte, mußte ich 75 Doll. dafür zahlen. Ungefähr 80 Meilen weiter veränderte sich die Landschaft mit einem Male. In der Ferne erblickten wir eine weitausgedehnte Bergkette und riesig-dunkle Tannenwälder, die sich von Süden nach Norden hinzogen, so weit der Blick reichte. Wie freudig schlug unser aller Herz bei dem Gedanken, daß jenseits der Berge uns das reiche und ersehnte Land aufnehmen werde. Mit freudigem Muthe brachen wir darum des folgenden Morgens auf, um die letzte Schranke, welche uns von den Thälern des Goldlandes trennte, zu übersteigen. Da die Zahl meiner Ochsen sich bis auf vier vermindert hatte, ließ ich meine Wagen hier zurück und wählte mir unter den vielen hier zurückgelassenen Fuhrwerken einen leichten Karren mit zwei Rädern, den die Thiere leichter über das Gebirge bringen konnten. Dieses Gebirge, welches die Sierra Nevada oder das Californier Gebirge genannt wird, gewährt einen majestätischen Anblick. Es ist mit den höchsten und schönsten Tannenbäumen bedeckt; die ich je gesehen habe, und wird in Zukunft ein treffliches Material für den Schiffsbau liefern. Vor dem Gebirge war ein herrliches Thal, mit ewig grünem Grase bedeckt, und ein Bach vom klarsten Wasser schlängelte sich hindurch.

Des Morgens brach ich auf und mit mir viele Reisende, um mit den uns noch übrig gebliebenen Wägen den etwa 3½ Meile hochgeschätzten Gipfel der Berge zu erklimmen. Die erste Hälfte des Weges ging es ziemlich gut, dann aber nach einem kurzen Absatz mußten wir einen steilen Rücken hinauf, wobei wir einer dem andern Vorspann leisteten, um nur die leeren Wagen hinauf zu bugsiren. Unsere Geräthe und Lebensmittel mußten wir ausladen und auf unsern Schultern hinauf schleppen. Mit Mühe und Noth gelang es uns, auf diese Weise den Gipfel zu erreichen, von welchem sich uns eine prächtige Aussicht bot. Nach beiden Seiten hin dehnt sich die lange Reihe dieser Berge, alle am Fuße kugelrund und oben in einen spitzen Kegel auslaufend.

Nachdem wir auf dem Gipfel eine Weile geruht, etwas schwarzen Kaffee und trockenes Brod verzehrt und unsere Kräfte gestärkt hatten, packten wir unsere Sachen zusammen und rutschten den Weg hinab in ein Thal, wo wir übernachten wollten. Hier traf ich viele alte Reisegefährten, die ich mich freute, wohlbehalten wieder zu sehen. Ich campirte bei der Washington City Compagnie, deren

Capitän zwei Tagreisen vorausgegangen war und nun bei seiner Rückkehr vom Pitt River, 55 Meilen von unserm jetzigen Lagerplatze, uns die Kunde brachte, daß das Sacramentothal noch 300 Meilen von der Sierra Nevada entfernt sei. Die Gesellschaft ließ aus Mangel an Lebensmitteln alle ihre Wagen stehen. Ein jeder packte sich ein Maulthier und so setzten sie ihren Weg fort, während ich mit meinem erbärmlichen Karren das Nachsehen hatte. Meine Gefühle waren dabei nicht die angenehmsten, zumal die Ochsen täglich größere Schwäche und Ermattung zeigten, und doch konnte ich mir nicht verhehlen, daß ich im Verhältniß zu so vielen andern Reisegefährten, die ihr Vieh ganz und gar verloren, noch von Glück zu sagen hatte. Wir trafen dann auch unsere Vorbereitungen zur Weiterreise, wurden jedoch dabei durch das plötzliche Erscheinen eines ebenso unangenehmen wie unerwarteten Besuchs unterbrochen. Es waren fünf Eingeborene Californiens mit Bogen und Pfeilen bewaffnet, aber ohne alle Kleidungsstücke. Sie gaben uns zu verstehen, daß sie nicht abgeneigt seien, einige Geschenke anzunehmen, begnügten sich indeß, weil sie wohl sehen mochten, daß wir selbst nicht im Besitze großer Reichthümer waren, mit einer Portion Brod, die ich unter sie vertheilte. So reich das Land ihrer Väter ist, so gibt es doch vielleicht keine ärmeren Indianer als die californischen. Sie besitzen buchstäblich nichts, Jagd und Fischfang sind nicht besonders, ihre hauptsächlichste Nahrung sind Eichelbrod und Würmer, die sie aus der Erde graben. Ihre Wohnung ist eine aufgeworfene Masse Erde, von einer Form ungefähr wie ein Heuhaufen, welche der Bauer auf der Wiese aufzuthürmen pflegt, mit einem Loch in der Mitte, um auf- und niederzusteigen; dieses Loch vertritt zugleich die Stelle des Schornsteins. Bekleidet waren wenigstens die, welche ich hier sah, gar nicht und überhaupt ist es damit schlecht bei ihnen bestellt. Im Herbst sammeln sie die Eicheln, aus denen sie in folgender Weise ihr Brod bereiten. Sie höhlen einen Stein aus, bis die Höhlung etwa einen Litre Eicheln faßt, diese mahlen sie dann mit einem andern Stein, der in die Höhlung paßt, füllen das Mehl in wasserdichte, aus Weiden geflochtene Körbe, und mischen es mit Wasser zu einem zarten, schlaffen Teig. Darauf machen sie Steine am Feuer glühend und werfen sie in die angefüllten Körbe, um den Teig zu kochen. Hernach tragen sie die gefüllten Körbe in die Sonne und lassen so den Teig vollends austrocknen, der dann ihren vorzüglichsten Lebensunterhalt bildet. (Forts. folgt.)

Deutschland.

München, den 6. Dec. Der hiesige französische Gesandte wird von Louis Napoleon's Schwung auf den Kaiserthron dem hiesigen Hofe keine andere Mittheilung machen, als daß er sich bei der Neujahrsaufwartung als kaiserlicher Gesandter vorstellen läßt. So soll es auch bei anderen Höfen gehalten werden. — Bezüglich der Gerichtsorganisation wird dem M. Boten erzählt: die Trennung der Justiz von der Verwaltung werde in der Art erfolgen, *) daß man die Landgerichte sämmtlich beläßt und mit der Polizei und den Notariatsgeschäften, für welche eigene Beamte aufgestellt werden, betraut und die größeren Landgerichte in Bezirksgerichte für Justizsachen umwandelt. Hierüber soll es zwischen Krone und Ministerium zum Einverständniß gekommen sein. (M.B.)

Aus Niederbaiern schreibt der „Münchn. Bote:" Wenn die Missionen der Väter Jesu so heilsam für die Gebrechen der Zeit, für die gesunkene Moralität, Abnahme der Verbrechen und Vergehen sind, daß mehrere unserer Kreise im abgelaufenen Quartale kein Material für Schwurgerichtssitzungen hatten, so begreifen wir nicht, wie gerade Niederbaiern so viele Schwurgerichtssitzungen und bei jeder derselben so viele Fälle zur Verhandlung zählt; denn gerade dieser Kreis besitzt ein Collegium der Redemptoristen in Vilsbiburg und wurde mit Missionen überschüttet, da bereits mehrere in Passau und außer dieser noch in Straubing, Sulzbach, Neuhaus, Engertsham, Reutern, Tettenweiß, Pocking, Hartkirchen, Griesbach, Röhrnbach, Eigen, Dingolfing, Reißing, Rothenburg, Regen, Bischofsmais, Plattling, Metten, Vilsbiburg, Adeldorf, Moos, Trindorf und Siegenburg gehalten wurden. Am Tage der Missionseröffnung in Neuhaus wurde in dortiger Gegend ein Selbstmord, ein Straßenraub und eine Nothzucht verübt.

*) Wäre dies die gewünschte Gerichtsorganisation? Es wird erlaubt sein, daran ein wenig zu zweifeln. D. R.

Schweiz.

Freiburg. Hier fängt man jetzt wirklich an für die Revision oder den Umsturz der Bundesverfassung zu agitiren. Eine Denkschrift ist zu dem Ende von Hrn. Charles, wie es scheint, abgefaßt, aber noch nicht veröffentlicht. Dagegen wird bereits die Zustimmungsformel im Kanton herumgeboten und darauf los unterschrieben, noch ehe man die Denkschrift kennt! Die Formel lautet: „Die Unterzeichneten erklären mit ihrer Unterschrift der Denkschrift beizupflichten, wodurch das Freiburger Volk von dem Beschlusse der Bundesversammlung an die schweizerische Nation appellirt, und verlangt, wieder in den Genuß der politischen Rechte, gleich den übrigen Eidgenossen und im Namen der Artikel 5 und 6 der Bundesverfassung, eingesetzt zu werden."

Frankreich.

Paris, den 3. Dec. Es lag allerdings in der Absicht Ludwig Napoleons, seine Thronbesteigung durch außerordentliche Gesandte den auswärtigen Mächten anzuzeigen. Da indessen der Titel Napoleon III seitens einiger dieser Mächte zu vertraulichen Vorstellungen Anlaß wurde, so sind dermalen diese Sendungen verschoben, bis Europa das neue französische Kaiserreich förmlich anerkannt haben wird. Unterdessen wird die Thronbesteigung Napoleons III den fremden Mächten durch die bei denselben bisher beglaubigten französischen Gesandten einfach angezeigt werden. Die darauf erfolgende Antwort der fremden Höfe wird den Entschluß wegen Absendung außerordentlicher Gesandter bestimmen. (A. Z.)

— den 5. Dec. Der Tuilerien-Palast wird sowohl inwendig als auswendig vollständig restaurirt werden. Bis jetzt sind erst die zum officellen Empfang bestimmten Gemächer und die vom Kaiser persönlich bewohnten ganz eingerichtet. Die überall entfaltete Pracht ist außerordentlich. Im „Thronsaal," ehemals „Paradezimmer" Ludwigs XIV, steht bereits der kaiserliche Thron, derselbe, der bei der Krönung Napoleons I. gebraucht worden ist, aufgestellt. Ueber den Thronbaldachin ist ein Adler mit ausgebreiteten Flügeln angebracht, über dessen Kopf die Devise Ludwigs XIV.: „Nec pluribus impar" zu lesen ist.

Beim Einzug des Kaisers in Paris am 2. Dec. bemerkte man am Eingange der Champs-Elysée's eine Decoration, einen ungeheuern Regenbogen darstellend, unter welchem sich eine von Frankreich und einem Engel getragene Krone befand. An den beiden Enden des Regenbogens las man Verse, deren Schluß dahin lautete: Marschire an der Seite der Götter, ihre tiefe Weisheit kann dir die Herrschaft über die Welt (l'empire du monde) und die Unsterblichkeit nicht versagen. (!)

Geldcourse.

Frankfurt, den 7. Decbr. Pistolen 9 fl. 41½–42½ kr., Ducaten 5 37 – 38, 20-Franken-Stücke 9 25½ – 26½, Holländische 10fl.-Stücke 9 50 – 51, Preußische Thaler 1 45 – 45½, Fünffrankenthaler 2 fl. 20½ – 21 kr.

Papiercourse. Frankfurt, den 7. Decbr. Oesterreichische 5proc. Met. 94⅞; 4½proc. 72⅞. Preußische 3½proc. 93⅞. Baierische 5proc. 101⅞; 4proc. 96⅞; 3½proc. 92⅞. Verb. Act. 100; Pr.-Obl. 103. Bad 4½proc. 102½; 50fl.-Loose 66⅞; 35fl.-L. 37⅞. Hess. 25fl.-L. 32. Disconto 2½ B., 3 G.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 297 | den 11. December 1852.

Deutschland.

***Speyer.** In Berlin wird gegenwärtig, wie unsere Leser wissen, der Preußische Landtag abgehalten. Von einem Interesse für dessen Thätigkeit ist nirgends auch nur eine Spur zu entdecken. Und doch ist die Sache nicht ohne Wichtigkeit. Es geht ein doppelter Zersezzungsprozeß dabei vor sich: nach der einen Richtung wird der Scheinconstitutionalismus, nach der andern das specifische Preußenthum in der öffentlichen Meinung von Tag zu Tag mehr zu Grunde gerichtet. Sowol die Ernennung der Kammervorstände, als die Gültigerklärung der Lichnowski'schen Wahl, sind sehr geeignet, das Ihrige dazu beizutragen. Die Geschicke müssen sich erfüllen!

*Der neue „Kaiser" ist in Frankreich mit acht Millionen Stimmen geschaffen; alles ist ohne Unordnung, alles ist mit Jubel abgegangen! Man kann zwar bescheidene Zweifel hegen über die acht Millionen Ja-Stimmen, und was die Feier vom 2. Dec. betrifft, so versichern uns die glaubhaftesten Augenzeugen, daß von Enthusiasmus eben auch nicht die leiseste Spur zu entdecken gewesen sei. Immerhin aber ist die Staatsordnung in Frankreich für jetzt stabil gemacht. Auch haben sich nicht nur die Großmächte Neapel und Belgien, sondern außer ihnen auch England, beeilt, die neue Regierung anzuerkennen. Darnach hatte man die begründetste Ursache, zu erwarten, daß die Curse der Papiere nun noch weit mehr steigen müßten, als bisher schon. Aber weit entfernt davon, meldet der Pariser Cursezettel seitdem Tag für Tag ein Sinken der Preise! Dies ist denn doch wahrlich seltsam. — Es scheint, daß die weiterblickenden Leute etwas Unrath wittern. Erfolgt die merkantilisch-speculative Crisis (und sie ist, nur etwas früher oder später, unausbleiblich!) so wird der Schlag furchtbar sein. Sonst speculirten an der Börse doch zunächst nur die Bankiers. Seit einem Jahr ist es anders geworden. Die kleinen Kaufleute, die Handwerker, selbst (und oft ganz besonders) die Weiber, sind in den Strudel des schwindelnden Spieles hereingezogen. Die Reportbank wird auch das Ihrige beitragen, um den „Ruheliebenden um jeden Preis" klar zu machen, daß nicht alles Gold ist, was glänzt!

Dabei bemächtigt sich der Gedanke an einen Krieg immer mehr der Gemüther. Und in vielen Köpfen in Frankreich spuckt die Idee einer s. g. „Revision der Verträge von 1815" in der Art, daß Frankreich seine s. g. „natürliche Grenze" ansprechen will, wogegen die kleineren Staaten das Ausgleichungs- und Tauschobject sein müßten, um das vorgebliche „europäische Gleichgewicht" zu erhalten! (siehe z. B. die Andeutung in unserer heutigen Pariser Correspondenz.) Welche Projecte wird das nächste Jahr zur Reife bringen?!

***Zur Klopfsomnambule.** *) Die geehrte Redaction hat in einer Anmerkung zu dem Aufsatze in Nro. 292 der Speyr. Ztg. die Beweiskraft der Gründe bestritten, welche daselbst angeführt wurden, um darzuthun, daß die mitgetheilten Erscheinungen nicht auf Betrug beruhen. Es kann dem Verfasser nur angenehm sein, wenn die Sache von so vielen Seiten als möglich beleuchtet wird, damit sie durch Rede und Gegenrede nach allen Richtungen aufgeklärt werde. Allerdings ist die Gewißheit, daß ein Betrug nicht existire, dadurch nicht hergestellt, daß ein solcher noch nicht entdeckt ist. Der zu führende Beweis stützte sich deßhalb auf das Zusammenfassen aller hier einschlagenden Gründe, und konnte nur, um nicht zu weitläufig zu werden, nicht auf alle in gleicher Ausführlichkeit eingehen. Am meisten Nachdruck legte die Abhandlung auf die zwei in den medicinischen Annalen verzeichneten Fälle ähnlicher Art, weil vorauszusetzen war, daß diese nur sehr wenig bekannt seien, und solche Wiederholungen derselben Erscheinungen für deren Beurtheilung von großem Werthe sind. Ueber die Richtigkeit jener beiden Fälle kann nun zwar ein stricter Beweis jetzt nicht mehr geführt werden. Aber dennoch wird ein Arzt, der diese in ihrer ganzen Ausführlichkeit liest, an ihrer Wahrhaftigkeit nicht leicht zweifeln. Wohl werden auch in wissenschaftlichen Zeitschriften zuweilen Märchen erzählt, die auf Selbsttäuschung beruhen; aber abgesehen davon, daß die hierher bezüglichen Erscheinungen so prägnanter Natur sind, daß eine Selbsttäuschung nicht leicht stattfinden kann, so tragen diese Mittheilungen in ihrer Wesenheit durch und durch das Gepräge der Wahrheit und der nüchternsten Beobachtungsweise, verbunden mit strenger Wissenschaftlichkeit. Allerdings gibt es in den Naturwissenschaften Beispiele, die man durch viele Wahrnehmungen bewiesen glaubte, die man aber später als falsch erkannte. Diese stammen jedoch aus Zeiten, in welchen die sogenannte exacte Methode der Untersuchung und Beobachtung noch nicht in der Uebung war. Von der Selbstverbrennung hat man über 45—48 Beobachtungen aufgezeichnet; und doch ist sie ein Hirngespinnst. Kein Einziger dieser Fälle war von einem Sachverständigen beobachtet worden, kein Einziger ist durch eine wissenschaftliche Mittheilung eines Augenzeugen constatirt, wie die Fälle von Dr. Plath und Dr. Marc.

Setzen wir nun voraus, daß diese wahrhaftig erzählt sind, so folgt allerdings daraus noch nicht allein, daß der gegenwärtige nicht auf Betrug beruhe. Nehmen wir aber hinzu, daß das Mädchen von dem sie behandelnden Arzte 72 Tage lang in dessen Wohnung aufgenommen war, und daselbst gänzlich abgeschlossen von seiner gewöhnlichen Umgebung beobachtet wurde, daß daselbst nach der glaubwürdigsten Versicherung das Klopfen und Kratzen sich hören ließ, selbst wenn dem Mädchen Hände und Füße gehalten wurden; welche fast übermenschliche Verschmitztheit und Kunstfertigkeit von Seiten des 12jährigen Mädchens würde dazu gehören, unter diesen Umständen und mitten unter simulirten oder nicht simulirten Krämpfen gerade dieselben seltsamen Erscheinungen die vor 20 und 61 Jahren beobachtet worden, aber bisher nur sehr wenig bekannt waren, zu erzeugen?

Sollten nun dadurch noch nicht alle Zweifel gelöst sein (denn allerdings ist in solchen Fällen der strengste Scepticismus gerechtfertigt, da in der Verstellungskunst und Taschenspielerei das Unglaublichste geleistet wird, und die Erscheinungen des Somnambulismus sowol von Speculanten als von Liebhabern des Aberglaubens zu allerlei Spiegelfechtereien benützt werden), so bleibt doch das sicher, daß durch die Annahme eines Betrugs die vorliegenden Erscheinungen viel schwerer zu erklären sind, als auf irgend eine natürliche Weise, und daß bis jetzt

*) In dem Aufsatze in Nro. 293 sind folgende Druckfehler zu berichtigen: Auf der 1. Seite Zeile 28 und 32 lies Stubengeräth, statt Nebengeräth, und auf der folgenden Seite Zeile 39 l. oder auch ein anderes, statt oder auf ein anderes.

auch die ganz Ungläubigen noch nicht den geringsten Versuch gemacht haben, irgend eine erdenkliche Weise anzugeben, wie derselbe stattfinden könne. —b.

Englische und deutsche Preßfreiheit. Am 23. Nov. d. Js. versuchte Sir Charles Napier, der berühmte englische Held, durch drei Advocaten vor dem Queens-Bench-Gericht in London einen Preßprozeß gegen Dr. John Murray, den Verleger der Quarterly Review, anhängig zu machen. Diese Vierteljahrsschrift brachte im October eine Schilderung und Kritik des Krieges gegen die Emirs von Sind, worin Sir Charles der gröbsten Gewaltthaten, sowol als Civil- wie als Militärcommandant in Sind, bezichtigt und als ein höchst unfähiger, dabei leidenschaftlicher und grausamer Haudegen dargestellt wurde. Er habe die Paläste in Hyderabad plündern lassen, und selbst die Juwelen und Garderoben des Frauengemachs nicht geschont, überhaupt den Krieg in der unritterlichsten Weise geführt. Mr. Chambers, der Hauptadvocat für die Anklage, erging sich in einer lobpreisenden Lebens- und Thatenbeschreibung des alten Helden, erklärte die Angabe der Quarterly Review für schreiende Entstellung von Thatsachen und klagte deßhalb auf Verleumdung. Der Gerichtspräsident Lord Campbell war jedoch der Ansicht, daß eine verleumderische Absicht dem erwähnten Aufsatz nicht nachzuweisen sei; er selbst hege die Ueberzeugung, daß Sir Charles nicht nur zu den ruhmreichsten Helden Englands gehöre, sondern daß an seinen Waffen auch nicht der kleinste Makel hafte, allein er könne darum eine entgegengesetzte Ueberzeugung nicht für strafbar halten. Der mißliebige Artikel müsse durch die Kritik, nicht durch das Gericht widerlegt werden, und ein grober Eingriff in die Rechte der Presse wäre es, die historische Kritik zu beschränken. Das Gesetz könne nur gegen ungerechte und ungerechtfertigte Angriffe auf das Privat- — nicht auf das öffentliche Leben eines Mannes, schützen. Die drei andern Richter stimmten dem Gutachten Lord Campbell's unbedingt bei, so daß der Antrag auf Versetzung John Murray's in Anklagestand ohne Weiteres verworfen wurde. — Wenn ein guter Deutscher dieses liest, so müssen sich ihm Betrachtungen mancherlei Art aufdrängen. Wie ganz anders würde diese Sache bei uns aufgefaßt und behandelt worden sein? Hätte ein deutscher Schriftsteller das Wagniß unternommen, einem gewöhnlichen Lieutenant den zehnten Theil der Vorwürfe aufzubürden, welche Sir Charles über sich ergehen lassen mußte, so hätte es durchaus nicht der Anstellung einer besonderen Klage von Seiten des Angegriffenen bedurft; der Staatsanwalt hätte selbständig einschreiten müssen, und nicht auf Verleumdung, sondern auf Verletzung der Amts- und Dienstehre in Bezug auf Dienstverrichtungen geklagt, ein Verbrechen, das die armen Engländer noch nicht zu kennen scheinen. Nach der bestehenden Gesetzgebung in Deutschland hätte der deutsche Schriftsteller wohl auf 6 Monate ins Korrectionshaus wandern können, in einem Falle, in welchem der höchste englische Gerichtshof noch nicht einmal die Anklage zuläßt. Und doch besteht in beiden Ländern Preßfreiheit! Die Gesetze sind aber verschieden, und wir fragen, auf welcher Seite mag wohl das Recht sein? *)

(Volksbl. für Rhein und Main.)

Kassel, den 7. Dec. Der Staatsprocurator hat nun wirklich den Auftrag erhalten, gegen die Mitglieder der aufgelösten Ständeversammlung criminell wegen Steuerverweigerung vorzuschreiten. Selbst der Staatsprocurator v. Dehn-Rothfelser soll gegen die Einleitung dieser Untersuchung als unthunlich remonstrirt haben; das Ministerium besteht aber mit aller Entschiedenheit darauf, und da man sich allseitig von der Erfolglosigkeit der Procedur überzeugt hält, *) so nimmt man an, das eingeleitete Verfahren solle mehr als Einschüchterung für die gegenwärtigen Stände dienen, wenn sie etwa Miene machen würden, die begehrten Gelder und Steuern nicht ohne alles Weitere zu bewilligen, wie denn Hr. Hassenpflug sich dieses Mittels bereits mit Glück bei der landständischen Verhandlung über das letzte Anlehen bedient haben soll. (Fr. J.)

Berlin, den 6. Dec. Die „N. Pr. Z." spricht in einer Wiener Correspondenz davon, daß „in jedem Falle" von Wien aus „eine Verwahrung **) gegen die Folgerungen, welche sich an die Annahme des Titels „Napoleon III" knüpfen lassen, zugleich mit der neuen Beglaubigung für den österreichischen Gesandten in Paris, Hrn. Hübner, abgeschickt werden wird."

Posen, den 3. Decbr. Das russische Armeecorps, welches jetzt bei Kalisch an unser Grenze zusammengezogen wird, besteht vorzugsweise aus Cavallerie. Der Zweck dieser großartigen Truppenanhäufung an der Westgrenze wird nicht näher angegeben, denn der ostensible Zweck, der durch Cholera und Brände so heimgesuchten Gegend neue Nahrungsquellen zu eröffnen, dürfte nicht stichhaltig sein. — Der Czas behauptet geradezu, daß Rußland und Oesterreich weder gegen die Kaisercreirung in Frankreich noch gegen den Titel Napoleon der Dritte etwas einwenden würden, und gibt zu verstehen, beide Monarchen werden Frankreich gewähren lassen; dafür aber werde letzteres die beiden Ostmächte in der unabwendbar bevorstehenden Crisis in der Türkei wiederum gewähren lassen. — Das Reisen nach dem Königreich Polen ist für Fremde gegenwärtig fast zur Unmöglichkeit geworden, denn während man sonst mit einem richtigen preußischen Paß die Grenze überschreiten konnte, sind nach der neuesten Paßordnung folgende Formalitäten nöthig. Eine bekannte Person von Ansehen jenseits muß für den Reisenden vollständig haften; die hierüber sprechende legalisirte Erklärung übersendet letzterer an das Consulat nach Warschau, welches zunächst die Genehmigung der Statthalterschaft zu erwirken hat; dann geht der Paß nach Berlin und erhält das Visum der dortigen russischen Gesandtschaft. Fehlt neben diesem Visum die Bemerkung „auf Genehmigung des Statthalters," so wird der Reisende nicht über die Grenze gelassen. (A. Z.)

Wien, den 3. Decbr. Wir sitzen so traulich beisammen und haben einander so lieb. Die Säle des Fürsten Metternich sind allabendlich mit zahlreichem Besuch aus den vornehmsten Häusern gefüllt, und gelten für das Stelldichein der Aecht-Konservativen. (M. B.)

— den 5. Dec. Die „Presse" traut dem Frieden mit Frankreich nicht und meint, die französische Ehre identificire sich nur zu leicht mit der Rheingränze.

— den 7. Dec. Heute ist ein kaiserliches Patent erschienen, wodurch die Aviticität in Ungarn, Croatien, Slavonien und der Wojewodschaft aufgehoben wird. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, den 7. Dec. Die Repräsentantenkammer hat gestern mit einer Majorität von 67 Stimmen gegen 21 den Gesetzentwurf in Betreff der durch die Presse gegen auswärtige Souveräne verübten Beleidigungen in der Fassung angenommen, wie er vorgelegt und in Uebereinstimmung von der Regierung und der Centralsection amendirt worden war.

---

*) Wir in Baiern haben bekanntlich bei Berathung des Preßgesetzes zu wiederholten Malen hören müßen, wie das vorliegende Strafgesetz weit milder sei als das in England geltende. Die Opposition widersprach nicht nur dieser Behauptung, sondern wies auch noch auf einen andern Unterschied hin, nemlich auf die sehr verschiedenartige Anwendung der Gesetze in England und Deutschland. D. Red.

*) Von der „Erfolglosigkeit überzeugt?" das sind wir aber gar nicht, erwarten vielmehr durchaus nichts anderes, als eine Verurtheilung! D. Red.

**) Und darauf legt man irgend einen Werth? Wenn Napoleon Eroberungen versuchen will, so wird ihn eine solche „Verwahrung" ebensowenig, als ein ihm im Wege liegender Strohhalm hindern! D. Red.

Frankreich.

† **Paris,** den 8. Dec. Die Krönung des Kaiser ist auf den 15. April festgestellt worden. Der Papst wird im März von einer französischen Escadrille abgeholt werden. — Der Kaiser wird im Frühjahr nach seiner Krönung eine Reise nach Corsika unternehmen. — Die Anerkennung des Kaisers Napoleon III von Seiten Belgiens wird ohne Zweifel viel zu der Befestigung der freundschaftlichen Verhältniße beider Länder beitragen. Trotzdem scheint man mit der Energie des französischen Gesandten in Brüssel nicht ganz zufrieden zu sein und es ist beschlossen worden, daß ihn der Fürst von Moskowa auf seinem Posten ersetzen soll. (!) *) — Der Staatsrath beschäftigt sich gegenwärtig mit der Prüfung der ihm vorgelegten neuen Constitution von Algier, welche noch vor der Einsetzung des Prinzen Napoleon Bonaparte als Vicekönig von Algier decretirt werden soll. — Mehrere auswärtigen Blätter haben bereits von einem Congreß gesprochen, den die Repräsentanten der großen Mächte abhalten wollen, um die durch so viele Ereignisse durchlöcherten Verträge von 1815 zu revidiren und mit den gegenwärtigen politischen Verhältnißen Europas in Einklang zu bringen. Die Verträge von 1815 sind theils von den contrahirenden Mächten selbst, theils durch Revolutionen und politische Verhältniße verschiedener Art so oft und so wesentlich umgangen und verletzt worden, daß eine Berufung darauf keine moralische Autorität mehr bildet. Die Basis auf der sie beruhten, ist selbst so erschüttert, daß sie als ein veralteter politischer Katechismus erscheinen, der schon längst aufgehört hat eine Wahrheit zu sein, weil das Bestehende mit dessen Glaubensartikeln im Widerspruche steht. Die Nothwendigkeit einer Revision scheint daher eben so **dringend** als **ersprießlich** zu sein und wenn wir recht unterrichtet sind, so ist die Französische Regierung, die dabei allerdings am meisten interessirt ist, sehr geneigt (!) diese Idee eher zu fördern als zu hindern. Die Grundlagen der neuen Verträge werden eben so wie die alten, auf dem Principe des Europäischen Gleichgewichts beruhen, nur wird es erforderlich sein, den Erfahrungen der letzten Zeit Rechnung zu tragen und sich auf keine peremptorischen Garantien des **Bestandes von Staaten untergeordneten Ranges** einzulassen und von dem Bestehen einzelner Dynastien nicht den Europäischen Frieden abhängig zu machen. Frankreich wird in den betreffenden Unterhandlungen das Princip der **Volkssouverainität**, gegenüber dem **göttlichen Recht der Dynastien** und zwar mit vollem Rechte geltend machen, weil dergleichen bindende Verträge, wie die Ereigniße in Belgien, Spanien und Frankreich gelehrt haben, den Ereignissen gegenüber machtlos sind und deren Autorität nothwendigerweise schwächen müssen. Ein Hauptgegenstand der Verhandlungen bei dem angeregten Congresse wird die Erledigung der orientalischen Frage sein. — Die heutige Börse war wieder eine sehr schlechte. Alle Course ohne Ausnahme fielen. Das Gerücht, die Regierung wolle alle Assecurranz-Gesellschaften an sich ziehen, übte einen sehr herabdrückenden Einfluß aus. Die 3ß fiel um 60 Cnt., auf 81 15; die 4½ß um 20, auf 104 80; die Nordbahn um 10 Frcs., die Straßburger um 18 50 und die Lyoner um 27 28. An der Börse hieß es auch, Dupin werde zum Präsidenten des Cassationshofes ernannt werden.

Paris, den 6. Dec. Die Vertreter der auswärtigen Mächte haben das Notificationsschreiben über das Kaiserthum erhalten. Sie haben sich bis jetzt begnügt, den Empfang dieses Schreibens anzuzeigen mit der Versicherung, sie würden sich beeilen, ihre neue Beglaubigung einzureichen, sobald diese angekommen. Die Antwort der drei nordischen Mächte enthält eben so wie die Englands formelle Reserven in Betreff des Titels Napoleon III. und der Erblichkeit der Kaiserwürde. Hr. v. Kisseleff hat eine Unterredung mit Hrn. Drouin de l'Huys gehabt. Der russische Gesandte erklärte, man werde bei der Anerkennung der neuen Macht L. Napoleon's nicht gezwungen sein, sich über den Titel Napoleon III. zu äußern. Hr. v. Kisseleff führte die nämliche Sprache gegen den Kaiser. Dieser hat durch die friedlichsten Versicherungen geantwortet. — Ein Banket hat in der Militärschule stattgefunden zu Ehren der heiligen Barbara, der Schutzpatronin der Artilleristen. Ein Bataillonschef führte den Vorsitz bei diesem Festmahle, welches Aufsehen erregte durch den gegen das Ende ausgebrachten Toast eines höheren Officiers, der den Artilleristen sagte: der Kaiser rechne auf sie im Auslande, wie er im Inlande auf sie habe zählen können. Die Wiederherstellung des Kaiserreiches, fügte er hinzu, ist die Wiederherstellung der natürlichen Grenzen, der Gränzen des Rheines. Wenn man sie uns nicht wiedergeben will, so werden wir sie uns zu nehmen wissen, und der Kaiser rechnet dabei auf Euch! So sprach ein Escadronschef, und wenn die Regierung auch für seine Worte nicht verantwortlich ist, (die Regierung kann aber den Hrn. Escadronschef für seine Worte verantwortlich machen) so zeigen sie wenigstens, welcher Geist in der Armee herrscht. (Köln. Ztg.)

Paris. Ein kleiner Beitrag zu der Geschichte der militärischen Wahlen. In den Blättern war zu lesen, daß die polytechnische Schule 38 Ja und 18 Nein abgegeben habe. In Wahrheit waren es 70 Eleven, welche das Wahlalter hatten; 20 enthielten sich; bleiben also 50, nicht 56 Votanten, wie man veröffentlicht hat. Woher kommen nun die 6 übrigen Stimmen? Von 4 Tambours und 2 Adjutanten, die man sinnreicher Weise am Wahltage zu Eleven umgewandelt hat. Aber die Opponenten zählten sich obendrein hernach und brachten heraus, daß nicht 18, sondern 33 verneinende Stimmzettel abgegeben worden sind, wodurch die Bejahenden auf 17 reducirt sind, welche mehr oder weniger freiwillig waren, und darunter also jene Sechs! Aus diesen kleinen Zügen kann man auf die ganze Wahlhandlung in Frankreich schließen. — Im Uebrigen erinnern die Zustände von einer gewissen Seite stark an die Regentschaft und den Hirschpark.

Spanien.

Madrid, den 1. Dec. Wir hatten heute hier 2 Grad Kälte, und die Sierra Guadarama liegt so voll Schnee, daß die französische Post fast 12 Stunden später als gewöhnlich hier eingetroffen ist.

— den 3. Dec. (Rettung der Gesellschaft!) Nach dem neuen Verfassungsentwurf wird ein erblicher Senat eingeführt und die Anzahl der Deputirten bis zu 170 vermindert.

Großbritanien.

London, den 6. Dec. Die **Admiralität** hat an alle k. Schiffswerften die Weisung erlassen, keinem ausländischen Gaste hoben oder niederen Standes die Besichtigung der Werkstätten oder der im Baue begriffenen Kriegsschiffe zu gestatten.

Türkei.

Smyrna, den 17. Novbr. Wie man sagt, hat der Sultan die Schenkung, welche er im Jahr 1848 dem Hrn. v. Lamartine machte, widerrufen, und ihm als Schadloshaltung für die entzogenen Ländereien eine jährliche Pension von 60,000 Piastern (6,000 fl.) ausgesetzt.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 20. Nov. In unsern Zeitungen spukt es wieder von Kriegsgerüchten. Man hört nämlich aus der Havannah, daß der Dampfer Crescent City selbst unter seinem neuen Commandanten die Spanier auf Cuba nicht schlafen läßt. Der Generalcapitän Canedo läßt jetzt einen Kriegsdampfer vor dem Moro kreuzen, um die Crescent City vom Hafeneingange zurück zu weisen. Der New-York Herald schließt aus mehreren Umständen, daß auf den Dampfer Crescent City gefeuert

---

*) Was nützen die Concessionen der Schwäche?! D. R.

worden, ja, daß derselbe wahrscheinlich zur Prise gemacht oder in den Grund gebohrt worden sei.

Neueste Nachrichten.

München, den 7. Dec. Unser Gesandter bei der Wiener Zollconferenz, Hr. v. Hermann, wird zu Ende der nächsten Woche aus Wien hier erwartet, dürfte aber nach 10- bis 14tägigem Aufenthalt wieder nach der Kaiserstadt zurückkehren.

Nürnberg. Der Fränk. Kur. berichtet aus Weismain, daß ein sehr geachteter Mann, der vor seinem Tode nicht beichtete, nicht feierlich begraben, sondern sein Leichnam auf einem mit 2 Kühen bespannten Leiterwagen nach dem Kirchhofe gefahren und dort verscharrt ward!!

Eichstädt, den 30. Nov. Der hiesige Bischof hat das Schloß Hirschberg angekauft, theils um den Seminaristen während der Vakanzzeit einen geeigneten Aufenthalt zu gewähren, theils um den Priestern einen geeigneten Ort zu geistlichen Uebungen zu bereiten. Zu diesem Zwecke fordert er den Clerus seiner Diöcese zu milden Beiträgen auf, wobei er selbst die erste Gabe mit 1000 Gulden niedergelegt.

Darmstadt, den 8. Dec. Einer uns von glaubhafter Hand gewordenen Mittheilung zufolge, hat die französische Regierung in Bremen 2000 Last Weizen (à 40 Mltr.) zur Verproviantirung der Festungen ankaufen lassen. Ob dieß etwa mit dem „l'empire est la paix“ zusammenhängt, wird die Zukunft lehren. (Auch das Hamburger Handelshaus B. G. u. Comp. hatte schon Ende November für französische Rechnung bedeutende Geschäfte in Getreide abgeschlossen, ebenso am 30. Nov. das Haus Salomon Heine bedeutende Ankäufe von Getreide gemacht, wie man zu vermuthen berechtigt ist, ebenfalls für französische Rechnung.) (F. J.)

Berlin, den 7. Dec. Der Minister des Innern hat in der heutigen Sitzung der ersten Kammer verschiedene Gesetzentwürfe vorgelegt. Darunter befindet sich einer, welcher bezweckt, zur Erwägung zu stellen: „daß die Kammern in der Regel ein Jahr um das andere im Monat November berufen werden.“

Der confessionelle Hader grünt und blüht bei uns. Jeder Tag bringt neue Nahrung. Der Vorstand der katholischen Gemeinde in Schwelm hat den protestantischen Pfarrer in Langerfeld wegen einer Predigt verklagt.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Zweibrücken. Markt vom 2. Dez. Weizen 5 fl. 10 kr., Korn 4 fl. 33 kr., Spelz 3 fl. 15 kr., Gerst 3 fl. — kr., Hafer 2 fl. 11 kr., Kartoffeln — fl. — kr., per Centner.

Speyer. Markt vom 7. Dez. Weizen 5 fl. 8 kr., Korn 4 fl. 40 kr., Gerst 3 fl. 43 kr., Spelz 3 fl. 52 kr., Hafer — fl. — kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 4. Dez. Weizen 5 fl. 27 kr., Korn 4 fl. 39 kr., Spelz 4 fl. 4 kr., Gerst 3 fl. 45 kr., Hafer 2 fl. 59 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 7. Dez. Weizen 5 fl. 7 kr., Korn 4 fl. 30 kr., Spelz 3 fl. 27 kr., Gerst 3 fl. 33 kr., Hafer 2 fl. 26 kr., Kartoffeln 1 fl. 12 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 3. Dez. Weizen 10 fl. 8 kr., Korn 8 fl. 14 kr., Gerste 5 fl. 16 kr., Spelz — fl. — kr., Hafer 3 fl. 24 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Zur Berichtigung.

Gg. Peter Georgens II. von Leistadt hat in Nr. 291 der Speyerer Zeitung Angriffe auf meine Person gemacht, zu deren Beleuchtung dem wahrheitsliebenden Leser Folgendes dienen mag: Derselbe beschuldigte mich schon längst, ich wolle die Leute katholisch machen, und triebs sogar so weit, in die Schule zu kommen und mich im Unterricht zu stören. Ich fand es daher nöthig mich der Gemeinde gegenüber hinsichtlich des „katholisch“ zu erklären und sagte von der Kanzel herab nach Predigt und Gebet, daß ich ein guter evangelischer Protestant sei. Als solcher protestire ich: gegen die Lichtfreunde, welche die Wahrheit des göttlichen Wortes antasten und die Gottheit unsers Herrn und Heilandes Jesu Christi leugnen; gegen die Revolutionäre, die sich auflehnen gegen Gottes Wort und gegen die gottverordnete Obrigkeit, die früher im Staate und jetzt in der Kirche wühlen; gegen die Deutschkatholiken, denn die sind um kein Haar besser als unsre Lichtfreunde und Revolutionäre; gegen den Unglauben, und Alles, was dem Wort und Willen Gottes entgegen ist. Auch der folgende Vergleich betraf nicht den Glauben des Georgens, sondern bezog sich auf das Verhältniß der alten unveränderten Kernlieder zu der Verwässerung derselben durch ungeschickte und unberechtigte Hand. Wenn sich nun Gg. Peter Georgens als Repräsentanten der lichtfreundlich-democratischen Partei betrachtet, und was gegen eine ganze Richtung gesagt war, auf sich persönlich bezieht, so haben wir nichts dagegen, nur hätte er bei der Wahrheit bleiben sollen.

Herxheim a. B., den 8. December 1852.

Redel, Pfarrverweser.

[1335] **Kunstanzeige.**

Samstag, den 11. December:

☞ **Ferner mit neuen Abwechselungen**

im Saale des Cafetier Kayser: Mysterien der Geschwindigkeit, nämlich Handmanöver, die Wasserkur, Zersetzung der Flüssigkeit, die geheime Botanik, Pariser Haarbeutel, der militärische Federbusch, die magnetische Degenspitze, der folgsame Zwerg, oder Karten, Uhren, Tücher, alles bezaubert &c. Es folgt noch eine Anzahl der überraschendsten Escamotagen, verbunden mit Tanz, Declamation, Phantasmagorie und Chromatropen.

☞ **repräsentirt von der Familie Bannholzer.**

Entre: I. Platz 24 kr., II. Platz 12 kr. — Cassaeröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Es ladet höflichst ein **Familie Bannholzer.**

[1336²] **Aerztlicher Pensionsverein.**

Um ferneren Anfragen zuvorzukommen diene den Hrn. Aerzten der Pfalz zur Nachricht, daß der Ausschuß des Vereins pfälzischer Aerzte provisorisch bis zur Ermöglichung einer Wahl, als Kreisausschuß des ärztlichen Pensionsvereins für die Pfalz fungirt, und daß deßhalb die Anmeldungen zu genanntem Pensionsverein bei dem Unterzeichneten zu geschehen haben.

Kaiserslautern, den 8. December 1852.

Dr. Jacob,
Secretär des Vereins pfälzischer Aerzte.

[1334] **Verkaufsanzeige.**

Wegen Auswanderung nach Amerika verkauft Hr. Engel, Buchbinder in Kandel, sein in der Nähe der Kirche gelegenes Haus, worin mit gutem Erfolge seit langen Jahren die Buchbinderei und Spielkartenfabrication betrieben wurde. Zugleich wird die vollständige Einrichtung für Kartenfabrikation sowohl im Einzelnen wie im Ganzen, viele Buchbinderei-Werkzeuge und ein Vorrath von Spielkarten und Schreibmaterialien käuflich abgegeben.

Liebhaber zum Ganzen oder Einzelnen mögen sich innerhalb 14 Tagen entweder an den Eigenthümer selbst oder an Geschäftsmann Fischer in Kandel in portofreien Briefen wenden.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag Nro. 298 den 12. December 1852.

Deutschland.

*** Betrachtungen.** „Die Landleute sind das conservative Element," rufen die Reactionäre aus. Man zweifelt, ob sie mehr Andere oder sich selbst täuschen wollen. Die größte rein materielle Umgestaltung, welche eben bei uns vor sich geht, betrifft gerade die landwirthschaftliche Bevölkerung, — und diese Umgestaltung hat auch ihre Quelle und Veranlassung in dem nemlichen Stande selbst.

Wir meinen die große Völkerwanderung nach Amerika. Welchen Classen gehören jene Hunderttausende an, die die Masse der Auswanderer bilden? Es sind Landleute! Und welches ist der mächtigste Hebel, der diese ungeheuere Menge von Ackersleuten in Bewegung setzt? Es sind die Briefe ihrer Freunde und Bekannten, die vor ihnen hinübergezogen, — es sind die Schreiben anderer Landleute, welche die dortigen Zustände eben auch für die Landleute am vortheilhaftesten und besten erscheinen lassen, — die Zustände in jenem Staate, in welchem der Grundsatz des Selfgovernments am consequentesten durchgeführt ist, und in welchem alle Mittel des Gemeinwesens nur für productive Zwecke verwendet werden. —

Nicht die Lehren democratischer Theoretiker, — nicht die angeblichen „destructiven Tendenzen" freisinniger Zeitungen vermögen jene große Umgestaltung, und was mit ihr zusammenhängt, zu bewirken. In Schichten der bürgerlichen Gesellschaft, in welche sie gar nicht eindringen können, da wirken, den Tropfen gleich, die die Felsen aushöhlen, die Briefe und Erzählungen der früher Ausgewanderten. Je mehr bereits hinübergezogen sind über den Ocean, desto häufiger kommen solche Nachrichten. Darum ward bisher immer die Auswanderung in dem Maße größer, in welchem schon Leute ausgewandert waren. Wir haben nicht nöthig auseinander zu setzen, daß und wie auch die Zurückbleibenden gerade durch die einfachsten, schlichtesten Schilderungen der fortgezogenen Landleute — am allermeisten „democratisirt" werden.

*** Speyer.** Die Berliner Kreuzzeitung spottet über die an die Regierungen gemachte Anforderung, daß sie über den Parteien stehen sollen.

Es wird nun zwar kein verständiger Mensch fordern, daß eine Regierung ihr eigenes Princip verläugne, bald nach diesen, bald nach den entgegengesetzten politischen Grundsätzen handle.

Aber was will die Kreuzzeitung, — wohin führt ihr Princip?

Dahin: daß die Mittel des Gemeinwesens — die Beute einer Partei, oder zuletzt einer blosen Coterie werden! Dahin: daß nicht das Wohl der Gesammtheit, sondern nur der Gewinn einer Anzahl factiöser Leute gefördert, ja daß — dem Urzwecke des Staates Hohn sprechend — sogar auf das materielle Verderben der Gesinnungsgegner hingewirkt werden muß, unbekümmert darum, daß man auf solche Weise dem Staate selbst die tiefsten Wunden schlägt, daß man in seinem eigenen Fleische wüthet, wie die Vertreibung der Mauren aus Spanien, die Vertreibung der Huguenotten aus Frankreich, deutlich genug gezeigt hat. —

Es führt der Grundsatz der Kreuzzeitung weiter dahin, daß der Angehörige der schwächern Partei kein Recht mehr darf finden können; daß Jeder sich straflos erlauben darf, ihn zu bedrücken, zu schmähen, zu verfolgen; daß er nirgends mehr Schutz erlangt, immer und überall Unrecht bekömmt; daß kein Gesetz mehr für ihn, jedes nur gegen ihn angewendet wird. —

Dies sind die Folgen des Satzes der Kreuzzeitung: daß es lächerlich sei, von einer Regierung zu fordern, über den Parteien zu stehen!

Ob ein solcher Zustand das Glück eines Landes und Volkes begründen kann, ob es möglich ist, daß ein derartiges Verhältniß ohne furchtbaren, selbst blutigen Rückschlag bleibe, — diese Frage hat die Kreuzzeitung zur Zeit noch nicht erörtert!

Nach unserer Ansicht muß jede Regierung von dem Grundsatz ausgehen: Gerechtigkeit für Alle!

*** Speyer,** den 10. Dec. Aus Heidelberg wird uns berichtet, daß dem Bezuge der Speyerer Ztg. durch die badischen Posten kein Hinderniß mehr entgegenstehe.

*** Pfalz.** Die „Pfälz. Ztg." hat wieder ein Paar wichtige Entdeckungen gemacht, z. B.:

1) Daß die Gerichtsorganisation im jenseitigen Baiern „jedenfalls nur so und nicht anders in's Leben treten „kann, wie die betreffenden mit den Kammern vereinbar„ten Gesetze bestimmten." Wenn nun aber in der Folge irgend ein Minister vor die Kammer träte, und erklärte, es sei eben nothwendig gewesen, diese oder jene Modificationen im ursprünglichen Plane vorzunehmen — würde da der Herausgeber der „Pfälzer Ztg." etwa den Fall gegeben erachten, einen Antrag auf Anklage des betr. Ministers in die Kammer zu bringen? Wir zweifeln ein wenig, und erwarten vielmehr, daß er dem Minister seinen Dank ausdrückte, das „Erreichbare" erreicht zu haben!

2) Daß es mit der Democratie bald zu Ende sein werde, u. a.: weil (wie die P. Z. wiederholt ihren Zwangsabonnenten hervorhebt) auf dem Preußischen Landtage auch nicht ein Democrat vorhanden ist. Das treffliche Blatt weiß also noch heute nicht, daß die Democraten in Preußen, von dem Momente der von ihnen für rechtswidrig erklärten Octroyirung einer Wahlordnung an, weder selbst wählten noch sich wählen ließen, ohne daß darum die Democraten aus Preußen verschwunden wären! Es scheint dem ehrenwerthen Blatte mit den Preußischen Democraten etwa so zu gehen, wie mit — dem Pfälzischen Landrathe.

Würzburg. An der Geba, einem der höchsten Vorgebirge der Rhön, hat in diesen Tagen ein bedeutender Erdsturz stattgefunden. Eine große Strecke des schönsten, von herrlichen Eichen durchwachsenen Buchenwaldes ist eingesunken und liegt nun in chaotischer Verwirrung.

Mainz, den 3. Dec. Der hiesige Bischof hat letzten Sonntag mit Feuer gegen Angriffe auf die katholische Kirche geeifert und besonders die „Mainzer Zeitung" und die „Mainzer Volksztg." verdammt. Das Frankfurter Journal sagt zu dieser Predigt: „Darf die ultramontane Partei so fort agitiren, so steht im Laufe der Zeit das Schlimmste zu erwarten." *)

Hannover, den 8. Dec. Aus Brake, 4. Dec. wird der „Oldenb. Ztg." geschrieben: Endlich scheint die deutsche Flotte ihren langen Todeskampf ausgekämpft zu haben. Nach einer hier heute von dem Obercommando der Marine eingetroffenen Ordre haben die Schiffe „Frank-

*) Wir hoffen im Gegentheil: das Beste! D. Red.

furt," „Großherzog von Oldenburg," „Hamburg," „Lübeck" und „Bremen," die bereits seit 8 Tagen ihr ruhiges Winterlager im hiesigen Hafen wieder bezogen hatten, sogleich den Hafen wieder zu verlassen und sich auf den Strom zu legen, um jeden Augenblick segelfertig zu sein, weil sie, nebst der Corvette „Der königl. Ernst August," verkauft sind, wie man meint, an die Steam Navigation Company in London. Es bleiben dann nur noch die „Hansa" und der „Erzherzog Johann" von der weiland deutschen Flotte übrig, über deren Verkauf an Oesterreich dem Abschluße nahe Verhandlungen obschweben sollen. Sollten diese wirklich zum Ziele führen, so wäre ja dann endlich die mit vieler Mühe und großen Opfern geschaffene deutsche Flotte wieder zu Grabe gebracht. Nun, sanft ruhe ihre Asche bis zum schöneren Auferstehen.

Berlin. In der Kreuzztg. findet sich u. a. folgende Anzeige, welche wieder beweist, welche Begriffe manche Zeloten von wahrer Religiosität haben: „Meine theure Frau Adolphine geb. Michaelsen ist heute Abend halb 10 Uhr unsäglich schwer, doch endlich gnädiglich durch Gottes Erbarmen und des Herrn Jesu Meisterhülfe von einem Mädchen entbunden. Allen Kindern Gottes, die gern von ihres Jesu Ruhm hören, diese Anzeige zur Ehre unseres hochgelobten Herrn. Rohrberg bei Königsberg i. a. N. M., 8. Oct. 52. Der evangelisch-lutherische Pastor August Dressel."

Elbing, den 3. Dec. Der hiesige Gastwirth Hr. Tornow hat von der Polizeidirection folgendes Schreiben erhalten: „Da Ihr Gasthaus durch die Bewährung des dasselbe umgebenden Hofes völlig abgeschlossen und dadurch der polizeilichen Kontrole entzogen wird, muß ich Bedenken tragen, Ihnen die Conzession zum Betriebe der Gastwirthschaft weiter zu ertheilen, wenn Sie nicht Einrichtungen treffen, welche es den Polizeibeamten möglich machen, sich jederzeit Zugang zu verschaffen. Ihren Vorschlägen hierüber wird entgegengesehen. Elbing, 12. Nov. 1852. K. Polizeidirection."

Breslau, den 4. Decbr. Der vormalige Prediger des Kapuzinerordens, Pater Joseph Alexander Weywara, zuletzt Katechet an der Bürger-Haupt- und Realschule zu Chrudim in Böhmen, ist nach mancherlei schweren Hindernissen von Seiten seines Ordens zur evangelischen Kirche übergetreten und hält sich gegenwärtig hier auf. (Bresl. Z.)

Schweiz.

Solothurn. Auch in diesem Kanton wurde das Jubiläum zu einer jesuitischen Demonstration benutzt. Der Pfarrverweser in Beinwil, verkündete nämlich von der Kanzel herab, daß Niemand des verheißenen Ablasses theilhaftig werden könne, der nicht zu Gunsten der franz. Propaganda (der jesuitischen in Lyon) ein Schärflein in den Teller springen lasse. Aehnliche Bedingungen sollen auch in andern Gemeinden des Kantons an das Jubiläum geknüpft worden sein, namentlich in Mümliswil, wo gegen 400 Fr. nach Lyon ausgewandert sein sollen. (Schw. N.-Z.)

Belgien.

Brüssel, den 8. Dec. Die Repräsentantenkammer genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung mit einer Majorität von 78 Stimmen gegen 2 den von dem Kriegeministerium verlangten supplementarischen Credit von 4,458,000 Frcs. zur Deckung der Kosten für militärische Rüstungen, die im Interesse der Vertheidigung des Landes angeordnet worden waren. Acht Mitglieder enthielten sich der Abstimmung.

Frankreich.

Paris, den 5. Decbr. Nach einem am 27. Novbr. abgeschlossenen und vom Präsidenten der Republik unterzeichneten Etat betragen die dem Finanzminister allein für sein Departement ausgeworfenen außerordentlichen und Ergänzungscredite, die weder im Budget für 1852, durchs Decret vom 17. März 1852 geregelt, noch im Budget für 1853 (Gesetz vom 8. Juli 1852) vorhergesehen waren, die Summe von 17'952,739 Fr., wovon kaum eine halbe Million rückständige Zahlungen aus früheren Jahren und beiläufig 17½ Mill. Mehrausgaben des laufenden und des nächsten Jahres betreffen. Den übrigen Ministerien sind bekanntlich ebenfalls dergleichen Extra-Anweisungen in bedeutender Menge und Höhe gemacht worden, und wenn auch ohne allen Zweifel die wachsende Verkehrsthätigkeit der Staatscasse eine merkliche Mehreinnahme liefern wird, so ist doch dafür gesorgt, daß ein Stück Deficit übrig bleibt, das dem gesetzgebenden Körper im Februar alle Gelegenheit bieten wird, seine Thätigkeit zu zeigen. Es ist unter diesen Verhältnißen kein Wunder, daß von competenten Personen eine Anleihe als unvermeidlich betrachtet wird, und in der That schob man bereits der Mobiliarcreditgesellschaft als wesentlichen Zweck ihrer Gründung die Bewerkstelligung einer Staatsanleihe unter. Dreihundert Millionen ist das Minimum des Betrags, wovon man in der hohen Finanzwelt spricht. — Victor Hugo scheint sich durch die Aussicht, aus der Akademie von Frankreich ausgestoßen zu werden, in seinem Federkrieg gegen die neue Ordnung der Dinge nicht beirren lassen zu wollen. Er schreibt im Augenblick eine Geschichte Louis Napoleons in kleine Bändchen, für die Hosentaschen der Militärs und der Studenten bestimmt. (Allgem. Ztg.)

Nach der Brüsseler „Nation" finden fortwährend Verhaftungen von Militärs statt, die als Republikaner bekannt sind. Sie werden größtentheils nach Algier gebracht. — Das nämliche Blatt meldet als Thatsache: In mehreren Ateliers von Paris werde Tag und Nacht Charpie für die militärische Ambulance gezupft.

— den 6. Dec. Den Deputirten soll bei dem vorgestrigen Banket von den Ministern mitgetheilt worden sein, daß sie monatlich 6000 Fr. Entschädigung für die Dauer der Session empfangen würden!

— den 7. Dec. Der als Legitimist bekannte Bischof von Chartres, de Montlas, hat unter dem Vorschützen von Gesundheitsrücksichten, obschon er noch sehr rüstig ist, sein Amt niedergelegt und die Verwaltung des Bisthums seinem Coadjutor übergeben.

Heute Mittag um 1 Uhr fand in der Capelle des Senates die Trauung der Tochter des Kriegsministers, Fräulein Luise Leroy de St. Arnaud, mit dem Marquis de Puysegur Statt. Der Kaiser hat der Tochter seines Ministers eine Mitgift von 300,000 Fr. geschenkt. —

Spanien.

Madrid, den 2. Decbr. Die Deputirten wurden, sobald der Minister die Auflösungsordonnanz verlesen hatte, mit den Bajonetten aus dem Saale getrieben. Gegen den Minister Bravo Murillo herrscht große Erbitterung. Als er vom Cortespalaste nach Hause fuhr, wurde er wiederholt verhöhnt und einige Verhaftungen sollen erfolgt sein.

Nach Berichten aus Madrid vom 3. Dec. enthielt die Gazetta neue Gesetzentwürfe, welche den Cortes sollten vorgelegt werden. Nach der neuen Constitution ist der Senat theils erblich, theils auf Lebenszeit ernannt. Die Zahl der Deputirten ist vermindert auf 271; sie müssen 30 Jahre alt sein und 3000 Realen Steuern bezahlen; erwählt werden sie durch je 150 Höchstbesteuerte. Die Verfassung enthält Garantieen der persönlichen Sicherheit, des Eigenthums und der öffentlichen Ordnung. (!!)

Italien.

Eingriffe in die Gewissensfreiheit. Unter diesem Titel erzählt ein Turiner Blatt Folgendes. In der Provinz Chiavari lebten zwei Familien, Namens Cereghini, die zusammen 39 Personen zählten. Vor zwei Jahren ungefähr fiel einem Mitglied derselben eine Bibel in die Hand, deren fleißiges Lesen die genannten Familien zu dem Entschlusse führte, aus der katholischen

Kirche zu treten. Sie beschränkten sich darauf, in ihrer Wohnung zusammen zu beten und die Bibel zu lesen, bis es ihnen gelang, von der waadtländischen Kirche, von der sie gehört hatten, daß sie sich zu der nämlichen Lehre bekenne, die sie in der Bibel gefunden, einen Lehrer zu erhalten, der sie in den Schooß dieser letztern Kirche führen sollte. Der Spott und Hohn und die vielfachen Verfolgungen, welche die Cereghini namentlich vom den katholischen Geistlichen zu erleiden hatten, konnten sie von ihrem Vorhaben nicht abbringen. Da erschienen am 13. November abhin, in aller Frühe, zwei bewaffnete Gensdarmerie-Abtheilungen vor ihren Wohnungen, erklärten drei Männer und eine Frau als Gefangene und führten dieselben in das Gefängniß von Chiavari, wo sie Niemand, selbst ihre nächsten Verwandten, nicht besuchen darf. Das Blatt erzählt dann einzelne Züge von Glaubensmuth und Ergebung, welche diese Familien bei diesem Anlaß bewiesen und spricht die Hoffnung aus, daß unverzüglich wegen dieses Verfahrens, das in der Gegend allgemeines Aufsehen erregt habe, eine Untersuchung eingeleitet und die Freilassung der Mitglieder der Familie Cereghini angeordnet werde.

In **Rom** ist vom Papste eine Commission ernannt worden, um das Geheimniß der Empfängniß der Jungfrau aufs Genaueste zu ergründen. Auch zwei Jesuitenpatres sind in der Commission. (Schwzr. N.-Z.)

Großbritanien.

London, den 7. Dec. Das Unterhaus votirte am Schluß seiner gestrigen Sitzung fast ohne Discussion das von dem Ministerium eingebrachte Specialbudget für die Aushebung von 5000 Matrosen, 1100 Marinesoldaten, 2000 Mann für die Artillerie und fur den Ankauf von 1000 Pferden für die nemliche Waffengattung, zur Vermehrung der Marine und zu wirksamer Vertheidigung der Küsten.

London, den 6. Dec. Der Schatzkanzler sprach sich heute im Unterhaus auf eine Interpellation über die Anerkennung des franz. Kaiserthums aus. Die Minister hätten nach der von England immer befolgten Politik gehandelt, jede de facto Regierung anzuerkennen. Außerdem habe Louis Napoleon formell und officiell versichert, mit der Annahme des Titels Napoleon III. auf keine Weise seinen erblichen Anspruch auf das Kaiserthum geltend machen zu wollen, im Gegentheil leite er seine Würde nur aus der Volkswahl ab.

Türkei.

Smyrna, den 22. Nov. Ein neues tragisches Ereigniß sozusagen vor den Thoren Smyrna's hat neue Bestürzung in die ohnehin schon sehr geängstigten Gemüther geworfen. Letzten Donnerstag ward eine türkische Bombarde, die mit Mekka-Pilgern von Alexandrien kam, gegenüber der langen Insel von einem großen Seeräuberfahrzeug geentert. Als der Capitän die Freibeuter auf sich zukommen sah, rüstete er sich eiligst zum Widerstand, ließ auf die ersten, welche die Enterung versuchten, Feuer geben, und tödtete und verwundete mehrere derselben. Bald aber kam ein zweites Fahrzeug vom Lande her mit voller Ruderkraft den Angreifern zu Hülfe, welche nun, an Zahl überlegen, die Bombarde wegnahmen, und sie, nach Niedermetzelung aller die sich darauf befanden, in Grund bohrten. Sobald dieses blutige Trauerspiel in Smyrna bekannt wurde, setzten die Directoren der Versicherungsgesellschaften den Handelsstand in Kenntniß, daß sie bis auf weiteres keine Versicherungen mehr für den Archipel übernähmen. Da nun aber eben jetzt die Hauptgeschäfte gemacht werden, und alle Handelsleute Waarenversendungen nach Chios, Tscheome, Samos, Scala Nova rc. vornehmen, die sie unter solchen Umständen, weder zu Land noch zur See, der Räuber und Piraten wegen, befördern können, so herrscht auf hiesigem Platz große Aufregung.

Vereinigte Staaten.

Philadelphia, den 17. Nov. Die so lange besprochene Japan-Expedition wird in kurzem, unter Commodore Perry, gegen Jeddo auslaufen. Sie wird viel stärker sein als man anfangs erwartete, und, außer einer vollen Ladung an Kugeln und Bomben, einen magnetischen Telegraph und die Schienen zu einer kurzen Eisenbahn, nebst einer Locomotive und Eisenbahnwagen, sowie andere Probstücke moderner Verbesserung mitnehmen, um den Japanesen zwischen Kugeln und „Aufklärung" die Wahl zu lassen. Das Geschwader wird bestehen aus dem „Vermont" von 96 Kanonen und 800 Mann Besatzung; der Dampf-Fregatte „Mississippi" und acht weiteren Kriegsschiffen. Sie führen zusammen 206 Kanonen und 3045 Mann.

Brasilien.

In Porto Alegre soll ein deutsches Blatt, „der Kolonist", herausgekommen, so viel wir wissen, die erste deutsche Zeitung in Süd-Amerika. Möge es unter den Landsleuten einen guten Willkommen finden und das deutsche Element würdig vertreten auf diesem Theil der südlichen Hemisphäre. (Allgem. Auswztg.)

Neueste Nachrichten.

Augsburg, 7. Decbr. Die A. Pstz. sagt bez. der „mehrfachen inneren Schwierigkeiten" des hiesigen Benedictinerstiftes, (diese soll die beabsichtigte Einführung einer strengeren Hausordnung und die Berufung von Jesuiten zur Abhaltung von Exercitien herbeigeführt haben) in Folge deren mehrere Angehörige austreten wollten, jedoch nur auf ein Jahr beurlaubt wurden, „daß weder das Publicum, noch die Betreffenden aus „öffentlicher Aufklärung" dieser Angelegenheit Gewinn ziehen würden."

Bamberg, den 3. Dec. Unter den heutigen Inseraten des hiesigen Tagblattes findet man nachstehende „Bekanntmachung": „Sämmtliche Ortsnachbarn Obergrub's, Landger. Bamberg I., sind gesonnen, ihre sämmtlichen Realitäten und Grundbesitzungen zu verkaufen. Näheres ertheilt der Ortsvorsteher Georg Böhmer." — Zur nähern Aufklärung wird bemerkt, daß die ganze Gemeinde nach Amerika auswandern will.

Freiburg, den 7. Dec. Die von der Regierung dem Senat vorgelegte Frage, ob der Verfasser einer Schrift, wie die des Professor Buß über die Universitäten, noch fernerhin Lehrer sein könne, ist vom Senat bereits entschieden, und zwar verneinend. Referent über diese in das Universitätsleben tief einschneidende Principienfrage soll Hofrath Mayer gewesen sein. Man sagt, daß in dem ganzen Collegium nur ein einziges Mitglied (wahrscheinlich Professor Stolz) im Namen der Lehr- und Schreibfreiheit gegen den Beschluß protestirt und erklärt habe, „wie ungerecht es sei, einen Mann wegen einer Schrift dem Urtheile von Professoren preiszugeben, die seine Feinde seien. Das Verfahren erscheine als eine gegen die ganze katholische Partei gerichtete Maßregel, die um so härter sei, als fast immer nur protestantische Lehrer an hiesige Universität berufen und beinahe nur solchen in letzter Zeit Gehaltszulage bewilligt worden sei." (Schw. M.)

Wien, den 5. Dec. Graf Thun begibt sich heute Abends auf seinen neuen Posten nach Berlin. Die hiesigen Zollconferenzen betreffend, welche eifrig fortgesetzt werden, ist nach der heutigen „Presse" von der Constituirung einer dritten Zollgruppe in Deutschland keine Rede mehr. — Der Graf und die Gräfin v. Chambord werden in der zweiten Hälfte dieses Monats sich von Frohsdorf nach Venedig begeben, um wie gewöhnlich dort den Winter zuzubringen.

Das so oft verlautete Gerücht von der bevorstehenden Aufhebung des Belagerungszustandes, wird nun abermals mit dem Beisatz wiederholt, daß derselbe mit Neujahr sein Ende erreichen werde. (?)

— den 6. Dec. Die Oesterreichische Correspondenz bringt folgende Nachricht über den ausgebrochenen Kampf zwischen den Türken und Motenegrinern: Zwischen Türkisch-Albanien und Montenegro hatte ohngefähr seit einem

Jahre ein Waffenstillstand bestanden. Seit den letzten blutigen Ereignißen wirft ein Theil dem anderen dessen Bruch vor und Manche behaupten, daß die Montenegriner denselben durch die früher vorgekommene Niedersäbelung eines Convois von 200 irregulären Arnauten zwischen Gaczko und Nikšich in der Herzegowina zuerst verletzt haben. Factisch ist, daß seit einiger Zeit von beiden Seiten nambafte Rüstungen gemacht werden, daß der Vezir von Skutari alle Muselmänner der Provinz zum heiligen Kampfe auffordert und sammelt, daß andererseits 5—6000 Montenegriner, deren Zahl sich täglich vermehrt, zwischen Piperi und Habljak aufgestellt sind, und daß 300 Montenegriner die Feste Habljak, welche ungefähr eine Stunde von dem Norduser des Scutariner Sees entfernt liegt, in der stürmischen Nacht vom 23. auf den 24. eingenommen haben. Fast die ganze Besatzung ward gefangen genommen, der Commandant schwer verwundet. Fürst Daniel Petrovich und seine Oheime Peter und Georg, Präsidenten des Senates, sollen als Sieger in Habljak bereits eingezogen sein. Der Kampf scheint sich weiter spinnen zu wollen und man spricht von einem sehr heftigen Zusammenstoße bei Podgarizza.

Paris, den 8. Dec. Einem Gerüchte zufolge ist ein höherer Cavallerieoffizier verhaftet worden. (K. Z.)

Madrid, den 3. Dec. Die verschiedenen Parteien fangen schon ihre Vorbereitungen für die nächsten Corteswahlen zu treffen an. Die beiden Hauptfractionen der Opposition, die gemäßigte constitutionelle und die progressistische Partei, beabsichtigen dem Vernehmen nach ein vereinigtes großes Comite für die Leitung der Wahlen zu bilden.

Hiezu eine literarische Beilage; eine weitere Beilage folgt nach.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1339] **Stellegesuch.**

Ein tüchtiger Scribent, mit einer vorzüglich schönen, flüchtigen und correcten Handschrift, sucht gegen anständiges Honorar Beschäftigung. — Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1338] **Stellegesuch.**

Ein mit guten Zeugnissen versehener, solider junger Mann, der schon auf mehreren Bureaux placirt war, sucht eine Stelle. Gefällige Anerbieten beliebe man P. R. poste restante Germersheim zu adressiren.

[1316a] **Ludwigshafen a. Rh.**

Lager von Steinkohlen- und Coaks-Schaufeln bei

Constantin Schmidt.

[1337] **Empfehlung.**

Der Unterzeichnete kommt mit einem neuen

optischen Waarenlager

nächsten Montag den 13. December hier an und wird sich drei Tage aufhalten.

Sein Lager enthält achromatische Telescope mit und ohne Stativ, astronomische und terrestrische Fernröhren von verschiedenen Größen, einfache und zusammengesetzte Mikroscope, alle Arten Loupen und Theaterperspective, Lorgnetten in allen Fassungen.

Ferner empfiehlt derselbe seine von ihm selbst erfundenen Conservations-Brillen, welche nach dem Stampferschen Optometer oder Augenmesser gewählt werden können und die Augen vorzüglich gut erhalten.

Auch Herr Kreismedicinalrath Dr. Dapping hatte die Güte, dieses optische Fabrikat durch nachstehendes Zeugniß bestens zu empfehlen.

M. Werthheimer,
k. b. approb. Optikus aus Würzburg, logirt im Caffé Kayser.

Zeugniß. Der Unterzeichnete kennt seit längerer Zeit Hrn. Werthheimer, und kann mit bester Ueberzeugung dessen optische Instrumente und seine Kenntniße hinsichtlich der Augengläser und deren Anwendung empfehlen.

Dr. Dapping, königl. Kreismedicinalrath.

[1313] **Empfehlung.** Daniel Hertle aus Bergzabern, nun zu New-York, empfiehlt sein Geschäftsbureau. Die Firma ist:

CHARLES HAMMA UND DANIEL HERTLE'S
ADVOCATUR UND NOTARIATS-OFFICE
49 INSURANCE BUILDINGS, WALL-ST.,
Wohnung: 79 Chrystie street NEW-YORK.

[1317a] **Ludwigshafen a. Rh.**

Thee-Lager zu den billigsten Preisen bei

Constantin Schmidt.

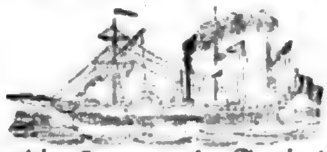
[1253] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

[1254] **Niederländische**

Dampf-  **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an
von Ludwigshafen am Rhein täglich:
4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.
Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.
Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,
„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.
Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.
Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 298. den 12. December 1852.

Landreise nach Californien.

(Fortsetzung.)

§. 5. Nachdem wir den Pitt River erreicht, reisten wir etwa 80 Meilen diesen Fluß entlang, wobei wir denselben nicht weniger als 11 Mal zu kreuzen hatten, bis wir wieder in die Gebirge hinauf mußten. Hier traf ich am Abend einen Zug von 10 Wagen, der Western-Train genannt, und in seiner Begleitung ging es nun das Gebirge hinauf; doch mußte ich zuvor schon wieder einen Ochsen im Stich lassen, so daß ich nun mit nur 3 Ochsen und dem Pferd als Vorspann langsam weiter rücken konnte. Die steilen Höhen des Gebirges hinauf machten wir nicht mehr als 8 oder 9 Meilen den Tag und, was das Schlimmste war, unsere Lebensmittel gingen zu Ende. Bisher hatten wir noch keinen Mangel gelitten, allein jetzt fand ich, daß wir nur noch 7 Pfund Mehl, 10 Pfund Speck und eben so viel getrocknete Aepfel hatten. Ich erkundigte mich darauf bei den Knechten, ob ihr Wagenzug noch überflüssige Lebensmittel habe, und erfuhr, daß sie noch 5 Wagen schwer bepackt mit Mehl, Speck und Bohnen hätten, daß aber die Compagnie nichts auf der Reise verkaufen, sondern alles mit in die Goldgegend nehmen wolle. Dieser Wagenzug gehörte einer Compagnie in Missouri; die Treiber, 20 an der Zahl, waren gemiethet unter der Bedingung, daß sie in Californien zwei Jahre lang für die Hälfte arbeiten sollten, und an ihrer Spitze stand ein Hr. Kelle, den sie Capitan nannten, und der von der Compagnie zum Verwalter bestellt war. Hr. Kelle war ein gar schlauer Speculant, hat sich aber doch verrechnet; denn wenn er in Californien Gold haben wollte, so hat er es selbst graben müssen, weil die Treiber alsbald sämmtlich auf und davon liefen.

Als unsere Lebensmittel nun immer mehr abnahmen, ließ ich durch meinen Sohn Friedrich Hrn. Kelle fragen, ob er so gütig sein wolle, mir etwas Mehl zu verkaufen. Er schlug es rundweg ab. Den folgenden Tag ging meine Frau zu ihm, stellte ihm unsere Lage vor und bat ihn inständigst, uns das nöthige Mehl zu einem guten Preis zu überlassen; sie erhielt dieselbe kurze abschlägige Antwort. Am folgenden Morgen traf ich selbst zufällig mit ihm zusammen, und da er mir auf mein abermaliges Gesuch entgegnete, er habe einmal beschlossen, auf der Reise keine Lebensmittel zu verkaufen, so zog ich eine Pistole und schwor, daß ich ihn niederschießen würde wie einen Hund, ehe ich es zugeben würde, daß meine Familie verhungern sollte. Ich erklärte ihm, wenn er nicht einwillige, mir das nöthige Mehl zu verkaufen, sollte er auch nicht länger leben, und mir gelte es gleich, was nachher mit mir geschehe. Diese Drohung wirkte. Am Abend, wo wir wieder neben einander campirten, kam Hr. Brecking, früher Redacteur eines Blattes in St. Louis, der für 1500 Meilen mein Reisegefährte gewesen war, zu mir, und berichtete mir, daß ich zu Hrn. Kelle kommen und das nöthige Mehl haben möge, er wolle mir solches verkaufen. Ich war noch zu aufgeregt und so bat ich Hrn. Brecking, seinen Sclaven hinzuschicken und es mir kaufen zu lassen. Ich erhielt dann 71 Pfund Mehl, das Pfund zu 35 Cents, und so war diesem Uebel abgeholfen. Dies war am 18. October und wir hatten noch 75 Meilen bis in das Sacramentothal zurückzulegen, wo sich die erste Niederlassung befindet.

Den 19. Oct. brachen wir wieder auf, konnten aber nicht mehr als 7 bis 8 Meilen täglich zurücklegen, denn der Weg war über alle Maßen schlecht. Berge von furchtbarer Höhe, die Erde ringsum mit Steinen und Felsblöcken bedeckt, dabei dicht besäet mit ungeheuern Tannen und Fichten, von denen die meisten einen Durchmesser von 8—12 Fuß hatten, aber keine Spur von Gras. Das wenige Futter, was mitzuschleppen war, hatten die Ochsen bald aufgefressen, und wie wir so von einer Berghöhe zur andern hinauf kletterten, taumelte das arme Vieh schier um vor Ermattung und fristete das Leben nur mit Mühe an einigem Strauchwerk.

Die Regierung Californiens schickte inzwischen Wagen aus, um den bedürftigen und nothleidenden Reisenden Lebensmittel entgegen zu führen und sie vor dem Hungertode zu retten, dem sonst Viele hätten verfallen müssen. Als ich in einem Thal einen kleinen Abstecher machte, sah ich plötzlich zu meiner Linken fünf solcher Wagen passiren. Ich vermuthete gleich, was ihr Geschäft sei und ärgerte mich, daß ich ihnen nicht direct entgegen gefahren war. Der menschenfreundliche Capitän derselben, ich habe leider seine Adresse verloren, mochte wohl durch sein Fernrohr sehen, daß bei uns auch nicht Alles auf's Beste bestellt sei, und kam in raschem Trab auf mich zugeritten. Es sah freilich auch übel um uns aus; ich und meine Frau wanderten zu Fuß neben dem zweirädrigen Schnappkarren, den unsre drei, ebenso wie wir selbst, ermatteten Ochsen nur mit Mühe fortschleppten, während mein jüngster Sohn, seine kleine Schwester vor sich festhaltend, auf dem abgemagerten Poneygäulchen ritt, das bedächtig Schritt vor Schritt setzte.

Nach kurzem Gruß fragte mich der Capitän, wie es um unsere Lebensmittel bestellt sei. Als ich ihm darauf meinen Vorrath gezeigt, meinte er, dieß möge hinreichend sein, um noch fünfzig Meilen weiter zu kommen, wo ich die erste Niederlassung finden würde und Lebensmittel kaufen könne. Indessen erbot er sich, uns mit etwas Biscuit auszuhelfen; auch könne er, wenn wir so lange warten wollten, uns ein gutes Stück Ochsenfleisch geben, da sie nur 3 Meilen weiter fahren und dort einen frischen Ochsen schlachten würden. Er nahm darauf meinen Sohn mit und übergab ihm 7 Pfund Biscuit und 12 Pfund Schweinefleisch, da wir nicht auf das Schlachten des Ochsen warten konnten. Ich kann die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, der Regierung Californiens öffentlich meinen Dank abzustatten für diese menschenfreundliche Fürsorge, welche sie zur Rettung der unglücklichen Reisenden traf. (Forts. folgt.)

Deutschland.

München, den 8. Dec. Hr. v. Beisler ist wieder genesen.

Kassel, den 9. Dec. Von dem Museumsinspector Appel stellt es sich jetzt heraus, daß derselbe auch eine Menge anonymer Denunciationen des schmählichsten Inhaltes gegen die achtbarsten Leute gemacht hat, von denen er annahm, sie stünden seinen Absichten im Wege!!

Hanau, den 5. Dec. In einem benachbarten Orte wurden die Zusammenkünfte zweier Sparkassengesellschaften polizeilich verboten.

Wien, den 7. Dec. Mit Rücksicht auf die für unsere Gesandtschaft in Paris bestimmten Verhaltungsbefehle scheint gewiß, daß Hr. v. Hübner bereits die Weisung erhalten hat, durch die Ueberreichung seiner neuen Creditive die Anerkennung des Kaiserreichs seitens Oesterreichs officiell auszusprechen.

Mehre Blätter brachten die Mittheilung, daß die hiesige Zollconferenz sich aus Anlaß des bevorstehenden Weihnachtsfestes auf die Dauer von 14 Tagen vertagen werde. Wir sind ermächtigt, so bemerkt die „Oesterreichische Correspondenz", hiermit zu erklären, daß eine Unterbrechung der Arbeiten der Zollconferenz nicht statthaben wird.

Frankreich.

† **Paris,** den 10. Decbr. Die Papiere sind gestern und heute wieder gestiegen und stehen nun: die 3proc. auf 82 Fr., die 4½proc. 106¼. — Abdel Kader wird zu Brussa einen Jahrgehalt von 100,000 Frcs. von der französischen Regierung erhalten.

Paris, den 8. Dec. Es circuliren in den politischen Kreisen einige Details über die Entwürfe zu Senatusconsulten, welche dem Senat in dessen Sitzung am vorigen Montag vorgelegt worden. Nach diesen Mittheilungen würden die Prärogativen des gesetzgebenden Körpers einige Beschränkung erfahren, nämlich in Bezug auf das Votum des Budgets und der Handelsverträge!

Nach dem, was von den Berathungen des Senates laut wird, ist dem gesetzgebenden Körper in der neuen Organisation der Dinge eine sehr klägliche Rolle angewiesen. Nicht allein, daß der Kammer, wie bisher, die Befugniß entzogen bleibt, zu den ihr vorgelegten Projecten und dem Budget Amendements zu stellen, sondern sie wird auch das Budget nicht mehr in den einzelnen Posten zu discutiren und nur über das Budget jedes einzelnen Ministeriums en bloc abzustimmen haben. Dafür werden die Deputirten aber durch ein Gehalt von 6000 Fr. per Jahr entschädigt werden. Die Senatoren werden sämmtlich ein lebenslängliches Jahrgehalt von 30,000 Frs. erhalten. — Bei dem Bankette, welches die Officiere der alten Kaisergarde vorgestern Abends in den Salons der Frères Provençaux veranstaltet hatten, sind sehr bedenkliche Toaste ausgebracht worden. Namentlich hat der Baron Bourgoing, früher Gesandter in Deutschland und Spanien, eine sehr kriegerische Rede gehalten und einen sehr verfänglichen Toast „à la gloire de l'armée de Napoléon III" ausgebracht. (Köln. Ztg.)

— den 9. Dec. Man liest im Moniteur: „Aus Madrid schreibt man, daß die Königin den Kaiser der Franzosen anerkannt hat. Die Niederländische Regierung hat unserem Geschäftsträger im Hag angezeigt, daß sofort neue Beglaubigungsschreiben dem Baron v. Fagel zugeschickt werden würden. Von Turin ist ein besonderer Courier abgesandt worden, um dem Marquis von Villamarina neue Beglaubigungsschreiben als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Sardiniens bei dem Kaiser zu überbringen.

— den 9. Dec. Der Moniteur eröffnet heute: „Mit Ausnahme Derjenigen, welche sich solcher Verbrechen schuldig gemacht haben, welche alle Moral verurtheilt, werden alle Die, welche in Folge unserer unglückseligen bürgerlichen Zwistigkeiten der Freiheit oder ihrem Vaterlande entzogen worden, der Freiheit, ihrer Familie, ihrem Vaterlande zurückgegeben werden, ohne andere Bedingung, als die, daß sie sich dem so klar kundgegebenen Nationalwillen unterworfen und sich verpflichten, fortan nichts zu thun gegen den Auserwählten des Landes. Der Kaiser will nicht mehr verlangen, und der gute Sinn, sowie die gesellschaftlichen Nothwendigkeiten lassen sicher einsehen, daß es unmöglich ist, weniger zu fordern. Es ist der innigste Wunsch Sr. Maj., auch die Spuren unserer ehemaligen Spaltungen verwischt zu sehen; der Kaiser bewahrt nur die Erinnerung an geleistete Dienste. Nicht an dem Prinzen, welchen das Vaterland gekrönt hat, wird es liegen, wenn dasselbe noch länger von einem seiner Kinder getrennt bleiben sollte."

Italien.

* **Florenz,** den 2. Dec. Die politischen Verhaftungen haben die ganze vorige Woche gedauert. Es sind ansehnliche Personen in Pisa, Sienna und Pistoja verhaftet und nach Volterra gebracht worden. Man hat Correspondenzen, Statuten und Siegel einer geheimen Gesellschaft entdeckt und die Regierung will die verschärften Strafgesetze bei dieser Gelegenheit in Anwendung bringen. Die Engländer machen in ganz Italien Propaganda für den Protestantismus.

Spanien.

Madrid, den 3. Decbr. Das Volk fängt an, sich zu rühren und aus seiner politischen Lethargie aufzuwachen. Die neue Verfassung ist durch die Gazeta bekannt gemacht, sämmtlichen Blättern des Landes aber aufs strengste verboten, auch nur ein Wort darüber fallen zu lassen; der Vox populi aber kann kein Schweigen auferlegt werden. Ueberall, auf den Plätzen wie in den Straßen und Kaffeehäusern wird die neue Verfassung durchgenommen und offen und laut den Mördern der vaterländischen Freiheiten gedroht. Murillo und seine Collegen halten sich auch nicht für sicher. In jedem Ministerhause liegt eine Compagnie Soldaten die scharf geladen haben, und Cavallerie mit gezogenen Säbeln und gespannten Büchsen begleiten die Räthe der Königin nach dem Palaste. Um allem seinem Treiben noch die Krone aufzusetzen, hat Murillo, der frühere Advocat und Zeitungsredacteur, die Lehrstühle der Beredsamkeit und der Geschichte der Entwicklung der freien Institutionen bei dem hiesigen Athenäum eingehen lassen. Auf diesem Athenäum sind die tüchtigsten Redner des Congresses herangebildet worden, und Murillo war selbst eine Zeit lang Professor der Geschichte. Trotz aller Escorte aber ist Murillo gestern und heute von dem Volke auf der Puerta del Sol auf das furchtbarste insultirt, der Wagen mit Steinen beworfen und einer der begleitenden Dragoner sogar verletzt worden. Ein gleiches Unglück traf die Königin Christine; das Volk begnügte sich jedoch, sie zu verhöhnen. Der Ex-Kriegsminister Lara, der den Freiheitsmord nicht mit unterzeichnen wollte, wurde, wo er sich gestern und heute zeigte, mit Vivats bewillkommt. Auf der Puerta del Sol hoben ihn mehrere Männer des Volkes auf die Schultern und trugen ihn im Triumphe über den ganzen Platz bis nach seiner Wohnung. (Köln. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, den 29. Nov. Dem Vernehmen nach ist eine Expedition gegen Montenegro beschlossen; Omer Pascha soll an deren Spitze gestellt werden.

Damaskus, den 19. Nov. Die Drusen haben versprochen, sich im März der Conscription zu fügen; hierauf haben sich die türkischen Truppen aus dem Horan zurückgezogen, und werden nunmehr bei Tiberias gegen die Beduinen operiren.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1340] **Kunstanzeige.**

Sonntag, den 12. und Montag den 13. December:

☞ **Ferner mit neuen Abwechselungen**

im Saale des Cafetier Kayser: Mysterien der Geschwindigkeit, nämlich Handmanöver, die Wasserkur, Zersetzung der Flüssigkeit, die geheime Botanik, Pariser Haarbeutel, der militärische Federbusch, die magnetische Degenspitze, der folgsame Zwerg, oder Karten, Uhren, Tücher, alles bezaubert rc. Es folgt noch eine Anzahl der überraschendsten Escamotagen, verbunden mit Tanz, Declamation, Phantasmagorie und Chromatropen.

☞ **repräsentirt von der Familie Bannholzer.**

Entre: I Platz 24 kr., II Platz 12 kr. — Cassaeröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Es ladet höflichst ein **Familie Bannholzer.**

Neue

Speyerer Zeitung.

Dienstag Nro. 299 den 14. December 1852.

Deutschland.

* **Betrachtungen.** Die Größe des Verbrauches von Eisen ist gleichsam der natürliche Maßstab für die Größe der gewerblichen Thätigkeit eines Volkes.

Sein Verbrauch von Papier mag (nach K. Müller) als Maßstab für seine geistige Stufe gelten.

Den Verbrauch von Seife hat Liebig als bezeichnend für den allgemeinen Culturzustand angenommen.

* **Betrachtungen.** Nachdem Timoleon die Freiheit von Syrakus wieder hergestellt, und dann alsbald sich vom öffentlichen Leben zurückgezogen hatte, ergossen mehrere Tollköpfe ihren Tadel über verschiedene seiner Verfügungen. Timoleon aber — so erzählt uns Plutarch — dankte öffentlich den Göttern, den Tag erlebt zu haben, an dem jeder Bürger Recht und Fug besitze, zu sagen was er wolle.

Man sieht hieraus freilich, wie weit der ohnehin stark demagogische Korinther von dem Höhepuncte heutiger Staatsweisheit noch entfernt war, sonst würde er gerade aus diesem Vorfalle die absolute Nothwendigkeit der sofortigen Erlassung eines „Gesetzes zum Schutze gegen Amtsehrenbeleidigung" unzweifelhaft erkannt haben. —

* **Speyer.** Gelegentlich der neuen Fassionen der Capitalrenten- und Einkommensteuer ertönen wieder von allen Seiten Klagen.

Bei Berathung dieses Gesetzes in der Abgeordnetenkammer haben wir bereits hervorgehoben, daß dieses ganze Gesetz einer richtigen Grundlage und logischen Consequenz entbehre, und in seiner Anwendung zu enormen Unrichtigkeiten und Unbilligkeiten führen müße.

Damals legte das Pfälzische Reactionsblatt seine finanzwissenschaftliche Weisheit an den Tag, indem es dem Gesetzentwurf, jenen Einwendungen gegenüber, in lächerlich absprechenden Phrasen das Wort redete. Seitdem freilich zeigt sich das nemliche Orakel auch ungehalten über die Ergebniße jenes Gesetzes. Warum war denn aber sein Herausgeber damals, als es noch verbessert oder ganz verworfen werden konnte, so sehr für dasselbe?

Unserer Ueberzeugung nach hat man sehr unrecht, blos über falsche Declarationen zu klagen (die wir gar nicht in Schutz nehmen wollen). Der Grund des Uebels liegt in der Fehlerhaftigkeit des Gesetzes selbst.

AC* **Frankfurt**, den 11. Dec. Der Septembervertrag durchkreuzt die Handelsbeziehungen des Steuervereins zum Auslande in mannichfachster Weise. Die größte Bewegung dürfte er aber in den hannöverschen und oldenburgischen Bezugsquellen veranlassen, während die Absatzcanäle des Steuervereins weniger von ihm berührt werden mögen. Diesen Umstand wird die süddeutsche Industrie bei Zeiten ins Auge fassen, und auf passende Angebote bei Abnehmern im Steuerverein bedacht sein. Die Anknüpfung und Ausdehnung von Handelsbeziehungen mit dem letzteren, an und für sich so wünschenswerth, gewinnt für den Süden noch besonders durch den Umstand an Bedeutung, daß die übrigen wichtigen Theile Norddeutschlands dem Anschluße an den von Preußen nunmehr neubegründeten, gegenwärtig bereits 20 Millionen Köpfe starken Zollverein nicht lange mehr widerstehen werden. — Die belgische Handelsbewegung von und nach dem Steuerverein, den Hansestädten und Mecklenburg, hatte nach den amtlichen Tabellen vom Jahre 1851 einen Werth von 6,300,000 Frcs. Auf die belgische Einfuhr aus den gedachten Ländern kamen von dieser Summe nur 400,000 Frcs, auf die belgische Ausfuhr nach jenen Ländern dagegen 5,900,000 Frcs. Belgien bezieht aus dem Steuerverein Holz, Pferde, Schlachtvieh, Flachs, Rohtabak, Leinkuchen, Butter, Reps, Getreide, Kartoffeln, und liefert ihm dagegen Leder, Kupfer, Eisen und Eisenwaaren, Nägel, Zinkblech, Oel, Käse, Sirup, raffinirten Zukker, Modeartikel, Maschinen, Porzellan und Steinzeug, Papier, Glas und Krystallwaaren. Die Erhaltung des Zollvereins und seine Ausdehnung auf den Steuerverein vorausgesetzt, leuchtet ein, daß die Ausmündung süddeutscher Fabrikate in den Steuerverein sich um einen ansehnlichen Theil dessen, was das hier beispielsweise angeführte Belgien verliert, erweitern lassen muß. Was hier aber von Belgien gesagt ist, gilt verhältnißmäßig ebenfalls von England und Frankreich. Eine größere und innigere Handelsverbindung zwischen dem Norden und Süden wird auf den letzteren um so wohlthuender wirken, als sich der norddeutsche Abnehmerstand im Allgemeinen durch Wohlhabenheit und Solidität vortheilhaft auszeichnet.

* Der Vertrag zwischen Preußen und den Thüringenschen Staaten wegen Fortsetzung des Zollvereins zeichnet sich durch mehre Stipulationen aus, welche die Bereitwilligkeit Preußens, billigen und gerechten Ansprüchen seiner Mitcontrahenten nachzukommen, genügend beweisen. Dahin gehören die den betreffenden Staaten bewilligten Aversionalsummen zur Deckung der Kosten, welche aus der Gränzbewachung für den Fall der Trennung vom Süden entspringen würden. Was die von der Kasselschen Zeitung, im Hinblick auf den enklavirten kurhessischen Kreis Schmalkalden erhobene Einsprache gegen die Gültigkeit des bereits ratificirten Vertrags betrifft, so ist in dem Letzteren der betreffenden Regierung freigestellt, sich hinsichtlich jener Enclave mit den contrahirenden Staaten zu vereinbaren, wie auch einer solchen Vereinbarung wegen der baierischen Enclave Kaulsdorf und der sächsischen Enclaven nichts im Wege steht. Wollten die Regierungen dieser enclavirten Landestheile auf eine Verständigung mit den zollverbündeten Contrahenten Verzicht leisten, so würde dies einen entsprechenden Ausfall in ihrer Zollcasse zur Folge haben. Einen casum belli wird Hr. Hassenpflug daraus wohl nicht machen wollen. Preußen und Thüringen können inzwischen ruhig abwarten, daß man sich besinne. Man wird sich auch wohl besinnen, besonders wenn Hr. v. Bruck erst angelangt sein wird.

* Bei unwesentlichen Schwankungen ist unser Geldmarkt in etwas flauerer Stimmung, besonders sind spanische Fonds, in Folge der Auflösung der Cortes, niedriger. Disconto 2¼ % G. 3 % P.

Pfalz. Die erledigte Advocatenstelle zu Kaiserslautern wurde dem Ergänzungsrichter am Friedensgerichte in Zweibrücken, Adam Hofinger, verliehen. Für die Kantone Wolfstein und Lauterecken wurde ein dritter Notar mit dem Amtssitz zu Wolfstein aufgestellt und hiezu der Rechtscandidat Friedr. Ilgen von Grünstadt ernannt.

Stuttgart, den 10. Dec. Die von der „Allg. Z." gegebene Nachricht, daß der württembergische Ministerresident in Paris bereits seine neuen Creditive in der Tasche habe, wird diesen Abend vom „Staatsanzeiger" als unwahr bezeichnet. In der That hört man, daß die deutschen Staaten in dieser Sache gemeinsam und gleich-

zeitig handeln werden. Die Anerkennung des neuen Kaisers der Franzosen unterliegt übrigens deutscher Seit, so viel hierorts bekannt, nirgends einem Anstand, auch nicht in Wien und Berlin, was man auch wegen des Titels Napoleon III. sagen mag.

Kleinasbach (Würtemberg). In unsrem Kirchspiel kam in der letzten Woche eine merkwürdige Mißgeburt zur Welt: zwei zusammengewachsene Knaben. Die Kinder hatten Eine gemeinsame Brusthöhle, Eine Bauchhöhle, übrigens doppelte Eingeweide in denselben. Zwei Herzen in Einem Herzbeutel. Die beiden Köpfe des Wunderkindes — vier Schultern und Arme, vier Füße — waren wohl gebildet, und wenn es lebendig hätte zur Welt gebracht werden können, so hätten wir wol interessante Erfahrungen an dem Doppelleben dieses Brüderpaares wahrzunehmen Gelegenheit bekommen. (Beob.)

Mainz, den 10. Decbr. Fruchtmarktbericht. Das ganze Getreidegeschäft während dieser Woche bildete Waizen. Die animirenden Berichte, welche hierüber von Holland und England einlaufen, geben Veranlassung zur Speculation und wurden bedeutende Partien sowohl pr. December als pr. März gekauft; man zahlte Frankenwaare mit 10 fl. 45 bis 11 fl., pr. März 11½ fl. bis ¼. Korn und Gerste sind dagegen ganz vernachlässigt und ohne Handel, obwol man unter der Hand billig kaufen kann. Der heutige Markt verkehrte in derselben Stimmung, Pfälzer Waizen kostet 10½ fl. bis ¼, Franken 10¾ fl. bis 11, kurhessischer 11¼ fl., gut lieferbare Waare pr. März 11¼ fl. Korn 9 fl. 15 bis 30, pr. März 9 fl. 45. Gerste eff. 7 fl. bis 7½. Hafer 3 fl. 45. Hülsenfrüchte unverändert, eben so Rüböl und Kohlsaamen. Mohnsaamen gefragter, 14½ fl. bis ¾. Mohnöl 27 fl. (Fr. J.)

Frankfurt. Ueber den Verkauf der deutschen Flotte erfährt man, daß die Kanonenböte für 5 Proc. ihres ursprünglichen Preises haben losgeschlagen werden müssen!

Kassel, den 7. Dec. Dem einberufenen und bereits wieder anwesenden Finanzausschuße unserer zweiten Kammer sind Seitens der Regierung das Budget und 8 Gesetzentwürfe zur Prüfung vorgelegt worden, durch welche ein erhöhtes Staatseinkommen erzielt wird. Es betreffen diese Gesetzentwürfe eine Erhöhung des Stempels, der Grundsteuer, der Classensteuer, der Gewerbsteuer, der Branntwein- und Bierbesteuerung und endlich des Chaussee- und Brückengeldes.

Altenburg, den 8. Dec. Der Minister Graf Beust hat seine Entlassung eingereicht. Als Veranlassung gibt man an, derselbe wolle nicht mitwirken, eine Abänderung des zwischen dem herzoglichen Hause und der Landschaft aufs rechtsverbindlichste vereinbarten Vertrags über die Civilliste zu erwirken.

Hannover, den 8. Dec. Der in Leer zum Bürgermeister gewählte, aus Schleswig-Holstein vertriebene Bürgermeister Schow von Apenrade ist als solcher von unserm Minister des Innern, Hrn. Frhrn. v. Hammerstein, bestätigt worden.

Königsberg, den 3. Dec. Der hiesige Gerichtshof hat vorgestern eine Frau, deren Ehe durch einen Prediger einer frei-evangelischen Gemeinde eingesegnet war, und welche Ehe noch von beiden Gatten als zu recht bestehend anerkannt wird, wegen unberechtigter Führung des Namens ihres Mannes zu einer Geldstrafe von 2 Thalern oder im Unvermögensfalle zu 24 Stunden Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 10 Thaler beantragt, der Gerichtshof nahm jedoch, wegen des guten Glaubens der Frau über die Gesetzmäßigkeit ihrer Ehe, mildernde Umstände an. (N.-Z.)

Stettin, den 3. Dec. Der aus dem Communisten-Proceß zu Köln bekannte Dr. jur. Becker ist der „Nordd. Ztg." zufolge zur Abbüßung seiner Strafe in Fort Preußen heute Nachmittags der hiesigen Commandantur überliefert worden.

Wien, den 7. Dec. Frhr. v. Bruck, der heute in besonderer Audienz von Sr. Maj. die Creditive zu seiner außerordentlichen Sendung an die kgl. preußische Regierung empfing, wird morgen in Begleitung des k. k. Gesandtschaftsträgers v. Dumreicher die Reise nach Berlin antreten. Die hierortigen Zoll- und Handelsconferenzen werden inzwischen ihren ungehinderten Fortgang nehmen. Die Nachricht von einer Unterbrechung derselben während der Weihnachtstage und von einer aus diesem Anlaß bevorstehenden Ferienreise der Conferenzbevollmächtigten ist unbegründet. (Allg. Ztg.)

Seit längerer Zeit sind (berichtet man der „Kass. Z.") über die große zoll- und handelspolitische Frage, welche Deutschland so tief und nahe betrifft, die widersprechendsten Nachrichten von verschiedenen Seiten in Umlauf gesetzt worden. Der Sachverhalt ist im Wesentlichen folgender: Oesterreich hat nicht den allergeringsten Schritt gethan, welcher darauf hindeutete, daß es auch nur um Linienbreite von dem Programm abgegangen sei, welches durch die von dem Minister Graf Buol gehaltene Eröffnungsrede zur allgemeinen Kenntniß durch die öffentlichen Blätter gelangt ist. Einen Moment schien es, als wäre Preußen geneigt, sich in Unterhandlungen einzulassen, und das war der Grund, weswegen der frühere Handelsminister, Baron Bruck, durch den Telegraphen von Triest nach Wien berufen worden ist. Was die Zollconferenz selbst betrifft, beschäftigt sie sich angelegentlichst mit definitiver Feststellung eines gemeinsamen Tarifs. Es ist klar, daß vor Vollendung dieses wichtigen Werkes jedwede andere Maßnahme unthunlich ist.

Schweiz.

Bern. In der Sitzung des großen Rathes vom 7. Dec. interpellirte der Großrath Kaiser die Regierung wegen der Jesuitenmissionen. Er schilderte diese Missionen, die von Morgens bis Abends dauern und nur geeignet seien, den Haß gegen Andersdenkende zu erregen und die alte Ablaßkrämerei einzuführen. Auch zögen diese Missionen unter dem Vorwande der Unterstützung der Glaubenpropaganda eine Masse Geldes aus dem Lande. Gesetzlich sei aber sowohl durch die Bundes- als Kantonalverfassung solches Jesuitentreiben untersagt. Diese Thatsachen seien ganz richtig und es würden sogar (wie bestimmt versichert worden) Unterschriften für Anschließung an Frankreich gesammelt. Er wünscht daher energisches Einschreiten von Seiten der Regierung und möchte wissen, ob dieselbe Kenntniß von diesen Vorgängen im Jura habe und was sie zu thun gedenke. — Der Regierungspräsident Blösch erwiederte, daß die Regierung weder von dem Einen noch von dem Andern amtliche Kenntniß habe. Die Regierung werde auf keine Weise die Bevölkerung des Jura in der Ausübung ihrer konfessionellen Rechte stören, aber jeden ungesetzlichen und verfassungswidrigen Mißbrauch derselben ahnden. Wenn Hr. Kaiser sichere Kenntniß davon habe, daß ein wirklich strafbarer Akt stattgefunden, so soll er Anzeige davon machen. Ebenso beantwortet er die Frage, betreffend die imperalistischen Umtriebe.

Im großen Rathe wurden sodann in den folgenden Sitzungen mehrere reactionaire Gesetze angenommen.

Freiburg. (Posieux und das Kaiserthum.) Die „Gazette de Fribourg" vom 6. meldet mit sichtlichem Behagen: „Die Proclamirung des Kaiserthums hat auch bis in unser Land hinein einen Wiederhall gefunden. Gestern Abend wurden auf den in der Nähe der Hauptstadt gelegenen Anhöhen Freudenfeuer zu Ehren dieses Ereignisses angezündet; zwei derselben waren ungeheuer groß, das eine im Bruch oberhalb der Bernstraße, das andere gegen die Berge zu, in der Richtung nach Marly. Gleichzeitig ertönten Böllerschüsse bis in den Abend hinein." Wer, bemerkt das Echo von Mol. dazu, mögen wol diese Leute sein, welche das Zugrabetragen der Republik und der Freiheit so enthusiastisch begrüßen? Schöne schweizerische Republikaner! Und was kann ihnen bei der Einführung des Kaiserthums so besondere Freude machen?

Die Antwort liegt nahe, sie hoffen und wünschen eine Einmischung des Auslandes in die Schweizerangelegenheiten in ihrem Parteiinteresse, wenn dabei auch Ehre und Freiheit des Vaterlandes zu Grunde gehen. Ohne Zweifel sinds dieselben Leute, denen die democratische Verfassung Freiburgs nicht democratisch genug ist, wenns gilt, ihr Parteiinteresse zu fördern, und gleichzeitig jubeln, wenn die Reaction des Auslandes gegen die Freiheitskämpfer, gegen die Vertheidiger von Verfassung und Recht, Rache übt.

Bern, den 10. Decbr. In der Lombardei ist in Italien zum ersten Mal, eine Arbeiterbewegung zum Zweck der Lohnerhöhung vorgekommen. Die Polizei hat dieselbe unterdrückt und behauptet nun, sie sei von London aus angezettelt worden.

Belgien.

Brüssel, den 9. Dec. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten zeigte heute der Repräsentantenkammer den Abschluß eines provisorischen Handelsvertrages zwischen Belgien und Frankreich an. Dieser Vertrag hat die Wiederinkraftsetzung der Uebereinkunft von 1845 zur Basis, mit dem einzigen Unterschied, daß Belgien anstatt 12 nur 7 Procent Verminderung auf raffinirtes französisches Salz bewilligt. Die Ratification dieses Vertrages soll spätestens am nächsten 15. Jan. stattfinden. Die Dauer dieser provisorischen Uebereinkunft ist unbestimmt. Neue Unterhandlungen werden unmittelbar eröffnet werden, um zur Abschließung eines definitiven Vertrages zu gelangen.

Die „Nation" kündigte das Resultat der Verhandlungen über das Preßgesetz mit einem schwarzen Rande an. Sie sieht in demselben den ersten Schritt zur Unterwerfung Belgiens unter den Willen L. Napoleon's und zur endlichen Unterjochung.

Frankreich.

Neufranzösischer Servilismus. Wir haben kürzlich des Erlasses des Präfecten der Obergaronne, Chapuis Montlaville, gedacht, derselbe lautet: „Wir, Präfect des Departements der Obergaronne ꝛc.: In Erwägung, daß daran gelegen ist, der Nachwelt durch unzerstörbare Denkmale die Handlungen Gottes zu bewahren, welche sich in Frankreich durch das Amt des Volkes am 21. und 22. Nov. des Gnadenjahres 1852 vollführen werden; in Erwägung, daß daran gelegen ist, in den Gemeinden die Erinnerung an den Antheil zu bewahren, den jede von ihnen an dieser letzten Phase des socialen Heils genommen hat; in Betracht, daß bei den Völkern des Alterthums es gebräuchlich war, denkwürdige und die Geschichte zu interessiren geeignete Thatsachen auf Erz und Marmor einzugraben; in Betracht, daß die Herstellung des Kaiserthums zu den Thatsachen gehört, welche den mächtigsten Einfluß in der Gegenwart und in der Zukunft auf die Geschicke des Vaterlandes und sogar auf jene der gesammten Gesellschaft auszuüben bestimmt sind; verfügen hiermit: Art. 1. Das Ergebniß des Votums für das ganze Departement der Obergaronne wird, Bezirk für Bezirk, Kanton für Kanton, Gemeinde für Gemeinde, auf eine Bronce-Tafel eingegraben werden. Diese Tafel wird auf der Präfectur im Berathungssaal des Generalraths aufgestellt werden. Art. 2. Das Ergebniß der Abstimmung jeder Gemeinde wird auf eine Marmortafel, unter den Ergebnißen des Departements, des Bezirks und des Kantons, eingegraben werden. Art. 3. Die Marmortafeln werden in den Berathungssälen der Gemeinderäthe aufgestellt werden. Art. 4. Diese Broncetafeln und diese Marmortafeln werden das Datum des ersten Tages der Regierung Sr. Maj. des Kaisers Napoleon III tragen. Toulouse, 15. Nov. 1852."

Paris, den 7. Decbr. Nach den jetzt dem Senate vorliegenden drei Entwürfen von Senatus-Consulten wird die eigentliche kaiserliche Familie nur aus drei Personen bestehen: dem Kaiser, dem Marschall Jerome und seinem Sohne Napoleon. Neben der kaiserlichen Familie wird es eine s. g. Civil-Familie geben, zu welcher die Prinzen gehören, deren Heirathen Napoleon I. autorisirt hat; die aus diesen Heirathen hervorgegangenen Kinder aber, welche ihrerseits Heirathen abgeschlossen haben, die der Genehmigung des dynastischen Chefs der Familie entbehrten, werden keinen Theil dieser Civilfamilie bilden.

— den 9. Dec. Man liest im „Moniteur": „Täglich werden an die Verwaltung Gesuche für Anlegung neuer Eisenbahnlinien gerichtet. Die Gesuche, welche ihr bereits zugekommen sind, würden, wenn man ihnen entsprechen wollte, zum Resultate haben, daß unser Eisenbahnnetz um mehr als 7000 Kilometers vermehrt und der Staat und die Actiengesellschaften eine Ausgabe von mehr als 2 Milliarden zu leisten haben würden. Es ist die Pflicht der Regierung, einem solchen übertriebenen Andrange zu widerstehen. Die Regierung wird neue Concessionen, die zunächst nur für die nützlichsten und dringlichsten Linien ertheilt werden sollen, nur dann gewähren, wenn der Stand der gegenwärtigen Unternehmungen es ihrer Vorsicht gestatten wird; sie wird dabei stets die wirklichen Hülfsmittel in Erwägung ziehen, welche der Schatz und das Publicum jedes Jahr auf diese großen Arbeiten verwenden können."

Der Prinz Napoleon Bonaparte wird nicht den Titel „Vicekönig von Algier," sondern „Lieutenant de l'Empire" mit dem Prädicate „Kaiserlicher Prinz" als präsumtiver Thronfolger führen. Das Palais Royal ist ihm zur Residenz angewiesen.

Die großen Landstraßen haben jetzt wieder die Benennung „kaiserliche Straßen" erhalten.

Durch zwei Decrete im Moniteur wird der längst unbesetzte Lehrstuhl für constitutionelles Recht bei der pariser juristischen Facultät definitiv unterdrückt und dafür ein Lehrstuhl der justinian'schen Institutionen errichtet, wozu der Exunterrichtsminister Giraud, Mitglied des Instituts, berufen ist.

Strasburg, den 9. Dec. Die Ausbesserung und glänzende Ausschmückung des hiesigen Schlosses wird nächstens beginnen, denn der Kaiser hat bei der Annahme ausdrücklich erklärt, daß er öfter hieher kommen werde.

Spanien.

Madrid, den 4. Dec. Die „Madrider Ztg." veröffentlicht ein königl. Decret, welches der periodischen Presse die Besprechung der gestern veröffentlichten Entwürfe für Revision der Verfassung untersagt, „damit nicht die Lebhaftigkeit der Leidenschaft die unparteiische Erwägung, welche für Documente von solcher Wichtigkeit nothwendig sei, beeinträchtigen möge!"

Großbritanien.

London, den 4. Dec. In den neulichen Nekrologen des Herzog v. Wellington ward erwähnt: der große Mann habe in jüngern Jahren, noch als Hauptmann, sehr an Schulden laborirt, und er hätte nicht nach Indien reisen können, wenn nicht ein Schneider in Dublin, bei welchem er zur Miethe wohnte, für ihn gut gestanden. Als Seitenstück erzählt jetzt Fraser's Magazine: „Heute vor fünf Jahren war Hr. Ludwig Napoleon, der jetzige Kaiser der Franzosen, in der Londoner St. Jacobspfarrei seine Hausmiethe von drei Jahren her schuldig; er konnte weder seinem Schneider, noch seinem Tapezier, noch seinem Weinhändler die Rechnung bezahlen, und überhaupt seine Geldverbindlichkeiten in der City oder im Westend von London nicht zur Hälfte erfüllen. So ändern sich Zeiten und Schicksal, und in der wirklichen Welt ereignet sich noch in unserm prosaischen Jahrhundert Wunderbareres als in den Mährchen von Tausend und einer Nacht." (Allg. Ztg.)

— den 7. Dec. Im Oberhaus wurde in einer Interpellation u. a. auch um eine Abschrift des Protokolls der fünf Mächte über Neuenburg gebeten. Lord Malmesbury erklärte indeß die Papiere nicht vorlegen zu können, da die Verhandlungen noch nicht eröffnet seien.

***London**, den 9. Decbr. Vom 5. April an soll eine neue Häusersteuer eingeführt werden.

Dem katholischen Dublin Tablet zufolge scheint Dr. Newman, obgleich die Londoner Queensbench ein Decret zur Wiederaufnahme seines Processes mit Dr. Achilli erlassen hat, auf diese Rechtswohlthat der großen Kosten wegen zu verzichten, und will die Gefängnißstrafe, die ihn treffen wird, lieber absitzen.

Rußland.

Petersburg, den 2. Dec. Vom Kaukasus sind officielle Nachrichten eingetroffen, aber nicht veröffentlicht worden; wahrscheinlich hält man sie zurück, bis bessere eingetroffen sein werden.

Vereinigte Staaten.

Die Staatseinnahmen der Vereinigten Staaten von Nordamerika waren in dem mit dem 30. Septbr. d. J. endigenden Vierteljahre 16,685,949 Dollars, die natürlich fast ganz durch Zoll aufgebracht wurden. Die Ausgaben betrugen in dieser Frist 13,860,268 Dollars.

Neueste Nachrichten.

München, den 9. Dez. Rekurse, welche von den betreffenden Landgerichtsbeamten gegen ihre Verurtheilung in Geldstrafen durch das Präsidium von Oberbaiern wegen Nichtanwendung der Prügelstrafe bei dem Ministerium des Innern eingereicht worden waren, sind von dieser Stelle, noch unter der früheren Amtsführung, abschlägig beschieden worden. (Nürnb. Kur.)

— den 10. Decbr. Hr. v. Wendland, der baierische Gesandte in Paris, der sich, wie Sie wissen, seit einiger Zeit hier befand, hat gestern die Rückreise nach der französischen Hauptstadt angetreten. Dem Vernehmen nach befindet sich Hr. v. Wendland bereits im Besitz seines neuen Beglaubigungsschreibens, ob er dasselbe aber sogleich nach seiner Ankunft in Paris dem Kaiser übergeben werde, ist mir zur Zeit noch nicht bekannt. (A. Z.)

Berlin, den 9. Dec. Aus Florenz sind über den Zustand des Madiaischen Ehepares betrübende Nachrichten hier eingelaufen. Rosa Madiai soll sehr leidend und in großer Sorge um ihren Mann sein. Er selbst ist bettlägerig und in krankhafter Angst vergiftet zu werden, er darf seit einiger Zeit gar keinen Besuch mehr empfangen; alle Maßregeln der Strenge sind gegen ihn verschärft worden. Ein gewisser Guarducci wurde verhaftet, weil man eine Bibel und einige Traktate bei ihm fand. (Allg. Ztg.)

Gestern ist Graf Thun hier eingetroffen. Die Unterhandlungen zwischen dem hiesigen und dem Wiener Cabinet werden sofort hier und in Wien zugleich beginnen.

Tessin. Die Bürgerversammlung von Airolo hat beschlossen, beim großen Rathe dahin zu petitioniren, daß für geistliche Benefiziaten gesetzlich eine periodische Wahl von vier zu vier Jahren eingeführt werde.

Wallis. Der Gr. Rath ist am Donnerstag den 9. December zusammengetreten, um die Berathung einer neuen Kantonsverfassung zu beginnen.

Freiburg. Eine Correspondenz in der ultramontanen „Independance Suisse" rückt frech mit der Sprache heraus, indem sie ohne Scheu die stattgehabte Kaiserfeier dahin erklärt, daß ihre Partei von Napoleon dem III. erwartet, „er könne gar wohl der Schweiz, ebenso wie Napoleon der I., seine Mediation auferlegen!" (So liebt die ultramontane Partei ihr Vaterland, daß sie fremde Intervention herbeizuführen sucht!)

Der in Köln zum Tode verurtheilte Dr. Karl d'Ester ist vom großen Rathe von Freiburg naturalisirt; er wohnt in Boll, wo er eine starke Praxis hat.

Turin, den 29. Nov. Der officiellen Zeitung von Savoyen zufolge will der Bischof von Turin alle Geistlichen, welche dem Leichenbegängniß Gioberti's beigewohnt haben, in den Bann thun. Die Zahl derselben beläuft sich auf mehr als 80.

Miscellen.

„Onkel Tom," dessen „Hütte" in der alten und neuen Welt so viele Leser fand, figurirt in Berlin bereits in der Puppen-Komödie als: „Onkel Tom, der berliner Negersclave." Dasselbe Thema wird am 27. December im königstädtischen Theater zu Berlin verarbeitet werden.

In dem Berichte über den Meineidsproceß gegen den Reichsgrafen v. Wedell-Maltzan bemerkt die Voss. Ztg.: Der Angeklagte bezog sich in seiner Vertheidigung auf die Verdienste und den Ruhm seiner tausendjährigen Ahnen und bat flehentlich, ihm doch nur seinen Adel zu belassen. Nach der Publication des Urtheils rief er freudig bewegt: „Gott sei Dank, daß ich meinen Adel behalten habe!"

Die Breslauer Zeitungen enthalten folgende Bekanntmachung: „Die auf amtlichem Wege stattgehabte technische Untersuchung der sogenannten Revalenta arabica hat ergeben, daß diese Substanz in ihren Hauptbestandtheilen eine Mischung von Linsen- und Bohnenmehl ist, bei welcher sich auch ein Zusatz von Mais befindet, Breslau, 29. Novbr. 1852. K. Polizeipräsidium, v. Kehler."

Der als Kenner der orientalischen Sprachen berühmte Professor Petermann aus Berlin hält sich seit längerer Zeit zu Damaskus auf. Er kopirt dort gegenwärtig ein syrisches Neues Testament aus dem 6. Jahrhundert, das aus den ältesten griechischen Handschriften wortgetreu (also nicht wie die Peschitto nur dem Sinne nach) ins Syrische übertragen ist. Durch Vermittlung des preußischen Consuls Dr. Wetzstein ist Prof. Petermann auch in den Besitz eines Theils des kufischen Korans gekommen, der im 1. Jahrhundert der Hedschra angefertigt sein soll und bisher in der Ommajadenmoschee zu Damaskus aufbewahrt wurde. Das Manuscript ist auf Gazellenhaut geschrieben, die übrigen 29 Bände des Ganzen sind verbrannt. Diese Rarität wird an die Berliner Bibliothek abgeliefert werden, welche bisher noch kein Blatt kufischer Schrift besitzt.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1342] **Kunstanzeige.**

Montag den 13. December:
☞ **Ferner mit neuen Abwechselungen**
im Saale des Cafetier Kayser: Mysterien der Geschwindigkeit, nämlich Handmanöver, die Wasserkur, Zersetzung der Flüssigkeit, die geheime Botanik, Pariser Haarbeutel, der militärische Federbusch, die magnetische Degenspitze, der folgsame Zwerg, oder Karten, Uhren, Tücher, alles bezaubert ꝛc. Es folgt noch eine Anzahl der überraschendsten Escamotagen, verbunden mit Tanz, Declamation, Phantasmagorie und Chromatropen.
☞ **repräsentirt von der Familie Bannholzer.**
Entre: I. Platz 24 kr., II. Platz 12 kr. — Cassaeröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Es ladet höflichst ein **Familie Bannholzer.**

[1341] **Versteigerung eines Gasthauses zu Waldfischbach.**

Montag, den 21. Februar 1853, Morgens 10 Uhr zu Waldfischbach wird das Gasthaus zum baierischen Hofe von Karl Lohr daselbst abtheilungshalber versteigert. Das Haus mit 8 geräumigen Zimmern, Stallung, Hof, Garten, mit Kegelbahn und Wiese, an der Straße von Pirmasens nach Kaiserslautern, in der Mitte des Kantonsortes gelegen, eignet sich zu jedem Geschäfte, und es wurde darin seit vielen Jahren eine stark besuchte Wirthschaft getrieben.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | Nro. 300 | den 15. December 1852.

Deutschland.

* **Speyer.** In der Allgem. Ztg. sind in der letzten Zeit militärische Abhandlungen über den Gang eines Krieges, den Napoleon allem Anscheine nach gegen Deutschland beginnen werde, erschienen, — welche Abhandlungen um so mehr in das Auge gefaßt zu werden verdienen, als ihr Inhalt (wie eben auch ein anderes Blatt bemerkt) mitunter sehr seltsamer Art ist.

Der Verfasser des ersten Aufsatzes erörtert ganz ruhig, daß nach seiner Meinung einer französischen Invasion, wenigstens zu Anfange, mit Erfolg nicht begegnet werden könne. Er beruft sich in dieser Beziehung besonders auf den Mangel an Einheit im deutschen Heereswesen, und überdies auf den Mangel an Zusammenhalt unter den deutschen Mächten. Dabei unterstellt er, Frankreich werde zunächst nur mit Preußen anbinden, und die andern deutschen Staaten würden daher wenig oder nichts thun. —

Ein anderer Verfasser erhebt sich einigermaßen hiegegen. Ihm scheint wenigstens vorzuschweben, daß, wenn die Franzosen einmal das preußische linke Rheinufer hinwegnähmen, sie auch vor dem unsrigen nicht stehen bleiben würden. Er nimmt also an, daß die südwestdeutschen Staaten bei einem Angriff auf Preußen nicht ruhige Zuschauer abgeben, und erwartet ebenso, daß Oesterreich diese seine Verbündeten kräftig unterstützen werde; er kommt dann zu dem Schluße, daß eine auf Berlin vordringende französische Armee, durch ein süddeutsch-österreichisches Heer von seiner Operationsbasis abgeschnitten und im Herzen von Norddeutschland geschlagen würde.

Am allermeisten sind wir erstaunt, wie beide Verfasser gleichsam mit aller Gemüthlichkeit von der Unterstellung ausgehen, daß das deutsche linke Rheinufer den Franzosen eben beim ersten Anlauf zur Beute werde!

Was würde man in Frankreich sagen, wenn Jemand, den Fall eines Krieges erwartend, in öffentlichen Blättern so ganz ruhig in Erörterungen eingehen wollte, bei denen auch nicht die leiseste Möglichkeit unterstellt würde, daß man den Kampf, wenn er doch einmal stattfinden müßte, auch offensiv zu führen, ihn auf das feindliche Gebiet hinüberzutragen versuchen, — ja daß man nicht einmal seine schönsten Grenzprovinzen wahren könnte!

Wäre der Geist noch lebendig, der die deutsche Nation in den Jahren 1813—15, — trotz der unbeschreiblichen Uneinigkeit der Cabinette und der nationalen Verschiedenheit der Generale — dennoch von Sieg zu Sieg führte, — wahrlich, man würde die Dinge anders auffassen! Die Begeisterung der deutschen Nation war es, die jene Triumpfe herbeiführte, an deren Möglichkeit selbst Generale wie York bis zum letzten Augenblick zu glauben nicht gewagt hatten!

In den damals wirkenden Elementen liegt auch die Zukunft des deutschen Volkes. Wir verzweifeln nicht an dieser Zukunft, so furchtbar schwarz es dermalen auch aussieht. Möchten aber jene Elemente sich wieder erschließen und entfalten können, ohne daß wir zuvor die Tage von Ulm und Jena neuerdings erleben müßen! Was wir täglich sehen, gewährt freilich in dieser Beziehung keine besondere Hoffnung!

* **Conservative Logik.** In ihrer Nummer vom 10. Dec. macht sich die „Pfälzer Zeitung“ in einem von der Redaction ausgegangenen Artikel über die träumerischen Hoffnungen lustig, der sich die Democraten hingäben, indem sie auf den Sieg ihrer Sache rechnen. In einer Actienunterzeichnung für eine Eisenbahn soll (risum teneatis) „doch ein klarer Beweis“ liegen, daß — „alle Bemühungen und Vorhersagungen democratischer Wühler über die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände fast nirgends (!) Glauben“ fänden. „Wir wollen indeß,“ fährt die Redaction der Pfälzer Ztg. fort, „die democratischen Unglücksprophеten, die sich darin gefallen, unsere Gegenwart mit den schwärzesten Farben zu malen, und das Herannahen der democratischen Morgenröthe mit der größten Zuversicht zu verkünden, darum nicht allzu strenge beurtheilen. Wir betrachten ihre Phantasieen nur als kühne Träumereien und als harmlose Selbsttäuschungen, welche für das Trostlose der democratischen Wirklichkeit einigen Ersatz in der Zukunft suchen.“

In ihrer Nummer vom 12. Dec., also netto 48 Stunden später, bringt dieselbe Zeitung, aus derselben Feder geflossen, wieder einen Artikel, in welchem die nemliche Redaction zum Abonnement auffordert, und dabei (sehr poetisch) von dem „unheilschwangern Gange“ der so betitelten „Partei des absoluten Umsturzes“ ein gräuliches Bild erblicken läßt, um zu beweisen, daß es „dringende (!) Pflicht der Conservativen“ sei — auf die Pfälzer Zeitung zu abonniren. „Kommt trotz dem — heißt es weiter — der Umsturz und das allgemeine Chaos, so haben wir (!) das Unsere gethan, um von der Gegenwart das Schlimmste fern zu halten, und dürfen wenigstens hoffen, dem künftigen Geschlechte Bausteine zur Wiederbegründung der staatlichen und bürgerlichen Ordnung gerettet zu haben.“

Wir verweilen ebenso wenig bei dem „Rettungsmaterial für künftige Geschlechter,“ das — aus der Pfälzer Ztg. hervorgehen soll, als bei den obligaten Ausfällen auf die so betitelte „Umsturzpartei.“ Aber die Frage sei an die Zwangsabonnenten der Pfälzer Ztg. gerichtet: wie es ihnen zusagt, sich mit solchen kindischen Widersprüchen tractiren lassen zu mußen, — und ob sie sich freuen, daß ihnen die Pfälzer Ztg. eine solche Glaubensfähigkeit zutraut, daß man ihnen am einen Tage die eine, am andern die entgegengesetzte Meinung inoculiren könne?

Das Ding gleicht übrigens auf ein Haar den Berichten der Pfälzer Ztg. über die Pfälzischen Landrathswahlen, gelegentlich deren hintereinander den Leuten gesagt wurde: wir haben mit großer Besorgniß den Wahlergebnißen entgegen gesehen — und dann wieder: wir hegten nie den geringsten Zweifel über das (hochconservative) Ergebniß dieser Wahlen. Die darauf gefolgten Lobesspenden und die zuletzt gekommenen Ausfälle auf den Landrath, reiheten sich mit gleicher Logik daran! — Nun: es lebe die Logik und Consequenz!

* † **Kaiserslautern,** den 13. Dec. Das Gnadengesuch von Helm aus Rockenhausen wurde, wie wir vernehmen, abschläglich beschieden. Helm wurde im Jahr 1851, in dem großen Hochverrathsprocesse, durch das Schwurgericht zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt, befand sich aber größtentheils bis heute auf freiem Fuß, und hat nur noch zwei Monate abzusitzen.

* **Speyer.** Es ist uns folgende Notiz zugekommen, die wir unsern Lesern wenigstens nicht vorenthalten wollen:

Wenn in dem Bette der in der neuen Speyerer Zeitung erwähnten sogenannten Klopfsomnambule ein Me-

talldraht angebracht wird, der mit der Kranken in Verbindung steht, und wie ein Blitzableiter in die Erde geführt wird, so werden alsbald diese sogenannten „wunderbaren Erscheinungen" aufhören.

AC* **Frankfurt**, den 11. Decbr. Der erste Theil des von der Berichterstattungscommission ausgearbeiteten amtlichen Berichts über die Industrieausstellung aller Völker zu London im Jahre 1851 ist nun vollständig erschienen; er hat 943 Seiten und enthält außer einer historischen Einleitung, die ausführliche Beschreibung der ersten Gruppe: Rohstoffe und Materialien, so wie der zweiten Gruppe: Maschinenwesen, Werkzeuge, Gegenstände des Land-, Wege-, Wasser- und Eisenbahnbaus, Schiffe, Waffen und Ausrüstungsgegenstände, landwirthschaftliche Geräthe, naturwissenschaftliche, musikalische, horologische und chirurgische Instrumente und Apparate. Der zweite Band, welcher die Manufacturwaaren und Bekleidungsgegenstände, und der dritte, welcher die übrigen Waarenklassen, die Kunsterzeugnisse und den Schluß behandelt, werden ebenfalls bald beendet sein. Die handelspolitische Beilage zur Frankfurter Postzeitung scheint, wie von manchem Andern, keine Kenntniß davon zu haben, daß ein wesentlicher Theil des amtlichen Berichts bereits vollständig vorliegt. Wenn sie behauptet dieser Bericht fehle noch immer, so ist sie im Irrthum, wie wir oben gezeigt haben; wenn sie aber sagt, dergleichen Berichte müßten, wenn sie Werth haben sollten, der That schnell auf dem Fuß folgen, und das Publicum habe an dem mehrerwähnten Bericht alles Interesse verloren, so vergißt die Beilage, daß es sich hier um ein Werk handelt, welches sich durch Wahrheit und Gründlichkeit auszeichnen muß, — zwei Tugenden, welche man freilich in der Beilage vergeblich sucht, denn diese lobt nur, was in Oesterreich und in den Coalitionsstaaten zu loben ist; der amtliche Bericht über die Industrieausstellung, den uns Berlin erstattet, ist, wie wir der Beilage mittheilen können, bereits weiter gediehen als der österreichische, der französische und der schweizerische Bericht, und enthält so viel Belehrendes und Interessantes, daß er sich gewiß ein dauerndes Interesse bei dem deutschen Publicum sichern wird.

München, den 11. Dez. (Naturwüchsiges.) Der Zimmermannssohn Nicol. Blank von Haidhausen wurde am 8. Dec. Abends in der Perlacher Gemeindewaldung, während er mit Abschneiden von sogenannten Christkindelbäumen beschäftigt war, erschossen! Deßgleichen wurde auch der Zimmermann Kirchner von Haidhausen durch einen Schrotschuß bedeutend verletzt! — Die Bauernbursche Joh. Wanninger und Jac. Zezinger von Moosfurth, Ger. Landau, geriethen am 5. Decbr. Nachts auf dem Nachhausewege in Streit und richteten sich gegenseitig durch Messerstiche der Art zu, daß Ersterer todt am Platze blieb und Letzterer seinem baldigen Ende entgegensieht. — Am 6. Decbr. Morgens fand man eine Viertelstunde von Velden bei Labing den 24 Jahre alten Bauerssohn Lorenz Wagensberger von Reitn, Ger. Vilsbiburg, bewußtlos daliegend. Wie sich herausstellte, hat derselbe im Nachhausegehen einen Schlag auf den Schädel erhalten und sein Zustand wird von dem ihn behandelnden Arzte als jedenfalls rettungslos erklärt. — Heute früh wurde auf dem Victualienmarkt einer Bäuerin die Summe von 50 fl. aus dem Sack gestohlen. Das um ihren ganzen Erlös gebrachte Weib erhob ein Zetergeschrei, was aber nichts half, denn der freche Dieb war schon entwischt.

Frankfurt, den 12. Dec. In der letzten Sitzung der Bundesversammlung theilte der präsidirende k. preuß. Bundestagsgesandte, wie man vernimmt, die ihm von dem bisherigen Gesandten der französischen Republik gewordene Anzeige der Umwandelung der Regierungsform Frankreichs mit. Diese Anzeige des französischen Diplomaten wurde freundlichst mit dem Bemerken erwidert, daß man auf den von ihm gewünschten offiziösen Verkehr bis auf Weiteres einzugehen gerne bereit sei. Der Act der Anerkennung des neuen französischen Kaiserreichs von Seiten des deutschen Bundes wird, wie verlautet, erst demjenigen der Einzelstaaten folgen.

Hanau, den 10. Dec. Das Urtheil des Criminalgerichts gegen die Mitglieder des Stadtrathes dahier in der bekannten Angelegenheit ist bekannt gemacht. Es sind sämmtliche Angeklagte der Beleidigung und Verleumdung der kurfürstlichen Minister, in Beziehung auf deren amtliche Wirksamkeit, der Stadtrath Manns außerdem auch der Abfassung, der Angeklagte Böhm aber der Verbreitung der beleidigenden Schrift schuldig erkannt, deshalb Manns und Böhm in eine 4½monatliche, jeder der übrigen Angeklagten aber in eine 3monatliche Arreststrafe, auch sämmtliche Angeklagte in die Kosten dieses Verfahrens verurtheilt. Die Verurtheilten werden an das Obergericht in Fulda appelliren. (!)

Berlin, den 9. Dec. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erklärten vor der Vornahme der Vereidigung sechs katholische Geistliche „in ihrer Eigenschaft als katholische Geistliche, daß sie keinen Anstand nehmen, den vorgeschriebenen Eid auf die Verfassung zu leisten, in der Voraussetzung, daß aus demselben Nichts gefolgert werden kann, was den unveräußerlichen Rechten der Kirche zuwider wäre."

— den 10. Dec. Die „N. Pr. Ztg." berichtet mit vieler Bestimmtheit aus Wien, daß von einer Vermählung des Kaisers Napoleon mit der Princessin Carola v. Wasa durchaus keine Rede mehr sei, indem der Prinz v. Wasa nimmer seine Einwilligung dazu gebe.

Wien, den 8. Dec. Die Vorarbeiten für die Regulirung des Auswanderungswesens in Ungarn schreiten rüstig vor, und die Regierung hat es sich namentlich angelegen sein lassen, mit verschiedenen deutschen Staaten, speciell mit Bayern, Würtemberg, Kurhessen und Nassau Verhandlungen einzuleiten, welche einen Theil der dortigen Auswanderung nach Ungarn zu lenken geneigt sein dürften. *) Auch diese Angelegenheit ist indeß noch bei Weitem nicht zum Abschluß gediehen; bis jetzt liegt der Plan erst in ganz allgemeinen Umrissen vor.

Vor Kurzem wurden die Redakteure der gelesensten hiesigen Blätter zu dem Hofrathe Lewinsky, welcher bei der obersten Polizeistelle das Referat in Preßsachen führt, beschieden und bedeutet, über die Heiraths-Angelegenheit Napoleons mit der Prinzessin Wasa nur mit größter Vorsicht zu berichten.

Man versichert, daß das wiener Cabinet sich bei den eidgenössischen Behörden in Bern nicht mehr vertreten lassen wolle und daß künftig nur eine österreichische Kanzlei in der Schweiz bestehen werde, um die dringendsten Angelegenheiten zu besorgen. Man weiß, daß Preußen schon längst seinen Gesandten zurückgerufen und daß Rußland seit dem Sonderbundekriege keinen Geschäftsträger mehr in der Schweiz hat.

— den 9. Dec. Wie ganz verläßliche Briefe aus Berlin berichten, wird dort Samstags eine handelspolitische Conferenz eröffnet, an der auch Oesterreich vertreten ist. (??)

Frankreich.

Paris, den 10. Dec. Vorgestern war zu Maison Lafitte das Leichenbegängniß des alten Audry de Puyraveau, dem eine große Anzahl Republikaner, worunter Guinard, Corbon, Em. Arago, Buchez, beiwohnten. — Der Bischof von Luçon wirft in einem Rundschreiben an seine Geistlichkeit der neulich mitgetheilten Darstellung des Moniteur mehrere unrichtige Angaben vor.

Aus Neapel vom 29. Nov. soll die Nachricht eingegangen sein, die Policei habe in dieser Stadt eine Verschwörung gegen das Leben des Königs entdeckt, welche am 8. Dec. hätte ausbrechen sollen; man hätte eine Höl-

*) D. h. wenn es den Leuten einmal gleichgültig sein wird, ob sie nach Ungarn oder nach den nordamericanischen Freistaaten kommen! D. Red.

lenmaschine in Beschlag genommen und mehre bedeutende Personen wären compromittirt.

† **Paris**, den 12. Dec. Abdel Kader hat gestern das Schloß Amboise verlassen, um sich nach Marseille zu begeben, von wo er sich nach Brussa einschiffen wird. Er bat, daß man ihn von dem Commandanten Boissonnet, vom Director Tyron und vom Dollmetscher Boulad begleiten lasse. Er bat ferner, daß der Kaiser auch für deren Verwandten sorgen möge. Seinen Wünschen ward vollkommen entsprochen.

Ein Maire im Departement de Calais ist abgesetzt worden, weil er sich weigerte, das Kaiserreich in seiner Gemeinde zu proclamiren. Ein Fall, der sich sonst nirgends wiederholt hat. — Die „Union de l'Ouest" in Angers, ein legitimistisches Blatt, ist das erste Journal, das seit der Veröffentlichung der Amnestie für Preßvergehen eine amtliche Verwarnung erhalten hat.

Heute fand die Einweihung der ersten Section der Eisenbahn statt, welche sämmtliche Bahnhöfe von Paris mit einander verbinden wird.

Der Policeipräfect hat eine Bekanntmachung erlassen, der zufolge es verboten ist, dem Kaiser bei seinen Spazierritten Bittschriften zu überreichen. Er zeigt an, daß die Hausmeister der Tuilerien Ordre erhalten haben, zu jeder Tagesstunde Bittschriften anzunehmen und dieselben ohne Verzug ins Cabinet des Kaisers zu bringen. — In Marseille wurden 4 geheime Pressen der Legitimisten entdeckt.

Am 4. wurde in Algerien der feste Platz Lagonade von den französischen Truppen unter General Pelissier mit Sturm genommen.

Spanien.

* **Madrid**, den 7. Dec. Die Entlassung des Hrn. Martinez de la Rosa, als Präsident des königl. Rathes ist angenommen worden. — Die beiden Fractionen der Opposition, 96 Mitglieder stark, haben sich gestern bei Hrn. Bermudez de Castro über die zu befolgende Politik vereinigt.

Madrid, den 7. Dec. Marschall Narvaez ist Präsident des Wahlcomites der gemäßigten Opposition.

Italien.

Rom, den 4. Dec. Der Papst ist durch einen Vorfall im Hause des Herzogs Cesarini sehr unangenehm berührt worden. Der Herzog, ein durch geistige Beschränktheit und eine gewisse Rohheit im Betragen hier überall bekannter Mann, erschoß im Taumel vor einigen Tagen seinen Koch ohne den geringsten Anlaß, wie man einen Spatz zum Vergnügen aus dem Fenster vom Dache herunter schießt. Schon vor mehreren Jahren hatte er in der Hitze des Streites auch einen seiner Stallknechte getödtet, war aber durch eine sehr bedeutende Geldbuße und die Uebernahme der Dotation verschiedener frommer Stiftungen von der Strafe durch die Gnade des Papstes freigesprochen worden. (!) Schwerlich dürfte dieses auch jetzt wieder der Fall sein. Vorläufig jedoch hat sich der Herzog in ein geistliches Asyl vor den Nachsuchungen der weltlichen Gerechtigkeit flüchten können. (Köln. Z.)

Großbritanien.

* **London**, den 11. Dec. Die Discussion über die neue Häusersteuer dauert im Unterhause fort.

London, den 4. Dec. Ein Viscount Frankfort wurde zu 1jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt, weil er lithographirte Briefe durch die Post versendete, welche angeblich von einem Geschäft ausgingen, das sich mit Wegräumung von Personen, welche Erb- und Liebschaften im Wege ständen, befasse. Er schickte diese Briefe hauptsächlich an Geistliche, von denen Einer, dessen Name auf der Liste als solcher aufgeführt war, dem das Geschäft bereits Dienste geleistet habe, denuncirte. — Ein zweiter Gerichtsfall betraf einen irischen Priester, der einem irischen Weibe, drei Tage nach ihrer Entbindung, mit einem Regenschirm mehrere Hiebe über den Kopf versetzte, weil sie ihr Kind hatte protestantisch taufen lassen. Der Hauswirthin dieses Weibes machte er Vorwürfe, „daß sie diesen Teufel nicht schon längst aus dem Hause geworfen habe," wodurch diese veranlaßt wurde, der Wöchnerin wenigstens das Bett zu nehmen und sie auf bloßem Boden liegen zu lassen. Der Polizeirichter verwies diese Sache vor das Schwurgericht.

— den 8. Dec. In Devonshire soll die Aufregung über die Versuche des puseyistischen Klerus zur Einführung der Ohrenbeichte den höchsten Grad erreicht haben. Eine Aufforderung an den Obersheriff der Grafschaft, ein allgemeines Laienmeeting deshalb zu berufen, ist von 1000 Personen unterzeichnet worden; darunter sind 7 Parlamentsmitglieder.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Die Kreuzzeitung gebärdet sich in gewöhnlicher Weise. In einem Augenblick, in welchem ein Krieg von Westen her droht, schleudert sie den Rheinländern die Phrase ins Gesicht: „daß sie vor 37 Jahren durch das Schwert der alten Provinzen erobert worden" seien. (Die Kölnische Zeitung bemerkt darauf: „Als die Kreuzzeitungs-Männer noch Minister waren, vor fünfundvierzig Jahren, da hat das „Schwert der alten Provinzen" nicht Landschaften erobert, sondern verloren, und als es erobert hat, da waren Minister am Ruder (Hardenberg), welche von den Kreuzzeitungs-Männern noch täglich verwünscht werden.")

Landreise nach Californien.

(Fortsetzung.)

Die noch zurückzulegenden 50 Meilen waren indeß noch die gefährlichsten, da nicht ein Grashalm mehr zu finden war und die Thiere deßhalb vor Ermattung und Hunger kaum weiter zu bringen waren. Ungefähr in der Hälfte des Weges ging es einen so steilen Berg hinab, daß wir eben nur hinunter rutschen konnten und ich besorgt sein mußte, daß der Karren mit unsern wenigen Habseligkeiten nicht über die Köpfe der Thiere hinunter in's Thal stürzte. Als wir unten ankamen, war die Schlucht so eng, daß darin kaum für uns und die Karre Platz zum Uebernachten war, und jenseits ging es alsbald einen noch steileren und ganz mit Felsblöcken übersäeten Berg hinauf.

Hier hatten Viele ihre Wagen und Ochsen verlassen, und da ich sah, daß es unmöglich sei, meine Ochsen und Karren über das chaotische Meer von Felsblöcken hinweg zu bringen, ließ ich sie ebenfalls zurück. Um nicht wieder dem Mangel von Lebensmitteln ausgesetzt zu werden, ließ ich zwei der Ochsen schießen und das beste Fleisch ausschneiden. Des andern Morgens beluden wir uns selbst, so schwer wir tragen konnten, auch packte ich unsern letzten wilden Ochsen, etwa 70 Pfund, auf den Rücken, und dann kletterten wir zwischen den Felsblöcken den Berg hinauf, wo uns wol der Athem, aber nicht die Geduld ausging. Auf diese mühsame Weise legten wir diesen Tag 7 Meilen zurück und übernachteten dann unter freiem Himmel.

Den folgenden Morgen packte ich die werthvollsten Sachen auf mein Pferd, um sie sicher mit in die Niederlassung zu nehmen, und eilte meiner Familie voraus, um ihr aus dem Sacramentothale Hülfe zu holen. Als ich 12 Meilen weiter kam, sah ich denn auch das ersehnte Thal vor mir ausgebreitet, und von Hoffnung beseelt, daß unsere Leiden hier ein Ende finden würden, eilte ich mit verdoppelter Kraft weiter und kam denn am 1. November Nachmittags um 4 Uhr bei dem ersten Settlement an. Der Eigenthümer war ein Däne, Namens Lassen. Er trieb keinen Ackerbau, nichts als Viehzucht, und seinen Aufenthaltsort hatte er offenbar nur aus Speculation in Bezug auf die des Weges kommenden Emigranten gewählt. Sein Wohnhaus war aus lauter rohen Lehmsteinen aufgeführt, auf allen Seiten durchsichtig und würde in einem cultivirten Lande einem Bauern für sei-

nen Schweinstall zu schlecht gewesen sein. Eben so sah sein Specerei- und Provisions-Laden aus. Dennoch scharrte Hr. Lassen hier einen ungeheuren Reichthum zusammen; auch habe ich nie einen geldgierigeren und unbarmherzigeren Menschen gesehen, als diesen dänischen Einsiedler an der äußersten Grenze der Niederlassungen des stillen Meeres.

Ich packte mein Pferd ab und bat ihn, min Gepäck in sein Haus zu nehmen. Er that es, machte mir aber auch sogleich bemerklich, daß ich Lagergeld dafür zu zahlen habe. Ich ließ mir dann einen Trunk Branntwein geben und fragte alsbald, was Mehl, was Salz, Fleisch und andere Lebensbedürfnisse kosteten. Man denke sich meinen Schrecken, als der Mensch mich kaltblütig unterrichtete, das Mehl koste einen Dollar das Pfund, Zwieback ditto, gesalzenes Schweinefleisch dto., Salz dto., Kaffee dto., Zucker dto., Rindfleisch das Pfund 50 Cts., und das Tröpfchen Branntwein, mit dem ich eben meine lechzende Zunge befeuchtet hatte, auch 50 Cents. Ich stand starr vor Schrecken, aber ich mußte kaufen und kaufte, was zur Erhaltung des Lebens nöthig war, und eilte dann mit meinem Pferde zurück, um meine Familie abzuholen und sie zu erfrischen. (Fortsetzung folgt.)

M i s c e l l e n.

Ein tüchtiger Schullehrer. Die London Gazette von voriger Woche brachte die gerichtliche Anzeige, daß Thomas Usman und John Hunter ihre Geschäftscompagnie (partnership) aufgelöst haben. Das Geschäft war eine Schullehrerei. Thomas Usman aber hat, da er des Lesens und Schreibens unkundig, ist das Document mit einem frommen Kreuz unterzeichnet.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

Entgegnung.*) Dem Einsender des Inserats Nr. 1228 der Speyerer Ztg. liegt es nur am ersten Satze: Wie kann man eine Vermögenseinschätzungscommission dazu nöthigen, auch ihr eigenes Einkommen beleuchten zu lassen? — und so nebenbei möchte er auch die Einquartierungscommissionen mitnehmen.

Es ist hier nicht möglich, ein Langes und Breites über dieses verunglückte Gesetz zu schreiben; ich würde den Einsender von seiner vorgefaßten Meinung: die Commissionsmitglieder sind egoistische, parteiische Männer, nicht abbringen, wenn ich auch einen Band schriebe; ich sage einfach: **es ist mit den gegebenen Verhältnissen der Commission nicht möglich anders zu handeln.** —

Wenn Commissionsmitglieder ihr eigenes Einkommen unrichtig angegeben haben sollten, so kann die aus verschiedenen Orten zusammengesetzte permanente Commission sich nur auf die von jedem Orte deputirten drei Beisitzer verlassen, welche dazu da sind, die irrigen Fatirungen ihrer Gemeindemitglieder zu rectificiren. Die permanenten Commissionsmitglieder sind nicht im Stande, die Vermögensverhältniße eines jeden Bürgers im Kantone zu kennen, und haben die Beisitzenden ihre Schuldigkeit nicht gethan, so verurtheile man deßwegen nicht sogleich die Commission. —

*) Wir müßen bemerken, daß der erste Artikel aus einem **ganz andern Bezirke** herrührt, als diese Entgegnung; dessen ungeachtet wollen wir derselben keineswegs unsere Spalten verschließen. D. Exped.

Abwehrende Berichtigung.

In Nr. 297 der Speyerer Ztg. trat der Pfarrverweser Redel zu Herrheim a. B. „berichtigend" gegen mich auf, aber nicht um zu berichtigen, sondern um mich von neuem wieder anzugreifen. Er wirft mir vor, daß ich ihm Verführung der Gemeinde zum Katholicismus nachredete, was nicht im Entferntesten in meiner Abwehr Nr. 291 dieser Blätter vorkommt, wohl aber ist dort von Einführung nichtgesetzlicher Bücher in unsere Schule die Rede. Man dränge uns nichts Ungesetzliches auf, dann wird niemand Ursache zum „Wühlen" haben, und in der Gemeinde wird Friede bleiben. Wenn der Pfarrverweser die verehrlichen Leser glauben machen will, er habe nur im Allgemeinen gesprochen, so beweise ich ihm durch 100 Zeugen, daß er mich speciell gemeint hat; und wenn er meint, die „Deutschkatholiken seien um kein Haar besser als die Lichtfreunde und Wühler," so beweißt er eben nicht mehr damit, als ich beweisen würde, wenn ich meinte, die Orthodoxen und Mucker seien um kein Haar besser, als die Jesuiten. Daß ich die „Wahrheit des göttlichen Wortes" antaste, und die Gottheit Jesu Christi läugne, ist ein neuer Angriff gegen mich, daß ich aber die heilige Schrift nicht buchstäblich nehme, sondern mit der **Vernunft** prüfe, ist mir Gewissenssache, die nach meiner Ansicht nicht dem „Wort und Willen Gottes" entgegen ist. 1. Thess. 5 V. 21, prüfet Alles und das Beste behaltet. — Bezüglich des „Unglaubens" diene ihm zur Entgegnung, daß ich schon 15 Jahre Mitglied des Presbyteriums bin, und vor 3 Jahren mit fast Stimmeneinheit wieder in dasselbe, so wie in die Diöcesansynode gewählt wurde, was wohl das Gegentheil von dem beweisen dürfte, was er die Welt gern glauben machen möchte. Auch habe ich mich noch nie als Repräsentant einer Partei betrachtet, fürchte mich aber auch nicht, für Recht, Licht und Wahrheit, frei und offen das Wort zu reden. Dies mein letztes Wort in dieser Sache.

Leistadt, den 12. Dec. 1852. G. P. Georgens.

Gewerbsverein zu Speyer.

Mittwoch, den 15. December Abends 5½ Uhr: Vortrag über den Stickstoff und seine Verbindungen mit Sauerstoff und Wasserstoff, Salpetersäure und ihre Verbindung z. B. Schießpulver, Schießbaumwolle u. dgl. — ½7 Uhr Wahl des neuen Ausschusses.

Der Vorstand: Dr. Walz.

[1343] **A n z e i g e.**

In einigen Tagen werden die Vorstellungen in dem mechanischen

Welt- und Metamorphosen-Theater

in dem Städtischen Theater ihren Anfang nehmen, das Nähere werden Zettel besagen.

Titus Loew.

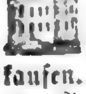
[1336²] **Aerztlicher Pensionsverein.**

Um ferneren Anfragen zuvorzukommen diene den Hrn. Aerzten der Pfalz zur Nachricht, daß der Ausschuß des Vereins pfälzischer Aerzte provisorisch bis zur Ermöglichung einer Wahl, als Kreisausschuß des ärztlichen Pensionsvereins für die Pfalz fungirt, und daß deßhalb die Anmeldungen zu genanntem Pensionsverein bei dem Unterzeichneten zu geschehen haben.

Kaiserslautern, den 8. December 1852.

Dr. Jacob,
Secretär des Vereins pfälzischer Aerzte.

[1330²] **Hausverkauf.**



Unterzeichneter ist gesonnen, wegen Wohnsitzveränderung, sein Haus zu Germersheim unter annehmbare Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen. Dasselbe liegt an der Mühlstraße in der Nähe der Artillerie- und Geniekaserne, in demselben wurde schon längere Jahre Schlosserei und Wirthschaft mit größtem Erfolge betrieben und ist seiner frequenten Lage wegen zu jedem andern Geschäfte geeignet, besonders für eine Metzger- oder Bäckerei, da in der ganzen Umgebung sich keine befindet.

Dasselbe besteht in 2 Wirthszimmern, Küche, mehreren Dachzimmern, Speicher, 2 Kellern, einer neuerbauten Werkstätte mit Wohnung, Holzlege, Schweinstall, Hof und einem Gärtchen an die Queich gränzend.

Franz Ludwig Geißler.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag **Nro. 301** **den 16. December 1852.**

Deutschland.

* **Zur Zollvereinsfrage.** Bekanntlich liegt der Hauptgrund des Zerwürfnisses darin, daß die Mittelstaaten fürchten, die Großmacht im Zollvereine (Preußen), indem dieselbe ohne sie (die kleineren Staaten) handle, mediatisire dieselben gleichsam. Dies der Kern der sogenannten „politischen Seite" der Sache. — Eben spricht man viel davon, daß eine Verständigung versucht werde. Wer ist es aber, der deßfalls unterhandelt? Antwort: Oesterreich und Preußen. Keiner der Mittelstaaten wird dabei genannt, keiner ist dabei vertreten! Vielmehr heißt es ausdrücklich, Oesterreich vertrete seine Verbündeten, wie Preußen die Seinigen! Was haben denn aber die Coalitionsstaaten damit gewonnen? muß man billig fragen. Die Uebermacht Oesterreichs ist ja noch viel größer als die Preußens. —

* **Stuttgart,** den 12. Dec. Unsere Abgeordneten kommen vermuthlich erst im Februar wieder zusammen. Geschähe es früher, so würden wol Schritte für Erwirkung einer Erhaltung des Zollvereins von ihnen erfolgen. Bis dahin aber wird wahrscheinlich die Sache entschieden sein, und zwar fürchtet man: nicht nach Wunsch. Wie es im Uebrigen bei uns aussieht, davon mag Ihnen der Umstand als Kennzeichen dienen, daß man sogar die Hauderer der Tübinger Studenten, welche zu einem Leichenzug (Schoders) hieher geführt haben, in Verhör nehmen zu müßen glaubte. —

* **Speyer.** Die Nummerirung Napoleons als III. macht der Diplomatie dies- und jenseits des Rheines noch immer gewaltig viel zu schaffen. Die s. g. „nordischen Mächte" scheinen in diesem Betreff wirklich sehr hartnäckig zu sein. Nun muß der Constitutionnel, angeblich aus einer deutschen, in Wirklichkeit aber aus einer französischen offiziellen Feder eine nochmalige weitausholende Erörterung zur Widerlegung der vorgeführten Einwendungen bringen. Wir verschonen unsere Leser mit nähern Mittheilungen darüber. So lange sich Napoleon auf dem Thron factisch behaupten kann, wird diese Ziffer auch kein Hinderniß bilden; kann er sich aber überhaupt einmal nicht mehr behaupten, dann würde ihn die Ziffer I auch nicht halten!

Nürnberg, den 12. Dec. Gestern hat die Police den ganzen Tag über Haussuchung gehalten und dabei die Redactionen zweier hier erscheinenden Zeitungen bedacht.

Stuttgart, den 12. Dec. Vor dem Schwurgericht zu Biberach wird eine sogenannte „Besessene" erscheinen, die durch einen bösen Geist aus sich reden ließ, dabei aber in Verbindung mit einigen Andern gleichen Gelichters nicht unbedeutende Summen von Leicht- und Abergläubigen herausschwindelte. Sie geberdet sich jedoch in einer Weise vor Gericht, daß man nicht weiß, soll man sich über ihre große Verstellungskunst wundern oder ihren Zustand bemitleiden.

Ulm, den 10. Dec. Das Nervenfieber mäht auf eine auffallende Weise unter den Ulmern. Die Ulmer Schnellpost führt mehrere Fälle auf und berichtet, daß sogar eine, dem Oberregierungsrath Fritz zu Ehren veranstaltete Abschiedsfeier wegen Grassiren dieser Krankheit unterbleiben muß.

In **Dessau** sind die durch das Schulgesetz aufgehobenen „eines Lehrers unwürdigen Dienste," wie z. B. Ausfegen der Kirche 2c., wieder hergestellt.

Dresden, den 11. Decbr. Das Ministerium des Innern hat in einer Verordnung bestimmt, daß vom 1. Januar 1853 ab auf allen Getreidemärkten des Landes genau die Ab- und Zufuhr der Hauptgattungen, Weizen, Roggen, Gerste und Hafer, mit Angabe des Landes, woher die Zufuhr kommt, und das verkaufte Totalquantum ermittelt werden soll.

Gotha, den 10. Dec. In neuester Zeit hat in einem Dorfe unseres Herzogthums ein Geistlicher einem Einwohner den Genuß des Abendmahles versagt, weil er sich außerehelich mit einer Weibsperson eingelassen hatte. Sie sehen, daß wir bei uns einen recht hübschen Anfang in der mittelalterlichen Kirchenzucht gemacht haben. (F. J.)

Wien, den 10. Decbr. In den letzten Tagen sind hier mehrere Couriere nach Konstantinopel durchgereist, welche Proteste ihrer Mächte gegen Einstellung der europäischen Dampfschifffahrt im Bosporus und an den türkischen Küstengegenden zu überbringen haben.

Das Ministerium für Landescultur hat die Ergebniße der diesjährigen Aerndten zusammenstellen lassen. Die heurige Weizenerndte fiel besser als „mittelmäßig" und weit reichlicher als im vorigen Jahre aus. Roggen gab kaum eine mittelmäßige Aerndte und blieb hinter dem Jahre 1851 zurück. Das Ergebniß in Gerste ist um 9 pCt., das in Hafer um 10 pCt. besser als „mittelmäßig."

Wien, den 11. Dec. Mittheilungen aus Venedig zufolge, wurde in Mantua am 7. Vormittags an fünf des Hochverrathes überwiesenen Individuen die Todesstrafe durch den Strang vollzogen. Die Verurtheilung fünf anderer zum Tode wurde von F.-M. Grafen Radetzky im Gnadenwege gemildert. Unter den Letztern befinden sich der in Venedig ansäßige Kaufmann Mangili und der Gutsbesitzer Terracina. Unter den Hingerichteten nennt man drei Venetianer (Scarsellini, Zambelli und Canali) und zwei Geistliche aus der Lombardei. Von den politisch Compromittirten sollen ungefähr 100 kriegsrechtlich zu verschiedenen Strafen verurtheilt worden sein. (Triest. Ztg.)

Prag, den 9. Decbr. Von dem Hradschiner Kriegsgericht sollen wieder über mehrere der seit längerer Zeit in Untersuchung befindlichen Personen Strafurtheile ergangen sein, von denen eines auf 18, ein anderes auf 6 Jahre Gefängniß lauten soll. (A. Z.)

Oesterreichische Staaten.

Von der ungarischen Grenze, den 6. Decbr. Das Unwesen der Räuberbanden, welche meistens beritten und sehr zahlreich sind, erstreckt sich in jüngster Zeit hauptsächlich auf das Land jenseits der Donau und macht sonderlich die Straßen zwischen Pesth und Arad, Szegedin und Großwardein höchst unsicher. Neuerdings hat sich deßhalb das Gouvernement veranlaßt gefunden, fast in allen Districten Ungarns das Standrecht zu publiciren und überall die Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit in die Hände der Militärjustiz zu legen, welche gleichzeitig die Weisung empfangen hat, nicht mehr auf den Tod durch Pulver und Blei, sondern immer nur auf den Strang zu erkennen. Auch dürfen niemals Empfehlungen an die gerichtsherrliche Gnade fortan den Ur-

theilssprüchen beigefügt werden, die, einmal gefällt, unfehlbar vollstreckt werden müßen. Eine ziemlich verläßliche Statistik über die in den Jahren 1849, 1850, 1851 und 1852 erfolgten standrechtlichen Hinrichtungen von Räubern in Ungarn weist die ungeheure Ziffer von 1722 Individuen nach, obschon relativ in dem weit kleineren lombardisch-venetianischen Königreich eine noch viel grössere Anzahl in demselben Zeitraume dem Tode geopfert worden sein soll! (Bresl. Ztg.)

Schweiz.

Bern, den 11. Dec. Die Werbungen für römische Kriegsdienste nehmen in Freiburg eine außerordentliche Ausdehnung; zu Fünfzigen ziehen die jungen Leute ab, so daß man nächstes Jahr schwerlich die Cadres für das eidgenössische Contingent ausfüllen kann.

Frankreich.

† **Paris,** den 13. Dec. Der offizielle Theil des „Moniteurs" enthält die Anzeige, daß der Marquis von Valdegamas dem Kaiser ein Schreiben der Königin von Spanien überreicht habe, wodurch er bei dem Französischen Hofe als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister accreditirt ist. — Ferner enthält der Moniteur die Nachricht, daß der Fürst Wittgenstein, Staatsminister des Herzogs von Nassau, dem Marquis von Tallenay offiziell angezeigt habe, mit welcher Genugthuung sein Souverain die Nachricht von der Proclamirung des Kaiserreiches empfangen habe.

Paris, den 11. Dec. Nach dem Moniteur de l'Armee wird die Armee von Paris in Kurzem um einige Batterieen Artillerie und einige Compagnieen vom Geniecorps vermindert werden.

Die Assemblee Nationale erklärt auf Briefe aus Neapel vom 3. Dec. gestützt, das gestern verbreitete Gerücht von Entdeckung eines Complottes und einer Höllenmaschine für unbegründet. — Der Gemeinderath von Ajaccio hat beschlossen, Napoleon dem Dritten auf dem Platze Lätitia, dem Geburtshause Napoleons I. gegenüber, eine eherne Bildsäule zu errichten. Die Inschrift wird ihn Retter Frankreichs und Wohlthäter Corsica's nennen. Auf Befehl des Kaisers soll jener Platz erweitert und das Geburtshaus Napoleons isolirt werden.

Paris, den 12. Dec. An den Mauern der Unterpräfectur zu Pontoise sind in verwichener Nacht aufrührerische Placate angeschlagen worden; sie enthalten Schmähungen und Todesdrohungen gegen den Kaiser und die Behörden der Stadt; sie schließen mit den Worten: „Es lebe Heinrich V., der alleinige und wahrhafte Souverän!"

Der Gesundheitszustand des Kaisers flößt seiner nächsten Umgebung große Besorgniße ein. Die vielen Anstrengungen der letzten Jahre haben seinen Körper vollends ruinirt und ihm noch den Rest von Kraft genommen, den ihm seine Jugendstrapazen übrig gelassen hatten. (Fränk. Kur.)

Straßburg, den 10. Dec. Unsere älteste Kirche, St. Stephan geheiligt und in zierlichem Rundbogenstyl gebaut, war seit der Revolution zuerst ein Theater und später ein Tabakmagazin. Vor sechs Jahren sollte sie niedergerissen werden, um einer Tabakmanufactur Platz zu machen. Ein Tausch, den der Bischof anbot, rettete dieses Gebäude. Die Kirche mit der ganzen Umfassung wird durch den jetzigen Eigenthümer an die Väter der Gesellschaft Jesu abgetreten, die vermuthlich ihr früher in Freiburg so blühendes Institut in Straßburg weiter führen werden.

Spanien.

Madrid, den 8. Dec. Der Zusammentritt von Wahlcomite's ist von königlicher Erlaubniß abhängig gemacht. (!) Die parlamentarische Opposition hat um diese Erlaubniß nachgesucht. Der Bescheid ist noch nicht bekannt; man glaubt jedoch, *) daß er verneinend ausfallen wird.

Italien.

Mailand, den 9. Dec. Die vorgestern auf telegraphischem Wege hier eingegangene Trauerpost bezüglich der in Mantua an jenem Tage erfolgten Hinrichtung von fünf des Hochverrathes schuldig erkannten Individuen durch den Strang, hat unter der Bevölkerung Mailands einen tiefen, erschütternden Eindruck hervorgebracht. Unter den zehn zum Tode Verurtheilten befinden sich zwei Mantuaner Priester, nämlich der Professor am bischöflichen Seminar, E. Tazzoli und der Pfarrer von S. Silvestro, Ottonelli, zwei Doctoren der Medicin und ein Dr. der Jurisprudenz. Auch die übrigen gehören der Classe der Gebildeten und Begüterten an. Die Milde des Feldmarschalls Graf Radetzky beschränkte sich nur auf die Hälfte, auf den Dr. jur. Faccioli aus Verona, den Kaufmann Mangilli aus Mailand, den Dr. med. Quintavalle aus Mantua, den Pfarrer Ottonelli und den Handlungscommis Paganoni aus Venedig und wandelte das zuerkannte Todesurtheil, mildernder Umstände halber, in 12-, 8- und 4jährige Festungsstrafe um. Der Prof. Tazzoli aus Mantua, 39 Jahre alt, der Dr. med. Poma gleichfalls aus Mantua, 29 Jahre alt, der Partikulier De Canal aus Venedig, 28 Jahre alt, der Maler Zambelli aus Venedig, 28 Jahre alt, der Fleischer und Gutsbesitzer Scarsellini aus Legnago, 30 Jahre alt, hauchten am 7. d. ihr Leben am Galgen aus. (A. Z.)

Este, den 26. Nov. Von 30, theils des Todtschlages, theils des Raubes mit bewaffneter Hand, theils verübter Nothzucht überwiesenen und kriegsgerichtlich zum Tode verurtheilten Individuen wurden 15 mittelst Pulver und Blei hingerichtet, die übrigen zu je 6—10—15—16—20jährigem schwerem Kerker verurtheilt.

Turin, den 30. Nov. Der Winter hat sich hier mit großer Strenge angemeldet und die Straßen sind voller Schnee, weßhalb auch alle auswärtigen Posten, welche die Alpen zu passiren haben, im Rückstande sind.

Neapel. Der Ausbruch des Aetna hat endlich aufgehört.

Rußland.

Petersburg, den 2. Dec. Die Cholera nimmt gerade nicht übermäßig zu, aber die Zahl der angemeldeten Kranken beläuft sich doch im Durchschnitt täglich auf 420 bis 430, und die der Sterbfälle auf 20 bis 30.

Landreise nach Californien.

(Fortsetzung.)

§. 6. Unterdessen waren drei Tage verflossen, und als ich 8 Meilen zurückgelegt, traf ich meine Familie auf dem Wege, aber in welchem erbarmenswerthen Zustande! Meine Frau war krank und konnte kaum das Fahren ertragen, und als ich nach meiner zwei und ein halb Jahr alten Tochter fragte, brachen Mutter und Söhne in Thränen aus. Unter Jammer und Klagen berichteten sie mir, daß mein liebes, herziges Töchterchen beim Zahnen in Fieber und Krankheit verfallen und nach kurzer Krankheit gestorben sei. Wohl war ich tief ergriffen von diesem unerwarteten Unglückfall, doch wußte ich, es galt den Muth zu bewahren in dem uns fremden, unwirthbaren Lande, und so versuchte ich meiner Familie Trost und Hoffnung zuzusprechen, während es mir selbst schier das Herz abdrückte.

Als wir nun an die Niederlassung kamen, schlug ich mein Zelt auf, und da zwei Aerzte eine Zeit lang hier verweilten, ließ ich meine Frau durch einen behandeln. Sie litt an Diarrhoe; ich hielt die Krankheit für nicht so gefährlich, täuschte mich aber sehr. Meiner Frau Zustand wollte sich nicht bessern und da zudem das Regenwetter eingetreten war und das Weiterreisen unmöglich machte, mußte ich 5 Wochen hier liegen bleiben. Die Sprache hat keine Ausdrücke, um einen Begriff von dem Elende, welches ich während dieser 5 Wochen auszuste-

*) Versteht sich doch wol von selbst bei diesem Spiele mit dem Constitutionalismus! D. Red.

hen hatte. In den Bergen war Schnee gefallen und die Emigranten kamen von allen Seiten herbeigeströmt, so daß Alles voll von Reisenden war. Im gleichen Maße stiegen die Preise, so daß ziemlich Alle ihren letzten Cent ausgeben mußten. Die Mahlzeit kostete 1 Doll. 50 Cts. und dafür wurde halbrohes Fleisch, mit Saläratus, gebackenes Brod und Thee aufgetragen. Eine große Zahl der Reisenden litten an Diarrhoe und starben daran, da sich Niemand um sie bekümmerte. Eine so grenzenlose Gefühllosigkeit, eine so furchtbare Hartherzigkeit, wie unter den hier zusammengedrängten Elenden, habe ich nie gesehen. Alle andern aber übertraf an hartherzigem Geiz Hr. Lassen. Er war ein unverheiratheter Mann von 50 Jahren, klein und corpulent, und von einer wüthenden Geldgier beseelt. Er hatte in dem Strich Landes, den er als sein Eigenthum beanspruchte, etwa 160 Pferde und 500 Stück zahmes Hornvieh. Außerdem liefen vielleicht eine gleiche Anzahl wilder Ochsen und Kühe in den Wäldern herum. Diese ließ er nun alle in seinen Bereich treiben, brannte sie dann mit seinem Wappen und erklärte sie für sein Eigenthum. Einige Emigranten hatten ihre Wagen und etliche Ochsen mitgebracht und wollten sie gern bis zum Featherfluß mitnehmen, wohin noch 50 Meilen weiter war, allein bei dem Regenwetter und dem tiefen Morast war es ihrem ermatteten Vieh unmöglich, weiter zu kommen, und so mußten sie 3 bis 4 Wochen hier liegen. Sie gingen nun her und schossen die wilden Ochsen und Kühe, daß es eine Lust war, zuzuschauen. Sie sagten, das wilde Vieh gehöre der Regierung und nicht Hrn. Lassen, und Hr. Lassen hielt sich ruhig und ließ geschehen, was er nicht ändern konnte.

Ich verkaufte während der fünf Wochen, die ich hier liegen blieb, für 700 Doll. Ellenwaaren, und erhielt zehnmal so viel dafür, als sie mich im Einkauf gekostet: aber auch Alles, was dem Menschen zur Erhaltung des Lebens nothdürftig ist, war über alle Begriffe theuer. Da meiner Frau Zustand sich noch immer nicht besserte, entschloß ich mich, diesen ungesunden und außerdem so theuern Platz zu verlassen und nach dem Feather-Flusse aufzubrechen. Ich kaufte also einen Wagen und fünf Ochsen, packte meine Sachen und meine kranke Frau darauf und verließ die Niederlassung am 2. December.

Als ich kaum eine Meile von der Niederlassung entfernt war, ward der Weg so sumpfig, daß der vorderste Leitochse im Moraste dergestalt versank, daß es kaum möglich war, ihn wieder herauszuziehen. Die andern vier Ochsen spannte ich hinten an den Wagen und zog ihn so wieder heraus. Doch arbeitete ich mich mit diesen vier Ochsen noch 25 Meilen weiter, wo ich denn am 6. December an der zweiten Niederlassung ankam. Der Eigenthümer trieb ein ähnliches Geschäft wie Hr. Lassen, war ein Amerikaner, hatte Familie und wohnte seit vier Jahren hier. Seine Niederlassung lag an einem aus den Bergen kommenden Bach, und er hatte 80 Pferde, 300 zahme Ochsen und etwa 2000 Stück wild umherlaufendes Vieh. Die Preise in seinem Provisionsladen waren dieselben wie bei Hrn. Lassen. Wegen Krankheit und schlechtem Wetter verweilte ich hier 7 Tage, und wie die andern Emigranten aßen wir fleißig von den wilden Ochsen der Niederlassung. Den 13. December ging ich 8 Meilen über guten Grasboden weiter und kam zu der dritten Niederlassung, wo ich Alles auf gleichem Fuße mit den beiden ersten fand.

Man hat so viel von dem Sacramento-Thale geschrieben und gedruckt, ich finde aber nur sehr wenig der Wahrheit gemäß. Das Thal ist ungefähr 600 Meilen lang, bei einer Breite von 40 bis 50 Meilen und ist auf der östlichen Seite der Sierra Nevada, auf der westlichen von einer andern Bergkette, die sich beide vom stillen Meer bis tief nach Norden ziehen, begrenzt. Der untere Theil des Bodens am stillen Ocean hat einen ziemlich guten Boden, aber der mittlere und obere Theil hat meist unbrauchbares Land, und seine vulkanische Erde macht es mit Ausnahme einiger Stellen, die sich hier und da dicht am Flusse finden, ganz unfähig für die Production. Im Winter dauert die Regenzeit 4 Monate, und wenn es auch nicht jeden Tag regnet, so ist es doch während der ganzen Zeit feucht und morastig. Im Sommer dagegen regnet es gar nicht, in der Mitte Juni ist schon Alles verdorrt und vertrocknet, und die fortwährende Sonnenhitze, die manchmal sich auf 124 Grad steigert, brennt den Boden so durch und durch, daß alle Bäche und kleineren Flüsse vertrocknen.

Den 15. December fuhr ich weiter von dieser Niederlassung, um nach dem Goldfluß zu kommen, der noch 25 Ml. entfernt lag. Ich fand den Weg aber so morastig, daß ich des Abends mitten im Sumpf stecken blieb. Durch zwei solcher Sumpflöcher half ich mir durch, indem ich den Wagen ablud, und meine arme kranke Frau hinüber trug, aber in dem dritten blieb der Wagen sitzen, die Ochsen waren nicht im Stande einen Schritt weiter zu thun und ich selbst verlor in dem unergründlichen Morast meine langen Wasserstiefeln und war froh, daß ich mich selbst herausarbeiten und den Wagen erreichen konnte. Die Ochsen spannte ich aus dem Joch und trieb sie seitwärts, wo sie sich oben erhalten konnten und so brachten wir die Nacht zu. Des andern Morgens kam ein Mann mit 4 Maulthieren des Wegs, um von der nächsten Niederlassung Fleisch nach dem Feather-Fluß zu holen. Mit ihm machte ich einen Accord, um meinen Wagen nach dem Goldfluß zu bringen, und meine Ochsen habe ich nie wieder gesehen.

So kamen wir denn am 20. in der Goldregion an, schlugen unser Zelt auf, um uns gegen das Regenwetter zu schützen, und warteten auf bessere Zeiten. Und hier traf mich der härteste Schlag; meine getreue Gattin wurde kränker und kränker, und 8 Tage nach unserer Ankunft, am 28., verschied sie in meinen Armen. Lebe wohl, du meine liebevolle Gefährtin auf dem harten Lebenswege. Du bist heimgegangen, wo kein irdisch Leiden dich mehr drückt, und schlummerst sanft in ewig ungestörtem Frieden. Sei du auch ferner ein tröstender Schutzgeist auf deines Mannes, wie auf deiner Söhne Wegen! (Forts. folgt.)

Neueste Nachrichten.

Nürnberg, den 12. Dec. Gestern wurde im Redactionslokale des „Nürnberger Kurier", sowie bei dem stellvertretenden Redacteur dieses Blattes Haussuchung gehalten, nachdem Tags zuvor bei Buchdrucker Tümmel und gestern Vormittags im Redactionslocale des „Correspondenten v. u. f. D." und bei den beiden Redacteuren dieses Blattes dasselbe geschehen war. Die gestrige Nummer des „Nürnb. Kur." sammt Beilagen wurde mit Beschlag belegt. (Nürnb. Kur.)

Wien, den 10. Dec. Baron Bruck ist gestern Abends nach Berlin abgereist. Die Hauptpuncte der Unterhandlungen, welche durch seine Sendung einem gedeihlichen Ende zugeführt werden sollen, sind, wie verlautet, auf diplomatischem Wege bereits so weit im Reinen, daß das k. k. Cabinet in jüngster Zeit über die Zustimmung der königlich preußischen Regierung zu den Grundbedingungen der Ausgleichung bereits erfreuliche Bürgschaften erhalten hat. (A. Z.)

Tessin. Der Gr. Rath ist am 9. Dec. zusammengetreten. Unter den Traktanden finden sich zwei Eingaben des Bischofs von Como, die eine gegen die Ausweisung der Kapuziner, die andere gegen das Säkularisationsgesetz.

Wallis. Der constituirende große Rath ist zusammengetreten. Es gab alsbald heftige Debatten. Mit Spannung sah man den ersten Abstimmungen entgegen, da beide politische Parteien die Majorität zu haben behaupten. Maßgebend war daher die Wahl der Commission, welche den Verfassungsentwurf vorzuberathen hat, und da ist erfreulich, daß die Liberalenliste, in die auch eine Anzahl Conservativer aufgenommen war, vollständig durchgegangen ist.

Konstantinopel, den 4. Dec. Die türkische Bank

verweigert die Annahme des fremden Staatspapiergeldes. Unsere Börse ist über diese Maßnahme sehr bestürzt; eine Geldkrisis steht bevor. (F. J.)

Bombay, den 17. Nov. Man spricht von einem Aufstand in Afghanistan, welchem die Bevölkerung des Sindh sich angeschlossen habe.

China. Die Nachrichten über den Aufstand lauten widersprechend. Während es dieser Tage hieß, derselbe mache, trotz aller entgegengesetzter Berichte, Fortschritte, wird eben aus Canton unterem 29. October gemeldet: „Die Insurgenten sind von den kaiserlichen Truppen zurückgeworfen worden, die gesperrten Handelsverbindungen wieder eröffnet.“

Miscellen.

Aus dem Hafen von Liverpool sind im vorigen Monat 36 Auswandererschiffe mit 12,188 Seelen an Bord theils nach Amerika, theils nach Australien abgegangen; im October 42 Schiffe mit 17,243 Emigranten. Aus dem Regierungsdepot in Birkenhead wurden vom 20. Januar 1852 bis 1. December ungefähr 15,000 Seelen auf 36 Schiffen nach Australien befördert. Vor Neujahr sollen noch 3 Regierungsschiffe mit 900 Emigranten abgehen.

In Lissa hatten zwei in Dürftigkeit lebende jüdische Eheleute seit mehreren Jahren ein paar Knaben, vater- und mutterlose Waisen, in Pflege genommen. Der wachsende Nothstand bewog endlich den Ehemann, einen Gerber seiner Profession, zu der entschiedenen Erklärung gegen seine Frau, welche die Kinder mit der mütterlichsten Zärtlichkeit behandelte, daß er dieselben nicht länger im Hause behalten könne. Aber ebenso bestimmt lautete die Antwort der Frau, die Kinder so lange nicht aus ihrer Obhut und Pflege lassen zu wollen, als sie noch ein Stückchen trocknes Brod mit ihnen zu theilen habe. In diesem verstimmten häuslichen Zustand wurden die Eheleute durch den Lotteriecollecteur überrascht, mit der Nachricht, daß ihnen ein Antheil von 1250 Thlrn. aus dem Hauptgewinn zufalle. Die Frau fiel bei dieser Kunde in Ohnmacht, und als sie wieder zum Bewußtsein kam, waren ihre ersten Worte an ihren Mann: ob er ihr wol nun die Kinder lassen werde? Dem Wunsche der guten Frau ward freudigst willfahrt.

Russische Jäger auf Spitzbergen. Spitzbergen wird wohl von keinem Volke so zahlreich besucht als von den Russen, auch haben wir kürzlich aus den Mittheilungen Hrn. Petermanns ersehen, daß sie oft jahrelang sich dort aufhalten; indeß gelingt es nicht immer so gut durchzukommen, und manchmal ist der Menschenverlust bedeutend. Im Junius 1851 fuhr ein Schiff aus Archangel mit 18 Mann ab, bekam schon am 10ten Tage (17. Julius) Spitzbergen zu Gesicht, da aber die Küste mit Eis eingeschlossen war, so mußten sie die Insel umfahren, und konnten erst am 19. Julius an der Nordwestküste, gerade der rauhesten, ans Land steigen. Dies war ihr Unglück. Sie zogen ihr Schiff auf den Strand, bauten eine Wohnung und machten sich nun daran, die alten, von frühern Jägern erbauten Wohnungen aufzusuchen; sie fanden deren in einer Entfernung von 100 Wersten 5, darunter eine nach einer Inschrift: 18 Jahre alt. Sie theilten sich jetzt, je 3 und 4 Mann, in Jägerabtheilungen, hatten eine glückliche Jagd, namentlich an Füchsen und brachten damit 17 Wochen zu. In der Mitte Novembers sank die Sonne unter den Horizont und am 5. Decbr. hatte man weder Morgen- noch Abendröthe mehr. Nun sammelten sich die Leute in der gemeinsamen, anfangs erbauten Wohnung, aber das Wetter wurde stürmisch und bald brach der Scorbut aus, alle Mittel halfen nichts und von 18 Mann lagen 12 krank. Man mußte ihnen frisches Fleisch zu verschaffen suchen, und die 3 Stärksten machten sich auf, um Rennthiere zu erlegen, was ihnen aber erst nach 3 Wochen gelang; zum Glück traten weder Schneestürme, noch heftige Kälte ein, sonst wären die kühnen Jäger unvermeidlich verloren gewesen. Als sie in die gemeinsame Wohnung zurückkamen, fanden sie nur noch einen Gesunden, der mit Mühe die Speisen für die Kranken kochte. Das feuchte Wetter verschlimmerte noch die Krankheit; am 29. Januar starb der erste, und am 19. Mai der zwölfte. Von den 6 übrigen waren nur noch 3 im Stande zu arbeiten. Im Junius begann der Schnee zu schwinden, aber das Eis wich nicht vom Ufer, und eine Bahn durchs Eis zu hauen und das Schiff hinauszuziehen, war für die 3 Männer eine Unmöglichkeit. Ihr Untergang schien unvermeidlich, da wurden sie glücklicherweise von einigen Norwegern entdeckt, die regelmäßig im Junius und Julius herüberkommen, um auf dem Eis Robben zu schlagen. Diese halfen ihnen, das Schiff ins Wasser zu bringen, der größte Theil der Jagdbeute mußte zurückgelassen werden; am 12. Julius fuhren sie ab, und am 23. gelangten sie nach Hammerfest.

Geldcourse.

Frankfurt, den 13. Decbr. Pistolen 9 fl. 41 — 42 kr., Ducaten 5 37 — 38, 20-Franken-Stücke 9 25½ — 26½, Holländische 10fl.-Stücke 9 49½ — 50½, Preußische Thaler 1 45—45½, Fünffrankenthaler 2 fl. 20½—21 kr.

Papiercourse. Frankfurt, den 13. Decbr. Oesterreichische 5proc. Met. 95; 4½proc. 72⅞. Preußische 3½proc. 93¾. Baierische 5proc. 101¼; 4proc. 96⅞; 3½proc. 92⅞. Verb. Act. 99¾; Pr.-Obl. 103¼. Bad. 4½proc. 102¾; 50fl.-Loose 66¾; 35fl.-L. 38¼. Hess. 25fl.-L. 32. Disconto 2¼ G.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 11. Dec. Weizen 19 fl. 41 kr., Korn 17 fl. 15 kr., Gerste 11 fl. 9 kr., Haser 5 fl. 41 kr., per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1345] **Anzeige.**

In ein Commissions- und Weingeschäft in einer Stadt am Rhein wird ein braver junger Mann von guter Familie in die Lehre gesucht: Kost und Logis kann im Hause gegeben werden. — Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Nicht zu übersehen!

Heute Mittwoch, den 15. December,
Abends 7 Uhr,
im Saale Café Kayser:
Abschieds-Vorstellung & Benefice
der **Mathilde** und des kleinen **Louis Bannholzer**,
bestehend in neuen Phantasmagorie-Erscheinungen, Productionen in der egyptischen Magie und launigen Declamation.
Eintrittspreis: I. Platz 24 kr., II. Platz 12 kr.,
Kinder die Hälfte.
Hierzu ladet ergebenst ein **Mathilde** und **Louis.**

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 302 | den 17. December 1852.

Deutschland.

• Speyer. (Die Lage Italiens.) Außer unserm Vaterland ist nur ein größeres Land in Europa, das ein ähnliches Bild der Getheiltheit und Zerrissenheit darbietet, wie dieses: das unglückliche Italien. Dieses Verhältniß ward dort zumeist erzeugt durch die Doppelstellung des römischen Stuhles, einerseits als Oberhaupt der gesammten katholischen Kirche, anderseits als weltliche Macht im Kirchenstaate. In dieser letzten Beziehung ging das Streben der Regierung im Vatican im Mittelalter dahin, daß sich kein überwiegender, präponderirender Staat auf der Halbinsel bilde, denn allerdings war vorherzusehen, daß der Kirchenstaat einen solchen zu Vergrößerungsversuchen reizen würde, sowohl seiner Lage nach, als in Folge der Schönheit und innern Wichtigkeit des Besitzthumes. Sonach ergab sich das Streben, alle bedeutendern Mächte, welche in Italien auftauchten, in gegenseitiger Spannung zu halten, so daß die Eifersucht unter ihnen stets rege blieb, keine sich über die andere erheben konnte.

Ein solches Gleichgewicht war jedoch in Italien nur so lange durchzuführen, als sich in den angrenzenden Ländern keine größere Macht entwickelte. Nachdem aber Frankreich ein starkes Reich und die österreichische und spanische Monarchie übermächtig geworden, konnte nun Italien seine Unabhängigkeit nicht behaupten. So war es der oft verwüstete Tummelplatz der Heere von Spanien, Oesterreich und Frankreich, — zum Unglücke für diese, zum Unglücke für Italien selbst. Hatten schon die frühern Römerfahrten der deutschen Kaiser so unsägliches Verderben in ihrem Gefolge gehabt, so setzte sich dasselbe in noch ausgedehnterm Maße seit den Zeiten Karl des V. und Franz des I. fort. Noch auf dem Wiener Congreße ging man von der Voraussetzung aus: Italien, an der Grenze Frankreichs und Oesterreichs gelegen, sei zu schwach selbstständig zu werden, es müße der einen dieser beiden Mächte — mittelbar oder unmittelbar — unterworfen sein!

Ist dem aber wirklich so? Wir können es nicht einsehen. —

Die Italiener sind eine Nation von mehr als 26 Millionen Menschen. Die Spanier, die Portugiesen, die Holländer, die Belgier und die Schweizer sind auch nicht entfernt so zahlreich, und bilden doch selbstständige Staaten. Auch die geographische Lage, die Nachbarschaft von Frankreich und Deutschland kann solches nicht unmöglich machen, wie die kleine Schweiz zeigt. Das Hinderniß liegt darin, daß Italien nicht geeint ist, sonst könnte es dies leicht bleiben; und diese erste Einigung sehen wir am meisten dadurch erschwert, daß Oesterreich, Frankreich und selbst England Theile der Halbinsel besitzen (nemlich die Lombardei und Venedig, Corsika und Malta.)

Oesterreich hat durch die Beschlüße des Wiener Congreßes gleichsam die Vormundschaft über Italien übertragen bekommen. Welchen Vortheil zog es aus dieser Stellung? Die Feldzüge gegen Neapel und Piemont im Jahr 1821 kosteten viel Geld und erregten nur Erbitterung. Der Feldzug im Jahr 1831 in der Romagna gewährte genau den nemlichen Erfolg. Im J. 1848 sah Oesterreich ganz Italien gegen sich im Aufstande. Wieder nichts als Geld- und Menschenopfer. Radetzki's Sieg von Novarra schlug nochmals den Widerstand nieder. Allein was gewinnt Oesterreich jetzt — inmitte des Friedens? Auch in dieser Zeit muß es stets eine große, zahlreiche Armee im Lande aufgestellt halten. Die Erbitterung hat sich so gesteigert, daß bereits mehr Menschen durch Hinrichtungen das Leben verloren, als in mancher Feldschlacht. Und welche Aussicht bietet sich für die Zukunft dar? Es ist keinem Menschen ein Geheimniß: die Italiener warten auf den Augenblick, in welchem der österreichischen Monarchie irgendwie Schwierigkeiten entstehen. Gerade wenn dieser Staat seiner Hülfsmittel bedarf, werden die Italiener, statt deren zu liefern, ihrer vielmehr in unabsehbarer Ausdehnung selbst in Anspruch nehmen. Die Kämpfe von 1821, 1831 und 1848 haben eine stets bedeutend gesteigerte Intensität gezeigt; 1821 schienen sie ein Knabenspiel zu sein, 1848 dagegen sprach man selbst im Wiener Cabinette von einem Aufgeben des Landes bis zum Mincio. — So wird Italien (selbst im Frieden nur mit Waffengewalt niedergehalten!) in Zeiten eines Krieges für Oesterreich voraussichtlich ein noch gefährlicheres Besitzthum, als es dessen an Ungarn ohnehin schon eines hat. —

Aus einem unnatürlichen Verhältniße — der Zertheilung Italiens — ergeben sich daher nur nachtheilige Folgen, — verderblich für die Halbinsel, verderblich für die auswärtige Macht, welche über das Land herrschen soll. —

München, den 13. Dezbr. Hr. Ministerpräsident v. d. Pfordten wird noch im Laufe dieses Monats wieder die Leitung der öffentlichen Geschäfte übernehmen. Die Gerüchte seines Rücktritts, wovon verschiedene Blätter erzählten, widerlegen sich hiemit von selbst. (M. B.)

In Landshut circulirt das Gerücht, daß die k. Regierung von dort nach Passau und das Appellatiosgericht nach Straubing verlegt werde, daß dagegen Prinz Adalbert, als Oberstinhaber des 2. Cürassierregiments, Landshut zu seinem künftigen Wohnsitz erwählen werde.

Die beiden Jäger (Förster), welche im Perlacher Forste einen Burschen erschossen, den andern aber schwer verwundet haben, sind verhaftet.

Bei einer am 5. Dec. Abends zu Seligenstadt im Großherzogthum Hessen, entstandenen Rauferei zwischen baierischen und hessischen Soldaten wurde der Chevaurlegers Rosenberger von Großwalzheim, Ger. Alzenau, der Art mit Messerstichen verwundet, daß er nach zwei Tagen starb.

Darmstadt, den 13. Dec. Wir bemerken aus der heutigen vierstündigen Sitzung erster Kammer vorläufig, daß dieselbe das Ausgabe-Budget nach den neuesten Beschlüssen beider Kammern nunmehr annahm, *) jedoch mit Ausschluß der daran geknüpften Desiderien der zweiten Kammer, insoweit solchen die erste Kammer nicht ausdrücklich beigestimmt und unter wiederholtem Vorbehalt ihrer Rechte aus dem Art. 67 der Verfassungsurkunde, da über das Finanzgesetz noch keine Vereinbarung beider Kammern vorliege. (Darmst. Ztg.)

Ulm, den 13. Dec. Heute Morgen etwa um halb 3 Uhr wurde hier ein starker Erdstoß mit einem donnerähnlichen Schlag begleitet verspürt.

Kassel, den 13. Dec. Ein bei einer Post angestellter Treubündler hat wegen Unterschlagung seine Entlassung nehmen müßen und noch ein treubündlerischer Bürgermeister ist wegen Malversation in Untersuchung. Ein,

*) D. h. nachdem die Abgeordneten fast in Allem nachgegeben hatten! D. Red.

vorkommen, Schulden, die bis an den Hals gehen, Malversation und Angst vor der Strafe sind mächtige Reizmittel zur Betheiligung an jenem Bunde. — Der Kauf der böhmischen Güter Seitens des Kurfürsten ist jetzt um die Summe von 2,200,000 (!) Thlr. abgeschlossen worden und ist eine Commission abgegangen, um sich jene Güter überweisen zu lassen. (Fr. J.)

Berlin, den 11. Dec. Wie es heißt, soll schon diesmal den Kammern das Budget gleich für zwei Jahre, für 1853 und 1854, zur Feststellung vorgelegt werden, in der Voraussicht, daß im nächsten Jahre keine Kammern zusammentreten würden. Allein nach näherer Abwägung der Stimmungen und der Stimmen in den Kammern, besonders in der zweiten Kammer, glaubt man, daß das Ministerium wohl mit etwas zu großer Sicherheit auf die Annahme derjenigen Proposition rechnet, der zufolge die Kammern in der Folge nur alle zwei Jahre zusammentreten sollen. (K. Z.)

— den 13. Dec. Die „N. Pr. Z." zeigt heute an: „Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich wird am Mittwoch zum Besuch am hiesigen kgl. Hofe erwartet."

Wien, den 8. Dec. Die Angelegenheiten in Montenegro scheinen sich, wie der „Oesterr. Corr." aus Triest vom 11. d. berichtet wird, zu verwickeln. Ein Decret des Fürsten bedroht jeden Montenegriner mit harter Strafe, wenn er von dem Kampfe gegen die Türken sich ausschließt. Nach mehren Gefechten wird eine entscheidende Schlacht in Kürze erwartet. Die Montenegriner stehen immer noch 3 Stunden vor Podgorizza. Der Pascha von Scutari ist an der Spitze von 10,000 Mann gegen sie im Anmarsche. Die Türken verbreiten in ganz Albanien die dringensten Aufrufe, um die Bevölkerung zum Kampfe zu entflammen. Indeß herrscht namentlich in Oberalbanien eine für die Montenegriner entschieden günstige Stimmung.

— den 13. Dec. In Montenegro nimmt der Conflict mit der Pforte eine immer bedenklichere Wendung. Es werden Sympathien für die Montenegriner in Oberalbanien bemerkbar.

Belgien.

Brüssel, den 12. Dec. Der Senat hat gestern den verlangten außerordentlichen Credit für das Kriegsdepartement einstimmig votirt.

Frankreich.

† **Paris,** den 14. Dec. Ein Decret im heutigen Moniteur überträgt die Verwaltung der Civilliste und der Krondotation dem Staatsminister Hr. Achille Fould, der den Titel: „Staats- und Hausminister des Kaisers" annimmt. — Ein anderes Decret ertheilt allen Marinesoldaten und Matrosen vollständige Amnestie für das Verbrechen der Desertion.

Börse. 3proc. unverändert, 81¼; 4½proc. gefallen 30 C., 105 50.

Paris. Der bekannte Präfect von Toulouse, Chapuis Montlaville, hat bei Gelegenheit der Proclamation des Kaiserreichs eine lange Rede gehalten, wonach das Kaiserthum Frankreich den glorreichen Gang wiedergehen soll, den es ehemals in den großen Tagen des Gesetzbuches und der unsterblichen Siege von Austerlitz und Wagram an der Spitze der modernen Nationen einnahm.

Paris, den 12. Dec. Im Jahre 1848 sprach und schrieb Alles über Republik. Die Generale huldigten ihr, Baroche, heute Vicepräsident des Staatsrathes, nannte sich einen von denen, die der Justiz des Volkes einen Tag vorangeeilt seien; Billault sprach von Arbeitsrecht; Delamarre von der Patrie, heute rother Bonapartist, nannte Victor Hugo einen infamen Reactionär; Napoleon Bonaparte thronte auf der Montagne; Louis Napoleon Bonaparte ließ seine socialistischen Schriften in unzähligen Exemplaren verbreiten und sprach in der Nationalversammlung nicht, weil sein Accent zu deutsch und er kein Redner ist; Mgr. Sibour, Erzbischof von Paris, schrieb begeisterte Hirtenbriefe für das bestehende Regime und rief den Segen des Himmels auf dasselbe herab; Chavoix, heute für Se. Majestät schwärmend, drohte Bonaparte'n mit der Guillotine — kurz, fast alle heutigen Staatsmänner des Kaiserreichs, Persigny vielleicht ausgenommen, trugen denselben Enthusiasmus, dieselbe Liebe und Ergebenheit für die Republik zur Schau, die heute alle Beamten des Kaiserreichs, vom Kaiser an bis auf den untersten Thürsteher der Tuilerieen hinab, für Napoleon III., das Sinnbild des heutigen französischen Regime, beseelt. Das Ausland thut ein Gleiches. — Der Kaiser ist sehr unzufrieden über das Fallen der Course nach der officiellen Proclamation des Kaiserreichs. Er ließ Fould zu sich kommen, machte ihm die heftigsten Vorwürfe und forderte ihn auf, diesem Scandal ein Ende zu machen. Fould, in Verzweiflung, den Zorn seines Herrn erregt zu haben, ließ sofort eine große Anzahl Renten für seine eigene Rechnung aufkaufen. Die Börsencourse stiegen sofort, die 3proc. um 1 Fr. 20 C., und Fould verkaufte am anderen Tage seine aufgekauften Renten an die Mobiliarcreditbank mit obigem Gewinne. So bringt man hier die Course zum Steigen. Hr. v. Rothschild, den man im Verdacht hatte, daß er am Fallen der Course viele Schuld habe, wurde ebenfalls vom Kaiser darüber zur Rede gestellt. Rothschild trat aber ziemlich kalt auf und sagte ganz einfach: „Je suis un bon citoyen; je remplis mes devoirs: je vends et j'achète." Mehr konnte man nicht aus ihm herausbringen. (Köln. Ztg.)

Die Civilliste des Kaisers ist auf 25 Mill. festgesetzt, was mit dem Genuß der Krondomänen ungefähr 35 Mill. betragen mag. Dazu erhält der Kaiser zur Vertheilung unter die kaiserliche Familie 1,500,000 Fr.

Abdel Kader, der bekanntlich einmal 400 gefangene Franzosen hat schlachten lassen, bekommt vom Kaiser einen „Ehren"-Säbel, der 12,000 Fr. kostet. In Brussa bekommt er eine jährliche Rente von 100,000 Fr. Dagegen ist der Lehrstuhl des „Verfassungsrechts" an der Pariser Universität aufgehoben worden. (M. B.)

Alles ist jetzt kaiserlich, Adler gibt es jetzt in Paris auf allen Ecken und Enden, die Graveurs von Visitenkarten haben gar vollauf zu thun denn jeder Bedienstete vom Minister bis zum Ofenheitzer herab läßt sich kaiserliche Visitenkarten stechen. — Eine Putzmacherin bietet Hüte aus in „Adlerform"; die müssen nun gar schön sein. — Damit die Leute auch wissen, wie sie sich bei „Hof" zu benehmen haben, ist ein Büchel erschienen, betitelt: „Von dem kaiserlichen Hofceremoniell." (M. B.)

Spanien.

Madrid, den 9. Dec. Die Versammlung des oppositionellen Wahlcomites hat die Autorisation des Ministeriums nicht erhalten. Es beschließt, sich zurückzuziehen und feindseligen Manifestationen energisch zu widerstehen.

Man versichert, mehre Mitglieder des königl. Rathes hätten nach dem Beispiele des Vicepräsidenten, des Hrn. Martinez de la Rosa, der Regierung ihre Demissionen überschickt.

* Der ehemals allmächtige General Narvaez ist aus Spanien ausgewiesen worden.

Italien.

Rom, den 6. Dec. Abermals hat die sagra Consulta 15 Todesurtheile gegen politische Verbrecher in der Provinz Pesaro und Urbino bestätigt. Noch in diesem Monat soll die Sentenz mit Pulver und Blei vollzogen werden. Doch ist Hoffnung vorhanden, daß der Papst mehre der Verurtheilten ihrer großen Jugend halber zu lebenswieriger Haft begnadigen wird. (A. Z.)

Piemont. In der Sitzung der Deputirtenkammer vom 6. legte Margbetta den Bericht über das Civileheproject auf das Büreau nieder. Folgendes sind einige der Hauptpuncte: Art. 1. Das Civilgesetz beschäftigt sich mit der Heirath einzig und allein in ihren

Beziehungen zur bürgerlichen Gesellschaft, ohne sich um die von der Religion auferlegten Pflichten zu bekümmern. 25. Die einem christlichen Cultus angehörigen Personen dürfen sich nur mit Christen verheirathen. 26. Die Geistlichen, die Cölibatsgelübde abgelegt haben, dürfen nicht heirathen. 29. Die nach dem katholischen Ritus eingesegneten Ehen können nicht gelöst werden. Art. 38. Diejenigen, welche sich zur Staatsreligion bekennen, dürfen vor der Vollstreckung der Civilehe eine Erklärung abgeben, wodurch sie sich verpflichten, sich nach dem katholischen Ritus trauen zu lassen. 39. Die Vollstreckung der kirchlichen Ehe muß binnen 14 Tagen vollzogen werden, wenn die Civilehe Gültigkeit haben soll. — Diejenigen, welche diese Erklärung nicht abgeben, brauchen sich auch nicht kirchlich trauen zu lassen.

Amerika.

Nach den Berichten aus Westindien haust in Martinique das gelbe Fieber auf eine fürchterliche Weise. Die Schilderungen des Elends im „St. Luzia Palladium" sind herzbrechend. Seit der Ankunft von Bischof Leherveur sind 20 Geistliche seiner Diöcese hingerafft worden. Das kürzlich von Paris aus nach St. Pierre verpflanzte Theater steht verödet; acht der Bühnenmitglieder starben rasch nach einander; für die übrigen war eine Collecte von 5000 Fcs. gemacht worden, um sie aus der verpesteten Luft in eine gesündere Gegend zu bringen; aber es scheint, als hätten sie die Anlage zur Krankheit mitgenommen und sieben andere von der Gesellschaft lagen gefährlich darnieder. Nach dem officiellen Register waren seit Januar im Fort au France 727 und in St. Pierre 1200 Personen gestorben.

Landreise nach Californien.

(Fortsetzung.)

§. 7. Nachdem wir nun alle unsere Mittel aufgezehrt, war es Zeit, sich nach dem Golde umzusehen. Dieß war die erste Goldgrube, die den Namen Lenas Point führte, und hier waren 350 Zelte aufgeschlagen, die alle, an den Bergen hängend, wie Schwalbennester aussahen. Meine Neugier, den unerschöpflichen Goldreichthum zu sehen, und die Hoffnung, selbst einen guten Antheil davon mitzunehmen, wurden immer größer; was aber fand ich? Krämerei in Masse, aber wenig Gold in den Gruben, und das wenige, welches die Gräber mit schwerer Arbeit zu Tage förderten, verschluckten die habsüchtigen Krämer, deren Gewinn ungeheuer war. Das Pfund Mehl kostete 1 Doll. 25 Cents, das Pfund Kaffee, Zukker, Salzfleisch, Zwieback, Reis, Alles einen Dollar, obwol in Sacramento-City, nur 125 Meilen weiter unten am Sacramentofluß, 100 Pfd. Mehl nur 9 D. und alles Andere im Verhältniß kostete.

Da man sich so viele falsche Vorstellungen von dieser Goldregion gemacht, so will ich eine wahrheitsgetreue Beschreibung derselben geben. Das Gold befindet sich da, wo die Berge anfangen, im Thal ist nichts zu finden. Die Berge aber sind sehr steil, fast senkrecht, und es ist nichts Seltenes, Berge von einer Meile Höhe und mehr zu sehen. Näher an dem Fluß erheben sich Felsen, zuweilen 50 Ellen hoch, alle mehr oder weniger steil, oft ganz senkrecht, und zwischen diesen vulkanischen Felsen findet sich die durch die starken Regengüsse von den Bergen herabgeschwemmte Goldernte. Wo diese Felsen aufhören, hört auch das Gold auf. Nun muß der Goldjäger zwischen diesen Felsen herumkriechen, und die goldhaltige Erde mit der Hacke oder Schaufel zusammenkratzen, in einen Sack füllen und hinab nach dem Fluß tragen, wobei er sich wol zu hüten hat, daß er von einem Felsen richtig auf den andern springt, wenn er nicht riskiren will, Hals und Beine zu brechen. Hat er nun seinen Sack mit Erde bis zum Fluß, eine Entfernung von 100—250 Schritt gebracht, so muß er die Erde im Goldwäscher waschen. Der Goldwäscher hat ungefähr die Form einer Kinderwiege; an dem oberen Theil ist ein Kasten mit einem Sieb von Eisenblech, dessen Löcher so groß wie ein 3- oder 6-Centsstück sind. Die Erde schüttet der Goldgräber nun aus dem Sack in den Kasten (das Gewicht derselben ist gewöhnlich etwa 40 Pfund), dann wiegt er mit der einen Hand, während er mit der andern Wasser schöpft und aufgießt, bis die Erde abgewaschen ist. Die Steine, die nicht durch das Sieb durchgehen, werden durch Aufheben der Maschine herausgeworfen, und wenn die Erde und der Sand durch das beständige Schaukeln und Wasseraufschütten abgeflossen sind, so findet sich auf dem Boden der Maschine das Gold. Die in den Staaten gemachten und nach Californien importirten Goldwäscher waren allesammt keine 6 Cts. werth.

Was kann nur ein Mann bei dieser schmutzigen, ungesunden und angestrengten Arbeit verdienen! Als ich an diesem Fluß ankam, war schon Alles gut ausgegraben und das Beste war schon fort. Wir kratzten uns dann die Knochen wund und verdienten die Person vielleicht 3 bis 5 Doll. pr. Tag. Bei diesem erbärmlichen Verdienst, der nur durch die angestrengteste Arbeit zu erringen ist, und bei den entsetzlich hohen Preisen der Lebensmittel läßt sich leicht ermitteln, wie wenig Reichthum die Goldgräber zu erbeuten im Stande sind, selbst wenn sie in ihren Genüssen und Bedürfnissen sich nur auf die allernothwendigsten beschränken.

Wenn ich bedenke, wie viele Tausende hier fern von der Heimath und dem Kreise ihrer Lieben ein frühes Grab finden, so möchte ich den elenden Lügnern, die aus Speculation und Selbstsucht in allen Zeitungen ein groß Geschrei über diese unerschöpflichen Reichthümer des neuen Eldorado erhoben und durch die blendende Hoffnung auf schnell zu erwerbende Schätze so viele Unglückliche in Versuchung lockten, aus tiefstem Grunde meiner Seele fluchen.

Man wohnt hier in baumwollenen Häusern, schläft auf hartem Lager, zuweilen von den herabstürzenden Regengüssen befeuchtet, so daß sich Krankheiten aller Art entwickeln, und die erbärmlichste Kost ist immer noch entsetzlich theuer. Längs diesem Fluß, 200 Meilen hinauf, war alles voller Menschen, aber fast alle litten sie auch an Krankheiten, namentlich der Diarrhoe und dem Scorbut. Ich konnte also unmöglich mit meinem Ertrage zufrieden sein. Bei meinen Bemühungen, alle möglichen Erkundigungen über diese Goldregion einzuziehen, erfuhr ich, daß in dem Flusse aufwärts, zwischen den Bergen, das Glück noch zu finden sei. 17 Meilen vom Thale theilt sich der Fluß in drei Zweige, welche man die nördliche, die mittlere und die südliche Gabel nennt. Ich machte den Versuch und ging mit meinen zwei Söhnen 17 Meilen weit hinauf nach der nördlichen Gabel, versehen mit den nöthigen Geschirren.

Auf dieser Reise sah ich, wie die Menschen in den Bergen, zwischen denen jede Schlucht Gold enthält, arbeiteten; allein ihr Gewinn stand mit jenem am Hauptflusse in fast ganz gleichem Verhältnisse. Gegen Abend erreichten wir den North-Fork. Ein Berg, den wir hinabsteigen mußten, war eine halbe Meile hoch und so steil und abschüssig, daß ich mich genöthigt sah, unser Geschirr an ein Seil zu binden und vor uns nieder zu lassen, worauf wir auf unsern Hintertheilen nachrutschten.

Wir lagerten uns für die Nacht und „prospecten" am Morgen, — aber ich fand keine Spur von Gold. Das Unangenehmste war, daß wir unsern Goldwascher an dieser Stelle stehen lassen und aus Leibeskräften arbeiten mußten, um die Spitze des Berges mit gesunden Gliedern wieder zu erreichen. Der Goldwascher hatte mich 65 Doll. gekostet.

Auf der Rückreise nach Long's Point traf ich genug Goldjäger an, denen es ebenso gegangen wie mir. Es blieb nichts übrig als nach Hause zu gehen, auszuruhen und frischen Muth zu fassen. (Schluß folgt.)

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 15. Dec. Einem für solid bekannten und ruhigen Kaufmanne in Mannheim, der im Herzogthum Nassau einer Gant-Liquidation anzuwohnen

hatte, wurde gestern dort die deßfalls geforderte Paßkarte verweigert. Die Ursache ist nicht bekannt. (F. J.)

Berlin. Die „Voss. Z." will von einer „bis auf Weiteres" bereits erfolgten Sistirung der Vorarbeiten für die Wiederherstellung der Zollbarrieren an den Gränzen gegen die ausscheidenden Staaten hin, welche bereits im vollen Gange begriffen waren, wissen.

Mecklenburg. Der Landtag ist mit der Regierung vollkommen darüber einverstanden, daß Hrn. v. d. Kettenburg der häusliche Gottesdienst verboten und der Priester Holzammer ausgewiesen bleibe. Auch wird dort kein Katholik mehr als Deputirter zum Landtage zugelassen! (Mainz. Journ.)

Hamburg, den 13. Dec. Das Volksthing zu Kopenhagen verwarf am 10. ds. die Verlegung der Zollgränze an die Elbe bei namentlicher Abstimmung mit 51 gegen 46 Stimmen.

Wien, den 11. Dec. An der heutigen Börse verlautete wie schon seit ein paar Tagen das Gerücht von einem neuen in London abzuschließenden Silberanleben im Betrage von 10 Mill. Pf. St. (100 Mill. Gulden); indessen erscheint das Gerücht unbegründet. (A. Z.)

Die hiesigen Zollconferenzen werden kaum länger als bis zum Neuen Jahre dauern, da bis dahin die Mission des Hrn. v. Bruck ihre Erledigung gefunden haben wird, von deren Ausgang auch das Schicksal der hiesigen Zollkonferenzen abhängig ist. Hat diese Sendung den gewünschten Erfolg, so versteht es sich von selbst, daß fernere Sitzungen nutzlos sind; gelingt sie aber nicht, so dürften die für diesen äußersten Fall nothwendigen Vereinbarungen Seitens des hiesigen Zollkongresses bereits getroffen sein. (Neue Preuß. Zeitung.)

Graubünden. Die ganze katholische Bevölkerung der paritätischen Gemeinde Almens war entschlossen nach Amerika auszuwandern. Die Weiber scheinen nun den Entschluß zu bereuen und beeifern sich nach der Bündner Zeitung denselben rückgängig zu machen.

Brescia, den 4. Dec. Die Redaction der „Sferza" erhielt wegen eines Artikels, der sich gegen die Todesstrafe bei politischen Verbrechen aussprach, nachstehende Verwarnung: „Der Artikel in Nr. 85 der Sferza über die Unangemessenheit der Todesstrafe bei politischen Verbrechen zeigt offenbar die Tendenz, die öffentliche Meinung im Interesse der Umsturzpartei zu lenken und Urheber politischer Verbrechen in ganz anderem als ihrem wahren Lichte zu zeigen. Der unterzeichnete Statthalter theilt daher dem Redacteur des Journals die gegenwärtige Warnung schriftlich mit. Mailand rc. Der k. k. Statthalter Strasolda."

Warschau, den 5. Dec. Die Arbeiten im Kriegsdepartement mehren sich und nehmen die betreffenden Arbeitskräfte sehr in Anspruch. Seit Kurzem sind nicht nur alle Beurlaubungen im Heere durchweg eingestellt, sondern auch alle Beurlaubte, Officiere und Gemeine, sofort und ohne Rücksicht auf die ertheilte Urlaubszeit zu ihrem Corps berufen worden. Die Rüstungen ge[...] nicht nur im Königreiche, sondern auch im Innern R[...] lands, wenn auch im Stillen aber doch ernstlich vor [...]

New-York, den 1. Dec. Das amerikanische S[...] „Cherokee" ist mit Hrn. Smith an Bord nach Hava[...] abgegangen. Hr. Smith gilt für einen Hauptagen[...] der auf die „Annexation von Cuba" gerichteten Proje[...] Das Schiff „Crescent City," an dessen Bord er seit[...] seine Fahrten nach Havanna gemacht, ist wegen sei[...] Anwesenheit zu wiederholten Malen von den Behörd[...] Havanna's zurückgewiesen worden. Dem Schiff „Ch[...]rokee" dürfte es nun wohl nicht besser ergangen sein.

Miscellen.

Berlin. Von Johanna Kinkel sind Briefe üb[...] Clavierunterricht erschienen, welche allen Müttern weg[...] ihrer geistreichen Auslassungen über das moderne Musi[...]wesen empfohlen werden, nicht blos in Bezug auf die tre[...]fenden Bemerkungen über die Behandlung des Clavier[...] und die modernen Claviercomponisten, sondern hauptsäch[...]lich wegen der beherzigenswerthen Ansichten über das z[...] viel Musikmachen und Musiklernen. Auch der rein musikalische Inhalt dieses Schriftchens bringt viel Bemerkenswerthes; so ist darin die characteristische Zergliederung der Sonate eben so geistreich als scharfsinnig.

In **Wien** wurden reife Erdbeeren, die auf den Anhöhen bei Lainz nächst Schönbrunn und bei der sogenannten Einsiedelei, unweit Ober-St.-Veit, gepflückt worden, zum Verkauf ausgeboten.

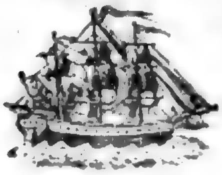
Ein armes Mädchen in **Edinburg** fand kürzlich ein Taschenbuch mit 2000 Pfd. Sterl. Banknoten und lieferte es ab. Der Eigenthümer belohnte ihre Ehrlichkeit mit einem Geschenk von zwei Pence. (6 kr.)

St. Louis, den 12. Nov. Herzog Paul von Würtemberg äußerte neulich zum Fürsten von Neuwied und einem Prinzen von Nassau: „er kenne im ganzen Staate Illinois keinen braveren und tüchtigeren Landwirth wie Hecker, und wenn er in die politischen Angelegenheiten Deutschlands ein Wort mitzureden hätte, so würde er den deutschen Fürsten dringend empfehlen, daß sie vor Allen den Hecker amnestirten." Wahrscheinlich aber würde derselbe gar keinen Gebrauch davon machen. (W.-Z.)

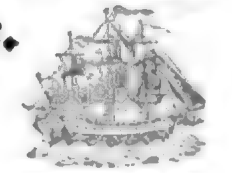
Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1348] M. Wertheimer, Opticus, aus Würzburg zeigt seinen verehrten Abnehmern ergebenst an, daß seine Abreise auf Sonntag den 19. d. Mts. bestimmt ist.

[1347] Es kann ein Badergehülfe von einem selbständigen Bader, der seinen Wohnort verändert, eine Kundschaft von 130 Mann, welche circa 200 fl. eintragen, frei und unentgeldlich erhalten. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.



Postschiffe neuer Linie.



Regelmäßige Abfahrten zwischen

Havre & New-York & New-Orleans.

Geo. Hurlbut,	Capitän	Major,	1600	Tonnen,
Irene,	„	Williams,	1800	„
Würtemberg,	„	Tord,	1200	„
Heidelberg,	„	Sagory,	1600	„
Rhine,	„	Doane,	1600	„
Owego,	„	Rice,	1200	„
Ashland,	„	Brown,	1000	„
Connecticut,	„	S. Williams,	1600	„

Vorstehende Postschiffe sind, außer dem „Würtemberg" und „Ashland," sämmtlich Dreidecker.
Um Auskunft über Ueberfahrt Frachtpreise bittet man sich zu wenden:
in **Havre** an die Herren **J. Barbe & Morisse,**
„ **Paris** „ den Herrn **C. Farrenc,** Straße Notre Dame des Victoires Nro. 40,
„ **Mainz** „ die Herren **Neus & Sohn,** Rheinstraße C. Nro 249. [1321²]

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag | Nro. 303 | den 18. December 1852.

Anzeige.

Da mit dem nächsten Monat ein neues Abonnement auf die Neue Speyerer Zeitung beginnt, so ersuchen wir, die Bestellungen möglichst bald bei der zunächst gelegenen Posterpedition einzureichen. Nur Bewohner der Stadt Speyer und der nächsten Umgegend belieben ihre Bestellungen an die Expedition dieses Blattes unmittelbar zu richten. — Die Speyerer Zeitung, welche mit Ausnahme des Sonntags täglich, und zwar häufig mit Beilagen, erscheint, kostet halbjährlich 3 fl. 20 kr., vierteljährig 1 fl. 40 kr., und wird um diesen Betrag, ohne weitern Aufschlag, durch alle Posterpeditionen des Königreichs Baiern geliefert. — Privatanzeigen, welche portofrei einzusenden sind, werden gegen eine Einrückungsgebühr von 4 Kreuzer für die gewöhnliche Druckzeile aufgenommen.

*** Die Anstrengungen, welche von der Rückschrittspartei in täglich ausgedehnterm Maße gemacht werden, um der Speyerer Zeitung entgegen zu wirken, deuten wol besser als alles Andere an, von welcher Bedeutung die Verbreitung eines unabhängigen Blattes für die Freunde der freien Richtung in der Pfalz, oder vielmehr für alle Jene sein muß, welche etwas Besseres als den schrankenlosen Absolutismus in Staat und Kirche herbeigeführt wünschen.

Die Speyerer Zeitung glaubt, angesichts der jetzigen Lage eines freisinnigen Blattes, ein Recht zu besitzen, die allseitige thätige Unterstützung nicht nur der Gleichgesinnten, sondern überhaupt aller Derjenigen fordern zu dürfen, welche wünschen, daß das Treiben der Reactionäre nicht über alle Verhältniße des Lebens, zumal in unserer Pfalz, sich völlig widerspruchslos ausbreite.

Deutschland.

* **Die Ergebniße democratischer Staatseinrichtungen.** Die Schildknappen des Absolutismus wissen nicht gräuelhaft genug die Zustände zu schildern, welche entstehen müßten, wenn die democratischen Principien zur Herrschaft gelangten.

Billig muß man fragen: auf was gründen sich diese Beschuldigungen? Wenn die Feinde jener Principien dieselben nicht zu einer ruhigen und ungestörten Entfaltung gelangen lassen, haben sie kein Recht, sich auf die Erfahrung zu berufen.

Wol aber können dies die Democraten. In Belgien und in der Schweiz bestehen jene Grundsäze, doch sind sie daselbst nie zur ungestörten Herrschaft gelangt: immer lauern die schwarzen Parteien auf Gelegenheit, ihre freisinnigen Gegner zu stürzen; sie bereiten ihnen Tag für Tag Schwierigkeiten und Gefahren, und es ist solches um so leichter, als diese beiden Staaten viel zu klein sind, um sich den Einflüssen vom Auslande her entziehen zu können; — und dennoch: welche Erfolge haben in Belgien und der Schweiz die nur theilweise und bedingt, und selbst dies nie ungestört entwickelten democratischen Principien bewirkt! Troz der Ungunst ihrer Lage, troz der Schäden des Kleinstaatenthums, troz aller Hemmniße und Störungen zeigen diese Länder einen Zustand, der wahrlich unvergleichbar besser ist, als jener, den man in ihren democratiefeindlichen Nachbarstaaten trifft.

In den Vereinigten Staaten Nordamerikas dagegen sind die democratischen Principien zu ungehemmter Entwicklung gelangt. Wohlan! besteht dort jene entsezliche „Pöbelherrschaft,“ deren Gräuel man nicht schwarz genug schildern kann? — ist dort alle Cultur zu Grunde gerichtet? ist dort der als Schreckgeist angerufene Communismus herrschend? finden wir dort den Volkswohlstand ruinirt, und Alles den „hirnverbrannten“ Projecten ehrgeiziger oder habsüchtiger Demagogen Preis gegeben? Es scheint uns das Gegentheil von allem Diesem, und den Hunderttausenden, welche alljährlich aus den unter der Herrschaft der antidemocratischen Principien stehenden Ländern nach Amerika auswandern, und die (troz der Schwierigkeiten einer Ansäßigmachung in einem weit entfernten Lande) mit seltenen Ausnahmen in ihre Heimath nicht mehr zurückkehren mögen, — scheint es ebenso, wie uns.

Wir zweifeln nicht daran, auch auf diese Bemerkungen wird die gewöhnliche Antwort, die immer aushelfen muß, nicht ausbleiben: Ja, in Amerika sind ganz andere Verhältniße; dort sind die vielen nicht angebauten Ländereien, dort ist Raum für viele Millionen u. s. f.

Vor Allem müßen wir fragen: warum ziehen denn unsere Auswanderer nicht nach Ungarn? Auch dort findet sich noch Raum für Millionen; die Fruchtbarkeit des Bodens wird von Niemanden bestritten, und der Weg dahin ist doch lange nicht so weit als über den Ocean und die Felsgebirge!

Warum wandern die Leute nicht nach Rußland aus, das einen dreimal größern Umfang als die amerikanische Union besizt, und dessen Gebiet bekanntlich keineswegs durchaus blos rauhe und unwirthliche Landstrecken, sondern vielmehr auch Gegenden in sich schließt, deren Klima an das Italiens erinnert; — warum wandern sie dahin nicht mehr aus, nachdem in frühern Zeiten Manche den Versuch gemacht haben?!

Es müßen also doch auch noch andere Umstände einwirken, als blos der Raum zum Anbaue!

Der Unterschied liegt eben darin, daß in den Vereinigten Staaten die democratischen Principien, in Rußland die entgegengesetzten walten!

Dort besteht das Princip des Selfgovernment in ruhiger, ungestörter Entwicklung. In Folge dessen — der Jedem vor Augen liegende Zustand, — in Folge dessen namentlich die Durchführung des Grundsatzes, daß alle Mittel des Gemeinwesens, nur nach freier Selbstbestimmung seiner Bürger, blos für (direct oder wenigstens indirect) productive Zwecke dienen, (indeß wir europäische Staatsbudgets kennen, in welchen weit über neun Zehntheile für inproductive, nicht ein Zehntheil für unmittelbar productive, Ausgaben verwendet werden!)

Allein wir wollen selbst von Amerika absehen. Wir haben ein Land in unserm Erdtheile, in welchem die democratischen Principien — zwar keineswegs ungehemmt und in voller Ausdehnung, aber doch der Hauptsache nach, seit beinahe 40 Jahren sich entwickeln konnten. Es ist Norwegen, — ein Land, voll höchst ungünstiger natürlicher Verhältniße. Wir wollen in einem folgenden Artikel die Ergebniße der democratischen Einrichtungen daselbst in Kürze betrachten.

* **Speyer.** Die Berichte aus Paris deuten auf eine Spannung des Kaiserhofes, den s. g. nordischen Mächten gegenüber. Zwei Fragen treten dabei namentlich hervor: 1) die wegen der Bezeichnung Napoleons als des Drit-

ten, und 2) jene wegen der anderweitigen Verheirathung der Prinzessin Wasa. Da in Paris dermalen kein öffentliches Organ erscheinen kann, das gegen die Absichten der Regierung spräche, so machen wir auf den unten stehen Artikel aus Paris vom 15. aus der lithogr. Correspondenz aufmerksam, den wir, zur Bezeichnung der Situation, unabgeändert wieder geben.

Stuttgart, den 13. Dec. Der Staatsanzeiger sagt: „Französische Zeitungen besagen, daß Se. Majestät der König den 8. d. M. Höchstihren Oberstkammerherrn, Generallieutenant Frhrn. v. Spitzemberg, zu dem französischen Gesandten, Herzog v. Guiche dahier, geschickt habe, um ihm Ihre Glückwünsche zu der Thronbesteigung Napoleons auszudrücken. Dieser Nachricht gegenüber sind wir mitzutheilen ermächtigt, daß, mit so großer Befriedigung auch Se. Maj. der König die Erklärungen vernommen haben, welche der bisherige Prinzpräsident aus Anlaß der Annahme der Kaiserwürde gegeben hat, es doch nicht in der Absicht Sr. Maj. des Königs liegen konnte, zu einer Anerkennung des neuen Kaiserthums in Frankreich anders als nach vorgängigem Einvernehmen mit Höchstihren Verbündeten vorzuschreiten, daher auch die Aufträge, welche der Generallieutenant v. Spitzemberg erhalten hat, von Sr. kgl. Majestät durchaus nicht in einem diesem widersprechenden Sinne ertheilt worden sind." Man erinnert sich bei diesem Anlaß der Adresse der Hansestädte, welche Napoleon I. vor der Audienz umarbeiten ließ. (Beob.)

Kassel. In den Gymnasien sind die Uebungen in freien mündlichen Vorträgen verboten worden, weil — „durch solche nur politische Schwätzer gebildet werden!"

Mainz. Wegen Abdrucks der Rede des Abg. Müller-Melchiors über den Zollverein ist der Redacteur der N. Mainzer Z. zur Haft gebracht worden, wegen — Beleidigung sämmtlicher Ministerien mit Ausnahme des Kriegsministeriums.

Berlin, den 12. Dec. Es befestigt sich die Ansicht, daß die beantragte Veränderung der verfassungsmäßigen Periodicität der zweiten Kammer rc. keine Aussicht hat, die Majorität zu erlangen.

Die neuesten Vorgänge in Frankreich und die eilige Anerkennung, welche dieselben Seitens der englischen und belgischen Regierungen gefunden, deuten auf sehr bestimmte, den Absichten der östlichen Großmächte keineswegs freundliche Plane hin. (?) Wie uns versichert wird, sind indeß Oesterreich, Preußen und Rußland in der Absicht der Dinge und in den zu ergreifenden Maßregeln nicht nur, sondern auch darin in vollkommener Uebereinstimmung, daß sie bei etwaiger Veranlassung ganz präcis handeln werden. Die Allianz der drei Mächte ist vollständig wieder hergestellt. (Elberf. Ztg.)

— den 13. Dec. Der Gerichtshof zur Entscheidung der Competenzconflicte hat auf den von dem Ministerium des Innern erhobenen Conflict für Recht erkannt, daß in Bezug auf erfolgte policeiliche Ausweisung und darauf gegründete Entschädigungsansprüche der Rechtsweg nicht zuläßig sei. (K. Z.)

Wien, den 12. Dec. Die heutige „Presse" schreibt: Die Verlobung der in letzter Zeit so oft erwähnten Prinzessin Karola Wasa mit dem Erbprinzen von Sachsen ist bereits entschieden; ja man erzählt sogar, daß der Vater der Prinzessin, Herr FML. Wasa, bereits die gelegentlichen Glückwünsche entgegennimmt.

Aus verläßlichster Quelle wird der Prager Ztg. geschrieben, daß allerhöchsten Orts der Beschluß gefaßt worden ist, den Belagerungszustand mit dem 1. Januar k. J. aufzuheben; doch wird sich diese Maßnahme nur auf die beiden Hauptstädte Wien und Prag beziehen, da die Haltung der Bevölkerung in diesen beiden Städten durchaus nichts zu wünschen läßt, und andererseits die Sicherheitspolicei in der Art organisirt ist, daß nicht leicht irg eine Unordnung vorkommen kann. Zugleich mit der A hebung des Belagerungszustandes wird das neue Bürg wehrgesetz auf amtlichem Wege kund gemacht, und w den die betreffenden Corps organisirt werden.

Frankreich.

† **Paris,** den 15. Dec. Die brennende politis Frage des Tages ist die Heirath der Prinzessin Wa die man sich gewöhnt hatte, hier als die künftige Kai rin der Franzosen zu betrachten. Deutsche Blätter hab versichert, daß sie den Prinzen Albert von Sachsen h rathet, die Vermählung wurde als nahe bevorstehend b reits angezeigt. Diesen Nachrichten haben die offiziös Versicherungen mehrerer vertrauten Freunde des kaise lichen Hofes widersprochen. Diese Ungewißheit dauer bis gestern Abend. Wir erhielten um diese Zeit die o ficielle Versicherung, daß die Heirathsunterhandlunge zwischen dem Kaiser und der Prinzessin Wasa ganz ab gebrochen sind. Dieser Umstand gibt zu einer Meng von Commentaren Veranlassung. Ist diese Heirath hin tertrieben, so kann man dies, nach den hiesigen politi schen Auslegungen, nur dem Einflusse Oesterreichs zuschreiben. Wenn aber Oesterreich seine Gesinnungen gegen das neue Kaiserhaus auf diese Weise kund gibt, so ist es leicht ersichtlich, daß alle Bedenken über die Anerkennung Napoleons III. gegründet sind. Daraus entsteht eine wichtige politische Frage, von deren Lösung der Europäische Friede abhängt. Man hat sich seit langer Zeit daran gewöhnt, die österreichische Politik nur im Schlepptau des russischen Cabinets vorzustellen. Jede Richtung die sie nimmt, ist demnach voraussichtlich von Rußland unterstützt. Was soll aber daraus werden, wenn die nordischen Mächte, wie man sie hier nennt, in dem Widerstreben beharren, das Kaiserthum Frankreich in der Form, in der es aufgetreten ist, anzuerkennen? Ein Krieg? er ist kaum denkbar, denn das Kaiserreich hat in seinen halbdemocratischen Einrichtungen so viel Stoff zu einer Propaganda, die es in den Ländern seiner etwaigen Gegner anzünden kann, daß diese sich wohl zweimal bedenken müssen, ehe sie eine solche Waffe ernstlich provociren. Rechnet man auf eine Nachgiebigkeit der französischen Regierung? so hat man sich verrechnet. Die gegenwärtige Regierung kann von der proclamirten, von vielen Staaten, darunter England, anerkannten Form nicht mehr abgehen, ohne seine Würde zu compromittiren. Das französische Cabinet, man kann dessen sicher sein, wird keine neuen Zugeständnisse machen. Wollen die allirten Mächte unter diesen Umständen aus dem diplomatischen Verkehr mit Frankreich heraustreten, so werden sie den Nachtheil davon bald selbst sehr ernstlich empfinden. Sie treiben dadurch den Kaiser Napoleon, der bisher den conservativen Interessen alle Garantien geboten hat, immer mehr links, und was bis jetzt als eine Phrase betrachtet wurde, nämlich ein democratisches Kaiserthum, muß unter diesen Umständen eine Wahrheit werden. Wollen die Mächte es darauf ankommen lassen, so haben sie wahrscheinlich im Voraus alle Chancen für und gegen sich berechnet. Frankreich ist aber mit offenen Armen bereit, diese Gestaltung des Kaiserreichs anzunehmen, und wird kein Bedenken tragen, das Princip seiner Nationalunabhängigkeit mit Gut und Blut zu vertheidigen. Die Artikel der Regierungsjournale, welche mit einer raffinirten Dialektik den Titel Napoleon III. vertheidigten, haben bereits eine Ahnung von dem Widerstreben der auswärtigen Mächte in das Publikum geworfen. Dies genügte, um den Nationalstolz der Franzosen aufzustacheln. Frankreich hat Napoleon III als Kaiser der Franzosen durch 8 Millionen Stimmen anerkannt, und wird sich um keinen Preis und unter keinen Bedingungen davon abbringen lassen. Je mehr man es ihm bestreitet, desto enger wird es an dem selbstgeschaffenen Kaiserthume hängen, und die auswärtigen Mächte fördern, vielleicht gegen ihren Willen, durch ihre Bedenklichkeiten und Zögern die unbestreitbare Popularität des Kaiserthums in Frankreich.

Wenn die europäischen Cabinette von dem wahren Zustande der öffentlichen Meinung genau unterrichtet sein werden, so unterliegt es weiter keinem Zweifel, daß sie an die Wahrung von gewissen Formen, weder den europäischen Frieden, noch die kaum hergestellte Ruhe in ihren eigenen Ländern aufs Spiel setzen werden.

Die Regierung hat die Nachricht erhalten, daß der Papst im Frühjahr mit 6 Cardinälen zur Krönung kommen wird. Er wird im Palast vom Elysee wohnen. Die Krönung wird im Mai Statt finden.

Der Senat hat sich gestern mit der Frage beschäftigt, ob dem Kaiser die Bestimmung der Eingangszölle ohne Controle der Staatskörper frei stehen soll.

Heute wurde in der Invalidenkirche die Gedächtnißfeier der Uebertragung der irdischen Ueberreste des Kaisers Napoleon mit ungewöhnlichem Pomp begangen. Der Prinz Jerome, eine Menge Generale und Senatoren wohnten der Feierlichkeit bei.

Der Fürst Stourdza ist in Paris angekommen, und überbringt dem Kaiser einen Apfelschimmel von ausgezeichneter Race, als Geschenk des Hospodars der Wallachei.

Ein kaiserliches Decret bringt heute die Verordnung, daß das Pariser Gendarmeriecorps, welches zur Aufsicht für Paris bestimmt ist, seinen Titel, der an eine ganz andere Regierungsform erinnert, ablegen muß, und den Namen „Pariser Garde" annimmt. Die beiden Bataillone der Mobil-Gendarmerie nehmen den Titel „Gendarmerie d'élite" an.

Börse. 3proc. gestiegen 50 C., 82; 4½proc. unverändert, 105½. Die halbmonatliche Liquidation ging ganz ruhig vorüber. Die durch die neue Verordnung erforderlichen starken Einlagen haben alle Differenzen gedeckt. Die Eisenbahnen sind alle um etwas gestiegen und man sieht einer weiteren Erhöhung nach dem starken Falle entgegen.

Nach hier aus **Madrid** eingelaufenen Nachrichten hat Narvaez den Befehl erhalten, unverzüglich nach Wien abzureisen, unter dem Vorwande, die militärischen Archive Oesterreichs in Augenschein zu nehmen!! Er konnte nur 24 Stunden Aufschub erlangen, und ist am 10. Dec. wirklich abgereist. Man spricht von dem Rücktritt der Generale Urbina und Espeleta, sowie davon, diese durch die Herren Pezuela, Colonge, Zapatero und Baron de Mer zu ersetzen.

Paris, den 14. December, Abends. Die Reise des Kaisers nach Compiegne ist wahrscheinlich aus Gesundheitsrücksichten aufgeschoben.

Neue Gerüchte von Militärverschwörung! Mit dem Verschwinden des schon öfter genannten Obersten hat es seine traurige Richtigkeit. Im 42. Regiment sollen Verhaftungen vorgenommen worden sein. — Am 8. wurde der ehrwürdige Audry von Puyraveau beerdigt. Eine große Zahl von Republicanern folgte diesem muthigen, redlichen Volkskämpfer zum Grabe. Er hat ein unermeßliches Vermögen im Dienste der Democratie verwendet und seinen Freunden die Kosten seiner letzten Krankheit und seines Begräbnisses als Ehrenerbschaft hinterlassen. Seine letzten Worte waren ein Fluch gegen die Verächter des Rechts, sein letzter Seufzer voll Hoffnung auf den Sieg der heiligen Sache. (Folgt eine scandalöse Nachlese von Wahlgeschichten, woraus wir nur hervorheben, daß in einem Spital sogar zwei Tode mit Ja gestimmt haben.) (Nation.)

Spanien.

* Die strengen Maßregeln der spanischen Regierung zur Durchführung der projectirten Constitutionsreform rufen einen lebhaften Widerstand von Seiten der Opposition hervor. Das Verbot der Versammlung der Oppositionsmitglieder in den Salons des Herzogs von Sotomayor hat keine Wirkung hervorgebracht. Sein Hotel war den ganzen Tag und die Nacht durch von Besuchenden angefüllt. Die Anwesenden haben eine Bittschrift abgefaßt, worin sie das ihnen constitutionell zustehende Recht der freien Wahlversammlungen reclamiren.

Italien.

Turin, den 10. Dec. Der Tod Gioberti's hat zu einer immer entschiedener hervortretenden Spaltung im piemontesischen Clerus geführt. Obwohl der Bischof von Casale, der Erzbischof von Turin und andere Prälaten der unteren Geistlichkeit bei Androhung von Suspension ꝛc. verboten haben, Todtenmessen für den berühmten Philosophen (und Jesuitenankläger!) zu lesen, so kommen uns dennoch fast täglich aus Provincialstädten Nachrichten zu, daß die Geistlichkeit fortfährt, ihre Verehrung für Gioberti durch religiöse Acte zu bezeugen. In Turin allein schwebt die Drohung der Suspension a divinis über den Häuptern von mehr als 100 Geistlichen, die dem Sarge Gioberti's folgten, und für mehrere derselben hat sich die Drohung bereits verwirklicht. (K. Z.)

Der Gemeinderath von **Nizza** hat mit 23 gegen 5 Stimmen beschlossen, die Regierung in einer Bittschrift um die Verwaltung des Kirchenvermögens durch die bürgerliche Behörde, um Verminderung der Bischofssitze und um Abschaffung der Klöster zu ersuchen. Er hat ferner 100 Fr. als Beitrag für das Gioberti-Denkmal votirt.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 1. Dec. Der Dampfer Mississippi hat bereits die japanische Expedition angetreten; die anderen Schiffe folgen bald nach.

Die Auswanderung nach **Jowa** soll in diesem Jahre, wie dortige Blätter melden, die irgend eines vorhergegangenen Jahres übertreffen. Dieß ist nicht auffallend, da die Fruchtbarkeit des Bodens in jenem Staate, verbunden mit einem gesunden und angenehmen Klima, fast die jedes anderen Staates, Ohio nicht ausgenommen, übertrifft. (Diese Behauptung, bemerkt hiezu die Ausw.-Ztg., kann nur bezüglich der höher gelegenen Theile dieses Staates eingeräumt werden, wogegen an den Ufern der aus ihrem Bette hervortretenden Flüsse und auf den nassen Prärien biliöse Fieber herrschen. Auch pflegen nur die amerikanischen Hinterwäldler den Entbehrungen und Beschwerden an den äußersten Grenzen der Civilisation liegender Niederlassungen gewachsen zu sein.) Bemerkenswerth ist, daß die Einwanderung nach Jowa meistens aus früheren Ansiedlern aus anderen Staaten, sogar aus Ohio und Illinois, besteht. Wer sich dem Landbaue widmen will, findet keinen besseren Platz seines Wirkens, als einzelne Theile von Jowa oder das nördliche Illinois in der Gegend des Rockrivers. Wir sprechen in dieser Beziehung aus persönlicher Anschauung und müssen gestehen, daß, so viel Einladendes Wisconsin auch besitzen mag, es in klimatischer Beziehung weit hinter Jowa zurücksteht. Der Ertrag des Weizens z. B. allein in County Clayton, in welchem die deutsche Ansiedelung „Guttenberg" liegt, ist enorm. Nach neuern Berichten hatte der ungarische Oberst Nicolaus Perczel diesen Staat bereist, und vorigen Monat in der Nähe von Davenport ungefähr zwei Township käuflich an sich gebracht, im Auftrage mehrerer jetzt noch in Paris und Jersey (England) lebenden ungarischen Flüchtlinge, die nächstes Frühjahr nach Amerika kommen und auf diesen Ländern sich niederlassen wollen. Es sind darunter einige der hervorragendsten Leiter der ungarischen Revolution, als: General Maurice Perczel, Feldmarschall und Kriegsminister Laras Meszaros, der alte Obergespan Eugen v. Beöthy, Graf Ladislaus Csaky, Michael Horby, Major Halasz, und der Justizminister Bukovics, auch Földvary, einer der reichsten Capitalisten aus dem Pesther Comitate. Diese Herren sind entschlossen, arme Landsleute zu unterstützen und einem jeden 40 Acker Land für Congreßpreise in Credit zu geben. (Hndls.-Ztg.)

Ostindien.

In **Manila** hatte ein Erdbeben, das sich vom 16. bis zum 30. Sept. öfter wiederholte, beträchtlichen Schaden angerichtet. Es war das stärkste seit Menschengedenken und ließ beinahe kein Haus unbeschädigt; man empfand es fünfzig Meilen weit auf dem Meere. Men-

schenleben gingen nur wenige verloren. Garibaldi, der mit seinem Schiffe Carmen dort eingelaufen war, hatte von Seiten des Generalcapitäns, so wie des Erzbischofes, die ihn in ihre Paläste luden und mit großer Auszeichnung behandelten, einen Empfang gefunden, der überraschen muß.

Landreise nach Californien.

(Beschluß.)

§. 8. Am 10. März 1850 trat schönes Wetter ein. Mein Lager wurde mit Sack und Pack aufgebrochen und nach dem South-Fork transportirt. Für ein Maulthier, das mir 200 Pfund 30 Meilen weit trug, mußte ich 50 Doll. Miethe bezahlen. Am 12. erreichten wir das neue Eldorado und das Resultat war wieder — Nichts.

Es schwärmte hier alles voll Menschen, die beschäftigt waren, Dämme zu bauen und Canäle zu graben, um den Fluß durch die Canäle zu leiten, damit sich das eigentliche Bett desselben trocken lege; denn in diesem Bette sollte das Gold liegen. Ich packte auf und ging fünf Meilen quer über die Berge nach dem Middle-Fork. Mein am Feather River gesammelter Goldstaub war unterdeß den Weg alles Fleisches gegangen, obgleich er nichts Fleischiges an sich hatte, und ich mußte deßhalb den Packesel selbst machen. Meine Last betrug 80 Pfd., den Rest trugen meine Söhne. Eine harte Prüfung über diese steilen Berge! Obschon ich in meinem ganzen Leben nicht auf Rosen gewandelt bin, so schien mir dieß doch die härteste Prüfung, welche mir das Geschick auferlegte.

Am Middle-Fork fand ich eine „Bank," welche zwar schon zum Theil umgewühlt war, aber mir doch 12—16 Doll. täglich lieferte. Wie ich, thaten auch Andere. Ueberall durchkreuzten Menschen die Berge und verfolgten die Flüsse so lange, bis ihnen der Schnee Halt gebot. Die Decken in einen Riemen geschnallt, etwas Zwieback in den Taschen, ein Peck (Hacke), eine Schippe, eine blecherne Schüssel, eine Bratpfanne und ein Stück Salzfleisch, — den Pack auf den Rücken gebunden, so wandert der Goldjäger umher.

Es ist wahr, man hat Gold in dieser Bergregion gefunden, aber nicht genug, um allen diesen Menschen ihre Aufopferung und Mühe zu bezahlen. Die, welche in der ersten Zeit der Entdeckung kamen, haben etwas gefunden, und wir gruben hinter ihnen das aus, was sie nicht der Mühe für werth geachtet hatten. Einzelne fanden auch Stücke, welche einen Werth von 1000—5000 Doll. besaßen; aber nach solchen Stücken zu suchen oder zu erwarten, daß man sie finden werde, wäre eben so thöricht als sich die Augen verbinden zu lassen, um einen unbekannten Weg aufzusuchen. Dasselbe Verhältniß ist es mit den reichen Goldplätzen, welche nur durch Zufall von den Reisenden gefunden werden. Das Hauptgeschäft ist, die goldhaltige Erde auszuwaschen, und dabei hat man schwere Arbeit und ein schlechtes Leben. Tausende von enttäuschten Goldjägern treiben diese Arbeit, weil sie sich nicht mehr anders helfen können, und würden gern zurückkehren, wenn sie nur die Reisemittel besäßen.

Ich arbeitete hier drei Wochen und häufte auch einige Hundert Dollars auf. Aber diese Freude währte nicht lange. Ich und mein ältester Sohn wurden krank und zwar so, daß ich fünf Wochen das Lager hüten mußte. Wir hatten Beide den Scorbut. Mein Sohn curirte sich selbst mit geschabten und in Essig eingeweichten Kartoffeln; allein mein Scorbut war viel bösartiger und machte Aerzte nothwendig. Drei derselben schienen von der Medicin nicht genug zu verstehen, um einer Katze zu verschreiben, viel weniger einen Menschen zu behandeln. Desto besser aber verstanden sie das Beutelschneiden. Fünf Meilen von uns in den Bergen prakticirte ein holländischer Arzt. Ich schickte nach ihm und muß gestehen, daß dieser Mann Mühe genug hatte, mich bei seinem schon vorgerückten Alter auf meiner Felsenspitze, wo ich campirte, zu erreichen. Ich fragte ihn, ob er mir helfen könne. Er entgegnete, daß, wenn er mich nicht curire, er auch keine Bezahlung wolle; aber im Voraus kündigte er an, daß die glückliche Cur 75 Doll. koste. Er blieb eine Nacht bei mir. Binnen 15 Stunden konnte ich wieder gehen; ich brauchte seine Medicin 3 Wochen und war von meiner Krankheit verlassen.

In den Bergen an den Flüssen entlang liegen Tausende armer Abenteurer krank an diesem oder jenem Gebrechen. Wahrlich, man sieht in dem gepriesenen Goldlande mehr Elend als Glück!

Am 12. Mai 1850 verließ ich auch diesen Ort, weil keine 2 Doll. des Tags mehr verdient werden konnten; denn die Masse von Menschen, welche dahin strömte, hatte den Platz, der ungefähr 5 Acker umfaßte, bald umgegraben. All mein Geschirr, das 553 Doll. gekostet hatte, ließ ich zurück.

Unter denselben Umständen befanden sich alle meine Gefährten; denn diese Geräthschaften nach einer andern Mine mitnehmen zu wollen, würde mehr gekostet haben als sie werth waren. Wir reisten hinab aus der Bergregion, dem Sacramentothale zu. Der Marsch glich an Schnelligkeit dem der Gänse, und es dauerte 3 Tage ehe ich das Thal erreichte. (Ausw.-Ztg.)

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, den 12. Dec. Das Verbot des Wanderns von Handwerksgesellen in der Schweiz soll nunmehr in sämmtlichen Bundesländern wieder in Wirksamkeit gesetzt sein.

Freiburg (Schweiz). Nach der Freib. Ztg. wurden am letzten Sonntag wieder eine Anzahl Kaiserfeuer — ihrer 15 — losgebrannt!

Piemont. Der Corr. Merc. will wissen, daß der Regierung von Seite Englands Mittheilungen gemacht worden sind, wonach ein Krieg weder unwahrscheinlich noch entfernt sei. — Durch ein königl. Decret ist der Belagerungszustand in der Provinz Sassari auf der Insel Sardinien aufgehoben worden.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 14. Dez. Weizen 5 fl. 35 kr., Korn 4 fl. 37 kr., Gerst 3 fl. 47 kr., Spelz 3 fl. 53 kr., Hafer 2 fl. 50 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 11. Dez. Weizen 5 fl. 32 kr., Korn 4 fl. 41 kr., Spelz 4 fl. 8 kr., Gerst 3 fl. 47 kr., Hafer 2 fl. 47 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 14. Dez. Weizen 5 fl. 17 kr., Korn 4 fl. 44 kr., Spelz 3 fl. 36 kr., Gerst 3 fl. 34 kr., Hafer 2 fl. 28 kr., Kartoffeln 1 fl. 12 kr., per Centner.

Zweibrücken. Markt vom 9. Dez. Weizen 5 fl. 20 kr., Korn 4 fl. 43 kr., Spelz 3 fl. 32 kr., Gerst 3 fl. 55 kr., Hafer 2 fl. 12 kr., Kartoffeln 1 fl. 12 kr., per Centner.

Mainz. Markt vom 10. Dez. Weizen 10 fl. 30 kr., Korn 9 fl. 40 kr., Gerste 7 fl. 15 kr., Spelz — fl. — kr., Hafer 3 fl. 45 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1345] **Anzeige**.

In ein Commissions- und Weingeschäft in einer Stadt am Rhein wird ein braver junger Mann von guter Familie in die Lehre gesucht: Kost und Logis kann im Hause gegeben werden. — Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1349²] **Licitation.**

Dienstag, den 4. Januar nächsthin, Nachmittags 4 Uhr, im Gasthause zum Löwen dahier, auf Anstehen von Carl Helfferich, Kaufmann, allda wohnhaft, und den Erben der dahier im ledigen Stande verlebten Susanna Catharina Fritzweiler, wird ein dahier an der Stadtgasse neben dem Gasthause zum Löwen gelegenes, 1 Decimale Fläche enthaltendes Wohnhaus von 3 Stockwerken, in welchem seit langen Jahren ein großes Geschäft sowohl in langen, als kurzen Waaren betrieben wurde, vor dem unterzeichneten Notär der Abtheilung halber öffentlich auf Eigenthum versteigert werden.

Neustadt, den 15. December 1852.

Werner, Notär.

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 304 | den 19. December 1852.

Deutschland.

• Die Ergebniße der democratischen Einrichtungen in Norwegen. Wenn wir von Norwegen reden, so wird man uns wenigstens nicht entgegen halten können, die natürlichen Verhältniße hätten den Wohlstand begründet. Jedermann weiß, daß Norwegen von Natur ein rauhes und armes Land ist. Um aber dessen natürlichen Verhältniße richtig zu würdigen, so vergegenwärtige man sich vor Allem wenigstens ein Paar Einzelnheiten.

Bei einem Umfange von 5600 Quadratmeilen (also mehr als der Hälfte von Deutschland) beträgt das jährlich in Anbau gesetzte Ackerland etwa 418,000 Tonnen (norwegische Morgen), d. h. beiläufig 29 Quadratmeilen. Da nun das jährlich besäete Ackerland als ein Viertel des urbaren Bodens angenommen wird, so berechnet sich dieser auf etwa 116 Quadratmeilen (wenig mehr, als der Umfang der Pfalz ausmacht!) Die gesammte Getreideproduction wird, nach Abzug des Saatbedarfes, zu 1,800,000 Tonnen berechnet, was zur Deckung der inländischen Consumtion so wenig ausreicht, daß man in gewöhnlichen Jahren eine Zufuhr von 800,000, in Mißjahren von mehr als 1,200,000 Tonnen aus der Fremde bedarf. Von der ganzen Getreideproduction kommen 56 Proc. auf Hafer, 15 Proc. auf Hafer und Gerste gemischt, 23 Proc. auf Gerste, und nur 6 Proc. auf Korn, Weizen und Erbsen.

Noch viel geringer ist in Norwegen die Gewerbsindustrie. Es fehlt an Arbeitskräften; Capitalien sind nur um hohe Zinsen zu bekommen, und die Natur des Gebirgslandes erschwert ungemein die Verbindungen. Man trifft z. B. im ganzen Lande keine Manufacturen in Wolle, Baumwolle oder Linnen.

So sind denn die Bewohner zumeist auf die Seefahrt und den Fischfang hingewiesen. In Folge der blosen Fischnahrung und des elenden Lebens in Wind, Wetter und Näße, herrscht aber unter den Fischern die furchtbare Lepra (elephantiasis orientalis, in alter Zeit unter dem Namen „der Aussatz" bekannt), und im Norden der Scorbut.

Zur Bezeichnung der natürlichen Verhältniße des Landes erinnern wir noch daran, daß in Hammerfest, der nördlichsten Stadt, zwei Monate lang im Jahre die Sonne nicht aufgeht, und daß der Pfarrer in Kauto-Kaind, wenn er einmal einen gebildeten Menschen sehen will, 20 norwegische oder 30 deutsche Meilen durch eine Alpenwüste zurücklegen muß, was nur im Winter mit Hülfe des Schnees und der Rennthierschlitten möglich ist.

Vergleichen wir nun, was Norwegen war unter der Herrschaft des Absolutismus, und was es dagegen unter democratischen Einrichtungen (seit 1814) geworden ist.

Als sich Norwegen von Dänemark trennte, war es gänzlich ausgesogen. Silbergeld sah man fast nirgends mehr; das Land war dagegen mit 25 Millionen Papiergeld überschwemmt. Der Krieg um die Freiheit hatte außerdem die Ausgabe von weitern 14 Millionen Thaler-Zetteln nothwendig gemacht, denn nirgends konnte man borgen. Dazu bestimmte der Kieler Tractat, daß Norwegen einen verhältnißmäßigen Antheil der dänischen Staatsschuld übernehmen müße, — 2'400,000 Thlr. in Silber (Species). Als Unterpfand für die gesammte Schuldenmaße waren nur 4½ Mill. Species im Werthe des Grundeigenthums vorhanden. Das Papiergeld sank immer tiefer. —

Im Jahre 1815 war die Noth aufs Höchste gestiegen, man mußte daher an ein energisches Rettungsmittel denken, zu dessen Ergründung der nach der neuen Verfassung vorwaltende Bauernstand zwar keine „geeignete Finanzbeamte," aber viele practische und patriotische, zum Aeußersten entschlossene Männer besaß. Man sah ein, daß man ein Mittel schaffen mußte, das Papier gegen Silber einzulösen, sobald der Inhaber es begehrte. Um nun dies zu können, wurde der verarmten Nation eine Zwangsanleihe von 2 Millionen Speciesthaler aufgebürdet, die den Grundfonds einer neuen Bank bilden sollte, welche dafür 4 Millionen Bankzettel in Speciesthaler fundirte und ausgab. — Die alte Zettelmaße sollte damit eingezogen werden und 10 Reichsbankthaler Zettel für einen Thaler Species der neuen Bankzettel gelten. Zur Deckung dieser Operation wurde eine außerordentliche Steuer von 2 Millionen Reichsbankthalern ausgeschrieben.

Das Mittel war vielfach drückend, aber nur auf diese Weise konnte das traurige Vermächtniß des frühern Zustandes bewältigt werden, und — die Hauptsache! — das erwünschte Ziel ward erreicht! Das Papiergeld gelangte wieder zu seinem Nominalwerthe. — Im Jahre 1823 war die Staatsschuld bereits auf 5,820,000 Speciesthaler herabgebracht, 1842 auf 2,820,000, und jetzt ist sie unseres Wissens ganz getilgt, und statt deren besitzt der Staate ein Activvermögen von beiläufig 11 Mill. Speciesthaler blos an baaren Vorräthen, gewinnbringenden Papieren (ungerechnet natürlich das Immobiliarvermögen u. s. f.)

Die Staatseinkünfte stiegen von nicht einmal 1½ Mill. im Jahr 1815, auf mehr als 3½ Mill. im J. 1842, und da die Ausgabe sich nur auf 2½ Mill. belief, so ergab sich ein regelmäßiger Jahresüberschuß von wenigstens einer Million Species (fast 3 Mill. Gulden.)

Der Storthing benützte die durch die democratischen Einrichtungen herbeigeführte Verbesserung der Finanzzustände theils zu immer weiter durchgeführter Erleichterung der Lasten des Volkes, theils zu nützlichen Anlagen.

So kam man denn dahin, daß, trotz des Widerstrebens der Regierung, allmählig alle directe Steuern und sonstige directe Abgaben abgeschafft wurden, denn selbst die Grundsteuer ist durch den Storthingbeschluß schon 1836 aufgehoben und das ganze, Staatseinkommen auf den Ertrag der Bergwerke, der Abgaben von Fischereien und Handel, der Ausfuhr- und Einfuhrzölle und sonstiger indirecten Verwaltungseinnahmen begründet.

Dabei versäumte es diese s. g. „Bauernherrschaft" des Storthings nicht, alle alten Wunden des Volkes so viel möglich zu heilen. Der Storthing hat die bedrängten Grundbesitzer unterstützt, Capitalien zinslos oder gegen geringen Zins ausgeliehen, alle Ausgaben streng überwacht, gespart wo er irgend konnte und doch dabei die Wissenschaften unterstützt, den Handel durch gute Einrichtungen, durch Dampfschifffahrt um ganz Norwegen, durch Anlegung von Häfen, Straßen u. s. w. gefördert.

Die von unsern Reactionären mit so gewaltigem Abschen betrachtete Theilbarkeit der großen Güter besteht auch in Norwegen, und hat sich auch dort als ein wichtiges Mittel zur Hebung des Volkswohlstandes erprobt. Schon im Jahr 1821 erließ der Storthing ein Gesetz über erbliche Theilungen der Aecker. Auch die ungetheilten Gemeindegüter sollten freies Privateigenthum werden, denn auch diese Art historischen Communismus führte zur

Vernachlässigung der Bodencultur. Viele große Güter anderer Art wurden parcellirt und in lebenslänglichen Pacht gegeben; auch der Staat parcellirte und verwandelte die ihm gehörigen Pachtgüter in freies Eigenthum, wodurch die Zahl der Besitzer ansehnlich vermehrt wurde. Von 1822—38 wurden auf diese Weise allein 3112 Bauerngüter parcellirt und verkauft. Vom Jahr 1825 bis zum Jahr 1835 vermehrte sich die Zahl der Grundbesitzer in Norwegen von 90,385 bis zu 105,000. — Der Grundwerth, welcher im Jahr 1802 nur 25¼ Million Species betrug, war im Jahr 1839 auf 64 Mill. Species Silber gestiegen.

Nicht minder hebt sich die für Norwegen vorzugsweise wichtige Schifffahrt. Im Jahre 1809 besaß das Land 1363 Schiffe von 54,000 Commerzlasten (zu 60 Centner), 1837 2373 Schiffe von 80,000 Lasten mit einer Bemannung von 12,400 Seeleuten, die zu den besten unter allen Völkern gehören. Noch weit größer ist aber seitdem der Aufschwung gewesen. Zu unserm Bedauern fehlen uns ganz neue Zahlenangaben.

In den meisten Städten bestehen Mittel- und höhere Gemeindeschulen, in denen der Unterricht unentgeldlich ertheilt wird.

Die geistigen Fortschritte der Norweger geben sich in der Zunahme der Buchdruckereien und Buchhandlungen kund. Im Jahr 1807 besaß das Land blos vier Druckereien; 1845 bereits 37. Zu jener Zeit erschienen nur vier dürftige Wochenblätter, in dieser 23 Zeitungen und überdies 13 ästhetische und gelehrte Zeitschriften. Sogar bis Tromsoe und Hammerfest, den äußersten der Finnmarken, ist die Druckerpresse gedrungen und verbreitet die Tagesliteratur in die Winkel und Buchten der Fjorde.

Schließen wir mit den Worten des Norwegers Blom, der bereits im Jahre 1840 Folgendes schrieb: Das Resultat der 26 Jahre, seit welchen Norwegen sich seiner Verfassung erfreut, ist: daß von der Staatsschuld, die 1823 noch 5'197,128 Speciesthaler betrug, die größere Hälfte (jetzt vollständig) getilgt ist. Die Activa des Staats haben sich dabei auf 7,664,300 Speciesthaler vermehrt und übersteigen die Passiva um 1,800,000 Species. Die Staatseinkünfte sind von 1,437,100 Speciesthaler auf 3,514,200 und die Ausgaben von 1,401,676 auf 2,242,300 Species gestiegen. Die directen Steuern, welche im Jahre 1816 noch 600,000 Speciesthaler betrugen, sind nach und nach vermindert und 1836 ganz abgeschafft, die Ausfuhrzölle und mehre indirecte Abgaben bis auf die Hälfte heruntergesetzt worden. Die Staatscasse hat frühere Communallasten bis zur Höhe von 120,000 Species zu tragen übernommen; die alten werthlosen Bankzettel sind eingelöst und eine neue Bank ist errichtet worden, deren Zettel al pari stehen, deren Actien mit 150 Procent bezahlt werden und eine jährliche Dividende von 7½ Proc. geben. — Die Armee ist mit Kleidern und Waffen versehen, die Zeughäuser sind gefüllt, ein kostbares Marine-Etablissement ist im Entstehen, Kriegsschiffe werden jährlich gebaut, die Küste hat neue Leuchtthürme erhalten, welche stets vermehrt werden; eine Dampfschifflinie ist längs der ganzen Küste bis Hammerfest und zwischen Kopenhagen und Christiania für Rechnung des Staats eingerichtet; der Straßenbau im Innern des Landes schreitet fort, mit dem Bau einer neuen Universität ist der Anfang gemacht, andere bedeutende öffentliche Bauten sind ausgeführt worden. Auch für die geistige Entfaltung der Nation ist vielseitig Sorge getragen, und Alles dies hat ein kleiner Staat vollbracht, der nur wenige natürliche Hilfsquellen besitzt, unter einem ungünstigen Klima leidet und dessen geographische Lage für die Theilnahme am großen Welthandel unvortheilhaft ist.

Dies sind Resultate der „Democratenwirthschaft," wo man diese ruhig sich entwickeln läßt!

° **Speyer.** Die Vermählung der Prinzeß Wasa mit einem ganz unerwartet hervorgetretenen sächsischen Prinzen ward in Paris, wie wir vernehmen, nicht als eine persönliche, sondern als eine wichtige öffentliche Sache aufgenommen. Es handelt sich nicht sowol um eine neue Helena, deren Schönheit allein einen trojanischen Krieg entflammte, sondern darum, daß man in dem Vorgange die Absicht der östlichen Mächte erblicken will, zu verhindern, daß sich der neue Kaiser mit einer Prinzeß aus einer legitimen Fürstenfamilie vermähle. Die Reise des Kaisers von Oesterreich nach Berlin fiel ebenfalls zu Paris ungemein auf. Man kann sich nicht verhehlen, daß die s. g. nordischen Mächte sich wieder enger an einander anschließen, oder, wie man es nennt, die Coalition „gegen Frankreich erneuern," welche vor länger als einem halben Jahrhunderte „zu Pilnitz" begann. Gleichzeitig rührt sich die Kriegspartei in der französischen Hauptstadt gewaltig; auch die Prätensionen an die „natürliche Grenze" werden ungescheut ausgesprochen. Es gilt demnach allerdings für Deutschland, auf seiner Hut zu sein. —

AC° **Frankfurt,** den 16. Dec. Eine der wichtigsten öconomischen inneren Angelegenheiten, welche nach Entscheidung der Haupttagsfrage, über Neubildung des ganzen Zollvereins und des Handelsvertrags mit Oesterreich, zur Entscheidung kommen wird, betrifft die Besteuerung der inländischen Rübenzuckerfabrikation. Der Ertrag der Steuer für ausländische und einheimische Zucker ist im Zollverein von 5,213,110 Rthlr. im Jahre 1841, in Folge der Ausdehnung der zollvereinsländischen Rübenzuckerindustrie, auf 4,628,146 Rthlr. im Jahre 1851 gesunken. Um diesen bedeutenden Ausfall in der Zollvereinskasse zu decken, beabsichtigt die preußische Regierung eine Erhöhung der Steuer von 3 Sgr. auf 4½ Sgr. für den Centner Rüben zur Zuckererzeugung. Die Nächstbetheiligten berufen sich dagegen auf den Vertrag vom 8. Mai 1841, nach welchem eine Erhöhung der Steuer innerhalb des jedesmaligen Trienniums, das diesmal noch bis zum 1. Sept. 1853 währt, nicht eintreten, und der Eingangszoll auf ausländische Zucker stets so viel höher gehalten werden soll, daß der inländischen Fabrikation ein angemessener Schutz gewährt bleibe; sie berufen sich ferner auf die Nachtheile, welche ihnen aus dem Septembervertrage, der eine Herabsetzung des fremden Sirupszolls von 4 Rthlr. auf 2 Thlr. in Aussicht stellt, so wie auf den Schaden, welcher ihnen aus der neueren Gesetzgebung über strenge Sonntagsfeier erwachse, erklären sich übrigens mit einer stufenweise und in längeren Zwischenräumen allmählig selbst bis auf 5 Sgr. für jeden zur Verarbeitung kommenden Centner Rüben gesteigerten Steuererhöhung einverstanden, und hoffen, daß die Regierung auf ihre deßfallsigen Vorschläge eingehen werde. Zunächst wird es auf den Ausspruch der preußischen Kammern ankommen, die sich bis jetzt der Erhöhung der Steuer nicht geneigt erwiesen haben. — Der Zollverein zählt gegenwärtig 190 Rübenzuckerfabriken, welche jährlich 18 Millionen Centner Rüben verarbeiten und 1,200,000 Cent. Zucker liefern, der, nach Abzug der Steuer, einen Werth von 10,800,000 Rth. hat. Bei der zollvereinsländischen Rübenzuckerindustrie sind im Frühjahr und Sommer 85,000 Männer, Frauen und Kinder, im Herbst und Winter 100—120,000 Menschen direct beschäftigt, welche zusammen an Arbeitslohn 3,850,000 Rth. jährlich verdienen. In Folge der Ausdehnung dieser Industrie hat sich der Preis der Raffinade von 30 Rth. der Centner im Jahr 1830, auf 17 Rth. im Jahr 1851 ermäßigt, und der Zuckerconsum im Zollverein von $3\frac{44}{100}$ Pfund auf den Kopf (1837) bis zu $5\frac{38}{100}$ Pfund gehoben. Günstiger als im Zollverein ist die Rübenzuckerindustrie in Oesterreich gestellt. Die Steuer beträgt dort 5 Krzr. = 1½ Sgr., für den Centner Rüben oder 1 fl. 40 kr. für den Entr. Zucker. Die österreichische Rübenzuckerfabrikation, welcher den Raffinerien gegenüber, die indischen Zucker verarbeiten, der niedrige Stand der Valuta besonders zu Gute kommt, zählt die entschiedensten Gegner des Septembervertrags; die Rübenzuckerfabrikanten in Oesterreich waren überhaupt den Zolleinigungsprojecten nie gewogen. Die österreichische Monarchie zählte 1848 58 Rübenzuckerfabriken, welche 2,900,000 Centner Rüben verarbeiteten und hatte 1851 schon 123 Fabriken, mit einem Verbrauch von 5,000,000 Ctr. Rü-

ben. — Noch mehr als in Oesterreich ist die Rübenzuckerindustrie in **Rußland** begünstigt. Die Abgabe, welche dort in Form eines Gewerbscheins erhoben wird, ist sehr gering, die Einfuhr von Raffinade, Melis, Lump- und Kandiszucker aber verboten. Rußland zählte im Jahre 1840 112 Rübenzuckerfabriken und 1849 schon deren 307. Seitdem sind viele neue Anlagen gemacht worden. Bemerkenswerth ist, daß ⅘ der Gesammtproduction des inländischen Zuckers in Rußland in Form von bloßem Rohzucker consumirt werden.

* **Frankfurt,** den 15. Dec. Nachdem die Preise von Brodfrüchten wie allerwärts in den beiden letzten Wochen auch hier eine wesentliche Erhöhung erhalten haben, ist es seit ehegestern im Umsatz und Geschäfte etwas stiller geworden, ohne daß man gerade billiger kaufen könnte. Der Mangel an neuen Aufträgen vom Oberrhein und aus der Schweiz mag dafür die Hauptursache sein. Es ist aber Thatsache, daß die Vorräthe von reeller Frucht bereits sehr zusammengegangen und darum die Aussichten allgemein dem Artikel günstig sind. Weizen 11¾ fl., Korn 9¼, Gerste 8, Erbsen 9, Bohnen 10¼, per 100 Kilogr., Hafer 3¼ per 60 Kilogr. Oel macht sich fester und wird effectiv mit 34 Rth., auf Lieferung gar nicht verkauft. — Im Verhältniß zur Besserung der Wiener Börse will die Meinung für österreichische Valuta und Papiere an unserer Börse noch nicht besser werden. Bei großem Geschäfte und bedeutenden Schwankungen ging in spanischen Papieren viel um. Discont unverändert.

Deutsche Umschau. Unter dieser Ueberschrift sagt der „Nürnb. Kur.“: Es gibt so viele Leute, die Alles vergessen, weil sie nichts gelernt haben, und deren Gedächtniß da am kürzesten wird, wo es mit den persönlichen Interessen in Zwiespalt geräth. Es ist kein großer Zeitabschnitt zwischen heute und damals getreten, als man deutsche Truppen in Schleswig-Holstein sah, wo es Ritterlichkeit und Ehrensache war, für die Brüder an der Nordsee den Schleppsäbel rasseln zu lassen; es ist nicht so lange, daß unter deutscher Aegide sich dort oben in unserm entferntesten Norden eine Regierung aus deutschgesinnten Männern, ein Heer aus den wackersten bravsten Söhnen des Vaterlandes bildeten, organisirt und sanktionirt wurden, und doch so schnell war das Gedächtniß für Schleswig-Holstein aus gewissen Regionen wie verschwunden. *) Wir sehen die edlen Söhne jenes tapfern Heeres geächtet, eingekerkert, wir sehen die Väter von armen, vermögenslosen Familien weggerissen, die Gatten weggeschleppt und wären die Gattinnen erblindet, wie die edle Frau des tapfern Schütz, ihnen jede Stütze, selbst der Almosenpfennig geraubt; sind Noth und Krankheit an die Stelle früherer Wohlhabenheit und Wohlseins in ihren Wohnungen eingekehrt und strecken hungermagere Hände zu Hunderten sich nach jenen Gegenden aus, von woher ihnen in der damaligen Zeit neben Aufmunterung deutscher Beistand versprochen wurde, — das Weltrad bewegte sich, die Schärpe, um den großen Mann in der Berliner Gasse geschlungen, gerieth in die Speichen und zerriß, die Schärpe, welche nicht blos um Preußen, sondern um Deutschland geschlungen werden wollte, und das „Schwert Deutschlands,“ das in die Wagschale an der Nordsee fallen sollte, verlor seinen Griff, und die Fahne, welche dem in der Geschichte aufgezeichneten Zuge in der Spreestadt voranflatterte, brach den Schaft, sie ist vom Egoismus, der „den Häusern“ dient, zerfressen und alle Jene, welche dorthin ihre hoffenden Augen, ihre abgemagerten Hände, ihre gebrochenen Herzen richteten oder noch richten, — weil sie deutsch sind und sein wollen, — sie werden den dichten Schleier der Vergessenheit nicht durchdringen, der sich dort um Häupter wand, denen nichts geblieben ist, als die Erinnerung einiger mißliebigen Stunden, die sie sich selbst bereiteten, und die es vergessen haben, daß jene Zeit lediglich ein Mahnbrief war mit Fracturschrift an die Zahlung einer alten Schuld an das deutsche Gesammtvaterland. Wenn die Zeit mahnt, so pocht sie in der Regel mit eiserner Faust an unsern Thüren. Wer diesen Mahnruf nicht hört, den wird sie züchtigen mit all jenen Ruthen, welche uns die Völkergeschichte aufbewahrt hat. Aber die Geschichte, was ist sie für jene Leute, denen das Gedächtniß fehlt? Und dennoch, sie läßt ihre Forderungen keinem Schuldner nach, sie ist unbarmherzig, wenn die mißachtete Mahnung der Execution Platz machen muß und so gewiß wird die alte deutsche Schuld eingelöst werden, als gewiß es ist, daß kein noch so langwieriges Elend die deutsche Macht und die deutsche Kraft, deutsche Gesittung und deutsche Intelligenz zu erdrücken vermochte. Das deutsche Volk stand nie auf jener Stufe, auf der wir es jetzt erblicken, und hat es bisher keinen Hort gefunden, auf den es vertrauend in seinem vereinzelten Leiden schauen konnte, hat sein namenlosestes Unglück Einzelner unter fremder Mißhandlung auch keine diplomatische Feder bewegt, während man in anderen Ländern einige Thaler eines Pacifico mit Schwert und Flotte zu sichern weiß, so darf uns das nicht beirren, das deutsche Volk weiß es, woher es sein Heil nicht zu erwarten hat, und das ist ein großer Trost, es steht auf einer erfreulichen Erkenntnißstufe, auf welcher es nur jene nicht sehen, welche vergessen und nicht gelernt haben, mit einem großen Volke geachtet und glücklich zu sein, und darin liegt die große Zukunft des geliebten Vaterlandes.

*) Wir Pfälzer brauchen nicht bis nach Schleswig zu gehen, um solche Beispiele schwachen Gedächtnißes vor Augen zu haben: in gar manchen Fällen würde man dem eigenen Gedächtniße nicht trauen, wenn man die Beweise nicht noch großen Theils schwarz auf weiß zur Hand hätte! D. Red.

Baden. Die Auswanderung nach Amerika dauert hier noch immer stark fort und scheint mit dem Frühjahr sogar noch einen größern Aufschwung als bisher zu nehmen. Dieser Tage wurden aus der einzigen Gemeinde Kirchhofen bei 150 Köpfe nach Nordamerika befördert. Die Kosten übernimmt zum Theil die Gemeinde, zum Theil der Staat.

Brake, den 11. Dec. Mit dem heutigen Tage ist das Flottendrama, so weit es unsern Hafen näher betrifft, ausgespielt. Die deutsche Flagge hat aufgehört auf unserer Rhede zu wehen, und Englands stolzes Banner wehet von unseren früheren Kriegsschiffen! Die Schiffe werden nun in den nächsten Tagen fertig gemacht und gegen Ende nächster Woche nach London abgehen. Wie wird man dort lachen und unser spotten, wenn unsere **verkaufte** deutsche Flotte die Themse hinaufsegelt! Wären unsere Schiffe als Opfer eines Orkans vom Ocean verschlungen — wären sie ein Raub der Flammen geworden — hätten sie im ehrlichen Kampfe vor dem mächtigeren Feinde die Flagge streichen müssen — die Nachricht davon wäre eine Wohlthat gewesen gegen das, was Jedermann über diesen Verkauf hier empfindet! Oder sollte vielleicht eine Krämerseele den Kaufpreis in die Wagschale legen wollen? Was sind denn diese 238,000 Thlr. Cour. für diese sechs Schiffe mit ihren Geschützen und sonstiger Ausrüstung? (Old. Z.)

Innsbruck. Der Bürgerausschuß hat mit Majorität beschlossen, den Liguorianern (Jesuiten) die Ansässigmachung in der Stadt zu verweigern.

Wien, den 12. Dec. Um Gemeinden und Einzelne, welche von Räubern nähere Kenntniß haben, zur Angabe derselben anzuspornen und den Sicherheitsbehörden deren Aufgreifen zu ermöglichen, wurden in **Ungarn** folgende Prämien ausgesetzt: a) auf die Angabe eines „gewöhnlichen Räubers“ oder eines solchen, der mehrer in Verbindung mit Genossen begangener Raubthaten überwiesen wird, 300 fl.; b) des Häuptlings einer Räuberbande 500 fl., und endlich c) einer ganzen Bande oder wenigstens von 10 deren Gliedern 1000 fl.

Wien, den 15. Dec. Der Kaiser begibt sich, dem Vernehmen nach, heute Abends über Dresden nach Berlin. (A. Z.)

Schweiz.

Bern. Der Regierungsrath war letzten Samstag mit der Festsetzung des Programmes für die Jubelfeier des fünfhundertjährigen Eintritts Berns in den Bund beschäftigt. Nach den uns gemachten Mittheilungen wird die Sache in sehr großartigem Maßstabe angelegt. Die Abgesandten und Ehrengäste der verbündeten Kantone sollen durch Deputationen an der Gränze empfangen und nach der Stadt geführt werden. Die Feier beginnt am 21. Juni. Da das Fest auf die Jahrestage der Schlachten bei Laupen und Murten verlegt wird, so soll sich auch der kostümirte Zug auf diese denkwürdigen Ereignisse beziehen. Es werden daher die v. Erlach, Waldmann, Hallwyl, Hertenstein und d'Affry mit ihren Kampfgenossen gleichsam aus dem Grabe erstehen, um den späten Enkeln dieselben Gefühle für das Vaterland einzupflanzen, die sie beseelten, in den Tod zu gehen. Hierzu sollen 600 Mann und 200 Pferde verwendet werden.

Frankreich.

Paris, den 14. Dec. So eben erhalte ich die Probebogen einer imperialistischen Broschüre, betitelt: „Les Limites de la France,“ die in den nächsten Tagen erscheinen wird, einen verdächtigen, anscheinend nicht individuellen Ursprung hat und das größte Aufsehen erregen muß. Ich werde morgen mit Muße auf diese „Gränzen,“ welche über die gegenwärtigen bedeutend hinausgeben, zurückkommen, und bemerke für heute nur, daß der Verfasser nichts weniger als die Rheinprovinzen, Belgien und Savoyen für Frankreich verlangt. (Köln. Z.)

Das Verhältniß des Baarvorraths zu dem Notenumlauf hat seit einem Jahre sich so verändert, daß, während jener damals 100 Mill. mehr betrug als der Notenumlauf, er jetzt 160 Mill. weniger beträgt.

Wie verlautet, sollen in Paris wieder öffentliche Spielbanken geduldet werden, und zwar an vier Orten. Die für das Vorrecht, durch diese vier Spielhöllen, die um 3 Uhr Morgens geschlossen werden müssen und deren Eröffnung schon am 1. Januar 1853 zu erwarten steht, das Publicum auszubeuten, an den Staat jährlich abzugebende Summe soll auf 7 Millionen Fr. festgesetzt sein.

Spanien.

Madrid, den 11. Dec. General Narvaez ist nach Bayonne abgereist. Er empfing vorher die Besuche vieler ausgezeichneter Persönlichkeiten, sowie eine Deputation der progressistischen Partei, welche ihm ihre Sympathien ausdrückte. Das Manifest der vereinigten Opposition wurde noch von ihm unterzeichnet.

Italien.

Die Gaz. di Popolo ist empört darüber, daß der Erzbischof von Mailand an den Clerus seiner Diöcese ein Rundschreiben erlassen habe, um denselben zu ermahnen, sich dem österreichischen Kaiser blind ergeben zu zeigen. Im Jahre 1848 sei derselbe der erste gewesen, der in einer erzbischöflichen Ansprache seine Stimme gegen die Unterdrücker Italiens erhoben habe, und jetzt predige er das Gegentheil.

Zwei Pfarrer in **Piemont** sind wegen beleidigender Aeußerungen über die Verfassung verhaftet worden.

China.

München, den 13. Dez. Die chinesische Post vom 30. Oct., welche diesmal also nur 44 Tage von Hongkong nach München brauchte, bringt wenig Nachrichten von Bedeutung. Der Aufstand ist noch immer im Kreise Hunan concentrirt. — Einige Schiffe der americanisch-japanischen Expedition, sowie die verschlagenen Japaner aus Californien, welche in ihr Vaterland zurückgebracht werden sollen, sind bereits in den chinesischen Gewässern angekommen. Mehrere andere werden erwartet. — Aus einer statistischen Mittheilung ersieht man, daß jährlich zu Canton nicht weniger als 2000 Personen enthauptet werden. Auch wird berichtet, daß von den 8000 Magistern, die sich um den Doctorgrad (Kiuschin) meldeten, nur 70 das Examen bestanden haben sollen. Die Aufgaben sind freilich wunderlich genug gewesen. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 17. Dec. Das Frankftr. Journal, hält sich in einem offiziösen Artikel bitter darüber auf, wie das Debats seine Mittheilung über die Anzeige des französ. Gesandten wegen der Thronbesteigung Napoleons und die Antwort der Bundesversammlung durchaus entstellt übersetzt habe; sogar das Wort „offiziell“ sei unterschoben worden u. s. f. (Das Ganze erinnert an die neuliche württembergische Erklärung, und — an die Art, wie einst eine Adresse der Gesandtschaft der hanseatischen Städte an Napoleon I. zugestutzt ward!)

Köln, den 15. Dec. Gestern Abend fuhren die übrigen der in der Dr. Becker'schen Procedur Verurtheilten mit dem Schnellzug von hier auf Berlin zu nach den Festungen, wo sie die ihnen zuerkannte Strafe zu verbüßen haben. Ihre Bestimmungsorte sollen sämmtlich wie das Gerücht sagt, in den östlichen Provinzen liegen.

Das Portrait des jüngst hier verurtheilten Dr. Becker, gemahlt von W. Kleinenbroich, ist hier in Commission bei Honnef erschienen.

Man erzählt sich hier wieder eine Duellgeschichte. Als Duellanten bezeichnet man dießmal zwei Gymnasiasten, einen 16- und einen 17jährigen, die beide in Liebe entbrannt gewesen zu der 13jährigen Tochter eines Beamten, welche sich gerade in Pension befindet. Nachdem der eine einen Hieb über den Kopf und der Andere einen ditto ins Gesicht empfangen, ging die Abneigung in Zuneigung über; sie fielen sich in die Arme und fuhren in demselben Wagen zurück in ihre Wohnungen.

Wallis. Der Allg. Ztg. wird von hier geschrieben: daß hoffentlich Napoleon III. sich des Hospizes St. Bernhard erinnern und es kräftig gegen die Maßnahmen der Walliser-Regierung in Schutz nehmen werde. So blicken die Reactionäre hier wie in Freiburg auf den Kaiser Mediator!

Bern. Am 13. d. wurden die Buchhändler in der Stadt Bern vor den Regierungsstatthalter citirt und befragt, ob sie die Schrift von Victor Hugo „Napoleon der Kleine“ verkauft und woher sie dieselbe bezogen haben. Nach dem Intelligenzblatt läßt die französische Gesandtschaft diese Nachforschungen anstellen, ohne Zweifel, um den Uebersetzer und Drucker einer in der Schweiz herausgekommenen Uebersetzung ausfindig zu machen! Regiert denn die französische Gesandtschaft schon in der Schweiz? (Schw. Nat.-Ztg.)

Paris. Der berühmte Physiker Pouillet, einst Lehrer des Grafen von Paris, berichtigt in öffentlichen Blättern die Angabe, daß seine Stelle als Professor der angewandten Physik am Konservatorium der Künste und Gewerbe durch seine „Entlassungsnahme“ vakant geworden sei. Man habe ihm blos die Wahl zwischen einem Eid und Absetzung gelassen und den Eid habe er nicht wählen können.

Eine Beilage zu diesem Blatt folgt heute Abend.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1253] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in Speyer bei Herrn Louis Cron.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. Schmelzer,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. König,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. Heußer,
„ Landau bei Hrn. A. Schimpf,
„ Ludwigshafen bei Hrn. Rau,
„ Pirmasens bei Hrn. Wilken,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker Roth.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

Beilage zur Neuen Speyerer Zeitung.

Sonntag (Zu Nro. 304. den 19. December 1852.

Deutschland.

⊙ **Aus dem Westrich**, den 18. Dec. Aus dem Falschmünzer-Artikel der Pfälz. Zeitung vom 16. d. ersehen wir am Schluße, auf welch gehässige Art die edle Pfälzerin ihre Galle einmal wieder über einen Mann ergießt, der, weil er reich ist, nicht unbedingt der Rückschrittspartei huldigt. Wir kennen zwar die Person nicht, die sich Hr. Jäger dießmal zur Besudelung ausersehen hat; nichtsdestoweniger behaupten wir aber dreist, daß deren politische „Unzurechnungsfähigkeit" (wie sich Hr. Jäger auszudrücken beliebt), unmöglich so groß sein kann, als der Ekel, den die Pfälz. Zeitung längst schon bei dem bei weitem größeren Theil des pfälzischen Volkes erregt hat. Sollte es wirklich wahr sein, daß ein „bekannter Künstler" einen Mann, der sein politischer Gegner ist, einen „Democratensimpel" genannt hat, so ist es nur zu bedauern, daß eben dieser Künstler der ehrbaren Pfälz. Zeitung, nicht mehr Lebensart besitzt. —

Mainz, den 17. Dec. Heute Morgen wurde auf höhere Verfügung hin die sehr zahlreich besuchte Mädchenschule (Privatinstitut) der Fräulein Embt geschlossen. Die Lehrerin entließ ihre Zöglinge, die sich weinend entfernten. Fräulein Embt ist hier als eine in hohem Grade befähigte freisinnige Lehrerin bekannt, weßhalb in ihrem Institute sich Kinder aller Confessionen befanden und täglich neue Schülerinnen dazukamen. Die Schließung desselben hatte Niemand erwartet. (Mainz. Volksblt.)

Würzburg. Nachdem kürzlich vor dem Theater ein Lieutenant Lissignolo einen Studenten mit seinem Säbel verwundet, herrscht hier fortwährend die größte Aufregung unter den Studenten, welche unter dem Vorsitze des Rectors mehrere Versammlungen gehalten haben.

Berlin, den 17. Dec. Der Kaiser von Oesterreich ist heute Mittag 12 Uhr hier angekommen. Unser König war dem Gaste bis Jüterbogk entgegengefahren.

Bremen, den 11. Dec. In Newyork wird der Plan betrieben, schon im Laufe des nächsten Jahres Schraubendampfer, von 2000 Tonnen Gehalt zu bauen, die eintausend Passagiere an Bord nehmen können, und außerdem 1000 Tons Güter. Der Kostenanschlag für einen solchen Schraubendampfer hat sich auf 225,000 Doll. gestellt. Man will nur 16 bis 17 Tage zwischen Newyork und Hamburg Fahrzeit brauchen; ein großes Hamburger Haus steht mit Newyork in Unterhandlung. Es wird, wie es scheint, allmählig für Bremen Zeit, ernsthaft zu überlegen, was die Schraubenschiffahrt eigentlich auch für die Auswandererexpedition bedeutet. (Br. Hdlsblatt.)

Wien. Die Gräfin K., die wegen Kindesmords in Paris vor die Assisen hätte gestellt werden sollen, dann aber auf Reklamation an Oesterreich übergeben wurde, ist nun nach einigen Wochen ärztlicher Untersuchung und Beobachtung für geisteskrank erklärt und ihren in Ungarn lebenden Verwandten zugeschickt worden.

Oesterreich. In Galizien treiben jetzt, wie die polnischen Zeitungen berichten, Mordbrennerbanden ihr Unwesen. Auf einem Flächenraum von nur 1½ Quadratmeilen haben unlängst acht große Brände an adeligen Hofgebäuden — die kleineren Brände ungerechnet — stattgehabt. So leidet der Adel, der durch die schrecklichen Scenen vor 5 Jahren schon so sehr heruntergebracht worden, aufs Neue, zumal die letzte Erndte schlecht ausgefallen, und an Viehfutter bereits ein solcher Mangel ist, daß die Heerden zu Spottpreisen verkauft werden. Seine Rettung sieht der Adel jetzt nur noch in den baaren Entschädigungssummen, die ihm für die aufgehobenen Frohndienste gewährt werden sollen.

Frankreich.

Paris, den 14. Dec. Das Pays hatte zuerst, und nach ihm alle anderen Journale, worunter sogar der Moniteur, einen von dem verbannten Exmontagnard Chavoir unterzeichneten Brief an den Kaiser veröffentlicht, worin derselbe seine Unterwerfung erklärte, Gnade verlangte und sich selbst den Unterthanentitel beilegte, mit dem beigefügten Bemerken: „daß dem Bittsteller die nachgesuchte Gnade sofort bewilligt worden sei." Es scheint nun, daß dieser Brief eine bloße Erfindung war, da Hr. Chavoir von Figueras in Spanien aus unterm 8. Dec. folgendes erklärt: „Alle die mich kennen, wissen die ausnahmsweise und schmerzliche Lage, in der ich mich befinde, und alle die Unglücksfälle, die ich zu ertragen gehabt habe. Wenn meine Verbannung sich verlängert, so werden wahrscheinlich neue und schwere Leiden auf mich hereinbrechen; aber in einer Frage, wo es sich so laut um Ehre und politische Rechtlichkeit handelt, gehorche ich dem Schrei meines Gewissens und gebe die folgende Erklärung: Ich weiß nicht, wer der Verfasser des Briefes ist; ich habe ihn nicht geschrieben, noch unterzeichnet."

Eine neue Kaiserbraut wird genannt, nämlich die Tochter Dom Pedro's und der Prinzessin von Leuchtenberg, die Infantin Donna Maria Amalia. Sie befindet sich zur Heilung eines Brustübels auf der Insel Madeira.

Man schreibt in dem legitimistischen Salon die Wendung der Heirathsangelegenheit den nordischen Mächten zu, und citirte ein Wort Napoleons III, der sich hierüber weniger Täuschung als seine Freunde macht, ein Wort, dessen Richtigkeit ich übrigens dahingestellt sein lasse: „Me prend-on pour un pompier, qui a éteint l'incendie et qu'on ne veut pas recevoir dans son salon?" Man erzählte ferner, daß ähnliche Versuche mit Heirathsplanen an einem andern Hofe mißlungen seien. (Allgem. Ztg.)

Zwei Tage vor dem 16. Oct. entdeckte man bekanntlich eine Verschwörung, die am genannten Tage beim Einzug Louis Napoleon Bonapartes in Paris ausbrechen sollte. Man hat keine große Untersuchung angestellt, sondern alle damals verhafteten Personen nach Toulon gebracht, von wo sie nach Nukahiwa und Cayenne deportirt werden. Sie sind als ehemalige Sträflinge eingeschrieben worden und die können auf Befehl des Polizeiministers ohne Umstände in die andere Welt geschickt werden. — (Fr. K.)

— den 15. Dec. Ich komme heute zuvörderst auf das interessante Buch zurück, dessen Erscheinen ich Ihnen gestern ankündigte. Der Verfasser bespricht die augenblickliche Lage der französischen Grenzen und kommt zu dem Schlusse, daß Frankreich einem Angriffe der nordischen Mächte durchaus bloßgestellt, und es für das Land eine Lebensfrage sei, sich andere Gränzen zu verschaffen. Belgien, Savoyen und die Rheinprovinzen sind nun nach des Verfassers Ansicht Frankreich nothwendig, und wenn das erstere Land es entschieden in seinem Interesse sehen müsse, Frankreich einverleibt zu werden, so würden auch sicher Savoyen und die Rheinprovinzen aus vielen Gründen nicht bedauern, ihre jetzigen Herren gegen

Frankreichs Kaiser zu vertauschen. Seine natürlichen Alliirten hat Frankreich in Spanien und Italien zu suchen, das letztere Land durch die Vertreibung der Oesterreicher so zu einem kräftigen und einigen Reiche machend, und wenn eine solche einige Allianz bewerkstelligt, hat es seine Blicke nach dem Norden zu richten. Dort findet es Rußland und Schweden und Dänemark, welche drei Staaten nicht wie Preußen, Oesterreich, das übrige Deutschland und England ihm feindliche Interessen haben. Aber um sich Rußland zu nähern, darf Frankreich keine Politik adoptiren, welche es ins Gefolge eines so gefährlichen Alliirten stellen und welche seinen Einfluß im Oriente schwächen würde. „Innige Verbindung mit Spanien und Italien, Neutralität Hollands und der Schweiz, Allianz mit Rußland, dahin muß das entschiedene Ziel der französischen Politik gehen ...“ Der Verfasser schließt: „Die natürlichen Grenzen und vor Allem die Rheinlinie, das ist die Lebensfrage Frankreichs... Glaube man ja nicht an die Utopie des Friedens, mit welcher gewisse Leute, welche aus der Politik eine Gewissenssache machen, die Welt beglücken wollen. Der Krieg ist eines der Uebel der menschlichen Gesellschaften, welche zu ihrer Größe beitragen und niemals verschwinden. Wenn Frankreich auf alle Plane der Eroberung und Vergrößerung verzichtet, wenn es einschläft oder abstumpft, so würde das ein sicheres Zeichen seines Unterganges sein. Jede Nation, welche keinen Ehrgeiz mehr hat, ist eine Nation, die abdankt. Hoffen wir, daß es mit Frankreich nicht so weit gekommen ist, daß es seine Vergangenheit nicht vergessen hat und nicht vergessen wird die Sorge für die Zukunft.“ — In den Salons circulirt die folgende Aeußerung, welche Thiers in den Mund gelegt wird: „Il y a deux ans, je disais, l'Empire est fait, aujourd'hui j'affirme, la guerre est déclarée.“ (Köln. Z.)

In einem Schreiben, in welchem Napoleon einem Arbeitercomité für eine ihm erwiesene Aufmerksamkeit dankt, sagt er am Schlusse: „Wenn ich gern sagen höre, daß ich in den Werkstätten und Dachstuben zahlreiche Freunde habe, so können dagegen diejenigen, die arbeiten oder leiden, mit Sicherheit auf mich zählen.“

— den 16. Dec. Der Moniteur enthält heute eine sehr glänzende Darstellung der Lage der Staatsfinanzen in dem gegenwärtigen Jahre. Durch die Mehreinnahmen und durch die Nichterschöpfung der bewilligten supplementarischen und außerordentlichen Credite wird das Gesammtdeficit des Jahres 1852 auf etwa 40 Millionen heruntergebracht. (!)

Der Moniteur veröffentlicht heute das amtliche Verzeichniß der bei der Erstürmung von Laghuat getödteten oder verwundeten französischen Militäre; die Zahl der ersteren beläuft sich auf 26, die der letzteren auf 182.

— den 17. Dec. Die bisherigen Gerüchte von einer Modification des Ministeriums werden heute officiell widerlegt. Sie seien nur verbreitet worden, um die Handlungen der Regierung zu schwächen.

† **Paris**, den 17. Dec. Auf der Börse sind die Curse auf die Nachricht von der Niederlage des englischen Ministeriums etwas gestiegen; man erwartet ein Ministerium Palmerston, das dem Kaiser geneigt sei. — Das Pantheon wird am 3. Januar für den katholischen Cultus wieder eingeweiht werden. — Die Domainenverwaltung bereitet einen Bericht vor über die ungesetzmäßige Ausbeutung der Domainenforsten durch die Orleans'sche Familie. Es soll Rückersatz von derselben verlangt, und eventuell der Kaufpreis für das in der letzten Zeit von den Orleans veräußerte Privateigenthum mit Beschlag belegt werden.

Spanien.

Madrid, den 12. Dec. Es geht das Gerücht, die Königin Isabella habe den General Lersundi mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt. — Der Opposition ist definitiv jeder Zusammentritt verboten worden. Die Demission des Generals Urbino ist gewiß. Mehre Generale haben die Annahme des Portefeuilles des Krieges verweigert.

Großbritanien.

London, den 17. Decbr. Unser Ministerium ist in der heute erfolgten Abstimmung über das Budget (die von Disraeli beantragte Steuer) unterlegen. Für das Ministerium erklärten sich 286, gegen dasselbe 305 Stimmen; daher oppositionelle Majorität 19 Stimmen.

* Dem Ministerium bleibt nichts anderes übrig, als entweder das Parlament aufzulösen oder seine Entlassung zu geben.

Redacteur und Verleger: G. F. Kolb.

[1350*] **Geschäftseröffnung in Ludwigshafen a. Rh.**

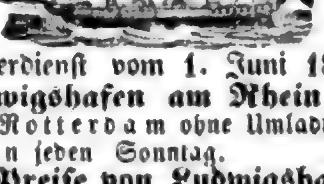
Ich beehre mich hiemit meinen Geschäftsfreunden anzuzeigen, daß ich unterm heutigen Tage **in Ludwigshafen am Rhein** ein

Speditions- und Commissions-Geschäft

errichtet habe und halte mich ihrem fernern Wohlwollen bestens empfohlen.

Frankfurt a. M. und Ludwigshafen a. Rh., den 12. December 1852. **Heinrich Henle.**

[1254] **Niederländische**

Dampf-  **Schifffahrt.**

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an

von Ludwigshafen am Rhein täglich:

4 Uhr Morgens nach Rotterdam ohne Umladung in ca. 36 Stunden.

Von Ludwigshafen direct nach London jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.

Von Rotterdam nach Ludwigshafen in 5 à 7 Tagen,

„ Ludwigshafen nach Rotterdam in 3 à 4 Tagen.

Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.

Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852 Der Agent: **C. Aug. Exter.**

Neue Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 303 | den 21. December 1852.

Deutschland.

• **Speyer.** Wir wünschen den Krieg nicht; wir fürchten das Unglück, das ihn begleitet; allein wir können uns nicht verhehlen, daß Tag für Tag die Umstände sein Eintreten wahrscheinlicher machen. Der neue Kaiser der Franzosen folgt zu sehr den Schritten seines Oheims, als daß es wahrscheinlich wäre, er wolle in diesem wichtigsten Punkte geradezu den entgegengesetzten Weg wandeln. Die einzelnen Nachrichten aus Paris geben keineswegs Grund zu sorgloser Beruhigung. Die „natürliche Grenze" ist dort mehr als jemals zum Schlagwort geworden. Dabei dürfen wir erwarten, daß der junge Kaiser von Oesterreich nicht gemeint sein werde, sich irgend etwas zu vergeben. Er hat die Siege in Italien unter Radetzki's Führung gekostet, und Manche, die ihn umgeben, wünschten schon vor zwei Jahren (damals gegen Preußen) den Krieg. Die Zusammenkunft der Monarchen von Oesterreich und Preußen zu Berlin erinnert allerdings an frühere Fürstencongresse, wie zu Pilnitz, und an die Reise des Kaisers Alexander nach Berlin im Jahre 1805, die bekanntlich nicht ohne Beschlüsse für eintretende Eventualitäten blieben.

• Den Kriegsfall angenommen, so genügt ein Blick auf die Karte, um uns die ungeheuere Wichtigkeit der gleichsam zwischen Frankreich und Deutschland gelegenen Länder Belgien, Schweiz und Piemont augenscheinlich zu machen. Huldigte man in Deutschland den freien Principien, welche man 1848 allenthalben proclamirte, so würden jene drei Staaten naturgemäß sich an uns anschließen. Nicht nur die strategischen Positionen, auch die Heere zweier derselben wären Deutschland gesichert, und dazu mindestens eine wahre Neutralität der Schweiz. Wie jetzt die Lage der Dinge, so ist es sehr zweifelhaft, welche Haltung jene Staaten annehmen werden. Piemont steht bereits ziemlich auf der französischen Seite; Belgien ist schon durch die Furcht (weil es an Deutschland sich anzulehnen keinen besondern Reiz empfindet) fast eben dahin gebracht, und mit der Schweiz befinden wir uns leider ebenfalls nichts weniger als in besonders freundlichen Beziehungen.

• Gerade bei der jetzigen Lage der Dinge müssen wir es sehr mißbilligen, wenn sich ein officiöses Blatt, wie die „Pfälzer Ztg." in scurrilem Tone über Frankreich ausläßt. Wozu soll es dienen, wenn ein solches Blatt mit Phrasen um sich wirft, welche nur geeignet sind, das allerdings übertriebene Nationalgefühl unseres westlichen Nachbarvolkes zu verletzen und zu reizen, und denen man eine Bedeutung beilegen kann, weil es sich um ein officiöses Journal handelt. Mit den Redensarten: „se sauve qui peut sei französisch," die „Welschen" sollten sich an die „deutschen Hiebe" erinnern u. s. f. — mit solchen leeren Phrasen, sagen wir, wird weder Enthusiasmus erzeugt noch der lahmste Invalide zurückgeschlagen. Man sei in Deutschland allerdings tüchtig auf seiner Hut, eine als offiziös sich gerirende Zeitung aber erlaube sich nicht, in so ernster Sache in solchem Tone zu höhnen. —

• **Speyer,** den 18. Dec. Schon vor einiger Zeit haben wir gemeldet, daß das Gnadengesuch eines der politisch Verurtheilten abgewiesen sei. Jetzt meldet die Pflzr. Ztg., daß die Gnadengesuche überhaupt dieses Schicksal erfahren haben sollen. Erst vor Kurzem mußten wir noch in der „Pflzr. Ztg." sehen, wie einem hochgeschätzten Mitgliede des Landraths der Vorwurf der Unbesonnenheit (und noch weit mehr) gemacht werden wollte, wegen seines Antrags einer Verwendung für jene Unglücklichen, — indem er dadurch leichtfertig denselben so sehr geschadet haben würde! Heute muß man Diejenigen, welche damals mit so apodictischer Gewißheit reden zu dürfen meinten, wol fragen, was sie dazu berechtigte, und ob es nicht dennoch am Platze gewesen wäre, wenn der Landrath der Stimme des Landes Worte geliehen und dieselbe zur Kenntniß des Königs gebracht hätte? Die Pfälzer Ztg. lamentirt nun über das Ergebniß. Es steht ihr solches aber übel genug an, nachdem sie Jahre lang jeden Schritt für die Unglücklichen verdächtigt und verhöhnt hat!

• **Speyer.** Seit längerer Zeit zum ersten Male ist in diesen Tagen wieder ein Sieg der freien Richtung erkämpft worden: das Hochtoryministerium in England ist (wie bereits gemeldet) im Parlament unterlegen und gestürzt. Der Jubel, in den unser Rückschrittsorgan erst vor wenigen Tagen über den gesicherten Bestand des Cabinets Derby-Israeli ausbrach, hat sich sonach schlecht bewährt. Der Hauptgesichtspunkt aber ist für uns der: daß gegen den Willen Englands gar mancher reactionäre Plan auf dem Continente nicht so leicht in vollem Umfange durchgeführt werden kann.

Hiezu kommt eine zweite, gleichfalls nicht unwichtige Wahrnehmung: es ist der bedeutende Widerstand, den die reactionäre Umsturzpartei in Spanien findet, und der, wie es wenigstens den Anschein hat, nicht ohne Erfolg geblieben, ja nach einer Meldung sogar mit dem Sturze des absolutistischen Ministeriums vorerst endigen dürfte.

Hoffen wir, daß die freie Richtung den tiefsten Punct, den das Rad auf seinem Umschwung erreichen kann, endlich zurück gelegt habe!

• **Speyer.** Die verschiedenen Reactionsblätter meinten neulich einen gewaltigen Fund gemacht zu haben an einem von Kinkel ausgehenden Revolutionssystem in Form weitester Ausdehnung der Falschmünzerei. Das war eine Freude! Nun meint aber selbst die Kölnische Ztg., das Ding habe just kein besonderes Gewicht und finde selbst in der Schweiz (die deßhalb besonders angegangen ward) gar keine Beachtung!

• **Speyer.** Vom Gebirge wird die Frage an uns gerichtet, wie es denn wol komme, daß man vom Gesammtbetrage des Baucapitals für die Neustadt-Weissenburger Bahn blos die verhältnißmäßige Kleinigkeit von 300,000 fl. für Actienunterzeichner in der Pfalz offen gehalten habe; da unter den obwaltenden Verhältnißen ein Agio von vorn herein gewiß gewesen, so hätten die Bankiers ohne alles Risico und ohne allen Grund einen unverhältnißmäßigen Gewinn erlangt. — Wir können auf diese Frage nur antworten, daß wir die Gründe nicht kennen.

• **Reactionäre Consequenz.** Die Pfälzer Ztg. sagt: „In Sardinien herrscht der extreme Liberalismus, der so ziemlich mit dem Radicalismus Hand in Hand geht. Sardinien gilt für einen „constitutionellen Musterstaat." — Dies ist freilich genug, daß die Pfälzer Ztg., welche einst als Organ der Gothaer Partei sich breit zu machen suchte!! — heut zu Tage gar übel auf die Sardinische Regierung zu sprechen ist, unbekümmert darum, daß der Conservatismus doch die Achtung vor den Regierungen überhaupt in keinem Fall antasten sollte.

Die Pfälzer Ztg. druckt unbedenklich einem andern Blatte folgende, gegen die Sardinische Regierung gerichtete Ausfälle nach: „Wenn man nur sparte! Statt dessen folgen Ernennungen auf Ernennungen, Dank der Stellenjägerei, die ein Erbübel aller Parteiregierungen ist. Und im Departement des Kriegs, wo die einträglichsten Ersparniße stattfinden könnten, besteht man hartnäckig auf den alten Forderungen. Man bemüht sich Kriegsfälle vorauszusehen und will Piemont nicht überrascht werden lassen, als ob bei europäischen Conflicten ein paar tausend Mann Piemontesen mehr oder weniger den Ausschlag geben würden!"

Die Leser der Pfälzer Ztg. können sich eine kleine Unterhaltung verschaffen, wenn sie nachschlagen wollen, wie sich das gedachte Blatt äußerte, als bei Berathung des Budgets in der baierischen Abgeordnetenkammer die Opposition, um die Steuererhöhung abzuwenden, ebenfalls sagte: „wenn man nur sparte!" und als sie insbesondere den Militäretat auf die frühere Summe herabgesetzt wissen wollte, wobei nicht zu vergessen ist, daß die Lage Piemonts, zumal heute, weit mehr gefährdet erscheint, als jene Baierns es namentlich damals war, und daß man hier gewiß mit dem nemlichen Grunde wie dort sagen konnte: „bei europäischen Conflicten werden ein Paar tausend Mann mehr oder weniger den Ausschlag nicht geben." — Was hier Recht, muß dort Unrecht sein! Es lebe die Consequenz der Reactionsblätter und — ihre Ehrlichkeit! —

München, den 17. Dec. Der Ministerialrath im Staatsministerium des Innern, Hr. A. Heintz, wurde aus administrativen Rücksichten in den zeitlichen Ruhestand versetzt und an seine Stelle der k. Regierungsrath (von Niederbaiern) Hr. A. Hermann berufen. (N.B.)

Die Nichtigkeitsbeschwerde in Sachen der Weserzeitung wurde durch Erkenntniß des obersten Gerichtshofes von heute als nicht zuläßig erklärt, weil im Contumacialverfahren lediglich die Staatsbehörde nach Art. 289 der Novelle vom 10. Nov. 1848 die Nichtigkeitsbeschwerde einlegen könne. Auf die materielle Frage wurde gar nicht eingegangen.

Frankfurt, den 18. Dec. Die Börse verkehrte in flauer Stimmung. Sowahl öster., mit Ausnahme von 4pCt. Met., als span. Fonds wurden zu niedrigeren Coursen verhandelt. Der Umsatz war nicht von Bedeutung.

Der Nachricht, daß Frankfurt das neue französische Kaiserthum bereits förmlich anerkannt habe, wird von unterrichteter Seite widersprochen. (F. J.)

Der Nachricht, daß in Preußen die Vorbereitungen zur Zollgränzerrichtung sistirt seien, wird widersprochen.

Darmstadt, den 17. Dec. In der heutigen Abgeordnetensitzung kam endlich das Budget zur definitiven Erledigung, nachdem diese Kammer in allen Hauptpuncten nachgegeben hatte. Unser zweijähriger Landtag wird damit in der Hauptsache sein Ende erreicht haben. In der heutigen Sitzung kam indeß noch eine Verhandlung vor, die speciell erwähnt werden muß. Die Kreditgenehmigung war seit nicht weniger als zwei Jahren provisorisch erfolgt. Von Seiten der ersten Kammer und der Regierung wurde nun beantragt, das endlich zu Stande gekommene Budget von jetzt an noch drei Jahre gelten zu lassen, da die Verfassung dreijährige Budgets bestimme! Dagegen erhob sich begreiflicher Weise die Opposition mit aller Macht. Man nannte diese Auslegung der Verfassung eine so originelle neue Erfindung, daß sie eines Erfindungspatentes würdig sei. Die Vertheidigung war, wie nicht anders möglich, nur schwach. Bei der Abstimmung wurde denn auch der Vorschlag mit 35 gegen 19 Stimmen verworfen.

Mainz, den 17. Dec. Eine für unser Armenwesen sehr erfreuliche Nachricht ist die, daß der vor einigen Tagen hier verlebte Rentner Engel aus Kostheim den größten Theil seines Vermögens — wie man sagt 80—100,000 fl. — dem hiesigen bürgerlichen Hospitale testamentarisch vermacht habe. (Mainz. J.)

Dresden, den 15. Dec. Das officielle Dresdener Journal meldet nun gleichsam amtlich die Verlobung des sächsischen Prinzen Albert mit der Prinzessin Carola von Wasa.

Berlin, den 15. Dec. Im Allgemeinen läßt sich jetzt mit einiger Wahrscheinlichkeit die Masse der Auswanderer dieses Jahres übersehen; die Ziffer dürfte zwischen 170 bis 200,000 (aus Deutschland) betragen, gegen 113,000 im vorigen Jahre.

— den 16. Dec. Die N. Preuß. Ztg. meldet, daß die Provinzial-Steuerdirectoren ihre Berichte über eine künftige Zollgränze gegen die Coalitionsstaaten vorgelegt hätten, und daß man zur Errichtung unfehlbar im künftigen Jahre schreiten werde, wenn nicht vorher das alte Einverständniß erzielt worden sei. Diese mit vieler Ostentation vorgetragene Nachricht enthält noch den seltsamen Zusatz, daß es den Directoren „weder an Geld noch Mannschaft fehle," um ihre Aufträge auszuführen.

Dem Vernehmen nach läßt die hannöversche Regierung schon mit dem neuen Jahre die Erhöhung der Eingangsabgaben ins Leben treten, und somit den Septembervertrag in Vollzug setzen.

— den 16. Dec. Der Polizeirath Dr. Stieber, (bekannt aus dem Communistenprozesse,) ist nunmehr zum Königlichen Polizeidirector in Köln definitiv ernannt worden.

Kiel, den 13. Dec. Den vormärzlichen Officieren ist, mit Ausnahme von 26, allerdings eine Abschlagszahlungs auf die ihnen zugesicherte Pension von dem dänischen Finanzministerium geleistet worden; allein die Zahlung, die zudem für die Zukunft nicht verbürgt worden, ist so gering, daß sie selbst zur Bestreitung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse nicht ausreicht.

Wien. Briefe aus Wien und Paris melden übereinstimmend, daß der Gedanke einer Verbindung Napoleons III. mit der Prinzessin Wasa — ein Gedanke der übrigens nie bis zu einer officiellen Werbung vorgeschritten sei — an dem Widerstreben des Vaters der Prinzessin, der bekanntlich von seiner Gemahlin getrennt lebt — gescheitert sei.

— den 15. Dec. Die „Presse" schreibt über Dänemark: „Ueberall in Europa haben die parlamentarischen Versammlungen die Zuneigung und Achtung der öffentlichen Meinung verscherzt und die Regierungen zum energischen Einschreiten veranlaßt, sobald subjective Leidenschaft über die Interessenvertretung die Oberhand gewann, sobald die Parteien die enge Kammer mit dem Lande verwechselten. Nur in dem kleinen Dänemark tobt noch das Treiben der Parteiwuth mit Heftigkeit fort, unberührt von der lehrreichen Geschichte der letzten Jahre. Aber es kann leicht dahin kommen, daß auch für diesen Winkel Europa's in der nächsten Zeit die Stunde der Entscheidung schlägt." (!)

Frankreich.

Paris, den 17. Decbr. Graf Moltke, der dänische Gesandte, überreichte heute dem Kaiser Napoleon seine neuen Accreditive.

Paris, den 18. Dec. Die Commission des Senats, welche mit der Prüfung des Entwurfs des Zweiten, auf Abänderungen der Verfassung bezüglichen Senatusconsultums beauftragt ist, hat sich für die Annahme des Entwurfs, wie er von der Regierung vorgelegt worden, ausgesprochen. Zum Berichterstatter ist von der Commission Hr. Troplong ernannt. Er wird am nächsten Montag seinen Bericht erstatten und zugleich auch die dissentirenden Voten einzelner Commissionsmitglieder anführen.

Wie verlautet, ist allen hiesigen höheren Beamten, die 10- bis 20,000 Fr. Gehalt beziehen, im Namen des Kaisers bedeutet worden, daß sie mindestens einen Ein-

spänner halten müssen. Die Staatsräthe, Senatoren, Generaldirectoren rc. sind zum Unterhalten von Equipage und zwei Pferden verpflichtet, während die Marschälle, Minister rc. sogar sechs Pferde halten und bei amtlichen Gelegenheiten vierspännig fahren müssen. Der Wagen des Kaisers wird an Fest- oder Galatagen stets mit acht Pferden bespannt.

Die Verfassungsrevision soll im Senate aus folgendem Grunde besonders beanstandet worden sein: Nach Art. 3 soll dem Kaiser das Recht zustehen, eigenmächtig Handelsverträge abzuschließen. Nun fürchtet man die freihändlerischen Ansichten des Kaisers, und will sogar von einem seit längerer Zeit mit England verabredeten Handelsvertrage wissen.

Für Paris liegen der Seinepräfectur ungeheure Baupläne vor. Es soll u. a. ein Tunnel von der Ringbahn nach den Centralhallen unter der Stadt durchgeführt werden, die sich dann jenen Morgen verproviantirt finden würde, ohne zu wissen wie und woher. — Die Familie Orleans hat gestern ihre letzten Privatbesitzungen in Frankreich verkauft und damit den Vorschriften des Decrets vom 22. Januar noch vor Ablauf der ihr gewährten Jahresfrist genügt. — Ledru Rollin ist plötzlich reich geworden. Er oder vielmehr seine Frau hat 4 Millionen Frcs. geerbt. Letztere ist bekanntlich eine Engländerin und gehört einer sehr reichen Familie an.

† **Paris**, den 18. Decbr. Daß die Gesandten von Rußland, Oesterreich und Preußen nicht nach Compiegne gehen, ist bereits bekannt, die Nachricht aber, daß sie nach der Rückkehr des Kaisers, der heute nach dem Lustschloße abgereist ist, ihre Creditive überreichen werden, bestätigt sich. Bei allem dem weiß man aber noch nicht, und die Gesandten wahrscheinlich eben so wenig als Andere, ob diese Anerkennung bedingt oder unbedingt sein wird.

Der bekannte Socialist Proudhon, dessen letztes Werk so viel Aufsehen erregt hat, befindet sich wieder in Paris. Vertraute Freunde von ihm erzählen, daß er von der Regierung aufgefordert worden sei, ein Oppositioblatt zu gründen, und dasselbe in dem Sinne der Bonapartistischen Democratie, wie der berühmte Schriftsteller das freisinnige Streben der gegenwärtigen Regierung selbst genannt hat, zu redigiren. Hr. Proudhon legte sein Programm vor, und da darin in erster Reihe ein planmäßiger Angriff gegen die Geistlichkeit steht, so hat man sofort dem Unternehmen entsagt, und hat sich überzeugt, daß Hr. Proudhon nicht zu verwenden sei. Dieß ist jedoch nicht der einzige Versuch, den die Regierung in neuester Zeit gemacht hat, um die Repräsentanten der französischen Democratie für sich zu gewinnen. In dieser Absicht hat der bekannte Carnot vor wenig Tagen eine Audienz höchsten Orts gehabt, deren Resultat jedoch bis jetzt unbekannt ist.

Bei der heutigen Abfahrt des Kaisers nach Campiegne waren an dem Eisenbahnhofe großartige festliche Demonstrationen vorbereitet. In der Begleitung des Kaisers befand sich auch die Prinzeß Mathilde und eine junge Spanierin, Fräulein v. Montijo, die bei Hofe große Gunst genießt.

Spanien.

Madrid, den 13. Dec. Der Rücktritt des Ministeriums ist höchst wahrscheinlich. Roncali wird allgemein als Chef eines neuen Cabinets genannt.

* **Madrid**, den 13. Dec. Es herrscht eine große Agitation in der politischen Welt. Die Ministercrisis ist in vollem Zuge. Die Königin hat zwei Candidaten fürs Kriegsministerium, die ihr Bravo Murillo vorschlug, nicht angenommen. Man glaubt allgemein, daß sich das Ministerium nicht halten könne, und man erwartet noch heute Abend, daß die Königin den General Roncali oder Lersundi mit der Zusammensetzung eines neuen Ministeriums beauftragen werde.

Italien.

Lombardei. Wie aus Mantua berichtet wird, gingen die fünf Männer, die ihr Leben „am Galgen aushauchen" mußten, mit heroischer Standhaftigkeit dem Tode entgegen. Von dem Professor und Geistlichen, Enrico Tazzoli, insbesondere erzählt man, daß er auf die letzten Tröstungen von Seite des Kapuziners, der ihn zum Galgen begleitete, mit Begeisterung erwiedert habe: er wolle hundertmal lieber den schimpflichen Tod erleiden, als unter dem Joche leben; alles was er von dem Gott der Gerechtigkeit erflehe, sei, daß sein Märtyrerthum der Freiheit und Unabhängigkeit Italiens nützen möge.
(Schw. Nat.-Ztg.)

In **Mailand** ist ein gewisser Foldi durch das Kriegsgericht zu einjähriger schwerer Haft verurtheilt worden, weil sich in seinem Besitz ein Lotteriebillet der deutschen Republik vorgefunden hatte. Seine Frau, die verhaftet worden war, weil sie den Jahrgang 1848 des Mazzinischen Blattes Italia e Popolo besaß, ist in Freiheit gesetzt worden, indem man die von ihr erduldete Vorhaft als eine genügende Strafe erachtete!

Turin, den 13. Dec. Die Kammer beschloß, die in Betreff der Einziehung der geistlichen Güter eingelaufenen Petitionen zu prüfen. Auf eine Aeußerung des Abgeordneten Borella erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung in jedem Augenblicke bereit sei, die Discussion dieses wichtigen Gegenstandes aufzunehmen, mit dem Beisatze, daß sich die Regierung in dieser Frage bereits eine feste Ansicht gebildet habe. Diese feste Ansicht der Regierung ist — wie ich Ihnen mit Bestimmtheit versichern zu können glaube —, die Einziehung der geistlichen Güter im eigentlichen Sinne zurückzuweisen, dagegen die Repartition oder gleichmäßigere Vertheilung derselben unter den Clerus durchzuführen, so daß die Subvention von fast 2 Millionen Lire Seitens des Staats unnöthig wird. Die Incameramento-Agitation der letzten Monate ist übrigens dem Finanzminister ganz recht gekommen; denn während sie ihm einerseits Veranlassung zu einer bedeutenden Ersparniß gibt, bietet sie ihm andererseits ein Mittel, die untere Geistlichkeit mit den neuen Zuständen zu versöhnen.

* — den 14. Nov. Die Piemontesischen Blätter enthalten alle Tage grelle Schilderungen der Polizeiwirthschaft in der Lombardei. Gestern enthielten sie grausenhafte Schilderungen über die Statt gehabten Hinrichtungen in Mantua und heute berichtet man darin aus Pavia, daß die dortige Polizei zu dem gewöhnlichen Dienste nicht mehr hinreicht, und daß daher eine neue Verstärkung von 50 Mann requirirt werden mußte. An einem bestimmten Tage, zur selben Stunde, wurde Alles durchgesucht, Häuser, Capellen, Kirchen und selbst Kirchhöfe. Man hat nach Waffen und Munition gesucht, aber nichts gefunden. — Die Conducteure der Messagerien und Postwagen, welche nach der Lombardei fahren, müssen jetzt mit regelmäßigen Pässen versehen sein.

In **Genua** wurde am 10. Dec. zum Andenken an den im Jahre 1746 von der Republik Genua über Oesterreich erfochtenen Sieg ein Gottesdienst gefeiert.

Freie Erde. In Genua ist jetzt ein Leichendenkmal angekommen, welches die Toskaner zur Aufstellung auf dem Campo Santo von Turin dorthin schickten. Die Toskanische Regierung hatte nämlich von dem Kirchhof Santa Croce in Florenz eine steinerne Tafel zum Andenken der im Unabhängigkeitskriege gefallenen Toskaner wegnehmen lassen. In der Stille hat man in Florenz diese Tafel in Bronze abdrucken lassen und sie heimlich hieher gesendet zu dem eben angegebenen Zweck.

Rom, den 10. Dec. Bei der Proclamation des französischen Kaiserthums ist es allgemein aufgefallen, daß die Römer nicht die mindeste Theilnahme dafür zeigten, Graf Rayneval soll im Vatican leise den Wunsch haben hören lassen, es möchte in der St. Petersbasilica von einem Cardinal ein Hochamt zur Inauguration der Festlichkeit celebrirt werden. Allein man wies zu der Handlung die französische Nationalkirche St. Louis an.

Rom. Es ist ein geistliches Collegium errichtet worden, worin zum Katholicismus übergetretene junge Leute von allen Nationen erzogen werden sollen, um dann später Propaganda in ihrer Heimath zu machen. (S. N.-Z.)

Großbritanien.

London, den 18. Dec. Der „Herald" verkündet heute die Demission des Ministeriums. Graf Derby empfahl zu seinem Nachfolger Lord Landsdowne. Lord Aberdeen ist berufen, um ein neues Cabinet zu bilden.

In der Daily News wiederholt sich das Gerücht vom nahen Abschluß eines englisch-französischen Handelsvertrags, welcher gegenseitig bedeutende Zollermäßigungen enthalten soll.

Vereinigte Staaten.

St. Louis, den 20. Nov. Gestern langten ungefähr 50 Mormonen-Geistliche hier an, welche am 15. Sept. den Saalzsee verließen, um als Missionaire zu den verschiedenen Nationen zu gehen. Darunter: Orson Pratt, einer der 12 Heiligen, nach Washington, Daniel Spencer nach Liverpool, Orson Spencer nach Berlin bestimmt, lauter berühmte Männer bei ihres Gleichen. Auf einer am 28. August in der Salzseestadt abgehaltenen Conferenz wurde über die Missionsthätigkeit der Mormonen Bericht erstattet. Sie haben u. A. in England 33, in Frankreich 1, in Irland 2, in Preußen 3, in dem übrigen Deutschland 4, in Ostindien 9, in China 4, in Siam 3 beständige Missionäre. Strong, der Mormonenprophet auf der Biberinsel, ist als Repräsentant zur Gesetzgebung des Staates Michigan gewählt worden.

Neueste Nachrichten.

***Speyer,** den 20. Dec. Nach einer uns von Freundeshand zugekommenen Mittheilung haben wenigstens noch nicht alle Familien politisch Verurtheilter Kenntniß von der Verwerfung der eingereichten Gnadengesuche. Möchten sich daran noch einige Hoffnungen knüpfen lassen.

München, den 17. Dec. Der Hr. Ministerpräsident hat seit seiner Wiedergenesung gestern zum ersten Mal wieder einer Sitzung des Ministerraths beigewohnt.

Oesterreichische Blätter melden im Widerspruche mit den piemontesischen Zeitungen (siehe oben), daß die zu Mantua Hingerichteten „die innigste Reue über ihr Verbrechen und eine religiöse Ergebung in ihr Schicksal" gezeigt hätten.

London. Nach einem Briefe der Times aus Wien vom 12. Dec. wurde der dortige Correspondent des Morning Chronicle, als er eben einen Brief auf die Post geben wollte, von zwei Policeiagenten verhaftet und erst 24 Stunden später entlassen. Die Policei begleitete ihn nach seiner Wohnung und nahm dort seine Papiere in Beschlag. Als Grund wurde ihm angegeben, er schreibe in einem Oesterreich feindlichen Sinne.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1352a] **Billard.**

Es ist ein noch ganz neues Billard von ausgezeichneter Güte und neuester Construction mit ganzem Zubehör billig zu verkaufen. Zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

[1351] **Kunst-Notiz.**

Der in Frankreich und der Schweiz rühmlichst bekannte Balettmeister Carlo de Pasqualis wird bei seiner Ankunft dahier im hiesigen Schauspielhause mehrere Vorstellungen geben.

Der allgemeine Beifall, welcher diesen Künstlern in den größten Städten der Schweiz geworden, veranlaßt uns die kunstsinnigen Bewohner hiesiger Stadt auf die wirklichen Leistungen derselben aufmerksam zu machen, und halten wir uns überzeugt, daß ein so seltener Kunstgenuß nur durch recht zahlreichen Besuch anerkannt wird.

Mehrere Kunstfreunde, welche sich von den Leistungen derselben in Nürnberg überzeugt haben.

[1345]. **Anzeige.**

In ein Commissions- und Weingeschäft in einer Stadt am Rhein wird ein braver junger Mann von guter Familie in die Lehre gesucht: Kost und Logis kann im Hause gegeben werden. — Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

(Amtliche Berichtigung zufolge Artikel 47 des Preßgesetzes.)

Oeffentliche Warnung.

Joseph Stockinger in Speyer hat in einer zweiten Erklärung an seine Freunde, Bekannte und Gönner — Speyerer Zeitung Nro. 288 — die Behauptung aufgestellt, daß ihm, nachdem er sich als Auswanderungsagent im Gewerbsteuerregister declarirt habe, nicht die Absicht unterstellt werden könne, als suche er auf unerlaubte Weise die Auswanderer heimlich zu befördern.

Jedermann und vor Allen dem frühern Auswanderungsagenten Stockinger ist bekannt, daß die Erlaubniß, Auswanderer zu befördern, durch eine von kgl. Regierung ertheilte Concession bedingt ist. Derjenige, der eine solche nicht besitzt, und dennoch Auswanderer befördert, thut solches gegen bestehende Regierungsanordnung und erscheint sonach als Winkel-Agent, vor welchem öffentlich gewarnt werden muß, da er als Winkelagent diejenigen Garantieen nicht bietet, die das Interesse der Auswanderer wie des Publicums überhaupt erheischen.

Der Fälle sind eine Menge, in welchen heimlich beförderte Auswanderer in den fremden Seehäfen Prellereien und Betrügereien aller Art ausgesetzt waren, ohne daß denselben die Möglichkeit gegeben gewesen, zu ihrem Recht oder ihrer Entschädigung zu gelangen, da der betreffende Consul einerseits sich der Betrogenen und Geprellten nicht annehmen konnte und durfte, anderseits der ausländische Gerichtssaal für die mit der Sprache und dem Gerichtsgebrauch unerfahrenen Auswanderer begreiflicher Weise in der Regel unzugänglich ist.

Dem übrigen Publicum gegenüber, bietet ein Winkelagent keine Garantien, da er sich über diejenigen Vorschriften hinwegsetzt, die nur im Interesse desselben erlassen worden sind. Nach der Verordnung vom 19. Juli 1816 müßen alle Auswanderungsgesuche vier Wochen lang zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden, damit Jedermann seine Anforderungen und Ansprüche gehörigen Orts geltend machen kann. Diejenigen, welche die Auswanderungserlaubniß erwirken wollen, müßen sich an die vorgesetzte Behörde wenden, welche nur dann die Erlaubniß ertheilt, wenn die gegebenen Vorschriften erfüllt, die Bekanntmachung in die öffentlichen Blätter eingerückt, die Bescheinigungen über die gezahlten öffentlichen Gelder vorgelegt, Privatforderungen keine angemeldet, der Auswanderungsvertrag mit einem concessionirten Agenten abgeschlossen, und das Visa des Consuls erholt ist.

Für Diejenigen, welche sich diesen Vorschriften nicht unterziehen und heimlich auswandern wollen, sind die Winkelagenten, wie die Erfahrung lehrt, die besten Helfershelfer.

Da nun dem Joseph Stockinger von hier durch Entschließung kgl. Regierung die Concession entzogen, derselbe sonach nicht befugt ist, Auswanderungsverträge abzuschließen, so wird das auswanderungslustige Publicum wiederholt gewarnt, sich mit dem Winkelagenten Stockinger in Auswanderungssachen einzulassen, da sie jeden Schutz der baierischen Staatsregierung entbehren. —

Speyer, den 15. Decbr. 1852. Kgl. Landcommissariat:
Hausmann.

Neue
Speyerer Zeitung.

Mittwoch Nro. 306 den 22. December 1852.

Deutschland.

• **Speyer.** Die Zahl der freisinnigen Blätter ist in Deutschland gewaltig zusammengeschrumpft. Nur wenige sind es noch, welche den Muth und die Ausdauer besitzen, die democratischen Grundsätze offen zu vertheidigen. Wir wollen ein Verzeichniß der uns bekannten Zeitungen dieser Richtung aufstellen, und zwar gerade jetzt, da ein neues Jahr beginnt, um die Aufmerksamkeit der Leser unseres Blattes auch auf andere Journale gleicher Richtung zu lenken.

Von süddeutschen Zeitungen haben wir blos zu erwähnen: den Fränkischen Kurier und den Nürnberger Kurier (zwei verschiedene Blätter, beide in Nürnberg erscheinend) und den Beobachter (aus Stuttgart). Sie sind Gesinnungsgenossen der Speyerer Ztg. In München kann sich längst keine democratische Zeitschrift mehr behaupten, und in Baden hat man seit 1849 nicht einmal versucht, eine solche herauszugeben.

Von norddeutschen Blättern nennen wir die National-Ztg. und den Urwähler (aus Berlin) und die neue Oder-Ztg. (aus Breslau). Einige minder bedeutende freisinnige Zeitschriften sind uns nicht näher bekannt.

Wir können diese kurze Liste indessen nicht schließen, ohne eines in der Schweiz erscheinenden wackern deutschen Blattes zu gedenken; es ist die zu Basel herauskommende „Schweizerische National-Ztg."

Welche Menge democratischer Zeitschriften erschien noch vor Kurzem! Und wer weiß, wie nahe vielleicht die Zeit, in der Deutschland gerade des democratischen Geistes, — des Geistes, der 1813 half, nachdem alle andern Mittel erfolglos gewesen, — wieder bedürfen kann!

• **Speyer.** In der Pariser Correspondenz finden wir folgende, uns allerdings etwas seltsam vorkommende, allein doch beachtenswerthe und wol nicht ganz zufällig hingeworfene Bemerkung: „Die Wahl eines democratischen Präsidenten in Nordamerika, die Gründung eines sogenannten democratischen Kaiserreiches in Frankreich, die constitutionellen Gährungen in Spanien und mehrere anderen politischen Nebenumstände geben dem englischen Ministerwechsel eine Bedeutung, die (den Diplomaten) manche Bedenklichkeiten hervorruft." Die Zusammenstellung ist jedenfalls eigenthümlich.

Der Beobachter leitet seine Abonnementseinladung mit folgenden Worten ein: „Der Beobachter wird mit seinen Freunden auch in das Jahr 1853 eintreten, um die fortwährende Erfüllung alles dessen zu erleben, was die Democratie ihren Gegnern seit Jahren vorhergesagt hat und was jetzt so schlagend eintrifft, daß den gegnerischen Blättern nichts übrig geblieben ist, als sich in Schweigen zu hüllen."

• **Speyer,** den 20. Dec. Wie wir vernehmen, ist Herr Decan Ney dahier der Stelle eines protestantischen Districtsschulinspectors enthoben und dieselbe dem Hrn. Pfr. Michel in Fußgönheim übertragen worden. Hr. Ney stand bekanntlich niemals auf der democratischen Seite, sondern suchte zwischen den Gegensätzen zu vermitteln.

• **Speyer,** den 21. Dec. Es ist schwer, den Eindruck zu bezeichnen, den die von der Pfälzer Ztg. gemeldete Nachricht überall in der Pfalz hervorbrachte, daß die Gnadengesuche der politischen Verurtheilten sämmtlich zurückgewiesen seien. Ueberall fragt man sich, wie gerade die Leute der Pfälzr. Ztg. dazu kommen konnten, früher in der bekannten Weise bezüglich der Begnadigungen zu sprechen? Aus einem der uns deßhalb zugekommenen Schreiben entnehmen wir folgendes Bruchstück: „An einen umfassenden Gnadenact haben wir niemals gedacht, nur hofften wir, daß wenigstens die paar Leute, die schon während dem Monsterprozeß jahrelang im Gefängniß saßen und nachträglich nochmal zuchtpolizeilich verurtheilt wurden, — ihren Familien zurückgegeben werden würden. Es sind dies 15 Personen für die ganze Pfalz. ...."

• **Neustadt a. H.,** den 19. Dec. Es wurde früher in der Speyerer Ztg. berichtet, daß der Verleger des hiesigen Wochenblattes es zweckmäßig fand, dasselbe (das in der Bewegungszeit radical, dann farblos gewesen) in eine reactionäre „Neustadter Ztg." umzuwandeln. Solche Kost konnte aber den Bewohnern des Haardtgebirges und namentlich der Stadt Neustadt, gar nicht munden. Man hört, daß Abonnenten, welche zum Voraus bezahlt hatten, auf die fernere Zusendung des Blattes verzichteten, während andere verlangt haben sollen, der Verleger möge ihnen blos einen Abdruck der Anzeigen, mit Hinweglassung der Artikel, senden. Nun hat sich ein neues „Neustadter Wochenblatt, Anzeiger für das Haardtgebirge" aufgethan, das offen erklärt, dem Fortschritt zu huldigen, wenn es auch unter den obwaltenden Verhältnißen „diesen Huldigungen die allerschärfsten Grenzen" ziehen müße. Wie ich höre, sind die Abonnenten des reactionär gewordenen Blattes, trotz aller Empfehlung desselben, massenweise abgefallen, wogegen eine Subscription auf das neue Blatt sogleich ein so günstiges Resultat lieferte, daß dessen Erscheinen in dieser Hinsicht gesichert ist.

Napoleon's Anerkennung durch England.

Die Urwähler Ztg. erörtert die Frage:

„Woher kam es, daß die englische Nation, welche mehr als alle mitverbündeten Nationen Napoleon den ersten haßte und verfolgte, früher als alle andern Großmächte dem späteren Nachfolger, der sich den dritten nennt, die Anerkennung entgegen bringt?" Sie bemerkt: Die Antwort auf diese Frage ist einfacher, als viele es glauben mögen. — Napoleon der Erste zwang England zu einem Bündniß mit der heiligen Allianz, das stets für England verderblich und immer in der englischen Nation verhaßt war. — Es eilt daher England, mit Napoleon dem Dritten das Bündniß abzuschließen, um nicht in die Gefahr zu gerathen, sich einer heiligen Allianz aufs neue anzuschließen. — Schon wenig Jahre nachdem die heilige Allianz abgeschlossen war, wurde es England inne, welch' ein Geist diese belebte und welche Gefahren dem ganzen Bestande Englands drohen, wenn es sich den volksfeindlichen Principien dieser Verbindung anheimgibt. Auf dem Congreß zu Verona im Jahre 1822, wo die heilige Allianz den schlauen Beschluß faßte, die Revolution in Spanien niederzutreten und das Regiment des blutigen Tyrannen, des schwachen Ferdinand, durch französische Truppen wieder herzustellen, hier erkannte England, daß diese heilige Allianz Principien verfolge, welche den Bestand der englischen Verfassung nicht minder bedrohen, wie die eines jeden freien Landes. — Von diesem Datum aus rührt der Riß zwischen England und der heiligen Allianz her, und seit dieser Zeit hat England nur ein Streben gehabt, das nämlich, ein Frankreich herzustellen,

welches sich im Nothfall mit ihm gegen die heilige Allianz verbindet. — Darum hat England jeden Versuch in Frankreich, die Macht der Bourbonen zu brechen, welche zu Knechten der heiligen Allianz herabgesunken waren und jede Revolution gegen dieselben befördert und sofort das Freundschaftsbündniß jeder neuen Regierung Frankreichs angeboten. — So hat es England mit Louis Philipp und der französischen Republik gemacht. Die Anerkennung Englands war stets die schnellste und erste; denn England will sich Frankreich nicht entfremden und am allerwenigsten genöthigt sein, ein Bündniß mit einer neuen heiligen Allianz einzugeben, die Englands Bestand gefahrdrohend ist. — Ein Jahr lang hat England bisher geschwankt. Nach dem Staatsstreich Napoleons im vorigen Jahre, wußte man nicht, wie sich das Jünglein neigen würde. Der Staatsstreich ist unter dem Beifall der nordischen Mächte vor sich gegangen und deßhalb konnte England nicht wissen, ob es einen Freund oder einen Feind in Napoleon zu sehen habe. Jetzt aber, wo Zögerungen und Verwahrungen bei den Verbündeten walten über den Kaisertitel und den Namen des dritten Napoleon, jetzt hat England den Moment wahrgenommen und ist mit der Anerkennung eilig vorangegangen, um einem Bündniß mit der heiligen Allianz, die den Kaiser „von Gottes Gnaden," Kaiser „durch Volkswahl," den Kaiser Napoleon „Nummer drei" nicht zu ertragen vermag, mit einem Schritte auszuweichen.

Dies ist die Bedeutung der so schleunigen, plötzlichen und mit großer Feierlichkeit betriebenen Anerkennung, und irren wir nicht, so ist dies das Anzeichen, daß das Bündniß zwischen England und Frankreich abgeschlossen, welches Palmerston stets im Auge hatte.

* **Speyer**. Wir erhielten von einem Leser unseres Blattes folgende Zuschrift: Da gegenwärtig der „Klopfsomnambulismus," hervorgerufen durch die Erscheinungen in Bergzabern, Vieles von sich reden macht, und Sie in Ihrem Blatte der Besprechung desselben auch schon einige Spalten gewidmet, so erlaube ich mir, Sie auf einen Artikel, der vielleicht seiner Zeit wenig beachtet wurde, aber im Wesentlichen viele Aehnlichkeit mit den Erscheinungen in Bergzabern hat, um so mehr aufmerksam zu machen, als es einem jeden vernünftigen Menschen daran gelegen sein muß, alle bis jetzt noch unenthüllte Naturerscheinungen auf eine begreifliche, vernünftige Weise zu erklären, und die Wahrheit, unentstellt durch Aberglauben oder Betrug, an den Tag zu bringen. Der fragliche Artikel findet sich in der Didaskalia von 1850, Nr. 35, und lautet:

„Das Gespenst in Cock-Lane." Vor Jahren gab es keine Stadt, wo nicht ein verdächtiges Haus gestanden, in dem, nach dem Volksglauben, Geister und Gespenster umgegangen. Selbst in den protestantischen Landen ist der Aberglaube nicht ganz kraftlos gewesen, und mehrere Leute von Gewicht haben versucht, ihm ein weites Feld zu öffnen. Berlin, London und Weinsberg haben ihre Geister gehabt. Wir wollen hier die Geschichte der glücklichen Beschwörung eines derselben mittheilen, der in London, in der Cock-Lane (im Hahnengäßchen), in einem ziemlich verdächtig aussehenden Hause spuckte.

Im Jahre 1759 wohnte in diesem Hause der Pfarrer der heiligen Grabkirche, bei welchem sich noch ein Herr mit seiner Gattin eingemiethet hatte. Nachdem der Fremde einige Wochen dort geweilt, ward er über Land gerufen. Die Tochter des Predigers ward von der Dame, Mißtreß Fanny, gebeten, bei ihr zu schlafen. Eines Morgens beschwerte diese sich über großes Geräusch, welches sie während der Nacht belästiget habe. Das Geräusch dauerte nun fort und verschiedene Personen wurden eingeladen, in das Zimmer zu kommen und sich von der Wahrhaftigkeit der Aussagen zu überzeugen; unter diesen befanden sich einige, deren Biederkeit über jedem Zweifel stand. Der obengenannte Herr, Kent mit Namen, kam nun nach der Stadt zurück, wechselte die Wohnung und zog in die Nachbarschaft von Klerkenwall, wo seine Frau bald darauf starb. Der Lärm währte nun in des Predigers Hause stätig fort, bis zum Beginn des Januars 1762, dann aber wuchs er auf eine außerordentliche Weise. Das Mädchen fiel auf ein gewisses Pochen und Kratzen, das unter ihrem Bette her zu kommen schien, in heftige Krämpfe und Zuckungen. Ein aufwartendes Frauenzimmer und der Prediger, der Vater des Mädchens, befragten den Geist und brachten heraus: daß ein vereinzeltes Pochen eine Bejahung, wiederholtes Pochen aber eine Verneinung bedeuten solle. Wenn der Geist übel gelaunt war, wurde das Kratzen sehr stark. Da Miß Fanny vor ihrem Tode schon von dem Geräusche getrübt worden war, vermuthete man, daß es von ihrem Geiste herrühre. Durch die Unterhaltung mit diesem Geiste entdeckte man ferner: daß Miß Fanny durch Gift, das man 3 Stunden vor ihrem Hinscheiden in ihr Wermut-Bier gemischt, ermordet worden sei.

Hierauf wurde das Mädchen, weil mehrere Leute irgend Betrug unter dieser Geschichte wittern wollten, von Cock-Lane entfernt; nichtsdestoweniger aber erklärten zwei Dienstboten, der Prediger und seine Tochter dazu, daß sie den Geist regelmäßig erschauten und zwar in Gestalt einer glänzenden Frau.

Jetzt wurde der Lordmayor ersucht, die Sache in nähere Erwägung zu ziehen, und in Folge dieser das Mädchen von ihrem Vater entfernt, zu dem angesehenen Geistlichen Aldrich in Klerkenwall gebracht, den Betrug, wenn er vorhanden sei, zu entdecken. Männer von unbezweifeltem Rufe, sowol Geistliche als Weltliche, waren zugegen, als das Mädchen am 1. Februar befragt wurde. Gegen 10 Uhr Nachts ward die Geisterseherin durch mehre Frauen zu Bette gelegt. Der Geist hatte zuvor durch ein bejahendes Pochen angezeigt, daß er einem der Herren in dem Gewölbe unter der St. Johanneskirche in Klerkenwall, in welchem der Leichnam der Miß Fanny ruhte, erscheinen, daß er ein untrügliches Zeichen durch Pochen auf den Sarg an den Tag legen wolle. Während die Herren sich noch darüber besprachen, wer von ihnen die nächtliche Fahrt zum Grabgewölbe machen solle, wurden sie in das Schlafzimmer gerufen, wo eben seltsames Pochen und Kratzen gehört worden war, wo denn das Mädchen erklärte, sie fühle den Geist gleich einer Maus über ihre Wange laufen. Wenn man die Seherin bat, ihre Arme über der Bettdecke zu halten, ward aber nicht das mindeste Geräusch gehört. Hierauf verfügte sich die Gesellschaft, unter welcher der obengenannte Hr. Kent sich befand, der eben Miß Fanny vergiftet haben sollte, in das Grabgewölbe. Kent beschwor dann den Geist, das ganze Geheimniß zu enthüllen, aber der arme Geist blieb stumm, kein Klang ward gehört, kein Zeichen gegeben! Die Ergebniße dieser Nacht überzeugten die Meisten, daß das ganze Gewebe nur auf einem Betruge beruhe, jedoch gab es noch Einige, welche die arme Predigerfamilie ob des Spottes bemitleideten, eine neue Untersuchung verlangten.

Sonntag den 7. Februar ward daher das Mädchen in das Haus eines Herrn auf dem Strand gebracht und durch zwei Frauen zu Bette gelegt; aber kein Geräusch ward gehört, sowohl während der Nacht, als auch am folgenden Morgen. Montag Abends ward sie in ein anderes Bett gelegt, wo denn der Lärm etwa sieben Uhr Morgens wieder begann. Mehrere Beweise von der großen Macht des Geistes wurden nun an Tag gelegt, bis zum nächsten Sonntag, wo es sich ergab, daß es dem Mädchen gelungen war, in die Küche zu schleichen, und dort ein Brett, 6 Zoll lang, 4 Zoll breit, unter ihrer Schnürbrust zu verbergen. Ins Bett gebracht, erklärte sie nun, daß sie nächsten Morgen 6 Uhr den Geist Fanny's bringen wolle, was sie auch that, indem sie an ihrem Brett pochte und kratzte. Sie ward nun durch zwei Mädchen durchsucht, und das Brett ward in dem Bette gefunden.

Nachdem der Betrug solcherweise entdeckt war, legte das listige Mädchen ein getreues Geständniß ab, auf welches am 10. Juli 1762 5 Personen vor dem Lord-Oberrichter Mansfield vor dem Gerichtshofe Kings-Bench der Verschwörung gegen Leben und Ruf des William Kent

angeklagt und für schuldig befunden wurden. Nach diesem Urtheile wurde Elisabeth, die Frau des Predigers zu einem Jahr, Marry Leaser zu sechs Monden Haft verurtheilt. Richard, der Prediger, ward zu dreimaliger Ausstellung am Pranger verdammt: zuerst in der Straße Cock-Lane, dann vor der königlichen Börsenhalle, drittens vor Charing Croß —, wo wir ihn lassen wollen.

Würzburg, den 16. Dec. In Folge des neulich gemeldeten Vorfalls zwischen Studirenden und einem Offizier der hiesigen Garnison hat der Universitätssenat eine Deputation, bestehend aus den HH. Professor Edel und Scherer, nach München abgesandt.

Berlin, den 16. Dec. Aus Polen hören wir fortgesetzt Nachrichten über Truppenzusammenziehung, Lagerbildung und Magazinerrichtungen. Dabei ist die Gränze jetzt mit solcher Strenge geschlossen, daß Päsſe von der hiesigen Gesandtschaft gar nicht mehr ertheilt, sondern nach Warschau geschickt werden müssen, sobald die Person das geringste Bedenken erregen könnte. Dennoch weiß man, daß die Truppenmasse in Polen 150,000 Mann jetzt beträgt und daß sie fortwährend vermehrt wird, so daß im Frühjahr ein Heer von 200,000 Mann schlagfertig dort stehen wird. — Die Angelegenheit der unglücklichen Madiai's in Florenz hat trotz der bestimmten Versicherungen in unseren Zeitungen, daß die Verwendung des Königs glücklichen Erfolg gehabt habe und zum 1. Dec. spätestens die Freilassung erfolgen werde, bekanntlich einen ganz anderen Ausgang genommen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß Herr und Frau Madiai jetzt noch weit härter behandelt werden, und seit die Großherzogin und der Erzbischof die Zuchthäuser besuchten, um die beiden Verbrecher zur Abschwörung ihrer „Irrthümer“ zu bewegen, aber nichts ausrichteten, hat man ihnen die letzten kleinen Vergünstigungen entzogen. Englische Blätter geben darüber die traurigsten Berichte und fragen dabei nicht mit Unrecht, was denn wahr an jenen Berliner Triumphgesängen sei, die sich damit breit machten, daß die Fürsprache Sr. Majestät eine ganz andere Wirkung gethan hätte, als die englische Verwendung? Um so erregter ist man hier über das Nichtworthalten in Florenz, denn allerdings hatte Graf Arnim die feste Zusage mitgebracht, daß die Kerker der Madiai durch eine Begnadigung (!) sich öffnen würden. (!) Ob ein erneuter Versuch stattfinden kann, scheint noch nicht entschieden, wenigstens wird es kein directer sein, obwol man in letzter Woche den Grafen Arnim abermals reisefertig sagte. Vielleicht wird die Anwesenheit des Kaisers von Oesterreich dazu beitragen, die mächtigste Verwendung, welche es geben kann, zu erlangen. (J. f. Ndd.)

Berlin, den 17. Dec. Wir besaßen heute Mittags den Kaiser von Oesterreich in unseren Mauern. Die N. Preuß. Ztg. feiert den Tag in ihrer Weise, d. h. indem sie wieder auf „Erfurt“ und „Gotha“ schmäht und den „kleinen Depots deutscher Bundesfreundlichkeit und qualificirter Dankbarkeit“ in Dresden, München, Kassel Bitterkeiten sagt.

Die Bundesmilitärcommission beschäftigt sich dem Vernehmen nach mit Erörterungen wegen einer eventuellen stärkeren Besatzung der Bundesfestungen Rastatt und Ulm.

In Niesky befand sich ein Fleischergeselle, Pole von Geburt, mit mehreren seiner Bekannten in der Behausung seines Meisters, und wurde von ihnen wegen seines rohen Betragens verspottet und „Polack“ gescholten. Darüber aufgebracht, ergriff er ein scharfes Messer, und mit den Worten: „Ich will euch zeigen was ein Polack vermag!“ stößt er sich dasselbe in die Brust und sinkt nach wenigen Augenblicken todt zur Erde nieder.

Wien, den 16. Dec. Wie man der Triester Ztg. schreibt, bewürbe sich der Kaiser der Franzosen jetzt um die Hand einer Tochter des Herzogs Max in Baiern. (?)

Frankreich.

† **Paris**, den 19. Decbr. Der Moniteur enthält ein Decret, demzufolge im Staatsrath eine Bittschriftencommission, aus einem Staatsrathe 2 Referendaren und 6 Auditoren bestehend, errichtet wird, die alle an den Kaiser gerichteten Bittschriften ohne Verzug zu prüfen haben wird. Jede Woche muß sich der Präsident dieser Commission nach den Tuilerien begeben, um dem Kaiser über die eingegangenen Bittschriften Bericht zu erstatten, und Vorschläge über die Erledigung derselben zu machen. Alle drei Monate wird diese Commission erneuert werden.

Der halbamtliche Theil des Moniteurs enthält nachstehende Mittheilung: „Man verbreitet alle Tage Gerüchte, daß ein kaiserliches Decret binnen Kurzem die Umwandlung der 4½proc. Rente in dreiprocentige anordnen werde. Dieses Gerücht ist in doppelter Hinsicht falsch. Man vergißt, daß eine solche Maßregel nicht ohne Mitwirkung des gesetzgebenden Körpers getroffen werden, und anderseits, daß diese Maßregel in jedem Falle keinen Zwang auf die Inhaber der Rente ausüben kann.“

* Die letzten Nachrichten aus Madrid lauten weniger beruhigend, als die gestrigen Berichte, so daß man den Ausbruch ernstlicher Unruhen befürchtet. Im Ministerium des Auswärtigen sind heute telegraphische Nachrichten von der spanischen Gränze angekommen, denenzufolge eine große Agitation in Madrid herrschte und die Königin bereits Zugeständnisse gemacht haben soll.

Paris, den 15. Dec. Zwischen Frankreich und Marokko scheint abermals ein Bruch unvermeidlich. Der französische Consul in Rabbot hat sich nothgedrungen gefühlt, seinen Posten zu verlassen, indem sein Leben in der größten Gefahr schwebte. Die fanatische Bevölkerung hatte gegen ihn ein Complott geschmiedet, welches nicht weniger als dahin ging, das Consulatsgebäude zu überfallen. Der Himmel schickte dem Consul ein französisches Kriegsschiff zur Hülfe, welches zufällig in jenen Gewässern kreuzte. Der Commandant, von der Gefahr, worin der Consul schwebte, unterrichtet, stieg sogleich ans Land und stellte einen Wachtposten vor das Consulatsgebäude, den er persönlich befehligte. Mittlerweile erhob sich in der Nacht ein fürchterlicher Orkan, welcher den zweiten Commandanten des Schiffs nöthigte, sich auf die hohe See zurückzuziehen. Als die Araber gewahr wurden, daß das Schiff sich entfernt hatte, wurden sie noch übermüthiger, so daß nicht nur der Consul, sondern auch der Commandant mit seiner schwachen Mannschaft in ernstliche Gefahr gerieth. Acht volle Tage dauerte die peinliche Lage, weil wegen des anhaltenden Sturmes das Kriegsschiff sich nicht früher der Küste wieder nähern konnte. Der Commandant ließ nun die Consulatsflagge einziehen, den Consul nebst seinem Gefolge und dem Consulatsarchiv in den ersten Tagen dieses Monates einschiffen, und brachte ihn nach Cadix. Der Commandant hat von Cadix einen umständlichen Bericht eingesendet, und ich höre, daß der Kaiser der Franzosen den Marokkanern eine energische Lection durch das Absenden einer imposanten Seemacht geben will.

Der Pariser Correspondent des Morning Chronicle schreibt: Eines der Anzeichen für die Dinge, die da kommen sollen, kann man seit zwei Tagen in den französischen Regierungsblättern beobachten. Jerome Bonaparte heißt darin nicht mehr wie früher Marschall, oder Prinz, oder Exkönig. Sie tituliren ihn jetzt „König Jerome.“ Man wird sich erinnern, daß Louis Napoleon ganz in derselben Weise begann. Erst ließ er sich „Präsident“ nennen, dann „Prinzpräsident,“ kurz darauf „Seine kaiserl. Hoheit, der Prinzpräsident,“ bis er sich endlich stark genug fühlte, den Kaisertitel anzunehmen. Mit der Zeit nimmt Jerome Bonaparte wahrscheinlich den Titel „König von Westphalen“ an. Luzian Murat hat an das neapolitanische Gouvernement eine Forderung von 20 Millionen Franken gestellt, und da sie vom Kaiser unterstützt wird, dürfte das Geld ohne Zweifel gezahlt werden. Vor einigen Tagen hat Luzian Murat, wie es heißt, noch höhere Ansprüche merken lassen. Im Gespräch mit einem seiner Freunde äußerte er sich: Jetzt, da das Kaiserthum in Frankreich wieder hergestellt sei, sehe er gar

nicht, warum er nicht auch auf den Thron seiner Vorfahren eingesetzt werden sollte. Was kömmt dann?

Spanien.

* **Madrid,** den 16. Dec. Das Ministerium Bravo Murillo existirt nicht mehr. Gestern um 4 Uhr Nachmittags hat der Ministerpräsident seine Entlassung der Königin überreicht, die sogleich angenommen wurde. Der General Roncali wurde mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Morgen wird wahrscheinlich nachstehende Ministerliste in der officiellen Gazette erscheinen: Präsident und Minister des Auswärtigen Roncali; Krieg Gen. Lara; Marine, General Mirasol; Justiz Hr. Valcey; Finanzen Oristizabal; Inneres Hr. Lizoente (?). Der Minister der öffentlichen Arbeiten ist noch nicht ernannt.

Großbritanien.

London, den 17. Dec. Eine zweite, und in moralischer Beziehung nicht minder empfindliche Niederlage, als die in der Budgetfrage, erlitt die Regierung gestern durch das Urtheil des Untersuchungscomite's über die Wahlumtriebe des Kriegsministers, Majors Beresford. Es lautet dahin, daß dem sehr ehrenwerthen Major B. Bestechungsversuche zwar nicht nachgewiesen werden können, spricht aber gegen denselben eine Rüge aus „wegen seiner rücksichtslosen Gleichgültigkeit und seiner Mißachtung der eventuellen Folgen derselben." Diese sogenannte „Gleichgültigkeit und Rücksichtslosigkeit" bestand nemlich darin, daß in der Tasche des von der Polizei aufgegriffenen Bestechungsagenten Geldanweisungen und Verhaltungsvorschriften von der Hand des Kriegsministers gefunden wurden!

* Nach den letzten Nachrichten aus London soll Lord John Russell dem Lord Aberdeen die Unterstützung seiner Partei angeboten haben. Von Lord Palmerston ist keine Rede.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 2. Dec. Der Weekly Herald von New-York berichtet über die Expedition nach Japan, daß dieselbe aus einem Linienschiffe von 96 Kanonen, 4 Dampffregatten, 5 kleineren Kriegs- und 4 Transportschiffen besteht, welche zusammen 236 Kanonen und 3125 Mann zählen und sich unter dem Commando des Commodore Perry in Madeira versammeln, um von dort ungesäumt abzugehen. Die Expedition wird außer dem nöthigen Kriegsmaterial auch friedliche Waffen mitnehmen, und zwar eine Eisenbahnlocomotive mit Wagen und Eisenbahnschienen für eine Längenstrecke von 10 englischen Meilen, einen telegraphischen Apparat mit dem nöthigen Material für eine Leitung von dem kaiserlichen Palast nach einer der Hauptstädte des Landes, einen vollständigen Daguerreotypapparat, eine prachtvolle Barke für den Kaiser und 50 Kisten mit Hausbedarf aller Art 2c. Ein erfahrener und geschickter Ingenieur, welcher für Rechnung der Regierung bereits mehrere Linien errichtet hat, wird die Expedition begleiten, und es ist kaum zu bezweifeln, daß diese neue Art, Krieg zu führen, einen leichteren und nützlicheren Weg zur Verbindung der beiden Länder anbahnen wird, als die 236 Kanonen.

Australien.

Briefe und Zeitungen aus Australien bis zum 7. Sept. stimmen darin überein, daß die Goldausbeute sich von Woche zu Woche steigert, daß fortwährend neue ausgedehnte Lager entdeckt werden und daß man sich darauf gefaßt machen muß, Goldquellen eröffnet zu sehen, von deren Reichhaltigkeit man sich in allen Theilen der Erde bisher keinen Begriff machen konnte.

Neueste Nachrichten.

München, den 16. Dec. Am 10. kommenden Monats wird die bekannte Duellangelegenheit zwischen Fürst Wrede und Frhrn. v. Lerchenfeld in der öffentlichen Sitzung des k. Kreis- und Stadtgerichts München zur öffentlichen Verhandlung kommen. Die Untersuchung geschah nach den in unserm Strafgesetzbuche über Körperverletzung geltenden Grundsätzen. Diese Verhandlung dürfte, abgesehen von den dabei Betheiligten, auch in juristischer Beziehung nicht uninteressant werden. Es ist dies die erste öffentliche Verhandlung über einen solchen Vergehens Angeklagten in den altbaierischen Kreisen, in denen, abweichend von den fränkischen, das strenge Duellmandat publicirt und durch kein späteres Gesetz aufgehoben oder abgeändert ist. (A. Abdz.)

Nach einer Verordnung der Generalversammlung der baierischen Posten und Eisenbahnen sind die Eisenbahnfahrbillete nicht bloß für eine bestimmte Fahrt, sondern für jede beliebige Fahrt an dem Tage giltig, an welchem sie gelöst wurden.

Würzburg, den 17. Dec. In der gestrigen öffentlichen Sitzung des hiesigen Stadtgerichts wurde der Pfarrer J. N. Wirth von Gaubüttelbrunn von der Anschuldigung des Vergehens der Amtsehrenbeleidigung an dem Landrichter Berr freigesprochen, dagegen wegen Vergehens der Amtsehrenbeleidigung an dem Staatsminister im Zusammenflusse mit einem weitern Vergehen der Amtsehrenbeleidigung an dem Landgerichte Aub resp. Landrichter Berr, dann einer polizeilich strafbaren Beschimpfung des Staatsministeriums, dann eines polizeilich strafbaren Exzesses wegen verbotswidrigen Schießens, zu 4 Monate Festungsarrest verurtheilt. (N. W. Z.)

Freiburg, den 18. Dec. Wie man aus Karlsruhe schreibt, ward dem athenienssichen Missionär Brindisi die Sammlung für eine lateinische Kirche, wie er sie hier auch gemacht hat, von Policei aus verboten. (Fr. Z.)

Düsseldorf, den 18. Dec. Mit dem Kölner Eisenbahnzuge ist heute Mittag 12 Uhr Prinz Murat nebst Gefolge hier eingetroffen und hat sich nach kurzem Aufenthalt zu dem Fürsten von Salm-Dyck auf Schloß Dyck begeben.

Wien, den 19. Dec. Das Vereinsgesetz ist erschienen; jeder Verein bedarf der Autorisation. Politische Vereine sind untersagt. General v. Prokesch soll wirklich für Rom bestimmt sein. (A. Z.)

Miscellen.

Der englische Astronom Hind zeigt in der Times an, daß er am 15. Dec. schon wieder einen neuen Planeten entdeckt hat. Derselbe wird vermuthlich den Namen Thalia erhalten.

Newyork. Am 8. Nov. wurde in Woodsboro, Vermont, die Wohnung des Hrn. Peter Moore ein Raub der Flammen und 6 Kinder zwischen 4 und 11 Jahren kamen darin um! Ihre Ueberreste wurden gesammelt vereinigt in einen Sarg gelegt und unter tiefem Beilei der Nachbarn feierlich bestattet.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1351] **Kunst-Notiz.**

Der in Frankreich und der Schweiz rühmlichst bekann Balettmeister Hr. Carlo de Pasqualis wird bei s ner Durchreise dahier im hiesigen Schauspielhause me rere Vorstellungen geben.

Der allgemeine Beifall, welcher diesen Künstlern den größten Städten Deutschlands geworden (Karlsru Nürnberg, Stuttgart, wo sie 8 Vorstellungen nach ein der geben mußten, 2c.), veranlaßt uns die kunstsinni Bewohner hiesiger Stadt auf die wirklichen Leistun derselben aufmerksam zu machen, und halten wir überzeugt, daß ein so seltener Kunstgenuß nur durch r zahlreichen Besuch anerkannt wird.

Mehrere Kunstfreunde, welche sich von den Leistun derselben in Nürnberg überzeugt haben.

[1353] Der Unterzeichnete wird am 3. Januar 1853 Haus nebst Scheuer mit Heu- und Tabakschoppen Abriß, bis Michaeli zahlbar, versteigern, und zwar Gasthause von Peter Zimmermann.

Georg Filbeck aus Hochdo

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 307 | den 23. December 1852.

*Zustände Spaniens.

Die neuesten Vorgänge in Spanien haben die Aufmerksamkeit wieder mehr als seit längerer Zeit auf dieses Land gerichtet, und das Pfälzische Reactionsblatt beeilte sich, mit der eines „conservativen" Journals würdigen Kenntniß, Gründlichkeit und Umsicht — „spanische Zustände" zu schildern, über welche Schilderung wir zwar keineswegs nothwendig haben, auch nur ein weiteres Wort zu verlieren, die uns dagegen veranlaßt, ebenfalls einige Bemerkungen über die Lage Spaniens niederzuschreiben.

Vor Allem muß uns der jetzige Zustand der Pyrenäischen Halbinsel auffallen, wenn wir denselben mit der blühenden Lage des Landes in früheren Jahrhunderten vergleichen, und wir haben zunächst zu fragen: woher der Unterschied rührt? Der unbefangene Beobachter wird, sprechender beinah' als irgendwo sonst, *hier* den Beweis finden, daß politische und religiöse *Freiheit* es ist, unter welcher die Länder zur Blüthe reifen, indeß politische und religiöse *Knechtschaft* diese Blüthe zerstört und nur Unheil und Verderben bringt. Wir haben vorzugsweise an drei Momente zu erinnern: 1) die glänzende und beglückende Epoche der Araber in Spanien, 2) die darauf gefolgte Herrschaft der Inquisition, durch welche Millionen fleißiger und geschickter Bewohner ihres mohammedanischen Glaubens wegen aus dem Lande vertrieben und viele Tausende aufgeklärter, aber freilich nicht ganz „gläubiger" Christen auf Scheiterhaufen verbrannt wurden, endlich 3) die an jene Thatsache sich anreihende Vernichtung der althergebrachten und mächtigen Volksrepräsentation und dagegen die Herstellung des Absolutismus, mit all' seinen, für die ganze Nation, ja zuletzt für die Königsfamilie selbst so verderblichen innern und äußern Folgen. —

Wenige können sich ein klares Bild von dem Zustande Spaniens unter den Arabern entwerfen. Der Mohammedismus löste *hier* aufs Glänzendste den welthistorischen Theil seiner Aufgabe. Die Rohheit und der Fanatismus der Sieger sorgte zwar vielfach, absichtlich und unabsichtlich, der spätern Zeit das Material zu entreißen, das zur vollen Würdigung jener Zustände dienen könnte. Viele Monumente geistiger wie körperlicher Schöpfungen entgingen aber der Zerstörungssucht oder konnten von den entstellenden Auffassungen und Erklärungen des Fanatismus nicht verwischt werden.

Es wird uns nicht einfallen, die Rohheiten und Gräuel, welche mitunter allerdings auch in den Kriegszügen der Araber vorkamen, hinwegläugnen zu wollen. Dessenungeachtet aber bleibt es gewiß, daß die Wissenschaften während des Mittelalters nirgendwo mehr Schutz und eifrige Beförderung fanden, als eben bei den Arabern. Die klassischen Schriften der Griechen und Römer, namentlich über Naturwissenschaften, insbesondere Mathematik, Astronomie, Arzneikunde, nicht minder Philosophie, wurden in ihre Sprache übersetzt. Die Hauptbibliothek der Ommaijaden in Spanien soll aus 600,000 Manuscripten bestanden haben (sehr glänzende Zeichen ihrer Größe gibt noch heute der arabische Katalog des Escurial). Die Errichtung besonderer Apotheken, die zweckmäßigere Bereitung der Arzneien, und überdies eine Menge der wirksamsten, vortrefflichsten einfachen Heilmittel und künstlicher Präparate, verdanken wir dem auch im Gebiete der Wissenschaften erfolgreich voranstrebenden Geiste der Araber. Die *Chemie*, diese, der Menschheit unberechenbare Fortschritte verheißende Wissenschaft, erhielt durch jenes Volk ihre erste Begründung. Die Araber erfanden und benannten den Alembik (Destillirkolben); sie untersuchten und sonderten zuerst die Bestandtheile der drei Reiche der Natur; sie entdeckten den Unterschied zwischen Alkalien und Säuren und mancherlei Verbindungen zwischen beiden, sie endlich waren es, welche zuerst mineralische Gifte als sanfte und heilsame Arzneimittel zu benützen wußten. Die arabischen Aerzte werden neben den ersten griechischen Meistern in der Heilkunde genannt. Die arabischen Geographen und Geschichtschreiber besitzen einen sehr wohlbegründeten Anspruch auf Anerkennung ihrer mitunter vorzüglichen Leistungen. Durch die Araber erhielt man in den Abendländern Kenntniß von den — nach ihnen benannten — Zahlzeichen (durch welche alle Zweige der Rechenkunst so ungemein gefördert werden), durch sie ward man mit der Algebra bekannt, ihnen verdankt man verschiedene bedeutende Vereinfachungen in der Trigonometrie, und sie brachten auch das chinesische Papier nach Europa. Die Berechnung der Zeitdauer des Sonnenjahres durch die Araber kommt der Wirklichkeit näher, als noch das s. g. Gregorianische System. — Genug, selbst der krasse Bigottismus der Christen damaliger Zeit mußte häufig die wissenschaftliche Ueberlegenheit der Mohammedaner anerkennen; die meisten christlichen Fürsten fanden es zuträglich, ihre Gesundheit und ihr Leben der Kunst *arabischer*, oder bei den Arabern gebildeter *jüdischer* Aerzte anzuvertrauen; denn auch die Bekenner anderer religiöser Kulten sahen sich unter ihnen keineswegs geistig niedergedrückt, und so verdankte z. B. namentlich der berühmte Gelehrte Gerbert dem Unterrichte der Araber jene Kenntnisse, wegen deren er von seinen unwissenden Glaubensgenossen anfangs als Zauberer verfolgt, dann aber zum Lehrer des nachmaligen Kaisers Otto des III. bestimmt und durch dessen Einwirkung als Silvester der II im Jahre 999 zum Papste erhoben ward. Die ausgezeichnetsten Männer jener Zeiten überhaupt waren Schüler der arabischen Kultur.

Wir wollen nicht alle Namen der Araber aufzählen, die sich durch hervorragende Leistungen in der Geschichte, der Geographie, der Poesie, der Tonkunst (zu Cordova bestand eine eigene höhere Musikschule), oder auch der Architektur, auszeichneten. Dagegen müssen wir einige Worte über den materiellen Zustand der den Mohammedanern damals unterworfenen Länder sagen. Ueberall wo sie sich festgesetzt hatten, im Oriente wie im Occidente (auch in Südfrankreich und in Süditalien walteten sie; und in Letzterem verdankte namentlich die hohe Schule von Salerno ihre wissenschaftliche Begründung und ihren weltberühmten Namen den Leistungen der Araber), blühte, wie die Wissenschaftlichkeit, so auch der Wohlstand der Bevölkerung empor. Ueberall lebte eine zahlreiche Volksmasse (an den Ufern des Guadalquivir allein sollen sich 12,000 Ortschaften befunden haben). Neue Dörfer, neue Städte entstanden; die alten wurden vergrößert und verschönert. Allenthalben wurden nützliche Bauten ausgeführt, Landstraßen hergestellt, öffentliche Brunnen, Wasserleitungen, Kanäle zur Bewässerung der Felder, Karvansereien u. dergl. errichtet. Ganze Landschaften gleichen einem unermeßlichen Garten. Cordova wuchs in jener Zeit zu einer Stadt von 212,000 Häusern heran; 130,000 Menschen lebten hier allein von der Seidenweberei. Man traf hier 70 Bibliotheken, 900 öffentliche Bäder, 600

Moscheen, dann christliche Kirchen, jüdische Synagogen u. s. f. Indessen glänzte keineswegs diese Hauptstadt allein. Auch Granada soll in jenen Zeiten eine Bevölkerung von 400,000, Toledo von 200,000, Sevilla von 400,000 Menschen umfaßt haben. Dabei blüheten allenthalben Ackerbau, Gewerbe, Künste und Handel in reicher Fülle. Bei freiem, ungehemmtem Voranschreiten in ihrer eigenthümlichen Entwicklungsweise lebten die Bekenner der verschiedenen Confessionen in schöner Eintracht neben einander. Erst später, als die Christen in den von ihnen behaupteten oder eroberten Landestheilen Spaniens die Mauren auf's Fanatischste verfolgten, konnte es sich nicht fehlen, daß auch die unter maurischer Herrschaft lebenden Christen mancherlei Bedrückungen ausgesetzt wurden.

So war der Zustand des Landes unter der Herrschaft des, mehr als irgendwo in jenen Zeiten hier anerkannten Grundprincips der Freiheit.*)

Vor dem Ablaufe des fünfzehnten Jahrhunderts war die Herrschaft der Mauren in Spanien vernichtet. Wo ihre Feinde festen Fuß faßten, da war nun auch der Grundsatz der religiösen Freiheit niedergedrückt. Fanatismus und Habsucht boten sich von geistlicher und weltlicher Seite die Hände. Die zahllosen Güterconfiscationen füllten die Casse des Herrschers, der Verkauf von Dispensen für auferlegte Bußen jene des Clerus. Aber man schritt weiter. Blos in der Zeit, während welcher der furchtbare Torquemada Großinquisitor war, wurden, nach den actenmäßigen Ermittlungen Llorente's,**) 10,209 Menschen lebendig, und 6900 andere (die in den Kerkern gestorben oder entflohen waren) im Bilde verbrannt; weiter aber wurden über 97,400 Personen Vermögensconfiscationen und sonstige Strafen verhängt! Daß unter solchen Zuständen jeder, auch der leiseste Aufschwung unmöglich war, versteht sich von selbst. Noch nicht genug damit, wurden im Jahre 1492 gegen 800,000 Juden aus Spanien vertrieben, weil sie nicht unverzüglich zum Christenthum übertreten wollten. Sie waren unter den freisinnigen Grundsätzen der Araber weit gebildetere und nützlichere Einwohner, als ihre Glaubensgenossen in andern Ländern unter dem characterverderbenden Drucke der Rechtlosigkeit sein konnten. Im Jahre 1502 theilten dieses Loos der Vertreibung ungefähr zwei Millionen Mauren, und sodann nochmals 1509 und 1510 beiläufig ebenso viele Maaresken, — Nachkommen von Mauren, von denen Viele längst das Christenthum angenommen hatten, denen man aber mißtraute! —

Nicht die Auswanderung nach Amerika hat Spanien entvölkert und um seine besten Kräfte gebracht: diese Abgänge hätten sich bei einem sehr beförderten Wohlstande alsbald ersetzt; der religiöse Fanatismus und (wovon wir alsbald reden werden) die Vernichtung der politischen Freiheit hat es gethan. Jedermann weiß, was Frankreich durch die unsinnige Verfolgung und durch die Auswanderung der Huguenotten verlor; in weit colossalerem Maßstabe geschah das Nemliche in Spanien. — Eine Partei herrschte; für die Angehörigen einer andern Meinung gab es keine Sicherheit und kein Recht mehr! Die Früchte, die das Land davon ärndete, liegen Jedem vor Augen!

An die religiösen Verfolgungen reihte sich alsbald der Umsturz der politischen Freiheit und die Begründung des sprüchwörtlich gewordenen „spanischen Absolutismus." — Davon in unserm nächsten Artikel.

Deutschland.

*** Speyer,** den 21. Dec. Die „Pfälzer Ztg.," noch nicht gewitzigt durch die Lection, welche sie bei den Districts- und den Landrathswahlen bekommen, hat [d]ie Stirne, den Pfälzern wieder zuzumuthen, auch bei d[en] in den nächsten Wochen stattfindenden Gemeinderath[s]wahlen alle Freigesinnten, d. h. alle Diejenigen aus[zu]schließen, welche nicht in ihr Horn der Servilität blas[en] (denn dies ist der Sinn ihrer Worte). Wir sprechen [da]gegen die zuversichtliche Erwartung aus, daß auch [bei] dieser Gelegenheit wieder Rechtlichkeit, Kenntniße, un[d] gemeinnütziges Interesse am Gemeinwohl und Selbstständ[ig]keit, für die Wähler maßgebend sein, und daß sie ger[ne] die Rathschläge Derjenigen gebührend zurückweisen w[er]den, welche — selbst angesichts der schweren Ereigni[sse] die unserm Lande in der nächsten Zukunft bevorstehen k[ön]nen — die Parteiintriguen bis auf diese rein loca[len] Verhältniße auszudehnen, und alle Schichten des Leb[ens] mit boshaften Gehässigkeiten zu vergiften suchen.

*** Speyer,** den 21. Dec. Wir erhalten die N[ach]richt, daß der biedere Hr. Karl Geib von Lambsheim [(in] jüngern Jahren lange Mitarbeiter an unserem Blatte) [im] hohen Alter von beinahe 76 Jahren, gestorben ist.

Darmstadt, den 18. Dec. Die Uniformirung [der] großh. Civilbeamten, die bisher nur langsam von [Stat]ten ging, hat einen neuen Antrieb erhalten durch [eine] letzthin erlassene Cabinetsordre, wonach dieselben bis [zum] Anfang des neuen Jahres die vorgeschriebenen Unifo[rm]stücke nicht nur besitzen müssen, sondern zugleich auch [ver]bunden sein sollen, solche im Dienste stets zu tragen. Gegen die einmal beschlossene und mit Beharrlichkeit [fest]gehaltene Maßregel der allgemeinen Uniformirung mö[chte] im günstigsten Falle (!) wenigstens (!) so viel **) [zu] erinnern sein, daß viele der Civilbeamten, die meist [Fa]milienväter sind und nur mittlere Gehalte unter [oder] bis zu tausend Gulden zu beziehen haben, sich gar [nicht] in der Lage befinden, jene durch den Uniformsluxus [ge]botenen außerordentlichen Anschaffungen, im Betrage [von] 160 und mehr Gulden, machen zu können, ohne Sch[ul]den zu contrahiren, zu deren Tilgung sie bei wei[tem] keine ausreichende Mittel besitzen. (F. J.

Frankfurt, den 17. Dec. Vor einigen Mon[aten] richtete eine große Zahl hiesiger Handwerker eine V[or]stellung an den Senat unserer freien Stadt wegen W[ie]deraufnahme der Grundbestimmungen der Constituti[ons]ergänzungsacte, um dadurch die den hiesigen Israe[liten] zugestandene Rechtsgleichheit wieder zu den von de[r er]wähnten Ergänzungsacte vorgeschriebenen Schranken [zu]rückzuführen. Eine ähnliche Vorstellung wurde auc[h an] die Bundesversammlung gerichtet. Die hiesigen Isr[aeli]ten haben sich nun, dem Vernehmen nach auf diplom[ati]schem Wege, ein vollständiges Verzeichniß von allen [Un]terzeichnern dieser Vorstellungen zu verschaffen ge[wußt] und unter sich das Uebereinkommen getroffen, mit de[nsel]ben jeglichen Verkehr aufzuheben. (A. Z.

Dresden, den 15. Dec. Der protestantische Ku[ltus]minister Hr. v. Beust, welcher den Einfluß des Gu[stav]-Adolf-Vereins auf die Schuljugend fürchtet und de[msel]ben energisch entgegentreten zu müssen glaubte, ha[t sich] auch gemüssigt gefunden, das Thema über die „F[olgen] der Reformation" zu Ausarbeitungen für die oberen [Klas]sen der sächsischen Gelehrtenschulen zu verbieten. [Das] officiöse „Dresd. Journ." sucht das seltsamliche V[erbot] dadurch zu rechtfertigen, daß die Schüler bei der [Bear]beitung jenes Themas sich in Phrasen über Fr[eiheit,] Gleichheit, Mündlichkeit und dergleichen ergangen hä[tten.]
(Ztg. f. Nord[d.])

Berlin, den 18. Dec. Wie es heißt, sollen di[e Ver]handlungen mit dem Frhrn. v. Bruck in der nächsten [Zeit] in den eigentlichen Gang kommen. Bis jetzt habe[n nur] Vorberathungen Statt gefunden und die erste för[mliche] Conferenz steht noch bevor. Nach allem aber, wa[s ...]

---

*) Wer Näheres darüber lesen will, den verweisen wir besonders auf folgende zwei Werke: Murphy, history of the Mahometan Empire in Spain (London 1816), und Conde, Historia de la dominacion de los Arabes en Espana (Madrid 1820.)

**) Kritische Geschichte der spanischen Inquisition, von Dr. Llorente, vormaligem Secretär der Generalinquisition.

*) Kladderadatsch hat kürzlich ein Bild gebracht, [...] dies ausnehmen wird! D. R[ed.]

**) Muster der Ausdrucksweise eines loyalen armen [Un]terthans!" D. R[ed.]

über den gegenwärtigen Stand der Sache vernimmt, bleibt es noch immer wahr, was wir vor einigen Tagen bemerkten, daß die Vereinbarung noch nicht weit über die gegenseitige Erklärung der guten Absicht hinausgelangt ist. Es scheint richtig, daß, wie die Organe der Coalition behaupten, Oesterreich bis jetzt nur die förmliche Stipulirung einer künftigen Zolleinigung aus dem „Handelsvertrag" (Entwurf A) fallen zu lassen sich bereit erklärt und dagegen von Preußen nicht nur erwartet, daß dasselbe den Handelsvertrag vorher bis auf den Punct der Ratification feststelle, ehe es eine Erneuerung der Zollverträge durch die Coalition verlange (ein Punct, der keine Schwierigkeiten machen wird), sondern auch noch auf Aufrechterhaltung des von Preußen abgelehnten Art. 4 im Entwurf A besteht. Es wird diese Forderung indeß nicht Oesterreichs letztes Wort sein. Wollte das Wiener Cabinet diesen Punct nicht fallen lassen, so würde es wol sicherlich Hrn. v. Bruck den vergeblichen Weg nicht haben machen lassen. Die hiesige Regierung geht — wie die Spen. Ztg. bemerkt — fest von dem Grundsatze aus, daß Preußen und die mit ihm zollvereinten Staaten völlige Freiheit in Tarifangelegenheiten behalten müßen und auch in allen Vertragsverhältnißen keiner Rückfrage nach Oesterreich bedürfen, was wie ein indirecter Zwang erscheinen könnte. (Köln. Ztg.)

Die heutige N. Pr. Z. schreibt: „Die gestern von uns erwähnte Mittheilung des Publicisten, nach welcher der Policeirath Stieber zum Landrath und Policeidirector in Köln ernannt worden, dürfen wir heute für unbegründet erklären."

Die Abgeordneten von der sogenannten katholischen Fraction haben in der zweiten Kammer einen Antrag eingereicht, dahin gehend, dieselbe wolle eine Adresse an den König richten, derselbe möge die Beschränkung in Abhaltung katholischer Missionen sowie in Ausbildung und Niederlassung katholischer Geistlichen, aufheben.

— den 19. Dec. Der König von Hannover und der Herzog von Braunschweig werden heute Nachmittag erwartet. Gestern ist der Prinz von Preußen eingetroffen. Der Kaiser von Oesterreich verläßt Berlin erst am Dienstag (21.).

Wien. Aus Oesterreich wird dem „Protestant" von dem eigenthümlichen Schicksal berichtet, welches in diesem Sommer eines der hervorragendsten Mitglieder der nunmehr aufgelösten freien Gemeinde zu Wien betroffen hat. Derselbe ist vom Kriegsgericht zu acht Wochen Gefängniß verurtheilt worden, weil er in einem Brief, in welchem er einen Gottesleugner zum Glauben an Gott zu bekehren suchte, die Gottheit Jesu geleugnet hat. Dem Blatte wird die Versicherung hinzugefügt, daß das Urtheil durchaus in den Gesetzen begründet sei. Mit der Verfassung ist nämlich die Religionsfreiheit aufgehoben, und schon vorher am 16. Novbr. 1851 ist die freie Gemeinde aufgelöst. Nunmehr muß wieder Jedermann einer der anerkannten Kirchen angehören und demgemäß ist der Betreffende nach Auflösung der freien Gemeinde zur reformirten Kirche übergetreten. Derselbe war schon in der freien Gemeinde wegen seines Gottesglaubens als Pietist verschrieen, und hat mit dem besagten Gottesleugner schon früher im brieflichen Verkehr über diese Angelegenheit gestanden. In dem Verhöre ist ihm gesagt worden: daß die Atheisten zu bekehren lediglich Sache der Geistlichen sei, so wie daß auch die Juden kein Recht hätten, ihren Unglauben zum Proselytenmachen zu gebrauchen. Uebrigens ist sein Gegner, bei dem die Briefe gefunden worden, gleichfalls wegen Besitzes verbotener Schriften zu sechs Wochen verurtheilt und hat mit ihm das Gefängniß getheilt. (N. O. Z.)

Wien, den 19. Dec. Nach dem Journal de Constantinople wurde von der Pforte das ausländisch gemünzte Geld verboten und das Agio abgeschafft. (A. Z.)

Frankreich.

† **Paris,** den 20. Dec. Der Senat wird morgen wieder eine Sitzung halten.

Nach längerem Stillschweigen erscheint Hr. Granier de Cassagnac, der geharnischte Ritter des Bonapartismus mit einem langen Artikel im Constitutionnel, um eine Lanze gegen die Legitimisten und speciell gegen deren Journal „die Mode" zu brechen, die in der letzten Nummer behauptete, daß Frankreich sich jetzt in einer außerordentlichen Bewegung und zwar blos deßhalb befinde, „weil der Abkömmling der französischen Könige seine Stimme hören ließ, die durch Schlösser und Strohhütten dringt und seine Protestation im Namen Gottes, der Ehre und des Rechts überall verkündet." Der Verfasser geht mit den Legitimisten nicht eben sehr glimpflich um, und macht namentlich dem Grafen Chambord merkwürdigerweise denselben Vorwurf, der ihm schon häufig von ganz anderer Seite gemacht wurde, daß er zur Rettung seines Vaterlandes und seiner Rechte nichts gethan, ja selbst nichts unternommen habe." „Die Legitimität," sagt Hr. Granier, „ist ohne Genie, ohne Muth und ohne den Willen und die Beihülfe der Völker ein Amulett, das, um den Hals getragen, viel geheime Eigenschaften, die in den Himmel helfen, besitzen mag, auf weltliche Angelegenheiten aber noch nie eine sichtbare Wirkung hervorgebracht hat." Was aber den Effekt anbelangt, den die Protestation des Grafen Chambord in Frankreich hervorgerufen haben soll, so stellt es sich heraus, daß seit der Veröffentlichung des Chambordschen Manifestes 38 Maires und Adjuncten, 36 Stadträthe, 11 Generalräthe, 1 Commissionsmitglied, 1 Commandant der Sapeurs und ein Friedensrichter, im Ganzen 90 größtentheils unbesoldete Beamten, ihre Entlassung eingereicht haben." „Dies ist," ruft der Verfasser aus, „der Effectivbestand des heiligen Bataillons der Legitimität, das den Grafen Chambord mit den Waffen in der Hand erwartet, um ihn auf den Thron seiner Väter zu tragen. Wir wollen jedoch glauben, daß es noch mehr legitimistische Maires und Stadträthe gibt, als die, welche ihre Entlassung gaben. Die aber auf ihrem Posten geblieben sind, dies sind wahre Franzosen, die die Entscheidung Frankreichs respectiren und sich ihr unterworfen haben; sie sind der ernste Theil der legitimistischen Partei; die Andern sind nichts als die „fürchterlichen Kinder" derselben. Mit den Ersteren gründet man Regierungen, mit den Letzteren macht man sie unmöglich."

Der Moniteur theilt ein Decret der spanischen Regierung mit, dem zufolge für alle Bodenerzeugnisse Frankreichs, welche von den französischen Häfen zwischen Bordeaux und Bayonne und zwischen Port-Vendres und Marseille, sowie von allen algierischen Häfen mit spanischen Schiffen nach Spanien expedirt werden, die früheren niedrigen Zollsätze entrichtet werden sollen. Das Decret ist unter dem 10. Decbr. von Bravo Murillo gegengezeichnet.

Es fällt auf, daß die (schon besprochene) Schrift: „Die Gränzen Frankreichs," ungestempelt ist.

Es regnet seit einigen Tagen von officiellen Aeußerungen. Jetzt soll der Kaiser gar gesagt haben: „La Carte de l'Europe est mal faite."

Als der Kaiser nach Compiegne fuhr, nahm er Hrn. v. Rothschild bei der Hand, und derselbe fuhr in dem Eisenbahnwagen zu seiner Linken mit fort.

Das Verschwinden des Obersten und eines Escadronschefs vom 1. Lancierregiment soll seinen Grund in einer etwas derben Art ihres Entlassungsbegehrens (Zerbrechen der Säbel) haben. Nach Einigen befinden sich jetzt beide Exmilitärs im Abteigefängniß, nach Andern sind sie in ihren Heimatgemeinden internirt worden.

Paris, den 16. Decbr. Wie oft haben Sie nicht in verschiedenen Blättern gelesen, daß Lamartine auf der Senatorenliste stehe, Thiers nicht abgeneigt sei mit den Tuilerien sich auszusöhnen, Chavoix, der rachsüchtige Montagnard, dem Kaiser sich unterworfen und die Erlaubniß zur Rückkehr angefleht und erhalten, Virio eine Stelle bei dem künftigen kaiserlichen Stellvertreter von Algerien verlangt? Alles das waren und sind lauter falsche, in der Absicht verbreitete Gerüchte, die betreffenden Personen und

Parteien in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und neue Recruten unter den schwankenden Parteigenossen zu werben. Seit einigen Tagen verbreitete man mit derselben Bestimmtheit, die HH. Carnot und Bethmont wären mit Erfolg für den Uebertritt ins kaiserliche Lager bearbeitet worden, Hr. Carnot hätte eine längere Audienz in den Tuilerien gehabt, und endlich begriffen, daß der Kaiser allein die socialen Reformen auszuführen im Stande sei, in dieser Ueberzeugung auch seinen Beistand zugesagt. An all dem Gerede ist nicht mehr Wahres, als an dem Brief des Montagnard Chavoir, den die ministeriellen Blätter jetzt selber als eine Fälschung erklären, ohne Aufschluß zu geben, wie es denn zugegangen, daß der Moniteur erzählen konnte, der Kaiser habe die verlangte Gnade bewilligt. (A. Z.)

Gegen die Legitimisten herrscht in den höhern Regionen einige Gereiztheit wegen der häufigen Abdankungen die täglich einlaufen. In dieser Stimmung hat der Staatsanwalt von Bourges den Auftrag erhalten, mit aller Strenge gegen Hrn. v. Vogué, zu verfahren, welcher der Verbreitung des Manifestes Heinrich V angeklagt ist. Hr. v. Vogué, ehemaliger Volksvertreter, ist einer der reichsten Gutsbesitzer in Berry.

Meyerbeer's Prophet hat bis jetzt in Paris 1 Mill. 4000 Fr. eingebracht; rechnet man die Tantième zu 10 pCt., so hat diese Oper allein dem großen Compositeur 100,000 Fr. eingetragen.

Spanien.

Der Independance Belge wird aus **Madrid** vom 13. Dec. geschrieben: „Nachdem Lersundi das ihm angebotene Kriegsministerium ausgeschlagen hatte, setzte er hinzu: Sie haben Ihren letzten Kriegsminister gehabt. Um 11 Uhr wurde General Roncali berufen. Er antwortete Bravo Murillo: Sie stecken im Koth; wenn ich mich Ihnen zugesellte, so würde ich nur Ihren Sturz theilen; ich danke für Ihr Portefeuille."

* **Madrid,** den 15. Dec. Die officielle Gazette veröffentlicht heute die gestern von uns gegebene Ministerliste, mit dem General Roncali an der Spitze. Das neue Ministerium wird sich strenge auf dem legalen Wege halten und die Frage der Reform ganz bei Seite lassen.

Italien.

Turin, den 14. Dec. Mehre Geistliche sind von ihren Bischöfen neuestens a divinis suspendirt worden, weil sie Todtenämter für Gioberti, der bekanntlich excommunicirt war, veranstaltet hatten.

Großbritanien.

* **London,** den 20. Dec. Das Ministerium ist noch nicht officiell angezeigt; folgende Zusammenstellung kann jedoch als authentisch angesehen werden: Ministerpräsident, Graf Aberdeen; der Vicomte Canning, Minister des Auswärtigen; die übrigen Mitglieder des Ministeriums sind: Lord John Russell, Gladstone und Herbert.

Eine telegraphische Depesche bringt Nachrichten aus New-York, denen zufolge die Agitation auf Cuba ganz aufgehört hat. Der Congreß wird sich am 6. December versammeln. Der Preis von Baumwolle ist um ¼ Cent gefallen.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer,** den 22. Dec. Wir haben neulich schon angedeutet, daß noch nicht über alle Gnadengesuche der politisch Verurtheilten entschieden zu sein scheine. Die Pfälzer Ztg. modificirt nun ihre neuliche Mittheilung in diesem Sinne. Indessen ist mittlerweile die Zahl der Verurtheilten jener Kategorie um einen vermehrt worden, indem das Zuchtpolizeigericht zu Landau Hrn. Deutsch von Edenkoben zu dreijährigem Gefängniß condemnirte.

* **Frankfurt,** den 21. Dec. Die spanischen Papiere, welche auf die Nachricht von dem Madrider Staatsstreichsversuche nicht (wie es sonst wol vorkam) in die Höhe, sondern vielmehr tüchtig herabgingen, sind auf Kunde von dem Sturze Bravo Murillos wieder ans... lich gestiegen.

Nürnberg, den 19. Dec. In den hiesigen Bu... handlungen wurde gestern die Broschüre: „Die Jesui... pest" von Pfarrer Bergmann, konfiscirt.

Der reine Ertrag, welchen jetzt die österreichis... Staatseisenbahnen abwerfen, wird auf 3½ pCt. des ... lagecapitals berechnet.

Turin. Der Staatsanzeiger für Württemberg ... wissen, eine Aussöhnung der sardinischen Regierung ... Rom stehe nahe bevor; auch habe das Verhältniß zwisc... Wien und Turin ganz wieder jenen freundschaftlic... Character angenommen, wie vor dem Jahre 1848.

Redacteur und Verleger G. F. Kol...

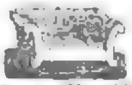
Gewerbsverein zu Speyer.

Mittwoch, den 22. December Abends 5 Uhr, **Ge... ralversammlung:** Vortrag des Jahresberichtes ... Wahl des neuen Ausschusses. Um 6 Uhr Vortrag ... Chlor, Brom, Jod, Flour; das künstliche Bleichen ... Glasätzen. Der Vorstand: Dr. Wal...

[1345] **Anzeige.**

In ein Commissions- und Weingeschäft in einer S... am Rhein wird ein braver junger Mann von guter ... milie in die Lehre gesucht: Kost und Logis kann im H... gegeben werden. — Frankirte Briefe befördert die ... pedition dieses Blattes.

[1354] **Mobiliarversteigerung.**



Dienstag, den 28. December 1852 und die folgende Tage, jedesmal Morgens 9 Uhr anfangend, zu Speyer in dem Rogister'schen Hause in der Landauervorstadt, ... den die zum Nachlasse der daselbst verlebten Eheleut...

Carl von Rogister,

im Leben pensionirter Major, und Anna Regina F... tag, gehörigen Mobilien öffentlich versteigert, als: Bettung mit Roßhaarmatratzen, Schreinwerk, ... besondere Bettladen mit Federmatratzen, nuß... mene und tannene Kleiderschränke, Küchenschr... Secretäre, Commode von verschiedener Größe, W... tische, Nachttische, 5 Canapee mit gepolsterten S... len, Fauteils, ein gepolsterter Nachtstuhl, Sp... aller Art, Gartengeräthschaften, wobei 12 ei... Stühle, 2 Bänke und ein runder Tisch von ... Blumen in Kübeln und Töpfen, Glas, Porze... Uhren, Küchengeschirr von Kupfer, Zinn, ... Blech und Steingut, Weißzeug, wobei eine ... Quantität Tischzeug, Kleidung, sodann fol... gutgehaltene Speyerer Weine, als:

900	Liter	1846r	rother,
1800	„	1846r	Traminer,
1600	„	1851r	gemischter,
1400	„	1846r	Riesling,
1480	„	1849r	Traminer,
1050	„	1852r	gemischter,
130	„	1850r	gemischter,
180	„	1849r	ordinärer;

ferner 13 Fässer verschiedener Größe, vo... bis 2500 Liter, eine Kelter mit eiserner S... 1 ditto mit holzerner Spindel, 1 Trauben... 1 Apfelmühle, Herbstbütten, Ständer, Zübe... bei ein Badzuber von Zink, mit blechener R... tung, Brennholz, Baumstützen, Stämme un... stige Geräthschaften.

Wein, Fässer und Kelter werden Mittwoch d... December, Nachmittags 2 Uhr, versteigert.

Am ersten Tage, Vormittags, kommt auch zum ... gebote 1 großer Tubus von Frauenhofer sammt ...

Speyer, den 21. December 1852.

Kissel, N...

Neue
Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 308 | den 24. December 1832.

*Zustände Spaniens. (Beschluß.)

Wie alle Nationen Europas, so besaßen namentlich auch die verschiedenen Volksstämme, welche die Pyrenäenhalbinsel bewohnen, entschieden freie Verfassungen; ja dieselben waren hier sogar ganz besonders entwickelt. Es mag um so mehr am Platze sein, einige Einzelnheiten darüber anzuführen, als die Rückschrittspartei alle freisinnigen Einrichtungen als Producte des blinden Umsturzes auszugeben sucht. Für uns ist zwar nicht das Alter einer Institution, sondern vor Allem das natürliche Recht und die innere Nothwendigkeit einer solchen maßgebend; indessen haben wir nicht den entferntesten Grund, den Anhängern des Absolutismus nicht auch auf den historischen Boden zu folgen. Dort zeigt es sich überall, daß Montesquieu nie einen mehr in Wahrheit begründeten Satz ausgesprochen hat, als den: „Es ist die Freiheit, welche alt, und der Despotismus, der modern ist.“ Daß die Formen vor Alters nicht die nemlichen waren, wie die veränderten Verhältniße der Neuzeit dieselben erheischen, ändert dabei natürlich nichts an der Hauptsache.

In Aragonien,*) (wie in früherer Zeit bei allen europäischen Völkern,) wurden die Könige ursprünglich vom Volke, von den Freien, gewählt. Gelang es ihnen auch allmälig, den Gebrauch der Erwählung je eines der Söhne nach dem Tode des Vaters und damit endlich die Erblichkeit des Königthums einzuführen, so ruhte doch die höchste Staatsgewalt in den Cortes, den Vertretern der Nation oder der verschiedenen Stände (wobei die Städte vorzüglich mitwirkten). Die ganze Verfassung war und blieb weit mehr democratisch, als monarchisch nach den heutigen Begriffen.

Kein allgemeines Gesetz konnte ohne die Zustimmung jedes einzelnen Repräsentanten erlassen, ohne der Cortes Genehmigung konnten keine Auflagen erhoben, kein Krieg erklärt, kein Frieden geschlossen, kein Geld gemünzt werden. Den Cortes stand das Recht zu, alle gerichtlichen Proceduren zu revidiren, sämmtliche Theile der Verwaltung zu überwachen, und allen Beschwerden abzuhelfen. Viele Jahrhunderte hindurch übten sie die Befugniß aus, dem Könige die Mitglieder seines Rathes und die Beamten seines eigenen Hofes zu ernennen (die deßfallsigen positiven Beweise reichen bis zum Jahre 1286 hinauf); noch bis zu Anfang des sechzehnten Jahrhunderts waren sie es, welche die Befehlshaber der (gemäß ihrer Autorität ausgehobenen) Truppen bestimmten. (Im Jahre 1503 ermächtigten die Cortes den König ausnahmsweise, daß er die Befehlshaber der in Italien kämpfenden Truppen ernennen dürfe.)

Das Volk besaß aber außer den Cortes noch eine andere, permanente, höchst eigenthümliche Institution zur Wahrung seiner Rechte und Freiheiten. Es war dies die sogenannte Justiza, ein mit ungewöhnlichen Vollmachten ausgestatteter oberster Gerichtshof. Derselbe erscheint als der höchste Ausleger (Interprete) der Gesetze. Nicht nur die untern Richter, sondern die Könige selbst waren gehalten, in zweifelhaften Fällen den Rath der Justiza einzuholen und zu befolgen. Von allen Gerichtsurtheilen konnte an sie appellirt werden; ja sie besaß die Befugniß, aus eigener Autorität jeden Prozeß den andern Gerichten zu entziehen, und vor ihrem Forum zu entscheiden. Sie hatte die Anordnungen und Befehle des Königs zu überwachen, dessen Proclamationen und Verfügungen zu prüfen, und darauf zu erklären, ob dieselben den Gesetzen entsprechend und demnach zu vollziehen seien oder nicht. Die Justiza besaß die Befugniß, die Minister sowol abzusetzen, als auch sie förmlich zur Verantwortung zu ziehen. Die Mitglieder dieses Collegiums selbst aber waren nur den Cortes Rechenschaft schuldig, dagegen jedem Andern gegenüber völlig unverantwortlich.

Bei der großen Gewalt der Justiza bedurfte man allerdings einer Garantie gegen Mißbrauch von ihrer Seite. Anfangs entschieden die gesammten Cortes über deßfallsige Beschwerden. Von 1461 aber erfolgte eine Aenderung: die Cortes bildeten nun zu jenem Behufe in jeder Session eine Beaufsichtigungsjunta von 17 ihrer Mitglieder, wie das Loos dieselben bestimmte. Dieser Beaufsichtigungshof trat alljährlich dreimal in bestimmter Zeit zusammen. Jedermann konnte sich hier nicht nur über Gewaltmißbrauch der Justiza, sondern auch über Nichterfüllung der derselben auferliegenden Wahrung der allgemeinen und besondern Rechte beschweren. Die Abstimmung jener Siebenzehn geschah geheim; gewissenlose Justizamitglieder traf die Strafe der Absetzung, der Vermogensconfiscation und selbst der Hinrichtung.

Der Huldigungseid, den die Justizamitglieder dem Könige leisteten, lautete bezeichnend genug: „Wir, von denen ein Jeder so gut ist, als Ihr seid, und die wir zusammen mächtiger sind als Ihr, versprechen Gehorsam Euerer Regierung, wenn Ihr unsere Rechte und Freiheiten aufrecht erhaltet; aber wenn nicht, nicht!“

Von dem Erfahrungssatze ausgehend, daß alle formellen Rechte bedeutungslos sind, wenn es an der materiellen Macht gebricht, ihnen Geltung zu verschaffen, war es eine Grundbestimmung der aragonesischen Verfassung (wie in jener Zeit auch mancher deutschen), daß der Nation, repräsentirt durch die Freien (den Adel und die Städte) das Recht der „Union“ zustehe. Bei Gesetzverletzungen, wider welche die gütlichen Vorstellungen sich als vergeblich erwiesen, waren nemlich Adel und Städte befugt, sich aus eigener Autorität zu versammeln und zu verbunden, und — ohne alle spätere Verantwortlichkeit — dem Fürsten den Gehorsam aufzusagen, ihn abzusetzen und einen andern, „selbst einen Heiden“ statt seiner zu wählen. Und diese Befugniß ward wiederholt zur Anwendung gebracht, so namentlich gegen Alfonso III., 1287 und gegen Peter IV., 1347.

In Castilien waren die Grundlagen der Staatseinrichtung jenen in Aragon durchaus ähnlich. Nicht nur die Geschichtsbücher, sondern die theilweise erhaltenen alten Gesetze selbst, namentlich das Fuero Juzgo, beweisen, daß ursprünglich auch hier die Könige gewählt wurden, und zwar durch die Bischöfe, den Adel und das Volk. Selbst nachdem es den Fürsten gelungen war, ihre Würde erblich zu machen, blieb der ganze Staatsorganismus democratisch, und namentlich ruhte die gesetzgebende Gewalt in den Händen der Cortes. Bei denselben hatte sich u. A. das Herkommen gebildet, der Regierung nicht früher Geld zu bewilligen, als erst nach Erledigung aller andern Geschäfte.

Auch die Verfassungen der übrigen kleineren Reiche in Spanien beruhten auf den nämlichen Grundlagen, und wir wissen namentlich, daß die Valencianer ebenfalls das Unionsrecht förmlich besaßen.

*) Zu vergleichen: Zurita, Anales de Aragon. — Hier. Blanca, Comment. Rer. Aragon. — Roberson, History of Charles V.

Wir wollen die Kämpfe nicht schildern, in denen namentlich Karl der V. mit dem eisernen Fuße des Despotismus, die historischen Volksrechte niedertrat; jene Kämpfe, in deren entscheidendsten der edle, freiheitbegeisterte, vaterlandliebende Juan de Padilla schmachvoll als Opfer fiel (24. April 1522.) Es genügt uns, gezeigt zu haben, auf welcher bodenlosen Unwissenheit oder Entstellung es beruht, wenn man das Ringen der spanischen Nation in unserm Jahrhunderte für Herstellung einer freien Verfassung, als das Werk eines „unhistorischen" Revolutionsgelüstes ausgeben will.

Nachdem wir den frühern blühenden Zustand Spaniens geschildert, wollen wir nur noch in Kürze die Frage erheben: was ward dagegen aus diesem herrlichen Lande, nachdem der weltliche und der kirchliche Despotismus sich in demselben festgesetzt hatten? Die Bevölkerung der einst reichsten Städte sank vielfach auf weniger als ein Zehntheil, meist verarmter und elender Bewohner, die Bevölkerung des gesammten Landes wenigstens auf ein Viertheil herab; an der Stelle ehemaliger Gewerbthätigkeit, erhoben sich in Unmasse Kirchen und Klöster (in einem Städtchen wie Burgos, das 12,000 Menschen zählte, hatte man 2 Kapitel, 25 Pfarrkirchen, 50 Klöster, 21 Collegien u. s. w.); über ein Drittheil des Grundbesitzes ward Eigenthum der Geistlichkeit (in einigen Provinzen, namentlich in Gallizien, über zwei Drittheile); nach allen vorgängigen Secularisationen besaß die Geistlichkeit noch im Jahre 1820 eine Einnahme von 52 Millionen Piaster, während der Gesammtertrag aller Staatseinkünfte sich blos auf 21 Millionen, also lange nicht auf die Hälfte, belief und noch im Jahre 1822 ergaben die amtlichen Erhebungen bei Erörterung der Frage wegen einer neuen Organisation der Geistlichkeit, daß die Zahl der, nach vollständigster Deckung des Bedarfes, noch überflüssig vorhandenen Geistlichen, um mehr als die Hälfte die Zahl der Soldaten überstieg, indeß der Krieg mit Frankreich vor der Thüre war; — die Industrie ward gehemmt, statt befördert, und verfiel gänzlich, (bekannt ist, wie das Anerbieten einer holländischen Gesellschaft, den Tajo und Manzanares schiffbar zu machen, als „freventliche Widersetzlichkeit gegen Gott und seine Vorsehung" zurückgewiesen ward;) trotz der 300jährigen reichen Erträgniße aller Gold- und Silberminen Perus und Mexicos, versank Spanien in die tiefste Armuth, in Unwissenheit, Rohheit, Noth und Elend jeglicher Art. Die Vernichtung des alten Zustandes war dermaßen eine Nothwendigkeit, daß das Land, gleichsam inmitten der ungeheueren Stürme, welche dasselbe seit dem Beginne des jetzigen Jahrhunderts, zu bestehen hatte, sich vergleichsweise zu erholen begann, und daß, obwol die Anhänger des Alten den Staat gar nicht zur Ruhe kommen lassen, derselbe dennoch — blos in Folge des theilweisen Niederreißens der verrotteten frühern Zustände — heute wenigstens vergleichsweise bevölkerter, wohlhabender, gebildeter und kräftiger ist, als er vor dem Napoleonischen Kriege, also in der Zeit des Friedens, der „Ruhe und der Ordnung" je hatte werden können! —

Deutschland.

Die Sorge für die Hebung der Industrie.

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Beobachter" einen interessanten Aufsatz. Jedermann, bemerkt dieses Blatt, wird anerkennen müßen, daß die deutschen Regierungen den materiellen Wohlstand der Völker befördern möchten, und zwar gerade um so mehr, je stärker der Drang nach politischer Freiheit ist. Das ist aber gerade der Haken, daß politische Freiheit und Entwicklung des Handels und der Industrie mit einander Hand in Hand gehen. . . . Der untrügliche Spiegel der Geschichte weist das Wechselverhältniß zwischen der politischen Freiheit eines Volkes und der Entwicklung seiner Industrie in Hunderten von Beispielen nach, und der denkende Anthropolog vermag die Gründe hiefür leicht aufzufinden. Ein Beispiel der neuesten Tagesgeschichte mag sprechen. Es ist eine der wesentlichsten Bedingungen dafür, daß ein Volk mit seinen Nachbarn sich industriell messen kann, daß seine Gewerbsmänner in Bezug auf gewerbliche Kenntniße und Fertigkeit nicht hinter denen der andern Völker zurückstehen. De halb muß einer Regierung daran liegen, dafür zu sorge daß die Gewerbsmänner ihres Landes von den Fortschr ten, welche eine Industrie in irgend einer Beziehung a derwärts macht, so bald und so vollständig als mögli Kenntniß erhalten. Eines der besten und jedenfalls u ersetzbaren Mittel ist das Wandern der Gewerbe gehilfen zu ihrer Ausbildung. Dieses Mittel hat ma früher so hoch geschätzt, daß man es sogar durch gese lichen Zwang aufrecht erhielt, indem bei vielen Gewer ben eine bestimmte Wanderzeit als Bedingung für de Meisterrechtserwerb vorgeschrieben war. Einem solche Zwange möchten wir nie das Wort reden, aber das schein uns wenigstens ein gerechtes Verlangen, daß die Regie rungen das Wandern nicht hindern. Natürlich geht de Strom des Wanderns der Gewerbsgehilfen dahin, w die betreffende Industrie im Flor ist; denn da gibts Ar beit und Gelegenheit zum Lernen. Es ist anerkannt, daß die Schweiz in sehr vielen Industriezweigen auf einer höhern Stufe als Deutschland steht, man sollte deßhalb meinen, die Regierungen in Deutschland würden im Interesse der Förderung der einheimischen Industrie das Wandern nach der Schweiz gerne sehen, zumal dieses Land durch die Gleichheit der Sprache und seine Nähe für deutsche Gewerbsgehilfen zum Wandern sich vorzugsweise eignet. Aber siehe da! das Wandern nach der Schweiz ist wieder verboten worden! Warum diese Maßregel? weil die Regierungen glauben, unsere jungen Leute werden in der Schweiz politisch angesteckt. Darum, weil der Aufenthalt unsrer jungen Leute in der Nachbarrepublik den Regierungen für ihre Politik gefährlich erscheint, darum sind sie genöthigt, in demselben Augenblicke, in welchem sie mit großen Kosten Modelle kommen, Leute mit Staatsmitteln zu industrieller Ausbildung reisen lassen ꝛc., das einfachste und zugleich wirksamste Mittel, die gewerbliche Ausbildung unserer Gewerbsmänner auf gleiche Höhe mit dem Auslande zu bringen, beziehungsweise darauf zu erhalten, und überdies dasjenige Mittel, welches den Staat nicht nur keinen Kreuzer kostet, sondern wodurch die jungen Leute oft sehr hübsche Summen ins Land bringen, aufzuopfern. . . . Man wundert sich, daß es bei uns mit der Industrie nicht vorwärts, sondern den Krebsgang geht, während die benachbarte schweizerische Industrie blüht. (Man darf nur in den Fall kommen, eine Geldversendung nach der Schweiz machen zu müßen, die man der Vereinfachung wegen in eine Anweisung verwandeln möchte; da kann man lange suchen, bis man einen Kaufmann findet, der in der Schweiz etwas gut hat; wol aber gehen starke Zahlungen dahin.) Die Schweizer sind von ihrer Obrigkeit nicht gehindert, sich Kenntniße und Fertigkeiten überall zu sammeln, wo Gelegenheit dazu sich bietet, denn die schweizerische Obrigkeit besorgt nicht, der Aufenthalt in Deutschland möchte deren politische Gesinnungen in einer der dortigen republicanischen Staatsverfassung gefährlichen Weise umbilden. —

Das revolutionäre Falschmünzersystem. Darüber enthält die Schw. Nat.-Ztg. einen Correspondenzartikel aus London vom 16. Dec., aus welchem wir bedauern müßen, unter den bei uns bestehenden Preßzuständen nur einen matten Auszug geben zu können, der aber doch ausreichen wird, die Weisheit des Pfälzischen Reactionsblattes ins rechte Licht zu stellen: „Die Nachricht, nach welcher der eidgenössische Bundesrath in Folge diplomatischer Requisitionen die Kantonsregierungen ersucht hat, eine angebliche Falschmünzerverschwörung zu entdecken, hat hier nicht wenig Heiterkeit erregt. Die Phantasie deutscher und französischer Polizei . . . . geräth offenbar nachgerade auf den Sand. Die Sache hat jedoch auch ihre ernste Seite, indem der neue Schlag vielleicht eben so sehr gegen die Schweiz selbst gerichtet ist, als gegen die wenigen in derselben sich noch aufhaltenden Flüchtlinge. . . . Die Verbindung von Kinkels Namen mit der angeblichen Verschwörung beweist mehr als hinläng-

lich den Bankerott der Denuncianten. Kinkel, nie eine revolutionäre Natur und in die Revolution gekommen, wie Pilatus in's Credo, hätte sich, auch wenn revolutionärer Verstand in der Idee läge, zum Chef einer Falschmünzerbande nie hergegeben. Sein einziger Versuch in der edlen Kunst, Geld zu machen, bestand in dem Project der Aufnahme einer sogenannten deutschen Nationalanleihe in Nordamerica. ...Kinkel, mystificirt und mißbraucht, trat darauf von aller und jeder Propaganda zurück und lebt bekanntlich nur noch der erfolgreichern Kunst, seine ästhetischen und literarischen Kenntnisse auf die ehrbarste Weise von der Welt für die Unterhaltung seiner Familie zu verwerthen."

München, den 18. Decbr. Seit gestern wird die Weserzeitung nicht mehr an die Abonnenten abgeliefert in preßgesetzlicher Folge Erkenntnißes des obersten Gerichtshofes.

Stuttgart, den 20. Dec. Heute Nachmittag wurde der seit kurzer Zeit zum Behufe seiner Studien sich hier aufhaltende Kand. jur. Anton Schatz aus Offingen, welcher voriges Jahr von dem Schwurgerichte zu Ludwigsburg freigesprochen worden ist, auf Antrag der Staatsanwaltschaft für den Neckarkreis aufs Neue verhaftet, angeblich in Folge „neuer Indizien" in Betreff des Reutlinger Prozesses. Diese „Indizien" sollen, wie man sagt, auf Denunciationen beruhen. (Beob.)

Berlin, den 19. Dec. Von Hrn. v. Bruck soll bemerkt worden sein, man habe in Oesterreich sich überzeugt, daß mit den kleineren Staaten nichts anzufangen sei. (?) — Bei der gestrigen Parade der hiesigen Garnison vor dem Kaiser von Oesterreich verhielt sich das Volk durchaus ruhig; nur die Truppen begrüßten beide Monarchen mit einem Hurrah. Es darf jenes Verhalten des Volkes nicht auffallen, da dasselbe doch unmöglich jetzt schon den Gegensatz vergessen haben kann, in welchem Oesterreich seit Jahren gegen Preußen gestanden hat. (Köln. Z.)

Berlin, den 20. Dec. Gestern (Sonntag) Morgen um 12½ Uhr war große Militärcour bei dem Kaiser. Se. Maj. trat in den Saal, grüßte die versammelten Offiziere und sprach ungefähr folgende Worte: „Ich freue mich, die Herren so zahlreich hier versammelt zu sehen, die Vertreter der preußischen Armee, die ich gestern kennen zu lernen Gelegenheit hatte. Die Armee Ihres erhabenen Königs hat sich bewährt in fester Treue zu schwerer Zeit; der Geist der Ehre und Treue aber ist es, der ein Band schlingt um alle braven Armeen. Der Geist der Ehre und Treue ist es, der meine Armee mit der preußischen verbündet und darum kann ich auch an dieser Stelle die feste Ueberzeugung aussprechen, daß beide Armeen, was immer für Ereignisse kommen mögen, in treuer Waffenbrüderschaft fest miteinander stehen werden." (F. J.)

Frankreich.

† **Paris**, den 21. Dec. Der Constitutionnel wird morgen Studien über die souverainen Geschlechter enthalten, um nachzuweisen, daß sie alle, bis auf Napoleon III, der freiwillig vom Volke gewählt wurde, einen in den verletzendsten Weisen bezeichneten Ursprung hätten.

Der Kaiser hat 717 verurtheilte Soldaten ganz oder theilweise begnadigt.

*Die von Spanien ankommenden Neuigkeiten sind immer noch nicht ganz beruhigend, obwohl die Königin durch den Wechsel ihrer Ministerien ein wesentliches Zugeständniß gemacht hat. Der Fiscal (Staatsanwalt) hat in seiner Denunciation auf die Verhaftung aller Unterzeichner des bekannten Protestes angetragen. Man weiß noch nicht, ob das neue Ministerium diese Maßregel unterstützen oder bekämpfen wird.

Paris, den 19. Decbr. Dem Bischofe von Luçon hat der Graf Chambord die Summe von 3000 Francs für „Schulzwecke" übersandt; wie Sie wissen, war die Policei vor Kurzem in unangenehme Berührung mit diesem Prälaten gerathen, der halsstarrig ist und in seinem allerdings kleinen Kreise der Regierung viel zu schaffen macht. Man erinnerte bei dieser Gelegenheit daran, daß auch der Cardinal Richelieu einst Bischof von Luçon war.

Das democratische polnische Centralcomité in London erklärt die bekannte polnische Unterwerfungsadresse des Generals Rymbinsky für eine lügnerische Ausgeburt seines eigenen Hirns, welche von der polnischen Nation und Emigration mit Abscheu und Verachtung zurückgewiesen werde. — Drei Deportirte sind aus Algier entkommen und haben sich über Carthagena, Gibraltar und Lissabon, überall mit der größten Theilnahme empfangen, nach London gerettet, wo sie die Geschichte ihrer afrikanischen Leiden veröffentlichen werden. — Rußland, schreibt man der „Nation," wird weder Nr. III noch die Erblichkeit anerkennen, und sämmtliche deutsche Höfe werden sein Beispiel befolgen. Ob nun die Worte, welche Thiers zugeschrieben werden: „Vor zwei Jahren habe ich gesagt, das Kaiserreich ist fertig, heute sage ich, der Krieg ist erklärt," ob diese Worte authentisch sind, darüber mögen die Gelehrten streiten, aber der Gedanke ist wahr. (N. Z.)

Italien.

Mailand, den 17. Dec. Die Verhöre in dem zu Mantua schwebenden Hochverrathsproceß haben, außer den schon bekannten, noch zu andern nicht unwichtigen Entdeckungen geführt. In vielen öffentlichen Gebäuden, wie Kirchen, Schulen, Spitälern, Municipalresidenzen rc. wurden beträchtliche Quantitäten an Kriegsmunition und Waffen vorgefunden. Die Zahl der noch in Mantua in Untersuchungshaft befindlichen Individuen soll über 100 steigen. Beim Verfolg der Verschwörungsfäden soll man häufig auf einen gewissen Johann Pezzoli, aus guter Familie in Mailand, stoßen, der ein eben so verwegenes als listiges Werkzeug für die Herstellung und Unterhaltung der steten Verbindung zwischen Mazzini und seinen unverbesserlichen Helfershelfern in Italien überhaupt, vorzüglich aber im lombardisch-venetianischen Königreich gewesen sein soll, sich jedoch wenige Tage nach seiner Festnahme (28. Juni) zu Mailand in den Gefängnißen des Castells durch Erdrosselung der seiner harrenden Strafe entzogen hat. Man fand ihn am Morgen des gedachten Tages in knieender Stellung mittelst des Halstuches hängend an einem der Beine des umgestürzten Tisches.

Spanien.

Madrid, den 14. Decbr. Gestern wurde Bravo Murillo wieder zur Königin beschieden, bei welcher auch die Königin Christine sich befand. Als Murillo in die eine Thür hereintrat, ging Lersundy aus der anderen hinaus. Christine forderte den Ministerpräsidenten auf, mehrere beabsichtigte Veränderungen in der Constitution aufzugeben. Murillo antwortete ihr: „Senora! ich habe immer im Einverständnisse mit Ihnen gehandelt und kann jetzt die einmal eingeschlagene Bahn nicht verlassen." Isabella, die bis dahin ruhig zugehört hatte, durch die Unterredung mit Lersundy aber sehr aufgeregt zu sein schien, fiel dem Ministerpräsidenten in die Rede und sagte: „Da kannst du nicht länger Minister bleiben, du mußt dich zurückziehen, denn ich will keine Revolution." Murillo suchte die Königin zu beruhigen und erwiederte: „Madrid ist ja ruhig, Majestät, und von allen Puncten laufen die besten Nachrichten ein; nur noch ein paar Tage Geduld, und Alles ist überstanden." „Nein, nein!" rief Isabella, „du mußt abtreten." „Dann in Gottes Namen, ich weiche dem Machtgebote Ew. Majestät und füge mich in deren Willen." Eine Stunde hernach hatten sämmtliche Minister ihre Entlassung eingereicht und erhalten. Auf den Vorschlag Lersundy's hatte die Königin den General Roncali zu sich beschieden und ihm die Bildung eines neuen Ministeriums aufgetragen. Gegen Mitternacht war das neue Ministerium fertig und Roncali der Präsident desselben. Die Personen, die es bilden, sind lauter unbedeutende Persönlichkeiten, und wohl die unfähigste von allen ist der Ministerpräsident selbst. Man kann dieses neue Ministerium nur als ein interimistisches betrachten, da dem Führer desselben jede diplomatische und staatsmännische Bildung abgeht. Daß ihr Amt von keiner lan-

gen Dauer sein werde, sehen die neuen Minister wol ein, weßhalb sie auch beschlossen haben, die von Murillo aufgelösten Cortes gleich nach Weihnachten wieder einzuberufen; die betreffenden Decrete sind bereits unterzeichnet. Auch Narvaez ist durch den Telegraphen wieder zurückberufen. Die Königin will diesen Mann wieder bei sich sehen, den sie vor einigen Tagen noch so sehr beleidigte und ihm nicht einmal gestattete, Abschied von ihr zu nehmen. Allgemein spricht man davon, die alten Minister in Anklagezustand setzen zu wollen. Der französische Gesandte nimmt sich jedoch seines Freundes Murillo in der Noth an und wird wol dafür sorgen, daß er gesund und heil nach Frankreich gelangt. Durch einen Anklagezustand würde nicht nur das Ansehen der Königin-Mutter, sondern selbst das der Königin Isabella leiden. (Kln. Ztg.)

— den 15. Dec. Keiner der neuen Minister gehörte zwar, wie der „Heraldo" mittheilt, zu der Opposition, welche mit besonderer Energie das vorige Cabinet in diesen letzten Tagen bekämpfte. Aber, es befinden sich unter ihnen einige Personen, welche sich mit Entschiedenheit gegen das Verfahren der Regierung erklärten, und die deren Verfassungsreformprojecte durchaus mißbilligten. — Das Manifest des Wahlcomites der gemäßigten Opposition, welches gestern Vormittag erschien, wurde sofort auf Befehl der Localbehörde mit Beschlag belegt.

Großbritannien.

Von Westindien, wo der letzten Post zufolge fortwährend das gelbe Fieber grassirt — sehr schlimme Verheerungen richtet es namentlich auf Hayti an — ist bereits das dritte Handelsschiff mit solchen Kranken an Bord an der britischen Küste angekommen. Bei der großen Ansteckungsfähigkeit dieser Seuche, welche manchmal bis zu sehr nördlichen Breitegraden vordringt, äußert die Presse Besorgniße, und dringt auf strenge Einhaltung der Quarantänegesetze.

Türkei.

Triest, den 18. Dec. 1500 Montenegriner haben die auf türkischem Gebiet liegende Festung Spuz bereits zum zweiten Male berannt und wollen den Angriff nächstens erneuern. Zabljak wird jetzt von den Türken cernirt, die montenegrinische Besatzung leistet jedoch energischen Widerstand. Bei Podgorizza dauern die Gefechte fort. Am 11. vernahm man wieder Kanonendonner.

Vereinigte Staaten.

* Das am 20. Dec. in Liverpool angelangte Dampfschiff Amerika bringt die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Die Herstellung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen England in Rucksicht auf die Fischereifrage, die Beseitigung aller Differenzen zwischen Cuba und der americanischen Regierung sind freudige Ereignisse, welche der Präsident dem Congreß anzuzeigen hat. Er erkennt loyaler Weise die Souverainität der Republik Peru auf die Lobos-Inseln an, und gibt die Versicherung, daß die Expedition nach Japan, welche zur Wahrung der amerikanischen Interessen nothwendig geworden ist, das Land in keinem Falle in einen auswärtigen Krieg verwickeln werde.

Neueste Nachrichten.

Würzburg, den 19. Dec. Nach dem Fränkischen Kurrier soll derjenige Lieutenant, welcher den Streit mit den Studenten bekam, von einem andern Offiziere gefordert und verwundet worden sein.

Frankfurt, den 22. Dec. Die Anerkennung des neuen französischen Kaiserthums durch die deutschen Regierungen soll gegen das Ende dieser Woche erfolgen. Die Einleitungen zu diesem Acte sind jetzt, wie man vernimmt, beendigt. Die Eile, mit welcher England anerkannte, konnte nicht ermangeln, auf dem Festlande Aufsehen zu erregen und dürfte nur dazu gedient haben, die Einigkeit unter den deutschen Cabinetten noch mehr zu befestigen. (Fr. J.)

Piemont. Die Kommission der Deputirtenk[...] hat sich gegen die Petitionen fur Infameration de[...] lichen Güter ausgesprochen. Der Minister des [...] hat mehrere Geistliche, die von der Kanzel herab [...] die Constitutionellen Zustände des Landes eiferten [...] lizeilich überwachen, andere selbst verhaften und dem [...] ter überantworten lassen.

Florenz. Nach Nachrichten vom 13. d. ist [...] dame Madiai sehr krank. Die Großherzogin ha[...] „Mitleid" mit ihrem Zustand ihren Einfluß aufge[...] um sie zu bewegen, den katholischen Glauben wied[...] zunehmen und so ihre Begnadigung zu erhalten!! [...] Bemühungen waren jedoch ohne Erfolg geblieben. (S.[...]

Miscellen.

Als Pendant und nothwendige Ergänzung des [...] hessischen Verbotes der Uebungen in freien Vortr[...] durch welche „nur politische Schwäger g[...] bet werden," würden wir das Verbot des Unter[...] im Rechnen und in der Münzkunde vorschl[...] durch welchen doch auch nur Fälscher und D[...] gebildet werden. (Kladdera[datsch][...]

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 18. Dec. Weizen 19 fl. 1[...] Korn 16 fl. 52 kr., Gerste 11 fl. 6 kr., Haser 5 fl. 3[...] per Scheffel zu 222 Liter.

Redacteur und Verleger G. F. Ko[...]

[1355] **Todes-Anzeige.**

Allen unsern entfernten Verwandten und Freunden [...]then wir auf diesem Wege die Anzeige, daß unser [...] liebter Vater, Herr

Johann Kämmerer,

Kaufmann, am 19. ds. in ein besseres Jenseits abg[...] fen wurde, und bitten um stille Theilnahme.

Mutterstadt, den 22. December 1852.

Die tieftrauernden Hinterbliebene[...]

☞ Unter Garantie, welche bei keinen der[...] artigen Mitteln geleistet werden kann, und, was [...] als jede weitere Anpreisung sein wird, mit [...] Zusicherung einer äußerst schnellen Heilkraft [...]

Königl. bayerisch und königl. würtemberg[...] concessionirte

Universal-Gicht-Leinwand

gegen jede Art Leiden, Gicht, Rheumatismus ([...] derreißen), Rothlauf, den Krampf und gesch[...] lene Glieder, besonders Kreuz-, Rücken-[...] Kopfschmerzen, auch Seitenstechen. Besonders in jüngster Zeit vom königl. bayerischen [...] königl. würtembergischen Medizinal-Collegium ge[...] und von beiden höchst preislichen Ministerien in B[...] und Württemberg der öffentliche Verkauf genehmi[...]

Das ganze Packet mit Gebrauchsanweisung kostet 1 [...]

„ halbe „ „ „ „ 30 [...]

Zeugniß.

Meine Frau litt über drei Monate derartige [...]derschmerzen besonders im Arm, daß solche ihren [...] schäften nicht nachkommen konnte und benützte ich [...] treffliche Gichtleinwand, wodurch bei Anwendung v[...] nem Paket à 1 fl. — selbe so auffallend hergestellt w[...] daß ich mit Freude und aus Pflicht dieses Zeugniß aus[...]

Ofen, im Juli 1852.

Treumann, Schauspieler, [...] am vereinigt. deutschen Pest-Ofner The[...]

☞ Diese Gichtleinwand ist in Speyer [...] und allein zu bekommen in der Handlung von L[...] **Cron,** und in Kirchheimbolanden bei Buch[...] ler **Ruff.** [1[...]

Neue Speyerer Zeitung.

Samstag Nro. 309 den 25. December 1852.

Deutschland.

*** Speyer.** Wir haben in unserm vorletzten Blatte die Nachricht vom Tode unsers Freundes Karl Geib bereits angezeigt. Es sei uns gestattet, dem edeln Manne noch einen kurzen Nachruf zu weihen.

Karl Geib war im Jahre 1777 zu Lambsheim geboren. Er studirte zu Heidelberg und Jena Jurisprudenz. Indessen zog ihn die Belletristik mehr an. Diese Neigung und die kriegerischen Verhältniße seiner Jugendzeit brachten ihn denn auch bald ganz von der Rechtswissenschaft ab. Schöne Literatur und das Militärwesen nahmen ihn gleichzeitig in Anspruch. Er ward von der Nationalgarde seines Bezirkes zum Officier erwählt, in dieser Eigenschaft von seinen Cammeraden bald ausgezeichnet (er befand sich unter den gewählten Nationalgardeofficieren, welche 1804 aus dem Donnersberger Departemente als Deputation zur Kaiserkrönung nach Paris gesendet wurden), zog später, bei Mobilisirung der Cohorten des ersten Heerbannes, 1812, mit in das Lager von Boulogne, und machte die erste Hälfte des Feldzugs von 1813 in Sachsen, als Hauptmann im Armeecorps des Fürsten Eugen mit. Im Bivouac zog er sich körperliche Leiden zu, die ihn in der Folge nie mehr verließen, und denen sein ohnehin nicht kräftiger Körper sogar bald unterliegen zu müßen schien.

Hatte sich Geib schon vor dieser Zeit und ebenso inmitte des kriegerischen Lagergetümmels mit den schönen Wissenschaften beschäftigt, so widmete er sich denselben von nun an ausschließlich. Viele belletristische Zeitschriften aus den 1820er Jahren und mehre Taschenbücher, insbesondere die von Schreiber herausgegebene „Cornelia,“ enthalten schätzbare Beiträge von ihm. Auch unser Blatt brachte in der zweiten Hälfte der zwanziger und in den dreißiger Jahren viele, zumeist literarische, Mittheilungen aus seiner Feder. Er übersetzte die „neue Biographie der Zeitgenossen,“ wovon jedoch nur die beiden ersten Bände (1821) erschienen, dann Aubriet's „Lebensgeschichte des Fürsten Eugen, ehemaligen Vicekönigs von Italien“ (1826), und Ovids Festkalender im Versmaße des Originals (1832). Hierauf erschien sein „Handbuch der griechischen und römischen Mythologie“ (1832); in späterer Zeit noch die „Theorie der Dichtungsarten“ (1846), an welche sich (Ende 1847) anschloß eine „Blumenlese aus den Werken deutscher Poesie, nebst kritisch-biographischen Notizen;“ eine Beispielsammlung zum eben genannten Werke. Besonders aber glauben wir auf die 1830 im Selbstverlage des Verfassers erschienenen „Gedichte von Karl Geib“ noch jetzt um so mehr aufmerksam machen zu sollen, als diese manches wirklich Werthvolle enthaltende Sammlung, wol großentheils in Folge der politischen Bewegung jener Zeit, die Aufmerksamkeit nicht fand, welche sie wol verdiente.

Geib war von Jugend her den freien Grundsätzen in politischen und religiösen Dingen von ganzem Herzen zugethan. Leitete ihn auch sein weiches, zartes poetisches Gemüth selbst da zu Milde und Versöhnung, wo von der Gegenseite ein ehrliches Entgegenkommen nicht stattfand, so ließ er sich doch niemals hinreißen, dem Absolutismus zu fröhnen. Durch alle seine Dichtungen, durch Alles was er geschrieben, weht der Geist der Freiheit, das Widerstreben gegen Verknechtung und Verdummung, ein Enthusiasmus für Recht und Wahrheit. —

In ruhiger Zurückgezogenheit lebte Geib, der sich erst in spätern Jahren verheirathete, auf seinem bescheidenen Besitzthume zu Lambsheim. Er starb nach kurzer Krankheit im Alter von 76 Jahren, am Abende des 19. Dec. „Wie der Edle gelebt,“ schreibt man uns, „sanft und ruhig, ging er bei vollem Bewußtsein dem Momente seiner Auflösung entgegen.“ — Sanft ruhe die Asche dieses biedern Sohnes der Pfalz!

*** Speyer,** den 23. Dec. Die Pariser Correspondenz vom Gestrigen enthält folgende auffallende Nachricht: „Es wird uns aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt, daß der Kaiser eine ihm vor seiner Abreise nach Compiegne überreichte Collectivnote der nordischen Mächte in Bezug auf die Anerkennung des Titels Napoleons III nicht angenommen habe, weil sie in Ausdrücken abgefaßt war, die seine Empfindlichkeit reizten.“

Nürnberg. Im Nürnberger Kurier finden wir folgenden Artikel: Unter der Aufschrift: „Sardinisch-lombardische Mysterien“ schreibt man aus Wien: Wie vorauszusehen, hat man hier das Gerücht, als seien von der Regierung Sardiniens im Falle gewisser Ereigniße österreichische Hülfstruppen beansprucht worden, zwar nicht gerade widerlegt, jedoch so gedeutet, daß die diesfälligen Unterhandlungen nicht direct mit Wien, sondern nur mit Radetzky stattgefunden haben könnten. Die Angelegenheit mußte natürlich dem Kaiser Napoleon gegenüber eine solche Wendung nehmen! Die „Oesterreichische Korrespondenz“ hat vor einigen Tagen selbst den Schlüssel des Geheimnißes in die Hände gegeben. Diesem ministeriellen Organe zufolge existirt in Sardinien eine große Agitation, deren sichtbarer Gegenstand eine nähere Verbindung mit Frankreich ist. Zu diesem Ende hebe man die innigen Bande, welche früher zwischen Savoyen und dessen kriegslustigem Nachbar stattfanden, hervor, obgleich das Alles nur eine Bemäntelung der Pläne jener ruchlosen Partei sei, welche es neulich gewagt habe, Louis Napoleon mit Meuchelmord zu bedrohen. Die Oesterreichische Korrespondenz läßt sich zuletzt sehr mißbilligend über die Behandlung der Geistlichkeit in Sardinien aus, die sie als unpolitisch und ungerecht schildert. Die Sprache dieses Artikels, welcher viel Aufsehen erregt hat, ist sehr diplomatisch gehalten und schlägt auf eine Partei los, welche gar nicht gemeint ist. Hierin nämlich verläßt sich in den diplomatischen Kreisen keine Seele auf die Friedensversicherungen des neuen Kaisers, da seine Handlungen bisher fortwährend mit seinen Worten in Widerspruch gestanden haben. Die österreichische Regierung blickt daher mit außerordentlicher Eifersucht auf die sardinische Agitation, zumal sie weiß, daß der größte Theil der gebildeten Klassen Savoyens in Paris studirt haben und mit ganzer Seele Franzosen sind. Die niedere Bevölkerung ist streng katholisch und betrachtet den französischen Kaiser als den Beschützer des Papstes. Es vereinigt sich demnach hier Alles, um die Sympathien für das Nachbarreich so lebhaft als möglich zu erhalten. Piemont bleibt solchen Regungen nicht fremd, und namentlich ist es hier die mißvergnügte Geistlichkeit, welche auf die beneidenswerthe Lage der Kirche in Frankreich hinweist. Rechnet man dazu, daß zu Turin eine starke Partei die Abtretung Savoyens an Frankreich unter Vorbehalt einer Entschädigung in der Lombardei befürwortet, und daß diese Partei mit dem politischen Agenten, welchen Napoleon in Chambery ernannt hat, in Verbindung steht, so erscheint es nicht auffällig, daß Marschall Radetzky plötzlich die Entdeckung machte, er stehe auf einem Vulkan.

Alle diese Umstände führten dann zu einer lebhaften Correspondenz zwischen den Behörden in der Lombardei und in Wien, und man erzählt sich in militärischen Kreisen, Sardinien habe Oesterreichs Beistand verlangt. Wie sich dies nun auch verhalte, so ist es jedenfalls Thatsache, daß Radetzky um Verstärkungen für die Armee in der Lombardei nachgesucht und auch die Bewilligung derselben erhalten hat, so sehr man sich auch bemüht, die Truppenbewegungen zu verheimlichen. Es ist kaum einem Zweifel unterworfen, daß damit die bedeutende Mantuanische Verschwörung im Zusammenhang steht. Viele Personen von Rang und Reichthum, die man bisher für höchst loyal hielt, haben sich seit ihrer Entdeckung aus dem Staube gemacht, und ihr Charakter wurde für so gefährlich erachtet, daß bei dem Eintreffen der Nachricht der General Kellner noch an demselben Tage in Radetzky's Hauptquartier abgeschickt wurde.

Das Stadtgericht **Augsburg** hat in der Untersuchung gegen Dr. Karl Haas, Redacteur der neuen Sion, wegen Preßvergehens, „da in dem Artikel: Berlin (Ein Preßproceß) Schmähung der evangelischen Kirche durch Arthur Müller, enthalten in Nr. 132 der neuen Sion vom 2. November l. J., die Lehre einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft durch Ausdrücke der Verachtung angegriffen wird, mithin ein Vergehen im Sinne des Art. 20 des Preßgesetzes vom 17. März 1850 indicirt ist; aber zur Annahme der rechtswidrigen Absicht auf Seite des Redacteurs Dr. Karl Haas genügende Anhaltspuncte zur Zeit nicht vorliegen, auf Einstellung des Strafverfahrens und Unterdrückung der Nummer erkannt."

Darmstadt, den 22. Dec. Der außerordentliche Landtag des Großherzogthums ist nunmehr in Gemäßheit eines großh. Erlasses, nicht wie man bisher in Aussicht stellte, geschlossen oder aufgelöst, sondern nur bis auf Weiteres vertagt worden. Wie man sagt, wird der Landtag im Juni oder Juli k. J. wieder zusammentreten.

Mecklenburg, den 14. Decbr. Ueber die Zurückweisung des von der Kettenburg'schen Vertretungsgesuches auf dem Landtage mit 77 gegen 17 Stimmen melden die Hamburger Nachrichten folgendes Nähere: „Das ziemlich umfängliche Majoritätserachten will es nicht in Abrede nehmen, daß die Kränkung des obrigkeitlichen Rechts v. d. Kettenburg's eine Gefährdung der Rechte der Stände involvire; dennoch aber kommt es zu dem Schlusse, daß die nachgesuchte Vertretung nicht stattfinden könne, weil die Absicht des Beschwerdeführers eine ungesetzliche sei, worin die Stände ihn weder unterstützen konnten noch dürften. Er will nämlich, daß der Priester Holzammer nicht blos als Lehrer seiner Kinder, sondern auch um, den Landesgesetzen entgegen, römisch-katholischen Gottesdienst zu halten, in seine Güter zurückkehre. Das Minoritätsgutachten unterscheidet sich nur dadurch, daß es eine Protestation gegen die policeiliche Behandlung dieses Gegenstandes und die dadurch verletzten Rechte der Ortsobrigkeiten beantragt. Dieser Vorschlag ist aber mit 60 gegen 20 Stimmen abgelehnt."

Berlin, den 20. Dec. Wie die Lithogr. Corresp. berichtet, hat der Kaiser unseren König mehrfach zu einem Gegenbesuche in Wien aufgefordert, und Se. Majestät hat diesen zugesagt.

Den „Hamb. Nachr." schreibt man aus Petersburg: Der Inhalt des Briefes, welchen Hr. v. Kisseleff zur Behändigung an den Kaiser Napoleon vom Czaren nach Paris mitgenommen hat, und dessen Gedanken und Styl den Character des Kaisers documentiren, ist im Wesentlichen folgender: Der Czar dankt L. Napoleon für den Dienst, welchen er ganz Europa durch die That des 2. Dec. 1851 geleistet hat; er belobt die Politik, die dieser bisher als Prinz-Präsident befolgte, und erklärt, die Aenderung in der Regierungsform unter der Bedingung annehmen zu wollen, daß diese weder den Frieden noch die Verträge beeinträchtige; endlich räth er Napoleon, die um des Titels willen häklige Successionsfrage unberegt zu lassen. Dieser Inhalt ist dem Corresp. aus zuverlässiger Quelle verbürgt worden, ebenso, daß das Berliner, Wiener und englische Cabinet von diesem Schritte des Kaisers in Kenntniß gesetzt sind.

Der Graf v. Chambord hat unterm 11. d. dem Präsidium des Bundestags eine Protestation gegen das französische Kaiserreich überreicht; dieselbe ist, wie dem „H. C." geschrieben wird, einfach zu den Akten genommen worden.

Bei dem Galadiner am 18. im weißen Saale des k. Schlosses brachte der König die Gesundheit seines Gastes, des Kaisers von Oesterreich, als Ausdruck der Gefühle aller Anwesenden, der Hauptstadt und des ganzen Landes, und sodann die Gesundheit des Kaisers von Rußland, dessen Namensfest an diesem Tage gefeiert wurde, aus. Der Kaiser von Oesterreich erhob sich hierauf und brachte die Gesundheit des Königs, des k. Hauses und des gemeinsamen erhabenen Verbündeten, des Kaisers von Rußland, aus.

Wien, den 19. Dec. Seit Ungarn pacificirt worden, hat man jetzt — es liegen darüber genaue statistische Nachweise vor — wegen Raub und Mord mehr als 700 Individuen standrechtlich hingerichtet und doch ist jetzt noch eine Verschärfung des Ausnahmezustandes erforderlich erachtet worden. Diese ist auch gegen die Roßhirten gerichtet, welche u. A. in Zukunft nicht mehr von der Heerde abseits reiten und sich kein eigenes Pferd und Sattelzeug halten dürfen. Die Hirten von Schaf-, Rindvieh und Schweinheerden dürfen hinfort blos auf Eseln reiten, denn man weiß aus Erfahrung, daß fast jeder ungarische Hirt einer Raubthat fähig ist, sobald die Gelegenheit winkt, und daß nur die Schnelligkeit dieser Steppenrößlein die Verfolgung der Thäter fast unmöglich macht. (!)

Wien, den 21. Dec. Nach der eben eingetroffenen Post aus Konstantinopel vom 11. ds. dauert der Börsenschrecken fort. Das Metall-Agio steigt (trotz des Verbots der Pforte!). Die streitige Angelegenheit des Protectorats der heiligen Stätten ist wieder in das alte Schwanken gerathen. Eine neuere Entscheidung lautet günstig für die Griechen (d. h. für das russische Protectorat, während die letzte Entscheidung das lateinische, d. h. das katholisch-französische Protectorat bevorzugte. (A. Z.)

Niederlande.

Haag, den 19. Decbr. Bekanntlich hat die zweite Kammer ein Amendement angenommen, wodurch in dem Budget des Auswärtigen die für Repräsentationskosten und Tafelgeld des Ministers bestimmte Summe von 6000 Fl. gestrichen wurde. Ein Gleiches war im vorigen Jahre geschehen. Die Regierung hatte geglaubt, diese Frage aufs Neue der Decision der Kammern unterbreiten zu müssen. Der mittlerweile aufgetretene neue Minister, van Zuylen van Nyevelt, hat sich bei der Erörterung dieser Frage in der zweiten Kammer um so mehr neutral gehalten, als er im vorigen Jahre, als Mitglied der Kammer, diese Ausgabe hatte bestreiten helfen, und somit hat denn auch die Ansicht, daß alle Staatsausgaben für Repräsentation des auswärtigen Ministers unnütz seien, die Oberhand behalten. Die erste Kammer ist jedoch nicht dieser Meinung. Bei den Vorberathungen in den Sectionen hat die Mehrzahl die Absicht ausgesprochen, deßhalb das ganze dritte Capitel verwerfen zu wollen.

Frankreich.

† **Paris,** den 22. Dec. Der Staatsminister Fould hat amtlich der Familie Orleans angezeigt, daß alle ihr gehörenden Güter, welche nicht bis Ende Januar verkauft sind, von der Regierung mit Beschlag belegt werden. — Der Constitutionnel wird morgen einen Leitartikel bringen, in welchem er die Aufgabe des neuen Kaisers als eine Friedensmission definirt, deren Zweck von allen Strebungen der Eroberer und Gebietsvergrößerer abweicht, und ausschließlich auf die Verbesserung der socialen Verhältniße leidender Classen und auf Ermunterung

der Industrie gerichtet ist. — Der neapolitanische Generalconsul in Marseille hat der Regierung eine Note über die Anhäufung der italienischen und namentlich sicilianischen Flüchtlinge in jener Stadt mit dem Bemerken eingesendet, daß sich dieselben überall laut und offen für die angeblichen Ansprüche des Prinzen Murat auf den neapolitanischen Thron aussprechen. Die Regierung hat sogleich an den Präfecten und Policei-Generalinspector darauf bezügliche Verhaltungsmaßregeln expedirt. — Der Moniteur widerspricht heute den in deutschen Blättern verbreiteten Nachrichten, daß die französische Regierung in Bremen 2000 Last Weizen zur Versorgung der französischen Festungen angekauft habe. ... „Wir fügen hinzu, daß die Verproviantirung der Armee deren Bedarf für ein ganzes Jahr bereits deckt, und daß die Administration alle ihre Einkäufe ausschließlich öffentlich und mit Zulassung der Concurrenz macht, und gar kein Bedürfniß fühlt, zu den Ressourcen fremder Länder ihre Zuflucht zu nehmen." — Hr. Troplong hat in der gestrigen Sitzung des Senats den Commissionsbericht über die an der Constitution vorzunehmenden Abänderungen abgestattet. Alle Vorlagen der Regierung sind beinahe unverändert angenommen worden. Die heftigste Discussion fand über die §§. 3, 4 und 12 statt. Der Art. 3 ertheilt dem Kaiser das Recht, die Handelsverträge und Handelstarife aus eigener Machtvollkommenheit decretiren und abschließen zu können. Der Art. 4 ertheilt dem Kaiser die Vollmacht: alle öffentlichen Arbeiten selbstständig zu decretiren. Die Commission hat nur die Beschränkung hinzugefügt, daß alle öffentlichen Arbeiten, für die ein Vorschuß von Staatsgeldern stattfindet, erst die Genehmigung des gesetzgebenden Körpers erforderlich ist. In dringenden Fällen ist jedoch diese Genehmigung nicht nöthig, nur muß die Regierung nachträglich die Dringlichkeit vor dem gesetzgebenden Körper rechtfertigen. Der Art. 12 endlich betrifft das Budget, oder vielmehr die Bestimmung, in welcher Art dasselbe votirt werden soll. Die Commission hat zugegeben, daß das Budget jedes einzelnen Ministeriums in Bausch und Bogen votirt werden soll. Jedes Ministerium ist zugleich befugt, den Ueberschuß seiner Einnahmen an ein anderes Ministerium zu überlassen. In anderen Bestimmungen sind einzelne Veränderungen vorgenommen worden. Nach dem Regierungsantrage sollen die kaiserlichen Prinzen mit dem 18. Jahre Sitz und Stimme haben. Die Commission hat die Bedingung „mit der Genehmigung des Kaisers" hinzugefügt. Die Bestimmung, daß die Deputirten während der Dauer der legislativen Saison 2500 Frcs. monatlichen Gehalt beziehen sollen, hat in so fern eine Abänderung erlitten, als die Commission bestimmt hat, daß die Deputirten diesen Gehalt auch bei außerordentlicher Zusammenberufung beziehen sollen. Hr. Baraguay d'Hilliers hat gegen die Commissionsanträge ein Amendement angemeldet. Morgen versammelt sich die Commission um 12 Uhr; um 2 Uhr ist Plenarsitzung des Senats, in welcher ohne Zweifel alle Anträge der Commission angenommen werden. Der Kaiser wird am Freitag von Compiegne nach Paris zurückkehren. — Das Schiff Nouvelle Loire, welches an die Westküste von Afrika expedirt war, ist an der Küste von England gescheitert, wohin es durch Winde und Strömungen verschlagen wurde. Sieben Matrosen sind bei dem Schiffbruch umgekommen. Der Capitän und der Rest der Mannschaft haben sich auf den Schiffstrümmern ans Land gerettet. — Nach dem Vorschlage der Senatscommission soll künftig der gesetzgebende Körper seinen Präsidenten und Secretär selbst wählen, und seine Amendements im Staatsrathe durch seine Commissionsmitglieder vertheidigen dürfen.

Paris, den 20. Decbr. Nach der Gazette de France war es die Tochter des Ex-Repräsentanten Chavoir, die ohne sein Wissen das mehrbesprochene Gnadengesuch an den Kaiser richtete. — Heute heißt es hier, daß die Reise des Papstes nach Frankreich sehr unwahrscheinlich sei. — Die Censur hat die fernere Aufführung von Ponsard's Lucretia aufs bestimmteste verboten.

Der Verfasser der imperialistischen Schrift über die Gränzen Frankreichs nennt sich Mosson, es ist aber kein Geheimniß, daß sich Hr. Granier de Cassagnac, die berühmte oder berüchtigte Kriegsfeder, die früher gegen Belgien losschlug, unter dieser Maske verbirgt.

Die Kölnische Ztg. enthält nachstehenden Artikel: Wir erhalten aus **Paris** folgende Mittheilung: „In mehreren auswärtigen Blättern ist von Anerbietungen die Rede gewesen, welche die französische Regierung Mitgliedern der republikanischen Partei gemacht haben soll. Es hieß sogar, das gegenwärtige Oberhaupt des französischen Staates habe eine Zusammenkunft mit Herrn Carnot gehabt. Etwas Wahres ist allerdings an der Sache; es ist aber mit Falschem untermischt. So ist es ganz richtig, daß der Versuch gemacht worden war, Republikaner um die neue Regierung zu schaaren; ungegründet hingegen war die Angabe, Carnot sei in die Tuilerieen beschieden worden und habe eine Unterredung mit dem Staats-Oberhaupte gehabt. Carnot ist der ganzen Sache, von der hier die Rede ist, durchaus fremd geblieben. In dem Folgenden wollen wir uns bestreben, das Wahre von dem Falschen zu scheiden und die Hauptvorgänge gedrängt mitzutheilen. Sehr hochgestellte und dem Haupte der Regierung sehr nahe stehende Personen wandten sich unmittelbar an gewisse Republicaner — man könnte sie Republicaner von übermorgen nennen — an Menschen, die sich in einer ähnlichen Lage befanden wie z. B. Herr Billault in dem Augenblicke, wo er seinen Uebertritt zu dem System einer Regierung, die, ungleich so vielen anderen in der Geschichte bekannten Regierungen, ihren Ursprung nicht der Gewaltthat der Eroberung oder der List verdankt, noch nicht offen ausgesprochen hatte. Jene in Amt und Würden stehenden Personen, von denen wir so eben gesprochen haben, sagten also zu den Republicanern, mit welchen sie sich in Unterhandlungen einließen: „Ihr habt zu wählen zwischen einer vom Volke und der Revolution ausgegangenen Regierung, und einer vom Auslande unterstützten Dynastie, oder mit anderen Worten: einer Restauration. Die Wahl kann euch nicht schwer fallen. Es ist eure Pflicht, das Vorhandene zu unterstützen, um es zu vervollkommnen und euch so gegen jede andere euch drängende Gefahr zu schirmen." Man machte ferner, um diejenigen, von welchen man glaubte, daß sie in die Falle gehen würden, für sich zu gewinnen, den Versuch, bei ihnen die Hoffnung zu erwecken, daß aus ihrer Theilnahme an den Staatsangelegenheiten ein Vortheil für die Sache der Freiheit erwachsen könne. „Wenn ihr euch um die Regierung schaart" — sagte man ihnen, — „werdet ihr Zugeständnisse erlangen und die parlamentarische Staatsform wieder erringen, indem ihr die Bourbons vermeidet." Nachdem man gesagt hatte: „Das Kaiserreich ist der Friede!" sagte man: „Das Kaiserreich ist die Republik!" Die Unterhandlungen, von denen wir hier die Hauptzüge mittheilen, waren begleitet mit Anerbietungen sehr wichtiger Stellen; die Magistratur, der Senat, der Staatsrath, die höchsten Kreise der Verwaltung waren den neuen und so ersehnten Ankömmlingen offen gehalten. Nachdem wir so die Anerbietungen mitgetheilt haben, müssen wir erklären, daß dieselben, so brillant sie waren, durchaus keinen Erfolg hatten. Das traurige Beispiel welches durch Hrn. Billault, Hrn. v. Cormenin und einige Andere gegeben ist, wird keine Nachfolger finden. Die *ganze* republicanische Partei, mit Ausnahme einiger verächtlichen Individuen, wird, wie bisher, auch künftig wissen, sich fern zu halten von den Ereignissen, die sich in dieser unglücklichen Zeit vollziehen. Man weiß dieß jetzt an einer hohen Stelle, und selbst diejenigen, welche dort für schwach galten, an die man sich wandte, in der doppelten Absicht, sie selbst an sich zu ziehen und sich ihrer als einer Brücke zu den Forts zu bedienen, haben die Hoffnung, daß sie verführt werden könnten, getäuscht. Es gibt edle Charactere unter allen Parteien; man kann sich täuschen und eine falsche erwählt haben; aber derjenige, welcher seine Fahne ver-

läßt, wenn diese Fahne in Gefahr ist, täuscht sich nicht, er dankt aber, er verräth, er verkauft sich, wie einer derjenigen gesagt hat, dem man die Beleidigung zufügte, sich an ihn zu wenden. Die Republicaner werden ein solches Beispiel nicht geben. Man spricht von einer Invasion, von einer Coalition. Nun wohl, wenn das Vaterland in Gefahr ist, so werden sich die Republikaner zu seiner Vertheidigung erheben; bis dahin werden sie sich immer fern halten. Man wird unter ihnen Keinen verführen, weder große Dichter, noch berühmte Soldaten, noch berühmte Advocaten, noch hervorragende Industrielle, noch edelmüthige Proletarier, noch aufopfernde Schriftsteller, mit Einem Worte niemand, der den Ruhm einer edlen Gesinnung bewahren will."

Spanien.

Madrid, den 16. Decbr. Das neue Ministerium hat dem Vernehmen nach das Verfahren der Lokalbehörden Madrids gegen das Manifest des Wahlcomites der gemäßigten Opposition nicht gebilligt; der Gouverneur hätte jedenfalls erst die Regierung befragen sollen, bevor er die Beschlagnahme angeordnet hätte.

Italien.

Turin, den 17. Dec. Die amtliche Gazzetta Piemontese vom 16. Dec. zeigt an, daß die sardinischen Minister beschlossen haben, am Neujahrstage weder amtliche Besuche abzustatten noch anzunehmen, und erläßt an diejenigen Beamten, welche gesonnen sind, jenen Tag zu feiern, die Aufforderung, 5-Frs.-Billets zum Besten des Unterstützungsfonds für die italienischen Flüchtlinge und zum Besten der Armenhäuser zu lösen. — Der Gemeinderath von Genua hat am 15. Dec. den Vorschlag der Handelskammer, sechs Mill. Fr. zum Bau einer die sardinische Gränze mit dem Bodensee und dem Rheinthale verbindenden Eisenbahn beizutragen, einstimmig angenommen.

Großbritanien.

* **London.** Das Ministerium Aberdeen ist noch nicht constituirt. Man glaubt, daß Lord John Russell Minister des Aeußern wird.

London, den 20. Dec. Man liest im „Globe": „Aus guter Quelle vernehmen wir, daß Rußland, Preußen und Oesterreich übereingekommen sind, auf die Notification des französischen Kaiserthumes Antworten zu erlassen, die so gleichlautend wie nur möglich abgefaßt sein würden. Diese Weise zur Erwiederung auf die Notification wurde von diesen Mächten angenommen als das bedeutsamste Mittel, ihr vollständiges Einvernehmen in Bezug auf die gegenwärtige und künftige auswärtige Politik darzuthun.

Vereinigte Staaten.

New-York, den 7. Dec. Der interessanteste Punct der Präsidentenbotschaft dürfte die Erwähnung eines Tripelvertrages sein, welcher im Beginn des Jahres 1852 der Republik von England und Frankreich vorgeschlagen wurde und durch welchen jede der drei Mächte sich verbindlich machen sollte, eine künftige Erwerbung Cubas durch eine der genannten drei Mächte als eine Verletzung des Völkerrechtes anzusehen. Die Union hat den Vorschlag abgelehnt, der Präsident erkennt jedoch an, daß starke und gültige Argumente gegen einen amerikanischen Versuch zur Einverleibung Cuba's vorgebracht würden.

Die Differenzen mit Cuba wegen der Crescent City sind, wie es heißt, definitiv beigelegt. In Charlestown nämlich erhielt man durch den Dampfer Isabel folgende unerwartete, aber sehr erfreuliche Nachricht aus Havannah: Der Generalcapitän Canedo empfing vom Proviantmeister Smith eine Erklärung (worin derselbe auf sein Ehrenwort versicherte, an den mißliebigen Artikeln amerikanischer Blätter über Cuba keinen Theil zu haben) und bezeugte sich dadurch vollkommen zufrieden gestellt. In Folge davon gab er der Crescent City die Erlaubniß, mit Smith an Bord in dem Havannahhafen, wie früher, aus- und einzulaufen. So ist, für den Au[genb]lick, kein Grund mehr zum Streit zwischen Spanien [und] Amerika vorhanden.

Neueste Nachrichten.

München, den 21. Dec. Gestern übernahm Ministerpräsident Hr. v. d. Pfordten wieder die [Ge]schäfte des Ministeriums des Aeußern; das Portef[euille] des Handels wird derselbe erst später wieder antr[eten]. — Wie der Münchn. Bote hört, dürfte die Reise [des] Königs nach Spanien vorläufig aufgegeben sein, d[a] gen Se. Maj. wahrscheinlich im Laufe der nächsten A[...] nach Italien abreisen, um daselbst einen dreimonatl[ichen] Aufenthalt zu nehmen.

Kurhessen. Schon wieder ein hessischer Treub[ünd]ler, der von sich als Ehrenmann reden macht: am D[ienstag] tag den 13. nämlich wurde in Kassel ein Pfarrer [ver]haftet, der sich in einem Eisenbahnwagen ein gr[obes] Sittlichkeitsverbrechen zu Schulden kommen ließ.

Berlin, den 21. Dec. Heute Mittag 2 Uhr [hat] der Kaiser von Oesterreich Berlin verlassen und ist [über] Dresden in die kaiserlichen Staaten zurückgekehrt. Die erste Kammer hat heute die Regierungsvorl[age], welche eine zweijährige Berufung der Kammer bezw[eckt], mit 75 gegen 13 Stimmen angenommen.

Salzburg. Im Salzberge der k. k. Saline zu A[ussee] Aussee ereignete sich ein herzerschütterndes Unglück. [Am] 28. Nov. brach plötzlich im Innern des Berges F[euer] aus. Im Eifer, das Staatsgut zu retten, gingen [...] vier Wächter zu Grunde. Alle hatte das ausström[ende] Gas erstickt. Noch in der Nacht vom 1. Dec. war [die] Ausströmung so mächtig, daß drei Männer von [der] Wachmannschaft aus dem Häuschen unfern vom G[ru]benloche ohnmächtig fortgetragen werden mußten.

Dresden, den 15. Dec. Bezeichnend wird ber[ich]tet, daß der Plan einer Vermählung des Prinzen Alb[ert] mit der Prinzessin Karola „erst vor sehr kurzer Z[eit] gefaßt worden sei.

Paris, den 21. Dec. Die Großherzogin Steph[anie] von Baden, des Kaisers Tante, welche sich vor eini[gen] Tagen von Mannheim nach Coblenz und Düsseldorf [be]geben, wird sich aus letzterer Stadt direct nach Paris [be]fügen, wo sie dem Vernehmen nach für längere Zeit ih[ren] Aufenthalt nehmen wird. Sie wird ihre Residenz [im] Elysee aufschlagen.

Miscellen.

Am 17. Dec. ist in Wien die Balletmeisterin We[...] nach einem nur mehrstündigen Unwohlsein plötzlich gestorb[en].

In Bennekum in Holland starb dieser Tage e[ine] aus Aachen gebürtige Frau, 107 Jahre alt. Sie ha[t] den größten Theil ihres Lebens mit Betteln zugebra[cht] und seit 50 Jahren in keinem Bett geschlafen. Seit [einigen] paar Jahren hatte sie bei mitleidigen Leuten ein A[syl] gefunden und war noch so rüstig, daß sie bis zu ihr[em] Ende jeden Tag eine Meile zu Fuß machte, um [zur] Kirche zu gehen.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

Speyer. Markt vom 21. Dez. Weizen 5 fl. 12 [kr.], Korn 4 fl. 43 kr., Gerst 3 fl. 48 kr., Spelz 4 fl. — [kr.], Hafer 2 fl. 52 kr. der Centner von 50 Kilogramm.

Neustadt. Markt vom 18. Dez. Weizen 5 fl. 43 [kr.], Korn 4 fl. 40 kr., Spelz 4 fl. 8 kr., Gerst 3 fl. 45 [kr.], Hafer 2 fl. 48 kr., per Centner.

Kaiserslautern. Markt vom 21. Dez. Weize[n ...] fl. 27 kr., Korn 4 fl. 46 kr., Spelz 3 fl. 39 kr., Gerst 3 [fl.] 37 kr., Hafer 2 fl. 30 kr., Kartoffeln 1 fl. 12 kr., per Centn[er].

Mainz. Markt vom 17. Dez. Weizen 10 fl. 23 [kr.], Korn 7 fl. 58 kr., Gerste 5 fl. 1 kr., Spelz — fl. — [kr.], Hafer 3 fl. 26 kr., per Malter.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb

Neue Speyerer Zeitung.

Sonntag | Nro. 310 | den 26. December 1852.

Anzeige.

Da mit dem nächsten Monat ein neues Abonnement auf die Neue Speyerer Zeitung beginnt, so ersuchen wir, die Bestellungen möglichst bald bei der zunächst gelegenen Posterpedition einzureichen. Nur Bewohner der Stadt Speyer und der nächsten Umgegend belieben ihre Bestellungen an die Erpedition dieses Blattes unmittelbar zu richten. — Die Speyerer Zeitung, welche mit Ausnahme des Sonntags täglich, und zwar häufig mit Beilagen, erscheint, kostet halbjährlich 3 fl. 20 kr., vierteljährig 1 fl. 40 kr., und wird um diesen Betrag, ohne weitern Aufschlag, durch alle Posterpeditionen des Königreichs Baiern geliefert. — Privatanzeigen, welche portofrei einzusenden sind, werden gegen eine Einrückungsgebühr von 4 Kreuzer für die gewöhnliche Druckzeile aufgenommen.

*** Die Anstrengungen, welche von der Rückschrittspartei in täglich ausgedehnterm Maße gemacht werden, um der Speyerer Zeitung entgegen zu wirken, deuten wol besser als alles Andere an, von welcher Bedeutung die Verbreitung eines unabhängigen Blattes für die Freunde der freien Richtung in der Pfalz, oder vielmehr für alle Jene sein muß, welche etwas Besseres als den schrankenlosen Absolutismus in Staat und Kirche herbeigeführt wünschen.

Die Speyerer Zeitung glaubt, angesichts der jetzigen Lage eines freisinnigen Blattes, ein Recht zu besitzen, die allseitige thätige Unterstützung nicht nur der Gleichgesinnten, sondern überhaupt aller Derjenigen fordern zu dürfen, welche wünschen, daß das Treiben der Reactionäre nicht über alle Verhältniße des Lebens, zumal in unserer Pfalz, sich völlig widerspruchslos ausbreite.

Deutschland.

* **Die neuen Steuerfassionen.** Fortwährend kommen uns Klagen aus Veranlassung der neuen Einkommensteuerfassionen zu. Diese Klagen aber finden keineswegs, wie Manche meinen mögen, blos wegen zu niedriger Angaben statt, sondern aus verschiedenen Bezirken beschwert man über zu große Strenge im Verfahren. Wir waren von Anfang an überzeugt, daß das betreffende Gesetz an sich durchaus weder zweckmäßig noch consequent durchgeführt ist. Um so mehr glauben wir, daß die in dieser Sache entscheidenden Ausschüße, da, wo das Gesetz Zweifel läßt (und nur das Gesetz, nicht die Instruction kann hiebei maßgebend sein), der milderen Ansicht sich zuwenden dürften.

Ueber die neue Gewerbsteuer wird ganz besonders darum geklagt, weil von verschiedenen Seiten geltend gemacht wird, wer sich nebst seinem Hauptgeschäfte nebenbei mit der Verfertigung oder dem Verkaufe auch nur irgend eines andern Artikels befasse, müße dafür immer die volle Steuer auch noch dieses Geschäftes bezahlen. Wir haben uns früher schon dahin ausgesprochen, daß wir eine solche Auffassung des Gesetzes für durchaus irrig halten, und daß dieselbe zu schreienden Unbilligkeiten führen würde, indem oft gerade bei den ärmlichsten Verhältnißen die größte Steuercumulirung stattfände. Wir verweisen in dieser Beziehung wiederholt auf die Art. 18, 19 und 25 des Gewerbsteuergesetzes selbst, die wir der besondern Beachtung sowol der Steuerpflichtigen als der Steuerausschüße nochmals empfehlen.

Auch in den jenseitigen Kreisen kamen Anstände ähnlicher Art vor, wie sich aus nachstehendem Briefauszuge ergibt.

* **Aus Franken,** den 20. Dec. (Auszug aus einem Privatschreiben aus einem der bedeutendsten Industriebezirke.) Bei Regulirung der Gewerbsteuer für unsern Rentamtsbezirk hatte ich Gelegenheit wieder tiefe Blicke in unsere traurigen Verhältniße und die Noth der arbeitenden Classe zu thun. Allgemein drängte sich die Ueberzeugung auf, daß für die meisten unserer En-gros-Geschäfte, namentlich bei Manufacturisten, schon die Normalanlage eine viel zu hohe ist, und zu befürchten steht, daß in letzter Instanz wieder der Gewerbsmann Derjenige sein wird, den die Steuer trifft. Da man die Normalanlage jetzt nicht ändern kann, so wollten die Ausschüße das Uebel wenigstens nicht vergrößern und erkannten deßhalb auf eine möglichst geringe Betriebsanlage. So kam es, daß die Ausschüße nicht selten bei 50 fl. Normal-, nur 1 fl. Betriebsanlage einsetzten. Auch beantragten dieselben bei vielen Gewerben nach Art. 25 ein Viertel Nachlaß. Sie machen sich keine Vorstellung von dem Nothstand in den einzelnen Gewerben. So ist z. B. das der Gürtler in Fürth eines der blühendsten gewesen. Jetzt sind von ungefähr 80 Meistern beiläufig 20 schon völlig verarmt; andere 20 werden in kurzer Zeit eben so weit sein, und der Rest zehrt von seinem Spargelde so lang es geht. Die Erzeugniße sind um 50 Proc. im Preise gesunken und selbst um diesen Preis fehlt es seit zwei Jahren an Arbeit. Ich habe erst recht die großen Mängel des Gewerbsteuergesetzes kennen gelernt. Bei uns kommen noch besondere Uebelstände dazu. Wie schädlich halbe Maßregeln sind, sieht man hier in den Gewerbsverhältnißen. Man ist zu der Einsicht gekommen, daß mit dem Zunftwesen nichts mehr zu machen sei, will jedoch auf der andern Seite keine Gewerbsfreiheit und begnügt sich damit, an Einzelne Licenzen abzugeben. Dadurch wird die Zahl der Gewerbsmeister allerdings vermehrt, und gewiß nicht immer im richtigsten Verhältniß. Allein Denjenigen, welche hiedurch Schaden leiden, ist die Gelegenheit benommen, sich anderweitig ihr Brod zu verdienen; wollen sie ein anderes Geschäft anfangen, so ist ihnen dies unmöglich.

* **Speyer,** den 24. Dec. Mehr als zur Genüge bekannt ist es, wie die sich so nennende „Pfälzer" Ztg. seit Jahren auf alle Weise unterstützt und begünstigt wird; wie sogar die Gemeindemittel, das Erbe der Minorennen und die Gantmassen der Zwangsversteigerten ihr tributpflichtig sind. Bekannt ist nicht minder, gegen welche zahllose und enorme Schwierigkeiten ein freisinniges Blatt ankämpfen muß; wie in einer früher nicht für möglich gehaltenen Weise und Ausdehnung gestrebt wird, ein solches Blatt zu Grunde zu richten. Und angesichts dieser notorischen Thatsachen hat die sich so nennende „Pfälzer" Ztg. die Stirne, sich für die verfolgte auszugeben, und — worum es sich beim neuen Abonnement handelt! — zu vorgeblich nothwendigen „Repressalien" aufzufordern, d. h. noch weitere Verfolgungen der freien Presse, noch weitere Unterstützung ihres Reactionsblattes zu begehren.

Der gesunde Sinn der Pfälzer wird ein solches Gebahren zu würdigen wissen, und es wäre überflüßig, nur ein Wort darüber zu verlieren, wenn es nicht gälte, solche

Thatsachen zu constatiren, damit Jedermann daraus abnehme, wie es jenes Blatt mit der **Wahrheit** hält, und welche Glaubwürdigkeit es erst in nicht zu controlirenden Dingen verdient, nachdem es bei einem ganz notorischen Thatbestande so etwas dem Publicum ins Angesicht zu sagen wagt.

Richtig ist Eines, und dies leuchtet aus allen derartigen Artikeln jener „Pfälzer Ztg." hervor: nemlich daß dieselbe trotz aller Begünstigungen, trotz aller Aufnöthigungen, im Pfälzischen Volke keine Wurzel fassen kann, daß das Pfälzer Volk dieselbe verabscheut, und daß sie wie ein Kartenhaus zusammenstürzen wird, sobald es mit den Zwangsabonnenten und Zwangsinserationen einmal ein Ende nimmt.

Was unser Blatt betrifft, so haben wir den Lesern auf jene Provocation nichts weiter zu sagen, als daß wir bei den bedeutungsvollen und folgenschweren Ereignißen, die sich täglich mehr vorzubereiten scheinen, doppelt bestrebt sein werden, die Vorgänge und Gestaltungen wahrheitstreu zu schildern und, so weit möglich, freimüthig zu besprechen. Das Publicum weiß, daß dies dermalen keine leichte und keine äußerlich lohnende Aufgabe ist, und es wird seinerseits solches würdigen. —

AC* **Frankfurt,** den 23. Dec. Man schreibt uns aus Darmstadt vom 21. ds.: Hier findet eben eine große Verlosung von Holzwaaren statt, welche unter Leitung des Revierförsters Dr. Justus und des Commerzienraths Rößler, wie der Unterstützung des hiesigen Gewerbevereins, im Vogelsberge angefertigt wurden. Es sind grobe und feine geschnitzte, so wie geflochtene Holzwaaren, theilweise aus geschnittenem und gerissenem Ahorn, vom gemeinen Löffel und gewöhnlichen Schließkorbe an, bis zum kräftigen Nußknacker, durchbrochenen Griffen und zum feingeflochtenen Täschchen. Obgleich diese Industrie erst seit wenig Jahren in der genannten Gegend eingeführt wurde, hat sie doch schon bedeutende Fortschritte gemacht und verdient die Aufmerksamkeit des Publikums sowol wegen der guten, soliden Waare, welche die Vogelsberger anfertigen, als wegen der billigen Preise derselben. Wir haben hier wieder einen erfreulichen Beweis von der Geschicklichkeit, dem gelehrigen Wesen und dem Fleiße der Deutschen vor Augen, aber zugleich auch ein sprechendes Beispiel für die Nothwendigkeit der von hier aus erschwerten Erneuerung des Zollvereins und seiner nördlichen Erweiterung. Schnitzen können die biedern Vogelsberger nun schon ganz brav, und sie werden es wol bald darin den Schweizern gleich thun, was ihnen aber fehlt, das ist der Absatz. Den kann ihnen in Oesterreich Niemand verschaffen, wo die Tiroler ihnen den Rang streitig machen.

* Ein Wiener Correspondent der Kasseler Ztg. stellt die Bedingungen zusammen, an denen Oesterreich, seiner Versicherung nach, unerschütterlich festhalten werde: 1) ein enger zur Zolleinigung führender Handelsvertrag, 2) die Verlängerung des Zollvereins, unter Zutritt des Steuervereins, auf 6 höchstens 8 Jahre. Wenn Preußen in diese beiden Punkte nicht willigt, so gibt Hr. Obermüller nicht zu, daß der Zollverein erneuert werde, und stellt die Zolleinigung Süd- und Mitteldeutschlands mit Oesterreich vom 1. Januar 1854 an in sichere Aussicht! Die Kasseler Ztg. muthet Hrn. v. Bruck zu, eine Mission zu übernehmen, von deren Erfolglosigkeit der österreichische Commissär überzeugt sein müßte, wenn sie auf solchen Instructionen beruhte. Hr. v. Bruck wäre sicherlich geblieben wo er war, wenn er keine andern Vorschläge nach Berlin zu bringen hatte. . . . Wohin der Handelsvertrag, an dessen Zustandekommen wir nicht zweifeln, führen wird, das zu entscheiden bleibt der Zukunft vorbehalten, sicher wird er zu den Resultaten nicht führen, mit deren Vorspiegelung man sich auf verlorenen Posten jetzt noch zu trösten sucht. Uebrigens darf man nicht läugnen, daß die Kasselsche Ztg. und ihr verwandte Organe eine schwere Aufgabe zu lösen haben; es ist gewiß keine Kleinigkeit, in der großen Frage noch mitreden zu müssen, nachdem selbst der letzte Rest einer ersprießlichen Thätigkeit, das Vermittlungsamt, ihnen
nommen und auf Andere übergegangen ist.

Krieg oder Frieden. Unter dieser Ueberſ
bemerkt der „Nürnb. Kur." u. a.: Die officielle
mag sich drehen und wenden, sie mag es verbergen
bemänteln, wie sie will, Krieg oder Frieden ist derm
wie im Jahre 1848 Freiheit und Nationalität, seit
aber Reaction und dynastisches Interesse, die europ
Frage. Jedermann weiß, daß das neu-napoleonische
serthum ein ungewohntes Ferment in der europä
Staatengesellschaft und Politik bildet, Jedermann
Dinge, die da kommen möchten. Wir halten es i
ser Lage für interessant, des öfteren auf diesen G
stand zurückzukommen und beachtenswerthe Aeußer
der Tagespresse vor unsern Lesern zu registriren.
heute citiren wir folgende Bemerkungen des Würt
bergischen politischen Wochenblattes, (
des früheren Märzministers Römer), welches die
zwar mehr vom „altliberalen" Standpunct au
Diese achtenswerthe Wochenschrift sagt: „Der Kri
ein Unglück. Gleichwie aber gewaltige Naturerei
trotz ihrer zerstörenden Kraft durch Reinigung der
wohlthätig wirken, so gibt es auch Kriege, welche
ihrer zerstörenden Kraft ein halt- und markloses Men
geschlecht wieder regeneriren. — Beachtet man, wi
heutigen Menschen alles über sich ergehen lassen, so
man auf den Gedanken geführt werden, eine Radic
würde von heilsamen Folgen für sie sein. Viele
besonders Jene, welche durch einen Krieg in der B
lichkeit ihrer Stellung gestört werden würden, sind
nur gegen denselben — und wer möchte ihnen de
einen Vorwurf machen! — sondern sie suchen aus
möglichen Gründe hervor, um zu beweisen, daß un
rum ein Krieg nicht zu befürchten sei. . . . Es gehört
ein Optimismus der gröbsten Sorte dazu, um bei
solchen Gestaltung der politischen Constellationen
Friedenshoffnungen zu wiegen. Wie schmerzlich es
auch sein mag, diese stören zu müssen, so können
doch nicht unterlassen, wiederholt auf die Gefahr
merksam zu machen, welche uns droht, und fast
wir versucht, Jene glücklich zu preisen, die sich i
Lage befinden, singen zu können: „Ich hab' mein
auf Nichts gestellt." Zwar werden die Ritter des
dens sagen, dazu sei es noch immer Zeit; aber wi
nen, es sei vernünftig, sich bei Zeiten vorzuberei
— Sonderbar aber nimmt es sich aus, wenn man
daß das „Württ. Wochenblatt" dem Allen gegenüb
trotz seiner sonstigen Einsicht vorerst nur in der Ri
und Geltendmachung des vormärzlichen Parl
tarismus eine Hülfe weiß oder zu wissen den Mut

Schweiz.

Freiburg. Der angekündigte „Aufruf des Fr
ger Volks an die schweiz. Nation" ist jetzt in eine
leibigen Denkschrift von Hrn. Charles erschiener
wird darin behauptet, daß sich das Komite von
auf Befehl der Regierung hätte auflösen müssen,
halb dessen Mitglieder nur individuell für die bet
Zwecke arbeiteten. Bereits seien zu Hrn. Charles
schrift zahlreiche Beistimmungszeichnungen in dessen
den. Der Aufruf ist schon im Voraus durch die
ſerfener gehörig beleuchtet worden.

Wallis. Die erste Berathung der Verfassu
bereits geschlossen. In der Gesammtabstimmung
der neue Verfassungsentwurf fast mit Einstimmigk
genommen und der Beginn der zweiten Berathun
Montag angesetzt. Am 9. Januar sodann hat de
über Verwerfung oder Annahme des Entwurfs
stimmen, am 17. gleichen Monats versammelt
Gr. Rath zur Verification derselben und sollte d
nahme durchgehen, so tritt die neue Regierung mi
1. Februar in Function.

Belgien.

Brüssel, den 21. Dec. In der heutigen K

ſitzung erklärte der Miniſter des Auswärtigen, daß die Uebereinkunft mit dem Zollverein verlängert worden ſei.

Frankreich.

† **Paris**, den 23. Dec. Der Moniteur enthält den ſehr umſtändlichen Bericht des Generals Peliſſier über die Einnahme von Laghuad. Die Beſatzung der Stadt vertheidigte ſich mit ausgezeichnetem Muthe, und brachte der franzöſiſchen Armee große Verluſte bei, obwol ſie nicht mehr, als eine einzige Kanone beſaß. Der General Bouscaren wurde an der Seite des commandirenden Generals durch einen Schuß ins Knie verwundet. Der Bataillonscommandant Morand und der Capitän Brunon wurden ſchwer verwundet. Getödtet wurden: 1 Officier, 2 Unterofficiere und 27 Soldaten. Unter den Verwundeten zählt man 17 Officiere, 12 Unterofficiere und 155 Soldaten. Seitdem ſind mehrere davon im Spitale geſtorben. Nur 20 Reiter ſollen entkommen ſein. Alles, was Waffen trug, wird als niedergemacht bezeichnet. Die Zahl der gefallenen Araber gibt General Peliſſier zu 700 an, glaubt aber, daß der Anſchlag noch zu gering ſei. „Einige Höfe der Häuſer,“ ſchreibt er, „waren mit Leichen gleichſam gepflaſtert, und das Blut floß wie Waſſer.“ In der Nacht nach dem Sturme legten über 300 Mann, welche ſich nach den Gärten der Stadt geflüchtet hatten, ihre Waffen nieder. Wir haben im Ganzen 450 waffenfähige Männer und 1200 Weiber und Kinder zu Gefangenen gemacht. Der tapfere Zouavencommandant Morand hat die Amputation überſtanden.

* Die Nachrichten aus Berlin, namentlich die Aeußerung des Kaiſers von Oeſterreich, welche auf einen gemeinſamen Kampf der preußiſchen und öſterreichiſchen Armee deutet, haben hier Senſation erregt. Auch ſind die Papiercurſe, welche geſtiegen waren, wieder herabgegangen.

* Der eben geſtürzte ſpaniſche Miniſterpräſident Bravo Murillo, und der Ex-Miniſter des Innern, Bordin, werden zu Bordeaux erwartet. — Abdel Kader hat ſich am Abend des 21. zu Marſeille mit ſeinem Gefolge von 50 Perſonen auf dem Dampfboote Labrador eingeſchifft.

Paris, den 21. Decbr. Der Miniſter des Innern hat die Präfecten durch Rundſchreiben zur Verfolgung und Beſtrafung aller geheimen Telegraphie, ſei es optiſche oder akuſtiſche oder elektriſche, aufgefordert. — Wie beſtimmt verſichert wird, empfängt von den anderthalb Millionen Fr. für die kaiſerliche Familie der König Jerome eine Million, ſein Sohn Napoleon 300,000 und die Prinzeſſin Mathilde 200,000 Fr. — Der Präfect des Seine-et-Marne-Departements hat alles öffentliche Erſcheinen der Freimaurer und anderer Verbindungen mit ihren Abzeichen verboten. Dies fällt auf, da Prinz Murat einen hohen Grad unter den Freimaurern bekleidet.

Der Siècle macht auf die in Folge der Civilliſte, der kaiſerlichen Familiendotation und anderer Verfaſſungsänderungen eintretenden durchgreifenden Störungen in dem vom geſetzgebenden Körper votirten Budget für 1853 aufmerkſam und ſtellt die Frage, ob denn ein von der geſetzgebenden Gewalt feſtgeſtelltes Budget ohne deren Zuthun wieder abgeändert werden könne. Wenn dies der Fall ſei, ſo wäre das Budgetvotum eigentlich ganz unnütz.

Es war nicht Hr. Carnot, ſondern der Ex-Repräſentant v. Bethmont, (moderirter Republikaner), welcher vom Kaiſer in die Tuilerien berufen worden. Napoleon empfing Hrn. v. Bethmont aufs huldvollſte und erklärte ihm ohne Umſchweife, daß er ſehr gern ſehen würde, wenn ſeine politiſchen Freunde ſich der Regierung näherten und ſich bei derſelben betheiligen wollten. Hr. v. Bethmont konnte natürlich nur antworten, daß er nicht unterlaſſen werde, den Wunſch des Kaiſers ſeinen Freunden mitzutheilen. In Folge dieſer Unterredung fand bei Hrn. Marie eine Berathung der Chefs der gemäßigten republikaniſchen Partei ſtatt, welcher u. A. Carnot, Leſteyrie, Cavaignac, Goudchaux ꝛc. beiwohnten. Das Reſultat war die Entſcheidung, daß ihre Ehre und ihre Parteiſtellung ihnen nicht geſtatte, ſich einer Regierung anzuſchließen, welche mit dem Staatsſtreiche debutirt habe. Dieſe Antwort wurde Hr. v. Bethmont beauftragt, dem Kaiſer zu überbringen. Als derſelbe ſich dieſes Auftrages entledigte, ließ ihn Napoleon ruhig ausreden und ſagte dann: „Iſt das alles, was Sie mir zu ſagen haben?“ „„Ja wohl, Sire.““ „Alſo Adieu!“ — und damit war Hr. v. Bethmont verabſchiedet.

Wie der N. Z. geſchrieben wird, gibt ſich die Regierung eine unſägliche Mühe, die nach dem Staatsſtreiche verbannten hervorragenden politiſchen Perſönlichkeiten mit guter Manier zur Unterwürfigkeit zu bringen, um ſie ſo amneſtiren zu können. Bei den belgiſchen Flüchtlingen werden fortwährend Schritte gethan, um ſie zur Rückkehr zu beſtimmen. Nächſt der politiſchen Abſicht, die dieſen Schritten zu Grunde liegt, beweiſen ſie eine Art von Gewiſſensregung, die volle Aufmerkſamkeit verdient. Bei General Bedeau ſoll ſich neulich ein Vertrauter des Kaiſers eingefunden und ihm die verſöhnliche Stimmung des Letzteren dringend vorgeſtellt haben. Man bedaure, hieß es, in der Nothwendigkeit geweſen zu ſein, einen ſo hochverdienten Officier haben ausweiſen zu müſſen, aber man ſei bereit, ihm jede beliebige Stellung einzuräumen, er habe nur zu wählen. General Bedeau ſoll hierauf ganz einfach ſeinem Bedienten geklingelt und dem Unterhändler die Thüre gewieſen haben.

Das „Univers“ veröffentlicht den Text eines Schreibens, welches der Papſt an den König von Sardinien in Erwiederung auf eine Anfrage deſſelben bezüglich des Geſetzes über die Civilehe gerichtet hat. In dieſem Schreiben beharrt der Papſt mit aller Entſchiedenheit dabei, daß die kirchliche Trauung der weſentliche Theil bei dem Abſchluße einer Ehe ſei; er weist alle Abweichungen von dieſem Glaubensdogma förmlichſt zurück. Der Papſt fordert zugleich den König von Sardinien auf, der „Zügelloſigkeit der Preſſe“ (!) in ſeinen Staaten ein Ende zu machen.

Spanien.

* **Madrid**, den 18. Decbr. Der neue Miniſter des Innern, Llorente, hat an die Gouverneure der Provinzen ein Circulair erlaſſen, in welchem er auf die Nothwendigkeit (!) hinweiſt, einzelne Beſtimmungen der Conſtitution verändern, und den Glanz der Krone erhöhen zu müſſen. (!) Gleichzeitig gibt er jedoch die Verſicherung, daß nichts an der conſtitutionellen Baſis des Repräſentativſyſtems geändert werden ſoll. (!)

Großbritanien.

* **London**, den 22. Dec. Nachſtehende Miniſterliſte circulirte heute Abend in wohlunterrichteten Kreiſen: Lord Aberdeen, Miniſterpräſident; Marquis von Landsdowne ohne Portefeuille; Lord John Ruſſell, Miniſter des Auswärtigen; Gladſtone, Direction von Indien; Palmerſton, Inneres; Sir C. Wood, Admiralität; J. Graham, Finanzen; Cobden, Handelsdirection; Graf Clarendon, Großſiegelbewahrer; Herzog von Newcaſtle, Ehrenpräſident; Herbert, öffentliche Arbeiten; Marquis von Clanricarde, Direction der Poſten; Lord Crawforth, Lordkanzler; Lord Panmure, Colonien.

Rußland.

St. Petersburg, den 11. Dec. So weit hier aus guter Quelle bekannt geworden, hat Hr. v. Kiſſelew keine Inſtructionen in Betreff der unbedingten Anerkennung des Kaiſers Napoleon mitgenommen. Dieſelbe dürfte erſt jetzt, nach der von Wien hier eingetroffenen Depeſche, unter den bezüglichen Reſtrictionen und im Einverſtändniß mit den andern nordiſchen Höfen erfolgen. (A. Z.)

Petersburg, den 14. Dec. Von Neuem tauchen wieder Gerüchte von einer Zuſammenkunft der drei nordiſchen Herrſcher auf.

Geldcourſe.

Frankfurt, den 23. Decbr. Piſtolen 9 fl. 43 — 44 kr., Ducaten 5 36½ — 37½, 20-Franken-Stücke 9 25½ — 26½, Holländiſche 10fl.-Stücke 9 48½ — 49½, Preußiſche Thaler 1 45—45½, Fünffrankenthaler 2 fl. 20½—21½ kr.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Digitized by Google

Die Protobiotik, eine menschenbeglückende Entdeckung in unsern Tagen.

Der Unterzeichnete wird nächsten Montag practisch-nützliche Vorlesungen eröffnen über die aus dem hohen Alterthume heraufgeholte nützlichste menschliche Wissenschaft, die **Protobiotik** d. i. die Kunst der ersten Menschen mittelst der unverdorbenen Naturtriebe und Gefühle alle inneren Lebensstörungen gänzlich zu vermeiden, mit einem Wort, die Kunst, **innerlich nicht krank zu werden**, in ihrer heilbringenden Anwendung auf das heutige mit 6000 Krankheiten behaftete Menschengeschlecht, zum Zwecke einer gründlichen Wiedergesundung der Menschheit im Allgemeinen, wie des Einzelnen im Besondern.

Die Vorlesungen sind für Herren und Damen, und für verständige Söhne und Töchter bestimmt und sind die Eintrittskarten bei Hrn. Buchhändler **Lang** zu haben, wo auch das Weitere zu erfragen ist. **E. Mahner.**

[1357] Die

Süddeutsche Musik-Zeitung,

welche seit Ostern im Verlage der Unterzeichneten erscheint, und wovon mit Neujahr das vierte oder letzte Quartal des ersten Jahrganges beginnt, empfiehlt sich durch anziehende Darstellung, durch interessante Correspondenzen aus allen Theilen Deutschlands wie der bedeutendsten Städte des Auslandes, durch Besprechung der wichtigsten Fragen des musikalischen Lebens der Gegenwart in allgemein verständlicher Weise, allen Freunden der Musik.

Der Preis derselben, 2 fl. 42 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. per Jahrgang (durch die Post bezogen 50 kr. oder 15 Sgr. per Quartal), ist so billig gestellt, daß die Anschaffung derselben, andern Zeitschriften gegenüber, wesentlich erleichtert ist. Wir machen besonders Lesecabinette, Privatgesellschaften mit Lesezimmer und dergleichen auf diese Gelegenheit aufmerksam, ihren Mitgliedern mit äußerst geringen Kosten die Lectüre eines musikalischen Blattes zu verschaffen, welches ihnen ein vollständiges Bild des gesammten musikalischen Lebens Deutschlands und seiner bedeutendsten Erscheinungen bietet.

Alle Buch- und Musikhandlungen sowie alle Postämter Deutschlands nehmen Bestellungen an.

Mainz, im December 1852.

B. Schott's Söhne.

[1345] **Anzeige.**

In ein Commissions- und Weingeschäft in einer Stadt am Rhein wird ein braver junger Mann von guter Familie in die Lehre gesucht: Kost und Logis kann im Hause gegeben werden. — Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

[1352a] **Billard.**

Es ist ein noch ganz neues Billard von ausgezeichneter Güte und neuester Construction mit ganzem Zubehör billig zu verkaufen. Zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

[1253] **Anzeige.**

Concessionirte Pâte Pectorale à la Reglisse von H. Wenz in Wiesbaden werden verkauft in allen Städten Deutschlands, auch in **Speyer** bei Herrn Louis **Cron**.

In Bergzabern bei Hrn. Ph. **Schmelzer**,
„ Dürkheim bei Hrn. J. W. **König**,
„ Kaiserslautern bei Hrn. C. **Heußer**,
„ Landau bei Hrn. A. **Schimpf**,
„ Ludwigshafen bei Hrn. **Rau**,
„ Pirmasens bei Hrn. **Wilken**,
„ Zweibrücken bei Hrn. Apotheker **Roth**.

Preis: eine halbe Schachtel 18 kr., und eine ganze Schachtel 36 kr.

[1356] Bestellungen auf das täglich zweimal erscheinende, mit dem Unterhaltungsblatte **„Didaskalia"** verbundene

☞ Frankfurter Journal ☜

für das mit dem 1. Januar beginnende Quartal nehmen alle Postämter Deutschlands, der Schweiz und Belgiens an. Vierteljährlicher Preis innerhalb des fürstl. Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirkes **2 fl. 30 kr.**, außerhalb desselben **2 fl. 49 kr.** excl. gesetzlich bestehender Stempel- und Bestellgebühren.

[1350a] # Geschäftseröffnung in Ludwigshafen a. Rh.

Ich beehre mich hiemit meinen Geschäftsfreunden anzuzeigen, daß ich unterm heutigen Tage **in Ludwigshafen am Rhein** ein

Speditions- und Commissions-Geschäft

errichtet habe und halte mich ihrem fernern Wohlwollen bestens empfohlen.

Frankfurt a. M. und Ludwigshafen a. Rh., den 12. December 1852. **Heinrich Henle.**

[1254] # Niederländische

Dampf- Schifffahrt.

Sommerdienst vom 1. Juni 1852 an

von Ludwigshafen am Rhein täglich:

4 Uhr Morgens nach **Rotterdam** ohne Umladung in ca. 36 Stunden.

Von Ludwigshafen direct nach **London** jeden Sonntag.

Personen-Preise von Ludwigshafen nach:

Cöln	Vorcajüte fl. 4 12,	Salon fl. 7 50	hin und zurück nicht ganz die Hälfte mehr.
Rotterdam	„ „ 7 27,	„ „ 13 30	
London	„ „ 16 6,	„ „ 28 36	

Wöchentliche Extra-Dampfboot-Güterfahrt auf der ganzen Linie zu ermäßigten Frachten.

Von **Rotterdam** nach **Ludwigshafen** in 5 à 7 Tagen,
„ **Ludwigshafen** nach **Rotterdam** in 3 à 4 Tagen.

Von nun an liegen in Ludwigshafen sowohl wie in Rotterdam fortwährend Güterschiffe in Ladung.

Nähere Auskunft über die Personen- und Güterbeförderung ertheilt

Ludwigshafen a. Rh., im April 1852

Der Agent: C. Aug. Exter.

Neue
Speyerer Zeitung.

Dienstag | Nro. 311 | den 28. December 1852.

Deutschland.

• Speyer. Die Schweiz. National-Ztg. erinnert sehr richtig daran, daß es 1813 nicht die „heilige Allianz" der Cabinette war, durch welche Napoleon besiegt ward, sondern daß man zur Erreichung dieses Zieles an den freien und nationalen Geist des Volkes hatte appelliren müßen. So lange blos die Cabinette kämpften, gab es Niederlagen und Separatfrieden. Ebenso weist das nemliche Blatt darauf hin, daß es für Deutschland nichts Gefährlicheres und Verderblicheres gibt, als sich auf Rußland zu stützen, das nie ein uneigennütziger Verbündeter war. —

• Pfalz. Die Pflzr. Ztg. eifert wider einen Artikel des „Evangelischen Kirchenboten" über oder vielmehr gegen den Landrath, weil derselbe keine Beschlüsse im Sinne des genannten orthodoxen Blattes gefaßt habe. Die Pointe des Streites scheint uns etwas verdeckt gehalten zu sein, und darin zu liegen, daß der „Evangelische Kirchenbote" von Mitgliedern des Landraths spricht, welche sich bei „der frühern lichtfreundlichen Agitation betheiligt" hatten. Es fehlt hier, vermuthlich eine reservatio mentalis, die Erläuterung, ob der Angriff mehr Denen gilt, welche früher, wie man es denn nennen will, „lichtfreundlich" waren und es heute noch sind, — oder Denen, welche früher lichtfreundlich waren, bei Denen aber in der neuesten Zeit die „gläubige" Richtung zum Durchbruche gekommen. —

Unmittelbar auf diesen ersten Artikel läßt die Pfälzer Ztg. einen zweiten über kirchliche Dinge der Protestanten folgen, von dem wir nicht wissen, ob er mit dem ersten in einem Causalnexus stehen soll oder nicht. Darin erklärt sich das genannte Blatt nicht ohne Bitterkeit gegen eine Adresse an den Thron, worin „eine Minderheit protestantischer Geistlicher von der „gläubigen Richtung" ... um „die Ernennung des Hrn. Pfarrers Wag„ner von Haßloch, Schwiegersohn des Oberconsistorial„raths Rust, zum Consistorialrath in Speyer" gebeten habe. — Die Pflzr. Ztg. sagt geradezu: „Zwei Schwie„gersöhne des Hrn. Rust sind in der Pfalz Decane; dazu „der dritte Consistorialrath und der Schwiegervater Ober„consistorialrath — das wäre in der That eine Familien„hierarchie, wie sie zu den glänzendsten Zeiten des kirch„lichen Nepotismus selten gewesen sein dürfte." Wie man im Publikum wissen will, wäre es Hr. Decan Scholler, Mitglied des Landraths, der sich neben oder gegen Hrn. Wagner im Vorschlag befände. — Wir unserseits möchten meinen, man sollte vor Besetzung der Stelle die durch die Generalsynode vertretene Kirche selbst in der Sache vernehmen, wie ja ohnehin der §. 17 der Vereinigungsurkunde ausdrücklich das Recht der Generalsynode anerkennt, über Besetzung der erledigten Consistorialrathsstellen „ihre Wünsche zu äussern," zu welchem Behufe sie natürlich zusammenberufen werden müßte, was aber ohnehin eigentlich schon vor Jahren hätte geschehen sollen.

München. Nach der N. Münch. Ztg. wird Hr. Ministerpräsident v. d. Pfordten mit Neujahr auch das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten und des Handels wieder übernehmen.

München, den 20. Dec. Die Augsb. Abendztg. berichtet: Gestern wurden wieder mehre Calabreserhüte weggenommen. Die Wegnahme geschah jedoch nicht öffentlich, sondern die Policeiboten verfügten sich einfach in die Wohnung der Besitzer (mancher Bote hatte eine ganze Liste solcher verzeichnet) und forderten dieselben zur Abgabe der verpönten Kopfzierde mit dem Bemerken auf, daß ihnen später überdies noch eine Vorladung zugeschickt werden würde. Richtig ist, daß seit den ersten Confiscationen die bezeichneten wieder allenthalben auftauchen, was Veranlassung zu dieser erneuten Maßregel gegeben haben mag.

Darmstadt, den 18. Decbr. Am Schluß der gestrigen Sitzung unserer zweiten Kammer gestattete noch der Präsident dem Abg. Wittmann das Wort zum Ablesen und zur Begründung eines Antrages. Thatsächlich enthielt derselbe die Notiz, daß der Drucker der Neuen Mainzer Zeitung, Jörg in Mainz, wegen Abdrucks der Kammerrede des Abg. Müller-Melchiors über den Zollverein der Verletzung der Amts- und Dienstehre unserer Ministerien beschuldigt, in Untersuchung genommen und verhaftet sei. Der Antragsteller fand hierin eine Verletzung des Art. 99 der Verf. Urk., wonach die Kammern ihre Verhandlungen, die nicht in geheimer Sitzung stattfinden, durch den Druck bekannt zu machen haben, und leitet hieraus ab, daß die Kammer sich an die Regierung wenden und dort die Rücknahme des gegen Jörg eingeleiteten Verfahrens veranlassen möge. Der Antragsteller wollte zugleich den Antrag für dringlich erklärt, d. h. sogleich in das Materielle seiner Berathung eingetreten wissen. Dem widersprach aber der Abg. Frank nachdrücklich, indem er zugleich gegen das Materielle des Antrags den Art. 32 der Verf. Urk. geltend macht, wonach das Materielle der Justizertheilung und das gerichtliche Verfahren vom Einfluß der Regierung unabhängig sind. Müller-Melchiors zeigte dagegen nach, daß in diesem Fall das Ministerium der Ankläger, und der bis jetzt einzig mit der Sache befaßte Untersuchungsrichter vom Ministerium zum Handeln angewiesen sei. Als er bei der Gelegenheit von der „heuchlerischen Phrase" der Gerichtsunabhängigkeit sprach und Frank, der unmittelbar vorher die letztere vorgeschützt hatte, Müller-Melchiors für einen „Lügner" erklärte, wenn er ihn damit gemeint habe, ward Müller-Melchiors vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, Frank aber nicht, wogegen die Linke laut reclamirte. Endlich beschloß die Kammer mit großer Stimmenmehrheit die Nichtdringlichkeit des Antrags. Ein Ausschuß soll vorerst darüber berichten. Indessen kommt es voraussichtlich nicht mehr dazu. (Schw. M.)

Kassel. Die Güter, welche der Kurfürst für seine Gemahlin zur Linken in Böhmen gekauft hat, kosten nicht weniger als 2'200,000 Thlr. (also fast 4 Mill. Gulden.)

Berlin, den 22. Dec. In der Zollsache haben Frhr. v. Bruck und Generaldirector v. Pomer-Esche wieder mehrere Besprechungen gehalten. Oesterreich und Preußen negociiren vorläufig unter sich (!) mit Berücksichtigung aller einschlagenden anderweiten Verhältnisse und Interessen. Ist die Sache bis zur Ratification fertig, dann will Preußen seine engeren Verbündeten, und eben so Oesterreich die seinigen zum förmlichen Beitritt zu dem Uebereinkommen auffordern.

Bei der glänzenden Soiree, die Baron v. Budberg gestern Abends zur Nachfeier des Sanct-Nicolaus-Tages gab, war als einzige Ausnahme das französische Gesandtschaftspersonal nicht zugegen. Der europäische Friede wird allerdings darum nicht gestört werden; aber beachtenswerth ist die Thatsache immerhin, sofern sie den

klarsten Beweis liefert, daß die nordischen Cabinette in allen Frankreich betreffenden Fragen nach einer gemeinsamen, zum Voraus verabredeten Regel verfahren werden. In der Handelsfrage sind wir darum mit Oesterreich noch lange nicht einig. (Köln. Ztg.)

Briefe aus **Berlin** versichern: der Kaiser habe den König von Preußen dringend zum baldigen Besuche Wiens eingeladen, und der König habe freudig zugesagt.

Wien, den 21. Dec. Die „Oesterr. Corr." enthält von der türk. Gränze ein Privatschreiben, worin gleichfalls bestätigt wird, daß die Montenegriner sich immer noch im Besitze der Festung Zabljak befinden. Dieselbe wird zwar von den Türken fortwährend mit Projectilen beworfen, die Montenegriner leisten jedoch den tapfersten Widerstand und haben einige gefangen genommene türkische Artilleristen gezwungen, ihnen Unterricht zu geben im zweckmäßigen Gebrauche der Geschütze und sie dabei zu unterstützen.

Schweiz.

Graubünden. Die bischöfliche Kuria liegt mit dem Stadtrath von Chur im Streit wegen Steuern, welche der Letztere, gestützt auf Art. 4 der Bundesverfassung, der alle Vorrechte der Orte und Personen aufhebt, auf die bisher lastfreien bischöflichen Güter gelegt.

Tessin. Den 16. ds. wurde in Lugano General Giacomo Filippo de Meßter, begraben, über dessen merkwürdige Schicksale folgendes berichtet wird: Aus einer holländischen Familie stammend, geboren 1775, verfolgte er in Mailand die Rechtslaufbahn und organisirte daselbst bereits zu Anfang der französischen Revolution eine geheime democratische Gesellschaft, welche mit den französischen Clubbs in Verbindung stand. Bei Errichtung der cisalpinischen Republik ging er als Deputirter zu Napoleon, und wurde bald darauf Legionschef in der Mailändischen Nationalgarde. Beim Wiedererscheinen der Oesterreicher 1799 emigrirte er nach Frankreich und begleitete dann als Brigadechef die Division der Seealpen, funktionirte dann im Stab Massena's zu Genua und machte die dortige Belagerung mit; bei der Capitulation war er eine der Geißeln, die an Oesterreich gegeben wurden. Nach der Schlacht bei Marengo kam er wieder nach Mailand und organisirte von Neuem die Nationalgarde, wollte aber in der Folge von dem italischen Königthum Napoleons nichts wissen, was mit zur Auflösung der Nationalgarde von Mailand beitrug. Später ließ er sich dann doch bestimmen, das Amt eines Inspecteur des Revues mit Generalsrang, so wie den Orden der eisernen Krone und den Baronstitel anzunehmen. 1811 übernahm er die Leitung der Militärschule in Mailand. 1814 beim Wiedererscheinen der Oesterreicher erbitterte er dieselben durch Theilnahme an einer kühnen Verschwörung, wurde verhaftet und auf 8 Jahre nach Theresienstadt auf die Festung gesandt, wurde aber schon nach 2 Jahren von Franz I begnadigt und lebte auf einem Landgut unweit Mailand. Als er jedoch an der Verschwörung von 1821 Theil genommen, wurde er zum Tode verurtheilt und seine Güter confiscirt, worauf er nach England flüchtete und sich dort von Sprachunterricht nährte. An den Ereignissen von 1830 nahm er keinen Theil. Seit 1832 in Paris angesessen, erhielt auch er Theil an der Amnestie von 1838, fand aber für gut, sich 1840 in Lugano niederzulassen. Im Jahr 1848 erlaubte ihm sein hohes Alter nur, der provisorischen Regierung seine Adhäsion zuzusenden. In seinem Testamente vermachte er sein Vermögen mit Ausnahme weniger Legate zu einem Unterstützungsfond für bedürftige italienische Flüchtlinge mit dem Beifügen, daß über das Kapital die erste democratische Regierung, die in Italien aufkommen würde, verfügen könnte.

Belgien.

Brüssel, den 23. Dec. Die Repräsentantenkammer nahm heute den provisorischen Handelsvertrag mit 62 gegen 8 Stimmen an; 16 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung.

Frankreich.

Paris. Aus dem vielbesprochenen Brief des Czaren erhält die „Nation" unter der Versicherung, daß die unterstrichenen Worte authentisch seien, folgendes mitgetheilt: „Der Kaiser kann nicht leugnen, daß er mit großem Bedauern den Prinzpräsidenten der Republik den Titel Kaiser, unter der Benennung Napoleon III., annehmen sehen würde. Letzterer müßte nothwendig an unzulässige und für den Frieden Europas höchst gefährliche Ansprüche erinnern und den Versicherungen widersprechen, die im Namen des Prinzpräsidenten in einer von seinem Gesandten, dem General Castel-Bajac, vorgelesenen Note gegeben wurden. Sollte sich der Prinzpräsident die Bemerkungen, die der Kaiser schon dem General Castel-Bajac gemacht hat, und die ihm auch von andern Mächten wiederholt worden sein müssen, nicht berücksichtigen, so wird die neue, der französischen Regierung gegebene Form auch von dem Petersburger Kabinet nichtsdesto weniger anerkannt werden; es wird kein casus belli daraus entstehen. Der Kaiser aber fühlt sich gedrungen zu erklären, daß er dann, im Einverständniß mit den durch die engsten Freundschaftsbande an ihn geknüpften Souveraine, gegenüber von Napoleon III eine sehr beobachtende und nichts weniger als freundschaftliche Stellung einnehmen würde." — Haben Sie bemerkt, sagt der Korrespondent am Schlusse, daß die bonapartistischen Blätter seit einigen Tagen nicht mehr „der Exkönig Jerome", sondern „der König Jerome" sagen? Wissen Sie auch, daß Hr. Lucian Murat sich zu Hause mit Eure Majestät anreden läßt und eine königliche Krone auf sein Wappen gesetzt hat? Wen der Herr verderben will, den schlägt er mit Blindheit. Aber unglücklicher Weise handelt es sich bei all diesen Geschichten um das Schicksal Frankreichs. —

Paris, den 20. Decbr. In legitimistischen Kreisen kann man sich nicht genug wundern, daß der Bischof von Beauvais mit seinem Clerus nach Compiègne gegangen, um den Kaiser, der daselbst weder in einem Interesse der Kirche noch des Staats angekommen, zu empfangen; unter der alten Monarchie, sagen die Legitimisten, selbst unter Ludwig XIV., habe die Geistlichkeit sich stets von den Vergnügungen des Hofs ferne gehalten, dieselben vielmehr völlig ignorirt (in der That oft zu sehr ignorirt) oder wenigstens nicht in amtlicher Eigenschaft denselben beigewohnt. Ich überlasse den Legitimisten die Verantwortlichkeit dieser Kritik, die ich überdies nur als einen neuen Beweis von der Stimmung dieser Partei gegen die höhere Geistlichkeit aufführe. — Im Ministerium der äußern Angelegenheiten soll man mit den Gesandten in Wien und Berlin nicht sehr zufrieden sein. Wie es scheint, hat der eine nichts von der Absicht des Kaisers Franz Joseph dem König von Preußen einen Besuch zu machen, und der andere nichts von dem Gegenstand dieses Besuchs gewußt. Diese Unwissenheit scheint übrigens den Unmuth zu erhöhen, mit welchem die Nachricht von dieser Zusammenkunft in den höhern Regionen aufgenommen worden. (A. Z.)

Der Kaiser ist tief verletzt, sowohl durch den Bruch der so weit vorgerückten Unterhandlungen über seine Heirath mit der Prinzessin Carola Wasa, als über die Haltung Rußlands, Preußens und Oesterreichs in der Anerkennungsfrage. ... Ist man nun sehr unzufrieden über das Betragen der nordischen Mächte, das man einer auffallenden Doppeldeutigket (insigne duplicité) zeiht, so beklagt man sich über die Haltung der legitimistischen Partei nicht minder. (A. Z.)

— den 24. Dec. Das Senatsconsultum über die Abänderung der Verfassung wurde mit 67 gegen 7 Stimmen angenommen. Alle Arbeiten und Unternehmungen von allgemeinem Interesse können durch kaiserliches Decret angeordnet werden. Die bisherige jährliche Dotation der Senatoren ist in eine lebenslängliche ungewan-

delt. Die Deputirten werden ebenfalls eine Entschädigung erhalten. Das Ausgabebudget soll abtheilungsweise berathen werden. — Das Kaiserreich ist nun auch vom heiligen Stuhl und Toscana anerkannt worden.

† **Paris,** den 24. Dec. Der Moniteur enthält heute nachstehendes organisches Decret, welches die eventuelle Thronfolge in der Familie Bonaparte regelt: „Napoleon, von Gottes Gnaden und durch den Nationalwillen Kaiser der Franzosen, Gruß allen Gegenwärtigen und Kommenden. Kraft des Art. 4 des Senatusconsultums vom 7. Nov., das durch das Plebicit vom 21. und 22. desselben Monats ratificirt wurde, und nach dessen Wortlaut es Uns zusteht, durch ein dem Senat zu überweisendes organisches Decret die Thronfolge in der Familie Bonaparte für den Fall zu regeln, daß Wir keinen directen, legitimen oder adoptiven Erben hinterlassen, während wir hoffen, daß es uns vergönnt sein wird, den Wünschen des Landes zu genügen, und unter dem göttlichen Beistand eine Verbindung zu schließen, die uns in den Stand setzen wird, directe Erben zu hinterlassen, so wollen Wir doch nicht, daß der von Gottes Gnaden und durch den Nationalwillen errichtete Thron, aus Mangel an einem von Uns bezeichneten Nachfolger erledigt bleibe, und decretiren was folgt: Art. 1. In dem Falle, daß Wir keinen directen, legitimen oder adoptiven Nachfolger hinterlassen, ist Unser vielgeliebter Onkel Jerome Napoleon Bonaparte und seine directe, natürliche und legitime Nachfolge, aus der Ehe mit der Prinzessin Catharina von Württemberg erzeugt, in allen männlichen Gliedern, nach dem Rechte der Erstgeburt, und mit ewiger Ausschließung der Frauen, zur Nachfolge berufen. Art. 2. Das gegenwärtige Decret mit dem Staatssiegel versehen 2c. 2c."

Die „Debats" bringen heute eine interessante Beerdigungsgeschichte. In der Gemeinde Estissac starb ein Mädchen protestantischer Religion. Der Maire gab zuerst einen Erlaubnißschein zur Beerdigung, als er aber erfuhr, daß dem Leichenbegängniß der protest. Pastor und nicht der katholische Pfarrer des Orts beiwohnen sollte, zog er nicht nur seine Erlaubniß zurück, sondern schrieb auch einen groben Brief an den Pastor, und verbot ihm, in seinem „Talar und Mütze" bei der Beerdigung zu erscheinen, da er selbst das Civilbegräbniß der Protestantin besorgen wolle. Der Pastor, der von der Regierung als Pastor der Gemeinde von Troyes angestellt ist, ließ sich dadurch nicht einschüchtern. Er ging in Amtstracht an der Spitze des Leichenzuges bis an den Kirchhof, wo demselben 2 Gendarmen entgegentraten und die Thüre versperrten. Nach diesem Scandal mußte der Leichenzug einen schmalen Seiteneingang aufsuchen. Das weitere Ceremoniel wurde nicht weiter gestört; als der Pastor aber die Leichenrede hielt, ließ ihn der Maire durch den Brigadier der Gendarmerie dreimal auffordern, die Rede zu schließen und sich davon zu scheren. Der Pastor ließ sich jedoch nicht stören, und hat nach der Beerdigung eine Klage gegen den Maire eingereicht. Dieser Gentleman heißt Dumanchin.

Auf den Befehl des Präfecten vom Departement Herault sind bei mehreren Buchhändlern Gebetbücher, deren Deckel mit Lilien verziert waren, mit Beschlag belegt worden. Der kaiserliche Procurator hat unter der Beschuldigung: „öffentlicher Ausstellung aufrührerischer Symbole" eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet.

Italien.

'**Lombardei.** Piemontesische Blätter bringen wieder Einzelnheiten über die Hinrichtungen. Dieselben fanden statt durch die sogenannte „Garotte," das Hinrichtungswerkzeug der spanischen Inquisition (wenn nemlich nicht auf „Lebendigverbrennen" erkannt ward). Vorher wollte man Aerzte von Mailand über die Art der Hinrichtung befragen, alle weigerten sich indeß nach Mantua zu gehen. Als sie gezwungen wurden, erklärten sie, daß es Sache der ärztlichen Commission in Pavia sei, ihr Gutachten abzugeben. Obgleich nun dieses dahin lautete, daß die Garotte nicht augenblicklich tödte, so wurde sie dennoch angewandt und die Unglücklichen hatten über eine Stunde Qual zu leiden. Das Todesurtheil gegen den Geistlichen Tazzoli wurde nach Rom geschickt, der „heilige Vater," billigte es.

Vom Po, Mitte December. Die zu Mantua erfolgten Hinrichtungen haben die Gemüther in Piemont wieder sehr erbitzt. Man feiert das Andenken der Hingerichteten in Oden, Declamationen u. s. w. Es ist unbeschreiblich traurig, daß die so sehnlichst gehoffte Beruhigung der Gemüther nach solchen Ereignissen immer weiter hinausgerückt wird.

* **Turin,** den 21. Dec. Der Senat hat den ersten Artikel des Gesetzes über die Civilehe verworfen, was unfehlbar die Verwerfung des ganzen Gesetzes zur Folge haben wird. Es haben sich 38 Senatoren dafür und 39 dagegen ausgesprochen.

Das Univers veröffentlicht ein Schreiben des Papstes an den König von Sardinien. Dasselbe ist aus Castel-Gandolfo vom 19. Sept. datirt und bespricht die verschiedenen Streitfragen zwischen Rom und Sardinien. Merkwürdig ist die Stelle des päpstlichen Schreibens über die Länder, wo die Civilehe bereits besteht. Der König von Sardinien hatte nämlich in seinem Briefe auf Frankreich hingewiesen, zu welchem der römische Hof in den besten Beziehungen stehe. „Darauf antworten Wir" — heißt es in dem Schreiben —, „daß der heilige Stuhl niemals diesen Thatsachen gleichgültig zugesehen und er immer, von dem Augenblicke an, wo diese Gesetze zu seiner Kenntniß kamen, reclamirt hat. Die Documente mit derartigen Protestationen werden in Unseren Archiven aufbewahrt. Dieses wird Uns jedoch nie verhindern, die Katholiken derjenigen Länder zu lieben, die sich diesen Gesetzen haben unterwerfen müssen.... Es ist Uns aber deßhalb unmöglich, nicht die große Pflicht zu begreifen, die Uns die Verhinderung des Uebels, so viel es in Unseren Kräften steht, auferlegt, und Wir erklären Ew. Maj., daß, wenn der heilige Stuhl schon mehrere Male gegen Gesetze ähnlicher Art reclamirt hat, er es Piemont gegenüber mit aller Macht thun und seiner Reclamation die größte Feierlichkeit geben muß, und dieses besonders deßhalb, weil das Ministerium Ew. Maj. das bedauernswerthe Beispiel anderer Staaten anruft und weil man wegen der übrigen vorliegenden Streitfragen an eine Mitschuld Seitens des heiligen Stuhles glauben könnte."

Spanien.

Madrid, den 17. Dec. Die amtliche Zeitung enthält ein Decret, das die Einstellung der gerichtlichen Verfolgungen gegen den Heraldo 2c. wegen Veröffentlichung des Wahlmanifestes der Moderados anordnet. Pio de la Lota, Director des Preßbureau's, ist seiner Stelle entsetzt worden, die fortan ganz eingehen soll. Der politische Chef von Madrid, unter dessen Verantwortlichkeit jene Verfolgungen eingeleitet worden waren, soll bereits ersetzt worden sein. — Die Espana meldet, daß die Regierung den Progressisten die Erlaubniß zum Abhalten einer Wahlversammlung verweigert hat. (!)

Großbritanien.

* **London,** den 24. Dec. Das Ministerium ist so gebildet: Premierminister, Lord Aberdeen; Inneres, Vicomte Palmerston; Auswärtiges, Lord John Russell; Krieg, Herbert; Admiralität, James Graham; Colonien, Herzog von Newcastle; Finanzen, Gladstone. — Man versichert, daß das neue Ministerium sogleich nach seinem Antritt das Parlament auflösen werde, was sehr begreiflich ist, da es gegen die formidable Toryphalanx sich nicht halten kann.

Neueste Nachrichten.

München, den 24. Dec. Die Mitglieder des Verwaltungsrathes der Pfälzer Ludwigsbahn, Kaufmann K. Fröhlich in Zweibrücken und Notär Schuler in Dürkheim wurden von der erwähnten Function enthoben und an deren Stellen die Landtagsabgeordneten L. Rö-

mich, k. Landcommissär zu Frankenthal, und Dr. Jäger, pract. Arzt zu Ludwigshafen, ernannt!

München, den 24. Dec. Gestern sind bereits mehre Hofbedienstete mit Gepäck dem König vorausgereist. Se. Maj. wird, wie man hört, vorerst den Aufenthalt auf Sicilien nehmen und zum Karneval sich nach Rom begeben. (Münch. B.)

Stuttgart, den 24. Dec. Heute früh hat in Eßlingen abermals ein Raubmord stattgefunden. Es wurde bei dem Kaffeewirth Schmidt eingebrochen. Derselbe ging den Räubern entgegen, ward aber von ihnen tödtlich niedergeschlagen.

Köln, den 24. Dec. Die seit lange verfolgte Absicht, im Anschluß an die oberrheinische Bahn die große Eisenbahnlinie auf dem linken Rheinufer in der ganzen Ausdehnung des Stromes zur Ausführung zu bringen, scheint demnächst ihrer Verwirklichung einen guten Schritt näher rücken zu sollen, indem nämlich einerseits die Bonn-Kölner Gesellschaft die Concession zum Ausbau der Strecke von Bonn bis Bingen nachgesucht, andererseits für die Concession der Köln-Crefelder Strecke schon vor längerer Zeit von den höchsten Behörden die bestimmtesten Zusagen ertheilt worden sind. (Köln. Z.)

Berlin, den 22. Dec. Für das zu Ehren des Kaisers von Oesterreich gegebene Galatheater hatten sämmtliche hier residirende Gesandte nebst ihren Gemahlinnen Billets erhalten. Sämmtliche Gesandte waren erschienen, nur der französische lehnte die Einladung in einem sehr artigen Schreiben ab und schickte die Billets zurück. Man glaubt, daß der Gesandte dieses Verhalten befolgt hat, weil die Anerkennung seines Kaisers noch nicht geschehen ist.

Berlin, den 23. Dec. Man spricht schon von österreichischen Truppenkoncentrationen in der Lombardei, Besetzung Ungarns von Rußland, Böhmens von Preußen, auf den Fall, daß „Louis Napoleon unter irgend welchem Scheinvorwande Piemont besetzen" sollte, — ein Fall, den man für möglicher Weise nicht fern anzusehen beliebt. (Kölnische Ztg.)

So viel höre ich von unterrichteter Seite mit Bestimmtheit versichern, daß Preußen durch den Besuch des Kaisers sich nicht bestimmen lasse, den von ihm bisher festgehaltenen Standpunct in der Handelsfrage aufzugeben. (Kölnische Zeitung.)

Wien, den 24. Dec. Der Kaiser ist von seinem nach Berlin und Dresden gemachten Ausflug zurück. — Die Montenegriner haben bei Podgorizza gesiegt, es ward darauf ein Waffenstillstand geschlossen, bis die [E]ntscheidung des Sultans erfolgt.

† **Paris,** den 25. Dec. Der Ex-Scherif Bou ist auf Befehl des Kaisers ebenfalls freigelassen w[orden] und kann sich wo er will in Frankreich aufhalten.

* **London,** den 24. Dec. Bei der heutigen S[itzung] saßen noch die alten Cabinetsmitglieder auf der [Mini]sterbank. Nach kurzer Sitzung vertagte sich das P[arla]ment bis zum Sonnabend. Das neue Cabinet ist [voll]ständig organisirt. Die größte Schwierigkeit bestan[d da]rin, daß der Lord Palmerston nicht dahin zu br[ingen] war, ein anderes Portefeuille als das des Auswä[rtigen] anzunehmen.

Rußland. Wie in der „Pos. Ztg." aus War[schau] sicher verlautet, sollen zwei Armeekorps zum [Vor]rücken gegen die Gränze bestimmt sein.

Fruchtmarkt-Mittelpreise.

München. Markt vom 24. Dec. Weizen 19 fl. [...] Korn 17 fl. 14 kr., Gerste 11 fl. 21 kr., Haser 5 fl. 37 [kr.] per Scheffel zu 222 Liter.

Papiercourse. Frankfurt, den 24. Decbr. O[ester]reichische 5proc. Met. 96¼; 4½proc. 74¼. Preußische 3½ 94. Baierische 5proc. 101¼; 4proc. 96¾; 3½proc. 92¾. [...] Act. 99¼; Pr.-Obl. 103¼. Bad. 4½proc. 102¾; 50fl.-[L.] 67¼; 35fl.-L. 38¼. Hess. 25fl.-L. 31⅞. Disconto 2 G.

Redacteur und Verleger G. F. Kol[l]

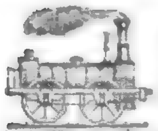
Pfälzische Literatur.

Unserer pfälzischen Literatur steht eine neue Berei[che]rung bevor, indem Herr F. Lehmann in Nußdorf [eine] urkundliche Geschichte der Stadt Kaiserslautern und [des] dazu gehörigen Reichslandes herauszugeben gedenkt, wel[che] nach dem competenten Urtheile Sachverständiger, die [das] Manuscript eingesehen haben, allen Anforderungen ei[ner] wissenschaftlichen Kritik entsprechen, auch zugleich [viel] Neues, bisher Unbekanntes bringen und überhaupt [die] Erwartungen Aller befriedigen wird. Da nun aber, [um] den Druck zu ermöglichen, Unterschriften gesammelt w[er]den, so wollte man nicht ermangeln, diese erfreuliche [An]gelegenheit den Freunden der vaterländischen Geschic[hte] zu empfehlen und dieselben hiedurch zu zahlreichen S[ub]scriptionen aufzumuntern, indem auch der Preis zu 1 [fl.] 12 kr. äußerst niedrig gestellt ist.

Im December 1852. G. u. W.

[1358a]

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.



Mit Bezug auf die Ankündigung vom 1. November l. J. fordert der unterzeichnete Verw[al]tungsrath die Herren Actionäre anmit auf, eine Einzahlung von fünf Procent (die zwölft[e]) bis längstens zum

31. Januar 1853

bei Vermeidung der statutenmäßigen Conventionalstrafe zu leisten.

Die Zahlung beträgt nach Abrechnung der verfallenen Zinsen der bereits geleisteten Einzahlungen für je[de] Actie von 250 fl.

eilf Gulden zwei und vierzig Kreuzer

(11 fl. 42 kr.) und kann für Rechnung der Gesellschaft geleistet werden:

in **Mainz** an Herrn **J. A. Heidelberger,**
" " " " **G. L. Kayser,**
" " " " **Fr. Korn,**
" " " " **C. Lauteren Sohn,**
" " " " **J. B. Werner,**
" **Worms** " " **Georg Renz,**
" **Frankfurt a. M.** " " **M. A. v. Rothschild & Söhne,**
" **Köln** " den **A. Schaaffhausen**'schen Bankverein,
" **Berlin** " Herren **Anhalt & Wagener.**

Mainz, den 20. December 1852.

Der Verwaltungsrath.

Neue Speyerer Zeitung.

Mittwoch | **Nro. 312** | **den 29. December 1852.**

Anzeige.

Da mit dem nächsten Monat ein neues Abonnement auf die Neue Speyerer Zeitung beginnt, so ersuchen wir die Bestellungen *möglichst bald* bei der zunächst gelegenen *Posterpedition* einzureichen. Nur Bewohner der Stadt Speyer und der nächsten Umgegend belieben ihre Bestellungen an die Expedition dieses Blattes unmittelbar zu richten. Die bisherigen Abonnenten, welche die Zeitung unmittelbar von der Expedition bezogen, bedürfen keiner besondern Bestellung; dagegen wollen Diejenigen, welche *auszutreten* gesonnen sind, dieses *vor* dem 31. December anzeigen. — Die Speyerer Zeitung, welche mit Ausnahme des Sonntags *täglich*, und zwar häufig mit Beilagen, erscheint, kostet halbjährlich 3 fl. 20 kr., vierteljährig 1 fl. 40 kr., und wird um diesen Betrag, ohne weitern Aufschlag, durch alle Posterpeditionen des Königreichs Baiern geliefert. — Privatanzeigen, welche portofrei einzusenden sind, werden gegen eine Einrückungsgebühr von 4 Kreuzer für die gewöhnliche Druckzeile aufgenommen.

⁂ Die Anstrengungen, welche von der Rückschrittspartei in täglich ausgedehnterm Maße gemacht werden, um der Speyerer Zeitung entgegen zu wirken, deuten wol besser als alles Andere an, von welcher Bedeutung die Verbreitung eines unabhängigen Blattes für die Freunde der freien Richtung in der Pfalz, oder vielmehr für alle Jene sein muß, welche etwas Besseres als den schrankenlosen Absolutismus in Staat und Kirche herbeigeführt wünschen.

Die Speyerer Zeitung glaubt, angesichts der jetzigen Lage eines freisinnigen Blattes, ein *Recht* zu besitzen, die allseitige thätige Unterstützung nicht nur der Gleichgesinnten, sondern überhaupt aller Derjenigen fordern zu dürfen, welche wünschen, daß das Treiben der Reactionäre nicht über alle Verhältniße des Lebens, zumal in unserer Pfalz, sich völlig widerspruchslos ausbreite.

Deutschland.

• Zur Zollfrage. Wenn man gewisse Blätter liest, und zwar namentlich solche, welche früher den Mund am vollsten genommen, so möchte man glauben, die Zollwirren seien so gut als erledigt. Was liegt aber bis heute *thatsächlich* vor? Nichts weiter, als daß Oesterreich und Preußen unterhandeln. Die Coalitionsstaaten (deren „*Ehre*“ man gar ungeeigneter Weise mit ins Spiel bringen wollte) haben bei diesen Verhandlungen nicht einmal eine eigene Vertretung!! Das sollte jedenfalls anders sein, und weit mehr als früher hätte man in diesem Falle Veranlassung, jenes Schlagwort zur Anwendung zu bringen.

Wenn sich Oesterreich und Preußen wegen eines *Handelsvertrags* (nicht *Zollvereins*) verständigt haben, *dann* erst will jedes *seinen Verbündeten* die getroffene Uebereinkunft vorlegen. Wessen „Verbündete“ sind denn aber die Coalitionsstaaten? Preußens? zur Zeit nicht! Also Oesterreichs? dann blieben sie ja von dem Verbande mit Preußen *getrennt*, erlangten von diesem blos einen „Handelsvertrag.“

Noch eine Eventualität gibt es. Sie ist so seltsam, daß eine ähnliche wol schwerlich je vorgekommen. Unterhandelt etwa Oesterreich für die Coalitionsstaaten als Mitgliedern des wiederherzustellenden Zollvereins, — indeß es gleichmäßig mit dem Zollvereine wegen eines Handelsvertrags für sich selbst unterhandelt? Dann sähe Oesterreich die gewiß ungewöhnliche Aufgabe in seine Hände gelegt: einen Theil derjenigen selbst zu vertreten, von denen es möglichst günstige Bedingungen für sich selbst zu erhalten suchen muß, und zwar dieselben zu vertreten gegenüber dem andern Theile mit welchem es selbst unterhandelt, — während diese *beiden* Theile (Preußen und die Coalition) als Zollverein naturgemäß ein *gemeinsames* Interesse *gegen* Oesterreich zu vertreten haben! Dieses wäre Repräsentant gegen sich selbst!

Wir wollen indessen sehr gerne über diese Ungewöhnlichkeit hinweggehen, wenn nur die *Sache* eine gute Wendung nimmt, und wieder beseitigt wird, was durch eine ungeschickte Diplomatie herbeigeführt ward. Aber leider sind wir gerade in dieser Beziehung keineswegs beruhigt. Wir sehen vorher, daß Oesterreich die größten Vortheile ziehen wird. Das Nachtheilige des Septembervertrags (die Zollherabsetzung für fremde Weine und Tabak) wird bleiben; von der Aufhebung der „Ausgleichungsabgaben“ in Preußen war bis jetzt unbegreiflicher Weise *gar nicht die Rede*, — und dazu wird eine neue Concurrenz aus Oesterreich kommen, ohne daß dort die Mauthlinie für uns hinweg fiele. — Es muß darauf hingewiesen werden, damit die Coalitionsstaaten diese Momente wo möglich noch rechtzeitig ins Auge fassen. —

• Betrachtungen. Napoleon III ist augenscheinlich recht angelegentlich bemüht, die Geschichte seines Oheims aufs Sorgsamste zu wiederholen. Die Abstimmung über Herstellung der erblichen Kaiserwürde gab einen neuen Beleg dazu. Allein wie sorgsam und geschickt man auch die Sache durchführe, — so wie damals will es eben doch nicht in allen Beziehungen geben. Sogar eben jene Abstimmung beweist es. Es ist wahr, die Menge der Abstimmenden war diesesmal eine weit größere, als vor 48 Jahren, und klein genug ist die Zahl der *Nein*-Votanten, so wie sie officiell angegeben ward. Sie soll nur etwa eine *Viertelsmillion* (250,000) betragen haben. Wir lassen die Richtigkeit der Ziffer hier außer Frage. Allein man halte einmal dagegen die Zahl der Neinvotanten bei Errichtung des *ersten* Kaiserthums. Sie war — 2500! Diesmal wird also wenigstens *das* zugegeben, daß sie gerade *hundertmal größer* war! — Ein eben so bedeutender Unterschied tritt in anderer Beziehung hervor. Nachdem der alte Napoleon den Thron bestiegen hatte, unterwarf sich ihm Alles, den nicht beachteten Grafen von Provence und seine Familie und Diener etwa ausgenommen. Heute gibt sich der Kaiser alle Mühe, die Republikaner und die Legitimisten um sich zu schaaren. Mit welchem Erfolge — gerade was die angesehensten Männer betrifft — beweisen die (von uns dieser Tage mitgetheilten) Antworten der Republikaner. Und doch dauerte das Kaiserthum des alten sieggekrönten Napoleon nur etwa 10 Jahre. Wie lange wird sich das neue behaupten können?

° Speyer. Der französischen Presse muß man es lassen, daß sie durch die Unfreiheit, in welche sie verfallen, sich wenigstens nicht zu solcher Gemeinheit herabbringen läßt, wie die ist, in welcher sich der größte Theil der deutschen subventionirten Presse so wohlbehaglich sein läßt. Der Constitutionnel hatte in einem von uns neulich näher bezeichneten Artikel die Legitimisten angegriffen.

Siècle, Union und Assemblée nationale, sonst keineswegs einig in ihrem Streben, richten nun gemeinsam ihre Pfeile gegen den Angreifer, und dieser muß sich von allen Seiten sagen lassen, wie unwürdig es ist, einen Gegner so anzugreifen, daß er nicht vollkommen frei antworten kann. „Die mehr oder minder officiellen Journale," sagt das republikanische Siècle, „welche sich zur Aufgabe gemacht, die gegenwärtige Regierung zu vertheidigen, wissen recht gut, daß sie sich ein bequemes Ziel gesteckt haben, da die Regierung nicht (frei und rückhaltlos) angegriffen werden darf; — sie fechten gegen Leute, die ihnen waffenlos entgegenstehen!" Allerdings verdient es Anerkennung, daß die sittliche Entrüstung, welche sich in unserm Volke gegen das schmähliche Treiben unseres Reactionsblattes kund gibt, unzweifelhaft genug ist, wie die wiederholten Schmerzensausrufe seines Herausgebers vielleicht am besten beweisen. In Frankreich aber können Gemeinheiten jener Art blos einmal vorkommen, bei uns — wiederholen sie sich täglich. —

* **Speyer**, den 27. Dec. Wie aus den neuesten Londoner Nachrichten hervorgeht, ist das englische Ministerium noch keineswegs definitiv gebildet.

° **Wien.** Die Redaction des „Illustrirten Familienbuches," herausgegeben vom Oesterreichischen Lloyd in Triest, hat abermals eine Preisausschreibung erlassen; diesmal nicht im Interesse der belletristischen Literatur, sondern um auch in dem belehrenden Theile der genannten Zeitschrift eben so Ausgezeichnetes wie in dem unterhaltenden bringen zu können. Es ist, außer dem üblichen Honorar von 40 fl. C.-M. per Druckbogen, ein erster Preis von 25 und ein zweiter Preis von 15 Ducaten in Gold ausgesetzt worden für die zwei besten geschichtlichen oder historisch-biographischen Aufsätze, welche in gut lesbaren Reinschriften bis zum 31. März 1853 portofrei an die Hauptagentur des Oesterreichischen Lloyd in Wien, Hoher Markt Nr. 388, eingesandt werden, und zwar so, daß das Manuscript nur mit einem Motto bezeichnet, der Name des Verfassers aber in einem versiegelten, mit demselben Motto bezeichneten Briefe enthalten ist, wie solches bei Preisbewerbungen üblich ist. Der Umfang der einzureichenden Arbeiten darf höchstens anderthalb gewöhnliche Groß-Octav-Druckbogen, oder einen Groß-Quartbogen der genannten Zeitschrift umfassen, und es werden im Hinblick auf den Leserkreis Schilderungen einzelner wichtiger Ereignisse, oder Charakteristiken und Parallelen, so wie Darstellungen interessanter Persönlichkeiten und Zustände am willkommensten sein, zumal derartige Stoffe dem Autor die beste Gelegenheit zur Entwickelung einer leicht faßlichen und dabei doch geistreichen und gediegenen Darstellung bieten. Ausgeschlossen sind: Bloße chronologische Aufzählungen, Mittheilungen von Urkunden, so wie Schriften über kirchliche und politische Streitfragen. Das Preisrichteramt haben die Herren Professor Albert Jäger, Theodor Georg von Karajan und Dr. Ferdinand Wolff, sämmtlich Mitglieder der k. Academie der Wissenschaften in Wien, übernommen. Ihre Entscheidung wird am 1. Juni 1853 durch die Zeitungen veröffentlicht werden. Sowol die beiden gekrönten, als auch die sonst etwa zum Abdruck gegen das gewöhnliche Honorar geeignet erscheinenden Aufsätze bleiben zwei Jahre lang, also bis zum 1. Juli 1855, ausschließliches Eigenthum des Illustrirten Familienbuches. — Möchte sich diese Preisausschreibung, namentlich auch außerhalb Oesterreichs, einer zahlreichen Betheiligung zu erfreuen haben!

Frankfurt, den 26. Decbr. Die auch in hiesigen Blättern gegebene Mittheilung, nach welcher Graf von Chambord bei der Bundesversammlung einen Protest gegen das französische Kaiserthum überreicht hätte, wird von unterrichteter Seite als eine völlig grundlose bezeichnet. (Fr. J.)

Gotha, den 24. Decbr. Gestern besuchte der Chef unserer Polizei die hiesigen Sortimentsbuchhändler, um die Confiscation der Exemplare der in Erfurt bei Hennings und Hopf herausgekommenen Schrift „Blumenlese aus der Jesuitenmoral" zu verfügen. Es geschah dies in Folge einer Aufforderung der Erfurter Policeibehörde. Da jedoch der hiesige Beamte durch eigene Durchsicht der quäst. Schrift sich überzeugt hatte, daß der Inhalt derselben eine Confiscation nicht rechtfertige, so wurde der Erfurter Aufforderung keine Folge gegeben. (F. J.)

Berlin, den 23. Dec. Der Cabinetsrath, der heute Vormittag auf dem Schloße Bellevue in Gegenwart des Königs stattgefunden, wozu das Staatsministerium schon gestern eine vorberathende Sitzung abhielt, hat auf der einen Seite den Stand der Zollfrage betroffen, auf der andern Seite ist aber definitiv über die Absendung des diesseitigen Anerkennungsschreibens für den Kaiser Napoleon III beschlossen worden. Wenn in dieser Angelegenheit auf das gleichzeitige Auftreten der Cabinette von Rußland, Oesterreich und Preußen ein besonderes Gewicht gelegt worden ist, so wird es doch bei diesem rein formellen Act zunächst sein Bewenden haben, der ein principielles Zusammenhandeln der drei europäischen Großmächte mehr eventuell andeuten, als ausgesprochen darlegen soll. (Allg. Z.)

Innsbruck. Der Münch. Bote brachte kürzlich den Beschluß des Bürgerausschusses, welcher auf den Wunsch des Bischofs nach förmlicher Wiedereinführung der Jesuiten und Liguorianer mit einem 18stimmigen: O nein! antwortete. Darob ergrimmten die Herren Jesuiten gar sehr und zwei ihrer eifrigsten Anhänger im Ausschuß erklärten sofort ihren Austritt, aber auch der Bürgermeister Clemann dankt ab. Die Tiroler-Zeitung (das bekannte — in Bayern verbotene Jesuitenblatt) liegt am Gallfieber darnieder. Unter den 18 Bürgern, die gegen die förmliche Wiedereinführung der Jesuiten in Innsbruck stimmten, sind (wohlgemerkt) 13 angesehene Gewerbsleute und Hausbesitzer. (Münchn. Bote.)

Oesterreichische Staaten.

Pesth, den 20. Dec. In dieser oder der nächsten Woche findet die Hinrichtung der an dem Morde des Gutsbesitzers Gindley betheiligten Personen, neun an der Zahl, statt. Es befinden sich darunter fünf den besseren (!) Classen angehörige Personen.

Belgien.

In der belgischen Kammer berathen sie jetzt die Staatszeche, die zwar ganz nach den Absichten der dortigen liberalen Regierung durchgeht, wobei es jedoch an harten Sträußen nicht fehlt. Die Opposition nämlich, die Ultramontanen und Rückschrittler, greifen Alles an, was die Regierung für Hebung des Unterrichts, für Unterstützung der Künste und Wissenschaften gethan und vorgeschlagen hat. Gibt's was Bezeichnenderes für das Trachten dieser Verdummungsapostel! Unter Andern hielt ein gewisser Malou eine dreistündige Rede, weil die Regierung einem um die vlämische Sprachforschung verdienten Professor 200 Franken, d. h. 93 fl. 20 kr., Unterstützung gewährt habe. Dieser Professor ist nämlich „Exgeistlicher" und die fromme Schaar hätte den „Renegaten" lieber Hungers sterben sehen, als daß das liberale Cabinet ihm ein Almosen von 200 Franken gab. Der Hr. Malou aber bezieht, vom Staate als Repräsentant 4000, als pensionirter Minister 6000, als Bankdirector 15,000, zusammen 25,000 Fr. jährlich. Sein „armer" Bruder, Bischof in Brügge, bezieht 15,000 Frcs. vom Staate. (Münchn. Bote.)

Frankreich.

† **Paris**, den 26. Decbr. Heute sind die Journale nicht erschienen. Nur der Constitutionnel und der Siècle machen hievon eine Ausnahme.

Wir haben vor einiger Zeit mitgetheilt, daß die Touloner Escadre ausgelaufen sei, um vergleichende Segelversuche zwischen den gewöhnlichen Segelschiffen und den zugleich mit Dampfmaschinen versehenen anzustellen. Die Escadre ist von ihrer Excursion zurückgekehrt und der Befehlshaber hat nachstehenden Bericht über die erhalte-

nen Resultate abgestattet: „Die Escadre bestand aus 2 Schraubendampfschiffen mit Segeln, dem „Napoleon" von 950, und dem Charlemagne von 450 Pferdekraft, und aus 6 Segelschiffen. Die ersteren standen an Schnelligkeit im Segeln, selbst ohne Beihülfe des Dampfes, den andern Segelschiffen nicht nach. Es wurden hierauf Versuche mit den beiden Dampfschiffen im Schleppen gegen einen ziemlich starken Wind angestellt. Der Charlemagne machte mit einem Linienschiffe im Schlepptau $6\frac{1}{10}$ Knoten und mit 2 Linienschiffen $4\frac{1}{2}$. Der Napoleon machte mit 3 Linienschiffen im Schlepptau gleichfalls $4\frac{1}{2}$ Knoten, und zwar mit den Dreideckern Valmy, Bayard und Jupiter. Als man eines davon ablöste, machte er $8\frac{1}{2}$ Knoten, und diese merkwürdige Schnelligkeit, unter den gegebenen Verhältnißen, wurde mit Anwendung von 7 Dampfkesseln erreicht, während das Schiff über 8 disponirt. Der Dreidecker Montebello konnte an den Uebungen der Escadre nicht Theil nehmen. Seine Maschine, die schwächste von Allen, welche für Schiffe von doppeltem System verwendet wurden, war vorher nicht genugsam erprobt. Dieses colossale Schiff ist vor einigen Tagen ausgelaufen, es ging nur mit Dampfkraft und machte gegen einen schwachen Wind nicht mehr als 4 Knoten. Dabei wurde jedoch nur die halbe Kraft seiner Maschine angewendet. Man glaubt, daß wenn die Maschine ihre ganze Kraft entwickelt, das Schiff mindestens 6 Knoten machen kann. Es ist allerdings sehr wenig, wenn man diesen Gang mit dem des Schiffes Napoleon vergleicht, man kann aber die Schuld davon nur der Schwäche der Maschine beimessen. Bei einer Expedition, welche Schnelligkeit erheischt, würden nach den gemachten Erfahrungen Dampfschiffe von solcher Kraft, wie Charlemagne und besonders Napoleon, unberechenbare Dienste leisten. Am Tage, wo es darauf ankäme, große Truppenmassen nach einem beliebigen Punct zu bringen, würden einige gute Dampfschlepper, wie die, wovon man jetzt im Napoleon ein Vorbild besitzt, genügen, um zahlreiche Kriegs- und Transportschiffe mit Soldaten beladen, selbst gegen widrige Winde an Ort und Stelle zu bringen." (!!)

Der Kaiser wird morgen nach Paris zurückkehren. — Man unterhält sich viel in den Salons über einen Fund, den der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. Drouyn de Lhuys, letzter Tage gemacht hat. Er fand nämlich in einem alten Secretair seines Vaters, der bekanntlich ein außerordentlich reicher Mann war, eine sehr große Summe, man spricht von 400,000 Fr., wovon er bei Antritt der Erbschaft keine Ahnung hatte.

* Auf den Boulevards herrscht seit einigen Tagen ein überaus reges und buntes Treiben. Der Neujahrstag vertritt hier die Stelle des deutschen Weihnachtsfestes. Nur die deutschen Familien in Paris und einige wenige französische Familien, welche die altväterliche Sitte dem modernen Brauche vorziehen, lassen es sich nicht nehmen, für die Ihrigen eine Bescherung zu veranstalten. Freilich ist das hier eine kostspielige Sache. Kostet doch ein künstlicher Weihnachtsbaum von bescheidener Größe 40—50 Francs! Den ärmeren Familien ist also dies unentbehrliche Weihnachtssymbol von vornherein untersagt. Sie begnügen sich, auf dem improvisirten Bazar der Boulevards allerlei Kleinigkeiten einzukaufen, die dort zu ungemein billigen Preisen feilgeboten werden. Eine besondere Aerndte machen zu Neujahr die Zuckerbäcker und Chocoladefabrikanten. Denn in den bemittelteren Ständen beschenkt man sich, wenn man kostbarere Geschenke nicht machen will oder kann, mit Bonbons und Chocolade in niedlichen Kästchen oder Schachteln. Die Hausfreunde einer Familie können nicht umhin, der Dame des Hauses und den Kindern dergleichen Süßigkeiten am Neujahrstage darzubringen. Man kann sich schwer einen Begriff machen, welch' ungeheuere Summen auf diese Weise, in Paris allein, um Neujahr in den Verkehr kommen.

Welche Lust Kaiser zu sein! Napoleon machte die Reise nach Compiègne von der Eisenbahn weg in einem eisernen, fest verschlossenen, kugelfesten Wagen.

Einem Pariser Buchhändler wurde neulich nicht erlaubt, Voltaire's und Rousseau's Werke zum Verkauf anzukündigen. Voltaire und Rousseau sind in Paris verboten!

Bis zum August künftigen Jahres kann die Strecke von der französischen Gränze bis Ulm durch Württemberg und Baden vollständig befahren werden.

Die hohe Magistratur wird planmäßig nach und nach mit ergebenen Anhängern besetzt. *) (Allgem. Ztg.)

Italien.

Lombardei. Ueber das Schicksal einer italienischen Demagogenfamilie schreibt man der conservativen Bresl. Ztg. von der italienischen Gränze vom 20. Dec.: Die Hinrichtung der fünf politischen Verschworenen zu Mantua beschäftigt natürlich noch immer die Gemüther auf die lebhafteste Weise und es wird viel über den Proceß sowohl, als die letzten Stunden der Unglücklichen erzählt. Der merkwürdigste Karakter unter den Executirten war jedenfalls der Fleischermeister Scarsellini in Venedig, ein junger Mann von 28 Jahren, der in der Lagunenstadt ein Haus besaß und zur wohlhabenden Classe gehörte. Scarsellini war ein schöner Mann von hohem Wuchse und das Gesicht verrieth Energie; er besaß Bildung und hat der Sache des Mazzinismus in uneigennützigster Weise namhafte Geldopfer gebracht. Uebrigens hat der Patriotismus diese ganze Familie der Scarsellini vertilgt, denn eine österreichische Bombe zerriß den Vater während der Belagerung Venedigs; man weiß nicht, ob zufällig oder im Kampfe; ein Bruder des Gerichteten kämpfte in den Reihen der in Tyrol eingefallenen Freischaaren und hat in den Bergen den Tod gefunden, indessen die Schwester mit ihrem Geliebten, einem Studenten aus Padua, welcher den Crociati angehörte, als Amazone ins Feld zog. Bei Vicenza fand man sie todt: es blieb unentschieden, ob sie fechtend gestorben sei oder gefangen worden und an den Folgen erlittener Brutalität umgekommen war; sie hatte einen grünen Seidenrock und einen schwarzen Sammtspenzer am Leibe, Pistolen und Dolch im Gürtel und einen befederten Kalabreser auf dem Lockenkopfe.

* **Turin,** den 23. Dec. Der Justizminister zog im Senate den Gesetzvorschlag über die Civilehe zurück.

Rom, den 18. Dec. Die Allg. Ztg. schreibt: Aus zuverlässiger Quelle bin ich in den Stand gesetzt, Ihnen zu berichten, daß die von Ihrem Pariser Correspondenten gegebene Nachricht, als habe die Fürstin von Canino für sich und ihre Kinder auf jede Stellung im Kaiserreiche verzichtet, indem sie Italiener sein und bleiben wollten, durchaus der Begründung entbehrt. Wahr ist allerdings, daß die Fürstin an den Prinzpräsidenten ein Schreiben gerichtet, dasselbe enthält aber gerade das Gegentheil, nämlich die Versicherung, daß sie und ihre Kinder nie aufgehört haben, französische Bürger zu sein und bleiben zu wollen; und einen andern Schritt als diesen wird man auch bei unbefangener Betrachtung von einer Tochter des ehemaligen Königs von Spanien füglich nicht erwarten dürfen.

Großbritanien.

* **London,** den 25. Dec. Es circuliren 2 Ministerlisten. In beiden figuriren Lord Russell und Palmerston als Minister des Auswärtigen und des Innern.

Neueste Nachrichten.

* **Speyer,** den 28. Dec. Beim Schlusse unseres Blattes erhalten wir die Nachricht, daß sämmtliche Gnadengesuche der politisch Verhafteten abschlägig beschieden seien. (Näheres morgen.)

München, den 25. Dec. Der König wohnte der Christmette bei. Derselbe wird sein erstes Nachtlager

---

*) Vermuthlich wegen besserer Wahrung der „Unparteilichkeit" und „Selbstständigkeit" der Gerichte. D. Red.

auf der Reise nach Italien am Montag zu Innsbruck nehmen. Die gewöhnlich Neujahrs stattfindenden Ordensverleihungen sind der gedachten Abreise wegen bereits erfolgt.

Dresden, den 23. Decbr. Die Democratie scheint ihrem Grundsatze, an den Wahlen zum alten Ständelandtage nicht Theil zu nehmen, treu bleiben zu wollen. Auf eine Anfrage an unsern vormärzlichen Abgeordneten Dr. Schaffrath in Neustadt, ob er jetzt diese Wahl wieder annehmen werde, hat derselbe sehr entschieden abgelehnt, und bestimmt darum gebeten, von seiner Wahl abzusehen.

Wien, den 23. Dec. Zwischen Oesterreich und Rußland sind gegenwärtig wegen Anschluß der beiderseitigen Telegraphenlinien Verhandlungen im Zuge. Der russische Telegraph wird bis nach St. Petersburg geleitet. Der Anschluß soll an der galizischen Grenze durch eine besondere, mit den deutschen Telegraphen nicht zusammenhängende Linie erfolgen.

Italien. Graf Radetzky soll in der letzten Zeit sehr mißmuthig sein, und das Gerücht von seinem Rücktritt taucht wiederholt auf; die plötzliche Pensionirung seines Sohnes, welcher Obrist war, hat ihn schmerzlich berührt; ohnehin waren seine Familienverhältniße nie glücklich.

Turin, den 20. Dec. Aus ministeriellen im Senat abgegebenen Erklärungen geht hervor, daß eine Ausgleichung mit Rom in nächster Zukunft nicht zu erwarten steht.

Miscellen.

Napoleons berühmteste Generale. Eine Zusammenstellung der berühmtesten Generale Napoleons gibt in Betreff ihres Herkommens folgendes Bild: Augereau, Herzog, war der Sohn eines Fruchthändlers in Paris. Bernadotte, der verstorbene König von Schweden, Sohn eines Advokaten in Pau. Berthier, Fürst von Wagram und Neufchatel, Sohn eines Hausbedienten im Kriegspalaste. Bessiers, Herzog von Istrien, Sohn eines Bürgers zu Poissac. Jourdan, Sohn eines Bürgers in Limoges. Kleber und Kellermann, Herzog von Valmy, Söhne von Bürgern aus Straßburg. Lannes, Herzog von Montebello, Sohn eines Färbers zu Lactoure. Lefebre, Herzog von Danzig, Sohn eines Husaren zu Rouffack. Massena, Fürst von Eßlingen, Sohn eines Weinhändlers in Nizza. Moncey, Herzog von Conegliano, Sohn eines Advocaten in Besancon. Mortier, Herzog von Treviso, Sohn eines Crämers zu Chateau-Cambresis. Mürat, König von Neapel, Gastwirthssohn, aus la Bastide. Ney, Fürst von der Moskwa, Sohn eines Faßbinders zu Saarlouis. Oudinot, Herzog von Reggio, Kaufmannssohn aus Bar. Soult, Herzog von Dalmatien, Bauerssohn aus Saint Amand. Suchet, Herzog von Albufera, Fabrikantensohn aus Lyon. Victor Perin, Herzog von Belluno, — von seiner Abstammung weiß man nur so viel, daß er zuerst Ladenbursche zu Troyes gewesen ist.

Stuttgart, den 21. Dec. (Ein Schwabenstücklein.) Louis Napoleon hat hier eine Braut bekommen, nicht durch Werbung, sondern durch Sympathie. Gar oft findet man die tollsten Mährchen von der wirklichen Einbildung der Leute übertroffen. Dieser Gedanke drängte sich uns auf bei der Geschichte einer feinwollenden Brautschaft mit — dem Kaiser von Frankreich. Die hoffnungsvolle Braut war Magd bei einem hiesigen Kaufmann und vertraute ihren sehnlichen Wunsch (den möglicher Weise auch noch andere Mädchen mit ihr theilen) einem Maurertaglöhner an, der die Sache für leicht ausführbar erklärte und zwar durch sympathetische Mittel, die hier angewendet zum Ziele führen würden. Die künftige kaiserliche Majestät war ihrer Sache so sicher, daß sie die bisherige Ladenjungfer des Kaufmanns zu ihrer Oberkammerjungfer ernannte. Diese, obgleich bisher im Dienstrange weit über der Magd stehend, begnügte sich gerne mit der bescheidenen Stellung der kaiserlichen Oberkammerjungfer. Die Reise nach Paris sollte nicht mit der ordinären Eisenbahn, sondern mittelbst sympathetischer Kräfte gemacht werden. Die groben Kleider der Mädchen waren nicht mehr am Platze, da ebenfalls die kaiserlichen Prachtgewänder sammt reichem Geschmeide ankommen würden und die beiden Bethörten verschwanden schon vor 14 Tagen, ohne daß man bis jetzt eine Spur von ihnen hat.

Das Jahr 1852 war eines der durstigsten Jahre Münchens; es wurden nämlich laut Rechnungsnachweis des städtischen Malzaufschlags hier nicht weniger als 38 Millionen (sage achtunddreißig Millionen) und 529,120 Maß Bier getrunken. Ob auch so viel Wasser verbraucht wurde, weiß der M. Bot' nicht, doch vielleicht zum Waschen.

Auszüge aus dem „Kladderadatsch."

In Pavia ist sogar auf den Kirchhöfen nach Waffen gesucht worden. — Man wird zwar keine Waffen, jedoch höchst wichtige Anzeichen gefunden haben, daß der Todtenbund hier nambafte Mitglieder zähle, und besonders soll der Todtengräber wegen verschiedener Wühlereien im Interesse dieses Bundes eingezogen worden sein.

So eben lese ich: „Die Deutsche Einheit spukt schon wieder in allen Zeitungen." Ich muß dringend um andere Orthographie und um den **Accusativ** bitten.

Die Deutsche Einheit.

Es sind schon wieder einige Kurhessische Treubündler wegen Spitzbübereien in Untersuchung gekommen. Wenn das so fortgeht, dann können die für Kurhessische Rechnung angekauften Böhmischen Wälder gleich mit den fähigsten Subjecten bevölkert werden.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1359] **Einladung zum neuen Abonnement auf den „Eulenspiegel" für 1853.**

Allen Freunden einer freien und gesunden Satyre können wir hiemit die sehr tröstliche Nachricht geben, daß Tyll Eulenspiegel, der vielbewährte Schalk, auch im nächsten Jahre fortfahren wird, der Welt Narrheit zu bespiegeln und zwar mit verjüngten Kräften und erfrischtem Humor. Denn wie sehr auch Polizei und andere Widerwärtigkeiten ihm in letzter Zeit den Weg blokirt haben, so hat ihm das nur Veranlassung gegeben, sich um so fester auf die Beine zu stellen und seine Pritsche um so stärker zu beschlagen, eingedenk seines Spruches: Zwei Streiche für Einen. Wer es daher immer mit ihm probiren will, der mag sich eines guten Spasses und erbaulichster Kurzweil wohl versichert halten.

Der Preis des Blattes, von welchem allwöchentlich eine reich mit Holzschnitten illustrirte Nummer erscheint, bleibt wie bisher nur **3 fl.** für den Jahrgang, nebst einem jährlichen Postaufschlag von 12 kr. Halb- und vierteljährige Bestellungen können bei allen Postämtern und Buchhandlungen des In- und Auslandes gemacht werden. Letzteren gewähren wir gegen Baar einen Rabatt von 33⅓ % nebst 1/10 Freiexemplar.

Indem wir die Nummer 1 des neuen Jahrgangs als Probeblatt an Alle, bei denen wir ein Interesse für das Unternehmen voraussetzen, gratis abgeben, ersuchen wir dieselben zugleich um weitere freundlichste Verwendung.

Stuttgart, im December 1852.

Die Expedition des Eulenspiegel,
Gerberstraße Nro. 18.

[1345] **Anzeige.**

In ein Commissions- und Weingeschäft in einer Stadt am Rhein wird ein braver junger Mann von guter Familie in die Lehre gesucht: Kost und Logis kann im Hause gegeben werden. — Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.

Neue Speyerer Zeitung.

Donnerstag | Nro. 313 | den 30. December 1852.

Deutschland.

⊙ **Kaiserslautern**, den 27. Dec. Aus zuverlässiger Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß die Gesuche sämmtlicher politisch Verurtheilten*) nun abschlägig beschieden sind. Heute kamen die der hiesigen Gefangenen zurück. Zum Glück haben drei derselben, Mattil, Bolza und Grill, ihre Haft bis auf einige Monate abgesessen. Rentmeister Resplandin hingegen hat leider noch 20 Monate abzusitzen.

* **Auch vom Rheine.** Die Pfälzer Ztg. hat sich kürzlich darüber ausgelassen, daß eine Partei diejenigen, welche einer andern Partei dienen, außer Nahrung zu setzen suche. Wer im Rheinlande lebt, wird freilich nicht recht errathen können, wie gerade jenes Blatt zu solcher Klage kommt, oder was dieselbe veranlaßt haben kann. Schwerlich wird es der folgende Fall sein, der von glaubhafter Seite erzählt wird: Ein Pius- (oder Vincentius-) Verein theilte am Vorabend des Weihnachtsfestes Steinkohlen an seine katholischen Armen aus. Die Tochter eines armen Taglöhners, der sehr eifrig katholisch ist, aber bei Bierbrauer G. sein tägliches Brod verdient, kam ebenfalls, um den treffenden Theil in Empfang zu nehmen. Da fragte sie der Pfarrer, bei wem ihr Vater arbeite? Die Tochter antwortete, daß derselbe Taglöhner bei Hrn. G. sei. Da bedeutete ihr der Pfarrer, daß ihr Vater, da er bei einem Demokraten und in dem Hause, wo die Democraten sich versammelten, arbeite, sich auch von den Democraten Kohlen geben lassen solle. — Einige an jenem Abende in der G'schen Bierbrauerei anwesende Gäste, welche die Geschichte hörten, legten nun zusammen, und ließen dem vom Vincentiusalmosen wegen der Democratie Excommunicirten zum Schadenersatze einige Centner Steinkohlen kaufen. (Die Frage an die Vereinsmitglieder sei aber erlaubt: ob sie ihre Gaben in der Absicht reichen, daß solche Ausscheidungen in der Vertheilung gemacht werden? Es ist wenigstens nicht von allen Gebern wahrscheinlich!)

* **Religiöse Freiheit.** Nicht oft genug kann es wiederholt werden, daß, wer religiöse Freiheit nicht grundsätzlich, also für Alle, gelten lassen will, auch kein Recht hat, sich zu beklagen, wenn sie ihm verkümmert wird. Wir sind zu dieser Bemerkung veranlaßt durch einen Artikel über angebliche oder wirkliche Bedrückung der Altlutheraner in Baden, den die Preußische Kreuzzeitung enthält, und den die Pfälzer (Kreuz-) Ztg. ihr nachdruckt. „Es unterliegt keinem Zweifel," heißt es darin, „daß die bad. Regierung fest entschlossen ist, die lutherische Kirche mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gewaltsam zu unterdrükken." Unser „conservatives" Blatt aber, (dessen Aufgabe es bekanntlich ist, das Ansehen und die Autorität der Regierungen zu stärken!) fügt wörtlich bei: „In Karlsruhe scheint überhaupt in kirchlichen Din-„gen die beschränkteste Bureaucratenan-„schauung zu herrschen." Wir wollen es unerörtert lassen, in wie ferne das herannahende neue Abonnement einen solchen nothwendig erachteten oppositionellen Anflug veranlaßte, ebenso, wie wir nicht untersuchen wollen, in wieferne die Altlutheraner und die Kirche eines und dasselbe sind. Allein das müssen wir, obwol wir die badische Regierung zu vertreten uns nicht berufen fühlen, doch jenen Reactionsblättern ins Gedächtniß rufen, daß in Baden den Altlutheranern noch lange nicht das geschehen ist, was sie, diese Blätter, gegen die auf die Union, also das positive Recht sich stützenden, Pfälzischen Protestanten, bei jeder Gelegenheit verlangen. —

*) Wir sind nur darüber noch in Ungewißheit, ob dies blos von den Verhafteten gilt, oder ob auch die Gesuche der gegen Caution in Freiheit Befindlichen ebenso beschieden wurden. D. Red.

* **Speyer.** Wir haben vor einiger Zeit die Schilderung einer Landreise nach Californien mitgetheilt. Nachträglich haben wir noch zu berichten, daß der Verfasser, H. B. Scharmann mit Namen, — nachdem er noch zahlloses Ungemach bestanden, öfters zwar nicht unansehnlichen Verdienst gemacht, dagegen noch viel häufiger wieder unglücklich gewesen, und im Ganzen in seinen Erwartungen sich immer wieder furchtbar getäuscht gesehen, — zu Ende vorigen Jahres mit seinen beiden Söhnen zu Wasser nach San Juan del Süd und von da nach New-Orleans gekommen ist, und nun Jedermann dringend vor dem gepriesenen Goldlande warnt, in welchem übrigens mittlerweile auch die Verkäufer von Lebensmitteln u. s. w. lange nicht mehr die frühern glänzenden Geschäfte machen können.

Philipp der Großmüthige von Hessen schrieb seinem Abgeordneten zum Augsburger Reichstag folgende Worte, welche heut zu Tage in mehr als einer Beziehung Beherzigung verdienen: „Wenn man ins weichen kumpt, kann man nicht genug weichen," und „Da ist nit Zeit Weichens, sondern stehen bis in den Tod bei der Wahrheit."

Köln, den 21. Dec. Der „Bonner Zeitung" wird unterm 19. d. von hier geschrieben: „Wie uns mit einiger Bestimmtheit mitgetheilt wird, so würde Papst Pius IX. im nächsten Februar auch die altehrwürdige Colonia Agrippina mit ihrem hehren Denkmal, dem Kölner Dom, besuchen. Dieser Besuch würde bei der Gelegenheit stattfinden, wo der Papst sich nach Frankreich begibt, um Louis Napoleon in seiner Kaiserwürde zu salben. Auch heißt es, unser Cardinal-Erzbischof habe diese Einladung an den Pontifex maximus ergehen lassen, und solle der Herrscher der ganzen katholischen Christenheit gewillt sein, dieser Einladung zu folgen. Ferner fügt man hinzu, daß der Cardinal-Erzbischof, welcher bekanntlich in nächster Zeit sich nach Rom zu einem Consistorium begeben soll, während dieser Reise des Papstes denselben nach Frankreich begleiten werde."

Wien, den 21. Dec. Es ist schon öfter darauf aufmerksam gemacht worden, daß in Oesterreich eingehende Briefe unter dem Vorwande präsumirter Einlage ausländischer Lotterieloose amtlich eröffnet werden. Ein eben in Triest vorgekommener Fall zeigt, daß auch Briefe, welche aus Oesterreich ins Ausland geschickt werden, derselben Gefahr des Oeffnens preisgegeben sind. Dr. Scherer, Secretär der Triester Börse, hat inmitten einer seither nicht unfruchtbaren und anerkennenswerthen Thätigkeit plötzlich seine Entlassung eingereicht, weil ihm, wie wir vernehmen, seit Anfang des vorigen Monats eine große Anzahl seiner Briefe auf der Post angehalten und von der Triester Polizei im höheren Auftrage erbrochen

worden sind, um aus denselben eine literarische Verbindung mit verbotenen Blättern zu beweisen. Es sollen sich unter diesen Briefen mehre nach Köln, an dortige angesehene Privatpersonen gerichtete, so wie auch einer an den Herausgeber der „Kölnischen Zeitung" selbst befinden; und, wenn wir recht unterrichtet sind, wird Hr. Scherer angeklagt, Verfasser der bereits vor drei Jahren im Feuilleton der „Kölnischen Ztg." erschienenen „Wiener Briefe" zu sein, die damals großes Aufsehen erregten. Auffallend bleibt, daß erst jetzt die Verfolgung von Artikeln beliebt wird, die in einer damals in Oesterreich frei zugelassenen Zeitung erschienen sind. (F. J.)

Aus **Wien**, 21. Dec., wird der „Berl. Kreuzztg." geschrieben: „Die in Paris erschienene Broschüre des Hrn. A. Le Masson „die Gränzen Frankreichs," findet in den hiesigen entscheidenden Kreisen eine nicht geringe Beachtung, hauptsächlich wohl darum, weil man nur zu gut überzeugt ist, daß der „Hr. Masson" eine Protection seitens der neuen französischen Regierung genießt, welche durchaus nicht im Einklang mit den Worten: „l'Empire c'est la paix" steht, und einen sonderbaren Commentar zu den wiederholten Versicherungen liefert, welche erst in neuster Zeit der hiesige französische Gesandte Hr. de la Cour, ohne Zweifel einem an ihn ergangenen Auftrage folgend, bezüglich der Verträge von dem Jahre 1815 gemacht hat. Der neue Kaiser der Franzosen hat nämlich neuestens seine Friedensversicherungen im Wege der diplomatischen Negociation wiederholen lassen, wahrscheinlich um die Anerkennung seitens der drei Großmächte zu beschleunigen. Diese wird denn auch in kurzem, vielleicht schon in einigen Tagen erfolgen, nicht aber etwa in Folge der eben erwähnten Versicherungen, über deren Tragweite man noch keinen Augenblick im Zweifel war, sondern einfach, weil man jeden Conflict zu vermeiden sucht."

— den 23. Dec. Dem Vernehmen nach ist der österreichisch-römische Vertrag wegen Vergütung der Kosten für Besetzung einiger Legationen durch österreichische Truppen vor Kurzem in Wien definitiv abgeschlossen worden. Die Summe, zu deren Bezahlung sich die päpstliche Regierung verpflichtete, wird jedoch nicht gleichmäßig angegeben und schwankt zwischen 1 und 1½ Million österreichischer Lire jährlich.

Das Reichsgesetzblatt enthält ein provisorisches Jagdgesetz. Die Gemeinden dürfen künftig nicht selbst als Jagdpächter auftreten. Die Ausübung des Jagdrechtes von Seiten der Gemeinden kann nur durch Verpachtung ausgeübt werden.

Schweiz.

Wallis. Die Dinge nehmen hier eine unerquickliche Wendung. Es zeigt sich, daß die liberale Partei keineswegs so Meister ist, wie früher dargestellt worden. Die Opposition ist stark genug, um mehr als einen Riß in das liberale System zu bringen. Dabei trennen sich die Meinungen nach den Landestheilen. Das Oberwallis hat eine kompakte Phalanx von Conservativen ins Feld gestellt und droht den Staatswagen in das reactionäre Geleise zu leiten. Dem stehen die Unterwalliser entgegen. Bei diesen hat sich jetzt durch die Beschlüsse betreffend das Stimmrecht der Geistlichen und obligatorisches Concordat mit Rom der Groll vermehrt, und offen erklären sie, daß sie lieber eine Trennung vom deutschen Landestheil wollen, als daß den Geistlichen die vor 1848 inne gehabte Stellung wieder eingeräumt werde. Eventuell wird daher die Trennungsfrage im Gr. Rath förmlich zur Sprache gebracht werden. Der Deputirte Pignat regte dieselbe bei der zweiten Berathung der Verfassung bereits an, ohne daß für den Augenblick ein bestimmter Antrag gestellt wurde. In dieser zweiten Berathung wurde übrigens der wieder vorgebrachte Antrag der Conservativen, den jetzigen Gr. Rath nur als Verfassungsrath und nicht zugleich als Gr. Rath anzusehen, mit 51 gegen 32 Stimmen verworfen. Dagegen setzten die Conservativen die Beibehaltung der geheimen Abstimmung mit 45 gegen 39 Stimmen durch. So schwankt die Parteiwage hin und her.

Vevey, den 21. Dec. Die Wintersaisonpreise in Verner, Clarens u. s. w. sind unbeschreiblich billig gestellt: für 2 Francs (56 kr.) täglich erhält man ein hübsches kleines Zimmer mit gutem, reinlichem Bett, Sopha u. s. w. Morgens nach Gefallen Thee, Kaffee oder eine Suppe mit schweizerischem Zubehör; Mittags ein aus drei Gängen bestehendes gut zubereitetes Essen mit einem Schoppen Waadtländer, Abends kaltes Fleisch, Maccaroni, Mehlspeise und dgl. — alles für 2 Fr. täglich! (Auch in Deutschland verdienen diese Pensionen-Etablissements Nachahmung.) Die Trinkgelder kommen monatlich nicht über 5 Frs. zu stehen. Man kann wahrlich diese Pensionen am süd-östlichen Ufer des Leman allen andern in der Schweiz und in Italien als Muster aufstellen. Die Besitzer derselben haben ihr Haus stets voll, die Einrichtung wird alljährlich eleganter und die Beutel der Gastgeber stehen sich nicht schlecht dabei. Ihr Wohlstand wächst in normaler regelmäßiger Progression, nicht stoß- und ruckweise wie derjenige der berüchtigten Hotels im Berner Oberlande und anderswo.

Niederlande.

Haag, den 24. Dec. Die Besorgniß, daß die erste Kammer das Budget des auswärtigen Departements wegen der durch die zweite Kammer dem Minister verweigerten Repräsentationsgelder verwerfen und dadurch eine unerfreuliche Collision zwischen den beiden Häusern herbeiführen dürfte, hat sich als unbegründet erzeigt. Die legislativen Ferien sind eingetreten.

Frankreich.

† **Paris**, den 27. Dec. Der Moniteur enthält heute nachstehendes Decret, das Senatusconsultum betreffend: „Napoleon, von Gottes Gnaden und durch den Nationalwillen Kaiser der Franzosen. Allen Gegenwärtigen und Kommenden Gruß; haben sanctionirt und sanctioniren, haben promulgirt und promulgiren was folgt: „„Auszug aus dem Sitzungsprotocoll des Senats. Senatus Consultum, die Interpretation und Modification der Constitution vom 14. Januar 1852 betr. Art. 1. Der Kaiser hat das Recht Gnade zu ertheilen und Amnestie zu erlassen. Art. 2. Der Kaiser präsidirt, wenn er es für nothwendig erachtet, dem Senate und dem Staatsrathe. Art. 3. Die in Kraft des Artikels 6 abgeschlossenen Handelsverträge haben für die Modificationen des Tarifs, die darin enthalten sind, Gesetzeskraft. Art. 4. Alle Arbeiten von öffentlicher Nützlichkeit, besonders die im 10. Artikel vom 21. April 1832 und im Artikel 3 des Gesetzes vom 3. Mai 1841, alle Unternehmungen von allgemeinem Interesse, werden durch kaiserliche Decrete angeordnet und autorisirt. Diese Decrete werden in den von der öffentlichen Administration vorgeschriebenen Formen ausgefertigt. Trotzdem müßen alle Arbeiten und Unternehmungen, welche die Verbindlichkeiten oder Unterstützungen des Staatsschatzes beanspruchen, erst durch ein Gesetz, oder gesetzliche Ratification der eingegangenen Verbindlichkeiten autorisirt sein. Sobald es sich um Arbeiten handelt, welche für Rechnung des Staates ausgeführt und nicht besonderen Gesellschaften überlassen werden, so können sie in dringenden Fällen unter den für außerordentliche Credite bestehenden Formen decretirt werden; die darauf bezüglichen Credite müßen jedoch der nächsten gesetzgebenden Versammlung zur Begutachtung vorgelegt werden. Art. 5. Die Verfügungen des organischen Decrets vom 22. März 1852 können durch Decrete des Kaisers modificirt werden. Art. 6. Die Mitglieder der kaiserl. Familie und deren Nachfolger, welche eventuell zur Thronfolge berufen sind, nehmen den Titel „Französische Prinzen" an. Der älteste Sohn trägt den Titel: „Kaiserlicher Prinz." Art. 7. Die französischen Prinzen sind Mitglieder des Senats und des Staatsraths, wenn sie das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben. Sie können ihren Sitz jedoch nur mit Bewilligung des Kaisers annehmen. Art. 8. Die Civilacte der kaiserl. Familie werden vom Staatsminister auf Befehl des Kaisers dem Senate überwiesen, der die Eintragung in die

Register und deren Niederlegung in seinen Archiven anordnet. Art. 9. Die Dotation der Krone und die Civilliste des Kaisers, werden für die Dauer jeder einzelnen Regierung durch ein specielles Senatusconsultum bestimmt. Art. 10. Die Zahl der direct vom Kaiser ernannten Senatoren darf nie die Zahl von 150 übersteigen. Art. 11. Eine jährliche Dotation für Lebensdauer von 30,000 Frcs. ist mit der Senatorenwürde verknüpft. Art. 12. Das Budget der Ausgaben wird dem gesetzgebenden Körper mit seinen administrativen Unterabtheilungen nach Capiteln und Paragraphen vorgelegt. Es wird nach Ministerien votirt. Die Vertheilung der Capitel der Credite, welche für jedes einzelne Ministerium bestimmt sind, wird durch ein im Staatsrathe erlassenes kaiserl. Decret geregelt. Specialdecrete können die Uebertragung einzelner Beträge von einem Capitel auf das andere anordnen. Diese Verfügung ist für das Budget von 1853 anwendbar. Art. 13. Das Sitzungsprotocoll der gesetzgebenden Versammlung, welches nach dem 42. Artikel der Constitution abgefaßt werden muß, wird, vor seiner Veröffentlichung, einer besondern Commission des gesetzgebenden Körpers, welche aus dem Präsidenten und allen Vorsitzenden der Bureaus besteht, zur Durchsicht vorgelegt. Bei Stimmengleichheit gibt in der Berathung darüber die Stimme des Präsidenten der gesetzgebenden Versammlung den Ausschlag. Das in der Versammlung vorgelesene Sitzungsprotocoll constatirt blos die Operationen und Abstimmungen des gesetzgebenden Körpers. Art. 14. Die Deputirten des gesetzgebenden Körpers erhalten eine Entschädigung, die auf 2500 Frcs. monatlich während der Dauer jeder ordentlichen und außerordentlichen Sitzungsperiode festgesetzt ist. Art. 15. Die Generalofficiere, welche in den Cadren der Reserve eingetragen sind, können Mitglieder des gesetzgebenden Körpers sein. Sie werden als ausgeschieden betrachtet, wenn sie in activen Diensten verwendet werden, in Uebereinstimmung mit dem Art. 5 des Decrets vom 1. Decbr. 1852 und dem Art. 3 des Gesetzes vom 4. Aug. 1804. Art. 16. Der durch den Art. 14 der Constitution vorgeschriebene Eid lautet folgenderweise: „Ich schwöre Gehorsam der Constitution und Treue dem Kaiser." Art. 17. Die Art. 2, 9, 11, 15, 16, 17, 18, 19, 22 und 37 der Constitution vom 14. Januar 1852 sind aufgehoben." (Folgt nun die Vollzugs- und Schlußformel.)

Der Graf Caroli ist von Wien mit einer besonderen diplomatischen Mission hier angekommen.

Der Verfertiger der Höllenmaschine in Marseille, Gaillard, der sich bekanntlich geflüchtet hat, hält sich in Malta auf. Der Polizeibeamte Blot ist nach Malta abgesendet worden, um die Auslieferung desselben zu bewirken. Gaillard wurde von der Polizeibehörde vorgefordert und die englischen Behörden haben nach Aufnahme seiner Aussage erklärt, daß zu einer Auslieferung des Angeschuldigten keine Veranlassung vorliege.

Die heutigen Abendblätter werden verkündigen, daß der Kaiser morgen nach Paris zurückkehren werde. Wir erfahren aber so eben aus zuverläßiger Quelle, daß der Kaiser noch heute Abend um 11 Uhr in Paris eintreffen wird.

Die dem Herzog von Aumale gehörende Domaine Chantilly ist an die Banquieurs Eduard Marjoribancks und Edmund Antrobus in London für 11,072,812 Frcs. verkauft worden. Darauf wurden 3,072,812 Fr. baar bezahlt. Von den Kaufgeldern wird so viel in den Händen der Käufer an Capital zurückgelassen, um davon an die alten Diener des Herzogs von Condé jährlich 110,000 Frcs. auszuzahlen.

Paris, den 24. Dec. Die elegante pariser Welt ist in größter Aufregung. In Folge höherer Ordre findet morgen im Opernhause kein Maskenball Statt, und zwar, weil die Heiligkeit des Weihnachtsfestes solches nicht gestatte! Selbst unter der Restauration ist dies nicht geschehen, man kann also denken, wie das Univers frohlocken wird.

Die heutigen Mittheilungen des Moniteur haben in allen Kreisen der Gesellschaft mehr als Unwillen, man kann sagen, Entrüstung erregt. Selbst der Regierung freundlich gesinnte Männer tadeln deren Auftreten. Das Project über die Reform der Verfassung hat sogar im Senat, wo mit Ausnahme von dreizehn nicht von der Regierung ernannten Männern nur die gelehrigen Instrumente des neuen Regime's sitzen, den energischsten Widerstand gefunden; sieben Senatoren haben sogar (!) gegen das Project gestimmt; zweiundzwanzig haben sich bei der Abstimmung gar nicht betheiligt, vierundsechszig, von denen sich eine große Anzahl nur gefügt hat, haben das Project angenommen. Am heftigsten tadelt man, daß die Rechte des gesetzgebenden Körpers noch mehr beschnitten und dem jetzigen Regime sogar der Schein, daß Jemand anders, als L. Napoleon, noch etwas sagen könne, geraubt worden ist. Der heutige Tag ist nicht glücklich für den Kaiser, in so fern es seine Stellung zur öffentlichen Meinung betrifft. (K. Z.)

Die Schriftstellerin Rolland ist in Lyon gestorben. Sie war nach Algier deportirt worden. L. Napoleon begnadigte sie. Der Gegenbefehl traf aber zu spät ein, und die heiße Sonne Africa's, in Gesellschaft mit Sorgen und Entbehrungen aller Art, rieb die arme Frau, Mutter und einzige Stütze dreier Kinder, auf. In allen Kreisen der Gesellschaft, selbst in den bonapartistischen, spricht man in den schärfsten Ausdrücken über das arme Opfer. In Compiegne hat der Tod der Madame Rolland ebenfalls keinen guten Eindruck hervorgerufen. L. Napoleon soll gesagt haben: „C'est fâcheux, on m'accusera." Der Kaiser soll übrigens schlechter Laune sein, und der dortige Aufenthalt wenig Annehmlichkeiten darbieten. Anfangs ging es noch, obgleich die Haltung des Nordens viel böses Blut machte. Seit aber Mlle. Montijo vom Pferd gestürzt ist und ein Bein gebrochen hat, herrscht dort große Mißstimmung. Hier in Paris entschädigt man sich für den Druck von oben durch Witze und Spottlieder aller Art. Der Abbé Coquerel, sonst gar nicht antibonapartistisch, soll sich darin auszeichnen, wenn auch gerade nicht durch die Güte seiner Gedichte, doch durch ihre große Anzahl und Länge. (Köln. Ztg.)

Die ungeheuere Tragweite der vom Senat genehmigten Verfassungsmodificationen fällt Jedem ins Auge. Zwar konnte für jetzt der Allgewalt der Regierung wenig mehr hinzugefügt werden; aber zu anderen Zeiten und unter anderen Personen hätte der gesetzgebende Körper sich gar wohl aus dem Detailvotum der Staatsausgaben, der Controle über die Handelsverträge, seiner Einmischung in die Concession von Staatsbauten, eine gefährliche Waffe machen können. Diese Waffe ist jetzt zertrümmert oder wenigstens sehr schartig gemacht worden. Der Kaiser ist also hinfort nicht nur factisch, sondern gesetzmäßig unumschränkter Herr, einen Zollkrieg zu erklären, den Geldmarkt mit neuen Industriepapieren zu überraschen, in den ministeriellen Budgets die wichtigsten Veränderungen vorzunehmen und sogar in der Praxis ein Ministerium durchs andere zu unterstützen, wodurch er die mächtigsten Plane fast ohne Jemandes Vorwissen vorbereiten kann. Zum Schluß wollen wir noch auf das Amendement aufmerksam machen, wonach den „französischen Prinzen" bloß mit kaiserlicher Bewilligung das Zugegensein bei den Senats- und Staatsrathssitzungen freistehen soll. Es scheint, als ob die nicht ganz versöhnliche Stimmung eines Theiles des Senats gegen den Prinzen Napoleon Bonaparte sich in dieser Bestimmung abspiegelte.

In den Salons und den Foyers der Theater unterhält man sich viel über eine angebliche Aeußerung der Prinzessin Mathilde, welche einen neuen Beweis von dem Geiste dieser Dame gibt. Die Prinzessin ist bekanntlich von ihrem Gemahle à l'amiable geschieden und bezieht von demselben eine Rente von 300,000 Frs. Der Kaiser nun betrachtet es als eine Art Schande, daß ein Mitglied der kaiserlichen Familie gewisser Maßen eine Unterstützung aus Rußland beziehe, und hat seine Cousine wiederholt, aber immer vergebens gebeten, auf

diese Rente zu verzichten. Als Entschädigung bot ihr Napoleon eine Pension von 400,000 Frs. von seiner Civilliste an. Dieser Tage nun, als der Kaiser aufs Neue in die Prinzessin drang, sagte sie: l'aime mieux, trois cent mille francs hypothéqués sur les mines de l'Oural." „Que quatre cents mille francs?" fragte der Kaiser. „Hypothéqués sur l'Empire", ergänzte die geistreiche Prinzessin.

Die Policei hat in den Bilderläden und Magazinen von Galanteriewaaren alle Portraits des Grafen Chambord, der Prinzen Orleans, Cavaignac's, so wie Gegenstände mit solchen Bildnissen, wegnehmen lassen. (K. Z.)

Spanien.

* **Madrid**, den 21. Dec. (Moralität des Scheinconstitutionalismus.) Das Ministerium hat mit mehreren Mitgliedern der Opposition Conferenzen gehabt, und es haben dieser Tage zahlreiche Bekehrungen stattgefunden. Dafür zeigt sich das Ministerium erkenntlich und nimmt die Candidaturen für die bevorstehenden Wahlen von vielen Freunden des gestürzten Ministeriums an!

Italien.

* **Florenz**, den 21. Dec. Die Angebote auf die neu eröffnete Anleihe haben sehr magere Resultate geliefert. Es sind im Ganzen nur 2 Angebote gemacht worden, die auf 3 Millionen Rente, aber weit unter dem Minimum der Regierung, lauteten. Der Finanzminister hat angezeigt, daß neue Angebote den folgenden Tag angenommen werden, und zwar zum Curse von 65. (!)

Venedig, den 22. Dec. Vor wenigen Tagen wurde abermals zu Verona ein Individuum, das durch seinen verdächtigen Umgang die Aufmerksamkeit der Policei auf sich gelenkt hatte, in Haft gebracht. Bei der Hausdurchsuchung fand man mehrere Papiere, die in ihm einen neuen Emissär Mazzini's erkennen ließen. Es sollen auch einige Stichwaffen bei ihm gefunden worden sein. (A. Z.)

Turin, den 18. Decbr. Es ist auffallend, welche Fortschritte hier die evangelische Gemeinde der Waldenser macht, deren Kirche hier, Dank der Unterstützung mehrerer Engländer, vor der schönen Platanenallee mächtig emporsteigt. Da die evangelische Kirche weder Abschwören des frühern Glaubens, noch andere Förmlichkeiten fordert, so ist der Uebertritt sehr leicht. Dazu kommt, daß jetzt auch in italienischer Sprache gepredigt wird, obwol die Sprache der Waldenser, im Thale von Pignerol, die französische ist. Besonders macht ein früherer katholischer Priester aus Rom, der zur evangelischen Religion übergetreten ist, hier viel Aufsehen mit seinen Predigten; auch ist ein Kapuziner der hiesigen evangelischen Gemeinde beigetreten. Der Hof mischt sich in nichts. (B. N.)

— den 22. Dec. In der Deputirtenkammer ist der Commissionsbericht über die Petitionen, betreffend die Einziehung der geistlichen Güter ꝛc., verlesen worden; doch soll die Discussion erst nach dem Druck des Berichtes beginnen. Der Bericht concludirt — in Uebereinstimmung mit der Absicht des Ministeriums — gegen das Incameramento, verlangt aber die Aufhebung der bisherigen Subsidien des Clerus aus Staatsmitteln. In Betreff der Verminderung der Bischofssitze erklärt die Commission sich incompetent.

In **Genua** fand am 20. unter der größten Theilnahme des Volkes ein Trauergottesdienst für die „Märtyrer von Mantua" statt.

Rußland.

Von der polnischen Grenze, den 22. Dec. Vorige Woche in der Nacht vom Donnerstage auf den Freitag fand in ganz Polen die Wegnahme der zum Militär conscribirten Personen statt. Es ist dies die gefürchtete „Branka," die gleich einem schreckenerregenden Riesengespenst um diese Zeit das polnische Land beschreitet und in vielen Familien ein herzzerreißendes Wehklagen auf lange Zeit herbeiführt. Mag die russische Armee durch ihre Stabilität auch wirklich nach einer kriegerischen Festigkeit haschen, so bleibt es immer zu bedauern, daß, während in den meisten übrigen Ländern Europa's die Vornahme der Militäreinrangirung für die männliche Jugend gewissermaßen die Zeit der Poesie ausmacht und dieselbe eine begeisterte Bereitwilligkeit zur Pflicht legt,*) in Rußland die Conscription ein Todesschrecken erregt und mit grauenhafter Schwermuth das Land belegt. Die Zahl solcher der Branka verfallenen Männer soll dies Jahr verhältnißmäßig bedeutend gewesen sein. — Alle mit dem polnischen Stempel versehene Münzen werden von Neujahr an außer Curs gesetzt. — Beträchtliche russische Truppenmassen werden in der Nähe der preußischen Grenze concentrirt. (Bresl. Z.)

Vereinigte Staaten.

New-York, den 12. Decbr. Es droht eine neue Differenz mit den Behörden von Cuba. Diese haben den Capitän und mehre andere Angestellte eines Schiffes verhaften lassen, welches notorisch zu Boston für den Sclavenhandel gebaut worden, und das jene Leute an Rheder von Havannah abliefern wollten. Da jedoch dieses Schiff noch keine Fahrt zum Sclavenhandel gemacht, so intervenirte der Consul der Vereinigten Staaten im Interesse seiner Landsleute. Es wurde durch diesen Vorgang eine lebhafte Agitation in den Südstaaten Nordamerikas hervorgerufen. — Die Berichte aus Mexico lauten fortwährend sehr betrübend; Aufstände sind in dieser Republik noch immer an der Tagesordnung und werden immer häufiger. In Neuorleans soll auf telegraphischem Wege die Meldung eingetroffen sein, daß der mexikanische General Blanco von einer Schaar Franzosen, die unter der Führung eines Hrn. v. Raousset-Boulbon von Californien her gekommen, geschlagen worden, und daß diese die Unabhängigkeit des Staates Sonora proclamirt hätten.

* Die letzten Nachrichten aus Californien, welche bis zum 16. November reichen, lauten nicht sehr tröstlich. Die Stadt Sacramento ist wieder ein Raub der Flammen geworden, und Tausende befinden sich ohne Obdach. Der angerichtete Schaden wird auf 10 Millionen Dollars angeschlagen.

Neueste Nachrichten.

München, den 26. Dec. Der pensionirte Obrist v. Spraul, ein Freund des Kaisers Napoleon III aus früheren Jahren, hat sich jüngst von hier nach Paris begeben, wohin derselbe eine kaiserliche Einladung erhalten hatte. (Die preußische Kreuzzeitung hat jüngst gemeldet, in Paris lägen ein Paar Hundert Dienstanerbietungen von deutschen Rheinländern!) (A. Z.)

Augsburg. Die Allgm. Ztg. schreibt: Aus einer, wie wir glauben gutunterrichteten Quelle, erhalten wir die Mittheilung, daß der Kaiser von Oesterreich von Potsdam aus den Befehl zu einer Verminderung der kaiserlichen Armee ergehen ließ; namentlich habe die Kriegsbereitschaft der Artillerie aufzuhören. Das wäre der erfreulichste Beweis vollkommenen Einverständnisses mit Preußen. — Auch von Wien (24. Dec.) wird uns geschrieben: Man spricht von einer starken Reduction des Heeres, besonders in den kostspieligen Waffengattungen, Artillerie, Reiterei, technische Truppen.

Wallis. Der constituirende große Rath hat am 23. Dec. die zweite Berathung der Verfassung zu Ende geführt. Am 9. Januar findet die Volksabstimmung statt, am 17. wird der gr. Rath die Abstimmungsacte prüfen und im Fall der Annahme den Staatsrath, das Appellationsgericht ꝛc. bestellen. Das Stimmrecht der Geistlichen und das Concordat mit Rom, die auch in zweiter Berathung durchgegangen sind, dürften eine große Zahl von Unterwallisern zur Verwerfung veranlassen.

---

*) Doch hat anderwärts die Jugend auch angefangen, vor der Zeit der Conscriptionspflichtigkeit nach Amerika auszuwandern. D. Red.

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

Neue Speyerer Zeitung.

Freitag | Nro. 314 | den 31. December 1852.

Anzeige.

Da mit dem nächsten Monat ein neues Abonnement auf die Neue Speyerer Zeitung beginnt, so ersuchen wir die Bestellungen möglichst bald bei der zunächst gelegenen Posterpedition einzureichen. Nur Bewohner der Stadt Speyer und der nächsten Umgegend belieben ihre Bestellungen an die Expedition dieses Blattes unmittelbar zu richten. Die bisherigen Abonnenten, welche die Zeitung unmittelbar von der Expedition bezogen, bedürfen keiner besondern Bestellung; dagegen wollen Diejenigen, welche auszutreten gesonnen sind, dieses vor dem 31. December anzeigen. — Die Speyerer Zeitung, welche mit Ausnahme des Sonntags täglich, und zwar häufig mit Beilagen, erscheint, kostet halbjährlich 3 fl. 20 kr., vierteljährig 1 fl. 40 kr., und wird um diesen Betrag, ohne weitern Aufschlag, durch alle Posterpeditionen des Königreichs Baiern geliefert. — Privatanzeigen, welche portofrei einzusenden sind, werden gegen eine Einrückungsgebühr von 4 Kreuzer für die gewöhnliche Druckzeile aufgenommen.

*** Die Anstrengungen, welche von der Rückschrittspartei in täglich ausgedehnterm Maße gemacht werden, um der Speyerer Zeitung entgegen zu wirken, deuten wol besser als alles Andere an, von welcher Bedeutung die Verbreitung eines unabhängigen Blattes für die Freunde der freien Richtung in der Pfalz, oder vielmehr für alle Jene sein muß, welche etwas Besseres als den schrankenlosen Absolutismus in Staat und Kirche herbeigeführt wünschen.

Die Speyerer Zeitung glaubt, angesichts der jetzigen Lage eines freisinnigen Blattes, ein Recht zu besitzen, die allseitige thätige Unterstützung nicht nur der Gleichgesinnten, sondern überhaupt aller Derjenigen fordern zu dürfen, welche wünschen, daß das Treiben der Reactionäre nicht über alle Verhältniße des Lebens, zumal in unserer Pfalz, sich völlig widerspruchslos ausbreite.

Deutschland.

* **Die Zollfrage.** Nach den neuesten Mittheilungen verhält sich der Stand der Sache nun so: Preußen hat bekanntlich mit Braunschweig und den Thüringischen Staaten den Zollverein erneuert. Jetzt unterhandelt Oesterreich mit Preußen wegen eines Handelsvertrages. Die Coalition kommt dabei unmittelbar gar nicht in Betracht, außer daß es derselben später freisteht, dem Zollvereine unbedingt so, wie derselbe sich bis dahin gestaltet hat, beizutreten! — Ist diese Nachricht gegründet, wie es den Anschein hat, so sieht sich somit die Coalition von aller Selbstvertretung ihrer eigenen Interessen ausgeschlossen; sie hätte keinen directen Einfluß, weder auf die Bestimmungen der Zollvereinsverträge, noch auf jene des Handelsvertrags mit Oesterreich, insoferne Preußen denselben Namens des Zollvereins allein verhandelt. Es bliebe ihr nur die Wahl, der Zollunion entweder unbedingt beizutreten, oder dies unbedingt abzulehnen. Dies wären die übelsten Aussichten in Betreff der längst geforderten Beseitigung der Ausgleichungsabgaben, der Tarifänderungen u. s. f.

* **Pfalz.** Es hat also doch seine Richtigkeit, daß die Gnadengesuche der wegen Theilnahme an der politischen Bewegung Verurtheilten, zurückgewiesen sind. Es ist sonach der Fall gegeben, auf die Frage zurück zu kommen, welche früher schon in diesem Blatte angeregt wurde: mit welchem Grunde konnte irgend Jemand — es war zur Zeit der Anwesenheit des Königs in der Pfalz — die Behauptung verbreiten, die so gerne geglaubt ward, und in den Unglücklichen und ihren Familien nur eine grundlose Hoffnung anfachte: daß ihre Begnadigung sicher erfolgen werde? und auf welchen Grund hin konnte man dem Landrathe, der jedenfalls in großer Majorität für einen Act der Versöhnung sich auszusprechen geneigt war, entgegen rufen (wie es noch vor Kurzem in dem „conservativen" Blatte geschehen ist): daß durch einen solchen Schritt den Verhafteten geschadet würde oder geschadet worden wäre? Die Landrathsmajorität kann kein Vorwurf treffen. Sie handelte, wie sie unter den obwaltenden Verhältnißen thun mußte. Wäre sie anders verfahren: heute würde ihr die ganze reactionäre Partei entgegen rufen: „Euch haben es die Gefangenen zu verdanken, daß sie nicht begnadigt sind; Ihr waret das Hinderniß; Ihr habt Alles zu verantworten!" Indessen mag dieser Fall eine Lehre für die Zukunft sein, welche Lehre derartige Bedenklichkeiten, in welcher Gestalt sie auch treten, zu beseitigen geeignet ist. —

* **Speyer,** den 29. Decbr. Man erinnert sich, daß vor Kurzem die Reactionsblätter ein gewaltiges Spectakel machten mit einem angeblichen colossalen revolutionären Falschmünzersysteme, das nach Kinkels Plan von der Schweiz her ausgeführt werden sollte. Die sorgsamsten Nachforschungen der schweizerischen Behörden haben nun zu keinem andern als dem Ergebniße geführt, daß sich auch nicht die leiseste Spur davon auffinden läßt!

* **Aus Franken.** Jüngst las ich den Paß eines Ausgewiesenen, worin ausdrücklich bemerkt war, daß er fort müße, weil er in dem **Verdacht** politischer Umtriebe stehe. Er ist Handschuhhändler, der mit Mühe und Noth seine Familie ernährt.

München, den 27. Decbr. Heute früh um 6 Uhr trat der König die Reise nach Italien an. — Vor der Abreise des Königs hat, wie alljährlich, die Verleihung einer Anzahl von Orden stattgefunden, wovon 32 von S. M. den betreffenden Personen unmittelbar zugestellt wurden. Darunter befinden sich die Herren Staatsminister des Innern Graf Reigersberg, Reichsräthe Graf Montgelas und von Niethammer, Professoren v. Liebig, E. Geibel, Rudhart und v. Laussaulx.

Aus Baden, den 27. Dec. In jüngster Zeit wird in unserm Lande viel über die Verhältniße der Lehrer gesprochen. Veranlassung hiezu gaben besonders zwei Verordnungen des großherzoglichen Ministeriums, beziehungsweise der Oberschulbehörde. In Gemäßheit der ersteren haben alle katholischen Unterlehrer ohne Rücksicht auf das Alter und die bisherigen Dienstleistungen ein Examen abzulegen. Ein anderer Erlaß des Ministeriums vom 10. v. M. verbietet den Lehrern die Uebernahme der Leitung von Gesangvereinen, sowie die Theilnahme an denselben!

Aus Würtemberg, den 22. Dec. Ich theile Ihnen hier eine Thatsache mit, welche wohl verdient, in weitesten Kreisen bekannt zu werden. Wie Sie aus öffentlichen Blättern wissen, ist von Seite der Hassenpflug'schen Justiz in der Untersuchungssache gegen die kurhessischen Mitglieder des nach Stuttgart übersiedelten Parlaments eine Requisition an die würtemberg'schen Gerichte ergangen, das Zeugniß der würtemberg'schen

Reichsversammlungsmitglieder einzuholen, und es wurden vor Kurzem mehre in Stuttgart wohnhafte frühere Reichstagsabgeordnete in dieser Sache vorgeladen, die auch der Ladung folgten. Auch in Tübingen wurde der ehrwürdige Dichter Uhland, der gleichfalls die letzten Augenblicke der deutschen Nationalversammlung durchgelebt hat, citirt; aber er folgte der Ladung nicht, und als sie ihm zum drittenmale in ernstlichster und drohender Weise insinuirt wurde, erklärte er, daß er jedes Zeugniß in dieser Sache verweigere, gestützt auf das in Württemberg seiner Zeit verkündete Reichsgesetz, welches die Unverantwortlichkeit der Mitglieder der deutschen Reichsversammlung gewährleiste. Der unerschütterliche Greis setzte sich damit der Gefahr aus, wegen Verweigerung eines Zeugnißes zu 4wöchentlicher Festungsstrafe verurtheilt zu werden — was nach unsern herrlichen schwäbischen Gesetzen sogar ohne eine öffentliche Verhandlung ganz in alter schriftlich-geheimer Weise geschieht — allein es scheint, daß die juristische Argumentation und vielleicht noch mehr der unantastbar ehrwürdige Character Uhlands den württembergischen Gerichten imponirt hat. Ich erinnere Sie daran, daß Ludwig Uhland — bekanntlich ein Jurist von Profession — der einzige deutsche Rechtsgelehrte war, der mitten im revolutionären Glutwinde von 1849, als die „Gebildeten und Gemäßigten" theils schwiegen, theils den Fanatismus noch hetzten, vom juristischen Standpuncte aus öffentlich sein Verdammungsurtheil über die standrechtlichen Hinrichtungen der Preußen in Baden gemessen aber entschieden aussprach. (Fränk. K.)

Reutlingen, den 27. Dec. Eine fürchterliche Explosion hat heute Mittag nach 1 Uhr die hiesige Pulvermühle nebst Pulvermagazin in die Luft gesprengt und weit bis in die Stadt hinein Verheerungen angerichtet. In der nächsten Nähe ist fast keine Ziegel auf den Dächern geblieben, im Innern der Häuser sind Riegelwände durchgebrochen, Thüren aufgesprengt und alle Fenster zertrümmert. Zerschmetterte Fensterscheiben, aufgerissene Thüren und Fensterläden und gerissene Zimmerdecken finden sich in vielen Häusern der Stadt. Umgekommen ist zwar Niemand; aber Viele sind verletzt oder bedeutend verwundet. Die Wirkung auf die in ihren Häusern befindlichen Leute war, als ob drei mächtige Erdstöße das ganze Haus einstürzen wollten. Wie man hört, ist dieselbe Wirkung noch ziemlich stark bis nach Plochingen (und wahrscheinlich auch in anderer Richtung) verspürt worden. Der angerichtete Schaden muß sehr groß sein. (Beob.)

Kassel. Gegen einen hochgestellten Treubündler liegen 14 Anzeigen vor wegen Angriffen, welche er auf die Schamhaftigkeit und Tugend von Frauen und Töchtern untergeordneter Diener machte. — Ein Pfarrer machte letzthin im Eisenbahnwagen einen nothzüchtigenden Versuch gegen eine junge Dame, die sich durch Schreien Hülfe schaffte. Der herbeigeeilte Conducteur wies den Heiligen aus dem Wagen. (Fränk. K.)

Mainz. Der besonders in den Naturwissenschaften ausgezeichnete Gymnasialprofessor Dr. Gergens ist plötzlich von dem Ministerium seiner Stelle enthoben worden.

Leipzig, den 21. Dec. Die gestrige Wahl der Stadtverordneten-Wahlmänner gibt den Beweis, daß bei uns die Indifferenz an öffentlichen Angelegenheiten wiederum abnimmt. In keinem der letzten Jahre, selbst nicht in der vielbewegten Zeit von 1848, hatte sich eine so große Anzahl Bürger an der Wahlschlacht betheiligt, wie dießmal. Die äußerste Rechte hat über 150 bis 200 Stimmen zu verfügen, die gemäßigte Rechte, hervorgegangen aus den Gothaern, über 400 bis 500 Stimmen und die gemäßigte Linke über 1000 bis 1200 Stimmen, wobei noch zu bemerken ist, daß die letzte Partei nicht wenige „Pessimisten" in ihren Reihen zählt, welche sich ebenso wie die äußerste Linke hartnäckig jeder Abstimmung enthalten. (A. Z.)

Berlin, den 26. Dec. Ich erfahre so eben die wichtige Nachricht, daß Rußland, Oesterreich und Preußen nun den Entschluß gefaßt haben, das französische Kaiserthum in kürzester Frist anzuerkennen, und daß sie bei diesem Schritte von denselben Beweggründen geleitet werden, welche zu seiner Zeit die Anerkennung Ludwig Philipp's herbeiführten. Besondere Vorbehalte sollen nicht beabsichtigt sein. (Köln. Z.)

Wien, den 25. Dec. Der Lloyd fährt fort, Louis Napoleon zu vergöttern, und die „Presse," ihn darüber anzugreifen. Die „Presse," welche sich über das Kaiserreich stets zweifelnd und spöttisch äußert, steht gegenwärtig den officiellen Kreisen weit näher, als der Lloyd. Heute nun bringt sie einen Artikel über die Aera der Cäsaren, der mit folgendem wunderlichem Passus schließt: „Aber Europa bedarf noch einer ordnenden und bindenden cäsarischen Gewalt. Ihr Stützpunct ist nicht mehr am Rheine und an den Pyrenäen; er ist dort, wo der Verkehr gesitteter Länder mit Völkern, welche noch im Naturzustande sind, in fortwährend wachsender Entwicklung begriffen ist; diese Gewalt ist natürlich in der Hand des Fürsten, welcher die organische Einigung eines großen Reiches zur Lebensaufgabe hat; ihr Glanz schwebt auf dem Haupte des Monarchen, den der boonische Hirt, der Fischer des Küstenlandes, sowie der Bewohner der preußischen Marken als den Erben Karls des Großen und einer langen Reihe deutscher Kaiser verehrt."

Schweiz.

Aus der Schweiz, den 21. Dec. Im Aargauer Großrath beschäftigte man sich letzthin mit den Neutäufern und andern Sectirern, wobei es sich herausstellte, daß die Landestheile, wo die Stündlerei am meisten zu Hause ist, auch am meisten Arme und Bettler haben.

Die Konsumvereine beweisen durch ihre immer größere Ausbreitung ihre innere Lebensfähigkeit. Auch werden sie durch einzelne zweckmäßige Verbesserungen immer wohlthätiger für die Unbemittelten. So hat der Konsumverein in Zürich die Metzger der Stadt und Umgebung eingeladen, ihre Angebote zur Lieferung, ganz oder theilweise, des Fleischbedarfes für seine 1600 Mitglieder bei dem Vorstande zu eröffnen. In Thalweil hat der Verein, dessen Präsident Hr. Sec.-Lehrer Honegger ist, die Einrichtung getroffen, daß die Mitglieder kleinere Summen (5—6 2c. Fr.), die ihnen gerade eingehen, dem Vorstand gegen Schein abliefern und dafür in Zukunft Lebensmittel beziehen können — eine sehr wohlthätige Anordnung für ärmere Familien.

Obwalden. Der Landrath beschloß auf den Antrag des Hrn. Dr. Durrer von Kerns beinahe einstimmig die Abschaffung der vielen Festtage, die nur noch im hiesigen Kanton gefeiert würden, mehr dem Müßiggang und der Leichtfertigkeit, als religiöser Erhebung und der Förderung guter Sitte dienen. Ein Antrag auf Nachsuchung kirchlicher Dispense für den Genuß von Fleischspeisen an den Samstagen blieb dagegen mit 15 gegen 17 Stimmen nach mehrmaliger Abstimmung in Minderheit.

Frankreich.

† Paris, den 28. Dec. Der Constitutionnel enthäl[t] einen größeren Artikel, um zu beweisen, daß das Kaiserthum den Krieg nicht zur Folge haben müße. Kein[e] Regierung könne denselben wollen. „Der Krieg bedeu[-]tet Revolution! Das ist es, was ihn unmöglich macht. Jede europäische Regierung trägt in sich selbst ein Ele[-]ment des Verderbens, das für sie ein Grund zur Klug[-]heit werden muß. Oesterreich liegt zwischen Ungarn un[d] Italien. Preußen reicht mit den Rheinprovinzen a[n] Frankreichs Gränzen. Rußland hat an einem Polen, un[d] England an einem Irland zu tragen. Nur durch de[n] Frieden können diese Völker im Zaume gehalten werde[n]. Bei dem ersten am Ufer des Rheins abgefeuerten Kanonenschuße, würden sie ihr Joch abschütteln und man würd[e] unfehlbar sich eine Coalition des französischen gegen d[en] europäischen Geist bilden sehen."

Trotz der friedlichen Versicherungen sind die Staat[s-]papiere heute wieder sämmtlich herabgegangen, und zw[ar]

sowol die 3½- als die 4½proc. je um 75 Cent. Eine specielle Ursache ist nicht bekannt.

Gestern Abend um 10 Uhr ist eine telegraphische Nachricht von Compiegne angelangt, daß der Kaiser erst heute nach Paris zurückkehren werde. Er wurde um 10 Uhr Morgens erwartet, kam aber erst um 3 Uhr Nachmittags an.

In der gestrigen Sitzung des Senats ist über die den Prinzen bewilligte Dotation folgenderweise entschieden worden: Der Prinz Jerome erhält jährlich 1 Million, der Prinz Napoleon 300,000 Frcs. und die Prinzessin Mathilde 200,000 Frcs.

In der heutigen Sitzung des Senats sind die Sitzungen desselben durch den Staatsminister Fould geschlossen worden. Er ist aber gleichzeitig zum 14. Februar von Neuem zusammenberufen.

Die Errichtung von Singschulen in ganz Frankreich ist angeordnet worden. Der Singunterricht wird in allen Gemeinden obligatorisch sein.

Paris. Die „Nation" gibt aus Compiegne theils in andeutender, theils in erzählender Weise skandalöse Geschichten, in welchen auch Hr. von Rothschild eine Rolle spielt. Der dortige Bischof hatte den Kaiser, der bloß zu Jagd- und anderm Feiertagsvergnügen nach Compiegne kam, mit einem feierlichen Gottesdienst empfangen! So etwas ist selbst unter Ludwig XIV. nicht vorgekommen. — Charakteristisch für den neuen Hof ist eine Anekdote, die man der Allg. Z. aus Compiegne erzählt. Die Prinzessin Mathilde hatte gegen Se. Maj. den Kaiser ihr Bedauern geäußert, daß sie ein Kleid, das ihr sehr gut stand, vergessen habe von Paris mitzunehmen. Alsbald wurde Befehl gegeben, einen Extraschnellzug auf der Eisenbahn nach Paris zu schicken, der denn auch gegen 3 Uhr von Compiegne abging, um 4½ Uhr in Paris ankam und um 5½ Uhr mit dem verlangten Kleid wieder zurückfuhr und damit gegen 7 Uhr in Compiegne eintraf; so sah die Prinzessin vier Stunden, nachdem sie den Wunsch ausgesprochen, ihn auch erfüllt und konnte in der Abendgesellschaft bei Hof in ihrem Lieblingsputz erscheinen!

— den 26. Dec. Gestern wurde im Cirque zum ersten Male ein imperialistisches Tendenzstück „Massena" gegeben; das Volk blieb kalt.

Die Allg. Ztg. bemerkt: Das jetzige Plagiat der alten Kaiserzeit hat unendlich viel komödienhaftes, abgeschmacktes, widerliches — aber auch die bedeutsame Seite fehlt ihm nicht. Eine Nation, die so in ihren Erinnerungen kriegerischen Ruhmes und europäischer Hegemonie schwelgt, und die seit der Schlacht von Waterloo, wo sie mit verzweiflungsvollem Muthe focht, auf den Feldern von Afrika wie in den Straßen von Paris gezeigt hat, daß sie — durch alle Wechsel hindurch — die Tapferkeit sich bewahrt habe, die blinde Verachtung der Gefahr, wie sie in diesem Grade kaum ein anderes Volk besitzt — eine solche Nation darf man, für den Fall eines Krieges, nicht geringschätzen, so verächtliche Züge auch in vielen ihrer neueren Handlungen aufgetaucht sind. Man muß sich immer erinnern, eine wie kurze Spanne Zeit zwischen den Erscheinungen allgemeiner Erschlaffung unter Ludwig XV und der furchtbaren Erhebung lag, die unter dem Convent und dem Consulat die Todesverachtung in allen Gestalten zeigte, und unter improvisirten Generalen unüberwindliche Heere in die Welt sendete.

Spanien.

Madrid, den 22. Dec. Es herrscht hier augenblicklich eine größere Aufregung, als während der letzten Lebenstage des vorigen Ministeriums, und diese Aufregung würde noch größer sein, wenn das bevorstehende Fest die Leute des Mittelstandes nicht zu sehr beschäftigte und die Gährung paralysirte. Das Volk ist in seinen Hoffnungen getäuscht, die alten Cortes bleiben aufgelöst, und mit den Neuwahlen soll erst gegen Ende Februar begonnen werden. Alles bleibt also, wie Murillo es beschlossen hat; selbst die von ihm beabsichtigte Entfernung mißliebiger Beamten, deren Namen Roncali in dem schwarzen Buche eingetragen auf dem Präsidententische vorfand, steht bevor. Den Reigen eröffnen mehre Civilgouverneure, und diesen werden dann die Unterbeamten der respectiven Provinzen folgen. Die Aufregung, welche sich der Bevölkerung bemächtigt, hat selbst die Königin nicht verschont. Sie ist dieserhalb unwohl und konnte nicht einmal den Geburtstag ihrer Tochter festlich begehen. Nichts greift diese arme Frau mehr an, als politische Wirren; sie denkt noch immer an die schauervolle Nacht von La Granja zurück, in welcher sie, als die Empörer in das Schlafgemach ihrer Mutter drangen, unter das Bett sich verkroch und keinen Laut von sich gab; Isabella war damals 6 Jahre alt. Die Soldaten der Garnison, sowie die Armen, sind am Geburtstage der Prinzessin von ihr bedacht worden. Erstere haben jeder 2 Realen (14 Kreuzer), 1 Flasche Wein und 1 Pfund Fleisch erhalten; unter diese sind 30,000 Realen vertheilt worden. Die Soldaten dürfen noch immer nicht mit den Civilisten verkehren. In allen Casernen ist bei Tag und Nacht der dritte Theil der Besatzung stets kampfgerüstet, wie dies in den letzten Tagen des vorigen Ministeriums der Fall war, und man hat den aus Madrid gebürtigen Unteroffizieren und Soldaten sogar die Erlaubniß verweigert, das Weihnachtsfest im Schooße ihrer Familien zu feiern. (Köln. Ztg.)

Italien.

Mantua. (Die Hinrichtungen.) Die Feder, sagt die Turiner „Opinione," ein sehr gemäßigtes Blatt, sträubt sich gegen die Erzählung der gräßlichen Hinrichtungsscenen von Mantua. Das Mittelalter war hier in seiner ganzen Schrecklichkeit wieder aufgestiegen, mit seinem Strafapparat, seinen Foltern, seinen langen Todesqualen. Man sollte nicht glauben, daß man sich mitten im 19. Jahrhundert, unter dem gebildetsten Volke Italiens befindet. Und doch ist es so. Vergebens war nach gefälltem Todesurtheil eine Deputation von Damen nach Verona geeilt, um eine Milderung der Strafe zu erflehen. Radetzky wollte sie nicht hören. Er war in der Messe, als die Deputation anlangte. Die edlen Frauen warteten auf seine Rückkehr, um sich mitten auf dem öffentlichen Platze zu seinen Füßen zu werfen. Vergebens. Die Verurtheilten mußten die Todesart der spanischen Garotte, die man nachgeahmt, erstehen. Die Füße an den Galgen gebunden, wurden sie mit Stricken, die man plötzlich zudrehte, erdrosselt. Sei es Unvollkommenheit der (in Spanien sehr rasch wirkenden) Maschine oder Ungeschicklichkeit des Henkers — die Hinrichtung war langwierig und grausam. Sie wurden Mann für Mann angebunden und erdrosselt, so daß die Unglücklichen, die später an die Reihe kamen, dem Sterben ihrer Freunde anwohnten. Der erste, der das Schaffot bestieg, war der Priester Tazzoli. Er war beinahe blind. Mit festem Tritte stieg er die Treppe empor und sprach seinen Freunden Muth ein, indem er ihnen Gott und das Vaterland in's Gedächtniß rief. Keiner aber bedurfte eines Zuspruches, obgleich in Folge des schlechten Verfahrens die fünf Opfer nicht sogleich, sondern erst nach und nach den Tod fanden, so daß ihre Zuckungen die Zuschauer vor Grausen zittern machten, und der Henker ihnen das Gesicht verhüllte, um dem Volk das Schauspiel zu entziehen. Man brauchte zu der Hinrichtung nicht weniger als eine volle Stunde... Die Schwester Poma's, eines der Verurtheilten, wollte sich im Augenblicke, da ihr Bruder zur Hinrichtung geführt wurde, aus dem Fenster stürzen. Mit Mühe hielt sie der letzte überlebende Bruder des Märtyrers zurück. Die Behandlung, welche diese Opfer während ihrer Haft zu erdulden hatten, übersteigt jede Beschreibung. Mit Ketten an den Füßen eingesperrt, während sie nur erst im Anklagestand sich befanden, mußten sie Alles entbehren. Sie schliefen ohne Decke auf Stroh. Selbst das Tageslicht entzog man ihnen, indem man die Fenster mit Wachstuch verkleidete. Ihre Kost bestand aus Wasser und Brod. Jeden Augenblick erhielten sie wegen angeblicher Auflehnung gegen die öffentliche Autorität die Ba-

stonade. Ihre Kleider, als man dieselben ihren Familien zurückgab, waren mit Ungeziefer angefüllt und an der Stelle der Hände und Füße mit Blut bedeckt. Noch sitzen 83 dieser Unglücklichen im Gefängniß. ——— (Beob.)

Rom, den 18. Dec. Hätten es die Römer beim Spott über das neue französische Kaiserthum und bei lustigen Caricaturen bewenden lassen, so würden jetzt viele nicht ihren Vorwitz zwischen vier engen Mauern zu beklagen haben. Allein die Ausfälle wurden täglich persönlicher gegen den Kaiser, und immer verletzender die Eckenanschläge, zumal auf Piazza di St. Eustachio an den Weihnachtsbuden, welche Nürnberger Spielzeug enthalten. Der französische Polizeipräfect ließ selbst ernste Nachforschungen nach den Autoren dieser Literatur anstellen, und beantragte ihre Verhaftung. Es dauerte nicht lange, so waren sie aufgefunden und mit ihren Helfershelfern eingesteckt. Ein Polizeibeamter versichert mir, daß sich bis gestern die Zahl dieser meistens den bessern Familien Roms angehörigen Verhafteten auf 87 belaufe. Darunter sind jedoch auch diejenigen mitbegriffen, welche aus Anlaß des letzten Sonntag erfolgten Todes des sehr mißliebigen Polizeiagenten Santi Allegiani ihre Freude in Demonstrationen kundgaben, welche die Polizei beleidigen und zum Einschreiten herausfordern mußten. — Ein heutiges Rundschreiben des Polizeiministers Msgr. Savelli gestattet Theater und Oper auch für den bevorstehenden Carneval im ganzen Lande. Die Eröffnung ist auf den 26. ds. festgesetzt. Bemerkenswerth ist darin folgende neue Bestimmung, wodurch die Präsidenten der Provinzen von der geistlichen Obrigkeit bevormundet werden. „Der Umsicht und Wachsamkeit der Präsidenten ist die Ausführung gegenwärtiger Erlaubniß für die gewöhnlichen Fastzeiten anheimgegeben. Aber auf jeden Fall und bei jeder Veranlassung sollen die Präsidenten, bevor sie die genannten Vergnügungen in irgendwelcher Weise gestatten, die ausdrückliche Einwilligung der geistlichen Curie dazu einholen, auch jede Vorsicht bei einer möglichst genauen und überwachenden Censur der theatralischen Vorstellungen anwenden." (A. Z.)

Großbritanien.

Man hat oft gefragt woher die Kaffern sich mit Waffen und Munition versorgen. Folgender Vorfall hilft diese Frage beantworten: in der Nacht vom vorletzten Mittwoch lief in Fleet, bei Weymouth, eine große französische Handelsbarke, mit Flinten und Schießpulver befrachtet, auf den Strand. Von den 15 Köpfen der Mannschaft wurden nur 6 gerettet. Als man sie fragte wohin das Schiff bestimmt gewesen sei, antworteten sie: „Nach dem Cap der guten Hoffnung." (Bekanntlich ging schon früher das Gerücht, daß Franzosen den Kaffern Kriegsbedarf zuführen, ja es hieß sogar, daß Franzosen unter ihnen dienten. Obige Notiz wird die Stimmung gegen Frankreich, welche in der englischen Nation seit einiger Zeit ohnehin nicht die günstigste ist, schwerlich verbessern. Andrerseits behaupten freilich die Franzosen, und wohl auch nicht ohne Grund, daß ihre nordafrikanischen Feinde von Anfang an bis auf den heutigen Tag Waffen und Munition von den Engländern, über Gibraltar, beziehen.)

In dem Kohlenbergwerke des Grafen Fitz-William in England hat eine furchtbare Explosion stattgefunden. Es arbeiteten in der 157 Fuß tiefen Mine 146 Menschen jedes Alters. Nachdem der Schlag erfolgt, drängten sich die Angehörigen der unglücklichen Arbeiter um den Eingangsstollen, und Hunderte erboten sich freiwillig hinabzusteigen. So wie durch Hineingießen von Wasser die Stickluft des Gases in etwa beseitigt war, fuhr man ein und fand 9 Todte und 13 schwer Verwundete; die in dem nördlichen Schachte Arbeitenden waren verschont geblieben.

---

* **Speyer,** den 29. Dec. Wir erhielten eine interessante neue Mittheilung über den sogenannten „Klopfgeist" zu Bergzabern. Mangel an Raum nöthigt uns, die Mittheilung dieses Aufsatzes auf morgen zu verschieben.

Wien, den 25. Dec. Als ein eben so bedeutungsvolles als erfreuliches Ergebniß kann ich Ihnen bestätigen, daß unserer Armee eine weitere Reduction bevorsteht. Es soll nunmehr auch bei der dritten, in Ungarn stehenden Armee die Artillerie und das Pioniercorps auf den Friedensfuß gesetzt, und die Stabsdragoner sollen ganz aufgelöst werden. Bekanntlich war die Reduction der Artillerie auf den Friedensfuß bisher nur bei der in Böhmen und Oesterreich stehenden ersten, und nur zum Theil bei der in Italien verwendeten zweiten Armee durchgeführt worden. — Zufolge eines Rescripts des Justizministeriums sollen auch in den ungarischen und croatischen Sectionen des obersten Gerichtshofs sämmtliche Prozesse in deutscher Sprache geführt werden. (A. Z.)

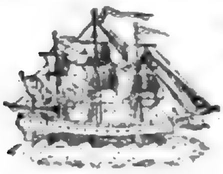
Frankfurt, den 28. Dec. Die officiöse Berliner Correspondenz der Frankfurter Post-Ztg. sagt u. a.: „Nur geistiger Beschränktheit oder aufgedunsener Selbstüberhebung kann es einfallen, die Versöhnung zwischen Wien und Berlin unter der Bedingung zu Stande kommen zu sehen, daß man österreichischer Seits von allen Forderungen abstehe... so ist es nicht gemeint." Oesterreich müsse und werde namentlich darauf bestehen, daß kein Theil ohne Zustimmung des andern Handelsverträge mit fremden Staaten abschließen dürfe, (wie dies Preußen categorisch verlangt).

Konstantinopel, den 19. Dec. Die Expedition gegen Montenegro ist ausgelaufen. (Allgemeine Ztg.)

Redacteur und Verleger G. F. Kolb.

[1345] **Anzeige.**

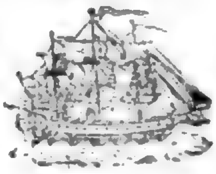
In ein Commissions- und Weingeschäft in einer Stadt am Rhein wird ein braver junger Mann von guter Familie in die Lehre gesucht: Kost und Logis kann im Hause gegeben werden. — Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes.



Postschiffe neuer Linie.

Regelmäßige Abfahrten zwischen

Havre & New-York & New-Orleans.



Geo. Hurlbut,	Capitän	**Mayor,**	**1600**	**Tonnen,**
Irene,	„	**Williams,**	**1800**	„
Würtemberg,	„	**Tord,**	**1200**	„
Heidelberg,	„	**Sagory,**	**1600**	„
Rhine,	„	**Doane,**	**1600**	„
Owego,	„	**Rice,**	**1200**	„
Ashland,	„	**Brown,**	**1000**	„
Connecticut,	„	**S. Williams,**	**1600**	„

Vorstehende Postschiffe sind, außer dem „Würtemberg" und „Ashland," sämmtlich Dreidecker.

Um Auskunft über Ueberfahrt Frachtpreise bittet man sich zu wenden:

in **Havre** an die Herren **J. Barbe & Morisse,**

„ **Paris** „ den Herrn **E. Farrene,** Straße Notre Dame des Victoires Nro. 40,

„ **Mainz** „ die Herren **Neus & Sohn,** Rheinstraße C. Nro 249. [1321a]

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google